Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein

Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (LEP) – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024

Synopse der Stellungnahmen zum ersten Planentwurf –

individueller Teil; April 2025

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Gruppe ID: GM2823 Anzahl: 31 (IDs: M1265, M1293, M1294, M1295, M1296, M1300, M1321, M1323, M1324, M1325, M1326, M1327, M1329, M1330, M1331, M1333, M1334, M1335, M1336, M1340, M1343, M1345, M1346, M1349, M1368, M1370, M1379, M1391, M1400, M1436, M2739)	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig[1]Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Mit der Festlegung der Ziele 15 Z und 16 Z kann das Bundesland Schleswig-Holstein der EU-Kommission sehr gut entgegen kommen und den Nachweis für Maßnahmen zum Schutz der Vögel belegen. Ferner kann Schleswig-Holstein mit dem Entwurf des LEP „Wind an Land“ das Begehren des Zentrums des UNESCO-Welterbes in Paris vom Juni 2024, eine gute, wohlbegründete Stellungnahme zum Erhalt des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer abzugeben, weitgehend erfüllen. Dieses wurde u.a. mit der Begründung zum Schutz des ostatlantischen Vogelzuges errichtet. Schleswig-Holstein kommt dem Schutz der überregionalen Vogelzugroute sowie der Wiesenvogel-Brutgebiete mit den Zielen 15 Z und 16 Z vorbildlich nach. Wir leben in einer Zeit vieler Krisen. Zwei davon sind die Zwillinge Klimakrise und Krise der Artenvielfalt (Biodiversität). Die Klimakrise bedroht unsere Lebensqualität, die Krise der Artenvielfalt unsere Lebensgrundlagen. Für beide müssen gute Lösungen gefunden werden, für beide braucht es geeignete Räume: Räume für erneuerbare Energien und Räume für den Schutz der Biodiversität, welche hier in Schleswig-Holstein zum Schutz unzähliger Vogelarten des ostatlantischen Vogelzuges und der Wiesenvögel unverzichtbar sind. Nur mit intakten Ökosystemen und Biodiversität lassen sich unsere	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Lebensgrundlagen langfristig sichern. Deshalb muss der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist darum entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Das muss die Flächen um Oldenswort einschließen. In der „Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“1 sind Flächen in Oldenswort „weiß“ dargestellt. Bedeutet dies, dass sie keinen Schutzraum für den Vogelzug und die Wiesenvogel-Brutgebiete bilden? In der „Negativkarte“ dazu „Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024)“2 sind alte und neue Potenzialflächen in Oldenswort ausgewiesen. Mit den Potenzialflächen nördlich und südlich der Kreisstraße wird ein fachlich unbegründeter Keil in die überregionale Vogelzugroute geschlagen und verengt den ohnehin schmalen Korridor für den Zug von Millionen von Vögeln und verlässt an dieser Stelle den Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete. Für Zug- und Wiesenvögel sind derartige, menschengemachte Grenzen außerdem völlig irrelevant. Dies wird gestützt durch die Karte Nr. 8 im Umweltbericht, S. 39. Außerdem wurde bereits im Datenblatt PR1_NFL_309 zum LEP Wind von 2020 festgelegt: „Die durch die Kreisstraße K20 abgeteilte Fläche im Südwesten liegt in der Hauptachse des überregionalen Vogelzugs. Dieser Teilbereich wird auch aus diesem Grund nicht als Vorranggebiet übernommen.“ Was hat sich daran bis heute geändert, dass die Ausweisung als Potenzialfläche begründet? Der nördliche Teil wurde seinerzeit ohnehin nur mit dem Hinweis auf die bestehenden WEA als Vorrangfläche ausgewiesen. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von WEA frei zu halten: Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. In der Landschaft Eiderstedt haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente erhalten und sind heute noch „lesbar“. Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stockenstiege, eine Vielzahl historischer Gebäude wie Haubarge und die 18 Kirchen etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die naturnahe, nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen durch diesen Hauptwirtschaftsfaktor der Region sichert. Auch die Einwohner stehen mehrheitlich hinter den Zielen des LEP-Wind-Entwurfes. In einer von der Gemeindevertretung Tating initiierten Einwohnerbefragung am 9.6.2024 haben 63 % der Einwohner gegen neue WEA und gegen die Sicherung der bestehenden Anlagen in Tating votiert. Dieses Ergebnis kann man nach allen Äußerungen und Verlautbarungen durchaus auf ganz Eiderstedt übertragen. Nach meinem Verständnis kann Klimaschutz nur dann gelingen, wenn er im Einklang mit Natur, Menschen und der Landschaft steht. Deshalb sollte abschließend noch einmal intensiv geprüft werden, ob eine WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein von der Natur, den Landschaften und den Menschen insgesamt getragen und bewältigt wird. Dazu erlaubt der Entwurf des LEP zukünftig auch den Bau von WEA in bisher freigehaltenen Landschaftsschutzgebieten wie z.B. im Landschaftsschutzgebiet Gotteskoog. Landschaftschutzgebiete müssen als Bausteine der Lebensraumerhaltung und des Lebensraumverbundes wieder aus der Kulisse der Windeignungsgebiete genommen werden. Ich weise auf zwei Karten hin3 , aus denen ersichtlich wird, dass sich unser Land in Bezug auf die Umgebungswirkung von Windkraftanlagen zu einem riesigen Windpark entwickelt. Die beiden Karten zeigen je nach Wirkungsgrad der unterschiedlichen Entfernungen die flächendeckenden, räumlichen Auswirkungen von WEA. Dagegen würde Schleswig-Holstein mit der ursprünglich geplanten, bereits riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Hinzu kommen außerdem ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die in der Landschaft oder auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen errichtet werden, anstatt auf bereits versiegelten Flächen (vgl. Gutachten des Fraunhofer Instituts im Auftrage	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des Landes Schl.-Holst. vom 16.02.2022). Werden die Landschaften Schleswig-Holsteins nunmehr eine einzige große Energie[1]Industrielandschaft? Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf des neuen LEP-Wind im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung für die ostatlantische Vogelzugroute und die Wiesenvögel-Brutgebiete (in Text und Karte) keinesfalls zu verändern, Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen und die Notwendigkeit für das Ausmaß von 7,2 % der geplanten Landesfläche für WEA zu überprüfen sowie die Freigabe von Landschaftsschutzgebieten zurückzunehmen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] (Abbildungen)	
Institution: Energie & Land Projektierungs GmbH, Keine Abteilung ID: 2218	Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Im Rahmen der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP), Sachthema Wind, möchten wir im Namen der Vorhabenträgerin, der [redacted] GmbH, uns an dem Verfahren beteiligen und folgende Stellungnahme dazu abgeben. Mit freundlichen Grüßen, i.A. [redacted] [redacted] GmbH Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein, Fortschreibung 2021, Teilfortschreibung „Windenergie an Land', Änderung Kap. 4.5.1 Sehr geehrte Damen und Herren,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Darüber hinaus werden Hinweise / Argumente formuliert, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 2.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Im Rahmen der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP), Sachthema Wind, möchten wir im Namen der Vorhabenträgerin, der [redacted] GmbH, uns an dem Verfahren beteiligen und folgende Stellungnahme dazu abgeben. Die seit etlichen Jahren überplante und untersuchte Fläche liegt zwischen den Orten Linden, Barkenhom, Rederstall und Schalkholz. Das Gebiet wurde jahrelang kartiert und beplant, im Ergebnis ist auch nach Auswertung der Kriterien- Entwürfe ein großes Windpotenzialgebiet. Vornehmlich aus Gründen von Landschaftsschutzgebietsausweisungen wurde die Fläche bislang nicht berücksichtigt. Dies stellt sich nun, insbesondere unter Anwendung der neuen bundesrechtlichen Rahmenbedingungen neu dar. Hier ist nun dem Ausbau der Windenergie nicht nur substanziell Raum zu gewähren, sondern sie liegt auch im besonderem öffentlichen Interesse. Bei der Bewertung und Abwägung der Kriterien, hier vor allem bei den Kriterien, die als Grundsätze festgesetzt werden sollen, ist dem Ausbau Vorrang zu geben und zugunsten des Anlagenausbaus zu entscheiden. Die Vorhabenträgerin bittet daher um Berücksichtigung der Fläche als Vorrangfläche und möchte eine positive Stellungnahme zum Teilfortschreibungsverfahren abgeben. Die Abschaffung der 3H/5H-Regelung als Ziel der Raumordnung, die Neubetrachtung der Landschaftsschutzgebiete gemäß § 26 Abs. 3 BNatschG , die Untersagung von Höhenbegrenzungen sind zu begrüßen. Nicht zu rechtfertigen sind die pauschalisiert mit 800 m als Ziel und 1000 m als Grundsatz angegebenen Umgebungsschutzbereiche zu Siedlungsbereichen. Sie unterscheiden nicht immer zwischen unterschiedlichen Schutzerfordernissen dieser Siedlungsbereiche. Ein Dorfgebiet mit seiner Immissionskulisse ist deutlich weniger schutzwürdig als ein reines Wohngebiet. Auch das BVerwG verlangt vom Plangeber einen einzelfallbezogenen Blick auf die örtlichen Verhältnisse, es sei zu prüfen, ,,ob auch kleinere Pufferzonen als Schutzabstand genügen". Es sind Abstandsflächen um landwirtschaftliche Betriebe vorzufinden, wie Einzelhäuser, die nicht mehr in Wohnnutzung sind, aber bei der Bemessung von Abstandsflächen herangezogen werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Auch sind weitere Belange auf Ebene der Einzelfallbetrachtung zu überprüfen wie geschützte Biotopbereiche und deren Umfeld, Verbundsachsen, Moorkulissen und Umgebungsbereiche von Windkraftsensiblen Großvögeln und Vorbehaltsgebiete für oberflächennahe Rohstoffe. Es sollte nicht bereits im Vorfeld dadurch eine Fläche weggewogen werden. 2 Bei den Landschaftsschutzgebieten ist zu prüfen, wie wertvoll diese im Landschaftsbild tatsächlich sind. So sind häufig Vorbelastungen vorzufinden oder in Planung befindlich. Der Gesetzgeber hat den Schutzstatus von LSG bewusst zugunsten von Windenergieanlagen über den neu eingeführten § 26 Absatz 3 BNatSchG aufgehoben, der zu einer größeren Flächenverfügbarkeit für den Ausbau von Windenergie an Land führen soll. Zum Abschluss der Stellungnahme soll lediglich nochmals die grundsätzliche Befürwortung der Neugewichtung der Kriterien und deren gesetzliche Verankerung im LEP zum Ausdruck gebracht werden. Detailliertere Ausführungen sollen im Rahmen der Regionalplanentwurfs abgegeben werden. Mit freundlichen Grüßen, i.A.der [redacted] GmbH, [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2217	[redacted] Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport Landesplanungsbehörde	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Düsterbrooker Weg 92 24105 Kiel **Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** Sehr geehrte Damen und Herren, anlässlich der Offenlage der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 (vom 25.06.2024 – 09.09.2024) möchte ich als Anwohner folgende Stellungnahme abgeben: Ich begrüße grundsätzlich die Ausweisung von Teilen meiner Heimatgemeinde Schülldorf als Gebiet zur Nutzung durch die Windenergie, da sich der südliche Bereich Schülldorfs hervorragend für die Erzeugung elektrischer Energie mittels Windkraftanlagen (WKA) eignet. Unsere Gemeinde ist in bestimmten Teilgebieten durch Infrastrukturen wie Bahn, Autobahn und Stromtrassen vorbelastet. Deshalb eignet sich der Bereich des bereits vorhandenen Vorranggebiets PR2_RDE_067 (Planungsraum II, Kreis Rendsburg- Eckernförde) besonders für die Nutzung durch Windenergieanlagen, da hier keine Konflikte mit besonders geschützten Arten zu erwarten sind. Dieser Bereich wird intensiv landwirtschaftlich genutzt. Weite Teile werden hauptsächlich für den Maisanbau genutzt. Mir sind dort keine Aktivitäten von geschützten Großvögeln oder anderen besonders geschützten Arten aufgefallen. Abschließend möchte ich unterstreichen, dass die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen einen sehr wichtigen Bestanteil im Kampf gegen den Klimawandel darstellt. Dadurch leisten sie auch einen Beitrag im Bereich des Artenschutzes. Außerdem macht es unsere Gesellschaft unabhängiger von Energieimporten. Ohne die Vorranggebiete kann die Energiewende nicht gelingen, da keine Windenergieanlagen errichtet werden können. Dies wird bei den Diskussionen um die Ausweisung von Vorranggebieten leider viel zu oft vernachlässigt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2216	9. September 2024 Stellungnahme der [redacted] GmbH zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021—Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Der Flughafen Hamburg verfolgt eigene ehrgeizige Klimaziele und plant, bis zum Jahr 2035 CO2-neutral zu werden. Ein wichtiger Bestandteil dieser Zielerreichung ist die Errichtung eines eigenen Windparks in der Nähe von Kaltenkirchen. Bis zu sechs Windkraftanlagen sollen dort auf Eigentumsflächen im Kreis Segeberg (Gemeinde Heidmoor) errichtet werden, um den Flughafen absehbar mit grüner Energie zu versorgen. Ab 2027/28 möchte der Flughafen Hamburg - nach ordnungsgemäß zu durchlaufendem Genehmigungsverfahren - seine eigene regenerative Energie produzieren. Diese Maßnahme ist Teil des Projekts „Net Zero 2035“, das darauf abzielt, den CO2-Ausstoß des Flughafens durch technische Umstellungen und Energieeinsparungen bis 2035 schrittweise auf null zu reduzieren. Der Flughafen hat bereits heute den CO2-Ausstoß um über 80 Prozent gesenkt und setzt dabei auf innovative Technik und alternative Antriebe, wie Elektro- und Wasserstoffantriebe. Die [redacted] GmbH begrüßt die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein, insbesondere des Kapitels 4.5.1 zur Windenergie an Land. Diese Fortschreibung stellt nicht nur einen wichtigen Schritt zur Erreichung der national gesteckten Klimaziele und zur Förderung erneuerbarer Energien dar. Die [redacted] GmbH erhofft sich darüber hinaus, als Flächeneigentümerin im Kreis Segeberg, von der Fortschreibung weitere Sicherheit und Klarheit für die Umsetzung von eigenen Klimaprojekten im benannten Planungsraum. • Klarheit und Planungssicherheit: Der Landesentwicklungsplan legt die landesweit geltenden Ziele und Grundsätze für die Windenergienutzung an Land fest. Mit der Teilfortschreibung sollen die Ziele und Grundsätze der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 1.6.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Raumordnung hinsichtlich der raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung an Land neu festgelegt werden. Dadurch können die grundlegenden Rahmenbedingungen für die Festlegung von Windenergiegebieten modifiziert und klare Rahmenbedingungen für Investitionen und Planungen geschaffen werden. Dies wird die zügigere Umsetzung von allgemeinen, aber auch von flughafeneigenen Windenergieprojekten fördern und trägt zur Erreichung der Klimaziele bei. • Nachhaltige Energieversorgung: Durch die gezielte Förderung der Windenergie wird ein bedeutender Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung geleistet. Dies reduziert die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und unterstützt die Energiewende. Der Flughafen Hamburg möchte durch die Umsetzung eigener Windkraftprojekte im Kreis Segeberg so schnell wie möglich unabhängig von fossilen Brennstoffen werden. • Nachhaltige Entwicklung: Die Fortschreibung des Plans ermöglicht es, nachhaltige Projekte wie den Bau des flughafeneigenen Windparks voranzutreiben. Dies unterstützt die Klimaziele des Flughafens, der bis 2035 CO2-neutral werden möchte. • Umwelt- und Naturschutz: Die Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutzaspekten in der Planung gewährleistet, dass der Ausbau der Windenergie im Einklang mit ökologischen Zielen erfolgt. Dies ist entscheidend für die Akzeptanz der Projekte in der Bevölkerung. • Flächennutzung: Der Plan hilft dabei, die Nutzung von Flächen besser zu koordinieren und Konflikte zwischen verschiedenen Nutzungsarten zu minimieren. Dies ist wichtig für die [redacted] GmbH, die im Kreis Segeberg sowohl als Eigentümerin landwirtschaftlicher Nutzflächen, sowie auch naturschutzrelevanter Flächen, eigenem Klimawald, bereits heute durch Windkraft genutzten Flächen und eben auch als Wirtschaftsunternehmen fungiert. • Wirtschaftliche Vorteile: Der Ausbau der Windenergie schafft Arbeitsplätze und stärkt die regionale Wirtschaft. Dies ist besonders für ländliche Gebiete von großer Bedeutung. **Als einen inhaltlich konkreten Vorschlag zu den Inhalten der Teilfortschreitung**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bitten wir, die bei aktuellen Planungen zur Windkraft weiterhin zugrunde zu legende Rotor-Out-Planung aufzuheben und stattdessen die Rotor-In-Planung zu berücksichtigen. Dieser Vorschlag basiert auf den folgenden Überlegungen: 1. **Effizienzsteigerung: Die Rotor-In-Planung ermöglicht eine bessere Flächen- und Ressourcennutzung.** 2. **Flexibilität: Mit der Rotor-In-Planung kann schneller auf Veränderungen reagiert werden und Klimaziele effektiver erreicht werden.** Die [redacted] GmbH ist der Überzeugung, dass die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein einen wesentlichen Beitrag zur Förderung der Windenergie und zur Erreichung der Klimaziele leisten kann. Darüber hinaus sieht die [redacted]g GmbH in der Fortschreibung des Plans eine Chance, eigene Entwicklungsziele besser zu integrieren, schneller zu agieren und nachhaltige Projekte, wie den Bau des genannten Windparks, voranzutreiben. Dies passt gut zu den Klimazielen des Flughafens, der eine CO2-Neutralität bis 2035 anstrebt. Die [redacted] GmbH begrüßt daher als Flächeneigentümerin in Schleswig-Holstein (Regionalplanungsraum III) die Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021— Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) und unterstützt eine erfolgreiche Umsetzung.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2215	Ein wichtiges Ziel der Landesplanung ist es, räumliche Heterogenitäten zu bewahren, die Landschaft in ihrer Eigenart und Vielfalt zu erhalten und landschaftsschädigende Eingriffe zu vermeiden (wie es in der »Grünen Charta von der Mainau« 1961 heißt). Vor diesem Hintergrund sollte vermieden werden, Windkraft- und Photovoltaikanlagen flächendeckend über das Land so auszustreuen, dass kaum eine Gegend mehr davon unberührt ist und alle lokalen landschaftlichen Besonderheiten zu verschwinden drohen. Ziel muss es vielmehr sein, die großen Anlagen an geeigneten Orten mit gestalterischem Anspruch zu konzentrieren, etwa in der Nähe von Industrieanlagen, Infrastruktureinrichtungen oder Ballungszentren, um nicht den gesamten Landschaftsraum zu beanspruchen. Die für das gesamte 20. Jahrhundert maßgeblichen Prinzipien des Landschaftsschutzes aufzuheben und für irrelevant zu erklären, wie es die Ausweisung der Potenzialflächen unter anderem im Naturpark und	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf Ziffer 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsschutzgebiet Westensee vorsehen, ist ein Irrweg. Stattdessen sollten diese Prinzipien bei der Flächenbereitstellung für Windenergieanlagen respektiert werden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2214	Zu 4.5.1 Grundsätze und Zeiel der Raumordnung 2G: Übernahme von Vorranggebieten aus der vorherigen Regionalplanung: Die Bevorzugung der Übernahme von Vorranggebieten darf sich nur auf normale Vorranggebiete beziehen. Vorranggebiete für Repowering sollten nur übernommen werden, wenn diese bereits mit WEA bebaut sind. Unbebaute Vorranggebiete Repowering von 2020 dürfen keinesfalls übernommen werden. Da sie unbebaut sind, hat auch in der näheren Umgebung keine Entlastung durch Abbau von Altanlagen stattgefunden. Dieses war ja der eigentliche Zweck der Repoweringgebiete, zur Entlastung an anderer Stelle in der Region beizutragen. Da dieses nicht erfolgt ist, sind die unbebauten Gebiete ersatzlos zu streichen.	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Die Vorranggebiete der Regionalpläne 2020, darunter fallen auch die Vorranggebiete Repowering, und außerhalb dieser bestehende WEA sollen bevorzugt in die Regionalpläne als Vorranggebiete Windenergie übernommen werden, sofern sie den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung entsprechen. Aufgrund des Erfordernisses des weiteren Ausbaus der Windenergie soll der Entlastungsaspekt anders gewichtet werden. Außerhalb von Vorranggebieten befindliche Altanlagen werden, sofern sie nicht den Zielen der Raumordnung entsprechen, zukünftig entfallen, wodurch eine Entlastung der unmittelbaren Siedlungsbereiche einhergeht.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2213	Ich möchte, dass die Hauptachse des überregionalen Vogelzugs in der Raumordnung und den Raumzielen oberste Priorität behält und sozusagen unantastbar ist. Sie sollte ohne Unterbrechung durch WKAs erhalten bleiben, so wie es jetzt der Fall ist. Wir müssen den notwendigen Lebensraum der Vögel schützen, denn sie sind ein Teil der Natur, genau wie wir. Dazu gehört auch der Schutz ihrer natürlichen Migrationsroute, die von Fachleuten als einzigartig und von besonderer Bedeutung eingestuft wurde.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 4.16.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Gruppe ID: G2211 Anzahl: 2 (IDs: 2209, 2211)	Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport - Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Ausgedruckt am 09/09/2024, 23:27 Ihre Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, Sie haben in Ihrem Landesentwicklungsplans Schleswig-Holsteindie Fläche in 24852 Eggebek wieder mit rein genommen. Ich wiederspreche dagegen das diese Fläche zum	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausbau für Windkraft in ihrem Landesplan bestehen bleibt. 2019 haben Sie diese Fläche abgelehnt aus folgenden Gründen : Entscheidungskriterien Abwägungskriterien • Militärischer Schutzbereich -Richtfunktrasse • WICHTIGE Verbundachsen des Schutzgebietes und Biotopverbundsystem • Talräume an natürlichen Gewässern und HMBW Wasserkörpern. Gerade in der heutigen Zeit wo der Krieg nicht weit von uns entfernt ist, müssen wir den Militärischen Schutzbereich mit der Richtfunktrasse erhalten und schützen!! Desweiteren sollten wir WICHTIGE Verbundachsen des Schutzgebietes und Biotopverbundsystem schützen!!! Auch sollten natürliche Gewässer geschützt werden!! Hier sind unter anderem Seeadler, Milane, Bussarde,Fledermäuse, und viele andere Tiere zuhause, und auch die gilt es zu schützen! Beweise habe ich genug in Form von Fotos. Deswegen forder ich das Sie das Eggebekerland wieder aus ihrem Plan heraus nehmen! Danke! Freundliche Grüße [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2210	Sehr geehrte Damen und Herren, anbei erhalten Sie meine Stellungnahme in einer separaten PDF-Datei. Vorab vielen Dank für die Bearbeitung. Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] Erweiterung des Vorranggebietes Wind PR2_RDE_144 Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich für eine leichte Erweiterung des Vorranggebietes Wind PR2_RDE_144 rund um die nordöstliche Ecke des bereits bestehenden Vorranggebietes werben (siehe Markierung auf der Karte unten). In der vom Land S-H veröffentlichten Potenzialflächenkarte aus Juni 2024 sind die markierten Flächen bereits als Potenzialflächen ausgewiesen. Eine erste detaillierte Begutachtung der Umgebung hat ergeben, dass auf der markierten Fläche mit ausreichend Abstand zum Wald und zu den drum herum liegenden WEA eine zusätzliche WEK installiert werden könnte. Wir (ich spreche für die Landeigentümer) würden dieses Projekt gerne mit dem Projektierer [redacted] (Joint Venture aus den zur [redacted] gehörenden [redacted] und [redacted]) gemeinsam umsetzen und setzen daher darauf, dass die Erweiterung im ersten Entwurf des Regionalplans abgebildet wird. Die Eignung der Fläche ergibt sich aus meiner Sicht insbesondere aus folgenden Gründen: -Da es sich um eine Erweiterung eines bereits bestehenden Windparks handelt, kann die bestehende Infrastruktur genutzt werden. -Aus der Installation einer Reihe von WEA in dem Vorranggebiet lässt sich ableiten, dass keine relevanten Umwelt- oder Artenschutzrelevanten Kriterien vorliegen, welche gegen die Installation einer weiteren WEA sprechen. Bisher war die markierte Fläche „nur“ wegen des größer zu veranschlagenden Waldabstands nicht Bestandteil des Vorranggebietes. -Die Distanz bis zur nächsten Netzeinspeisestation ist gering (<2km) und ein Zugang ist offensichtlich noch verfügbar. -Das Thema Windkraft genießt nicht zuletzt durch die bestehenden Bürgerbeteiligungen in der Gemeinde Bendorf ein außerordentlich gutes Ansehen. Die Gemeinde hat sich daher auch klar für weitere mögliche Windparkprojekte ausgesprochen. Auch an diesem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Projekt soll die Gemeinde bzw. die Bürger partizipieren. -Die Wertschöpfung bliebe in der Gemeinde bzw. im Land S-H. Wir haben uns auch deswegen bewusst für einen regionalen Projektierer mit kommunalem Hintergrund entschieden. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2208	Meiner Meinung nach ist es ein Unding, dass die Abstände zwischen Windkraftflächen und Horsten geschützter Vögel und zu internationalen Vogelzugrouten einfach willkürlich verringert und „passend“ gemacht werden. Warum richtet man sich nicht konsequent an die vom Naturschutz vorgegebenen Abstände, die von wirklich kompetenten Personen erarbeitet wurden. Auch den Wegfall der höhenabhängigen Schutzabstände zwischen Wohnhäusern und Windkraftanlagen möchte ich kritisieren. Wir wohnen im 5h Abstand von 240 m hohen WKAs. Ich möchte kein bisschen näher dran wohnen. Schon jetzt ist ein ständiger Geräuschpegel zu hören. Außerdem werden es einfach zu viele Anlagen! Ich habe Angst um unser schönes Schleswig-Holstein. Es sollte lieber drastisch eingespart werden! Eine Sache möchte ich außerdem noch loswerden: Der §§45b gehört absolut nicht ins Bundesnaturschutzgesetz!!	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 4.16, 4.17, 4.20 und 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2207	Mein Name ist [redacted]. Ich bin Biolandwirt und Besitzer einer Fläche von ca. 4 ha im Bereich Hürup an der K90, die zur Zeit ausgewiesen ist als geeignete Potentialfläche für Windkraft. Ich habe mich in Hürup immer für erneuerbare Energien eingesetzt und war Gründungsmitglied des gemeinnützigen Klimaschutzverein [redacted] und auch der Genossenschaft [redacted], die sich für Nahwärme in Hürup einsetzt. Wir haben zusammen zahlreiche Klimaschutzprojekte in Hürup erfolgreich durchgeführt. Ich habe mich schon 2016 für einen Bürgerwindpark in Hürup eingesetzt, weil ich der festen Überzeugung bin, dass man eine weitgehende Akzeptanz eines Windpark nur mit einer angemessenen Beteiligung erreichen kann, wie es zahlreiche Windprojekte in Angeln und Nordfriesland zeigen. Dafür bin ich bereit auf erhebliche Pachteinnahmen zu verzichten und bin Mitgründer der Bürgerwindpark [redacted]. Dort bin ich im Beirat tätig. Wir haben unsere Bürger auf einer Informationsveranstaltung in	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unser Dörpshus eingeladen. Die Beteiligung war hervorragend, so dass der Saal mit 150 Leuten voll besetzt war. Die Stimmung war sehr gut und es war eine Veranstaltung, deren Besucher aus meiner Sicht überwiegend für einen Bürgerwindpark waren. Es kamen keine Argumente von der Gegenseite, obwohl der Moderator ausdrücklich auf die Gegenveranstaltungen in Husby hingewiesen hat. Persönlich nehme ich die Argumente der Gegenseite sehr ernst und versuche diese sachlich zu diskutieren. Von der Gegenseite wird sehr emotional argumentiert und es sind viele Ängste vorhanden. Alle Argumente lassen sich fachlich entkräften und fast alle Gegenargumente werden im Rahmen des Genehmigungsverfahren nochmals beachtet. Es sprechen aus meiner Sicht viel mehr Argumente für einen Bürgerwindpark in Hürup. Die Gemeinde Hürup hat in den letzten Jahren erhebliche finanzielle Schwierigkeiten gehabt. Wir haben eine Sporthalle, die keinem Schulverband angehört und der Gemeinde erhebliche Kosten verursacht. Ein Teil dieser Kosten könnte durch Gewerbesteuereinnahmen durch einen gut funktionierenden Bürgerwindpark erwirtschaftet werden. Die Bürger werden zukünftig im Bereich Abwasser zu erheblichen Mehrausgaben gezwungen. Eine Entlastung durch eine Bürgerbeteiligung in einem Windpark wäre sicher von Vorteil. Auch die vom Gesetzgeber eingeplante Abgabe von 0,2 ct pro eingespeist er Kilowattstunde führt zu einer Entlastung der Gemeinde Finanzen. Die Gemeinde selber plant einen 80 ha großen Solarpark. Realisierbar ist das wahrscheinlich nur, wenn alle Synergieeffekte hinsichtlich der Kabelverlegung oder Bau eines Umspannwerkes genutzt werden. Es gibt auch Synergieeffekte mit der Nahwärmegenossenschaft, die Groß Wärmepumpen in ihrem Wärmekonzept planen. Erste Gespräche haben schon statt gefunden. Ausserdem sollten wir gemeinsam eine größtmögliche Autarkie vor allem im Energiebereich anstreben, um Energieabhängigkeiten von ausländischen Anbietern zu minimieren und resilienter zu werden Ich werde mich für einen Bürgerwindpark in Hürup einsetzen, um unseren regionalen Beitrag zu den Klimaschutzzielen des Landes Schleswig-Holstein, der Bundesrepublik Deutschland und der EU zu leisten. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson	Stellungnahme gegen die Ausweisung neuer Windkraft-Potentialflächen im	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: 2206	Gemeindegebiet Weesby Sehr geehrte Damen und Herren, als Anwohner, die in unmittelbarer Nähe zu den geplanten Potentialflächen leben, möchten wir hiermit unsere Bedenken gegenüber der vorgesehenen Ausweisung weiterer Potentialflächen für Windkraftanlagen im Gemeindegebiet Weesby, insbesondere im Bereich Weesbyfeld, Weesbylund und im an die Gemeinde Bramstedtlund grenzenden Gebiet Amay, ausdrücken. Wir appellieren an die verantwortlichen Entscheidungsträger, die Planung dieser Flächen abzulehnen, da sie erheblichen negativen Einfluss auf das Wohnumfeld und die Lebensqualität der Anwohner hat. Wir erklären hiermit, dass wir gegen die Ausweisung neuer Windkraft-Potentialflächen im Gemeindegebiet Weesby sind. Ein zentrales Problem besteht in der Nähe der geplanten Flächen zum Ortskern von Weesby sowie zu den Häusern in Weesbyfeld an der Hauptstraße. Diese Nähe birgt erhebliche Risiken für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Anwohner. Die potentiellen Lärmemissionen durch Windkraftanlagen können nicht nur die Nachtruhe massiv beeinträchtigen, sondern auch zu dauerhaften gesundheitlichen Belastungen führen, wie Studien zu Schall und Infraschall belegen. Darüber hinaus führen die Windkraftanlagen zu einer erheblichen visuellen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Die Errichtung weiterer Anlagen würde das Erscheinungsbild unserer Region noch stärker verändern und sicher den ländlichen Charakter nachhaltig beschädigen. Besonders in Bezug auf Umzingelung und Riegelbildung in der Gemeinde Weesby sollte von den Potentialflächen im südlichen, südwestlichen und westlichen Bereich Abstand genommen werden. Nicht zuletzt ist der finanzielle Aspekt für uns Anwohner von großer Bedeutung. Der Bau von Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe würde mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Wertverlust der Immobilien führen. Dieser Punkt darf in der Abwägung der Vorteile und Nachteile solcher Großprojekte nicht außer Acht gelassen werden. Bereits im Januar 2019 wurde in einer Stellungnahme der Gemeinde Weesby die Entscheidung begrüßt, dass die Fläche PR1_SLF_005 im Bereich Weesbylund aus Vorsorge zur Umzingelung der Gemeinde Weesby im 2. Entwurf der Landesplanung keine Berücksichtigung mehr findet. Von daher gehen wir davon aus, dass an dieser Entscheidung weiterhin festgehalten wird. Vor allem auch, weil in der letzten	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie die Ziffern 7.2.11, 7.2.12, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.5, der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesverordnung über die Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I vom 30. Dezember 2020 die Gebiete SLF_002 und SLF_005 aufgrund der bereits hohen Belastung durch Windkraftanlagen sowie der Riegelbildung als Vorrangflächen abgelehnt wurden. Mit dieser Ablehnung soll verhindert werden, dass zusätzliche Belastungen durch neue Windkraftanlagen in bereits stark belastete Gebiete eingebracht werden. Die Gemeinde Weesby ist ein bereits sehr stark belastetes Gebiet mit 64 Windkraftanlagen im Umkreis von 5km um den Ortskern und der letzte freie Sektor zwischen Bramstedtlund und Holt würde mit Ausweisung als Potentialfläche und der Möglichkeit, ein Vorranggebiet zu werden, geschlossen werden. Wir bitte Sie daher, unsere berechtigten Bedenken in Ihren Entscheidungen zu berücksichtigen und die Planung der Potenzialflächen zu überdenken. Der Schutz der Lebensqualität der Anwohner sollte oberste Priorität haben. Im Namen der gesamten Familie [redacted],	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2205	B zu 2 Z Für den Bereich Groß Wisch (mindestens Hausnummer 1-9) in 25569 Bahrenfleth wird angezweifelt, dass bei Ostwindverhältnissen (Ost, Südost und Nordost) der Abstand von 400m zur Wohnbebauung ausreichend ist. Begründung: Bereits bestehende Anlagen kleiner als die Referenzanlagen im Entwurf, sind bei Ostwind sehr laut, obwohl diese ca. 1300m entfernt von der Wohnbebauung im Außenbereich stehen. Zum Vergleich: die Bahnanlage inklusive Schrankenläuten (!) und Zugverkehr ist bei Ostwind trotz 2km Entfernung deutlich zu hören! Ebenfalls sind die im Osten gelegenen Straßen von Hohenweg /Brokreihe 25569 Bahrenfleth und der L119 Krempe / Krempdorf insbesondere nachts deutlich zu hören, trotz 2 km Entfernung. Diese Geräusche treten zusätzlich zu den Schallimmissionen durch die 3 bereits existierenden Windräder auf!	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.5 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kumulative Schallimmissionen sollten eine Berücksichtigung finden. Ostwindverhältnisse treten hier meist mit mehr als 3 Tage Dauer am Stück auf. Für die weiteren Planungen wird empfohlen folgendes zu überprüfen und zu berücksichtgen: eine Überprüfung der Schallimmission durch die neue Windfläche bei 400 m Abstand, die Möglichkeit der Verpflichtung zur Abschaltung der Anlagen bei Ostwind und / oder eine Abstandserweiterung auf > 800m zur Bebauung. Im Bereich Borsflether Wisch in 25376 Borsfleth stehen bisher noch keine Anlagen. Jedoch sind aus den gegebenen geografischen Verhältnissen und der Nähe zueinander gleiche Bedenken anzubringen, wie für Groß Wisch in Bahrenfleth.	
Institution: Energie & Land Projektierungs GmbH, Keine Abteilung ID: 2204	Sehr geehrte Damen und Herren, Im Auftrag der Valenter [redacted] GmbH, [redacted] erhalten Sie die beigefügte Stellungnahme für die Teilfortschreibung des LEPs, Sachthema Wind. Die Möglichkeit zur Stellungnahme wird sehr begrüßt und die neue Bewertung der Kriterien im Rahmen der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (Fortschreibung 2021) ausdrücklich unterstützt. Diese Stellungnahme soll einen konstruktiven Beitrag zur Diskussion und zur Weiterentwicklung des Landesentwicklungsplans leisten. Im Folgenden sollen beigefügt einige Einzelkriterien näher beleuchtet und dazu Anregungen gegeben werden. Die Einwendungen zur „Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (LEP) – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024, sind dem angehängten Dokument zu entnehmen. Mit freundlichen Grüße, i.A. [redacted] Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 - Einwendung zur Teilfortschreibung - Sehr geehrter Damen und Herren, sehr geehrte Frau [redacted],	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 2.1.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Anwendung des 1.000 m Siedlungsabstandes bei der Vorranggebietsfestlegung erfolgt unter Abwägung des jeweiligen Einzelfalls. Weitere Hinweise beziehen sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes. Es wird hierzu auf die Ziffern 4.5.1 und 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Hinweise zum Umgang mit dem Kriterium Landschaftsschutzgebiet werden zur Kenntnis genommen. Die Einzelabwägung erfolgt auf Ebene der Regionalplanung. Im Hinblick auf die gewünschte Flächenausweisung wird die Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Möglichkeit zur Stellungnahme begrüßen wir sehr und möchten die Gelegenheit nutzen, die neue Bewertung der Kriterien im Rahmen der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (Fortschreibung 2021) ausdrücklich zu unterstützen. Diese Stellungnahme soll einen konstruktiven Beitrag zur Diskussion und zur Weiterentwicklung des Landesentwicklungsplans leisten. Im Folgenden möchten wir als Vorhabenträger und lokales Unternehmen, unter Bezugnahme auf die Gemeinde Westerborstel im Kreis Dithmarschen, unsere Einwendungen zur „Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (LEP) – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024, vorbringen. Der Ausbau der Windenergie ist von großem und öffentlichen Interesse für das Erreichen der Klimaschutzziele des Landes, und wir befürworten dieses Vorhaben in vollem Umfang. Aus unserer Sicht sind die Energiewende und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien unerlässlich und wegweisend für eine nachhaltige Zukunft. Der Ausbau der Windenergie sichert nicht nur die regionale Energieversorgung, sondern stärkt auch die wirtschaftliche Wertschöpfung im ländlichen Raum. Lokale Projekte können vor Ort die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten. Im vorliegenden Entwurf bieten die Ziele und Grundsätze der Raumordnung einen raum- und umweltverträglichen Rahmen für den zwingend erforderlichen Ausbau der Windenergie. Wir möchten zu den folgenden Punkten Stellung nehmen, die sich auf die Kapitel des Entwurfs sowie die darin enthaltenen Ziele und Grundsätze beziehen: 1. Siedlungsstruktur Abstandserfordernisse und Einzelabwägung bei Siedlungsentwicklungen (3 Z und 5 G) Förderung der lokalen Industrie durch Windenergieausbau (6 G) 2. Landschaftsschutzgebiete und Naturparke Landschaftsschutzgebiete (13 G) Forderung einer differenzierten teilräumlichen Flächenbetrachtung Windenergie in Landschaftsschutzgebieten naturverträglich zulassen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 3. Brutplätze windkraftsensibler Großvögel (17 G) Bundesvorgaben Differenzierung 4. Biotope Unterscheidung bei WEA-Flächenlage ‚in‘ und ‚an‘ geschützten Biotopflächen (5 Z) 1. Siedlungsstruktur Abstandserfordernisse und Einzelabwägung bei Siedlungsentwicklungen (3 Z) Im Rahmen des vorliegenden Entwurfs zum Landesentwicklungsplan möchten wir zu Kapitel 4.5.1.1 „Siedlungsstruktur“ Stellung nehmen, insbesondere zu den Abstandserfordernissen (3 Z) und den Umgebungsbereichen (5 G). Die Ausweisung von Flächen zur Siedlungsentwicklung durch Gemeinden, die nach dem Fortschritt der Planung von Windenergiegebieten erfolgt, soll sorgfältig geprüft werden sollte und nachträglich sein. Nicht immer zu rechtfertigen sind pauschal 1000 m Umgebungsschutzbereiche zu Siedlungsbereichen, die manchmal die unterschiedlichen Schutzanfordernisse dieser Siedlungsbereiche nicht der Ausweisung zugrunde legen. Ein Dorfgebiet mit seiner Immissionskulisse ist deutlich weniger schutzwürdig als ein reines Wohngebiet. Auch das BVerwG verlangt vom Plangeber einen einzelfallbezogenen Blick auf die örtlichen Verhältnisse, es sei zu prüfen, ,,ob auch kleinere Pufferzonen als Schutzabstand genügen“. In Konfliktfällen ist, wie im LEP unter B zu 5 (S. 30) festgelegt, stets im Einzelfall zu prüfen, ob ein Zielkonflikt zwischen der gemeindlichen Siedlungsplanung und der Festlegung eines Windenergiegebietes besteht. Dabei ist sorgfältig zwischen den Zielen der Siedlungsentwicklung und den Interessen der Windenergieausweisung abzuwägen. Aufgrund der aktuell überragenden Bedeutung der Ausweisung von Flächen für die Windenergienutzung sollte Letzterer im Zweifelsfall Vorrang vor neuen Ansiedlungen gegeben werden, insbesondere wenn diese sich noch in Vor- oder Frühstadien der Ausweisung befinden (lediglich die Berücksichtigung im SUK oder ein Aufstellungsbeschluss dürften nicht genügen). Das potenzielle Windeignungsgebiet ist so groß, dass die geplanten Abstandsan-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	forderungen problemlos eingehalten werden können. Die Anwendung der Rotorin-Planweise sorgt zusätzlich für ausreichenden Abstand. Die Vorgaben zur Einhaltung der Emissionen führen in der Regel zu noch größeren Abständen. Auch diese Aspekte sind Teil des Genehmigungsverfahrens und müssen dort geprüft werden und sollten nicht im Vorneherein zum Ausschluss führen. Nach wie vor steht ausreichend Potenzialfläche zur Verfügung. Förderung der lokalen Industrie durch Windenergieausbau (6 G) Mit den neuen, teils energieintensiven Industrieansiedlungen und der Notwendigkeit, die Wirtschaft zu dekarbonisieren, wird in der Region rund um Heide eine sehr stark wachsende Nachfrage nach grünem Strom einhergehen. Idealerweise sollte dieser Strom lokal produziert und zu günstigen Konditionen bereitgestellt werden. Auch die lokale Bevölkerung soll versorgt werden. Wir sprechen uns dafür aus, dass – wie im LEP geplant – eine Einzelfallbetrachtung darüber erfolgt, in welchem Umfang Windenergiegebiete in diesen Entwicklungsbereichen ausgewiesen werden können. Diese Abwägung sollte ebenfalls die regionale Wertschöpfung durch Windenergieprojekte berücksichtigen. Projekte, die aufgrund ihrer Lage ortsansässigen Unternehmen und der Bevölkerung über eine Direktanbindung lokal produzierten grünen Strom anbieten können, können – sowohl sofort als auch perspektivisch – maßgeblich zur Dekarbonisierung der lokalen Wirtschaft beitragen. Je näher eine Fläche an (künftigen) Verbrauchszentren gelegen ist, desto bedeutsamer ist die Ausweisung. Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 2. Landschaftsschutzgebiete und Naturparke Landschaftsschutzgebiete (13 G) Dort steht: „Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden.“ (S. 36)	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Einzelfallbetrachtung der teilräumlichen Flächen- Naturverträglichkeit Die Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ soll dazu beitragen, die Klimaschutzziele des Landes Schleswig-Holstein gemäß dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz zu erreichen, was sich auch auf die Behandlung des LSGs auswirkt. Die neue Gewichtung dieses Kriteriums möchten wir ausdrücklich befürworten. Gemäß § 26 Abs. 3 BNatSchG dürfen Windenergieanlagen auch in Landschaftsschutzgebieten errichtet werden, da das Land Schleswig-Holstein gemäß § 5 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes das Flächenziel noch nicht erreicht hat. Diese Vorgehensweise ist im ersten Entwurf der LEP-Teilfortschreibung verankert, da LSGs als Grundsatz der Raumordnung berücksichtigt werden und daraus folgend eine Abwägung zugunsten des Windenergieausbaus möglich ist. Es ist ausdrücklich festgelegt, dass Landschaftsschutzgebiete bei der Planung umfassend einbezogen werden sollen und Flächen für Windenergieprojekte dort ausgewiesen werden können. Diese Regelung unterstützen wir ausdrücklich. Im Landkreis Dithmarschen wurden große Flächen als Landschaftsschutzgebiete ruhend gestellt für die Windenergie. Es ist zu prüfen, ob und welchem Umfang in einem Landschaftsschutzgebiet weitere naturräumliche Belange betroffen sind, wie „ wertvoll“ das vorhandene Landschaftsbild ist, oder ob es keine weiteren Belange, die auf einer LSG-Fläche wirken, gibt. Nur besonders landschaftlich wertvolle Teilräume sollten weiterhin als Landschaftsschutzgebiete betrachtet und entsprechend von der Windenergieplanung berücksichtigt werden. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass andere Teilräume, die nicht besonders hochwertig und landschaftlich nicht wertvoll sind, für die Nutzung von Windenergie freigegeben werden können. Dies betrifft insbesondere Teilräume, die bereits entweder durch vorhandene oder geplante Infrastrukturen belastet sind und dadurch von geringerer naturräumlicher Qualität geprägt werden. Auch wenn keine weiteren Kriterien auf der Fläche vorzufinden sind, ist das Gebiet für den Ausbau der Erneuerbaren Energie zu öffnen. Zum Thema Landschaftsschutzgebiete ist weiterhin hervorzuheben, dass neben der teilräumlichen Analyse der Flächen auch die Schutzwürdigkeit sorgfältig bewertet werden sollte, bevor ein als Landschaftsschutzgebiet (LSG) ausgewiesenes Areal grundsätzlich von der Windenergienutzung ausgeschlossen wird. Es gibt durchaus Möglichkeiten für eine naturverträgliche Nutzung durch Windenergie. Es ist zu prüfen, welche Schutzzwecke gemäß § 26 Abs. 1 BNatSchG betroffen sind und in welchem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umfang. Hier können erhebliche Unterschiede bestehen, die die allgemeine Bewertung eines LSG beeinflussen können. Zudem sollte untersucht werden, welche quantitativen und qualitativen Vorbelastungen innerhalb eines LSGs vorhanden sind und wie stark diese auf die Fläche einwirken. Dies ermöglicht eine sinnvollere und nachhaltigere Nutzung der zur Verfügung stehenden Flächen. 3. Brutplätze windkraftsensibler Großvögel (17G) Wir sind der Auffassung, dass das Land auf die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes eingehen sollte bzw. sich auf die Anlage 1 des BNatschG und die darin enthaltenen Abstandskriterien beziehen sollte. Es sind klare Regelungen getroffen worden, in welchen Abstandsbereichen um kartierte Horste der Ausbau der Windenergie ausgeschlossen ist und welche Bereiche als Prüfbereiche anzulegen sind. Auch möchten wir darauf hinweisen, dass weiter unterschieden werden sollte bei der Festlegung von Tabuzonen um Horste von Großvögeln. Gerade durch Entwicklung und Einsatz neuer Techniken (ProTecBird) und Schaffung von Lenkungsflächen sollten bei bestandsreichen Arten, beispielsweise wie Storche und Rotmilan durch geeignete Maßnahmenkonzepte Artenschutzkonflikte Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 zu bewältigen sein. Die Großvögel können so erfolgreich geschützt werden. Der großräumige Ausschluss von Potenzialflächen um Horste sollte daher auf die Ebene der Einzelfallbetrachtung verlagert werden und nicht von vorneherein zum Ausschluss einer Fläche für Windstandorte führen. 4. Biotope Unterscheidung bei WEA-Flächenlage zwischen in Schutzbereichen und an geschützten Biotopbereichen (5 Z) Die Regelung in Kapitel 4.5.1.3. „Gebiets- und Artenschutz“ begrüßen wir ausdrücklich, da sie den Schutz wertvoller Biotope sichert: „In gesetzlich geschützten, flächenhaften, unmittelbar räumlich zusammenhängenden Biotopen mit einer Größe von insgesamt mindestens fünf Hektar sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen“ (S. 55). Allerdings sollte bei der Betrachtung beachtet werden, dass in der Nähe solcher Biotope berücksichtigt werden muss, dass Windparkplanungen nur angrenzend, aber nicht „in“ den Biotopen liegen. Dadurch bleibt eine langfristige Vernetzung von Schutzräumen und Verbundachsen gewährleistet. Dieser Ansatz fördert insgesamt eine ausgewogene Entwicklung, die sowohl den Natur- als auch den Klimaschutz angemessen berücksichtigt. Daher regen wir an, zu ergänzen und zur Klarstellung, dass geplante WEA-Standorte, die weder innerhalb von Schwerpunktbereichen noch in Verbindungskorridoren des Biotopverbunds liegen, keine Beeinträchtigungen oder mittelbaren Wirkungen auf die Biotope erwarten lassen. Kleinere geschützte Biotopbereiche können von der Planung durch Abstand in der Windparkfläche der Anlagen zu den kleinen Schutzbereichen wiederum Berücksichtigung finden. Zusammenfassung Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die aktuellen Abwägungskriterien die Ausweisung großer neuer Windvorrangflächen ermöglichen, auch in unserer Region, auf der Hohen Geest. Wir hoffen, dass unsere Anliegen und Vorschläge Berücksichtigung finden, um eine ausgewogene und zukunftsorientierte Planung sicherzustellen. In dem von uns überplanten Gebiet besteht die Möglichkeit, eine Potenzialfläche für den Windenergieausbau zu nutzen. Die bestehenden Kriterien sowie die Unterstützung in der Bevölkerung sprechen für die Ausweisung des Gebiets. Wir befürworten daher - die Verfahrensweise der Verankerung der Kriterien zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im Landesentwicklungsplan und - bitten um die Aufnahme des Gebiets in Westerborstel als Vorranggebietsfläche für Windenergie im zukünftigen Regionalplan Sachthema Wind. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] [redacted] Bitte beachten Sie Datenschutzrechtliche Belange bei der Veröffentlichung	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2203	Als Hüruper Bürger möchte ich die Chance nutzen zum Landesentwicklungsplan Stellung zu nehmen. Ich begrüße die bisher erfolgten bzw. geplanten Maßnahmen des Landes Schleswig-Holstein und des Bundes im Bereich der erneuerbaren Energien, um die Klimaziele für die Verbesserung der Lebensqualität auch für die zukünftigen Generationen zu erreichen. In der Gemeinde Hürup sind im Entwurf des Landesentwicklungsplanes mehrere Potenzialflächen für Windkraftanlagen ausgewiesen. Darunter eine Fläche östlich von Hürup an der Kreisstraße 90. Diese Fläche wurde bisher bereits im Regionalplan I näher betrachtet. Aufgrund des Kriteriums „Charakteristik des Landschaftsraumes“ wurde die Fläche allerdings als Windvorranggebiet ausgeschlossen. Im vorliegenden Entwurf des Landesentwicklungsplanes ist dieses Kriterium nicht enthalten. In der Stellungnahme des Kreises Schleswig Flensburg zum Landesentwicklungsplan – Fortschreibung 2021 – hat der Kreis Bedenken hinsichtlich eines Stadt- und Umlandbereiches zwischen Flensburg und einer Linie Glücksburg – Munkbrarup – Husby – Hürup – Freienwill. In der Abwägung zum 3. Entwurfes des Regionalplanes wird für die o.a. Windeignungsfläche eine nicht zwingende Unvereinbarkeit mit der Windkraftnutzung aufgeführt. Die Begründung der Abwägung ist für uns nachvollziehbar. Die Gemeinde Hürup ist in der Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan 2024 der Auffassung, dass der Ortsteil Kielsgaard keine Splittersiedlung ist. In Kielsgaard gibt es nur noch zwei landwirtschaftliche Betriebe, 2 kleine Handwerksbetriebe und wenige Wohnhäuser ehemaliger landwirtschaftlicher Betriebe Kielsgaard liegt abseits des Innenbereiches des Ortsteils Hürup. Sollte der Charakter der Splittersiedlung entfallen, wird die Windeignungsfläche erheblich kleiner und auch die Aufstellung von Windkraftanlagen eingeschränkt. Für diese Windeignungsfläche ist	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf Ziffern 7.1.1 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ein Bürgerwindpark mit einer umfangreichen Bürgerbeteiligung an allen Windkraftanlagen geplant. Durch die eventuelle Reduzierung der Windeignungsfläche könnten sich weniger Bürger an dem Windpark beteiligen und sich somit nicht aktiv an einer klimafreundlichen Energiegewinnung beteiligen. Mit diesen Ausführungen möchten ich mein Ja zur Nutzung von Windenergie in Hürup bekräftigen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2202	Ich nehme mit dieser Stellungnahme Bezug auf die Windpotentialfläche ***"PR3_DIT_309 für die Gemeinden Epenwöhrden und Hemmingstedt"***. Ich bin Landeigentümer im o.a. Plangebiet und Mitgesellschafter der Planungsgesellschaft „[redacted]“ und daher besonders durch die Festlegung eines Wiesenvogel-Brutgebietes im Bereich der Miele-Niederung betroffen. Es wurden durch die Planungsgesellschaft bereits umfangreiche Anstrengungen zur Planung von Windenergieanlagen in diesem Gebiet unternommen. Diese wären komplett hinfällig, da innerhalb der festgelegten Wiesenvogel-Brutgebiete die Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich ausgeschlossen werden soll. Die Planung durch die Gesellschaft sieht die Errichtung von Anlagen mit sehr hohen Nabenhöhen von 166 Meter vor. Der unterste Rotordurchgang würde somit bei über 80 Meter liegen und artenschutzrechtliche Konfliktrisiken deutlich minimieren. Die konkrete Abgrenzung des Wiesenvogel-Brutgebietes ist nicht nachvollziehbar. So gehört zum Beispiel das „Rüsdorfer Moor“ naturräumlich ebenfalls zur Miele-Niederung und weist einen entsprechend großen Bestand an Wiesenvögeln wie die o.a. Potentialfläche auf, wird jedoch nicht als Wiesenvogel-Brutgebiet festgesetzt. Die verwendete Flächenkulisse der Wiesenvogel-Brutgebiete weicht an vielen Stellen erheblich von der im "Wiesenvogelerlass" vom 25.03.2019 veröffentlichten Flächenkulisse ab, wie zum Beispiel auf Eiderstedt. Durch das Wiesenvogel-Brutgebiet in der Miele-Niederung verlaufen derzeit zwei Planungen von Hochspannungs-Gleichstrom-Kabeltrassen. Hierbei handelt es sich um die Trasse des "NordOstLink" zwischen Heide und Rogahn und des "Korridor B" zwischen Heide und Hamm. Das Leitungsbauvorhaben "NordOstLink" befindet sich bereits im Planfeststellungsverfahren. In den veröffentlichten Unterlagen finden sich auch Dokumente zur Raum- und Umweltverträglichkeit, die jedoch in keiner Weise auf das zu querende "Wiesenvogel-Brutgebiet" eingehen. Die auf Seite 77 bis 78 der	Die Errichtung von Windenergieanlagen wirkt sich durch die Veränderung des Lebensraums, durch den Scheucheffekt und durch ein hohes Kollisionsrisiko negativ auf Wiesenvögel aus. Schleswig-Holstein hat bundesweit eine herausragende Bedeutung für Wiesenvögel. Im besonderen Fokus stehen die Wiesenlimikolen Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer. Aufgrund der speziellen Habitatansprüche spielen Flächen mit noch vorhandenen Wiesenvogelvorkommen eine besondere Rolle beim Schutz der Arten. Innerhalb der Flächen, die grundsätzlich für Wiesenvögel geeignet sind, wird die Bedeutung einzelner Gebiete mit der Siedlungsdichte/Anzahl der Brutpaare der oben genannten Arten seit Mitte der 2000er Jahre im Rahmen eines Wiesenvogelmonitorings erfasst. Die Wiesenvogelkulisse wird im regelmäßigen Abstand anhand aktueller Daten überprüft und angepasst. Auf dieser Grundlage wird die Kulisse der Wiesenvogelbrutgebiete, differenziert nach pauschal ausgeschlossenen Bereichen und Bereichen, die der Abwägung unterliegen, erstellt. Die pauschal ausgeschlossenen Bereiche sind in der Anlage 2 (Karte) festgelegt. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planbegründung aufgezählten Arten Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer stehen alle nicht auf der Brutvogel-Liste der windkraftsensiblen Arten im Bundesnaturschutzgesetz. Es ist in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehbar, weshalb Schutzgebiete für diese Arten festlegt werden, die dann vor allem von Windenergieanlagen freizuhalten sind.	Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird bezogen auf den Flächenwunsch zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2201	Ich möchte mich kritisch äußern gegen die Pläne, innerhalb von Naturparks und Landschaftsschutzgebieten Windräder zu errichten. Ich lebe im Naturpark Westensee und bin dagegen, dass in diesem landschaftlich äußerst reizvollen Gebiet mit seiner wundervollen Natur und all den Greifvögeln wie Seeadler, Rotmilan und Rohrweihen sowie den Fledermäusen Windräder errichtet werden. Viele Schleswig-Holsteiner leben vom Tourismus und wir sind ein beliebtes Reiseziel. Unsere 6 Naturparks sind darüber hinaus bedeutsame Naherholungsgebiete. Wir dürfen das nicht alles zerstören durch Windräder, die noch dazu immer höher werden. Menschen brauchen Räume ohne Windräder, ohne Solarparks, weite offene Landschaften, wo man sich erholen kann. Naturparke stehen für den Erhalt der Natur und die Naherholungsmöglichkeiten durch den Menschen. Beides wird durch den Bau von Windrädern zerstört. Am Westensee leben wir Menschen überwiegend aus der Liebe zu der wunderschönen, eiszeitlich geprägten hügeligen Landschaft, mit all den Seen, Wäldern, Allen und Feldern. Mit all ihren vielen Bewohnern wie den Rotmilanen, Kranichen, Seeadlern und Uhus, den vielen Singschwänen in den Wintermonaten. All das ist für uns Lebensqualität. All das ist durch Windkraft stark gefährdet. Es ist der falsche Weg, immer mehr wunderschöne Landschaften für die Windkraft zu öffnen, zu opfern. Der Wert unserer Natur, unserer Landschaft, ist mehr wert als jedes Geld. Klimaschutz ist ohne Zweifel wichtig, dazu gehören auch Windräder. Aber nicht in Naturparks, nicht in Landschaftsschutzgebieten und auch nicht in der Nähe von Wäldern. Die Reduzierung auf nur noch 30 m zu Waldgebieten ist nicht tragbar ! Genauso wenig ist es akzeptabel, dass die Abstände zu den Brutplätzen von Greif- und Großvögeln reduziert werden sollen - obwohl die Windräder immer höher werden und	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15.1 und 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. .

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	damit Kollisionen immer wahrscheinlicher werden. Nebenbei bemerkt: Wenn wir Klimaschutz wirklich wollen würden, dann würde es neben des Ausbaus von Windkraft und PV-Anlagen wesentlich wirkungsvoller sein, z.B. Kreuzfahrtschiffe zu verbieten, den Flugverkehr deutlich einzudämmen (anstatt weiter zu fördern), Fleischkonsum drastisch zu reduzieren und den generellen Konsum auf ein angemessenes Niveau abzusenken). Da in diese Richtung fast gar nichts passiert, ist es wenig überzeugend anzunehmen, dass der Ausbau der Windenergie wirklich etwas mit Klimaschutz zu tun haben soll.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2200	Schon so viel wurde gesagt! Es ist einfach genug! Die schöne Landschaft habt ihr schon zerstört. Was wollt ihr Sesselpupser eigentlich noch? Jede weitere Windmühle ist eine zuviel!	Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2199	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchten wir zu Ihrem Entwurf Stellung nehmen. Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass bei den Planungen gar keine Rücksicht, auf Menschen /Anwohner genommen wird, die im direktem Umfeld von dem Bau neuer Windkraftanlagen betroffen sind. Neben der eigenen Lebens- und Wohnqualität findet auch eine enorme Wertminderung des Eigentums statt. Einzelne Menschen die ihr Land zu Verfügung stellen verdienen sehr sehr viel Geld. Wir, die Betroffenen sitzen im eigenen Garten/Haus und werden durch Lautstärke, Blinken, Anblick, etc. gestört. Auch über die Gemeindegrenze sollten Anwohner informiert werden, in unserem Fall sind wir direkt an zwei Gemeindegrenzen, die bebaut sind, bzw. noch weiter bebaut werden sollen, also direkt betroffen, werden aber überhaupt nicht informiert oder gar beteiligt. **Hier unser eigener konkreter Fall:** Hiermit legen wir Protest, beziehungsweise Widerspruch gegen den möglichen weiteren Aufbau von Windkraftanlagen in der Gemeinde Sörup/Bargfeld ein! (siehe Anhang Fläche PR1_SLF_025) Als Anwohner (siehe rote Makierung auf Kartenausschnitt) sind wir schon jetzt von Windkraftanlagen umgeben (Dollerup und Barg). Die dichteste Windkraftanlage steht	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.10., 7.2.11, 7.2.12, 7.3.2, 7.3.4, 7.3.5 und 7.3.6. der allgemeinen Synopse verwiesen. Eine Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt im Rahmen der gesetzlichen Regelungen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.20.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	jetzt nach dem Repowering in Dollerup nur noch 750m von unserem Haus entfernt! Jetzt haben wir gehört das die Idee bzw. auch schon der Plan besteht in Bargfeld (Fläche PR1_SLF_025) weitere Windkraftanlagen aufzubauen. Dies würde für uns bedeuten das jetzt direkt im Süden von unserem Hof in unmittelbarer Nähe weitere Windkraftanlagen stehen würden (siehe Anlage Kartenausschnitt). Dadurch das das Gelände im Süden höher liegt als unser Hof, würde eine 200 m Anlage noch dichter und höher wirken! Mit dem bisherigen Windkraftanlagen und dem Repowering in Dollerup mussten wir uns abfinden. Da wir zur Nachbargemeinde Steinbergkirche gehören, wurden und werden wir von den Betreibern weder informiert noch mit einbezogen, obwohl wir mit unserem Grundstück am nächsten dran liegen. Wir beobachten schon jetzt, dass der Rotmilan der hier in großer Anzahl im Sommer zu beobachten ist und scheinbar sein Brutgebiet in der Nähe hatte nun viel seltener ist! Auch die durchgehende nächtliche Lichtbelastung durch das ständige Blinken ist enorm. Als Familie mit drei Kindern ist es uns wichtig und auch bewusst das wir, mit erneuerbaren Energien arbeiten müssen um dem Klimawandel etwas entgegen zusetzten. Wir sind allerdings auch der Meinung das das Maximum an Windkraftanlagen was unsere Region vertragen kann (Natur, Artenvielfalt, Wohnqualität, Wertminderung unsere Immobilie, Lebensqualität, Tourismus) ausgereizt ist!!! Gerne laden wir Sie zu uns ein, um sich selbst ein Bild von unserem Standort aus zu machen! Wir würden uns über eine Stellungsnahme Ihrerseits freuen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2198	**Stellungnahme der Südermiele [redacted] zur Wiederaufnahme der PR3 DIT 309 bezugnehmend auf die Gemeinden Meldorf, Nindorf und Bargenstedt in die zukünftige Flächenkulisse** Sehr geehrte Damen und Herren, im Zuge der Planungen zur Wiederaufnahme der Fläche **PR3 DIT 309, der Gemeinden Meldorf, Nindorf und Bargenstedt**, möchte ich als Geschäftsführer, [redacted], für die zukünftige Windkraftnutzung wie folgt Stellung nehmen. **Bürgerbeteiligung:** Die Akzeptanz und das Engagement der Bürger sind entscheidende Faktoren für den Erfolg eines Windkraftprojekts. Wir werden den Dialog mit den Bürgern fördern und sicherstellen, dass deren Bedenken und Anregungen in den Planungsprozess einfließen. Dazu planen wir Informationsveranstaltungen und direkte Beteiligungsformate, die Transparenz und die Mitgestaltung durch die Bürger ermöglichen. Die Bürgerbeteiligung sehen wir in Form einer Genossenschaft oder eines Bürgerwindparks. **Einbindung der Landwirte und ökologische Maßnahmen:** Wir freuen uns zudem, dass örtliche Landwirte bereit sind, nicht nur Ausgleichsflächen zur Verfügung zu stellen, sondern auch aktiv an der Ausarbeitung ökologischer Maßnahmen mitzuwirken. Hierzu zählen der Schutz von Lebensräumen und andere Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität. Durch diese Initiative sollen die Auswirkungen der WIndkraftanlagen auf die Umwelt minimiert und gleichzeitig neue Lebensräume für Pflanzen und Tiere geschaffen werden. Die Bereitstellung von Ausgleichsflächen durch die Landwirte ist ein zentraler Bestandteil der Planungen, um den Eingriff in die Natur angemessen zu kompensieren. Diese Flächen tragen dazu bei, den naturschutzrechtlichen Ausgleich zu gewährleisten und das ökologische Gleichgewicht zu wahren. **Förderungsmöglichkeiten:** Zusätzlich möchten wir darauf hinweisen, dass für die Umsetzung des Projekts Fördergelder der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH)	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	zur Verfügung stehen. Diese Fördergelder unterstützen die Finanzierung nachhaltiger Energieprojekte wie das geplante Windkraftvorhaben. Wir beabsichtigen, diese Fördermittel zu nutzen, um das Projekt weiter zu verbessern und die Umsetzung effizient und zukunftsorientiert zu gestalten. Die Fördermöglichkeiten bieten zudem die Chance, den Ausbau erneuerbarer Energien in der Region weiter voranzutreiben und die lokale Wirtschaft zu stärken. Mit der Wiederaufnahme von **PR3 DIT 309 (Gebiet Meldorf, Nindorf u. Bargenstedt)** in die Flächenkulisse schaffen wir die Grundlage. für eine umweltfreundliche und wirtschaftlich sinnvolle Nutzung der Windkraft, die sowohl den Klimazielen als auch den Interessen der Bürger und Landwirte gerecht wird. Wir verpflichten uns, auch weiterhin eng mit den betroffenen Gemeinden, Bürgern, Landwirten und Behörden zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass das Projekt unter Berücksichtigung aller ökologisch und sozialen Aspekte erfolgreich umgesetzt wird. Mit freundlichen Grüssen [redacted]	
Institution: Cimbergy GmbH & Co. KG, Planung ID: 2166	Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten die Gelegenheit nutzen, um im Namen des Windparks [redacted] im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur aktuellen Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes Stellung zu nehmen. Wir haben diese Stellungnahme auf die wesentlichen und betroffenen Ziele und Grundsätze der Raumordnung beschränkt. Dem vorangestellt begrüßen wir die Ausweisung der Potentialflächen PR3_OHS_077 ausdrücklich und unterstützen eine erweiterte Ausweisung als Windenergiegebiet. Es handelt sich bei der Fläche PR3_OHS_077 um ein bestehendes und bebautes Windvorranggebiet im Sinne der Regionalpläne 2020 und 2012. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Anmerkungen und Vorschläge bei der Ausweisung der Windenergiegebiete berücksichtigen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Um die Energiewende an dieser Stelle auch weiterhin zu unterstützen und dem 3% Flächenziel Vorschub zu leisten, würden die genannten Akteure den Windpark gerne um die bisher nicht als Windenergiegebiet ausgewiesenen Potentialflächen erweitern, um dort weitere WEAs zu errichten. 2. Kriterienprüfung Ziele der Raumordnung: Die Ausweisung der Potentialfläche entspricht den veröffentlichten Zielen der Raumordnung. Eine detaillierte Prüfung und Stellungnahme werden wir im Zuge der Beteiligung zum ersten Regionalplanentwurf vornehmen. Grundsätze der Raumordnung: Es handelt sich um ein bebautes Windvorranggebiet, sodass nach unserer Lesart ein Siedlungsabstand von 800 m ohne erweiterten Umgebungsbereich anzuwenden ist. Die auszuweisende Fläche wird im nördlichsten Bereich durch einen Bachlauf gekreuzt, der als Nebenverbundachse des Biotopverbundsystems ausgewiesen ist. Einer eventuellen Schutzbedürftigkeit kann bei der Standortplanung der einzelnen Windenergieanlagen und ihrer Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz Rechnung getragen werden. Die Fläche wird ferner im östlichsten Bereich durch eine Hochspannungsfreileitung gekreuzt, für die dasselbe gilt. Die auszuweisende Fläche befindet sich in einem um den Bungsberg herum großflächig als Geotop ausgewiesenen Gebiet. Die Abgrenzung des Gebietes erfolgte anhand der Darstellung der 35 m-Höhenlinie der Topographischen Karte (TK 25). Der Bungsberg befindet sich in ca. 9 km Entfernung, sodass davon auszugehen ist, dass eine Schutzbedürftigkeit als Geotop an dieser Stelle nicht vorliegt. Ferner kann eine besondere touristische oder naturschutzfachliche Bedeutung der auszuweisenden Fläche nicht festgestellt werden. Am südlichen Rand der Fläche existieren einige Kompensationsflächen. Diese stehen für eine Bebauung mit WEA nicht zur Verfügung und sollten folgerichtig bei der Ausweisung des Windenergiegebietes nicht ausgewiesen werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Eine Ausweisung der westlichsten Potentialflächen auf der Rückseite des Gutes Einhaus erscheint uns aus unter Berücksichtigung der der dort befindlichen Hügelgräber und der Umfassung des Gutes als nicht sinnvoll. Im Ergebnis erscheint uns eine Ausweisung als Windenergiegebiet wie folgt als angemessen und wünschenswert: [siehe PDF] Vorschlag Windenergiegebiet in hellgelb, Windvorranggebiet 2020 in dunkelgelb Mit freundlichen Grüßen [redacted] Im Auftrage für die Betreibergesellschaften	
Institution: Cimbergy GmbH & Co. KG, Planung ID: 2171	Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten die Gelegenheit nutzen, um im Namen der [redacted] im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur aktuellen Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes Stellung zu nehmen. Wir begrüßen die Ausweisung der Potentialflächen PR3_SEG_047 ausdrücklich und unterstützen eine Ausweisung als Windenergiegebiet. Es handelt sich bei der Fläche PR3_SEG_047 um eine bestehende Potentialfläche im Sinne des Regionalplan 2020, die seinerzeit aufgrund eines 3 km-Abstandes zu einem Seeadlerhorst nicht als Windvorranggebiet ausgewiesen wurde, ansonsten aber weitgehend frei von Abwägungskriterien bzw. Grundsätzen der Raumordnung ist. Wir haben diese Stellungnahme auf die wesentlichen und betroffenen Ziele und Grundsätze der Raumordnung beschränkt. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Anmerkungen und Vorschläge bei der Ausweisung der Windenergiegebiete berücksichtigen. Die Planungen für dieses Gebiet erfolgen durch die Landeigentümer, Bürger und lokale Akteure der Windenergie. Um die Energiewende an dieser Stelle auch weiterhin zu	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	unterstützen und dem 3% Flächenziel Vorschub zu leisten, würden wir uns über eine Ausweisung als Windenergiegebiet freuen. 2. Kriterienprüfung Ziele der Raumordnung: Die Ausweisung der Potentialfläche entspricht den veröffentlichten Zielen der Raumordnung und scheint richtig zu sein. Eine detaillierte Prüfung und Stellungnahme werden wir im Zuge der Beteiligung zum ersten Regionalplanentwurf vornehmen. Grundsätze der Raumordnung: Es handelt sich um eine nicht bebaute Potentialfläche, sodass nach unserer Lesart ein Siedlungsabstand von 1000 m anzuwenden ist. Die auszuweisende Fläche wird durch eine Nebenverbundachse des Biotopverbundsystems gekreuzt. Einer eventuellen Schutzbedürftigkeit kann bei der Standortplanung der einzelnen Windenergieanlagen und ihrer Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz Rechnung getragen werden. Der östlichste Rand der Fläche befindet sich in einem Abstand von rund 1,5 km zu einem Seeadlerhorst und der südlichste Flächenrand in einem Abstand von rund 1,3 km zu einem Rotmilanhorst. Die Nahbereiche des Seeadlerhorstes und der zentrale Prüfbereich des Rotmilanhorstes wären also nicht betroffen. Aufgrund der geringen Betroffenheit erscheint uns eine vollständige Ausweisung als Windenergiegebiet wünschenswert, wenn es das Abwägungsverfahren zulässt. Auch bei einem Abschneiden am 2 km Radius zum Seeadlerhorst und am 1,5 km Abstand zum Rotmilanhorst, ergäbe sich eine noch rund 60 ha große Windenergiefläche, die bis auf das oben angeführte Biotopverbundsystem von Grundsätzen der Raumordnung nicht weiter berührt wird. Im Ergebnis erscheint uns eine Ausweisung als Windenergiegebiet wie folgt als angemessen und wünschenswert: [siehe PDF] Vorschlag Windenergiegebiet in gelb, 1000 m Siedlungsabstand in orange/rosa	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] Im Auftrage für die Betreibergesellschaften	
Institution: Cimbergy GmbH & Co. KG, Planung ID: 2176	Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten die Gelegenheit nutzen, um im Namen der [redacted] im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur aktuellen Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes Stellung zu nehmen. Wir begrüßen die Ausweisung der Potentialflächen PR3_SEG_080 ausdrücklich und unterstützen eine Ausweisung als Windenergiegebiet. Es handelt sich bei der Fläche PR3_OHS_080 teilweise um eine bestehende Potentialfläche im Sinne des Regionalplan 2020, die seinerzeit aufgrund der Unterschreitung der Mindestflächengröße nicht als Windvorranggebiet ausgewiesen wurde. Teile der Fläche befinden sich im Kreisgebiet Plön und wurden seinerzeit aufgrund der Lage in einem Landschaftsschutzgebiet nicht als Potentialfläche oder Windvorranggebiet ausgewiesen. Aufgrund des geänderten Umgangs mit Landschaftsschutzgebieten stehen diese Flächen nun zur Ausweisung zur Verfügung und die Gesamtfläche genügt den Anforderungen an die Mindestgröße. Die Planungen für dieses Gebiet erfolgen durch die Landeigentümer, Bürger und lokale Akteure der Windenergie. Um die Energiewende an dieser Stelle auch weiterhin zu unterstützen und dem 3% Flächenziel Vorschub zu leisten, würden wir uns über eine Ausweisung als Windenergiegebiet freuen. Ziele der Raumordnung: Die Ausweisung der Potentialfläche entspricht den veröffentlichten Zielen der Raumordnung. Leider wurde bei der Abgrenzung der umgebenden Ortschaften Kaköhl und Barensdorf zu große Abstände angewendet. Ob es sich bei Barensdorf um einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil handelt, ist insofern fraglich, als dass keine Innenbereichssatzung vorliegt und eine kein	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Geschlossenheitseindruck festgestellt werden kann. Es kann sich also allenfalls um eine planverfestigte Siedlungsflächenausweisung handeln, für den im Sinne des entsprechenden Grundsatzes des LEP-Entwurfes geprüft werden kann, ob für Ihn eine Schutzbedürftigkeit gemäß Ziel 1 des LEP Entwurfes angewendet werden sollte. Wir lehnen einen solchen Schutzanspruch aufgrund der Örtlichkeit und dem Vergleich mit anderen Splittersiedlungen im Außenbereich ab. Selbst wenn man der Annahme folgt, dass hier ein 800 m Schutzabstand zu wählen sei, kann dieser maximal ab der Abgrenzung der Darstellung im Flächennutzungsplan angesetzt werden. Tatsächlich ist er mehr als 100 m zu groß: [siehe PDF] Bei der Ortschaft Kaköhl handelt es sich zweifelsohne um einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil. Allerdings wurde auch hier bei der Bemessung des 800 m-Abstandes falsch abgegrenzt: [siehe PDF] selbst unter der bezweifelten Annahme der Siedlungeigenschaft von Barensdorf ergäbe sich damit folgende mögliche Potentialflächenausweisung: [siehe PDF] Potentialfläche Regionalplan 2020 (blau) und mögliche Potentialfläche (graue Schraffur) Grundsätze der Planung: Auch unter Anwendung eines 1000 m Abstandes zu Siedlungen weist die Fläche PR3_OHS_080 die geforderte Mindestgröße auf: [siehe PDF] Die auszuweisende Fläche wird durch die Wewerinbek gekreuzt, die an dieser Stelle zugleich Kreis- und Gemeindegrenze ist. Gleichzeitig ist die Wewerinbek in diesem Bereich als Nebenverbundachse des Biotopverbundsystems ausgewiesen. Einer eventuellen Schutzbedürftigkeit kann bei der Standortplanung der einzelnen Windenergieanlagen und ihrer Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz Rechnung getragen werden. Der Belang solle	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	weggewogen werden. Die auszuweisende Fläche befindet sich in einem um den Bungsberg herum großflächig als Geotop ausgewiesenen Gebiet. Die Abgrenzung des Gebietes erfolgte anhand der Darstellung der 35 m-Höhenlinie der Topographischen Karte (TK 25). Der Bungsberg befindet sich in 7 bis 9 km Entfernung. In der einstweiligen Sicherstellung als Landschaftsschutzgebiet „Bungsberg mit Umgebung“ wurden die damalige Potentialfläche jedoch bewusst nicht miterfasst, sodass davon auszugehen ist, dass eine Schutzbedürftigkeit als Geotop an dieser Stelle nicht vorliegt. Ferner kann eine besondere touristische oder naturschutzfachliche Bedeutung nicht festgestellt werden. Der Belang solle weggewogen werden. In der Nähe der Nähe der Angrenzenden Einzelbebauung Buschkate sind mehrere Hügelgräber verzeichnet. Diese sollten aus unserer Sicht genauso wie das Landschaftsschutzgebiet auf Seiten des Kreises Plön aktuell kein Hinderungsgrund für die Ausweisung als Windenergiegebiet darstellen und sich dem übergeordneten öffentlichen Interesse der Erzeugung Erneuerbarer Energie unterordnen sollte. Wir plädieren für eine Ausweisung wie dargestellt und würden uns freuen, wenn wir mit den auf den Flächen zu errichtenden WEA zukünftig einen Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung beitragen könnten! Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] Im Auftrage für die Betreibergesellschaft	
Institution: Cimbergy GmbH & Co. KG, Planung ID: 2177	Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten die Gelegenheit nutzen, um im Namen des [redacted] [redacted] im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur aktuellen Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes Stellung zu nehmen. Wir haben diese Stellungnahme auf die wesentlichen und betroffenen Ziele und Grundsätze der Raumordnung beschränkt. Dem vorangestellt begrüßen wir die Ausweisung der Potentialflächen PR3_OHS_054 ausdrücklich und unterstützen eine erweiterte Ausweisung als Windenergiegebiet.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Es handelt sich bei der Fläche PR3_OHS_054 um ein bestehendes und bebautes Windvorranggebiet im Sinne der Regionalpläne 2020 und 2012. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Anmerkungen und Vorschläge bei der Ausweisung der Windenergiegebiete berücksichtigen. Um die Energiewende an dieser Stelle auch weiterhin zu unterstützen und dem 3% Flächenziel Vorschub zu leisten, würden die genannten Akteure den Windpark gerne um die bisher nicht als Windenergiegebiet ausgewiesenen Potentialflächen erweitern, um dort weitere WEAs zu errichten. Ziele der Raumordnung: Die Ausweisung der Potentialfläche entspricht den veröffentlichten Zielen der Raumordnung. Eine detaillierte Prüfung und Stellungnahme werden wir im Zuge der Beteiligung zum ersten Regionalplanentwurf vornehmen. Grundsätze der Raumordnung: Es handelt sich um ein bebautes Windvorranggebiet, sodass ein Siedlungsabstand von 800 m ohne erweiterten Umgebungsbereich anzuwenden ist. Die auszuweisende Fläche wird durch einen Bachlauf gekreuzt, der als Nebenverbundachse des Biotopverbundsystems ausgewiesen ist. Einer eventuellen Schutzbedürftigkeit wurde bei der Standortplanung der einzelnen Windenergieanlagen und ihrer Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz Rechnung getragen. Mögliche Erweiterungen liegen weiter vom Biotopverbund entfernt. In der Abwägung sollte zugunsten eine vollständigen Ausweisung abgewogen werden. Die auszuweisende Fläche befindet sich in einem um den Bungsberg herum großflächig als Geotop ausgewiesenen Gebiet. Die Abgrenzung des Gebietes erfolgte anhand der Darstellung der 35 m-Höhenlinie der Topographischen Karte (TK 25). Der Bungsberg befindet sich in ca. 5 km Entfernung, sodass davon auszugehen ist, dass eine Schutzbedürftigkeit als Geotop an dieser Stelle nicht vorliegt. Ferner kann eine besondere touristische oder naturschutzfachliche Bedeutung der auszuweisenden Fläche nicht festgestellt werden. Die Fläche befindet sich außerdem am äußersten Rand eines Naturparks.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wir folgen für beide Grundsätze der Argumentation der Regionalplanausweisung 2020, dass die Ausweisung des Gebietes mit den Zielen des Naturparks vereinbar ist, und sehen dies auch für eine Erweiterung so. Im Ergebnis sollte also auch hier zugunsten einer vollständigen Ausweisung abgewogen werden. Auch die randliche Lage des Westlichen Flächenteils der Potentialfläche innerhalb eines Landschaftsschutzgebiets sollte für eine erweiterte Ausweisung als Windenergiegebiet kein Hinderungsgrund darstellen und sich ebenfalls dem übergeordneten öffentlichen Interesse der Erzeugung Erneuerbarer Energie unterordnen. Im Ergebnis erscheint uns eine Ausweisung als Windenergiegebiet (hellgelb) wie folgt als angemessen und wünschenswert (Windvorranggebiet 2020 dunkelgelb): [siehe PDF] Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] Im Auftrage für die Betreibergesellschaft	
Institution: Cimbergy GmbH & Co. KG, Planung ID: 2179	Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten die Gelegenheit nutzen, um im Namen der [redacted] [redacted] im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur aktuellen Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes Stellung zu nehmen. Wir begrüßen die Erweiterung der Potentialflächen PR3_OHS_093 auf das Gebiet der Windpark Klaustorf ausdrücklich und unterstützen eine vollständige Ausweisung des Gesamtgebietes als Windenergiegebiet. Es handelt sich bei der Fläche PR3_OHS_093 um ein bestehendes Windvorranggebiet im Sinne der Regionalpläne 2012 und 2020. Eine mögliche Ausweisung als Windenergiegebiet - das auch die Flächen des Windparks Klaustorf beinhaltet - würde an dieser Stelle den Zustand des Regionalplanes 2012 wieder herstellen und ein aus unserer Sicht bestehendes Manko der Regionalplanung 2020 beheben. Die Planungen für die nördliche Erweiterung des Gebiet PR3_OHS_093 erfolgen durch die Landeigentümer, Anwohner und lokale Akteure der Windenergie. Um die	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Energiewende an dieser Stelle auch weiterhin zu unterstützen und dem 3% Flächenziel Vorschub zu leisten, würden wir uns über eine vollständige Ausweisung als Windenergiegebiet freuen. **Ziele der Raumordnung:** Die Ausweisung der Potentialfläche entspricht in den veröffentlichten Zielen der Raumordnung. Leider wurde bei der Abgrenzung der östlich gelegenen Ortschaften Klaustorf ein Siedlungsabstand von 800 m angewendet. Ob es sich bei Klaustorf um einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil handelt, ist insofern fraglich, als dass keine Innenbereichssatzung vorliegt und kein Geschlossenheitseindruck festgestellt werden kann. Es kann sich also allenfalls um eine planverfestigte Siedlungsflächenausweisung handeln, für die im Sinne des entsprechenden Grundsatzes des LEP Entwurfes geprüft werden kann, ob eine Schutzwirkung gemäß Ziel 1 des LEP Entwurfes angewendet werden sollte. Wir lehnen einen solchen Schutzanspruch aufgrund der Örtlichkeit und dem Vergleich mit anderen Splittersiedlungen im Außenbereich ab. [siehe PDF] **Grundsätze der Raumordnung:** Der nördliche Flächenteil der Fläche PR3_OHS_093 wird durch eine Kreisstraße, eine Hochspannungsfreileitung sowie mehrere Knicks durchzogen, deren Schutzbedürftigkeit im Genehmigungsverfahren nach BImSchG der WEAs berücksichtigt werden kann und die zu keinen Ausschlüssen in der Gebietsausweisung zur Folge haben sollten. Folgt man unserer Einschätzungen zum Status von Klaustorf könnte ein Windenergiegebiet in diese Richtung noch über die ausgewiesene Potentialfläche hinaus ausgewiesen werden, andernfalls könnte sich die Abgrenzung des Windenergiegebietes an der Abgrenzung der Potentialfläche orientieren. Wir würden uns freuen, wenn wir mit den auf den Flächen zu errichtenden WEA zukünftig einen Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung beitragen könnten!	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted] Im Auftrage für die Betreibergesellschaft	
Institution: Cimbergy GmbH & Co. KG, Planung ID: 2185	Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten die Gelegenheit nutzen, um im Namen der Betreibergesellschaften der [redacted] im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur aktuellen Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes Stellung zu nehmen. Wir haben diese Stellungnahme auf die wesentlichen und betroffenen Ziele und Grundsätze der Raumordnung beschränkt. Dem vorangestellt begrüßen wir die Ausweisung der Potentialflächen PR3_OHS_082 ausdrücklich und unterstützen eine erweiterte Ausweisung als Windenergiegebiet. Es handelt sich bei der Fläche PR3_OHS_082 um ein bestehendes und bebautes Windvorranggebiet im Sinne der Regionalpläne 2020 und 2012. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Anmerkungen und Vorschläge bei der Ausweisung der Windenergiegebiete berücksichtigen. Um die Energiewende an dieser Stelle auch weiterhin zu unterstützen und dem 3% Flächenziel Vorschub zu leisten, würden die genannten Akteure den Windpark gerne um die bisher nicht als Windenergiegebiet ausgewiesenen Potentialflächen erweitern, um dort weitere WEAs zu errichten. Ziele der Raumordnung: Die Ausweisung der Potentialfläche entspricht den veröffentlichten Zielen der Raumordnung. Leider wurde die Potentialfläche aufgrund einer Platzrunde um den Flugplatz Grube gegenüber dem Windvorranggebiet 2020 beschnitten. Die Platzrunde wurde offensichtlich geändert und liegt nun über einem bestehenden Vorranggebiet. Wir halten die Ausweisung einer Platzrunde über einem bestehenden Vorranggebiet für nicht	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die Ziffern 7.1.1 sowie 4.1, 3.8 und 3.7 der allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zulässig und fordern eine Anpassung. Platzrund lila, Vorranggebiet 2020 gelb, Potentialfläche blau schraffiert [siehe PDF] Die Fläche wurde pauschal mit einem Abstand von 1000 m zu einem EUVogelschutzgebieten abgegrenzt. Eine solche Abgrenzung halten wir für nicht sachgerecht. Am Lensahner Berg würde hierbei eine (zwar kleinräumige) Beschneidung des vorhandenen Vorranggebietes erfolgen, zudem wird die Potentialfläche hierdurch verkleinert. Wir plädieren (wie in der Regionalplanfortschreibung 2020 erfolgt) für eine Anwendung des Abstandes zu EU-Vogelschutzkriterium als abzuwägendes Kriterium und damit als Grundsatz der Raumordnung. 1000 m Abstand zum EU-Vogelschutzgebiet orange, Vorranggebiet 2020 gelb, Potentialfläche blau schraffiert [siehe PDF] Grundsätze der Raumordnung: Es handelt sich um ein bebautes Windvorranggebiet, sodass ein Siedlungsabstand von 800 m ohne erweiterten Umgebungsbereich anzuwenden ist. Die Potentialfläche kann aus unserer Sicht ohne weitere Einschränkungen als Windenergiegebiet nahezu vollständig ausgewiesen werden. Neben der Landesstraße L59 im Süden, bestehen vereinzelt Uferrandstreifen, die als Ausgleichsflächen registriert sind – die Fläche besteht ansonsten aber aus weitgehend ausgeräumter Agrarlandschaft. Weitere Grundsätze der Raumordnung sind nur nordöstlich der Bundesstraße B 501 betroffen, sodass die Bundesstraße als Abgrenzung der Fläche herangezogen werden kann. Die weitere Fläche sollte komplett als Windenergiegebiet ausgewiesen werden und ermöglichen im Süden und im Nordosten jeweils eine Erweiterung des Windparks. Insbesondere im Hinblick auf die Vorbelastung und die vorhandene Infrastruktur erscheint uns diese Arrondierung wünschenswert und sinnvoll. Im Ergebnis erscheint uns eine Ausweisung als Windenergiegebiet wie folgt als angemessen und wünschenswert: Mögliches Windenergiegebiet (hellgelb) und Vorranggebiet 2020 (dunkelgelb) [siehe	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	PDF] Sollten Sie unserer Argumentation zum Abstand zu den EU-Vogelschutzgebieten nicht folgen können, würde zumindest die folgende Fläche verbleiben: Mögliches Windenergiegebiet (hellgelb) und Vorranggebiet 2020 (dunkelgelb) [siehe PDF] Mit freundlichen Grüßen [redacted] Im Auftrage für die Betreibergesellschaften	
Institution: Cimbergy GmbH & Co. KG, Planung ID: 2187	Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten die Gelegenheit nutzen, um im Namen des [redacted] im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur aktuellen Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes Stellung zu nehmen. Wir haben diese Stellungnahme auf die wesentlichen und betroffenen Ziele und Grundsätze der Raumordnung beschränkt. Dem vorangestellt begrüßen wir die Ausweisung der Potentialflächen PR2_PLO_025 ausdrücklich und unterstützen eine erweiterte Ausweisung als Windenergiegebiet. Es handelt sich bei der Fläche PR2_PLO_025 um ein bestehendes Windvorranggebiet im Sinne des Regionalplanes 2020. Es liegen zwei Genehmigungen nach BImSchG zur Errichtung von WEA in diesem Gebiet vor. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Anmerkungen und Vorschläge bei der Ausweisung der Windenergiegebiete berücksichtigen. Um die Energiewende an dieser Stelle auch weiterhin zu unterstützen und dem 3% Flächenziel Vorschub zu leisten, würden die genannten Akteure den Windpark gerne um die bisher nicht als Windenergiegebiet ausgewiesenen Potentialflächen erweitern, um	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dort weitere WEAs zu errichten. Ziele der Raumordnung: Die Ausweisung der Potentialfläche entspricht den veröffentlichten Zielen der Raumordnung. Eine detaillierte Prüfung und Stellungnahme werden wir im Zuge der Beteiligung zum ersten Regionalplanentwurf vornehmen. Grundsätze der Raumordnung: Für das Gebiet liegen die Genehmigungen G20/2022/092-93 vor. Es handelt sich nach unserer Auffassung also um ein Gebiet, dass einem bebauten Windvorranggebiet gleichzusetzen ist, sodass nach unserer Lesart ein Siedlungsabstand von 800 m ohne erweiterten Umgebungsbereich anzuwenden ist. Die Potentialfläche wird durch den Bachlauf des Mühlenbaches mit seinem ausgewiesenen Talraum gekreuzt, der abschnittsweise auch als Nebenverbundachse des Biotopverbundsystems ausgewiesen ist. Der Schutzbedürftigkeit wurde bei der Standortplanung der bereits genehmigten Windenergieanlagen und ihrer Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz Rechnung getragen – wie dies auch bei einer Erweiterung zu erfolgen hätte. Die Belange können bei der Flächenausweisung also ohne Berücksichtigung bleiben. Im südlichen Teil der Fläche wird ein Umgebungsbereich um geplante Siedlungsentwicklungen (G02a) dargestellt. Aus unserer Sicht handelt es sich hierbei um eine Fehldarstellung, da es sich bei dem abstandsbegründenden Bebauungsplan (B-Plan Nr. 46 der Gemeinde Schönkirchen) sowie der Darstellung im Flächennutzungsplan (8. Änderung der F-Planes der Gemeinde Schönkirchen) um ein Tiergehege handelt, das im hinteren maßgeblichen Flächenteil keine Gebäude zulässt. Im Ergebnis erscheint uns eine Ausweisung als Windenergiegebiet wie folgt als angemessen und wünschenswert: Mögliches Windenergiegebiet (hellgelb) und Vorranggebiet 2020 (dunkelgelb) mit genehmigten WEAs [siehe PDF] Sofern unserer Argumentation eines als bebaut geltenden Gebietes nicht gefolgt werden kann, würde zumindest eine Ausweisung wie folgt möglich sein:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mögliches Windenergiegebiet (hellgelb) und Vorranggebiet 2020 (dunkelgelb) mit genehmigten WEAs [siehe PDF] Mit freundlichen Grüßen [redacted] Im Auftrage für die Betreibergesellschaft	
Institution: Cimbergy GmbH & Co. KG, Planung ID: 2188	Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten die Gelegenheit nutzen, um im Namen der [redacted] im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur aktuellen Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes Stellung zu nehmen. Wir begrüßen insbesondere die Ausweisung des östlichen Flächenteils der Potentialflächen PR2_RDE_130 ausdrücklich und unterstützen eine Ausweisung als Windenergiegebiet. Es handelt sich bei der Fläche PR2_RDE_130 um eine bestehende Potentialfläche im Sinne des Regionalplans 2020, die seinerzeit aufgrund eines 3 km-Abstandes zu einem Seeadlerhorst nicht als Windvorranggebiet ausgewiesen wurde, ansonsten aber nur von wenigen Abwägungskriterien bzw. Grundsätzen der Raumordnung betroffen ist. Wir haben diese Stellungnahme auf die wesentlichen und betroffenen Ziele und Grundsätze der Raumordnung beschränkt. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Anmerkungen und Vorschläge bei der Ausweisung der Windenergiegebiete berücksichtigen. Die Planungen für dieses Gebiet erfolgen durch die Landeigentümer, Bürger und lokale Akteure der Windenergie. Um die Energiewende an dieser Stelle auch weiterhin zu unterstützen und dem 3% Flächenziel Vorschub zu leisten, würden wir uns über eine Ausweisung als Windenergiegebiet freuen. Ziele der Raumordnung: Die Ausweisung der Potentialfläche entspricht den veröffentlichten Zielen der Raumordnung und scheint richtig zu sein. Eine detaillierte Prüfung und Stellungnahme	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden wir im Zuge der Beteiligung zum ersten Regionalplanentwurf vornehmen. Grundsätze der Raumordnung: Es handelt sich um eine nicht bebaute Potentialfläche, sodass nach unserer Lesart ein Siedlungsabstand von 1000 m anzuwenden ist. Die auszuweisende Fläche wird durch eine Nebenverbundachse des Biotopverbundsystems gekreuzt. Einer eventuellen Schutzbedürftigkeit kann bei der Standortplanung der einzelnen Windenergieanlagen und ihrer Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz Rechnung getragen werden, sodass eine Berücksichtigung auf Regionalplanebene nicht erfolgen sollte. Der nordöstlichste Zipfel der Fläche befindet sich in einem Abstand von rund 1,7 km zu einem Seeadlerhorst. Der zentrale Prüfbereich des Seeadlerhorstes wäre also nur 300 m betroffen, der Nahbereich 1,2 km weit von der Fläche entfernt. Aufgrund der geringen Betroffenheit erscheint uns eine vollständige Ausweisung als Windenergiegebiet wünschenswert, wenn es das Abwägungsverfahren zulässt. Auch bei einem Abschneiden am 2km Radius zum Seeadlerhorst ergäbe sich eine noch rund 90 ha große Windenergiefläche. Die Fläche wird im östlichen Bereich durch eine Ausweisung eines Regionalen Grünzuges überlagert, die aus unserer Sicht an dieser Stelle nicht nachzuvollziehen ist. Der Grünzug beschreibt ansonsten den Küstenstreifen des Dänischen Wohld, vom Ausgang der Kieler Förde bis tief in die Eckernförder Bucht und umfasst die dort vorhandenen Steilküsten, Wälder und halboffenen Agrarlandschaften. Eine Ausweitung des Grünzuges südlich der Bundesstraße 76 auf den weiträumigen Agrarlandschaften des Gutes Rothenstein, in einem Bereich, der auch noch durch eine Bahntrasse gequert wird, entbehrt aus unserer Sicht einer fachlichen Grundlage. Die im LEP-Entwurf angegebenen Schutzziele der Regionalen Grünzüge treffen auf diese Flächen jedenfalls nicht zu und können durch eine Ausweisung eines Windenergiegebietes folglich nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Der westliche Teil der Fläche wird durch ein Landschaftsschutzgebiet überlagert und ist kleinräumig durch Belange des Denkmalschutzes betroffen. Im Ergebnis erscheint uns eine Ausweisung als Windenergiegebiet wie folgt als angemessen und wünschenswert:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[siehe PDF] Sollte eine vollständige Ausweisung für nicht vertretbar gehalten werden, sehen wir als Vorhabensträger des östlichen Flächenteils diesen als geeigneter an, da hier aus unserer Sicht keine Belange betroffen sind. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Im Auftrage für die Betreibergesellschaft	
Institution: Cimbergy GmbH & Co. KG, Planung ID: 2189	Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten die Gelegenheit nutzen, um im Namen des Windparks [redacted] im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur aktuellen Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes Stellung zu nehmen. Wir haben diese Stellungnahme auf die wesentlichen und betroffenen Ziele und Grundsätze der Raumordnung beschränkt. Dem vorangestellt begrüßen wir die Ausweisung der Potentialflächen PR2_RDE_110 ausdrücklich und unterstützen eine erweiterte Ausweisung als Windenergiegebiet. Es handelt sich bei der Fläche PR2_RDE_110 um ein bestehendes Windvorranggebiet im Sinne des Regionalplanes 2020. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Anmerkungen und Vorschläge bei der Ausweisung der Windenergiegebiete berücksichtigen. Um die Energiewende an dieser Stelle auch weiterhin zu unterstützen und dem 3% Flächenziel Vorschub zu leisten, würden die genannten Akteure den Windpark gerne um die bisher nicht als Windenergiegebiet ausgewiesenen Potentialflächen größer überplanen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Ziele der Raumordnung: Die Ausweisung der Potentialfläche entspricht den veröffentlichten Zielen der Raumordnung. Der Ausweisung liegt eine angestrebte Entwidmung eines Wohngebäudes auf dem Annenhof zugrunde. Das Vorgehen wurde zwischen Vorhabenträger und der Landesplanung abgestimmt und wird entsprechend den Vorgaben weiter fortgeführt. Eine detaillierte Prüfung und Stellungnahme werden wir im Zuge der Beteiligung zum ersten Regionalplanentwurf vornehmen. Grundsätze der Raumordnung: Es handelt sich um ein unbebautes Windvorranggebiet, sodass nach unserer Lesart ein Siedlungsabstand von 1000 m anzuwenden ist. Die auszuweisende Fläche wird im nördlichen Bereich durch eine Nebenverbundachse des Biotopverbundsystems gekreuzt. Einer eventuellen Schutzbedürftigkeit kann bei der Standortplanung der einzelnen Windenergieanlagen und ihrer Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz Rechnung getragen werden. Die Fläche befindet sich innerhalb des An- und Abflugbereiches des Flugplatzes KielHoltenau. Der Vorhabenträger befindet sich in Abstimmung mit dem Flughafenbetreiber. Durch eine am Flugplatz vorgenommene Änderung der Anflugverfahrens ist gemäß den gültigen Vorgaben keine relevante Einschränkung der Bauhöhen der WEAs im Gebiet mehr zu befürchten. Die östlichen Flächen befinden sich außerdem in einem Gebiet, dass für den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanales als Abraumhalde vorgesehen ist. Eine Abstimmung zwischen Vorhabenträger, Landesplanung und WSA hierzu erfolgte bereits im Zuge des Regionalplanverfahrens 2020 und soll hier lediglich der Vollständigkeit halber erwähnt werden. Im Ergebnis erscheint uns eine Ausweisung als Windenergiegebiet wie folgt als richtig und wünschenswert: Mögliches Windenergiegebiet (hellgelb) und Vorranggebiet 2020 (dunkelgelb) [siehe	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	PDF] Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] Im Auftrage für die Betreibergesellschaft	
Institution: Cimbergy GmbH & Co. KG, Planung ID: 2196	Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten die Gelegenheit nutzen, um im Namen des Windparks [redacted] im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur aktuellen Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes Stellung zu nehmen. Wir haben diese Stellungnahme auf die wesentlichen und betroffenen Ziele und Grundsätze der Raumordnung beschränkt. Dem vorangestellt begrüßen wir die Ausweisung der Potentialflächen PR3_OHS_020 ausdrücklich und unterstützen eine erweiterte Ausweisung als Windenergiegebiet. Es handelt sich bei der Fläche PR3_OHS_020 um ein bestehendes Windvorranggebiet im Sinne des Regionalplanes 2020. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Anmerkungen und Vorschläge bei der Ausweisung der Windenergiegebiete berücksichtigen. Um die Energiewende an dieser Stelle auch weiterhin zu unterstützen und dem 3% Flächenziel Vorschub zu leisten, würden die genannten Akteure den Windpark gerne um die bisher nicht als Windenergiegebiet ausgewiesenen Potentialflächen größer überplanen. Ziele und Grundsätze der Raumordnung: Die Ausweisung der Potentialfläche entspricht den veröffentlichten Zielen der Raumordnung. Maßgeblich für die Ausweisung der Fläche PR3_OHS_020 sind die verschiedenen im Umfeld vorhandenen und geplanten Infrastrukturmaßnahmen. Die Fläche liegt östlich der Autobahn und westlich der vorhandenen Bahntrasse. Die bestehende 110 kV-Freileitung schneidet das Gebiet.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die vorgesehenen Planungen der festen Fehmarnbelt-Hinterlandanbindung der Bahn, sowie die geplante 380 kV Freileitung der Tennet werden sich in unmittelbarer Nähe des bestehenden Vorranggebietes und in Teilen in der aktuellen Potentialfläche vollziehen. Der Vorhabenträger steht deshalb mit der Bahn und der Tennet im Austausch. Die Planungen der Tennet schneiden das bestehende Vorranggebiet nicht und könnten bei einer weitergehenden Ausweisung der Fläche Richtung Osten durch den Vorhabenträger der Windenergieplanung im Genehmigungsverfahren nach BImSchG berücksichtigt werden. Sollte von der Bahn der bisherige Trassenverlauf zwischen Windvorranggebiet und Autobahn in den Planfeststellungsprozess gegeben werden, kann das Vorranggebiet wie bestehend als Windenergiegebiet übernommen werden bzw. östlich erweitert werden. Bei einer Realisierung der Ruppersdorfer Umfahrung östlich des bestehenden Vorranggebietes ist dessen Integrität zu wahren. Ein Scheiden des bestehenden Vorranggebietes ist nach den uns vorliegenden Rechtsauffassungen nicht zulässig und müsste von der Landesplanung zurückgewiesen werden. Der Vorhabenträger der Windenergieplanung ist an einer einvernehmlichen Lösung und einer ungehinderten Realisierung aller in der Region dringend benötigten Infrastrukturmaßnahmen sowie dem zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien interessiert. Hierfür bedarf es einer Festlegung der Bahn auf eine Trassenvariante und einer Anpassung des Windenergiegebietes an diese Planung. Hilfsweise halten wir eine vollständige Ausweisung der Potentialfläche mit einem landesplanerischen Hinweis auf eine Nutzung einer der beiden Trassenalternativen innerhalb des Gebietes für möglich: Mögliches Windenergiegebiet (hellgelb) und Vorranggebiet 2020 (dunkelgelb) [siehe PDF] Mit freundlichen Grüßen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] Im Auftrage für die Betreibergesellschaft	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2197	Ich war und bin es an und für sich immer noch eine Befürworterin für erneuerbare Energien, doch wie immer macht die Dosis das Gift und langsam erreicht der Ausbau der Windernergie in Dithmarschen ein Maß, das den Wert der Landschaft für Einwohner aber auch Touristen einschränkt. Das politisch geforderte Soll ist erreicht und trotzdem wird weiter Gold geschürft und einzelne Landbesitzer und große Investoren bereichern sich ohne, dass die Anwohner oder Gemeinden Einfluss auf die Planung nehmen könnten und die Schönheit der Dithmarscher Geest Schaden nimmt. Meiner Meinung nach, wird gerade wirtschaftlich sehr einseitig geschaut, denn wenn wir uns die Landschaft, die von Touristen beliebt ist (man siehe die steigenden Zahlen) mit Windparks industrialisieren, wird scheinbar ein Wirtschaftszweig gestärkt, aber ein anderer in dem deutlich mehr Arbeitsplätze und vor allem Steuern, die im Landkreis bleiben generiert werden, geschwächt. Es bleiben nur wenig Einnahmen der Windparkinvestoren im Land und es sind kaum langfristige Arbeitsplätze. Abgesehen davon, dass schon jetzt der überflüssiger Strom, der nicht abgenommen werden kann, vergütet werden muss. Aus diesen Gründen plädiere ich sehr dafür, den Ausbau der Windenergie in Dithmarschen gut zu überdenken und sich für den Erhalt der Landschaft und damit den Wert für den Tourismus zu entscheiden und nicht die wenigen großen Investoren und wenigen Profiteure des momentan so stark subventionierten Ausbaus der Erneuerbaren Energien über das nötige Maß hinweg zu fördern.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.10 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2194	Meines Kenntnisstandes hat das Bundesland Schleswig-Holstein als auch insbesondere der Landkreis Dithmarschen die Ziele zum Ausbau der Erneuerbaren Energien schon übertroffen. Einen weiteren Ausbau der Windenergie an Land und damit eine weitere Verdichtung der Windkraftanlagen insbesondere in der Geest lehnen wir hier in Großenrade entschieden ab! Unserer Auffassung nach werden mit einer weiteren Verdichtung die Wirtschaftspotential	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.10 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen. Darüber hinaus beinhaltet sie Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	im Bereich Tourismus stark beeinträchtigt. Der Bereich nördlich des Nord-Ostsee-Kanals entlang des Helmschen Bachs, angrenzend an das Klev von St. Michaelisdonn bis Burg, ist sowohl für Touristen wie von Zug- und Wildvögeln, stark frequentiert und bietet eine ruhige, für Individualtouristen Aternative zu den Touristen-Hotspots an der Küste. Ein weiterer Eingriff würde die Alleinstellungsmerkmale dieses Gebiets massiv beeinträchtigen und für diverse Arbeitgeber zu Umsatzeinbußen führen. Ein Ausbau der Windenergie in diesem Gebiet stellt für uns einen unverhältnismäßig großen Eingriff in die Region dar und soll deshalb von weiteren Ausbauten der Windkraft verschont bleiben.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2193	Sehr geehrte Damen und Herren, nachstehend möchte ich als Privatperson und zugleich als Geschäftsführer der [redacted] eine Stellungnahme zur „*Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024“* abgeben: Im Zuge der Durchsicht, der mir über die BOB-SH-Plattform“ zugänglichen Dokumente bzw. des Entwurfes der Landesverordnung (samt der Anlagen 1 bis 3 zu dieser Verordnung) empfinde ich die Vorgehensweise der Landesplanung bzw. Landesregierung zur geordneten Steuerung des Ausbaus der Windenergie in SH bzw. der Konzentrationsplanung als schlüssig und nachvollziehbar. Der einleitende Absatz des Punktes 1.2 der Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO – Umweltbericht fasst meine Auffassung der gewählten Ziele und Grundsätze der Raumordnung gut zusammen und setzt auf den vorstehenden Absatz in gewisser Weise auf. • In eigenen Worten wiedergegeben, tragen die im „LEP Windenergie“ festgelegten Ziele und Grundsätze der Raumordnung zum einen der besonderen wirtschaftlichen Bedeutung des Ausbaus der Windenergie an Land Rechnung, aber richten zum anderen die Planung auch auf eine raum- und umweltverträgliche Steuerung des Windenergieausbaus aus.	Die eingereichte Stellungnahme wird hinsichtlich der Zustimmung zu den Regelungen des LEP Windenegie zur Kenntnis genommen. Sie beinhaltet darüber hinaus Hinweise / Argumente, die sich auf verschiedene Kapitel des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird auch hier zur Kenntnis genommen und führt nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die folgenden Ziffern der allgemeinen Synopse verwiesen: 2.3.1, 3.17.1, 4.5.1, 4.19.1 und 5.7.3. Abschließend sei darauf hingewiesen, dass eine pauschale Erhöhung der Siedlungsabstände auf 1.000 Meter auch deswegen nicht in Betracht kommt, da ansonsten eine erhebliche Anzahl bestehender WEA auf den Bestandschutz reduziert würde und die bestehende Infrastruktur wie Leitungsnetze oder Zuwegungen keiner weiteren Nutzung mehr unterliegen würden. Hier wird das Interesse an der weiteren Nutzung der Infrastruktur höher gewichtet. Daher kann mit einem Grundsatz die jeweils spezifische Situation angemessen berücksichtigt werden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bundesvorgaben spiegeln sich grundsätzlich in vielen gewählten Zielen und Grundsätzen der Raumordnung wieder, die letztendlich als Vorgaben für die Ausweisung von Windvorranggebieten in den Teilplänen der Regionalpläne dienen, und gelangen überwiegend zur Anwendung. Nachfolgend wäre es gewiss möglich gewesen eine vollständige Kommentierung eines jeden einzelnen Ziels als auch Grundsatzes der Raumordnung zu vollziehen oder umfangreich zur Wichtigkeit des Ausbaus der Windenergie als auch der Erneuerbaren Energien vorzutragen, was aber nicht der Sinn hinter der hier geschaffenen Beteiligungsmöglichkeit für Bürger und Bürgerinnen ist bzw. sein kann. Der Fokus wird, um die Berücksichtigung bzw. die Auswertung der Stellungnahme zu beschleunigen, bloß auf zu überprüfende Ziele und Grundsätze der Raumordnung seitens des Landesplanung/Landesregierung gelegt. ***Dementsprechend bin ich bzw. ist die [redacted] mit dem Entwurf der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) bis auf nachstehende Kriterien bzw. gewählten Ziele und Grundsätze der Raumordnung, aufgeführt in den Entwürfen der Anlagen 1 bis 3 zu §1 LEPWindVO, einverstanden***: <u>Ziel der Raumordnung (Herabstufung zum Grundsatz):</u> Entgegen der Haltung der Landesregierung bzw. entgegen der derzeit in der Verordnung seitens der Planverfasserin vorgesehen Ausschlussbereiche für den Ausbau der Windenergie, sollten nachstehende Bereiche bzw. nachstehende Landesflächenanteile dem Ausbau bereitgestellt werden. Die Betrachtung erfolgt allen voran aus dem Blickwinkel „duale Nutzungen zu ermöglichen“ *(u.a. z.B. Kiesabbau + Errichtung von Windenergieanlagen),* dementsprechend die sich zuspitzende Flächenknappheit zu unterbinden bzw. dieser entgegenzuwirken und bereits vorbelastete Bereiche, durch nahegelegene bereits vorhandene Windparkstrukturen, 380 kV- / 110-kV-Freileitungen oder aber anlaufender Netzausbauprojekte im Nahbereich vorrangig für den Ausbau der Windenergie zu nutzen: a) Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (4.5.1.4 Boden und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Wasser – 5 Z) • Grundsätzlich wird begrüßt, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bzw. die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Gebieten, in denen der Abbau der Rohstoffe abgeschlossen ist, ermöglicht wird. In diesem Punkt wäre es jedoch denkbar noch einen Schritt weiterzugehen, da auch bei der Herabsetzung des Ziels auf die Ebene des Grundsatzes noch der Steuerungsmechanismus duch die Landesplanung in den Händen gehalten wird im Zuge einer Einzelfallentscheidung. <u>Grundsätze der Raumordnung (Anhebung zum Ziel):</u> Nachfolgende Gedanken mit der Bitte um Überprüfung des Grundsatzes und Anhebung zum Ziel der Raumordnung resultieren aus dem Blickwinkel „Akzeptanz des Ausbaus der Windenergie in der Bevölkerung“ bzw. „Steuerung des Ausbaus der Windenergie“. Die sich aus den im Entwurf der Landesverordnung definierten Zielen und Grundsätzen ergebende Windpotentialfläche (rund 7,2%), die zwar nicht Bestandteil der Öffentlichkeitsbeteiligung ist aber dennoch Wirkung entfaltet hat, ist für etliche Bürger/-innen schwer zu bewerten, da Sie sich die letztendlichen Flächenzuschnitte der einzelnen Windgebiete bzw. der voraussichtlichen Windvorranggebiete nur schwer ausmalen können. Sprich, anders gesagt, ist die „Windpotentialflächenkarte“ für viele Bürger/-innen relativ „erdrückend gewesen“, sodass die mögliche Windpotentialfläche durch die Anhebung nachstehender Grundsätze zum Ziel der Raumordnung bereits minimiert werden könnte: i.) Biotopschwerpunktbereiche (4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz – G) - diese sollten für den Ausbau der Windenergie kategorisch ausgeschlossen werden. • Vorstehender Schritt muss jedoch mit einer Überprüfung der derzeitigen als Biotopschwerpunktbereich festgelegten Flächenteile in Schleswig-Holstein einhergehen, da die Ausweisung gewisser Strukturen, z.B. potentieller Kiesabbaubereiche, als „Biotopschwerpunktbereich“ nicht nachvollzogen werden kann. ii.) Wiesenvogel-Brutgebiete sollten gänzlich vom Ausbau der Windenergie freigehalten werden. Dementsprechend müssten auch „Wiesenvogel-Brutgebiete mit hoher Siedlungsdichte“[4.5.1.3 Gebiets und Artenschutz – (16) G] als Ziel erfasst werden oder es müsste keine zusätzliche Unterteilung/Differenzierung zwischen „besonders hohen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsdichten“ oder „hohen Siedlungsdichten“ vollzogen werden, da erstgenannte bereits als Ziel der Raumordnung (4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz – 16 Z) Berücksichtigung gefunden haben. iii.) Festgeschriebene 1.000m um Siedlungsbereiche (4.5.1.1 Siedlungsstruktur – (1) G) würden eine deutliche Akzeptanzsteigerung herbeiführen. Die Anwendung der „1.000m-Regelung“ wird bei etlichen Gemeinden zur Anwendung kommen, ist für viele Bürger und Bürgerinnen, ohne Ihnen zu nahe treten zu wollen, aber nicht greifbar, da Sie teils auch lediglich einen Blick auf die Windpotenzialflächenkarte werfen ohne sich die Mühe zu machen in den Verordnungstext als auch die Anlagen zu blicken. Grundsätzlich befürworte ich Ausnahmeregelungen, dennoch sehe ich „Entspannungspotential“ in dieser Vorgehensweise. <u>Grundsätze der Raumordnung, die ggf. sogar gänzlich wegfallen könnten:</u> i.) Ohne zu sehr ins Detail einsteigen zu wollen, ist die neue Gewichtung des Kriteriums „Landschaftsschutzgebiete“ (4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Erholung und Freiraumschutz - 13 G) als Grundsatz sicherlich zu vertreten. • Bürger- und Bürgerinnen, die den Ausbau der Windenergie Befürworten und den Artenschutz, ohne das „Schutzgut Mensch“ unbeachtet lassen bzw. vergessen zu wollen, sehr nach vorne stellen, könnten sicherlich auch vertreten, dass die LSG, bis auf besonders hochwertige naturräumliche Bereiche, gänzlich für den Ausbau der Windenergie geöffnet werden. Vor allem mit dem Blick auf den mich bzw. die [redacted] allen voran tangierenden Kreis Dithmarschen. Abschließend sei gesagt, dass auf Bundesebene der Schutzstatus von LSG bewusst zugunsten von Windenergieanlagen über den neu eingeführten § 26 Absatz 3 BNatSchG aufgehoben worden ist, um eine größere Flächenverfügbarkeit für den Ausbau von Windenergie an Land zu generieren. Dies ist auch zwingend erforderlich. ii.) Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (4.5.1.4 Boden und Wasser – (5) G) • Greifen wir den Punkt der gedanklichen "dualen Nutzung" einzelner Landesteile Schleswig-Holsteins nochmals auf, wohlwissend dass dem Abbau	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	oberflächennaher Rohstoffe Raum verschafft bzw. gegeben werden muss im Hinblick auf die bevorstehenden Infrastrukturprojekte der kommenden Jahre, könnte der Grundsatz entfallen und die Flächen gänzlich dem Ausbau der Windenergie bereitgestellt werden. • Nichtsdestotrotz ist es bereits sehr zielführend seitens der Landesregierung „Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe“ einer Einzelfallprüfung unterliegen zu lassen, sodass Einzelfallentscheidungen zu Gunsten des Ausbaus der Windenergie bzw. von „Doppelnutzungen möglich erscheinen. Ich bitte um Überprüfung und zugleich Berücksichtigung meiner vorstehenden Ausführungen und verbleibe mit besten Grüßen. [redacted]	
Institution: Brock Müller Ziegenbein Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, Keine Abteilung ID: 2191	siehe Anlage Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Sehr geehrte Damen und Herren, Die [redacted] [siehe BOB-SH] haben mich gebeten, sie im Zusamenhang mitder Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zu unterstützen. Vollmachtwird anwaltlich versichert. Die bisherigen Kriterien des Entwurfs des Landesentwicklungsplans sind nichtausreichend, um die Belange von Mensch sowie Natur und Landschaft hinreichendzu berücksichtigen. Die bisherigen Kriterien im Entwurf des Landesentwicklungsplans sind um nachfolgende Punkte zu ergänzen bzw. anzupassen: I. Landschaftsschutzgebiete	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Hinsichtlich der Abschaffung von 3H/5H können wir Ihnen mitteilen, dass das BMWK auf unsere Nachfrage hin mitgeteilt hat, dass diese Regelung als Höhenbegrenzung angesehen werde müsse. Ein Beibehalten der Regelung würde daher Anrechenbarkeit der in SH ausgewiesenen Windenergiegebiete auf das Flächenziel gefährden. Eine deutliche Reduzierung des Flächenziels von etwa 3% wird nicht erfolgen. Aufgrund des Umrechnung von Rotor-In zu Rotor-Out wäre ansonsten das Flächenziel des WindBG nicht zu erreichen. Bezüglich der weiteren Punkte aus der Stellungnahme wird im

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Der derzeitige Entwurf enthält in Ziffer 4.5.1.2 Abs. 13 als Grundsatz folgende Regelung: 13 G Landschaftsschutzgebiete Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders hochwertige naturräum-liche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. In der Begründung wird dazu auf § 26 Abs. 3 BNatSchG verwiesen. Dieser lässt die Errichtung von Windkraftanlagen in Landschaftsschutzgebieten auch dann zu, wenn die Landschafts-schutzgebietsverordnung entgegenstehende Regelungen enthält (etwa ein ausdrückliches Verbot von Windenergieanlagen) und das Gebiet als Windenergiegebiet nach dem WindBG festgesetzt wurde. Die Regelung in § 26 Abs. 3 BNatSchG betrifft aber lediglich die Geneh-migungsebene. Der Schutz von Landschaftsschutzgebieten gegen Windkraftanlagen entfällt nur dann, wenn in diesem Gebiet Windenergiegebiete festgesetzt wurden (bzw. auch außer-halb derartiger Windenergiegebiete, wenn nach § 26 Abs. 3 Satz 4 BNatSchG noch nicht die Flächenziele erreicht wurden). Dies bedeutet aber auch, dass der Plangeber weiterhin einen Schutz von Landschaftsschutz-gebieten vorsehen kann bzw. auf landesplanerischer Ebene entscheiden kann bzw. muss, ob bzw. in welchen Landschaftsschutzgebieten Windkraftanlagen zulässig sind und wo sie un-zulässig sind. Diesem Anliegen versucht die Regelung in Ziffer 4.5.1.2 Abs. 13 des Entwurfs gerecht zu werden. Hier besteht allerdings die Gefahr, dass die eigentliche Zielsetzung von Landschaftsschutzgebieten, nämlich die Schönheit der Landschaft zu sichern, „unter die Rä-der der Abwägung“ kommt. Erforderlich ist es, bereits auf Ebene des Landesentwicklungs-planes die Landschaftsschutzgebiete zu ermitteln, die von vornherein von Windkraftanlagen frei bleiben. Es müssen daher die Landschaftsschutzgebiete ermittelt werden, bei denen das Landschaftsschutzgebiet ohne weitere Abwägung schutzbedürftig ist, also – entsprechend der alten Terminologie – ein weiches Tabukriterium darstellt. In der jetzigen Fassung steht letztlich jedes Landschaftsschutzgebiet zur Disposition und kann – gerade im Hinblick auf § 2 EGG – weggewogen werden. Es bietet sich daher an, ähnlich der Karte in der Anlage 2 zum Entwurf des LEP, die Flächen festzusetzen und auszuweisen, die besonders hochwertige naturräumliche und	Übrigen auf die allgemeine Synopse und hier insbesondere auf Ziffer 1.5, 3.17, 7.2.5 und 7.2.6 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	landschaft-lich wertvolle Bereiche aufweisen. Dies können gerade die besonders reizvollen Landschaftsschutzgebiete sein, die auch eine erhebliche Erholungsfunktion bzw. Funktion für den Tourismus aufweisen. Ein Beispiel dafür ist das Landschaftsschutzgebiet um den Westensee. Ebenso spricht viel dafür, die der taz Schutzgebiete zu berücksichtigen, die sich in unmittel-barer Nähe zu einem Natura 2000 Gebiet befinden (z.B. alle Landschaftsschutzgebiete, die in einem 3000 m Radius um das FFH-Gebiet liegen). In derartigen Landschaftsschutzgebieten würden von auf abstrakter Ebene mehrere Belange dafürsprechen, ein Landschaftsschutzge-biet von Windenergieanlagen freizuhalten. Diese sollten dann nicht mehr einer Abwägung im Einzelfall zugänglich sein. II. Abschaffung 3H/5H Der aktuelle Entwurf des Landesentwicklungsplan sieht keine Abstandsregelungen mehr vor, die an die Höhe der Anlagen (3H/5H) anknüpfen. In den Hintergrundinformationen zum Ent-wurf LEP vom 19.01.2024 (https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/the-men/energie/windenergie-raeumliche-steuerung/Downloads/240611_Hintergrundinfor-mationen.pdf?__blob=publicationFile&v=9) heißt es dazu: Abschaffung 3H/5H-Regelung Die bisherige sogenannte 3H/5H-Regelung könnte als eine indirekte Höhenbestimmung im Sinne des WindBG zu werten sein. Damit wäre das Risiko verbunden, dass der Bund bei Meldung der Flächenbeitragswerte überhaupt keine Fläche für SH anerkennt. Die 3H/5HRegelung als Ziel der Raumordnung wird daher durch die laufende Teilfortschrei-bung des LEP Wind gestrichen. Diese Befürchtungen sind unberechtigt. Bei der 3H/5H-Regelung handelt es sich gerade nicht um eine Höhenbegrenzung, sondern um Abstandsradien. Sie haben lediglich Auswirkungen auf die Ausnutzbarkeit der Flächen. Wäre die Befürchtung berechtigt, dann wäre es in gleicher Weise unzulässig, eine Rotor-in-nerhalb-Planung vorzusehen. Denn auch bei dieser ist es so, dass mit steigender Größe und größerem Rotorradius einer Windkraftanlage ein größerer	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Abstand zu den Grenzen des Windenergiegebietes eingehalten werden müssen. Die Zulässigkeit von Rotor-Innerhalb-Pla-nungen zeigt aber, dass Abstandsvorgaben, die an die Höhe anknüpfen, zulässig sind. Auch der Sinn und Zweck der Regelung im WindBG spricht dagegen, in einer Abstandsrege-lung eine mittelbare Höhenbegrenzung zu sehen. Hintergrund der Regelung im WindBG ist, dass der Bundesgesetzgeber verhindern wollte, dass Windenergiegebiete durch Höhenbe-grenzungen auf einen aktuellen Entwicklungsstand der Windenergieanlagen festgeschrieben werden. Eine absolute Höhenvorgabe könnte zur Folge haben, dass ein Windenergiegebiet von kommenden Generationen von Windenergieanlagen, die eine größere Höhe aufweisen, nicht mehr genutzt werden kann. Diese Befürchtung besteht bei Abstandsflächen, die an die Höhe einer Windkraftanlage an-knüpfen, nicht. Es ist weiterhin möglich, in einem Windenergiegebiet Windkraftanlagen be-liebiger Höhe zu errichten. Diese müssen lediglich – wie im Übrigen auch sonst im Abstands-flächenrecht des Baurechts – einen bestimmten Abstand zu den nächsten Gebäuden einhal-ten. Es spricht daher weder der Wortlaut noch der Sinn und Zweck dafür, dass Abstandsflächen-vorgaben, die an die Höhe einer Windkraftanlage anknüpfen, gegen § 4 Abs. 1 Satz 5 WindBG verstoßen. Die in den Hintergrundinformationen geäußerte Befürchtung ist daher nicht be-rechtigt. Demgegenüber steht die überragende Bedeutung der bisherigen Abstandsvorgaben von 3H/5H in den bisherigen Regionalplänen/LEP 2020. Diesen kommt eine erhebliche Bedeu-tung für die Akzeptanz von Windkraftanlagen zu. Sie haben sich bewährt. Sie sollten daher weiterhin als Vorgaben im Landesentwicklungsplan aufgenommen werden. III. Abstrakte Höhenbegrenzung Der aktuelle Entwurf des Landesentwicklungsplans sieht auch keine sonstigen Höhenbegren-zung mehr vor. Dazu heißt es in den Hintergrundinformationen: Untersagung von Höhenbegrenzungen für WEA Nach § 4 Abs. 1 S. 5 WindBG dürfen Flächen mit „Bestimmungen zur Höhe baulicher	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Anlagen“ nicht auf die Flächenbeitragswerte der Länder angerechnet werden. Höhenbe-stimmungen in Windenergiegebieten beziehungsweise Vorranggebieten Windenergie werden deshalb untersagt. Anderenfalls bestünde die Gefahr, dass Schleswig-Holstein seine gesetzlich vorgegebenen Flächenziele nicht erreicht. Dies ist in Absatz 4 Z des Entwurfs der Teilfortschreibung des LEP Windenergie normiert. Der aktuelle Entwurf sieht vor, dass 3 % der Landesfläche für Windenergieanlagen ausgewie-sen wird. Damit werden die üblichen Vorgaben des WindBG voraussichtlich deutlich überer-füllt werden. Soweit die im WindBG vorgesehene Rotor-außerhalb-Betrachtung mit der An-rechnungsregel für Rotor-Innerhalb-Flächen (75 m vom Mastfuß) verrechnet werden, wird ein Bereich verbleiben, der allein aus landesplanerischen Gründen für die Nutzung von Wind-energieanlagen ausgewiesen wird. Für derartige Flächen wäre es ohne weiteres sinnvoll und erforderlich, Höhenbegrenzungen vorzusehen. Insbesondere in den Fällen, in denen beson-dere Sichtbeziehungen zu Landmarken bestehen bzw. Landmarken von Windkraftanlagen nicht überragt werden sollten, wäre es angezeigt, für derartige Gebiete Höhenbegrenzungen vorzusehen. Für derartige, nicht nach dem WindBG erforderliche Windenergiegebiete sollten enHöhenbegrenzung daher möglich sein. Es bietet sich daher an, neben den Windenergiegebieten nach dem WindBG auch weiterhin Windvorranggebiete vorzusehen, die lediglich aus landesplanerischen Erwägungen ausge-wiesen werden und für diese weitere landesplanerische Vorgaben, wie Höhenbegrenzungen, vorzusehen. IV. Zielsetzung 3 % der Landesfläche Soweit im Entwurf des Landesentwicklungsplanes nicht zwischen bundesrechtlich erforderli-chen Windenergie gebieten und nicht zwingenden, allein aus landesrechtlichen Vorgaben fol-gende Windenergiegebieten differenziert wird, sollte das Flächenziele von 3 % reduziert wer-den. Bereits jetzt besteht ein erhebliches Problem darin, die von Windkraftanlagen erzeugte Energie abzuleiten. Im Kreis Ostholstein ist es beispielsweise nicht mehr möglich, Windkraft-anlagen zu errichten und diese an das Netz anzuschließen. Dennoch sind die Verbraucher verpflichtet, für derartige Anlagen die EEG-Pauschale zu entrichten. V. Netzinfrastruktur Soweit nicht das Flächenziel von 3 % der Landesfläche angepasst wird, sollte in Ziffer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4.5.1 ein neuer Absatz 5 eingefügt werden, wonach die Ausweisung von Windenergiegebieten auch davon abhängig sein sollte, inwieweit bereits jetzt eine ausreichende Infrastruktur zur Ableitung der Energie vorhanden ist bzw. welche Auslastung des jeweiligen Netz hat. Hier gilt das Gleiche wie zum vorgenannten Punkt gesagte. Auf landesplanerischer Ebene sollte vermieden werden, wenn Vorranggebiete bzw. Windenergiegebiete auszuweisen, bei denen Windkraftanlagen zwar errichtet werden können, diese aber aufgrund einer unzureichenden Netzinfrastruktur regelmäßig abzuschalten sind, was letztlich nur dazu führt, dass die Verbraucher deutlich höhere Strompreise zu zahlen haben, ohne dass das eigentliche Ziel, nämlich die Förderung der erneuerbaren Energien, erreicht wird. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Hinweise im weiteren Planungsverlauf berücksichtigen könnten. Mit freundlichen Grüße	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2192	Sehr geehrte Damen und Herren, mit Erschrecken nehmen wir die Fortschreitung der Planung vieler WKA in unserer Gemeinde zur Kenntnis. Auf der "Werbeveranstaltung" des Betreibers der WKA wurde behauptet, dass die hiesigen Tiere sich an die WKA, deren Rotorengeräusche und ihren Schattenwurf gewöhnen würden. Das halte ich für eine falsche Behauptung und "Schönmalerei" der Situation! Sophienhof liegt in der Gemeinde Fargau-Pratjau inmitten lebendigster Populationen seltener Tierarten, hier Vogelarten: Rotmilane, Kornweihen, Fledermäuse und auch das im Legbanker Wald ansässige Seeadlerpaar können wir täglich sehen. Nachbarn berichten uns von Beobachtungen, in denen auf ihrem Feld wiederholt Graugänse vom Seeadler geschlagen wurden. Unsere Gemeinde ist umgeben von Seen (Selenter See, Dobersdorfer See, Passade und der Ostsee). Viele Vögel nutzen diese Lage, nicht zuletzt geschuldet dem klimatisch bedingt veränderten Vogelzuges, zur Rast und Brut. umgeben von Seen (Selenter See, Dobersdorfer See, Passade und der Ostsee). Die angelegten Teiche von Froschland zum Beispiel auch das versumpfte Gebiet vor dem Wald in Salzau sind ebenfalls	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.9, 4.20, 7.1.3, 7.2.12 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wertvolle Ziel- und Orientierungspunkte für Brut und Rast. Wir Bürger setzen uns seit Jahrzehnten aktiv ein für den Artenschutz. Dies darf nicht ohne Beachtung bleiben. Dier geplanten WKA würden dies drastisch verändern oder nicht zuletzt verhindern. Zuletzt blieb mir die Frage an die Betreiber unbeantwortet, was denn mit uns Menschen sei? Gewöhnen wir uns auch an den Schattenwurf und die Geräusche, den "verlorenen" Horizont? Dies ist mehr als unwahrscheinlich ob der Anzahl und Höhe und der Nähe zu unseren Häusern. Es macht den Anschein, als würde man die ländliche Bevölkerung und den Naturschutz den wirtschaftlichen und politischen Zielen opfern. Das hinterlässt Spuren bei uns Menschen, die seit Generationen hier verwurzelt sind. Es muss andere Wege und/oder Orte geben, die Ihren Weg gern mitgehen. Ich bitte darum, die genannten Punkte erneut zu überprüfen und in Ihre Planung aufzunehmen. Freundliche Grüße	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2190	Sehr geehrte Damen und Herren, die [redacted] zielt auf die Errichtung von Windkraftanlagen im Gemeindegebiet Elskop im Kreis Steinburg ab und hat hierfür Nutzungsverträge für Flächen südlich der K48 / Dorfstr. in Elskop abgeschlossen. Vor diesem Hintergrund möchten wir zum Ausweis von Tonabbaugebieten in der Gemeinde Elskop, und ebenso in Nachbargemeinden, wie folgt Stellung nehmen: Der einzige uns bekannte Nachfrager nach Tonabbau in unserer Region war in den vergangenen Jahrzehnten der jeweilige Betreiber des Ziegelwerks Blomesche Wildnis / Glückstadt, welches die letzte grobkeramische Ziegelei in Schleswig-Holstein war. Der Betrieb des Ziegelwerks ist vom Eigentümer endgültig eingestellt worden, der Rückbau läuft und das Gelände steht zum Verkauf. Mit dem Wegfall des letzten Nachfragers vor Ort ist die Nutzung des Tons vor Ort beendet, und auch ein Abbau zum Abtransport hat in den vergangenen Jahrzehnten nach unserem Wissen nicht stattgefunden. Aus diesem Grund halten wir es für angezeigt, auf den Ausweis eines Tonabbaugebiets zu verzichten, um damit eine	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zudem wird auf die Ziffer 5.7.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	anderweitige Nutzung der Flächen nicht zu erschweren oder auszuschliessen. Wir halten eine Nachfrage nach anderweitiger Nutzung, nicht zuletzt für erneuerbare Energien, für deutlich wahrscheinlicher und aktueller. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2186	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit beziehe ich mich auf Ihren Entwurf zum neuen LEP Windenergie vom 11.06.2024, in dem neue Vorranggebiete in einer Positivplanung ausgewiesen werden. In diesem Entwurf steht, dass Windenergiegebiete dort festgelegt werden können, wo keine weiteren Abwägungsbelange dem entgegenstehen. Meiner Ansicht nach wäre dieses Ihrerseits noch deutlich zu prüfen. In dem großen als Potenzialfläche ausgeschriebenen Gebiet in der Gemeinde Wangels rundum Karlshof und Testorf sprechen meines Erachtens nach etlich Faktoren gegen den Bau von Windkraftanlagen. So gibt es deutliche Argumente aus 1.) ökologischer Sicht: In diesem Gebiet sind geschützte Tier- und Vogelarten beheimatet wie Fledermäuse, Seeadler, Rohr- und Wiesenweihen, Milane, Falken, Kraniche und andere Vogelarten. Aus der Vergangenheit haben wir gelernt, dass Flora und Fauna zunehmend durch den Menschen und seine Baumaßnahmen unwiederbringlich dezimiert und schließlich zerstört werden. 2..) kulturelle, historischer und wirtschaftlicher Sicht: Der Bungsberg ist mit seinen knapp 168m die höchste Erhebung Schleswig-Holsteins und damit auch ein sowohl touristisches als auch kulturelles Ausflugsziel für Einheimische und Touristen. Es ist einfach undenkbar, dass genau dieses als ein Vorranggebiet für WKA in Höhe von 200m sein soll, die dann den höchsten Punkt Schleswig-Holsteins überragen. Dieses Gebiet ist außerdem durch seine alten Gutshöfe mit Herrenhäusern geprägt und bedürfen von daher vom Landschaftsbild her und historischer und kultureller Sicht einen besonderen Schutz. Der Bau von WKA wäre aus wirtschaftlicher Sicht, was den Tourismus betrifft, ein Desaster.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 4.20, 4.8, 4.9, 6.1, 3.15, 7.2.12 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	3.) Verantwortung den Bürgern gegenüber: Es ist erwiesen, dass WKA neben ihrem Nutzen zur Energiegewinnung auch schädlich für die Gesundheit der Menschen sind, wenn diese sich in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern befinden. Hier hat die Regierung meiner Ansicht nach eine Fürsorgepflicht seinen Bürgern gegenüber und die Schleswig-Holsteinischer Regierung sollte aus den Erfahrungen anderer Bundesländer lernen und einen Mindestabstand von 10km zu Wohnhäusern und kulturellen Einrichtungen einhalten. Ich bitte Sie deshalb dringlichst diese Argumente zu berücksichtigen und bei der Positivplanung weiterer WKA zu bedenken. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2184	Meine Name ist [redacted] der Gemeinde Epenwöhrden. Die auf Seite 77 bis 78 der Planbegründung aufgezählten Arten Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer stehen alle nicht auf der Brutvogel-Liste der windkraftsensiblen Arten im Bundesnaturschutzgesetz. Es ist in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehbar, weshalb Schutzgebiete für diese Arten festlegt werden, die dann vor allem von Windenergieanlagen freizuhalten sind.	Hierbei scheint eine Verwechslung vorzuliegen; in Anlage 1 des Bundesnaturschutzgesetzes werden Brutvogelarten aufgelistet, die eine Kollisionsgefährdung (Vogelschlag) gegenüber Windenergieanlagen aufweisen. Die Planbegründung auf den Seiten 77 und 78 bezieht sich allerdings auf das Kapitel 4.5.1.3, Absatz 16 Z und G, welche Ausschluss- bzw. Abwägungsbereiche von Wiesenvogel-Brutgebieten festlegen. Die aufgelisteten Tierarten (Kernarten) weisen ein Meideverhalten gegenüber Windenergieanlagen auf und sind insofern in anderer Form, insbesondere Scheuchwirkungen, durch die Anlagen betroffen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2183	Guten Tag, im Sinne einer erfolgreichen Energiewende ist eine breite Aktzeptanz in der Bevölkerung, hier insbesondere im ländlichen Raum, von allerhöchster Bedeutung. Im Zweifel sollten daher auch Belange des Natur- und Artenschutzes dahingehend ausgelegt werden, dass sich die Belastung für die Menschen auf dem Lande in einem vermittelbaren Rahmen bewegt. In der Gemeinde Schieren wurden Potentialflächen ausgewiesen (Stand der Karte vom 6.7.2024), die direkt südlich das Dorf von West nach	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ost umfassen (Gemeindegebiete Stipsdorf, Weede, Bad Segeberg und Schieren), eine deutliche Erweiterung des bisher geplanten Gebietes mit 4 WEA auf dem Gebiet der Gemeinde Weede. Daher sollte die zuvor geltende Gebietskulisse Bestand behalten (Planungssicherheit), allerdings die Erweiterung aus dem aktuellen Entwurfsstand der Teilfortschreibung nicht erfolgen, da dies mehrheitlich in der Gemeinde kritisch gesehen wird. Stattdessen sollte auf die Potentialfläche **PR3-SEG-406**, die aktuell nicht (bzw. nur zu einem geringen Anteil) in der Karte der Potentialflächen enthalten ist, als Vorranggebiet/Eignungsgebiet ausgewiesen werden. Der anteilig geringen Belastung durch Schattenschlag, Lärmentwicklung und Zerschnitt von Sichtachsen aufgrund der Lage (zwischen den Dörfern Westerrade und Schieren gelegen und nördlich gelegen v.a. Einzelgehöfte und Splittersiedlungen) sollte Vorrang vor den dort angelegten Schutzzwecken eingeräumt werden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2182	Sehr geehrte Damen und Herren, die Planung der Windkraftanlagen löst große Verunsicherung bei uns Anwohnern aus. Die Anzahl der WKA, die Höhe der Anlagen und die Nähe zu unserem Dorf, unseren Häusern und Wohnungen, empfinden wir als eine Zumutung für die Menschen und Tiere, die hier leben. Der ganze Horizont wäre in Ost-West-Richtung voll mit den geplanten WKA. Wir wären durchgehend direkt mit dem Schattenwurf und Geräuschen der Rotoren konfrontiert. Ist es im Sinne der Politik, die Gesundheit der Bevölkerung aufs Spiel zu setzen? Wiegt das Leben in einer Splittersiedlung weniger als das in Orten oder Städten? Welche Rollen spielen die hart erkämpfen Errungenschaften des Naturschutzes? Werden diese den politischen und wirtschaftlichen Zielen vollends untergeordnet? Wir leben in einem jungen, wachsenden Dorf, [redacted]. Unsere Kinder sollen die Möglichkeit bekommen, in dieser Idylle aufwachsen zu können. Wir haben Angst um unseren Zukunft vor Ort! Freundliche Grüße	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2181	**Zum Grumndsatz der Raumordnung 7 G, Kap.4.5.1.1 Siedlungsstruktur: Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung** Mit dem vorliegenden Entwurf des LEP 2024 hat es die Landesplanung offenbar aufgegeben, die Umfassungswirkung von Ortslagen überhaupt noch durch rechtssichere Kriterien einer gerechten Abwägung zugänglich zu machen. Im Planungstext finden sich überhaupt keine Angaben mehr, wie denn die Umfassung überhaupt ermittelt und objektiv bewertet werden soll. Die Entscheidung, welche Umfassung der Wohnbevölkerung in einer Gemeinde gerade mit den neuen, sehr hohen Anlagen zugemutet werden soll, ist somit der willkürlichen Entscheidung von einzelnen Mitarbeitern der Landesplanung ausgesetzt. Das ist ein unhaltbarer Zustand, zumal die Landesplanung selbst von einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität des Schutzgutes Mensch als auch einer Einschränkung der bedarfsgerechten gemeindlichen Entwicklung durch unzumutbare Umstellung von Ortslagen spricht. Es muss daher konkrete nachprüfbare Kriterien für die Abwägungsentscheidungen zum Thema Umfassung geben. Die Umfassungswirkung darf dabei keineswegs nur vom Ortsmittelpunkt aus bewertet werden, sondern von jedem Wohnstandort des Innenbereichs. Im Gegensatz zur Planung von 2020 sollte sich die Landesplanung dabei zwingend an der bisherigen obergerichtlichen Rechtsprechung orientieren (OVG Magdeburg, 16.03.2012, 2 L 2/11). Diese besagt, dass die durchgehende Umfassung mit WEA maximal 120 Grad betragen darf, was 2/3 des Gesichtsfelds entsprechen. Danach müssen dann mindestens 60 Grad freigehalten werden, bevor weitere WEA im Blickfeld errichtet werden können. Die Entfernung zu Wohnhäusern bei der Ermittlung der Umfassungswinkel muss dabei mindestens 15xH, also 3000 m betragen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Die Bewertung einer Umfassungssituation kann nur im Einzelfall erfolgen. Aus dem in der Stellungnahme erwähnten Beschluss des OVG Magdeburg ergibt sich keine Verpflichtung, einen bestimmten Winkel um Ortslagen von einer Windenergienutzung freizuhalten.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2180	• Ich bin für die Pläne der Landesregierung zur weiteren Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen. Wenn die Landesregierung **laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick** behalten will, dann müssen die im Folgenden aufgeführten Bedenken und Aspekte zwingend bei den Planungen als Ziele und Grundsätze berücksichtigt werden: • Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.3, 7.2.7, 2.1 bis 2.5, 7.2.9, 7.4, 4.1, 4.2, 6.1, 3.18, 7.1.1, 5.9, 4.5, 3.17, 3.15, 7.3, 3.3, 1.1 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachtenableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (z.B. Veenker, 2020). • Als Ziel und Grundsatz muss gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der **Unbedenklichkeitsabstand** zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung **von mindestens 920m** eingehalten wird. • Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel, nach einem Brandereignis mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. • Für Havarien bzw. Brandereignisse müssen Haftung und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab festgelegt werden. • Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnende und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet. • Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten **3H-/5H-Regelung** missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung **festgeschrieben bleiben**. • Gerade durch die o.g. Abschaffung dieser Regel wird es sonst zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung kommen. Damit verbunden ist meine Sorge und die Gefahr, dass sich in der Folge viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zuständigen Behörden abwenden werden. • Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, **Abwägungskriterien** z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. dem Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge **zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten**, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante, weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Dies steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papier) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. • besonders dünn besiedelte Regionen SHs, vor Nordfriesland und Dithmarschen, sollen verstärkt als potentielle Standorte für Windkraftanlagen genutzt werden. • Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz. • Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u.a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m • Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Parkgrenzen einzuhalten. • Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit meines Lebens- und Erholungswertes. • Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage ist meine Sorge, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses und der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken) durch zukünftig noch höhere Windkraftanlagen gefährdet oder weiter eingeschränkt wird. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 sind bereits bei der Festlegung von Windvorrangflächen und im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Dies muss bereits in den Zielen und Grundsätzen festgeschrieben werden. • Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus – einem bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins. • Es steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung, dass z.B. die mögliche Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101 einen unzureichenden Abstand zu festgelegten Siedlungsbereichen (hier der Siedlungsachse Kiel–Melsdorf–Felde) aufweist. Generell muss als Ziel und Grundsatz der Raumordnung definiert werden, dass zu festgelegten bzw. geplanten Siedlungsbereichen/-achsen ein Abstand von Vorrang- und Potenzialflächen von mindestens 1000m (800m + 200m Sicherheitspuffer) einzuhalten ist.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2178	Meine Stellungnahme bezieht sich auf meinen Wohnort Blocksdorf, der Teil der Gemeinde 24631 Langwedel ist.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zu Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land **Abstand der WEA zu Blocksdorf: 400m oder 800m?** Um diese Frage zu klären, bedarf es der Betrachtung der örtlichen Gegebenheiten unter Betrachtung der Argumentation in der vorbezeichneten Anlage 1. Dort wird auf Seite 26 unter B zu 2 Z ausgeführt, dass „die Inanspruchnahme des Außenbereichs ist auf außenbereichstypische Nutzungen wie Windenergienutzung und auf Freiraumschutz ausgelegt. Wohnnutzung und deren Schutzbedürftigkeit im Außenbereich ist demnach geringer zu bewerten“ sei. Hinsichtlich der Lebenswirklichkeit handelt es sich bei dem geschlossen bebauten Gemeindeteil Blocksdorf nicht um einen Bereich der außenbereichstypischen Nutzung. Blocksdorf diente ursprünglich als Wohnort der Arbeiter u. a. des Gutes Deutsch-Nienhof. Seit mindestens den 70er Jahren sind die Einwohner von Blocksdorf keine Arbeiter oder Angestellten der umliegenden Güter mehr. Einige wenige landwirtschaftliche Vollerwerbsbetriebe sind seit über 30 Jahre nicht mehr existent. Seither dient Blocksdorf als geschlossener Wohnort ohne Bezug auf außenbereichstypische Nutzungen. Einige wenige Gewerbe/Einzelunternehmen stehen dieser Einordnung nicht entgegen. Allenfalls ist Blocksdorf damit als Mischgebiet zu klassifizieren, nicht als Gebiet außenbereichstypischer Nutzungen. Dem ist auch in dem Flächennutzungsplan der Gemeinde Langwedel Rechnung getragen, in dem dort auf Seite 15 unter Ziffer Absatz 3 ausgeführt wird: „Zur Gemeinde Langwedel gehören auch der Siedlungsbereich Blocksdorf sowie die im Außenbe- reich liegenden Siedlungsbereiche Enkendorf, Manhagen, Pohlsee, Hasselkrug und Wennebeck.“ Daraus, dass Blocksdorf als Siedlungsbereich in Abgrenzung zu den benannten	Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Außerdem enthält sie Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Ortteilen des Außenbereich benannt wird, ergibt sich, dass die Gemeinde Blocksdorf nicht als Außenbereich einstuft. Erforderlichenfalls wird eine Einzelfallprüfung, wie in der vorbezeichneten Anlage 1 unter B zu 2 G auf Seite 27 eröffnet, zu dem Ergebnis führen, dass die Siedlung Blocksdorf nicht als Außenbereich einzuordnen ist und bei der Errichtung von WEA ein Abstand von 800m einzuhalten ist. **Lage im Naturpark Westensee und im Landschaftsschutzgebiet** Blocksdorf liegt im Naturpark Westensee und in einem Landschaftsschutzgebiet. Es ist detailliert zu prüfen, ob deren Schutzzwecke durch die Errichtung von WEA beeinträchtigt werden. Mindestens der Schutzzweck Erholung würde massiv beeinträchtigt und steht damit der Errichtung von WEA entgegen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2175	Sehr geehrte Damen und Herren, wir begrüßen die Ausweisung von Windflächen in der Gemeinde Hörup sehr und beziehen uns insbesondere auf die Fläche nördlich von Hörup und am östlichen Rand der Gemeinde nach Nordhackstedt hin. Die Landeigentümer unterstützen das Vorhaben der Landesregierung und bitten diese Flächen als Windenergieflächen auszuweisen. Negative Auswirkungen werden nicht erkannt. Die zusätzlichen Flächen fügen sich an den bisherigen Windpark-Bestand ein (Konzentrationswirkung). Mit freundlichen Grüßen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2174	Hiermit nehme ich Stellung zum Regionalplan Wind und möchte mich für den Bau, sowie das Repowering in der Gemeinde Ecklak aussprechen. Die Windengie bietet viele Vorteile: 1. Saubere Energie: Windenergie produziert keine Emissionen von Treibhausgasen oder Schadstoffen während des Betriebs. 2. Positive CO2-Bilanz: Die Produktion und Nutzung von Windenergie tragen zur Verringerung der CO2-Emissionen bei, da sie fossile Brennstoffe ersetzt. 3. Keine Verbrennung von Rohstoffen: Windenergie benötigt keine fossilen Brennstoffe	Die Stellungnahme enthält Anregungen zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wie Kohle oder Öl, wodurch keine Umweltverschmutzung durch Verbrennung entsteht. 4. Geringe Fläche für Bau: Windkraftanlagen benötigen relativ wenig Fläche im Vergleich zu anderen Energiequellen, und oft können sie in Kombination mit landwirtschaftlicher Nutzung oder anderen Landnutzungen betrieben werden. 5. Dauerhaftes Einkommen für Gemeinden: Windkraftprojekte können lokalen Gemeinden durch Pachtzahlungen, Steuerabgaben und Arbeitsplätze langfristige finanzielle Vorteile bieten. 6. Beständige Einnahmequelle: Wind ist eine kontinuierlich verfügbare Ressource, insbesondere in windreichen Gebieten, was eine zuverlässige Energiequelle darstellt. Diese Vorteile machen Windenergie zu einer attraktiven Option für nachhaltige und umweltfreundliche Energieversorgung. Ecklak ist ein sehr kleine Gemeinde und würde durch die Einnahmen der Windernergie, finanzielle besser da stehen. Hier durch können viel Projekte sowie Instandsetzung des Kindergarten, Erhalt der Gaststätte und Unterstützung der Vereine (Feuerwehr, Reitverein usw.)	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2173	***4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz*** **<u>Stellungnahme zu der Errichtung raumbedeutsamer WEA 2024:</u>** **Z Militärische Bereiche** B zu 1 Z Militärische Bereiche sind Anlagen, Einrichtungen und Schiffe der Bundeswehr und der verbündeten Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (vergleiche § 2 Absatz 1 Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivile Wachpersonen [UZwGBw]). Dazu zählen insbesondere Standort- und Truppenübungsplätze. Die militärischen Bereiche sind anderen Nutzungsarten entzogen, hier gelten Sondernutzungsrechte des Bundes. Die Flächen dienen allein der militärischen Nutzung, die eine Parallelnutzung durch Windenergieanlagen aus–schließt. Eine Überplanung mit Windenergiegebieten ist daher ausgeschlossen.	In der Begründung zu Kapitel 4.5.1.2 Ziffer 1 Z ist Riese als Standortübungsplatz aufgeführt. Unabhängig davon schließt das genannte Ziel die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in militärischen Bereichen pauschal aus. Insofern gilt es für alle im Ziel genannten Einrichtungen. Militärische Schutzansprüche über die eigentliche Liegenschaft hinaus werden im Regionalplanverfahren im Einzelfall geprüft. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet darüber hinaus Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 3.15 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zu diesem Bereich wurde das Truppenübungsgelände „Riese“ in Dithmarschen vergessen zu nennen. Weiterhin befindet sich hier ein Hubschrauberlande- und Übungsplatz, es werden hier auch Fallschirmspringer abgesetzt. Die Übungsrunden und Anflüge dehnen sich weit über Riese hinaus aus. Der genutzte Luftraum dehnt sich im Bereich: Immenstedt/Welmbüttel/Schrum/Gaushorn in einem breiten Korridor von ca. 4-5km auch nördlich und südlich, aus. Es wird teilweise sehr tief geflogen. Die Dithmarscher Schweiz ist weiterhin ein Übungsraum für Tiefflieger der Bundeswehr, Tiefluggebiet. Flug- und Luftnavigation findet hier natürlich auch statt. **G** Schwerpunkträume für **Tourismus und Erholung** sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen die Erfordernisse der Schwer– punkträume für Tourismus und Erholung sowie der Kernbereiche für Tourismus und/ oder Erholung berücksichtigt werden. Wenn andere Räume für Tourismus und Erholung nicht berücksichtigt werden, wäre das ein großer Fehler und stünde der Öffnung und/oder Entwicklung weiterer Räume für Tourismus und Erholung, stark im Wege. **7 G Kompensations- und Ökokontoflächen** Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen die räumlichen Bedarfe von Kompensationsflächen sowie Ökokontoflächen berücksichtigt werden. Bei der hohen Anzahl der neu in Augenschein genommen Potentialflächen für Windkraft, wird es nicht mehr möglich sein diese Flächen zu kompensieren, weil sie einfach nicht mehr vorhanden sind, da sie andere Nutzung unterliegen. Es war nicht einmal möglich die Kompensations- und Ökokontoflächen für Northvolt in Dithmarschen zu finden. Stellungnahme zu den Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz und der Errichtung raumbedeutsamer WEA 2024 wurde für und durch die Bürgerinitiative BIND-SH erstellt. Erstellt und eingereicht im Sept. 2024 von [redacted]	Zur Frage der vorausschauenden Planung räumlicher Bedarfe an Kompensationsflächen wird auf die Ziffer 3.10 der allgemeinen Synopse verwiesen..

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	E-Mail [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2172	Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Teilfortschreibung Wind möchten wir als Gemeinde Stuvenborn unsere Position zu den geplanten Vorrangflächen und der Entwicklung des Bürgerwindparks Stuvenborn darlegen. Notwendigkeit von Vorrangflächen Die Energiewende ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit, und die Nutzung erneuerbarer Energien spielt dabei eine zentrale Rolle. Der Bürgerwindpark Stuvenborn stellt eine bedeutende Möglichkeit dar, die lokale Energieversorgung nachhaltig zu gestalten, gleichzeitig die Bürger aktiv in die Energiewende einzubeziehen und somit dauerhaft die gesamte Wertschöpfungskette in der Region sicherzustellen . Um die Realisierung dieses Projekts zu ermöglichen, ist die Schaffung von Vorrangflächen für Windenergieanlagen aus den vorgestellten Potenzialflächen unerlässlich. Diese Flächen sollten ausschließlich für oder in Verbindung mit Bürgerbeteiligung erschlossen werden dürfen, gerade auch um die Möglichkeit des Planungseinflusses der Geminde zu sichern und die Akzeptanz zur Windkraftnutzung in unserer Region gezielt zu fördern. Die Vorrangflächen sind entscheidend, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen und die wirtschaftlichen Vorteile eines Bürgerwindparks zu maximieren. Durch die Schaffung dieser Flächen können wir sicherstellen, dass die Windkraftnutzung in einem geordneten Rahmen erfolgt, der sowohl den ökologischen als auch den sozialen Aspekten Rechnung trägt. Engere Abstimmungen NORD-OST-Link (DC31) und Bürgerwindpark Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die enge Abstimmung zwischen dem Bürgerwindpark Stuvenborn und dem NORD-OST-Link. Diese Symbiose ermöglicht es, die Windkraftproduktion effizient in das bestehende Stromnetz zu integrieren. Der NORD-OST-Link ist ein zukunftsweisendes Projekt, das die Anbindung erneuerbarer Energien an die überregionalen Stromnetze verbessert. Durch die enge Verzahnung mit dem Bürgerwindpark können wir nicht nur die lokale Energieversorgung optimieren, sondern	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	auch einen Beitrag zur Stabilität des gesamten Stromnetzes leisten. Die Abstimmungen zwischen den Projektträgern und der Gemeinde sind von großer Bedeutung, um Synergien zu nutzen und mögliche Konflikte frühzeitig zu identifizieren. Ein transparenter Dialog mit den Bürgern und den beteiligten Akteuren ist unerlässlich, um das Vertrauen in die Projekte zu stärken und die Akzeptanz für Windenergie in unserer Gemeinde zu fördern. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Teilfortschreibung Wind und die Schaffung von Vorrangflächen für den Bürgerwindpark Stuvenborn nicht nur notwendig, sondern auch zukunftsweisend sind. Sie bieten die Chance, die Energiewende aktiv mitzugestalten und gleichzeitig die Interessen der Bürger zu wahren. Wir bitten daher um eine wohlwollende Prüfung und Unterstützung dieser Maßnahmen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] Vorsitzender Planungs- und Bauauschuss Gemeinde Stuvenborn	
Gruppe ID: G2170 Anzahl: 44 (IDs: 1617, 1686, 1687, 1716, 1717, 1718, 1719, 1721, 1733, 1735, 1740, 1741, 1742, 1743, 1757, 1762, 1821, 1823, 1824, 1848, 1849, 1850, 1851, 1866, 1955,	**<u>Meine Stellungnahme zu:</u>** **Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** Die aktuelle Windkraftplanung des Landes überschreitet den maßvollen Umgang mit unserem Lebensraum, unserer Natur und Landschaft in Schleswig-Holstein in inakzeptabler Weise. Vor dem Hintergrund vorhandener und effizienterer regenerativer Energiealternativen und einer schon 2020 schwer umsetzbaren Windkraftplanung auf „nur“ 2% der Landesfläche ist der **weitere Windkraftzubau an Land auf zwei Punkte zu beschränken**: 1. das Repowering auf bestehenden Flächen	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse und die Ziffern 3.17.1, 7.2.2, 7.3.9 verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
1982, 1996, 1997, 1998, 2015, 2076, 2079, 2106, 2136, 2150, 2151, 2152, 2163, 2167, 2168, 2170, 2212, M2585, M2703)	2. die Neuerstellung auf konfliktfreien Flächen. Konfliktfrei in diesem Sinne sind Flächen ohne Einschränkung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung, sprich ohne Existenz harter Tabu- und Abwägungskriterien auf den Potenzialflächen. Hierunter sind insbesondere **naturschutzrechtliche Aspekte** wie Landschaftsschutzgebiete, regionaler Grünzug, geschützte Talräume/Wasserrecht, Biotopverbundsystem, Geotop, Kompensationsflächen, Kleinstbiotope, Großvogelvorkommen (Milan, Seeadler, …) abzuwägen. Insbesondere bei Doppel- und Mehrfachüberschneidungen dieser Kriterien auf Potenzialflächen sind diese von Windkraft freizuhalten. Viele Kommunen haben mit ihren Landschaftsschutzgebieten ein wichtiges Element zum Freiraumschutz etabliert. Wir erwarten, dass das Land dies respektiert. Windkraftzulassungskriterien wie z.B. Mindestabstände bei bedrohten Vogelarten müssen auf einer **wissenschaftlich fundierten Grundlage**wie dem „Neuen Helgoländer Papier“ der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW) basieren, das den neuesten Forschungsstand zur Gefährdung von Vögeln durch Windkraftanlagen berücksichtigt. Windkraftprojekte sind in der Umgebung anderer**baulicher Großprojekte** wie z.B. geplanterNeubausiedlungen, Autobahnausbau, Umspannwerke, etc. unzulässig, insbesondere in verdichteten Räumen. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass eine ausgewogene Siedlungspolitik in diesen Gebieten - ohne in Konkurrenz zur Energiegewinnung zu stehen -möglich bleiben muss. Es ist ein **variabler Mindestabstand für neue Windkraftanlagenzu Gemeinden und Städten** proportional zur Höhe installierter Windräder einzuführen. Die Formel dazu: Höhe der WKAs/150 x 1000m in Anlehnung an den vom Land 2020 festgelegten Mindestabstand von 1.000m bei 150m hohen WKA. Zuguter Letzt mahne ich die **staatliche Fürsorgepflicht gegen Havarie-Risiken von WKAs** ein, deren Folgen im Brand- oder Zerstörungsfall höherer WKAs mehr Distanz zu menschlichen Ansiedlungen zwingend erfordern.Dieses vor dem Hintergrund, dass in den letzten Jahren in Deutschland über 420 Unfälle privat dokumentiert wurden. Mit dem Bund ist ggf. über eine **alternativeregenerative Vorgehensweise** zu	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	verhandeln. Es bieten sich die *Windkraft auf See*, *Photovoltaik* inkl. *Agri-PV* sowie innereuropäische kommunale Energiepartnerschaften im Rahmen eines *EU-Supernetzes an*. Entscheidend ist die **verträgliche Erreichung** der gestecktenerneuerbaren Energieziele. **Vorname** **Nachname** **PLZ** **Ort** **Email Adresse** **(optional)** **Unterschrift** **Abgabe hier oder bis einschl. Montag, den 9.9.2024 einsenden an:** **Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen u. Sport des Landes SH** **Landesplanungsbehörde, Referat IV64** **Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel**	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2169	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich fordere, dass Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann (Vermeidung von Phantomstrom). Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.11.1, 2.2, 2.3, 2.4, 3.8, 4.2.1, 5.4.1, 7.1.5, 7.2.5, 7.2.11, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.4, 7.3.5, 7.3.6, 7.3.7, der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich fordere eine Beteiligung der direkten Anwohner im Umkreis von 2.500 m am Genehmigungsverfahren. Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für alle Menschen gilt, egal ob Stadt, Dorf, Splittersiedlungen oder Einzelhäuser (min. 1.500 m)! Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen (Riegelbildung). Ich lehne die Absenkung des Grundwasserspiegels zum Bau von Windkraftanlagen strikt ab, da in der Nähe befindliche Grundwasserseen mit der dazugehörigen Fauna und Flora erheblich beeinträchtigt werden. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete/ Naturflächen nicht zerstört werden, damit unser schleswig-holsteinische einzigartige Naherholungsraum erhalten bleibt. Ich befürchte körperliche Beschwerden und Belästigung durch Lärm(!!!), Schattenwurf, Blinklichter (Befeuerung), Infraschall(!!!), optische "Erdrückung" und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von 5H zur Wohnbebauung gilt. Ich befürchte, dass meine Immobilie an Wert verliert und ich möchte, dass eine Abstandsregelung vom min 5H zur Wohnbebauung gilt. Ich fordere, dass ein Havariefall (z.B. Brand, technischer Defekt/Rotorbruch ect.) durch ausreichende Abstände von min. 1.500 Metern zu Wohnbebauung abgesichert wird. Ich befürchte Störung der Flugrouten der Luftrettung und des Bundesheeres. Diese Routen sind freizuhalten! Mit freundlichen Grüßen ein besorgter Schleswig-Holsteiner mit einer chronischen Erkrankung, der nicht diskriminiert und ungehört bleiben möchte	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2781	Sehr geehrter Herr Tasch, sehr geehrter Herr Stapelfeldt,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sehr geehrte Damen und Herren, der Bürgerwindpark [redacted], gegründet bisher als [redacted], möchte Ihnen eine Potentialfläche für die Windenergienutzung vorstellen. Diese Fläche befindet sich im nördlichen Speicherkoog östlich der Miele Niederung im Landkreis Dithmarschen gelegen (siehe bitte Karte in Anhang). Da wir weder ein Konzern noch eine überregionale Gesellschaft sind, möchten wir mit Ihnen sowie den Bürgern und der Gemeinde, einen für alle Beteiligten interessanten Bürgerwindpark ins Leben rufen: Hierfür nutzen wir das nordfriesische Bürgerwindpark Modell, für das wir auf unsere umfangreichen Erfahrungen zurückgreifen können. Wir möchten alle Vorteile zu Gunsten des Bürgerwindparks in Bezug auf die regionale Wertschöpfung und überragende Akzeptanz vor Ort nutzen. Mit diesem Konzept hat ein Großteil der Initiatoren schon sehr gute Erfahrungen gemacht. Sowohl die Bürger und Bürgerinnen als auch die Landeigentümer. können sich neben den Initiatoren und eventuellen Investoren als Kommanditisten am Bürgerwindpark beteiligen. Die Haftung der Kommanditisten ist beschränkt auf die im Handelsregister eingetragene Beteiligung. Die Höhe der jeweiligen Beteiligungen ist abhängig von der projektierten Fläche und dem daraus resultierenden Investitionsvolumen. Die Flächensicherung ist bereits initiiert. Die Landeigentümer sind von unserem Konzept überzeugt, als Betreiber zusammen mit den Bürgern und Bürgerinnen den Bürgerwindparks zu führen. Die Gemeinde [redacted] ist bereit, das Vorhaben auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung korrespondierend zur Landesplanung zu flankieren. Ein entsprechender Aufstellungsbeschluss ist vorbereitet. Sehr gerne würde sich die Gemeinde hierzu entsprechend mit der Landesplanung abstimmen wollen. Wir wissen natürlich, dass die vorgeschlagene Potentialfläche naturschutzfachlich anspruchsvoll ist. Aber sie ist aus unserer Sicht aus artenschutz-fachlicher und rechtlicher Sicht darstellbar - gerade auch unter Berücksichtigung der auf BIMSchG-Genehmigungs-Ebene noch umzusetzenden artenschutzrechtlichen Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen. In diesem Zusammenhang wäre auch projektspezifisch der Einsatz eines kamerabasierten Antikollisions-Systems gemäß Schleswig- Holsteinischen Prüfrahmens grundsätzlich denkbar. Auch sind wir in Abstimmung mit der Stiftung Naturschutz bereit ein Ausgleichsflächenkonzept im räumlichen Zusammenhang in der näheren Umgebung zur Miele Niederung zu entwickeln und hierfür Flächen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus wären möglicherweise auch weitere Flächen im	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	räumlich funktionalen Zusammenhang in anderen Teilen der Gemeinde [redacted] für den Vertragsnaturschutz interessant — auch hier könnten Flächen für den Vertragsnaturschutz zur Verfügung gestellt werden. Angesichts der typisch ausgeprägten Marschlandschaft, die eine intensive landwirtschaftliche Nutzung, geringe Strukturdichte, nur wenige Gehölze, weite Sichtbeziehungen und Offenheit der Landschaft aufweist und der Nähe zum Nationalpark Wattenmeer, ist im Bereich der geplanten WEA das typische Artenspektrum der Offenlandschaft/des Wattenmeer-Vorlandes zu erwarten. Da die Planungsfläche noch weniger strukturdicht ist als der westliche Bereich des Speicherkooges und zudem vollständig intensiv ackerbaulich genutzt wird, ist für die Planungsfläche maximal von einer mittleren Bedeutung als Brutvogel Habitat auszugehen. Auch findet ein Großteil der Austauschbeziehungen (Nahrungs- und Rastflüge) der Brut- und Rastvögel zwischen dem Nationalpark Wattenmeer und dem östlich direkt anschließenden Speicherbecken und seinen Ästuarien und ursprünglichen Marschlandschaften ab. Die weiter östlich gelegenen intensiv ackerbaulichen Flächen sind im Wesentlichen nicht stärker als anderswo an der Westküste frequentiert, fallen aber sehr wohl in den nicht konsistent umgesetzten Abstandspuffer von 1000m zu EU-Vogelschutzgebieten der Regionalplanung. Wir würden sehr gerne die Chance nutzen, Ihnen mit dieser Mail unsere Idee eines Bürgerwindparks sowie unseren Flächen-Wunsch vorzutragen. Hieraus ergibt sich natürlich keine Anspruchshaltung von unserer Seite her. Wir sind dankbar auch für Hinweise zur Fläche und einer ersten fachlichen Konflikteinschätzung Ihrerseits, um eine bessere Einschätzung zur Realisierungswahrscheinlichkeit treffen zu können bzw. eine Entscheidung über die weitere Beauftragung von avifaunistischen Fachgutachten entscheiden zu können. Herzlichen Dank Ihnen! Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] Geschäftsführer [redacted] [redacted] [redacted] [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2165	**Kreis Ostholstein, Gemeinden Hamsdorf, Windpark „[redacted]“, Potenzialfläche [redacted]** Sehr geehrte Damen und Herren, in unserem Grundbesitz befindet sich die Potenzialfläche [redacted] Windkraftanlagen und wir nehmen hiermit zum LEP „Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021“ wie folgt Stellung: Es ist für uns unverständlich, warum beim Rotmilan eine Reduzierung des vorgeschriebenen Mindestabstands gemäß BNatSchG von 1.200 auf 1.000 Meter im Einzelfall möglich ist, während dies für den Seeadler ausgeschlossen bleibt. Wir möchten Sie bitten, auch für den Seeadler die Möglichkeit einer Einzelfallprüfung in Betracht zu ziehen, insbesondere angesichts der neuen technischen Erkennungssysteme wie Birdwatch oder Identiflight. Schleswig-Holstein sollte die Chancen dieser Entwicklungen im Naturschutz nutzen. Der Seeadler hat für unsere Familie seit Generationen eine besondere Bedeutung. Auf unserem Betrieb befinden sich zwei Seeadlerhorste, die in den letzten 70 Jahren über 70 Jungvögel hervorgebracht haben. Es wurden Wasserflächen als Nahrungshabitat geschaffen, die Waldbewirtschaftung an die Schutzbedürfnisse angepasst und ausreichend Fischbesatz für die Nahrungshabitate gesichert. Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass der Schutz des Seeadlers in Schleswig-Holstein nur durch die enge Kooperation mit den Grundbesitzern erfolgreich umgesetzt werden konnte. Dabei war stets entscheidend, dass Vorschriften oder Gesetze wissenschaftlich fundiert, nachvollziehbar und im Dialog mit den Grundstückseigentümern entwickelt wurden. Wir sind der Überzeugung, dass moderne Erkennungssysteme (Anti-Kollisionssysteme) in der Lage sind, das Tötungsrisiko in Windparks signifikant zu minimieren. Dies könnte dazu beitragen, die bestehenden Abstandsregelungen im LEP zu überdenken. Wir bitten Sie daher, die Möglichkeit einer Einzelfallprüfung bei den Horstabständen des Seeadlers im LEP zu berücksichtigen, um sicherzustellen, dass Windenergie und Seeadlerschutz gemeinsam bestehen können. Eine Einzelfallprüfung sollte selbstverständlich nur dann positiv entschieden werden, wenn das Tötungsrisiko deutlich reduziert oder gar	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel 4.5.1.3 des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.20.1 sowie auf Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	vollständig ausgeschlossen werden kann. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2164	Stellungnahme zu den geplanten Potenzialflächen für Windkraft in der Gemeinde Fargau-Pratjau gemeinsam mit der Region Schönberg, Stakendorf und Krummbek Betreff: Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschut Das Thema des geplanten Windenergieausbaus in der Gemeinde Fargau-Pratjau bringt verschiedene Herausforderungen und Bedenken mit sich, die sowohl die Lebensqualität der Bevölkerung als auch den Naturschutz betreffen. Der Bau von Windkraftanlagen würde die Lebensqualität der Einwohner erheblich beeinträchtigen, beispielsweise durch Lärm oder visuelle Einflüsse. Die einzigartigen Kulturlandschaften der Region Rund um Sophienhof würde durch die Errichtung von weiteren Windkraftanlagen noch stärker industrialisiert werden, was das Landschaftsbild erheblich verändert. Des Weiteren kritisiere ich, dass die Bevölkerung bei der Auswahl der Flächen für Windkraftanlagen, nur sehr begrenzte Mitspracherechte hat. Es scheint so, als sollten wir Bewohner, am liebsten vor vollendete Tatsachen gesetzt werden. Es ist wichtig, dass die Stimmen der ansässigen Bevölkerung in solchen Entscheidungsprozessen gehört werden. Auch die Abstimmung der Gemeindevertretung ist eindeutig gegen den Bau der WKA ausgefallen. Der Windenergieausbau wird die Lebensräume geschützter Tierarten wie u.a. vor Ort ansässiger Fledermäuse, Seeadler, Turmfalken, Feldlerchen und Rotmilane beeinträchtigen und somit den örtlichen Artenschutz gefährden. Im Kälberholz bei Legbank z.B. existiert ein Seeadler Brutpaar. Die Fragmentierung von Lebensräumen kann die biologische Vielfalt gefährden und die Fähigkeit der Tiere, sich zu vermehren und zu gedeihen, erheblich einschränken. Die ansässige Bevölkerung würde in keiner Weise von den Erlösen der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.9, 4.1, 7.1.1, 7.1.3, 7.2.1, 7.2.10, 7.2.12 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftanlagen profitieren, was zu erheblichem Unmut führt. Anstatt einen Großteil der Einnahmen z.B in soziale Einrichtungen in der Region zu investieren, verdienen nur die Flächeneigner, um womöglich dann von hier wegzuziehen. Es ist wichtig, dass wissenschaftliche Datenerhebungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen jederzeit transparent und unabhängig durchgeführt werden. Die Bedenken der örtlichen Bevölkerung und der Naturschutzorganisationen sollten ernst genommen werden. Diese Punkte machen deutlich, dass der geplante Windenergieausbau neben den ökologischen und wirtschaftlichen Fragen auch soziale und kulturelle Aspekte berücksichtigt werden müssen. Der Schutz der lokalen Tierwelt und die Beteiligung der Bevölkerung sollten zentrale Punkte in der Planung sein.	
Institution: Gemeinde Wakendorf II, Bürgermeister ID: M2780	Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Wakendorf II, Kreis Segeberg, nimmt wie folgt zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema „Windenergie an Land“ von Juni 2024 Stellung: Gemäß den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans SH, Fortschreibung 2021; erster Entwurf Juni 2024 ist im östlichen Teil des Gemeindegebietes eine Potentialfläche für Windenergie ausgewiesen, welche den regionalplanerischen Kriterien entspricht. Die Gemeinde Wakendorf II steht nach interner Beratung der GemeindevertreterInnen einer möglichen Installation von Windenergieanlagen in diesem Bereich insbesondere aus den folgenden Gründen positiv gegenüber: • Im Rahmen des Projektes Gemeinwohlökonomie, an dem sich die Gemeinde beteiligt, trägt Windenergie dazu bei, ökologisch nachhaltig zu wirtschaften. Gleichzeitig trägt sie dazu bei, die Klimaschutzziele des Landes aus dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein (EWKG SH) zu erreichen. • Die Gemeinde Wakendorf II betreibt u.a. das Klär- und Wasserwerk selbst. Vor Ort produzierte Windenergie eröffnet die Möglichkeit, den Betrieb beider Anlagen nachhaltig und kosteneffizient fortzuführen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Auf Basis der vorliegenden Großvogeldaten sind keine artenschutzfachlichen Probleme in der Fläche bekannt. Die Raumordnung, in ihrer aktuellen Fortschreibung 2021; erster Entwurf Juni 2024, schafft in der Folge in Wakendorf II eine konfliktarme Potenzialfläche in Wakendorf II. Insofern wird diese seitens der Gemeindevertretung begrüßt. Eine hieraus resultierende Errichtung von Windkraftanlagen würde mit einem umfangreichen Teilhabeangebot für die Gemeinde und deren EinwohnerInnen verbunden (bspw. Bürgerwindenergieanlage, §6 EEG, Gewerbesteuereinnahmen, reduzierte Strompreise für Anwohner usw.). Parallel soll die Aufstellung eines vorhabenspezifischen B-Planes zur Entwicklung dieser Fläche für Windenergie i.V.m Freiflächen-PV betrachtet werden. Wir bitten um Aufnahme der Windpotentialfläche im östlichen Gebiet der Gemeinde Wakendorf II im Kreis Segeberg in den Regionalplan. Mit freundlichen Grüßen [redacted] - Bürgermeister -	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2779	Stellungnahme zur Ausweisung eines Vorranggebietes für Windenergienutzung Sehr geehrter Herr [redacted], hiermit nehmen wir Bezug auf den am 30.12.2020 in Kraft getretenen Regionalplan und hierin den berücksichtigten Planungsraum [redacted] in den Gemeinden Erfde und Tielen und bringen unsere Stellungnahme in das Beteiligungsverfahren zur Fortschreibung der Regionalplanung ein. Im neuesten Entwurf der Regionalplanfortschreibung findet die o.g. Potenzialfläche keine Relevanz. Mit dieser Stellungnahme wird beabsichtigt einen Teil der im neuesten Entwurf nicht berücksichtigten Potenzialfläche als ein Vorranggebiet für Windenergie bei der Landesplanung auszuweisen. Ausgangslage/ Zielsetzung: Die Potenzialfläche befindet sich im Gemeindegebiet Erfde / Tielen und umfasst eine	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. In der eingereichten Stellungnahme werden Hinweise / Argumente genannt, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffern 4.1.1, 4.5, 4.16.1 und 4.18.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Bezüglich der Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen, wird auf die Ziffer 2.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	maximale Größe von zu 144 ha. Die Gemeinden Erfde und Tielen gehören dem Amt Kropp-Stapelholm (ehemals Amt Stapelholm) an. Gemäß gesamträumlichem Planungskonzept Abs. 2.2.5 ist das Amt Stapelholm der Windzone IV zuzuordnen. Als einziges Binnenland-Gebiet Schleswig-Holsteins mit Zugehörigkeit zur höchsten Windzone stellt die Fläche ein enormes Potenzial dar. Die Errichtung des ersten Windparks in diesem Amt wäre als Meilenstein anzusehen. Die 2020 ausgewiesene Potenzialfläche kann aus unserer Sicht teilweise auch zukünftig als Grundlage für die Ausweisung eines Vorranggebietes herangezogen werden. Bewertung der Kriterien im Detail: Z13 – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche Ein Großteil der Potenzialfläche befindet sich im Umgebungsbereich Europäischer Vogelschutzgebiete. Aufgrund der Randgebietslage sowie ausschließlichen Beschränkung auf den Umgebungsbereich ist ein genereller Ausschluss der Fläche nicht angemessen. Gemäß der neuen Windenergieplanung ist eine Reduzierung des Prüfabstandes geplant, weshalb dieses Kriterium die Fläche weder ausschließen noch in der Größe reduzieren sollte. Z25 – Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung Die Potenzialfläche befindet sich im südlichen Randbereich von Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs in Ost-West-Richtung. Mittels Auflagen und modernster Antikollisionssystemen sollte dieses Kriterium nicht als Ausschlusskriterium gewertet werden. Andere bestehende Windparks und Vorranggebiete befinden sich ebenfalls in der Hauptachse, was ein eindeutiges Indiz für eine Realisierbarkeit der Ausweisung dieser Potenzialfläche ist. Z26 - Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten Die Potenzialfläche befindet sich im Randgebiet des Wiesenvogel-Brutgebietes. Der kleine prozentuale Flächenanteil der Potenzialfläche in Bezug auf das große Wiesenvogel-Brutgebiet ist ein Faktor, der dafürspricht, dieses Kriterium nicht als Ausschlusskriterium zu klassifizieren. Durch bestimmte Schutzmaßnahmen wie Antikollisionssysteme, Abschaltungen der Anlage bei landwirtschaftlichen Ereignissen,	Schließlich beinhaltet die Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 3.8.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	attraktiver Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen lässt sich dieses Abwägungskriterium ebenfalls deutlich entschärfen. G01 - 800-1000 m um Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen Auch unter Beibehaltung eines 1000 m Abstandes zu Siedlungen weist die Fläche die weiterhin gültige Mindestgröße von 15 ha auf. Dementsprechend führt eine Berücksichtigung dieses Ziels lediglich zu einer Verringerung der Potenzialfläche. G07 – An- und Abflugbereiche sowie Hindernisbegrenzungsflächen von Flugplätzen Auch unter Berücksichtigung der An- und Abflugbereiche sowie Hindernisbegrenzungsflächen weist die Fläche deutlich mehr als die gültige Mindestgröße von 15 ha auf. Eine Berücksichtigung dieses Ziels führt auch hier lediglich zu einer Verringerung der Potenzialfläche. G15 - Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems Mit rund 3 ha liegt die Potenzialfläche in der Kulisse des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems. Dieses Kriterium sollte lediglich zu einer Verringerung der Fläche, nicht aber zum generellen Ausschluss führen. G16 - Kleinstbiotope Ein Teil der Potenzialfläche ist als Kleinstbiotop ausgewiesen. Diese Ausweisung scheint willkürlich, da die lineare, rechteckigen Abgrenzung keinerlei Bezug zur tatsächlichen Landschaft ausweist. Im nördlichen Bereich des Kleinstbiotops verläuft die Grenze beispielsweise mitten durch bebaute Grundstücke und endet direkt hinter einer Bundesstraße. Zudem tritt lt. Absatz 5 Z LEPWindVO durch die Ausnutzung der Windenergiegebiete in der Regel keine wesentliche Beeinträchtigung auf. Beim Auftreten mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum sollte ein Ausschluss im Einzelfall geprüft werden. Ein pauschaler Ausschluss ist hier nicht vertretbar. Fazit: Die besonders hohe Windhöffigkeit spricht generell für eine Ausweisung als Vorrangfläche. Die relevanten Grundsätze G01, G07 und G15 führen zu einer Verringerung der Potenzialfläche von verbleibenden 42 ha. Diese Potenzialfläche bietet	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Platz für 4 Windenergieanlagen des Typs Nordex N175. Grundsatz G16 ist aufgrund der willkürlichen Abgrenzung als fehlerhaft anzusehen und darf nicht pauschal zum Ausschluss führen. Alle für die Potenzialfläche relevanten Ziele (Z13, Z25 und Z26) stammen aus dem Bereich des Vogelschutzes und beschränken sich hierbei auf die Randbereiche der jeweiligen Kulisse. Gerade in diesen Randbereichen ist mittels modernster Technik sowie genaueren ornithologischen Untersuchungen der Schutz von (Wiesen-)Vögeln und Brutplätzen entsprechend gegeben und ein pauschaler Ausschluss der Fläche nicht vertretbar. [Abbildung 1: Flächenvorschlag in rot skizziert] Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Anmerkungen und Flächenvorschläge bei der weiteren Planung der Gebietskulisse für Windvorranggebiete berücksichtigen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2162	**Stellungnahme zur Potenzialfläche PR2_PLO_006: Auswirkungen der Abstandsregelung auf den Rotmilan** **Gemeinden: Stoltenberg, Fargau-Pratjau, Höhndorf** Sehr geehrte Damen und Herren, als Landwirt, der seit Jahren in dieser Region tätig ist, möchte ich meine Bedenken bezüglich der Abstandsregelung zwischen Windkraftanlagen und den Brutstätten des Rotmilans äußern. Diese Regelung betrifft nicht nur die Landschaft, in der ich arbeite, sondern auch die Zukunft der landwirtschaftlichen Flächennutzung und die Entwicklung erneuerbarer Energien in unserer Gemeinde. 1. **Übermäßige Einschränkungen durch die 1500-Meter-Regelung:** Die in Schleswig-Holstein festgelegte Distanz von 1500 Metern zwischen Windkraftanlagen und den Brutstätten des Rotmilans ist deutlich strenger als der bundesweit empfohlene Mindestabstand von 1200 Metern. Diese erhöhte Distanz schränkt die nutzbare Fläche für den Bau von Windkraftanlagen erheblich ein und beeinflusst damit die Möglichkeiten, erneuerbare Energien auszubauen. Als Landwirt sehe ich diese Regelung als hinderlich, da sie den	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Kapitel 4.5.1.3 wird in 17 G als Grundsatz der Raumordnung der Umgang mit den Umgebungsbereichen um Großvogelhorste geregelt. Da die Regelung als Grundsatz erfolgt, besteht kein pauschaler Ausschluss der Umgebungsbereiche von einer Windenergienutzung. Bezüglich des Rotmilans kann eine Windenergienutzung bis zu einem Abstand von 1.000m um den Horst im Einzelfall in Anspruch genommen werden. Dies geht über die Forderung der Stellungnahme hinaus.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ohnehin knappen Raum für die Nutzung unserer Flächen weiter reduziert. Eine Reduzierung des Abstands auf den bundesweiten Standard von 1200 Metern würde mehr Raum für Windkraftanlagen schaffen und gleichzeitig den Naturschutz ausreichend berücksichtigen. 2. **Auswirkungen auf die Landwirtschaft und Energiewende:** Die Erweiterung der Windenergie ist von zentraler Bedeutung, um die Klimaziele zu erreichen und eine nachhaltige Energieversorgung zu gewährleisten. Der Ausbau der Windkraft auf unseren landwirtschaftlichen Flächen ist nicht nur eine Chance zur Einkommensdiversifizierung, sondern auch ein Beitrag zur Energiewende. Die strenge Abstandsregelung stellt jedoch eine unnötige Hürde dar, die den Fortschritt in diesem Bereich verlangsamt. Eine Anpassung der Regelung auf 1200 Meter würde eine ausgewogenere Entwicklung ermöglichen, die sowohl die Bedürfnisse der Landwirtschaft als auch den Schutz des Rotmilans berücksichtigt. 3. **Wissenschaftliche Grundlage und Praxisnähe:** Der bundesweit empfohlene Mindestabstand von 1200 Metern basiert auf umfangreichen wissenschaftlichen Untersuchungen, die eine Balance zwischen dem Schutz des Rotmilans und der Notwendigkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien anstreben. Es ist fraglich, ob die in Schleswig-Holstein eingeführte Verschärfung auf 1500 Meter tatsächlich einen höheren Schutz für den Rotmilan bietet oder ob sie lediglich die Flächenverfügbarkeit für Windkraft unnötig einschränkt. Zusammenfassend appelliere ich an die Verantwortlichen, die Abstandsregelung zu überdenken und an den bundesweit empfohlenen Wert von 1200 Metern anzupassen. Diese Änderung würde es ermöglichen, die landwirtschaftlichen Flächen effizienter zu nutzen und gleichzeitig einen angemessenen Schutz für den Rotmilan zu gewährleisten.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2161	Sehr geehrte Damen und Herren. Ich als Bürger der Gemeinde Fargau-Pratjau nehme hiermit Bezug auf die Windpotenzialfläche Nr. PR2_PLO_010. Ich befürworte diese, da diese die einzige ist, welche die Projektierer die Bürger der Gemeinde mit einbeziehen will. Hierbei soll ein Windrad der Gemeinde als	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Bürgerwindrad geöffnet werden. Da unsere Gemeinde Finanziell schwach aufgestellt ist und wir als Bürger die Möglichkeit gegeben bekommen sogar direkt teilhabe nehmen können befürworte ich das Projekt. Freundliche Grüße	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2160	Das Land SH muss endlich wieder anfangen rational zu denken und ideologische Klimaschutzziele im Hinblick auf Umwelt- und Naturschutz zu hinterfragen. Das Land wird nicht gerettet, indem es durch wissenschaftlich unbegründete Klimaziele mit Windkraftanlagen vollgebaut wird, die einzig und allein dem Investor wirtschaftliches Vermögen bringen. Das Land und speziell das Planungsgebiet steht für Tourismus und Erholung. Eine Region kann nur zukünftig erfolgreich bleiben, indem die Lebensqualität höchste Priorität hat. Dies wird durch eine intakte Natur durch vorhandener Naturschutzgebiete und Naturparkflächen geschaffen. So müssen z.B. die Abstandsregeln zu Brutplätzen weiterhin geachtet und vorrangig geschützt werden. Das „Helgoländer Papier“ MUSS eingehalten werden! Die Abstandsregeln zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren, müssen unbedingt wieder Gültigkeit erlangen und nicht durch unqualifizierte, wenig sachkundige Politiker zerstört werden, die ebenso nur persönliches wirtschaftliches Interesse an der Vergabe von Projekten haben. Gerade die geschützten Großvogelarten sollen weiterhin in SH brüten können und sollen auch nicht in ihren Vogelfluglinien durch Windkraftanlagen zerhäkselt werden. Vorhandene Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen etc. müssen erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Es existieren so viele Naturschutzprojekte, z.B. Biotopverbundsysteme, die durch jahrelange Arbeit geschaffen wurden. Diese sind für die Artenvielfalt von immenser Wichtigkeit. Auch für den Menschen bedeutet die derzeitige Planung weiterer Windkraftanlagen lediglich ein Verlust in der Lebensqualität. Der Havariefall, wie z.B. bei Brand und technischem Defekt ist nicht ausreichend abgesichert. Hier müssen die Abstände zu	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Wohnhäusern effektiv ausreichend bemessen sein und mindestens 1500 m betragen, um die Bevölkerung zu schützen! Es wird immer noch nicht ehrlich über die Kontamination gesprochen, die die WKA auf landwirtschaftlichen Flächen und somit in unseren Lebensmitteln und in unserem Trinkwasser hinterlassen. Von Mikroplastikabrieb der Rotorblätter, die mit nicht recyclebaren Chemikalien überzogen sind, bis hin zu den Betonfundamenten, die nicht mehr entfernt werden können. Die Lärmemissionen, Schwingungen, Veränderung der Luftströme bis hin zur Kosten-Nutzenrechnung – man muss fairerweise ALLE Punkte in eine Wirtschaftlichkeitsberechnung mit einbeziehen und wenn man das ganz ehrlich macht, ist es relativ eindeutig, dass wir mit weiteren Windkraftanlagen unsere wunderschöne Heimat einfach nur zerstören UND im Hinblick auf die Stromerzeugung und den Naturschutz NICHTS gewinnen werden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2159	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte bezüglich des o.g. Beteiligungsverfahren Stellung nehmen: 2016 lehnte eine deutliche Mehrheit der Gemeinden Hürup und Ausacker den Bau von Windkraftanlagen auf der Fläche Entlang der K90 (östlich von Hürup) ab. Diese Fläche, die 2016 aus dem Landesentwicklungsplan herausgenommen wurde, ist dort nun wieder aufgetaucht. Ich vermute aufgrund der neuen Abstandsregelungen. Die Landbesitzer und Investoren haben sich organisiert und versuchen es erneut. Wenn ich es richtig verstanden habe, sollen die Windräder nicht nur noch näher an das Dorf heranrücken, sondern auch bedeutend höher werden. Von über 200 Metern war die Rede. Westlich von Hürup liegt der Höckeberg, die höchste Erhebung Nordangels im Nordosten Schleswig-Holstein und östlich sollen die Windräder in der Senke stehen und das auch noch so nah an der Dorfgrenze wie möglich. Hürup erstreckt sich tendenziell in Nord-Süd-Richtung: somit wären besonders viele Einwohner betroffen. Westlich der Höckeberg, östlich Windräder: Die optisch bedrängende Wirkung damit vorprogrammiert. Der soziale Frieden in der Dorfgemeinschaft erscheint mir jetzt schon sehr gestört, wobei viele sicherlich noch nicht verstanden haben, wie stark sich Optik und Charakter des Dorfes verändern würden. Zudem sind hier die Wege, wo die Senioren spazieren gehen, wo der Hund ausgeführt und gejoggt wird. Wenn dieses „eingekesselt-sein“ nicht	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Außerdem wird auf die Ziffern 7.1.3, 7.2.11, 7.2.12 und 7.3.3 der allgemeinen Synopse verwiesen. Weitere Hinweise / Argumente beziehen sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ertragen wird, würde der Verkauf der Immobilie wohl einen deutlichen Wertverlust nach sich ziehen. Aus der Pressemitteilung (2019) des RWI: Leibnitz-Institut für Wirtschaftsforschung: „Wie die RWI-Studie zeigt, erleiden nicht alle Immobilien den gleichen Wertverlust: Am stärksten betroffen sind **alte Häuser in ländlichen Gebieten**. Hier kann der Wertverlust innerhalb des Ein-Kilometer-Radius sogar 23 Prozent betragen.“ (1). Das wäre das vermutete Szenario für Hürup. Unseres wäre auch dabei: alt und in eben diesem Radius. Rehe, Hasen, Fasane, Fischreiher usw. hatten wir zu Besuch. Vor allem ist es aber die Vielzahl der Vögel, die das Bild um uns herum prägen und Besucher immer wieder staunen lassen. Die verschiedenen Greifvögel kann ich als Laie nicht zuordnen, möchte aber anregen, dass genau geprüft wird, ob hier nicht bedrohten Arten leben bzw. in oder in der Nähe des betreffenden Gebietes. Mich sorgen darüber hinaus die Schallimmissionen und vor allem die Erosion der Rotorblätter und die jüngsten Forschungsergebnisse diesbezüglich. Zusammengefasst hoffe ich, dass diese Fläche nach Abwägung aller Faktoren wieder aus dem Landesentwicklungsplan verschwindet und die Lebensqualität im Dorf langfristig erhalten bleibt. Quelle: (1) https://www.rwi-essen.de/presse/wissenschaftskommunikation/pressemitteilungen/detail/windraeder-lassen-immobilienpreise-sinken	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2158	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit meine Bedenken und Einwände in Bezug auf den Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ mit den dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Leider habe ich erst spät von den geplanten Maßnahmen und der Möglichkeit einer Stellungnahme erfahren und Sie haben die Frist für die öffentliche Beteiligung sehr knapp gesetzt. Für eine ausführliche Stellungnahme wäre mehr Zeit nötig. Trotzdem möchte ich zumindest kurz einige für mich wesentliche Punkte	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2, 2.3, 2.5.1, 3.17.1, 3.18.1, 4.5.1, 4.20, 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ansprechen. Der Karte „Potentialfläche Windenergie SH“ habe ich entnommen, dass Potentialflächen auch in Naturparken und Landschaftsschutzgebieten (konkret: im Naturpark Westensee) geplant sind, was ich grundsätzlich sehr kritisch sehe. Ich lebe selbst im Naturpark Westensee und schätze die Ruhe und die landschaftliche Schönheit des Naturparks sehr. Und ich erlebe hier aus erster Hand, wie sehr die Gegend von vielen Menschen geschätzt wird – nicht wenige kommen extra aus dem Umland und auch aus den umliegenden Städten hierher, um Erholung zu finden und sich an der Stille und Schönheit der Landschaft zu erfreuen, die Wanderwege sind insbesondere an den Wochenenden und in den Ferienzeiten auch von Urlaubern hoch frequentiert. Gleichzeitig bietet der Naturpark aber auch vielen Tier- und Pflanzenarten noch weitgehend ungestörten Lebensraum. Das Miteinander von Mensch und Natur funktioniert hier nach meinem Empfinden ausgesprochen gut – und es würde durch die Einrichtung von Windparks erheblich gestört! Dabei ist es doch im Sinne des Gemeinwohls so wichtig, dass in dieser immer lauter und schneller werdenden Welt derartige Oasen erhalten bleiben! Naturparke dienen der Erholung und haben eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit der Menschen, gleichzeitig tragen sie bei zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Natur und der gewachsenen Kulturlandschaft. **Ich wünsche mir sehr, dass die Landesregierung diesen Wert von Landschaftsschutzgebieten und insbesondere Naturparken erkennt und anerkennt und deshalb beschließt, diese zum Wohle von Mensch und Natur komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten!** Darüber hinaus sehe ich eine mögliche Reduzierung der Standards für den Artenschutz im Zusammenhang mit dem Ausbau der Windenergie kritisch. Die Artenvielfalt unseres Landes darf nicht der Energiewende zum Opfer fallen. **Ich fordere auch aus diesem Grund, dass in Naturschutzgebieren und geschützten Biotopen grundsätzlich keine Windenergieanlagen gebaut werden dürfen und die Brutstandorte u.a. von Greifvögeln, Störchen oder Kranichen langfristig geschützt werden!** Außerdem ist es für mich nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit von im Außenbereich wohnenden Menschen geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich wohnenden und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet. Wenn eine gleichwertige Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land angestrebt wird, dann müssen doch auch im Außenbereich	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	lebende Menschen ebenso geschützt werden wie im Siedlungsbereich wohnende. **Als Grundsatz muss gelten, dass beim Bau neuer Windkraftanlagen zu <u>jeglicher</u> Wohnbebauung der Unbedenklichkeitesabstand von mindestens 920m eingehalten wird.**	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2157	Heute Nachmittag saß ich mit meinen beiden kleinen Kindern bei uns im Garten in der Sandkiste. "Da Mama der Rotmilan!" und tatsächlich, wie so oft kreist der Rotmilan auf der Suche nach Nahrung über unserem Grünland und insbesondere über dem kleinen Teich. Der Teich wurde, wie auch die Teiche unserer Nachbarn, von einem lokalen Naturschutzverein angelegt, der sich um den Schutz von Amphibien kümmert. Da uns die unvergleichliche Natur hier in der holsteinischen Schweiz und insbesondere deren Erhalt seit Generationen am Herzen liegen, haben wir unsere Flächen gerne hierfür zu Verfügung gestellt. Seither erfreuen uns im Sommer allabendlich die Froschkonzerte und viele weitere Tiere, wie Graureiher, Teichhühner und Grau- und Kanadagänse werden von den Teichen angelockt. Auch die Seeadler ziehen hier regelmäßig ihre Kreise auf der Suche nach Nahrung. So kommt es vor, dass sie sich an einem der Teiche eine Gans greifen. In letzter Zeit rasten zudem vermehrt Kraniche auf den umliegenden Feldern. Abends hört man die Käuzchen rufen und sieht die Fledermäuse fliegen. Dank der vielen historischen Gebäude in Sophienhof kommen jährlich nach wie vor viele Mehlschwalben zum Brüten und zur Aufzucht ihrer Jungen hierher. Hier in Sophienhof befinden wir uns zwischen dem Selenter See, dem Passader See und der Ostseeküste. Diese Region und die einzigartige Lage bieten, wie oben beschrieben unterschiedlichsten Tieren ein zu Hause. Kaum vorstellbar, wie sich die geplanten Windkraftanlagen auf den Vogelflug auswirken würden und welchen massiven Eingriff in dieses Ökosystem wir in Folgen dessen zu befürchten hätten. Nicht ohne Grund wurden in der Vergangenheit unterschiedlichste Planungen für Windkraftanlagen abgelehnt!!! Hier in Sophienhof befinden sich viele Grundstücke im sogenannten „Außenbereich“. Eine Bebauung ist hier nicht möglich – nicht einmal ein Carport für ein Auto darf hier errichtet werden. Viele der historischen Fassaden der Gebäude dürfen nur unter strengsten Denkmalschutzauflagen saniert werden. Beides ist im Prinzip gut begründet und nachvollziehbar, wirkt angesichts der geplanten Bebauung mit Windkraftanlagen allerdings nahezu absurd! Der Kreis Plön möchte den Tourismus als Wirtschaftszweig stärken und den ländlichen Raum auch als Lebensraum attraktiver machen. Insbesondere letzterem Ziel	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.5, 3.15.1, 3.17.1, 3.18.1, 4.8.1, 4.9.1, 4.14, 4.15.1, 6.1.1, 7.2.11, 7.3.5, der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	entsprechen die BürgerInnen Sophienhofs in höchstem Maße. In den letzten Jahren haben sich gleich 10 junge Familien mit Kleinkindern angesiedelt, um die Qualitäten des Lebens auf dem Land zu genießen und an die folgende Generation weiterzugeben. Aufgrund der aktuellen Bebauungspläne mit Windkraftanlage stellen wir uns ganz explizit die Frage, ob ein Leben hier dann noch möglich ist? Wer uns den Wertverlust unserer Immobilien ersetzt, wenn ein Leben hier nicht mehr möglich ist (aufgrund von Geräuschbelästigung und ähnlichem)? Und, ob der geplante Kredit für den Bau einer Solaranlage zur Selbstversorgung mit grünem Storm vorsorglich folglich lieber nicht in Anspruch genommen werden sollte? Wer beantwortet all diese Fragen? Wichtig sei abschließend anzumerken, dass ich mich sehr wohl für den Ausbau regenerativer Energien einsetzte. Allerdings vor dem Hintergrund, dass wir nicht ziellos alle Flächen bebauen, die sich aufgrund von unterschiedlichen Berechnungen zu eignen scheinen. Ich wünsche mir, dass der Ausbau mit Bedacht vorgenommen wird! Ich wünsche mir, dass wir weiterhin Landschaften erhalten, die für die Biodiversität und den Arterhalt eine entscheidende Rolle spielen und für die Menschen vor Ort, sowie Touristen einen Erholungsraum darstellen! Denn neben grünem Strom sind auch diese beiden Aspekte notwendig für eine nachhaltige Zukunft. In meinen Augen stellen die Potentialflächen rund um Sophienhof in 24256 Fargau-Pratjau eben eine solche Landschaft dar. Hier leben, wie oben dargestellt, eine Reihe schützenswerter Arten und wir benötigen diese einmalig schöne Landschaft als Erholungsraum für Menschen vor Ort sowie Touristen. Zum Schluss möchte ich darauf hinweisen, dass die Intransparenz mit der die geplanten Windkraftanlage auf dem schnellen Wege zum Bau gebracht werden sollen, der mangelnde Informationsfluss von Seiten der Projektierer sowie der Politik und die unglaublichen Hürden die durch dieses Onlinetool zur „Mitsprache“ für ältere Menschen und insbesondere Menschen mit Beeinträchtigung aufgestellt wurden, kaum in Worte zu fassen sind. All dies lässt am Demokratieverständnis der Verantwortlichen zweifeln und stellen den Begriff der Inklusion augenscheinlich an letzte Stelle. Beides hinterlässt mich, wie so Viele, betroffen!	
Gruppe ID: G2156 Anzahl: 2 (IDs: 1728,	Moin, ich wohne schon mein ganzes Leben bei Ausacker und habe 2016 die Planung eines Windparks verfolgt und wir als Bevölkerung haben uns erfolgreich dagegen gewehrt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2, 2.3, 2.5, 4.5.1, 4.5, 4.20, 7.1.3, 7.2.5, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
2156)	Nun wollen wir es Wiedenholen. Nun steht die gleiche Fläche wieder im LEP, weil es andere Kriterien gibt. Eine skandalöse Entwicklung aus meiner Sicht. Der Bürgerwille wird wie oft in dieser Zeit einfach aufgrund von Ideologien übergangen. Durch die Übergehung der Bürger wird die Politikverdrossenheit immer größer und die Demokratie wird gefährdet. Die Fläche zwischen Hürup Ausacker und Husby: Große Nähe zum Winderatter See (Naturschutzge- biet) die Kielsau, welche ein Bioverbundsystem mit dem Winderatter See darstellt. Die Kielsau befindet sich nur wenig Meter von der ausgewiesenen Fläche entfernt. Der Lebensraum für Tiere in der Nähe wird durch Infraschall und die ständiger Bewegung am Himmel unkalkulierbar verändert. Die neuen Kriterien 30m vom Waldrand oder der Kielsau entfernt ein Windrad zu errichten, gefährdet die Entwicklung der Tiere und Pflanzenwelt für die nächsten 20 Jahren und dann kommt Repowering. Der ORT Kielsgaard, bewusst groß geschrieben, weil Sie im Plan diesen Ort als Splittersiedlung ansehen. Kielsgaard hat ein eigenes Ortsschild und ist in diesem Sinne ein eigener Ort und MUSS 800-1000m von den Windrädern entfernt sein. Des Weiteren findet ich 400m zu einzel Lagen viel zu wenig, es ist eine Enteignung des Bewohners, Sichtbehinderung und Infraschall Belastung. Viele haben sich bewusst entschieden hier zu leben und nun wird entschieden diese Ruhe und Frieden zu zerstören. Die Windanlagen 200m hoch werden in ganz Angeln sichtbar sein, für mich als Angelliter Fru ein Eingriff in meine Heimat, welche mir im wahrsten Sinn der Wortes Im Auge weh tut. Ich fahre jeden Tag zur Arbeit nach Flensburg und muss auf den K90 an den WKA vorbei, für mich unvorstellbar welche MONSTER sich dort vor mir auftun werden. Das Herzen von Angeln wird in einen Windindustriepark verwandelt. Die Überproduktion an Strom und Sicht-Naturverschandelung in Schleswig Holstein, wird nicht be- lohnt mit günstigen Strom für die Bürger. Nein es werden noch mehr Wka gebaut. wir haben den teuersten Strom in ganz Deutschland. Der Strom wird nicht benutzt weil die nötigen Stromtrassen in den Süden fehlen. Arbeitet doch erstmal daran bevor Neue Windräder gebaut werden. Wir sehen gerade in diesem Sommer oft den Rotmilan, Storch, Seeadler, Bussard und die Wiesen- weihe mit Ihren Kindern genau in LEP ausgewiesen Gebiet, es muss	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	verhindert werden das Vögel durch WKA in dieser Region zu Schaden kommen. Die Nähe zum Winderatter See, wo viele Wildvögel nisten und Leben. Vögel werden am Winderatter See geboren und 1300m weiter an der WKA geschreddert. Oft unterschätzt wird der Infraschall, jede elektrische Anlage erzeugt Infraschall ,welcher für das menschliche Ohr nicht zu hören ist. Selbst die Biogasanlage in unsere Nähe ließ uns Jahrelang schlecht schlafen aufgrund von Motorengeräuschen. Die Folgen sind nicht absehbar. Infraschall löst vielfälliger Krankheiten aus, über Depressionen, Angst-Schlafstörungen, Krebs. Bitte nehmt die Bürger ernst, wir haben bedenken und wollen unsere Umwelt, Lebensqualität erhalten, für uns und unsere Kinder!	
Institution: Amt Kirchspielslandgemeinden Eider, Der Amtsdirektor ID: M2777	Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes - Windenerige Sehr geehrte Damen und Herren, für die Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes gibt das Amt Kirchspielslandgemeinden Eider für seine 34 Gemeinden nachstehende Stellungnahme ab: Das Amt und seine Gemeinden begrüßen grundsätzlich die Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zur weiteren Ausweisung von Potenzialfläche für Windenergieanlagen. Auch seitens des Amtes wird die Energiewende unterstützt und das Bestreben „weg von fossilen Brennstoffen hin zu mehr regenerativer Energie“ befürwortet. So macht sich selbst das Amt in Richtung Amtswerke auf den (steinigen) Weg. Was allerdings die Umsetzungspraxis anbelangt, muss ich im Detail doch folgendes erwähnen. Zum einen bemängele ich, dass die Frist zur Stellungnahme über die Sommerferien in unserem Bundesland gelegt wurde. Durch die Urlaubszeit war es den Gemeinden daher nicht möglich, ordnungsgemäße Gremienberatung durchzuführen und dabei die Frist zur Abgabe der Stellungnahme einzuhalten. Über einen von den kommunalen Landesverbänden eingereichten Antrag zur Fristverlängerung wurde leider auch noch nicht entschieden. Dennoch behalten sich die	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu den weiteren in der Stellungnahme genannten Kritikpunkten wird auf die Ziffern 7.1.5 und 7.2.15 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeinden des Amtes behalten vor, kurzfristig noch eigenständige Stellungnahmen nachzureichen. Zum anderen moniere ich die „einseitige“ Flächenausweisung ausschließlich im mittleren und südöstlichen Amtsbereich. Der nördliche Teil bleibt von der Windplanung auch weiterhin ausgeklammert. In der Vergangenheit wurde dies meines Wissens im Wesentlichen mit der Vogelflugroute entlang des Mündungsbereiches der Eider begründet. Diese Argumentation griff allerdings nicht bei der Realisierung der 380-KV-Trassenleitung mit ihren ebenfalls sehr hohen Strommasten. Ebenfalls haben sich Untersuchungen an bereits vorhandenen Windenergieanlagen und Windparks nicht dahingehend bestätigt, dass Wild- und Zugvögel Schaden durch die Rotorblätter genommen haben. Von daher halte ich eine pauschale Ablehnung, in diesem Bereich keine Windenergieanlagen zuzulassen, für nicht sachgerecht. Bereits für Störche und Fledermäuse sind vorhandene Windenergieanlagen zeitweise abzuschalten. Eine ähnliche Regelung wäre aus meiner Sicht zumindest einmal auch für Windenergieanlagen entlang der Vogelfluglinie zu diskutieren. Überdies ist es der Bevölkerung vor Ort schwerlich vermittelbar und überdies der Akzeptanz nicht förderlich, dass de facto Bürgerwindparks nicht realisiert werden können bzw. eine Bürgerbeteiligung nicht oder nur rudimentär angeboten wird. So sinnvoll eine Art der privilegierten Umsetzung auch notwendig ist, ist diese Privilegierung aber kontraproduktiv der Akzeptanz vor Ort, weil eine Bürgerbeteiligung „ausgeschlossen“ ist. Dies stellt sich - bis auf wenige Ausnahmen - deutlich anders bei der Photovoltaik-Freiflächenanlagen-Planung dar, was die Diskussion in den Gemeinden wesentlich vereinfacht. Es stellt ein zweites Ärgernis dar, dass in Schleswig-Holstein (mit) die höchsten Durchleitungskosten bei den Stromnetzen zu entrichten sind und diese Kosten über die zu zahlenden Strompreise an die Bürger vor Ort weitergereicht werden. So ist der Unmut der Bevölkerung sehr groß, auf Windenergieanlagen „zu schauen“ und „keinen Vorteil“ davon zu haben.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted] Amtsdirektor	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2155	Sehr geehrte Damen und Herren, im Zusammenhang mit dem laufenden Abwägungsverfahren zum Windkraftausbau möchten wir unseren eigenen Umsetzungswillen ausdrücklich bekräftigen. Hiermit beziehen wir uns auf die eingereichten Stellungnahmen von Herrn [redacted] von der Firma [redacted] im Bereich Nordermeldorf und Epenwöhrden. Für die Erweiterungen sind bereits die Flächen gesichert und Gutachten angeschoben. Wir freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit in der Umsetzung dieser Flächen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2154	Die vorgesehenen Mindestabstände zwischen Windenergieanlagen und Wohnhäusern sind erheblich zu klein und bewirken keinen ausreichenden Immissionsschutz. Die TA Lärm ist für die Beurteilung in diesem Zusammenhang völlig ungeeignet. Insbesondere protestierte ich auch gegen den Wegfall höhenabhängiger Schutzabstände zwischen Wohnhäusern und Windkraftanlagen. Unstrittig ist, dass Windkraftanlagen neben hörbaren Lärm auch Infraschall emittieren. Viele Anwohner in der Nähe von Windkraftanlagen klagen über erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen wie Schwindel, Herzrasen, Tinnitus, Schlaflosigkeit, Konzentrationsstörungen und Abgeschlagenheit. (s.a. ZDF-Mediathek 14.04.2020: „Unerhörter Lärm – Die Auswirkungen von Infraschall“). Ein Zusammenhang zwischen Belastung durch Infraschall und organischen Erkrankungen kann heute nicht ausgeschlossen werden. Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit wird durch die vorgesehenen Mindestabstände zwischen Windenergieanlagen und Wohnhäusern erheblich gefährdet, sodass es sich um verfassungswidrige Vorgaben handelt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3.2, 7.3.3, 7.3.5, 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2153	[redacted] Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport Landesplanungsbehörde Düsterbrooker Weg 92 24105 Kiel **Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** **Stellungnahme ehemalige Potentialfläche PR2_RDE_147 – in den Gemeinden Wapelfeld und Hohenwestedt** Sehr geehrte Damen und Herren, anlässlich der Offenlage der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 (vom 25.06.2024 – 09.09.2024) möchte ich als Flächeneigentümerin folgende Stellungnahme abgeben: Ich bin geborene [redacted] und habe Flächen in der Gemeinde [redacted], diese stammen aus dem Betrieb [redacted]. [redacted] u.a. auch eine landwirtschaftliche Fläche in der ehemaligen Potentialfläche PR2_RDE_147 (Planungsraum II, Kreis Rendsburg- Eckernförde). Diese Fläche wird bis heute von unserem [redacted] bewirtschaftet. Diese Potentialfläche bei Hohenwestedt wurde in früheren Entwürfen des Regionalplans des Planungsraums II ausgewiesen. Im aktuellen Entwurf des Landesentwicklungsplans liegt die Fläche PR2_RDE_147 erneut in einem Bereich, der als Potentialfläche für Windenergiegebiete ausgewiesen ist. Ich bin der Meinung, dass sich die betroffene Fläche langfristig für den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen (WKA) eignet.	Die Stellungnahme enthält Anregungen zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Bereich in und um ehemals PR2_RDE_147 wird intensiv landwirtschaftlich genutzt. Die Flächen sind zu etwa gleichen Anteilen Ackerland und Grünland. Der Ackerbau wird hier vom Maisanbau geprägt und das Grünland wird intensiv genutzt. Im mittleren Bereich des Gebiets befinden sich mehrere kleine künstlich angelegte Fischteiche. In der Nähe des Gebiets gibt es bereits einen Windpark in Osterstedt. Eine direkte Sicht auf das Gebiet von den Innenbereichslagen der Gemeinden Wapelfeld und Hohenwestedt aus ist kaum möglich. Umliegende Wälder, Hügel sowie verschiedener Knicks (Wallhecken) verhindern eine direkte Einsicht, dadurch würden mögliche Windkraftanlagen weniger deutlich in der Landschaft hervorstechen als anderswo. Dies würde sich wahrscheinlich positiv auf die Akzeptanz der Windenergieanlagen vor Ort auswirken. In der Nähe von PR2_RDE_147 gibt es keine Flugplätzte, deren An- und Abflugbereiche betroffen sein könnten. Auch haben die Flächen dort keinerlei militärische Bedeutung. Die Fläche wird, meines Wissens nach, nicht von Richtfunktrassen durchschnitten. Darüber hinaus eignet sich das Gebiet, aufgrund der Bodeneigenschaften, nicht für den Abbau von Rohstoffen wie z. B. Kies. Das Gebiet grenzt nicht direkt an eine Hochspannungsleitung. Jedoch gibt es in der unmittelbaren Umgebung um das mögliche Vorranggebiet herum mehrere Hochspannungsleitungen. Dies würde einen Netzanschluss erleichtern, da ein Anschluss ressourcenschonend und kostengünstig realisierbar wäre. Des Weiteren machen die Hochspannungsleitungen, in Verbindung mit der naheliegenden Bahntrasse das Gebiet weniger attraktiv für verschiedene Vogelarten. Dies verringert ein mögliches Konfliktpotential. Der Bereich um das mögliche Vorranggebiet PR2_RDE_147 ist kein Schwerpunkt für den Tourismus und Erholung. Das Gebiet überschneidet sich nicht mit Naturparken. Die aktuelle Potentialfläche hält alle nötigen Abstandserfordernisse zu Siedlungsbereichen ein. Die Gefahr einer Umzingelungswirkung auf die Gemeinden Hohenwestedt und Wapelfeld ist hier nicht gegeben, da mehrere natürliche Hindernisse die Sicht verringern. Der Bereich mit den künstlich angelegten kleinen Fischteichen stellt laut eines großen Windkraftanlagen Herstellers (Vestas) faktisch kein Problem für die Errichtung von WKA dar. Grundsätzlich würde sich auch dieser Bereich für die Errichtung von Fundamenten von WKA eignen. Die Anlagen könnten jedoch auch so um die Teiche herum angeordnet werden, dass die Windenergie vor Ort möglichst effizient genutzt werden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	könnte. Das Gebiet PR2_RDE_147 ist kein Schwerpunktbereich des Biotopverbundes. Es handelt auch um kein Wiesenvogel-Brutgebiet und es ist kein Nahrungsgebiet für Gänse oder Singschwäne. Am nordöstlichen Rand des Gebiets PR2_RDE_147 befindet sich ein ehemaliger Rotmilanhorst. Dieser wurde meines Wissens nach nur einmal im Jahr 2017 bebrütet. In einer Stellungnahme zu einem der vorherigen veröffentlichten Entwürfe zur Teilaufstellung Regionalplan II, Sachthema Windenergie müsste u.a. ein Gutachten zu finden sein. Dies müsste bestätigen, dass bereits im Jahr 2018 der Horst nicht wieder vom Rotmilan genutzt wurde. Wir haben ein anerkanntes Gutachterbüro mit einem weiteren Gutachten für das Jahr 2019 beauftragt. Dieses kam zu dem Ergebnis, dass der Rotmilan den Horst im Jahr 2019 wohl wieder nicht genutzt hat. Die Gutachter gehen in dem Gutachten davon aus, dass der Horst im Jahr 2019 von einem Mäusebussard genutzt wurde (siehe Anhang: Avifaunistisches Gutachten). Meine Fläche [redacted] liegt im [redacted] der ehemaligen Potentialfläche PR2_RDE_147. Ich kenne die Umgebung und die Flächennachbarn seit meiner Kindheit. Deshalb kenne ich gerade den Bereich zwischen den Teichen und der Bahntrasse besonders gut. Weder mir noch meinen Flächennachbarn sind in diesem Bereich Aktivitäten von Rotmilanen aufgefallen. Rotmilane nutzen diesen Bereich nicht für ihre Nahrungssuche. Wahrscheinlich hängt das mit dem Maisanbau und im Allgemeinen mit der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung dieses Bereichs zusammen. Zusätzlich liegt in diesem Bereich eine intensiv genutzte Bahntrasse, welche den Bereich für Vögel zusätzlich unattraktiver macht. Ich möchte Sie bitten, das ehemalige Gebiet PR2_RDE_147 wieder für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Ich bin der Meinung, dass dieses Gebiet langfristig für die Windkraft geeignet ist. Zudem ist in Deutschland die Erreichung der Klimaziele in starker Gefahr. Das Gebiet könnte in der von mir dargestellten Ausführung einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz beitragen, ohne dabei eine unnötige Gefahr für die örtliche Avifauna darzustellen. Des Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass das Gebiet PR2_RDE_147 in einem früheren Entwurf der Teilaufstellung Regionalplan II, Sachthema Windenergie, bereits als Potentialfläche aufgeführt war. Meine Flächennachbarn und ich sind der Meinung, dass die Windkraft bereits heute und in Zukunft ein wichtiger Eckpfeiler unserer Energieversorgung und des Klima- und somit	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	auch Artenschutzes sein wird. Zudem unterstütze ich die Beteiligung von Anwohnern und Bürgern, um so die Akzeptanz vor Ort zu erhöhen. Deshalb möchte ich Sie bitten, das Gebiet PR2_RDE_147 erneut als Vorranggebiet für die Nutzung durch Windenergie zu berücksichtigen. Ich bin innerhalb der Gemeinde [redacted] Eigentümer des folgenden Flurstücks: Gemarkung [redacted] Flur [redacted] Anhang: • Avifaunistisches Gutachten Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2149	Es ist eigentlich überflüssig, überhaupt noch einen Kommentar auf dieser Seite zu hinterlassen. Sie scheint ja nur noch dazu da zu sein, hochbezahlten Juristen ein gutes Auskommen zu verschaffen. Warum sollen sich die Bürger die Arbeit noch machen, wenn die Kriterien für Vorranggebiete beliebig im Vierjahresturnus geändert werden und alles wieder von vorne beginnt. Im Herbst 2018 habe ich den Worten des Ministerpräsidenten geglaubt, dass den Bürgern mit der Festlegung der Windenergievorrangflächen Sicherheit gegeben wird. Ein Zustand, auf den sie sich verlassen können. Diese Sicherheit hat nicht einmal ein halbes Jahrzehnt vorgehalten. Derselbe (!!!!) Ministerpräsident präsentiert den Bürgern jetzt neue Kriterien für Vorrangflächen und behauptet, dass das unumgänglich sei und ihn keine Schuld träfe. Herr Günther: Wundern Sie sich ernsthaft über die Politikverdrossenheit der Bürger? „Schleswig-Holstein muss nach den Vorgaben des Bundes seine Flächen für die Nutzung von Windenergie von zwei auf rund drei Prozent der Landesfläche ausweiten.“ (nach: https://www.schleswig-	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	holstein.de/DE/landesregierung/themen/energie/windenergie-raeumliche-steuerung/) Wenn Herr Günther sich dafür einsetzen würde, dass auch die Bayern MÜSSEN, müssten Schleswig-Holsteins Bürger nicht unter diesem Wahnsinn leiden. Auf die einzelnen sachlichen Kriterien einzugehen ist müßig, sie werden ohnehin willkürlich hin und her geschoben. In der letzten Runde 2018 wurde bewiesen, dass das selbst im laufenden Verfahren problemlos möglich war. Und die Argumente und die Verzweiflung der Bürger werden ja ohnehin ignoriert. Wir haben Anlagen im Nordwesten und im Südosten des Ortes. Demnächst dann also auch im Nordosten. Wahrscheinlich schon mal deutlich höher als die Anlagen, die 2015 nordwestlich des Ortes aufgestellt wurden. Was kommt als nächstes? Eine Verringerung der Abstände? So dass mehr Anlagen auf die Flächen gedrückt werden können? Momentan ist von 3 Prozent der Landesfläche die Rede. Aber: „Die Fläche, die nach Anwendung der Ausschlusskriterien zur Auswahl und Festlegung von Windenergiegebieten praktisch zur Verfügung steht, umfasst rund 113.000 Hektar oder rund 7,2 Prozent der Landesfläche (…)“ Quelle wie oben. Scheibchentaktik. Pfiffig. Nächstes Jahr 4 Prozent, übernächstes Jahr 5 usw. Und an den 7,2 Prozent kann man dann ja auch schrauben. Was interessiert mich mein Versprechen von gestern. Das Gefauche und Gedröhne der Anlagen macht mich wahnsinnig. Und daraus resultierend polemisch und aggressiv, wie man unschwer erkennen kann. Ich bin nicht nach Sehestedt gezogen, um mich mit Ohropax in den Ohren im Haus mit geschlossenen Fenstern und Türen verschanzen zu müssen, wenn ich mal Ruhe haben möchte. Ohropax bewirken im Übrigen ohnehin nichts. So ziemlich alle Geräusche werden ausgeblendet. Nicht der Schall der Anlagen. Die Gemeindevertretung übt sich in Zurückhaltung. Sie gibt einfach keine Stellungnahme ab. Zumindest nicht so, dass die Sehestedter davon etwas mitbekommen. Die in Sehestedt so groß geschriebene Transparenz lässt deutlich zu wünschen übrig. Den Gemeindevertretern (bis auf eine sind alle Feuer und Flamme für weitere Anlagen) ist ganz offensichtlich bewusst, dass sie nur einfach nichts tun müssen, dann läuft alles nach Plan. Und ohne Transparenz und eine eigene Stellungnahme kann später notfalls sogar noch ein erschrockenes „Oh, das haben wir ja gar nicht mitbekommen.“ vom Stapel gelassen werden, falls es eng wird. Aussagen wie „Es ist doch gar nicht gesagt, dass dort Windkraftanlagen aufgestellt werden sollen, es	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ist doch schön, als Gemeinde eine Weißfläche zu haben“ klingen noch im Ohr. All meine Bedenken, die ich in der Stellungnahme zur letzten Fortschreibung geäußert habe, erweisen sich als berechtigt (was mich nicht wundert). Zu meinem großen Erschrecken allerdings um ein Vielfaches früher, als selbst ich es für möglich gehalten habe. In welchem Tempo soll das denn weitergehen? Ich bin maßlos desillusioniert und wundere mich über den Zulauf nicht-demokratischer Parteien kein Stück mehr.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2148	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich fordere, dass Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann (Vermeidung von Phantomstrom). Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für alle Menschen gilt, egal ob Stadt, Dorf, Splittersiedlungen oder Einzelhäuser (min. 1.500 m). Ich fordere eine Beteiligung der direkten Anwohner im Umkreis von 2.500 m am Genehmigungsverfahren. Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen (Riegelbildung). Ich lehne die Absenkung des Grundwasserspiegels zum Bau von Windkraftanlagen strikt ab, da in der Nähe befindliche Grundwasserseen mit der dazugehörigen Fauna und Flora erheblich beeinträchtigt werden. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete/ Naturflächen nicht zerstört	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.1.5, 7.2.5, 2.1, 2.11, 7.1.3, 5.4, 3.18, 4.1, 7.3, 7.2.11 und 7.2.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden, damit dieser einzigartige Naherholungsraum erhalten bleibt. Ich befürchte körperliche Beschwerden und Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Blinklichter (Befeuerung), Infraschall, optische "Erdrückung" und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von 5H zur Wohnbebauung gilt. Ich befürchte, dass meine Immobilie an Wert verliert und ich möchte, dass eine Abstandsregelung vom min 5H zur Wohnbebauung gilt. Ich fordere, dass ein Havariefall (z.B. Brand, technischer Defekt/Rotorbruch ect.) durch ausreichende Abstände von min. 1.500 Metern zu Wohnbebauung abgesichert wird. Ich befürchte Störung der Flugrouten der Luftrettung und des Bundesheeres. Diese Routen sind freizuhalten! Mit freundlichen Grüßen eine Schleswig-Holsteinerin	
Institution: Cimbergy GmbH & Co. KG, Planung ID: 2147	**Stellungnahme zum Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land** **Hier: 15 Z Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung entlang des Nord-Ostsee-Kanals am Beispiel des Windparks „Osterrade“ PR2_RDE_046** Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten die Gelegenheit nutzen, um im Namen des Windparks Osterrade im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur aktuellen Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes Stellung zu nehmen. Wir haben diese Stellungnahme auf die wesentlichen und betroffenen Ziele und Grundsätze der Raumordnung beschränkt. Im Rahmen der Teilaufstellung des Regionalplans 2020 erfolgte eine teilweise Ausweisung der Potentialfläche als Windvorranggebiet. Der Kernbereich des Gebietes war bereits in der Regionalplanfortschreibung 2012 und 1997 als Windeignungsgebiet ausgewiesen. Die [redacted] GmbH mit Ihren Kommanditgesellschaften betreibt auf diesen Flächen einen gemeinsamen Windpark der Bürger, der Landeigentümer und weiterer lokaler Akteure. Auf der Fläche werden	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Der Nord-Ostsee-Kanal quert als Wasserstraße Schleswig-Holstein von der Ostsee zur Unterelbe und erstreckt sich in seiner südlichen Hälfte genau in der bevorzugten Zugrichtung von Nordost nach Südwest. Die markante Wasserlinie des Kanals wird daher von Wasservögeln, Möwen und Seeschwalben als Leitlinie genutzt. Der Kanal bildet in seinem Westteil auch die Verlängerung des Zugweges von der Eckernförder Bucht über den Wittensee nach Südwesten, sowie die Verbindung von der Kieler Förde zur Eider-Treene-Sorge Niederung. Für Zugvögel, die Schleswig-Holstein queren, sind Siedlungsräume keine Barrieren und werden überflogen. Aufgrund der Bedeutung als Leitlinie des Vogelzuges und der niedrigen Flughöhen wird der im Rahmen des Vogelzuges genutzte Uferstreifen entlang des Nord-Ostsee-Kanals als

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	aktuell 13 Windenergieanlagen betrieben und eine weitere im südlichen Bereich befindet sich aktuell in Planung. Bereits in der Regionalplanfortschreibung 2012 und der Teilaufstellung 2020 wurde von Seiten der [redacted] GmbH und der Gemeinde Bovenau die Erweiterung des Windeignungsgebietes in Richtung des Nord-Ostsee-Kanales befürwortet. Das Potentialgebiet wurde jedoch im Norden aufgrund der Lage innerhalb einer Hauptachse des überregionalen Vogelzuges nicht als Vorranggebiet übernommen. Als Hauptachse des überregionalen Vogelzuges wurde die Mittellinie des Nord-Ostsee-Kanales mit einem Puffer von 1000 m definiert. Auch im aktuellen Entwurf zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holsteins wird entlang des Nord-Ostsee-Kanales eine Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung mit einem Puffer von 1000 m definiert. Der [redacted] beauftragte zur Untersuchung u.a. des Vogelzugs in dem Bereich nördlich des Windparks hin zum Nord-Ostsee-Kanals bereits im Jahr 2016 umfangreiche ornithologische Untersuchungen sowie die Bewertung der Flächen in einem artenschutzrechtlichen Fachbeitrag durch das Fachbüro [redacted]. Gemäß den Vorgaben des MELUR erfolgte unter anderem eine Planzugerfassung an 40 Terminen mit einem Umfang von insgesamt 160 Stunden. Die Auswirkungen auf Zugvögel werden unter 9.3. darin wie folgt zusammengefasst: *„Die Flächen des Plangebietes befinden sich innerhalb der Leitlinie des NOK. Zudem ist im Plangebiet mit dem für Schleswig-Holstein typischen binnenländischen Breitfrontzug zu rechnen. Insgesamt wurde im Untersuchungsgebiet aber* ***nur ein durchschnittliches Zuggeschehen mit an Einzeltagen erhöhter Zugintensität nachgewiesen****.“(…) „Zur Einordnung dieser Zahlen: Die Maximalzahl im Plangebiet (938 Zugvögel / h am 11.10.15) reicht bei weitem nicht an die maximalen Zugintensitäten der Hauptzuggebiete, z.B. der Westküste von Sylt und Amrum heran, die 5.000 Vögel / h und mehr erreichen können (KOOP 2002). Auf den Hauptzugachsen der Vogelfluglinie werden vereinzelt Werte von bis zu 38.000 Ex. / h erreicht (J. FORSTER, Mitteilung im OAGSH-Netz, 25.03.2010).* *Hinzukommend ist zu berücksichtigen, dass das Zuggeschehen im Plangebiet von wenigen Arten dominiert wird (Massenzugarten). Hier sind v.a. die Ringeltaube (Anteil rd. 25 % des Gesamtzugaufkommens), Lachmöwe (19 %) und Sturmmöwe (13 %) zu*	Bereich mit besonderer Bedeutung (Ziel) behandelt, in dem kein Ausbau der Windenergie erfolgt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	*nennen, die zusammen 47 % des insgesamt registrierten Vogelzugaufkommens ausmachten. Die übrigen Arten wiesen allenfalls durchschnittliche und die meisten Arten nur geringe Zugintensitäten auf**. Generell sind die vorliegenden Zahlen**, wie dargelegt, auch für die Hauptzugarten **zu relativieren**. **Für typische Schmalfrontzieher (Wasservögel wie Gänse und Enten) konnten im Rahmen der Erfassung keine besonderen Zugkonzentrationen festgestellt werden.** Anhand der vorliegenden Daten ist für das Plangebiet Erweiterung WP Osterrade anhand der festgestellten Zugintensitäten insgesamt **von einer maximal mittleren Bedeutung für den Vogelzug auszugehen**, wobei sich die Bedeutung in erster Linie auf die Hauptzugarten Ringeltaube, Lach- und Sturmmöwe und den Star (zumindest für den Wegzug im Herbst) bezieht.“ (GfN, 2016).* Als Fazit des artenschutzrechtlichen Fachbeitrages wird insgesamt festgestellt: *„Die artenschutzrechtliche Prüfung des Vorhabens Erweiterung WP Osterrade (3 WEA) kommt zu dem Ergebnis, dass bei Durchführung der vorgesehenen artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen (Bauzeitenregelung, Vergrämung, vorgezogene Baufeldräumung, ggf. Besatzkontrolle, Betriebsvorgaben, ökologische Baubegleitung) für die artenschutzrechtlich relevanten Tierarten (Vögel, Fledermäuse) keine Zugriffsverbote gem. § 44 (1) BNatSchG verwirklicht werden. Das Vorhaben ist somit in Bezug auf § 44 (1) BNatSchG zulässig.“* Den artenschutzrechtlichen Fachbeitrag übersenden wir als Anlage. Die ornithologischen Untersuchungen nördlich des Windparks Osterrade haben gezeigt, dass die angelegte Hauptachse entlang des Nord-Ostsee-Kanals mit jeweils einem 1000 m Puffer parallel zur Mittelachse nicht pauschal als Achse mit sehr hoher Zugintensität und entsprechend besonderer Bedeutung für den überregionalen Vogelzug gewertet werden kann. Wie bereits in unserer Stellungnahme zur Kriterienprüfung für die Ausweisung von Windenergiegebieten vom 15.03.2024 erwähnt, halten wir auf Grundlage der Ergebnisse des artenschutzrechtlichen Fachbeitrags eine Reduzierung des Abstandspuffers der Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung von 1000 m auf 500 m an dieser Stelle für vertretbar. Für den reduzierten Bereich in 500-1000 m Abstand zum Nord-Ostsee-Kanal wäre eine Einstufung gemäß 15 G als Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit Bedeutung denkbar, innerhalb derer die Anforderungen des Artenschutzes berücksichtigt werden sollen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Entsprechend der obigen Ausführungen sehen wir eine pauschale Ausweisung der Hauptachse des Überregionalen Vogelzuges mit einem Abstand von 1000 m kritisch. Eine Ausweisung sollte sich zumindest im Fall von vorliegenden Untersuchungsergebnissen an diesen Ergebnissen orientieren. Wir schlagen deshalb die Erweiterung des Vorranggebietes PR2_RDE_046 auf die in Abb. 1 in Gelb dargestellte Fläche vor. Die Erweiterung des Vorranggebiets ermöglicht mindestens drei zusätzliche WEA-Standorte. Abb. 1 Darstellung des möglichen Vorranggebiets bei Verringerung des Abstandes zu den Hauptachsen des Überregionalen Vogelzuges auf 500 m um den NOK Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Anmerkungen bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes und entsprechend unseren Flächenvorschlag bei der weiteren Planung der Gebietskulisse für Windvorranggebiete berücksichtigen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Im Auftrag des Vorhabenträgers	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2146	Sehr geehrte Damen und Herren, die im schleswig-holsteinischen Landesentwicklungsplan identifizierten Potenzialflächen für den Windkraftausbau umfassen ca. 7% der Landesfläche. Aus dieser Fläche sollen im Rahmen der Regionalplanung ca. 3% der Landesfläche als Vorranggebiete für die Windkraftnutzung ausgewählt werden. Um diese Flächen zur Verfügung zu stellen, schränkt der Gesetzgeber gegenüber früheren Planungen den Landschaftsschutz und die gemeindliche Selbstbestimmung ein, was zu Verunsicherung und Unmut in der Bevölkerung führt. Um die Akzeptanz des schleswig-holsteinischen Windenergieausbaus zu maximieren, muss die Auswahl der Vorrangbiete, also die Reduzierung von Potenzialflächen auf 3% der Landesfläche, einer klaren Metrik folgen, die die verschiedenen Einspruchsgründe transparent gegeneinander aufwiegt, Flächen mit mehreren Einspruchsgründen depriorisiert und insbesondere den gravierenden jüngsten Einschränkungen des	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsschutzes Rechnung trägt. Eine solche Metrik konnte ich bisher nicht finden. Nach meiner Wahrnehmung, würde eine Anwendung der folgenden Kriterien bei der Identifikation von Vorranggebieten die Akzeptanz unter Bürger:innen am ehesten sicherstellen: · Flächen, die im Fernwirkungsradius der WEAs die geringste Bebauungsdichte aufweisen, sollten priorisiert werden. Hierbei müssen auch Siedlungsachsen und in Planung befindliche Neubaugebiete Berücksichtigung finden. Auf diese Weise wird der Einfluss der WEAs auf die Bürger:innen minimiert (Unvorhergesehener Verlust des Grundstückswertes, Geräuschbelastung, Schattenwurf, Einengung). Die Sichtweite der Referenzanlage wäre eine geeignete Größe für den Fernwirkungsradius. Als nachgeordnetes Kriterium sollte die WEA-Errichtung im Süden von Wohnbebauungen depriorisiert werden. · Landschaftsschutzgebiete wurden von viele Kommunen als wichtiges Element zum Natur- und Freiraumschutz etabliert. Die Kommunen erwarten, dass das Land dies respektiert und entsprechende Flächen bei der Auswahl von Vorrangflächen depriorisiert. · Die Landesregierung verfolgt eine Konzentrationsplanung für die Windenergienutzung. Auch bei der Auswahl der Vorranggebiete sollten bevorzugt solche Flächen ausgewählt werden, in denen bereits WEAs realisiert wurden. So können mehr Landstriche frei von WEAs gehalten und der Planungs- und Umsetzungsprozess beschleunigt werden. · Ebenso sollten jene Flächen depriorisiert werden, in deren Umgebung eine große Akzeptanz für Freiflächen-PV-Anlagen entsteht. Auf diese Weise kann eine Flächennutzung von mehr als 3% der Landesfläche für erneuerbare Energieerzeugung erreicht werden. Der Vorrang, der WEAs gegenüber Freiflächen-PV Anlagen in der angestrebten Gesetzgebung eingeräumt wird, stellt insofern keinen Interessenausgleich zwischen den Energieerzeugungsformen dar (wie in §2 EEG gefordert) sondern einen Anreizverlust für den PV-Ausbau. Die Planungshoheit der Gemeinden und Grundstückseigentümer wird durch diese Regelung zudem signifikant eingeschränkt. · Bürger:innen-Interessen bleiben am besten gewahrt, wenn die Erschließung der Flächen durch lokale Genossenschaften umgesetzt wird, in denen Bürger sich finanziell und planerisch beteiligen können und die sich zudem dafür einsetzen, dass der Strom	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erzeugungsnah verbraucht wird. Dementsprechend sollten Flächen priorisiert werden, in denen solche Genossenschaften engagiert sind. Die Erschließung durch ortsfremde Großprojektierer geht in der Regel mit überhöhten Pachtertragsversprechen einher, durch die sich die Projektierer die Flächen sichern, die im weiteren Planungsfortschritt jedoch zurückgenommen werden müssen. Dies führt zu zusätzlicher Frustration unter Bürger:innen und zu einer Verlangsamung des Windenergieausbaus. Der zurecht ambitionierte Windkraftausbau bereitet vielen Bürger:innen Sorgen – insbesondere vor dem Hintergrund des schleppenden Ausbaus in den südlichen Bundesländern bei wesentlich geringeren Stromkosten. Ich bitte Sie, durch Ihre sorgfältige Arbeit weiterhin sicherzustellen, dass die fairste Lösung für alle Schleswig-Holsteiner:innen gefunden wird. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2145	Als Anwohner und Masterstudent der Umweltwissenschaften bitte ich Sie davon abzusehen Baumaßnahmen jedweder Art in oder in der Nähe von ausgewiesenen Naturschutzgebieten zu genehmigen, den Weg zu deren Genehmigung zu ebnen oder diese durchzuführen bzw. durchführen zu lassen. Der Ausweisung der Naturschutzgebiete ging ein langer Abwägungsprozess voraus und sie erfolgte nicht zum Spaß sondern in der Erkenntnis, dass die Natur und die Tiere einen geschützten Rückzugsraum vor menschlichen Eingriffen benötigen. Im Jahr 2024 haben wir Menschen begriffen, dass wir die Natur brauchen. Bitte machen Sie das Geleiste nicht wieder kaputt indem Sie aus wirtschaftlichen Interessen Lebensraum zerstören sondern zeigen Sie Verantwortung und bewahren Sie dieses einzigartige Stück Natur in seiner Unberührtheit. Dies ist auch dem Wirtschaftsfaktor Tourismus dienlich da die Optik der Landschaft nicht negativ durch Windräder beeinflusst wird. Wer gibt sein Urlaubsbudget schon gerne für eine verbaute Sicht im Lärm drehender Rotoren aus?	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.2.1 sowie 7.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2144	Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin gegen die Errichtung eines Windpark in Heidmühlen aus folgenden Gründen: • einzigartiges Landschaftsbild wird zerstört • Heidmühlen liegt mitten im Segeberger Forst, wo die Anlagen mit den	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.5.1, 7.2.11, 7.2.12, 7.2.15, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	renaturierten Auen und vielen Biotopen nicht im Einklang kommen • stark negative Einflüsse der Nutz- und Zuchttiere(Pferde, Rinder ect) • reale Wertverluste von Immobilien • Gesundheitsgefährdung durch Infraschall, Lärm, Schattenschlag ect • die Bürger von Schleswig- Holstein sind die Leidtragenden durch hohe Netzentgelte Die Landesregierung hat per Amtseid sich verpflichtet die Gesundheit der Bürger zu schützen und außerdem den Interessen der Bürger nachzukommen. In dieser Region liegt kein Interesse für Windräder vor. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2143	Ergänzung zu meiner Stellungnahme vom 08.09.2024: Zusätzlich zu den genannten Belastungen durch die geplanten Windkraftanlagen in Borsfleth kommt noch, dass die Anlagen nur ganz knapp über der Mindestabstandsfläche von 400 m zu Häusern im Aussenbereich geplant sind, was zu einer unnötig hohen Belastung der Anwohner führen wird, zumal eine größere Entfernung zu den Wohnhäusern möglich wäre. Mit freundlichen Grüßen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2142	Wir als fünfköpfige Familie mit 3 Enkelkindern möchten nicht, dass noch mehr Windkrafträder unsere schöne Heimat verschandeln! Es ist jetzt schon erschreckend, wenn man Richtung Büsum fährt...man hat nur einen Gedanken "wie grausam". !!	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2141	Bin positiv für Windenergie	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2140	[redacted] Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport Landesplanungsbehörde Düsterbrooker Weg 92 24105 Kiel **Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** **Vorranggebiet PR2_RDE_067** **– in der Gemarkung Schülldorf** Sehr geehrte Damen und Herren, anlässlich der Offenlage der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 (vom 25.06.2024 – 09.09.2024) möchte ich als Anwohner und Flächeneigentümer folgende Stellungnahme abgeben: Ich begrüße grundsätzlich die vorgesehene Ausweisung von Teilen des Gebiets meiner Heimatgemeinde als Vorranggebiet, da sich der gegenständliche Bereich zwischen Schülldorf und Ohe hervorragend für die Erzeugung elektrischer Energie mittels Windkraftanlagen (WKA) eignet.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Begründung: I. Allgemeine Situation im gegenständlichen Gebiet Das Gebiet PR2_RDE_067 ist im Regionalplan bereits als Vorranggebiet im Planungsraum II (Kreis Rendsburg- Eckernförde) für die Erzeugung erneuerbarer Energie durch Windkraftanlagen ausgewiesen. Ich bin Flächeneigentümer in diesem Gebiet und möchte meine Flächen, gemeinsam mit meinen Flächennachbarn, für die Nutzung durch Windenergieanlagen zur Verfügung stellen. Zusammen mit einem Stadtwerkeverbund arbeiten wir an der Planung und Umsetzung eines Windparks in diesem Vorranggebiet. Das Projekt befindet sich bereits in einem weit fortgeschrittenen Stadium. Unter anderem wurde bereits ein avifaunistisches Fachgutachten erstellt. Für dieses Projekt ist eine Bürgerbeteiligung geplant. II. Besondere Situation im Vorranggebiet „PR2_RDE_067“ Das Gebiet wird stark anthropogen genutzt. Die Flächen dort werden intensiv landwirtschaftlich bewirtschaftet. Zum Großteil werden die Flächen ackerbaulich genutzt. Unser Familienbetrieb baut dort vor allem Ackerfrüchte wie Mais an. Ein kleiner Teil mit Grünland wird von mir intensiv bewirtschaftet. Das Gebiet wird umgrenzt von zwei Bahntrassen, einer strak genutzten Landstraße und zwei Hochspannungsfreileitungstrassen. Dies macht das Gebiet unattraktiv für Vögel und verringert somit langfristig mögliche Konfliktpotentiale mit der Avifauna. Als aktiver Landwirt bin ich regelmäßig auf meinen dortigen Flächen zugegen. Mir sind dort keine besonderen Aktivitäten von geschützten Großvögeln oder anderen Arten aufgefallen. Das Vorranggebiet überschreitet die geforderte Mindestgröße von 15 ha deutlich. Laut unseren professionellen Planern erlaubt der Zuschnitt des Vorranggebiets die Errichtung von vier großen Windenergieanlagen der neuesten Generation. Somit ist ein wirtschaftlicher Betrieb der Windenergieanlagen sichergestellt. Ich bin innerhalb der Gemeinde Schülldorf Eigentümer folgender Flurstücke:	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2139	Moin, Ich beziehen mich explizit auf dem Fläche welche 2016 aus dem LEP genommen wurde aufgrund eines Bürgerbegehrens, zwischen Husby, Hürup, Ausacker an dem K90 In Schleswig – Holstein wird bereits ein Vielfaches des eigenen Strombedarfs mit Windrädern erzeugt - trotzdem will die (Landes-)Regierung viele unberührte Flächen mit weiteren Windkraftanlagen zustellen lassen. Angeln und Schwansen werden dann so aussehen wie Nordfriesland und Dithmarschen heute schon. Die Nordseeküste, wie sie einmal war, gibt es nicht mehr – jetzt ist die Küste ein riesiges Windkraftanlagen-Industriegebiet geworden. Viele Menschen leiden darunter. Einige Menschen sind z.B. nach Angeln gezogen, nur, um demselben Stress jetzt erneut ausgesetzt zu werden! In Angeln verteilen sich die potentiellen Flächen für den Windkraftausbau über das ganze Land. Die auf der Karte scheinbar geringen Größen der Flächen bedeuten in der dreidimensionalen Realität, dass jedes Windrad mit 200 m Höhe und 150 m Rotorbreite in ganz Angeln zu sehen sein wird, so dass das ganze Land mit Windrädern überzogen sein wird. Der Lebensraum der Menschen wird dann nicht mehr eine Naturlandschaft sein, sondern eine Industrie. Die riesigen Windkraftanlagen werden zum überwältigenden Störfaktor für Mensch und Natur. Alle umliegenden Dörfer werden beeinträchtigt sein. Die Lebensqualität wird massiv herabgesetzt und die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen werden durch permanent wirkende Störfaktoren beschädigt. Seit das erste Windrad in SH aufgestellt wurde, wird auch über den Abtransport überschüssigen Stroms, sowie über die notwendige Speicherung geredet. Die	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4.1, 3.15.1, 7.1.1, 7.2.4, 7.2.5, 7.2.15, 7.3.5, 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Transportwege stehen bis heute nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung. Außerdem bezahlen die Bürger Schleswig-Holsteins, die ohnehin unter den höchsten Stromkosten leiden, auch noch die Transportleitungen. Die notwendigen Speichermöglichkeiten existieren bis heute nicht. Ist zu erwarten, dass eine ausreichende Stromspeicherung umgesetzt werden kann, die auch bei Dunkelflaute die Versorgung sichert Sie als Planungsbehörde sollten bitte bedenken, dass Nordfriesland und Dithmarschen schon extrem viele Windräder haben. Sollte es nicht auch für die Menschen Rückzugsräume geben, so wie für seltene Tierarten? Bitte denken Sie um und erhalten Sie für die Menschen in Schleswig–Holstein und die Urlaubsgäste, die hierher kommen wollen, den noch verbliebenen Rückzugsraum. Bitte nehmen Sie die Bürger und Ihre Probleme Ernst, für uns und unsere Kinder eine gesunde Umwelt	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2138	Ich habe die VO gelesen und nehme wie folgt Stellung: Warum will S-H unbedingt mehr WEA installieren als es vom Bund dazu verpflichtet ist? Es gibt nicht genügend Trassen oder Speicher, um den Strom gen Süden zu transportieren oder zu speichern. S-H hat bereits mehr Flächen verspargelt als andere Bundesländer. S-H wird von Arbeitnehmern, von Ruheständlern und Touristen wegen der schönen Landschaft, Ruhe etc. gern aufgesucht. Das dies so bleibt, kann man wegen der jetzt schon zahlreichen Windparks bezweifeln. S-H benötigt auch noch Flächen für Industrieansiedlungen (s. Northvolt) und einhergehenden Infrastruktur (Wohnbauten, Schulen, Straßen). Wie wäre es mit Repowering? Die VO in der jetzigen Form ist abzulehnen, da sie Gebietskörperschaften alle Freiräume zur Errichtung von WEA gibt.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2137	**Stellungnahme als Landeigentümer zur Übernahme einer Potenzialfläche als Vorrangfläche für Windenergienutzung einer zukünftigen Teilfortschreibung des Regionalplanes, Sachthema: Windenergie – hier: Potenzialfläche PR3_DIT_069 in der Gemeinde Nordermeldorf** Hiermit nehme ich Bezug auf den am 30.12.2020 in Kraft getretenen Regionalplan und die dort nicht als Vorrangfläche übernommene Potenzialfläche „PR3_DIT_069“ in der Gemeinde Nordermeldorf und bringen meine Stellungnahme in das Beteiligungsverfahren zur Fortschreibung der Regionalplanung ein. Mit dieser Stellungnahme wird beabsichtigt die ehemals nicht berücksichtigte Potenzialfläche PR3_DIT_069 als Vorranggebiet einzubringen. **<u>Ausgangslage/Zielsetzung:</u>** Als betroffener Landeigentümer plane ich zusammen mit allen weiteren Landeigentümern vor Ort ein Windvorhaben innerhalb des Planungsraumes PR3_DIT_069. Bei der Flächenkulisse handelt es sich konkret um die nicht als Vorranggebiet ausgewiesene Potenzialfläche im Nordermeldorfer Christianskoog. Die konkrete Flächenabgrenzung des damaligen RROP 2020 entnehmen Sie bitte der nachfolgenden, graphischen Abbildung: *Abgelehnte Potenzialfläche PR3_DIT_069* Wir Landeigentümer wollen für die Einbringung der abgelehnten Potenzialfläche zur Ausweisung als Vorranggebiet werben und bringen diese als Vorschlag für die anstehende Teilfortschreibung der Regionalplanung, Sachthema Wind, ein. Grundsätzlich haben sich seit dem RROP 2020 die Gewichtung des Ausbaus der Windenergie und der Belange des Denkmalschutzes geändert. In Verbindung mit der Notwendigkeit des Windenergieausbaus und dem überragenden öffentlichen Interesse erscheint die hier beworbene Ausweisung als Vorranggebiet als überaus geeignet. Die aus der Abwägungsentscheidung des RROP hervorgehenden bejahende Gründe wie die hervorragende Akzeptanz vor Ort und die geringen Konfliktrisiken zu den relevanten Belangen sprechen weiterhin für die Fläche. Auf die vorgebrachten Gründe gegen eine Ausweisung soll im Folgenden im Detail eingegangen werden:	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zudem wird auf Ziffer 6.1 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	<u>Bewertung der Abwägungskriterien Konfliktrisiko im Detail</u> Abwägung laut Landesplanung: *Freihaltebereich in der Dithmarscher Marsch* Unsere Entgegnung: Da die in der Abwägungsentscheidung benannten Flächen DIT_067, DIT_068 und DIT_071 trotz der Lage in der Dithmarscher Marsch als Vorranggebiete ausgewiesen wurden, wäre eine Nichtausweisung unverhältnismäßig. Auch dürfte das Ziel der Freihaltung im Hinblick auf den stark gestiegenen Bedarf am Windenergieausbau in Zukunft geringer gewichtet werden, da ein Zuwachs der Windenergie unausweichlich ist. Insofern sollten die Belange des Windenergieausbaus hier überwiegen. Abwägung laut Landesplanung: *Denkmalschutz* Unsere Entgegnung: Generell soll das überragende öffentliche Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien die Belange des Denkmalschutzes regelmäßig überwiegen. Dazu kommt, dass Denkmalschutz zukünftig noch geringer gewichtet werden soll. Insofern sollte dieses Kriterium einer vollständigen Ausweisung als Vorranggebiet nicht im Wege stehen. **<u>Fazit:</u>** Wir Landeigentümer bewerben die Aufnahme der Potenzialfläche PR3_DIT_069 als Windvorranggebiet und bringen diese nochmals ausdrücklich ein. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2135	Sehr geehrte Damen und Herren, Hiermit beziehe ich Stellung zur Windenergie im Amt Hürup. Für mich überwiegen die positiven Auswirkungen von Windenergie. Meine Haltung ist	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	positiv zur Windenergie. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2134	Meine Stellungnahme zur Ausweisung von Windenergiefreiflächenanalagen in der Gemeinde Westensee: Sehr geehrte Damen und Herren: Es ist erschütternd und absolut unverständlich, wie die von ihrer Dienststelle vorgelegte Neubearbeitung/Teilfortschreibung der Landesplanung - hier: Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land - bezüglich der Ausweisung von Eignungsflächen zur Errichtung von Windkraftanalagen, nahezu alles was in den vergangenen Jahrzehnten an sinnvoller Freiflächenplanung zum Schutz und Wohlbefinden von Mensch und Natur mühevoll erarbeitet wurde, mit einem Federstrich versucht über Bord zu werfen. In meiner Entrüstung und der darauffolgenden Stellungnahme bin ich mir durchaus der Tatsache bewusst, dass die Landesplanung den Weisungen des Landesministerium des Innern unterliegt- und daher keine eigenen, möglicherweise einmal tatsächlich faktenbasierte und dem Gemeinwohl zugeordnete Entscheidungen fällen kann/darf. Unabhängig aller politischen und administrativen Abhängigkeiten und Entscheidungshierarchien ist es unerträglich, mit welcher Arroganz die Landesplanung den Gemeinden und Bürgerinnen und Bürgern eine ultimativ kurze Frist setzt, sich mit so einschneidenden Planungsvorhaben wie der Ausweisung von großflächigen Windenergiefreiflächenanlagen kritisch und umfassend auseinanderzusetzen. Die betroffenen Bürgerrinnen und Bürger verlieren so ihr sowieso schon strapaziertes Vertrauen in die demokratischen Mechanismen und Entscheidungsstrukturen der nahezu willkürlich herrschenden politischen Repräsentanten. Verschlimmert wird das ignorante Vorgehen der Politik und Landesplanung darüber	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5 und 7.4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Weiterhin beinhaltet sie Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 3.18 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	hinaus durch die brutale und menschen- und naturverachtende Missachtung grundlegender Prinzipien zum Schutze naturnaher Freiraumflächen . . . Der Naturpark Westensee ist das eklatanteste Beispiel dieser rücksichtslosen Politik der Landesregierung und der Landesplanung Schleswig-Holstein. Ohne im Einzelnen auf die Grundsätze und Zielsetzungen der Landesplanung und Raumordnung zum sorgsamen Umgang mit Freiflächen (der Natur- und Kulturlandschaften in Schleswig-Holstein) zur langfristigen Sicherung des Wohlbefindens von Mensch und Natur - im Sinne einer gemeinwohlorientierten Gesellschaftsentwicklung - einzugehen, möchte ich an dieser Stelle nur darauf verweisen, dass es absolut kontraproduktiv und unverständlich ist, gerade und insbesondere im Naturpark Westensee und seinen angrenzenden Landschaften Maßnahmen durchsetzen zu wollen, die die einmalige Schönheit dieses Raumes, einhergehend mit einer einmaligen Kombination glazialmorphologisch geprägter Landschaftselemente und seiner Vorrangstellung für die Erholung und Regeneration von Mensch und Natur - was im Übrigen auch in der Landesplanung und Raumordnung so festgeschrieben ist - gravierend einzuschränken und in seinen Grundfesten in erheblichem Maße und Umfang zu zerstören. Ich erhebe Einspruch gegen diese Barbarei und fordere den sofortigen Stopp dieser absurden Planungsideologie, basierend auf einer blindwütigen Energiewendepolitik, deren Sinn und Verstand - und schon gar nicht deren angebliche Gemeinwohlaspekte - keinem verantwortungsbewusstem Bürger mehr zu vermitteln sind. [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2133	[redacted] ich stehe dem Bürgerwindpark Hürup positiv gegenüber	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2132	Ich denke, dass ein weiterer Ausbau nötig ist, um den wachsenden Energiebedarf zu decken. Gerade Dithmarschen hat mit Northvolt einen großen Bedarf.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2131	**<u>Stellungnahme zur Wideraufnahme der Fläche PR3 DIT 309 für die Gemeinden Epenwöhrden und Hemmingstedt.</u>** Ich bin Epenwöhrdener und Mitgesellschafter der [redacted]. Die oben genannte Fläche muss als zukünftige Fläche für Windkraftanlagen wieder ausgewiesen werden. • Gründung der [redacted] 2022 als Bürgerwindpark • Die Gemeinde und Bürger wurden frühzeitig zum Projekt informiert. • daher große Zustimmung in der Gemeinde Epenwöhrden. • Möglichkeit die Energiewende zu unterstützen • Von dieser Fläche würden alle Bürger von Epenwöhrden und Hemmingstedt direkt (mögliche Beteiligung) und durch zusätzliche Steuereinnahmen profitieren. • viele Landeigentümer,unter anderem Stiftungen, Kirchen und Institutionen für Menschen mit Behinderungen würden profitieren. • in diesem Gebiet würden die Straßen neu saniert werden (Entlastung der Gemeinden) • und es gibt noch viele weiteren Vorteile, die wir Ihnen gerne zur Verfügung stellen Daher ist es dringend notwendig, das die Fläche **<u>PR3 DIT 309</u>** für die Nutzung von Windkraftanlagen ausgewiesen wird!!	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1, zudem auf Ziffer 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2130	Stellungnahme zur Potenzialfläche [redacted] Gemeinden: Stoltenberg, Fargau-Pratjau, Höhndorf Sehr geehrte Damen und Herren, Als [redacted] möchte ich im Rahmen der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Kapitel 4.5.1.3 wird in 17 G als Grundsatz der Raumordnung der Umgang mit den Umgebungsbereichen um Großvogelhorste geregelt. Da die Regelung als Grundsatz erfolgt, besteht kein pauschaler Ausschluss der Umgebungsbereiche von einer Windenergienutzung. Bezüglich des Rotmilans kann eine

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2024 zu zwei zentralen Punkten Stellung beziehen: 1. Abstandsregelung für den Rotmilan (1500 Meter): In Schleswig-Holstein gilt ein Abstand von 1500 Metern zwischen Windkraftanlagen und den Brutstätten des Rotmilans. Dieser Wert übersteigt den bundesweit empfohlenen Mindestabstand von 1200 Metern deutlich. Für uns Landwirte bedeutet das, dass die Flächen, die für die Windenergienutzung zur Verfügung stehen, erheblich eingeschränkt sind. Dies erschwert den notwendigen Ausbau erneuerbarer Energien, der auch für die landwirtschaftliche Zukunft von Bedeutung ist. Eine Reduktion des Abstands auf 1200 Meter würde sowohl den Schutz des Rotmilans als auch den Ausbau der Windenergie in einem angemessenen Verhältnis gewährleisten. 2. Schutzradius um das Hügelgrab in Stoltenberg (500 Meter): Der derzeitige Schutzradius von 500 Metern um das Hügelgrab in Stoltenberg wirkt sich ebenfalls einschränkend auf die Flächenverfügbarkeit für Windkraftanlagen aus. Aus meiner Erfahrung kann ich sagen, dass das Hügelgrab nicht stark touristisch frequentiert ist, und es gibt keine Hinweise darauf, dass Windkraftanlagen seine archäologische Bedeutung beeinträchtigen würden. Eine Verringerung des Schutzradius auf 300 Meter wäre eine sinnvolle Anpassung, die den Ausbau der Windenergie fördert, ohne das kulturelle Erbe zu gefährden. Diese Anpassungen würden es uns [redacted] ermöglichen, aktiv zur Energiewende beizutragen, ohne dabei den Naturschutz oder das kulturelle Erbe zu vernachlässigen.	Windenergienutzung bis zu einem Abstand von 1.000m um den Horst im Einzelfall in Anspruch genommen werden. Dies geht über die Forderung der Stellungnahme hinaus. Die Beurteilung der Schutzwürdigkeit von Denkmalen erfolgt in Abstimmung mit den zuständigen Denkmalschutzbehörden einzelfallbezogen im Rahmen der Regionalplanung für die Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung. Auf Ebene des Landesentwicklungsplanes Windenergie wird nur der grundsätzliche Umgang festgelegt,
Gruppe ID: G2129 Anzahl: 3 (IDs: 2127, 2128, 2129)	Zum Beteiligungsverfahren über die geänderten Kriterien zur aktuellen Windkraftplanung in Schleswig-Holstein gebe ich folgende Stellungnahme ab. Ich lebe in der Gemeinde [redacted] im Ortsteil [redacted]. Laut der aktuellen Potenzialflächen Kartierung ist [redacted] eingerahmt von Potzialflächen. Die Aufweichung der Naturschutzkriterien wäre für unsere Region katastrophal. Im Westen grenzt die Gemeinde an das Duvenseer Moor. Hier wurde jahrelang für den Erhalt und die Renaturierung des Moores durch die Bürger in Form eines Vereins gekämpft. Es hat sich eine Artenvielfalt entwickelt, die ihresgleichen sucht. Viele Vogelarten sind	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	inzwischen wieder heimisch geworden. Tausende Tiere nutzen das Moor als Rastplatz auf ihrem Vogelzug. Nordöstlich von [redacted] liegt das Waldstück „Fliegenberg“ und weitere kleiner Buschkoppel Richtung Osten. Auch hier gibt es wertvollen und schützenswerten Tierbestand mit Bruterfolg wie z.B. Weissstörche, Rotmilan, Schwäne und auch Kranichstehplätz sind hier vorhanden. Auch die Nähe zum Duvensee Moor lässt hier viele Vögel durch dieses Gebiet ziehen. Für unsere Region gilt. Durch die jetzigen Potenzialflächen werden sämtliche Bemühungen für den Erhalt unserer Natur und Umwelt zunichte gemacht. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2126	Ich bin verärgert über diese Hauruck-Aktion. In unserer Nachbargemeinde wurde über eine Windpotentialfläche abgestimmt. Da Windräder aber auch unsere Gemeinde stark beeinflussen würden, bin ich erschüttert, dass es hier kein Mitspracherecht gibt für alle Betroffenen. Auch das Aufweichen der Abstandsregelung 3H/5H muss auf jeden Fall verhindert werden, sowie die Höhe der Windkraftanlagen an Land begrenzt bleiben muss. Mittlerweile gibt es schon sehr viele Windkraftanlagen und wenn noch mehr dazu kommen und diese auch noch so hoch werden, wie der Kieler Fernsehturm, wird unsere schöne Landschaft arg verschandelt und es wird viel zu viel Fläche versiegelt. Es muss auch dringend dafür gesorgt werden, dass die Windkraftbetreiber die Windräder zurück bauen und entsorgen müssen und nicht, dass nach 20 Jahren bzw. Auslauf der Förderung der Steuerzahler/Bürger dafür aufkommen muss, da leider die Betreiber „ Konkurs“ gegangen sind oder andere Schlupflöcher finden. Die Effektivität steht in keinem Verhältnis zu den negativen Auswirkungen für Landschaft, Mensch, Umwelt/Tierwelt, Wertverluste….. Es gibt noch viel zu viele ungeklärte Punkte bei der Nutzung der Energie, bei der Einspeisung, bei der Speicherung, Stilstand bei Flaute und Abschaltung bei starkem Wind, Entsorgung, Rückbau, Gesundheitliche Schäden, Vogelwelt…., daher stehe ich den neuen Richtlinien sehr skeptisch gegenüber und hoffe, dass diese noch einmal überarbeitet werden und wirklich alle Akzepte berücksichtigt werden. Wir werden unseren Energiebedarf leider nicht nur über Windkraft abdecken können und das sollte realistisch berücksichtigt werden und die Bürger, die betroffen sind, müssen mitgenommen werden.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2125	Sehr geehrte Damen und Herren, auch wir möchten gern unsere Sicht der Dinge zum Thema weiterer Ausbau der Windenergie in SH mit Ihnen teilen: der Ausbau in SH ist derzeit im bundesweiten Vergleich bereits weit überdurchschnittlich. Ein weiterer Zubau sollte in SH unserer Meinung nach nur erfolgen, nachdem die dafür nötigen Netze und Speicher etabliert wurden. Derzeit ist immer wieder vor Ort zu beobachten, dass die bereits vorhandenen Windräder abgeschaltet werden müssen, da die bestehenden Netze die zusätzliche Energie nicht aufnehmen können. Außerdem muss zuvor eine bundesweite Regelung bezüglich der Netzentgelte getroffen werden, bei denen nicht diejenigen mit höheren Kosten belastet werden, in deren Gebiet die Energie produziert wird. Diese Punkte müssen erfüllt werden, **bevor** über einen weiteren Zubau in der Windkraft nachgedacht werden kann. Die bisher von Windenergie freigehaltenen Zonen -insbesondere im nördlichen Nordfriesland- sollten aus unserer Sicht weiterhin hinsichtlich des Zubaus freigehalten werden. Dass der Naturschutz nach den neuen Regelungen jetzt derartig der Energieerzeugung untergeortet wird, halten wir aus sowohl aus wirtschaftlicher Hinsicht als auch aus Naturschutzgründen für einen Fehler. Dort gibt es einerseits viel Tourismus und damit viele Gäste, die gerade deshalb dorthin fahren (Stichwort: Emil-Nolde-Landschaft). Tourismus ist im dort eine der Haupteinnahmequellen. Außerdem existieren dort nah beieinander mehrere Natura-2000-Gebiete. Es kommen viele Menschen, um die dortige Vogelwelt zu genießen (Stichwort: Sort-Sol und Seeadler). Die Tiere werden sich nicht an vom Menschen zugewiesene enge Flugkorridore zwischen den einzelnen Schutzgebieten halten, vor allem bei Vögeln sollte man sich der dreidimensionalen Beweglichkeit der Tiere bewusst sein. Gerade bei seltenen Tierarten wie unserem Wappentier, dem Seeadler ist auch jedes einzelne durch Vogelschlag am Windrad getötete Tier (übrigens eine Haupttodesursache für Seeadler!) sowohl für die Tierwelt als auch aus touristisch-wirtschaftlicher Sicht ein enormer Verlust. Wir sind der Ansicht, dass in Gegenden, in denen sich mehrere Schutzgebiete in näherem räumlichen Zusammenhang zueinander befinden, zumindest die zwischen diesen Gebieten liegenden Flächen weiterhin frei von Zubau an Windkraftanlagen gehalten werden sollten, insbesondere wenn der Schutzzweck vorrangig dem Vogelschutz dient. Unsere Befürchtung ist, dass im Moment viele -auch die Kommunen- die sich bietende	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15.1, 4.2.1, 7.2.3, 7.2.5, 7.2.6, 7.2.10, 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Möglichkeit nutzen wollen, um schnell vollendete Tatsachen zu schaffen: wenn die Windräder einmal stehen, werden sie immer wieder erneuert werden. Wir sehen auch einen Interessenkonflikt in der **alleinigen** Zuständigkeit der Kommunen für die Genehmigung, da die finanziellen Anreize durch Mitbeteiligung der dortigen Stimmberechtigten im Gemeinderat dazu führen können, dass Naturschutzziele vor Ort generell unterbewertet werden, wenn diese Personen zugleich Nutznießer der finanziellen Erträge aus der Windkraft sein können. Die Abkehr von der Abstandsregel, welche den Abstand von der Endhöhe des Windrades abhängig macht, sehen wir ebenfalls sehr kritisch, da die künftigen Windkraftanlagen nach dem Austausch/Repowering deutlich höher sein können als die ursprünglich errichteten. Das könnte die Akzeptanz in der Bevölkerung schwächen, da die höheren Anlagen optisch an die Häuser heranrücken. Wir sehen eher den Ausbau der offshore-Windparks als zukunftsträchtig, da dort die größeren und damit effizienteren Anlagen weniger Widerstand erwarten lassen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2124	**Betr.: Potenzialflächen für Windenergie im Raum Großsolt/Großsoltholz/Hostrup** Sehr geehrte Damen und Herren, Mein Name ist [redacted] und ich möchte mich hiermit ausdrücklich gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Raum Großsolt/Großsoltholz/Hostrup im Kreis Schleswig-Flensburg ausprechen. Begründung: Ziel meines Lebens ist es grundsätzlich, dieses möglichst angenehm und glücklich zu verbringen. Der dafür günstige Rahmen ist neben Partnerschaft und Familie wesentlich bestimmt durch ein natürliches Wohnumfeld, durch gute Intergration in die Nachbarschaft/ Gesellschaft, Gesundheit und eine gewisse finanzielle Sicherheit.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schleswig-Holstein ist noch eines der Bundesländer mit den glücklichsten Bundesbürgern und ich wohne hier gerne. Dafür funktioniert für mich der Zusammenhang, von Seiten der öffentlichen Hand auf Augenhöhe ernst genommen zu werden und gleichzeitig Steuern zu zahlen, die in Folge meines Verdienstes eher überdurchschnittlich sind, wodurch ich die Funktionalität der Gesellschaft und damit der öffentlichen Hand absichere. Der Bau von Windkraftanlagen in direkter Sicht- und Hörweite bedeutet für mich und meine Familie einen direkten negativen Eingriff in die genannten Rahmenbedingungen wodurch unsere ohnehin schon angegriffene Gesundheit massiv leidet. 1. Das natürliche Umfeld wird in ein technisiertes und eher industrielles gewandelt. 2. Die Bürger der Gemeinden streiten sich bereits jetzt schon über das genannte Thema, wodurch viele Beziehungen leiden. Der letztendliche Bau würde dies im schlechtesten Fall zu regelrechten Feindschaften weiterentwickeln und den sozialen Frieden ernsthaft beschädigen. 3. Neben den „mechanischen und biologischen“ Einflüssen ist die Einschränkung der Lebensqualität über die anderen genannten Punkte auch eine direkte Einschränkung für ein gesundes Leben. 4. Windkraftanlagen in direkter Nachbarschaft reduzieren den Wert des Hauses deutlich und nachweislich, wodurch meine finanzielle Absicherung auch für die Rente drastisch reduziert wird und die Sorge um die finanzielle Sicherheit steigt. 5. Bezüglich des Schutzes besonders bedrohter Arten ist sogar festzustellen, dass Rotmilane unmittelbar in dem fraglichen Gebiet beobachtet worden sind, wie aus der hiesigen Tagespresse zu entnehmen ist. Bitte gehen Sie diesem Hinweis nach. **Fazit:** Der Bau der Windkraftanlagen würde sämtliche meiner Rahmenbedingungen für ein angenehmes und glückliches Leben zunichte machen. Falls es zum Bau der genannten Anlagen kommt, ist es wahrscheinlich, dass ich mit meiner Familie in ein(e) Gemeinde/Bundesland/Staat umziehe in der die genannten	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Rahmenbedingungen wieder gewährleistet sind. Falls auch andere Leute so denken wie ich, würde der Bau der Anlagen keinen Gewinn für die Gemeinde und die Region bedeuten, sondern Verarmung, da die besser verdienenden Steuerzahler, die es sich leisten können, abwandern. Ich bitte dringlichst um Berücksichtigung und verbleibe mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2639	Stellungnahme zum Ersten Entwurf Juni 2024 der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein, hier: Erweiterung der Potenzialfläche PR2_RDE_009 sowie Einbezug der Potenzialfläche PR2_RDE_008 Sehr geehrte Damen und Herren, die [redacted] aus Eckernförde möchte hiermit einen Flächenvorschlag zur Ausweisung einer Windpotenzialfläche für den Entwurf zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land unterbreiten und um Berücksichtigung dieses Vorschlages bitten. Dabei soll die bestehende Potenzialfläche des Regionalplans PR2_RDE_009 nach Südosten hin erweitert werden, sowie die Fläche PR2_RDE_008 hinzugefügt werden. 1. Allgemeines Die von der [redacted] vorgeschlagene Fläche befindet sich in der Gemeinde Rieseby, nördlich der Gemeinde Loose. Die Fläche umfasst vollumfänglich die bestehende Potenzialfläche PR2_RDE_009 und soll durch den in der Karte (Anlage 1) dargestellten Bereich (hell-rot umrandet) westlich und südöstlich des bestehenden WEG erweitert werden. Der aktuell rechtskräftige Teil des WEG PR2_RDE_009 ist bereits mit Windenergieanlagen beplant. Das Vorhaben steht kurz vor dem Erhalt der Genehmigung. 2. Planungskriterien Die Erweiterungsfläche hat eine Größe von insgesamt rund 149 ha und erfüllt die für die Windenergie relevanten Tabukriterien (harte und weiche). Einzig das	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Restriktionskriterium des Landschaftsschutzgebietes begrenzt die südöstliche Erweiterung, wie aus dem aktuellen Planungsentwurf vor dem Hintergrund des Landschaftsrahmenplans hervorgeht. Landschaftsschutzgebiete sollen kein Ausschlussgrund mehr für die Windenergie sein. Dies geht aus dem von der Bundesregierung veröffentlichten „Viertem Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes“ vom 20. Juli 2022 hervor. Demnach soll der Bau von Windenergie-anlagen in Landschaftsschutzgebiete zukünftig erlaubt werden. So wird § 26 BNatSchG um Artikel 3 ergänzt, der besagt, dass in einem Landschaftsschutzgebiet die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sowie der zugehörigen Nebenanlagen nicht verboten sind, wenn sich der Standort der Windenergieanlagen in einem Windenergiegebiet nach § 2 Nummer 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1353) befindet. Die [redacted] würde es begrüßen, wenn dies auch bei der Prüfung ihrer Potenzialfläche Berücksichtigung findet. 3. Dringlichkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien Nicht zuletzt stellt die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation in Hinblick auf Sicherheit, Energieversorgung und Beendigung der Abhängigkeiten in der Energieversorgung nochmals die herausragende Bedeutung der Nutzung Erneuerbarer Energie in den Vordergrund. Diese Situation ist aus Sicht der [redacted] selbstverständlich mit Blick auf den Klimaschutz und die Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen bereits seit vielen Jahren im Vordergrund. Durch die Ereignisse der vergangenen Monate und den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands in der Ukraine ist diese Bedeutung aber jedem auch anhand anderer Aspekte vor Augen geführt worden. Auch die Bundespolitik hat diese Position bereits unterstrichen und das herausragende öffentliche Interesse der Erneuerbaren Energien betont. Die formale Umsetzung und Zielgebung dazu ist in den vergangenen Wochen und Monaten auch auf Bundesebene in die Gesetzgebung gegangen und beschlossen worden, sodass die Energiewende darauf nun bundesweit einheitlich vorangebracht werden kann. In diesem Zusammenhang ist es Aufgabe der Regionalplanung, unter Berücksichtigung planungstechnischer Tabukriterien ausreichend Flächen auszuweisen und gut geeignete Flächen so auch zu ermöglichen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4. Private Belange der [redacted] Neben der grundsätzlichen Eignung zur Windenergienutzung der skizzierten Fläche, sollten auch die privaten Belange der [redacted] sowie der betroffenen Grundeigentümer mit besonderem Gewicht in die Abwägung eingestellt werden. Der bereits erbrachte Zeit- und Kostenaufwand im Rahmen der Vorplanung belegt das konkrete Interesse an der Windenergienutzung auf den Vorhabengrundstücken. Da der Landesplanung das mit dieser Stellungnahme belegte konkrete Interesse an der Windenergienutzung bekannt ist, sollten die privaten Belange der [redacted] sowie der Grundstückseigentümer, mit denen diese Nutzungsverträge abgeschlossen hat, mit besonderem Gewicht in der Abwägung und der Ausweisung der Windeignungsflächen berücksichtigt werden. Zusammenfassend möchte die [redacted] hiermit also gern ihren Flächenvorschlag vorzeitig im Planungsverfahren hinterlegen und um Berücksichtigung bitten. Die [redacted] behält sich ausdrücklich vor, im weiteren Planungsverlauf weiterführende Stellungnahmen hierzu zu übermitteln. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anlagen: - Übersichtskarte Flächenvorschlag	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2123	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreitung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreitung 2021- Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehre Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Ich finde es äußerst bedauerlich wie mit Naturressourcen derzeit umgegangen wird bzw.umgegangen werden soll. Erhebliche Störungen in ökologischer Sicht, die Pfauna, Flora sowie den Menschen betreffen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.9, 7.2.13 und 7.2.7 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 2.1.3 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Weitere Kontamination mit nicht abbaubaren Materialen. Sollte doch allein schon die Nutzung von Kunststoffen reduziert werden um das Thema Mikroplastik zu erwähnen, wie sieht es dann mit der Wiederverwertung der Rotatorenflügel, hergestellt aus CFS und CFR, aus. Bisher gibt es noch keine Möglichkeit der Wiederverwertung. Eine Endlagerungung bzw. Zwischenlagerung in andere Länder stellt ebenso keine Lösung dar obwohl man letzteres versucht über eine Art "Scheinverwertung" zu begründen. Ebenso muss die Landesplanung in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel bei einem Brandereignis aussieht, bezug nehmend auf die geplanten Mindestabstände in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen , Tieren und Böden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedelungsbereich Wohnenden und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet. Gelten im Außenbereich Wohnende als minderwertige Bürger. Hier müssen ebenso die Mindestabstände wie zu Siedlungsbereichen dringend eingehalten werden. Besser wären 1000m für beide Bereiche. Ebenso ist es nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung Landschaftsschutzbebiete zugunsten der Windenergienutzung beabsichtigt zu öffnen. Ebenso ist die im Eckpunkt genannte Absicht, Abwägungskriterien z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridoren zu Grünbrücken, bzgl. dem Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der Windernergienutzung noch geringer zugewichten, ist aus demselben Grund zu streichen wie die Geplante weitere Reduzierung der Prüfstände im Bereich Artenschutz. Dies steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Hegoländer Papier) und den von der Landesregierung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. **Wenn die Landesregierung Landschaftsschutzbebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung/Gesundheit der Menschen und dem Tourismus dienen und somit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit, sowie zu Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschasft beitragen, wirklich äußerst wichtig sind, dann sind diese *komplett* von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen sowie Landschaftsschutzgebieten einzuhalten**	Synopse verwiesen. Weiterhin beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien für Flora, Fauna und Mensch und die Verringerung der Mindestabstände für mich und meine Familie eine massive Einschränkung im Bereich Naherholung sowie der Freizeitgestaltung und somit eine Reduzierung meines Lebens- und Erholungswertes. Ist in den Grundsätzen und Zielen der Landesregierung nicht das Wohl/ Gesundheit des Menschen verankert. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit ferundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2122	Die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land im ersten Entwurf von Juni 2024 stellt einen wichtigen Schritt in Richtung einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Energieversorgung dar. Die Ausweisung von Eignungsgebieten für Windenergieanlagen in diesem Verfahren bietet nicht nur klare Rahmenbedingungen für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, sondern trägt auch zur Entlastung des Stromnetzes und zur Erreichung der Klimaziele des Landes bei. Ein besonders positiver Aspekt ist die innovative Lösung im Hinblick auf den Konflikt zwischen Windenergieanlagen und militärischen Schutzbereichen. Durch den Einsatz moderner Radanlagen kann das Problem der Interferenz zwischen Windrädern und militärischen Flugoperationen effektiv gelöst werden. Technische Maßnahmen wie die bedarfsgerechte Abschaltung von Windkraftanlagen in der Nähe von Flugplätzen oder während der sogenannten Überphasen tragen dazu bei, dass die Sicherheit des Luftraums gewährleistet bleibt. Diese Überphasen, die in der Regel weniger als 5 % der Betriebszeit einer Windkraftanlage ausmachen, stellen keine signifikante Einschränkung für die Stromerzeugung dar und ermöglichen gleichzeitig eine harmonische Koexistenz zwischen der militärischen Nutzung und der Windenergienutzung. Die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans 2021 zeigt somit auf, dass der Ausbau der Windenergie auch in sensiblen Bereichen möglich ist, wenn moderne Technologien und flexible Betriebsstrategien angewandt werden. Schleswig-Holstein kann durch die Ausweisung geeigneter Gebiete seine Vorreiterrolle im Bereich der erneuerbaren Energien weiter ausbauen, ohne dabei die Belange der militärischen Sicherheit zu vernachlässigen. Diese Maßnahmen unterstreichen das Potenzial von	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergie als Schlüsseltechnologie für die Energiewende und bieten einen ausgewogenen Kompromiss zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sicherheitspolitischen Interessen. Ein genereller Ausschluss sollte bei einer temporäreren Nutzung durch die Bundeswehr wie im Bereich **ED-R 10** einer Ausweisung nicht entgegen stehen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2121	**Betr.: Potenzialflächen für Windenergie im Raum Großsolt/Großsoltholz/Hostrup** Sehr geehrte Damen und Herren, Mein Name ist [redacted] und ich möchte mich hiermit ausdrücklich gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Raum Großsolt/Großsoltholz/Hostrup im Kreis Schleswig-Flensburg ausprechen. Begründung: Ziel meines Lebens ist es grundsätzlich, dieses möglichst angenehm und glücklich zu verbringen. Der dafür günstige Rahmen ist neben Partnerschaft und Familie wesentlich bestimmt durch ein natürliches Wohnumfeld, durch gute Intergration in die Nachbarschaft/ Gesellschaft, Gesundheit und eine gewisse finanzielle Sicherheit. Schleswig-Holstein ist noch eines der Bundesländer mit den glücklichsten Bundesbürgern und ich wohne hier gerne. Dafür funktioniert für mich der Zusammenhang, von Seiten der öffentlichen Hand auf Augenhöhe ernst genommen zu werden und gleichzeitig Steuern zu zahlen, die in Folge meines Verdienstes eher überdurchschnittlich sind, wodurch ich die Funktionalität der Gesellschaft und damit der öffentlichen Hand absichere. Der Bau von Windkraftanlagen in direkter Sicht- und Hörweite bedeutet für mich und meine Familie einen direkten negativen Eingriff in die genannten Rahmenbedingungen wodurch unsere ohnehin schon angegriffene Gesundheit massiv leidet. 1. Das natürliche Umfeld wird in ein technisiertes und eher industrielles	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.11, 7.2.12 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen. Das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein hat den gesetzlichen Auftrag, in Schleswig-Holstein Vorranggebieten für Windenergie auszuweisen. Die bestgeeignetsten Flächen wurden basierend auf den Grundsätzen und Zielen der *Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024* ausgewählt. Der bloße Gemeindewille i. S. einer einfachen Mehrheitsentscheidung für oder gegen eine Fläche darf nicht das allein maßgebliche Kriterium einer Abwägungsentscheidung über einen Regionalplan mit Konzentrationswirkung sein. Vielmehr hat der Plangeber die für oder gegen eine Windenergienutzung tragenden Belange zu ermitteln, zu gewichten und in die Abwägung einzustellen. (Oberverwaltungsgericht Schleswig, Urteile vom 20.01.2015, Az. 1 KN 6/13 u. 1 KN 7/13) Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.20 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gewandelt. 2. Die Bürger der Gemeinden streiten sich bereits jetzt schon über das genannte Thema, wodurch viele Beziehungen leiden. Der letztendliche Bau würde dies im schlechtesten Fall zu regelrechten Feindschaften weiterentwickeln und den sozialen Frieden ernsthaft beschädigen. 3. Neben den „mechanischen und biologischen“ Einflüssen ist die Einschränkung der Lebensqualität über die anderen genannten Punkte auch eine direkte Einschränkung für ein gesundes Leben. 4. Windkraftanlagen in direkter Nachbarschaft reduzieren den Wert des Hauses deutlich und nachweislich, wodurch meine finanzielle Absicherung auch für die Rente drastisch reduziert wird und die Sorge um die finanzielle Sicherheit steigt. 5. Bezüglich des Schutzes besonders bedrohter Arten ist sogar festzustellen, dass Rotmilane unmittelbar in dem fraglichen Gebiet beobachtet worden sind, wie aus der hiesigen Tagespresse zu entnehmen ist. Bitte gehen Sie diesem Hinweis nach. **Fazit:** Der Bau der Windkraftanlagen würde sämtliche meiner Rahmenbedingungen für ein angenehmes und glückliches Leben zunichte machen. Falls es zum Bau der genannten Anlagen kommt, ist es wahrscheinlich, dass ich mit meiner Familie in ein(e) Gemeinde/Bundesland/Staat umziehe in der die genannten Rahmenbedingungen wieder gewährleistet sind. Falls auch andere Leute so denken wie ich, würde der Bau der Anlagen keinen Gewinn für die Gemeinde und die Region bedeuten, sondern Verarmung, da die besser verdienenden Steuerzahler, die es sich leisten können, abwandern. Ich bitte dringlichst um Berücksichtigung und verbleibe mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	Synopse verwiesen.
Gruppe ID: G2119	Teilfortschreibung LEP SH zum Thema Windenergie an Land	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Anzahl: 2 (IDs: 2119, M2526)	Beteiligung 2024 Zusammenfassend für die von uns zu vertretenden öffentlichen Belange nehmen wir zu dem Entwurf wie folgt Stellung: Der Kreis Nordfriesland hat eine langjährige und weit überwiegend positive Erfahrung mit der Windenergienutzung gemacht. Mit 881 genehmigten Anlagen (Stand: 27.06.2024) wird inzwischen ein Mehrfaches des jährlichen Strombedarfs in der Region erzeugt und exportiert. Damit verbunden ist eine erhebliche Verbesserung der kommunalen Haushalte (Gewerbesteuereinnahmen) und größere wirtschaftliche und Arbeitsmarkteffekte. Nordfriesland trägt damit einen wesentlichen Teil zur Dekarbonisierung im Energiesektor bei. Festzustellen ist ferner, dass diese Entwicklung von den Gemeinden und der Bevölkerung mitgetragen wird, da eng mit ihnen abgestimmt, so dass es kaum Akzeptanzprobleme gibt. Es ist Ziel des Kreises Nordfriesland, diese oben beschriebene positive Entwicklung einer peripher gelegenen, ländlich geprägten Region weiterzuführen. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Kreis Nordfriesland ausdrücklich die politische Absicht des Landes, auch aufgrund veränderter bundespolitischer Gesetzgebungen an einer rechtskonformen raumordnerischen Steuerung festzuhalten. Bezüglich Methodik, Instrumente und Kriterien bestehen allerdings teilweise Vorbehalte. Insbesondere ist nicht nachvollziehbar, wieso die Potentialflächenkarte des Landes nicht wenigstens als Anlage oder Zusatz zu den Beteiligungsunterlagen hinzugefügt wurde. Die Karte ist das visuelle Ergebnis der derzeitigen Inhalte des LEP zur Teilfortschreibung Wind, der sich in der Beteiligung befindet. Insbesondere für die Kommunen mit ihren Gemeindevertreterinnen und - Vertretern, Bürgerinnen und Bürgern wäre diese Hilfestellung zur Veranschaulichung der festzulegenden raumordnerischen Grundsätze und Ziele aus hiesiger Sicht mehr als geboten gewesen. Umfang der Flächenausweisung Gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) ist in jedem Bundesland ein prozentualer Anteil der Landesfläche nach Maßgabe der dem Gesetz enthaltenen Flächenbeitragswerte für die Windenergie an Land auszuweisen. Für Schleswig-Holstein bedeutet dies einen Ausbau auf 1,3 % der Landesfläche bis zum Ende des Jahres 2027. Bis Ende 2032 soll ein Ausbau auf 2,0 %	Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die Ziffern 2.11.1, 3.16.1, 4.2.1, 4.20.1, 4.21.1, 7.1.3, 7.2.5, 7.2.6, 7.2.15 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zur Thematik "Potenzialflächenkarte": Die Potenzialflächen stellen lediglich die diejenigen Teile der Landesfläche dar, die nach Abzug der vorgesehenen Ausschlussbereiche für eine Windenergienutzung in Form von Zielen der Raumordnung verbleiben. Die Potenzialflächenkarte als visuelle Repräsentation bildet diesbezüglich rein formal keinen Teil der Beteiligungsunterlagen und ist deshalb in gesonderter Form auf der Website der Landesplanung veröffentlicht worden. Ein Verweis auf diese Website besteht in der digitalen Beteiligungsplattform unter "Links", wodurch die Auffindbarkeit der Karte hinreichend gesichert ist. Zur Thematik "Klimaanpassung": Wie in den veröffentlichten Datengrundlagen erkennbar, befinden sich innerhalb der Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz nur wenige Potenzialflächen für eine Windenergienutzung. Dies liegt vorrangig in der Überlagerung der potenziellen Überschwemmungsbereiche mit Ausschlusskriterien insbesondere des Natur- und Artenschutzes begründet. Eine übermäßige Inanspruchnahme dieser Bereiche ist somit nicht zu befürchten. Das Fehlen von Potenzialflächen innerhalb der potenziellen Überschwemmungsbereiche bedeutet indes auch, dass dort über die ausgewiesenen Vorranggebiete Windenergie hinaus regelhaft keine Windenergienutzung möglich ist. Des Weiteren werden, sofern Potenzialflächen für eine Windenergienutzung vorhanden sind, aufgrund des technisch bedingt verhältnismäßig geringen Flächenverbrauchs einzelne WEA innerhalb der potenziellen Überschwemmungsbereiche als grundsätzlich hinnehmbar angesehen, ohne dass gleichzeitig ein grundsätzlicher Funktionsverlust der Bereiche zu befürchten ist.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	der Landesfläche erfolgt sein. Bei Anwendung der Rotor-In-Regelung entspricht dies 3,1 - 3,3 % der Landesfläche und einem zusätzlichen Flächenbedarf von ca. 3.000 - 4.000 ha. Dies stellt das Soll gemäß WindBG dar. Durch mit dem jetzigen Entwurf des LEP, Teilfortschreibung Wind, vorgenommene Anpassungen der bisherigen weichen Tabukriterien sowie der Abwägungskriterien ergeben sich weiträumige neue Handlungsspielräume, sodass Potentialflächen für Wind in einem Umfang von 9 % der Landesfläche für Windenergie zugänglich gemacht werden können. Dies entspricht ca. 6 % mehr als dem gesetzlichen Soll gern. WindBG. Mit dem genannten Planungsstand entstehen im Kreis Nordfriesland damit Potentialflächen im Umfang von insgesamt 16.639 ha. Dies entspricht etwa 7,9 % der Kreisfläche und damit 4,5 %mehr, als in der bisherigen Regionalplanung vorgesehen war. Es ist mit dem derzeitigen Entwurf im Kreisgebiet ein Zubau von weiteren ca. 1.000 Anlagen möglich. Dem bisherigen Ausbau von Windkraftanlagen im Kreis Nordfriesland lag bis zur Teilfortschreibung des Regionalplanes in 2012 eine sehr umfangreiche Einbindung der kommunalen Ebene einschließlich der Erarbeitung von Kreiskonzepten zugrunde. Dieser Prozess hat aufgezeigt, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten in der bisherigen Größenordnung raumverträglich und vereinbar mit Bürger- und Gemeindewillen war. Der Kreis Nordfriesland unterstützt die klima-, energie- und wirtschaftspolitischen Ziele des Landes Schleswig-Holstein. Jedoch sollten bei dem erheblichen Umfang der Flächenausweisung nachfolgend genannte Punkte berücksichtigt werden, um darüber eine raumverträglichere und damit auch nachhaltigere und sozialverträglichere Weiterentwicklung der Windkraftnutzung im Kreis Nordfriesland sicherzustellen. Energieerzeugung und Energieinfrastruktur Der Kreis Nordfriesland ist bereits ein landesweiter Schwerpunkt der Stromerzeugung sowohl aus der Windkraft als auch im Bereich Freiflächen-Photovoltaik. Der Umfang der derzeitigen Stromerzeugung des Kreisgebietes (Stand Dezember 2023) deckt rechnerisch 40% des landesweiten Strombedarfs in Schleswig-Holstein. Im Bereich Freiflächen-Photovoltaik liegen derzeit Netzanschlussbegehren für eine Stromerzeugung von 16 Gigawatt im gesamten Land vor, was sämtliche bisherige Erwartungen übertroffen hat. Auch in Nordfriesland werden derzeit umfangreiche Anlagen-Standorte für Freiflächen-Photovoltaik entwickelt und umgesetzt. Dies führt jedoch zu zahlreichen Engpässen im Stromnetz. Die für die Stromproduktion schon jetzt erforderlich werdende Infrastruktur (Leitungen, Umspannwerke, auch Batteriespeicher) können nicht so schnell umgesetzt werden, wie es der Zubau an Anlagen zur Erzeugung	Zur Thematik "Verfolgtes Planungsziel": Die Festlegung eines Leistungsziels über die energiepolitisch festgelegte Leistung von 15 Gigawatt bis 2030 hinaus findet nicht statt, hierfür existiert bislang keine Grundlage. Indes wird darauf hingewiesen, dass es sich dabei grundsätzlich nicht um einen Maximalwert handelt, sondern lediglich einen seitens der Landesplanung zu erreichenden Mindestwert. Dieser wird voraussichtlich durch die vorliegenden Planungen erreicht werden können, wodurch den energiepolitischen Zielsetzungen der Landesregierung in Verbindung mit den bundespolitischen Zielsetzungen des WindBG Genüge getan wird. Alle darüber hinausgehenden, gemeindlichen Planungen unterliegen den Rahmenbedingungen, die der Landesentwicklungsplan Windenergie setzt. Zur Thematik "Solar-Freiflächen": Die Fallkonstellationen für eine gemeinsame Wind- und Solarfreiflächennutzung sind vielfältig. Insofern bedarf es immer einer Beurteilung des Einzelfalls. Dies erfolgt im Rahmen der landesplanerischen Stellungnahmen zu einem Bauleitplanverfahren. Gleichwohl wird die Anregung dahingehend geprüft, ob auf anderer Ebene eine Konkretisierung oder Handreichung sinnvoll ist. Zur Thematik "Umfassung von Ortslagen": Die Kritik an der fehlenden Konkretisierung des Kriteriums wird zur Kenntnis genommen und findet Eingang in ein objektiviertes Bewertungsverfahren zur Umfassung von Ortslagen, welches auf Ebene der Regionalplanung Anwendung finden wird. Der Plangeber ist sich der bestehenden und potenziellen Raumkonflikte bewusst. Auf Ebene der Regionalplanung wird aus diesem Grund sichergestellt, dass Gemeinden hinreichende Entwicklungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Zur Thematik "Charakteristische Landschaftsräume": Vor dem Hintergrund der gemäß WindBG zu erreichenden Flächenbeitragswerte wäre die Aufrechterhaltung eines

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	erneuerbarer Energie erfordert. Dies wird sich aufgrund immer steigender Netzanschlussbegehrenn erst noch ändern. Gleiches gilt für Anlagen zur Wasserstoffproduktion. Zudem wird der geplante Anschluss der Westküstenleitung an das dänische Stromnetz deren Auslastung weiter erhöhen. Dies führt insbesondere im nördlichen Kreisgebiet, aber auch in den Reußenkögen oder auf der hohen Geest, zu umfassenden Regulierungs- oder Abschaltzeiten. Im Jahr 2023 mussten bei ca. 23% der Jahreserzeugung bei EEG-Anlagen die Leistung reduziert oder Anlagen abgeschaltet werden. Betroffene Bereiche sind der Kreis Dithmarschen sowie der Kreis Schleswig-Flensburg, der Kreis Nordfriesland jedoch im herausragenden Maße. Diese Problematik ist vor Ort durch die Bevölkerung wahrnehmbar und beeinträchtigt die Akzeptanz des Anlagenausbaus vor Ort maßgeblich und nachdrücklich. Auch aus Erzeugersicht ist der bestehende Stromüberschuss nicht unproblematisch. Das Land Schleswig-Holstein setzt sich richtigerweise für Strompreiszonen sowie eine Umlegung der Netzentgelte ein. Diese Bestrebungen sollten verstärkt werden, um eine Entlastung des schleswigholsteinischen Energiekunden zu erreichen. Andernfalls könnte durch den geplanten Zubau die Akzeptanz weiter leiden und die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Wirtschaft abnehmen. Unabhängig davon ist es grundsätzlich zu begrüßen, dass Solarfreiflächen-Anlagen in Wind-Vorranggebieten errichtet werden dürfen. Jedoch wird gefordert, dieses Bündelungspotential deutlich zu stärken und entsprechend festzusetzen. Ein Großteil der entfallenen Kriterien, die zukünftig planerisch nicht mehr berücksichtigt werden sollen, haben den Freiraumschutz und die Offenhaltung der Kulturlandschaft beinhaltet und betreffen damit auch ganz maßgeblich die freie Landschaft als Allgemeingut. Es wird deswegen gefordert, die verbleibenden Möglichkeiten der Steuerung bestmöglich auszunutzen. Freiflächen-Photovoltaik in Vorranggebiete zu integrieren ist nicht nur fachlich im Hinblick auf den Freiraumschutz sinnvoll, sondern mit Verweis auf die o. g. Problematik auch aufgrund der schon bestehenden Energieinfrastruktur (technische Kombination der Ableitung von Wind- und PV-Strom) in diesen Gebieten geboten. Die energie- und klimapolitischen Ziele des Landes Schleswig-Holstein machen es nicht erforderlich, Flächenausweisungen für den weiteren Windkraftausbau in diesem Umfang vorzunehmen. Es wird vielmehr anhand der sich aus dem vorliegenden Entwurf ergebenden Menge an Potentialflächen deutlich, dass das Land Schleswig-Holstein einigen Kriterien mehr Gewicht geben sowie an ganz wesentlichen, aber ersatzlos weggefallenen Kriterien festhalten kann. Eine Überarbeitung wird anhand der nachfolgend genannten Punkte angeregt.	umfassend raumgreifenden Ausschlusskriteriums wie das der Charakteristischen Landschaftsräume zwangsläufig mit erheblichen Eingriffen in andere Schutzbelange verbunden, wodurch sich die Flächenkonkurrenzen wiederum zwangsläufig verschieben würden. Da darüber hinaus eine belastbare Binnendifferenzierung des ehemaligen Ausschlusskriteriums in kritische und unkritische Bereiche nicht möglich war, hat sich der Plangeber in der aktuellen Planung dazu entschieden, das Kriterium nicht mehr zur Anwendung zu bringen. Zur Thematik "Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche": Aus artenschutzfachlicher Sicht wird ein Umgebungsbereich von 100 Metern über den Schutz des eigentlichen Schutzgebiets hinaus als hinreichend angesehen, da hierdurch potenzielle Entwicklungsmöglichkeiten der Gebiets nicht eingeschränkt werden. Der erweiterte Umgebungsbereich von 200 Metern bei Gebieten, deren Erhaltungsziele den Schutz von Fledermäusen umfassen, wird indes vor dem Hintergrund des artspezifischen Nahrungssuchsraums in der Umgebung der betreffenden Schutzgebiete als hinreichend angesehen. Zur Thematik "Gesetzlich geschützte Biotope" und "Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope": Die Festlegung einer Untergrenze der zu betrachtenden Größe von Einzelbiotopen von 5 Hektar wird aufgrund der Maßstäblichkeit des Raumordnungsplans als sachgerecht angesehen. Die gesetzlichen Ausschlusstatbestände gelten indes auch für solche Biotope, die diese Grenze unterschreiten. Aus diesem Grund ist auch ein direkter Eingriff in die betreffenden, kleineren Einzelbiotope regelhaft ausgeschlossen, Beim Einbezug solcher Biotope in die Vorranggebiete Windenergie wird geprüft, ob unter Berücksichtigung des gesetzlichen Ausschlusses gleichzeitig eine ausreichende Flächengröße für die Windenergienutzung verbleibt. Es wird davon ausgegangen, dass vielfach durch angepasste

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Klimaanpassung Das Land Schleswig-Holstein hat bereits im Jahr 2023 seine Vorstellung von der Zukunft der Niederungen und damit auch von bevorstehenden Klimaanpassungsmaßnahmen mit dem Entwurf des Papiers „Strategie für die Zukunft der Niederungen bis 2100" veröffentlicht. Die Umsetzung der daraus hervorgehenden umfangreichen Maßnahmen im Bereich Wasserwirtschaft, Landwirtschaft und Naturschutz soll dabei insbesondere auf regionaler und lokaler Ebene passieren. Maßnahmen der Klimaanpassung umfassen im Kreis Nordfriesland neben der Anpassung von Ent und Bewässerungssystemen insbesondere Flächen für die Wasserrückhaltung (Retentionsräume), um landwirtschaftliche Flächen von Hochwasserereignissen zu entlasten. Klimaanpassung erfordert mithin Fläche. Vorranggebiete für den Binnenhochwasserschutz sowie Talräume sind ein Teil der notwendigen Flächen, um ein nachhaltiges Niederungsmanagement entwickeln und etablieren zu können. Vor diesem Hintergrund kann es nicht nachvollzogen werden, dass Vorranggebiete für den Binnenhochwasserschutz sowie Talräume planerisch im derzeitigen Entwurf der Teilfortschreibung der Abwägung unterliegen sollen. Das Land widerspricht nach hiesiger Auffassung damit seinen eigenen Zielen. Wie schon ausgeführt, werden, um Siedlungsgebiete vor den Auswirkungen des Klimawandels besser zu schützen, an vielen Talräumen und Oberläufen auch kleinerer Fließgewässer (große) Flächen benötigt, um Oberflächenwasser bereits am Entstehungsort soweit wie möglich zurück zu halten. Eine Berücksichtigung dieser Flächen wird bereits zum jetzigen Zeitpunkt als erforderlich angesehen. 4.5.1 Windenergie an Land 1 G Verfolgtes Planungsziel Die landespolitischen Zielvorstellungen inklusive der zu erreichenden Zielgrößen bis zum Jahre 2030 sind nun erstmalig in den Fachteil eines Raumordnungsplans aufgenommen worden. Die energiepolitische Zielvorgabe zu der installierten Leistung von 15 Gigawatt in der Windkraftumspannt jedoch nur einen relativ kurzen Zeitraum (6 Jahre), der angesichts der üblichen Laufzeiten für Raumordnungspläne als deutlich zu kurz gegriffen angesehen werden dürfte. Hier sollten die fachlich begründeten, raumordnerischen Zielvorstellungen über das Jahr 2030 deutlich hinausgehen, da der Entwurf ansonsten eine nachhaltige Entwicklungsperspektive vermissen lässt. Anhaltspunkte für langfristige Entwicklungsziele der erneuerbaren Energien können z. B.	Windparklayouts die Biotope auch innerhalb von Vorranggebieten Windenergie liegen können ohne dass gleichzeitig die Gefahr einer direkten Beeinträchtigung durch eine Windenergienutzung besteht. Zur Thematik "Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten" und "Wiesenvogel-Brutgebiete mit hohen Siedlungsdichten": Der Plangeber nimmt die Hinweise zur besonderen Schutzwürdigkeit der schleswig-holsteinischen Wiesenvogel-Population zur Kenntnis. Der Schutz wird durch den Ausschlussbereich für eine Windenergienutzung als Ziel der Raumordnung (Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten) sichergestellt. Die als Grundsatz der Raumordnung berücksichtigten Wiesenvogel-Brutgebiete mit hohen Siedlungsdichten hingegen werden in der Regel von anderweitigen Ausschlusskriterien in Form von Zielen der Raumordnung überlagert und sind bereits auf diese Weise einer Windenergienutzung entzogen, wodurch der Schutz dieser Flächen auch mittelbar gewährleistet werden kann. Durch den Umstand, dass einzelne Bestandswindenergieanlagen innerhalb des Ausschlussbereichs mit Inkrafttreten der der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans lediglich Bestandsschutz genießen und mittelfristig entfallen ist ferner von einem künftig noch weitergehenden Schutz der Wiesenvogelpopulation auszugehen. Zur Thematik "Nordfriesische Inseln": Aus der besonderen naturräumlichen Lage der nordfriesischen Inseln und Halligen leitet sich keine automatische Sonderstellung bezüglich der Erzeugung erneuerbarer Energien durch WEA ab. Im Gegenteil sorgen die besonderen naturräumlichen sowie artenschutzfachlichen Rahmenbedingungen, welche sich in Ausschlussbereichen in Form von Zielen der Raumordnung niederschlagen, für eine weitreichende Freihaltung dieser Räume. Die genannten Anforderungen sind dabei als gesamträumlich zu lösende Aufgaben zu verstehen. Es wird

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	§ 4 EEG entnommen werden. 7 Z Solar-Freiflächen Die freie Natur und Landschaft, vor allem die für die Nahrungsmittelproduktion vorgesehen landwirtschaftlichen Nutzflächen, stehen nicht erst durch die Forcierung der Energiewende unter einem erheblichen Nutzungsdruck. Windenergieanlagen, Solarfreiflächenanlagen, Leitungstrassen, Elektrolyseure und Umspannwerke konkurrieren miteinander, wenn es um die Errichtung von baulichen Anlagen im Außenbereich geht. Zur Vermeidung eines unnötigen und schädlichen Flächenverbrauchs macht eine gemeinsame Nutzung sich nicht grundsätzlich ausschließender Nutzungen durchaus Sinn. Insofern ist zu begrüßen, dass für Solarfreiflächenanlagen eine gewisse grundsätzliche Mitnutzung-wenn auch richtigerweise unter Vorrang der Windenergie - in Windenenergiegebieten eröffnet wird. Um die gemeinsame Nutzung von Flächen auch zukünftig zu bewerben, wird empfohlen in den nachfolgenden Regionalplänen geeignete und in der Praxis bewährte Rechtsinstrumente im Begründungsteil aufzuführen. Alternativ könnte hierzu auch ein Erlass des Landes herausgegeben werden. 4.5.1.1 Siedlungsstruktur 7 G Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung Der Kreis fordert die Begrifflichkeit einer unzumutbaren Umfassung genauer darzulegen. Es bestehen Gemeinden im Kreis, die sich bereits seit Jahren gegen eine Umzingelung wehren und sich nun gleichwohl mit einer weiteren Umfassung konfrontiert sehen. Zur Auflösung dieser Konfliktlagen sind weitreichendere Definitionen notwendig, die als Orientierung für betroffene Kommunen herreichen müssen. Zwar werden Freihaltebereiche auch durch andere Ziele der Raumordnung gesichert (z.B. Verbundachsen des Biotopverbundsystems und Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs), allerdings sind diese räumlich verbindlich festgelegt und entfalten keine darüberhinausgehende Steuerungsmöglichkeit. Sie sind zudem einzig auf ihren (begrenzten) Schutzzweck reduziert. Um hier in Einzelfällen ein Korrektiv zur Hand zu haben, sollte es ein weiteres Steuerungsinstrument als Abwägungskriterium (Grundsatz der Raumordnung) auch zukünftig geben. Besonders betroffene Bereiche im Kreisgebiet sind nördlich der Gemeinde Wittbek sowie Bargum, Goldelund/Goldebek/Högel sowie in der Bökingharde südwestlich von Niebüll.	nicht gefordert, die beispielsweise zur Wärmeplanung benötigte Energie auch direkt vor Ort zu erzeugen; stattdessen kann auch andernorts erzeugte Energie verwendet werden, um den gesetzlichen Aufgaben der Inseln gerecht zu werden. Insofern lässt sich aus dem gesetzlichen Aufgabenspektrum kein Anspruch auf eine autarke Energieversorgung oder eine Sonderstellung der bestehenden WEA ableiten. Zur Thematik "Mittel- und Binnendeiche": Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Beteiligungsverfahren zu den Entwürfen der Regionalplänen Windenergie haben die Kreise Möglichkeit zur Beteiligung und können zu den vorgesehenen Vorranggebieten Windenergie Stellung nehmen. Es bleibt den Kreisen dabei unbenommen, die unteren Wasserbehörden in besonderer Form zu beteiligen. Zur Thematik "Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz": Der Plangeber nimmt die Hinweise zur Kenntnis und erkennt den Bedarf an weiteren Flächen für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz an. Dabei können allerdings vor dem Hintergrund des Flächenbedarfs zur Erfüllung der bundesgesetzlichen Vorgaben bezüglich der Windenergienutzung lediglich solche Flächen Berücksichtigung finden, die, sofern vorhanden, als Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz ausgewiesen sind. Eine darüber hinausgehende pauschalisierte Freihaltung im Sinne des Binnenhochwasserschutzes erfolgt nicht. Zur Thematik "Standorte für Gewerbegebiete": Im Rahmen der vorliegenden Planung wird lediglich die raumordnerische Steuerung der Windenergienutzung behandelt. Flächenbevorratungen beispielsweise für Gewerbeansiedlungen sind nicht Teil des Planungsprozesses und müssen im Rahmen der allgemeinen Landesentwicklungs- und Regionalplanung sichergestellt werden.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz 12 G Regionale Grünzüge Aus Sicht des Kreises ist es fragwürdig, ob die regionalen Grünzüge der Aufgabe als Sicherungsinstrument für Freiräume und Freiraumfunktionen noch nachkommen kann, wenn jegliche Siedlungstätigkeit grundsätzlich ausgeschlossen ist, jedoch raumbedeutsame WEA errichtet werden können. Es ist vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar, dass die genannten Kriterien (nur) der Abwägung unterliegen sollen. Zu den entfallenen Kriterien: Charakteristische Landschaftsräume In allen vorangegangenen Fassungen des Regionalplans für den Planungsraum I (vormals Planungsraum V) wurde ein besonderes Augenmerk auf diejenigen Gebiete gelegt, die in ihrer Gesamtheit eine erhaltenswerte Charakteristik aufweisen, ohne dass sie einem gesetzlich definierten Schutzstatus unterliegen. Die in Zusammenarbeit mit den Kreisen vorgenommene Erfassung und räumliche Festlegung dieser Gebiete durch die Landesplanung war Ausdruck der Grundsätze des § 2 Abs. 2 Nr. 5 Raumordnungsgesetz (ROG), nämlich dahingehend, dass historische geprägte und gewachsene Kulturlandschaften in ihren prägenden Merkmalen und mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern zu erhalten sind, eben weil sie eine besondere Bedeutung sowohl für Biodiversitätsaspekte als auch für das Allgemeinwohl haben. Das bedeutete natürlich auch, dass die Errichtung von Windenergieanlagen in diesen Gebieten als besonders kritisch angesehen werden musste. Das Land trug dem in der Vergangenheit auch insofern Rechnung, als dass die Festlegung von Charakteristischen Landschaftsräumen (CL) bisher den Ausschlusskriterien zugeordnet wurde und die Errichtung von WEA in diesen Gebieten aus raumordnerischen Gründen untersagt wurde. Die charakteristischen Landschaftsräume waren im Kreis Nordfriesland seit jeher die Räume, bei denen eine besondere Historie der jeweiligen Kulturlandschaft vorhanden ist, die oftmals bis heute in der Landschaft nachvollziehbar und erlebbar ist. Innerhalb der charakteristischen Landschaftsräume bestehen noch hochwertige und nahezu unbeeinträchtigte Ausprägungen des Landschaftsbildes, häufig bei gleichzeitigem Vorhandensein strukturreicher Kulturlandschaftsausschnitte und damit einhergehend auch einer ausgeprägten Biodiversität. Die charakteristischen Landschaftsräume sind in Nordfriesland mithin vorhanden, sicht- und erlebbar. Es wird deswegen gefordert, diese Räume mindestens als Abwägungskriterium weiterhin in der Planung zu berücksichtigen. Wie schon ausgeführt, hat sich der Kreis Nordfriesland mit Beginn der Diskussion des ersten Kreiskonzeptes für Windkraft im Jahre 2009 mit der Bedeutung	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	und dem Wert freizuhaltender Räume von eben jenen technischen Überprägungen wie Windenergieanlagen auseinandergesetzt. Der Wert von diesen identitätsstiftenden Räumen sowohl für die einheimische Bevölkerung als auch für Touristen wurde zwar manchmal kleinräumig diskutiert, aber nie grundsätzlich in Frage gestellt. In Nordfriesland bestehen heute eine hohe Anzahl an Windenergieanlagen in Form von Windparks. Insofern besteht bereits eine umfassende Vorbelastung der Räume, nämlich dort, wo Windparks vorhanden sind und bereits eine deutliche Überprägung der Kulturlandschaft verursachen. Es muss festgestellt werden, dass das Land mit dem vorliegenden Entwurf der Teilfortschreibung des LEP der Bedeutung der charakteristischen Landschaftsräume und der Freihaltung von Räumen nicht gerecht wird. Die beschriebenen Räume erhalten zudem eine umso gewichtigere Bedeutung, als dass die Nutzungskonkurrenzen in der Landschaft noch weiter zunehmen werden. Wenn es kein Kriterium gibt, welches den charakteristischen Landschaftsräumen einen Wert verleiht, werden die charakteristischen Landschaftsräume auch für die weitere touristische Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein als wichtige Säule des Tourismus und die einheimische Bevölkerung verloren gehen. 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz 1Z Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche Es wird das Ziel befürwortet, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA innerhalb von Europäischen Vogelschutzgebieten (EU-VSG) ausgeschlossen ist. Die Ausweitung des umgebenen Schutzbereichs auf 1.000 m um ein EU-VSG wird positiv bewertet. 2 Z Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche Naturschutzgebiete sind herausragende Flächen für den Naturschutz, deren rechtsverbindliche Unterschutzstellung sowohl für Flora und Fauna als auch aufgrund ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit gern. § 23 BNatSchG erforderlich sein kann. In einigen Naturschutzgebietsverordnungen ist der Erhalt des Gesamtbildes des Gebietes explizit als Schutzzweck benannt. Darüber hinaus sollen Naturschutzgebiete auch für Naherholung und Tourismus in ihrem Gesamtcharakter erhalten und die Entwicklungsmöglichkeiten nicht eingeschränkt werden. Einschränkungen und nachteilige Auswirkungen auf die Naturschutzgebiete und ihre Umgebungsbereiche liegen durch die Reduzierung des Umgebungsschutzbereichs auf 100 m regelmäßig vor. Die Beeinträchtigungen auf naturschutzfachlich bedeutsame Schutzgebiete wird dadurch, anders als im Umweltbericht dargestellt, nach hiesiger	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Auffassung nicht weitestgehend vermieden. Aufgrund dieser rechtlichen Festsetzung, die gern. § 13 Abs. 2 LNatSchG i. V. mit § 23 BNatSchG auch den ggf. erforderlichen Umgebungsschutz einschließt, kann von hier eine pauschale Aufgabe des Umgebungsschutzbereichs bis auf 100 m sowohl fachlich als auch rechtlich nicht nachvollzogen werden. Bis auf Einzelgebiete wird insbesondere in der offenen Landschaft mit weiten Blickbeziehungen sowie bei Vorkommen von z. B. besonders streng geschützten Vogelarten mit einer Scheuchdistanz von teils ca. 300 Metern wird mindestens ein Festhalten an dem bisherigen Abstand von 200 m für erforderlich gehalten. 3 Z Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche Wie bei den Naturschutzgebieten bereits dargelegt, können Beeinträchtigungen durch die Reduzierung des Umgebungsschutzes auf 100 m nicht vermieden werden. Auch wenn bei FFHGebieten der Fokus auf dem Erhalt von Lebensraumtypen liegt, geht der Schutz häufig einher mit dem Vorkommen von teils besonders geschützte Tiervorkommen. Da der Artenrückgang immer auch mit dem Erhalt von geeigneten Lebensräumen in unmittelbarem Zusammenhang steht, sollte analog zu den Naturschutzgebieten auch bei FFH-Gebieten an einem Umgebungsschutz von mindestens 200 m festgehalten werden. Der erweiterte Umgebungsbereich von 200 m für Gebiete, deren Erhaltungsziele den Schutz von Fledermäusen umfassen, betrifft im Kreis Nordfriesland kein FFH-Gebiet. Nichtsdestotrotz unterliegen Fledermäuse nicht nur dem betriebsbedingten Tötungsrisiko, auch ihre Lebensräume können durch den Bau und Betrieb von WEA beeinträchtigt werden. 5 Z Gesetzlich geschützte Biotope 5 G Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in gesetzlich geschützten, flächenhaften und räumlich unmittelbar zusammenhängenden Biotopen von mindestens 5 ha werden pauschal ausgeschlossen (5 Z S. 55). Im Umweltbericht werden zur Vermeidung und Minimierung erheblicher Auswirkungen gesetzlich geschützte Biotope von der Windenergienutzung ausgeschlossen. Der Umweltbericht erkennt die Bedeutung von Biotopen unter 5 Hektar an, indem geprüft werden soll, ob auf Flächen, auf denen mehrere Kleinbiotope auf engem Raum beieinanderliegen ausreichend Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibt. Näher	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	thematisiert werden die Biotope unter 5 Hektar im Umweltbericht jedoch nicht. Gesetzlich geschützte Biotope, auch wenn sie unter 5 ha groß sind, sind oft wertvolle und sensible Lebensräume, die durch ihre geringe Größe besonders anfällig für Störungen und Beeinträchtigungen sind. Sie können bedeutende Trittsteinbiotope darstellen, die essentiell für die Vernetzung von Lebensräumen sein können. Der Umgang mit diesen Kleinbiotopen wird im Umweltbericht nicht ausreichend dargelegt. Zu der Bedeutung und dem Erhalt dieser Biotope wären noch Aussagen im LEP wünschenswert. Es soll geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbunds vereinbar ist. Gern. § 21 Abs. 1 BNatSchG dient der Biotopverbund zur dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und der Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Umweltbericht legt nicht ausreichend dar, wie eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit dem Biotopverbund umgeht und wie dieser dauerhaft gewährleistet wird. 15 Z Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung Wir begrüßen, dass die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung von der Ausweisung Windenergiegebieten und der Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen ist. 16 Z Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten Wiesenvögel sind auf offene, ungestörte Feuchtwiesen und Marschgebiete angewiesen. Viele der in Schleswig-Holstein vorkommenden Wiesenvögel sind bereits jetzt stark bedroht und die Bestände haben in den letzten Jahren erheblich abgenommen. Der Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten, aber auch mit hohen Siedlungsdichten, ist von herausragender Bedeutung für den Erhalt dieser Arten. Der Ausschluss der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hoher Siedlungsdichte von der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie begrüßen wir. Jedoch sollten darin auch die Wiesenvogel-Brutgebiete mit hohen Siedlungsdichten einbezogen werden, da auch diese Bereiche für den Erhalt der Wiesenvögel eine bedeutende Rolle zukommt. Ein näherer Umgang mit den Wiesenvogel-Brutgebieten mit hohen Siedlungsdichten und die Auswirkungen der Windenergienutzung wird im Umweltbericht nicht ausreichend dargelegt. Bei den Ausführungen wird nicht direkt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bezug genommen auf die ausgewiesene Wiesenvogelkulisse. Diese ist durch das hier genannte Ausschlusskriterium nur in Teilen abgedeckt. Die Ausweisung der Wiesenvogelkulisse war unverzichtbar für den Schutz und die Stabilisierung lokaler Vogelpopulationen, wofür es eine rechtliche Verpflichtung gegenüber der EU gibt. Potentiell betroffene regional vorkommende Vogelarten mit nationaler Bedeutung können u. a. sein: Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel, Rotschenkel, Bekassine, Braunkehlchen. Für einige dieser Arten sind nach wie vor negative Populationsentwicklungen festzustellen, sodass es weiterer Bestrebungen zu Schaffung von geeigneten Lebensraumbedingungen bedarf. Da nur die Bereiche der Wiesenvogelkulisse als geeignete Lebensräume für die entsprechenden Wiesen- und Küstenvögel in Schleswig-Holstein identifiziert wurden ist davon auszugehen, dass ein weiterer Verlust dieser Flächen für die Windenergienutzung aus artenschutzrechtlichen Aspekten problematisch ist. Hierzu sollten im LEP Aussagen ergänzt werden. 17 G Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Seeadler, Schwarzstorch, Weißstorch und Rotmilane zählen zu den windkraftsensiblen Arten mit spezifischen Habitatansprüchen und einer besonders hohen Anfälligkeit für Störungen durch WEA. Diese Großvögel benötigen großflächige, ungestörte Brutgebiete, die frei von Gefahrenquellen wie Windenergieanlagen sind. Der Schutz dieser Brutplätze ist entscheidend für den Erhalt der Populationen dieser Arten. Die Reduzierung der Abstände, insbesondere beim Seeadler und beim Schwarzstorch auf 2.000 m ist aus naturschutzfachlicher Sicht als kritisch zu sehen. Auf die Auswirkungen auf die Großvögel durch die Reduzierung der Abstandsbereiche geht der Umweltbericht nicht näher ein. 18 G Nordfriesische Inseln Der hohen Bedeutung des Tourismus sowie auch des bestehenden Vogelschutzes muss weiterhin eine angemessene Würdigung entgegengebracht werden. Hierbei sind die nordfriesischen Inseln besonders zu schützen und vor allem auch die Interessenslage der Bewohnerinnen und Bewohner der Inseln und Halligen zu tragen. Eine besondere Berücksichtigung muss dabei der Weiterbetrieb der bestehenden Pellwormer und Führer Windenergieanlagen über die derzeitige Nutzungsdauer hinaus sowie ggf. die Möglichkeit des Repowering einer Wiedererrichtungsgarantie plus 50% der installierten Leistung (auch abweichend vom Kriterienkatalog, aber mit Höhenbegenzung) einzelner Anlagen finden. Generell wird jeweils ein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Entwicklungsgebiet empfohlen. Die Energieentwicklungskonzepte für Pellworm und Föhr sind auf eine weitgehende Selbstversorgung mit Strom und Wärme aus erneuerbaren Energiequellen ausgerichtet, um die Abhängigkeit von der Versorgung über ein Seekabel zu minimieren. Die neun bestehenden Windenergieanlagen sind dabei konstitutiver Bestandteil der Versorgung der Inseln mit erneuerbaren Energien. Die Inseln und Halligen müssen den Anforderungen an die Wärme- und Energieversorgung auch nachkommen. Daher sollten diese entsprechend auch Entwicklungsmöglichkeiten für eigene Bestrebungen erhalten. Nur so können sie auch den Ansprüchen des Landesgesetzgebers an eine erneuerbare, gemeinwohlorientierte und bedarfsgerechte Versorgung durch Produktion nachkommen. 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz 9 G Mittel- und Binnendeiche Nach hiesiger Auffassung ist der Ansatz nicht ausreichend, dass die Schutzfunktionen von Binnendeichen lediglich berücksichtigt werden sollen. Da diese Deiche insbesondere bei Versagen der Landesschutz-, Regional- und Mitteldeiche eine maßgebliche Bedeutung für den Schutz von Leib und Leben haben, muss das Interesse der Energiegewinnung in jedem Fall hinter den Schutzfunktionen der Deiche zurückstehen. Ausreichende Abstände der WEAs zu den Deichfußlinien sind daher unbedingt zu gewährleisten. Es ist als ein Muss anzusehen, dass die Abstimmung über den erforderlichen Abstand einzelfallbezogen hinsichtlich der Binnendeiche mit der zuständigen unteren Wasserbehörde erfolgt. 4.5.1.4 Boden und Wasser 3 G Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten muss der Vorrang von Gebieten für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz gewährleistet werden und sollte nicht der Abwägung unterliegen. Vorbeugender Binnenhochwasserschutz dient dem Schutz von Leib und Leben, Hab und Gut sowie auch kritischer Infrastruktur und weist somit gegenüber Anlagen zur Energiegewinnung ein überwiegendes öffentliches Interesse auf. In den Hochwassergefahrenkarten des Landes wird nicht das Szenario abgebildet, was passiert, wenn z. B. durch Starkniederschläge Fließgewässer sowie angrenzende niedere Flächen mit Wasser volllaufen und dabei nicht in die Nordsee entwässern	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	können. Die Hochwassergefahrenkarten haben für die Niederungsgebiete, die im Rückstau von Sielen und Schöpfwerken an der Nordsee und den zulaufenden Flüssen liegen, deswegen eine ungenügende Aussagekraft hinsichtlich der tatsächlich erforderlich werdenden zukünftigen Vorranggebiete für den Binnenhochwasserschutz und entfalten auch keinerlei Steuerungswirkung. Es sollten deswegen alle Niederungsgebiete an Fließgewässern 1. und 2. Ordnung, die eine große Bedeutung für den Binnenhochwasserschutz erlangen könnten, von der Ausweisung als Vorranggebiet für Windenergie ausgeschlossen werden. Das Land wird aufgefordert, diesbezüglich erneute Prüfungen vorzunehmen, um der in den genannten Bereichen erforderlichen Klimaanpassung Rechnung zu tragen. Die Nachrangigkeit der Windenergie schließt letztlich nicht aus, dass in Vorranggebieten des Binnenhochwasserschutzes Windenergienutzung, die hochwassersicher errichtet ist, betrieben werden kann. Nicht zielführend wäre hingegen, wenn WEA aufgrund ihrer Vorrangstellung zulasten des potenziellen Hochwasserrückhalteraums eingedeicht werden müssten und am Ende kein ausreichender Hochwasserschutz zur Sicherung von Leib und Leben zur Verfügung steht. Weitere belastbare Hinweise auf solche Gebiete ergeben sich voraussichtlich aus den Starkregenhinweiskarten, die derzeit vom Land Schleswig-Holstein erarbeitet werden. Insbesondere jene dort ausgewiesenen Überflutungsflächen, die einen räumlichen Zusammenhang zu Fließgewässern besitzen, werden mit großer Wahrscheinlichkeit erhebliche Bedeutung für den Hochwasserrückhalt haben. 4 G Talräume an natürlichen Gewässer und an erheblich veränderten Wasserkörpern Talräume gemäß Abschnitt 4 G sind unbedingt vorrangig für den Binnenhochwasserschutz zu bewerten. Weitere Hinweise Es muss sichergestellt werden, dass von den Rotoren der Windkraftanlagen bei entsprechender Witterung weder Feuchtigkeit noch Eisstücke auf die öffentlichen Verkehrsflächen gelangen. Weiterhin sind die Oberflächen der Anlage so auszugestalten, dass keine Reflektionen entstehen, durch die Verkehrsteilnehmer geblendet werden können. Eine Erhöhung der Windeignungsgebiete von 2 % auf 3 % der Landesfläche wird wesentlich mit begründet durch den Flächenbeitrag der Rotor-Out-Planung. Dies bedeutet (vor allem im Rahmen von Repowering-Maßnahmen) eine flächenmäßige Ausweitung von vorhandenen Windparks, soweit dies nicht durch andere	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Einschränkungen (Nähe zu Siedlungsgebieten etc.) verhindert wird. Insgesamt ist daher davon auszugehen, dass sich eine weitere deutliche Konzentration auf windhöffige Gebiete vor allem an der Westküste ergibt. Bei einem fortgeführten starken Ausbau der Produktionskapazitäten von Windstrom und gleichzeitig erfolgendem Hochlauf von PV-Flächen in erheblichem Ausmaß stellt sich die Frage, ob die im Aufbau befindlichen erweiterten Stromtrassen kapazitätsmäßig in der Lage sind, diese Mengen durchzuleiten. Auf eine Kongruenz ist hinzuwirken, um erneute Redispatch-Abschaltungen im großen Umfang zu vermeiden. Die Landesregierung diskutiert aktuell mit sämtlichen Wirtschaftsförderungsgesellschaften die Suche nach zusätzlichen Standorten für mindestens 10 weitere Gewerbe- bzw. Industrieflächen mit über 100 ha Fläche im Umkreis von Umspannwerken, um weitere Ansiedlung von der Größe der Firma Northvolt zu ermöglichen. Diesen Flächen sollten evtl. Vorrang gegenüber der Ausweitung von Windeignungsflächen eingeräumt werden. Mit freundlichem Gruß [redacted] Landrat	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2118	Bürgerinitiative „FrischerGegenWind“, [redacted] Sehr geerter Herr Ministerpräsident Daniel Günther sehr geehrte Frau Dr. Sabine Sütterlin-Waack sehr geehrte Damen und Herren der beteiligten Behörden, Die Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land liegt bis einschließlich 09.09.2024 öffentlich aus. Bis dahin können die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen Stellungnahmen bei der Landesplanungsbehörde einreichen. Hierzu nehmen wir wie folgt Stellung: Wir sind strikt gegen eine Ausweisung von Windvorrangflächen auf dem Gemeindegebiet von Fargau-Pratjau und den angrenzenden eventuellen Flächen von	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Das Dichtezentrum von Seeadlervorkommen entspricht in seiner räumlichen Ausdehnung dem gleichnamigen Kriterium aus dem Landesentwicklungsplans Wind (2020). Die räumliche Festlegung erfolgte auf Grundlage von besetzten und traditionell geeigneten Horststandorten nach landesweit einheitlich angewendeten Kriterien. Ausgehend vom Großen Plöner See werden alle Reviere einbezogen, deren 3 km Umgebungsbereiche sich überlappen oder nicht weiter als 2 km voneinander entfernt liegen. Die von diesen Revieren umschlossene Außengrenze weist im Inneren Bestandslücken auf. Diese Bereiche sind jedoch in der Vergangenheit besiedelt gewesen oder es gab Ansiedlungsversuche. Außerdem weisen sie Schlafplätze und Aufenthaltsbereiche von heranwachsenden Seeadlern auf. Dieser Lebensraum zeichnet sich durch

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Nachbargemeinden. Generell müssen die Abstände zur Wohnbebauung von 1.000 m eingehalten werden. Alternativ kann die „10H“ Regel zur Anwendung kommen. Begründung: In der Teilfortschreibung des vorangegagenen Regionalplanes waren keine Vorranggebiete für Windenergieanlagen im Gemeindegebiet der Gemeinde Fargau-Pratjau und den Umlandgemeinden ausgewiesen. Dies war sachlich auch gut begründet. Eine Wiederaufnahme der als Potentialfläche gekennzeichneten Flächen auf den o.g. Gemeindegebieten und der direkten Umgebung ist für uns vollkommen unverständlich. An der nördlichen Gemeindegrenze Fargau-Pratjau zur Gemeinde Krumbek, Ortsteil Ratjendorf stehen bereits 4 Windkraftanlagen. Ausserdem befindet sich der „Windpark Fiefbergen“ mit seine 7 WKA bereits in Planung zum Repowering. Wir lehnen auch dies ab! Wir halten die derzeitige Belastung mit den vielfältigen Immisionen der insgesamt 11 100m hohen WKA für die Bürger jetzt schon für kaum erträglich. Die Geräusche mögen nach den geltenden Gesetzen für die Bürger im gesetzlichen Rahmen liegen, sind aber je nach Windrichtung kaum erträglich. Eine zusätzliche Belastung lehnen wir strikt ab. Wir fordern Mindestabstände zur Wohnbebauung von mind. 10 H 1.000 m. Wir werden alle rechtlichen Mittel einsetzen, um den Schutz der Bürger hier zu gewährleisten. Zu prüfen wäre in diesem Zusammenhang, der Artikel 2 des Grundgesetzes Abatz 2 „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ sowie Artikel 3, Absatz 1 „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“. Aussenbereiche anders zu behandeln mit Abständen zu WKA als reine Wohnlagen ist nicht hinnehmbar. Zusätzliche Windenergieanlagen mit einer Höhe von zZt. 250 m bis zu 289 m hätten zusätzliche, für uns unerträgliche Belastungen zur Folge. Wir würden dann unsere Immobilien verlassen und verkaufen müssen. Aber wer würde unsere Häuser dann kaufen...? Wir hätten mit immensen Verlusten oder sogar mit einer Unverkäuflichkeit unserer Häuser zu rechnen. Das könnten sich viele nicht leisten. Unsere Häuser sind ein großer Teil unserer Altersvorsorge, dieser Teil würde uns dann fehlen. Was wären die Folgen..? zurück zur Miete nach jahrzehnte langer Arbeit...? Viele Menschen verlieren ihr Hab und Gut. Kredite, die für Immobilen in Windkraftanlagennähe stehen, werden gar nicht oder nur zu schlechten Konditionen herausgegeben. Einzelne Landbesitzer	zahlreiche Waldflächen und viele Seen sowie eine Verbindung zur Ostsee und zu EU-Vogelschutzgebieten aus. Im Ergebnis ist ein Raum mit einer kontinuierlich hohen Brutdichte abgegrenzt, der zur dauerhaften Sicherung des stabilen Kerns der Seeadlerpopulation in Schleswig-Holstein geeignet ist und somit der Kontinuität der Freihaltung von WEA bedarf. Eine Anpassung der Abgrenzungen ist fachlich nicht geboten, auch nicht, wenn es an den Rändern zu vereinzelten Änderungen besetzter Horste kommt Die Stellungnahme enthält zudem Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die Punkte 2.3.1, 4.20.1, 7.2.6, 7.2.10, 7.3.3 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	verdienen nur durch die Pacht für eine Windkraftanlage von 250 m Höhe bereits 100.000.00 Euro und mehr. Das ist nicht nur verwerflich, sondern sittenwidrig. Das ist weder gerecht noch sozial. Vogelwelt Neu-Sophienhof: In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist unter anderem aufgeführt, dass um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll. Bezogen auf den Seeadler sind hier 2.000 m aufgeführt. In der Abwägung kann jedoch geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist, wenn in dem Abstandsradius bereits raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet wurden. Bei diesen Dimensionen von Windkraftanlagen und einer Höhe von z.Zt. 250 m bis 289 m, kann davon ausgegangen werden, dass eine zusätzliche, unmittelbare Tötungsgefahr für den Seeadler besteht. Zum Schutz der Seeadler sollte der Radius um einen Seeadlerhorst grundsätzlich 3.000 m betragen (siehe Anhang „Helgoländer Papier“), eine Prüfung und Abwägung gegen den Schtutzraum des Seeadlers darf innerhalb dieses Radius nicht möglich sein. Folgendes, aktuelles Zitat der Projektgruppe Seeadlerschutz: „Hierhin hat die Projektgruppe Seeadlerschutz das zuständige Innenministerium aufgefordert, die Abgrenzung des Seeadler-Dichtezentrums aufgrund der vorliegenden fachlichen Kriterien zu erweitern. Das Seeadlerrevier bei Bendfeld ist seit 2017 duerhaft besetzt und wurde bei der Abgrenzung nicht berücksichtigt! Nach § 44 BNatSchG ist das Töten besonders geschützter Tierarten, darunter Seeadler, Rotmilan und Schwarzstorch, verboten. Dieses Tötungsverbot ist bei allen Vorhaben, die zu entsprechenden Gefährdungssituationen führen können, zu beachten. Für WKA gilt dementsprechend, dass im Zuge der Planung nur Standorte festgelegt werden dürfen, die eine Kollision besagter (und anderer) Arten aller Wahrscheinlichkeit nach ausschließen. Angesichts dessen hält die Projektgruppe die Umsetzung nachfolgender Vorschläge für notwendig: • Erweiterung des bereits vorgesehenen Seeadlerdichtezentrums im Nordwesten, d.h. Schließen der in der Probstei / Kreis Plön bestehenden Lücke (die Seeadlerreviere Bendfeld und Barsbek sind mit einem entsprechenden Radius einzubeziehen).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Freihalten aller potenziellen Beeinträchtigungsbereiche um die Nistplätze von Seeadler, Rotmilan und Schwarzstorch.“ Zitat Ende. Gerne verweisen wir hierzu ein weiteres mal auf das Helgoländer Papier, ausgearbeitet von den staatl. Vogelschutzwarten als staatl. wissenschaftliche Arbeit in der Mindest-Abstände von Vogelarten zu Windkraftanlagen gefordert bzw. empfohlen werden. Auch sind die Vogelzugruten völlig unzureichend bemessen. Auf unseren Gemeindegebieten rasten viele der Zugvogelarten auf ihrem Weg im Herbst in den Süden und im Frühling zurück. Andere, heimische oder heimisch gewordene Arten leben dauerhaft bei uns. Dies belegen unzählige , fotografisch festgehaltene Sichtungen und aktuelle Dokumentatioen aus den Jahren 2017 bis 2024. Auch haben wir in 2 Monitoring – Foto Dokumentationen aus den Jahren 2014-2016 seinerzeit die unterschiedlichen Grossvogelarten dokumentiert. Diese Dokumentationen wurden auch seitens der Kreisverwaltung Plön bestätigt und haben unter anderem in der damaligen Stellungnahme des Kreises Plön zu einer eindeutigen Unzulässigkeit von WKA auf unserem Gebiet geführt. Auch ist es nicht nachvollziebar, dass seinerzeit das Seeadlerdichtezentrum nicht über die gesamte Prostei und Tönkerei ausgeweitet wurde, wie damals und auch aktuell von der Profektgruppe gefordert wird. Anlagen (Monitoringberichte und Dokumentationen) Es kann doch nicht sein, dass die Energiewende, sinnvoll oder nicht, den Tod vieler tausend Groß-und Kleinvögel, Fledermäusen und Millionen von Insekten rechtfertigt...? Jahrzehnte lang wurde mit viel Einsatz renaturiert, der Seeadler und andere Großvogelarten mühsam wieder angesiedelt um dies alles nun zu zerstören..? WKA wichtiger als Mensch und Natur? Das sollte die Landesplanung gut abwägen.... Infrastruktur, Kosten: Ein weiterer Kritikpunkt für Windenergieindustrieanlagen ist die Infrastruktur. Windenergieanlagen müssen in Schleswig-Holstein immer häufiger abgeschaltet werden, weil der produzierte Strom nicht mehr ins Stromnetz eingespeist oder signifikant gespeichert werden kann. Bis Umspannwerke und Leitungen gebaut sind, wird es noch viele Jahre dauern. Windenergieanlagen sollten, wenn überhaupt, erst dann gebaut werden, wenn es auch möglich ist, den produzierten Strom dauerhaft abzunehmen,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	weiterzuleiten und zu speichern. Die Politik hat sich in diesem Fall offensichtlich anders entschieden und die Betreiber der Windenergieanlagen bekommen den produzierten Strom bezahlt, auch wenn er gar nicht in das Netz eingespeist werden kann. Das kostet und kostete allein den Stromzahler in Schleswig-Holstein viele Milliarden Euro. Unsere Strassen, Spurplattenwege sowie die unbefestigten Wege, die genutzt werden müssen, um Windenergieanlagen überhaupt bauen zu können, sind für den Schwerlastverkehr völlig ungeeignet und aktuell schon kaum noch befahrbar. Sie müssten also ausgebaut werden, was zu einer weiteren nicht gewollten Versiegelung im Außenbereich und sogar im Landschaftsschutzgebiet führt. Ein Rückbau dieser Wegeflächen kann erst nach Ablauf der Gesamtlaufzeit der Windenergieanlagen erfolgen, weil aus Wartungsgründen und für den Ersatzteilaustausch immer wieder Schwerlastverkehr auf diesen Wegen erfolgen muss. Auch sind die Dimensionen für den eigentlichen Bau der WKA gigantisch. Bis zu 6.000 m3 Stahlbeton pro Anlage versiegeln den Boden für immer. Tausende von LKW würden über Jahre zu einer schweren Belastung unserer dicht aneinander stehenden Dörfer und Gemeinden führen, dies ist unzumutbar für die Bürger der betroffenen Gemeinden. Ganz zu schweigen von den fernbleibenden Touristen während der jahrelangen Bautätigkeit. Fahrradfahren wäre auf unbestimmte Zeit unmöglich und der jetzt schon schlechte Zustand unserer Kreis und Gemeindestrassen würde sich weiter massiv verschlechtern. Ohne weitere Ausführung weisen wir darauf hin, dass folgende Punkte ungelöst sind: Grundwasserproblematiken, gesicherter, rückstandsloser Abbau der WKA nach Nutzungsende (Kosten für die Gemeinden und die Steuerzahler)etc. Gesundheitsgefahren durch den Betrieb (keine seriösen Gutachten zu Infraschall, von der Windkraftindustrie vorgelegte Gutachten sind nicht hinnehmbar und könnten die Vermutung aufkommen lassen, wer das Gutachten bezahlt, der bestimmt das Ergebnis) Wir fordern daher die Landesplanung auf, die Potentialflächen in dem Gemeindegebiet von Fargau-Pratjau nicht als Windvorrangflächen zur berücksichtigen und dauerhaft aus dem LEP zu löschen. Mit freundlichen Grüßen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] 1.Vorsitzender BI „FrischerGegenWind“ Anlage Helgoländer Papier 1. Foto Doko 1 + 2 2. Aktuelle Sichtungen Großvögel 3. Helgoländer Papier 4. Gutachten bosch und partner	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2638	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehme ich Stellung zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024): In Ihrem Entwurf haben Sie festgelegt, • die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und • die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als **Ziele der Raumordnung** von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten. Diese Entscheidung ist wissenschaftlich gut begründet, naturschutzfachlich notwendig sowie für den internationalen Vogelzug und die dramatisch sinkenden Brutbestände äußerst dringend. Ich halte den Entwurf für ausgewogen und gelungen und begrüße ihn sehr, denn die Planungen für 400-600 Windräder werden und wurden von der Firma Planungsgesellschaft [redacted] GmbH & Co. KG unter der Federführung des Eiderstedter Deichgrafen rücksichtslos weiter betrieben. Gemeinderäten wurden mit gut orchestrierten Märchenstunden die Unterstützung entlockt und Millionenbeträge versprochen. Es geht einzig und allein um Geld, sehr viel	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Geld. Inzwischen werden Pachterträge von bis zu 400.000 € pro Rad und Jahr erzielt. Stellen Sie sich einfach einmal auf den Deich und schauen Sie von der südlichen Küste Eiderstedts nach Dithmarschen…der totale Irrsinn. Menschen werden ihrer Existenz beraubt, Häuser werden unverkäuflich, Lärm, Schattenwurf, Blinken usw. Eiderstedt ist noch ein Ort der Ruhe und Erholung für unzählige Touristen, Bewohner und alle Tiere. Wir sind sehr froh, daß die Landesregierung genauso sieht. Vielen Dank für Ihre Planung. Es ist jetzt entscheidend, daß dieser rechtssichere Ausschluß von weiteren WEA für **ganz** Eiderstedt auch nach Abschluß des Beteiligungsverfahren Bestand hat. Deshalb muß es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleiben. Dies gilt aber ausdrücklich auch für die Potenzialflächen[1] um Oldenswort! Hier besteht ansonsten die große Gefahr, daß dort neue, zusätzliche Vorranggebiete entstehen. Ich beziehe mich mit dieser Stellungnahme auf den Offenen Brief der großen schleswig-holsteinischen Naturschutzverbände vom 25.03.2024[2], den ich vollumfänglich teile. Ergänzend weise ich auf die Resolution der UNESCO Welterbe Kommission hin (25. Juli, Neu Delhi). In Ziff. 12b geht die UNESCO auf Fälle wie den hier vorliegenden ein: 1. *Acknowledges the importance and necessity to accelerate renewable energy production, nevertheless, notes with serious concern the increasing number of onshore and offshore energy facilities (e.g., wind) within the wider setting of the property, and requests moreover the States Parties to:* a. *[…]* b. *Ensure that the planning and implementation of onshore energy facilities (e.g., wind) avoid negative impacts on migratory bird pathways and habitats;* Dabei ist die Formulierung *“notes with serious concern“* in der diplomatischen UNESCO-Sprache eine durchaus deutliche Kritik. Diese klare Aufforderung der UNESCO, negative Auswirkungen auf das Weltnaturerbe Wattenmeer auch im Umfeld an Land	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	auszuschließen, trifft auch auf die Potentialflächen bei Oldenswort zu: Bereits der bestehende Windpark bei Oldenswort gefährdet den Vogelzugweg und die Brutgebiete; er ist im letzten Regionalplan lediglich aus Gründen des Bestandsschutzes akzeptiert worden. Alle umliegenden Potenzialflächen wurden damals - mit noch heute gültigen Argumenten - als Vorranggebiete verworfen. Deshalb wäre eine Erweiterung der bereits bebauten Flächen fatal. Alle bisher vorgetragenen Argumente gelten ja nicht nur diffus für Eiderstedt insgesamt, sondern ganz genauso für diese im jetzigen Entwurf ins Auge gefaßten Potenzial- = Erweiterungsflächen. Es sind **keine** fachlichen Argumente erkennbar, warum diese Flächen weniger wertvoll und schützenswerte sind als das „übrige“ Eiderstedt. Deswegen müssen diese Potenzialflächen gestrichen werden. Zur Begründung der Notwendigkeit, ganz Eiderstedt freizuhalten von zusätzlichen WEA verweise ich neben dem bereits erwähnten Schreiben der Naturschutzverbände auch auf die Stellungnahme des Eiderstedter Forums, die ich inhaltlich teile. Insbesondere sollte bei der Entscheidung über die finale Fassung der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein auch berücksichtigt werden, daß sich eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern – auch aus Eiderstedt – in einer openPetition-Aktion klar gegen weitere WEA in Eiderstedt positioniert hat. Auch hat die einzige bisher durchgeführte Einwohnerbefragung zum Thema in der Gemeinde Tating eine deutliche Ablehnung (63%) der „Sicherung und Ausweitung des bestehenden Windparks“ ergeben. Nach alledem bitte ich darum, • den rechtssicheren Ausschluss von weiteren WEA für **ganz** Eiderstedt und • die **Formulierung** im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) beizubehalten, sowie • die Potenzialflächen um Oldenswort aus dem Entwurf zu streichen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted] [1] https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/energie/windenergie-raeumliche-steuerung/Downloads/karte_potenzialflaechen?nn=9561f157-9597-43c1-912c-10292bb5f53e [2] https://www.eider-kurier.de/artikel/eiderstedt/windkraft-in-eiderstedt-umweltverbaende-schlagen-alarm-16267.html	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2117	**Umsetzung von Windparks in Bereichen des überregionale Vogelzug mit modernen Vogelerkennung - Radar** Die Ausweisung von Eignungsgebieten für Windenergieanlagen im Rahmen der „Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024“ ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer nachhaltigeren und klimafreundlicheren Energieversorgung. Schleswig-Holstein gehört zu den Bundesländern mit den besten natürlichen Voraussetzungen für die Nutzung von Windkraft. Die Definition klarer Eignungsgebiete trägt dazu bei, den Ausbau der Windenergie gezielt zu fördern und gleichzeitig den Schutz der Umwelt zu gewährleisten. Ein besonders zu beachtender Aspekt ist der überregionale Vogelzug, der immer wieder als Konfliktpunkt beim Ausbau der Windenergie genannt wird. Dank moderner Technologien wie Radaranlagen können jedoch potenzielle Gefährdungen des Vogelzugs effektiv minimiert werden. Diese Anlagen sind in der Lage, die Flugbewegungen von Vögeln zu erkennen und entsprechende Maßnahmen, wie das kurzfristige Abschalten der Windkraftanlagen, einzuleiten. Diese Technologie zeigt, dass moderne Windkraft nicht nur leistungsfähig, sondern auch ökologisch verträglich betrieben werden kann. Darüber hinaus werden im Rahmen der Genehmigungsverfahren ornithologische Untersuchungen durchgeführt, die die potenziellen Auswirkungen auf die Vogelwelt detailliert erfassen. Diese Untersuchungen gewährleisten, dass die Eignungsgebiete unter Berücksichtigung der lokalen und überregionalen Tierwelt ausgewiesen werden.	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Schleswig-Holstein hat eine herausragende Bedeutung für den Vogelzug in Europa. Dabei folgt der Vogelzug nachweisbar Landschaftsstrukturen und verdichtet sich dort. Ein Teil des Vogelzuges erfolgt dabei im Höhenbereich der Rotoren der WKA, so dass hier ein erhöhtes Kollisionsrisiko besteht. Diese Hauptzugachsen sollen zum Schutz der Zugvögel von WKA freigehalten werden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ein genereller Ausschluss der Zonen des überregionalen Vogelzugs sollte gestrichen werden, dar moderne Abschalteinrichtung der Ökologie durch den Bau einer Windenergieanlage nicht entgegen stehen und die zum günstigen Strom nutzbaren Küstenstandorte besser genutzt werden können.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2116	**Stellungnahme zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes - Windenergie an Land -** **Grundsätzliches:** Die Nutzung der Windenergie wird von mir unter dem Aspekt des Klimaschutzes unbedingt befürwortet. Den forcierten Ausbau in SH sehe ich derzeit allerdings als kontraproduktiv an, solange der Abtransport / die Nutzung des Stromes nicht ausreichend gewährleistet ist. Man sieht immer noch auch bei nur mäßigem Wind abgeschaltete Anlagen, die für die Nichtproduktion entschädigt werden. Dies verursacht erhebliche volkswirtschaftliche Kosten und reduziert die Akzeptanz in der Bevölkerung. Grundsätzlich sollte die Betriebserlaubnis erst erteilt werden, wenn der Energieabfluss zu mindestens 90% gesichert ist. Die Abschaltung von Anlagen sollte dabei vollständig zu Lasten der Produzenten gehen. Die erforderliche Doppelstruktur durch Gas- und Kohlekraftwerke zur Sicherung der Grundlast geht ohnehin über den Strompreis zu Lasten der Kunden. Zur Erhöhung der gesellschaftlichen Akzeptanz für den Ausbau der Windkraft ist es unerlässlich, die berechtigten gesellschaftlichen Interessen im Hinblick auf die Emissionen wie Schall, Schlagschatten oder Beeinträchtigung des Landschaftsbildes zu berücksichtigen. Immerhin können die Bürger im Umfeld der Windparks den negativen Einflüssen nicht entrinnen, obwohl sie im Gegensatz zu den Betreibern keinen wesentlichen wirtschaftlichen Nutzen daraus ziehen. Dazu sollten im neuen LEP die folgenden Punkte festgeschrieben werden: **zu 4.5.1.1. lfd Nr. 1, Umgebungsbereich:** In **jedem** Fall sollte zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion ein Umgebungsbereich von 1.000 m von WKA freigehalten werden, auch unabhängig von einer sog. Vorbelastung. Immerhin gibt es nach Bundesrecht keine Höhenbeschränkung mehr und auch die im Planentwurf angeführte Höhe der Referenzanlagen hat bedingt	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Der Abstandsbereich um Siedlungen kann im Einzelfall 1.000m betragen. Eine pauschale Erhöhung auf diesen Abstandsbereich würde eine erhebliche Anzahl von bestehenden WEA auf den Bestandsschutz reduzieren. Um dies zu vermeiden, soll im Rahmen der Abwägung der erweiterte und über die 800m hinausgehende Abstandsbereich einzelfallbezogen festgelegt werden. Zu den Abständen im Außenbereich wird auf Ziffer 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zum Thema Tourismus wird auf Ziffer 3.15.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zum Thema Landschaftsschutzgebiete wird auf Ziffer 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Der Artenschutz wird durch eine Vielzahl von Zielen und Grundsätzen sichergestellt. Dadurch werden erhebliche Bereiche der Landesfläche von einer Windenergienutzung pauschal ausgeschlossen. Gleichzeitig sind die gesetzlich verpflichtenden Flächenbeitragswerte zu erreichen. Aufgrund dieses Spannungsfeldes wird an den bisherigen Abstandsregelungen festgehalten. Zum Thema Naturparke wird auf Ziffer 3.18.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	durch den technischen Fortschritt nur vorläufigen Charakter. Heute sind schon Anlagen von 250 m Höhe in Planung. Allein durch die damit verbundene massivere Raumwirkung wird der früher bereits übliche „Sicherheitsabstand“ von 1.000 m in seiner Wirkung bereits unterlaufen. **Ich fordere Sie auf, in jedem Fall den Umgebungsbereich von 1.000 m zu Siedlungen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion festzuschreiben.** **Zu 4.5.1.1. lfd.Nr. 2, Splittersiedlungen:** die geplante Regelung für den Umgebungsbereich bei Splittersiedlungen verschlechtert deren Schutz in unverhältnismässiger Weise. Er beträgt hier nur noch die Hälfte des ohnehin schon verkürzten Umgebungsbereiches von Wohnsiedlungen. **Entsprechend der vorstehenden Begründung sollte zu Splittersiedlungen ein Abstand von mindestens 600 m gewahrt bleiben. Dies entspräche in der Verhältnismäßigkeit der alten Regelung über die Anlagenhöhe 5H/3H.** **Zu 4.5.1.2, 11G, Tourismus und Erholumg:** WKA und damit ganze Windparks haben aufgrund ihrer Größe einen nachhaltigen Einfluß auf das Landschaftsbild. Sie wirken sich insbesondere in den Landschaftsteilen störend aus, in denen die Menschen Ruhe und Erholung in möglichst unbelasteter Natur suchen. In den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung sowie den Kernbereichen für Tourismus und/oder Erholung soll dem Tourismus und der Erholung „besonderes Gewicht“ beigemessen werden. Ob und inwieweit im Einzelfall ein Windenergiegebiet mit diesen landesplanerischen Grundsätzen zu vereinbaren ist, soll gemäß Entwurf der TF-LEP einzelfallbezogen geprüft werden. Zweifellos erfüllt unsere Seenlandschaft mit ihren ausgedehnten Wäldern und der natürlichen Umgebung in den Naturparken die Funktionen von Kernbereichen für Tourismus und Erholung. Der Bau von Windkraft stellt gemäß §14 BNatSchG einen Eingriff in die Landschaft und Natur dar, der dementsprechend auszugleichen ist. Dazu wird von den unteren Naturschutzbehörden in Schleswig-Holstein der radiale Wirkbereich herangezogen. Er wird berechnet aus der 15-fachen Gesamtanlagenhöhe. Dem hier vorliegenden Planentwurf liegt eine Referenzanlage von 200m Höhe zugrunde. Daraus ergibt sich ein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wirkbereich von etwa 3.000 m in jede Richtung. In den Kernbereichen für Erholung sollen jedoch gemäß des aktuellen Regionalplanes „Erholungsmöglichkeiten qualitativ verbessert und die Erholungsinfrastruktur unter Berücksichtigung der ökologischen Tragfähigkeit ausgebaut werden“. Dabei fällt den Naturparken eine Schwerpunktaufgabe zu. Aus Sicht des Tourismus läuft damit die Ausweisung umfangreicher neuer Potentialflächen für Windenergie insbesondere in den Naturparken der gewünschten Stärkung des Binnenlandtourismus drastisch zuwider. Immissionen (z.B. Schall) sowie auch die weitreichende Sichtbarkeit der Anlagen schädigen das Landschaftsbild und damit den Kernbereich für Erholung nachhaltig und erheblich. **Ich fordere Sie daher auf, die Formulierung „besonderes Gewicht“ weitergehend zu verschärfen. Der Schutz von Tourismus und Erholung muss bereits im LEP belastbar verankert und klargestellt werden. Nur so kann bereits vor der Regionalplanung die herausragende Gewichtung deutlich gemacht werden.** **Zu 4.5.1.2 und 4.5.1.3, lfd. Nr. 7** **• 13 G Landschaftsschutzgebiete** **• 2 Z Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche** **• 3 Z Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche** **Landschaftsschutzgebiete:** Landschaftsschutzgebiete erfüllen eine besondere Funktion im Naturhaushalt und für das Landschaftsbild. Letzteres wird insbesondere durch die Schaffung eines größeren zusammenhängenden Raumes erreicht, der insbesondere von optischen Störelementen frei ist. Dementsprechend gibt es hier baurechtlich hinsichtlich der Errichtung von Bauwerken weitreichende Restriktionen. Somit haben die LSG auch für den Tourismus und die Erholung eine herausragende Bedeutung. Eine Berücksichtigung von besonders hochwertigen naturräumlichen und landschaftlich wertvollen Bereichen innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG), die wie vorgesehen von der Ausweisung von Vorranggebieten ausgenommen bleiben sollen, wird wegen der vergleichsweisen Kleinräumigkeit keinen Effekt haben. Die Errichtung von Windparks in den LSG würde durch die Größe der Anlagen eine Wirkmächtigkeit entfalten, die den Charakter der LSG überlagern. **LSG sollten grundsätzlich von der Ausweisung von Vorranggebieten**	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ausgenommen werden. Sie erfüllen eine wichtige Funktion sowohl in ökologischer Sicht als auch im Hinblick auf den Binnenlandtourismus, dessen Entwicklung und Stärkung ein erklärtes Ziel der Landesregierung ist. Die Errichtung von Windparks führt den Begriff Landschaftsschutzgebiet (LSG) ad absurdum und steht im Widerspruch zu allen sonstigen insbesondere baulichen Restriktionen im LSG. Der Abstand eines Vorranggebietes zum LSG sollte mindestens 1.500 m betragen. **Zu 4.5.1.3 Natur- und Vogelschutz** Der NABU SH hat hierzu bereits Ausführungen auf seiner Homepage gemacht. Die Mindestabstände zu den Brutplätzen von Seeadlern und Schwarzstorch von 3.000 m und von Rotmilan und Weißstorch von 2.000 m sollten demnach keinesfalls wie vorgesehen unterschritten werden. Gleiches gilt für die bisherigen Mindestabstände zu Wäldern. Diese Mindestabstände wurden in der Vergangenheit nicht ohne Grund und mit wissenschaftlicher Begleitung festgelegt. Umso mehr bleibt ihre Bedeutung bei den heute deutlich größeren Anlagen erhalten. **Ich fordere Sie auf, die bisher bestehenden Mindestabstände und bisherigen Schutzmaßnahmen zu erhalten. Dabei sind die Umgebungsbereiche um Seen im Abstand von mind. 1,5 km von WKA freizuhalten. Ferner sind die Verbindungsachsen zwischen den Nistplätzen der Großvögel und deren Jagdgebieten wie z.B. Seen freizuhalten. Entsprechendes gilt für Äsungsflächen und Schlafplätzen von Gänsen und Kranichen.** **Zu 4.5.1.2, 14G Naturparke** Gemäß § 16 Absatz 1 LNatSchG sind Naturparke in Schleswig-Holstein definiert als großräumige Gebiete, die zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete (NSG), LSG, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Mit den Naturparken soll die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft erhalten und gesichert werden. Um diese Ziele auch tatsächlich erfüllen zu können, ist es aus meiner Sicht erforderlich, Windenergiegebiete in diesen Bereichen nicht oder nur mit ganz außerordentlich besonderem Bedacht umzusetzen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die im Entwurf benannte „Berücksichtigung besonderer Funktionen von Naturparken“ ist aus meiner Sicht zu allgemein so nicht ausreichend; es muss konkret klargestellt werden, welchen hohen Schutzstatus die Naturparke vor Ort innehaben. **Entsprechend konkrete und zielführende Aussagen sind bereits im LEP belastbar zu verankern, sodass bereits vor der Regionalplanung die besondere Gewichtung deutlich wird. Die angekündigte geringere Gewichtung ist hingegen unbedingt zurückzunehmen und mindestens wieder der ursprüngliche Schutzstatus für die Naturparke herzustellen.** [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2115	Sehr geehrte Damen und Herren, zu den Zielen des LEP-Entwurfs nehme ich wie folgt Stellung. Die Abstände zwischen Windvorrangflächen und Wohnbebauung sind zu gering. Die gängigen WEAs sind inzwischen 250 m hoch, die Rotorendurchmesser im Durchschnitt 170m. Die letzten Berechnungen u.a. zur Lärmemission gingen von deutlich kleineren Anlagen aus und sind somit angreifbar. Eine optische Bedrängung durch WEAs und Umzingelung mehrerer Anlagen oder Hochspannungsleitungen, z. B. Elbe-Lübeck-Leitung in einem Abstand von unter 2000 m zu Schutzgütern müssen vermieden werden. Eine Höhenbegrenzung ist zwingend erforderlich und durch die Bundesgesetzgebung vorgeschrieben. Zusätzliche Schutzabstände zu Wohnbebauungen und sensiblen Bereichen sind	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3.2, 2.11, 7.3.7, 7.2.7, 7.2.9, 4.1 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	notwendig für den Fall einer Havarie oder eines Brands der Rotorblätter oder der Gondel. Ein Schutzabstand von mindestens 1000 m zwischen Windvorranggebiet und jeglicher Wohnbebauung muss aus Gründen der Vorsorge als Ziel der Raumordnung festgelegt werden. Anderenfalls muss die Landesplanung darlegen, ob die im Entwurf des LEP festgesetzten Mindestabstände zwischen Wohnhäusern und Windvorranggebieten mit dem BImschG vereinbar sind in Hinblick auf die Gefahr von Kontamination durch Carbonfaser-Partikel nach einem Brandereignis und/oder einer schweren Havarie der Anlage. Die Mindestabstände zu Vogelzugkorridoren und Brutstätten von Bodenbrütern, Störchen und Raubvögeln ist nach der Helgoländer Verordnung einzuhalten. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2114	Entsprechend dem aktuellen Diskussionsstand hier vor Ort ist es mir wichtig, auf eine notwendige Änderung = Streichung auf der Karte der Potentialflächen hinzuwirken : Das Dosenmoor ist ein Naherholungsgebiet für die EinwohnerInnen Neumünsters und des Amtes Bordesholm. Für den aufstrebenden Naturtourismus ist es das Highlight. Es bietet die Möglichkeit Flora und Fauna einer für Norddeutschland typischen Landschaftsform im Wandel der Jahreszeiten zu erleben. Nach der Renaturierung eines früheren Torfabbaugebietes haben sich viele Tier- und Pflanzenarten wieder angesiedelt. Durch die Umzingelung von vier möglichen Gebieten für Windkraft wird es in seinem Bestand und Weiterentwicklung behindert und entwertet. Die bereits bestehenden Windparks bei Loop und Schönbek können erweitert werden. Möglich sind auch Windparks auf den Potentialflächen bei Bordesholm, Wattenbek sowie bei Negenharrie. Besonders kritisch zu beurteilen ist ein schmales Potentialgebiet zwischen dem Staatsforst Neumünster Wattenbek und Bordesholm im Westen sowie dem Gebiet Staatsforst Neumünster Fiefharrie – Hös im Osten. Das Dosenmoor muss in seinem Fortbestand und seiner Entwicklung gesichert werden und nicht durch vier Windparks bedroht werden. Es braucht ausreichende Pufferzonen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Institution: Amt Sandesneben-Nusse ID: M2664	**1. Vorbemerkungen** Die Gemeinden des Amtes Sandesneben-Nusse geben im Rahmen des Beteiligungs-verfahrens Hinweise und Anregungen zu konkreten Belangen und Betroffenheiten ihrer Gemeinden, damit diese bei der weiteren Teilfortschreibung des Landesent-wicklungsplanes beachtet werden können. Dazu hat das Amt fachliche Beratung durch ein Planungsbüro beauftragt und eine Gesamtstellungnahme erarbeitet. Die-se setzt sich zum einen mit den aktuell beabsichtigten Änderungen auseinander. Zum anderen werden konkrete Hinweise zu den ausgewiesenen Potenzialflächen gegeben. Neben der gemeinsamen Stellungnahme der Gemeinden des Amtes Sandesneben-Nusse kündigen die Gemeinden Panten und Walksfelde an, eigene, separate Stel-lungnahme zur Teilfortschreibung Windenergie des Landesentwicklungsplanes abzu-geben. Die Gemeinde Walksfelde hat erhebliche Bedenken grundsätzlicher Art zum geplanten Vorgehen des Landes und regt eine Kurskorrektur an. Die Gemeinde Pan-ten unterstützt die Verfahrensweise des Landes, sieht aber noch gesetzlichen Verbes-serungsbedarf, um eine höhere Akzeptanz von Windkraftanlagen zu erreichen. **2. Grundlagen und Aufgabenstellung** Am 11. Juni 2024 hat die Landesregierung den Entwurf für neue Vorgaben zur Wind-energie im Landesentwicklungsplan (LEP) beschlossen. Mit dem LEP Windenergie setzt das Land geänderte Anforderungen des Bundesrechts um. Der Entwurf der LEP-Teilfortschreibung sieht vor, dass vor allem die Kriterien für Vor-ranggebiete sowie für gemeindliche Windenergiegebiete als Ziele und Grundsätze der Raumordnung in Form von Ausschlusskriterien (Ziele der Raumordnung) und Vor-gaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen (Grundsätze) vorgegeben werden. Erstmalig enthält der Entwurf des neuen LEP Windenergie auch eine Plankarte der Ausschlusskriterien (Ziele der Raumordnung), deren Gebietskulisse noch nicht in anderen Planwerken dargestellt ist. Die Fläche, die nach Anwendung der Ausschlusskriterien zur Auswahl und Festlegung von Windenergiegebieten prak-tisch zur Verfügung steht, ist in einer Potenzialflächenkarte dargestellt. Aus den im LEP definierten Potenzialflächen wird das Land in einer Fortschreibung der Regionalpla-nung anhand der Grundsätze der Raumordnung rd. 3,0 bis 3,3 % der Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie auswählen. Die Potenzialfläche steht darüber hin-aus den	Zu den in der Stellungnahme angesprochenen Punkten wird wie folgt erwidert: Kleinstflächen: Dem Wunsch, die Kleinstflächen aus der Potenzialflächenkarte herauszunehmen, wird nicht gefolgt. Es handelt sich um einen Grundsatz der Raumordnung und damit um ein Abwägungskritetrium. Themenkomplex Siedlungsstruktur Der Wunsch einer konsequenten Anwendung des 1.000 m Abstandes bei nicht vorbelasteten Flächen wird zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung erfolgt jedoch erst auf Regionalplanebene. Die Bewertung der Umfassungswirkung soll auf Regionalplanebene Einzelfall bezogen erfolgen. Eine GIS-gestützte Methodik kann bestenfalls Hinweise zur Einstufung des Konfliktpotenzials geben. Landschaftsschutzgebiete (LSGs) Es wird dafür plädiert die charakteristischen Landschaftsräume beizubehalten, um innerhalb von LSGs ein qualitative Bewertung vornehmen zu können, die allein aufgrund der oft sehr alten Schutzgebietsverordnungen nicht möglich wäre, und um die Landschaftsbildqualität außerhalb von LSGs bewerten zu können. Dem Vorschlag wird nicht gefolgt. Es fließen ausreichende Bewertungskriterien zur Landschaftsbild- und Freiraumqualität in die Abwägung ein. Hierzu zählen die regionalen Grünzüge, die Naturparke sowie Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung. Windenergiegebiete und örtliche Versorgungskonzepte Die Anregung, hierzu unterstützende Aussagen in den Plan aufzunehmen, wird geprüft. Allerdings wäre dies aus Sicht der Landesplanung eher auf Ebene der Regionalplanung zu verorten. Mindestabstände zu Schutzgebieten Der Hinweis zur Beachtung der örtlichen Situation im Umgebungsbereich von Schutzgebieten wird zur Kenntnis

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeinden zur Festlegung von gemeindlichen Windenergiegebieten zur Verfügung. Die Landesregierung hält an der derzeitigen Rotor-In-Vorgabe zur Ermittlung von Windenergiegebieten fest. Damit muss der Rotor von WEA innerhalb der auszuweisenden Windenergiegebiete liegen. Alle Schutzabstände zu Wohnbebauung, Infrastruktur, Denkmalen, Natur und Landschaft sind von der Gebietsgrenze aus gerech-net. Die Beibehaltung der Rotor-In-Planung soll als Ziel der Raumordnung in Absatz 5 Z der Teilfortschreibung des LEP Wind normiert werden. Mit § 245e und § 249 BauGB wurde die Ausweisung von Windenergiegebieten im Zusammenhang mit dem WindBG auf eine Positivplanung umgestellt. Dies hat unter anderem zur Folge, dass die frühere Anforderung, der Windenergie „substanziell Raum zu verschaffen“, durch die Festlegung gesetzlicher Flächenbeitragswerte im WindBG abgelöst wurde. Die bislang als Ziel der Raumordnung festgelegte Ausschlusswirkung wird daher ersatzlos gestrichen. Durch Absatz 1 G des Entwurfs der Teilfortschreibung des LEP Windenergie wird nun als Grundsatz der Raumordnung normiert, dass mindestens drei Prozent der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Wind-energie ausgewiesen werden sollen. Eine Ausschlusswirkung außerhalb dieser Vor-ranggebiete ist damit nicht mehr verbunden, so dass Gemeinden im Einzelfall durch eine Bauleitplanung außerhalb der als Ziele der Raumordnung ausgeschlossenen Bereiche weitere Windenergiegebiete ausweisen können. Nach § 4 Abs. 1 S. 5 WindBG dürfen Flächen mit „Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen“ nicht auf die Flächenbeitragswerte der Länder angerechnet werden. Höhenbestimmungen in Windenergiegebieten beziehungsweise Vorranggebieten Windenergie werden deshalb untersagt. Anderenfalls bestünde die Gefahr, dass Schleswig-Holstein seine gesetzlich vorgegebenen Flächenziele nicht erreicht. Dies ist in Absatz 4 Z des Entwurfs der Teilfortschreibung des LEP Windenergie normiert. Die bisherige sogenannte 3H/5H-Regelung könnte als eine indirekte Höhenbestim-mung im Sinne des WindBG zu werten sein. Damit wäre das Risiko verbunden, dass der Bund bei Meldung der Flächenbeitragswerte überhaupt keine Fläche für SH an-erkennt. Die 3H/5H-Regelung als Ziel der Raumordnung wird daher durch die laufen-de Teilfortschreibung des LEP Wind gestrichen. Die Raumbedeutsamkeit ist das Abgrenzungskriterium zu sonstigen Planungen oder	genommen. Die Prüfung, ob im Einzelfall über die als Ziel vorgegebenen Schutzabstände hinaus größere Abstände erforderlich wären, würde im Rahmen der Einzelabwägung auf Regionalplanebene erfolgen. Denkmalschutz Dem Wunsch, Belange des Denkmalschutzes als Ziel der Raumordnung aufzunehmen, kann nicht gefolgt werden. Es wird auf Ziffer 6.1.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Stellungnahme zu einzelnen Potenzialflächen Hinsichtlich der Hinweise zu den einzelnen Potenzialflächen wird auf Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Ausführungen werden in die Abwägung zum ersten Entwurf des Regionalplanes Windenergie einbezogen. Hinweise auf Fehler in den Karten werden geprüft.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Maßnahmen, die mangels Raumbedeutsamkeit nicht von den Bindungswirkungen der Raumordnung erfasst werden. Im Zuge der laufenden Teilfortschreibung des LEP Windenergie wird die Raumbedeutsamkeit von WEA in Absatz 2 Z analog zur bisherigen Regelung normiert. Die neue Referenzanlage wird den technischen Entwicklungen marktüblicher Anla-gen angepasst und mit einer Gesamthöhe von 200 m, einem Rotordurchmesser von 150 m und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 MW definiert. Dies ist in Absatz 3 G des Entwurfs der Teilfortschreibung LEP Windenergie normiert. Die Referenzanlage dient der Geometrie der Vorranggebiete und zur Prognose der auf den Flächen installierbaren Gesamtleistung. Zukünftig werden Flächen mit einer Größe von mindestens 5 ha in ein Vorranggebiet einbezogen, wenn sie in höchstens 600 m (statt bislang 400 m) Entfernung zu mindestens einer weiteren Fläche liegen. Die Einzelflächen müssen zusammen eine Mindestfläche von 15 ha aufweisen. Dies ist Absatz 6 Z des Entwurfs der Teilfortschreibung des LEP Windenergie normiert. Vorrang einzuräumen ist, wenn sich eine beabsichtigte bauleitplanerische Auswei-sung von Solar-Freiflächenanlagen (Photovoltaik und Solarthermie) mit in Aufstellung befindlichen Zielen der Raumordnung betreffend die Ausweisung von Vorranggebie-ten Windenergie oder mit ausgewiesenen Vorranggebieten Windenergie über-schneidet. Die entsprechende Regelung soll in Absatz 7 Z des Kapitels 4.5.1 als Ziel der Raumordnung normiert werden. Die Landesplanungsbehörde ist in jedem Bau-leitplanverfahren zu beteiligen. Der Vorrang der Windenergie kann auf der bauleitplanerischen Ebene mit entsprechenden Festsetzungen im Bebauungsplan umgesetzt werden. Auch ist es denkbar, dass der Vorhabenträger der Solar-Freiflächenanlage eine Erklärung abgibt, in wel-cher er sich dazu verpflichtet, die Anlage in erforderlichem Umfang zurückzubauen oder den Rückbau zu dulden, soweit dies räumlich und zeitlich für die Errichtung, den Betrieb oder das Repowering eines raumbedeutsamen Windenergievorhabens er-forderlich ist. Hiervon betroffen dürfte nur ein Teil der Solar-Freiflächenanlagen sein. Hierauf kann die Landesplanungsbehörde hinwirken. Auf diese Weise lassen sich pro Hektar höhere Energieerträge erzielen und Synergieeffekte bei der Netzeinspeisung nutzen. Die Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land, in denen dann die Vorranggebiete für die Windenergie an Land ausgewiesen werden, wer-den	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	parallel zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplans vorbereitet. Die Entwür-fe sollen Ende 2024 vorliegen. **3. Kriterien zur Ermittlung von Potenzialflächen** Im Folgenden sind die Kriterien der Raumordnung zur Siedlungsstruktur, zu militäri-schen Belangen, zur Infrastruktur, zum Tourismus, zur Erholung und zum Freiraum-schutz, zum Gebiets- und Artenschutz, zu Boden und Wasser, zur Kultur und zu sonsti-gen Sachgütern, welche zur Ermittlung von Potenzialflächen für Windenergiegebiete durch die Landesplanungsbehörde herangezogen werden, zusammengefasst. Die Ziele und Grundsätze bestimmen, wo und in welcher Form zukünftig das Land und die Gemeinden Windenergiegebiete ausweisen dürfen. **3.1 Ziele der Raumordnung** **Siedlungsstruktur** - 800 m Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erho-lungsfunktion - 400 m Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außen-bereich sowie zu Gewerbe - gegenseitige Beachtung von Abstandserfordernissen von Siedlungsentwick-lungen und Windenergienutzung - Siedlungsachsen, besondere Siedlungsräume, Baugebietsgrenzen, baulich zusammenhängende Siedlungsgebiete sowie Entwicklungs- und Entlastungs-orte - Militärische Bereiche - Binnenwasserstraßen des Bundes - Schienenwege und Umgebungsbereiche - Verkehrsinfrastrukturplanungen und Umgebungsbereiche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- Platzrunden um Flugplätze - Anlagenschutzbereiche um VOR- und DVOR-Anlagen - Umkreis um die Radarstation Boostedt - Schutzstreifen entlang von Landesschutz- und Regionaldeichen **Gebiets- und Artenschutz** - Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche - Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche - Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche - Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und Umgebungsbereich - Gesetzlich geschützte Biotope - Wälder und Umgebungsbereiche - Dichtezentrum für Seeadlervorkommen - Wintermassenquartiere für Fledermäuse und Umgebungsbereiche - Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel - international bedeutsame Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen - Kolonien von Trauer- und Lachseeschwalben und Umgebungsbereiche - Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten - Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung - Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten **Boden und Wasser** - Gewässer erster und zweiter Ordnung sowie Seen und Teiche ab einem Hek-tar	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	inklusive Gewässerschutzstreifen - Zonen I und II von Wasserschutzgebieten - Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe **Kultur und sonstige Sachgüter** - UNESCO-Welterbestätte Hansestadt Lübeck - UNESCO-Welterbestätte Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Da-newerk **3.2 Grundsätze der Raumordnung** **Siedlungsstruktur** - 800 bis 1.000 m Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion - Umgebungsbereich um planverfestigte Siedlungsflächen im Außenbereich - Umgebungsbereiche um Siedlungsachsen, besondere Siedlungsräume, Bau-gebietsgrenzen, baulich zusammenhängende Siedlungsgebiete sowie Ent-wicklungs- und Entlastungsstandorte - Umgebungsbereiche um geplante Siedungsentwicklungen und Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen - Stadt- und Umlandbereiche sowie Verdichtungsräume - Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung **Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** - Weitere militärische Belange - Abstände zu bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Straßenverkehrs - An- und Abflugbereiche sowie Hindernisbegrenzungsflächen von Flugplätzen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	- Korridore von Richtfunkstrecken - Mittel- und Binnendeiche - bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungs-netzes - Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Touris-mus und/oder Erholung - Regionale Grünzüge - Landschaftsschutzgebiete - Naturparke **Gebiets- und Artenschutz** - Schwerpunktebereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotop-verbundsystems, Kleinstbiotope - Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche - Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten - Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung - Wiesenvogel-Brutgebiete mit hohen Siedlungsdichten - Brutplätze windkraftsensibler Großvögel - nordfriesische Inseln **Boden und Wasser** - übrige Gewässer zweiter Ordnung sowie Seen und Teiche unter einem Hektar - Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz - Talräume an natürlichen Gewässern und an erheblich veränderten Wasser-körpern - Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	- schützenswerte Geotope - Kompensations- und Ökokontoflächen **Kultur und sonstige Sachgüter** - Belange des Denkmalschutzes - Sichtkorridore um die UNESCO-Welterbestätte - Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Danewerk **4. Stellungnahme zu den Kriterien des Landesentwicklungsplans** In der nachfolgenden Übersicht sind die im vorliegenden Entwurf der Teilfortschrei-bung des LEP veränderten Kriterien der Beurteilung von Windenergiegebieten aufge-führt. Nach den einzelnen Themen werden fachliche Anregungen, die allgemein kommunale Planungsbelange betreffen, in einer Stellungnahme benannt. **4.1. Allgemein** [Tabelle S. 8] **Stellungnahme**: In der Karte mit den Potenzialflächen für Windenergiegebiete sind auch Kleinstflächen unter 15 ha als Potenzialflächen enthalten. Diese Kleinstflächen sollten aus der Plankarte herausgenommen werden. **4.2. Siedlungsstruktur** [Tabelle S. 8-9] **Stellungnahme**: Obwohl die Referenzanlage nunmehr von 150 m auf 200 m Höhe geändert wurde, werden die erforderlichen Abstandsflächen zu Wohngebäuden und Siedlungsflächen nicht verändert. Diese Verfahrensweise wird nicht näher be-gründet. Deshalb erscheint in nicht vorbelasteten Bereichen die konsequente An-wendung einer Abstandsfläche von 1.000 m angezeigt. Es wird begrüßt, dass nunmehr geplante Siedlungsentwicklungsflächen explizit be-nannt und mit zusätzlichen Umgebungsbereichen berücksichtigt werden. Die Hinwei-se der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeinden dazu sollten beachtet werden. Weiterhin wird begrüßt, dass eine Unzumutbarkeit der Umfassungswirkung benannt und dies mit einer Begrenzung von Windenergieanlagen verbunden wird. Allerdings werden die Anforderungen an eine fachliche Beurteilung nicht näher definiert. Hier-zu wird auf die wissenschaftliche Ausarbeitung von Taeger, S. und Ulferts, L. (2017): „Von Windpraks umzingelt – oder nicht? – ein GIS-gestützter Ansatz zur Ermittlung der optisch bedrängenden Wirkung von Windenergieanlagen im Zuge der Regionalpla-nung“ hingewiesen. Dies erscheint aus fachlicher Sicht eine sinnvolle Anwendungs-grundlage zu sein, die entsprechend eingeführt werden sollte. **4.3. Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** [Tabelle S. 10-11] Stellungnahme: Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) als Grundsatz berücksichtigt werden. Darunter fallen auch in Aufstellung befindliche und einstweilig sichergestellte LSG. Im gültigen LEP von 2010, Teilfortschreibung Windenergie, wurden noch LSGs, in denen WKA nicht ausdrücklich zugelassen sind, sowie LSGs, die sich in laufenden Genehmi-gungsverfahren befinden, gänzlich als weiches Tabukriterium herangezogen. Gleich-zeitig ist vorgesehen, die charakteristischen Landschaftsräume als bisheriges Abwä-gungskriterium abzuschaffen. Für die Abwägungsentscheidung, ob und in welchem Umfang Flächen für die Wind-energienutzung in LSG ausgewiesen werden können, soll die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Er-gänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Validi-tät, Reliabilität und Objektivität, da nunmehr keine einheitlichen Analysewerkzeuge zur Anwendung kommen. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass die Schutz-gebietsverordnungen größtenteils alt sind und nicht mehr die aktuellen landschaft-bildlichen Gegebenheiten widerspiegeln. Oftmals ist in den Schutzgebietsverord-nungen auch keine Begründung enthalten, die Aufschluss auf hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume liefert. Mit den charakteristischen Land-schaftsräumen existiert hingegen eine gute fachliche Grundlage zur Bewertung der gemeinde- und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	kreisübergreifenden landschaftlich wertvollen Gebiete, die auch weiterhin zur Anwendung kommen sollte. Im Amtsbereich existieren derzeitig keine rechtskräftigen Landschaftsschutzgebiete. Jedoch sind weite Teile der amtsangehörigen Gemeinden als Gebiete, welche die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 26 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG als Landschaftsschutzgebiet erfüllen, ausgewiesen. Aus fachlicher Sicht sollte deshalb unabhängig vom Rechtsstatus eines Gebietes, das die Anforderungen an ein Landschaftsschutzgebiet erfüllt, eine Beachtung der Grundsätze wie bei wirk-samen Landschaftsschutzgebieten vorgenommen werden. Dies ist angezeigt, da vorgesehen ist, die charakteristischen Landschaftsräume als bisheriges Abwägungskriterium abzuschaffen, und dadurch künftig Ansätze zur Be-rücksichtigung besonders hochwertiger naturräumlicher und landschaftlich wertvol-ler Gebiete fehlen würden. Dabei ist auch zu hinterfragen, womit der Entfall der Bewertung charakteristischer Landschaftsräume begründet wird. Aussagen dazu sind den Ausarbeitungen in Ver-bindung mit der Teilfortschreibung des LEP nicht zu entnehmen. Es wird auf Umwelt-Plan GmbH Stralsund (2016): „Erarbeitung einer fachlichen Grundlage zur Abgren-zung von charakteristischen Landschaftsräumen als Ausschlussflächen für die Wind-energienutzung“ hingewiesen. Um den fachlichen Anforderungen an den Tourismus, die Erholung und den Frei-raumschutz gerecht zu werden, sollten die charakteristischen Landschaftsräume auch weiterhin als Abwägungskriterium (Grundsatz) beibehalten werden. Alternativ sollten die Gebiete, welche die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 26 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG als Landschaftsschutzgebiet erfüllen, als Grundsatz aufgenommen werden, um dem Landschaftsschutz unabhängig von den entsprechenden Verordnungen der Landkreise gerecht zu werden. Zu der Fragestellung, inwieweit Windenergiegebiete örtlichen Versorgungskonzepten mit regenerativer Energie dienen können oder mit bestehenden Versorgungseinrich-tungen kombiniert werden können, sind in den Kriterien keine Aussagen enthalten. Hier wäre näher zu prüfen, ob Handlungsbedarfe in den Grundsätzen der Raumord-nung Berücksichtigung finden können.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4.4. Gebiets und Artenschutz [Tabelle S. 13-14] Stellungnahme: Die Veränderungen bei den Mindestabständen zu Schutzgebieten und zu schutzwürdigen Vogelhorsten dienen dazu, größere Potenzialflächen zu ge-nerieren und den Spielraum bei der Abgrenzung von Windenergiegebieten zu erhö-hen. Diese Ansätze können aus gemeindlicher Sicht im Einzelfall durchaus nachvoll-zogen werden. Um den Schutzbelangen dennoch ausreichend Gewicht beizumes-sen, wäre aus Sicht der Gemeinden eine Klarstellung angezeigt, dass die im Rahmen der Beteiligung zur Festlegung von Windenergieflächen vorgebrachten Stellung-nahmen zu Schutzabständen, die auf die örtliche Situation abstellen, im besonderen Maße zu beachten sind. **4.5. Boden und Wasser** [Tabelle S. 15] **Keine Anmerkungen** **4.6. Kultur und sonstige Sachgüter** [Tabelle S. 15] Stellungnahme: Belange des Denkmalschutzes sollten als Ziel der Raumordnung auf-genommen werden. Windenergieanlagen können erhebliche Auswirkungen auf raumbedeutsame Denkmale und Ortssilhouetten haben und sind deshalb bei der Ausweisung der Potenzialflächen in besonderem Maße zu berücksichtigen. **5. Stellungnahme zu einzelnen Potenzialflächen** Obwohl nach den Ausführungen der Landesplanungsbehörde die Potenzialflächen-darstellungen nicht Gegenstand der Beteiligung sind, wird durch diese erste Auswei-sung von Potenzialflächen eine starke Betroffenheit der Gemeinden erkennbar. Die als Potenzialflächen identifizierten Bereiche bilden in der nachfolgenden Fortschrei-bung der Regionalplanung die Grundlage für die Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung. Weiterhin können innerhalb der als Potenzialflächen deklarierten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bereiche im Rahmen der Bauleitplanung Windenergiegebiete ausge-wiesen werden. Deshalb stellt sich die Frage, zu welchem Zeitpunkt der Entwurf der Potenzialflächendarstellung Gegenstand einer Beteiligung sein soll. Die im LEP ausgewiesenen Potenzialflächen lösen eine erhebliche Betroffenheit der Gemeinden aus, die Gegenstand einer frühzeitigen Beteiligung sein sollten. Deshalb werden im Rahmen dieser Stellungnahme bereits zu den einzelnen Potenzialflächen konkrete Anregungen der Gemeinden mit entsprechenden fachlichen Begründun-gen gegeben. In manchen Bereichen sind die Darstellungen zudem fehlerhaft, so-dass entsprechende Hinweise angezeigt sind. Die Potenzialflächen innerhalb des Amtes Sandesneben-Nusse sind mit den Ziffern 1 bis 12 benannt. Die Teilgebiete der Potenzialflächen in den Nachbargemeinden sind mit den Buchstaben A bis H gekennzeichnet. Die nachfolgenden fachlichen Anmer-kungen nehmen auf diese Gliederung Bezug. Die Potenzialgebiete sind in den fol-genden Kartenausschnitten blau markiert, die Vorranggebiete gemäß Regionalplan sind hellgrün dargestellt. **5.1. Potenzialfläche Groß Schenkenberg** [Karte S. 16] Stellungnahme: Die Potenzialfläche 1 befindet sich innerhalb • eines Gebietes, welches die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 26 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG als Landschaftsschutzgebiet erfüllt, • eines charakteristischen Landschaftsraums • eines Regionalen Grünzugs, • eines Geotops (Talraum der Grinau). Aufgrund dieser Schutzbelange sind mit der Nutzung der Potenzialfläche für Wind-energieanlagen erhebliche Beeinträchtigungen und Störungen zu erwarten. Die Fläche sollte entfallen. Die angrenzenden Potenzialflächen A in der Gemeinde Westerau befinden sich teil-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	weise in einem Regionalen Grünzug. Zudem liegen Teile der Potenzialflächen innerhalb der Verbundachsen „Talraum der Westerau und Gronau“ sowie „Reepse“ des landesweiten Schutzgebiets- und Bio-topverbundsystems. Entwicklungsziele sind die Renaturierung des Niederungsbe-reichs; Schutz der Bachschluchten vor Nährstoffeinträgen durch Aufgabe der Acker-nutzung in den Randbereichen sowie die Regeneration des Fließgewässers im ge-samten Verlauf; Entwicklung einer beidseitigen Uferzone von jeweils ca. 50 m Breite mit halbnatürlichen und naturnahen Lebensräumen unter Einschluss der Hangberei-che und von Kontaktbiotopen. Es ist zu prüfen, ob die Ausweisung von Windenergie-gebieten mit den Entwicklungszielen vereinbar ist. Der südliche Bereich der Potenzial-flächen liegt teilweise innerhalb des Abstandsradius von Brutplätzen windkraftsensib-ler Großvögel. **5.2. Potenzialfläche Grinau, Siebenbäumen** [Karte S. 17] Stellungnahme: Die Potenzialfläche 2 liegt gemäß Regionalplan bereits teilweise in einem Vorranggebiet für Windenergie. Die Ortschaften Grinau und Siebenbäumen sind in besonderer Weise von den Auswirkungen dieser Windkraftanlagen betroffen. Durch die nunmehr ausgewiesenen Potenzialflächen im Westen (Gemeinde Westerau), im Norden (Groß Schenkenberg), im Osten (Gemeinden Bliestorf und Kastorf) sowie im Süden (Gemeinde Siebenbäumen) erfolgt eine unzumutbare Um-fassung der Ortslagen Grinaus und Siebenbäumens, die nach den Zielsetzungen des LEP vermieden werden soll. Neben dem Verzicht auf die Potenzialfläche 1 in Groß Schenkenberg sollte der nördliche Ausläufer der Potenzialfläche B auf Bliestorfer Gemeindegebiet in etwa auf Höhe des Totenwegs zurückgenommen werden. Die-ses Teilgebiet liegt zudem vollständig in einem Gebiet, welches die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 26 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG als Landschaftsschutzgebiet erfüllt. Richtung Osten/Südosten ist die einzige Richtung, in die sich die Gemeinde Grinau noch sinnvoll wohnbaulich weiterentwickeln kann (Erweiterung der Siedlung „Am Fleer“). Die Gemeinde Grinau befürchtet, dass diese Entwicklungsrichtung durch heranrückende Windeignungsgebiete beschränkt wird. Sie bittet daher darum, dass mit potenziellen WKAs nicht nur der Mindestabstand in dieser Richtung eingehalten wird, sondern noch	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	etwas Puffer für eine Siedlungserweiterung vorgesehen wird. Ein B-Plan für diese Siedlungserweiterung befindet sich noch nicht in Aufstellung und soll auch nicht kurzfristig begonnen werden. Es handelt sich hier um eine langfristige Entwicklungsmöglichkeit, die offen gehalten werden soll. Die Gemeinden Grinau und Siebenbäumen haben ein Rahmenkonzept zur Zulas-sung von Solarenergie-Freiflächenanlagen aufgestellt und planen konkrete Auswei-sungen für zwei Solarparks, in Grinau nordwestlich der Straße nach Wullmenau und in Siebenbäumen nordwestlich Im Busch. Aufgrund der Flächenbewertung ist der Landschaftsraum südlich der Ortslage Grinaus und nördlich der Ortslage Sieben-bäumens, auch aufgrund der Blickbeziehungen Richtung Lübecker Altstadt und zur Dorfsilhouette Siebenbäumens mit Kirche, Windmühle und historischem Siloturm, als schutzwürdig bewertet worden. Außerdem ist die erwartete Belastung dieses Rau-mes durch die geplante 380 kV-Leitung und die Solarfreiflächen-Anlagen erheblich. Eine Erweiterung des bestehenden Windenergiegebietes wird abgelehnt. **5.3. Potenzialfläche Steinhorst, Siebenbäumen, Klinkrade** [Karte S. 19] Stellungnahme: Der Raum zwischen den Ortslagen von Siebenbäumen, Steinhorst und Labenz ist bisher von Windkraftanlagen frei. Hier sollte die volle Abstandsfläche von 1.000 m zwischen Potenzialflächen und Siedlungsbereichen zur Anwendung kommen. Bei der Abstandsbemessung sollte die potenzielle Siedlungsentwicklung östlich des Klinkrader Weges, nördlich Vierlandens Redder beachtet werden. Hier hat die Gemeinde die Aufstellung einer Bauleitplanung für ein Wohngebiet beschlossen. Die von Ost nach West langgestreckte Potenzialfläche 3 im Süden umfasst die Orts-lage Siebenbäumens in einem völlig unzumutbaren Umfang. Die Beeinträchtigungen sind nicht hinnehmbar. Der Wehrenteich wird als hochwertiges Biotop und als Schlafplatz von Kranichen nicht ausreichend gewürdigt. Die Anforderungen des Artenschutzes können nur be-rücksichtigt werden, wenn eine Rücknahme des Potenzialgebietes in unmittelbarer Nähe des Schlafgewässers erfolgt. Verbleibende Flächen für die Windenergienut-zung, die sich innerhalb des Umgebungsbereiches für Schlafgewässer von Kranichen befinden,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	sind weiterhin sorgfältig auf die Vereinbarkeit mit artenschutzrechtlichen Belangen abzuprüfen. Nordwestlich der Straße Im Busch hat die Gemeinde Siebenbäumen die Aufstellung einer Bauleitplanung für eine Solarenergie-Freiflächenanlage beschlossen. Hier sind Flächenkonkurrenzen zugunsten der gemeindlichen Bauleitplanung zu beachten. Die Gemeinde Siebenbäumen trägt mit den sieben Windenergieanlagen, die nörd-lich und östlich der Ortslage in Betrieb sind eine hohe Belastung. Hinzu kommen die Auswirkungen von großflächigen Solarenergie-Freiflächenanlagen sowie der geplan-te Bau einer 380 kV-Freileitung. Damit ist die Grenze der Belastbarkeit der Wohnbe-völkerung erreicht. Das Potenzialgebiet 3 sollte deshalb vollständig entfallen, zumal dieses Gebiet die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 26 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG als Landschaftsschutzgebiet erfüllt. Die kartographische Aufnahme ist zudem unvollständig. Die Wohngebäude an der K 42 Im Busch sind als Potenzialfläche ausgewiesen. Dies widerspricht den Zielsetzun-gen des LEP. **5.4. Potenzialfläche Groß Boden, Schürensöhlen, Steinhorst** [Karte S. 20] Stellungnahme: Die Potenzialflächen 4 östlich der Ortslage von Groß Boden und südöstlich der Ortslage Schürensöhlen ist anzumerken, dass diese Fläche nur einen Abstand von 800 m zur vorhandenen Bebauung der Ortslage an der K58 in südöstli-cher Richtung einhält. Auch wenn die Gemeinde noch keine konkrete Bauleitpla-nung eingeleitet hat, ist eine weitere Siedlungsentwicklung linksseitig der K58 ab Hauptstraße 45 bis Ende der Ortslage Richtung Groß Boden zu berücksichtigen. Durch eine heranrückende Potenzialfläche für Windenergieanlagen sollten die Sied-lungsentwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde Schürensöhlen nicht eingeschränkt werden. Darüber hinaus weist die Gemeinde darauf hin, dass unzumutbare Beeinträchtigun-gen durch Lärm und Schatten durch Windenergieanlagen in diesem Bereich für das Wohnhaus Brückenweg 2, zudem lediglich ein Abstand von 400 m eingetragen ist, zu	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vermeiden sind. Des Weiteren sollten auch die Beeinträchtigungen Lärmentwicklung und Schattenschlag für vorgenannten Bereich und insbesondere auch für das Einzelgehöft im Brückenweg 2 (Abstand max. 400m) berücksichtigt werden. Diese kleinere Insel der Potenzialfläche 4 verstärkt die Umzingelung der Ortslage Schürensöhlen mit den bereits vorhandenen Windkraftanlagen und den geplanten Flächenerweiterungen erheblich, insbesondere durch die weiteren Potenzialflächen 3 und 5. Dies kann durch den Entfall dieses Teilbereiches vermieden werden. Die Potenzialfläche 4 berührt teilweise Nebenverbundachsen des landesweiten Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems. Als Entwicklungsziel wird für diese Bereiche angegeben, dass sich naturnahe Lebensräume innerhalb und am Rande von Wäldern ergeben sollen. Dieses Entwicklungsziel ist bei der Ausweisung von Windenergiegebieten unbedingt zu berücksichtigen. Eine Anordnung von WKA ist außer-halb der Nebenverbundachse anzustreben. Zur Wohnbebauung an der Waldstraße in der Gemeinde Groß Boden wurde ledig-lich ein Abstand von 400 m berücksichtigt. Dies ist nicht sachgerecht, da die dortige Wohnbebauung durch die Aufstellung einer städtebaulichen Satzung weiterentwi-ckelt wurde und der Bereich Siedlungscharakter aufweist. Diese verfestigte Siedlungsentwicklung sollte berücksichtigt werden. Die Potenzialfläche 4 führt dazu, dass die Umfassung der Ortslage Stubben im Osten deutlich verstärkt wird. Stubben ist bereits durch die bestehenden Windkraftanlagen in Barkhorst, Eichede und Schiphorst stark umzingelt. Dies würde nunmehr durch die Flächen in Steinhorst deutlich verstärkt. Die Potenzialflächen befinden sich in einem Gebiet, welches die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 26 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG als Landschaftsschutzgebiet erfüllen. Eine Rücknahme von Windenergiegebieten sollte zumindest für diejenigen Bereiche erfolgen, die besonders hochwertig sind. Neben diesen fachlichen Belangen hat die Gemeinde Steinhorst deutliche Vorbe-halte gegenüber der Fortschreibung des LEP aufgrund immissionsrechtlicher Belas-tungen und einer übermäßigen Einschränkung der Planungsmöglichkeiten der Ge-meinde. Deshalb reicht die Gemeinde Steinhorst neben der Stellungnahme des Am-tes eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zusätzliche Stellungnahme der Gemeinde im Rahmen dieser Beteiligung ein. **5.5. Potenzialfläche Stubben** [Karte S. 22] Stellungnahme: Die Gemeinde Stubben ist durch die umgebenden Windenergiean-lagen in Eichede, Barkhorst und Schiphorst erheblich betroffen. Diese Anlagen ha-ben lediglich eine Höhe von 100 m und deutlich größere Abstände zur Ortslage, als nach den aktuellen Zielvorstellungen des LEP möglich. Nunmehr werden durch die Potenzialflächen 4, 5 und 6 deutlich größere Windkraftanlagen in geringeren Ab-ständen zur Ortslage Stubben und zur Wohnbebauung Radeland ausgewiesen. Dies führt zu engen Umfassungen von Siedlungsgebieten, die nicht vertretbar erscheinen. Die Umfassung der Siedlung Radeland und die Berücksichtigung eines Abstands von lediglich 400 m ist in besonderer Weise rücksichtslos und sollte durch den Verzicht auf die östliche Umfassung Radelands entschärft werden. Damit wäre auch eine deutli-che Reduzierung der Umfassung des Ortes Stubben erreichbar. Die Potenzialfläche D in den Nachbargemeinden Lasbek und Steinburg befindet sich gemäß Regionalplan teilweise in einem bestehenden Vorranggebiet für Wind-energie. Die Potenzialfläche liegt im Bereich des südöstlichsten und südwestlichsten Ausläufers im Regionalen Grünzug und in der Gemarkung Eichede in einem Land-schaftsschutzgebiet. **5.6. Potenzialfläche Stubben, Schiphorst, Steinhorst** [Karte S. 23] Stellungnahme: Die Potenzialfläche 6 befindet sich z.T. innerhalb der Verbundachse des landesweiten Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems „Oberlauf und Quell-bäche der Barnitz“. Das Entwicklungsziel für diese Verbundachse ist die Regenerati-on der Fließgewässer im gesamten Verlauf sowie die Entwicklung einer beidseitigen Uferzone von jeweils 50 m Breite mit halbnatürlichen und naturnahen Lebensräumen unter Einschluss von Hangbereichen und Waldflächen. Zudem sollen Altholzbestän-de	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erhalten werden. Eine Ausweisung von Windenergiegebieten innerhalb der Verbundachse würde dem Entwicklungsziel widersprechen; die Verbundachse ist daher von einer Ausweisung als Potenzialfläche auszunehmen. Die Potenzialfläche 6 befindet sich überwiegend innerhalb der Abstandsradien von Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel. WKA befinden sich bereits im Randbereich des Abstandsradius windkraftsensibler Großvögel, weitere WKA würden sich den Brutplätzen jedoch zu sehr nähern, sodass Artenschutzkonflikte potenziell möglich wären. Die Potenzialflächen sollten daher verkleinert und nur auf möglichst weit von den Brutplätzen entfernte Randbereiche beschränkt werden. Die Potenzialfläche E in der Nachbargemeinde Steinburg ist vollständig als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Der südliche Ausläufer der Potenzialfläche wird als landschaftsschutzwürdiger Bereich gekennzeichnet (s. Bendfeldt, Hermann, Franke 2010). Die Potenzialfläche E liegt vollständig im Regionalen Grünzug und nahezu vollständig innerhalb der Abstandsradien von Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel. Die langgestreckte Ausdehnung der Potenzialfläche E bedeutet für die Ortslagen Schiphorst und Franzdorf eine unzumutbare Umfassung. Zu den Ortslagen Franzdorf und Schönberg bestehen keine Vorbelastungen, so dass hier ein Abstand von 1.000 m einzuhalten ist. Es wird angeregt, die Längenausdehnung der Potenzialflä-che E deutlich zurückzunehmen. **5.7. Potenzialfläche Schiphorst, Steinhorst, Sandesneben, Labenz** [Karte S. 24] Stellungnahme: Für die Gemeinde Steinhorst ergibt sich durch die Potenzialfläche 7 im Zusammenspiel mit den Potenzialflächen 3 und 4 eine unzumutbare Umfassung ihrer Ortslage. Die Potenzialflächen sind deshalb auf ein vertretbares Maß zurückzu-nehmen. Hierzu wird angeregt, den nordöstlichen Ausläufer der Potenzialfläche 7 entfallen zu lassen, zumal dieser Bereich zusätzlich in einem Umgebungsbereich ei-nes Schlafgewässers für Kraniche liegt. Die Potenzialfläche 7 umfasst im Norden die Verbundachse „Labenzer Mühlenbach und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zuflüsse“ des landesweiten Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, für wel-che die Regeneration des Fließgewässers im gesamten Verlauf vorgesehen ist. Zu-dem soll eine beidseitige Uferzone von jeweils ca. 50 m Breite mit halbnatürlichen und naturnahen Lebensräumen entwickelt werden. Des Weiteren befinden sich im Potenzialgebiet teilweise Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten. Es ist sicherzustellen, dass die Ausweisung von Wind-energiegebieten diesem Entwicklungsziel und artenschutzrechtlich bedeutsamen Bereichen nicht zuwiderläuft. Die Potenzialfläche 7 befindet sich zudem innerhalb von Abstandsradien von Brut-plätzen windkraftsensibler Großvögel. In dem Abstandsradius existieren bisher noch keine raumbedeutsamen Windenergieanlagen. Eine Ausweisung von Windenergiegebieten ist daher nicht zulässig, es wird um Rücknahme der Potenzialfläche in die-sen Bereichen gebeten. Die Potenzialfläche hält zu Siedlungsbereichen mit Wohnfunktion von Sandesneben nur einen ca. 800 m bis 900 m weit entfernten Umgebungsbereich ein. Da nördlich und nordwestlich von Sandesneben noch keine Vorbelastungen durch Windener-gienutzung bestehen, ist der Umgebungsbereich auf 1.000 m auszuweiten. Die Gemeinde Schiphorst hat ein Rahmenkonzept für die Ausweisung von Solarener-gie-Freiflächenanlagen aufgestellt. Nordöstlich des Sandesnebener Weges hat die Gemeinde die Aufstellung einer Bauleitplanung für eine Solarenergie-Freiflächenanlage beschlossen. Hier sind Flächenkonkurrenzen zugunsten der gemeindlichen Bauleitplanung zu beachten. Die südwestliche Potenzialflächeninsel auf Schiphorster Gebiet berührt Abstandsra-dien von Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel. Im Westen überschneidet sich das Potenzialgebiet mit einer Kompensations- bzw. Ökokontofläche. Es ist sicherzu-stellen, dass die Schutzansprüche dieser Flächen durch die Windenergienutzung nicht beeinträchtigt werden. **5.8. Potenzialfläche Klinkrade, Duvensee, Kühsen** [Karte S. 26] Stellungnahme: Die Potenzialfläche 8 liegt in den Gemeinden Klinkrade, Duvensee und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kühsen innerhalb eines Gebietes, welches die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 26 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG als Landschaftsschutzgebiet erfüllt. Des Weiteren liegen einige Bereiche der Potenzialfläche im Abstandsradius von Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel. Zudem sind von der Potenzialfläche Umgebungsbereiche von Schlafgewässern von Kranichen betroffen. Um erhebliche Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie artenschutzrechtli-che Konflikte zu vermeiden, wird angeregt, die Potenzialfläche außerhalb der vor-genannten Bereiche auszuweisen. Hierdurch kann auch einer unzumutbaren Umfas-sung der Ortschaft Klinkrade entgegengewirkt werden. Die Potenzialfläche 8 verläuft teilweise im Bereich einer Verbundachse des landesweiten Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems. Entwicklungsziel ist die Regeneration des Fließgewässers im gesamten Verlauf; Entwicklung einer beidseitigen naturnahen Uferzone von jeweils ca. 50 m Breite. Es ist sicherzustellen, dass das geplante Windenergiegebiet diesem Entwicklungsziel nicht entgegensteht. Die Gemeinde Klinkrade möchte sich die Nutzung aller Erneuerbaren Energien offenhalten und dadurch die Versorgung des bestehenden Nahwärmenetzes sicherstellen. Insofern besteht Offenheit der Gemeinde für die Ausweisung von Potenzial-flächen für Windenergieanlagen im Gemeindegebiet. Die Gemeinde Duvensee kann sich vorstellen, im südlichen Bereich der Potenzialflä-che 8, nordöstlich der Ortslage, zwei Windenergieanlagen vorzusehen, die in Koope-ration mit einem Windparkbetreiber für ein gemeindliches Wärmenetz nutzbar wä-ren. Die langgestreckte Ausdehnung der Potenzialflächen bildet eine unzumutbare Umfassung der Ortslage von Bergrade. Bei der Abgrenzung der Fläche sollte eine deutliche Reduktion der Längenausdehnung des Gebietes erfolgen. Der östliche Teilbereich der Potenzialfläche 8 liegt in einem Gebiet, das für die Naherholung und den Tourismus eine große Bedeutung besitzt. Die Wegeverbindungen vom Elbe-Lübeck-Kanal in Richtung Swinggolfanlage in Bergrade verlaufen direkt durch die Potenzialfläche, die hier eine besondere Höhenexposition aufweist. An der Ostgrenze fällt das Gelände stark in Richtung Elbe-Lübeck-Kanal ab. Dieser ausge-prägte Talraum der alten Stecknitz lässt das Potenzialgebiet hervorgehoben erschei-nen. Diese Besonderheit hebt die Schutzwürdigkeit des Landschaftsbildes hervor. Östlich des Potenzialgebietes befindet sich ein Teil des Geotop-Potenzialgebietes „Tal der Stecknitz-Delvenau mit Nebentälern (Elbe-Lübeck-Kanal). Eine Beeinträchti-gung des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Geotop-Potenzialgebietes ist auszuschließen. Das Potenzialgebiet C in den Nachbargemeinden Düchelsdorf und Sirksrade liegt teilweise in einem Gebiet, welches die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 26 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG als Landschaftsschutzgebiet erfüllt. Das Potenzialgebiet C verläuft teilweise auf Verbundachsen des landesweiten Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems. Das Entwicklungsziel für die Verbundach-se „Göldenitz“ ist die Regeneration der Quellbereiche und des Fließgewässers im gesamten Verlauf; Entwicklung einer beidseitigen Uferzone von jeweils ca. 50 m Brei-te mit halbnatürlichen und naturnahen Lebensräumen unter Einschluss der Niede-rungsflächen, der Hangbereiche und weiterer Kontaktbiotope. Für die Verbundach-se „Teichbach östlich Klinkrade“ besteht das Entwicklungsziel, das Fließgewässer im gesamten Verlauf zu regenerieren; Entwicklung einer beidseitigen naturnahen Ufer-zone von jeweils ca. 50 m Breite; Einbeziehung der gesamten Niederungsbreite bei Bergrade. Das Potenzialgebiet C berührt mit dem westlichen Ausläufer Schlafgewässer von Kranichen bzw. ihre Umgebungsbereiche. Zudem liegt das Potenzialgebiet größten-teils innerhalb der Abstandsradien von Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel. **5.9. Potenzialfläche Labenz, Duvensee** [Karte S. 28] Stellungnahme: Die Potenzialfläche 9 liegt in einem ökologisch und landschaftlich hoch sensiblen Bereich. Zum Teil liegt die Potenzialfläche im Schwerpunktbereich „Duvensee“ des landesweiten Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems sowie in-nerhalb der Verbundachse „Labenzer Mühlenbach und Zuflüsse“. Ob die Auswei-sung von Windenergiegebieten mit den Entwicklungszielen der o.g. Bereiche verein-bar ist, ist zu prüfen. Des Weiteren befinden sich im Potenzialgebiet teilweise Nah-rungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten. Ferner liegt der als Potenzialfläche vorgeschlagene Bereich nahezu vollständig in-nerhalb von Schlafgewässern von Kranichen und ihren Umgebungsbereichen. Im südlichen Teilbereich der Potenzialfläche finden sich zudem Abstandsradien wind-kraftsensibler Großvögel. Da in diesem Raum noch keine raumbedeutsamen WEA vorhanden sind, ist eine Ausweisung von Windenergiegebieten nicht möglich.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Die Potenzialfläche 9 berührt mit ihrem nordöstlichsten Ausläufer Kleinstbiotope. Da auch ohne Einbeziehung der Kleinstbiotope die Mindestgröße von 15 Hektar für Windenergiegebiete verbleibt, wird angeregt, die Kleinstbiotope von der Potenzial-fläche auszunehmen. Darüber hinaus liegt die Potenzialfläche größtenteils innerhalb eines Gebietes, wel-ches die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 26 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG als Landschaftsschutzgebiet erfüllt. Da das Potenzialgebiet je-doch nicht als charakteristischer Landschaftsraum eingestuft wird, ist nicht davon auszugehen, dass ein besonders hochwertiges Landschaftsbild betroffen ist. Für die Gemeinde Labenz stellt sich die Frage nach einer Ergänzungs- bzw. Substitutionsfunktion zu der bestehenden Biogasanlage zur Versorgung des gemeindlichen Wärmenetzes und regt an, bei den Zulassungsgrundsätzen dieses Kriterium zu berücksichtigen. **5.10. Potenzialfläche Lankau Nord und Lankau Ost** [Karte S. 29] Stellungnahme: Die Potenzialflächen 10 im Norden und im Osten der Gemeinde Lankau befinden sich vollständig innerhalb eines Gebietes, welches die Vorausset-zungen für eine Unterschutzstellung nach § 26 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG als Landschaftsschutzgebiet erfüllt. Darüber hinaus befinden sich beide Potenzialflä-chen vollständig innerhalb des Abstandsradius zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel. Die Potenzialflächen liegen im Naturpark „Lauenburgische Seen“. Entwicklungsziel ist es, den Schutz von Natur und Landschaft und die Erholung in Natur und Landschaft durch Ordnung des Erholungsverkehrs, Bereitstellung von Erholungseinrichtungen und Durchführung von Naturschutz- und Landschaftspflegemaßnahmen zu verbessern bzw. wiederherzustellen. Maßnahmen für die Erholung sollen auch dazu beitragen, dass schutzwürdige Landschaftsteile von Störungen freigehalten werden. Die Natur-verträglichkeit der zugunsten der Erholung durchgeführten Maßnahmen ist zu si-chern. Es ist zu gewährleisten, dass die besonderen Funktionen des Naturparks aus-reichend berücksichtigt werden. Im Westen überschneidet sich das Potenzialgebiet z.T. mit Schlafgewässern von Kra-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nichen bzw. ihren Umgebungsbereichen. Hier befindet sich ein Teil des Geotop-Potenzialgebietes „Tal der Stecknitz-Delvenau mit Nebentälern (Elbe-Lübeck-Kanal)“. Eine Beeinträchtigung des Geotop-Potenzialgebietes ist auszuschließen. Bei Teilflächen der vorgeschlagenen Potenzialfläche im Osten handelt es sich um Gebiete, welche die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 23 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 13 LNatSchG als Naturschutzgebiet erfüllen. Darüber hinaus befinden sich im Bereich des Potenzialgebietes teilweise Ausläufer des Geotops „Tal Farchau / Küchensee - Wennsöhlengrund – Mölln“. Eine Beeinträchtigung des Geotops ist auszuschließen. Das Potenzialgebiet G in der Nachbargemeinde Behlendorf liegt in einem Gebiet, welches die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 26 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG als Landschaftsschutzgebiet erfüllt. Zudem befindet sich das Potenzialgebiet G ebenfalls vollständig innerhalb des Naturparks „Lauenburgische Seen“. Es ist zu gewährleisten, dass die besonderen Funktionen (s.o.) des Naturparks ausreichend berücksichtigt werden. Die Gemeinde Lankau begrüßt die Ausweisung eines Vorranggebietes im Kernbe-reich der Potenzialfläche nördlich der Ortslage und die Errichtung von vier Wind-energieanlagen. Die Potenzialfläche im Osten sollte aufgrund der Schutzwürdigkeit des Gebietes nicht ausgewiesen werden. **5.11. Potenzialfläche Wentorf AS, Schönberg** [Karte S. 30] Stellungnahme: Die beiden Teilflächen der Potenzialfläche 11 befinden sich im Regionalen Grünzug. Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten ist auszuschließen, dass die Erholungsfunktion des Regionalen Grünzuges im Bereich dieses naturnahen Teilraums qualitativ beeinträchtigt wird. Zudem liegt das Potenzialgebiet teilweise in einem Gebiet, welches die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 26 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG als Landschaftsschutzgebiet erfüllt. Darüber hinaus berührt das Potenzialgebiet z.T. die Verbundachse „Wälder und Bäche nordwestlich Linau“ des landesweiten Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems. Entwicklungsziel ist die Regeneration der Fließgewässer im	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gesamten Verlauf; Entwicklung einer beidseitigen naturnahen Ufer-zone von jeweils ca. 50 m Breite in der von intensiven Nutzungen geprägten Land-schaft. Es ist sicherzustellen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten diesem Entwicklungsziel nicht entgegensteht. Die Gemeinde Schönberg sieht durch die Ausweisung von Potenzialflächen für Windenergieanlagen ihre Planungshoheit beeinträchtigt und wünscht sich aufgrund ihrer positiven Haltung zu regenerativen Energien eine größere Einflussnahme der Gemeinde bei der Ausweisung von Gemeindeflächen für Windenergienutzung. Die Potenzialfläche F in der Nachbargemeinde Grönwohld ist vollständig als Land-schaftsschutzgebiet ausgewiesen. Einige Bereiche der Potenzialfläche werden als landschaftsschutzwürdige Bereiche gekennzeichnet (s. Bielfeldt + Berg 2004). Die Potenzialfläche liegt zudem in einem Regionalen Grünzug. Die Gemeinde Linau weist darauf hin, dass mögliche Lärmemissionen durch Wind-energieanlagen in Grönwohld zu keinen Einschränkungen schutzwürdiger Nutzungen führen dürfen. **5.12. Potenzialfläche Poggensee, Panten und Walksfelde** [Karte S. 31] Stellungnahme: Das Potenzialgebiet 12 befindet sich gemäß Regionalplan teilweise innerhalb eines bestehenden Vorranggebiets für Windenergie. Der südwestlichste Ausläufer der Potenzialfläche befindet sich z.T. innerhalb der Ver-bundachse „Wälder zwischen Koberg und Bälau“ des landesweiten Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems. Das Entwicklungsziel ist die Entwicklung von Naturwald-und Altholzbeständen, Lichtungen und strukturreichen Übergängen zur Nutzland-schaft. Es ist zu prüfen, ob die Ausweisung von Windenergiegebieten mit dem Ent-wicklungsziel vereinbar ist. Zudem liegt die Fläche auf einem Fernwechsel für das Rotwild. Hier könnte das Wild in seinem Lebensraum erheblich beeinträchtigt werden. Es besteht die Gefahr zur Verinselung der Wildart im Bälauer Zuschlag. Aufgrund der räumlich abgesetzten Lage dieser kleineren Potenzialflächeninsel zum Kerngebiet, erscheint es angezeigt, die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fläche herauszunehmen. Der nördliche Ausläufer der Potenzialfläche 12 östlich von Poggensee und südlich von Nusse liegt innerhalb der Schlafgewässer von Kranichen bzw. ihrer Umgebungs-bereiche. Das Potenzialgebiet liegt im Amtsbereich vollständig innerhalb des Ab-standsradius von windkraftsensiblen Großvögeln. Von der Potenzialfläche ist eine Kompensations- bzw. Ökokontofläche betroffen. Außerhalb des Amtsbereiches ver-läuft das Potenzialgebiet im südwestlichen Bereich auf zwei Turmhügelburgen (Mot-ten). Es wird angeregt, die Grünlandfläche, auf der sich die Turmhügelburgen befin-den, nicht als Potenzialgebiet auszuweisen, zumal die Flächen höher liegen als die Ortslagen Poggensee und Walksfelde und dadurch die räumliche Wirkung verstärkt würde. Die Gemeinde Nusse spricht sich gegen diese Potenzialfläche aus, auch wenn das Gebiet der Gemeinde Nusse nicht unmittelbar berührt wird, Es werden negative Auswirkungen auf das Landschaftsbild und das Siedlungsgebiet in Nusse befürchtet. Die Ortslage Mannhagens wird durch das Potenzialgebiet im Westen, Süden und Osten umschlossen. Hierzu wird aus fachlicher Sicht angeregt, den nordwestlichen Ausläufer des Potenzialgebietes zurückzunehmen. Dadurch kann gleichzeitig arten-schutzrechtlichten Konflikten entgegengewirkt werden. Die Potenzialfläche H bildet eine zusammenhängende Potenzialfläche auch auf dem Gebiet der Gemeinde Bälau. Die Fläche befindet sich gemäß Regionalplan teilweise in einem bestehenden Vorranggebiet für Windenergie. Das Potenzialgebiet umfasst teilweise Abstandsradien von Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel. Die Gemeinde Panten begrüßt die Entscheidung der Landesregierung, den Lande-sentwicklungsplan fortzuschreiben und insbesondere zusätzliche Flächen für die Windenergie auszuweisen. Grundsätzliche Ausführungen dazu hat die Gemeinde in einer Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung des LEP beschlossen und wird diese Stellungnahme gesondert einreichen. Darüber hinaus hat die Gemeinde Walksfelde grundsätzliche Anregungen zur Aus-weisung von Potenzial- und Vorrangflächen für die Windenergie. Deshalb wird die Gemeinde zusätzlich zur Stellungnahme des Amtes eine Einzelstellungnahme im Rahmen dieses Beteiligungsverfahrens einreichen.	
Öffentlichkeit:	[redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: 2113	[redacted], 09.09.2024 Sehr geerter Herr Ministerpräsident Daniel Günther sehr geehrte Frau Dr. Sabine Sütterlin-Waack sehr geehrte Damen und Herren der beteiligten Behörden, Die Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land liegt bis einschließlich 09.09.2024 öffentlich aus. Bis dahin können die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen Stellungnahmen bei der Landesplanungsbehörde einreichen. Hierzu nehme ich wie folgt Stellung: Ich bin strikt gegen eine Ausweisung von Windvorrangflächen auf dem Gemeindegebiet von Fargau-Pratjau und den angrenzenden eventuellen Flächen von Nachbargemeinden. Generell müssen die Abstände zur Wohnbebauung von 1.000 m eingehalten werden. Alternativ kann die „10H“ Regel zur Anwendung kommen. Begründung: In der Teilfortschreibung des vorangegagenen Regionalplanes sind keine Vorranggebiete für Windenergieanlagen im Gemeindegebiet der Gemeinde Fargau-Pratjau ausgewiesen. Dies war sachlich auch gut begründet. Eine Wiederaufnahme der als Potentialfläche gekennzeichneten Flächen auf unserem Gemeindegebiet und der direkten Umgebung ist für mich vollkommen unverständlich. An der nördlichen Gemeindegrenze Fargau-Pratjau zur Gemeinde Krumbek, Ortsteil Ratjendorf stehen bereits 4 Windkraftanlagen. Ich halte die derzeitige Belastung mit den vielfältigen Immisionen der 4 100m WKA für für mich und meine Familie jetzt schon für kaum erträglich. Die Geräusche mögen nach den geltenden Gesetzen für uns Bürger im gesetzlichen Rahmen liegen, sind aber je nach Windrichtung kaum erträglich. Wir können nicht mehr bei offenem Fenster schlafen. Als ich vor 13 Jahren mein Haus hier erworben habe, habe ich die Immisionen vollkommen unterschätzt. Mit den Belastungen über die Jahre hat sich meine anfängliche Zustimmung zur Windkraft ins Gegenteil	nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4.1, 1.5.1, 2.2, 2.3, 2.5, 4.8, 4.16, 4.17, 4.20, 5.4.1, 7.1.1, 7.2.5, 7.2.6, 7.2.11, 7.2.14, 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	umgedreht.. Eine zusätzliche Belastung lehne ich strikt ab. Ich fordere Mindestabstände zur Wohnbebauung von mind. 10 H 1.000 m. Ich werde alle rechtlichen Mittel einsetzen, um den Schutz von meiner Familie und mir zu gewährleisten. Zusätzliche Windenergieanlagen mit einer Höhe von zZt. 250 m bis zu 289 m hätten zusätzliche, für uns unerträgliche Belastungen zur Folge. Wir würden dann unsere Immobilie verlassen und verkaufen müssen. Aber wer würde unser Haus dann kaufen...? Wir hätten mit immensen Verlusten oder sogar mit einer Unverkäuflichkeit unseres Hauses zu rechnen. Das könnten wir uns nicht leisten. Unser Haus ist ein großer Teil unserer Altersvorsorge, dieser Teil würde uns dann fehlen. Was wären die Folgen..? zurück zur Miete nach jahrzehnte langer Arbeit...? Viele Menschen verlieren ihr Hab und Gut. Kredite, die für Immobilen in Windkraftanlagennähe stehen, werden gar nicht oder nur zu schlechten Konditionen herausgegeben. Einzelne Landbesitzer verdienen nur durch die Pacht für eine Windkraftanlage von 250 m Höhe bereits 100.000.00 Euro und mehr. Das ist nicht nur verwerflich, sondern sittenwidrig. Das ist weder gerecht noch sozial. Vogelwelt Neu-Sophienhof: In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist unter anderem aufgeführt, dass um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll. Bezogen auf den Seeadler sind hier 2.000 m aufgeführt. In der Abwägung kann jedoch geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist, wenn in dem Abstandsradius bereits raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet wurden. Bei diesen Dimensionen von Windkraftanlagen und einer Höhe von z.Zt. 250 m bis 289 m, kann davon ausgegangen werden, dass eine zusätzliche, unmittelbare Tötungsgefahr für den Seeadler besteht. Zum Schutz der Seeadler sollte der Radius um einen Seeadlerhorst grundsätzlich 3.000 m betragen (siehe Anhang „Helgoländer Papier“), eine Prüfung und Abwägung gegen den Schutzraum des Seeadlers darf innerhalb dieses Radius nicht möglich sein. Gerne verweise ich hierzu ein weiters mal auf das Helgoländer Papier, ausgearbeitet von den staatl. Vogelschutzwarten als staatl. wissenschaftliche Arbeit in der Mindest-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstände von Vogelarten zu Windkraftanlagen gefordert bzw. empfohlen werden. Auch sind die Vogelzugruten völlig unzureichend bemessen. Auf unserem Gemeindegebiet rasten viele der Zugvogelarten auf ihrem Weg im Herbst in den Süden und im Frühling zurück. Andere, heimische oder heimisch gewordene Arten leben dauerhaft bei uns. Dies belegen unzählige , fotografisch festgehaltene Sichtungen und aktuelle Dokumentatioen aus den Jahren 2017 bis 2024. Auch habe ich in 2 Monitoring – Foto Dokumentationen aus den Jahren 2014-2016 seinerzeit die unterschiedlichen Grossvogelarten dokumentiert. Diese Dokumentationen wurden auch seitens der Kreisverwaltung Plön bestätigt und haben unter anderem in der damaligen Stellungnahme des Kreises Plön zu einer eindeutigen Unzulässigkeit von WKA auf unserem Gebiet geführt. Anlagen (Monitoringberichte und Dokumentationen) können bei Bedarf gern separat nachgefordert werden, die Datenmengen würde diesen Rahmen sprengen. Es kann doch nicht sein, dass die Energiewende, sinnvoll oder nicht, den Tod vieler tausend Groß-und Kleinvögel, Fledermäusen und Millionen von Insekten rechtfertigt...? Jahrzehnte lang wurde mit viel Einsatz renaturiert, der Seeadler und andere Großvogelarten mühsam wieder angesiedelt um dies alles nun zu zerstören..? WKA wichtiger als Mensch und Natur? Das sollte die Landesplanung gut abwägen.... Infrastruktur, Kosten: Ein weiterer Kritikpunkt für Windenergieindustrieanlagen ist die Infrastruktur. Windenergieanlagen müssen in Schleswig-Holstein immer häufiger abgeschaltet werden, weil der produzierte Strom nicht mehr ins Stromnetz eingespeist oder signifikant gespeichert werden kann. Bis Umspannwerke und Leitungen gebaut sind, wird es noch viele Jahre dauern. Windenergieanlagen sollten, wenn überhaupt, erst dann gebaut werden, wenn es auch möglich ist, den produzierten Strom dauerhaft abzunehmen, weiterzuleiten und zu speichern. Die Politik hat sich in diesem Fall offensichtlich anders entschieden und die Betreiber der Windenergieanlagen bekommen den produzierten Strom bezahlt, auch wenn er gar nicht in das Netz eingespeist werden kann. Das kostet und kostete allein den Stromzahler in Schleswig-Holstein viele Milliarden Euro. Unsere Strassen, Spurplattenwege sowie die unbefestigten Wege, die genutzt werden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	müssen, um Windenergieanlagen überhaupt bauen zu können, sind für den Schwerlastverkehr völlig ungeeignet und aktuell schon kaum noch befahrbar. Sie müssten also ausgebaut werden, was zu einer weiteren nicht gewollten Versiegelung im Außenbereich und sogar im Landschaftsschutzgebiet führt. Ein Rückbau dieser Wegeflächen kann erst nach Ablauf der Gesamtlaufzeit der Windenergieanlagen erfolgen, weil aus Wartungsgründen und für den Ersatzteilaustausch immer wieder Schwerlastverkehr auf diesen Wegen erfolgen muss. Auch sind die Dimensionen für den eigentlichen Bau der WKA gigantisch. Bis zu 6.000 m3 Stahlbeton pro Anlage versiegeln den Boden für immer. Tausende von LKW würden über Jahre zu einer schweren Belastung unserer dicht aneinander stehenden Dörfer und Gemeinden führen, dies ist unzumutbar für die Bürger der betroffenen Gemeinden. Ganz zu schweigen von den fernbleibenden Touristen während der jahrelangen Bautätigkeit. Fahrradfahren wäre auf unbestimmte Zeit unmöglich und der jetzt schon schlechte Zustand unserer Kreis und Gemeindestrassen würde sich weiter massiv verschlechtern. Ohne weitere Ausführung weisen ich darauf hin, dass folgende Punkte ungelöst sind: Grundwasserproblematiken, gesicherter, rückstandsloser Abbau der WKA nach Nutzungsende (Kosten für die Gemeinden und die Steuerzahler)etc. Gesundheitsgefahren durch den Betrieb (keine seriösen Gutachten zu Infraschall, von der Windkraftindustrie vorgelegte Gutachten sind nicht hinnehmbar und könnten die Vermutung aufkommen lassen, wer das Gutachten bezahlt, der bestimmt das Ergebnis) Ich fordere daher die Landesplanung auf, die Potentialflächen in dem Gemeindegebiet von Fargau-Pratjau nicht als Windvorrangflächen zur berücksichtigen und dauerhaft aus dem LEP zu löschen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Gruppe ID: GM2633 Anzahl: 2 (IDs: M2633, M2634)	Betreff: Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan 2024 Schleswig-Holstein Sehr geehrte Damen und Herren, Der vorliegende Entwurf des Landesentwicklungsplans Wind 2024 für Schleswig-Holstein enthält einige kritisch zu betrachtende Punkte, insbesondere hinsichtlich der Schutzabstände für windkraftsensible Großvögel. Der Entwurf sieht in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G folgende Umgebungsbereiche vor, in denen in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll: • Seeadler: 2.000 Meter • Schwarzstorch: 2.000 Meter • Weißstorch: 1.000 Meter • Rotmilan: 1.500 Meter Diese Abstände gehen deutlich über die im BNatSchG festgesetzten Schutzabstände hinaus. Eine länderspezifische Abstandsregelung, wie sie hier vorgeschlagen wird, ist aus fachlicher Sicht nicht notwendig und widerspricht dem Ziel einer bundesweit einheitlichen Bewertungspraxis. Die vorgesehenen großen Abstände würden zu einer erheblichen Einschränkung der für Windenergie nutzbaren Flächen führen, ohne dass dies naturschutzfachlich zwingend geboten wäre. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Populationen der genannten Großvogelarten in den letzten Jahren trotz des zunehmenden Ausbaus der Windenergie in Schleswig-Holstein angestiegen sind. Dies zeigt, dass Windenergienutzung und Artenschutz bei sachgerechter Standortwahl und Anwendung von Vermeidungsmaßnahmen durchaus vereinbar sind. Beispielsweise hat sich der Bestand des Seeadlers in Schleswig-Holstein von 47 Brutpaaren im Jahr 2000 auf 113 Brutpaare im Jahr 2020 mehr als verdoppelt. Auch beim Rotmilan ist ein positiver Bestandstrend zu verzeichnen. Diese Entwicklung spricht gegen die Notwendigkeit pauschaler Großabstände. Stattdessen sollte auf eine einzelfallbezogene Prüfung und die Anwendung von	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (siehe BNatschG Anlage 1 Abschnitt 2) gesetzt werden. Fazit: Die vorgeschlagenen pauschalen Großabstände für windkraftsensible Vogelarten sind fachlich nicht zwingend erforderlich und würden den Windenergieausbau unverhältnismäßig einschränken. Eine einzelfallbezogene Prüfung, wie sie das BNatSchG vorsieht, ist vorzuziehen. Die positiven Bestandsentwicklungen der betreffenden Arten zeigen, dass Windenergienutzung und Artenschutz bei sachgerechter Planung vereinbar sind. Der Landesentwicklungsplan sollte daher in diesem Punkt überarbeitet werden, um einen angemessenen Ausgleich zwischen Klimaschutz und Artenschutz zu ermöglichen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Projektentwicklung & -management	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2112	Sehr geehrte Damen und Herren, im Zuge des geplanten Ausbaus der Bundesstraße B5 möchten wir auf die Notwendigkeit einer Überprüfung des Schutzkriteriums „Wiesenvögel“ hinweisen. Der Ausbau der B5 wird die Landschaft und ökologischen Bedingungen in der Region wesentlich beeinflussen. Durch die zu erwartende erhebliche Verkehrszunahme – es wird angenommen, dass künftig 17.000 bis 20.000 Fahrzeuge innerhalb von 24 Stunden die Straße passieren werden – halten wir es für sinnvoll, das Schutzkriterium für die Wiesenvögel westlich der B5 enden zu lassen. Die Bundesstraße bildet eine natürliche und logische Abgrenzungslinie zwischen den Schutzgebieten und den stärker genutzten Flächen. Darüber hinaus möchten wir betonen, dass der Artenschutz weiterhin höchste Priorität genießt. Es ist vorgesehen, die betroffenen Arten, insbesondere die Wiesenvögel, durch eine umfassende Dokumentation und gezielte Schutzmaßnahmen zu bewahren. Durch die Einrichtung von Ausgleichsflächen sowie Rückzugsgebieten soll sichergestellt werden, dass keine Beeinträchtigung der Fauna erfolgt und die Artenvielfalt auch unter den neuen Bedingungen erhalten bleibt.	Die Errichtung von Windenergieanlagen wirkt sich durch die Veränderung des Lebensraums, durch den Scheucheffekt und durch ein hohes Kollisionsrisiko negativ auf Wiesenvögel aus. Schleswig-Holstein hat bundesweit eine herausragende Bedeutung für Wiesenvögel. Im besonderen Fokus stehen die Wiesenlimikolen Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer. Aufgrund der speziellen Habitatansprüche spielen Flächen mit noch vorhandenen Wiesenvogelvorkommen eine besondere Rolle beim Schutz der Arten. Innerhalb der Flächen, die grundsätzlich für Wiesenvögel geeignet sind, wird die Bedeutung einzelner Gebiete mit der Siedlungsdichte/Anzahl der Brutpaare der oben genannten Arten seit Mitte der 2000er Jahre im Rahmen eines Wiesenvogelmonitorings erfasst. Die Wiesenvogelkulisse wird im regelmäßigen Abstand anhand aktueller Daten überprüft und angepasst. Bei der Abgrenzung der Wiesenvogelkulisse wurden die Flächen

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
		so abgegrenzt, dass ein Sicherheitsabstand berücksichtigt ist. Die Abgrenzung der pauschal ausgeschlossenen Kulisse der Wiesenvogelbrutgebiete ist in der Anlage 2 (Karte) festgelegt.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2111	**Betreff: Stellungnahme zum Schutzkriterium „Wiesenvögel“ im Zusammenhang mit dem Ausbau der B5** Sehr geehrte Damen und Herren, im Zuge des geplanten Ausbaus der Bundesstraße B5 möchten wir auf die Notwendigkeit einer Überprüfung des Schutzkriteriums „Wiesenvögel“ hinweisen. Der Ausbau der B5 wird die Landschaft und ökologischen Bedingungen in der Region wesentlich beeinflussen. Durch die zu erwartende erhebliche Verkehrszunahme – es wird angenommen, dass künftig 17.000 bis 20.000 Fahrzeuge innerhalb von 24 Stunden die Straße passieren werden – halten wir es für sinnvoll, das Schutzkriterium für die Wiesenvögel westlich der B5 enden zu lassen. Die Bundesstraße bildet eine natürliche und logische Abgrenzungslinie zwischen den Schutzgebieten und den stärker genutzten Flächen. Darüber hinaus möchten wir betonen, dass der Artenschutz weiterhin höchste Priorität genießt. Es ist vorgesehen, die betroffenen Arten, insbesondere die Wiesenvögel, durch eine umfassende Dokumentation und gezielte Schutzmaßnahmen zu bewahren. Durch die Einrichtung von Ausgleichsflächen sowie Rückzugsgebieten soll sichergestellt werden, dass keine Beeinträchtigung der Fauna erfolgt und die Artenvielfalt auch unter den neuen Bedingungen erhalten bleibt. In der beigefügten Zeichnung haben wir die vorgeschlagene Verlegung des Schutzkriteriums westlich der B5 visualisiert. Wir bitten um eine wohlwollende Prüfung dieses Vorschlags und um eine Berücksichtigung der verkehrstechnischen und ökologischen Veränderungen, um den Ausbau der Infrastruktur und den Schutz der Tierwelt in Einklang zu bringen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	Die Errichtung von Windenergieanlagen wirkt sich durch die Veränderung des Lebensraums, durch den Scheucheffekt und durch ein hohes Kollisionsrisiko negativ auf Wiesenvögel aus. Schleswig-Holstein hat bundesweit eine herausragende Bedeutung für Wiesenvögel. Im besonderen Fokus stehen die Wiesenlimikolen Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer. Aufgrund der speziellen Habitatansprüche spielen Flächen mit noch vorhandenen Wiesenvogelvorkommen eine besondere Rolle beim Schutz der Arten. Innerhalb der Flächen, die grundsätzlich für Wiesenvögel geeignet sind, wird die Bedeutung einzelner Gebiete mit der Siedlungsdichte/Anzahl der Brutpaare der oben genannten Arten seit Mitte der 2000er Jahre im Rahmen eines Wiesenvogelmonitorings erfasst. Die Wiesenvogelkulisse wird im regelmäßigen Abstand anhand aktueller Daten überprüft und angepasst. Bei der Abgrenzung der Wiesenvogelkulisse wurden die Flächen so abgegrenzt, dass ein Sicherheitsabstand berücksichtigt ist. Die Abgrenzung der pauschal ausgeschlossenen Kulisse der Wiesenvogelbrutgebiete ist in der Anlage 2 (Karte) festgelegt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2110	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit spreche ich mich gegen weitere Windkraft Anlagen im Naturpark Westensee aus. Die Naturparks sollten dem Schutz unserer Umwelt und der Naherholung dienen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2632	**Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Sachthema Windenergie** **Vorschlag für eine Stellungnahme der Gemeinde Westensee** Allgemeines: Siehe anliegende Ausarbeitung des [redacted]. Beschlussvorschlag für eine Stellungnahme: Die Gemeinde erhebt erhebliche Bedenken gegen die Inhalte des vorgelegten Entwurfs und schlägt die nachstehend ersichtlichen und begründeten Änderungen vor: Gemäß Hintergrundinformationen zum „Entwurf des neuen LEP Windenergie“ sind die „…voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, auf Flächen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie auf die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern“ betrachtet worden (siehe Seite 6 „Umweltprüfung“ in: https://www.schleswigholstein.de/DE/landesregierung/themen/energie/windenergie-raeumlichesteuerung/Downloads/240611_Hintergrundinformationen.pdf?__blob=publicationFile&v=9). Allerdings findet u.a. das Thema Havarien und Brände von Windkraftanlagen (WKA) in den neuen Grundsätzen und Zielen gar keine Berücksichtigung. Dabei steigt mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern der Anlagen die Gefahr von Havarien und Bränden. Die sich aus entsprechenden Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabstände zu Schutzgütern (wie Wohnhäuser) sind daher neben weiteren, im Folgenden aufgeführten Aspekten zwingend zu berücksichtigen: 1. Als Ziele und Grundsätze muss gelten, dass der Mindestabstand zur	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich unter Anderem auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel), 4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz), 4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz), 4.5.1.4 (Boden und Wasser) und 4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4, 1.7, 2.2-2.5, 3.3, 3.15, 3.17, 3.18, 4.1, 4.5, 4.20, 5.9, 6.1 und 7.1.1 sowie auf Ziffern 7.1.3, 7.2.1, 7.2.2, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.12 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen. In Bezug auf Punkt 11.: Militärische Belange finden bei der Vorranggebietesausweisung durch das entsprechende Ziel und den entsprechenden Grundsatz Berücksichtigung.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wohnbebauung so gewählt wird, dass die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe immer konform mit dem BImschG (Bundesimmissionsschutzgesetz) erteilt werden kann. In jedem Fall muss der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920 m betragen (vgl. Veenker Gutachten (2020), Anlage A25: Abstand 995m abzgl. mindestens 75m Rotorblattlänge der Referenzanlage (Rotor-In) – vgl. https://www.veenkergmbh.de/wpcontent/uploads/2021/04/Ga_A_R09_s.pdf). 2. Es muss in den Zielen und Grundsätzen die bisherige 3H-/5H-Regelung für den Abstand zum Turm der WKAs sowie eines 1000m-Abstandes der Vorrangflächen zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben bzw. werden. Im Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung wird unter „Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung bei Windkraftanlagen“ festgelegt:„Der Raum, in dem das Landschaftsbild beeinträchtigt wird, umfasst etwa eine Fläche mit dem Radius des 15-fachen der Anlagengesamthöhe“ (vgl. Gliederungs-Nr 2320.8– Fassung vom 06.11.2023 - Punkt 1.3 „Stellenwert des betroffenen Landschaftsbildes“).Nicht nur hier wird somit eine Abhängigkeit zwischen der Anlagenhöhe und den Auswirkungen auf die nähere Umgebung festgestellt (Quelle: https://www.gesetzerechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/VVSH-VVSH000009325).Wenn laut Landesplanung die Raumordnung auch dazu beitragen soll, dass die Menschen in den verschiedenen Teilräumen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse haben sollen (Quelle: https://www.schleswigholstein.de/DE/landesregierung/themen/planen-bauen-wohnen/landesplanung), ist dies zu berücksichtigen.Nur so kann nach Ansicht der Gemeinde vor dem Hintergrund früherer Versprechungen der Politik und derzeit geltender Planungsgrundsätze ein drohender Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Landesregierung und die behördlichen Institutionen verhindert werden. Damit verbunden ist die Sorge und Gefahr, dass sich mit den derzeit geplanten Veränderungen in absehbarer Zeit viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden.Es ist zudem nicht nachvollziehbar, warum die derzeitige Abstandsregelung in Abhängigkeit von der Anlagenhöhe eine indirekte Höhenbestimmung darstellen soll. Anlagen unbeschränkter Höhe sind überall dort möglich, wo die entsprechenden Abstände zu	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wohnbebauungen eingehalten werden. 3. Weiterhin muss die Landesplanung in den Grundsätzen und Zielen darlegen, wie in Hinblick der Gefahren von Kontamination durch schädliche Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel nach einem Brandereignis die Mindestabstände zur Wohnbebauung mit dem BImschG zu vereinbaren sind. 4. In den Zielen und Grundsätzen muss für den Fall o.g. Havarien eine Klärung der Übernahme der Folgekosten (Sanierung, Rückbau; Investition in Feuerwehrausrüstung, Deponien, Haftungsverpflichtungen) für die betroffenen Gemeinden festgeschrieben werden. 5. In den Zielen und Grundsätzen sind zudem die Mindestabstände zu EU Vogelschutzgebieten gemäß dem Helgoländer Papier (von 2015, als wissenschaftliche Grundlage) festzuschreiben: 10-fache Anlagenhöhe als Schutzabstand, aber mindestens 1200m Bei einer geplanten Referenzanlagehöhe von 200m also mind.2000m (vgl. https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/wind/170206-nabu-abstandsempfehlungen.pdf). 6. Sämtliche Mindestabstände zu den Horsten windkraftsensibler Arten müssen als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt werden und zumindest den Schutzabständen gemäß Helgoländer Papier entsprechen. Die Prüfabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten gemäß Helgoländer Papier sind als Grundsätze der Raumordnung zu übernehmen. 7. Es muss als Grundsatz festgeschrieben werden, dass eine Anrechnung bestehender oder in den Gemeinden in Planung befindlicher PV-Freiflächenanlagen auf die Flächenausweisung erfolgen, damit es zu keiner „Doppel- oder Mehrfachbelastung “von Gemeinden kommt, die bereits einen entsprechenden Flächenbeitrag für die Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen leisten bzw. leisten wollen. Die Gemeinde Westensee hat sich unter Berücksichtigung der einzigartigen naturräumlichen Lage und zum Erhalt des Landschaftsbilds für eine Flächen-PVAnlage entschieden, die derzeit das Bauleitplanverfahren durchläuft.. Dies ist zu berücksichtigen. 8. Das Kriterium der Vorbelastung sowie das Ziel der Konzentration bzw. die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA ist zu streichen. Es soll	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	möglichst eine Gleichverteilung angestrebt werden, um möglichst gleiche Lebensverhältnisse im Land zu schaffen.Durch Windenergiegebiete, Höchstspannungsfreileitungen oder PVFreiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. 9. Auf die Änderung der bisherigen Höhen und anderer Parameter einer Referenzanlage ist zu verzichten.Wie im Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land ausgeführt, gibt es keine gesetzliche Verpflichtung, eine Referenzanlage für die Planung und Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie heranzuziehen. Nicht nur deshalb erscheint die geplante Festlegung auf eine Referenzanlage von 200m mit 150m-Rotordurchmesserallein mit der „Marktüblichkeit“ und der wirtschaftlichen Tragfähigkeit (siehe B zu 3 in der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP 2024 - erster Entwurf vom Juni 2024) zu begründen, nicht schlüssig, da auch 150m-hohe Anlagennachweislich wirtschaftlich betrieben werden. Sie erbringen für Betreiber und Investoren aktuell Renditen, die deutlich über der Inflationsrate liegen. Auch aktuell werden immer noch Anlagen mit einer Gesamthöhe von 150 m genehmigt, was bei mangelnder Wirtschaftlichkeit sicher nicht der Fall wäre. 10. In den Grundsätzen und Zielen muss festgelegt werden, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungs-/Zuwegungsanlagenbeeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken im Allgemeinen im Sinne des „natürlichen“ Klimaschutzes Vorrang gewährt werden. Biotope und Biotopverbundachsen sind natürliche Lebensräume u.a. von schützenswerten Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch200m. 11. Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage muss in den Grundsätzen sichergestellt werden, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses -	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sowie der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken, Flughäfen etc.) nicht durch zukünftige Windkraftanlagen und -gebiete gefährdet odereingeschränkt werden. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 zu damals geplanten Vorranggebieten sind in der Regionalplanung bei der Festlegung von Windvorrangflächen sowie im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. 12. In den Grundsätzen ist der Schutz des Landschaftsbildes in Landschaftsschutzgebieten festzuschreiben. Dem Schutzzweck der vorhandenen Landschaftsschutzgebiete muss in besonderem Maße Rechnung getragen werden. Dies gilt im vorliegenden Fall besonders für das Landschaftsschutzgebiet Westensee-Landschaft, das sich durch noch ungestörte Landschaften von hohem Erholungswert und nur selten wiederzufindender Naturschönheit auszeichnet.Die Gemeinde Westensee liegt vollumfänglich im Naturpark Westensee. Kern des Naturparks ist der Westensee, der unterschiedlichsten naturschutzfachlichen Schutzkategorien unterliegt (Natura 2000, NSG, LSG). Die Landschaft am Westensee ist Kernbereich der Erholung. Auch über die Grenzen des Kernbereichs hinaus hat der Raum für die Naherholung im Kieler Umland eine enorme Bedeutung. Das Aufstellen von Windenergieanlagen der sog. Referenzgröße (200 m) bringt erhebliche Auswirkungen – nicht nur im Nahbereich, sondern auch im Fernbereich mit sich. Zum Schutz von Landschaftsräumen mit einmaliger Charakteristik und besonderer Erholungseignung sollte auch in Zukunft eine starke Gewichtung des Freiraumschutzes erfolgen. Die nachfolgenden Bilder geben einen Eindruck (wenn auch fotografisch nur angenähert reproduzierbar) vom Landschaftsraum wieder: [Foto: Blick vom Bosseer Schoor über Bossee und Westensee auf den Tüteberg:] Bitte beachten Sie für weitere Blickwinkel den Anhang 'Westensee_Teilgebiet_Sued.pdf'. [Foto: Blick über die gegliederte Ackerlandschaft zwischen dem Felder Holz und dem Gut Bossee:] Bitte beachten Sie für weitere Blickwinkel den Anhang 'Westensee_Teilgebiet_Nord.pdf'.Nachstehend wird unter Anwendung der Ziele und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Grundsätze Stellung zu den veröffentlichten Potenzialflächen genommen: **a. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_080** • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden Teile der Potenzialfläche überlagert. • Die Potenzialfläche liegt zentral im Naturpark Westensee, vollumfänglich im LSG Westenseelandschaft und gehört in Teilen zum Kernbereich Erholung. Die Fläche ist weiten Teilen durch Waldflächen umschlossen und grenzt direkt an die höchste Erhebung Westensees, den Tüteberg. • Innerhalb der Potenzialfläche liegt ein schützenswertes Geotop (Tunneltal Talder Fuhlenau / Mühlenau, Gut Westensee - Pohlsee - Brahmsee - Nortorf und Tal der Olendieksau), was auf die besondere Formation der Landschaft hinweist. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die erhebliche Überlagerungen mit anderweitigen Nutzungsansprüchen aufweist. Im Anschluss an die Potenzialfläche liegt das denkmalgeschützte Gut Deutsch Nienhof mit seinem weitläufigen Landschaftspark und dem gut erhaltenen Hofensemble. Die Fläche liegt weiter zentral im Naturpark Westensee, bildet praktisch das Herz, so dass die Belange des Landschaftsschutzes und der Erholung besonders stark gewichtet werden sollten. Aufgrund der erheblichen Fernwirkung (siehe auch Bild vom Bosseer Schoor über den Westensee Richtung Tüteberg) von Windkraftanlagen und damit der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Erholungsraumes ist diese Potenzialfläche nicht für die Windenergienutzung geeignet. **b. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_084** • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer (OT Wrohe) werden Teile der Potenzialfläche auf Gebiet der Gemeinde Westensee überlagert. • Die Potenzialfläche liegt zentral im Naturpark Westensee, vollumfänglich im LSG Westenseelandschaft. Die Fläche ist fast vollständig durch Waldflächen umschlossen. • Innerhalb der Potenzialfläche liegen mehrere kleinere Waldflächen und Biotope größeren Umfangs.Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die etliche Überlagerungen mit anderweitigen Nutzungsansprüchen aufweist. Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee, sodass die Belange des Landschaftsschutzes und der Erholung besonders stark gewichtet werden sollten. Aufgrund der erheblichen Fernwirkung von Windkraftanlagen und damit der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Erholungsraumes ist diese Potenzialfläche nicht für die Windenergienutzung geeignet. **c. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_095** • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden Teile der Potenzialfläche überlagert. • Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee und grenzt unmittelbar an den Kernbereich für Erholung. Der östliche Teil liegt in weiten Teilen im Landschaftsschutzgebiet Westenseelandschaft. Im Norden grenzt das Felder Holz an, das Anlaufpunkt für Naherholungssuchende der Region ist. Die gut erhaltene Eichenallee mit ihren mächtigen alten Alleebäumen ist ein besonderes Beispiel für die Anlage naturnaher und landschaftsbildprägender historischer Wege. • Innerhalb des LSG liegen weitere Waldflächen und Biotope sowie einschützenswertes Geotop (Tunneltal Westensee-Emkendorf), was auf die besondere Formation der Landschaft hinweist.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Im Bereich des Felder Holzes wurden Brutplätze des Rotmilan nachgewiesen. Der Abstandsbereich (1.500 m) reicht bis in den nördlichen Teil der Potenzialfläche hinein. • Im Südwesten der Potenzialfläche betreibt die Gemeinde Westensee seit 2022 ein Bauleitplanverfahren zur Ausweisung eines Sondergebiets für Freiflächenphotovoltaik. Eine Nutzung durch Windenergie wird damit für diese Fläche ausgeschlossen sein. • Es wird auf den im östlichen Bereich der Potenzialfläche mangelnden Abstand zu den raumordnerisch festgelegten Siedlungsbereichen der Siedlungsachse Kiel – Melsdorf –Felde (hier bezogen auf den LZO Felde) und dem sich darauf gründenden Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung hingewiesen (siehe Abbildung). [Abbildung: Karte von Felde und Umgebung] Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die von anderweitigen Nutzungsansprüchen überlagert ist. Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee, so dass die Belange des Landschaftsschutzes und der Erholung besonders stark gewichtet werden sollten. Aufgrund der erheblichen Fernwirkung von Windkraftanlagen und damit der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Erholungsraumes ist diese Potenzialfläche nicht für die Windenergienutzung geeignet. **d. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_164** • Die Fläche weist nicht die geforderte Mindestgröße von 15 ha auf; die nächstgelegene Fläche ausreichender Größe liegt über 600 m weiter östlich (PR12_RDE 095); ein Zusammenhang der Flächen kann aufgrund der Entfernung nicht gesehen werden. • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden große Teile der Potenzialfläche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	überlagert. • Die Fläche liegt inmitten des Naturpark Westensee und grenzt unmittelbar an das Bruxer Holz, so dass Freiraumschutz und Erholungseignung ein besonderes Gewicht haben. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die nicht frei von anderweitigen Nutzungsansprüchen ist. Die Fläche liegt im Naturpark Westensee und unmittelbar am Bruxer Holz. Dem Freiraumschutz und der Erholungseignung in dem Raum sollte besonderes Gewicht beigemessen werden.Die im Amtsblatt für Schleswig-Holstein veröffentlichten Erhaltungs- und Wiederherstellungsziele für das Vogelschutzgebiet DE-1725-401 „Ahrensee und nordöstlicher Westensee“ sind Bestandteil dieses Planes. Übergreifendes Schutzziel für das Vogelschutzgebiet ist die Erhaltung stabiler und reproduktionsfähiger Brutpopulationen sowie der Gastvogellebensräume für Nahrungsuchende, rastende und ggf. überwinternde Vogelarten. Zum Schutz der Großvogelarten sind im Gebiet im Umfeld der Brut- und Rasthabitate Räume zu erhalten, die weitgehend frei von baulichen Anlagen sind, die Sichthindernisse oder Gefährdungen darstellen oder Störungen verursachen, wie z. B. Stromleitungen und Windkrafträder. In der Teilfortschreibung heisst es: Ein freizuhaltender Bereich von 3000 m im Umgebungsbereich der Schlafplätze ist freizuhalten. (da das Tötungsrisiko signifikant erhöht ist.) Westensee den 09.09.2024 gez. [redacted]	
Institution: Gemeinde Altenholz, Keine Abteilung ID: 2039	Im Rahmen der aktuellen Planungen zur Ausweisung von Windvorranggebieten möchte ich hiermit die Argumente für die Berücksichtigung der Fläche PR2_RDE_122 (1. Entwurf LEP 2024) in der Gemeinde Altenholz vorbringen. Diese Stellungnahme basiert auf bereits durchgeführten Vorgesprächen bezüglich der Entwicklung der zuvor genannten Fläche. Die Gemeinde Altenholz steht der Nutzung von Windenergie auf ihrem Gemeindegebiet positiv gegenüber. Die Fläche wird zurzeit ackerbaulich genutzt, sodass die Nutzung durch die	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergieanlagen im Wesentlichen nicht beeinträchtigt wird. Die Wohnungsbauentwicklung soll sich nicht in Richtung des Potenzialgebietes erweitern. Aufgrund des Holtenauer-Flugplatzes ist die Bauhöhenbegrenzung von 248m üNN festgelegt. Die Fläche liegt im Verdichtungsraum um das Oberzentrum Kiel und am Rande eines regionalen Grünzugs. Es wird argumentiert, dass diese Grünzüge als Ausgleich zu hochverdichteten Räumen dienen sollen. Jedoch ist anzumerken, dass moderne Windenergieanlagen durch ihre geringen Bodenflächenbedarfe und ihre Integration in bestehende Landschaftsstrukturen diese Freiraumfunktionen nicht wesentlich beeinträchtigen. Im Gegenteil, durch die Bereitstellung erneuerbarer Energie wird ein wertvoller Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und zum Klimaschutz geleistet. Im Rahmen der Voruntersuchungen ist die Existenz von Rotmilanen im Einzugsbereich bekannt. Gemäß Bundesnaturschutzgesetz (BNatschG) müssen bei der Planung und Errichtung von Windenergieanlagen spezielle Abstände zu Brutplätzen gefährdeter Vogelarten eingehalten werden, um deren Sicherheit und Lebensraum zu gewährleisten. Diese Abstandsregelungen berücksichtigen die spezifischen Bedürfnisse der Rotmilane und stellen sicher, dass ihre Population durch die Windenergieanlagen nicht gefährdet wird. Die geplante Anlagenkonfiguration trägt dem BNatschG Rechnung und steht somit nicht im Konflikt mit den artenschutzrechtlichen Belangen der Rotmilane. Die Gemeinde sieht in der Ausweisung einer Fläche als Windvorranggebiet eine Chance zur nachhaltigen Entwicklung und zur Stärkung der regionalen Wertschöpfung. Da sie dem Vorhaben äußerst positiv gegenübersteht, beabsichtigt sie die Fläche ggf. per Gemeindeöffnungsklausel auszuweisen. Die genannten Aspekte zeigen, dass die Ausweisung der Fläche PR2_RDE_122 als Windvorranggebiet sinnvoll ist. Die Gemeinde Altenholz bittet daher, diese Fläche als Windvorranggebiet auszuweisen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2109	Die Entscheidung, einen Teil der Gemeindefläche Mönklohs als WKA-Fläche auszunehmen, halte ich für richtig. Das Rotwild ist die prägende Art für das Dorf und den angrenzenden Forst Hasselbusch; der Rothirsch ist sogar Teil des Gemeindewappens. Die als Querungshilfe markierte Fläche zwischen Mönkloh und Hingstheide (also das WKA-Sperrgebiet) ist daher absolut gerechtfertigt. Im Übrigen bin ich für eine	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gesamtstrategie : Wenn die A 20 tatsächlich gebaut ist, sollte dann ggf eine Gesamtlösung gefunden werden für die mögliche Ansiedlung von WKA oder PV-Anlagen entlang der Trasse. Man sollte sich jetzt nicht in Einzelgenehmigungen verlieren.	Zusätzlich wird auf die Ziffer 7.2.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 4.13.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Gruppe ID: GM2629 Anzahl: 2 (IDs: M2629, M2630)	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche innerhalb der Gemeinde [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur	zu Punkt 1.1 Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung. Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Punkt 1.2 Es handelt sich hierbei um einen Schutzbelang, der aufgrund seiner flächenhaften Ausdehnung auf der Maßstabsebene der Regionalplanung geprüft werden muss, um zu ermitteln, ob er ggf. der Windenergienutzung großflächig entgegensteht. Daher werden Bereiche des Biotopverbundsystems als Abwägungskriterium berücksichtigt. Erst auf Ebene der Regionalplanung erfolgt die Entscheidung im Einzelfall, ob und wenn ja an welcher Stelle sich Vorranggebiete mit diesen

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich. Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten die Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen.	Flächen überlagern können. Denn Windenergienutzung kann in vielen Fällen mit den Schutzzielen des Biotopverbundsystems vereinbar sein, eine Festlegung als Ausschlusskriterium ist daher nicht geboten. Ebenso wenig ist es sachgerecht, den Grundsatz ganz zu streichen. Die Ausführungen in der Begründung zum Landesentwicklungsplan Windenergie, auf die hier verwiesen wird, enthalten Hinweise dazu, wie in der Abwägung verfahren werden soll. Daran soll auch im Lichte der vorgetragenen Argumente festgehalten werden. zu Punkt 2: Das Dichtezentrum von Seeadlervorkommen entspricht in seiner räumlichen Ausdehnung dem gleichnamigen Kriterium aus dem Landesentwicklungsplans Wind (2020). Die räumliche Festlegung erfolgte auf Grundlage von besetzten und traditionell geeigneten Horststandorten nach landesweit einheitlich angewendeten Kriterien. Ausgehend vom Großen Plöner See werden alle Reviere einbezogen, deren 3 km Umgebungsbereiche sich überlappen oder nicht weiter als 2 km voneinander entfernt liegen. Die von diesen Revieren umschlossene Außengrenze weist im Inneren Bestandslücken auf. Diese Bereiche sind jedoch in der Vergangenheit besiedelt gewesen oder es gab Ansiedlungsversuche. Außerdem weisen sie Schlafplätze und Aufenthaltsbereiche von heranwachsenden Seeadlern auf. Dieser Lebensraum zeichnet sich durch zahlreiche Waldflächen und viele Seen sowie eine Verbindung zur Ostsee und zu EU-Vogelschutzgebieten aus. Im Ergebnis ist ein Raum mit einer kontinuierlich hohen Brutdichte abgegrenzt, der zur dauerhaften Sicherung des stabilen Kerns der Seeadlerpopulation in Schleswig-Holstein geeignet ist und somit der Kontinuität der Freihaltung von WEA bedarf. Eine Anpassung der Abgrenzungen ist fachlich nicht geboten, auch nicht, wenn es an den Rändern zu vereinzelten Änderungen besetzter Horste kommt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw.	zu Punkt 2.1 Der Stellungnahme wird insofern gefolgt, als dass in Aufstellung befindliche und einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete unberücksichtigt bleiben.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. 1.2 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schutzgebiets und Biotopverbundsystems 1.2.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. 2 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z sieht vor, dass innerhalb des in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein dargestellten Dichtezentrums für Seeadlervorkommen (im Kreis Plön und nachrangig in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Ostholstein so-wie der Landeshauptstadt Kiel) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen sei. Die Begründung B zu 7 rechtfertigt dies mit dem deutlich erhöhten Kollisionsrisiko der Art und dem Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung in Schleswig-Holstein (Dichtezentrum). Dieses Dichtezentrum sei dadurch gekennzeichnet, dass hier Reviere unmittelbar aneinander-grenzen und sich zusätzlich Schlafplätze von immaturen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Seeadlern in diesem Bereich befinden. Aus diesem Raum heraus begann in den 1970er Jahren die Wiederbesiedlung Schleswig-Holsteins. Es handele sich um die Source-Population, welche eine herausragende Bedeutung für den Erhaltungszustand der Gesamtpopulation Schleswig-Holsteins habe. Wegen der hohen Revierdichte und der Anwesenheit vieler immaturer Vögel komme es beim Seeadler weiterhin zur intensiven Revierabgrenzung und zu Revierkämpfen zwischen angrenzenden Revierpaaren und immaturen Vögeln, in deren Rahmen ein besonders hohes Kollisionsrisiko mit WEA bestünde. Die fachlichen Erkenntnisse für die Abgrenzung des Dichtezentrums beruhten auf jahrelangen kontinuierlichen Beobachtungen der Fachbehörden, unterstützt durch die staatliche Vogelschutzwarte. Im Dichtezentrum bestünde bei Errichtung von WEA ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG) und es sei mit erheblichen Beeinträchtigungen in Bezug auf den Erhaltungszustand der Gesamtpopulation der Art in Schleswig-Holstein zu rechnen. Das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 hält im vorliegenden Umfang einer Prüfung nicht stand und ist entweder als abwägungsoffener Grundsatz der Raumordnung abzustufen oder inhaltlich anzupassen. 1. Anforderungen an die Abwägung des Ziels der Raumordnung Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 und 3 LaplaG i.V.m. § 7 Abs. 2 ROG sind bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 8 ROG sowie die Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren nach § 9 ROG – wie die vorliegende – sind in der Abwägung zu berücksichtigen. Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG abschließend abzuwägen. Allgemein ist das Abwägungsgebot verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattgefunden hat, in die Abwägung nicht alle Belange eingestellt worden sind, die nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden mussten oder die Bedeutung der betroffenen Belange verkannt oder der Ausgleich zwischen ihnen in einer Weise vorgenommen worden ist, der zur objektiven Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht (statt vieler BVerwG, 24.11.2011 - 9 A 24/10 -, juris Rn. 54 m.w.N.). Innerhalb dieser Grenzen wird das Abwägungs-gebot nicht verletzt, wenn sich die Behörde in der Kollision zwischen verschiedenen Belangen für die Bevorzugung des einen und damit notwendig für die Zurückstellung eines anderen entscheidet; die darin liegende	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Gewichtung der von der Planung berührten öffentlichen und privaten Belange ist vielmehr ein wesentliches Element der planerischen Gestaltungsfreiheit und damit der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle entzogen (BVerwG, 13.10.2011 - 4 A 4001/10 -, BVerwGE 141, 1 ff., juris Rn. 45). Da sich die Vorgehensweise des Plangebers und die von ihm zur Begründung seiner Abwägungsentscheidungen angestellten Überlegungen in den Planungsunterlagen in der Form wiederfinden müssen, dass eine Rechtskontrolle überhaupt möglich ist, muss sich hieraus auch die Begründung zur Abgrenzung des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen ergeben. Nach der Begründung B zu 7 hat die Landesplanung lediglich ausgeführt: „Die fachlichen Erkenntnisse für die Abgrenzung des Dichtezentrums beruhen auf jahrelan-gen kontinuierlichen Beobachtungen der Fachbehörden, unterstützt durch die staatliche Vogelschutzwarte.“ Da diese fachlichen Erkenntnisse nicht benannt und die zugrundeliegenden Beobachtungen nicht konkretisiert werden, kann die Abgrenzung des Dichtezentrums kaum hinreichend geprüft werden. Doch selbst wenn man ohne diese Kenntnisse versucht, die Abgrenzung auf Grund von naturschutzfachlichen Kriterien nachzuvollziehen, führt kein systematisch und gleichmäßig angelegtes Kriterium zu der bisherigen Abgrenzung wie sie als Dichtezentrum für Seeadler-vorkommen vorgesehen ist (Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, Karte 9; Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II, Kreisfreie Städte Kiel und Neumünster Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde, Neuaufstellung 2020, Abbildung 34). Insofern sind die von der Landesplanung angestellten Überlegungen auch nicht evident, was das Erfordernis an die Begründung gegebenenfalls reduzieren könnte. 2. Abwägungsfehler durch fehlerhafte räumliche Abgrenzung des Dichtezentrums Im Gegenteil drängen sich Abwägungsfehler bei der räumlichen Abgrenzung des Dichtezentrums Seeadlervorkommen auf, weil kein konsistent und einheitlich angewandtes Kriterium vorliegt. So ist mit vorliegenden Daten erkennbar, dass	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	□ sich innerhalb des Dichtezentrums Brutplätze bzw. Reviere befinden, die nicht unmittelbar aneinandergrenzen, □ Bereiche außerhalb des Dichtezentrums mit vergleichbaren (bzw. höheren) Siedlungsdichten als in Teilen des Dichtezentrums liegen, aber nicht aufgenommen wurden, □ größere Teilflächen ohne Besiedlung durch Seeadler und ohne regelmäßige Immaturen-Ansammlungen als Dichtezentrum ausgewiesen wurden und □ v.a. randliche Ausdehnungen wie im Norden bei [redacted] als schmaler Fortsatz eine isolierte Lage aufweisen, die eine Stringenz vermissen lassen. Vor diesem Hintergrund liegt keine Rechtfertigung dafür vor, sogar als Ziel der Raumordnung eine scheinbare abschließende Abgewogenheit darzustellen und die Ausweisung von Windenergiegebieten in diesen Bereichen zu beschränken. Dies wird beispielhaft im Bereich der Potenzialfläche [redacted] deutlich: Sie befindet sich im Randbereich des Dichtezentrums in einer Erweiterung als schmaler „Fortsatz“ nach Norden hin. Alleiniger Grund für die Erstreckung des Dichtezentrums auf diesen Bereich ist die Miteinschließung des isoliert am Rande gelegenen Brutpaares bei [redacted], welches aber schon länger nicht mehr dort brütet. Diese isolierte Lage unterscheidet sich nicht von anderen Einzelrevieren ohne unmittelbar angrenzende Nachbarreviere außerhalb des dargestellten Dichtezentrums. Auch die Lage sowie Verteilung der Seeadler-Reviere und die Siedlungsdichten belegen, dass die Einbeziehung des nördlichen „Fortsatzes“ naturschutzfachlich nicht begründbar ist. Zudem liegen im Bereich der Potenzialfläche und dessen Umfeld keine besonderen Nahrungsgewässer. Zudem ist der in der Begründung verwendete Begriff „Source-Population“ nicht auf den Bereich des „Dichtezentrums“ beschränkt, sondern trifft auf den gesamten Brutbestand Schleswig-Holsteins zu, da in jedem Jahr erheblich mehr Jungvögel flügge werden als freie Reviere zu besetzen wären. Dieses Argument zur Herleitung des räumlich abgrenzten Ziels der Raumordnung ist somit nicht tragfähig. Insbesondere trifft dies nicht den beispielhaft beschriebenen Randbereich bei [redacted]. Schließlich drängt sich auch bei einem Vergleich zwischen der Darstellung im Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II, Kreisfreie Städte Kiel und Neumünster	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde, Neuaufstellung 2020, Abbildung 34 und der mind. vier Jahre späteren Darstellung in Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, Karte 9; Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II, Kreisfreie Städte Kiel und Neumünster Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde, Neuaufstellung 2020 Abbildung 34 der Eindruck auf, dass die Landesplanung trotz offensichtlicher Veränderungen im Artbesatz – wobei mangels Differenzierung unklar bleibt, ob es sich um einen Seeadlerhorst oder Rotmilan- bzw. Weißstorchhorst handelt (der Schwarzstorch ist wegen seiner verschwindend geringen Anzahl nicht relevant) – die räumliche Abgrenzung des Dichtezentrums nicht überdenkt. Dabei liegen in weiten Bereichen keine Horste und damit auch keine Seeadlerhorste vor: [Karte 9: Darstellung der Großvogelvorkommen in Einzellage sowie des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen in Schleswig-Holstein (eigene Dartstellung)] 3. Abwägungsfehler wegen fehlerhafter Begründung und daraus folgend fehlerhaften Abgrenzung des Ziels der Raumordnung Wie vorstehend ausgeführt, kann die seitens der Landesplanung verwendete Bezugnahme auf eine „Source-Population“ für die vorgenommene Abgrenzung des Dichtezentrums nicht ausschlaggebend sein, jedenfalls nicht für die Einbeziehung von Randflächen wie im Bereich [redacted]. Wenngleich die naturschutzfachliche Bedeutung des Bereichs der Plöner Seen-platte anerkannt wird, so bestehen mittlerweile andere Landesteile mit vergleichbar hoher Eignung als Seeadler-Lebensraum und ebenfalls langjähriger Besiedelung, die als „Source-Population“ zu berücksichtigen wären. Eine solche Berücksichtigung hat aber nicht stattgefunden. Der weitere Aspekt für das Dichtezentrum, es bestünde ein erhöhtes Kollisionsrisiko durch Revierkämpfe, kann nicht für den gesamten Bereich des dargestellten Dichtezentrums an-genommen werden. Hierzu ist die Besiedlung größtenteils zu dünn, so dass die Revierkernbereiche nicht aneinandergrenzen. Die fehlerhaften Begründungen haben mithin wiederum zu einer fehlerhaften räumlichen Abgrenzung des Dichtezentrums geführt. 4. Abwägungsfehler durch grundlegende Annahme eines signifikant erhöhten Tötungsrisikos Die Begründung B zu 7 nimmt pauschal „mit weitaus überwiegender Wahrscheinlichkeit“	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	an, „dass die Errichtung von WEA in diesem einmalig in Schleswig-Holstein vorzufindenden Dichtezentrum zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos führen und somit dem Tötungsverbot gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 1 BNatSchG zuwiderlaufen würde.“ Dies ist nicht tragfähig und damit abwägungsfehlerhaft. Zunächst wird deutlich, dass die Landesplanung keine hinreichende Prüfung anhand des § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG durchgeführt hat. Wie die vorstehende Abbildung aus dem Umweltbericht verdeutlicht – dort sind auch Seeadlerbrutplätze mit 2 Kilometerbe-reich dargestellt – sind in weiten Teilen die zentralen Prüfbereiche von Seeadlern nicht aneinandergrenzend. Damit unterstellt die Landesplanung das Vorliegen eines signifikant erhöhten Tötungsrisikos auch im erweiterten Prüfbereich des Seeadlers, allerdings ohne der Beweislast nach § 45b Abs. 4 BNatSchG gerecht zu werden. Die pauschale Annahme, die Grundgefährdung (allgemeines Lebensrisiko) wäre im Dichtezentrum pauschal und flächendeckend signifikant erhöht, wird in keiner Weise belegt und kann in den Randbereichen mit geringerer Siedlungsdichte sowie in Besiedlungslücken nicht begründet werden. Es kann nicht auf gesamter Fläche ein so hohes Flugaufkommen angenommen werden, dass in der artenschutzrechtlichen Bewertung die Annahme einer generellen Signifikanz des Kollisionsrisikos unabhängig von den jeweiligen Ortsspezifika (Abstand / Lage zum Horst und zu Nahrungsgewässern) rechtfertigen würde. Auch bei Betrachtung auf Populationsebene sind durch den erheblichen Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein keine negativen Auswirkungen auf den Bestand festzustellen – im Gegenteil, der Landesbestand nimmt weiter stetig zu und es werden jährlich erheblich mehr Jungadler flügge als in Schleswig-Holstein Reviere frei werden. Der Anteil der Schlagopfer an der Gesamtpopulation muss deshalb insgesamt gering sein. Es kann auch nicht angenommen werden, dass das Kollisionsrisikos durch Revierkämpfe ein flächendeckend signifikant erhöhtes Tötungsrisiko im Dichtezentrum rechtfertigt. Die Territorialität der Reviervögel beschränkt sich i.d.R. auf den Horstwald und dessen Umgebung mit dem/den Hauptnahrungsgewässer/n. Eine diesbezügliche Erhöhung des Kollisionsrisikos ist allenfalls für die Dichtekernbereiche (Plöner Seenplatte, Umfeld Selenter See) möglich, nicht jedoch flächendeckend. Schließlich kann auch nicht vertreten werden, dass infolge des hohen Flugaufkommens	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	im Dichtezentrum mit weitaus überwiegender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen sei, dass die Errichtung von WEA in diesem Dichtezentrum zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos führt. Dagegen spricht, dass im Dichtezentrum größere Flächen mit geringerer Siedlungsdichte bzw. abseits von Gewässern / Revieren bestehen, was die pauschale Annahme eines hohen Flugaufkommens und mithin signifikant erhöhten Kollisionsrisikos nicht als gerechtfertigt erscheinen lässt. Es sind eben nicht pauschal flächendeckend hohe Flugintensitäten zu erwarten, insbesondere nicht in den Randbereichen mit geringerer Siedlungs-dichte sowie in den ausgewiesenen Besiedlungslücken. Im Ergebnis fehlt auch insoweit jede belastbare Darlegung abseits von allgemeinen Vorsorgeüberlegungen. 2.1 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 13 wird auf die Neuregelung des § 26 Abs. 3 BNatSchG verwiesen, welche sich auch auf das Veränderungsverbot nach § 19 Abs. 2 Satz 2 LNatSchG bei eingeleitetem LSG-Verfahren nach § 12a Abs. 2 LNatSchG erstrecke. Dies gelte auch für einstweilige sichergestellte Gebiete nach § 12a Abs. 3 LNatSchG i.V.m. § 22 Abs. 3 und § 26 BNatSchG. Für die deshalb vorzunehmende Abwägungsentscheidung solle die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden. Zunächst ist die Rechtsauffassung der Einbeziehung des Veränderungsverbots und der einstweiligen Sicherstellung in § 26 Abs. 3 BNatSchG zu begrüßen, weil ein vorlaufender Schutz für eine LSG-Verordnung nicht umfangreicher ausfallen kann als die LSG-Verordnung selbst. Allerdings sind weiterhin Abwägungen zulasten der Windenergie aufgrund einer Lage in einem Landschaftsschutzschutzgebiet möglich, obwohl die gesetzgeberische Wertentscheidung in § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG dahingehend besteht, dass zugunsten der Windenergie entsprechende	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergiegebiete in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden können. In jedem Fall zu vermeiden ist es, dass – wie nach dem bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) – allein einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete überhaupt eine Berücksichtigung in der Abwägung finden. Es hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass dieses Instrumentarium auch zur Vermeidung von Windenergie eingesetzt wurde, ohne dass sich der Wille zur Ausweisung später nach Zielerreichung verfestigt hat. So sind etwa die (geplanten) Landschaftsschutzgebiete „Wiedingharder- und Gotteskoog“ und „Ostenfeld-Schwabstedter Geest mit vorgelagerter Marsch“, die der Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein zum Regionalplan für den Planungsraum I zugrunde liegen (OVG Schleswig-Holstein, 22.03.2023 - 5 KN 53/21 - juris Rn. 31), weiterhin nicht ausgewiesen. Schließlich kann ein Verfahren zur Ausweisung eines Landschaftsschutzgebiets nach Rechtskraft der Regionalpläne einfach wieder eingestellt werden, was einer Verhinderungsplanung durch Landkreise gleichkommt (auf dieses Risiko bzw. diese Motivationslage hat auch hingewiesen OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 74). Etwaige zukünftige Landschaftsschutzgebiete, für die nach § 12a Abs. 2 LNatSchG lediglich das Verfahren zur Aufstellung einer LSG-Verordnung eingeleitet wurde sowie für die nach § 12a Abs. 3 LNatSchG lediglich eine einstweilige Sicherstellung erfolgte, stellen noch keinen hinreichend begründeten Fall für die Gewichtung eines solchen Belangs dar. Dabei ist aufgrund des § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG nicht einmal mehr erforderlich, dass eine Befreiungslage nach § 67 Abs. 1 BNatSchG vorliegt. Zwar sehen die vorgenannten Normen § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG eine Möglichkeit der gesetzlichen bzw. der normativen Sicherstellung ähnlich zu einer Veränderungssperre vor. In materieller Hinsicht ist dafür aber nicht notwendig, dass die Schutzwürdigkeit und -bedürftigkeit der betroffenen Landschaft bereits abschließend geprüft worden ist und feststeht. Es genügt, dass das von der Sicherstellungsverordnung erfasste Gebiet (Geltungsbereich) seiner Qualität nach geeignet ist, einen „besonderen“ Schutz von Natur und Landschaft, wie er mit der künftigen LSG-Verordnung geplant ist, zu rechtfertigen, wobei auf die drei alternativ genannten gesetzlichen Schutzzwecke in § 26 Abs. 1 Nr. 1 - 3 BNatSchG abzustellen ist (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 68). Insofern steht nicht unbedingt fest, dass es tatsächlich zum Erlass einer LSG-Verordnung kommen wird. Auf der Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	37/15 -, juris Rn. 9.) kann zudem keine hinreichende Auseinandersetzung mit den Inhalten der in Aufstellung befindlichen LSG-Verordnung erfolgen. Das ist aber für eine Prognose erforderlich, ob es überhaupt zu einer rechtmäßigen LSG-Verordnung kommen kann, für die ein Schutz nach § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG angemessen wäre und für die die Landesplanungsbehörde quasi antizipieren kann, dass in diesem Bereich die Errichtung und der Betrieb von WEA zukünftig nicht erfolgen wird. Diese Prognose müsste auch Gegenstand der Planunterlagen sein, sodass die Abwägung überhaupt nachvollziehbar ist. Damit wird die Regionalplanung aber überstrapaziert. So hat auch das OVG Schleswig-Holstein festgestellt, dass sich die Landschaft zur Schutzwürdigkeit „hinsichtlich ihres Charakters, ihrer Eigenart und Qualität von - außerhalb davon gelegenen - Landschaftsräumen (die im Übrigen nicht ungeschützt sind [vgl. z. B. § 35 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 5 BauGB; §§ 14 ff. BNatSchG; §§ 8 ff. LNatSchG]) deutlich unterscheiden“ müsse (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 76). Schließlich würde diese Vorgehensweise der gesetzlichen Wertung des § 4 Abs. 1 ROG widersprechen und verkehrt diese in ihr Gegenteil. Eine raumordnungsrechtliche Abstimmung, wie vom OVG Schleswig-Holstein zurecht gefordert (vgl. OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 79 ff.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 132 ff.), kann auch nicht in der Weise erfolgen, dass die Landesplanung in Aufstellung befindliche LSG-Verordnungen schlicht berücksichtigt, selbst wenn keine eigene Prüfung stattfindet (OVG Schleswig-Holstein, 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 135). Zu Recht hat das OVG Schleswig-Holstein gerügt, dass die Landkreise der Landesplanung nicht mit dem Mittel des Erlasses einer Sicherstellungsverordnung (bzw. LSG-Verordnung) vorgreifen dürfen (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 83 f.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 134 und 136). Wenn Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G beibehalten werden soll, dann ist dies jedenfalls auf nur bereits vorliegende LSG-Verordnungen zu reduzieren und die Abwägung hat in den Randbereichen der LSG grundsätzlich zugunsten der Ausweisung von Windenergiegebieten zu erfolgen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen [Anlage 1: Karte von ■■■■■■■]	
Institution: Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Keine Abteilung ID: 2107	**4.2 1 G 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn/- und/oder Erholungsfunktion** Im aktuell gültigen Plankonzept wird bei den Abständen zur Siedlungsbebauung zwischen bereits der Windenergienutzung zu geführten Flächen und bislang unbebauten Bereichen differenziert. So gilt bei Bestandsflächen ein Abstand zur Siedlung von 800 m. Dieser wird bei neuen und unbebauten Flächen um einen weiteren Schutzabstand von 200 m erweitert, so dass eine Abstand von 1.000 m zur nächsten Siedlung eingehalten werden muss. Der Plantext der Fortschreibung 2024 gibt keine Hinweise darauf, ob und wie diese Regelungen bei Vorranggebieten angewendet werden sollen, die sich gegenwärtig in der Bauumsetzung befinden und somit im laufenden Verfahren den Status eines Bestandswindparks erhalten werden. Es wird lediglich festgelegt, dass der 4.5.1.1. „entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden (kann), so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ Die ■■■■■ ■■ als Stellungnehmende sieht hier im Allgemeinen und im Vorranggebiet *PR3_OHS_074 Rohlsdorf sowie PR2_RDE_077-Schülp-Jevenstedt* im Konkreten die Gefahr einer gesetzlichen Unschärfe und Unklarheit in der Definition eines „Bestandswindparks“. Die Stellungnehmende sieht hier den Bedarf einer Definition des Begriffs „Bestandswindpark“ durch das Land Schleswig-Holstein. Die ■■■■■ ■■ vertritt die Ansicht, dass durch die Errichtung eines Windparks in einem Vorranggebiet der Landesplanung 2020 dieses Vorranggebiet zu einer der Windenergienutzung zugeführten Fläche wird („Bestandswindpark“). Dieser Bestandswindpark bedingt nach der Auffassung der Stellungnehmenden eine Anpassung des Abstands von 1.000 m auf zukünftig nur noch 800 m zu Siedlungen durch die Landesplanung. Die ■■■■■ ■■ empfiehlt daher die Einführung und Verwendung einer Definition und	Die vorgeschlagene Regelung zur Definition von Fällen, in welchen der Abstand von 800 m und in welchen der 1.000 m-Abstand zu Siedlungen zur Anwendung kommen soll, wurde überarbeitet. Es bleibt gleichwohl eine bedingt offene Formulierung, um den Abwägungsspielraum für die Regionalplanebene nicht zu starr vorzugeben. Darüber hinaus beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die einen konkreten Flächenbezug haben und sich somit auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird diesbezüglich zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	einer Stichtagsregelung, um hier eine klare und eindeutige Regelung zu treffen. Die [redacted] sieht als juristische und praxisnahe Regelung die folgende Definition als sinnvoll an: • Bestandwindparks werden als mit mindestens einer Windkraftanlage bebaute Vorranggebiete und Potenzialflächen der Landesplanung 2020 definiert. • Bestandswindparks sind Vorranggebiete, die bis 31.12.2026 mit min. einer Windkraftanlage bebaut worden sind. Diese Regelung berücksichtigt den Ausbau der Windenergie in den bereits vorhandenen Vorranggebieten sowie insbesondere deren baurechtliche Zulässigkeit. Die Erweiterung dieser Vorranggebiete durch Verringerung des Abstands zu Siedlungen von 1.000 m auf 800 m lässt eine hohen Realisierungs- und Umsetzungswahrscheinlichkeit erwarten, da bereits eine Verfahren nach BImSchG positiv für das Vorranggebiet durchlaufen worden ist. Im Ergebnis würde die konkrete Anwendung dieser Regelung in Verbindung mit dem Entfallen von Höhenbegrenzungen und der 3H/5H-Regelung zu einer Erweiterung bereits bestehender Windparks führen. In der Regel erfolgt dies mit einer geringen Inanspruchnahme des Naturhaushaltes auf Grund der Nutzung bereits bestehender Infrastruktur. Die [redacted] bittet, diese Regelung im weiteren Verfahren zu berücksichtigen und aufzunehmen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2663	**Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR3_DIT_066** Sehr geehrte Damen und Herren, als Eigentümer begrüße ich grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG), aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser	Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung. Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach 8 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öÖffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von 8& 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. 8 27 Abs. 4 ROG, 8 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (G) — 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiege-bieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Meter (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach 8 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach 8 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. **1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Meter nicht erforderlich** Es ist zunächst nachvollziehbar, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig- Holstein, 07.06.2023 — 5 KN 42/21 —, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Meter als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehene Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel	Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4.5.1 Absatz 3 (G)) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten diese Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotorinherhalb- Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)) Rechnung getragen. **1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung** Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatdze r Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und — wie bereits im "vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde — vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass nach der Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen:durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ ; Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des 8 2 Satz 2 EEG 2023. ; Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber um-' gekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (8& 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotorinnerhalb- Planung (Kapitel 4.5.1	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Absatz 5 (Z)), dem erheblichen Interesse der effektiven Nutzung von Infrastruktur sowie Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 — wenn er nicht schon ganz aufgegeben wird —- nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vor-belastung durch eine Windenergienutzung besteht“. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass — auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 (G) — Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. **1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion** Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext: ergeben mag, so fehlt zur Klarstel-lung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (Z)). **1.4 Erfordernis der Klärstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen** Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimm-barkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffen fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Uneindeutig oder jedenfalls klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiferten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan fest-gesetzten Baugebiets (8 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (8 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets — unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (& 23 Abs. 1 und 2	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	BauNVO) — durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüberendet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließende Gartenbereiche, Scheunen o.ä. noch auf dem jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach $ 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die kein Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiet zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach &8 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zu-sammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. 8 34 Abs. 1 BauGB fehlt. ; ; Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur . ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, 8& 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, 8 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	oder als eine‘ städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, 8 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheitund Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographischmathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Er-hebungen oder Einschnitte Zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. 8 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in * diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). ; 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunk-tion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der An-wendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wir auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach 88 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach 8 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch — was aber unklar bleibt und nicht transparent ist — dass selbst” Sondergebiete nach 8 10 BauNVO darunterfallen sollen. Einen über 800 m weitergehenden Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, 'die: nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch SonstigeSondergebiete nach $ 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten undSchulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine große und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	damit nicht nachvollziehbare Offenheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtun-gen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung, um Nachvollziehbarkeit sicherzustellen. **1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich** Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbe-gründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten 0.ä. bei genehmigten WEAim 800 Meter Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Meter nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B'zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich: wirdnur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob — gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne — solche planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. **1.6 Ergebnis** Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	je-denfalls dringend eine verbindliche Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2105	**Zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land – Grundsätze und Ziele der Raumordnung** **Nummer 1 G: Verfolgtes Planungsziel** Die in Aussicht genommenen Pläne der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zum Thema „Windenergie an Land“ (LEP Windenergie) und das Planungsziel, bis Ende 2027 mindestens drei Prozent der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie auszuweisen, **lehne ich als unzumutbar ab.** Grundsätzlich wird der Ausbau der erneuerbaren Energien begrüßt und das haben viele Bürger mit privaten und ungeförderten! Investitionen vorangetrieben. Die Windenergie im Rahmen der sogenannten Energiewende hat in Dithmarschen die Gemeinden in wenige Gewinner und viele Verlierer geteilt. Die Akzeptanz der Bevölkerung dieser weiteren verschärften Maßnahmen ist nicht mehr da. Der Kreis Dithmarschen hat nach der letzten Regionalplanfortschreibung 4,4 Prozent der Kreisfläche als Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen. Der Kreis Dithmarschen hat also in der Vergangenheit bereits überdurchschnittlich zum Erreichen des Landesziels beigetragen und dem muss in künftigen Planungen Rechnung getragen werden. Dithmarschen darf nicht mehrfach belastet werden, nur weil hier die Windausbeute größer als woanders ist. Es muss zur Toleranz der überdurchschnittlichen Belastung durch WKA in unserem Kreisgebiet ein klares Signal zur ausgleichenden Gerechtigkeit und Gleichbehandlung gesetzt werden. **Im Kreis Dithmarschen, wo der Ausbau von Windkraftanlagen überdurchschnittlich weit fortgeschritten ist, muss die Ausweisung weiterer Windenergievorranggebiete gestoppt werden.**	Zu Nummer 1 G: Verfolgtes Planungsziel Es werden landesweit einheitliche Kriterien angewendet. Aufgrund der unterschiedlichen Siedlungsdichte und naturräumlichen Ausstattung ist die Windenergienutzung nicht landesweit gleich verteilt. Zu Nummer 2 G: Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land Die Weiterführung bereits bestehender Windparks stellt in aller Regel einen geringeren Eingriff dar als zusätzlich neue, bisher unbebaute Flächen in Anspruch zu nehmen, schon allein deshalb, weil die bestehende Infrastruktur weitergenutzt werden kann. Deshalb genießt die Erhaltung bestehender Vorranggebiete hohe Priorität. Nummer 3 G Festlegung einer Referenzanlage Hierzu wird auf Ziffer 1.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen Hierzu wird auf Ziffer 1.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Ablehnung jeglicher WEA außerhalb von Vorranggebieten Hierzu kann das Land keine abschließende Regelung treffen, weil zukünftig eine Ausschlussplanung vom Bundesgesetzgeber

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nummer 2 G: Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land. Der Kreis Dithmarschen hat sein Soll erfüllt und soll nicht zusätzliche belastet werden. Darüber hinaus bedeutet Repowering einen verstärkten Eingriff in das Landschaftsbild, da repowerte Windkraftanlagen höher sind und größere Rotoren haben. Wodurch ebenfalls die hörbare und die Ultraschallbelastung für Mensch und Natur steigt. Existierende Windkraftanlagen sind nicht automatisch akzeptierte Anlagen. Wir Bürger in Krumstedt konnten sie einfach nicht verhindern. Sie wurden ohne offene Kommunikation in der Nachbargemeinde Süderhastedt/Eggstedt installiert und überragen auf der Hohe Geest stehend unseren Lebensraum. Solange sie in der jetzigen Höhe und Anzahl fortbestehen werden sie notgedrungen toleriert. Eine Konzentration auf solche Gebiete für Repowering, ist eine weitere und erhöhte Belastung für uns Menschen und die Landschaft (Sichtbarkeit, Schall, Befeuerung). Windkraftanlagen, die in der Vergangenheit errichtet worden sind und wo bereits in der Vergangenheit Kriterien einer Ausweisung als Vorranggebiet entgegengestanden haben, müssen zur Ordnung der Landschaft zurückgebaut werden. Die **Übernahme von Vorranggebieten im Kreis Dithmarschen wird aus den oben genannten Gründen abgelehnt.** **Nummer 3 G Festlegung einer Referenzanlage** Der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen soll eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde gelegt werden. Mit diesen Erhöhungen der Gesamthöhe und der Rotordurchmesser von WKAs sind neue landschaftsverändernde und belastungserhöhende Referenzen eingeführt worden. Abstandsregelungen zu Wohnhäusern und anderen Abgrenzungen (Wald, Biotope, etc.) sind **nicht** gleichzeitig erhöht worden. Das ist skandalös und ein politscher Taschenspielertrick. Alle unsere Mitarbeit and den Regionalplänen beruhten auf 100 m hohen Referenzanlagen und alle Abstandsregelungen sollten die Belastung für Mensch und Natur begrenzen. Mit diesem lapidaren Satz zur neuen Referenz wird die Schutzbedürftigkeit der Menschen ohne jegliche Gesundheitsabwägung auf fachlich, medizinischer Basis abgesprochen. Untersuchungen der Auswirkungen von höheren Referenzanlagen auf Mensch und Tier sind **nicht** erfolgt. **Diese Veränderung der Planungs-Grundsätze ohne gleichzeitige Anpassung an die erhöhten Belastungen lehne ich aus Belastungsschutzgründen ab. Ich halte sie darüber hinaus für anmaßend, überheblich, unanständig und rechtlich anfechtbar.** **4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen** In Regional- und Bauleitplänen sollen keine	nicht mehr zugelassen wird (§ 249 Abs. 1 bauGB) Zur Behauptung, dass Deutschland keinen Einfluss auf das Weltklima hat: Jedes Land steht gleichermaßen in der Verantwortung und ist an internationale Abkommen gebunden. Eine Schuldzuweisung an andere hilft niemandem. Die gemachten Vorschläge, die Einfluss auf das Weltklima hätten, sind additiv zu verstehen und nicht als Alternative zum Ausbau erneuerbarer Energien. Ergänzend wird auf Ziffer 7.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Forderung eines Abstandes von 1.000 m zu allen Wohnhäusern wird auf Ziffer 2.3.1 und 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Forderung, die Landschaftsschutzgebiete von WEA freizuhalten wird auf Ziffer 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zum Thema Umfassung wird auf Ziffer 3.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Forderung, Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und Erholung von WEA als Ziel der Raumordnung freizuhalten, wird auf Ziffer 3.15.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bestimmungen zur Höhe von raum bedeutsamen WEA getroffen werden. Es ist völlig unverständlich und abzulehnen, warum diese Öffnungsklausel pauschal vorgesehen werden soll. Sie ist nicht inhaltlich begründet und stellt eine pauschale Festlegung dar, die den demokratischen Prozess zur Abwägung eingrenzt. Wie bei der geplanten Festlegung einer höheren Referenzanlage, werden auch hier Festlegungen gemacht, die die negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur nicht berücksichtigen. **Aus den genannten Gründen lehne ich das vorgesehene Höhenbeschränkungs-Verbot ab.** **Nummer 5 Z Rotor-innerhalb-Planung** Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten ist zu bestimmen, dass die Rotorblätter von WEA vollständig innerhalb dieser Windenergiegebiete liegen. Werden raumbedeutsame WEA außerhalb von Windenergiegebieten errichtet, ist für Abstandserfordernisse der Kapitel 4.5.1.1, 4.5.1.2, 4.5.1.3, 4.5.1.4 und 4.5.1.5 die Rotorblattspitze maßgeblich. **Aus den nachfolgenden Gründen lehne ich jegliche Errichtung von WEA außerhalb von Windenergiegebieten ab.** Wir Bürger in Dithmarschen sind durch mehr als ein Jahrzehnt der Regionalplan-Windenergie-Abwägungen gegangen und verlangen Verlässlichkeit von Politik und Verwaltungen. Öffnungsklauseln für außerhalb dieser Planungsvorgänge errichteten, lehne ich ab. Durch die überproportionale Belastung des Kreises Dithmarschen darf es keine raumbedeutenden WKA außerhalb von ausgewiesenen Windenergiegebieten mehr geben. **Nummer 6 Z Mindestgröße von Windenergiegebieten** Die Vorranggebiete Windenergie und Windenergiegebiete außerhalb der Vorranggebiete Windenergie müssen eine Mindestgröße von 15 Hektar aufweisen. Dabei können mehrere räumlich zusammenhängende Flächen, die jeweils mindestens fünf Hektar umfassen und zusammen die Mindestgröße von 15 Hektar erreichen, berücksichtigt werden. Ein räumlicher Zusammenhang ist dann gegeben, wenn die Entfernung der Außengrenzen einzelner Flächen zueinander weniger als 600 Meter beträgt. **Aus den nachfolgenden Gründen lehne ich jegliche Errichtung von WEA außerhalb von Windenergiegebieten ab.** Wir Bürger in Dithmarschen sind durch mehr als ein Jahrzehnt der Regionalplan-Windenergie-Abwägungen gegangen und verlangen Verlässlichkeit von Politik und Verwaltungen. Regelungen, die die Bürgerbeteiligung aushebeln, lehne ich ab. **Die Begründungen der Grundsätze und Ziele der Raumordnung :** Es wird die Erreichung der Klimaschutzziele des Landes aus dem Energiewende- und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein (EWKG SH) angeführt, die Ziele zur Minderung der Treibhausgasemissionen sowie für den Ausbau der erneuerbaren Energien festschreiben. Grundlage hierfür seien die nationalen und europäischen Klimaschutzziele sowie die Verpflichtung nach dem Übereinkommen von Paris aufgrund der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, wonach der Anstieg der **globalen Durchschnittstemperatur** auf deutlich unter zwei Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen ist. **Wir Bürger in Dithmarschen nehmen die Landesregierung in SH in die Pflicht zu erklären, wie groß der Beitrag SHs zur Senkung der globalen Durchschnittstemperatur in Abwägung der Belastungen für Mensch und Natur durch exzessiven Windkraftausbau im Kreis Dithmarschen ist.** Der Fakt, dass 2% der weltweiten CO2-Ausstosses durch Deutschland (alle Menschen, alle Industrien, alle Infrastruktur, Landwirtschaft und Natur) verursacht werden zeigt, dass die **Formulierung dieser Ziele auf Landesebene eine Farce sind**. Wir haben keinen Einfluss auf das Weltklima durch exzessiven Windkraft- und Solarausbau in SH! Das ist Fakt. Warum sagt das niemand öffentlich und stellt sich damit einer Debatte um die wirklich wirksamen Maßnahmen? Die moralische Begründung, wir können nicht von den aufstrebenden Nationen in Asien, Afrika und Südamerika erwarten ihren Aufschwung durch Verzicht auf fossile Energie zu bremsen und müssen deshalb vorangehen und zeigen, wie es geht, rettet ja das Weltklima nicht. Anhaltende Dürren, Überschwemmungen, steigende Ausgleichszahlungen ins Ausland und Klimaflüchtlinge nach Europa werden uns leider zu spät zeigen, dass wir einen Weg eingeschlagen haben, der den Klimawandel nicht aufhält. Ich bin empört über die politische Unredlichkeit wenn es um die Wirksamkeit der ergriffenen Klimaschutzmaßnahmen im Vergleich zu den wirtschaftlichen Kosten geht. Jeder Euro der Bürger, ja auch das Sondervermögen Klimatransformationsfond, aus dem u.a. der EEG-Ausgleich und Förderungen an die Windmüller gezahlt werden, kann nur einmal ausgegeben werden. Jetzt kommt oft die empörte Frage, was sollen wir den sonst machen? Die einfache Antwort ist: **Das was wirklich auf das globale Klima wirkt.** Beispiele? **1. Internationaler CO2-Handel, 2. Technologieoffenheit/ Technologieförderung, 3. Brückentechnologien ohne ideologische Scheuklappen abwägen und zulassen, 4. Internationale Zusammenarbeit und Förderung von Erneuerbare-Energie-Projekten, 5. Die Transformation wirtschaftlich und gesellschaftlich kompatibel gestalten** (erst das alte Beatmungsgerät abschalten, wenn das neue betriebsbereit ist). Diese weiterhin vorangetriebene ideologisierte sogenannte Klimatransformation in	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Deutschland (inklusive SH-Windauswüchse) ist zum Scheitern verurteilt. Geld und Zeit ist verloren. Nur die politische Kraft, die den ehrlichen Weg die globale Klimaerwärmung zu begrenzen aktiv beschreitet, wird dauerhaft Bestand haben (und gewählt werden). **Zu Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur** **Nummer 1 G: 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Für alle Siedlungsbereiche, auch für die vereinzelten Häuser im Aussenbereich, die noch nicht durch Windenergienutzung vorbelastet sind, sind ein Abstand von 1.000 Metern, nicht 800 Metern, festzulegen. Das ist nicht nur vor der schleichenden Aufweichung der Abstandsregelungen durch immer höherer WKAs absolut notwendig, sondern auch um wenigstens die Tolerierung von Windkraft in der Bevölkerung zu erreichen. Bayern kann das ja anscheinend. In SH sind die Menschen weniger schützenswert? Es kann darüber hinaus nicht nachvollzogen werden, warum bei einzelnen Kriterien die Verringerung von Abständen bzw. geänderte flächenhafte Abgrenzung gegenüber den bisherigen vorgesehen werden. Wir Bürger kommen da nicht mit und verlieren das Vertrauen in die Politik. **Nummer 4 Z und G: Siedlungsachsen, besondere Siedlungsräume, Baugebietsgrenzen, baulich zusammenhängende Siedlungsgebiete sowie Entwicklungs- und Entlastungsorte** Der Aspekt der landschaftlichen Freihaltebereiche sollte zum Wohle der strukturgebenden Raumordnung im LEP an dieser oder einer anderen geeigneten Stelle als Kriterium aufgenommen werden. **In der Geest darf keine Freigabe der Landschaftsschutzgebiete für Windkraftanlagen erfolgen.** Besonders im Bereich Krumstedt , Süderhastedt und Eggstedt ist bereits eine deutliche Überprägung der Landschaft durch neuerrichtete und repowerte Windkraftanlagen erfolgt. Die neuen “ blauen Flächen“ verstärken die Riegelbildung und die Umzingelung besonders von Krumstedt. Die WKA rücken in bisher intakte Niederungen vor (überragt von WKA in unmittelbarer Nähe auf der Geest). **Nummer 7 G: Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung** Wie wir Bürger von Krumstedt, Eggstedt und Süderhastedt haben es bereits live erleben können. Da sind Begrifflichkeiten wie „unzumutbare“, „soll“, „in unmittelbarer räumlicher Nähe“ und „im Einzelfall“ als Kriterium in einem LEP völlig ungeeignet, um einen konkreten und hinreichenden Rahmen zu setzen. Die Beurteilung einer Umzingelungs- bzw. Umfassungssituation von Ortslagen muss nachvollziehbar sein und der Schutz von Mensch, Tier und Natur muss die oberste Priorität und Vorrangigkeit erhalten.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zu Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz **Nummer 11 G: Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und Erholung** Gebiete, die der Erholung der Bürger dienen müssen von einer Windenergienutzung freigehalten werden. **Die einzigen bisher von Windkraftanlagen freien Erholungsräume um Krumstedt, auch die Felder und Wälder Richtung Nindorf/Bargenstedt sind in den neuen “blauen Planungsflächen“ vorgesehen.** Der Bereich um Krumstedt, inklusive Aussenbereiche, die noch von WKAs frei sind, müssen als Erholungs- und Freiraumschutz erhalten bleiben. Sind sind unter diesem Kriterium als Ziel der Raumordnung darzustellen. **Nummer 13 G: Landschaftsschutzgebiete** Die **Rechtsänderung des Bundes (Wind-an-Land Gesetz) vorgesehene grundsätzliche Öffnung der Landschaftsschutzgebiete für eine Einbeziehung in die Flächenkulisse zum Ausbau der Windenergienutzung lehne ich ohne jede Einschränkung ab**. Landschaftsschutzgebiete dienen der Erhaltung und Entwicklung oder Wiederherstellung der Natur. Beeinträchtigungen des Naturhaushalts sollen beseitigt und die Leistungs- und Funktionsfähigkeit wiederhergestellt werden. Die Verordnungen untersagen bestimmte Handlungen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere das Landschaftsbild oder den Naturgenuss beeinträchtigen. **150 oder 200m hohe WKAs zerstören das Landschaftsbild so außerordentlich, dass dies kilometerweit sichtbar sind.** Der Charakter eines geschützten Gebietes, würde durch WKA (mit Zuwegung und Peripherie evtl. auch Umspannwerke) zerstört werden. Durch die Naturraumausstattung, das Landschaftsbild und der kulturhistorischen Bedeutung (u.a. Hünengräber) haben LSG’s insgesamt einen hohen Wert für das Landschaftserleben und die Erholung. Die charakteristische Landschaft aus kleinteiligen Knicklandschaften, kleinen Biotopen auf Koppeln und Wiesen, Wiesenbäche und Gräben, **prägen speziell die Landschaft in Krumstedt und Umgebung**. **In diese Regionen gehören keine Windkraftanlagen.** Die Erhaltung der Historischen Kulturlandschaften mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern gehört daher gemäß § 1 Absatz 4 Nummer 1 BNatSchG zu den Zielen des Naturschutzes. Ebenso gehört die Erhaltung historisch gewachsener Kulturlandschaften zu den Grundsätzen der Raumordnung (§ 2 Absatz 2 Nummer 5 ROG). Landschaftsschutzgebiete (LSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen nach § 26 Abs. 1 BNatSchG "ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist, wegen ihrer besonderen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bedeutung für die Erholung." Die artenschutzrechtlichen Kriterien wurden für die Neufassung des Regionalplan Wind schon erheblich zu Gunsten der Windkraft herunter gebrochen. Wir fordern die Landesregierung auf, wenigstens die Flora und Fauna in den LSG’s zuschützen. Es müssen auch Räume der Ruhe und Erholung für Natur**, Mensch** und Landschaft in Schleswig-Holstein erhalten werden und frei bleiben von technischen Großinstallationen. Erhalten Sie einzigartige Kulturlandschaften zum Schutz von Natur, Klima und Biodiversität, lassen Sie den Wäldern ihren Raum, auch angesichts des bereits vom Kreis Dithmarschen geleisteten überdurchschnittlichen Flächenbeitrags zur Windenergienutzung. Meine Forderung, **weisen Sie bei der Neuaufstellung Regionalplan Wind, die Landschaftsschutzgebiete als Tabuflächen für Windkraft aus!**	
Institution: Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Keine Abteilung ID: 2104	Sehr geehrte Damen und Herren, die **Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (Trave EE)**, als Tochtergesellschaft der Stadtwerke Lübeck und der Stadtwerke Aachen, ist als kommunaler Energieversorger, Projektentwickler und Betreiber von Windparks in Schleswig-Holstein tätig. Im Rahmen dieser Tätigkeit beplant die Trave EE aktuell das Vorranggebiet PR3_OHS_074. Die BImSchG-Genehmigungen für vier Windenergieanlagen wurden im September 2023 erteilt; der Bau startet in Q4/2024. Die Trave EE ist Inhaberin der Baugenehmigungen und wird Betreiber des Bestandswindparks sein. Die Trave EE begrüßt, auch im Namen der vertretenen Grundstückseigentümer, die Berücksichtigung des Abwägungsbereiches PR3_OHS_074 in den Gemeinden Stockelsdorf, Scharbeutz und Ratekau im Kreis Ostholstein und somit die Erweiterung eines bestehenden Vorranggebietes in den zukünftigen Planungsvorhaben des Landes als Potenzialfläche. Die zusätzlich zum ausgewiesenen Vorranggebiet angedachte Potenzialfläche ergibt das Potenzial für den Bau von zwei bis drei weiteren Windenergieanlagen. Dies ist zum ein einen der Erweiterung der Fläche bis zur K37 nach Westen als auch einem verringerten Siedlungsabstand von 800m geschuldet (hinsichtlich Siedlungsabstand s. zudem die beigefügte Stellungnahme der Trave EE zum Thema 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn/- und/oder Erholungsfunktion).	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dadurch, dass es sich bei der Potenzialfläche um eine Erweiterung eines Bestandswindparks handeln wird, ergeben sich erhebliche Vorteile. Die bestehende Infrastruktur sowie der bestehende Netzanschluss des in Q1/2026 in Betrieb gehenden Windparks ermöglichen deutliche Synergieeffekte, die eine vereinfachten Anschluss der zusätzlichen Anlagen ermöglichen und den Eingriff in die Natur minimieren. Im Rahmen des BImSchG-Genehmigungsverfahrens der Bestandsfläche haben sich keine Konflikte ergeben, die der Genehmigung entgegenstanden. Seitens der TÖBs wurden keine entgegenstehenden Belange vorgebracht. Auch die für das Verfahren durchgeführten natur- und artenschutzfachlichen Bewertungen kamen zu dem Ergebnis, dass die Fläche keine der Windenergie grundsätzlich entgegenstehende Belange aufweist. Dies ist ausführlich seitens des Gutachterbüros OECOS GmbH im Landschaftspflegerischen Begleitplan zum Vorhaben als auch im Artenschutzfachlichen Berichten aufgeführt. Deshalb ist davon auszugehen, dass auch die Erweiterung des Vorranggebietes positive Bewertung finden wird. Seitens der Anwohner als auch der betroffenen Gemeinden ist aufgrund der Vorbelastung von einer Akzeptanz der Erweiterung auszugehen. Die Trave EE geht aufgrund der aufgeführten Erläuterungen nach derzeitigem Stand davon aus, dass in diesem Bereich ein Vorrang für Windenergie durch die Landesplanung eingeräumt werden kann. Nach der Ausweisung als Vorranggebiet kann im Ergebnis eine zügige und zeitnahe Errichtung der Windkraftanlagen im Sinne der Energiewende sichergestellt werden. Die Trave EE begrüßt, auch im Namen der vertretenen Grundstückseigentümer, mit dieser Stellungnahme die Aufnahme als Potenzialfläche.	
Institution: LVB Amt Selent/Schlesen ID: M2626	Amt Selent-Schlesen für die Gemeinde Fargau-Pratjau Stellungnahme Die Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land liegt bis einschließlich 09.09.2024 öffentlich aus. Bis dahin können die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen Stellungnahmen bei der Landesplanungsbehörde einreichen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* und *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 2.3.1, 2.3.4, 3.15.1, 4.20.1, 5.1.1, 6.1.1, 7.2.3, 7.2.6, 7.2.14, 7.2.15, 7.3.5 und 7.3.7 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hierzu nimmt die Gemeinde Fargau-Pratjau wie folgt Stellung: Die Gemeinde Fargau-Pratjau, vertreten durch Ihren Bürgermeister Herrn [redacted], ist strikt gegen eine Ausweisung von Windvorrangflächen auf Ihrem Gemeindegebiet. Dies wurde im Gemeinderatssitzung am 10.07.2024 ohne Gegenstimme beschlossen. Auch müssen für angrenzende, eventuelle Flächen von Nachbargemeinden die Abstände zur Wohnbebauung auf unserem Gemeindegebiet von 800 m -1.000 m eingehalten werden. Begründung: In der Teilfortschreibung des vorangegangenen Regionalplanes sind keine Vorranggebiete für Windenergieanlagen im Gemeindegebiet der Gemeinde Fargau-Pratjau ausgewiesen. Dies war sachlich auch gut begründet. Eine Wiederaufnahme der als Potenzialfläche gekennzeichneten Flächen in unserem Gemeindegebiet und der direkten Umgebung ist für uns völlig unverständlich. An der nördlichen Gemeindegrenze Fargau-Pratjau zur Gemeinde Krumbek, Ortsteil Ratjendorf stehen bereits 4 Windkraftanlagen. Die Gemeinde hält die derzeitige Belastung mit unterschiedlichsten Immissionen für unsere Bürger in Sophienhof, Legbank und Neu-Sophienhof noch für gerade noch erträglich. Eine zusätzliche Belastung lehnen wir strikt ab. Wir fordern Mindestabstände zur Wohnbebauung von mind. 5 H oder mind. 800 m – 1.000 m. Die Gemeinde wird alle rechtlichen Mittel einsetzen, um den Schutz Ihrer Bürger zu gewährleisten. Zusätzliche Windenergieanlagen mit einer Höhe von zZt. 250 m bis zu 289 m hätten eine immense Belastung auf das Leben in unserer Gemeinde und der gesamten Umgebung. Die Gemeinde Fargau-Pratjau ist im Umland der Landeshauptstadt Kiel als Wohn- und Naherholungsgebiet für eben diese Stadt geprägt mit Ihrer einzigartigen Kulturlandschaft am Selenter See. Als eben diesem Naherholungsgebiet am Selenter See auf der einen und der Probstei mit der Nähe zur Ostsee auf der anderen Seite ist unsere Gemeinde sehr stark touristisch genutzt. Badestellen und Wanderwege für Fußgänger und Radfahrer gleichermaßen in unserer Gemeinde sind ein beliebtes Ziel für Urlauber und Naherholer. Nicht zu vergessen, dass Herrenhaus „Schloss Salzau“. Als Ausflugsziel vieler Touristen über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen auf unserem Gemeindegebiet und der direkten Umgebung würde zu einem Zielkonflikt zwischen Naherholung, Tourismus einerseits und Windenergieindustrieanlagen andererseits führen. Häufig wird auch eine gute Fernsicht auch als Fotomotiv genutzt. Windenergieanlagen mit einer Höhe von 260 m bis 289 m sind weithin sichtbar. Die	Synopse verwiesen. Zum Thema der Dimensionierung der Vogelzugrouten Die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs werden auf Basis erfasster Bewegungsdaten festgelegt. Die räumliche Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs geben dabei nicht die gesamte biologische Dimension des Vogelzuges wieder, sondern konzentrieren sich auf die nach aktuellem Kenntnisstand potenziell besonders konfliktträchtigen Bereiche. Nicht alle Vogelzugwege sind als Konfliktbereiche im Rahmen der Windkraftplanung anzusehen oder lassen sich im Raum abgrenzen. Andere Bereiche, die durch Breitfrontenzug geprägt sind und/oder in denen Vogelzug auf breiterer Front und vielfach in Höhen stattfindet, die durch die Windenergienutzung nicht betroffen sind, wurden nicht bei dem Vogelzugkriterium berücksichtigt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fernwirkung auch oder gerade auf das Schloss Salzau dürfte auch unter Denkmalschutz Aspekten unzulässig sein. Außerdem beabsichtigt die Gemeinde Fargau-Pratjau eine Außenbereichssatzung gem. § 35 (6) BauGB für den Ortsteil Neu-Sophienhof aufzustellen. Dies geschieht, um die Attraktivität der Siedlung zu erhalten und klare und verlässliche bauplanungsrechtliche Zulässigkeitsgrundlagen zu schaffen. Mit der Aufstellung der Satzung § 35 (6) BauGB geht eine Planverfestigung der Wohnsiedlung Neu Sophienhof einher, im Sinne des Entwurfs der LEP-Fortschreibung 2024, Kapitel 4.5.1 Grundsatz: Umgebungsbereich um planverfestigte Siedlungsflächen im Außenbereich. Bei planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen, die nicht an die Siedlungs–Bereiche angrenzen und gemäß § 35 BauGB eingestuft sind, soll geprüft werden, ob im Einzelfall ein Umgebungsbereich wie in 1 Z zugrunde gelegt werden kann. Naturschutzfachliche Betrachtung: In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist unter anderem aufgeführt, dass um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll. Bezogen auf den Seeadler sind hier 2.000 m aufgeführt. In der Abwägung kann jedoch geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist, wenn in dem Abstandsradius bereits raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet wurden. Bei diesen Dimensionen von Windkraftanlagen und einer Höhe von z.Zt. 250 m bis 289 m, kann davon ausgegangen werden, dass eine unmittelbare Tötungsgefahr für den Seeadler besteht. Zum Schutz der Seeadler sollte der Radius um einen Seeadlerhorst grundsätzlich 2.000 m betragen, eine Prüfung und Abwägung sollte innerhalb dieses Radius nicht möglich sein. Folgendes, aktuelles Zitat der Projektgruppe Seeadlerschutz: „ Hierhin hat die Projektgruppe Seeadlerschutz das zuständige Innenministerium aufgefordert, die Abgrenzung des Seeadler-Dichtezentrums aufgrund der vorliegenden fachlichen Kriterien zu erweitern. Das Seeadlerrevier bei Bendfeld ist seit 2017 dauerhaft besetzt und wurde bei der Abgrenzung nicht berücksichtigt! Nach § 44 BNatSchG ist das Töten besonders geschützter Tierarten, darunter Seeadler, Rotmilan und Schwarzstorch, verboten. Dieses Tötungsverbot ist bei allen Vorhaben, die zu entsprechenden Gefährdungssituationen führen können, zu beachten. Für WKA gilt dementsprechend, dass im Zuge d er Planung nur Standorte festgelegt werden dürfen, die eine Kollision besagter (und anderer) Arten aller Wahrscheinlichkeit nach ausschließen. Angesichts dessen hält die Projektgruppe die Umsetzung nachfolgender Vorschläge für notwendig:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Erweiterung des bereits vorgesehenen Seeadlerdichtezentrums im Nordwesten, d .h. Schließen der in der Probstei / Kreis Plön bestehenden Lücke (die Seeadlerreviere Bendfeld und Barsbek sind mit einem entsprechenden Radius einzubeziehen). • Freihalten aller potenziellen Beeinträchtigungsbereiche um die Nistplätze von Seeadler, Rotmilan und Schwarzstorch.“ Zitat Ende. Auch sind die Vogelzugruten völlig unzureichend bemessen. Auf unserem Gemeindegebiet rasten viel der Zugvogelarten auf ihrem Weg im Herbst in den Süden und im Frühling zurück. Andere, heimische oder heimisch gewordene Arten Leben dauerhaft bei uns. Dies belegen unzählige, fotografisch festgehaltene Sichtungen und 2 Monitoring-Berichte unseres Bürgermeisters Herrn [redacted] aus den Jahren 2014-2016. Dort wurden seinerzeit die unterschiedlichen Großvogelarten dokumentiert. Diese Dokumentationen wurden auch seitens der Kreisverwaltung Plön bestätigt und haben unter anderem in der damaligen Stellungnahme des Kreises Plön eine eindeutige Unzulässigkeit von WKA auf unserem Gebiet geführt. Infrastruktur, Kosten: Ein weiterer Kritikpunkt für Windenergieindustrieanlagen ist die Infrastruktur. Windenergieanlagen müssen in Schleswig-Holstein immer häufiger abgeschaltet werden, weil der produzierte Strom nicht mehr ins Stromnetz eingespeist oder signifikant gespeichert werden kann. Bis Umspannwerke ausgebaut und Leitungen gebaut sind, wird es noch viele Jahre dauern. Windenergieanlagen sollten, wenn überhaupt, erst dann gebaut werden, wenn es auch möglich ist, den produzierten Strom dauerhaft abzunehmen, weiterzuleiten und zu speichern. Die Politik hat sich in diesem Fall offensichtlich anders entschieden und die Betreiber der Windenergieanlagen bekommen den produzierten Strom bezahlt, auch wenn er gar nicht in das Netz eingespeist werden kann. Das kostet allein den Stromzahler in Schleswig-Holstein viele Milliarden Euro. Die Spurplattenwege sowie die unbefestigten Wege, die genutzt werden müssen, um Windenergieanlagen überhaupt bauen zu können, sind für den Schwerlastverkehr völlig ungeeignet und aktuell schon kaum noch befahrbar. Sie müssten also ausgebaut werden, was zu einer Weiteren nicht gewollten Versiegelung im Außenbereich und sogar im Landschaftsschutzgebiet führt. Ein Rückbau dieser Wegeflächen kann erst nach Ablauf der Gesamtlaufzeit der Windenergieanlagen erfolgen, weil aus Wartungsgründen und für den Ersatzteilaustausch immer wieder Schwerlastverkehr auf diesen Wegen erfolgen muss. Auch sind die Dimensionen für den eigentlichen Bau der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	WKA gigantisch. Bis zu 6.000 m3 Stahlbeton pro Anlage versiegeln den Boden für immer. Tausende von LKW würden über Jahre zu einer schweren Belastung unserer dicht aneinander liegender Dörfer und Gemeinden führen, dies ist unzumutbar für die Bürger der betroffenen Gemeinden. Ganz zu schweigen von den fernbleibenden Touristen während der jahrelangen Bautätigkeit und der jetzt schon schlechte Zustand unseres Kreises und Gemeindestraßen würde sich weiter massiv verschlechtern. Die Gemeinde Fargau- Pratjau Der Bürgermeister Anlagen -Stellungnahme Planungsbüro BCS -Monitoring Vogelwelt Neu-Sophienhof 1 + 2 -aktuelles Bildmaterial Groß und Zugvögel	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2103	Zum 1. Entwurf zur Teilaufstellung des Landesentwicklungsplans - Fortschreibung 2021, Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land möchte ich folgende Stellungnahme einreichen: <u>Zu Grundsätze und Ziele der Raumordnung; 2 Z (Seite 2) und zu B zu 2 Z (Seite 9):</u> Nicht vom Ausschluss außerhalb der Vorranggebiete sollen je 2 Kleinwindanlagen bzw. Einzelanlagen bis zu einer Höhe von 70 m betroffen sein, allerdings nur in Zusammenhang mit einem privilegierten Betrieb nach § 35 BauGB. Es wird vorgeschlagen: Die Nutzung von Klein- WEA und Einzelanlagen bis 70m Höhe auch zur Energiegewinnung für die kommunale Wärmeversorgung außerhalb der zukünftigen Vorranggebiete zu erlauben. Begründung: Für die große Anzahl kleinerer Gemeinden im Land könnte die Nutzung von (eigenem) Strom aus Windkraft zur Wärmeerzeugung eine sinnvolle Alternative darstellen. <u>Zu 4.5.1.2, 13 G (Seite 36) und zu B zu 13 (Seite 49):</u>	Zum Vorschlag, Kleinwindkraftanlagen und Einzelanlagen bis 70 m Höhe für gewerbliche Betriebe zu ermöglichen: Dies würde zu einer zusätzlichen Landschaftsbelastung durch WEA führen, die bei einer Höhe von 70 m vielfach schon eine dominante Raumwirkung haben würden. Der Konzentrationsgedanke der Planung wäre damit deutlich geschwächt. Der Anregung wird daher nicht gefolgt. Zu WEA in Landschaftsschutzgebieten: Zutreffend ist, dass § 26 Abs. 3 BNatSchG auch eine Regelung enthält, die die Errichtung von WEA in Landschaftsschutzgebieten, aber außerhalb von Windgebieten ermöglicht. Sie gilt bis zur Erreichung des Flächenbeitragswertes. Diese Regelung setzt aber geltende Regionalpläne mit Konzentrationswirkung nicht außer Kraft. Solche Pläne liegen in den Planungsräumen II und III noch vor. Dort gilt weiterhin das Ziel der Raumordnung, dass WEA außerhalb von Vorranggebieten unzulässig sind.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nach diesen Erläuterungen sollen wohl nur Vorranggebiete in Landschaftsschutzgebieten nach Abwägung in „vorhandenen“ Windenergiegebieten nach § 2 Nummer 1 WindBG ausgewiesen werden. Nach § 26 (3) BNatSchG sind aber unter bestimmten Bedingungen auch Ausweisungen im LSG außerhalb von Windenergiegebieten möglich. Aus meiner Sicht wäre eine Klarstellung, dass in der Planungsrunde zur Fortschreibung der Regionalpläne eine solche „Eignungsprüfung“ nicht vorgesehen ist, wünschenswert. Zu 4.5.1.5, 1 G (Seite 95) und B zu 1 (Seite 96): Zum Belang Denkmalschutz scheint das Plankonzept unverändert aus der Teilfortschreibung 2021 übernommen worden zu sein. Ich erlaube mir den Vorschlag zu den „Umgebungsbereichen“, in denen die Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege vor Ausweisung von Vorranggebieten stattfinden soll. Einzufügen wäre: **3 km um Sachgesamtheiten** Begründung: In der letzten Planungsrunde schien es so, als ob die (ziemlich zeitgleich erfolgte Einführung der neuen Denkmalkategorie) „Sachgesamtheit“ erst im Laufe der Vorbereitung des Planverfahrens dem Kriterium „5 km um bedeutsame Stadtsilhouetten oder Ortsbilder“ hinzugefügt wurde, und zwar so: „sowie Sachgesamtheiten“. In die Abwägungstabelle fand der Begriff Sachgesamtheit bis zum Schluss der Planung keinen Eingang und wurde nach unseren Erfahrungen nachweislich in einigen Fällen bei der Abwägung nicht berücksichtigt.	Denkmalschutz: Die Belange des Denkmalschutzes werden durch die Festlegung des gleichnamigen Kriteriums in Form eines Grundsatzes der Raumordnung gewürdigt und finden in der Flächenabwägung auf Ebene der Regionalplanung Berücksichtigung. Die Betroffenheit von Denkmalen ist sehr individuell und von vielen Umgebungsfaktoren abhängig, weshalb auf pauschale Abstandsfestlegungen verzichtet wird. In der Abstimmung mit den zuständigen Denkmalschutzbehörden werden gleichwohl auch die genannten Sachgesamtheiten berücksichtigt. Aus diesem Grund erfolgt keine Änderung der Begründung.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2102	Wir die Firma [redacted] sind seit über 70 Jahren und in 4. Generation am Standort 25704 Nindorf (bei Meldorf) an der Westküste Schleswig Holsteins tätig. Wir betreiben aktuell 6 Kieswerke [redacted]. Die Nachfrage nach Rohstoffen für den Hoch- und Tiefbau ist an der Westküste seit Jahren ununterbrochen hoch. Dies führt mehr und mehr zu einer	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.1.3 und 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	deutlichen Zuspitzung der Rohstoffknappheit, Verschlechterung der Versorgungsicherheit und zu verlängerten Transportwegen. Wir, die Firma [redacted] sehen es als unsere Aufgabe an zu einer sicheren, kostengünstigen und ausreichenden Rohstoffversorgung in unser Region beizutragen. Grundsätzlich stehen wir der Energiewende und dem damit verbundenen Netz-, Wind- und Solarausbau sowie allen damit verbundenen Tätigkeiten positiv gegenüber. Selber haben wir mehrere ausgebeutete und stillgelegte Kieswerke, in denen Solarparks entstanden sind. So befürworten wir in gleicher Weise auch den Ausbau der Windenergie, und zwar nachgelagert zur Rohstoffgewinnung. Wir halten die Berücksichtigung der Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe für unbedingt notwendig, wichtig und richtig. Bekanntlich ist die Westküste und speziell Dithmarschen, was die Rohstoffvorkommen betrifft, dünn ausgestattet. (Die Karte der oberflächennahmen Rohstoffe ist unter dem Fachbeitrag Rohstoffe einzusehen. https://www.schleswig-holstein.de/mm/downloads/LFU/Geologie/Fachbeitrag_Rohstoffe_Karte_2023.pdf) Die vorhandenen Lagerstätten sind bereits zum größten Teil ausgebeutet; Erweiterungen oder Neuerschließungen an den wenigen, verbliebenen Lagerstätten werden schwieriger und weniger. Grund hierfür ist u.a. auch die große Flächenkonkurrenz: Landwirtschaft, Wind, Solar, Infrastrukturprojekte im Bereich Verkehr sowie der Ausbau des Stromnetzes und der Umspannwerke. Dithmarschen und die Westküste erwartet in den kommenden Jahren weitere, umfangreiche Infrastruktur Projekte. Hiermit ist nicht nur Northvolt selber, sondern auch alle damit verbundenen Folgeprojekte gemeint. Es ist jetzt schon so, dass der Großteil der Sand, Kies und Tragschichten für den unmittelbaren Bau von Northvolt selber nicht aus dem Kreisgebiet Dithmarschen kommen, da nicht vorhanden. Weiter wird mit der Ansiedlung von zahlreichen Zulieferern, Wohnungsbauprojekten, Infrastrukturprojekten wie Leitungsbau für Ver- und Entsorgung sowie dem Netzausbau für Northvolt gerechnet. Aber auch unabhängig von Northvolt stehen weitere große Projekte an der Westküste an, die die sichere und zuverlässige Versorgung von den Rohstoffen Sand und Kies benötigen; der Ausbau der B5 bis Bredstedt, der Aus- und Neubau der Stromtrasse Westlink, der Wege- und Fundamentbau für den Ausbau der Windenergie	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sowie zahlreiche kleinere Straßen- und Hochbauprojekte. **Für all diese Vorhaben ist der Kiesabbau unabdingbar wichtig und notwendig und aus diesem Grund unbedingt vorrangig zu berücksichtigen.** **Den Absatz über Vorbehaltsgebiete 4.5.1.4, 5 Z Vorbehalt für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe unterstützen wir ausdrücklich.** Speziell auf das Projekt der [redacted] (geplanter Windpark liegt teilweise im Kiesvorbehaltsgebiet Kategorie A südlich von Albersdorf) bezogen möchten wir folgende Stellungnahme abgeben: Die Firma [redacted] ist bereits in Abstimmung mit der [redacted] getreten, um eine Vereinbarkeit von aktivem Kiesabbau und Windenergie möglich zu machen. Stand September 2024 gibt es eine für uns und der [redacted] akzeptable Standortplanung. Diese sieht vor, den Windpark und den Kiesabbau in direkter Nachbarschaft gemeinsam umzusetzen. Ausstehend ist die naturfachrechtliche Vereinbarkeit der beiden Projekte, hier sind wir ebenfalls in Kontakt mit der UNB Dithmarschen. Die genehmigungstechnische Vereinbarkeit vorausgesetzt, stimmen wir einer doppel- bzw. gemeinsamen Nutzung der Flächen zu.	
Institution: Blanke Meier Evers Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB, Keine Abteilung ID: 2101	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegend übersenden wir Ihnen unsere Stellungnahme mit der Bitte um Beachtung. Mit freundlichen Grüßen Beteiligung hinsichtlich der Teilfortschreibung zum Thema „Windener-gie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fort-schreibung 2021 - 1. Entwurf Juni 2024 Unser Zeichen: [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Eine fehlerhafte Abwägung bei der Festlegung des Ziels der Freihaltung europäischer Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche ist nicht erkennbar. Die Landesplanung hat sich bewusst dafür entschieden, die Gebiete aus den genannten Gründen freizuhalten und nicht der Einzelentscheidung auf der Zulassungsebene zu überlassen. Es wird auf Ziffer 4.1 der allgemeinen Synopse und auf die Begründung zu diesem Ziel verwiesen. § 245e Abs. 1 BauGB hält die Ausschlusswirkung des § 35 Abs.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wir vertreten die rechtlichen Interessen der Mandantin, [redacted], unter Hinweis auf die beigefügte Vollmacht. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit der Teilfortschreibung zumThema „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - 1. Entwurf Juni 2024, erlauben wir uns na-mens und im Auftrage unserer Mandantin folgende Stellungnahmein tatsächlicher (1.) und rechtlicher (II.) Hinsicht: Unsere Mandantin beabsichtigt, die nachstehend dargestellte Errichtung und den Betrieb von sieben Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von 200 Metern in den Gemeinden Sarlhusen, Willenscharen und Fitzbek im Kreis Steinburg. Die Fläche war bereits im Zuge der Aufstellung der Regionalplanung für den Planungsraum III als Potenzialfläche PR 3_STE_025 ermittelt worden. Wenige 100 Meter nördlich der nördlichsten geplanten Windenergieanlagen befindet sich das Vogelschutzgebiet (DE 1924-401) ,,Wälder im Aukrug". Vor diesem Hintergrund würde das aktuell in den Planunterlagen festgelegte planerische Ziel „Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche" die Genehmigung und Umsetzung des Windparkprojekts unserer Mandantin ausschließen. Grund ist, dass Windenergieanlagen im 1000-Meter-Umgebungsbereich um ein europäisches Vogelschutzgebiet liegen. Diesbezüglich heißt es auf S. 52 der Anlage 1 zu § 1 der LEP WindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land: ,,Im Umgebungsbereich von 1000 m um EU-VSG sind die Ausweisungen von Windenergiegebieten und die Errichtung von raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen." II. Insgesamt ist zu konstatieren, dass die Planunterlagen den Anforderungen an das Abwägungsgebot auch zulasten unserer Mandantin nicht ansatzweise gerecht werden (1.). Ferner ist zu beachten, dass beim Wirksamwerden der Planunterlagen als Landesentwicklungsplan dieser aufgrund der Fortgeltung des Regionalplanes III für die Flächen unserer Mandantin als Lex specialis gesperrt wäre (2.). Zuguterletzt würde er auch bei gleichzeitiger Geltung mit dem Regionalplan III aufgrund der mangelnden Berücksichtigung von dessen Zielen, Grundsätzen und sonstigen Erfordernissen gegen § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ROG verstoßen (3.). Grundsätzlich ist das Konzept des LEP eine unzulässige Verhinderungsplanung, denn es geht nicht um die Steuerung und Konzentration von Standorten der Windenergienutzung, sondern es werden allein negative Kriterien als Ziele der Raumordnung bestimmt. Es geht nur um eine	3 S. 3 BauGB von Bestandsplanungen übergangsweise aufrecht. Die bisher in einem Plangebiet gültigen Bestimmungen für die Zulässigkeit von Windenergievorhaben finden weiter Anwendung , um den Planungsträgern eine ungestörte Neuplanung nach den Vorgaben des WindBG zu ermöglichen und einen geordneten Übergang auf die neue Rechtslage sicherzustellen. Insbesondere liegt daher auch kein Verstoß gegen § 4 Abs. 1 ROG vor. Im Übrigen wird im Übrigen auf die allgemeine Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verhinderung der Windenergienutzung, positive Festlegung von Flächen für die Windenergie enthält der Plan nicht, das ist unzulässig (Gierke/Blessing, in: Brügelmann BauGB, Losebls. Stand: März 2018, § 1 Rz. 331). Zudem wäre selbst und sogar eine konzentrierende Planung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB durch Ziele der Raumordnung zeitlich nach dem 1. Februar 2023 ausgeschlossen, vgl. § 245e Abs.1 Satz 1 BauGB. Das zeigt, dass die mit dem LEP verbundene Absicht des weiträumigen Ausschlusses der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein - erst recht - unzulässig ist. Im Einzelnen: 1. Abwägungsfehler hinsichtlich der Festlegung des Ziels der Freihaltung europäischer Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche Bei der Aufstellung der Raumordnungspläne sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen, § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG. Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums, die vom Träger der Raumordnung abschließend in textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen abgewogen werden müssen, § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG. Abzuwägen sind alle privaten Belange, die „nach Lage der Dinge" in die Abwägung eingestellt werden müssen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.11.1979 - 4 N 1. 78, VerwRspr 1980, 678 (683)). Das notwendige Abwägungsmaterial ist in seiner Tendenz eher weit als eng; dennoch kann der Plangeber nicht „alles" berücksichtigen müssen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.11.1979 - 4 N 1.78, VerwRspr 1980, 678 (684)). Geringwertige, nicht schutzwürdige und nicht erkennbare Belange kann der Plangeber in seiner Abwägungsentscheidung unberücksichtigt lassen (BVerwG,Beschl. v. 9. 11. 1979 - 4 N 1. 78, VerwRspr 1980, 678 (685)). Desto konkreter raumordnungsrechtliche Festlegungen sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind (OVG Münster, Urt. v. 16.02.2024 - 22 D 150/22.AK, BeckRS 2024, 5777, Rz. 218). Festlegungen mit Zielqualitäten müssen nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 abschließend abgewogen sein. Zwar muss die raumordnerische Abwägung regelmäßig keine erschöpfende Abwägung sein. Das Gebot der planerischen Konfliktbewältigung verlangt aber u.a., lösbare Konflikte nicht in nachfolgende Planungsstufen hineinzutragen (Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG,§ 7 Rz. 41). Soweit jedoch Ziele der Raumordnung abschließend entschieden werden, muss dem eine umfassende Abwägung im Sinne der Ermittlung und Bewertung der bewirkten öffentlichen und privaten Belange	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	vorausgegangen sein. Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an der Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind (Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, § 7 Rz. 42 m.w.N.). Indem der Landesentwicklungsplan die Freihaltung europäischer Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche zum Ziel der Raumordnung erklärt, wird den nächstgeordneten Planungs-und Zulassungsbehörden jedwede Abwägungsmöglichkeit genommen. Die Festlegung als Ziel hat insbesondere zur Folge, dass keine Windenergieanlage im Geltungsbereich des Kriteriums genehmigt werden kann, weil ein Verstoß gegen die Ziele der Raumordnung vorläge, § 35 Abs. 3 Satz 2 BauGB. Da den Planungs- und Zulassungsbehörden kein Abwägungsspielraum bleibt und im Verhältnis zur Fläche des Landes erhebliche Flächenteile ausgeschlossen werden, müsste sich die Abwägung durch die Landesplanungsbehörde kleinteilig und detailliert mit den betroffenen Belangen, insbesondere mit den verschiedenen privaten wie öffentlichen Belangen im Zusammenhang mit der Windenergie auseinandersetzen. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich die Festlegung der Freihaltung europäischer Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche durch eine Vielzahl von Abwägungsfehlern auf Grundlage der Planunterlagen aus. **a) Abwägungsdefizite** Zunächst einmal ist festzustellen, dass die öffentlichen wie auch privaten Belange im Zusammenhang mit Errichtung bzw. der erstmaligen Nutzung der Windenergienutzung in den betroffenen Bereichen als relevante Belange nach § 2 Abs. 2 Nr. 1, Nr. 3 und Nr. 4 ROG ihren Weg nicht in die Abwägung gefunden haben bzw. nicht als Grundlage der Abwägung ermittelt worden sind. So werden insbesondere die betroffenen privaten Belange in Bezug auf die *erstmalige* Errichtung und Nutzung von Windenergieanlagen und die Versorgung mit regenerativen Energien im Zusammenhang mit der Festlegung mit keinem Wort im Rahmen der Begründung des Plantextes auf S. 60 - 61 erwähnt. Erwähnt werden ausschließlich *„Bestands-WEA".* Die relevanten privaten wie öffentlichen Belange im Zusammenhang mit der erstmaligen Nutzung von Windenergieanlagen in den betroffenen Bereichen, wie nicht zuletzt die privaten Belange unserer Mandantin, werden wiederum mit keinem Wort erwähnt. Darüber hinaus heißt es auf S. 60 - 61 des Plantextes hinsichtlich der Begründung des Umgebungsschutzes:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	„Bei fast allen EU-VSG sind die in den Erhaltungszielen genannten Vogelarten auch auf die Nutzung des Umgebungsbereiches, vor allem als Nahrungshabitate, angewiesen. Das betrifft z. B. Großvogelarten wie Seeadler, Rotmilan und Schwarzstorch, die in Waldgebieten brüten, aber auf die umgehenden, nicht als Vogelschutzgebiete ausgewiesenen Bereiche als Nahrungshabitate angewiesen sind und dabei mit WEA kollidieren können." Allerdings findet man im Weiteren keine Ausführungen dazu, ob auch bei dem hier einschlägigem EU-Vogelschutzgebiet „Wälder im Aukrug" relevante Vogelarten konkret auf außerhalb der als Vogelschutzgebiet ausgewiesenen Bereiche auf Nahrungshabitate angewiesen sind (und dort mit WEA kollidieren können). Ferner sprechen die Erhaltungsziele für das Vogelschutzgebiet „Wälder im Aukrug" keinesfalls dafür, dass auch Flächen *außerhalb* des geschützten Vogelschutzgebietes aufgrund der im Gebiet vorkommenden Arten und ihrer Besonderheiten, insbesondere als Nahrungshabitate, einen besonderen Schutz erfordern. Vielmehr heißt es hinsichtlich der übergreifenden Ziele als Erhaltungsziele: *,,Zum Schutz der im Gebiet vorkommenden Großvogelarten sind Räume im Umfeld der Bruthabitate, die weitgehend frei von vertikalen Fremdstrukturen, wie z. B. Stromleitungen und Windkrafträdern, sind, zu erhalten."* **S. 1, Anlage 1** Das übergreifende Ziel ist also die *„Räume im Umfeld der Bruthabitate"* zum Schutz der im Gebiet vorkommenden und brütenden Großvogelarten und keine Flächen außerhalb dieses Gebietes zu schützen. Jene Räume im Umfeld der Bruthabitate entsprechen exakt dem Schutzgebiet. Der Schutzzweck ist also aufgrund der dort vorhandenen Bruthabitate und deren Umfeld explizit auf das unter Schutz gestellte Gebiet beschränkt. Dementsprechend bezweckt das Vogelschutzgebiet auch konkret die Erhaltung *„der traditionell genutzten Horsträume und der bestehenden Habitatstrukturen im direkten Umfeld (Seeadler, Schwarzstorch, Rotmilan und Wespenbussard) und geeignete Horsträume, insbesondere alter, starkastiger Eichen (Schwarzstorch) und Buchen (Seeadler, Wespenbussard)".* **S. 2, Anlage 1** Bei genauem Betrachten der Ziele des Vogelschutzgebietes ist an keiner Stelle zu erkennen, dass auch Umgebungsbereiche um das Vogelschutzgebiet vom Schutzzweck	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erfasst sein sollen. Im Gegenteil wird bei genauer Betrachtung der Erhaltungsziele deutlich, dass ausschließlich der Schutz der direkten Umgebung der Bruthabitate der relevanten Arten vom Schutzzweck erfasst sein soll. Bezeichnenderweise wird im Rahmen des Plantextes quasi eingeräumt, dass ja nur bei *,,fast allen"* EU-Vogelschutzgebieten die in Erhaltungszielen genannten Vogelarten auf die Nutzung des Umgebungsbereiches angewiesen sind. Im konkreten Fall hinsichtlich des Vogelschutzgebietes „Wälder im Aukrug" scheint eine entsprechende Angewiesenheit für die relevanten Arten jedoch nicht vorzuliegen. Dementsprechend liegt ein Abwägungsdefizit vor. Denn ermittelt ist dieses Bedürfnis im konkreten Fall nicht. Ebenfalls abwägungsfehlerhaft nicht der Abwägung zu Grunde gelegt wurde die relevante Tatsache, dass der betroffene Außenbereich bereits durch nicht wenige hohe baulichen Anlagen insbesondere durch Silos und den Fernmeldeturm in Hennstedt vorgeprägt ist. **b) Abwägungsüberschreitung** Vor dem zuvor dargestellten Hintergrund, dass ein Bedürfnis für den Schutz der Umgebungsbereiche des Vogelschutzgebietes „Wälder im Aukrug" nicht ermittelt worden ist bzw. einfach pauschal behauptet worden ist, stellt die Festlegung des Umgebungsschutzes auch eine sachfremde Erwägung dar, die eine Abwägungsüberschreitung zur Folge hat. Denn die Erwägung, dass bei „fast allen" europäischen Vogelschutzgebieten die in den Erhaltungszielen genannten Vogelarten auf die Nutzung des Umgebungsbereiches angewiesen sind, ist im konkreten Fall nicht tragbar und somit sachfremd. Angesichts dieser Ungereimtheiten muss einstweilen davon ausgegangen werden, dass planfremde Ziele oder Belange herangezogen worden sind. **c) Abwägungsfehleinschätzung** Doch selbst wenn die relevanten öffentlichen und privaten Belange im Zusammenhang mit der Windenergie ihren Weg in die Abwägung gefunden hätte und keine planfremden Ziele oder Belange herangezogen worden wären, würde sich das Ergebnis der Abwägung durch eine Abwägungsfehleinschätzung auszeichnen. Grund ist, dass das Gewicht insbesondere des öffentlichen Belangs der Errichtung und des Betriebs von Windenergieanlagen bereits abstrakt falsch eingeschätzt worden ist. So bewertet § 2 Satz 1 EEG die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen als überragendes öffentliches Interesse. Dieses Optimierungsgebot wäre bei einer entsprechenden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abwägung nicht berücksichtigt worden, sodass selbst eine unterstellte Abwägung abwägungsfehlerhaft wäre. **d) Abwägungsdisproportionalität** Selbst wenn man annehmen würde, dass die privaten wie öffentlichen privaten Belange im Zusammenhang mit der erstmaligen Errichtung und Nutzung der Windenergieerzeugung auf den relevanten Flächen der Abwägung zugeführt worden sind, keine planfremden Ziele und Belange herangezogen und auch§ 2 Satz 1 EEG im Rahmen der Abwägung ausreichend Rechnung getragen worden wäre, wäre das Abwägungsergebnis aufgrund einer Abwägungsdisproportionalität abwägungsfehlerhaft. Denn das Abwägungsergebnis hat keinesfalls zwischen den verschiedenen Belangen einen angemessenen Ausgleich hergestellt und würde gegen das Übermaßverbot verstoßen. Grund ist, dass das formierte Ziel eine Windenergienutzung in den betroffenen Flächen in der Umgebung von Vogelschutzgebieten kategorisch ausgeschlossen wird. Lediglich im Bereich von Bestands-WEA kann auf Basis einer FFH-Verträglichkeitsprüfung ermittelt werden, ob die Ausweisung eines Windenergiegebietes möglich ist. Dieses Ergebnis der Abwägung ist jedoch mit den subjektiven und öffentlichen Belangen hinsichtlich der erstmaligen Errichtung und Nutzung von Windenergieanlagen und ihrer Bedeutung aufgrund von § 2 Abs. 1 EEG nicht in Einklang zu bringen. **2. Geltung der Planung nach** § **35 Abs. 3 Satz 3 BauGB in Form des Regionalplanes** III **als** **lex specialis und Sperrung der Planung nach** § **35 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB in** **Form des zukünftigen LEP** Durch die Fortgeltung nach § 245e Abs. 1 Satz 1 BauGB der derzeit vorhandenen schleswigholsteinischen Regionalpläne „Windenergie an Land" als die Windenergie steuernde Planung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB würden diese lex specialis gegenüber dem zukünftigen LEP und seinen Zielen der Raumordnung nach § 35 Abs. 3 Satz 2 Hs. 1 BauGB darstellen. Demensprechend werden die der Windenergienutzung entgegenstehende Ziele und Grundsätze der Raumordnung des LEP solange verdrängt, wie in einem räumlichen Bereich wie dem einschlägigem weiterhin ein Regionalplan wie hier Regionalplan III gilt. Hier würde das ursprüngliche Planungskonzept durch den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungsträger selbst „durchgreifend in Zweifel gezogen" gezogen werden (vgl. OVG Lüneburg, Beschl. v. 21.05.2024 - 12 LA 156/22, juris Rz. 38). Nach der Rechtsprechung ist eine Festlegung von Ausschlussflächen durch Negativziele der Raumordnung i. V. m. § 35 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB schon deshalb nicht möglich, weil die Spezialität des§ 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB hinsichtlich der Festlegung von Ausschlussflächen für die Windenergienutzung nicht umgangen werden darf. Negative Ziele der Raumordnung, die mit positiven Standortzuweisungen an anderer Stelle nicht durch das gesamträumliche Planungskonzept einer Konzentrationsflächenplanung verbunden sind, lassen sich als eine räumlich begrenzte Verhinderungsplanung werten, die im Hinblick auf die Spezialität des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB im Verhältnis zu § 35 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB unzulässig ist (OVG Lüneburg, Urt. v. 12.04.2021 -12 KN 159/18, juris Rz. 109 m.w.N.). Der lex specialis-Charakter des§ 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB beruht auf dem gesetzgeberischen Willen, eine Konzentrationsflächenplanung nicht als ausschließlich negativ wirkende Verhinderungsplanung zuzulassen, sondern nur auf der Grundlage eines schlüssigen (gesamträumlichen) Planungskonzepts, in welchem einerseits positiv geeignete Standorte für die Windenergienutzung festgelegt und andererseits ungeeignete Standorte im übrigen Planungsgebiet ausgeschlossen werden. Ein Planungskonzept, nach dem nicht nur ein zeitliches Zusammenfallen der Festlegung von Flächen stattfindet, auf denen nach den Vorstellungen des Plangebers aus mehr oder minder zwingenden Gründen eine Windenergienutzung zulässig bzw. unzulässig sein soll (OVG Lüneburg, Urt. v. 12.04.2021 -12 KN 159/18, juris Rz. 110). Auch nach dem Bundesverwaltungsgericht haben sich hierbei positive und negative Festlegung zwingend wechselseitig zu bedingen (BVerwG, Urt. v. 17.12.2002 -4 C 15/01, juris). Dieses im Rahmen der Fortgeltung des Regionalplanes III verfolgte Planungskonzept unter wechselseitig einander bedingten positiven wie negativen Festlegungen würde bei mangelnder Spezialität und Sperrwirkung des zukünftigen Regionalplanes durch die Ausschlusskriterien des LEP im Hinblick auf die Windkraftnutzung torpediert. **3. Verstoß gegen § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 ROG** Sofern man davon ausgeht, dass der fortgeltende Regionalplan 111 als Planung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB kein lex specialis gegenüber dem zukünftigem LEP darstellt, und beide Pläne gleichermaßen gelten, würde der LEP auf Grundlage der aktuellen Planunterlagen gegen § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 ROG verstoßen. Grund ist, dass die relevanten Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse des Regionalplan III im Rahmen der Planung nicht ausreichend bzw. größtenteils überhaupt nicht berücksichtigt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	worden sind. So werden ausschließlich auf S. 28 des Plantextes die *‚jeweils geltenden Regionalpläne"* der Ordnungsräume Hamburg, Lübeck und Kiel hinsichtlich der dort vorgesehen Siedlungsachsen sowie der Regionalplan für den Ordnungsraum Hamburg hinsichtlich der dort ausgewiesenen besonderen Siedlungsräume als Gegenstand der planerischen Berücksichtigung erwähnt. Vor allem der nach wie vor auch für die Flächen unserer Mandantinnen geltende Regionalplan III wird wiederum mit keinem Wort erwähnt. Demensprechend wurden auch dessen Ziele, Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung, nicht zuletzt in Form der dort ausgewiesenen Vorranggebiete für die Windenergie, nicht im Rahmen der Abwägung berücksichtigt. Sofern der Plangeber die Ziele, Grundsätze und sonstige Erfordernisse nicht zuletzt des Regionalplanes III berücksichtigt hätte, wäre auch aufgefallen, dass diese teilweise im Widerspruch zu den in den Planunterlagen ausgewiesenen Zielen stehen. Vor dem dargestellten Hintergrund gehen wir davon aus, dass die Planunterlagen entsprechend überarbeitet werden. Mit freundlichen Grüßen	
Institution: Gemeinde Panten ID: M2302	Sehr geehrte Damen und Herren, in der Anlage übersende ich die Stellungnahme der Gemeinde Panten • zur Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024 und • zu der Stellungnahme des Amtes Sandesneben-Nusse zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (Windenergie an Land), ausgearbeitet von Diplomingenieur [redacted] Freier Architekt und Stadtplaner[redacted] Falls weitergehende Informationen oder Unterlagen benötigt werden sollten, stehe ich gern zu Ihrer Verfügung.	Der Wunsch nach mehr (finanzieller) Bürgerbeteiligung zur Akzeptanzsteigerung wird zur Kenntnis genommen. Im LEP können hierzu jedoch keine Regelungen getroffen werden. Dies müsste über ein Gesetz erfolgen. Zur Forderung nach einer Änderung in einer Rotor-Out-Planung wird auf Ziffer 1.6.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Der Hinweis auf die Gemeindeöffnungsklausel wird zur Kenntnis genommen. Sie ist nicht Gegenstand dieses Planverfahrens. Ebenso werden die Hinweise zum Verbot von Höhenbegrenzungen zur Kenntnis genommen. Die Gemeinden weist auf Aussparungen in der Potenzialfläche des Windparks Mannhagen-Bälau hin. Diese kommen durch Waldparzellen zustande, die mit 300 m Abstand freigehalten werden. Die Gemeinde kommentiert einige Aspekte der Stellungnahme des Amtes Sandesneben-Nusse, in denen sie sich grundsätzlich

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] Die Gemeinde Panten begrüßt die Entscheidung der Landesregierung, den Landesentwicklungsplan (LEP) fortzuschreiben und insbesondere zusätzliche Flächen für die Windenergie auszuweisen. Planungsziel: bis Ende 2027 mindestens 3 % der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie auszuweisen und dadurch eine installierte Leistung von 15 Gigawatt bis 2030 zu ermöglichen Nach § 2 des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2023) liegen die Errichtung und der Betrieb von Windenergie-Anlagen (WEA) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Die Erzeugung erneuerbarer Energien ist als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägungen einzubringen. Das Bundesverfassungsgericht misst dem Ausbau erneuerbarer Energien Verfassungsrang bei. Aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG und aus Art. 14 Abs. 1 GG folgt die Pflicht des Staates, Leben und Gesundheit sowie das Eigentum vor den Gefahren des Klimawandels zu schützen (BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 23. März 2022, 1 BvR 1187/17, Rn. 105 mit Hinweis auf BVerfGE 157, 30 <110 ff. Rn. 143 ff.>). Dazu gehören neben Maßnahmen zur Vermeidung schwerer Folgen des tatsächlich eintretenden Klimawandels Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels durch eine Verringerung des Ausstoßes von CO2 bis hin zu einem klimaneutralen Umgang mit Energie. Zugleich dient der vermehrte Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien dem Gemeinwohlziel der Sicherung der Stromversorgung (BVerfG, a.a.O. Rn.106). Die Überarbeitung des LEP und die Ausweisung zusätzlicher Flächen für die Windenergie ist für Schleswig-Holstein zwingend und ohne jede Alternative. Schon die inzwischen rechtskräftige Aufhebung des Regionalplans PR I Windenergie erfordert die Überarbeitung des LEP. Die aktuellen Windenergie-Regionalpläne entsprechen sämtlich der Bundesgesetzgebung nicht mehr. Seit dem 1. Februar 2023 gilt das Bundesgesetz	für das Vorgehen der Landesplanung ausspricht. Dies wird zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der Hinweise zur Potenzialfläche auf dem Gemeindegebiet wird auf Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Ausführungen werden in die Abwägung zum ersten Entwurf des Regionalplanes Windenergie einbezogen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land (Windenergie-an-Land-Gesetz) mit dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG). § 3 WindBG verpflichtet die Bundesländer verbindlich, den prozentualen Anteil der Landesfläche für die Windenergie an Land entsprechend der Anlage zu § 3 Absatz 1 Flächenbeitragswerte auszuweisen. Schleswig-Holstein muss danach insgesamt 2 % der Landesfläche bis 2032, davon 1,3 % als Zwischenziel bis 2027, für Windenergie ausweisen. Die Beitragswerte sind nach dem WindBG als Rotor-Out-Flächen zu bemessen. Der Rotor einer WEA darf über die Fläche eines Windenergiegebietes hinausragen. Schleswig-Holstein hat sich davon abweichend für die Rotor-In-Vorgabe entschieden. Rotor-innerhalb-Flächen sind nach § 4 Abs.3 WindBG nur anteilig auf die Flächenbeitragswerte anzurechnen und um den einfachen Rotorradius abzüglich des Turmfußradius -bei einer Standardwindenergieanlage um 75 m- nach innen zu verkleinern. Nach dieser gesetzlich vorgegebenen Berechnungsmethode des Bundes sind in Schleswig-Holstein bislang nur knapp 1,3 % der Landesfläche ausgewiesen. Die verbindlichen Zielvorgaben der Anlage zu § 3 Absatz 1 WindBG, Flächenbeitragswerte (1,3 % bis 2027, 2 % bis 2032) würden ohne die Ausweisung zusätzlicher Flächen für die Windenergie weit verfehlt. Durch die Ausweisung von mindestens 3 % der Landesfläche soll das Flächenziel für Schleswig-Holstein aus der Anlage des WindBG auch mit der Rotor-In-Regelung erreicht werden (Begründung B zu 1 Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land, Seite 5). Die Landesregierung hat sich im Übrigen zum Ziel gesetzt, 15 Gigawatt installierte Leistung durch Windenergie an Land bis 2030 zu erreichen. Damit soll die Grundlage für eine jährliche Energieerzeugung von 30 bis 35 Terawattstunden pro Jahr bis 2030 sichergestellt werden (Koalitionsvertrag für die 20. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages (2022-2027) zwischen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (Landesverband Schleswig-Holstein) und Bündnis 90/Die Grünen (Landesverband Schleswig-Holstein), Seite 155). Durch die Ausweisung von mindestens 3 % der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete im Sinne des § 2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a) WindBG (s.o.) und aufgrund des technischen Fortschritts der WEA soll auch dieses Ziel erreicht werden (Begründung B zu 1 Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land, Seite 6). Die Fortschreibung des LEP erfolgt daher ausweislich der Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land Grundsatz 1 mit dem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungsziel in den Regionalplänen bis Ende 2027 mindestens drei Prozent der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie auszuweisen und durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie eine installierte Leistung von 15 Gigawatt bis 2030 zu ermöglichen. Dieses Planungsziel steht nicht zur Diskussion. Es muss erreicht werden. Bis die Flächenbeitragswerte erreicht sind, treten andere Schutzgüter hinter das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung von WEA zurück. Nach der Auffassung der Gemeinde Panten ist die Teilfortschreibung des LEP geeignet, dieses Ziel zu erreichen, sie ist ausgewogen und verhältnismäßig. Dringender Bedarf: Verbindliche Bestimmungen zur Bürgerbeteiligung und zur Steigerung der Akzeptanz Die Gemeinde Panten erkennt aber insbesondere für den ländlichen Raum, der für das Planungsziel intensiv gefordert ist dringenden Bedarf, verbindliche Bestimmungen zur Bürgerbeteiligung und zur Steigerung der Akzeptanz für den Bau von neuen Anlagen zu erlassen, die in anderen Bundesländern (z.B. Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern) längst umgesetzt sind. Die Bürgerbeteiligung und Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz sind hochwirksame Instrumente, das Verständnis und die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für die erforderlichen Maßnahmen zu fördern und den Windfrieden herzustellen. Die Windenergie ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Schleswig-Holstein. Die Wertschöpfung muss vor Ort in Schleswig-Holstein bleiben. Das Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2023) ermächtigt die Länder mit § 22b Abs. 6 ausdrücklich zur Gesetzgebung. Die Gemeinde Panten fordert die Landesregierung auf, von dieser Gesetzgebungskompetenz Gebrauch zu machen und die Kommunen bei der von ihnen geforderten Umsetzung des Planungsziels wirksam zu unterstützen. Bedenken: gegen die Beibehaltung der Rotor-innerhalb-Regelung. Bedenken bestehen gegen die Beibehaltung der Rotor-innerhalb-Regelung. Wertvolle Ressourcen und Flächen des knappen Gutes Boden gehen durch die Rotor-In-Regelung verloren. Auf einer gleichgroßen Fläche können durch die Rotor-innerhalb-Regelung weniger Anlagen errichtet- und dementsprechend erheblich weniger Windenergie erzeugt werden, als mit der bundesweiten Regelung, dass die Rotorblätter aus der Vorrangfläche herausragen dürfen. Für die gleiche Menge an Windenergie wird in Schleswig-Holstein eine größere Fläche benötigt, die anderen Nutzungszwecken, wie	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	z.B. dem Naturschutz entzogen wird. Der Landesgesetzgeber beabsichtigt, mit der Festsetzung einer Mindestgröße von 15 Hektar für die Ausschreibung einer Windenergiefläche eine Konzentrationswirkung. Auch diese Konzentrationswirkung wird durch die Rotor-innerhalb-Regelung geschwächt, wenn auf Windenergieflächen in Schleswig-Holstein weniger Anlagen gebaut werden dürfen. Wenn bei der Planung der für die Flächenbeitragswerte nach § 4 Abs.3 WindBG erforderlichen Windvorrangflächen der pauschale Abzugswert von 75 m der Referenzanlage zugrunde gelegt wird, könnte der tatsächlich erreichte Flächenbeitragswert erheblich geringer sein, als geplant. Die Referenzanlage ist nicht unbedingt maßgeblich für die neue Generation der WEA, die zukünftig zur Errichtung gelangen werden. Größere Anlagen, als die zugrunde gelegte Referenzanlage haben längere Rotorblätter. Wenn diese in Schleswig-Holstein nicht über die ausgeschriebene Windenergiefläche herausragen dürfen, ist der Flächenbeitragswert unter Umständen tatsächlich erheblich kleiner, als geplant. Mit der Folge, dass Schleswig-Holstein den Flächenbeitragswert tatsächlich nicht erreicht. Die in den Bundesgesetzen vorgegebenen oder empfohlenen Abstandsflächen (Beispiel: Anlage 1 zu § 45b Absatz 1 bis 5 BNatSchG) sind nach der Rotor-Out-Regelung berechnet. Sicherheiten oder Puffer durch eine Rotor-innerhalb-Regelung sind nicht erforderlich. Der Landesgesetzgeber arbeitet ohnehin mit Abstandsflächen, die größer sind, als z.B. das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Anlage 1 zu § 45b Absatz 1 bis 5, (Fundstelle des Originaltextes: BGBl. I 2022, 1365 - 1367) vorgibt. Für die kollisionsgefährdeten Brutvogelarten sind Abstände oberhalb des zentralen Prüfbereichs gewählt. Nach § 45b Abs. 3 BNatSchG ist bereits mit einem Abstand, der zwar größer als der Nahbereich-, aber geringer als der zentrale Prüfbereich ist, das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Tiere nicht signifikant erhöht, wenn es durch fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen hinreichend gemindert wird. Beispielhaft genannt sind Antikollisionssysteme, Abschaltungssysteme, oder attraktive Ausweichnahrungshabitate, welche das Risiko hinreichend mindern. Insbesondere die neuen, modernen Anlagen verfügen über diese effizienten Schutzvorrichtungen. Ausreichende Sicherheit wird bereits durch die oberhalb des zentralen Prüfbereichs gewählten Abstände erreicht. Ein zusätzlicher Sicherungspuffer durch die Beibehaltung der Rotor-innerhalb-Regelung ist nicht erforderlich und gemessen an den beschriebenen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Nachteilen unverhältnismäßig. Potentialfläche zwischen den Gemeinden Mannhagen, Alt-Mölln, Bälau, Walksfelde und Poggensee (Windpark Mannhagen-Bälau) Die von dem Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport (MIKWS) zu der Teilfortschreibung Windenergie an Land, Erster Entwurf Juni 2024 veröffentlichte Potentialflächenkarte ist für die Gemeinde Panten an zwei kleinen Stellen erläuterungsbedürftig. Sie betreffen die Potentialfläche, die zwischen den Gemeinden Mannhagen, Alt-Mölln, Bälau, Walksfelde und Poggensee ausgewiesen ist (Windpark Mannhagen-Bälau). Zwei kleinere Flächen innerhalb der ausgewiesenen Potentialfläche sind von der farblichen Kennzeichnung ausgenommen. Das Gebiet dieser Potentialfläche ist weitestgehend homogen. Für die Gemeinde Panten ist nicht erkennbar, dass eines der in der Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im LEPWindVO, Plantext, Kapitel 4.5.1 vorgesehenen Ausschlusskriterien hier erfüllt sein könnte. Der Sachverhalt ist aufzuklären. Eine weitergehende Stellungnahme der Gemeinde Panten bleibt vorbehalten. Ausschlusswirkung und Gemeindeöffnungsklausel Mit § 245e und § 249 BauGB wurde die Ausweisung von Windenergiegebieten im Zusammenhang mit dem WindBG auf eine Positivplanung umgestellt. Bis der Flächenbeitragswert im Sinne des § 3 Absatz 1 des WindBG erreicht ist, entfaltet ein Windvorranggebiet keine Ausschlusswirkung mehr für Flächen, die nicht als Vorranggebiet ausgewiesen sind. Nach § 249 Abs.5 BauGB ist der zuständige Planungsträger an Ziele der Raumordnung oder Darstellungen in Flächennutzungsplänen nicht gebunden, die der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenstehen, solange der Flächenbeitragswert nicht erreicht ist. Das erfordert in Schleswig-Holstein eine Streichung der bislang als Ziel der Raumordnung festgelegten Ausschlusswirkung. In Erfüllung dieser gesetzgeberischen Vorgabe sieht Absatz 1 G des Entwurfs der Teilfortschreibung des LEP Windenergie nur noch den Grundsatz der Raumordnung vor, dass mindestens drei Prozent der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete für Windenergie ausgewiesen werden, ohne eine Ausschlusswirkung außerhalb dieser Vorranggebiete zu formulieren. Gemeinden können zukünftig bis zum Erreichen des Flächenbeitragswertes durch eine Bauleitplanung außerhalb der als Ziele der Raumordnung nicht ausgeschlossenen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bereiche weitere Windenergiegebiete ausweisen. Die Bundesgesetzgebung eröffnet den Gemeinden neue Planungsinstrumentarien, von denen die Gemeinde Panten mit der Gemeindeöffnungsklausel gem. § 245e Absatz 5 BauGB Gebrauch machen wird. Die Gemeindeöffnungsklausel erlaubt Gemeinden, in einem Zielabweichungsverfahren ein Windenergiegebiet gemäß § 2 Nummer 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes auszuweisen, das mit einem Ziel der Raumordnung nicht vereinbar ist. Dem widerspricht nach der Auffassung der Gemeinde Panten die in der neuen Vorschrift des § 13b LaplaG vorgesehene Regelung, diese Gemeindeöffnungsklausel auf Potentialflächen einzuschränken, für die keine Ausschlusskriterien als Ziele der Raumordnung im LEP formuliert sind. Weitere Änderungen Das Bundesgesetz vorgibt Das Bundesgesetz gibt weitere Änderungen vor, die das Land Schleswig-Holstein umzusetzen hat. Nach § 4 Abs. 1 S. 5 WindBG dürfen Flächen mit Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen nicht auf die Flächenbeitragswerte der Länder angerechnet werden. Diese bundesgesetzliche Vorgabe erfüllt der Landesgesetzgeber mit einer Untersagung von Höhenbestimmungen in Windenergiegebieten in Ziffer 4 der Grundsätze und Ziele der Raumordnung 4.5.1 Windenergie an Land des Entwurfs der Teilfortschreibung des LEP Windenergie. Zutreffend erkennt der Landesgesetzgeber die Gefahr, dass Schleswig-Holstein seine gesetzlich vorgegebenen Flächenziele nicht erreicht, wenn durch Bestimmungen zur Höhe von WEA Windenergieflächen nicht für die Beitragswerte angerechnet werden. Zutreffend wertet der Landesgesetzgeber die bisherige 3H/5H-Regelung als eine indirekte Höhenbestimmung im Sinne des WindBG, sodass sie als Ziel der Raumordnung zukünftig entfällt. Anmerkungen der Gemeinde Panten zu der Stellungnahme des Amtes Sandesneben-Nusse zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (Windenergie an Land) Ausgearbeitet von Diplomingenieur Detlev Stolzenberg, Freier Architekt und Stadtplaner, St. Jürgen-Ring 34, 23564 Lübeck, Stand: 2. September 2024 Panten, 6. September 2024 Ausarbeitung: Christiane Roll	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorsitzende des Energieausschusses der Gemeinde Panten im Auftrag der Gemeindevertretung der Gemeinde Panten Die Gemeinde Panten schätzt die ausführliche, übersichtliche und gut verständliche Ausarbeitung des Planlabors Stolzenberg vom 2. September 2024. Inhaltlich kann sich die Gemeinde Panten den folgenden Ausführungen der gemeinsamen Stellungnahme des Amtes Sandesneben-Nusse zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (Windenergie an Land) nicht anschließen: 2. Grundlagen und Aufgabenstellung, Ausschlusskriterien (Ziele der Raumordnung), Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen (Grundsätze) 4.2. Siedlungsstruktur (Seite 9) Zitat: „Obwohl die Referenzanlage nunmehr von 150 m auf 200 m Höhe geändert wurde, werden die erforderlichen Abstandsflächen zu Wohngebäuden und Siedlungsflächen nicht verändert. Diese Verfahrensweise wird nicht näher begründet. Deshalb erscheint in nicht vorbelasteten Bereichen die konsequente Anwendung einer Abstandsfläche von 1.000 m angezeigt.“ Die Festsetzungen sowohl einer Referenzanlage, als auch der Abstandsflächen sind hinreichend begründet. Nach der Begründung 4.5.1. B zu 3, S. 11 ff. wurde eine Referenzanlage festgesetzt, um der Gefahr zu begegnen, dass innerhalb der Vorranggebiete Windenergie nicht ausreichend leistungsfähige WEA realisiert werden, was das Erreichen des Planungsziels erheblich gefährden könnte. Nach der Begründung 4.5.1.1 Siedlungsstruktur B zu 1 Z erfolgte für die Festsetzung der Abstandsflächen eine Abwägung des Interesses an dem Schutz der Wohnnutzung und der hinreichenden Flächenausweisung. Die Abwägung enthält keine sachfremden Erwägungen. Der pauschale Abstand von 800 Metern soll einerseits den Schutz der Wohnnutzung vor den Auswirkungen der WEA (Immissionen, visuelle Beeinträchtigungen) gewährleisten, andererseits aber eine hinreichende Flächenausweisung ermöglichen, um die bundesgesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerte gemäß WindBG für SchleswigHolstein zu erreichen. Obwohl das überragende öffentliche Interesse an dem Ausbau von WEA und dem Erreichen der Flächenbeitragswerte zu beachten ist, kann der bisherige Abstand zur Wohnbebauung beibehalten werden. Das ist erfreulich.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Größere und modernere Anlagen -entsprechend der Anpassung der Referenzanlage- haben in der Regel weitaus geringere Emissionen, als ältere kleine Anlagen. Die Beibehaltung der bisherigen Abstandsflächen führt zu einem verbesserten Schutz der Wohnnutzung. Durch die Beibehaltung der Rotor-innerhalb-Regelung hat die Erhöhung der Referenzanlage außerdem keine Auswirkung auf die Abstandsflächen. Eine größere Anlage muss entsprechend weiter von den Grenzen des Energiegebietes nach innen abgerückt werden. Die von der Grenze des Energiegebietes zu bemessende Abstandsfläche wird dadurch im Vergleich zu einer kleineren Anlage vergrößert. Unbebauter Raum wird zusätzlich durch die Möglichkeit geschützt im Einzelfall den Schutzbereich um 200 Metern auf insgesamt 1.000 Meter zu erweitern. Es ist sachgerecht, diese Ausnahmeregelung einer Prüfung und Entscheidung im Einzelfall vorzubehalten. Das ermöglicht eine bessere Berücksichtigung der konkreten Umstände vor Ort. Die Gemeinde Panten hält hier eine Einbeziehung der Kommunen und der Akteure vor Ort für sinnvoller, als eine Einschränkung der Entscheidungsmöglichkeit durch einen festen Abstandswert von 1.000 m. Zitat Stellungnahme des Amtes Sandesneben-Nusse S. 9: „Weiterhin wird begrüßt, dass nunmehr eine Unzumutbarkeit der Umfassungswirkung benannt und dies mit einer Begrenzung von Windenergieanlagen verbunden wird. Allerdings werden die Anforderungen an eine fachliche Beurteilung nicht näher definiert. Hierzu wird auf die wissenschaftliche Ausarbeitung von Taeger, S. und Ulferts, L. (2017): „Von Windpraks umzingelt – oder nicht? – ein GIS-gestützter Ansatz zur Ermittlung der optisch bedrängenden Wirkung von Windenergieanlagen im Zuge der Regionalplanung“ hingewiesen. Dies erscheint aus fachlicher Sicht eine sinnvolle Anwendungsgrundlage zu sein, die entsprechend eingeführt werden sollte.“ Unter Ziff. 4.5.1.1 Siedlungsstruktur G7 wird nicht jede Umfassungswirkung für unzumutbar erklärt. Vielmehr ist eine Umfassungswirkung nur dann ein Abwägungskriterium, wenn sie unzumutbar ist. Nur eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WEA soll vermieden werden. Ob Unzumutbarkeit vorliegt, muss entsprechend der bisherigen Rechtsprechung nach wie vor im Einzelfall geprüft werden. Derzeit gibt es keine allgemeingültigen Standards oder Erfahrungen zur Umsetzung des Kriteriums „Umfassungswirkung“ von Ortschaften durch WEA für die Regionalplanung (S.Taeger, L.Ulferts: Von Windparks umzingelt – oder nicht? AGIT – Journal für Angewandte Geoinformatik, 3-2017, 130-139, S.131).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zitat Stellungnahme S. 11: „Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) als Grundsatz berücksichtigt werden. Darunter fallen auch in Aufstellung befindliche und einstweilig sichergestellte LSG. Im gültigen LEP von 2010, Teilfortschreibung Windenergie, wurden noch LSGs, in denen WKA nicht ausdrücklich zugelassen sind, sowie LSGs, die sich in laufenden Genehmigungsverfahren befinden, gänzlich als weiches Tabukriterium herangezogen. Gleichzeitig ist vorgesehen, die charakteristischen Landschaftsräume als bisheriges Abwägungskriterium abzuschaffen. Für die Abwägungsentscheidung, ob und in welchem Umfang Flächen für die Windenergienutzung in LSG ausgewiesen werden können, soll die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Validität, Reliabilität und Objektivität, da nunmehr keine einheitlichen Analysewerkzeuge zur Anwendung kommen. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass die Schutzgebietsverordnungen größtenteils alt sind und nicht mehr die aktuellen landschaftbildlichen Gegebenheiten widerspiegeln. Oftmals ist in den Schutzgebietsverordnungen auch keine Begründung enthalten, die Aufschluss auf hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume liefert. Mit den charakteristischen Landschaftsräumen existiert hingegen eine gute fachliche Grundlage zur Bewertung der gemeinde- und kreisübergreifenden landschaftlich wertvollen Gebiete, die auch weiterhin zur Anwendung kommen sollte.“ Die Landesregierung hat hier keine Entscheidungsfreiheit. Weder die Wertigkeit noch die Charakteristik von Landschaftsräumen können als Ausschluss – oder Abwägungskriterien herangezogen werden. Das Bundesrecht, Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) gibt in § 26 Landschaftsschutzgebiete vor, dass in einem Landschaftsschutzgebiet die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen nicht untersagt werden dürfen, solange das jeweilige Bundesland den Flächenbeitragswert nach Anlage 1 Spalte 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes oder ein daraus abgeleitetes Teilflächenziel nicht erreicht hat. Die Ausnahmen sind enumerativ und abschließend genannt: Natura 2000-Gebiete oder eine Stätte, welche in die Liste des Erbes der Welt aufgenommen wurde.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hier besteht keine Diskussionsmöglichkeit. Das schließt auch eine Aufnahme anderer Belange des Denkmalschutzes als Ziel der Raumordnung aus. (Stellungnahme S. 15: Belange des Denkmalschutzes sollten als Ziel der Raumordnung aufgenommen werden...). Hier hat der Bundesgesetzgeber erneut das überragende öffentliche Interesse am Ausbau der Windenergie und dem Erreichen der Flächenbeitragswerte konsequent normiert. Abstandsradien oder Freihaltesektoren sind daher als pauschale Ausschlussbereiche gem. 4.5.1.5 Kultur und sonstige Sachgüter nicht vorgesehen, weil sie nicht sachgerecht wären. Die Ausweisung von Windenergiegebieten ist vielmehr einzelfallbezogen mit dem Landesamt für Denkmalpflege und dem Archäologischen Landesamt sowie dem Fachbereich Archäologie und Denkmalpflege der Hansestadt Lübeck abzustimmen. Die Stellungnahme zu den einzelnen Potenzialflächen (Ziff 5, S.15 ff.) wird die Gemeinde Panten nur kommentieren, soweit sie das Potenzialgebiet 12 (Seite 30, 31) betrifft. Das genannte Entwicklungsziel von Naturwald- und Altholzbeständen, Lichtungen und strukturreichen Übergängen zur Nutzlandschaft schließt die Ausweisung als Potentialfläche nicht aus. Ob hier der Fernwechsel für das Rotwild betroffen oder beeinträchtigt würde, wäre im Genehmigungsverfahren zu überprüfen. Es ist kein Ausschlusskriterium. Der Gemeinde Panten ist nicht bekannt, dass der nördliche Ausläufer der Potenzialfläche östlich von Poggensee und südlich von Nusse innerhalb der Schlafgewässer von Kranichen liegt. 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz 13 G Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche ist kein Ausschlusskriterium. Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten im Umkreis von 3.000 Metern um landesweit bedeutsame Schlafgewässer der Kraniche sollen die Anforderungen des Artenschutzes berücksichtigt werden. Welches landesweit bedeutsame Schlafgewässer ist hier gemeint? Es ist auch nicht hinreichend beschrieben und erläutert, wo genau welches Vorkommen windkraftsensibler Großvögel einen Abstandsradius erfordert. Nicht als Ausschlusskriterium, sondern nur eine Abwägung erfordert 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz 17 G (Seite 59) für Brutplätze windkraftsensibler Großvögel. In der Abwägung ist zu prüfen, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten um Brutplätze	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der nachfolgend genannten windkraftsensiblen Großvögel im Umgebungsbereich − Seeadler: 2.000 Meter − Schwarzstorch: 2.000 Meter, − Weißstorch: 1.000 Meter, − Rotmilan: 1.500 Meter. möglich ist, wenn in dem jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden, wie hier. Turmhügelburgen (Motten) sind nicht in die Liste des Erbes der Welt aufgenommen und daher gem. § 26 BNatSchG kein Ausschlusskriterium, wie oben erläutert. Die räumliche Wirkung auf die Ortslagen Poggensee und Walksfelde wäre im Einzelfall im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu überprüfen. Es ist ebenfalls kein Ausschlusskriterium für ein Potenzialgebiet. Das gleiche gilt für die Ortslage Mannhagens. Mannhagen ist ein Ortsteil der Gemeinde Panten. Die Gemeinde Panten erkennt ohne eine Kenntnis der Planungsdetails jedenfalls grundsätzlich keine unzumutbare Umfassung der Ortslage Mannhagen, die einen Ausschluss als Potenzialgebiet begründen könnte. Eine weitergehende Stellungnahme der Gemeinde Panten bleibt vorbehalten.	
Institution: Gemeinde Arlewatt ID: M2662	**Stellungnahme der Gemeinden Arlewatt, Hattstedtermarsch und Horstedt zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein — Fortschreibung 2021 — Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** Wir, die Gemeinden Arlewatt, Horstedt und Hattstedtermarsch, sehen die dringende Notwendigkeit, auch auf unseren Gemeindegebieten die Möglichkeit zu eröffnen, Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien zu errichten und zu betreiben. Konkret geht es um die Planung eines gemeindeübergreifenden Windparks im Grenzdreieck unserer Gemeinden. Im Rahmen der Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum | (Windenergie	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	an Land) hatten wir Ihnen bereits im Jahr 2015 unser „Informelles Planungskonzept zur Windkraft für die Gemeinden Arlewatt, Hattstedtermarsch und Horstedt“ zukommen lassen. Im Rahmen der Regionalplanung wurden harte und weiche Tabukriterien definiert. Innerhalb der Flächenkulisse, die durch diese Kriterien berührt wurden, ist die Windenergienutzung unzulässig. Ferner wurden Abwägungskriterien festgelegt, an Hand derer die sich ergebenden Potenzialflächen untersucht wurden. Im Ergebnis wurden die für die Windenergienutzung konfliktärmsten Gebiete als Windvorranggebiete ausgewiesen. Das Gebiet unseres geplanten Drei-Dörfer-Bürgerwindparks wurde leider nicht als Windvorranggebiete dargestellt. Aktuell beabsichtigt das Land Schleswig-Holstein eine erneute Fortschreibung der Regionalpläne. Hierdurch sollen weitere Windenergiegebiete ausgewiesen werden, um die im Windenergieflächenbedarfsgesetz für Schleswig-Holstein definierten Flächenbeitragswerte erfüllen zu können. Hierfür ist auch eine Anpassung der Kriterien erforderlich, ein verbindlicher Katalog liegt jedoch noch nicht vor. Am 19.12.2023 wurden durch das Innenministerium „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung — Hintergrundinformationen“ (im Folgenden kurz: „Hintergrundinformationen“) veröffentlich. Die in Rede stehenden Flächen sind unter Berücksichtigung aktueller Gegebenheiten und der Kriterien aus der Teilaufstellung des Regionalplans 2020 wie folgt zu bewerten. Sofern die am 19.12.2023 veröffentlichen „Hintergrundinformationen“ relevante Aspekte enthalten, wird auch hierauf Bezug genommen. **Harte Tabukriterien** Das Gebiet unseres *geplanten* Drei-Dörfer-Bürgerwindparks *liegt außerhalb* der Flächenkulisse, die durch die harten Tabukriterien gebildet wird. **Weiche Tabukriterien:** **Abwägungskriterien** Folgende Abwägungskriterien sind im Bereich unseres Drei-Dörfer-Bürgerwindparks zu	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	berücksichtigen: • 800 bis 1.000m Abstand zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und ErholungsfunktionEs ist Wille der Gemeinden und auch Konsens mit der potenziellen Betreibergesellschaft, dass zu den Siedlungsbereichen ein Abstand von bis zu 1.000 m freigehalten wird. Auch wenn sich hierdurch das neue Windvorranggebiet verringern würde, stünde für die Windkraftnutzung eine so große Fläche zur Verfügung, dass bis zu 6 WEA der 6-MWKlasse mit 200 m Gesamthöhe realisiert werden können. • Abstandsbereich 800m um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen im AußenbereichDie Gemeinde Horstedt hat mit dem B-Plan 13 ein neues Allgemeines Wohngebiet nördlich des Baugebietes „An der alten Schule“, südlich des Sickiweges und östlich der Straße „Norderende“ ausgewiesen. Dieses Gebiet liegt südlich der Windpotenzialfläche in einer Entfernung von gut 700 m. Bei Berücksichtigung dieses Abwägungskriteriums ergibt sich eine geringfügige Verkleinerung der Potenzialfläche um etwa 45 ha. • Hoheitliche Richtfunktrassen der zivilen und militärischen Nutzung einschließlich FreihaltekorridorenDurch die Potenzialfläche verlaufen mehrere Richtfunkstrecken der Bundeswehr. Die Bundeswehr wurde auf der Grundlage einer konkreten Standortplanung am 20.07.2023 um Prüfung gebeten, eine Stellungnahme liegt jedoch trotz erneuter Nachfrage am 23.10.2023 nicht vor. Die Gemeinden gehen aber davon aus, dass sich im Rahmen des Micro-Siting die WEA-Standorte so positionieren lassen, dass die Belange der Bundeswehr hinreichend berücksichtigt werden können. • Belange des DenkmalschutzesDer nordöstliche Teil der Potenzialfläche wird durch einen 800 m-Umgebungsbereich um das hochbauliche Denkmal Haubarg „Arlewatthof“ überlagert. Anders als auf Eiderstedt, wo die Gebäudeform Haubarg weit verbreitet ist, ist diese Bauform im nördlichen Teil Nordfrieslands nur durch den „Arlewatthof“ vertreten.Im Umfeld des Arlewatthofs mindern zahlreiche bauliche Anlagen neueren Datums dessen Erscheinungsbild, so wurden in unmittelbarer Nähe eine Biogasanlage, mehrere landwirtschaftliche Wirtschaftsgebäude sowie Wohngebäude errichtet (siehe Abb. 1 des anliegenden Dokumentes „Luftbild, Fotodokumentation“). Der Haubarg ist selbst von der unmittelbaren Zufahrt zum ihm nur teilweise zu	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sehen, ein freier Blick auf das gesamte Gebäude ist nicht möglich. Ebenso bestehen auf Grund der Eingrünung auch entlang der Zufahrt keine Blickbeziehungen vom Haubarg in die freie Landschaft (siehe Abb. 2 —4 der Fotodokumentation).Nichtsdestotrotz erhebt sich das Dach des Haubargs deutlich über die benachbarten Gebäude. Ein Beobachter kann das monumentale Dach aus dem weiteren, überwiegend ebenen Umfeld erkennen, muss seine Aufmerksamkeit aber gezielt auf den Haubarg richten. Teilweise „verschwimmt“ der Anblick vor den bewachsenen Erhebungen der Geest oder im Umfeld von Gehölzbeständen (siehe Abb. 5 — 8 der Fotodokumentation). Aus Richtung Südwesten tritt zudem die Hochspannungsleitung als deutliche Vorbelasung in den Vordergrund (siehe Abb. 9 der Fotodokumentation).Auch wenn die Hattstedtermarsch bisher weitgehend frei von WEA ist, so gehören diese doch mittlerweile zum gewohnten Landschaftsbild in Nordfriesland. Zudem ist heute im Rahmen der Abwägung der im Juli 2022 geänderte 8& 2 des EEG zu berücksichtigen, nach dem den Erneuerbaren Energien ein überragendes öÖffentliches Interesse beigemessen wird: „Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingehbracht werden.“Laut „Hintergrundinformationen“ soll auch das Abwägungskriterium „Denkmalschutz“ zugunsten der Windenergienutzung geringer gewichtet werden.Die Gemeinden gehen daher insgesamt davon aus, dass Belange des Denkmalschutzes der Windenergienutzung in diesem Bereich nicht mehr entgegen gehalten werden können. • Straßenbedarfsplanungen von Bund und LandBetroffen ist der westliche Bereich der Potenzialfläche, parallel zur neu gebauten Westküstenleitung.Der LBV-SH Flensburg (Fachbereich 241, Bauvorbereitung 1) hat mit Email vom 27.09.2023 aktuelle Lagepläne zum exakten Trassenverlauf zur Verfügung gestellt. Demnach verläuft die Trasse zwischen den Ortschaften Horstedt und Hattstedt und dann weiter nördlich von Hattstedt innerhalb der Bereiche, die zum Schutz der Wohnbebauung von Windkraft freigehalten werden sollen. Die Potenzialfläche liegt in einem Abstand von mehr als 100 m zur geplanten Trasse und damit auch deutlich außerhalb der Anbaubeschränkungszone (bis 40 m Abstand zum Fahrbahnrand).Das Abwägungskriterium „Straßenbedarfsplanungen von Bund und Land“ ist damit zukünftig In diesem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bereich nicht mehr relevant. • Hauptachsen des überregionalen VogelzugsDie gesamte Potenzialfläche wird von diesem Abwägungskriterium überlagert. Um diesbezüglich (und auch zu den beiden nachfolgenden avifaunistischen Kriterien) eine Einschätzung zu treffen, wurde eine Stellungnahme zum Artenschutz durch BioConsult SH GmbH & Co. KG erstellt (siehe Anlage).Laut dieser Stellungnahme liegt hier eine Zugachse mit hohem Zugaufkommen mit geringen Flughöhen vor. Im Rahmen der Teilaufstellung des Regionalplans (2020) wurden diese Bereiche in der Regel gestrichen, da ein deutlich erhöhtes Kollisionsrisiko anzunehmen sei.Die Abgrenzung der Zugachsen basiert auf einem Modell, welches durch stichprobenhafte Vogelzug-Erfassungen in unterschiedlichen Gebieten gestützt wird. Es wird angenommen, dass dieser Bereich Insbesondere von Enten und Gänsen genutzt wird, aber auch von Limikolen wie Kiebitz und Goldregenpfeifer.Über die standortspezifische Bedeutung der Potenzialfläche innerhalb dieser Zugachse liegen bislang keine Daten oder Erkenntnisse zum Vogelzug vor, jedoch gelten die erwarteten Arten / Artengruppen bei WEA-Gesamthöhen bis 150 m als nicht oder gering kollisionsgefährdet. Eine Beschränkung auf diese WEA-Höhe ist unter den derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht rentabel und unter Berücksichtigung der Belange des Klimaschutzes auch nicht zielführend.Für eine standortspezifische Bewertung des Kollisionsrisikos ist es daher zweckdienlich, lokale Zugabläufe und Flugintensitäten zu erfassen. Der Luftraum oberhalb von 150 m ist mit bodengebundenen Sichterfassungen nicht uneingeschränkt erfassbar, daher wären radargestützte Erfassungen zweckdienlich. Für radargestützte Erfassungen esxistiert derzeit jedoch kein gültiger Bewertungsrahmen.Die ortsansässige Bürgerwindpark-Betreibergesellschaft würde entsprechende Untersuchungen gerne beauftragen. Unter Berücksichtigung der hohen Kosten für radargestützte Erfassungen ist ein gültiger Bewertungsrahmen jedoch unabdingbar. Die Gemeinden weisen hiermit auf einen Handlungsbedarf hin und bitten darum, einen Bewertungsrahmen durch das zuständige Ministerium / die zuständigen Behörden erarbeiten zu lassen. • Potenzielle Beeinträchtigungsbereiche GroRvögelDurch BioConsult SH wurde im Rahmen des Verfassens der Stellungnahme eine Datenrecherche durchgeführt. Diese ergab, dass keine Abstandsbereiche der bekannten und der als kollisionsgefährdet eingestuften Vogelarten die Potenzialfläche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	berühren. • Wiesenvogel-BrutgebieteDie gesamte Potenzialfläche wird von diesem Abwägungskriterium überlagert. In der Stellungnahme von BioConsult SH wird darauf verwiesen, dass laut Luftbild der zentrale und der südwestliche Bereich durch weiträumig offenes Wirtschaftsgrünland in unterschiedlicher Nutzung geprägt und teilweise gegrüppt ist. Hier ist ein hohes Habitatpotenzial für Wiesenvögel anzunehmen. Der Ostteil ist hingegen überwiegend ackerbaulich genutzt und weist damit ein geringeres Konfliktpotenzial auf. Im Rahmen der Genehmigung von WEA wären Erfassungen der Siedlungsdichten vonWiesenvögeln erforderlich. Sollten WEA-Standorte in der Nähe von Revieren liegen, sind Schutzmaßnahmen umzusetzen und weitere Brutflächen bereitzustellen. Entsprechende Flächen-Konzepte sind dann mit dem Landesamt für Umwelt abzustimmen. Eventuelle artenschutzrechtliche Konflikte können somit auf der Ebene der Genehmigung ausgeräumt werden. • Räumliche Konzentration von Klein- und Kleinstbiotopen Wenige kleinere gesetzlich geschützte Biotope liegen im nördlichen Teil der Potenzialfläche. Hier besteht im Rahmen des Micro-Sitings die Möglichkeit, diese Bereiche sowohl von Standorten wie auch von den Kranstellflächen und Zuwegungen auszusparen. • Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems Talräume an natürlichen Gewässern und HMWB-Wasserkörpern Aus Richtung Norden kommend verläuft eine Biotopverbundachse entlang des Ruhetal-Westerwohlde-Grabens in Richtung Süden. Alle Gräben im Bereich der Potenzialfläche sind unter wasserwirtschaftlichen Gesichtspunkte ausgebaut, um Niederschlagswasser zügig anleiten zu können. Sie haben zu diesem Zweck ein steiles Kastenprofil und werden in regelmäßigen Abständen geräumt. Breite Röhrichtbestände sind i.d.R. nicht vorhanden (s. Abb. 10 der Fotodokumentation). Die Biotopverbundfunktionen orientieren sich damit in Längsrichtung der Gewässer, bedeutende Verbundfunktionen zwischen Gewässer und benachbarten landwirtschaftlichen Flächen sind nicht vorhanden.Die Biotopverbundachse kann frei von WEA-Standorten gehalten werden, jedoch wird voraussichtlich im Rahmen der Wegeplanung eine Querung der Biotopverbundachse erforderlich werden. Ein naturverträglicher Ausbau sollte hierbei im Vordergrund stehen, nicht vermeidbare Eingriffe	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden kompensiert. **Resümee** Zusammenfassend kommen wir zu dem Ergebnis, dass der überwiegende Teil der Punkte, die im Zuge der Teilaufstellung des Regionalplans 2020 gegen eine Ausweisung des Gebietes sprachen (Landschaftsschutz, Denkmalschutz, Straßenbedarfsplanung u.a.) Uunter Berücksichtigung der aktuellen Vorgaben und der tatsächlichen Gegebenheiten nicht (mehr) relevant sind. Groß- und Greifvögel sind nach derzeitigem Kenntnisstand nicht betroffen. Weitere Kriterien (Richtfunktrassen, Biotope einschl. Biotopverbund, Abstände zu Siedlungen einschließlich Siedlungsausweisungen) können im Rahmen der Standortplanung so beachtet werden, dass diese nicht beeinträchtigt werden. Zu Zug- und Wiesenvögeln sind weitere Untersuchungen erforderlich, hier gehen wir aber davon aus, dass artenschutzrechtliche Konflikte unter Berücksichtigung geeigneter Maßnahmen aus dem Weg geräumt werden können. Wir möchten daher darum bitten, dass die vorgetragenen Argumente im Rahmen der Regionalplanung wohlwollend geprüft werden. Für Gespräche stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung und freuen uns auf Ihre Rückmeldung. Mit freundlichem Gruß Gemeinde Arlewatt Bürgermeisterin Gemeinde Hattstedtermarsch Bürgermeisterin Gemeinde Horstedt Bürgermeister **Anlagen** • Bürgerwindpark Arlewatt - Horstedt - Hattstedtermarsch: Abgrenzung der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Potenzialfläche unter Berücksichtigung harter und weicher Tabukriterien (ohne LSG) sowie eines Abstandes von 500 m zur Arlau (Maßstab 1 : 25.000) • Bürgerwindpark Arlewatt - Horstedt - Hattstedtermarsch: Potenzialfläche mit Darstellung einiger von Abwägungskriterien betroffenen Flächen (Maßstab 1 : 20.000) • BioConsult SH GmbH & Co. KG: Windenergievorhaben Bürgerwindpark Arlewatt Kreis Nordfriesland, Stellungnahme zum Artenschutz: kollisionsgefährdete Brutvögel (845b Abs. 1-5 BNatSchG) / Vogelzugkorridor / Wiesenvogelbrutgebiet • Gemeinden Arlewatt, Horstedt, Hattstedtermarsch: Luftbild, Fotodokumentation	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2100	• Ich bitte, die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird . o Ich lehne die beschleunigte Raumvertraglichkeitsprüfung ab o Ich fordere, dass Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann (Vermeidung von Phantom Stom o Ich befürcht Störung der Flugrouten der Luttrettung und des Bundesheeres. • Ich bin der Meinung, dass das derzeitig gültige Verfahren zu einer Verspargelung der Landschaft führen. • Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen (Riegelbildung) o Ich lehne die Absenkung des Grundwasserspiegels zum Bau von Windkraftanlagen strikt ab, da in der Nähe befindliche Grundwasserseen mit der dazugehörigen Fauna und Flora erheblich beeinträchtigt werden • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete/ Naturflächen nicht zerstört werden, damit dieser einzigartige Naherholungsraum erhalten bleibt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5, 7.2.5, 7.2.9, 7.2.10, 7.2.11, 7.2.12 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1.3 und 2.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Ebenso beinhaltet sie einen Hinweis / ein Argument, das sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 3.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich werden Hinweise / Argumente genannt, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2.1 und 4.20 der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B Rotmilan, Seeadler, Uhu, Wespenbussard, Schwäne in meiner Heimat weiterhin brüten. Überlebenswichtige Flugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen sind freizuhalten • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblatter (PFAS - Ewigkeitschemikalien) o Ich fordere eine Beteiligung der direkten Anwohner im Umkreis von 2500m am Genehmigungsverfahren. o Ich befürchte körperliche Beschwerden und Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Blinklichter (Befeuerung), lnfraschall, optische ,,Erdrückung'' und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von 5H zur Wohnbebauung gilt • Ich habe Angst, dass meine lmmobilie an Wert verliert und ich möchte, dass eine Abstandsregelung vom min 5H zur Wohnbebauung gilt. o Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für alle Mensehen gilt, egal ob Stadt, Dorf, Splittersiedlung oder Einzelhäuser. (min. 1500m)	allgemeinen Synopse verwiesen. Schließlich beinhaltet sie einen Hinweis / ein Argument, das sich auf das Kapitel *4.5.1.4 (Boden und Wasser)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 5.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2329	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021** Die biologische Vielfalt und eine intakte Natur sind die Grundlagen für das Leben der Menschen, für unsere Lebensqualität und Gesundheit. Sie umfasst den Reichtum an Pflanzen, Tieren, Pilzen und Mikroorganismen ebenso wie die Vielfalt an Lebensräumen und Erbanlagen. Deutschland kommt seit Jahren der EU-Artenschutzverordnung nicht ausreichend nach. Zudem wurde aktuell eine neue Biodiversitätsstrategie verabschiedet, die die Wichtigkeit des Schutzes von natürlichen, strukturreichen und besonderen Lebensräumen hervorhebt, und geschädigte Ökosysteme sollen wiederhergstellt und der Rückgang der Bestäuber umgekehrt werden. Nach den EU-Naturschutzrichtlinien soll ein günstiger Erhaltungszustand der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird insbesondere auf die Ziffern 4.5, 4.8, 4.13, 4.18 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.4 (Boden und Wasser)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 5.9 der allgemeinen Synopse verwiesen. Weiterhin werden Hinweise / Argumente genannt, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Lebensräume und Arten bewahrt oder wiederhergestellt werden sowie Verschlechterungen der Lebensräume oder Arten vermieden werden. Das Ziel ist auch Bestandteil der EU- Biodiversitätsstrategie für 2030. Auch der Verbund von Lebensräumen, der die genetische Vielfalt erhält und das Wandern von Arten ermöglicht ist existenziell. Die ökologischen Korridore sind planerisch und rechtlich zu sichern und zu entwickeln, denn eine Energiewende ohne ausreichende Beachtung des Erhalts von Biodiversität ist sinnlos und nicht zieiführend. Ich empfinde Ihre Ausführungen und Einschätzungen über (mögliche) wertvolle Habitate unzureichend. Potenzielle Windkraftflächen sollten gewissenhafter ausgesucht, bzw. überprüft werden. Die Distanz zu geschützten/wertvollen Flächen muss so groß wie möglich ausfallen. Außerdem ist es wichtig, andere zukünftige Vorhaben, z.B. Autobahnbau (A20) oder geplante Lebensraumvernetzungen/Verbundsysteme in die Planung und mögliche Auswirkungen (z.B. Lebensraumzerschneidung) mit einzubeziehen. Eine Verringerung des Abstands zu geschützten oder ökologisch wertvollen Flächen/Gebieten widerspricht den Zielen zur Erhaltung der Biodiversität. Dazu zählt auch die Verringerung des notwendigen Abstands zu Vogelhorsten (hier sollte das Helgoländer Papier als Richtlinie dienen), eine Missachtung stark frequentierter Nahrungsflächen und Rückzugsorten, sowie die zu geringe Beachtung von Wanderrouten, z.B. des Rotwilds. Auch Ausnahmeregelungen dürfen nicht möglich sein, da ein Aufweichen der Regelungen die Wichtigkeit des Natur- und Artenschutzes torpediert. Auch die unumgängliche Schädigung des Bodens, schon beim Bau und Transport, und die Versiegelung der Fläche muss ausreichend Beachtung finden. Hier sollten wertvolle Böden und Pflanzen verschont bleiben und auch die Veränderung des Mikroklimas Beachtung finden. Eine komplette Erholung von einem Eingriff ist oft nicht möglich! Da es zu einer nicht zu unterschätzenden Zahl von Insektenschlag an Windrädern kommt, ist auch deshalb ein ausreichender Abstand zu Schutzgebieten und ökologisch wertvollen Flächen einzuhalten. Wenn es zu einem Unfall mit einem Windkraftwerk (Bruch, Brand,...) kommt, wird der Schaden für die Umwelt immens. Auch deshalb braucht es ausreichend Abstände zu schutzwürdigen Flächen (z.B. sind pot. Moorbrände zu verhindern und Verschmutzung	beziehen. Es wird auf die Ziffer 3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen. Außerdem wird auf die Ziffern 7.2.7, 7.2.14 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Eingriffen an wertvollen Flächen möglichst gering zu halten). Ich danke für eine umsichtige Entscheidungsfindung. [redacted]	
Institution: Neue Energien Ingenieurplanungen GmbH, Projektierung ID: 2052	Sehr geehrte Damen und Herren, Die Flächen in der Potenzialfläche *PR1_SLF_095 – WP Tolk* sind bereits von uns gesichert und werden aktiv mit zwei Windenergieanlagen mit einer Nennleistung von insgesamt **14,4 MW** beplant. Die Standorte sind in der Karte der Anlage 01 dargestellt. Die Unterlagen für das Genehmigungsverfahren sind vorbereitet. Aus diesem Grund stellt die Abgrenzung der Fläche eine besondere Relevanz dar. Hiermit geben wir unsere Stellungnahme zum Gebiet *PR1_SLF_095* / PR1_SLF_017 (aus LP) ab und bitten um Anpassung der beschriebenen Grundsatzkriterien: Der 1000m Radius im Grundsatz orientiert sich derzeit an der letzten Flurstücksgrenze als Maßstab für den Siedlungsinnenbereich. Maßgeblich ist jedoch die äußerste Häuserkante des Innenbereichs gemäß **§ 34 BauGB**. Als Ausgangspunkt des 1000m Radius sollten daher in nördlicher Richtung die *Häuserkanten* der Wohngebäude aus [redacted] herangezogen werden. Wir bitten daher um eine Anpassung des Grundsatzes (siehe Anlage 01), um *unsere Planung mit zwei Windenergieanlagen umsetzen zu können.* Mit freundlichen Grüßen [redacted] Geschäftsführer [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Institution: Neue Energien Ingenieurplanungen GmbH, Projektierung ID: 2055	Sehr geehrte Damen und Herren, Die Flächen in der Potenzialfläche *PR3_SEG_074 – WP Rickling* sind bereits von uns gesichert und werden aktiv mit **neun** Windenergieanlagen mit einer Nennleistung von insgesamt **64,8 MW** beplant. Die Standorte sind in der Karte in Anlage 01 dargestellt. Die Unterlagen für das Genehmigungsverfahren sind vorbereitet. Aus diesem Grund stellt die Abgrenzung der Fläche eine besondere Relevanz dar. Hiermit geben wir unsere Stellungnahme zum Gebiet *PR3_SEG_074* ab und bitten um Anpassung des beschriebenen Grundsatzkriteriums und der Berücksichtigung zur möglichen Ausweisung als Vorrangfläche: 1. Kriterium „Vorranggebiete für die Rohstoffsicherung / Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe “ (Grundsatz G25): Das Rohstoffgebiet stellt ein Vorkommen von Kies dar und ist gemäß den Bestimmungen des Rohstoffsicherungsbedarfs in die mittlere Kategorie B eingeordnet (siehe Anlage 02). Andere Projekte haben wir bereits mit dieser Kategorie und höherer Kategorie als Vorranggebiet vorgefunden und erfolgreich umgesetzt (PR3_SEG_003). 2. Kriterium: *„800 bis 1000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion* (Grundsatz G01): Der 1000m Radius orientiert sich derzeit an der letzten Flurstücksgrenze als Maßstab für den Siedlungsinnenbereich. Maßgeblich ist jedoch die äußerste Häuserkante des Innenbereichs gemäß **§ 34 BauGB**. Als Ausgangspunkt des 1000m Radius sollten daher die Häuserkanten der Wohngebäude in nordöstlicher Richtung auf dem [redacted] herangezogen werden. Wir bitten daher um eine Anpassung des Grundsatzes (siehe Anlage 01), um *unsere Planung mit neun Windenergieanlagen umsetzen zu können*. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Geschäftsführer [redacted]	
Institution: Neue Energien Ingenieurplanungen GmbH, Projektierung ID: 2056	Sehr geehrte Damen und Herren, Flächen in der Potenzialfläche *PR2_RDE_002 – WP Padenstedt* sind bereits von uns gesichert und werden aktiv mit zwei Windenergieanlagen mit einer Nennleistung von insgesamt 12 MW beplant. Die Standorte sind in der Karte in Anlage 01 dargestellt. Die Unterlagen für das Genehmigungsverfahren sind vorbereitet. Aus diesem Grund stellt die Abgrenzung der Fläche eine besondere Relevanz dar. Hiermit geben wir unsere Stellungnahme zur Vorrangfläche *PR1_RDE_316* ab und bitten um Anpassung der beschriebenen Grundsatzkriterien: Kriterium: *„800 bis 1000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion* (Grundsatz G01): 1. Der 1000m Radius orientiert sich derzeit an der letzten Flurstücksgrenze als Maßstab für den Siedlungsinnenbereich. Maßgeblich ist jedoch die äußerste Häuserkante des Innenbereichs gemäß **§ 34 BauGB**. Als Ausgangspunkt des 1000m Radius müssen daher in nordöstlicher Richtung die Häuserkanten der Wohngebäude auf dem **Flurstück** [redacted], herangezogen werden. Wir bitten daher um eine Erweiterung der Vorrangfläche PR2_RDE_316 durch Anpassung des Grundsatzes (siehe Anlage 01), um *unsere Planung mit zwei Windenergieanlagen umsetzen zu können.* Mit freundlichen Grüßen [redacted] Geschäftsführer [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Neue	Sehr geehrte Damen und Herren,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
Energien Ingenieurplanungen GmbH, Projektierung ID: 2059	Die Flächen in der Potenzialfläche *PR3_SEG_058 - WP Pronstorf* sind bereits von uns gesichert und werden aktiv, mit einer Windenergieanlage mit 7,2 MW beplant. Der Standort ist in der Karte der Anlage 01 dargestellt. Die Unterlagen für das Genehmigungsverfahren sind vorbereitet. Aus diesem Grund stellt die Abgrenzung der Fläche eine besondere Relevanz dar. Hiermit geben wir unsere Stellungnahme zum Gebiet *PR3_SEG_031 / PR3_SEG_058 (LP) ab* und bitten um Anpassung der beschriebenen Grundsatzkriterien: Kriterium: *„800 bis 1000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion* (Grundsatz G01): Der 1000m Radius orientiert sich derzeit an der letzten Flurstücksgrenze als Maßstab für den Siedlungsinnenbereich. Maßgeblich ist jedoch die äußerste Häuserkante des Innenbereichs gemäß **§ 34 BauGB**. Daher ist westlich der Potenzialfläche die Häuserkante im **Flurstück** [redacted] heranzuziehen. Wir bitten daher um eine Anpassung des Grundsatzes (siehe Anlage), um *die Mindestgröße der Potenzialfläche zu erhalten und somit die Windenergieanlage entsprechend unserer Planung umsetzen zu können.* Mit freundlichen Grüßen [redacted] Geschäftsführer [redacted]	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Neue Energien Ingenieurplanungen GmbH, Projektierung ID: 2061	Sehr geehrte Damen und Herren, Die Flächen in der Potenzialfläche *PR3_SEG_063 – WP Brokenlande I und II* sind bereits von uns gesichert und werden aktiv mit 14 Windenergieanlagen mit einer Nennleistung von insgesamt 100,8 MW beplant. Die Standorte sind in den Karten der Anlagen 01 und 03 dargestellt. Die Unterlagen für das Genehmigungsverfahren sind	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zudem beinhaltet die Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel 4.5.1.1 *(Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Hierbei wird auf die Ziffern 2.3 und 2.5 der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vorbereitet. Aus diesem Grund stellt die Abgrenzung der Fläche eine besondere Relevanz dar. Hiermit geben wir unsere Stellungnahme zum Gebiet *PR3_SEG_063* ab und bitten um Erweiterung der Fläche Richtung Westen bis an die geschlossene Bebauung der Gemeinde Großenaspe: 1. Kriterium: *„400m Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe“* (Ziel Z02): a. Der Berechnung des 400-Meter-Radius wurde irrtümlich ein **Stallgebäude ohne Wohnnutzung (Flurstück 11, Flur 5**, Gemarkung Brokenlande) zugrunde gelegt. Die nächstgelegene Wohnnutzung befindet sich tatsächlich in den **Flurstücken 2/1 -und 100 derselben Gemarkung** (siehe Anlage 03). Wir bitten daher um eine Anpassung der ausgewiesenen Potenzialfläche, um *unsere Planung mit 14 Windenergieanlagen weiterhin zu ermöglichen.* b. Der Berechnung des 400-Meter-Radius wurde irrtümlich eine **Biogasanlage ohne Gewerbe- / Wohnnutzung** (**Flurstück 8**, Flur 5, Gemarkung Wittorf, Gemeinde Neumünster - Anlage 02) zugrunde gelegt. Die nächstgelegene Wohnnutzung befindet sich tatsächlich in den **Flurstücken 2/3** (Flur 5; Gmk. Wittorf; Gmd. Neumünster, Stadt), **19/2** (Flur 5; Gmk. Wittorf; Gmd. Neumünster, Stadt), **12/13** (Flur 7; Gmk. Wittorf; Gmd. Neumünster, Stadt) und **8/14** (Flur 6; Gmk. Wittorf; Gmd. Neumünster, Stadt) derselben Gemarkung (siehe Anlage 01). Wir bitten daher um eine Anpassung der ausgewiesenen Potenzialfläche, um *zwei weitere Windenergieanlagen zusätzlich* umsetzen zu können. 2. Kriterium: *„800 bis 1000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion* (Grundsatz G01): Der 1000m Radius im Grundsatz orientiert sich derzeit an der letzten Flurstücksgrenze als Maßstab für den Siedlungsinnenbereich. Maßgeblich ist	allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	jedoch die äußerste Häuserkante des Innenbereichs gemäß **§ 34 BauGB**. Als Ausgangspunkt des 1000m Radius sollte daher in nordwestlicher Richtung die Häuserkante des Wohngebäudes aus **Flurstück 21/24**, **Flur 6**, Gemarkung Brokenlande, Gemeinde Großenaspe herangezogen werden. Wir bitten daher um eine Anpassung des Grundsatzes (siehe Anlage 03). Dies ermöglicht ebenfalls eine Optimierung der Ausnutzung der Potentialfläche. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Geschäftsführer [redacted]	
Institution: Neue Energien Ingenieurplanungen GmbH, Projektierung ID: 2071	Sehr geehrte Damen und Herren, Die Flächen in der Potenzialfläche PR3_SEG_063 – WP Dorotheental in der Potenzialfläche sind bereits von uns gesichert und werden aktiv mit zwei Windenergieanlagen mit einer Nennleistung von insgesamt 14,4 MW beplant. Die Standorte sind in der Karte der Anlage 01 dargestellt. Die Unterlagen für das Genehmigungsverfahren sind vorbereitet. Aus diesem Grund stellt die Abgrenzung der Fläche eine besondere Relevanz dar. Hiermit geben wir unsere Stellungnahme zum Gebiet *PR1_SEG_063* ab und bitten um Berücksichtigung unserer Anmerkungen: Die neue PR3_SEG_063 unterteilt sich in ehemals **PR3_SEG_304** (mehrere Teilflächen) und der Vorrangfläche PR3_SEG_024. Die südliche Teilfläche der Potenzialfläche liegt räumlich dichter (199 m) zum bestehenden Windvorranggebiet PR3_SEG_024 als zur Potenzialfläche PR3_SEG_304 (418 m). Wir bitten um *Zuordnung der südlichen Teilfläche zum bestehenden Vorranggebiet PR3_SEG_024*. Alle Flächen dieser Teilfläche sind von uns vertraglich gesichert, genauso wie die	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Netzanschlüsse. Die notwendigen Gutachten sind bereits vorhanden, so dass ein **immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsantrag** zeitnah eingereicht werden könnte. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Geschäftsführer [redacted]	
Institution: Neue Energien Ingenieurplanungen GmbH, Projektierung ID: 2072	Sehr geehrte Damen und Herren, Die Flächen in der Potenzialfläche *PR3_SEG_064 – WP Großenaspe Süd* sind bereits von uns gesichert und werden aktiv mit 3 Windenergieanlagen mit einer Nennleistung von insgesamt 21,6 MW beplant. Die Standorte sind in der Karte in Anlage 02 dargestellt. Die Unterlagen für das Genehmigungsverfahren sind vorbereitet. Aus diesem Grund stellt die Abgrenzung der Fläche eine besondere Relevanz dar. Hiermit geben wir unsere Stellungnahme zum Gebiet *PR3_SEG_064* ab: 1. Kriterium: *„Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche“* (Grundsatz G17): Wir haben den Artenschutzbericht von unserem Gutachter [redacted] durchführen lassen (siehe Anlage 01). Dieser umfasst ein ornithologisches Fachgutachten durch [redacted]. Aus diesem geht **keine Beeinträchtigung** durch den geplanten Windpark **auf die Schlafgewässer von Kranichen** hervor. Folglich besteht unserer Ansicht nach kein Grund gegen die Ausweisung der aktuellen Potenzialfläche PR3_SEG_064 als Vorranggebiet. Ein *vereinfachtes Antragsverfahren nach EEG §6 würde für 3 Windenergieanlagen* ermöglicht werden. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Geschäftsführer [redacted]	
Institution: Neue Energien Ingenieurplanungen GmbH, Projektierung ID: 2084	Sehr geehrte Damen und Herren, Die Flächen in der Vorrangfläche PR1_SLF_003 – [redacted] sind bereits von uns und anderen Projektierern gesichert und werden aktiv mit fünf Windenergieanlagen mit einer Nennleistung von ca. 30 MW beplant. Die Standorte sind in der Karte der Anlage 01 dargestellt. Die Unterlagen für das Genehmigungsverfahren sind vorbereitet. Aus diesem Grund stellt die Abgrenzung der Fläche eine besondere Relevanz dar. Hiermit geben wir unsere Stellungnahme zum Gebiet *PR1_SLF_003* ab und bitten um Erweiterung des Vorranggebietes um die östlich angrenzende Potenzialfläche, aus folgendem Grund: 1. <u>Bestätigung des Abrisses des Wohngebäudes</u> Der Abriss des Wohngebäudes in [redacted], welches sich in der **Gemarkung** [redacted]**, Flur** [redacted]**, Flurstück** [redacted] befindet, ist bestätigt (siehe Anlage 02). Somit ist die jetzige Überplanung des Wohnhauses von Herrn [redacted] korrekt und es besteht kein Grund die aktuelle Potenzialfläche nicht als Vorranggebiet auszuweisen. Ein vereinfachtes Antragsverfahren nach EEG §6 würde für 5 Anlagen ermöglicht. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Geschäftsführer [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Neue Energien Ingenieurplan	Sehr geehrte Damen und Herren, Die Flächen in der *Potenzialfläche PR3_STE_001 und -004* sind bereits von uns gesichert und werden aktiv mit sieben Windenergieanlagen mit einer Nennleistung von	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ungen GmbH, Projektierung ID: 2093	insgesamt 50,4 MW beplant. Die Standorte sind in der Karte der Anlage 01 dargestellt. Die Unterlagen für das Genehmigungsverfahren sind vorbereitet. Aus diesem Grund stellt die Abgrenzung der Fläche eine besondere Relevanz dar. Hiermit geben wir unsere Stellungnahme zum Gebiet *PR3_STE_004* / *PR3_STE_001* ab und bitten um Erweiterung der Flächen auf Grund des folgenden Kriteriums: Kriterium: *„400m Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splitt-ersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe“* (Ziel Z02): 1. PR3_STE_004: Der Berechnung des 400-Meter-Radius wurde irrtümlich ein **Stallgebäude ohne Wohnnutzung** (Flurstück [redacted], Flur [redacted], Gemarkung [redacted], Gemeinde Kollmar) zugrunde gelegt. Die nächstgelegene Wohnnutzung befindet sich tatsächlich auf den **Flurstücken** [redacted] und [redacted] **des Flures** [redacted] derselben Gemarkung (siehe Anlage 01). 2. PR3_STE_001: Dasselbe gilt für die Ausweisung der Potenzialfläche im **Flurstück** [redacted], **Flur** [redacted], Gemarkung [redacted], Gemeinde Kollmar. Der Berechnung des 400-Meter-Radius wurde irrtümlich die Flurstücksgrenze von Flurstück [redacted] zugrunde gelegt. Hier liegt die nächstgelegene *tatsächlich Wohnnutzung* auf den **Flurstücken** [redacted], [redacted] derselben Gemarkung (siehe Anlage). Wir bitten daher um eine Anpassung der ausgewiesenen Potenzialfläche, da *eine zusätzliche Windenergieanlage mit einer Nennleistung von 7,2 MW* möglich wäre. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Geschäftsführer [redacted]	Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2328	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Einwände und Bedenken gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Bisher stehen 3100 Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein. Die meisten der Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein waren mit Auflagen zum Schutz der Umwelt genehmigt worden. An nahezu jedem Standort kollidieren die Anlagen mit Artenschutz, Immissionsschutz, Umweltschutz. Durch die neue Bundesqesetzqebunq fallen nun mit einem Mal alle diese Einschränkungen weg. • Kein Artenschutz. • kein Immissionsschutz. • kein Umweltschutz mehr, kurzum: • Diese Energiewende frisst das Land! • Diese Energiewende frisst den Artenschutz! • Diese Energiewende frisst Biodiversität! Die folgenden Punkte sollen verdeutlichen, warum ich gegen die Beplanung und Bebauung mit Windkraftanlagen bin und eine erneute Prüfung und Anpassung Ihrer Planungen fordere: I. Landschafts- und Naturschutz: Windkraftanlagen stellen eine erhebliche Beeinträchtigung der natürlichen Landschaft dar. Die Anlagen sind massiv und prägen das Landschaftsbild nachhaltig und verwandeln es in eine Industrielandschaft. Besonders in naturnahen und landschaftlich wertvollen Gebieten müssen solche Eingriffe vermieden werden. Zudem stellen Windkraftanlagen eine immense Gefahr für die lokale Tierwelt dar, die durch die	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.20, 7.1.3, 7.2.1, 7.2.2, 7.2.5, 7.2.6, 7.2.9, 7.2.11, 7.2.12, 7.2.14, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.5, 7.3.9, 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rotorblätter gefährdet sind. Besonders besorgniserregend ist die Gefährdung wertvoller Nester von geschützten Arten wie dem Rotmilan, dem Storch und dem Seeadler, die sich hier in unseren Regionen befinden. Diese Vogelarten sind bereits durch andere Umwelteinflüsse bedroht, und die zusätzlichen Risiken durch Windkraftanlagen könnten ihre Bestände noch weiter dezimieren. 2. Beeinträchtigung der Lebensqualität: Infraschall, der von den Anlagen erzeugt wird, kann gesundheitliche Auswirkungen haben. Die stetige Bewegung der Rotoren und die damit verbundene visuelle Beeinträchtigung (Schattenschlag) führen zu einem Verlust der Wohn- und Lebensqualität in betroffenen Gebieten. Ich beziehe mich daher auf das den Artikel 2 unseres Grundgesetzes , in dem steht, dass jeder das Recht auf körperliche Unversehrtheit hat. Zudem kann auch der Lärm, der von Windkraftanlagen ausgeht, für Anwohner zu einer erheblichen Belastung werden. 3. In Ihrem Amtsblatt für Schleswig-Holstein Ausgabe 17. Juni 2024 schreiben Sie selbst, von voraussichtlich erheblichen Auswirkungen der Teilfortschreibung auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen, die biologische Vielfalt auf Flächen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter. Das ist ein Höhepunkt, einer völlig geleiteten Energiewende. Die Enerqiewende darf nicht über Mensch. Tier und Natur stehen! 4. Abrieb der Rotorblätter: Ein weiterer, oft übersehener Aspekt ist der Abrieb der Rotorblätter. Diese bestehen aus Verbundwerkstoffen, die gesundheitsschädliche Partikel freisetzen können, welche mit Asbest vergleichbar sind. Diese feinen Partikel gelangen in großen Mengen in die Atemluft und können sich auch auf Ackerflächen niederlassen, wodurch sowohl die Gesundheit der Menschen als auch die landwirtschaftliche Produktion gefährdet wird. Langfristige Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung sind hierbei nicht ausreichend erforscht und stellen ein erhebliches Risiko dar! Ich verweise hier ausdrücklich nochmals auf unser Grundgesetz, Artikel !!	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	5. Wirtschaftliche Überlegungen: Die Kosten-Nutzen-Analyse von Windkraftanlagen ist sehr fragwürdig. Windkraft-Anlagen produzieren nur Strom, wenn der Wind weht. Dies ist eine physikalische Tatsache. Mit Windkraft-Anlagen kann nur wetterabhängig - also zufällig Strom produziert werden. Ein Zubau von immer mehr Windkraft-Anlagen löst dieses Problem der Zufälligkeit nicht! Das wiederum bedeutet, dass die Zuverlässigkeit der Energieversorgung gefährdet ist. Zudem gibt es immer wieder Berichte über die wirtschaftliche Untragbarkeit einzelner Windparks, die ohne massive staatliche Subventionen nicht überlebensfähig wären. Bei Flaute produzieren die Anlagen weiterhin nichts, während es in windigen und sonnigen Zeiten zu einem immer größeren Angebot an Strom kommt, der vom Stromnetz nicht aufgenommen werden kann. In solchen Zeiten müssen also immer mehr Windkraft-Anlagen abgeregelt werden. Das bedeutet, jede neue Anlage kann nur einen immer geringeren Anteil von ihrem potenziell erzeugten Strom ins Netz einspeisen. Der Betrieb einer Anlage rechnet sich überhaupt nicht! An der freien Strombörse wird der Strom bei Überangebot natürlich billiger, oder ganz wertlos. Was ist mit den Zeiten ohne Wind, also bei zu wenig Strom? Entweder könnte man einfach einen Teil des Stromnetzes abtrennen, um im Rest des Netzes die notwendigen 50 HZ aufrecht zu halten. Das würde bedeuten, große Stromverbraucher oder ganze Städte haben dann eben keinen Strom, wenn der Wind nicht weht. Um hier drohenden wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen vorzubeugen, bräuchten wir entweder Speicher von ausreichender Größe oder Backup-Kraftwerke, die zuverlässig zugeschaltet werden können. Da in Deutschland alle Kernkraftwerke abgeschaltet wurden und Kohlekraftwerke ebenfalls zunehmend vom Netz genommen werden, muss die zuverlässige Backup-Leistung aus dem europäischen Ausland zugekauft werden und das ist teuer, denn der Börsenstrompreis ist in windarmen Zeiten ja immer hoch - wir erinnern uns - wegen der relativen Stromknappheit. Für Backup-Kraftwerke im eigenen Land gibt es keinen Plan. Zur Zeit werden zuverlässige Kraftwerke bei uns in erster Linie abgeschaltet und für die letzten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gaskraftwerke sehr teures Flüssiggas aus den USA zugekauft. Wir sind also abhängig von anderen Ländern und deren jeweiliger Energiepolitik. Ein forcierter Zubau von immer mehr Windkraft löst das Problem der zeitweiligen Energieknappheit im Land nicht, denn relevant ist nicht die erzeugte Strommenge, sondern ausschließlich der Strom, der zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle ankommt und verbraucht werden kann! Die Zufälligkeit der Stromproduktion bleibt, egal wie viele Windkraftanlaqen gebaut werden! Eine Energiepolitik die ausschließlich auf Zubau von Windkraft und PV setzt, setzt sich selbst zwar ein weithin sichtbares Denkmal der Natur- und Umweltzerstörung, sie destabilisiert aber unsere Energieversorgung, sie nimmt Unternehmen Investitionssicherheit und treibt nebenbei bemerkt viele Firmen ins Ausland! Je mehr Anlagen, desto mehr Netzeingriffe, desto teurer der Strom für die Stromkunden. Je mehr Windkraftanlagen, desto mehr Steuergeld für die Betreiber, desto teurer der Strom für die Stromkunden. 6. Umfrage in unseren Gemeinden Die Bürger der Gemeinden Groß Rönnau und Krems II haben sich in einer öffentlichen Umfrage vom 09.06.24 mehrheitlich gegen ein vorgeschlagenes Wärmenetz mit Windkraftanlagen ausgesprochen. Die Gemeinde Blunk hat dies bereits vorab abgelehnt. 7. Trinkwasserqualität Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet ist. 8. Alternativen zur Windkraft: Es gibt zahlreiche Alternativen zur Windkraft, die umweltfreundlicher und nachhaltiger sind. Solarenergie, Wasserkraft und Biomasse bieten oft lokal angepasste und weniger invasive Lösungen zur Energiegewinnung. Zudem kann die Verbesserung der Energieeffizienz und die Förderung von Energiesparmaßnahmen einen erheblichen Beitrag zur Energieversorgung leisten, ohne	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die Landschaft zu beeinträchtigen. 9. Haveriefall Im Haveriefall / (einer Brandausbreitung) muss dieser durch ausreichende Abstände zu Wohnhäusern gesichert sein. Eine Energiewende mit Wind und Sonne kann nicht funktionieren! Sie verursacht horrende Kosten, gefährdet unseren Wirtschaftsstandort, sie zerstört unsere Umwelt und nimmt uns damit die ökologische Lebensgrundlage! Schon heute können die Lärmschutzrichtwerte der TA Lärm nicht mehr eingehalten werden. Weil zu wenig Platz ist, für die riesigen Windkraftanlagen. Die Häuser der Anwohner verlieren ihren Wert, denn ein Windindustriegebiet in unmittelbarer Nachbarschaft ist kein Ästhetik- oder Luxus-Problem. Es bedeutet eine permanente Einschränkung der Lebensqualität ohne, dass Sie dafür entschädigt werden. Die Umsetzung der Energiepolitik darf nicht unkritisch erfolgen und alle Aspekte, insbesondere der Schutz von Mensch und Natur, müssen berücksichtigt werden. Ich betone daher nochmals, dass ich die Bebauung (insbesondere auf den Flächen in den Gemeinden Gross Rönnau, Krems II, Blunk und Daldorf) zur Ausweisung als Vorrangflächen ablehne und fordere zudem eine gründliche Überprüfung der geplanten Windkraftprojekte und eine stärkere Berücksichtigung für Mensch und Natur, sowie Maßnahmen zur Erhaltung unserer wertvollen Landschaft und Lebensqualität! Die beschleunigte Raumverträqlichkeitsprüfunq lehne ich ausdrücklich ab! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen,	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2099	Sehr geehrte Damen und Herren, äußert schrecklich finde ich eine evtl. Ausweitung der „Windenergie an Land“ in unseren, vormals so schönen, natürlichen Schleswig-Holstein. Schon jetzt gibt es meines Erachtens nach viel zu viele hässliche Windräder, die das Land wie in einem schrecklichen Sciencefiction Film aussehen lassen. Der Schaden, welcher durch diese „despotischen“ Bauwerke errichtet wird, ist meines Erachtens nach Wissenschaftlich	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.12 bis 7.2.14, 7.2.1, 7.2.9, 7.3.2, 7.3.3 und 7.2.10 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	belegt und nicht wieder rückgängig zu machen, da die Fundamente für ewig die Bodenflächen versiegeln und die Anlagen nicht recycelt werden können. Wie werden Ihrer Meinung nach diese riesigen Flügel entsorgt? Wie wird das Fundament zurückgebaut und was passiert mit dem Rest der Anlage, welche nicht mehr genutzt werden kann? Man sollte doch nicht nur an heute denken, sondern das Ganze betrachten. Von der Aufwendigen Produktion, über die umweltschädliche Nutzung, bis hin zum Abbruch und der Entsorgung der gesamten Anlage. Nur wenn man dies alles mitberechnet, kann man den realen Kosten-Nutzenbetrag erhalten. Vor allem sollte man die immensen Schäden mitbetrachten. Hier währe besonders die massive Flächenversiegelung durch unumkehrbare Bebauung mit den Fundamenten genannt und somit der Verlust von landwirdschaftlich nutzbarer Flächen. Der Verlust von Baumbeständen und Wäldern durch Rodung für die Aufstellflächen. Die Abholzung des Regenwaldes für die Herstellung der Anlagen im Inneren, wofür man das Balsaholz aus Amazonien benötigt. Die Verwendung des radioaktiven Neodyms im Dauermagneten, überwiegend aus China, wovon eine Anlage 2 Tonnen benötigt. Und bei dessen Abbau der Boden und die Gewässer vor Ort verseucht werden. Der erhebliche CO2 Ausstoß für die Produktion. Schon der Ressourcen und Energieaufwand für den Bau stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen der Anlagen. Dazu kommen dann noch die schädlichen Umwelteinflüsse durch den Betrieb der Anlagen, wie Kontaminierung der Flächen in weitem Umkreis mit toxischen, krebserregenden Chemikalien. Schäden durch Infraschall, der die Herzfrequenz von Menschen und Tier massiv beeinträchtigt. Verbreitung von lungengängigen Mikropartikeln. Schreddern von Vögeln, Fledermäusen und Insekten. Vertreibung von Wildtieren aus den betroffenen Gebieten.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Massive Lärmbelästigung, was zu Stress führt und sich ungünstig auf die Gesundheit von Menschen und Tieren auswirkt. Vertreibung von Urlaubern durch die Unattraktivität der damit zugebauten ursprünglich schönen und ruhigen Natur. All dies sollte doch zum Umdenken reichen. Windräder sollten zurückgebaut werden, damit unser Schleswig-Holstein wieder schön und naturnah wird. Wer profitiert von diesen Windkraftanlagen? Wir die Bürger und die Natur sind es meiner Meinung nach nicht. Es sind wohl nur wenige den Profit durch diese Anlagen erhalten. Der Schaden, welcher Mensch, Tier und Umwelt zugefügt wird, steht in keinem Verhältnis zum Nutzen dieser Anlagen. Die Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein und auch sonst in Deutschland sollten umgehend zurückgebaut werden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2849	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „ Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Als Stromkunde bezahle ich diese Windkraftanlagen mit, die Stromtrassen, die Wartung, das Abschalten der Anlage, das Abgeben des Stroms in andere Netze. Ich halte dieses Gesetz für Investorenfreundlich und Interessant für Landwirte... aber im keinem Fall ist es für den Bürger gemacht.. das ist sehr übertrieben und traurig für die wunderschöne Schleswig-Holsteiner Landschaft für die Vogel und die Menschen, die sich hier erholen wollen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1 und 7.2.10 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftlich Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2098	[redacted] Stellungnahme: 1. Wir sprechen uns gegen die Errichtung im Landschaftsschutzraum aus. Begründung: Wir verweisen auf die aktuelle Stellungnahme des Kreises Plön. Unser Landschaftsschutzgebiet „Hagener Au“ (Auenlandschaft, naturnahes Fließgewässer, Schutzwaldgebiet) bietet nachgewiesen ein Vorkommen von Seeadlern mit Nachwuchs, Rotmilan und schützenswerter Fledermäuse. Eine Aufweichung von Tabukriterien, die lange erarbeitet wurden, ist im Hinblick auf Artenschutz langfristig schädigend. Wir haben hier eine Vogelzugroute, die nicht beachtet wird. 2. Wir sprechen uns gegen die Errichtung von WEA in Brodersdorf aus im Hinblick auf Naherholung und Tourismus. Begründung: Ebenfalls beziehen wir uns auf die aktuelle ausführliche Stellungnahme des Kreis Plön. Das Gebiet Brodersdorf, Laboe, Stein, Wendtorf lebt maßgeblich vom Tourismus. Eine Erholung wird durch den Bau von WEA kaum möglich sein. Das Laboer Ehrenmal verliert den Charakter als alleinstehendes Merkmal. 3. Wir sprechen uns gegen die geringe Entfernung zu Wohngebieten und die sehr hohen WEA aus. Begründung: Gesundheitliche Aspekte werden in den Hintergrund gestellt zugunsten	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel 4.5.1.1 (*Siedlungsstruktur*) und 4.5.1.2 *(Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.17, 3.15, 2.2 bis 2.5, 7.1.1, und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	einer Zerstörung von Naturschutzgebieten und einer vermeintlichen Wirtschaftlichkeit, die dem Anwohner keinerlei Schutz bieten. WEA in unserem Gebiet widersprechen der Lebenssituation des Gebietes so nah zur Küste. Die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Brodersdorf ist gering, ¾ der Anwohner sind gegen die Errichtung von WEA in diesem Gebiet (Petition an die Gemeindevertretung). Die Gemeindevertretung arbeitet derzeit zugunsten des Investors und lässt sämtliche oben genannten Aspekte außer Acht. In der Gemeindevertretung sitzen die Grundstückeigner. Wertvoller Naherholungsraum und Naturschutz ist nicht vereinbar (s. auch aktuelle Stellungsnahmen des Kreis Plön, Stein, Lutterbek) mit der Errichtung von WEA im Gebiet Brodersdorf. Wir sprechen uns vehement gegen die Errichtung von WEA im Ortsgebiet Brodersdorf aus.	
Institution: Brock Müller Ziegenbein Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, Keine Abteilung ID: 2097	siehe Anlage Amt Selent (Gemeinde Fargau-Pratjau) wg. LEP Wind Stellungnahme Teilfortschreibung Wind Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Fargau-Pratjau hat mich gebeten, für sie eine Stellungnahme im Rahmen der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans abzugeben. Vollmacht liegt an. **1 Seeadler** Der vorliegende Entwurf der Teilfortschreibung zum Thema ,,Windenergie an Land" berücksichtigt aus Sicht der Gemeinde nicht ausreichend die relevanten Dichtezentren für Seeadlervorkommen. Er findet sich in Ziffer 4.5.1.3 Abs. 7 als Ziel zum Dichtezentrum für Seeadlervorkommen, dass in diesen Dichtezentren die Ausweisung von Windenergie gebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen ist. Abgestellt wird dabei allerdings nur auf die in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein dargestellten Dichtezentren für Seeadlervorkommen: Allerdings erfasst der Landschaftsrahmenplan nicht alle Seeadlervorkommen. So befinden sich nördlich des im Landschaftsrahmenplan ausgewiesenen Seeadlerdichtezentrum weitere Seeadlerhorste. Dies gilt insbesondere für das	Das Dichtezentrum von Seeadlervorkommen entspricht in seiner räumlichen Ausdehnung dem gleichnamigen Kriterium aus dem Landesentwicklungsplans Wind (2020). Die räumliche Festlegung erfolgte auf Grundlage von besetzten und traditionell geeigneten Horststandorten nach landesweit einheitlich angewendeten Kriterien. Ausgehend vom Großen Plöner See werden alle Reviere einbezogen, deren 3 km Umgebungsbereiche sich überlappen oder nicht weiter als 2 km voneinander entfernt liegen. Die von diesen Revieren umschlossene Außengrenze weist im Inneren Bestandslücken auf. Diese Bereiche sind jedoch in der Vergangenheit besiedelt gewesen oder es gab Ansiedlungsversuche. Außerdem weisen sie Schlafplätze und Aufenthaltsbereiche von heranwachsenden Seeadlern auf. Dieser Lebensraum zeichnet sich durch zahlreiche Waldflächen und viele Seen sowie eine Verbindung zur Ostsee und zu EU-Vogelschutzgebieten aus. Im Ergebnis ist ein Raum mit einer kontinuierlich hohen Brutdichte abgegrenzt, der zur dauerhaften Sicherung des stabilen Kerns der Seeadlerpopulation in Schleswig-Holstein geeignet ist und somit der Kontinuität der Freihaltung von WEA bedarf. Eine Anpassung der Abgrenzungen ist fachlich nicht geboten, auch

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Seeadlerrevier bei Bentfeld, dass seit 2017 dauerhaft besetzt ist. Dieses wurde seinerzeit bei der Abgrenzung nicht berücksichtigt. Das in Landschaftsrahmenplänen enthaltene Dichtezentrum basiert wiederum auf dem gesamträumlichen Planungskonzept - vierte Entwurf zur Teilfortschreibung der Regionalpläne 2020. Darin heißt es: *Das Dichtezentrum ist dadurch gekennzeichnet, dass hier Reviere unmittelbar aneinandergrenzen und sich zusätzlich Schlafpliitze von immaturen Seeadlern in diesem Bereich befinden. Aus diesem Raum heraus begann in den l 970er Jahren die Wiederbesiedlung Schleswig-Holsteins. Aufgrund der hohen Eignung stellt dieser Raum den stabilen Kern der Seeadler-Population dar und führt durch hohe Reproduktionserfolge auch zu einem „Populationsüberschuss ': der zur Besiedlung weiterer Gebiete führen kann bzw. die Bestände in den Randbereichen stützt (Source-Population). Wegen der hohen Revierdichte und der Anwesenheit vieler immaturer Vögel kommt es beim Seeadler weiterhin zur intensiven Revierabgrenzung und zu Revierkämpfen zwischen angrenzenden Revierpaaren und immaturen Vögeln, in deren Rahmen ein besonders hohes Kollisionsrisiko mit WKA besteht. { . .] Die fachlichen Erkenntnisse für die Abgrenzung des Dichtezentrums beruhen auf Jahrelangen kontinuierlichen Beobachtungen der Fachbehörden, unterstützt durch die staatliche Vogelschutzwarte.* Die Daten für das Dichtezentrum basieren damit auf den jahrelangen kontinuierlichen Beobachtungen der Fachbehörden, unterstützt durch die staatliche Vogelschutzwarte (vergleiche auch Gutachten Bosch und Partner - Dichtezentrenkonzepte - fachliche Herleitung sowie Umsetzung in den Ländern vom 29.03.2021, Seite 15, wo es heißt: *Der Brutbestand u.a. des Seeadlers wird in Schleswig-Holstein Jährlich erfasst, sodass beim LLUR fortlaufend aktuelle Daten vorliegen. Das Dichtezentrum bildet Bereiche ab, in dem Reviere unmittelbar aneinandergrenzen und sich zusätzlich Schlafplätze immaturer Seeadler befinden. Zudem weist der Raum eine hohe Lebensraumeignung auf.* Die Projektgruppe Seeadlerschutz hat deshalb bereits im Rahmen der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne darauf hingewiesen, dass das vorgesehene Seeadlerdichtezentrum nach Nordwesten zu erweitern ist, sodass die bestehende Lücke in der Probstei geschlossen wird. Im Hinblick darauf, dass das Konzept für die Seeadlerdichtezentrum auf jährlichen Erhebungen und Fortschreibungen des Landesamtes für Umwelt bzw. der staatlichen Vogelschutzwarte basiert, wäre auch die Festsetzung des Seeadlerdichtezentrum entsprechend fortzuschreiben. Dies könnte dadurch erfolgen, dass - wie bereits in der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans 2020 - nicht nur auf die Festsetzungen im Landschaftsrahmenplan abzustellen ist, sondern das Seeadlerdichtezentrum	nicht, wenn es an den Rändern zu vereinzelten Änderungen besetzter Horste kommt.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	eigenständig in einer Karte des Landesentwicklungsplanes unter Einbeziehung der gesamten Probstei eingezeichnet wird. **11. Zusammenfassung** Der derzeitige Entwurf des Landesentwicklungsplans fußt auf einer nicht (mehr) aktuellen Datengrundlage für das Seeadlerdichtezentrum, da u.a. das Revier in Bentfeld keine Berücksichtigung gefunden hat, dass die Gleichwertigkeit aufweist wie die üblichen Bereiche des im Landschaftsrahmenplan festgesetzten Seeadlerdichtezentrums. Folge ist, dass die gesamte Probstei als Seeadlerdichtezentrum angesehen werden muss. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Hinweis in den Entwurf des Landesentwicklungsplans aufnehmen würden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2096	Sehr geehrte Damen und Herren, äußert schrecklich finde ich eine evtl. Ausweitung der „Windenergie an Land“ in unseren, vormals so schönen, natürlichen Schleswig-Holstein. Schon jetzt gibt es meines Erachtens nach viel zu viele hässliche Windräder, die das Land wie in einem schrecklichen Sciencefiction Film aussehen lassen. Der Schaden, welcher durch diese „despotischen“ Bauwerke errichtet wird, ist meines Erachtens nach Wissenschaftlich belegt und nicht wieder rückgängig zu machen, da die Fundamente für ewig die Bodenflächen versiegeln und die Anlagen nicht recycelt werden können. Wie werden Ihrer Meinung nach diese riesigen Flügel entsorgt? Wie wird das Fundament zurückgebaut und was passiert mit dem Rest der Anlage, welche nicht mehr genutzt werden kann? Man sollte doch nicht nur an heute denken, sondern das Ganze betrachten. Von der Aufwendigen Produktion, über die umweltschädliche Nutzung, bis hin zum Abbruch und der Entsorgung der gesamten Anlage. Nur wenn man dies alles mitberechnet, kann man den realen Kosten-Nutzenbetrag erhalten. Vor allem sollte man die immensen Schäden mitbetrachten. Hier währe besonders die massive Flächenversiegelung durch unumkehrbare Bebauung mit den Fundamenten genannt und somit der Verlust von landwirdschaftlich nutzbarer Flächen.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Verlust von Baumbeständen und Wäldern durch Rodung für die Aufstellflächen. Die Abholzung des Regenwaldes für die Herstellung der Anlagen im Inneren, wofür man das Balsaholz aus Amazonien benötigt. Die Verwendung des radioaktiven Neodyms im Dauermagneten, überwiegend aus China, wovon eine Anlage 2 Tonnen benötigt. Und bei dessen Abbau der Boden und die Gewässer vor Ort verseucht werden. Der erhebliche CO2 Ausstoß für die Produktion. Schon der Ressourcen und Energieaufwand für den Bau stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen der Anlagen. Dazu kommen dann noch die schädlichen Umwelteinflüsse durch den Betrieb der Anlagen, wie Kontaminierung der Flächen in weitem Umkreis mit toxischen, krebserregenden Chemikalien. Schäden durch Infraschall, der die Herzfrequenz von Menschen und Tier massiv beeinträchtigt. Verbreitung von lungengängigen Mikropartikeln. Schreddern von Vögeln, Fledermäusen und Insekten. Vertreibung von Wildtieren aus den betroffenen Gebieten. Massive Lärmbelästigung, was zu Stress führt und sich ungünstig auf die Gesundheit von Menschen und Tieren auswirkt. Vertreibung von Urlaubern durch die Unattraktivität der damit zugebauten ursprünglich schönen und ruhigen Natur. All dies sollte doch zum Umdenken reichen. Windräder sollten zurückgebaut werden, damit unser Schleswig-Holstein wieder schön und naturnah wird. Wer profitiert von diesen Windkraftanlagen? Wir die Bürger und die Natur sind es meiner Meinung nach nicht. Es sind wohl nur wenige den Profit durch diese Anlagen erhalten. Der Schaden, welcher Mensch, Tier und Umwelt zugefügt wird, steht in keinem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verhältnis zum Nutzen dieser Anlagen. Die Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein und auch sonst in Deutschland sollten umgehend zurückgebaut werden. Hochachtungsvoll [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2587	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 - Stellungnahme zur Teilfortschreibung 03.09.2024 Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Koll, In dem Beteiligungsverfahren für den ersten Entwurf möchten wir eine positive Stellungnahme für den Ausbau von Windenergie in unseren Gemeinden abgeben. Wir sind grundsätzlich für die Ausweisung von Windenergieflächen im Landesinneren, sofern diese den vorgeschlagenen Kriterien entsprechen. Über die Ausweisung von Windenergieflächen und den Betrieb von Windparks haben wir uns, wie viele Bürger, in den letzten Jahren immer wieder informieren können, es sind zahlreiche Artikel zum Thema erschienen. Es sind einige Windparks in der entfernteren Nachbarschaft entstanden, deren positive Entwicklung und Betrieb wir verfolgen können. Auch unsere Region ist als Windstandort gut geeignet, leider mussten wir auf der Karte in den vorangehenden Beteiligungsverfahren feststellen, dass in der Region östlich von Heide und auf der Hohen Geest stets nur unwesentliche Neuausweisungen für Windparks vorgenommen und große Potentialflächen nicht berücksichtigt wurden. Nach Einsicht und Prüfung der veröffentlichten Unterlagen für die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) stellt sich dies nun anders dar, was wir sehr begrüßen. Dies betrifft auch Potentialflächen in unserem Umfeld, in dem Gebiet zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt gelegen.	Hinsichtlich der Zustimmung zum Entwurf wird die Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Sie beinhaltet aber auch Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Hierzu wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Kritik an den Abständen zu Großvogelbrutplätzen wird auf Ziffer 5.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen Zu militärischen Belangen: Richtfunktrassen werden bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie im Einzelfall bewertet; sie führen nicht zu einem pauschalen Ausschluss von Vorranggebieten Windenergie. Die Festlegung von Höhenbegrenzungen auf Ebene der Regional- und Bauleitplanung ist ausgeschlossen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Aus den nachfolgenden Gründen bitten wir um Aufnahme der Fläche zwischen den I geschilderten Orten als Vorrangfläche für Windenergie. Grundlage sind die im aktuellen Beteiligungsverfahren veröffentlichten Kriterien als Ziele und Grundsätze der Landesentwicklungsplans. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung: Fachliche Argumente/Kriterienkatalog, standortbezogen Bei den nachfolgenden Argumenten und Einwendungen beziehen wir uns auf eine Rohpotenzialfläche, die in der Karte Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie aus Juni 2024 abgebildet ist. (Sie ist nicht Bestandteil der veröffentlichen Beteiligungsdokumenten.) Für den Standort zwischen den Orten Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide Tellingstedt, Landkreis Dithmarschen, wird in der veröffentlichten Potenzialflächenkarte eine mögliche Windvorrangfläche abgebildet. Die abgebildete Fläche stellt das Projektgebiet „Bürgerwindpark Schrum-Wembüttel“ dar und liegt in einem stark windhöffigen Raum in den zuvor genannten Gemeinden. Das betrachtete Gebiet wird von verschiedenen Seiten durch einzuhaltende Abstände zur Einzelwohnhäusern sowie im Osten und Westen durch Wohnbebauung der Gemeinden Immenstedt und Schrum im Westen im Außenbereich begrenzt. Das Gebiet wurde von uns als regional ausgerichtete Planungsgemeinschaft seit vielen Jahren überplant. Es wurde aufgrund von Landschaftsschutzgebietsausweisungen im vorangehenden Regionalplanverfahren nicht weiter betrachtet, abgewogen und ausgewiesen. Wir beschäftigen uns seit Jahren intensiv mit Gebiet. . __ Auszug Karte: Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie Für das in Frage kommende Gebiet wurden Untersuchungen und Planungen in der Zwischenzeit ausgeführt, auch sind durch die anderen Beteiligungsverfahren (Landesentwicklungsplan) viele Informationen zu den Umweltbelangen veröffentlicht worden. Die beschriebene, weiträumige Fläche liegt auf der Hohen Geest, ist sehr wenig bewaldet und wird bereits intensiv zur Landwirtschaft mit Ackerbau und Grünland	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	genutzt. Die für einen Windpark erforderlichen Abstände zu Ortschaften können eingehalten werden. Zu den einzelnen Kriterien: 1. Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern 2. Beeinträchtigung Großvögel 3. Waldabstand 4. Landschaftsschutzgebiete 5. Militärische Belange 6. Schwerpunktbereich Tourismus und Erholung 7. Gewässerschutz 8. Schutz- und Biotopverbunde 1. Abstände zu Siediungsflächen und Einzelhäusern- Ziel Das mögliche Windeignungsgebiet ist so groß, dass die geplanten Abstandsforderungen eingehalten werden können. Die Beibehaltung der Rotorin-Planweise schafft zusätzlich genügend Abstand. Dieser wird zumeist häufig auch durch die erforderlichen Abstände aufgrund der Belastungen durch Schall und Schattenwurf übertroffen. In der Regel führen die Vorgaben für die Einhaltung der Emissionen zu noch zu größeren Abständen. Auch dies ist Bestandteil des eigentlichen Genehmigungsverfahrens und dort zu prüfen. Nach wie vor ist eine ausreichende Potentialfläche auf der Fläche vorhanden. 2. Beeinträchtigung Großvögel- Grundsatz Um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln soll im angegebenen Umgebungsbereich in der Rege! keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Hier möchten wir darauf hinweisen, dass weiter differenziert werden sollte bei der Festlegung von Tabuzonen um Horste von Großvögeln. Gerade durch Entwicklung und Einsatz neuer Techniken (ProTecBird) und Schaffung von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Lenkungsflächen sollten bei bestandsreichen Arten, beispielsweise wie Storche und Rotmilan durch geeignete Maßnahmenkonzepte Artenschutzkonflikte zu bewältigen sein. Die Großvögel können so erfolgreich geschützt werden. Der großräumige Ausschluss von Potenzialflächen um Horste sollte daher auf die Ebene der Einzelfallbetrachtung verlagert werden und nicht von vorneherein zum Ausschluss einer Fläche für Windstandorte führen. Der Ausschluss von besonders sensiblen Flächen mit großflächig vorkommenden besonders schützenwerten Arten hingegen ist für uns in Ordnung. 3. Waldabstand Der vorgeschlagene, einzuhaltende Abstand zu Waldflächen von 30 m ist für uns in Ordnung. Zu den vorhandenen Flächen kann für die Planfläche genügend Abstand gewahrt werden. 4. Landschaftsschutzgebiete Die neue Gewichtung dieses Kriteriums möchten wir ausdrücklich befürworten. Es ist Bürgern zuzumuten, auf Windenergieanlage zu schauen. 5. Militärische Belange- Ziel Auch dieser Belange sollten auf Ebene der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden. Beispielsweise lineare militärische Richtfunktrassen können bei der Planung eines Gebiets mit Windstandorten Berücksichtigung finden. Die in dem Gebiet liegende Richtfunktrasse quert die Fläche, beeinflusst die mögliche Standortplanung jedoch kaum. Sie führt nur zu einer minimalen Einschränkung der Eignungsfläche. 6. Tourismus und Erholung- Ziel und Grundsatz Grundlegend weisen wir darauf hin, dass die Tatbestandsmerkmale „Erholung" und „Tourismus" durchaus verschieden und damit unterschiedliche Abwägungsbelange sind. Es sollten nur Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung (wenn überhaupt) von dem Ausbau der Erneuerbaren ausgenommen werden, Kernbereiche oder Vorbehaltsgebiete hingegen nicht. Bei Umfragen bei Touristen werden Windenergieanlagen regelmäßig als regionsprägend und positiv bewertet.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Erholung ist ein öffentlicher Belang, der gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und damit auch bei den Regionalplänen zu berücksichtigen ist; das gleiche gilt für den Tourismus als Wirtschaftsfaktor(§ 1 Abs. 6 Nr. 8 lit. a BauGB). Der „Erholung" im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB dienen neben Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen auch Frei- und Grünflächen, während der Tourismus zu den Belangen der „Wirtschaft" gehört. Der „Erholung" dienen die hier streitgegenständlichen Bereiche nicht, zumal laut Textteil des Regionalplanentwurfs diese Kernbereiche für Erholung in guter Zuordnung zu den Ober- und Mittelzentren als Naherholungsgebiete liegen sollen, während die einzig größere Ortschaft in der Nähe, nämlich Tellingstedt, bei der Landesplanung nur als Unterzentrum geführt wird. Tourismus als wirtschaftlich relevanter Faktor findet kaum statt. Auch sollte diese Darstellung als Vorbehaltsgebiet nicht von vornherein dazu führen, dass die betroffenen Flächen von einer Nutzung zur regenerativen Stromproduktion ausgeschlossen werden. 7. Talräume an Gewässern Das Gebiet wird durch die Fließgewässer durchzogen. Die einzuhaltenden Abstände können in der Standortplanung berücksichtigt werden. Die Einschränkungen sind nicht so gravierend, dass das Gebiet sich erheblich vermindern würde. 8. Schutz- und Biotopverbunde In gesetzlich geschützten, flächenhaften, unmittelbar räumlich zusammenhängenden Biotopen mit einer Größe von insgesamt mindestens fünf Hektar soll die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen werden. Diese Gewichtung befürworten wir. Schwerpunktbereich Schutzgebiet und Biotopverbund Dieses Kriterium wird im BlmSchG-Verfahren untersucht und bewertet. Biotopschwerpunktbereiche in vergleichbaren Größenverhältnisse, sollten wie zusammenhängende gesetzlich geschützte Biotope kategorisch für den Ausbau der Windenergie ausgeschlossen werden. Randbereiche sowie Biotopverbundachsen sollten dabei einer Abwägung zugänglich sein. Dementsprechend können Biotopschwerpunktbereiche ab 5 Hektar vom Grundsatz zum Ziel gewandelt werden. Weitere Punkte/ Argumente Verfahren	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wir begrüßen grundsätzlich das geplante Verfahren, die Kriterien zur Ausweisung von Windeignungsflächen im Landesentwicklungsplan gesetzlich zu verankern. Gleichzeitig werden die Kriterien neu gewichtet und bewertet. Auch folgt das Land Schleswig-Holstein zum einen den neuen Anforderungen des geänderten Bundesrechts und schafft zum anderen die notwendigen Rahmenbedingungen für Klimaschutz, Energiewende und dringend benötigtem Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Festsetzung von bestimmten Kriterien als Ziele, die der Abwägung nicht zugänglich sind und als Grundsätze, die in der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden können, schafft einen einheitlichen Verfahrensrahmen für verschiedene Ausweisungsverfahren. Durch die Beibehaltung der Rotorin-Lesart werden die politischen und verträglichen Ziele der Landesregierung, genügend Abstand zu Wohnbereichen, weiterverfolgt. Auch der Wegfall von der bislang geltenden Ausschlusswirkung kann im Einzelfall sinnvolle Ausweisung von Windeignungsflächen in bestimmten Lagen ermöglichen. Die neue Positivplanung ermöglicht, große, stark windhöffige Gebiete im Landesinneren, die bislang vor allem durch Landschaftsschutzgebietsausweisungen keine Berücksichtigung fanden, für die erneuerbare Stromproduktion zu erschließen. Flächen, die zum Teil wesentlich besser geeignet sind, zum Beispiel aufgrund ihrer größeren Entfernungen von Siedlungen und Häusern als an der Küste, werden im laufenden Verfahren nun aufgenommen. Die ungleichmäßige Verteilung und eindeutige Bevorzugung der Küstenregion stellen ein soziales Gefälle für die Gemeinden und Bevölkerung dar. Die Wertschöpfung darf aber nicht weiter so ungerecht verteilt sein. Insgesamt unterstützen wir daher das vorgesehen Verfahren, die Grundsatzbeschlüsse der Landesregierung zur Windenergieplanung vom Dezember 2023 auf Ebene des Landesentwicklungsplans umzusetzen. Klimaschutzziele Aus Gründen der Klima- und Energiepreiskrisen ist weiterer Flächenbedarf eindeutig ersichtlich. Dies definiert den an sich vorhandenen Ermessensspielraum neu. Wir befürworten den Ausbau von Emeuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, auch in unserer Gemeinde, da wir die Energiewende und Grüne Energie gut finden. Sie stärkt die Wertschöpfung des Ländlichen Raums und birgt längst nicht die Gefahren von Atomkraft. Der Bedarf von klimaneutraler Energie wird sich gerade an der Westküste mit	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	den Standorten wie Brunsbüttel und Heide enorm durch Transformation der Industrieversorgung, Mobilität und private Haushalt massiv steigern. Auch können zukünftig die verschiedenen geplanten Stromleitungen den erzeugten Strom Offshore und Onshore wegführen. Schleswig-Holstein erhält eine historische Chance, seine Wirtschaftlichkeit zu steigern. Zusammenfassung In der Zusammenfassung ermöglichen die aktuellen Abwägungskriterien große neue Windvorrangflächen in unserer Region. Auch in den anfangs genannten Orten ist eine Potentialfläche für den Windenergieausbau möglich. Die Kriterien und der Zuspruch in der Bevölkerung lassen einen Wegfall des Gebiets nicht zu. Wir befürworten daher - die Verfahrensweise der Verankerung der Kriterien zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im Landesentwicklungsplan und - bitten um die Aufnahme des Gebiets zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Teiiingstedt als Vorranggebietsfläche für Windenergie im zukünftigen Regionalplan Sachthema Wind. Mit freundlichen Grüßen,	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2327	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich meine Bedenken gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Während emeuerbare Energien zweifellos eine wichtige Rolle bei der Reduktion von C02-Emissionen spielen, gibt es auch ernsthaft Umweltbedenken gegen die Errichtung von	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1.3 und 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich enthält die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffern

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftanlagen, die nicht außer Acht gelassen werden dürfen. • Durch die Nutzung von Carbonfasem werden große Mengen Sondermüll erzeugt, die keinesfalls umweltfreundlich sind und für die es, wie für den Atommüll, noch keine Entsorgungslösung gibt. Das Mikroplastik der Rotorblätter wird durch Staub, immer öfter durch auftretende Saharawinde, abgerieben und breitet sich in der Landschaft und in der Atemluft aus. Zahlreiche PFAS-Chemikalien werden von der EU bereits verboten. Wie kann dann weiter unbedenklich die Gesundheit der Mensch- und Tierwelt riskiert werden in dem immer mehr Windräder gebaut werden? Im Besonderen gilt dies auch im Brandfall eines Windrades! Es werden nicht nur die umliegenden landwirtschaftlichen Flächen, sondern auch mein Trinkwasser und Biogarten kontaminiert. In Schleswig-Holstein gibt es Gemeinden, in denen es nicht möglich ist an eine zentrale Trinkwasserversorgung anzuschließen. Das bedeutet, jeder Bürger muss für sein Eigenheim einen eigenen Brunnen besitzen, einschließlich einer jährlichen Untersuchungspflicht des Trinkwassers. Wenn der Befund biologische oder chemische Schadstoffe enthält, muss ich persönlich Abhilfe schaffen. Dies wäre, wie eine erneute Brunnenbohrung, eine enorme finanzielle Belastung! Des Weiteren besteht auch beim Bau der Windräder, egal ob Bohrpfahlgründung oder riesige Stahlbeton-Fundamente, die Gefahr der Verseuchung durch die Durchstoßung der geologischen Trennschichten. Auch das Thema Infraschall und tieffrequentierter Schall beängstigt mich zunehmend, da die Anlagengröße ins Unermessliche geht! Diese aufgeführten Gründe müssen einen größeren Abstand zur Wohnbebauung zur Folge habe, mindestens 5H! Und zwar auch zu den Splittersiediungen. Diese kleinteilige Siedlungsstruktur ist doch so typisch in Schleswig-Holstein. Woher kommt die absurde Annahme, dass die dort lebenden Menschen weniger Schutz vor den Anlagen benötigen als ein Ortskern? • Nach wie vor müssen die Naturschutzgebiete, Biotopverbundsysteme, die kleinteiligen Knickstruktur (hoher ökologischer Wert), die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs einschließlich der Rast- und Nahrungshabitate, der Lebensraum z.T geschützter Großvögel, wie Seeadler, Rotmilane und Störche geschützt und von	4.2.1, 4.5, 4.17.1 und 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Schließlich wird auf die Ziffern 7.2.7, 7.2.9, 7.2.10, 7.2.12, 7.2.13, 7.2.14, 7.3.3, 7.3.8 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftanlagen freigehalten werden. Sämtliche Mindestabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten müssen als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt werden und zumindest den Schutzabständen gemäß Helgoländer Papier (2015) entsprechen. Eine individuelle, dezentrale Erzeugung von Strom ist aus meiner Sicht wesentlich sinnvoller, als politisch gewollte Großprojekte, gigantische Energie Industriegebiete, an denen einige Inverstoren sehr gut verdienen, die sich groteskerweise Umweltschutz auf die Fahnen schreiben. Und die dort lebenden Menschen und Tiere müssen sind dem ergeben und sind den Folgen ausgesetzt. Warum fängt die Regierung nicht bei sich an und erstellt auf jedem öffentlichen Gebäude eine PV-Anlage und Solarthermie? Ich fordere eine schlüssige Gesamtplanung, die auch Freiflächen PV-Anlagen, Freileitungen (Hoch- und Höchstspannungsleitungen), Umspannwerke, Transformatoren und Speicheranlagen beinhaltet. Die derzeitige Planungslosigkeit ist unhaltbar! Ich bitte um schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2095	Dokument: Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land **Hier: Stellungnahme zu den Kriterien** • **Z25 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung** • **G19 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung** • **Z13 EU Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche** Sehr geehrte Damen und Herren,	zu den Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs Verdichteter Vogelzug ist auch auf Fehmarn und an der West- und Ostküste Wagriens zu beobachten. Dieser als „Vogelfluglinie“ bezeichnete Vogelzugkorridor bildet die kürzeste Verbindung über Landflächen zwischen Mitteleuropa und Skandinavien und wird sowohl auf dem Heimzug nach Nordosten im Frühjahr als auch auf dem Wegzug im Sommer und Herbst nach Südwesten von vielen Vögeln genutzt. Insbesondere Greifvögel (Wespenbussard, Fischadler, Rotmilan, Mäusebussard, Sperber, Weihen), die als Segelflieger auf Auftrieb und daher Landflächen angewiesen sind, nutzen diesen Weg, da zwischen den dänischen Inseln und Fehmarn/Wagrien nur vergleichsweise schmale Wasserflächen liegen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrter Herr [redacted], im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2024 (Erster Entwurf) beteiligt sich die [redacted] mit folgender **Stellungnahme: (Kurzfassung/ siehe unten Langfassung)** Eine Gemeinschaft von Landeigentümern und der [redacted] planen im Süden der Insel Fehmarn ein bis dato für Schleswig-Holstein einmaliges Verbundkraftwerk. Das Ziel ist, die verschiedenen Programme des Bundes, der Länder und Kommunen durch intelligente Integration von Freiflächen-Photovoltaik, Windenergie und einem Elektrolyseur umzusetzen und die Energiewende, wie auf den verschiedenen Ebenen gefordert, so auf die nächste Stufe zu heben. Das Vorbild ist das [redacted] Verbundkraftwerk in der Uckermark, das hier bereits seit über 10 Jahren unter Beweis stellt, dass konventionelle Kraftwerke bald der Vergangenheit angehören. Um dieses Vorhaben umsetzen zu können, möchten wir mit dieser Stellungnahme erreichen, dass unten beschriebene Ziele der Raumordnung angepasst werden, um auf Ebene der Regionalpläne die Chance zur Abwägung und schließlich Ausweisung der fraglichen Bereiche als VRG Wind zu ermöglichen. **Z25 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung & G19 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung** **Vorangestellt sei:** ***„Nach allen vorliegenden Untersuchungen wurde die Zugintensität sowohl auf der „Vogelfluglinie“ über Fehmarn wie auf der ebenfalls sehr stark in Windkraftnutzung liegenden Strecke von der Ostsee zum Wattenmeer nicht grundsätzlich beeinträchtigt. Der Ausbau von Windkraftanlagen in SH hat großräumig keine anderen Flugstrecken oder Zielgebiete zur Folge gehabt. Eine Entwertung der „Vogelfluglinie“ […] kann nicht festgestellt werden.“*** **(Blanck, K. (2009): Abschluss-Gutachten zum Verhalten von Vögeln im Umfeld von Windparks auf der Insel Fehmarn)** Das Kriterium Z 25 sollte im Süden Fehmarns im Bereich zwischen Blieschendorf, der	(Fehmarnsund, Fehmarnbelt). Auch weitere Landvogelarten wie Tauben, Drosseln und Finken nutzen diesen direkten Weg von bzw. nach Skandinavien. Auf Fehmarn gibt es bereits einige Bestandswindparks und ausgewiesene Vorranggebiete. Um die besondere Bedeutung dieses Zugwegs raumplanerisch zu berücksichtigen, sind alle Küstenbereiche sowie die WEA-freien Korridore zwischen den vorhandenen Vorranggebieten auf Fehmarn als Ziel der Raumordnung festgelegt, in denen kein Ausbau der Windenergie erfolgen darf. Die Erhaltung der noch verbliebenen binnenländischen Freiräume Fehmarns ist aufgrund der extrem hohen Vogelzugdichte zwingend erforderlich, um die Funktionsfähigkeit dieser international bedeutsamen Hauptachse des überregionalen Vogelzugs erhalten zu können. Bestandswindparks auf Fehmarn in konfliktträchtigen Bereichen nahe der Nordostküste (Klingenberg und Presen/Marienleuchte, in denen es nachweislich zu Greifvogel-Schlagopfern kommt), wurden bereits im Rahmen der Regionalplanung 2020 nicht als Vorranggebiet ausgewiesen und diese Bereiche werden auch weiterhin ausgeschlossen (als Ziel der Raumordnung), sodass die WEA Bestandsschutz haben, aber ein Ersatz der Anlagen ausgeschlossen wird. Auf Fehmarn ist der Greifvogelzug von besonderer Bedeutung der vor allem in Höhe der Rotoren und nur bei wenigen Arten auch unterhalb der Rotoren stattfindet. zu EU-Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche Die Betrachtung der Umgebungsbereiche um Europäische Vogelschutzgebiete (EU-VSG) erfolgt zweigeteilt und trägt somit den planerischen Entwicklungen über die Zeit (Bestandsanlagen) und den neuen Anforderungen beim Ausbau der Windenergie durch höhere Flächenbeitragswerte (Ausweisung von mehr Flächen unter Berücksichtigung unbelasteter Räume) Rechnung. Grundsätzlich muss aufgrund

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	E47, der Ortslage von Burg und dem Windpark Burgstaaken angepasst und als G19 klassifiziert werden. Die vorhandene Vorbelastung des bestehenden Windparks in Burgstaaken spricht für diese Klassifizierung des oben genannten Bereichs als G19, da die zu erkennende Systematik andere Bereiche der Insel mit Bestandswindparks ebenfalls unter dieses Kriterium fallen lässt. Die durch die Landesplanung beschriebenen „Landschaftsstrukturen wie zum Beispiel Küsten- und Fließgewässersystemen[…]“, nach denen sich die Zugvögel richten sollen, sind nach herrschender Meinung in der Forschung nicht ausschlaggebend für den Vogelzug. Weiterhin wird im Ziel formuliert, dass […] ein Teil des Vogelzuges […] im Höhenbereich der Rotoren der WEA [erfolgen soll], so dass hier ein deutlich erhöhtes Kollisions- und damit Tötungsrisiko besteht. Durch weiter zunehmende Anlagenhöhen und Rotorblattlängen steigt auch das Kollisions- und damit Tötungsrisiko.“ Die größere Anlagenhöhe und damit zunehmende vom Rotor überstrichene Fläche stehen demnach im Verdacht mehr Schlagopfer zu fordern. Allerdings ist klar, dass überwiegend Brut- und Rastvögel, die in den Windparks selbst vorkommen davon betroffen sind und keine Zugvögel (Knust et al. 2003 & Grünkorn et al. 2005). Für Rast und Brutvögel stellt Lutz (2006) fest, dass diese sich an einen Windpark „gewöhnen“ und somit „unvorsichtig“ werden. Ein Beleg sind die Kollisionsopfer deren Arten sich mit der Artenzusammensetzung im jeweiligen WEA-Gebiet decken (Hötker et al. 2004). Zum selben Schluss kommen auch Grünkorn et. al. (2005), die an der Westküste keine erhöhte Anzahl Schlagopfer feststellten, die nicht den lokalen Arten entsprachen. Somit ist die in Z25 formulierte Annahme einen Zusammenhang zwischen größer dimensionierten Anlagen und Kollisionsrisiko herzustellen ohne Grundlage. Im Gegenteil kann sogar ein positiver Effekt auftreten, nämlich der durch größere Anlagen und Rotoren höhere Abstand zum Boden und damit die Möglichkeit bei einem Ortswechsel unter Anlagen hindurchfliegen zu können. Laut Lutz 2006 ist festzustellen, dass es nicht auf die Art der Anlage, sondern auf den einzelnen Standort ankommt und „[die Anlagenhöhe] keine generelle Bedeutung für das Konfliktrisiko [hat].“ **Z13 EU Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche** Neben den bereits weiter oben genannten Bestands-WEA, gibt es in der unmittelbare	der vorliegenden Erkenntnisse davon ausgegangen werden, dass Umgebungsbereiche von 1.000 m um EU-VSG verstärkt von den zu schützenden maßgeblichen Bestandteilen des Natura 2000-Gebiets, also bestimmten Vogelarten, genutzt werden. Damit zählen diese Bereiche zu den sensiblen Gebieten, in denen keine Ausweisung von Vorranggebieten erfolgen sollte. Weiterhin wird durch den die Freihaltung des 1000m-Umgebungsbereiches vermieden, dass die Störwirkung von WEA in die Schutzgebiete hinein wirken und zu einer erheblichen Beeinträchtigung des jeweiligen Gebietes führen. Eine generelle Freihaltung der Umgebungsbereiche ergibt sich zudem aus der Annahme, dass durch die Ausweisung von mehr Fläche für Windenergie zur Erfüllung der höheren Beitragswerte gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz die Natur insgesamt stärker belastet wird. Größere unbelastete Flächen und Gebiete mit einer besonderen Bedeutung für den Naturschutz erhalten so eine höhere Relevanz. An Standorten, wo bereits Anlagen bestehen und die nicht von weiteren Zielen überlagert werden, werden „berechtigte Interessen der Altanlagenbetreiber und der Öffentlichkeit an der Weiternutzung der vorhandenen Infrastruktur“ in die Überlegung miteingestellt (vgl. B zu 16 Z, Plantext im Entwurf, Stand: Juni 2024). Dabei wird davon ausgegangen, dass die Freihaltung bisher unbelasteter Räume Vorrang hat – oder umgekehrt, belastete Räume im Zweifelsfall bestehen bleiben sollten, um einen umweltverträglichen Ausbau der Windenergie gemäß § 1 EEG gewährleisten zu können. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umgebung intensivste touristische Nutzungen wie die bestehenden Hotelanlagen in Burgtiefe und weitere in Planungen befindliche Projekte sowie, jährlich, mehrere Großveranstaltungen in diesem Bereich. Die hohen Hotelbauten am Südstrand von Fehmarn haben deshalb bereits zu erheblichen Beeinträchtigungen des Vogelzugs geführt, insbesondere durch Kollisionen und Lichtverschmutzung, die die Orientierung der Vögel stören (NABU). Diese Vorbelastung zeigt, dass die Region bereits stark durch menschliche Eingriffe geprägt ist. Im Vergleich dazu könnte der geplante Windpark, der sich in eine bereits anthropogen beeinflusste Landschaft einfügt, als eine weniger intensive Nutzung des Gebiets betrachtet werden. Weiter sind die beiden Hafenanlagen Infrastrukturen die eine Flächendeckende Ausweisung als Z13 nicht rechtfertigen. Das Ziel sollte aus unserer Sicht, mindestens, in dem Bereich der Bestands-WEAs zurückgenommen werden. **Ortslage Burg** Die Ortslage Burg wird von Zugvögeln nicht überflogen; stattdessen bewegen sich die Tiere in Richtung Südost und umfliegen das Stadtgebiet über den Bereich, der noch nicht von WEA bebaut ist, also dort wo nach 1.Entwurf LEP drei Potenzialflächen vorhanden sind. Deshalb ist es aus unserer Sicht sinnvoller die bereits seit vielen Jahren als Potenzialfläche ausgewiesene Fläche durch entsprechenden Zuschnitt des Ziels 25 für Windenergie zu öffnen. **Stellungnahme Langfassung** Sehr geehrte Damen und Herren, Sehr geehrter Herr Tasch, im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2024 (Erster Entwurf) beteiligt sich die [redacted] mit folgender **Stellungnahme:** Eine Gemeinschaft von Landeigentümern und der [redacted] planen im Süden der Insel Fehmarn ein bis dato für Schleswig-Holstein einmaliges Verbundkraftwerk. Das Ziel ist, die verschiedenen Programme des Bundes, der Länder und Kommunen durch	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	intelligente Integration von Freiflächen-Photovoltaik, Windenergie und einem Elektrolyseur umzusetzen und die Energiewende, wie auf den verschiedenen Ebenen gefordert, so auf die nächste Stufe zu heben. Das Vorbild ist das [redacted] Verbundkraftwerk in der Uckermark, das hier bereits seit über 10 Jahren unter Beweis stellt, dass konventionelle Kraftwerke bald der Vergangenheit angehören. Durch die Erzeugung von grüner Energie aus PV- und Windenergieanlagen und dessen teilweise Umwandlung per Elektrolyseur in Wasserstoff, werden drängende Themen der Neustrukturierung einer CO2-freien und von fossilen Energieträgern unabhängigen Wirtschaft und Versorgung von Haushalten gleichzeitig abgedeckt. **Maßstab LEP** Die Maßstäbe des LEP sowie der Regionalpläne Wind sind ungeeignet, da zu ungenau, um sich dem Kriterium des Vogelzuges zu nähern, weil dadurch zu große Teile von Fehmarn pauschal der Windkraft entzogen werden. Der Vogelzug ist ein zu dynamischer Prozess, der nicht durch flächenhafte Überlagerungen dargestellt werden sollte, die nur unzureichend die Realität widerspiegeln. Das Zuggeschehen ist von zu vielen Faktoren abhängig, wie etwa Witterung, Windrichtung, Tag- und Nachtzug (Berndt et al. 2005 u. Koop et al. 2002). Vielmehr ist es ausreichend das auf der Ebene der Genehmigungsverfahren des BImSchG geprüft wird, ob und in welchem Umfang Zugvögel von geplanten WEA betroffen sein könnten und ggf. entsprechende Maßnahmen anordnen, da erst hier alle artenschutzrechtlich relevanten Aspekte geklärt werden können. **Z25 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung & G19 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung** **Vorangestellt sei:** ***„Nach allen vorliegenden Untersuchungen wurde die Zugintensität sowohl auf der „Vogelfluglinie“ über Fehmarn wie auf der ebenfalls sehr stark in Windkraftnutzung liegenden Strecke von der Ostsee zum Wattenmeer nicht grundsätzlich beeinträchtigt. Der Ausbau von Windkraftanlagen in SH hat großräumig keine anderen Flugstrecken oder Zielgebiete zur Folge gehabt. Eine Entwertung der „Vogelfluglinie“ […] kann nicht festgestellt werden.“*** **(Blanck, K. (2009): Abschluss-Gutachten zum Verhalten von Vögeln im Umfeld von Windparks**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	auf der Insel Fehmarn) Die dazu benötigten Bereiche zwischen Blieschendorf, der E47, der Ortslage von Burg und dem Windpark Burgstaaken sollten daher angepasst und als G19 klassifiziert werden (PR3_OHS_008). Dieser Bereich wird derzeit im 1. Entwurf des LEP als Z25 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung klassifiziert. Daher werden wir in dieser Stellungnahme überzeugende Gründe nennen, das Kriterium an entsprechender Stelle zurückzunehmen und als G19 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung zu überführen, damit die Bereiche für die geplanten Windenergieanlagen auf Ebene der Regionalpläne Wind im Abwägungsprozess eine Chance erhalten als Vorranggebiete ausgewiesen zu werden. Nicht nur die oben genannten energiepolitischen (Klima-)Ziele, sondern viele fachliche Gründe sprechen für die Änderung des Zuschnitts von Z25. Das Gebiet ist bereits durch WEA in Burgstaaken vorbelastet. Andere Gebiete des 1. Entwurfs LEP (OHS_001-007 sowie OHS_095 werden aufgrund ihrer Vorbelastung aus Z25 herausgenommen. Die Gebiete OHS_001-002 und OHS_095 haben hingegen keinerlei Vorbelastung durch WEA und werden dennoch großzügig als G19 klassifiziert und damit potenziell dem Abwägungsprozess auf regionalplanebene zugänglich gemacht, obwohl diese von gleich zwei Kriterien nämlich; (vollständig: OHS_001 & OHS_095 und teilweise: OHS_002) innerhalb G11 Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung und (vollständig: OHS_001 & OHS_095 und teilweise: OHS_002) G26 Schützenswerte Geotope überlagert werden. Die Fläche OHS_008 ist jedoch lediglich von G11 überlagert und die Vorbelastung durch WEA in Burgstaaken unterstützt den Befund auch hier das Kriterium Z25 entsprechend der Flächenausdehnung OHS_008 an G19 anzupassen. Jährlich ziehen geschätzte 100 Mio. Vögel über Fehmarn. Allein diese Zahl verdeutlich, dass Windenergieanlagen diesen Bestand nicht signifikant gefährden können. Ein weiterer, moderater Zubau mit klugem Micrositing ist daher unbedenklich möglich. Im textlichen Teil des 1. Entwurfs des LEP wird beschrieben, dass sich Zugvögel entlang von „Landschaftsstrukturen wie zum Beispiel Küsten- und Fließgewässersystemen[…]“ bewegen und sich „hier verdichten“ Die beschriebenen „Fließgewässersysteme“ lassen sich aus den zur Verfügung gestellten sowie selbst recherchierten Geodaten und Luftbildern nicht erkennen; lediglich die durch weite Teile auf der Insel vorhandene landwirtschaftliche Nutzung hat Feldgräben gebildet, die vereinzelt „Fließgewässer“	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bilden. Demnach werden sich Zugvögel in dem durch uns beplanten Gebiet auch nicht „verdichten“. Weiterhin wird im Ziel formuliert, dass […] ein Teil des Vogelzuges […] im Höhenbereich der Rotoren der WEA [erfolgen soll], so dass hier ein deutlich erhöhtes Kollisions- und damit Tötungsrisiko besteht. Durch weiter zunehmende Anlagenhöhen und Rotorblattlängen steigt auch das Kollisions- und damit Tötungsrisiko.“ Entgegen der obigen Darstellung ist es vielmehr so, dass sich die Zugaktivität in einem großen Spektrum verteilen und überwiegend entlang der Küstenlinie stattfindet. Laut eines frei zugänglichen Gutachtens von [redacted] aus dem Jahr 2010, nimmt die Flughöhe von Zugvögeln, sobald sie das Land erreicht haben, zu. **Einige Beispiele:** In Dänemark steigen Greifvögel auf eine Höhe von 500-800m und halten diese auch über Fehmarn. Kahlert et al. (2005) und Knust et al. (2003) zeigt anhand von Radardaten, dass sich über Fehmarn der Tagzug konzentriert und der Nachtzug über der Ostsee abspielt. Grünkorn et al. (2005) verdeutlicht mit einer radargestützten Untersuchung an der Westküste Schleswig-Holsteins, dass Zugaktivitäten in einem Höhen-Spektrum bis 1450m stattfindet. Auch das Gutachten von [redacted] aus 2009 macht deutlich; die Höhenverteilung der Zugvögel spielt sich zu 95% oberhalb von 100m ab und zu 84% oberhalb von 200m. Diese Zahl muss bei der Interpretation des Vogelzugeschehens auf Fehmarn zwingend berücksichtigt werden, da ein großer Teil der Beobachtungen mit dem bloßen Auge also nicht erfasst werden kann und diese für die Charakterisierung des Zuggeschehens und einer pauschalen Aussage für Z25 somit nicht geeignet sind. Lutz (2006) stellt fest: „Der sichtbare Vogelzug weist abseits der Küstenlinie keine für Fehmarn herausragenden Quantitäten auf, was in erster Linie auf das Fehlen von Leitlinien zurück zu führen ist“. Laut LANU 2008 sind WEA für ziehende Vögel dann besonders gefährlich, wenn diese innerhalb eines Feuchtgebietes oder auf Bergrücken platziert werden, was auf Fehmarn jeweils nicht der Fall ist. Zugvögel mögen auf Höhe von WEA fliegen; jedoch ist dieser Anteil im Verhältnis zur gesamten 100 Mio.-Individuen-Zugaktivität sehr gering. Noch geringer ist schließlich der Anteil der Schaden nimmt. **Barrierewirkung** Die Barrierewirkung alter Windparks, in denen die WEA eng beieinanderstehenden, kann nicht mit modernen Windparks verglichen werden, bei denen die Anlagen 200-400m auseinander stehen (müssen). Ein anfliegender Schwarm hat daher drei	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Optionen. Den als Hindernis wahrgenommenen Windpark zwischen den Anlagen zu durchfliegen oder horizontal oder vertikal auszuweichen, wobei die Stärke der Ausweichbewegung in Relation zur Hauptwindrichtung zu sehen ist. Die Literatur fasst zusammen, dass die meisten Kleinvögel die Anlage problemlos umfliegen und größere Vögel, wie etwa Kraniche und Gänse Windparks als Hindernis wahrnehmen und in 300-400m umfliegen. Eine Barrierewirkung entsteht nur dann, und kann problematisch sein, wenn die Anlagen quer zur Hauptflugrichtung errichtet werden. **Kollisionsrisiko** Die Verluste durch Kollisionen waren Thema in der Diskussion. Mittlerweile, bzw. bereits vor 20 Jahren, kamen Forschende zu dem Schluss, dass die Verluste im Mittel sehr gering und zu vernachlässigen sind, wenn sie bspw. in Relation zum „allgemeinen Vogeltot“ etwa durch andere menschlich errichtete Hindernisse wie Gebäude, Straßenverkehr oder Leitungsanflüge gesetzt werden. WEA sind demnach für Zugvögel nicht populationsgefährdend (Hötker et al. 2004, Ratzbor 2005, Drewitt & Langston 2006). Die größere Anlagenhöhe und damit zunehmende vom Rotor überstrichene Fläche stehen im Verdacht mehr Schlagopfer zu fordern. Allerdings ist klar, dass überwiegend Brut- und Rastvögel, die in den Windparks selbst vorkommen davon betroffen sind und keine Zugvögel (Knust et al. 2003 & Grünkorn et al. 2005). Für Rast und Brutvögel stellt Lutz (2006) fest, dass diese sich an einen Windpark „gewöhnen“ und somit „unvorsichtig“ werden. Ein Beleg sind die Kollisionsopfer deren Arten sich mit der Artenzusammensetzung im jeweiligen WEA-Gebiet decken (Hötker et al. 2004). Zum selben Schluss kommt auch Grünkorn et. al. (2005), der an der Westküste keine erhöhte Anzahl Schlagopfer feststellt, die nicht den lokalen Arten entsprechen. Somit ist die in Z25 formulierte Annahme einen Zusammenhang zwischen größer dimensionierten Anlagen und Kollisionsrisiko herzustellen ohne Grundlage. Im Gegenteil kann sogar ein positiver Effekt auftreten, nämlich der durch größere Anlagen und Rotoren höhere Abstand zum Boden und damit die Möglichkeit bei einem Ortswechsel unter Anlagen hindurchfliegen zu können. Laut Lutz 2006 ist festzustellen, dass es nicht auf die Art der Anlage, sondern auf den einzelnen Standort ankommt und „[die Anlagenhöhe] keine generelle Bedeutung für das Konfliktrisiko [hat].“ **Z13 EU Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche** Neben den bereits weiter oben genannten Bestands-WEA, gibt es in der unmittelbare	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umgebung intensivste touristische Nutzungen wie die bestehenden Hotelanlagen in Burgtiefe und weitere in Planungen befindliche Projekte sowie, jährlich, mehrere Großveranstaltungen in diesem Bereich. Die hohen Hotelbauten am Südstrand von Fehmarn haben deshalb bereits zu erheblichen Beeinträchtigungen des Vogelzugs geführt, insbesondere durch Kollisionen und Lichtverschmutzung, die die Orientierung der Vögel stören (NABU). Diese Vorbelastung zeigt, dass die Region bereits stark durch menschliche Eingriffe geprägt ist. Im Vergleich dazu könnte der geplante Windpark, der sich in eine bereits anthropogen beeinflusste Landschaft einfügt, als eine weniger intensive Nutzung des Gebiets betrachtet werden. Weiter sind die beiden Hafenanlagen Infrastrukturen die eine Flächendeckende Ausweisung als Z13 nicht rechtfertigen. Das Ziel sollte aus unserer Sicht, mindestens, in dem Bereich der Bestands-WEAs zurückgenommen werden. **Verbundkraftwerk Fehmarn** [redacted] **Wasserstoffelektrolyse** Fehmarn ist eine Insel mit großem Windpotenzial, guter Infrastruktur und durch starke politische Unterstützung ein vielversprechender Standort für die Wasserstofftechnologien. Die Insel strebt Energieautarkie an und wird dabei auf die Wasserstoffelektrolyse als Speichertechnologie setzen, um die Nutzung erneuerbarer Energien zu maximieren und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren. Zu diesem Zweck streben eine Gemeinschaft von Eigentümern in Zusammenarbeit mit [redacted] an, ein Verbundkraftwerk [redacted] der Insel zu errichten; eine zukunftsweisende Energieversorgung, die den Einwohnern Fehmarns und der lokalen sowie überregionalen Wirtschaft zugutekommt. Ein Leuchtturmprojekt, das als Vorbild für das Bundesgebiet dienen wird: **1. Wasserstoff für die kommunale Wärmeplanung** Aus ca. 50% des Stromes der errichteten EE-Anlagen kann grüner Wasserstoff erzeugt werden. Der 10-MW- Elektrolyseur ist so dimensioniert, dass davon in einem ersten Schritt bis zu 20% in das Bestandsgasnetz der Insel eingespeist werden, wodurch die meisten vorhandenen Brennwertthermen in den angeschlossenen Haushalten aufgrund der H2-Ready-Auslegung keine Beeinträchtigungen erfahren. Hiermit möchten wir den ersten Schritt in Richtung eines gänzlichen Verzichts auf Erdgas und einer 100%-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wasserstoffversorgung in den betroffenen Haushalten gehen. Ein zentrales Anliegen ist die Überbrückung des Energiebedarfs in den Wintermonaten. Die Nutzung von Wasserstoff als Speichermedium stellt eine attraktive Möglichkeit dar, um saisonale Ungleichgewichte zwischen Energiespeicherung und -bedarf auszugleichen. Um günstigen Strom für die Wasserstoffproduktion bereitzustellen, ist der Bau eigener Windkraftanlagen unerlässlich. Diese ermöglichen es, den benötigten Strom kostengünstig und nachhaltig aus erneuerbaren Energiequellen zu erzeugen, um grünen Wasserstoff zu produzieren. Dadurch kann dieser Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen hergestellt und den Bürgern vor Ort zugänglich gemacht werden. Insgesamt wird das Projekt so in ein wirtschaftlich tragfähiges Konstrukt überführt, das sowohl die lokale Energieversorgung stärkt als auch zur langfristigen Klimaneutralität beiträgt. Eine Direktleitung zum Schwimmbad FehMare ermöglicht auch dort eine Umstellung auf eine klimaneutrale Energieversorgung über das dortige BHKW. **1.2 Wasserstoff-Tankstellen** Über eine neu zu errichtende Tankstellen-Infrastruktur wird der komprimierte und in Trailer abgefüllte Wasserstoff zur Vertankung hauptsächlich durch den Schwerlastverkehr im europäischen Scan-Med-Korridor angeboten, der sich in einem funktionalen Raum von Puttgarden auf der Insel Fehmarn bis an die Elbe vor die Tore von Hamburg erstreckt. Eine weitere Abnahmequelle für Wasserstoff stellt der Hafenbetrieb und der Fährbetrieb in Puttgarden dar. Sowohl erste Personenfähren und Offshore-Versorgungsschiffe können batterie- oder wasserstoff-elektrisch betrieben werden. Die skandinavischen Fährlinien können durch Wasserstoffderivaten z.B. e-Methanol klimaneutral umgestellt werden. **2. Nahwärmenetz** Es ist möglich das Nahwärmenetz der Stadt Burg mit Energie zu versorgen. Die Abwärmenutzung aus dem Produktionsprozess der Elektrolyse soll im nahegelegenen Nahwärmenetz der Stadt Burg zur Anwendung kommen. Dieses kann durch weitere PtH-Anwendung mit EE-Strom ergänzt werden und kann die Kälte- und Wärmeplanung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Kommune unterstützen. Da die Städte und Gemeinden ohnehin seit dem 01.01.2024 gesetzlich dazu verpflichtet sind bis 2045, eine klimaneutrale Nahwärmeversorgung aufzubauen, würde das Vorhaben hierfür frühzeitig einen essentiellen Baustein liefern. **2.1 Verwendung des anfallendes Sauerstoffs** Der anfallende Sauerstoff kann ggf. in der Kläranlage Burg zur Belebung oder im Hafenbecken zur Tiefenbelüftung eingesetzt werden. **3. Weitere Vorteil für die Gemeinden auf Fehmarn:** Weitere Vorteile eines Verbundkraftwerks sind die Speichermöglichkeiten in Wasserstoff oder Wärmespeicher und eine dadurch stabilere Energieversorgung sowie eine geringere Netzanschlussleistung (Netzanschlusskapazitäten sind bekanntermaßen weitestgehend ausgeschöpft), da ein Großteil des Strom vor Ort in Power-to-X umgewandelt werden würde. Gez. [redacted] **Quellenverzeichnis:** Blanck, K. (2009): Abschluss-Gutachten zum Verhalten von Vögeln im Umfeld von Windparks auf der Insel Fehmarn) Berndt, R.K., K. Hein, B Koop & S. Lunk (2005): Die Vögel der Insel Fehmarn. Husumer Druck- und Verlagsgesellschaft, Husum. Drewitt, A. L. & R. W. H. Langston (2006): Assessing the impacts of wind farms on birds. Ibis 148: 29-42. Grünkorn, T., A. Diedrichs, B. Stahl, D. Poszig & G. Nehls (2005): Entwicklung einer Methode zur Abschätzung des Kollisionsrisikos von Vögeln an Windenergieanlagen. Unveröff. Gutachten Im Auftrag des Landesamtes für Natur und Umwelt Schleswig-	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Holstein. 106 S. Hötker, H., K.-M. Thomsen & H. Köster (2004): Auswirkungen regenerativer Energiegewinnung auf die biologische Vielfalt am Beispiel der Vögel und der Fledermäuse – Fakten, Wissenslücken, Anforderungen an die Forschung, ornithologische Kriterien zum Ausbau von regenerativen Energiegewinnungsformen. Michael-Otto-Institut im NABU, gefördert vom Bundesamt für Naturschutz, Bergenhusen. Knust, R. P. Dahlhoff, J. Gabriel, J. Heuers, O. Hüppop & H. Wendeln (2003): Untersuchungen zur Vermeidung und Verminderung von Belastungen der Meeresumwelt durch Offshore-Windenergieanlagen im küstenfernen Bereich der Nord- und Ostsee. Forschungsbericht 200 97 106, UBA-FB 000478. Kahlert, J., K. Hüppop & O.Hüppop (2005): Construction of a fixed link across Fehmarnbelt: a preliminary risk assessment. National Environmental Research Institute. Koop, B. (2004): Vogelzug über Schleswig-Holstein. Gutachten im Auftrag des Landesamtes für Natur und Umwelt Schleswig-Holstein. Lutz, K. (2006): Faunistische Untersuchung zum Windpark Fehmarn-Nordwest. Unveröffentlichtes Gutachten. NABU – Vögel und Glas; URL: https://berlin.nabu.de/stadt-und-natur/projekte-nabu-berlin/artenschutz-am-gebaeude/gefaehrdungsursachen/voegel-und-glas/22764.html#:~:text=V%C3%B6gel%20sehen%20anders%20als%20Menschen&text=V%C3%B6gel%20nehmen%20reflektierende%20und%20durchsichtige,sein)%20beklebte%20Scheiben%20sind%20wirkungslos). Ratzbor, G. (2005): Grundlagenarbeit für eine Informationskampange „Umwelt- und naturverträgliche Windenergienutzung in Deutschland (onshore)“ – Analyseteil. Lehrte. Zum Einfluss von Windenergieanlagen auf den Vogelzug auf der Insel Fehmarn – Gutachterlicher Stellungnahme auf Basis der Literatur und eigener Untersuchungen im Frühjahr und Herbst 2009. BioConsultSH. Husum.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2865	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung**	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Als Grundsatz muss gelten, dass der Abstand von WKA zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass für die Genehmigung von WKA unbegrenzter Höhe mind. Der Unbedenklichkeitsabstand zw. Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung ≥ 920m eingehalten wird. 2. Ich bin gegen eine weitere Ausweisung von Flächen für die Windkraft in S-H, es sind genug Flächen vorhanden, meiner Meinung nach. 3. Die Landesplanung soll darlegen, wie mit Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe nach einem Brandereignis mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung für Gesundheit von Menschen, Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. 4. Für o.g. Ereignisse müssen Haftung und die Übernahme evtl. Folgekosten im Sinne der Gemeinden und der Bürger vorab festgelegt werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2400	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit spreche ich mich gegen die geplanten Änderungen bezüglich der Abstandsregelungen und Schutzkriterien von Windkrafträdern aus. Ich kann nicht akzeptieren, dass Landschaftsschutzgebiete zu Flächen für neue Windparks ausgewiesen werden sollen, denn zu oft sehe ich stillstehende Anlagen. Ich finde, es sollte erstmal mehr in den Ausbau von Speicherkapazitäten sowie den Ausbau von Netzwerken investiert werden, bevor neue Flächen belegt werden. Dabei geht es	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mir vorrangig um den Erhalt von Natur--,Denkmal- und Artenschutz. Des Weiteren möchte ich, dass die Abstandsregelungen zu Wald- und Vogelbrutgebieten erhalten bleiben und Seeadler, Kranich, Milan, Falke und alle anderen Tiere nicht weiter gefährdet werden als ohnehin schon. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2326	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich meine Bedenken gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Landesplanung äußern. Während erneuerbare Energien zweifellos eine wichtige Rolle bei der Reduktion von C02-Emissionen spielen, gibt es gegen die Errichtung weiterer Windkraftanlagen ernsthafte Bedenken für Mensch und Umwelt. Durch Erosion breitet sich das Mikroplastik der Rotorblätter in der Landschaft und in der Atemluft aus. Zahlreiche PFAS-Chemikalien werden von der EU bereits verboten. Umso weniger ist es nachvollziehbar, dass dieses Verbot nicht auch für Windkraftanlagen gilt. Hier wird die erneuerbare Energiegewinnung über die intakte Flora, Fauna und über die Gesundheit der Menschen gestellt. Besonders Bedenklich und völlig unerforscht ist die Schadstoffbelastung im Brandfall eines Windrades! Die umliegenden landwirtschaftlichen Flächen, mein Gemüse- und Obstgarten sowie unser Trinkwasser wird kontaminiert. In Schleswig-Holstein gibt es Gemeinden, in denen es nicht möglich ist an eine zentrale Trinkwasserversorgung anzuschließen. Das bedeutet, jeder Bürger muss für sein Eigenheim einen eigenen Brunnen besitzen, einschließlich einer jährlichen Untersuchungspflicht des Trinkwassers. Wenn der Befund biologische oder chemische Schadstoffe enthält, muss ich persönlich Abhilfe schaffen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1.3 und 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich enthält die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffern 4.2.1, 4.5, 4.17.1 und 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Schließlich wird auf die Ziffern 7.2.7, 7.2.9, 7.2.10, 7.2.12, 7.2.13, 7.2.14, 7.3.3, 7.3.8 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dies wäre, wie eine erneute Brunnenbohrung, eine enorme finanzielle Belastung! Des Weiteren besteht auch beim Bau der Windräder, egal ob Bohrpfahlgründung oder gigantische Stahlbeton-Fundamente, die Gefahr der Verseuchung durch die Durchstoßung der geologischen Trennschichten. Auch das Thema Infraschall und tieffrequentierter Schall beängstigt mich zunehmend, da die Anlagengröße ins Unermessliche geht! Diese aufgeführten Gründe müssen zumindest einen größeren Abstand zur Wohnbebauung zur Folge habe! (mind. 5 H) Und zwar auch zu den Splittersiedlungen. Woher kommt die absurde Annahme, dass die dort lebenden Menschen weniger Schutz vor den Anlagen benötigen als ein Bewohner des Ortskerns? Nach wie vor müssen die Naturschutzgebiete, Biotopverbundsysteme, die kleinteiiigen Knickstruktur (hoher ökologischer Wert), die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs einschließlich der Rast- und Nahrungshabitate, der Lebensraum z.T geschützter Großvögel, wie Seeadler, Rotmilane und Störche geschützt und von Windkraftanlagen freigehalten werden. Sämtliche Mindestabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten müssen als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt werden und zumindest den Schutzabständen gemäß Helgoländer Papier (2015) entsprechen. Ich fordere eine schlüssige Gesamtplanung, die auch Freiflächen PV-Anlagen, Freileitungen (Hoch- und Höchstspannungsleitungen), Umspannwerke, Transformatoren und Speicheranlagen beinhaltet. Die derzeitige Planungslosigkeit ist unhaltbar! Ich bitte um schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen (Signatur)	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2586	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, der Bau und die Errichtung auch nur einer einzigen Windkraftanlage, ist nach heutigem	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stand des Wissens nicht nur nicht sinnvoll - sie fügt Mensch ,Tier und der Umwelt, einen unverhälmismäßig hohen Schaden zu! Wir wehren uns entschieden gegen geplante Windkraftanlagen-Projekte in Schleswig-Holstein. Entgegen der ideologisch motivierten Aussagen der Bundesregierung und kapitalkräftiger Investoren, ist die Umweltbilanz - z.B. der heute so viel zitierte C02-Fußabdruck - einer Windkraftanlage keineswegs positiv. Es ist hinlänglich bekannt, dass die Produktivität der Windenergie nicht den entstehenden Schaden der Gesundheit für Mensch und Tier, der Umwelt, sowie für die Wirtschaft,wettmachen kann. Das Beharren auf dieser Art der Energiegewinnung und ihre rücksichtslose Implementierung in der deutschen Landschaft beruht nicht auf dem Willen, die Umwelt zu schützen, sondern ist schlicht und einfach ein riesiges Geschäft! Allerdings nur für einige wenige. Dafür wird jegliches Wissen um die schwerwiegenden Folgen einfach ignoriert. Wir Bürger werden uns diesem Unterfangen entschieden entgegen stellen. Nur einige Schäden auf einen Blick! > Kontaminierung der Flächen in weitem Umkreis mit Toxischen, Krebserregenden Chemikalien > Infraschall, der die Herzfrequenz massiv beeinträchtigt. > Verbreitung von Lungengängigen Mikropartikeln > Vertreibung von Hoch- und Niederwild aus den betroffenen Gebieten > Schreddern von Vögeln, Fledermäusen und Insekten > Massive Lärmbelästigung > Flächen Vernichtung durch unumkehrbare Versiegelung > Verlust/Rodung von essentiellen Baumbeständen/ Wäldern > Verlust landwirtschaftlich nutzbarer Flächen > Abholzung Regenwald und Amazonien (Balsaholz) > Pro Anlage 2 Tonnen Neodym, überwiegend aus China, Radioaktivität	Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	> Ressourcen- und Energieaufwand für den Bau stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen > Erheblicher C02 Ausstoß -was die vielbeschworene Nachhaltigkeit der WKA bereits ad absurdum führt. Für das Aufstellen einer WKA werden nicht nur eine beträchtliche Grundfläche des Sockels versiegelt, sondern darüber hinaus die Wirtschaftswege, für die obendrein auch beträchtliche Flächen gerodet werden. Besonders in Waldgebieten geht dies mit einer erheblichen Abholzung einher, in freier Landschaft mit dem Verlust landwirtschaftlich genutzter Flächen. Auch vor Wäldern und alten Baumbeständen wird nicht halt gemacht. Jeder Baum fehlt anschließend zur Einlagerung von C02 aus der Atmosphäre und zur Sauerstoffproduktion für die gesamte Umwelt. Vor einer WKA wird der Luftstrom gebremst, dahinter verwirbelt. So wird der Atmosphäre Feuchtigkeit entzogen und der Boden erwärmt. Das führt zur Austrocknung der Böden und zu Bodenerosion durch Wind und Niederschläge. Windschneisen und die Erhöhung der Oberflächentemperatur verändern das Mikroklima mit Einfluss auf das Wetter und stellen eine massive Beeinträchtigung der Grundwassemeubildung dar. Die bittere Folge für uns alle. Ressourcenverbrauch für den Bau der Fundamente am Beispiel des Windparks Altdorfer Wald: Errichtung von 39 Windrädern ä 285 m Höhe Fundament 1.500 m3 Beton x 39 = 58.500 m3 Beton Dafür werden 7.800 x 2 = 15.600 Fahrten von fahrbaren Betonmischern für 7,5 m3 benötigt. Hinzu kommen 45.000 Fahrten von Kieslastern, die den Kies für die Ausbaustrecke der Anlage, von 27 km Entfernung anfahren. Noch gar nicht gerechnet sind weitere Materialien wie hunderte von Kilometern Kupferdraht, etc., geschweige denn, der Bau, Transport, und die Montage der Rotorblätter. Rotorblätter sind ca. 25 Tonnen schwer und bestehen aus glasfaserverstärktem Kunststoff (GFK), das in einem Kunstharz getränkt ist ,oder Kohlenstofffasern. Sie	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	enthalten extrem leichtes Balsaholz als Kernmaterial, um die Formstabilität der Rotorblätter zu erhöhen. Dazu wird es mit Glasfaserverstärktem Epoxidharz beschichtet. Ein Rotorblatt von 40 m Länge besteht aus etwa 23 t Glasfaserverstärktem Kunststoff, 0,5 t Metall, sowie 1,3 t Balsaholz. Das entspricht etwa 8,5 m3 tropischem Balsaholz. Bisher gibt es noch keine praxistaugliche Methode Rotorblätter zu recyceln. Nach Ende ihrer Nutzung (etwa 20 Jahre) werden sie daher einfach in riesigen Halden vergraben. Diese Flächen sind damit für alle Zeiten nicht nur unbrauchbar, sondern die Böden für alle Zeiten, unwiderruflich kontaminiert. Durch den Betrieb der Windräder kommt es bei etwa 300 km/h zu einem erheblichen Abrieb an den Rotorblättern. Dieser Abrieb besteht teilweise aus hoch toxischen Stoffen, wie die feinst Lungengängigen Carbon- oder Glasfasern, die dabei freigesetzt werden und über Lunge und Haut in den Organismus von Mensch und Tier eindringen. Jedes einzelne Windrad verliert bei Betrieb über die Jahre an den Flügelkanten lOOte Kilo Carbon Mikrofasern, die sich in der Umgebung ablagern und so in den Boden und das Wasser eindringen. Lungengängige Faserbruchstücke haben eine ähnliche Wirkung wie Asbest. Dazu kommen eine Reihe gefährlicher Chemikalien, wie Bisphernol-A. (2017 als „besonders besorgniserregender Stoff“ eingestuft), welches aufgrund seiner hohen Toxizität, den Hormonhaushalt verändern kann und krebserregende Eigenschaften aufweist. Ebenso Kohlenstofffasern und Epoxidharz. Diese Mikropartikel treffen nicht nur auf Mensch und Tier in der Nähe, sondern werden im Umkreis verteilt und kontaminieren den Boden und somit unsere landwirtschaftlichen Flächen und damit Nahrungsmittel. Asbest ist verboten, diese Stoffe sind ebenso, wenn nicht schädlicher. Es handelt sich hierbei um Sondermüll! Eine Bewirtschaftung in der Umgebung von WKA ist daher nicht mehr möglich. Auch der Schutz der Regenwälder ist plötzlich gar nicht mehr wichtig?! Für den Bau der Rotorblätter wird Balsaholz beötigt und dafür der Regenwald gerodet. Dann wird das Holz auf, mit Schweröl betriebenen Schiffen, um den halben Erdball transportiert. Oder die Einzelteile eines Windrads werden gleich in andern Teilen der Erde gebaut und energieaufwändig nach Deutschland transportiert. Was daran ist Umweltfreundlich? In den Dauermagneten von Windrädern wird Neodym verbaut. Es zählt zu den seltenen Erden. Beim Abbau, vorwiegend in China, zur Gewinnung von Neodym, findet eine Freisetzung von Uran und Thorium statt. Das Grundwasser in den Abbauregionen ist daher	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	radioaktiv verseucht. Durch den Betrieb der Windräder kommt es zu einem erheblichen Abrieb an den Rotorblättern, der in weitem Umkreis auf den Boden fällt und das Land „auf ewig“ kontaminiert. Der Abrieb, enthält z.B. PFAS. Eine sogenannte Ewigkeits Chemikalie. Es dauert Jahrtausende, bis es abgebaut ist. Der Abrieb besteht aus weiteren hochtoxischen Stoffen, wie lungengängigen Mikrofasern aus Carbon-, oder Glasfasern, die über Lunge und Haut in den Organismus von Mensch und Tier eindringen. Jedes einzelne Windrad verliert bei Betrieb über die Jahre an den Flügelkanten lOOte Kilogramm Carbon Mikrofasem, die sich in der Umgebung ablagern, in den Boden eindringen und in das Wasser sickern. Lungengängige Faserbruchstücke können eine ähnliche Wirkung wie Asbest entfalten. Dazu kommen eine Reihe gefährlicher Chemikalien, wie Bisphenol-A (2017 als „besonders besorgniserregender Stoff“ eingestuft), welches aufgrund seiner hohen Toxizität den Hormonhaushalt verändern kann und krebserregende Eigenschaften aufweist. Ebenso Kohlenstofffasern und Epoxidharz. Diese Mikropartikel treffen nicht nur auf Mensch und Tier in der Nähe, sondern werden im weiten Umkreis verteilt und kontaminieren den Boden und somit unsere landwirtschaftlichen Flächen. Bei einer in Brand gekommenen Anlage, kann diese nicht gelöscht, sondern nur noch „kontrolliert“ abgebrannt werden. Es entweicht dabei Schwefelhexafluorid (SF6). SF6 ist ein extrem klimawirksames Treibhausgas und schädlicher als alle anderen Treibhausgase (23.500 mal klimaschädlicher als C02). Es dauert 3.000 Jahre, bis SF6 in der Atmosphäre abgebaut wird, warum es auch „Ewigkeitschemikalie“ genannt wird. Jährlich fallen allein in Deutschland ca. 200.000 Fledermäuse den Anlagen zum Opfer. Nicht nur durch die rotierenden Rotorblätter, die an ihren Spitzen eine Geschwindigkeit von über 300 km/h erreichen. Der Druckabfall hinter den Rotorblättem lässt die Lungen und die Inneren Organe der Tiere platzen. Viele Millionen Vögel kommen um. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt stellt 2017 in einer Studie fest: 1.200 Milliarden Insekten werden jährlich(!) Opfer von Windrädern. Heute bei mehr Anlagen, weitaus mehr. Auch die Lärmbelastung für die Umwelt ist massiv: 107 Dezibel in einer Höhe von 20 m. Das entspricht 40 laufenden Kettensägen. Der Infraschall, der durch den Betrieb von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windrädern entsteht, verursacht gesundheitliche Schäden für Mensch und Tier. Er kann ständige Kopfschmerzen, Depressionen, Müdigkeit, etc. verursachen. Darüber hinaus vibrieren die Anlagen im Betrieb, was bei Mensch und Tier erhebliche gesundheitliche Schäden verursacht. Der ständige Schlag der Rotorblätter verursacht je nach Windrichtung innerhalb mehrerer Kilometer ein körperliches Unwohlsein, bis hin zu massiven körperlichen Schäden und Schlafstörungen. Die Herzmuskelfasern werden nachweislich erheblich geschädigt. Auch Hoch- und Niederwild werden massiv in ihrem Lebensraum gestört, krank und heimatlos. Es kommt nicht selten zu Fehlgeburten. In Norwegen hat das bereits zu einem Umdenken geführt, weil die Rentierpopulation extrem unter den WKA leidet. In Frankreich dürfen neue Genehmigungen für Windprojekte bis auf weiteres nicht mehr erteilt werden. Das gilt sogar rückwirkend für bereits genehmigte oder errichtete Windräder. Haus-/Grundeigentümer sollen eine Entschädigung von bis zu 40% Wertverlust auf Ihre Immobilien erhalten, um den, durch die Nähe zu Windkraftanlagen, zu kompensieren. Nach Ende der .Lebensdauer' einer Windkraftanlage (nach ca. 20 Jahren), verbleibt der Sockel in aller Regel gesetzeswidrig im Boden, da eine Entsorgung, wie es das Gesetz verlangt, zu teuer ist. (Da gibt es nun tatsächlich schon die Trickserei, Windkraftanlagen unter Denkmalschutz zu stellen, um das Gesetz auszuhebeln). Wir reden hier nicht von Marginalien, sondern von bis zu 1.500 m3 Beton allein für das Fundament je Windrad! Aktuell sind ca. 3 Millionen qm2 Fläche allein in Dithmarschen auf diese Weise versiegelt. Die Effizienz einer Windkraftanlage ist also aus vielerlei Gründen in Frage zu stellen, und die Anlage kann nur laufen, wenn Wind weht, zu viel Wind darf es aber auch nicht sein. Denn liegt der ins Netz eingespeiste Strom über der zu exakt dem Zeitpunkt abgerufenen Menge, droht eine Netzüberlastung. Um einen Blackout in Deutschland zu verhindern, muss also permament die Menge an genutztem und bereit gestelltem Strom ausgeglichen sein. Andernfalls droht ein Blackout, mit möglicherweise fatalen Folgen für das ganze Land. Trotzdem bekommen die Windanlagenbetreiber weiterhin 7,35 ct/kWh als garantierte Einspeisevergütung ausbezahlt. Schon 2022 kostete das uns Verbraucher 1 Milliarde Euro ohne jegliche Gegenleistung. Ein gutes Geschäft nur für den Windanlagenbetreiber!	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2464	Hallo [redacted], anbei erhalten Sie meine Stellungnahme für das Gebiet Südermarsch und Koldenbüttel. Leider war es mir nicht möglich dies auf der Internetseite hochzuladen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir den Eingang kurz bestätigen könnten. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, im Zuge des geplanten Ausbaus der Bundesstraße B5 möchten wir auf die Notwendigkeit einer Überprüfung des Schutzkriteriums „Wiesenvögel“ hinweisen. Der Ausbau der B5 wird die Landschaft und ökologischen Bedingungen in der Region wesentlich beeinflussen. Durch die zu erwartende erhebliche Verkehrszunahme – es wird angenommen, dass künftig 17.000 bis 20.000 Fahrzeuge innerhalb von 24 Stunden die Straße passieren werden – halten wir es für sinnvoll, das Schutzkriterium für die Wiesenvögel westlich der B5 enden zu lassen. Die Bundesstraße bildet eine natürliche und logische Abgrenzungslinie zwischen den Schutzgebieten und den stärker genutzten Flächen. Darüber hinaus möchten wir betonen, dass der Artenschutz weiterhin höchste Priorität genießt. Es ist vorgesehen, die betroffenen Arten, insbesondere die Wiesenvögel, durch eine umfassende Dokumentation und gezielte Schutzmaßnahmen zu bewahren. Durch die Einrichtung von Ausgleichsflächen sowie Rückzugsgebieten soll sichergestellt werden, dass keine Beeinträchtigung der Fauna erfolgt und die Artenvielfalt auch unter den neuen Bedingungen erhalten bleibt. In der beigefügten Zeichnung haben wir die vorgeschlagene Verlegung des Schutzkriteriums westlich der B5 visualisiert. Wir bitten um eine wohlwollende Prüfung dieses Vorschlags und um eine Berücksichtigung der verkehrstechnischen und ökologischen Veränderungen, um den Ausbau der Infrastruktur und den Schutz der Tierwelt in Einklang zu bringen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	Die Errichtung von Windenergieanlagen wirkt sich durch die Veränderung des Lebensraums, durch den Scheucheffekt und durch ein hohes Kollisionsrisiko negativ auf Wiesenvögel aus. Schleswig-Holstein hat bundesweit eine herausragende Bedeutung für Wiesenvögel. Im besonderen Fokus stehen die Wiesenlimikolen Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer. Aufgrund der speziellen Habitatansprüche spielen Flächen mit noch vorhandenen Wiesenvogelvorkommen eine besondere Rolle beim Schutz der Arten. Innerhalb der Flächen, die grundsätzlich für Wiesenvögel geeignet sind, wird die Bedeutung einzelner Gebiete mit der Siedlungsdichte/Anzahl der Brutpaare der oben genannten Arten seit Mitte der 2000er Jahre im Rahmen eines Wiesenvogelmonitorings erfasst. Die Wiesenvogelkulisse wird im regelmäßigen Abstand anhand aktueller Daten überprüft und angepasst. Bei der Abgrenzung der Wiesenvogelkulisse wurden die Flächen so abgegrenzt, dass ein Sicherheitsabstand berücksichtigt ist. Die Abgrenzung der pauschal ausgeschlossenen Kulisse der Wiesenvogelbrutgebiete ist in der Anlage 2 (Karte) festgelegt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[Karte Anhang S. 3]	
Institution: NABU Schleswig-Holstein e.V. ID: M2399	**zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** Sehr geehrter Herr Hilker, sehr geehrte Damen und Herren, wir nehmen Stellung zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 **I. Vorbemerkungen** Die verbindliche Vorgabe des Bundes, ca. 3,1 Prozent (umgerechnet in Rotor-In-Regelung) der Landesfläche für die Windenergienutzung zur Verfügung zu stellen, veranlasst die Landesregierung Schleswig-Holsteins, ihre für die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) in der Raumplanung ausgewiesenen Vorranggebiete um gut 50 Prozent aufzustocken, d.h. in erheblichem Umfang zusätzliche Flächen für den weiteren Ausbau der Windenergie (WE) in Anspruch zu nehmen. Bei der jüngsten, mit dem Ziel einer Vorrangsgebietsausweisung von 2 Prozent verbundenen Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes (LEP) bzw. Teilaufstellung der Regionalpläne hat das Land versucht, die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes zu wahren. Insbesondere in Bezug auf den Artenschutz, hier verschiedene als besonders windkraftgefährdet geltende Vogel- und Fledermausarten betreffend, haben sich bestimmte Konfliktsituationen gezeigt, für die jedoch die bisherige landesweite WE-Planung (2020) großteils tragfähige Kompromisse gefunden hat. Grundlage dafür sind die vom Land entwickelten Ausschluss- und Abstandskriterien gewesen. Jedoch hat der Bund inzwischen eigene Vorgaben zum Umgang mit den Artenschutzbelangen aufgestellt, die die Kriterien Schleswig-Holsteins eklatant unterlaufen bzw. gar nicht erst aufgenommen haben. Beispielsweise hält der Bund Abstände von pauschal 500 m zu den Brutplätzen von als besonders WE-sensibel geltenden Arten wie Seeader und Rotmilan für ausreichend, für Schwarzstorchbrutplätze selbst eine derart geringe Abstandsvorgabe für unnötig. Überdies negiert der Bund die Notwendigkeit einer raumplanerischen Ausweisung von Populationsdichtezentren für WE-gefährdete Arten und lässt den Vogelzug – für den Schleswig-Holstein eine Bedeutung nach internationalen Maßstäben besitzt – unberücksichtigt.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass der NABU die Absicht der Landesregierung begrüßt, weiterhin dem Artenschutz eine deutlich höhere Bedeutung zukommen zu lassen, als es der bundesrechtliche Mindeststandard vorsieht. Ebenso wird zur Kenntnis genommen, dass der NABU es positiv sieht, für landschaftlich wertvollere Anteile der Landschaftsschutzgebiete und Naturparke eine Abwägung vorzusehen, anstatt diese grundsätzlich für die WEA-Nutzung freizugeben. Zur Kritik an der Referenzanlage wird auf Ziffer 1.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Der NABU begrüßt die Möglichkeit PV-Freiflächenanlagen mit Wind-Vorranggebieten zu kombinieren, fordert allerdings eine weniger scharfe Regelung des Vorrangs der Windenergie. Dem kann nicht gefolgt werden, da der Vorrang gesetzlich normiert ist und nur Vorranggebiete als Windenergiegebiete nach WindBG angerechnet werden können. Die Hinweise zur Abwägung innerhalb von Naturparken werden zur Kenntnis genommen. Konkrete Flächenentscheidungen erfolgen erst auf Ebene der Regionalplanung. Dort fließen Abwägungsaspekte, wie sie hier vorgetragen wurden, mit ein. Der Forderung, dass auch nicht raumbedeutsame WEA und Nebenanlagen in EU-Vogelschutzgebieten ausgeschlossen werden, wird nicht gefolgt. Es wird als ausreichend erachtet, wenn in solchen Fällen eine Prüfung auf der Genehmigungsebene erfolgt. Zur Forderung nach größeren Abständen von 300 m zu Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten wird auf Ziffer 4.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Der NABU geht fälschlicherweise davon aus, dass in der bisherigen Wind-Regionalplanung ein Abstand von 300 m zu diesen Schutzgebieten eingehalten wurde. Tatsächlich waren es aber nur 200 m. Der Forderung nach Abständen von 1.000 m zu

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Angesichts dieser weitgehenden Missachtung des Artenschutzes durch den Bund begrüßt der NABU die Absicht der Landesregierung, weiterhin dem Artenschutz eine deutlich höhere Bedeutung zukommen zu lassen, als es der Bund vorsieht, und dieses auch mit entsprechenden Kriterien im LEP auszudrücken, um damit die Grundlagen für die Festlegung von WE-Vorranggebieten in den Fortschreibungen der Regionalpläne auch bzgl. der Belange von Natur und Landschaft festzuschreiben. Dennoch hält der NABU die in der Anlage 1 zum vorliegenden LEP-Entwurf angeführten Kriterien, hier hauptsächlich die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt betreffend, in ihren meisten Punkten für nicht ausreichend, um den Belangen des Naturschutzes zumindest soweit zu genügen, dass die nach bisherigen Erkenntnissen WE-sensiblen Arten beim geplanten WE-Ausbau hinreichend geschützt werden. Dabei ist zu bedenken, dass nicht nur in erheblichem Umfang weitere Vorranggebiete ausgewiesen bzw. bestehende Vorranggebiete erweitert werden, sondern dass zudem die Rotorradien der modernen WEA deutlich größer sind und damit einen viel größeren Luftraum bestreichen und dabei außerdem beträchtlich höher reichen als die meisten WEA der bisherigen Generationen. Dadurch steigt das Gefährdungspotenzial für Vögel und Fledermäuse gravierend. Neben diesen Artenschutzaspekten sei angemerkt, dass auch die freie (Kultur-)Landschaft einen Wert an sich besitzt. Nach Ansicht das NABU darf sie nicht durch die mittlerweile über 200 m hohen und damit extrem raumbeherrschenden WEA flächendeckend in eine 'Industrielandschaft' umgeformt werden. Deshalb sollten auch zukünftig bestimmte größere Landschaftskomplexe, die neben einem besonderen ökologischem Wert auch eine Bedeutung für die Erholung aufweisen, konsequent von WEA freigehalten werden. Diesbezüglich sieht der NABU die Absicht positiv, für landschaftlich wertvollere Anteile der Landschaftsschutzgebiete und Naturparke eine Abwägung vorzusehen, anstatt diese grundsätzlich für die WE-Nutzung freizugeben. In seiner folgenden einzelheitlichen Stellungnahme bezieht sich der NABU ausschließlich auf die Natur und Landschaft berührenden Aspekte des vorliegenden LEP-Entwurfs. Diese sind in Form von Kriterien vor allem in der Anlage 1 (Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land) differenziert dargestellt; die räumliche Verteilung einiger als WE-Ausschlussgebiete eingeordneter Kriterien findet sich in der Anlage 2 (Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land). Damit bilden die Anlagen 1 und 2 die wesentlichste Arbeitsgrundlage für die Stellungnahme des NABU. **II. Zur Anlage 1 – Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land**	FFH-Gebieten, die dem Fledermausschutz dienen, wird nicht gefolgt. Er wird nicht für erforderlich gehalten, da es mittlerweile für Fledermäuse gut etablierte und funktionierende Maßnahmen in Form von Abschaltungen bei bestimmten Wetterlagen gibt. Gleiches gilt für die Forderung, auch kleinere Winterquartiere von Fledermäusen mit einem Abstand von 1.000 m freizuhalten. Auch zum Nationalpark Wattenmeer wird ein Abstand von 1.000 m gefordert. Dem wird nicht gefolgt, weil der entsprechende Schutz bereits durch das Ziel des freizuhaltenden Küstenstreifens gewahrt wird. Die vom NABU kritisierte Darstellungsgrenze von 5 ha bei gesetzlich geschützten Biotopen ist sachgerecht für die Ebene der Landes- und Regionalplanung. Die gesetzlich vorgegebenen Schutzansprüche an Biotope können für kleine Flächen auf der Genehmigungsebene sichergestellt werden. Zur Forderung, Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems als Ziel der Raumordnung für WEA auszuschließen, wird auf Ziffer 4.5.1, zur Forderung nach größeren Waldabständen auf Ziffer 4.7.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Das Dichtezentrum von Seeadlervorkommen entspricht in seiner räumlichen Ausdehnung dem gleichnamigen Kriterium aus dem Landesentwicklungsplans Wind (2020). Die räumliche Festlegung erfolgte auf Grundlage von besetzten und traditionell geeigneten Horststandorten nach landesweit einheitlich angewendeten Kriterien. Ausgehend vom Großen Plöner See werden alle Reviere einbezogen, deren 3 km Umgebungsbereiche sich überlappen oder nicht weiter als 2 km voneinander entfernt liegen. Die von diesen Revieren umschlossene Außengrenze weist im Inneren Bestandslücken auf. Diese Bereiche sind jedoch in der Vergangenheit besiedelt gewesen oder es gab Ansiedlungsversuche. Außerdem weisen sie Schlafplätze und Aufenthaltsbereiche von heranwachsenden

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zu Kapitel „Grundsätze und Ziele der Raumordnung“ Zu 3 G (B zu 3) – Festlegung einer Referenzanlage Die an dieser Stelle erfolgten Angaben zur Referenzgröße von WEA (200 m Gesamthöhe, 150 Rotordurchmesser) sind inzwischen überholt. Die dafür herangezogenen Werte sind veraltet. Im Hinblick auf die geradezu rasanten Entwicklungen bei Konstruktion und Leistungsfähigkeit von WEA hält es der NABU wenig sinnvoll, sich auf Durchschnittsgrößen von in 2023 genehmigten WEA zu beziehen. Das Bundeswirtschaftsministerium gibt hingegen die Maße einer Referenzanlage mit 250 m Gesamthöhe und 165 m Rotordurchmesser an (B zu 3, S. 13). Diese Werte hält der NABU für die jetzt entwickelte WEA-Generation für realistischer. In diesem Zusammenhang möchte der NABU daran erinnern, dass schon für den nun fortzuschreibenden LEP Wind 2010 (2020 in Kraft getreten) von einer selbst damals mit 150 m zu niedrigen Anlagenhöhe ausgegangen worden ist. Die Maße (Gesamthöhe, Rotordurchmesser) gerade von in sensiblen Bereichen errichteten bzw. geplanten WEA sind auch für den Artenschutz von erheblicher Bedeutung: Mit steigendem Rotordurchmesser ist eine exponentielle Zunahme des vom Rotor bestrichenen Luftraums und damit eine erhöhte Gefährdung von Vögeln und Fledermäusen verbunden. Da eine Höhenbegrenzung bundesrechtlich untersagt und deshalb sogar in für den Vogelzug eminent bedeutenden Regionen wie z.B. Fehmarn nicht mehr möglich ist, werden auch in größeren Höhen ziehende Vögel stark betroffen sein. Zu 7 Z (B zu 7) – Solarflächen Unter dem Vorbehalt der jeweiligen Standorteignung befürwortet der NABU grundsätzlich die räumliche Koppelung von WEA und Solarfreiflächenanlagen, da dadurch eine Reduzierung des Landschaftsverbrauchs erreicht werden kann und dadurch dem planerischen Leitgedanken einer möglichst umfassenden Konzentration von Infrastrukuranlagen genüge getan wird. Vor allem in unter Artenschutzaspekten (Vögel, Fledermäuse) sensiblen Gebieten sind Solarfreiflächenanlagen deutlich naturverträglicher als WEA. Deshalb sollte der Vorrang der WE-Nutzung weniger absolut formuliert werden als unter 7 Z geschehen. Besser wäre hier eine Formulierung als „Soll-Vorschrift“. **Zu Kapitel 4.5.1.2 – Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung,**	Seeadlern auf. Dieser Lebensraum zeichnet sich durch zahlreiche Waldflächen und viele Seen sowie eine Verbindung zur Ostsee und zu EU-Vogelschutzgebieten aus. Im Ergebnis ist ein Raum mit einer kontinuierlich hohen Brutdichte abgegrenzt, der zur dauerhaften Sicherung des stabilen Kerns der Seeadlerpopulation in Schleswig-Holstein geeignet ist und somit der Kontinuität der Freihaltung von WEA bedarf. Eine Anpassung der Abgrenzungen ist fachlich nicht geboten, auch nicht, wenn es an den Rändern zu vereinzelten Änderungen besetzter Horste kommt. Die geforderte Ausweitung des freizuhaltenden Küstenstreifens auf weitere Bereiche der Ostseeküste ist nicht erforderlich. Die Bereiche sind als Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung bereits als Ziel der Raumordnung freigehalten. Der Forderung nach einer pauschalen Freihaltung der Umgebung von Kranichschlafplätzen statt nur eine sektorale Freihaltung auf Basis von Habitatpotenzialanalysen wird nicht gefolgt. Die Datenlage wird als ausreichend belastbar angesehen, um nicht bzw. wenig überflogene Sektoren von der Freihaltung auszunehmen. Gefordert wird weiterhin, in Nahrungsgebieten für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten zumindest im Regelfall keine WEA zuzulassen. Dem wird bereits entsprochen, da es in der Begründung zum Kriterium heißt, dass hier nur im Einzelfall eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich sein soll, sofern nicht weitere konfliktverschärfende Kriterien überlagert sind. Die Zweistufigkeit in Ziel und Grundsatz bei Wiesenvogelbrutgebieten wurde bewusst gewählt, um Flächen mit geringeren Siedlungsdichten und einer Vorbelastung durch Windenergieanlagen einer Einzelfallprüfung zu unterziehen, ob dort die Windenergienutzung fortgesetzt werden kann. Auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Freiraumschutz Zu 13 G (B zu 13) - Landschaftsschutzgebiete (LSG) Der NABU hält die Errichtung von WEA in LSG für grundsätzlich unvereinbar mit dem Gedanken des Landschaftsschutzes. LSG dienen i.d.R. dem großflächigen Erhalt bestimmter Landschaftscharakteristika sowohl unter naturschutzfachlichen als auch unter erholungsbezogenen und landschaftsästhetischen Gesichtspunkten, wie sie in den LSG-Verordnungen in aller Regel auch explizit genannt werden. Für letzteren Aspekt ist eine visuell möglichst wenig gestörte Wirkung des Landschaftsbildes von entscheidender Bedeutung. Deshalb wird in vielen LSG-Verordnungen nicht nur die Errichtung von Wohn- und Gewerbegebäuden ausgeschlossen, sondern auch die Errichtung aller sonstiger baulicher Anlagen bis hin zu Informationstafeln als strikt genehmigungspflichtig vorgegeben. Zumindest in diesen LSG wäre der Bau von WEA geradezu paradox. Auch grundsätzlich stehen WEA mit ihrer extrem dominanten Raumwirkung der Zielsetzung von LSG entgegen. Allerdings ist es nach § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG mittlerweile untersagt, LSG kategorisch als WE-Ausschlussgebiete zu führen. Diese Vorgabe ist für die WE-Raumplanung des Landes verbindlich. Vor diesem Hintergrund begrüßt der NABU die Absicht des Landes, LSG nicht generell der WE-Nutzung zu öffnen, sondern eine einfallbezogene Abwägung bzgl. Berücksichtigung "naturräumlich und landschaftlich besonders hochwertiger Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten" vorzunehmen (B zu 13, S. 36). Zu 14 G (B zu 14) – Naturparke Auch in Naturparken sind WEA nicht mit deren Zweckbestimmung vereinbar, da sie dem Erhalt und der Entwicklung von Natur und Landschaft dienen sollen, zudem auch noch einen hohen Erholungswert besitzen (§ 27 BNatSchG, § 16 LNatSchG). Deshalb sollten dort nach Ansicht des NABU alle einer Schutzgebietskategorie zuzuordnenden Flächen (also auch LSG) von einer WE-Nutzung ausgenommen werden. Zu außerhalb der Schutzgebiete gelegenen, ökologisch grundsätzlich wertvollen Landschaftselemente (Seen, Weiher, Fließgewässer, Wälder, Knicklandschaften, Grünlandniederungen usw.) sollten weitere Abstände eingehalten werden, als nach dem LEP allgemein vorgesehen ist.	Begründung zum entsprechenden Ziel und Grundsatz wird ergänzend verwiesen. Aufgrund der geografischen Lage von Schleswig-Holstein gibt es im ganzen Land Vogelzug. Vielfach handelt es sich um den sogenannten Breitfrontenzug von Singvögeln, der nachts in großer Höhe stattfindet, sodass er im Rahmen von Windenergieplanungen keine Berücksichtigung findet. Die räumliche Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs geben daher nicht die gesamte biologische Dimension des Vogelzuges wieder, sondern konzentrieren sich auf die nach aktuellem Kenntnisstand potenziell besonders konfliktträchtigen Bereiche. Nicht alle Vogelzugwege sind als Konfliktbereiche im Rahmen der Windkraftplanung anzusehen oder lassen sich im Raum abgrenzen. Andere Bereiche, die durch Breitfrontenzug geprägt sind und/oder in denen Vogelzug auf breiterer Front und vielfach in Höhen stattfindet, die durch die Windenergienutzung nicht betroffen sind, wurden nicht bei dem Vogelzugkriterium berücksichtigt. Verdichteter Vogelzug ist auch auf Fehmarn und an der West- und Ostküste Wagriens zu beobachten. Dieser als „Vogelfluglinie“ bezeichnete Vogelzugkorridor bildet die kürzeste Verbindung über Landflächen zwischen Mitteleuropa und Skandinavien und wird sowohl auf dem Heimzug nach Nordosten im Frühjahr als auch auf dem Wegzug im Sommer und Herbst nach Südwesten von vielen Vögeln genutzt. Insbesondere Greifvögel (Wespenbussard, Fischadler, Rotmilan, Mäusebussard, Sperber, Weihen), die als Segelflieger auf Auftrieb und daher Landflächen angewiesen sind, nutzen diesen Weg, da zwischen den dänischen Inseln und Fehmarn/Wagrien nur vergleichsweise schmale Wasserflächen liegen (Fehmarnsund, Fehmarnbelt). Auch weitere Landvogelarten wie Tauben, Drosseln und Finken nutzen diesen direkten Weg von bzw. nach Skandinavien. Auf Fehmarn gibt es bereits einige Bestandswindparks und ausgewiesene Vorranggebiete. Um die besondere Bedeutung dieses Zugwegs raumplanerisch zu berücksichtigen, sind alle Küstenbereiche sowie die WEA-freien Korridore zwischen den

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zu Kapitel 4.5.1.3 – Gebiets - und Artenschutz Zu 1 Z (B zu 1) – Europäische Vogelschutzgebiete (EU-VSG) und Umgebungsbereiche Der WEA-Ausschluss für EU-VSG ist für das Erreichen der Erhaltungsziele unabdingbar, wie es die Begründung (B zu 1, S. 60) überzeugend klarstellt. Allerdings sollten nicht nur "raumbedeutsame" WEA, sondern auch die sogenannten Kleinanlagen (bis 30 m Gesamthöhe) und Nebenanlagen (bis 70 m Gesamthöhe), wie sie in 4.5.1.3, 2 Z, definiert sind, ausgeschlossen werden, weil auch von ihnen ein nicht unerhebliches Kollisionsrisiko bzw. eine Scheuchwirkung ausgeht. Der in Abs. 2 für den WE-Ausschluss vorgesehene Umgebungsbereich von grundsätzlich 1.000 m ist nach Auffassung des NABU unbedingt notwendig und sollte im Hinblick auf die Größe und Raumbedeutsamkeit moderner WEA keineswegs verkürzt werden. Zu 2 Z (B zu 2) – Naturschutzgebiete (NSG) und Umgebungsbereiche Der für NSG von WEA freizuhaltende Umgebungsbereich soll nach dem vorliegenden Entwurf lediglich 100 m betragen. Nach Meinung des NABU ist das erheblich zu wenig, da so gut wie alle NSG des Landes, selbst wenn sie nicht als EU-VSG gelistet sind, von erheblicher Bedeutung für die Vogelwelt und dabei auch für viele windkraftsensible Arten sind. Überdies sind die meisten NSG wertvolle Fledermaushabitate. Beide Artengruppen wechseln häufig zwischen verschiedenen NSG sowie weiteren Gebieten mit geeigneter Lebensraumausstattung, d.h. es finden ständig Flugaktivitäten über das betreffende NSG hinaus in die Umgebung statt. Bei einer WEA Gesamthöhe von oft über 200 m und einer entsprechend großen Rotorstreichfläche wären bei einem Abstand von nur 100 m ein- und abfliegende Vögel und Fledermäuse höchst gefährdet. Der NABU fordert deswegen, unbedingt den bisher geltenden Mindestabstand von 300 m beizubehalten, was auch für die zur NSG-Ausweisung vorgesehenen Gebiete gelten sollte. In der Begründung wird auf die massive Einschränkung des Umgebungsbereichs nicht eingegangen (B zu 2, S. 63), so dass der NABU davon ausgehen muss, dass es für diesen Schritt keine fachlich ausreichend abgesicherte Basis gibt. Zu 3 Z (B zu 3) – Flora-Fauna-Habitat-Gebiete (FFH) und Umgebungsbereiche	vorhandenen Vorranggebieten auf Fehmarn als Ziel der Raumordnung festgelegt, in denen kein Ausbau der Windenergie erfolgen darf. Die Erhaltung der noch verbliebenen binnenländischen Freiräume Fehmarns ist aufgrund der extrem hohen Vogelzugdichte zwingend erforderlich, um die Funktionsfähigkeit dieser international bedeutsamen Hauptachse des überregionalen Vogelzugs erhalten zu können. Bestandswindparks auf Fehmarn in konfliktträchtigen Bereichen nahe der Nordostküste (Klingenberg und Presen/Marienleuchte, in denen es nachweislich zu Greifvogel-Schlagopfern kommt), wurden bereits im Rahmen der Regionalplanung 2020 nicht als Vorranggebiet ausgewiesen und diese Bereiche werden auch weiterhin ausgeschlossen (als Ziel der Raumordnung), sodass die WEA Bestandsschutz haben, aber ein Ersatz der Anlagen ausgeschlossen wird. Zur Kritik an den Abständen und Regelungen zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel wird auf Ziffer 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Forderung, dass die Errichtung von WEA in Gewässern als Ziel der Raumordnung pauschal ausgeschlossen werden muss, wird nicht übernommen. Durch gesetzliche Regelungen im BNatSchG und LNatSchG ist dies sichergestellt. In Ziffer 4.5.1.4 Absatz 1 G geht es lediglich darum klarzustellen, dass es eine maßstabsbedingte Untergrenze dessen gibt, was auf Regionalplanebene noch als Ausschlussfläche darstellbar ist und was stattdessen sachgerecht auf der Genehmigungsebene geprüft werden kann. Die Anregung zur Vertiefung der Begründung zu Ziffer 4.5.1.4 Absatz 4 G (Gewässertalräume) wird übernommen. Der Forderung, Kompensations- und Ökokontoflächen generell auszuschließen, wird nicht gefolgt. Die Landesplanung ist, auch aus den Erfahrungen vergangener Regionalplanungen, der Auffassung, dass es im Einzelfall eine Vereinbarkeit mit Schutz-

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ein WE-freier Umgebungsbereich für FFH-Gebiete von nur 100 m ist erheblich zu gering; er sollte wie bisher auf 300 m erweitert werden. Viele FFH-Gebiete – auch ohne VSG-Status – stellen für windkraftsensible Vogelarten bedeutende Lebensräume dar, so dass eine Reduzierung des Umgebungsbereichs auf 100 m zu nennenswerten Verlusten der betreffenden Arten führen dürfte. Völlig unverständlich ist, weshalb nicht einmal für die auf S. 53 f mit Erhaltungszielen für Fledermäuse gelisteten FFH-Gebiete der bisherige 300 m-Abstand beibehalten, sondern auf 200 m reduziert wird, obgleich selbst ein Abstand von 300 m für den Schutz von Fledermäusen längst nicht ausreichend ist. Um FFH-Gebiete mit dem Schutzziel Fledermäuse sollte ein WE-freier Umgebungsbereich von 1.000 m festgeschrieben werden (siehe z.B. LANU (2008): Empfehlungen zur Berücksichtigung tierökologischer Belange bei Windenergieplanungen in Schleswig-Holstein, S. 69). In diesem Zusammenhang möchte der NABU u. a. auf den dramatischen Rückgang beim Abendsegler hinweisen, eine durch WEA besonders gefährdete Art. <u>Zu 4 Z (B zu 4) – Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und Umgebungsbereich</u> Im Bereich des Nationalparks, aber auch über dessen Grenzen hinaus, finden intensive Vogelflugbewegungen statt, die nicht durch räumliche Hindernisse mit erheblichem Kollisionsrisiko beeinträchtigt werden dürfen. Diese Forderung lässt sich auch aus der Begründung (B zu 4, S. 65 o.) ableiten. Deshalb ist der für den Nationalpark vorgesehene Umgebungsschutzstreifen von 300 m zu schmal; er muss auf mindestens 1.000 m erweitert werden. <u>Zu 5 Z (B zu 5) - Gesetzlich geschützte Biotope</u> Unter B zu 5 ist der rechtliche Hintergrund für die Unvereinbarkeit der WEA-Errichtung in gesetzlich geschützten Biotopen dargelegt worden. Es ist jedoch nicht nachvollziehbar, weshalb dieses nur in Biotopen von über 5 ha Größe gelten soll. Den diesbezüglichen Hinweis auf kartografische Darstellungsschwierigkeiten kann der NABU nicht akzeptieren. Denn schließlich darf nicht die kartografisch raumplanerische Darstellungsmöglichkeit von Biotopen im Vordergrund stehen, sondern der Schutz der Biotope mit ihren ökologischen Funktionen an sich. Sehr viele gesetzlich geschützte Biotope sind kleiner als 5 ha und stehen auch nicht als "zusammenhängende" Biotope mit anderen Biotopen in unmittelbarer Verbindung (B zu 5, S. 66). Dennoch werden sie (wie z.B. Weiher) regelmäßig von WE-sensiblen Arten aufgesucht. Derartige Biotope in	und Entwicklungszielen solcher Flächen geben kann. Zur Forderung moorige und anmoorige Böden außerhalb gesetzlich geschützter Biotope und Niederungen nicht für WEA-Vorranggebiete zu nutzen: Es wird kein entsprechendes Ziel der Raumordnung eingeführt. Allerdings wird dieses Kriterium mit angemessener Gewichtung in die Abwägung auf Ebene der Regionalplanung eingestellt. Zur Forderung eines erweiterten Fledermausschutzes durch größere Abstände zu Naturwäldern und FFH-Gebieten, auch als Anmerkung zum Umweltbericht: Die Landesplanung ist der Auffassung mit den getroffenen Regelungen einen angemessenen Kompromiss zwischen vorsorgendem Artenschutz und Maßnahmen, die auf Genehmigungsebene festgelegt werden können, getroffen zu haben. Es wird keine Änderung vorgenommen. Anmerkungen zur Karte: Hauptachsen des Vogelzuges: Nach erneuter Prüfung bleibt die Abgrenzung der Auschlussbereiche der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung in der Karte unverändert. Dichtezentrum für Seeadlervorkommen: Es wird auf die Darstellung im Landschaftsrahmenplan verwiesen. Nur Abgrenzungen, die nicht an anderer Stelle normiert sind, werden in der LEP-Karte dargestellt. Anmerkungen zum Umweltbericht: Der Hinweis zur Aktualisierung der Datenlage zu den Großvogelbrutplätzen wird geprüft. Die Forderung nach pauschaler Freihaltung von Bereichen mit besonders hoher Dichte an Rotmilanbrutplätzen wird nicht übernommen. Die Bereiche werden auf Ebene der Regionalplanung individuell

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	WE-Vorranggebiete mit einzubeziehen und sie mit WEA zu umstellen, würde dem Biotopschutz zuwiderlaufen. Deshalb empfiehlt der NABU hier eine weitergehende Differenzierung. Zu G (B zu 5 G) – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems Das Biotopverbundsystem dient dem Naturschutz. Die wesentlichen Zielsetzungen liegen im Erhalt bestimmter Schwerpunktlebensräume sowie im Erhalt bzw. in der Wiederherstellung von Migrationsmöglichkeiten zwischen diesen. Gerade die Schwerpunktbereiche haben i.d.R. eine wichtige Funktion auch als Vogel- und Fledermauslebensräume. Das gilt ebenfalls für wichtige Verbundachsen wie Fließgewässer mit ihren Auen. Die Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen, soweit kartografisch erfasst, sollten deswegen frei von störenden Elementen gehalten und damit von vornherein als WE-Ausschlussgebiete definiert werden. Zu 6 Z (B zu 6) – Wälder und Umgebungsbereiche Der Ausschluss von Waldflächen als WE-Standorte wird begrüßt, er ist bereits im Landeswaldgesetz verankert. Der gegenüber Wäldern grundsätzlich einzuhaltende Abstand sollte allerdings nicht 30 m, sondern grundsätzlich und nicht nur bei Naturwäldern wie bisher mindestens 100 m, aus ökologischer Sicht mindestens 200 m betragen. Begründung: Die grundsätzliche Reduzierung des gegenüber Wäldern einzuhaltenden Abstands auf das forstrechtlich verankerte Maß von 30 m wird der Bedeutung der nahen Waldumgebung für den Artenschutz in keiner Weise gerecht. Der Nahbereich der Wälder wird von verschiedenen im Wald brütenden Greifvögeln zur Nahrungssuche, Balz und Reviermarkierung genutzt, zudem von verschiedenen Fledermausarten als ein bevorzugtes Nahrungsgebiet hochintensiv frequentiert. Moderne WEA mit Rotordurchmessern von bis über 150 m würden bei einem 30 m-Abstand geradezu als ‚Tötungsmaschinen‘ wirken. Zu 7 Z (B zu 7) – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen Die Beibehaltung dieses Ausschlusskriteriums wird vor dem Hintergrund der nachweislichen Gefährdung lokaler Seeadlerpopulationen durch WEA sehr begrüßt, zumal dadurch neben dem Seeadler noch weitere Vogelarten wie Rotmilan und	geprüft und abgewogen. Die Kritik an der bundesrechtlichen Regelung zur Zumutbarkeitsgrenze von Abschaltzeiten kann nur zur Kenntnis genommen werden. Hierzu kann der LEP keine Regelungen treffen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mäusebussard sowie Fledermäuse vor Kollisionen bewahrt werden, die in besagtem Gebiet ebenfalls einen Verbreitungsschwerpunkt haben. Der ausführlichen, fachlich absolut stichhaltigen Begründung (B zu 7, S. 69 f) ist nichts hinzuzufügen. Wie auf der Karte 9, Abschnitt 3.3.3 des Umweltberichts (Anlage 3) zu erkennen ist, soll beim Seeadlerdichtezentrum im küstennahen Bereich der Probstei weiterhin eine Fläche ausgespart werden. Da sich dort bereits seit Jahren erfolgreich Seeadler angesiedelt haben, ist diese Lücke nicht länger gerechtfertigt. Das Seeadlerdichtezentrum ist hier durchgängig auszuweisen. Neben dem rund um die ostholsteinische Seenplatte gelegenen Seeadlerdichtezentrum sollte allerdings noch im östlichen Teil des Kreises Hzgt. Lauenburg (Naturpark Lauenburgische Seen) ein weiteres Seeadlerdichtezentrum raumplanerisch ausgewiesen werden. Dort befindet sich faktisch ein weiterer Schwerpunkt des schleswigholsteinischen Seeadlerbrutbestands mit gut 10 Paaren. Außerdem würden damit etliche Brutplätze von Rotmilan, Weißstorch, Kranich (höchste Brutplatzkonzentration in Schleswig-Holstein) sowie des von WE im Bestand bedrohten Mäusebussards (siehe auch Anmerkungen zu 17 G) erfasst werden. <u>Zu 8 Z (B zu 8) – Wintermassenquartiere für Fledermäuse und Umgebungsbereiche</u> Die Festlegung als Ausschlusskriterium ist vor dem Hintergrund artenschutzrechtlicher Verpflichtungen – hier das Gebot der Vermeidung der Tötung ein- und ausfliegender Fledermäuse als streng geschützte Arten – zu begrüßen. Allerdings sollte ein entsprechendes Kriterium auch für kleinere Winterquartiere (> 100 regelmäßig überwinternde Tiere) mit einem Abstand von 1.000 m aufgestellt werden (siehe auch LANU (2008), S. 69). <u>Zu 9 Z (B zu 9) – Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel</u> Die Begründung (B zu 9, S. 71 f) zeigt die hohe Bedeutung des benannten Küstenbereichs für Küsten- und Zugvögel auf. Der Streifen entlang der Ostseeküste sollte sich aber nicht nur auf Fehmarn beschränken, sondern auch die Hohwachter Bucht und die Küste der Probstei sowie die Küste Wagriens entlang der Lübecker Bucht einbeziehen. Die besagten Bereiche sind von großer Bedeutung für den internationalen Vogelzug. Auf dem Herbstzug treffen dort – eben nicht nur auf Fehmarn – große Mengen aus Skandinavien kommender Vögel diverser Arten auf die schleswig-holsteinische Landmasse, häufig auch zur Rast. In der Lübecker Bucht kreuzen sich zudem der für Landvögel sehr bedeutsame Fehmarnzugweg und der baltische	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wasservogelzugweg, der von dort weiter nach SW führt. Zu 10 Z (B zu 10) – International bedeutsame Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen Die Begründung (B zu 10) stellt das Erfordernis des Habitatschutzes für die schleswig-holsteinische Rastpopulation des Zwergschwans sowohl fachlich als auch in ihrer naturschutzrechtlichen Dimension überzeugend dar. Richtig ist zudem das beabsichtigte Freihalten der Flugkorridore zwischen Nahrungsflächen und Schlafgewässern von WEA. Zu 11 Z (B zu 11) – Kolonien von Trauer- und Lachseeschwalben und Umgebungsbereiche Der NABU begrüßt den konsequenten Ausschluss von WEA im Bereich der Kolonien von Trauer- und Lachseeschwalben und deren Umgebung (1.000 m bei Trauerseeschwalben, 3.000 m bei Lachseeschwalben). Die für die Lachseeschwalbenkolonie auf 3.000 m vorgenommene Erweiterung des Umgebungsbereichs ist unbedingt erforderlich, zumal es sich dabei um den Schutz einer extrem seltenen, vom Aussterben bedrohten Art handelt. Zu 12 Z (B zu 12) - Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten Die Freihaltung der Nahbereiche von Querungshilfen ist aus den unter B zu 12 dargelegten Gründen erforderlich. Die Darstellung der derzeit existierenden Querungshilfen auf der Karte zu Kapitel 4.5.1 (Anlage 2) ist sinnvoll; ergänzend sollte unter 12 Z eine Maßangabe zum einzuhaltenden Mindestabstand zu den Zugängen der Querungshilfen erfolgen. Zu 13 G (B zu 13) – Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche Der Umgebungsschutz mit einem Radius von 3.000 m um die Kranichschlafplätze sollte nach Auffassung des NABU als generell einzuhaltender Mindestabstand festgelegt werden, anstatt davon nur bestimmte, mittels Habitatpotenzialanalyse und Flugbewegungsdaten ermittelte "Korridore oder Sektoren" von WEA freizuhalten (B zu 13, S. 76). Begründung: Der Ein- und Abflug der Kraniche zu ihren Schlafgewässern hängt von der Lage der Nahrungsflächen ab. Diese wechselt je nach Feldbestellung, Erntezeitpunkt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	etc.. Auch die Windrichtung spielt eine Rolle. Dies sollte entsprechend berücksichtigt werden. Zu 14 G (B zu 14) – Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten Schleswig-Holstein hat eine herausragende Bedeutung als Rastgebiet für nordische Gänse und Singschwäne (siehe B zu 14, S. 76). Deren Rastplätze und Schlafgewässer müssen auch außerhalb der EU-VSG sowie des Küstenstreifens (9 Z) und der Zwergschwanrastgebiete (10 Z) vor Beeinträchtigungen bewahrt werden. Hierzu lediglich vorzugeben, dass "die Anforderungen des Artenschutzes berücksichtigt werden (sollen)" (14 G), ist zu vage formuliert. Zumindest ist "sollen" durch 'müssen' zu ersetzen. Die inzwischen als ungefährdet geltenden Bestände des Singschwans und der meisten Gänsearten (B zu 14, S. 76) darf nicht zur Annahme eines auf Dauer gesicherten Erhaltungszustands verleiten. Nach Ansicht des NABU sollten auf der besagten Rastplatzkulisse vorsorglich deshalb zumindest im Regelfall keine WEA gebaut werden dürfen. Zu 15 Z (B zu 15) – Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung Schleswig-Holstein kommt für den Vogelzug eine internationale, kaum zu überschätzende Bedeutung zu. Der NABU begrüßt deswegen die Absicht, auf den wichtigsten Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs die Errichtung von WEA auszuschließen. Allerdings wird die Darstellung in Anlage 2 der tatsächlichen Verteilung von Hauptachsen des Vogelzuges nicht gerecht. So ist der sehr bedeutsame baltische Wasservogelzugweg aus der Lübecker Bucht in Richtung Südwesten nicht dargestellt. Der NABU fordert die Aufnahme dieses Zugweges in die Kartendarstellung. Auf Fehmarn, einem der bedeutendsten Vogelzuggebiete Europas, sind die Zugwege zu einem erheblichen Teil bereits durch bestehende Windparks massiv gefährdet, wie aus der Karte (Anlage 2) hervorgeht. Der Vogelzug führt dabei über die gesamte Insel. Die dort streifenförmig abgebildeten Hauptzugachsen entsprechen insofern nicht der Realität. Sie richten sich stattdessen nach der Lage der vorhandenen Windparks, d.h. sie sparen diese weitgehend aus. Die Kartendarstellung entbehrt jeglicher avifaunistischer Grundlage. Überdies ist zu bedenken, dass über Fehmarn neben vielen anderen Vogelarten auch große Zahlen an Greifvögeln ziehen, die gegenüber WEA kein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Meideverhalten zeigen. Vor dem Hintergrund der überragenden, schon sprichwörtlichen Bedeutung ('Vogelzuglinie') Fehmarns für den Vogelzug von bzw. nach Skandinavien darf der WEA-Bestand dort und auf der sich im Verlauf des Zugweges anschließenden Halbinsel Wagrien keinesfalls weiter verdichtet werden. Auch ein Repowering ist zu unterbinden. Richtig ist die Eintragung der gesamten Ostseeküste als Vogelzughauptachse gem. 15 Z auf der Karte (Anhang 2). Allerdings ist sie dort in ihrem Verlauf nordwestlich Fehmarns mit nur 1.000 m Breite zu schmal verzeichnet. Der Vogelzug erfolgt überwiegend in breiterer Front, so dass im 1.000 m- Abstand zur Küstenlinie aufgestellte WEA erhebliche Gefahrenquellen bilden würden. Der NABU schlägt deshalb einen WEA-Ausschlussstreifen von 3.000 m entlang der Ostküste vor. Dies wäre auch für die Belange des Tourismus und der Erholung von Bedeutung. <u>Zu 15 G (B zu G) – Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung</u> Hinsichtlich der enormen Bedeutung Schleswig-Holsteins als Durchzugs- und Rastgebiet für die Vogelwelt des nördlichen Europas und Teile Sibiriens müssen auch die "Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung", als quasi die 'Vogelzugrouten 2. Kategorie', von weiterer Belastung durch WEA freigehalten werden, zumal die WEA und damit die von den Rotoren bestrichenen Bereiche immer größer werden. Hierbei sich darauf zu beschränken, dass "die Anforderungen des Artenschutzes berücksichtigt werden (sollen)" (S. 58), reicht zur Erfüllung der sich für den Vogelzug ergebenden internationalen Verpflichtungen nicht aus (siehe auch Anmerkungen z.B. zu 14 G). Von den angeführten Vogelzugachsen ist vor allem der Zugweg von Schleswig zur Husumer Bucht von herausragender Bedeutung (u.a. Seeschwalben, Limikolen, Sterntaucher). Hauptsächlich für den Kleinvogelzug kommt einem Streifen entlang der Unterelbe bis Hamburg eine wichtige Rolle zu, wird aber nach der Karte (Anlage 2) wesentlich durch andere WE-Ausschlusskriterien abgedeckt. Wie oben bereits erwähnt, ist Fehmarn für den Vogelzug in Gänze von herausragender Bedeutung, nicht nur "Teilbereiche von Fehmarn" (S. 58). Zudem ist der baltische Wasservogelzugweg, der aus der Lübecker Bucht nach SW führt, aufzunehmen (s.o.). <u>Zu 16 Z (B zu 16) – Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hoher Siedlungsdichte</u>	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Wiesenvogelbestände Schleswig-Holsteins sind dramatisch zusammengeschmolzen, der Erhaltungszustand aller Wiesenvogelarten ist schlecht. Der beabsichtigte Ausschluss von WEA innerhalb von Wiesenvogelbrutgebieten ist richtig und unbedingt erforderlich, um dort WEA-bedingte Verluste (Scheuchwirkung, Kollisionen) zu vermeiden. <u>Zu 1 G (B zu 16 G) – Wiesenvogel-Brutgebiete mit hoher Siedlungsdichte</u> Es ist durchaus richtig, neben den wenigen im Land verbliebenen "Wiesenvogel-Brutgebieten mit besonders hohen Siedlungsdichten" (16 Z, s.o.) auch weitere Wiesenvogelbrutgebiete mit zwar inzwischen geringeren Wiesenvogelbeständen, aber mit einem hohen Entwicklungspotenzial (Wiederherstellung) mit in die Wiesenvogelkulisse aufzunehmen. Der NABU empfiehlt jedoch eindringlich, auch in diesen Gebieten WEA zur Vermeidung von Störwirkung und Kollisionen perspektivisch auszuschließen, anstatt es bei der sehr unverbindlichen Formel, dass die "Anforderungen des Artenschutzes berücksichtigt werden (sollen)" (S. 59) zu belassen. Hier in der Begründung (B zu 16 G) einerseits zu betonen, dass solche Gebiete mit Bestands-WEA auch "perspektivisch weiter für Windenergie genutzt werden können und sollen", andererseits aber (richtigerweise) darauf hinzuweisen, dass dort "die von den WEA ausgelöste Scheuchwirkung erhalten bleibt, weshalb die Bereiche zukünftig keine besonders hohe Siedlungsdichte erreichen werden" (S. 78), ist das frappierende Eingeständnis, selbst bei einer hochgradig gefährdeten Vogelgilde die Artenschutzbelange hinter den WE-Ausbau zu stellen. Nach Ansicht des NABU handelt es sich auch bei den in solchen für den Wiesenvogelschutz wegen ihrer Regenerierungsmöglichkeiten nach wie vor wichtigen Gebieten errichteten WEA um den anderweitig kritisch diskutierten 'WE-Wildwuchs', der nicht durch Repowering oder gar Ergänzung mit weiteren WEA manifestiert werden darf. <u>Zu 17 G (B zu 17) – Brutplätze windkraftsensibler Großvogelarten</u> Seitens des Naturschutzes ist durchaus anzuerkennen, dass zu den Brutplätzen der als besonders windkraftsensibel geltenden Großvogelarten Seeadler, Rotmilan, Schwarz- und Weißstorch weiterhin Abstände eingehalten werden sollen, die deutlich über das vom Bund dafür vorgesehene Mindestmaß von 500 m hinausgehen. Der NABU muss aber darauf hinweisen, dass unter fachlichen Aspekten auch die vom Land vorgesehenen Mindestabstandswerte zum Ausschluss von Tötungen von Vögeln besagter Arten im Brutplatzumfeld zu gering sind, zumal die dargestellten Abstände „in	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Regel“ eingehalten werden „sollen“ (!). Nach Auffassung des NABU müssen die Schutzabstände dem so genannten Helgoländer Papier der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW (2015): Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten) entsprechen und diesbezüglich als abweichungsfeste Ausschlussgebiete kategorisiert werden. Das muss für den LEP eine Hochstufung von 'G' zu 'Z' bedeuten. Unter artenschutzfachlichen Aspekten besonders bedenklich ist die Verringerung des für Seeadlerbrutplätze vorgesehenen Mindestabstands von 3.000 m auf 2.000 m. Zwar kann der Erhaltungszustand dieser Art zur Zeit als günstig bezeichnet werden, was auf intensive Schutzmaßnahmen v.a. im Brutplatzbereich zurückzuführen ist. Dennoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Population gerade durch WEA-Kollisionen schnell auf ein bedenkliches Maß sinken kann. So weist der Seeadler nach einem im Auftrag der Stiftung Klimaneutralität erstellten Gutachten mit dem Verhältnis von eins zu vier bei der Zahl der Schlagopfer zur Zahl der Brutpaare die höchste Betroffenheit auf (Reichenbach, M. & Aussieker, T. (ARSU) (2021): Windenergie und Erhalt der Vogelbestände). In allen seriösen Studien zum Vogelschlag durch WEA wird die Gefährdung von Greifvogelbeständen durch den WE-Ausbau thematisiert. Dass dieses auch bisher diesbezüglich nicht im Fokus stehende Arten betrifft, zeigen Piotiek und Krüger für den Mäusebussard auf (Piotiek, A. & Krüger, O.: Modellierung der Auswirkung der Mortalität auf Populationsebene. In: Grünkorn, T. et al. (2016): Ermittlung von Kollisionsraten von (Greif-)Vögeln und Schaffung von planungsbezogenen Grundlagen für die Prognose und Bewertung des Kollisionsrisikos durch Windenergieanlagen (PROGRESS) – F&E-Vorhaben Windenergie, Abschlussbericht). Die Autoren prognostizieren für diesen bis vor kurzem noch als häufig wahrgenommenen Greifvogel einen erheblichen WE-bedingten Rückgang, den sie schon anhand der damals noch relativ geringen WEA-Dichte aufgezeigt haben. Da sich der WEA-Bestand gem. LEP gegenüber den 2010er-Jahren ungefähr verdoppeln wird, dürfte sich beim Mäusebussard bald ein massiver Bestandseinbruch abzeichnen, zumal sich die Qualität der Nahrungshabitate voraussichtlich nicht verbessern wird. Vor diesem Hintergrund hält der NABU effektive Schutzkonzepte auch für den Mäusebussard für unbedingt erforderlich. Da die Art häufig ihren Brutplatz wechselt, dürften zwar festgelegte WEA-Abstände kaum wirkungsvoll sein. Allerdings sollte der Mäusebussard in einem ersten Schritt dringend in die AKS-Abschalterfassung mit aufgenommen werden, um wenigstens bei einigen WEA einen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kollisionsschutz zu erhalten. Der für den Rotmilan grundsätzlich geltende Mindestabstand sollte ebenfalls für den mit wenigen Paaren in Schleswig-Holstein nistenden Schwarzmilan gelten. Dies hat bereits der LEP von 2020 aufgegriffen, die LEP-Fortschreibung sollte dem folgen. Hinsichtlich der gegenüber der WE-Planung von 2020 ohnehin bereits erfolgten Reduzierung des Umgebungsschutzes bei Seeadler und Schwarzstorch hat der NABU außerdem starke Bedenken gegen die vorgesehene Möglichkeit, die Ausweisung von WE-Gebieten zu prüfen, "wenn in dem jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt" (17 G, S. 59). Denn damit würde das Tötungsrisiko nochmals deutlich erhöht werden. Ebenfalls kritisch sieht der NABU die eingeräumten einzelfallbezogenen Prüfungen mit der Möglichkeit, an Rotmilan- und Weißstorchbrutplätzen die Abstandsradien von 1.500 m bzw. 1.000 m zu unterschreiten. Die seit Jahren zunehmend festgestellte Praxis, die artenschutzrechtliche WEA-Genehmigung vom Ergebnis artenschutzrechtlicher Prüfungen abhängig zu machen, die wiederum auf von im Auftrag des Vorhabenträgers erstellten Gutachten beruhen, ist höchst problematisch. Zahlreiche dieser als Entscheidungsbasis dienenden Gutachten lassen erhebliche Zweifel an ihrer Objektivität aufkommen. In nicht wenigen Gutachten erscheinen die erhobenen Daten fragwürdig; in anderen Gutachten werden im Hinblick auf die Artenschutzerfordernisse nicht tragfähige Resümees erstellt. So ist leider seitens vieler Vorhabenträger der Versuch, mittels fragwürdiger Gutachten ein Unterschreiten des Regelmindestabstands zu erwirken, gängige Praxis – nicht selten mit Erfolg. Die in der Begründung (B zu 17, S. 79) enthaltene Annahme, dass die mit einer Reduzierung des Brutplatzabstandes zu erwartende "erhöhte Konfliktintensität" "regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen ... zu lösen ist", teilt der NABU nicht. Bislang zeichnet sich nur beim Einsatz von Antikollisionssystemen (AKS) eine relevante Reduzierung des Kollisionsrisikos ab – soweit die AKS-Erprobungen diesen Schluss zulassen. Ein wirkungsvoller Einsatz von AKS dürfte jedoch durch das geringe Kontingent an für den WEA-Betreiber zumutbaren und damit verpflichtend zu leistenden artenschutzbedingten Abschaltzeiten (max. 6 % bzw. bei windhöffigen Lagen 8 % des durchschnittlichen Jahresenergieertrags) unterlaufen werden. Mit diesen niedrigen Schwellenwerten werden sich AKS-gestützte Abschaltungen nicht einmal während der gesamten Brutzeit realisieren lassen, wenn	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	WEA in Unterschreitung des Mindestabstands zum Nistplatz errichtet werden. **Zu Kapitel 4.5.1.4 – Boden und Wasser** <u>Zu 1 Z (B zu 1) – Gewässer erster und zweiter Ordnung sowie Seen und Teiche ab einem Hektar inklusive Gewässerschutzstreifen</u> Die Errichtung von WEA in Gewässern, wie sie dem Wortlaut nach gemäß 1 Z (S. 82) möglich wäre, muss kategorisch ausgeschlossen werden. Dass muss für Gewässer jeder Größe gelten, nicht nur für Gewässer erster und zweiter Ordnung. Der gesetzliche Uferschutzstreifen von 50 m ist viel zu schmal, um das Tötungsrisiko für über den Gewässern und deren Umgebung jagenden Fledermäusen sowie für an- und abfliegende Wasservögel entscheidend zu verringern. Außerdem schlägt der NABU eine weitere Differenzierung nach Artenschutzwertigkeit vor. Demnach sollte zu Stillgewässern von über 10 ha Wasserfläche und mindestens regionaler Bedeutung für brütende und/oder rastende Wasservögel ein Mindestabstand von 1.200 m gehalten werden. Begründung: Aus Gründen des Schutzes von Wasservögeln sowie anderer kollisionsgefährdeter Arten wie Seeadler oder Rohrweihe, die die Gewässer zur Nahrungssuche häufig anfliegen, ist ein Umgebungsschutz notwendig. <u>Zu 4 G (B zu 4) – Talräume an natürlichen Gewässern und an erheblich veränderten Wasserkörpern</u> Wie in der Begründung (B zu 4, S. 92) dargelegt, sollten Talräume nicht für die Errichtung von WEA infrage kommen. Die meistens von Gewässern durchzogenen Talräume sind bereits jetzt von besonderer landschaftsökologischer Bedeutung, für andere wird perspektivisch eine größere Naturnähe, häufig einhergehend mit der Funktion als Hochwasserretentionsräume oder der Vernässung degenerierter Moorkörper, angestrebt. Die Begründung (B zu 4) sollte diesbezüglich noch konkreter gehalten werden. <u>Zu 7 G (B zu 7) – Kompensations- und Ökokontoflächen</u> Kompensationsflächen, d.h. Ausgleichsflächen für Eingriffe in Natur und Landschaft, haben naturschutzrechtlich dem Naturschutz zu dienen; fast jede Kompensationsfläche ist als Lebensraum für Vögel und Fledermäuse von Bedeutung. Eine Inanspruchnahme	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	für die WE-Gewinnung würde in deutlichem Widerspruch zu dieser Zweckbindung stehen. Somit sollten auf Kompensationsflächen WEA generell ausgeschlossen werden. **Ergänzungsvorschläge: weitere Kriterien** <u>Moorige und anmoorige Böden außerhalb gesetzlich geschützter Biotope und Niederungen</u> Vor allem aus Gründen des Klimaschutzes, aber auch der Biodiversitätsentwicklung, sollten moorige sowie anmoorige Böden grundsätzlich nicht für den Bau von WEA zur Verfügung stehen. Das sollte nach Ansicht des NABU auch für von Moorboden geprägte Flächen gelten, die z.B. aufgrund ihrer (intensiven) landwirtschaftlichen Nutzung oder intensiven Entwässerung nicht dem gesetzlichen Biotopschutz gem. § 30 BNatSchG (Kap. 4.5.1.3, 5 Z) unterliegen oder als Talräume i.S.v. Kap. 4.5.1.4, 4G einzustufen sind. Begründung: Die WEA-Errichtung auf Moorboden würde die Wiedervernässung der Fläche, eine aus Klimaschutzgründen zur drastischen Reduzierung der CO2-Emission sehr effektive Maßnahme, verhindern. Dieser Aspekt sollte auch dann Berücksichtigung finden, wenn z.B. aus eigentumsrechtlichen Gründen eine Möglichkeit zur Vernässung aktuell noch nicht gegeben ist. Zudem würden bei den zum Bau von WEA erfolgenden Erdarbeiten (Fundament, Befestigung der Zuwegung) im Moorboden aufgrund des O2-Zutritts und damit bedingten Abbau des organischen Substrats große Mengen an CO2 freigesetzt werden. <u>Bedeutende Fledermauslebensräume und -migrationswege</u> Nach Auffassung des NABU muss dem Aspekt der Gefährdung von Fledermäusen durch WEA erheblich mehr Rechnung getragen werden. Der vorliegende Entwurf genügt diesem Anspruch nicht. Nicht nur zu "Wintermassenquartieren für Fledermäuse und Umgebungsbereiche" (Kap. 4.5.1.3, 8 Z) und FFH-Gebieten mit Erhaltungszielen für Fledermäuse (Kap. 4.5.1.3, 3 Z) sind ausreichende Abstände zu halten, sondern zu allen bedeutenderen Fledermauslebensräumen. Der vorliegende LEP-Entwurf genügt dieser nicht zuletzt aus der FFH-Richtlinie abzuleitenden artenschutzrechtlichen Anforderung längst nicht. Zumal er die bei der bisherigen WE-Planung auch zum Fledermausschutz aufgestellten Abstandswerte sogar noch verringert (Wald, FFH-	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Gebiete). Begründung: Mehrere der in Schleswig-Holstein vorkommenden Fledermausarten sind explizit durch WEA gefährdet, sie kommen neben direkter Kollision auch durch Barotrauma um. Besonders viele WEA-Opfer entfallen u.a. auf die Arten Großer Abendsegler, Rauhaut und Zwergfledermaus. Der Erhaltungszustand insbesondere des Abendseglers ist bereits jetzt nicht nur aufgrund von Habitatverschlechterungen, sondern auch durch WE-bedingte Verluste als ungünstig einzustufen. Als sogenannte K-Strategen erreichen Fledermäuse ein relativ hohes Lebensalter und haben eine niedrige Fortpflanzungsrate. Deshalb können Fledermauspopulationen (im Gegensatz z.B. zu etwa gleich großen Singvögeln mit hoher Vermehrungsrate und geringer Lebensspanne) bereits durch Verluste verhältnismäßig weniger Individuen gefährdet sein. Vor diesem Hintergrund gilt als grober Richtwert, dass pro WEA nicht mehr als (1 -) 2 Exemplare im Jahr getötet werden sollten (Lindemann, C. et al.: Abschaltlogarithmen für Fledermäuse an Windenergieanlagen. Naturschutz und Landschaftsplanung 50 (11) 2018). 1 Dabei ist anzumerken, dass dieser schon vor etlichen Jahren dargestellte Richtwert sich auf den damals noch relativ geringen WEA-Bestand bezogen hat. Die tatsächliche Schlagopferzahl liegt allerdings beträchtlich höher. Eine für Baden-Württemberg erstellte Studie hat dort einen Durchschnittswert von 15 Exemplaren pro WEA (die Funddaten betreffen WEA sowohl mit als auch ohne fledermausbezogenes Betriebssteuerungsprogramm) und Jahr ermittelt (Melber, M. et al.: Fledermausschutz an Windenergieanlagen. Naturschutz und Landschaftsplanung, 55 (03) 2023). Als bedeutende Fledermauslebensräume (Nahrungssuche, Fortpflanzung, Zwischenquartiere) sind u. a. alte Laubwälder und deren Umgebung einzustufen, als bedeutende Nahrungshabitate an Gewässern und Gehölzstrukturen (z.B. Fließgewässerauen, Teichgebiete, Knicklandschaften) reiche Landschaftsbereiche. Für solche Gebiete sollten Abstandsregelungen festgelegt werden. Sollten die Waldflächen größer als 10 ha und überwiegend mit Laubholz bestockt sein sowie Laubaltholz von mehr als 100 Jahren aufweisen, wäre der Abstand auf mindestens 200 m auszudehnen (LANU (2008), S. 69: 500 m), bei FFH-Wäldern mit Fledermäusen als Zielarten sogar auf 1.000 m (ebd.). Der LEP-Entwurf berücksichtigt diese Vorgaben jedoch nicht: Der Waldabstand wird allgemein auf 30 m reduziert, der Abstand zu Naturwäldern von 100 m ist ebenso wenig ausreichend wie zu für Fledermäuse bedeutende FFH-Gebieten. Alle Arten werden im Anhang IV der FFH-Richtlinie geführt, sind also streng geschützt. Altholzbestände mit ihrem Angebot an Quartieren, aber auch an vielen Insekten als	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Beutetiere, haben für den Fledermausschutz eine Schlüsselfunktion. Bevorzugte Jagdreviere mit hohem Insektenaufkommen sind außerdem solchen naturnahen Wäldern vorgelagerte Offenlandbereiche sowie Gewässer mit ihrer Umgebung. Zwar scheinen automatische Abschaltvorrichtungen die Fledermausverluste reduzieren zu können. Weil jedoch die aus Artenschutzgründen möglichen Abschaltzeiten stark limitiert sind (Zumutbarkeitsgrenze bei 6 bzw. 8 %, für Fledermäuse nur bei 4 % des durchschnittlichen Jahresstromertrags), lassen sich damit WEA-Opfer an intensiver von Fledermäusen frequentierten Standorten nicht ausreichend vermeiden. Außerdem sind die wichtigsten Migrationswege von WEA freizuhalten. Auch Fledermäuse zeigen Zugverhalten über z. T. sehr weite Strecken und nutzen dabei bestimmte Routen. So ziehen beispielsweise Fledermäuse in großer Zahl aus Skandinavien zu ihren südlicheren Winterquartieren über den Fehmarnbelt, um dann Fehmarn und die wagrische Halbinsel zu überqueren. Wissenschaftliche Erfassungen haben dort für einen Sektor von nur 1 km Breite 30.000 Exemplare im Jahr ergeben. Darunter waren hauptsächlich Rauhautfledermäuse und Große Abendsegler vertreten, die beide als besonders WE-gefährdet gelten. Ein weiterer wichtiger Migrationsweg führt, von Mecklenburg-Vorpommern kommend, entlang der Ostseeküste der Lübecker Bucht. Beide Migrationsrouten sind bereits jetzt in teils hoher Dichte mit WEA besetzt. Eine weitere Verdichtung würde zu äußerst problematischen Verlusten führen. Näheres zur Fledermausmigration kann bei der Landesstelle Fledermausschutz des NABU abgefragt werden. **III. Zur Anlage 2 – Karte zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land** Der NABU hält es für sehr sinnvoll, "ausgewählte Ziele der Raumordnung des Kapitels 4.5.1", nicht nur zu beschreiben, sondern mittels Karte auch räumlich zu verorten. Zu diesem Zweck zeigt die Karte Gebiete auf, in denen v. a. unter naturschutzfachlichen Aspekten WEA auszuschließen sind. Dazu folgende Anmerkungen, soweit nicht bereits in der Stellungnahme zur Anlage 2 erfolgt: <u>Zu 1 Z (2) – Ausnahmebereiche um Standorte von WEA innerhalb des Umgebungsbereiches von 1.000 m um EU-Vogelschutzgebiete</u> Aus Gründen des Vogelschutzes keineswegs akzeptabel ist die Abstandsverringerung für den im Nordwesten Fehmarns nahe des Fastensees gelegenen Windpark, der nicht	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nur das dortige EU-VSG sowie die Nahrungs- und Rastgebiete für Gänse und andere Wasservögel gefährdet, sondern auch eine tödliche Gefahrenquelle für Zugvögel diverser Art darstellt. <u>Zu 15 Z – Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung</u> Grundsätzlich sind die wichtigsten Zugrouten eingetragen worden. Ergänzt werden sollte jedoch unbedingt die Zugroute Schleswig – Husumer Bucht aufgrund ihrer immensen Bedeutung v.a. für ziehende Seeschwalben, Limikolen und Sterntaucher. Diese Route ist in Anhang 1 nur unter "Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung" und damit zu niedrig eingestuft worden (siehe Stellungnahme zu Anhang 1, 15 Z). Nicht nachvollziehbar ist die Fragmentierung auf der Insel Fehmarn. Fehmarn ist für den Vogelzug auf ganzer Breite von herausragender Bedeutung (siehe auch Anmerkungen zu 15 Z) und muss deshalb komplett mit entsprechender Schraffur versehen werden. Hier jedoch die bisher bereits mit WEA besetzten Flächen herauszuschneiden und sie damit als für den Vogelzug als weniger bedeutend darzustellen, widerspricht allen ornithologischen Erkenntnissen zum Vogelzug über Fehmarn. Nicht zuletzt muss der Bedeutung Fehmarns für den internationalen Greifvogelzug Rechnung getragen werden. So überfliegen z.B. in Skandinavien brütende Wespen-, Raufuß- und Mäusebussarde sowie Weihen – allesamt Arten ohne ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA-Rotoren – die Insel in Flughöhen, die voll in der Vertikale großer WEA liegen. Da eine Höhenbegrenzung mittlerweile bundesrechtlich unzulässig ist, werden hier weit mehr Greifvogelverluste als bislang zu beklagen sein. In diesem Zusammenhang muss der NABU nochmals auf die enorme Bedeutung Fehmarns auch für den Fledermauszug von bzw. nach Skandinavien hinweisen, der in der vorliegenden WE-Planung unbedingt angemessen berücksichtigt werden muss (siehe auch Kapitel 3 dieser Stellungnahme). Außerdem sind die entlang der Ostküstenlinie vom Oldenburger Graben nord- und nordwestlich sowie an der Unterelbe verlaufenden Vogelzugrouten mit nur 1.000 m Breite zu schmal eingetragen, um dem beabsichtigten Schutzzweck gerecht zu werden (siehe Stellungnahme zu Anlage 1, 15 Z). Die Fortführung durch den Kieler Hafen ist jedoch überflüssig. Wie im Bereich der Lübecker Bucht bereits erfolgt, sollte die küstenbegleitende Vogelzugroute auf ganzer Länge mit einer Breite von 3.000 m eingetragen werden. Entlang des Elbufers der Kreise Steinburg und Pinneberg ziehen sich Natura 2000- Gebiete bis Hamburg, die allerdings selbst bereits ca. 3.000 m breit sind.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sowohl für den Vogelzug als auch als Rast- sowie Wiesenvogelbrutgebiete sind die Halbinsel Eiderstedt sowie die Eider-Treene-Sorge-Niederung von ganz besonderer Bedeutung. Der NABU begrüßt deswegen die Absicht des Landes, diese Flächenkomplexe auf Grundlage mehrerer sich teilweise überlagernder Schutzbelange von der WE-Gebietsausweisung auszunehmen, wie es nach der Karte Anlage 2 ersichtlich ist. Ergänzungsvorschlag: 7 Z - Dichtezentrum für Seeadlervorkommen Der Vollständigkeit halber sollte die Karte noch um die Einzeichnung des Seeadlerdichtezentrums ergänzt werden. **IV. Zur Anlage 3 – Umweltbericht** Im Umweltbericht erfolgt u. a. eine Situationsdarstellung zu einigen der in Anlage 1 angeführten Kriterien, zum Teil vertiefend und unterlegt mit Karten zur räumlichen Verteilung. Dabei werden großteils die bereits in Anlage 1 getroffene Aussagen wiederholt bzw. zusammengefasst. Da der NABU sich dazu schon in seiner Stellungnahme zu Anlage 1 geäußert hat, sollen seine diesbezüglichen Anregungen und Bedenken hier nicht nochmals dargelegt werden. Deshalb beschränkt sich die Stellungnahme zum Umweltbericht auf die folgenden Punkte. Zu 2.3 - Relevante Ziele des Umweltschutzes In den tabellarischen Ausführungen zum Umgang mit den Schutzgütern, hier zu "Tiere, Pflanzen, Biologische Vielfalt, Natura 2000 und Artenschutz", wird auf S. 21 Folgendes angegeben: "Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien nicht zu Lasten der Biologischen Vielfalt (Biodiversitätsstrategie)". Dieser Grundsatz wird vom NABU voll und ganz geteilt, wird jedoch in der WE-Planung v.a. in Bezug auf den Artenschutz erheblich vernachlässigt, wie auch aus dem vorliegenden LEP-Entwurf hervorgeht. Der NABU fordert deshalb, hier unbedingt nachzubessern. Zu 3.3.3, Karte 9 – Darstellung der Großvogelvorkommen in Einzellage sowie des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen in Schleswig-Holstein Aus der Karte (S. 40) wird ersichtlich, dass das dort eingetragene Seeadlerdichtezentrum im Kreis Plön im Norden eine größere Lücke aufweist, die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	jedoch wegen der inzwischen dort erfolgten Seeadleransiedlungen nicht mehr dem aktuellen Stand entspricht. Das Seeadlerdichtezentrum sollte deswegen durchgehend eingezeichnet und diese Ergänzung raumplanerisch manifestiert werden. Aus der Karte wird außerdem u.a. die hohe Dichte an Rotmilanbrutplätzen in einigen Regionen ersichtlich, so im Kreis Hzgt. Lauenburg westlich von Mölln. Solche Bereiche müssen nach Auffassung des NABU kategorisch von WEA freigehalten werden. Nachgetragen werden sollten Angaben zum Stand der jeweils der Kartenbearbeitung zugrunde liegenden die Brutplatzerfassungen. <u>Zu 3.3.4 – Bedeutsame Vorkommen und Lebensraumstrukturen von windkraftsensiblen Fledermausarten</u> Der Umweltbericht stellt richtigerweise fest, dass Schleswig-Holstein "ein wichtiges Durchwanderungs- und Überwinterungsgebiet für ziehende Fledermausarten aus Skandinavien (ist)" (S. 40). Auch im weiteren Verlauf dieses Abschnitts finden sich Aussagen zum Fledermauszug. Dennoch enthält der LEP weder an dieser Stelle noch in Anlage 1 einen substanziellen Hinweis auf Maßnahmen zum Schutz der Fledermausmigration vor WEA-Kollisionen. Die Aussage, dass "Winterquartiere mit mehr als 100 überwinternden Individuen einschließlich eines Umgebungsbereichs von 1.000 Metern" einerseits als "Gebiete von besonderer Bedeutung" eingestuft werden, andererseits sich "in der Regel aber nicht als Realisierungshindernis für WEA (erweisen), da geeignete artenschutzrechtliche Maßnahmen zur Verfügung stehen", ist widersprüchlich und fachlich wie rechtlich nicht haltbar. Die in der Genehmigungspraxis i.d.R. erfolgten Auflagen zu mittels Algorithmen festgelegten automatischen Abschaltungen führen nicht zum notwendigen Erfolg, da sie dem tatsächlichen Flugaktivitätsmuster der betroffenen Fledermausarten nur ungenügend angepasst sind. Richtig ist die Feststellung, dass "Flugkorridore vorwiegend in und an Wäldern beziehungsweise Gewässern verlaufen" (S. 41). Diese Erkenntnis wird allerdings mit den in Anlage 1 festgelegten geringen Mindestabständen zu Wald und Gewässern konterkariert. Knickstrukturen und Baumalleen sind ebenfalls sehr wichtige Landschaftselemente für wandernde Fledermausarten, gerade in sehr ausgeräumten Landschaften.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zu 3.4 – Boden/Fläche Die Böden Schleswig-Holsteins werden in weiten Teilen von moorigem oder anmoorigem Substrat geprägt. Aus Gründen des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes muss der Umgang mit solchen Standortverhältnissen besonders sensibel erfolgen. Dennoch finden Moorböden im Umweltbericht keine Erwähnung. Dieses sollte nachgeholt werden, auch in Form einer Kartendarstellung zur Lage der wichtigsten Moorbodenkomplexe. **V. Zusammenfassendes Fazit** Die Fortschreibung des LEP Windenergie hat die Aufgabe, Regelungen für die diesbezüglichen Regionalpläne zu erstellen, so dass über diese die bundesrechtliche Verpflichtung umgesetzt werden kann, den Anteil der Windenergiegebiete an der Landesfläche auf gut 3 % (nach 'Rotor-außen'-Berechnung des Landes) zu erhöhen. Ist es schon bei Erarbeitung des zur Zeit geltenden LEP gerade auch durch die strikte Einhaltung der gegenüber Siedlungen beschlossenen Abstände schwierig gewesen, die WE-Gebiete möglichst ohne gravierende Verletzung der Natur und Umweltbelange im zur Verfügung stehenden Raum unterzubringen, so wird sich dieses Problem mit der neuen WE-Planung noch erheblich verstärken, wie es am vorliegenden Entwurf zur LEP-Fortschreibung abzulesen ist. Bei fast allen auf den Schutz von Natur und Landschaft bezogenen Kriterien, im Entwurf als "Ziele" bzw. "Grundsätze" formuliert, sind, sofern rechtlich ein gewisser Ermessensspielraum bzgl. WEA-Ausschluss bzw. -Abstand besteht, Abweichungen zu Lasten des Schutzobjekts vorgesehen. Eine naturschutzfachliche Begründung, weshalb die reduzierten Abstände für die dadurch betroffenen Vogel- und Fledermausarten vertretbar sein könnten, fehlt fast durchgehend; sie wäre in den meisten Fällen auch kaum möglich. Eine erfreuliche Ausnahme in der Liste der zu Ungunsten des Naturschutzes vorgenommenen Änderungen bildet nur die (zwingend notwendige) Erweiterung des Abstands zu EU-Vogelschutzgebieten. Positiv hervorzuheben sind zudem die Beibehaltung des Seeadlerdichtezentrums sowie der großräumig beabsichtigte WE-Verzicht auf der Halbinsel Eiderstedt und in der Eider-Treene-Sorge-Niederung, wie es dem Anhang 2 des Entwurfs zu entnehmen ist. Bei einer Realisierung der WE-Nutzung i.S.d. geplanten LEP-Regelungen muss der NABU zumindest für einige Vogel- und Fledermausarten von einem massiven Anstieg der Kollisionszahlen in einer Größenordnung ausgehen, die zu erheblichen Einbrüchen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	in die Populationen dieser Arten führen wird. Dies zumal die WE-bedingten Verluste aufgrund ihrer meist geringen Fortpflanzungsraten nicht kompensiert werden können. Zudem stehen keine effektiv zur Lebensraumverbesserung dienenden Möglichkeiten in weitgehend WE-freien Bereichen in ausreichenden Flächenkontingenten zur Verfügung. In diesem Zusammenhang äußerst kritisch zu werten ist die bundesrechtliche Limitierung der aus Artenschutzgründen möglichen Abschaltzeiten selbst an besonders konfliktträchtigen Standorten wie im näheren Umfeld von Großvogelbrutplätzen, Wäldern und Gewässern. Dadurch wird z.B. ein wirkungsvoller Einsatz von Antikollisionssystemen konterkariert und die bisher mögliche Genehmigungsauflage einer WEA-Abschaltung zur gesamten Brutzeit z.B. eines benachbarten Rotmilanpaares faktisch unmöglich gemacht. Besonders schwerwiegend betroffen sind Greifvögel, die kein oder kaum Meideverhalten gegenüber WEA zeigen. Diese Artengruppe wird nicht nur in ihren schleswig-holsteinischen Brut- und Nahrungsgebieten gefährdet. Stark betroffen sind auch viele Brutvögel Skandinaviens bei ihrem Zug über Fehmarn, wenn sie dort auf eine regelrechte Phalanx an WEA treffen. Im LEP-Entwurf hat der Vogelzug zwar eine gewisse Beachtung gefunden; die von WEA freizuhaltenden Vogelzugrouten sind jedoch häufig zu schmal geblieben. Äußerst problematisch sind insbesondere die zahlreichen auf Fehmarn stehenden WEA – mitten auf der sprichwörtlichen 'Vogelzuglinie' nach Skandinavien. Sie werden mit der vorliegenden Planung mit der Möglichkeit des Repowerings manifestiert, wobei dazu noch die bisherige Höhenbegrenzung aus bundesrechtlichen Gründen entfallen wird. Der Schutz von Fledermäusen ist in der gesamten Planung viel zu wenig berücksichtigt worden. Es ist absolut ungenügend, lediglich sogenannte (Winter-)Massenquartiere sowie FFH-Gebiete mit relevanten Fledermausvorkommen konkret mit einem Umgebungsschutz zu versehen. Zumindest beim Großen Abendsegler ist von dramatischen Verlusten auszugehen. Besonders negativ dürfte sich die beabsichtigte Verringerung des Waldabstands von (bereits jetzt zu geringen) 100 m auf das nach dem Forst- und Baurecht gebotene Mindestmaß von grundsätzlich 30 m auswirken. Dadurch werden nicht nur Fledermäuse, sondern auch die überwiegend in Wäldern brütenden Greifvogelarten gefährdet. Aus artenschutzfachlichen wie -rechtlichen Gründen nicht vertretbar ist die fehlende Bearbeitung der Migration von Fledermäusen, hier insbesondere der bedeutendsten Zugwege, so weit sie bekannt sind (z.B. Fehmarn).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zu der auf Grundlage des LEP vorgesehenen erheblichen Verdichtung des WEA-Bestands ist noch mit zahlreichen weiteren WEA zu rechnen, die im Zuge einer Anwendung der Gemeindeöffnungsklausel über die kommunale Bauleitplanung errichtet werden. Dadurch wird die Gefährdung von Vögeln und Fledermäusen noch deutlich weiter zunehmen. Vor diesem Hintergrund fordert der NABU erhebliche Nachbesserungen zugunsten des Artenschutzes. Ansonsten ist für mehrere Vogel- und Fledermausarten mit großer Wahrscheinlichkeit von einer deutlichen Verschlechterung ihres Erhaltungszustands auszugehen, was bundes- wie auch EU-rechtlich nicht zulässig ist und nicht zuletzt auch im klaren Widerspruch zur Biodiversitätsstrategie des Landes Schleswig-Holstein steht.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2874	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmender geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte das eine Kontamination der landwirtschaftl. Genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter. (PFAS-Ewigkeitschemikalien) Ich möchte, das überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten bleiben. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.14, 4.15.1, 7.2.9, der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2463	im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein -	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fortschreibung 2021, bzw. zum „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“. Betreffend die Gemeinden Ausacker und Hürup im Amt Hürup, Kreis SL-FL Potentialfläche PR1_SLF_083 1 Guten Tag, hiermit möchten wir als private Anwohner sowie als Betreiber eines landwirtschaftlichen Betriebs im westlichen Teil Ausackers innerhalb der Frist Stellung nehmen zu der innerhalb der Gemeinde Hürup gelegenen, oben genannten Potentialfläche. Wir sind in großem Maße besorgt über die mögliche Errichtung von WEA in diesem Bereich. Dies gilt es im Folgenden darzulegen. Eingeteilt ist dieses Schreiben in 1. die Bezugnahme von relevanten Kriterien auf besagte konkrete Fläche, 2. einer landschaftsästhetischen Begründung, wie sie als solche aus dem Bereich der Abwägungskriterien mittlerweile herausgefallen ist, aber gleichermaßen von politischer Bedeutung ist und 3. einer kleinen Protestnote zum Landesverfahren und der bundespolitischen Priorisierung, deren Aspekte einerseits klar außerhalb der behördlichen bloßen Abwägungstätigkeit bezüglich der Potentialflächen als Vorranggebiet liegen, andererseits aber wichtige politische Stimmungslagen in den Gemeinden berühren. 1 Diese genaue Bezifferung konnte nur aus einer Karte aus einem Gutachten für die Gemeinde Hürup entnommen werden. Wir hoffen, die Angabe ist korrekt. Es sind ca. 121ha, mittig zwischen den genannten Gemeinden gelegen. Die offizielle Karte für die Potentialflächen in SH enthält keine Bezeichnungen. 1. Kriterien der Abwägung Die bisherige Größe der Potentialfläche verringert sich erheblich, sobald berücksichtigt wird, dass sich in diesem Raum Hürup/Ausacker noch keine WEA befinden. Die Anwendung der erweiterten Abstandsregelung für innere Siedlungsbereiche (800 bis 1000m) kommt daher hier zum Tragen.	Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 7.2.12, 6.1, 4.5, 7.1.5, 7.4 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Ortsteil Kielsgaard am südlichen Rand von Hürup ist als Siedlungsinnenbereich zu bewerten, so dass auch von hier aus der 1000m-Radius in die Abwägung fällt. Dies geschieht u.a. in Anlehnung an ein raumplanerisches Gutachten, das von der Gemeinde Hürup in Auftrag gegeben wurde und nach unserem Wissen zugleich von dieser auch als offizielle Stellungnahme zum vorliegenden Entwurf der Teilfortschreibung des LEP verwendet worden ist. Darin heißt es auf S.13: „Auch für das Dorf Kielsgaard ist der Abstandspuffer für Siedlungsflächen mit Wohnnutzung aufgrund der mittlerweile dominierenden und gefestigten Wohnnutzung zu berücksichtigen; davon ist der südliche Teil der Potenzialfläche betroffen“.2 Militärische Belange sind insofern zu berücksichtigen, als in demselben Gutachten auf eine mögliche Bauhöhenbeschränkung für betroffene MVA-Sektoren von 232m NHN verwiesen wird. Sollte das zutreffen, so wäre zumindest die anvisierte Normgesamthöhe von 200m einer Anlage bei >40m NHN örtlichem Relief nicht einzuhalten. Mit der Marienkirche von Hürup gilt es, ein unter Denkmalschutz stehendes und in der Landschaft, vor allem von Osten aus, weithin sichtbares Bauwerk zu berücksichtigen. Laut demselben, schon zitierten Gutachten erstreckt sich der Schutzbereich voll bis zur Kreisstraße K90 und schließt damit die Potentialfläche wohl größtenteils mit ein. 2. die Besonderheit der Landschaft Für die Hüruper Kirche bereits angedeutet, erstreckt sich ein besonders weiter und charakteristischer Blick über die uns vertraute, kleinräumige Landschaft in diesem Teil der Halbinsel Angeln. Dies betrifft nicht nur die Felder, sondern auch sämtliche Ausfallstraßen Ausackers nach Westen sowie insbesondere auch das Landschaftserlebnis für denjenigen, der auf der K90 von Süden in Richtung Flensburg kommt. Dazu gehören die hintereinander verlaufenden Knicklinien in den Niederungen und die damit verbundenen zwischengelagerten Nebelfelder ebenso wie die dann markante Abendsonne im Hintergrund. Dies ist explizit keine bloße romantische Beschreibung: es ist das tiefe Verankertsein mit dem etwas antiquierten Begriff „Heimat“, mit einem Zuhause, das für die Anwohner Ausackers besonders, aber auch für die Pendler und Kraftfahrer der Region von Bedeutung ist. Diese Bereiche der Landschaft sind zudem generell für die Menschen im übergeordneten Raumkontext wichtig, wenn es Bereiche gibt wie diesen, die noch keine WEA sichtbar aufweisen. Die ästhetische Wirkung des ehemaligen „Fernmeldeturms“ in Freienwill (auf dem Höckeberg), als Vergleichsbeispiel für ein künstliches Landschaftselement, ist mit	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	derjenigen von mehreren WEA in der Potentialfläche nicht zu vergleichen: der Fernsehturm ist mit ca. 170m Bauhöhe auf 70m NHN zwar ähnlich hoch wie eine potentielle WEA in der genannten Fläche. Allerdings hat er ästhetisch in seiner Raumwirkung nicht nur durch seine Unbeweglichkeit und (rotorlose) Schlankheit, sondern vor allem durch die sich von Osten aus ergebende Perspektive (die wesentlich geringere Entfernung der WEA) eine nicht vergleichbare Rolle. Jener Turm verletzt das prägende Landschaftsbild kaum. Im Detail bzw. am Boden wird die besondere Landschaft geprägt von der Kielstau, die im Rahmen des (lokal einzigen) Biotopverbundsystems unmittelbar südlich angrenzt. Diese Lebensader ist Bild- 2 (https://www.amthuerup.de/news/1/965246/nachrichten/stellungnahme-der-gemeinde-h%C3%BCrup-windkraft.html, als pdf) prägend für den Kulturraum. Sie ist aber auch als Nahrungsquelle, ökologische Nische und Katalysator zu verstehen für einen prinzipiellen umliegenden kleinstrukturierten Naturraum, in dem Fische, Amphibien, diverse Vogelarten und Insekten gleichermaßen leben. Bei den Vögeln sind übrigens nicht nur die großen Beutevögel gemeint; eine Feldlerche steht oft mehr als die 30m bis Rotorunterkante in der Luft. Dieses Gefüge würde durch die unmittelbare nördliche Nähe von WEAs auch zur Kielstau in Verschiebung geraten. Es bleibt festzuhalten, dass dieser Einflussbereich schlichtweg viel zu ungenügend erforscht ist, um Unbedenklichkeitserklärungen abzugeben. Dies gilt insbesondere für die unscheinbare Insektenwelt, welche aber nicht zuletzt Nahrungsgrundlage der Vögel sind. 3. Kritik am Verfahren und an seinem Ablauf Bemängelt werden muss erstens die Kürze des Nachholverfahrens für die Teilfortschreibung des LEP inkl. der Beteilung der Öffentlichkeit von Juni bis September 2024, also größtenteils über die Sommerferien. Dies führte zu großer Unsicherheit angesichts gleichzeitiger konkreter Pläne für einen Windpark vor Ort, sowie Überfordertheit der kommunalen politischen Vertreter unter Druck und schlichtweg zu einem dünnen, sehr schwankenden Kenntnis- und Aufklärungsstand in der Bevölkerung. Es lässt sich sagen: an einem größeren Teil der Bevölkerung (und das lief in anderen Gemeinden wohl nicht anders) ist der Prozess gänzlich vorbeigegangen. Doch dafür ist das Thema eigentlich zu übergeordnet, zu wichtig.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Verschiebung von vielen Kriterien in den Bereich der behördlichen Abwägung kratzt zusätzlich am Grundvertrauen der Menschen in die Behörden als politische Organe und in die überregionalen Entscheidungsträger; und dies in Zeiten, wo durch Falschinformationen und Populismus ohnehin viele wichtige öffentliche Institutionen in der Bewährungsprobe stehen. Dies ist besser zu verstehen, wenn man folgendes bedenkt: der Ausbau der Windparks in unserem windreichen Bundesland ist einerseits zwar nicht vergleichbar mit dem Ausbau des Kohletagebaus und der damit verbunden Zwangsumsiedlungen, andererseits aber in seiner summierenden Wirkung zu sehen: der Prozess des Verlustes an Lebensqualität erfolgt sukkzessiv, und wird dadurch weniger wahrgenommen. Auch der hypothetische Bau eines AKW wäre ein starker regionaler Eingriff, in seinem zentralen Charakter aber heute ähnlich wie z.B. ein Atomendlager kaum durchsetzbar, gerade weil es nicht vergleichbar ist mit dem dezentralen Wachstum der Gesamtwindenergie in SH. Das „Opfer“, wenn man so will, der Bevölkerung bzw. ihre Bereitschaft dazu, geschehen analog sukkzessiv. Besonders wichtig ist uns in unserer Stellungnahme darauf hinzuweisen, dass gerade dieser wichtige kleinstrukturierte Raum, das Zuhause der jeweiligen Bürger, verletzt und infrage gestellt wird, wenn die politischen Prozesse das nicht genug beachten. Es gibt einen Zusammenhang von bröckelnder Sicherheit an der Lebensbasis, sei es als bloßes Gefühl, sei es als reale räumliche Einschränkungen durch WEAs, einerseits, und anderseits Frust und schwindender Beteiligung an den weiterhin bestehenden echten öffentlichen Belangen, bis hin in Einzelfällen zu einer Wut der Ohnmacht. Hierin liegt eine tatsächliche Gefahr für das aktive politische Leben in einer Gesellschaft. Dies sagen wir als überzeugte Demokraten, aktive Mitbürger, Ehrenämtler und Flüchtlingslotsen. Bauliche Eingriffe in dieser Größenordnung verändern das Leben unter Umständen schlagartig und irreparabel (mindestens aber für die Dauer einer ganzen Generation vor Ort). Die gesundheitlichen Veränderungen für die Menschen sind analog zum Thema der Natur kaum hinreichend erforscht. Unsere generelle Kritik am bundespolitischen Ansatz ist die Durchsetzung einer einseitigen Linie, auf Kosten vieler, in großer Eile, wie eine Brechstange, scheinbar alternativlos; unter der Grundprämisse, dass der Stromkonsum ständig wächst. Dabei ist der große Stromhunger unseres gegenwärtigen Lebensstils dasjenige, was den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planeten eigentlich auffrisst. Es ginge nicht bloß einfach darum, die Quellen erneuerbar zu machen, sondern darum das Konsumverhalten, den gedankenlosen und verschwenderischen Umgang mit Energien für oft belanglose Zwecke zu ändern, das Nutzerverhalten. Damit ist die elektrische Kofferraumklappe genauso gemeint wie der stark wachsende Bedarf an Handy-Akkuleistungen einer ganzen Gesellschaft oder die riesigen Datenmengen privater Bedürfnisse auf öffentlichen Servern und clouds. Da geht es an die neuen Gewohnheiten. Die Illusion, dass Strom einfach da ist. Nein, er verbraucht immer Ressourcen. Das wird jedoch von der Politik nicht angefasst, weil die allgemeine Einsicht fehlt. Schluss Uns ist vollkommen klar, dass die Ausführungen unter Punkt 3. weit über das hinausgehen, was die Behörden (laut Plan noch innerhalb dieses Jahres) in die Mammutaufgabe der ganzen Abwägung hineinnehmen sollen. Es ist klar, dass die Administration nur den gesetzlichen Vorlagen folgen kann, die bereits gemacht wurden. Es ist jedoch genauso wichtig, wenigstens im Rahmen einer öffentlichen Beteiligung grundsätzliche Probleme des Prozesses anzusprechen. Die Zufriedenheit der Menschen in den Kommunen und in ihrem Zuhause ist letztendlich die Basis auch für alle weiteren größeren öffentlichen demokratischen Stabilitätsfragen. Wir hoffen auf eine vernünftige und ausgewogene Bewertung der Gesamtsituation, für die Kommunen und im Land. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2325	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Zunächst einmal bin ich enttäuscht über den Prozess der Definition von Potentialflächen, der im Verlauf der letzten Jahre an Transparenz verloren hat. Die Zielerreichung einer	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.14, 7.3.8 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 4.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Prozentzahl wird über den Schutz von Natur und Mensch gestellt. Anstatt dass sich das Land Schleswig-Holstein bemüht eine nachhaltige, langfristige Lösung zu finden, wird dogmatisch an Wissenschaftsständen von vor 20 Jahren festgehalten, Risiken und Studienergebnisse ignoriert und eine von Subventionen komplett abhängige Industrie weiter gefördert. Die aktuelle „Karte Potentialfläche Windenergie" zeigt, dass man aus den Erfahrungen der letzten Jahre nicht lernen will und plant weiterhin quer übers Land verstreut ohne dahinterliegende Infrastruktur-Pläne Windenergieanlagen in unsere schutzwürdigen Landschaften zu bauen. Wir schaffen in Schleswig-Holstein in unseren ländlichen, klein strukturellen und siedlungsärmeren Gebiete ja noch nicht mal den 5G Netzausbau zu verlegen. Wie sollen denn dann bitte quer im Land verteilte Windenergieanlagen jemals effektiv Energie für uns produzieren? Anstatt sich mit genau diesen Fragen bei Potentialflächen zu beschäftigen, werden lieber Kriterien reduziert, die in der ursprünglichen Planung ihre Daseinsberechtigung hatten: Landschafts-und Artenschutz oder der Denkmalschutz zählt nun gar nicht mehr. Das weiterhin toleriert wird, dass Rotmilane vergiftet werden auch nicht (https://liv-sh.de/verqiftete-rotmilane-landesiaqdverband-bittet-um-hinweise/). Ich sorge mich, dass die Regierung die langfristigen Folgen der Errichtung von wahllos in die Landschaft gebauten riesigen Anlagen ignoriert. Unsere Natur in Schleswig-Holstein zeichnet sich durch Verbundsysteme aus. Zudem sind viele Gemeinden nicht an zentrale Wasserversorgung angeschlossen, sondern mit eigenen Brunnen vom Grundwassersystem abhängig, welches durch tiefe Fundamente für Windanlagen komplett beeinflusst werden kann. Ich spreche mich insbesondere gegen die Pläne für die folgenden aktuell als Potentialflächen ausgewiesene Flächen aus: [Karte] Die Schutzwürdigkeit und Bedeutung dieser Flächen bestehen weiterhin: • Wardersee als gesetzlich geschütztes Biotop gemäß §30 BNatSchG i.V.m. §21 LNatSchG größer 20 Hektar • Landschaftsschutzgebiet um den Wardersee und Börnsee herum sowie die Wälder	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet schließlich Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	zwischen Schlamersdorf und Garbek • Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem um den Wardersee, Börnsee und Trave sowie Travetal herum • Dichtezentrum für Seeadler um den Wardersee herum, wobei der eingezeichnete Flugkorridor der Seeadler in der ganzen Gemeinde Krems II festzustellen ist • Naturpark Holsteinische Schweiz gemäß §27 Abs 1 BNatSchG i.V.m §16 LNatSchG inkl. Naturdenkmäler: Hülse (Ilex) am Schlagberg, 9 Eichen im Gutpark, Esche am Warder See • Hauptachsen des überregionalen Voigelzugflugs u.a. Graugänse, Stockenten, Reiherenten Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2660	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich lehne Windkraft in Schutzgebieten ab. • Ich sorge mich um die Kontamination der Böden durch die Stoffe die durch Abrieb der Rotorblätter entstehen z.B. PFA's, Fasern aus CFK v GFK • Ich fordere einen Mindestabstand von 1500m zu sämtlichen Wohnungen u. Siedlungen	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Ich befürchte Belästigungen u. Beschwerden körperlicher und seelischer Art durch Schall, Schattenwurf, Blinklichter usw. • Ich fordere daß Artenschutzkriterien eingehalten werden => Kriterien nach dem "Helgoländer Papier" • Ich fordere einen Mindestabstand zu den Brutplätzen von Großvögeln z-B. Kranich, Seeadler, Rotmilan, Weißstorch • Ich fordere eine Festlegung der sogenannten 3H-5H-Regelung • Ich fordere eine Verlängerung der Abgabefrist einer Stellungnahme um mindestens 3 Monate Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2092	**PR3_SEG_049 - Bad Bramstedt** Die Potentialfläche PR3_SEG_049 bei Bad Bramstedt, in der Gemeinde Bad Bramstedt eignet sich als Vorranggebiet für die Windenergienutzung. Unter der Berücksichtigung des Waldabstands von 30 m, des 1.000 m Siedungsabstands sowie der „Rotor-innerhalb“-Vorgabe verbleibt eine ausreichend große Fläche für die Windenergienutzung von über 30 ha. Die Fläche wird zum Großteil ackerbaulich genutzt. Der südliche Bereich wird von einem Kleinstbiotop und dem Biotopverbundsystem überlagert, weshalb sich die Planung auf den Bereich nördlich des Schapbrooker Weg konzentriert, sodass keine Konflikte zwischen der Natur und der Windenergie entstehen Die Potentialfläche liegt im Randbereich vom Umgebungsbereich um geplante Siedlungsentwicklungen und Gewerbegebiete. Aktuell gibt es keine konkreten Pläne der Stadt Bad Bramstedt diese Fläche zu bebauen, weshalb die Windenergie für die Siedlungsentwicklung nicht hinderlich ist. Auch wird der nötige Siedlungsabstand von 1.000 m durch bestehende Bebauungspläne nicht unterschritten. Wir bitten Sie auf Grund des geringen Konfliktpotentials mit den Grundsätzen der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Raumordnung die Windpotentialfläche PR3_SEG_049 als Vorranggebiet auszuweisen. **PR3_SEG_063 - Brokstedt** Die Potentialfläche PR3_SEG_063 bei Brokstedt, in der Gemeinde Brokstedt eignet sich als Vorranggebiet für die Windenergienutzung. Unter der Berücksichtigung des Waldabstands von 30 m, des 1.000 m Siedungsabstands sowie der „Rotor-In“-Vorgabe verbleibt eine ausreichend große Fläche für die Windenergienutzung von ca. 35 ha. Die Fläche wird zum Großteil ackerbaulich genutzt. Im nördlichen Bereich befinden sich drei Kleinstbiotope, mit einer Gesamtfläche von ca. 0,7 ha. Diese Flächen können bei der Wahl der Standorte der WEA einfach umplant werden, sodass keine Konflikte zwischen der Natur und der Windenergie entstehen. Ansonsten liegen nach Prüfung der zur Verfügung gestellten LEP-Daten keine Abwägungskriterien über der Fläche. Wir bitten deshalb auf Grund des geringen Konfliktpotentials mit den Grundsätzen der Raumordnung die Windpotentialfläche PR3_SEG_063 als Vorranggebiet auszuweisen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2091	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 S T E L L U N G N A H M E [redacted] Insbesondere im Kontext des Ausbaus erneuerbarer Energien (hier Windkraftanlagen) sieht die Europäische Union Defizite in der Berücksichtigung von Artenschutzbelangen. Trotz der Notwendigkeit, erneuerbare Energien auszubauen darf dieser Ausbau nicht auf Kosten des Artenschutzes erfolgen. Die Rügen der EU verdeutlichen die	Eine Kritik an der Bundesgesetzgebung kann nur zur Kenntnis genommen werden. Änderungen des Bundesrechts sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Zur Feststellung, das SH schon mehr erneuerbare Energie produziert als es verbraucht und deshalb nicht mehr zubauen muss: Die Landesregierung ist an die Ausbauvorgaben des WindBG gebunden. Auf die Gesetzesbegründung zum WindBG wird verwiesen. Zur Forderung der Übernahme der Abstandsempfehlungen aus dem Helgoländer Papier wird auf Ziffer 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu folgenden angesprochenen Themen wird auf die jeweils angeführten Themen der allgemeinen Synopse verwiesen: Vogelzug: 4.16, 4.17

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Notwendigkeit, dass Deutschland stärkere Anstrengungen unternehmen muss, um den Schutz der Vogelwelt und anderer gefährdeter Arten zu gewährleisten, während gleichzeitig die Energiewende vorangebracht wird. Für uns unakzeptabel sind die Änderungen im BNatschG, die zu einem deutlichen Abschmelzen des Artenschutzes führen. Diese Handschrift lässt sich im aktuellen LEP leider am Beispiel der Gewichtung des Artenschutzes deutlich erkennen. Unserer Ansicht nach lässt sich dies auch an fehlerhaften und unvollständigen Karten (z.B. mangelhafte Berücksichtigung relevanter Vogelzugwege durch Schleswig-Holstein) erkennen. Die Aufhebung des strikten Tötungsverbotes im BNatSchG hat in der Fachwelt für erhebliche Diskussionen gesorgt. Diese Änderung betrifft insbesondere den Umgang mit geschützten Arten im Kontext von Infrastrukturprojekten, wie dem Ausbau erneuerbarer Energien. Das Bundesnaturschutzgesetz legt in § 44 fest, dass es grundsätzlich verboten ist, wildlebende Tiere zu töten oder ihre Lebensstätten zu zerstören. Dieses Verbot schützt Vogelarten, Fledermäuse und andere Tiere, die durch menschliche Aktivitäten gefährdet werden können. Im Zuge der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes wurde das strikte Tötungsverbot im Jahr 2022 gelockert, um Spielraum für die Ausweisung von Windenergiegebieten zu erhalten. Diese Änderung erlaubt es nun, geschützte Arten zu töten oder zu verletzen, wenn dies für „übergeordnete öffentliche Interessen“ notwendig erscheint. Die Lockerung des Verbots ist an Auflagen geknüpft, die u.E. nicht mehr relevant die Arten schützt, sondern die Umsetzungsmöglichkeiten der Errichtung von Windenergieflächen. Diese politische Änderung der Schwerpunktsetzung ist für uns nicht akzeptabel. Grundsätzlich sollten unseres Erachtens andere Maßnahmen erwogen und umgesetzt werden um bspw. Energie zu sparen oder auf alle bereits versiegelten Flächen (Dächer, Flachbauten, Industriegebäude, etc.) Solarpaneele zu verlegen, um Energie dort zu erzeugen, wo sie gleich auch verbraucht werden kann. Strom in großen Mengen zu produzieren, um ihn zu verkaufen zu können belastet Schleswig-Holstein über die Maßen. Bereits jetzt ist der tatsächliche Bedarf in SH weit geringer als die gegenwärtig in SH produzierte Menge an Strom. Der Versuch der Landesregierung hier „Vorreiter“ in Deutschland zu sein ist eine ausgesprochen problematische Zielorientierung, weil die Kehrseite des Ausbaus regenerativer Energien einen Preis hat, der in die Gesamtrechnung einfließen sollte: Der Preis ist im beschädigten Arten- und Biodiversitätsschutz, dem sozialen Frieden im ländlichen Raum, und der fortschreitenden Beschädigung der Lebens- und Naturräume zu finden.	Wiesenvogelbrutgebiete: 4.18, 4.19. Die Blunkerbach-Niederung erfüllt die bechriebenen Voraussetzungen für solche Gebiete ach nochmaliger Prüfung nicht. Landschaftsbild: 7.2.12 Artenschutz allgemein: Ziffer 4 mit Unterpunkten Referenzanlage: 1.4.1 Geräusche: 7.3.2, 7.3.3 Abstand zu EU-Vogelschutzgebieten: 4.1.1 Landschaftsschutzgebiete: 3.17.1 Großvogelbrutplätze: 4.20.1 (auch zur Frage der Ermessensspielräume in der Abwägung) Abstand zu FFH-Gebieten: 4.2.1 zu FFH-Verträglichkeitsprüfungen Auf Ebene der Raumordnung sind sie ausreichend, um prognostisch hinreichend sicher sagen zu können, ob sich Windenergie auf der Fläche gegen die FFH-Schutzbelange durchsetzen kann. Eine Detailprüfung kann dann im Genehmigungsverfahren erfolgen. Der Forderung für alle betroffenen Arten verbindliche Schutzabstände als Ausschlussgebiete zu übernehmen, wird nicht gefolgt. Für nicht ausdrücklich aufgeführte Arten ist ein hinreichender Schutz durch die freizuhaltenden Gebietskategorien des Natur- und Artenschutzes gewährleistet. Kumulative Effekte werden im Umweltbericht betrachtet, vertiefend jedoch erst auf Ebene der Regionalplanung. Berücksichtigung von NATURA 2000 - Gebieten Sie werden grundsätzlich freigehalten. Inwieweit Umgebungsbereiche ggf. von WEA freigehalten werden müssen, ist nur sinnvoll auf Regionalplanebene zu ermitteln, wenn es um die Festlegung der konkreten Vorranggebiete geht. Zur Aussage, der Schutz von Vogelzugkorridoren, NATURA 2000- und EU-Vogelschutzgebieten sei unklar formuliert: Der LEP-Entwurf enthält klare Zielaussagen, dass diese Gebiete

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Zielkonflikt zwischen dem Ausbau der erneuerbaren Energien und dem Artenschutz verdeutlicht die Notwendigkeit einer sorgfältigeren Planung und Abwägung. Es ist wesentlich, dass der Ausbau so gestaltet wird, dass die sowieso schon beschädigten natürlichen Lebensräume glaubwürdig geschützt sind und gleichzeitig die Energiewende ermöglicht wird. Nur durch eine derartige Herangehensweise können wir die Anforderungen des Klimaschutzes mit denen des Artenschutzes in Einklang bringen und langfristig sowohl die Biodiversität als auch eine nachhaltige Energieversorgung sichern. Fehlender Bezug zum „Helgoländer Papier“ Im vorliegenden Entwurf des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holsteins wird beklagenswerterweise nicht explizit auf das "Helgoländer Papier" Bezug genommen. Dieses wegweisende Dokument, das 2007 von deutschen Fachbehörden (den Vogelschutzwarten der Länder) erarbeitet wurde, enthält wesentliche fachliche Empfehlungen zum Schutz von Vögeln vor den Auswirkungen von Windenergieanlagen, einschließlich spezifischer Abstandsempfehlungen zu Brutplätzen gefährdeter Arten. Das Fehlen einer klaren Referenz zum Helgoländer Papier wirft Fragen hinsichtlich der wissenschaftlichen Fundierung der im Entwurf festgelegten Abstände zu Vogelhorsten auf. Es ist für uns von entscheidender Bedeutung, dass derartige Schutzmaßnahmen auf etablierten und belegten Standards basieren. Eine ernstzunehmende Berücksichtigung des Helgoländer Papiers könnte dazu beitragen, die Effektivität und Glaubwürdigkeit der geplanten Regelungen zu erhöhen. **Daher fordern wir das Helgoländer Papier anzuerkennen und als Grundlage der Abstände zu Brutstätten windkraftsensibler Arten in den Landesentwicklungsplan mit aufzunehmen. Dabei sollen die nach Helgoländer Papier ausgewiesenen Mindestanstände die Errichtung von Windkraftanlagen sicher ausschließen und die Prüfbereiche als Prüfkriterien dienen.** Internationaler Vogelzug Der internationale Vogelzug ist eines der faszinierendsten und ökologisch bedeutsamsten Naturphänomene der Welt. Jedes Jahr legen Millionen von Vögeln beeindruckende Distanzen zurück, um zwischen ihren Brut- und Überwinterungsgebieten zu pendeln. Dieser saisonale Massenflug erstreckt sich zumeist über tausende Kilometer, und umfasst eine Vielzahl von Vogelarten, die aus ganz	von WEA freizuhalten sind. Vogelzugkorridore sind in der Karte des LEP verbindlich abgegrenzt. Zur Umweltprüfung: Auf jeder Planungsebene wird eine der Maßstabsebene der Planung angemessene Umweltprüfung durchgeführt, die sich nach den Vorgaben des BNatSchG richtet. Ein gewisser Konflikttransfer auf die nachgelagerte Ebene oder das Genehmigungsverfahren ist hier sachgerecht.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	unterschiedlichen Regionen der Erde stammen. Die Bedeutung des Vogelzugs reicht weit über das reine Naturphänomen hinaus! Ökologisch gesehen spielen Zugvögel eine entscheidende Rolle im globalen Gleichgewicht. Sie tragen zur Verbreitung von Pflanzenarten bei, indem sie Samen über große Entfernungen transportieren. Auch bei der Kontrolle von Insektenpopulationen sind Zugvögel von zentraler Bedeutung, da viele von ihnen Insekten fressen, die unreduziert, in den jeweiligen Ökosystemen zu Problemen führen können. Der Vogelzug hat zudem kulturelle und wissenschaftliche Bedeutung. Seit Jahrtausenden haben Menschen den Vogelzug beobachtet und er wird in vielen Kulturen als Symbol für den Wechsel der Jahreszeiten und den Kreislauf des Lebens verehrt. Wissenschaftlich bieten Zugvögel wertvolle Daten für das Verständnis von Klimawandel, Habitatveränderungen und anderen globalen Umweltprozessen. Ihre Routen und das Timing ihrer Wanderungen sind oft präzise an jahreszeitliche Bedingungen angepasst, und Veränderungen in diesen Mustern können frühe Indikatoren für größere ökologische Verschiebungen sein. **Lebensraumzerstörung insbesondere durch WKA und andere menschengemachte Einflüsse bedrohen die Zugrouten und Rastplätze vieler Arten inzwischen in bedrohlicher Weise. Schutzmaßnahmen, wie die fortgesetzte Einrichtung von Schutzgebieten und internationale Abkommen zum Schutz von Zugvögeln, sind daher von entscheidender Bedeutung, um das Fortbestehen dieses globalen Phänomens auch bei uns in Schleswig-Holstein zu sichern. Die Dichte und Häufigkeit der „Windparks“ insbesondere auf den internationalen Zugrouten haben einen aus Artenschutzperspektive unakzeptable Umfang eingenommen und dürfen aus unserer Perspektive keinesfalls weiter ausgebaut werden.** Fehlerhafte Darstellung der Karte 8 „Darstellung der Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Vogelschutz in Schleswig-Holstein“ Die unvollständige Darstellung einer Vogelzugroute von der Lübecker Bucht zur Elbe ist problematisch, insbesondere wenn es um den Schutz und das Verständnis der ökologischen Zusammenhänge geht. Diese Route ist für viele Zugvögel eine wichtige Verbindung zwischen Brut- und Rastplätzen, und eine lückenhafte Darstellung kann zu Missverständnissen und falschen Annahmen führen. Eine unvollständige Karte oder fachlich falsche Beschreibung kann dazu führen, dass wichtige Rastplätze übersehen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden (wie bspw. der Wardersee oder die Blunkerbach-Niederung). Eine solche Lücke in der Darstellung könnte die Entscheidungsträger beeinflussen. Ein vollständiges Bild ist notwendig, um die Bedeutung der gesamten Zugrouten in Ost-West wie auch in Nord-Süd-Richtung zu verstehen und die potenziellen Gefahren, denen die Vögel ausgesetzt sind, zu identifizieren. Ohne diese präzisen Informationen könnten zentrale Schutzmaßnahmen vernachlässigen und die Freihaltung von Zugkorridoren falsch priorisiert werden. **Zusammenfassend ist die unvollständige Darstellung einer Vogelzugroute nicht nur eine verpasste Gelegenheit, die ökologische Bedeutung dieses Schleswig-Holsteinischen Phänomens vollständig zu würdigen, sondern birgt das Risiko, dass wesentliche Schutzmaßnahmen unterbleiben. Es ist daher entscheidend, dass solche Routen in ihrer Gesamtheit genau dokumentiert und in die Öffentlichkeit kommuniziert werden. Hervorragende Fachleute die diese Beurteilungen machen könnten, sitzen in der Ornithologischen Arbeitsgemeinschaft SH/HH.** Wiesenvogelschutzgebiet, Karte lückenhaft Die Blunkerbach-Niederung hat in den letzten Jahren Anerkennung in der Fachwelt, als ein wertvolles Wiesenvogelbrutgebiet in Schleswig-Holstein gefunden. Mit ihrer weitläufigen Landschaft aus feuchten Wiesen und extensiv genutzten Grünlandflächen bietet die Niederung ideale Bedingungen für eine Vielzahl von bedrohten Wiesenvogelarten. Die Bedeutung dieses Gebiets wird durch eine fachliche Untersuchungen untermauert: In den letzten Jahren wurden neben dem ornithologischen Brutvogelgutachten nahezu 10.000 Eintragungen bei ornitho.de eingeerstellt, die die herausragende ökologische Bedeutung der Blunkerbach-Niederung eindrucksvoll belegen. Diese Kartierungen haben gezeigt, dass die Blunkerbach-Niederung ebenfalls eine entscheidende Rolle für den Erhalt von Wiesenvögeln in Schleswig-Holstein spielt, die in vielen anderen Teilen Deutschlands aufgrund von Lebensraumverlust und intensiver Landwirtschaft stark zurückgegangen sind. Rote-Liste-Arten wie das Braunkehlchen, Wiesenpieper und Feldlerche, Neuntöter, Wiesenschafstelze, etc. finden in der Niederung wichtige Nahrungsquellen und Brutplätze. Die Kombination aus weitgehend ungestörten Brutflächen und einem reichhaltigen Nahrungsangebot macht die Blunkerbach-Niederung zu einem unverzichtbaren Lenbensraum für diese im Rückgang	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	befindlichen Vogelarten. **Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die Blunkerbach-Niederung ein ornithologisch wertvolles Gebiet von überregionaler Bedeutung ist. Die fortlaufenden Kartierungen und das fachliche Gutachten unterstreichen die Notwendigkeit dieses bis vor wenigen Jahren noch unbekannte Wiesenvogelbrutgebiet durch gezielte Schutzmaßnahmen zu bewahren und weiter zu fördern**. Eingriffe sind nicht nur punktuell *„Bei WEA handelt es sich um punktuelle Eingriffe, deren nachteilige Auswirkungen auf den überwiegenden Teil der Umweltschutzgüter räumlich eng begrenzt sind. Weitreichende Auswirkungen beschränken sich zumeist auf die Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und von Kulturdenkmalen. Dabei ist die räumliche Reichweite der Wirkung im Wesentlichen verknüpft mit der Höhe der Anlagen.“* Die Errichtung von bis zu 250 Meter hohen Windkraftanlagen stellt keinen punktuellen Eingriff in die Landschaft dar, sondern hat weitreichende Auswirkungen. Die Errichtung hat im Gegenteil erhebliche Auswirkungen auf das gesamte Landschaftsbild und damit auch auf das Lebensgefühl der Menschen Vorort. Des Weiteren haben Windkraftanlagen dieser enormen Größe erhebliche ökologische Auswirkungen. Der Bau erfordert umfangreiche Eingriffe in den Boden und die Vegetation, da Fundamente, Zufahrtswege und Stromleitungen geschaffen werden müssen. Diese Bauarbeiten können zu langfristigen Veränderungen der lokalen Ökosysteme führen. Insbesondere kann es zu Beeinträchtigungen der Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten kommen, die durch die Veränderungen in ihrem natürlichen Umfeld bedroht werden. Darüber hinaus wirken Windkraftanlagen auch in der Luft, insbesondere auf Vögel und Fledermäuse, die durch die Rotorblätter gefährdet sind. Ihre Errichtung in Gebieten mit hoher Biodiversität kann somit erheblich zum Rückgang gefährdeter Arten beitragen. **Insgesamt zeigt sich, dass die Errichtung von bis zu 250 Meter hohen Windkraftanlagen weit mehr als nur ein punktueller Eingriff ist. Es handelt sich um großflächige und langfristige Veränderungen, die in ökologischer, landschaftlicher und sozialer Hinsicht entscheidende Auswirkungen in der Region**	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	haben. Daher müssen solche Projekte mit größter Sorgfalt geplant und unter Berücksichtigung aller relevanten Umwelt- und Sozialfaktoren und unter ernstzunehmender Beteiligung der Menschen vor Ort durchgeführt werden. Zugrunde gelegte „Referenzanlage“ ist deutlich zu klein bemessen Eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern und einem Rotordurchmesser von 150 Metern erscheint daher im Kontext der aktuellen technologischen Entwicklungen als veraltet und deutlich zu klein veranschlagt. Größere Windkraftanlagen können, trotz ihrer Effizienz, deutlich mehr negative Auswirkungen haben als kleinere. **1. Landschaftsbild und ästhetische Beeinträchtigungen:** Große Windkraftanlagen sind wesentlich höher und imposanter als kleinere. Sie können bis zu 200 Meter hoch sein, was sie weithin sichtbar macht. Dies führt zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, insbesondere in ländlichen oder touristisch attraktiven Regionen. Die visuelle Dominanz großer Anlagen kann das ästhetische Empfinden der Bevölkerung beeinträchtigen und zu einer Entwertung der betroffenen Landschaften führen. **2. Geräuschbelastung:** Große Windkraftanlagen erzeugen durch ihre größeren Rotoren und höheren Turbinenkapazitäten deutlich mehr Lärm als kleinere Anlagen. Der von den Rotorblättern verursachte Schall und das tieffrequente Brummen können in einem größeren Umkreis wahrgenommen werden, was die Lebensqualität der Anwohner beeinträchtigen kann. Insbesondere das Phänomen des Infraschalls, das bei großen Windkraftanlagen stärker ausgeprägt ist, wird oft als störend empfunden und kann bei einigen Menschen gesundheitliche Probleme hervorrufen. **3. Auswirkungen auf die Tierwelt:** Große Windkraftanlagen stellen eine größere Gefahr für Vögel und Fledermäuse dar. Die großen Rotorblätter haben eine höhere Rotationsgeschwindigkeit an den Spitzen, was das Kollisionsrisiko für fliegende Tiere erhöht. Besonders gefährdet sind seltene und geschützte Arten, die durch die Errichtung solcher Anlagen erheblich beeinträchtigt werden können. Kleinere Anlagen haben dagegen meist eine geringere Rotationsgeschwindigkeit und sind aufgrund ihrer niedrigeren Höhe für viele Vogelarten weniger gefährlich. **4. Flächenbedarf und Umweltzerstörung:** Die Errichtung großer Windkraftanlagen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erfordert mehr Platz und umfangreichere infrastrukturelle Maßnahmen als kleinere Anlagen. Dazu gehört auch der Bau breiterer Zufahrtswege und stabiler Fundamente, was zu einer stärkeren Zerstörung von Naturflächen führt. Dies kann zu einer Fragmentierung von Lebensräumen und einer Verringerung der biologischen Vielfalt in den betroffenen Gebieten führen. **Fazit:** Obwohl große Windkraftanlagen effizienter Energie produzieren können, sind ihre negativen Auswirkungen in vielen Fällen deutlich schwerwiegender als die von kleineren Anlagen. Vom ästhetischen Eingriff in die Landschaft über höhere Lärmbelastungen und Gefahren für die Tierwelt sind die Nachteile oft erheblich. Daher sollte der Ausbau der Windenergie stets unter Berücksichtigung der Größe und des Standorts der Anlagen geplant werden, um die negativen Auswirkungen auf ein Minimum zu reduzieren. Schutzgebiete (S.80) „*Die Beeinträchtigung von EU-VSG wird darüber hinaus auch dadurch vermieden, dass in einem Umgebungsbereich von 1.000 Metern Vorranggebiete Windenergie nur ausnahmsweise ausgewiesen werden können, wenn die Bereiche bereits mit WEA bebaut sind und nach Durchführung von FFH-Verträglichkeitsprüfungen erhebliche Beeinträchtigungen auf das jeweilige EU-VSG ausgeschlossen werden können.“* Der vorgenannte Text enthält mehrere kritikwürdige Punkte, die in der Praxis problematisch sind: 1. **Unklare Definition des Umgebungsbereichs**: Der Text spricht von einem Umgebungsbereich von 1.000 Metern, innerhalb dessen Vorranggebiete für Windenergie nur unter bestimmten Bedingungen ausgewiesen werden können. Diese Distanz könnte jedoch in vielen Fällen nicht ausreichend sein, um die Beeinträchtigung von EU-Vogelschutzgebieten effektiv zu verhindern. Vögel, insbesondere großräumig wandernde Arten, können über größere Entfernungen hinweg gestört werden. Eine pauschale Festlegung auf 1.000 Meter würde also zu kurz greifen und den Schutz der betroffenen Vogelarten nicht gewährleisten. 2. **Ausnahmeregelung bei bereits bestehenden Anlagen**: Der Text erlaubt die Ausweisung von Vorranggebieten innerhalb dieses 1.000-Meter-Radius, wenn der Bereich bereits mit Windenergieanlagen (WEA) bebaut ist. Diese Regelung ignoriert jedoch die kumulativen Effekte, die eine zusätzliche Bebauung auf die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vögel und ihre Lebensräume haben könnte. Bestehende Anlagen bedeuten nicht zwangsläufig, dass weitere Anlagen keine zusätzlichen negativen Auswirkungen haben. Jede neue Anlage könnte das Risiko für Kollisionen erhöhen oder das Verhalten der Vögel weiter beeinflussen. 3. **Verlass auf FFH-Verträglichkeitsprüfungen**: Während die Durchführung von FFH-Verträglichkeitsprüfungen grundsätzlich eine sinnvolle Maßnahme ist, um erhebliche Beeinträchtigungen auszuschließen, ist die Aussage, dass diese Prüfungen in jedem Fall ausreichenden Schutz bieten, problematisch. Verträglichkeitsprüfungen basieren auf Modellierungen und Annahmen, die in der Praxis nicht immer die komplexen Wechselwirkungen in einem Ökosystem vollständig abbilden können. Zudem können politische oder wirtschaftliche Interessen die Strenge und Unabhängigkeit solcher Prüfungen beeinflussen. 4. **Risiko des schleichenden Bedeutungsverlusts von Schutzgebieten**: Die Möglichkeit, unter bestimmten Bedingungen Ausnahmen zuzulassen, könnte langfristig dazu führen, dass der Schutzstatus von EU-Vogelschutzgebieten ausgehöhlt wird. Wenn immer wieder Ausnahmen gemacht werden, verliert der Schutzbereich seine eigentliche Funktion, nämlich als Pufferzone für die Erhaltung gefährdeter Arten zu dienen. **Zusammengefasst sollte der Text hinsichtlich der Schutzwirkung von EU-Vogelschutzgebieten kritischer betrachtet werden. Insbesondere die pauschale Festlegung von Abständen und die Ausnahmeregelungen sollten sorgfältig überprüft und restriktiver gestaltet werden, um sicherzustellen, dass der Schutzstatus dieser wichtigen Lebensräume nicht ausgehöhlt wird.** Landschaftsschutzgebiete *„Zusätzlich soll geprüft werden, ob eine Windenergienutzung mit dem Natur-, Freiraum- und Landschaftsschutz innerhalb von LSG vereinbar ist.“* Die vorgeschlagene Prüfung, ob eine Windenergienutzung mit dem Natur-, Freiraum- und Landschaftsschutz innerhalb von Landschaftsschutzgebieten vereinbar ist, wirft mehrere gravierende Bedenken auf, die eine Kritik erforderlich machen: 1. **Grundsätzliche Inkompatibilität mit Landschaftsschutzgebieten**: Landschaftsschutzgebiete werden ausgewiesen, um den natürlichen Charakter	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und die landschaftliche Schönheit eines Gebietes zu bewahren. Die Einführung von Windkraftanlagen in diesen Gebieten steht im direkten Widerspruch zu diesem Schutzstatus. Windkraftanlagen sind großflächige industrielle Strukturen, die das Landschaftsbild erheblich verändern und die naturräumliche Unversehrtheit beeinträchtigen können. Eine solche Prüfung könnte die grundsätzliche Bedeutung von LSG untergraben und zu einer Verwässerung ihres Schutzstatus führen. 2. **Risiko der Zweckentfremdung von Schutzgebieten**: Die Möglichkeit, Windkraftanlagen in Landschaftsschutzgebieten zuzulassen, könnte dazu führen, dass diese Gebiete zunehmend für industrielle Zwecke genutzt werden. Dies wäre eine gefährliche Präzedenzentscheidung, die den eigentlichen Zweck der LSG – den Schutz von Natur und Landschaft – aushöhlt. Die Landschaftsschutzgebiete könnten zu einer Art "Verhandlungsmasse" werden, bei der der Schutzgedanke zugunsten wirtschaftlicher Interessen zunehmend in den Hintergrund tritt. 3. **Konflikt mit dem Natur- und Artenschutz**: Landschaftsschutzgebiete dienen auch dem Schutz von Lebensräumen für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, die oft auf ungestörte und weitgehend intakte Umgebungen angewiesen sind. Der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen bringt erhebliche Eingriffe in diese Lebensräume mit sich, darunter Bodenversiegelung, Lärm, und Schlagschatten. Zudem stellt die Gefahr von Vogel- und Fledermauskollisionen eine ernsthafte Bedrohung für die Tierwelt dar. Eine bloße Prüfung der Vereinbarkeit ohne Berücksichtigung der kumulativen und langfristigen Auswirkungen auf das Ökosystem ist völlig unzureichend. 4. **Verwässerung des Freiraum- und Landschaftsschutzes**: Der Schutz von Freiräumen und Landschaften ist von zentraler Bedeutung, nicht nur für den Erhalt der natürlichen Vielfalt, sondern auch für das kulturelle Erbe und das Erholungsbedürfnis der Bevölkerung. Windkraftanlagen in LSG würden die Landschaftsqualität erheblich beeinträchtigen und könnten die Erholungsfunktion dieser Gebiete für die Bevölkerung stark einschränken. Diese Veränderung widerspricht dem grundlegenden Ziel des Landschaftsschutzes, das natürliche und kulturelle Erbe zu bewahren und zugänglich zu halten.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	5. **Gefahr einer gefährlichen Präzedenzwirkung**: Eine solche Prüfung könnte als Präzedenzfall dienen, der die Tür für weitere Eingriffe in Schutzgebiete öffnet. Einmal eingeführte Windkraftanlagen in LSG könnten als Argument genutzt werden, um auch in anderen, möglicherweise noch sensibleren Gebieten ähnliche Projekte zu realisieren. Dies könnte einen Dominoeffekt auslösen, der den Schutz von Natur- und Landschaftsräumen in ganz Deutschland erheblich schwächt. **Zusammenfassend stellt die Idee, die Vereinbarkeit von Windkraftanlagen mit dem Schutz von Natur-, Freiraum- und Landschaftsschutz innerhalb von Landschaftsschutzgebieten zu prüfen, einen Widerspruch zum eigentlichen Zweck dieser Schutzgebiete dar. Eine solche Prüfung gefährdet die integrale Bedeutung und den langfristigen Schutz dieser Gebiete und öffnet die Tür für Eingriffe in wertvolle Landschaften. Der Schutzstatus von Landschaftsschutzgebieten darf nicht durch wirtschaftliche Interessen ausgehöhlt werden, sondern muss konsequent und ohne Ausnahmen gewahrt bleiben**. Abstände zu Brutstandorten (S.80) **„***Vögel und Fledermäuse, als den Luftraum und teils sehr weiträumige Gebiete nutzende Tiergruppen, gelten als besonders anfällig gegen für Auswirkungen der Windenergienutzung. Um die Wirkungen durch WEA auf diese Tiergruppen so gering wie möglich zu halten, sollen bei der Auswahl von Standorten für die Vorranggebiete Windenergie zahlreiche Ausschlusskriterien als Ziele der Raumordnung berücksichtigt werden, welche eine Windenergienutzung vollständig ausschließen. So werden nachteilige Auswirkungen für Artenschutz weitestgehend vermieden. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Kriterien zum Biotopschutz, zum Schutz des Waldes sowie zu den naturschutzfachlichen Schutzgebieten. Die Ziele und Grundsätze der Raumordnung beinhalten spezifische artenschutzbezogene Kriterien, insoweit der Schutz über andere Kriterien nicht als ausreichend angesehen wurde. Etwaige darüber hinaus auftretende Konflikte können sachgerecht auf der Genehmigungsebene gelöst werden. Ergänzend zu den Schutzgebieten soll die Windenergienutzung in folgenden Lebensräumen und Funktionszusammenhängen sowie Pufferflächen ausgeschlossen werden:* *-Dichtezentrum für Seeadlervorkommen;* *-Umgebungsbereich der Wintermassenquartiere für Fledermäuse mit in einem Radius*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von 3.000 Metern; *-Küstenstreifen an der Nordsee und auf Fehmarn mit herausragender Bedeutung als Nahrungs- und Rastgebiet außerhalb von EU-VSG sowie auf der Insel Helgoland;* *-international bedeutsame Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen, die außerhalb von EU-VSG liegen;* *-Kolonien von Trauerseeschwalben einschließlich eines Abstands von 1.000 Metern und Lachseeschwalben-Kolonie bei Neufeld einschließlich eines Abstands von 3.000 Metern;* *-Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit sehr hoher Zugintensität;* *-Wiesenvogelbrutgebiete mit besonders hoher Siedlungsdichte.* *Ob eine Windenergienutzung mit den Anforderungen des Artenschutzes bei den im Regionalplan auszuweisenden Vorrangflächen vereinbar ist, soll dann anhand der nachfolgend genannten Grundsätze der Raumordnung geprüft werden:* *-Nahrungsgebiete für Gänse (ohne Graugänse und Neozoen) und Singschwäne außerhalb von EU-VSG;* *-innerhalb der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit Bedeutung* *-die außerhalb der Bereiche mit sehr hoher Zugintensität liegen;* *-Wiesenvogelbrutgebiete mit hoher Siedlungsdichte;* *-Umkreis von 3.000 Metern um landesweit bedeutsame Schlafgewässer der Kraniche;* *-um Brutplätze der nachfolgend genannten windkraftsensiblen Großvögel:* *-Seeadler: 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen),* *-Schwarzstorch: 2.000 Meter,* *-Weißstorch: 1.000 Meter,* *-Rotmilan: 1.500 Meter.*	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	In der Abwägung soll geprüft werden, ob im Einzelfall eine Windenergienutzung möglich ist, wenn in dem jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden. Bei Weißstorch und Rotmilan kann darüber hinaus einzel– und fallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist. Eine Inanspruchnahme auf die genannten Bereiche soll im Zuge der Prüfung der Potenzialfläche deutlich minimiert werden.“ Unsere Kritik Der vorliegende Text zur Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Bezug auf den Schutz von Vögeln und Fledermäusen weist mehrere Stellen auf, die das zugrunde liegende Schutzkonzept erheblich schwächen. **1. Unklare und inkonsequente Schutzmaßnahmen** Der Text führt zwar zahlreiche Ausschlusskriterien und Schutzabstände auf, jedoch bleibt unklar, wie konsequent diese Kriterien tatsächlich angewendet werden. Die Erwähnung, dass im Einzelfall geprüft werden kann, ob eine Windenergienutzung möglich ist, wenn bereits raumbedeutsame WEA existieren, unterminiert die strikten Schutzvorgaben. Diese „Einzelfallprüfung“ birgt das Risiko, dass wirtschaftliche Interessen den Naturschutz überwiegen, wodurch der Schutz von Vögeln und Fledermäusen verwässert würde. **2. Kompromissbereitschaft zulasten des Artenschutzes** Der Text schlägt vor, in bestimmten Fällen engere Schutzabstände für Rotmilan und Weißstorch zu prüfen. Dies deutet darauf hin, dass der Schutz dieser windkraftsensiblen Arten möglicherweise aus wirtschaftlichen Gründen abgeschwächt wird. Diese Flexibilität könnte dazu führen, dass die Effektivität der Schutzmaßnahmen deutlich eingeschränkt wird, insbesondere wenn die Prüfungsergebnisse zugunsten einer Windenergienutzung ausfallen. **3. Mangel an spezifischen Schutzmaßnahmen für gefährdete Arten** Obwohl der Text Schutzmaßnahmen für einige spezifische Arten vorsieht, fehlen detaillierte Regelungen für andere gefährdete oder schutzbedürftige Arten. Ein umfassender Artenschutz erfordert spezifische Maßnahmen für alle betroffenen Arten, nicht nur für prominente Arten wie Seeadler oder Rotmilan. Die fehlende Erwähnung	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	anderer sensibler Arten kann dazu führen, dass deren Schutz vernachlässigt wird. **4. Unzureichende Berücksichtigung kumulativer Effekte** Der Text konzentriert sich auf Einzelmaßnahmen und spezifische Abstände, berücksichtigt jedoch nicht ausreichend die kumulativen Effekte mehrerer Windenergieanlagen innerhalb eines Gebiets. Diese kumulativen Auswirkungen könnten weitaus größere Gefahren für Vogel- und Fledermauspopulationen darstellen, als die Betrachtung einzelner Anlagen vermuten lässt. Eine umfassende ökologische Bewertung, die auch diese Effekte einbezieht, ist unerlässlich, wird hier jedoch nicht hinreichend berücksichtigt. **5. Vage Formulierungen und Interpretationsspielraum** Die Formulierungen des Textes lassen zu viel Interpretationsspielraum, insbesondere bei der „Prüfung im Einzelfall“ und der Möglichkeit, Schutzabstände zu reduzieren. Solche vagen Regelungen können in der Praxis dazu führen, dass Schutzvorgaben gelockert und den spezifischen Gegebenheiten angepasst werden, was das Risiko für betroffene Arten erhöht. **6. Gefahr der langfristigen Beeinträchtigung von Schutzgebieten** Die Möglichkeit, Windkraftnutzung in potenziell schützenswerten Bereichen nach Einzelfallprüfung zuzulassen, könnte langfristig zur Degradierung dieser Gebiete führen. Selbst wenn die negativen Auswirkungen auf den Artenschutz minimiert werden sollen, kann die sukzessive Inanspruchnahme von Schutzgebieten zu einer schleichenden Verschlechterung des Lebensraumes für gefährdete Arten führen. **Der Text enthält zahlreiche Schlupflöcher, die den Schutz von Vögeln und Fledermäusen nicht ausreichend gewährleisten. Die vorgeschlagenen Ausnahmeregelungen und flexiblen Schutzabstände schwächen den Naturschutz zugunsten wirtschaftlicher Interessen. Für einen wirksamen Schutz der betroffenen Tierarten wären klarere, strengere und umfassendere Regelungen erforderlich, die keine Ausnahmen zulassen und die kumulativen Effekte von Windenergieanlagen ernstzunehmend berücksichtigen.** Vermeidung von Beeinträchtigungen des Netzes „Natura 2000“ (S.90)	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	„Soweit ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder ein EU-VSG in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, ist nach § 7 Absatz 6 ROG bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen eine FFH-Verträglichkeitsprüfung nach § 34 BNatSchG durchzuführen. Die Prüfung bezieht sich nicht nur auf Festlegungen innerhalb dieser Schutzgebiete, sondern auch auf Festlegungen, die von außerhalb in die Schutzgebiete hineinwirken können. Beispielsweise können durch die Festlegung der Vorranggebiete Windenergie im Umfeld von EU-VSG Flugwege der geschützten Vögel von und zu dem Gebiet beeinträchtigt werden. *Über den LEP-Windenergie werden keine Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen. Das bedeutet, dass der LEP-Windenergie selbst keine räumliche Konkretisierung zum Ausbau der Windenergie in Form einer zeichnerischen Darstellung enthält. Damit ist auch eine raumbezogene Prüfung der vom LEP-Windenergie potenziell ausgehenden Beeinträchtigungen des Netzes Natura 2000 nicht möglich. Es ist jedoch zu prüfen, welchen Einfluss die im LEP Windenergie formulierten Ziele und Grundsätze der Raumordnung zum Ausbau der Windenergienutzung auf das Netz Natura 2000 haben. Eine weitergehende vertiefende Prüfung der FFH-Verträglichkeit bleibt den nachfolgenden Planungsebenen der Regionalplanung und Bauleitplanung und dem Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG vorbehalten.* *Kapitel 4.5.1 Absatz 1 G (1) des LEP Windenergie zielt auf den seitens der Landesregierung geplanten weiteren Ausbau der Windenergie ab. Betont wird jedoch, dass der Ausbau unter Berücksichtigung aller Belange, so auch der Belange des Natur- und Artenschutzes erfolgen soll. Ähnlich verhält es sich mit Kapitel 4.5.1 Absatz 1 G (2) des LEP-Windenergie, mit dem die Landesregierung auf einen weiteren Ausbau der Windenergie innerhalb des schleswig-holsteinischen Küstenmeers verzichtet. Dieser Verzicht wird nicht zuletzt mit dem erforderlichen Schutz von FFH-Gebieten und EU-VSG begründet. Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht 5 Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung des Plans - Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen 91 In den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung, die zuvor in Kapitel 5.1.3.1 erläutert wurden, werden die Schutzansprüche des Netzes Natura 2000 abgebildet.“* Unsere Kritik Der vorliegende Text zur Vermeidung von Beeinträchtigungen des Natura2000-	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Netzwerks im Zusammenhang mit der Windkraftplanung enthält mehrere problematische Aspekte, die einer kritischen Betrachtung bedürfen: **1. Unzureichende räumliche Konkretisierung** Der Text weist darauf hin, dass über den Landesentwicklungsplan (LEP) Windenergie keine Vorranggebiete für Windenergie ausgewiesen werden. Dies führt zu einem grundlegenden Problem: Ohne eine konkrete räumliche Festlegung bleibt eine systematische und präzise Bewertung der Auswirkungen auf Natura 2000-Gebiete unvollständig. Die fehlende Konkretisierung führt dazu, dass potenzielle Risiken für diese Schutzgebiete nicht angemessen identifiziert und vermieden werden können, was den eigentlichen Schutzgedanken von Natura 2000 untergräbt. **2. Verlagerung der Verantwortung** Die Verantwortung für eine vertiefende FFH-Verträglichkeitsprüfung wird auf nachgelagerte Planungsebenen (Regionalplanung und Bauleitplanung) sowie auf das Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) verlagert. Diese Vorgehensweise birgt das Risiko, dass potenzielle Konflikte mit Natura 2000-Gebieten erst spät im Planungsprozess erkannt werden, wenn möglicherweise bereits irreversible Schäden entstanden sind oder hohe Investitionen getätigt wurden. Eine frühzeitige und umfassende Prüfung im Rahmen des LEP wäre notwendig, um solche Risiken von vornherein zu minimieren. **3. Unscharfe Formulierungen zum Natur- und Artenschutz** Der Text betont zwar, dass der Ausbau der Windenergie unter Berücksichtigung aller Belange, einschließlich des Natur- und Artenschutzes, erfolgen soll. Diese Formulierung bleibt jedoch vage und lässt zu großen Interpretationsspielraum. Es fehlt an konkreten, verbindlichen Schutzmaßnahmen und klaren Kriterien, die sicherstellen, dass die Belange des Natura 2000-Netzwerks tatsächlich Priorität haben. Ohne solche klaren Vorgaben besteht die Gefahr, dass der Schutz von Natura 2000-Gebieten in der Praxis zugunsten des Windenergieausbaus verwässert wird. **4. Inkonsistenz zwischen Schutzansprüchen und praktischer Umsetzung** Obwohl der Schutz von Natura2000-Gebieten und EU-Vogelschutzgebieten (EU-VSG) im LEP betont wird, ist unklar, wie dieser Schutz in der Praxis umgesetzt wird, insbesondere da keine räumliche Konkretisierung erfolgt. Die theoretische	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Berücksichtigung der Schutzansprüche reicht nicht aus, wenn sie nicht mit klaren und verbindlichen räumlichen und regulatorischen Vorgaben untermauert wird, die eine tatsächliche Vermeidung von Beeinträchtigungen sicherstellen. **5. Risiko der unzureichenden Berücksichtigung von Flugwegen** Der Text erwähnt, dass die Festlegung von Vorranggebieten im Umfeld von EU-VSG die Flugwege geschützter Vögel beeinträchtigen könnte. Ohne eine räumlich detaillierte Planung und ohne spezifische Schutzkorridore besteht das Risiko, dass diese wichtigen Flugrouten nicht hinreichend berücksichtigt werden, was zu erheblichen negativen Auswirkungen auf die Vogelpopulationen führen könnte. Eine systematische Berücksichtigung und Ausweisung von Flugkorridoren in den Planungen wäre daher unerlässlich. **Der Ansatz, die potenziellen Beeinträchtigungen des Natura 2000-Netzwerks erst in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsschritten zu prüfen, ist unzureichend und risikobehaftet. Die fehlende räumliche Konkretisierung und die vagen Formulierungen zum Schutz von Natur- und Artenschutzbelangen im LEP-Windenergie gefährden die Integrität der Natura 2000-Gebiete. Es bedarf einer frühzeitigen, umfassenden und verbindlichen Berücksichtigung der Schutzansprüche, um sicherzustellen, dass das gesamte Natura 2000-System nicht durch den Ausbau der Windenergie beeinträchtigt wird.** Betroffenheit von Fauna-Flora-Habitat-Gebieten (S.91) *„Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z des LEP-Windenergie sind FFH-Gebiete nebst Umgebungsbereich von 100 Meter beziehungsweise 200 Meter bei Erhaltungszielen zum Schutz von Fledermäusen von einer Windenergienutzung ausgeschlossen. Die Errichtung von WEA außerhalb dieses Umgebungsbereiches führt in der Regel zu keiner erheblichen Beeinträchtigung eines FFH-Gebiets. Eine weitergehende FFH-Prüfung nach § 34 BNatSchG für einzelne Vorranggebiete Windenergie kann daher hier unterbleiben.“* Der vorliegende Text, der sich auf die Ausnahmeregelung für FFH-Gebiete und deren Umgebungsbereich im Zusammenhang mit der Windenergienutzung bezieht, weist mehrere problematische Aspekte auf, die zu einer unzureichenden Berücksichtigung des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Naturschutzes führen können. **1. Unzureichende Schutzabstände** Die im Text genannten Schutzabstände von 100 bzw. 200 Metern um FFH-Gebiete, insbesondere bei Erhaltungszielen zum Schutz von Fledermäusen, sind zu knapp bemessen. Fledermäuse nutzen oft größere Umgebungsbereiche für ihre Nahrungssuche und Wanderungen, sodass ein Ausschluss der Windenergienutzung nur innerhalb dieser engen Abstände das Risiko birgt, dass die Tiere durch Lärm, Licht und Kollisionen existentiell beeinträchtigt werden. Wissenschaftliche Studien legen nahe, dass größere Pufferzonen notwendig sind, um die Lebensräume von Fledermäusen wirksam zu schützen. Die Begrenzung auf so geringe Abstände könnte daher den Schutz dieser Arten unterminieren. **2. Verallgemeinernde Annahmen über die Auswirkungen** Der Text behauptet, dass die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) außerhalb des festgelegten Umgebungsbereichs in der Regel zu keiner erheblichen Beeinträchtigung eines FFH-Gebiets führt. Diese Verallgemeinerung ignoriert jedoch die spezifischen ökologischen Bedingungen und die unterschiedlichen Empfindlichkeiten der jeweiligen Lebensräume und Arten. Jede FFH-Fläche hat individuelle Schutzziele, die durch verschiedene Faktoren beeinflusst werden können, weshalb eine pauschale Aussage über die Unbedenklichkeit von WEA außerhalb dieser engen Abstände nicht gerechtfertigt ist. **3. Verzicht auf weitergehende FFH-Prüfungen** Der Verzicht auf weitergehende FFH-Verträglichkeitsprüfungen nach § 34 BNatSchG für einzelne Vorranggebiete wird damit begründet, dass durch die Einhaltung der genannten Schutzabstände angeblich keine erheblichen Beeinträchtigungen entstehen. Diese pauschale Annahme könnte jedoch dazu führen, dass potenzielle Risiken für Flora und Fauna in den betroffenen FFH-Gebieten nicht erkannt werden. Die FFH-Prüfung ist ein zentrales Instrument, um sicherzustellen, dass der Schutz der Gebiete und ihrer Erhaltungsziele tatsächlich gewährleistet ist. Das Aussetzen dieser Prüfungen könnte bedeutsame negative Folgen haben, insbesondere in Fällen, in denen besondere ökologische Herausforderungen oder kumulative Effekte nicht ausreichend berücksichtigt werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4. Fehlende Berücksichtigung kumulativer Effekte Der Text berücksichtigt nicht, dass auch Windenergieanlagen, die sich außerhalb der engen Umgebungsbereiche von FFH-Gebieten befinden, in ihrer Gesamtheit kumulative Auswirkungen haben können. Wenn mehrere WEA in relativer Nähe zu einem FFH-Gebiet errichtet werden, können die kombinierten Auswirkungen dennoch erhebliche Beeinträchtigungen für das Gebiet und seine Schutzziele verursachen. Eine sorgfältige Prüfung, die diese kumulativen Effekte einbezieht, ist daher unerlässlich, wird aber durch die vorgesehene Regelung ausgeschlossen. **5. Gefährdung des langfristigen Schutzes von FFH-Gebieten** Durch die Einschränkung der FFH-Prüfung auf Fälle innerhalb des engen Umgebungsbereichs und die pauschale Annahme der Unbedenklichkeit von Projekten außerhalb dieses Bereichs, wird der langfristige Schutz der FFH-Gebiete nicht ausreichend gewährleistet. Diese Herangehensweise könnte zu einer schleichenden Degradierung der Lebensräume führen, insbesondere wenn langfristige Veränderungen in der Umgebung und die Anpassung der Arten nicht angemessen berücksichtigt werden **Der Passus zur Ausnahmeregelung für FFH-Gebiete im Zusammenhang der Windenergienutzung stellt insgesamt eine Schwächung des Naturschutzes dar. Die engen Schutzabstände, die pauschalen Annahmen über die Auswirkungen von WEA und der Verzicht auf weitergehende FFH-Prüfungen gefährden die Erhaltungsziele der betroffenen Gebiete. Um den Schutz der FFH-Gebiete tatsächlich zu gewährleisten, sind umfassendere Schutzmaßnahmen und eine strengere Prüfung erforderlich, die die spezifischen ökologischen Gegebenheiten und die potenziellen kumulativen Effekte ernstzunehmend berücksichtigen.** Betroffenheit von EU-Vogelschutzgebieten (S.91-92) „*Der Schutz der EU-VSG wird in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z des LEP-Windenergie sowie über den Umgang mit den weiteren Kriterien zum Vogelschutz ebenfalls bereits weitestgehend gesichert. EU-VSG nebst Umgebungsbereich von 1.000 Metern sind für die Windenergienutzung ausgeschlossen. Der Umgang mit weiteren Vogelschutz-Kriterien (beispielhaft zu nennen sind hier Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z und Absatz 10 Z des LEP-Windenergie) führt ebenfalls zu einer Vermeidung von Beeinträchtigungen innerhalb sowie außerhalb der EU-VSG, wenn das jeweilige Vorkommen mit den*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erhaltungszielen übereinstimmt und sich die Bereiche überlappen. *Im Umkreis um Brutplätze ausgewählter Großvogelarten (Seeadler, Weißstorch, Schwarzstorch und Rotmilan) soll der vorsorgende Artenschutz regelmäßig höher gewichtet werden als das Interesse an einer Windenergienutzung. Es werden die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs in Bereichen mit sehr hoher Flugintensität von der Windenergienutzung ausgeschlossen. In den nicht ausgeschlossenen Bereichen in den Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs in einem Korridor von Schleswig bis zur Husumer Bucht, im Bereich der Stör und in Teilbereichen von Fehmarn soll im Rahmen der Abwägung geprüft werden, ob die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie möglich ist. Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht 5 Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung des Plans - Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen 92* *Zu prüfen ist, ob erhebliche Beeinträchtigungen in einem Umgebungsbereich bis 1.000 Meter um EU-VSG, in denen windkraftsensible Vogelarten Bestandteil der Erhaltungsziele sind und soweit ausnahmsweise Vorranggebiete innerhalb dieses Umgebungsbereichs ausgewiesen werden, bestehen. Auf der Ebene der Regionalplanung sind daher nur für diese Fälle FFH-Verträglichkeitsprüfungen durchzuführen.* *Unter Berücksichtigung der aus Gründen des Artenschutzes im LEP-Windenergie vorgesehenen Abstandsbereiche können außerhalb des Umgebungsbereiches von bis 1.000 Meter Konfliktfälle allenfalls im Einzelfall auftreten und in der Regel durch geeignete Maßnahmen, die später auf der Ebene der Regionalplanung zu benennen und im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens umzu–setzen sind, ausgeschlossen werden. Somit ist in diesen Fällen anzunehmen, dass sich die Windenergie dort durchsetzen kann.“* Unsere Kritik Der vorliegende Text zur Betroffenheit von EU-Vogelschutzgebieten im Zusammenhang der Windenergienutzung zeigt erhebliche Schwächen auf: **1. Unzureichende Schutzabstände** Der Schutzabstand von 1.000 Metern um EU-Vogelschutzgebiete wird als ausreichender Puffer angesehen, um Beeinträchtigungen durch Windenergieanlagen (WEA) zu vermeiden. Dieser Abstand ist jedoch oft zu gering, um die tatsächlichen Lebensräume	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Flugkorridore vieler Vogelarten, insbesondere von Großvögeln, wirksam zu schützen. Studien haben gezeigt, dass WEA auch weit über diese Abstände hinaus negative Auswirkungen auf Brut- und Rastgebiete sowie auf die Zugrouten von Vögeln haben können. Die pauschale Festlegung eines 1.000-Meter-Radius ohne Berücksichtigung der spezifischen ökologischen Bedingungen und der unterschiedlichen Anforderungen der betroffenen Vogelarten stellt daher ein erhebliches Risiko dar. **2. Unklare Abwägung bei Hauptachsen des Vogelzugs** Der Text sieht vor, dass die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs in Bereichen mit sehr hoher Flugintensität von der Windenergienutzung ausgeschlossen werden. Gleichzeitig wird jedoch angemerkt, dass in anderen Bereichen dieser Hauptachsen im Rahmen einer Abwägung geprüft werden soll, ob Vorranggebiete für Windenergie ausgewiesen werden können. Diese Abwägung ist problematisch, da die genauen Kriterien für diese Entscheidung unklar bleiben. Die potenziell gravierenden Auswirkungen auf den Vogelzug, der ein integraler Bestandteil des Überlebens vieler Vogelarten ist, könnten dadurch unzureichend berücksichtigt werden. Eine klare Priorisierung des Vogelschutzes ohne Spielraum für Ausnahmen wäre hier erforderlich. **3. Verlagerung der Schutzverantwortung auf nachgelagerte Planungsebenen** Die Verantwortung für den Schutz der EU-Vogelschutzgebiete wird weitgehend auf die Regionalplanung und das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren verlagert. Diese Vorgehensweise birgt die Gefahr, dass potenzielle Konflikte erst spät erkannt und nicht ausreichend berücksichtigt werden. Insbesondere bei so sensiblen Themen wie dem Vogelschutz ist eine frühzeitige und umfassende Prüfung notwendig, um sicherzustellen, dass Schutzmaßnahmen effektiv sind und nicht nur im Nachhinein versucht wird, negative Auswirkungen zu minimieren. **4. Vage Formulierungen zur Konfliktbewältigung** Der Text suggeriert, dass Konfliktfälle, die außerhalb des 1.000-Meter-Umgebungsbereichs auftreten könnten, durch geeignete Maßnahmen gelöst werden können. Diese Annahme ist jedoch sehr optimistisch und berücksichtigt nicht die Komplexität der ökologischen Wechselwirkungen und die Tatsache, dass einmal errichtete Windenergieanlagen schwer rückgängig zu machende Auswirkungen auf die Vogelpopulationen haben können. Die vagen Formulierungen lassen Raum für Interpretationen und könnten dazu führen, dass Schutzmaßnahmen unzureichend	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	umgesetzt werden. **5. Potenzielle Vernachlässigung kumulativer Effekte** Der Text geht nicht auf die kumulativen Effekte ein, die entstehen, wenn mehrere Windenergieanlagen in der Nähe von EU-Vogelschutzgebieten errichtet werden. Solche kumulativen Effekte können zu einer erheblichen Belastung der Vogelpopulationen führen, auch wenn jede einzelne Anlage für sich genommen keine unmittelbare erhebliche Beeinträchtigung darstellt. Eine detaillierte Bewertung dieser kumulativen Auswirkungen wäre notwendig, um den Schutz der Vogelarten tatsächlich zu gewährleisten. **Der Passus zur Betroffenheit von EU-Vogelschutzgebieten im Zusammenhang mit der Windenergienutzung enthält zahlreiche Punkte, die den wirksamen Schutz der betroffenen Vogelarten und ihrer Lebensräume gefährden. Insbesondere die unzureichenden Schutzabstände, die unklare Abwägung bei den Hauptachsen des Vogelzugs und die Verlagerung der Schutzverantwortung auf nachgelagerte Planungsebenen stellen ernsthafte Schwächen dar. Eine deutlichere Priorisierung des Vogelschutzes und eine sorgfältigere Prüfung der Auswirkungen von Windenergieanlagen auf die Vogelpopulationen sind notwendig, um den Anforderungen des Naturschutzes glaubhaft gerecht zu werden.** Probleme/Schwierigkeiten (S.100) *“Eine Beurteilung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen kann im Zuge der Umweltprüfung zum LEP Windenergie daher nur als raumunspezifische Trendeinschätzung erfolgen. Aussagen, ob die Umsetzung der im LEP-Windenergie formulierten Ziele und Grundsätze der Raumordnung voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben kann, sind dabei nicht immer möglich.* *Analog zu den inhaltlichen Festlegungen des LEP-Windenergie bleibt auch die Umweltprüfung auf einem hohen Abstraktionsgrad. Dadurch bleiben die Aussagen der Auswirkungsprognosen notwendigerweise unscharf. Eine Prüfung der Umweltauswirkungen kann in diesen Fällen jedoch auf den nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen, die eine Konkretisierung der landesplanerischen Ziele und Grundsätze der Raumordnung vornehmen. Dies gilt insbesondere für die Teilaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land.“*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Unsere Kritik: Der Text weist auf mehrere Schwächen hin, die in der Durchführung der Umweltprüfung zum Landesentwicklungsplan für Windenergie bestehen. Die Kritikpunkte lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1. **Hoher Abstraktionsgrad**: Der Text gibt an, dass sowohl die inhaltlichen Festlegungen des LEP-Windenergie als auch die Umweltprüfung selbst auf einem hohen Abstraktionsgrad bleiben. Dies führt zu einer Unschärfe in den Auswirkungsprognosen. Eine solche Vorgehensweise steht im Widerspruch zu den Anforderungen einer präzisen Umweltprüfung, die normalerweise eine detaillierte und spezifische Bewertung von Umweltauswirkungen verlangt. 2. **Mangelnde Aussagekraft**: Der Text räumt ein, dass Aussagen über die möglichen erheblichen Umweltauswirkungen der im LEP-Windenergie formulierten Ziele und Grundsätze nicht immer möglich sind. Dies ist problematisch, da der Hauptzweck einer Umweltprüfung darin besteht, solche potenziellen Auswirkungen zu identifizieren und zu bewerten. Ein Mangel an spezifischen Aussagen untergräbt die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit der Umweltprüfung. 3. **Delegierung der Verantwortung**: Der Text legt nahe, dass die Umweltprüfung auf nachgeordnete Planungs- und Genehmigungsebenen verschoben wird, insbesondere auf die Teilaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land. Diese Delegierung könnte als Ausweichen vor der Verantwortung verstanden werden, eine umfassende und fundierte Umweltprüfung auf der Ebene des LEP selbst durchzuführen. Eine solche Verschiebung könnte dazu führen, dass potenzielle Umweltauswirkungen erst in einem späteren Stadium berücksichtigt werden, wenn bereits weitreichende planerische Entscheidungen getroffen wurden. 4. **Unzureichende Berücksichtigung der Umweltauswirkungen**: Die unscharfen und abstrakten Aussagen in der Umweltprüfung könnten dazu führen, dass relevante Umweltauswirkungen nicht hinreichend berücksichtigt oder vorhergesehen werden. Dies könnte langfristig zu unerwünschten ökologischen und sozialen Konsequenzen führen, die vermeidbar gewesen wären, wenn eine genauere Prüfung auf der LEP-Ebene erfolgt wäre. Zusammengefasst ist der Text insofern deutlich zu kritisieren, als dass er eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umweltprüfung beschreibt, die in ihrer angewendeten Form nicht den notwendigen Anforderungen an Präzision, Aussagekraft und Verantwortung gerecht wird. Es besteht die Gefahr, dass potenzielle Umweltauswirkungen zu spät und nur unzureichend in den nachfolgenden Planungsphasen berücksichtigt werden. Die Verlagerung der Verantwortung für die Einhaltung der artenschutzrechtlichen Bestimmungen auf nachrangige Planungsebenen ist ein gravierendes Defizit, das nicht nur die Rechts- und Planungssicherheit unterminiert, sondern auch den effektiven Schutz bedrohter Arten gefährdet. **Dieses grundlegende Defizit zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Entwurf des LEP.** Die Entscheidung, artenschutzrechtliche Kriterien erst in späteren Planungsphasen verbindlich zu prüfen, führt zu einer verspäteten Identifikation potenzieller Konflikte. Dies birgt das Risiko, dass erforderliche Schutzmaßnahmen nicht rechtzeitig umgesetzt werden können. Die frühzeitige und umfassende Berücksichtigung von Artenschutzanforderungen auf den vorgelagerten Planungsebenen ist unabdingbar um sicherzustellen, dass Windenergieprojekte im Einklang mit den rechtlichen und ökologischen Schutzvorgaben entwickelt werden. Die mangelhafte Integration dieser Anforderungen im LEP zeigt u.E. eine grundlegende Schwäche im Planungsansatz und stellt eine ernsthafte Bedrohung für die rechtlichen und ökologischen Schutzmaßnahmen dar. Es ist daher unerlässlich, die Planungsstrategie zu überdenken und sicherzustellen, dass artenschutzrechtliche Vorgaben von Anfang an, integraler Bestandteil der Planung sind, um den umfassenden Schutz der betroffenen Arten und deren Lebensräume effektiv zu gewährleisten. [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2090	Moin Moin, ich sende Ihnen meine Stellungnahme zum ersten Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans S-H – Fortschreibung 2021“. in meinem Besitz befindet sich Grundeigentum den ich für eine Windenergieplanung zur Verfügung gestellt habe. Betrachtet man die Ziele der Raumordnung, die eine Windenergienutzung ausschließen, so wird diese auf meinen Flächen nur durch das Seeadlerdichtezentrum ausgeschlossen. In Anbetracht der sehr guten	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.8.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bestandentwicklung des Seeadler und der mittlerweile einsetzbaren Antikollisionssysteme für schlaggefährdete Vogelarten, über beides wurde in der Presse berichtet, ist der Ausschluss der Windenergie durch das Seeadlerdichtezentrum deutlich zu hinterfragen. Die aktuellen Möglichkeiten den erforderlichen Artenschutz sicherzustellen, beispielsweise u.a. durch den Einsatz entsprechender Antikollisionssysteme, sollten den kategorischen Ausschluss der Windenergie über so ein riesiges Gebiet wie das Seeadlerdichtezentrum ersetzen. Eine moderne Windenergienutzung sollte auch im Seeadlerdichtezentrum möglich sein. Verweisen möchte ich zudem auf die vorenthaltenen Einnahmemöglichkeiten für die betroffenen Gemeinden durch Gewerbesteuer und Kommunalabgabe. Auch hier ist zu betrachten, ob der kategorische großflächige Ausschluss der Windenergie auf dem Gebiet der betroffenen Gemeinden durch das Dichtezentrum bei den mittlerweile vorzufindenden Bestandzahlen des Seeadlers und den mittlerweile einsetzbaren Antikollisionssystemen angebracht und verhältnismäßig ist. Diese ist auch im Verhältnis zu anderen nicht im Dichtezentrum liegenden Gemeinde zu betrachten. Auch diebbezüglich sollte eine moderne Windenergienutzung im Seeadlerdichtezentrum möglich sein. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2324	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Ich empfinde es als äußerst bedauerlich, dass der Prozess der Festlegung von Potentialflächen in den letzten Jahren zunehmend an Transparenz verloren hat. Es scheint, als würde die Erreichung bestimmter Prozentsätze nun über den Schutz von Natur und Mensch gestellt. Statt eine nachhaltige und zukunftsorientierte Lösung zu suchen, hält das Land Schleswig-Holstein an veralteten wissenschaftlichen Erkenntnissen fest und ignoriert dabei aktuelle Risiken und Studien. Diese Politik begünstigt eine Industrie, die stark von Subventionen abhängig ist. Die aktuelle „Karte Potentialfläche Windenergie" verdeutlicht, dass aus den Erfahrungen der Vergangenheit wenig gelernt wurde. Noch immer ist geplant, Windkraftanlagen ohne	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.6, 7.2.6 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Weiterhin beinhaltet sie Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.4 (Boden und Wasser)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 5.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich werden Hinweise / Argumente genannt, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	durchdachte infrastrukturelle Anbindung in unsere schützenswerten Landschaften zu setzen. In ländlichen Gebieten Schleswig-Holsteins, die bereits beim SG-Netzausbau Zurückbleiben, erscheint es unrealistisch, eine effiziente Energieversorgung durch quer über das Land verteilte Windkraftanlagen sicherzustellen. Anstatt die Kriterien für Potentialflächen umfassend zu überdenken, werden wichtige Aspekte wie Landschafts- und Artenschutz sowie Denkmalschutz zunehmend vernachlässigt. Besonders besorgniserregend finde ich, dass der Schutz gefährdeter Arten, wie etwa des Rotmilans, offenbar nicht mehr ausreichend berücksichtigt wird. Zudem bleibt die langfristige Auswirkung auf die Natur, insbesondere auf Grundwassersysteme, welche durch die tiefen Fundamente der Windkraftanlagen beeinträchtigt werden könnten, weitgehend unbeachtet. Viele Gemeinden in Schleswig-Holstein sind auf eigene Brunnen angewiesen, und eine Beeinträchtigung dieser Wasserversorgung könnte gravierende Folgen haben. Ich bitte Sie eindringlich, diese Punkte in Ihre Überlegungen mit einzubeziehen und die Planung im Sinne eines nachhaltigen und umweltfreundlichen Vorgehens zu überarbeiten. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Südermiele Wind Planungs GbR, ID: M2299	Sehr geehrte Damen und Herren, in der vorbezeichneten Angelegenheit übersende ich Ihnen im Auftrag von Herrn [redacted] unsere Stellungnahme mit der Bitte um Beachtung. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Mit dem LEP Wind werden aus naturschutzfachlichen Gründen und im Einklang mit einer gesamträumlichen Steuerung der Windenergie Festlegungen getroffen. Die Errichtung von Windenergieanlagen wirkt sich durch die Veränderung des Lebensraums, durch den Scheucheffekt und durch ein hohes Kollisionsrisiko negativ auf Wiesenvögel aus. Schleswig-Holstein hat bundesweit eine herausragende Bedeutung für Wiesenvögel. Im besonderen Fokus stehen die Wiesenlimikolen Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rechtsanwaltsfachangestellte Beteiligung hinsichtlich der Teilfortschreibung zum Thema ‚Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein — Fortschreibung 2021 - 1. Entwurf Juni 2024 Unser Zeichen: [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, wir vertreten die rechtlichen Interessen der [redacted], geschäftsansässig in [redacted], vertreten durch ihre Geschäftsführer [redacted] und [redacted], geschäftsansässig ebenda sowie die [redacted], geschäftsansässig [redacted], vertreten durch die Geschäftsführer [redacted] und [redacted], geschäftsansässig ebenda. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit der Teilfortschreibung zum Thema ‚Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig- Holstein — Fortschreibung 2021 — 1. Entwurf Juni 2024, erlauben wir uns namens und im Auftrag unserer Mandantinnen folgende Stellungnahme in tatsächlicher (I) und rechtlicher (II) Hinsicht: I. Unsere Mandantinnen planen ausweislich des nachfolgenen Abbildungen als Windenergievorhabenträger Projekte in der Miele-Niederung nordöstlich von Meldorf in den Gemarkungen Meldorf, Nindorf, Bargenstedt, Epenwöhrden und Hemmingstedt. [Karten im Anhang] Die Mandantinnen haben im Frühjahr 2023 mit der Projektvorbereitung begonnen und sowohl artenschutz- als auch immissionsschutzrechtliche Untersuchungen durchgeführt. Zusätzlich wurden bereits Nutzungsverträge mit den Grundeigentümern hinsichtlich	Austernfischer. Aufgrund der speziellen Habitatansprüche spielen Flächen mit noch vorhandenen Wiesenvogelvorkommen eine besondere Rolle beim Schutz der Arten. Innerhalb der Flächen, die grundsätzlich für Wiesenvögel geeignet sind, wird die Bedeutung einzelner Gebiete mit der Siedlungsdichte/Anzahl der Brutpaare der oben genannten Arten seit Mitte der 2000er Jahre im Rahmen eines Wiesenvogelmonitorings erfasst. Die Wiesenvogelkulisse wird im regelmäßigen Abstand anhand aktueller Daten überprüft und angepasst. Es ist Standard z. B. in artenschutzrechtlichen Fachbeiträgen für Genehmigungsverfahren oder für bestimme Naturschutzmaßnahmen, Arten mit ähnlichen Habitatansprüchen und Verhaltensweisen in Gilden zusammenzufassen. Dabei gilt die Annahme, dass diese Arten auf ähnliche Weise von den Wirkungen eines Projekts betroffen sind. Die für eine Festlegung notwendigen Informationen zu den Habitatansprüchen und Verhaltensweisen der Arten liegen vor. Vor diesem Hintergrund ist es angemessen, auf der Ebene der Raumordnungsplanung ein Kriterium planerisch als Ziele der Raumordnung festzulegen, welches dem vorsorgenden Artenschutz dient. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen andere Scheuchwirkungen aus als von den drehenden Rotoren der WEA. Zu dem Hinweis, dass Flächen mit Bestands-WEA, die in aktuellen Vorranggebieten stehen, aus der Wiesenvogelkulisse

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	einer Flache von 500 ha aktueller Windenergiepotentialflächen abgeschlossen. Zusätzlich bestehen Vorverträge für den Kauf von 133 ha Ausgleichsfläche um Meldorf sowie für Flächen zur Errichtung der notwendigen Infrastruktur, einschließlich Zuwegungen und Kabeltrassen zum Umspannwerk Heidewest. Insgesamt sieht die Planung die Errichtung von 30 Windenergieanlagen der Klasse 7 MW vor. Der die Regelungen des aktuellen Planentwurfs würden die Genehmigung und Umsetzung des Windparkprojekts unserer Mandantinnen ausschliefen und somit ihre Anstrengungen fruchtlos machen. Grund ist, dass sämtliche Projektflachen von der geplanten Darstellung ‚Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten” ausweislich der Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO und dem entsprechenden Planungsziel 16 betroffen waren. Diesbezüglich heißt es auf Seite 58, Kapitel 4.5.1 des Plantextes: "In Wiesenvogel-Brutgebieten mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind die Ausweisungen von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen. Die Wiesenvogel-Brutgebiete mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind in der Karte (Anlage 2 zu § 1 LEPWindVOQ) festgelegt. II. Insgesamt ist zu konstatieren, dass die Planunterlagen den Anforderungen an das Abwägungsgebot auch zu Lasten unserer Mandantinnen nicht ansatzweise gerecht werden. Ferner ist zu beachten, dass bei einem Wirksamwerden der Planunterlagen als Landesentwicklungsplan (LEP) dieser aufgrund der Fortgeltung des Regionalplanes III für die Flächen unserer Mandantinnen als lex specialis gesperrt wäre (2.). Zu guter Letzt würde er auch bei gleichzeitiger Geltung mit dem Regionalplan III aufgrund der mangelnden Berücksichtigung von dessen Zielen, Grundsätzen und sonstigen Erfordernissen gegen § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 ROG verstoßen (3.) Grundsätzlich ist das Konzept des LEP eine unzulässige Verhinderungsplanung, denn es geht nicht um die Steuerung und Konzentration von Standorten der Windenergienutzung, sondern es werden allein negative Kriterien als Ziele der Raumordnung bestimmt. Es geht nur um eine Verhinderung der Windenergienutzung, positive Festlegung von Flächen für die Windenergie enthält der Plan nicht, das ist unzulässig (Gierke/Blessing, in: Brügelmann BauGB, Losebls. Stand: März 2018, § 1 Rz. 331). Zudem wäre selbst und sogar eine konzentrierende Planung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB durch Ziele der Raumordnung zeitlich nach dem 1. Februar 2023	ausgespart wurden, ist zu sagen, dass hier davon auszugehen ist, dass durch die von den WEA ausgehenden Scheuchwirkungen die hohen Siedlungsdichten nicht mehr erreicht werden. Andererseits besteht dort Wiederansiedlungspotenzial, wo WEA zwar noch bestehen, aber aus anderen Ausschlussgründen nicht repowert werden können und absehbar rückgebaut werden. In der Beschreibung des Kriteriums wird dies besser deutlich gemacht. Weitere Kritikpunkte der Stellungnahme scheinen davon auszugehen, dass mit dem LEP weiterhin eine Konzentrations- bzw. Ausschlussplanung erfolgen soll. Das ist jedoch nicht der Fall und gemäß § 249 Abs. 1 BauGB auch nicht mehr zulässig. Eine reine Positivplanung unterliegt aber anderen Anforderungen als bisherigen Konzentrationsplanungen, die sich an der Anforderung messen lassen mussten, der Windenergie substanziell Raum zu verschaffen. Diese Anforderung wurde ersetzt durch die verbindlich zu erreichenden Flächenbeitragswerte gemäß WindBG. Solange eine Positivplanung auf diese Zielerreichung ausgerichtet ist, besteht ein planerisches Ermessen bei der Auswahl der dafür erforderlichen Vorranggebiete. Mit einer nach Abzug der Ziele der Raumordnung verbleibenden Potenzialfläche von über 7 % der Landesfläche ist dokumentiert, dass die Flächenbeitragswerte auf Ebene der Regionalplanung erreichbar sein werden. Solange dies der Fall ist spielt § 2 EEG zumindest auf der Planungsebene zur Festlegung von Ausschlusskriterien als Ziele der Raumordnung eine nachrangige Rolle. Dass der Regionalplan III zum Sachthema Wind bei der Aufstellung des neuen LEP nicht gänzlich berücksichtigt wird, liegt in der Natur der Sache und entspricht der Logik des § 245e BauGB sowie des WindBG. Vielmehr werden sich die neuen Regionalpläne Wind aus dem neuen LEP entwickeln und dessen Festlegungen berücksichtigen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausgeschlossen, vgl. § 245e Abs.1 Satz 1 BauGB. Das zeigt, dass die mit dem LEP verbundene Absicht des weiträumigen Ausschlusses der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein — erst recht — unzulässig ist. Im Einzelnen: 1. Abwägungsfehlerhafte Festlegung der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziel der Raumordnung Bei der Aufstellung der Raumordnungspläne sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen, § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG. Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums, die vom Träger der Raumordnung abschließend in textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplanen abgewogen werden müssen, § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG. Abzuwägen sind alle privaten Belange, die ‚nach Lage der Dinge” in die Abwägung eingestellt werden müssen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.11.1979 — 4 N 1.78, VerwRspr 1980, 678 (683)). Das notwendige Abwägungsmaterial ist in seiner Tendenz eher weit als eng; dennoch kann der Plangeber nicht ‚alles” berücksichtigen müssen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.11.1979 - 4 N 1.78, VerwRspr 1980, 678 (684)). Geringwertige, nicht schutzwürdige und nicht erkennbare Belange kann der Plangeber in seiner Abwägungsentscheidung unberücksichtigt lassen (BVerwG, Beschl. v. 9. 11. 1979 — 4 N 1.78, VerwRspr 1980, 678 (685)). Desto konkreter raumordnungs- rechtliche Festlegungen sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind (OVG Münster, Urt. v. 16.02.2024 — 22 D 150/22.AK, BeckRS 2024, 5777, Rz. 218). Festlegungen mit Zielqualitäten müssen nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 abschließend abgewogen sein. Zwar muss die raumordnerische Abwägung regelmäßig keine erschöpfende Abwägung sein. Das Gebot der planerischen Konfliktbewältigung verlangt aber u.a., lösbare Konflikte nicht in nachfolgende Planungsstufen hineinzutragen (Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG,§ 7 Rz. 41). Soweit jedoch Ziele der Raumordnung abschließend entschieden werden, muss dem eine umfassende Abwägung im Sinne der Ermittlung und Bewertung der bewirkten öffentlichen und privaten Belange vorausgegangen sein. Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an der Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	(Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, § 7 Rz. 42 m.w.N.). Indem der Landesentwicklungsplan Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten zum Ziel der Raumordnung erklärt, wird den nächstgeordneten Planungs- und Zulassungsbehörden jedwede Abwägungsmöglichkeit genommen. Die Festlegung als Ziel hat insbesondere zur Folge, dass keine Windenergieanlage im Geltungsbereich des Kriteriums genehmigt werden kann, weil ein Verstoß gegen die Ziele der Raumordnung vorläge, § 35 Abs. 3 Satz 2 BauGB. Da den Planungs- und Zulassungsbehödrden kein Abwägungsspielraum bleibt und im Verhältnis zur Fläche des Landes erhebliche Flächenteile ausgeschlossen werden, müsste sich die Abwägung durch die Landesplanungsbehörde kleinteilig und detailliert mit den betroffenen Belangen, insbesondere mit den verschiedenen privaten wie öffentlichen Belangen im Zusammenhang mit der Windenergie auseinandersetzen. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich die Festlegung von Wiesenvogel-Brutgebieten mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziel der Raumordnung durch eine Vielzahl von Abwägungsfehlern auf Grundlage der Planunterlagen aus. a) Abwägungsdefizite Zunächst einmal ist festzustellen, dass die öffentlichen wie auch privaten Belange im Zusammenhang mit der Windenergienutzung in den betroffenen Gebieten als relevante Belange nach § 2 Abs. 2 Nr. 1, Nr. 3 und Nr. 4 ROG ihren Weg nicht in die Abwägung gefunden haben bzw. nicht als Grundlage der Abwäagung ermittelt worden sind. So werden insbesondere die betroffenen privaten Belange in Bezug auf die Errichtung und Nutzung von Windenergieanlagen und die Versorgung mit regenerativen Energien im Zusammenhang mit der Festlegung mit keinem Wort auf S. 77 bis 78 des Plantextes erwähnt. Es wird lediglich erwähnt, dass die in den betroffenen Gebieten vorhandenen Bestandswindenergieanlagen nur noch Bestandsschutz genießen. Eine Abwägung mit den entsprechend betroffenen Belangen in Bezug auf die Windenergie findet aber nicht statt, sodass ein Abwägungsdefizit festzustellen ist. Ferner ist festzustellen, dass die aktuellen Planunterlagen für das Planvorhaben "NordOstLink (DC31)" in Form einer Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitung sowohl hinsichtlich seiner originären Trassenführung als auch mit einer Trassenalternative durch Miele-Niederung und das in den Planunterlagen ausgewiesene Wiesenvogel-Brutgebiet hindurch geht. Nichtsdestotrotz wird diese Tatsache und die betroffenen Belange mit keinem Wort in den aktuell eingereichten Planunterlagen und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	insbesondere im Erläuterungsbericht erwähnt. Es bestehen also Zweifel, dass die vorgesehenen Brutgebiete wirklich in tatsächlicher Hinsicht wie angenommenen vorhanden und schützenwert sind. Ähnliches gilt angesichts der Bundesfachplanung für das Vorhaben Nr. 48 "Höchstspannungsleitung Heide West — Polsum; Gleichstrom". Ihr Korridor B, Abschnitt Nord 1 Dithmarschen — Steinburg verlauft ebenfalls durch die von der geplanten Festlegung betroffenen Flächen. In den Antragsunterlagen in Form des Erläuterungsberichts werden zwar auch avifaunistisch wertvolle Bereich für Brut- und Rastvögel untersucht und der Planung zu Grunde gelegt. Von dem hier festgelegten Wiesenvogel-Brutgebiet in der Mieleniederung bzw. der Bedeutung der Flachen für Wiesenvogel ist aber an keiner Stelle des Erläuterungsberichts die Rede. Auf S. 77 bis 78 des Plantextes heif3t es hinsichtlich der betroffenen Teilgebiete, die von Wiesenvögeln besiedelt werden, dass die "fachlichen Schwellenwerte” für die Kernarten Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer erreicht und überschritten seien. Darüber hinaus findet man allerdings keine Ausführungen zu den einzelnen Arten, ihrem Siedlungsverhalten im konkreten Bereich und ihrer konkretindividuellen Betroffenheiten durch WEAs. Auch Ausführungen zu etwaigen Schutz oder Minderungsmaßnahmen, die eine Windenergienutzung in diesen Bereich für die jeweiligen Arten vertretbar machen könnte, sucht man vergeblich. Auf dieser Grundlage muss davon ausgegangen werden, dass das relevante Abwägungsmaterial nicht ausreichend ermittelt und zusammengestellt worden ist und somit defizitär ist. b) Abwägungsüberschreitung Im Einklang hiermit ist zu bezweifeln, dass die planerisch vorgesehenen Wiesenvogelbrutgebiete mit den tatsächlich vorhandenen und schützenswerten Brutgebieten übereinstimmen. Denn ausweislich des Wiesenvogelerlasses vom 25. Marz 2014 ist der gesamte Nordosten — ohne räumliche Ausnahmen — der Halbinsel Eiderstedt Schutzgebiet für Wiesenvogel. Die aktuelle Planzeichnung sieht im Hinblick auf Wiesenvogelbrutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten allerdings erhebliche ‚Aussparungen“ im Bereich der Ortschaften Südermarsch, Simonsberg, Uelvesbüll und Oldenswort vor. Interessanterweise sind exakt diese Flachen aktuell in raumordnungsrechtlicher Hinsicht Vorranggebiete für die Windenergie. Angesichts dieser Ungereimtheiten muss einstweilen davon ausgegangen werden, dass planfremde Ziele oder Belange herangezogen worden sind, so dass eine Abwägungsüberschreitung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vorliegt. c) Abwägungsfehleinschätzung Doch selbst wenn die relevanten öffentlichen und privaten Belange im Zusammenhang mit der Windenergie ihren Weg in die Abwägung gefunden hatte und keine planfremden Ziele oder Belange herangezogen worden wären, würde sich das Ergebnis der Abwägung durch eine Abwägungsfehleinschätzung auszeichnen. Grund ist, dass das Gewicht insbesondere des öffentlichen Belangs der Errichtung und des Betriebs von Windenergieanlagen bereits abstrakt falsch eingäschatzt worden ist. So bewertet § 2 Satz 1 EEG die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen als überragendes öffentliches Interesse. Dieses Optimierungsgebot wäre bei einer entsprechenden Abwägung nicht berücksichtigt worden, sodass selbst eine unterstellte Abwägung abwägungsfehlerhaft wäre. d) Abwägungsdisproportionalität Selbst wenn man annehmen wurde, dass nicht nur die öffentlichen und privaten Belange im Zusammenhang mit der Windenergieerzeugung der Abwägung zugeführt worden sind, keine planfremden Ziele und Belange herangezogen und auch § 2 Satz 1 EEG im Rahmen der Abwägung ausreichend Rechnung getragen worden wäre, wäre das Abwägungsergebnis aufgrund einer Abwägungsdisproportionalität abwägungsfehlerhaft. Denn das Abwägungsergebnis hat zwischen den verschiedenen Belangen keinen angemessenen Ausgleich hergestellt und würde gegen das Übermaßverbot verstoßen. Grund ist, dass das formulierte Ziel eine Windenergienutzung in den betroffenen Flächen kategorisch ausschließt. Diesbezüglich heißt es auf S. 77 bis 78 der Planbegründung: "Aufgrund seiner Lage hat Schleswig-Holstein national eine besondere Bedeutung für Wiesenvogelschutz. Einhergehend mit dem Landschaftswandel besteht seit den letzten Jahrzehnten ein Rückgang der Wiesenvogelpopulationen. Zum Schutz der Wiesenvögel sind Brutgebiete mit besonders hoher Siedlungsdichte bei einer Ausweisung von Windenergiegebieten ausgenommen. Diese Teilgebiete weisen Siedlungsdichten auf, die die fachlichen Schwellenwerte für die Kernarten (Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer) erreichen oder überschreiten. Sie sind von sehr hoher Bedeutung für den Wiesenvogelschutz. Diese Gebiete sind daher von der WEA freizuhalten.”	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausweislich der Begründung sind vom Rückgang der Wiesenvogelpopulationen verschiedene Vogelarten nicht zuletzt der Kiebitz, die Uferschnepfe, der Grote Brachvogel und Austernfischer betroffen. Allerdings wird sich an keiner Stelle der Planbegründung mit der konkret-individuellen Betroffenheit bzw. Sensibilität der einzelnen Wiesenvögel auseinandergesetzt (s. zuvor lit. a)). Es ist allerdings davon auszugehen, dass unterschiedliche Wiesenvogelarten in unterschiedlicher Weise von bestimmten Arten und Standorten von Windenergiekraftanlagen individuell betroffen sind. Eine derart erforderliche differenzierende Betrachtung und Abwägung finden allerdings nicht statt. Vielmehr ist Ergebnis der Abwägung lediglich, dass die betroffenen Gebiete kategorisch von Windenergieanlagen freizuhalten sind. Ergebnis einer entsprechend erforderlichen vertieften Abwägung könnte aber sein, dass nur bestimmte Gebiete in Bezug auf bestimmte Arten im Hinblick auf bestimmte Windenergieanlagentypen freizuhalten sind. Nicht zuletzt § 2 Satz 1 EEG verlangt eine entsprechende differenzierte Betrachtung und Abwägung. Indem allerdings kategorisch sämtliche Wiesenvogelpopulationen der Nutzung durch Windenergieanlagen gegenübergestellt werden, wird die Abwägung diesem erforderlichen Abwägungsmaßstab nicht ansatzweise gerecht. Insofern wird auch kein angemessener Ausgleich zwischen den widerstreitenden Belangen hergestellt. 2. Geltung der Planung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB in Form des Regionalplanes lll als lex specialis und Sperrung der Planung nach § 35 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB in Form des zukünftigen LEP Durch die Fortgeltung nach § 245e Abs. 1 Satz 1 BauGB der derzeit vorhandenen schleswigholsteinischen Regionalpläne ‚Windenergie an Land" als die Windenergie steuernde Planung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB würden diese lex specialis gegenüber dem zukünftigen LEP und seinen Zielen der Raumordnung nach § 35 Abs. 3 Satz 2 Hs. 1 BauGB darstellen. Demensprechend werden die der Windenergienutzung entgegenstehende Ziele und Grundsätze der Raumordnung des LEP solange verdrängt, wie in einem räumlichen Bereich wie dem einschlägigem weiterhin ein Regionalplan wie hier Regionalplan III gilt. Hier würde das ursprüngliche Planungskonzept durch den Planungsträger selbst ‚durchgreifend in Zweifel gezogen“ gezogen werden (vgl. OVG Lineburg, Beschl. v. 21.05.2024 — 12 LA 156/22, juris Rz. 38). Nach der Rechtsprechung ist eine Festlegung von Ausschlussflächen durch Negativziele der Raumordnung i. V. m. § 35 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB schon deshalb nicht möglich, weil die Spezialität des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB hinsichtlich der Festlegung	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	von Ausschlussflächen für die Windenergienutzung nicht umgangen werden darf. Negative Ziele der Raumordnung, die mit positiven Standortzuweisungen an anderer Stelle nicht durch das gesamträumliche Planungskonzept einer Konzentrationsflächenplanung verbunden sind, lassen sich als eine räumlich begrenzte Verhinderungsplanung werten, die im Hinblick auf die Spezialität des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB im Verhältnis zu § 35 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB unzulässig ist (OVG Lüneburg, Urt. v. 12.04.2021 — 12 KN 159/18, juris Rz. 109 m.w.N.). Der lex specialis-Charakter des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB beruht auf dem gesetzgeberischen Willen, eine Konzentrationsflächenplanung nicht als ausschließlich negativ wirkende Verhinderungsplanung zuzulassen, sondern nur auf der Grundlage eines schlüssigen (gesamträumlichen) Planungskonzepts, in welchem einerseits positiv geeignete Standorte für die Windenergienutzung festgelegt und andererseits ungeeignete Standorte im übrigen Planungsgebiet ausgeschlossen werden. Ein Planungskonzept, nach dem nicht nur ein zeitliches Zusammenfallen der Festlegung von Flächen stattfindet, auf denen nach den Vorstellungen des Plangebers aus mehr oder minder zwingenden Gründen eine Windenergienutzung zulässig bzw. unzulässig sein soll (OVG Liineburg, Urt. v. 12.04.2021 — 12 KN 159/18, juris Rz. 110). Auch nach dem Bundesverwaltungsgericht haben sich hierbei positive und negative Festlegung zwingend wechselseitig zu bedingen (BVerwG, Urt. v. 17.12.2002 — 4 C 15/01, juris). Dieses im Rahmen der Fortgeltung des Regionalplanes II verfolgte Planungskonzept unter wechselseitig einander bedingten positiven wie negativen Festlegungen würde bei mangelnder Spezialität und Sperrwirkung des zukünftigen Regionalplanes durch die Ausschlusskriterien des LEP im Hinblick auf die Windkraftnutzung torpediert. 3. Verstoß gegen § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 ROG Sofern man davon ausgeht, dass der fortgeltende Regionalplan II als Planung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB kein lex specialis gegenüber dem zukünftigem LEP darstellt, und beide Pläne gleichermaßen gelten, würde der LEP auf Grundlage der aktuellen Planunterlagen gegen § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 ROG verstoßen. Grund ist, dass die relevanten Ziele, Grundsatze und sonstigen Erfordernisse des Regionalplan III im Rahmen der Planung nicht ausreichend bzw. größtenteils überhaupt nicht berücksichtigt worden sind. So werden ausschließlich auf S. 28 des Plantextes die "jeweils geltenden Regionalpläne" der Ordnungsräume Hamburg, Lübeck und Kiel hinsichtlich der dort vorgesehen Siedlungsachsen sowie der Regionalplan für den Ordnungsraum Hamburg	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	hinsichtlich der dort ausgewiesenen besonderen Siedlungsraume als Gegenstand der planerischen Berücksichtigung erwähnt. Vor allem der nach wie vor auch für die Flachen unserer Mandantinnen geltende Regionalplan 1l wird wiederum mit keinem Wort erwähnt. Demensprechend wurden auch dessen Ziele, Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung, nicht zuletzt in Form der dort ausgewiesenen Vorranggebiete für die Windenergie, nicht im Rahmen der Abwägung berücksichtigt. Sofern der Plangeber die Ziele, Grundsätze und sonstige Erfordernisse nicht zuletzt des Regionalplanes III berücksichtigt hatte, wäre auch aufgefallen, dass diese teilweise im Widerspruch zu den in den Planunterlagen ausgewiesenen Zielen stehen. Vor dem dargesteliten Hintergrund gehen wir davon aus, dass die Planunterlagen entsprechend überarbeitet werden. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift] [redacted] -Rechtsanwalt-	
Institution: Amt Marne-Nordsee, Bauverwaltung **ID: 2064**	Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog ist von dem von der Landesplanungsbehörde vorgelegten ersten Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zum Sachthema Windenergie ganz besonders betroffen. Der Entwurf nimmt der Gemeinde in dieser Form faktisch die Möglichkeit, zum Erreichen der bundesgesetzlichen Flächenbeitragswerte und der Ausbauziele für Windenergie an Land in Schleswig-Holstein weiter beizutragen. Trotz der ausgezeichneten Rahmenbedingungen, der Erfolgsgeschichte von konfliktfreier Windenergienutzung in der Gemeinde und durchgängiger Befürwortung durch die Gemeindebürger sollen nach den Vorgaben der Landesregierung perspektivisch keine Windenergieanlagen mehr in der Gemeinde betrieben werden können. Ursache dafür sind die im Entwurf der Landesregierung vorgesehenen Ziele der Raumordnung im Landesentwicklungsplan, für die keine Ausnahmen für Gebiete mit vorhandenen Windenergieanlagen vorgesehen sind. Vor diesem Hintergrund geben wir als Gemeinde die folgende Stellungnahme zu dem Entwurf des Landesentwicklungsplans ab, mit der die Gemeinde gleichzeitig ihre	Die Gemeindeöffnungsklausel, die in SH über § 13b LaPlaG geregelt ist, ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Die Bedeutung, die die Windenergienutzung für die Gemeinde hat, wird anerkannt. Gerade weil die Gemeinde sehr früh in die Windenergienutzung eingestiegen ist, sind die WEA dort noch unter ganz anderen planungs- und genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen entstanden, denen deutlich kleinere WEA zugrunde lagen. Mit den heute marktgängigen WEA von 200 m Gesamthöhe und mehr gehen andere immissionsschutzrechtliche und baurechtliche Anforderungen einher. Es ist fraglich, ob solche WEA bei den in der Gemeinde aufgrund der Siedlungsstruktur zwangsläufig geringeren Abständen noch genehmigungsfähig wären. Ggf. wäre nur ein Betrieb mit deutlichen Abschaltzeiten möglich. Demgegenüber

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Unterstützung für die Betreiber der in der Gemeinde vorhandenen Windenergieanlagen betonen will: Die Gemeinde spricht sich ausdrücklich dafür aus, dass auch in Zukunft Windenergienutzung und ein standortnahes Repowering der bestehenden Windenergieanlagen auf dem Gemeindegebiet ermöglich werden soll. Nach den Vorstellungen der Landesregierung soll dies jedoch zukünftig offenbar ausgeschlossen werden. In der Gemeinde werden zurzeit 26 Windenergieanlagen mit einer Erzeugungskapazität von insgesamt fast 60 MW betrieben. Die im Entwurf des von der Landesregierung vorgelegten Landesentwicklungsplans vorgesehenen Ziele der Raumordnung führen nicht nur dazu, dass in der Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog im Rahmen der Teilaufstellung des Regionalplans keine Windenergiegebiete ausgewiesen werden können, sondern auch dazu, dass trotz der vom Bundesgesetzgeber geschaffenen Möglichkeiten ein Repowering außerhalb von ausgewiesenen Gebieten im Kaiser-Wilhelm-Koog nicht mehr möglich sein wird. Der Landesgesetzgeber hat auch den Anwendungsbereich der sog. „Gemeindeöffnungsklausel“ im Baugesetzbuch durch die Vorgaben für das vorgesehene Zielabweichungsverfahren im Rahmen der neuen Regelung in § 13b Landesplanungsgesetz derart verengt, dass sie in der Gemeinde ebenfalls nicht erfolgreich angewendet werden kann, um eine eigene Windenergieplanung vorzunehmen. Die Gemeinde fordert die Landesregierung daher hiermit ausdrücklich auf Voraussetzungen zu schaffen, mit denen es ermöglicht wird, auf ihrem Gemeindegebiet auch weiterhin Windenergieanlagen zu repowern und neu zu errichten, und den Entwurf für die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans für Windenergie entsprechend anzupassen. 1. **Bedeutung der Windenergie in der Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog** 2. **Ausnahmeregelungen für Gebiete mit Bestandsanlagen zur Ermöglichung eines standortnahen Repowerings** 3. **Hochstufung von Grundsätzen zu Zielen**	sind Standorte mit möglichst wenig Restriktionen vorzuziehen. Zur Berücksichtigung des Bürgerwillens wird auf Ziffer 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen. Das Konzept des LEP mit zahlreichen Zielen und Grundsätzen wird beibehalten. Es soll bewusst dazu dienen, die Windenergienutzung landesweit auf die sich aus den Zielen ergebende Potenzialfläche zu kanalisieren. Ansonsten wäre keine räumliche Steuerung mehr möglich, da gem. § 249 Abs. 1 BauGB keine Konzentrationsplanung mehr zulässig ist. Hauptgrund für den Entfall der Windenergieflächen in der Gemeinde sind die zu geringen Abstände zu Wohngebäuden im Außenbereich und zum Innenbereich an der Kreuzung Norderstraße / Schulstraße, so dass nur Kleinstflächen verbleiben. Die Stellungnahme wird zum Anlass genommen, die Abgrenzung des Innenbereiches noch einmal zu überprüfen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4. **Eignung von Flächen für die Windenergienutzung** 5. **Keine Zielfestlegungen für raumbedeutsame Windenergieanlagen und für Windenergiegebiete außerhalb der Vorranggebiete Windenergie** 6. **Artenschutzrechtliche Festlegungen** 1. **<u>Bedeutung der Windenergie in der Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog</u>**Die Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog hat weniger als 400 Einwohner bei einer Fläche von mehr als 1.300 ha. Auf dem Gemeindegebiet werden zurzeit insgesamt 26 Windenergieanlagen betrieben. Sechs WEA werden durch 3 Bürgerwindpark GmbH und Co. KG‘s betrieben, in denen die gemeindeeigene Bürgerwindpark GmbH die Komplementärin stellt. Hier sind etwa 130 Bürger beteiligt. In Verbindung mit Eigenbeteiligungen profitiert der überwiegende Anteil der Haushalte im Kaiser-Wilhelm-Koog von der Nutzung der Windenergie. Über Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinde partizipieren letztlich aber alle Gemeindebürgerinnen und -bürger an der Windenergienutzung in der Gemeinde. Der größere Teil der Gewerbesteuereinnahmen fließt über die Umlage dem Amt und dem Kreis zu und trägt damit zur Stärkung einer strukturschwachen Region bei. Durch die hohe Bürgerbeteiligung kann die Gemeinde insofern als Vorbild für die Partizipation an Windenergieerzeugung vor Ort gelten. Man kann sagen, das Windenergieanlagen für die Einwohner der Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog zur Gemeinde wie der Deich gehören. Die Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog gilt als die Wiege für die Windenergienutzung in Deutschland. Bereits Ende der 1970er Jahre ist die Gemeinde als Standort für die damals größte und leistungsfähigste Windenergieanlage der Welt „GROWIAN“ ausgewählt worden, die im Jahr 1983 in Betrieb genommen wurde. 1987 wurde in der Gemeinde dann der erste Windpark Deutschlands, der Windenergiepark Westküste, mit insgesamt 30 Windenergieanlagen in Betrieb genommen. In der Folge wurden die erprobten Windenergieanlagen aufgrund der guten Erfahrungen durch neue und effizientere Anlagen ersetzt. Parallel dazu entstand auch ein Testfeld für Windenergieanlagen. In den folgenden Jahren fand dann weiteres Repowering bestehender Anlagen statt, womit die Effizienz der Windenergieerzeugung immer weiter gesteigert werden konnte. Die Befürwortung in der Bevölkerung war durchgängig hoch.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Gemeinde blickt insofern auf eine lange Tradition erfolgreicher und durchweg konfliktfreier Windenergieerzeugung zurück. Durch die Planung des Landes würde diese trotzdem beendet. Auch die teure vorhandene Infrastruktur, die für die Windenergieanlagen errichtet wurde, würde letztlich nutzlos. Dies erscheint aus Sicht der Gemeinde und ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht sachgerecht. 2. **Ausnahmeregelungen für Gebiete mit Bestandsanlagen zur Ermöglichung eines standortnahen Repowerings** Aus Gemeindesicht ist nicht nachvollziehbar, warum Gebiete mit Bestandsanlagen wie die Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog und Gebiete, in denen sich bisher keine Windenergieanlagen befinden, gleichen Festlegungen unterworfen werden sollen, obwohl ganz erhebliche Unterschiede zu Gebieten ohne Windenergieanlagen bestehen. Während mit Windenergieanlagen unbebaute Gebiete nur weiterhin freigehalten werden, verhindern die im Entwurf des Landesentwicklungsplans vorgesehenen Ziele und Grundsätze der Raumordnung in der Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog die Fortsetzung der erfolgreichen Windenergieerzeugung und ein Repowering der Bestandsanlagen. Der aus der vorhandenen Windparkinfrastruktur resultierende maßgebliche Standortvorteil wurde nicht hinreichend berücksichtigt. Der langjährige laufende konfliktfreie Betrieb der Bestandsanlagen spricht zudem eindeutig für eine Verträglichkeit der Windenergienutzung mit konkurrierenden Nutzungen und Belangen auf dem Gemeindegebiet. Auch der Kreis Dithmarschen empfiehlt im Rahmen seiner Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplans, die Planung daran zu orientieren, wo bereits die entsprechende Infrastruktur und oft auch die Akzeptanz für Windenergienutzung vorhanden sind. Dies stärke die beidseitig die Akzeptanz. So sollten dort, wo Windkraftanlagen auf Widerstand stoßen könnten, Flächen entlastet werden, und dort, wo Windkraftanlagen akzeptiert oder gar gewünscht sind, eine Konzentration der Planung stattfinden. Dieser Ansatz erscheint sachgerecht, wird aber auf Landesebene offenbar leider verkannt. Bei der Festlegung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung muss die Landesplanung schließlich auch die tatsächlich zu erwartende Entwicklung mit einbeziehen. Zwar mag den Betreibern für die aktuell betriebenen Anlagen ein Bestandsschutz bis zum Ende ihrer Lebenszeit gewährt werden. Aber das Ersetzen älterer Anlagen durch neue effizientere und emissionsärmere Anlagen im Wege eines	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Repowerings erweist sich erfahrungsgemäß regelmäßig als weit sinnvoller und würde gleichzeitig zu einer zeitlich früheren Reduzierung der Anlagenzahl und Entlastung des Raums führen, wie sich in der Vergangenheit im Rahmen von Repowering im Kaiser-Wilhelm-Koog über die Jahre wiederholt gezeigt hat. Die festgelegten Ziele und Grundsätze der Raumordnung sollten sich daher nicht, jedenfalls nicht uneingeschränkt auf Gebiete mit Bestandsanlagen erstrecken. Es sollten insofern Ausnahmen von den im Entwurf des Landesentwicklungsplans festgelegten Zielen und Grundsätzen der Raumordnung für Flächen mit Bestandsanlagen ergänzt werden, um ein standortnahes Repowering zu ermöglichen. Insoweit bietet es sich an, Gebiete mit Bestandsanlagen von den im Entwurf des Landesentwicklungsplans festgelegten Zielen und Grundsätzen der Raumordnung pauschal auszuklammern oder aber für die im Entwurf des Landesentwicklungsplans vorgesehenen Ziele und Grundsätze der Raumordnung jeweils eine Ausnahme entsprechend des Bürgerwillens für Gebiete mit Bestandsanlagen zu ergänzen. Auf diese Weise ließen sich die vorhandenen Flächenpotentiale effektiv nutzen, zumal die vom Bundesgesetzgeber vorgesehene Zielabweichungsmöglichkeit in der Gemeindeöffnungsklausel durch die landesrechtlichen Vorgaben im Landesplanungsgesetz sowie auch die Repowering-Privilegierungen des BauGB durch die Ziele der Raumordnung bereits massiv eingeschränkt werden. Hier stellt sich auch die Frage nach der Notwendigkeit der vorgelegten Landesplanung. Die Errichtung und der Betrieb ist weitere übergeordnete Gesetze und Verordnungen bereits umfassend reglementiert. 3. **<u>Hochstufung von Grundsätzen zu Zielen</u>** Viele die Gemeinde betreffende Ziele der Raumordnung sind in der aktuell geltenden Fassung des Landesentwicklungsplans (LEP) 2010 Kapitel 3.5.2 (Windenergie an Land) aus dem Jahr 2020 noch als Grundsätze der Raumordnung formuliert. Während im Landesentwicklungsplan Wind 2020 nur drei Zielfestlegungen enthalten sind, sieht der Entwurf des Landeentwicklungsplans nunmehr 36 verbindliche Ziele der Raumordnung vor, mit denen die bisherigen Abwägungsspielräume der Regionalplanung weitestgehend aufgehoben werden. Das bisherige Reglungskonzept des Landesentwicklungsplans Wind 2020 sollte beibehalten werden, um im Rahmen der Regionalplanung einzelfallgerechter agieren zu können. Jedenfalls sollten die Ziele der Raumordnung im Landesentwicklungsplan auf das notwendige Maß beschränkt werden und die bisher im Grundsatz „3 G“ zu Ziffer 3.5.2 des Landesentwicklungsplans Wind 2020 als „weiche Tabukriterien“ und „Abwägungskriterien“ formulierten Festlegungen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	auch weiterhin nur im Rahmen eines Grundsatzes der Raumordnung gefasst werden. 4. **<u>Eignung von Flächen für die Windenergienutzung</u>** Die Regionalplanung sollte bei der Flächenausweisung auch die naturräumliche Beschaffenheit, insbesondere die Windhöffigkeit, die vorhandene Akzeptanz bzw. Zustimmung durch die Beteiligung der Menschen vor Ort an der Wertschöpfungskette, die Verträglichkeit bisheriger Windenergienutzung und nicht zuletzt die vorhandene Infrastruktur und das Know- vor Ort berücksichtigen. All das wird bedauerlicherweise außer Acht gelassen, wie sich im Falle der Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog zeigt. Nicht zuletzt ist aber auch zu bedenken, dass bei isolierter Betrachtung der Erreichung der Flächenbeitragswerte in Prozent der Landesfläche nicht unbedingt die Erreichung der tatsächlich benötigten Ausbau- und Erzeugungskapazitäten bedeutet, da die genannten maßgeblichen Faktoren für eine erfolgreiche, effiziente und möglichst verträgliche Windenergienutzung bei der gewählten Herangehensweise leider keine Berücksichtigung finden. Die Beurteilung der Eignung von Flächen für die Windenergienutzung auf Ebene der Regionalplanung soll hingegen offenbar primär anhand der Flächengröße erfolgen. Eine Beurteilung, ob eine Windenergieanlage auf einer danach ausreichend großen Fläche tatsächlich wirtschaftlich betrieben werden kann, wird ausweislich des Entwurfs des Landesentwicklungsplans von der Regionalplanung nicht verlangt. Eine solche Beurteilung ist aber zwecks Erreichung „*der energie- und klimapolitischen Ziele, zu denen der Ausbau der Windenergie an Land einen maßgeblichen Beitrag*“ leisten soll, zwingend notwendig. 5. **<u>Keine Zielfestlegungen für raumbedeutsame Windenergieanlagen und für Windenergiegebiete außerhalb der Vorranggebiete Windenergie</u>** Auf die Festlegung von Zielen der Raumordnung für raumbedeutsame Windenergieanlagen und für Windenergiegebiete außerhalb der Vorranggebiete Windenergie im Landesentwicklungsplan sollte grundsätzlich verzichtet werden. Maßgeblich sind insoweit allein die jeweiligen besonderen Umstände des Einzelfalls, die aber auf Ebene des Landesentwicklungsplans nicht hinreichend berücksichtigt werden können. So erweist sich bspw. ein Umgebungsbereich nach „Z 1“ zu Ziffer 4.5.1.1. des Entwurfs des Landesentwicklungsplans bei einer kleineren Anlage als der Referenzanlage in jedem Fall als unverhältnismäßig groß. Die vorgenommene	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Pauschalierung ist nicht erforderlich und auch nicht sachgerecht. Jedenfalls bei Flächen mit Bestandsanlagen sollte – wie schon unter Ziffer II. ausgeführt – auf verbindliche Zielvorgaben für raumbedeutsame Windenergieanlagen und für Windenergiegebiete außerhalb der Vorranggebiete Windenergie verzichtet werden. Es stellt sich darüber hinaus die Frage, ob durch die landesrechtliche Einschränkung der bundesrechtlichen Gemeindeöffnungsklausel nicht die grundgesetzlich geschützte kommunale Selbstverwaltungsgarantie verletzt wird. Es stellt sich zudem die Frage, ob die Beschränkung der bundesgesetzlichen Regelungen zur Privilegierung des Repowerings durch die Ziele der Raumordnung rechtmäßig ist. 6. **<u>Artenschutzrechtliche Festlegungen</u>** Unabhängig davon, dass von den artenschutzrechtlichen Festlegungen – wie bereits dargelegt – Ausnahmen für Gebiete mit Bestandsanlagen zur Ermöglichung eines standortnahen Repowerings festgelegt werden sollten, sollten die artenschutzrechtlichen Zielvorgaben „Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel“, „Kolonien von Trauer- und Lachseeschwalben und Umgebungsbereiche“ sowie „Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung“ für das Gebiet der Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog noch einmal genau überprüft werden. Dass es de facto über viele Jahre zu keinen nennenswerten artenschutzrechtlichen Konflikten gekommen ist und solche auch nicht zu erwarten sind, können nicht zuletzt auch mehrere Gutachten belegen, die im Zusammenhang mit der Windenergienutzung erstellt und der Landesplanung bereits im Rahmen der vorangegangenen Öffentlichkeitsbeteiligungen zum Regionalplan vorgelegt wurden. Darüber hinaus gibt es zwischenzeitlich zertifizierte, technische Lösungen, die eine proaktiven Artenschutz sicherstellen. Nach alledem schließt sich die Gemeinde im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger der Auffassung der Betreiber der Bestandsanlagen in der Gemeinde an, dass die so erfolgreiche Windenergieerzeugung im Kaiser-Wilhelm-Koog fortgesetzt werden sollte, unterstützt ausdrücklich die Betreiber in ihrem Anliegen und macht sich ihre Argumentation zu eigen. Insofern wird im Übrigen auch auf die gemeinsame Stellungnahme der Betreiber der Bestandsanlagen im Gemeindegebiet verwiesen. Mit freundlichen Grüßen Der Bürgermeister der Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Institution: Amt Marne-Nordsee, Bauverwaltung **ID: 2070**	Das Amt Marne-Nordsee gibt für seine amtsangehörigen Gemeinden / der Stadt Marne folgende Stellungnahme ab: Es wird von Seiten des Amtes Marne-Nordsee auf die bereits bestehende Netzinfrastruktur – auch außerhalb der bereits im REP 2020 festgelegten Windeignungsgebiete - hingewiesen. Diese vorhandene Netzinfrastruktur sollte bei Aufstellung der Regionalpläne – auch außerhalb der bereits vorhandenen Windeignungsgebiete - unbedingt Berücksichtigung finden, gerade aus volkswirtschaftlichen Gründen. Zudem bittet das Amt Marne-Nordsee um Beachtung, dass den Gemeinden weiterhin Flächen für Entwicklungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen müssen. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass der Grundsatz zur Beachtung von „Vorbelasteten Räumen“ aus der Teilfortschreibung des LEP 2010 im Entwurf zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Fortschreibung 2021 nicht mehr enthalten ist. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.4.1, 7.2.5 und 7.2.6 der allgemeinen Synopse verwiesen. Der Hinweis zur Nicht-Berücksichtigung vorbelasteter Räume wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der aktuellen Planungen hat sich der Plangeber gegen die Aufnahme eines entsprechenden Abwägungsbelangs entschieden.
Öffentlichkeit: Privatperson **ID: M2461**	Sehr geehrte Damen und Herren, Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung Wind Energie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 erster Entwurf Juni 2024 sende ich hiermit als betroffener Bürger der Gemeinde Westensee meine Stellungnahme ein: Die Installation von Windkraftanlagen und damit die Missachtung der Gesetzesgrundlagen für Naturparks ist rechtlich unzulässig. Eine Veränderung der Gesetzesgrundlage zur Installation neuer Windenergieanlagen wäre ethisch nicht vertretbar. Die Öffnung der Landschaftsschutzgebiete für die Windkraft ist gesetzlich unzulässig	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2, 2.3, 2.4, 3.17.1, 3.18.1, 4.9.1, 4.18.1, 5.1.1, 7.2.1, 7.2.9, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und wäre unmoralisch, da sie eine einschneidende Veränderung der letzten geschützten und industriell unangetastet schleswig-holsteinischen Naturlandschaft zu einer Industrieland bedeuten würde. Die Abstandsverringerung zu Vogelbrutgebieten ist rechtlich unzulässig und ethisch nicht vertretbar: seltene und geschützte Vogelarten und Fledermausarten würden ihre Brutstätten und ihr Jagdrevier verlieren. Wir haben es gerade erlebt, dass die dringend notwendige und geplante energetische Sanierung der Felder Grundschule nicht durchgeführt wurde. Solange so etwas passiert, brauchen wir keine neuen Anlagen, um zusätzliche Energie zu gewinnen, sondern ein Umdenken bei der energetischen Sanierung des öffentlichen Baubestands. Die Mindestabstandsverringerung zu Wohnbebauung und damit die Unterschreitung der Sicherheitsvorschriften hinsichtlich Trümmerschatten und Sicherheitsradius zu Schutzgütern ist alleine baurechtlich und hinsichtlich der Feuerschutzbestimmungen nicht zulässig. Darüber hinaus würde eine erhebliche Bedrängung der Bevölkerung durch die Anlagen im Nahbereich ihrer Wohnstätten resultieren, was neben der rechtlichen Unzulässigkeit ethisch und moralisch verwerflich wäre. Die erhebliche Kontamination der Böden mit CKF- und GFK-Abrieb aus den Anlagen (140kg je Anlage pro Jahr laut Betreibermessungen), der als Sondermüll mit Deponieverbot in Deutschland gilt, passt nicht zu den ökologischen Zielen des Landes Schleswig-Holstein. Wie will das Land vor diesem Hintergrund die erhebliche, neu hinzukommende ökologische Belastung der Ackerflächen erklären oder rechtfertigen? Windenergie ist die teuerste Form der Energiegewinnung. Windenergieanlagen sind wie bekannt hoch subventioniert - Das Geld kommt aus den Steuergeldern, der Bürger. Es ist nicht hinzunehmen, dass die Bürger zu Gunsten der wirtschaftlichen Sicherheit der Betreiber von immer noch mehr und immer größeren Windenergieanlagen zur Kasse gebeten werden. Viele Menschen haben heute schon kaum genug Geld, um von ihrem täglichen Arbeitsverdienst ihren Lebensunterhalt sorgenfrei zu bestreiten und gehen lieber in die Arbeitslosigkeit, weil sie dort sorgenfreier leben können. Aus solchem Denken heraus haben wir heute einen erheblichen Arbeitskräftemangel, den wir alle deutlich zu spüren bekommen. Das Land muss da hin kommen, die Subventionen für Großindustrielle abzubauen und die Betreiber der Windkraftanlagen für die Wirtschaftlichkeit und Sicherheit der Anlagen zunächst selbst verantwortlich zu machen, statt neue Anlagen mit neuen Belastungen für die Bürger zuzulassen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die anfängliche Euphorie für Windkraftanlagen, die auch ich einmal geteilt habe, ist also aufgrund der über die letzten Jahrzehnte erhobenen Daten großen Bedenken gewichen. Wir müssen aus Fehlern lernen. Ich appelliere an die Landesregierung und die Gemeinden Schleswig-Holsteins, unerreichbar für die versuchten Begünstigungen und Zuwendungen der Windenergieentwickler, Windenergiebetreiber und Landbesitzer zu sein und votiere gegen die Antastung und Belastung von Naturparks und Landschaftsschutzgebieten für den zusätzlichen Ausbau von Windenergie- oder anderen Industrieanlagen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2871	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Einschränkung der Luftroute, Hubschrauber etc.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Seeadler Horstgefährdung Rotmilan -„- Erhaltung des Biotop System Havariefall der Anlagen Erhaltung der Knicklandschaft Gefährdung des Tourismus Abstandsregelung zu Wohnhäusern ist zu gering. Mindestens 1500m! Einschränkung durch: Schattenwurf, Lärm, Infraschall, Eiswurf Abgabefrist ist eine Unverschämtheit! Mindestens 6 Monate Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Naturschutzverein Südtondern e.V. ID: M2398	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegend übersenden wir eine Stellungnahme zu der seitens des Landes vorgelegten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Windenergie an Land mit der Bitte um Beachtung und Berücksichtigung bei der weiteren Planung. Mit freundlichem Gruß [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, seitens des Naturschutzvereines Südtondern e.V. möchten wir nachfolgende	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellungnahme zu der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ abgeben. Grundsätzlich befürwortet der Naturschutzverein Südtondern e.V, die naturverträgliche Energiewende als Alternative zur . Mit den hier vorgelegten Änderungen im Landesentwicklungsplan hin zu einer intensiveren Nutzung der Landschaft zur Energiegewinnung werden allerdings aus der Sicht des Vereines einige bislang gewichtete Ziele wie Artenschutz, Biotopschutz und Schutz der Biodiversität in die Bedeutungslosigkeit verschoben. Die Ausweitung der potentiellen Wind-Vorranggebiete in die Landschaftsschutzgebiete und in die Nähe von FFH- und VSGebieten hinein konterkariert den bislang vorrangigen Schutz dieser Gebiete massiv. Auch die Bereiche der erst kürzlich beschlossenen Biodiversitätsstrategie werden nicht von der Planung berücksichtigt. Es werden damit auch die Bemühungen des ehrenamtlichen Naturschutzes in und für diese Bereiche erheblich beeinträchtigt. Ein weiterer Kritikpunkt ist die nicht zu berücksichtigende Neizkapazität für die Ableitung des erzeugten Stromes, diese wird daher wieder zu einem erhöhten Abregeln der Windenergieerzeugungsanlagen führen. Die Folgen daraus werden weiterhin erhöhte Netzentgelten für die Stromkunden in Schleswig-Holstein sein und damit auch die Akzeptanz der Windenergieerzeugung weiter beeinträchtigen. Insbesondere bereitet die Ausweisung von potentiellen Erzeugungsflächen im Bereich Gotteskoog, ehemaliges Landschaftsschutzgebiet „Wiedingharde- und Gotteskoog“, einem der wenigen in Nordfriesland bislang windkraftfreien größeren Gebietskulissen, dem Verein große Sorgen. Hier werden tlw. Flächen eingezeichnet, die an Europarechtlich geschützte Vogelschutzgebiete grenzen, die anderen Schutzausweisungen unterliegen und die auch im Bereich der Moor- und Anmoorkulisse liegen. Gerade der Bau der Erschließungsanlagen und der Gründungen der Erzeugungsanlagen sind ein massiver Eingriff in den Boden, in diesem Fall damit auch in den sonst intensiv vor Eingriffen geschützten Moorböden. Die Folgen dieser Eingriffe sind nicht auszugleichen, somit sind sie zu unterbleiben. Der Naturschutzverein Südtondern e.V. fordert, Vorrangflächen für Windenergie in Nordfriesland nicht in bestehenden und ehemaligen LSG auszuweisen. Die bestehenden und ehemaligen LSG an der Westküste sind unbedingt von Windenergieanlagen frei zu halten, um an der Westküste die letzten windkraftfreien	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsgebiete zu erhalten. Dies dient auch der Akzeptanz in der dortigen Bevölkerung und der Möglichkeit bestehende und zukünftige Artenhilfsprogramme umzusetzen. Mit freundlichem Gruß [Unterschrift] 1. Vorsitzender	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2323	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit meine Stellungnahme zu dem Entwurf Landesverodnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land abgeben. Nach sorgfältiger Prüfung und Analyse der Fakten und Informationen, die mir zur Verfügung standen, bin ich zu dem folgenden Schluss gekommen: 1. Aufgrund der geringen Entfernung der geplanten Windkraftanlagen zu unserem Haus, (900m) würden wir durch Lärm und Schattenwurf der über 200 Meter großen Windkraftanlagen beeinträchtigt und geschädigt werden. Es gäbe einen Immensen Verlust der Lebensqualität. 2. Mein Arbeitsplatz (Hotel/Restaurant) würde durch die Windkraftanlagen stark geschädigt werden, da alle Hotelgäste unmittelbar auf die Windkraftanlagen gucken würden. Dadurch wird der Reiz des Hotels in der Natur zerstört und die Hauptzahl der Gäste würde fernbleiben. Dies bestätigt sich bereits durch Umfragen die im Betrieb bei Gästen vorgenommen wurden. Ich würde Angst haben meine Arbeitsstelle durch Schließung zu verlieren. 3. Der Ort Blunk und Umgebung zählt als besonders schützenswert für die Natur und Fauna, da sich hier Rotmilane und andere seltene Vogelarten niedergelassen haben. Bereits 2017 wurde deshalb ein Vorhaben für Windenergie verboten! Durch die geplanten Windkrafträder würde die Vogel und Naturwelt geschädigt oder sogar ganz	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfs.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	vertrieben werden. 4. Bei Defekt der Windkrafträder besteht Lebensgefahr fürs Leibliche Wohl, Studien zeigen, dass Trümmerteile mehre Kilometerweit fliegen können und diese könnte Anwohner oder Hotelgäste lebensgefährlich verletzen. 5. Der Großteil aller umliegenden Dörfer hat sich auf mehreren Kundgebungen gegen die Windenergie ausgesprochen.	
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 2089	Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein möchten wir uns zur Potentialfläche in der Gemeinde Epenwöhrden äußern. Nach sorgfältiger Prüfung möchten wir festhalten, dass die Abgrenzung der Potentialfläche korrekt erfolgt ist und die angemeldeten Wohnnutzungsaufgaben ordnungsgemäß in die Planungen übernommen wurden. Die Gemeinde Epenwöhrden plant, diese Potentialfläche als Windenergiegebiet im Rahmen der Gemeindeöffnungsklausel über die 7. Änderung des Flächennutzungsplans auszuweisen. Diese Vorgehensweise begrüßen wir ausdrücklich, da sie im Einklang mit den Festlegungen des aktuellen Entwurfs des Landesentwicklungsplans steht. Die Harmonie zwischen den Planungen der Gemeinde und den landesplanerischen Vorgaben stellt sicher, dass die Potenziale der Windenergie effizient genutzt werden können, um die Energiewende weiter voranzutreiben. Wir möchten die Landesplanungsbehörde daher darum bitten, die Planungen der Gemeinde Epenwöhrden im Rahmen des kommenden ersten Regionalplanentwurfs ebenfalls zu berücksichtigen. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um die rechtlichen und planerischen Grundlagen für die zügige Umsetzung der Windenergieprojekte in der Region zu schaffen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2322	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit meine Stellungnahme zu dem Entwurf Landesverodnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land abgeben. Nach sorgfältiger Prüfung und Analyse der Fakten und	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Informationen, die mir zur Verfügung standen, bin ich zu dem folgenden Schluss gekommen: 1. Aufgrund der geringen Entfernung der geplanten Windkraftanlagen zu unserem Haus, (900m) würden wir durch Lärm und Schattenwurf der über 200 Meter großen Windkraftanlagen beeinträchtigt und geschädigt werden. Es gäbe einen Immensen Verlust der Lebensqualität. 2. Mein Arbeitsplatz (Hotel/Restaurant) würde durch die Windkraftanlagen stark geschädigt werden, da alle Hotelgäste unmittelbar auf die Windkraftanlagen gucken würden. Dadurch wird der Reiz des Hotels in der Natur zerstört und die Hauptzahl der Gäste würde fernbleiben. Dies bestätigt sich bereits durch Umfragen die im Betrieb bei Gästen vorgenommen wurden. Ich würde Angst haben meine Arbeitsstelle durch Schließung zu verlieren. 3. Der Ort Blunk und Umgebung zählt als besonders schützenswert für die Natur und Fauna, da sich hier Rotmilane und andere seltene Vogelarten niedergelassen haben. Bereits 2017 wurde deshalb ein Vorhaben für Windenergie verboten! Durch die geplanten Windkrafträder würde die Vogel und Naturwelt geschädigt oder sogar ganz vertrieben werden. 4. Bei Defekt der Windkrafträder besteht Lebensgefahr fürs Leibliche Wohl, Studien zeigen, dass Trümmerteile mehre Kilometer weit fliegen können und diese könnte Anwohner oder Hotelgäste lebensgefährlich verletzen. 5. Der Großteil aller umliegenden Dörfer hat sich auf mehreren Kundgebungen gegen die Windenergie ausgesprochen. 6. Ich bin aus Viatnam nach Deutschland gekommen wegen der Natur und der Ruhe, dieser Aspekt würde durch die Windkraftanlagen verloren werden.	Planentwurfs.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2868	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 2.5.1, 7.1.3, 7.1.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Der vorgesehene Mindestabstand von 400m zu Wohnhäusern im Außenbereich und die Abschaffung einer Höhenbegrenzung, ist nichts anderes als Menschenverachtung. Nach dem Gesetz der [redacted] Rücksichtnahme sind größere Mindestabstände erforderlich. Gemäß dem Gutachten (Veenker 2020) müssen „Unbedenklichkeitsabstände“ von 920m eingehalten werden. Als Kommunalpolitiker im Kreistag Rd/Eck und Gemeindevertreter in Bredenbek teile ich die Sorgen in der Bevölkerung. Der Akzeptanz. Und Vertrauensverlust bei den Menschen gegenüber den Politikern nimmt zu und führt dazu, dass sich immer mehr Menschen von den politisch Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden. Die direkte Planungshoheit der Gemeinden ist ein hohes [redacted] der Bürgerrechte. Eine Begrenzung ist auch immer eine Begrenzung der demokratischen Mitbestimmung. In Bredenbek gab es einen Bürgerentscheid, der eine Höhenbegrenzung und einen Mindestabstand festlegte. Er wurde bis heute nicht aufgehoben. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2086	Bitte lassen Sie die Landschaftsschutzgebiete raus aus der Planung. Wir haben gerade hier in Dithmarschen überproportional viel WKA!!! Macht unsere Landschaft nicht kaputt! Es ist ein Wahnsinn und total kontraproduktiv, Bäume zu fällen, um unter dem Deckmantel des Klimaschutzes WKA zu errichten. Wälder sind CO 2-Speicher! WKA sind "Greenwashing"! Über 1000 Tonnen Beton (Zementherstellung zweitgrößter Verursacher von CO 2), Balsaholz für die Rotorblätter, Zugangsstrassen (Versiegelung), Infraschall, Schlagschatten usw. Dann Vernichtung von Lebensräumen für viele Tiere und von Naherholungsgebieten für die Einwohner!	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen, insbesondere auf die Ziffern 7.2.3, 7.2.10, 7.2.12, 7.3.1 und 7.3.3. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es ist genug!!! Schon jetzt wird viel Strom abgeriegelt, weil zuviel produziert wird für die vorhandenen Speicherkapazitäten! Herr Goldschmidt sagt, SH steht auf dem Siegertreppchen; da stehen nur die WKA-Betreiber und die Landverpächter; Verlierer sind wir Bürger (und Wähler) und Flora und Fauna! NEIN zu diesem Regionalplan!!!	des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2458	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit übermittelt der Rotwildring Hasselbusch als Hegegemeinschaft im Sinne von § 10a BJagdG und § 10 LJagdG fristgerecht seine Einwendungen zum Entwurf der Teilfortschreibung ´Windenergie an Land´ des Landesentwicklungsplanes (erster Entwurf, aus dem Juni 2024). Unsere Mitgliedsfläche erstreckt sich über große Teile des in Abb.1 dargestellten Rotwildclusters Südwest aus dem Rotwildwegeplan des Landesjagdverbandes aus dem Jahr 2022. Die Darstellung der Lage des Vorkommens verdeutlicht die außerordentliche Bedeutung dieser Region für den transnationalen Lebensraumverbund auf der cimbrischen Halbinsel zwischen Deutschland und Dänemark. (Abbildung) In den vorherigen Anhörungsverfahren zum 3. und 2. Entwurf der Fortschreibung der Regionalpläne (Wind) in den Jahren 2020 und 2018 nahmen wir die Bemühungen des Landes Schleswig-Holstein um eine nachhaltige Klimapolitik, Energiewende und energetische Daseinssicherung zur Kenntnis und unterstützen diese. Unsere damaligen Einlassungen und Forderungen fanden bei Ihnen Gehör, wurden aber in Planungen nicht ansatzweise berücksichtigt. Wir bitten Sie daher ausdrücklich um sachgerechte Abwägung dieser Stellungnahme. Der Verlust biologischen Vielfalt ist nach Einschätzung der UN und anerkannter Vertreter der Wissenschaft aus heutiger Sicht wesentlich schwerwiegender zu beurteilen, als die nachhaltige Versorgung des Landes mit erneuerbarer Energie. Aus diesem Grund erhalten wir hier zunächst unsere Einwendungen aus den voran genannten Anhörungen auf gesamter Fläche des Verbreitungsraumes der Leitwildtierart	Zur Forderung Kleinstwälder unter 1 ha als Ausschlussflächen zu berücksichtigen: Diese kleinen Strukturen können bei der Windparkplanung eines Vorranggebietes angemessen berücksichtigt werden und führen nicht zu maßgeblichen Nutzungseinschränkungen der Gebiete. Über das Landeswaldgesetz ist der Schutz dieser Kleinstwälder sichergestellt. Zur Forderung größerer Waldabstände: Die Begründung für größere Abstände ist nur bedingt nachvollziehbar und führt zu keiner Planänderung. Durch die Teilfortschreibung Windenergie an Land wird der gesetzlich vorgeschriebene Waldabstand nach § 24 LWaldG nicht ausgesetzt, wonach bauliche Anlagen einen Waldabstand von 30 Metern aufweisen müssen. Das gilt auch für WEA und auch für Wälder kleiner als 1 Hektar. Insofern bedarf es keiner weiteren kartographischen Darstellung der Waldflächen. Die Wegenutzung in und an Wäldern ist unabhängig von einer Windenergienutzung. Scheucheffekte von WEA auf das Rotwild sind nicht belastbar belegt. Landschaftsschutzgebiete: Hierzu wird auf Ziffer 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Migrationskorridore:

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rotwild (Cluster Südwest, gem. Abb. 1, s.o.) allesamt aufrecht und verstärken hiermit unter den Gliederungspunkten I bis III unsere Forderung dazu. I Grundlegende Forderungen Bevor wir zu konkreten Flächen im Kernlebensraum der hiesigen Rotwildpopulation Stellung nehmen, übermitteln wir unsere fachlichen Forderungen zu geänderten Abwägungskriterien. 1. Aufgrund der kleinteiligen Strukturierung der Landschaft haben gerade Kleinstwaldflächen von unter 1ha einen hohen funktionalen Wert als Trittsteinbiotop störungsempfindlicher Arten, weshalb diese Waldflächen in der Darstellung der Windenergiepotenziale keine Beachtung finden soll, ist fachlich unbegründet, nicht nachvollziehbar und aus diesem Grund abzulehnen und zu verwerfen. 2. Ein weiterer Punkt in Bezug auf das Verhalten störungsempfindlicher Arten sind Waldrand und -saumbereiche. Wird zum Beispiel Rotwild hier durch Benutzung von Wegen oder andere Schallquellen gestört, verzögert sich das sog. Austreten oder wird gänzlich verhindert. Die Folge ist ein geändertes Raum-Zeit-Nutzungsverhalten der Tiere, was in letzter Konsequenz Störung der Wohlbefinden der Tiere (Hunger) und höher Schadensraten im Wald (Verbiss und Schäle) induziert. Weshalb der Abstand zum Wald auf 30m verkürzt werden soll, ist fachlich unbegründet, nicht nachvollziehbar und aus diesem Grund abzulehnen und zu verwerfen. 3. Die Vereinbarkeit von Windenergienutzung und dem Schutz der Landschaft in Landschaftsschutzgebieten, welche oftmals gerade das Landschaftsbild wegen seiner Schönheit schützen soll führt im ländlichen Raum zu großen Unverständnis. In Bereichen, in welchen Jäger ihre Hochsitze wegen des ´störenden Einflusses´ auf die Landschaft mit besonderer Sorgfalt in Landschaftsstrukturen integrieren, können nun Windenergieanlagen entstehen. Dieser Planungsgrundsatz ist nicht nachvollziehbar, grundsätzlich abzulehnen und sollte daher verworfen werden. II Forderungen zur Freihaltung der Wanderrouten des Rotwildes Aufgrund der Erweiterung der Gebietskulisse weiten wir unsere Bedenken hinsichtlich der Lebensraumnutzung (Wanderkorridore und Rasthabitate des Rotwildes) auch auf alle Flächen mit Konflikten aus und verstärken unsere Forderung. Die Analyse der Planungen zur Windenergie an Land hat 23 der landesweit 103	Ein sich vermeintlich änderndes Raum-Nutzungs-Verhalten des störungsempfindlichen Rotwildes ist nach hiesiger Kenntnis wissenschaftlich bislang nicht belegt. Grundsätzlich herrscht diesbezüglich noch große Unwissenheit. Insgesamt haben Wanderkorridore eine Bedeutung für alle wildlebenden Tierarten. Das Rotwild dient hier lediglich als Leitart, da es am empfindlichsten auf Störungen reagiert und im Vergleich zu vielen anderen Arten großräumig wandert. Es ist davon auszugehen, dass für das Rotwild geeignete Korridore auch von anderen Arten genutzt werden. Trotz des vorhandenen Forschungsbedarfs wird angenommen, dass die Reaktion des Rotwildes auf WEA in Kernlebensräumen, anders ausfällt als in Migrationsbereichen. Innerhalb der Kernlebensräume ist davon auszugehen, dass sich das Rotwild bei entsprechenden Rahmenbedingungen an die Störung durch WEA gewöhnen kann. Anders zu beurteilen ist die Lage, wenn sich Rotwild außerhalb der dauerhaft genutzten und vertrauten Bereiche in unbekanntem Terrain bewegt. Dort kann die Reaktion auf WEA zu einem Abbruch der Wanderung führen, sofern nicht andere, begünstigende Faktoren wie z.B. Deckungsstrukturen, die eine sichere Sondierung der Lage für das Wild ermöglichen, vorhanden sind. Ziel der Teilfortschreibung Windenergie an Land ist die Sicherung der unmittelbaren Brückenköpfe sowie der primären Zuleitungskorridore gemäß Gutachten von Meißner (2018), in dem nach Durchführung einer Leath-Cost-Path-Analyse in einem vorherigen Gutachten voraussichtliche Migrationskorridore/ Zuleitungskorridore und Einzugsbereiche definiert wurden. Aus Sicht der obersten Jagdbehörde ist dies die bislang einzige Ausarbeitung, die methodisch belastbar Korridore vorhersagt. Ein im Gutachten festgelegter Korridor wurde jüngst durch einen besenderten Rothirsch exakt bestätigt. Der Rotwildring Hasselbusch bezieht sich in seiner Stellungnahme auf die vom Landesjagdverband in seinem

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Konfliktbereiche identifiziert, in denen Fernwechsel, als Zentrum der Wanderkorridore, direkt betroffen. Bei der Verschneidung der gebufferten Wanderkorridore, also wenn nicht nur die gedachte Mittelinie des Korridors, sondern auch der weiter gefasste Korridor tangiert wird, wurden ungleich mehr Konfliktpunkte identifiziert. Diese Konfliktbereiche werden in Abbildung 2 kartografisch (pink auf gelb) dargestellt. Die im Bezug auf die gesamte Landesfläche überproportionale Anzahl der Konfliktbereiche würde die ohnehin bereits stark eingeschränkten Wanderbewegungen des Rotwildes vollends zum Erliegen bringen und damit die Lebensgrundlage des Rotwildes im gesamten Land stark gefährden. Ein solches Handeln würde damit gegen Artikel 20a des Grundgesetzes sowie u.a. gegen die §1 und §21 des Bundesnaturschutzgesetzes verstoßen. (Abbildung) Anbetracht der Tatsache, dass bereits 2001 in der Roten Liste für Säugetiere in Schleswig-Holstein eine weitere Zerschneidung der Lebensräume und Wanderkorridore des Rotwildes gefordert wurde, fordern wir zur Sicherung der genetischen Vielfalt der autochthonen Rotwildpopulation als Leitart des Naturschutzes in weitestgehender Übereinstimmung mit weiteren Hegegemeinschaften und den Spitzenverbänden des Naturschutzes im Land: 1. eine Freihaltung von Wanderkorridoren, Grünbrücken, Wildtunneln und elektronischen Wildwarnanlagen von Windkraftanlagen sowie der für ihre Errichtung und ihren Betrieb erforderlichen Anlagen und Zuwegungen, 2. die Freihaltung einer Schutzzone von je 3.000 Metern um den Mittelpunkt der Wanderkorridore, bzw. den Mittelpunkt der Grünbrücken, Wildtunnel und elektronischen Wildwarnanlagen herum, 3. Aufwertung des Umfeldes von Wanderkorridoren, Grünbrücken, Wildtunneln und elektronischen Wildwarnanlagen durch lineare, ungezäunte Hecken- und Knickanpflanzungen, insofern Windkraftanlagen oder die für ihre Errichtung und ihren Betrieb erforderlichen Anlagen und Zuwegungen im Umfeld von 3.000 bis 5.000 Metern errichtet werden. Diese Aufwertung würde dann, auch den Kernlebensräumen, als Rast- und Ruhehabitaten der Tiere zu Gute kommen. <u>III Forderungen zum Kernlebensraum</u>	Rotwildmanagementplan festgelegten Korridore, die nach hiesiger Kenntnis gutachterlich festgelegt wurden und insofern weniger belastbar sind. Außerdem werden Forderungen zu Korridoren innerhalb des Kernlebensraumes gestellt, in dem voraussichtlich ein Gewöhnungsprozess einsetzen wird.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die folgende Abbildung 3 zeigt den Kernlebensraum des Hasselbusch einen veränderten Ausschnitt aus der Karte in Abbildung 2. Ergänzend zu den Forderungen zur Freihaltung von Wanderkorridoren fordern wir in diesem Bereich konkret den Fernwechsel Kuhmoorholz – Tütigmoor - Schierenwald (A), den Fernwechsel Hasselbusch – Forellenbachtal – Klein Offensether-Bokelseßer Moor (B), den Fernwechsel Grotmoor – Wildquerungsbauwerk A7 Clashorn – Segeberger Heide (C) sowie die Wanderkorridore Grotmoor in die Kaltenkirchener Heide und Heeder Tannen und ins Kleinoffensether-Bokelseßer Moor als bedeutende Rasträume von Großsäugern auf der paneuropäischen Wanderroute (Polen Deutschland-Dänemark) von jeglicher Störungswirkung freizuhalten. Dies passiert gerade in touristischen Schwerpunktbereichen oder in Nähe zu Ballungsräumen durch Schaffung neuer Wege zu Windenergieanlagen, die dann zu jeder Tag- und Nachtzeit durch Menschen, meist auch mit vierbeinigen Begleitern, genutzt werden. Dies vergrämt die Wanderrouten und die wichtigen Grünland-Äsungsbereiche, welche durchs Wild bisher wenigstens noch zur Nachtzeit nutzbar sind. Damit wird sich w.b. die Wildschadenssituation im Wald erneut verschärfen und den eingeleiteten Waldumbau zu klimaresilienten Mischwäldern zusätzlich verschärfen. Gemessen an dem geringen Waldanteil und der hohen Anzahl von Waldbesuchern handelt sich bei dem Raum des Rotwildclusters Südwest auch national betrachtetet um einen wald- und wildpolitischen gesehenen Verdichtungsraum höchster Stufe. Ergänzend dazu fordern wir den Erhalt der biologischen Vielfalt, der Funktionalität des Naturhaushaltes und damit schlussendlich auch zur Sicherung der Lebensgrundlagen die Beachtung folgender Punkte (siehe auch Darstellung in Abb. 3): (Abbildung) 1. Auf den in obiger Karte hellblau dargestellten Bereichen existiert wie in anderen Teilen des Landes ein Zielkonflikt beim Klimaschutz. Dabei handelt es sich um sogenannte klimasensitive Böden, überwiegend mit organischen Nassstandorten. Dies sind Hoch- und Niedermoore unterschiedlichen Erhaltungszustandes, welche hohe Kohlenstoffmengen binden. Der biologischen Klimaschutz wird seitens des Landes durch Renaturierungen vorangetrieben. Darunter an prominenter Stelle das Westerhorner Moor, das Grootmoor mit Ausläufern, das Bokelseßer-Klein Offensether Moor und das Vielmoor, dazu die teils breiten und renaturierten Auen von Pinnau, Krückau, Bramau und ihrer Zuflüsse.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Ausbau der Windenergie auf diesen Flächen, v.a. durch die Erschließung durch Wegebau, bedeutet nicht nur gestörte Wasserhaltung in den Mooren, erhöhte Mineralisationsraten und vernichtete Renaturierungsoptionen, sondern auch erhebliche Störung der vorhandenen und potentiellen Eignung als hochwertiger Lebensraum von bedrohten, schutzwürdigen Pflanzen und Tierarten. Das von der EU jüngst beschlossene Gesetz zur Wiederherstellung der Natur ist Teil des Green Deal, einem Maßnahmenpaket der EU-Kommission, um Europa bis 2050 klimaneutral zu machen. Die Renaturierungsmaßnahmen würden auch zum Klimaschutz beitragen. EU-Staaten müssen bis 2030 mindestens 30 %, bis 2040 60 % und bis 2050 90 % der Lebensräume in schlechtem Zustand wiederherstellen. Über 80 % der Lebensräume in der EU sind in schlechtem Zustand. 70 Prozent der Flora-Fauna-Habitat-Gebiete, die zusammen mit Vogelschutzgebieten das Natura-2000-Netz bilden, sind in einem schlechten Zustand, bei Grünland, also Weideflächen und Wiesen, sogar 90 Prozent. Das EU-Renaturierungsgesetz sieht feste Quoten für die Wiedervernässung von Mooren vor. Außerdem müssen die Mitgliedsstaaten sicherstellen, dass sich der ökologische Zustand von renaturierten Flächen nicht mehr verschlechtert. Der Zustand der Natur soll anhand von Indikatoren wie Feldvogelbrutpaaren gemessen und überwacht werden. Besondere Brisanz gewinnt die Nutzung klimasensitiver Böden für Windenergie dadurch, dass Windeignungsflächen mit Windenergieanlagen im sog. PV-Erlass des Landes S-H als ´baulich belastet´ normierte und damit für die privilegierte Nutzung durch Freiflächen PV-Anlagen zur Verfügung stehen würden. Aus diesen Gründen fordern wir mit allem Nachdruck die Freihaltung klimasensitiver Böden von jeglicher Windenergieplanung. 2. Wir fordern aufgrund zahlreicher Fehler in der kartenmäßigen Darstellung von Potenzialflächen den Abgleich mit dem Waldkatastern der Forstbehörden oder die adäquate Auswertung von Luftbildern, um alle Waldflächen sicher kartografisch darstellen zu können. 3. Der Großteil der in der violett gekennzeichneten Fläche I (vgl. Abbildung 3) ist durch einen Beschluss des gemeinsamen Landesplanungsrat andersartig landesplanerisch gewidmet. Die sog. Rahmenvereinbarung der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein vom 25.Mai 1984 schreibt zu den ehemaligen Verkehrsflughafen Kaltenkirchen unter	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Punkt I. 1. 1.1. : Grundsätzlich soll das Nutzungsgefüge von Land- und Forstwirtschaft ohne zusätzliche Hofstellen unter erheblicher Erweiterung des Waldanteils und anderer naturnaher Nutzungen aufrechterhalten werden. Die Nutzung für Windenergieanlagen stellt keine adäquate, naturnahe Nutzung dar. Die Waldmehrung würde durch Windenergieanlagen geradezu verhindert. Die Qualität und Quantität des Lebensraumes des wandernden, autochthonen Rotwildes also zukünftig erheblich beeinträchtigt. Das Abtun dieser Argumentation mit der Begründung von 2018, Windenergieanlagen seien in den Plänen nicht ausgeschlossen, kann nicht gelten, da es erst mit dem Stromeinspeisungsgesetz von 1991 zum Aufschwung der Windenergie in Deutschland kam, die in den 1980er Jahren keinerlei öffentliche Berücksichtigung fand. In dem für diesen Raum im Jahre 1984 sehr weitsichtig beschlossenen Konzept wurde von einer „längerfristigen Waldbildungszeit“ ausgegangen, dies umfasst in diesem Kontext 150 bis 200 Jahre. Weshalb das Ziel der Waldbildung und Zusammenführung von Waldflächen zur Stärkung des Biotopverbundes, begleitet von mannigfaltigen Renaturierungsmaßnahmen von Mooren und Heideresten, bereits nach 40 Jahren seitens der Landesplanung einseitig ohne Beteiligung Hamburgs für beendet erklärt und durch die mögliche Ausweisung weiterer Windeignungsflächen unmöglich gemacht werden soll, erschließt sich in Zeiten des öffentlich wahrgenommenen Bedeutungszuwachses von Wald im Klimawandel fachlich keineswegs. Der Landesentwicklungsplanes von 2018 stellt dazu auf S. 191 klar: Im waldarmen Schleswig-Holstein kommt dem Wald (10,3 Prozent der Landesfläche) erhebliche Bedeutung zu. Neuer Wald soll daher vor allem in den besonders waldarmen Regionen und in strukturarmen Ackerlandschaften der Geest und des Hügellandes sowie in Wasserschon- und Wasserschutzgebieten geschaffen werden. Darüber hinaus sollen Neuwaldbildungen bevorzugt dort vorgenommen werden, wo sie zugleich auch der Verbesserung der ökologischen Situation und dem Biotopverbund dienen. Das Gebiet des ehemals geplanten Flughafens bei Kaltenkirchen ist in dieser Hinsicht für die Waldmehrung prädestiniert und das Schaffen von hochwertigen Wildtierlebensräumen im Biotopverbund, für praktizierten Grundwasser- und Gewässerschutz sowie die Stärkung der Naherholungsfunktion in der Metropolregion Hamburg. Dies findet im Landschaftsrahmenplanes für den Planungsraum 3 aus 2018 deutlich Ausdruck: Die Landesregierung hat sich nach wie vor das Ziel gesetzt, den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Waldanteil in Schleswig-Holstein auf zwölf Prozent, das heißt um weitere rund 16.000 Hektar Waldfläche zu erhöhen. Dieses Ziel kann aufgrund der aktuellen Flächenkonkurrenzen zurzeit nur als Langzeitziel verfolgt werden. Zwar liegt der Waldanteil im Planungsraum über dem Landesdurchschnitt, jedoch bleibt auch hier die Neuwaldbildung in geeigneten Bereichen ein wichtiges Ziel. (S.176) Auf Seite 361 und folgende wird dieses Leitziel wie folgt operationalisiert: Für die Erhöhung des Waldanteiles im Planungsraum müssen neben der Verbesserung der Waldflächenstruktur durch Verbindung und Vergrößerung vorhandener Waldflächen auch neue Waldflächen in der freien Landschaft begründet werden. Sie sollen aus ökonomischen und ökologischen Gründen deutlich über der derzeitigen durchschnittlichen Waldflächengröße liegen. **„Vorrangig sollen die vorhandenen Waldflächen im Bereich der Gemeinden Heidmoor, Nützen und Lentföhrden, westlich der B 4, durch Waldbildungs- und Aufforstungsmaßnahmen erheblich erweitert und zu einem großen, weitgehend zusammenhängenden Waldgebiet zusammengeführt werden. Das Gebiet war bis zur Jahrhundertwende mit Wald bestockt und weist überwiegend leistungsschwache Böden auf.“** Aus diesem Grund ist die Windenergieplanung in diesem Raum nicht verträglich. Von außerordentlicher Bedeutung in diesem Zusammenhang ist zudem die politische Aufgabe der Option, einen Flughafen auf diesen Flächen zu errichten (vgl. hierzu Norddeutsches Luftverkehrskonzept, 2013). Wir fordern daher von der Landesplanung des Landes Schleswig-Holstein ein deutliches Bekenntnis zu den oben beschrieben Konzept. Sichern Sie unsere Lebensgrundlagen, indem Sie die Nutzung als Windeigungsflächen mit der aktuellen Planung ausschließen! Wir haben im Land zukünftig die Anforderungen des sog. Renaturierungsgesetzes zu tragen. Konkret geht es beispielsweise nun um die Wiederaufforstung von Wäldern, die Begrünung von Städten sowie um die Renaturierung von Mooren, die trockengelegt wurden. Die Wiedervernässung von Mooren würde zum Beispiel die CO2-Emissionen aus dem sich zersetzenden Torfkörper stoppen. Die Renaturierung ist auch bei den EU-Klimazielen mit eingerechnet. Ohne die Maßnahmen für Natur würde es also auch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	schwierig, die notwendige Reduzierung von CO2-Emissionen zu schaffen. Die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein vereinbarten 1984 w.b. unter großer öffentlicher Wahrnehmung die sog. Rahmenvereinbarung, die von nun an den zukünftigen Umgang mit diesen Flächen regeln sollte und somit Grundlage der Landesplanung wurde. Welch wegweisendes Konzept: Wiederaufforstung, Renaturierung von Mooren und Heiden, bei extensiver bis scheidender landwirtschaftlicher Nutzung! Vor 40 Jahren mit großer Weitsicht für die Zukunft geplant. Sollten die europäischen Renaturierungsabsichten nicht Anlass genug sein, die hier in der Region vor vielen Jahren vernichteten Wälder, Moore und Heiden unserer Landschaft zurückgeben, das Land nutzbar zu machen für Tiere und Pflanzen jeder Art? Wir fordern daher die bauliche Belastung der Landschaft durch Windenergienutzung im Bereich des ehemalig geplanten Flughafens bei Kaltenkirchen zugunsten einer zukünftigen Renaturierung auszuschließen. Nehmen Sie bitte diesen subsidiären Willen ernstlich auf! Mit freundlichen Grüßen Der Vorstand der Hochwildhegegemeinschaft ´Rotwildring Hasselbusch´	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2085	Im Nachgang meines Schreibens vom 07.09.2024 Ich möchte explizit darauf hinweisen, dass ein Abstand von lediglich 800 m und 400 m zu Außenbezirken zu gering ist. Wr erwarten, dass ein Mindestabstand von 1000 m zu allen Siedlungsformen eingehalten wird, um es den Menschen einigermaßen erträglich zu machen. Des weiteren sollten keine Wohngebiete, egal ob Außenbezirk oder Ortsteil von Windrädern umzingelt sein. Dazu sollte das Land bei der Auswahl auch kreisübergreifend die Situation beurteilen. Die Grenzwerte für den Vogelschutz sollten nicht verringert werden. Die Einkürzung des Umkreises für Seeadler von 3000 m auf 2000 m ist zu knapp. Bitte überzeugen Sie mich mit entsprechenden Gutachten, die Aussagen, dass man hinreichend geprüft hat, ob es die Tiere beeinflusst. Weiterhin möchte ich darauf aufmerksam machen, dass neuere Studien zeigen, dass Infraschall gesundheitliche Auswirkungen hat.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen, insbesondere auf die Ziffern 7.2.7, 7.2.9, 7.3.3 und 7.4.1. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1.3, 2.5.1 und 2.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mir fehlen von der Landesregierung Informationen "gutachterlich" zu: • SF6 • Abstand zu Wohnbebauung wegen Brandschutz und Auswirkungen der dabei entweichenden Giftstoffe • Naturschutz • Mikroplastik • Infraschall All das fehlt bei einer Beurteilung um sich ein Gesamtbild zu machen und richtige Entscheidungen zu treffen.	
Institution: Gemeinde Mittelangeln ID: M2397	hier: Stellungnahme der Gemeinde Mittelangeln. Sehr geehrte Damen und Herren, da es mir leider nicht gelungen ist über das Service-Portal meine Stellungnahme abzugeben, da ich trotz extraangelegtem Konto keinen Zugriff auf die Eingabemaske für Behörden erhalte, hier in aller Kürze meine Stellungnahme für die Gemeinde Mittelangeln: Wir begrüßen sehr, dass insbesondere an den Rändern unseres Gemeindegebietes nun auch seitens der Landesplanung mehr Möglichkeiten eröffnet werden sollen Windkraft zu nutzen. Wir haben aktuell durch einen Fachplaner eigens eine Potentialflächenanalyse erstellen lassen, welche die gemeindlichen Flächen insbesondere unter bau- und naturschutzrechtlichen Gesichtspunkten detaillierter betrachtet hat. Im Ergebnis haben wir über Ihre Planungen hinausgehende geeignete Flächen ermittelt, die ich bitte ebenfalls in Ihre Planungen aufzunehmen. Insbesondere bitten wir bei der Fortschreibung um die Aufnahme der in anhängender Karte dunkellilagekennzeichneten Flächen. Nur so haben wir künftig die Möglichkeit möglichst umfassend und flexibel für die Gemeinde Mittelangeln mit regenerativen Energien zu planen – auch beispielsweise vor dem Hintergrund der laufenden Wärmeplanung. Anbei erhalten Sie die entsprechende Karte. Gerne können wir Diese auch in anderen Formaten zur Verfügung stellen, damit Sie die Flächen entsprechend besser	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	identifizieren und weiterverarbeiten können. Für Rückfragen stehe ich natürlich gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] Gemeinde Mittelangeln	
Institution: Amt Ostholstein-Mitte, Gemeinde Schönwalde a. B. **ID: M2712**	**Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land hier: Stellungnahme der Gemeinde Schönwalde a. B. im Rahmen des Beteiligungsverfahrens** Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Schönwalde am Bungsberg hat den Klimaschutz und die hierfür notwendige Energiewende als wichtiges Ziel erkannt und möchte den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern. Die Windenergie in Schleswig-Holstein leistet einen wichtigen Beitrag zur klimaneutralen Energieversorgung von Deutschland. Dazu möchte die Gemeinde Schönwalde a. B. auch zukünftig ihren Beitrag leisten. **Bestandsgebiete** Die geltende Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum III Kapitel 5.7 (Windenergie an Land) von 2020 weist in der Gemeinde Schönwalde a. B. zwei Vorranggebiete aus. Die Vorranggebiete PR3-OHS-047 und 049 sind durch Bestandwindparks bebaut und liegen in der Potentialflächenkulisse des Entwurfs des Landesentwicklungsplans Die Gemeinde Schönwalde a. B. geht davon aus, dass die Bestandswindparks auf Grundlage des Grundsatzes 4.5.1 2G „Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land“ (LEP Entwurf S. 3) in der Regionalplanung erneut als Vorranggebiete ausgewiesen werden. Da der Entwurf des Landesentwicklungsplans eine Konzentrationswirkung beabsichtigt (vgl. LEP Entwurf S. 16), geht die Gemeinde Schönwalde a. B. davon aus, dass	Zu Großvogelbrutplätzen wird auf die allgemeine Synopse, Ziffer 4.20.1 verwiesen. Die Aufnahme von Rotmilanbrutplätzen als Grundsatz der Raumordnung und damit Abwägungskriterium ist gerechtfertigt, weil so ein grundlegendes Schutzniveau für diese Art sichergestellt werden kann. Spätere Veränderungen bei den Brutplätzen können dann umso besser ergänzend auf Genehmigungsebene berücksichtigt werden. Die Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird diesbezüglich zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mögliche Arrondierungsflächen zu den Bestandsgebieten gegenüber neuausgewiesenen Gebieten in der Regionalplanung bevorzugt ausgewiesen werden. **<u>Windkraftsensible Großvögel</u>** Der Grundsatz 17 zu den Brutplätzen windkraftsensiblen Großvögeln berührt zahlreiche Potenzialflächen in der Gemeinde Schönwalde a. B. Die Gemeinde Schönwalde a. B. kann nicht nachvollziehen, wie die in Kapitel 4.5.1.3 „Gebiets- und Artenschutz“ / Grundsatz 17 „Brutplätze windkraftsensibler Großvögel“ aufgeführten Umgebungsbereiche um die Brutplätze begründet werden. Der Entwurf des LEP sieht vor, dass die Umgebungsbereiche zu windkraftsensiblen Großvögeln in der Regel von Windenergiegebieten freizuhalten sind. Der Umgebungsbereich ist für die zwei in der Gemeinde Schönwalde a. B. relevanten Großvogelarten Seeadler und Rotmilan auf 2000 m bzw. 1.500 m zum Rotmilan definiert. Für den Rotmilan kann einzelfallbezogen eine Reduzierung des Umgebungsbereichs auf einen engeren Bereich von 1.000 m erfolgen, wenn in dem jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden. Eine Reduzierung für den Seeadler ist nicht möglich. Das Bundesnaturschutzgesetz regelt in Anlage 1 Abschnitt 1 die Bereiche zur Prüfung bei kollisionsgefährdeten Brutvogelarten in Deutschland. Nach dem BNatSchG bestehen zu den zwei in der Gemeinde betroffenen Großvogelarten folgende Abstände: Seeadler - Nahbereich: 500 m - Zentraler Prüfbereich 2.000 m Rotmilan - Nahbereich 500 m - Zentraler Prüfbereich 1.200 m Diese Bereiche werden von § 45b Abs. 2 und 3 BNatSchG aufgegriffen. Innerhalb des festgelegten Nahbereichs ist das Tötungs- und Verletzungsrisiko signifikant erhöht. Innerhalb des zentralen Prüfbereichs ist das Tötungs- und Verletzungsrisiko ebenfalls signifikant erhöht, soweit dieses nicht durch eine Habitatspotenzialanalyse oder eine Raumnutzungsanalyse widerlegt werden kann. Die Risikoerhöhung kann in diesem Fall durch Antikollisionssysteme, Abschaltungen oder Ausweichnahrungshabitate	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	hinreichend gemindert werden. In der Begründung zu 4.5.1.3 17G wird für den Seeadler explizit auf die Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG verwiesen, um den Umgebungsbereich von 2000 m zu begründen. Die aus §45b Abs. 3 BNatSchG folgenden Erkenntnisse (im zentralen Prüfbereich ist durch Kartierung und Maßnahmen das Risiko hinreichend minimierbar) werden jedoch nicht berücksichtigt. Die Abweichung des Umgebungsbereichs zum Rotmilan (1.500 m) im Entwurf des LEP zum zentralen Prüfbereich nach BNatSchG (1.200 m) wird nicht begründet. Der Bundesgesetzgebung folgend sollten der Umgebungsbereich für den Rotmilan auf 1.200 m reduziert werden oder der Umweltbericht um eine entsprechende Begründung ergänzt werden, warum die Rotmilane in SH einen größeren Schutzabstand benötigen. Der Schwerpunktraum für die Rotmilanverbreitung erstreckt sich über mehrere Bundesländer. Zudem sollte die einzelfallbezogene Freihaltung eines engeren Bereichs - analog zu § 45b Abs. 3 BNatSchG - auch für den Seeadler ermöglicht werden und auf die vom BNatSchG festgelegten Nahbereiche reduziert werden (Seeadler 500 m, Rotmilan 500 m). Zumal die vom BNatSchG vorgesehene Umsetzungshürde, dass potenzielle Artenschutzkonflikte untersucht und bewältigt werden müssen, bereits im Entwurf des LEP angelegt ist. Die Reduzierung des Abstandsradius zum Rotmilanbrutplatz auf 1.000 m nur bei Gebieten, in denen bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden, ist hinsichtlich des Artenschutzrechtes, fachlich nicht begründbar. Wenn 1.000 m als Schutzabstand zu Bestandsanlagen ausreichend ist, dann ist er auch für noch nicht realisierte WEA ausreichend. Es stehen dieselben Möglichkeiten für eine Minimierung des Artenschutzkonflikts zur Verfügung. Im Umweltbericht fehlen die zeitlichen Angaben und eine Bewertung der Brutplätze zu den in den Geodäten dargestellten Brutplätzen. Da eine Berücksichtigung der windkraftsensiblen Großvögel grundsätzlich notwendig ist, bitten wir bei der Gebietsausweisung durch den Regionalplan die Datengrundlage der Großvögel kritisch zu hinterfragen und nur nachweislich aktuelle Neststandorte zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass der Gemeinde letztmalig eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nutzung des Rotmilanbrutplatz im Jahr 2022 bekannt ist und die Lebensstättenfunktion für Rotmilanbrutplätze lediglich für das Jahr der Brut und zwei weitere Jahre besteht. **<u>Windkraftsensible Großvögel und Regionalplanung</u>** Hinsichtlich des Rotmilans ist es außerdem mehr als fraglich, ob es einen planerischen Sinn ergibt, diese Art in dieser Form in den Katalog der relevanten Brutvögel im Grundsatz 17 überhaupt mit aufzunehmen. Der Rotmilan wird im Gegensatz zum Seeadler in Schleswig-Holstein nicht umfassend beobachtet. Entsprechend handelt es sich bei den kartierten Nestern immer um Einzelstandorte, für die ebenfalls nur für einzelne Jahre Daten vorliegen. Ein unbesetzter Brutplatz vom Rotmilan gilt bereits nach 2 Jahren in Folge nicht mehr als Brutplatz. Da der Rotmilan nicht standorttreu ist, daher den Brutplatz regelmäßig wechselt und nicht flächendeckend kartiert wird, ergibt sich eine lückenhafte und sich ständig verändernde Flächenkulisse. Diese ist nicht als Grundlage für eine langfristige, bindende Planung wie die Regionalplanung geeignet. Die Regionalplanung hat einen Zielhorizont von 25 Jahren und kann die zahlreichen, kleinteiligen Veränderungen der Rotmilanbrutplätze nicht adäquat abbilden. **<u>Weitere Vorranggebiete</u>** Die Gemeinde hat eine Bewertung der Potenzialflächen des Entwurfes des LEP im Gemeindegebiet durch das Planungsbüro Brandes vornehmen lassen und im Rahmen des Bau-, Wege- und Umweltausschusses am 06.08.2024 und 04.09.2024 über mögliche weitere Flächen für Windenergie und die Möglichkeit der Gemeindeöffnungsklausel beraten. Die Gemeinde Schönwalde a. B. würde eine weitere Ausweisung eines Vorranggebiets in der Gemeinde begrüßen und ist grundsätzlich gewillt, die Gemeindeöffnungsklausel zu nutzen. Konkret diskutiert wurden im Ausschuss die Potenzialflächen PR3-OHS-071, 115 und 063. Aber auch die weiteren Potenzialflächen der Gemeinde wurden positiv hervorgehoben: Dabei sind im Zusammenhang mit den geforderten Änderungen an der Berücksichtigung der windkraftsensiblen Großvögel (s.o.) insbesondere die Potenzialflächen PR3-OHS-069, 071, 118, 067, 058,051 zu nennen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Gemeinde möchte zudem auch explizit die gemeindeübergreifenden Gebiete PR3-OHS-006, 069, 061, 119, 071, 067, 054, 050, 110 hervorheben. Die Gemeinde Schönwalde a. B. steht auch einem gemeindeübergreifenden Vorranggebiet positiv gegenüber. Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme möchten wir uns im Voraus bedanken. Mit freundlichen Grüßen (O.Schöning) Bürgermeister	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2396	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich mit diesem Schreiben wie folgt Stellung: Ich begrüße die Entscheidung sehr, Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten sowie die Hauptachsen des Nordostatlantischen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten. Mir ist bewusst, dass wir auf eine große Klimakrise zusteuern, jedoch sehe ich ebenfalls das große Artensterben und die Abnahme der Biodiversität als eine zentrale Bedrohung für unsere Umwelt. Meiner Meinung ist es ein falsches Signal der Bundesregierung, den Arten – und Naturschutz zugunsten des Klimaschutzes herabzuwürdigen. Lieber sollte konsequenter auf Maßnahmen zur generellen Reduzierung des CO2-Verbrauchs gesetzt werden, als viel zu viele Windräder bauen zu müssen, um den starken Verbrauch der Bevölkerung zu „neutralisieren“. Ich bin daher sehr froh über den Versuch der Landesregierung von Schleswig-Holstein,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird bezüglich der Abstände zu Großvogel-Brutplätzen auf die Ziffer 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zum Thema "Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs" Aufgrund der geografischen Lage von Schleswig-Holstein gibt es im ganzen Land Vogelzug. Vielfach handelt es sich um den sog. Breitfrontenzug von Singvögeln, der nachts und in großer Höhe stattfindet, sodass er im Rahmen von Windenergieplanungen, aber auch bei anderen Infrastrukturplanungen keine Berücksichtigung finden muss. Die räumliche Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs geben daher nicht die gesamte biologische Dimension des Vogelzuges wieder, sondern konzentrieren sich auf die nach aktuellem Kenntnisstand potenziell besonders konfliktträchtigen Bereiche. In diesen kommt es aufgrund von Landschaftsstrukturen zu einer Konzentration des Zugs. In Bereichen außerhalb dieser Festlegungen ist von einer grundsätzlichen Vereinbarkeit einer Windenergienutzung mit dem Vogelschutz auszugehen, welche

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	den Arten- und Naturschutz zumindest durch einige Festlegungen als Ziele der Raumordnung wieder zu stärken. Als ornithologisch versierte Anwohnerin im Bereich des viel diskutierten Bürgerwindpark-Projektes auf Eiderstedt bei Tönning / Kating habe ich seit nun einem Jahr die Vogelwelt in den Wiesen um unser Haus noch intensiver beobachtet und sogar systematisch kartiert. Die Ergebnisse habe ich auf der Plattform ornitho.de bereitgestellt. Anhand einiger Beobachtungen möchte ich verdeutlichen wie gut und wichtig Ihre Entscheidung war, Eiderstedt als wichtiges Wiesenvogel-Brutgebiet in Zukunft von Windkraft freizuhalten. Einen großen Teil dieser Fläche, die sich südlich des zentral auf Eiderstedt gelegenen EU-Vogelschutzgebiet befindet, sehe ich täglich aus dem Fenster oder bei Spaziergängen hinter dem Haus. Daher ist mir seit Jahren täglich die große Bedeutung dieser Flächen als Rast- Brut- und Nahrungshabitat für die Vogelwelt bewusst. Neben den hunderten Nonnengänsen im Herbst und Winter rasten regelmäßig Goldregenpfeifer in großen Schwärmen in diesem Gebiet. Zur Brutzeit konnte ich unzählige Kiebitze beobachten und sogar Rotschenkel und Austernfischer-Küken entdecken. Auch für Greifvögel sind diese Flächen sehr attraktiv. Seit Jahren brüten dort Rohrweihen und mindestens einmal wöchentlich können wir Seeadler zufällig auf den Feldern und Wiesen beobachten. Dabei sahen wir bereits spektakuläre Jagdszenen auf Hasen, Bisamratten und Möwen. Einen Teil dieser Beobachtungen habe ich bei ornitho.de gemeldet und daraus eine Karte erstellt, um zu zeigen in welcher Entfernung vom Katinger Watt aus die dortigen Seeadler Gebiete zur Nahrungssuche nutzen. Es wird dabei deutlich, dass sowohl Äcker, Grünland und Gräben eine große Bedeutung als Nahrungshabitat haben (Abb. 1). [Abb. s. Anhang S. 2] Aufgrund dieser besonderen Seeadler-Beobachtungen bereitet mir die Reduzierung des Mindestabstands von WKA zu Greifvogelhorsten von 3 km auf 2 km größte Sorgen. Generell haben WKA eine Barrierewirkung und führen damit zu einer Zerschneidung wichtiger Habitate. Dieses wird nach derzeitigem Planungsentwurf zwar nicht mehr die Seeadler Eiderstedts, die sowohl im Katinger Watt als auch im Zentrum von Eiderstedt brüten, betreffen. Jedoch kann man an ihrem Beispiel gut zeigen, wie gefährlich die Reduzierung des Mindestabstandes für Seeadler wäre: Da Seeadler je nach Bruthabitat weite Strecken zu bevorzugten Nahrungsgebieten zurücklegen, ist es nach	allerdings gleichwohl auf Genehmigungsebene nachzuweisen ist.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Einschätzungen der Experten der Projektgruppe Seeadlerschutz sehr wahrscheinlich, dass die im zentralen Bereich Eiderstedts brütenden Seeadler auch in das nur ca. 6 km entfernte Katinger Watt zur Nahrungssuche fliegen. „Unsere“ Flächen liegen genau zwischen den Brutplätzen, so dass es wahrscheinlich ist, dass Seeadler aus beiden Horsten bei uns jagen und sich damit in einem größeren Radius als 2 km um ihre Horste bewegen. Bei der Bewertung der Gefährdungen von Seeadlern und anderen Greifvögeln darf nicht alleine eine Habitatpotentialanalyse entscheiden, wo ein Seeadler theoretisch nach Nahrung suchen könnte. Mit Sicherheit wären die Felder und Wiesen um Kating dabei nicht in den Fokus geraten. Daher muss ganz klar über konkrete Raumnutzungs-Analysen und durch einen Mindestabstand von 3 km gewährleistet werden, dass Greifvögel ohne großes Risiko auf die Jagd gehen können. Eine Studie über die häufigsten Todesursachen von Seeadlern in Schleswig-Holstein wies nach, dass im Zeitraum von 1997 bis 2021 die zweithäufigste Todesursache, nach Bahnopfern, die Kollision mit Windkraftanlagen war (nach Daten der Projektgruppe Seeadlerschutz 2022, Struwe-Juhl & Latendorf). Seeadler sind deshalb stark kollisionsgefährdet, weil sie meist in Höhen von bis zu 200 m über Grund fliegen und aufgrund fehlender Vermeidungsreaktionen auch in die Nähe der WKA fliegen. Dort können sie die Bewegungen der Rotoren nicht einkalkulieren und werden von diesen erschlagen (zusammengestellt in Reichenbach & Aussieker 2021 und Dürr & Langgemach 2006). Mittlerweile gibt es einen großen Kenntnisstand darüber, welche negativen Auswirkungen Windkraftanlagen, sowohl an Land als auch auf See, auf die Vogelwelt haben können. Daher müssen Fehler in der Auswahl von Windkraft-Standorten nicht noch einmal gemacht werden. Die Landesregierung hat u.a. die Bedeutung Eiderstedts mit seinen vielen Wertgrünländern sowohl für den Wiesenvogel-Schutz als auch als Rast- und Nahrungsgebiet für Zugvogelarten erkannt. Außerdem gilt Eiderstedt, meiner Ansicht nach, als letztes offenes Nadelöhr für den nordostatlantischen Vogelzug, weswegen keine weiteren Windkraftanlagen zugelassen werden sollten. Mir erschließt es sich jedoch nicht, warum dieser Schutz nicht für das Gebiet um Oldenswort gelten sollte. Dort treffen alle Kriterien genauso zu wie für ganz Eiderstedt. Ähnliches gilt für Fehmarn. Nicht nur kleine Teile Fehmarns sind wichtig als Hauptleitlinien des Vogelzuges, sondern auf Fehmarn sollten nirgendwo weitere WKA	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	zugelassen werden. Zusammenfassend möchte ich meine Stellungnahme mit folgenden Wünschen schließen: Bitte halten Sie unbedingt an den Zielen 15 Z und 16 Z als Ziele der Raumordnung fest! Bitte ändern Sie keinesfalls den Mindestabstand zu Seeadler / Greifvogelhorsten von 3 km auf 2 km! Bitte sorgen sie dafür, dass auch um Oldenswort herum keine neuen WKA gebaut werden dürfen. Bitte sorgen Sie dafür, dass auch auf Fehmarn keine weiteren WKA mehr gebaut werden dürfen, da eigentlich ganz Fehmarn als eine Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung angesehen werden müsste! Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2456	**Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021, erster Entwurf 2024** Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich meine erheblichen Bedenken gegen den im Betreff genannten Entwurf äußern. Grundsätzlich bin ich nicht gegen Windkraftanlagen, aber die geplanten Kriterien gehen nach meiner Auffassung zu weit und führen – bei Anwendung – zu massiven Beeinträchtigungen von Mensch und Natur. Folgende Punkte bitte ich zu überprüfen und zu ändern: 1. Die Abstandsregelungen auf feste Meter-Angaben zu definieren wird dem Umstand, dass die Anlagen immer höher werden, nicht gerecht. Hier muss eine Abstandsregelung in Abhängigkeit von der Anlagenhöhe definiert bleiben. Das ist auch in Bezug auf die Risiken bei Brandereignissen und sonstigen Havarien wichtig. Je größer die Anlage, um so weiter der Streubereich um den Mast. Sollte das nicht gewollt sein müsste der Mindestabstand zu Schutzgütern (wie z.B. Wohnhäusern) wesentlich größer sein. In einschlägigen Gutachten werden	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1.3, 2.5.1, 3.18.1, 7.2.3, 7.2.4, 7.2.7, 7.2.10, 7.2.11, 7.3.3, 7.3.7, der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	für Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe Unbedenklichkeitsabstände von mindestens 920 m zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung (auch Einzelhäuser!) definiert. 2. Die Probleme des Infraschalls werden noch wie vor ignoriert und sind in keiner Form in den Kriterien enthalten. Zumindest sollte die Forschung in diesem Bereich wesentlich intensiviert werden, um den Einfluss des Infraschalls auf die Umwelt und die Menschen genauer einschätzen und zumindest zukünftig besser berücksichtigen zu können. 3. Die Ungleichbehandlung von geschlossener Bebauung und Streusiedlungen/Einzelhäusern bei den Abstandsregeln ist nach meiner Auffassung nach wie vor eine Diskriminierung der Menschen im Außenbereich. Ziel muss es doch sein, alle Menschen gleich zu behandeln, so wie es das Grundgesetz vorgibt! Demnach muss es nur eine Abstandsregel zu jeglicher Wohnbebauung geben. Reduzierte Abstände sollten nur für Gewerbeflächen möglich sein. Außerdem befürchte ich mit den neuen Regeln einen massiven Wertverlust vieler Immobilien, mein eigenes Eigenheim eingeschlossen. Bei einer angemesseneren Abstandsregelung könnte ein massiver volkswirtschaftlicher Verlust (den der Wertverlust von Immobilien darstellt) verringert werden. 4. Die Abschwächung der Kriterien im Bereich Natur und Umweltschutz ist für mich nicht nachvollziehbar. Auch eine Windkraftanlage ist eine Industrieanlage , sie beeinträchtigt die Natur und Umwelt. Eine Reduzierung der Gewichtung des Artenschutzes oder der Kriterien widerspricht unseren eigene Zielen in der Landespolitik, nämlich der Erhaltung und Verbesserung der Biodiversität als Lebensgrundlage auch für uns Menschen! Auch müssen Naturparks und Landschaftsschutzgebiete Tabukriterien sein. 5. Solange die erzeugbare Energie nicht genutzt wird, weil die Infrastruktur fehlt, sollten grundsätzlich keine neuen Anlagen errichtete werde dürfen. Neben fehlender Infrastruktur zur Ableitung der Energie zu geeigneten Verbrauchern fehlt insbesondere das Kriterium „Nutzung/Speicherung überschüssiger Energie“ z.B. durch die dezentrale Gewinnung von Wasserstoff aus Windkraft. 6. Ein wesentlicher Punkt zum Schluss: die Energiekonzerne habe mit Atomkraft immense Gewinne erzieht. Anstatt davon Rücklage für Endlager etc. zu bilden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und die tatsächlichen Kosten zu tragen, muss der Steuerzahler dafür aufkommen. Das ist völlig ungerecht! Wie ist die Regelung bei Windkraftanlagen? Wird wenigsten bei dieser Energiequelle vorausschauend an die Zukunft gedacht und alle Folgekosten den Erstellern und Betreibern der Anlagen in Rechnung gestellt? Ich bitte um Bestätigung des Eingangs meines Schreibens sowie um Stellungnahme zu den einzelnen Punkten. Vielen Dank! Mit freundlichem Gruß	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2902	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung grundsätzlich ab. Ich bin entsetzt über ihr Vorhaben den Schutz der Natur einzuschränken wie, Naturschutzgebiete, Wälder, Tierwohl und Belastung der Umwelt in Kauf nehmen. Und das nur um Ihre Ziele zu erreichen die Energieerzeugung um das Vielfache, der jetzt schon ausreichenden Energiemenge zu erhöhen. Es ist absolut traurig und nicht zu verstehen wie ein Grüne Partei so etwas initiiert. Ich habe die Grüne Partei seit ihrer Gründung immer gewählt, da sie als einzige Partei für die Rettung unserer Umwelt bzw. Erde stand, nun so etwas. Es wird doch schon genug Natur in der Welt zerstört, speziell in der westlichen Welt. Warum muss „S H“ sich daran beteiligen?	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bin damit gegen einer Erweiterung des Ausbaus von WKA’s in „S H“. Es gibt so viele Gründe Ihr Vorhaben abzulehnen, wie zum Beispiel: - WKA zu nahe an Wohngebäude (Gesundheitsbeeinträchtigung). - Mikroplastikabrieb der Windflügel, was sich über das Land verteilt und damit dieses kontaminiert. - Tötung von Raub- und Zugvögel - Optische Zerstörung des Landschaftsbildes - Lärm und Ultraschallbelastung (Gesundheit) - Wenn Ihr Vorhaben durchgeführt wird, ist es für die Gemeinden kaum noch mögliche neue Siedlungsgebiete auszuweiten - Grundwasserbeeinträchtigung durch die tiefgehende Fundamente der WKA’s - Wertminderung der anliegenden Grünstücke und Häuser - Und viele mehr Danke Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2083	Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (z.B. Veenker, 2020).	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die Ziffern 2.3.1, 2.3.2, 3.17.1, 4.1.2, 4.5.1, 4.20.1, 5.9.1, 7.2.7, 7.2.9, 7.3.5, 7.3.7, 7.3.9 allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- Als Ziel und Grundsatz muss gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920m eingehalten wird. - Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel, nach einem Brandereignis mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. - Für o.g. Ereignisse müssen Haftung und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab festgelegt werden. - Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnende und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet. • Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. Gerade durch die o.g. Abschaffung dieser Regel wird es sonst zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung. Damit verbunden ist meine Sorge und die Gefahr, dass sich in der Folge viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden werden. • Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. dem Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante, weitere	Bezüglich der Kritik an der geringeren Gewichtung einzelner Kriterien und der angestrebten Konzentrationswirkung: Eine erneute Prüfung und damit einhergehende, geringe Gewichtung einzelner Kriterien ergibt sich als Schlussfolgerung aus dem gesetzlichen Auftrag nach dem WindBG, insgesamt rund 50 % mehr Fläche für die Windenergienutzung zur Verfügung zu stellen als es in den vorherigen Planungen der Fall war. Vor diesem Hintergrund hält es der Plangeber für sinnvoll, gerade keine absolute Gleichverteilung der Belastung anzustreben, sondern einerseits besonders geeignete Standorte zu fokussieren und somit andererseits die Belastung der Bevölkerung im Allgemeinen soweit möglich zu verringern. Bezüglich des Hinweises zu Stellungnahmen der Bundeswehr: Militärische Belange werden sowohl als Ziel als auch als Grundsatz der Raumordnung berücksichtigt. Darüber werden sie im Rahmen des individuellen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens geprüft. Bereits während der vergangenen Planung ergangene Stellungnahmen seitens der Bundeswehr werden auf Aktualität geprüft und gegebenenfalls frühzeitig berücksichtigt. Bezüglich der Abstände zu Siedlungsachsen: Im Rahmen der Regionalplanung werden potenzielle Siedlungsentwicklungen von Gemeinden berücksichtigt. Siedlungsachsen sind dabei grundsätzlich von einer Überplanung ausgeschlossen, zusätzliche Abstandspuffer orientieren sich an der zu erwartenden Entwicklung innerhalb der betreffenden Bereiche. Der potenzielle zusätzliche Abstandspuffer wird dabei als ausreichend erachtet, um gemeindliche Entwicklungen nicht im Übermaß einzuschränken.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Dies steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papier) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. • Aus den bereits genannten Akzeptanzgründen aber auch im Sinne der Schutzbedürftigkeit der Anwohnerinnen und Anwohner und Schaffung möglichst gleicher Lebensverhältnisse im Land ist das Kriterium der Vorbelastung und die Erzielung einer Konzentrationswirkung von 2 WKA kontraproduktiv. Es soll, wie von der Landesplanung generell angestrebt, eine Gleichverteilung erfolgen. Durch Windenergiegebiete oder Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gemeindegebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. • Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz. • Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u.a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. • Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Parkgrenzen einzuhalten. • Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit meines Lebens- und Erholungswertes. • Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage ist meine Sorge, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses und der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken) durch zukünftig noch höhere Windkraftanlagen gefährdet oder weiter eingeschränkt wird. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 sind bereits bei der Festlegung von Windvorrangflächen und im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Dies muss bereits in den Zielen und Grundsätzen festgeschrieben werden. • Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus – einem bedeutenden Wirtschaftszweig SchleswigHolsteins. • Es steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung, dass z.B. die mögliche Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101 einen unzureichenden Abstand zu festgelegten Siedlungsbereichen (hier der Siedlungsachse Kiel–Melsdorf–Felde) aufweist. Generell muss als Ziel und Grundsatz der Raumordnung definiert werden, dass zu festgelegten bzw. geplanten Siedlungsbereichen/-achsen ein Abstand von Vorrang- und Potenzialflächen von mindestens 1000m (800m + 200m Sicherheitspuffer) einzuhalten ist. Die im Amtsblatt für Schleswig-Holstein veröffentlichten Erhaltungs- und Wiederherstellungsziele für das Vogelschutzgebiet DE-1725-401 „Ahrensee und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nordöstlicher Westensee“ sind Bestandteil dieses Planes. Übergreifendes Schutzziel für das Vogelschutzgebiet ist die Erhaltung stabiler und reproduktionsfähiger Brutpopulationen sowie der Gastvogellebensräume für Nahrung suchende, rastende und ggf. überwinternde Vogelarten. Zum Schutz der Großvogelarten sind im Gebiet im Umfeld der Brut- und Rasthabitate Räume zu erhalten, die weitgehend frei von baulichen Anlagen sind, die Sichthindernisse oder Gefährdungen darstellen oder Störungen verursachen, wie z. B. Stromleitungen und Windkrafträder. n der Teilfortschreibung heisst es: **Ein freizuhaltender Bereich von 3000 m im Umgebungsbreich der Schlafplätze ist freizuhalten**. (da das Tötungsrisiko signifikant erhöht ist.) Für die Flächen über der PV-Fläche dürften diese 3000 m greifen.	
Institution: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND Landesverband Schleswig-Holstein e. V. ID: 2082	Sehr geehrte Damen und Herren, der BUND-Landesverband Schleswig-Holstein bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme im Verfahren, die wir hiermit gerne nutzen. Mit freundlichen Grüßen i.A. [redacted] BUND Landesverband Schleswig-Holstein e.V. Allgemeines Für den BUND SH gibt es keine Alternative zu einer naturverträglichen Energiewende. Klimaschutz schützt auch die Natur. Der BUND SH fordert eine dezentrale, natur- und umweltverträglich gestaltete Energiewende. Dieses Ziel sollte auch die Landesregierung Schleswig-Holstein verfolgen. Neben dem Ausbau der Windkraft gilt es ebenso den Artenschutz und den Schutz der Biodiversität sicherzustellen. Die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie ist abzuwägen mit den Zielen der Biodiversitätsstrategien des Landes, des Bundes, (Bundesprogramm Biologische Vielfalt, BMU 2007), dem Bundesnaturschutzgesetz (insbesondere § 7 und § 44), der Europäischen Vogelschutzrichtlinie, der FFH-Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, dem EU-Nature-Restoration-Law, dem Übereinkommen über den Schutz von Feuchtgebieten, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel von internationaler Bedeutung (RAMSAR-Abkommen), dem Übereinkommen über die Erhaltung der wildlebenden Pflanzen und ihrer natürlichen Lebensräume (Berner Konvention, Europarat 1979), die Bonner Konvention zur	zum Thema Netzkapazität: Es wird auf die Ziffern 7.2.5 und 7.2.6 der allgemeinen Synopse verwiesen. zum Planungsziel: Ziel ist zum einen die Erreichung der gesetzlich normierten Flächenbeitragswerte, zum anderen sollen die Zielsetzungen aus dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein erreicht werden. Aufgrund der Rotor-innerhalb-Planung kann nur ein Mindestziel festgelegt werden, da das Umrechnungserfordernis von Rotor-innerhalb zu Rotor-außerhalb durch die jeweilige Ausprägung der Vorranggebiete maßgeblich beeinflusst wird. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Begründung zum Teilflächenziel des LEP-Plantextes verwiesen. zu Landschaftsschutzgebieten: Die Entscheidung, ob und in welchem Umfang Landschaftsschutzgebiete für eine Vorranggebietsausweisung in Anspruch genommen werden, erfolgt auf Ebene der Regionalplanung und ist nicht Gegenstand dieses

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Erhaltung wandernder wildlebender Tierarten (CSM, UNEP 1983), dem Abkommen zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel (AEWA, UNEP 1996) und dem Übereinkommen über die Konvention zur Biologischen Vielfalt der UN (Convention on Biological Diversity, CBD). Dabei ist den Zielen der Biodiversitätsstrategien ein hoher Rang einzuräumen. Ebenso ist der Artikel 20a des Grundgesetzes und der Artikel 11 der Landesverfassung-SH zu berücksichtigen. Dieser Schutz hat sich grundsätzlich auf alle natürlichen Lebensgrundlagen zu erstrecken. Eine Fokussierung nur auf den Ausbau der Windenergie unter Vernachlässigung des Artenschutzes ist unzulässig. Netzkapazität Im LEP-Wind 2020 war unter Punkt 2.5.2.17 die Netzkapazität als Abwägungskriterium aufgeführt. Die regionale Aufnahmekapazität der Netze wurde als zusätzliches Abwägungskriterium herangezogen, um weitere Windausbauplanungen vordringlich in Gebieten zu fördern, in denen noch hinreichende Aufnahmekapazitäten bestanden und um keine zusätzlichen Netzausbaumaßnahmen auf Höchstspannungsebene erforderlich werden zu lassen. Der Punkt Netzkapazität ist jetzt ohne Begründung entfallen. Wir weisen darauf hin, dass bereits beim jetzigen Ausbauzustand besonders die Einspeisekapazität an der Westküste an ihre Grenzen stößt und das, obwohl die Westküstenleitung noch nicht als Transitleitung fungiert. Der BUND SH fordert, die regionalen Netz- und Einspeisekapazitäten bei der Ausweisung von Vorrangflächen zu berücksichtigen, um die Abschaltungen der WEA und die damit verbundenen Kosten für die Stromverbraucher*innen nicht steigen zu lassen. **Zu Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land** **4.5.1 Windenergie an Land** 1 G Verfolgtes Planungsziel Als Planungsziel wird die Ausweisung von mindestens 3 % der Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie genannt. Da kein maximaler Wert genannt wird, können somit auch 4, 5 oder noch mehr Prozent der Landesfläche ausgewiesen werden. Da	Planverfahrens. zu EU-Vogelschutzgebieten und Umgebungsbereich: Ein Abstandsbereich von 1.000 m als Umgebungsbereich um EU-Vogelschutzgebiete wird von den Naturschutzbehörden als fachlich ausreichend angesehen, um Störungen und Barrierewirkungen auszuschließen. zu Naturschutz-/ FHH-Gebieten und Umgebungsbereichen: Die Umgebungsbereiche können von den genannten Mindestabständen der LAG VSW abweichen, wenn die Naturschutzbehörden dies aufgrund vorliegender Erkenntnisse für fachlich vertretbar halten. zum Themenkomplex Biotope: Es wird auf Ziffer 4.5 der allgemeinen Synopse verwiesen. zum Waldabstand: Es wird auf Ziffer 4.7.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. zum Küstenstreifen: Es wird auf Ziffer 4.10.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. zu International bedeutsamen Nahrungsgebieten, Schlafplätzen und Flugkorridore von Zwergschwänen: Es wird auf Ziffer 4.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. zu Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs: Aufgrund der geografischen Lage von Schleswig-Holstein gibt es im ganzen Land Vogelzug. Vielfach handelt es sich um den sogenannten Breitfrontenzug von Singvögeln, der nachts in großer Höhe stattfindet, sodass er im Rahmen von Windenergieplanungen keine Berücksichtigung findet. Die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	seitens des Bundesgesetzgebers für Schleswig-Holstein ein Kontingent von 2 %, bei der in SH angewandten Rotor-In-Regelung 3,1 bis 3,3 % gefordert wird, sollte dieses als Planungsziel genannt werden. Eine gesetzliche Notwendigkeit einer Überschreitung der Bundesvorgabe besteht nicht. Der BUND SH fordert, dass als Planungsziel nicht ein Mindest-Wert, sondern ein Maximal-Wert formuliert wird. Der BUND SH begrüßt, dass im Küstenmeer keine Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen werden sollen. Dies muss weiterhin ausgeschlossen bleiben. 2 Z Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie für raumbedeutsame Windenergieanlagen an Land an Land Der BUND SH begrüßt die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie, da sich die Ausweisung von Windeignungsgebieten als Instrument zur Verhinderung von Wildwuchs bewährt hat. G Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land Der BUND SH begrüßt die Übernahme vorhandener Vorranggebiete, sofern keine naturschutzfachlichen Gründe dagegensprechen. 7 Z Solar-Freiflächen Der BUND SH begrüßt die Möglichkeit der Kombination von Wind- und Solarfreiflächen. Dadurch lässt sich die notwendige Infrastruktur reduzieren und die Beeinträchtigung von Landschaft wird reduziert. **4.5.1.1 Siedlungsstruktur** Der BUND SH begrüßt den Wegfall der 3 x H bzw. 5 x H-Regelung, da dadurch die Vorrangflächen im Rahmen des Genehmigungsverfahren nicht verkleinert werden. **4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** 13 G Landschaftsschutzgebiete Nach dem BNatSchG ist die Errichtung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten (LSG) grundsätzlich möglich. Von dieser Möglichkeit sollte	räumliche Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs geben daher nicht die gesamte biologische Dimension des Vogelzuges wieder, sondern konzentrieren sich auf die nach aktuellem Kenntnisstand potenziell besonders konfliktträchtigen Bereiche. Nicht alle Vogelzugwege sind als Konfliktbereiche im Rahmen der Windkraftplanung anzusehen oder lassen sich im Raum abgrenzen. Andere Bereiche, die durch Breitfrontenzug geprägt sind und/oder in denen Vogelzug auf breiterer Front und vielfach in Höhen stattfindet, die durch die Windenergienutzung nicht betroffen sind, wurden nicht bei dem Vogelzugkriterium berücksichtigt. zu Wiesenvogelbrutgebieten: Die Zweistufigkeit in Ziel und Grundsatz wurde bewusst gewählt, um Flächen mit geringeren Siedlungsdichten und einer Vorbelastung durch Windenergieanlagen einer Einzelfallprüfung zu unterziehen, ob dort die Windenergienutzung fortgesetzt werden kann. Auf die Begründung zu dem Ziel bzw. Grundsatz wird ergänzend verwiesen. Hinsichtlich der Forderung, die Halbinsel Eiderstedt, den Warder See und die Breitenburger Niederung freizuhalten, bleibt festzuhalten, dass erst im Rahmen der Regionalplanung unter Berücksichtigung der Ziele der Raumordnung und der Einzelfallbewertung die jeweiligen Vorranggebiete festgelegt werden. zu Brutplätze windkraftsensibler Großvögel: Es wird auf Ziffer 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen. zu Nordfriesische Inseln: An dem Grundsatz der Raumordnung wird festgehalten. Auf Ziffer 4.21.1 der allgemeinen Synopse wird verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nur im Ausnahmefall unter Beachtung des Landschafts- und Artenschutzes Gebrauch gemacht werden. In den LSG muss jeweils eine Einzelfallprüfung erfolgen, ob Anlagen konfliktfrei zum Biotopverbund und den auch als Landschaftsbild geschützen Vernetzungsstrukturen vereinbar sind. Gerade an der Westküste (Kreis Dithmarschen und Nordfriesland) gibt es nur wenige ausgewiesene LSG, aber bereits heute eine starke Überprägung der Landschaft durch Windenergieanlagen. Die bestehenden LSG und das Gebiet des durch Gerichtsurteil aufgelösten LSG Wiedingharde sind die letzten großflächigen windkraftfreien Gebiete auf dem Festland an der Westküste. Der BUND SH fordert, Vorrangflächen Windenergie nur als Ausnahme in LSG auszuweisen. Die bestehenden und ehemaligen LSG an der Westküste sind unbedingt von Windenergieanlagen frei zu halten, um an der Westküste die letzten windkraftfreien Landschaftsgebiete zu erhalten. Dies dient auch der Akzeptanz in der dortigen Bevölkerung und der Möglichkeit bestehende und zukünftige Artenhilfsprogramme umzusetzen. **4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz** 1 Z Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche Im LEP-Wind 2020 war der Abstand zu einem EU-Vogelschutzgebiet zweigeteilt: In einen 300 m Tabubereich und in einen zwischen 300 m und 1.200 m liegenden Abwägungsbereich. Die Ausweisung eines 1.000 m Tabubereichs ist vom Grundsatz her zu begrüßen. Nicht nachvollziehbar ist, warum der Bereich von 1.200 m auf 1.000 m eingekürzt wurde. Es heißt zwar „Nach vorliegenden Erkenntnissen treten die vorstehenden beschriebenen Störungen verstärkt im Nahbereich bis 1.000 Meter um VSG herum auf“, d.h. aber nicht, dass zwischen 1.000 m und 1.200 m keine Störungen auftreten und es gibt keinen Hinweis darauf, woher diese Erkenntnisse stammen. Die Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW 2015) empfiehlt in ihren „Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten“, im sogenannten „Helgoländer Papier“, einen Mindestabstand vom 10fachen der Anlagenhöhe, mind. jedoch 1.200 m. Der BUND SH fordert, in Anlehnung an das „Helgoländer Papier“ von 2015, einen Tabubereich von 1.200 m um EU-Vogelschutzgebiete.	zu Mooren und Kompensations- und Ökokontoflächen: Auf die Ziffern 4.5.2 und 5.10.1 der allgemeinen Synopse wird verwiesen. zur Karte des LEP Windenergie: Im Umweltbericht werden in den Themenkarten einzelne Belange lediglich generalisiert zu Übersichtszwecken dargestellt. Aufgrund der dortigen Maßstäblichkeit kann sich dort keine detaillierte Abgrenzung ergeben. So wird bei der Darstellung des Vogelzugs nicht zwischen Ziel und Grundsatz differenziert, hier wird der gesamte Bereich dargestellt. Ebenso ist die Darstellung des Vogelzugs im LEP 2021 nur stark vereinfacht und dient lediglich der allgemeinen Übersicht. Bei der Festlegung von Zielen der Raumordnung für die Windenergie ist ausschließlich die Karte (Anlage 2) zum LEP Windenergie ausschlaggebend. Nicht alle Vogelzugwege sind als Konfliktbereiche im Rahmen der Windkraftplanung anzusehen oder lassen sich im Raum abgrenzen. Andere Bereiche, die durch Breitfrontenzug geprägt sind und/oder in denen Vogelzug auf breiterer Front und vielfach in Höhen stattfindet, die durch die Windenergienutzung nicht betroffen sind, wurden nicht bei dem Vogelzugkriterium berücksichtigt. Bezüglich der Zwergschwäne wird auch hier auf Ziffer 4.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	2 Z Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche und 3 Z Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche Ursprünglich betrug der Abstand der Windenergieanlagen gegenüber FFH- und Naturschutzgebieten 300 m. Im LEP-Wind 2020 wurde dieser auf 200 m verkürzt, was bereits damals vom BUND SH entschieden abgelehnt wurde. Jetzt soll der Abstand auf nur noch 100 m verringert werden, ohne zu belegen, dass dadurch keine Schädigung des Schutzgebietes erfolgt. In der Begründung heißt es lediglich: „Solche Einschränkungen liegen regelmäßig vor, wenn WEA näher als 100 Meter an die Gebiete heranrücken“. Worauf beruht die Annahme, dass es zwischen 100 und 200 m nicht zu Einschränkungen kommt? Schutzgebiete sind wichtige Flächen für den Biotop- und Artenschutz. Sie dienen auch der Naherholung und dem Tourismus. Es ist nicht nachvollziehbar und auch nicht schlüssig, wie die Ziele des Natur- und Artenschutzes mit einem nochmals verringerten Abstand auf 100 m sichergestellt werden sollen. Eine WEA hat einen Wirkbereich in die Umgebung durch Schall, Schattenwurf usw. Eine Verkürzung des Abstandes zum NSG erhöht erheblich ihre Wirkung in das Schutzgebiet hinein und steht dem Schutzziel des Gebietes entgegen. Durch die Verkürzung des Abstandes entfällt auch die Entwicklungsmöglichkeit des NSG. Für Fauna-Flora-Habitat-Schutzgebiete (FFH-Gebiete) besteht ein Verschlechterungsverbot (§ 33 Abs. 1 BNatSchG, Art. 6 Abs. 2 FFH-RL), das verbindlich einzuhalten ist. Darin wird ausgesagt, dass es weder zu einer Verschlechterung der Lebensräume, noch zu einer erheblichen Störung der maßgeblichen Arten kommen darf. Mit einer weiteren Verringerung des Abstandes auf 100 m und der damit einhergehenden Beeinträchtigung des Gebietes wird das Verschlechterungsverbot unterlaufen. Nach § 34 Absatz 3 bis 5 BNatSchG sind zwar Ausnahmen vom Verbot zugelassen, aber nur aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses und sofern keine zumutbaren Alternativen an anderer Stelle, ohne oder mit geringeren Beeinträchtigungen, gegeben sind. Wir machen darauf aufmerksam, dass Deutschland – und auch Schleswig-Holstein - beim Schutz seiner Fauna-Flora-Habitat-Schutzgebiete gegen EU-Naturschutzrecht verstößt - so lautet das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). Deutschland – und auch Schleswig-Holstein – muss beim Schutz seiner FFH-Gebiete nachbessern, sonst drohen hohe Strafzahlungen. Ein weiteres Heranrücken von Windkraftanlagen an die Schutzgebiete erhöht das Risiko einer Strafzahlung erheblich. Ebenso sind die Anforderungen an den Biotop- und Artenschutz aus dem EU-Nature-Restoration-Law, der Biodiversitätsstrategie des Landes und die katastrophalen Ergebnisse der Biotopkartierung zu berücksichtigen. Unter den jetzigen Kriterien beträgt der Anteil der Potenzialflächen 7,2 % der Landesfläche – lediglich 3,2 % werden benötigt. Es ist nicht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dargelegt, warum eine Verringerung des Abstandes auf 100 m überhaupt notwendig ist, um die benötigten 3,2 % zu erreichen. EU-Nature-Restoration-Law, die Biodiversitätsstrategie des Landes und die katastrophalen Ergebnisse der Biotopkartierung müssen berücksichtigt werden. Der BUND SH lehnt eine Reduzierung des Abstandes von 200 m auf 100 m zu Naturschutz- und FFH-Gebieten entschieden ab! Der BUND SH fordert einen Abstand von mindestens 300 m zu Naturschutz- und FFH-Gebieten! 4 Z Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und Umgebungsbereich Das Land SH trägt eine besondere Verantwortung für das als UNESCO Weltnaturerbe ausgezeichnete Wattenmeer. Der BUND SH begrüßt die Freihaltung des Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und der Halligen, da es sich um einen Schwerpunktbereich als Lebensraum für Rast- und Zugvögel sowie eine Zone mit besonderem Erholungswert handelt. 5 Z Gesetzlich geschützte Biotope und Kleinstbiotope und G Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope Besonders den gesetzlich geschützten Biotopen, dem Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem und den Kleinstbiotopen kommt im Biodiversitätsschutz eine besondere Bedeutung zu. Besonders „Die Inventur der Natur - Ergebnisse der landesweiten Biotopkartierung 2014 bis 2020“ hat dargelegt, in welchem desolaten Zustand sich der Naturhaushalt in Schleswig-Holstein befindet. Eine weitere Schwächung des Biotopschutzes ist nicht hinnehmbar. Bei der Planung für die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie muss dem Schutz und der Aufwertung der Biotope und dem Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem verstärkt Rechnung getragen werden. In Kernbereichen des Biotopverbundes muss jeweils eine Einzelfallprüfung erfolgen, ob Anlagen konfliktfrei mit den Aufgaben des Biotopverbundes unter Berücksichtigung von Vorbelastungen vereinbar sind. Dazu gehört auch die Berücksichtigung von Kleinstbiotopen inklusive einer angemessenen Tabu-zone wegen ihrer Bedeutung als Trittsteinbiotope. Der BUND SH fordert die vorhandenen Schwerpunktbereiche und Verbundachsen frei von WEA zu halten. Zusätzlich fordert der BUND SH weitere Kernaktionsräume und großflächige Räume für bestehende und zukünftige Artenhilfsprogramme einzuplanen und frei von WEA zu halten.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	6 Z Wälder und Umgebungsbereiche Der BUND SH begrüßt, dass die Errichtung von WEA im Wald weiterhin ausgeschlossen ist. Im Landeswaldgesetz-SH § 1 (1) heißt es: „Der Wald in Schleswig-Holstein gehört zu den Naturreichtümern des Landes, ist eine unverzichtbare Lebensgrundlage der Menschen und bietet unersetzbaren Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Nach Maßgabe dieses Gesetzes ist der Wald in seiner Gesamtheit zu schützen und in seiner Lebens- und Funktionsfähigkeit dauerhaft zu erhalten.“ Ein Abstand einer WEA zum Wald von nur 30 m ist besonders in Bezug auf den Vogel- und Fledermausschutz viel zu gering bemessen, da gerade der Waldrand als Leitlinien und die angrenzenden Flächen zur Nahrungssuche genutzt werden. Da Schleswig-Holstein mit einem Waldanteil von rund 11 % der Landesfläche sehr waldarm ist und die Wälder z.T. auch nur sehr kleinflächig sind, übernehmen sie eine wichtige Aufgabe im Biotopverbund. So heißt es im Kapitel 3.3.5 Biotopschutz in der Anlage 3 auf Seite 42: „Vor allem kleinere Waldparzellen erfüllen wichtige Inselfunktionen innerhalb der offenen Agrarlandschaft. Waldränder sind von besonderer ökologischer Bedeutung als Schnittstelle zum Offenland, zudem sehr artenreich und bieten wichtige Rückzugsräume.“ Die Errichtung einer WEA so nah an einem Wald, dass die Rotorblattspitze in einem Abstand von nur 30 m an den Bäumen vorbeirauscht, erzeugt eine erhebliche Geräuschkulisse, Verwirbelungen der Luft und Schattenwurf, die tief in den Wald hineinwirken und dadurch massiv auf den Lebensraum der Tiere einwirken. Waldränder warten typischerweise mit einer reichhaltigen Biozönose auf. Entsprechend werden Organismen in signifikantem Ausmaß getötet, die in den angrenzenden Freiflächen auf Nahrungssuche sind. Auch wird der Erholungswert des Waldes für den Menschen erheblich beeinträchtigt. Diese Wirkungen sind unabhängig davon, ob es sich um einen Naturwald, einen „normalen“ Wald oder Forst handelt. Ein Waldabstand von nur 30 m widerspricht dem Ziel der Sicherung und Entwicklung des Erholungswertes von Natur und Landschaft (§ 1 Bundesnaturschutzgesetz [BNatSchG]) und dem Schutz wildlebender Tiere, Pflanzen, ihrer Lebensstätten und Lebensräume. Die Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien darf nicht die biologische Vielfalt zerstören (Biodiversitätsstrategie), (siehe Tabelle 2 in der Anlage 3). Bei vorhanden Naturwäldern ist ein Waldabstand von 100 m vorgesehen. Daraus folgt, dass ein „normaler“ Wald zukünftig nicht zum Naturwald entwickelt werden kann. Als Maßnahme zum Arten- und biologischen Klimaschutz sind jedoch alle Wälder in Richtung Naturwald zu entwickeln. Diese Möglichkeit wird durch den geringen Abstand von 30 m verbaut. Der BUND SH sieht ebenfalls die Gefahr, dass brennende Windräder bzw. Teile davon in den Wald stürzen könnten, was eine Waldbrandgefahr darstellt. Der Abstand von 30 Meter zur	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hausbebauung ist aus diesen Gründen im § 20 LWaldG verankert: „Abstand baulicher Anlagen zum Wald (1) Zur Sicherung vor Gefahren durch Windwurf oder Waldbrand ist bei der Errichtung baulicher Anlagen ein Abstand von 30 Metern zum Wald einzuhalten.“ Diese Regelung kannte noch nicht Windkraftanlagen mit Höhen über 200 Metern und Rotorblättern mit 70 Metern Länge. Der BUND SH fordert einen Waldabstand von mindestens 200 m, um die Auswirkungen einer WEA auf die Lebensgemeinschaft Wald und den Erholungsraum Wald zu minimieren und um die Entwicklungsmöglichkeiten zu mehr Naturwäldern nicht zu blockieren. 7 Z Dichtezentrum für Seeadlervorkommen Der BUND SH begrüßt die Beibehaltung des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen. Auch wenn das Seeadlervorkommen in Schleswig-Holstein eine steigende Tendenz hat, ist das Dichtezentrum weiterhin ein wichtiges Gebiet zur Reproduktion des Seeadlerbestandes und für diverse weitere Vogelarten. Außerdem kommt das Dichtezentrum auch dem Schutz des Rotmilans, des Mäusebussards, weiterer Vogelarten und nicht zuletzt dem Schutz des Menschen zugute. 8 Z Wintermassenquartiere für Fledermäuse und Umgebungsbereiche Der BUND SH begrüßt die Beibehaltung des 3.000 m Radius als von WEA freizuhaltenden Umgebungsbereichs. 9 Z Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel Der BUND SH begrüßt die Freihaltung eines Küstenstreifens von WEA, da besonders der Küstenstreifen als Leitlinie des Vogelzuges dient. Nicht nachvollziehbar ist jedoch die schwankende Breite des Küstenstreifens. Es wird der Anschein erweckt, dass er besonders da schmaler wird bzw. abknickt, wo der Streifen an bestehende Windparks grenzt, z.B. den Friedrich-Wilhelm-Lübcke-Koog, südlich Dagebüll, zwischen Eidersperrwerk und Büsum, Friedrichskoog, Kaiser-Wilhelm-Koog und Marner Neuenkoogsdeich. Der BUND SH fordert eine Überprüfung der Linienführung. 10 Z International bedeutsame Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen Der BUND SH begrüßt die Freihaltung dieser Gebiete von WEA, denn besonders dort ist das Tötungsrisiko signifikant erhöht. Wir weisen jedoch darauf hin, dass in der Karte des Umweltportals SH das Gebiet Breitenburger Niederung mit international bedeutsamer	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Population an Zwergschwänen sehr unvollständig dargestellt ist. Im Kartenausschnitt des Gebiets wird dies anhand der beobachteten Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore berichtigt. Neben dem Hauptschlafplatz verteilen sich weitere Schlafplätze und Nahrungsflächen nach Norden bis an die Stör (bis Kellinghusen) und die Bramauniederung bis Hitzhusen, nach Nordosten bis Krücken, nach Osten bis an den Staatsforst Rantzau, nach Südosten bis zum Bokeler See und nach Süden bis in die Offenau-Niederung östlich Klein Offenseth, Die Gesamtfläche misst 108 qkm. Auch die direkt an der Bahnlinie zwischen Wrist und Elmshorn sind bezüglich ihrer Nahrungsfllächen von internationaler Bedeutung (z.B. die Fläche Osterhorn-NO mit bis zu 800 Individuen in einem Trupp. Der BUND fordert mit Nachdruck die Berücksichtigung korrekt ermittelter Habitatflächen und Flugkorridore und ihre Freihhaltung von WEA. Auch müssen die bekannten Flugkorridore zwischen unterschiedlichen Gebieten freigehalten werden, beispielsweise von der Breitenburger Niederung in die Buckener Au-/Haalerau-Gegend. 13 G Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche Der BUND SH begrüßt die Beibehaltung des 3.000 m Radius als von WEA freizuhaltenden Umgebungsbereichs, denn besonders dort ist das Tötungsrisiko signifikant erhöht. 14 G Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten Der BUND SH begrüßt die Freihaltung dieser Gebiete von WEA, denn besonders dort ist das Tötungsrisiko signifikant erhöht. 15 Z Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung und G Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung Der BUND SH begrüßt die Freihaltung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung von WEA. Wir weisen jedoch darauf hin, dass die Hauptachsen in der Karte Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO unzureichend und fehlerhaft dargestellt sind. Es fehlt die bekannte Vogelfluglinie über Fehmarn und das südwestliche Schleswig-Holstein an die Unterelbe und die Baltische Zugvogeltrasse entlang der Ostseeküste über die Lübecker Bucht und Anschluss an die vorgenannte Vogelfluglinie. Wichtige Rast- und Überwinterungsbereiche finden sich auf dieser Trasse, zu nennen sind der Warder See und die Breitenburger Niederung. Näheres erfolgt in der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellungnahme zur Karte Anlage 2. Zusätzlich zu den in der Begründung aufgeführten Zugachsen gehört auch die Halbinsel Eiderstedt. In der Vergangenheit wurde Eiderstedt regionalplanerisch von WEA weitgehend freigehalten. Dies muss auch zukünftig so bleiben. Die dafür maßgeblichen Gründe des Schutzes von Biodiversität und Landschaft teilen wir. Ihr Gewicht hat sich in den letzten Jahren sogar weiter verstärkt. Der global bedeutsame ostatlantische Vogelzugweg kreuzt Schleswig-Holstein. Er wird dabei von der Elbe bis nach Dänemark jedoch durch eine dichte Kette von WEA behindert. Eiderstedt stellt den letzten, noch weitgehend offenen Korridor dar. Der BUND SH fordert, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs grundsätzlich frei von WEA zu halten, denn dort ist das Tötungsrisiko signifikant erhöht. Der BUND SH fordert, den Bau von weiteren WEA auf der Halbinsel Eiderstedt, um den Warder See und in der Breitenburger Niederung auszuschließen und damit der besonderen Natur und Landschaft dort den notwendigen Schutz zu gewähren. 16 Z Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten und G Wiesenvogel-Brutgebiete mit hohen Siedlungsdichten Der BUND SH begrüßt die Freihaltung der Wiesenvogel-Brutgebiete, denn dort ist das Tötungsrisiko signifikant erhöht Es ist nicht dargelegt, auf welcher Grundlage die Differenzierung zwischen „besonders hohen“ und „mit hohen“ Siedlungsdichten basiert. Dies ist nachzuholen. An der Westküste ist liegt die Halbinsel Eiderstedt mit ihrer offenen Landschaft und einem hohen Grünlandanteil Rast-, Nahrungs- und Brutgebiet für zahlreiche Wasser- und Wiesenvogelarten. Die Halbinsel ist seeseitig umgeben vom EU-Vogelschutzgebiet und vom Ramsar-Gebiet Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und angrenzende Küstengebiete (welches den Nationalpark einschließt). Im nordwestlichen Teil Eiderstedts befindet sich das 6.704 ha große EU-Vogelschutzgebiet Eiderstedt. Neue Windkraftanlagen auf Eiderstedt würden also nicht nur in einem per se vogelreichen Gebiet entstehen, sondern auch zwangsläufig in räumlicher Nähe zu oder gar zwischen Vogelschutzgebieten. Es bestünde die Gefahr, dass deren Schutzzweck durch eine Häufung von großen vertikalen Anlagen in der Umgebung ernsthaft beeinträchtigt wird. Der BUND SH ist überzeugt, dass in Schleswig-Holstein die notwendige Menge an erneuerbarer Energie erzeugt werden kann, ohne dabei Hotspots der Natur und der Vogelwelt wie Eiderstedt für die Windenergie in Anspruch nehmen zu müssen. Der BUND SH fordert, Wiesenvogel-Brutgebiete grundsätzlich frei von WEA zu halten, denn dort ist das Tötungsrisiko signifikant erhöht. Der BUND SH fordert, den Bau von weiteren WEA auf der Halbinsel Eiderstedt, um den Warder See und in der Breitenburger Niederung auszuschließen und damit der besonderen Natur und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaft dort den notwendigen Schutz zu gewähren. 17 G Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Die Reduzierung der Abstände zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel ist ausschließlich aus energiepolitischen Gründen erfolgt. Die neuen Abstände widersprechen den Abstandsempfehlungen der Landesarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (Helgoländer Papier 2015). Da dieser Punkt nur ein Grundsatz und kein Ziel ist, muss er nicht unbedingt befolgt werden. Eine weitere Abschwächung erfolgt durch die Formulierung „in der Regel“. Der BUND SH fordert, den Abstandempfehlungen der Landesarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten zu folgen! Dieser Punkt ist als Ziel zu formulieren und „in der Regel“ ist zu streichen. Zusätzlich sind auch die weiteren in „Tabelle 2 Übersicht über fachlich empfohlene Mindestabstände von Windenergieanlagen (WEA) zu Brutplätzen bzw. Brutvorkommen WEA sensibler Vogelarten (Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten LAGVSW, Stand April 2015)“ mit den artspezifischen Mindestabständen zu berücksichtigen. 18 G Nordfriesische Inseln Der BUND SH begrüßt die Freihaltung der nordfriesischen Inseln von WEA, denn dort ist das Tötungsrisiko signifikant erhöht. Es bestehen zahlreiche Wechselbeziehungen zwischen den Inseln und dem UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer. So bieten die Inseln u.a. überlebenswichtige Brutplätze für viele Vogelarten des Nationalparks. Zukünftig kommt den Inseln auch eine noch größere Bedeutung für den Wiesenvogelschutz zu. Da dieser Punkt nur ein Grundsatz und kein Ziel ist, muss er nicht unbedingt befolgt werden. Eine weitere Abschwächung erfolgt durch die Formulierung „in der Regel“. Der BUND SH fordert, diesen Punkt als Ziel zu formulieren und „in der Regel“ zu streichen. **4.5.1.4 Boden und Wasser** Das Thema Moor- und Anmoorböden ist gänzlich ausgeklammert worden. Im Rahmen des biologischen Klimaschutzes durch Wiedervernässung haben diese Böden eine wichtige Rolle. Die Niederungsstrategie 2100, die Moorstrategie des Landes SH und das EU-Nature-Restoration-Law verlangen explizit die Wiedervernässung von entwässerten landwirtschaftlich genutzten Moorböden. Der BUND SH fordert, dass durch die Errichtung von WEA eine Wiedervernässung, unabhängig von der aktuellen Nutzung,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nicht verhindert wird. 7 G Kompensations- und Ökokontoflächen Kompensations-, Ausgleichs- und Ökokonto-Flächen dienen als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme für einen an anderer Stelle stattgefundenen Eingriff in den Naturhaushalt. Eine Errichtung von WEA auf diesen Flächen steht diesem Zweck entgegen. Zahlreiche Flächen werden landwirtschaftlich extensiv genutzt, um dem Wiesenvogelschutz zu dienen. Eine Errichtung von WEA in der Nähe läuft diesem Ziel entgegen. Der BUND SH lehnt die Errichtung von WEA auf Kompensations-, Ausgleichs- und Ökokontoflächen ab. Ihre Wirkung auf in der Nähe liegenden Flächen ist im Ausweisungsverfahren der Vorrangflächen zu berücksichtigen! Fazit: Der BUND SH fordert, die Energiewende und die Förderung des Natur- und Artenschutzes zu verknüpfen. Die Ausweisung der Vorrangflächen Windenergie darf nicht zu einer weiteren Verschlechterung des Zustandes der Biodiversität führen. Ausgleichs- und Ersatzzahlungen müssen der Natur vor Ort zugutekommen. Parallel zur Ausweisung der Vorrangflächen für die Windenergienutzung muss auch eine vergleichbare Planung für die Flächen vorgelegt werden, die zur Kompensation der Eingriffe und der Umsetzung zukünftiger Artenhilfsprogramme erforderlich sind. Der BUND SH ist überzeugt, dass in Schleswig-Holstein die notwendige Menge an erneuerbarer Energie erzeugt werden kann, ohne dabei Hotspots der Natur für die Windenergie in Anspruch nehmen zu müssen. Die derzeit noch hohe Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber dem Ausbau der Erneuerbaren Energien kann nur erhalten werden, wenn eine Berücksichtigung hochwertiger Landschaftsräume und eine Förderung des Natur-und Artenschutzes erfolgt. Zu Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land Die Karte Anlage 2 enthält in der Darstellung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mehrere Abweichungen im Vergleich zur Karte 8 aus der Anlage 3, Umweltbericht und zur Themenkarte 21 aus dem LEP 2021. Besonders auffällig ist das abrupte Ende der Hauptachse an der Autobahn A7 zwischen Schleswig und Owschlag und in der Karte 8/Anlage 3 und der Themenkarte ist die Insel Fehmarn komplett als Zugachse dargestellt – in der Karte Anlage 2 nicht mehr. Die Abweichungen sind nicht begründet und nach Auffassung des BUND SH auch nicht begründbar. Der BUND SH	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	fordert eine entsprechende Korrektur der Karte Anlage 2, damit sie mit der Karte 8 aus Anlage 3 unter Ergänzung von Vogelfluglinie und Baltischem Zugweg und der Themenkarte 21 aus dem LEP 2021 übereinstimmt. (Abbildungen) Zwergschwäne In der Karte Anlage 2 sind die international bedeutsamen Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen verzeichnet. Die Flugkorridore zwischen den Gebieten fehlen. Die tatsächlichen Flugkorridore laut Aufzeichnungen besenderter Schwäne sind in dieser Karte entsprechend nachgetragen. Die in der Karte eingezeichneten Fläche mit Schlafplätzen und Nahrungsflächen in der Breitenburger Niederung umfasst nur ca. 40 qkm der tatsächlich von international bedeutsamen Trupps (1 %-Regel) genutzten Flächen. Auf der Grundlage der mehrjährigen und sehr ausführlichen Daten von Beobachtungen wurde ein Gesamtgebiet von 108 qkm ermittelt. Außerdem fehlen in der Karte Anlage 2 die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs im Gebiet zwischen Fehmarn und Lübecker Bucht - Warder See - Breitenburger Niederung und die südliche Hauptachse untere Elbe. Der wichtigste Teil der südlichen Hauptachse von der Lübecker Bucht endet als 11 km breiter Stumpf entlang der Bahnlinie Eutin-Bad Schwartau. Der zweite Teil mit Vogelzug von Fehmarns Ostküste führt nach Südwesten zum vorstehend beschriebenen „Stumpf“, und mit Vogelzug von Fehmarns Westküste bis östlich von Oldenburg, wo ebenfalls ein Stumpf resultiert (ein kleiner Teil davon ist entlang der Hohwachter Bucht nach Norden fortgeführt). (Abbildung)	
Institution: Amt Ostholstein-Mitte, Gemeinde Kasseedorf ID: M2711	Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land hier: Stellungnahme der Gemeinde Kasseedorf im Rahmen des Beteiligungsverfahrens Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Kasseedorf gibt zu dem Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes die folgende Stellungnahme ab: • Es wird darauf hingewiesen, dass der Ortsteil Bergfeld einen im Zusammenhang	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich werden Hinweise / Argumente genannt, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Dieser Teil der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bebauten Ortsteil darstellt. Es handelt sich somit um einen Innenbereich nach § 34 BauGB. Daraus ergibt sich, dass gern. LEP, Kap. 4.5.1.1, 1 Z (Seite 20), ein Umgebungsbereich von 800 m einzuhalten ist. • Bei dem Ortsteil Vinzier handelt es sich ebenfalls um einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil. Demnach ist auch hier ein Umgebungsbereich von 800 m zwingend einzuhalten (so.). • Die Gemeinde weist darauf hin, dass dem Ortsteil Freudenholm ebenfalls ein Umgebungsbereich von 800 m zugestanden werden muss. Der Ortsteil Freudenholm ist hinsichtlich der Bevölkerungszahl mit dem Ortsteil Bergfeld vergleichbar. Im Sinne der Gleichbehandlung der Bürger hält die Gemeinde es für angemessen, den Ortsteil Freudenholm wie einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil (= Innenbereich) zu behandeln. Die Gemeinde vertritt den Standpunkt, dass die Einwohner, die im Außenbereich leben, einen Anspruch auf eine angemessene Wohnqualität haben. Dies gilt insbesondere für Splittersiedlungen im Außenbereich, in denen bereits eine Wohnbebauung von einigem Gewicht vorhanden ist. Personen, die in einer Splittersiedlung im Außenbereich leben, müssen Einflüsse, die sich durch die Landwirtschaft ergeben, hinnehmen. In einer Nähe von 400 m zu einer Windkraftanlage zu wohnen, wird für die Bewohner zu einer erheblichen Verschlechterung der Wohnqualität auf dem Grundstück führen. Die Aufenthaltsqualität im Garten oder auf der Terrasse wird stark beeinträchtigt werden. Diese Beeinträchtigung kann von den betroffenen Personen als so schwerwiegend empfunden werden, dass sie sich gezwungen sehen, ihr Grundstück aufzugeben. Bei einem möglichen Verkauf des Grundstücks werden die Eigentümer dann dahingehend bestraft werden, dass die Nähe des Windparks bzw. der am nächsten stehenden Windkraftanlage einen erheblichen Preisabschlag für die Immobilie zur Folge haben wird. Das bedeutet, dass die Eigentümer einen beträchtlichen finanziellen Verlust erleiden werden. Die Akzeptanz für den Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein kann bei den Bürgern nur dann erreicht werden, wenn die Belastungen und Einschränkungen zumutbar sind. Die vorgesehene Regelung ist für die Menschen, die innerhalb einer Splittersiedlung im Außenbereich leben, unverhältnismäßig und unzumutbar. • Des Weiteren wird mit Blick auf die - nach Anwendung der Ausschlusskriterien verbleibende - Potenzialfläche südwestlich von Bergfeld, östlich von Sagau und nördlich	Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von Stendorf, angezweifelt, ob die Grenzen und die 100 m betragenden, zusätzlichen Abstandsflächen des Natura2000-Gebietes hinreichende Beachtung erfahren haben. Es wird eindringlich darum gebeten, im weiteren Planungsprozess eine dahingehende Überprüfung vorzunehmen. • Der Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans und die sich unter Beachtung der Ziele der Raumordnung ergebende Potentialfläche südwestlich von Bergfeld, östlich von Sagau und nördlich von Stendorf, werden mit Ausnahme der oben gemachten Hinweise und Einwände begrüßt. Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme möchten wir uns im Voraus bedanken. Mit freundlichen Grüßen gez. [redacted] Bürgermeister	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2395	Sehr geehrte Damen und Herren, anbei sende ich die Stellungnahme zur Teilfortschreibung für das Gebiet Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau [redacted], In dem Beteiligungsverfahren für den ersten Entwurf möchten wir eine positive Stellungnahme für den Ausbau von Windenergie in unseren Gemeinden abgeben. Wir sind grundsätzlich für die Ausweisung von Windenergieflächen im Landesinneren, sofern diese den vorgeschlagenen Kriterien entsprechen. Über die Ausweisung von Windenergieflächen und den Betrieb von Windparks haben wir uns, wie viele Bürger, in den letzten Jahren immer wieder informieren können, es sind zahlreiche Artikel zum Thema erschienen. Es sind einige Windparks in der	Die Stellungnahme positioniert sich grundsätzlich positiv zum Entwurf des LEP Windenergie, was zur Kenntnis genommen wird. Sie beinhaltet darüber hinaus Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu militärischen Belangen: Richtfunktrassen werden bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie im Einzelfall bewertet; sie führen nicht zu einem pauschalen Ausschluss von Vorranggebieten Windenergie.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	entfernteren Nachbarschaft entstanden, deren positive Entwicklung und Betrieb wir verfolgen können. Auch unsere Region ist als Windstandort gut geeignet, leider mussten wir auf der Karte in den vorangehenden Beteiligungsverfahren feststellen, dass in der Region östlich von Heide und auf der Hohen Geest stets nur unwesentliche Neuausweisungen für Windparks vorgenommen und große Potentialflächennicht berücksichtigt wurden. Nach Einsicht und Prüfung der veröffentlichten Unterlagen für die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) stellt sich dies nun anders dar, was wir sehr begrüßen. Dies betrifft auch Potentialflächen in unserem Umfeld, in dem Gebiet zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt gelegen. Aus den nachfolgenden Gründen bitten wir um Aufnahme der Fläche zwischen den geschilderten Orten als Vorrangfläche für Windenergie. Grundlage sind die im aktuellen Beteiligungsverfahren veröffentlichten Kriterien als Ziele und Grundsätze der Landesentwicklungsplans. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung: **Fachliche Argumente/Kriterienkatalog, standortbezogen** Bei den nachfolgenden Argumenten und Einwendungen beziehen wir uns auf eine Rohpotenzialfläche, die in der Karte Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie aus Juni 2024 abgebildet ist. (Sie ist nicht Bestandteil der veröffentlichen Beteiligungsdokumenten.) Für den Standort zwischen den Orten Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide Tellingstedt, Landkreis Dithmarschen, wird in der veröffentlichten Potenzialflächenkarte eine mögliche Windvorrangfläche abgebildet. Die abgebildete Fläche stellt das Projektgebiet „Bürgerwindpark Schrum-Wembüttel“ dar und liegt in einem stark windhöffigen Raum in den zuvor genannten Gemeinden. Das betrachtete Gebiet wird von verschiedenen Seiten durch einzuhaltende Abstände zur Einzelwohnhäusern sowie im Osten und Westen durch Wohnbebauung der Gemeinden Immenstedt und Schrum im Westen im Außenbereich begrenzt. Das Gebiet wurde von uns als regional ausgerichtete Planungsgemeinschaft seit vielen Jahren überplant. Es wurde aufgrund von Landschaftsschutzgebietsausweisungen im vorangehenden Regionalplanverfahren nicht weiter betrachtet, abgewogen und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausgewiesen. Wir beschäftigen uns seit Jahren intensiv mit Gebiet. [Karte s. Anhang S. 2] Für das in Frage kommende Gebiet wurden Untersuchungen und Planungen in der Zwischenzeit ausgeführt, auch sind durch die anderen Beteiligungsverfahren (Landesentwicklungsplan) viele Informationen zu den Umweltbelangen veröffentlicht worden. Die beschriebene, weiträumige Fläche liegt auf der Hohen Geest, ist sehr wenig bewaldet und wird bereits intensiv zur Landwirtschaft mit Ackerbau und Grünland genutzt. Die für einen Windpark erforderlichen Abstände zu Ortschaften können eingehalten werden. Zu den einzelnen Kriterien: 1. **Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern** 2. **Beeinträchtigung Großvögel** 3. **Waldabstand** 4. **Landschaftsschutzgebiete** 5. **Militärische Belange** 6. **Schwerpunktbereich Tourismus und Erholung** 7. **Gewässerschutz** 8. **Schutz- und Biotopverbunde** 1. **Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern- Ziel**Das mögliche Windeignungsgebiet ist so groß, dass die geplanten Abstandsforderungeneingehalten werden können. Die Beibehaltung der Rotorin-Planweiseschafft zusätzlich genügend Abstand. Dieser wird zumeist häufig auch durch dieerforderlichen Abstände aufgrund der Belastungen durch Schall und Schattenwurfübertroffen. In der Regel führen die Vorgaben für die Einhaltung der Emissionenzu noch zu größeren Abständen.Auch dies ist Bestandteil des eigentlichen Genehmigungsverfahrens und dort zuprüfen. Nach wie vor ist eine ausreichende Potentialfläche auf der Flächevorhanden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2. **Beeinträchtigung Großvögel- Grundsatz**Um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln soll im angegebenenUmgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebietenstattfinden. Hier möchten wir darauf hinweisen, dass weiter differenziert werdensollte bei der Festlegung von Tabuzonen um Horste von Großvögeln. Geradedurch Entwicklung und Einsatz neuer Techniken (ProTecBird) und Schaffung vonLenkungsflächen sollten bei bestandsreichen Arten, beispielsweise wie Storcheund Rotmilan durch geeignete Maßnahmenkonzepte Artenschutzkonflikte zubewältigen sein. Die Großvögel können so erfolgreich geschützt werden. Dergroßräumige Ausschluss von Potenzialflächen um Horste sollte daher auf dieEbene der Einzelfallbetrachtung verlagert werden und nicht von vorneherein zumAusschluss einer Fläche für Windstandorte führen.Der Ausschluss von besonders sensiblen Flächen mit großflächig vorkommendenbesonders schützenwerten Arten hingegen ist für uns in Ordnung. 3. **Waldabstand**Der vorgeschlagene, einzuhaltende Abstand zu Waldflächen von 30 m ist für unsin Ordnung. Zu den vorhandenen Flächen kann für die Planfläche genügendAbstand gewahrt werden. 4. **Landschaftsschutzgebiete**Die neue Gewichtung dieses Kriteriums möchten wir ausdrücklich befürworten.Es ist Bürgern zuzumuten, auf Windenergieanlage zu schauen. 5. **Militärische Belange- Ziel**Auch dieser Belange sollten auf Ebene der Einzelfallbetrachtung abgewogenwerden. Beispielsweise lineare militärische Richtfunktrassen können bei derPlanung eines Gebiets mit Windstandorten Berücksichtigung finden. Die in demGebiet liegende Richtfunktrasse quert die Fläche, beeinflusst die möglicheStandortplanung jedoch kaum. Sie führt nur zu einer minimalen Einschränkungder Eignungsfläche. 6. **Tourismus und Erholung- Ziel und Grundsatz**Grundlegend weisen wir darauf hin, dass die Tatbestandsmerkmale „Erholung"und „Tourismus" durchaus verschieden und damit _UunterschiedlicheAbwägungsbelange sind. Es sollten nur Schwerpunkträume für Tourismus undErholung (wenn überhaupt) von dem Ausbau der Erneuerbaren ausgenommenwerden, Kernbereiche oder Vorbehaltsgebiete hingegen nicht. Bei Umfragen beiTouristen werden Windenergieanlagen regelmäßig als regionsprägend und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	positivbewertet.Die Erholung ist ein öffentlicher Belang, der gemäß 8 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB beider Aufstellung von Bebauungsplänen und damit auch bei den Regionalplänen zuberücksichtigen ist; das gleiche gilt für den Tourismus als Wirtschaftsfaktor($& 1Abs. 6 Nr. 8 lit. a BauGB). Der „Erholung" im Sinne des 8 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGBdienen neben Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen auch Frei- und Grünflächen,während der Tourismus zu den Belangen der „Wirtschaft" gehört. Der „Erholung"dienen die hier streitgegenständlichen Bereiche nicht, zumal laut Textteil desRegionalplanentwurfs diese Kernbereiche für Erholung in guter Zuordnung zu denOber- und Mittelzentren als Naherholungsgebiete liegen sollen, während dieeinzig größere Ortschaft in der Nähe, nämlich Tellingstedt, bei der Landesplanungnur als Unterzentrum geführt wird. Tourismus als wirtschaftlich relevanter Faktorfindet kaum statt.Auch sollte diese Darstellung als Vorbehaltsgebiet nicht von vornherein dazuführen, dass die betroffenen Flächen von einer Nutzung zur regenerativenStromproduktion ausgeschlossen werden. 7. **Talräume an Gewässern**Das Gebiet wird durch die Fließgewässer durchzogen. Die einzuhaltendenAbstände können in der Standortplanung berücksichtigt werden. DieEinschränkungen sind nicht so gravierend, dass das Gebiet sich erheblichvermindern würde. 8. **Schutz- und Biotopverbunde**In gesetzlich geschützten, flächenhaften, unmittelbar räumlich zusammenhängendenBiotopen mit einer Größe von insgesamt mindestens fünf Hektar solldie Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamerWEA ausgeschlossen werden. Diese Gewichtung befürworten wir.Schwerpunktbereich Schutzgebiet und BiotopverbundDieses Kriterium wird im BImSchG-Verfahren untersucht und bewertet.Biotopschwerpunktbereiche in vergleichbaren Größenverhältnisse, sollten wiezusammenhängende gesetzlich geschützte Biotope kategorisch für den Ausbauder *Windenergie ausgeschlossen werden. Randbereiche* sowieBiotopverbundachsen sollten dabei einer Abwägung zugänglich sein.Dementsprechend können Biotopschwerpunktbereiche ab 5 Hektar vomGrundsatz zum Ziel gewandelt werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Weitere Punkte/ Argumente **Verfahren** Wir begrüßen grundsätzlich das geplante Verfahren, die Kriterien zur Ausweisung von Windeignungsflächen im Landesentwicklungsplan gesetzlich zu verankern. Gleichzeitig werden die Kriterien neu gewichtet und bewertet. Auch folgt das Land Schleswig-Holstein zum einen den neuen Anforderungen des geänderten Bundesrechts und schafft zum anderen die notwendigen Rahmenbedingungen für Klimaschutz, Energiewende und dringend benötigtem Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Festsetzung von bestimmten Kriterien als Ziele, die der Abwägung nicht zugänglich sind und als Grundsätze, die in der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden können, schafft einen einheitlichen Verfahrensrahmen für verschiedene Ausweisungsverfahren. Durch die Beibehaltung der Rotorin-Lesart werden die politischen und verträglichen Ziele der Landesregierung, genügend Abstand zu Wohnbereichen, weiterverfolgt. Auch der Wegfall von der bislang geltenden Ausschlusswirkung kann im Einzelfall sinnvolle Ausweisung von Windeignungsflächen in bestimmten Lagen ermöglichen. Die neue Positivplanung ermöglicht, große, stark windhöffige Gebiete im Landesinneren, die bislang vor allem durch Landschaftsschutzgebietsausweisungen keine Berücksichtigung fanden, für die erneuerbare Stromproduktion zu erschließen. Flächen, die zum Teil wesentlich besser geeignet sind, zum Beispiel aufgrund ihrer größeren Entfernungen von Siedlungen und Häusern als an der Küste, werden im laufenden Verfahren nun aufgenommen. Die ungleichmäßige Verteilung und eindeutige Bevorzugung der Küstenregion stellen ein soziales Gefälle für die Gemeinden und Bevölkerung dar. Die Wertschöpfung darf aber nicht weiter so ungerecht verteilt sein. Insgesamt unterstützen wir daher das vorgesehen Verfahren, die Grundsatzbeschlüsse der Landesregierung zur Windenergieplanung vom Dezember 2023 auf Ebene des Landesentwicklungsplans umzusetzen. **Klimaschutzziele** Aus Gründen der Klima- und Energiepreiskrisen ist weiterer Flächenbedarf eindeutig ersichtlich. Dies definiert den an sich vorhandenen Ermessensspielraum neu. Wir	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	befürworten den Ausbau von Erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, auch in unserer Gemeinde, da wir die Energiewende und Grüne Energie gut finden. Sie stärkt die Wertschöpfung des Ländlichen Raums und birgt längst nicht die Gefahren von Atomkraft. Der Bedarf von klimaneutraler Energie wird sich gerade an der Westküste mit den Standorten wie Brunsbüttel und Heide enorm durch Transformation der Industrieversorgung, Mobilität und private Haushalt massiv steigern. Auch können zukünftig die verschiedenen geplanten Stromleitungen den erzeugten Strom Offshore und Onshore wegführen. Schleswig-Holstein erhält eine historische Chance, seine Wirtschaftlichkeit zu steigern. **Zusammenfassung** In der Zusammenfassung ermöglichen die aktuellen Abwägungskriterien große neue Windvorrangflächen in unserer Region. Auch in den anfangs genannten Orten ist eine Potentialfläche für den Windenergieausbau möglich. Die Kriterien und der Zuspruch in der Bevölkerung lassen einen Wegfall des Gebiets nicht zu. **Wir befürworten daher** **- die Verfahrensweise der Verankerung der Kriterien zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im Landesentwicklungsplan und** **- bitten um die Aufnahme des Gebiets zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt als Vorranggebietsfläche für Windenergie im zukünftigen Regionalplan Sachthema Wind.** Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted] [Karte im Anhang S. 7]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2081	**-Stellungnahme zu Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** Sehr geehrte Damen und Herren, obwohl die Nutzung erneuerbarer Energien eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Klimawandel spielt, gibt es von unserer Seite erhebliche Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen der ausgewiesenen Potentialflächen in unserer Region. Aus diesem Grund möchten wir unsere Ablehnung gegenüber den ausgewiesenen Potenzialflächen im Kreis Plön für Windenergie-Industriegroßanlagen in den Gemeinden Fargau-Pratjau, Stoltenberg und Krummbek zum Ausdruck bringen. Bei der Ausweisung ist neben dem geltenden Recht auch zu berücksichtigen, dass sich die Gemeinde Fargau-Pratjau in der Vergangenheit und auch aktuell deutlich gegen einen weiteren Ausbau der Windenergie auf ihrem Gebiet positioniert hat. Zudem steht die aktuelle Ausweisung der Flächen in der Gemeinde Fargau-Pratjau und Umliegende im direkten Widerspruch zu den bisherigen und aktuellen Entscheidungen des Kreises Plön, der einen weiteren Ausbau von Windenergie-Großindustrieanlagen ebenfalls ablehnt. Auch in der Vergangenheit sind die Flächen - insbesondere um Neu-Sophienhof - für ungeeignet erklärt worden. Dies führt zu erheblichem Unmut in der Bevölkerung und gefährdet das Vertrauen in die politischen Prozesse im Land und Bund. **Unsere Ablehnung begründen wir wie folgt:** 1. Die letzten Gesetzesänderungen der Ampelregierung, insbesondere die Anpassungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und die Änderungen im Baugesetzbuch, stehen im Verdacht, gegen europäisches Recht zu verstoßen.Hinzukommen massive Abschwächungen bei Natur-, Umwelt- und Artenschutzgesetzen. Diese Änderungen untergraben einseitig die Interessen der Bevölkerung und Natur, zugunsten eines beschleunigten Ausbaus von Windenergie-Industriegroßanlagen, und bevorzugen eindeutig die Interessen von Investoren und Landbesitzern. Dieses Vorgehen ist rechtlich fragwürdig und gefährdet die Akzeptanz der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 7.1.3, 7.2.10, 7.2.1, 2.1, 7.2.12, 4.20, 4.8, 4.14, 4.15, 4.16, 4.9, 7.3, 7.2.11, 2.11, 7.2.15, 2.5, 7.1.3, 3.15, 7.2.14 und 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Energiewende in der Bevölkerung, ohne ausreichende Rücksichtnahme auf die Rechte und Belange der betroffenen Bürger. 2. Entschieden lehnen wir die unterschiedlichen Mindest-Abstandsvorgaben zwischen Innen- und Außenbereich ab. Unter LEPWindVO Plantext Kapitel 4.5.1, B zu 2 Z, wird festgehalten, dass die Schutzbedürftigkeit von Wohnanlagen im Außenbereich geringer zu bewerten ist, als im Siedlungsbereich (*„Wohnnutzung und deren Schutzbedürftigkeit im Außenbereich ist demnach geringer zu bewerten.“)*.Hierdurch wird politisch eine Mehrklassengesellschaft geschaffen, was im Widerspruch zu Artikel 3 GG (1) „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“ steht.**Hier fordern wir eine Gleichstellung der Schutzbedürftigkeit von Wohnanlagen im Innen- wie Außenbereich.** 3. Der Kreis Plön zeichnet sich durch seine malerische Landschaft aus. Wälder, Seen, kleine Dörfer und Güter, Kultur- und Knicklandschaften prägen das Gesamtbild und zeigen eine einzigartige Biodiversität. Windenergie-Industriegroßanlagen würden diese natürliche Schönheit erheblich beeinträchtigen. Der Bau und Betrieb solcher Anlagen würden nicht nur das Landschaftsbild negativ verändern, sondern auch die Lebensräume zahlreicher Menschen und Tierarten stören bzw. zerstören. Die Wirkung der errichteten Windenergie-Industriegroßanlagen geht weit über die bebaute Fläche hinaus. Die Flächenwirkung der Windenergie-Industriegroßanlagen wird im LEP nicht ausreichend berücksichtigt und trägt zur Verharmlosung der entstehenden Belastung Aller bei. 4. Besonders besorgniserregend ist die Gefährdung bedeutender Greifvögel, wie z.B. Seeadler, Rotmilan und Kornweihe, die u.a. regelmäßig im Planungsgebiet um Neu-Sophienhof, Gemeinde Fargau-Pratjau, gesichtet werden. (s. Fotodokumentation [redacted], kann angefordert werden). Die wichtige Funktion des Seeadler Dichtezentrums wird in seiner Wirkung eingeschränkt, wenn im Nahrungs- und Brutraum des Seeadlers weitere Windenergie-Industriegroßanlagen errichtet werden und diese Räume zerstören. Unterschiedliche Seeadler werden an mehr als 150 Tagen/Jahr regelmäßig in der Gemeinde Fargau-Pratjau gesichtet. Dieser Nahrungs- und Brutraum ist auch bedeutender Lebensraum anderer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	geschützter Greifvogelarten wie der Kornweihe und des Rotmilan.*„Kornweihen waren früher relativ häufig vorkommende Brutvögel in Norddeutschland. Mittlerweile existieren hier nicht mehr genügend Lebensräume für sie, weshalb sie in Deutschland fast ausgestorben und nur noch sehr seltene Brutvögel hierzulande sind“ (Nabu.de).*Die regelmäßige Sichtung, mehr als 100 Tage im Jahr, von juvenilen und adulten Kornweihen in der direkten Umgebung von Neu-Sophienhof, lässt auf eine Bruttätigkeit in der Nähe dieser äußerst seltenen Weihenart schließen.(s. Fotodokumentation [redacted] kann angefordert werden).Die Aufnahme der Kornweihe in die UMK-Liste für kollisionsgefährdeten Brutvogelarten (Quelle: BMUV) zeigt die besondere Schutzwürdigkeit dieser Vogelart.Regelmäßige Sichtungen (mehr als 100 Tage/Jahr) in dem Bereich der Potenzialflächen in der Gemeinde Fargau-Pratjau gibt es auch vom Rotmilan. Sehr häufig wird auch der Baumfalke gesichtet. Diese beiden Greifvogelarten stehen ebenfalls auf der UMK-Liste.(s. Fotodokumentation [redacted], kann angefordert werden).**Die Freigabe der Flächen um die Siedlung Neu-Sophienhof für Planung von Windenergie-Großindustrieanlagen würde den Lebensraum dieser seltenen Vogelarten zerstören und steht im Widerspruch zum selbstauferlegten Schutz gefährdeter Vogelarten.** 5. Die für die Gemeinden Fargau-Pratjau, Stoltenberg und Krummbek ausgewiesenen Potentialflächen haben eine gravierende, negative Auswirkung auf den Vogelzug im Frühjahr und Herbst. Die hier vorzufindende Vegetation bietet Arten wie z.B. Kranichen, Singschwänen, unterschiedlichen Gänsearten und vielen anderen Zugvogelarten einen optimalen Rastplatz. Die Planung, sowie der Bau von Windenergie-Industriegroßanlagen in dieser Region, ist mit der internationalen Bedeutung für den baltischen Vogelzug nicht zu vereinbaren.Weitere Windenergie-Industriegroßanlagen werden für die Zugbewegungen zwischen Passader, Dobersdorfer und Selenter See zur Ostsee eine Riegelwirkung schaffen, die naturschutzsachlich nicht mehr zu vertreten ist.Die in der Planung vorgesehene Umschließung der Ortslage Neu-Sophienhof hat ebenso eine Abriegelung von Jagdgebieten u.a. gebäudebewohnender Fledermäuse zur Folge, deren Vorkommen sich in der Ortslage Neu-Sophienhof und ihrer Umgebung regelmäßig beobachten lässt. 6. Windenergie-Industriegroßanlagen sind mit erheblichen Beeinträchtigungen für	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die umliegenden Bewohner verbunden. Dazu zählen unter anderem Lärmbelästigung durch die Rotoren, Schattenwurf und eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, was zu einem Wertverlust von Immobilien führen wird. Für viele Menschen im Kreis Plön, die Ruhe und Natur als wesentlichen Teil ihrer Lebensqualität betrachten, stellen diese Anlagen eine erhebliche Belastung dar. Die ausgewiesenen Potentialflächen der Gemeinde Fargau-Pratjau umschließen das Dorf Neu-Sophienhof vollständig. Dieses widerspricht dem Plantext LEPWindVO 4.5.1, 7 G. *„Eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WEA soll vermieden werden.“* Die Belastung der Lebensqualität durch optische Gewalt, Schattenwurf und Lärm ist für die Bewohner nicht zumutbar. Die Auswirkungen der Windenergie-Großindustrieanlagen sind nicht mehr von der jeweiligen Wetterlage, vom Sonnenstand und von der Windrichtung abhängig. Es ist mit einer extremen Beeinträchtigung zu allen Tages- und Nachtzeiten zu rechnen. Die aktuellen Bauhöhen der Windenergie-Großindustrieanlagen würden auf der westlichen und nordwestlichen Fläche in den Sonnenuntergangszeiten für einen extrem langen und langanhaltenden Schlag- und Bewegungsschatten der Rotoren führen. Auf der südlich gelegenen Fläche wäre diese belastende Beeinträchtigung fast den ganzen Tag vorhanden.Der gezeigte Planungsstand verstößt darüber hinaus gegen das Prinzip der Rücksichtnahme im Rahmen der Bauleitplanung gemäß § 15 BauNVO. Hierbei ist insbesondere die mögliche Anzahl und die Lage der geplanten Wind-Großindustrieanlagen von entscheidender Bedeutung. Die Verteilung mehrerer Anlagen in allen Himmelsrichtungen in unmittelbarer Nähe zur Wohnsiedlung kumuliert die negativen Auswirkungen auf das Lebensumfeld der Anwohner erheblich.**Die geplante Umzingelung, ist nicht mit bestehenden Recht zur vereinbaren** (s.o.)! 7. Schleswig-Holstein versorgt sich bereits heute nahezu vollständig mit erneuerbaren Energien und leistet damit einen überproportionalen Beitrag zur Energiewende in Deutschland. Dennoch zählen die Menschen in unserem Bundesland zu denjenigen, die mit den höchsten Stromentgelten belastet werden. Die Errichtung zusätzlicher Windenergie-Großindustrieanlagen in unserer Region geht vor allem zu Lasten der betroffenen Dörfer und unterstützt damit unweigerlich die Bundesländer, die ihre Bewohner deutlich besser vor den Auswirkungen von Wind-Großindustrieanlagen schützen, und somit einen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	deutlich geringeren Beitrag zur Energiewende leisten. Es ist absolut unverständlich, dass Schleswig-Holstein weiterhin die Hauptlast der Energiewende trägt, während andere Bundesländer gleiche Vorgaben weniger ambitioniert umsetzen oder gar ignorieren. 8. Schleswig-Holstein weist im Vergleich zu anderen Bundesländern die geringsten Abstände zu Splittersiedlungen aus. Dies führt dazu, dass besonders kleine Siedlungen stark von den Auswirkungen der Windkraftanlagen betroffen sind. Wir fordern generell Abstände von mindestens 1000m oder „10H“ zur Wohnbebauung. 9. Ein weiteres gravierendes Problem ist die Gefahr für den sozialen Frieden innerhalb der von der Planung betroffenen Dörfer und Siedlungen. In erster Linie profitieren von der Errichtung von Windenergie-Großindustrieanlagen einzelne Landbesitzer und externe Investoren, während der Großteil der Land-/Dorf-bewohner die negativen Folgen zu tragen hat. Der Verlust an Lebensqualität durch optische Gewalt, Lärm, Schattenwurf und die Verschandelung des Landschaftsbildes muss von den Anwohnern hingenommen werden, ohne dass sie adäquat entschädigt werden. Dies führt zu einer zunehmenden Spaltung innerhalb der Land-/Dorfgemeinschaften, da die Lasten und Nutzen der Windenergie-Großindustrieanlagen ungleich verteilt sind.Schon heute wird dieser Unfrieden in unseren Gemeinden „gefüttert“. Es ist bekannt, dass Projektierer für einen Landbesitzer der Gemeinde [redacted] die Platzierung der Windenergie-Großindustrieanlagen mit dem gesetzlichen Mindestabstand von 400m zu Neu-Sophienhof planen. Die Planung schützt die Bürger der eigenen Gemeinde Stoltenberg (einige Kilometer Abstand) und belastet die Einwohner von Neu-Sophienhof erheblich. Hier ist eindeutig ein Verhalten nach dem Saint-Florian-Prinzip „*Heiliger Sankt Florian, verschon' mein Haus, zünd' and're an!"* zu erkennen.**Der daraus resultierende Unmut gefährdet den sozialen Zusammenhalt und das friedliche Zusammenleben in und zwischen unseren Dörfern.** 10. Es ist zu befürchten, dass die wirtschaftlichen Vorteile der Windenergie-Großindustrieanlagen für die betroffenen Gemeinden nicht die negativen Auswirkungen auf die Tourismusbranche und den Immobilienmarkt aufwiegen. Der Kreis Plön ist eine beliebte Region für Erholungssuchende und Naturliebhaber. Die Errichtung von Windenergie-Großindustrieanlagen wird das	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	touristische Potenzial der Region schmälern, was ab Baubeginn langfristig zu wirtschaftlichen Verlusten führt.Die gezeigte Planung steht bezüglich der Auswirkung auf den Tourismus in den o.g. Gemeinden im Widerspruch zum Plantext Kapitel 4.5.1.2., B zu 11, *„In den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung soll gemäß dem in Kapitel 4.7.1 Absatz 3 formulierten Grundsatz dem Tourismus und der Erholung besonderes Gewicht beigemessen werden, welches bei der Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Planungen, Maßnahmen und Vorhaben zu berücksichtigen ist.“* 11. Schon der Aufbau der notwendigen Infrastruktur, wie Wege zur Errichtung und Bewirtschaftung der Windenergie-Großindustrieanlage, führt zu einem sehr großen Eingriff in das Erscheinungsbild der Landschaft. Diese Maßnahmen haben auch erhebliche Auswirkungen auf die Flora und Fauna der Region. Der Bau von Zufahrtsstraßen, Fundamenten und Leitungen verursacht nicht nur landschaftliche Narben, sondern bedroht auch die empfindlichen Ökosysteme. Diese Eingriffe tragen zu einer nachhaltigen Störung des ökologischen Gleichgewichts bei und führen zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Natur, die über die bloße Präsenz der Windenergie-Großindustrieanlagen hinausgeht. Hinzu kommt, dass das intensiv genutzte Kulturland z. B. durch häufige Düngung, ohnehin schon sehr strapaziert ist. Eine zusätzliche industrielle Nutzung durch Wind-Großindustrieanlagen könnte die Regeneration des Bodens verlangsamen oder sogar verhindern. Auch besteht die Gefahr der Verseuchung des Grundwassers, dass durch z.B. in Brand geratene Öle, Hydrauliköle und schmelzende Verbundstoffe (s. Brand 2017 in angrenzender Gemeinde Fiefbergen) in den Boden eindringt. **Die Potentialflächen um Neu-Sophienhof herum, sind in einem Trinkwasserschutzgebiet geplant.** 12. Der Kauf des denkmalgeschützten Gut Salzau von Investoren, die dort ein kulturelles, touristisches Naherholungsprojekt planen, ist für die Gemeinde Fargau-Pratjau von großer langfristiger Bedeutung. Dieses Projekt ist durch die aktuelle Planung der Windenergie-Großindustrieanlagen ernsthaft gefährdet. Bei Umsetzung der geplanten Potenzialflächen würde sich das Gut in unmittelbarer Umgebung des "WP Salzau" befinden. Dies würde nicht nur das Landschaftsbild zerstören, sondern könnte auch den Erfolg dieses wichtigen Projekts gefährden, von der die Gemeinde Fargau-Pratjau in vielerlei Hinsicht profitieren könnte. Die Attraktivität und der Erholungswert von Gut Salzau würden durch die Nähe zu industriellen Windkraftanlagen zunichtegemacht	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	werden. 13. In der Planung und Entscheidung über die Nutzung von Potenzialflächen für Windenergie-Großindustrieanlagen müssen die Betroffenen des Kreises Plön stärker eingebunden werden. Viele Menschen fühlen sich übergangen und nicht ausreichend informiert. Ein transparenterer und demokratischerer Prozess ist erforderlich, um Akzeptanz zu schaffen und die Interessen der Bevölkerung zu berücksichtigen. Zusammenfassend möchten wir betonen, dass wir die aktuelle Planung strikt ablehnen. Es ist für uns überhaupt nicht nachvollziehbar, wie die Flächen, die Neu-Sophienhof umzingeln sollen, wieder in die aktuellen Planung aufgenommen werden konnten, zumal sie in der vorhergehenden Planung auf Grund ihrer Lage und Funktion nicht mehr als Vorrangfläche ausgewiesen werden durften. Wir bitten Sie daher, die genannten Bedenken ernst zu nehmen und alternative Lösungen in Betracht zu ziehen, die sowohl der Umwelt als auch den betroffenen Menschen gerecht werden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2898	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich liebe Schleswig-Holstein und unsere beschauliche Gemeinde. Von daher bin ich für einen Abbau der Windkraftanlagen und Solarparks. Das ist für mich kein alternatives u. schon gar nicht „grünes“ Konzept. Es verschandelt unser schönes Land, was für viele zur Erholung genutzt wird. Die Windkraftanlagen haben einen Abrieb von 140kg/Mühle/Jahr, der sehr umweltbelastend ist. Dazu stoßen die Anlagen das Gas SFG aus, auch im ganz normalen Betrieb. Das ist neben allem anderen sehr gesundheitsschädlich. Der Abrieb fliegt 30-50km weit. Wir sind genau in der Windrichtung. Es gibt vom Frauenhof-Institut	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1, 7.2.9, 7.3.8 und 7.2.13 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Studien über die Schädlichkeit mit v.a. Mikroplastik. Wenn in unserem Garten auf unserem Gemüse diese schadhaften Stoffe festgestellt werden, werden wir die Landesplanungsbehörde u. das Innenministerium haftbar machen. Ich wünsche mir eine Rückbesinnung über Demokratie. Sie als Behörde, die von unserem Geld bezahlt werden, setzen sich bitte für die Interessen des Volkes ein. Der Verbleib von alten, abgebauten Ablagen ist in keiner Weise geregelt. Wir können unseren Nachfahren nicht auch noch diese Probleme aufbürden. Bitte entscheiden Sie als Mensch mit Herz und Seele. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2321	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit meine Stellungnahme zu dem Entwurf Landesverodnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land abgeben. Nach sorgfältiger Prüfung und Analyse der Fakten und Informationen, die mir zur Verfügung standen, bin ich zu dem folgenden Schluss gekommen: 1. Aufgrund der geringen Entfernung der geplanten Windkraftanlagen zu unserem Haus, (900m) würden wir durch Lärm und Schattenwurf der über 200 Meter großen Windkraftanlagen beeinträchtigt und geschädigt werden. Es gäbe einen Immensen Verlust der Lebensqualität. 2. Unser Arbeitsplatz (Hotel/Restaurant) würde durch die Windkraftanlagen stark geschädigt werden, da alle Hotelgäste unmittelbar auf die Windkraftanlagen gucken würden. Dadurch wird der Reiz des Hotels in der Natur zerstört und die Hauptzahl der Gäste würde fernbleiben. Dies bestätigt sich bereits durch Umfragen die im Betrieb bei Gästen vorgenommen wurden.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfs.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	3. Der Ort Blunk und Umgebung zählt als besonders schützenswert für die Natur und Fauna, da sich hier Rotmilane und andere seltene Vogelarten niedergelassen haben. Bereits 2017 wurde deshalb ein Vorhaben für Windenergie verboten! Durch die geplanten Windkrafträder würde die Vogel und Naturwelt geschädigt oder sogar ganz vertrieben werden. 4. Bei Defekt der Windkrafträder besteht Lebensgefahr fürs leibliche wohl, Studien zeigen, dass Trümmerteile mehre Kilometer weit fliegen können und diese könnte Anwohner oder Hotelgäste lebensgefährlich verletzen. 5. Der Großteil aller umliegenden Dörfer hat sich auf mehreren Kundgebungen gegen die Windenergie ausgesprochen. 6. Die Immobilie (Hotel/Restaurant) würde über die Hälfte an Wert verlieren und wir müssten unseren Betrieb aufgeben aufgrund ausbleibender Gäste.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2078	Sehr geehrte Damen und Herren, die Geschäftsführung der [redacted] GbR, Sitz „[redacted]“ möchte nachfolgend, auch stellvertretend für die zumeist ortsansässigen Gesellschafter/-innen, wie folgt Stellung zur „*Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024“ beziehen:* In Vertretung der [redacted] GbR möchte sich die Geschäftsführung positiv zum vorliegenden Entwurf bzw. zu den veröffentlichten Unterlagen/Dokumenten der LEP-Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ äußern. Sie sieht die gewählten Ziele und Grundsätze der Raumordnung als schlüssig und vertretbar an, die als Steuerungsmechanismus bzw. Vorgaben für die Ausweisung von Windvorranggebieten in den Teilplänen der Regionalpläne, u.a. für den Planungsraum III im Kreis Dithmarschen, anzusetzen bzw. zu beachten sind. Das am 01. Februar 2023 in Kraft getretene Bundesgesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie, bezeichnet als „Wind-an-Land-Gesetzgebung“, legt unter anderem über das Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) verbindliche Ausbauziele für die einzelnen Bundesländer fest, sodass das Bundesland Schleswig-Holstein klare Vorgaben hat, die es durch den vorliegenden Planentwurf und	Die eingereichte Stellungnahme wird hinsichtlich der Zustimmung zu den Regelungen des LEP Windenegie zur Kenntnis genommen. Sie beinhaltet darüber hinaus Hinweise / Argumente, die sich auf verschiedene Kapitel des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird auch hier zur Kenntnis genommen und führt nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die folgenden Ziffern der allgemeinen Synopse verwiesen: 2.3.1 4.5.1 4.19.1 5.7.3

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	letztendlich mit dem vorliegenden Planentwurf definitiv erreichen kann. Um eine Einordnung der Stellungnahme der [redacted] GbR im Zuge der Auswertungen vollziehen zu können, wird nachfolgend kurz der Antrieb zur Abgabe einer Stellungnahme ausgeführt. Die [redacted] GbR ist bereits Ende 2022 mit dem Ziel der Realisierung eines Windparkprojektes, östlich von Glüsing, gegründet worden. Ausgehend von „windaffinen Landeigentümern“ wurde ein Planungsbüro mit der Überprüfung der Einhaltung der Kriterien nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz beauftragt, sodass allen voran Kartierungen zur Überprüfung der Artenschutzbelange (u.a. windkraftsensible Großvögel + Wiesenbrüter) sowie Ausarbeitungen von Gutachten zur Nachweisführung der Einhaltung der TA-Lärm (Schutzgut Mensch) in die Wege geleitet worden sind. • Stand heute kann geäußert werden, dass die Vorgaben des Bundes-Immissionsschutzgesetzes im beabsichtigten Windgebiet mit 4 als auch 5 Windenergieanlagen eingehalten werden können. Bei Betrachtung der sich aus den festgelegten Zielen und Grundsätzen der Raumordnung ergebenden Windpotentialflächen ist das sich aktuell, wie vorstehend geäußert, in Überplanung befindliche Windgebiet vollends enthalten. Im Zuge der aktuellen Öffentlichkeitsbeteiligung kann keine Bezugnahme auf eine genaue Windpotentialfläche vollzogen werden, da die Karte „Potenzialfläche Windenergie SH“ nicht Bestandteil ist. Die regionale Einordnung, lässt sich wie folgt beschreiben: ---------- „Das beabsichtigte Projektgebiet liegt östlich der Ortslage der Gemeinde Glüsing, unweit von bereits bestehenden Windparkstrukturen (ca. 3 km), im nordöstlichen Bereich des Gemeindegebietes. Zur „ortsgebundenen Lokalisierung“ des Projektgebietes kann die Eingrenzung wie folgt erfolgen: • nördlich begrenzt, mit ausreichendem Abstand, durch die Wallener Au • östlich begrenzt durch ca. die Gemeindegrenze zu Schalkholz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• westlich begrenzt durch den einzuhaltenden Abstand zur Wohnbebauung im Außenbereich als auch zum Innenbereich • südlich begrenzt durch die Wohnbebauung im Außenbereich entlang der L149 --- Die derzeit seitens der [redacted] GbR betrachtete Potenzialfläche deckt sich mit den Vorstellungen der Landesregierung bzw. mit der sich durch die Anwendung der definierten Ziele und Grundsätze der Raumordnung ergebenden Windpotentialfläche. Unterschiede resultieren lediglich daraus, dass seitens der Gesellschaft von vornherein ein 1.000m-Abstand zu Glüsing bzw. zum Innenbereich angesetzt worden ist und nur ein kleiner Randbereich der gesamten Windpotentialfläche überplant werden soll. Dieser kleine Randbereich ist, nach Auffassung der Geschäftsführung, gut gewählt, um sowohl dem Schutzgut Mensch als auch dem erforderlichen Artenschutz gerecht zu werden. ***Der 1. Entwurf der LEP-Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ enthält schlüssige und zugleich nachvollziehbar gewählte Ziele und Grundsätze der Raumordnung*, die nur noch minimal angepasst werden sollten.** Die [redacted] GbR befürwortet die im Entwurf der LEP-Teilfortschreibung definierten bzw. festgelegten Ziele der Raumordnung (Ausschlussbereiche für den Ausbau der Windenergie). *Dementsprechend wird von Einwendung gegen die Ziele der Raumordnung abgesehen.* Die Vorgehensweise der Plangeberein bzw. die gewählten Grundsätze der Raumordnung durch die Landesplanung werden seitens der [redacted] GbR ebenfalls fast vollumfänglich unterstützt. Bei nachstehenden Ausführungen ist zwischen Kommentierungen und Einwendungen zu differenzieren. -> Die Einwendungen zielen darauf ab, dass dem Artenschutz von vornherein mehr Raum zur Verfügung gestellt wird und dementsprechend einzelne aktuell noch als Grundsätze der Raumordnung im Plantext aufgeführten Flächenanteile des Landes SH durch Anhebung auf die Ebene eines Ziels der Raumordnung für den Ausbau der Windenergie ausgeschlossen werden.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Kommentierung/Befürwortung des Grundsatzes der Raumordnung: 1. Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (4.5.1.4 Boden und Wasser – (5) G) a. Es ist verständlich, dass vor allem dem Kies- und Sandabbau in den kommenden Jahren ausreichend Raum verschafft bzw. zur Verfügung gestellt werden muss, um bevorstehende Infrastrukturprojekte zu ermöglichen. Sodann können auch extrem lange Transportwege ausgeschlossen werden. b. Daher wird begrüßt, dass die Bereiche der Vorbehaltsgebiete grundsätzlich, durch Berücksichtigung als Grundsatz der Raumordnung (Einzelfallbetrachtung), dem Ausbau der Windenergie zugänglich gemacht bzw. nicht von vornherein kategorisch ausgeschlossen werden. Vor dem Hintergrund einer fortlaufend sich zuspitzenden Flächenknappheit in Schleswig-Holstein werden duale Nutzungen bzw. Doppelnutzungen in ausgewählten Bereichen zwingend erforderlich werden. 2. Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope (4.5.1.3 Gebiets und Artenschutz – (5) G) a. Die derzeit vorgesehene Abwägungsmöglichkeit der Landesplanung in Bezug auf Biotopschwerpunktbereiche wird ausdrücklich begrüßt bzw. die Berücksichtigung als Grundsatz der Raumordnung wird befürwortet. Der grundsätzliche Ausschluss von Biotopschwerpunktbereichen ist aufgrund teilweiser nicht nachvollziehbarer Gebietsabgrenzungen aus Sicht der Energiepark Glüsing GbR nicht möglich i. -> als Beispiel für einen nicht nachvollziehbaren Verlauf der Außengrenze eines Biotopschwerpunktbereiches soll der Fokus auf das eigene in „Überplanung“ befindliche Windgebiet gelegt werden. Teilweise ackerbaulich genutzte	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Flurstücke, intensiv genutztes Grünland als auch Bereiche der oberflächennahen Rohstoffgebiete werden in den Biotopschwerpunktbereich eingeschlossen, was aus Sicht der Gesellschaft eine verkehrte Abwägung darstellt b. Korrekt abgegrenzte Bereiche, die zumeist nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden können bzw. nur noch eine bedingte extensive Bewirtschaftung zulassen, sollten berechtigterweise für den Ausbau der Windenergie ausgeschlossen werden. In diesen Bereichen wäre die Betrachtung als „Ziel der Raumordnung“ dementsprechend angemessen. i. *-> Dies trifft jedoch gewiss nicht für den östlich von Glüsing durch die Energiepark Glüsing GbR im Randbereich des Biotopschwerpunktbereiches in Planung befindliche Windpotentialfläche zu.* Unter den Gesellschaftern und Gesellschafterinnen der [redacted] GbR besteht Einigkeit, dass die nachstehend aufgeführten und im Entwurf der LEP-Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ enthaltenen Grundsätze der Raumordnung einer nochmaligen Überprüfung unterzogen werden sollten, da eine Anhebung der „Wertigkeit“ zum Ziel der Raumordnung bzw. eine Zuordnung zu den Zielen der Raumordnung, was zu einer Reduzierung der gesamten ermittelten Windpotenzialfläche (aktuell 7,2% der Landesfläche) des Landes führen würde, zur Akzeptanzförderung in der Bevölkerung beiträgt: 1. Wiesenvogel-Brutgebiete sollten gänzlich vom Ausbau der Windenergie freigehalten werden. Dementsprechend müssten auch „Wiesenvogel-Brutgebiete mit hoher Siedlungsdichte“[4.5.1.3 Gebiets und Artenschutz – (16) G] als Ziel erfasst werden oder es müsste keine zusätzliche Unterteilung/Differenzierung zwischen „besonders hohen Siedlungsdichten“ oder „hohen Siedlungsdichten“ vollzogen werden, da erstgenannte bereits als Ziel der Raumordnung (4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz – 16 Z) Berücksichtigung gefunden haben. 2. 800 bis 1.000m Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion (4.5.1.1 Siedlungsstruktur – (1) G). Der Grundsatz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Raumordnung sollte als Ziel definiert werden Zum Abschluss sei noch darauf hingewiesen, dass durch in Planung befindliche Netzausbauprojekte der Tennet TSO GmbH (Übertragungsnetzbetreiber) als auch der Schleswig-Holstein Netz AG (Netzbetreiber), ausgehend von Heide bzw. Süderheistedt/Norderheistedt, in den kommenden Jahren auch im Bereich von Glüsing Netzanschlüsse für Projekte im Erneuerbaren Energien Bereich ermöglicht werden können. Zudem wird ein großer Bereich sowohl östlich auch nördlich des beabsichtigten Windprojektes dem Artenschutz bereitgestellt werden bzw. von Windenergieanlagen freigehalten werden, sodass die Errichtung des Parks im nahen Bezug zum westlich gelegen Windpark (ca. 3 km) vertretbar erscheint. Unterstützt durch die beiden vorstehenden Punkte scheint es angemessen der [redacted] GbR einen Teilbereich bzw. den Randbereich des Biotopschwerpunktbereiches für den Ausbau der Windenergie freizugeben. Für einen offen und transparenten Austausch stehen wir gerne zur Verfügung. Bereits erstellte Gutachten bzw. Kartierungsergebnisse können im Zuge einer kurzen Anfrage ausgehändigt werden. Bei Nachfragen oder Rückfragen zur Stellungnahme melden Sie sich gerne. Mit freundlichen Grüßen [redacted] GbR	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2710	**Beteiugungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 -Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Beteiligungsverfahren vom 25. Juni 2024-09. September 2024 Gebietsvorschlag „WP Ahneby"** Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin Grundstückseigentümer im Geltungsbereich des in der Teilfortschreibung befindlichen Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land"	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mein Grundbesitz befindet sich innerhalb eines Gebietes, welches im Rahmen des Entwurfes des Landesentwicklungsplans als Potenzialfläche dargestellt wurde. Die Fläche war bereits als Potenzialfläche PR1_SLF_049 im Zuge der letzten Entwürfe der Regionalplanung berücksichtigt. In dieser Eigenschaft begrüße ich ausdrücklich die vorgesehene Rahmenplanung für die tatsächliche Gebietsausweisung durch die Regionalplanung und möchte meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass das benannte Gebiet, inklusive meines Grundbesitzes auch tatsächlich als Windenergiegebiet ausgewiesen wird. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Industrie und Handelskammer zu Flensburg, Standortpolitik /Beitragsabteilung / Finanzbuchhaltung ID: 2077	Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu der geplanten Teilfortschreibung Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme geben wir wie gewohnt im Namen unserer Arbeitsgemeinschaft der drei schleswig-holsteinischen Industrie- und Handelskammern ab, die von der IHK Flensburg, der IHK zu Kiel und der IHK zu Lübeck getragen wird. Wir begrüßen die geplante Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema "Windenergie an Land". Aus unserer Sicht bildet die Teilfortschreibung einen wichtigen Schritt, um den notwendigen Ausbau der Windenergie an Land voranzutreiben und in diesem Zuge die Angebotsseite der grünen Energie in unserem Bundesland zu stärken. Durch die Teilfortschreibung wird die auch bisher gültige Rotor-innerhalb-Planung festgeschrieben. Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es durch diese Festlegung dazu kommen könnte, dass das Land Schleswig-Holstein mehr Fläche im Sinne der Flächenneuinanspruchnahme anrechnen muss, wenn denn der gesamte Geltungsbereich des jeweiligen Planwerkes in die Berechnung einfließt. Die Flächenneuinanspruchnahme wäre demnach pro Windenergiefläche im Vergleich zu der Rotor-außerhalb-Planung anderer Bundesländer höher. Vor diesem Hintergrund möchten wir nochmals darauf hinweisen, dass zur Berechnung der Flächenneuinanspruchnahme die Flächen zur regenerativen Energieerzeugung nicht oder nur zu einem geringen Maße herangezogen werden sollten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Bei der Berechnung der Flächenneuinanspruchnahme wird nicht das Vorranggebiet Windenergie als Fläche berücksichtigt. Ausschließlich der versiegelte Bereiche, ggf. der Rotorradius, zählen zur Siedlungs- und Verkehrsfläche, die zur Berechnung des Indikators für die Flächenneuinanspruchnahme herangezogen wird.
Institution:	Stellungnahme Gemeinde Blunk zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise /

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Amt Trave-Land, Planen, Bauen, Umwelt **ID: M2393**	Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, die nachfolgende Stellungnahme gebe ich in meiner Eigenschaft als Bürgermeister der Gemeinde Weede für meine Gemeinde ab. Ich möchte voranstellen, dass ich es als sehr belastend empfinde, dieses Beteiligungsverfahren komplett über die Sommerferien mit ihren Randzeiten durchzuführen. Eine geordnete Bearbeitung ist wegen der Urlaubszeiten kaum möglich. Ich bitte eindringlich darum, die zukünftigen Beteiligungsverfahren in den konkretisierenden Regionalplänen so zu legen, dass eine geordnete Sacharbeit in den Vertretungen und den Verwaltungen möglich ist. Insgesamt wird deutlich, dass es keine Ausschlusskriterien für meine Gemeinde Weede gibt. **Kapitel 4.5.1** Im Entwurf zum Plantext, Kapitel 4.5.1 ist unter 3 festgelegt, dass in Vorranggebieten eine Referenzanlage mit einer Höhe von 200 m und einem Rotordurchmesser von 150 m zugrunde gelegt werden soll. Dieser Wortlaut lässt Ausnahmeregelungen, die sich am wirtschaftlichen Interesse der Vorhabenträger orientieren werden, zu. Demgegenüber steht unter 4 das geplante Verbot, in Regional- und Bauleitplänen, Bestimmungen zur Höhe von raumbedeutsamen WEA zu treffen. Das ist ein weiterer sehr weitreichender Eingriff in die Planungshoheit der Gemeinden, der verfassungsrechtlich bedenklich ist und für den es aus Sicht der Gemeinde Weede überhaupt keinen Grund gibt. In der Vergangenheit gab es stets vernünftige Ausgleiche zwischen den wirtschaftlichen Erfordernissen der Vorhabenträger und den Interessen meiner Gemeinde. Durch die Ausweitung der Vorrangflächen auf 3 % der Landesfläche bis Ende 2027 werden u.a. die ehemaligen Vorranggebiete der Regionalpläne 2020 darauf überprüft, ob sie den Anforderungen der Ziele und Grundsätze insbesondere aus Kapitel 4.5.1 entsprechen. Für meine Gemeinde ergeben sich aus den Darstellungen der Potenzialflächen erhebliche Beeinträchtigungen, auf die zu gegebener Zeit bei	Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel)* und *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4, 1.5 i.V.m. 7.1.4, 7.1.1, 7.1.5 und 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Entwicklung der Regionalpläne Stellung genommen werden würde. **Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur** Unter der Maßgabe, dass die alten Regionalpläne unter der Zielsetzung von 2 % der Landesfläche entwickelt wurden, bleibt nur der Schluss, dass diese Zielsetzungen unter Aufgabe der bisherigen Abstände von 1000 m zur geschlossenen Bebauung erreicht werden sollen. Dieses ergibt sich dann auch aus 1.. Bei einem Abstand von 800 m zur Siedlungsstruktur und einer Referenzhöhe von 200 m Gesamthöhe, ergibt sich auch, dass der bisherige Höhenabstand von 5 h aufgegeben werden soll. Dieses stellt einen schwerwiegenden Vertrauensbruch in die bisherige Praxis dar. Der Höhenabstand von 5 h stellt eine verlässliche Größe dar und hilft den Vorhabenträgern und Gemeinden bei der Planung von WEA. Insbesondere hilft er den Verantwortlichen Mandatsträgern in den Gemeinden in der Argumentation mit den Einwohnerinnen und Einwohnern. Ein freizuhaltender Umgebungsbereich von bis zu 1000 m soll sich ergeben, wenn noch keine Vorbelastung durch Windenergienutzung besteht. Mit dieser Planung werden die Interessen der Gemeinden, die bislang schon WEA in ihrem Gemeindegebiet oder in der Sichtachse haben, erheblich beeinträchtigt. Dieses führt zu einer unverhältnismäßigen Bevorteilung der Gemeinden, die bislang keine WEA haben. Ein fairer Ausgleich sieht anders aus, so dass dringende gefordert wird, den Abstand wie bisher auf 1000 m um die Siedlungsstrukturen beizubehalten. Mit freundlichen Grüßen Gez. [redacted] [redacted] Bürgermeister der Gemeinde Weede	
Institution: Gemeinde Rehhorst ID: M2613	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegend übersende ich Ihnen die Stellungnahme der Gemeinde Rehhorst zum o.g. Verfahren 07.09.2024, die wie folgt ergänzt wird: Gemäß Ziffer 3 des vorliegenden Entwurfs der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes soll für die Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 m bei einem Rotordurchmesser von 150 m zugrunde gelegt werden. Die bisherige Referenzhöhe ist damit um 50 m erhöht worden. Die Höhe wird gemeindeseitig nicht als ausreichend für die Zukunft angesehen. Bereits jetzt werden in der Gemeinde und den	Zur Referenzanlage wird auf Ziffer 1.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. zum Abstand von 1.000 m zu Siedlungsbereichen: In der Stellungnahme wird missverständlich angenommen, dass die Abwägung zugunsten eines Abstandes von 1.000 m zur Siedlung vom Geländerelief abhängig gemacht wird. Das ist nicht richtig. Maßgeblich in der Abwägung soll die Frage sein, ob die zu prüfende Potenzialfläche bereits vorbelastet ist. zum Abstand von 400 m zu Außenbereichs-Wohnhäusern wird

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Nachbargemeinden die Errichtung von WEA mit einer Gesamthöhe über 200 m angefragt. Daher sollte die Referenzanlage aus der im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz erstellten „Analyse der Flächenverfügbarkeit für Windenergie an Land post-2030*“ mit einem Rotordurchmesser von 175 m und einer standortabhängigen Gesamthöhe von ca. 250 m übernommen werden. Für die Siedungsstruktur legt der bisherige LEP Harte Kriterien, Weiche Kriterien und Abwägungskriterien fest. Der Entwurf der Teilfortschreibung beinhaltet Ziele und Grundsätze. Für den Bereich Siedlungsbereiche mit Wohn- und Erholungsfunktion gibt es derzeit das Harte Tabukriterium von 250 m und das Weiche Tabukriterium von weiteren 550 m, also insgesamt 800 m, zum überplanten Innenbereich nach $ 30 BauGB und zum nicht überplanten Innen-bereich nach $ 34 BauGB. Zusätzlich gibt es das Abwägungskriterium zwischen 800 und 1.000 m. Diese Abstandszonen sind in den Entwurf übernommen worden. Allerdings wird die Einzelfallprüfung für den Abstand zwischen 800 und 1.000 m für ebene Landschaftsflächen favorisiert. Der pauschale Vorsorgeabstand von 800 m ist auf 1.000 m zu erhöhen. Die Ebenheit einer Landschaft kann nicht zu größeren Abständen führen als bewegtes Gelände. Hier stellt sich auch die Frage, ab welchen Geländehöhenunterschieden der Vorsorgeabstand nicht mehr gilt. Der pauschale Vorsorgeabstand für Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich vom 400 m wird als zu gering eingestuft. Die im Außenbereich wohnende Bevölkerung ist genauso schutzwürdig, wie die Bevölkerung in den Innenbereichsgebieten. Der Vorsorgeabstand ist daher zu erhöhen. Der Entwurf sieht weiterhin vor, dass Flächen mit einer Vorbelastung durch Windenergienutzung möglichst wieder als Vorranggebiet ausgewiesen werden sollen. Gemeindeseitig wird davon ausgegangen, dass es sich hierbei um die Vorrang- und Repoweringgebiete der gültigen Regionalpläne und die Windenergieanlagen außerhalb dieser Flächen handelt, die vor dem Regionalplan 2020 errichtet wurden. Hiernach würden der bestehende Windpark zwischen den Ortsteilen Willendorf und Pöhls mit seinen fünf WEA, der im aktuellen Regionalplan nicht als Vorranggebiet ausgewiesen ist, und die westlich gelegenen Repoweringgebiete PR3_STO_ 003 und PR3_SEG_042 als Vorranggebiete ausgewiesen werden können. Nach aktuellem Kenntnisstand sind hier momentan 16 WEA geplant. Hierdurch entsteht eine hohe Konzentration von	auf Ziffer 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Gemeinde geht davon aus. dass auch dort, wo bisher keine Vorranggebiete ausgewiesen sind, aber Bestandsanlagen vorhanden sind, künftig Vorranggebiete entstehen werden. Das ist so pauschal nicht richtig. Für alle künftigen Vorranggebiete sind die Ziele dieses LEP verbindlich einzuhalten. Zur befürchteten Umzingelung von Ortslagen wird auf Ziffer 2.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. zur Befürchtung einer Belastung mit Mikroplastik wird auf Ziffer 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu weiteren vorgebrachten Argumenten wird auf folgende Ziffern der allgemeinen Synopse verwiesen: Brandgefahr: 7.2.7 Artenschutz: verschiedene Unterkapitel von Ziffer 4 Schwefelhexafluorid: **7.2.9** Netzausbau, Abschaltregelung: 7.2.5, 7.2.6 ungleiche Verteilung von Belastungen und Gewinnen: 7.2.10 Viele der Argumente beziehen sich auf konkrete Potenzialflächen. Hier erfolgt erst auf Ebene der Regionalplanung die Abwägung und Entscheidung, ob ein Vorranggebiet ausgewiesen wird oder nicht.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergieanlagen im Bereich der Gemeinde. Bei Übernahme und Anwendung der Ausschlusskriterien des vorliegenden Entwurfs der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes entstehen in der Gemeinde und deren Umgebung Potenzialflächen, die im vorherigen Aufstellungsverfahren nicht weiterverfolgt wurden. Die bestehenden Repoweringgebiete PR3_STO 003 und PR3_SEG_042 sowie das Vorranggebiet PR3_STO_ 304 könnten deutlich größer werden. Weitere Flächen könnten hinzukommen, so dass beinahe die gesamte westliche Seite des Gemeindegebietes ein Vorranggebiet werden könnte. Weitere Flächen könnten im Osten auf dem Gebiet der Gemeinden Rehhorst, Zarpen und Heidekamp sowie im Norden in den Gemeinden Weede, Geschendorf und Strukdorf hinzukommen. Hierdurch würde die Gemeinde von allen Seiten von WEA umzingelt sein. Besonders die Vergrößerung des Vorranggebietes PR3_STO0_03 hat eine vollständige Umschließung der Streusiedlungen Neukoppel zur Folge. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted] Stellungnahme Landesplanung Windenergie Guten Tag, als Bürgermeisterin bin ich nicht nur für die finanziellen Auswirkungen in der Gemeinde verantwortlich, sondern auch für den Erhalt damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Gemeinde liebens- und lebenswert empfinden. Menschen, Tiere und Fauna müssen in einem angemessenen Rahmen geschützt werden. Allen wird durch die Planung viel zugemutet. Obwohl sich die Gemeindevertretung Rehhorst in 2010 gegen weitere Windräder auf ihren Flächen ausgesprochen hat, wird von der Landesplanung der Wunsch der Einwohnerinnen und Einwohner nicht berücksichtigt. Wir konnten es noch einigermaßen nachvollziehen, dass mit dem Repowering alte Windräder von anderen Flächen in Rehhorst entfernt werden sollten, aber was jetzt eventuell angedacht ist, können wir unseren Bürgern nicht zumuten und stört die Entwicklungsmöglich-keiten unserer Gemeinde erheblich.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Repowering Gedanke ist mit der neuen Planung ausgehebelt. Unsere Gemeinde wird belastet durch die neuen 380 KV Leitungen, die unsere 7 Ortsteile (Hamansöhlen, Herrenbranden, Neukoppel, Pöhls, Rehhorst, Voßkaten, Weberkate) zerschneiden, durch das geplante Erdkabel des NordOstLinks und nun durch weitere Gebiete, die dicht an unsere Gemeinde grenzen. Im Übrigen: das Erdkabel geht mitten durch einen Grünstreifen. Uns, als Gemeinde, wurden Baugebiete, um mit Ortsteilen enger zusammenzuwachsen, abgelehnt wegen des Grünstreifens. Nun ist eine Bebauung durch Erdkabel und Windräder im Zuge der erneuerbaren Energien möglich. Eine Wärmegewinnung wurde von den beteiligten Unternehmen nicht in Betracht gezogen – obwohl die Kabel Wärme abgeben. Wie so oft, die Institutionen des Landes sprechen nicht miteinander! Unsere Gemeinde kann sich nicht gegen weitere Windkrafträder wehren, weil das lt. Landesregierung nicht möglich ist – so der Tenor mit allen, mit denen ich bis jetzt gesprochen habe. Die Gemeinde Rehhorst wird komplett umzingelt - denn auch der Kreis Segeberg setzt neue Windräder an die Kreisgrenze, wie auch die Gemeinden Zarpen und Feldhorst Richtung Rehhorst planen wollen - eben durch die Gemeindeöffnungs-klausel. Die Landesplanung setzt den Zirkel an unseren Ortsteil Neukoppel, plant rings herum Windkrafträder in 400 m Entfernung mit einer Höhe von mehr als 230 Metern. Mal ehrlich, würden sie dort wohnen wollen? Wenn die Landesregierung der Auffassung ist, dass man sich an Windräder gewöhnt und damit noch mehr verkraftet, so ist das grundlegend falsch. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen: auch nach 23 Jahren habe ich mich nicht an die Windräder gewöhnt und diese sind im Verhältnis noch sehr klein und konnten mit Baumbepflanzung aus dem direkten Blickfeld überwiegend neutralisiert werden. Trotzdem hört man sie – zum Teil mit 100 Dezibel – es windet halt bei uns viel. Mit weit höheren Anlagen ist das nicht mehr zu machen von keinem/r Einwohner/in. Nun sind sie die 5 Windräder in die Jahre gekommen und der Reparaturwille der Betreiber lässt nach. Demzufolge machen sie mehr Lärm und der Abrieb an den Flügel erhöht sich. Auch neue Anlagen werden einen Abrieb haben. Bei den neuen Größen kann man von Rotorblättern mit einer Länge von mindestens 80 m ausgehen. Der Abrieb entsteht an ca. 40 m des Flügels mit einer Mikroplastikbilanz von 180 kg pro Windrad. Bei 25 Jahren Betriebszeit sind das zwischen 2 – 3 Tonnen die auf den Boden fallen und sich nie auflösen, sondern im Erdreich versickern. Das wurde mir zugesandt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich kann nicht beurteilen ob diese Zahlen stimmen, sie finden sich auch nicht auf den Windplanungsseiten vom Land. Wie sieht die Bodenbeschaffenheit aus, wenn die Anlagen abgebaut werden? Kann ein Landwirt diese Flächen gefahrlos für die Lebensmittelgewinnung nutzen? Dazu hätte ich gern entsprechende Studien, die die Landesregierung den interessierten Bürgern/innen zur Verfügung stellen sollte. Die Betreiber sind verpflichtet die Anlagen zurück zu bauen. Die Frage ist, was wird von den Betreibern als Rücklage für den Rückbau veranschlagt? In 25 Jahren Betriebszeit kann man nicht einschätzen, wie sich die Arbeitskosten entwickeln. Bleiben wir dann auf Windradruinen, die dann ein Risiko für die Umwelt sind, sitzen oder müssen die Kommunen dafür aufkommen? Gibt es für die Windräder eine Klimabilanz für den Aufbau und den Abbau? Wie wirkt sich der Getriebeölverlust in den Windrädern auf die Bilanz aus? Das würde mich interessieren. Können Sie mir Studien zur Verfügung stellen? Brandgefahr. Wir verfügen über zwei kleine Ortfeuerwehren, die bei einem Brand einer Windkraftanlage überfordert wären. Bei einem Brand kann nur gezielt runtergebrannt werden. Die Wehren verfügen nicht über das entsprechende Equipment. Beim Brand werden Carbonfaserpartikel freigesetzt. Das ist gerade bei Anlagen, die unter 1000 Meter von Wohnbebauung ein Problem. Wer übernimmt nach dem Brand die Folgekosten, wie Brandreste, die zu Deponien gefahren werden müssen. Der Betreiber oder die Kommunen? Dazu gibt es keine Aussagen. Havarien werden nicht systematisch erfasst. Bis jetzt sind 90 Ereignisse von 2020 bis März 2023 bekannt. Was mich erschüttert, dass Naturschutz nur noch bedingt eine Rolle spielt. In diversen vorherigen Anhörungsverfahren wurde bereits mehrere Male darauf hingewiesen, dass sich Kraniche, Rotmilane, Störche, Seeadler, Fledermäuse in unseren Gemeindeortsteilen brüten und jagen. Das hält die Landesregierung nicht davon ab, trotzdem darüber nachzudenken in diesen besonders schützenswerten Gebieten Windräder zu planen und die Abstände zu verringern – auch die Vögel sollen sich daran gewöhnen, dass ihr Umfeld im wahrsten Sinne des Wortes beschnitten wird. Ich erwarte gerade ein Umweltgutachten von einem Unternehmen, was bei der Gemeindeöffnungsklausel berücksichtigt werden möchte – übrigens meldete es sich einen Tag nachdem im April 2024 die Landesverordnung mit einer Videokonferenz den Ämtern und Kommunen vorgestellt wurde. Eine wahre Goldgräberstimmung!	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wir hatten auf unserer Einwohnerversammlung über SF6 gesprochen. Das Unternehmen, was sich dort vorgestellt hat, wusste davon nichts, was mich sehr erstaunt. SF6 wird bei Windrädern an Land nach wie vor erlaubt. Auch in Schaltkästen, egal ob für Solarenergie oder Windräder wird es genutzt, Es soll zwar ab 2026 – 2032 verboten werden aber mit langen Übergangsfristen und wenn es keinen Hersteller gibt darf weiter gebaut werden. Quasi ein Gesetz – offen wie eine Sandale. Man darf nicht vergessen, dass 1 kg davon genauso schädlich für das Klima ist wie 23.000 kg Kohlendioxyd. Und es hat eine geschätzte Abbauzeit von 3.000 Jahren. Das Problem ist seit über 10 Jahren bekannt. Durch Lobbyarbeit wurde das Verbot von „billigem“ SF6 verzögert. Die geringen Mengen, die aus den Windrädern und den Umspannwerken entweichen, sorgen schon jetzt für mehr Treibhauseffekte als der gesamte innerdeutsche Flugverkehr - Tendenz steigend. Es scheint, dass kein deutsches Unternehmen SF6 freie Windräder produziert. Das ist verwunderlich, weil Offshore Windräder kein SF6 enthalten. Die SF6 freien Windräder sind teurer als die mit SF6 und das wollen die Betreiber offensichtlich nicht investieren. Die Industrie ist selbstverpflichtet also trägt die Verantwortung, das Gas ordnungsgemäß beim Abbau der Anlagen zu entsorgen oder zu recyclen. Es gibt Vermutungen das beim Abbau von Windrädern das Gas abgelassen und nicht ordnungsgemäß entsorgt wird. Das belegen auch Statistiken von unabhängigen Institutionen, wie Universitäten und Behörden, die bereits die doppelte Menge in der Atmosphäre gemessen haben als die Industrie angegeben hat. Wer will das auch kontrollieren? Selbst Leckagen werden nicht behördlich überprüft. Man verlässt sich auf den Techniker und das steht und fällt mit der verantwortlichen Politik der Unternehmen. Und natürlich braucht jede Gemeinde Geld, um für Dinge zu zahlen, die den Kommunen übergestülpt werden und um die Kommune für die Bürger/ innen lebenswert zu gestalten. Das stelle ich gar nicht in Abrede. Die Kommunen erhalten durch die EEG Umlage nicht soviel wie die Landwirtschaft. Gewerbesteuereinnahmen sind im 1. Jahrzehnt so gut wie nicht zu verbuchen und später durch Reparaturen minimiert. Aber wie lange geht das noch gut? Wenn ich mich umsehe stehen sehr viele Windräder still. Für das Abschalten der Anlagen zahlen die Bürgerinnen und Bürger für den Strom, der hätte fließen können, wenn die Leitungen in den Süden bereits vorhanden wären, was sie nicht sind. Mir liegt leider nur eine Zahl von der Bundesnetzagentur aus dem 1. Quartal 2020 vor, die bereits mit € 153 Millionen zu Buche schlugen. Mittlerweile gibt es weitere Windräder, die still stehen. Es wäre schön, wenn die Bundesnetzagentur diese Zahlen bürgernah veröffentlichen würde. So muss man sich durch einen Wust von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Statistiken wühlen und findet nicht neuere konkrete Zahlen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Betreiber dafür entschädigt werden, wenn es Überkapazitäten gibt. Überkapazitäten haben zur Folge, dass am Strommarkt die Preise sinken. Die Differenz zum ausgehandelten Preis wird zurzeit dem Betreiber ausgeglichen. Dieser Hype mit Windrädern ist so stark, weil alle Bürgerinnen und Bürger den Bau und den Betrieb mit hohen Strompreiskosten subventionieren. Das will die Bundesregierung zukünftig kürzen. Das hätte zu Folge, dass die Betreiber hohe Verluste einfahren. Wenn die Subventionen wegfallen, stellt sich die Frage, ob sich das Geschäft noch lohnt. Ob es Insolvenzen nach sich zieht kann ich nicht beurteilen, ist aber zu vermuten mit Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger und für die Kommunen. Schlusswort: Klimaschutz ist wichtig. Der Erderwärmung muss Einhalt geboten werden. Ich weiß, dass viele Länder nichts tun. Ich frage mich nur, ob Windräder der Weisheit letzter Schluss sind. Es redet keiner über Einsparungen. Windräder beeinflussen das Landschaftsbild erheblich, haben Auswirkungen auf Menschen, Tiere und Fauna. Sie sind mit meines Erachtens nicht klimaneutral. Mikroplastik und SF6 sind ein no go um diese Technik als die Umweltfreundlichste zu vermarkten. +++ Das aus meiner Sicht. Im Anschluss noch Aussagen von Gemeindevertretern, die ich eins zu eins weitergebe und die den einen oder anderen Punkt nochmal aufgreifen und auch anders bewerten. +++ Brauchen wir überhaupt noch mehr Windenergie? Ja, wir brauchen definitiv mehr Windenergie, da sie eine nachhaltige und umweltfreundliche Energiequelle ist, die dazu beitragen kann, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren und den Klimawandel einzudämmen. Zudem sind die Ressourcen für Windenergie nahezu unerschöpflich und können dazu beitragen, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern. Es ist wichtig, den Ausbau von Windenergie weiter voranzutreiben, um die Energiewende zu beschleunigen und eine nachhaltige Energiezukunft zu gestalten. Was spricht gegen die Windenergie? Es gibt einige Argumente, die gegen die Nutzung von Windenergie sprechen:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1. Landschafts- und Naturschutz: Der Bau von Windkraftanlagen kann zu Landschaftsverschandelung führen und Eingriffe in natürliche Lebensräume von Tieren und Pflanzen bedeuten. 2. Lärm- und Schattenbelästigung: Windkraftanlagen können Geräusche verursachen, die von Anwohnern als störend empfunden werden. Zudem können Schattenwürfe durch die sich drehenden Rotorblätter als belastend empfunden werden. 3. Vogelschutz: Kollisionsrisiken für Vögel können durch Windkraftanlagen erhöht werden, insbesondere, wenn sie in Zugkorridoren oder Brutgebieten errichtet werden. 4. Akzeptanz in der Bevölkerung: Es gibt Menschen, die sich gegen den Bau von Windkraftanlagen in ihrer unmittelbaren Umgebung aussprechen, aufgrund von gesundheitlichen Bedenken oder Ängsten vor Wertverlust ihrer Immobilien. Trotz dieser Argumente gegen Windenergie wird sie als eine der wichtigsten erneuerbaren Energiequellen angesehen und spielt eine wesentliche Rolle im Kampf gegen Klimawandel. Es ist daher wichtig, mögliche negative Auswirkungen zu berücksichtigen und nach Lösungen zu suchen, um sie zu minimieren. Wie kann eine Gemeinde finanziell von den Betreibern WKA profitieren? Eine Gemeinde kann finanziell von den Betreibern von WKA profitieren, indem sie verschiedene Vereinbarungen und Maßnahmen umsetzt. Hier eine Möglichkeit, wie unsere Gemeinde von der Windenergie profitieren kann: Die Einnahme aus der Windenergie kann für Investitionen der Gemeinde verwendet werden, z.B. Neubau eines Feuerwehrgerätehauses, Kauf eines Feuerwehrautos oder andere öffentliche Einrichtungen. Es ist wichtig, dass die Gemeinde transparente und gerechte Vereinbarungen mit den Betreibern von WKA trifft, um sicherzustellen, dass die finanziellen Vorteile gerecht verteilt werden und die Bevölkerung und die Gemeinde davon profitieren. ++++ Zunächst erfolgt eine Stellungnahme zum nachfolgend markierten Bereich aus der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Potenzialkarte: [Stellungnahme S. 8-9] Zunächst erfolgt eine Stellungnahme zum nachfolgend markierten Bereich aus der Potenzialkarte: hiermit möchte ich meine Bedenken und Einwände gegen die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und die Ausweisung bzw. Freigabe von Flächen für den Bau von Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein, insbesondere in dem auf der mit einem roten Viereck markierten Fläche auf der Karte, zum Ausdruck bringen (siehe vorherige Abbildungen). Zunächst möchte ich aber darum bitten, dass die Meinung, Einschätzung der Personen, die vom Ausbau persönlich profitieren, nicht relevant sein sollte. Es gibt mehrere Gründe, die gegen eine solche Maßnahme sprechen, und ich hoffe, dass diese in der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. **1. Umwelt- und Naturschutz** Die Errichtung von Windkraftanlagen in diesem Gebiet könnte erhebliche negative Auswirkungen auf die lokale Flora und Fauna haben. Besonders betroffen wären geschützte Vogelarten und Fledermäuse, die durch die Rotorblätter der Windkraftanlagen getötet oder in ihrem Lebensraum gestört werden könnten. Dieser nordöstliche Bereich der Gemeinde Rehhorst ist Heimat vieler bedrohter Arten, und deren Schutz höchste Priorität genießt. Zudem könnten die notwendigen Bauarbeiten die Bodenstruktur und das ökologische Gleichgewicht nachhaltig schädigen. Das Nutzen dieser Fläche wäre ein massiver Eingriff in die Natur und hätte schwerwiegende Folgen, da es die Hauptein- und Ausflugroute von Großvögeln ist, die auf der Fläche, die mit dem gelben Stern markiert ist, in Massen überwintern. Zu diesen Vögeln zählen unzählige Kraniche, Wildgänse und Schwäne. Darüber hinaus zählt der weinrot markierte Bereich zu einer Brutstätte des Rotmilans. Auf der Wiese, direkt nördlich angrenzend an die Fläche, die mit dem Stern markiert ist, konnten bei der ersten Grasernte dieses Jahr 11 Rotmilane beobachtet werden, wie sie dort auf Beutejagd gingen. Darüber hinaus sind viele weitere große Raubvögel hier beheimatet. Es ist der höchste Punkt im Kreis Stormarn und bietet aufgrund der süd- östlich gelegenen Feuchtgebiete (Bachläufe und Seen) ideale Bedingungen für diese Tiere. Auch Störche und Graureiher sind hier regelmäßig zu beobachten und rasten teilweise direkt auf Gebäuden in der Ortschaft Pöhls (Gemeinde Rehhorst). Die Errichtung von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftan-lagen in solchen ökologisch sensiblen Gebieten stellt eine erhebliche Gefahr für diese Vogelarten dar, da es zu Kollisionen mit den Rotorblättern kommen kann. Der Verlust dieser Vögel könnte langfristig das ökologische Gleichgewicht stören und die Biodiversität der Region beeinträchtigen. Zusätzlich muss bei der Planung der notwendigen Zuwegungen zu den Windkraftanlagen berücksichtigt werden, dass die Umweltaspekte der betroffenen Flächen von den Planern bisher komplett ignoriert wurden. Dies betrifft nicht nur die markierte Fläche, sondern alle geplanten Anlagen in der Gemeinde. Die Errichtung dieser Zuwegungen würde weitere Eingriffe in sensible Naturgebiete nach sich ziehen, was zu zusätzlichen Schäden an der Flora und Fauna führen könnte. **Wirtschaftliche Aspekte** Während die Förderung erneuerbarer Energien grundsätzlich begrüßenswert ist, sollte berücksichtigt werden, dass von der Errichtung der Windkraftanlagen wirtschaftlich hauptsächlich privilegierte Einzelpersonen, insbesondere Landeigentümer, profitieren würden. Die breite Bevölkerung und die Gemeinde Rehhorst hingegen hätten überwiegend mit den negativen Folgen zu kämpfen. Die Dorfentwicklungsplanungen der Gemeinde Rehhorst, insbesondere bezüglich neuer Baugebiete, würden erheblich behindert, da südlich von Rehhorst bereits ein Windpark entsteht, nordwestlich zwei Starkstromtrassen verlaufen und Windkraftanlagen stehen, östlich die Starkstromtrasse Nordlink entstehen wird und im Norden weitere Vorranggebiete in den Nachbargemeinden geplant sind. Diese Konzentration von Infrastrukturprojekten um die Gemeinde herum würde das Gebiet zunehmend unattraktiv für neue Einwohner und Investoren machen, was langfristig zu wirtschaftlichem Stillstand führen könnte. Die Ausgaben der Gemeinde Rehhorst sind in den letzten Jahren viel stärker gestiegen als die Einnahmen, obwohl die Gemeinde über Jahrzehnte sparsam gehaushaltet hat. Die erhöhten Ausgaben sind insbesondere auf gestiegene Kosten bei fremdbestimmten Investitionen zurückzuführen, wie der Instandhaltung von Straßen, Kanalisation, Feuerwehr, Kindergarten und Schule. Zudem entsteht durch die Errichtung von Windkraftanlagen in der Gemeinde Rehhorst eine Art passive Subvention für die Betreiber der Windkraftanlagen. Für die Wartung und Instandhaltung der Windkraftanlagen werden Schwerlastkräne über Gemeindestraßen rollen, deren Kosten über die Abgaben der Bevölkerung getragen werden müssen. Die Gemeinde Rehhorst hat nur 750 Einwohner, aber aufgrund ihrer Fläche überproportional viele	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Straßenkilometer zu pflegen. Hinzu kommt die regelmäßige Instandsetzung von Sielen auf den Kreisstraßen, die ebenfalls zu Lasten der Bevölkerung geleistet werden müssen. Die Schwerlastkräne beschleunigen das Absacken dieser und erhöhen die Instandhaltungskosten erheblich. Darüber hinaus darf das Land Schleswig-Holstein nicht vorsätzlich dafür sorgen, dass eine Gemeinde sich nicht mehr selbst finanzieren kann. Die finanzielle Belastung der Gemeinde Rehhorst wird bereits jetzt durch fremdbestimmte Vorgaben (Landesgesetze) so stark getrieben, dass die Gemeinde in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet wird. Dies würde gegen die Prinzipien der kommunalen Selbstverwaltung und der finanziellen Eigenständigkeit verstoßen, die essenziell für die nachhaltige Entwicklung und den sozialen Frieden in den Gemeinden sind. Und die beschriebene Belastung ist in der Gemeinde Rehhorst gegenwärtig und absehbar sehr massiv. Mit den geplanten Vorhaben vom Land wird die Möglichkeit des Wachstums auf absehbare Zeit verschwinden. Bitte belegen Sie, dass die finanzielle Eigenständigkeit der Gemeinde Rehhorst auf Dauer sichergestellt ist und nicht schon durch bereits umgesetzte Energieprojekte massiv beschnitten worden sind. Der Nutzen der Windkraft ist für die Betreiber und die Landeigentümer enorm. Die Gemeinde, auf deren Gemeindefläche die kritische Infrastruktur errichtet wird, wird dadurch wirtschaftlich stranguliert. Die wirtschaftliche Belastung der Bewohner der Gemeinde und der Gemeinde an sich, die der Ausbau der thematisierten Infrastruktur mit sich bringt, findet aktuell keine oder nur eine geringe Berücksichtigung auf Seiten des Landes, der Landeigentümer und der Betreiber. **Schlussfolgerung** Angesichts der aufgeführten Argumente fordere ich die Verantwortlichen auf, die Pläne für die Ausweisung, insbesondere der markierten Fläche des Vorranggebietes für Windkraftanlagen zu überdenken. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass bei der Entscheidungsfindung sowohl ökologische als auch soziale und wirtschaftliche Aspekte umfassend berücksichtigt werden, um eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen, die sowohl den Bedürfnissen der Umwelt als auch der Bevölkerung gerecht wird. Dieses ist hier nicht erfolgt.	
Institution: Gemeinde	Sehr geehrte Damen und Herren,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Dassendorf, PNT Partner Rechtsanwälte ID: M2298	anliegend übersenden wir Ihnen fristwahrend unsere Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein, Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) mit der höflichen Bitte um Beachtung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Assistenz Rechtsanwaltsfachangestellte Gemeinde Dassendorf ./. Vertretung Überarbeitung LEP Sehr geehrte Damen und Herren, im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zur Neufassung des Kapitels 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) vertreten wir die Gemeinde Dassendorf, vertreten durch das Amt Hohe Elbgeest, Bauamt, Christa-Höppner-Platz 1, 21521 Dassendorf. Unsere Vollmacht wird anwaltlich versichert. Zu dem im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung ausgelegten Entwurf einer Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO), wonach gemäß § 1 LEPWindVO die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans nach Maßgabe der Anlagen 1 bis 3 zu dieser Verordnung erfolgt, nehmen wir nachfolgend für unsere Mandantin Stellung und beantragen, den Entwurf unter Berücksichtigung der nachfolgenden Hinweise zu überarbeiten und erneut auszulegen. Begründung: Durch die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (nachfolgend: „LEP“) soll das bisherige Kapitel 3.5.2 des LEP 2010 (Windenergie an Land) vom 6. Oktober 2020 durch das neue Kapitel 4.5.1 ersetzt werden.1 Wesentlicher	nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Die Hinweise zum Gesetzgebungsverfahrens zu RED III werden zu Kenntnis genommen. Allerdings sieht die Landesplanung keine Notwendigkeit, deswegen jetzt den Entwurf anzupassen. Der Grundsatz , dass bestehende Vorranggebiete und vorhandene WEA bevorzugt übernommen werden sollen, wurde aus nachvollziehbaren Gründen gewählt (siehe Begründung) und stellt keinen Widerspruch zur Planung dar, sofern sie in der Potentialfläche liegen. Eine Definition der Raumbedeutsamkeit durch die Landesplanung halten wir für rechtlich zulässig. Der Grundrechtseingriff in Artikel 14 GG durch Nichtausweisung von Grundstücken erfolgt nicht durch den LEP Wind, sondern durch die Erreichung der Flächenbeitragswerte nach WindBG und die Rechtsfolge des § 249 II BauGB. Bezüglich der weiteren Punkte aus der Stellungnahme wird auf die allgemeine Synopse und hier insbesondere auf Ziffer 1.41, 2.2, 2.5, 4.5, 4.7, 7.1.4 verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Anlass dafür ist die Verpflichtung der Bundesländer, die in der Anlage zu § 3 Abs. 1 Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) festgesetzten Flächenziele fristgemäß zu erreichen. Ferner hat sich auch der rechtliche Maßstab für die Ausweisung von Windenergieflächen durch verschiedene Gesetzesänderungen in der Zwischenzeit geändert. Der Entwurf der Anlage 1 zu § 1 LEPWindVO (nachfolgend: „Entwurf der Anlage 1“) setzt insgesamt 36 Ziele der Raumordnung und 34 Grundsätze der Raumordnung i.S.d § 3 Abs. 1 Nr. 2 und 3 ROG fest, die die nachfolgenden Regionalplanungs- sowie Bauleitplanungsträger gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 ROG (in unterschiedlicher Weise) binden. Die Ausweisung der Windenergiegebiete i.S.d. § 2 Nr. 1 WindBG wird zwar erst in den Regionalplänen erfolgen, würde jedoch bei Anwendung der derzeit im Entwurf der Anlage 1 festgesetzten Ziele und Grundsätze der Raumordnung unsere Mandantin stark belasten. Die anhand dieser Vorgaben bereits erstellte Potenzialflächenkarte lässt nämlich erwarten, dass auch Flächen unserer Mandantin als Windenergiegebiete ausgewiesen werden. Die Potenzialflächenkarte selbst ist zwar nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens, sie wird jedoch der Regional- sowie der Bauleitplanung zur Auswahl und Festlegung der Windenergieflächen zur Verfügung stehen und bildet damit einen guten Indikator für das, was auf unsere Mandantin zukommen könnte. Dabei ist unabhängig von den Auswahlkriterien des Entwurfes zunächst das verfolgte Planungsziel in den Blick zu nehmen (dazu I.). Da zudem die Auswahlkriterien (Ziele und Grundsätze) für die Ausweisung der Windenergiegebiete im Entwurf der Anlage 1 teils fehlerhaft sind, bedarf es schon jetzt ihrer Korrektur, bevor es zum Erlass nachfolgender, fehlerhafter Regional- und Bauleitpläne zum Nachteil unserer Mandantin und weiterer Gemeinden kommt (dazu II. ff.). I. Verfolgtes Planungsziel Die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zielt laut dem Grundsatz 1 G auf Seite 2 des Entwurfes der Anlage 1 darauf ab, den bis Ende 2032 vorgegebenen Flächenbeitragswert nach der Anlage zu § 3 Abs. 1 WindBG für das Bundesland	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schleswig-Holstein von 2,0 % der Landesfläche bereits bis Ende des Jahres 2027 zu erreichen. Das mag für ein möglichst schnelles Erreichen der gesetzlichen Ziele zwar auf den ersten Blick zielführend sein, erweist sich aber in der aktuellen gesetzlichen Entwicklung als potenziell zielgefährdend. Denn die Maßgaben des WindBG werden durch das zwischenzeitliche Inkrafttreten der Novellierung der europäischen Erneuerbare Energien-Richtlinie (RED III) am 20.11.2023 in Frage gestellt. Dies deshalb, weil die Richtlinie ihrerseits neben erheblichen vom bisherigen deutschen Recht abweichenden materiellen Vorgaben auch zeitlich enge Fristen für die Ausweisung von Erneuerbare-Energien-Gebieten und von Beschleunigungsgebieten enthält. Diese erfordern verschiedene Anpassungen des nationalen Planungsrechts, die über die dazu schon erfolgten schnellen ersten Anpassungen deutlich hinausgehen (vgl. dazu z.B. Wulff, Die Umsetzung der Erneuerbare Energien-Richtlinie (RED III) in nationales Recht, NVwZ 2023, 368 ff.). Die Gesetzgebungsverfahren zur normativen Umsetzung der Novelle laufen (vgl. BMWSB-Gesetzgebungsverfahren-Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2413 in den Bereichen Windenergie an Land und Solarenergie sowie für Energiespeicheranlagen am selben Standort (bmwsb.bund.de)), sind aber noch nicht abgeschlossen. Im weiteren Verfahren dazu wird zu prüfen sein, ob der Entwurf sich in seiner Reichweite zutreffend auf die Maßgaben der Richtlinie stützen kann oder in Teilen darüber hinausgeht und wegen des Anwendungsvorranges des Unionsrechts korrigiert werden muss. Das betrifft etwa die Fragen zur „Hochzonung“ der Artenschutzfragen, zu ihrer notwendigen Bewältigung (schon) auf der planerischen Ebene und zu den Einzelheiten der Erleichterungen auf Genehmigungsebene. Vor diesem Hintergrund nehmen wir hier davon Abstand, die bisherige Behandlung dieser Fragen in diesem Entwurf näher zu thematisieren. Im Ergebnis liegt es daher inhaltlich, aber auch unter zeitlichen Aspekten nahe, dass die sich konkret abzeichnenden, erneuten gesetzlichen Änderungen abgewartet und der Entwurf an sie angepasst werden sollte, um insgesamt zu einer Beschleunigung der Energiewende effektiv beitragen zu können. II. Übernahme von bestehenden Vorranggebieten und vorhandenen Windenergieanlagen Gemäß dem Grundsatz in Ziffer 2 (Seite 3 des Entwurfs der Anlage 1) sollen bevorzugt die schon vorhandenen Vorranggebiete Windenergie und auch die außerhalb dieser	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gebiete stehenden raumbedeutsamen Windenergieanlagen in der Neuaufstellung übernommen werden. Das liegt angesichts der geänderten Rechtslage aber selbst für die bisherigen Vorranggebiete nicht nahe, weil diese die Kriterien des Art. 15 c Abs. 4 der novellierten Erneuerbare Energien-Richtlinie nicht erfüllen. Noch kritischer ist die angedachte Übernahme der außerhalb dieser Flächen tatsächlich stehenden Windenergieanlagen zu sehen, weil diese schon in das bestehende planerische System nicht hineinpassen. Unabhängig hiervon sind auch tatsächliche Gründe für eine bevorzugte Überplanung dieser Standorte nicht erkennbar. Denn soweit es um die Absicherung des Bestandes geht, greift der Bestandsschutz ihrer Zulassungen. Und soweit es um ihr Repowering geht, verdeutlichen die tatbestandlichen Voraussetzungen für die Definition eines Repowering, dass die möglichen Änderungen der Leistung und der Standorte eine Weiternutzung vorhandener Infrastrukturen weitgehend unrealistisch erscheinen lassen. III. Fehlerhafte Definition von nicht raumbedeutsamen Windenergieanlagen Da Windenergiegebiete i.S.d. § 2 Nr. 1 WindBG als Vorranggebiete gem. § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 ROG nur für „raumbedeutsame“ Windenergieanlagen ausgewiesen werden können, wird unter 2 Z auf Seite 2 des Entwurfes der Anlage 1 zunächst definiert, dass „bis zu zwei Kleinanlagen mit einer Gesamthöhe von jeweils bis zu 30 Meter und Nebenanlagen als Einzelanlagen mit einer Gesamthöhe bis zu 70 Meter, wenn letztgenannte überwiegend der Energieversorgung eines anderen im Außenbereich privilegierten Vorhabens nach § 35 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 Baugesetzbuch (BauGB) dienen“ als nicht raumbedeutsam gelten und demnach nicht unter die raumordnerische Steuerung anhand der Gebietsausweisung fallen (vgl. Begründung zu 2 Z auf Seite 9 des Entwurfs der Anlage 1). Dieses Ziel der Raumordnung erweist sich jedoch als rechtswidrig und damit als unwirksam. Denn dem Plangeber fehlt die Regelungsbefugnis für eine solche Vorgabe. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen werden nämlich in § 3 Abs. 1 Nr. 6 ROG legaldefiniert als: „Planungen einschließlich der Raumordnungspläne, Vorhaben und sonstige Maßnahmen, durch die Raum in Anspruch genommen oder die räumliche Entwicklung oder Funktion eines Gebiets beeinflusst wird, einschließlich des Einsatzes der hierfür vorgesehenen öffentlichen Finanzmittel“. Zu den raumbedeutsamen Maßnahmen zählen mithin auch einzelne Vorhaben i.S.d. § 29 Abs. 1 BauGB; der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Begriff ist extensiv auszulegen (vgl. Spannowsky/Runkel/Goppel/Runkel, 2. Aufl. 2018, ROG § 3 Rn. 123, 124). Die Raumbedeutsamkeit dient als Abgrenzungskriterium zu solchen Planungen und Maßnahmen, die von den Bindungswirkungen der Raumordnung nicht erfasst werden sollen, weil sie für die Nutzung des Raums nur eine untergeordnete Bedeutung haben (vgl. Runkel, a.a.O., Rn. 102). Der Begriff der raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen ist zwar bundesrechtlich einheitlich definiert, für die konkrete Beurteilung ist zugleich bundesweit einheitlich auf die Gegebenheiten des jeweiligen Planungsraums abzustellen. Das gleiche Vorhaben kann deshalb in einem Planungsraum raumbedeutsam sein und in einem anderen nicht, z.B. sticht die gleiche Windenergieanlage in einer flachen Küstengegend stark hervor, während sie in einer bewaldeten Mittelgebirgslandschaft nur untergeordnet Bedeutung hat (vgl. Runkel, a.a.O., Rn. 103). Demzufolge darf der Plangeber im LEP nicht pauschal landesweit definieren, welche Windenergieanlagen als raumbedeutsam gelten und damit die im Einzelfall vorzunehmende Subsumtion unter den Begriff der Raumbedeutsamkeit abstrakt für seine gesamte Planung vorwegnehmen. Hinzukommt, dass er in der Begründung zu diesem Ziel auch nicht erkennen lässt, wie er ausgerechnet auf die angegebenen Größen kommt. IV. Fehlerhafte Referenzanlage Ausgangspunkt der Ausweisung und der Bewertung von Umweltauswirkungen der Windenergiegebiete in den Regionalplänen soll die auf Seite 3 des Entwurfs der Anlage 1 unter 3 G beschriebene Referenzanlage sein (als Grundsatz der Raumordnung, § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG). Diese soll eine Gesamthöhe von 200 Metern, einen Rotordurchmesser von 150 Metern und eine elektrische Nennleistung von 5,3 Megawatt haben. Diese Annahmen entsprechen nicht der Realität der Größenentwicklung von Windenergieanlagen in den letzten Jahren und antizipieren schon gar nicht deren absehbare Entwicklung in den kommenden Jahren. Uns ist kein laufendes Genehmigungsverfahren in Norddeutschland bekannt, in dem die hier zugrunde gelegten Höhen nicht überschritten werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	So bietet aktuell beispielsweise die Firma Vestas Windenergieanlagen des Typs V172 an mit einer Gesamthöhe von 261-285 m, einer Nabenhöhe von 175-199 m, einem Rotordurchmesser von 172 m und 7,2 Megawatt Leistung. Würden die Regionalplangeber ihrer im Rahmen der Ausweisung der Windenergiegebiete gem. § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung eine größere, realistische Referenzanlage zugrunde legen, so würden sie voraussichtlich die Umweltauswirkungen der Gebietsausweisung anders bewerten und damit insgesamt womöglich zu anderen Abwägungsergebnissen gelangen. Es bedarf mithin der Korrektur der Referenzanlage. V. Fehlerhafte Festlegung der von Windenergie freizuhaltenden Umgebungsbereiche um bestimmte Siedlungsstrukturen Die Festsetzung von Umgebungsbereichen zu bestimmten Siedlungsstrukturen als Ziele der Raumordnung unter 4.5.1.1, 1 Z und 2 Z (Seite 20 f. des Entwurfes der Anlage 1), die bei der Ausweisung von Windenergiegebieten von nachfolgenden Planungsträgern zwingend einzuhalten sind, dürften sich bereits als rechtswidrig erweisen. Unter 4.5.1.1, 1 Z des Entwurfes der Anlage 1 wird als Ziel der Raumordnung festgesetzt, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten in einem Umgebungsbereich von 800 m um Gebiete mit Wohn- und /oder Erholungsfunktion nach § 30 oder § 34 BauGB ausgeschlossen ist. Unter 2 Z wird (zusammengefasst) ein entsprechender Ausschluss für einen Umgebungsbereich von 400 m rund um Einzelhäuser, Splittersiedlungen im Außenbereich sowie Gewerbe festgesetzt. 1. Kein Verstoß gegen § 249 IX BauGB Die Festsetzung des Umgebungsbereichs um Wohngebiete unter 4.5.1.1, 1 Z, verstößt zwar nicht gegen § 249 IX 5 BauGB, da das genannte Ziel von vornherein nicht in dessen Anwendungsbereich fällt: § 249 IX BauGB enthält eine sog. Länderöffnungsklausel, wonach die Länder grundsätzlich Mindestabstände von höchstens 1.000 m zwischen einem Vorhaben, also einer einzelnen Windenergieanlage, und einem Wohngebiet gesetzlich bestimmen dürfen. Liegt eine solche landesgesetzliche Bestimmung vor, so gilt diese gem. § 249 IX 5 BauGB indessen nicht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	für Abstände zwischen Windenergieanlagen und Wohngebieten innerhalb eines festgesetzten Windenergiegebietes. Das Ziel 1 Z (Seite 20 des Entwurfs der Anlage 1) regelt jedoch den Mindestabstand zu Wohnbebauung für die noch auszuweisenden Windenergiegebiete. 2. Verstoß gegen das Abwägungsgebot gem. §§ 3 Abs. 1 Nr. 2, 7 Abs. 2 Satz 1 ROG Jedoch müssen Ziele der Raumordnung gem. §§ 3 Abs. 1 Nr. 2, 7 Abs. 2 Satz 1 ROG abschließend abgewogen sein, woran es in Bezug auf die Ziele 1 Z und 2 Z fehlen dürfte. Diese abschließende Abwägung verlangt eine vorangegangene umfassende Ermittlung und Bewertung der berührten öffentlichen und privaten Belange (vgl. Spannowsky/Runkel/Goppel/Runkel, 2. Aufl. 2018, ROG § 7 Rn. 42). Was für die hiesigen Ziele 1 Z und 2 Z zu ermitteln und bewerten gewesen wäre, beschreibt das Oberverwaltungsgericht Lüneburg wie folgt: „Zur sachgerechten Ermittlung der immissionsschutzrechtlichen begründeten Pufferzonen ist es nicht erforderlich, konkrete Berechnungen der zu erwartenden Lärmimmissionen und ihrer Vereinbarkeit mit der vorhandenen Wohnungsnutzung in einer Intensität anzustellen, wie sie im Genehmigungsverfahren geboten sind (Gatz, a. a. O., Rdn. 75). Vielmehr ist es ausreichend, aber auch geboten, ausgehend von den maßgeblichen Parametern einer der Planung zu Grunde gelegten Referenzanlage (Höhe, Emissionen etc.) Lärmimmissionen anhand von Erfahrungswerten zu ermitteln und auf dieser Grundlage zu entscheiden, ob der Realisierung von Windenergieanlagen auf den betreffenden Flächen auf unabsehbare Zeit rechtliche Hindernisse im Wege stehen (Urt. d. Sen. v. 13.7.2017 – Aktenzeichen 12KN20615 12 KN 206/15-, a. a. O).“ (s. OVG Lüneburg, 12. Senat, Urteil vom 07.11.2017 – 12 KN 107/16, Rn. 26; Hervorhebungen durch Unterzeichnerin) In der Begründung zu 1 Z heißt es dagegen lediglich, dass der pauschale Abstand von 800 m Schutz der Wohnungsnutzung vor von der Windenergieanlage ausgehenden Immissionen und visuellen Beeinträchtigungen gewährleistet (vgl. Seite 24 des Entwurfes der Anlage 1). Eine Prognose über diese zu erwartenden Immissionen ausgehend von der Referenzanlage wird nicht vorgenommen. Auch in der Begründung zu 2 Z (vgl. Seite 26 f. des Entwurfes der Anlage 1) fehlt es an einer entsprechenden Prognose. Stattdessen weist der Plangeber in dieser Begründung sogar selbst auf ein Abwägungsdefizit hin: Die Auswirkungen der Windenergienutzung auf Gewerbebetriebe	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sei abhängig von der konkreten Ausgestaltung der betreffenden Nutzung auf den Flächen, welche auf der landesweiten Betrachtungsebene nicht differenziert werden könnten. Deshalb würden bei der landesweiten Betrachtung Gewerbegebiete (pauschal) als Ausschlussgebiete eingestuft. (vgl. S. 26 des Entwurfes der Anlage 1) Damit wird offenbar, dass der Plangeber gar nicht in der Lage ist, die möglicherweise berührten privaten Belange einzelner Gewerbetreibender zu ermitteln und zu bewerten (betreffend das Ziel 2 Z). Auch in Bezug auf Umgebungsbereiche um Wohn- und Erholungsnutzungen (betreffend das Ziel 1 Z) ist der Plangeber, wie gezeigt, hinter den Anforderungen an die umfassende Ermittlung und Bewertung der Belange zurückgeblieben. Vor diesem Hintergrund liegen den Festsetzungen 1 Z und 2 Z keine abschließenden Abwägungsentscheidungen zugrunde, sodass es sich schon deshalb nicht um wirksame Ziele der Raumordnung i.S.d § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG handeln dürfte (vgl. Spannowsky/Runkel/Goppel/Runkel, 2. Aufl. 2018, ROG § 3 Rn. 46). 3. Zukünftige Verstöße gegen Art. 14 Abs. 1 GG durch das Ziel 2 Z Das Ziel der Raumordnung in 4.5.1.1, 2 Z, sämtliche Umgebungsbereiche um Gewerbegebiete und andere darin genannte Nutzungsarten pauschal von der Windenergieflächenausweisung auszuschließen, kann – gerade, weil es dem Land derzeit unmöglich ist, die Auswirkungen der Windenergienutzung auf einzelne Gewerbebetriebe abzuschätzen (s.o.) – zukünftig einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in die Eigentumsgarantie aus Art. 14 Abs. 1 GG hiervon betroffener Grundstückseigentümer, mithin eine Grundrechtsverletzung, darstellen. Der Ausschluss unter 2 Z bezieht sich nämlich landesweit auf alle Grundstücke, die in den darin definierten Umgebungsbereichen liegen. Davon sind also auch Grundstücke im Außenbereich i.S.d § 35 BauGB erfasst, die sich objektiv für die Windenergienutzung eignen und nach dem Willen ihrer Grundstückseigentümer auch dazu genutzt werden sollen. Aufgrund des Ziels 2 Z dürfen die Regionalpläne oder kommunalen Bauleitpläne die betroffenen Grundstücke aber nicht als Windenergiegebiete i.S.d. § 2 Abs. 1 WindBG ausweisen. Die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Windenergieanlagen außerhalb von ausgewiesenen Windenergiegebieten ist in den §§ 7 Abs. 3 Satz 6, 27 Abs. 4 ROG i.V.m. §§ 245e, 249 BauGB geregelt. Sobald der Flächenbeitragswert des Landes Schleswig-Holstein erreicht und dies gem.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	§ 5 WindBG festgestellt sein wird, wird sich die Zulässigkeit von Windenergieanlagen auf Außenbereichsgrundstücken außerhalb der ausgewiesenen Windenergiegebiete gem. § 249 Abs. 2 Satz 1 BauGB anhand von § 35 Abs. 2 BauGB beurteilen. D.h. Windenergieanlagen werden dort als „sonstige“, nichtprivilegierte Vorhaben gelten. Damit wird deren bauplanungsrechtliche Zulässigkeit zwar nicht von vornherein ausgeschlossen, praktisch ist sie aufgrund der strengen Anforderungen an sonstige Vorhaben aber nicht zu erwarten (vgl. BeckOK BauGB/Söfker, 62. Ed. 1.2.2024, BauGB § 35 Rn. 57). D.h. die betroffenen Grundstückseigentümer werden durch die Nichtausweisung aufgrund des Ziels 2 Z letztlich in der Nutzungsfunktion ihrer Grundstücke eingeschränkt. Dieser Eingriff kann im Einzelfall aber eine nicht zu rechtfertigende Grundrechtsverletzung darstellen: Wenn sich nämlich in dem naheliegenden Gewerbegebiet nur fensterlose Lagerhallen oder ähnliche, nicht schutzbedürftige bauliche Anlagen befinden, gibt es keinen sachlichen Grund dafür, die betroffenen Grundstücke von der Ausweisung als Windenergiegebiete – und damit letztlich, wie gezeigt, von der Windenergienutzung selbst – pauschal auszuschließen. Es muss stattdessen den regionalen oder kommunalen Planänderungsträgern möglich bleiben, solche Umgebungsgebiete gem. § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 WindBG als Windenergiegebiete auszuweisen. 4. Ökologische Bedenken an den Zielen 1 Z und 2 Z Der pauschale Ausschluss von Flächen in den o.g. Umgebungsbereichen gem. 4.5.1.1, 1 Z und 2 Z kann schlimmstenfalls sogar dazu führen, dass zur Erreichung des Flächenbeitragswertes nach der Anlage zu § 3 Abs. 1 WindBG an anderen Stellen des Landes ökologisch wertvollere Flächen als Windenergiegebiete ausgewiesen werden. VI. Fehlerhafte Festlegung der Beachtungspflicht für Gemeinden gemäß 3 Z bezüglich der Umgebungsbereiche nach 1 Z und 2 Z Die als Ziel 3 Z festgesetzte Pflicht zur gegenseitigen Beachtung von Abstandserfordernissen von Siedlungsentwicklungen und Windenergienutzung ist rechtswidrig und verletzt die Gemeinden, darunter auch unsere Mandantin, in ihrer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungshoheit aus Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG. Unter 4.5.1.1, 3 Z (Seite 21 des Entwurfs der Anlage 1) formuliert der Plangeber als Ziel der Raumordnung: „Bei der gemeindlichen Siedlungsentwicklung sind Abstände zu Windenergiegebieten entsprechend der Schutzbedürftigkeit der geplanten Nutzungen einzuhalten. Diese entsprechen den Umgebungsbereichen aus den Absätzen 1 Z und 2 Z.“ In der Begründung zu diesem Ziel wird erläutert, dass der einzuhaltende Abstand zwischen Plangebiet und ausgewiesenem Windenergiegebiet für Bauleitplanungen mit gewerblicher Nutzung 400 m, für solche mit Wohn – oder Erholungsnutzung 800 m beträgt (vgl. Seite 27 f. des Entwurfes der Anlage 1). Mit diesen Abstandsvorgaben will der Plangeber sicherstellen, dass der Vorrang der Windenergie nicht durch heranrückende Bebauung beeinträchtigt wird (vgl. ebd.). Diese Festsetzung würde als Ziel der Raumordnung eine verbindlich zu beachtende Vorgabe für die künftige Bauleitplanung von Gemeinden, also auch unserer Mandantin, darstellen, vgl. §§ 3 Abs. 1 Nr. 2, 4 Abs. 1 S. 1 ROG. In ihrer derzeitigen Fassung inklusive der Begründung handelt es sich dabei um eine unzulässige Einschränkung und damit eine Verletzung der gemeindlichen Selbstverwaltungsgarantie unserer Mandantin aus Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG. Die gemeindliche Planungshoheit darf durch überörtliche Zielvorgaben der Raumordnung nämlich gem. § 4 Abs. 1 S. 1 ROG i.V.m. § 1 Abs. 4 BauGB nur insoweit beschränkt werden, als sie nicht innerlich ausgehöhlt wird (vgl. Battis/Krautzberger/Löhr/Battis, 15. Aufl. 2022, BauGB § 1 Rn. 34). Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit und damit die Wirksamkeit eines Ziels der Raumordnung ist mithin, dass dieses in die Planungskompetenz des Raumordnungsgebers und nicht in die der Gemeinde fällt (vgl. Spannowsky/Runkel/Goppel/Goppel, 2. Aufl. 2018, ROG § 4 Rn. 33). Wo die Grenze zwischen den Planungskompetenzen verläuft, hängt also davon ab, wann die Planungshoheit der Gemeinde im Einzelfall unzulässig tangiert wird. Hinsichtlich der Reichweite der Planungskompetenzen von Land und Gemeinden muss in diesem Zusammenhang sorgsam differenziert werden zwischen einem immissionsschutzrechtlichen begründeten „Mindestabstand“ zwischen Windenergiegebieten und heranrückender Bebauung (dazu 1.) und einem im Vergleich dazu größeren „Vorsorgeabstand“ (dazu 2.). 1.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Immissionsschutzrechtlicher Mindestabstand Aufgabe des Landes ist es, durch seine Raumordnungsplanung im Landesentwicklungsplan und in den Regionalplänen sicherzustellen, dass hinreichend viele Windenergiegebiete i.S.d. § 2 Nr. 1 WindBG ausgewiesen werden, die sich tatsächlich in vollem Umfang für die Errichtung von Windenergieanlagen eignen. Somit verfolgt der Plangeber an sich ein legitimes Ziel, wenn er schreibt, dass der Vorrang der Windenergiegebiete vor heranrückender Bebauung geschützt werden soll. Denn sollte eine zukünftige Bebauung durch von einer Windenergieanlage im Windenergiegebiet ausgehende Immissionen wie Lärm oder Schattenwurf so stark beeinträchtigt werden, dass die z.B. nach TA-Lärm zwingend einzuhaltenden Grenzwerte überschritten würden, dann hätten die Anlagenbetreiber gem. § 17 Abs. 3 BImSchG nachträgliche Anordnungen zu befürchten. Die Windenergiegebiete könnten somit nachträglich ihre Eignung für den Betrieb von Windenergieanlagen verlieren. Diese Gefahr muss durch eine Zielvorgabe im Landesentwicklungsplan von vornherein ausgeschlossen werden. 2. Vorsorgeabstand Die Festlegung eines über diesen Mindestabstand hinausgehenden „Vorsorgeabstands“ zu Wohngebieten fällt jedoch in das planerische Ermessen der Gemeinden (vgl. OVG Münster (22. Senat), Urteil vom 02.07.2024 – 22 D 47/23.NE, 6. Amtlicher Leitsatz). Dasselbe dürfte auch für die Festlegung von Vorsorgeabständen zu anderen Gebietstypen gelten. Vorsorgeabstände dienen dazu, ein höheres Schutzniveau zu erreichen, als es aufgrund der immissionsschutzrechtlichen Grenzwerte zwingend verlangt wird. 3. Abgrenzung zwischen den Planungskompetenzen Die Grenze zwischen der Planungskompetenz des Landes und der der Gemeinden verläuft also genau da, wo die Abstände über das zwingend erforderliche Maß hinausgehen: Die Mindestabstände dürfen im Landesentwicklungsplan als Ziele der Raumordnung geregelt werden. Werden diese jedoch um einen zusätzlichen „Komfortpuffer“ vergrößert, so handelt es sich um einen – im Landesentwicklungsplan unzulässigen – Vorsorgeabstand, dessen Bestimmung im Planungsermessen der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeinde liegt. Diese dürfte auch entscheiden, dass sie keinen über den Mindestabstand hinausgehenden Abstand für erforderlich hält und deshalb in ihrer Bauleitplanung Gebiete bis an die aufgrund der Mindestabstände geltenden Grenzen heranplant. Ob das hier angegriffene Ziel der Raumordnung den zwingend erforderlichen Mindestabstand zahlenmäßig wirklich überschreitet, kann offenbleiben. Denn schon aus der Begründung zur Festlegung des Umgebungsbereiches von 800 m (B zu 1 Z, Seite 24 des Entwurfes der Anlage 1) geht hervor, dass dieser „als Vorsorgeabstand [fungiert]“. Einige Zeilen darunter heißt es: „Immissionsschutzrechtlich kann in einem Abstand von weniger als 800 Metern von in Siedlungsbereichen gelegenen Wohngebäuden in vielen Fällen die Errichtung von WEA, insbesondere einzelner WEA-Standorte sowie in nicht vorbelasteten Bereichen, zulässig sein, gegebenenfalls mit Auflagen zur Einhaltung der Immissionsrichtwerte. Allerdings kommt dem unmittelbar an Siedlungsbereiche angrenzenden Außenbereich planerisch eine Schutz- und Pufferfunktion zu“. Damit offenbart der Plangeber selbst, dass er mit den Zielen 1 Z bis 3 Z bewusst nicht nur Mindestabstände, sondern vielmehr Vorsorgeabstände festsetzen will. Somit tangiert er die Planungshoheit der Gemeinden in unzulässiger Weise. VII. Gesetzlich geschützte Biotope Unter 4.5.1.3, 5 Z wird auf Seite 55 des Entwurfes der Anlage 1 folgendes Ziel der Raumordnung festgesetzt: „In gesetzlich geschützten, flächenhaften, unmittelbar räumlich zusammenhängenden Biotopen mit einer Größe von insgesamt mindestens fünf Hektar sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen.“ In der Begründung zu diesem Ziel ab Seite 65 des Entwurfes der Anlage 1 wird zutreffend darauf hingewiesen, dass gesetzlich geschützte Biotope aufgrund ihrer erheblichen naturschutzfachlichen Bedeutung gem. § 30 Abs. 2 BNatSchG vor Beeinträchtigungen, die zwangsläufig von Windenergieanlagen ausgehen, geschützt sind. Auch die theoretisch mögliche Ausnahme von dem Verbot in § 30 Abs. 2 BNatSchG sei ausgeschlossen. Im Widerspruch dazu wird durch das Ziel 5 Z aber lediglich die Ausweisung von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergiegebieten in Biotopen mit einer Mindestgröße von fünf Hektar ausgeschlossen, kleinere Biotope sind hiervon gerade nicht umfasst. Die Begründung enthält sogar die explizite Aussage, dass linienhafte Biotope bei der Festlegung von Windenergiegebieten unberücksichtigt bleiben. D.h. Biotope, die kleiner als fünf Hektar oder linienhaft geformt sind, dürfen als Windenergiegebiete überplant werden. Sie seien erst auf der Ebene des Genehmigungsverfahrens nach dem BImSchG zu berücksichtigen, da sie die Nutzbarkeit eines Windenergiegebietes nicht wesentlich einschränken würden (vgl. Seite 66 Entwurf der Anlage 1). Dieses Ziel der Raumordnung erweist sich als rechtswidrig. Denn der Plangeber ist damit dem Abwägungsgebot nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG nicht gerecht geworden. Danach sind bei der Aufstellung von Zielen der Raumordnung die betroffenen öffentlichen und privaten Belange umfassend und abschließend gegeneinander und untereinander abzuwägen (s.o.). Indem der Ausschluss sich nur auf Biotope mit der Mindestgröße von fünf Hektar bezieht, also kleinere Biotope vor der Ausweisung als Windenergiegebiet gerade nicht geschützt werden, trägt der Plangeber dem öffentlichen Interesse am Biotopschutz nicht hinreichend Rechnung. Denn es ist bereits jetzt absehbar, dass die vom Plangeber des LEP vorgesehene Berücksichtigung der kleineren Biotope auf Ebene des Genehmigungsverfahrens keinen wirksamen Biotopschutz sicherstellen wird, wie nachfolgende Ausführungen zeigen sollen. Die gem. § 4 BImSchG für Windenergieanlagen regelmäßig erforderliche immissionsschutzrechtliche Genehmigung hat gem. § 13 BImSchG sog. Konzentrationswirkung, schließt mithin andere behördliche Entscheidungen, z.B. die Baugenehmigung, mit ein. Demzufolge hat die Immissionsschutzbehörde im Genehmigungsverfahren auch die weiteren öffentlich-rechtlichen Zulassungsvoraussetzungen zu prüfen, vgl. § 6 BImSchG. Die Konzentrationswirkung erstreckt sich auch auf naturschutzrechtliche Entscheidungen, demnach wäre im Genehmigungsverfahren auch das Verbot gem. § 30 Abs. 2 BNatSchG zu prüfen. Dieses stünde der Genehmigungserteilung fast immer im Wege, da eine Ausnahme vom Verbot des § 30 Abs. 3 BNatSchG nur dann erteilt werden darf, wenn sich die Beeinträchtigung des Biotops ausgleichen lässt. An diesen Ausgleich werden dem § 15 Abs. 2 Satz 2 BNatSchG vergleichbare, hohe Anforderungen gestellt. Erforderlich dafür ist die Herstellung eines gleichartigen Biotops. Da die meisten Biotoptypen, etwa Hochmoore, aber über sehr lange Zeiträume entstanden sind und sich nicht künstlich	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	herstellen lassen, scheidet ein solcher Ausgleich i.d.R. von vornherein aus (vgl. Landmann/Rohmer UmweltR/Gellermann, 103. EL März 2024, BNatSchG § 30 Rn. 28). Um die immissionsschutzrechtliche Genehmigung trotz des Verstoßes gegen § 30 Abs. 2 BNatSchG erteilen zu können, bleibt dann noch die Möglichkeit der Befreiung von dem Verbot gem. § 67 BNatSchG, wenn dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses notwendig ist (vgl. Gellermann, a.a.O., Rn. 30). Auch der Ausbau erneuerbarer Energien stellt einen solchen Grund dar (vgl. § 2 Satz 1 EEG) und die Notwendigkeit ist bereits gegeben, wenn die Befreiung „vernünftigerweise geboten ist“ (vgl. Gellermann, a.a.O., § 67 Rn. 11-13). Die Voraussetzung des § 67 BNatSchG sind nur dann nicht erfüllt, wenn zumutbare Alternativlösungen (andere Standort- oder Ausführungsvarianten) zur Verfügung stehen (vgl. Gellermann, a.a.O., Rn. 13). Durch die Ausweisung als „Windenergiegebiet“ i.S.d § 2 Nr. 1 WindBG bzw. sogar als „Beschleunigungsgebiet“ i.S.d. § 6a WindBG ist nach § 6 Abs. 1 WindBG im Genehmigungsverfahren jedoch unter den dortigen Voraussetzungen ausnahmsweise keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Deshalb ist zu erwarten, dass die zuständige Immissionsschutzbehörde im Genehmigungsverfahren im Zweifelsfall mangels Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gar nicht bemerkt wird, dass sich an dem geplanten Standort ein Biotop befindet. Zudem wird sie auch davon ausgehen, dass das gesamte Windenergie- oder sogar Beschleunigungsgebiet sich für die Errichtung von Windenergieanlagen eignet und darauf vertrauen, dass schon im Verfahren der Gebietsausweisung naturschutzrechtliche Verbote abschließend berücksichtigt wurden. Folglich ist mit unbemerkten Verstößen gegen § 30 Abs. 2 BNatSchG zu rechnen. Sollte die Genehmigungsbehörde ausnahmsweise doch auf das Biotop aufmerksam (gemacht) werden, ist zu befürchten, dass sie eine Befreiung gem. § 67 BNatSchG von dem Verbot in § 30 Abs. 2 BNatSchG erteilen wird mit dem Argument, innerhalb des Windenergie- bzw. Beschleunigungsgebiets sei ein alternativer Standort unzumutbar. Eine vergleichbare Regelung findet sich schließlich auch in § 45b Abs. 8 BNatSchG in Bezug auf die Alternativenprüfung im Rahmen des besonderen Artenschutzes. Mithin ist zu erwarten, dass Biotope, die kleiner als fünf Hektar oder linienförmig geformt sind, ohne einen Ausgleich der Errichtung von Windenergieanlagen zum Opfer fallen werden. Dies hätte bei der Abwägung im Rahmen der Zielaufstellung antizipiert und berücksichtigt werden müssen, was nicht geschehen ist.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Gem. § 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 BNatSchG sind überdies auch magere Flachland-Mähwiesen und Berg-Mähwiesen nach Anhang I der Richtlinie 92/43/EWG gesetzlich geschützte Biotope, bei denen es sich um sog. FFH-Lebensraumtypen handelt. Mithin bedarf es auch aus unionsrechtlicher Perspektive eines umfassenden Schutzes der gesetzlich geschützten Biotope. VIII. Fehlerhafter Ausschluss von Wäldern und Umgebungsbereichen Unter 4.5.1.3, 6 Z wird ab Seite 55 des Entwurfs der Anlage 1 folgendes Ziel der Raumordnung festgesetzt: „(1) Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. (2) Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen.“ Absatz 1 dieses Ziels ist verfassungswidrig und sollte deshalb aus dem Entwurf gestrichen bzw. umformuliert werden. Der Grund für die Verfassungswidrigkeit ist, dass dem Landesgesetzgeber für eine dem Absatz 1 entsprechende Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlen würde, da es sich hierbei um einen generellen Ausschluss der Ausweisung von Windenergiegebieten auf Waldflächen ab einer Mindestgröße von einem Hektar handelt. Demzufolge fehlt dem Plangeber des Landesentwicklungsplans für die Festsetzung in Absatz 1 die Planungskompetenz. Ein generelleres, nicht zwischen der ökologischen Qualität und Schutzwürdigkeit des Waldes differenzierendes, Verbot von Windenergienutzung im Wald fällt unter die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz „Bodenrecht“, also die konkrete, flächenbezogene Ordnung der Nutzung von Grund und Boden durch öffentlich-rechtliche Normen, in Art. 74 Abs. 1 Nr. 18 GG (vgl. BVerfG, Beschluss vom 27.09.2022 – 1 BvR 2661/21, Rn. 34, 39). Gemäß Art. 72 Abs. 1 GG haben die Länder diesbezüglich die Gesetzgebungszuständigkeit nur, solange und soweit der Bund von seiner Kompetenz keinen Gebrauch gemacht hat. Der Bundesgesetzgeber hat aber von seiner Gesetzgebungskompetenz für das Bodenrecht in Bezug auf die Windenergienutzung im	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Außenbereich – also auch im Wald – insbesondere durch § 35 Abs. 1 Nr. 5 i.V.m § 249 Abs. 1-3 BauGB abschließend Gebrauch gemacht (so BVerfG, a.a.O., Rn. 72). Nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB sind Windenergieanlagen aufgrund ihrer Privilegierung im Außenbereich in der Regel zulässig. Diese Privilegierung lässt der Bundesgesetzgeber gem. § 249 Abs. 2 Satz 1 i.V.m § 35 Abs. 2 BauGB erst nach Feststellung der Erreichung des Flächenbeitragswerts gem. § 5 WindBG für Außenflächen außerhalb von ausgewiesenen Windenergiegebieten entfallen. Es ist nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts nicht ersichtlich, dass der Bundesgesetzgeber bodenrechtliche Abweichungen der Länder von dieser Privilegierung, beispielsweise durch ein generelles Verbot von Windenergieanlagen in Wäldern, zulassen wollte (vgl. BVerfG, a.a.O., Rn. 75). Insbesondere aufgrund des unverzichtbaren Beitrags der Windenergie zur Begrenzung des Klimawandels (vgl. Art. 20a GG) könne § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB gerade nicht so gelesen werden, dass die Privilegierung der Windenergie auf Grundlage von § 9 Abs. 3 Nr. 2 BWaldG seitens der Länder durchbrochen werden dürfte (vgl. BVerfG, a.a.O., Rn. 77-79). Dass der Plangeber mit Absatz 1 des oben zitierten Ziels die Ausweisung von Windenergiegebieten in sämtlichen Wäldern des Landes ab einer Größe von einem Hektar ausschließen möchte, wird auch aus der Begründung dieses Ziels deutlich. Darin heißt es, dass Wälder in Schleswig-Holstein selten seien und deshalb alle Wälder des Landes von Beeinträchtigungen durch Windenergienutzung freizuhalten seien (vgl. Seite 68 des Entwurfes der Anlage 1). Hierbei handelt es sich um eine bodenrechtliche Regelung zur Freihaltung konkreter, nämlich aller bewaldeter, Außenbereichsflächen von Windenergienutzung (vgl. BVerfG, a.a.O., Rn. 51). Diese Regelung steht also – unzulässigerweise – im Widerspruch zu § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB. Im Gegensatz dazu lässt sich das unter 4.5.1.3, 6 Z Absatz 2 geregelte Ziel auf die Gesetzgebungskompetenz für Naturschutz und Landschaftspflege aus Art 74 Abs. 1 Nr. 29 GG stützen und erweist sich somit als verfassungskonform. Diese Kompetenz „umfasst sowohl den Schutz durch Abwehr von Gefahren für Natur und Landschaft als auch die Pflege durch gestaltende Tätigkeit des Staates, die darauf abzielt, den Zustand von Natur und Landschaft zu verbessern.“ (so BVerfG, a.a.O., Rn. 45). Auf Grundlage von Art. 74 Abs. 1 Nr. 29 GG können somit durchaus bestimmte Wälder als konkrete Teile von Natur und Landschaft, die aufgrund ihrer ökologischen Funktion, Lage oder Schönheit besonders schutzbedürftig sind, gezielt unter Schutz gestellt werden (vgl. BVerfG, a.a.O., Rn. 21). Indem sich Absatz 2 von 6 Z nur auf „Naturwälder“ bezieht und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Plangeber in seiner Begründung ausführt, dass damit solche Wälder gemeint sind, die aufgrund ihrer besonderen ökologischen Funktion in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG ausgewiesen wurden, wird er den Voraussetzungen von Art. 74 Abs. 1 Nr. 29 GG gerecht. wird angeregt, dass anstelle des Absatzes 1 des Ziels 6 Z ein Grundsatz der Raumordnung formuliert wird, wonach Waldflächen für die Ausweisung von Windenergiegebieten nur ausnahmsweise herangezogen werden dürfen, falls der Flächenbeitragswert durch Ausweisung anderer, ökologisch weniger wertvoller Flächen, nicht erreicht werden kann. Wenn die Wälder herangezogen werden, sollen solche gewählt werden, die beispielsweise aufgrund von Unwetterschäden bereits einen geringeren ökologischen Wert haben. Dieser Grundsatz stünde nicht in Widerspruch zur abschließenden Regelung des § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB, wäre also rechtmäßig und würde somit wirksam dazu führen, dass Waldflächen möglichst nicht in Windenergiegebiete umgewandelt werden. IX. „Klimasensitive Böden“ in Dassendorf Die in der Potenzialflächenkarte (Abb. 1) auf Grundlage des Entwurfes des Kapitels 4.5.1 des LEP voraussichtlich für die Ausweisung von Windenergiegebieten in Betracht kommenden blau markierten Flächen, die im Gemeindegebiet Dassendorf liegen, überschneiden sich teilweise mit sog. klimasensitiven Böden laut des Landschaftsrahmenplans von Schleswig-Holstein, wie die nachfolgenden Kartenauszüge zeigen. [Bilder im Anhang] Klimasensitive Böden sind „Böden, die auf Veränderungen des Klimas empfindlich reagieren. Hierbei handelt es sich um Moore, Anmoore, Moorgleye und Gleye (Böden mit hohem Humusgehalt)“, beschreibt das Landesamt für Umwelt des Landes Schleswig-Holstein diese Darstellung im Landschaftsrahmenplan.4 Werden kohlenstoffreiche Böden – insbesondere Moorböden – entwässert, so trägt dies zur Erhöhung der Treibhausgasemissionen bei, vgl. unter 2.1.3 des Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum III (Seite 70)5, was es aus Klimaschutzgründen zu verhindern gilt. Klimasensitive Böden sind nicht nur empfindlich gegenüber Klimaveränderungen und können, wie das Beispiel der Entwässerung von Mooren zeigt, den Klimawandel weiter vorantreiben. Sie sind auch „aufgrund ihrer natürlichen Ausstattung bzw. ihrer Nutzung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	geeignet […], als tatsächlicher oder potenzieller Treibhausgas (THG)/Kohlenstoffspeicher einen räumlich-funktionalen Beitrag für den Klimaschutz zu leisten.“, heißt es unter 4.1.7. des Landschaftsrahmenplans für den Planungsraum III (Seite 223). Klimasensitive Böden gilt es daher zum Schutze der natürlichen Lebensgrundlagen in besonderem Maße zu schützen (vgl. Art. 20a GG). Der Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum III zeigt zu diesem Zwecke verschiedene Maßnahmen auf, die in den entsprechenden Gebieten umgesetzt werden sollen, wie z.B. die Förderung der Torf- und Humusbildung (S. 224) und die Umsetzung des Moorschutz- und Auenprogramms (S. 225, verweisend auf Kapitel 4.2.1). Gem. § 10 Abs. 1 BNatSchG werden in Landschaftsrahmenplänen überörtliche, auf den Naturschutz und die Landschaftspflege bezogene, Ziele, Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung dargestellt, die von nachfolgenden Planungsebenen zu beachten bzw. zu berücksichtigen sind. Um diese Beachtungs- bzw. Berücksichtigungspflicht auch bei der Windenergieflächenplanung sicherzustellen, sollte die Neufassung des Kapitels 4.5.1 des LEP um einen Grundsatz der Raumordnung ergänzt werden, wonach klimasensitive Böden bei der Ausweisung von Windenergiegebieten ausgenommen werden sollen. [redacted] Rechtsanwältin [redacted] Fachanwalt für Verwaltungsrecht	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2583	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit teile ich Ihnen meine erheblichen Einwände und Bedenken gegen den o.g. Entwurf einschließlich der dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben wie folgt mit:	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet unter Anderem Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* und *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1 bis 2.5, 3.15, 3.17, 3.18, 4.1, 4.9 sowie auf Ziffern 7.1.5, 7.2.1, 7.2.2,

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1. Ich beantrage hiermit eine Verlängerung bzw. eine Neuauslage des og. Beteiligungsverfahrens, weil ein Beteiligungsverfahren über fast die gesamte Sommerferienzeit keine Möglichkeit für die Bürger für eine ausreichende Information und daraus folgende Stellungnahme ergibt. Bei den für die Menschen weitreichenden Auswirkungen durch die Änderungen der Maßstäbe zur Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) widerspricht das nun auslaufende Beteiligungsverfahren den Grundsätzen der Landesregierung, ihre Bürger durch Transparenz und Information an der I andespolitik teilhaben zu lassen 2. Zur Erreichung der Ziele der Energiewende ist zunächst ein Repowering bestehender WEA anzustreben, dann auf den Ausbau der wesentlich effizienteren Photovoltaik phoritär auf Dachflächen bzw. an Gebäuden hinzuwirken und erst danach eine Neu-Ausweisung von Wind-Vorranggebieten auszuführen. Begründung: WEA haben weitaus größere Auswirkungen auf alle Schutzgüter. Diese Prioritäten könnten zusätzlich durch Umleitung der Subventionen auf die entsprechende Technologie und auch insbesondere auf die Speichertechnologie verfolgt werden 3. Eine Aufweichung naturschutzrechtlicher Aspekte darf im neuen LEP nicht erfolgen. Bestehende Naturparke und Landschaftsschutzgbiete dürfen in ihren Funktionen durch neue WEA nicht beeinträchtigt werden. 4. Derzeit geltende Abwägungskritereien in Bezug auf alle Schutzgüter dürfen nicht zugunsten der Priorisien ing der Windenergienutzung verringert werden Denn diese Kriterien beruhen auf wissenschaftlich anerkannten Erkenntnissen und wurden von der Landesregierung selbst in Zielen und Grundsätzen formuliert. 5. Eine Konzentrationswirkung von WEA muss wegen der Schutzbedürftigkeit von Menschen und Tieren ausgeschlossen werden. Wo bereits eine Vorbelastung durch WEA besteht, darf kein Zubau erfolgen und erst recht nicht Abstände noch weiter verringert werden. Das Ziel der Landesregierung für möglichst gleichartige Lebensverhältnisse aller Bewohner muss beachtet werden. 6. Der Tourismus als bedeutender Wirtschaftszweig darf durch die zukünftige Windenergie-Nutzung nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Darum dürfen Kriterien betreffend Gesundheit, Wohlbefinden der Menschen sowie betreffend der Kulturlandschaft und des Landschaftsbildes nicht verschlechtert werden. 7. Die von der Landesregierung angestrebten Ertragszieie aus Windenergie über die	7.2.3, 7.2.5, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.12, 7.3 und 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Bundes-Vorgaben hinaus sind zu streichen. Sie führen zu unnötigen Beeinträchtigungen für alle Schutzgüter und würden in der Folge die Akzeptanz für Windenergienutzung verschlechtern und der Tourismusbranche schaden. 8. Im Erneuerbare Energien Gesetz von 2023 wird in § 2 Satz 1 die Priorisierung von Erneuerbaren Energien - Anlagen u.a. damit begründet, dass sie "...der öffentlichen Gesundheit... dienen". Diese Aussage ist sachlich falsch. Es ist nicht begründbar, warum derartige Anlagen per se der öffentlichen Gesundheit dienen. Ihre Errichtung und ihr Betrieb verursachen vielfältige für die öffentliche Gesundheit negative Auswirkungen (z.B. Flächenverbrauch/Emissionen durch Herstellung, Transport, laufender Betrieb, Havarien und Entsorgung). Es ist nicht nachvollziehbar, warum einen Landesentwicklungsplanung aufgrund einer sachlich falschen Rechtsnorm erfolgt. 9, Der Ausbau von Erneuerbaren Energien (EE) - Anlagen in Schleswig-Holstein ist solange nicht prioritär zu planen, wie der Netzausbau in der BRD nicht funktioniert und die Steuerzahler für den kostspieligen Strom-Export und für die Entschädigung von abgeregelten Anlagen herangezogen werden. Insofern sollte auf die aktuelle Fortschreibung des LEP verzichtet werden. Alle nachstehend aufgeführten Einwendungen gelten nicht nur für die Anlage 3 zur LEPWindVO, sondern auch für den Entwurf des LEP selbst und für den dazu gehörenden Umweltbericht. 10. Anlage 3 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWndVO): Umweltbericht Kap. 5.1.1 S. 70, Schutzgut Menschen u.a.: Hier fehlt die Nennung der Umweltauswirkung Immisionen durch gesundheitsgefährdende Stoffe im laufenden Betrieb von WEA (Abrieb Rotorblätter) und im Fall von Havarien. Ihr Anteil an der gesamten Menge der Immissionen ist zwar gering, sie sind dennoch vorhanden. Dies trifft ebenso auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, Luft, Boden und Wasser zu. S.74 Referenzanlage Der LEP soll eine in die Zukunft gerichtete Planung sein. Insofern muss auch die Refrenzanlage eine dem zukünftigen Planungszeitraum entsprechenden Stand der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Technik aufweisen und sie darf sich nicht allein auf in der Vergangenheit realisierte Anlagen stützen. Aktuell projektierte on shore-Anlagen liegen bei 250 und sogar bis zu 300 m Höhe und weisen Leistungen im Bereich 7 MW auf. S. 75 Abstände zu Einzelhäusern, Splittersiedlungen, Gewerbegebieten, Abstände zu Wohnbebauung/Siedlungen Abstände müssen immer auch den Rotor einbeziehen und auf einen Ausgangswert bezogen werden. Es ist nicht ersichtlich, ob es sich um die Referenzanlage handelt, um die Nabenhöhe oder die Rotorblattspitze. Auch hier wieder müssen Abstände auf zukünftig zu errichtende Anlage abzielen. Diese Abstände dürfen sich nicht allein auf die TA Lärm beziehen, die übrigens derzeit zu Ungunsten des Sehuizguies Menschen geänden wird. Hier sind alle weiteren möglichen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Menschen einzubeziehen. Insbesondere sind Schutzaspekte bei Havarien zu beachten. Havarien werden im gesamten Planungsgeschehen und bei der Projektierung nicht oder viel zu wenig berücksichtigt. An dieser Stelle ist auf das Bundes-Immissionsschutzgesetz BimSchG zu verweisen. Mindestabstände zu Wohnbebauung müssen insbesondere bei Feuer-Havarien mit dem BimSchG vereinbar sein. Betreiber von WEA müssen verpflichtet werden, Störungen und Havarien Quantitativ und Qualitativ an eine unabhängige Erfassungsstelle zu melden. Ein Gutachten der Ingenieur-Gruppe Veenker (2020) berechnet einen Mindestabstand für alle Schutzgüter von 995 m für WEA der Leistungsklasse 5 bei einer Nabenhöhe von 170 m. Diese Größenordnung ist mindestens auch im LEP einzuhalten, bzw. sind selbstverständlich noch größere Sicherheitsabstände bei zukünftig höheren WEA festzulegen. 2020 galt bei eine WEA-Höhe von 150 m ein einzuhaltender Abstand zu Wohnbebauung von 1000 m. Entsprechend müsste der Abstand einer 250 m hohen Anlage 1.6 km betragen. In Brandenburg wird in diesem Jahr die erste WEA mit über 300 m Höhe errichtet, der ensprechend zu fordernde Mindestabstand wäre hier bei 365 m 2,4 km. Im Fall von Havarien müssen Folgekosten den Betreibern auferlegt werden. Die öffentliche Hand (der Steuerzahler) darf nicht mit Folgekosten belastet werden. Das Schutzgut Menschen muss unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(GG Art 3 (1)) bei einem Wohnort in Splittersiedlung oder Einzelhaus-Lage oder Gewerbegebieten die gleichen Schutzkriterien - sprich Mindestabstände - in Anspruch nehmen können wie bei Wohnorten in Siedlungen. Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15- fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der 2H-/15H-Regelung ist zu streichen. Im Gegenteil, sie muss in den Grundsätzen und Zielen für dieEinhaltungen eines Mindestabstandes zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. 5.1.3 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt Insbesondere im Vogelschutz setzt das Helgoländer Papier (2015) der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten wissenschaftlich anerkannte Mindestabstände zu Nistplätzen. Zuqrouten. Schlafplätzen und Prüfabstände an, die auf jeden Fall in den LEP übernommen werden und als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt müssen. Insbesondere andere Tiere mit größerem Bewegungsradius, z.B. Fledermäuse, müssen in Bezug auf ihr Wanderungs- und Ruheverhalten mit nicht verschlechterten Mindestabständen zu WEA berücksichtigt werden. Die geplanten Verringerungen der Schutzkriterien und Mindestabstände bedeuten für mich und meine Familie eine sehr konkrete Wahrscheinlichkeit (projektierte WEA in der Nähe) der Verschlechterung unseres Lebenswertes und auch Erholungswertes. Deswegen fordere ich, die derzeit geltenden Vorgabn beizubehalten. Bitte bestätigen Sie mir schriftlich den Eingang meiner Stellungnahme Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Institution: Industrie- und Handelskammer zu Kiel, Industrie- und Handelskammer zu Kiel	Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu der geplanten Teilfortschreibung Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme geben wir wie gewohnt im Namen unserer Arbeitsgemeinschaft der drei schleswig-holsteinischen Industrie- und Handelskammern ab, die von der IHK Flensburg, der IHK zu Kiel und der IHK zu Lübeck getragen wird. Wir begrüßen die geplante Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema "Windenergie an Land". Aus unserer Sicht bildet die Teilfortschreibung einen wichtigen Schritt, um den notwendigen Ausbau der Windenergie an Land voranzutreiben	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Bei der Berechnung der Flächenneuinanspruchnahme wird nicht das Vorranggebiet Windenergie als Fläche berücksichtigt. Ausschließlich der versiegelte Bereiche, ggf. der Rotorradius, zählen zur Siedlungs- und Verkehrsfläche, die zur Berechnung des Indikators für die Flächenneuinanspruchnahme

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: 1975	und in diesem Zuge die Angebotsseite der grünen Energie in unserem Bundesland zu stärken. Durch die Teilfortschreibung wird die auch bisher gültige Rotor-innerhalb-Planung festgeschrieben. Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es durch diese Festlegung dazu kommen könnte, dass das Land Schleswig-Holstein mehr Fläche im Sinne der Flächenneuinanspruchnahme anrechnen muss, wenn denn der gesamte Geltungsbereich des jeweiligen Planwerkes in die Berechnung einfließt. Die Flächenneuinanspruchnahme wäre demnach pro Windenergiefläche im Vergleich zu der Rotor-außerhalb-Planung anderer Bundesländer höher. Vor diesem Hintergrund möchten wir nochmals darauf hinweisen, dass zur Berechnung der Flächenneuinanspruchnahme die Flächen zur regenerativen Energieerzeugung nicht oder nur zu einem geringen Maße herangezogen werden sollten.	herangezogen wird.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2709	Betreff: Einspruch gegen die Errichtung von Windkraftanlagen in Kükels Sehr geehrte Damen und Herren, als Bewohner von Kükels möchten wir hiermit unseren Einspruch gegen die geplante Errichtung von Windkraftanlagen in unserer Gemeinde zum Ausdruck bringen. Die geplante Windkraftanlagen werfen mehrere ernsthafte Bedenken auf: 1. Beeinträchtigung des Landschaftsbildes Die Windkraftanlagen würden die natürliche Schönheit unserer ländlichen Gegend erheblich beeinträchtigen. Kükels und die umliegenden Regionen sind bekannt für ihre landschaftliche Attraktivität, die durch den Bau von Windkraftanlagen stark in Mitleidenschaft gezogen würde. 2. Gesundheitsgefährdung durch Infraschall Es gibt zahlreiche Studien, die belegen, dass der von Windkraftanlagen erzeugte Infraschall gesundheitsschädlich sein kann. Besonders die dauerhafte Belastung könnte negative Auswirkungen auf die Anwohner habe, wie Schlafstörungen, Kopfschmerzen und andere gesundheitliche Beeinträchtigungen. 3. Wertminderungen von Grundstücken Die Errichtung von Windkraftanlagen kann zu einer erheblichen Wertminderung von Immobilien in der Umgebung führen. Viele Bewohner haben ihr Leben lang gespart, um hier in Kükels ein Haus zu bauen oder zu kaufen. Diese Investitionen dürfen durch die Installation von Windkraftanlagen nicht	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.11, 7.2.12 und 7.3.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	entwertet werden 4. Dorferweiterung nicht möglich Kükels ist bereits durch ein angrenzendes Kiesabbaugebiet sowie ein Naturschutzgebiet in seiner baulichen Erweiterung begrenzt. Durch die Windkraftanlagen wäre eine bauliche Entwicklung für zukünftige Generationen in eine weitere Region unseres Dorfes nicht möglich. Wir erkennen die Bedeutung erneuerbarer Energien für eine nachhaltige Zukunft an, jedoch sollte die Errichtung solcher Anlagen sorgfältig abgewogen werde, um Interessen und das Wohl der lokalen Bevölkerung und der Umwelt zu schützen. Wir fordern Sie daher auf, diese Pläne zu überdenken und alternative Standorte oder Technologien in Betracht zu ziehen, die die oben genannten Bedenken berücksichtigen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2075	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit Bedenken und Einwände zum Landesentwicklungsplan äußern. Aus den bereits genannten Akzeptanzgründen aber auch im Sinne der Schutzbedürftigkeit der Anwohnerinnen und Anwohner und Schaffung möglichst gleicher Lebensverhältnisse im Land ist das Kriterium und die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA kontraproduktiv. Es soll, wie von der Landesplanung generell angestrebt, eine Gleichverteilung erfolgen. Durch Windenergiegebiete oder Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen "vorbelastete" Gemeindegebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasentive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder Neben- und Erschließungslagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u. a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist den Grundsätzen auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200 m. Wenn der Landesregierung Landschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. Ich befürchte durch Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und Freizeitgestaltung und meines Lebens- und Erholungswertes. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Institution: Bürgermühle-2012 Kaiser-Wilhelm-Koog GmbH & Co. KG, Rechtsanwalt ID: M2670	Namens und in Vollmacht meiner Mandanten fordere ich das Land Schleswig-Holstein im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zu dem im Juni diesen Jahres vorgelegten ersten Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 – Änderung des Kapitels 4.5.1 (im Folgenden: LEP Wind) auf, den Entwurf des LEP Wind, insbesondere unter besonderer Berücksichtigung der Gebiete mit Bestandsanlagen, zu überarbeiten und begründe dies im Einzelnen wie folgt: **I. Ausgangssituation** Meine Mandanten betreiben in der windertragreichen Gemeinde [redacted] insgesamt 21 Windenergieanlagen mit einer installierten Leistung von 46,8 MW, die tausende Haushalte mit elektrischem Strom versorgen können. Insgesamt werden zzt. 26 Windenergieanlagen in der Gemeinde mit einer Gesamtleistung von fast 60 MW betrieben. Die Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog kann gewissermaßen als „Wiege der Windenergie“	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer "in ihrer Gesamtheit grundlegenden Überarbeitung" des Planentwurfs. Das Interesse der Bestandsanlagenbetreiber am Weiterbetrieb ihrer Anlagen und vorhandene Infrastrukturen werden im Rahmen der Abwägungsentscheidung berücksichtigt. Aufgrund Ihres Bestandsschutzes können diese Anlagen auf unbestimmte Zeit weiter betrieben werden. Gebiete mit Bestandsanlagen - wie gefordert - gänzlich von den Zielen und Grundsätzen auszunehmen, würde hier zu einer Nichtberücksichtigung Ziele der Raumordnung und zu einer Ungleichbehandlung von Flächen führen, was auch rechtlich bedenklich wäre. Die Landesregierung verfolgt die Absicht, die Windenergienutzung im Sinne der Energiewende, der klimaschutzpolitischen Perspektiven und der gesetzlichen Rahmenbedingungen, aber gleichermaßen auch unter Wahrung

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	betrachtet werden. Bereits Ende der 1970er Jahre war die Gemeinde als Standort für die seinerzeit größte und leistungsfähigste Windenergieanlage der Welt, die GROWIAN, ausgewählt worden, die von 1983 bis 1987 dort betrieben wurde. Im Jahr 1987 wurde in der Gemeinde an der Nordsee der erste Windpark Deutschlands mit damals 30 Windenergieanlagen in Betrieb genommen, der bereits 1996 erstmals erfolgreich repowert wurde. Parallel dazu entstand aufgrund der besonders windhöffigen Lage direkt an der Nordseeküste ein Testfeld für Windenergieanlagen. Die Gemeinde blickt insofern auf eine lange Tradition erfolgreicher und seit jeher konfliktfreier Windenergieerzeugung zurück. Konflikte jedweder Art sind im Zusammenhang mit der Windenergienutzung in der Vergangenheit nicht aufgetreten. Die Inbetriebnahmen der heute in der Gemeinde vorhandenen Anlagen reichen von 2002 bis 2022, wobei 25 Anlagen (53,36 MW) im Zeitraum 2002 bis 2013 in Betrieb genommen wurden. Die Windenergieerzeugung erfährt seit jeher eine breite Unterstützung in der Gemeinde. Die Gemeinde darf als Vorbild für Bürgerbeteiligungen an Windenergieprojekten gelten. Bei insgesamt weniger als 400 Einwohnern sind weit über 100 (volljährige) Gemeindemitglieder an Bürgerenergieprojekten in der Gemeinde beteiligt. Sechs Bürgerwindmühlen werden durch drei Gesellschaften betrieben. An weiteren Betreibergesellschaften sind ebenfalls Gemeindebürger beteiligt. Obwohl in der Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog zurzeit konfliktfrei 26 Windenergieanlagen betrieben werden, würden die im Entwurf des LEP Wind festgelegten Zielvorgaben dazu führen, dass der Regionalplanung keine Flächen zur Ausweisung von Windenergiegebieten zur Verfügung stehen würden und die bundesrechtliche Privilegierung für Repowering-Vorhaben im BauGB im Ergebnis „ins Leere liefe“. Perspektivisch wäre dann keine Windenergienutzung in der Gemeinde mehr möglich, zumal das Land auch die mit der bundesrechtlichen „Gemeindeöffnungsklausel“ nach § 245e Abs. 5 BauGB geschaffenen Möglichkeiten durch die landesrechtliche Regelung des § 13b LaplaG stark eingeschränkt hat. Demnach würde die Gemeinde durch die Planung des Landes quasi „deindustrialisiert“ werden. Die vorhandene Infrastruktur würde sukzessive nutzlos. **II. Ziele und Grundsätze betreffender allgemeiner Änderungsbedarf**	der Interessen der Bevölkerung und der Erhaltung von Natur und Landschaft voranzutreiben und zu steuern. Dafür wurden Ziele und Grundsätze entwickelt, um die Windenergie auch weiterhin landesweit zu steuern. Diese Ziele und Grundsätze bilden die Grundlage für die in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie. Damit kann sichergestellt werden, dass die Vorranggebiete landesweit nach einheitlichen Maßstäben ermittelt und auf die geeignetsten Flächen gelenkt werden. Es sind in allen Planungsräumen die gleichen Maßstäbe anzulegen. Der bloße Gemeindewille i. S. einer einfachen Mehrheitsentscheidung für oder gegen eine Fläche darf zudem nicht das allein maßgebliche Kriterium einer Abwägungsentscheidung über einen Regionalplan mit Konzentrationswirkung sein. Vielmehr hat der Plangeber die für oder gegen eine Windenergienutzung tragenden Belange zu ermitteln, zu gewichten und in die Abwägung einzustellen. (Oberverwaltungsgericht Schleswig, Urteile vom 20.01.2015, Az. 1 KN 6/13 u. 1 KN 7/13). Die von der Landesplanungsbehörde zur Verfügung gestellte Karte zu den ausgewählten Zielen der Raumordnung wurde - wie auf der Ebene des LEP üblich - im Maßstab 1:300.000 erstellt. Sie sind für diesen Maßstab kartographisch generalisiert. Naturgemäß sind hier keine genauen Abgrenzungen der dargestellten Ziele möglich. In der Karte werden nur diejenigen Ziele der Raumordnung dargestellt, die nicht im Ziel selbst räumlich bestimmt oder bestimmbar sind. Eine gesonderte Berücksichtigung der Eignung von Windenergiegebieten ist nicht erforderlich, da Schleswig-Holstein flächendeckend über eine ausreichende Windhöffigkeit verfügt und durch die Planung sichergestellt wird, dass in allen ausgewiesenen Gebiete WEA wirtschaftlich betrieben werden können.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die im Entwurf des LEP Wind festgelegten Ziele und Grundsätze der Raumordnung sollten in ihrer Gesamtheit grundlegend überarbeitet werden. Raumordnungsziele müssen bestimmte Rechtmäßigkeitsanforderungen erfüllen, um ihre Bindungswirkungen zu entfalten. Denn Ziele der Raumordnung sind im Falle ihrer Rechtswidrigkeit grundsätzlich unwirksam, soweit nicht ausnahmsweise Planerhaltungsvorschriften eingreifen (m.w.N. Kment, Raumordnungsgesetz, ROG § 3 Rn. 36, beck-online). Eine zwingende Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit von Zielen der Raumordnung ist die raumordnungsplanerische Erforderlichkeit der Zielfestlegung (sog. Planrechtfertigung) (vgl. Kment, Raumordnungsgesetz, ROG § 3 Rn. 48, beck-online). Diese ist vorliegend in vielen Fällen aber zweifelhaft, sodass Anpassungsbedarf besteht: So sollte stets eine Ausnahme für Gebiete mit Bestandsanlagen für die Zwecke des Repowerings vorgesehen werden (hierzu unter 1.). Ferner sollte Kartenmaterial zur Verfügung gestellt werden, aus welchem sich ohne weitere Recherche unmittelbar ergibt, welche Zielvorgaben welche Flächen betreffen (hierzu unter 2.). Des Weiteren sollten die im Vergleich zur aktuell gültigen Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) 2010 Kapitel 3.5.2 (Windenergie an Land) aus dem Jahr 2020 (im Folgenden: LEP Wind 2020) vorgenommenen „Hochstufungen“ von Grundsätzen zu Zielen aus rechtlichen Gründen wieder rückgängig gemacht werden (hierzu unter 3.). Der Regionalplanung sollte im Rahmen des LEP Wind zwingend aufgegeben werden, bei der Flächenausweisung die Eignung von Gebieten für die Windenergieerzeugung zu berücksichtigen (hierzu unter 4.). Schließlich sollte auf Zielfestlegungen für raumbedeutsame Windenergieanlagen auf Ebene der Landesplanung grundsätzlich verzichtet werden (hierzu unter 5.). **1. Ausnahmen für Gebiete mit Bestandsanlagen für die Zwecke des Repowerings** Die Landesplanung sollte die im Entwurf des LEP Wind formulierten Ziele und Grundsätze der Raumordnung nicht auf Gebiete mit Bestandsanlagen erstrecken. Jedenfalls müssen die im Entwurf des LEP Wind formulierten Ziele und Grundsätze der Raumordnung jeweils um eine Ausnahmefestlegung für Gebiete mit Bestandsanlagen für die Zwecke des Repowerings ergänzt werden. Die Landesplanung hat bei der Formulierung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung insoweit nämlich wesentliche Punkte, Interessen und Belange in Bezug auf Gebiete mit Bestandsanlagen nicht (hinreichend) berücksichtigt:	Unter dem Gesichtspunkt der Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Bodenrecht und der sich daraus ergebenden grundsätzlich abschließenden Regelung des Bodenrechts im BauGB und seiner Rechtsverordnungen eröffnet jedoch § 249 Abs. 3 den Ländern die Möglichkeit, innerhalb der dort bezeichneten Voraussetzungen (Grenzen) materiell-rechtliche Regelungen zur Zulässigkeit von Windenergieanlagen im Außenbereich nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 zu treffen („Länderöffnungsklausel“). Die in § 249 Abs. 3 bezeichneten Voraussetzungen haben die Bedeutung, die Gesetzgebungskompetenz der Länder in dem dadurch bestimmten Rahmen zuzulassen und zugleich zu beschränken. Im Übrigen obliegt es dem jeweiligen Land, eigenverantwortlich darüber zu entscheiden, ob und inwieweit es von der nach § 249 Abs. 9 eingeräumten Gesetzgebungsbefugnis Gebrauch macht (Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger/Söfker, 155. EL August 2024, BauGB § 249 Rn. 162, beck-online). Der Verweis auf die beim OVG SH rechtshängigen Normenkontrollverfahren zum Planungsraum III und die dort von den Antragstellern vorgebrachten Argumente wird zur Kenntnis genommen. Da aber zwischenzeitlich in zwei Verfahren der Regionalplan III (Sachthema Wind) vom OVG bestätigt worden ist, dürften diese Hinweise ins Leere laufen. Zur Referenzanlage: Bei Abstandbemessungen geht die Landesplanungsbehörde von einer Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200m aus. Diese wird bei der Ermittlung der Vorranggebiete zugrunde gelegt. Für die Ermittlung der Durchschnittsanlage wurde die Durchschnittshöhe der aktuell in Schleswig-Holstein errichteten WEA zu Grunde gelegt. Ergänzend wurde auch die Referenzanlage aus der „Analyse der Flächenverfügbarkeit für Windenergie an Land post-2030“ (Ermittlung eines Verteilungsschlüssels für das zwei-Prozent-Flächenziel auf Basis einer Untersuchung der Flächenpotenziale der Bundesländer; erstellt im Auftrag vom: Bundesministerium

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Ausweislich der Begründung von „1 G“ zu Ziffer 4.5.1.1 des Entwurfs des LEP Wind erkennt die Landesplanung (zu Recht) das berechtigte Interesse der Bestandsanlagenbetreiber an dem Weiterbetrieb der Anlagen als schutzwürdig an. Gleichermaßen erkennt die Landesplanung, wie sich ebenfalls aus der Begründung von „1 G“ zu Ziffer 4.5.1.1 des Entwurfs des LEP Wind ergibt, das öffentliche Interesse an einer fortbestehenden Nutzung bereits vorhandener Infrastruktur als schutzwürdig an. In Gebieten mit Bestandsanlagen ist bereits komplexe, mithin investitionsintensive Windparkinfrastruktur vorhanden, die sich im Falle eines Rückbaus der Bestandsanlagen sukzessive als nutzlos erweisen würde und damit ebenfalls zurückgebaut werden müsste, was nicht sachgerecht erscheint und wiederum unnötige Kosten verursachen würde. Zu nennen sind hier insbesondere die bestehende, unerlässliche Netzanbindung sowie Umspannwerke, Wege, Kabel und Leitungen. Im Rahmen der Begründung von „2 G“ zu Ziffer 4.5.1 des Entwurfs des LEP Wind führt die Landesplanung ferner aus, dass *„[…] insbesondere die Netzanbindung und der damit zusammenhängende Netzausbau […] einen wichtigen und entscheidenden Standortfaktor und -vorteil [bilden]. Ohne die den Windstrom aufnehmenden Stromnetze kann dieser weder vor Ort verbraucht, noch in die Ballungszentren in Mittel- und Süddeutschland transportiert werden. Der Netzausbau und die Erzeugung von erneuerbarer Energie sind miteinander unabdingbar verbunden. Daher sollen insbesondere Gebiete, die bereits über eine Netzanbindung verfügen, vornehmlich wieder als Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen ausgewiesen werden.“* In der Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog existiert eine komplexe und moderne Windparkinfrastruktur. Das Investitionsvolumen für die dort vorhandene Windparkinfrastruktur beträgt viele Millionen Euro. Abgesehen von diesem ökonomischen Aspekt, würde der Rückbau der Bestandsinfrastruktur und der Neubau eines Windparks an anderer, bisher „unbelasteter“ Stelle die Umwelt unnötig belasten. Auch dieser ökologische Aspekt ist vom öffentlichen Interesse an der fortbestehenden Nutzung bereits vorhandener Infrastruktur umfasst. Bei den im Vergleich zu Grundsätzen deutlich einschränkenderen Zielfestlegungen blieben die Interessen der Betreiber und der Öffentlichkeit aber unberücksichtigt. Die Landesplanung übersieht im Rahmen der zu berücksichtigenden Interessen, dass auch das berechtigte Interesse der Gemeinden an einem Weiterbetrieb der im	für Wirtschaft und Klimaschutz; Stand Mai 2022) herangezogen. Unter Wahrung der immissionsschutzrechtlichen und sonstigen fachrechtlichen Genehmigungsanforderungen können in den Vorranggebieten auch höhere oder niedrigere WEA errichtet werden. Zu weiteren Details wird auf die Begründung zu 2 G des Kapitels 4.5.1 LEP Wind verwiesen. Die Landesplanung hält auch nach erneuter Prüfung an den dort getroffenen Aussagen fest. Zur Mindestgröße von Windenergiegebieten: Dem Landesentwicklungsplan Windenergie liegt der Gedanke der Konzentrationsplanung zugrunde. Hierbei sollen größere zusammenhängende Landschaftsteile von Anlagen freigehalten und eine mehr oder weniger flächendeckende Bebauung mit Einzelanlagen verhindert werden. Eine Konzentrationswirkung ist dann anzunehmen, wenn mehrere Anlagen in einem Gebiet gebündelt werden. Einzelstandorte stehen einer Konzentrationsplanung entgegen. Daher soll ein Vorranggebiet bzw. ein Windenergiegebiet mindestens so groß sein, dass wenigstens zwei Referenzanlagen unter Berücksichtigung der erforderlichen Abstände untereinander errichtet werden können. Die Landesplanung ist für diese Mindestabstände von durchschnittlichen Erfahrungswerten ausgegangen. Sie hält daher an der in dem Ziel 6 Z des Kapitels 4.5.1 definierten Mindestgröße fest. Eine Konzentrationsplanung kann so gewährleistet werden. Die Festlegung eines Umgebungsbereichs von 800 m um Siedlungsbereiche als Ziel der Raumordnung ist unbedenklich. In der Abwägung von Schutzansprüchen der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der rechtlichen und energiepolitischen Zielsetzungen sind die gewählten Abstände angemessen. Im Außenbereich sind die verschiedenen Nutzungsarten wie z.B. Landwirtschaft, aber auch Windenergie, in Einklang zu bringen. Für Wohn- und Aufenthaltsgebäude gilt nach § 35 Baugesetzbuch grundsätzlich ein geringerer Schutzanspruch, da

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeindegebiet vorhandenen Bestandsanlagen als schutzwürdig anzuerkennen ist. Die im Entwurf des LEP Wind formulierten Ziele und Grundsätze der Raumordnung werden eine Ausweisung von Windenergiegebieten in der Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog verhindern, was eine erhebliche finanzielle Schwächung der Gemeinde zur Folge hätte. Die Gewerbesteuer aus der Windenergieerzeugung ist die Haupteinnahmequelle der Gemeinde. Der größte Teil der Gewerbesteuereinnahmen bleibt vor Ort, was zu einer maßgeblichen Stärkung der eher strukturschwachen Region beiträgt. Zudem ist Windenergie in der Gemeinde zum allergrößten Teil in der Hand von Bürgern der Gemeinde. Bei der Festlegung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung im Entwurf des LEP Wind hat die Landesplanung ferner folgende Punkte fehlerhaft nicht, jedenfalls nicht hinreichend berücksichtigt: - In Gebieten mit Bestandsanlagen besteht ein hohes Know-How. Im Falle der Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog existiert bspw. eine jahrzehntelange Erfahrung aller beteiligten Akteure. - Die in Gebieten mit Bestandsanlagen vorhandene landschaftliche Vorprägung und die bauliche Vorbelastung bestimmter Gebiete durch das Vorhandensein anderer raumbedeutsamer Anlagen werden nur teilweise (bspw. unter „1 G“ zu Ziffer 4.5.1.1 des Entwurfs des LEP Wind) berücksichtigt. Dieser Aspekt hätte jedoch bei jedem Ziel und Grundsatz der Raumordnung zu einer gesonderten Behandlung derartiger Gebiete führen müssen. Damit geht einher, dass berücksichtigt hätte werden müssen, dass bisher unbelastete Gebiete von der Windenergie möglichst freizuhalten sind. Dies hätte die Landesplanung explizit zumindest als Grundsatz festlegen müssen. - Im Rahmen der Begründung von „1 Z (2)“ zu Ziffer 4.5.1.3 des Entwurfs des LEP Wind erkennt die Landesplanung, dass in Gebieten mit Bestandsanlagen die Vermutung nahe liege, „dass eine Vereinbarkeit der Windenergienutzung mit den Schutzzielen der EU-VSG gegeben sein könnte“. Bei der Festlegung der übrigen Ziele und Grundsätze der Raumordnung übersieht die Landesplanung aber diese stets bei Bestandsanlagen gegebene „Verträglichkeitsvermutung“. Für Bestandsanlagen wurde in jedem konkreten Einzelfall ein immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren durchgeführt. Ferner sind bei Betrieb der Bestandsanlagen die Betreiberpflichten nach dem BImSchG einzuhalten. Bei dem Betrieb der Windenergieanlagen im Kaiser-Wilhelm-Koog sind über die Jahre jedenfalls keinerlei Konflikte mit Windenergieanlagen aufgetreten, sodass	WEA hier privilegiert zulässig und somit nicht gebietsfremd sind. Ortslagen sollen nicht in unzumutbarer Weise von WEA umstellt werden. Hierfür wird nach Prüfung im Einzelfall die Ausdehnung von Vorranggebieten begrenzt werden. Diese Prüfung wird für alle geplanten Vorranggebiete vorgenommen. Die Definition eines einheitlichen Maßstabs für die Vielzahl an Potentialflächen dürfte für den Einzelfall kaum möglich sein. Hinsichtlich der EU-Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche wird von einer Sonderregelung für Bestandsanlagen abgesehen (s.o.). Bei fast allen EU-Vogelschutzgebieten sind die in den Erhaltungszielen genannten Vogelarten auch auf die Nutzung des Umgebungsbereiches v.a. als Nahrungshabitate angewiesen. Zu weiteren Einzelheiten wird auf die Ausführungen in der Begründung zum LEP Windenergie verwiesen. Nach vorliegenden Erkenntnissen treten die vorstehend beschriebenen Störungen verstärkt in diesem Nahbereich bis 1.000 m um Vogelschutzgebiete herum auf. Auch wenn im Einzelfall vielleicht gutachterlich belegt werden kann, dass bestimmte Arten durch einen geringeren Abstand nicht beeinträchtigt werden, so ist es doch Wille des Plangebers, hier dem vorsorgenden Artenschutz ein höheres Gewicht einzuräumen. Die Landesplanung hält auch nach erneuter Prüfung an den in der Begründung zum LEP Windenergie getroffenen Aussagen fest. Der Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel umfasst i.d.R. die erste Koogreihe entlang der Westküste mit vielfältigen Austauschbeziehungen zum angrenzenden Nationalpark Wattenmeer (Vögel fliegen zur Nahrungssuche in die angrenzenden Köge). Die Breite des genutzten Küstenstreifens hängt von der Art und Ausstattung der Flächen ab (genutzt wird vor allem Grünland aber auch Acker). Indikatorart ist der Goldregenpfeifer (Art aus Anhang I EU VSchRL). Die genaue Abgrenzung der Bereiche erfolgt hinsichtlich der Breite kartographisch auf Basis von bekannten

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die „Verträglichkeitsvermutung“ dort bspw. kaum denkbar widerlegt werden kann. - Schließlich sollte bei der Festlegung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung auch die Akzeptanz der anliegenden Bevölkerung berücksichtigt werden. Der Regionalplanung sollte darüber hinaus die Berücksichtigung der vorhandenen Akzeptanz bei der Flächenausweisung aufgegeben werden, umgekehrt ist dies bei geringer oder fehlender Akzeptanz anerkanntermaßen ja auch der Fall. Anderenfalls droht die Ausweisung von Flächen, deren Windenergienutzung mangels vorhandener Akzeptanz oder Bereitschaft der Grundstückseigentümer zur Windenergienutzung gar nicht oder nur unter Überwindung erheblicher Widerstände möglich ist. Im Falle der Gemeinde Kaiser-Wilhelm- Koog erfährt die Windenergieerzeugung seit jeher eine breite Unterstützung der Gemeindemitglieder, zumal diese dort seit Jahrzehnten an der Windenergieerzeugung beteiligt sind und von den Erträgen profitieren, was anderenorts weit weniger oder gar nicht der Fall ist. Vielfach mangelt es gerade deshalb an Akzeptanz vor Ort, wenn ortsfremde Projektgesellschaften Windenergieanlagen in einer Gemeinde errichten wollen und eine Partizipation der Menschen vor Ort nicht ermöglicht wird. Eine entsprechende Argumentation findet sich z.B. auch in der der Stellungnahme vom 29.07.2024 des Kreises Dithmarschen. Danach sollten Windenergiegebiete schwerpunktmäßig dort ausgewiesen werden, wo bereits in der Vergangenheit Windenergieanlagen angesiedelt waren. Es wird empfohlen, die Planung daran zu orientieren, wo bereits die entsprechende Infrastruktur und oft auch die Akzeptanz für Windenergienutzung vorhanden sind. Dies stärke die beidseitig die Akzeptanz: *„Dort, wo Windkraftanlagen auf Widerstand stoßen könnten, werden Flächen entlastet. Dort, wo Windkraftanlagen akzeptiert oder gar gewünscht sind, findet eine Konzentration der Planung statt“.* Wenn es das Ziel sein sollte, eine „zukünftige Freihaltung“ von Flächen zu erreichen, indem an bestimmten Standorten von Bestandsanlagen zukünftig keine Windenergiegebiete ausgewiesen werden, ist zudem zu berücksichtigen, dass angesichts der Interessen der Bestandsanlagenbetreiber, der Gemeinden und der Öffentlichkeit ein Weiterbetrieb an Standorten mit Bestandsanlagen in der Praxis typischerweise trotz ausbleibender Ausweisung von Windenergiegebieten so lange wie möglich erfolgen wird, wenn auch kein Repowering erfolgen kann. Eine „Freihaltung“ dieser Flächen kann mit dem vorgelegten Entwurf daher im Ergebnis nicht erreicht	Flächenbeschaffenheiten, Artvorkommen und dokumentierten Wechselbeziehungen. Auch hier sollen keine Ausnahmen für Bestandsanlagen gemacht werden. Dasselbe gilt für die Hauptachsen des Vogelzugs mit besonderer Bedeutung.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	werden. Würden auf Ebene der Regionalplanung dagegen Gebiete mit Bestandsanlagen als Windenergiegebiete ausgewiesen, hätte dies aller Voraussicht nach ein Repowering unter Reduzierung der vorhandenen Anlagenzahl und Weiternutzung der vorhandenen Windparkinfrastruktur zur Folge. Es käme insofern zu einer „aufgelockerten Dichte“ von Windenergieanlagen. Die Neuanlagen wären zudem effizienter, umweltfreundlicher und emissionsärmer. Diese alternativen Entwicklungsmöglichkeiten wären jedenfalls für die Gemeinde Kaiser-Wilhelm-Koog zu erwarten. Die offenbar von der Landesplanung bezweckte „Entlastung“ des Kaiser-Wilhelm-Koogs dürfte daher mit dem aktuellen Entwurf jedenfalls noch über einen längeren Zeitraum nicht erreicht werden. Anderenfalls würde wohl ein massiver Verlust der Erzeugungskapazität bewusst in Kauf genommen. Dabei bleibt auch unklar, ob, wie und wann die landesweit insgesamt entstehenden Einbußen der Erzeugungskapazität wieder ausgeglichen und das ambitionierte Zubauziel tatsächlich erreicht werden kann. Die Landesplanung scheint offenbar fehlerhaft davon auszugehen, dass zeitnah auf allen im Rahmen der nachgelagerten Regionalplanung ausgewiesenen Windenergiegebieten Referenzanlagen errichtet werden, mithin die ausgewiesenen Gebiete bestmöglich ausgeschöpft werden. Sollten auf einer ausgewiesenen Fläche dagegen keine oder nur wenige Referenzanlagen errichtet werden, würde das Flächenziel verfehlt. Dieses Szenario erscheint indes nicht fernliegend. Vor diesem Hintergrund und nach alldem sollte die Landesplanung zur Sicherstellung der Zielerreichung und zwecks hinreichender Berücksichtigung aller wesentlichen Punkte sowie betroffenen Interessen und Belange Gebiete mit Bestandsanlagen gesondert betrachten. Bei hinreichender Berücksichtigung der o.g. wesentlichen Punkte, Interessen und Belange hätte man wohl zu dem Ergebnis kommen müssen, dass die formulierten Ziele und Grundsätze der Raumordnung sich nicht, jedenfalls nicht uneingeschränkt auf Gebiete mit Bestandsanlagen erstrecken dürfen. Vielmehr sollten angesichts der Interessen der Bestandsanlagenbetreiber, der betroffenen Gemeinden und der Öffentlichkeit sowie angesichts der der in Gebieten mit Bestandsanlagen vorhandenen Erfahrung, der in der Regel dort ebenfalls vorhandenen Akzeptanz sowie angesichts vorhandenen Vorprägung in Verbindung mit der Verträglichkeitsvermutung, , mit Blick auf die voraussichtlich ohnehin erfolgende Fortführung des Betriebs sowie	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	zwecks Zielerreichung die bereits „belasteten“ Gebiete vorrangig der Windenergienutzung zugeführt werden. Nur auf diese Weise werden die vorhandenen Flächenpotenziale wirklich effizient genutzt. Eine effektive Nutzung der vorhandenen Flächenpotenziale bei hinreichender Berücksichtigung der o.g. wesentlichen Punkte, Interessen und Belange ist nicht schon mit dem Grundsatz „2 G“ zu Ziffer 4.5.1 des Entwurfs des W (Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land) gewährleistet. Eine solche bevorzugte Übernahme erfolgt nämlich nur auf Ebene der Regionalplanung (zu diesem Grundsatz ausführlich unter Ziffer III. 1. a) dieser Stellungnahme). Erforderlich ist aber vielmehr eine bevorzugte Behandlung der Gebiete mit Bestandsanlagen bereits auf Ebene der Landesplanung. Anderenfalls würden Gebiete mit Bestandsanlagen – wie der Fall des Kaiser-Wilhelm-Koogs veranschaulicht – völlig ohne Grund der Regionalplanung nicht zur Verfügung stehen. Insofern erfordern die o.g. wesentlichen Punkte, Interessen und Belange nicht nur im Rahmen von „1 G“ zu Ziffer 4.5.1.1 des Entwurfs des LEP Wind und „1 Z (2)“ zu Ziffer 4.5.1.3 des Entwurfs des LEP Wind Ausnahmen von den festgelegten Zielen und Grundsätzen der Raumordnung für Gebiete mit Bestandsanlagen für die Zwecke des Repowerings. Dies ist vielmehr bei allen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung der Fall. Insofern bieten sich zwei Vorgehensweisen an, mit denen darüber hinaus nicht nur die vorhandenen Flächenpotenziale effektiv genutzt werden können, sondern sich auch ein möglichst ökonomisches und ökologisches Vorgehen erzielen lässt: **a) <u>1. alternativer Ansatz:</u> Keine Geltung der im Entwurf des LEP Wind festgelegten Ziele und Grundsätze der Raumordnung für Gebiete mit Bestandsanlagen für die Zwecke des Repowerings** Die im Entwurf des LEP Wind festgelegten Ziele und Grundsätze der Raumordnung sollten grundsätzlich nicht für Gebiete mit Bestandsanlagen für die Zwecke des Repowerings gelten. Die Zulässigkeit von Repowering-Vorhaben in Gebieten mit Bestandsanlagen sollte vielmehr auf die Genehmigungsebene, jedenfalls Regionalplanebene verlagert werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	b) <u>2. alternativer Ansatz</u>: Für jedes Ziel und jeden Grundsatz der Raumordnung wird eine Ausnahmeregelung für Gebiete mit Bestandsanlagen für die Zwecke des Repowerings festgesetzt Die im Entwurf des LEP Wind festgelegten Ziele und Grundsätze der Raumordnung sollten aber jedenfalls jeweils um eine Ausnahmeregelung für Gebiete mit Bestandsanlagen für die Zwecke des Repowerings ergänzt werden, ggf. unter der Voraussetzung, dass eine gutachterliche Prüfung keine erhebliche Beeinträchtigung des jeweils geschützten Belangs ergibt. Insoweit kann „1 Z (2)“ zu Ziffer 4.5.1.3 des Entwurfs des LEP Wind – unter Berücksichtigung der unter Ziffer III. 3. a) dieser Stellungnahme dargestellten notwendigen Änderungen - als Vorlage herangezogen und analog vorgegangen werden. **2. Fehlende Erkennbarkeit der eigenen Betroffenheit** Sowohl für meine Mandanten als Betreiber als auch für alle sonstigen Betroffenen, insbesondere für Grundstückseigentümer und für Pächter, ist nicht ohne weiteres erkennbar, ob die „eigenen“ Flächen von den Zielvorgaben des Entwurfs des LEP Wind betroffen sind. Dies zeigt sich z.B. deutlich bei den Bestimmungen zum Artenschutz. Die den Artenschutz betreffenden, nicht in der Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) abgebildeten Zielvorgaben erfordern eine weitergehende, teils umfassende Recherche, die von einem Laien nicht erwartet werden kann. Die eigene Betroffenheit sollte sich aber aus den bereitgestellten Unterlagen selbst ergeben. Es ist daher nicht verständlich, warum keine weitergehende Karte, in der alle Ziele der Raumordnung abgebildet werden, zum Gegenstand der Öffentlichkeitsbeteiligung gemacht worden ist, wenn im Entwurf des LEP Wind derart umfassende Vorgaben getroffen werden, die den Spielraum der nachgelagerten Regionalplanung bereits ganz erheblich einschränken. Viele Betroffene dürften erst auf Ebene der Regionalplanung feststellen, dass und welche Ziele der Raumordnung bereits zum Ausschluss der weiteren Betrachtung im Rahmen der Regionalpläne geführt haben. Ob eine solche Vorgehensweise überhaupt den Anforderungen der Rechtsprechung genügt, sei zunächst einmal dahingestellt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	3. „Hochstufung“ von Grundsätzen zu Zielen Viele, die Flächen meiner Mandanten betreffende Grundsätze aus dem LEP Wind 2020 wurden im Entwurf des LEP Wind zu Zielen „hochgestuft“. Diese „Hochstufungen“ werden nicht begründet und erweisen sich insofern als nicht nachvollziehbar. Sie sollten letztlich nur in besonderen Fällen erfolgen. Solche mögen gegeben sein, wenn die aktuell im Rahmen des Grundsatzes „3 G“ zu Ziffer 3.5.2 LEP Wind 2020 als „harte Tabukriterien“ formulierten Festlegungen eine „Hochstufung“ erfahren. Eine begründungslose „Hochstufung“ auch der „weichen Tabukriterien“ sowie der „Abwägungskriterien“ erscheint hingegen fragwürdig. Es fehlt insofern in vielen Fällen an der raumordnungsplanerischen Erforderlichkeit der Zielfestlegung, also der zwingend zu erfüllenden Planrechtfertigung, deren Fehlen die Ziele unwirksam werden ließe. Weil der Raumordnungsplanung weitere Planungsebenen nachfolgen, sollte man (auch im Interesse der Entscheidungsspielräume nachgeordneter Planungsträger) bei der Annahme einer raumordnerischen Verpflichtung zu bestimmten Zielfestlegungen tendenziell zurückhaltend sein (vgl. Kment, Raumordnungsgesetz, ROG § 3 Rn. 49, beck-online). Im Entwurf des LEP Wind sollen nunmehr ganze 36 Ziele und 34 Grundsätze festgelegt werden. Insoweit stellt sich daher auch die Frage, ob eine derart hohe Anzahl an verbindlichen Festlegungen auf Ebene der Landesplanung überhaupt erforderlich ist und nicht eine Rückkehr zum eher sparsamen Regelungskonzept des LEP Wind 2020 angezeigt ist, das nur drei verbindliche Zielfestlegungen enthält. Jedenfalls sollte der Regionalplanung eine möglichst hohe Flexibilität erhalten werden, um diese die Flächenpotenziale effektiv zu nutzen. Die einzelnen Zielfestlegungen müssen kritisch im Hinblick auf ihre Erforderlichkeit überprüft werden, was aus den Begründungen bisher jedoch nicht hinreichend deutlich wird. Die Festlegung von verbindlichen Zielvorgaben sollte sich auf das auf Ebene der Landesplanung zwingend notwendige Maß beschränken. In jedem Fall sollten auf Ebene der Regionalplanung noch Handlungsspielräume bspw. für Ausnahmen in atypisch gelagerten Fällen verbleiben. Anderenfalls käme es, wie dargelegt, zu einem unnötigen Ausschluss von für die Windenergienutzung geeigneten Flächen. Jedenfalls bei Gebieten mit Bestandsanlagen (vgl. oben unter Ziffer II. 1. dieser Stellungnahme) sollten der Regionalplanung Handlungsspielräume verbleiben. Sollte die Landesplanung zu dem Ergebnis der Notwendigkeit einer Zielfestlegung auf Ebene der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesplanung gelangen, ist dies in jedem Fall nachvollziehbar zu begründen. **4. Berücksichtigung der Eignung von Gebieten für die Windenergieerzeugung** Bei der Festlegung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung wurde die Eignung von Gebieten für die Windenergieerzeugung nahezu vollständig außer Acht gelassen. Die Beurteilung der (wirtschaftlichen) Eignung von Gebieten für die Windenergieerzeugung soll auf Ebene der Regionalplanung offenbar allein anhand der Flächengröße (konkret anhand der Möglichkeit der Aufnahme von grundsätzlich mindestens zwei Referenzanlagen) erfolgen. Ob eine Windenergieanlage auf der jeweiligen Fläche überhaupt wirtschaftlich betrieben werden kann, bedarf aber der Berücksichtigung weiterer Parameter. Maßgeblich für die Wirtschaftlichkeit sind bspw. auch die Windhöffigkeit, Kosten erforderlicher Infrastruktur, aber auch die Akzeptanz in der betroffenen Nachbarschaft und darüber hinaus. Es bedarf insofern einer Festlegung im LEP Wind, wonach auf Ebene der Regionalplanung bei der Entscheidung über Flächenausweisungen mehrere Parameter in die Betrachtung einzubeziehen sind. **5. Erstrecken der Landesplanung auf raumbedeutsame Windenergieanlagen** Auf Ebene der Landesplanung sollte auf verbindliche Zielvorgaben für die Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen, bspw. hinsichtlich der Umgebungsbereiche um Wohnnutzungen und hinsichtlich der aus Artenschutzgründen festgelegten Umgebungsbereiche, verzichtet werden. Vielmehr sind hier allein die besonderen Umstände des jeweiligen Einzelfalles maßgeblich, deren Berücksichtigung auf Ebene der Landesplanung nicht möglich ist. Beispielhaft genannt sei die Errichtung einer im Vergleich zur Referenzanlage kleineren Windenergieanlage, bei welcher der in den verbindlichen Zielvorgaben festgelegte Umgebungsbereich unverhältnismäßig groß wäre. Jedenfalls bei Gebieten mit Bestandsanlagen für die Zwecke des Repowerings sollte die Landesplanung – wie bereits oben unter Ziffer II. 1. dieser Stellungnahme ausgeführt – auf verbindliche Zielvorgaben für raumbedeutsame Windenergieanlagen verzichten. Anderenfalls würde mit Blick auf § 35 Abs. 3 Satz 2 BauGB auch die mit § 249 Abs. 3 BauGB geschaffene privilegierte Möglichkeit, standortnah zu repowern, entgegen der Intention des Bundesgesetzgebers übermäßig eingeschränkt. Die Raumordnung darf keine Aufgabenbereiche umfassen, die Regelungsgegenstand des	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Bodenrechts sind und insbesondere im Baugesetzbuch ihre Ausformung gefunden haben (m.w.N. Spannowsky/Runkel/Goppel/Runkel, 2. Aufl. 2018, ROG § 1 Rn. 67, beck-online). **III. Änderungsbedarf betreffend einzelne Ziele und Grundsätze der Raumordnung** Unabhängig von den unter Ziffer II. dieser Stellungnahme dargestellten, übergreifend für alle Ziele und Grundsätze der Raumordnung im LEP-Entwurf geltenden Punkte, besteht zusätzlich Änderungsbedarf hinsichtlich einzelner, die Flächen meiner Mandanten betreffender Ziele und Grundsätze der Raumordnung. Dazu im Einzelnen: **1. Allgemeine Grundsätze und Ziele** **a) 2 G: Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung** Ausweislich „2 G“ zu Ziffer 4.5.1 des Entwurfs des LEP Wind sollen als Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen bevorzugt die Vorranggebiete Windenergie und Vorranggebiete Repowering der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land von 2020 und außerhalb dieser Gebiete stehende raumbedeutsame Windenergieanlagen übernommen werden. Zunächst sei hervorgehoben, dass über die beim OVG rechtshängigen Normenkontrollanträge zu dem hier maßgeblichen Regionalplan für den Planungsraum III bislang nicht entschieden worden ist und es leider auch zu keiner höchstrichterlichen Überprüfung der Entscheidung des OVG zum Normenkontrollantrag im Verfahren betreffend den Planungsraum II gekommen ist, obwohl die Begründung und unzureichende Auseinandersetzung mit dem Vortrag der Antragstellerin aus hiesiger Sicht einer Überprüfung durch das BVerwG bedurft hätten. Insoweit wird aber ergänzend auf die bekannten Ausführungen in den noch rechtshängigen Verfahren verwiesen. Problematisch ist des Weiteren, dass die bevorzuge Übernahme ausweislich der Begründung des Grundsatzes eingeschränkt wird:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	„Die Vorranggebiete der Regionalpläne 2020 und außerhalb dieser bestehende WEA sollen daher bevorzugt in die Regionalpläne als Vorranggebiete Windenergie übernommen werden, sofern sie den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung entsprechen.“ Dieser Grundsatz läuft daher – wie im Falle des Kaiser-Wilhelm-Koogs – für Gebiete leer, die bereits auf Ebene der Landesplanung aufgrund der festgelegten Ziele und Grundsätze der Raumordnung ausscheiden und damit der Regionalplanung nicht mehr zur Verfügung stehen. Dies widerspricht aber ausweislich der Begründung ersichtlich dem Sinn und Zweck des Grundsatzes. Es bedarf vielmehr – wie oben unter Ziffer II. 1. dieser Stellungnahme dargelegt – einer bevorzugten Behandlung von Gebieten mit Bestandsanlagen bereits auf Ebene der Landesplanung. Dann sollte konsequenterweise aber auch die o.g. Einschränkung des Grundsatzes („sofern sie den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung entsprechen“) in der Begründung ins Gegenteil verkehrt oder aber eine gesonderte Festlegung von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung für Gebiete mit Bestandsanlagen vorgenommen werden. Schließlich heißt es in der Begründung zu diesem Grundsatz, dass die Bundesnormen dem berechtigten Interesse der Altanlagenbetreiber an einem dauerhaften Weiterbetrieb der Windenergieanlagen in anderer Form Rechnung würden. Indes scheint die Landesplanung dabei zum einen nicht hinreichend berücksichtigt zu haben, dass es sich insoweit lediglich um eine befriste Privilegierung von Repowering-Vorhaben handelt. Der pauschale Verweis auf die Bundesnormen ist zum anderen aber auch deshalb problematisch, als dass nach § 35 Abs. 3 Satz 2 BauGB raumbedeutsame Vorhaben den Zielen der Raumordnung nicht widersprechen dürfen. Ausweislich § 249 Abs. 1 BauGB ist lediglich § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB auf Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, nicht anzuwenden. Insofern wirkt es so, als wolle die Landesplanung – entgegen der Intention des Bundesgesetzgebers – durch die vorgesehenen Zielfestlegungen die grundsätzliche Möglichkeit eines standortnahen Repowerings in Gebieten mit Bestandsanlagen mit dem Entwurf des LEP Wind weitgehend verhindern. Darüber hinaus bestehen aus Betreibersicht mit Blick auf § 13b LaplaG im Übrigen (Investitions-)Unsicherheiten dahingehend, ob nicht durch (weitere) landesrechtliche Vorschriften eine Modifizierung der bundesgesetzlichen Vorschriften erfolgen wird. Den Interessen der Bestandsanlagenbetreiber wird mit dem vorgelegten Entwurf mithin nicht genügt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Auf eine Anknüpfung an die Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung sollte verzichtet werden. Die Einschränkung des Grundsatzes („sofern sie den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung entsprechen“) sollte in der Begründung entweder ins Gegenteil verkehrt werden oder aber gesonderte Festlegungen von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung für Gebiete mit Bestandsanlagen aufgenommen werden. In jedem Fall sollte die Möglichkeit eines standortnahen Repowerings sowohl auf Landes- als auch auf Regionalplanungsebene gesondert berücksichtigt werden. **b) 3 G: Festlegung einer Referenzanlage** Unter „3 G“ zu Ziffer 4.5.1 des im Entwurf des LEP Wind wird die Referenzanlage festgelegt. Danach soll der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde gelegt werden. Ausweislich der Begründung zu „3 G“ wiesen die von Januar 2023 bis Dezember 2023 in Schleswig-Holstein neu genehmigten 241 Windenergieanlagen im Durchschnitt einen Rotordurchmesser von 144 Metern, eine durchschnittliche Gesamthöhe von 186 Metern und im Durchschnitt eine elektrische Nennleistung von 5,3 Megawatt auf. Damit liegen die Gesamthöhe sowie der Rotordurchmesser der Referenzanlage über dem Durschnitt der im Jahr 2023 genehmigten Windenergieanlagen. Insofern bedarf es in jedem Fall – wie bereits unter Ziffer II. 1. dieser Stellungnahme ausgeführt – einer Ausnahme für Gebiete mit Bestandsanlagen für die Zwecke des Repowerings. Die Landesplanung übersieht, dass in diesen Gebieten zurzeit konfliktfrei ältere und damit kleinere Anlagen als die nunmehr im Entwurf des LEP Wind festgelegte Referenzanlage betrieben werden. Eine solche Ausnahme erweist sich nicht nur als interessengerecht, sondern vielmehr auch als ökologisch und ökonomisch: Es ist vorteilhafter in Gebieten mit Bestandsanlagen mehrere, im Vergleich zu der Referenzanlage kleinere, aber dennoch marktübliche Windenergieanlagen unter Nutzung der bestehenden Infrastruktur im Wege des Repowerings zu errichten, als bisher unbelastete Gebiete für die Errichtung von Referenzanlagen auszuweisen. Im letzteren Fall ist zudem – wie bereits ausgeführt – anzunehmen, dass trotz fehlender Ausweisung von Gebieten mit Bestandsanlagen in diesen Gebieten ein Weiterbetrieb erfolgen wird, sodass sich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	letztlich ein Zustand von mehr Windenergieanlagen als erforderlich einstellen könnte. Bisher unbelastete Flächen wären dann unnötig mit Windenergieanlagen und zugehöriger Infrastruktur bebaut. Sinn und Zweck der Festlegung einer Referenzanlage ist ausweislich der Begründung zu „3 G“ das Ermöglichen einer wirtschaftlichen Windenergienutzung der ausgewiesenen Windenergiegebiete. Für eine wirtschaftliche Windenergienutzung bedarf es aber keiner Anknüpfung an eine derart große Referenzanlage. Auch mit kleineren Anlagen ist eine wirtschaftliche Nutzung von Flächen möglich, insbesondere wenn diese bereits mit Windparkinfrastruktur ausgestattet sind. Die Landesplanung übersieht insofern, die ökonomischen (und ökologischen) Vorteile, die aus dem Vorhandensein von Windparkinfrastruktur resultieren. Im Übrigen verweise ich auf meine Ausführungen unter Ziffer II. 4. dieser Stellungnahme. Zum Zwecke einer möglichst weitgehenden Schonung bisher unbelasteter Gebiete sowie zwecks Berücksichtigung der unter Ziffer II. 1. dieser Stellungnahme dargelegten wesentlichen Punkte, Interessen und Belange sollte daher für Gebiete mit Bestandsanlagen für die Zwecke des Repowerings als Ausnahme von diesem Grundsatz eine marktübliche Anlage als Referenzanlage zugrunde gelegt werden. Der Aufnahme einer ausdrücklichen Ausnahmeregelung für Gebiete mit Bestandsanlagen für die Zwecke des Repowerings bedarf es auch deshalb, weil ausweislich der Begründung zu „3 G“ im Einzelfall, auch von einem geringeren Rotordurchmesser ausgegangen werden könne, sofern es sich um eine marktübliche Anlage handelt. Daraus ließe sich im Umkehrschluss schlussfolgern, dass auch in Ausnahmefällen von einer geringeren Gesamthöhe und einer geringeren Nennleistung gerade nicht ausgegangen werden darf – auch wenn es sich um eine marktübliche Anlage handelt. **c) 6 Z: Mindestgröße von Windenergiegebieten** Gemäß „6 Z“ zu Ziffer 4.5.1 des Entwurfs des LEP Wind müssen die Vorranggebiete Windenergie und Windenergiegebiete außerhalb der Vorranggebiete Windenergie eine Mindestgröße von 15 Hektar aufweisen. Dabei können mehrere räumlich zusammenhängende Flächen, die jeweils mindestens fünf Hektar umfassen und zusammen die Mindestgröße von 15 Hektar erreichen, berücksichtigt werden. Ein räumlicher Zusammenhang ist gegeben, wenn die Entfernung der Außengrenzen von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Flächen zueinander weniger als 600 Meter beträgt. Diese Zielfestlegung stellt ein Beispiel einer „Hochstufung“ eines Grundsatzes zu einem Ziel dar: Aktuell sind unter „3 G“ des LEP Wind 2020 „Kleinstflächen in Alleinlage, auf denen die Errichtung von Windparks mit mindestens drei Windkraftanlagen [Anm.d.d.Unterzeichner: nicht Referenzanlagen] nicht möglich ist“ als „weiches Tabukriterium“ aufgeführt. Eine „Hochstufung“ zu einer Zielbestimmung scheidet damit nach den zuvor unter Ziffer II. 3. dieser Stellungnahme entwickelten Maßstäben bereits aus. Es ist auch nicht nachvollziehbar, wieso bereits auf Ebene der Landesplanung nunmehr in dieser Hinsicht eine verbindliche Zielvorgabe festgelegt worden ist. Auch in dieser Hinsicht ist noch einmal hervorzuheben, dass in jedem Fall eine Ausnahme für Gebiete mit Bestandsanlagen für die Zwecke des Repowerings aufgenommen werden sollte. Nur auf diese Weise wird das in der Begründung zu „6 Z“ genannte „wesentliche Ziel der Planung“, nämlich die räumliche Steuerung und Konzentration von Windenergieanlagen bei gleichzeitiger Freihaltung größerer zusammenhängender Landschaftsteile von Anlagen, erreicht. Ohne Ausnahme droht dagegen die unnötige Ausweisung größerer, bisher unbelasteter Landschaftsteile bei gleichzeitigem Weiterbetrieb in Gebieten mit Bestandsanlagen. Die angestrebte „Konzentrationsflächenplanung“ erscheint insofern angesichts des vorangeschrittenen Ausbaus der Windenergie nicht mehr zeitgemäß und sollte aufgegeben, jedenfalls angepasst werden. Unabhängig von diesem allgemeinen Mangel ist die Festlegung auch in inhaltlicher Hinsicht fehlerhaft. Die Landesplanung trifft in der Begründung zu „6 Z“ hinsichtlich der angestrebten „Konzentrationsflächenplanung“ unzutreffende Annahmen, die dazu führen, dass die auf diesen Annahmen beruhende Herleitung der Mindestflächengröße sich als fehlerhaft erweist. In der Begründung zu „6 Z“ heißt es, dass Vorranggebiete Windenergie und Windenergiegebiete außerhalb der Vorranggebiete Windenergie eine hinreichende Konzentrationswirkung in diesem Sinne nur dann erzielen würden, wenn das jeweilige Gebiet eine Mindestgröße aufweist, die geeignet ist, mindestens zwei Referenzanlagen aufzunehmen. Unabhängig von der fehlerhaften Festlegung der Referenzanlage (vgl. oben unter Ziffer III. 1. b) dieser Stellungnahme) wäre eine hinreichende Konzentrationswirkung jedenfalls auch bei einer Bündelung von zwei kleineren Windenergieanlagen anzunehmen. Auf die Anlagengröße kommt es bei der Konzentrationswirkung nicht an.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bislang wurde in der obergerichtlichen Rechtsprechung für die Festsetzung von Kleinstflächen als weiches Tabukriterium im Rahmen der Regionalplanung eine nachvollziehbare Begründung und konkrete Berechnungen gefordert (VGH Baden-Württemberg, Urt. 04.02.2021 – 5 S 305/19 –, juris, Rn. 53; OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 06.02.2018 – 8 C 11527/17 –, juris, Rn. 88). Eine konkrete Berechnung findet sich in der Begründung zu „6 Z“ jedenfalls nicht. Nicht nachvollziehbar ist ferner die Annahme, dass ein räumlicher Zusammenhang zu einer Nachbarfläche nur bis zu einer Entfernung von 600 Metern angenommen werden kann, weil dies „einem durchschnittlichen Abstand moderner WEA untereinander“ entspreche. Diese Begründung steht in keinem Zusammenhang mit dem (zweifelhaften) Zweck der Zielfestlegung, mithin der Konzentration von Windenergieanlagen. Es erschließt sich daher nicht, warum bei einem Abstand von 700 Metern kein „Bündelungseffekt“ bestehen soll. Die zwingende Mindestgröße von fünf Hektar für Flächen, die Teil einer zusammenhängenden Fläche sind, wird gar nicht begründet und ist daher auch nicht nachvollziehbar. Festlegungen zur Mindestgröße von Windenergiegebieten sollten allenfalls im Wege eines Grundsatzes erfolgen. In jedem Fall sollten sich die Festlegungen nicht auf Gebiete mit Bestandsanlagen sowie nicht nicht auf „Windenergiegebiete außerhalb von Vorranggebieten Windenergie“ beziehen. Die angestrebte Konzentrationsflächenplanung sollte überarbeitet werden, jedenfalls ist in dieser Hinsicht nicht an eine bestimmte Anlagengröße anzuknüpfen. Der für die Annahme eines räumlichen Zusammenhangs notwendige Abstand und die zwingende Mindestgröße sollten nachvollziehbar begründet werden. **2. Siedlungsstruktur, Ziffer 4.5.1.1** **a) 1 Z: 800m Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/ oder Erholungsfunktion und 7 G: Umfassung von Ortslagen durch Windenergienutzung** Ausweislich „1 Z“ zu Ziffer 4.5.1.1 des Entwurfs des LEP Wind sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen in überplanten Gebieten nach § 30 BauGB und nicht überplanten Innenbereichen nach § 34 BauGB, jeweils mit Wohn- und/ oder Erholungsfunktion, und in einem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umgebungsbereich von 800 Metern um die vorgenannten Bereiche ausgeschlossen. Ferner sind gemäß „2 Z“ zu Ziffer 4.5.1.1 des Entwurfs des LEP Wind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen in einem Umgebungsbereich von 400 Metern um Einzelhäuser und Splittersiedlungen sowie innerhalb dieser im Außenbereich ausgeschlossen. Die Festlegungen der Umgebungsbereiche als verbindliche Zielvorgaben erweisen sich als fehlerhaft. Im LEP Wind 2020 waren die Umgebungsbereiche unter „3 G“ zu Ziffer 3.5.2 LEP Wind 2020 noch im Rahmen eines Grundsatzes festgelegt, wobei weiter nach harten und weichen Tabukriterien sowie Abwägungskriterien differenziert wurde. Lediglich ein Umgebungsbereich von 250 Metern war demnach als hartes Tabukriterium definiert. Unabhängig davon, dass die Rechtmäßigkeit der „Hochstufung“ der festgelegten Umgebungsbereiche zu verbindlichen Zielvorgaben schon fraglich erscheint, dürfte sich diese allenfalls nur auf den aktuell als „hartes Tabukriterium“ definierten Umgebungsbereich von 250 Metern erstrecken. Darüberhinausgehende Abstände sind in jedem Fall weiterhin im Rahmen eines Grundsatzes festzulegen und – wie bei „1 G“ zu Ziffer 4.5.1.1 des Entwurfs des LEP Wind – dahingehend einzuschränken, dass diese Umgebungsbereiche nur freigehalten werden sollen, *„sofern noch keine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht“*. In den Fällen einer bestehenden Vorbelastung soll dagegen vielmehr vorrangig geprüft werden, ob die bereits der Windenergienutzung zugeführten Flächen als Windenergiegebiete ausgewiesen werden können. Umgebungsbereiche sollten im LEP Wind nicht als Ziele der Raumordnung festgelegt werden. Allenfalls ein Umgebungsbereich von 250 Metern könnte ggf. noch im Rahmen einer verbindlichen Zielfestlegung festgelegt werden. In jedem Fall, d.h. auch bei der Festlegung der Umgebungsbereiche als Grundsätze, sind Ausnahmen für Gebiete mit Bestandsanlagen nach dem Vorbild des Grundsatzes „2 G“ zu Ziffer 4.5.1.1 des Entwurfs des LEP Wind vorzusehen. An diesem Ergebnis vermögen auch die Begründungen der beiden Zielfestsetzungen nichts zu ändern. Dazu im Einzelnen: **aa) Begründung zu „1 Z“** Im Rahmen der Begründung der Zielfestlegung „1 Z“ zu Ziffer 4.5.1.1 des Entwurfs des LEP Wind erkennt die Landesplanung, dass immissionsschutzrechtlich in einem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstand von weniger als 800 Metern von in Siedlungsbereichen gelegenen Wohngebäuden in vielen Fällen die Errichtung von Windenergieanlagen zulässig sein kann, gegebenenfalls mit Auflagen zur Einhaltung der Immissionsrichtwerte. Allerdings komme dem unmittelbar an Siedlungsbereiche angrenzenden Außenbereich ausweislich der Begründung der Landesplanung planerisch eine „Schutz- und Pufferfunktion“ zu. Weiter heißt es in der Begründung der Zielfestlegung: *„Die Gebiete sollen als Freiräume ohne dominierende visuelle Beeinträchtigungen, unter anderem auch zur Stärkung ihrer Naherholungsfunktion, erhalten bleiben. Die ausdrückliche Erholungsfunktion bestimmter Gebiete soll planerisch dadurch gestärkt werden, dass durch ihre Größe und die Drehbewegung potenziell störende WEA erst in einem Abstand von mehr als 800 Metern errichtet werden dürfen.“* Insoweit übersieht die Landesplanung offenbar, dass diese Begründung in Gebieten mit Bestandsanlagen nicht greift. Dies verdeutlicht die Formulierung, dass „Freiräume ohne dominierende visuelle Beeinträchtigungen […] erhalten bleiben“ sollen. In Gebieten, in denen bereits Windenergieanlagen bestehen, gibt es keinen solchen „Freiraum ohne dominierende visuelle Beeinträchtigung“, der „erhalten bleiben“ könnte. Die „belasteten“ Gebieten abgesprochene Erholungsfunktion kann durch die Festlegung des 800-Meter-Umgebungsbereichs insofern weder erhalten noch geschaffen werden. Vielmehr läuft der festgelegte Umgebungsbereich in Gebieten mit Bestandsanlagen mangels „Schutz- und Pufferfunktion“ ins Leere. Die Begründung der Landesplanung impliziert vielmehr eine Ausnahme für Gebiete mit Bestandsanlagen. Soweit die Landesplanung der Regionalplanung aufgibt, für Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion spezifische Immissionsrichtwerte nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) und die Richtwerte aus den „Hinweisen zur Ermittlung und Beurteilung der optischen Immissionen von Windkraftanlagen“ (WKA-Schattenwurfhinweise) der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) zu beachten, übersieht sie, dass eine Berücksichtigung dieser Regelwerke auf Ebene der Regionalplanung schlicht unmöglich ist. Vielmehr hängt die Einhaltung der Richtwerte der TA Lärm und derWKA-Schattenwurfhinweise von den besonderen Umständen des Einzelfalls, insbesondere der konkreten Anlage und der vorhandenen Vorbelastung ab. Der mit dieser Begründung festgelegte Umgebungsbereich darf sich jedenfalls nicht auf Gebiete mit Bestandsanlagen erstrecken. Des Weiteren sollte der Regionalplanung nicht die Beachtung der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	spezifische Immissionsrichtwerte nach der TA Lärm und der Richtwerte nach den WKA-Schattenwurfhinweisen aufgegeben werden. **bb) Begründung zu „2 Z“** In der Begründung zu „2 Z“ zu Ziffer 4.5.1.1 des Entwurfs des LEP Wind heißt es: *„Der Umgebungsbereich von 400 Metern um Wohngebäude im Außenbereich zu den Windenergiegebieten sichert, dass auch im Außenbereich die Lärmrichtwerte in Anlehnung an die für Dorf- und Mischgebiete nach Nummer 6.1 Buchstabe d der TA Lärm von 60 dB(A) tagsüber und 45 dB(A) nachts für den Außenbereich eingehalten werden können. Moderne WEA verfügen über schalloptimierte Betriebsmodi, sodass erfahrungsgemäß die Einhaltung der nächtlichen Immissionsrichtwerte über die schalloptimierte Betriebsweise sichergestellt werden kann, gleichfalls auch ein wirtschaftlicher Betrieb der Anlagen möglich ist und die Windenergiegebiete zweckmäßig der Windenergienutzung zur Verfügung stehen.“* Diese Anknüpfung an die an die Lärmrichtwerte der TA Lärm ist nicht nachvollziehbar. Die Einhaltung der Lärmrichtwerte lässt sich nicht durch die Festlegung eines pauschalen Umgebungsbereichs sicherstellen. Maßgeblich sind vielmehr die besonderen Umstände des Einzelfalls, insbesondere die vorhandene Vorbelastung und der jeweilige Anlagentyp. Es ist nicht einmal ersichtlich, welche Vorbelastung und welche Geräuschemissionen die Landesplanung bei ihrer Festlegung zugrunde gelegt hat. Wie die Landesplanung selbst feststellt, verfügen moderne Windenergieanlagen über „schalloptimierte Betriebsmodi“. Unabhängig davon, dass nicht ersichtlich ist, was für einen „schalloptimierten Betriebsmodi“ die Landesplanung konkret angenommen hat, lässt sie damit jedenfalls fehlerhaft unberücksichtigt, dass infolge des technischen Fortschritts zukünftig eine weitergehende Reduzierung der Schallemissionen erfolgen kann. Insofern ist nicht nachvollziehbar, warum die Frage der Zulässigkeit von Windenergieanlagen im Umgebungsbereich von Splittersiedlungen und Einzelhäusern im Außenbereich nicht der Genehmigungsebene überlassen wird. Ein schalloptimierter Betrieb wäre als Nebenbestimmung zur immissionsschutzrechtlichen Genehmigung aufzugeben.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nach alldem drängt sich mit Blick auf die festgelegte Referenzanlage vielmehr die Vermutung auf, dass die Landesplanung den 400-Meter Umgebungsbereich in Umsetzung der sog. „2 H-Regel“ des § 249 Abs. 10 BauGB ermittelte und dabei übersehen hat, dass zum einen bei kleineren Windenergieanlagen der Umgebungsbereich dann größer als erforderlich wäre und es sich zum anderen bei der sog. „2 H-Regel“ um eine eine Ausnahme zulassende Regelvermutung handelt. Ferner bemisst sich der sog. „2 H-Abstand“ ab der Mitte des Mastfußes, der Umgebungsbereich jedoch ab der Grenze des Windenergiegebiets, innerhalb dessen die gesamte Anlage (inkl. Rotor) liegen muss. Auf die Zielfestlegung eines Umgebungsbereichs um Splittersiedlungen und Einzelhäuser im Außenbereich sollte demnach verzichtet werden. Ein nachvollziehbar begründbarer pauschaler Umgebungsbereich für im Außenbereich befindliche Wohnnutzungen ist – vor allem mit Blick auf die Außenbereichsprivilegierung – nicht möglich. Vielmehr sind hier die jeweiligen besonderen Umstände des Einzelfalls maßgeblich. **b) 7 G: Umfassung von Ortslagen durch Windenergienutzung** Ausweislich „7 G“ zu Ziffer 4.5.1.1 des Entwurfs des LEP Wind soll eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch Windenergieanlagen vermieden werden. Dafür soll geprüft werden, „ob Umfang und Anzahl von Windenergiegebieten in unmittelbarer räumlicher Nähe zu Ortslagen im Einzelfall begrenzt werden müssen“. In der Begründung zu „7 G“ zu Ziffer 4.5.1.1 des Entwurfs des LEP Wind heißt es dazu einzig: *„Es soll verhindert werden, dass Ortslagen in unzumutbarer Weise von WEA umstellt werden, um sowohl einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität des Schutzgutes Mensch als auch einer Einschränkung der bedarfsgerechten gemeindlichen Entwicklung entgegenzuwirken. Hierfür soll nach der Prüfung im Einzelfall die Ausweisung beziehungsweise Ausdehnung von Windenergiegebieten begrenzt werden.“* Es ist nicht nachvollziehbar, warum keine einheitlichen Maßstäbe für diese Beurteilung aufgezeigt werden. Unklar bleibt, was mit einer „Ortslage“ gemeint ist und wann von einer „Umfassung“, „Unzumutbarkeit“, „unmittelbar räumlichen Nähe“ sowie „erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität des Schutzgutes Mensch“ auszugehen ist.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Auch bei dieser Festlegung wird erneut deutlich, dass die Landesplanung eine etwaig vorhandene Vorbelastung unberücksichtigt gelassen hat. In Gebieten mit vorhandenen Bestandsanlagen bedarf es in jedem Fall einer abweichenden Bewertung. Die Landesplanung sollte diesen Grundsatz zwecks Schaffung einheitlicher Maßstäbe überarbeiten und konkretisieren. **3. Artenschutz** **a) „1 Z (2)“: Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche** Gemäß „1 Z (2)“ zu Ziffer 4.5.1.3 des Entwurfs des LEP Wind sind im Umgebungsbereich von 1.000 Meter um EU-VSG die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen ausgeschlossen. Ausgenommen von diesem Ausschluss sind Ausweisungen von Windenergiegebieten um Standorte von Windenergieanlagen, die den Zielen der Raumordnung des Kapitels 4.5.1 entsprechen, und sofern eine FFH-Verträglichkeitsprüfung bestätigt, dass erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des EU-VSG ausgeschlossen werden. Vor dem Hintergrund des bereits, insbesondere unter Ziffer II. 1. dieser Stellungnahme, Ausgeführten sollte es für eine Ausnahme allenfalls darauf ankommen, dass eine FFH-Verträglichkeitsprüfung bestätigt, dass erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des EU-VSG ausgeschlossen werden. Die Einschränkung „die den Zielen der Raumordnung des Kapitels 4.5.1 entsprechen“ ist mithin zu streichen. Ferner findet sich – nahezu versteckt – eine weitere Einschränkung in der Begründung von„1 Z (2)“. Danach sei zu berücksichtigen, „dass auch eine künftige WEAGeneration mit den Abmessungen der Referenz-Anlage mit den Schutz- und Erhaltungszielen des angrenzenden Vogelschutzgebietes vereinbar sein muss.“ Von einem solchen Bezug zur Referenzanlage sollte – wie ebenfalls bereits unter Ziffer III. 1. b) ausgeführt – jedenfalls in Gebieten mit Bestandsanlagen abgesehen werden. Sowohl die Einschränkung in der Zielformulierung („die den Zielen der Raumordnung des Kapitels 4.5.1 entsprechen“) als auch die Notwendigkeit der Zugrundlegung einer Referenzanlage sollten gestrichen werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	b) Alle übrigen den Artenschutzbetreffenden Festlegungen Nach dem Vorbild der Zielfestlegung „1 Z (2)“ zu Ziffer 4.5.1.3 des Entwurfs des LEP Wind sollten gleichfalls für alle übrigen, den Artenschutz betreffenden Festlegungen Ausnahmen für Gebiete mit Bestandsanlagen für die Zwecke des Repowerings formuliert werden. Dies ist aus Sicht meiner Mandanten vor allemhinsichtlich der Zielbestimmungen „Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel“, „Kolonien von Trauer- und Lachseeschwalben und Umgebungsbereiche“ sowie „Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung“ zwingend geboten. Auch insoweit verweise ich zwecks Vermeidung von Wiederholungen auf meine obigen Ausführungen, insbesondere unter Ziffer II. 1 dieser Stellungnahme. **c) „9 Z“: Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel** Gemäß „9 Z“ zu Ziffer 4.5.1.3 des Entwurfs des LEP Wind sind entlang von Küstenstreifen an der Nordsee und auf Fehmarn mit herausragender Bedeutung als Nahrungs- und Rastgebiet außerhalb von EU-VSG sowie auf der Insel Helgoland die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen. Ausweislich der Begründung der Zielfestlegung „9 Z“ zu Ziffer 4.5.1.3 des Entwurfs des LEP Wind geht von *„[…] den in den Küstenstreifen bestehenden WEA […] aufgrund ihrer Lage eine besondere Gefährdung von Vögeln [sic! Anm.d.d.Unterzeichner: gemeint ist wohl „für Vögel“] aus, so dass auch in diesen Bereichen über den Bestandsschutz hinaus eine Fortführung der Windenergienutzung ausgeschlossen ist. Die genaue Abgrenzung der Bereiche erfolgt hinsichtlich der Breite kartographisch auf Basis von bekannten Flächenbeschaffenheiten, Artvorkommen und dokumentierten Wechselbeziehungen sowie unter Berücksichtigung der Bestandswindparks.“* Die von in den Küstenstreifen befindlichen Windenergieanlagen angeblich ausgehende „besondere Gefährdung“ wird nicht begründet und ist insofern nicht nachvollziehbar. Die Landesplanung lässt insoweit erneut unberücksichtigt, dass derartige Bestandsanlagen zum einen ordnungsgemäß genehmigt worden sind und zum anderen weiterhin	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	hinsichtlich der Betreiberpflichten der Aufsicht der Genehmigungsbehörde unterliegen. Warum nun auf einmal ein Repowering in diesen Gebieten pauschal ausgeschlossen werden soll, erschließt sich nicht. Der zitierte Passus aus der Begründung sollte gestrichen werden. Für die Begründung einer verbindlichen Zielvorgabe genügt eine derartige, nicht im Ansatz nachvollziehbare pauschale Behauptung nicht. Jedenfalls sollten der Passus und die Zielfestlegung aber derart umformuliert werden, dass (bspw. mittels einer fachgutachterlichen Stellungnahme) die seitens der Landesplanung pauschal behauptete Gefährdung widerlegt werden kann. Im Übrigen ist die genaue Abgrenzung im Einzelnen darzulegen, sodass diese seitens der Betroffenen nachvollzogen werden kann. **d) „11 Z“: Kolonien von Trauer- und Lachseeschwalben und Umgebungsbereiche** Gemäß „11 Z“ zu Ziffer 4.5.1.3 des Entwurfs des LEP Wind sind in Brutkolonien von Trauerseeschwalben einschließlich eines Umgebungsbereiches von 1.000 Metern und in der Lachseeschwalben-Brutkolonie bei Neufeld einschließlich eines Umgebungsbereiches von 3.000 Metern die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen ausgeschlossen. Angesichts der Ähnlichkeit dieser Zielfestlegung mit „1 Z“ zu Ziffer 4.5.1.3 des Entwurfs des LEP Wind ist es nicht nachvollziehbar, warum hier keine Ausnahme wie im Falle von „1 Z“ vorgesehen ist. Dies erscheint umso weniger verständlich, als ausweislich der Begründung zu „11 Z“ die bedeutsamen Lach- und Trauerseeschwalbenkolonien vielfach in EU-VSG liegen, aber nicht vollständig von diesen erfasst seien. Wenn schon für die Umgebungsbereiche um EU-VSG in „1 Z (2)“ zu Ziffer 4.5.1.3 des Entwurfs des LEP Wind eine Ausnahme für Gebiete mit Bestandsanlagen vorgesehen ist, dann muss dies doch erst recht für jene Gebiete gelten, die von den EU-VSG nicht erfasst werden. Jedenfalls sprechen keine Gründe gegen die Aufnahme einer solchen Ausnahme. Von dieser Zielvorgabe sollten jedenfalls Gebiete mit Bestandsanlagen für die Zwecke des Repowerings ausgenommen werden. Insoweit kann „1 Z (2)“ zu Ziffer 4.5.1.3 des Entwurfs des LEP Wind – unter Berücksichtigung der unter Ziffer III. 3. a) dieser Stellungnahme dargestellten notwendigen Änderungen - als Vorbild herangezogen werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	e) „15 Z“: Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung Nach „15 Z“ zu Ziffer 4.5.1.3 des Entwurfs des LEP Wind sind in den Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen ausgeschlossen. Ausweislich der Begründung zu „15 Z“ erfolgt lediglich ein Teil des Vogelzugs im Höhenbereich der Rotoren von Windenergieanlagen. Durch weiter zunehmende Anlagenhöhen und Rotorblätterlängen steige auch das Kollisions- und damit Tötungsrisiko. Insofern antizipiert die Landesplanung offenbar – wie bereits dargelegt unzutreffend – den Bau sehr großer Windenergieanlagen. Letztlich entzieht sie damit der Regionalplanung grundlos für die Windenergienutzung grundsätzlich geeignete Flächen, mithin diejenigen Bereiche, in denen zum einen der Vogelzug nicht in Höhenbereichen der Rotoren erfolgt und zum anderen in Bereichen, in denen zwecks Repowering Anlagen mit geringerer Höhe errichtet und wirtschaftlich betrieben werden können. Auf Ebene der Landesplanung sollten durch verbindliche Zielvorgaben hinsichtlich dieses Kriteriums der Regionalplanung keine Flächen vorenthalten werden. Die Formulierung dieser Zielbestimmung als Grundsatz, jedenfalls aber die Ergänzung der Zielfestsetzung um eine Ausnahme für Gebiete mit Bestandsanlagen – wie bereits mehrfach ausgeführt – erweisen sich für die Erreichung des Sinns und Zwecks dieser Zielfestlegung in jedem Falle als hinreichend. *** Nach alledem wird deutlich, dass der Entwurf des LEP Wind angepasst werden sollte. Es erscheint auch sachgerecht, den Betreibern der erfolgreich im Kaiser-Wilhelm- Koog betriebenen Windenergieanlagen ein standortnahes Repowering ihrer Anlagen zu ermöglichen, um damit auch weiterhin zur Erreichung der Windenergieausbau- und Klimaschutzziele beizutragen. Die Landesplanung sollte nicht unnötig vorhandene und bewährte Potenziale aufzugeben. Für die o.g. Gesellschaften:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2074	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS - Ewigkeitschemikalien). • Des Weiteren sehe ich die Gefahr einer Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. • Ich möchte dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FHH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. • Ein Havariefall wie z.B. Brandausbreitung, technischer Defekt, muss durch ausreichend Abstände zu Wohnhäusern von mindestens 1500m abgebildet sein. • Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft u. Seen) unbeeinträchtigt bleiben. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z. B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ausdrücklich ab • Für die Abgabe der Stellungnahmen beantrage ich hiermit eine Fristverlängerung auf 6 Monate (Urlaubszeit). Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2452	**Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG** **Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR1_NFL_006** Sehr geehrte Damen und Herren, unserere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen	zu Punkt 1.1 Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung. Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Punkt 1.2 Die Befürchtung, dass geplante Siedlungsentwicklungen der Gemeinden, einem Missbrauch im Rahmen des Regionalplanverfahrens Vorschub leisten, wird nicht geteilt. Einerseits prüft die Landesplanungsbehörde im Einzelfall die Entwicklungsabsichten einer Gemeinde, darüber hinaus sind bspw. Entwicklungskonzepte innerhalb einer Stadt-Umland-Kooperation das Ergebnis eines in der Regel längeren und breit

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1 Anmerkungen zu Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur** **1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotorinnerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der	aufgestellten Erarbeitungsprozesses. Insofern ergibt sich daraus kein Anhaltspunkt, dass solche Konzepte zur Verhinderung einer Windenergienutzung aufgestellt worden sind oder aufgestellt werden. Andererseits hat die Landesplanungsbehörde einen Ausgleich der verschiedenen Interessen herzustellen und zu einer ausgewogenen Raumentwicklung beizutragen. Insofern sind die verschiedenen Interessen zu berücksichtigen und abzuwägen. Das überragende öffentliche Interesse der Windenergienutzung gemäß § 2 EEG ist bei der Ausweisung von Windgebieten anders zu gewichten. Hier hat die Landesplanung einen relativ breiten Ermessensspielraum in der Abwägung, solange im Ergebnis der Flächenbeitragswert erreicht wird. Dies wird noch gestützt durch § 249 Abs. 6 BauGB. zu Punkt 1.3 Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. zu Punkt 2.1 An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. Im Rahmen der Vorranggebietsausweisung ist zu prüfen, ob sich die Windenergienutzung durchsetzt. Dabei ist der Landesplanungsbehörde bekannt, dass Richtfunkstrecken durch eine entsprechende Anlagenkonstellation hinreichend berücksichtigt werden können. Gleichwohl ist zu prüfen, ob z. B. bei dem Zusammentreffen mehrerer Richtfunkstrecken Vorranggebiete oder Teilbereiche von Vorranggebieten weiterhin nutzbar bleiben. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. zu Punkt 2.2 Freileitungen und erdkabelgebundene Infrastrukturen werden einerseits grundsätzlich erst ab einer bestimmten Spannungsebene überhaupt als Abwägungsbelang

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: *„Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1Z entsprechende Umgebungsbereich <u>im Einzelfall</u> durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern <u>ergänzt werden</u>, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen <u>kann</u>.“ (Unterstreichung nur hier)* Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotorinnerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des	berücksichtigt. Damit werden Infrastrukturen unter 110 kV von vornherein nur auf der Zulassungsebene berücksichtigt. Höhere Spannungsebenen haben jedoch weitergehende räumliche Auswirkungen, die sich insbesondere bei Randlagen innerhalb von Vorranggebieten ergeben können. Gemeint sind Potenzialflächenteile, die aufgrund der Durchschneidung von einer Freileitung zu klein oder zu schmal werden, um eine WEA zu errichten. Insofern soll auch hier die Nutzbarkeit von Vorranggebieten im Rahmen der Abwägung geprüft werden. Gerade geplante Infrastrukturen bedürfen einer sorgfältigen Abwägung, da hier noch kein faktischer Bestand vorhanden ist. Dabei lediglich auf gesetzlich plangesicherte Vorhaben abzustellen, verkennt die Tatsache, dass gerade die Leitungsinfrastruktur erforderlich ist, um den durch die Windenergieanlagen erzeugten Strom abzuführen. Da durch den Zubau an Windenergieanlagen auch ein Ausbau der Netzinfrastruktur einhergeht, ist diese zusätzliche Infrastruktur hinreichend zu berücksichtigen. zu Punkt 3.1 Auf Ziffer 4.5.1 der allgemeinen Synopse wird verwiesen. Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. zu Punkt 4

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1. Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt:Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf	Der Grundsatz dient dazu, Kompensationsflächen für genehmigte Vorhaben nicht zu entwerten und so bestehende Genehmigungen zu gefährden. Hierbei kommt es auf eine Einzelfallprüfung der Schutz- und Entwicklungsziele auf den Flächen an. Auch wenn ggf. eine Verlagerung von Kompensationsflächen bestehender Vorhaben möglich sein kann, so ist dies planerisch nicht gewollt. Vor dem Hintergrund einer immer intensiveren Beanspruchung von Naturräumen wird die Suche nach geeigneten Kompensations- und Maßnahmenflächen für Eingriffe zunehmend schwieriger. Bestehende Flächen mit dieser Zweckbestimmung sollen daher nicht gefährdet werden. zu den Punkten 5 und 6 Mit dem LEP Windenergie werden aus naturschutzfachlichen Gründen und im Einklang mit einer gesamträumlichen Steuerung der Windenergie Festlegungen getroffen. Mit der Berücksichtigung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs als Ziel und Grundsatz der Raumordnung wird die Erfüllung der Verpflichtungen zum Schutz und zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit dieser Hauptachsen dauerhaft gewährleistet.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben.Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage:Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt.Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/ Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2. Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben:In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohnund/ oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter *„planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“* verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. **1.2 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 5 G – Umgebungsbereiche um geplante Siedlungsentwicklungen und Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 5 sieht als Grundsatz der Raumordnung vor, dass geplante Siedlungsentwicklungen der Gemeinden und die in den Regionalplänen festgelegten überregionalen Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen mit den Umgebungsbereichen von Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z und G sowie Kapitel 4.5.1.1 Absatz 2 Z berücksichtigt werden sollen, mithin 400, 800 oder 1.000 Meter Schutzabstand zu Windenergiegebieten in Betracht kommt. Gemäß der Begründung B zu 5 fallen unter den Begriff der „geplanten Siedlungsentwicklungen“ informelle Planungen (beispielsweise Konzepte für eine Siedlungsentwicklung in Stadt-Umland-Kooperationen) sowie laufende Bauleitplan- und Satzungsverfahren. Dieser Grundsatz der Raumordnung ist problematisch, weil solche informellen Planungen oder Bauleitpläne ohne erheblichen Aufwand angestoßen werden können, um Windenergiegebiete zu verhindern. Damit ist einem Missbrauch im Rahmen des Regionalplanverfahrens Vorschub geleistet, was bereits in der Vergangenheit mit anderen Instrumentarien wie Entwürfen bzw. Verfahren für Schutzgebietsverordnungen versucht wurde. Bereits deshalb ist der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 5 aufzuheben. Wenn es in der Begründung B zu 5 dann heißt, es sei „zwischen den formulierten Siedlungsentwicklungszielen und dem Interesse an der Ausweisung eines Windenergiegebietes abzuwägen“, so handelt es sich einerseits um eine Selbstverständlichkeit, weil dies gerade Inhalt eines Grundsatzes der Raumordnung ist. Zugleich wird damit aber auch die von vorneherein unterschiedliche Gewichtung der Belange verkannt und der falsche Eindruck vermittelt, diese seien zunächst gleichrangig. Dies übersieht, dass solchen Planungen ein geringeres Gewicht zukommt, v.a. wenn noch nicht im Sinne der Rechtsprechung eine Verfestigung wie etwa bei einem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Flächennutzungsplan vorliegt (vgl. Bayerischer VGH, 25.02.2020 - 22 A 18.40038 -, juris Rn. 49; BVerwG, Beschluss vom 26.09.2013 - 4 VR 1/13 -, juris Rn. 49). Jedenfalls kann sich die Abwägung zugunsten von informellen und noch nicht erheblich verfestigten Planungen nicht gegenüber dem überragenden öffentlichen Interesse der Windenergienutzung durchsetzen. Die Festlegung der Windenergiegebiete muss regelmäßig vorgehen und nur in seltenen Fällen könnte sich das anderweitige Planungsinteresse i.S.d. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 5 G einmal durchsetzen. **1.3 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 6 G – Stadt- und Umlandbereiche sowie Verdichtungsräume** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 6 sieht als Grundsatz der Raumordnung vor, dass Stadt- und Umlandbereiche in ländlichen Räumen sowie Verdichtungsräume in den Ordnungsräumen Hamburg, Lübeck und Kiel bei der Festlegung von Windenergiegebieten zu berücksichtigen sind. Laut der Begründung B zu 6 könne ein Konflikt zwischen der Festlegung von Windenergiegebieten und den formulierten Entwicklungsschwerpunkten für diese Gebiete entstehen. Da die Ordnungsräume zu groß und zu pauschal ausgewiesen seien, um sie vollständig von einer Windenergienutzung auszuschließen, bedürfe es einer Einzelabwägung. Eine solche Einzelabwägung ist zu begrüßen. Dabei möchten wir betonen, dass in den Regionalplänen als Ziele der Raumordnung in Stadt- und Umlandbereichen bestimmter Zentraler Orte eine besondere Wohnfunktion beziehungsweise besondere Gewerbefunktion vorgesehen ist. Insbesondere in Randbereichen dieser Stadt- und Umlandbereiche unter Einhaltung entsprechender Abstände muss aber weiterhin eine Festlegung von Windenergiegebieten möglich sein. Es liegt insofern kein entgegenstehendes Ziel der Raumordnung vor, weil eine solche Festlegung von Windenergiegebieten auch die Stadt- und Umlandbereiche mit der besonderen Wohnfunktionen beziehungsweise Gewerbefunktion nicht maßgeblich einschränkt. Diese jeweilige Funktion kann weiterhin erfüllt werden und muss für die als Stadt- und Umlandbereich genannten Gemeinden nicht in jeder Ortsrandlage zu einer entsprechenden Ausdehnung der Gemeinde führen. **2 Anmerkungen zu Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus,**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erholung und Freiraumschutz **2.1 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 8 G – Korridore von Richtfunkstrecke** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 8 G sollen die Korridore hoheitlicher Richtfunkstrecken bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. Ausweislich der Begründung B zu 8 begründet sich dies mit einem erheblichen Störfaktor der WEA, welche den Funkstrahl unterbrechen oder ablenken können. Entsprechend freizuhaltende Korridore würden durch die zuständigen mitgeteilt werden und es solle dann geprüft werden, ob und in welchem Umfang diesen Anliegen Rechnung getragen werden kann. Zunächst ist zu betonen, dass die Landesplanungsbehörde in eigener Verantwortung eine kritische Prüfung und Hinterfragung solcher Freihaltekorridore vorzunehmen hat, um einer etwaigen Tendenz zu Vorsorgeüberlegungen der Richtfunkbetreiber vorzubeugen. Weiter entspricht es der Praxis in den Genehmigungsverfahren, durch entsprechende Windpark-Konfigurationen Richtfunkstrecken freihalten zu können und damit entsprechende Konflikte zu lösen. Mithin gehört es nicht auf die Ebene der Landes- und Regionalplanung, bereits vorsorglich Windenergiegebiete auszuschließen. Damit kann der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 8 aufgehoben werden. Jedenfalls aber muss eine Abwägung zulasten der Windenergienutzung ein absoluter Ausnahmefall sein. **2.2 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 10 G – Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 10 G soll der Schutz der bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes bei der Ausweisung von Windenergiegebieten Berücksichtigung finden. In der Begründung B zu 10 wird auf Empfehlungen der Bundesnetzagentur gemäß DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4):2016-04 als Abstände von WEA zu Hochspannungsfreileitungen Bezug genommen. Entsprechende Schutzabstände sind in der Planungs- und Genehmigungspraxis von WEA bekannt und bewältigbar, zumal selbst eine Unterschreitung der Schutzabstände zunächst auch eine vertikale Prüfung nach sich zieht und dann jedenfalls bei Einsatz von schwingungsdämpfenden Maßnahmen zulässig ist. Insofern besteht kein unüberwindbares Genehmigungshindernis, welches die Ausnutzung eines	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergiegebietes gänzlich in Frage stellen könnte. Dies verdeutlicht auch eine beispielhafte Berechnung auf Grundlage dieser Standardisierungsnorm. Die planerisch maßgebliche Referenzanlage hat einen Rotordurchmesser von 150 Meter (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G). Zwischen dem äußersten ruhenden Leiter der Freileitung und der Turmachse der WEA sind mindestens folgende Abstände einzuhalten: aWEA = 0,5 * DWEA + aRAUM + aLTG Dabei ist: aWEA der waagerechte Abstand zwischen äußerstem ruhendem Leiter der Freileitung und Turmachse der WEA, DWEA der Durchmesser des Rotors der WEA, aLTG der waagerechte spannungsabhängige Mindestabstand entsprechend einer Tabelle, wobei bei > 110 kV dies 30 ist und aRAUM der Arbeitsraum für Montagekrane für Errichtung und betriebsbedingten Arbeiten an der WEA Hieraus folgt bei einer Hochspannungsleitung (> 110 kV / worst case) ein Mindestabstand von 105 m zwischen äußerstem ruhendem Leiter der Freileitung und Turmachse der WEA. Ein solcher Abstand ist raumordnungsrechtlich und planerisch nicht mehr relevant, sodass auch aus diesem Grund die mögliche Konfliktlösung auf die Zulassungsebene verlagert werden darf und es dort unter Beibehaltung der Festlegung als Windenergiegebiet auch gelingen wird, dieses auszunutzen. Schließlich ist nicht nachvollziehbar, dass auch geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes Berücksichtigung finden sollen. Dies kann nur für entsprechend verfestigte Planungen gelten, für welche die gesetzlichen Regelungen (EnWG, NABEG) entsprechende Plansicherungsinstrumente vorsehen und diese auch im konkreten Fall Anwendung finden (§ 16 NABEG, § 44a EnWG). **3 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	3.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig- Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebietsund Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig- Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1)	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. **3.2 Kleinstbiotope** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte. **4 Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 G – Kompensations- und Ökokontoflächen** Gemäß Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 sollen als Grundsatz der Raumordnung die räumlichen Bedarfe von Kompensationsflächen sowie Ökokontoflächen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 7 wird auf Vorhaben unter anderem des Straßenbaus Bezug genommen, deren erforderliche Kompensationsmaßnahmen auf angemessenen Flächen realisiert werden müssten, was vielfach auch aus dem Artenschutz resultiere. Des Weiteren würden für unterschiedliche Planvorhaben auf weiteren Flächen naturschutzrechtliche Ausgleichs- und/oder Ersatzmaßnahmen, möglicherweise in anerkannten Ökokonto-Flächen, geplant, seien in Umsetzung oder bereits umgesetzt. Es sei im Einzelfall zu prüfen, ob derartige Flächen für die Ausweisung von Windenergiegebieten in Frage kommen. Die Begründung B zu 7 erweckt den Eindruck, es solle bereits vor einer entsprechenden Festsetzung der Kompensationsmaßnahmen für Straßenbauvorhaben durch einen nach § 17 FStrG erforderlichen Planfeststellungsbeschluss vorlaufend die Fläche freigehalten werden. Dies stünde im Widerspruch zur gegenseitigen Berücksichtigung von Planungen, zumal sich Planfeststellungsverfahren über Jahre verzögern können und ständigen Planänderungen unterliegen. Die Landesplanung darf abwägend deshalb keine noch nicht planfestgestellte Kompensationsmaßnahmen berücksichtigen. Weiter stehen Kompensationsmaßnahmen oder Ökokonten einer Ausweisung von Windenergiegebieten auch nicht entgegen, sodass kein unlösbarer Konflikt bei Genehmigungen von WEA in diesen Bereich entstehen. Vielmehr sind dann die vorhandenen Wertigkeiten, die von einem neuen Eingriff nach § 14 BNatSchG betroffen sind, im Rahmen der Ermittlung der Kompensation nach § 15 BNatSchG zu berücksichtigen. Ein Genehmigungshindernis besteht nicht. Der Sache nach wird die Kompensationsmaßnahme lediglich verlagert, wobei gleichermaßen die Bilanzierung für den Naturhaushalt ausgeglichen bleibt. Zudem können selbst anerkannte Ökokonten nach § 3 ÖkokontoVO geändert oder gelöscht werden. Im Ergebnis ist Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 G aufzuheben, jedenfalls aber auf	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	außergewöhnliche Einzelfälle zu beschränken und nicht – wie die Begründung B zu 7 aktuell wirkt – auf Vorsorgeüberlegungen zu erstrecken. **5 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 15 Z – Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung** Kapitel 4.5.1.3 Absatz 15 Z sieht als Ziel der Raumordnung vor, dass in den Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung, charakterisiert durch eine sehr hohe Zugintensität, die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen ist. Die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung sind in der Karte in Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO festgelegt. In der Begründung B zu 15 Z wird auf die herausragende Bedeutung des Landes Schleswig-Holstein für den internationalen Vogelzug verwiesen, der nachweisbar Landschaftsstrukturen wie zum Beispiel Küsten- und Fließgewässersystemen folge und sich hier verdichte. Ein Teil des Vogelzuges erfolge dabei im Höhenbereich der Rotoren der WEA, so dass hier ein deutlich erhöhtes Kollisions- und damit Tötungsrisiko bestehe, was durch weiter zunehmende Anlagenhöhen und Rotorblattlängen steige. Die Hauptzugachsen, welche in der Karte in Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO dargestellt sind, seien durch verschiedene Untersuchungen des Vogelzuges in Schleswig-Holstein belegt. Artenschutzrechtliche Verpflichtungen des Schutzes und der Erhaltung würden eine dauerhafte Freihaltung von WEA erfordern. Zunächst einmal fehlen in den Planunterlagen die Nachweise und Herleitungen der Hauptzugachsen, welche lediglich unterstellt werden. Damit ist eine Nachvollziehbarkeit und Möglichkeit der Stellungnahme hierzu nicht möglich, was angesichts der Festlegung eines Ziels der Raumordnung problematisch ist. Die Begründung B zu 15 Z übersieht zudem die maßgeblich festgelegte Referenzanlage (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G), so dass nicht auf weiter zunehmende Anlagenhöhen und Rotorblattlängen Bezug genommen werden darf. Besonders problematisch ist aber die Unterstellung, Errichtung und Betrieb von WEA in den kartografisch festgelegten Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung würden zu einem signifikant erhöhten Tötungs- und Verletzungsrisiko von Zugvögeln führen. Ganz aktuell und sehr ausführlich hat sich das OVG Mecklenburg-Vorpommern, 26.06.2024 - 5 K 341/21 OVG -, juris Rn. 75 ff. damit	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	befasst und in den Leitsätzen u.a. festgehalten: • „Die Prüfung einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG erfordert, dass die Signifikanzprüfung individuenbezogen und grundsätzlich artspezifisch erfolgt. Allein die Dichte des Vogelzugs als Maß für die Erhöhung des Tötungsrisikos von Zugvögeln steht abgesehen von einer fehlenden artspezifischen Betrachtung wegen der Individuenbezogenheit der Signifikanzprüfung mit § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG grundsätzlich nicht im Einklang. Eine artspezifische und rechnerisch exakte Signifikanzschwelle i.S.d. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist abgesehen von den Regelungen für die Abstände von Windenergieanlagen zu Brutplätzen in § 45 b BNatSchG sowie in § 45 c BNatSchG zum Repowering derzeit weder normiert noch gibt es in der Wissenschaft hierzu einheitliche Aussagen.Die durch direkte oder indirekte Einwirkung des Menschen modifizierten natürlichen Mortalitätsraten der Vogelarten können der Fachwissenschaft entnommen werden. Gegenüber diesen Werten muss ein vorhabenbezogenes Tötungsrisiko, d.h. die Wahrscheinlichkeit, dass ein geschütztes Tier bei Realisierung des zur Genehmigung stehenden Vorhabens getötet wird, signifikant erhöht sein, um einen Verstoß gegen das Tötungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG annehmen zu können.Der sogenannte Mortalitäts-Gefährdungs-Index (MGI) kann zur Frage einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos grundsätzlich herangezogen werden.“ Auch kommt anderweitige Rechtsprechung zum Ergebnis, dass etwa ziehende Kraniche nur einer sehr geringen Gefahr der Kollision und damit der Tötung durch WEA unterliegen (OVG Rheinland- Pfalz, 31.10.2019 - 1 A 11643/17 -, juris Rn. 40 ff.). Im Ergebnis kann den Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung möglicherweise im Rahmen der Abwägung als Grundsatz der Raumordnung Bedeutung zukommen, so dass eine Herabstufung des Kapitels 4.5.1.3 Absatz 15 zum Grundsatz der Raumordnung denkbar wäre. Allerdings bedarf es in jedem Fall eine Offenlegung und hinreichende Begründung der Datengrundlage. Zudem ist die aktuelle Rechtsprechung zu beachten, wonach Zugriffsverbote nicht pauschal unterstellt werden dürfen, weshalb es einer hinreichenden Herleitung des Kriteriums bedarf. **6 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 15 G – Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kapitel 4.5.1.3 Absatz 15 G sieht als Grundsatz der Raumordnung ergänzend Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit Bedeutung vor, die außerhalb der nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 15 Z ausgeschlossenen Bereiche liegen und in denen die Anforderungen des Artenschutzes bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden sollen. Dies betrifft einen Korridor von Schleswig zur Husumer Bucht, einen Bereich entlang der Stör und Teilbereiche von Fehmarn. In der Begründung B zu 15 G wird analog zur Begründung B zu 15 Z auf das Kollisionsrisiko für Zugvögel hingewiesen, wobei sich aufgrund der verfügbaren Datenlage auch Bereiche von Bedeutung identifizieren, in denen der Vogelzug in geringerer Intensität als in den in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 15 Z benannten Bereichen beziehungsweise größeren Höhen stattfinde. Bereiche mit Bedeutung seien unter anderem der Korridor von Schleswig zur Husumer Bucht, die Stör und Teile von Fehmarn. In diesen Räumen von Bedeutung für den internationalen Vogelzug könnten im Einzelfall Windparks mit den artenschutzrechtlichen Vorgaben vereinbar sein. Entsprechend den Ausführungen unter 5 fehlen auch hierzu in den Planunterlagen die Nachweise und Herleitungen der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung sowie die Abgrenzung des benannten Korridors von Schleswig zur Husumer Bucht, im Bereich der Stör und Teile von Fehmarn. Damit ist eine Nachvollziehbarkeit und Möglichkeit der Stellungnahme hierzu nicht möglich. Gleichzeitig werden diese Bereiche aber textlich festgelegt, was deshalb abwägungsfehlerhaft ist. Wie bereits unter 5 ausgeführt, widerspricht es der aktuellen Rechtsprechung, ein Kollisionsrisiko durch Vogelzug in artenschutzrechtlich relevanter Weise zu unterstellen (vgl. OVG Mecklenburg-Vorpommern, 26.06.2024 - 5 K 341/21 OVG -, juris Rn. 75 ff. m.w.N.). Die gilt erst recht für die Bereiche, in denen ausweislich B zu 15 G nur eine geringere Intensität vorliegt, die aber gar nicht dargelegt und definiert wird (fehlende Datengrundlage). Da bereits die Einbeziehung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung in der jetzigen Form sehr problematisch und abwägungsfehlerhaft ist (vgl.5), gilt dies erst recht für die Berücksichtigung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 15 G ist deshalb aufzuheben, weil auch im Rahmen der Abwägung dieser Belang der Ausweisung von Windenergiegebieten nicht entgegengehalten werden kann. Ausweislich der aktuellen Rechtsprechung sind nicht nur „im Einzelfall Windparks mit den artenschutzrechtlichen Vorgaben vereinbar“ (Begründung B zu 15 G), sondern	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	durchgehend – also in jedem Fall. Dies gilt jedenfalls sofern die Landesplanung keine vertiefte artenschutzrechtliche Prüfung anhand einer belastbaren und langjährigen Datengrundlage vorlegt. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2708	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein Sehr geehrte Damen und Herren, durch Zufall habe ich mitbekommen, dass die Windenergie in unserem Bundesland weiter ausgebaut werden soll und die bisherigen Vorgaben zum Bau eines Windrades verändert (runter gesetzt) werden sollen. Ich möchte mein Empören und meinen Widerstand zu dieser Thematik mit diesem Schreiben kundtun. Als Erstes habe ich den Eindruck und die Vermutung, dass diesmal eben, ganz nebenbei, über die Sommerferien, innerhalb einer kurzen Frist, dieses Gesetz „über die Bühne gehen" soll, damit kaum jemand davon erfährt und Widerstand äußert. Ist das ein vorher ausgeklügelter Schachzug? Der Hauptgrund meines Widerstandes ist, dass wir bereits mehr als wir in Schleswig-Holstein an Strom brauchen und verbrauchen über 100 % gedeckt ist. Ich habe sogar gehört das es 200 % sein sollen, wenn diese Zahl stimmt. Das wäre das doppelte was in Schleswig-Holstein an Verbrauch ist. Daher stelle ich den Nutzen, noch mehr Windräder aufzustellen, sehr stark in Frage. Warum kann man nicht mit seinen Ressourcen adäquat umgehen? Warum immer höher, weiter, schneller? Wenn mit der Behauptung	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5, 7.2.1, 4.1, 7.2.2, 4.9, 7.2.10, 7.3, 7.2.11, 7.2.14, 7.2.13, 7.2.7 und 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	argumentiert wird, wir brauchen in der Zukunft mehr Energie, dann kann man, wenn es aktuell ist handeln und bauen. Vielleicht wird der Bedarf auch gar nicht mehr, weil z. B. die E-Autos sich wider Erwarten nicht etablieren?! Vielleicht wird es nicht mehr, weil jeder Einzelne durch sein Handeln den Verbrauch von Energie reduziert und seinen ökologischen Fußabdruck verkleinert?! Vielleicht, weil auch mit den privaten PV-Anlagen einen Teil der Energiegewinnung den eigenen Haushaltsbedarf deckt und sogar zusätzlich Energie in das allgemeine Netz einspeist?! Außerdem gibt es bereits in Schleswig-Holstein sehr, sehr viele Windräder, besonders dort wo auch viel Wind herrscht - sprich Westküste. Auch im Meer baut man bereits Windräder - dort wird viel Wind eingefangen. Warum bekommt man „den Hals nicht voll genug"?! Alles mit Bedacht und Überlegung!!!! Und warum Windräder im Landesinneren - wo kaum Wind? Warum Windräder in Naturschutzgebieten-wo man schon keine Gartenhütte bauen darf innerhalb bestimmten Grenzen und nun sollen völlig sinnlose Windräder gebaut werden, wo der Energiebedarf schon mehr als gedeckt ist? Was ist mit den PV-/ Solarparks an den Autobahntrassen? Dort wird doch auch zusätzlich Energie gewonnen? Zusätzlich möchte ich auf die Beeinträchtigung der Flora und Fauna, besonders der Fauna, eingehen. Es ist bekannt wie viele Vögel, von Fledermäusen, Greifvögel usw. durch die Rotoren der Windräder verletzt und getötet werden. Sollte es nicht unser oder auch der Auftrag der Politik sein unsere Tierwelt zu schützen?! Vor Jahren hieß es, es gibt keine Insekten mehr bzw. werden immer weniger. Immer wenn es kurz vor zwölf ist, wird man mit Maßnahmen aktiv. Wäre es nicht sinnvoller, vorher nachzudenken und über die Konsequenzen (in diesem Fall der Bau von Windrädern) nachzudenken?! Ich möchte nicht ins Detail gehen, sondern nur die Punkte kurz anreißen. Ich denke, dass der NABU und andere Umweltorganisationen bereits hinreichend Gutachten und Stellungnahmen dazu geschrieben haben. Erwähnt haben möchte ich auch das Helgoländer Papier von 2015, wo es um den Schutz der Tiere und den Artenschutz geht. Bis dato war ich eine politische Anhängerin der Grünen-Politik. Mein Gefühl ist jedoch, dass auch diese Politiker nicht mehr ihren eigenen, sehr ehrhaften Grundsätzen treu	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	sind, sondern sich beeinflussen (und bestechen?) lassen von den Machenschaften in den Politikbüros? Sollte das kapitalistische Gedankengut uns beherrschen? Sollte es nicht vielmehr so sein, dass wir nicht kurzfristig, sondern langfristig handeln? Sollten wir nicht die Natur, das Klima, die Welt und das Leben unserer Kinder und Kindeskinder im Blick haben? Es wird nie eine „Rettung der Welt und des Klimas geben", wenn die Profitgier und die schnellen, kurzen Gewinne im Vordergrund stehen. Daher steht Natur- / Klimaschutz und der Kapitalismus im Gegensatz zueinander. Auf der einen Seite wird propagiert die CO 2 Werte zu reduzieren, dann wird aber auf der anderen Seite gegensätzlich gehandelt. Es wird nie zu einem einheitlichen Handeln kommen, weil es sich gegenseitig widerspricht. Von groß zu klein: Betrachtet man nun den „kleinen" Bürger, welcher vor seiner Haustür ein monströses, geräuschvolles Bauwerk stehen hat, dann beeinträchtigt dies die Gesundheit (wie von der Politik jedoch durch den Bau von Windkrafträdern positiv erwähnt - was für ein Unsinn), die Lebensqualität und nicht mehr und weniger die finanziellen Mittel des Bürgers. Durch den Bau eines Windkraftrades werden die Werte der Immobilien, welche sich in der Nähe befinden, sinken. So wie es immer ist...andere machen den großen Reibach und verdienen sich reich auf Kosten anderer, die davon benachteiligt sind. Warum baut man nicht auf den Sockel von nicht mehr effizienten Windkrafträdern neue Windräder statt immer mehr zu verdichten und zu bebauen?! Auch ist die Entsorgung und Abbau eines Windrades nicht geklärt und höchst umweltschädlich. Es gibt ein Deponierungsverbot von alten Windrädern in Deutschland. Wo werden die alten Windräder entsorgt? Werden sie nach Afrika geschickt? Dies ist ein langfristiges Müllproblem, was geklärt sein muss. Der Umwelt und dem Klima nicht zuträglich - nicht wahr?! Es gibt weitere Gründe und Aspekte, z. B. Havarien von Windrädern, Abrieb von Mikroplastik der Rotorenblätter, Windströme und dadurch veränderte Wetterlagen - Klimawandel, versagende Fundamente, Trümmerschäden - Gefahr von Bauteilen, welche eine Gefahr für Schutzgüter (Häuser) und Menschen sein können,... Ich möchte jedoch hier enden, weil ich, so denke ich, kurz diverse Punkte angerissen habe und ich versucht habe die Gründe für meine Haltung gegenüber des Landesentwicklungsplanes zu den Windrädern verständlich dargelegt zu haben.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Das wichtigste Argument für mich ist jedoch der erst genannte Aspekt in diesem Schreiben über den Sinn und Unsinn von noch mehr Windräder, wenn der Bedarf doch bereits vollkommen gedeckt ist. Wahrscheinlich wird mein Schreiben gar nicht gelesen. Es wird bestimmt eine Flut an Schreiben sie erreichen. Ob mein Schreiben überhaupt einen Nutzen hat oder etwas bewirkt- wohl kaum. Jedenfalls habe ich alles getan, was ich tun konnte. Leider bin ich keine Politikerin und habe somit keine Handhabe oder kann in irgendeiner Weise Einfluss nehmen auf das Geschehen. Ich hoffe jedoch, dass die Politiker aufmerken und ihr Handeln nochmal überdenken und reflektieren. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Amt Trave-Land; Gemeinde Travenhorst, Planen, Bauen, Umwelt ID: M2390	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeindevertretung Travenhorst nimmt im Rahmen des förmlichen Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 wie folgt Stellung: **Naturpark und Naturausstattung** Die Gemeinde Travenhorst ist Teil des Naturparks Holsteinische Schweiz. Das Gebiet der Gemeinde hat dabei - wegen der unverbauten, vielfältigen und in weiten Bereichen unzerschnittenen und äußerst lärmarmen und zudem auch kaum lichtbeeinträchtigten Landschaft - innerhalb dieses Großschutzgebietes insbesondere eine Bedeutung für Tourismus und Erholung. In der Gemeinde sind (mindestens) fünf private Ferienwohnungsvermieter sowie zwei landwirtschaftliche Betriebe mit dem Camping-Stellplatzangebot „Landpartie“ tätig. Bezogen auf die geringe Anzahl der Haushalte in der Gemeinde (ca. 90), macht dies dementsprechend einen Anteil von 7-	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.3.1, 2.5.1 und 3.18.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	8% der Haushalte aus, die in diesem Bereich Angebote geschaffen haben. Dies zeigt die – für Binnenlandgemeinden – hohe (prozentuale) Bedeutung von Tourismus und Erholung für die hier ansässigen Familienbetriebe. Die Gemeinde beherbergt zudem auch eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt. Aktuelle Brutvorkommen von Rotmilan, Schwarzmilan, Wespenbussard, Rohrweihe, Uhu (deren Brutstandorte sich – nur um dies zu unterstreichen – weitestgehend NICHT in der aktuellen Datenbank des LfU S-H über geschützte Tierarten befinden!) sind bekannt. Weißstörche und seltener auch der Schwarzstorch sind Nahrungsgäste auf den landwirtschaftlichen Flächen bzw. im Bereich der im Gemeindegebiet verlaufenden kleineren und mittleren Fließgewässer. Neben diesen „kollisionsgefährdeten Vogelarten“ kommen in der Gemeinde weitere stark gefährdete Brutvogelarten wie z.B. Steinkauz, Schleiereule, Wachtelkönig vor. Die Moorgrünlandflächen entlang der Trave mit ihren regelmäßigen und oft mehrwöchigen Winterüberflutungen sind temporär wichtige Nahrungs- und Ruhebereiche für Schwäne, Gänse und Enten und stellen in dieser Zeit einen Anziehungspunkt für nahrungssuchende Seeadler dar, die im Umfeld dieser Wasserflächen (aber auch an anderen Stellen in der Gemeinde) Schlafplätze beziehen. Im Winterzeitraum kommt es im Gemeindegebiet in den letzten Jahren zudem zur Bildung von individuenstarken Schlafplätzen des Rotmilan. Die Größe der Schlafgesellschaften und der in dieser Zeit im Gemeindegebiet umherziehenden Gruppen können dann mehr als 30 Individuen aufweisen. Auch die Säugetierfauna ist nennenswert: Es kommen mindestens 11 Fledermausarten vor: Großer- und Kleiner Abendsegler, Breitflügelfledermaus, Rauhaut-, Zwerg- und Mückenfledermaus, Teich- und Wasserfledermaus, Bechstein- und Fransenfledermaus sowie die Große Bartfledermaus. Die Trave und vermutlich auch ihre Zuflüsse sind Wanderungskorridor des Fischotter. **Schutzgut Mensch** Die Gemeinde lehnt es ab, dass der Abstand zu Ortschaften von 1000 m lediglich noch als (maximaler) „Grundsatz der Raumordnung“ definiert wird und der entsprechende Zielwert auf 800 m – im Vergleich zum vorherigen Verfahren der Raumordnung (2020) – verringert wurde. Hierfür gibt es keinerlei fachlich basierte Gründe, diesen Abstand zur Wohnnutzung sowie der gemeindlichen Entwicklungsbereiche um 200 m zu verringern. Zum Schutz ihrer Einwohner und ihrer Gesundheit fordert die Gemeinde daher einen Abstand von (mindestens) 1000 m als Ziel der Raumordnung im LEP zu definieren.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hierdurch kann von vornherein eine erheblich wirksamere Minderung von Störungen durch Windenergieanlagen erreicht werden. Der Abstandspuffer zu Ortslagen darf nach Ansicht der Gemeinde Travenhorst daher keinesfalls als abwägungszugängliches Kriterium definiert werden und muss als „hartes Kriterium“ mit (mindestens) 1000 m als Ziel festgesetzt werden. Hinsichtlich des definierten Zielkriteriums von 400 m um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich ist die Gemeinde nach wie vor der Ansicht, dass dieser Abstand zu gering ist, um die regelmäßig durch WEA zu erwartenden Störungen und Beeinträchtigungen des Menschen und der menschlichen Gesundheit für die dort lebenden Einwohner von vornherein ausreichend zu minimieren. Der Abstand zu denjenigen baurechtlichen Außenbereichs-Siedlungen, die auf Grund ihres gegebenen baulichen Charakters einen verkehrsrechtlichen Status als „geschlossene Ortschaft“ besitzen (was einen geschlossenen Siedungscharakter ja ebenfalls voraussetzt), sollten in der Planung mit einem größeren Vorsorgeabstand versehen werden und keinesfalls nur als „Einzelsiedlungen“ mit lediglich 400m Abstandspuffer berücksichtigt werden. Die Gemeinde vertritt die Auffassung, dass Menschen, die in kleineren Ortslagen/Ortsteile mit einem „geschlossenen Charakter“ aber auch Einzelhäuser/Splittersiedlungen leben, grundsätzlich ebenso schützenswert sind wie Menschen, die in Wohnungen/Nutzungen im Innenbereich von Ortschaften leben. In Außenbereichen lebende Menschen sind genauso dem Gebot der nachbarrechtlichen Rücksichtnahme zu unterliegen. Ein Zielwert von 400 m zu Windenergieanlagen ist zudem schon deshalb abzulehnen, da bei den heute geplanten Anlagentypen (z.B. eine Anlage V150-6.0 MW mit ca. 150 m Rotordurchmesser und max. 166m Nabenhöhe) ein auszuweisender Gefahrenbereich für ein Risiko im Havariefall mit Abwurf von Rotorblättern bzw. Rotorblatt-Teilen (sowie auch für Eisabwurf) mit 474 m (1,5 x (Nabenhöhe + Rotordurchmesser)) den vorgesehenen Abstands-Zielwert von 400 m zu Siedlungen im Außenbereich unter Berücksichtigung der vorgesehenen „Rotor-innerhalb-Planung“ rechnerisch lediglich noch um 1 m unterschreiten würde. Da es sich jedoch hier um eine festzulegende Planungsgrundlage für alle zukünftig in S-H geplanten WEA handelt (also eine große Anzahl, keine Risikobetrachtung im Einzelfall) und die Dimensionierung von zukünftigen Anlagentypen bezüglich ihrer zu berücksichtigenden Gefahrenradien z.B. Bezüglich eines Abwurf von Rotorblättern bzw. Rotorblatt-Teilen zudem auf Grund eines sich ständig entwickelnden Marktes der WEA nicht bekannt sind, ist ein „Sicherheitspuffer“ von jetzt schon nur noch rechnerisch 1 m sehr deutlich zu wenig, um das Eigentum und die Unversehrtheit von Menschen im Umfeld von Windenergieanlagen bei einem	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	geplanten Zielwert von lediglich 400 m Mindestabstand gewährleisten zu können. **Beitrag der Gemeinde Travenhorst zur Energiewende** Die Gemeinde Travenhorst leistet mit dem bestehenden Windenergie-Vorranggebiet PR3_SEG_013 mit einer Größe von 25 ha Fläche sowie einer Gesamt-Potenzialfläche für Freiflächen PV-Anlagen von 209 ha (Gemeinde Travenhorst, Konzept Solar-Freiflächenanlagen, Beschluss vom 21.09.2023), die gänzlich in den in Aufstellung befindlichen Flächennutzungsplan übernommen werden sollen. Konkret hat die Gemeinde Travenhorst dazu am 10.04.2024 die Beschlüsse für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2 und des Bebauungsplanes Nr. 3 gefasst, die es zum Ziel haben, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zum Bau und Betrieb einer Photovoltaik-Freilandanlage zur Energiegewinnung zu schaffen. Die Fläche des Windenergie-Vorranggebiet PR3_SEG_013 (in dem die Fläche des Bebauungsplanes Nr. 3 enthalten ist) und die Fläche des Bebauungsplanes Nr. 2 (ca. 73 ha) ergeben zusammen somit etwa 98 ha Fläche, die die Gemeinde für die Erzeugung erneuerbarer Energien umsetzt. Bei einer Gesamtfläche der Gemeinde von ca. 856 ha entspricht dies dem erheblichen Anteil von etwa 11 % der Gemeindefläche. **Zusammenfassung** 1. Als Naturparkgemeinde beurteilt die Gemeinde Travenhorst vor dem Hintergrund der bereits im Naturpark Holsteinische Schweiz bestehenden Windparke sowie der zwischenzeitlich bereits ausgewiesenen Vorranggebiete den Grundsatz der Raumplanung „14 G Naturparke“ bereits als bis zur definierten Grenze als erfüllt an. Eine weitere Ausweisung von Windenergiegebieten im Naturpark Holsteinische Schweiz kann nicht mehr erfolgen, ohne die besonderen Funktionen des Schutzgebietes zu schädigen. Diese Feststellung wurde bereits bei der Ablehnung zahlreicherer ehemaliger Potenzialflächen im Zuge des „Gesamträumliches Plankonzept zu dem dritten Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes (LEP) 2010 Kapitel 3.5.2 sowie der Teilaufstellung der Regionalpläne der Planungsräume I, II und III in Schleswig-Holstein (Sachthema Windenergie an Land) getätigt. In der Zwischenzeit (seit dem Jahr 2020) ist hierzu kein neuer fachlicher Beurteilungsstand entstanden. Die Belastungsgrenze des Naturpark Holsteinische Schweiz durch Windenergienutzung ist somit (weiterhin) als erreicht anzusehen. Dieses Ergebnis aus der erst jüngst abgeschlossenen Raumordnungsplanung sollte anerkannt werden und somit als bereits erfüllter Grundsatz für den Bereich des Naturpark Holsteinische Schweiz in den neuen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	LEP aufgenommen werden. 2. Ein Zielkriteriums von 800 m um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion wird, wie dargelegt, als zu gering angesehen. Hier ist im LEP der im vorgelegten Entwurf als maximaler Grundsatzwert angegebene Abstand von 1000 m anzusetzen. Eine definition eines Grundsatzwertes von 800 bis 1000 m kann dann zudem entfallen. Ein Zielwert von 800 m wird als zu gering angesehen und abgelehnt, er soll mindestens 1000 m betragen. 3. Ein Zielkriterium von 400 m Abstand um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich ist sowohl zum Schutz der Einwohner vor unzumutbaren und ungleichen nachbarschaftlichen Belastung sowie auch aus Gründen eines zu geringen Schutzes vor einigen Havarie-Risiken (wie zuvor dargelegt) als zu gering anzusehen und wird daher abgelehnt. Es ist ein höherer Wert als 400 m abzuleiten, der einen (derzeit als nicht gegeben anzusehenden) ausreichenden Schutzpuffer gegenüber Havarie-Risiken (auch für zukünftige WEA-Typen) aufweist und zudem einen ausreichenden Schutz der menschlichen Gesundheit von Bewohnern im Außenbereich gewährleistet. Mit freundlichen Grüßen Gez. Michael Göttsche Bürgermeister der Gemeinde Travenhorst	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2391	**Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein — Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** **Stellungnahme ehemalige Potentialfläche PR2_RDE_147 — in den Gemeinden Wapelfeld und Hohenwestedt** Sehr geehrte Damen und Herren, anlässlich der Offenlage der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein — Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 (vom 25.06.2024 — 09.09.2024) möchte ich als Flächeneigentümerin folgende Stellungnahme abgeben:	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffer 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bin geborene Wapefelderin und habe Flächen in der Gemeinde Wapelfeld, diese stammen aus dem [redacted]. Ich besitze u.a. auch eine landwirtschaftliche Fläche in der ehemaligen Potentialfläche PR2_RDE_147 (Planungsraum |III, Kreis Rendsburg- Eckernförde). Diese Fläche wird bis heute von [redacted] bewirtschaftet. Diese Potentialfläche bei Hohenwestedt wurde in früheren Entwürfen des Regionalplans des Planungsraums II ausgewiesen. Im aktuellen Entwurf des Landesentwicklungsplans liegt die Fläche PR2_RDE_147 erneut in einem Bereich, der als Potentialfläche für Windenergiegebiete ausgewiesen ist. Ich bin der Meinung, dass sich die betroffene Fläche langfristig für den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen (WKA) eignet. Der Bereich in und um ehemals PR2_RDE_147 wird intensiv landwirtschaftlich genutzt. Die Flächen sind zu etwa gleichen Anteilen Ackerland und Grünland. Der Ackerbau wird hier vom Maisanbau geprägt und das Grünland wird intensiv genutzt. Im mittleren Bereich des Gebiets befinden sich mehrere kleine künstlich angelegte Fischteiche. In der Nähe des Gebiets gibt es bereits einen Windpark in Osterstedt. Eine direkte Sicht auf das Gebiet von den Innenbereichslagen der Gemeinden Wapelfeld und Hohenwestedt aus ist kaum möglich. Umliegende Wälder, Hügel sowie verschiedener Knicks (Wallhecken) verhindern eine direkte Einsicht, dadurch würden mögliche Windkraftanlagen weniger deutlich in der Landschaft hervorstechen als anderswo. Dies würde sich wahrscheinlich positiv auf die Akzeptanz der Windenergieanlagen vor Ort auswirken. In der Nähe von PR2_RDE_147 gibt es keine Flugplätzte, deren An- und Abflugbereiche betroffen sein könnten. Auch haben die Flächen dort keinerlei militärische Bedeutung. Die Fläche wird, meines Wissens nach, nicht von Richtfunktrassen durchschnitten. Darüber hinaus eignet sich das Gebiet, aufgrund der Bodeneigenschaften, nicht für den Abbau von Rohstoffen wie z. B. Kies. Das Gebiet grenzt nicht direkt an eine Hochspannungsleitung. Jedoch gibt es in der unmittelbaren Umgebung um das mögliche Vorranggebiet herum mehrere Hochspannungsleitungen. Dies würde einen Netzanschluss erleichtern, da ein Anschluss ressourcenschonend und kostengünstig realisierbar wäre. Des Weiteren machen die Hochspannungsleitungen, in Verbindung mit der naheliegenden Bahntrasse das Gebiet wehiger attraktiv für verschiedene Vogelarten. Dies verringert ein mögliches Konfliktpotential. Der Bereich um das mögliche Vorranggebiet PR2_RDE_147 ist kein Schwerpunkt für	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	den Tourismus und Erholung. Das Gebiet überschneidet sich nicht mit Naturparken. Die aktuelle Potentialfläche hält alle nötigen Abstandserfordernisse zu Siedlungsbereichen ein. Die Gefahr einer Umzingelungswirkung auf die Gemeinden Hohenwestedt und Wapelfeld ist hier nicht gegeben, da mehrere natürliche Hindernisse die Sicht verringern. Der Bereich mit den künstlich angelegten kleinen Fischteichen stellt laut eines großen Windkraftanlagen Herstellers faktisch kein Problem für die Errichtung von WKA dar. Grundsätzlich würde sich auch dieser Bereich für die Errichtung von Fundamenten von WKA eignen. Die Anlagen könnten jedoch auch so um die Teiche herum angeordnet werden, dass die Windenergie vor Ort möglichst effizient genutzt werden könnte. Das Gebiet PR2_RDE_147 ist kein Schwerpunktbereich des Biotopverbundes. Es handelt auch um kein Wiesenvogel-Brutgebiet und es ist kein Nahrungsgebiet für Gänse oder Singschwäne. Am nordöstlichen Rand des Gebiets PR2_RDE_147 befindet sich ein ehemaliger Rotmilanhorst. Dieser wurde meines Wissens nach nur einmal im Jahr 2017 bebrütet. In einer Stellungnahme zu einem der vorherigen veröffentlichten Entwürfe zur Teilaufstellung Regionalplan II, Sachthema Windenergie müsste u.a. ein Gutachten zu finden sein. Dies müsste bestätigen, dass bereits im Jahr 2018 der Horst nicht wieder vom Rotmilan genutzt wurde. Wir haben ein anerkanntes Gutachterbüro mit einem weiteren Gutachten für das Jahr 2019 beauftragt. Dieses kam zu dem Ergebnis, dass der Rotmilan den Horst im Jahr 2019 wohl wieder nicht genutzt hat. Die Gutachter gehen in dem Gutachten davon aus, dass der Horst im Jahr 2019 von einem Mäusebussard genutzt wurde (siehe Anhang: Avifaunistisches Gutachten). Meine Fläche (Flur 2 — 6/2) liegt im Süden der. ehemaligen Potentialfläche PR2_RDE_147. Ich kenne die Umgebung und die Flächennachbarn seit meiner Kindheit. Deshalb kenne ich gerade den Bereich zwischen den Teichen und der Bahntrasse besonders gut. Weder mir noch meinen Flächennachbarn sind in diesem Bereich Aktivitäten von Rotmilanen aufgefallen. Rotmilane nutzen diesen Bereich nicht für ihre Nahrungssuche. Wahrscheinlich hängt das mit dem Maisanbau und im Allgemeinen mit der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung dieses Bereichs zusammen. Zusätzlich liegt in diesem Bereich eine intensiv genutzte Bahntrasse, welche den Bereich für Vögel zusätzlich unattraktiver macht. Ich möchte Sie bitten, das ehemalige Gebiet PR2_RDE_147 wieder für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Ich bin der Meinung, dass dieses Gebiet langfristig für die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraft geeignet ist. Zudem ist in Deutschland die Erreichung der Klimaziele in starker Gefahr. Das Gebiet könnte in der von mir dargestellten Ausführung einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz beitragen, ohne dabei eine unnötige Gefahr für die örtliche Avifauna darzustellen. Des Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass das Gebiet PR2_RDE_147 in einem früheren Entwurf der Teilaufstellung Regionalplan II, Sachthema Windenergie, bereits als Potentialfläche aufgeführt war. Meine Flächennachbarn und ich sind der Meinung, dass die Windkraft bereits heute und in Zukunft ein wichtiger Eckpfeiler unserer Energieversorgung und des Klima- und somit auch Artenschutzes sein wird. Zudem unterstütze ich die Beteiligung von Anwohnern und Bürgern, um so die Akzeptanz vor Ort zu erhöhen. Deshalb möchte ich Sie bitten, das Gebiet PR2_RDE_147 erneut als Vorranggebiet für die Nutzung durch Windenergie zu berücksichtigen. Ich bin innerhalb der Gemeinde Wapelfeld Eigentümer des folgenden Flurstücks: Gemarkung [redacted] Anhang: - Avifaunistisches Gutachten Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Institution: Gemeinde Fargau-Pratjau ID: M2610	**Sehr geerter Herr Ministerpräsident Daniel Günther** **sehr geehrte Frau Dr. Sabine Sütterlin-Waack** **sehr geehrte Damen und Herren der beteiligten Behörden,** Die Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land liegt bis einschließlich 09.09.2024 öffentlich aus. Bis dahin können die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen Stellungnahmen bei der Landesplanungsbehörde einreichen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* und *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 2.3.1, 2.3.4, 3.15.1, 4.20.1, 5.1.1, 6.1.1, 7.2.3, 7.2.6, 7.2.14, 7.2.15, 7.3.5 und 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	<u>Hierzu nimmt die Gemeinde Fargau-Pratjau wie folgt Stellung:</u> Die Gemeinde Fargau-Pratjau, vertreten durch Ihren Bürgermeister Herrn Martin Fröber, ist strikt gegen eine Ausweisung von Windvorrangflächen auf Ihrem Gemeindegebiet. Auch müssen für angrenzende eventuelle Flächen von Nachbargemeinden die Abstände zur Wohnbebauung auf unserem Gemeindegebiet von 800 m -1.000 m eingehalten werden. Dies wurde im Gemeinderatssitzung am 10.07.2024 ohne Gegenstimme beschlossen. **<u>Begründung:</u>** In der Teilfortschreibung des vorangegagenen Regionalplanes sind keine Vorranggebiete für Windenergieanlagen im Gemeindegebiet der Gemeinde Fargau-Pratjau ausgewiesen. Dies war sachlich auch gut begründet. Eine Wiederaufnahme der als Potentialfläche gekennzeichneten Flächen in unserem Gemeindegebiet und der direkten Umgebung ist für uns vollkommen unverständlich. An der nördlichen Gemeindegrenze Fargau-Pratjau zur Gemeinde Krumbek, Ortsteil Ratjendorf stehen bereits 4 Windkraftanlagen. Die Gemeinde hält die derzeitige Belastung mit den vielfältigen Immisionen für unsere Bürger in Sophienhof, Legbank und Neu- Sophienhof noch für gerade noch erträglich. Eine zusätzliche Belastung lehnen wir strikt ab. Wir fordern Mindestabstände zur Wohnbebauung von mind. 5 H oder 800 m – 1.000 m. Die Gemeinde wird alle rechtlichen Mittel einsetzen, um den Schutz Ihrer Bürger zu gewährleisten. Zusätzliche Windenergieanlagen mit einer Höhe von zZt. 250 m bis zu 289 m hätten immense Belastungen auf das Leben und die Bürger in unserer Gemeinde und dem gesamten Umgebung zur Folge. Die Gemeinde Fargau-Pratjau mit Ihrer einzigartigen Kulturlandschaft am Selenter See ist im Umland der Landeshaupstadt Kiel als Wohn- und Naherholungsgebiet für eben diese Stadt Kielgeprägt. Als eben dieses Naherholungsgebiet am Selenter See auf der einen und der Probstei mit der Nähe zur Ostsee auf der anderen Seite wird unsere	Zum Thema der Dimensionierung der Vogelzugrouten Die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs werden auf Basis erfasster Bewegungsdaten festgelegt. Die räumliche Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs geben dabei nicht die gesamte biologische Dimension des Vogelzuges wieder, sondern konzentrieren sich auf die nach aktuellem Kenntnisstand potenziell besonders konfliktträchtigen Bereiche. Nicht alle Vogelzugwege sind als Konfliktbereiche im Rahmen der Windkraftplanung anzusehen oder lassen sich im Raum abgrenzen. Andere Bereiche, die durch Breitfrontenzug geprägt sind und/oder in denen Vogelzug auf breiterer Front und vielfach in Höhen stattfindet, die durch die Windenergienutzung nicht betroffen sind, wurden nicht bei dem Vogelzugkriterium berücksichtigt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeinde sehr stark touiristisch genutzt. Badestellen und Wanderwege, für Fussgänger und Radfahrer gleichermassen, sind in unserer Gemeinde ein beliebtes Ziel für Urlauber und Naherholer. Nicht zu Vergessen dass Herrenhaus „Schloss Salzau“. Als Ausflugsziel vieler Touristen über die Landesgrenzen hinaus bekannt. In Zukunft soll das Herrenhaus mit neuem Leben erfüllt werden, Kultur und Wohnen soll dort neu entstehen. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen auf unserem Gemeindegebiet und der direkten Umgebung würde zu einem Zielkonflikt zwischen Naherholung, Tourismus einerseits und Windenergieindustrieanlagen andererseits führen. Das Projekt „Schloss Salzau“ wäre zum Scheitern verurteilt. Windenergieanlagen mit einer Höhe von 250 m bis 289 m sind weithin sichtbar. Die Fernwirkung auch oder gerade auf das Schloss Salzau dürfte auch unter Denkmalschutz Aspekten unzulässig sein. Ausserdem beabsichtigt die Gemeinde Fargau-Pratjau eine Außenbereichsatzung gem. § 35 (6) BauGB für den Ortsteil Neu-Sophienhof aufzustellen. Dies geschieht, um die Attraktivität der Siedlung zu erhalten und klare und verlässliche bauplanungsrechtliche Zulässigkeitsgrundlagen zu schaffen. Mit der Aufstellung der Satzung § 35 (6) BauGB geht eine Planverfestigung der Wohnsiedlung Neu Sophienhof einher, im Sinne des Entwurfs der LEP Fortschreibung 2024, Kapitel 4.5.1 Grundsatz: Umgebungsbereich um planverfestigte Siedlungsflächen im Außenbereich. Bei planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen, die nicht an die Siedlungs–Bereiche angrenzen und gemäß § 35 BauGB eingestuft sind, soll geprüft werden, ob im Einzelfall ein Umgebungsbereich wie in 1 Z zugrunde gelegt werden kann. Die ortsbauliche Wertung der Wohnsiedlung Neu Sophienhof als tragfähige Siedlungsstruktur mit einem, ggü. einzelnen Siedlungssplittern, erhöhten Schutzanspruch dürfte unbestritten sein. Insofern fordert die Gemeinde Fargau-Pratjau die Einhaltung eines geschützten Umgebungsbereiches von mindestens 800 m in der akruellen Fortschreibung des LEP und dem kommenden Regionalplan II festzulegen. Anlage 1. Stellungnahme BCS **Naturschutzfachliche Betrachtung:** In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist unter anderem aufgeführt, dass um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln keine Ausweisung von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergiegebieten stattfinden soll. Bezogen auf den Seeadler sind hier 2.000 m aufgeführt. In der Abwägung kann jedoch geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist, wenn in dem Abstandsradius bereits raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet wurden. Bei diesen Dimensionen von Windkraftanlagen und einer Höhe von z.Zt. 250 m bis 289 m, kann davon ausgegangen werden, dass eine unmittelbare Tötungsgefahr für den Seeadler besteht. Zum Schutz der Seeadler sollte der Radius um einen Seeadlerhorst grundsätzlich 3.000 m betragen (siehe Anhang „Helgoländer Papier“), eine Prüfung und Abwägung sollte innerhalb dieses Radius nicht möglich sein. Folgendes, aktuelles Zitat der Projektgruppe Seeadlerschutz: *„ Hierhin hat die Projektgruppe Seeadlerschutz das zuständige Innenministerium aufgefordert, die Abgrenzung des Seeadler-Dichtezentrums aufgrund der vorliegenden fachlichen Kriterien zu erweitern. Das Seeadlerrevier bei Bendfeld ist seit 2017 duerhaft besetzt und wurde bei der Abgrenzung nicht berücksichtigt!* *Nach § 44 BNatSchG ist das Töten besonders geschützter Tierarten, darunter Seeadler, Rotmilan und Schwarzstorch, verboten. Dieses Tötungsverbot ist bei allen Vorhaben, die zu entsprechenden Gefährdungssituationen führen können, zu beachten. Für WKA gilt dementsprechend, dass im Zuge der Planung nur Standorte festgelegt werden dürfen, die eine Kollision besagter (und anderer) Arten aller Wahrscheinlichkeit nach ausschließen.* *Angesichts dessen hält die Projektgruppe die Umsetzung nachfolgender Vorschläge für notwendig:* • *Erweiterung des bereits vorgesehenen Seeadlerdichtezentrums im Nordwesten d .h. Schließen der in der Probstei / Kreis Plön bestehenden Lücke (die Seeadlerreviere Bendfeld und Barsbek sind mit einem entsprechenden Radius einzubeziehen).* • *Freihalten aller potenziellen Beeinträchtigungsbereiche um die Nistplätze von Seeadler, Rotmilan und Schwarzstorch.“ Zitat Ende.* Unerklärlich auch, dass seinerzeit das Seeadlerdichtezentrum nicht wie von der Projektgruppe Seeadlerschutz gefordert auf die Prbstei und Umlande erweitert bzw.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	eingerichtetet wurde. Gerne verweise ich hierzu auch noch einmal auf das Helgoländer Papier, ausgearbeitet von den staatl. Vogelschutzwarten als staatl. wissenschaftliche Arbeit in der Mindest-Abstände von Vogelarten zu Windkraftanlagen gefordert bzw. empfohlen werden. Auch sind die Vogelzugruten völlig unzureichend bemessen. Auf unserem Gemeindegebiet rasten viele der Zugvogelarten auf ihrem Weg im Herbst in den Süden und im Frühling zurück. Andere, heimische oder heimisch gewordene Arten leben dauerhaft bei uns. Dies belegen unzählige , fotografisch festgehaltene Sichtungen und 2 Monitoring Berichte unseres Bürgermeisters Herrn Martin Fröber aus den Jahren 2014-2016. Dort wurden seinerzeit die unterschiedlichen Grossvogelarten dokumentiert. Diese Dokumentationen wurden auch seitens der Kreisverwaltung Plön bestätigt und haben unter anderem in der damaligen Stellungnahme des Kreises Plön zu einer eindeutigen Unzulässigkeit von WKA auf unserem Gebiet geführt. **Infrastruktur, Kosten:** Ein weiterer Kritikpunkt für Windenergieindustrieanlagen ist die Infrastruktur. Windenergieanlagen müssen in Schleswig-Holstein immer häufiger abgeschaltet werden, weil der produzierte Strom nicht mehr ins Stromnetz eingespeist oder signifikant gespeichert werden kann. Bis Umspannwerke ausgebaut und Leitungen gebaut sind, wird es noch viele Jahre dauern. Windenergieanlagen sollten, wenn überhaupt, erst dann gebaut werden, wenn es auch möglich ist, den produzierten Strom dauerhaft abzunehmen, weiterzuleiten und zu speichern. Die Politik hat sich in diesem Fall offensichtlich anders entschieden und die Betreiber der Windenergieanlagen bekommen den produzierten Strom bezahlt, auch wenn er gar nicht in das Netz eingespeist werden kann. Das kostet und kostete allein den Stromzahler in Schleswig-Holstein viele Milliarden Euro. Die Spurplattenwege sowie die unbefestigten Wege, die genutzt werden müssen, um Windenergieanlagen überhaupt bauen zu können, sind für den Schwerlastverkehr völlig ungeeignet und aktuell schon kaum noch befahrbar. Sie müssten also ausgebaut werden, was zu einer weiteren nicht gewollten Versiegelung im Außenbereich und sogar im Landschaftsschutzgebiet führt. Ein Rückbau dieser Wegeflächen kann erst nach Ablauf der Gesamtlaufzeit der Windenergieanlagen erfolgen, weil aus Wartungsgründen und für den Ersatzteilaustausch immer wieder Schwerlastverkehr auf diesen Wegen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erfolgen muss. Auch sind die Dimensionen für den eigentlichen Bau der WKA gigantisch. Bis zu 6.000 m3 Stahlbeton pro Anlage versiegeln den Boden für immer. Tausende von LKW würden über Jahre zu einer schweren Belastung unserer dicht aneinander stehenden Dörfer und Gemeinden führen, dies ist unzumutbar für die Bürger der betroffenen Gemeinden. Ganz zu schweigen von den fernbleibenden Touristen während der jahrelangen Bautätigkeit. Fahrradfahren wäre auf unbestimmte Zeit unmöglich und der jetzt schon schlechte Zustand unserer Kreis und Gemeindestrassen würde sich weiter massiv verschlechtern. Ohne weitere Ausführung weisen wir als Gemeinde darauf hin, dass folgende Punkte nicht gelöst sind: – Grundwasserproblematiken, – gesichter, rückstandsloser Abbau der WKA nach Nutzungsende (Kosten für die Gemeinden und die Steuerzahler)etc. – Gesundheitsgefahren durch den Betrieb Wir fordern daher die Landesplanung auf, die Potentialflächen in dem Gemeindegebiet von Fargau- Pratjau nicht in den Regionalplan aufzunehmen bzw. dauerhaft aus dem LEP zu löschen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bürgermeister Gemeinde Fargau- Pratjau [redacted] Anlagen 5 Stellungnahme BCS Helgoländer Papier	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Großvogeldokumentation 1 + 2 Großvogelsichtungen 2017-2024	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2923	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • die Tierwelt nimmt einen großen Schaden nicht nur die Vögel, und Reh- und Dammwild • Untersuchungen über den toxischen Abrieb der Windkraftanlage sind durchzuführen und den Menschen, Bürgern zu erklären • Wer hat außer den Landbesitzern und den Investoren Vorteile? Die Gemeinde? • Überproduktion von Strom geben wir für uns kostenpflichtig in Ausland und müssen den Bürgern auch erklärt werden, man kann nicht alles schön-reden Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.1, 4.13, 7.2.9, 7.2.10 und 7.2.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2320	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „ Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig - Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.10, 7.2.11, 7.2.12, 7.1.1, 4.2, 4.3, 4.5 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen : Wir möchten unsere Leben Qualität nicht noch mehr einschränken dadurch das hier vor unserer Haustür Windkraftanlagen aufgestellt werden die dazu auch noch unsern einzigen Blick in die Natur und über freie Felder versperren. In den letzten 25 Jahren haben sich die Großvogelarten (Rotmilan , Seeadler, Kraniche Graureiher hier ihr Zuhause aufgebaut und brauchen diese Flächen zur Futtersuche und zum Aufzug des Nachwuchses Ebenso sind davon unsere Störche im Dorf betroffen Auch wird die Sichtachse Blunk - Segeberg von den Fledermäusen benutzt Diese vorhandenen Naturschutzgebiete , FFH - Gebiete Moor - und Niederungsflächen Biotopverbundachsen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraft - Energieerzeugung ausgeschlossen werden Wir werden schon in unserer Lebens Qualität gestört durch eine Biogasanlage wodurch unsere Straße zur Autobahn für Trecker geworden ist und das sieben Tage und 24 Stunden in der Woche . Dadurch sind die Werte unserer Häuser auf ein ruhiges Wohnen auf dem Land schon sehr eingeschränkt Es zielt doch nur darauf ab das Investoren die sonst wo leben hier Ihr Geld machen wollen Aber die Anlagen nicht vor Ihrer eigenen Tür haben wollen Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen (Signatur)	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2449	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung " Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein- Fortschreibung 2021- Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, Ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g Entwurf sowie die	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1.2, 1.4.1, 2.2, 2.3, 2.4, 3.3.2, 3.3.3, 7.1.3, 7.1.4, 7.2.7, 7.2.10, 7.2.12, 7.3.7, 7.3.9, der allgemeinen Synopse verwiesen. Militärische Belange werden sowohl als Ziel als auch als Grundsatz der Raumordnung berücksichtigt. Darüber werden sie

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich dies bezüglich anführen: - Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H/5H Regelung missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. -Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsender Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Wiederspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (z.B Veenker,2020). Als Ziel und Grundsatz muss gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920 m eingehalten wird. Die Belastung durch die Stromgewinnung mit WKA muss im Land gleich und gerecht verteilt werden. Sind Gemeinden bereits durch WKA belastet, soll von einer zunehmenden Belastung durch den Bau weiterer WKA abgesehen werden. Das Landschaftsbild wird durch die Windkraftanlagen beeinträchtigt, daher sehe ich eine Abschaffung jeglicher Höhenbegrenzung als falsch an. Gemeinden sollten ein Mitspracherecht haben einen Kompromiss zu finden zwischen Effizienz der WKA und einer akzeptablen Veränderung des Landschaftsbildes. Bürgerinnen und Bürger aus ländlichen Regionen werden sich von Politik und der Gesetzgebung nur berücksichtigt fühlen wenn diese ihrem Schutz und ihrem Lebensraum nicht gefährdet oder zunehmend belastet. Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage ist meine Sorge, dass die Einsatz - und Funktionsfähig verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO- Bündnisses und der Bundeswehr, (z.B Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken) durch zukünftige noch höhere Windkraftanlagen gefährdet oder weiter eingeschränkt wird. Entsprechende Stellungnahme der Bundeswehr von 2020 sind bereits bei der Feststellung von Windvorrangflächen und im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.	im Rahmen des individuellen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens geprüft.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Das die Landesregierung über die eigentlichen Flächenvorgaben der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen vergrößerung der Anlagenhöhe oder unnötigen flächenausweisungen. Andere Bundesländer sollten erstmal den Ausbau von 2 % ihres Landesfläche für erneuerbare Energie erfüllen, bevor Schleswig-Holstein noch mehr Fläche für Windenergie ausweist. Die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme sollte um 3 Monate verlängert werden. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: JUWI GmbH ID: M2448	**Stellungnahme der JUWI GmbH zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** Sehr geehrte Damen und Herren, die JUWI GmbH begrüßt die Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein, welche den planungsrechtlichen Rahmen für den Ausbau der Windenergie nach den Vorgaben des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) setzen soll. Die in diesem Rahmen ermittelten Potenzialgebiete für die Windenergie können bei sorgfältiger Ermittlung und Abwägung eine wesentliche Grundlage zum Erreichen der Klimaschutzziele leisten. Zu betonen ist allerdings, dass das WindBG lediglich Mindestflächenziele vorgibt, die planerisch bei entsprechenden Potenzialen auch erweitert werden können und sollten. Dies möchten wir in Anbetracht des fortschreitenden und immer deutlicher sichtbaren Klimawandels noch einmal hervorheben. Ein entscheidendes Jahrzehnt für die Einleitung entschiedener Klimaschutzmaßnahmen hat begonnen, dies wird auch durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz und die umfangreichen Gesetzespakete der Bundesregierung zum Ausbau der Windenergie an Land noch einmal verdeutlicht. Aufgrund der Relevanz der Anforderungen haben wir uns mit den Grundsätzen und Zielen befasst, beschränken uns jedoch auf die Punkte, die unseres Erachtens noch	Zur Forderung nach einer größeren Referenzanlage wird auf Ziffer 1.4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Forderung nach Anpassung der Abstände zu Großvogelbrutplätzen an Anlage 1 zu § 45b Abs. 1-5 BNatSchG wird auf Ziffer 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einmal geprüft werden sollten. Gerne stehen wir Ihnen für Fragen zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen i.A. [redacted] Manager Planungsrecht **1. Erörterung der Grundsätze und Ziele** **1.1 Allgemein** **1.1.1 G Festlegung einer Referenzanlage** *„Der Ausweisung der Vorrangebiete Windenergie in den Regionalplänen soll eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde gelegt werden.“* Die planaufstellende Behörde nimmt eine 200 m hohe Referenzanlage als wirtschaftlich tragfähig an und begründet dies mit den im Jahr 2023 in Schleswig-Holstein genehmigten Windenergieanlagen und deren Rotorabmessungen, Gesamthöhen und elektrischen Leistungen. Diese Argumentation ist verständlich, lässt allerdings u.a. die Betrachtung der langen Projektlaufzeiten außen vor. Es muss nicht zuletzt aus volkswirtschaftlicher Sicht darum gehen, die vorhandenen Flächen so gut wie möglich auszunutzen und so viel Stromertrag wie möglich zu generieren. Dies ist mit höheren Windenergieanlagen, die dem aktuellen Stand der Technik entsprechen, automatisch gegeben. Um die aktuellen und zukünftigen technischen Entwicklungen ausreichend zu berücksichtigen, sollte die Referenzanlage eine Gesamthöhe von 250 m nicht unterschreiten. Diese Anlagenhöhe wurde auch in der Analyse des BMWK 1 verwendet, die zur Ermittlung des Verteilungsschlüssels für das 2 % Flächenziel diente. Nicht zuletzt geht die Entwicklung der Windenergieanlagen jedoch stetig weiter und bereits jetzt weisen aktuelle Modelle (z.B. Vestas V172, Enercon E-175, Nordex N175) Höhen von bis zu 285 m auf. Die mögliche Anpassung der Referenzanlage sollte zudem aufgrund des damit einhergehenden größeren Rotordurchmessers und der Rotor-In-Planung keine Anpassung der geplanten Siedlungsabstände notwendig machen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.2 Gebiets- und Artenschutz **1.2.1 G Brutplätze windkraftsensibler Großvögel** „Um Brutplätze der nachfolgend genannten windkraftsensiblen Großvögel soll im angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden: − Seeadler: 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), − Schwarzstorch: 2.000 Meter, − Weißstorch: 1.000 Meter, − Rotmilan: 1.500 Meter. … “ Der Plangeber nennt im Plan verschiedene Abstandsbereiche für windkraftsensible Großvögel, die in der Regel eine Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenstehen sollen. Die genannten Abstandswerte gehen allerdings deutlich über die Vorgaben des Bundesgesetzgebers hinaus, der im BNatSchG in Anlage 1 zu § 45b Absatz 1 bis 5, anzuwendende Abstände definiert hat. In der Anlage 1 werden ein Nahbereich (signifikant erhöhtes Tötungs- und Verletzungsrisiko), ein zentraler Prüfbereich (signifikant erhöhtes Tötungs- und Verletzungsrisiko, aber widerlegbar oder hinreichend minderbar) und ein erweiterter Prüfbereich (Tötungs- und Verletzungsrisiko nicht signifikant erhöht) für kollisionsgefährdete Brutvogelarten definiert, wobei nur der Nahbereich die Errichtung von Windenergieanlagen regelmäßig ausschließt. Für die Ermittlung der Flächen, die nicht für die Ausweisung von Windenergiegebieten geeignet sind, sollten daher nur die im BNatSchG angegeben Werte für den Nahbereich verwendet werden. Wir schlagen daher folgende Anpassung der Umgebungsbereiche vor: − Seeadler: 500 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen) − Schwarzstorch: entfällt, da keine kollisionsgefährdete Brutvogelart − Weißstorch: 500 Meter	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	− Rotmilan: 500 Meter **<u>Zusammenfassung</u>** Wir bitten um die Beachtung sämtlicher obenstehender Belange im weiteren Verfahren und möchten im Rahmen der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 weiterhin beteiligt werden. Für ein Gespräch zu sämtlichen Ausführungen und angeführten Punkten stehen wir sehr gern zur Verfügung.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2815	Betreff: Landesplanungsbehörde, Referat IV 64 Nachricht: Stellungnahme Windenergie an Land Ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen äu nn genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch komplett eingespeist werden kann. - Außerdem fordere ich die direkte Beteiligung der Anwohner im Umkreis von 2500 m am Genehmigungsverfahren. - Ich möchte, dass der Abstand zu Orten und Einzelhäusern mindestens die 10- fache Höhe des Windrades beträgt. - Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. - Ich fordere, dass die Abgabefrist für Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Schließlich ist mir unbegreiflich, warum der Windstrom zeitweise nicht weitergeleitet werden kann, obwohl der Atomstrom aus Krümmel, Brokdorf und Brunsbüttel jahrelang ungehindert floss. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1 bis 2.5, 7.1.3, 7.2.5 sowie 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2447	Betrifft: Abschnitt Nordfriesland / Ort: Westre 25926 - Bereich Süderfeld Potentialfläche zwischen den Gemeinden Westre und Karlum/Lexgaard Zur geplanten Ausweisung der Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024) melde ich zu den geplanten Anlagen in Westre (25926) folgende Bedenken an: 1. Naturschutz Mit der Errichtung der Windkraftanlagen wird erheblich in die Natur und den Lebensraum vieler schützenswerter Tiere eingegriffen. Die direkt angrenzenden Waldgebiete des Westrer- sowie Karlumer Waldes werden durch die Errichtung massiv beeinträchtigt und verlieren ihre ökologischen Funktionen. Heimische Tiere, die ihren Lebensraum sowie Rückzugsmöglichkeiten auf der ausgewiesenen Fläche haben, werden stark eingeschränkt. In dem ausgewiesenen Gebiet sind diverse Tiere heimisch. Verschiedene Greifvögel, Störche, Kraniche, Schwäne, Zugvögel... und Säugetiere erleiden hier erheblichen Schaden. Sie werden in ihrer Entwicklung maßgeblich gestört, wenn ihre Fortpflanzungs- und Ruhestätten aus der Natur entnommen werden. Hier wird gegen 844 ff Bundesnaturschutzgesetz (Tötungsverbot geschützter Arten) verstoßen. Auch diverse Fledermausarten, die dort leben, werden durch Schall- und Ultraschall-Emissionen der Windkraftanlagen in ihrem Ortungsvermögen stark eingeschränkt. Dies widerspricht dem Schutzgedanken des Naturschutzgesetzes (842, Absatz 1). Des Weiteren liegt das ausgewiesene Gebiet in einem direkten Rastplatz verschiedener Zugvögel. Jährlich sammeln sich hier über Wochen im Oktober verschiedene Zugvögel (u.a. Schwäne und Wildgänse). Unsere Zugvögel sind dadurch nicht nur auf ihrem jährlichen Weg in den Süden stark bedroht, sie verlieren hierzulande auch zunehmend ihren Lebensraum. Die Rastplätze in dem ausgewiesenen Gebiet wurden in den letzten drei Jahren bildlich dokumentiert (eine kleine Auswahl s. Anlage). Darüber hinaus wird das Landschaftsbild, das offiziell der „öffentlichen Erholung“ dient, zerstört. Die Errichtung der Windkraftanlagen in diesem Wasserschutzgebiet der Zone III (Wasserversorgung Drei Harden) steht dem Naturschutzgesetz entgegen! 2. Gesundheit Da wir im Außenbereich wohnen, wird zu unserem Wohngebäude nur ca. 400 Meter, zu unserem Garten nur ca. 200 Meter Abstand eingehalten. Es handelt sich nicht um ein alleinstehendes Haus, in der Straße [redacted] wohnen 40 Menschen und eine	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zudem sind weitere Hinweise / Argumente enthalten, die sich unter Anderem auf das Kapitel 4.5.1.3 *(Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird hierbei auf die Ziffern 4.7, 4.9, 4.20, 4.14-16, 7.3.3, 2.5 sowie 7.2.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	weitere Straße wäre ebenfalls betroffen. Windkrafträder produzieren Infraschall. Es gibt ausreichend Forschungsergebnisse, die belegen, dass bei einer dauerhaften tieffrequenten Geräuscheinwirkung mit gesundheitlichen Folgen zu rechnen ist. Da ich eine Herzerkrankung habe, wäre es für meinen Gesundheitszustand sehr schlecht dauerhaft diesen starken Anlagen (geplant sind Anlagen von erheblicher Größe) in diesem sehr geringen Abstand ausgesetzt zu sein! Es gibt Studien, die Belegen, dass sich Infraschall u.a. negativ auf die Kraft des Herzmuskels auswirkt (Beispiel Arbeitsgruppe Infraschall an der Klinik und Poliklinik für Herz-, Thorax- und Gefäßchirurgie der Universität in Mainz). Aus diesem Grund sowie den negativen Einwirkungen von Infraschall auf das Gehirn bin ich ebenfalls besorgt um die Gesundheit meiner Kinder (Kindergarten- und Grundschulalter)! Ich bin als Lehrerin in Nordfriesland (Lehrermangel, Brennpunktschule) in dieses wunderschöne Naturgebiet gezogen und wir haben hier unser Haus gebaut, um einen erholsamen Ausgleich zum stressigen Arbeitsalltag zu haben. Aufgrund dessen fürchte ich auch um meine psychische Gesundheit! 3. Brandschutz In den beiden angrenzenden Wäldern besteht über längere Trockenzeiträume Waldbrandgefahr. Durch die Errichtung mehrerer Windkraftanlagen steigert sich die Brandgefahr durch mögliche Gondel bzw. Flügelbrände. Diese können u.a. durch Blitzschläge oder den laufenden Betrieb entstehen und weite Feuerherde verursachen. Durch den geplanten, sehr geringen Abstand zu unserem Grundstück wäre unser Haus sowie die angrenzenden Häuser akut brandgefährdet. Dafür liegt kein wirkungsvolles Brand- und Katastrophenschutzkonzept vor ! Bitte bestätigen Sie mir den Eingang meines Widerspruchs.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2069	Ich finde, dass es reicht mit immer neuen Windkraftanlagen! Sollen noch mehr davon bei zu viel Wind still in der Gegend rumstehen, wenn die Netze mal wieder - wie ja jetzt schon- überlastet sind? Wieviele Vogelzüge wollen wir denn noch durchkreuzen , wieviele Vögel zermetzeln?? Wie wäre es erst einmal mit dem Vorantreiben von Speichermöglichkeiten für die schon bestehenden WKA?? Und warum kein verstärktes Repowering?	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1, 7.2.6, 7.2.3 sowie 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2657	**Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR2_RDE_151** Sehr geehrte Damen und Herren, als Eigentümer begrüße ich grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG), aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (G) – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiege-bieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. **1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis**	zu Punkt 1: Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“, werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung. Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. Gleichzeitig soll der Grundsatz einen Abwägungsspielraum für die nachgelagerten Planungsebenen schaffen, so dass der Grundsatz bewusst offen formuliert ist. zu Punkt 2: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. zu Punkt 3: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es bleibt weiterhin bei Berücksichtigung und Einzelfallabwägung der Naturparke. Die Begründung muss nicht so detailliert ausformuliert sein, dass jede Abwägungsentscheidung quasi schon vorweggenommen wird. Eine vertiefende Erläuterung der flächenbezogenen Abwägungsentscheidungen erfolgt auf

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.000 Meter nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert bei-behalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raum-ordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. **1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung** Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: *„Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich <u>im Einzelfall</u> durch einen*	Regionalplanebene. Die Landesplanung sieht gerade die Überlagerung mit anderen Kriterien des Landschafts- und Freiraumschutzes als Indikator dafür an, dass es sich innerhalb von Naturparken um besonders wertvolle Landschaftsbestandteile handelt. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. **1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion** Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstel-lung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). **1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen** Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. <u>Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage:</u> Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; *Söfker/Hellriegel*, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- 4 B 77/94 -, juris; *Söfker/Hellriegel*, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (*Söfker/Hellriegel*, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.).	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird *„unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“*. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen *„unter anderem“* und *„ähnliche Einrichtungen“*. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. **1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich** Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbe-gründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen/besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungs-rechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. **1.6 Ergebnis** Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, je-denfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirk-same, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. **2 Kleinstbiotope** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstel-len. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte. **3 Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden.** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden. Nach der Begründung B zu 14 sei die Hauptzielsetzung der Naturparke Schlei, Hüttener Berge, Westensee, Aukrug, Holsteinische Schweiz und Lauenburgische Seen in Schleswig-Holstein, die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu sichern sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu erhalten. Insofern bestünde eine besondere Bedeutung für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie für Tourismus und Erholung. Auch wenn die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energie nicht explizit vorgesehen sei, sei in Teilbereichen eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich, ohne die genannten Funktionen der Naturparke wesentlich zu beeinträchtigen. Zunächst bleibt auch mit der Begründung B zu 14 vage, was „die besonderen Funktionen von Naturparken“ sind. Damit bleibt aber auch für den Abwägungsprozess	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	offen, wann nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung auszugehen ist. Der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 wird mit Bezugnahme auf § 16 LNatSchG gerechtfertigt (B zu 14). Danach sind Naturparke durch Allgemeinverfügung er-klärte großräumige Gebiete, die (1.) zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und (2.) sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Die Erklärung zum Naturpark bestimmt u.a. den Umfang seiner Aufgaben sowie die Schutz- und Entwicklungsziele. Wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept wird die Hauptzielsetzung unter B zu 14 (vgl. vorstehende Ausführung) benannt. Aufgrund der thematischen Überlagerung mit anderen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung (Kapitel 4.5.1.3 Absatz 2 Z – Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z – Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche) droht eine abwägungsfehlerhafte doppelten bzw. mehrfache Berücksichtigung des Grundsatzes der Raumordnung Naturparke. Mit Blick auf die gesetzliche Wertung des § 16 Abs. 1 Nr. 1 LNatSchG ist maßgeblich, ob Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler als wesentliche Teile des Naturparks und von diesen her als geschützter Teil von Natur und Landschaft betroffen sind. Insofern sollte in der Abwägung nur dann der Naturpark sich durchsetzen können, wenn solche Gebiete die Potenzialfläche umlagern. Dabei schlägt aber auch die Neubewertung von Landschaftsschutzgebieten (vgl. dazu 4.5) auf die Abwägung im Kontext der Naturparke durch, sodass nur ausnahmsweise ein Naturpark wegen Betroffenheit eines Landschaftsschutzgebiets Relevanz haben kann. **3.1 Praxisbeispiel** Die Potenzialfläche PR2_RDE_151 in der Gemeinde Dörphof liegt im Randbereich des Naturparks Schlei und bietet somit bereits einen ersten Ansatzpunkt für eine differenzierte Abwägung. Da die Fläche nicht zentral im Naturpark liegt, sondern an dessen Rand, ist eine mögliche Beeinträchtigung der wesentlichen Funktionen des Parks – wie der Erhaltung des Landschaftsbildes und der touristischen Attraktivität – potenziell geringer. Dieser Standort im Randbereich minimiert die Sichtbarkeit der Windenergieanlagen (WEA) von den landschaftlich reizvollen und touristisch stark	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	frequentierten Gebieten des Naturparks, was die visuelle Integrität und Erholungsfunktion weitgehend bewahrt. Ein weiteres starkes Argument für die Ausweisung dieser Potenzialfläche ergibt sich aus der Tatsache, dass in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen umgesetzt wurden. Dies zeigt, dass die Standortkriterien bereits früher als geeignet eingeschätzt wurden, und legt nahe, dass der Bau zusätzlicher Anlagen hier keine grundsätzliche neue Beeinträchtigung darstellt. Die bestehenden Genehmigungen schaffen einen Präzedenzfall, der die Erweiterung auf weitere moderne Anlagen unterstützen könnte, ohne dass die Schutzfunktionen des Naturparks wesentlich beeinträchtigt werden. Zusammengefasst zeigt sich, dass die Potenzialfläche PR2_RDE_151 durch ihre Randlage und die bereits vorhandenen WEA eine hervorragende Möglichkeit bietet, die Nutzung von Windenergie zu fördern bzw zu erweitern, ohne die wesentlichen Funktionen des Naturparks Schlei, wie den Schutz der Landschaft und den Erholungswert, erheblich zu beeinträchtigen. Die Erweiterung um moderne Anlagen würde zudem die Konzentrationswirkung verstärken und damit weiteren Zersiedelungen vorbeugen, was wiederum im Sinne der Raumordnung ist. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] [redacted] [redacted] **Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR2_RDE_150**	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, als Eigentümer begrüße ich grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG), aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (G) – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiege-bieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Meter (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. **1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Meter nicht erforderlich** Es ist zunächst nachvollziehbar, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Meter als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehene Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 (G)) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten diese Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)) Rechnung getragen. **1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung** Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass nach der Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)), dem erheblichen Interesse der effektiven Nutzung von Infrastruktur sowie Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht schon ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vor-belastung durch eine Windenergienutzung besteht“. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 (G) – Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. **1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion** Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstel-lung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (Z)). **1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen** Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffen fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Uneindeutig oder jedenfalls klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbe-baute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließende Gartenbereiche, Scheunen o.ä. noch auf dem jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die kein Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiet zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Er-hebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wir auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Einen über 800 m weitergehenden Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine große und damit nicht nachvollziehbare Offenheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtun-gen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung, um Nachvollziehbarkeit sicherzustellen. **1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich** Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbe-gründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Meter nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. **1.6 Ergebnis** Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, je-denfalls dringend eine verbindliche Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirk-same, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. **2 Kleinstbiotope** Zudem sollen gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1, Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrere Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf Null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson	Sehr geehrte Damen und Herren,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: 2068	zu dem aktuellen Entwurf des Landesentwicklungsplans möchten wir nachfolgende Stellungnahme abgeben: Der Entwurf des Landesentwicklungsplans sieht keine landesplanerischen Vorgaben für den Denkmalschutz vor. Dies ist für uns als Eigentümer eines bedeutenden Kulturdenkmals nicht nachvollziehbar. Unser Kulturdenkmal, das Gut [redacted], liegt in einem ausgewiesenen Kernbereich für Tourismus und Erholung. Gut [redacted] ist ein Kulturdenkmal mit einem besonderen geschichtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen und die Kulturlandschaft prägenden Wert, dessen Erhalt im öffentlichen Interesse liegt. Aktuell planen verschiedene Investoren die Errichtung von Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe von Gut [redacted]. Die Umsetzung des Planungsstandes würde eine erhebliche Beeinträchtigung des Kulturdenkmals darstellen. Diese Problematik sehen wir für alle bedeutenden Kulturdenkmale in Schleswig-Holstein. Aus unserer Sicht ist es unabdingbar, dass – wie im vorherigen Landesentwicklungsplan/-Gesamträumliches Planungskonzept – landesplanerische Vorgaben zum Schutz von Denkmalen aufgenommen werden. Die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sind nach § 4 Abs. 1 Denkmalschutzgesetz in die städtebauliche Entwicklung, Landespflege und Landesplanung einzubeziehen und bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen. Zwar verweist Nummer 4.5.1.5 Abs. 1 allgemein auf Belange des Denkmalschutzes. Indessen halten wir *konkrete* Vorgaben für erforderlich und förderlich. Wir schlagen vor, dass bei der Aufstellung der Regionalpläne für Windenergiegebiete folgen-de Abstände vorgesehen werden müssen: • 800 m um gesetzlich geschützte Kulturdenkmale, • 2.000 m um gesetzlich geschützte Kulturdenkmale, die weithin sichtbar sind oder sich in beeindruckender Höhenlage oder bedeutender Einzellage befinden,	Die Belange des Denkmalschutzes werden durch die Festlegung des gleichnamigen Kriteriums in Form eines Grundsatzes der Raumordnung gewürdigt und finden in der Flächenabwägung auf Ebene der Regionalplanung Berücksichtigung. Die Betroffenheit von Denkmalen ist sehr individuell und von vielen Umgebungsfaktoren abhängig, weshalb pauschale Abstandsfestlegungen den rechtlichen Anforderungen der Bestimmtheit und Bestimmbarkeit von Zielen der Raumordnung nicht gerecht würden. Den schleswig-holsteinischen UNESCO-Welterbestätten kommt indes eine herausragende Bedeutung zu, weshalb ihre baulichen Strukturen sowie Umgebungsbereiche durch die Festlegung von Zielen der Raumordnung geschützt werden. Als Grundlage der Ziel-Festlegung dienen Gutachten sowie die Welterbe-Managementpläne. Entsprechende Grundlagen fehlen im vorliegenden Fall, weshalb aus der dargelegten kulturellen Relevanz kein herausragender Schutzbedarf abgeleitet werden kann.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• 5.000 m um für die historische Kulturlandschaft, bedeutsame Stadtsilhouetten oder Ortsbilder sowie Sachgesamtheiten und Mehrheiten baulicher Anlagen, sofern nicht im Einzelfall im Rahmen einer vertieften Abwägung auf Ebene der Regionalplanung nachgewiesen wird, dass die Belange des Denkmalschutzes durch die Ausweisung eines Windenergiegebiets nicht berührt werden. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie die Belange des Denkmalschutzes in dieser Weise im Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans berücksichtigen könnten. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2067	Am 14.08.24 stellten Investoren ihre Pläne zur Windkraftplanung in 24217 Barsbek/Passade in einer Bürgerinformationsveranstaltung vor. Es sind 6 Windräder mit einer Höhe von 250m geplant. Ich bin gegen die Aufstellung von Windrädern im Bereich des Gemeindegebietes 24217 Barsbek. • Bestehende und geplante Windräder entlang einer gedachten Linie von Laboe über Brodersdorf, dann Barsbek/Passade, weiter über Fiefbergen bis hin nach Krummbek/Stakendorf bilden eine große Hemmschwelle für den seit Jahrhunderten in dieser Region stattfindenden Vogelzug. • Eine Ornithologische Untersuchung zum Windenergiekonzept des Kreises Plön aus Mai 1996 (Verfasser: Dipl. Biol. Bernd Koop, Lebrade) hat ergeben, dass von den 3 bis 6 Millionen Tagziehern und 20 bis 25 Millionen Nachtziehern p.A. ein wesentlicher Teil der Vögel in 2 von 3 Flugrouten den Bereich der Probstei und hier insbesondere das Gemeindegebiet Barsbek bzw. das Zielgebiet der 6 Windräder (250m hoch) durchfliegt. Es handelt sich hierbei um die Vogelfluglinie (1) und den baltischen Wasserzugweg (2). Je nach Eislage	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Weiterhin beinhaltet sie Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 3.8 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich werden Hinweise / Argumente aufgeführt, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Dieser Teil der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.17 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	schlafen die Vögel am Barsbeker See, Passader See oder auf der Ostsee (Verfasser: JEROMIN, K. & B. KOOP: Zusammenfassung der Anhang-I-Arten-Berichte 2002-2007). Die Vögel fliegen dabei in einer Höhe von 25m bis 150m. Da die Windräder genau bis in diese Höhe reichen, ist eine Gefährdung nicht auszuschliessen. "Da sich der Vogelzug vor allem auf die nördlichen Bereiche der Probstei konzentriert, sind folgende Gemeindegebiete für die Errichtung von Windenergieanlagen ungeeignet: Heikendorf, ..., Barsbek, Prasdorf" (Verfasser: Dipl. Biol. Bernd Koop, Lebrade, Mai 1996). • Im Gemeindegebiet 24217 Barsbek war über einen sehr langen Zeitraum (bis 2018) ein Seeadlerpärchen. Es endete 2018 nachdem der Horstbaum durch Unbekannte gefällt wurde. Das Seeadlerpärchen hatte dann einen Horst in der Nachbargemeinde Krokau (Quelle: ORNITHOLOGISCHE STELLUNGNAHME ZU DER WINDENERGIE-VORRANGFLÄCHE (KREIS PLÖN, GEMEINDEN PASSADE, FIEFBERGEN, FAHREN) 09. Dezember 2018). Das Gemeindegebiet Barsbek eignet sich auch weiterhin als Brutgebiet für Seeadler. Wegen der Kollisionsgefahr der Seeadler mit den Windrädern Barsbek kein Plangebiet für Windräder werden. • Sonstiges: Flughafen Holtenau: An und Abflüge erfolgen über große Bereiche des Kieler Stadtgebietes und des Kieler Umlandes. Schon weit vor Erreichen des Aufsetzpunktes werden Höhen von weit unter 1000 m geflogen. Die Anflughöhen über Heikendorf liegen bei 150-200 m. Die Flugzeuge fliegen regelmäßig in niedriger Höhe über das Gemeindegebiet Barsbek. (Quelle: http://www.airport-kiel.com/wer ist betrofffen.htm).Einzelgehöfte und Splittersiedlungen: Sie müssen denselben Anspruch auf Mindestabstände wie für Ortslagen erhalten (bestehend aus 250 m gem. hartem Tabukriterium und 550 m gem. weichem Tabukriterium).	Außerdem werden Hinweise / Argumente genannt, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Auch dieser Teil wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch ebenfalls nicht zu einer Änderung des Planentwurfs. Es wird auf die Ziffer 2.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2608	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024	Die Stellungnahme positioniert sich grundsätzlich positiv zum Entwurf des LEP Windenergie, was zur Kenntnis genommen wird. Sie beinhaltet darüber hinaus Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellungnahme zur Teilfortschreibung 03.09.2024 Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Koll, In dem Beteiligungsverfahren für den ersten Entwurf möchten wir eine positive Stellungnahme für den Ausbau von Windenergie in unseren Gemeinden abgeben. Wir sind grundsätzlich für die Ausweisung von Windenergieflächen im Landesinneren, sofern diese den vorgeschlagenen Kriterien entsprechen. Über die Ausweisung von Windenergieflächen und den Betrieb von Windparks haben wir uns, wie viele Bürger, in den letzten Jahren immer wieder informieren können, es sind zahlreiche Artikel zum Thema erschienen. Es sind einige Windparks in der entfernteren Nachbarschaft entstanden, deren positive Entwicklung und Betrieb wir verfolgen können. Auch unsere Region ist als Windstandort gut geeignet, leider mussten wir auf der Karte in den vorangehenden Beteiligungsverfahren feststellen, dass in der Region östlich von Heide und auf der Hohen Geest stets nur unwesentliche Neuausweisungen für Windparks vorgenommen und große Potentialflächen nicht berücksichtigt wurden. Nach Einsicht und Prüfung der veröffentlichten Unterlagen für die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) stellt sich dies nun anders dar, was wir sehr begrüßen. Dies betrifft auch Potentialflächen in unserem Umfeld, in dem Gebiet zwischen den Ortschaften Weimbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt gelegen. Aus den nachfolgenden Gründen bitten wir um Aufnahme der Fläche zwischen den geschilderten Orten als Vorrangfläche für Windenergie. Grundlage sind die im aktuellen Beteiligungsverfahren veröffentlichten Kriterien als Ziele und Grundsätze der Landesentwicklungsplans. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung: Fachliche Argumente/Kriterienkatalog, standortbezogen Bei den nachfolgenden Argumenten und Einwendungen beziehen wir uns auf eine Rohpotenzialfläche, die in der Karte Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie aus Juni 2024	allgemeinen Synopse verwiesen. Zu militärischen Belangen: Richtfunktrassen werden bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie im Einzelfall bewertet; sie führen nicht zu einem pauschalen Ausschluss von Vorranggebieten Windenergie. Die Festlegung von Höhenbegrenzungen auf Ebene der Regional- und Bauleitplanung ist ausgeschlossen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	abgebildet ist. (Sie ist nicht Bestandteil der veröffentlichen Beteiligungsdokumenten.) Für den Standort zwischen den Orten Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide Tellingstedt, Landkreis Dithmarschen, wird in der veröffentlichten Potenzialflächenkarte eine mögliche Windvorrangfläche abgebildet. Die abgebildete Fläche stellt das Projektgebiet „Bürgerwindpark Schrum-Wembüttel“ dar und liegt in einem stark windhöffigen Raum in den zuvor genannten Gemeinden. Das betrachtete Gebiet wird von verschiedenen Seiten durch einzuhaltende Abstände zur Einzelwohnhäusern sowie im Osten und Westen durch Wohnbebauung der Gemeinden Immenstedt und Schrum im Westen im Außenbereich begrenzt. Das Gebiet wurde von uns als regional ausgerichtete Planungsgemeinschaft seit vielen Jahren überplant. Es wurde aufgrund von Landschaftsschutzgebietsausweisungen im vorangehenden Regionalplanverfahren nicht weiter betrachtet, abgewogen und ausgewiesen. Wir beschäftigen uns seit Jahren intensiv mit Gebiet. Auszug Karte: Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie Für das in Frage kommende Gebiet wurden Untersuchungen und Planungen in der Zwischenzeit ausgeführt, auch sind durch die anderen Beteiligungsverfahren (Landesentwicklungsplan) viele Informationen zu den Umweltbelangen veröffentlicht worden. Die beschriebene, weiträumige Fläche liegt auf der Hohen Geest, ist sehr wenig bewaldet und wird bereits intensiv zur Landwirtschaft mit Ackerbau und Grünland genutzt. Die für einen Windpark erforderlichen Abstände zu Ortschaften können eingehalten werden. Zu den einzelnen Kriterien: 1. Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern 2. Beeinträchtigung Großvögel 3. Waldabstand 4. Landschaftsschutzgebiete 5. Militärische Belange	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	6. Schwerpunktbereich Tourismus und Erholung 7. Gewässerschutz 8. Schutz- und Biotopverbunde 1. Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern- Ziel Das mögliche Windeignungsgebiet ist so groß, dass die geplanten Abstandsforderungen eingehalten werden können. Die Beibehaltung der Rotorin-Planweise schafft zusätzlich genügend Abstand. Dieser wird zumeist häufig auch durch die erforderlichen Abstände aufgrund der Belastungen durch Schall und Schattenwurf übertroffen. In der Regel führen die Vorgaben für die Einhaltung der Emissionen zu noch zu größeren Abständen. Auch dies ist Bestandteil des eigentlichen Genehmigungsverfahrens und dort zu prüfen. Nach wie vor ist eine ausreichende Potentialfläche auf der Fläche vorhanden. 2. Beeinträchtigung Großvögel- Grundsatz Um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln soll im angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Hier möchten wir darauf hinweisen, dass weiter differenziert werden sollte bei der Festlegung von Tabuzonen um Horste von Großvögeln. Gerade durch Entwicklung und Einsatz neuer Techniken (ProTecBird) und Schaffung von Lenkungsflächen sollten bei bestandsreichen Arten, beispielsweise wie Storche und Rotmilan durch geeignete Maßnahmenkonzepte Artenschutzkonflikte zu bewältigen sein. Die Großvögel können so erfolgreich geschützt werden. Der großräumige Ausschluss von Potenzialflächen um Horste sollte daher auf die Ebene der Einzelfallbetrachtung verlagert werden und nicht von vorneherein zum Ausschluss einer Fläche für Windstandorte führen. Der Ausschluss von besonders sensiblen Flächen mit großflächig vorkommenden besonders schützenwerten Arten hingegen ist für uns in Ordnung. 3. Waldabstand Der vorgeschlagene, einzuhaltende Abstand zu Waldflächen von 30 m ist für uns in Ordnung. Zu den vorhandenen Flächen kann für die Planfläche genügend Abstand	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gewahrt werden. 4. Landschaftsschutzgebiete Die neue Gewichtung dieses Kriteriums möchten wir ausdrücklich befürworten. Es ist Bürgern zuzumuten, auf Windenergieanlage zu schauen. 5. Militärische Belange- Ziel Auch dieser Belange sollten auf Ebene der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden. Beispielsweise lineare militärische Richtfunktrassen können bei der Planung eines Gebiets mit Windstandorten Berücksichtigung finden. Die in dem Gebiet liegende Richtfunktrasse quert die Fläche, beeinflusst die mögliche Standortplanung jedoch kaum. Sie führt nur zu einer minimalen Einschränkung der Eignungsfläche. 6. Tourismus und Erholung- Ziel und Grundsatz Grundlegend weisen wir darauf hin, dass die Tatbestandsmerkmale „Erholung" und „Tourismus" durchaus verschieden und damit unterschiedliche Abwägungsbelange sind. Es sollten nur Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung (wenn überhaupt) von dem Ausbau der Erneuerbaren ausgenommen werden, Kernbereiche oder Vorbehaltsgebiete hingegen nicht. Bei Umfragen bei Touristen werden Windenergieanlagen regelmäßig als regionsprägend und positiv bewertet. Die Erholung ist ein öffentlicher Belang, der gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und damit auch bei den Regionalplänen zu berücksichtigen ist; das gleiche gilt für den Tourismus als Wirtschaftsfaktor(§ 1 Abs. 6 Nr. 8 lit. a BauGB). Der „Erholung" im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB dienen neben Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen auch Frei- und Grünflächen, während der Tourismus zu den Belangen der „Wirtschaft" gehört. Der „Erholung" dienen die hier streitgegenständlichen Bereiche nicht, zumal laut Textteil des Regionalplanentwurfs diese Kernbereiche für Erholung in guter Zuordnung zu den Ober- und Mittelzentren als Naherholungsgebiete liegen sollen, während die einzig größere Ortschaft in der Nähe, nämlich Tellingstedt, bei der Landesplanung nur als Unterzentrum geführt wird. Tourismus als wirtschaftlich relevanter Faktor findet kaum statt. Auch sollte diese Darstellung als Vorbehaltsgebiet nicht von vornherein dazu führen, dass die betroffenen Flächen von einer Nutzung zur regenerativen Stromproduktion	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ausgeschlossen werden. 7. Taträume an Gewässern Das Gebiet wird durch die Fließgewässer durchzogen. Die einzuhaltenden Abstände können in der Standortplanung berücksichtigt werden. Die Einschränkungen sind nicht so gravierend, dass das Gebiet sich erheblich vermindern würde. 8. Schutz- und Biotopverbunde In gesetzlich geschützten, flächenhaften, unmittelbar räumlich zusammenhängenden Biotopen mit einer Größe von insgesamt mindestens fünf Hektar soll die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen werden. Diese Gewichtung befürworten wir. Schwerpunktbereich Schutzgebiet und Biotopverbund Dieses Kriterium wird im BlmSchG-Verfahren untersucht und bewertet. Biotopschwerpunktbereiche in vergleichbaren Größenverhältnisse, sollten wie zusammenhängende gesetzlich geschützte Biotope kategorisch für den Ausbau der Windenergie ausgeschlossen werden. Randbereiche sowie Biotopverbundachsen sollten dabei einer Abwägung zugänglich sein. Dementsprechend können Biotopschwerpunktbereiche ab 5 Hektar vom Grundsatz zum Ziel gewandelt werden. Weitere Punkte/ Argumente Verfahren Wir begrüßen grundsätzlich das geplante Verfahren, die Kriterien zur Ausweisung von Windeignungsflächen im Landesentwicklungsplan gesetzlich zu verankern. Gleichzeitig werden die Kriterien neu gewichtet und bewertet. Auch folgt das Land Schleswig-Holstein zum einen den neuen Anforderungen des geänderten Bundesrechts und schafft zum anderen die notwendigen Rahmenbedingungen für Klimaschutz, Energiewende und dringend benötigtem Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Festsetzung von bestimmten Kriterien als Ziele, die der Abwägung nicht zugänglich sind und als Grundsätze, die in der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden können, schafft einen einheitlichen Verfahrensrahmen für verschiedene Ausweisungsverfahren. Durch die Beibehaltung der Rotorin-Lesart werden die politischen und verträglichen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ziele der Landesregierung, genügend Abstand zu Wohnbereichen, weiterverfolgt. Auch der Wegfall von der bislang geltenden Ausschlusswirkung kann im Einzelfall sinnvolle Ausweisung von Windeignungsflächen in bestimmten Lagen ermöglichen. Die neue Positivplanung ermöglicht, große, stark windhöffige Gebiete im Landesinneren, die bislang vor allem durch Landschaftsschutzgebietsausweisungen keine Berücksichtigung fanden, für die erneuerbare Stromproduktion zu erschließen. Flächen, die zum Teil wesentlich besser geeignet sind, zum Beispiel aufgrund ihrer größeren Entfernungen von Siedlungen und Häusern als an der Küste, werden im laufenden Verfahren nun aufgenommen. Die ungleichmäßige Verteilung und eindeutige Bevorzugung der Küstenregion stellen ein soziales Gefälle für die Gemeinden und Bevölkerung dar. Die Wertschöpfung darf aber nicht weiter so ungerecht verteilt sein. Insgesamt unterstützen wir daher das vorgesehen Verfahren, die Grundsatzbeschlüsse der Landesregierung zur Windenergieplanung vom Dezember 2023 auf Ebene des Landesentwicklungsplans umzusetzen. Klimaschutzziele Aus Gründen der Klima- und Energiepreiskrisen ist weiterer Flächenbedarf eindeutig ersichtlich. Dies definiert den an sich vorhandenen Ermessensspielraum neu. Wir befürworten den Ausbau von Emeuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, auch in unserer Gemeinde, da wir die Energiewende und Grüne Energie gut finden. Sie stärkt die Wertschöpfung des Ländlichen Raums und birgt längst nicht die Gefahren von Atomkraft. Der Bedarf von klimaneutraler Energie wird sich gerade an der Westküste mit den Standorten wie Brunsbüttel und Heide enorm durch Transformation der Industrieversorgung, Mobilität und private Haushalt massiv steigern. Auch können zukünftig die verschiedenen geplanten Stromleitungen den erzeugten Strom Offshore und Onshore wegführen. Schleswig-Holstein erhält eine historische Chance, seine Wirtschaftlichkeit zu steigern. Zusammenfassung In der Zusammenfassung ermöglichen die aktuellen Abwägungskriterien große neue Windvorrangflächen in unserer Region.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Auch in den anfangs genannten Orten ist eine Potentialfläche für den Windenergieausbau möglich. Die Kriterien und der Zuspruch in der Bevölkerung lassen einen Wegfall des Gebiets nicht zu. Wir befürworten daher die Verfahrensweise der Verankerung der Kriterien zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im Landesentwicklungsplan und - bitten um die Aufnahme des Gebiets zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt als Vorranggebietsfläche für Windenergie im zukünftigen Regionalplan Sachthema Wind. Mit freundlichen Grüßen,	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2896	(Verlust des Gebäudewertes/persönlich betroffen:) • Viel zu hohe Anlagen!!! • zu geringe Abstände! (Wohngebieten, Einzelhäuser) • Kontaminierung (durch Plastik/ Kunststoffrückstände-Feinpartikel) der Boden (Ackerflächen) • Viel zu hohe Lärmentwicklung (Geräusche im Betrieb) • Schattenschlag der Rotorblätter • Infraschall/ durchdringt dicke Wände und das km weit! • Gefahren für Mensch und Tier, Umwelt durch defekte oder brennende Anlagen! • schlechte Speicherung der Erzeugten Energie! • Entsorgung der alten Anlagen und deren Einzelteilen (GFK und Karbonverbindungen) (kein Recycling)! Mein Fazit: Aufgrund der einzelnen Punkte und deren Gefahren für das menschlichen Wohl/	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zusammenleben, kein Plan für die spätere Entsorgung, Gesundheitsschäden mit Spätfolgen, es gibt keine Studien, Einschränkungen der persönlichen Lebensräume, optische Beeinträchtigung des Landschaftbildes, Verunreinigen des Ackerbodens, erhöhte Strom und Energiekosten usw. bin ich der Meinung und zu dem Entschluss gekommen, das die Anlagen bis auf den Strom den sie liefern wenn sie denn in Betrieb sind nur Nachteile bringen und ich persönlich auf Auffassung bin das ein weiteres Aufstellen dieser Anlagen kein Sinn macht sondern Probleme schafft die wir vorher nicht hatten!!! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2388	Sehr geehrte Damen und Herren, in der Anlage finden Sie meine Stellungnahme zum LEP 2024 im Rahmen des laufenden Beteiligungsverfahrens. Ich bitte um eine schriftliche Eingangsbestätigung meiner Stellungnahme. Vielen Dank im voraus! Mit freundlichen Grüßen [redacted] Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 1. Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriter ien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (z.B. Veenker, 2020). • Als Ziel und Grundsatz muss gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 2.1 bis 2.5, 3.15 bis 3.18, 4.5, 5.9, 7.1.1, 7.1.3, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.12, 7.3.7, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	von mindestens 920m eingehalten wird. • Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel, nach einem Brandereignis mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. • Für o.g. Ereignisse müssen Haftung und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab festgelegt werden. • Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnende und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet. 2. Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. - Gerade durch die o.g. Abschaffung dieser Regel wird es sonst zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung. Damit verbunden ist meine Sorge und die Gefahr, dass sich in der Folge viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden werden. 3. Aus den bereits genannten Akzeptanzgründen aber auch im Sinne der Schutzbedürftigkeit der Anwohnerinnen und Anwohner und Schaffung möglichst gleicher Lebensverhältnisse im Land ist das Kriterium der Vorbelastung und die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA kontraproduktiv. Es soll, wie von der Landesplanung generell angestrebt, eine Gleichverteilung erfolgen. Durch Windenergiegebiete oder Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gemeindegebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. 4. Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz. 5. Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u.a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. 6. Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. 7. Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus – einem bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins. 8. Es steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung, dass z.B. die mögliche Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101 einen unzureichenden Abstand zu festgelegten Siedlungsbereichen (hier der Siedlungsachse Kiel–Melsdorf–Felde) aufweist. Generell muss als Ziel und Grundsatz der Raumordnung definiert werden, dass zu festgelegten bzw. geplanten Siedlungsbereichen/-achsen ein Abstand von Vorrang- und Potenzialflächen von mindestens 1000m	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(800m + 200m Sicherheitspuffer) einzuhalten ist. [redacted] [redacted] [redacted]	
Gruppe ID: G2065 Anzahl: 3 (IDs: 2062, 2065, 2066)	Sehr geehrte Damen und Herren, zu dem aktuellen Entwurf des Landesentwicklungsplans möchten wir nachfolgende Stellungnahme abgeben: Der Entwurf des Landesentwicklungsplans sieht keine landesplanerischen Vorgaben für den Denkmalschutz vor. Dies ist für uns als Eigentümer eines bedeutenden Kulturdenkmals nicht nachvollziehbar. Unser Kulturdenkmal, das Gut [redacted] in [redacted], liegt in einem ausgewiesenen Kernbereich für Tourismus und Erholung. Gut [redacted] ist ein Kulturdenkmal mit einem besonderen geschichtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen und die Kulturlandschaft prägenden Wert, dessen Erhalt im öffentlichen Interesse liegt. Aktuell planen verschiedene Investoren die Errichtung von Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe von Gut [redacted]. Die Umsetzung des Planungsstandes würde eine erhebliche Beeinträchtigung des Kulturdenkmals darstellen. Diese Problematik sehen wir für alle bedeutenden Kulturdenkmale in Schleswig-Holstein. Aus unserer Sicht ist es unabdingbar, dass – wie im vorherigen Landesentwicklungsplan/-Gesamträumliches Planungskonzept – landesplanerische Vorgaben zum Schutz von Denkmalen aufgenommen werden. Die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sind nach § 4 Abs. 1 Denkmalschutzgesetz in die städtebauliche Entwicklung, Landespflege und Landesplanung einzubeziehen und bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 6.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die geforderten Abstände zu Kulturdenkmalen würden zu erheblichen Verlusten an Potenzialfläche für die Windenergienutzung führen. Andere Schutzbelange könnten dann nicht mehr im erforderlichen Maße geschützt werden, weil sonst der Flächenbeitragswert nach WindBG nicht erreichbar wäre.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zwar verweist Nummer 4.5.1.5 Abs. 1 allgemein auf Belange des Denkmalschutzes. Indessen halten wir *konkrete*Vorgaben für erforderlich und förderlich. Wir schlagen vor, dass bei der Aufstellung der Regionalpläne für Windenergiegebiete folgen-de Abstände vorgesehen werden müssen: • 800 m um gesetzlich geschützte Kulturdenkmale, • 2.000 m um gesetzlich geschützte Kulturdenkmale, die weithin sichtbar sind oder sich in beeindruckender Höhenlage oder bedeutender Einzellage befinden, • 5.000 m um für die historische Kulturlandschaft, bedeutsame Stadtsilhouetten oder Ortsbilder sowie Sachgesamtheiten und Mehrheiten baulicher Anlagen, sofern nicht im Einzelfall im Rahmen einer vertieften Abwägung auf Ebene der Regionalplanung nachgewiesen wird, dass die Belange des Denkmalschutzes durch die Ausweisung eines Windenergiegebiets nicht berührt werden. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie die Belange des Denkmalschutzes in dieser Weise im Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans berücksichtigen könnten. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Gemeinde Trittau, FB Bau und	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegend erhalten Sie die Stellungnahme der Gemeinde Grande mit der Bitte um Berücksichtigung.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel), 4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* und 4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz) des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Projektmanagement ID: 2057	Mit freundlichen Grüßen [redacted] Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 erster Entwurf Juni 2024 hier: Stellungnahme der Gemeinde Grande Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Grande nimmt den Entwurf aus Juni 2024 zur Teilfortschreibung Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans zur Kenntnis. Grundsätzlich begrüßt die Gemeinde Grande das Inkrafttreten des Bundesgesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land und der damit verbundenen raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung durch die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes sowie die Neuaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land in Schleswig-Holstein. Das Land Schleswig-Holstein ist bereits jetzt eines der Bundesländer, die einen großen Beitrag zur Windenergie leisten. Umso wichtiger ist eine die Bevölkerung sowie Tier- und Umwelt schützende Planung und Ausweisung entsprechender Kriterien für die weitere Ausweisung von Windenergiegebieten. Aufgrund der geplanten Positivplanung gibt es keine harten, mittleren und weichen Tabukriterien mehr. Zu den zukünftigen Auswahlkriterien zum Flächenausschluss	wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 1.5.1, 2.5.1, 4.20.1 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	möchte die Gemeinde wie folgt Stellung beziehen: Nr. 4.5.1-4Z Die Aufhebung von Höhenbegrenzungen von Windkraftanlagen sind für das Landschaftsbild als auch für den Schutz der Bevölkerung nicht zuträglich. Die Gesamthöhe von zulässigen Anlagen sollte eine Höhe von 220 Metern nicht überschreiten und im LEP als maßgebliches Kriterium festgelegt werden. Die Rotor-Inn-Planung soll weiterhin präferiert werden. Nr.4.5.1.1-1Z Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind nur in einem Umgebungsbereich von 400 Metern um Einzelhäuser und Splittersiediungen im Außenbereich ausgeschlossen. Hierbei wird jedoch außer Acht gelassen, dass im gleichen Zuge die Höhenbegrenzung aufgehoben wird. Die bedrängende Wirkung als auch Lärm- und Verschattungsauswirkungen werden damit nicht mehr beachtet, obwohl die Anlagen deutlich höher werden können als in den alten Planungen. Mit dem geplanten Aussetzen der 3-H/ 5-H Regelung wird der Abstandspuffer zu Wohngebäuden nicht mehr mit der realen Höhe der Windanlagen in Korrelation gesetzt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und hat damit eine unmittelbare Auswirkung auf Anwohnende und/oder Gewerbetreibende im Außenbereich. Dies gilt ebenfalls im unbeplanten Innenbereich nach $ 34 BauGB als auch in überplanten Gebieten gem. $ 30 BauGB, wo die Abstandspuffer auf 800 Meter festgesetzt werden. Die Gemeinde Grande regt an, die Abstände für den Innenbereich auf 1.000 Meter zu erweitern, um den Schutz der Bevölkerung weiterhin zu erhalten und Belastungen zu minimieren. Nr. 4.5.1.1.-2Z Insbesondere im Außenbereich könnten die Windkraftanalagen unabhängig ihrer Höhe sehr nah an die besiedelten Siediungsgebiete oder Einzelhäuser heranrutschen. Dem Schutz der dort lebenden Bevölkerung wird damit nur unzureichend Rechnung getragen. Der Abstand von pauschal 400 Meter zu jeglichen Windkraftanlagen, unabhängig ihrer Gesamthöhe, zu Siedlungsbereichen ist zu gering. Insbesondere bei großen Windkraftanlagen mit größerem Rotordurchmesser ist mit höheren Lärmbelastungen zu rechnen als bei kleineren Anlagen. Ausgehend von der ehemaligen 3-H-Regelung sollte der Abstand der Anlagen zu Siediungen und Einzelhäusern mindesten 525 Meter betragen. Der Abstand ergibt sich 3-fachen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Höhe der Anlage abzgl. des halben Rotordurchmessers. Zugrundeliegend sind als Ausgangswert die heute deutlich höheren Anlagen von bis zu 250 Metern. Schleswig-Holstein hat für die Referenzanlage eine Höhe von 200 Meter und einen Rotordurchmesser von 150 Meter gewählt. Dies würde in Analogie zu bisher zu einem Abstand von rund 600 Meter führen (abzüglich des halben Rotordurchmessers). Aus den vorgenannten Gründen sollte die Anlagenhöhe bei der Ausweisung der Gebiete und der Bemessung der Abstände zu bewohnten Gebieten weiterhin eine maßgebliche Rolle spielen. Außerdem muss die optisch bedrängende Wirkung mehr Beachtung finden im Rahmen der Kriterienfestlegung im LEP. Zudem muss im weiteren Verfahren und auch in der Neuaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land verhindert werden, dass eine Umzingelung von Siedlungen und Außenbereichsgebieten mit Splittersiedlungen oder Einzelhäusern entstehen kann. Nr. 4.5.1.3-17G Bei der Festlegung der Abstände zu Brutstätten von Windkraftsensiblen Großvögeln sind je nach Vogelart unterschiedliche Radien festgelegt worden. Fraglich ist der geringere Abstand zu Brutstätten des Weißstorches und des Rotmilans, obwohl diese ebenfalls besonders schützenswert sind. Eine Erhöhung der Abstände auf ebenfalls 2.000 Meter hält die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeinde Grande für angemessen. Darüber hinaus wird angemerkt, dass die Auswahl des Auslegezeitraums kurz vor und über den gesamten Zeitraum der Sommerferien des Landes Schleswig-Holstein keine gute Voraussetzung für eine Beteiligung ist. Die letzten Gremien tagen in den Wochen vor den Ferien, sodass eine Auseinandersetzung mit den Inhalten und Themen des neuen Entwurfes sowohl für die Verwaltung als auch die Politik kaum möglich war, einige Gremien haben zu Beginn der Auslegung des LEP's bereits getagt. Über die Ferien tagen insbesondere in den Kommunen keine kommunalen Gremien, eine Beschlussfassung zum Inhalt bleibt somit vielen Gemeinden verwehrt. Aufgrund der Sommerpause und der Abwesenheit der Mitglieder ist auch die Einberufung einer Sondersitzung zu diesem Thema nicht zielführend. Insofern wäre es in Anbetracht einer demokratischen Beteiligung hilfreich gewesen, den Antrag der SHGT mit Verlängerung des Auslegezeitraums bis Ende September statt zu geben. Unter Anbetracht dieser Problemstellung wird diese Stellungnahme ohne den Gremienbeschluss fristgerecht eingereicht. Der Beschluss dazu wird auf der nachfolgenden Sitzung der Gemeindevertretung nachgeholt und geht Ihnen dann ebenfalls zu.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	M t freundlichen Grüße	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2063	Einspruch gegen die Errichtung von Windkraftanlagen in Kükels, Kreis Segeberg Als Bewohner von Kükels möchten wir hiermit unseren Einspruch gegen die geplante Errichtung von Windkraftanlagen in unserer Gemeinde zum Ausdruck bringen. Die geplanten Windkraftanlagen sind ab ca. 500 m von unserem Grundstück entfernt geplant. Dies wirft ernsthafte Bedenken auf: 1. Beeinträchtigung des LandschaftsbildesDie Windkraftanlagen würden die natürliche Schönheit unsere ländlichen Gegend erheblich beeinträchtigen. Kükels und die umliegenden Regionen sind bekannt für ihre landschaftliche Attraktivität, die durch den Bau von Windkraftanlagen stark in Mitleidenschaft gezogen würde. 2. Gesundheitsgefährdung durch Infraschall - Es gibt Studien, die belegen, dass der von Windkraftanlagen erzeugte Infraschall gesundheitsschädlich sein kann. Besonders die dauerhafte Belastung könnte negative Auswirkungen auf die Anwohner haben, wie Schlafstörungen, Kopfschmerzen und andere gesundheitliche Beeinträchtigungen. 3. Wertminderung von Grundstücken - Die Errichtung von Windkraftanlagen kann zu einer erheblichen Wertminderung von Immobilien in der Umgebung führen. Viele Bewohner haben ihr Leben lang gespart um hier in Kükels ein Haus zu bauen oder zu kaufen. Diese Investitionen dürfen durch die Installation von Windkraftanlagen nicht entwertet werden. 4. Dorferweiterung nicht möglich . In Kükels ist bereits durch ein angrenzendes Kiesabbaugebiet sowie ein Naturschutzgebiet in seiner baulichen Erweiterung begrenz. Durch die Windkraftanlagen wäre eine bauliche Entwicklung für zukünftige Generationen in eine weitere Region unseres Dorfes nicht möglich. Wir erkenn die Bedeutung erneuerbarer Energien für eine nachhaltige Zukunft an, haben diesbezüglich in diesem Jahr bereits eine Photovoltaikanlage auf unseren Dächern installieren lassen. Jedoch sollte die Errichtung von Windkraftanlagen sorgfältig abgewogen werden, um Interessen der lokalen Bevölkerung und der Umwelt zu	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich wird auf die Ziffern 7.2.11, 7.2.12 und 7.3.3 ebenda verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	schützen. Wir fordern Sie daher auf, diese Pläne zu überdenken und alternative Standorte, die weiter entfernt von Wohnbebauung liegen bzw. andere Technologien wie Felder m. Photovoltaik in Betracht zu ziehen, die die oben genannten Bedenken berücksichtigen. Mit frdl. Gruß [redacted]	
Institution: Gemeinde Trittau, FB Bau und Projektmanagement ID: 1612	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegend erhalten Sie die Stellungnahme der Gemeinde Grönwohld mit der Bitte um Berücksichtigung. Der Allgemeine Ausschuss der Gemeinde hat die Stellungnahme am 05.09.2024 beschlossen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [eingefügt aus Anhang] **Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – erster Entwurf Juni 2024** **hier: Stellungnahme der Gemeinde Grönwohld** Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Grönwohld nimmt den Entwurf aus Juni 2024 zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans zur Kenntnis.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel), 4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* und 4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz) des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 1.5.1, 2.5.1, 4.20.1 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Grundsätzlich begrüßt die Gemeinde Grönwohld das Inkrafttreten des Bundesgesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land und der damit verbundenen raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung durch die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes sowie die Neuaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land in Schleswig-Holstein. Das Land Schleswig-Holstein ist bereits jetzt eines der Bundesländer, die einen großen Beitrag zur Windenergie leisten. Umso wichtiger ist eine die Bevölkerung sowie Tier- und Umwelt schützende Planung und Ausweisung entsprechender Kriterien für die weitere Ausweisung von Windenergiegebieten. Aufgrund der geplanten Positivplanung gibt es keine harten, mittleren und weichen Tabukriterien mehr. Zu den zukünftigen Auswahlkriterien zum Flächenausschluss möchte die Gemeinde wie folgt Stellung beziehen: Nr. 4.5.1 – 4 Z Die Aufhebung von Höhenbegrenzungen von Windkraftanlagen sind für das Landschaftsbild als auch für den Schutz der Bevölkerung nicht zuträglich. Die Gesamthöhe von zulässigen Anlagen sollte eine Höhe von 220 Metern nicht überschreiten und im LEP als maßgebliches Kriterium festgelegt werden. Nr. 4.5.1. – 5 Z Die Rotor-Inn-Planung soll weiterhin präferiert werden. Nr. 4.5.1.1 – 1 Z Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind nur in einem Umgebungsbereich von 400 Metern um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich ausgeschlossen. Hierbei wird jedoch außer Acht gelassen, dass im gleichen Zuge die Höhenbegrenzung aufgehoben wird. Die bedrängende Wirkung als auch Lärm- und Verschattungsauswirkungen werden damit nicht mehr beachtet, obwohl die Anlagen deutlich höher werden können als in den alten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungen. Mit dem geplanten Aussetzen der 3-H/ 5-H Regelung wird der Abstandspuffer zu Wohngebäuden nicht mehr mit der realen Höhe der Windanlagen in Korrelation gesetzt und hat damit eine unmittelbare Auswirkung auf Anwohnende und/oder Gewerbetreibende im Außenbereich. Dies gilt ebenfalls im unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB als auch in überplanten Gebieten gem. § 30 BauGB, wo die Abstandspuffer auf 800 Meter festgesetzt werden. Die Gemeinde Grönwohld regt an, die Abstände für den Innenbereich auf 1.000 Meter zu erweitern, um den Schutz der Bevölkerung weiterhin zu erhalten und Belastungen zu minimieren. Nr. 4.5.1.1. – 2 Z Insbesondere im Außenbereich könnten die Windkraftanalagen unabhängig ihrer Höhe sehr nah an die besiedelten Siedlungsgebiete oder Einzelhäuser heranrutschen. Dem Schutz der dort lebenden Bevölkerung wird damit nur unzureichend Rechnung getragen. Der Abstand von pauschal 400 Meter zu jeglichen Windkraftanlagen, unabhängig ihrer Gesamthöhe, zu Siedlungsbereichen ist zu gering. Insbesondere bei großen Windkraftanlagen mit größerem Rotordurchmesser ist mit höheren Lärmbelastungen zu rechnen als bei kleineren Anlagen. Ausgehend von der ehemaligen 3-H-Regelung sollte der Abstand der Anlagen zu Siedlungen und Einzelhäusern mindesten 525 Meter betragen. Der Abstand ergibt sich 3-fachen Höhe der Anlage abzgl. des halben Rotordurchmessers. Zugrundeliegend sind als Ausgangswert die heute deutlich höheren Anlagen von bis zu 250 Metern. Schleswig-Holstein hat für die Referenzanlage eine Höhe von 200 Meter und einen Rotordurchmesser von 150 Meter gewählt. Dies würde in Analogie zu bisher zu einem Abstand von rund 600 Meter führen (abzüglich des halben Rotordurchmessers). Aus den vorgenannten Gründen sollte die Anlagenhöhe bei der Ausweisung der Gebiete und der Bemessung der Abstände zu bewohnten Gebieten weiterhin eine maßgebliche Rolle spielen. Außerdem muss die optisch bedrängende Wirkung mehr Beachtung finden im Rahmen der Kriterienfestlegung im LEP. Zudem muss im weiteren Verfahren und auch in der Neuaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land verhindert werden, dass eine Umzingelung von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungen und Außenbereichsgebieten mit Splittersiedlungen oder Einzelhäusern entstehen kann. Nr. 4.5.1.3 – 17 G Bei der Festlegung der Abstände zu Brutstätten von Windkraftsensiblen Großvögeln sind je nach Vogelart unterschiedliche Radien festgelegt worden. Fraglich ist der geringere Abstand zu Brutstätten des Weißstorches und des Rotmilans, obwohl diese ebenfalls besonders schützenswert sind. Eine Erhöhung der Abstände auf ebenfalls 2.000 Meter hält die Gemeinde Grönwohld für angemessen. Darüber hinaus wird angemerkt, dass die Auswahl des Auslegezeitraums kurz vor und über den gesamten Zeitraum der Sommerferien des Landes Schleswig-Holstein keine gute Voraussetzung für eine Beteiligung ist. Die letzten Gremien tagen in den Wochen vor den Ferien, sodass eine Auseinandersetzung mit den Inhalten und Themen des neuen Entwurfes sowohl für die Verwaltung als auch die Politik kaum möglich war, einige Gremien haben zu Beginn der Auslegung des LEP´s bereits getagt. Über die Ferien tagen insbesondere in den Kommunen keine kommunalen Gremien, eine Beschlussfassung zum Inhalt bleibt somit vielen Gemeinden verwehrt. Aufgrund der Sommerpause und der Abwesenheit der Mitglieder ist auch die Einberufung einer Sondersitzung zu diesem Thema nicht zielführend. Insofern wäre es in Anbetracht einer demokratischen Beteiligung hilfreich gewesen, den Antrag der SHGT mit Verlängerung des Auslegezeitraums bis Ende September statt zu geben. Der Allgemeine Ausschuss der Gemeinde Grönwohld hat am 05.09.2024 über diese Stellungnahme beraten und sie per Beschluss gebilligt. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bürgermeisterin	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Institution: Amt Nordsee-Treene, Bauen und Liegenschaften **ID: M2387**	Stellungnahme Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Kreis Nordfriesland, Gemeinde Schwabstedt Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Schwabstedt nimmt zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ wie folgt Stellung: Die Gemeinde Schwabstedt begrüßt die Ziele und Grundsätze der Raumordnung und die verbindliche Festlegung zur Ausweisung von mehr Potenzialflächen für die Windenergie und fühlt sich verpflichtet einen Beitrag zur Erreichung der Ziele, die durch das „Wind an Land Gesetz“ festgelegt wurden, zu leisten. Der Gemeinde Schwabstedt ist die Ausweisung von Windenergieanlagen in geordneter Form im Rahmen eines Bürgerwindparks wichtig, da bei diesem Instrumentarium die Akzeptanz in der Bevölkerung am größten ausfällt. Unter Beachtung der geltenden Abstandsflächen zu Bebauung und den naturschutzrechtlichen Vorgaben möchte die Gemeinde im Bereich der Potenzialflächen etwa 15 - 18 Windenergieanlagen schaffen und mit diesem Ziel einen Beitrag zur Energiewende leisten. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Amt Föhr-Amrum, Stabsstelle Klimaschutz- und Nachhaltigkeit **ID: M2444**	**Stellungnahme des Amtes Föhr-Amrum zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024** Sehr geehrte Damen und Herren, wir lassen Ihnen hiermit unsere Stellungnahme zur Entwurfsfassung der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 vom Juni 2024 zukommen. Im Folgenden wird Bezug genommen auf den Entwurf der Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land. Unser Fokus richtet sich auf die erkennbar angestrebte, teilweise explizite „pauschale Freihaltung“ der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* und *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Übernahme des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und dessen Umgebungsbereiche (300 Meter) als Ziel der Raumordnung hat keine weitere Beschränkung zur Folge als es der Ausschlussbereich des UNESCO-Welterbes ohnehin hat. Das Kriterium vollzieht insofern den von einer Windenergienutzung freizuhaltenden Bereich lediglich nach. Die großen Halligen außerhalb des Nationalparks (Oland, Langeneß,

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nordfriesischen Inseln und Halligen von raumbedeutsamen Windenergieanlagen (WEA), die sich insbesondere aus den Grundsätzen und Zielen in den Unterkapiteln 4.5.1.2, Absatz 11 G und Begründung, 4.5.1.3, Absatz 4 Z und Begründung, 4.5.1.3, Absatz 18 G und Begründung des oben genannten Plantextes ergibt. Dem gegenüber bilden derzeit folgende Bestimmungen den Rahmen der aktuellen Klimaschutzgesetzgebung auf Bundes- und Landesebene: **(1) § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sowie § 2 Abs. 3 des Wärmeplanungsgesetzes (WPG)**, nach denen die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Wärme oder Strom aus erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit dient. In unterschiedlichen anderen Gesetzestexten und Zusammenhängen ist dieses überragende öffentliche Interesse ebenfalls festgeschrieben worden (siehe insbesondere § 45b Abs. 8 Nr. 1 BNatSchG sowie §§ 11c, 14d Abs. 10, 43l Abs. 1 S. 2 EnWG und § 1 Abs. 3 GEG). Auf eine Studie der Stiftung Umweltenergierecht, die auch die Landesregierung berät, sei an dieser Stelle verwiesen (https://stiftung-umweltenergierecht.de/wp-content/uploads/2023/11/Stiftung_Umweltenergierecht_WueStudien_31_Ueberragendes_oeffentliches_Interesse_%C2%A72_EEG_2023.pdf). Diese Studie hat als Kernergebnis, dass durch § 2 EEG 2023 für alle Rechtsbereiche und für Behörden und Gerichte verbindlich ein höchstrangiges öffentliches Interesse an den erneuerbaren Energien und damit eine strikte Gewichtungsvorgabe festgelegt wird. **(2) § 4 des Wärmeplanungsgesetzes (WPG)**, der Länder bzw. Kommunen zur Aufstellung von Wärmeplänen verpflichtet, **(3) §§ 29 bis 32 WPG**, die die Betreiber bestehender und zukünftiger Wärmenetze zur schrittweisen Dekarbonisierung der Netze bis zum Jahr 2045 verpflichten, wobei insbesondere neue Wärmenetze einem ehrgeizigen Zeitplan unterliegen. **(4) § 9 Energiewende- und Klimaschutzgesetz (EWKG)** und **§§ 71 ff. Gebäudeenergiegesetz (GEG)**, die Gebäudeeigentümer zur schrittweisen	Hooge, Gröde und Nordstrandischmoor) werden darüber hinaus im Rahmen einer planerischen Entscheidung ebenfalls von diesem Ziel erfasst und sind von einer Windenergienutzung ausgenommen. Die angesprochene pauschale Freihaltung bezieht sich dabei allerdings lediglich auf diese Halligen und umfasst nicht die nordfriesischen Inseln. Dies wird durch eine Anpassung der Begründung klarifiziert. Bei den darüber hinaus kritisierten Festlegungen von Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung sowie den Nordfriesischen Inseln handelt es sich als Grundsätze der Raumordnung um der Einzelfallabwägung auf Ebene der Regionalplanung grundsätzlich offene Bereiche, in denen insofern eine Windenergienutzung nicht grundsätzlich ausgeschlossen ist. Dass eine Windenergienutzung auf den nordfriesischen Inseln gleichwohl regelhaft nicht möglich ist, liegt in mehrzähligen weiteren Kriterienfestlegungen, insbesondere arten- und naturschutzfachlicher Art, begründet. Die sich aus den genannten Gesetzen ergebenden Anforderungen sind als gesamträumlich zu lösende Aufgaben zu verstehen. Dabei wird nicht gefordert, die beispielsweise zur Wärmeplanung benötigte Energie auch direkt vor Ort zu erzeugen; stattdessen kann auch andernorts erzeugte Energie verwendet werden, um den gesetzlichen Aufgaben des Amtes Föhr-Amrum gerecht zu werden. Insofern lässt sich aus dem gesetzlichen Aufgabenspektrum kein Anspruch auf eine autarke Energieversorgung ableiten.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dekarbonisierung ihrer Heizungsanlagen bis 2045 verpflichten. Städte, Gemeinden, Bürgerinnen und Bürger wie auch Betreibende von Energieinfrastruktur werden durch diese Klimaschutzgesetzgebung zum Umstieg auf eine fossilfreie Energieversorgung verpflichtet. Im Sinne des Klimaschutzes und einer zeitgemäßen Aufstellung der Wärmeversorgung in den hier Stellung nehmenden Gemeinden begrüßen wir dies ausdrücklich. Jedoch müssen wir mit Blick auf den Entwurf der LEP Teilfortschreibung Windenergie an Land feststellen, dass auf Landesebene offenbar keine umfassende Anpassung der raumplanerischen Rahmenbedingungen an die jüngste Klimaschutzgesetzgebung stattgefunden hat und Teile der Landesfläche nicht berücksichtigt werden. Der vorliegende Entwurf bleibt damit hinter seinen Steuerungspotenzialen zurück und schafft nicht den dringend notwendigen, landesplanerischen Rahmen und Handlungsspielraum, der der bundes- und landesrechtlichen Gesetzeskulisse zum Klimaschutz gerecht würde. Eine Weichenstellung zur rechtlich und tatsächlich gebotenen zeitnahen Umsetzung der Energie und Wärmewende ist mit dem auf 10-15 Jahre festgelegten Planungshorizont von Landesentwicklungs- und Regionalplanung nicht möglich. Für den gleichen Zeitraum (bis 2040) hat sich die derzeitige Schleswig-Holsteinische Landesregierung das Ziel gesetzt, das Bundesland klimaneutral zu machen – 5 Jahre eher als auf Bundesebene. Um zu diesem Ziel überhaupt beitragen zu können und um ihrer Pflicht zur dekarbonisierenden Wärmeplanung nachkommen zu können, benötigen die Gemeinden im Gebiet der Uthlande planerische Möglichkeiten. Sollten die planerischen Vorgaben für die Inseln und Halligen so bleiben wie sie sind, steht zu befürchten, dass keine dem Gesetzesziel entsprechende Wärmeplanung und keine dekarbonisierte Wärmeversorgung möglich sein werden. Es bedarf dann dringend eines zielorientierten Dialogs mit den zuständigen Ministerien darüber, welche Alternativen diese Region für ihre Vorgaben zur Erreichung der Klimaneutralität an die Hand bekommen kann. Eine interministerielle Abstimmung zwischen dem Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und dem Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein ist daher dringend erforderlich: die planungsrechtlichen Grundlagen und Festlegungen müssen an die Dynamik und die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	kurzfristigen Herausforderungen und Zielsetzungen des Klimaschutzes angepasst werden und echte Handlungsspielräume für die insularen Akteure aufzeigen. Eine reine Erfüllung der Flächenausweisung von 3 % kann angesichts der Herausforderungen, vor denen Kommunen, Kommunalwerke wie auch Bürgerinnen und Bürger schon heute stehen, nicht das einzige Ziel (und die einzige Pflicht) der Landesplanung sein. Denn es ist auch zu berücksichtigen, wie weitreichend und – im Falle der nordfriesischen Inseln und Halligen – einschränkend ihre Festlegungen für die lokal umzusetzende Energie- und Wärmewende sind. Die zu Zeiten von günstigem Erdgas und anderen fossilen Brennstoffen zu Grunde gelegten und bis dato lenkenden Nutzungsansprüche und -abwägungen müssen heute im Lichte von Klimaschutz und kommunaler Wärmeplanung überarbeitet und neu bewertet werden. Ein pauschales Freihalten der Inseln und Halligen von WEA, wie es in den oben genannten Kapiteln des LEP-Entwurfs gerechtfertigt wird, wird dem Kontext der nordfriesischen Inseln in Zeiten des Klimawandels nicht gerecht. Die nordfriesischen Inseln sind eine ländliche Region umgeben vom Nationalpark Wattenmeer. Es bestehen keine nennenswerten Industriebetriebe mit unvermeidbarer Abwärme, auf die man zuverlässig zum Zwecke der Wärmeversorgung zurückgreifen könnte. Die Errichtung von Anlagen zur Nutzung von Wasserkraft oder -abwärme im Wattenmeer ist erkennbar nahezu ausgeschlossen. Raumbedeutsame Solarfreiflächenanlagen werden wie WEA in der Landesplanung restriktiv gehandhabt. Die Erschließung (tiefen)geothermischen Potenzials ist mit sehr hohen Initialkosten verbunden und in Bezug auf die zur Wasserversorgung genutzten Süßwasservorkommen unter den Inseln nicht ohne Risiko. Gleichzeitig garantiert die Lage der Inseln im Küstenmeer eine sehr gute Windhöffigkeit und in den Sommermonaten eine Globalstrahlung im mittleren Bereich. Dies impliziert eine gute Auslastung installierter Leistung. Eine Kombination beider Energieträger, Wind und Sonne, könnte über den Jahresverlauf maßgeblich zur Erzeugung und Deckung der lokalen Wärmebedarfs beitragen. So wurde im Frühsommer 2024 in einem Gemeinschaftsprojekt der Region Uthlande (Inseln Amrum, Föhr, Helgoland, Pellworm, Sylt und die Halligen) in Kooperation mit der FH Westküste in einer technischen wie rechtlichen Kurzstudie die potenzielle Freiflächenbeanspruchung durch WEA und PV zur bedarfsgerechten Energieerzeugung	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	auf den Inseln modelliert. Der für das Amtsgebiet Föhr-Amrum ermittelte rechnerische Flächenbedarf (WEA + PV) beläuft sich demnach auf bauliche 0,21 % und planerische 0,98 % der Inselfläche – dies ist zwar nicht vernachlässigbar, aber auch keineswegs beherrschend und aus Sicht der betroffenen Gemeinden zum Zwecke einer klimaschützenden Wärmeversorgung vertretbar. Wichtig ist hier zu erwähnen, dass es bei allen Kalkulationen und auch allen rechtlichen Regelungen rein um eine Deckung notwendiger Bedarfe im Bereich der Wärmeversorgung gehen soll, also um die Erzeugung von Grünstrom zum Betrieb von Wärmenetzen, Wärmepumpen u.ä. Ziel ist es nicht, Einspeisungen in das Stromnetz vorzunehmen oder mehr Anlagen als zu diesem Zweck der Wärmeversorgung notwendig zu errichten. Vor dem Hintergrund von § 2 EEG und der Herausforderungen, vor die die Klimakrise die Kommunen und ihre Bevölkerungen stellt, sollten EE-/WE-Anlagen mit Blick auf den touristischen Gebietsschutz nicht als Konflikt-, sondern als Lösungsobjekt betrachtet werden. Die Inseln Föhr und Amrum sind überzeugt, dass die für den Klimaschutz auch hier notwendige Energiewende und die touristische Entwicklung nicht im Widerspruch zu einander stehen, sondern im Einklang verfolgt werden müssen und gemeinsam verfolgt werden können. Mit Blick auf den Artenschutz hält die o. g. Untersuchung eine Neubewertung des Konfliktpotenzials unter Beachtung von §§ 45b BNatSchG i.V.m. Anlage 1 Abschnitt 1 zum BNatSchG für erforderlich. Die Flächeneignung aus dem Jahr 2020 dürfte nach BNatSchG 2022 anders zu bewerten sein, so das Ergebnis. Der Handlungswille der Inselkommunen zur gemeinwohlorientierten Energieversorgung ist groß, der effektive Handlungsspielraum der Inselkommunen jedoch sehr begrenzt. Politik und Verwaltung vor Ort brauchen aber eine Perspektive, die sie der Zivilgesellschaft mit Blick auf die Herausforderungen im Bereich Energieversorgung vermitteln können. Die hier aufgezeigten Vorgaben aus der Raumordnung haben in der Praxis leider den gegenteiligen Effekt. Sie stehen auch in Widerspruch zu den Pflichten verschiedener Klimaschutzgesetze. Um der Energiewende verantwortungsbewusst zu begegnen, haben die Amtsgemeinden und das Amt Föhr-Amrum in den vergangenen Jahren bereits mehrere vorbereitende Schritte getan und Investitionen getätigt: • Bereits in den Jahren 2018-19 haben vier Gemeinden auf Föhr aus Eigeninitiative ein gemeinsames, flächendeckendes Quartierskonzept nach KfW-432 (A) erstellt und sind anschließend ins Sanierungsmanagement nach KfW-432 (B) gegangen. Ein	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Nahwärmenetz für die vier Gemeinden wurde konzipiert und soll zur Umsetzung gebracht werden. • Um den abzeichnenden Herausforderungen der Energiewende auch proaktiv begegnen zu können, haben alle 15 Amtsgemeinden beider Inseln und das Amt Föhr-Amrum im Jahr 2020 die Inselwerke Föhr-Amrum GmbH als Kommunalwerke und darauffolgend im Jahr 2022 mit der Inselenergie Föhr-Amrum GmbH eine erste operative Tochtergesellschaft gegründet. • Im Jahr 2023, noch vor der Einführung der bundesweiten gesetzlichen Pflicht zur Wärmeplanung, haben alle anderen 11 Gemeinden ebenfalls gemeindeweite energetische Quartierskonzepte in Auftrag gegeben, die sich derzeit in Fertigstellung befinden. • Schließlich hat im Jahr 2024 die Inselwerke Föhr-Amrum GmbH ein Kooperationsabkommen mit einer privaten, insularen Initiative zur Erzeugung von Windstrom geschlossen. Die Gemeinde Oevenum hat hierzu einen entsprechenden Aufstellungsbeschluss (Oev/000204) zur Änderung des Flächennutzungsplans zwecks Ausweisung einer Sondergebietsfläche gemäß § 11 BauNVO zur Erweiterung des Ausbaus der Windenergie durch die Errichtung zusätzlicher Windenergieanlagen gefasst. Diese WEA sollen der direkten, kommunalen Energie- bzw. Wärmeversorgung durch direkte und eigene Nutzung des erzeugten EE-Stroms in der Heizzentrale eines möglichen Nahwärmenetzes zu Gute kommen. Auch für die immer verantwortungsbewusster handelnden Urlaubsgäste ist langfristig damit zu rechnen, dass sie Destinationen bevorzugen, welche sich in der Energiewende gut aufstellen. Auch hierfür braucht es eine Perspektive für die Inseln. **Die Inseln und Halligen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Wärme- und Energieversorgung erneuerbar, gemeinwohlorientiert und bedarfsgerecht zu gestalten.** Dies gelingt über eine gesetzeskonforme Anpassung der Raumordnungspläne unter Nutzung der Gestaltungsspielräume und Beachtung gesetzlicher Wertungen zur Bedeutung der Erneuerbaren Energien. Unser Lösungsvorschlag ist, im LEP ausdrücklich eine Möglichkeit der Flächennutzung für EE-Anlagen zu schaffen unter der Bedingung, dass diese für die Wärmeversorgung notwendig ist, z.B. durch Kopplung an die Wärmeplanung. Eine Deckelung der dafür verfügbaren Flächengrößen, der Anlagenhöhe sowie eine Bindung an gemeinwohlorientierte Betreibermodelle und eine regelmäßige Überprüfung könnten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sinnvolle zusätzliche Elemente einer solchen planungsrechtlichen Möglichkeit sein. Wir danken für die Beachtung unserer Stellungnahme und stehen jederzeit gerne für Rückfragen zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen, gez. [redacted] [redacted] Amtsdirektor Amt Föhr-Amrum	
Institution: Landesverband Vernunftkraft Schleswig-Holstein. e. V. ID: M2505	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegend übersende ich fristgerecht die Stellungnahme des Landesverbands Vernunftkraft Schleswig- Holstein. e. V. zum Entwurf des LEP. Ich bitte um eine Eingangsbestätigung. Beste Grüße [redacted] [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, gemäß § 5 Absatz 6 Landesplanungsgesetz (LaplaG) in der Fassung vom 27. Januar 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 8), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2024 (GVOBl. Schl.-H. S. 405) in Verbindung mit § 9 Absatz 2 Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. 2008 I Nr. 65 S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) nehmen wir zu dem vorliegenden ersten Entwurf des LEP wie folgt Stellung: Vorbemerkung zur Öffentlichkeitsbeteiligung Offensichtlich ist es nicht mehr Ziel der Landesregierung, Öffentlichkeit und kommunale Gremien angemessen an der Regionalplanung Wind zu beteiligen. Anders ist es nicht zu erklären, dass die Beteiligungsfrist auf nur 3 Monate gekürzt wurde, davon allein 6 Wochen in den Schleswig-Holsteinischen Sommerferien. Da die meisten kommunalen Gremien von Juli bis Anfang/Mitte September Sommerpause haben und entsprechend nicht tagen, war eine intensive Befassung der Kommunalparlamente und	Ein Teil der Kritik der Stellungnahme richtet sich gegen die Vorgaben aus dem WindBG. Das Bundesgesetz ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens; die Anmerkungen können nur zur Kenntnis genommen werden. Zu folgenden Aspekten der Stellungnahme wird auf die jeweiligen Ziffern der allgemeinen Synopse verwiesen: Kritik an der Fristsetzung: 7.1.5 Netzanbindung: 7.2.5 Referenzanlage: 1.4.1 Verbot von Höhenbegrenzungen und Abschaffung 3H/5H: 1.5.1; 7.3.7 Mindestflächengröße, Kleinstflächen: 1.7.1 800 m Siedlungsabstand: 2.2.1; 2.3.1; 2.3.2 400 m Abstand zu Wohngebäuden im Außenbereich: 2.5.1 Umfassung von Ortslagen: 2.11.1; zur Konfliktrisikoabschätzung wird eine GIS-basierte Prüfung durchgeführt. Die Begründung wurde entsprechend ergänzt. Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung: 3.15.1 Landschaftsschutzgebiete: 3.17.1 Naturparke: 3.18.1. Es kann nicht jede Einzelfall bezogene Abwägung abstrakt vorweg genommen werden. Sie bleibt der Regionalplanebene überlassen. Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs: 4.16.1; 4.17.1 Wiesenvogelbrutgebiete: 4.18.1; 4.19.1 Brutplätze windkraftsensibler Großvögel: 4.20.1. Die zahlreichen in der Stellungnahme geforderten Ziele und Grundsätze werden nicht übernommen. Mit dem im Entwurf formulierten Konzept erfolgte eine im Abgleich mit den Erfordernissen zum Ausbau der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeindevertretungen mit den Inhalten des LEP-Entwurfs faktisch ausgeschlossen. Wir kritisieren das Vorgehen der Landesregierung scharf und bedauern, dass damit demokratische Beteiligungsformen in Schleswig-Holstein weiter ausgehöhlt worden sind. Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land 4.5.1 Grundsätze und Ziele der Raumordnung Wir beurteilen den Versuch der Landesplanung, Tabu- und Abwägungskriterien mit Hilfe von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung rechtssicher umzusetzen, als äußerst bedenklich. Kein anderes Bundesland geht auf diese Weise vor und bläht Ziele und Grundsätze ihrer Raumordnung derart auf. Ziele der Raumordnung müssen von der für die Raumordnungsplanung zuständigen Stelle abschließend abgewogen worden sein. Die daran zu stellenden Anforderungen hängen eng mit der Frage zusammen, wie konkret Festlegungen mit Zielcharakter sein müssen und wie viel Konkretisierungsspielraum sie nachfolgenden Planungs- oder Genehmigungsentscheidungen belassen dürfen. Ist die Festlegung bereits sehr konkret wie z.B. bei den Abstandsvorgaben oder Verboten von Höhenbegrenzungen, muss auch die vorauslaufende Abwägung die zu berücksichtigenden Belange genau ermitteln, bewerten und einer Abwägungsentscheidung zuführen. In jedem Fall muss die Abwägung abschließender Natur sein. Es findet damit eine Abschichtung der Abwägung statt. Was auf der höheren Planungsstufe bereits abschließend abgewogen worden ist, ist für die nachfolgende Planungsstufe verbindlich. Das Gebot der ebenenspezifischen abschließenden Abwägung erfordert es, dass bei der Raumordnungsplanung nicht nur öffentliche Belange, sondern auch private Belange ermittelt, bewertet und abgewogen werden (s. § 7 Abs. 2 S. 1 ROG). Die strikte Beachtungspflicht von Zielen der Raumordnung auf nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsstufen darf nicht dazu führen, dass abwägungsrelevante private Belange nicht in die Abwägung eingestellt werden. Die meisten Ziele der Raumordnung im vorgelegten LEP sind ganz offensichtlich politische Vorgaben der Landesregierung. Eine angemessene Abwägung nach § 8 Abs. 2 ROG ist nicht zu erkennen und wird auch im Text nicht thematisiert. Diese kann auf abstrakter Ebene des Landesentwicklungsplans kaum vorgenommen werden. Dazu müssten die spezifischen Gegebenheiten vor Ort und die Auswirkungen auf immerhin	Windenergie ausgewogene Berücksichtigung des vorsorgenden Artenschutzes. Lebensqualität, Landschaftsbild: 7.2.12; 7.3.5 Zum 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn und/oder Erholungsfunktion: Die Begründung wurde überarbeitet. Gleichwohl können nicht alle Einzelfallentscheidungen der Abwägung auf Regionalplanebene abstrakt vorweg genommen werden. zu gesetzlich geschützten Biotopen kleiner als 5 ha: der geforderte Schutzabstand um diese Biotope ist fachlich nicht pauschal begründbar. Es wird davon ausgegangen, dass der gesetzliche Biotopschutz dadurch gewährleistet ist, dass das Biotop selbst nicht zerstört oder beschädigt wird. Zur Kritik an der Festlegung von Zielen und Grundsätzen: Die Landesplanung hält an dem verfolgten Ansatz fest. Sie sieht hierin die einzige Möglichkeit auch in Zukunft für eine reine Positivplanung die Windenergienutzung in geordnete Bahnen zu lenken, zumal zukünftig auch den Kommunen zusätzliche Planungsmöglichkeiten verbleiben. Zum verfolgten Planungsziel: Die Kritik wird teilweise aufgenommen. Es werden jetzt Teilflächenziele und Zwischenziele für die Planungsräume formuliert. Die Annahme, dass alle Potenzialflächen, die schon privatrechtlich gesichert sind, bebaut werden ist falsch. Die Landesplanung wählt aus der Gesamt-Potenzialfläche gut 3 % der Landesfläche aus und bezieht die bis dahin erfolgten gemeindlichen Planungen nach Möglichkeit mit ein. Darüber hinaus werden bestenfalls in Einzelfällen noch zusätzliche Flächen durch gemeindliche Planung geschaffen. Hierfür sind planungsrechtlich deutlich höhere Hürden gesetzt. Zum Umweltbericht: Auch der Umweltbericht ist an die gesetzlichen Vorgaben zum Ausbau der Windenergie gemäß WindBG gebunden. Der LEP

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	über 90 % des Landesgebietes schlussabgewogen sein. Dass das nicht erfolgen kann, liegt auf der Hand; Abwägungsfehler sind bei der Festsetzung vorprogrammiert und werden mit Sicherheit juristisch angegriffen werden. 1 G Verfolgtes Planungsziel Das Land Schleswig-Holstein leitet aus der Bundesgesetzgebung – Windflächenbeschleunigungsgesetz – die Notwendigkeit ab, in Schleswig-Holstein weitere Windvorranggebiete auszuweisen, um den geforderten Flächenbeitragswert bis 2032 2,0 % der Landesfläche „Rotor out“ dem Bund nachweisen zu können und einen „Wildwuchs“ durch Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) gemäß Privilegierung nach Bundes-BauG zu verhindern. Auch soll mit dem vorliegenden LEP nach Aussage der Landesplanung der Eindruck eines „Großwindparks Schleswig-Holstein“ verhindert werden. Um dies zu erreichen, weist das Land Ziele und Grundsätze der Raumordnung aus, um diejenigen Flächen zu definieren, an denen Windkraft nicht möglich ist. Das Ergebnis ist eine Potenzialflächenkarte, die 7,7 % der Landesfläche als potenziell geeignet für Windkraft ausweist. Aus diesem Flächenpool wird das Land 3,0-3,3 % der Landesfläche mittels Regionalplanung als Windvorrangflächen ausweisen, während gleichzeitig die Schleswig-Holsteinischen Gemeinden, auf deren Gebiet sich nunmehr Potenzialflächen befinden, über eigene Bauleitplanungen im Rahmen der Gemeindeöffnungsklausel des Bundes Windvorrangflächen ausweisen und bebauen können. Da es keine juristische Klärung dazu gibt, wie mit diesen zwei parallel verlaufenden Planungsverfahren umzugehen ist, müssen wir davon ausgehen, dass in Zukunft bis zu 7,7 % der Landesfläche als Windvorranggebiet ausgewiesen und bebaut sein werden. Unsere Annahme wird durch die konkreten Erfahrungen aus zahlreichen Gemeinden untermauert, in denen Projektierer die Gemeindevertretungen zur Aufnahme einer Bauleitplanung zu überreden versuchen. Die Vorgabe, 3 - 3,3% Landesfläche für Windkraft schon bis 2027 auszuweisen ist eine rein politische Vorgabe der Landesregierung. Laut WindBG des Bundes hätte das Land aber noch gefahrlos bis 2032 Zeit, dieses Flächenziel zu erreichen. Bis 2027 müssten erst 1,3 % der Landesfläche ausgewiesen werden (entspricht ca. 2,0 % bei Rotor-in Regelung). Hierdurch würde es die Möglichkeit geben, dass das Land zunächst dieses	selbst hat zum Ziel im Rahmen der gesetzlichen Ausbauvorgaben die Umweltauswirkungen zu minimieren. Das erfolgt durch die gewählten Ziel und Grundsätze der Raumordnung. Der Umweltbericht dient als Prüfinstanz, ob dies in sachgerechter Abwägung aller Schutzgüter erfolgt ist. Für die Umsetzung von Beschleunigungsgebieten wird kein erhöhter Standard für einen Umweltbericht vorgegeben. Er muss sich immer an der Maßstabsebene des Planes orientieren.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ziel erfüllt und gleichzeitig Gemeinden weitere Flächen im Rahmen der Gemeindeöffnungsklausel bereitstellen. Dadurch könnte eine deutliche Überschreitung des 3 % -Ziels wirkungsvoll vermieden werden, denn das Land könnte bei Erreichung des Ziels die Regionalplanung abschließen. Mit dem gewählten Verfahren, allein durch die Regionalplanung schon bis 2027 3 % auszuweisen, wird es mit großer Wahrscheinlichkeit einen deutlich höheren Flächenanteil geben, als bundesgesetzlich vorgeschrieben. Im schlimmsten Fall werden 2027 tatsächlich über 7 % Wind-Vorrangflächen ausgewiesen sein. Auf die sich aus der Bundesgesetzgebung ergebende Notwendigkeit der Ausweisung weiterer Windvorranggebiete kann sich das Land nur bis zu dem geforderten Flächenbeitragswert von 2 % der Landesfläche „Rotor out“ (entspricht etwa 3 % der Landesfläche „Rotor in“) berufen. Dass die Landesplanung bzw. Landesregierung dieses stufenweise Vorgehen nicht einmal ansatzweise in Erwägung gezogen hat, ist ein schwerer Abwägungsausfall bei der grundsätzlichen Festlegung des Planungsziels und wird juristisch angreifbar sein Die Landesregierung hat auch keine Alternativen geprüft, ob die vom Land politisch geforderten 15 GW installierte Windkraftleistung nicht schon auf den bestehenden Vorrangflächen installiert werden könnten, obwohl es dafür eine klare Evidenz gibt. Aktuell sind ca. 40 % der bestehenden Vorranggebiete nur mit älteren Anlagen deutlich kleiner als 3 MW bebaut. Bei den derzeitig genehmigten und gebauten Anlagenleistungen von 5,5-7 MW gibt es auf diesen Flächen ein großes Repoweringpotenzial, wodurch die 15 GW auch auf den bestehenden Vorrangflächen mittelfristig problemlos realisiert werden könnten. 2 G Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land Die Landesplanung begründet die Übernahme von Vorranggebieten aus der vorherigen Regionalplanung von 2020 mit dem Argument der bereits verfügbaren Netzanbindung. Sie suggeriert damit, dass die Netzanbindung dort bereits flächendeckend vorhanden sei. Das ist aber nachweislich nicht der Fall, wie die starken Abregelungswerte insbesondere in den Verteilnetzen belegen. Es ist daher bei jedem einzelnen bestehenden Vorranggebiet zu prüfen, ob diese Voraussetzungen auf mittlere Sicht tatsächlich gegeben sind. Gegebenenfalls sollte eine Bereinigung der bestehenden Vorrangkulisse auch anhand anderer Kriterien geben. Einen Automatismus bei der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Übernahme bestehender Gebiete darf es keinesfalls geben. 3 G Festlegung einer Referenzanlage Das Land legt für seine Planung die Annahme einer Referenzanlage (200 m Gesamthöhe, 150 m Rotordurchmesser, 5,3 MW Leistung) zu Grunde. Diese Referenzanlage soll die derzeitige Realität abbilden, ist aber bereits zum Zeitpunkt der Planauslegung veraltet. Laut den jüngsten Daten des LfU betrug die durchschnittlich genehmigte Anlagenleistung im 2. Quartal 2024 schon 5,7 MW. Tatsache ist, dass bereits heute Anlagen von 250 m Gesamthöhe mit Rotordurchmessern von über 160 m sowie einer ausgewiesenen Leistung von 7,2 MW und mehr projektiert werden. Die Landesplanung wiederholt somit den schweren Fehler aus der Regionalplanung 2020. Die dort prognostizierten 3 MW Leistung und 150 m Höhe/Anlage waren bei Inkrafttreten des Plans schon längst deutlich überschritten. Aktuell werden die Vorrangflächen mit Anlagen der 5 und 6 GW-Klasse bebaut. Es ist daher völlig unrealistisch, dass der Trend bis zum Abschluss der Regionalplanung 2027 wieder zu kleineren Anlagen gehen wird. Die Größe der Referenzanlage muss zwingend diese Realität abbilden. Der vorliegende Plan muss daher aufgrund einer Annahme von mindestens 250 m hohen Anlagen erstellt werden. Sämtliche Kriterien sind dementsprechend neu zu bewerten. 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen Das Verbot von Höhenbegrenzungen stellt einen massiven Eingriff in die gemeindliche Planungshoheit dar. Die entstehenden Rechtsfragen bei Höhenbegrenzungen sind zudem sehr komplex. So ist völlig unklar, wie die Landesregierung die Flächen ermitteln will, auf denen Gemeinden ab 2023 durch Bauleitplanung Höhenbegrenzungen vorgenommen haben. In Schleswig-Holstein gibt es auch viele Vorrangflächen mit gemeindlichen Höhenbegrenzungen von vor 2023. Diese Flächen würden zunächst auf das Flächenziel angerechnet, was schon für sich eine Ungleichbehandlung bedeutet. Nach 2027 und der Meldung der Erreichung des Flächenziels könnten Gemeinden wiederum neue B-Pläne mit Höhenbegrenzungen aufstellen, ohne dass diese Flächen dann wieder rückwirkend aberkannt würden. Das hat auch die Bundesregierung erkannt und erwägt inzwischen, die Anrechenbarkeit von Flächen mit Höhenbegrenzungen doch wieder auf den Flächenbeitragswert	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	anzurechnen (mündliche Auskunft beim BWE Policy Briefing am 26.7.24). Es ist nicht ersichtlich, wie diese komplexen Rechtsfragen bei diesem strikten Ziel der Raumordnung abgewogen wurden. Das Verbot von Höhenbegrenzungen ist daher zu streichen. Es ist auch völlig unklar, warum die Landesplanung die bisherigen Abstandsvorgaben von 3H bzw. 5H zum Außenbereich bzw. zur Wohnbebauung als Grundsatz der Raumordnung streichen will. Hierbei handelt es sich ja nicht um eine Höhenbegrenzung, sondern um eine Mindestabstandsvorgabe zur Wohnbebauung. Das Argument der Landesplanung, dass es sich hierbei ja um eine indirekte Höhenbegrenzung handeln würde, die die Anrechnung sämtlicher Vorrangflächen gefährden würde, trägt nicht. Aus der Bundesregierung sind hierzu keinerlei Bedenken bekannt. Wären solche Abstandsvorgaben schädlich, dürfte es auch sonst keine Mindestabstände zur Wohnbebauung geben. Denn 400 m zum Außenbereich bzw. 800 m zum Innenbereich wären ebenso als faktische indirekte Höhenbegrenzungen zu werten. Bei einer 200 m Referenzanlage sind diese gleichbedeutend mit 2H zum Außenbereich und 4H zum Innenbereich. Die 3H/5H Regelung aus dem Regionalplan 2020 ist daher beizubehalten. 6 Z Mindestgröße von Windenergiegebieten Der Entwurf des LEP sieht als Ziel der Raumordnung eine Mindestgröße von 15 ha für die Eignung als Windvorrangfläche vor. Die Landesplanung begründet diese Mindestgröße damit, dass auf 15 ha mindestens 2 WEA Platz finden und durch die Bebauung mit mindestens zwei Anlagen die Konzentrationswirkung der Planung erhalten bleibt. Die Landesplanung legt nicht schlüssig dar, mit welchen Berechnungen sie diese Begründung unterlegt hat. Es ist bei der zukünftigen Entwicklung der Dimensionen der WEA (Ziel der Raumplanung ist explizit, dass es keine Höhenbegrenzung bei den Anlagen geben darf) davon auszugehen, dass eine Größe von 15 ha nicht für zwei Anlagen ausreicht. Damit ist das Ziel der Raumplanung (Konzentrationswirkung) hinfällig. Um eine sinnvolle Konzentrationswirkung gemäß dem eigenen Anspruch zu erzielen, ist eine Mindestgröße der Fläche von 30 ha notwendig.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kleinstflächen Zusätzlich sollen Kleinstflächen von mindestens 5 ha, die in räumlicher Nähe zueinander liegen und insgesamt mindestens 15 ha umfassen, als zusammenhängende Fläche gelten, wenn der Abstand dieser Flächen untereinander nicht mehr als 600 m beträgt. In der Begründung dazu wird ausgeführt: „Aufgrund der heutigen Dimensionen von WEA an Land und der damit verbundenen Wirkung auf das Landschaftsbild wird ein räumlicher Zusammenhang zu einer Nachbarfläche bis zu einer Entfernung von 600 Metern angenommen. Das entspricht einem durchschnittlichen Abstand moderner WEA untereinander, wodurch optisch der Eindruck eines Windparks bestehen und die Konzentrationswirkung erhalten bleibt.“ Richtig ist zweifelsohne, dass bei den heutigen Anlagengrößen von mehr als 200 m ein Abstand von 600 m untereinander der Eindruck eines geschlossenen Windparks gegeben ist. Bei den vorgegebenen Abständen zur Wohnbebauung im Außenbereich von 400 m sollte sich das Land allerdings ernsthaft mit der Frage beschäftigen, warum den Menschen im Außenbereich ein Wohnen im Windpark zugemutet werden soll – wenn doch bis zu einem Abstand von 600 m zwischen zwei Flächen der Eindruck eines geschlossenen Windparks besteht. Kleinstflächen sollen grundsätzlich als ungeeignet wegfallen. 4.5.1.1 Siedlungsstruktur 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Ziel der Raumordnung sind Schutzabstände von 400 m zur Wohnbebauung im Außenbereich, sowie 800 m zu Wohnbebauung in geschlossenen Ortschaften. Optional – als Grundsatz der Raumordnung – kann der Schutzabstand zu geschlossenen Ortschaften auf 1000 m erweitert werden, wenn noch keine Vorbelastung durch WEA besteht. Rechtlich gesicherte Begründung für Schutzabstände zwischen WEA und Wohnbebauung ergeben sich ausschließlich aus einem einzigen Fall der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Rechtsprechung, der immer wieder als Präzedenzfall herangezogen wird. Die optische Bedrängung soll regelmäßig nicht mehr gegeben sein, wenn zwischen einer WEA und einem Wohnhaus mindestens der zweifache Abstand der Gesamthöhe der WEA liegt (2H). Unter besonderen Umständen kann die optische Bedrängung erst bei einem Abstand von 3H ausgeschlossen werden. Grundsätzlich zweifeln wir die Objektivität dieser auf der Einschätzung eines einzigen Richters zu einem einzigen Fall beruhenden Ableitung an. Fraglich ist weiterhin, ob bei einer zunehmenden Dichte der Bebauung mit WEA und sich überschneidenden Schall-Isophonen in Zukunft der wirtschaftliche Betrieb von WEA überhaupt möglich sein wird, wenn allein aus Gründen des Lärm-Immissionsschutzes die Anlagen nachts regelmäßig heruntergeregelt werden müssen. Landesweit werden in sehr vielen Regionen mit bestehenden Windparks die nächtlichen Schallgrenzwerte bereits heute komplett ausgeschöpft. Zusätzliche Anlagen sind in diesen Regionen nur noch bei kompletten Nachtabschaltungen möglich, wodurch diese Anlagen vollkommen unwirtschaftlich werden. Dieser Aspekt wird von der Landesplanung nirgendwo thematisiert. Wir fordern daher, dass die bestehenden Schallimmissionen vor der Ausweisung weiterer Vorranggebiet in vollem Umfang berücksichtigt werden. Die entsprechenden Daten liegen auch vor, sie wurden vom LfU im Rahmen eines Überwachungskonzepts seit 2018 landesweit flächendeckend ermittelt. Die endgültigen Ergebnisse dieses Überwachungskonzeptes sind unverzüglich der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Die zu erwartende Überschneidung von Isophonen und die daraus resultierende Überschallung von ganzen Ortschaften wird perspektivisch die Entwicklung der Kommunen verhindern. Auch das wissenschaftlich unbegründete Heraufsetzen der Schall-Grenzwerte in der TA-Lärm (Bundesgesetzgebung) wird das nicht verhindern können. Überhaupt nicht berücksichtigt (zumindest ist dieser Aspekt nirgendwo aus dem vorliegenden Entwurf des LEP ersichtlich) ist die Gefahr durch Havarien von WEA. Ein Gutachten der Veenker Ingenieurgesellschaft mbH ermittelt die für den Fall einer Havarie (hier Rotorblatt-/Gondelabriss) notwendigen Schutzabstände zu Schutzgütern. Aus den Berechnungen ergibt sich, dass für Windvorranggebiete, die mit modernen WEA bebaut werden sollen, ein Schutzabstand zu Wohnhäusern von mindestens 920 m	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	notwendig ist. Die Notwendigkeit desselben Mindest-Schutzabstands zu Wohngebäuden geht aus dem Einsatzleiterhandbuch der Berufsfeuerwehren (Besch, Cimolino, Lorenzen und Wolf, 2024: Einsätze bei Anlagen Erneuerbarer Energien) hervor. Bei den modernen sehr hohen Anlagen muss im Falle eines Brandes zumindest in Windrichtung ein Schutzabstand von 1000 m abgesperrt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass in Zukunft immer mehr Wohnhäuser innerhalb eines direkten Gefahrenbereichs um eine WEA stehen werden. Ein Schutzabstand von mindestens 920 m zwischen Windvorranggebiet und jeglicher Wohnbebauung muss aus Gründen der Rücksichtnahme UND der Vorsorge als Ziel der Raumordnung festgelegt werden. Anderenfalls muss die Landesplanung darlegen, ob die im Entwurf des LEP festgesetzten Mindestabstände zwischen Wohnhäusern und Windvorranggebieten mit dem BImschG vereinbar sind in Hinblick auf die Gefahr von Kontamination durch Carbonfaser-Partikel nach einem Brandereignis und/oder einer schweren Havarie der Anlage. 1 G 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Dieser Grundsatz der Raumordnung soll nur im Einzelfall zur Anwendung kommen, wenn keine Vorbelastung durch WEA besteht. Völlig unklar bleiben jedoch die Kriterien, was „Vorbelastung“ eigentlich bedeutet. Gilt das nur in Richtung der Anlage oder in der gesamten nahen Region? Hier muss es seitens der Landesplanung klare und nachvollziehbare Kriterien geben, um jeglichen Anschein der Willkür bei der Abwägungsentscheidung auszuschließen. 2 Z 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe Zu diesem Ziel der Raumordnung verweisen wir auf die bereits oben gemachten Ausführungen. Nach den Angaben der Landesplanung, dass ein Abstand von 600 m zwischen zwei WEA noch als geschlossener Windpark zu werten ist, bedeutet ein Abstand von 400 m für ein Wohngebäude im Außenbereich ein Leben im Windpark mit erheblichen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bewohner durch Schall und Schattenwurf sowie eine starke Gefährdung für Leib und Leben bei einem Brand der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	WEA. Zusätzlich verweisen wir auf die Muster-Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmung des Deutschen Instituts für Bautechnik) zur Gefahr von Eisfall. Danach gelten erst Abstände größer als 1,5 x (Rotordurchmesser + Nabenhöhe) in nicht besonders eisgefährdeten Regionen als ausreichend. Schon bei der gewählten Referenzanlage müsste der Sicherheitsabstand mehr als 400 m betragen. Bei größeren Anlagen, die bereits gebaut werden, wären sogar 500 m als Schutzradius vor Eisfall erforderlich. Wir halten einen Abstand von nur 400 m zur Wohnbebauung für zutiefst Menschen verachtend, da dieser die Gesundheit der Anwohner massiv gefährdet. 7 G Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung Bei der letzten Regionalplanung Wind 2020 hat die Landesplanung zumindest versucht, die Umfassung von Ortslagen durch halbwegs nachvollziehbare Methoden und Kriterien abzubilden. Am Ende wurden diese Kriterien allerdings mit jeder Auslegungsgrunde weiter aufgeweicht, so dass es zu erheblichen Ungleichbehandlungen in den einzelnen Planungsräumen kam. Mit dem vorliegenden Entwurf des LEP 2024 hat es die Landesplanung offenbar aufgegeben, die Umfassungswirkung von Ortslagen überhaupt noch durch rechtssichere Kriterien einer gerechten Abwägung zugänglich zu machen. Im Planungstext finden sich überhaupt keine Angaben mehr, wie denn die Umfassung überhaupt ermittelt und objektiv bewertet werden soll. Die Entscheidung, welche Umfassung der Wohnbevölkerung in einer Gemeinde gerade mit den neuen, sehr hohen Anlagen zugemutet werden soll, ist somit der willkürlichen Entscheidung von einzelnen Mitarbeitern der Landesplanung ausgesetzt. Wir halten das für einen unhaltbaren Zustand, zumal die Landesplanung selbst von einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität des Schutzgutes Mensch als auch einer Einschränkung der bedarfsgerechten gemeindlichen Entwicklung durch unzumutbare Umstellung von Ortslagen spricht. Wir fordern daher konkrete nachprüfbare Kriterien für die Abwägungsentscheidungen. Die Umfassungswirkung darf dabei keineswegs nur vom Ortsmittelpunkt aus bewertet werden, sondern von jedem Wohnstandort zumindest des Innenbereichs. Im Gegensatz zur Planung von 2020 sollte sich die Landesplanung dabei zwingend an der bisherigen obergerichtlichen Rechtsprechung orientieren (OVG Magdeburg, 16.03.2012, 2 L 2/11). Diese besagt, dass die durchgehende Umfassung mit WEA maximal 120 Grad betragen darf, was 2/3 des Gesichtsfelds entsprechen. Danach müssen dann mindestens 60 Grad	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	freigehalten werden, bevor weitere WEA im Blickfeld errichtet werden können. Die Entfernung zu Wohnhäusern bei der Ermittlung der Umfassungswinkel muss dabei mindestens 15xH, also 3000 m betragen. 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz 11 G Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen die Erfordernisse der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie der Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung berücksichtigt werden. Nicht nachvollziehbar ist, warum die in den Entwürfen der Neuaufstellung des Regionalplans 2023 (Kap. 2.7) aufgeführten Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung sowie die Kernbereiche für Erholung dabei keine Berücksichtigung finden sollen. Diese sind in der Abwägungsentscheidung ebenso zu berücksichtigen. Ansonsten würden diese Gebiete im Regionalplan überhaupt keinen Sinn ergeben, da diese durch WEA genauso entwertet würden wie die Schwerpunkträume. 13 G Landschaftsschutzgebiete Landschaftsschutzgebiete sind grundsätzlich von Windkraftanlagen freizuhalten. Dies muss als Ziel der Raumordnung festgelegt werden. Der optionalen Freigabe von Landschaftsschutzgebieten für Windkraft steht § 15 des Landesnaturschutzgesetzes entgegen, nach dem „Vorhaben, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, in der Regel untersagt sind.“ Ausnahmen können nur gemacht werden, „wenn sie mit den Zielen des Landschaftsschutzes vereinbar sind und keine erheblichen Beeinträchtigungen verursachen.“ Es ist dem Land durch die Bundesgesetzgebung nicht vorgeschrieben, Landschaftsschutzgebiete für die Bebauung mit WEA freizugeben. Das Land kann sich an dieser (und an anderer) Stelle durchaus gegen die Bundesgesetzgebung behaupten. Im Bundesgesetz heißt es lediglich, dass in einem Landschaftsschutzgebiet die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sowie der zugehörigen Nebenanlagen nicht verboten ist, wenn sich der Standort der Windenergieanlagen in einem Windenergiegebiet nach § 2 Nummer 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes vom 20. Juli 2022 befindet. Das bedeutet aber keinesfalls, dass von den Bundesländern Wind-Vorranggebiete in Landschaftsschutzgebieten ausgewiesen werden müssen. Es	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	würde lediglich die Übernahme einiger weniger Vorranggebiete ermöglichen, die 2020 ausnahmsweise in Landschaftsschutzgebieten ausgewiesen wurden. Bei der Bewertung des Eingriffs in das Landschaftsbild ist bei WEA ein Umkreis von 15xH um die jeweilige Anlage herum zu berücksichtigen (Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung bei Windkraftanlagen AZ V533). Eine Veränderung des Charakters eines Landschaftsschutzgebietes ist durch Bebauung mit WEA gegeben und daher laut Landesnaturschutzgesetz verboten. Es ist sogar notwendig, einen mindestens 3000 m breiten (15 H bezogen auf die Referenzanlage) Schutzabstand zu jedem Landschaftsschutzgebiet einzuhalten. Wir empfehlen, 3000 m Schutzabstand um Landschaftsschutzgebiete als Grundsatz der Raumordnung aufzunehmen. 14 G Naturparke Laut Planungstext sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden. Außerdem wird im Text behauptet, dass es möglich sei, in Teilbereichen Windenergiegebiete auszuweisen, ohne die genannten Funktionen der Naturparke wesentlich zu beeinträchtigen. Wie bei anderen vorgeschlagenen Grundsätzen der Raumordnung fehlen hier jegliche Hinweise, um welche Funktionen es sich dabei handelt und welche Kriterien bei der Beurteilung der Beeinträchtigung angewendet werden. Es ist evident, dass bereits eine einzige moderne WEA mit 200 m Höhe die Funktionen eines Naturparks massiv beeinträchtigt. Wie die Landesplanung selber ausführt, ist die Hauptzielsetzung der Naturparke in Schleswig-Holstein, die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu sichern sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu erhalten. Die Landesplanung bleibt jegliche Erklärung schuldig, wie es möglich sein soll, dass WEA in Naturparks mit besonderer Bedeutung für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie für Tourismus und Erholung diese Funktionen nicht beeinträchtigen. Naturparke sind daher wie Landschaftsschutzgebiete durch ein entsprechendes Ziel der Raumordnung von jeglicher WEA-Bebauung freizuhalten. 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	5 Z Gesetzlich geschützte Biotope In gesetzlich geschützten, flächenhaften, unmittelbar räumlich zusammenhängenden Biotopen mit einer Größe von insgesamt mindestens fünf Hektar sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen. Dagegen sollen Biotope, die kleiner als fünf Hektar sind, in zukünftigen Windenergiegebieten zulässig sein. Wir halten diese Grenzziehung bei 5 ha für willkürlich und naturschutzfachlich unhaltbar. Die einzige gegebene Begründung der Landesplanung, dass Einzelstandorte der WEA um diese Flächen herum geplant werden können, ist äußerst fragwürdig, da auch zu Biotopen ausreichende Schutzabstände zu WEA gewahrt werden sollten. Die Grenze für die Berücksichtigung von Biotopen sollte daher bei mindesten 2 ha, besser 1 ha liegen. 15 Z Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung 15 G Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung Die Unterteilung des schon in der Regionalplanung 2020 verwendeten Kriteriums des überregionalen Vogelzugs in zwei Kategorien mit der Unterscheidung „besondere Bedeutung“ und „Bedeutung“ ist ziemlich grotesk und offenbar einzig der Tatsache geschuldet, dass die Landesplanung bestehende Vorranggebiete in Vogelzuggebieten unbedingt übernehmen möchte. Die Behauptung, dass die Zughöhen und Intensitäten und damit auch das Kollisionsrisiko innerhalb der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges aufgrund landschaftlicher Gegebenheiten variieren, wird nirgendwo inhaltlich aufgrund verfügbarer Daten belegt, auch im Umweltbericht nicht. Besonders deutlich wird das z.B auf der Insel Fehmarn, wo auf wundersame Weise ausgerechnet die Gebiete mit bestehenden oder geplanten WEA nur Hauptachsen „von Bedeutung“ sein sollen (Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land). Selbst wenn Zugvögel aktuell in größere Höhen wegen der Barrierewirkung der dortigen Windparks ausweichen sollten, betrifft das aktuell lediglich Anlagen von maximal 100 m Höhe. Zukünftige moderne Anlagen werden aber 200 m und mehr aufweisen, denen der Vogelzug nicht mehr gefahrlos nach oben ausweichen wird. Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs sind somit als Ziel der Raumordnung grundsätzlich von Vorranggebieten freizuhalten. Die Herabstufung von Teilgebieten nur noch zum Grundsatz der Raumordnung ist ersatzlos aufzuheben.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	16 Z Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten 16 G Wiesenvogel-Brutgebiete mit hohen Siedlungsdichten Auch bei diesem Kriterium bleibt es völlig unklar, nach welchen Gesichtspunkten die Unterscheidung zwischen „besonders hohen“ zu „hohen“ Siedlungsdichten erfolgt. Ohne nachprüfbare quantifizierte Angaben, die weder im Planungstext noch im Umweltbericht zu finden sind, ist diese Unterscheidung willkürlich und naturschutzfachlich völlig substanzlos. Wiesenvogel-Brutgebiete sind daher generell als Ziel der Raumordnung von WEA freizuhalten. 17 G Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Juristisch bestätigt als wissenschaftlich abgesicherte Grundlage für die Festsetzung von Schutzabständen zwischen Windkraftanlagen und geschützten Arten (Horsten, Nistplätzen, Schlafgewässern, Zugrouten) ist das Helgoländer Papier der Vogelschutzwarten in der Fassung von 2015, abgerufen am 02.09.2024. (http://www.vogelschutzwarten.de/downloads/lagvsw2015_abstand.pdf) Das 2007 veröffentlichte und 2015 aktualisierte „Helgoländer Papier“ der Länderarbeitsgemeinschaft der staatlichen Vogelschutzwarten stellt den aktuellen Fachstandard für den empfohlenen Mindestabstand zwischen WEA und sensiblen Vogelvorkommen dar. Seine Gültigkeit als fachliche Messlatte wurde von Gerichten vielfach bestätigt. Die im vorliegenden Entwurf des LEP aufgenommenen Schutzabstände zu Schutzgebieten, Nist- und Rastplätzen geschützter, windkraftsensibler Arten entsprechen nicht dem wissenschaftlichen Standard. Wir fordern die Übernahme der verbindlichen Empfehlungen aus dem Helgoländer Papier als Ziele der Raumordnung, die enthaltenen Prüfräume sind als Grundsätze der Raumordnung zu übernehmen. Im Einzelnen ist wie folgt zu übernehmen: Ziele der Raumordnung - Europäische Vogelschutzgebiete - 10 fache Anlagenhöhe, mindestens 1200 m - Alle Schutzgebiete nach nationalem Recht mit windkraftsensiblen Arten im	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schutzzweck – 10 fache Anlagenhöhe, mindestens 1200 m - Feuchtgebiete internationaler Bedeutung entsprechend Ramsar-Konvention mit Wasservogelarten als wesentlichem Schutzgut – 10 fache Anlagenhöhe, mindestens 1200 m - Gastvogellebensräume internationaler, nationaler und landesweiter Bedeutung (Rast- und Nahrungsflächen; z.B. von Kranichen, Schwänen, Gänsen, Kiebitzen, Gold- und Mornellregenpfeifern sowie anderen Wat- und Schwimmvögeln) – 10fache Anlagenhöhe, mindestens 1200 m - Gewässer oder Gewässerkomplexe >10ha mit mindestens regionaler Bedeutung für brütende und rastende Wasservögel – 10fache Anlagenhöhe, mindestens 1200 m - Regelmäßig genutzte Schlafplätze: Kranich, Schwäne, Gänse (mit Ausnahme der Neozoen) jeweils ab 1%-Kriterium nach Wahl & Heinicke (2013) sowie Greifvögel/Falken und Sumpfohreule – Kranich: 3.000m, Schwäne, Gänse (mit Ausnahme der Neozoen): 1.000m, Milane, Weihen, Seeadler, Merlin/Falken, Sumpfohreule: 1.000m - Hauptflugkorridore zwischen Schlaf- und Nahrungsplätzen bei Kranichen, Schwänen, Gänsen (mit Ausnahme der Neozoen) und Greifvögeln und überregional bedeutsame Zugkonzentrationskorridore – freihalten - Brutplatz Baumfalke, Kranich, Wachtelkönig, Waldschnepfe (Balzplatz), Ziegenmelker, Bekassine, Uferschnepfe, Rotschenkel, Großer Brachvogel, Kiebitz – 500 m - Brutplatz Rohrdommel/Zwergdommel, Weißstorch, Fischadler, Wespenbussard, Kornweihe, Wiesenweihe, Rohrweihe, Schwarzmilan, Wanderfalke, Goldregenpfeifer, Uhu, Sumpfohreule, Wiedehopf, Reiher, Möwen, Seeschwalben – 1.000 m - Brutplatz Rotmilan – 1.500 m - Brutplatz Schwarzstorch, Seeadler, Großtrappe – 3.000 m - Brutplatz Schreiadler – 6.000 m Grundsätze der Raumordnung - Regelmäßig genutzte Schlafplätze: Kranich, Schwäne, Gänse (mit Ausnahme der Neozoen) jeweils ab 1%-Kriterium nach Wahl & Heinicke (2013) sowie Greifvögel/Falken	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Sumpfohreule – Kranich: 6.000m, Schwäne, Gänse (mit Ausnahme der Neozoen): 3.000m, Milane, Weihen, Seeadler, Merlin/Falken, Sumpfohreule: 3.000m - Brutplatz Bekassine, Uferschnepfe, Rotschenkel, Großer Brachvogel, Kiebitz – 1.000 m - Brutplatz Wiedehopf – 1.500 m - Brutplatz Weißstorch – 2.000 m - Brutplatz Baumfalke, Rohrdommel, Kornweihe, Wiesenweihe, Rohrweihe, Schwarzmilan, Wanderfalke, Uhu, Sumpfohreule, Reiher, Möwen, Seeschwalben – 3.000 m, - Brutplatz, Fischadler, Rotmilan – 4.000 m, - Brutplatz Goldregenpfeifer, Seeadler – 6.000 m - Brutplatz Schwarzstorch – 10.000 m Anlage 3 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Umweltbericht Der Umweltbericht zum Entwurf des LEP erfüllt in keiner Weise die fachlichen Mindeststandards. Die Beschreibung des Ist-Zustands wurde weitestgehend aus den Planunterlagen von 2020 übernommen. Offenbar wurden aus Zeitdruck keine aktualisierten Erhebungen mehr durchgeführt. Die Beschreibung des Ist-Zustands ist auch deutlich umfangreicher als die nachfolgende Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen der im LEP Windenergie festgelegten Ziele und Grundsätze. Gerade diese Bewertung sollte aber der eigentliche Kern eines Umweltberichts sein. Im vorgelegten Bericht wird aber bei den meisten Punkten eine fachliche Bewertung dieser Auswirkungen überhaupt nicht vorgelegt. Stattdessen werden lediglich die Ziele und Grundsätze der Raumordnung aus dem Planungsentwurf wiederholt mit der irrigen Behauptung, dass allein schon durch die aufgestellten Grundsätze die Umweltauswirkungen minimiert würden. Dass von Anfang an keine ernsthafte Umweltprüfung geplant war, wird auch durch eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anmerkung auf Seite 2, Ziffer 2 Abs. 2 der Scoping-Unterlage deutlich. Dort wurde als Ziel der Umweltprüfung das Erreichen eines imaginären und fachlich durch nichts begründeten Flächenbedarfes für Windenergieanlagen ausgegeben. Das entspricht der Umkehr des Gedankens der Umweltprüfung und der umwelt- und naturschutzfachlichen Notwendigkeiten und fachrechtlichen Regelungsintentionen. Diese Regeln dienen dem Schutz der Natur und Umwelt und ihrer rechtlichen Absicherung, nicht jedoch deren noch weitergehender Beeinträchtigung aufgrund undefinierter Fremdinteressen Die Scopingunterlage lässt außerdem erkennen, dass die zu prüfenden Umweltkriterien gegenüber der letzten Windkraft-Regionalplanung von 2020 deutlich abgeschwächt wurden, obwohl sich der Zustand der Umwelt in Schleswig-Holstein seit der letzten Planung nicht außergewöhnlich stark verbessert hat. Im Gegenteil hat sich der Zustand der Umwelt und insbesondere die biologischen Rahmenbedingungen für den Naturschutz seitdem deutlich verschlechtert. Eine Umweltprüfung dient grundsätzlich nicht dazu, möglichst wenige Umweltschäden zu erkennen, sondern dazu, mögliche Schäden und komplexe Wirkungen umfassend zu ermitteln und in ihren Auswirkungen und Wechselbeziehungen nachhaltig und vorsorgend zu minimieren. Bereits durch die heute bestehenden Anlagen und Vorrangflächen nimmt Schleswig-Holstein deutlich größere Umweltbelastungen hin als dies anderen Bundesländern zugemutet wird. Es ist nicht daher nicht nachzuvollziehen, warum speziell in Schleswig-Holstein der Umweltschaden zum Nachteil der Lebensgrundlagen, der Bevölkerung und der Natur weiter vergrößert werden soll. Die offensichtlichen eklatanten Mängel des Umweltberichts sind umso erstaunlicher, da der LEP mir der daran anschließenden Planung der Vorrangflächen die von der Bundesregierung beschlossene RED III-Richtlinie der Europäischen Union umsetzen muss. Danach werden die Vorranggebiete zu sogenannten EE-Beschleunigungsgebieten erklärt, auf denen in zukünftigen Genehmigungsverfahren von WEA keine Umweltprüfungen mehr erforderlich sind. Daher sind die Umweltprüfungen der übergeordneten Planungsebene mit besonderer Sorgfalt und Detailtiefe vorzunehmen. Das gilt auch für den Umweltbericht zum LEP. Der Umweltbericht ist daher komplett zu überarbeiten und neu vorzulegen. Weitere Anmerkungen zu Kapiteln des Umweltberichts	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	5.1.2 Menschen und menschliche Gesundheit und 5.1.6 Landschaft Bei Berücksichtigung eines Radius von 15 H um jeden zukünftigen Windpark als den vom Land selbst definierten Umkreis, in dem das Landschaftsbild durch Windkraft beeinträchtigt ist (Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung bei Windkraftanlagen AZ V533), wird allein bei Annahme der Höhe der Referenzanlage von 200 m um jede Vorrangfläche ein Radius von 3000 m zu ziehen sein, um die zukünftige Beeinträchtigung des Schleswig-Holsteinischen Landschaftsbildes quantitativ abzuschätzen. Bei Gesamtbetrachtung aller Potentialflächen sind in diesem Fall 82 % der Landesfläche von Windkraft erheblich beeinträchtigt (Abb. 1). [redacted] Diese Schätzung ist als konservativ zu betrachten, da die derzeitigen in Planung befindlichen WEA eher eine Gesamthöhe von 250 m haben, WEA bis zu 365 m Gesamthöhe befinden sich in der Erprobungsphase (300-Meter-Windrad soll noch in diesem Jahr in Schipkau aufgestellt werden | rbb24). Bei Berücksichtigung solcher Höhen wäre zur Ermittlung der unmittelbar betroffenen Landesfläche ein Radius um die Windflächen von über 5000 m zu ziehen (Abb. 2). Damit wäre nahezu die gesamte Landesfläche von Schleswig-Holstein von WEA beeinträchtigt. Die gewünschte Steuerungswirkung des LEP, die dem Eindruck eines „Großwindparks Schleswig-Holstein“ vorbeugen soll, ist damit hinfällig. Wir weisen darauf hin, dass die vorliegende Festlegung von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im Detail nicht geeignet ist, das bisherige Bild der Kulturlandschaft von Schleswig-Holstein vor einer Überbauung und damit vollständigen Zerstörung zu schützen. Eine Vereinbarkeit mit anderen Schutzgütern wie Artenschutz, Naturschutz, Schutz natürlicher Ökosysteme, Immissionsschutz wird nicht mehr umsetzbar sein. [redacted] 5.1.5 Klima und Luft Ohne jegliche Untersuchung wird im Umweltbericht behauptet, dass keine erheblichen negativen Auswirkungen auf Klima und Luft zu erwarten seien. Mit Sicherheit wird eine derart massive Ausweitung der Windenergie mit hohen Anlagen in Schleswig-Holstein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Auswirkungen auf das Mikroklima und Luftströmungen haben, da den bodennahen Luftschichten massiv Energie entzogen wird. Wir verweisen dabei auf u.a. auf eine Dokumentation des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags („Lokale mikroklimatische Effekte durch Windkrafträder“, WD 8 - 3000 - 083/20 vom 17.12.2020) Es wäre Aufgabe des Umweltberichts gewesen, diese Auswirkungen und Effekte für Schleswig-Holstein zunächst seriös zu ermitteln und zu bewerten, bevor irgendwelche Behauptungen aufgestellt werden. 5.4 Auswirkungen des Gesamtplans Völlig unzureichend ist der Umweltbericht hinsichtlich der Auswirkungen des Gesamtplans auf sämtliche Schutzgüter. Angesichts der extremen Vorschädigung der Landschaft ist die kumulative Auswirkung der Windkraftnutzung mit anderen Raum- und Flächenansprüchen zu prüfen und die Auswirkung über einen Zeitraum der voraussichtlichen Gültigkeit der Planung zu beschreiben. Dabei ist besonderer Wert auf die Kumulation von schädigenden Effekten zu legen. Auch Kumulationen wie ein gemeinsames Auftreten von Stromtrassen, Windkraftanlagen, großen PV-Anlagen und anderen auch landschaftszerschneidenden Elementen werden im Umweltbericht in keiner Weise berücksichtigt. Es fehlen außerdem konkrete Aussagen zur Bewertung und Gewichtung der einzelnen Aspekte. Der Verweis auf die nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen, die eine Konkretisierung der landesplanerischen Ziele und Grundsätze der Raumordnung vornehmen sollen, trägt nicht. Beim vorgelegten Detaillierungsgrad der aufgestellten Ziele und Grundsätze müssen deren kumulativen Effekte und Wechselwirkungen zwingend auf der Ebene des LEP ermittelt und bewertet werden. Auch bei der Prüfung von Alternativen bleibt der Umweltbericht vage und substanzlos. Es wird lediglich behauptet, dass durch die Festlegung von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung Alternativen gewählt wurden, welche die geringste Belastung für die Umwelt darstellen. Eine detaillierte Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen der einzelnen Ziele und Grundsätze findet aber im Umweltbericht gar nicht statt, wie weiter oben bereits ausgeführt wurde.	
Öffentlichkeit: Privatperson	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M2319	des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Es betrifft die Ausweisung der Potenzialflächen für Windräder zwischen Blunk, Groß Rönnau, Krems II und Daldorf Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Als wir 1980 von Hamburg nach Groß Rönnau gezogen sind, haben wir dies wegen der vorhandenen Naturschutzgebiete, dem Vorkommen der geschützten Vogelarten, wie z.B. dem großen Brachvogel, Graureiher, Seeadler, Rotmilan, Störche und Kraniche getan. In unserer unmittelbaren Nähe befinden sich charakterische Landschaftsräume, sowie Knicklandschaften und Seen. Die Fledermäuse fallen ebenfalls unter den Artenschutz und sind regelmäßig „Gäste“ bei uns. Wir möchten, dass dies alles erhalten bleibt und sind gegen den Bau der geplanten Windkraftanlagen! Die erzeugte Windkraftenergie kann mangels fehlender Leitungsnetz- / Infrastruktur nicht an die Umspannwerke bzw. den Endverbraucher weitergeleitet werden! Wir weisen hiermit mit Nachdruck darauf hin, dass wir „Schlagschatten“ und den gefährlichen „Schlagschall“ mit einer Reichweite von bis zu 15 km nicht bereit sind hinzunehmen! Diesen Angriff auf unsere Gesundheit werden wir nicht widerstandslos akzeptieren! Die Anwohner aus Damsdorf haben uns über ihre gemachten Erfahrungen, von zwei (Test-) Windkraftanlagen berichtet, die per Sondergenehmigung im Eilverfahren, mitte 2018 errichtet wurden - es ist erschreckend! Es ist alles viel schlimmer, als wie man es sich vorstellen kann (Fensterscheiben zerbrechen, starke gesundheitliche Beeinträchtigungen, plötzliche Schlaflosigkeit, Herzrhythmus Störungen usw. ...). Mal abgesehen davon, das die Immobilien übernacht nichts mehr Wert sind und die betroffenen Anwohner nicht einmal aus diesen Regionen „fliehen“ können! Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, wird der „Schlagschall“ in anderen Ländern als Waffe	Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf 7.2.5, 7.2.11, 7.3.3 der allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfs.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt! Bei unseren Nachbarn in Dänemark hat man bereits die Gefahren, die von Windkraftanlagen ausgehen, erkannt und die notwendigen Konsequenzen eingeleitet! Wir erwarten daher von der Bundesregierung und den zuständigen Ministerien sich gern, dem Grundgesetz für das Wohl der Bundesbürger einzusetzen und Gefahren abzuwenden. Zurzeit stehen leider nur die wirtschaftlichen Interessen von Investoren und Großgrundbesitzern im Fordergrund! Wir haben am 16.01.2023 eine Photovoltaikanlage mit Speicher in Betrieb genommen, sodass wir absolut keinen Nutzen von den 7 geplanten Windrädern, mit einer Höhe von 250 m und einer Leistung von 7,2 Megawatt pro Windrad hätten. Im Gegenteil, unsere ungenutzte Energie, wird in das öffentliche Stromnetz eingespeist und versorgt zeitweise zusätzlich 2 bis 3 Einfamilienhäuser! Wir haben somit bereits pro-aktiv unseren Beitrag zur Energiewende geleistet!!!! Aus den vorgenannten Gründen werden wir, mit all' den uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Windkraftanlagen kämpfen um unseren intakten Wohnbereich zu schützen und zu erhalten! Das sind wir nicht nur der Natur, sondern auch unseren Kindern und Enkeln schuldig! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen (Signatur)	
Institution: Gemeinde Brunstorf, PNT Partner Rechtsanwälte ID: M2297	Gemeinde Brunstorf ./. Vertretung Überarbeitung LEP Sehr geehrte Damen und Herren, im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zur Neufassung des Kapitels 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) vertreten wir die Gemeinde Brunstorf, vertreten durch das Amt Schwarzenbek-Land, Gülzower Straße 1, 21493 Schwarzenbek. Unsere Vollmacht wird	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Die Hinweise zum Gesetzgebungsverfahrens zu RED III werden zu Kenntnis genommen. Allerdings sieht die Landesplanung keine Notwendigkeit, deswegen jetzt den Entwurf anzupassen. Der Grundsatz , dass bestehende Vorranggebiete und

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	anwaltlich versichert. Zu dem im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung ausgelegten Entwurf einer Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO), wonach gemäß § 1 LEPWindVO die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans nach Maßgabe der Anlagen 1 bis 3 zu dieser Verordnung erfolgt, nehmen wir nachfolgend für unsere Mandantin Stellung und beantragen, den Entwurf unter Berücksichtigung der nachfolgenden Hinweise zu überarbeiten und erneut auszulegen. Begründung: Durch die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (nachfolgend: „LEP“) soll das bisherige Kapitel 3.5.2 des LEP 2010 (Windenergie an Land) vom 6. Oktober 2020 durch das neue Kapitel 4.5.1 ersetzt werden.1 Wesentlicher Anlass dafür ist die Verpflichtung der Bundesländer, die in der Anlage zu § 3 Abs. 1 Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) festgesetzten Flächenziele fristgemäß zu erreichen. Ferner hat sich auch der rechtliche Maßstab für die Ausweisung von Windenergieflächen durch verschiedene Gesetzesänderungen in der Zwischenzeit geändert. Der Entwurf der Anlage 1 zu § 1 LEPWindVO (nachfolgend: „Entwurf der Anlage 1“) setzt insgesamt 36 Ziele der Raumordnung und 34 Grundsätze der Raumordnung i.S.d § 3 Abs. 1 Nr. 2 und 3 ROG fest, die die nachfolgenden Regionalplanungs- sowie Bauleitplanungsträger gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 ROG (in unterschiedlicher Weise) binden. Die Ausweisung der Windenergiegebiete i.S.d. § 2 Nr. 1 WindBG wird zwar erst in den Regionalplänen erfolgen, würde jedoch bei Anwendung der derzeit im Entwurf der Anlage 1 festgesetzten Ziele und Grundsätze der Raumordnung unsere Mandantin stark belasten. Die anhand dieser Vorgaben bereits erstellte Potenzialflächenkarte lässt nämlich erwarten, dass auch Flächen unserer Mandantin als Windenergiegebiete ausgewiesen werden. Die Potenzialflächenkarte selbst ist zwar nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens, sie wird jedoch der Regional- sowie der Bauleitplanung zur Auswahl und Festlegung der Windenergieflächen zur Verfügung stehen und bildet damit	vorhandene WEA bevorzugt übernommen werden sollen, wurde aus nachvollziehbaren Gründen gewählt (siehe Begründung) und stellt keinen Widerspruch zur Planung dar, sofern sie in der Potentialfläche liegen. Eine Definition der Raumbedeutsamkeit durch die Landesplanung halten wir für rechtlich zulässig. Der Grundrechtseingriff in Artikel 14 GG durch Nichtausweisung von Grundstücken erfolgt nicht durch den LEP Wind, sondern durch die Erreichung der Flächenbeitragswerte nach WindBG und die Rechtsfolge des § 249 II BauGB. Bezüglich der weiteren Punkte aus der Stellungnahme wird auf die allgemeine Synopse und hier insbesondere auf die Ziffern 1.4.1, 2.2, 2.5, 4.5, 4.7 und 7.1.4 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einen guten Indikator für das, was auf unsere Mandantin zukommen könnte. Dabei ist unabhängig von den Auswahlkriterien des Entwurfes zunächst das verfolgte Planungsziel in den Blick zu nehmen (dazu I.). Da zudem die Auswahlkriterien (Ziele und Grundsätze) für die Ausweisung der Windenergiegebiete im Entwurf der Anlage 1 teils fehlerhaft sind, bedarf es schon jetzt ihrer Korrektur, bevor es zum Erlass nachfolgender, fehlerhafter Regional- und Bauleitpläne zum Nachteil unserer Mandantin und weiterer Gemeinden kommt (dazu II. ff.). I. Verfolgtes Planungsziel Die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zielt laut dem Grundsatz 1 G auf Seite 2 des Entwurfes der Anlage 1 darauf ab, den bis Ende 2032 vorgegebenen Flächenbeitragswert nach der Anlage zu § 3 Abs. 1 WindBG für das Bundesland Schleswig-Holstein von 2,0 % der Landesfläche bereits bis Ende des Jahres 2027 zu erreichen. Das mag für ein möglichst schnelles Erreichen der gesetzlichen Ziele zwar auf den ersten Blick zielführend sein, erweist sich aber in der aktuellen gesetzlichen Entwicklung als potenziell zielgefährdend. Denn die Maßgaben des WindBG werden durch das zwischenzeitliche Inkrafttreten der Novellierung der europäischen Erneuerbare Energien-Richtlinie (RED III) am 20.11.2023 in Frage gestellt. Dies deshalb, weil die Richtlinie ihrerseits neben erheblichen vom bisherigen deutschen Recht abweichenden materiellen Vorgaben auch zeitlich enge Fristen für die Ausweisung von Erneuerbare-Energien-Gebieten und von Beschleunigungsgebieten enthält. Diese erfordern verschiedene Anpassungen des nationalen Planungsrechts, die über die dazu schon erfolgten schnellen ersten Anpassungen deutlich hinausgehen (vgl. dazu z.B. Wulff, Die Umsetzung der Erneuerbare Energien-Richtlinie (RED III) in nationales Recht, NVwZ 2023, 368 ff.). Die Gesetzgebungsverfahren zur normativen Umsetzung der Novelle laufen (vgl. BMWSB-Gesetzgebungsverfahren-Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2413 in den Bereichen Windenergie an Land und Solarenergie sowie für Energiespeicheranlagen am selben Standort (bmwsb.bund.de)), sind aber noch nicht abgeschlossen. Im weiteren Verfahren dazu wird zu prüfen sein, ob der Entwurf sich in seiner Reichweite zutreffend auf die Maßgaben der Richtlinie stützen kann oder in Teilen darüber hinausgeht und wegen des Anwendungsvorranges des Unionsrechts korrigiert werden muss. Das betrifft etwa die Fragen zur „Hochzonung“ der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Artenschutzfragen, zu ihrer notwendigen Bewältigung (schon) auf der planerischen Ebene und zu den Einzelheiten der Erleichterungen auf Genehmigungsebene. Vor diesem Hintergrund nehmen wir hier davon Abstand, die bisherige Behandlung dieser Fragen in diesem Entwurf näher zu thematisieren. Im Ergebnis liegt es daher inhaltlich, aber auch unter zeitlichen Aspekten nahe, dass die sich konkret abzeichnenden, erneuten gesetzlichen Änderungen abgewartet und der Entwurf an sie angepasst werden sollte, um insgesamt zu einer Beschleunigung der Energiewende effektiv beitragen zu können. II. Übernahme von bestehenden Vorranggebieten und vorhandenen Windenergieanlagen Gemäß dem Grundsatz in Ziffer 2 (Seite 3 des Entwurfs der Anlage 1) sollen bevorzugt die schon vorhandenen Vorranggebiete Windenergie und auch die außerhalb dieser Gebiete stehenden raumbedeutsamen Windenergieanlagen in der Neuaufstellung übernommen werden. Das liegt angesichts der geänderten Rechtslage aber selbst für die bisherigen Vorranggebiete nicht nahe, weil diese die Kriterien des Art. 15 c Abs. 4 der novellierten Erneuerbare Energien-Richtlinie nicht erfüllen. Noch kritischer ist die angedachte Übernahme der außerhalb dieser Flächen tatsächlich stehenden Windenergieanlagen zu sehen, weil diese schon in das bestehende planerische System nicht hineinpassen. Unabhängig hiervon sind auch tatsächliche Gründe für eine bevorzugte Überplanung dieser Standorte nicht erkennbar. Denn soweit es um die Absicherung des Bestandes geht, greift der Bestandsschutz ihrer Zulassungen. Und soweit es um ihr Repowering geht, verdeutlichen die tatbestandlichen Voraussetzungen für die Definition eines Repowering, dass die möglichen Änderungen der Leistung und der Standorte eine Weiternutzung vorhandener Infrastrukturen weitgehend unrealistisch erscheinen lassen. III. Fehlerhafte Definition von nicht raumbedeutsamen Windenergieanlagen Da Windenergiegebiete i.S.d. § 2 Nr. 1 WindBG als Vorranggebiete gem. § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 ROG nur für „raumbedeutsame“ Windenergieanlagen ausgewiesen werden können, wird unter 2 Z auf Seite 2 des Entwurfes der Anlage 1 zunächst definiert, dass „bis zu zwei Kleinanlagen mit einer Gesamthöhe von jeweils bis zu 30 Meter und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Nebenanlagen als Einzelanlagen mit einer Gesamthöhe bis zu 70 Meter, wenn letztgenannte überwiegend der Energieversorgung eines anderen im Außenbereich privilegierten Vorhabens nach § 35 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 Baugesetzbuch (BauGB) dienen“ als nicht raumbedeutsam gelten und demnach nicht unter die raumordnerische Steuerung anhand der Gebietsausweisung fallen (vgl. Begründung zu 2 Z auf Seite 9 des Entwurfs der Anlage 1). Dieses Ziel der Raumordnung erweist sich jedoch als rechtswidrig und damit als unwirksam. Denn dem Plangeber fehlt die Regelungsbefugnis für eine solche Vorgabe. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen werden nämlich in § 3 Abs. 1 Nr. 6 ROG legaldefiniert als: „Planungen einschließlich der Raumordnungspläne, Vorhaben und sonstige Maßnahmen, durch die Raum in Anspruch genommen oder die räumliche Entwicklung oder Funktion eines Gebiets beeinflusst wird, einschließlich des Einsatzes der hierfür vorgesehenen öffentlichen Finanzmittel“. Zu den raumbedeutsamen Maßnahmen zählen mithin auch einzelne Vorhaben i.S.d. § 29 Abs. 1 BauGB; der Begriff ist extensiv auszulegen (vgl. Spannowsky/Runkel/Goppel/Runkel, 2. Aufl. 2018, ROG § 3 Rn. 123, 124). Die Raumbedeutsamkeit dient als Abgrenzungskriterium zu solchen Planungen und Maßnahmen, die von den Bindungswirkungen der Raumordnung nicht erfasst werden sollen, weil sie für die Nutzung des Raums nur eine untergeordnete Bedeutung haben (vgl. Runkel, a.a.O., Rn. 102). Der Begriff der raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen ist zwar bundesrechtlich einheitlich definiert, für die konkrete Beurteilung ist zugleich bundesweit einheitlich auf die Gegebenheiten des jeweiligen Planungsraums abzustellen. Das gleiche Vorhaben kann deshalb in einem Planungsraum raumbedeutsam sein und in einem anderen nicht, z.B. sticht die gleiche Windenergieanlage in einer flachen Küstengegend stark hervor, während sie in einer bewaldeten Mittelgebirgslandschaft nur untergeordnet Bedeutung hat (vgl. Runkel, a.a.O., Rn. 103). Demzufolge darf der Plangeber im LEP nicht pauschal landesweit definieren, welche Windenergieanlagen als raumbedeutsam gelten und damit die im Einzelfall vorzunehmende Subsumtion unter den Begriff der Raumbedeutsamkeit abstrakt für seine gesamte Planung vorwegnehmen. Hinzukommt, dass er in der Begründung zu diesem Ziel auch nicht erkennen lässt, wie er ausgerechnet auf die angegebenen Größen kommt. IV.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fehlerhafte Referenzanlage Ausgangspunkt der Ausweisung und der Bewertung von Umweltauswirkungen der Windenergiegebiete in den Regionalplänen soll die auf Seite 3 des Entwurfs der Anlage 1 unter 3 G beschriebene Referenzanlage sein (als Grundsatz der Raumordnung, § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG). Diese soll eine Gesamthöhe von 200 Metern, einen Rotordurchmesser von 150 Metern und eine elektrische Nennleistung von 5,3 Megawatt haben. Diese Annahmen entsprechen nicht der Realität der Größenentwicklung von Windenergieanlagen in den letzten Jahren und antizipieren schon gar nicht deren absehbare Entwicklung in den kommenden Jahren. Uns ist kein laufendes Genehmigungsverfahren in Norddeutschland bekannt, in dem die hier zugrunde gelegten Höhen nicht überschritten werden. So bietet aktuell beispielsweise die Firma Vestas Windenergieanlagen des Typs V172 an mit einer Gesamthöhe von 261-285 m, einer Nabenhöhe von 175-199 m, einem Rotordurchmesser von 172 m und 7,2 Megawatt Leistung. Würden die Regionalplangeber ihrer im Rahmen der Ausweisung der Windenergiegebiete gem. § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung eine größere, realistische Referenzanlage zugrunde legen, so würden sie voraussichtlich die Umweltauswirkungen der Gebietsausweisung anders bewerten und damit insgesamt womöglich zu anderen Abwägungsergebnissen gelangen. Es bedarf mithin der Korrektur der Referenzanlage. V. Fehlerhafte Festlegung der von Windenergie freizuhaltenden Umgebungsbereiche um bestimmte Siedlungsstrukturen Die Festsetzung von Umgebungsbereichen zu bestimmten Siedlungsstrukturen als Ziele der Raumordnung unter 4.5.1.1, 1 Z und 2 Z (Seite 20 f. des Entwurfes der Anlage 1), die bei der Ausweisung von Windenergiegebieten von nachfolgenden Planungsträgern zwingend einzuhalten sind, dürften sich bereits als rechtswidrig erweisen. Unter 4.5.1.1, 1 Z des Entwurfes der Anlage 1 wird als Ziel der Raumordnung festgesetzt, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten in einem Umgebungsbereich von 800 m um Gebiete mit Wohn- und /oder Erholungsfunktion nach § 30 oder § 34 BauGB	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ausgeschlossen ist. Unter 2 Z wird (zusammengefasst) ein entsprechender Ausschluss für einen Umgebungsbereich von 400 m rund um Einzelhäuser, Splittersiedlungen im Außenbereich sowie Gewerbe festgesetzt. 1. Kein Verstoß gegen § 249 IX BauGB Die Festsetzung des Umgebungsbereichs um Wohngebiete unter 4.5.1.1, 1 Z, verstößt zwar nicht gegen § 249 IX 5 BauGB, da das genannte Ziel von vornherein nicht in dessen Anwendungsbereich fällt: § 249 IX BauGB enthält eine sog. Länderöffnungsklausel, wonach die Länder grundsätzlich Mindestabstände von höchstens 1.000 m zwischen einem Vorhaben, also einer einzelnen Windenergieanlage, und einem Wohngebiet gesetzlich bestimmen dürfen. Liegt eine solche landesgesetzliche Bestimmung vor, so gilt diese gem. § 249 IX 5 BauGB indessen nicht für Abstände zwischen Windenergieanlagen und Wohngebieten innerhalb eines festgesetzten Windenergiegebietes. Das Ziel 1 Z (Seite 20 des Entwurfs der Anlage 1) regelt jedoch den Mindestabstand zu Wohnbebauung für die noch auszuweisenden Windenergiegebiete. 2. Verstoß gegen das Abwägungsgebot gem. §§ 3 Abs. 1 Nr. 2, 7 Abs. 2 Satz 1 ROG Jedoch müssen Ziele der Raumordnung gem. §§ 3 Abs. 1 Nr. 2, 7 Abs. 2 Satz 1 ROG abschließend abgewogen sein, woran es in Bezug auf die Ziele 1 Z und 2 Z fehlen dürfte. Diese abschließende Abwägung verlangt eine vorangegangene umfassende Ermittlung und Bewertung der berührten öffentlichen und privaten Belange (vgl. Spannowsky/Runkel/Goppel/Runkel, 2. Aufl. 2018, ROG § 7 Rn. 42). Was für die hiesigen Ziele 1 Z und 2 Z zu ermitteln und bewerten gewesen wäre, beschreibt das Oberverwaltungsgericht Lüneburg wie folgt: „Zur sachgerechten Ermittlung der immissionsschutzrechtlichen begründeten Pufferzonen ist es nicht erforderlich, konkrete Berechnungen der zu erwartenden Lärmimmissionen und ihrer Vereinbarkeit mit der vorhandenen Wohnungsnutzung in einer Intensität anzustellen, wie sie im Genehmigungsverfahren geboten sind (Gatz, a. a. O., Rdn. 75). Vielmehr ist es ausreichend, aber auch geboten, ausgehend von den maßgeblichen Parametern einer der Planung zu Grunde gelegten Referenzanlage	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Höhe, Emissionen etc.) Lärmimmissionen anhand von Erfahrungswerten zu ermitteln und auf dieser Grundlage zu entscheiden, ob der Realisierung von Windenergieanlagen auf den betreffenden Flächen auf unabsehbare Zeit rechtliche Hindernisse im Wege stehen (Urt. d. Sen. v. 13.7.2017 – Aktenzeichen 12KN20615 12 KN 206/15-, a. a. O).“ (s. OVG Lüneburg, 12. Senat, Urteil vom 07.11.2017 – 12 KN 107/16, Rn. 26; Hervorhebungen durch Unterzeichnerin) In der Begründung zu 1 Z heißt es dagegen lediglich, dass der pauschale Abstand von 800 m Schutz der Wohnungsnutzung vor von der Windenergieanlage ausgehenden Immissionen und visuellen Beeinträchtigungen gewährleistet (vgl. Seite 24 des Entwurfes der Anlage 1). Eine Prognose über diese zu erwartenden Immissionen ausgehend von der Referenzanlage wird nicht vorgenommen. Auch in der Begründung zu 2 Z (vgl. Seite 26 f. des Entwurfes der Anlage 1) fehlt es an einer entsprechenden Prognose. Stattdessen weist der Plangeber in dieser Begründung sogar selbst auf ein Abwägungsdefizit hin: Die Auswirkungen der Windenergienutzung auf Gewerbebetriebe sei abhängig von der konkreten Ausgestaltung der betreffenden Nutzung auf den Flächen, welche auf der landesweiten Betrachtungsebene nicht differenziert werden könnten. Deshalb würden bei der landesweiten Betrachtung Gewerbegebiete (pauschal) als Ausschlussgebiete eingestuft. (vgl. S. 26 des Entwurfes der Anlage 1) Damit wird offenbar, dass der Plangeber gar nicht in der Lage ist, die möglicherweise berührten privaten Belange einzelner Gewerbetreibender zu ermitteln und zu bewerten (betreffend das Ziel 2 Z). Auch in Bezug auf Umgebungsbereiche um Wohn- und Erholungsnutzungen (betreffend das Ziel 1 Z) ist der Plangeber, wie gezeigt, hinter den Anforderungen an die umfassende Ermittlung und Bewertung der Belange zurückgeblieben. Vor diesem Hintergrund liegen den Festsetzungen 1 Z und 2 Z keine abschließenden Abwägungsentscheidungen zugrunde, sodass es sich schon deshalb nicht um wirksame Ziele der Raumordnung i.S.d § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG handeln dürfte (vgl. Spannowsky/Runkel/Goppel/Runkel, 2. Aufl. 2018, ROG § 3 Rn. 46). 3. Zukünftige Verstöße gegen Art. 14 Abs. 1 GG durch das Ziel 2 Z Das Ziel der Raumordnung in 4.5.1.1, 2 Z, sämtliche Umgebungsbereiche um Gewerbegebiete und andere darin genannte Nutzungsarten pauschal von der Windenergieflächenausweisung auszuschließen, kann – gerade, weil es dem Land derzeit unmöglich ist, die Auswirkungen der Windenergienutzung auf einzelne	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Gewerbebetriebe abzuschätzen (s.o.) – zukünftig einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in die Eigentumsgarantie aus Art. 14 Abs. 1 GG hiervon betroffener Grundstückseigentümer, mithin eine Grundrechtsverletzung, darstellen. Der Ausschluss unter 2 Z bezieht sich nämlich landesweit auf alle Grundstücke, die in den darin definierten Umgebungsbereichen liegen. Davon sind also auch Grundstücke im Außenbereich i.S.d § 35 BauGB erfasst, die sich objektiv für die Windenergienutzung eignen und nach dem Willen ihrer Grundstückseigentümer auch dazu genutzt werden sollen. Aufgrund des Ziels 2 Z dürfen die Regionalpläne oder kommunalen Bauleitpläne die betroffenen Grundstücke aber nicht als Windenergiegebiete i.S.d. § 2 Abs. 1 WindBG ausweisen. Die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Windenergieanlagen außerhalb von ausgewiesenen Windenergiegebieten ist in den §§ 7 Abs. 3 Satz 6, 27 Abs. 4 ROG i.V.m. §§ 245e, 249 BauGB geregelt. Sobald der Flächenbeitragswert des Landes Schleswig-Holstein erreicht und dies gem. § 5 WindBG festgestellt sein wird, wird sich die Zulässigkeit von Windenergieanlagen auf Außenbereichsgrundstücken außerhalb der ausgewiesenen Windenergiegebiete gem. § 249 Abs. 2 Satz 1 BauGB anhand von § 35 Abs. 2 BauGB beurteilen. D.h. Windenergieanlagen werden dort als „sonstige“, nichtprivilegierte Vorhaben gelten. Damit wird deren bauplanungsrechtliche Zulässigkeit zwar nicht von vornherein ausgeschlossen, praktisch ist sie aufgrund der strengen Anforderungen an sonstige Vorhaben aber nicht zu erwarten (vgl. BeckOK BauGB/Söfker, 62. Ed. 1.2.2024, BauGB § 35 Rn. 57). D.h. die betroffenen Grundstückseigentümer werden durch die Nichtausweisung aufgrund des Ziels 2 Z letztlich in der Nutzungsfunktion ihrer Grundstücke eingeschränkt. Dieser Eingriff kann im Einzelfall aber eine nicht zu rechtfertigende Grundrechtsverletzung darstellen: Wenn sich nämlich in dem naheliegenden Gewerbegebiet nur fensterlose Lagerhallen oder ähnliche, nicht schutzbedürftige bauliche Anlagen befinden, gibt es keinen sachlichen Grund dafür, die betroffenen Grundstücke von der Ausweisung als Windenergiegebiete – und damit letztlich, wie gezeigt, von der Windenergienutzung selbst – pauschal auszuschließen. Es muss stattdessen den regionalen oder kommunalen Planänderungsträgern möglich bleiben, solche Umgebungsgebiete gem. § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 WindBG als Windenergiegebiete auszuweisen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4. Ökologische Bedenken an den Zielen 1 Z und 2 Z Der pauschale Ausschluss von Flächen in den o.g. Umgebungsbereichen gem. 4.5.1.1, 1 Z und 2 Z kann schlimmstenfalls sogar dazu führen, dass zur Erreichung des Flächenbeitragswertes nach der Anlage zu § 3 Abs. 1 WindBG an anderen Stellen des Landes ökologisch wertvollere Flächen als Windenergiegebiete ausgewiesen werden. VI. Fehlerhafte Festlegung der Beachtungspflicht für Gemeinden gemäß 3 Z bezüglich der Umgebungsbereiche nach 1 Z und 2 Z Die als Ziel 3 Z festgesetzte Pflicht zur gegenseitigen Beachtung von Abstandserfordernissen von Siedlungsentwicklungen und Windenergienutzung ist rechtswidrig und verletzt die Gemeinden, darunter auch unsere Mandantin, in ihrer Planungshoheit aus Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG. Unter 4.5.1.1, 3 Z (Seite 21 des Entwurfs der Anlage 1) formuliert der Plangeber als Ziel der Raumordnung: „Bei der gemeindlichen Siedlungsentwicklung sind Abstände zu Windenergiegebieten entsprechend der Schutzbedürftigkeit der geplanten Nutzungen einzuhalten. Diese entsprechen den Umgebungsbereichen aus den Absätzen 1 Z und 2 Z.“ In der Begründung zu diesem Ziel wird erläutert, dass der einzuhaltende Abstand zwischen Plangebiet und ausgewiesenem Windenergiegebiet für Bauleitplanungen mit gewerblicher Nutzung 400 m, für solche mit Wohn – oder Erholungsnutzung 800 m beträgt (vgl. Seite 27 f. des Entwurfes der Anlage 1). Mit diesen Abstandsvorgaben will der Plangeber sicherstellen, dass der Vorrang der Windenergie nicht durch heranrückende Bebauung beeinträchtigt wird (vgl. ebd.). Diese Festsetzung würde als Ziel der Raumordnung eine verbindlich zu beachtende Vorgabe für die künftige Bauleitplanung von Gemeinden, also auch unserer Mandantin, darstellen, vgl. §§ 3 Abs. 1 Nr. 2, 4 Abs. 1 S. 1 ROG. In ihrer derzeitigen Fassung inklusive der Begründung handelt es sich dabei um eine unzulässige Einschränkung und damit eine Verletzung der gemeindlichen Selbstverwaltungsgarantie unserer Mandantin aus Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG. Die gemeindliche Planungshoheit darf durch überörtliche Zielvorgaben der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Raumordnung nämlich gem. § 4 Abs. 1 S. 1 ROG i.V.m. § 1 Abs. 4 BauGB nur insoweit beschränkt werden, als sie nicht innerlich ausgehöhlt wird (vgl. Battis/Krautzberger/Löhr/Battis, 15. Aufl. 2022, BauGB § 1 Rn. 34). Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit und damit die Wirksamkeit eines Ziels der Raumordnung ist mithin, dass dieses in die Planungskompetenz des Raumordnungsgebers und nicht in die der Gemeinde fällt (vgl. Spannowsky/Runkel/Goppel/Goppel, 2. Aufl. 2018, ROG § 4 Rn. 33). Wo die Grenze zwischen den Planungskompetenzen verläuft, hängt also davon ab, wann die Planungshoheit der Gemeinde im Einzelfall unzulässig tangiert wird. Hinsichtlich der Reichweite der Planungskompetenzen von Land und Gemeinden muss in diesem Zusammenhang sorgsam differenziert werden zwischen einem immissionsschutzrechtlichen begründeten „Mindestabstand“ zwischen Windenergiegebieten und heranrückender Bebauung (dazu 1.) und einem im Vergleich dazu größeren „Vorsorgeabstand“ (dazu 2.). 1. Immissionsschutzrechtlicher Mindestabstand Aufgabe des Landes ist es, durch seine Raumordnungsplanung im Landesentwicklungsplan und in den Regionalplänen sicherzustellen, dass hinreichend viele Windenergiegebiete i.S.d. § 2 Nr. 1 WindBG ausgewiesen werden, die sich tatsächlich in vollem Umfang für die Errichtung von Windenergieanlagen eignen. Somit verfolgt der Plangeber an sich ein legitimes Ziel, wenn er schreibt, dass der Vorrang der Windenergiegebiete vor heranrückender Bebauung geschützt werden soll. Denn sollte eine zukünftige Bebauung durch von einer Windenergieanlage im Windenergiegebiet ausgehende Immissionen wie Lärm oder Schattenwurf so stark beeinträchtigt werden, dass die z.B. nach TA-Lärm zwingend einzuhaltenden Grenzwerte überschritten würden, dann hätten die Anlagenbetreiber gem. § 17 Abs. 3 BImSchG nachträgliche Anordnungen zu befürchten. Die Windenergiegebiete könnten somit nachträglich ihre Eignung für den Betrieb von Windenergieanlagen verlieren. Diese Gefahr muss durch eine Zielvorgabe im Landesentwicklungsplan von vornherein ausgeschlossen werden. 2. Vorsorgeabstand Die Festlegung eines über diesen Mindestabstand hinausgehenden „Vorsorgeabstands“ zu Wohngebieten fällt jedoch in das planerische Ermessen der Gemeinden (vgl. OVG	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Münster (22. Senat), Urteil vom 02.07.2024 – 22 D 47/23.NE, 6. Amtlicher Leitsatz). Dasselbe dürfte auch für die Festlegung von Vorsorgeabständen zu anderen Gebietstypen gelten. Vorsorgeabstände dienen dazu, ein höheres Schutzniveau zu erreichen, als es aufgrund der immissionsschutzrechtlichen Grenzwerte zwingend verlangt wird. 3. Abgrenzung zwischen den Planungskompetenzen Die Grenze zwischen der Planungskompetenz des Landes und der der Gemeinden verläuft also genau da, wo die Abstände über das zwingend erforderliche Maß hinausgehen: Die Mindestabstände dürfen im Landesentwicklungsplan als Ziele der Raumordnung geregelt werden. Werden diese jedoch um einen zusätzlichen „Komfortpuffer“ vergrößert, so handelt es sich um einen – im Landesentwicklungsplan unzulässigen – Vorsorgeabstand, dessen Bestimmung im Planungsermessen der Gemeinde liegt. Diese dürfte auch entscheiden, dass sie keinen über den Mindestabstand hinausgehenden Abstand für erforderlich hält und deshalb in ihrer Bauleitplanung Gebiete bis an die aufgrund der Mindestabstände geltenden Grenzen heranplant. Ob das hier angegriffene Ziel der Raumordnung den zwingend erforderlichen Mindestabstand zahlenmäßig wirklich überschreitet, kann offenbleiben. Denn schon aus der Begründung zur Festlegung des Umgebungsbereiches von 800 m (B zu 1 Z, Seite 24 des Entwurfes der Anlage 1) geht hervor, dass dieser „als Vorsorgeabstand [fungiert]“. Einige Zeilen darunter heißt es: „Immissionsschutzrechtlich kann in einem Abstand von weniger als 800 Metern von in Siedlungsbereichen gelegenen Wohngebäuden in vielen Fällen die Errichtung von WEA, insbesondere einzelner WEA-Standorte sowie in nicht vorbelasteten Bereichen, zulässig sein, gegebenenfalls mit Auflagen zur Einhaltung der Immissionsrichtwerte. Allerdings kommt dem unmittelbar an Siedlungsbereiche angrenzenden Außenbereich planerisch eine Schutz- und Pufferfunktion zu“. Damit offenbart der Plangeber selbst, dass er mit den Zielen 1 Z bis 3 Z bewusst nicht nur Mindestabstände, sondern vielmehr Vorsorgeabstände festsetzen will. Somit tangiert er die Planungshoheit der Gemeinden in unzulässiger Weise. VII.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gesetzlich geschützte Biotope Unter 4.5.1.3, 5 Z wird auf Seite 55 des Entwurfes der Anlage 1 folgendes Ziel der Raumordnung festgesetzt: „In gesetzlich geschützten, flächenhaften, unmittelbar räumlich zusammenhängenden Biotopen mit einer Größe von insgesamt mindestens fünf Hektar sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen.“ In der Begründung zu diesem Ziel ab Seite 65 des Entwurfes der Anlage 1 wird zutreffend darauf hingewiesen, dass gesetzlich geschützte Biotope aufgrund ihrer erheblichen naturschutzfachlichen Bedeutung gem. § 30 Abs. 2 BNatSchG vor Beeinträchtigungen, die zwangsläufig von Windenergieanlagen ausgehen, geschützt sind. Auch die theoretisch mögliche Ausnahme von dem Verbot in § 30 Abs. 2 BNatSchG sei ausgeschlossen. Im Widerspruch dazu wird durch das Ziel 5 Z aber lediglich die Ausweisung von Windenergiegebieten in Biotopen mit einer Mindestgröße von fünf Hektar ausgeschlossen, kleinere Biotope sind hiervon gerade nicht umfasst. Die Begründung enthält sogar die explizite Aussage, dass linienhafte Biotope bei der Festlegung von Windenergiegebieten unberücksichtigt bleiben. D.h. Biotope, die kleiner als fünf Hektar oder linienhaft geformt sind, dürfen als Windenergiegebiete überplant werden. Sie seien erst auf der Ebene des Genehmigungsverfahrens nach dem BImSchG zu berücksichtigen, da sie die Nutzbarkeit eines Windenergiegebietes nicht wesentlich einschränken würden (vgl. Seite 66 Entwurf der Anlage 1). Dieses Ziel der Raumordnung erweist sich als rechtswidrig. Denn der Plangeber ist damit dem Abwägungsgebot nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG nicht gerecht geworden. Danach sind bei der Aufstellung von Zielen der Raumordnung die betroffenen öffentlichen und privaten Belange umfassend und abschließend gegeneinander und untereinander abzuwägen (s.o.). Indem der Ausschluss sich nur auf Biotope mit der Mindestgröße von fünf Hektar bezieht, also kleinere Biotope vor der Ausweisung als Windenergiegebiet gerade nicht geschützt werden, trägt der Plangeber dem öffentlichen Interesse am Biotopschutz nicht hinreichend Rechnung. Denn es ist bereits jetzt absehbar, dass die vom Plangeber des LEP vorgesehene Berücksichtigung der kleineren Biotope auf Ebene des Genehmigungsverfahrens keinen wirksamen Biotopschutz sicherstellen wird, wie	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nachfolgende Ausführungen zeigen sollen. Die gem. § 4 BlmSchG für Windenergieanlagen regelmäßig erforderliche immissionsschutzrechtliche Genehmigung hat gem. § 13 BlmSchG sog. Konzentrationswirkung, schließt mithin andere behördliche Entscheidungen, z.B. die Baugenehmigung, mit ein. Demzufolge hat die Immissionsschutzbehörde im Genehmigungsverfahren auch die weiteren öffentlich-rechtlichen Zulassungsvoraussetzungen zu prüfen, vgl. § 6 BlmSchG. Die Konzentrationswirkung erstreckt sich auch auf naturschutzrechtliche Entscheidungen, demnach wäre im Genehmigungsverfahren auch das Verbot gem. § 30 Abs. 2 BNatSchG zu prüfen. Dieses stünde der Genehmigungserteilung fast immer im Wege, da eine Ausnahme vom Verbot des § 30 Abs. 3 BNatSchG nur dann erteilt werden darf, wenn sich die Beeinträchtigung des Biotops ausgleichen lässt. An diesen Ausgleich werden dem § 15 Abs. 2 Satz 2 BNatSchG vergleichbare, hohe Anforderungen gestellt. Erforderlich dafür ist die Herstellung eines gleichartigen Biotops. Da die meisten Biotoptypen, etwa Hochmoore, aber über sehr lange Zeiträume entstanden sind und sich nicht künstlich herstellen lassen, scheidet ein solcher Ausgleich i.d.R. von vornherein aus (vgl. Landmann/Rohmer UmweltR/Gellermann, 103. EL März 2024, BNatSchG § 30 Rn. 28). Um die immissionsschutzrechtliche Genehmigung trotz des Verstoßes gegen § 30 Abs. 2 BNatSchG erteilen zu können, bleibt dann noch die Möglichkeit der Befreiung von dem Verbot gem. § 67 BNatSchG, wenn dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses notwendig ist (vgl. Gellermann, a.a.O., Rn. 30). Auch der Ausbau erneuerbarer Energien stellt einen solchen Grund dar (vgl. § 2 Satz 1 EEG) und die Notwendigkeit ist bereits gegeben, wenn die Befreiung „vernünftigerweise geboten ist“ (vgl. Gellermann, a.a.O., § 67 Rn. 11-13). Die Voraussetzung des § 67 BNatSchG sind nur dann nicht erfüllt, wenn zumutbare Alternativlösungen (andere Standort- oder Ausführungsvarianten) zur Verfügung stehen (vgl. Gellermann, a.a.O., Rn. 13). Durch die Ausweisung als „Windenergiegebiet“ i.S.d § 2 Nr. 1 WindBG bzw. sogar als „Beschleunigungsgebiet“ i.S.d. § 6a WindBG ist nach § 6 Abs. 1 WindBG im Genehmigungsverfahren jedoch unter den dortigen Voraussetzungen ausnahmsweise keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Deshalb ist zu erwarten, dass die zuständige Immissionsschutzbehörde im Genehmigungsverfahren im Zweifelsfall mangels Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gar nicht bemerkt wird, dass sich an dem geplanten Standort ein Biotop befindet. Zudem wird sie auch davon ausgehen, dass das gesamte Windenergie- oder sogar Beschleunigungsgebiet sich für	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die Errichtung von Windenergieanlagen eignet und darauf vertrauen, dass schon im Verfahren der Gebietsausweisung naturschutzrechtliche Verbote abschließend berücksichtigt wurden. Folglich ist mit unbemerkten Verstößen gegen § 30 Abs. 2 BNatSchG zu rechnen. Sollte die Genehmigungsbehörde ausnahmsweise doch auf das Biotop aufmerksam (gemacht) werden, ist zu befürchten, dass sie eine Befreiung gem. § 67 BNatSchG von dem Verbot in § 30 Abs. 2 BNatSchG erteilen wird mit dem Argument, innerhalb des Windenergie- bzw. Beschleunigungsgebiets sei ein alternativer Standort unzumutbar. Eine vergleichbare Regelung findet sich schließlich auch in § 45b Abs. 8 BNatSchG in Bezug auf die Alternativenprüfung im Rahmen des besonderen Artenschutzes. Mithin ist zu erwarten, dass Biotope, die kleiner als fünf Hektar oder linienförmig geformt sind, ohne einen Ausgleich der Errichtung von Windenergieanlagen zum Opfer fallen werden. Dies hätte bei der Abwägung im Rahmen der Zielaufstellung antizipiert und berücksichtigt werden müssen, was nicht geschehen ist. Gem. § 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 BNatSchG sind überdies auch magere Flachland-Mähwiesen und Berg-Mähwiesen nach Anhang I der Richtlinie 92/43/EWG gesetzlich geschützte Biotope, bei denen es sich um sog. FFH-Lebensraumtypen handelt. Mithin bedarf es auch aus unionsrechtlicher Perspektive eines umfassenden Schutzes der gesetzlich geschützten Biotope. VIII. Fehlerhafter Ausschluss von Wäldern und Umgebungsbereichen Unter 4.5.1.3, 6 Z wird ab Seite 55 des Entwurfs der Anlage 1 folgendes Ziel der Raumordnung festgesetzt: „(1) Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. (2) Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen.“ Absatz 1 dieses Ziels ist verfassungswidrig und sollte deshalb aus dem Entwurf	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	gestrichen bzw. umformuliert werden. Der Grund für die Verfassungswidrigkeit ist, dass dem Landesgesetzgeber für eine dem Absatz 1 entsprechende Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlen würde, da es sich hierbei um einen generellen Ausschluss der Ausweisung von Windenergiegebieten auf Waldflächen ab einer Mindestgröße von einem Hektar handelt. Demzufolge fehlt dem Plangeber des Landesentwicklungsplans für die Festsetzung in Absatz 1 die Planungskompetenz. Ein generelleres, nicht zwischen der ökologischen Qualität und Schutzwürdigkeit des Waldes differenzierendes, Verbot von Windenergienutzung im Wald fällt unter die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz „Bodenrecht“, also die konkrete, flächenbezogene Ordnung der Nutzung von Grund und Boden durch öffentlich-rechtliche Normen, in Art. 74 Abs. 1 Nr. 18 GG (vgl. BVerfG, Beschluss vom 27.09.2022 – 1 BvR 2661/21, Rn. 34, 39). Gemäß Art. 72 Abs. 1 GG haben die Länder diesbezüglich die Gesetzgebungszuständigkeit nur, solange und soweit der Bund von seiner Kompetenz keinen Gebrauch gemacht hat. Der Bundesgesetzgeber hat aber von seiner Gesetzgebungskompetenz für das Bodenrecht in Bezug auf die Windenergienutzung im Außenbereich – also auch im Wald – insbesondere durch § 35 Abs. 1 Nr. 5 i.V.m § 249 Abs. 1-3 BauGB abschließend Gebrauch gemacht (so BVerfG, a.a.O., Rn. 72). Nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB sind Windenergieanlagen aufgrund ihrer Privilegierung im Außenbereich in der Regel zulässig. Diese Privilegierung lässt der Bundesgesetzgeber gem. § 249 Abs. 2 Satz 1 i.V.m § 35 Abs. 2 BauGB erst nach Feststellung der Erreichung des Flächenbeitragswerts gem. § 5 WindBG für Außenflächen außerhalb von ausgewiesenen Windenergiegebieten entfallen. Es ist nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts nicht ersichtlich, dass der Bundesgesetzgeber bodenrechtliche Abweichungen der Länder von dieser Privilegierung, beispielsweise durch ein generelles Verbot von Windenergieanlagen in Wäldern, zulassen wollte (vgl. BVerfG, a.a.O., Rn. 75). Insbesondere aufgrund des unverzichtbaren Beitrags der Windenergie zur Begrenzung des Klimawandels (vgl. Art. 20a GG) könne § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB gerade nicht so gelesen werden, dass die Privilegierung der Windenergie auf Grundlage von § 9 Abs. 3 Nr. 2 BWaldG seitens der Länder durchbrochen werden dürfte (vgl. BVerfG, a.a.O., Rn. 77-79). Dass der Plangeber mit Absatz 1 des oben zitierten Ziels die Ausweisung von Windenergiegebieten in sämtlichen Wäldern des Landes ab einer Größe von einem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hektar ausschließen möchte, wird auch aus der Begründung dieses Ziels deutlich. Darin heißt es, dass Wälder in Schleswig-Holstein selten seien und deshalb alle Wälder des Landes von Beeinträchtigungen durch Windenergienutzung freizuhalten seien (vgl. Seite 68 des Entwurfes der Anlage 1). Hierbei handelt es sich um eine bodenrechtliche Regelung zur Freihaltung konkreter, nämlich aller bewaldeter, Außenbereichsflächen von Windenergienutzung (vgl. BVerfG, a.a.O., Rn. 51). Diese Regelung steht also – unzulässigerweise – im Widerspruch zu § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB. Im Gegensatz dazu lässt sich das unter 4.5.1.3, 6 Z Absatz 2 geregelte Ziel auf die Gesetzgebungskompetenz für Naturschutz und Landschaftspflege aus Art 74 Abs. 1 Nr. 29 GG stützen und erweist sich somit als verfassungskonform. Diese Kompetenz „umfasst sowohl den Schutz durch Abwehr von Gefahren für Natur und Landschaft als auch die Pflege durch gestaltende Tätigkeit des Staates, die darauf abzielt, den Zustand von Natur und Landschaft zu verbessern.“ (so BVerfG, a.a.O., Rn. 45). Auf Grundlage von Art. 74 Abs. 1 Nr. 29 GG können somit durchaus bestimmte Wälder als konkrete Teile von Natur und Landschaft, die aufgrund ihrer ökologischen Funktion, Lage oder Schönheit besonders schutzbedürftig sind, gezielt unter Schutz gestellt werden (vgl. BVerfG, a.a.O., Rn. 21). Indem sich Absatz 2 von 6 Z nur auf „Naturwälder“ bezieht und der Plangeber in seiner Begründung ausführt, dass damit solche Wälder gemeint sind, die aufgrund ihrer besonderen ökologischen Funktion in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG ausgewiesen wurden, wird er den Voraussetzungen von Art. 74 Abs. 1 Nr. 29 GG gerecht. Es wird angeregt, dass anstelle des Absatzes 1 des Ziels 6 Z ein Grundsatz der Raumordnung formuliert wird, wonach Waldflächen für die Ausweisung von Windenergiegebieten nur ausnahmsweise herangezogen werden dürfen, falls der Flächenbeitragswert durch Ausweisung anderer, ökologisch weniger wertvoller Flächen, nicht erreicht werden kann. Wenn infolgedessen Wälder herangezogen werden, sollen solche gewählt werden, die beispielsweise aufgrund von Unwetterschäden bereits einen geringeren ökologischen Wert haben. Dieser Grundsatz stünde nicht in Widerspruch zur abschließenden Regelung des § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB, wäre also rechtmäßig und würde somit wirksam dazu führen, dass Waldflächen möglichst nicht in Windenergiegebiete umgewandelt werden. [redacted] Rechtsanwältin	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] Fachanwalt für Verwaltungsrecht	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2706	Sehr geehrte Damen und Herrren, Betr.: Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans „Windenergie an Land“ 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, "Durch eine möglichst weitgehende Konzentration der WEA auf relativ dünn besiedelte, naturschutzfachlich vertretbare Standorte werden die mit dem Umbau der Energieversorgung auf erneuerbare Energien verbundene Beeinträchtigungen gering gehalten.“ Der Kreis Pinneberg ist der kleinste und am dichtesten besiedelte Kreis im Land Schleswig-Holstein. Die neu für Windenergie markierten Flächen in der Seestermüher und Haseldorfer Marsch liegen mitten in Landschaftsschutzgebieten. Hier werden zwei Voraussetzungen für Windenergieausbau in Schleswig-Holstein nicht eingehalten. Dazu kommt: Beide Marschen stehen unter Landschaftsschutz, wobei das LSG 04 bereits durch WKA stark beschädigt wurde. Lt. Bericht 2019 der Ornithologischen Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein - Hamburg 1. kreuzen sich in diesen zwei Marschen 4 (vier) Hauptachsen des oberregionalen Vogelzugs, 2. werden hier über 40 % des in ganz Schleswig-Holstein gezählten Vogelzuges gezählt, 3. werden hier über 99 % des in Schleswig-Holstein gezählten Kranichzugs gezählt,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4.1, 1.5.1, 3.15.1, 3.17.1, 4.2.1, 4.14 bis 4.20, 5.4.1, 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	In diesen Marschen befinden sich 3 (drei) Seeadlerhorste - ein vierter in nächster Nähe auf den Rhinplatte vor Glückstadt. In der Haseldorfer Marsch befindet sich die lt. Presse größte Graureiherkolonie in ganz Schleswig-Holstein d.h. Artenschutzgebiet. „Untermieter“ dort sind Uhus. In beiden Marschen befinden sich die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hoher Siedlungsdichte. In diesen beiden Marschen befinden sich die wichtigsten Rastgebiete und Nahrungsflächen für Gänse etc, außerhalb von HU-Vogelschutzgebieten. In diesen beiden Marschen überwintern 200,000 bis 260.000 Rastvögel. Zwischen Pinau und Krückau halten sich in der Seestennüher Marsch viele Gänse und Schwäne auf. In diesen Marschen befinden sich mehrere Wasserschutzgebiete für die Versorgung der Bevölkerung von Hamburg, Uetersen und Elmshorn. Ausgleichsflächen dürfen durch WKA nicht überbaut erden. Erst in der letzten LEP 2022 wurde das Gebiet für Tourismus in diesen Marschen über ihre Grenzen hinweg weiter nach Norden ausgedehnt und umfasst also beide Marschen voll. Beide Marschen gehören zum Ordnungsgebiet um Hamburg. **Es ist also offensichtlich, dass in diesen Marschen kein Platz für weitere Windkraftanlagen ist, ohne den Naturschutz massiv zu gefährden, schon gar nicht für Höhen über 100 m.** Ich bitte Sie, Ihre Pläne entsprechend zu berichtigen und mich darüber zu benachrichtigen. Vielen Dank im voraus. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nabu-Mitglied	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2058	Mit den vorhandenen Windkraftanlagen auf Pellworm wird ausreichend Strom erzeugt; sogar Stromüberschuss. Diese sollen erhalten und gewartet werden. Mit Rücksicht auf das Weltkulturerbe Wattenmeer und den Tourismus auf unserer schönen Insel sind wir gegen zusätzliche Anlagen. Sie stören die schützenswerte Natur und verschandeln die einzigartige Landschaft von Pellworm.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Institution: Gemeinde Ratekau, Bauverwaltung ID: M2606	**1 ANLASS UND AUFGABENSTELLUNG** Die Landesplanungsbehörde hat am 13.06.2024 den 1. Entwurf 2024 der Teilfortschreibung zum Thema "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fort-schreibung 2021 veröffentlicht. Der Landesentwicklungsplan (LEP) ist das zentrale Instrument der Raumordnung in Schles-wig-Holstein. Mit dem Landesentwicklungsplan Windenergie setzt das Land geänderte Anfor-derungen des Bundesrechts um. 36 Ziele und 34 Grundsätze der Raumordnung bestimmen, wo und in welcher Form zukünftig das Land und die Gemeinden Windenergiegebiete auswei-sen dürfen. Mit dem Entwurf des Landesentwicklungsplans Windenergie (Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021) will die Landesregierung ihre Grundsatzbeschlüsse zur Windenergieplanung vom Dezember 2023 auf Ebene des Landesentwicklungsplans umsetzen. **Anforderungen aufgrund der sogenannten "Gemeindeöffnungsklausel"** Mit dem neuen § 245e Abs. 5 BauGB, der sogenannten Gemeindeöffnungsklausel, eröffnet der Bund den Kommunen die Möglichkeit, eigene Windenergiegebiete außerhalb von beste-henden Vorranggebieten Windenergie zu planen. Die Regelung ist seit dem 14.01.2024 in Kraft und bis zur Erreichung des Flächenbeitragswertes gemäß Windenergieflächenbedarfs-gesetz (WindBG) beziehungsweise längstens bis Ende 2027 befristet. Im Zuge der Novelle des Landesplanungsgesetzes (LaplaG) werden durch Einfügen	zum Thema Umfassung: Die Begründung des Kriteriums wird überarbeitet. Es kommt ein GIS-basiertes Prüfschema zur Anwendung, mit dem das Konfliktrisiko der Umfassung bewertet wird. Im zweiten Schritt der individuellen Abwägung wird die örtliche Situation, auch unter Berücksichtigung weiterer Vorbelastungen einbezogen. zu bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes: Die Geodaten zu den bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes werden laufend aktualisiert. Sie sind aber nicht Bestandteil der offiziellen Planunterlagen. Hinweise zur Aktualisierung werden geprüft und ggf. übernommen. Zum Umweltbericht: Der Forderung in Ziffer 5.1.1 "Allgemeine Ziele und Grundsätze der Raumordnung" die Formulierung "Das Planvorhaben ist insgesamt positiv zu bewerten" zu streichen wird gefolgt. Die Formulierung ist an dieser Stelle irreführend.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	eines neuen § 13b LaplaG die Planungsmöglichkeiten der Kommunen auf Basis der Gemeindeöff-nungsklausel beschränkt. Konkret reduziert § 13b im Zusammenspiel mit der Teilfortschrei-bung des Landesentwicklungsplan Windenergie die kommunalen Planungsmöglichkeiten auf die Windenergie-Potenzialflächen, also auf diejenigen Bereiche, die nicht aufgrund der Fest-legung von Zielen der Raumordnung von einer Windenergienutzung ausgeschlossen sind. Der neue § 13b LaplaG ermöglicht somit, dass nicht das gesamte Bundesland Schleswig-Holstein mittels Bauleitplanungen zugunsten von Windenergieanlagen an Land überplant wer-den kann, sondern dies durch die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Windener-gie gesteuert wird. Daneben werden weitere zwingend von der planenden Gemeinde umzu-setzende Voraussetzungen in der Norm bestimmt. Gleichzeitig kann die Landesplanungsbe-hörde im Zielabweichungsverfahren auf eine Beteiligung fachlich berührter öffentlicher Stellen verzichten. So kann das Verfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Die der kommunalen Planung (wie der Regionalplanung) unter den genannten Voraussetzun-gen zugängliche und praktisch nutzbare Potenzialfläche liegt bei rund 7,2 Prozent der Landes-fläche. Abzüglich der gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) in den Regionalplä-nen auszuweisenden rund 3 Prozent Vorranggebiete Windenergie verbleiben rein rechnerisch also rund 4 Prozent der Landesfläche, die für eine Überplanung durch kommunale Windener-giegebiete in Frage kommen. **Die Potenzialfläche wird in Form einer Karte und in Form von Geodaten auf der Inter-netseite www.schleswig-holstein.de/windenergie veröffentlicht. Die Karte dient aus-schließlich der Information und Erläuterung und ist nicht Bestandteil der Öffentlich-keitsbeteiligung zum ersten Entwurf der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021.** **Festlegung von Ausschlusskriterien als Ziele der Raumordnung** Mit dem Entwurf des Landesentwicklungsplans Windenergie werden Ausschlussbereiche (bis-lang harte und weiche Tabukriterien) als Ziele der Raumordnung festgelegt. Ziele der Raum-ordnung sind gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 Raumordnungsgesetz (ROG) „verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumord-nung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumord-nungsplänen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums“. Sie sind sowohl für Be-hörden als auch Kommunen verbindlich. Alle Kriterien, die die oben genannten Voraussetzun-gen für Ziele der Raumordnung nicht erfüllen (bisherige Abwägungskriterien), sollen als Grundsätze der Raumordnung festgelegt werden. Dabei handelt es sich nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG um „Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen“. **Planungsdokumente für die Beteiligung** Die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans umfasst neben der Landesverordnung den Plantext einschließlich Begründung, eine Karte sowie einen Umweltbericht: • Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schles-wig-Holstein zum Thema Windenergie an Land • Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Plantext Kapitel 4.5.1 Wind-energie an Land • Entwurf Anlage 2 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land • Entwurf Anlage 3 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Umweltbericht • Amtliche Bekanntmachung Beteiligungsverfahren Am 11. Juni 2024 hat die Landesregierung den Entwurf eines neuen Landesentwicklungsplans Windenergie beschlossen1. Am 25.06.2024 hat das Beteiligungsverfahren zum 1. Entwurf 2024 der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zum Thema Windenergie an Land begonnen. Es läuft bis zum 09. September 2024. **Berücksichtigte Dokumente für die Stellungnahme der Gemeinde Ratekau** Für die Stellungnahme der Gemeinde Ratekau werden folgende Planungsdokumente	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	berück-sichtigt: • der Entwurf der Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land • der Entwurf der Anlage 3 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Umweltbericht In den der Stellungnahme beigefügten Plänen sind neben den Potenzialflächen für Windener-gie und den bestehenden Vorranggebieten für die Windenergienutzung im Gemeindegebiet Ratekau auch eine Auswahl von Zielen und Grundsätzen dargestellt. Die Pläne zeigen, wel-chen Flächenanteil die ausgewählten Ziele und Grundsätze innerhalb der Potenzialflächen einnehmen. **Hierdurch lässt sich eine mögliche Abgrenzung der zukünftigen Vorrangge-biete für die Windenergienutzung entweder durch die Landesplanungsbehörde im Rah-men der Teilfortschreibung der Regionalpläne für "Windenergie an Land" oder durch die Gemeinde im Rahmen der Beantragung einer Zielabweichung (Gemeindeöffnungs-klausel) möglicherweise schon überschlägig einschätzen:** • Plan 1: o Ziel: 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erho-lungsfunktion o Ziel: 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außen-bereich sowie zu Gewerbe • Plan 2: o Grundsatz: Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung o Grundsatz: Regionale Grünzüge o Grundsatz: Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Bio-topverbundsystems	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Plan 3: ○ Grundsatz: Schützenswerte Geotope ○ Plan 4: ○ Grundsatz: Brutplatz windkraftsensibler Großvögel • Plan 5: ○ Grundsatz: Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspan-nungsnetzes • Plan 6: ○ Grundsatz: Umgebungsbereiche um geplante Siedlungsentwicklungen und Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen • Plan 7: ○ Ziel: Siedlungsachsen, besondere Siedlungsräume, Baugebietsgrenzen, baulich zu-sammenhängende Siedlungsgebiete sowie Entwicklungs- und Entlastungsorte ○ Grundsatz: 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion **2 STELLUNGNAHME DER GEMEINDE RATEKAU ZUM ERSTEN ENTWURF DER TEILFORTSCHREIBUNG ZUM THEMA „WINDENERGIE AN LAND“ DES LANDESENTWICKLUNGSPLAN SCHLESWIG-HOLSTEIN – FORT-SCHREIBUNG 2021** Unter der Ziffer 2 der vorliegenden Stellungnahme sind Grundsätze der Landesplanungsbe-hörde aus dem 1. Entwurf des Landesentwicklungsplans 2024 aufgeführt, die aus Sicht der Gemeinde Ratekau inhaltlich zu ändern sind. Zu jedem genannten Grundsatz wird jeweils an-schließend die Stellungnahme der Gemeinde Ratekau zu diesem Grundsatz dargelegt.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	2.1 Stellungnahme zum Entwurf der Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Hol-stein (LEPWindVO): Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land **2.1.1 Siedlungsstruktur** **2.1.1.1 Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung** **Erläuterungen der Landesplanungsbehörde** ***Absatz 7 Grundsatz:*** *Eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch Windenergieanla-gen soll vermieden werden. Dafür soll geprüft werden, ob Umfang und Anzahl von Windener-giegebieten in unmittelbarer räumlicher Nähe zu Ortslagen im Einzelfall begrenzt werden müs-sen.* ***Begründung zu Absatz 7:*** *Es soll verhindert werden, dass Ortslagen in unzumutbarer Weise von Windenergieanlagen umstellt werden, um sowohl einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität des Schutzgutes Mensch als auch einer Einschränkung der bedarfsgerechten gemeindlichen Entwicklung entgegenzuwirken. Hierfür soll nach der Prüfung im Einzelfall die Ausweisung beziehungsweise Ausdehnung von Windenergiegebieten begrenzt werden.* **Stellungnahme der Gemeinde Ratekau** In der Gemeinde Ratekau ist eine Bündelung von Infrastruktureinrichtungen östlich der Auto-bahn A 1 geplant: • die Ostküstenleitung 380 kV im Abschnitt von Stockelsdorf nach Siems mit Trassenverlauf in der Gemeinde Ratekau • die Ostküstenleitung 380 kV im Abschnitt von Siems nach Göhl mit Trassenverlauf in der Gemeinde Ratekau • die Schienenanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung Hiervon insbesondere betroffen sind in der Gemeinde Ratekau die Ortslagen Pansdorf,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Lu-schendorf, Ratekau, Sereetz, Neuruppersdorf und Altruppersdorf. Die erheblichen Beeinträch-tigungen, insbesondere von Menschen, einschließlich der Gesundheit, von Tieren und der Landschaft, allein durch diese Infrastruktureinrichtungen werden in jeder Planung immer nur singulär bewertet, eine Gesamtbewertung der nachteiligen Auswirkungen aller Infrastruktur-einrichtungen auf die genannten Schutzgüter findet jeweils nicht statt. Die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans "Windenergie an Land" geht ebenfalls von einer singulären Bewertung aus. Das verdeutlichen die Erläuterungen zu dem Grundsatz "Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung". Dabei können die Windenergie-anlagen in den genannten Ortslagen nicht allein zu einer Umfassung von Ortslagen führen, auch die Masten und Freileitungen der zukünftigen Ostküstenleitung, die Trasse der zukünfti-gen Schienenanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung und die Trasse der Autobahn A 1 sind jedes für sich schon geeignet, eine Ortslage zu umfassen. Die Summe aller vorhandenen und zukünftigen Infrastruktureinrichtungen kann im schlimmsten Fall zu einer landschaftlich isolierten "Insellage" bei einigen der genannten Ortslagen der Gemeinde Ratekau führen. **Die Gemeinde Ratekau fordert daher für den Grundsatz "Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung" eine Einbeziehung aller oben genannten vorhandenen und geplanten Infrastruktureinrichtungen. Dies ist in die Erläuterungen zu diesem Grundsatz unbedingt aufzunehmen.** **2.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** **2.1.2.1 Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnet-zes** **Erläuterungen der Landesplanungsbehörde** ***Absatz 10 Grundsatz****: Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten soll der Schutz der be-stehenden und geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes Berücksich-tigung finden.* ***Begründung zu Absatz 10****: Die Abstände von Windenergieanlagen zu Hochspannungsfrei-leitungen richten sich nach den Empfehlungen der Bundesnetzagentur gemäß DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4):2016-04. Gemäß dieser*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Standardisierungsnorm ist ein Abstand zum Mastfuß der Windenergieanlagen einzuhalten, der sich aus einem spannungsabhängigen Min-destabstand und einem projektbezogen zu ermittelnden Arbeitsraumabstand zusammensetzt, gemessen ab dem äußersten ruhenden Leiter. Nach dieser Norm ist auch der tatsächliche Abstand zwischen der einzelnen Windenergieanlage und den Höchstspannungsfreileitungen zu berechnen. *Da der Arbeitsraumabstand projektbezogen ermittelt werden soll, empfiehlt die genannte Norm keinen allgemeingültigen Abstand. Es soll daher eine Bewertung im Einzelfall erfolgen, ob sich bei einer Überlagerung mit Windenergiegebieten eine wesentliche Einschränkung der Wind-energienutzung ergibt.* **Stellungnahme der Gemeinde Ratekau** Die Trasse der Schienenanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung ist in den von der Lan-desregierung zur Verfügung gestellten Planungsdokumenten im derzeit bekannten geplanten Verlauf dargestellt. Für den Trassenabschnitt, der durch die Gemeinde Ratekau führt, liegt noch kein Planfeststellungsbeschluss vor. Gleichwohl ist der derzeit bekannte geplante Tras-senverlauf einschließlich eines Umgebungsbereichs von 100 m beidseits der Trasse in den Planungsdokumenten enthalten. Der Grundsatz "Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungs-netzes" ist in den Planungsdokumenten nur mit den bestehenden Trassen der 220 kV-Leitung und der 110 kV-Leitungen im Gemeindegebiet Ratekau enthalten, obwohl es entsprechend der Überschrift auch um geplante Infrastrukturen gehen sollte. Die Trassenverläufe der Ab-schnitte von Stockelsdorf nach Siems, mit Trassenverlauf in der Gemeinde Ratekau, und von Siems nach Göhl, mit Trassenverlauf in der Gemeinde Ratekau, sind nicht enthalten, obwohl • für den Abschnitt Stockelsdorf bis Siems vom Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur am 12.01.2024 die Zulassung zum vorzeitigen Baubeginn gemäß § 44c EnWG beschieden wurde, • für den Abschnitt Siems bis Göhl vom Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur am 31.05.2024 die Zulassung zum vorzeitigen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Baubeginn gemäß § 44c EnWG beschieden wurde Für den Abschnitt von Henstedt-Ulzburg bis Stockelsdorf wurde vom Ministerium für Energie-wende, Klimaschutz, Umwelt und Natur bereits am 29.09.2023 der Planfeststellungsbeschluss gefasst. Auch dieser Trassenverlauf, verbunden mit dem Rückbau der vorhandenen 220 kV-Leitung in diesem Abschnitt, ist in den Planungsdokumenten nicht enthalten. Für Gemeinden ist eine fachgerechte Abwägung zu diesem Grundsatz nur möglich, wenn den Gemeinden auf der Ebene der Bauleitplanungen im Rahmen der Gemeindeöffnungsklausel die aktuell verfügbaren Daten zur Verfügung gestellt werden. Dies ist insbesondere bei diesem Grundsatz von hoher Bedeutung, da eine 380 kV-Freileitung, wie in Ziffer 2.1.1.1 dargelegt, in Kombination mit Windenergieanlagen zu erheblich nachteili-gen Auswirkungen durch Umfassung von Ortslagen führen kann. **Die Gemeinde Ratekau fordert daher für den Grundsatz "Bestehende und geplante Inf-rastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes" ausschließlich eine Darstellung der geplanten und zukünftig noch verbleibenden Trassen der Hoch- und Höchstspan-nungsnetze zu verwenden.** **2.2 Stellungnahme zum Entwurf der Anlage 3 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Umweltbericht** **2.2.1 Umweltauswirkungen der im Landesentwicklungsplan Windenergie festgeleg-ten Ziele und Grundsätze** **2.2.1.1 Allgemeine Ziele und Grundsätze der Raumordnung** **Erläuterung der Landesplanungsbehörde, Seite 70 ff.** *Trotz der mit den raumordnerischen Festlegungen bezweckten Minimierung von Umweltbe-lastungen werden bezogen auf die Landesfläche auch negative Umweltauswirkungen zu er-warten sein. Ein Ausbau der erneuerbaren Energien kann für Teile des Landes lokal mit er-heblichen belastenden Umweltauswirkungen verbunden sein, die nur teilweise vermieden be-ziehungsweise gemindert werden*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	können. Nachteilige Umweltwirkungen können mit dem Bau und Betrieb von Windenergieanlagen insbesondere in folgenden Punkten gegeben sein: • *Schutzgut: Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit* o *Umweltauswirkung: Flächeninanspruchnahme, Lärm, visuelle/ bedrängende Wirkungen* • *Schutzgut: Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt* o *Umweltauswirkung: Flächeninanspruchnahme, Barriere-/ Verdrängungswirkungen, Kol-lisionen* • *Schutzgut: Boden/Fläche* o *Umweltauswirkung: Flächeninanspruchnahme* • *Schutzgut: Wasser* o *Umweltauswirkung: Flächeninanspruchnahme* • *Schutzgut: Klima/Luft* o *Umweltwirkung: Flächeninanspruchnahme* • *Schutzgut: Landschaft* o *Umweltwirkung: Flächeninanspruchnahme, visuelle Wirkungen* • *Schutzgut: Kultur- und sonstige Sachgüter* o *Umweltwirkung: Flächeninanspruchnahme, visuelle Wirkungen* *Mit dem Landesentwicklungsplan Windenergie soll der Ausbau der Windenergienutzung unter Berücksichtigung aller relevanten Belange wie Schutz der Nachbarschaft, Siedlungs- und Inf-rastrukturentwicklung, Tourismus und Erholung, Schiffs- und Luftverkehrssicherheit, Fischerei, Landwirtschaft und Natur-, Arten- und Gewässerschutz mit Augenmaß fortgesetzt werden. Da-mit verpflichtet sich das Land gleichzeitig beim Ausbau der Windenergie an Land alle Belange in die Abwägung einzustellen. Den Anforderungen des Natur- und Landschaftsschutzes durch den*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vorsorgenden Ausschluss von Windenergieanlagen soll Rechnung getragen werden. Insofern wird ein hohes Maß an Vermeidung und Minimierung nachteiliger Umweltwirkungen angestrebt. Im Bereich der schleswig-holsteinischen Hoheitsgewässer von Nord- und Ostsee sowie der Elbe sollen keine Vorranggebiete Windenergie festgelegt werden. *Das Planvorhaben ist insgesamt positiv zu bewerten.* **Stellungnahme der Gemeinde Ratekau** Die pauschale Feststellung "Das Planvorhaben ist insgesamt positiv zu bewerten" ist für die Gemeinde Ratekau nicht nachvollziehbar, insbesondere unter Berücksichtigung der oben fest-gestellten nachteiligen Umweltauswirkungen für die von Windenergieanlagen in der Bau- und Betriebsphase betroffenen Schutzgüter. Zudem wird nicht ausgesagt, auf was sich der Landesentwicklungsplan positiv auswirkt: für das Klima, für die Energieversorgungsplanung, für die Umwelt etc.? **Die Gemeinde Ratekau fordert daher eine Streichung dieser Aussage.**	
Institution: WP Bargstedt Thienbüttel GbR **ID: M2536**	Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche [redacted] sowie der nicht ausgewiesen Fläche des Regionalplan Wind 2020 zur Nummer [redacted] und [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv	zu Naturparken: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es bleibt weiterhin bei Berücksichtigung und Einzelfallabwägung der Naturparke. Die Begründung muss nicht so detailliert ausformuliert sein, dass jede Abwägungsentscheidung quasi schon vorweggenommen wird. Eine vertiefende Erläuterung der flächenbezogenen Abwägungsentscheidungen erfolgt auf Regionalplanebene. Die Landesplanung sieht gerade die Überlagerung mit anderen Kriterien des Landschafts- und Freiraumschutzes als Indikator dafür an, dass es sich innerhalb von Naturparken um besonders wertvolle Landschaftsbestandteile handelt. zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach $ 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von $ 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. $ 27 Abs. 4 ROG, 8& 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G — Naturparke** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden. Nach der Begründung B zu 14 sei die Hauptzielsetzung der Naturparke Schlei, Hüttener Berge, Westensee, Aukrug, Holsteinische Schweiz und Lauenburgische Seen in Schleswig-Holstein, die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu sichern sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu erhalten. Insofern bestünde eine besondere Bedeutung für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie für Tourismus und Erholung. Auch wenn die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energie nicht explizit vorgesehen sei, sei in Teilbereichen eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich, ohne die genannten Funktionen der Naturparke wesentlich zu beeinträchtigen. Zunächst bleibt auch mit der Begründung B zu 14 vage, was „die besonderen Funktionen von Naturparken“ sind. Damit ist aber auch eine Abwägung völlig offen, wann nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung auszugehen ist. Der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 wird mit Bezugnahme auf $& 16 LNatSchG gerechtfertigt (B zu 14). Danach sind Naturparke durch Allgemeinverfügung erklärte großräumige Gebiete, die (1.) zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und (2.) sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Die Erklärung zum Naturpark bestimmt u.a. den Umfang seiner Aufgaben sowie die Schutz- und Entwicklungsziele. Wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept wird die Hauptzielsetzung unter B zu 14 (vgl. vorstehende Ausführung) benannt. Aufgrund der thematischen Überlagerung mit anderen Zielen und Grundsätzen	gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche: Durch Windkraftanlagen ergeben sich Störungen die in das EU-Vogelschutzgebiet hineinwirken können. Zudem können sich im Nahbereich (bis 1000 m) Barrierewirkungen durch WEA ergeben. Diesen Aspekten wird mit dem Umgebungsbereich Rechnung getragen. Naturschutzfachlich ist es deshalb gerechtfertigt auf der gesamträumlichen Planungsebene aus Gründen der Vorsoge einen Umgebungsbereich von WEA freizuhalten. Außerhalb dieses Umgebungsbereich wird im Sinne der FFH-Verträglichkeit von keiner erheblichen Beeinträchtigung ausgegangen. Die Betrachtung der Umgebungsbereiche um Europäische Vogelschutzgebiete (EU-VSG) erfolgt zweigeteilt und trägt somit den planerischen Entwicklungen über die Zeit (Bestandsanlagen) und den neuen Anforderungen beim Ausbau der Windenergie durch höhere Flächenbeitragswerte (Ausweisung von mehr Flächen unter Berücksichtigung unbelasteter Räume) Rechnung. Grundsätzlich muss aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse davon ausgegangen werden, dass Umgebungsbereiche von 1.000 m um EU-VSG verstärkt von den zu schützenden maßgeblichen Bestandteilen des Natura 2000-Gebiets, also

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Raumordnung (Kapitel 4.5.1.3 Absatz2 Z — Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G — Landschaftsschutzgebiete; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z — Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z — Fauna- Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche) droht eine abwägungsfehlerhafte doppelten bzw. mehrfache Berücksichtigung des Grundsatzes der Raumordnung Naturparke. Mit Blick auf die gesetzliche Wertung des $& 16 Abs. 1 Nr. 1 LNatSchG ist maßgeblich, ob Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler als wesentliche Teile des Naturparks und von diesen her als geschützter Teil von Natur und Landschaft betroffen sind. Insofern sollte in der Abwägung nur dann der Naturpark sich'durchsetzen können, wenn solche Gebiete die Potenzialfläche umlagern. Dabei schlägt aber auch die Neubewertung von Landschaftsschutzgebieten (vgl. dazu 4.5) auf die Abwägung im Kontext der Naturparke durch, sodass nur ausnahmsweise ein Naturpark wegen Betroffenheit eines Landschaftsschutzgeliaiets Relevanz haben kann. **1.1 Praxisbeispiel 1** Die vorbenannten Potenzialflächen in dén Gemeinden Brammer, Bargstedt und Nortorf liegen im Randbereich des Naturparks Aukrug un<}:l bieten somit bereits einen ersten Ansatzpunkt für eine differenzierte Abwägung. Da die Fläche njcht zentral im Naturpark liegt, sondern an dessen Rand, ist eine mögliche Beeinträchtigung der wesentlichen Funktionen des Parks — wie der Erhaltung des Landschaftsbildes und der touristischen Attraktivität — potenziell geringer. Dieser Standort im Randbereich minimiert die Sichtbarkeit der Windenergieanlagen (WEA) von den landschaftlich reizvollen und touristisch stark frequentierten Gebieten des Naturparks, was die visuelle Integrität und Erholungsfunktion weitgehend bewahrt. Ein weiteres starkes Argument für die Ausweisung dieser Potenzialfläche ergibt sich aus der Tatsache, dass in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen (PR2_RDE_053) genehmigt wurden. Dies zeigt, dass die Standortkriterien bereits früher als geeignet eingeschätzt wurden, und legt nahe, dass der Bau zusätzlicher Anlagen hier keine grundsätzliche neue Beeinträchtigung darstellt. Die bestehenden Genehmigungen schaffen einen Präzedenzfall, der die Erweiterung auf weitere moderne Anlagen	bestimmten Vogelarten, genutzt werden. Damit zählen diese Bereiche zu den sensiblen Gebieten, in denen keine Ausweisung von Vorranggebieten erfolgen sollte. Weiterhin wird durch den die Freihaltung des 1000m-Umgebungsbereiches vermieden, dass die Störwirkung von WEA in die Schutzgebiete hineinwirken und zu einer erheblichen Beeinträchtigung des jeweiligen Gebietes führen. Eine generelle Freihaltung der Umgebungsbereiche ergibt sich zudem aus der Annahme, dass durch die Ausweisung von mehr Fläche für Windenergie zur Erfüllung der höheren Beitragswerte gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz die Natur insgesamt stärker belastet wird. Größere unbelastete Flächen und Gebiete mit einer besonderen Bedeutung für den Naturschutz erhalten so eine höhere Relevanz. An Standorten, wo bereits Anlagen bestehen und die nicht von weiteren Zielen überlagert werden, werden „berechtigte Interessen der Altanlagenbetreiber und der Öffentlichkeit an der Weiternutzung der vorhandenen Infrastruktur“ in die Überlegung miteingestellt. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Freihaltung bisher unbelasteter Räume Vorrang hat – oder umgekehrt, belastete Räume im Zweifelsfall bestehen bleiben sollten, um einen umweltverträglichen Ausbau der Windenergie gemäß § 1 EEG gewährleisten zu können. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	unterstützen könnte, ohne dass die Schutzfunktionen des Naturparks wesentlich beeinträchtigt werden. Zusammengefasst zeigt sich, dass die vorbenannten Potenzialflächen durch ihre Randlage und die bereits bestehenden Genehmigungen eine hervorragende Möglichkeit bietet, die Nutzung von Windenergie zu fördern, ohne die wesentlichen Funktionen des Naturparks Hüttener Berge, wie den Schutz der Landschaft und den Erholungswert, erheblich zu beeinträchtigen. **1.2 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G — 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach 8& 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach &8 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.2.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 — 5 KN 42/21 —, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets	Grundsatz wird weiterhin festgehalten. Wälder und Umgebungsbereiche: Die Raumordnung hat keine Verwerfungskompetenz gegenüber Landesrecht. Die Auffassung, dass die BVerfG-Entscheidung zum Waldgesetz Thüringen auf Schleswig-Holstein übertragbar sei, wird nicht geteilt. Der geringe Waldanteil in Schleswig-Holstein genießt schon per se einen höheren Schutzanspruch. Das Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf das Umwandlungsverbot für WEA nicht verfassungswidrig. Unabhängig davon wird ein Mindestabstand zum Wald von 30 m auch deshalb für notwendig erachtet, um die ökologische Funktion des Waldrandes mit den Wechselbeziehungen insbesondere von Fledermäusen und Vögeln ins Offenland nicht zu stark zu beeinträchtigen. Scheuch- und Störwirkungen sind in diesem Nahbereich auch bei ökologisch weniger wertvollen Wäldern anzunehmen. Die Ausführungen zum Abstand zu Naturwäldern werden zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden nur Naturwälder i.S. des § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem mGrundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siediungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb- Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.2.2 _ Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und — wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde — vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: *„Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier)* Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des & 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (& 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen.Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotorinnerhalb- Planung (Kapitel 4.5.1	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 — wenn er nicht ganz aufgegeben wird — nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass — auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G — Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.2.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). ; 1.2.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (& 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (& 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets — unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (& 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) — durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen 0.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach 8 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil . darstellt zu _unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. <u>Abgrenzung Innenbereich nach 8 34 BauGB und Außenbereichslage:</u> Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. 8 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 - BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, 8& 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, 8 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulichwertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO < einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, 8 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographischmathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. 8 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohnund/ oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach 88 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach 8 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch — was aber unklar bleibt und nicht transparent ist — dass selbst Sondergebiete nach $& 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach &8 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Begriffen „unter anderem“” und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.2.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob — gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne —solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.2.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. **1.3 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z — Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche** Es ist zwar zutreffend, dass von außerhalb von Vogelschutzgebieten liegenden Windkraftanlagen eine beeinträchtigende Wirkung in das jeweilige Vogelschutzgebiet hinein erfolgen kann (zusammenfassend VG Magdeburg, 09.06.2015 - 2 A 385/12 -, juris Rn. 74 m.w.N.). Allerdings ist das angezeigte Instrument der Aufklärung und Bewältigung eines etwaigen Konflikts nicht die Formulierung eines Abwägungskriteriums „Umgebungsbereich von 300 m bis 1.200 m bei Vogelschutzgebieten“, sondern eine entsprechende gebietsnaturschutzrechtliche Vorprüfung bzw. erforderlichenfalls vertiefende Verträglichkeitsprüfung (sogenannte FFHVerträglichkeitsvorprüfung hbzw. FFH-Verträglichkeitsprüfung). Die _ pauschalisierte Behandlung im Rahmen eines Abwägungskriteriums kann diese notwendigen Prüfungsschritte des Gebietsnaturschutzes nicht ersetzen. Folgerichtig sieht das gesamträumliche Plankonzept hinsichtlich der Berücksichtigung der Verträglichkeit mit Natura 2000-Schutzgebieten vor: „Für den Bereich um EU-Vogelschutzgebiete erfolgt innerhalb bestimmter Abstandskriterien eine FFH-Verträglichkeitsprüfung in Bezug auf die Betroffenheit windkraftsensibler Arten.“ (Gesamträumliches Plankonzept, Abschnitt 2.7.3). Dies stellt vor dem Hintergrund des weitreichenden Grundrechtseingriffs bei Streichung von Potenzialflächen ein notwendiges und auch verhältnismäßiges Vorgehen dar. Die Notwendigkeit ergibt sich aus der Erforderlichkeit einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte bei weitgehenden Zielaussagen wie dem Ausschluss von Gebieten (OVG Mecklenburg- Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, 8& 7 Rn. 67 und 80). Die Verhältnismäßigkeit besteht, da eine Verträglichkeitsprüfung nach $ 34 Abs. 1 BNatSchG sachnotwendig von den im Rahmen der Planung verfügbaren Detailkenntnissen´abhängig und die Festlegung gegebenenfalls erforderlicher Kohärenzsicherungsmaßnahmen an die Leistungsgrenzen des jeweiligen planerischen Instruments gebunden ist, insofern nur nach Maßgabe dieser Erkenntnis- und Leistungsgrenzen der Planung die erforderliche Verträglichkeitsprüfung zu erfolgen hat und im Übrigen auch auf ein nachfolgendes immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren verlagert werden darf (so BVerwG, 24.03.2015 -4BN 32/13 -, juris Rn. 34 f.). Insofern wird die Landesplanung auch nicht überfordert und es besteht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zugleich die praxistaugliche Möglichkeit — entsprechend dem Vorgehen andererBundesländer — der Festlegung von Vorranggebieten mit dem Hinweis der Erforderlichkeit einer weitergehenden Verträglichkeitsprüfung im —_ immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren. Dies ist zudem vor dem Hintergrund auch sachgerecht, dass dabei die dann für die Beurteilung erheblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, Vermeidungs- und Kohärenzsicherungsmaßnahmen besser berücksichtigt werden können als auf der Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, Juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, jJuris Rn. 9.). Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur sachgerechter, sondern auch verhältnismäßiger, im Umgebungsbereich von 300 m bis 1.200 m bei Vogelschutzgebieten die FFHVerträglichkeitsprüfung auf die Ebene des immissionsschutz-rechtlichen Genehmigungsverfahrens zu verlagern, anstatt den Anschein einer vertieften Prüfung auf der abstrakten Planungsebene vorzunehmen. Hinzu kommt, was in den Umweltberichten und Verträglichkeitsprüfungen Erwähnung findet, dass über andere Tabu- und Abwägungskriterien dem vorsorgenden Arten- und Gebietsnaturschutz bereits Rechnung getragen wird, so dass die Wahrscheinlichkeit einer Feststellung der erheblichen Gebietsbeeinträchtigung im Rahmen einer projektspezifischen Verträglichkeitsprüfung im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren äußerst gering ist. Widersprüchlich ist zudem, wenn in den Umweltberichten und Verträglichkeitsprüfungen der Regionalpläne als potenzieller Beeinträchtigungsbereich / zu prüfender Abstand in Meter für die Art Rohrweihe 1.000 m angegeben werden und zwar im Hinblick auf die Gefahr des Vogelschlags. Gleichzeitig findet diese Art aber im landeseigenen aktualisierten Fachpapier (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016) keine Erwähnung als schlaggefährdete Art und auch im zur Anwendung kommenden Papier Landesamt für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein, Empfehlungen zur Berücksichtigung tierökologischer Belange bei Windenergieplanungen in Schleswig-Holstein, 2008 wird — gegenüber anderen Arten — für die Rohrweihe keine Abstandsempfehlung ausgesprochen. Zudem ist die Art dadurch bekannt, dass sie häufig ihren Neststandort wechselt, was das Anlegen eines pauschalen Abstands ebenfalls zweifelhaft macht. In der Praxis wendet das LLUR in immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zudem regelmäßig einen Abstand von 350 m zum Bruthabitat wie dem Schilfsaum an, nicht jedoch einen Radius von 1.000 m. Diese artenschutzrechtliche und v.a. artenschutzfachliche Aspekte sind auch im Rahmen des Gebietsnaturschutzrechts zu berücksichtigen. Soweit man nämlich nicht allgemein von einer Schlaggefährdung der Rohrweihe jedenfalls im 1.000 m Radius ausgehen kann, kann dies in Bezug auf Vogelschutzgebiete nicht anders bewertet werden. Die Landesplanung nimmt aber für Rohrweihen, die innerhalb von Vogelschutzgebieten brüten, eine Schlaggefährdung an, das Land aber zutreffend nicht für solche, die ihren Brutplatz außerhalb von Vogelschutzgebieten haben bzw. nur mit einem deutlich geringeren Abstand von 350 m. Dieser unbegründeten Annahme kommt zugleich dahingehend Bedeutung zu, dass in den Verträglichkeitsprüfungen bei einer Lage eines Potenzialgebiets innerhalb dieses Abstandes unter Umständen die erhebliche Beeinträchtigung nicht ausgeschlossen wird, was in der Konsequenz zu einem Wesgfall des Potenzialgebiets führen kann. Dabei gehen die Verträglichkeitsprüfungen auf Einzelbruten ein. Insofern ist hier eine Korrektur vorzunehmen. **1.4 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G - Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope** 1.4.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig- Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß $& 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig- Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. $& 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß & 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach $& 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des & 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß $& 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Biotopverbundsystem nach $& 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach 8& 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach & 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, 8& 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, 8& 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, 8 21 Rn. 6). Es besteht gemäß 8 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach 8 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, $& 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jedebeliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß 8& 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund(Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebietsund Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus derAusweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach $ 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänenzu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden $& 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegungvon Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach $ 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. **1.4.2 Kleinstbiotope** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach 8& 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. $ 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des & 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach 867 Abs.1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des &8 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach &21 Abs.1 Satzl LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2). **1.5 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z — Wälder und Umgebungsbereiche** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. Weiter sind nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen. Dies wird mit dem niedrigen Waldanteil in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt, dem Ziel der Landesregierung zur weiteren Erhöhung des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Waldanteils, und dem gesetzlichen Verbot des $ 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG begründet (B zu 6 zu (1)). Eine Zulassung der Waldumwandlung sei wegen der Seltenheit, der besonderen Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz sowie des Landschaftsbildes bei Prägung durch Waldkulissen nicht vertretbar. Weiter wird auf 8 24 LWaldG, der einen gesetzlichen Waldabstand vorsieht, und $ 2 Abs. 1 LWaldG, der die Mindestgröße von einem Hektar als Waldfläche vorsieht, verwiesen. Bei Naturwäldern wird in der Begründung B zu 6 zu (2) auf deren nach $ 14 LWaldG besondere ökologische Funktionen Bezug genommen. Der weitergehende Abstand von 100 Metern wird mit den Waldrändern von Naturwäldern als Schnittstelle zum Offenland, die häufig sehr artenreich seien und einen wichtigen Rückzugsraum darstellten, begründet. Naturwälder seien in der Anlage zu 8 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt. Darüber hinaus seien weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen. Das fortgeltende Verbot der Waldumwandlung zur Errichtung von WEA (8& 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG) und der pauschale Waldabstand von 30 Metern (& 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG) sind vor dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung des BVerfG zweifelhaft. So hat das BVerfG die Regelung in Thüringen „Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ ($ 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) als nicht gerechtfertigte Inhalts- und Schrankenbestimmung, welche in das Eigentumsrecht der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer eingreift, angesehen, weil das Gesetz formell verfassungswidrig ist, da dem Freistaat Thüringen für die angegriffene Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlt (BVerfG, 27.09.2022 - 1 BvR 2661/21 -, BVerfGE 163, 1-42, Rn. 14). $& 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG lautet beinahe identisch („Die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von mehr als 10 Metern ist unzulässig.“) und die Entscheidungsgründe des BVerfG sind übertragbar. Auch das OVG Schleswig-Holstein hat diesbezügliche Bedenken bereits deutlich geäußert, wenngleich dies noch nicht entscheidungserheblich war (OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21-, juris Rn. 51). Insofern sollte die Landesplanungsbehörde zur Vermeidung der Berufung auf eine verfassungswidrige Vorschrift unbedingt auf Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) verzichten und selbst bei einem planerischen Freihalten der Waldflächen jedenfalls nicht noch zusätzlich einen Abstand von 30 Metern vorsehen. Letzteres gilt insbesondere auch deshalb, weil WEA mit entsprechenden Feuerlöschsystemen nicht mit den in 824 Abs.1 Satz1 LWaldG genannten Schutzzwecken im Widerspruch stehen und insofern auch unter Berücksichtigung der Wertung des &82 EEG die Unterschreitung des Waldabstands	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zugelassen werden kann. Dies gilt noch mehr vor dem Hintergrund, dass durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) die Referenzanlage(Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern vom Turmmittelpunkt und damit der baulichen Anlage sowieso 75 Meter Abstand zum Waldrand einhalten wird und der untere Rotordurchlauf bei 50 Metern beginnen wird, weshalb die Schutzzwecke in dieser Höhe keine maßgebliche Relevanz mehr haben werden. Vorzugswürdig und durch das BVerfG angelegt ist jedoch, dass allein die nach 88 14 f. LWaldG aufgrund ihrer ökologischen Funktion, ihrer Lage oder auch wegen ihrer Schönheit schutzwürdig und -bedürftigen Wälder von der Windenergienutzung ausgenommen werden, wofür der Landesgesetzgeber allein auch eine Gesetzgebungskompetenz hat. Insofern ist allein Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) zu befürworten und auf weitergehende Abstände zu verzichten. Allerdings muss zum Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) angemerkt werden, dass rechtsfehlerhaft ist, wenn neben den explizit nach &$ 14 f. LWaldG erklärten Naturwäldern, die in der Anlage zu $ 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt sind, weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, FEuropa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen sein sollen. Sofern damit gemeint sein sollte, dass weitere nach den gesetzlichen Regelungen des 88 14 f. LWaldG erklärte Naturwälder (Verordnungen nach $ 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. 8& 15 LWaldG) zu berücksichtigen sind, wäre das rechtlich zulässig. Darüber hinausgehende allein fachlich eingeschätzte „Naturwälder“ können keine Berücksichtigung finden, weil sie nicht nach dem Verfahren des 8 15 LWaldG zustande kamen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen [Unterschriften]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2053	Die Teilfortschreibung in der aktuellen Fassung lehne ich ab. Für mich als Anwohnerin, die in Flintbek bereits durch zwei entstehende Windkraftanlagen von ca. 200m Höhe betroffen ist, würde die neue Regelung die Grundlage schaffen, für weitere Anlagen ohne Höhenbegrenzung und deutlich näher an unseren Wohnbereich heranrückend. Unser Lebensraum wäre in dem Fall unzumutbar durch Lärm (Turbinen und Rotorblätter) und Schlagschatten belastet. In dem Entwurf zur Teilfortschreibung von Windenergieanlagen an Land wird landesweit der unverzichtbare Naherholungswert für die Menschen in Schleswig-Holstein massiv beeinträchtigt. Sollte es tatsächlich so kommen, dass 7,7% der Landesfläche mit Anlagen bebaut werden, wird durch den jeweiligen Fernwirkungsradius von angemessenen 2000m 70% der Landesfläche betroffen sein und somit ein erheblicher Anteil der Bevölkerung. Doch damit nicht genug. Touristen werden ihr Interesse verlieren, Schleswig-Holstein besuchen zu wollen. Die wirtschaftlichen Folgen liegen auf der Hand. Im Übrigen fordert der Bund für jedes Bundesland nur 2% der Landesfläche für WKA-Bebauung und nicht etwa 7,7%. Zum Naturschutz: Der Landkreis Plön scheint nach der Grafik zu den neu erhobenen „Potentialflächen Windenergie LEP Juni 2024“ aufgrund der dort vorkommenden Seeadler-Horste einen höheren Schutzstatus zu genießen als meine Heimatregion, in der ebenfalls Seeadler, Rotmilane und Kraniche in größerer Anzahl vorkommen. Sensitive Flächen sind gleich zu behandeln. Naturschutz ist Menschenschutz. Der Wertverlust von Immobilien, also auch meines Hauses, liegt unter den o.g. Voraussetzungen bei 5% - 100%. Damit wird ein wichtiger Baustein meiner Altersversorgung zunichte gemacht. Sollte ich in die Situation kommen, mich in ein Pflegeheim begeben zu müssen, fehlt mir dann die finanzielle Grundlage. Die Umstellung auf erneuerbare Energien sollte mit Augenmaß und technologieoffen erfolgen, d.h. auf einem Mix verschiedener Optionen basieren. Fotovoltaik-Anlagen z.B. haben erheblich weniger Fernwirkung und führen damit zu erheblich weniger Belastung für die Bevölkerung bei mindestens gleichbleibender Effizienz. Ich bitte dringend darum, den Entwurf insbesondere hinsichtlich der Höhe und Anzahl der Anlagen, sowie der Abstände zu Wohngebieten im Sinne der o.g. Ausführungen zu überarbeiten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.3, 3.15, 7.2.1, 4.20, 7.2.11 und 7.2.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2318	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Landschafts- und Naturschutz: Die großflächige Ausweisung von Gebieten für Windenergieanlagen in Schleswig-Holstein gefährdet die einzigartige Naturlandschaft des Bundeslandes. Windkraftanlagen beeinträchtigen das Landschaftsbild erheblich und zerstören unberührte Naturgebiete. Schleswig- Holstein, bekannt für seine weiten Felder, Küsten und Wälder, riskiert, durch die massive Industrialisierung seiner Landschaft an touristischem und ästhetischem Wert zu verlieren. Insbesondere der Schutz bedrohter Tierarten, wie Vögel und Fledermäuse, muss höher priorisiert werden, da diese durch die Rotorblätter getötet werden können. 2. Gesundheitliche Auswirkungen: Die geplante Ausweitung der Windkraftanlagen birgt gesundheitliche Risiken für die Anwohner. Der von Windkraftanlagen erzeugte Lärm, insbesondere der niederfrequente Schall (Infraschall), kann zu Schlafstörungen, Stress und anderen gesundheitlichen Problemen führen. Dies wurde in zahlreichen Studien dokumentiert und sollte bei der Planung und Ausweisung neuer Windkraftstandorte dringend berücksichtigt werden. Ein Mindestabstand zu Wohngebieten ist essenziell, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. 3. Wirtschaftliche Effizienz und Subventionen: Windenergieprojekte sind oft nur durch erhebliche staatliche Subventionen wirtschaftlich tragfähig. Diese finanziellen Mittel belasten den Haushalt des Landes und die Steuerzahler. Es stellt sich die Frage, ob diese Investitionen nicht effizienter in andere erneuerbare Energiequellen wie Solarenergie oder Biomasse fließen sollten, die stabiler und zuverlässiger sind. Die Abhängigkeit der Windenergie von Wetterbedingungen führt zu unzuverlässigen Energieerträgen und erhöht die Notwendigkeit von Backup-Systemen, häufig in Form von fossilen Kraftwerken, was den ökologischen Vorteil der Windkraft relativiert. 4. Soziale Akzeptanz und Bürgerbeteiligung: Ein häufiges Problem bei der Errichtung neuer Windkraftanlagen ist der Widerstand der betroffenen Bevölkerung. Die	Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans muss sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins frühzeitig und umfassend in die Planungsprozesse eingebunden werden. Eine transparente und faire Beteiligung der Anwohner ist entscheidend, um die Akzeptanz für die Projekte zu erhöhen und sozialen Unfrieden zu vermeiden. Die Erfahrungen in vielen Gemeinden zeigen, dass ohne die Zustimmung der Bevölkerung die Umsetzung solcher Projekte nur schwer realisierbar ist. Langfristige Umweltbelastungen; Die Lebensdauer von Windkraftanlagen beträgt etwa 20-25 Jahre, danach müssen sie ersetzt oder umfangreich gewartet werden Die Entsorgung der Anlagen, insbesondere der Rotorblätter aus Verbundmatenalien, stellt ein erhebliches Umweltproblem dar. Es fehlt derzeit an effektiven Recyclingkonzepten für diese Materialien, was zu langfristigen Umweltschäden führen kann. Bei der Planung neuer Windkraftanlagen muss daher die gesamte Lebensdauer und der Lebenszyklus der Anlagen berücksichtigt Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen (Signatur)	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2895	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Diese Kulturlandschaft in Schleswig-Holstein ist wunderschön. Viele der betroffenen Gebiete sind Entwicklungsraum für den Tourismus. Raum für Weite und Erholung. Warum möchte der Bürger aufs Land und ans Meer? Weil ihm der weite Horizont in der Stadt fehlt… Das ist auch Energiepolitik	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.12, 3.15 sowie 7.2.13 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Und wieder werden unverträgliche Materialien verbaut, die Ewigkeitswert besitzen. Vielleiche wird die Politik nicht schlau aus allen Erfahrungen. Wieder Müll, von dem man nicht weiß wohin! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichem Gruß [Unterschrift]	
Institution: Neue Energien Ingenieurplanungen GmbH, Projektierung ID: 2049	Sehr geehrte Damen und Herren, Die Flächen in der Vorrang- und Potenzialfläche *PR3_SEG_003 – WP Schmalensee* sind bereits von uns gesichert und werden aktiv mit 2 Windenergieanlagen mit einer Nennleistung von **14,2 MW** beplant. Die Unterlagen für das Genehmigungsverfahren sind vorbereitet. Aus diesem Grund stellt die Abgrenzung der Fläche eine besondere Relevanz dar. Hiermit geben wir unsere Stellungnahme zum Gebiet *PR3_SEG_003* ab und bitten um die Erweiterung der Fläche Richtung Osten bis an die geschlossene Bebauung der Gemeinde Damsdorf: 1. <u>Kriterium „Vorranggebiete für die Rohstoffsicherung / Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe“ (Grundsatz G25):</u> Das Gebiet ist bereits ausgekiest. Dies bestätigt die Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde (siehe Anlagen 02/03: Kiesabbau 1 und Kiesabbau 2). Wir bitten daher um eine Anpassung des Grundsatzes G25. 2. <u>Betroffene Biotope (Ziel Z17) und Rotmilan-Ablenkkonzept</u>: Zusammen mit unserem Gutachter BioConsult empfehlen wir einen Flächentausch der betroffenen Fläche mit bestätigten Ablenkflächen, für die verbindliche, unwiderrufliche Verträge bestehen (Anlage 04/05: Bewirtschaftungsverpflichtung Ablenkfläche). Dies ist ersichtlich aus der gutachterliche Stellungnahme Fa. BioConsult. Es wird festgestellt das	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	eine Erweiterung sinnvoll in Kombination mit einem Flächentausch des Biotops mit der Ablenkfläche (Flächen aus Anlage 04/05) ist (s. Anlage 06: Biotop 1). Es herrscht ein gemeindliches Einvernehmen zur Erweiterung dieser Fläche im Bereich Damsdorf West durch den bestehenden Flächennutzungsplan. Von der Gemeinde heißt es: „Zur Unterstützung des gesellschaftlichen Zieles, Strom aus erneuerbaren Energien zu schaffen, hat die Gemeinde beschlossen, an der westlichen Gemeindegrenze die Ansiedlung von Windenergieanlagen zu unterstützen.“ (siehe Anlage: F Plan, Seite 9, markierter Absatz aus dem Flächennutzungsplan) Wir bitten daher um Anpassung der ausgewiesenen Potenzialfläche, um *eine weitere Windenergieanlage zusätzlich* umsetzen zu können. 3. Kriterium: *„800 bis 1000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion* (Grundsatz G01): Der 1000m Radius orientiert sich derzeit an der letzten Flurstücksgrenze als Maßstab für den Siedlungsinnenbereich. Maßgeblich ist jedoch die äußerste Häuserkante des Innenbereichs gemäß **§ 34 BauGB**. Als Ausgangspunkt des 1000m Radius sollten daher die Häuserkanten der Wohngebäude in östlicher Richtung auf dem **Flurstück 65, Flur 6**, Gemarkung Damsdorf, Gemeinde Damsdorf, sowie in südwestlicher Richtung auf dem **Flurstück 31/3, Flur 2**, Gemarkung Tarbek, Gemeinde Tarbek und **Flurstück 25/3, Flur 2**, Gemarkung Tarbek, Gemeinde Tarbek herangezogen werden. Wir bitten daher um eine Anpassung des Grundsatzes (siehe Anlage 01), um *unsere Planung mit zwei Windenergieanlagen umsetzen zu können.* Mit freundlichen Grüßen [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Geschäftsführer Neue Energien Ingenieurplanungen GmbH	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2894	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich lehne diese beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Sie wird von den Investoren angeboten, da macht man den Bock zum Gärtner. Ich wünsche mir Respekt und die Wahrung von entsprechendem Abstand zu Wohnhäusern, Vogelhorsten von Seeadlern + Milan brauen einen Abstand von 4km. Ich befürchte eine Einschränkung meiner Lebensqualität durch Schattenwurf und Infraschall und wünsche mir einen Abstand von 5 H zu allen Häusern, in anderen Bundesländern steht der Schutz des Wohnraums mehr im Fokus… warum nicht in Schleswig-Holstein? Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. MfG [Unterschrift]	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Institution: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland,	**Betreff: Stellungnahme des BUND Westensee im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)**	zu Punkt 1. An Standorten, wo bereits Anlagen bestehen und die nicht von weiteren Zielen überlagert werden, werden „berechtigte Interessen der Altanlagenbetreiber und der Öffentlichkeit an der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
BUND Landesverband Schleswig-Holstein_Westensee ID: M2443	Grundsätzlich ist der Ausbau erneuerbarer Energien begrüßenswert. Dieser Ausbau muss in einer Art und Weise geschehen, in welcher die Artenvielfalt nicht weiter gefährdet wird, als sie bereits ist. **Grundsätzlich sind also z.B. artenschutzspezifische Schutzabstände nicht zugunsten von Windenergieanlagen (WEA) zu verringern.** Am Beispiel von Seeadler und Rotmilan wird deutlich, dass die entsprechende Naturschutzarbeit Früchte trägt – die Vogelarten haben sich verlässlich angesiedelt und die Bestände sind stabil und/oder steigen an. Der Anstieg der Bestände ist jedoch vorrangig dort zu verzeichnen, wo keine WEA zu verorten sind oder wo entsprechender Abstand eingehalten wird. Die streng geschützten Greif- und Großvogelarten müssen weiterhin entsprechenden Schutz erhalten. Da der Schutzabstand sich als äußerst wirkungsvoll erwiesen hat, darf dieser nicht verringert werden. Begrüßenswert ist außerdem der Einsatz von Antikollisionssystemen, wobei wir eine weitere Forschung diesbezüglich für dringend notwendig erachten. Wir nehmen weiterhin Stellung zu folgenden Punkten: **Punkt 1: Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche** Ausnahmen bzgl. des Schutzradius gefährden die Funktionalität der Schutzgebiete als Rast- und Nahrungsgebiet für weit fliegende Vögel. Die schleswig-holsteinischen Vogelschutzgebiete sind ein besonderer Schatz und unbedingt notwendig für seltene Brutvogel- und Rastvogelarten, weshalb ihr Schutz gewährleistet bleiben muss. **Punkt 6: Wälder und Umgebungsbereiche** Die Absenkung des Abstands um 70 m (von 100m auf 30m) ist inakzeptabel. Waldrandstrukturen sind nicht nur zur Nahrungssuche für Greifvögel und Fledermäuse äußerst bedeutsam; u.a. Greifvogelhorste befinden sich überwiegend dort. Die Auswirkungen von Lärm, Störungen durch Wartungsarbeiten sowie Schattenwurf sind auf diese Entfernung zu erheblich und würden die wichtige Funktionalität des Lebensraumes Waldrand zerstören. **Punkt 14: Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten** Eine bloße Berücksichtigung der Anforderungen des Artenschutzes ist bei Arten wie	Weiternutzung der vorhandenen Infrastruktur“ in die Überlegung miteingestellt (vgl. B zu 16 Z, Plantext im Entwurf). Dabei wird davon ausgegangen, dass die Freihaltung bisher unbelasteter Räume Vorrang hat – oder umgekehrt, belastete Räume im Zweifelsfall bestehen bleiben sollten, um einen umweltverträglichen Ausbau der Windenergie gemäß § 1 EEG gewährleisten zu können. zu Punkt 6. Es wird auf Ziffer 4.7.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. zu Punkt 14. Es wird auf Ziffer 4.15.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. zu Punkt 17. Es wird auf Ziffer 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 13 und Punkt 14. Es wird auf die Ziffer 3.17 und 3.18 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dem streng geschützten Singschwan nicht ausreichend. Schleswig-Holstein beherbergt zahlenmäßig sehr große Überwinterungsbestände nördlicher und östlicher Populationen und trägt eine hohe Verantwortung für den Erhalt der Winterbestände. Gemäß der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW 2014) sollte der Ausschlussbereich 1 km um regelmäßig genutzte Schlafplätze entsprechend dem 1%- Kriterium für wandernde Wasservogelarten sowie 10-fache Kipphöhe bzw. mind. 1,2 km zu Nahrungsflächen ab landesweiter Bedeutung betragen und Hauptflugkorridore zwischen Schlaf- und Nahrungsplätzen freigehalten werden. Dieser Forderung schließt sich neben dem Nabu auch der BUND an. Brandenburg hat 2023 einen Prüfbereich von 2.000m um Schlaf- und Rastgebiete ab 350 Individuen eingeführt (LANGGEMACH & DÜRR 2023). **Punkt 17: Brutplätze** Laut Schlagopferkartei der Vogelschutzwarte Brandenburg ist der Seeadler (nach Mäusebussard und Rotmilan) die am dritthäufigsten festgestellte Art, die an WEA tödlich verunglückt. 269 verendete Seeadler wurden alleine in Deutschland bereits registriert (LANGGEMACH & DÜRR 2023). **Da der bisher so gut wie überall gültige Abstandsradius von 3 km um die Brutplätze als sehr wirkungsvoll beschrieben wird, muss dieser eingehalten werden.** Seeadler 3 haben große Nahrungsgebiete und selbst im 6 km-Radius noch hohe Verluste durch WEA. Eine Absenkung des Abstandsradius um 30 % kann erhebliche Schäden der Seeadlerbrutbestände nach sich ziehen. Als Beispiel sei erwähnt, dass auf der gut untersuchten Insel Smøla (Norwegen) der Brutbestand im Umfeld eines WP von 13 auf 5 Paare sank und es gab nach der Errichtung von WEA signifikant sinkenden Bruterfolg durch erhöhte Altvogelmortalität (LANGGEMACH & DÜRR 2023). Auch hinsichtlich der Reduzierung des Abstandsradius von 3.000m auf 2.000m sieht der BUND mit Blick auf den Schwarzstorch ausgesprochen kritisch. **Es gibt in Schleswig-Holstein nur noch 6 Paare, weshalb diese wenigen Brutplätze der Schwarzstörche umfassend geschützt werden müssen.** Es ist davon auszugehen, dass die Tötungsgefahr der Schwarzstörche vergleichbar ist mit der der Weißstörche. Die gültigen Mindestabstände von 1.500 m für den Rotmilan und 1.000 m für den Weißstorch sind weiterhin sehr wichtig für den Schutz der Brutvögel und es sollte keine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Möglichkeit gegeben werden, diese aufzuweichen. Beide Arten verzeichnen ohnehin schon sehr hohe Verluste an WEA: beim Rotmilan bisher 751 Schlagopfer in Deutschland, beim Weißstorch sind es bisher 95 (LANGGEMACH & DÜRR 2023). **Nur der weiter bestehende großflächige Schutz um den Horstbereich von Rotmilan und Weißstorch ist ein wirkungsvolles Instrument, um die Vögel vor Kollisionen zu schützen.** **Punkte 13 Landschaftsschutzgebiete und Punkte 14 Naturpark** Landschaftsschutzgebiete und auch Naturparke sind durch ihre besondere Naturgestaltung von herausragender Bedeutung für die Pflanzen- und Tierwelt. Und nicht nur für diese, sondern auch für die Menschen sind sie Erholungsorte, welche erhalten bleiben müssen. Im Landschaftsschutzgebiet sind Maßnahmen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem eigentlichen Schutzzweck widersprechen. **Entsprechend bedarf es dringend einer Erklärung, wie dort WEA errichtet werden können, die weder den Charakter des Gebiets verändern noch entsprechende Artenvielfalt gefährden.** Aus artenschutzrechtlicher Sicht bestehen erhebliche Bedenken gegen den Bau von WEA im Naturpark Westensee, besonders weil die streng geschützten Großvogelarten Rotmilan und Seeadler im Naturpark in mehreren Paaren brüten. Da beide Arten zu den Greifvogelarten gehören, die nach der europäischen Schlagopferkartei (LANGGEMACH & DÜRR 2023) ganz besonders durch tödliche Kollisionen mit WEA gefährdet sind und im Umfeld der Potenzialflächen beide Arten regelmäßig brüten, sie durchfliegen bzw. zur Nahrungssuche nutzen, ist hier das Tötungsrisiko ausgesprochen hoch. Vermeidungsmaßnahmen sind beim Rotmilan schwierig und beim Seeadler unmöglich. Darüber hinaus brüten viele weitere Großvögel im Westenseegebiet (Rohrweihe, Uhu, Wespenbussard, Mäusebussard, Kranich, Baumfalke). In den Wintermonaten halten sich auf den Flächen zahlreiche Singschwäne (teilweise bis zu 300 Exemplare), Zwergschwäne und nordische Gänse auf. Auch andere Artengruppen wie beispielsweise Fledermäuse sind durch den Bau von WEA in diesem Gebiet ebenfalls stark gefährdet. **Vor 9 Jahren bereits wurde die Aufnahme von Flächen im Naturpark Westensee als Potenzialflächen für Windenergie, z.B. zwischen Felder Holz und Gut Bossee, aus Artenschutzgründen abgelehnt. Deswegen ist es nicht nachvollziehbar, warum sie jetzt wieder in den Regionalplan aufgenommen wurden.** Die damals	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erfasste Situation der Großvogelbestände hat sich bei keiner Art verändert. Die Brutplätze der streng geschützten Arten sind dem Landesamt bekannt. Vor der Ausweisung der einzelnen Potenzialflächen sollte unbedingt noch eine weitere Brutzeit abgewartet werden, um bisher noch nicht bekannte Brutplätze zu erfassen. Literatur: LANGGEMACH, T. & T. DÜRR (2023): Informationen über Einflüsse der Windenergienutzung auf Vögel. Landesamt für Umwelt Brandenburg (Hrsg.). https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/natur/artenschutz/vogelschutzwarte/arbeitsschwerpunkt-entwicklung-und-umsetzung-von-schutzstrategien/auswirkungen von-windenergieanlagen-auf-voegel-und-fledermaeuse/ Stand 07.09.202	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2050	Die Teilfortschreibung in der aktuellen Fassung lehne ich ab. Für mich als Anwohner, der in Flintbek bereits durch zwei entstehende Windkraftanlagen von ca 200m Höhe betroffen ist, würde die neue Regelung die Grundlage schaffen, für weitere Anlagen ohne Höhenbegrenzung und deutlich näher an unseren Wohnbereich heranrückend. Unser Lebensraum wäre in dem Fall unzumutbar durch Lärm (Turbinen und Rotorblätter) und Schlagschatten belastet. In dem Entwurf zur Teilfortschreibung von Windenergieanlagen an Land wird landesweit der unverzichtbare Naherholungswert für die Menschen in Schleswig-Holstein massiv beeinträchtigt. Sollte es tatsächlich so kommen, dass 7,7% der Landesfläche mit Anlagen bebaut werden, wird durch den jeweiligen Fernwirkungsradius von angemessenen 2000m 70% der Landesfläche betroffen sein und somit ein erheblicher Anteil der Bevölkerung. Doch damit nicht genug. Touristen werden ihr Interesse verlieren, Schleswig-Holstein besuchen zu wollen. Die wirtschaftlichen Folgen liegen auf der Hand. Im Übrigen fordert der Bund für jedes Bundesland nur 2% der Landesfläche für WKA-Bebauung und nicht etwa 7,7%. Zum Naturschutz: Der Landkreis Plön scheint nach der Grafik zu den neu erhobenen „Potentialflächen Windenergie LEP Juni 2024“ aufgrund der dort vorkommenden Seeadler-Horste einen höheren Schutzstatus zu genießen als meine Heimatregion, in der ebenfalls Seeadler, Rotmilane und Kraniche in größerer Anzahl vorkommen. Sensitive Flächen sind gleich zu behandeln. Naturschutz ist Menschenschutz. Der Wertverlust von Immobilien, also auch meines Hauses, liegt unter den o.g.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.3, 3.15, 7.2.1, 4.20, 7.2.11 und 7.2.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Voraussetzungen bei 5% - 100%. Damit wird ein wichtiger Baustein meiner Altersversorgung zunichte gemacht. Sollte ich in die Situation kommen, mich in ein Pflegeheim begeben zu müssen, fehlt mir dann die finanzielle Grundlage. Die Umstellung auf erneuerbare Energien sollte mit Augenmaß und technologieoffen erfolgen, d.h. auf einem Mix verschiedener Optionen basieren. Fotovoltaik-Anlagen z.B. haben erheblich weniger Fernwirkung und führen damit zu erheblich weniger Belastung für die Bevölkerung bei mindestens gleichbleibender Effizienz. Ich bitte dringend darum, den Entwurf insbesondere hinsichtlich der Höhe und Anzahl der Anlagen, sowie der Abstände zu Wohngebieten im Sinne der o.g. Ausführungen zu überarbeiten.	
Institution: Nabu Nortorf, Keine Abteilung ID: 2045	STELLUNGNAHME des NABU Schleswig Holstein e.V., Ortsgruppe Nortorf, zu der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021- Erster Entwurf Juni 2024. Guten Tag, Der Nabu Nortorf möchte die Möglichkeit nutzen, zu dem Entwurf Stellung zu beziehen, damit besonders die Aspekte des Arten- und Landschaftsschutzes Berücksichtigung finden. Da das Land in dem Entwurf eine generelle Minderung vieler Kriterien des Artenschutzes anstrebt, besteht hier aus unserer Sicht noch Diskussions- und Änderungsbedarf. Grundsätzlich steht fest, dass wir einem Ausbau erneuerbarer Energien nicht ablehnend gegenüber stehen. Dennoch besteht parallel zu der Klimakrise das Problem des Artenschwunds bzw. der teils dramatischen Bestandsrückgänge von sehr vielen Tier- und Pflanzenarten. Klimaschutz darf nicht auf Kosten des Artenschutzes stattfinden, da der letztere genauso bedeutsam ist. Da die Bestandssituation der meisten windkraftsensiblen Vogel- und Fledermausarten sich nicht verbessert hat seit den letzten Entwürfen zum Ausbau der Windkraft, ist eine Schmälerung der Artenschutzkriterien entsprechend nicht angezeigt. Auch wenn einzelne Entwicklungen, wie z.B. der Anstieg der Seeadlerbrutbestände, vordergründig betrachtet zwar dafür sprechen, dass trotz des Ausbaus der Windkraft die Bestandssituation sich verbessert hat. Doch die Tücken liegen wie so oft im Detail: denn	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. zu Punkt 1. An Standorten, wo bereits Anlagen bestehen und die nicht von weiteren Zielen überlagert werden, werden „berechtigte Interessen der Altanlagenbetreiber und der Öffentlichkeit an der Weiternutzung der vorhandenen Infrastruktur“ in die Überlegung miteingestellt (vgl. B zu 16 Z, Plantext im Entwurf). Dabei wird davon ausgegangen, dass die Freihaltung bisher unbelasteter Räume Vorrang hat – oder umgekehrt, belastete Räume im Zweifelsfall bestehen bleiben sollten, um einen umweltverträglichen Ausbau der Windenergie gemäß § 1 EEG gewährleisten zu können. zu Punkt 6. Es wird auf Ziffer 4.7.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. zu Punkt 13. Es wird auf Ziffer 4.14.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. zu Punkt 14.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die Bestände des Seeadlers haben bei einer genauen Betrachtung vor allem dort zu genommen, wo keine Windparks sind. Ähnliches gilt für den Rotmilan. Die Schutzbemühungen vieler Jahrzehnte Naturschutzarbeit ist es gelungen, dass diese Greifvögel bei uns in vielen Gegenden wieder heimisch geworden sind und erhaltungsfähige Bestände aufgebaut haben. Eine Ausweitung der Windkraftflächen in die Nähe bedeutsamer Brutplätze gefährdet all das. Weil die bisher errichteten Windparks überwiegend noch auf ökologisch wenig wertvollen Flächen errichtet wurden, steigt jetzt der Druck auf die deutlich wertvolleren Gebiete: Grünlandniederungen, Naturparks, Landschaftsschutzgebiete, geringeren Abstände zu Wald- und Schutzgebieten. Hier sieht der Nabu riesige Gefahren für den Fortbestand der weiterhin streng geschützten Greif- und Großvogelarten wie auch den Fledermäusen. Grundsätzlich sehen wir Chancen in der zukünftigen Verwirklichung von Windparks durch Antikollisionssysteme, wie sie inzwischen entwickelt werden. Doch die Wirksamkeit ist noch nicht überzeugend, speziell in strukturreichen oder hügeligen Landschaften oder für besonders schnell fliegende Arten. Wir begrüßen aber ausdrücklich weitere Forschungen und Einsätze dieser Systeme. Wir begrüßen ebenfalls, dass die Landesregierung unseren wichtigsten Naturschutzforderungen entsprochen hat, namentlich dem Schutz der Hauptachsen des Vogelzugs von besonderer Bedeutung und dem Schutz von bedeutsamen Brutgebieten von Wiesenbrütern. Zudem begrüßen wir ausdrücklich den Erhalt des Seeadlerdichtezentrums im östlichen Holstein. Zu einigen Punkten von Abs. 4.5.1.3. Gebiets- und Artenschutz, der Teilfortschreibung soll im folgenden etwas detaillierter eingegangen werden: Punkt 1: Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche Es sollten keine Ausnahmen des Radius von 1000m zugelassen werden, um die Funktionalität der Schutzgebietes auch außerhalb der Gebietskulisse zu erhalten, vor allem als Rast- und Nahrungsgebiet für weit fliegende Vögel und ihre Flugwege. Alle schleswig-holsteinischen Vogelschutzgebiete haben eine herausragende Bedeutung für seltene Brutvogel- und Rastvogelarten. Viele Brutvögel, z.B. Schwarzstorch, Seeadler, Rotmilan brüten innerhalb der Vogelschutzgebiete, nutzen zur Nahrungssuche aber ein weites Umfeld um das Gebiet. Auch hier muss ihr Schutz gewährleistet sein. Punkt 6: Wälder und Umgebungsbereiche Den Abstand zu Waldgebieten von 100 m auf lediglich 30 m abzusenken ist nicht akzeptabel. Gerade die Waldrandstrukuren sind für	Es wird auf Ziffer 4.15.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. zu Punkt 17. Es wird auf Ziffer 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 13 und Punkt 14. Es wird auf die Ziffer 3.17 und 3.18 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	eine Vielzahl von windkaftsensiblen Tierarten ausgesprochen bedeutsam. Grreifvogelhorste befinden sich fast immer unmittelbar am Waldrand. Auch zur Nahrungssuche werden besonders häufig die Waldränder aufgesucht - denn hier befinden sich oft im Übergangsbereich zwischen Wald und Feld bzw. Grünland Randstreifenstrukturen, die viele Kleinsäuger, Insekten und andere Kleintiere nutzen- also potenzielle Nahrung für Greifvögel. Auch Fledermäuse jagen besonders gerne im Windschatten des Waldrandes. Hier können sie viele Insekten erbeuten. Als Brut- und Nahrungsgebiet kommt den Waldrändern deswegen eine besondere Bedeutung zu, ein Abstand von 30 m würde sowohl bei Vögeln wie auch bei Fledermäusen das Tötungsrisiko erheblich erhöhen. Viele Greifvögel, aber auch Uhu und Kranich, zeigen ein Meidungsverhalten von WEA und könnten ihre Brutplätze auf diese geringe Entfernung verlassen. Die Auswirkungen von Lärm, Störungen durch Wartungsarbeiten sowie Schattenwurf sind auf diese Entfernung zu erheblich und würden die wichtige Funktionalität des Lebensraumes Waldrand zerstören. Punkt 13: Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche Hier sollen gemäß des Entwurfs nur die Anforderungen des Artenschutzes im 3 kmRadius berücksichtigt werden. Aus Sicht des Nabu sollte der 3 km-Radius aber als Ausschlusskriterium weiterhin gelten. Es gibt ohnehin nur wenige große Schlafplätze in südöstlichen Schleswig-Holstein, diese sollten aber wirkungsvoll von WEA freigehalten werden. Es könnten dazu durchaus Mindestbestände vereinbart werden, aber der Schutz der Schlafgewässer sollte nicht aufgeweicht werden. Punkt 14: Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EUVogelschutzgebieten Hier sollen gemäß des Entwurfs nur noch „die Anforderungen des Artenschutzes berücksichtigt“ werden. Bei Arten wie dem streng geschützten Singschwan, eine Art des Anhang 1 der EU-Vogelschutzrichtlinie, der durch den Bau von WEA teilweise mit starkem Meideverhalten reagiert, ist das aus Sicht des Nabu nicht ausreichend. Schleswig-Holstein beherbergt zahlenmäßig sehr große Überwinterungsbestände nördlicher und östlicher Populationen und trägt eine hohe Verantwortung für den Erhalt der Winterbestände. Gemäß der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW 2014) sollte der Ausschlussbereich 1 km um regelmäßig genutzte Schlafplätze entsprechend 1%Kriterium* sowie 10-fache Kipphöhe bzw. mind. 1,2 km zu Nahrungsflächen ab landesweiter Bedeutung betragen und Hauptflugkorridore zwischen Schlaf- und Nahrungsplätzen freigehalten werden. Dieser Forderung schließt sich der Nabu an.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Brandenburg hat 2023 einen Prüfbereich von 2.000 m um Schlaf- und Rastgebiete ab 350 Ind. eingeführt (LANGGEMACH & DÜRR 2023). Punkt 17: Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Seeadler: Reduzierung des Abstandsradius von 3.000m auf 2.000m Diese erhebliche Reduzierung sieht der Nabu ausgesprochen kritisch. Nach der Schlagopferkartei der Vogelschutzwarte Brandenburg ist der Seeadler (nach Mäusebussard und Rotmilan) die am dritthäufigsten festgestellte Art, die an WEA tödlich verunglückt. 269 verendete Seeadler wurden alleine in Deutschland bereits registriert (LANGGEMACH & DÜRR 2023). Der bisher fast überall gültige Abstandsradius von 3 km um die Brutplätze wird immer wieder als sehr wirkungsvoll beschrieben, um zumindest die Brutbestände der Seeadler zu schützen. Seeadler haben große Nahrungsgebiete und selbst im 6 km Radius noch hohe Verluste durch WEA. Eine Absenkung des Abstandsradius um 30 % kann erhebliche Schäden der Seeadlerbrutbestände nach sich ziehen. Als Beispiel sei erwähnt, dass auf der gut untersuchten Insel Smøla (Norwegen) der Brutbestand im Umfeld eines WP von 13 auf 5 Paare sank, und es gab nach der Errichtung von WEA signifikant sinkenden Bruterfolg durch erhöhte Altvogelmortalität (LANGGEMACH & DÜRR 2023). - Schwarzstorch: Reduzierung des Abstandsradius von 3.000m auf 2.000m Diese erhebliche Reduzierung sieht der Nabu ebenfalls ausgesprochen kritisch. Der Schwarzstorchbestand in Schleswig-Holstein ist sehr gering mit inzwischen nur noch 6 Paaren. Die wenigen Brutplätze dieser sehr seltenen Art müssen entsprechend geschützt werden. Auch wenn nur wenige Funde (5 in D. laut LANGGEMACH & DÜRR 2023) von unter WEA verendeten Schwarzstörchen bekannt sind, kann die Gefahr nicht ausgeschlossen werden, da die Anzahl der Funde der Seltenheit der Art entspricht. Die Fundwahrscheinlichkeit einer so seltenen Art ist naturgemäß sehr gering. Da die nah verwandten Weißstörche regelmäßig mit WEA kollidieren, gibt es keinen Grund anzunehmen, dass Schwarzstörche nicht auf die gleiche Art gefährdet sind. Der Brutbestand des Schwarzstorches ist in SH in den letzten Jahren deutlich zurück gegangen, hat sich fast halbiert. Ob der Ausbau der Windenergie dazu auch einen Teil beigetragen hat, lässt sich schwer nachweisen, könnte aber eine Rolle gespielt haben. - Weißstorch/Rotmilan: Möglichkeit der einzelfallbezogenen Prüfung auf Reduzierung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	auf 750 m (Weißstorch) bzw. 1000 m (Rotmilan). Die gültigen Mindestabstände von 1.500 m für den Rotmilan und 1.000 m für den Weißstorch sind weiterhin sehr wichtig für den Schutz der Brutvögel und es sollte keine Möglichkeit gegeben werden, diese aufzuweichen. Beide Arten verzeichnen ohnehin schon sehr hohe Verluste an WEA: beim Rotmilan bisher 751 Schlagopfer in Deutschland, beim Weißstorch sind es bisher 95 (LANGGEMACH & DÜRR 2023). Beim Rotmilan etwa finden nur 60% der Flüge im 1km-Radius statt (LANGGEMACH & DÜRR 2023). Wenn die Möglichkeit einer Reduzierung geschaffen wird, wird sie auch genutzt werden. Die dabei entstehende Problematik von Gefälligkeitsgutachten ist bekannt. Auch wird ja immer nur eine Momentaufnahme des jeweiligen Untersuchungsjahres registriert. Arten wie Rotmilan und Weißstorch sind allerdings sehr dynamisch und flexibel bei der Nahrungssuche. Sie reagieren schnell auf Mahdereignisse, die auch im weiteren Umfeld, bis zu 6 km, um den Horst liegen können. Wechselnde Bewirtschaftungsformen in unterschiedlichen Jahren schaffen jedes Jahr neue Nahrungsmöglichkeiten, die sich nicht innerhalb eines einjährigen Berichtszeitraums erfassen lassen. Nur der weiter bestehende großflächige Schutz um den Horstbereich ist ein wirkungsvolles Instrument, um die Vögel vor Kollisionen zu schützen. Zu 4.5.1.2 Milit ä rische Freiraumschutz Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Punkt 13: Landschaftsschutzgebiete und 14: Naturparke Auch zu der grundsätzlichen Öffnung von Landschaftsschutzgebiet für die Windkraft möchte sich der Nabu ablehnend äußern. Landschaftsschutzgebiete sind allgemein hin nicht nur landschaftlich reizvoll, sondern durch die entsprechende Naturausstattung auch für die Tier- und Pflanzenwelt in der Regel von größerer Bedeutung als die umgebende „Normalllandschaft“. Konflikte mit dem Artenschutz sind hier also in weiten Teilen anzunehmen. Auch ist die Freihaltung von landschaftlich ansprechenden Gegenden von vertikalen Strukturen wie Windrädern ein Anliegen, das auch dem Zielen des Nabu entspricht. Den Menschen müssen Gegenden in ihrem Wohnumfeld erhalten werden, in der sie in ihrer Freizeit unbeschwerten Naturgenuss erleben und genießen können. Landschaftsschutzgebiete und Naturparke tragen dazu maßgeblich bei ! Ein Ziel der Energiewende sollte auch sein, die Menschen von CO2-intensiven Flug- und Fernreisen abzuhalten. Deswegen ist es wichtig, in Schleswig-Holstein selbst weiterhin reizvolle Reiseziele in vollem Umfang zu erhalten und zu fördern, wie unsere Naturparke. Per Definition sind in einem LSG alle Handlungen verboten, die den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen. Bisher waren aus diesem Grund hier WEA nicht erlaubt. Völlig unverständlich ist, warum das jetzt geändert werden soll, wo die neuen WEA noch höher, noch größere Rotorblätter, und noch lauter geworden sind. Die riesigen Windräder verändern den Charakter eines Gebietes massiv, beeinflussen die Natur und mindern stark den Erholungswert. Zu der Karte der Windkraftplanung im Bereich des Naturparks Westensee: Konkrete Stellungnahmen zu den einzelnen Potenzialflächen werden vom Nabu eingereicht, wenn dazu die Möglichkeit besteht. Es wäre grundsätzlich wünschenswert, wenn der dazu Zeitraum nicht wieder so kurz ist wie jetzt zum Entwurf der Teilfortschreibung - und nicht wieder in der Urlaubszeit liegt. Kurz soll dennoch auch hier schon im Vorfeld auf die Flächen im Naturpark Westensee eingegangen werden: Aus artenschutzrechtlicher Sicht bestehen erhebliche Bedenken gegen den Bau von WEA im Naturpark Westensee, besonders weil die streng geschützten Großvogelarten Rotmilan und Seeadler im Naturpark in mehreren Paaren brüten. Seeadler nutzen zu jeder Jahreszeit das Westenseegebiet zum Brüten und zur Nahrungssuche. Neben den Brutpaaren halten sich teilweise bis zu 20 Adler hier auf, überwiegend immature Adler. Rotmilan und Seeadleer gehören zu den Greifvogelarten, die nach der europäischen Schlagopferkartei (LANGGEMACH & DÜRR 2023) ganz besonders durch tödliche Kollisionen mit WKA gefährdet sind und da im Umfeld der ausgewiesenen Potenzialflächen beide Arten regelmäßig brüten, sie durchfliegen bzw. zur Nahrungssuche nutzen, ist hier das Tötungsrisiko ausgesprochen hoch. Vermeidungsmaßnahmen sind beim Rotmilan schwierig und beim Seeadler unmöglich. Darüber hinaus brüten viele weitere Großvögel im Westenseegebiet (Rohrweihe, Uhu, Wespenbussard, Mäusebussard, Kranich, Baumfalke). In den Wintermonaten halten sich auf den Flächen zahlreiche Singschwäne (teilweise bis zu 300 Ex.), Zwergschwäne und nordische Gänse auf. Auch andere Artengruppen, z.B. Fledermäuse, sind durch den Bau von WEA in diesem Gebiet ebenfalls stark gefährdet. Vor 9 Jahren bereits wurde die Fläche zwischen Felder Holz und Gut Bossee aus Artenschutzgründen, (speziell den zahlreichen Seeadlerflugbewegungen zum Bossee	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	abgelehnt), deswegen ist es nicht nachvollziehbar, warum sie jetzt wieder aufgenommen wurde in den Regionalplan. Die damals erfasste Situation der Großvogelbestände hat sich bei keiner Art verändert. Seeadler fliegen weiterhin regelmäßig über die Felder zum Bossee, der Rotmilan brütet im Felder Holz und jagt hier. In den Wintermonaten bevölkern hunderte Singschwäne und Gänse die Ackerflächen. In der Eichenallee mit den teilweise mehrere hundert Jahre alten Eichen leben zahlreiche Fledermäuse. In Kürze sollen hier die wesentlichen Fakten geschildert werden: 1. Die Flächen zwischen Felder Holz und Gut Bosse, zu beiden Seiten der Eichenallee, haben eine sehr hohe Bedeutung als Jagd- und besonders Überfluggebiet des Seeadlerpaares von Diekendörn/Rümlandteich auf dem Weg vom Brutplatz zum Bossee und der Westenseer Bucht. Auf einer Karte wurden seinerzeit sämtliche Flugbewegungen dargestellt, um diesen Sachverhalt mit einer hohen Anzahl Überflüge zu verdeutlichen. Bei dem Adlerhorst in Diekendörn handelt es sich um einen jährlich genutzten Brutplatz, der bereits seit sehr langer Zeit genutzt wird. Der Bossee und der westliche Westensee zählen zu den regelmäßig und häu fi g aufgesuchten Nahrungsgebieten. Darüber hinaus nutzen zahlreiche weitere Seeadler, vor allem jüngere Vögel, das Westenseegebiet in hoher Frequenz. In den Wintermonaten können sich bis weit über 20 Adler hier aufhalten. 2. Im Felder Holz brüten jährlich Rotmilane, welche die Flächen entlang der Eichenallee ebenfalls in hohem Umfang als Nahrungsgebiet nutzen. Je nachdem, wo sich der Horst befindet (die Brutplätze wechseln teilweise von Jahr zu Jahr), liegt der Horst im 1.5 km Radius zu der Potenzial fl äche. Durch den Mangel an günstigen Nahrungshabitaten (wenig Grünland, Saumstreifen, Brachen etc.) jagen v.a. die männlichen Vögel hier in einem sehr weiten Radius (festgestellt bis 5 km) um den Horst und sind damit besonders zur Aufzuchtzeit der Jungvögel stark gefährdet durch WEA. 3. An weiteren Großvogelarten im Betrachtungsraum sind Uhu, Wespenbussard, Kranich, Baumfalke und Mäusebussard relevant, da sie im Felder Holz, Bruxer Holz bzw. teilweise im Gutspark Bossee brüten, viele Arten in gleich mehreren Paaren an verschiedenen Standorten. Rohrweihen brüten in einigen Jahren in den Getreidefeldern (Bodenbruten). 4. In den Wintermonaten halten sich auf den Flächen zahlreiche Singschwäne (teilweise	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bis zu 300 Ex.), Zwergschwäne und nordische Gänse auf. 5. Als Vogelzugkorridor hat die Fläche ebenfallls einen hohen Stellenwert, da hier Wasservögel besonders im Herbst der Route Kieler Förde-Westensee-Eider folgen. So konnten hier bereits zahlreiche streng geschützte Arten wie Seeschwalben, Zwergmöwen, Brachvögel und andere Watvögel, viele Enten- und Gänsearten sowie Fischadler auf dem Durchzug beobachtet werden. 6. Entlang der Eichenallee gibt es zahlreiche Fledermäuse, da sie in den alten, höhlenreichen Bäumen viele Quartiere finden und entlang der Allee sehr günstige Nahrungsmöglichkeiten zu finden sind. Die Flächen bei Deutsch-Nienhof sollten ebenfalls aus Artenschutzgründen langfristig vor Windkraft bewahrt werden. Rotmilane brüten hier sogar unmittelbar auf der Fläche und ein weiteres Paar bei Steinkrug. Die Brutplätze der streng geschützten Arten sind dem Landesamt bekannt. Vor der Ausweisung der einzelnen Potenzialflächen sollte unbedingt noch eine weitere Brutzeit abgewartet werden, um bisher noch nicht bekannte Brutplätze zu erfassen. Allgemein sei auch hier noch einmal angemerkt, dass wir uns deutlich gegen den Bau von Windrädern in Naturparks aussprechen. Das Westenseegebiet hat eine besonders hohe Erholungsfunktion für die Anwohner der Anliegergemeinden, aber auch als Naherholungsgebiet v.a. aus dem Raum Kiel. Durch den Bau von Windrädern würde sich das Landschaftsbild extrem verändern. Wir haben nur 6 Naturparke in Schleswig-Holstein, und diese müssen frei von Windrädern (und PV-Anlagen) bleiben. Literatur / Quellen LANGGEMACH, T., KRONE, O., SÖMMER P., AUE, A. & WITTSTADT, U. (2010): Verlustursachen bei Rotmilan (Milvus milvus) und Schwarzmilan (Milvus migrans) im Land Brandenburg. Zeitschrift für Vogelkunde und Naturschutz in Hessen. Vogel und Umwelt 18, S. 85-101. LANGGEMACH, T. & T. DÜRR (2023): Informationen über Einflüsse der Windenergienutzung auf Vögel. Landesamt für Umwelt Brandenburg (Hrsg.). https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/natur/artenschutz/vogelschutzwarte/arbeitsschwerpunkt-entwicklung-und-umsetzung-von-schutzstrategien/auswirkungen-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vonwindenergieanlagen-auf-voegel-und-fledermaeuse/ Stand 09.08.2023 MELUR & LLUR (2016): Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereichs bei einigen sensiblen Großvogelarten Empfehlungen für artenschutzfachliche Beiträge im Rahmen der Errichtung von WEA. MELUND & LLUR (2017): Integration artenschutzrechtlicher Vorgaben in Windkraftgenehmigungen nach dem Bundesimmisionsschutzgesetz (BlmSchG). Kiel, Stand: 22.08.2017.	
Institution: WES Impuls GmbH ID: M2603	Stellungnahme zur Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land, 4.5.1.1 Siedlungstruktur. Einleitung Im Abschnitt 2 Z aus dem Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur der Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024, geht es unter anderem um den Ausschluss von Windenergieanlagen in einem Umgebungsbe- Q reich von 400 Metern zu Gewerbegebieten. Wir sind der Auffassung, es sollte ergänzt werden, dass dieser Abstand in Ausnahmefällen unterschritten werden darf. Begründung In der Begründung zum oben genannten Abschnitt 2 Z heißt es, „Die Auswirkung der Windenergienutzung auf Gewerbegebiete ist abhängig von der konkreten Ausgestaltung der betreffenden Nutzung auf den Flächen, die auf der landesweiten Betrachtungsebene nicht differenziert werden kann." Gerade, weil dieser Punkt auf der landesweiten Betrachtungsebene nicht differenziert werden kann, sollte es den Gemeinden möglich sein, über beispielsweise die „Gemeindeöffnungsklausel" diese Umgebungsbereiche von 400 Metern, in dem ein Ausschluss von Windenergieanlagen vorgeschrieben wird, zu unterschreiten. Weiter heißt es in der Begründung zu 2 Z, „Innerhalb von Gewerbegebieten können sich Dauerarbeitsplätze und untergeordnet auch Wohnnutzung befinden. Diese sind zu	Gewünscht wird die Unterschreitung des 400 m Abstandes zu Gewerbegebieten, wenn in den entsprechenden Gebieten eine Wohnnutzung ausgeschlossen ist. Dem kann nicht gefolgt werden, weil sich der Schutz, der durch den Abstand gewährt werden soll, auch auf die Arbeitsplätze bezieht. Gewerbegebiete ohne dauerhaften Aufenthalt von Menschen (zu Arbeitszwecken) wird es aber kaum geben.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	schützen. Vor diesem Hintergrund werden bei der landesweiten Betrachtung Gewerbegebiete als Ausschlussgebiete eingestuft." Sollte nun aber die Gemeinde in ihrer Satzung zum Gewerbegebiet die Wohnnutzung ausdrücklich untersagen, so wäre der Ausschluss von Windenergieanlagen im Grunde hinfällig. Wir denken, hier sollte für diesen Fall eine Sonderregelung aufgenommen werden. Konkret wäre dies in einem unserer Projekte in der Nähe des Gewerbegebietes an der [redacted]. Michaelisdonn der Fall. Hier gilt eine Wohnnutzungsverbot. So könnte durch Unterschreitung des 400 Meter Bebauungsverbotes von Windenergieanlagen um das Gewerbegebiet, das vorhandene Windvorranggebiet PR3_DIT_095 nach Osten hin vergrößert werden (s. Anhang 2). Wir arbeiten hier mit der Gemeinde St. Michaelisdonn und den Gemeindewerken St. Michaelisdonn zusammen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2892	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich bin der Meinung, daß das derzeitige gültige Verfahren zu einer Verspargelung der Landschaft führen wird. Die Naturschutzgebiete bzw. Naturflächen nicht zerstört werden, damit Naherholungsraum erhalten bleibt. Mir ist es sehr wichtig, daß die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Störche, Rotmilan, Seeadler, Uhu, Wespenbussard und Schwäne in meiner Heimat weiterhin brüten können und so überlebennwichtiger Flugkorridore zwischen Schlafplätzen und	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nahrungsflächen frei bleiben. Ich fordere eine Beteiligung der direkten Anwohner im Umkreis von 2500m am Genehmigungsverfahren. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Gruppe ID: GM2744 Anzahl: 33 (IDs: 1024, 1025, 1026, 1027, 1028, 1030, 1031, 1032, 1035, 1061, 1062, 1083, 1100, M1247, M1248, M1260, M1273, M1274, M1277, M1332, M1362, M1375, M1401, M1402, M1406, M1407, M1410, M1433, M2591, M2611, M2698, M2744, M2950)	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung .Windenergie an Land"des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung. Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung muss auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel Windenergie an Land", Seite 58,15 Z und 16Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu 51) bleibt. Das muss die Flächen um Oldenswort einschließen. Mit den Potenzialflächen nördlich und südlich der Kreisstraße wird ein fachlich unbegründeter Keil in die überregionale geschlagen und verengt den ohnehin schmalen Korridor für den Zug von Millionen von Vögeln und gibt an dieser Stelle den Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete in	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es sollen keine Änderungen am LEP im Bezug auf die Ziele und Grundsätze für den Bereich Halbinsel Eiderstedt erfolgen. Der Umfang der Potenzialfläche ist erforderlich, um noch einen echten Abwägungsprozess durchführen zu können. Bei deutlich weniger Fläche wäre dies nicht mehr möglich, da dann der überwiegende Teil der Potenzialfläche schon zwingend übernommen werden müsste, um den Zielwert von etwa 3 % der Landesfläche zu erreichen. Im Bereich Oldenswort sollen die Bestands-Vorranggebiete fortgeführt werden, um möglichst wenig Neuausweisungen vornehmen zu müssen. Die durch die Bestands-WEA ausgelöste Scheuchwirkung führt dazu, dass dort die Voraussetzungen für eine Aufnahme in die Wiesenvogelbrutgebietskulisse nicht vorliegen, da die WEA perspektivisch weiterbetrieben und repowert werden sollen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unzulässiger Weise auf. hat sich gegenüber dem LEP Wind aus 2020 bis heute geändert, dass die Ausweisung als Potenzialfläche begründet? Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von Windanlagen frei zu halten: Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege, historische Gebäude wie Haubarge, die 18 Kirchen und Leuchttürme etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ein ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das das Einkommen der Menschen mit diesem Hauptwirtschaftsfaktor der Region sichert. Es sollte abschließend auch noch einmal intensiv geprüft werden, ob eine WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein von der Natur, den Landschaften und den Menschen insgesamt getragen und bewältigt wird. Schleswig-Holstein würde mit der ursprünglich geplanten, riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes bereits seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Hinzu kommen außerdem ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die in der Landschaft oder auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen errichtet werden. Werden die Landschaften Schleswig-Holsteins nunmehr eine einzige große Energie-Industrielandschaft? Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung in Eiderstedt keinesfalls zu verändern und Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen und das Ausmaß der geplanten Fläche von 7,2 % zu überprüfen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Worum geht es? Es geht darum, ob in Eiderstedt zukünftig weitere Windenergieanlagen (WEA) gebaut werden dürfen. Geregelt wird dies im Landesentwicklungsplan (LEP) für Schleswig-Holstein. Ihre Stellungnahme im Beteiligungsverfahren ist wichtig. Zahlreiche Stellungnahmen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	würden deutlich unterstreichen, dass viele Menschen den Entwurf der Landesregierung unterstützen, Eiderstedt aus Gründen des ostatlantischen Vogelzuges und der Wiesenvögel-Brutgebiete von Windkraftanlagen frei zu halten, so dass dieser Entwurf Recht und Gesetz werden kann. Erläuterungen Der Teilbereich Windenergie („Teilfortschreibung „Windenergie an Land“, S.58,15 Z und 16 Z) wurde von der Landesplanungsbehörde in den letzten Monaten überarbeitet. Jetzt liegt der Entwurf vor. Er schließt weitere WEA für Eiderstedt aus. Die entscheidenden Gründe dafür sind: • Die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung. (Entlang der gesamten Nordseeküste - _von Dänemark bis zur Elbmündung - Jst Eiderstedt für diesen international bedeutsamen Vogelzug tatsächlich das letzte noch weitgehend windkraftanlagenfreie Nadelöhr.) • Wiesenvogelbrutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten. In Raumordnungsplänen (wie dieser „Teilfortschreibung „Windenergie an Land“) werden immer • Ziele formuliert, die eingehalten und umsetzt werden müssen, • Grundsätze formuliert, die eingehalten werden können, aber nicht müssen und • ausführliche Begründungen für die Ziele und Grundsätze genannt. Die Hauptachsen der internationalen Vogelzugrouten mit besonderer Bedeutung sowie Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten sind also im Entwurf als Ziele der Raumordnung benannt und müssen dementsprechend von (zusätzlichen) Windenergieanlagen freigehalten werden. Nachdem der Entwurf nun vorliegt, findet vom 25. Juni bis 9. September 2024 ein öffentliches Beteiligungsverfahren statt. In diesem Zeitraum können Privatpersonen und Institutionen ihre Stellungnahmen zu den Entwürfen abgeben. Alle Stellungnahmen werden später veröffentlicht, aber aus Datenschutzgründen auf Wunsch ohne Absenderangaben. Alle Stellungnahmen werden von der Landesplanung gelesen, abgewogen und können durchaus noch etwas an dem Entwurf verändern.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Problem In der öffentlichen Beteiligung werden alle Befürworter von weiteren WEA in Eiderstedt versuchen, den vorliegenden LEP-Entwurf noch zu ihren Gunsten zu ändern. Die Windkraft-Befürworter haben mit konservativen Parteien, Berufsverbänden, Lobbygruppen und Wirtschaftsvertretungen viele und mächtige Unterstützer! Lösung Es kommt in den nächsten Wochen bis zum 9. September darauf an, dass • möglichst viele Einzelpersonen und • möglichst viele Institutionen, Gruppen, Verbände, die für den Schutz von Eiderstedt eintreten (Natur, Biodiversität, Vogelzug- und Brutgebiete, Weltnaturerbe, Landschaft, Kultur, Hauslandschaft, Tourismus etc.) • möglichst klare und gut begründete Stellungnahmen zum LEP-Entwurf abgeben. Die Stellungnahmen können Sie auf eine dieser 3 Arten übermitteln: • elektronisch über die Online Beteiligungsplattform BOB-SH unter https://www.bolapla-sh.de Anmerkung: Dateien und Bilder kann man nicht mitschicken. Tipp: Nur den Text der Kurz- oder Langform mit Ihren Daten ergänzen und zum Hochladen kopieren. • per normaler Post an das Ministerium (Adresse siehe Muster-Stellungnahme) Tipp: Den Text der Kurz- oder Langform (einschließlich Bilder) mit Ihren Daten ergänzen, ausdrucken, unterschreiben und per normaler Post versenden • • per E-Mail an windenergiebeteiligung(o)im.landsh.de Tipp: Den Text der Kurz- oder Langform (einschließlich Bilder) mit Ihren Daten ergänzen, unterschreiben, davon eine pdf-Datei herstellen und per Mail-Anhang versenden Es wurde bisher erst eine (wichtige) Hürde genommen, das Rennen selbst ist noch keineswegs gewonnen. Deshalb ist Ihre Stellungnahme wichtig!	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Leitfaden für eigene Formulierungen Wenn Sie Ihre Stellungnahme in eigenen Worten formulieren möchten, dann finden Sie hier einige Anregungen für Ihre Stellungnahme. Stellungnahmen sollten möglichst folgende drei Kernaussagen beinhalten: • Loben - Die Entscheidung der Landesplanung ausdrücklich begrüßen. z. B.: Ihre Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. • Fordern - Es muss bei einem rechtssicheren Ausschluss von weiteren WEA für ganz z. B.: Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung muss auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land", Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. • Begründen - Bitte formulieren Sie, warum der Ausschluss zusätzlicher WEA in Eiderstedt für Sie so wichtig ist: z.B. Naturschutz, Landschaftsschutz, Weltnaturerbe, Kultur, Heimatschutz, Baupflege/Denkmalschutz, Tourismus, Naherholungsraum für Northvolt, Verweis auf Ablehnung weiterer WKA in Tating mit 63 % bei Einwohnerbefragung am 9. 6. 2024 o. ä. Eine tiefgehende Beweisführung mit Daten, Fakten, Zahlen ist nicht erforderlich. z. B.: Das muss die Flächen um Oldenswort einschließen. Mit den Potenzialflächen nördlich und südlich der Kreisstraße wird ein fachlich unbegründeter Keil in die überregionale Vogelzugroute geschlagen und verengt den ohnehin schmalen Korridor für den Zug von Millionen von Vögeln und gibt an dieser Stelle den Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete in unzulässiger Weise auf. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von Windanlagen frei zu halten: Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege, historische Gebäude wie Haubarge, die 18 Kirchen und Leuchttürme etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ein ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das das Einkommen der Menschen mit diesem Hauptwirtschaftsfaktor der Region sichert. Es sollte abschließend auch noch einmal intensiv geprüft werden, ob eine WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein von der Natur, den Landschaften und den Menschen insgesamt getragen und bewältigt wird. Schleswig-Holstein würde mit der ursprünglich geplanten, riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes bereits seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Werden die Landschaften Schleswig-Holsteins nunmehr eine einzige große Energie-Industrielandschaft werden? Am einfachsten ist es, wenn Sie die Punkte „Loben“ und „Fordern“ wörtlich übernehmen. Dann sind Sie sicher, die im feinstem „Beamtendeutsch“ formulierten Bezügen dazustellen. Die Begründung sollte Ihren eigenen persönlichen Schwerpunkten entsprechen. Entscheidend ist die klare und ausdrückliche Forderung - wie unter Fordern formuliert.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2891	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich wehre mich entschieden gegen den verstärkten Anbau der Windräder mit unbegrenzter Höhe und geringeren Abstand zu Wohnhäusern. Je mehr Windräder desto mehr gesundheitliche Beeinträchtigung (Vorhofflimmern) und desto teurere Strompreise; denn es müssen ja wegen des unregelmäßigen Windes Kohle- und Gaskraftwerke in	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3.5 und 7.2.15 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet außerdem Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffern 2.3.1 und 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Betrieb bleiben. Die Stromerzeugung durch Sonne und Wind ist archaisch, teuer und für einen Industriestandort nicht vertretbar. [redacted] Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2047	Sehr geehrte Damen und Herren Ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände zum Landesentwicklungsplan äußern ! Aus den bereits genannten Akzeptanzgründen aber auch im Sinne der Schutzbedürftigkeit der Anwohnerinnen und Anwohner und Schaffung möglichst gleicher Lebensverhältnisse im Land ist das Kriterium der Vorbelastung und die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA kontraproduktiv. Es soll, wie von der Landesplanung generell angestrebt, eine Gleichverteilung erfolgen. Durch Windenergiegebiete oder Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gemeindegebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden.Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz.Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u.a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m .Wenn der Landesregierung	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.11, 5.9, 4.5, 3.15, 3.17, 3.18, 7.2.12 und 7.3.6 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit meines Lebens- und Erholungswertes. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2317	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Blunk, 02.08.24 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogel arten, wie z. B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.8, 4.20, 4.2, 4.3 und 4.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Institution: Looft Schmidt GmbH & Co. 3. Betriebs KG,, Fachanwalt für Verwaltungsrecht ID: M2296	Sehr geehrte Damen und Herren, wir bitten um Beachtung der Anlage. Mit freundlichen Grüßen i.A. [redacted] (für [redacted] [Anlage:] Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Daniel Günther, sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack, ich vertrete anwaltlich die rechtlichen Interessen der [redacted], diese vertreten durch ihre Geschaftsführer [redacted] und [redacted]. Die ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird unter Hinweis auf meine Standespflichten anwaltlich versichert, § 294 ZPO. Meine Mandantin hat mich beauftragt, zur beabsichtigten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema ‚Windenergie an Land", Kap. 4.5.1, binnen der Frist des Beteiligungsverfahrens in demselben folgende Stellungnahme einzureichen, dieser Bitte komme ich hierdurch gerne nach. Meinem Bezug zu den individuellen Belangen meiner Mandantschaft stelle ich grundsätzliche Erwägungen vorab. Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen, muss aber der Präklusion aus § 5 Abs. 6 LaPlaG i.V.m. § 9 Abs. 2 5. 4 ROG entgehen. Mit der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans reagiert die Landesregierung unter anderem auf den bundesrechtlichen Systemwechsel des Artikelgesetzes	Die rechtlichen Ausführungen zum BauGB, WindBG und EEG werden zur Kenntnis genommen. Die Hinweise zum Flächenziel werden ebenso zur Kenntnis genommen. Allerdings werden die Bedenken hinsichtlich der Nichterreichung der Flächenziele nicht geteilt. Eine Beurteilung diesbezüglich ist erst auf Regionalplanebene möglich. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt nur die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher laufen Hinweise zur Nichterreichbarkeit der Flächenziele nach WindBG auf LEP-Ebene ins Leere. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen. Der pauschale Hinweise auf aufgegebene Wohnnutzungen, aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe oder Moorkulissen muss, um von der Landesplanung berücksichtigt werden zu können, konkretisiert werden. Auch hier wird empfohlen, dies in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen einzubringen. Bezüglich der weiteren Punkte aus der Stellungnahme wird im Übrigen auf die allgemeine Synopse und hier insbesondere auf Ziffer 1.7, 2.3, 2.4, 7.1 und auf das Urteil des OVG SH 5 KN 46/21 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(WindBG) vom 20. Juli 2022 nebst den korrespondierenden Regelungen zum BauGB, ein Gesamtpaket, dass mit seiner Positivplanung als Paradigmenwechsel verstanden wird. Des weiteren gilt als Planerfordernis die Aufhebung des bestehenden Regionalplans für den Planungsraum | durch Urteil des OVG Schleswig vom 22, März 2023 (OVG Schleswig, Urteil vom 22. Marz 2023, 5 KN 53/21, juris), dem möglicherweise Ende November auch die Aufhebung des Regionalplans für den Planungsraum II folgen könnte (OVG Schleswig, 5 KN 46/21 |5 KN 6/21 und 5 KN 7/21). Der Windenergie ist nicht mehr nur ‚substantiell" Raum zu verschaffen, sie liegt nunmehr im "überragenden öffentlichen Interesse”, § 2 EEG 2023 (OVG Greifswald, Urteil vom 7. Februar 2023, 5 K 171/22, juris). Diesen Versuch der Reformation unternimmt nun die Teilfortschreibung, die ich noch als Rohentwurf für die noch zu erstellenden Regionalpläne Windenergie", verstehe (Runderlass der Landesplanungsbehörde vom 19. Dezember 2023, IV 64, Az. VIS10385/2023, Seite 3). Dabei stößt die Landesregierung nach meiner Wahrnehmung auf deutlich mehr Verständnis als noch mit den Vorgängerversionen, den Landesverordnungen für die jeweiligen drei Planungsräume mit Bekanntmachung je vom 29. Dezember 2020 (GVOBI. Seite 1082). So gilt die Abschaffung der leidigen 3H/5H-Regelung als Ziel der Raumordnung als Fortschritt, auch wenn die Landesregierung hierbei den sich aus dem WindBG und den dort enthaltenen Berechnungsmodalitäten für die Flächenbeitragswerte ergebenden Sachzwängen zu folgen scheint. Landschaftschutzgebiete werden nun an § 26 Abs. 3 BNatschG gemessen. Und auch die Untersagung von Höhenbegrenzungen schneidet einen "alten Zopf" ab und deutet in Richtung Fortschritt. Gleichwohl gibt es Kritik und Anregungen, die möglicherweise in neu zu erhebende Normenkontrollanträge nach § 47 VwGO münden könnten. Zuvörderst bleibt fraglich, ob die geänderte Landesverordnung dem "drastischen Nachholbedarf" gerecht wird, den Rechtsprechung und Literatur derzeit erkennen (u.a. Tigges/Wördenweber, "Stand der Windenergieplanung nach neuem Recht und Möglichkeiten der Plansicherung", ZNER 2024, Seite 305). Das WindBG schreibt erstmalig verbindliche Mindestziele in Form von Flächenbeitragswerten fest, die bis Ende 2027 und schließlich bis Ende 2032 zu erfüllen sind. Werden diese Ziele rechtzeitig erreicht, führt dies zur Entprivilegierung der Windenergieanlagen außerhalb ausgewiesener Flächen, die fortan nur noch nach §	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	35 Abs. 2 BauGBb zulässig sind, so § 249 Abs. 2 BauGB. Allerdings wird die Versäumung der rechtzeitigen Zielerreichung umfassend sanktioniert. Windenergieanlagen sind und bleiben im Außenbereich dann privilegiert, ohne dass ihnen Darstellungen an anderen Standorten nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB entgegengesetzt werden können, § 249 Abs. 7 BauGB., Flankiert werden die Flächenbeitragsziele durch den vorgesehenen, kontinuierlichen Zubau von Windenergieanlagen nach § 4 EEG. Dies durfte die Bundesländer daran hindern, durch teilweise noch bestehende, teilweise aber auch, wie in Schleswig-Holstein, bereits abgeschaffte Sicherstellungsmoratorien die laufende Ordnung der Räume mit Veränderungssperren abzusichern und den Zubau von Windenergieanlagen an nicht gewünschten Standorten vorübergehend aufzuhalten. Schleswig-Holstein meint, das Zwischenziel bis Ende 2027 bereits erfüllt zu haben, nach Auffassung der Fachagentur Wind an Land und wohl auch unstreitig wird das Ausbauziel bis Ende 2032 noch verfehlt. Es gibt noch erheblichen Ausweisungsbedarf. Wenn Schleswig-Holstein laut Plantext, Anl. 1 zu § 1 der LEP-WindVO, 3 % der Landesfläche zur Anrechnung in den Flächenbeitragswert von 2 % nach WindBG geben möchte, dürfte dies nicht ausreichen. Das Umweltbundesamt warnt ausdrücklich vor dem auch dem Unterzeichner bekannten Problem, dass sich die ausgewiesene Flächenkulisse nicht unbedingt nutzen lässt, man geht von einer eingeschränkten Nutzbarkeit von etwa 20 - 40 % aus. Hintergrund sind beispielsweise zivilrechtliche Hindernisse, die sich beispielsweise aus der Nichtgewährung von Abstandsflächen durch Baulast nach § 6 LBO ergeben können sowie aus dem bekannten Umstand, dass Einschränkungen des Anlagenbetriebes bis hin zur Nichtgenehmigungsfähigkeit einer WEA in das Genehmigungsverfahren verlagert werden. Es wird also dringend empfohlen, die Flächenziele mit einem Sicherheitspuffer zu versehen, um die Leistungsziele erreichen zu können (Umweltbundesamt, Flächenverfügbarkeiten, Flächenbedarf für den Ausbau der Windenergie an Land', Abschlussbericht Seite 119). Daran fehlt es hier, da die als Potenzialflache vorgesehenen 3 % der Landesflache unter Beibehaltung der stark kritisierten "Rotor-in"-Planung ausgewiesen werden sollen und somit diese Rotor-In-Flächen nur eingeschränkt auf den Flächenbeitragswert anzurechnen sind (Gatz, Tyczewski, Baars, ‚Regenerative Energien in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis", 4. Aufl., Seite 48). Der Rock der Landesregierung ist also zu eng, seine Nahte mit zu schwachen Faden genäht. Rein rechnerisch liegt allerdings auch die Lösung auf der Hand. So hat die Landesregierung eine Rohpotenzialfläche von etwa 7,7 % der Landesflache ermittelt, von der nach Abzug bestimmter Radien einer Referenz-WEA noch 7,2 % der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesfläche verbleiben sollen. Bestenfalls wird aus dieser Rohpotenzialfläche die endgültige Potenzialflache der drei Planungsraume, zumal wenig Hoffnung besteht, dass die Kommunen die sogenannte Gemeindeöffnungsklausel, § 245 Abs. 5 BauGB, nutzen werden, um mit ihren kommunalen Planungsmöglichkeiten den Rest der Rohpotenzialflache, die die Landesregierung ihnen noch übrig lässt, zu überplanen. Leider ist im derzeitigen Entwurf auch noch einiges an Zielen und Grundsätzen zur Raumordnung enthalten, was schon in den alten Regionalplänen bedenklich war. So z.B. die schematische Mindestgröße von Vorrangflächen. Diese Flächen sollen jetzt geeignet sein, mindestens zwei Referenzanlagen aufzunehmen, was eine Mindestfläche von 15 ha implementiert. Eine schematische Festlegung ist für das Repowering von Windkraftanlagen problematisch, an sich geeignete Einzelstandorte können wegfallen und von einer künftigen Nutzung ausgeschlossen werden (BVerwG, Urteil vom 24 Januar 2008, 4 CN 2/07, juris). Hieran ändert grundsätzlich auch das sogenannte BlmschG-Repowering nichts. Nicht zu rechtfertigen sind auch die pauschal 800m/1000 m Umgebungsschutzbereiche zu Siedlungsbereichen, die wiederum nicht die unterschiedlichen Schutzbedürftigkeiten dieser Siedlungsbereiche berücksichtigen, immerhin gibt es mehr als ein Dutzend BauNVOGebietstypen mit ihnen eigenen Charakteristika. So ist ein Dorfgebiet mit seiner Immissionskulisse deutlich weniger schutzwürdig als ein reines Wohngebiet. Auch das BVerwG verlangt vom Plangeber einen einzelfallbezogenen Blick auf die örtlichen Verhältnisse, es sei zu prüfen, ob auch kleinere Pufferzonen als Schutzabstand genügen”. Gefasste Siedlungsabstände schränken zudem die Suchräume für konfliktarme Flächen derart ein, sodass deren Umsetzung fast zwangsläufig mit Gütern des Arten- und Landschaftsschutzes sowie auch dem Waldschutz in Konflikt gerät” (Muller, Wegner, Sailer, Stiftung Umweltenergierecht, Wilrzburg, in: "Rechtliche Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung des Landtags Nordrhein-Wesltfalen vom 13. Dezember 2017" Wie sich gerade in Schleswig-Holstein die Veränderung von Abstandspuffern auswirkt, zeigten schon die Folgen der Einführung solcher Puffer durch die Landesverordnung vom 29. Dezember 2020, einem Wahlkampfversprechen, so auch die von der Landesregierung seinerzeit beauftragte Studie "Rechfsgutachten Repowering” vom 22. Februar 2018, dort Seite 9. Von meinen Kunden wurde mir verschiedentlich zugetragen, dass noch immer veraltetes	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Datenmaterial der Ermittlung der Potenzialflache dient. Die Datengrundlagen beispielsweise des geowissenschaftlichen Moorkatasters erhebt schon keinen Anspruch auf exakte Flachengenauigkeit {‚Moorschutzprogramm fiir Schieswig-Holstein", Drucksache 16/2272). Auch sind Abstandsflachenkreise um aufgegebene landwirtschaftiiche Betriebe vorzufindend, ebenso befinden sich zahlreiche Einzelhäuser nicht mehr in Wohnnutzung, werden gleichwohl aber bei der Bemessung von Abstandsflachen herangezogen. Meine Mandantin plant die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen westlich der Autobahn A 23 Richtung Tensbitel/Dithmarschen. Der Standort liegt in der "alten” Windvorrangflache PR 3 DIT 073, die allerdings wegen ihrer vermeintlichen Zäsurwirkung der A 23 so stark verkleinert wurde, daß ein Standort entfiel. Auch in der neuen "blauen Flache" ist die Errichtung von WEA’s in den von meiner Mandantin gesicherten Flache nicht zulässig. Die "Rohpotenziatflächenkarte" muss überarbeitet werden. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift] [redacted] Rechtsanwalt	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2316	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: -Es werden Wälder abgeholzt für Zufahrten mit Überbreiten und Schwerlasten -bis zu 20m tiefe und nicht reparable Fundamente werden gebaut und Teilweise nicht zurück Gebaut -Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete müssen erhalten bleiben und von	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.3, 3.15, 3.17, 4.2, 4.20, 5.4.1, 7.2.11, 7.2.12, 7.2.14, 7.3.7 und 7.3.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Windenergienutzung ausgeschlossen werden -Ich möchte, dass die Charakteristischen Landschafträume mit ihrer Knicklandschaft und Seen unbeeinträchtigt bleiben -Ich befürchte Körperliche Beschwerden und ich möchte, dass eine Abstandregelung von mind. 5H zur Wohnbebauung gilt -Ich habe Angst, dass meine Immobilie an Wert Verliert -Ich befürchte die Störung der Flugrouten des Bundesheeres und der Luftrettung. - Die betroffenen Gebiete sind Entwieklungsraum für Tourismus und Erholung, dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. -Bioanbau in den Gebieten mit WKA ist nicht mehr möglich, wenn es zu einem Havariefall kommt. -Mir ist es Wichtig dass die geschützten Groß vogelarten, wie z.Bsp. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, Brachvogel in meiner Heimat weiterhin Drüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregeln zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren -Ich habe bedenken das die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der WKA gefährdet wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2046	**Zum Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land nehme ich wie folgt Stellung:** Im Rahmen der raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung, hier Festlegung von Bereichen innerhalb derer eine Windenergienutzung ausgeschlossen wird, findet	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Desweiteren die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird daher insbesondere auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sich Elsdorf Westermühlen, im Zentrum von geplanten Windeignungsflächen wieder. Siehe auch Karte: Potentialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024) Wie auf der Karte ersichtlich wird das Dorf durch die mögliche **Umzingelung** durch WEA regelrecht eingekreist. Auch bei der Errichtung von Windkraftanlagen besteht das bauplanungsrechtliche Gebot der Rücksichtnahme, wenn sie sich als optisch bedrängend darstellen. Die WEA an sich, aber insbesondere die Drehbewegung ihres Rotors, könne auf Dauer unerträglich sein, wenn sich der Rotor im Blickfeld eines Betroffenen befindet und es diesem unmöglich oder unzumutbar ist, dem Blick auf die WEA auszuweichen. Das wäre in Elsdorf Westermühlen der Fall, da das Dorf fast zu 100% von Windkraftanlagen eingekreist wird. Es entstehen folgende Gesichtspunkte: Unterschiedliche Rotorgrößen und Rotorstellungen in Abhängigkeit von der Hauptwindrichtung, unterschiedliche Gegebenheiten auf dem schutzbedürftigen Wohnhausgrundstück hinsichtlich Ausrichtung der Räume und vorhandenen oder fehlenden Sichtschutzes, Sichtschutzeffekte durch Vegetation oder bauliche Anlagen sowie unterschiedliche Gegebenheiten in der Umgebung hinsichtlich topographischer Höhendifferenzen. Hier ist eine optisch bedrängende Wirkung (Umzingelung durch WEA) vorprogrammiert und damit eine BImSch-Genehmigung unmöglich und rechtswidrig! **Wo bleibt das Schutzgut Mensch?** Die Berücksichtigung der menschlichen Gesundheit auf den verschiedenen Ebenen der räum-lichen Planung, in Planungsprozessen und Zulassungsverfahren lässt hier eine adäquate Operationalisierung vermissen. Die menschliche Gesundheit zählt seit Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung 1990 zu den Schutzgütern, die bei der Auswirkungsuntersuchung regelmäßig zu	verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	berücksichtigen sind. Mit der No-vellierung des UVP-Gesetzes wird sie auch namentlich in § 2 Abs. 1 ausdrücklich aufgeführt. Nach den Vorgaben von UVPG, Baugesetzbuch und anderen Umweltfachgesetzen zur Berück-sichtigung des Menschen und seiner Gesundheit in Planungsprozessen und Zulassungsverfahren ist hier eine zufriedenstellende und vorsorgeorientierte Bear-beitung dieses Schutzgutes nicht erkennbar. **Die Folgen für das Schutz-gut Mensch beziehungsweise die menschliche Gesundheit durch eine Umzingelungswirkung werden nicht berücksichtigt.** In der Folge wird das Untersuchungs-programm zum Schutzgut menschliche Gesundheit auf „Trivialindikatoren“, wie zum Beispiel auf den Verlust von Siedlungs- und Erholungsflächen oder deren Beeinträchtigung durch Schall oder Luft-schadstoffimmissionen, vernachlässigt. Die Errichtung und der Betrieb von WEA liegt im überragenden öffentlichen Interesse und die erneuerbaren Energien sind ein vorrangiger Belang, aber es müssen zwingend die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden, damit die Stromerzeugung in Schleswig Holstein auch für die Bürger akzeptabel und ohne weitreichende Folgen bleibt. Ich lehne hiermit den „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“ in der jetzigen Fassung entschieden ab! Literatur UVP AG (2014): Leitlinien Schutzgut Menschliche Ge-sundheit – Für eine wirksame Gesundheitsfolgenabschät-zung in Planungsprozessen und Zulassungsverfahren. Hamm. AG Menschliche Gesundheit der UVP-Gesell-schaft (Hrsg.). 228 S. Machtolf M (2013): Gesundheitliche Wirkungen durch chemische Determinanten. In: UVP-report 1+2 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2704	Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land Hier: 24256 Fargau-Pratjau Neu-Sophienhof / Sophienhof und Umgebung Sehr geehrte Damen und Herren, fristgerecht nehme ich zu dem „Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land" in aller Form ablehnend Stellung. ♦ Das Gebiet nördlich des Selenter Sees, in dem sich die Flächen für den Ausbau der Windenergie befinden, ist nachweislich ein Vogelzuggebiet. Wasservögel aus den baltischen sowie Singvögel aus dem skandinavischen Bereich überfliegen das geplante Ausweisungsgebiet. Die Errichtung von weiteren Windkraftanlagen hätte zu den bereits vorhandenen Anlagen den Effekt eines Sperrriegels für den Vogelzug. Es wäre diesen Vögeln nicht mehr möglich, diese seit Jahrhunderten bestehenden Routen zu nutzen. Die Ausweisung der Flächen und die Errichtung der Windkraftanlagen im Anschluss hätte einen schwerwiegenden negativen Einfluss auf die Vogelpopulation im Ostseeraum. Auch die in dem Gebiet vorhandenen Arten wie z. B. Seeadler, Rotmilan, Weiss- u. Schwarzstorch, Brachvogel, Kiebitz, Kranich, Eulen, Käuze, Fledermäuse und weitere würden durch die Errichtung weiterer Windkraftanlagen ihren Lebensraum verlieren bzw., wie in entsprechender Fachliteratur nachzulesen ist, in den Rotorblättern der Anlagen ihr Leben verlieren. Ich fordere Sie auf, die vorliegenden Gutachten zum Vogelzug in dem Bereich zur Kenntnis zu nehmen und auch entsprechend zu werten. ♦ Es ist derzeit teilweise möglich, die Windkraftanlagen bis auf 400 m an die Bebauung heranzuführen. Ich mache darauf aufmerksam, dass in den vergangenen Jahren in einem benachbarten Windpark in der Gemeinde Fiefbergen Anlagen havariert sind. Diese Anlagen befinden sich nicht in der Nähe von einer Bebauung. Die Trümmer der Anlage(n) fanden sich in einem Umkreis von weit aus mehr als 400 m wieder. Da ein weiterer Trümmerabfall zu befürchten war, wurde das Gebiet weiträumig (mehr als 1.000 m) abgesperrt und ein Betreten des „Sperrgebietes" durch ständige Präsenz von Wachpersonal verhindert. Wären in dem Bereich Wohnhäuser vorhanden gewesen, hätte ein Personenschaden nicht ausgeschlossen werden können. Materiellen Schaden hätte es garantiert gegeben. Denken Sie bitte darüber nach, was Sie in einem solchen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2, 2.3, 2.4, 2.11.1, 4.9.1, 4.16, 7.2.5, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.4, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fall mit den Bewohnern der betroffenen Ortschaften zu tun gedenken. Werden die Menschen zwangsevakuiert und in einer Turnhalle oder ähnlichem untergebracht? Was geschieht mit vorhanden Haus- und Nutztieren? Sollten Anlagen tatsächlich bis auf 400 m an die Bebauung herangeführt werden und im Falle einer Havarie Menschen zu Schaden kommen, müssen die Entscheidungsträger mit entsprechenden Konsequenzen rechnen. ♦ Ich komme jetzt zu der Ortschaft Neu-Sophienhof in der Gemeinde 24256 Fargau-Pratjau. Gemäß Potentialflächenkarte ist ein nahezu vollständiger Einschluss der Ortschaft ersichtlich. Dieser Einschluss führt zu einer Verstärkung des erdrückend wirkenden Charakter der eventuell kommenden Windkraftanlagen. Es wäre den Bewohnern nicht möglich, sich diesen Anlagen zu entziehen. Optische und akustische Belastungen wie Schattenwurf, Discoeffekt, Schall usw. würden mit dem Lauf der Sonne sowie der Windrichtung ständig auf die Menschen einwirken. Gesundheitliche Beeinträchtigungen, die durch diese Dauerbelastungen entstehen, müssen m. E. In den Planungen berücksichtigt werden. Es könnte zu einer vollkommen regionsuntypischen punktuellen Belastung kommen. Diese kollidiert mit einem ausgeglichenem sozialen, ökonomischen und ökologischem Handeln. Kartenausschnitt: (Abbildung) ♦ Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass es gesicherte Erkenntnisse gibt, dass der produzierte Strom in dem Gebiet nicht abgeführt werden kann. Es fehlt an leistungsstarken Transportleitungen und die in dem Gebiet vorhandenen Umspannungswerke haben die Belastungsgrenze bereits überschritten. Ich bitte auch diesen Punkt bei Ihren Überlegungen zu beachten. Aus den genannten Gründen sind m. E. die Flächen aus dem Landesentwicklungsplan in der Gemeinde 24256 Fargau-Pratjau zu entfernen. Mit freundlichem Gruß (Unterschrift)	

Einreichendendaten	**Stellungnahme**	**Begründung**
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2043	Sehr geehrte Damen und Herren, ich unterstütze die Errichtung eines Windparks in 24975 Hürup, an der K90, (PR1_SLF_023), da sich eine Gesellschaft gegründet hat mit 16 Landeigentümern, deren ganz klares Ziel es ist, einen Bürgerwindpark zu entwickeln mit möglichst breiter Beteiligung der Bevölkerung im Umkreis der Windkraftanlagen. Im Anhang übersende ich den Zeitungsartikel zu der durchgeführten Informationsveranstaltung. Trotz einer Gegenwindkampagne im Dorf mit Falschaussagen und Panikmache bezüglich Windenergie, genießen die Initiatoren des Windparks breiten Rückhalt von der übrigen Dorfgemeinschaft!!! Es können sich viele Vorteile durch die Errichtung des Windparks im Zusammenhang mit der vorhandenen Wärmeplanung, Boben Op und der vom Amt geplanten PV-Freiflächensolaranlage ergeben. Wir bringen die Energiewende voran! MfG [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Gruppe ID: GM2601 Anzahl: 2 (IDs: M2600, M2601)	Hierzu nehme ich wie folgt Stellung: Ich bin strikt gegen eine Ausweisung von Windvorrangflächen auf dem Gemeindegebiet von Fargau-Pratjau und den angrenzenden eventuellen Flächen von Nachbargemeinden. Generell müssen die Abstände zur Wohnbebauung von 1.000 m eingehalten werden. Alternativ kann die „ 10H“ Regel zur Anwendung kommen. Begründung: In der Teilfortschreibung des vorangegagenen Regionalplanes sind keine Vorranggebiete für Windenergieanlagen im Gemeindegebiet der Gemeinde Fargau-Pratjau ausgewiesen. Dies war sachlich auch gut begründet. Eine Wiederaufnahme der als Potentialfläche gekennzeichneten Flächen auf unserem	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 2.1 bis 2.5, 7.3, 7.2.11, 7.2.10, 4.20, 4.8, 4.1, 7.2.5, 7.2.15, 7.2.14, 3.15 und 5.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeindegebiet und der direkten Umgebung ist für mich vollkommen unverständlich. An der nördlichen Gemeindegrenze Fargau-Pratjau zur Gemeinde Krumbek, Ortsteil Ratjendorf stehen bereits 4 Windkraftanlagen. Ich halte die derzeitige Belastung mit den vielfältigen Immisionen der 4 100m WKA für für mich und meine Familie jetzt schon für kaum erträglich. Die Geräusche mögen nach den geltenden Gesetzen für uns Bürger im gesetzlichen Rahmen liegen, sind aber je nach Windrichtung kaum erträglich. Wir können nicht mehr bei offenem Fenster schlafen. Als ich vor 13 Jahren mein Haus hier erworben habe, habe ich die Immisionen vollkommen unterschätzt. Mit den Belastungen über die Jahre hat sich meine anfängliche Zustimmung zur Windkraft ins Gegenteil umgedreht.. Eine zusätzliche Belastung lehne ich strikt ab. Ich fordere Mindestabstände zur Wohnbebauung von mind. 10 H 1.000 m. Ich werde alle rechtlichen Mittel einsetzen, um den Schutz von meiner Familie und mir zu gewährleisten. Zusätzliche Windenergieanlagen mit einer Höhe von zZt. 250 m bis zu 289 m hätten zusätzliche, für uns unerträgliche Belastungen zur Folge. Wir würden dann unsere Immobilie verlassen und verkaufen müssen. Aber wer würde unser Haus dann kaufen...? Wir hätten mit immensen Verlusten oder sogar mit einer Unverkäuflichkeit unseres Hauses zu rechnen. Das könnten wir uns nicht leisten. Unser Haus ist ein großer Teil unserer Altersvorsorge, dieser Teil würde uns dann fehlen. Was wären die Folgen..? zurück zur Miete nach Jahrzehnte langer Arbeit...? Viele Menschen verlieren ihr Hab und Gut. Kredite, die für Immobilen in Windkraftanlagennähe stehen, werden gar nicht oder nur zu schlechten Konditionen herausgegeben. Einzelne Landbesitzer verdienen nur durch die Pacht für eine Windkraftanlage von 250 m Höhe bereits 100.000.00 Euro und mehr. Das ist nicht nur verwerflich, sondern sittenwidrig. Das ist weder gerecht noch sozial. Vogelwelt Neu-Sophienhof: In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist unter anderem aufgeführt, dass um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll. Bezogen auf den Seeadler sind hier 2.000 m aufgeführt. In der Abwägung kann jedoch geprüft werden, ob eine Ausweisung von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergiegebieten möglich ist, wenn in dem Abstandsradius bereits raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet wurden. Bei diesen Dimensionen von Windkraftanlagen und einer Höhe von z.Zt. 250 m bis 289 m, kann davon ausgegangen werden, dass eine zusätzliche, unmittelbare Tötungsgefahr für den Seeadler besteht. Zum Schutz der Seeadler sollte der Radius um einen Seeadlerhorst grundsätzlich 3.000 m betragen (siehe Anhang „Helgoländer Papier“), eine Prüfung und Abwägung gegen den Schutzraum des Seeadlers darf innerhalb dieses Radius nicht möglich sein. Gerne verweise ich hierzu ein weiters mal auf das Helgoländer Papier, ausgearbeitet von den staatl. Vogelschutzwarten als staatl. wissenschaftliche Arbeit in der Mindest-Abstände von Vogelarten zu Windkraftanlagen gefordert bzw. empfohlen werden. Auch sind die Vogelzugruten völlig unzureichend bemessen. Auf unserem Gemeindegebiet rasten viele der Zugvogelarten auf ihrem Weg im Herbst in den Süden und im Frühling zurück. Andere, heimische oder heimisch gewordene Arten leben dauerhaft bei uns. Dies belegen unzählige , fotografisch festgehaltene Sichtungen und aktuelle Dokumentatioen aus den Jahren 2017 bis 2024. Auch habe ich in 2 Monitoring - Foto Dokumentationen aus den Jahren 2014-2016 seinerzeit die unterschiedlichen Grossvogelarten dokumentiert. Diese Dokumentationen wurden auch seitens der Kreisverwaltung Plön bestätigt und haben unter anderem in der damaligen Stellungnahme des Kreises Plön zu einer eindeutigen Unzulässigkeit von WKA auf unserem Gebiet geführt. Anlagen (Monitoringberichte und Dokumentationen) können bei Bedarf gern separat nachgefordert werden, die Datenmengen würde diesen Rahmen sprengen. Es kann doch nicht sein, dass die Energiewende, sinnvoll oder nicht, den Tod vieler tausend Groß-und Kleinvögel, Fledermäusen und Millionen von Insekten rechtfertigt...? Jahrzehnte lang wurde mit viel Einsatz renaturiert, der Seeadler und andere Großvogelarten mühsam wieder angesiedelt um dies alles nun zu zerstören..? WKA wichtiger als Mensch und Natur? Das sollte die Landesplanung gut abwägen.... Infrastruktur. Kosten: Ein weiterer Kritikpunkt für Windenergieindustrieanlagen ist die Infrastruktur. Windenergieanlagen müssen in Schleswig-Holstein immer häufiger abgeschaltet	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden, weil der produzierte Strom nicht mehr ins Stromnetz eingespeist oder signifikant gespeichert werden kann. Bis Umspannwerke und Leitungen gebaut sind, wird es noch viele Jahre dauern. Windenergieanlagen sollten, wenn überhaupt, erst dann gebaut werden, wenn es auch möglich ist, den produzierten Strom dauerhaft abzunehmen, weiterzuleiten und zu speichern. Die Politik hat sich in diesem Fall offensichtlich anders entschieden und die Betreiber der Windenergieanlagen bekommen den produzierten Strom bezahlt, auch wenn er gar nicht in das Netz eingespeist werden kann. Das kostet und kostete allein den Stromzähler in Schleswig-Holstein viele Milliarden Euro. Unsere Strassen, Spurplattenwege sowie die unbefestigten Wege, die genutzt werden müssen, um Windenergieanlagen überhaupt bauen zu können, sind für den Schwerlastverkehr völlig ungeeignet und aktuell schon kaum noch befahrbar. Sie müssten also ausgebaut werden, was zu einer weiteren nicht gewollten Versiegelung im Außenbereich und sogar im Landschaftsschutzgebiet führt. Ein Rückbau dieser Wegeflächen kann erst nach Ablauf der Gesamtlaufzeit der Windenergieanlagen erfolgen, weil aus Wartungsgründen und für den Ersatzteilaustausch immer wieder Schwerlastverkehr auf diesen Wegen erfolgen muss. Auch sind die Dimensionen für den eigentlichen Bau der WKA gigantisch. Bis zu 6.000 m3 Stahlbeton pro Anlage versiegeln den Boden für immer. Tausende von LKW würden über Jahre zu einer schweren Belastung unserer dicht aneinander stehenden Dörfer und Gemeinden führen, dies ist unzumutbar für die Bürger der betroffenen Gemeinden. Ganz zu schweigen von den fembleibenden Touristen während der jahrelangen Bautätigkeit. Fahrradfahren wäre auf unbestimmte Zeit unmöglich und der jetzt schon schlechte Zustand unserer Kreis und Gemeindestrassen würde sich weiter massiv verschlechtern. Ohne weitere Ausführung weisen ich daraufhin, dass folgende Punkte ungelöst sind: - Grundwasserproblematiken, - gesicherter, rückstandsloser Abbau der WKA nach Nutzungsende (Kosten für die Gemeinden und die Steuerzahler)etc. - Gesundheitsgefahren durch den Betrieb (keine seriösen Gutachten zu Infraschall, von der Windkraftindustrie vorgelegte Gutachten sind nicht hinnehmbar und könnten die Vermutung aufkommen lassen, wer das Gutachten bezahlt, der bestimmt das Ergebnis) Ich fordere daher die Landesplanung auf, die Potentialflächen in dem Gemeindegebiet von Fargau-Pratjau nicht als Windvorrangflächen zur berücksichtigen und dauerhaft aus	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dem LEP zu löschen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2044	Ich bin mit dem weiteren Ausbau der Windenergie in SH nicht einverstanden. SH ist schon lange das Bundesland mit der weitaus höchsten Windraddichte. Es trägt wesentlich dazu bei, daß die Netzentgelte durch Netzausbau, Systemdienstleistungen und insbesondere Redispatch stetig steigen. Das Gebot der Stunde ist, den Ausbau der Windenergie zu stoppen, bis der Phantomstrom/Wegwerfstrom auf Null zurückgeführt ist. Das hat der heutige Ministerpräsident schon im Wahlkampf 2017 versprochen. Tatsächlich werden an windigen Tagen allein in SH über 2000 Windräder herunter- oder ganz abgeregelt, weil die Netze den Strom nicht aufnehmen könnten. Die Landesregierung mißachtet schon lange die Vorgabe des Bundesnaturschutzgesetzes, Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie den Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer zu sichern. Die industrielle Überformung des Landes muß endlich gestoppt werden. Mit dem weiteren Ausbau der Windenergie gefährdet die Landesregierung die energiepolitischen Ziele Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Es ist Zeit, alle Kräfte auf den Schutz von Mensch, Natur und Umwelt zu konzentrieren und die Sackgasse Windenergie endlich zu verlassen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1, 7.2.5 sowie 7.2.10 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Amt Kirchspielslandgemeinden Eider, Geschäftsbereich IV - Bau, Entwicklung &	Sehr geehrte Damen und Herren, in Ergänzung zur Stellungnahme des Amtes KLG Eider vom 06.09.2024 nehme ich wie folgt Stellung: Auf dem Gebiet der amtsangehörigen Gemeinden Kleve und Schlichting ist die Planung und Projektierung eines Windenergiegebietes im Projektgebiet Kleve- Schlichting mit dem Ziel zukünftig Windenergieanlagen in Form eines Bürgerenergieparks zu errichten und zu betreiben im Gespräch. Das Projektgebiet liegt schwerpunktmäßig im nördlichen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Schulen/ Teamleitung Bautechnik ID: M2581	Bereich der Gemeinde Kleve und im östlichen Bereich der Gemeinde Schlichting und weist eine Fläche von ca. 120 ha auf. Seine Lage ist östlich vom Verlauf der Eider in einer Entfernung von mindestens 1.000m gelegen. Westlich grenzt unmittelbar an das Gebiet die in den Jahren 2019-2021 errichtete 380kV-Hochspannungsleitung. Im Anhang 1 ist die Lage des Gebietes im Raum sowie mit seinen Abständen zu Wohnbebauungen (maßgeblich 400m Abstände, Einzelwohnbebauungen), Waldflächen und der Eider dargestellt. Die ausgewählte Fläche im Bereich der Gemeinden Kleve und Schlichting bietet Möglichkeiten für einen zukünftigen Betrieb von bis zu 10 Windenergieanlagen der aktuellsten Leistungsklassen mit Einspeisekapazitäten von mindestens 70MW. Das Vorhabengebiet liegt im südlichen Randbereich der Gebietskulissen „Wiesenvogel-Brutgebiete“ und „Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs“ welches ein Abwägungskriterium des aktuellen Regionalplans zum Sachthema Windenergie darstellt. Das Plangebiet war in früheren Veröffentlichungen des Landes noch als Potentialfläche für Windenergie als Fläche PR3_DIT_003 dargestellt. In der im Juni 2024 vom Land herausgegebenen Kulisse für Potentialflächen für Windenergie ist sie nicht mehr enthalten. Das Amt Kirchspielslandgemeinden Eider ist ebenfalls stark an dem geplanten Bürgerwindpark interessiert, um zukünftig auch finanzielle Ungleichheiten im Amtsbezirk in Bezug auf Einnahmen aus der Windenergie auszugleichen und natürlich auch um die komplette Wertschöpfungskette aus diesem Vorhaben in der Region zu behalten. Ebenso von großer Wichtigkeit sind für Amt und Gemeinden die 0,2Cent Abgabe auf Basis des Erneuerbaren Energiegesetztes, EEG §6. Diese werden dringend benötigt um Ungleichheiten in Zusammenhang mit dem Bau der NorthVolt-Batteriefabrik auszugleichen. Das geplante Gebiet ist bereits vorbelastet durch die im Jahr 2021 fertiggestellte 380kV-Hochspannung$leitung. Hierzu hat es im Vorwege der Errichtung und Umsetzung der 380kV-Hochspannungsteitung ausgiebige Untersuchungen der Fauna und Flora gegeben, die erhebliche Auswirkungen auf die Fauna und Flora ausgeschlossen haben und somit dessen Umsetzung zulteßen. Mit freundlichem Gruß	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Institution: Denker & Wulf AG, Projektentwicklung ID: M2535	Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren , unerere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitions-vertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu er-reichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1 Anmerkungen zu Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur** **1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. DIe Ausführungen zu Stadt- und Umlandbereichen sowie Verdichtungsräumen werden zur Kenntnis genommen. zu Naturparken: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es bleibt weiterhin bei Berücksichtigung und Einzelfallabwägung der Naturparke. Die Begründung muss nicht so detailliert ausformuliert sein, dass jede Abwägungsentscheidung quasi schon vorweggenommen wird. Eine vertiefende Erläuterung der flächenbezogenen Abwägungsentscheidungen erfolgt auf Regionalplanebene. Die Landesplanung sieht gerade die Überlagerung mit anderen Kriterien des Landschafts- und Freiraumschutzes als Indikator dafür an, dass es sich innerhalb von Naturparken um besonders wertvolle Landschaftsbestandteile handelt. Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotop: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen er-weiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden wer-den soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezem-ber 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhan-dene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hinein-wirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt:	auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. Zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel: Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen sind in der Nähe von Horststandorten windkraftsensibler Großvogelarten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. Folglich ist der absolute Ausschluss von Windenergieanlagen in den Umgebungsbereichen mittels eines Zieles der Raumordnung fachlich und rechtlich nicht geboten. Der Einsatz von Antikollisionssystemen ist derzeit nicht in jedem Fall fachlich geeignet oder technisch möglich um das Tötungsrisiko stets ausschließen zu können. Eine Ausweisung von Vorranggebieten unter alleiniger Annahme des Einsatzes eines Antikollisionssystems ist daher fachlich und rechtlich nicht möglich. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel angesetzten Umgebungsbereiche orientieren sich jetzt an den Angaben des BNatSchG (Anlage 1 Abschnitt 2 zu § 45b BNatSchG). Der Nahbereich wird durch ein neues Ziel der Raumordnung als freizuhaltender Bereich aufgenommen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 45 b bis d ausschließlich für die Ebene der Zulassungsverfahren. Das Kriterium „Seeadlerdichtezentrum“ wird beibehalten, denn aufgrund von überdurchschnittlich hoher Anzahl von Revieren ist

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	„Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungs-bereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwä-gungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhal-ten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effek-tiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Er-fordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Gel-tung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindli-chen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbe-lastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landespla-nungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiter-ten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorhe-rigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungs-nähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht al-lein errichtete WEA.	von einem hohen Kollisionsrisiko mit WEA auszugehen. Eine Öffnung dieses Kriteriums ist naturschutzfachlich und planerisch auch im Lichte der eingegangenen Stellungnahmen nicht angezeigt. Eine Konfliktbewältigung durch Maßnahmen wird hier in der Regel nicht verhältnismäßig sein. Eine Erweiterung des Dichtezentrums ist aus fachlicher Sicht ebenso nicht erforderlich, da es in der jetzigen Abgrenzung nach wie vor die höchste Revierdichte in Schleswig-Holstein abbildet und damit den Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung darstellt. Daran ändern auch vereinzelt hinzugekommen Brutplätze am Rande nichts. Der Schwarzstorch steht mit 5-7 Revieren kurz vor dem Aussterben in Schleswig-Holstein. Für erfolgreiche Bruten sind die Vögel auf freie Flugkorridore ohne Barrieren im Umfeld ihrer Brutplätze angewiesen. Die Funktion der Lebensstätte für erfolgreiche Bruten der wenigen Paare in Schleswig-Holstein kann daher nur gesichert werden, wenn der 2 km Umgebungsbereich frei von WEA bleibt. In den letzten Jahren ist der Kenntnisstand zur Brutverbreitung des Rotmilans deutlich gestiegen. Die Erkenntnisse zeigen, dass Rotmilanreviere in der Regel wiederbesetzt werden. Auch wenn nicht immer der exakt gleiche Horst genutzt wird, liegt der Wechselhorst oft in der unmittelbaren Nähe. Auch werden aktuell unbesetzte Horste in den Folgejahren wiederbesetzt. Insofern ist die Berücksichtigung der aktuellen Rotmilanbrutplätze artenschutzfachlich gerechtfertigt. Ergänzend wird zu diesem Kriterium auf die allgemeine Synopse, Ziffer 4.20.1 verwiesen. zu Kompensations- und Ökokontoflächen: Der Grundsatz dient dazu, Kompensationsflächen für genehmigte Vorhaben nicht zu entwerten und so bestehende Genehmigungen zu gefährden. Hierbei kommt es auf eine Einzelfallprüfung der Schutz- und Entwicklungsziele auf den Flächen an. Auch wenn ggf. eine Verlagerung von Kompensationsflächen bestehender Vorhaben möglich sein kann, so ist dies planerisch nicht gewollt. Vor dem Hintergrund einer immer intensiveren Beanspruchung von Naturräumen wird

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass sol-che darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müs-sen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentschei-dungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimm-barkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwä-gungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbe-reich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Bauge-biets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbe-baute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäude-grenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Orts-teil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festle-gung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusam-menhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielen-berg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der	die Suche nach geeigneten Kompensations- und Maßnahmenflächen für Eingriffe zunehmend schwieriger. Bestehende Flächen mit dieser Zweckbestimmung sollen daher nicht gefährdet werden.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsstruktur innerhalb der Ge-meinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der stän-digen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorüberge-hend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung ge-stützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunk-tion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur land-wirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur bei-tragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbe-sondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Ent-stehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem be-stimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söf-ker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gege-benen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographi-sche Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der oberge-richtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche beson-dere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunk-tion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der An-wendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nut-zung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umge-bungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könn-ten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollzieh-bar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisie-rung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbe-gründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenaus-weisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortsla-gen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ ver-standen, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Son-dergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzun-gen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festle-gung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahme-gebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Me-tern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erwei-terte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten wer-den. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur ge-plante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hin-tergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenauswei-sungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den ak-tuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, je-denfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirk-same, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen **1.2 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 6 G – Stadt- und Umlandbereiche sowie Verdichtungsräume** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 6 sieht als Grundsatz der Raumordnung vor, dass Stadt- und Umland-bereiche in ländlichen Räumen sowie Verdichtungsräume in den Ordnungsräumen Ham-burg, Lübeck und Kiel bei der Festlegung von Windenergiegebieten zu berücksichtigen sind. Laut der Begründung B zu 6 könne ein Konflikt zwischen der Festlegung von Windenergie-gebieten und den formulierten Entwicklungsschwerpunkten für diese Gebiete entstehen. Da die Ordnungsräume zu groß und zu pauschal ausgewiesen seien, um sie vollständig von einer Windenergienutzung auszuschließen, bedürfe es	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einer Einzelabwägung. Eine solche Einzelabwägung ist zu begrüßen. Dabei möchten wir betonen, dass in den Regi-onalplänen als Ziele der Raumordnung in Stadt- und Umlandbereichen bestimmter Zentra-ler Orte eine besondere Wohnfunktion beziehungsweise besondere Gewerbefunktion vorge-sehen ist. Insbesondere in Randbereichen dieser Stadt- und Umlandbereiche unter Einhal-tung entsprechender Abstände muss aber weiterhin eine Festlegung von Windenergiegebie-ten möglich sein. Es liegt insofern kein entgegenstehendes Ziel der Raumordnung vor, weil eine solche Festlegung von Windenergiegebieten auch die Stadt- und Umlandbereiche mit der besonderen Wohnfunktionen beziehungsweise Gewerbefunktion nicht maßgeblich ein-schränkt. Diese jeweilige Funktion kann weiterhin erfüllt werden und muss für die als Stadt- und Umlandbereich genannten Gemeinden nicht in jeder Ortsrandlage zu einer entsprechen-den Ausdehnung der Gemeinde führen. **2 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G – Naturparke** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden. Nach der Begründung B zu 14 sei die Hauptzielsetzung der Naturparke Schlei, Hüttener Berge, Westensee, Aukrug, Holsteinische Schweiz und Lauenburgische Seen in Schleswig-Holstein, die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu si-chern sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu erhalten. Insofern be-stünde eine besondere Bedeutung für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie für Tourismus und Erholung. Auch wenn die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energie nicht explizit vorgesehen sei, sei in Teilbereichen eine Ausweisung von Windener-giegebieten möglich, ohne die genannten Funktionen der Naturparke wesentlich zu beein-trächtigen. Zunächst bleibt auch mit der Begründung B zu 14 vage, was „die besonderen Funktionen von Naturparken“ sind. Damit bleibt aber auch für den Abwägungsprozess offen, wann nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung auszugehen ist. Der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 wird mit Bezugnahme auf §	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	16 LNatSchG gerechtfertigt (B zu 14). Danach sind Naturparke durch Allgemeinverfügung er-klärte großräumige Gebiete, die (1.) zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete, Land-schaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und (2.) sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Die Er-klärung zum Naturpark bestimmt u.a. den Umfang seiner Aufgaben sowie die Schutz- und Entwicklungsziele. Wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept wird die Hauptzielsetzung unter B zu 14 (vgl. vorstehende Ausführung) benannt. Aufgrund der the-matischen Überlagerung mit anderen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung (Kapitel 4.5.1.3 Absatz 2 Z – Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z – Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche) droht eine abwägungsfehlerhafte doppelten bzw. mehrfache Berück-sichtigung des Grundsatzes der Raumordnung Naturparke. Mit Blick auf die gesetzliche Wertung des § 16 Abs. 1 Nr. 1 LNatSchG ist maßgeblich, ob Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler als wesentliche Teile des Naturparks und von diesen her als geschützter Teil von Natur und Landschaft betroffen sind. Insofern sollte in der Abwägung nur dann der Naturpark sich durchsetzen können, wenn solche Gebiete die Potenzialfläche umlagern. Dabei schlägt aber auch die Neubewertung von Landschaftsschutzgebieten (vgl. dazu Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.) auf die Abwägung im Kontext der Naturparke durch, sodass nur ausnahmsweise ein Naturpark wegen Betroffenheit eines Landschafts-schutzgebiets Relevanz haben kann. **3 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzge-biets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope** **3.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsys-tems** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausweisung von Wind-energiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Bio-topverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktberei-che des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei er-geben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröf-fentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Bio-topschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flä-chenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Be-deutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopver-bundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Hol-stein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopver-bundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Transparenz und Ak-tualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkt-räume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrecht-liche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regio-nalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass über-haupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbe-ziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Aus-stattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung ge-eigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kern-flächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wie-derbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienför-migen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu errei-chen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten natur-schutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsäch-lich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Aus-tauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbe-haltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienut-zung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeer-wägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, so-dass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landes-weiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelas-sen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, so-fern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt wer-den. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopver-bund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbun-dachsen)“ als Gebiete mit besonderer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wur-den. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin gel-tenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hin-aus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Be-deutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranzie-hen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfeh-lerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschafts-rahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Er-fordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regi-onalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbund-systems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergie-gebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt ei-nen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst auf-gestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopver-bundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Regio-nalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahin-gehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem al-lein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Land-schaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die kon-krete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt be-steht. **3.2 Kleinstbiotope** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahinge-hend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flä-chen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausge-schlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf en-gem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Wind-energiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Bin-nengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade auf-grund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Wind-energiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als ent-sprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürli-cherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Re-gionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte. **4 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel** Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G soll um Brutplätze von vier genannten windkraftsensiblen Großvogelarten in einem jeweils angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Aus-weisung von Windenergiegebieten stattfinden. Dies sind für den Seeadler 2.000 Meter (Ein-zelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), für den Schwarzstorch 2.000 Meter, für den Weißstorch 1.000 Meter und für den Rotmilan 1.500 Meter. Wenn im jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt, solle in der Abwägung geprüft wer-den, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist. Zusätzlich könne bei Weiß-storch- und Rotmilan-Brutplätzen einzelfallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung ei-nes engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorch-horste ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden kön-nen. In der Begründung B zu 17 wird auf ein erhöhtes Kollisionsrisiko im Horstumfeld von Seead-lern, Weißstörchen und Rotmilanen Bezug genommen. Für Schwarzstörche bestünde ein ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe bestehe (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Der Abstandsradius beim Seeadler wird auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG zurückgeführt. Für den Weißstorch und den Rotmilan wird zwischen einem	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	engen und weiten Radius differen-ziert, wobei gelte: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewie-sen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwar-ten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnah-men im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Weiter wird auf abwägungsrelevante Aspekte bei bestehenden Windparks innerhalb bestimmter Umgebungsbereiche verwiesen (Übernahme, nachträgliche Ansiedlung, vorhandene Vorbelastung, Repowering). Zu den einzeln genannten windkraftsensiblen Großvögeln ist folgendes festzuhalten und deshalb Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G sowie die diesbezügliche Begründung entsprechend an-zupassen, damit eine rechtmäßige Anwendung und Abwägung dieses Grundsatzes der Raumordnung bei der Ausweisung von Windenergiegebiete in den Regionalplänen erfolgt: **4.1 Allgemein** Es ist zunächst zu begrüßen, dass die Schutzbereiche um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln teilweise reduziert wurden und insgesamt der Abwägung zugänglich sind. Es ist jedoch sehr problematisch, dass Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G die angegebenen Umgebungs-bereiche zum Regelfall erklärt, sodass nur im Kontext von Vorbelastungen (bereits beste-hende raumbedeutsame WEA bzw. ergangene Genehmigungen) ein Unterschreiten möglich sein solle. Damit wird der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit einer Zielausnahme i.S.d. § 6 Abs. 1 ROG formuliert, was zu korrigieren ist, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, es fehlten hinreichende Daten für eine Zielfestlegung, was aber nun zur verkappten und nur scheinbar abwägungsoffenen Festlegung als Grund-satz der Raumordnung führte. Zudem verwundert der Ansatz, wonach nicht durchgehend die Prüfabstände aus der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG übernommen wurden und fast jegliche Rechtfertigung für die pauschal angenommenen Abstände bei windkraftsensiblen Großvogelarten fehlt. Allein zum Seeadler findet sich ein Bezug auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG. Bei den weiteren kollisionsgefährdeten Arten wird die gesetzliche Vorgabe ignoriert und der abweichend ge-wählte Abstandsradius nicht gerechtfertigt. Dabei ist im Nachgang zum verfassungsrechtlichen Handlungsauftrag, den das BVerfG for-muliert hat (BVerfG, Beschluss vom 23. Oktober 2018 – 1 BvR 2523/13 –, BVerfGE 149, 407-421), der Bundesgesetzgeber tätig geworden und hat mit § 45b Abs. 1 bis 5	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	i.V.m. Anlage 1 BNatSchG verbindliche Maßstäbe für die Bewertung, wann nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen sig-nifikant erhöht ist, festgelegt. Sofern die Landesplanungsbehörde hiervon abweichen und weitergehende Abstände als den Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG berück-sichtigen möchte, so fehlt es an einer entsprechenden Rechtfertigung hierfür. Gesetzgebe-rische Intention war es gerade, bundesweit einheitliche Abstandsregelungen, die der dafür legitimierte Gesetzgeber vorgibt, zu setzen. Insofern sind die vorgesehenen Abstandsradien unbedingt auf den jeweiligen Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG anzupassen oder dieser zumindest gemeinsam mit dem zentralen Prüfbereich abwägend zu berücksichtigen. Hierauf wird zu den einzelnen Ar-ten noch eingegangen. **4.2 Rotmilan** Zunächst ist festzustellen, dass die Berücksichtigung von Rotmilanbrutplätzen in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G ungeeignet ist und die Auswahl der windkraftsensiblen Großvogelarten auch gar keine Rechtfertigung erfahren hat. Für den Rotmilan kann das auch nicht gelin-gen. Während sich die Vorgehensweise für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze bei einer Anpassung der Radien und echten Offenheit für eine abwägende Einzelfallprüfung erschließt, ist die Herangehensweise in Bezug auf Rotmilanbrutplätze fehlerhaft. So führte das landeseigene aktualisierte Fachpapier aus: „Allerdings wird diese Art nicht alljährlich landesweit erfasst und es gibt häufiger Horstwechsel, so dass die Daten oft nur einen ersten Hinweis auf ein Rotmilanvor-kommen im Planungsraum geben.“ (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Wind-ener-gieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016, S. 7).	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Naturschutzfachlich ist bestätigt, dass der Rotmilan gegenüber dem Seeadler eine deutlich geringere Brutplatzkonstanz aufweist. Eine zwischen den Jahren variable Besiedlung der Landschaft (Wechsel der Horststandorte oder auch Nicht-Wiederbesiedlung von Waldstü-cken) tritt daher häufig auf (z.B. Mammen et al., Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt. Bericht des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Heft 5/2014). So berichtet Schmude, dass bei einer Rotmilankartierung in Mecklenburg-Vorpommern 75 % der im Folgejahr erneut kontrollierten Horste nicht mehr besetzt waren, insgesamt 49 von 65 Horsten (Schmude, Protokoll der 16. Sitzung der Bund-Länder-Initiative Windener-gie (BLWE) am 22.09.2014; nachvollziehbar bei Scheller/Vökler/Güttner, OAMV e.V., Rotmi-lankartierung 2011/2012 in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 09.02.2014). Die Variabilität ist dadurch begründet, dass der Rotmilan als Zugvogel (auch unter Berücksichtigung mög-licher Verluste auf dem Zugweg) erst relativ spät im Jahr ins angestammte Brutrevier zu-rückkehrt und nicht selten einen neuen Horst bauen muss, weil der Althorst bereits durch andere Arten (Konkurrenten um geeignete Horstbäume bzw. vorhandene Horste z.B. Mäu-sebussard, Kolkrabe u.a.) besetzt wurde. Auch baut der Rotmilan in der Regel eher klei-nere und nicht so stabile Horste, so dass diese leichter als z.B. langjährig genutzte und ent-sprechend ausgebaute Seeadler-Horste durch Winterstürme zerstört werden können. Diese autökologischen Aspekte der Biologie des Rotmilans bedingen, dass zwar in der Re-gel die Reviere wiederbesetzt werden, aufgrund der Variabilität die Lage der Horststan-dorte aber nur schwer vorhersagbar ist. Wird nunmehr aber auf dieser Grundlage eine Potenzialfläche im 1.500 Meter- oder 1.000 Meter-Radius (zu den falschen Abständen vgl. nachfolgend) um einen aktuell nachgewiese-nen Standort eines Rotmilanhorsts gestrichen, so werden diese naturschutzfachlichen Grundlagen zur sehr geringen Horsttreue missachtet. Dies kann dazu führen, dass durch den Horstwechsel die Potenzialfläche bereits beim Inkrafttreten des Regionalplans nicht mehr durch den Rotmilanhorst beeinträchtigt würde. Zudem ist es vor dem Hintergrund des nach § 5 Abs. 1 Satz 4 LaplaG vorgesehenen Planungszeitraums der Regionalpläne von fünfzehn Jahren, also voraussichtlich bis 2040, abwägungsfehlerhaft, eine Art mit sehr ge-ringer Brutplatzkonstanz heranzuziehen, um in der Abwägung Potenzialflächen bis ins Jahr 2040 zu streichen. Soll auf der höherstufigen Planungsebene bereits eine weitgehende Aussage mit Abwä-gungsdirektiven, wie aktuell in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G vorgesehen, getroffen werden, geht dies mit dem Erfordernis einer größeren Ermittlungstiefe und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Abwägungsdichte ein-her als wenn – auch im Rahmen der Abwägung – keine konkreten Zielaussagen getroffen werden. Dabei können sich die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der Abwä-gungsvorgang selbst den Anforderungen an die Abwägung bei Fachplanungen annähern, je enger das Ziel und der damit vorgegebene Rahmen sind (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Soweit durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 Potenzialflächen ausgeschlossen werden sollen, bedarf es für die herangezogenen Tierar-ten eine landesweite Kenntnis von Horststandorten. Nur dann liegt eine für diese Zwecke ausreichende Bestandsaufnahme vor (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53), die den Anforderungen an Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte genügt. Dies gilt umso mehr, weil die Zuordnung zur Streichung von Gebieten im Rahmen der Ab-wägung ohne vorhandene umfangreiche Raumnutzungsanalyse faktisch zu einem Ziel der Raumordnung erhoben wird, was an sich bereits fragwürdig ist. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn dies im Sinne einer Beweislastumkehr auf die Öffentlichkeit, insbeson-dere die Vorhabenträger, als Anforderung verlagert wird. Während die rechtlich erforderli-chen landesweiten Kenntnisse für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze wohl vorliegen dürften, gibt es eine solche hinreichende Bestandsaufnahme und Erkennt-nislage für Rotmilanbrutplätze nicht. Es wäre im Übrigen auf Grund der vorstehend be-schriebenen fehlenden Brutplatztreue wohl auch problematisch, eine aktuelle bzw. dem Bedarf der Regionalplanung – schließlich handelt es sich um ein Verfahren über viele Mo-nate und einen Plan, der mehrere Jahre gelten soll – entsprechende Bestandsaufnahme zu erhalten. Jedenfalls für die Art Rotmilan sollte die Landesplanungsplanungsbehörde unbedingt auf die nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verweisen, die sowohl die sehr geringe Brutplatzkonstanz als auch die für die Bewertung artenschutz-rechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG maßgeblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, fachlich anerkannte Schutz-maßnahmen (Abschaltung, Ablenkflächen, etc.) besser und abwägungsfehlerfrei berück-sichtigen können. Dabei wird nicht in eine unüberwindbare Verbotslage hineingeplant, weil § 45b BNatSchG in Einzelfällen letztendlich auch noch über die artenschutzrechtliche Aus-nahme immer eine Genehmigungsfähigkeit bei einer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Betroffenheit des Rotmilans ermög-licht. Sofern die Landesplanungsbehörde den Rotmilan nicht schon in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G als ausgewählten windkraftsensiblen Großvogel aufgrund der vorstehenden Ausführungen streicht und damit Rechtsfehler vermeidet, so hat in jedem Fall eine Anpassung der dorti-gen Abstandsradien für die Art zu erfolgen. Es ist nicht nachvollziehbar und kann auch nicht begründet werden – wenig überraschend verhält sich die Begründung B zu 17 deshalb auch überhaupt nicht dazu – wieso für den Rotmilan ein Umgebungsbereich von 1.500 Metern angenommen wird. Es kann im Rahmen der Festlegung nicht über den zentralen Prüfbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG hinausgegangen werden und zugleich für das Zugriffsverbot das er-höhte Kollisionsrisiko für den Rotmilan als Begründung herangeführt werden. Schließlich hat der Bundesgesetzgeber für den erweiterten Prüfbereich eine Beweislastumkehr einge-führt und in § 45b Abs. 4 Satz 1 BNatSchG festgelegt, dass in der Regel das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare dann nicht signifikant erhöht ist. Es ist sehr widersprüchlich dazu, dass die Landesplanungsbehörde abstrakt über § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG hinausgehend beim Rotmilan 1.500 Meter, anstatt 1.200 Me-ter vorsieht (vgl. allgemein bereits 4.1). Auffallend ist, dass nur für den Rotmilan der Radius nicht an Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG angepasst wurde, sondern stattdessen an den Ab-ständen des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) ohne weitere Begründung festgehalten wird. Dieses ist aber mit der gesetzlichen Än-derung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. In jedem Fall ist der Abstandsradius auf 1.200 Meter zu reduzieren. Unabhängig davon ist der Abstandsradius für den Rotmilan jedoch sogar auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 4.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Rotmilan zahlreiche der in Anlage 1 Ab-schnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirt-schaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei rei-chen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Es sind aber auch schon Antikollisionssysteme für den Rotmilan in Schleswig-Holstein an-erkannt. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Rotmilanbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtli-chen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaß-nahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Geneh-migungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpas-sung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Ge-nehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Be-gründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nicht einmal den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzel-fallbezogen auf nur 1.000 Meter zu Rotmilanhorste reduzieren zu können. Den engeren Be-reich auf 1.000 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen rechtlich überholten (vgl. vorstehende Ausführungen) gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 1.000 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landespla-nungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Rege-lungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz ge-nannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. 5 Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 G – Kompensations- und Ökokontoflächen. Gemäß Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 sollen als Grundsatz der Raumordnung die räumlichen Be-darfe von Kompensationsflächen sowie Ökokontoflächen bei der Ausweisung von Wind-energiegebieten berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 7 wird auf Vorhaben unter anderem des Straßenbaus Bezug ge-nommen, deren erforderliche Kompensationsmaßnahmen auf angemessenen Flächen rea-lisiert werden müssten, was vielfach auch aus dem Artenschutz resultiere. Des Weiteren würden für unterschiedliche Planvorhaben auf weiteren Flächen naturschutzrechtliche Ausgleichs- und/oder Ersatzmaßnahmen, möglicherweise in anerkannten Ökokonto-Flä-chen, geplant, seien in Umsetzung oder bereits umgesetzt. Es sei im Einzelfall zu prüfen, ob derartige Flächen für die Ausweisung von Windenergiegebieten in Frage kommen. Die Begründung B zu 7 erweckt den Eindruck, es solle bereits vor einer entsprechenden Festsetzung der Kompensationsmaßnahmen für Straßenbauvorhaben durch einen nach § 17 FStrG erforderlichen Planfeststellungsbeschluss vorlaufend die Fläche freigehalten werden. Dies stünde im Widerspruch zur gegenseitigen Berücksichtigung von Planungen, zumal sich Planfeststellungsverfahren über Jahre verzögern können und ständigen Planänderungen unterliegen. Die Landesplanung darf abwägend deshalb keine noch nicht planfestgestellte Kompensationsmaßnahmen berücksichtigen. Weiter stehen Kompensationsmaßnahmen oder Ökokonten einer Ausweisung von Wind-energiegebieten auch nicht entgegen, sodass kein unlösbarer Konflikt bei Genehmigungen von WEA in diesen Bereich entstehen. Vielmehr sind dann die vorhandenen Wertigkeiten, die von einem neuen Eingriff nach § 14 BNatSchG betroffen sind, im Rahmen der Ermitt-lung der Kompensation nach § 15 BNatSchG zu berücksichtigen. Ein Genehmigungshinder-nis besteht nicht. Der Sache nach wird die Kompensationsmaßnahme lediglich verlagert, wobei gleichermaßen die Bilanzierung für	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	den Naturhaushalt ausgeglichen bleibt. Zudem können selbst anerkannte Ökokonten nach § 3 ÖkokontoVO geändert oder gelöscht werden. Im Ergebnis ist Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 G aufzuheben, jedenfalls aber auf außergewöhnliche Einzelfälle zu beschränken und nicht – wie die Begründung B zu 7 aktuell wirkt – auf Vor-sorgeüberlegungen zu erstrecken. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktda-ten melden. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2315	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Im Rahmen meiner Tätigkeit in einem mittelständischen Architekturbüro beschäftige ich mich vor allem mit der Genehmigungsplanung für landwirtschaftliche Bauvorhaben. Die beteiligten Fachbehörden, unter anderem die Unteren Naturschutzbehörden, fordern in der Regel immer die Zusendung umfassender Ausarbeitungen zu den naturschutzrechtlichen Auswirkungen des Bauvorhabens an. Immissionsprognosen, Standort- und Umweltanalysen, Angaben zur Eingriffs- und Ausgleichsplanung, Biotoptypkartierungen sowie artenschutzrechtliche Prüfungen sind von fachlich-wissenschaftlicher Seite zu dokumentieren. Beeinträchtigungen von Menschen, Tieren und Natur sind zu vermeiden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.17, 4.2, 4.5, 7.2.12 und 7.3.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es ist vollkommen richtig und wichtig, dass diese Belange eine große Rolle spielen und jede Planung eine Antwort geben muss. Vom LEP 2021 betroffene Gebiete sind Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen und gehören zur schleswigholsteinischen Kulturlandschaft. Diese Gebiete müssen von der Windenergieplanung ausgeschlossen werden. Auf welchem fachlich-wissenschaftlichen Hintergrund ist die Planung des LEP erfolgt? Welche Immissionsprognosen, Standort- und Umweltanalysen, Angaben zur Eingriffs- und Ausgleichsplanung, Biotoptypenkartierungen und artenschutzrechtliche Prüfungen liegen dem LEP zugrunde? Eine Einschränkung der Lebensqualität durch massiven Infraschall ist zu erwarten. Ich bitte um schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme und um Beantwortung der genannten Fragen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2932	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Sicherheitsabstand viel zu gering zu Wohngebäuden (Wohnhäuser) • Umweltverschmutzung durch Plastik / Kunststoffpartikel • Gesundheitliche Schädigung durch Infraschall • Entsorgung der verbrauchten Windkraftanlagen und deren Einzelteilen	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Rotorblätter) • Preisverlust / Wertverlust der Immobilie von Hauseigentümer!!! • Erhöhte Brandgewahr durch defekte Anlagen • Missachtung Naturschutzgebiete, • Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und der Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen • Gefährdung bestimmte Tiere • Schattenschlag und starke Geräusche • Strom wird immer teurer, obwohl wir immer mehr Windkrafträder haben? • Wir können schon jetzt den erzeugten Strom nicht speichern, wird dann noch mehr Windkrafträder? • Wer haftet für die Schäden / Wertverlust von Hauseigentümer? • Ich als Hauseigentümer habe keine nutzen von d. Windkrafträder nur Nachteile Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2438	**Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG** **Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR3_STO_049 (PR3_STO_302) Pöhls/Zarpen**	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Es handelt sich um eine von den Grundeigentümern der Potenzialfläche Pöhls/Zarpen gemeinschaftlich in Auftrag gegebene Stellungnahme zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes LEPWindVO. Auf meine Mehrfachsendung der gleichlautenden Stellungnahme haben wir verzichtet. Namentlich handelt es sich um die Grundstückseigentümer Hahn, Tönnsen, Witting, Röhr, Grube, Gaede-Mohr, Rath, Cords, Schöning sowie die Kirchengemeinde. Die 12 Eigentümer leben und/oder wirtschaften vor Ort und sind der Region verbunden. Die betroffenen Gemeinden sind über unser Vorhaben informiert, da wir ein positives Miteinander befürworten Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1.Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (G) – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Meter (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante	Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Belangen des Denkmalschutzes: Die ausführlich zitierte Rechtsprechung zur Berücksichtigung von Belangen des Denkmalschutzes und zu Begriffsdefinitionen des Umgebungsbereiches wird zur Kenntnis genommen. Sie ist der Landesplanung bekannt. Die Abwägungsentscheidungen orientieren sich an diesem Rechtsrahmen. Die Kritik an der Beteiligung der Denkmalbehörden wird zurückgewiesen. Es ist unabdingbar, von den Fachbehörden ein Votum einzuholen. Die Einordnung des Fachvotums in das planerische Gesamtkonzept, auch unter Würdigung von § 2 EEG, obliegt dann der Landesplanung. zur UNESCO-Welterbestätte Hansestadt Lübeck: Die Sichtachsenstudie ist nicht im Jahre 2001, sondern im Jahr 2011 erstellt worden. Die Sichtpunkte sind nochmals 2022/23 untersucht wurden. Bei dem in der STN untersuchten Sichtpunkt Nr.21 laut Sichtachsenstudie handelt es sich um eine Streckenansicht. In der STN werden nur ein Anfangs- und ein Endpunkt behandelt. Es wurden keine Sichtpunkte dazwischen untersucht, obwohl es entlang der Sicht-Strecke Sichtbeziehungen auf die Lübecker Stadtsilhouette gibt. Lübecks herausragendes Merkmal, das so genannte Schlüsselattribut, ist die Stadtsilhouette. Dieses herausragende Merkmal muss geschützt werden. Der in der STN genannte Standort einer WEA würde diese Sichtbeziehung erheblich beeinträchtigen und zu einer massiven Störung führen, da von diesem Punkt aus Blicke auf die Lübecker Stadtsilhouette frei von Störungen sind. Daher

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. **1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Meter nicht erforderlich** Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Meter als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden Rotor-innerhalb- Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehene Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten diese Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. **1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung** Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem	kann der Argumentation nicht gefolgt werden. Zu Regionale Grünzügen: Die Stellungnahme kann in diesem Punkt grundsätzlich nachvollzogen werden. Die Landesplanung sieht es aber als gerechtfertigt an, die regionalen Grünzüge als Indikator für den ökologischen Wert und den Naherholungswert eines Gebietes mit heranzuziehen. So bekommen die regionalen Grünzüge im Zusammenspiel mit anderen Kriterien des Freiraumschutzes ein gewisses Gewicht in der Abwägung, ohne die Tatsache außer Acht zu lassen, dass Vorhaben, die im überwiegenden öffentlichen Interesse stehen, dort zulässig sind. zu Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten: Der Stellungnahme wurde bereits im Planentwurf dahingehend teilweise gefolgt, das große, flächenhafte Bereiche der Migrationskorridore nicht mehr als Kriterium (auch nicht als Grundsatz, also Abwägungskriterium) aufgeführt werden. Nach dem ROG können prinzipiell Korridore freigehalten werden, soweit dies zur Sicherung der Tierwelt - hier Rothirsch als Leitart (s.o.) - erforderlich ist. Ein zentraler Kritikpunkt, dass die Aussagen von Meißner (2018) zur Störungsempfindlichkeit des Rothirsches mithilfe eines zitierten Gutachtens aus der Schweiz in Frage gestellt werden. Tenor: Die Störungsempfindlichkeit seien lediglich unbelegte Thesen, sodass eigentlich nichts genaues über die Wirksamkeit der Ausschlussplanung für die Wanderbewegung ausgesagt werden kann, weshalb die Planung nicht erforderlich sei. Es besteht in Bezug auf die Raumnutzung und das Wanderverhalten von Wildtieren bei Vorhandensein von Windenergieanlagen noch Forschungsbedarf. Das von Denker & Wulf ins Feld geführte Gutachten (Righetti 2017) führt in jedem Fall nicht dazu, diese Unklarheiten zu beseitigen, da das dort untersuchte Gebiet regelmäßig von Rotwild genutzt wird, d.h. zum Kernlebensraum gehört (vgl. Aussagen dazu in Erwiderung auf die Stellungnahme des RWR Hasselbusch). Ergänzend wird auf Ziffer 4.13.1 der allgemeinen Synopse

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass nach der Begründung B zu 1 G ausführt: *„Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier)* Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotorinnerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse der effektiven Nutzung von Infrastruktur sowie Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts, sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht schon ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht“. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung	verwiesen. Zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel: Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen sind in der Nähe von Horststandorten windkraftsensibler Großvogelarten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. Folglich ist der absolute Ausschluss von Windenergieanlagen in den Umgebungsbereichen mittels eines Zieles der Raumordnung fachlich und rechtlich nicht geboten. Der Einsatz von Antikollisionssystemen ist derzeit nicht in jedem Fall fachlich geeignet oder technisch möglich um das Tötungsrisiko stets ausschließen zu können. Eine Ausweisung von Vorranggebieten unter alleiniger Annahme des Einsatzes eines Antikollisionssystems ist daher fachlich und rechtlich nicht möglich. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel angesetzten Umgebungsbereiche orientieren sich jetzt an den Angaben des BNatSchG (Anlage 1 Abschnitt 2 zu § 45b BNatSchG). Der Nahbereich wird durch ein neues Ziel der Raumordnung als freizuhaltender Bereich aufgenommen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 45 b bis d ausschließlich für die Ebene der Zulassungsverfahren. Das Kriterium „Seeadlerdichtezentrum“ wird beibehalten, denn aufgrund von überdurchschnittlich hoher Anzahl von Revieren ist von einem hohen Kollisionsrisiko mit WEA auszugehen. Eine Öffnung dieses Kriteriums ist naturschutzfachlich und planerisch auch im Lichte der eingegangenen Stellungnahmen nicht angezeigt. Eine Konfliktbewältigung durch Maßnahmen wird hier in der Regel nicht verhältnismäßig sein. Eine Erweiterung des Dichtezentrums ist aus fachlicher Sicht ebenso nicht erforderlich, da es in der jetzigen Abgrenzung nach wie vor die höchste Revierdichte in Schleswig-Holstein abbildet und damit den Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung darstellt. Daran ändern auch vereinzelt hinzugekommen Brutplätze am Rande nichts.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergie an Land jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. Auch befinden sich innerhalb der von unserer Eigentümergemeinschaft beplanten Fläche bereits seit über 20 Jahren drei Windenergieanlagen, die es aus unserer Sicht bei der Beurteilung zu berücksichtigen gilt. **1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion** Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). **1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen** Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffen fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1. Uneindeutig oder jedenfalls klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt:Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließende Gartenbereiche, Scheunen o.ä. noch auf dem jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die kein Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiet zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben.Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage:Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt.Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex	Der Schwarzstorch steht mit 5-7 Revieren kurz vor dem Aussterben in Schleswig-Holstein. Für erfolgreiche Bruten sind die Vögel auf freie Flugkorridore ohne Barrieren im Umfeld ihrer Brutplätze angewiesen. Die Funktion der Lebensstätte für erfolgreiche Bruten der wenigen Paare in Schleswig-Holstein kann daher nur gesichert werden, wenn der 2 km Umgebungsbereich frei von WEA bleibt. In den letzten Jahren ist der Kenntnisstand zur Brutverbreitung des Rotmilans deutlich gestiegen. Die Erkenntnisse zeigen, dass Rotmilanreviere in der Regel wiederbesetzt werden. Auch wenn nicht immer der exakt gleiche Horst genutzt wird, liegt der Wechselhorst oft in der unmittelbaren Nähe. Auch werden aktuell unbesetzte Horste in den Folgejahren wiederbesetzt. Insofern ist die Berücksichtigung der aktuellen Rotmilanbrutplätze artenschutzfachlich gerechtfertigt. Ergänzend wird zu diesem Kriterium auf die allgemeine Synopse, Ziffer 4.20.1 verwiesen. zu Wäldern und Umgebungsbereichen: Die Raumordnung hat keine Verwerfungskompetenz gegenüber Landesrecht. Die Auffassung, dass die BVerfG-Entscheidung zum Waldgesetz Thüringen auf Schleswig-Holstein übertragbar sei, wird nicht geteilt. Der geringe Waldanteil in Schleswig-Holstein genießt schon per se einen höheren Schutzanspruch. Das Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf das Umwandlungsverbot für WEA nicht verfassungswidrig. Unabhängig davon wird ein Mindestabstand zum Wald von 30 m auch deshalb für notwendig erachtet, um die ökologische Funktion des Waldrandes mit den Wechselbeziehungen insbesondere von Fledermäusen und Vögeln ins Offenland nicht zu stark zu beeinträchtigen. Scheuch- und Störwirkungen sind in diesem Nahbereich auch bei ökologisch weniger wertvollen Wäldern anzunehmen. Die Ausführungen zum Abstand zu Naturwäldern werden zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden nur Naturwälder i.S. des § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht es der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt werden, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2. Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben:In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohnund/ oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Einen über 800 m weitergehenden Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine große und damit nicht nachvollziehbare Offenheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. **1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter *„planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“* verstanden, was ebenfalls für *„in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellten Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“* gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Meter nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. **1.6 Ergebnis** Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend eine verbindliche Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. **1.7 Praxisbeispiel** Im Zusammenhang mit der Potenzialfläche PR3_STO_049 (PR3_STO_302) wird diese erheblich durch die Erweiterung des Umgebungsbereichs um 200 Meter zu den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ortschaften Rehhorst (West), Pöhls (Nord-West) und Zarpen (Ost) eingeschränkt. Die Anwendung dieser Erweiterung würde zu einer Flächenreduktion der Potenzialfläche von ca. 60 Hektar führen, was zur Folge hätte, dass mindestens 3 Windenergieanlagen (WEA) nicht errichtet werden könnten. Diese Einschränkung sollte deshalb im Lichte der im Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 dargelegten Erkenntnisse hinterfragt werden. Ferner befinden sich bereits seit Jahrzehnten, wie eingangs in diesem Kapitel erwähnt, drei weitere WEA unmittelbar auf dem Gebiet der Potenzialfläche, was als Vorbelastung im Sinne des Kapitels 4.5.1.1 Absatz 1 betrachtet werden muss. Wie in der vorgegangenen Ausführung unter Punkt 1.2 erwähnt, wird die Berücksichtigung einer Vorbelastung ausdrücklich begrüßt. Sie ermöglicht es, von der grundsätzlichen Regelung abzuweichen, wenn das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist. In diesem Fall könnten die bestehenden WEA und die vorhandene Infrastruktur (z.B. Netzanbindung und Zufahrtswege) genutzt werden, um eine Konzentrationswirkung zu erzielen, was den Steuerungszielen der Landesplanung Schleswig-Holstein entspricht. Hierdurch kann die sinnvolle Nutzung der bereits erschlossenen Fläche gewährleistet werden, statt diese durch zusätzliche Schutzbereiche weiter einzuschränken. Weiter wurde festgestellt, dass eine Erweiterung des Umgebungsbereichs auf 800 bis 1.000 Meter in vielen Fällen nicht notwendig ist, da die geplante Rotor-innerhalb-Planung bereits einen wirksamen Schutz der Siedlungsbereiche sicherstellt. Im Fall der Potenzialfläche PR3_STO_049 (PR3_STO_302) trifft dies ebenfalls zu, da der Rotordurchmesser von den geplanten Anlagen (ca. 85 m) die Siedlungsabstände zu den WEA auf fast 900 m erhöht. In Bezug auf die Definition von „Vorbelastung“ wird in Punkt 1.6 kritisiert, dass unklar bleibt, wann eine Vorbelastung tatsächlich als gegeben angesehen wird. Im Fall der Potenzialfläche PR3_STO_049 (PR3_STO_302) ist jedoch klar, dass die bereits vorhanden WEA als Vorbelastung angesehen werden müssen. Diese Vorbelastung sollte, wie in 1.2 erläutert, die Grundlage für eine Reduktion des erweiterten Umgebungsbereichs bieten. Darüber hinaus sollte im Rahmen der Abwägung der Umgebungsbereich in Bezug auf die angrenzenden Ortschaften präziser betrachtet werden. Es ist unklar, inwiefern die betroffenen Siedlungen eine Wohn- und/oder Erholungsfunktion im Sinne des Kapitels 4.5.1.1 Absatz 1 erfüllen. Falls diese nicht eindeutig nachgewiesen werden kann, ist eine strikte Anwendung der erweiterten Schutzabstände nicht erforderlich, was ebenfalls	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Raum für eine weniger restriktive Flächenbewertung schafft. Wie zudem in Punkt 1.5 ausgeführt, sollten planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen und deren Einfluss auf den erweiterten Umgebungsbereich kritisch betrachtet werden. Eine übermäßige Berücksichtigung zukünftiger Siedlungstätigkeiten könnte die effektive Nutzung von Flächen für die Windenergienutzung einschränken. Dies trifft auch auf PR3_STO_049 (PR3_STO_302) zu, wo eine Konzentration bestehender und geplanter WEA in unmittelbarer Nähe zu Siedlungen den Steuerungsgedanken der Landesplanung unterstützt. Der Ausbau eines Windparks auf dieser Fläche könnte somit zur Erreichung des Flächenziels beitragen und gleichzeitig das Interesse an der optimalen Nutzung vorhandener Infrastruktur bedienen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Potenzialfläche PR3_STO_049 (PR3_STO_302) durch die bestehende Vorbelastung und die bereits strikte Abstandsregelung ausreichend geschützt ist, sodass die Erweiterung des Umgebungsbereichs um 200 Meter nicht zwingend notwendig erscheint. Eine Abwägung sollte auf Basis der bestehenden Windkraftanlagen, der Konzentrationswirkung und der effektiven Flächennutzung erfolgen, um den Ausbau von Windenergieanlagen zu ermöglichen und gleichzeitig die Belange der Raumordnung zu berücksichtigen. **2 Anmerkungen zu Kapitel 4.5.1.5 Kultur und sonstige Sachgüter** **2.1 Kapitel 4.5.1.5 Absatz 1 G – Belange des Denkmalschutzes** Nach Kapitel 4.5.1.5 Absatz 1 G sollen bei der der Ausweisung von Windenergiegebieten die Belange des Denkmalschutzes berücksichtigt werden. Die Begründung B zu 1 nimmt sodann § 4 Abs. 1 DSchG SH und § 12 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 DSchG SH in Bezug. Weiter wird ausgeführt, dass aufgrund der örtlichen Situation des Einzelfalles Abstandsradien oder Freihaltesektoren als pauschale Ausschlussbereiche nicht sachgerecht seien, die Ausweisung von Windenergiegebieten einzelfallbezogen mit dem Landesamt für Denkmalpflege und dem Archäologischen Landesamt sowie dem Fachbereich Archäologie und Denkmalpflege der Hansestadt Lübeck abgestimmt werde. Es ist zunächst zu begrüßen, dass nur noch sehr einzelfallbezogen der Denkmalschutz in der Abwägung Berücksichtigung findet. Nicht gänzlich unkritisch wird aber gesehen,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dass die Landesplanungsbehörde vorrangig die Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege und dem Archäologischen Landesamt sowie dem Fachbereich Archäologie und Denkmalpflege der Hansestadt Lübeck zur Abwägungsentscheidung heranziehen möchte. Naturgemäß werden Denkmalfachbehörde den Denkmalschutz höher gewichten als die Windenergienutzung. Allerdings entspricht dies nicht mehr der aktuellen Gesetzeslage und Rechtsprechung, weshalb die Landesplanungsbehörde auf folgende Rahmenbedingungen aufmerksam macht und eine Beachtung bei der Berücksichtigung des Denkmalschutzes erbeten wird: Nach der aktuelleren Rechtsprechung unter Berücksichtigung von § 2 EEG 2023 kommt die obergerichtliche Rechtsprechung nun regelmäßig zum Ergebnis, dass das überragende Interesse an erneuerbaren Energien die Denkmalschutzbelange überwiegt (OVG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 14. August 2023 – 1 C 10576/21 –, Rn. 141, juris; OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 27. Juli 2023 – OVG 3a A 52/23 –, Rn. 48 und 51 ff., juris; OVG Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 7. Februar 2023 – 5 K 171/22 OVG –, Rn. 153 ff., juris). Insofern können nur in außergewöhnlichen Einzelfällen einer Ausweisung von Windenergiegebieten die Belange des Denkmalschutzes entgegengehalten werden. Rechtlicher Ausgangspunkt für die Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes sind § 4 Abs. 1 DSchG SH i.V.m. § 12 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 Nr. 1 und 2 DSchG. Von besonderer Bedeutung ist dabei insbesondere die Frage, wann i.S.d. § 12 Abs. 1 Nr. 3 DSchG SH eine genehmigungsbedürftige Veränderung der Umgebung eines unbeweglichen Kulturdenkmals vorliegt. Dies ist der Fall, wenn die Umgebungsveränderung geeignet ist, den Eindruck des Denkmals wesentlich zu beeinträchtigen. Wann eine Veränderung in der Umgebung eines Denkmals i.S.d. § 12 Abs. 1 Nr. 3 DSchG SH erfolgt, ist vom Gesetz nicht näher konkretisiert. In der denkmalschutzrechtlichen Literatur wird als Umgebung der Bereich definiert, innerhalb dessen sich die bauliche oder sonstige Nutzung von Grundstücken oder von öffentlichen Flächen auf das Denkmal auswirken kann. Vorausgesetzt wird demnach ein gewisser räumlicher Bezug der Maßnahme zum Denkmal. Allerdings gilt, dass eine schematische Festlegung von Entfernungsgrenzen wegen der Vielgestaltigkeit der jeweiligen Gegenden nicht sinnvoll ist. Stattdessen ist eine wertende Betrachtung erforderlich, die berücksichtigt, in welcher Art und Weise die Umgebung das Denkmal prägt (vgl. Weber, Instrumente und Grenzen des Umgebungsschutzes bei Baudenkmälern, Diss., Köln 1998, S. 74). So kann der Umgebungsbereich nicht in Metern angegeben werden,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	sondern es ist auf den Wirkungsbereich des Denkmals abzustellen. Dieser kann auf die Nachbarschaft begrenzt sein, er kann aber bei beherrschenden Burgen oder Kirchen sehr weit reichen. Der Wirkbereich großer Ortskernensembles reicht ebenfalls oft sehr weit. Vor diesem Hintergrund ist zu begrüßen, dass auf pauschale Abstandsradien oder Freihaltesektoren verzichtet wird. Zur denkmalschutzrechtlichen Umgebung gehört konkret der Umkreis des Denkmals, auf den es ausstrahlt und der es in denkmalpflegerischer Sicht seinerseits beeinflusst. Es kommt danach auf die Perspektive eines für die Belange des Denkmalschutzes aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters an und auf den tatsächlichen Zustand nach der Änderungsmaßnahme (OVG Schleswig-Holstein, 25.01.2005 - 1 LA 124/04 -, juris 2. LS). Anhaltspunkt ist dabei, ob das menschliche Auge die zu schützenden Objekte und die Quelle der Verunstaltung mit einem Blick erfassen kann (Kantsegel) (Viebrock, in: Martin/Krautzberger, Denkmalschutz und Denkmalpflege, 3. Auflage 2010, Teil E, Rn. 181 mit Bezugnahme auf OVG Berlin, 07.05.1999 - 2 B 2.96 -, juris). Eine Abwägung mit Belangen des Denkmalschutzes ist deshalb nicht erforderlich, soweit errichtete Referenzanlagen auf Potenzialflächen nicht gemeinsam mit den jeweiligen Denkmalen sichtbar sein und deshalb keine Wechselwirkung zwischen dem jeweiligen Denkmal und den Windenergieanlagen entstehen können. Es fehlt dann bereits an einer prägenden Auswirkung auf die jeweiligen Denkmale (VG Stuttgart, 12.05.2004 - 16 K 3344/03 -, NJOZ 2004, 4145). Nach der Wertung des § 12 Abs. 1 Nr. 3 DSchG SH ist nicht jede, sondern nur eine wesentliche Beeinträchtigung eines unbeweglichen Kulturdenkmals von Bedeutung, wobei dies ernsthaft in Betracht zu ziehen sein muss („geeignet“) (Schleswig-Holsteinisches VG, 01.02.2007 - 12 A 136/06 -, juris Rn. 36). Eine Beeinträchtigung liegt vor, wenn die jeweilige besondere Wirkung des unbeweglichen Kulturdenkmals, die es als Kunstwerk, als Zeuge der Geschichte oder als bestimmendes städtebauliches Element auf den Beschauer ausübt, übertönt, verdrängt oder geschmälert wird (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2015 - 1 MB 23/15 -, juris Rn. 11). D. h. nicht, dass neue Bauten in der Umgebung eines Baudenkmals völlig an dieses anzupassen wären und ihre Errichtung unterbleiben müsste, wenn dies nicht möglich oder gewährleistet ist. Hinzutretende bauliche Anlagen müssen sich aber an dem Maßstab messen lassen, den das Denkmal gesetzt hat, und dürfen es nicht gleichsam erdrücken, verdrängen, übertönen oder die gebotene Achtung gegenüber den Werten außer Acht lassen, welche dieses Denkmal verkörpert (so NdsOVG, 21.04.2010 - 12 LB 44/09 -, BauR 2010, 1550, juris Rn. 58; 28.11.2007 - 12 LC 70/07 -, NdsVBl 2008, 171, juris Rn. 56 ff.;	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	BayVGH, 25.06.2013 - 22 B 11.701 -, juris Rn. 32). Dabei ist aber auch entscheidend, dass der dem Denkmalschutz aufgeschlossene Betrachter seine Augen nicht davor verschließen kann, dass die gesellschaftliche Entwicklung die Aufnahme technischer Anlagen erfordert, die in einem gewissen Kontrast zur Landschaft stehen (VG Halle (Saale), 26.05.2009 - 2 A 21/08 -, juris Rn. 55; VG Cottbus, 13.12.2007 - 3 K 1923/03 -, juris Rn. 40; VGH Baden-Württemberg, 01.09.2011 - 1 S 1070/11 -, juris Rn. 34 (zum Wandel der Wahrnehmung von Photovoltaikanlagen)). Zudem können für die Frage der Intensität der Beeinträchtigung eines Denkmals die vorhandenen Vorbelastungen nicht unberücksichtigt bleiben (OVG Sachsen-Anhalt, 06.08.2012 - 2 L 6/10 -, juris Rn. 79). **2.2 Kapitel 4.5.1.5 Absatz 2 Z – UNESCO-Welterbestätte Hansestadt Lübeck** Kapitel 4.5.1.5 Absatz 2 sieht als Ziel der Raumordnung vor, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA innerhalb der als Sichtachsen auf die UNESCO Welterbestätte „Hansestadt Lübeck“ definierten Bereiche ausgeschlossen ist. Diese Sichtachsen sind in der Karte in Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO festgelegt: [Karte im Anhang S. 10] Laut der Begründung B zu 2 geht der Sichtachsenplan auf „Koretzky, Christine (2001): Prüfung der Sichtbeziehungen vom Lübecker Umland auf die Silhouette des Welterbes „Lübecker Altstadt“. Lübeck.“ zurück. Darin seien freizuhaltende Sichtachsen auf die Silhouette der Lübecker Altstadt mit ihren markanten Kirchtürmen definiert. Der bestehende Welterbestatus sei u.a. abhängig von der Freihaltung dieser Sichtachsen und könne gegebenenfalls aberkannt werden, wenn eine oder mehrere Sichtachsen durch dominante Bauwerke wie WEA gestört werden. Selbstverständlich soll der Welterbestatus nicht gefährdet werden. Jedoch wird davon ausgegangen, dass die vor 23 Jahren ermittelten Sichtachsen im Einzelfall einer aktuellen Überprüfung bedürfen, weil sich der Landschaftsraum fortentwickelt hat. Dabei wurde für die Potentialfläche Zarpen-Pöhls festgestellt, dass diese in Übereinstimmung mit dem geltenden Denkmalschutzrecht und ohne Gefährdung des Welterbestatus als Windenergiegebiet ausgewiesen werden kann. Zur Vermeidung von unbegründeten Grundrechtseingriffen in die Baufreiheit nach Art. 14 Abs. 1 GG bei gleichzeitig hoher Gewichtung des Denkmalschutzes ist nur in diesem Bereich die Karte in Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO anzupassen und die Sichtachse	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bis östlich der Potentialfläche PR3_STO_302 (um ca. 800 m im Bereich Prüfpunkt 2) zu reduzieren. Der rot dargestellte (Prüfpunkt 21 K 77 westlich Zarpen (Rehhorst) nach Koretzky (2001)) hat sich überholt: [Karte im Anhang S. 11] *Abbildung 1: Potenzialfläche PR3_STO_302 - Streckensicht Nr. 21 Lübeck* Gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 3 DSchG SH bedarf die Veränderung der Umgebung eines unbeweglichen Kulturdenkmals, die geeignet ist, seinen Eindruck wesentlich zu beeinträchtigen, der Genehmigung der unteren Denkmalschutzbehörde. Kulturdenkmale sind gemäß § 2 Abs. 2 DSchG SH Sachen, Gruppen von Sachen oder Teile von Sachen aus vergangener Zeit, deren Erforschung oder Erhaltung wegen ihres besonderen geschichtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen, technischen, städtebaulichen oder die Kulturlandschaft prägenden Wertes im öffentlichen Interesse liegen. Kulturdenkmale können beweglich oder unbeweglich sein. Sie sind insbesondere Baudenkmale, archäologische Denkmale oder Gründenkmale. Bei allen fünf Lübecker Kirchen mit ihren sieben Kirchtürmen sowie der Stadtsilhouette handelt essich um (eingetragene) Kulturdenkmale. Wann eine Veränderung in der Umgebung eines Denkmals i.S.d. § 12 Abs. 1 Nr. 3 DSchG SH erfolgt, ist vom Gesetz nicht näher konkretisiert. In der denkmalschutzrechtlichen Literatur wird als Umgebung der Bereich definiert, innerhalb dessen sich die bauliche oder sonstige Nutzung von Grundstücken oder von öffentlichen Flächen auf das Denkmal auswirken kann. Vorausgesetzt wird demnach ein gewisser räumlicher Bezug der Maßnahme zum Denkmal. Allerdings gilt, dass eine schematische Festlegung von Entfernungsgrenzen wegen der Vielgestaltigkeit der jeweiligen Gegenden nicht sinnvoll ist. Stattdessen ist eine wertende Betrachtung erforderlich, die berücksichtigt, in welcher Art und Weise die Umgebung das Denkmal prägt (vgl. Weber, Instrumente und Grenzen des Umgebungsschutzes bei Baudenkmälern, Diss., Köln 1998, S. 74). So kann der Umgebungsbereich nicht in Metern angegeben werden, sondern es ist auf den Wirkungsbereich des Denkmals abzustellen. Dieser kann auf die Nachbarschaft begrenzt sein, er kann aber bei beherrschenden Burgen oder Kirchen sehr weit reichen. Der Wirkungsbereich großer Ortskernensembles reicht ebenfalls oft sehr weit. Zur denkmalschutzrechtlichen Umgebung gehört konkret der Umkreis des Denkmals, auf den es ausstrahlt und der es in denkmalpflegerischer Sicht seinerseits beeinflusst. Es kommt danach auf die Perspektive eines für die Belange des Denkmalschutzes aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters an und auf den tatsächlichen Zustand nach der Änderungsmaßnahme (OVG Schleswig-Holstein,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	25.01.2005 - 1 LA 124/04 -, juris 2. LS). Anhaltspunkt ist dabei, ob das menschliche Auge die zu schützenden Objekte und die Quelle der Verunstaltung mit einem Blick erfassen kann (Kantsegel) (Viebrock, in: Martin/Krautzberger, Denkmalschutz und Denkmalpflege, 3. Auflage 2010, Teil E, Rn. 181 mit Bezugnahme auf OVG Berlin, 07.05.1999 - 2 B 2.96 -). Eine Abwägung mit Belangen des Denkmalschutzes ist deshalb nicht erforderlich, soweit errichtete WEA auf Potenzialflächen nicht gemeinsam mit den jeweiligen Denkmalen sichtbar sind und deshalb keine Wechselwirkung zwischen dem jeweiligen Denkmal und den WEA entstehen können. Es fehlt dann bereits an einer prägenden Auswirkung auf die jeweiligen Denkmale (VG Stuttgart, 12.05.2004 - 16 K 3344/03 -, NJOZ 2004, 4145). Am Prüfpunkt 21 (K 77 westlich Zarpen (Rehhorst)), der eine Streckenansicht darstellt, wurde der Blick auf die Silhouette der Kirchtürme eingehender geprüft und anhand von Fotoaufnahmen dokumentiert. Die nachfolgenden Fotos stellen den Blick von den Prüfpunkten 1 und 2 der als Abbildung 1 dargestellten Karte dar: [Karte im Anhang S. 12] *Abbildung 2: Prüfpunkt 1 mit markierten Türmen* [Karte im Anhang S. 13] *Abbildung 3: Prüfpunkt 2 mit markierten Türmen* Außerhalb dieser beiden Prüfpunkte ist die Wahrnehmung der Silhouette von der Streckenansicht nicht oder nicht in einem relevanten Umfang möglich. Erst mit dem Erreichen des 2. Prüfpunktes gewährt die Vegetations- und Geländebeschaffung einen Blick auf die sieben Kirchtürme und damit auf die Silhouette der Altstadt sowie auf die ebenfalls denkmalgeschützte Kirche in Zarpen. Vom Prüfpunkt 1 aus ist bereits nur noch ein sehr eingeschränkter Blick auf die Kulturdenkmale in Gestalt der Kirchtürme von Lübeck möglich. Konkret sind lediglich die Spitzen von zwei Kirchtürmen in der Ferne zu sehen (vgl. Abbildung 2). Die Kirche in Zarpen ist nicht mehr Teil des Blickfeldes. Damit ist festzustellen, dass der Bereich zwischen den Prüfpunkten 1 und 2 grundsätzlich vom Wirkbereich des Kulturdenkmals umfasst ist. Bebauungen in dem Bereich zwischen diesen Sichtpunkten und der Silhouette der Lübecker Altstadt können sich auf das Kulturdenkmal auswirken, jedoch in sehr unterschiedlicher Weise. Der Bereich liegt damit grundsätzlich in der Umgebung des Kulturdenkmals im Sinne des §	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	12 Abs. 1 Nr. 3 DSchG SH. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass das mögliche Erweiterungsgebiet der südlichen Potentialfläche PR3_STO_049 (PR3_STO_302) nördlich des Prüfpunktes 2 beginnen würde (siehe Abbildung 1, dort „WEA“) und sich potentiell auf diesem Gebiet errichtete WEA damit nicht in der gesamten Sichtachse zwischen dem Prüfpunkt 21 und dem Kulturdenkmal in Gestalt der Kirchtürme der Stadt Lübeck befinden würden. Konkret wären sie nur beim Blick vom Prüfpunkt 1 auf das Kulturdenkmal zu sehen. Die Kirche in Zarpen wäre demnach gar nicht betroffen. Eine Wechselwirkung zwischen dem Kulturdenkmal der Lübecker Altstadt und den WEA bestünde daher nur beim Anblick dieses Denkmals aus einer bestimmten Perspektive. Vor diesem Hintergrund ist festzustellen, dass WEA, die auf einem Erweiterungsgebiet der südlichen Potentialfläche PR3_STO_049 (PR3_STO_302) errichtet werden würden, sich in Bezug auf einen konkreten Blickwinkel gerade noch in der „Umgebung“ des geschützten Kulturdenkmals befinden würden. Eine wesentliche Beeinträchtigung des Eindrucks des Kulturdenkmals würde indes ausscheiden. Gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 3 DSchG SH ist nicht jede, sondern nur eine wesentliche Beeinträchtigung des Eindrucks eines unbeweglichen Kulturdenkmals von Bedeutung, wobei dies ernsthaft in Betracht zu ziehen sein muss („geeignet“) (Schleswig-Holsteinisches VG, 01.02.2007 - 12 A 136/06 -, juris Rn. 36). Eine wesentliche Beeinträchtigung liegt vor, wenn die jeweilige besondere Wirkung des unbeweglichen Kulturdenkmals, die es als Kunstwerk, als Zeuge der Geschichte oder als bestimmendes städtebauliches Element auf den Beschauer ausübt, übertönt, verdrängt oder geschmälert wird (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2015 - 1 MB 23/15 -, juris Rn. 15). Dies bedeutet nicht, dass neue Bauten in der Umgebung eines Baudenkmals völlig an dieses anzupassen wären und ihre Errichtung unterbleiben müsste, wenn dies nicht möglich oder gewährleistet ist. Allein, dass der Anblick des Denkmals als Objekt aus irgendeiner Perspektive nur noch eingeschränkt möglich ist, reicht ebenfalls nicht aus. Hinzutretende bauliche Anlagen müssen sich aber an dem Maßstab messen lassen, den das Denkmal gesetzt hat, und dürfen es nicht gleichsam erdrücken, verdrängen, übertönen oder die gebotene Achtung gegenüber den Werten außer Acht lassen, welche dieses Denkmal verkörpert (NdsOVG, 21.04.2010 - 12 LB 44/09 -, BauR 2010, 1550, juris Rn. 58; 28.11.2007 - 12 LC 70/07 -, NdsVBl 2008, 171, juris Rn. 56 ff.; BayVGH, 25.06.2013 - 22 B 11.701 -, juris Rn. 32).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zu berücksichtigen ist gleichzeitig – gerade in der aktuell jederzeit präsenten gesellschaftlichen un klimapolitischen Diskussion des Ausbaus der Windenergie –, dass der dem Denkmalschutz aufgeschlossene Betrachter seine Augen nicht davor verschließen kann, dass die gesellschaftliche Entwicklung die Aufnahme technischer Anlagen erfordert, die in einem gewissen Kontrast zur Landschaft bzw. einem Denkmal stehen. Ein solcher Beobachter wird die Auswirkungen geplanter WEA vor diesem Hintergrund oftmals als nicht störende Notwendigkeit wahrnehmen. Im Übrigen werden WEA zwar für relativ lange Zeit betrieben, sie sind indes insbesondere mit Blick auf ihre übliche „Lebensdauer“ reversibel (VG Halle, 26.05.2009 – 2 A 21/08 –, juris Rn. 55; OVG Mecklenburg-Vorpommern, 07.02.2023 – 5 K 171/22 OVG, juris Rn. 130; VG Cottbus, 13.12.2007 – 3 K 1923/03 –, juris Rn. 40; VGH Baden-Württemberg, 01.09.2011 – 1 S 1070/11 –, juris Rn. 34). Danach läge eine erhebliche Beeinträchtigung hier nicht vor. Wie bereits beschrieben, würden die WEA nur aus einer einzigen Perspektive des Prüfpunktes 21 nach Koretzky (2001) in der Sichtachse zwischen diesem und dem Kulturdenkmal liegen. Andere unberührte bedeutsame Wahrnehmungsmöglichkeiten blieben bestehen. Der konkret relevante Prüfpunkt 1 (Abbildung 2) erlaubt aufgrund seiner Vegetations- und Geländebeschaffung zudem auch ohne WEA bereits nur einen sehr eingeschränkten Blick auf das Kulturdenkmal. Eine erdrückende oder verdrängende Wirkung würde von den WEA zudem deshalb nicht ausgehen, weil die WEA in einem Abstand von unter einem 1 km vom Prüfpunkt 1 entfernt lägen, wohingegen die ansatzweise zu sehenden beiden Kirchtürme weit dahinter in circa 12,5 km Entfernung auftauchen würden. Auch würde nicht die besondere Wirkung des Kulturdenkmals übertönt oder die gebotene Achtung gegenüber den Werten außer Acht gelassen, die dieses Denkmal verkörpert. Vielmehr hätten die Kirchtürme aufgrund ihrer erheblichen Distanz und klaren örtlichen Trennung zu den WEA weiterhin ihren eigenen Raum. Hinzu kommt, dass WEA in Zeiten des Klimawandels eine technische und gesellschaftliche Notwendigkeit darstellen und dass sie nur für einen vorübergehenden Zeitraum errichtet werden. Auch diese Aspekte würden dazu führen, dass eine Erheblichkeit der Beeinträchtigung nicht angenommen werden könnte. Berücksichtigtwerden müsste des Weiteren, dass es sich bei dem Prüfpunkt 1 nicht um einen Ort handelt, den potenzielle Betrachter zu einem Zweck aufsuchen, der in einem inneren Zusammenhang mit dem Kulturdenkmal steht. Vor dem Hintergrund der erheblichen Unterschiede zwischen dem Prüfpunkt 1 und dem Prüfpunkt 2 ergibt sich, dass im Sinne des Prüfpunktes 21 nach Koretzky (2001) der Sichtstrahl bis zum Prüfpunkt 2 zu verkürzen ist, ab dem erst die UNESCO-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Welterbestätte Hansestadt Lübeck mit ihren typischen Türmen – nämlich mehr als zwei kaum identifizierbare und durch die Vegetation nicht mehr auffallende (Prüfpunkt 1) – wahrnehmbar ist. Der bestehende Welterbestatus wird damit keinesfalls gefährdet werden, weil die Welterbestätte nicht relevant wahrgenommen wird. Zugleich sind WEA in der südlichen Erweiterungsfläche zur Potentialfläche PR3_STO_049 (PR3_STO_302) für den Denkmalschutz unproblematisch. Würde man bei der Prüfung der denkmalschutzrechtlichen Auswirkungen einer WEA im Einzelfall trotz der vorstehenden Ausführungen zu dem Ergebnis gelangen, dass eine Genehmigungsbedürftigkeit nach § 12 Abs. 1 Nr. 3 DSchG SH bestünde, wäre die Genehmigung jedenfalls nach § 13 Abs. 2 DSchG SH zu erteilen. Danach ist die Genehmigung u.a. dann zu erteilen, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse die Maßnahme notwendig macht. Die öffentlichen und privaten Belange sind hierbei miteinander und Untereinander abzuwägen. Das Gewicht des für eine Maßnahme betreffend der Errichtung und des Betriebs Erneuerbarer-Energien Anlagen einzustellenden öffentlichen Interesses hat der Bundesgesetzgeber mit § 2 Satz 2 EEG für Abwägungsprozesse „voreingestellt“ (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 07.02.2023 – 5 K 171/22 OVG -, juris Rn. 153 ff.). Daraus folgt, dass staatliche Behörden dieses überragende öffentliche Interesse bei der Abwägung mit anderen Rechtsgütern berücksichtigen müssen. Dies betrifft jede einzelne Anlage einschließlich dazugehöriger Nebenanlagen, insbesondere bei WEA an Land, weil hier die Ausbauziele derzeit wegen knapper Flächen nicht erreicht werden. Konkret ergibt sich bei Abwägungsentscheidungen, u.a. gegenüber dem Denkmalschutz, ein regelmäßiges Übergewicht der Erneuerbaren Energien in dem Sinne, dass das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen sowie das öffentliche Sicherheitsinteresse nur in atypischen Ausnahmefällen überwunden werden können, die fachlich anhand der besonderen Umstände der jeweiligen Situation zu begründen wären (BR-Drs. 162/22, S. 176 f.; OVG Mecklenburg-Vorpommern, 07.02.2023 – 5 K 171/22 OVG -, juris Rn. 160). Ein solcher Ausnahmefall wäre hier nicht ersichtlich. Selbst wenn man bezüglich des Kulturdenkmals die erhebliche Bedeutung als UNESCO-Welterbestätte Hansestadt Lübeck einstellt, wäre diese aufgrund der vorstehenden Erwägungen wegen der Entfernung und fehlenden Wahrnehmbarkeit allenfalls als im niederen Bereich anzusiedeln. Zu berücksichtigen ist auch, dass WEA eine Lebensdauer von lediglich ca. 20 Jahren aufweisen. Vor diesem Hintergrund wäre der durch deren Errichtung und Betrieb erfolgende Eingriff reversibel und hinnehmbar. Hinzu kommt, dass der Eindruck des Kulturdenkmals nur aus einer Perspektive, die ohnehin nur einen ganz erheblich eingeschränkten Blick auf das Kulturdenkmal gewährt und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dieses nicht vollständig erfasst, beeinträchtigt wäre. Gerne wird der Landesplanungsbehörde die entsprechende Visualisierung hochauflösend zur Verfügung gestellt, sofern dies nachgefragt wird. **3 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 (G) – Regionale Grünzüge** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G sollen die Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 12 wird auf Kapitel 6.3 sowie die Funktionen der in den Regionalplänen festgelegten regionalen Grünzügen verwiesen. Zunächst ist festzuhalten, dass die in der Begründung B zu 12 genannten Funktionen in Kapitel 6.3 Absatz 1 Z – Regionale Grünzüge auf andere Erfordernisse der Raumordnung im Landesentwicklungsplan Bezug nehmen. Erst in der Zusammenschau mit diesen kann abwägend entschieden werden, inwiefern dies für die Windenergienutzung relevant ist. Wenn etwa auf die Funktion „Klimaverbesserung und Lufthygiene“ Bezug genommen wird, so findet sich der Verweis auf Kapitel 6.1 und darin wiederum auf die raumordnerische Vorsorge für eine klimaverträgliche Energieversorgung und -infrastruktur (Kapitel 4.5). Mithin sind die Funktionen miteinander verschränkt und es kann nicht abwägend über Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G die Ausweisung von Windenergiegebieten als unvereinbar angesehen werden. Zutreffend wird in der Begründung B zu 12 festgehalten, was Kapitel 6.3.1 Absatz 4 Z festlegt: *„In den regionalen Grünzügen darf planmäßig nicht gesiedelt werden. Es sind nur Vorhaben zuzulassen, die mit den Funktionen dieser Gebiete entsprechend Absatz 1 vereinbar sind oder die im überwiegenden öffentlichen Interesse stehen.“* Damit gilt alternativ, dass in regionalen Grünzügen Vorhaben entsprechend der vorstehend ausgeführten Zusammenschau der in Bezug genommen Erfordernissen der Raumordnung zugelassen sind, jedenfalls aber im überwiegenden öffentlichen Interesse stehenden Vorhaben. Wie bereits unter 1.1 ausgeführt, findet die Sollbestimmung des § 2 Satz 2 EEG 2023 für alle Abwägungsentscheidungen, zumal die Treibhausgasneutralität der Stromerzeugung im Bundesgebiet – nicht nur in Schleswig-Holstein – noch weit entfernt ist, Anwendung. § 2 Satz 1 EEG 2023 hält unabhängig von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abwägungsentscheidungen fest, dass die Errichtung und der Betrieb von Anlagen der erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen. Insofern liegt die Voraussetzung der Zulässigkeit von Vorhaben der Windenergienutzung in regionalen Grünzügen immer vor. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. In der Konsequenz darf aber diese als Ziel der Raumordnung explizit festgelegte Zulässigkeit dieser Vorhaben nicht dadurch umgangen werden, dass durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 regionale Grünzüge doch wieder abwägend Berücksichtigung finden müssen. Dies stellt einen systematischen Widerspruch dar, weshalb Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G aufzuheben ist. Jedenfalls aber kann nur in außergewöhnlichen Fällen eine Abwägung zulasten der Ausweisung von Windenergiegebieten erfolgen. **4 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 12 (Z) – Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten** Kapitel 4.5.1.3 Absatz 12 Z legt fest, dass im Bereich der unmittelbaren Brückenköpfe und prioritären Zuleitungskorridore von Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten über Bundesautobahnen die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen sind. Die unmittelbaren Brückenköpfe und prioritären Zuleitungskorridor ergeben sich aus der i.V.m. zeichnerischen Festlegung in Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO. Die Begründung B zu 12 nimmt auf Lebensraumverbundachsen großer Säugetiere, insbesondere den Rothirsch wegen seiner großräumigen Wechselbeziehungen als Indikatorart, Bezug. Im Zuge der Infrastrukturplanungen zu den Bundesautobahnen 7, 20 und 21 seien hierfür Querungsbauwerke vorgesehen beziehungsweise an der Bundesautobahn 24 nachträglich errichtet worden. Weiter wird auf die durch das MELUR 2009 veröffentlichten Gutachten (Meißner, M. (2009): Der Rothirsch in Schleswig- Holstein: Lebensraumsituation, Lebensraumverbund und Management.) Bezug genommen. Die darin gutachterlich ermittelten Konzepte für die Trittsteinbiotope und Korridore werden bei der Festlegung von Windenergiegebieten berücksichtigt, um die neu orientierende Rothirsche vor unkalkulierbaren Störeinflüssen abzuschirmen. Für den Rothirsch sei eine gewisse Empfindlichkeit gegenüber neu errichteten WEA gutachterlich nachgewiesen. Es seien der unmittelbare Einzugsbereich der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Querungshilfe mit Brückenkopf und prioritären Korridoren sowie der Zuleitungskorridor und der Migrationskorridor zu nächstgelegenen Hauptlebensräumen zu unterscheiden. Im näheren Umgebungsbereich der Grünbrücken, in dem sich die Migrationsbewegungen zunehmend kumuliere, bestünde ein erhöhtes Konfliktrisiko in Form eines Meidevehaltens. Deshalb seien bei den in der Karte (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) dargestellten Brückenköpfen und prioritären Korridoren WEA nicht mit den Funktionen der Grünbrücken vereinbar und deshalb ausgeschlossen. Es ist zunächst überraschend und nicht nachvollziehbar, dass entgegen der Ankündigung aus dem Papier „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“, wonach Migrationskorridore zu den Grünbrücken in der Abwägung zukünftig geringer gewichtet werden sollen, nunmehr als Ziel der Raumordnung zeichnerisch in Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO großzügig (abstrakte größere Kreise bis hin zu einer größeren Fläche) und von der Rechtsfunktion her verbindlich nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 12 erneut ein Ausschluss von Windenergiegebieten in diesen Bereichen vorgesehen ist Dabei können Querungshilfen und damit verbundene Korridore nur im absoluten Ausnahmefall und ausschließlich bei belastbarer Einzelfallbegründung überhaupt der Festlegung der Windenergiegebiete entgegengehalten werden. So sind die nicht in den ursprünglichen Planungsdokumenten veröffentlichten gutachterlichen Einschätzungen von Meißner (2009, 2016) sowie das in Bezug genommene angeblich öffentliche, aber nicht bei den Planungsdokumenten auffindbare Gutachten Meißner (2018) insofern zweifelhaft, als diese zur Einschränkung der grundrechtlich durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützten Baufreiheit dienen sollen. Es bestehen erhebliche Zweifel an der Belastbarkeit der in den gutachterlichen Einschätzungen von Meißner herangezogenen Daten für die vorgenommenen Rückschlüsse sowie hinsichtlich nicht belegter Annahmen. Dies wird auch dadurch deutlich, dass Meißner (2018) gegenüber den vorhergehenden Bewertungen durch Meißner (2009, 2016) die Korridore in veränderter Form festgelegt hat. Dadurch wird eine gewisse Beliebigkeit bei der Festlegung sowie Abgrenzung der Korridore deutlich, zumal es an einer hinreichenden Begründung für die Abweichungen mangelt. Allein auf den schematischen Ansatz zu verweisen macht nur deutlich, dass eine trennscharfe Abgrenzung methodisch ungeeignet ist Rechtlich nicht nachvollziehbar ist, dass auch geplante Querungshilfen in die Konzeption aufgenommen wurden, insbesondere solche für laufende oder geplante	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Infrastrukturprojekte. Dabei werden ausweislich der zeichnerischen Darstellung in Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO sogar Verkehrsinfrastrukturplanungen und Umgebungsbereiche nach Kapitel 4.5.1.2 Absatz 4 Z zugrunde gelegt und damit auch „Verkehrsinfrastrukturplanungen in laufenden Linienbestimmungsverfahren“. Dies widerspricht der höchstrichterlichen Rechtsprechung – gerade auch zur A 20 –, wonach die Linienbestimmung (§ 16 Abs. 1 FStrG) eine vorbereitende Grundentscheidung ist, die Verbindlichkeit gegenüber dem Straßenbaulastträger und Dritten erst dadurch erlangt, dass sie in den Festsetzungen des Planfeststellungsbeschlusses ihren Niederschlag findet (BVerwG, 06.11.2013 - 9 A 14/12 -, BVerwGE 148, 373-399, Rn. 31; 12.08.2009 - 9 A 64/07 -, BVerwGE 134, 308-335, Rn. 26). Im Widerspruch dazu zieht die Landesplanungsbehörde zukünftige Vorhaben heran, für die noch kein nach § 17 FStrG erforderlicher Planfeststellungsbeschluss ergangen oder dieser noch nicht rechtskräftig ist. Insofern kann es im Rahmen der erforderlichen Alternativenprüfung auch zu einem anderen Trassenverlauf der Bundesautobahnen kommen, der wiederum für die Querungshilfen und damit verbundenen Korridore Auswirkungen hätte. Maßgeblicher Zeitpunkt für die die Sach- und Rechtslage der Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG ist nach § 7 Abs. 1 LaplaG i.V.m. § 11 Abs. 3 ROG der Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Raumordnungsplan. Das zu berücksichtigende Abwägungsmaterial beschränkt sich auf diesen Zeitpunkt (BVerwG, 18.08.2015 - 4 CN 7/14 -, juris Rn. 7; OVG Mecklenburg- Vorpommern, 10.03.2015 - 3 K 25/11 -, juris Rn. 38). Insofern können zu diesem Zeitpunkt noch nicht baurechtlich genehmigte Planungen von Querungshilfen oder Annahmen eines verbundenen Korridors, die auf solche ungesicherten Planungen beruhen, nicht abwägungsfehlerfrei herangezogen werden. Dies ist zu aktualisieren und zu korrigieren. Problematisch ist zudem, dass nur auf die bodenlebende Art des Rothirsches Bezug genommen wird, andere bodenlebende Arten allerdings keine solche angebliche Störempfindlichkeit gegenüber WEA – selbst in größerer Entfernung – entwickeln, aber ebenfalls die Querungshilfen und damit verbundene Korridore nutzen. Insofern verengt sich der Blick der Landesplanungsbehörde auf eine Art, was einer artenschutzrechtlichen Prüfung auf dem Niveau eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens gleichkäme, ohne aber diese Prüftiefe mit den möglichen Schutzmaßnahmen etc. abzubilden. Da das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 12 und der damit verbundene	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Ausschluss von Potenzialflächen aber auch Genehmigungen von WEA (§ 35 Abs. 3 Satz 2 BauGB, § 1 Abs. 4 BauGB für zugrundeliegende Bauleitpläne) auf einen Gebietsausschluss aus tierökologischen Erwägungen hinauslaufen würde, bedarf es nach der Rechtsprechung jedenfalls eine „ausreichende[…] Bestandsaufnahme der … vorhandenen besonders geschützten Tierarten und ihrer Lebensräume“ (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53). Es ist zweifelhaft, dass eine solche besteht, zumal die erste, maßgebliche gutachterliche Stellungnahme von Meißner aus dem Jahr 2009 stammt, mithin darin eingeflossene Daten deutlich älter als fünf Jahre sind. Aus den Planunterlagen, insbesondere dem Umweltbericht, sind keine solche Bestandsaufnahmen ersichtlich. Zudem stellt der Rothirsch keine nach § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG streng geschützte Art dar, weshalb er auch nicht dem Störungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG unterfällt. Es stellt sich mithin die Frage, inwiefern eine artenschutzrechtliche Rechtfertigung des Ziels der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 12 vorliegen kann. Es ist zudem naturschutzfachlich in den vorhandenen Publikationen zum Verhältnis von Rotwild zu WEA weitläufig anerkannt, dass durch den Betrieb der WEA keine negativen Effekte auf Rotwild, insbesondere den Rothirsch, hervorgerufen werden. Zuletzt wurde in einem Bericht „Windenergieanlagen und Wildtierkorridore. Reaktionen von Rothirschen auf den Betrieb der Windenergieanlage Haldenstein“ aus der Schweiz festgehalten, dass das Anlaufen einer WEA bei Anwesenheit mehrerer Rothirsche keine Verhaltensänderungen der Tiere hervorrief, die in einem Abstand von minimal 350 Metern zur Windenergieanlage ästen und teilweise sich sogar dort zum Wiederkäuen hinlegten. Selbst bei laufender WEA kamen Rothirsche in den näheren Bereich der WEA und passierten diese ruhig ziehend in einem Abstand von minimal 160 Metern. All dies sind Indizien darauf, dass eine Störung durch WEA naturschutzfachlich nicht vertretbar ist, jedenfalls vorsorglich keine größeren Abstände einzuhalten sind, zumal auch Deckungselemente, welche im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens vorgesehen werden können, eine effektive Wirkung erzeugen. Auch Nr. 3.1.1 des Anhangs (Bewertungsschlüssel für die Abwägungskriterien und möglichen Auswirkungen auf die Zielbereiche des Landesentwicklungsplans und der Umweltprüfung) des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts sah die Möglichkeit der Schaffung von Deckungsstrukturen bei der Einstufung eines geringen Konfliktrisikos vor, dehnte diese Möglichkeit aber nicht auf die Potentialflächen im Bereich eines prioritären Korridors oder des hoch sensiblen Einzugsbereiches einer Grünbrücke sowie von Zuleitungskorridoren zu einer Grünbrücke, die wichtige Trittsteinbiotope enthalten, aus. Wieso nur in Migrationskorridoren Deckungsstrukturen eine Wirkung entfalten können, in	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	den anderen Bereichen aber nicht, wird nicht erläutert und kann auch nicht schlüssig dargelegt werden. Hinzu kommt, das Meißner 2018 im Kapitel „Einfluss von WKA auf Verhalten und Lebensraumnutzung von Rothirschen“ selbst (mit einem Selbstzitat) feststellt: „*MEIßNER et al. (2016) erörtern ausführlich anhand der wissenschaftlichen Literatur den unzureichenden Wissensstand über die Auswirkung von WKA auf die Lebensraumnutzung von Rotwild (und andere terrestrische Arten) und das nahezu vollständige Fehlen aussagekräftiger Studien. Belastbare Belege gibt es somit weder für eine Wirksamkeit, noch für eine Unwirksamkeit.“* (Meißner/Richter, Auswirkungen von Windkraftanlagen auf die großräumige Lebensraumvernetzung für den Rothirsch in Schleswig-Holstein – Maßnahmen zur Sicherung der Funktion von Querungsbauwerken an der A 20 und A 7, April 2018 [nachfolgend: Meißner 2018], S. 18 f.). Es besteht rechtlich gesprochen ein non liquet. Meißners Ausführungen gründen sich dann allein auf „stichhaltige Hinweise auf einen ggf. erheblichen Einfluss von WKA auf das Wanderverhalten des Rothirsches“ (Meißner 2018, S. 19) aufgrund der Biologie des Rothirsches sowie Erfahrungen aus verschiedenen Studien. Mit anderen Worten soll eine nur auf Hinweise und Theorien gegründete These zu einem nur (nach eigenen Worten) gegebenenfalls erheblichen Einfluss von WEA eine Einschränkung der grundrechtlich durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützten Baufreiheit rechtfertigen. Während also eine nur theoretische These das letztabgewogene Ziel der Raumordnung stützen soll, bestehen vorstehend beschrieben konkrete Beobachtungen aus der Schweiz, die diese These nicht stützen. Zudem ist überraschend, dass Meißner versucht, jede ihm bekannte Beobachtung Dritter, die zu anderen Schlussfolgerungen führt, in seinem Sinne umzudeuten (Meißner 2018, S. 19 ff.). Dies gipfelt darin, dass er Summationseffekte gemeinsam mit Siedlungen oder Straßen behauptet, die erst durch WEA entstehen würden, dies aber nicht weiter belegt (Meißner 2018, S. 21). Zudem stellt Meißner selbst fest: „*Die methodisch stringente Ausarbeitung eines flächenscharfen, großräumigen Korridornetzwerks unter Trennung der o. g. wildökologischen Funktionsräume ist in dem hier gegebenen Zeit- und Auftragsrahmen nicht möglich. […] Schematisch abgegrenzte Lebensraumkorridore bilden daher nur näherungsweise das Verbundpotential eines Raumes und dessen reale Nutzung ab. […] Die real nutzbare Fläche kann dennoch (positiv oder negativ) von der rein planerischen Korridorbreite abweichen.*“ (Meißner	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	2018, S. 3 und 11). Ob das von Meißner angenommene Korridornetz überhaupt besteht, gründet ebenfalls nur auf einer These. Dies hat allerdings für die Darstellung der räumlichen Anordnung und Ausdehnung der Einzugsbereiche der Grünbrücken, der prioritären Korridore und der Zuleitungskorridore erheblichen Einfluss, was zusätzlich ungeeignet ist, die grundrechtlich geschützte Baufreiheit auf dieser Grundlage zu beschränken. Insofern ist es widersprüchlich, wenn Meißner gleichermaßen meint, dass dennoch im „Sinne einer besseren planerischen Handhabbarkeit […] hier eine flächenscharfe Abgrenzung der im Kontext der Verkehrsinfrastrukturplanung für den Lebensraumverbund der Leitart Rothirsch prioritären Migrationsbereiche erfolgen“ (Meißner 2018, S. 4) solle. Soweit Kapitel 4.5.1.3 Absatz 12 Z mit einem Biotopverbundsystem oder Trittsteinbiotopen begründet werden soll, werden offensichtlich Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente geschaffen, ohne diese gemäß § 21 Abs. 4 BNatSchG durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen rechtlich zu sichern, um den Biotopverbund dauerhaft zu gewährleisten. Insofern wird das gesetzliche Erfordernis der rechtlichen Sicherung durch die Landesplanungsbehörde umgangen. Es wäre zudem abwägungsfehlerhaft, wenn eine durch den Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein, also eine im Verfahren beteiligte Behörde, in Auftrag gegebene Stellungnahme (Meißner 2018) umfassend durch die Landesplanungsbehörde angewendet wird und sich immer gegen Stellungnahmen der Öffentlichkeit durchsetzen würde. Die Abwägungsfehlgewichtung bestünde in der pauschalen Bevorzugung der behördlichen Stellungnahme. Im Ergebnis stellt sich das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 12 als für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbares und im Übrigen auch nicht stringent angewandtes Kriterium dar. Jedenfalls kann es vorliegend nicht als rechtmäßiges und endabgewogenes Ziel der Raumordnung der Ausweisung von Windenergiegebieten und Errichtung raumbedeutsamer WEA entgegengehalten werden. Wenngleich wir Verständnis für ein naturschutzfachlich begründetes Kriterium haben und auch der Nutzen von Querungshilfen durch die Windenergie nicht konterkariert werden soll, so bedarf es jedenfalls einer Einzelfallbetrachtung auf der Ebene der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren, die auch entsprechende naturschutzverträgliche Einzelfalllösungen wie insbesondere die Anlage von Deckungsstrukturen ermöglicht. Gerne sind wir bereit, solche Überlegungen mit den involvierten Behörden gemeinsam zu erörtern. Vorliegend ist aber dringend zu vermeiden, dass bereits ursprünglich höchst fragwürdige Abwägungskriterium Querungshilfen und damit verbundene Korridore erneut und noch dazu als Ziel der Raumordnung aufzunehmen. Sofern eine Herabstufung als Grundsatz der Raumordnung erfolgen würde und allein dazu dienen sollte, dass kein Vorranggebiet für Windenergienutzung den kompletten Zugang für eine Querungshilfe verbarrikadiert, wäre das gerade noch nachvollziehbar. Weitergehende negative Abwägungen zugunsten dieses Kriteriums lassen sich aber nicht rechtfertigen. **5 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 (G) – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel** Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G soll um Brutplätze von vier genannten windkraftsensiblen Großvogelarten in einem jeweils angegeben Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Dies sind für den Seeadler 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), für den Schwarzstorch 2.000 Meter, für den Weißstorch 1.000 Meter und für den Rotmilan 1.500 Meter. Wenn im jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt, solle in der Abwägung geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist. Zusätzlich könne bei Weißstorch- und Rotmilan-Brutplätzen einzelfallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden können. In der Begründung B zu 17 wird auf ein erhöhtes Kollisionsrisiko im Horstumfeld von Seeadlern, Weißstörchen und Rotmilanen Bezug genommen. Für Schwarzstörche bestünde ein ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe bestehe (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Der Abstandsradius beim Seeadler wird auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG zurückgeführt. Für den Weißstorch und den Rotmilan wird zwischen einem engen und weiten Radius differenziert, wobei gelte: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Weiter wird auf abwägungsrelevante Aspekte bei bestehenden Windparks innerhalb bestimmter Umgebungsbereiche verwiesen (Übernahme, nachträgliche Ansiedlung, vorhandene Vorbelastung, Repowering). Zu den einzeln genannten windkraftsensiblen Großvögeln ist folgendes festzuhalten und deshalb Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G sowie die diesbezügliche Begründung entsprechend anzupassen, damit eine rechtmäßige Anwendung und Abwägung dieses Grundsatzes der Raumordnung bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in den Regionalplänen erfolgt: **5.1 Allgemein** Es ist zunächst zu begrüßen, dass die Schutzbereiche um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln teilweise reduziert wurden und insgesamt der Abwägung zugänglich sind. Es ist jedoch sehr problematisch, dass Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G die angegebenen Umgebungsbereiche zum Regelfall erklärt, sodass nur im Kontext von Vorbelastungen (bereits bestehende raumbedeutsame WEA bzw. ergangene Genehmigungen) ein Unterschreiten möglich sein solle. Damit wird der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit einer Zielausnahme i.S.d. § 6 Abs. 1 ROG formuliert, was zu korrigieren ist, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, es fehlten hinreichende Daten für eine Zielfestlegung, was aber nun zur verkappten und nur scheinbar abwägungsoffenen Festlegung als Grundsatz der Raumordnung führte. Zudem verwundert der Ansatz, wonach nicht durchgehend die Prüfabstände aus der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG übernommen wurden und fast jegliche Rechtfertigung für die pauschal angenommenen Abstände bei windkraftsensiblen Großvogelarten fehlt. Allein zum Seeadler findet sich ein Bezug auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG. Bei den weiteren kollisionsgefährdeten Arten wird die gesetzliche Vorgabe ignoriert und der abweichend gewählte Abstandsradius nicht gerechtfertigt. Dabei ist im Nachgang zum verfassungsrechtlichen Handlungsauftrag, den das BVerfG formuliert hat (BVerfG, Beschluss vom 23. Oktober 2018 – 1 BvR 2523/13 –, BVerfGE 149, 407-421), der Bundesgesetzgeber tätig geworden und hat mit § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG verbindliche Maßstäbe für die Bewertung, wann nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, festgelegt. Sofern die Landesplanungsbehörde hiervon abweichen und weitergehende Abstände als den Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG berücksichtigen möchte, so fehlt es an einer entsprechenden Rechtfertigung hierfür. Gesetzgeberische Intention war es gerade, bundesweit einheitliche Abstandsregelungen, die der dafür legitimierte Gesetzgeber vorgibt, zu setzen. Insofern sind die vorgesehenen Abstandsradien unbedingt auf den jeweiligen Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG anzupassen oder dieser zumindest gemeinsam mit dem zentralen Prüfbereich abwägend zu berücksichtigen. Hierauf wird zu den einzelnen Arten noch eingegangen. **5.2 Seeadler** Zunächst einmal ist zu begrüßen und zu befürworten, die Seeadler im Rahmen eines abwägungsoffenen Grundsatzes der Raumordnung zu betrachten. Entsprechend kann das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen (vgl. dazu 5.5) aufgehoben und in den vorliegenden Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 etwa mit einer besonderen Gewichtung des Seeadlerschutzes im dargestellten Dichtezentrum überführt werden. Der gesetzlich vorgesehen Schutzstatus würde damit beibehalten bleiben. Angesichts der weiten Verbreitung der Art, fehlender artenschutzrechtlicher Ansätze für die Freihaltung des Dichtezentrums sowie methodischer Zweifel für deren Abgrenzung auch vor dem Hintergrund der neuen bundesgesetzlichen Bewertung drängt sich diese Vorgehensweise auf und erhöht die Rechtssicherheit durch Aufgabe des Ziels der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7. Allerdings ist der Abstandsradius für den Seeadler auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 5.10.1). Zwar ist für den Seeadler zuzugestehen, dass die in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) für den Seeadler nach der gesetzlichen Regelung noch nicht als wirksam angesehen werden oder phänologiebedingte Abschaltungen zu umfangreich wären. Allerdings hat sich gegenüber der Sachlage zum Zeitpunkt der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(BGBl. I S. 1362) fortentwickelt und es liegt ein auch vom Landesamt für Umwelt Schleswig- Holstein mittlerweile für den Seeadler anerkanntes Antikollisionssystem vor. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Seeadlerbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Damit plant die Landesplanungsbehörde nicht in eine Konfliktlage hinein, sondern berücksichtigt die bundesgesetzgeberische Intention, wenn lediglich der Nahbereich von 500 m freigehalten wird. Jedenfalls aber muss eine Differenzierung in 500 Meter (Nahbereich) und 2.000 Meter (Zentraler Prüfbereich) vorgesehen werden, sodass im zentralen Prüfbereich abwägend auch außerhalb der aktuell engen Begrenzung auf Fälle mit Vorbelastung eine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden kann. **5.3 Rotmilan** Zunächst ist festzustellen, dass die Berücksichtigung von Rotmilanbrutplätzen in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G ungeeignet ist und die Auswahl der windkraftsensiblen Großvogelarten auch gar keine Rechtfertigung erfahren hat. Für den Rotmilan kann das auch nicht gelingen. Während sich die Vorgehensweise für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze bei einer Anpassung der Radien und echten Offenheit für eine abwägende Einzelfallprüfung erschließt, ist die Herangehensweise in Bezug auf Rotmilanbrutplätze fehlerhaft. So führte das landeseigene aktualisierte Fachpapier aus: *„Allerdings wird diese Art nicht alljährlich landesweit erfasst und es gibt häufiger Horstwechsel, so dass die Daten oft nur einen ersten Hinweis auf ein Rotmilanvorkommen im Planungsraum geben.“* (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Wind-energieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016, S. 7). Naturschutzfachlich ist bestätigt, dass der Rotmilan gegenüber dem Seeadler eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	deutlich geringere Brutplatzkonstanz aufweist. Eine zwischen den Jahren variable Besiedlung der Landschaft (Wechsel der Horststandorte oder auch Nicht-Wiederbesiedlung von Waldstücken) tritt daher häufig auf (z.B. Mammen et al., Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt. Bericht des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Heft 5/2014). So berichtet Schmude, dass bei einer Rotmilankartierung in Mecklenburg-Vorpommern 75 % der im Folgejahr erneut kontrollierten Horste nicht mehr besetzt waren, insgesamt 49 von 65 Horsten (Schmude, Protokoll der 16. Sitzung der Bund-Länder- Initiative Windenergie (BLWE) am 22.09.2014; nachvollziehbar bei Scheller/Vökler/Güttner, OAMV e.V., Rotmilankartierung 2011/2012 in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 09.02.2014). Die Variabilität ist dadurch begründet, dass der Rotmilan als Zugvogel (auch unter Berücksichtigung möglicher Verluste auf dem Zugweg) erst relativ spät im Jahr ins angestammte Brutrevier zurückkehrt und nicht selten einen neuen Horst bauen muss, weil der Althorst bereits durch andere Arten (Konkurrenten um geeignete Horstbäume bzw. vorhandene Horste z.B. Mäusebussard, Kolkrabe u.a.) besetzt wurde. Auch baut der Rotmilan in der Regel eher kleinere und nicht so stabile Horste, so dass diese leichter als z.B. langjährig genutzte und entsprechend ausgebaute Seeadler-Horste durch Winterstürme zerstört werden können. Diese artökologischen Aspekte der Biologie des Rotmilans bedingen, dass zwar in der Regel die Reviere wiederbesetzt werden, aufgrund der Variabilität die Lage der Horststandorte aber nur schwer vorhersagbar ist. Wird nunmehr aber auf dieser Grundlage eine Potenzialfläche im 1.500 Meter- oder 1.000 Meter- Radius (zu den falschen Abständen vgl. nachfolgend) um einen aktuell nachgewiesenen Standort eines Rotmilanhorsts gestrichen, so werden diese naturschutzfachlichen Grundlagen zur sehr geringen Horsttreue missachtet. Dies kann dazu führen, dass durch den Horstwechsel die Potenzialfläche bereits beim Inkrafttreten des Regionalplans nicht mehr durch den Rotmilanhorst beeinträchtigt würde. Zudem ist es vor dem Hintergrund des nach § 5 Abs. 1 Satz 4 LaplaG vorgesehenen Planungszeitraums der Regionalpläne von fünfzehn Jahren, also voraussichtlich bis 2040, abwägungsfehlerhaft, eine Art mit sehr geringer Brutplatzkonstanz heranzuziehen, um in der Abwägung Potenzialflächen bis ins Jahr 2040 zu streichen. Soll auf der höherstufigen Planungsebene bereits eine weitgehende Aussage mit Abwägungsdirektiven wie aktuell in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G vorgesehen getroffen werden, geht dies mit einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte einher, als wenn – auch im Rahmen der Abwägung – keine konkreten Zielaussagen getroffen werden. Dabei können sich die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abwägungsvorgang selbst den Anforderungen an die Abwägung bei Fachplanungen annähern, je enger das Ziel und der damit vorgegebene Rahmen sind (OVG Mecklenburg- Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Soweit durch den Grundsatz der Raumordnung, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 Potenzialflächen ausgeschlossen werden sollen, bedarf es für die herangezogenen Tierarten eine landesweite Kenntnis von Horststandorten. Nur dann liegt eine für diese Zwecke ausreichende Bestandsaufnahme vor (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53), die den Anforderungen an Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte genügt. Dies gilt umso mehr, weil die Zuordnung zur Streichung von Gebieten im Rahmen der Abwägung ohne vorhandene umfangreiche Raumnutzungsanalyse faktisch zu einem Ziel der Raumordnung erhoben wird, was an sich bereits fragwürdig ist. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn dies im Sinne einer Beweislastumkehr auf die Öffentlichkeit, insbesondere die Vorhabenträger, als Anforderung verlagert wird. Während die rechtlich erforderlichen landesweiten Kenntnisse für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze wohl vorliegen dürften, gibt es eine solche hinreichende Bestandsaufnahme und Erkenntnislage für Rotmilanbrutplätze nicht. Es wäre im Übrigen auf Grund der vorstehend beschriebenen fehlenden Brutplatztreue wohl auch problematisch, eine aktuelle bzw. dem Bedarf der Regionalplanung – schließlich handelt es sich um ein Verfahren über viele Monate und einen Plan, der mehrere Jahre gelten soll – entsprechende Bestandsaufnahme zu erhalten. Jedenfalls für die Art Rotmilan sollte die Landesplanungsplanungsbehörde unbedingt auf die nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verweisen, was sowohl die sehr geringe Brutplatzkonstanz als auch die für die Bewertung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG maßgeblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen (Abschaltung, Ablenkflächen, etc.) besser und abwägungsfehlerfrei berücksichtigt. Dabei wird nicht in eine unüberwindbare Verbotslage hineingeplant, weil § 45b BNatSchG in Einzelfällen letztendlich auch noch über die artenschutzrechtliche Ausnahme immer eine Genehmigungsfähigkeit bei einer Betroffenheit des Rotmilans ermöglicht. Sofern die Landesplanungsbehörde den Rotmilan nicht schon in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G als ausgewählten windkraftsensiblen Großvogel aufgrund der vorstehenden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausführungen streicht und damit Rechtsfehler vermeidet, so hat in jedem Fall eine Anpassung der dortigen Abstandsradien für die Art zu erfolgen. Es ist zunächst nicht nachvollziehbar und kann auch nicht begründet werden – wenig überraschend verhält sich die Begründung B zu 17 deshalb auch überhaupt nicht dazu – wieso für den Rotmilan ein Umgebungsbereich von 1.500 Metern angenommen wird. Es kann im Rahmen der Festlegung nicht über den zentralen Prüfbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG hinausgegangen werden und zugleich auf das Zugriffsverbot das erhöhte Kollisionsrisiko für den Rotmilan als Begründung herangeführt werden. Schließlich hat der Bundesgesetzgeber für den erweiterten Prüfbereich eine Beweislastumkehr eingeführt und in § 45b Abs. 4 Satz 1 BNatSchG festgelegt, dass in der Regel das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare dann nicht signifikant erhöht ist. Es ist sehr widersprüchlich dazu, dass die Landesplanungsbehörde abstrakt über § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG hinausgehend beim Rotmilan 1.500 Meter, anstatt 1.200 Meter vorsieht (vgl. allgemein bereits 5.10.1). Auffallend ist, dass nur für den Rotmilan der Radius nicht an Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG angepasst wurde, sondern stattdessen an den Abständen des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) ohne weitere Begründung festgehalten wird. Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. In jedem Fall ist der Abstandsradius auf 1.200 Meter zu reduzieren. Unabhängig davon ist der Abstandsradius für den Rotmilan jedoch sogar auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 5.10.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Rotmilan zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reicht nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Es sind aber auch schon Antikollissionssysteme für den Rotmilan in Schleswig- Holstein anerkannt. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Rotmilanbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: *„Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“* Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nicht einmal den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf nur 1.000 Metern zu Rotmilanhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 1.000 Metern anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen rechtlich überholten (vgl. vorstehende Ausführungen) gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 1.000 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. **5.4 Praxisbeispiel** Im Umgebungsbereich der Potenzialfläche PR3_STO_049 (PR3_STO_302) befinden sich entsprechend der landesplanerisch herangezogenen Daten mehrere Rotmilan-Horste, die nach den aktuellen Vorgaben der Landesplanung mit einem zunächst anzunehmenden Schutzbereichvon 1.500-Metern zu Einschränkungen führen, die etwa 80 % der Fläche betreffen. Wie oben dargestellt zeigen Rotmilane jedoch eine geringe Brutplatztreue, da bis zu 75 % der Horste im Folgejahr nicht mehr besetzt sind, was die Sinnhaftigkeit eines pauschalen Ausschlusses von 1500 m in Frage stellt. Gerade vor dem Hintergrund einer seit über 20 Jahren bestehenden Vorbelastung der Flächen durch insgesamt 3 Alt-WEA erscheint der festgelegte Schutzradius von 1.500 Metern in diesem Fall nicht sachgerecht. Eine einzelfallbezogene deutliche Reduzierung der Schutzabstände in Kombination mit Schutzmaßnahmen wie Abschaltungen oder Antikollisionssystemen wird vermutlich ausreichen, um einen ausreichenden Artenschutz zu gewährleisten und einen Großteil der Potenzialfläche weiterhin für Windkraftprojekte nutzbar zu machen. Zusätzlich beeinflussen zwei Seeadlerhorste, die sich im Norden und Süden der Potenzialfläche befinden, die Planung. Seeadlerbrutplätze sind besonders schutzbedürftig, jedoch kann der Abstandsradius entsprechend der Vorgaben des BNatSchG auch hier bis auf 500 Meter reduziert werden, ohne den Artenschutz zu gefährden. Dies wird gestützt durch die mittlerweile erfolgte Entwicklung und Anerkennung von Antikollisionssystemen für Seeadler insbesondere auch in Schleswig-Holstein. Innerhalb eines erweiterten Prüfbereichs von 2.000 Metern könnten Windenergieprojekte durch eine Abwägung der Umstände und der bereits bewährten Maßnahmen zur Konfliktbewältigung genehmigungsfähig sein. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [Unterschriften] [redacted]	
Institution: Gemeinde Fargau-Pratjau, Der Bürgermeister ID: M2599	Hierzu nimmt die Gemeinde Fargau-Pratjau wie folgt Stellung: Die Gemeinde Fargau-Pratjau, vertreten durch Ihren Bürgermeister Herrn Martin Fröber, ist strikt gegen eine Ausweisung von Windvorrangflächen auf Ihrem Gemeindegebiet. Auch müssen für angrenzende eventuelle Flächen von Nachbargemeinden die Abstände zur Wohnbebauung auf unserem Gemeindegebiet von 800 m -1.000 m eingehalten werden. Dies wurde im Gemeinderatssitzung am 10.07.2024 ohne Gegenstimme beschlossen. Begründung: In der Teilfortschreibung des vorangegagenen Regionalplanes sind keine Vorranggebiete für Windenergieanlagen im Gemeindegebiet der Gemeinde Fargau-Pratjau ausgewiesen. Dies war sachlich auch gut begründet. Eine Wiederaufnahme der als Potentialfläche gekennzeichneten Flächen in unserem Gemeindegebiet und der direkten Umgebung ist für uns vollkommen unverständlich. An der nördlichen Gemeindegrenze Fargau-Pratjau zur Gemeinde Krumbek, Ortsteil Ratjendorf stehen bereits 4 Windkraftanlagen. Die Gemeinde hält die derzeitige Belastung mit den vielfältigen Immisionen für unsere Bürger in Sophienhof, Legbank und Neu- Sophienhof noch für gerade noch erträglich. Eine zusätzliche Belastung lehnen wir strikt ab. Wir fordern Mindestabstände zur Wohnbebauung von mind. 5 H oder 800 m - 1.000 m.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* und *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 2.3.1, 2.3.4, 3.15.1, 4.20.1, 5.1.1, 6.1.1, 7.2.3, 7.2.6, 7.2.14, 7.2.15, 7.3.5 und 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zum Thema der Dimensionierung der Vogelzugrouten Die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs werden auf Basis erfasster Bewegungsdaten festgelegt. Die räumliche Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs geben dabei nicht die gesamte biologische Dimension des Vogelzuges wieder, sondern konzentrieren sich auf die nach aktuellem Kenntnisstand potenziell besonders konfliktträchtigen Bereiche. Nicht alle Vogelzugwege sind als Konfliktbereiche im Rahmen der Windkraftplanung anzusehen oder lassen sich im Raum abgrenzen. Andere Bereiche, die durch Breitfrontenzug geprägt sind und/oder in denen Vogelzug auf breiterer Front und vielfach in Höhen stattfindet, die durch die Windenergienutzung nicht betroffen sind, wurden nicht bei dem Vogelzugkriterium berücksichtigt.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Die Gemeinde wird alle rechtlichen Mittel einsetzen, um den Schutz Ihrer Bürger zu gewährleisten. Zusätzliche Windenergieanlagen mit einer Höhe von zZt. 250 m bis zu 289 m hätten immense Belastungen auf das Leben und die Bürger in unserer Gemeinde und dem gesamten Umgebung zur Folge. Die Gemeinde Fargau-Pratjau mit Ihrer einzigartigen Kulturlandschaft am Selenter See ist im Umland der Landeshaupstadt Kiel als Wohn- und Naherholungsgebiet für eben diese Stadt Kielgeprägt. Als eben dieses Naherholungsgebiet am Selenter See auf der einen und der Probstei mit der Nähe zur Ostsee auf der anderen Seite wird unsere Gemeinde sehr stark touiristisch genutzt. Badestellen und Wanderwege, für Fussgänger und Radfahrer gleichermassen, sind in unserer Gemeinde ein beliebtes Ziel für Urlauber und Naherholer. Nicht zu Vergessen dass Herrenhaus „Schloss Salzau“. Als Ausflugsziel vieler Touristen über die Landesgrenzen hinaus bekannt. In Zukunft soll das Herrenhaus mit neuem Leben erfüllt werden, Kultur und Wohnen soll dort neu entstehen. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen auf unserem Gemeindegebiet und der direkten Umgebung würde zu einem Zielkonflikt zwischen Naherholung, Tourismus einerseits und Windenergieindustrieanlagen andererseits führen. Das Projekt „Schloss Salzau“ wäre zum Scheitern verurteilt. Windenergieanlagen mit einer Höhe von 250 m bis 289 m sind weithin sichtbar. Die Femwirkung auch oder gerade auf das Schloss Salzau dürfte auch unter Denkmalschutz Aspekten unzulässig sein. Ausserdem beabsichtigt die Gemeinde Fargau-Pratjau eine Außenbereichsatzung gern. § 35 (6) BauGB für den Ortsteil Neu-Sophienhof aufzustellen. Dies geschieht, um die Attraktivität der Siedlung zu erhalten und klare und verlässliche bauplanungsrechtliche Zulässigkeitsgrundlagen zu schaffen. Mit der Aufstellung der Satzung § 35 (6) BauGB geht eine Planverfestigung der Wohnsiedlung Neu Sophienhof einher, im Sinne des Entwurfs der LEP Fortschreibung 2024, Kapitel 4.5.1 Grundsatz: Umgebungsbereich um planverfestigte Siedlungsflächen im Außenbereich. Bei planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen, die nicht an die Siedlungs-Bereiche angrenzen und gemäß § 35 BauGB eingestuft sind, soll geprüft werden, ob im Einzelfall ein Umgebungsbereich wie in 1 Z zugrunde gelegt werden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	kann. Die ortsbauliche Wertung der Wohnsiedlung Neu Sophienhof als tragfähige Siedlungsstruktur mit einem, ggü. einzelnen Siedlungssplittem, erhöhten Schutzanspruch dürfte unbestritten sein. Insofern fordert die Gemeinde Fargau-Pratjau die Einhaltung eines geschützten Umgebungsbereiches von mindestens 800 m in der akruellen Fortschreibung des LEP und dem kommenden Regionalplan II festzulegen. Anlage 1. Stellungnahme BGS Naturschutzfachliche Betrachtung: In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist unter anderem aufgeführt, dass um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll. Bezogen auf den Seeadler sind hier 2.000 m aufgeführt. In der Abwägung kann jedoch geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist, wenn in dem Abstandsradius bereits raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet wurden. Bei diesen Dimensionen von Windkraftanlagen und einer Höhe von z.Zt. 250 m bis 289 m, kann davon ausgegangen werden, dass eine unmittelbare Tötungsgefahr für den Seeadler besteht. Zum Schutz der Seeadler sollte der Radius um einen Seeadlerhorst grundsätzlich 3.000 m betragen (siehe Anhang „Helgoländer Papier“), eine Prüfung und Abwägung sollte innerhalb dieses Radius nicht möglich sein. Folgendes, aktuelles Zitat der Projektgruppe Seeadlerschutz: „Hierhin hat die Proiektqruppe Seeadlerschutz das zuständige Innenministerium aufgefordert, die Abgrenzung des Seeadler-Dichtezentrums aufgrund der vorliegenden fachlichen Kriterien zu erweitern. Das Seeadlerrevier bei Bendfeld ist seit 2017 dauerhaft besetzt und wurde bei der Abgrenzung nicht berücksichtigt! Nach $ 44 BNatSchG ist das Töten besonders geschützter Tierarten, darunter Seeadler. Rotmilan und Schwarzstorch, verboten.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dieses Tötunqsverbot ist bei allen Vorhaben, die zu entsprechenden Gefährdunossituationen führen können, zu beachten. Für WKA gilt dementsprechend, dass im Zuge der Planung nur Standorte festoeleat werden dürfen. die eine Kollision besagter (und anderer) Arten aller Wahrscheinlichkeit nach ausschließen. Angesichts dessen hält die Proiektoruppe die Umsetzung nachfolgender Vorschläge für notwendig: » Erweiterung des bereits vorgesehenen Seeadlerdichtezentrums im Nordwesten. d.h. Schließen der in der Probstei / Kreis Plön bestehenden Lücke (die Seeadlerreviere Bendfeld und Barsbek sind mit einem entsprechenden Radius einzubeziehen). • Freihalten aller potenziellen Beeinträchtigungsbereiche um die Nistolätze von Seeadler. Rotmilan und Schwarzstorch. “ Zitat Ende. Unerklärlich auch, dass seinerzeit das Seeadlerdichtezentrum nicht wie von der Projektgruppe Seeadlerschutz gefordert auf die Prbstei und Umlande erweitert bzw. eingerichtetet wurde. Gerne verweise ich hierzu auch noch einmal auf das Helgoländer Papier, ausgearbeitet von den staatl. Vogelschutzwarten als staatl. wissenschaftliche Arbeit in der Mindest-Abstände von Vogelarten zu Windkraftanlagen gefordert bzw. empfohlen werden. Auch sind die Vogelzugruten völlig unzureichend bemessen. Auf unserem Gemeindegebiet rasten viele der Zugvogelarten auf ihrem Weg im Herbst in den Süden und im Frühling zurück. Andere, heimische oder heimisch gewordene Arten leben dauerhaft bei uns. Dies belegen unzählige , fotografisch festgehaltene Sichtungen und 2 Monitoring Berichte unseres Bürgermeisters Herrn Martin Fröber aus den Jahren 2014-2016. Dort wurden seinerzeit die unterschiedlichen Grossvogelarten dokumentiert. Diese Dokumentationen wurden auch seitens der Kreisverwaltung Plön bestätigt und haben	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unter anderem in der damaligen Stellungnahme des Kreises Plön zu einer eindeutigen Unzulässigkeit von WKA auf unserem Gebiet geführt. Infrastruktur. Kosten: Ein weiterer Kritikpunkt für Windenergieindustrieanlagen ist die Infrastruktur. Windenergieanlagen müssen in Schleswig-Holstein immer häufiger abgeschaltet werden, weil der produzierte Strom nicht mehr ins Stromnetz eingespeist oder signifikant gespeichert werden kann. Bis Umspannwerke ausgebaut und Leitungen gebaut sind, wird es noch viele Jahre dauern. Windenergieanlagen sollten, wenn überhaupt, erst dann gebaut werden, wenn es auch möglich ist, den produzierten Strom dauerhaft abzunehmen, weiterzuleiten und zu speichern. Die Politik hat sich in diesem Fall offensichtlich anders entschieden und die Betreiber der Windenergieanlagen bekommen den produzierten Strom bezahlt, auch wenn er gar nicht in das Netz eingespeist werden kann. Das kostet und kostete allein den Stromzähler in Schleswig-Holstein viele Milliarden Euro. Die Spurplattenwege sowie die unbefestigten Wege, die genutzt werden müssen, um Windenergieanlagen überhaupt bauen zu können, sind für den Schwerlastverkehr völlig ungeeignet und aktuell schon kaum noch befahrbar. Sie müssten also ausgebaut werden, was zu einer weiteren nicht gewollten Versiegelung im Außenbereich und sogar im Landschaftsschutzgebiet führt. Ein Rückbau dieser Wegeflächen kann erst nach Ablauf der Gesamtlaufzeit der Windenergieanlagen erfolgen, weil aus Wartungsgründen und für den Ersatzteilaustausch immer wieder Schwerlastverkehr auf diesen Wegen erfolgen muss. Auch sind die Dimensionen für den eigentlichen Bau der WKA gigantisch. Bis zu 6.000 m3 Stahlbeton pro Anlage versiegeln den Boden für immer. Tausende von LKW würden über Jahre zu einer schweren Belastung unserer dicht aneinander stehenden Dörfer und Gemeinden führen, dies ist unzumutbar für die Bürger der betroffenen Gemeinden. Ganz zu schweigen von den fembleibenden Touristen während der jahrelangen Bautätigkeit. Fahrradfahren wäre auf unbestimmte Zeit unmöglich und der jetzt schon schlechte Zustand unserer Kreis und Gemeindestrassen würde sich weiter massiv verschlechtern. Ohne weitere Ausführung weisen wir als Gemeinde darauf hin, dass folgende Punkte nichtgelöst sind:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- Grundwasserproblematiken, - gesichter, rückstandsloser Abbau der WKA nach Nutzungsende (Kosten für die Gemeinden und die Steuerzahler)etc. - Gesundheitsgefahren durch den Betrieb Wir fordern daher die Landesplanung auf, die Potentialflächen in dem Gemeindegebiet von Fargau- Pratjau nicht in den Regionalplan aufzunehmen bzw. dauerhaft aus dem LEP zu löschen. Mit freundlichen Grüßen Martin Fröber Bürgermeister Gemeinde Fargau-Pratjau	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2515	Stellungnahme zum Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 bzgl. dem Bereich westlich von PR1_NFL_083 (Marienkoog, Galmsbüll) Sehr geehrte Damen und Herren, die Bürgerwindpark [redacted] begrüßt ausdrücklich die Aufnahme des Bereichs westlich der Potenzialfläche PR1_NFL_083 als „Ausnahmebereich um Standorte von WEA innerhalb des Umgebungsbereiches von 1.000m um EU-VSG“ in die im Betreff genannte Teilfortschreibung mit folgender Begründung: • Das Fachbüro BioConsult SH kommt in seinem ornithologischen Fachgutachten (Anhang 1) aus 12/2023 u.a. zu folgenden, bestätigenden Auffassungen: o „Von den nach MELUND & LLUR (2021) als windkraftsensibel eingestufte Greifvogelarten berührt nach den Ergebnissen der Nestkartierungen der Groß- und Greifvögel in den Jahren 2018, 2021 und 2022 sowie der Datenrecherche keine mit ihrem artspezifischen Nahbereich die WEA-Planung (Stand: 20.06.2023; MELUND &	Die Betrachtung der Umgebungsbereiche um Europäische Vogelschutzgebiete (EU-VSG) erfolgt zweigeteilt und trägt somit den planerischen Entwicklungen über die Zeit (Bestandsanlagen) und den neuen Anforderungen beim Ausbau der Windenergie durch höhere Flächenbeitragswerte (Ausweisung von mehr Flächen unter Berücksichtigung unbelasteter Räume) Rechnung. Grundsätzlich muss aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse davon ausgegangen werden, dass Umgebungsbereiche von 1.000 m um EU-VSG verstärkt von den zu schützenden maßgeblichen Bestandteilen des Natura 2000-Gebiets, also bestimmten Vogelarten, genutzt werden. Damit zählen diese Bereiche zu den sensiblen Gebieten, in denen keine Ausweisung von Vorranggebieten erfolgen sollte. Weiterhin wird durch den die Freihaltung des 1000m-Umgebungsbereiches vermieden, dass die Störwirkung von WEA in die Schutzgebiete hinein wirken und zu einer erheblichen Beeinträchtigung des jeweiligen

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	LLUR 2021).“ (Seite 11) o „Von den nach LANU (2008) und MELUND & LLUR (2021) als windkraftsensibel eingestuften Groß- und Greifvogelarten als windkraftsensibel eingestuften Groß- und Greifvogelarten berührt nach den Ergebnissen der Nestkartierungen der Groß- und Greifvögel in den Jahren 2018, 2021 und 2022 sowie der Datenrecherche ebenfalls keine mit ihrem artspezifischen Beeinträchtigungsbereich oder ihrem artspezifischen Prüfbereich für Nahrungsgebiete das Vorranggebiet sowie die WEA-Planung (MELUND & LLUR 2021; LANU 2008).“ (Seite 11) o „Fazit Zugvögel: Eine potenzielle vorhabenbedingte Betroffenheit der als Zugvögel auftretenden Individuen ist nicht gegeben.“ (Seite 40) o „Fazit Rastvögel: Eine potenzielle vorhabenbedingte Betroffenheit der als Rastvögel auftretenden Individuen ist nicht gegeben.“ (Seite 41) o „Der Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (Erhebliche Störungen) wird vorhabenbedingt für Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie sowie für europäische Vogelarten nicht verwirklicht.“ (Seite 51) o „Unter der Voraussetzung, dass die in Kapitel 5 genannten Maßnahmen zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG umgesetzt werden, ist das geplante Windenergievorhaben als artenschutzrechtlich zulässig anzusehen.“ (Seite 52) • Das Fachbüro BioConsult SH kommt mit der FFH-Verträglichkeitsprüfung (Anhang 2) aus 05/2019 u.a. zu folgenden, bestätigenden Auffassungen: o „Die Verträglichkeitsprüfung kam für alle Erhaltungszielarten, für die im externen Gutachten von Rohr et al. (2018) eine erhebliche Beeinträchtigung bisher nicht ausgeschlossen werden konnte, zu dem Schluss, dass nach vertiefter Prüfung erhebliche Beeinträchtigungen durch eine Windenergienutzung auf der Fläche PR1_NFL_039 ausgeschlossen werden können. Dies gilt sowohl für Vorkommen innerhalb des Schutzgebietes (tatsächliche oder potenzielle Brutplätze, bei Rastvögeln unverzichtbare tatsächliche oder potentielle Nahrungs-/Rastflächen), als auch für etwaige Funktionsbeziehungen zu essenziellen Teilhabitaten außerhalb des Schutzgebietes, aber innerhalb des 1.200 m-Puffers, bei denen von regelmäßigen Wechselbeziehungen zwischen dem VSG und Teilhabitaten auszugehen wäre.“ (Seite	Gebietes führen. Eine generelle Freihaltung der Umgebungsbereiche ergibt sich zudem aus der Annahme, dass durch die Ausweisung von mehr Fläche für Windenergie zur Erfüllung der höheren Beitragswerte gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz die Natur insgesamt stärker belastet wird. Größere unbelastete Flächen und Gebiete mit einer besonderen Bedeutung für den Naturschutz erhalten so eine höhere Relevanz. An Standorten, wo bereits Anlagen bestehen und die nicht von weiteren Zielen überlagert werden, werden „berechtigte Interessen der Altanlagenbetreiber und der Öffentlichkeit an der Weiternutzung der vorhandenen Infrastruktur“ in die Überlegung miteingestellt (vgl. B zu 16 Z, Plantext im Entwurf, Stand: Juni 2024). Dabei wird davon ausgegangen, dass die Freihaltung bisher unbelasteter Räume Vorrang hat – oder umgekehrt, belastete Räume im Zweifelsfall bestehen bleiben sollten, um einen umweltverträglichen Ausbau der Windenergie gemäß § 1 EEG gewährleisten zu können. In der Karte des LEP Windenergie (Anlage 2) sind entsprechende Ausnahmebereiche dargestellt. Ob eine Ausweisung von Vorranggebieten hier erfolgen kann, ist im Rahmen der Regionalplanung zu klären.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	42) o „Eine Beeinträchtigung des Erhaltungszustandes der Arten sowie eine Beeinträchtigung der übergreifenden und speziellen Erhaltungsziele sind somit nicht zu befürchten.“ (Seite 42) • In dem o.g. Bereich findet bereits seit 1993 eine windenergetische Nutzung statt. Nach erfolgtem Repowering sind dort derzeit insgesamt acht Windenergieanlagen (WEA) der Multimegawatt-Klasse errichtet und in Betrieb. Es ist ein weiteres Repowering geplant, das sich in einem fortgeschrittenen Genehmigungsverfahren befindet. • Bei der Fläche handelt es sich um einen Raum, der im Sinne des Grundsatzes 4.5.1 Abs. 1 der im Betreff genannten Teilfortschreibung unter Berücksichtigung aller relevanten Belange für den Ausbau der Windenergienutzung mit Augenmaß in Betracht kommt. • Die Fläche hält die Abstände gemäß Kap. 4.5.1.1 der im Betreff genannten Teilfortschreibung ein. Mit freundlichen Grüßen Bürgerwindpark [redacted] [redacted]	
Institution: Bauernverband Schleswig-Holstein e.V., Keine Abteilung ID: 2032	Stellungnahme Bauernverband Schleswig-Holstein e.V. LEP Stellungnahme zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesent-wicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Entwurf 2024 Der Bauernverband Schleswig-Holstein vertritt rund 17.000 Mitglieder und ihre Familien im ländlichen Raum. Diese sind im besonderen Maße mit den naturräumlichen Besonderheiten unseres Bundeslandes vertraut und verwoben. Nach § 1 Raumordnungsgesetz ist es die Aufgabe der Raumordnung, den Gesamtraum der Bundesrepublik Deutschland und seiner Teilräume durch zusammenfassende, übergeordnete Raumordnungspläne und durch Abstimmung raumbedeutsamer	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4, 1.5.1 und 1.6 der allgemeinen Synopse verwiesen. Bezüglich der Sicherstellung der Agrarstruktur sei darauf hingewiesen, dass innerhalb von Windenergiegebieten die landwirtschaftliche Nutzung grundsätzlich weiterhin möglich ist. Lediglich die Standorte der WEA selbst einschließlich der Fundamente sowie erforderliche Zuwegungen u. ä. sind einer landwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Insofern stehen durch Windenergiegebiete nur im Verhältnis untergeordnete Flächenanteile dieser Nutzung nicht zur Verfügung.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungen und Maßnahmen zu entwickeln, zu ordnen und zu sichern. Die ursprünglich mehr technisch verstandene Funktion des Raumordnungsplans, eine Vorgabe für die Koordinierung und Steuerung von raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen auf allen Planungsebenen zu bilden, wird im vorliegenden Entwurf zum Landesentwicklungsplan nur bedingt verfolgt. Offenbar soll vielmehr eine umfassende landespolitische Entwicklungsplanung in den Vordergrund treten. Ein Raumordnungsplan – und dies ist der Landesentwicklungsplan trotz der andersartigen Bezeichnung dem Grunde nach noch immer (siehe auch §5 Abs.1 LaplaG) – ist als Instrument jedoch nicht generell geeignet, allgemein politische Zielsetzungen niederzulegen. Mit dem Entwurf des LEP Windenergie werden Ausschlussbereiche (bislang harte und weiche Tabukriterien) als Ziele der Raumordnung festgelegt. Sie sind sowohl für Behörden als auch Kommunen verbindlich. Alle Kriterien, die die Voraussetzungen für Ziele der Raumordnung nicht erfüllen (bisherige Abwägungskriterien), sollen als Grundsätze der Raumordnung festgelegt werden. Die Landesregierung hält an der derzeitigen Rotor-In-Vorgabe zur Ermittlung von Windenergiegebieten fest. Damit muss der Rotor von WEA innerhalb der auszuweisenden Windenergiegebiete liegen. Alle Schutzabstände zu Wohnbebauung, Infrastruktur, Denkmalen, Natur und Landschaft sind von der Gebietsgrenze aus gerechnet. Mit § 245e und § 249 BauGB wurde die Ausweisung von Windenergiegebieten im Zusammenhang mit dem WindBG auf eine Positivplanung umgestellt. Dies hat unter anderem zur Folge, dass nun feste Flächenbeitragswerte festgesetzt werden. Die bislang als Ziel der Raumordnung festgelegte Ausschlusswirkung wird in Konsequenz ersatzlos gestrichen. Durch Absatz 1 G des Entwurfs der Teilfortschreibung des LEP Windenergie wird nun als Grundsatz der Raumordnung normiert, dass mindestens drei Prozent der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen werden sollen. Eine Ausschlusswirkung außerhalb dieser Vorranggebiete ist damit nicht mehr verbunden, so dass Gemeinden im Einzelfall durch eine Bauleitplanung außerhalb der als Ziele der Raumordnung ausgeschlossenen Bereiche weitere Windenergiegebiete ausweisen können.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Wir begrüßen, dass als nicht raumbedeutsam weiterhin gelten bis zu zwei Kleinanlagen mit einer Gesamthöhe von jeweils bis zu 30 Meter und Nebenanlagen als Einzelanlagen mit einer Gesamthöhe bis zu 70 Meter, wenn letztgenannte überwiegend der Energieversorgung eines anderen im Außenbereich privilegierten Vorhabens nach § 35 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 Baugesetzbuch (BauGB) dienen. Das Verbot von Höhenbegrenzungen für WEA sollte sorgfältig abgewogen werden. Nach § 4 Abs. 1 S. 5 WindBG dürfen Flächen mit „Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen“ nicht auf die Flächenbeitragswerte der Länder angerechnet werden. Höhenbestimmungen in Windenergiegebieten beziehungsweise Vorranggebieten Windenergie werden damit jedoch nicht pauschal untersagt. Die Abschaffung der 3H/5H-Regelung wegen der Befürchtung, sie könne als eine indirekte Höhenbestimmung im Sinne des WindBG zu werten sein trägt sich nicht selbst. Seit Einführung des WindBG wäre Zeit genug gewesen, eine verbindliche Abstimmung mit dem Bund herbeizuführen, wie die bundesgesetzliche Vorgabe auszulegen ist. Dies gilt um so mehr vor dem Hintergrund, dass zukünftig Referenzanlagen eine angenommene Standardhöhe von 200 m haben. Die Fläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe darf nicht als Verfügungsmasse für alle anderen Belange wie der Infrastruktur (vor allen Dingen Straßenbau, Gewerbeansiedlung und Baugebiete aber auch der Energiewirtschaft) und für die Ziele des Naturschutzes angesehen werden. Schleswig-Holstein ist von seinen Standortbedingungen und seinen Betriebsstrukturen her ein Gunststandort für landwirtschaftliche Produktion insbesondere für den Ackerbau und die Milchviehhaltung. Im Getreidebau werden Spitzenerträge erzielt. Schleswig-Holstein kann deshalb innerhalb Deutschlands einen nicht unerheblichen Beitrag zur Ernährungssicherstellung leisten. Aufgrund der hohen Produktivität, wird damit ein maßgeblicher Beitrag zur weltweiten Einsparung an THG-Emissionen geleistet. Daher muss die Agrarstruktur sichergestellt bleiben.	
Gruppe ID: GM2437 Anzahl: 2 (IDs: M2392, M2437)		Zu Punkt 1 und Punkt 2 wird auf die Ziffern 4.5.1 und 3.17 der allgemeinen Synopse verwiesen. zu Punkt 3: Aufgrund der Bedeutung der Breitenburger und Hörner Au

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
		Niederung für Wiesenvögel wurde großflächig das Wiesenvogelkriterium in den Niederungsflächen östlich des Breitenburger Moorsees abgegrenzt. Zwischen dem Moorsee und der offenen Niederung (Wiesenvogelkulisse) befindet sich mit dem Winselmoor ein Bereich, der bewaldet ist. Eine faktische Besiedlung von Wiesenvögeln in grundsätzlich geeigneten Lebensräumen war keine Grundlage für die Abgrenzung der Wiesenvogelkulisse. zu Punkt 4.1: Die Bedeutung des Breitenburger Moorsees als Schlafplatz und der umliegenden Flächen als Nahrungsgebiete für den Zwergschwan sind hinreichend bekannt. Daher wurde im LEP das Ziel 10 Z „International bedeutsame Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen“ großflächig im Bereich der Breitenburger und Hörner Au-Niederung abgegrenzt. Damit wird dieser Bereich von einer Windkraftplanung freigehalten. zu Punkt 4.2: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. zu Punkt 4.3: Die Flugdaten der besenderten Zwergschwäne zeigen, dass die Zwergschwäne insgesamt recht mobil sind. Die Schlussfolgerung, dass der Rückgang der nordwesteuropäischen Population damit zusammenhängt, dass sie Umwege um WEA fliegen müssen und deshalb signifikant in ihrer Fortpflanzungsfähigkeit geschädigt werden, wird seitens der Naturschutzbehörden nicht geteilt. zu Punkt 5: Es wird auf Ziffer 4.13.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
		zu Punkt 6: Aufgrund der geografischen Lage von Schleswig-Holstein gibt es im ganzen Land Vogelzug. Vielfach handelt es sich um den sogenannten Breitfrontenzug von Singvögeln, der nachts in großer Höhe stattfindet, sodass er im Rahmen von Windenergieplanungen keine Berücksichtigung findet. Die räumliche Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs geben daher nicht die gesamte biologische Dimension des Vogelzuges wieder, sondern konzentrieren sich auf die nach aktuellem Kenntnisstand potenziell besonders konfliktträchtigen Bereiche. Nicht alle Vogelzugwege sind als Konfliktbereiche im Rahmen der Windkraftplanung anzusehen oder lassen sich im Raum abgrenzen. Andere Bereiche, die durch Breitfrontenzug geprägt sind und/oder in denen Vogelzug auf breiterer Front und vielfach in Höhen stattfindet, die durch die Windenergienutzung nicht betroffen sind, wurden nicht bei dem Vogelzugkriterium berücksichtigt. zu Punkt 7.1: Die Bedeutung des Breitenburger Moorsees als Schlafgewässer und der Breitenburger und Hörner Au-Niederung als Nahrungsflächen insbesondere für den Zwergschwan, verschiedene Gänsearten sowie den Kranich ist hinreichend bekannt. Daher wurde im LEP das Ziel 10 Z „International bedeutsame Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen“ großflächig in der Breitenburger und Hörner Au-Niederung abgegrenzt. Zusätzlich ist der Grundsatz 13 G „Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche“ im LEP formuliert. Insgesamt ist damit sichergestellt, dass die wichtigsten Schlafplätze, Nahrungsgebiete sowie die Flugkorridore im Bereich der Breitenburger und Hörner Au-Niederung von einer Windkraftplanung freigehalten werden.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
		zu Punkt 7.2: Die Bedeutung des Hasenmoores als Schlafplatz und der umliegenden Flächen als Nahrungsgebiete für den Kranich sind bekannt. Daher wurde der Grundsatz 13 G „Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche“ 3 km auch um das Hasenmoor abgegrenzt. Kraniche fliegen von den Schlafgewässern auch weitere Strecken zu Nahrungsgebieten. Zur Nahrungssuche werden oft Ackerflächen mit Ernteresten aufgesucht, die über eine große Fläche und jahrweise wechselnd zur Verfügung stehen. Trotz des großen Kranichbestandes gibt es bundesweit und europaweit nur vergleichsweise wenige Kollisionsopferfunde an WEA, sodass der Kranich im Rahmen der Regionalplanung dahingehend berücksichtigt wird, dass das Umfeld von bedeutenden Schlafgewässern über den Grundsatz 13 G im Rahmen der Abwägung frei von WEA gehalten wird, sodass die Kraniche das Schlafgewässer ohne Barrierewirkung anfliegen können. zu Punkt 8.1: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. zu Punkt 8.2: Die Bedeutung des Breitenburger Moorsees als Schlafplatz und der umliegenden Flächen als Nahrungsgebiete für den Kranich sind hinreichend bekannt. Daher wurde der Grundsatz 13 G „Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche“ 3 km um den Breitenburger Moorsee abgegrenzt. Kraniche fliegen von den Schlafgewässern auch weitere Strecken zu Nahrungsgebieten. Zur Nahrungssuche werden oft Ackerflächen mit Ernteresten aufgesucht, die über eine große Fläche und jahrweise wechselnd zur Verfügung stehen. Trotz des großen Kranichbestandes gibt es bundesweit und europaweit nur vergleichsweise wenige Kollisionsopferfunde an Windenergieanlagen, sodass der Kranich im Rahmen der Landes- bzw. Regionalplanung dahingehend berücksichtigt wird,

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
		dass das Umfeld von bedeutenden Schlafgewässern über den Grundsatz 13 G im Rahmen der Abwägung frei von WEA gehalten wird, sodass die Kraniche das Schlafgewässer ohne Barrierewirkung anfliegen können. zu Punkt 8.3: Die Bedeutung des Breitenburger Moorsees als Schlafplatz und der umliegenden Flächen als Nahrungsgebiete für den Kranich sind hinreichend bekannt. Daher wurde der Grundsatz 13 G „Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche“ 3 km um den Breitenburger Moorsee abgegrenzt. Kraniche fliegen von den Schlafgewässern auch weitere Strecken zu Nahrungsgebieten. Zur Nahrungssuche werden oft Ackerflächen mit Ernteresten aufgesucht, die über eine große Fläche und jahrweise wechselnd zur Verfügung stehen. Trotz des großen Kranichbestandes gibt es bundesweit und europaweit nur vergleichsweise wenige Kollisionsopferfunde an Windenergieanlagen (WEA), sodass der Kranich im Rahmen der Landes- bzw. Regionalplanung dahingehend berücksichtigt wird, dass das Umfeld von bedeutenden Schlafgewässern über den Grundsatz 13 G im Rahmen der Abwägung frei von WEA gehalten wird, sodass die Kraniche das Schlafgewässer ohne Barrierewirkung anfliegen können. zu Punkt 9: Es wird auf Ziffer 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen. zu Punkt 10.1, 10.4 und 10.5: Bedeutende Vogellebensräume, wie in der Tabelle der LAG VSW aufgeführt, werden bei der Teilfortschreibung des LEP Wind durch Freihaltung inkl. entsprechender Umgebungsbereiche berücksichtigt (siehe entsprechende Ziele und Grundsätze). Die Umgebungsbereiche können von den genannten Mindestabständen der LAG VSW abweichen, wenn die Naturschutzbehörden dies aufgrund vorliegender

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
		Erkenntnisse für fachlich vertretbar halten. Ein Puffer von 1.000 m als Umgebungsbereich um EU-Vogelschutzgebiete wird von den Naturschutzbehörden als fachlich ausreichend angesehen, um Störungen und Barrierewirkungen auszuschließen. zu Punkt 10.2: Unter dem Ziel der Raumordnung „2 Z Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche“ werden auch die Gebiete, die die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 23 BNatSchG in Verbindung mit § 13 LNatSchG erfüllen, gefasst. Eine Übersicht über die Gebiete, die die Voraussetzung für eine Unterschutzstellung als Naturschutzgebiet erfüllen, ist den Landschaftsrahmenplänen zu entnehmen. Da die in der Stellungnahme genannten Gebiete alle als Teil bestehender Natura 2000-Gebiete aufgeführt werden, fallen diese Bereiche bereits unter die Ausschlusswirkung der Ziele der Raumordnung „1 Z EU-Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche“ und „3 Z FFH-Gebiete und Umgebungsbereiche“ . Auch im Bereich der Breitenburger Niederung gibt es bereits eine Fläche, die zum EU-Vogelschutzgebiet „Unterelbe bis Wedel“ (DE 2323-402) gehört. Darüber hinaus fallen weite Teile der Breitenburger Niederung unter die Ausschlusswirkung des Ziels der Raumordnung „10 Z International bedeutsame Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen“. zu Punkt 10.3: Außerhalb von Schutzgebieten liegende gesetzlich geschützte Biotope (größer 5 ha) werden im LEP als Ziele der Raumordnung festgelegt und folglich von einer Windkraftnutzung freigehalten. Teilweise liegen Übergangs- und Kontaktbiotopen in den um die die Schutzgebiete liegenden Umgebungsbereiche und werden auch hier von einer Windkraftnutzung freigehalten. Ansonsten ist dieser Aspekt im Zulassungsverfahren zu

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
		behandeln. zu Punkt 10.6: In Schleswig-Holstein gibt es ein großes Schutzgebietsnetz bestehend aus u. a. Nationalpark, Natura 2000- Gebieten und Naturschutzgebieten, die mit einem Umgebungsbereich als Ziele der Raumordnung definiert und bei der Ausweisung von Vorranggebieten nicht berücksichtigt werden. Die Schutzgebiete umfassen die landestypischen Lebensräume und insbesondere solche mit einem hohen naturschutzfachlichen Wert. Es besteht kein Grund zu der Annahme, dass über die Freihaltung dieser Gebiete kein umfangreicher Schutz der Vogelpopulationen in Schleswig-Holstein möglich ist. Darüber hinaus wurden weitere Ziele und Grundsätze mit dem Fokus auf artenschutzfachliche Aspekte formuliert, u.a. „7 Z Dichtezentrum für Seeadlervorkommen“, „9 Z Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel“, „10 Z International bedeutsame Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen“, „13 G Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche“, „14 G Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten“, „16 Z, G Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen bzw. mit hohen Siedlungsdichten“, „17 G Brutplätze windkraftsensibler Großvögel“. zu Punkt 11: Mögliche Auswirkungen von Windkraftanlagen auf gesetzlich geschützte Biotope, u.a. auf Knicks sind im Zulassungsverfahren zu prüfen und entsprechend zu bescheiden.
Öffentlichkeit:	Sehr geehrte Damen und Herren,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: M2274	ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich diesbezüglich anführen: - Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H- / 5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse und auch die der Menschen. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Erhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. - Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridoren zu Grünbrücken, bzgl. Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der Windenergie noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund zu streichen, wie die geplante, weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich des Artenschutzes. Die steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papier) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. - Wenn der Landesregierung Landschaftschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung des Menschen und dem Tourismus dienen, und damit eine besondere Bedeutung für das menschliche Wohlbefinden und die menschliche Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkregionen einzuhalten. - Ich halte es für problematisch und in der gegenwärtigen Situation, in der reichlich Windenergie vorhanden ist, die häufig mit hohen Kosten abgeriegelt werden muss, für völlig unangemessen, große Flächen im Naturpark Westensee für die Errichtung von	nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 2.11.1, 3.17.1, 3.18.1, 7.2.5, 7.2.6, 7.2.12, 7.3.7, der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Großwindanlagen freizugeben. Zumal diese in der Höhe unbegrenzt sein sollen. Das Landschaftsbild würde erheblich beeinträchtigt, wenn die enormen Großanlagen mit Höhen von 250 Metern direkt hinter den am Westensee liegenden Erhebungen (Tüteberg 88m) errichtet würden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2702	Betr.: Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans „Windenergie an Land“ 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, Zu meinem Einschreiben und Fernschreiben vom 6. September 2024 möchte ich noch etwas nachtragen, womit untermauert werden soll, dass in den Marschen zwischen Krückau-Unterlauf und Wedel keine zusätzlichen WK.A gebaut werden dürfen, um noch größere Naturschäden zu vermeiden: Es gibt in Schleswig-Holstein eine große Überlandleitung von Brockdorf bis nach Hetlingen zum Übergang über die Elbe nach Niedersachsen. Von diesem Übergang ist für die Haseldorfer Marsch bis einschließlich Krückau-Unterlauf bereits eine sehr hohe Vogeltötungsrate festgestellt worden. Lt. **Hörschelmann-Gutachten 1988** gibt es hier an der 360kV-Leitung (unmittelbar neben den vorhandenen 6 WEA von Uetersen) **400 Anflugopfer pro Km pro Jahr**. In der Studie „**Vogel-Kollisionsopfer** an Hoch- und Höchstspannungsfreileitungen in Deutschland - eine Abschätzung“ im Auftrag des NABU -Naturschutzbund Deutschland e.V., 10108 Berlin, im Februar 2017 wird auf Seite 3 festgestellt: „...dass die Autoren in der Hochrechnung die von ihnen festgestellten hohen Kollisionsraten eines **„hotspots“ an der Unterelbe** nicht in Relation zu den geringeren Aufkommen v.a. kollisionsgefährdeten Arten in den meisten anderen Landschaftsräumen in D gesetzt haben...“ Auf Seite 28 wird dies in der Tabelle nochmals dokumentiert. Die Hochspannungsleitung ist etwa 45 m hoch. Es ist nicht bekannt, dass die Opferzahlen an den 6 bestehenden Windkraftanlagen PR3_PIN_009 (Uetersen) amtlich festgestellt wurden. Diese 6 WKA sollen jetzt repowert werden durch 4 WKA 180 m hoch mit 75 m langen Flügeln, d.h die gesamte Rotorfläche wird 4 mal größer als die jetzige und ragt weit in die Vogelzughöhe hinein. Das bedeutet: es werden mindestens viermal mehr Vögel Anflugopfer - und das in einem Gebiet, wo sich 4 große Vogelfluglinien kreuzen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4.1, 1.5.1, 3.14.1, 3.17.1, 3.18.1, 4.2.1, 4.16 bis 4.20, 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bundesminister Dr. Robert Habeck hat lt. unserer Zeitung versprochen: „...dass Umwelt- und Naturschutzstandard nicht gesenkt werden und Rechtschutz gewahrt bleiben.“ Das heißt für mich, dass das Naturschutzgesetz weiter gültig ist, wonach wild lebenden Tiere weder aus der Natur entnommen noch getötet werden dürfen. Darauf gibt es Strafen. Wieviel Strafen haben TenneT (Betreiber der Überlandleitung, die jetzt auch noch repowert werden soll) und Planet Energie (Betreiber der WKA-Anlagen in Uetersen) bisher gezahlt? Das hätte ich gern gewusst und **bitte um Ihre baldige Antwort per Brief**. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2889	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Havarien und Brandereignisse finden in den neuen Grundsätzen kaum Berücksichtigung. Deren Anzahl und Schwere soll / muss dokumentiert werden und Feuerwehrleute mehr geschützt werden. Die o. genannte Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung der Mindestabstände eingehalten bleiben. Wo bleibt das „Tempo Limit? Was volkswirtschaftlich gesehen nun Vorteil hat!!! Keinen Profit mit der Windenergie ermöglichen. Ich habe Sorge, dass sich immer mehr Menschen radikalisieren, wenn so massiv in unsere Grundrechte eingegriffen wird (Grundwasserqualität wird mit immer mehr mit Mikroplastik angereichert, der auch vom Abrieb kommt!	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.9 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Institution: Bürgerwindpark Galmsbüll GmbH & Co. KG **ID: M2436**	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit übersenden wir Ihnen unsere Stellungnahme zum Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 bzgl. der Potenzialfläche [redacted] Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, die Bürgerwindpark Galmsbüll GmbH u. Co. KG begrüßt ausdrücklich die Aufnahme der Potenzialfläche [redacted]) in die im Betreff genannte Teilfortschreibung mit folgender Begründung: • Bei der Fläche handelt es sich um einen Raum, der im Sinne des Grundsatzes 4.5.1 Abs. 1 der im Betreff genannten Teilfortschreibung unter Berücksichtigung aller relevanten Belange für den Ausbau der Windenergienutzung mit Augenmaß in Betracht kommt. • Die Fläche hält die Abstände gemäß Kap. 4.5.1.1 der im Betreff genannten Teilfortschreibung ein. Mit freundlichen Grüßen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Institution: Bürgerwindpark Galmsbüll GmbH & Co. KG **ID: M2434**	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit übersenden wir Ihnen unsere Stellungnahme zum Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 bzgl. der Potenzialfläche **PR1_NFL_069** Mit freundlichen Grüßen [redacted] **Bürgerwindpark Galmsbüll GmbH & Co. KG** Sehr geehrte Damen und Herren, die Bürgerwindpark Galmsbüll GmbH u. Co. KG begrüßt ausdrücklich die Aufnahme der Potenzialfläche [redacted]) in die im Betreff genannte Teilfortschreibung mit folgender Begründung: • Bei der Fläche handelt es sich um einen Raum, der im Sinne des Grundsatzes 4.5.1 Abs. 1 der im Betreff genannten Teilfortschreibung unter Berücksichtigung aller relevanten Belange für den Ausbau der Windenergienutzung mit Augenmaß in Betracht kommt. • Die Fläche hält die Abstände gemäß Kap. 4.5.1.1 der im Betreff genannten Teilfortschreibung ein. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2040	Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein -Landesplanungsbehörde, Referat IV 64- Düsternbrooker Weg 92 24105 Kiel Hamburg, 05.09.2024 **Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema ”Windenergie an Land” des Landesentwicklungsplans Schleswig Holstein** **-Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024-** **Potenzielles Vorranggebiet für Windenergie in [redacted]** Sehr geehrte Damen und Herren, Wir, die [redacted], sind ein auf die Entwicklung und den Betrieb von Wind- und PV-Parks spezialisiertes Unternehmen. Die [redacted] ist Betreiber des bestehenden Windparks in [redacted]. Der Windpark besteht aus vier Windenergieanlagen (WEA) des Typs Bonus B62/1300. Wir möchten den bestehenden Windpark repowern und zusätzlich erweitern, um das vorhandene Potenzial vollständig auszunutzen. Unsere Planung an diesem Standort basiert auf einer sorgfältigen Prüfung des Kriterienkataloges für Windenergie. Aufgrund der bestehenden vier Anlagen, ist wie im Ersten Entwurf vom Juni 2024 der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 (4.5.1.1 Siedlungsstruktur unter 1Z)	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	formuliert, dass der Mindestabstand von nur 800m zu Wohnsiedlungen einzuhalten ist. Die Grundstückseigentümer haben bereits Verträge mit uns geschlossen, weshalb bereits erste Horstkontrollen im Jahr 2022 und 2023 stattgefunden haben. Ein artenschutzrechtlicher Konflikt in Bezug auf die Horstkontrolle kann dort ausgeschlossen werden. Im aktuellen Jahr läuft bereits seit Februar die Naturschutzfachliche Kartierung für den Repoweringbereich. Diesbezüglich erfolgte bereits am 26.04.2024 unsererseits eine Stellungnahme (per Mail, sowie postalisch) zur möglichen Flächenausweisung „Windpark [redacted]“ im Regionalplan. Die Ergebnisberichte zur Horstkontrolle von 2022 und 2023 können auf Anfrage zugesandt werden. Wir bitten Sie, die neuen Erkenntnisse zu berücksichtigen und unsere Potenzialfläche (kann gerne zugesandt werden) als Vorranggebiet auszuweisen. Die Landeigentümer und Betreibergesellschaft befürworten ein Repowering des bestehenden Windparks in [redacted]. Es ist sinnvoll, an diesem Standort ein Vorranggebiet für Windenergie auszuweisen, weil die Windverhältnisse gut sind und somit ein guter Stromertrag zu erwarten ist. Die Ausweisung eines solchen Vorranggebiets trägt somit zur Förderung erneuerbarer Energien und zur Erreichung der Klimaziele bei. Bei Fragen und Anregungen stehe ich Ihnen gerne unter den u.g. Kontaktdaten zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] [redacted] [redacted] [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Institution: Bürgerwindpark Galmsbüll GmbH & Co. KG ID: M2433	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit übersenden wir Ihnen unsere Stellungnahme zum Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 bzgl. der Potenzialfläche PR1_NFL_076 Mit freundlichen Grüßen [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, die Bürgerwindpark Galmsbüll GmbH u. Co. KG begrüßt ausdrücklich die Aufnahme der Potenzialfläche PR1_NFL_076 in die im Betreff genannte Teilfortschreibung mit folgender Begründung: • Bei der Fläche handelt es sich um einen Raum, der im Sinne des Grundsatzes 4.5.1 Abs. 1 der im Betreff genannten Teilfortschreibung unter Berücksichtigung aller relevanten Belange für den Ausbau der Windenergienutzung mit Augenmaß in Betracht kommt. • Die Fläche hält die Abstände gemäß Kap. 4.5.1.1 der im Betreff genannten	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Teilfortschreibung ein. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2314	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die in Schleswig-Holstein vorhandenen Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen und Biotopverbundachsen sind Teil unserer Kulturlandschaft. Ich möchte, dass diese erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Wir wohnen im Außenbereich der Gemeinde Nehms am Rande eines Landschaftsschutzgebietes. Eine Einschränkung der Lebensqualität durch massiven Infraschall ist zu erwarten. Ein Wertverlust unserer Immobilie ist bei Ausführung der Planungen zu befürchten. Ich bitte um schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 4.2, 3.17, 4.5, 7.3 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2037	**Stellungnahme zur** **Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesentwicklungsplanes **Gebiet Gemeinde Rethwisch, südöstlich der Ortslage Rethwisch, beidseits der B 208** Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit bekräftigen wir das Interesse der [redacted] [redacted] [redacted] für die in der Anlage beschriebenen Flächen nördlich und südlich der Bundesstraße 208 einen Windpark zu entwickeln. Im Regionalplan I aus dem Jahr 2004 ist die Fläche des vorhandenen Windparks bereits als Eignungsgebiet für Windenergienutzung ausgewiesen. In der Potenzialflächenkarte für Windenergiegebiete vom Juni 2024 wurden diese Gebiete als potenziell geeignet identifiziert. Wir halten die Flächen ebenfalls für sehr gut geeignet. Eigentumsrechtlich stehen diese auch tatsächlich für die Windkraftnutzung zur Verfügung. Der Raum ist bereits durch die Bundesstraße 208 und den vorhandenen Windpark Rethwisch vorbelastet und damit sehr gut geeignet: Wir bitten um weitere Berücksichtigung der Flächen bei der Landesentwicklungs- und Regionalplanung Mit freundlichem Gruß [redacted] [redacted]	Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Institution: Bürgerwindpark Galmsbüll GmbH & Co. KG **ID: M2432**	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit übersenden wir Ihnen unsere Stellungnahme zum Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 bzgl. der Potenzialfläche PR1_NFL_075 Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, die Bürgerwindpark Galmsbüll begrüßt ausdrücklich die Aufnahme der Potenzialfläche PR1_NFL_075 in die im Betreff genannte Teilfortschreibung mit folgender Begründung: • In dem o.g. Gebiet findet bereits seit 1993 eine windenergetische Nutzung statt. Nach erfolgtem Repowering sind dort derzeit zwei Windenergieanlagen (WEA) der Multimegawatt-Klasse errichtet und in Betrieb. Vor wenigen Monaten (03/2024) wurde ein weiteres Repowering mit drei WEA der 5-MW-Klasse (133 m Rotordurchmesser und 180 m Gesamthöhe) in diesem Gebiet genehmigt. • Bei der Fläche handelt es sich um einen Raum, der im Sinne des Grundsatzes 4.5.1 Abs. 1 der im Betreff genannten Teilfortschreibung unter Berücksichtigung aller relevanten Belange für den Ausbau der Windenergienutzung mit Augenmaß in Betracht kommt. • Die Fläche hält die Abstände gemäß Kap. 4.5.1.1 der im Betreff genannten Teilfortschreibung ein. Mit freundlichen Grüßen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Gruppe ID: GM2813 Anzahl: 4 (IDs: M2810, M2811, M2812, M2813)	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land” des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Sehr geehrte Damen und Herren, im o.g. Beteiligungsverfahren nehme ich wie folgt Stellung: - ich fordere eine ergebnisoffene und unabhängige Forschung zum Thema: Auswirkung der Windenergie in Bezug auf Mensch, Tier, Umwelt und Altlasten/ Entsorgung. - ich befürchte, dass durch die Nutzung der Windernergie die Temperaturen unnötig ansteigen. Die nächtliche Lufttemperatur als auch die Bodentemperatur und die Luftfeuchtigkeit werden in die Höhe getrieben. -ich befürchte eine Kontamination des Grundwassers und der landwirtschaftlichen/gärtnerisch genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter. - ich möchte eine Umfassung von Orten mit Windkraftanlagen ausgeschlossen wissen. -ich befürchte eine Beeinträchtigung meiner Gesundheit durch Schall, Licht und vibration. - ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. - ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete nicht zerstört werden, damit unser einzigartiges Naturerholungsgebiet in Schleswig Holstein erhalten bleibt. - die notwendige Stromgrundlast kann noch nicht mit erneuerbaren Energien gehalten werden. - Stromleitungen/Transportwege stehen bis heute nicht in erforderlichem Umfang zur Verfügung. -Windkraftanlagen sind unzuverlässige Stromerzeuger, die unsere Energieversorgung gefährden, Stromkosten in die Höhe trieben und für die Menschen, der Industrie und der Umwelt massiv schädigen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.11.1, 4.2.1, 7.2.5, 7.2.6, 7.2.9, 7.2.13, 7.2.15, 7.3.2, 7.3.4, der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- durch die EEG Umlage werden die Stromkosten in die Höhe getrieben und mehr Windkraftanlagen gebaut als überhaupt benötigt, weil es auch ohne Wind rentabel ist. Fazit: Windenergieanlagen sind in verschiedener Hinsicht umweltbelastend. Ihre Produktion ist Energie-und Materialintensiv, sie gefährden die Tierwelt insbesondere Zugvögel und heimische sehr seltene Vogelarten. Ich bitte um eine Antwort und dringend um Berücksichtigung der o.g. Punkte und verbleibe mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2036	Die aktuelle Windkraftplanung des Landes überschreitet aus meiner Sicht den maßvollen Umgang mit unserem Lebensraum, unserer Natur und Landschaft in Schleswig-Holstein in inakzeptabler Weise. Bis zu 7 % der Landesfläche für Windkraftanlagen vorzusehen ist übertrieben und unangemessen. Vor dem Hintergrund vorhandener und effizienterer regenerativer Energiealternativen ist der **weitere Windkraftzubau an Land auf zu beschränken**: Die Nutzung als Repowering auf bestehenden Flächen und die Neuerstellung auf konfliktfreien Flächen muss ausreichen. Der Naturschutz und der existenzielle Erhalt der Artenvielfalt (Diversität) darf nicht gegenüber der Energieversorgung aus dem Blick geraten. Was nützen letztendlich Überkapazitäten regenerativer Energien (die sinnvoll und wichtig sind) in einer ausgeräumten Landschaft? Insbesondere **naturschutzrechtliche Aspekte** wie Landschaftsschutzgebiete, regionaler Grünzug, geschützte Talräume/Wasserrecht, Biotopverbundsystem, Geotop, Kompensationsflächen, Kleinstbiotope, Großvogelvorkommen (Milan, Seeadler, …) sollten gleichberechtigt Berücksichtigung finden. Insbesondere bei Doppel- und Mehrfachüberschneidungen dieser Kriterien auf Potenzialflächen sind diese von Windkraft freizuhalten. Viele Kommunen haben mit ihren Landschaftsschutzgebieten ein wichtiges Element zum Freiraumschutz etabliert. Wir erwarten, dass das Land dies respektiert. Windkraftzulassungskriterien wie z.B. Mindestabstände bei bedrohten Vogelarten müssen auf einer **wissenschaftlich fundierten Grundlage** wie dem „Neuen Helgoländer Papier“ der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW)	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel 4.5.1. (*allgemeines Kapitel*), des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 7.2.1, 7.2.3, 3.17, 3.16, 5.6, 4.20, 4.5, 5.9, 5.10, 4.1, 7.2.7, 7.2.8 und 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	basieren, das den neuesten Forschungsstand zur Gefährdung von Vögeln durch Windkraftanlagen berücksichtigt. Windkraftprojekte sind in der Umgebung anderer **b_a_u_l_i_c_h_e_r_ Gr_o_ßp_r_o_j_e_k_t_e_** _wie z.B. geplanter Neubausiedlungen, Autobahnausbau, Umspannwerke, etc. unzulässig, insbesondere in verdichteten Räumen. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass eine ausgewogene Siedlungspolitik in diesen Gebieten - ohne in Konkurrenz zur Energiegewinnung zu stehen - möglich bleiben muss. Es ist ein **variabler Mindestabstand für neue Windkraftanlagen zu Gemeinden und Städten** proportional zur Höhe installierter Windräder einzuführen. Die Formel dazu: Höhe der WKAs/150 x 1000m in Anlehnung an den vom Land 2020 festgelegten Mindestabstand von 1.000m bei 150m hohen WKA. Zu guter Letzt mahne ich die **staatliche Fürsorgepflicht gegen Havarie-Risiken von WKAs** ein, deren Folgen im Brand- oder Zerstörungsfall höherer WKAs mehr Distanz zu menschlichen Ansiedlungen zwingend erfordern. Dieses vor dem Hintergrund, dass in den letzten Jahren in Deutschland über 420 Unfälle privat dokumentiert wurden. Das Land ist den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet und sollte eine ausgewogenen Energieplanung auf den Weg bringen, die unser schönes Land lebenswert und nachhaltig erhält.	
Gruppe ID: G2035 Anzahl: 2 (IDs: 2035, M2377)	Kiel, 09.09.2024 **Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, zum Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein vom Juni 2024 nehmen wir wie folgt Stellung: <u>Vorbemerkung:</u> Wir begrüßen die Energiegewinnung durch Windenergieanlagen (WEA) an Land als dezentrale Form der Energiegewinnung durch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) In diesem Sinne ist es richtig, wenn § 2 EEG 2023 davon spricht, dass u.a. WEA der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Zu Punkt 1. Eine Ausschlusswirkung außerhalb der noch festzulegenden Vorranggebiete Windenergie wird nicht mehr bestehen. Gleichwohl werden durch Ziele der Raumordnung vielfach Bereiche einer Windenergienutzung entzogen. Innerhalb der nach Abzug der Ziele verbleibenden Potenzialfläche sollen die Vorranggebiete festgelegt werden. Darüber hinaus können die Gemeinden mittels einer eigenen Bauleitplanung auch zusätzliche Flächen innerhalb der Potenzialfläche ausweisen. Zu 2. Die Festlegung der Vorranggebiete erfolgt unter Beachtung der Ziele und unter Berücksichtigung der Grundsätze. Damit

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	öffentlichen Sicherheit dienen. Unabhängig davon können wir uns durchaus eine noch stärker am Gedanken des Wettbewerbs ausgerichtete Gestaltung der Rahmenbedingungen, insbesondere bei Fragen der Einspeisevergütung, der Ausschreibung und des Netzanschlusses vorstellen. Das von der vorgelegten Teilfortschreibung grundsätzlich verfolgte Ziel, die in den Regionalplänen ausgewiesen Vorranggebiete auszuweiten, wird deshalb unterstützt. Die vorgelegte Planung zeichnet sich erneut durch eine hohe Detailtiefe aus. In diese Details können und wollen wir nicht einsteigen, denn jede Änderung im Detail kann zu einer Änderung der Flächenkulisse und damit zu konkreten Vor- oder Nachteilen für einzelne unserer Betriebe führen. Wir wollen deshalb nur drei übergeordnete Gesichtspunkte ansprechen: **1.** Der vorgelegte Entwurf verfolgt nach wie vor das Ziel, Vorranggebiete auf der Ebene der Landesplanung zu etablieren, und zwar mit außergebietlicher Ausschlusswirkung und innergebietlichem Vorrang. Das ist grundsätzlich eine Fortsetzung des in Schleswig-Holstein bislang beschrittenen Planungsweges. In früheren Stellungnahmen haben wir vorgetragen, dass wir uns auch eine stärkere Inpflichtnahme der Gemeinden bzw. von Gemeindeverbänden bei der Planung vorstellen können. Die oft gehörte Befürchtung vom „Wildwuchs“ teilen wir mit der daraus abgeleiteten Forderung nach zentraler Planung nicht. Mit geeigneten Rahmenbedingungen können wir uns auch im gemeindlich kleinstrukturierten Schleswig-Holstein eine Planung auf der Ebene von Gemeindeverbänden vorstellen, wie sie in anderen Bundesländern üblich ist. Voraussetzung dafür ist natürlich, dass die Gemeinden, die ihnen zukommende Planungsverantwortung auch aktiv wahrzunehmen bereit sind. Insbesondere außergebietliche Ausschlussplanung ist nach der Verfassungsordnung die sorgfältig zu begründende Ausnahme. **2.** Für den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb bedeutet ein auf seine Flächen niedergehendes Vorranggebiet einen erheblichen Wettbewerbsvorteil. Der Zugang zur Erzeugung erneuerbarer Energien eröffnet den Zugang zu außerlandwirtlichen Umsätzen, die im Wettbewerb um das wesentliche landwirtschaftliche Produktionsmittel Boden erhebliche Vorteile bringen. Die in Schleswig-Holstein erneut stark gestiegenden	werden einheitliche Maßstäbe angewandt. Eine Gleichverteilung von Vorranggebieten über die Landesfläche kann aufgrund unterschiedlicher räumlicher Gegebenheiten nicht erfolgen. Zu 3. Es wird auf die Ziffer 4.8.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bodenwerte geben insbesondere in einigen Regionen davon ein beredtes Zeugnis. Insbesondere die Kreise Plön und Ostholstein haben in der Vergangenheit Windkraftflächen nur sehr zurückhaltend geöffnet. Die von dieser Zurückhaltung betroffenen Betriebe haben gegenüber den früher durch die Landesplanung Begünstigten Nachteile. Es sind dies Nachteile, die nicht durch den Markt, sondern durch staatliche Planung verursacht wurden. Sollen die Nachteile nicht zu langfristigen Wettbewerbsverzerrungen führen, ist deshalb besonderes Augenmaß bei der individuellen Gebietsplanung und in der Genehmigungspraxis erforderlich. Es ist ein ausreichender Spielraum dafür vorzusehen, von Gebietskulissen im Einzelfall auch einmal abzuweichen. **3.** Kritisch sehen wir insbesondere die Ausgestaltung des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen als abwägungsfestes Ziel. Zu kritisieren ist insoweit die veraltete Datengrundlage. Das sogenannte Dichtezentrum Seeadler beruht auf Daten aus dem Jahre 2011. Wir wissen von den Eigentümern betroffener Betriebe, dass die kartierten Horststandorte zum Teil verlassen sind. Dafür gibt es andere, neubezogene Standorte. Insgesamt hat sich die Population erfreulicherweise erneut vergrößert. Es besteht kein artenschutzrechtlicher Anlass mehr, auf die Art in der Weise Rücksicht zu nehmen, dass schwere Strukturverwerfungen der betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe die Folge sind. Es besteht auch kein Anlass, die einzelne Art „Seeadler“ in dieser Weise gegenüber anderen Arten hervorzuheben. Auch innerhalb geschützter Arten muss eine Abwägung möglich bleiben, was nur gelingen kann, wenn die gebotene Rücksichtnahme auf Seeadler als Grundsatz der Landesplanung ausgeführt wird. Im Unterschied zu einem Ziel der Landesplanung ist ein Grundsatz der Landesplanung der Abwägung zugänglich. Bisherige Erfahrungen mit der Errichtung von WEA in der Nähe von Seeadlerhorsten belegen, dass sich die Art grundsätzlich auf WEA einrichten kann. Artenschutz bei Seeadlern war sehr erfolgreich, die Population hat erfreulichweise stark zugenommen. Eine Privilegierung der Art gegenüber anderen Arten ist nicht mehr gerechtfertigt. Mit freundlichen Grüßen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Institution: Amt Nordsee-Treene, Fachbereich Bauen und Liegenschaften ID: M2272	Stellungnahme der Gemeinde Oldersbek zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Der Gemeinde Oldersbek sind die Anstrengungen bezüglich der Errichtung der durch die EU, des Bundes und des Landes formulierten Klimaziel bewusst. Der Ausbau der erneuerbaren Energien entspricht den Zielen des Klimaschutzes. Die Gemeinde Oldersbek steht erneuerbaren Energien insbesondere der Windenergie grundsätzlich positiv gegenüber. Die Gemeinde Oldersbek hat sich entschlossen, auf dem Gemeindegebiet Flächen für Freiflächenphotovoltaikanlagen bereit zu stellen. In der Gemeinde Oldersbek bestehen zwei Planungen für Photovoltaikflächen. Mit B-Plan 7 und der 10. Änderung des F-Planes soll auf einer 24.87 ha große Photovoltaik-Freiflächenanlage im nordwestlichen Bereich der Gemeinde errichtet werden. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 12.12.2022 gefasst. Am 24.07.2023 hat die Gemeinde Oldersbek die Aufstellung der 11. Änderung des F-Planes und des B-Planes 8 beschlossen, die mit einer Größe von insgesamt 35 ha nördlich der L35 und südlich der Ortslage eine Agri-Photovoltaik-Anlage ermöglichen soll. Die Anlage ist auf 5 Teilgeltungsbereichen geplant. Landschaftlich geht im südlichen Bereich der Gemeinde Oldersbek die Eiderstedter Marsch in die Bredstedt-Husumer Geest über. Der Wechsel von der großflächig ebenen Marsch zur ansteigenden Geest ist von ganz besonderem landschaftlichem Reiz. Ebenfalls ist dort eine Moorlandschaft bzw. Feuchtwiesengebiet, die vielen Wiesenvögeln einen Aufenthaltsort bietet. Windenergieanlagen können den Erholungswert und das Empfinden der Schönheit und Ruhe einer Landschaft beeinträchtigen und so indirekt das Wohlbefinden des Menschen und somit seine Lebensqualität negativ beeinflussen. Daher weist die Gemeinde darauf hin, dass eine Umfassung der Ortslage durch Windenergieanlagen und die dadurch verursachte optisch bedrängende Wirkung auf Anwohner zu befürchten ist.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Um die o.g. Umfassung zu vermeiden, bitten wir jedoch um eine Begrenzung auf die südlichen – vom Dorf abgewandten – Teile des derzeit ausgewiesenen Gebietes. Mildstedt, den 9.9.2024 Gemeinde Oldersbek Der Bürgermeister	
Institution: Bürgerwindpark Galmsbüll GmbH & Co. KG **ID: M2431**	Sehr geehrte Damen und Herren, die [redacted] begrüßt ausdrücklich die Aufnahme des Potenzialgebiets PR1_NFL_078 in die im Betreff genannte Teilfortschreibung und beantragt die Erweiterung in nördlicher, östlicher sowie südlicher Richtung, siehe Plangebiet Gemeinde Galmsbüll und Bürgerwindpark (Anhang 1), mit folgender Begründung: • Der Bereich um das Gebiet PR1_NFL_078 wurde in der Karte zu der im Betreff genannten Teilfortschreibung irrtümlicherweise als Brut- und Wiesenvogelgebiet eingestuft. Das Fachbüro BioConsult SH kommt in seinem ornithologischen Fachgutachten (Anhang 2) aus 11/2022 zu einer gegensätzlichen Auffassung. Es handelt sich um einen Bereich, der zu über 95% aus intensiv genutztem Ackerland besteht und sich nicht von anderen artenarmen Koogsflächen in Galmsbüll oder Nordfriesland unterscheidet. Bitte entnehmen Sie die detaillierte Ausführung unserem Schreiben an Herrn Staatssekretär Joschka Knuth vom 19.08.2024 (Anhang 3). • In dem Gebiet findet bereits seit 1993 eine windenergetische Nutzung statt. Nach erfolgtem Repowering sind dort derzeit drei Windenergieanlagen (WEA) der Multimegawatt-Klasse errichtet und in Betrieb. Vor wenigen Monaten (02/2024) wurde ein weiteres Repowering mit drei WEA der 5-MW-Klasse (149 m Rotordurchmesser und 180 m Gesamthöhe) in diesem Gebiet genehmigt. • Die Gemeinde Galmsbüll wünscht sich im Rahmen einer Gemeindeplanung u.a. um die Potenzialfläche PR1_NFL_078 (in nördlicher, östlicher sowie südlicher Richtung) weitere Windkraftflächen als Arrondierung um die drei genehmigten 5 MW Windkraftanlagen. • Bei der Fläche handelt es sich um einen Raum, der im Sinne des Grundsatzes 4.5.1	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abs. 1 der im Betreff genannten Teilfortschreibung unter Berücksichtigung aller relevanten Belange für den Ausbau der Windenergienutzung mit Augenmaß in Betracht kommt. • Die Fläche hält die Abstände gemäß Kap. 4.5.1.1 der im Betreff genannten Teilfortschreibung ein. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2313	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z. B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete - Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1-2.5, 3.15, 3.18, 4.2, 4.3, 4.5, 4.8, 4.20, 5.4, 7.1.5, 7.2.7-7.2.9 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ich bin daran interessiert, dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwischen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet ist. Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. Ich möchte, dass die gleiche Abstandregelung für Einzelhäuser und Splittersiedlungen gilt (mind. 800 Meter) Ich möchte, dass ein Havariefall, wie z. B. Brandausbreitung, technischer Defekt, durch ausreichende Abstände von mind. 1500 Meter zu Wohnhäusern abgesichert wird. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich möchte, dass überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten bleiben. Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. Ich befürchte Störung der Flugrouten des Bundesheers und der Luftrettung. Diese Routen sind freizuhalten. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter. Ich befürchte körperliche Beschwerden und ich möchte, dass eine Abstandregelung von mindestens 3000 m (wie in England) zur Wohnbebauung gilt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, (Signatur)	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2741	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, der Bau und die Errichtung auch nur einer einzigen Windkraftanlage, zumindest an Land, ist nach heutigem Stand des Wissens nicht nur nicht sinnvoll - sie fügt der Umwelt und den Menschen, die mit ihr leben müssen, unverhältnismäßigen Schaden zu! Wir wenden uns entschieden gegen geplante Windkraftanlagen-Projekte im Gebiet des Amtes Itzstedt. Entgegen der ideologisch motivierten Aussagen der Bundesregierung und kapitalkräftiger Investoren ist die Umweltbilanz - z.B. der heute so viel zitierte CO2-Fußabdruck - einer Windkraftanlage keineswegs positiv. Es ist hinlänglich bekannt, dass die Produktivität der Windenergie nicht den entstehenden Schaden für die Umwelt, für die Gesundheit und den Wohlstand von uns Menschen sowie für die Wirtschaft wettmachen kann. Oering war bisher keine Potenzialfläche für Windenergie, weil ein Grünzug unser Gebiet durchquert. Das war ein Ausschluss-Kriterium! Daher enthielt sich unsere Gemeinde in einem früheren Verfahren, verzichtete also auf Mitgestaltung, aus Fairness den betroffenen Gemeinden gegenüber. Die jetzige Bundesregierung hat das Kriterium der Grünzüge aufgehoben! Sogenannter Klimaschutz auf Kosten der Umwelt, das ist vollkommen widersinnig! Es ist kein Verlass mehr auf getroffene Entscheidungen, sie werden einfach willkürlich wieder aufgehoben. Das Beharren auf dieser Art der Energiegewinnung und ihre rücksichtslose Implementierung in der deutschen Landschaft beruht nicht auf dem Willen, die Umwelt zu schützen, sondern ist schlicht und einfach ein riesiges Geschäft. Den Preis zahlen wir alle, auch diejenigen, die kurzfristig von ihr monetär profitieren und dafür jegliches Wissen um die Folgen einfach	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 7.2.1, 3.16, 7.2.14, 5.4, 7.2.10, 7.3, 7.2.13, 7.2.9, 7.4, 7.2.7, 4.9, 4.1, 7.2.11 und 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ignorieren. Wir Bürger werden uns diesem Unterfangen entschieden entgegen stellen. Schäden für die Umwelt u.a.: > Flächenverbrauch durch unumkehrbare Versiegelung > Verlust von Fläche und Humus durch stark erhöhte Bodenerosion, ganz besonders in Hanglagen > Verlust von essentiellen Baumbeständen für die Umwelt > Verlust landwirtschaftlich nutzbarer Flächen > Ressourcen- und Energieaufwand für den Bau stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen > Kontaminierung der Flächen in weitem Umkreis für Flora, Fauna auf ewig Was die vielbeschworene Nachhaltigkeit der Windkraftanlagen zumindest an Land bereits ad absurdum führt. Für das Aufstellen einer Windkraftanlage werden nicht nur die beträchtliche Grundfläche des Sockels versiegelt, sondern darüber hinaus auch Schneisen für die Zufahrtswege geschlagen. Besonders in Waldgebieten geht dies mit einer erheblichen Abholzung einher, in freier Landschaft mit dem Verlust landwirtschaftlich genutzter Flächen (Pachtpreise für die landwirtschaftliche Nutzung werden unbezahlbar, Verknappung des Lebensmittel- und Futterangebots, ergo Preiserhöhungen und größere Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten, ergo geringerer Resilienz unserer Wirtschaft und Gesellschaft). Auch vor alten Baumbeständen wird nicht halt gemacht. Jeder Baum fehlt anschließend zur Einlagerung von CO2 aus der Atmosphäre und zur Sauerstoffproduktion für die gesamte Umwelt. Eine entsprechende Aufforstung als Ausgleich findet nicht statt und wenn doch geht sie auf Kosten von landwirtschaftlich genutzter Fläche, die für die Nahrungsmittelproduktion entfällt. Vor einer Windkraftanlage wird der Luftstrom gebremst, dahinter verwirbelt. So wird der Atmosphäre Feuchtigkeit entzogen und der Boden erwärmt, was zur Austrocknung von Böden und zu Bodenerosion durch Wind und Niederschläge führt. Windschneisen und die Erhöhung der Oberflächentemperatur verändern das Mikroklima mit Einfluss auf das Wetter und stellen eine massive Beeinträchtigung der Grundwasserneubildung dar - die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	bittere Folge für uns alle. Ein Landwirt, der meint, er würde das große Los ziehen, hohe Pacht bei wegfallender landwirtschaftlicher Arbeit zu erhalten, sollte noch einmal gründlich nachdenken. Er streicht kurzfristig lukrativen Profit ein, verseucht aber auf viele Generationen sein Land, sein Erbe, und setzt sich selbst, seine Familie, seine Nachbarn nicht wieder gut zu machenden Risiken aus (Stichwort Umwelt, Gesundheit (Infraschall, Chemie in Lebensmitteln, etc.)). Ist es das wirklich wert? Nein, das ist es nicht. Es kann nicht sein, dass Einzelne eigenmächtige Entscheidungen treffen, die die gesamte Gesellschaft in Mitleidenschaft zieht. Ressourcenverbrauch für den Bau der Fundamente am Beispiel des Windparks Altdorfer Wald: Errichtung von 59 Windrädern a 285 m Höhe Fundament 1.500 m3 Beton x 59 = 58.500 m3 Beton Dafür werden 7.800 x 2 = 15.600 Fahrten von fahrbaren Betonmischern für 7,5 m3 benötigt. Hinzu kommen 45.000 Fahrten von Kieslastern, die den Kies für die Ausbaustrecke 27 km anfahren. Noch gar nicht gerechnet sind übrige Materialien wie hunderte von Kilometern Kupferdraht, etc., geschweige denn der Bau, Transport, und die Montage der Rotorblätter. Rotorblätter sind ca. 25 Tonnen schwer und bestehen aus glasfaserverstärktem Kunststoff (GFK), das in einem Kunstharz getränkt ist oder aus Kohlenstofffasern. Manche der GFK-Produkte enthalten extrem leichtes Balsaholz als Kernmaterial, um die Formstabilität der Rotorblätter zu erhöhen. Dazu wird es mit Glasfaser-verstärktem Epoxidharz beschichtet. Ein Rotorblatt von 40 m Länge besteht aus etwa 24t glasfaserverstärktem Kunststoff, 1,3 t Balsaholz sowie 0,5t Metall. Dies entspricht etwa 8,5 m3 tropischem Balsaholz. Bisher gibt es noch keine praxistaugliche Methode Rotorblätter zu recyceln. Nach Ende ihrer Nutzung werden sie daher-ja nach Land - energieaufwändig entsorgt bzw. einfach in riesigen Halden vergraben - Tendenz auch hier massiv steigend - und binden damit für alle Zeiten nicht nur Fläche, sondern kontaminieren die Böden unwiderruflich. In Deutschland dürfen sie daher nicht deponiert werden. „Sie bestehen wegen verwendeter Harze, Füller und Sandwich-Materialien zu rund 30 Massenprozent aus organischen Anteilen und übertreffen den zulässigen Grenzwert für die Ablagerung deutlich.", erklärt die Seite EU-Recycling.com. Dort ist zum Thema Verbrennung auch zu lesen: „Der thermischen Verwertung - sprich: Verbrennung - von GFK widerspricht, dass die Aufenthaltszeit in den heißen Zonen von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Müllverbrennungsanlagen zu knapp ist, um eine vollständige Verbrennung zu gewährleisten: Glasfasern können die Gewebefilteranlagen verstopfen. CFK-Materialien hingegen bilden oberhalb von 650 °C einen Partikelstaub aus mikroskopisch kleinen Carbonfasern; deren Fasersplitter werden als krebserregende Stoffe eingestuft. Die vdi-Nachrichten zitieren Carsten Spohn, den Geschäftsführer der Interessengemeinschaft der thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland (ITAD), mit den Worten: „Carbonfaserabfälle sind definitiv ungeeignet für die Müllverbrennung". Für die Produktion der Rotorblätter wird also tropisches Balsaholz benötigt, pro Rotorblatt bis zu 50 Balsabäume! Tendenz steigend, denn Windkraftanlagen werden immer größer, wie das Beispiel des Windparkprojekts Altdorfer Wald mit 39 Windrädern zeigt, die eine Höhe von 285 Metern haben werden, mehr als fünf mal so hoch wie ein durchschnittlicher Kirchturm. Der Schutz der Regenwälder ist plötzlich gar nicht mehr wichtig?! Für den Anbau von Balsaholz wird Regenwald gerodet, es wird um den halben Erdball transportiert - auf mit Schweröl betriebenen Schiffen. Oder die Einzelteile eines Windrads werden gleich in andern Teilen der Erde, z.B. Indien, gebaut und energieaufwändig nach Deutschland transportiert, die Produktion in unserem Land rechnet sich aufgrund der weltweit höchsten Energiekosten nicht mehr. Eine Folge der ideologisch ausgerichteten Energiepolitik. In den Dauermagneten von Windrädern wird Neodym verbaut. Es zählt zu den seltenen Erden. Der Abbau geht mit ungeheuren Umweltschäden (vorwiegend in China) einher. In einem UN-Bericht zu den 50 am meisten verschmutzen Regionen der Welt zählt auch das Gebiet um die Stadt Baotou, China, die eines der bedeutendsten Gebiete für den Neodym-Abbau ist. Das seien laut dem UN-Sonderberichterstatter: „Schandflecken auf dem Gewissen der Menschheit." Beim Abbau zur Gewinnung von Neodym findet eine Freisetzung von Uran und Thorium statt. Das Grundwasser in den Abbauregionen ist daher radioaktiv verseucht. Durch den Betrieb der Windräder kommt es zu einem erheblichen Abrieb an den Rotorblättern, der in weitem Umkreis auf den Boden fällt und das Land „auf ewig" kontaminiert. Wird darunter Getreide, Gemüse, Obst oder Tierfutter angebaut, ist dieses kontaminiert und eigentlich nicht mehr essbar. In Wildschweinen, die unter Windanlagen leben, fand man kürzlich so vergiftete Lebern, dass sie zum Verzehr nicht mehr geeignet sind. Schuld ist der Abrieb der Rotorblätter, der z.B. PFAS enthält - eine sogenannte Ewigkeitschemikalie, da es Jahrtausende dauert, bis es abgebaut ist.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Abrieb besteht aus weiteren hochtoxischen Stoffen, wie den feinsten lungengängigen Carbon- oder Glasfasern, die über Lunge und Haut in den Organismus von Mensch und Tier eindringen. Jedes einzelne Windrad verliert bei Betrieb über die Jahre an den Flügelkanten 100te Kilogramm Carbon Mikrofasern, die sich in der Umgebung ablagern, in den Boden eindringen und in das Wasser sickern. Lungengängige Faserbruchstücke können eine ähnliche Wirkung wie Asbest entfalten. Dazu kommen eine Reihe gefährlicher Chemikalien, wie Bisphenol-A (2017 als „besonders besorgniserregender Stoff" eingestuft), welches aufgrund seiner hohen Toxizität den Hormonhaushalt verändern kann und krebserregende Eigenschaften aufweist. Ebenso Kohlenstofffasern und Epoxidharz. Diese Mikropartikel treffen nicht nur auf Mensch und Tier in der Nähe, sondern werden im weiten Umkreis verteilt und kontaminieren den Boden und somit unsere landwirtschaftlichen Flächen. Es handelt sich hierbei um Sondermüll! Eine verantwortungsvolle Bewirtschaftung in der Umgebung von Windkraftanlagen ist daher nicht mehr möglich. Die Bundesregierung möchte 2% der Fläche unseres ganzen Landes für Windenergieanlagen hergeben. Von 357.592 km2 also 7.151,84 km2, rein rechnerisch sind das 315 km2 der Fläche Schleswig-Holsteins. Jedoch ist die Verteilung auf die Bundesländer sehr unterschiedlich. Schleswig-Holstein soll aktuell 79 neue Windkrafträder unterbringen, Bayern nur 11. Allein Ostholstein soll also mehr Windrädern Raum geben als ganz Bayern! Bei der Entstehung eines Brandes, kann man die Anlage nicht löschen, sondern nur noch „kontrolliert" abbrennen lassen, herabstürzende Teile stellen in einem großen Umkreis ein Unfallrisiko dar. Bei einem Brand entweicht Schwefelhexafluorid (SF6). Es isoliert die stromführenden Teile in den Schaltanlagen. SF6 ist ein extrem klimawirksames Treibhausgas und schädlicher als alle anderen Treibhausgase (23.500 mal klimaschädlicher als CO2). Es dauert 3.000 Jahre, bis SF6 in der Atmosphäre abgebaut wird, warum es auch „Ewigkeitschemikalie" genannt wird. Auch die Bildung von Eis an den Rotorblättern kann so bedrohlich werden, dass sie enteist werden müssen wie Flugzeuge. Aus der Luft, mit weiteren Chemikalien. Schäden für Mensch und Tier: Windanlagen fallen jährlich allein in Deutschland ca. 200.000 Fledermäuse zum Opfer. Nicht nur durch die rotierenden Rotorblätter, die an ihren Spitzen eine Geschwindigkeit von über 300 km/h erreichen. Der Druckabfall hinter den Rotorblättern lässt die Lungen und die Inneren Organe der Tiere platzen. Viele Millionen Vögel kommen um. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt stellt 2017	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	in einer Studie fest: 1.200 Milliarden Insekten werden jährlich(!) Opfer von Windrädern - 3 Milliarden pro Tag! Auch die Lärmbelastung für die Umwelt ist massiv: 107 Dezibel in einer Höhe von 20 m. Das entspricht 40 laufenden Kettensägen. Der Infraschall, der durch den Betrieb von Windrädern entsteht, verursacht gesundheitliche Schäden für Mensch und Tier. Er kann ständige Kopfschmerzen, Depressionen, Müdigkeit, etc. verursachen. Darüber hinaus vibrieren die Anlagen im Betrieb, was bei Mensch und Tier erhebliche gesundheitliche Schäden verursacht. Der ständige Schlag der Rotorblätter verursacht je nach Windrichtung innerhalb mehrerer Kilometer ein körperliches Unwohlsein, bis hin zu massiven körperlichen Schäden und Schlafstörungen. Die Herzmuskelfasern werden nachweislich erheblich geschädigt. Auch Hoch- und Niederwild werden massiv in ihrem Lebensraum gestört, krank und heimatlos. In Norwegen hat das bereits zu einem Umdenken geführt. Bereits bestehende Windkraftanlagen werden wieder abgebaut bzw. Genehmigungen für neue Vorhaben gestoppt, weil die Rentierpopulation extrem unter ihnen leidet. In Frankreich dürfen neue Genehmigungen für Windprojekte bis auf weiteres nicht mehr erteilt werden. Das gilt sogar rückwirkend für bereits genehmigte oder errichtete Windräder. Zur Begründung hieß es in dem Richterspruch: Anwohner in der Umgebung von Windrädern würden von den Lärmgeräuschen belästigt und womöglich in ihrer Gesundheit beeinträchtigt. Anwohner/Grundeigentümer von Windkraftanlagen sollen eine Entschädigung von bis zu 40% erhalten, um den Wertverlust Ihrer Immobilien durch die Nähe zu Windkraftanlagen zu kompensieren. Und trotz dieser und weiterer diskutierter Folgen soll der Abstand der Windkraftanlagen zu Wohngebieten entfallen. "Um mehr Windräder in Deutschland aufstellen zu können, soll laut eines Plans der Bundesregierung der Mindestabstand von Windrädern zu Häusern künftig entfallen. Das berichtete die „Bild" unter Berufung auf einen Referentenentwurf zur Änderung des Baugesetzbuches. Wörtlich heißt es darin: „Die bisherige Länderöffnungsklausel in § 249 Absatz 3 BauGB zur Einführung landesgesetzlicher Mindestabstände für Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5 BauGB, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, soll aufgehoben werden." (Stand 2022). Nach Ende der .Lebensdauer' einer Windkraftanlage - nach nur ca. 20 Jahren - verbleibt der Sockel in aller Regel gesetzeswidrig im Boden, da eine Entsorgung, wie es das	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gesetz verlangt, zu teuer ist. (Da gibt es nun tatsächlich schon die Trickserei, Windkraftanlagen unter Denkmalschutz zu stellen, um das Gesetz auszuhebeln). Wir reden hier nicht von Marginalien, sondern von bis zu 1.500 m3 Beton allein für das Fundament je Windrad! Die mit dieselbetriebenen Betonmischern und Kieslastern unter erheblichem Ressourcen- und Energieaufwand von weither herangekarrt wurden - bei starker Verknappung der noch verfügbaren Kiesabbau-Bestände in Schleswig-Holstein. Aktuell sind ca. 3 Millionen qm2 Fläche allein in Dithmarschen auf diese Weise versiegelt. Hohe Rückbaukosten werden mancherorts auch durch Sprengungen umgangen, wobei alle Schadstoffe in die Umwelt gelangen. Die Problematik der Entsorgung der Rotorblätter ist bereits oben beschrieben. Die Effizienz einer Windkraftanlage ist also aus vielerlei Gründen in Frage zu stellen. Und - sie kann nur laufen, wenn Wind weht, zu viel Wind darf es aber auch nicht sein. Denn liegt der ins Netz eingespeiste Strom über der zu exakt dem Zeitpunkt abgerufenen Menge, droht eine Netzüberlastung. Um einen Blackout in Deutschland zu verhindern, muss also permament die Menge an genutztem und bereit gestelltem Strom ausgeglichen sein, andernfalls droht ein Blackout, mit möglicherweise fatalen Folgen für das ganze Land. So ist das Bild vieler stillstehender Windkraftanlagen schon zur Gewohnheit geworden. Denn wird bei starkem Wind zu viel Strom produziert, stehen die Windräder still und die Preise für Windstrom sinken an der Börse auf Null oder sogar ins Negative. Trotzdem bekommen die Windanlagenbetreiberweiterhin 7,35 ct/kWh als garantierte Einspeisevergütung ausbezahlt. Schon 2022 kostete das uns Verbraucher! Milliarde Euro ohne jegliche Gegenleistung. Ein gutes Geschäft nur für den Windanlagenbetreiber! Unser Fazit: Wie Reinhold Messner so treffend sagt, „Alternative Energieerzeugung ist sinnlos, wenn sie das zerstört, was man durch sie schützen will." Diese Auflistung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Schon aufgrund der hier beschriebenen Faktenlage, sind wir ganz entschieden gegen den Bau neuer Windkraft-Anlagen im Amtsgebiet Itzstedt. Wir fordern umfassende Information und Bürgerbeteiligung bei allen Entscheidungen. Es kann nicht sein, dass Einzelne aus Profitgier die Bürger unserer Gemeinden übergehen, übervorteilen und in ihrer Lebensqualität und Gesundheit schädigen. Die Verantwortlichen müssen anderenfalls zur Rechenschaft gezogen und die Betreiber der Anlagen in Regress für jeglichen daraus entstehenden Schäden genommen werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hochachtungsvoll, [redacted] Quellen: In der Kürze der Zeit war eine umfängliche Quellenangabe nicht möglich. Gerne stellen wir auf Nachfrage Quellen zur Verfügung: www.kta.tv/28940 https://blackout-news.de/aktuelles/balsaholz-die-dunkle-seite-der~windenergie-industrie/ https://report24.news/deutsche-bundesregierung-gibt-zu-dass-durch-windraeder-nicht-recyclebare-muellberge-entstehen/ https://www.focus.de/politik/deutschland/bericht-ampel-regierung-plant-abschaffung-von-mindestabstand-von-windraedern-zu-haeusernjd_97771609.html https://deutschlandkurier.de/2024/03/krank-durch-infraschall-frankreich-stoppt-den-windrad-irrsinn/ https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Bundesweiter-Spitzenreiter-79-neue-Windraeder-fuer-SH-, windrad978.html https://tkp.at/2024/05/14/windraeder-unzuverlaessig-teuer-klima-veraendernd-und-gesundheitsschaedlich-durch-infraschall/ https://tkp.at/2024/06/30/texas-erwaermung-um-072-grad-pro-jahrzehnt-durch-windparks/ https://report24.news/horror-studie-so-gesundheitsgefaehrdend-lebt-es-sich-in-der-naehe-von-windkraftwerken/ https://www.youtube.com/watch?v=QiQYN7-cp5E Geheime Fakten: Rückbau durch Sprengung kein Einzelfall! 82% der Windräder gehören dem Ausland. https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/massive-rueckbaukosten-gespart-erste-windkraftanlagen-unter-denkmalschutz-gestellt-a4701086.html https://btackout-news.de/aktuelles/region-bingen-57-hektar-wald-fuer-acht-windkraftanlagen-gefaellt/ https://www.vernunftkraft.de	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2034	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit bekräftigen wir das Interesse der [redacted] für die in der Anlage genannten Flächen einen Windpark zu entwickeln.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Gemeinde Ratekau hatte hier im Jahr 2015 bereits einmal den Versuch unternommen Bauleitplanung (21. Flächennutzungsplanänderung, Bebauungsplan Nr. 93) zu betreiben. Aufgrund geänderter raumordnerischer Vorgaben mussten die Verfahren dann jedoch leider eingestellt werden. Wir halten die Flächen unverändert für sehr gut geeignet. Eigentumsrechtlich stehen diese auch tatsächlich für die Windkraftnutzung zur Verfügung. <u>Der Raum ist bereits erheblich vorbelastet und damit sehr gut geeignet</u>: • Die Flächen verlaufen parallel entlang der Autobahn A1 • In der Teilfortschreibung Wind des Regionalplanes III 2020 ist bereits ein Vorranggebiet Windenergie unmittelbar östlich der A 1 ausgewiesen: PR3_OHS_072 • Unmittelbar östlich der A 1 wird auch die Schienentrasse der FBQ verlaufen • Parallel ist auch eine neue 380 kV-Leitung im entstehen. Wir bitten um weitere Berücksichtigung der Flächen bei der Landesentwicklungs- und Regionalplanung Mit freundlichem Gruß [redacted] [redacted]	
Institution: Denker & Wulf AG, Rechtsabteilung **ID: M2534**	Sehr geehrte Damen und Herren, als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanung, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend	zu Kapitel 4.5.1 Absatz 1 – Verfolgtes Planungsziel: Dem Hinweis wird gefolgt. Die Begründung wird diesbezüglich angepasst. zu Kapitel 4.5.1 Absatz 4 Z – Verbot von Höhenbeschränkungen: Dem Hinweis wird gefolgt. Die Begründung wird wie vorgeschlagen angepasst.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	akzeptierten Gebietskulisse der bisherigen Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Wir sehen die Herausforderungen und Chancen, die in der Anpassung dieser Gebietskulisse sowie der in nach dem „Windenergie-an-Land-Gesetz“ erforderlichen Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) für unser Bundesland Schleswig-Holstein liegen. Insofern haben wir die Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) intensiv ausgewertet und kritisch gewürdigt. Dabei bringen wir gerne unsere fach- und ortsspezifischen Kenntnisse ein, um für die Landesplanung einen Mehrwert zu schaffen, wie wir das bereits in der Vergangenheit angestrebt haben. **1. Anmerkungen zum Verfahren** **1.1.Staffelung von Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans und Fortschreibung der Regionalpläne** Die [redacted] befürwortet weite Teile der gegenüber dem bisherigen Kriterienkatalog des gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) erfolgten Anpassungen. Als sehr problematisch wird aber die Staffelung der Verfahren zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans, Änderung Kapitel 4.5.1, und erst anschließend der Anpassung der Regionalpläne betrachtet. Ganz praktisch führt dies dazu, dass die Konsequenzen der nunmehr auf Ebene des Landesentwicklungsplans festgelegten Kriteriensets nicht hinreichend deutlich werden. Die Vorgehensweise, auf Ebene des Landesentwicklungsplans das Kriterienset durch Ziele und Grundsätze der Raumordnung verbindlich festzulegen, überrascht und **widerspricht der gesetzlichen Systematik sowie gesetzgeberischen Intention.** Raumordnungsrechtlich und bauleitplanerisch wurde durch den Gesetzgeber mit dem „Windenergie-an-Land-Gesetz“ ein Systemwechsel eingeleitet, wonach der Plangeber nicht mehr ein gesamträumliches Plankonzept zur Erzielung der Ausschlusswirkung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB seiner Planung zugrunde legen muss, sondern mehr	Die Ausführungen zu Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land werden zur Kenntnis genommen. zu 3.1. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung. Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu 3.2. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 2 G – Umgebungsbereich um planverfestigte Siedlungsflächen im Außenbereich: Geprüft werden sollen im Rahmen dieses Grundsatzes bestehende Flächennutzungsplandarstellungen, keine Planungsüberlegungen wie in der Stellungnahme angenommen. Sofern hier bereits Flächen für eine wohnbauliche Entwicklung vorgesehen sind, können diese trotz einer Außenbereichslage dazu führen, dass aufgrund der Gemeindestruktur ein Entwicklungsansatz bestehen kann. Bei wirksamen Flächennutzungsplandarstellungen stehen diese regelhaft im Einklang mit den Zielen der Raumordnung. Eine Verhinderungsplanung wird den Gemeinden damit nicht an die Hand gegeben, da eine Berücksichtigung durch die

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Freiheiten bei der Abwägung der unterschiedlichen Belange hat. Allein die sogenannten harten Tabukriterien bleiben weiterhin insofern maßgeblich, dass keine Windenergiegebiete nach § 2 Nr. 1 Buchst. a) WindBG festgelegt werden, die von vorneherein aus erkennbaren rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht umsetzbar sind und dadurch der Flächenbeitragswert unterschritten wird. Es besteht aber kein Erfordernis mehr an den nach dem bisherigen Kriterienkatalog des gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) auffallend umfangreichen 31 weichen Tabukriterien, sodass diesbezüglich wie auch bei den 37 Abwägungskriterien nunmehr eine größere Nachjustierung erfolgen sollte. Anstatt keine enge Bindung an ein gesamträumliches Plankonzept mehr zu praktizieren, will die Landesplanung sogar rechtsverbindliche **Ziele der Raumordnung** in den Kapiteln 4.5.1.1 bis 4.5.1.5 umfangreich festlegen. Der Sache nach werden damit im Sinne der alten Systematik noch mehr „harte Tabukriterien“ – jetzt als Ziele der Raumordnung – geschaffen als zuvor. Rechtsdogmatisch bestehen Zweifel, ob dieses Vorgehen und v.a. die umfangreiche Festlegung von Zielen der Raumordnung auf Ebene des Landesentwicklungsplans zulässig ist. Schließlich muss es hierfür zu einer abschließenden Abwägung der Belange gegeneinander und untereinander kommen, was dann aber auf der Planungsebene des Landesentwicklungsplans auch schon erkennbar und von Bedeutung sein muss. Zudem führt das in der Konsequenz dazu, dass der Landesentwicklungsplan zum Gegenstand einer gerichtlichen Überprüfung gemacht werden kann, weil einzelne Ziele und Grundsätze der Raumordnung fehlerhaft festgelegt wurden. Dies stellt für Vorhabenträger ein höheres Rechts- und damit Investitionsrisiko dar und steht der gesetzgeberischen Intention des „Windenergie-an-Land-Gesetz“ entgegen, durch welches gerade Rechtsrisiken durch Abwägungsfehler in gesamträumlichen Plankonzepten, welche sich auch wiederholt in Schleswig-Holstein realisiert haben, reduziert bzw. beinahe ausgeschlossen werden sollen. Es ist schwer nachzuvollziehen, wieso das Land Schleswig-Holstein vor diesem Hintergrund diesen Weg geht. Es ist darin auch ein Verstoß gegen höherrangiges Recht und Bundesrecht (Art. 31 GG) zu sehen, weil der Landesgesetzgeber die bundesgesetzliche, zeitlich beschränkte planungsrechtliche Privilegierung des Repowerings nach § 249 Abs. 3 und § 245e Abs. 3 BauGB damit einschränkt. Dabei hat die Landesplanung § 249 Abs. 3 BauGB ausweislich Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land, S. 11 sogar im Blick, übersieht aber folgendes: So würden die neuen Ziele der Raumordnung nach dem Landesentwicklungsplan gemäß § 35 Abs. 3 Satz 2 Hs. 1 BauGB einen Zielwiderspruch und damit ein planungsrechtliches Genehmigungshindernis bei Repowering-Vorhaben auslösen. Um einen solchen	Landesplanungsbehörde nur dann erfolgen kann, wenn der Einzelfall in Abwägung mit den Entwicklungsvorstellungen der Gemeinde und dem Ausbau der Windenergienutzung geprüft worden ist. zu 3.3. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 5 G – Umgebungsbereiche um geplante Siedlungsentwicklungen und Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen: Die Befürchtung, dass geplante Siedlungsentwicklungen der Gemeinden, einem Missbrauch im Rahmen des Regionalplanverfahrens Vorschub leisten, wird nicht geteilt. Einerseits prüft die Landesplanungsbehörde im Einzelfall die Entwicklungsabsichten einer Gemeinde, darüber hinaus sind bspw. Entwicklungskonzepte innerhalb einer Stadt-Umland-Kooperation das Ergebnis eines in der Regel längeren und breit aufgestellten Erarbeitungsprozesses. Insofern ergibt sich daraus kein Anhaltspunkt, dass solche Konzepte zur Verhinderung einer Windenergienutzung aufgestellt worden sind oder aufgestellt werden. Andererseits hat die Landesplanungsbehörde einen Ausgleich der verschiedenen Interessen herzustellen und zu einer ausgewogenen Raumentwicklung beizutragen. Insofern sind die verschiedenen Interessen zu berücksichtigen und abzuwägen. Das überragende öffentliche Interesse der Windenergienutzung gemäß § 2 EEG ist bei der Ausweisung von Windgebieten anders zu gewichten. Hier hat die Landesplanung einen relativ breiten Ermessensspielraum in der Abwägung, solange im Ergebnis der Flächenbeitragswert erreicht wird. Dies wird noch gestützt durch § 249 Abs. 6 BauGB. Die Ausführungen zu 3.4. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 6 G – Stadt- und Umlandbereiche sowie Verdichtungsräume werden zur Kenntnis genommen. zu 4.1. Kapitel 4.5.1.2 Absatz 8 G – Korridore von Richtfunkstrecken: An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. Im Rahmen der Vorranggebietsausweisung ist zu prüfen, ob sich die

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Verstoß zu vermeiden, müsste im Landesentwicklungsplan jedenfalls als Zielausnahme nach § 6 Abs. 21 ROG in Kapitel 4.5.1 festgelegt werden, dass die Ziele der Raumordnung nach den Kapiteln 4.5.1.1 bis 4.5.1.5 nicht bei bauplanungsrechtlicher Bewertung nach § 249 Abs. 3 und § 245e Abs. 3 BauGB gelten. Lediglich die **Grundsätze der Raumordnung** bleiben vergleichbar mit den bisherigen „Abwägungskriterien“ einer Abwägung offen, wobei zu befürchten ist, dass auf Ebene der Anpassung der Regionalpläne den Grundsätzen der Raumordnung grundsätzlich ein höheres Gewicht eingeräumt wird. Es ist vorsorglich daran zu erinnern, dass Grundsätze der Raumordnung nur eine Berücksichtigungspflicht bei der Abwägung auslösen (§ 4 Abs. 1 Satz 1 ROG). Es wird darum gebeten, im Rahmen der Fortschreibung der Regionalpläne darauf zu achten, dass die Windenergienutzung mit dem entsprechend hohen Gewicht, wie auch durch § 2 Satz 2 EEG 2023 (vorrangiger Belang) gesetzlich normiert (BT-Drs. 20/1630, S. 158 f.), eingestellt wird. Dabei gilt die Sollbestimmung des § 2 Satz 2 EEG 2023 für alle Abwägungsentscheidungen, zumal die Treibhausgasneutralität der Stromerzeugung im Bundesgebiet – nicht nur in Schleswig-Holstein – noch weit entfernt ist. Hieraus ergibt sich ein regelmäßiges Übergewicht der Erneuerbaren Energien in dem Sinne, dass das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) sowie das öffentliche Sicherheitsinteresse nur in atypischen Ausnahmefällen überwunden werden kann, die fachlich anhand der besonderen Umstände der jeweiligen Situation zu begründen wären (Oberverwaltungsgericht für das Land Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 7. Februar 2023 – 5 K 171/22 OVG –, Rn. 160, juris). **1.2 Fehler bei der Benennung des Auslegungsorts** Der guten Ordnung halber weisen wir darauf hin, dass in der öffentlichen Bekanntmachung Amtsblatt für Schleswig-Holstein 2024; Ausgabe 17. Juni 2024, S. 980 der Auslegungsort des Verordnungsentwurfs sowie der Planunterlagen einen kleinen Fehler bei der Straßenbezeichnung enthielt: Der Verordnungsentwurf sowie die Planunterlagen werden auch zur Einsichtnahme bei der Landesplanungsbehörde, Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein, Düsternbrooker 92, 24105 Kiel bereitgehalten.	Windenergienutzung durchsetzt. Dabei ist der Landesplanungsbehörde bekannt, dass Richtfunkstrecken durch eine entsprechende Anlagenkonstellation hinreichend berücksichtigt werden können. Gleichwohl ist zu prüfen, ob z. B. bei dem Zusammentreffen mehrerer Richtfunkstrecken Vorranggebiete oder Teilbereiche von Vorranggebieten weiterhin nutzbar bleiben. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. zu 4.2. Kapitel 4.5.1.2 Absatz 10 G – Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes: Freileitungen und erdkabelgebundene Infrastrukturen werden einerseits grundsätzlich erst ab einer bestimmten Spannungsebene überhaupt als Abwägungsbelang berücksichtigt. Damit werden Infrastrukturen unter 110 kV von vornherein nur auf der Zulassungsebene berücksichtigt. Höhere Spannungsebenen haben jedoch weitergehende räumliche Auswirkungen, die sich insbesondere bei Randlagen innerhalb von Vorranggebieten ergeben können. Gemeint sind Potenzialflächenteile, die aufgrund der Durchschneidung von einer Freileitung zu klein oder zu schmal werden, um eine WEA zu errichten. Insofern soll auch hier die Nutzbarkeit von Vorranggebieten im Rahmen der Abwägung geprüft werden. Gerade geplante Infrastrukturen bedürfen einer sorgfältigen Abwägung, da hier noch kein faktischer Bestand vorhanden ist. Dabei lediglich auf gesetzlich plangesicherte Vorhaben abzustellen, verkennt die Tatsache, dass gerade die Leitungsinfrastruktur erforderlich ist, um den durch die Windenergieanlagen erzeugten Strom abzuführen. Da durch den Zubau an Windenergieanlagen auch ein Ausbau der Netzinfrastruktur einhergeht, ist diese zusätzliche Infrastruktur hinreichend zu berücksichtigen. zu 4.3 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 11 G – Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Richtigerweise müsste es heißen „Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel“. **2. Anmerkungen zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land** Ziel der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes und der sich daran anschließenden Teilaufstellung der Regionalpläne ist es, weiterhin eine Steuerung der Windenergienutzung nach dem neuen System der reinen Positivplanung mit Rechtsfolge der Entprivilegierung der Windenergienutzung im Außenbereich im Übrigen zu erreichen. Dies soll allein durch die regionalen Raumordnungspläne der Landesplanung (§ 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 WindBG) und nicht durch regionale oder kommunale Planungsträger mit regionalen Teilflächenzielen erfolgen **(Kapitel 4.5.1 Absatz 1 – Verfolgtes Planungsziel)**. Wir begrüßen die zentrale und einheitliche Planung durch die Landesplanung. Allerdings könnte der Grundsatz der Raumordnung nach Kapitel 4.5.1 Absatz 1 durch kommunale Planungsträger dahingehend missverstanden werden, dass diese keine eigenen zusätzlichen Planungen über die Flächenkulisse der Regionalpläne hinaus anstreben dürften. Vielmehr gilt nach § 249 Abs. 4 BauGB, dass die Feststellung des Erreichens eines Flächenbeitragswerts (oder Teilflächenziels) der Ausweisung zusätzlicher Flächen für Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, nicht entgegensteht. Es bleibt demnach allen Planungsträgern – auch den Gemeinden – unbenommen, etwa durch sachliche und räumliche Teilpläne gemäß § 5 Abs. 2b BauGB zusätzliche, über die Flächenziele des WindBG hinausgehende Flächen planerisch auszuweisen (BT-Drs. 20/2355, S. 33 f.). Diese zusätzlichen Flächen liegen dann ebenfalls innerhalb der Windenergiegebiete im Sinne des WindBG. Ein klarstellender Hinweis auf die weiterhin verbleibenden kommunalen Spielräume nach § 249 Abs. 4 BauGB sollte in die Begründung zu Kapitel 4.5.1 Absatz 1 aufgenommen werden. In diesem Zusammenhang ist die Erstreckung des Ziels der Raumordnung nach Kapitel **4.5.1 Absatz 4 Z – Verbot der Höhenbeschränkungen** pauschal auf Bauleitpläne problematisch. Während diese Regelung aufgrund des § 4 Abs. 1 Satz 5 WindBG für die Anrechenbarkeit der durch die Regionalpläne festgelegten Flächen zwingend vorgesehen werden muss, würden Planungsspielräume der Gemeinden, welche zusätzliche Flächen außerhalb der Flächenkulisse der Regionalpläne anstreben wollen und aus städtebaulichen Gründen die Höhe beschränken müssen, unnötig	und/oder Erholung: Die Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung haben eine herausragende landes- und regionalwirtschaftliche Bedeutung. Sie sind besonders geeignet für eine marktgerechte Entwicklung des Tourismus sowie zur Umsetzung der tourismuspolitischen Zielsetzungen entsprechend der Tourismusstrategie des Landes Schleswig-Holstein. Damit ist jedoch nicht verbunden, dass innerhalb dieser Räume eine Windenergienutzung nicht möglich sein könnte. Gleichwohl bedarf es auch hier einer sorgfältigen Abwägung zwischen den unterschiedlichen Interessen. Innerhalb der Entwicklungsgebiete für den Tourismus nehmen die Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung eine herausgehobene Bedeutung ein. Auch dieser Aspekt ist im Rahmen der Abwägung zu prüfen und wird damit der Grundanforderung an die Raumordnung gerecht. Das überragende öffentliche Interesse der Windenergienutzung gemäß § 2 EEG ist bei der Ausweisung von Windgebieten anders zu gewichten. Hier hat die Landesplanung einen relativ breiten Ermessensspielraum in der Abwägung, solange im Ergebnis der Flächenbeitragswert erreicht wird. Dies wird noch gestützt durch § 249 Abs. 6 BauGB. Die Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung finden Einzug in die allgemeinen Regionalpläne, so dass deren Abgrenzung sich daraus ergibt. zu 4.4. Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G – Regionale Grünzüge: Die Stellungnahme kann in diesem Punkt grundsätzlich nachvollzogen werden. Die Landesplanung sieht es aber als gerechtfertigt an, die regionalen Grünzüge als Indikator für den ökologischen Wert und den Naherholungswert eines Gebietes mit heranzuziehen. So bekommen die regionalen Grünzüge im Zusammenspiel mit anderen Kriterien des Freiraumschutzes ein gewisses Gewicht in der Abwägung, ohne die Tatsache außer Acht zu lassen, dass Vorhaben, die im überwiegenden öffentlichen Interesse stehen, dort zulässig sind. zu 4.5. Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete:

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	eingeschränkt. Der aktuelle Regelungsvorschlag sieht das Höhenbeschränkungsverbot für alle Bauleitpläne vor, was nach § 1 Abs. 4 BauGB dann auch außerhalb der Flächenkulisse greift. Wir regen deshalb folgende Anpassung an (Unterstreichungen): „In Regionalplänen und Bauleitplänen, welche nach Absatz 2 Vorranggebiete Windenergie der Regionalpläne betreffen, dürfen keine Bestimmungen zur Höhe von raumbedeutsamen WEA getroffen werden.“ Ausweislich der Begründung (B zu 4) ist eine solche Beschränkung durch die Landesplanung auch gemeint *(„Bauleitplanungen der Kommunen, die die auf Regionalplanebene getroffenen Flächenausweisung konkretisieren können“)*, sodass sich die Konkretisierung aufdrängt. Erst in nachfolgend aufzustellenden Regionalplänen sind dann die Vorranggebiete Windenergie i.S.d. § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a) WindBG für raumbedeutsame WEA festzulegen. Wir begrüßen, dass nach **Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land** in den Regionalplänen bevorzugt die Vorranggebiete Windenergie und Vorranggebiete Repowering der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land von 2020 übernommen werden sollen. Dies muss eine entsprechende Abwägungsdirektive sein, welche sich dann auch positiv gegenüber entgegenstehenden Grundsätzen der Raumordnung (vgl. dazu bereits unter 1.1) bei den nachfolgend aufzustellenden Regionalpläne durchsetzt. Die in **Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G – Festlegung einer Referenzanlage** festgelegte Referenzanlage (Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt) wird auch unseren nachfolgenden Anmerkungen zugrunde gelegt. **3. Anmerkungen zu Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur** **3.1. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante	Der Stellungnahme wird insofern gefolgt, als dass in Aufstellung befindliche und einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete unberücksichtigt bleiben. zu 4.6. Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G – Naturparke: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es bleibt weiterhin bei Berücksichtigung und Einzelfallabwägung der Naturparke. Die Begründung muss nicht so detailliert ausformuliert sein, dass jede Abwägungsentscheidung quasi schon vorweggenommen wird. Eine vertiefende Erläuterung der flächenbezogenen Abwägungsentscheidungen erfolgt auf Regionalplanebene. Die Landesplanung sieht gerade die Überlagerung mit anderen Kriterien des Landschafts- und Freiraumschutzes als Indikator dafür an, dass es sich innerhalb von Naturparken um besonders wertvolle Landschaftsbestandteile handelt. zu 5.1. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche: Durch Windkraftanlagen ergeben sich Störungen die in das EU-Vogelschutzgebiet hineinwirken können. Zudem können sich im Nahbereich (bis 1000 m) Barrierewirkungen durch WEA ergeben. Diesen Aspekten wird mit dem Umgebungsbereich Rechnung getragen. Naturschutzfachlich ist es deshalb gerechtfertigt auf der gesamträumlichen Planungsebene aus Gründen der Vorsoge einen Umgebungsbereich von WEA freizuhalten. Außerhalb dieses Umgebungsbereich wird im Sinne der FFH-Verträglichkeit von keiner erheblichen Beeinträchtigung ausgegangen. Die Betrachtung der Umgebungsbereiche um Europäische Vogelschutzgebiete (EU-VSG) erfolgt zweigeteilt und trägt somit den planerischen Entwicklungen über die Zeit (Bestandsanlagen) und den neuen Anforderungen beim Ausbau der Windenergie durch höhere Flächenbeitragswerte (Ausweisung von mehr Flächen unter Berücksichtigung unbelasteter Räume) Rechnung. Grundsätzlich muss aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 3.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Meter nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 3.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen	davon ausgegangen werden, dass Umgebungsbereiche von 1.000 m um EU-VSG verstärkt von den zu schützenden maßgeblichen Bestandteilen des Natura 2000-Gebiets, also bestimmten Vogelarten, genutzt werden. Damit zählen diese Bereiche zu den sensiblen Gebieten, in denen keine Ausweisung von Vorranggebieten erfolgen sollte. Weiterhin wird durch den die Freihaltung des 1000m-Umgebungsbereiches vermieden, dass die Störwirkung von WEA in die Schutzgebiete hineinwirken und zu einer erheblichen Beeinträchtigung des jeweiligen Gebietes führen. Eine generelle Freihaltung der Umgebungsbereiche ergibt sich zudem aus der Annahme, dass durch die Ausweisung von mehr Fläche für Windenergie zur Erfüllung der höheren Beitragswerte gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz die Natur insgesamt stärker belastet wird. Größere unbelastete Flächen und Gebiete mit einer besonderen Bedeutung für den Naturschutz erhalten so eine höhere Relevanz. An Standorten, wo bereits Anlagen bestehen und die nicht von weiteren Zielen überlagert werden, werden „berechtigte Interessen der Altanlagenbetreiber und der Öffentlichkeit an der Weiternutzung der vorhandenen Infrastruktur“ in die Überlegung miteingestellt. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Freihaltung bisher unbelasteter Räume Vorrang hat – oder umgekehrt, belastete Räume im Zweifelsfall bestehen bleiben sollten, um einen umweltverträglichen Ausbau der Windenergie gemäß § 1 EEG gewährleisten zu können. zu 5.2. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z – Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche: Der Plangeber hat sich aus Vorsorgeerwägungen heraus bewusst für die pauschale Freihaltung aller Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH-Gebiete) entschieden, auch wenn in Einzelfällen über eine FFH-Prüfung nachgewiesen werden könnte, dass eine Vereinbarkeit mit den Erhaltungszielen gegeben sein könnte. Die Errichtung baulicher Anlagen wie WEA verschlechtert in FFH-Gebieten die Entwicklungsmöglichkeiten hin zu einem nach FFH-Richtlinie geforderten günstigen Erhaltungszustand, der in vielen

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: *„Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier)* Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanung dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete	Fällen noch nicht erreicht ist. Die Ausweisung eines Vorranggebietes innerhalb eines FFH-Gebietes wird daher abgelehnt. Zu weiteren Einzelheiten wird auf die Ausführungen in der Begründung zum Landesentwicklungsplans Windenergie verwiesen. Die Landesplanungsbehörde hält auch nach erneuter Prüfung an den dort getroffenen Aussagen fest. zu 5.3. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. zu 5.4. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z – Wälder und Umgebungsbereiche: Die Raumordnung hat keine Verwerfungskompetenz gegenüber Landesrecht. Die Auffassung, dass die BVerfG-Entscheidung zum Waldgesetz Thüringen auf Schleswig-Holstein übertragbar sei, wird nicht geteilt. Der geringe Waldanteil in Schleswig-Holstein genießt schon per se einen höheren Schutzanspruch. Das Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf das Umwandlungsverbot für WEA nicht verfassungswidrig. Unabhängig davon wird ein Mindestabstand zum Wald von 30 m auch deshalb für notwendig erachtet, um die ökologische Funktion des Waldrandes mit den Wechselbeziehungen insbesondere von Fledermäusen und Vögeln ins Offenland nicht zu stark zu beeinträchtigen. Scheuch- und Störwirkungen sind in

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 3.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 3.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanung wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. <u>Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage:</u>	diesem Nahbereich auch bei ökologisch weniger wertvollen Wäldern anzunehmen. Die Ausführungen zum Abstand zu Naturwäldern werden zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden nur Naturwälder i.S. des § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG. zu 5.5. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen: Das Dichtezentrum von Seeadlervorkommen entspricht in seiner räumlichen Ausdehnung dem gleichnamigen Kriterium aus dem Landesentwicklungsplans Wind (2020). Die räumliche Festlegung erfolgte auf Grundlage von besetzten und traditionell geeigneten Horststandorten nach landesweit einheitlich angewendeten Kriterien. Ausgehend vom Großen Plöner See werden alle Reviere einbezogen, deren 3 km Umgebungsbereiche sich überlappen oder nicht weiter als 2 km voneinander entfernt liegen. Die von diesen Revieren umschlossene Außengrenze weist im Inneren Bestandslücken auf. Diese Bereiche sind jedoch in der Vergangenheit besiedelt gewesen oder es gab Ansiedlungsversuche. Außerdem weisen sie Schlafplätze und Aufenthaltsbereiche von heranwachsenden Seeadlern auf. Dieser Lebensraum zeichnet sich durch zahlreiche Waldflächen und viele Seen sowie eine Verbindung zur Ostsee und zu EU-Vogelschutzgebieten aus. Im Ergebnis ist ein Raum mit einer kontinuierlich hohen Brutdichte abgegrenzt, der zur dauerhaften Sicherung des stabilen Kerns der Seeadlerpopulation in Schleswig-Holstein geeignet ist und somit der Kontinuität der Freihaltung von WEA bedarf. Eine Anpassung der Abgrenzungen ist fachlich nicht geboten, auch nicht, wenn es an den Rändern zu vereinzelten Änderungen besetzter Horste kommt. zu 5.6. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 12 Z – Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten: Der Stellungnahme wurde bereits im Planentwurf dahingehend teilweise gefolgt, das große, flächenhafte Bereiche der Migrationskorridore nicht mehr als Kriterium (auch nicht als

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und	Grundsatz, also Abwägungskriterium) aufgeführt werden. Nach dem ROG können prinzipiell Korridore freigehalten werden, soweit dies zur Sicherung der Tierwelt - hier Rothirsch als Leitart (s.o.) - erforderlich ist. Ein zentraler Kritikpunkt, dass die Aussagen von Meißner (2018) zur Störungsempfindlichkeit des Rothirsches mithilfe eines zitierten Gutachtens aus der Schweiz in Frage gestellt werden. Tenor: Die Störungsempfindlichkeit seien lediglich unbelegte Thesen, sodass eigentlich nichts genaues über die Wirksamkeit der Ausschlussplanung für die Wanderbewegung ausgesagt werden kann, weshalb die Planung nicht erforderlich sei. Es besteht in Bezug auf die Raumnutzung und das Wanderverhalten von Wildtieren bei Vorhandensein von Windenergieanlagen noch Forschungsbedarf. Das von Denker & Wulf ins Feld geführte Gutachten (Righetti 2017) führt in jedem Fall nicht dazu, diese Unklarheiten zu beseitigen, da das dort untersuchte Gebiet regelmäßig von Rotwild genutzt wird, d.h. zum Kernlebensraum gehört (vgl. Aussagen dazu in Erwiderung auf die Stellungnahme des RWR Hasselbusch). Ergänzend wird auf Ziffer 4.13.1 der allgemeinen Synopse verwiesen zu 5.7. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 14 G – Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten: Die fachlichen Erkenntnisse für die Abgrenzung der bedeutsamen Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne beruhen auf jahrelangen kontinuierlichen Beobachtungen der Fachbehörden, unterstützt durch die staatliche Vogelschutzwarte. Die Landesplanungsbehörde hält auch nach erneuter Prüfung an den Datengrundlagen fest. Ein strikter Ausschluss dieser Flächen ist nicht erforderlich, da sich (entgegen der Auffassung aus einigen Stellungnahmen) die Bestände der nordischen Gänse und des Singschwans in den letzten Jahren positiv entwickelt haben und im Einzelfall eine Konfliktbewältigung durch Maßnahmen möglich sein kann. zu 5.8. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 15 – Hauptachsen des

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanung dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während das für Kindertagesstätten und Schulen noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 3.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich	überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung und mit besonderer Bedeutung: Aufgrund seiner Lage zwischen Nord- und Ostsee hat Schleswig-Holstein eine internationale Bedeutung für den Vogelzug, sodass in Schleswig-Holstein seit der Mitte des 20. Jahrhunderts der aktive, sichtbare Vogelzug an verschiedenen Orten regelmäßig durch ehrenamtliche Ornithologinnen und Ornithologen erfasst wird (siehe: Ornithologische Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein | Monitoring Vogelzug). Dort sind auch die jährlichen Projektberichte zu Vogelzuguntersuchungen 2005 bis 2023 verlinkt. Die Kenntnisse sind in landesweiten und regionalen Darstellungen des Vogelzuges eingeflossen. Im Zuge der technischen Entwicklung werden die WEA immer größer, sodass aktuell von einer Referenz-WEA mit 200 m Höhe ausgegangen wird. Die Höhe der WEA hat in einigen Bereichen (insbesondere Überlandzug Husum-Schleswig, s.o.) des Vogelzuges Bedeutung, da dort bislang davon ausgegangen wurde, dass der Vogelzug über den Windparks mit 100 bis 150 m hohen WEA stattfand, sodass es keinen Konflikt gab, die höheren WEA aber zunehmend in die Flughöhe der dort fliegenden Meeresenten ragen. Im Bereich anderer Zugwege mit niedrigeren Flughöhen entlang von Leitlinien ist der Konflikt bei 150 m oder 200 m hohen WEA hingegen gleich groß. Mit dem LEP Wind werden aus naturschutzfachlichen Gründen und im Einklang mit einer gesamträumlichen Steuerung der Windenergie Festlegungen getroffen. Mit der Berücksichtigung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs als Ziel und Grundsatz der Raumordnung wird die Erfüllung der Verpflichtungen zum Schutz und zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit dieser Hauptachsen dauerhaft gewährleistet. zu 5.10. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 (G) – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel: Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen sind in der Nähe von Horststandorten windkraftsensibler Großvogelarten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter *„planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“* verstanden, was ebenfalls für *„in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“* gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanung abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanung abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 3.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen.	Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. Folglich ist der absolute Ausschluss von Windenergieanlagen in den Umgebungsbereichen mittels eines Zieles der Raumordnung fachlich und rechtlich nicht geboten. Der Einsatz von Antikollisionssystemen ist derzeit nicht in jedem Fall fachlich geeignet oder technisch möglich um das Tötungsrisiko stets ausschließen zu können. Eine Ausweisung von Vorranggebieten unter alleiniger Annahme des Einsatzes eines Antikollisionssystems ist daher fachlich und rechtlich nicht möglich. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel angesetzten Umgebungsbereiche orientieren sich jetzt an den Angaben des BNatSchG (Anlage 1 Abschnitt 2 zu § 45b BNatSchG). Der Nahbereich wird durch ein neues Ziel der Raumordnung als freizuhaltender Bereich aufgenommen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 45 b bis d ausschließlich für die Ebene der Zulassungsverfahren. Das Kriterium „Seeadlerdichtezentrum“ wird beibehalten, denn aufgrund von überdurchschnittlich hoher Anzahl von Revieren ist von einem hohen Kollisionsrisiko mit WEA auszugehen. Eine Öffnung dieses Kriteriums ist naturschutzfachlich und planerisch auch im Lichte der eingegangenen Stellungnahmen nicht angezeigt. Eine Konfliktbewältigung durch Maßnahmen wird hier in der Regel nicht verhältnismäßig sein. Eine Erweiterung des Dichtezentrums ist aus fachlicher Sicht ebenso nicht erforderlich, da es in der jetzigen Abgrenzung nach wie vor die höchste Revierdichte in Schleswig-Holstein abbildet und damit den Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung darstellt. Daran ändern auch vereinzelt hinzugekommen Brutplätze am Rande nichts. Der Schwarzstorch steht mit 5-7 Revieren kurz vor dem Aussterben in Schleswig-Holstein. Für erfolgreiche Bruten sind die Vögel auf freie Flugkorridore ohne Barrieren im Umfeld ihrer Brutplätze angewiesen. Die Funktion der Lebensstätte für erfolgreiche Bruten der wenigen Paare in Schleswig-Holstein kann daher nur gesichert werden, wenn der 2 km

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	3.2 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 2 G – Umgebungsbereich um planverfestigte Siedlungsflächen im Außenbereich Kapitel 4.5.1.1 Absatz 2 sieht als Grundsatz der Raumordnung vor, dass bei planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen, die nicht an die Siedlungsbereiche angrenzen und gemäß § 35 BauGB eingestuft sind, geprüft werden solle, ob im Einzelfall ein Umgebungsbereich von 800 Metern zugrunde gelegt werden kann. In der Begründung B zu 2 G wird dazu ausgeführt, in begründeten Einzelfällen könnten Gemeinden durch die Flächennutzungsplanung signalisieren, dass im Außenbereich ein städtebaulich geeigneter Siedlungsbereich entwickelt werde, der tatsächlich erkennbar und umsetzbar (tragfähiger Siedlungsansatz) sowie im Einklang mit den raumordnerischen Zielen für die Siedlungsentwicklungsplanung steht. Während dies angrenzend an Siedlungsbereiche noch nachvollziehbar sein könnte (vgl. 3.1.5), besteht ein solches Freihaltungsinteresse im Außenbereich nicht. Dies widerspricht der gesetzlichen Wertung, wonach zwar die Windenergienutzung im Außenbereich vorgesehen ist, nicht aber Siedlungsflächen. Ein Abweichen von dieser Grundsatzwertung kann über eine Abwägung der Belange im Anschluss an einen Grundsatz der Raumordnung nicht gelingen. Dies widerspricht diametral dem Vorrang der Innenverdichtung. Eine lediglich geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung einer darüber hinaus möglicherweise rechtlich zweifelhaften Neuansiedlung im dafür nicht vorgesehenen Außenbereich kann sich gegenüber dem höher zu gewichtenden Belang der Windenergienutzung schlichtweg nicht durchsetzen. Im Übrigen eröffnet das auch gemeindliche Möglichkeiten zur Verhinderung von Windenergiegebieten, sofern jedenfalls keine Beschränkung auf bereits umgesetzte und durch die Landesplanung geprüfte sowie bestätigte Darstellungen explizit aufgenommen wird. Der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 2 ist zu streichen. Sofern er dennoch zur Anwendung käme, wäre er auf absolute und der Landesplanung möglicherweise bereits bekannte Einzelfälle zu beschränken. **3.3 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 5 G – Umgebungsbereiche um geplante**	Umgebungsbereich frei von WEA bleibt. In den letzten Jahren ist der Kenntnisstand zur Brutverbreitung des Rotmilans deutlich gestiegen. Die Erkenntnisse zeigen, dass Rotmilanreviere in der Regel wiederbesetzt werden. Auch wenn nicht immer der exakt gleiche Horst genutzt wird, liegt der Wechselhorst oft in der unmittelbaren Nähe. Auch werden aktuell unbesetzte Horste in den Folgejahren wiederbesetzt. Insofern ist die Berücksichtigung der aktuellen Rotmilanbrutplätze artenschutzfachlich gerechtfertigt. Ergänzend wird zu diesem Kriterium auf die allgemeine Synopse, Ziffer 4.20.1 verwiesen. zu 5.11. Kapitel 4.5.1.4 Absatz 5 (G) – Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe: Flächen, die mit einer Bedingung „Windenergienutzung erst nach Rohstoffabbau“ versehen werden, müssten als Vorbehaltsgebiete eingestuft werden. Als solche wären sie nach § 2 WindBG nicht auf den Flächenbeitragswert anrechenbar. Insofern stellt dies keine Option für die Landesplanung dar. Es wird die Befürchtung geäußert, dass der Belang in der Abwägung auf Regionalplaneben ein zu hohes Gewicht bekommt. Im Zusammenhang damit wird darauf hingewiesen, dass die nach WindBG erforderliche Ausweisung zusätzlicher Vorranggebiete schon im Zuge der Gesamtfortschreibung der Regionalpläne hätte berücksichtigt werden müssen. Hierzu ist festzuhalten, dass für die Abwägung auf Regionalplanebene 7 % der Landesfläche als Potenzialfläche zur Verfügung stehen. Damit bestehen ausreichend Spielräume um die nach WindBG mit Rotor In erforderliche Menge von ca. 3 % der Landesfläche zu erreichen. Der jeweilige Regionalplan muss sich an der Erreichung des Flächenziels messen lassen und nicht mehr an der Frage, ob der Windenergienutzung substanziell Raum verschafft wird. Hieran orientieren sich alle Abwägungsentscheidungen der Landesplanung. Dabei genießt die Übernahme bestehender Vorranggebiete eine hohe Priorität. zu 5.12. Kapitel 4.5.1.4 Absatz 5 (G) – Schützenswerte Geotope:

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsentwicklungen und Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen Kapitel 4.5.1.1 Absatz 5 sieht als Grundsatz der Raumordnung vor, dass geplante Siedlungsentwicklungen der Gemeinden und die in den Regionalplänen festgelegten überregionalen Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen mit den Umgebungsbereichen von Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z und G sowie Kapitel 4.5.1.1 Absatz 2 Z berücksichtigt werden sollen, mithin 400, 800 oder 1.000 Meter Schutzabstand zu Windenergiegebieten in Betracht kommt. Gemäß der Begründung B zu 5 fallen unter den Begriff der „geplanten Siedlungsentwicklungen“ informelle Planungen (beispielsweise Konzepte für eine Siedlungsentwicklung in Stadt-Umland-Kooperationen) sowie laufende Bauleitplan- und Satzungsverfahren. Dieser Grundsatz der Raumordnung ist problematisch, weil solche informellen Planungen oder Bauleitpläne ohne erheblichen Aufwand angestoßen werden können, um Windenergiegebiete zu verhindern. Damit ist einem Missbrauch im Rahmen des Regionalplanverfahrens Vorschub geleistet, was bereits in der Vergangenheit mit anderen Instrumentarien wie Entwürfen bzw. Verfahren für Schutzgebietsverordnungen versucht wurde. Bereits deshalb ist der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 5 aufzuheben. Wenn es in der Begründung B zu 5 dann heißt, es sei *„zwischen den formulierten Siedlungsentwicklungszielen und dem Interesse an der Ausweisung eines Windenergiegebietes abzuwägen“*, so handelt es sich einerseits um eine Selbstverständlichkeit, weil dies gerade Inhalt eines Grundsatzes der Raumordnung ist. Zugleich wird damit aber auch die von vorneherein unterschiedliche Gewichtung der Belange verkannt und der falsche Eindruck vermittelt, diese seien zunächst gleichrangig. Dies übersieht, dass solchen Planungen ein geringeres Gewicht zukommt, v.a. wenn noch nicht im Sinne der Rechtsprechung eine Verfestigung wie etwa bei einem Flächennutzungsplan vorliegt (vgl. Bayerischer VGH, 25.02.2020 - 22 A 18.40038 -, juris Rn. 49; BVerwG, Beschluss vom 26.09.2013 - 4 VR 1/13 -, juris Rn. 49). Jedenfalls kann sich die Abwägung zugunsten von informellen und noch nicht erheblich verfestigten Planungen nicht gegenüber dem überragenden öffentlichen Interesse der Windenergienutzung durchsetzen. Die Festlegung der Windenergiegebiete muss regelmäßig vorgehen und nur in seltenen Fällen könnte sich das anderweitige	Die Argumentation ist grundsätzlich nachvollziehbar und steht nicht im Widerspruch zu den Abwägungsleitlinien, die die Landesplanung für die Ausweisung von Vorranggebieten zugrunde legen will. zu 5.13. Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 (G) – Kompensations- und Ökokontoflächen: Es ist ausdrücklicher Wille des Plangebers, zu verhindern, dass bereits existierende Maßnahmenflächen aufgrund von Eingriffen auf den Flächen verlagert werden müssen. Mit dem formulierten Grundsatz sollen bestehende und gesicherte Maßnahmenflächen in ihrer Funktion erhalten bleiben. Ob die Funktionen und Schutzzwecke mit der WEA-Nutzung im Konflikt stehen, wird im Einzelfall geprüft. Angesichts der zunehmenden Flächenknappheit von Ausgleichsflächen kommt auch Ökokontoflächen, die noch keinem konkreten Vorhaben zugewiesen sind eine größere Bedeutung zu, so dass sie nach Möglichkeit freigehalten werden sollen. Dies ist auch im Sinne der Vorhabenträger von WEA-Projekten. zu 6.1. Kapitel 4.5.1.5 Absatz 1 (G) – Belange des Denkmalschutzes: Die ausführlich zitierte Rechtsprechung zur Berücksichtigung von Belangen des Denkmalschutzes und zu Begriffsdefinitionen des Umgebungsbereiches wird zur Kenntnis genommen. Sie ist der Landesplanung bekannt. Die Abwägungsentscheidungen orientieren sich an diesem Rechtsrahmen. Die Kritik an der Beteiligung der Denkmalbehörden wird zurückgewiesen. Es ist unabdingbar, von den Fachbehörden ein Votum einzuholen. Die Einordnung des Fachvotums in das planerische Gesamtkonzept, auch unter Würdigung von § 2 EEG, obliegt dann der Landesplanung. zu 6.2. Kapitel 4.5.1.5 Absatz 2 (Z) – UNESCO-Welterbestätte Hansestadt Lübeck: Die Sichtachsenstudie ist nicht im Jahre 2001, sondern im Jahr 2011 erstellt worden. Die Sichtpunkte sind nochmals 2022/23

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungsinteresse i.S.d. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 5 G einmal durchsetzen. **3.4 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 6 G – Stadt- und Umlandbereiche sowie Verdichtungsräume** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 6 sieht als Grundsatz der Raumordnung vor, dass Stadt- und Umlandbereiche in ländlichen Räumen sowie Verdichtungsräume in den Ordnungsräumen Hamburg, Lübeck und Kiel bei der Festlegung von Windenergiegebieten zu berücksichtigen sind. Laut der Begründung B zu 6 könne ein Konflikt zwischen der Festlegung von Windenergiegebieten und den formulierten Entwicklungsschwerpunkten für diese Gebiete entstehen. Da die Ordnungsräume zu groß und zu pauschal ausgewiesen seien, um sie vollständig von einer Windenergienutzung auszuschließen, bedürfe es einer Einzelabwägung. Eine solche Einzelabwägung ist zu begrüßen. Dabei möchten wir betonen, dass in den Regionalplänen als Ziele der Raumordnung in Stadt- und Umlandbereichen bestimmter Zentraler Orte eine besondere Wohnfunktion beziehungsweise besondere Gewerbefunktion vorgesehen ist. Insbesondere in Randbereichen dieser Stadt- und Umlandbereiche unter Einhaltung entsprechender Abstände muss aber weiterhin eine Festlegung von Windenergiegebieten möglich sein. Es liegt insofern kein entgegenstehendes Ziel der Raumordnung vor, weil eine solche Festlegung von Windenergiegebieten auch die Stadt- und Umlandbereiche mit der besonderen Wohnfunktionen beziehungsweise Gewerbefunktion nicht maßgeblich einschränkt. Diese jeweilige Funktion kann weiterhin erfüllt werden und muss für die als Stadt- und Umlandbereich genannten Gemeinden nicht in jeder Ortsrandlage zu einer entsprechenden Ausdehnung der Gemeinde führen. **4. Anmerkungen zu Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz**	untersucht wurden. Bei dem in der STN untersuchten Sichtpunkt Nr.21 laut Sichtachsenstudie handelt es sich um eine Streckenansicht. In der STN werden nur ein Anfangs- und ein Endpunkt behandelt. Es wurden keine Sichtpunkte dazwischen untersucht, obwohl es entlang der Sicht-Strecke Sichtbeziehungen auf die Lübecker Stadtsilhouette gibt. Lübecks herausragendes Merkmal, das so genannte Schlüsselattribut, ist die Stadtsilhouette. Dieses herausragende Merkmal muss geschützt werden. Der in der STN genannte Standort einer WEA würde diese Sichtbeziehung erheblich beeinträchtigen und zu einer massiven Störung führen, da von diesem Punkt aus Blicke auf die Lübecker Stadtsilhouette frei von Störungen sind. Daher kann der Argumentation nicht gefolgt werden. zu 6.3. Kapitel 4.5.1.5 Absatz 3 (G) – Sichtkorridore um die UNESCO-Welterbestätte Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Danewerk: Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. nach Prüfung durch das Archäologische Landesamt erfolgt eine Verkleinerung des Abwägungsbereiches um das Danewerk.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4.1. Kapitel 4.5.1.2 Absatz 8 G – Korridore von Richtfunkstrecken Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 8 G sollen die Korridore hoheitlicher Richtfunkstrecken bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. Ausweislich der Begründung B zu 8 begründet sich dies mit einem erheblichen Störfaktor der WEA, welche den Funkstrahl unterbrechen oder ablenken können. Entsprechend freizuhaltende Korridore würden durch die zuständigen mitgeteilt werden und es solle dann geprüft werden, ob und in welchem Umfang diesen Anliegen Rechnung getragen werden kann. Zunächst ist zu betonen, dass die Landesplanung in eigener Verantwortung eine kritische Prüfung und Hinterfragung solcher Freihaltekorridore vorzunehmen hat, um einer etwaigen Tendenz zu Vorsorgeüberlegungen der Richtfunkbetreiber vorzubeugen. Weiter entspricht es der Praxis in den Genehmigungsverfahren, durch entsprechende Windpark-Konfigurationen Richtfunkstrecken freihalten zu können und damit entsprechende Konflikte zu lösen. Mithin gehört es nicht auf die Ebene der Landes- und Regionalplanung, bereits vorsorglich Windenergiegebiete auszuschließen. Damit kann der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 8 aufgehoben werden. Jedenfalls aber muss eine Abwägung zulasten der Windenergienutzung ein absoluter Ausnahmefall sein. **4.2. Kapitel 4.5.1.2 Absatz 10 G – Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 10 G soll der Schutz der bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes bei der Ausweisung von Windenergiegebieten Berücksichtigung finden. In der Begründung B zu 10 wird auf Empfehlungen der Bundesnetzagentur gemäß DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4):2016-04 als Abstände von WEA zu Hochspannungsfreileitungen Bezug genommen. Entsprechende Schutzabstände sind in der Planungs- und Genehmigungspraxis von WEA bekannt und bewältigbar, zumal selbst eine Unterschreitung der Schutzabstände zunächst auch eine vertikale Prüfung nach sich zieht und dann jedenfalls bei Einsatz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von schwingungsdämpfenden Maßnahmen zulässig ist. Insofern besteht kein unüberwindbares Genehmigungshindernis, welches die Ausnutzung eines Windenergiegebietes gänzlich in Frage stellen könnte. Dies verdeutlicht auch eine beispielhafte Berechnung auf Grundlage dieser Standardisierungsnorm. Die planerisch maßgebliche Referenzanlage hat einen Rotordurchmesser von 150 Meter (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G). Zwischen dem äußersten ruhenden Leiter der Freileitung und der Turmachse der WEA sind mindestens folgende Abstände einzuhalten: aWEA = 0,5 * DWEA + aRAUM + aLTG Dabei ist: aWEA der waagerechte Abstand zwischen äußerstem ruhendem Leiter der Freileitung und Turmachse der WEA, DWEA der Durchmesser des Rotors der WEA, aLTG der waagerechte spannungsabhängige Mindestabstand entsprechend einer Tabelle, wobei bei > 110 kV dies 30 ist und aRAUM der Arbeitsraum für Montagekrane für Errichtung und betriebsbedingten Arbeiten an der WEA Hieraus folgt bei einer Hochspannungsleitung (> 110 kV / worst case) ein Mindestabstand von 105 m zwischen äußerstem ruhendem Leiter der Freileitung und Turmachse der WEA. Ein solcher Abstand ist raumordnungsrechtlich und planerisch nicht mehr relevant, sodass auch aus diesem Grund die mögliche Konfliktlösung auf die Zulassungsebene verlagert werden darf und es dort unter Beibehaltung der Festlegung als Windenergiegebiet auch gelingen wird, dieses auszunutzen. Schließlich ist nicht nachvollziehbar, dass auch geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes Berücksichtigung finden sollen. Dies kann nur für entsprechend verfestigte Planungen gelten, für welche die gesetzlichen Regelungen (EnWG, NABEG) entsprechende Plansicherungsinstrumente vorsehen und diese auch im konkreten Fall Anwendung finden (§ 16 NABEG, § 44a EnWG).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4.3 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 11 G – Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 11 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Erfordernisse der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie der Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung berücksichtigt werden. Laut der Begründung B zu 11 soll gemäß dem im Kapitel 4.7.1 Absatz 3 formulierten Grundsatz, dem Tourismus und der Erholung besonderes Gewicht beizumessen, einzelfallbezogen geprüft werden, was auch für die Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung gelte. Nach Kapitel 4.7.1 Absatz 3 soll in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung dem Tourismus und der Erholung besonderes Gewicht beigemessen werden. Dies soll bei der Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Planungen, Maßnahmen und Vorhaben berücksichtigt werden. Es handelt sich um raumordnerische Vorbehaltsgebiete. Es ist allerdings festzuhalten, dass kein Widerspruch zwischen Tourismus und Erholung sowie der Nutzung der Windenergie besteht. So gibt es keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse, dass die Windenergienutzung die Erholungseignung einschränkt, zumal diese zum Landschaftsbild des Landes Schleswig-Holstein seit vielen Jahren dazu gehört. Die Landesplanung hat bereits in der zurückliegenden Teilregionalplanung für Windenergie in zutreffender Weise die Naturparke, welche ebenfalls dem Tourismus und der Erholung dienen, für die Windenergienutzung in maßvoller Weise geöffnet. Auch insofern besteht kein Widerspruch und dies wäre klarzustellen. Schließlich gilt für Landschaftsschutzgebiete, dass nach § 26 Abs. 3 BNatSchG Windenergiegebiete auch in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden dürfen, wovon die Landesplanung ebenfalls in maßvoller Weise Gebrauch machen kann, um den Flächenbeitragswert in Schleswig-Holstein zu erreichen. Gerade im Kontext der gesetzlichen Abwägungsdirektive des § 2 EEG 2023 ist deshalb festzustellen, dass das überragende öffentliche Interesse und Sicherheitsinteresse der Windenergie auch unter Berücksichtigung von Tourismus und Erholung in dafür vorgesehenen Schwerpunkträumen überwiegt. Damit muss sich die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergienutzung regelmäßig durchsetzen und nur in außergewöhnlichen Fällen, bspw. auf touristisch geprägten Inseln, gilt etwas Anderes. Ebenso gilt dies hinsichtlich der in den Regionalplänen zu konkretisierenden Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung. Für diese gilt nun die raumordnerische Festlegung in Kapitel 4.7.2 Absatz 4. Diese Bereiche haben eine herausgehobene Bedeutung für den Tourismus und/oder die Erholung und können sich in die höherwertige Schwerpunktraumkategorie hineinentwickeln. Insofern gilt deshalb erst recht der Abwägungsvorrang zugunsten der Windenergienutzung nach § 2 EEG 2023 wie vorstehend zu den höherwertigen Schwerpunkträumen ausgeführt. Da in den Regionalplänen die Zielsetzungen für die Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung konkretisiert werden, hat sich die Denker & Wulf AG bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zu den Entwürfen der Neuaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I, II und III des Landes Schleswig-Holstein nach § 5 Abs. 8 LaplaG, § 9 Abs. 2 ROG zu den Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung geäußert und auf die erforderliche Klarstellung der Zulässigkeit und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung hingewiesen. Dabei wurde auf die fehlende, abgestimmte Planung hingewiesen und vorliegend wird erneut betont, dass die Ausgliederung des Themenbereichs Windenergie nicht über Kapitel 4.5.1.2 Absatz 11 G Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung, Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung zu einer unkoordinierten Verhinderung der Windenergienutzung führen darf. Schließlich wurde vormals im bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) auf einen gutachterlichen Vorschlag für die Abgrenzung der Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung Bezug genommen, der aber nicht veröffentlicht wurde. Bereits aus Gründen der Transparenz, aber auch zur Nachvollziehbarkeit wie auch Auseinandersetzung mit der Abgrenzung ist dieser öffentlich zu machen. **4.4. Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G – Regionale Grünzüge** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G sollen die Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	werden. In der Begründung B zu 12 wird auf Kapitel 6.3 sowie die Funktionen der in den Regionalplänen festgelegten regionalen Grünzüge verwiesen. Zunächst ist festzuhalten, dass die in der Begründung B zu 12 genannten Funktionen in Kapitel 6.3 Absatz 1 Z – Regionale Grünzüge auf andere Erfordernisse der Raumordnung im Landesentwicklungsplan Bezug nehmen. Erst in der Zusammenschau mit diesen kann abwägend entschieden werden, inwiefern dies für die Windenergienutzung relevant ist. Wenn etwa auf die Funktion „Klimaverbesserung und Lufthygiene“ Bezug genommen wird, so findet sich der Verweis auf Kapitel 6.1 und darin wiederum auf die raumordnerische Vorsorge für eine klimaverträgliche Energieversorgung und -infrastruktur (Kapitel 4.5). Mithin sind die Funktionen miteinander verschränkt und es kann nicht abwägend über Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G die Ausweisung von Windenergiegebieten als unvereinbar angesehen werden. Zutreffend wird in der Begründung B zu 12 festgehalten, was Kapitel 6.3.1 Absatz 4 Z festlegt: *„In den regionalen Grünzügen darf planmäßig nicht gesiedelt werden. Es sind nur Vorhaben zuzulassen, die mit den Funktionen dieser Gebiete entsprechend Absatz 1 vereinbar sind oder die im überwiegenden öffentlichen Interesse stehen.“* Damit gilt alternativ, dass in regionalen Grünzügen Vorhaben entsprechend der vorstehend ausgeführten Zusammenschau der in Bezug genommen Erfordernisse der Raumordnung zugelassen sind, jedenfalls aber im überwiegenden öffentlichen Interesse stehende Vorhaben. Wie bereits unter 1.1 ausgeführt, findet die Sollbestimmung des § 2 Satz 2 EEG 2023 für alle Abwägungsentscheidungen, zumal die Treibhausgasneutralität der Stromerzeugung im Bundesgebiet – nicht nur in Schleswig-Holstein – noch weit entfernt ist, Anwendung. § 2 Satz 1 EEG 2023 hält unabhängig von Abwägungsentscheidungen fest, dass die Errichtung und der Betrieb von Anlagen der erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen. Insofern liegt die Voraussetzung der Zulässigkeit von Vorhaben der Windenergienutzung in regionalen Grünzügen immer vor. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. In der Konsequenz darf aber diese als Ziel der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Raumordnung explizit festgelegte Zulässigkeit dieser Vorhaben nicht dadurch umgangen werden, dass durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 regionale Grünzüge doch wieder abwägend Berücksichtigung finden müssen. Dies stellt einen systematischen Widerspruch dar, weshalb Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G aufzuheben ist. Jedenfalls aber kann nur in außergewöhnlichen Fällen eine Abwägung zulasten der Ausweisung von Windenergiegebieten erfolgen. **4.5. Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 13 wird auf die Neuregelung des § 26 Abs. 3 BNatSchG verwiesen, welche sich auch auf das Veränderungsverbot nach § 19 Abs. 2 Satz 2 LNatSchG bei eingeleitetem LSG-Verfahren nach § 12a Abs. 2 LNatSchG erstrecke. Dies gelte auch für einstweilige sichergestellte Gebiete nach § 12a Abs. 3 LNatSchG i.V.m. § 22 Abs. 3 und § 26 BNatSchG. Für die deshalb vorzunehmende Abwägungsentscheidung solle die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden. Zunächst ist die Rechtsauffassung der Einbeziehung des Veränderungsverbots und der einstweiligen Sicherstellung in § 26 Abs. 3 BNatSchG zu begrüßen, weil ein vorlaufender Schutz für eine LSG-Verordnung nicht umfangreicher ausfallen kann als die LSG-Verordnung selbst. Allerdings sind weiterhin Abwägungen zulasten der Windenergie aufgrund einer Lage in einem Landschaftsschutzschutzgebiet möglich, obwohl die gesetzgeberische Wertentscheidung in § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG dahingehend besteht, dass zugunsten der Windenergie entsprechende Windenergiegebiete in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden können. In jedem Fall zu vermeiden ist es, dass – wie nach dem bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) – allein einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete überhaupt eine Berücksichtigung in der Abwägung finden. Es	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass dieses Instrumentarium auch zur Vermeidung von Windenergie eingesetzt wurde, ohne dass sich der Wille zur Ausweisung später nach Zielerreichung verfestigt hat. So sind etwa die (geplanten) Landschaftsschutzgebiete „Wiedingharder- und Gotteskoog“ und „Ostenfeld-Schwabstedter Geest mit vorgelagerter Marsch“, die der Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein zum Regionalplan für den Planungsraum I zugrunde liegen (OVG Schleswig-Holstein, 22.03.2023 - 5 KN 53/21 - juris Rn. 31), weiterhin nicht ausgewiesen. Schließlich kann ein Verfahren zur Ausweisung eines Landschaftsschutzgebiets nach Rechtskraft der Regionalpläne einfach wieder eingestellt werden, was einer Verhinderungsplanung durch Landkreise gleichkommt (auf dieses Risiko bzw. diese Motivationslage hat auch hingewiesen OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 74). Etwaige zukünftige Landschaftsschutzgebiete, für die nach § 12a Abs. 2 LNatSchG lediglich das Verfahren zur Aufstellung einer LSG-Verordnung eingeleitet wurde sowie für die nach § 12a Abs. 3 LNatSchG lediglich eine einstweilige Sicherstellung erfolgte, stellen noch keinen hinreichend begründeten Fall für die Gewichtung eines solchen Belangs dar. Dabei ist aufgrund des § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG nicht einmal mehr erforderlich, dass eine Befreiungslage nach § 67 Abs. 1 BNatSchG vorliegt. Zwar sehen die vorgenannten Normen § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG eine Möglichkeit der gesetzlichen bzw. der normativen Sicherstellung ähnlich zu einer Veränderungssperre vor. In materieller Hinsicht ist dafür aber nicht notwendig, dass die Schutzwürdigkeit und -bedürftigkeit der betroffenen Landschaft bereits abschließend geprüft worden ist und feststeht. Es genügt, dass das von der Sicherstellungsverordnung erfasste Gebiet (Geltungsbereich) seiner Qualität nach geeignet ist, einen „besonderen“ Schutz von Natur und Landschaft, wie er mit der künftigen LSG-Verordnung geplant ist, zu rechtfertigen, wobei auf die drei alternativ genannten gesetzlichen Schutzzwecke in § 26 Abs. 1 Nr. 1 - 3 BNatSchG abzustellen ist (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 68). Insofern steht nicht unbedingt fest, dass es tatsächlich zum Erlass einer LSG-Verordnung kommen wird. Auf der Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9.) kann zudem keine hinreichende Auseinandersetzung mit den Inhalten der in Aufstellung befindlichen LSG-Verordnung erfolgen. Das ist aber für eine Prognose erforderlich, ob es überhaupt zu einer rechtmäßigen LSG-Verordnung kommen kann, für die ein Schutz nach § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG angemessen wäre und für die die Landesplanung quasi antizipieren kann, dass in diesem Bereich die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Errichtung und der Betrieb von WEA zukünftig nicht erfolgen wird. Diese Prognose müsste auch Gegenstand der Planunterlagen sein, sodass die Abwägung überhaupt nachvollziehbar ist. Damit wird die Regionalplanung aber überstrapaziert. So hat auch das OVG Schleswig-Holstein festgestellt, dass sich die Landschaft zur Schutzwürdigkeit „hinsichtlich ihres Charakters, ihrer Eigenart und Qualität von - außerhalb davon gelegenen - Landschaftsräumen (die im Übrigen nicht ungeschützt sind [vgl. z. B. § 35 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 5 BauGB; §§ 14 ff. BNatSchG; §§ 8 ff. LNatSchG]) deutlich unterscheiden“ müsse (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 76). Schließlich würde diese Vorgehensweise der gesetzlichen Wertung des § 4 Abs. 1 ROG widersprechen und verkehrt diese in ihr Gegenteil. Eine raumordnungsrechtliche Abstimmung, wie vom OVG Schleswig-Holstein zurecht gefordert (vgl. OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 79 ff.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 132 ff.), kann auch nicht in der Weise erfolgen, dass die Landesplanung in Aufstellung befindliche LSG-Verordnungen schlicht berücksichtigt, selbst wenn keine eigene Prüfung stattfindet (OVG Schleswig-Holstein, 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 135). Zu Recht hat das OVG Schleswig-Holstein gerügt, dass die Landkreise der Landesplanung nicht mit dem Mittel des Erlasses einer Sicherstellungsverordnung (bzw. LSG-Verordnung) vorgreifen dürfen (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 83 f.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 134 und 136). Wenn Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G beibehalten werden soll, dann ist dies jedenfalls auf nur bereits vorliegende LSG-Verordnungen zu reduzieren und die Abwägung hat in den Randbereichen der LSG grundsätzlich zugunsten der Ausweisung von Windenergiegebieten zu erfolgen. **4.6. Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G – Naturparke** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden. Nach der Begründung B zu 14 sei die Hauptzielsetzung der Naturparke Schlei, Hüttener Berge, Westensee, Aukrug, Holsteinische Schweiz und Lauenburgische Seen in Schleswig-Holstein, die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Tierwelt zu sichern sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu erhalten. Insofern bestünde eine besondere Bedeutung für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie für Tourismus und Erholung. Auch wenn die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energie nicht explizit vorgesehen sei, sei in Teilbereichen eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich, ohne die genannten Funktionen der Naturparke wesentlich zu beeinträchtigen. Zunächst bleibt auch mit der Begründung B zu 14 vage, was „die besonderen Funktionen von Naturparken“ sind. Damit bleibt aber auch für den Abwägungsprozess offen, wann nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung auszugehen ist. Der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 wird mit Bezugnahme auf § 16 LNatSchG gerechtfertigt (B zu 14). Danach sind Naturparke durch Allgemeinverfügung erklärte großräumige Gebiete, die (1.) zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und (2.) sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Die Erklärung zum Naturpark bestimmt u.a. den Umfang seiner Aufgaben sowie die Schutz- und Entwicklungsziele. Wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept wird die Hauptzielsetzung unter B zu 14 (vgl. vorstehende Ausführung) benannt. Aufgrund der thematischen Überlagerung mit anderen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung (Kapitel 4.5.1.3 Absatz 2 Z – Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z – Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche) droht eine abwägungsfehlerhafte doppelten bzw. mehrfache Berücksichtigung des Grundsatzes der Raumordnung Naturparke. Mit Blick auf die gesetzliche Wertung des § 16 Abs. 1 Nr. 1 LNatSchG ist maßgeblich, ob Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler als wesentliche Teile des Naturparks und von diesen her als geschützter Teil von Natur und Landschaft betroffen sind. Insofern sollte in der Abwägung nur dann der Naturpark sich durchsetzen können, wenn solche Gebiete die Potenzialfläche umlagern. Dabei schlägt aber auch die Neubewertung von Landschaftsschutzgebieten (vgl. dazu 4.5) auf die Abwägung im Kontext der Naturparke durch, sodass nur ausnahmsweise ein Naturpark wegen Betroffenheit eines Landschaftsschutzgebiets Relevanz haben kann.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	5. Anmerkungen zu Kapitel 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz **5.1. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche** Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 (2) sieht als Ziel der Raumordnung vor, dass auch im Umgebungsbereich von 1.000 Meter um EU-VSG die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen ist. Zielausnahmen bestehen hinsichtlich solcher WEA-Standorte, die den Zielen der Raumordnung des Kapitels 4.5.1 im Übrigen entsprechen und sofern eine FFH-Verträglichkeitsprüfung bestätigt, dass erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des EU-VSG ausgeschlossen werden. Solche Standorte von WEA innerhalb des Umgebungsbereiches von 1.000 Meter um EU-VSG, auf die die Zielausnahme zutrifft, sind in der Karte in Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO dargestellt. Die Begründung B zu 1 Z zu (2) rechtfertigt den pauschalen Umgebungsbereich von 1.000 Metern mit Nahrungshabitaten in diesem Bereich, auf deren Nutzung die in den Erhaltungszielen genannten Vogelarten angewiesen seien. Beispielhaft wird auf Großvogelarten in Waldgebieten innerhalb des EU-VSG verwiesen, die in den außerhalb liegenden landwirtschaftlichen Nutzflächen Nahrung suchen, und auf Verlust von Nahrungsflächen aufgrund von Meidung durch Gänse und Schwäne. Weiter sei mit Austauschbeziehungen zwischen Teilflächen von EU-VSG zu rechnen, was bei Nutzung durch WEA Barrierewirkung oder Kollisionsgefahren nach sich ziehen können. Schließlich bestünde ein Meideverhalten gegenüber WEA außerhalb von EU-VSG, welche in das Gebiet hineinragen könnten. All diese Effekte würden nach vorliegenden Erkenntnissen verstärkt im Nahbereich bis 1.000 Meter um EU-VSG auftreten. Etwas anderes gelte für die Bereiche von Bestands-WEA, für die auf Basis einer FFH-Verträglichkeitsprüfung ermittelt werden könne, ob die Ausweisung eines Windenergiegebietes möglich ist. Die FFH-Verträglichkeitsprüfung müsse bestätigen, dass erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des EU-VSG bei Nutzung der Referenz-Anlage ausgeschlossen werden. Es ist zwar zutreffend, dass von außerhalb von EU-VSG liegenden WEA eine beeinträchtigende Wirkung in das jeweilige Vogelschutzgebiet hinein erfolgen kann	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(zusammenfassend etwa OVG Sachsen-Anhalt, 20.012016 - 2 L 153/13 -, juris Rn. 52; Niedersächsisches OVG, 25.10.2018 - 12 LB 118/16 -, juris Rn. 193; VG Magdeburg, 09.06.2015 - 2 A 385/12 -, juris Rn. 74 m.w.N.). Allerdings ist das angezeigte Instrument der Aufklärung und Bewältigung eines etwaigen Konflikts nicht die Formulierung eines Ziels der Raumordnung nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 (2), sondern eine entsprechende gebietsnaturschutzrechtliche Vorprüfung bzw. erforderlichenfalls vertiefende Verträglichkeitsprüfung (sogenannte FFH-Verträglichkeitsvorprüfung bzw. FFH-Verträglichkeitsprüfung). Dies ist auch deshalb zwingend notwendig, weil die pauschalisierte Behandlung im Rahmen eines Ziels der Raumordnung diese notwendigen Prüfungsschritte des Gebietsnaturschutzes nicht ersetzen kann sowie der pauschal unterstellte Umgebungsbereich nicht mit der Rechtsprechung vereinbar ist, mithin beides zu erheblichen Abwägungsfehlern des Ziels der Raumordnung führt Zum in der Begründung B zu 1 Z zu (2) angeführten Aspekt der Lage von Nahrungshabitaten außerhalb des EU-VSG hat das BVerwG bereits sehr grundlegend festgehalten: „(1) Das Schutzregime des Art. 6 FFH-RL beschränkt sich flächenmäßig grundsätzlich auf das FFH-Gebiet in seinen administrativen Grenzen. Das Schutzkonzept der Habitatrichtlinie beruht auf zwei Säulen, nämlich zum einen dem ubiquitären Artenschutz (Art. 12 FFH-RL) und zum andern dem besonderen Gebietsschutz (Art. 6 FFH-RL). Letzterer knüpft an die Unterschutzstellung einer bestimmten Fläche an. Dementsprechend definiert Art. 1 FFH-RL unter Buchstabe j ein "Gebiet" als "einen geographisch definierten Bereich mit klar abgegrenzter Fläche" und unter Buchstabe l ein "besonderes Schutzgebiet" als "ein ... ausgewiesenes Gebiet, in dem die Maßnahmen, die zur Wahrung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands der natürlichen Lebensräume und/oder Populationen der Arten, für die das Gebiet bestimmt ist, erforderlich sind, durchgeführt werden". Das schließt aus, den Gebietsschutz mit Blick auf Folgewirkungen von Beeinträchtigungen gebietsexterner Flächen über die Gebietsgrenzen auszudehnen. Deshalb wäre es verfehlt, gebietsexterne Flächen, die von im Gebiet ansässigen Vorkommen geschützter Tierarten zur Nahrungssuche genutzt werden, in den Gebietsschutz einzubeziehen. Sind die dem Gebietsschutz unterfallenden Vorkommen auf die betreffenden gebietsexternen Nahrungshabitate zwingend angewiesen, um in einem günstigen Erhaltungszustand zu verbleiben, so ist das Gebiet, wie noch auszuführen sein wird, im Regelfall des Art. 4 Abs. 1 Satz 1 FFH-RL, falsch abgegrenzt und muss auf diese Nahrungshabitate ausgedehnt werden. Dagegen wäre es systemwidrig, die Habitate losgelöst von der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Gebietsabgrenzung als durch die Erhaltungsziele des Gebiets mitumfasst zu behandeln.“ (BVerwG, 14.04.2010 - 9 A 5/08 -, BVerwGE 136, 291-332, Rn. 32; vgl. aktuell auch im Kontext Windenergie etwa OVG Rheinland-Pfalz, 04.01.2024 - 1 B 10987/23.OVG -, juris Rn. 23 und 26). Mit der pauschalen Annahme der Erforderlichkeit des Umgebungsbereichs als essentielle Nahrungshabitate begründet die Landesplanung – sicherlich ungewollt, da sachlich unzutreffend – eine unionsrechtswidrige falsche Gebietsausweisung aller EU-VSG. Die Herangehensweise verstößt jedenfalls gegen die höchstrichterliche Rechtsprechung (vgl. etwa anschaulich zum Kranich und vermeintlichen Nahrungsflächen aufgrund dort stattfindender landwirtschaftlichen Nutzung BVerwG, Urteil vom 06.04.2017 - 4 A 16/16 -, juris Rn. 16 ff.). Zum weiteren Aspekt der Barrierewirkung und Kollisionsgefahr bei Errichtung von WEA zwischen Gebietsteilen ist die Rechtsprechung zu Austauschbeziehungen relevant. Zunächst ist klarzustellen, dass das BVerwG nicht jede Form der Störung von Flugrouten oder Wanderkorridoren außerhalb von Natura 2000-Gebieten in den Schutzbereich einbezogen hat. Das BVerwG hat ausgeführt, dass punktuelle Hindernisse für Vögel und Fledermäuse im Unterschied zu aquastischen Arten keine Relevanz haben („eine vollständige Barrierewirkung ist aber nicht vorausgesetzt. Es liegt auf der Hand, dass Fischarten, die darauf angewiesen sind, regelmäßig zwischen Meer und Süßwasser hin und her zu ziehen (diadrome Fischarten), durch Vorhaben, die die Durchgängigkeit eines Flusses zum Meer bzw. den flussaufwärts gelegenen notwendigen Lebensräumen beeinträchtigen, mangels Ausweichmöglichkeiten in stärkerer Weise betroffen sind als etwa Vögel oder Fledermäuse durch in aller Regel punktuelle Hindernisse auf ihren Flugrouten.“ (BVerwG, 29.05.2018 - 7 C 18/17 (7 C 7/16, 7 C 6/13) -, juris Rn. 37). Unabhängig davon ist in rechtlicher Hinsicht noch relevant, dass das Konzept des Gebietsschutzes sich auf die Errichtung eines Schutzgebietsnetzes richtet, jedoch die Vernetzung gerade den Austausch in verschiedenen Gebieten vom Schutzregime gleichermaßen umfassten Arten für den notwendigen genetischen Austausch angestrebt wird (BVerwG, 14.04.2010 - 9 A 5/08 -, BVerwGE 136, 291-332, Rn. 33): „Durch die Errichtung der Windenergieanlagen kann aber ein Funktionsverlust des Schutzgebiets zu besorgen sein, etwa wenn sie die Gefahr einer möglichen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Verriegelung des Gebiets mit sich bringen, oder wenn sie eine Barrierewirkung dergestalt entfalten, dass die Vögel daran gehindert werden, das Schutzgebiet zu erreichen oder zwischen Nahrungs- und Rastplätzen, die sich jeweils in einem Schutzgebiet befinden, zu wechseln.“ (OVG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 20. Januar 2016 – 2 L 153/13 –, Rn. 52, juris; Hervorhebung durch Unterzeichner). Es ist abwägungsfehlerhaft, im Ziel der Raumordnung pauschal einen erforderlichen Umgebungsbereich für eine Natura 2000-Verträglichkeit zu unterstellen, dabei aber weder zu betrachten, ob zwei Schutzgebiete oder auch Teilbereiche dieselbe Zielart haben oder die Managementpläne Erhaltungsziele derselben Arten dort bezwecken. Zudem ist es fernliegend, eine komplette Verriegelung der EU-VSG anzunehmen, sollte der Umgebungsbereich nicht im Rahmen eines Grundsatzes der Raumordnung einzelfallspezifisch bewertet werden. Es ist deshalb zur Vermeidung eines Abwägungsfehlers insgesamt das Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z (2) aufzuheben und zu einem Grundsatz der Raumordnung herabzustufen, der – wie auch die bisher vorgesehene Zielausnahme – einer erforderlichen Einzelfallprüfung zugänglich ist. In diesem Rahmen können dann die nach der Rechtsprechung entwickelten Aspekte für Einwirkungen von außerhalb in die Natura 2000-Schutzgebiete hinein zutreffend betrachtet werden. Dies stellt vor dem Hintergrund des weitreichenden Grundrechtseingriffs bei Streichung von Potenzialflächen ein notwendiges und auch verhältnismäßiges Vorgehen dar. Die Notwendigkeit ergibt sich aus der Erforderlichkeit einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte bei weitgehenden Zielaussagen wie dem Ausschluss von Gebieten (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Die Verhältnismäßigkeit besteht, da eine Verträglichkeitsprüfung nach § 34 Abs. 1 BNatSchG sachnotwendig von den im Rahmen der Planung verfügbaren Detailkenntnissen abhängig und die Festlegung gegebenenfalls erforderlicher Kohärenzsicherungsmaßnahmen an die Leistungsgrenzen des jeweiligen planerischen Instruments gebunden ist, insofern nur nach Maßgabe dieser Erkenntnis- und Leistungsgrenzen der Planung die erforderliche Verträglichkeitsprüfung zu erfolgen hat	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und im Übrigen auch auf ein nachfolgendes immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren verlagert werden darf (so BVerwG, 24.03.2015 - 4 BN 32/13 -, juris Rn. 34 f.). Insofern wird die Landesplanung auch nicht überfordert und es besteht zugleich die praxistaugliche Möglichkeit – entsprechend dem Vorgehen anderer Bundesländer – der Festlegung von Vorranggebieten mit dem Hinweis der Erforderlichkeit einer weitergehenden Verträglichkeitsprüfung im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren. Dies ist zudem vor dem Hintergrund auch sachgerecht, dass dabei die dann für die Beurteilung erheblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, Schadensvermeidungs- und Kohärenzsicherungsmaßnahmen besser berücksichtigt werden können als auf der Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9.). Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur sachgerechter, sondern auch verhältnismäßiger, im Umgebungsbereich bei EU-VSG die FFH-Verträglichkeitsprüfung auf die Ebene des immissionsschutz-rechtlichen Genehmigungsverfahrens zu verlagern, anstatt den Anschein einer vertieften Prüfung auf der abstrakten Planungsebene vorzunehmen. Hinzu kommt, was im Umweltbericht Erwähnung findet, dass über andere Erfordernisse der Raumordnung dem vorsorgenden Arten- und Gebietsnaturschutz bereits Rechnung getragen wird, so dass die Wahrscheinlichkeit einer Feststellung der erheblichen Gebietsbeeinträchtigung im Rahmen einer projektspezifischen Verträglichkeitsprüfung im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren äußerst gering ist. Schließlich ist zu befürworten, dass die Karte in Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO bereits Ausnahmen vorsieht. Allerdings kann dies angesichts der vorstehenden Ausführungen nicht allein auf Bereiche mit Bestands-WEA verkürzt werden. Vielmehr wird unter zutreffender Anwendung des europäischen Gebietsnaturschutzes in der Regel eine gebietsverträgliche Nutzung der Windenergie in diesen Bereichen möglich sein und nur in Ausnahmefällen nicht. Es liegt deshalb näher, in der Karte den umgekehrten Fall allein gebietsunverträgliche Bereiche unter Berücksichtigung des durch die Rechtsprechung gezogenen Rahmens darzustellen. Alternativ ist das Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z (2) aufzuheben und zu einem Grundsatz der Raumordnung herabzustufen, der eine Einzelfallbetrachtung ermöglicht. In diesem Rahmen können dann Bestands-WEA ein besonderes Gewicht für den Belang der Windenergienutzung entfalten (vgl. dazu bereits Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G).	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	5.2. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z – Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 sieht als Ziel der Raumordnung vergleichbar zu den EU-VSG u.a. vor, dass für einen Umgebungsbereich von 100 Metern um die FFH-Gebiete herum sowie in einem erweiterten Umgebungsbereich von insgesamt 200 Metern gilt für benannte FFH-Gebiete, deren Erhaltungsziele den Schutz von Fledermäusen umfassen, die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen sind. Die Umgebungsbereiche werden in der Begründung B zu 3 damit gerechtfertigt, FFH-Gebiete sollten als herausragende Flächen für den Naturschutz sowie in Teilen auch für Naherholung und Tourismus in ihrem Gesamtcharakter erhalten und Entwicklungsmöglichkeiten nicht eingeschränkt werden. WEA im Abstand von unter 100 Metern würden solche Einschränkungen regelmäßig nach sich ziehen. Dies rechtfertige einen Umgebungsbereich von 100 Metern als Ausschlussbereich. Bei FFH-Gebieten, deren Erhaltungsziele Fledermäuse umfassen, werde ein Umgebungsbereich von 200 Metern als Ausschlussbereich erforderlich, da die Fledermausarten die näheren Umgebungsbereiche der Schutzgebiete für die Nahrungssuche nutzen und hier eine besondere Kollisionsgefahr mit WEA bestehe. Zunächst ist festzuhalten, dass die Begründung mit der Naherholung nicht trägt und abwägungsfehlerhaft ist. FFH-Gebiete stellen einen europäischen Gebietsnaturschutz dar, der durch Lebensraumtypen und Arten gekennzeichnet ist. Zudem käme es zu einer doppelten Gewichtung, weil Naherholung und Tourismus bereits anderweitig Berücksichtigung finden. Die Umgebungsbereiche von 100 Metern bzw. 200 Metern noch dazu als Ziele der Raumordnung widersprechen aber auch der Rechtsprechung zu Natura 2000-Gebieten. Insofern wird auf die Ausführungen unter 5.1 verwiesen. Wenn noch dazu der Umgebungsbereich mit der Kollisionsgefahr von Fledermäusen mit WEA begründet wird, so fehlt einerseits eine Differenzierung der einzelnen nach den FFH-Gebieten geschützten Fledermausarten. Nicht alle Fledermausarten sind windkraftsensibel. Andererseits wird völlig verkannt, dass durch pauschale Abschaltzeiten und Abschaltalgorithmen ein signifikant erhöhtes Tötungs- und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verletzungsrisiko durch WEA ausgeschlossen ist, sodass auch insofern keine Wirkungen aus den Umgebungsbereichen in das FFH-Gebiet hinein pauschaliert unterstellt werden dürfen. Insofern plant die Landesplanung auch nicht in eine unlösbare Verbotslage bzw. erhebliche Beeinträchtigung hinein, weil jedenfalls in der Praxis anerkannte wirksame Schadensvermeidungsmaßnahmen bestehen. Es ist deshalb zur Vermeidung eines Abwägungsfehlers das Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z ab Satz 2 aufzuheben und zu einem Grundsatz der Raumordnung herabzustufen, der einer erforderlichen Einzelfallprüfung zugänglich ist. In diesem Rahmen können dann die nach der Rechtsprechung entwickelten Aspekte für Einwirkungen von außerhalb in die Natura 2000-Schutzgebiete hinein zutreffend betrachtet werden. Zudem können die vereinzelten relevanten FFH-Gebiete in Schleswig-Holstein mit dem Schutz von Fledermäusen als besonderem Erhaltungsziel differenziert betrachtet werden (Fledermausarten, Abstände, Strukturen, etc.). **5.3. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope** 5.3.1. Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanung das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanung darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanung ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. 5.3.2 Kleinstbiotope Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanung eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9)	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte. **5.4. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z – Wälder und Umgebungsbereiche** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. Weiter sind nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen. Dies wird mit dem niedrigen Waldanteil in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt, dem Ziel der Landesregierung zur weiteren Erhöhung des Waldanteils, und dem gesetzlichen Verbot des § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG begründet (B zu 6 zu (1)). Eine Zulassung der Waldumwandlung sei wegen der Seltenheit, der besonderen Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz sowie des Landschaftsbildes bei Prägung durch Waldkulissen nicht vertretbar. Weiter wird auf § 24 LWaldG, der einen gesetzlichen Waldabstand vorsieht, und § 2 Abs. 1 LWaldG, der die Mindestgröße von einem Hektar als Waldfläche vorsieht, verwiesen. Bei Naturwäldern wird in der Begründung B zu 6 zu (2) auf deren nach § 14 LWaldG besondere ökologische Funktionen Bezug genommen. Der weitergehende Abstand von 100 Metern wird mit den Waldrändern von Naturwäldern als Schnittstelle zum Offenland, die häufig sehr artenreich seien und einen wichtigen Rückzugsraum darstellten, begründet. Naturwälder seien in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt. Darüber hinaus seien weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen. Das fortgeltende Verbot der Waldumwandlung zur Errichtung von WEA (§ 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG) und der pauschale Waldabstand von 30 Metern (§ 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG) sind vor dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung des BVerfG zweifelhaft. So hat das BVerfG die Regelung in Thüringen „Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ (§ 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) als nicht gerechtfertigte Inhalts- und Schrankenbestimmung, welche in das Eigentumsrecht der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer eingreift, angesehen, weil das Gesetz formell verfassungswidrig ist, da dem Freistaat Thüringen für die angegriffene Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlt (BVerfG, 27.09.2022 - 1 BvR 2661/21 -, BVerfGE 163, 1-42, Rn. 14). § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG lautet beinahe identisch („Die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von mehr als 10 Metern ist unzulässig.“) und die Entscheidungsgründe des BVerfG sind übertragbar. Auch das OVG Schleswig-Holstein hat diesbezügliche Bedenken bereits deutlich geäußert, wenngleich dies noch nicht entscheidungserheblich war (OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21 -, juris Rn. 51). Insofern sollte die Landesplanung zur Vermeidung der Berufung auf eine verfassungswidrige Vorschrift unbedingt auf Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) verzichten und selbst bei einem planerischen Freihalten der Waldflächen jedenfalls nicht noch zusätzlich einen Abstand von 30 Metern vorsehen. Letzteres gilt insbesondere auch deshalb, weil WEA mit entsprechenden Feuerlöschsystemen nicht mit den in § 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG genannten Schutzzwecken im Widerspruch stehen und insofern auch unter Berücksichtigung der Wertung des § 2 EEG die Unterschreitung des Waldabstands zugelassen werden kann. Dies gilt noch mehr vor dem Hintergrund, dass durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) die Referenzanlage (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern vom Turmmittelpunkt und damit der baulichen Anlage sowieso 75 Meter Abstand zum Waldrand einhalten wird und der untere Rotordurchlauf bei 50 Metern beginnen wird, weshalb die Schutzzwecke in dieser Höhe keine maßgebliche Relevanz mehr haben werden. Vorzugswürdig und durch das BVerfG angelegt ist jedoch, dass allein die nach §§ 14 f. LWaldG aufgrund ihrer ökologischen Funktion, ihrer Lage oder auch wegen ihrer Schönheit schutzwürdig und -bedürftigen Wälder von der Windenergienutzung ausgenommen werden, wofür der Landesgesetzgeber allein auch eine Gesetzgebungskompetenz hat. Insofern ist allein Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) zu befürworten und auf weitergehende Abstände zu verzichten. Allerdings muss zum Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) angemerkt werden, dass rechtsfehlerhaft ist, wenn neben den explizit nach §§ 14 f. LWaldG erklärten Naturwäldern, die in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt sind, weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen sein sollen. Sofern damit gemeint sein sollte, dass weitere nach den gesetzlichen Regelungen des §§ 14 f. LWaldG erklärte Naturwälder (Verordnungen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nach § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG) zu berücksichtigen sind, wäre das rechtlich zulässig. Darüber hinaus gehende allein fachlich eingeschätzte „Naturwälder“ können keine Berücksichtigung finden, weil sie nicht nach dem Verfahren des § 15 LWaldG zustande kamen. **5.5. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen** Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z sieht vor, dass innerhalb des in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein dargestellten Dichtezentrums für Seeadlervorkommen (im Kreis Plön und nachrangig in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Ostholstein sowie der Landeshauptstadt Kiel) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen sei. Die Begründung B zu 7 rechtfertigt dies mit dem deutlich erhöhten Kollisionsrisiko der Art und dem Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung in Schleswig-Holstein (Dichtezentrum). Dieses Dichtezentrum sei dadurch gekennzeichnet, dass hier Reviere unmittelbar aneinandergrenzen und sich zusätzlich Schlafplätze von immaturen Seeadlern in diesem Bereich befinden. Aus diesem Raum heraus begann in den 1970er Jahren die Wiederbesiedlung Schleswig-Holsteins. Es handele sich um die Source-Population, welche eine herausragende Bedeutung für den Erhaltungszustand der Gesamtpopulation Schleswig-Holsteins habe. Wegen der hohen Revierdichte und der Anwesenheit vieler immaturer Vögel komme es beim Seeadler weiterhin zur intensiven Revierabgrenzung und zu Revierkämpfen zwischen angrenzenden Revierpaaren und immaturen Vögeln, in deren Rahmen ein besonders hohes Kollisionsrisiko mit WEA bestünde. Die fachlichen Erkenntnisse für die Abgrenzung des Dichtezentrums beruhten auf jahrelangen kontinuierlichen Beobachtungen der Fachbehörden, unterstützt durch die staatliche Vogelschutzwarte. Im Dichtezentrum bestünde bei Errichtung von WEA ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG) und es sei mit erheblichen Beeinträchtigungen in Bezug auf den Erhaltungszustand der Gesamtpopulation der Art in Schleswig-Holstein zu rechnen. Das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 hält im vorliegenden Umfang einer Prüfung nicht stand und ist entweder als abwägungsoffener Grundsatz der Raumordnung abzustufen oder inhaltlich anzupassen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	5.5.1. Anforderungen an die Abwägung des Ziels der Raumordnung Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 und 3 LaplaG i.V.m. § 7 Abs. 2 ROG sind bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 8 ROG sowie die Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren nach § 9 ROG – wie die vorliegende – sind in der Abwägung zu berücksichtigen. Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG abschließend abzuwägen. Allgemein ist das Abwägungsgebot verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattgefunden hat, in die Abwägung nicht alle Belange eingestellt worden sind, die nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden mussten oder die Bedeutung der betroffenen Belange verkannt oder der Ausgleich zwischen ihnen in einer Weise vorgenommen worden ist, der zur objektiven Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht (statt vieler BVerwG, 24.11.2011 - 9 A 24/10 -, juris Rn. 54 m.w.N.). Innerhalb dieser Grenzen wird das Abwägungsgebot nicht verletzt, wenn sich die Behörde in der Kollision zwischen verschiedenen Belangen für die Bevorzugung des einen und damit notwendig für die Zurückstellung eines anderen entscheidet; die darin liegende Gewichtung der von der Planung berührten öffentlichen und privaten Belange ist vielmehr ein wesentliches Element der planerischen Gestaltungsfreiheit und damit der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle entzogen (BVerwG, 13.10.2011 - 4 A 4001/10 -, BVerwGE 141, 1 ff., juris Rn. 45). Da sich die Vorgehensweise des Plangebers und die von ihm zur Begründung seiner Abwägungsentscheidungen angestellten Überlegungen in den Planungsunterlagen in der Form wiederfinden müssen, dass eine Rechtskontrolle überhaupt möglich ist, muss sich hieraus auch die Begründung zur Abgrenzung des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen ergeben. Nach der Begründung B zu 7 hat die Landesplanung lediglich ausgeführt: „Die fachlichen Erkenntnisse für die Abgrenzung des Dichtezentrums beruhen auf jahrelangen kontinuierlichen Beobachtungen der Fachbehörden, unterstützt durch die staatliche Vogelschutzwarte.“ Da diese fachlichen Erkenntnisse nicht benannt und die zugrundeliegenden Beobachtungen nicht konkretisiert werden, kann die Abgrenzung des Dichtezentrums	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	kaum hinreichend geprüft werden. Doch selbst wenn man ohne diese Kenntnisse versucht, die Abgrenzung auf Grund von naturschutzfachlichen Kriterien nachzuvollziehen, führt kein systematisch und gleichmäßig angelegtes Kriterium zu der bisherigen Abgrenzung wie sie als Dichtezentrum für Seeadlervorkommen vorgesehen ist (Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, Karte 9; Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II, Kreisfreie Städte Kiel und Neumünster Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde, Neuaufstellung 2020, Abbildung 34). Insofern sind die von der Landesplanung angestellten Überlegungen auch nicht evident, was das Erfordernis an die Begründung gegebenenfalls reduzieren könnte. 5.2.2. Abwägungsfehler durch fehlerhafte räumliche Abgrenzung des Dichtezentrums Im Gegenteil drängen sich Abwägungsfehler bei der räumlichen Abgrenzung des Dichtezentrums Seeadlervorkommen auf, weil kein konsistent und einheitlich angewandtes Kriterium vorliegt. So ist mit vorliegenden Daten erkennbar, dass • sich innerhalb des Dichtezentrums Brutplätze bzw. Reviere befinden, die nicht unmittelbar aneinandergrenzen, • Bereiche außerhalb des Dichtezentrums mit vergleichbaren (bzw. höheren) Siedlungsdichten als in Teilen des Dichtezentrums liegen, aber nicht aufgenommen wurden, • größere Teilflächen ohne Besiedlung durch Seeadler und ohne regelmäßige Immaturen-Ansammlungen als Dichtezentrum ausgewiesen wurden und • v.a. randliche Ausdehnungen wie im Norden bei Barsbek als schmaler Fortsatz eine isolierte Lage aufweisen, die eine Stringenz vermissen lassen. Vor diesem Hintergrund liegt keine Rechtfertigung dafür vor, sogar als Ziel der Raumordnung eine scheinbare abschließende Abgewogenheit darzustellen und die Ausweisung von Windenergiegebieten in diesen Bereichen zu beschränken. Dies wird beispielhaft im Bereich der Potenzialfläche Barsbek deutlich: Sie befindet sich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	im Randbereich des Dichtezentrums in einer Erweiterung als schmaler „Fortsatz“ nach Norden hin. Alleiniger Grund für die Erstreckung des Dichtezentrums auf diesen Bereich ist die Miteinschließung des isoliert am Rande gelegenen ehemaligen Brutpaares nordöstlich der Ortslage Barsbek, welches aber schon lange nicht mehr dort brütet. Diese isolierte Lage unterscheidet sich nicht von anderen Einzelrevieren ohne unmittelbar angrenzende Nachbarreviere außerhalb des dargestellten Dichtezentrums. Auch die Lage sowie Verteilung der Seeadler-Reviere und die Siedlungsdichten belegen, dass die Einbeziehung des nördlichen „Fortsatzes“ naturschutzfachlich nicht begründbar ist. Zudem dieser Standort seit Jahren nicht mehr existent ist. Zudem ist der in der Begründung verwendete Begriff „Source-Population“ nicht auf den Bereich des „Dichtezentrums“ beschränkt, sondern trifft auf den gesamten Brutbestand Schleswig-Holsteins zu, da in jedem Jahr erheblich mehr Jungvögel flügge werden als freie Reviere zu besetzen wären. Dieses Argument zur Herleitung des räumlich abgrenzten Ziels der Raumordnung ist somit nicht tragfähig. Schließlich drängt sich auch bei einem Vergleich zwischen der Darstellung im Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II, Kreisfreie Städte Kiel und Neumünster Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde, Neuaufstellung 2020, Abbildung 34 und der mind. vier Jahre späteren Darstellung in Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, Karte 9; Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II, Kreisfreie Städte Kiel und Neumünster Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde, Neuaufstellung 2020 Abbildung 34 der Eindruck auf, dass die Landesplanung trotz offensichtlicher Veränderungen im Artbesatz – wobei mangels Differenzierung unklar bleibt, ob es sich um einen Seeadlerhorst oder Rotmilan- bzw. Weißstorchhorst handelt (der Schwarzstorch ist wegen seiner verschwindend geringen Anzahl nicht relevant) – die räumliche Abgrenzung des Dichtezentrums nicht überdenkt. Dabei liegen in weiten Bereichen keine Horste und damit auch keine Seeadlerhorste vor: [redacted] 5.5.3. Abwägungsfehler wegen fehlerhafter Begründung und daraus folgend fehlerhaften Abgrenzung des Ziels der Raumordnung Wie vorstehend ausgeführt, kann die seitens der Landesplanung verwendete Bezugnahme auf eine „Source-Population“ für die vorgenommene Abgrenzung des Dichtezentrums nicht ausschlaggebend sein, jedenfalls nicht für die Einbeziehung von Randflächen wie im Bereich Barsbek. Wenngleich die naturschutzfachliche Bedeutung	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	des Bereichs der Plöner Seenplatte anerkannt wird, so bestehen mittlerweile andere Landesteile mit vergleichbar hoher Eignung als Seeadler-Lebensraum und ebenfalls langjähriger Besiedelung, die als „Source-Population“ zu berücksichtigen wären. Eine solche Berücksichtigung hat aber nicht stattgefunden. Der weitere Aspekt für das Dichtezentrum, es bestünde ein erhöhtes Kollisionsrisiko durch Revierkämpfe, kann nicht für den gesamten Bereich des dargestellten Dichtezentrums angenommen werden. Hierzu ist die Besiedlung größtenteils zu dünn, so dass die Revierkernbereiche nicht aneinandergrenzen. Die fehlerhaften Begründungen haben mithin wiederum zu einer fehlerhaften räumlichen Abgrenzung des Dichtezentrums geführt. 5.5.4. Abwägungsfehler durch grundlegende Annahme eines signifikant erhöhten Tötungsrisikos Die Begründung B zu 7 nimmt pauschal „mit weitaus überwiegender Wahrscheinlichkeit“ an, „dass die Errichtung von WEA in diesem einmalig in Schleswig-Holstein vorzufindenden Dichtezentrum zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos führen und somit dem Tötungsverbot gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 1 BNatSchG zuwiderlaufen würde.“ Dies ist nicht tragfähig und damit abwägungsfehlerhaft. Zunächst wird deutlich, dass die Landesplanung keine hinreichende Prüfung anhand des § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG durchgeführt hat. Wie die vorstehende Abbildung aus dem Umweltbericht verdeutlicht – dort sind auch Seeadlerbrutplätze mit 2 Kilometerbereich dargestellt – sind in weiten Teilen die zentralen Prüfbereiche von Seeadlern nicht aneinandergrenzend. Damit unterstellt die Landesplanung das Vorliegen eines signifikant erhöhten Tötungsrisikos auch im erweiterten Prüfbereich des Seeadlers, allerdings ohne der Beweislast nach § 45b Abs. 4 BNatSchG gerecht zu werden. Die pauschale Annahme, die Grundgefährdung (allgemeines Lebensrisiko) wäre im Dichtezentrum pauschal und flächendeckend signifikant erhöht, wird in keiner Weise belegt und kann in den Randbereichen mit geringerer Siedlungsdichte sowie in Besiedlungslücken nicht begründet werden. Es kann nicht auf gesamter Fläche ein so hohes Flugaufkommen angenommen werden, dass in der artenschutzrechtlichen Bewertung die Annahme einer generellen Signifikanz des Kollisionsrisikos unabhängig von den jeweiligen Ortsspezifika (Abstand / Lage zum Horst und zu	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Nahrungsgewässern) rechtfertigen würde. Auch bei Betrachtung auf Populationsebene sind durch den erheblichen Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein keine negativen Auswirkungen auf den Bestand festzustellen – im Gegenteil, der Landesbestand nimmt weiter stetig zu und es werden jährlich erheblich mehr Jungadler flügge als in Schleswig-Holstein Reviere frei werden. Der Anteil der Schlagopfer an der Gesamtpopulation muss deshalb insgesamt gering sein. Es kann auch nicht angenommen werden, dass das Kollisionsrisiko durch Revierkämpfe ein flächendeckend signifikant erhöhtes Tötungsrisiko im Dichtezentrum rechtfertigt. Die Territorialität der Reviervögel beschränkt sich i.d.R. auf den Horstwald und dessen Umgebung mit dem/den Hauptnahrungsgewässer/n. Eine diesbezügliche Erhöhung des Kollisionsrisikos ist allenfalls für die Dichtekernbereiche (Plöner Seenplatte, Umfeld Selenter See) möglich, nicht jedoch flächendeckend. Schließlich kann auch nicht vertreten werden, dass infolge des hohen Flugaufkommens im Dichtezentrum mit weitaus überwiegender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen sei, dass die Errichtung von WEA in diesem Dichtezentrum zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos führt. Dagegen spricht, dass im Dichtezentrum größere Flächen mit geringerer Siedlungsdichte bzw. abseits von Gewässern / Revieren bestehen, was die pauschale Annahme eines hohen Flugaufkommens und mithin signifikant erhöhten Kollisionsrisikos nicht als gerechtfertigt erscheinen lässt. Es sind eben nicht pauschal flächendeckend hohe Flugintensitäten zu erwarten, insbesondere nicht in den Randbereichen mit geringerer Siedlungsdichte sowie in den ausgewiesenen Besiedlungslücken. Im Ergebnis fehlt auch insoweit jede belastbare Darlegung abseits von allgemeinen Vorsorgeüberlegungen. **5.6. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 12 Z – Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten** Kapitel 4.5.1.3 Absatz 12 Z legt fest, dass im Bereich der unmittelbaren Brückenköpfe und prioritären Zuleitungskorridore von Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten über Bundesautobahnen die Ausweisung von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen sind. Die unmittelbaren Brückenköpfe und prioritären Zuleitungskorridore ergeben sich aus der zeichnerischen Festlegung in Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO. Die Begründung B zu 12 nimmt auf Lebensraumverbundachsen großer Säugetiere, insbesondere den Rothirsch wegen seiner großräumigen Wechselbeziehungen als Indikatorart, Bezug. Im Zuge der Infrastrukturplanungen zu den Bundesautobahnen 7, 20 und 21 seien hierfür Querungsbauwerke vorgesehen beziehungsweise an der Bundesautobahn 24 nachträglich errichtet worden. Weiter wird auf das durch das MELUR 2009 veröffentlichte Gutachten (Meißner, M. (2009): Der Rothirsch in Schleswig-Holstein: Lebensraumsituation, Lebensraumverbund und Management.) Bezuggenommen. Die darin gutachterlich ermittelten Konzepte für die Trittsteinbiotope und Korridore werden bei der Festlegung von Windenergiegebieten berücksichtigt, um die sich neu orientierenden Rothirsche vor unkalkulierbaren Störeinflüssen abzuschirmen. Für den Rothirsch sei eine gewisse Empfindlichkeit gegenüber neu errichteten WEA gutachterlich nachgewiesen. Es seien der unmittelbare Einzugsbereich der Querungshilfe mit Brückenkopf und prioritären Korridoren sowie der Zuleitungskorridor und der Migrationskorridor zu nächstgelegenen Hauptlebensräumen zu unterscheiden. Im näheren Umgebungsbereich der Grünbrücken, in dem sich die Migrationsbewegung zunehmend kumuliere, bestünde ein erhöhtes Konfliktrisiko in Form eines Meidevehaltens. Deshalb seien bei den in der Karte (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) dargestellten Brückenköpfen und prioritären Korridoren WEA nicht mit den Funktionen der Grünbrücken vereinbar und deshalb ausgeschlossen. Es ist zunächst überraschend und nicht nachvollziehbar, dass entgegen der Ankündigung aus dem Papier „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“, wonach Migrationskorridore zu den Grünbrücken in der Abwägung zukünftig geringer gewichtet werden sollen, nunmehr als Ziel der Raumordnung zeichnerisch in Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO großzügig (abstrakte größere Kreise bis hin zu einer größeren Fläche) und von der Rechtsfunktion her verbindlich nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 12 erneut ein Ausschluss von Windenergiegebieten in diesen Bereichen vorgesehen ist. Dabei können Querungshilfen und damit verbundene Korridore nur im absoluten Ausnahmefall und ausschließlich bei belastbarer Einzelfallbegründung überhaupt der Festlegung der Windenergiegebiete entgegengehalten werden. So sind die nicht in den ursprünglichen Planungsdokumenten veröffentlichten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gutachterlichen Einschätzungen von Meißner (2009, 2016) sowie das in Bezug genommene angeblich öffentliche, aber nicht bei den Planungsdokumenten auffindbare Gutachten Meißner (2018) insofern zweifelhaft, als diese zur Einschränkung der grundrechtlich durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützten Baufreiheit dienen sollen. Es bestehen erhebliche Zweifel an der Belastbarkeit der in den gutachterlichen Einschätzungen von Meißner herangezogenen Daten für die vorgenommenen Rückschlüsse sowie hinsichtlich nicht belegter Annahmen. Dies wird auch dadurch deutlich, dass Meißner (2018) gegenüber den vorhergehenden Bewertungen durch Meißner (2009, 2016) die Korridore in veränderter Form festgelegt hat. Dadurch wird eine gewisse Beliebigkeit bei der Festlegung sowie Abgrenzung der Korridore deutlich, zumal es an einer hinreichenden Begründung für die Abweichungen mangelt. Allein auf den schematischen Ansatz zu verweisen macht nur deutlich, dass eine trennscharfe Abgrenzung methodisch ungeeignet ist Rechtlich nicht nachvollziehbar ist, dass auch geplante Querungshilfen in die Konzeption aufgenommen wurden, insbesondere solche für laufende oder geplante Infrastrukturprojekte. Dabei werden ausweislich der zeichnerischen Darstellung in Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO sogar Verkehrsinfrastrukturplanungen und Umgebungsbereiche nach Kapitel 4.5.1.2 Absatz 4 Z zugrunde gelegt und damit auch „Verkehrsinfrastrukturplanungen in laufenden Linienbestimmungsverfahren“. Dies widerspricht der höchstrichterlichen Rechtsprechung – gerade auch zur A 20 –, wonach die Linienbestimmung (§ 16 Abs. 1 FStrG) eine vorbereitende Grundentscheidung ist, die Verbindlichkeit gegenüber dem Straßenbaulastträger und Dritten erst dadurch erlangt, dass sie in den Festsetzungen des Planfeststellungsbeschlusses ihren Niederschlag findet (BVerwG, 06.11.2013 - 9 A 14/12 -, BVerwGE 148, 373-399, Rn. 31; 12.08.2009 - 9 A 64/07 -, BVerwGE 134, 308-335, Rn. 26). Im Widerspruch dazu zieht die Landesplanung zukünftige Vorhaben heran, für die noch kein nach § 17 FStrG erforderlicher Planfeststellungsbeschluss ergangen oder dieser noch nicht rechtskräftig ist. Insofern kann es im Rahmen der erforderlichen Alternativenprüfung auch zu einem anderen Trassenverlauf der Bundesautobahnen kommen, der wiederum für die Querungshilfen und damit verbundenen Korridore Auswirkungen hätte. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Sach- und Rechtslage der Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG ist nach § 7 Abs. 1 LaplaG i.V.m. § 11 Abs. 3 ROG der Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Raumordnungsplan. Das zu berücksichtigende Abwägungsmaterial beschränkt sich auf diesen Zeitpunkt (BVerwG, 18.08.2015 - 4 CN 7/14 -, juris Rn. 7; OVG Mecklenburg-	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Vorpommern, 10.03.2015 - 3 K 25/11 -, juris Rn. 38). Insofern können zu diesem Zeitpunkt noch nicht baurechtlich genehmigte Planungen von Querungshilfen oder Annahmen eines verbundenen Korridors, die auf solche ungesicherten Planungen beruhen, nicht abwägungsfehlerfrei herangezogen werden. Dies ist zu aktualisieren und zu korrigieren. Problematisch ist zudem, dass nur auf die bodenlebende Art des Rothirsches Bezug genommen wird, andere bodenlebende Arten zwar keine solche angebliche Störempfindlichkeit gegenüber WEA – selbst in größerer Entfernung – entwickeln, aber ebenfalls die Querungshilfen und damit verbundene Korridore nutzen. Insofern verengt sich der Blick der Landesplanung auf eine Art, was einer artenschutzrechtlichen Prüfung auf dem Niveau eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens gleichkäme, ohne aber die entsprechende Prüftiefe mit den möglichen Schutzmaßnahmen etc. abzubilden. Da das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 12 und der damit verbundene Ausschluss von Potenzialflächen aber auch Genehmigungen von WEA (§ 35 Abs. 3 Satz 2 BauGB, § 1 Abs. 4 BauGB für zugrundeliegende Bauleitpläne) auf einen Gebietsausschluss aus tierökologischen Erwägungen hinauslaufen würde, bedarf es nach der Rechtsprechung jedenfalls eine „ausreichende[…] Bestandsaufnahme der … vorhandenen besonders geschützten Tierarten und ihrer Lebensräume“ (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53). Es ist zweifelhaft, dass eine solche besteht, zumal die erste, maßgebliche gutachterliche Stellungnahme von Meißner aus dem Jahr 2009 stammt, mithin darin eingeflossene Daten deutlich älter als fünf Jahre sind. Aus den Planunterlagen, insbesondere dem Umweltbericht, sind keine solche Bestandsaufnahmen ersichtlich. Zudem stellt der Rothirsch keine nach § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG streng geschützte Art dar, weshalb er auch nicht dem Störungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG unterfällt. Es stellt sich mithin die Frage, inwiefern eine artenschutzrechtliche Rechtfertigung des Ziels der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 12 vorliegen kann. Es ist zudem naturschutzfachlich in den vorhandenen Publikationen zum Verhältnis von Rotwild zu WEA weitläufig anerkannt, dass durch den Betrieb der WEA keine negativen Effekte auf Rotwild, insbesondere den Rothirsch, hervorgerufen werden. Zuletzt wurde in einem Bericht „Windenergieanlagen und Wildtierkorridore. Reaktionen von Rothirschen auf den Betrieb der Windenergieanlage Haldenstein“ aus der Schweiz festgehalten, dass das Anlaufen einer WEA bei Anwesenheit mehrerer Rothirsche keine	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Verhaltensänderungen der Tiere hervorrief, die in einem Abstand von minimal 350 Metern zur Windenergieanlage ästen und teilweise sich sogar dort zum Wiederkäuen hinlegten. Selbst bei laufender WEA kamen Rothirsche in den näheren Bereich der WEA und passierten diese ruhig ziehend in einem Abstand von minimal 160 Metern. All dies sind Indizien darauf, dass die Annahme einer Störung durch WEA naturschutzfachlich nicht vertretbar ist, jedenfalls nicht schon rein vorsorglich größere Abstände einzuhalten sind, zumal auch Deckungselemente, welche im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens vorgesehen werden können, eine effektive Wirkung erzeugen. Auch Nr. 3.1.1 des Anhangs (Bewertungsschlüssel für die Abwägungskriterien und möglichen Auswirkungen auf die Zielbereiche des Landesentwicklungsplans und der Umweltprüfung) des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts sah die Möglichkeit der Schaffung von Deckungsstrukturen bei der Einstufung eines geringen Konfliktrisikos vor, dehnte diese Möglichkeit aber nicht auf die Potentialflächen im Bereich eines prioritären Korridors oder des hoch sensiblen Einzugsbereiches einer Grünbrücke sowie von Zuleitungskorridoren zu einer Grünbrücke, die wichtige Trittsteinbiotope enthalten, aus. Wieso nur in Migrationskorridoren Deckungsstrukturen eine Wirkung entfalten können, in den anderen Bereichen aber nicht, wird nicht erläutert und kann auch nicht schlüssig dargelegt werden. Hinzu kommt, das Meißner 2018 im Kapitel „Einfluss von WKA auf Verhalten und Lebensraumnutzung von Rothirschen“ selbst (mit einem Selbstzitat) feststellt: „MEIßNER et al. (2016) erörtern ausführlich anhand der wissenschaftlichen Literatur den unzureichenden Wissensstand über die Auswirkung von WKA auf die Lebensraumnutzung von Rotwild (und andere terrestrische Arten) und das nahezu vollständige Fehlen aussagekräftiger Studien. Belastbare Belege gibt es somit weder für eine Wirksamkeit, noch für eine Unwirksamkeit.“ (Meißner/Richter, Auswirkungen von Windkraftanlagen auf die großräumige Lebensraumvernetzung für den Rothirsch in Schleswig-Holstein – Maßnahmen zur Sicherung der Funktion von Querungsbauwerken an der A 20 und A 7, April 2018 [nachfolgend: Meißner 2018], S. 18 f.). Es besteht rechtlich gesprochen ein non liquet. Meißners Ausführungen gründen sich dann allein auf „stichhaltige Hinweise auf einen ggf. erheblichen Einfluss von WKA auf das Wanderverhalten des Rothirsches“ (Meißner 2018, S. 19) aufgrund der Biologie des Rothirsches sowie Erfahrungen aus verschiedenen Studien. Mit anderen Worten soll eine nur auf Hinweise und Theorien gegründete These zu einem nur (nach eigenen Worten) gegebenenfalls erheblichen Einfluss von WEA eine Einschränkung der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	grundrechtlich durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützten Baufreiheit rechtfertigen. Während also eine nur theoretische These das letztabgewogene Ziel der Raumordnung stützen soll, bestehen vorstehend beschrieben konkrete Beobachtungen aus der Schweiz, die diese These nicht stützen. Zudem ist überraschend, dass Meißner versucht, jede ihm bekannte Beobachtung Dritter, die zu anderen Schlussfolgerungen führt, in seinem Sinne umzudeuten (Meißner 2018, S. 19 ff.). Dies gipfelt darin, dass er Summationseffekte gemeinsam mit Siedlungen oder Straßen behauptet, die erst durch WEA entstehen würden, dies aber nicht weiter belegt (Meißner 2018, S. 21). Zudem stellt Meißner selbst fest: „Die methodisch stringente Ausarbeitung eines flächenscharfen, großräumigen Korridornetzwerks unter Trennung der o. g. wildökologischen Funktionsräume ist in dem hier gegebenen Zeit- und Auftragsrahmen nicht möglich. […] Schematisch abgegrenzte Lebensraumkorridore bilden daher nur näherungsweise das Verbundpotential eines Raumes und dessen reale Nutzung ab. […] Die real nutzbare Fläche kann dennoch (positiv oder negativ) von der rein planerischen Korridorbreite abweichen.“ (Meißner 2018, S. 3 und 11). Ob das von Meißner angenommene Korridornetz überhaupt besteht, gründet ebenfalls nur auf einer These. Dies hat allerdings für die Darstellung der räumlichen Anordnung und Ausdehnung der Einzugsbereiche der Grünbrücken, der prioritären Korridore und der Zuleitungskorridore erheblichen Einfluss, was zusätzlich ungeeignet ist, die grundrechtlich geschützte Baufreiheit auf dieser Grundlage zu beschränken. Insofern ist es widersprüchlich, wenn Meißner gleichermaßen meint, dass dennoch im „Sinne einer besseren planerischen Handhabbarkeit […] hier eine flächenscharfe Abgrenzung der im Kontext der Verkehrsinfrastrukturplanung für den Lebensraumverbund der Leitart Rothirsch prioritären Migrationsbereiche erfolgen“ (Meißner 2018, S. 4) solle. Soweit Kapitel 4.5.1.3 Absatz 12 Z mit einem Biotopverbundsystem oder Trittsteinbiotopen begründet werden soll, werden offensichtlich Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente geschaffen, ohne diese gemäß § 21	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abs. 4 BNatSchG durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen rechtlich zu sichern, um den Biotopverbund dauerhaft zu gewährleisten. Insofern wird das gesetzliche Erfordernis der rechtlichen Sicherung durch die Landesplanung umgangen. Es wäre zudem abwägungsfehlerhaft, wenn eine durch den Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein, also eine im Verfahren beteiligte Behörde, in Auftrag gegebene Stellungnahme (Meißner 2018) umfassend durch die Landesplanung angewendet wird und sich immer gegen Stellungnahmen der Öffentlichkeit durchsetzen würde. Die Abwägungsfehlgewichtung bestünde in der pauschalen Bevorzugung der behördlichen Stellungnahme. Im Ergebnis stellt sich das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 12 als für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbares und im Übrigen auch nicht stringent angewandtes Kriterium dar. Jedenfalls kann es vorliegend nicht als rechtmäßiges und endabgewogenes Ziel der Raumordnung der Ausweisung von Windenergiegebieten und Errichtung raumbedeutsamer WEA entgegengehalten werden. Wenngleich wir Verständnis für ein naturschutzfachlich begründetes Kriterium haben und auch der Nutzen von Querungshilfen durch die Windenergie nicht konterkariert werden soll, so bedarf es jedenfalls einer Einzelfallbetrachtung auf der Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren, die auch entsprechende naturschutzverträgliche Einzelfalllösungen wie insbesondere die Anlage von Deckungsstrukturen ermöglicht. Gerne sind wir bereit, solche Überlegungen mit den involvierten Behörden gemeinsam zu erörtern. Vorliegend ist aber dringend zu vermeiden, das bereits ursprünglich höchst fragwürdige Abwägungskriterium Querungshilfen und damit verbundene Korridore erneut und noch dazu als Ziel der Raumordnung aufzunehmen. Sofern eine Herabstufung als Grundsatz der Raumordnung erfolgen würde und allein dazu dienen sollte, dass kein Vorranggebiet für Windenergienutzung den kompletten Zugang für eine Querungshilfe verbarrikadiert, wäre das gerade noch nachvollziehbar. Weitergehende negative Abwägungen zugunsten dieses Kriteriums lassen sich aber nicht rechtfertigen. Zudem ist uns bekannt, dass sich auf der Seite der Potentialfläche lediglich Damwild befindet und das Rotwild allein westlich der A7. Eine entsprechende Störung kann	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	deshalb gar nicht unterstellt werden. **5.7. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 14 G – Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten** Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in Nahrungsgebieten für Gänse (ohne Graugänse und Neozoen) und Singschwäne außerhalb von EU-VSG die Anforderungen des Artenschutzes berücksichtigt werden. Die Begründung B zu 14 führt dazu die internationale Bedeutung Schleswig-Holsteins als Überwinterungsgebiet oder Zwischenrastgebiet für nordische Gänse und den Singschwan an. Dabei würden die wichtigsten Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne bereits über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 9 Z – Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 10 Z – International bedeutsame Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen berücksichtigt. Darüberhinausgehend bestünden zusätzliche Nahrungsgebiete überwiegend im Binnenland, welche vom Kapitel 4.5.1.3 Absatz 14 G umfasst seien. Da sich die Bestände der nordischen Gänse und des Singschwans in den letzten Jahren positiv entwickelt haben, könne hier im Einzelfall eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich sein, sofern nicht weitere konfliktverschärfende Kriterien überlagert sind. Problematisch an diesem Grundsatz der Raumordnung ist bereits die völlig unklare Datengrundlage, wann solche zusätzlichen Nahrungsgebiete (überwiegend) im Binnenland vorliegen. Dabei ist zu beachten, dass die Nahrungsgebiete sehr stark von der jeweiligen Nahrungsverfügbarkeit in Einzeljahren abhängt (bspw. Umgang mit Maisernte). Eine landeseinheitliche und hinsichtlich der Datenlage belastbare Abgrenzung von solchen Nahrungsgebieten ist deshalb nicht möglich. Dennoch soll laut B zu 14 nur im Einzelfall eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich sein, was der Systematik eines Grundsatzes der Raumordnung widerspricht und der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit Zielausnahme (keine Überlagerung mit weiteren konfliktverschärfenden Kriterien) festlegt. Diese aus der Begründung abgeleitete Herangehensweise ist aufzuheben und – wenn Kapitel 4.5.1.3 Absatz 14 G mangels einheitlicher, transparenter und belastbarer Datengrundlage nicht schon ganz aufgehoben wird – jedenfalls nur in besonders begründeten Einzelfällen ein langjährig	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bedeutendes Nahrungsgebiet höher zu gewichten als die Windenergienutzung. Das gilt erst recht vor dem Hintergrund, dass ausweislich der Begründung die Bestände der nordischen Gänse und des Singschwans eine positive Entwicklung haben und die hierfür wichtigsten Nahrungsgebiete durch drei anderweitige Ziele der Raumordnung umfangreich geschützt sind. Im Übrigen ist festzuhalten, dass bei Umsetzung eines Windenergievorhabens ein entsprechender Konflikt – sollte er einmal tatsächlich maßgeblich bestehen – durch Kompensations- bzw. vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gelöst werden kann. **5.8. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 15 Z – Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung** Kapitel 4.5.1.3 Absatz 15 Z sieht als Ziel der Raumordnung vor, dass in den Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung, charakterisiert durch eine sehr hohe Zugintensität, die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen ist. Die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung sind in der Karte in Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO festgelegt. In der Begründung B zu 15 Z wird auf die herausragende Bedeutung des Landes Schleswig-Holstein für den internationalen Vogelzug verwiesen, der nachweisbar Landschaftsstrukturen wie zum Beispiel Küsten- und Fließgewässersystemen folge und sich hier verdichte. Ein Teil des Vogelzuges erfolge dabei im Höhenbereich der Rotoren der WEA, so dass hier ein deutlich erhöhtes Kollisions- und damit Tötungsrisiko bestehe, was durch weiter zunehmende Anlagenhöhen und Rotorblattlängen steige. Die Hauptzugachsen, welche in der Karte in Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO dargestellt sind, seien durch verschiedene Untersuchungen des Vogelzuges in Schleswig-Holstein belegt. Artenschutzrechtliche Verpflichtungen des Schutzes und der Erhaltung würden eine dauerhafte Freihaltung von WEA erfordern. Zunächst einmal fehlen in den Planunterlagen die Nachweise und Herleitungen der Hauptzugachsen, welche lediglich unterstellt werden. Damit ist eine Nachvollziehbarkeit und Möglichkeit der Stellungnahme hierzu nicht möglich, was angesichts der Festlegung eines Ziels der Raumordnung problematisch ist.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Begründung B zu 15 Z übersieht zudem die maßgeblich festgelegte Referenzanlage (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G), so dass nicht auf weiter zunehmende Anlagenhöhen und Rotorblattlängen Bezug genommen werden darf. Besonders problematisch ist aber die Unterstellung, Errichtung und Betrieb von WEA in den kartografisch festgelegten Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung würden zu einem signifikant erhöhten Tötungs- und Verletzungsrisiko von Zugvögeln führen. Ganz aktuell und sehr ausführlich hat sich das OVG Mecklenburg-Vorpommern, 26.06.2024 - 5 K 341/21 OVG -, juris Rn. 75 ff. damit befasst und in den Leitsätzen u.a. festgehalten: „Die Prüfung einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG erfordert, dass die Signifikanzprüfung individuenbezogen und grundsätzlich artspezifisch erfolgt. Allein die Dichte des Vogelzugs als Maß für die Erhöhung des Tötungsrisikos von Zugvögeln steht abgesehen von einer fehlenden artspezifischen Betrachtung wegen der Individuenbezogenheit der Signifikanzprüfung mit § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG grundsätzlich nicht im Einklang. Eine artspezifische und rechnerisch exakte Signifikanzschwelle i.S.d. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist abgesehen von den Regelungen für die Abstände von Windenergieanlagen zu Brutplätzen in § 45 b BNatSchG sowie in § 45 c BNatSchG zum Repowering derzeit weder normiert noch gibt es in der Wissenschaft hierzu einheitliche Aussagen. Die durch direkte oder indirekte Einwirkung des Menschen modifizierten natürlichen Mortalitätsraten der Vogelarten können der Fachwissenschaft entnommen werden. Gegenüber diesen Werten muss ein vorhabenbezogenes Tötungsrisiko, d.h. die Wahrscheinlichkeit, dass ein geschütztes Tier bei Realisierung des zur Genehmigung stehenden Vorhabens getötet wird, signifikant erhöht sein, um einen Verstoß gegen das Tötungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG annehmen zu können. Der sogenannte Mortalitäts-Gefährdungs-Index (MGI) kann zur Frage einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos grundsätzlich herangezogen werden.“ Auch kommt anderweitige Rechtsprechung zum Ergebnis, dass etwa ziehende Kraniche nur einer sehr geringen Gefahr der Kollision und damit der Tötung durch WEA	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unterliegen (OVG Rheinland-Pfalz, 31.10.2019 - 1 A 11643/17 -, juris Rn. 40 ff.). Im Ergebnis kann den Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung möglicherweise im Rahmen der Abwägung als Grundsatz der Raumordnung Bedeutung zukommen, so dass eine Herabstufung des Kapitels 4.5.1.3 Absatz 15 zum Grundsatz der Raumordnung denkbar wäre. Allerdings bedarf es in jedem Fall eine Offenlegung und hinreichende Begründung der Datengrundlage. Zudem ist die aktuelle Rechtsprechung zu beachten, wonach Zugriffsverbote nicht pauschal unterstellt werden dürfen, weshalb es einer hinreichenden Herleitung des Kriteriums bedarf. **5.9. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 15 G – Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung** Kapitel 4.5.1.3 Absatz 15 G sieht als Grundsatz der Raumordnung ergänzend Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit Bedeutung vor, die außerhalb der nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 15 Z ausgeschlossenen Bereiche liegen und in denen die Anforderungen des Artenschutzes bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden sollen. Dies betrifft einen Korridor von Schleswig zur Husumer Bucht, einen Bereich entlang der Stör und Teilbereiche von Fehmarn. In der Begründung B zu 15 G wird analog zur Begründung B zu 15 Z auf das Kollisionsrisiko für Zugvögel hingewiesen, wobei sich aufgrund der verfügbaren Datenlage auch Bereiche von Bedeutung identifizieren, in denen der Vogelzug in geringerer Intensität als in den in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 15 Z benannten Bereichen beziehungsweise größeren Höhen stattfinde. Bereiche mit Bedeutung seien unter anderem der Korridor von Schleswig zur Husumer Bucht, die Stör und Teile von Fehmarn. In diesen Räumen von Bedeutung für den internationalen Vogelzug könnten im Einzelfall Windparks mit den artenschutzrechtlichen Vorgaben vereinbar sein. Entsprechend den Ausführungen unter 5.8 fehlen auch hierzu in den Planunterlagen die Nachweise und Herleitungen der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung sowie die Abgrenzung des benannten Korridors von Schleswig zur Husumer Bucht, im Bereich der Stör und Teile von Fehmarn. Damit ist eine Nachvollziehbarkeit und Möglichkeit der Stellungnahme hierzu nicht möglich. Gleichzeitig werden diese	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bereiche aber textlich festgelegt, was deshalb abwägungsfehlerhaft ist. Wie bereits unter 5.8 ausgeführt, widerspricht es der aktuellen Rechtsprechung, ein Kollisionsrisiko durch Vogelzug in artenschutzrechtlich relevanter Weise zu unterstellen (vgl. OVG Mecklenburg-Vorpommern, 26.06.2024 - 5 K 341/21 OVG -, juris Rn. 75 ff. m.w.N.). Die gilt erst recht für die Bereiche, in denen ausweislich B zu 15 G nur eine geringere Intensität vorliegt, die aber gar nicht dargelegt und definiert wird (fehlende Datengrundlage). Da bereits die Einbeziehung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung in der jetzigen Form sehr problematisch und abwägungsfehlerhaft ist (vgl. 5.8), gilt dies erst recht für die Berücksichtigung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 15 G ist deshalb aufzuheben, weil auch im Rahmen der Abwägung dieser Belang der Ausweisung von Windenergiegebieten nicht entgegengehalten werden kann. Ausweislich der aktuellen Rechtsprechung sind nicht nur „im Einzelfall Windparks mit den artenschutzrechtlichen Vorgaben vereinbar“ (Begründung B zu 15 G), sondern durchgehend – also in jedem Fall. Dies gilt jedenfalls sofern die Landesplanung keine vertiefte artenschutzrechtliche Prüfung anhand einer belastbaren und langjährigen Datengrundlage vorlegt. **5.10. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel** Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G soll um Brutplätze von vier genannten windkraftsensiblen Großvogelarten in einem jeweils angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Dies sind für den Seeadler 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), für den Schwarzstorch 2.000 Meter, für den Weißstorch 1.000 Meter und für den Rotmilan 1.500 Meter. Wenn im jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt, solle in der Abwägung geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist. Zusätzlich könne bei Weißstorch- und Rotmilan-Brutplätzen einzelfallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden können.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	In der Begründung B zu 17 wird auf ein erhöhtes Kollisionsrisiko im Horstumfeld von Seeadlern, Weißstörchen und Rotmilanen Bezug genommen. Für Schwarzstörche bestünde ein ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe bestehe (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Der Abstandsradius beim Seeadler wird auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG zurückgeführt. Für den Weißstorch und den Rotmilan wird zwischen einem engen und weiten Radius differenziert, wobei gelte: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Weiter wird auf abwägungsrelevante Aspekte bei bestehenden Windparks innerhalb bestimmter Umgebungsbereiche verwiesen (Übernahme, nachträgliche Ansiedlung, vorhandene Vorbelastung, Repowering). Zu den einzeln genannten windkraftsensiblen Großvögeln ist folgendes festzuhalten und deshalb Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G sowie die diesbezügliche Begründung entsprechend anzupassen, damit eine rechtmäßige Anwendung und Abwägung dieses Grundsatzes der Raumordnung bei der Ausweisung von Windenergiegebiete in den Regionalplänen erfolgt: 5.10.1. Allgemein Es ist zunächst zu begrüßen, dass die Schutzbereiche um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln teilweise reduziert wurden und insgesamt der Abwägung zugänglich sind. Es ist jedoch sehr problematisch, dass Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G die angegebenen Umgebungsbereiche zum Regelfall erklärt, sodass nur im Kontext von Vorbelastungen (bereits bestehende raumbedeutsame WEA bzw. ergangene Genehmigungen) ein Unterschreiten möglich sein solle. Damit wird der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit einer Zielausnahme i.S.d. § 6 Abs. 1 ROG formuliert, was zu korrigieren ist, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, es fehlten hinreichende Daten für eine Zielfestlegung, was aber nun zur verkappten und nur scheinbar abwägungsoffenen Festlegung als Grundsatz der Raumordnung führte. Zudem verwundert der Ansatz, wonach nicht durchgehend die Prüfabstände aus der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG übernommen wurden und fast jegliche Rechtfertigung für die pauschal angenommenen Abstände bei windkraftsensiblen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Großvogelarten fehlt. Allein zum Seeadler findet sich ein Bezug auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG. Bei den weiteren kollisionsgefährdeten Arten wird die gesetzliche Vorgabe ignoriert und der abweichend gewählte Abstandsradius nicht gerechtfertigt. Dabei ist im Nachgang zum verfassungsrechtlichen Handlungsauftrag, den das BVerfG formuliert hat (BVerfG, Beschluss vom 23. Oktober 2018 – 1 BvR 2523/13 –, BVerfGE 149, 407-421), der Bundesgesetzgeber tätig geworden und hat mit § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG verbindliche Maßstäbe für die Bewertung, wann nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, festgelegt. Sofern die Landesplanung hiervon abweichen und weitergehende Abstände als den Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG berücksichtigen möchte, so fehlt es an einer entsprechenden Rechtfertigung hierfür. Gesetzgeberische Intention war es gerade, bundesweit einheitliche Abstandsregelungen, die der dafür legitimierte Gesetzgeber vorgibt, zu setzen. Insofern sind die vorgesehenen Abstandsradien unbedingt auf den jeweiligen Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG anzupassen oder dieser zumindest gemeinsam mit dem zentralen Prüfbereich abwägend zu berücksichtigen. Hierauf wird zu den einzelnen Arten noch eingegangen. 5.10.2. Seeadler Zunächst einmal ist zu begrüßen und zu befürworten, die Seeadler im Rahmen eines abwägungsoffenen Grundsatzes der Raumordnung zu betrachten. Entsprechend kann das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen (vgl. dazu 5.5) aufgehoben und in den vorliegenden Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 etwa mit einer besonderen Gewichtung des Seeadlerschutzes im dargestellten Dichtezentrum überführt werden. Der gesetzlich vorgesehene Schutzstatus würde damit beibehalten bleiben. Angesichts der weiten Verbreitung der Art, fehlender artenschutzrechtlicher Ansätze für die Freihaltung des Dichtezentrums sowie methodischer Zweifel für deren Abgrenzung auch vor dem Hintergrund der neuen bundesgesetzlichen Bewertung drängt sich diese Vorgehensweise auf und erhöht die Rechtssicherheit durch Aufgabe des Ziels der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7. Allerdings ist der Abstandsradius für den Seeadler auf 500 Meter zu verringern, um der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 5.10.1). Zwar ist für den Seeadler zuzugestehen, dass die in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) für den Seeadler nach der gesetzlichen Regelung noch nicht als wirksam angesehen werden oder phänologiebedingte Abschaltungen zu umfangreich wären. Allerdings hat sich die Sachlage zu den fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen gegenüber der zum Zeitpunkt der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) fortentwickelt und es liegt ein auch vom Landesamt für Umwelt Schleswig-Holstein mittlerweile für den Seeadler anerkanntes Antikollisionssystem vor. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Seeadlerbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Damit plant die Landesplanung nicht in eine Konfliktlage hinein, sondern berücksichtigt die bundesgesetzgeberische Intention, wenn lediglich der Nahbereich von 500 m freigehalten wird. Jedenfalls aber muss eine Differenzierung in 500 Meter (Nahbereich) und 2.000 Meter (Zentraler Prüfbereich) vorgesehen werden, sodass im zentralen Prüfbereich abwägend auch außerhalb der aktuell engen Begrenzung auf Fälle mit Vorbelastung eine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden kann. 5.10.3. Schwarzstorch Die Aufnahme eines Abstandsradius für den Schwarzstorch wird mit Bezugnahme auf den „Schutz der Lebensstätte gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 2 Nummer 3 BNatSchG“ begründet (B zu 17). Da die Landesplanung auch § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG in Bezug nimmt, wonach ein Verstoß gegen das Verbot nach dem ebenfalls zitierten § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht vorliegt, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird, ist davon auszugehen, dass im Einzelfall im Rahmen der Abwägung auch innerhalb des 2.000 Meter-Radius Windenergiegebiete ausgewiesen werden können. Entscheidend ist dann nur, ob diese im Bereich von essentiellen Habitaten des Schwarzstorchs liegen, welche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nach der Begründung „alte, geschlossene Waldstrukturen mit Still- und Fließgewässern“ (B zu 17) sind. Dies ist bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in den Regionalplänen zu berücksichtigen. Selbst bei einer Betroffenheit solcher Habitate würde im nachfolgenden Genehmigungsverfahren die Möglichkeit nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG bestehen, das Zugriffsverbot durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) zu bewältigen. Weiter ist für die zugrundeliegende rechtliche Bewertung folgendes zu beachten und der aktuell vorgesehene Abstandsradius anzupassen: Nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist es verboten, wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. Die in § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG zum Ausdruck kommende populationsbezogene Bestimmung der Erheblichkeitsschwelle steht mit Art. 12 Abs. 1 Buchst. b FFH-RL in Einklang, der einen art- bzw. populationsbezogenen Schutzansatz verfolgt (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328). Das Vorliegen einer Störung i.S.d. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG setzt aber zunächst voraus, dass es überhaupt zu einer unmittelbaren oder mittelbaren Einwirkung auf die geschützten Tiere kommt, die bei diesen eine Verhaltensänderung bewirkt. So gilt etwa: „bei der schlichten Beseitigung von Flächen, die bislang als Nahrungsgrundlage genutzt worden sind, und bei vegetationsverändernden Immissionen fehlt es nämlich an einer zwanghaften Einwirkung auf das natürliche Verhalten der Tiere, das nach dem Wortsinn als Störung zu werten ist.“ (BVerwG, Urteil vom 14. April 2010 – 9 A 5/08 –, BVerwGE 136, 291-332, Rn. 118). „Der Störungstatbestand kann vor allem durch bau- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen der geschützten Tierarten in Gestalt von akustischen und optischen Störwirkungen, aber auch durch Trennwirkungen erfüllt werden, die von der vorgesehenen Trasse ausgehen.“ (BVerwG, Urteil vom 7. Juli 2022 – 9 A 1/21 –, BVerwGE 176, 94-130, Rn. 111 m.w.N.). Insofern muss sich die Auslegung der bundesgesetzlichen Vorschrift des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG daran messen lassen, ob überhaupt eine Störung im vorgenannten Sinne bei vorgesehenen Schutzabständen vorliegt. Zudem finden in der naturschutzfachlichen Praxis die planerisch zu berücksichtigenden Fluchtdistanzen von Vogelarten Anwendung, nach Gassner et al.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2010 (Gassner/Winkelbrandt/Bernotat, UVP und strategische Umweltprüfung – Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltprüfung, 5. Auflage 2010, S. 192 ff.; Bernotat, Vorschlag zur Bewertung der Erheblichkeit von Störwirkungen auf Vögel mit Hilfe planerischer Orientierungswerte für Fluchtdistanzen, in: Bernotat/Dierschke/Grunewald, Bestimmung der Erheblichkeit und Beachtung von Kumulationswirkungen in der FFH-Verträglichkeitsprüfung, Naturschutz und Biologische Vielfalt 160 (2017), S. 157-171). Diese sehen für den Schwarzstorch eine Fluchtdistanz von 500 m vor. Selbst wenn diese für Windenergieanlagen vergrößert werden müsste, so dürften keine naturschutzfachlichen Nachweise bestehen, um den sechsfachen Abstand zu rechtfertigen. Auch wenn die Landesplanung nicht auf das Störungsverbot rekurriert, so wird jedenfalls deutlich, dass der aktuelle Abstandsradius sich mit diesem Zugriffsverbot nicht rechtfertigen ließe. Dies ist gleichermaßen hinsichtlich des Schädigungsverbots zu konstatieren. Es verbietet nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Erfolgt der Zugriff im Zuge eines nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffs in Natur und Landschaft, so scheidet ein Verstoß gegen das Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG aus, soweit die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Um dies zu gewährleisten, können nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden (sog. CEF-Maßnahmen). Im Anwendungsbereich des § 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG hat die Verbotsprüfung demnach zweistufig zu erfolgen: Auf der ersten Stufe stellt sich die Frage, ob auf eine geschützte Lebensstätte mit einer der genannten Tathandlungen eingewirkt wird. Trifft dies zu, so sind auf der zweiten Stufe die Konsequenzen in den Blick zu nehmen, die damit für die von der betroffenen Lebensstätte für die sie nutzenden Tiere erfüllte Funktion verbunden sind (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328, Rn. 37 - 38 m.w.N.). Unabhängig von der umstrittenen Frage, wie weit der Schutz des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG geht – einerseits nur direkte Einwirkungen auf die Fortpflanzungs- und Ruhestätte (bspw. Horst) oder andererseits (so tendenziell BVerwG, Urteil vom 12. August 2009 – 9 A 64/07 –, BVerwGE 134, 308-335, Rn. 68; BVerwG, Urteil vom 28. März 2013 – 9 A 22/11 –, BVerwGE 146, 145-175, Rn. 148) auch das weitere Umfeld der eigentlichen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte, sofern es elementar für den Reproduktionserfolg oder die Rast ist – liegt jedenfalls keine Beschädigung oder	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zerstörung bei Abständen von 2 km vor. All dies verdeutlicht, dass es zu einer angemessenen Reduzierung des vorsorglichen Schutzabstands zu Schwarzstorchhorste kommen muss, wobei sich ein Abstand von 1.500 Metern zunehmend durchsetzt und weiterhin Vorsorgeaspekte berücksichtigt. Der von der Landesplanung vorgesehene Umgebungsbereich von 2.000 Metern wird demgegenüber nicht belegt (anders als etwa die Bezugnahme auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG). 5.10.4. Weißstorch Der Abstandsradius für den Weißstorch ist auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 5.10.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Weißstorch zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Weißstorchbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanung noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nur den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf 750 Meter zu Weißstorchhorsten reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 750 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 750 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanung im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. 5.10.5. Rotmilan Zunächst ist festzustellen, dass die Berücksichtigung von Rotmilanbrutplätzen in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G ungeeignet ist und die Auswahl der windkraftsensiblen Großvogelarten auch gar keine Rechtfertigung erfahren hat. Für den Rotmilan kann das auch nicht gelingen. Während sich die Vorgehensweise für Seeadler-, Schwarzstorch- und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Weißstorchbrutplätze bei einer Anpassung der Radien und echten Offenheit für eine abwägende Einzelfallprüfung erschließt, ist die Herangehensweise in Bezug auf Rotmilanbrutplätze fehlerhaft. So führte das landeseigene aktualisierte Fachpapier aus: „Allerdings wird diese Art nicht alljährlich landesweit erfasst und es gibt häufiger Horstwechsel, so dass die Daten oft nur einen ersten Hinweis auf ein Rotmilanvorkommen im Planungsraum geben.“ (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016, S. 7). Naturschutzfachlich ist bestätigt, dass der Rotmilan gegenüber dem Seeadler eine deutlich geringere Brutplatzkonstanz aufweist. Eine zwischen den Jahren variable Besiedlung der Landschaft (Wechsel der Horststandorte oder auch Nicht-Wiederbesiedlung von Waldstücken) tritt daher häufig auf (z.B. Mammen et al., Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt. Bericht des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Heft 5/2014). So berichtet Schmude, dass bei einer Rotmilankartierung in Mecklenburg-Vorpommern 75 % der im Folgejahr erneut kontrollierten Horste nicht mehr besetzt waren, insgesamt 49 von 65 Horsten (Schmude, Protokoll der 16. Sitzung der Bund-Länder-Initiative Windenergie (BLWE) am 22.09.2014; nachvollziehbar bei Scheller/Vökler/Güttner, OAMV e.V., Rotmilankartierung 2011/2012 in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 09.02.2014). Die Variabilität ist dadurch begründet, dass der Rotmilan als Zugvogel (auch unter Berücksichtigung möglicher Verluste auf dem Zugweg) erst relativ spät im Jahr ins angestammte Brutrevier zurückkehrt und nicht selten einen neuen Horst bauen muss, weil der Althorst bereits durch andere Arten (Konkurrenten um geeignete Horstbäume bzw. vorhandene Horste z.B. Mäusebussard, Kolkrabe u.a.) besetzt wurde. Auch baut der Rotmilan in der Regel eher kleinere und nicht so stabile Horste, so dass diese leichter als z.B. langjährig genutzte und entsprechend ausgebaute Seeadler-Horste durch Winterstürme zerstört werden können. Diese autökologischen Aspekte der Biologie des Rotmilans bedingen, dass zwar in der Regel die Reviere wiederbesetzt werden, aufgrund der Variabilität die Lage der Horststandorte aber nur schwer vorhersagbar ist. Wird nunmehr aber auf dieser Grundlage eine Potenzialfläche im 1.500 Meter- oder	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	1.000 Meter-Radius (zu den falschen Abständen vgl. nachfolgend) um einen aktuell nachgewiesenen Standort eines Rotmilanhorsts gestrichen, so werden diese naturschutzfachlichen Grundlagen zur sehr geringen Horsttreue missachtet. Dies kann dazu führen, dass durch den Horstwechsel die Potenzialfläche bereits beim Inkrafttreten des Regionalplans nicht mehr durch den Rotmilanhorst beeinträchtigt würde. Zudem ist es vor dem Hintergrund des nach § 5 Abs. 1 Satz 4 LaplaG vorgesehenen Planungszeitraums der Regionalpläne von fünfzehn Jahren, also voraussichtlich bis 2040, abwägungsfehlerhaft, eine Art mit sehr geringer Brutplatzkonstanz heranzuziehen, um in der Abwägung Potenzialflächen bis ins Jahr 2040 zu streichen. Soll auf der höherstufigen Planungsebene bereits eine weitgehende Aussage mit Abwägungsdirektiven, wie aktuell in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G vorgesehen, getroffen werden, geht dies mit dem Erfordernis einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte einher, als wenn – auch im Rahmen der Abwägung – keine konkreten Zielaussagen getroffen werden. Dabei können sich die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der Abwägungsvorgang selbst den Anforderungen an die Abwägung bei Fachplanungen annähern, je enger das Ziel und der damit vorgegebene Rahmen sind (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Soweit durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 Potenzialflächen ausgeschlossen werden sollen, bedarf es für die herangezogenen Tierarten eine landesweite Kenntnis von Horststandorten. Nur dann liegt eine für diese Zwecke ausreichende Bestandsaufnahme vor (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53), die den Anforderungen an Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte genügt. Dies gilt umso mehr, weil die Zuordnung zur Streichung von Gebieten im Rahmen der Abwägung ohne vorhandene umfangreiche Raumnutzungsanalyse faktisch zu einem Ziel der Raumordnung erhoben wird, was an sich bereits fragwürdig ist. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn dies im Sinne einer Beweislastumkehr auf die Öffentlichkeit, insbesondere die Vorhabenträger, als Anforderung verlagert wird. Während die rechtlich erforderlichen landesweiten Kenntnisse für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze wohl vorliegen dürften, gibt es eine solche hinreichende Bestandsaufnahme und Erkenntnislage für Rotmilanbrutplätze nicht. Es wäre im Übrigen auf Grund der vorstehend beschriebenen fehlenden Brutplatztreue wohl auch problematisch, eine aktuelle bzw. dem Bedarf der Regionalplanung – schließlich handelt es sich um ein Verfahren über viele Monate und einen Plan, der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	mehrere Jahre gelten soll – entsprechende Bestandsaufnahme zu erhalten. Jedenfalls für die Art Rotmilan sollte die Landesplanungsplanungsbehörde unbedingt auf die nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verweisen, die sowohl die sehr geringe Brutplatzkonstanz als auch die für die Bewertung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG maßgeblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen (Abschaltung, Ablenkflächen, etc.) besser und abwägungsfehlerfrei berücksichtigen können. Dabei wird nicht in eine unüberwindbare Verbotslage hineingeplant, weil § 45b BNatSchG in Einzelfällen letztendlich auch noch über die artenschutzrechtliche Ausnahme immer eine Genehmigungsfähigkeit bei einer Betroffenheit des Rotmilans ermöglicht. Sofern die Landesplanung den Rotmilan nicht schon in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G als ausgewählten windkraftsensiblen Großvogel aufgrund der vorstehenden Ausführungen streicht und damit Rechtsfehler vermeidet, so hat in jedem Fall eine Anpassung der dortigen Abstandsradien für die Art zu erfolgen. Es ist nicht nachvollziehbar und kann auch nicht begründet werden – wenig überraschend verhält sich die Begründung B zu 17 deshalb auch überhaupt nicht dazu – wieso für den Rotmilan ein Umgebungsbereich von 1.500 Metern angenommen wird. Es kann im Rahmen der Festlegung nicht über den zentralen Prüfbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG hinausgegangen werden und zugleich für das Zugriffsverbot das erhöhte Kollisionsrisiko für den Rotmilan als Begründung herangeführt werden. Schließlich hat der Bundesgesetzgeber für den erweiterten Prüfbereich eine Beweislastumkehr eingeführt und in § 45b Abs. 4 Satz 1 BNatSchG festgelegt, dass in der Regel das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare dann nicht signifikant erhöht ist. Es ist sehr widersprüchlich dazu, dass die Landesplanung abstrakt über § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG hinausgehend beim Rotmilan 1.500 Meter, anstatt 1.200 Meter vorsieht (vgl. allgemein bereits 5.10.1). Auffallend ist, dass nur für den Rotmilan der Radius nicht an Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG angepasst wurde, sondern stattdessen an den Abständen des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) ohne weitere Begründung festgehalten wird. Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. In jedem Fall ist der Abstandsradius auf 1.200	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Meter zu reduzieren. Unabhängig davon ist der Abstandsradius für den Rotmilan jedoch sogar auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 5.10.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Rotmilan zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Es sind aber auch schon Antikollissionssysteme für den Rotmilan in Schleswig-Holstein anerkannt. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Rotmilanbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanung noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nicht einmal den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf nur 1.000 Meter zu Rotmilanhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 1.000 Metern anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen rechtlich überholten (vgl. vorstehende Ausführungen) gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 1.000 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanung im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. **5.11. Kapitel 4.5.1.4 Absatz 5 G – Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe** Nach Kapitel 4.5.1.4 Absatz 5 G soll bei der Ausweisung von Windenergiegebieten den Belangen der Rohstoffsicherung in den Vorbehaltsgebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Der Grundsatz der Raumordnung wird damit begründet (B zu 5 G), Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe dienten als Rohstoffreserve und sollten einen langfristigen Beitrag zur Rohstoffversorgung leisten. Deshalb sollen Nutzungen, die den Abbau von Rohstoffen in diesen Gebieten behindern können, vermieden werden. Bei möglichen Überschneidungen mit Gebieten mit besonderer Bedeutung für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe solle bei der Ausweisung von Windenergiegebieten jeweils eine einzelfallbezogene Bewertung der Fläche erfolgen. Dabei solle den Belangen der vorsorglichen Rohstoffsicherung sowie des Rohstoffabbaus hinreichend Rechnung	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	getragen werden. Es ist zunächst zu begrüßen, dass nur noch Rohstofflagerstätten und -vorkommen mit rechtlichem Status (Vorranggebiet oder Vorbehaltsgebiet) Berücksichtigung finden. Jedoch können allein Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe, wie diese als Ziele der Raumordnung im Rahmen der Neuaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I, II und III des Landes Schleswig-Holstein festgelegt werden sollen, beachtlich sein. Dabei hat die Denker & Wulf AG bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zu den Entwürfen der Neuaufstellung der Regionalpläne darauf hingewiesen, dass zwischen dem Abbau oberflächennaher Rohstoffe in einem solchen Vorranggebiet und der Windenergienutzung kein echter Widerspruch besteht und die Belange miteinander in Einklang gebracht werden können. Es sollte deshalb von der Regelung des § 7 Abs. 1 Satz 2 ROG Gebrauch gemacht werden. Demnach kann festgelegt werden, dass bestimmte Nutzungen und Funktionen des Raums nur für einen bestimmten Zeitraum oder ab oder bis zum Eintritt bestimmter Umstände vorgesehen sind; eine Folge- oder Zwischennutzung kann festgelegt werden. Dies ist durch die Öffnung des Ziels der Raumordnung möglich, wonach im Anschluss an den Abbau oberflächennaher Rohstoffe die Windenergienutzung zugelassen ist (Eintritt bestimmter Umstände, Folgenutzung). Zu begrüßen ist, dass in Kapitel 4.5.1.4 Absatz 5 Z zumindest solche Gebiete, in denen der Abbau abgeschlossen ist, ausgenommen sind. Dass dies auch erst im Kontext der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes (Windenergie an Land) und der Teilaufstellung der Regionalpläne (Windenergie an Land) für die Planungsräume I bis III geregelt werden kann, eröffnet § 249 Abs. 5 Satz 1 BauGB. Die Zielwirkung der Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe – in der bisher nicht hinreichend abgestimmten Regionalplanung im Rahmen der Neuaufstellung mit der Teilaufstellung zum Thema Windenergie an Land – gilt nicht, soweit dies erforderlich ist, um den Flächenbeitragswert im Sinne des § 3 Abs. 1 WindBG oder ein daraus abgeleitetes Teilflächenziel zu erreichen. Problematisch ist, dass nach Kapitel 4.5.1.4 Absatz 5 G Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe Berücksichtigung finden sollen, was vollumfänglich die vormaligen unbestimmten Rohstoffpotenzialflächen ablöst. Dabei bleiben der Grundsatz der Raumordnung und dessen Begründung (B zu 5 G) dahingehend vage, in welchem Umfang der Abwägungsbelang einzustellen ist. Dies lässt befürchten, dass der Sache nach – weil alle Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe als Rohstoffreserve dienen – immer der Rohstoffbelang höher gewichtet wird. Diese	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Befürchtung gründet sich auch in der unbestimmten und damit fast immer anwendbaren Einschränkung auf „Gebieten mit besonderer Bedeutung für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe“ (B zu 5 G). Dabei ist aber zu beachten, dass Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe einen Grundsatz der Raumordnung darstellen. Es ist zu betonen, dass solche Vorbehaltsgebiete einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich sind (§ 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ROG). Nach der vorgesehenen Festlegung auf Ebene der Regionalpläne sollen die Rohstofflagerstätten oder -vorkommen vorsorglich für eine Rohstoffgewinnung von irreversiblen Nutzungen freigehalten werden und bei Vorhaben, die eine spätere Rohstoffgewinnung ausschließen oder wesentlich beeinträchtigen können, sollen den Rohstoffvorkommen oder -lagerstätten bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Die Windenergienutzung steht damit nicht im Widerspruch, sodass trotz rechtlich fragwürdiger Ausklammerung des Themas Windenergie aus der Neuaufstellung der Regionalpläne (vgl. hierzu die Stellungnahme der Denker & Wulf AG in den dortigen Verfahren) eine rechtmäßige Abwägung gelingen kann, diese zugleich aber nicht das neue Plankonzept konterkarieren darf. Zum einen handelt es sich bei der Windenergienutzung nicht um eine irreversible Nutzung, da diese bekanntermaßen auf einen regelmäßigen Zeitraum von 20 bis max. 30 Jahren angelegt ist. Ein solcher Zeitraum ist in Anbetracht der sehr großflächigen Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ohne besondere Relevanz für diese Gebiete, die zwischenzeitlich an anderer Stelle genutzt werden können. Zum anderen kann deshalb auch nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung ausgegangen werden und im Übrigen müsste bei einer Abwägung der unterstellten konkurrierenden Nutzungsansprüche zwischen dem Abbau oberflächennaher Rohstoffe und der Windenergienutzung die Wertung von § 2 EEG 2023 berücksichtigt werden. In der Konsequenz kann sich nur in außergewöhnlichen Fällen ein Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe gegenüber der Windenergienutzung durchsetzen. Diese außergewöhnlichen Fälle, die in „Gebieten mit besonderer Bedeutung für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe“ (B zu 5 G) gegeben sein könnten, müssen eine abstrakte nähere Bestimmung erfahren und die Ausnahmefälle bleiben. Eine solche Herangehensweise ist auch deshalb erforderlich, weil anderenfalls bereits auf der Ebene der Neuaufstellung der Regionalpläne die Abwägung hätte erfolgen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	müssen und nicht vorlaufend Vorbehaltsgebiete hätten festgelegt werden dürfen, welche nun mit hohem Gewicht der Windenergienutzung entgegengehalten werden. Ausweislich der dortigen Begründung zum Grundsatz der Raumordnung wurden zwar mehrere Kriterien in die Abwägung für eine Raumwiderstandsanalyse der Rohstoffpotenzialgebiete einbezogen, worunter sich auch die aktuell festgelegten Vorranggebiete der Windenergie befinden. Allerdings ließ dies unberücksichtigt, dass es aufgrund des Windenergie-an-Land-Gesetzes (u.a. WindBG) eine erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein bedarf. Dies ist auch dem Plangeber bewusst gewesen, wenngleich dennoch gesonderte Planaufstellungsverfahren geführt wurden. Insofern blieben in der damaligen Abwägung der Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe die weiteren erforderlichen Potenzialflächen zur Erreichung der Flächenbeitragswerte unberücksichtigt. Des Weiteren ist hinsichtlich des Kumulationsraumes Trappenkamp (K3.2/K2.6) entsprechend dem Umweltbericht, Kap. 5.1 zur Neuaufstellung Regionalplan Planungsraum III klarzustellen, dass dieser Umstand nicht dazu führen darf, dass der komplette Kumulationsraum in der (nun nachfolgenden) Festlegung der Windenergiegebiete freizuhalten ist. So hatte die Landesplanung bereits zutreffend festgehalten, dass potenzielle kumulative Wirkungen mit dem bereits festgelegten Vorranggebiet Windenergienutzung nicht hinreichend schwerwiegend sein werden. Ein maßgeblicher Aspekt war dabei auch, dass die zahlreichen Vorranggebietsfestlegungen ganz überwiegend bestandsorientiert sind. Dies muss aber genauso dann für das vorliegende Vorranggebiet Windenergie gelten, sodass zumindest der bestandsorientierten erneuten Festlegung des Vorranggebiets Windenergie – ggf. mit geringfügigen räumlichen Erweiterungen – nicht der Aspekt des Kumulationsraums Trappenkamp im Teilregionalplan für die Windenergienutzung entgegengehalten werden darf. Anderenfalls müssten bereits aktuell im Rahmen der Abwägung der Belange bei der Neuaufstellung Regionalplan Planungsraum III die im nördlichen Bereich des Kumulationsraums befindliche Kulisse des Vorbehaltsgebiets für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe zur Vermeidung von Abwägungsfehlern durch Ausgliederung der Windenergieplanung grundsätzlich überdacht werden **5.12. Kapitel 4.5.1.4 Absatz 6 G – Schützenswerte Geotope**	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Kapitel 4.5.1.4 Absatz 6 sieht als Grundsatz der Raumordnung vor, dass bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die geomorphologischen oder erdgeschichtlichen Besonderheiten schützenswerter Geotope nicht beeinträchtigt werden sollen. In der Begründung B zu 6 wird auf die besondere erdgeschichtliche Bedeutung, Seltenheit, Eigenart und Schönheit von Geotopen, die ihre Schutzwürdigkeit auszeichnet, verwiesen. Der Schutz erfolge über das Naturschutzrecht als geschützter Teil von Natur und Landschaft zum Beispiel in Form von nationalen Naturmonumenten, Naturdenkmalen oder geschützten Landschaftsbestandteilen. Geotope seien über das Landschaftsbild erkennbar und zugänglich. Es bestünde eine pädagogische und touristische Bedeutung. Zudem könnten Geotope wichtige Lebensräume seltener und bedrohter Pflanzen- und Tierarten darstellen. Zunächst einmal ist entscheidend, dass der jeweilige naturschutzrechtliche Schutzstatus eines Geotops nicht die Windenergienutzung ausschließt. Dabei ist insbesondere entscheidend, welche Größe ein solches Geotop aufweist. Des Weiteren haben Geotope einen Bezug zum Boden, der aber durch Windenergienutzung nur punktuell in Anspruch genommen wird. Durch die Freihaltung weiter Räume über der Oberfläche wird die Wirkung solcher meist flacher Geotope auch nicht eingeschränkt. Nicht nachvollziehbar und abwägungsfehlerhaft wäre es, wenn ein nicht durch naturschutzrechtliche Vorschriften geschütztes Geotop der Ausweisung eines Windenergiegebiets entgegengehalten würde. Während für Windenergiegebiete auch nach § 2 EEG 2023 sowie dem Auftrag an die Landesplanung, hierfür umfangreich Raum zu schaffen, gesetzliche Normen streiten, können nicht allein fachlich hergeleitete Geotope dem entgegenstehen. Schließlich ist darauf zu achten, dass es keine mehrfache Gewichtung bei der Abwägung gibt. So werden insbesondere Aspekte des Landschaftsschutzes, des Naturschutzes und des Tourismus bereits durch andere Erfordernisse der Raumordnung berücksichtigt, sodass die in der Begründung B zu 6 benannte Bedeutung von Geotopen höchstens eine sehr untergeordnete Rolle haben kann. Im Ergebnis können Geotope nur bei besonders hoher Bedeutung im Einzelfall der Ausweisung eines Windenergiegebietes entgegengehalten werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	5.13. Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 G – Kompensations- und Ökokontoflächen Gemäß Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 sollen als Grundsatz der Raumordnung die räumlichen Bedarfe von Kompensationsflächen sowie Ökokontoflächen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 7 wird auf Vorhaben unter anderem des Straßenbaus Bezug genommen, deren erforderliche Kompensationsmaßnahmen auf angemessenen Flächen realisiert werden müssten, was vielfach auch aus dem Artenschutz resultiere. Des Weiteren würden für unterschiedliche Planvorhaben auf weiteren Flächen naturschutzrechtliche Ausgleichs- und/oder Ersatzmaßnahmen, möglicherweise in anerkannten Ökokonto-Flächen, geplant, seien in Umsetzung oder bereits umgesetzt. Es sei im Einzelfall zu prüfen, ob derartige Flächen für die Ausweisung von Windenergiegebieten in Frage kommen. Die Begründung B zu 7 erweckt den Eindruck, es solle bereits vor einer entsprechenden Festsetzung der Kompensationsmaßnahmen für Straßenbauvorhaben durch einen nach § 17 FStrG erforderlichen Planfeststellungsbeschluss vorlaufend die Fläche freigehalten werden. Dies stünde im Widerspruch zur gegenseitigen Berücksichtigung von Planungen, zumal sich Planfeststellungsverfahren über Jahre verzögern können und ständigen Planänderungen unterliegen. Die Landesplanung darf abwägend deshalb keine noch nicht planfestgestellten Kompensationsmaßnahmen berücksichtigen. Weiter stehen Kompensationsmaßnahmen oder Ökokonten einer Ausweisung von Windenergiegebieten auch nicht entgegen, sodass kein unlösbarer Konflikt bei Genehmigungen von WEA in diesen Bereich entstehen. Vielmehr sind dann die vorhandenen Wertigkeiten, die von einem neuen Eingriff nach § 14 BNatSchG betroffen sind, im Rahmen der Ermittlung der Kompensation nach § 15 BNatSchG zu berücksichtigen. Ein Genehmigungshindernis besteht nicht. Der Sache nach wird die Kompensationsmaßnahme lediglich verlagert, wobei gleichermaßen die Bilanzierung für den Naturhaushalt ausgeglichen bleibt. Zudem können selbst anerkannte Ökokonten nach § 3 ÖkokontoVO geändert oder gelöscht werden. Im Ergebnis ist Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 G aufzuheben, jedenfalls aber auf außergewöhnliche Einzelfälle zu beschränken und nicht – wie die Begründung B zu 7	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	aktuell wirkt – auf Vorsorgeüberlegungen zu erstrecken. **6. Anmerkungen zu Kapitel 4.5.1.5 Kultur und sonstige Sachgüter** **6.1. Kapitel 4.5.1.5 Absatz 1 G – Belange des Denkmalschutzes** Nach Kapitel 4.5.1.5 Absatz 1 G sollen bei der der Ausweisung von Windenergiegebieten die Belange des Denkmalschutzes berücksichtigt werden. Die Begründung B zu 1 nimmt sodann § 4 Abs. 1 DSchG SH und § 12 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 DSchG SH in Bezug. Weiter wird ausgeführt, dass aufgrund der örtlichen Situation des Einzelfalles Abstandsradien oder Freihaltesektoren als pauschale Ausschlussbereiche nicht sachgerecht seien, die Ausweisung von Windenergiegebieten einzelfallbezogen mit dem Landesamt für Denkmalpflege und dem Archäologischen Landesamt sowie dem Fachbereich Archäologie und Denkmalpflege der Hansestadt Lübeck angestimmt werde. Es ist zunächst zu begrüßen, dass nur noch sehr einzelfallbezogen der Denkmalschutz in der Abwägung Berücksichtigung findet. Nicht gänzlich unkritisch wird aber gesehen, dass die Landesplanung vorrangig die Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege und dem Archäologischen Landesamt sowie dem Fachbereich Archäologie und Denkmalpflege der Hansestadt Lübeck zur Abwägungsentscheidung heranziehen möchte. Naturgemäß werden Denkmalfachbehörden den Denkmalschutz höher gewichten als die Windenergienutzung. Allerdings entspricht dies nicht mehr der aktuellen Gesetzeslage und Rechtsprechung, weshalb die Landesplanung auf folgende Rahmenbedingungen aufmerksam gemacht und eine Beachtung bei der Berücksichtigung des Denkmalschutzes erbeten wird: Nach der aktuelleren Rechtsprechung unter Berücksichtigung von § 2 EEG 2023 kommt die obergerichtliche Rechtsprechung nun regelmäßig zum Ergebnis, dass das überragende Interesse an erneuerbaren Energien die Denkmalschutzbelange überwiegt (OVG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 14. August 2023 – 1 C 10576/21 –, Rn. 141, juris; OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 27. Juli 2023 – OVG 3a A 52/23 –, Rn. 48 und 51 ff., juris; OVG Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 7. Februar 2023 – 5 K 171/22 OVG –, Rn. 153 ff., juris). Insofern können nur in außergewöhnlichen Einzelfällen einer Ausweisung von Windenergiegebieten die Belange des Denkmalschutzes	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	entgegengehalten werden. Rechtlicher Ausgangspunkt für die Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes sind § 4 Abs. 1 DSchG SH i.V.m. § 12 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 Nr. 1 und 2 DSchG. Von besonderer Bedeutung ist dabei insbesondere die Frage, wann i.S.d. § 12 Abs. 1 Nr. 3 DSchG SH eine genehmigungsbedürftige Veränderung der Umgebung eines unbeweglichen Kulturdenkmals vorliegt. Dies ist der Fall, wenn die Umgebungsveränderung geeignet ist, den Eindruck des Denkmals wesentlich zu beeinträchtigen. Wann eine Veränderung in der Umgebung eines Denkmals i.S.d. § 12 Abs. 1 Nr. 3 DSchG SH erfolgt, ist vom Gesetz nicht näher konkretisiert. In der denkmalschutzrechtlichen Literatur wird als Umgebung der Bereich definiert, innerhalb dessen sich die bauliche oder sonstige Nutzung von Grundstücken oder von öffentlichen Flächen auf das Denkmal auswirken kann. Vorausgesetzt wird demnach ein gewisser räumlicher Bezug der Maßnahme zum Denkmal. Allerdings gilt, dass eine schematische Festlegung von Entfernungsgrenzen wegen der Vielgestaltigkeit der jeweiligen Gegenden nicht sinnvoll ist. Stattdessen ist eine wertende Betrachtung erforderlich, die berücksichtigt, in welcher Art und Weise die Umgebung das Denkmal prägt (vgl. Weber, Instrumente und Grenzen des Umgebungsschutzes bei Baudenkmälern, Diss., Köln 1998, S. 74). So kann der Umgebungsbereich nicht in Metern angegeben werden, sondern es ist auf den Wirkungsbereich des Denkmals abzustellen. Dieser kann auf die Nachbarschaft begrenzt sein, er kann aber bei beherrschenden Burgen oder Kirchen sehr weit reichen. Der Wirkbereich großer Ortskernensembles reicht ebenfalls oft sehr weit. Vor diesem Hintergrund ist zu begrüßen, dass auf pauschale Abstandsradien oder Freihaltesektoren verzichtet wird. Zur denkmalschutzrechtlichen Umgebung gehört konkret der Umkreis des Denkmals, auf den es ausstrahlt und der es in denkmalpflegerischer Sicht seinerseits beeinflusst. Es kommt danach auf die Perspektive eines für die Belange des Denkmalschutzes aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters an und auf den tatsächlichen Zustand nach der Änderungsmaßnahme (OVG Schleswig-Holstein, 25.01.2005 - 1 LA 124/04 -, juris 2. LS). Anhaltspunkt ist dabei, ob das menschliche Auge die zu schützenden Objekte und die Quelle der Verunstaltung mit einem Blick erfassen kann (Kantsegel) (Viebrock, in: Martin/Krautzberger, Denkmalschutz und Denkmalpflege, 3. Auflage 2010, Teil E, Rn. 181 mit Bezugnahme auf OVG Berlin, 07.05.1999 - 2 B 2.96 -, juris).	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Eine Abwägung mit Belangen des Denkmalschutzes ist deshalb nicht erforderlich, soweit errichtete Referenzanlagen auf Potenzialflächen nicht gemeinsam mit den jeweiligen Denkmalen sichtbar sind und deshalb keine Wechselwirkung zwischen dem jeweiligen Denkmal und den Windenergieanlagen entstehen können. Es fehlt dann bereits an einer prägenden Auswirkung auf die jeweiligen Denkmale (VG Stuttgart, 12.05.2004 - 16 K 3344/03 -, NJOZ 2004, 4145). Nach der Wertung des § 12 Abs. 1 Nr. 3 DSchG SH ist nicht jede, sondern nur eine wesentliche Beeinträchtigung eines unbeweglichen Kulturdenkmals von Bedeutung, wobei dies ernsthaft in Betracht zu ziehen sein muss („geeignet“) (Schleswig-Holsteinisches VG, 01.02.2007 - 12 A 136/06 -, juris Rn. 36). Eine Beeinträchtigung liegt vor, wenn die jeweilige besondere Wirkung des unbeweglichen Kulturdenkmals, die es als Kunstwerk, als Zeuge der Geschichte oder als bestimmendes städtebauliches Element auf den Beschauer ausübt, übertönt, verdrängt oder geschmälert wird (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2015 - 1 MB 23/15 -, juris Rn. 11). D. h. nicht, dass neue Bauten in der Umgebung eines Baudenkmals völlig an dieses anzupassen wären und ihre Errichtung unterbleiben müsste, wenn dies nicht möglich oder gewährleistet ist. Hinzutretende bauliche Anlagen müssen sich aber an dem Maßstab messen lassen, den das Denkmal gesetzt hat, und dürfen es nicht gleichsam erdrücken, verdrängen, übertönen oder die gebotene Achtung gegenüber den Werten außer Acht lassen, welche dieses Denkmal verkörpert (so NdsOVG, 21.04.2010 - 12 LB 44/09 -, BauR 2010, 1550, juris Rn. 58; 28.11.2007 - 12 LC 70/07 -, NdsVBl 2008, 171, juris Rn. 56 ff.; BayVGH, 25.06.2013 - 22 B 11.701 -, juris Rn. 32). Dabei ist aber auch entscheidend, dass der dem Denkmalschutz aufgeschlossene Betrachter seine Augen nicht davor verschließen kann, dass die gesellschaftliche Entwicklung die Aufnahme technischer Anlagen erfordert, die in einem gewissen Kontrast zur Landschaft stehen (VG Halle (Saale), 26.05.2009 - 2 A 21/08 -, juris Rn. 55; VG Cottbus, 13.12.2007 - 3 K 1923/03 -, juris Rn. 40; VGH Baden-Württemberg, 01.09.2011 - 1 S 1070/11 -, juris Rn. 34 (zum Wandel der Wahrnehmung von Photovoltaikanlagen)). Zudem können für die Frage der Intensität der Beeinträchtigung eines Denkmals die vorhandenen Vorbelastungen nicht unberücksichtigt bleiben (OVG Sachsen-Anhalt, 06.08.2012 - 2 L 6/10 -, juris Rn. 79). Hinsichtlich der Abwägung der Belange des Denkmalschutzes von Bodendenkmalen ist zu berücksichtigen, dass die Erhaltung des ortsfesten Bodendenkmals primär seinen ungestörten Verbleib im Boden („in situ“) beinhaltet. Das öffentliche Interesse ist insoweit in der Regel darauf gerichtet, möglichst viele Bodendenkmäler ungestört zu erhalten, damit sie der künftigen Forschung mit ihren der Gegenwart voraussichtlich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	überlegenen Methoden zur Verfügung stehen (so Bielfeldt, in: Martin/Krautzberger, Denkmalschutz und Denkmalpflege, 3. Auflage 2010, Teil I Rn. 84 m.w.N.), nicht aber auf die Verhinderung von baulichen Anlagen im Umfeld zu den Bodendenkmalen. Wenn also bereits hinsichtlich der Kulturdenkmale vor dem Hintergrund der fortentwickelten Rechtsprechung die ursprünglich vorgesehen abstrakten Abstände für die Abwägung nicht mehr maßgeblich sein können, so ist zumindest für Bodendenkmale der vormals vorgesehene 500 Meter-Abstand ganz zu vernachlässigen. Er lässt sich nicht mehr rechtfertigen, etwa beim Vorliegen von für auch dem Denkmalschutz aufgeschlossenen Betrachter grundsätzlich auf diese Distanz nicht erkennbare Bodendenkmale wie Hügelgräber. Ein Schutz in situ bleibt ausreichend. Im Übrigen ist auch bei Kulturdenkmalen der Belang des Denkmalschutzes nach Kapitel 4.5.1.5 Absatz 1 G – wenn überhaupt – nur noch äußert zurückhaltend anzuwenden, sodass der Belang der Windenergienutzung nur noch „in atypischen Ausnahmefällen überwunden werden [kann], die fachlich anhand der besonderen Umstände der jeweiligen Situation zu begründen wären“ (OVG Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 7. Februar 2023 – 5 K 171/22 OVG –, Rn. 160, juris). Dies gilt auch vor dem Hintergrund der planerischen Freiheit der Landesplanung, welche aber die grundsätzlichen gesetzlichen Wertungen beachten sollte. **6.2. Kapitel 4.5.1.5 Absatz 2 Z – UNESCO-Welterbestätte Hansestadt Lübeck** Kapitel 4.5.1.5 Absatz 2 sieht als Ziel der Raumordnung vor, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA innerhalb der als Sichtachsen auf die UNESCO-Welterbestätte „Hansestadt Lübeck“ definierten Bereiche ausgeschlossen ist. Diese Sichtachsen sind in der Karte in Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO festgelegt: [redacted] Laut der Begründung B zu 2 geht der Sichtachsenplan auf „Koretzky, Christine (2001): Prüfung der Sichtbeziehungen vom Lübecker Umland auf die Silhouette des Welterbes „Lübecker Altstadt“. Lübeck.“ zurück. Darin seien freizuhaltende Sichtachsen auf die Silhouette der Lübecker Altstadt mit ihren markanten Kirchtürmen definiert. Der bestehende Welterbestatus sei u.a. abhängig von der Freihaltung dieser Sichtachsen und könne gegebenenfalls aberkannt werden, wenn eine oder mehrere Sichtachsen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	durch dominante Bauwerke wie WEA gestört werden. Selbstverständlich soll der Welterbestatus nicht gefährdet werden. Jedoch wird davon ausgegangen, dass die vor 23 Jahren ermittelten Sichtachsen im Einzelfall einer aktuellen Überprüfung bedürfen, weil sich der Landschaftsraum fortentwickelt hat. Dabei wurde für die Potentialfläche Zarpen-Pöhls festgestellt, dass diese in Übereinstimmung mit dem geltenden Denkmalschutzrecht und ohne Gefährdung des Welterbestatus als Windenergiegebiet ausgewiesen werden kann. Zur Vermeidung von unbegründeten Grundrechtseingriffen in die Baufreiheit nach Art. 14 Abs. 1 GG bei gleichzeitig hoher Gewichtung des Denkmalschutzes ist nur in diesem Bereich die Karte in Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO anzupassen und die Sichtachse bis östlich der Potentialfläche PR3_STO_302 (um ca. 800 m im Bereich Prüfpunkt 2) zu reduzieren. Der rot dargestellte (Prüfpunkt 21 K 77 westlich Zarpen (Rehhorst) nach Koretzky (2001)) hat sich überholt: [redacted] Gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 3 DSchG SH bedarf die Veränderung der Umgebung eines unbeweglichen Kulturdenkmals, die geeignet ist, seinen Eindruck wesentlich zu beeinträchtigen, der Genehmigung der unteren Denkmalschutzbehörde. Kulturdenkmale sind gemäß § 2 Abs. 2 DSchG SH Sachen, Gruppen von Sachen oder Teile von Sachen aus vergangener Zeit, deren Erforschung oder Erhaltung wegen ihres besonderen geschichtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen, technischen, städtebaulichen oder die Kulturlandschaft prägenden Wertes im öffentlichen Interesse liegen. Kulturdenkmale können beweglich oder unbeweglich sein. Sie sind insbesondere Baudenkmale, archäologische Denkmale oder Gründenkmale. Bei allen fünf Lübecker Kirchen mit ihren sieben Kirchtürmen sowie der Stadtsilhouette handelt es sich um (eingetragene) Kulturdenkmale. Wann eine Veränderung in der Umgebung eines Denkmals i.S.d. § 12 Abs. 1 Nr. 3 DSchG SH erfolgt, ist vom Gesetz nicht näher konkretisiert. In der denkmalschutzrechtlichen Literatur wird als Umgebung der Bereich definiert, innerhalb dessen sich die bauliche oder sonstige Nutzung von Grundstücken oder von öffentlichen Flächen auf das Denkmal auswirken kann. Vorausgesetzt wird demnach ein gewisser räumlicher Bezug der Maßnahme zum Denkmal. Allerdings gilt, dass eine schematische Festlegung von Entfernungsgrenzen wegen der Vielgestaltigkeit der jeweiligen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gegenden nicht sinnvoll ist. Stattdessen ist eine wertende Betrachtung erforderlich, die berücksichtigt, in welcher Art und Weise die Umgebung das Denkmal prägt (vgl. Weber, Instrumente und Grenzen des Umgebungsschutzes bei Baudenkmälern, Diss., Köln 1998, S. 74). So kann der Umgebungsbereich nicht in Metern angegeben werden, sondern es ist auf den Wirkungsbereich des Denkmals abzustellen. Dieser kann auf die Nachbarschaft begrenzt sein, er kann aber bei beherrschenden Burgen oder Kirchen sehr weit reichen. Der Wirkungsbereich großer Ortskernensembles reicht ebenfalls oft sehr weit. Zur denkmalschutzrechtlichen Umgebung gehört konkret der Umkreis des Denkmals, auf den es ausstrahlt und der es in denkmalpflegerischer Sicht seinerseits beeinflusst. Es kommt danach auf die Perspektive eines für die Belange des Denkmalschutzes aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters an und auf den tatsächlichen Zustand nach der Änderungsmaßnahme (OVG Schleswig-Holstein, 25.01.2005 - 1 LA 124/04 -, juris 2. LS). Anhaltspunkt ist dabei, ob das menschliche Auge die zu schützenden Objekte und die Quelle der Verunstaltung mit einem Blick erfassen kann (Kantsegel) (Viebrock, in: Martin/Krautzberger, Denkmalschutz und Denkmalpflege, 3. Auflage 2010, Teil E, Rn. 181 mit Bezugnahme auf OVG Berlin, 07.05.1999 - 2 B 2.96 -). Eine Abwägung mit Belangen des Denkmalschutzes ist deshalb nicht erforderlich, soweit errichtete WEA auf Potenzialflächen nicht gemeinsam mit den jeweiligen Denkmalen sichtbar sind und deshalb keine Wechselwirkungen zwischen dem jeweiligen Denkmal und den WEA entstehen können. Es fehlt dann bereits an einer prägenden Auswirkung auf die jeweiligen Denkmale (VG Stuttgart, 12.05.2004 - 16 K 3344/03 -, NJOZ 2004, 4145). Am Prüfpunkt 21 (K 77 westlich Zarpen (Rehhorst)), der eine Streckenansicht darstellt, wurde der Blick auf die Silhouette der Kirchtürme eingehend geprüft und anhand von Fotoaufnahmen dokumentiert. Die nachfolgenden Fotos stellen den Blick von den Prüfpunkten 1 und 2 der als Abbildung 1 dargestellten Karte dar: [redacted] Außerhalb dieser beiden Prüfpunkte ist die Wahrnehmung der Silhouette von der Streckenansicht nicht oder nicht in einem relevanten Umfang möglich. Erst mit dem Erreichen des 2. Prüfpunktes gewährt die Vegetations- und Geländebeschaffung einen Blick auf die sieben Kirchtürme und damit auf die Silhouette der Altstadt sowie auf die ebenfalls denkmalgeschützte Kirche in Zarpen. Vom Prüfpunkt 1 aus ist bereits nur noch ein sehr eingeschränkter Blick auf die Kulturdenkmale in Gestalt der Kirchtürme von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Lübeck möglich. Konkret sind lediglich die Spitzen von zwei Kirchtürmen in der Ferne zu sehen (vgl. Abbildung 2). Die Kirche in Zarpen ist nicht mehr Teil des Blickfeldes. Damit ist festzustellen, dass der Bereich zwischen den Prüfpunkten 1 und 2 grundsätzlich vom Wirkbereich des Kulturdenkmals umfasst ist. Bebauungen in dem Bereich zwischen diesen Sichtpunkten und der Silhouette der Lübecker Altstadt können sich auf das Kulturdenkmal auswirken, jedoch in sehr unterschiedlicher Weise. Der Bereich liegt damit grundsätzlich in der Umgebung des Kulturdenkmals im Sinne des § 12 Abs. 1 Nr. 3 DSchG SH. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass das mögliche Erweiterungsgebiet der südlichen Potentialfläche PR3_STO_302 nördlich des Prüfpunktes 2 beginnen würde (siehe Abbildung 1, dort „WEA“) und sich potentiell auf diesem Gebiet errichtete WEA damit nicht in der gesamten Sichtachse zwischen dem Prüfpunkt 21 und dem Kulturdenkmal in Gestalt der Kirchtürme der Stadt Lübeck befinden würden. Konkret wären sie nur beim Blick vom Prüfpunkt 1 auf das Kulturdenkmal zu sehen. Die Kirche in Zarpen wäre demnach gar nicht betroffen. Eine Wechselwirkung zwischen dem Kulturdenkmal der Lübecker Altstadt und den WEA bestünde daher nur beim Anblick dieses Denkmals aus einer bestimmten Perspektive. Vor diesem Hintergrund ist festzustellen, dass WEA, die auf einem Erweiterungsgebiet der südlichen Potentialfläche PR3_STO_302 errichtet werden würden, sich in Bezug auf einen konkreten Blickwinkel gerade noch in der „Umgebung“ des geschützten Kulturdenkmals befinden würden. Eine wesentliche Beeinträchtigung des Eindrucks des Kulturdenkmals würde indes ausscheiden. Gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 3 DSchG SH ist nicht jede, sondern nur eine wesentliche Beeinträchtigung des Eindrucks eines unbeweglichen Kulturdenkmals von Bedeutung, wobei dies ernsthaft in Betracht zu ziehen sein muss („geeignet“) (Schleswig-Holsteinisches VG, 01.02.2007 - 12 A 136/06 -, juris Rn. 36). Eine wesentliche Beeinträchtigung liegt vor, wenn die jeweilige besondere Wirkung des unbeweglichen Kulturdenkmals, die es als Kunstwerk, als Zeuge der Geschichte oder als bestimmendes städtebauliches Element auf den Beschauer ausübt, übertönt, verdrängt oder geschmälert wird (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2015 - 1 MB 23/15 -, juris Rn. 15). Dies bedeutet nicht, dass neue Bauten in der Umgebung eines Baudenkmals völlig an dieses anzupassen wären und ihre Errichtung unterbleiben müsste, wenn dies nicht möglich oder gewährleistet ist. Allein, dass der Anblick des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Denkmals als Objekt aus irgendeiner Perspektive nur noch eingeschränkt möglich ist, reicht ebenfalls nicht aus. Hinzutretende bauliche Anlagen müssen sich aber an dem Maßstab messen lassen, den das Denkmal gesetzt hat, und dürfen es nicht gleichsam erdrücken, verdrängen, übertönen oder die gebotene Achtung gegenüber den Werten außer Acht lassen, welche dieses Denkmal verkörpert (NdsOVG, 21.04.2010 - 12 LB 44/09 -, BauR 2010, 1550, juris Rn. 58; 28.11.2007 - 12 LC 70/07 -, NdsVBl 2008, 171, juris Rn. 56 ff.; BayVGH, 25.06.2013 - 22 B 11.701 -, juris Rn. 32). Zu berücksichtigen ist gleichzeitig – gerade in der aktuell jederzeit präsenten gesellschaftlichen und klimapolitischen Diskussion des Ausbaus der Windenergie –, dass der dem Denkmalschutz aufgeschlossene Betrachter seine Augen nicht davor verschließen kann, dass die gesellschaftliche Entwicklung die Aufnahme technischer Anlagen erfordert, die in einem gewissen Kontrast zur Landschaft bzw. einem Denkmal stehen. Ein solcher Beobachter wird die Auswirkungen geplanter WEA vor diesem Hintergrund oftmals als nicht störende Notwendigkeit wahrnehmen. Im Übrigen werden WEA zwar für relativ lange Zeit betrieben, sie sind indes insbesondere mit Blick auf ihre übliche „Lebensdauer“ reversibel (VG Halle, 26.05.2009 – 2 A 21/08 –, juris Rn. 55; OVG Mecklenburg-Vorpommern, 07.02.2023 – 5 K 171/22 OVG, juris Rn. 130; VG Cottbus, 13.12.2007 – 3 K 1923/03 –, juris Rn. 40; VGH Baden-Württemberg, 01.09.2011 – 1 S 1070/11 –, juris Rn. 34). Danach läge eine erhebliche Beeinträchtigung hier nicht vor. Wie bereits beschrieben, würden die WEA nur aus einer einzigen Perspektive des Prüfpunktes 21 nach Koretzky (2001) in der Sichtachse zwischen diesem und dem Kulturdenkmal liegen. Andere unberührte bedeutsame Wahrnehmungsmöglichkeiten blieben bestehen. Der konkret relevante Prüfpunkt 1 (Abbildung 2) erlaubt aufgrund seiner Vegetations- und Geländebeschaffung zudem auch ohne WEA bereits nur einen sehr eingeschränkten Blick auf das Kulturdenkmal. Eine erdrückende oder verdrängende Wirkung würde von den WEA zudem deshalb nicht ausgehen, weil die WEA in einem Abstand von unter einem 1 km vom Prüfpunkt 1 entfernt lägen, wohingegen die ansatzweise erkennbaren beiden Kirchtürme weit dahinter in circa 12,5 km Entfernung auftauchen würden. Auch würde nicht die besondere Wirkung des Kulturdenkmals übertönt oder die gebotene Achtung gegenüber den Werten außer Acht gelassen, die dieses Denkmal verkörpert. Vielmehr hätten die Kirchtürme aufgrund ihrer erheblichen Distanz und klaren örtlichen Trennung zu den WEA weiterhin ihren eigenen Raum. Hinzu kommt, dass WEA in Zeiten des Klimawandels eine technische und gesellschaftliche Notwendigkeit darstellen und dass sie nur für einen vorübergehenden Zeitraum errichtet werden. Auch diese	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Aspekte würden dazu führen, dass eine Erheblichkeit der Beeinträchtigung nicht angenommen werden könnte. Berücksichtigt werden müsste des Weiteren, dass es sich bei dem Prüfpunkt 1 nicht um einen Ort handelt, den potentielle Betrachter zu einem Zweck aufsuchen, der in einem inneren Zusammenhang mit dem Kulturdenkmal steht. Vor dem Hintergrund der erheblichen Unterschiede zwischen dem Prüfpunkt 1 und dem Prüfpunkt 2 ergibt sich, dass im Sinne des Prüfpunktes 21 nach Koretzky (2001) der Sichtstrahl bis zum Prüfpunkt 2 zu verkürzen ist, ab dem erst die UNESCO-Welterbestätte Hansestadt Lübeck mit ihren typischen Türmen – nämlich mehr als zwei kaum identifizierbare und durch die Vegetation nicht mehr auffallende (Prüfpunkt 1) – wahrnehmbar ist. Der bestehende Welterbestatus wird damit keinesfalls gefährdet werden, weil die Welterbestätte nicht relevant wahrgenommen wird. Zugleich sind WEA in der südlichen Erweiterungsfläche zur Potentialfläche PR3_STO_302 für den Denkmalschutz unproblematisch. Würde man bei der Prüfung der denkmalschutzrechtlichen Auswirkungen einer WEA im Einzelfall trotz der vorstehenden Ausführungen zu dem Ergebnis gelangen, dass eine Genehmigungsbedürftigkeit nach § 12 Abs. 1 Nr. 3 DSchG SH bestünde, wäre die Genehmigung jedenfalls nach § 13 Abs. 2 DSchG SH zu erteilen. Danach ist die Genehmigung u.a. dann zu erteilen, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse die Maßnahme notwendig macht. Die öffentlichen und privaten Belange sind hierbei miteinander und Untereinander abzuwägen. Das Gewicht des für eine Maßnahme betreffend die Errichtung und den Betrieb Erneuerbarer-Energien Anlagen einzustellenden öffentlichen Interesses hat der Bundesgesetzgeber mit § 2 Satz 2 EEG für Abwägungsprozesse „voreingestellt“ (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 07.02.2023 – 5 K 171/22 OVG -, juris Rn. 153 ff.). Daraus folgt, dass staatliche Behörden dieses überragende öffentliche Interesse bei der Abwägung mit anderen Rechtsgütern berücksichtigen müssen. Dies betrifft jede einzelne Anlage einschließlich dazugehöriger Nebenanlagen, insbesondere bei WEA an Land, weil hier die Ausbauziele derzeit wegen knapper Flächen nicht erreicht werden. Konkret ergibt sich bei Abwägungsentscheidungen, u.a. gegenüber dem Denkmalschutz, ein regelmäßiges Übergewicht der Erneuerbaren Energien in dem Sinne, dass das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen sowie das öffentliche Sicherheitsinteresse nur in atypischen Ausnahmefällen überwunden werden können, die fachlich anhand der besonderen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umstände der jeweiligen Situation zu begründen wären (BR-Drs. 162/22, S. 176 f.; OVG Mecklenburg-Vorpommern, 07.02.2023 – 5 K 171/22 OVG -, juris Rn. 160). Ein solcher Ausnahmefall wäre hier nicht ersichtlich. Selbst wenn man bezüglich des Kulturdenkmals die erhebliche Bedeutung als UNESCO-Welterbestätte Hansestadt Lübeck einstellt, wäre diese aufgrund der vorstehenden Erwägungen wegen der Entfernung und fehlenden Wahrnehmbarkeit allenfalls als im niederen Bereich anzusiedeln. Zu berücksichtigen ist auch, dass WEA eine Lebensdauer von lediglich ca. 20 Jahren aufweisen. Vor diesem Hintergrund wäre der durch deren Errichtung und Betrieb erfolgende Eingriff reversibel und hinnehmbar. Hinzu kommt, dass der Eindruck des Kulturdenkmals nur aus einer Perspektive, die ohnehin nur einen ganz erheblich eingeschränkten Blick auf das Kulturdenkmal gewährt und dieses nicht vollständig erfasst, beeinträchtigt wäre. Gerne wird der Landesplanung die entsprechende Visualisierung hochauflösend zur Verfügung gestellt, sofern dies nachgefragt wird. **6.3. Kapitel 4.5.1.5 Absatz 3 G – Sichtkorridore um die UNESCO-Welterbestätte Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Danewerk** Kapitel 4.5.1.5 Absatz 3 G legt fest, dass bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die denkmalschutzfachlich begründete Freihaltung der Sichtkorridore um die UNESCO-Welterbestätte „Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Danewerk“ berücksichtigt werden soll. Nach der Begründung B zu 3 G schließen sich in einzelnen Teilbereichen an die nach Kapitel 4.5.1.5 Absatz 3 Z definierte Ausschlusszone um die UNESCO-Welterbestätte „Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Danewerk“ (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) Sichtkorridore an, die im Rahmen der Einzelfallabwägung ebenfalls zu berücksichtigen seien. Die Abgrenzung basiere auf der Sichtfeldstudie (Michael Kloos – Planning and Heritage Consultancy & v-cube GbR (2017): Untersuchung der Auswirkungen geplanter Windenergieanlagen auf die visuelle Integrität des potenziellen Welterbes ‚Archäologische Grenzlandschaft von Haithabu und Danewerk‘. Aachen.). In der Abwägung seien die unterschiedliche Ausformung der umgebenden Landschaft und Vorbelastung durch WEA zu berücksichtigen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Selbstverständlich soll der Welterbestatus nicht gefährdet werden. Jedoch wird davon ausgegangen, dass bereits das räumlich umfangreiche Kapitel 4.5.1.5 Absatz 3 Z mit dem Ausschlussbereich ausreicht, um eine relevante Beeinträchtigung zu vermeiden. Dies gilt erst recht vor dem Hintergrund, dass bei Wahrung dieses Freihaltebereichs die Wahrnehmung des Denkmals nicht relevant betroffen ist. Hierbei wird auf die Ausführungen unter 7.1 verwiesen, was hinsichtlich der denkmalschutzrechtlichen Bewertung entsprechend gilt. Problematisch ist zudem, dass die Sichtfeldstudie Kloos (2017) kein Gegenstand der Planunterlagen ist, sodass weder etwaige Sichtkorridore noch deren Abwägung überhaupt nachvollziehbar sind. Das Kapitel 4.5.1.5 Absatz 3 G ist deshalb aufzuheben und die Denkmalbelange sind unter Berücksichtigung der Ausführungen unter 7.1 allein nach Kapitel 4.5.1.5 Absatz 1 G zu berücksichtigen. _____ Die vorgenannten Ausführungen schlagen im Einzelnen auf die Flächen durch, die dringend benötigt werden, um in Schleswig-Holstein den Flächenbeitragswert von mindestens 3 % der Landesfläche bei Rotor-In-Vorgabe zu erreichen. Auf vielen dieser Flächen leistet die [redacted] zusammen mit ihren Partnern mit bestehenden und geplanten Windparks erfolgreich ihren Beitrag zum Erreichen der Ausbauziele. Nur auf der Basis einer sorgsam abgewogenen und vor allem rechtssicher gestalteten Gebietskulisse ist der erfolgreiche Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein auch für die Zukunft gewährleistet. Wir freuen uns, wenn wir mit unserem Beitrag in inhaltlicher und räumlicher Hinsicht das große Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung sowie des Erreichens der Klimaneutralität in Schleswig-Holstein gemeinsam mit der Landesregierung voranbringen und den bestehenden Dialog konstruktiv fortsetzen können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2428	Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesent- wicklungsplans Schleswig-Holstein — Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Vorranggebiet PR2_RDE_067 - in der Gemarkung Schülldorf Sehr geehrte Damen und Herren, anlässlich der Offenlage der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Lande- sentwicklungsplans Schleswig-Holstein — Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 (vom 25.06.2024 — 09.09.2024) möchte ich als Anwohner und Flächeneigentümer folgende Stellung- nahme abgeben: Ich begrüße grundsätzlich die vorgesehene Ausweisung von Teilen des Gebiets meiner Heimat- gemeinde als Potentialfläche und als Vorranggebiet, da sich der gegenständliche Bereich zwi- schen Schülldorf und Ohe hervorragend für die Erzeugung elektrischer Energie mittels Windkraft- anlagen (WKA,) eignet. Begründung: 1; Allgemeine Situation im gegenständlichen Gebiet Das Gebiet PR2_RDE_067 ist im Regionalplan bereits als Vorranggebiet im Planungsraum II (Kreis Rendsburg- Eckernförde) für die Erzeugung erneuerbarer Energie durch Windkraftanlagen ausgewiesen. Ich bin Flächeneigentümer in diesem Gebiet und möchte meine Flächen,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gemeinsam mit meinen Flächennachbarn, für die Nutzung durch Windenergieanlagen zur Verfügung stellen. Zusammen mit einem Stadtwerkeverbund arbeiten wir an der Planung und Umsetzung eines Windparks in diesem Vorranggebiet. Das Projekt befindet sich bereits in einem weit fortgeschrittenen Stadium. Unter anderem wurde bereits ein avifaunistisches Fachgutachten erstellt. Für dieses Projekt ist eine Bürgerbeteiligung geplant. II. Besondere Situation im Vorranggebiet „PR2_RDE_067“ Das Gebiet wird stark anthropogen genutzt. Die Flächen dort werden intensiv landwirtschaftlich bewirtschaftet. Zum Großteil werden die Flächen ackerbaulich genutzt. Unser Familienbetrieb baut dort vor allem Ackerfrüchte wie Mais an. Ein kleiner Teil mit Grünland wird von mir intensiv bewirtschaftet. Das Gebiet wird umgrenzt von zwei Bahntrassen, einer strak genutzten Landstraße und zwei Hochspannunggsfreileitungstrassen. Dies macht das Gebiet unattraktiv für Vögel und verringert somit langfristig mögliche Konfliktpotentiale mit der Avifauna. Als aktiver Landwirt bin ich regelmäßRig auf meinen dortigen Flächen zugegen. Mir sind dort keine besonderen Aktivitäten von geschützten Großvögeln oder anderen Arten aufgefallen. Das Vorranggebiet überschreitet die geforderte Mindestgröße von 15 ha deutlich. Laut unseren professionellen Planern erlaubt der Zuschnitt des Vorranggebiets die Errichtung von vier großen Windenergieanlagen der neuesten Generation. Somit ist ein wirtschaftlicher Betrieb der Windenergieanlagen sichergestellt. Ich bin innerhalb der Gemeinde Schülldorf Eigentümer folgender Flurstücke: [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2033	Ich bin für den Ausbau erneuerbarer Energien und somit auch für Windenergie. Aber Nicht: in Landschaftsschutzgebieten, renatursierten Gebieten , Mooren und Naturparks. Sie sollten erhalten und erweitert werden und nicht zerstört werden. All diese Giete sind wichtig für Fauna, Flora und Menschen. Überall wo CO2 gespeichert wird (Wälder, Moore etc) müssen geschützt bleiben. Außerdem bin ich der Meinung, dass die Abstände zu Wohnsiedlungen und Einzelhäuser erweitert werden müssen auf mindestens 920 Meter. Meines Erachtens ist zu wenig untersucht und dokumentiert wie hoch die Belastung der Böden durch Abrieb der Rotoren kontaminiert sind. Auch die Möglichkeiten wie Havarien, Brand, Abbruch eines oder mehrerer Rotoren oder totaler Zusammensturz eines Windrades müssen eingeplant sein. Darum sollten auch die Abstände zu Wohnhäusern, Hallen und Fabriken mindestens 920 Meter betragen. Zum Schluß möchte ich Sie an Ihren Auftrag die Natur zu schützen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und die Möglichkeit meine Stellungnahme abzugeben	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffern 3.17.1 und 3.18.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Weiterhin beinhaltet sie einen Hinweis und ein Argument, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Schließlich wird auf die Ziffern 7.2.7, 7.2.9 und insgesamt auf 7.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Institution: Stadt Neumünster, Fachdienst Stadtplanung und Stadtentwicklung ID: M2270	Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Stellung nehmen zu können. Die untere Naturschutzbehörde der Stadt Neumünster macht grundsätzliche Bedenken gegen die Teilfortschreibung des LEP geltend. Die Ratsversammlung erklärt mit Beschluss am 14.09.2023 den Wert des Naherholungsgebiets Einfelder See sowie den Schutz und die Vernetzung der Naturschutzgebiete Dosenmoor, Westufer Einfelder See und Großes Moor sowie den	Ob und wenn ja in welchem Umfang weitere Vorranggebiete in der Umgebung der genannten Schutzgebiete ausgewiesen werden, ist Gegenstand der Abwägungsentscheidungen, die erst auf Regionalplanebene erfolgen. Hierbei werden auch die Aspekte der Umfassung, das Vogelzuges und des Landschaftsbildes geprüft und bewertet. Zur Kritik am Beteiligungszeitraum wird auf Ziffer 7.1.5 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Artenschutz insbesondere für bedrohte Großvögel und Fledermäuse zum übergeordneten städtischen Interesse. Die untere Naturschutzbehörde der Stadt Neumünster ist für das Naturschutzgebiet (NSG) „Westufer Einfelder See“ und kreisübergreifend für das gesamte Flora-Fauna-Habitat-Gebiet (FFH) und NSG „Dosenmoor“ zuständig und äußert daher erhebliche Bedenken insbesondere zu den Auswirkungen auf die Vernetzung der NSG Westufer Einfelder See, Dosenmoor und Großes Moor für Großvogelarten und Fiedermäuse sowie auf die Auswirkungen auf das Naherholungsgebiet Einfelder See. Begründung: 1. Artenschutz: In der Anlage 2 (Karte) werden das Dosenmoor und seine Bedeutung als Brut- und Rastgebiet für zahlreiche Vogelarten, wie den Kranich nicht berücksichtigt. Der Kranich ist als Zugvogel anzusprechen und zählt daher laut Art. 4 (2) Vogelschutz-Richtlinie zum Erhaltungsgegenstand des FFH-Gebietes Dosenmoor (siehe Anlage 8 zum Managementplan für das FFH-Gebiet Dosenmoor). In der Summe sind zahlreiche Großvogelarten und Fledermäuse im Norden von Neumünster einschließlich der angrenzenden ländlichen Gemeindegebiete in einem hochwertigen Landschafts- und Erholungsraum, immer auf dem Weg zwischen Nahrungs-, Brut- und Schlafplätzen in Bewegung. 2. Kumulative Wirkung durch Umzingelung der Schutzgebiete: Im Gesamtzusammenhang der geplanten Vorranggebiete für Windenergie im Regionalplanverfahren sind, im 5 km-Radius rund um das FFH-, Natura 2000- und Naturschutzgebiet Dosenmoor sowie den Einfelder See, sechs Vorranggebiete mit den Bezeichnungen PR2_RDE_114, PR2_RDE_106, PR2_RDE_130, PR2_RDE_118, PR2_PLO_302 und PR2_PLO_303 festgelegt oder in Planung. In der Summe ergibt sich für das Naturschutz- und FFH-Gebiet Dosenmoor eine starke kumulative Wirkung. Das in der Vergangenheit durch eine fast völlig freie Horizontlinie gekennzeichnete Gebiet wird immer mehr von Windparks umzingelt. Die Neuerrichtung und das Repowering weiterer WKA führen mehr und mehr zu einer gravierenden Beeinträchtigung der Großvogelarten und des Landschaftsbildes, bei dem die für Schleswig-Holstein einzigartige Erlebbarkeit des Charakters eines aufgewölbten	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Hochmoores vom. atlantischen Typ erheblich gestört wird. Das Dosenmoor liegt im Schwerpunktbereich im Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem mit landesweiter Bedeutung. Bei der drohenden „Umzingelung“ mit Windparks ist von einer Entwertung der Verbundfunktion für die Avifauna und damit für diese Artengruppe von einer Isolierung des Dosenmoores vom Biotopverbund auszugehen. Dies. droht, die über Jahrzehnte im Rahmen der erfolgreichen Moorrenaturierung errungenen bedeutenden Erfolge für die Avifauna zunichte zu machen. Die ausgewiesenen Potenzialflächen (Potenzialflächenkarte_20240607) eröffnen die Möglichkeit das Dosenmoor über weite Bereiche weiter zu umzingeln und einen Vogelzug durch dieses Gebiet zunichte zu machen. Es sind nordöstlich des Dosenmoores Grünlandniederungen aufgeführt, die nachweislich unter anderem als Nahrungshabitat von Kranichen genutzt werden. Des Weiteren sind Flächen innerhalb des Biotopverbunds südlich des Dosenmoors und östlich der A 7 im Stadtgebiet Neumünsters betroffen. Teile der Potenzialflächen befinden sich auf bereits durch die Stadt Neumünster für den Biotopverbund entwickelten Flächen. Die Potenzialflächen reichen bis direkt an das FFH-Gebiet Dosenmoor heran, in Einfeld östlich der A 7 mit einem Abstand unter 2.000 m. Insbesondere diese Bereiche sollten aus den genannten Gründen unbedingt ausgeschlossen und nicht als Potenzialflächen aufgenommen werden. 3. Landschaftsbild: Das Dosenmoor und der Einfelder See haben nicht nur für die Bürger/-innen der Stadt Neumünster und der Umgebung eine bedeutende Funktion als Naherholungsgebiet, sondern auch eine gewisse touristische Attraktivität. Dies wird aus der starken Frequentierung beider Gebiete von Spazierenden, Radfahrenden und sonstigen Freizeitaktiven deutlich, Die Erholungsfunktion durch den Aufenthalt „in der Natur“ würde durch die Dominanz der als technische Anlagen wahrgenommenen Windkraftanlagen beeinträchtigt, insbesondere durch das Vorranggebiet PR2_RDE_114. Diese Potenzialfläche sollte unseres Erachtens auch nicht teilweise als Vorranggebiet übernommen werden. Für die Stadt Neumünster und ihr nördliches Umland bedeutet dies bei Berücksichtigung der genannten Vorranggebiete eine großflächige Entwertung ihrer naturnahen Naherholungsgebiete, teilweise in einem Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung. Zur Sicherung eben dieser Funktion als Erholungsraum wurde	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Stadtrand von Neumünster und die gesamte Wasserfläche des Einfelder See als Landschaftsschutzgebiet „Stadtrand Neumünster“ ausgewiesen, in dem eines der zentralen Schutzziele das Landschaftsbild ist. Die Errichtung weiterer Windparks unmittelbar an dessen Grenze bedeutet, auch wenn dies nicht im Bereich des eigentlichen LSGs ,geschieht, durch die bauhöhenbedingte starke Fernwirkung der Windkraftanlagen eine Beeinträchtigung der Schutzziele des LSGs von außen. Die Potenzialflächen liegen zudem in einem charakteristischen Landschaftsraum. Fazit: Insbesondere durch die kumulative Wirkung rund um den Bereich Einfelder See und . das Dosenmoor ist von erheblichen negativen Auswirkungen auf die genannten Vogel- und Fledermausvorkommen sowie von Einschränkung der Erholungsnutzung auszugehen. Die Erhaltung der geschützten Tiere nach Abschnitt 3.5 des Managementplans für das FFH-Gebiet Dosenmoor ist erklärtes Erhaltungsziel. Die genannten Gründe sollten in die Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land des LEP einbezogen und weitere Windkraftanlagen in diesem Umfeld ausgeschlossen werden. Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass der Beteiligungszeitraum in der Sommerpause ungünstig gewählt wurde. Die Gemeindeordnung sieht vor, dass die Ratsversammlung mit Stellungnahmen zu Raumordnungsplänen befasst wird. Gerade in Anbetracht der Sommerpause war es nicht möglich, eine verwaltungsintern abgestimmte Stellungnahme innerhalb der Frist in die politischen Gremien einzubringen. Aus diesem Grunde geben wir diese Stellungnahme vorbehaltlich der Zustimmung der Ratsversammlung am 24.09.2024 ab. Wir , bitten darum, bei weiteren Verfahren einen geeigneteren Zeitraum zu wählen. Aus unserer Sicht sollte es auch im Interesse der Landesplanung sein, dass sich die Gebietskörperschaften ausreichend mit den Planunterlagen befassen und eine von der Ratsversammlung beschlossene Stellungnahme abgeben können. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2425	Stellungnahme zum Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land Betrifft: Abschnitt Nordfriesland / Ort: 25926 Westre - Bereich Westre Süderfeld / Karlum / Lexgaard Zur geplanten Ausweisung der Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024) melde ich zu den geplanten Anlagen in Westre (25926) folgende Bedenken bzw. Einsprüche an: Die Ausweisung der Potenzialflächen gem. Entwurf führt bei entsprechender Bebauung unweigerlich zur Wertminderung von Immobilien in der Nähe der WKA. Ich hatte mich entschieden, Eigentum in dieser Gemeinde zu erwerben, um die von mir dringend benötigte Ruhe und Erholung zu erhalten. Darüber hinaus ist die Immobilie auch eine Wertanlage zu meiner Altersvorsorge, die mir durch die Errichtung einer WKA zu großen Teilen versagt würde. Welche öffentlichen Gründe stehen dafür, dass ich eine Wertminderung meines Eigentums aufgrund der Errichtung von WKA in Kauf nehmen soll und persönlichen und finanziellen Schaden erleide? Keine! Deshalb sind Projektierer/ Eigentümer/ Betreiber bei einer Immobilienwertminderung durch in naher Umgebung errichteter / geplanter WKA zwingend zu einer entsprechenden Entschädigung zu verpflichten. Ich fordere außerdem, auch im Außenbereich im Fall von einzelnen Wohngebäuden die 5H-Abstandsregel für WKA zur Anwendung zu bringen, wie es für Wohngebiete der Fall ist. Bitte bestätigen Sie mir den Eingang meiner Einwendungen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.5.1, 7.2.11, 7.2.12, 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2031	Sehr geehrte Damen und Herren, folgende Gründe sprechen gegen Windenergieanlagen in 23847 Düchelsdorf im Kreis Herzogtum Lauenburg: • Das Gebiet befindet sich im Schlaf und Umgebungsbereich von Kranichen. • Das Gebiet ist auch ein Nahrungsgebiet außerhalb von EU	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vogelschutzgebieten. • Es brüten: Seeadler, Roter Milan (mehrere Horste), Kraniche und Kiebitze. • Das Gebiet grenzt an ein schützenswertes Geotop, wobei nicht nachvollziehbar ist, weshalb der Moränenzug zwischen Düchelsdorf und Klinkrade nicht in das Geotop einbezogen worden ist. • In Düchelsdorf gibt es noch eine kleinzellige, schützenswerte Knicklandschaft. • Die Sichtachse 12 (Unesco-Welterbestätte) nach Lübeck (Stadtansicht Südwest, 7 Türme, Dach und Kirchenansatz) wird zerschnitten, die Sichtachse vom Klinkrader Weg zwischen Düchelsdorf und Klinkrade ebenfalls. • Da in Kastorf bereits Windräder stehen, würde Düchelsdorf von NNW bis SE von Windrädern umstellt werden. • Für Düchelsdorf und Sierksrade erhöhter Schattenschlag durch Windmühlen in südwestlicher und in südöstlicher Richtung. • Eine Entwicklung von neuen Siedlungsgebieten im Südwesten wird für Düchelsdorf noch mehr eingeschränkt. Das Versprechen „Ausbau mit Augenmaß“ muss in diesem Gebiet weiterhin gelten. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Institution: Energie & Land Projektierungs GmbH ID: M2374	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 - Einwendung zur Teilfortschreibung - Gemeinde Röst Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Dr. Sütterlin Waack, nachfolgend möchten wir, unter Bezugnahme auf die Gemeinde Tensbüttel- Röst, PLZ 25767, und Gemeinde Albersdorf, PLZ 25767, Kreis Dithmarschen, im Zuge der „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (LEP) – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024“ nachstehende Einwendungen abgeben. Wir begrüßen die Fortschreibung des Regionalplans und stehen der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausweisung der Kriterien im Landesentwicklungsplan zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung positiv gegenüber. So möchten wir die neue Bewertung der Kriterien, wie im Landesentwicklungsplanverfahren vorgesehen, ausdrücklich unterstützen. Der Ausbau der Windenergie ist von öffentlichem Interesse mit dem Ziel, die gesetzlich festgelegten Klimaschutzziele des Landes zu erreichen. Wir befürworten dieses Vorhaben in vollem Umfang. Aus unserer Sicht sind die Energiewende und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien unerlässlich und wegweisend für eine nachhaltige Zukunft, gerade in unserer Region und an der Entwicklungsachse entlang einer Autobahn. Der Ausbau der Windenergie sichert nicht nur die regionale Energieversorgung, sondern stärkt auch die wirtschaftliche Wertschöpfung im ländlichen Raum. Der Entwurf bietet durch die Festsetzung der Kriterien als Ziele und Grundsätze der Raumordnung einen raum- und umweltverträglichen Rahmen für den zwingend erforderlichen Ausbau der Windenergie. Wir möchten zu den folgenden Punkten Stellung nehmen, die sich auf die Kapitel des Entwurfs sowie die darin enthaltenen Ziele und Grundsätze beziehen: Derzeit planen wir als lokale Landeigentümer, sowohl westlich der Autobahn A23, südwestlich von Röst und nördlich von Tensbüttel, sowie östlich der Autobahn, südlich von Albersdorf und nördlich von Schafstedt im Landkreis Dithmarschen Windenergieanlagen zu errichten. In unmittelbarer Nachbarschaft zu den beiden Gebieten grenzen an bebaute Vorrangflächen an. Beide Gebiete wurden bislang nicht in den vorangehenden Ausweisungsverfahren berücksichtigt. Nach Einsicht und Prüfung der veröffentlichten Unterlagen für die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) stellt sich dies nun anders dar, was wir sehr begrüßen. (Abbildung berücksichtigt) Aus den nachfolgenden Gründen bitten wir um Aufnahme der geschilderten Flächen als Vorrangfläche für Windenergie. Grundlage sind die im aktuellen Beteiligungsverfahren veröffentlichten Kriterien als Ziele und Grundsätze der Landesentwicklungsplans. Zu den Kriterien und Entwurf des neuen LEP Windenergie möchten wir wie folgt Stellung nehmen: [redacted] Bei den nachfolgenden Argumenten und Einwendungen beziehen wir uns auf Rohpotenzialflächen, die in der Karte Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie aus Juni 2024 abgebildet sind. Für diese Standorte haben bereits fachliche Untersuchungen unter	Zu Punkt 2. Da Rohstoffvorkommen ortsgebunden und nicht vermehrbar sind und Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe zu einer Sicherung der Vorkommen beitragen, sollen diese Gebiete weiterhin im Rahmen der Abwägung Berücksichtigung finden. Zu Punkt 3. Auf Ziffer 4.20 der allgemeinen Synopse wird verwiesen. Zu Punkt 5. Richtfunktrassen werden bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie im Einzelfall bewertet; sie führen nicht zu einem pauschalen Ausschluss von Vorranggebieten Windenergie. Zu Punkt 7. Auf Ziffer 4.5.1 der allgemeinen Synopse wird verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Berücksichtigung der Schallvorbelastungen der vorhanden Windenergieanlagen stattgefunden. Im Ergebnis ist an beiden Standorten unter Wahrung von jeweils 1000 m zu Siedlungen und 400 m zu Einzelgebäuden und Anwendung von Rotorin-Stellung die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) möglich Das betrachtete Gebiete werden durch einzuhaltende Abstände zu Siedlungen (Röst und Tensbüttel, zu Einzelwohnhäusern sowie zur Wohnbebauung im Außenbereich begrenzt. Das Gebiet wurde von uns als lokale Planungsgemeinschaft seit Jahren beplant. Es wurde aufgrund von Denkmalschutz , Rohstoffpotenzialflächen und Abständen im vorangehenden Regionalplanverfahren nicht weder weiter betrachtet, noch ausgewiesen. Die vorliegenden Informationen zu den Umweltbelangen und Ergebnisse der Schutzgüterbetrachtung lassen eine Ausweisung beidseitig der Autobahn 23 aus unserer Sicht zu. Die beschriebenen Flächen werden intensiv zur Landwirtschaft mit Ackerbau und Grünland genutzt. Die für einen Windpark erforderlichen Abstände zu Ortschaften können eingehalten werden. Zu den einzelnen Kriterien: 1. Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern 2. Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe 3. Beeinträchtigung Großvögel 4. Waldabstand 5. Militärische Belange 6. Gewässerschutz 7. Schutz- und Biotopverbunde 8. Denkmalbelange 1. Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern- Ziel Das mögliche Windeignungsgebiet ist so groß, dass die geplanten Abstandsforderungen eingehalten werden können, auch die 100 m zu Tensbüttel und Röst werden nicht unterschritten. Die Beibehaltung der Rotorin-Planweise schafft zusätzlich genügend Abstand, was die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausgeführten Gutachten für die Belastungen durch Schall und Schattenwurf belegen können. Diese können auch zu größeren Abständen für Einzelwohnlagen führen. Auch dies wurde von unserer Planung bereits berücksichtigt. Auch dies Bestandteil des eigentlichen Genehmigungsverfahrens und dort zu prüfen. Nach wie vor ist eine ausreichende Potentialfläche auf der Fläche vorhanden. 2. Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe Wir unterstützen, dass „Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe“ lediglich als Grundsatz der Raumordnung geführt werden und nicht kategorisch den Ausbau der Windenergie ausgeschlossen werden. Es wäre aber möglich, da häufig beispielsweise Probebohrungen auf Ebene der Einzelfallbetrachtung zeigen, dass das Vorbehaltsgebiete nicht wirtschaftlich zum Aufbau aufgrund mangelnder Vorkommnisse des Rohstoffes sind, das Kriterium als „Kriterium der Raumordnung“ entfallen lassen. 3. Beeinträchtigung Großvögel- Grundsatz Wir sind der Auffassung, dass das Land auf die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes, bzw. sich auf die Anlage 1 des BNatschG und die darin enthaltenen Abstandskriterien stärker einbeziehen sollte. Es sind klare Regelungen getroffen in welchen Abstandsbereichen um kartierte Horste der Ausbau der Windenergie ausgeschlossen ist und welche Bereiche als Prüfbereiche anzulegen sind. Das Land plant, um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögel im angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden zu lassen. Hier möchten wir darauf hinweisen, dass weiter differenziert werden sollte bei der Festlegung von Tabuzonen um Horste von Großvögeln. Gerade durch Entwicklung und Einsatz neuer Techniken (ProTecBird) und Schaffung von Lenkungsflächen sollten bei bestandsreichen Arten, beispielsweise wie Storche und Rotmilan durch geeignete Maßnahmenkonzepte Artenschutzkonflikte zu bewältigen sein. Die Großvögel können so erfolgreich geschützt werden. Der großräumige Ausschluss von Potenzialflächen um Horste sollte daher auf die Ebene der Einzelfallbetrachtung verlagert werden und nicht von vorneherein zum Ausschluss einer Fläche für Windstandorte führen. Der Ausschluss von Flächenstrukturen mit großräumig vorkommenden und besonders schützenwerten Arten hingegen ist für uns in Ordnung. 4. Waldabstand Der vorgeschlagene, einzuhaltende Abstand zu Waldflächen von 30 m ist für uns in Ordnung. 5. Militärische Belange Militärische Belange sollten erst in einer Einzelfallbetrachtung abgewogen werden. Es zeigt sich, dass bei Richtfunktrassen nur eine lineare	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Beeinträchtigung erfolgt und diese von der Windplanung berücksichtig werden kann. Sie beeinflusst die mögliche Standortplanung kaum und führt nur zu einer minimalen Einschränkung der Eignungsfläche. Auch bei Höhenbegrenzungen sollte überprüft werden, welche Belange der Bundeswehr tatsächlich betroffen sind. Daher sollten Potenzialflächen für Windenergie und Nutzung zur regenerativen Stromproduktion nicht von vorneherein ausgeschlossen werden. 6. Gewässerschutz Das Gebiet wird von einem Fließgewässer durchzogen. Die einzuhaltenden Abstände können in der Standortplanung berücksichtigt werden. Die Einschränkungen sind nicht so gravierend, dass das Gebiet sich erheblich vermindern würde. 7. Schutz- und Biotopverbunde Bei Windenergieprojekten, die in der Nähe solcher Biotope liegen, sollte berücksichtigt werden, dass diese lediglich angrenzend, aber nicht „in“ den Biotopen liegen. Auf diese Weise bleibt eine langfristige Vernetzung von Schutzräumen und Verbundachsen weiterhin möglich. Insgesamt fördert dieser Ansatz eine ausgewogene Entwicklung, die sowohl den Natur- als auch den Klimaschutz angemessen berücksichtigt. Dieser Teil des Landesentwicklungsplans sollte ergänzt werden und klar stellen, dass, wenn geplante WEA-Standorte weder innerhalb von Schwerpunktbereichen noch in Verbindungskorridoren des Biotopverbunds liegen, keine Beeinträchtigungen oder mittelbare Wirkungen auf die Biotope zu erwarten sind. Dieses Kriterium wird zudem analog zu Punkt 1 im BImSchG-Verfahren untersucht und bewertet. Kleine geschützte Biotopbereiche können von einer Bebauung ausgeschlossen werden. Ein weiterer Hinweis ist der veröffentlichte Entwurf zum Landesentwicklungsplan. Die Karte weist keine besonderen Merkmale für das Gebiet aus. So ist weder ein Vorbehaltsraum für Natur und Landschaft dort vorgesehen, noch durchziehen Biotopschwerpunktverbunde auf Landesebene laut Legende das Plangebiet. Das Potentialgebiet verbleibt offen als Windvorrangfläche. 8. Denkmalbelange Diese sollten zugunsten des Ausbaus der Erneuerbaren gemäß §2 EEG 2023 abgewogen werden. Dem Ausbau der Windenergie ist Vorrang zu geben. Nur bei besonders hochwertigen Denkmalbelangen sind diese zu berücksichtigen. Zum Verfahren Der Ausbau der Windenergie ist von besonderen und öffentlichen Interesse im Sinne des Erreichens der Klimaschutzziele, auch die des Landes. Daher befürworten wir dieses Vorhaben in vollem Umfang. Aus unserer Sicht sind die Energiewende und die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien wegweisend für eine nachhaltige Zukunft. Der Ausbau der Windenergie sichert nicht nur die regionale Energieversorgung, sondern stärkt auch die wirtschaftliche Wertschöpfung im ländlichen Raum. Der neue Entwurf des Landesentwicklungsplan fungiert zukünftig als ein raum- und naturverträglicher Rahmen für den zwingend erforderlichen Ausbau der Windenergie. Wir begrüßen grundsätzlich das geplante Verfahren und die Gewichtung und Behandlung der Suchkriterien für den Windenergieausbau. Die Festsetzung von bestimmten Kriterien als Ziele, die der Abwägung nicht zugänglich sind und als Grundsätze, die in der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden können, schafft einen einheitlichen Verfahrensrahmen für verschiedene Ausweisungsverfahren. Damit folgt das Land Schleswig- Holstein zum einen den neuen Anforderungen des geänderten Bundesrechts und ermöglicht durch angepasste Rahmenbedingungen die erforderliche Energiewende für den Klimaschutz. Durch die Beibehaltung der Rotorin-Lesart werden die politischen und verträglichen Ziele der Landesregierung, genügend Abstand zu Wohnbereichen, weiterverfolgt. Auch begrüßen wir ausdrücklich die Abschaffung der bislang geltenden Ausschlusswirkung von ausgewiesenen Vorrangflächen. So ist mehr Flexibilität möglich und Puffer vorhanden für das Erreichen der Landesziele. Dies auch sicherlich den sogenannten „Beschleunigungsgebieten“ geschuldet, die in der RED III definiert sind und bei der Planung beachtet werden müssen. Dies Gebieten werden sicherlich auch für die Region Heide zutreffen. Je dichter eine Fläche an Verbrauchsschwerpunktzonen gelegen ist, desto logischer ist ihre Ausweisung. Die neue Positivplanung ermöglicht, große, stark windhöffige Gebiete im Landesinneren, die bislang vor allem durch Landschaftsschutzgebietsausweisungen keine Berücksichtigung fanden, für die erneuerbare Stromproduktion zu erschließen. So können Flächen, die zum Teil wesentlich besser geeignet sind, zum Beispiel aufgrund ihrer größeren Entfernungen von Siedlungen und Häusern als an der Küste, werden im laufenden Verfahren aufgenommen werden. Klimaschutzziele Aus Gründen der Klima- und Energiepreiskrisen ist weiterer Flächenbedarf eindeutig ersichtlich. Der Ermessensspielraum wird neu definiert, womit die Landesregierung den Vorgaben der verschiedenen Klimaschutzprogramme und darin aufgeführten Klimazielen folgt. Der Bedarf von klimaneutraler Energie wird sich gerade im westlichen Schleswig-Holstein mit Industriestandorten wie Brunsbüttel und Heide, verbunden mit hohen Lagerkapazitäten von Energie/ Wasserstoff durch Transformation der Industrieversorgung, Mobilität und private Haushalt massiv steigern. Hinzu kommt, dass	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zukünftig die diversen geplanten Stromleitungen den erzeugten Strom durch Offshore- und Onshore- Anlagen wegführen werden. Zusammenfassung In der Zusammenfassung ermöglichen die aktuellen Abwägungskriterien große neue Windvorrangflächen in unserer Region. Auch in den von uns überplanten Gebieten sind Potentialfläche für den Windenergieausbau möglich. Wir befürworten daher - die Verfahrensweise der Verankerung der Kriterien zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im Landesentwicklungsplan und - bitten um die Aufnahme der Gebiete beidseitig der Autobahn 23, auf Höhe von Tensbüttel als Vorranggebietsfläche für Windenergie im zukünftigen Regionalplan Sachthema Wind. Mit freundlichen Grüßen, im Auftrag der [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2030	Aus hiesiger Sicht ist besonders kritisch ein schmales Potentialgebiet zwischen dem Staatsforst Neumünster Wattenbek und Bordesholm im Westen sowie dem Gebiet Staatsforst Neumünster Fiefharrie – Hös im Osten zu beurteilen. Das Gebiet ist für Fachleute bekannt als Einflugschneise für windkraftsensible Großvögel. Schon 2011 hat übrigens die Umweltbehörde Neumünster dieses Gebiet als völlig ungeeignet für Windkraft bezeichnet. Dieses Gebiet darf auf keinen Potentialgebiet für Windkraft sein, bzw. werden, und muss deshalb aus den Karten entfernt werden. Das FFH-Gebiet Dosenmoor unterliegt weiterhin dem Verschlechterungsverbot! Der Europäische Gerichtshof weist in seinen Urteilen auf die laufende Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zum Schutz der FFH-Gebiete hin. Die drohende Einkesselung des Bereichs Dosenmoor durch mehrere Potentialflächen stellt eine tendentielle Bedrohung dieses schützenswerten Habitats dar. Dies leistet einer weiteren Isolation von Einzelhabitaten Vorschub.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 4.2.1, 4.17.1, 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2029	Hiermit nehme ich Stellung zu der Windpotenzialfläche für die Gemeinde Epenwöhrden. Ich würde es befürworten diese Potenzialfläche zu realisieren, damit die Gemeinde	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Epenwöhrden und auch deren Einwohner von der Windkraft mit profitieren können. Epenwöhrden hat bis dato keine Windkraft im Gemeindegebiet. Es sind in den Nachbargemeinden schon einige Windenergieanlagen aufgestellt worden. Um für die Zukunft Wettbewerbsfähig zu bleiben wäre diese Potenzialfläche für die Gemeinde Epenwöhrden ein guter Schritt in die Zukunft. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2494	**Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024** Sehr geehrte Damen und Herren, gegen den o.g. Entwurf zur Änderung des LEP Windenergie an Land habe ich erhebliche Bedenken und Einwände: 1. Beantrage ich eine Verlängerung bzw. eine Neuauslage des og. Beteiligungsverfahrens, weil die begrenzte Frist über fast die gesamte Sommerferienzeit keine Möglichkeit für die Bürger zur ausreichenden Information und einer daraus folgenden Stellungnahme ergab. Bei den für die Menschen weitreichenden Auswirkungen durch die Änderungen der Maßstäbe zur Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) widerspricht das nun auslaufende Beteiligungsverfahren den Grundsätzen der Landesregierung, ihre Bürger durch Transparenz und Information an der Landespolitik teilhaben zu lassen. 2. Zur Erreichung der Ziele der Energiewende ist zunächst ein Repowering bestehender WEA anzustreben, dann auf den Ausbau der wesentlich effizienteren Photovoltaik prioritär auf Dachflächen bzw. an Gebäuden hinzuwirken und erst danach eine Neu-Ausweisung von Wind-Vorranggebieten auszuführen. Begründung: WEA haben weitaus größere Auswirkungen auf alle Schutzgüter. Diese Prioritäten könnten zusätzlich durch Umleitung der Subventionen auf die entsprechende Technologie und auch insbesondere auf die Speichertechnologie verfolgt werden. 3. Eine Aufweichung naturschutzrechtlicher Aspekte darf im neuen LEP nicht erfolgen. Bestehende Naturparke und Landschaftsschutzgbiete dürfen in ihren Funktionen durch	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5, 7.2.2, 7.2.1, 7.2.3, 3.17, 3.18, 2.11, 3.15, 1.1, 7.3, 7.2.7, 7.2.5, 1.6, 2.1-2.5, 4.1 und 4.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	neue WEA nicht beeinträchtigt werden. 4. Die derzeit geltenden Abwägungskritereien in Bezug auf alle Schutzgüter dürfen nicht zugunsten der Priorisierung der Windenergienutzung verringert werden. Denn diese Kriterien beruhen auf wissenschaftlich anerkannten Erkenntnissen und wurden von der Landesregierung selbst in Zielen und Grundsätzen formuliert. 5. Eine Konzentrationswirkung von WEA muss wegen der Schutzbedürftigkeit von Menschen und Tieren ausgeschlossen werden. Wo bereits eine Vorbelastung durch WEA besteht, darf kein Zubau erfolgen und erst recht nicht Abstände noch weiter verringert werden. Das Ziel der Landesregierung für möglichst gleichartige Lebensverhältnisse aller Bewohner muss beachtet werden. 6. Der Tourismus als bedeutender Wirtschaftszweig darf durch die zukünftige Windenergie-Nutzung nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Darum dürfen Kriterien betreffend Gesundheit, Wohlbefinden der Menschen sowie betreffend der Kulturlandschaft und des Landschaftsbildes nicht verschlechtert werden. 7. Die von der Landesregierung angestrebten Ertragsziele aus Windenergie über die Bundes-Vorgaben hinaus sind zu streichen. Sie führen zu unnötigen Beeinträchtigungen für alle Schutzgüter und würden in der Folge die Akzeptanz für Windenergienutzung verschlechtern und der Tourismusbranche schaden. 8. Im Erneuerbare Energien Gesetz von 2023 wird in § 2 Satz 1 die Priorisierung von Erneuerbaren Energien - Anlagen u.a. damit begründet, dass sie "...der öffentlichen Gesundheit... dienen". Diese Aussage ist sachlich falsch. Es ist nicht begründbar, warum derartige Anlagen per se der öffentlichen Gesundheit dienen. Ihre Errichtung und ihr Betrieb verursachen vielfältige für die öffentliche Gesundheit negative Auswirkungen (z.B. Flächenverbrauch/Emissionen durch Herstellung, Transport, laufender Betrieb, Havarien und Entsorgung). Es ist nicht nachvollziehbar, warum einen Landesentwicklungsplanung aufgrund einer sachlich falschen Rechtsnorm erfolgt. 9. Der Ausbau von Erneuerbaren Energien (EE) – Anlagen in Schleswig-Holstein ist solange nicht prioritär zu planen, wie der Netzausbau in der BRD nicht funktioniert und die Steuerzahler für den kostspieligen Strom- Export und für die Entschädigung von abgeregelten Anlagen herangezogen werden. Insofern sollte auf die aktuelle Fortschreibung des LEP verzichtet werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	10. Alle nachstehend aufgeführten Einwendungen gelten nicht nur für die Anlage 3 zur LEPWindVO, sondern auch für den Entwurf des LEP selbst und für den dazu gehörenden Umweltbericht. Die Menge der Immissionen ist zwar gering, sie sind dennoch vorhanden. Dies trifft ebenso auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, Luft, Boden und Wasser zu. Der LEP soll eine in die Zukunft gerichtete Planung sein. Insofern muss auch die Refrenzanlage eine dem zukünftigen Planungszeitraum entsprechenden Stand der Technik aufweisen und sie darf sich nicht allein auf in der Vergangenheit realisierte Anlagen stützen. Aktuell projektierte on shore-Anlagen liegen bei 250 und sogar bis zu 300 m Höhe und weisen Leistungen im Bereich 7 MW auf. 11. Betr. Abstände zu Einzelhäusern, Splittersiedlungen, Gewerbegebieten, Abstände zu Wohnbebauung/Siedlungen Abstände müssen immer auch den Rotor einbeziehen und auf einen Ausgangswert bezogen werden. Es ist nicht ersichtlich, ob es sich um die Referenzanlage handelt, um die Nabenhöhe oder die Rotorblattspitze. Auch hier wieder müssen Abstände auf zukünftig zu errichtende Anlage abzielen. Diese Abstände dürfen sich nicht allein auf die TA Lärm beziehen, die übrigens derzeit zu Ungunsten des Schutzgutes Menschen geändert wird. Hier sind alle weiteren möglichen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Menschen einzubeziehen. Insbesondere sind Schutzaspekte bei Havarien zu beachten. Havarien werden im gesamten Planungsgeschehen und bei der Projektierung nicht oder viel zu wenig berücksichtigt. An dieser Stelle ist auf das Bundes-Immissionsschutzgesetz BimSchG zu verweisen. Mindestabstände zu Wohnbebauung müssen insbesondere bei Feuer-Havarien mit dem BimSchG vereinbar sein. 12. Betreiber von WEA müssen verpflichtet werden, Störungen und Havarien quantitativ und qualitativ an eine unabhängige Erfassungsstelle zu melden. Ein Gutachten der Ingenieur-Gruppe Veenker (2020) berechnet einen Mindestabstand für alle Schutzgüter von 995 m für WEA der Leistungsklasse 5 bei einer Nabenhöhe von 170 m. Diese Größenordnung ist mindestens auch im LEP einzuhalten, bzw. sind selbstverständlich noch größere Sicherheitsabstände bei zukünftig höheren WEA festzulegen. 2020 galt bei eine WEA-Höhe von 150 m ein einzuhaltender Abstand zu Wohnbebauung von 1000 m. Entsprechend müsste der Abstand einer 250 m hohen Anlage 1,6 km betragen. In Brandenburg wird in diesem Jahr die erste WEA mit über 300 m Höhe errichtet, der ensprechend zu fordernde Mindestabstand wäre hier bei 365 m 2,4 km. Im Fall von Havarien müssen Folgekosten den Betreibern auferlegt werden. Die öffentliche Hand	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(der Steuerzahler) darf nicht mit Folgekosten belastet werden. 13. Das Schutzgut Menschen muss unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes (GG Art 3 (1)) bei einem Wohnort in Splittersiedlung oder Einzelhaus-Lage oder Gewerbegebieten die gleichen Schutzkriterien – sprich Mindestabstände – in Anspruch nehmen können wie bei Wohnorten in Siedlungen. Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der 2H-/15H-Regelung ist zu streichen. Im Gegenteil, sie muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltungen eines Mindestabstandes zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. 14. Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt Insbesondere im Vogelschutz setzt das Helgoländer Papier (2015) der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten wissenschaftlich anerkannte Mindestabstände zu Nistplätzen, Zugrouten, Schlafplätzen und Prüfabstände an, die auf jeden Fall in den LEP übernommen werden und als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt müssen. Insbesondere andere Tiere mit größerem Bewegungsradius, z.B. Fledermäuse, müssen in Bezug auf ihr Wanderungs- und Ruheverhalten mit nicht verschlechterten Mindestabständen zu WEA berücksichtigt werden. Die geplanten Verringerungen der Schutzkriterien und Mindestabstände der projektierten WEA in der unserer Nähe bedeuten ganz konkret eine erhebliche Beeinträchtigung und auch Verschlechterung unserer Lebensqualität und auch Erholungswertes. Deswegen fordere ich, die derzeit geltenden Vorgaben mindestens beizubehalten. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] P.S. Bitte um Eingangsbestätigung	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2028	Hiermit spreche ich mich gegen den weiteren Ausbau von WKA in Kreis Dithmarschen /Schmedeswurth aus. Da ich seit langen in dieser Gemeinde lebe,und durch den Bereits erfolgten WKA-Ausbau nur noch aus einem Fenster meines Hauses keine WKA zu	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sehen ist,reicht es einfach.Auf den Schattenschlag und die Geräuschbelästigung wird in keiner Weise Rücksicht genommen.Auch die Wertminderrung der Wohngebäude wird keiner Rechnung getragen.Dann ist das Übertragungsnetz noch lange nicht in der Lage die Überproduzierte Energie abzuführen.Unser Geld um die Windmüller reich zu machen.Es Reicht.	Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zudem wird auf Ziffer 7.3 und 7.2.5 verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2373	Stellungnahme zum ersten Entwurf der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land Grundsätze und Ziele der Raumordnung - 1 G Verfolgtes Planungsziel Bei der Planung weiterer Windkraftanlagen im Land Schleswig-Holstein ist zu berücksichtigen, dass der Kreis Dithmarschen bereits überdurchschnittlich zum Erreichen des Landesziels beigetragen hat. Es gibt hier bereits überdurchschnittlich viele WKA. Zudem sind die Speicherung der Windenergie und die Stromnetze nicht ausreichend gegeben. Die Akzeptanz für immer mehr WKA (soweit das Auge reicht) ist in der breiten Masse nicht mehr vorhanden. Unser Landschaftsbild sowie Lebensräume für Mensch, Flora und Fauna soll bitte -soweit es noch geht- erhalten bleiben. - 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen Dass es keine Höhenbeschränkungen mehr geben soll, ist in Verbindung mit den aktuellen bzw. beabsichtigten Abstandsregelungen nicht vereinbar. Für betroffene Gemeinden, insbesondere Menschen mit Wohnhäusern in unmittelbarer Nähe, ist dies nicht zumutbar. Zu Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur Grundsätze und Ziele der Raumordnung - 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Für Siedlungsbereiche, die noch nicht durch Windenergienutzung vorbelastet sind, muss es einen Abstand von mindestens 1.000m (Rotor In) geben, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es immer größere Anlagen gibt (Höhenbegrenzung trotzdem erforderlich). - 2 Z 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im	Das in der Stellungnahme zitierte Verschlechterungsverbot aus der EU-FFH-Richtlinie bezieht sich ausdrücklich auf die FFH-Gebiete. Diese sind von der Windkraftnutzung einschließlich eines Schutzabstandes ausgeschlossen. Dem Verschlechterungsverbot ist damit im Hinblick auf die Windenergienutzung Rechnung getragen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1.2, 1.5.1, 2.2 bis 2.5, 2.11.1, 3.17.1, 4.2.1, 7.2.3, 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Außenbereich sowie zu Gewerbe Durch die Vielzahl an WKA sind auch immer mehr Einzelhäuser in Außenbereichen negativ betroffen (Geräuschentwicklung, Sichtbehinderung, Wertverlust der Immobilie etc.). Es ist nicht nachvollziehbar, wie ein Abstand von nur 400m bei (zum jetzigen Stand) nicht vorhandener Höhenbegrenzung (aktuell werden in Deutschland bereits WKA mit einer Höhe 365m gebaut) gerechtfertigt sein soll. Im Außenbereich gilt es ebenfalls die Abstände grundsätzlich zu erhöhen und dabei auch die Größe der geplanten WKA (Höhenbegrenzung erforderlich, um nachträgliche Verschlechterung zu vermeiden) zu berücksichtigen, so dass die Wohnqualität in solchen Gebieten nicht noch weiter sinkt und Wegzüge drohen. - 7 G Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung Die Kriterien, die für diese Bewertung herangezogen werden müssen, müssen genauer definiert werden. Außerdem gilt es bei der Bewertung nicht nur auf das jeweilige Gemeindegebiet zu schauen, sondern selbstverständlich auch umliegende Gemeinden einbeziehen, da die WKA kilometerweit zu sehen, auch wenn sie nicht innerhalb einer Gemeinde liegen. Die aktuell als Vorrangflächen und Potenzialflächen ausgewiesenen Bereiche in Krumstedt als auch in angrenzenden Gemeinden geben hier Anlass zur Sorge. Es darf keine Umzingelung stattfinden. Zu Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz Grundsätze und Ziele der Raumordnung - 13 G Landschaftsschutzgebiete Wie bereits ausgeführt, hat der Kreis Dithmarschen schon überdurchschnittlich zum Erreichen des Landesziels beigetragen. Es gibt hier schon jetzt überdurchschnittlich viele WKA. Gerade vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet auch noch auf Landschaftsschutzgebiete zurückgegriffen werden soll, um dort weitere WKA zu errichten. Wie die Bezeichnung „Landschaftsschutzgebiet“ schon sagt, soll die Landschaft geschützt werden. Gemäß § 8 (1) Nr. 1 Landesnaturschutzgesetz können Eingriffe in Natur und Landschaft insbesondere „die Errichtung von baulichen Anlagen auf bisher baulich nicht genutzten Grundflächen, von Straßen, […] und sonstigen Verkehrsflächen außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortteilen […]“ sein. „Art. 6 Abs. 2 FFH-RL (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) – Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen) formulierte „Verschlechterungsverbot“ verpflichtet jeden Mitgliedstaat dazu, geeignete Schutzmaßnahmen zu ergreifen, um eine „Verschlechterung der natürlichen Lebensräume und der Habitate der Arten sowie erhebliche Störungen von Arten, für die die Gebiete ausgewiesen worden sind“ zu vermeiden. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat bereits mehrfach deutlich gemacht, dass es sich hierbei um eine laufende	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verpflichtung der Mitgliedstaaten handelt.“ * Der Bau von WKA greift eindeutig in Natur und Landschaft ein und würde m.E. einen Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot darstellen. Mit der eindringlichen Bitte um Berücksichtigung der dargelegten Standpunkte und Argumente verbleibe ich mit freundlichen Grüßen, [redacted] * Quelle: Naturschutz und Landschaftsplanung 07/2018	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2027	Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe am 07.09.2024 unsere Stellungnahme eingereicht. Leider konnte man nicht ankicken, dass man über den Fortgang informiert sein möchte. Ich bitte Sie daher, dass Sie dies noch in meiner Akte notieren. • Wir bitten Sie um Eingangsbestätigung unserer Stellungnahe. • Ergebnis der Abwägung. • Information zu den nächsten Verfahrensschritten und Fristen für eine Beteiligung. Hisichtlich unserer Stellungnahe sei ergänzt (da diese Antwortoption nachstehend noch nicht vorgesehen ist): • Sie gilt für ganz Schleswig-Holstein • Bespielhaft haben wir den Kreis Herzogtum Lauenburg und darin den Rüstungsaltstandort Dynamitfabrik Alfred Nobel in Geesthacht Herzlichen Dank. [redacted] [redacted]	Zur Forderung der Öffnung des Planes für Windenergie im Wald wird darauf hingewiesen, dass im Landeswaldgesetz (LWaldG) ein genereller Ausschluss formuliert ist. Es bedürfte also einer Änderung des LWaldG, die jedoch nicht beabsichtigt ist. Der Abstand zu Gewerbegebieten wird nicht gestrichen. Es besteht aus Sicht der Landesplanung keine Notwendigkeit, WEA zur Versorgung von Betrieben direkt am Unternehmen zu errichten. Netzentlastende Effekte können auch über Direktlieferungsverträge erzielt werden. Die Landesregierung verfolgt zudem das Ziel, besonders energieintensive Betriebe und Speichertechnologien in der Nähe großer Windparkcluster anzusiedeln. Autarke Insellösungen stabilisieren zudem nicht das Stromnetz. Der gewählte Abstand zu Gewerbegebieten hat eine vorsorgende Funktion, um die entsprechenden Flächen im Hinblick auf Betriebsansiedlungen nicht einzuschränken. Der Hauptteil der Stellungnahme bezieht sich auf eine konkrete Fläche, die für die Windenergienutzung vorgeschlagen wird. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest, nicht jedoch die Flächen selbst. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 Stellungnahme Forstgut Eickhof vertreten durch: Jens J. Jacobi und Alexander Schönburg-Hartenstein „Rüstungsaltstandort Dynamitfabrik Alfred Nobel - Krümmel“ und Flächen der Verteidigung und Konversion **A. Anlass** Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024. Da die Belange der Flächen der „Dynamitfabrik Krümmel“ betroffen sind, möchten wir hiermit Stellung nehmen, damit die Belange von uns als Grundstückseigentümer und der Wirtschaftsförderung Berücksichtigung in der Planerstellung finden. **B. Sachverhalt** Wir bitten um Aufnahme, Änderung, Ergänzung und Anpassung des Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 in folgenden Punkten: **I. Wir bitten bzw. beantragen hiermit - analog dem Landesraumordnungsplan Niedersachsen - um Öffnung von ausschließlich vorbelasteten Waldflächen für eine Windenergienutzung.** Begründung: Ausschließlich vorbelastete Waldstandorte sollten für die Nutzung von Windenergie in Anspruch genommen werden, da es sich um mit technischen Einrichtungen oder Bauten vorbelastete Flächen handelt. Vorbelastete Flächen, die in der Regel irreversibel durch bauliche Eingriffe überformt, durch technische Einwirkungen erheblich beeinträchtigt oder bodenmechanisch bzw. chemisch so stark belastet sind, dass eine ordnungsgemäße Waldbewirtschaftung auch in mittel- bis langfristiger Perspektive noch oder nur noch eingeschränkt möglich ist und ihre Waldfunktion sehr stark eingeschränkt oder nicht mehr vorhanden ist. Vorbelastungen finden sich regelmäßig bei Waldflächen im Bereich von bzw. sind gekennzeichnet durch: - Altlastenstandorten - Munitionsdepots, Munitionsabfüllanstalten - Bunkeranlagen und sonstigen Konversionsflächen - Industrie- und Gewerbeflächen und -brachen - Halden - Deponieflächen sowie sonstigen anthropogenen Ablagerungen und Aufschüttungen, -	werden.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Kraftwerksgelände (aus der Zeit um 1940), - Gleisgruppen, - Altlastenstandorten, - Munitionsdepots, Munitionsabfüllanstalten, Bunkeranlagen und sonstigen Konversionsflächen. Viele der vorbelasteten Standorte weisen schwerlastfähige, versiegelte Flächen und Zuwegungen auf, die z.B. die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen erleichtern. Wir verweisen auf den LROP Niedersachsen und insbesondere auf Abschnitt 4.2.1 Ziffer 02 Sätze 6-9 (Anlage 1.1) und die dazugehörige Begründung (Anlage 1.2). II. Wir bitten bzw. beantragen hiermit um Änderung Abstand raumbedeutsamer WEA zu Gewerbegebieten gem. 4.5.1.1 und der Möglichkeit der Errichtung in Gewerbegebieten. Begründung: Die Nutzung von raumbedeutsamen WEA zur Erzeugung von regenerativer Energie ist für Gewerbebetriebe von entscheidender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit. Dabei ist aufgrund der Sicherung der Lieferung von Strom und der Verbesserung der Autarkierate eine Produktion von Strom aus raumbedeutsamen Anlagen im oder um das Gewerbegebiet zu bevorzugen oder zu privilegieren, da dadurch auch der Ausbau der Stromnetzinfrastruktur entlastet wird (kurze Wege). Wir bitten daher um Streichung der Pufferzone / des Abstands von 400m des Umgebungsbereichs um Gewerbegebiete und Möglichkeit der Errichtung von raumbedeutsamer WEA auch innerhalb dieses Umgebungsbereich von 400 Metern um Gewerbegebiete und in Gewerbegebiet. Alternativ bitten wir um Gleichbehandlung gem. der Ausnahmeregelung für Industriegebiete bzw. um Zulässigkeit raumbedeutsamer Anlagen in und um Gewerbegebiete. Schutzgut Mensch und der Abstand zu Wohnbebauung steht dem Vorstehenden Änderungswunsch nicht entgegen. Wir gehen davon aus, dass dann die Bauleitplanung falls notwendig auf den nachgelagerten Ebenen im Gegenstromprinzip entsprechend angepasst wird. III. Beispielhafte Bezugsfläche zu Ziffer I und II: Dynamitfabrik „Alfred Nobel“ (Anlage 2) Die Fläche befindet sich unmittelbar nördlich der Elbe zwischen dem vormaligen Kernkraftwerk Krümmel am Elbufer, dem Helmholtz- Zentrum Hereon, dem Gewerbegebiet Grüner Jäger und dem Ortsteil Grünhof in Geesthacht (PLZ 21502) und sind in Abbildung 1 rot und in Abbildung 2 gelb umrandet. (Abbildungen)	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch des Amtsgerichts Schwarzenbek, Grundbuch von Geesthacht Blatt 11609, Gemarkung Hasenthal: (Tabelle) Der Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch des Amtsgerichts Schwarzenbek, Grundbuch von Geesthacht Blatt 12172: (Tabelle) Der Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch des Amtsgerichts Schwarzenbek, Grundbuch von Geesthacht Blatt 6470: (Tabelle) **Nutzung der Bezugsfläche** Die Bezugsfläche ist zu Zwecken der Sprengstoffherstellung genutzt worden. Es wurde von Alfred Nobel 1865 die erste Sprengstofffabrik auf diesen Flächen errichtet. **Nutzung seit Mitte des 19. Jahrhunderts** Die Sprengstofffabrik wurde im Jahr 1865 gegründet und auf vormaligen Flächen des Gutes Gülzow, genannt „der Krümmel“, betrieben. Ab dem Jahr 1877 ist die Fabrik von der Dynamit AG (vormals Alfred Nobel & Co.) betrieben worden (Gruber, S. 71). Nachweis: Karl Gruber, „Der Krümmel“ – Die erste Dynamit-Fabrik Alfred Nobels (Auszug), Anlage 3 Auf einer Topographischen Karte mit dem Stand der Kartierung ca. Ende der 1870er Jahre liegt die Bezugsfläche in einem Bereich der als „Krümmel (Dynamit-Fbr.)“ bezeichnet ist: (Abbildung) Seither war der Bereich nordöstlich der Elbe mit der weitläufigen Fabrikanlage bebaut. Ansichtskarten sowie historischen Fotografien verschaffen einen Eindruck von der Bebauung und dem damaligen Erscheinungsbild:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Abbildungen) **Nutzung zur Zeit des Dritten Reichs** Ab dem Jahr 1934 wird die Sprengstofffabrik zum „Rüstungsbetrieb Krümmel“ umfunktioniert. Es werden weitere Anlagen errichtet und in Betrieb genommen (Gruber, S. 74). Zum Ende des 2. Weltkriegs wird der Rüstungsbetrieb zum Ziel eines schweren Luftangriffs. Es werden etwa 1.000 Bomben abgeworfen (Gruber, S. 76). Eine Luftaufnahme aus der Zeit des 2. Weltkriegs zeigt den Rüstungsbetrieb und die Bezugsfläche: (Abbildung) In der Chronik wird weiter ausgeführt: „Während des Zweiten Weltkrieges von 1939 bis 1945 sind im Werk Krümmel ca. 200 Gebäude für militärische Zwecke errichtet worden. 1945 bestand die Fabrik Krümmel aus 750 Gebäuden. Größte Länge von Ost nach West 2,5 Kilometer, von Nord nach Süd zwei Kilometer. Der Zaun um das Werk hatte eine Länge von 7,5 Kilometern. […]. Am 30. November [1945] Beschlagnahme der Fabrik zwecks Demontage als Reparationsleistung. Am 20. August [1946] Beginn der Demontage aller Werksanlagen einschließlich Gleisanlagen und Verteilung des Reparationsgutes auf 13 Nationen. Am 30 September [1949] Ende der Demontage und Beginn der Sprengungen von Fabrikationsgebäuden. Am 11. September [1950] Beendigung der Sprengungen. Insgesamt werden 539 Gebäude vernichtet. In der Zeit vom 15. Mai 1951 bis zum 30. September 1952 wird das Gelände der Fabrik durch eine Munitionsräumgruppe des Landes Schleswig-Holstein von Sprengstoff und Chemikalien geräumt.“ Der zuletzt vorhandene Gebäudebestand der Dynamitfabrik aus dem Jahr 1944 ist auf einem Lageplan kartiert. Die Bezugsfläche ist auf dem Lageplan kenntlich gemacht: (Abbildung) Auf dem Lageplan sind die Gebäude mit Ziffern versehen. Die Ziffern sind in einer Auflistung (Gruber, S. 131) den Nutzzwecken der Gebäude mit Bezeichnungen zugeordnet.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Danach waren auf der Bezugsfläche folgende Gebäude vorhanden: (Tabelle) **Aufgegebene Vornutzung** Die Nutzungen als Sprengstofffabrik sowie als Rüstungsbetrieb sind aufgegeben. Es handelt sich um eine ehemals für militärische Zwecke genutzte Konversionsfläche. **Sonstige Bahnstrecke oder Güterverkehr** Die Krümmelbahn ist weiterhin gewidmet. Die Stadt plant nach Klärung der Schnittstelle „Bergedorf“ eine ÖPNV-Anschluss in Kombination mit einer „Park & Ride“ Fläche für den Pendelverkehr anzubieten. Wir bitten den Haltepunkt Bestand aufzuführen. Nachweis: Lageplan Sonstige Bahnstrecke oder Güterverkehr, Anlage 3 **Flächenzustand** Durch die Nutzungen als Teil der Sprengstofffabrik und des Rüstungsbetriebes ist die Bezugsfläche erheblich geprägt. Es handelt sich bei den Flächen der „Dynamitfabrik Krümmel“ im Bereich außerhalb der vier Höchstspannungstrassen um vorbelastete Flächen bzw. um gestörten Tarnwald. Die Flächen sind zum Zwecke der Verkehrssicherung umzäunt und nicht frei zu Betreten. Die Erholungs und Schutzfunktion des gestörten Waldes ist nicht vorliegend. Vorbelastungen dieser Art sind gekennzeichnet durch: - Industrie- und Gewerbeflächen und -brachen - Halden - Deponieflächen sowie sonstigen anthropogenen Ablagerungen und Aufschüttungen,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- Kraftwerksgelände (aus der Zeit um 1940), - Gleisgruppen, - Altlasten, - Munitionsdepots, Munitionsabfüllanstalten, Bunkeranlagen und sonstigen Konversionsflächen. Die Belastungen lassen sich im Einzelnen wie folgt beschreiben: **Erscheinungsbild** Die vormaligen Anlagen der Sprengstofffabrik sind auf der Bezugsfläche noch vorhanden. Wenngleich Fabrikanlagen zu Reparationszwecken abgebaut wurden, ist noch erheblicher ruinöser Gebäudebestand vorhanden, der anhand der beigefügten Fotografien dokumentiert ist. Über die Ziffern der Gebäudeauflistung (siehe oben) lassen sich die Fotografien zuordnen. Die Fotografien sind aufgrund der Vielzahl der Aufnahmen lediglich auszugsweise beigefügt: (Abbildungen) **Kampfmittel** Die Bezugsfläche ist eine Kampfmittelverdachtsfläche. Einem Schreiben mit dem Betreff „Beseitigung der Gefahrenmomente auf dem Gelände der ehemaligen Dynamitfabrik Krümmel aus dem Jahr 1950 ist folgendes zu entnehmen: „Die Sprengstoffwerke in Krümmel wurden am 7. April 1945 mitten im Betrieb von einem schweren Bombenangriff betroffen, der neben sonstigen größeren Schäden an Gebäuden und Transportwegen vor allem fast die gesamte Dampfverteilung an die einzelnen Betriebsstellen zerstörte.“ Nachweis: Kampfmittel Fabrik Krümmel der Dynamit-Actien-Gesellschaft, Schreiben vom 30.01.1950, Anlage 5 a) Kampfmitteluntersuchung und –Beräumung in den 1950er Jahren	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Bereits in den 1950er Jahren fanden aufgrund der weitgehenden Zerstörung des Rüstungsbetriebes Krümmel durch die Bombenangriffe vom 07.04.1945 weitgehende Untersuchungen und auch Beräumungen von Chemikalien und Sprengstoffen statt. Nach einem „Bericht über die Sprengstoff- u. Chemikalienräumung auf dem Werk Krümmel der Dynamit AG, vorm. Alfred Nobel & Co., i. d. Zeit v. 15.5.51 bis 30.9.52“ der Munitionsräumgruppe Arbeitsstelle Krümmel, sind seinerzeit ca. 61.000 kg Sprengstoffe sowie ca. 46.000 kg Chemikalien beräumt worden. Nachweis: Munitionsräumgruppe Arbeitsstelle Krümmel, Bericht über die Sprengstoff- u. Chemikalienräumung auf dem Werk Krümmel der Dynamit AG, vorm. Alfred Nobel & Co., i. d. Zeit v. 15.5.51 bis 30.9.52, Anlage 6 b) Weitergehende Untersuchungen in den 1990er Jahren Die Untersuchungen wurden in den 1990er Jahren nochmals aufgenommen. Nach einer Stellungnahme zur Erstgefährdungsabschätzung (S. 4, 121) wurden „von den 750 […] bestehenden Gebäuden […] 539 im Jahre 1950 gesprengt. Anschließend wurde das Gelände durch die Munitionsräumgruppe des Landes Schleswig-Holstein von Sprengstoffen und Chemikalien geräumt. […]. Über diese Bereiche hinaus kann auf dem gesamten Gelände mit diffusen Bodenkontaminationen durch Sprengstoffe sowie zwischen- und Nebenprodukte der Produktion gerechnet werden. Diese können durch Abwasseraustritte aus schadhaften Teilen der Kanalisation, Störfälle während der Produktion und Beschädigungen der Produktionsanlagen und Chemikalienleitungen durch Explosionen und Bomben verursacht worden sein.“ Nachweis: Dr.-Ing. Slomka & Harder, Ingenieurbüro für Hydrogeologie, Hydrochemie und Umweltschutz GmbH, Stellungnahme zu den Ergebnissen der Erstgefährdungsabschätzung für das Gelände der ehemaligen Sprengstofffabrik „Krümmel“ der Dynamit AG in Geesthacht, März – Juli 1988 (Auszug), Anlage 7 c) Ministeriums des Innern Die Stellungnahme des Ministeriums des Innern lässt nach Auswertung verschiedener Quellen aus dem Kampfmittelinformationssystem einen fundierten Rückschluss auf mögliche Kampfmittelbelastungen der Flächen zu. Nachweis: Stellungnahme des Ministeriums des Inneren vom 31.05.2022, Anlage 8	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Altlasten Die Bezugsfläche ist eine altlastenverdächtige Fläche. Die Stellungnahme zur Erstgefährdungsabschätzung kam hinsichtlich Altlasten zu folgender Schlussfolgerung (S. 121, 122): „Im Hinblick auf eine mögliche Umweltgefährdung erscheint vor allem die zur Entsorgung von sprengstoffbelasteten Abwässern in den Ölfabriken, Pulverrohmassebetrieben und Nitropentaanlagen praktizierte Versickerung des Abwassers über Schluckbrunnen besonders kritisch. In diesen Bereichen sind auch heute Belastungen des Bodens und evtl. des Grundwassers mit den Estern der Salpetersäure (Nitroglycerin, Nitroglykol, Dinitrotriglykol) zu erwarten. […] Im Grundwasseroberstrom des Kernkraftwerkgeländes liegen die ehemaligen Ölfabriken, Pulverrohmassebetriebe und Nitropentaanlagen. Hier wurden die Produktionsabwässer im großen Umfang in den Untergrund versickert, so dass das quartäre Grundwasser mit Salpetersäureresten oder Abbauprodukten dieser Verbindungen kontaminiert worden ist.“ In den Jahren 1992 und 1995 wurden die Flächen der Sprengstofffabrik näher untersucht. Ein Gutachten zu den Ergebnissen der weitergehenden Untersuchungen zur Gefährdungsabschätzung führt folgendes aus: „Eine für die britischen Truppen vorgenommene Auflistung der auf dem Gelände bei der Übernahme im Jahre 1945 vorgefundenen Chemikalien gibt einen Überblick über die Vielfalt der verarbeiteten Stoffe: Neben dem Einsatz von Chemikalien in den Produktionsbetrieben wurden auf dem Gelände größere Mengen an Kraftstoffen (Tankstelle) sowie Chemikalien, wie halogenierte Kohlenwasserstoffe (Trichlorethan und Tetrachlorkohlenstoff) in den Werkstätten, Labors etc. gelagert bzw. verbraucht.“ Nachweis: Dr.-Ing. Slomka & Harder, Ingenieurbüro für Hydrogeologie, Hydrochemie und Umweltschutz GmbH, Gutachten zu den Ergebnissen der weitergehenden Untersuchungen zur Gefährdungsabschätzung für das Gelände der ehemaligen Sprengstofffabrik „Krümmel“ der Dynamit Nobel AG in Geesthacht, August 1992 – August 1995 (Auszug), Anlage 9 In einem „Auszug aus dem Altlastenkataster“ des Kreis Herzogtums Lauenburg wird	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	folgendes festgehalten: „Die ehemalige Liegenschaft [DAG Sprengstoffwerk Krümmel] wird umfassend als „altlastverdächtige Fläche“ im Altlastenkataster des Kreises Herzogtum Lauenburg geführt. […]. Die Liegenschaft hat den Status einer altlastverdächtigen Fläche, da auf Grund der vorliegenden Gutachten der konkrete Verdacht einer schädlichen Bodenveränderung besteht (§ 2 Absatz 6 Bundes-Bodenschutzgesetz). Im engeren Sinn handelt es sich um einen altlastverdächtigen Altstandort der Zuordnungsgruppe „Rüstungsaltstandort“. Diese Einschätzung festigt auch die Historische Erkundung der gesamten ehemaligen Betriebsfläche.“ Nachweis: Kreis Herzogtums Lauenburg, Auszug aus dem Altlastenkataster vom 23.06.2021, Anlage 10 Das auf der Bezugsfläche befindliche Gebäude ist in einem Bericht der Munitionsräumgruppe Arbeitsstelle Krümmel konkret benannt: „Geb. 316: Hier ist die Schwefelsäurekonzentration des Trinitrotoluol-Betriebes. Infolge von Bombentreffern war der Ausbau der Kessel bei der Demontage nicht möglich. Nachdem durch eine Baufirma die Trümmer abgeräumt waren, wurden die eingemauerten Kessel an Ort und Stelle gereinigt und aus dem Gebäude geschafft.“ Auf der Internetseite der Elbestadt Geesthacht wird unter „Altlasten in Geesthacht“ unter anderem ausgeführt: „Ehemalige Sprengstofffabrik Krümmel Die untere Bodenschutzbehörde des Kreises Herzogtum Lauenburg untersucht das Grundwasser regelmäßig.“ Nachweis: Elbestadt Geesthacht, Auszug Internetpräsenz „Altlasten in Geesthacht“, Anlage 11 Versiegelungen der Bodenoberfläche Die Bodenoberfläche weist Versiegelungen auf, insbesondere durch die Bebauung der Bezugsfläche und die noch vorhandenen Gebäude, Gebäuderuinen, Fundamente, Wege, Gleisanlagen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Künstliche Veränderungen der Erdoberfläche Die Erdoberfläche der Bezugsfläche ist im Zuge der Bebauung und auch nachfolgend durch den Abbau der Fabrik und deren Sprengung sehr stark künstlich verändert worden. Fremdstoffe im und auf dem Boden Im und auf dem Boden lagern erhebliche Mengen an Fremdstoffen, die aus der Bebauung und der Nutzung der Bezugsfläche herrühren. Die Fotografien zeigen die Trümmer der noch auf der Bezugsfläche vorhandenen Gebäuderuinen. Ausdehnung der ökologischen Beeinträchtigungen Die Sprengstofffabrik befand sich über die gesamte Bezugsfläche hinweg. Die gesamte Bezugsfläche wurde zu industriellen Produktionszwecken genutzt. Dementsprechend verteilen sich die ökologischen Beeinträchtigungen, insbesondere auch der Altlasten- und Kampfmittelverdacht auf die gesamte Bezugsfläche. Zudem findet aufgrund der Grundwasserfliesrichtung eine Verteilung der Schadstofffahne in Richtung Vorfluter (Elbe) von Nord nach Süd statt **Wir bitten um Ausweisung und inhaltliche Übernahme der Fläche als Konversionsfläche, aufgrund der baulichen Vorprägung und Nutzung im Bereich des „Rüstungsaltstandorts Dynamitfabrik Alfred Nobel - Kümmel“ im Plan und Text. Sollte keine Ausweisung im Plan erfolgen, dann bitten wir zumindest um eine Ausweisung und inhaltliche Übernahme bzw. nachrichtliche Benennung im Textteil.** C. Rechtliche Herleitung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	I. Konversionsfläche aus wirtschaftlicher und militärischer Nutzung Die Bezugsfläche ist eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher sowie militärischer Nutzung. Für die Bestimmung der Begriffe wird auf den Prüfungsmaßstab der Empfehlung 2010/2 der Clearingstelle EEG|KWKG Bezug genommen 1. Wirtschaftliche und militärische Nutzung Die Bezugsfläche wurde wirtschaftlich sowie militärisch genutzt a) Wirtschaftliche Nutzung Die Bezugsfläche wurde zunächst wirtschaftlich genutzt. - Begriff. Wirtschaftliche Nutzungen sind insbesondere gewerbliche und industrielle Nutzungen (Clearingstelle, a. a. O., Leitsatz Nr. 1 b)). Darunter fallen etwa Flächen eine Umspannwerkes, Abfalldeponien, Tagebaugebiete, Altbergbauflächen und insbesondere Industriebrachen (OLG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 16.04.2015 - 2 U 82/14 - juris, Rz. 2; OLG Koblenz, Urteil vom 23.01.2013 - 5 U 1276/12 - juris, Rz. 58, 59; Clearingstelle, Votum 2011/16, Rz. 26). - Wirtschaftliche Nutzung hier. Die Bezugsfläche ist eine Industriebrache. Diese entstammt der vormaligen industriellen Nutzung als Sprengstofffabrik, vormals betrieben von der Dynamit AG, die seit etwa 1870 zunächst Sprengstoffe (Dynamit) zu zivilen Zwecken produzierte (bspw. Bergbau, Eisenbahnbau). b) Militärische Nutzung Die Bezugsfläche wurde nachfolgend militärisch genutzt. - Begriff. Militärische Nutzungen sind alle Flächennutzungen durch mit der Landesverteidigung beauftragten Einheiten, unabhängig davon, ob diese unmittelbar oder mittelbar im Zusammenhang mit dem Verteidigungsauftrag stehen (Clearingstelle, Empfehlung 2010/2, Leitsatz Nr. 1 b)). - Militärische Nutzung hier. Die Bezugsfläche diente ab dem Jahr 1934 als Rüstungsfabrik zu militärischen Zwecken. Nach der Auskunft der Gemeinde Geesthacht handelte es sich um eine der größten Sprengstofffabriken im Dritten Reich. Nach den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausführungen von Kruger sind zu dieser Zeit ca. 200 neue Gebäude errichtet worden, die militärischen Zwecken dienten. Nach Auskunft des Kreis Herzogtums Lauenburg handelt es sich um einen „Rüstungsaltstandort“. 2. Aufgegebene Nutzung Die Bezugsfläche wird seit dem Abbau der Fabrikanlagen und der Sprengung der Gebäude nicht mehr zu industriellen oder militärischen Zwecken genutzt. 3. Konversionsfläche Die Bezugsfläche ist eine Konversionsfläche, hervorgegangen aus der aufgegebenen Nutzung als Sprengstofffabrik. a) Begriff Eine Konversionsfläche liegt unter folgenden Voraussetzungen vor: - schwerwiegende ökologische Beeinträchtigung. Der ökologische Wert der Fläche muss sich schlechter darstellen als vor oder ohne die Nutzung. Dabei ist der Zustand sämtlicher Schutzgüter der Umwelt relevant (Clearingstelle, a. a. O., S. 2, Ls. 3). - Kausalität. Die Verminderung des ökologischen Werts muss aus der vorherigen Nutzung der Fläche resultieren (Clearingstelle, a. a. O., S. 2, Ls. 3). - überwiegende Beeinträchtigung. Der überwiegende Teil der Fläche (mehr als 50 %) muss von der ökologischen Wertminderung erfasst sein (Clearingstelle, a. a. O., S. 2, Ls. 6). - Zeitpunkt. Die schwerwiegende ökologische Beeinträchtigung muss zum Zeitpunkt des Beginns des B-Planverfahrens vorliegen, also zum Zeitpunkt über den Beschluss der Aufstellung (Clearingstelle, a. a. O., S. 64, Rn. 147). b) Vorliegen der Voraussetzungen hier Die Voraussetzungen einer Konversionsfläche liegen vor. Im Einzelnen: aa) Schwerwiegende ökologische Beeinträchtigung Die Bezugsfläche ist schwerwiegend ökologisch beeinträchtigt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(1) Begriff Nach der Clearingstelle wird eine schwerwiegende ökologische Beeinträchtigung vermutet, im Falle - der Existenz oder hinreichender Verdacht für die Existenz von Kampfmitteln, - der Existenz von Altlasten (§ 2 Abs. 5 BBodSchG) oder schädlichen Bodenveränderungen (§ 2 Abs. 3 BBodSchG) bzw. ein hinreichender Verdacht einer Altlast oder einer schädlichen Bodenveränderung (§ 9 Abs. 2 Satz 1 BBodSchG, § 3 Abs. 4 BBodSchV) oder - von Versiegelungen der Bodenoberfläche, die mit einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der natürlichen Bodenfunktionen (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 a), b) und c) BBodSchG) einhergehen. Weiterhin sprechen insbesondere folgende Indizien für eine schwerwiegende ökologische Beeinträchtigung (Clearingstelle, a. a. O., S. 66, Rn. 152): - Veränderungen des Bodens durch o Abfälle, Schadstoffe und sonstige im oder auf dem Boden befindliche Materialien, die aus der Vornutzung stammen (z. B. Trümmer), o künstliche Veränderung der Erdoberfläche bzw. der Bodenstruktur, jeweils sofern hierdurch eine schwerwiegende Beeinträchtigung der natürlichen Bodenfunktionen gemäß (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 a), b), c) BBodSchG) eingetreten ist. (2) Schwerwiegende ökologische Beeinträchtigung hier Unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalles ergibt sich aus den vorgelegten Unterlagen, dass der ökologische Wert der Bezugsfläche erheblich schlechter ist als vor oder ohne die Nutzung. (a) Kampfmittel Die schwerwiegende ökologische Beeinträchtigung wird zunächst vermutet, da für die Bezugsfläche ein Kampfmittelverdacht besteht, der hinreichend konkret ist. Wegen der Nutzung als Sprengstofffabrik liegt eine ökologische Beeinträchtigung bereits darin, dass auf der Bezugsfläche Sprengstoffe produziert worden sind. Die Munitionsräumgruppe	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Arbeitsstelle Krümmel hat in ihrem Bericht festgehalten, dass Anfang der 1950er Jahre allein 61.000 kg Sprengstoffe und Chemikalien zu deren Herstellung von der Bezugsfläche beräumt worden sind. Zudem ist der Rüstungsbetrieb, der aus der Sprengstofffabrik entstand, zum Ende des Zweiten Weltkriegs als kriegswichtige Infrastruktur mittels Luftschlägen angegriffen worden. Im Zuge dessen wurden auf der Bezugsfläche sowie umliegenden Flächen des Betriebsgeländes ca. 1.000 Bomben abgeworfen. (b) Altlasten Die Bezugsfläche ist eine altlastenverdächtige Fläche und im Altlastenkataster erfasst. (aa) Begriffe Altlastverdächtige Flächen sind Altablagerungen und Altstandorte, bei denen der Verdacht schädlicher Bodenveränderungen oder sonstiger Gefahren für den einzelnen oder die Allgemeinheit besteht (§ 2 Abs. 6 BBodSchG). Besteht aufgrund tatsächlicher Umstände der Verdacht, dass von einem Altstandort Gefahren ausgehen, so liegt eine altlastverdächtige Fläche vor (BT-Drs. 13/6701, S. 30; Nies in Landmann/Rohmer, Umweltrecht, Stand 12/2020, § 2 BBodSchG, Rz. 38). Schädliche Bodenveränderungen sind Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen (§ 2 Abs. 3 BBodSchG). Altlasten sind Grundstücke stillgelegter Anlagen und sonstige Grundstücke, auf denen mit umweltgefährdenden Stoffen umgegangen worden ist, […] (Altstandorte), durch die schädliche Bodenveränderungen oder sonstige Gefahren für den einzelnen oder die Allgemeinheit hervorgerufen werden (§ 2 Abs. 5 BBodSchG). Altlasten umfassen Bodenbelastungen auf Liegenschaften aufgegebener Rüstungsbetriebe (Nies in Landmann/Rohmer, Umweltrecht, Stand 12/2020, § 2 BBodSchG, Rz. 35). (bb) Altlastenverdachtsfläche hier Die Bezugsfläche ist eine altlastenverdächtige Fläche (§ 2 Abs. 6 BBodSchG). Denn nach Auskunft des Kreis Herzogtums Lauenburg handelt es sich um eine Liegenschaft, für die der konkrete Verdacht einer schädlichen Bodenveränderung besteht. Der konkrete Verdacht der schädlichen Bodenveränderung besteht aufgrund der vormaligen Nutzung der Fläche als Sprengstofffabrik und der damit verbundenen Bebauung und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Nutzung. Zur Herstellung der Sprengstoffe wurden erhebliche Mengen an Chemikalien verwendet. Dabei handelte es sich um Chemikalien, wie Nitroglycerin, Nitroglykol, Dinitrotriglykol, Salpetersäure. Letztere wurde unter anderem in den Gebäuden 316, 342 und 348 gelagert und genutzt, die sich nach dem Lageplan auf der Bezugsfläche befunden haben. Der konkrete Verdacht der schädlichen Bodenveränderungen besteht nach den Gefährdungseinschätzungen auch insbesondere deshalb, da durch Abwasseraustritte aus dem Leitungssystem Schadstoffe in den Untergrund der Bezugsfläche ausgetreten sein dürften. Nach der Einschätzung ist dies insbesondere anzunehmen, da die Bombenangriffe erheblichen Schaden am Leitungssystem angerichtet haben. Bei der Bezugsfläche handelt es sich daher auch um eine Altlast in Gestalt eines Altstandortes, da auf dem Grundstück mit umweltgefährdenden Stoffen umgegangen worden ist. Nach Auskunft des Kreises Herzogtum Lauenburg aus dem Altlastenkataster handelt es sich um einen „Rüstungsaltstandort“. (c) Versiegelungen der Bodenoberfläche Die Bezugsfläche ist durch einen zum Teil noch vorhandenen Bestand an Gebäuderuinen in einzelnen Bereichen versiegelt. Nach den beigefügten Fotografien sind die Gebäuderuinen auch heute noch auf der Bezugsfläche vorhanden. (d) großflächige Veränderungen des Bodens Der Boden auf der Bezugsfläche wurde großflächig verändert. Die Bezugsfläche war mit einer Vielzahl von Gebäuden bebaut. Diese sind in Gestalt von Gebäuderuinen, die nach der Sprengung so verblieben sind, zum Teil heute noch vorhanden. (e) Fremdstoffe im und auf dem Boden Im und auf dem Boden der Bezugsfläche sind erhebliche Mengen an Fremdstoffen aus der Nutzung verblieben. Insbesondere sind an der Bodenoberfläche die Gebäuderuinen vorhanden. Auch im Boden der Bezugsfläche sind noch die Fundamente und Untergeschosse der Gebäude vorhanden. bb) Kausalität Die schwerwiegende ökologische Beeinträchtigung besteht aufgrund der wirtschaftlichen und militärischen Nutzung der Bezugsfläche als Sprengstofffabrik und als Rüstungsstandort.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	cc) Überwiegende Beeinträchtigung Die schwerwiegenden ökologischen Beeinträchtigungen betreffen die gesamte Bezugsfläche. dd) Zeitpunkt der Beeinträchtigung Die Bezugsfläche ist zum Zeitpunkt der Abgabe dieser Stellungnahme, ökologisch schwerwiegend beeinträchtigt. **Fazit** **Nach alledem sind aus unserer Sicht die Voraussetzungen erfüllt. Es handelt sich um eine Konversionsfläche mit wirtschaftlicher und militärischer Nutzung.** Liebenau, 06. September 2024 [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2371	Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße es ausdrücklich, dass wir Windkraft als ökologisch sinnvolle Energiegewinnung nutzen, gerade weil wir in Schleswig-Holstein dafür gute Voraussetzung haben. Dennoch sehe die die Pläne des Landes für die Ausweitung von weiteren Flächen für Windkraftanlagen skeptisch und möchte Bedenken und Einwände gegen den o. g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Ich freue mich darüber, dass die Landesregierung laut Koalitionsvertrag die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick behalten will, finde diesen Ansatz auch sehr sinnvoll und hoffe,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.5, 7.2.10, 7.3, 7.4, 7.2.12, 3.15, 7.2.7, 7.1.1, 2.2 bis 2.5 und 7.2.15 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dass meine im Folgenden aufgeführten Bedenken und Aspekte bei den Planungen der Ziele und Grundsätze ernsthaft wahrgenommen werden: Bevor in Schleswig-Holstein weitere Potenzialflächen für Windkraftanlagen ausgewiesen werden, sollten zunächst die bereits bestehenden Vorrangflächen genutzt und die bereits genehmigten Windkraftanlagen gebaut werden. Bevor noch weitere Flächen ausgewiesen werden, sollte zunächst das Stromnetz so ausgebaut werden, dass die durch die bereits vorhandenen bzw. bereits genehmigten Windkraftanlagen produzierte Energie aufgenommen und transportiert bzw. gelagert werden kann. Dass Windkraftanlagen abgeschaltet werden müssen, wenn der Strom im vorhandenen Netz nicht aufgenommen werden kann, und die Betreiber dafür entschädigt werden, ist im Sinne der Verbraucher, die diese Kosten tragen müssen, nicht sinnvoll. Ich lebe mit meiner Familie [redacted] am Rande des Naturschutzgebietes [redacted] Die vorgesehenen Pläne haben daher direkte Auswirkungen auf mein Wohnumfeld. Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände starke Einschränkungen unseres Lebens- und Erholungswertes, wenn zu den bestehenden Vorrangflächen noch weitere Potenzialflächen hinzukommen und zudem die Anlagenhöhen zunehmen sollten. Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen und unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Dies hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus, einem immerhin bedeutenden Wirtschaftszweiges Schleswig-Holsteins. Die derzeitig gültige anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 5H-/3H-Abstandsregel sollte daher nicht abgeschafft werden. Denn die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der bestehende Abstandsregel missachtet diese Erkenntnisse. Die o. g. Regelung sollte daher in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen finden in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachtern ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind. Generell sollte als Ziel und Grundsatz der Raumordnung definiert werden, dass zu festgelegten bzw. geplanten Siedlungsgebieten (hier die Siedlungsachse [redacted]) ein Abstand von Vorrang- und Potenzialflächen von mindestens 1000 m (800 + 200m Sicherheitspuffer) eingehalten wird. Werden die in SH gebauten Windkraftanlagen eigentlich vom Land zentral erfasst, sodass das Land über eine landesweite Übersicht verfügt, die als Grundlage für die weitere Steuerung bezüglich der notwendigerweise noch zu errichtenden Windkraftanlagen genutzt werden kann (Flächenvorgabe der Bundesregierung)? Abschließend empfinde ich es als sehr ungerecht, dass wir in Schleswig-Holstein unsere Landschaft durch die Windkraftanlagen negativ verändern, aber im Gegenzug nicht davon profitieren, sondern auch noch sehr hohe Netzentgelte zahlen müssen und die Strompreise so teuer sind wie in kaum einem anderen Bundesland. Ich würde mich freuen, wenn Sie meine Bedenken ernst nehmen und bei Ihren weiteren Planungen berücksichtigen würden. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2490	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 — Änderung	Die Hinweise zu den Artvorkommen sind größtenteils bekannt. Ein Großteil des Nordfelder Kooges befindet sich daher auch im Kriterium EU-Vogelschutzgebiete mit 1000 m

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Kleve, 7.8.2024 Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde Kleve, Dithmarschen, und Bewohner der Eidemiederung unterstützen wir ausdrücklich die Entscheidung der Landesbehörde, unserer Region eine zentrale Bedeutung für den internationalen Vogelzug und die Population der Wiesenvögel in Schleswig-Holstein beizumessen und die Eidemiederung deshalb frei von Windkraftanlagen zu halten. Gleichwohl möchten wir den Kriterienkatalog, wie er sich in Ihren Karten präsentiert, in zwei Teilregionen ergänzen rsp. berichtigen. Das betrifft zum einen den Nordfelder Koog, gelegen zwischen dem Unterlauf der Broklandsau und der Eider. (Rot: Nordfelder Koog. Blau: Deichvorland und Waldstück im Nordfelder Koog.) In Ihren Karten haben Sie diesem Gebiet keine herausragende Bedeutung für die Wiesenvögel attestiert. Nach unseren systematischen Beobachtungen und Zählungen in einem Zeitraum von drei Jahre scheint das Gegenteil richtig zu sein. Und zwar in mehreren Punkten: • Schon immer hatte der Nordfelder Koog eine herausragende Kiebitz-Population. Diese ist in den letzten Jahrzehnten zwar spürbar rückläufig, beläuft sich hier aber immer noch auf ca. 4-5 Brutpaare pro 10 Hektar. Damit ist der Nordfelder Koog einer der produktivsten Plätze in der Region und immens wichtig für eine stabile Kiebitz-Population. Ähnliches gilt für die Feldlärche, deren Vorkommen allerdings auch hier noch deutlicher zusammengebrochen ist. — • Der Nordfelder Koog spielt außerdem eine zentrale Rolle als Jagd- und Fressrevier für jene Vögel, die das unmittelbar angrenzende Nordfelder Deichvorland mit seiner ausgedehnten Schilfzone und den trockenfallenden Prilen als Brut- Rast- und Schlafplatz nutzen. Dazu gehören seltenere Gänsearten wir die Kurzschnabelgans oder die Rothalsgans, aber auch der Rotschenkel und die Bekassine. Der Ruf des Große Brachvogels ist im Nordfelder Koog ebenfalls immer wieder zu hören. Dazu nutzt die	Umgebungsbereich. Bezüglich des Vogelzugs wird auf die Ziffer 4.16 und 4.17 der allgemeinen Synopse verwiesen. Bezüglich der Potentialfläche nördlich des Hennstedter Bürgerwindparks beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Rohrweihe, die im Nordfelder Deichvorland brütet, den Koog täglich als Jagdrevier. • Beim Seeadler verzeichnen wir über einen Beobachtungszeitraum von drei Jahren im Schnitt 14 Überflüge pro Monat. Der Schreiadler, der sein Horst im Lundener Moor hat, lässt sich ca. 5-mal pro Monat sehen. • Darüber hinaus gibt es eine stabile Graureiherpopulation von 6 Brutpaaren, 3 Bussardhorste, diverse Bruthöhlen des Steinkauzes und der Schleiereule. Auch die Störche aus den umliegenden Nestern lassen sich häufig und regelmäßig auf dem Nordfelder Grünland-Flächen sehen. • Die Brücken der Brocklandsau und der Nordfeldau, das Schöpfwerk zur Eider und die Schleuse Nordfeld beherbergen eine nennenswerte Fledermauspopulation, zu der auch die Wasserfledermaus und der Kleine Abendsegler gehören. Angesichts dieser Gegebenheiten halten wir es für dringend geboten, die kartographische Zuordnung zu korrigieren und auch den Nordfelder Koog in die Regionen mit einer herausragenden Bedeutung für die Avifauna aufzunehmen. Dies ist insbesondere deshalb wichtig, weil der Energiehunger Deutschlands in Zukunft mit ziemlicher Sicherheit weitere Runden der Regionalplanung nötig machen wird. Das zweite Gebiet, zu dem wir Stellung nehmen möchten, ist die zurzeit ausgewiesene Potentialfläche nördlich des Hennstedter Bürgerwindparks. Eine Ausweitung dieses Windkraftgebiets in die Eiderniederung hinein verbietet sich aus einer ganzen Vielzahl von Gründen. Ganz offensichtlich stützt sich die Ausweisung dieser Potentialfläche auf das Umweltverträglichkeitsgutachten, das die Betreiber der bestehenden Windkraftanlagen im damaligen Genehmigungsverfahren finanziert und eingebracht haben. Dieses Gutachten war erwiesenermaßen interessensgestützt und ist in Teilen unrichtig. Das wurde von den Betreibern der Anlagen 2016 in einem Interview mit der Zeitschrift Cicero später zugegeben. Die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort unterscheiden sich in wesentlichen Punkten von den Beschreibungen des besagten Gutachtens. Zu den wichtigsten Unterschieden gehören die Bedeutung der Flächen für den Vogelzug, ihre Lage inmitten eines potenziellen Biotopen-Verbundsystems und die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Bestandsaufnahme geschützter und gefährdeter Arten in den hiesigen Mooren und Feuchtwiesen. • Die Lage: Die neue Potentialfläche liegt am Fuße des Geestrückens zwischen den Gemarkungen Hennstedt und Flollingstedt und ragt weit in den Moor- und Feuchtwiesengürtel der südlichen Eiderniederung hinein. Der ganze Gürtel ist weitgehend frei von Bebauungen und landschaftsfremder Nutzung. Er beginnt im Osten mit dem Moorgebiet der Alten Sorge Schleife, führt über den Delver Koog zum Hollingstedter Moor, streift dabei das FFH-Gebiet des Hollingstedter Walds, folgt dann dem Hennstedter Moor, und dem bewaldeten Klever Geestrücken zu den Feuchtwiesen der Broklandsauniederung und mündet im Schlichtinger Moor und in den ausgedehnten Schilfregionen rund um den Mötjensee. In dem ganzen Gebiet wechseln sich Geest-Rand-Moore mit weiträumigen Schilfflächen, extensiv genutzter Streuwiesen und kleinen Waldflächen ab. An vielen Stellen sind noch die Reste von Flochmooren mit ihrer teilweise gefährdeten Pflanzen- und Tierwelt und den Spuren des jahrhundertealten, händischem Torfabbau sichtbar. Eine Zerschneidung dieses Verbundsystems durch den geplanten WEA-Keil bei Hollingstedt würde eine der ganz wenigen Chancen zerstören, ein von der EU gefordertes und gefördertes Biotop- Verbundsystem im Binnenland Schleswig-Holsteins dauerhaft zu etablieren. (Rot: Moor- und Biotop-Verbund. Bi au: Geplante Erweiterung der Potentialfläche.) • Der internationale Vogelzug: Das zitierte Gutachten geht davon aus, dass es hier keine nennenswerte Beeinträchtigung des Vogelzugs gibt, weil dieser dem Flusslauf der Eider folgen würde und weit genug entfernt sei von den Windkraftanlagen am Geestrand. Dies ist, was den internationalen Vogelzug betrifft, für den bestehenden Windpark mit Einschränkungen richtig. Eine Ausweitung des Windkraftgebiets nach Norden allerdings würde die Fläche für den internationalen Vogelzug so weit verengen, dass Kollisionen nicht mehr ausgeschlossen sind und die Gefahr eines Implodierens des gesamten Vogelzugs besteht. • Darüber hinaus verkennt das Gutachten, dass hier neben dem internationalen Vogelzug auch ein regionaler Vogelzug existiert. Dabei macht sich eine Vielzahl von Gänsen, Enten und anderer Watvögel morgens auf den Weg von den Schlafplätzen am Mötjensee hin zu den Fressgebieten in den Feuchtwiesen der Eiderniederung. Abends bewegt sich dieser Zug wieder zurück zu den Schlafquartieren. Dieser regionale Vogelzug folgt weniger dem Flusslauf der Eider als vielmehr dem Geestrücken am	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	südlichen Rand der Eiderniederung. Eine Ausweitung der Potentialfläche in Hollingstedt würde den gesamten regionalen Vogelzug hier abriegeln mit katastrophalen Folgen für die gesamte Vogelwelt der Region. • Zur Avifauna des Grüngürtels in der südlichen Eiderniederung: Die neue Potentialfläche umfasst Teile des Hollingstedter Moors und grenzt direkt an das Landschaftsschutzgebiet „Hennstedter Moor“. Diese Moore mit ihren Feuchtwiesen, Schilfflächen, Wassergräben und Erlen-, Birken und Weidengehölzen beherbergen die Brutplätze einer ganzen Reihe gefährdeter und sehr gefährdeter Vogelarten. Dazu gehören u.a. der Große Brachvogel, die Sumpfohreule, die Bekassine, die Wiesenweihe, die Rohrweihe, der Schwarze Milan, der Kiebitz, der Goldregenpfeifer, die Feldlärche. Sogar der Ruf des Wachtelkönigs wurde hier schon mehrfach gehört, auch wenn eine Sichtung bisher noch nicht verbürgt ist. Seit 2021 ist außerdem eine kleine Population von 3 Kranichen über die Sommermonate im Flennstedter Moor und den vorgelagerten Wiesen zuhause. Hinzu kommen die vielen unterschiedlichen Enten- und Gänsearten und die Watvögel des Mötjensees, die die Feuchtwiesen in der südlichen Eiderniederung täglich als Futterwiesen nutzen. Ganz besonders problematisch wäre vor diesem Hintergrund die geplante WEA westlich von Pferdekrug in unmittelbarer Nähe zum Hennstedter Moor. Darüber hinaus ist der Biotopenverbund der südlichen Eiderniederung auch für den Rothirsch von zentraler Bedeutung. Immer wieder werden einzelne männliche Exemplare diese Leittierart beobachtet, die von den Moorgebieten der Alten Sorge Schleife durch die Eider schwimmend in die Moore am Geestrücken ziehen und so für die immens wichtige Genauffrischung der Rothirschpopulation sorgen. Auch hier würde eine Industrialisierung des Gebietes durch Windkraftanlagen mit hoher Wahrscheinlichkeit den Genaustausch abriegeln, was nach den Kriterien der Regionalplanung ausdrücklich ausgeschlossen sein muss. Aus all diesen Gründen wäre eine Ausweitung des Windkraftgebiets Hennstedt/Hollingstedt eine Katastrophe für die Fauna, die so gravierend ist, dass eine gerichtliche Überprüfung angezeigt wäre, sollte sich die Hollingstedter Potential fläche auch in der nächsten Runde noch in den Regionalplänen wiederfmden. Hinzu kommt, dass Kriterien und Maßstäbe bei der Windkraftplanung immer und überall in gleicher Weise angewendet werde müssen, um sie gerichtsfest zu gestalten. Dies ist eine der Konsequenzen aus dem Urteil des Oberlandesgerichts von 2015 in Sachen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftausbau. Eine Ausweisung der Potentialfläche in Hollingstedt würde den gesamten Kriterienkatalog der Regionalplanung in sich inkonsistent und damit angreifbar machen. Wir appellieren deshalb an die Landesplanungsbehörde dieses Gebiet trotz seiner Nähe zu einem bereits bestehenden Windpark dauerhaft von der Liste der Potentialflächen zu streichen. Herzliche Grüße	
Institution: Südermoorstrom GbR ID: M2370	Sehr geehrte Damen und Herren, mit den nachstehenden Ausführungen möchte ich stellvertretend für die Gesellschafter der [redacted], ansässig in der Gemeinde 25704 Bargenstedt, Kreis Dithmarschen, und Initiator eines beabsichtigten bzw. in Planung befindlichen Windprojektes in der Gemeinde Bargenstedt Standortgemeinde zum ersten Entwurf der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein wie Folgt Stellung beziehen: Das am 01. Februar 2023 in Kraft getretene Bundesgesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie, bezeichnet als „Wind-an-Land-Gesetzgebung“, legt unter anderem über das Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) verbindliche Ausbauziele für die einzelnen Bundesländer fest, sodass auch das Bundesland Schleswig-Holstein einen klaren Auftrag zur Neuausweisung weiterer Windgebiete hat. Die derzeitige Vorgehensweise und die aktuelle Auswahl der Ziele der Raumordnung bzw. Kriterien zur („übergeordneten“) Steuerung des Ausbaus der Windenergie in SH scheinen für mich schlüssig und nachvollziehbar. Heißt, dem Schutzgut Mensch als auch dem Artenschutz (u.a. den windkraftsensiblen Großvögeln, Zugvögeln, Wiesenbrütern) wird ausreichend Beachtung geschenkt. Es wäre gewiss möglich jedes einzelne Ziel als auch jeden einzelnen Grundsatz der Raumordnung zu kommentieren. Dies scheint aber nicht sinnvoll. Es werden daher lediglich ein paar Punkte hervorgehoben: Die folgenden Ziele und Abwägungen an der Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO werden ausdrücklich begrüßt: • 800m Umgebungsbereich um Siedlungsachsen mit Wohnfunktion bzw. zu	Die Stellungnahme unterstützt in Teilen den vorgelegten Entwurf und wird diesbezüglich zur Kenntnis genommen. Der Abstand von 1.000 m zu Siedlungen bei noch unbelasteten Flächen wird beibehalten, insbesondere angesichts der weiteren Höhenentwicklung der WEA. Die Hinweise zur Wertigkeit der Landschaftsschutzgebiete in der Dithmarscher Geest werden zur Kenntnis genommen. Eine Entscheidung über den Umfang der Inanspruchnahme von Landschaftsschutzgebieten erfolgt erst auf Ebene der Regionalplanung. Zu den Abständen zu Großvogelbrutplätzen wird auf die allgemeine Synopse Ziffer 4.20.1 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	festgelegten Innenbereichen durch Kreisbaubehörden. • 400m Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich (zumeist sind die Eigentümer/-innen bei den beabsichtigten Windprojekten Mitinitiator oder allgemein involviert) Insoweit wird die Akzeptanz bei der Bevölkerung geschaffen und gefestigt. Dem gegenüber wird die Erweiterung des Umgebungsbereichs von 800m auf 1.000m kritisch gesehen. Durch die hinzukommende „Rotorinnenplanung" ergibt sich faktisch ein Abstand von über 1.000m bezogen auf den Turmmittelpunkt. Diese Tatsache führt zwar zusätzlich zu einer weiteren Entlastung der Siedlungsbereiche, schränkt die Verfügbarkeit von Vorranggebieten jedoch weiter ein. In der Folge steht weniger Fläche für die Erreichung der Ausbauziele zur Verfügung. Die Grundsätze und Ziele der Raumordnung 13 G „Landschaftsschutzgebiete" der Anlage 1 zu § 1 LEPWindVO 13 G sowie die Begründung diese Grundsätze sind nachvollziehbar. Auf Bundesebene wurde sich darauf verständigt, dass Landschaftsschutzgebiete bei der Ausweisung von Windvorranggebieten vollumfänglich betrachtet werden sollen. Diese Vorgehensweise findet sich im 1. Entwurf der LEP-Teilfortschreibung wieder, da die Landschaftsschutzgebiete als Grundsatz der Raumordnung berücksichtigt sind und dementsprechend eine Abwägung zu Gunsten des Ausbaus der Windenergie zulassen. Aus meiner Sicht ist diese Vorgehensweise zu begrüßen. Der Gesetzgeber hat den Schutzstatus von LSG bewusst zugunsten von Windenergieanlagen über den neu eingeführten § 26 Absatz 3 BNatSchG aufgehoben, der zu einer größeren Flächenverfügbarkeit für den Ausbau von Windenergie an Land führen soll. Es wird ausdrücklich geregelt, dass Landschaftsschutzgebiete bei der Planung vollumfänglich betrachtet werden sollen und Gebiete für den Ausbau der Windenergie dort ausgewiesen werden können. So weit in B zu 13 angeführt wird, dass für die Abwägungsentscheidung die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden soll, gilt es zu beachten, dass der Kreis Dithmarschen großflächig LSG ausgewiesen hat, um den Bau von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergieanlagen zu verhindern. So wird auch die Fläche zwischen Bargenstedt, Krumstedt und Nindorf vom LSG erfasst. Die Vorgehensweise des Kreises Dithmarschen läuft dem neu eingeführten § 26 Abs. 3 BNatSchG zu wieder, da das LSG explizit nicht als Mittel der Windenergieanlagenverhinderung dienen soll. So sind aktuell mehrere Verfahren gegen die Ausweisung des LSG anhängig, so bspw. auch das von der Südermoorstrom GbR geführte Verfahren vor dem OVG Az. 5 KN 5/22. Be der Abwägungsentscheidung, bei welcher die Begründung der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden soll, wird es stets eine Ermessensentscheidung bleiben, was besonders hochwertige und landschaftlich besonders wertvolle Teilräume sein werden. So ist bei dem LSG „Geestlandschaft bei Bargenstedt" nicht erkennbar, inwieweit hier ein besonders hochwertiger bzw. landschaftlich besonders wertvoller Teilraum im Vergleich zu den Potenzialflächen PR3_DIT_083, PR3_DIT_409, PR3_DIT_073 oder PR3_DIT_066 aber auch anderen Potenzialflächen auf der Schleswig-Holsteinischen Geest wie bspw. PR2_RDE_142, PR2_RDE_144, PR3_STE_010. Ferner gilt es zu berücksichtigen, dass auf einen Teilbereich in Krumstedt bereits in der Vergangenheit Windenergieanlagen in Betrieb waren. Das LSG „Geestlandschaft bei Bargenstedt" umfasst auch diesen Teilbereich, so dass insoweit schon kein besonders hochwertiger und landschaftlich besonders wertvoller Teilraum gegeben sein kann, der Windenergieanlagen ausschließt. Daneben sollte bei der Abwägung berücksichtigt werden, dass vor allem im Kreis Dithmarschen, Planungsraum III, umliegend um Heide (Holstein) mithin auch Bargenstedt/Krumstedt, beim Blick auf die sich entwickelnden Netzstrukturen in den kommenden Jahren sowie sich ansiedelnden Großindustrie mit enormen Stromverbräuchen zu rechnen ist. Durch § 26 Abs. 3 BNatSchG soll auch der erhöhte Strombedarf im Rahmen der Energiewende ein LSG die Flächenverfügbarkeit für Windenergieanlagen nicht einschränken. <u>Brutplätze windkraftsensibler Großvögel (17 G)</u> Die Gesellschaft ist der Auffassung, dass das Land SH auf die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes eingehen sollte bzw. sich auf die Anlage 1 des BNatschG und die darin enthaltenen Abstandskriterien beziehen sollte. Es sind klare Regelungen getroffen, in welchen Abstandsbereichen der Ausbau der Windenergie herum um kartierte Horste ausgeschlossen ist und welche Bereiche als Prüfbereiche anzulegen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	sind. Die Gesellschafter und damit die Gesellschaft stehen der Verfahrensweise der Verankerung der Kriterien zu Zielen und Grundsätze der Raumordnung des Landesentwicklungsplans positiv gegenüber. Ferner bitten wir Sie um die Aufnahme des Gebiets zwischen den genannten Ortschaften, vgl. auch Anhang, als Vorranggebietsfläche für Windenergie im zukünftigen Regionalplan Sachthema Wind zu berücksichtigen. Freundliche Grüße aus Bargenstedt	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2025	**Stellungnahme zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes** **zum Thema Windenergie an Land** Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis zu 250 m haben einen immensen Einfluss auf das Landschaftsbild. Die Gemeinde Lutterbek ist, wie das gesamte Amt Probstei touristisch geprägt. Der Tourismus ist ein sehr bedeutender Wirtschaftsfaktor, das giltinsbesondere für alle Gemeinden, die nördlich der Bundesstraße 502 und in unmittelbarer Nähe zur Ostsee liegen. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen in diesem Bereich wird zu einem unvermeidlichen Zielkonflikt zwischen Tourismus und Windenergie führen. Touristen nutzen die vielen Spurplattenwege sowie unbefestigten Wege in der freien Landschaft als Rad- und Wanderwege. Die gute Fernsicht wird häufig als Fotomotiv genutzt. Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis 250 m haben eine so große Fernwirkung, dass sie noch aus vielen Kilometern deutlich erkennbar und somit negativ wahrnehmbar sind. Die freie Landschaft geht bei einem solchen Anblick der Windenergieanlagen völlig unter. Der Landesentwicklungsplan führt selbst aus, dass bei	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 7.2.12, 3.15, 7.2.1, 7.3, 3.17, 7.2.11, 6.1, 4.8, 4.20, 7.2.5, 7.2.10, 7.2.15 und 3.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	der Ausweisung von Windenergiegebieten die Erfordernisse der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung berücksichtigt werden **müssen.** Die Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek liegen gemäß dem Landesentwicklungsplan im Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung, es ist auch das landesplanerische Ziel, den Tourismus in diesen Gebieten zu fördern. Der Konflikt zwischen Windenergieanlagen und intensiver touristischer Nutzung kann so nah an der Ostsee nicht gelöst werden. Hier muss der Tourismus die Priorität haben, da ansonsten definitiv mitzurechnen ist, dass die Einnahmen aus dem Tourismus entfallen werden. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie wird der Abstand von der Windenergieanlage bis zur Siedlungsfläche auf 800 m festgeschrieben, die **tatsächliche** Höhe der Windenergieanlagen spielt dabei keine Rolle mehr. Die heutigen geplanten Windenergieanlagen haben Höhen von bis zu 250m - bestehende Anlagen weisen Höhen um die 72m auf-; wobei zurzeit sich in der Nachbargemeinde Brodersdorf drei Anlagen mit einer Höhe von jeweils 250 m in Planung befinden. Die Beeinträchtigungen, die von diesen Anlagen ausgehen, betreffen nicht nur die Wohngebäude, dessen Mindestabstand eingehalten wird, sondern auch die Wohngebäude, die in einem Abstand von weit über 800 m liegen. Bei den Beeinträchtigungen geht es nicht nur um Lärm, der von den Anlagen ausgeht, sondern auch um Schattenwurf (**250m Höhe =1700m Schattenwurf)**, den die Rotorblätter verursachen sowie vom Infraschall ganz zu schweigen und insbesondere auch um das Landschaftsbild in einer sehr attraktiven Naturlandschaft eines	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsschutzgebietes, das auch touristisch sehr stark genutzt wird. Windenergieanlagen in einer Höhe von 250 m führen in diesem Gebiet nicht nur zu den zuvor genannten Beeinträchtigungen, sie werden auch einen ganz erheblichen Wertverlust der Wohnbaugrundstücke nach sich ziehen. Diese Wertverluste treten nicht nur in den Randbereichen der Gemeinde mit den geringsten Abständen zu den Windenergieanlagen ein, sie werden sich über das gesamte Gemeindegebiet erstrecken, da die Windenergieanlagen mit 250 m Höhe eine sehr große Dominanz haben und somit von jedem Wohnbaugrundstück in Lutterbek erdrückend wahrgenommen werden. Allein aus Gründen der Lärmbelastung sowie der Belastung durch den Schattenwurf sollten Windenergieanlagen grundsätzlich einen Mindestabstand zu Wohnbauflächen von 1.000 m haben. Darüber hinaus sollte der Abstand um weitere 1.000 m erweitert werden, um die Wertverluste der Wohnbaugrundstücke in erträglichen Grenzen zu halten. Weiter soll gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land der Denkmalschutz bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. In der Gemeinde Laboe befindet sich das Marine-Ehrenmal mit seinem Turm und einer Höhe von 72 m Höhe. Das Marine-Ehrenmal ist eine Gedenkstätte für die auf den Meeren gebliebenen Seeleute aller Nationen und ein Mahnmal für eine friedliche Seefahrt auf freien Meeren. Das Marine-Ehrenmal ist weltweit bekannt, es prägt den Ort und die gesamte Umgebung und zieht Touristen aus der ganzen Welt an, es gilt als Wahrzeichen der Kieler Förde und steht unter Denkmalschutz. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen mit 200m bis 250 m Höhe lässt das Marine-Ehrenmal insbesondere mit Sicht von der B 502 völlig verblassen. Die Windenergieanlagen wären weit mehr als doppelt so hoch wie das Marine Ehrenmal, es würde nicht mehr wahrgenommen werden. Selbst von der Wasserseite aus würden die Windkraftanlagen gegenüber dem Marine-Ehrenmal dominieren, weil sie mehr als drei Mal so hoch sind, wie das Marine-Ehrenmal. Aus denkmalpflegerischer Sicht sollte das Marine-Ehrenmal einen Umgebungsschutz von mindestens 10 Km haben. Das Gebiet nördlich der Bundesstraße 502 sollte auch aus diesem Grunde frei von Windenergieanlagen bleiben.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nordwestlich der Gemeinde Lutterbek im Bereich der Hagener Au befindet sich ein Seeadlerhorst. In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist hierzu ausgesagt, dass innerhalb der in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein dargestellten Dichtezentren für Seeadlervorkommen die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen ausgeschlossen ist. Der Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II weist im nördlichen Gemeindegebiet der Gemeinde Lutterbek ein Seeadlerdichtezentrum aus, der vorhandene Seeadlerhorst befindet sich jedoch im nordöstlichen Bereich der Gemeinde Brodersdorf und damit um ein paar Meter außerhalb des im Landschaftsrahmenplan dargestellten Seeadlerdichtezentrums. Hier sollte der Landschaftsrahmenplan an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst und das Gebiet entsprechend erweitert werden, um den Schutz von Seeadlern auch gewährleisten zu können. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes können dann auch keine Windkraftanlagen in dem Bereich nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek entstehen. In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist weiterhin aufgeführt, dass um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll. Bezogen auf den Seeadler sind hier 2.000 m aufgeführt. In der Abwägung kann jedoch geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist, wenn in dem Abstandsradius bereits raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet wurden. In der Gemeinde Laboe stehen zwei Windenergieanlagen mit einer Höhe von unter 100 m, eine Anlage hat eine Entfernung von ca. 1 Km zum Adlerhorst, die andere Anlage hat eine Entfernung von 1,5 Km zum Adlerhorst. Nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek wird ein Windpark mit drei Anlagen in einer Höhe von jeweils 250 m geplant. Der Seeadlerhorst befindet sich etwa 800 m von der ersten geplanten Windkraftanlage entfernt. Bei diesen Dimensionen mit drei Windkraftanlagen und einer Höhe von 250 m kann davon ausgegangen werden, dass eine unmittelbare Gefahr für den Seeadler besteht. Zum Schutz der Seeadler sollte der Radius um einen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Seeadlerhorst grundsätzlich 2.000 m betragen, eine Prüfung und Abwägung sollte innerhalb dieses Radius nicht möglich sein. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten berücksichtigt werden. Das Landschaftsschutzgebiet „Hagener Au von Probsteierhagen bis zur Einmündung in die Ostsee und Umgebung sowie die Ostseeküste zwischen Laboe und Stein“ verläuft nördlich der B 502 zwischen den Ortslagen Brodersdorf und Lutterbek bis zur Ostsee. Inmitten des Landschaftsschutzgebietes verläuft die Hagener Au mit den sehr schützenswerten Gewässerrandstreifen. Das Gebiet wird von vielen Tier- und besonders auch Vogelarten zur Nahrungssuche wie auch als Rastplatz genutzt. Das gilt im Besonderen während des allgemeinen Vogelzuges. Die Tierwelt würde schon durch den allgemeinen Betrieb der Windenergieanlagen empfindlich gestört, wenn Wartungsarbeiten oder der Austausch von Ersatzteilen erforderlich wird und die Wege wieder mit Schwerlastverkehr befahren werden müssen, ist die Störung für die Tierwelt um ein Vielfaches höher. Es handelt sich in diesem Landschaftsschutzgebiet um einen besonders hochwertigen Naturraum, der besonders geschützt und somit auch von Windenergieanlagen freigehalten werden sollte. Windenergieanlagen werden in Schleswig-Holstein immer häufiger abgeschaltet, weil der produzierte Strom nicht mehr vom Stromnetz aufgenommen werden kann. Bis die Infrastruktur ausgebaut und das Leitungsnetz ertüchtigt ist, wird es noch viele Jahre dauern. Windenergieanlagen sollten eigentlich erst dann gebaut werden, wenn es auch möglich ist, den produzierten Strom **dauerhaft** weiterzuleiten. Leider hat sich die Politik in diesem Fall offensichtlich anders entschieden und die **Betreiber der Windenergieanlagen bekommen den produzierten Strom entlohnt, auch wenn er gar nicht in das Netz eingespeist werden kann**. Das kostet den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stromabnehmer viele Milliarden Euro. Neue Windenergieanlagen dürfen erst wieder zugelassen werden, wenn auch sichergestellt ist, dass der produzierte Strom in das Stromnetz eingeleitet werden kann. Dabei sollten Windenergieanlagen möglichst nahe an Umspannwerke oder bereits ertüchtigte Stromleitungen herangebaut werden. Die Verlegung neuer und zusätzlicher Erdkabel ist nicht nur sehr kostenintensiv, sondern auch von den Bodenverhältnissen her naturschutzfachlich äußerst problematisch. Auch aus diesem Grund sollten nördlich der B 502 keine Windenergieanlagen geplant und gebaut werden. Ein weiteres Problem für Windenergieanlagen nördlich der B 502, nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek ist die bauliche Infrastruktur. Die Spurplattenwege sowie die unbefestigten Wege, die genutzt werden müssen, um Windenergieanlagen überhaupt bauen zu können, sind für den Schwerlastverkehr nicht ausgelegt. Sie müssten also ausgebaut werden, was zu einer weiteren nicht gewollten Versiegelung im Außenbereich und hier sogar im Landschaftsschutzgebiet führt. Ein Rückbau dieser Wegeflächen kann erst nach Ablauf der Gesamtlaufzeit der Windenergieanlagen erfolgen, weil aus Wartungsgründen und für den Ersatzteilaustausch immer wieder Schwerlastverkehr auf diesen Wegen erfolgen muss. Auch aus diesem Grunde sollten nördlich der B 502 keine Windenergieanlagen zugelassen werden. Weiterhin ist im Bereich Brodersdorf/Lutterbek die Einflugschneise des Flughafens Holtenau. Als Anwohner in diesem Bereich erscheint es mehr als fraglich die geplanten Windenergieanlagen mit einer Höhe von 250m dort zu erreichten. Es ist zu beobachten, das Flugzeuge in der geplanten Standortfläche in geringer Höhe den Flughafen anfliegen. Die von den Windenergieanlagen in der Dunkelheit betriebene ständige der Sicherheit dienende Flugbefeuerung weithin sichtbar machen und die Anwohner nur abgedunkelt schlafen können ist ein weiterer Aspekt, welcher für die betroffenen Anwohner mit	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	bewertet werden musss. In der Hoffnung auf Berücksichtigung der Punkte meiner Stellungnahme MfG [redacted] [redacted]	
Institution: Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt, Ortsentwicklung ID: M2265	Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Hilker, die Gemeinde Sylt nimmt zum Entwurf der Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) wie folgt Stellung: Aus ökologischer Sicht sowie aufgrund der naturschutzfachlichen Bedeutung sollte, wie auf den Halligen, eine pauschale Freihaltung von Windkraftanlagen (sowohl raumbedeutsame als auch nicht-raumbedeutsame Anlagen) gelten. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Die pauschale Freihaltung der schleswig-holsteinischen Halligen außerhalb des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer von WEA entsprechend Kapitel 4.5.1.3, Absatz 4 (Z) basiert auf deren herausragenden naturschutzfachlichen Bedeutung. Sie sind nahezu flächendeckend als Natura 2000-Gebiete ausgewiesen und haben eine herausragende naturschutzfachliche Bedeutung für den globalen Vogelzug, wodurch die pauschale Freihaltung von WEA gerechtfertigt wird. Es wird darüber hinaus auf die Ziffer 4.21.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2531	Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme sowie Informationen über beabsichtigte und bereits eingeleitete Planungen und sonstige Maßnahmen zur Rohpotenzialfläche PR1_SLF_047 (Sieverstedt) Sehr geehrte Damen und Herren, anlässlich des Beteiligungsverfahrens zum o.g. Verfahren, möchten wir im Namen des	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Im Zusammenhang hiermit wird ebenfalls auf die Ziffern 2.3, 2.5, 2.10, 3.2, 4.3, 4.5, 4.7, 4.20, 5.3, 5.9, 5.10 und 6.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorhabenträgers, der Windkraftwerke [redacted], Stellung nehmen und Sie über die beabsichtigten und bereits eingeleiteten Planungen eines Windparkprojektes auf der o.g. Fläche informieren. Das Planungsgebiet mit einer ungefähren Größe von 130 ha umfasst zum größten Teil die zuletzt im Regionalplan vom 29.12.2020 nicht übernommene Potenzialfläche PR1_SFL_062 sowie die Rohpotenzialfläche PR1_SLF_047 der Teilfortschreibung des LEP Teil Windenergie 2024. Es liegt im Grenzbereich der Gemeinden Sieverstedt und Havetoft. Die Fläche wird größtenteils intensiv ackerbaulich genutzt, geringfügig auch als Grünland. Sie wird von Verkehrswegen durchkreuzt. Lineare sowie flächenhafte Gehölzstrukturen und Gräben sind vorhanden. Die genaue Lage, Ausdehnung und Zuschnittsanpassung (aufgrund der Aufgabe einer Wohnnutzung) des Planungsgebiets können dem Lageplan (Anlage I) entnommen werden. Die Projektidee bzw. der Aufruf zum Zusammenschluss für eine Windparkplanung im o.g. Gebiet entstammt der örtlichen Bevölkerung. LandeigentümerInnen und BürgerInnen haben gemeinschaftlich die Windkraftwerke [redacted] gegründet, mit dem Ziel, die Windparkplanung in eigener Nachbarschaft voranzutreiben. Derzeit werden in beiden Gemeinden Genossenschaften zur Beteiligung an dem geplanten Windpark sowie der Planung durch interessierte BürgerInnen gegründet. Aufgrund der lokal initiierten Bestrebungen konnte die Flächensicherung bereits zu einem wesentlichen Teil abgeschlossen werden. Darüber hinaus wurde die Aufgabe eines Einzelgehöfts im Nordosten [redacted] des Planungsgebietes vertraglich vereinbart. Derzeit ist davon auszugehen, dass bzgl. des Wohnhauses zunächst eine öffentlich-rechtliche Absicherung durch Baulast mit dem Ziel des Rückbaus zum Tragen kommen wird (vgl. E-Mail der Landesplanung vom 28.03.2024). Die angrenzenden Stallgebäude sollen nach Aufgabe des Wohnrechtes weiterhin für die Nutztierhaltung in Anspruch genommen werden. Die Tiere sollen hierbei zwei Mal am Tag für jeweils ca. 30-45 Minuten gefüttert werden. Darüber hinaus werden sich keine Personen in den Stallgebäuden aufhalten, Aufenthalts-, Sozial-, oder Sanitärräume sollen künftig nicht mehr zur Verfügung stehen. Für die Planung dieses Bürgerwindparkprojektes wurde im Sommer 2023 bereits ein Antrag zur Förderung gemäß der Richtlinie für die Vergabe von Zuwendungen aus dem Sondervermögen Bürgerenergie.SH des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung bei der IB.SH gestellt. Der Zuwendungsbescheid in	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Höhe von [redacted] wurde am 05.02.2024 ausgestellt. Auch die beiden von der Planungsfläche betroffenen Kommunen sind dem Projekt gegenüber positiv eingestellt. Durch einen jeweiligen Letter of Intent (Anlage II) haben die Gemeinden Sieverstedt und Havtoft bereits Ihre Unterstützung bekundet. Beide Gemeinden beschäftigen sich gemäß LOI seit längerer Zeit mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien. Durch die Bündelung sektorenübergreifender Ressourcen möchten sie die Daseinsvorsorge nachhaltig gestalten. Diesbezüglich wird die Einbindung der geplanten Windenergieanlagen (WEA) in die Energieversorgung der Quartierskonzepte geprüft. Darüber hinaus wird der Aufbau eines Bürgerstromtarifs fokussiert. In Hinblick auf die Zubau-Zielsetzungen des aktuellen Koalitionsvertrages (SH) wird deutlich, dass erheblich mehr Flächen für Windenergie ausgewiesen werden müssen als bisher. Diese soll gemäß Koalitionsvertrag rechtssicher in den Raumordnungsplänen verankert werden, wobei immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick zu behalten ist. Mit dem vorliegenden Bürgerwindparkprojekt wird dem Ansatz des Koalitionsvertrages in Gänze Rechnung getragen. Dementsprechend begrüßen wir im Namen des Vorhabenträgers die Ausweisung der o.g. Fläche aus folgenden Gründen: Um die generelle Eignung für die Windenergienutzung zu prüfen, wurde die Planungsfläche in Anlehnung an die zuletzt geltenden Kriterien der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) 2010, Kapitel 3.5.2 (Windenergie an Land) (2020) unter Abgleich mit den Zielen und Grundsätzen des ersten Entwurfs der Teilfortschreibung des LEP 2024 sowie unter Berücksichtigung des Eckpunktepapiers (MIKWS, Dezember 2023) sowie der Angaben im Datenblatt “Abwägungsbereich für die Windenergienutzung PR1_SLF_062” (Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I Kapitel 5.8 (Windenergie an Land) – 29.12.2020) auf mögliche Konflikte untersucht: Die nachstehend angefügten Klammerwerte beziehen sich auf die Nomenklatur der “Kriterienliste” der Regionalplanteilfortschreibung (2020) sowie - in eckigen Klammern - auf die Ziele und Grundsätze der Teilfortschreibung des LEP Teil Windenergie 2024. Harte Tabukriterien	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• 250m Puffer um Einzelhäuser und Splittersiedlungen (hT01) Aufgrund der geplanten Aufgabe des Wohnrechts des im Osten der Planungsfläche gelegenen Hauses ([redacted]) ist dieses Kriterium auf das Gebäude nicht mehr anzuwenden. Einer um diesen Bereich erweiterten Flächenausweisung stehen daher keine harten Tabukriterien entgegen. Weiche Tabukriterien: • 30-100m Abstand um Wälder (wt29) / [Z18] Gemäß Eckpunktepapier sollen Abstände zu Waldflächen entsprechend der ökologischen Wertigkeit angepasst werden. Diese ist jeweils zu ermitteln und der, zunächst noch mit 30m angenommene, Abstand zum Planungsgebiet im weiteren Verfahren sachgerecht anzupassen. Im weiteren Planungsverlauf wird ggf. ermittelt, ob es sich um einen Naturwald gem. § 14 Absatz 1 Landeswaldgesetz handelt. Eine entsprechende Berücksichtigung kann im Genehmigungsverfahren nach BIm-SchG erfolgen. Abwägungskriterien • 800-1000m Siedlungsbereiche (abw01) / [G01] Die gemäß Abwägung (Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I Kapitel 5.8 (Windenergie an Land) – 29.12.2020) vorgenommene Erweiterung des Schutzbereiches um die Ortslagen Süderschmedeby und Sieverstedt auf insgesamt 1.000 m Abstand begründete sich auf eine in diesem Bereich fehlende Vorbelastung durch Windenergienutzung und dem damit verbundenen höher zu gewichtenden siedlungsnahen Freiraumschutz. Jedoch wurden Ende 2014 bereits sechs WEA südwestlich von Süderschmedeby bzw. westlich von Sieverstedt sowie 2022 vier weitere WEA südlich von Sieverstedt am Rande des Gemeindegebiets errichtet. Eine Vorbelastung durch Windenergienutzung an den Gemeindegrenzen ist damit bereits gegeben. Insofern ist dem siedlungsnahen Freiraumschutz und daher auch dem vorliegenden Abwägungskriterium eine geringere Gewichtung einzuräumen. • Stadt-/Umlandbereich in ländlichen Räumen; verdichteter Bereich der Ordnungsräume (abw04) / [G03] Der Abwägung (Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I Kapitel 5.8	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Windenergie an Land) – 29.12.2020) folgend, ist die Lage im Stadt-Umland-Bereich Flensburg als peripher anzusehen und steht der Windkraftnutzung an dieser Stelle nicht entgegen. Ergänzend ist hinzuzufügen, dass entlang der Bundesautobahn BAB7 im Stadt- und Umlandbereich der Stadt Flensburg auf dem Gebiet der Gemeinde Sieverstedt bereits sechs Windenergieanlagen mit Gesamthöhen bis zu 150 m errichtet wurden (vgl. auch Kriterium abw01). • Militärische Schutzbelange (abw12) Gemäß der Abwägung (Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I Kapitel 5.8 (Windenergie an Land) – 29.12.2020) ergeben sich in Bezug auf militärische Schutzbelange keine Hinweise, dass eine Windenergienutzung in dem Gebiet generell auszuschließen wäre. Konflikte können ggf. über Micrositing oder Auflagen im Genehmigungsverfahren geheilt werden. • Belange des Denkmalschutzes (abw16) / [G28] Innerhalb des Planungsgebietes befinden sich fünf Hügelgräber. Im Auftrag des Vorhabenträgers wurde eine denkmalfachliche Stellungnahme durch den Denkmalgutachter [redacted] erstellt (Anlage III). Diese kommt nach Begutachtung der nicht öffentlich zugänglichen Hügelgräber und Vergleich mit einem Referenzobjekt zu dem Schluss, dass in der Umgebung geplante WEA die Hügelgräber aufgrund ihrer geringen Anzahl und Verteilung im Gelände weder bedrängen, überflügeln oder in eine ungebührliche Konkurrenz zu ihnen treten. Darüber hinaus weist der Gutachter darauf hin, dass bereits technische und bautechnische Vorbelastungen der Umgebung (Hochspannungsmasten, Leitungen, Biogasanlagen, Bestands-WEA) vorliegen und die bloße Sichtbarkeit einer WEA gemeinsam mit einem Kulturdenkmal keine Beeinträchtigung des Schutzgutes begründet. Da relevante Sichtachsen gar nicht und Blickbeziehungen nicht erheblich betroffen wären, fehlt es gemäß Stellungnahme an der Störung, der Beeinträchtigung oder optischen Bedrängung des Schutzgutes. Zudem wäre die teilweise bereits abgetragene Substanz der Hügelgräber durch die geplanten WEA nicht betroffen. Des Weiteren liegt eine Stellungnahme des Archäologischen Landesamtes vom 18.07.2024 bezüglich der aktuellen Planungen vor (vgl. Anlage IV). Die Stellungnahme weist auf einen Mindestabstand von rund 300m zu den im Gebiet befindlichen archäologischen Denkmalen aus – leichte Abweichungen sind nach Prüfung des Einzelfalls möglich. Dieser Mindestabstand sowie weitere in der Stellungnahme	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	genannte Auflagen werden in der weiteren Planung berücksichtig. Der überplante Bereich befindet sich darüber hinaus teilweise in einem archäologischen Interessengebiet. Da hier mit einem erhöhten Aufkommen an archäologischen Denkmalen zu rechnen ist, bedürfen Erdarbeiten in diesen Bereichen der weiteren Abstimmung mit dem Archäologischen Landesamt. Gemäß der bereits genannten Stellungnahme ist die Fläche durch das Archäologische Landesamt SH zu untersuchen und vorhandene Denkmale sind zu bergen und zu dokumentieren. Ein genereller Ausschluss der Fläche erscheint vor diesem Hintergrund sowie der im Eckpunktepapier angeführten Absicht den Dankmalschutz zugunsten der Windenergienutzung geringer zu gewichten, nicht erforderlich. • Charakteristischer Landschaftsraum (abw21) Gemäß Eckpunktepapier soll dieses Abwägungskriterium gestrichen werden und steht der Ausweisung der Fläche somit nicht mehr entgegen. • Schützenswerte Geotope (abw25) / [G26] Der westliche Teil des Planungsgebiets liegt in einem Geotop-Potenzialgebiet („Nordhöhe bei Süderschmedeby“). Da abschließende Untersuchungen mit Abgrenzungen konkreter Geotope noch nicht stattgefunden haben, sollte sich a priori kein genereller Flächenausschluss ergeben, sondern, falls erforderlich, allenfalls eine Einzelfallprüfung auf Verfahrenseben (BImSchG) durchgeführt wer-den. • Kleinstbiotope [G16] Innerhalb der Planungsfläche befinden sich einige Kleinstbiotope – ein Großteil dieser liegt innerhalb von Kompensationsflächen (vgl. nachstehend [G27]). Diese werden nach Abstimmung zu den Ergebnissen der laufenden naturschutzfachlichen Erfassungen von der Windenergienutzung freigehalten. • Kompensations- und Ökokontoflächen [G27] Innerhalb der Planungsflächen liegen zwei Ausgleichsflächen. Im Zuge der Abstimmung bezüglich der laufenden naturschutzfachlichen Erfassungen werden mögliche Konflikte mit einer angrenzenden Windenergienutzung geprüft, bewertet und in der weiteren Planung berücksichtigt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Übrige Gewässer zweiter Ordnung sowie Seen und Teiche unter einem Hektar [G30] Die beiden mittig im Planungsgebiet liegenden Gewässer befinden sich innerhalb einer der Ausgleichsflächen (vgl. vorstehend [G27]). Daher werden diese Bereiche, wie zuvor beschrieben, nach Abstimmung und Prüfung von der Windenergienutzung freigehalten. Neben den vorgenannten Kriterien sind die folgenden Sachverhalte zu thematisieren: • Großvogelhorste Der Abwägung (Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I Kapitel 5.8 (Windenergie an Land) – 29.12.2020) zufolge überschneidet sich die Planungsfläche im nördlichen Bereich mit dem potenziellen Beeinträchtigungsbereich eines Großvogelhorstes. In Abstimmung mit dem LfU handelt es sich hierbei um einen Seeadlerhorst. Der nördliche Rand des Planungsgebietes liegt gem. § 45b BNatSchG mit einem Abstand von rd. 3km zum Brutplatz innerhalb des erweiterten Prüfbereiches (5km), aber außerhalb des zentralen Prüfbereiches (2km) nach BNatschG für diese Brutvogelart. Aufgrund des Abstandes ist davon auszugehen, dass das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare nicht signifikant erhöht ist, es sei denn, 1. die Aufenthaltswahrscheinlichkeit dieser Exemplare in dem vom Rotor überstrichenen Bereich der Windenergieanlage(n) ist aufgrund artspezifischer Habitatnutzung oder funktionaler Beziehungen deutlich erhöht und 2. die signifikante Risikoerhöhung, die aus der erhöhten Aufenthaltswahrscheinlichkeit folgt, kann nicht durch fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen hinreichend verringert werden. Im Rahmen der abgeschlossenen Habitatpotenzialanalyse (HPA) (vgl. Anlage V) konnte keine besondere Attraktivität der hier beschriebenen Planungsfläche bzw. der südlich hiervon liegenden Flächen festgestellt werden. Es ist daher laut HPA keine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos durch Kollision mit WEA auf der Planungsfläche festzustellen. • Naturschutz In einer Entfernung von rd. 400 m zum Plangebiet befindet sich das FFH-Gebiet DE 1322-392 „Wald-, Moor- und Heidelandschaft der Fröruper Berge und Umgebung“. Eine	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	wesentliche Beeinträchtigung ist jedoch, vorbehaltlich einer Natura2000-Vorprüfung, aufgrund der Abstände zum nördlich bzw. östlich gelegenen Teil-Gebiet hinsichtlich seiner Schutzziele voraussichtlich nicht zu erwarten. Die im Osten angrenzenden Ökokontoflächen (größtenteils Wald) sowie die südlich im Gebiet gelegenen Kompensationsflächen betonen gemäß der Abwägung eine naturschutzfachliche Wertigkeit des Planungsgebiets, welche es im Zuge der weiteren Planungen zu überprüfen gilt. Große Teile der o.a. Ökokontoflächen (Holming I-III) stehen dem Windparkvorhaben durch vertragliche Vereinbarungen zur Verfügung. Somit können Ausgleichsflächen in unmittelbarer Nähe zum Planungsvorhaben zur Kompensation in Anspruch genommen werden. Der Planungsraum liegt außerhalb entsprechender Vorranggebiete für Wiesenvögel. Er weist jedoch ein Brutplatzpotenzial für Offenlandarten auf und in den Gehölzbiotopen sind Brutplätze der Gehölzgilden zu erwarten. Durch einschlägige Minimierungs- und Vermeidungsmaßnahmen können erhebliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden. Zum Schutz von nicht auszuschließenden lokalen und migrierenden Fledermausarten sind vorsorglich Abschaltmaßnahmen vorzusehen. Vorbehaltlich der Ergebnisse der kürzlich abgeschlossenen avifaunistischen Erfassungen und anstehenden naturschutzfachlichen Bewertungen ist davon auszugehen, dass ein artenschutzrechtliches Konfliktpotenzial einer Ausweisung der Fläche nicht entgegensteht. Zusammenfassend betrachtet wird anhand der vorstehenden Einschätzungen deutlich, dass das Bürgerwindparkprojekt einen entscheidenden Beitrag zum Windenergieausbau in Schleswig-Holstein leisten kann. Durch die Vorprüfung der Kriterien und Sachverhalte hat sich ergeben, dass durch das geplante Vorhaben voraussichtlich nicht mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die betroffenen Belange zu rechnen ist und so zum jetzigen Zeitpunkt einer künftigen Ausweisung als Vorrangfläche nichts entgegensteht. Aufgrund des wichtigen Beitrags sowohl für die Kommunen als auch für den Ausbau sektorübergreifender Ressourcen und die Energiewende im Allgemeinen, sprechen wir uns auch im Namen des Vorhabenträgers für die Ausweisung der hier beworbenen Fläche mit einer Größe von rund 130 ha aus. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anlagen: Anlage I – Lageplan Anlage II – Letter of Intent Gemeinde Sieverstedt und Gemeinde Havetoft Anlage III – denkmalfachliche Stellungnahme Anlage IV – Stellungnahme des Archäologischen Landesamtes Anlage V – Habitatpotenzialanalyse Seeadler	
Institution: Blanke Meier Evers Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB **ID: M2834**	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 — 1. Entwurf Juni 2024; [redacted] Unser Zeichen: [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, wir nehmen für unsere Mandantin, die [redacted] zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Erster Entwurf Juni 2024 wie folgend Stellung: I. Betroffenheit Seit 1990 werden auf den Flächen, in der Gemeinde Brunsbüttel, Kreis Dithmarschen südlich vom Elbdeich und nördlich von der Hauptverkehrsachse B5 zwischen Marne und Brunsbüttel Windenergieanlagen im Windpark Brunsbüttel West betrieben. Die ab 1990 bis 1995 errichteten Anlagen wurden durch unsere Mandantin 2010/2011 durch leistungsstärkere und neue Windenergieanlagen vom Typ Enercon E-82 mit einer Nennleistung von 36 MW ersetzt und seitdem im Windpark Brunsbüttel West betrieben. Im Landesentwicklungsplan 2010 wurde die Fläche als Eignungsfläche für Windenergienutzung ausgewiesen. Nachdem ein Forschungsvorhaben „Progress“ zu der Fläche DIT_110 eingeholt wurde, wurde die Potenzialfläche PR3_DIT_112 in der Regionalplanung nicht mehr als Eignungsgebiet ausgewiesen. Entsprechend des Entwurfs zur Teilfortschreibung liegen die achtzehn	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Eine fehlerhafte Abwägung bei der Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs als Ziel der Raumordnung ist nicht erkennbar. Die Landesplanung hat sich bewusst dafür entschieden, die Hauptachsen aus den genannten Gründen freizuhalten und nicht der Einzelentscheidung auf der Zulassungsebene zu überlassen. Eine fehlerhafte Abwägung bei der Festlegung des Ziels der Freihaltung europäischer Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche ist nicht erkennbar. Die Landesplanung hat sich bewusst dafür entschieden, die Gebiete aus den genannten Gründen freizuhalten und nicht der Einzelentscheidung auf der Zulassungsebene zu überlassen. Es wird auf Ziffer 4.1 der allgemeinen Synopse und auf die Begründung zu diesem Ziel

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergieanlagen unserer Mandantin nunmehr auf der für Windenergieanlagen ausgeschlossenen Fläche. Die Fläche besteht überwiegend aus Ackerland, teilweise sind naturnahe Flächen, Grünland und Gehölze gegeben. Ferner wird die Fläche durch den Flächennutzungsplan der Stadt Brunsbüttel in der aktuellen Fassung vom 2. Februar 2024 als Fläche zur Errichtung von Windenergieanlagen ausgewiesen. Dreizehn Windenergieanlagen unserer Mandantin liegen auf der Fläche, die wegen den erklärten Zielen „Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung“ (Kapitel 4.5.1.3. 15 Z) und „Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche“ (Kapitel 4.5.1.3. 1 Z) ausgeschlossen werden. Darüber hinaus liegen acht Windenergieanlagen unserer Mandantin auf Flächen, die für Windenergie wegen den Abstandskriterien zur Wohnbebauung ausgeschlossen werden. Von den acht Windenergieanlagen liegen drei in dem Geltungsbereich des Kriteriums „300 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion“ (Kapitel 4.5.1.1. Z 1) und fünf Windenergieanlagen in dem Geltungsbereich des Kriteriums „400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich“ (Kapitel 4.5.1.1.1 2 Z). II. Ausschlusskriterium Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung Eine Abwägung der Interessen ist nicht erkennbar; jedenfalls unvollständig. Eine Interessenabwägung die sich an den Maßstäben des $& 7 Abs. 2 ROG messen lässt, kommt zu dem Ergebnis, dass das Ausschlusskriterium „Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges“ abwägungsfehlerhaft wäre. Insbesondere wurden die örtlichen Gegebenheiten unzureichend ermittelt und die Interessen an der Nutzung der Windenergie fehlgewichtet. 1. Abwägungsmaßstab Bei der Aufstellung der Raumordnungspläne sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen, 8 7 Abs. 2 Satz 1 ROG. Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung (Z 15) werden nach dem Entwurf als Ziel der Raumordnung im Sinne des 8 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG statuiert. Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums, die vom Träger der Raumordnung abschließend in textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen abgewogen werden müssen, $ 3	verwiesen. In Bezug auf den 800 m Umgebungsbereich um Siedlungsgebiete wird einerseits auf die Begründung verwiesen. Darüber hinaus steht dem Land hier eine Gesetzgebungskompetenz zu: Unter dem Gesichtspunkt der Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Bodenrecht und der sich daraus ergebenden grundsätzlich abschließenden Regelung des Bodenrechts im BauGB und seiner Rechtsverordnungen eröffnet jedoch § 249 Abs. 3 den Ländern die Möglichkeit, innerhalb der dort bezeichneten Voraussetzungen (Grenzen) materiell-rechtliche Regelungen zur Zulässigkeit von Windenergieanlagen im Außenbereich nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 zu treffen („Länderöffnungsklausel“). Die in § 249 Abs. 3 bezeichneten Voraussetzungen haben die Bedeutung, die Gesetzgebungskompetenz der Länder in dem dadurch bestimmten Rahmen zuzulassen und zugleich zu beschränken. Im Übrigen obliegt es dem jeweiligen Land, eigenverantwortlich darüber zu entscheiden, ob und inwieweit es von der nach § 249 Abs. 9 eingeräumten Gesetzgebungsbefugnis Gebrauch macht (Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger/Söfker, 155. EL August 2024, BauGB § 249 Rn. 162, beck-online). Hinsichtlich der Beschlussvorlage der Stadt Brunsbüttel zur Ausweisung einer Vorrangfläche zwecks Repowering vom 3.9.2024 wird auf Ziffer 7.1.4 der allgemeinen Synopse verwiesen. Für den 400 m Umgebungsbereich im Außenbereich gilt dasselbe. Im Übrigen wird auf Ziffer 2.5 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abs. 1 Nr. 2 ROG. Abzuwägen sind alle privaten Belange, die „nach Lage der Dinge“ in die Abwägung „eingestellt werden“ müssen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.11.1979 — 4 N 1.78, VerwRspr 1980, 678 (683)). Das notwendige Abwägungsmaterial ist in seiner Tendenz eher weit als eng; dennoch kann der Plangeber nicht „alles“ berücksichtigen müssen (BVerwG, Beschl. v. 09.11.1979 — 4 N 1.78, VerwRspr 1980, 678 (684)). Geringwertige, nicht schutzwürdige und nicht erkennbare Belange kann der Plangeber in seiner Abwägungsentscheidung unberücksichtigt lassen (BVerwG, Beschl. v. 9. 11. 1979 — 4 N 1.78, VerwRspr 1980, 678 (685)). Desto konkreter raumordnungsrechtliche Festlegungen sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind (OVG Münster, Urt. v. 16.02.2024 — 22 D 150/22.AK, BeckRS 2024, 5777, Rz. 218). Wenn auf der nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebene kleinteilige private Belange nicht mehr zu prüfen sind, müssen diese bei der Abwägung berücksichtigt werden. Wenn hingegen auf der nächsten Planungs- oder Zulassungsebene ein Beurteilungsspielraum verbleibt, die nachgeordneten Planungs- oder Zulassungsbehörden also einen Abwägungsspielraum behalten, brauchen kleinteilige private Interessen in der übergeordneten Ebene nicht abgewogen werden (vgl. BVerwG, Beschl. v. 10.02.2016 — 4 BN 37.15, BeckRS 2016, 43617, Rz. 9; Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 1. Aufl. 2010, 8 7 Rz. 33). Indem der Landesentwicklungsplan die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs zum Ziel der Raumordnung erklärt, wird den nächstgeordneten Planungs- und Zulassungsbehörden jedwede Abwägungsmöglichkeit genommen. Die Festlegung als Ziel hat zur Folge, dass keine Windenergieanlage im Geltungsbereich des Kriteriums genehmigt werden kann, weil ein Verstoß gegen die Ziele der Raumordnung vorläge, $ 35 Abs. 3 Satz 2 BauGB. Da den Planungs- und Zulassungsbehörden kein Abwägungsspielraum bleibt und im Verhältnis zur Fläche des Landes erhebliche Flächenteile ausgeschlossen werden, müsste sich die Abwägung durch die Landesplanungsbehörde kleinteilig und detailliert mit den betroffenen Interessen, insbesondere dem Interesse der Windenergieanlagenbetreiber und mit dem Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien auseinandergesetzt haben. 2. Fehlende Abwägung im Entwurf Die Begründung zum Ziel der Raumordnung „Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung“ umfasst acht Sätze und erwähnt weder das Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien noch die Interessen von Betreibern;	Synopse verwiesen. Bezüglich der weiteren Punkte aus der Stellungnahme wird im Übrigen auf die allgemeine Synopse und hier insbesondere auf Ziffer 2.5, 4.1, 4.16 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	insbesondere die der Bestandsbetreiber, wie unserer Mandantin. Es liegt praktisch auf der Hand, dass diese Ausführungen nicht den dargestellten Maßgaben für die Abwägung entsprechen. In der Begründung wird lediglich darauf verwiesen, dass das Ausschlusskriterium dem von Windenergieanlagen ausgehendem erhöhten Kollisions- und Tötungsrisiko Rechnung tragen soll. Wegen des verdichteten Vogelzuges seien die Hauptflugachsen von Windenergieanlagen freizuhalten, um die artenschutzrechtlichen Verpflichtungen zum Schutze und zur Erhaltung der Arten dauerhaft zu gewährleisten. Obwohl nur eine kurze und oberflächliche Begründung erfolgt, die schon nach ihrem Umfang dem Prüfmaßstab nicht gerecht wird, ist diese zudem inhaltlich fehlerhaft. Die Einhaltung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbotes kann kein Ziel der Raumordnung auf Landesebene sein. Vielmehr ist dieses im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu thematisieren (vgl. VG Gera, Urt. v. 24.06.2021 — VG 5 K 978/20 GE, BeckRS 2021, 61155, Rz. 238). Die Einhaltung des Tötungsverbotstatbestandes wird durch Regelungen zur Errichtung und zum Betrieb der Anlage sichergestellt (z.B.: Bauzeitenfenster, Abschaltzeiten) und ist einzelfallbezogen unter Beachtung der konkreten Gegebenheiten vor Ort zu prüfen. Gerade bei dem von unserer Mandantin beabsichtigen Repowering wird verkannt, dass die Genehmigungsbehörde im Änderungsverfahren für das Repowering bei der artenschutzrechtlichen Prüfung die Auswirkungen der zu ersetzenden Bestandsanlage als Vorbelastung zu berücksichtigen hat, $& 45 Abs. 2 Satz 2 BNatSchG. Der Wegfall der von der Altanlage verursachten Belastung sind bei der artenschutzrechtlichen Beurteilung als Entlastungsfaktor zu berücksichtigen (vgl. Gellermann, in: Landmann/Rohmer, Umweltrecht, Stand: März 2023, 8 45c BImSchG Rız. 5). Dabei sind insbesondere die Anzahl, die Höhe, die Rotorfläche, der otordurchgang, die planungsrechtliche Zuordnung der Bestandsanlagen, die Lage der Brutplätze kollisionsgefährdeter Arten, die Berücksichtigung der Belange des Artenschutzes zum Zeitpunkt der Genehmigung und die durchgeführten Schutzmaßnahmen einzubeziehen, 8 45c Abs. 2 Satz 3 BImSchG. Als übergeordnete Planungsbehörde kann die Landesplanungsbehörde diese einzelfallbezogene Prüfung nicht durch pauschale Vorgaben ersetzen. Verkannt wird ferner, dass mit der in 8& 45c Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 BNatSchG genannten planungsrechtlichen Zuordnung der Anlage zum Ausdruck gebracht wird, dass bei der Prüfung zu berücksichtigen ist, ob die Anlage im Zeitpunkt der Genehmigung in einer Konzentrationszone, einem Vorranggebiet oder Ähnliches errichtet wurde (Bundestagsdrucksacke 20/2354, S. 29). Für unseren Mandantin ist zwingend zu berücksichtigen, dass sich die achtzehn von ihr errichteten Windenergieanlagen im Zeitpunkt der Genehmigung In einem sowohl durch die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Regionalplanung als auch im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Eignungsgebiet der Gemeinde Brunsbüttel befanden. Die Anzahl der Einzelfallkriterien zeigt umso deutlicher, dass die Prüfung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbotes als Einzelfallprüfung im Genehmigungsverfahren in die Kernkompetenz der Genehmigungsbehörden fällt. Bei der für unsere Mandantin relevante Fläche, zeigt sich ein deutlicher Wertungswiderspruch, wenn die Fläche für ein Repowering ausgeschlossen wird, um ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko durch Windenergieanlagen auszuschließen und gleichzeitig die Mehrheit der Zugvögel durch die Landesverordnung über jagdbare Tierarten und über die Jagdzeiten (nachfolgend: JagdZV SH 2019) zur Jagd freigegeben werden. Insofern stellt sich die Frage, inwiefern der Ausschluss der Fläche wirklich von der Motivation getragen wird, die Vögel vor Verletzungen und Tötungen zu schützen. Die Weißwangengans macht 61 Prozent des registrierten Gesamtzugaufkommens aus und ist ausschlaggebend für die Einordnung als Hauptachse des überregionalen Vogelzuges (vgl. GFN, Erläuterungsbericht — Ergebnisse und Bewertung der Zug- und Rastvogel Erfassung, S. 11, den wir als Anlage 1 beifügen). Nach der dominierenden Weißwangengans sind 23 Prozent der registrierten Zugvögel Graugänse (vgl. GFN, Erläuterungsbericht — Ergebnisse und Bewertung der Zug- und Rastvogel Erfassung, S. 11). Die Weißwangengans darf in Schleswig-Holstein von Oktober bis Ende Februar bejagt werden, die Graugans sogar von Mitte Juli bis Ende Januar 8 2 Abs. 1 JagdZV SH 2019). Vögel zur Jagd freizugeben und gleichzeitig regenerative Energien auszuschließen, um ein von Windenergieanlagen ausgehendes Tötungsrisiko für diese Arten auszuschließen, ist schwer nachvollziehbar. Die Landesplanungsbehörde hat keine Planungskompetenz über Regelungen zur Errichtung und zum Betrieb einer konkreten Anlage. Ein bedeutender Vogelzugkorridor kann „im Einzelfall“ der Zulassung von Windenergieanlagen entgegenstehen (OVG Koblenz, Urt. v. 28.10.2009 — 1 A 102000/09-, juris). Das schließt jede Pauschalisierung aus. Der Konflikt kann jedenfalls durch Auflagen gelöst werden (OVG Saarlouis, Urt. v. 07.03.2024 — 2 C 253/22, juris Rz. 55 ff.) oder er besteht gar nicht, weil es konkret keine Kollisionsgefahr im Zugweg - trotz der Lage innerhalb — gibt (vgl. OVG Koblenz, Urt. v. 31.10.2019 — 1 A 11643/17, juris Rz 38). Eine abwägungsgerechte Ermittlung des Konflikts liegt nicht vor und ist mit den Mitteln und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	aus der Position der Landesplanung auch nicht sachgerecht aufzuklären. Das alles zeigt mittelbar, dass es nicht Aufgabe des Landesentwicklungsplans ist, landesweit solche negativen Ausschlussflächen — ohne konkrete Sachbasis zu setzen. 3. Sachgerechte Abwägung Eine sachgerechte Abwägung, die den Anforderungen des 8 7 Abs. 2 Satz 1 ROG genügt, kommt zu dem Ergebnis, dass Windenergieanlagen auf der Landesebene nicht ausgeschlossen werden können aufgrund des Kriteriums „Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung“. Bei jeder auf den weiteren Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien gerichtete Maßnahme soll bei der Schutzgüterabwägung der Ausbau erneuerbarer Energien als überragendes und höchstrangiges öffentliches Interesse Vorrang haben, vgl. Art. 20a GG (OVG Greifswald, Urt. v. 07.02.2023, 5 K 171/22 OVG. KlimR 2023, 120, Rz. 157 ff.). Der Ausbau und die Nutzung von Windkraft leisten einen faktisch unverzichtbaren Beitrag zu der verfassungsrechtlich durch Art. 20a GG und durch grundrechtliche Schutzpflichten gebotenen Bekämpfung des Klimawandels und unterstützt zugleich die Sicherung der Energieversorgung, die derzeit besonders gefährdet ist (BVerfG, Beschl. v. 27.09.2022 — 1 BvR 2661/21 —- NVwZ 2022, 1890, 1899). Insbesondere das herausgehobene Interesse am Repowering ist in der Abwägung einzubeziehen. Das Repowering dient dazu im Sinne der gesellschaftlich geforderten Energiewende, die Nutzung regenerativer Energiequellen effektiver umzusetzen und zu fördern und somit die Produktion von Treibhausgasen erheblich zu reduzieren (VG Leipzig, Beschl. v. 26.04.2017 — 1 L 1117/16, BeckRS 2017, 122017, Rz. 105). Eine Steigerung der Kapazität und Effizienz ist für das Gelingen der Energiewende von tragender Bedeutung (vgl. Hendrischke, Bewältigung naturschutzrechtlicher Konflikte beim Ausbau erneuerbarer Energien, NVwZ 2023, 965 (970)). Werden Anlagen nicht repowert müssen, um ausreichend regenerative Energie zu erzeugen, Windenergieanlagen an anderen Standorten errichtet werden. Im Vergleich zur Errichtung eines neuen Windparks an einem anderen Standort sind die Umweltbelastungen bei einem Repowering stark vermindert. Für die Beibehaltung der Nutzungsmöglichkeit durch ein Repowering streitet, die vorhandene Infrastruktur, insbesondere die vorhandene Einspeisemöglichkeit für den in den Anlagen erzeugten Strom. Bei der Abwägung ist zudem zu berücksichtigen, dass der Ausbau erneuerbarer Energien vorrangig der Erhaltung unserer Lebensgrundlagen dient. Gerade Windenergieanlagen fördern den Artenschutz, indem sie die fossile Energiegewinnung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ersetzen. Die durch die fossile Energiegewinnung verursachten Treibhausgase tragen zur Erderwärmung bei, welche Hauptauslöser für das Artensterben ist. Die Errichtung von Windenergieanlagen fördert das legitime Ziel des Artenschutzes. 4. Defizitäre Ermittlungen Auch die Ermittlungstiefe ist davon abhängig, wie konkret das Kriterium iIst und wie groß die betroffenen Flächen sind. Desto konkreter die raumordnungsrechtlichen Festlegungen und desto größer die betroffenen Flächen sind, umso höher sind die Anforderungen an die Ermittlungstiefe (OVG Münster, Urt. v. 16.02.2024 — 22 D 150/22.AK, BeckRS 2024, 5777, Rz. 218). Das Kriterium ist konkret, hat für die nachgeordneten Behörden einen abschließenden Charakter und betrifft erhebliche Flächen Schleswig-Holsteins. Der pauschale Hinweis, dass der Vogelzug „nachweisbar“ Landschaftsstrukturen folgt und sich hier verdichtet, ist evident unzulänglich. Insbesondere für die Flächen, auf denen die Windenergieanlagen der Windpark [redacted] liegen, ist nicht nachgewiesen, dass der Vogelzug ein solches Ausmaß angenommen hat, dass das Gebiet eine Hauptachse des Vogelzuges mit besonderer Bedeutung ist. Vielmehr zeigt das von der Mandantin eingeholte Gutachten, dass selbst in den untersuchtem Frühjahrs- und Herbstzugzeitraum weit überwiegend (90 % der untersuchten Tage), kein oder nur schwacher Vogelzug feststellbar ist (GFN, Erläuterungsbericht — Ergebnisse und Bewertung der Zug- und Rastvogel Erfassung, S. 29). Nur an einem Tag wurde ein starker Vogelzug festgestellt, der mit 530 Vögeln pro Stunde an der unteren Grenze für die Einordnung als stark liegt, denn ein Vogelzug ist bei 500-1000 Vögeln pro Stunde als stark einzuordnen (GFN, Erläuterungsbericht — Ergebnisse und Bewertung der Zug- und Rastvogel Erfassung, Tabelle auf S. 29). Sofern nachgewiesen werden konnte, dass die Flächen an vereinzelten Tagen, insbesondere nach Sonnenaufgang und vor Sonnenuntergang vom starken Vogelzug betroffen sind und zudem auch windkraftsensible Vogelarten betroffen werden, können die Windenergieanlagen entsprechend abgeschaltet werden. Nur weil in wenigen Zeiträumen, Abschaltungen erforderlich sein könnten, um die Einhaltung des Tötungsverbotstatbestandes zu gewährleisten, können die Flächen nicht insgesamt dauerhaft und abschließend ausgeschlossen werden. Würde man das Argument ausreichen lassen, um die Fläche für Windenergienutzung auszuschließen, hätte das zur Folge, dass keine Flächen mehr für die Windenergienutzung geeignet wären, denn es gibt praktisch keine Flächen, auf denen ein Windpark errichtet und betrieben werden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	kann, ohne dass einschränkende Vorgaben zum Schutz der Arten und der Umwelt erforderlich sind. Dass der Betrieb der Anlagen möglich ist, ohne ein von den Windenergieanlagen ausgehendes signifikant erhöhtes Tötungsrisiko zeigt sich nicht zuletzt in dem Umstand, dass die Anlagen genehmigt wurden und seitdem konfliktfrei betrieben werden. Dieses „Monitoring“ zeigt die Verträglichkeit der Fläche des Windparks mit dem Vogelzug. III. Ausschlusskriterium Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche Der Entwurf erklärt zum Ziel der Raumordnung, innerhalb und im Umgebungsbereich von 1.000 Metern von Europäischen Vogelschutzgebieten (EU-VSG) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen auszuschließen (Kapitel 4.5.1.3. 1 Z). Ferner wird statuiert, dass von dem Ausschlusskriterium Umgebungsbereiche, Ausweisungen von Windenergiegebieten um Standorte von Windenergieanlagen ausgeschlossen werden, wenn sie die den Zielen der Raumordnung des Kapitels 4.5.1. entsprechen und sofern eine FFH-Verträglichkeitsprüfung bestätigt, dass erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des EU-VSG ausgeschlossen werden. 1. Vogelschutzgebiete Da das Ausschlusskriterium als Ziel der Raumordnung statuiert wird, sind die oben ausgeführten Maßstäbe zur Abwägung und Ermittlung zu beachten. In der Begründung zum Ausschlusskriterium wird ausgeführt, dass Windenergievorhaben in den Gebieten zu einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit unzulässig seien, da windkraftsensible Vögel erheblich beeinträchtigt würden. Abgesehen davon, dass die Begründung und die Ermittlung offensichtlich unzureichend sind, ist kein Regelungsbedürfnis erkennbar, wenn — wie die Planungsbehörde begründet — die Vorhaben ohnehin unzulässig seien sollen. 2. Umgebungsbereiche von Vogelschutzgebieten Es wird ausgeführt, dass nach vorliegenden Erkenntnissen, Störungen verstärkt im Nahbereich bis zu 1.000 Metern um Vogelschutzgebiete herum auftreten, da diese als Nahrungshabitate und Austauschflächen genutzt werden. Zunächst bleibt offen, wieso der Nahbereich konkret eine Fläche von 1.000 Metern umfasst. Es wird nicht begründet oder nachgewiesen, dass Vögel, die Flächen tatsächlich bis zu 1.000 Meter als Nahrungshabitate oder als Austauschfläche nutzen. Zweifel aufkommen lässt auch,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dass nicht zwischen den Flugrouten für die Nahrungssuche und den Austauschflügen differenziert wird. Unverständlich ist, warum anzunehmen ist, dass Vögel zwangsläufig für die Nahrungssuche und für Austauschflüge exakt dieselbe Flugdistanz — nämlich 1.000 Meter — zurücklegen. Es ist ohnehin ohne Erläuterungen und Ermittlungen nicht nachvollziehbar, weshalb umliegende Flächen für Windenergieanlagen ausgeschlossen werden. Vielmehr liegt die Vermutung nah, dass die angrenzenden Flächen gerade keine herausgehobene Bedeutung mehr für den Artenschutz von Vögeln haben, da sie gerade nicht ausgewiesen wurden. Vogelschutzgebiete werden zur Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensstätten und Lebensräume geschaffen, Art. 3 Vogelschutzrichtlinie (RL 2009/147/EG). Die Mitgliedsstaaten sind demnach verpflichtet, die für die Erhaltung der geschützten Vogelarten zahlen- und flächenmäßig geeignetsten Gebiete zu Schutzgebieten zu erklären, Art 4 Abs. 1 Satz 3 Vogelschutzrichtlinie (RL 2009/147/EG). Als geeignete Gebiete zum Schutz von Zugvögeln kommen nur solche Flächen in Betracht, die von Zugvögeln zur Nahrungssuche, als Flugroute oder zur Rast verwendet werden. Insofern ist davon auszugehen, dass bei der Ausweisung als Vogelschutzgebiete Nahrungshabitate und Austauschflächen bereits als entscheidendes Kriterium berücksichtigt wurden. Die Behauptung, die angrenzenden nicht ausgewiesenen Flächen werden von den Zugvögeln als Nahrungshabitat oder als Austauschfläche genutzt, kann nur dann berücksichtigt werden, wenn der Wahrheitsgehalt der Behauptung durch Ermittlungen nachgewiesen wurde. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Ermittlungen nicht pauschal das Flugverhalten von Vögeln betrachten können. Die pauschale Behauptung, dass Vögel die Flächen im Umfeld nutzen, ist evident unzureichend, wenn nicht zwischen windkraftsensiblen und windkraftunsensiblen Arten unterschieden wird. Dem steht nicht entgegen, dass für Großvogelarten Beispiele aufgezählt werden. Darüber hinaus ist es widersprüchlich einerseits Umgehungsbereiche als abschließendes Ausschlusskriterium festzulegen, da die Bereiche zwingend erforderlich seien für den Schutz der Zugvögel und andererseits gleichzeitig eine Ausnahme zuzulassen für Bestandswindenergieanlagen in ausgewiesenen Windenergiegebieten. Gerade vor dem Hintergrund des Repowering ist nicht ersichtlich, warum zwischen Bestandswindenergieanlagen innerhalb und außerhalb von Windenergieflächen differenziert wird. Mit Blick auf die Begründung verbietet sich eine Differenzierung zwischen den Anlagen. Insofern heißt es, im Bereich von Bestandswindenergieanlagen liege die Vermutung nahe, dass eine Vereinbarkeit der Windenergienutzung mit den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schutzzielen der EU-VSG gegeben sein könne. Die Vermutung, dass Bestandswindenergieanlagen nicht gegen die Schutzziele der EU-VSG verstoßen, greift gleichermaßen für Bestandswindenergieanlagen außerhalb von Windenergiegebieten, da auch für diese Anlagen anzunehmen ist, dass die immissionsschutzrechtliche Genehmigung nicht erteilt worden wäre, wenn die Erteilung gegen die europäische Vogelschutzrichtlinie verstößt. Hier wird deutlich, dass für die Umgehungsbereiche eine Einzelfallabwägung für die konkreten Standorte im jeweiligen Genehmigungsverfahren durchzuführen ist und eine pauschale Annahme nicht zielführend für den Vogelschutz ist. IV. Ausschlusskriterien Abstandsregelungen zur Wohnbebauung Der Entwurf statuiert als Ziel der Raumordnung, einen 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungs- mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion und einen 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe als Ausschlusskriterium für die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen. 1. 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsgebiete mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Das Ausschlusskriterium zum Umgebungsbereich um Siedlungsgebiete mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion soll als Vorsorgeabstand mit Pufferfunktion fungieren. Weiter wird in der Begründung ausgeführt, dass der Abstand vor Immissionen und visuellen Beeinträchtigungen schützen soll und Entwicklungsräume für Wohnbauflächen gesichert werden sollen. Die Regelung verstößt gegen den Geltungsvorrang des Bundesrechtes gegenüber dem Landesrecht aus Art. 31 GG. Die Landesplanungsbehörde hat keine Kompetenz Bodenflächen für die Errichtung von Windenergieanlagen aufgrund pauschaler Abstandsregelungen auszuschließen. Der Bund hat die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für das Bodenrecht, Art. 74 Abs. 1 Nr. 18 GG und das Recht der Energiewirtschaft, Art. 74 Abs, 1 Nr. 11 GG. Im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebund haben die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung nur solange und soweit der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit keinen Gebrauch gemacht hat, Art. 74 Abs. 1 GG. Im BauGB hat der Bundesgesetzgeber abschließende Regelungen zum Bodenrecht erlassen (vgl. Söfker, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Baugesetzbuch, Stand: Januar 2024, 8 249 Rz. 162). In der sogenannten Länderöffnungsklausel, die in & 249 Abs. 9 BauGB statuiert ist, ermächtigt der Bundesgesetzgeber die Länder, unter bestimmten Voraussetzungen unter Zugrundelegung von Abständen zwischen den Windenergieanlagen und Wohnnutzungen die Anwendbarkeit des 8 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB über die im Außenbereich privilegierten Windenergieanlagen durch Landesgesetze auszuschließen (vgl. Söfker, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, Stand: Januar 2024, 8 249 Rz. 161). Es findet die in 8 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB vorgesehene Privilegierung von Windenergieanlagen im Außenbereich nur Anwendung, wenn diese Vorhaben einen Mindestabstand von 1.000 m zu zulässigerweise errichteten Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen (8 30 BauGB) oder innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile ($ 34 BauGB) einhalten. Erstens ist die Regelung im Landesentwicklungsplan schon deshalb offensichtlich rechtswidrig, da der Landesentwicklungsplan kein Landesgesetz, sondern eine Rechtsverordnung ist. Zweitens überschreitet die Regelung auch inhaltlich die eingeräumte Ermächtigung. Nach $& 249 Abs. 9 BauGB können Länder bestimmen, dass $ 35 Abs. 1 Nr. 5, also die Privilegierung von Windenergieanlagen, nur Anwendung findet, wenn sie bestimmte Mindestabstände zu den im Landesgesetz bezeichneten zulässigen baulichen Nutzungen zu Wohnzwecken einhalten. Die Landesgesetze können keine Regelungen treffen, die etwas anderes als die Privilegierung nach $& 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB modifizieren. Für Windenergieanlagen, die bspw. nach 8 35 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 im Außenbereich privilegiert zulässig sind, hat der — nicht einmal — Landesgesetzgeber keine Gesetzgebungskompetenz, um abweichende Regelungen zu erlassen (vgl. Söfker, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, Stand: Januar 2024, 8& 249 Rz. 166). Durch den im Entwurf geplanten Nutzungsausschluss, wird jedoch die Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen insgesamt verhindert. Der pauschale Ausschluss aufgrund von Abstandsregelungen ist inhaltlich nicht von der übertragenen Landesgesetzgebungskompetenz erfasst. Die Systematik zeigt, dass das Land allein Abstände zur Wohnnutzung durch Landesgesetz festlegen kann, dass schließt eine Regelung in Zielen der Raumordnung aus. Zudem besteht kein Regelungsbedürfnis für die Einhaltung von Immissionsrichtwerten und die Sicherung, dass von Anlagen keine erdrückende Wirkung ausgeht, da diese Fragen zum Prüfumfang des Genehmigungsverfahrens — im Einzelfall — gehört.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	2. 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich Das Ausschlusskriterium 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich soll ausweislich der Begründung sicherstellen, dass auch im Außenbereich die Lärmrichtwerte in Anlehnung an die für Dorf- und Mischgebiete nach Nummer 6.1. lit. d TA-Lärm von 60 dB(A) tagsüber und 45 dB(A) nachts eingehalten werden können. Zunächst ist auch hier darauf hinzuweisen, dass die Regelung gegen den Geltungsvorrang des Bundesrechts verstößt. Darüber hinaus ist auch kein Regelungsbedürfnis zu erkennen, da die Einhaltung der Immissionsrichtwerte und die Prüfung, ob vom Vorhaben eine erdrückende Wirkung ausgeht, zum Prüfungsumfang des Genehmigungsverfahrens gehört. Die Immissionsrichtwerte nach Nr. 6.1. lit. d TA-Lärm konkretisieren den Schutzanspruch innerhalb von Kerngebieten, Dorfgebieten und Mischgebieten; nicht für Einzelhäuser und Splittersiedlungen. Im Vergleich Wohnhäusern in Kerngebieten, Dorfgebieten und Mischgebieten sind Einzelhäuser und Splittersiedlungen weniger schutzwürdig. Mit Blick auf die herabgesetzte Schutzwürdigkeit und das überragende öffentliche Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien ist die Festlegung des Ausschlusskriteriums jedenfalls zu erläutern. Ferner bleibt bei der Regelung auch der fortschreitende technische Fortschritt unberücksichtigt. Der technische Fortschritt führt dazu, dass die von den Anlagen ausgehenden Schallimmissionen immer weiter reduziert werden können. Um dieser fortlaufenden Entwicklung Rechnung zu tragen, ist die Einhaltung der Schallimmissionsrichtwerte im konkreten Genehmigungsverfahren zu prüfen und nicht aufgrund eines statischen Landesentwicklungsplans. V. Planungshoheit der Gemeinde Die Stadt Brunsbüttel äußert in der öffentlichen Beschlussvorlage vom 03.09.2024 ihren Planungswillen, dass die Fläche PR3_DIT_112 als Vorrangfläche ausgewiesen wird, um ein Repowering des Windparks unserer Mandantin auf der Fläche zu ermöglichen. Ihren Planungswillen begründet die Stadt Brunsbüttel damit, dass das ornithologische Gutachten unserer Mandantin die Unbedenklichkeit der Fläche bescheinigt; die notwendige Infrastruktur und die Akzeptanz der Bürger für den Bestandswindpark vorhanden ist und mit der gesellschaftlichen Verpflichtung zur Energiewende und Bereitstellung von Grünem Strom. Nicht zuletzt würde der Ausschluss der Flächen, für	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die Stadt Brunsbüttel bedeuten, dass ihr im großen Umfang Gewerbesteuern entgehen. Dementsprechend hat die Stadt Brunsbüttel in ihrem Flächennutzungsplan die Flächen, auf denen die Windenergieanlagen unserer Mandantin liegen als Flächen zur Errichtung und Ausweisung von Windenergieanlagen ausgewiesen. Sofern sich die Landesplanungsbehörde über den Willen der Stadt hinwegsetzen will, wäre dies zumindest erläuterungsbedürftig. VI. Fazit Jedes der vier Ausschlusskriterien, welche die Flächen unserer Mandantin für die Windenergienutzung ausschließen, halten einer rechtlichen Überprüfung nicht stand. Die Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein — Erster Entwurf verkennt insbesondere den Abwägungsmaßstab und die erforderliche Ermittlungstiefe. Besonders schwerwiegend ist darüber hinaus, dass die Planungskompetenz weit überschritten wird. Die rechtswidrigen Regelungen sind aus dem Entwurf zu streichen. Mit freundlichen Grüße [redacted] -Rechtsanwalt- pro absente: [redacted] -Rechtsanwältin-	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2023	[redacted] Sehr geerter Herr Ministerpräsident Daniel Günther sehr geehrte Frau Dr. Sabine Sütterlin-Waack sehr geehrte Damen und Herren der beteiligten Behörden, Die Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land liegt bis einschließlich 09.09.2024 öffentlich aus. Bis dahin können die Öffentlichkeit und	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* und *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 2.3.1, 2.3.4, 3.15.1, 4.20.1, 5.1.1, 6.1.1, 7.2.3, 7.2.6, 7.2.14, 7.2.15, 7.3.5 und 7.3.7 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen Stellungnahmen bei der Landesplanungsbehörde einreichen. Hierzu nehme ich wie folgt Stellung: Ich bin strikt gegen eine Ausweisung von Windvorrangflächen auf dem Gemeindegebiet von Fargau-Pratjau und den angrenzenden eventuellen Flächen von Nachbargemeinden. Generell müssen die Abstände zur Wohnbebauung von 1.000 m eingehalten werden. Alternativ kann die „10H“ Regel zur Anwendung kommen. Begründung: In der Teilfortschreibung des vorangegagenen Regionalplanes sind keine Vorranggebiete für Windenergieanlagen im Gemeindegebiet der Gemeinde Fargau-Pratjau ausgewiesen. Dies war sachlich auch gut begründet. Eine Wiederaufnahme der als Potentialfläche gekennzeichneten Flächen auf unserem Gemeindegebiet und der direkten Umgebung ist für mich vollkommen unverständlich. An der nördlichen Gemeindegrenze Fargau-Pratjau zur Gemeinde Krumbek, Ortsteil Ratjendorf stehen bereits 4 Windkraftanlagen. Ich halte die derzeitige Belastung mit den vielfältigen Immisionen der 4 100m WKA für für mich und meine Familie jetzt schon für kaum erträglich. Die Geräusche mögen nach den geltenden Gesetzen für uns Bürger im gesetzlichen Rahmen liegen, sind aber je nach Windrichtung kaum erträglich. Wir können nicht mehr bei offenem Fenster schlafen. Als ich vor 13 Jahren mein Haus hier erworben habe, habe ich die Immisionen vollkommen unterschätzt. Mit den Belastungen über die Jahre hat sich meine anfängliche Zustimmung zur Windkraft ins Gegenteil umgedreht.. Eine zusätzliche Belastung lehne ich strikt ab. Ich fordere Mindestabstände zur Wohnbebauung von mind. 10 H 1.000 m. Ich werde alle rechtlichen Mittel einsetzen, um den Schutz von meiner Familie und mir zu gewährleisten. Zusätzliche Windenergieanlagen mit einer Höhe von zZt. 250 m bis zu 289 m hätten zusätzliche, für uns unerträgliche Belastungen zur Folge. Wir würden dann unsere Immobilie verlassen und verkaufen müssen. Aber wer würde unser Haus dann kaufen...? Wir hätten mit immensen Verlusten oder sogar mit einer Unverkäuflichkeit	Synopse verwiesen. Zum Thema der Dimensionierung der Vogelzugrouten Die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs werden auf Basis erfasster Bewegungsdaten festgelegt. Die räumliche Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs geben dabei nicht die gesamte biologische Dimension des Vogelzuges wieder, sondern konzentrieren sich auf die nach aktuellem Kenntnisstand potenziell besonders konfliktträchtigen Bereiche. Nicht alle Vogelzugwege sind als Konfliktbereiche im Rahmen der Windkraftplanung anzusehen oder lassen sich im Raum abgrenzen. Andere Bereiche, die durch Breitfrontenzug geprägt sind und/oder in denen Vogelzug auf breiterer Front und vielfach in Höhen stattfindet, die durch die Windenergienutzung nicht betroffen sind, wurden nicht bei dem Vogelzugkriterium berücksichtigt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unseres Hauses zu rechnen. Das könnten wir uns nicht leisten. Unser Haus ist ein großer Teil unserer Altersvorsorge, dieser Teil würde uns dann fehlen. Was wären die Folgen..? zurück zur Miete nach jahrzehnte langer Arbeit...? Viele Menschen verlieren ihr Hab und Gut. Kredite, die für Immobilen in Windkraftanlagennähe stehen, werden gar nicht oder nur zu schlechten Konditionen herausgegeben. Einzelne Landbesitzer verdienen nur durch die Pacht für eine Windkraftanlage von 250 m Höhe bereits 100.000.00 Euro und mehr. Das ist nicht nur verwerflich, sondern sittenwidrig. Das ist weder gerecht noch sozial. Ausserdem beabsichtigt die Gemeinde Fargau-Pratjau eine Außenbereichsatzung gem. § 35 (6) BauGB für den Ortsteil Neu-Sophienhof aufzustellen. Dies geschieht, um die Attraktivität unserer Siedlung zu erhalten und klare und verlässliche bauplanungsrechtliche Zulässigkeitsgrundlagen zu schaffen. Mit der Aufstellung der Satzung § 35 (6) BauGB geht eine Planverfestigung der Wohnsiedlung Neu Sophienhof einher, im Sinne des Entwurfs der LEP Fortschreibung 2024, Kapitel 4.5.1 Grundsatz: Umgebungsbereich um planverfestigte Siedlungsflächen im Außenbereich. Bei planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen, die nicht an die Siedlungs–Bereiche angrenzen und gemäß § 35 BauGB eingestuft sind, soll geprüft werden, ob im Einzelfall ein Umgebungsbereich wie in 1 Z zugrunde gelegt werden kann. Die ortsbauliche Wertung der Wohnsiedlung Neu Sophienhof als tragfähige Siedlungsstruktur mit einem, ggü. einzelnen Siedlungssplittern, erhöhten Schutzanspruch dürfte unbestritten sein. Insofern fordert die Gemeinde Fargau-Pratjau die Einhaltung eines geschützten Umgebungsbereiches von mindestens 800 m in der akruellen Fortschreibung des LEP und dem kommenden Regionalplan II festzulegen. Vogelwelt Neu-Sophienhof: In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist unter anderem aufgeführt, dass um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll. Bezogen auf den Seeadler sind hier 2.000 m aufgeführt. In der Abwägung kann jedoch geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist, wenn in dem Abstandsradius bereits raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet wurden. Bei diesen Dimensionen von Windkraftanlagen und einer Höhe von z.Zt. 250 m bis 289 m, kann davon ausgegangen werden, dass eine zusätzliche, unmittelbare Tötungsgefahr für den Seeadler besteht. Zum Schutz der Seeadler sollte der Radius um einen Seeadlerhorst grundsätzlich 3.000 m betragen (	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	siehe Anhang „Helgoländer Papier“), eine Prüfung und Abwägung gegen den Schtutzraum des Seeadlers darf innerhalb dieses Radius nicht möglich sein. Folgendes, aktuelles Zitat der Projektgruppe Seeadlerschutz: „Hierhin hat die Projektgruppe Seeadlerschutz das zuständige Innenministerium aufgefordert, die Abgrenzung des Seeadler-Dichtezentrums aufgrund der vorliegenden fachlichen Kriterien zu erweitern. Das Seeadlerrevier bei Bendfeld ist seit 2017 dauerhaft besetzt und wurde bei der Abgrenzung nicht berücksichtigt! Nach § 44 BNatSchG ist das Töten besonders geschützter Tierarten, darunter Seeadler, Rotmilan und Schwarzstorch, verboten. Dieses Tötungsverbot ist bei allen Vorhaben, die zu entsprechenden Gefährdungssituationen führen können, zu beachten. Für WKA gilt dementsprechend, dass im Zuge der Planung nur Standorte festgelegt werden dürfen, die eine Kollision besagter (und anderer) Arten aller Wahrscheinlichkeit nach ausschließen. Angesichts dessen hält die Projektgruppe die Umsetzung nachfolgender Vorschläge für notwendig: • Erweiterung des bereits vorgesehenen Seeadlerdichtezentrums im Nordwesten, d.h. Schließen der in der Probstei / Kreis Plön bestehenden Lücke (die Seeadlerreviere Bendfeld und Barsbek sind mit einem entsprechenden Radius einzubeziehen). • Freihalten aller potenziellen Beeinträchtigungsbereiche um die Nistplätze von Seeadler, Rotmilan und Schwarzstorch.“ Zitat Ende. Gerne verweise ich hierzu ein weiters mal auf das Helgoländer Papier, ausgearbeitet von den staatl. Vogelschutzwarten als staatl. wissenschaftliche Arbeit in der Mindest-Abstände von Vogelarten zu Windkraftanlagen gefordert bzw. empfohlen werden. Auch sind die Vogelzugruten völlig unzureichend bemessen. Auf unserem Gemeindegebiet rasten viele der Zugvogelarten auf ihrem Weg im Herbst in den Süden und im Frühling zurück. Andere, heimische oder heimisch gewordene Arten leben dauerhaft bei uns. Dies belegen unzählige , fotografisch festgehaltene Sichtungen und aktuelle Dokumentatioen aus den Jahren 2017 bis 2024. Auch habe ich in 2 Monitoring – Foto Dokumentationen aus den Jahren 2014-2016 seinerzeit die unterschiedlichen Grossvogelarten dokumentiert. Diese Dokumentationen wurden auch seitens der Kreisverwaltung Plön bestätigt und haben unter anderem in der damaligen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellungnahme des Kreises Plön zu einer eindeutigen Unzulässigkeit von WKA auf unserem Gebiet geführt. Anlagen (Monitoringberichte und Dokumentationen) können bei Bedarf gern separat nachgefordert werden, die Datenmengen würde diesen Rahmen sprengen. Es kann doch nicht sein, dass die Energiewende, sinnvoll oder nicht, den Tod vieler tausend Groß-und Kleinvögel, Fledermäusen und Millionen von Insekten rechtfertigt...? Jahrzehnte lang wurde mit viel Einsatz renaturiert, der Seeadler und andere Großvogelarten mühsam wieder angesiedelt um dies alles nun zu zerstören..? WKA wichtiger als Mensch und Natur? Das sollte die Landesplanung gut abwägen.... Infrastruktur, Kosten: Ein weiterer Kritikpunkt für Windenergieindustrieanlagen ist die Infrastruktur. Windenergieanlagen müssen in Schleswig-Holstein immer häufiger abgeschaltet werden, weil der produzierte Strom nicht mehr ins Stromnetz eingespeist oder signifikant gespeichert werden kann. Bis Umspannwerke und Leitungen gebaut sind, wird es noch viele Jahre dauern. Windenergieanlagen sollten, wenn überhaupt, erst dann gebaut werden, wenn es auch möglich ist, den produzierten Strom dauerhaft abzunehmen, weiterzuleiten und zu speichern. Die Politik hat sich in diesem Fall offensichtlich anders entschieden und die Betreiber der Windenergieanlagen bekommen den produzierten Strom bezahlt, auch wenn er gar nicht in das Netz eingespeist werden kann. Das kostet und kostete allein den Stromzahler in Schleswig-Holstein viele Milliarden Euro. Unsere Strassen, Spurplattenwege sowie die unbefestigten Wege, die genutzt werden müssen, um Windenergieanlagen überhaupt bauen zu können, sind für den Schwerlastverkehr völlig ungeeignet und aktuell schon kaum noch befahrbar. Sie müssten also ausgebaut werden, was zu einer weiteren nicht gewollten Versiegelung im Außenbereich und sogar im Landschaftsschutzgebiet führt. Ein Rückbau dieser Wegeflächen kann erst nach Ablauf der Gesamtlaufzeit der Windenergieanlagen erfolgen, weil aus Wartungsgründen und für den Ersatzteilaustausch immer wieder Schwerlastverkehr auf diesen Wegen erfolgen muss. Auch sind die Dimensionen für den eigentlichen Bau der WKA gigantisch. Bis zu 6.000 m3 Stahlbeton pro Anlage versiegeln den Boden für immer. Tausende von LKW würden über Jahre zu einer schweren Belastung unserer dicht aneinander stehenden Dörfer und Gemeinden führen, dies ist unzumutbar für die Bürger der betroffenen Gemeinden. Ganz zu schweigen von den fernbleibenden Touristen während der jahrelangen Bautätigkeit. Fahrradfahren wäre auf	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unbestimmte Zeit unmöglich und der jetzt schon schlechte Zustand unserer Kreis und Gemeindestrassen würde sich weiter massiv verschlechtern. Ohne weitere Ausführung weisen ich darauf hin, dass folgende Punkte ungelöst sind: Grundwasserproblematiken, gesicherter, rückstandsloser Abbau der WKA nach Nutzungsende (Kosten für die Gemeinden und die Steuerzahler)etc. Gesundheitsgefahren durch den Betrieb (keine seriösen Gutachten zu Infraschall, von der Windkraftindustrie vorgelegte Gutachten sind nicht hinnehmbar und könnten die Vermutung aufkommen lassen, wer das Gutachten bezahlt, der bestimmt das Ergebnis) Ich fordere daher die Landesplanung auf, die Potentialflächen in dem Gemeindegebiet von Fargau-Pratjau nicht als Windvorrangflächen zur berücksichtigen und dauerhaft aus dem LEP zu löschen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anlage Helgoländer Papier Anlage Dokumentation Vogelwelt in Neu-Sophienhof 1 + 2 Anlage aktuelle Fotos Zug und Großvogelarten 2017- 2024	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2024	Sehr geehrte Damen und Herren, diese Stellungnahme bezieht sich auf das Gebiet PR 3 DIT 309 für die Gemeinden Epenwörden und Hemmingstedt, mit dem Ziel der Wiederaufnahme als Windeignungsgebiet für zukünftige Windkraftnutzung. Ich bin Landeigentümer in diesem Gebiet und Mitgesellschafter der Planungsgesellschaft [redacted] die Ende 2022 gegründet wurde. Ich bin daher sehr betroffen durch die Festlegung des Wiesenvogelbrutgebietes im Bereich der Mieleniederung!	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zudem wird auf die Ziffern 4.18, 3.14 sowie 4.20 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Da innerhalb dieser Gebiete die Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich ausgeschlossen werden soll, würde dieses unsere Planung der Errichtung von Windenergieanlagen in diesem Gebiet zu Nichte machen. Die Planung war von Anlagen mit einer Nabenhöhe von 166 Meter, somit würde der unterste Rotordurchgang bei über 80 Meter liegen. Damit würde das Artenschutzrechtliche Konfliktrisiko deutlich minimiert! Was ebenso zu bedenken wäre: In diesem Wiesenbrutgebiet laufen derzeit zwei Planungen von Hochspannungsgleichstrom Kabeltrassen! In den veröffentlichten Unterlagen finden sich Dokumente zur Raum- und Umweltverträglichkeit, die gar- oder überhaupt nicht auf das zu querende „Wiesenvogelbrutgebiet“ eingehen! Nachzuprüfen wäre es ob die aufgezählten Arten wie der „Kiebitz, Uferschnepfe, großer Brachvogel und der Austernfischer“ auf der Brutvogelliste der Windkraftsensiblen Arten im Bundesnaturgesetz stehen. Es ist in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehbar, weshalb Schutzgebiete für dies Arten fest gelegt werden, die dann vor Allem von Windenergieanlagen freizuhalten sind. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2369	*Meine Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf 2024* Sehr geehrte Damen und Herren, Meine große Sorgen und daraus folgende Einwände möchte ich gegen den o.g. Entwurf	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.18.1, 4.2.1, 7.1.5, der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Um mehr Zeit für eine Stellungnahme zu haben, bitte ich darum, dass die Abgabefrist um drei Monate verlängert wird. Wenn die Landesregierung laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick haben will, muss bei den Planungen Folgendes beachtet werden: - Es soll, wie von der Landesregierung generell angestrebt, eine Gleichverteilung der Windkraftanlagen an Land erfolgen. - Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorlage der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus einem bedeutenden Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein. - Wenn die Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. - Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit meines Lebens-, Gesundheits- und Erholungswertes. Um die schriftliche Bestätigung des Einganges meiner Stellungnahme darf ich Sie freundlichst bitten. Hochachtungsvoll [redacted]	
Institution: Arbeitsgemein	**Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Hamburg-Randkreise zum ersten Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des**	Zum Vorrang der Windenergiegebiete vor Solar-Freiflächenanlagen, auch im für PV privilegierten Bereich erfolgte

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
schaft der Hamburg-Randkreise ID: M2487	**Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021** **Vorbemerkung zum Verfahren** Angesichts des Umfanges der Änderungen und der in der Gemeinde- und Kreisordnung verankerten Gremienbefassung ((gem. § 23 Satz 1 Nr. 4 KrO und § 28 Satz 1 Nr. 5 GO))) ist die terminliche Lage des Beteiligungszeitraumes äußerst ungünstig. Bei den Mitgliedern der ARGE Hamburg-Randkreise war dadurch eine Gremienbefassung nicht oder nur eingeschränkt (Befassung in Ausschüssen) möglich. Die Sommerurlaubszeit ist üblicher Weise sitzungsfreie Zeit. Die regulären Gremiensitzungen (Kreistage, Bürgerschaft, Ratsversammlung mit vorgelagerten Ausschüssen) starten im September und Oktober wieder. Um eine fundierte und politische getragene Stellungnahme der Kommunen zu ermöglichen, wird gebeten, bei zukünftigen Beteiligungsverfahren zu Raumordnungsplänen einen geeigneteren Zeitraum zu wählen, insbesondere vor dem Hintergrund der im letzten Jahr verkürzten Beteiligungsfristen. Das Ziel zügige Verfahren zu ermöglichen, darf nicht zu Lasten einer qualifizierten inhaltlich, fachlichen und politischen Auseinandersetzung gehen. **Vorbemerkung zur Kommunikation** In diesem Zusammenhang möchten wir Feedback zur Wirkung der Veröffentlichung der Karte „Potentialfläche Windenergie SH“ (https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/energie/windenergie-raeumliche-steuerung/windenergie-raeumliche-steuerung_node.html) anbringen. Die Karte gehört zwar nicht zu den Unterlagen des förmlichen Beteiligungsverfahrens, wurde aber in diesem Zusammenhang veröffentlicht und kommuniziert. Dies hat zur Folge, dass die Debatte über die Teilfortschreibung oftmals auf die in der Potentialflächenkarte dargestellten Flächen verkürzt wird. Wir sehen durchaus den Vorteil einer Visualisierung der komplexen Thematik für den Laien, allerdings lösen solche Darstellungen in erheblichem Umfang auch Fehlinterpretationen, voreilige Schlussfolgerungen und zum Teil auch eine „Goldgräberstimmung“ aus, die kaum wieder einzufangen sind. Wir möchten daher darum bitten, künftig die Kommunikation besser auf das sehr sensible Thema abzustimmen. **Zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land** Die Mitglieder der ARGE Hamburg-Randkreise begrüßen die Pläne für den Ausbau der Windenergie an Land in Schleswig-Holstein als einen wichtigen Schritt für den	eine Klarstellung im Text des LEP. Beratung und Hinweise für die Gemeinden bei entsprechenden Bauleitplanungen sind nicht Gegenstand des LEP. Die Anregung wird aber aufgenommen. Zu Umfassung: Es wird in der Begründung des Grundsatzes eine vertiefende Erläuterung eingefügt, wie mit Hilfe eines Geoinformationssystems das Konfliktrisiko einer Umfassung eingeschätzt werden soll. Zu Regionalen Grünzügen: Die Begründung zum Grundsatz wird angepasst. Allerdings kann keine vollständige Abwägungsdirektive für die Entscheidungen auf Regionalplanebene vorweggenommen werden. Hierfür sind die zu prüfenden Einzelfallkonstellationen zu unterschiedlich. Regionale Teilflächenziele Der Empfehlung, regionale Teilflächenziele für die Planungsräume festzulegen, wird gefolgt. Der LEP-Text wird um eine entsprechendes Ziel ergänzt. Verteilung und Teilhabe der Nutzung Erneuerbare Energien: Eine Gleichverteilung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein ist aufgrund der sehr unterschiedlichen naturräumlichen Ausstattung und Siedlungsdichte nicht möglich. Die Landesplanung ist aber bemüht, auch in dichter besiedelten Bereichen, Möglichkeiten für die Windenergienutzung in vertretbarem Umfang zu schaffen. Zum Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem wird auf Ziffer 4.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Der gesetzliche Biotopschutz wird nicht in Frage gestellt. In Einzelfällen kann Windenergienutzung mit den Funktionen von nicht gesetzlich geschützten Biotopverbundstrukturen vereinbar sein.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Klimaschutz und die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik Deutschland und erkennen das Planungsziel, bis Ende 2027 mindestens drei Prozent der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie auszuweisen, an. Der LEP formuliert Ziele und Grundsätze für die Landesentwicklung und setzt den Rahmen für die Regionalpläne und die Bauleitplanung. Eine Offenheit und gewisse Unschärfe liegt daher in der Natur der Sache. Dennoch bedarf es aus unserer Sicht verschiedener Konkretisierungen und klarer Begriffsbestimmungen sowie eindeutiger Prüf- und Entscheidungskriterien, um einen hinreichenden Rahmen für die folgenden Ebenen zu gewährleisten. Beispiele hierfür sind: der Vorrang der Windenergie vor Solar-Freiflächenanlagen Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land - Grundsätze und Ziele der Raumordnung 7 Z Solar-Freiflächen (Seite 4) und B zu 7 (Seite 17 - 19) Der Vorrang der Windenergie vor Solar-Freiflächenanlagen soll auf der bauleitplanerischen Ebene mit entsprechenden Festsetzungen im Bebauungsplan umgesetzt werden. Die Landesplanung sollte hier konkret benennen wie bzw. mit welchen planerischen Instrumenten die Kommunen ausgestattet sind oder werden, um das geplante Ziel einer Vorrangstellung der WEA vor PV-Anlagen möglichst rechtssicher in Bebauungsplanverfahren berücksichtigen zu können. Umfassung von Ortslagen durch WEA Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur 7 G Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung (S. 23) Die Begrifflichkeiten „unzumutbare“, „soll“, „in unmittelbarer räumlicher Nähe“ und „im Einzelfall“ sind als Kriterium des LEP nicht geeignet, der folgenden Konkretisierung in der Regionalplanung einen hinreichenden Rahmen zu setzen. Die Beurteilung einer Umzingelungs- bzw. Umfassungssituation von Ortslagen muss nachvollziehbar, z. B. metrisch oder in Gradzahlen, erfolgen. Formulierung „Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge berücksichtigt werden“ Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Freiraumschutz 12 G Regionale Grünzüge (Seite 35) und B zu 12 (Seite 74 f.) Die Formulierung, es sollen „Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge berücksichtigt werden“, ist als Rahmenvorgabe für die nachfolgenden Planungsebenen wenig hilfreich. Die Funktionen der regionalen Grünzüge sind in Kap. 6.3 des LEP festgelegt. Von Bedeutung werden im Zusammenhang mit einer konkurrierenden Windenergienutzung insbesondere die Funktionen - Schutz der Landschaft vor einer großräumigen Zersiedelung, - Sicherung und Entwicklung wertvoller Landschaftsbereiche sowie - die siedlungsnahe landschaftsgebundene Erholung sein. Es ist unschwer erkennbar, dass die Installation von Windparks in einem offensichtlichen Widerspruch zu diesen Funktionen steht. Daher sind konkrete Abwägungsvorgaben erforderlich, wie dieser Konflikt im Einzelfall zugunsten der Windenergienutzung planerisch gelöst werden kann. Auch ist zu überprüfen, inwieweit die vielfältigen Verweise auf Einzelfallentscheidungen und die Gemeindeöffnungsklausel die Steuerungsfunktion des LEP aushebeln und reduziert werden können. Neben der Reduzierung der Steuerungswirkung sind damit nicht unerhebliche zusätzliche Abstimmungsprozesse in den Gemeinden und mit der Landesplanungsbehörde verbunden, die durch eindeutige Regelegungen vermieden bzw. reduziert werden könnten. Zielabweichungsverfahren sollten die Ausnahme sein und nicht ein genereller Lösungsansatz für Raumnutzungskonflikte. **zum Text, Kap. 4.5.1, Abs. 1** Der Verzicht auf die Festlegung regionaler Teilflächenziele nach § 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 beziehungsweise Satz 2 WindBG wird kritisch gesehen. Mit diesem Verzicht ist die Erreichung des vorgegebenen Flächenbeitragswertes und die damit verbundene Rechtsfolge des § 249 Abs. 2 BauGB (Entprivilegierung der WKA außerhalb ausgewiesener Windenergiegebiete) davon abhängig, dass für alle drei Planungsräume bis Ende 2027 wirksame Regionalpläne vorliegen. Gelingt dies - aus welchen Gründen auch immer - nicht oder wird z.B. nur einer dieser drei Regionalpläne erfolgreich rechtlich angefochten, wird der Flächenbeitragswert nicht erreicht mit der Folge, dass für	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	das gesamte Land die Entprivilegierung der WKA nicht eintritt und die Steuerungswirkung entfällt, wenn nicht innerhalb eines Jahres eine Fehlerheilung erfolgt (§ 4 Abs. 2 WindBG). Der Verzicht auf die Festlegung regionaler Teilflächenziele führt somit zu einer vermeidbaren landesweiten Schicksalsgemeinschaft aller Planungsräume. Dies sollte noch einmal überdacht werden. Es wäre im Unterschied zur heutigen Rechtslage eine neue und aus hiesiger Sicht nicht erstrebenswerte Rechtsfolge, wenn unter etwaigen Planungsfehlern in einem Planungsraum auch die anderen Planungsräume zu leiden hätten. **Verteilung und Teilhabe der Nutzung Erneuerbare Energien** Der Ausschluss von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Siedlungsachsen und ihre eingeschränkte Zulässigkeit in Regionalen Grünzügen darf nicht dazu führen, dass die Gemeinden im Verflechtungsraum um Hamburg von dieser Art der Energieerzeugung faktisch ausgeschlossen werden. Insbesondere, weil auch Photovoltaikflächen in diesen Bereichen bereits ausgeschlossen sind (außer privilegierte Anlagen entlang von Autobahnen und Bahntrassen). Nach unserer Einschätzung besteht die Notwendigkeit, dass erneuerbare Energien auch dort erzeugt werden können, wo die Siedlungs- und Gewerbeschwerpunkte in Schleswig-Holstein liegen, insbesondere im Hamburger Randbereich. Im Gegenzug gibt es im Gebiet der ARGE Hamburg-Randkreise Teilräume, die bereits heute überproportional zur Produktion von Windenergie beitragen. Beide Interessenslagen müssen bei der Steuerung der Nutzung Erneuerbarer Energien Berücksichtigung finden. **Belange von Natur und Landschaft** Aus Sicht der unteren Naturschutzbehörden ist positiv anzumerken, dass weiterhin wesentliche Natur- und Artenschutzbelange berücksichtigt werden und durch die Festlegung als Ziele der Raumordnung der Abwägung entzogen werden. Äußerst kritisch ist jedoch zu werten, dass das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem auch in dieser Fortschreibung nicht in gleicher Weise berücksichtigt wird und nicht als Ziel der Raumordnung festgelegt wird, sondern als Abwägungskriterium eingestuft wird. Über Jahrzehnte ist es durch die Raum- und Landschaftsplanung gelungen, das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem in Schleswig-Holstein weitestgehend frei von Bauvorhaben und technischer Infrastruktur zuhalten. Nicht alle Bestandteile des Biotopverbundes sind durch ausgewiesene Schutzgebiete überlagert und daher über	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	weitere Ziele der Raumordnung hinreichend gesichert. Es ist zu befürchten, dass durch die Gemeindeöffnungsklausel und den Zugang zur Abwägung wichtige Teile des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für eine langfristige Aufwertung und weitere Vernetzung von Lebensräumen entfallen. Detaillierte über diese grundsätzlichen Anmerkungen hinausgehende Ausführungen werden von unseren Mitgliedern einzeln eingebracht. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Geschäftsführung	
Institution: Amt Boostedt-Rickling, Keine Abteilung ID: 2021	Stellungnahme der Gemeinde Daldorf mit Bildern anbei. Stellungnahme gemäß Beschluss der Gemeindevertretung vom 05.09.2024 **Anregung 1:** Es wird beantragt, dass der Textteil Nummer 4.5.1.1, Punkte 1 Z, 1 G und 2 Z, wie folgt ergänzt wird: „Bezugspunkt für die Bemessung des Umgebungsbereiches ist der am dichtesten an den geplanten Windpark heranragende Rand eines im Flächennutzungsplan einer Gemeinde nach §§ 3 bis 11 BauNVO dargestellte Baugebiet. Ist kein Flächennutzungsplan vorhanden, dann gilt als Bezugspunkt für die Bemessung des Umgebungsbereiches der am dichtesten an den geplanten Windpark heranragende Rand des Bebauungsplanes einer Gemeinde Begründung Den Gemeinden muss auch zukünftig noch eine bauliche Nachverdichtung im Umgebungsbereich von bestehenden Baugebieten möglich sein. Wird die Bezugsgröße für die Abstände der geplanten Windenergieanlagen und den vorhandenen Baugebieten nicht eindeutig geklärt, so werden erfahrungsgemäß die bestehenden Gebäude als Bezugspunkte genutzt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zu Anregung 1 und zu Anregung 2: Die Ziele und Grundsätze betreffend die Abstände zu Siedlungen und Einzelhäusern sowie Gewerbegebieten sind überarbeitet worden. Siedlungsentwicklungsmöglichkeiten von Gemeinden sind im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen. Als Ziel der Raumordnung kann dieser Belang nicht normiert werden, da die Anforderungen an die Bestimmtheit bzw. Bestimmbarkeit nicht vorliegen. Insofern unterliegt dieser Belang der Einzelfallprüfung. Sofern eine Gemeinde hinreichend verfestigte Konzepte für eine Siedlungsentwicklung vorliegen hat, sollten diese spätestens im Rahmen der Beteiligung zu den Regionalplänen vorgelegt werden. Dies betrifft sowohl eine wohnbauliche als auch eine gewerbliche Entwicklung. Zu Anregung 3: Ökokonto- und Kompensationsflächen werden durch den Grundsatz 7 in Kapitel 4.5.1.4 im Rahmen der Abwägung berücksichtigt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Da gemäß dem Ziel 3 Z nach dem Textteil Nummer 4.5.1.1, die gemeindliche Siedlungsentwicklung nur noch so erfolgen darf, dass die Abstände zu Windenergiegebieten eingehalten werden, wären kaum noch städtebauliche Entwicklungen in den Orten möglich. Um die Planungshoheit der Gemeinden zu erhalten, muss eine gewissen städtebauliche Entwicklungsfähigkeit gewahrt werden. Daher ist eine klare Definition des Bezugspunktes für die Bemessung des Umgebungsbereiches erforderlich. **Anregung 2:** Es wird beantragt, dass der Textteil, Nummer 4.5.1.1, Punkte 5 Z und 5 G, wie folgt geändert wird: „**5 Z** Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sind die geplanten Siedlungsentwicklungen der Gemeinden zu beachten. Dabei sind die Umgebungsbereiche nach 1 Z und G sowie 2 Z zu berücksichtigen. **5 G** Darüber hinaus sind die in den Regionalplänen festgelegten überregionalen Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen mit den Umgebungsbereichen nach 1 Z und G sowie 2 Z berücksichtigt werden.“ Begründung Den Gemeinden muss zugesichert werden, dass sie noch eigenständig über ihre städtebauliche Entwicklungsfähigkeit entscheiden kann. Die Gemeinde ist jetzt begrenzt: im Westen durch die A 21 und im Norden durch einen Hühnerstall, in deren Richtung nach den geänderten Richtlinien	Zu Anregung 4: Gemäß Landeswaldgesetz SH ist durch das Umwandlungsverbot in § 9 eine Inanspruchnahme von Wald durch eine Windenergienutzung ausgeschlossen. Insofern bedarf es auf Raumordnungsebene diesbezüglich keiner Regelung. Zu Anregung 5: Es wird auf Ziffer 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Anregung 6: Der Grundsatz 17 G ist unter Berücksichtigung der Regelung des BNatSchG überarbeitet worden. Zu Anregung 7: Es wird auf Ziffer 4.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. An den Regelungen zur Mindestgröße von Windenergiegebieten wird festgehalten. Auf Ziffer 1.7.1 der allgemeinen Synopse wird verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zu Geruchsimmissionen keine Bauentwicklungen mehr möglich sind; selbst in Bereichen, die bereits bebaut sind. Somit bestehen nur noch Entwicklungsmöglichkeiten nach Südost und Osten. Entsprechende Planungen erfolgen zur Zeit von der Gemeinde. Durch den geplanten Windpark wären diese Optionen hinfällig. Somit wäre jegliche Entwicklung der Gemeinde bzw. des Ortes Daldorf nicht mehr möglich. Da Windparks länger als 30 Jahre stehen, und erfahrungsgemäß danach mit einer hohen Wahrscheinlichkeit repowert werden, sind diese so zu planen, dass auch langfristig ein Nebeneinander beider Nutzungen möglich ist, ohne eine Ortsentwicklung bereits heute scharf einzugrenzen. **Anregung 3:** Es wird beantragt, dass der Grundsatz unter Nummer 4.5.1.4, Punkt 7 G, wie folgt geändert wird: 7 G „Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sind die Flächen bereits entwickelter Kompensationsflächen sowie Ökokontoflächen sowie Schutzabstände gemäß den Zielen des Ökokontos freizuhalten.“ **Begründung:** Zwischen Pettluiser Weg und dem Blunkerbach befinden sich Ausgleichsflächen, welche dem Ausgleich für Eingriffe durch den Neubau der A20 dienen. Gemäß dem Abschnitt Grundsätze und Ziele der Raumordnung, Punkt 7 G „Kompensations- und Ökokontoflächen“ sollen die räumlichen Bedarfe von Kompensations- sowie Ökokontoflächen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	berücksichtigt werden. Die Gemeinde Daldorf widerspricht dieser Formulierung, da sie nicht ausreichend ist. Die landschaftspflegerischen und artenschutzfachlichen Maßnahmen auf den genannten Flächen bestehen in der Entwicklung von extensiv genutztem Feuchtgrünland und extensivem Grünland auf Böden besonderer Bedeutung sowie der Entwicklung von flachen Vernässungsflächen, einer Röhrichtinsel für den Kranich im Feuchtgrünland, feuchte Uferstaudenfluren am Blunker Bach und die punktuelle Anpflanzung von Dornensträuchern und dienen der Wiederherstellung von Moorflächen sowie die Schaffung von Brutplätzen für die Arten Großer Brachvogel, Kiebitz, Kranich, Feldlerche, Neuntöter, Braunkehlchen und Wachtel. Als Entwicklungsziel sind hier somit einerseits empfindliche, schützenswerte Moorböden mit Dauergrünland genannt, welche als bedeutende CO2 – Senke in der Landschaft dienen. Darüber hinaus dienen die bestehenden Maßnahmen dem Schutz und der Entwicklung von Lebensräumen streng geschützter Tierarten, für die ein hohes Störungspotenzial durch Windenergieanlagen zu erwarten ist. Die Kompensations- und Ökokontoflächen am Blunker Bach ist aus Sicht der Gemeinde weiterhin als solche zu nutzen und auf Grund der ohnehin bestehenden Knappheit an geeigneten Ausgleichsflächen von Windenergieanlagen freizuhalten. Die Gemeinde fordert zudem einen 500 m – Mindestabstand von Windenergiegebieten zu der Röhrichtinsel für den Kranich.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Anregung 4: Es wird beantragt, dass das Ziel unter Nummer 4.5.1.3, Punkt 6 Z, wie folgt geändert wird: 6 Z „Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind auf allen gemäß Bundeswaldgesetz als Wald definierten Flächen und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig.“ **Begründung** Zwischen der Ortslage Daldorf und dem Pettluiser Weg befinden sich Waldflächen mit Flächengrößen zwischen ca. 0,6 und 6,9 ha. In Wäldern ab 1 ha Größe und in einem Umgebungsbereich von 30 m ist laut Entwurf des LEP die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA nicht zulässig. Die Gemeinde Daldorf widerspricht dieser Formulierung, da sie nicht den Vorgaben des Bundeswaldgesetzes entspricht und daher nicht ausreichend ist, um die Waldentwicklung in Schleswig-Holstein zu fördern. Ein Grundsatz des Landesentwicklungsplans 2021 besteht im Biodiversitäts-, Ressourcen-, Flächen- und Klimaschutz. Unter anderem soll dazu der Waldanteil auf 12 % der Landesfläche erhöht werden. Die Überbauung von Wald unter 1 ha Größe widerspricht diesem Grundsatz. Zudem definiert das Bundeswaldgesetz „Wald“ folgendermaßen: „Wald im Sinne dieses	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gesetzes ist jede mit Forstpflanzen bestockte Grundfläche. Als Wald gelten auch kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen, Waldwege, Waldeinteilungs- und Sicherungsstreifen, Waldblößen und Lichtungen, Waldwiesen, Wildäsungsplätze, Holzlagerplätze sowie weitere mit dem Wald verbundene und ihm dienende Flächen.“ **Anregung 5:** Es wird beantragt, dass der Grundsatz unter Nummer 4.5.1.3, Punkt 17 G, wie folgt geändert wird: 17 G „Um Brutplätze der nachfolgend genannten windkraftsensiblen Großvögel sind im angegebenen Umgebungsbereich Ausweisungen von Windenergiegebieten unzulässig: Seeadler: 2.000 m (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), Schwarzstorch: 2.000 m, Weißstorch: 1.000 m, Rotmilan: 1.500 m.“	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Begründung: Die Errichtung von WEA in sog. vorbelasteten Räumen widerspricht dem Grundsatz des Artenschutzes nach BNatSchG. Es würde bedeuten, dass bestehende Schutzzonen schrittweise verkleinert und der Lebensraum der geschützten Großvogelarten derart vermindert wird, dass ihr Überleben gefährdet ist. Sollte sich eine geschützte Vogelart innerhalb eines Schutzbereiches niederlassen, muss bei zukünftigen Anlagen der gesetzliche Abstand weiterhin eingehalten werden. Vor allem der siedlungsnah brütende Weißstorch ist zwingend auf ausreichende Nahrungsflächen im Umfeld angewiesen. Es handelt sich bei seinen bevorzugten Nahrungshabitaten vor allem um Feuchtwiesen und Niederungsbereiche, die er regelmäßig zur Nahrungssuche anfliegt. Diese regelmäßigen Wechselkorridore dürfen durch WEA nicht zerschnitten werden. Eine Verminderung der Abstandsbereiche ist aufgrund der zurückzulegenden Wege zu den Nahrungsflächen des Weißstorches im Nahbereich des Horstes nicht nachvollziehbar. Die Gemeinde fordert daher die Einhaltung des Schutzabstandes für Großvogelarten von jeder WEA. Ein Unterschreiten von Mindestabständen darf in keinem Fall ermöglicht werden. Es darf keine Verminderung der Abstände wegen Vorbelastungen geben. **Anregung 6:** Es wird beantragt, dass der Grundsatz unter Nummer 4.5.1.3, Punkt 17 G wie folgt ergänzt wird: 17 G „Um Brutplätze der nachfolgend genannten windkraftsensiblen Großvögel sind im angegebenen Umgebungsbereich Ausweisungen von Windenergiegebieten unzulässig:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Für Weißstörche sind die Wechselrouten zwischen ihrem Horst und den Nahrungsgebieten im 5 km Umkreis frei zu halten, die Breite des Wechselkorridors muss mindestens 1.000 m betragen. **Begründung:** Vor allem der siedlungsnah brütende Weißstorch ist zwingend auf ausreichende Nahrungsflächen im Umfeld angewiesen. Es handelt sich bei seinen bevorzugten Nahrungshabitaten vor allem um Feuchtwiesen und Niederungsbereiche, die er regelmäßig zur Nahrungssuche anfliegt. Diese regelmäßigen Wechselkorridore dürfen durch WEA nicht zerschnitten werden. Eine Verminderung der Abstandsbereiche ist aufgrund der zurückzulegenden Wege zu den Nahrungsflächen des Weißstorches im Nahbereich des Horstes nicht nachvollziehbar. Die Gemeinde fordert daher das Freihalten der Wechselkorridore für Weißstörche zu ihren Nahrungsflächen in einer Breite von mindestens 1.000 m. **Anregung 7:** Es wird beantragt, dass der Grundsatz unter Nummer 4.5.1.3, Punkt 5 G, wie folgt geändert wird: 5 G „Für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems ist auf eine Ausweisung von Windenergiegebieten zu verzichten.“ **Begründung** Das im Entwurf des LEP dargestellte Windenergiegebiet überschneidet in einem Teilbereich eine Verbundachse des Biotopverbunds. Diese stellt gerade im Bereich der Blunker Bach-Niederung ein bedeutendes Element für die Vernetzung von Biotopen und Lebensräumen dar. Diese Räume sind zum Teil Lebens- und Nahrungsräume für geschützte Großvogelarten, um eine Verinselung von deren Lebensräumen zu vermeiden müssen bei der Betrachtung des Biotopverbundsystemes auch die Belange der Avifauna und vor allem der Großvögel berücksichtigt werden. Die Gemeinde fordert daher den Verzicht auf die Überplanung von Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Biotopverbundsystems. **Anregung 7:** Es wird beantragt, dass der Grundsatz unter Nummer 4.5.1., Punkt 6 Z, wie folgt geändert wird: 6 Z „Die Vorranggebiete Windenergie und Windenergiegebiete außerhalb der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorranggebiete Windenergie müssen eine Mindestgröße von 15 Hektar aufweisen.“ **Begründung** Die Gemeinde widerspricht der Regelung, dass bei einem Abstand von weniger als 600 m zueinander die Flächen zusammengefasst werden. Es kommt damit bei den dazwischenliegenden und ggf. als Ausschlussbereich gewerteten Bereichen zu einem Verlust des planerischen Schutzstatus.	
Institution: Amt Boostedt-Rickling, Keine Abteilung ID: 2022	Die Stellungnahme ist in der Anlage beigefügt. Stellungnahme der Gemeinde Heidmühlen gemäß Beschluss vom 05.09.2024 **Anregung 1:** Es wird beantragt, dass der Textteil, Nummer 4.5.1.1, Punkt 1 Z, 1 G und 2 Z, wie folgt ergänzt wird: „Bezugspunkt für die Bemessung des Umgebungsbereiches ist der am dichtesten an den geplanten Windpark heranragende Rand eines im Flächennutzungsplan einer Gemeinde nach §§ 3 bis 11 BauNVO dargestellte Baugebiet. Ist kein Flächennutzungsplan vorhanden, dann gilt als Bezugspunkt für die Bemessung des Umgebungsbereiches der am dichtesten an den geplanten Windpark heranragende Rand des Bebauungsplanes einer Gemeinde.“ Begründung Den Gemeinden muss auch zukünftig noch eine bauliche Nachverdichtung im Umgebungsbereich von bestehenden Baugebieten möglich sein. Wird die Bezugsgröße für die Abstände der geplanten Windenergieanlagen und den vorhandenen Baugebieten nicht eindeutig geklärt, so werden erfahrungsgemäß die bestehenden Gebäude als Bezugspunkte genutzt. Da nach dem Ziel 3 Z nach dem Textteil, Nummer 4.5.1.1, die gemeindliche Siedlungsentwicklung nur noch so erfolgen darf, dass die Abstände zu Windenergiegebieten eingehalten werden, wären kaum noch städtebauliche	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zu Anregung 1: Die Ziele und Grundsätze betreffend die Abstände zu Siedlungen sind überarbeitet worden. Sofern eine Gemeinde hinreichend verfestigte Konzepte für eine Siedlungsentwicklung vorliegen hat, sollten diese spätestens im Rahmen der Beteiligung zu den Regionalplänen vorgelegt werden. Dies betrifft sowohl eine wohnbauliche als auch eine gewerbliche Entwicklung. Es erfolgt im Rahmen der Vorranggebietsfestlegung auf Ebene der Regionalplanung dann im Rahmen der Abwägung eine entsprechende Bewertung. Zu Anregung 2: Gemäß Landeswaldgesetz SH ist durch das Umwandlungsverbot in § 9 eine Inanspruchnahme von Wald durch eine Windenergienutzung ausgeschlossen. Insofern bedarf es auf Raumordnungsebene diesbezüglich keiner Regelung. Zu Anregung 3: Es wird auf Ziffer 4.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Anregung 4:

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Entwicklungen in den Orten möglich. Um die Planungshoheit der Gemeinden zu erhalten, muss eine gewissen städtebauliche Entwicklungsfähigkeit gewahrt werden. Daher ist eine klare Definition des Bezugspunktes für die Bemessung des Umgebungsbereiches erforderlich. **Anregung 2:** Es wird beantragt, dass das Ziel unter Nummer 4.5.1.3, Punkt 6 Z wie folgt geändert wird: 6 Z „Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind auf allen gemäß Bundeswaldgesetz als Wald definierten Flächen und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig.“ **Begründung** Südlich der Radesforder Au zwischen Heidmühlen und der Radesforder Siedlung liegen zwei Waldflächen von insgesamt rd. 4 ha nebeneinander. Ein Teilabschnitt (von dem größeren zusammenhängenden Teilstück abgetrennt durch eine schmale Waldwiese) von rd. 0,4 ha wird im Entwurf des LEP mit einer Potenzialfläche überplant. In Wäldern ab 1 ha Größe und in einem Umgebungsbereich von 30 m ist laut Entwurf des LEP die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA nicht zulässig. Ein Grundsatz des Landesentwicklungsplans 2021 besteht im Biodiversitäts-, Ressourcen-, Flächen- und Klimaschutz. Unter anderem soll dazu der Waldanteil auf 12 % der Landesfläche erhöht werden. Die Überbauung von Wald unter 1 ha Größe widerspricht diesem Grundsatz. Zudem definiert das Bundeswaldgesetz Wald als „*Wald im Sinne dieses Gesetzes ist jede mit*	An den Regelungen zur Mindestgröße von Windenergiegebieten wird festgehalten. Auf Ziffer 1.7.1 der allgemeinen Synopse wird verwiesen. Zu Anregung 5: Es wird auf Ziffer 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Forstpflanzen bestockte Grundfläche. Als Wald gelten auch kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen, Waldwege, Waldeinteilungs- und Sicherungsstreifen, Waldblößen und Lichtungen, Waldwiesen, Wildäsungsplätze, Holzlagerplätze sowie weitere mit dem Wald verbundene und ihm dienende Flächen.“ Nach dieser Definition zählen auch Waldwiesen zum Wald, wobei Waldwiesen vollständig oder nahezu vollständig von Wald umgebenes Dauergrünland sind (Hessen Forst 2024, URL: https://www.hessen-forst.de/wald/die-wiese-im-fokus). Dieses erfüllt wichtige ökologische Funktionen wie die Vernetzung von Lebensräumen oder als Lebensraum für im Offenland seltene Tier- und Pflanzenarten. Die Gemeinde fordert daher die Freihaltung aller Waldflächen gemäß Bundeswaldgesetz, die Streichung der Mindestgröße von 1 ha sowie die Wahrung der Abstandsvorgabe von 30 m. **Anregung 3:** Es wird beantragt, dass der Grundsatz unter Nummer 4.5.1.3, Punkt 5 G, wie folgt geändert wird: 5 G „Für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Biotopverbundsystems ist auf eine Ausweisung von Windenergiegebieten zu verzichten.“ **Begründung** Das im Entwurf des LEP dargestellte Windenergiegebiet überschneidet in einem Teilbereich eine Verbundachse des Biotopverbunds. Diese stellt gerade im Bereich zwischen Waldflächen und strukturierten landwirtschaftlichen Nutzflächen ein bedeutendes Element für die Vernetzung von Biotopen und Lebensräumen dar. Diese Räume sind zum Teil Lebens- und Nahrungsräume für geschützte Großvogelarten. Um eine Verinselung von deren Lebensräumen zu vermeiden müssen bei der Betrachtung des Biotopverbundsystemes auch die Belange der Avifauna und vor allem der Großvögel berücksichtigt werden. Die Gemeinde fordert daher den Verzicht auf die Überplanung von Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Biotopverbundsystems. **Anregung 4:** Es wird beantragt, dass der Grundsatz unter Nummer 4.5.1., Punkt 6 Z, wie folgt geändert wird: 6 Z „Die Vorranggebiete Windenergie und Windenergiegebiete außerhalb der Vorranggebiete Windenergie müssen eine Mindestgröße von 15 Hektar aufweisen.“	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Begründung Die Gemeinde widerspricht der Regelung, dass bei einem Abstand von weniger als 600 m zueinander die Flächen zusammengefasst werden. Es kommt damit bei den dazwischenliegenden und ggf. als Ausschlussbereich gewerteten Bereichen zu einem Verlust des planerischen Schutzstatus. **Anregung 5:** Es wird beantragt, dass der Grundsatz unter Nummer 4.5.1.3, Punkt 17 G, wie folgt geändert wird: 17 G „Um Brutplätze der nachfolgend genannten windkraftsensiblen Großvögel sind im angegebenen Umgebungsbereich Ausweisungen von Windenergiegebieten unzulässig: Seeadler: 2.000 m (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), Schwarzstorch:2.000 m, Weißstorch: 1.000 m, Rotmilan: 1.500 m.“ **Begründung:** Die Errichtung von WEA in sog. vorbelasteten Räumen widerspricht dem Grundsatz des Artenschutzes nach BNatSchG. Es würde bedeuten, dass bestehende Schutzzonen schrittweise verkleinert und der Lebensraum der geschützten Großvogelarten derart vermindert wird, dass ihr Überleben gefährdet ist.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sollte sich eine geschützte Vogelart innerhalb eines Schutzbereiches niederlassen, muss bei zukünftigen Anlagen der gesetzliche Abstand weiterhin eingehalten werden. Vor allem der siedlungsnah brütende Weißstorch ist zwingend auf ausreichende Nahrungsflächen im Umfeld angewiesen. Es handelt sich bei seinen bevorzugten Nahrungshabitaten vor allem um Feuchtwiesen und Niederungsbereiche, die er regelmäßig zur Nahrungssuche anfliegt. Diese regelmäßigen Wechselkorridore dürfen durch WEA nicht zerschnitten werden. Eine Verminderung der Abstandsbereiche ist aufgrund der zurückzulegenden Wege zu den Nahrungsflächen des Weißstorches im Nahbereich des Horstes nicht nachvollziehbar. Die Gemeinde fordert daher die Einhaltung des Schutzabstandes für Großvogelarten von jeder WEA. Ein Unterschreiten von Mindestabständen darf in keinem Fall ermöglicht werden. Es darf keine Verminderung der Abstände wegen Vorbelastungen geben.	
Institution: Gemeinde Blekendorf - Amt Lütjenburg ID: M1383	Sehr geehrte Damen und Herren, **im Auftrag der Gemeinde Blekendorf ziehe ich hiermit die Stellungnahme vom 21.08.2024 zurück!** Die neue Stellungnahme der Gemeinde Blekendorf für die Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des LEP – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) lautet wie folgt: **Stellungnahme Gemeinde Blekendorf:**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15.1, 3.17.1, 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• **Landschaftsschutzgebiete** Landschaftsschutzgebiete (LSG) sind nach § 26 BNatSchG rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist. Der konkrete Schutzzweck ist in der jeweiligen Schutzgebietsverordnung geregelt. Wesentlicher Schutzzweck ist zumeist der Schutz des charakteristischen Landschaftsbildes und der Erholungseignung der Landschaft. • **Erholung und Tourismus** Räume, die zur Erholung des Menschen und dem Tourismus dienen, haben eine besondere Bedeutung für das menschliche Wohlbefinden und die menschliche Gesundheit. Das gesamte Gemeindegebiet liegt nach dem Landesentwicklungsplan (2021) in einem Gebiet für Erholung und Tourismus (teilweise Schwerpunktraum, teilweise Entwicklungsraum). <u>Die Gemeinde Blekendorf steht einer Nutzung von Windenergie auf dem Gemeindegebiet grundsätzlich positiv gegenüber.</u> Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted] Bauamt Techniker [redacted]	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Amt Lütjenburg Der Amtsvorsteher Neverstorfer Str. 7 24321 Lütjenburg https://www.amt-luetjenburg.de	
Institution: Insel- und Halligkonferenz e.V., Geschäftsführung ID: M2530	**Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024** Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Möglichkeit einer Stellungnahme zu dem o.g. Gesetzentwurf. Im Folgenden wird Bezug genommen auf den Entwurf der Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land. Der Fokus der Insel- und Halligkonferenz richtet sich auf die erkennbar angestrebte, teilweise explizite „pauschale Freihaltung“ der nordfriesischen Inseln und Halligen von raumbedeutsamen Windenergieanlagen (WEA), die sich insbesondere aus den Grundsätzen und Zielen in den Unterkapiteln **4.5.1.2, Absatz 11 G und Begründung,** **4.5.1.3, Absatz 4 Z und Begründung,** **4.5.1.3, Absatz 18 G und Begründung** des oben genannten Plantextes ergibt. Dem gegenüber bilden derzeit folgende Bestimmungen den Rahmen der aktuellen Klimaschutzgesetzgebung auf Bundes- und Landesebene: (1) **§ 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sowie § 2 Abs. 3 des Wärmeplanungsgesetzes (WPG)**, nach denen die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Wärme oder Strom aus erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit dient. In	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* und *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Übernahme des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und dessen Umgebungsbereiche (300 Meter) als Ziel der Raumordnung hat keine weitere Beschränkung zur Folge als es der Ausschlussbereich des UNESCO-Welterbes ohnehin hat. Das Kriterium vollzieht insofern den von einer Windenergienutzung freizuhaltenden Bereich lediglich nach. Die großen Halligen außerhalb des Nationalparks (Oland, Langeneß, Hooge, Gröde und Nordstrandischmoor) werden darüber hinaus im Rahmen einer planerischen Entscheidung ebenfalls von diesem Ziel erfasst und sind von einer Windenergienutzung ausgenommen. Die angesprochene pauschale Freihaltung bezieht sich dabei allerdings lediglich auf diese Halligen und umfasst nicht die nordfriesischen Inseln. Dies wird durch eine Anpassung der Begründung klarifiziert. Bei den darüber hinaus kritisierten Festlegungen von Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung sowie den Nordfriesischen Inseln handelt es sich als Grundsätze der Raumordnung um der Einzelfallabwägung auf Ebene der Regionalplanung grundsätzlich offene Bereiche, in denen insofern eine Windenergienutzung nicht grundsätzlich ausgeschlossen ist. Dass eine Windenergienutzung auf den

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unterschiedlichen anderen Gesetzestexten und Zusammenhängen ist dieses überragende öffentliche Interesse ebenfalls festgeschrieben worden (siehe insbesondere § 45b Abs. 8 Nr. 1 BNatSchG sowie §§ 11c, 14d Abs. 10, 43l Abs. 1 S. 2 EnWG und § 1 Abs. 3 GEG). Auf eine Studie der Stiftung Umweltenergierecht, die auch die Landesregierung berät, sei an dieser Stelle verwiesen (https://stiftung-umweltenergierecht.de/wp-content/uploads/2023/11/Stiftung_Umweltenergierecht_WueStudien_31_Uebe rragendes_oeffentliches_Interesse_%C2%A72_EEG_2023.pdf). Diese Studie hat als Kernergebnis, dass durch § 2 EEG 2023 für alle Rechtsbereiche und für Behörden und Gerichte verbindlich ein höchstrangiges öffentliches Interesse an den erneuerbaren Energien und damit eine strikte Gewichtungsvorgabe festgelegt wird. (2) **§ 4 des Wärmeplanungsgesetzes (WPG)**, der Länder bzw. Kommunen zur Aufstellung von Wärmeplänen verpflichtet, (3) **§§ 29 bis 32 WPG**, die die Betreiber bestehender und zukünftiger Wärmenetze zur schrittweisen Dekarbonisierung der Netze bis zum Jahr 2045 verpflichten, wobei insbesondere neue Wärmenetze einem ehrgeizigen Zeitplan unterliegen. (4) **§ 9 Energiewende- und Klimaschutzgesetz (EWKG)** und **§§ 71 ff. Gebäudeenergiegesetz (GEG)**, die Gebäudeeigentümer zur schrittweisen Dekarbonisierung ihrer Heizungsanlagen bis 2045 verpflichten. Städte, Gemeinden, Bürgerinnen und Bürger wie auch Betreibende von Energieinfrastruktur werden durch diese Klimaschutzgesetzgebung zum Umstieg auf eine fossilfreie Energieversorgung verpflichtet. Im Sinne des Klimaschutzes und einer zeitgemäßen Aufstellung der Wärmeversorgung auf den Inseln und Halligen begrüßen wir dies ausdrücklich. Jedoch müssen wir mit Blick auf den Entwurf der LEP Teilfortschreibung Windenergie an Land feststellen, dass auf Landesebene offenbar keine umfassende Anpassung der raumplanerischen Rahmenbedingungen an die jüngste Klimaschutzgesetzgebung stattgefunden hat und Teile der Landesfläche nicht berücksichtigt werden. Der vorliegende Entwurf bleibt damit hinter seinen Steuerungspotenzialen zurück und schafft nicht den dringend notwendigen, landesplanerischen Rahmen und Handlungsspielraum, der der bundes- und landesrechtlichen Gesetzeskulisse zum Klimaschutz gerecht würde. Eine Weichenstellung zur rechtlich und tatsächlich	nordfriesischen Inseln gleichwohl regelhaft nicht möglich ist, liegt in mehrzähligen weiteren Kriterienfestlegungen, insbesondere arten- und naturschutzfachlicher Art, begründet. Die sich aus den genannten Gesetzen ergebenden Anforderungen sind als gesamträumlich zu lösende Aufgaben zu verstehen. Dabei wird nicht gefordert, die beispielsweise zur Wärmeplanung benötigte Energie auch direkt vor Ort zu erzeugen; stattdessen kann auch andernorts erzeugte Energie verwendet werden, um den gesetzlichen Aufgaben des Amtes Föhr-Amrum gerecht zu werden. Insofern lässt sich aus dem gesetzlichen Aufgabenspektrum kein Anspruch auf eine autarke Energieversorgung ableiten.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	gebotenen zeitnahen Umsetzung der Energie- und Wärmewende ist mit dem auf 10-15 Jahre festgelegten Planungshorizont von Landesentwicklungs- und Regionalplanung nicht möglich. Für den gleichen Zeitraum (bis 2040) hat sich die derzeitige Schleswig-Holsteinische Landesregierung das Ziel gesetzt, das Bundesland klimaneutral zu machen – 5 Jahre eher als auf Bundesebene. Um zu diesem Ziel überhaupt beitragen zu können und um ihrer Pflicht zur dekarbonisierenden Wärmeplanung nachkommen zu können, benötigen die Gemeinden planerische Möglichkeiten, um Entscheidungen treffen können. Sollten die planerischen Vorgaben für unsere Inseln und Halligen so bleiben wie sie sind, steht zu befürchten, dass keine dem Gesetzesziel entsprechende Wärmeplanung und keine dekarbonisierte Wärmeversorgung möglich sein werden. Es bedarf dann dringend eines zielorientierten Dialogs mit den zuständigen Ministerien darüber, welche Alternativen die Region für ihre Vorgaben zur Erreichung der Klimaneutralität an die Hand bekommen kann. Eine interministerielle Abstimmung zwischen dem Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und dem Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein ist daher dringend erforderlich: die planungsrechtlichen Grundlagen und Festlegungen müssen an die Dynamik und die kurzfristigen Herausforderungen und Zielsetzungen des Klimaschutzes angepasst werden und echte Handlungsspielräume für die insularen Akteure aufzeigen. Eine reine Erfüllung der Flächenausweisung von 3 % kann angesichts der Herausforderungen, vor denen Kommunen, Kommunalwerke wie auch Bürgerinnen und Bürger schon heute stehen, nicht das einzige Ziel (und die einzige Pflicht) der Landesplanung sein. Denn es ist auch zu berücksichtigen, wie weitreichend und – im Falle unserer Inseln und Halligen – einschränkend ihre Festlegungen für die lokal umzusetzende Energie- und Wärmewende sind. Die zu Zeiten von günstigem Erdgas und anderen fossilen Brennstoffen zu Grunde gelegten und bis dato lenkenden Nutzungsansprüche und -abwägungen müssen heute im Lichte von Klimaschutz und kommunaler Wärmeplanung überarbeitet und neu bewertet werden. Ein pauschales Freihalten der Inseln und Halligen von WEA, wie es in den oben genannten Kapiteln des LEP-Entwurfs gerechtfertigt wird, wird dem Kontext der Inseln und Halligen in Zeiten des Klimawandels nicht gerecht. Die nordfriesischen Inseln und Halligen sind eine ländliche Region umgeben vom Nationalpark und Weltnaturerbe Wattenmeer. Es bestehen keine nennenswerten	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Industriebetriebe mit unvermeidbarer Abwärme, auf die man zuverlässig zum Zwecke der Wärmeversorgung zurückgreifen könnte. Die Errichtung von Anlagen zur Nutzung von Wasserkraft oder -abwärme im Wattenmeer ist erkennbar nahezu ausgeschlossen. Raumbedeutsame Solarfreiflächenanlagen werden wie WEA in der Landesplanung restriktiv gehandhabt. Die Erschließung (tiefen)geothermischen Potenzials ist mit sehr hohen Initialkosten verbunden und in Bezug auf die zur Wasserversorgung genutzten Süßwasservorkommen unter den Inseln nicht ohne Risiko. Gleichzeitig garantiert die Lage der Inseln im Küstenmeer eine sehr gute Windhöffigkeit und in den Sommermonaten eine Globalstrahlung im mittleren Bereich. Dies impliziert eine gute Auslastung installierter Leistung. Eine Kombination beider Energieträger, Wind und Sonne, könnte über den Jahresverlauf maßgeblich zur Erzeugung und Deckung der lokalen Wärmebedarfs beitragen. Im Frühsommer 2024 wurde in einem Gemeinschaftsprojekt der Mitglieder der Insel- und Halligkonferenz im Auftrag der Gemeinde Helgoland und in Kooperation mit der Fachhochschule Westküste in einer technischen wie rechtlichen Kurzstudie die potenzielle Freiflächenbeanspruchung durch WEA und PV zur bedarfsgerechten Energieerzeugung auf den Inseln und den Halligen (gemeinsam) modelliert. Beispielweise beläuft sich der für die Inseln Föhr und Amrum ermittelte rechnerische Flächenbedarf demnach auf bauliche 0,21 % und planerische 0,98 % der Inselfläche – dies ist zwar nicht vernachlässigbar, aber auch keineswegs beherrschend und aus Sicht der betroffenen Gemeinden zum Zwecke einer klimaschützenden Wärmeversorgung vertretbar. Wichtig ist hier zu erwähnen, dass es bei allen Kalkulationen und auch allen rechtlichen Regelungen rein um eine Deckung notwendiger Bedarfe im Bereich der Wärmeversorgung gehen soll, also um die Erzeugung von Grünstrom zum Betrieb von Wärmenetzen, Wärmepumpen u.ä. Ziel ist es nicht, Einspeisungen in das Stromnetz vorzunehmen oder mehr Anlagen als zu diesem Zweck der Wärmeversorgung notwendig zu errichten. Vor dem Hintergrund von § 2 EEG und der Herausforderungen, vor die die Klimakrise die Kommunen und ihre Bevölkerungen stellt, sollten EE-/WE-Anlagen mit Blick auf den touristischen Gebietsschutz nicht als Konflikt-, sondern als Lösungsobjekt betrachtet werden. Wir sind überzeugt, dass die für den Klimaschutz auch hier notwendige Energiewende und die touristische Entwicklung nicht im Widerspruch zu einander stehen, sondern im Einklang verfolgt werden müssen und gemeinsam verfolgt werden können. Mit Blick auf	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	den Artenschutz hält die o. g. Untersuchung eine Neubewertung des Konfliktpotenzials unter Beachtung von §§ 45b BNatSchG i.V.m. Anlage 1 Abschnitt 1 zum BNatSchG für erforderlich. Die Flächeneignung aus dem Jahr 2020 dürfte nach BNatSchG 2022 anders zu bewerten sein, so das Ergebnis. Der Handlungswille der Insel- und Halliggemeinden zur gemeinwohlorientierten Energieversorgung ist groß, der effektive Handlungsspielraum der Gemeinden jedoch sehr begrenzt. Politik und Verwaltung vor Ort brauchen aber eine Perspektive, die sie der Zivilgesellschaft mit Blick auf die Herausforderungen im Bereich Energieversorgung vermitteln können. Die hier aufgezeigten Vorgaben aus der Raumordnung haben in der Praxis leider den gegenteiligen Effekt. Sie stehen auch in Widerspruch zu den Pflichten verschiedener Klimaschutzgesetze. Auch für die immer verantwortungsbewusster handelnden Urlaubsgäste ist langfristig damit zu rechnen, dass sie Destinationen bevorzugen, welche sich in der Energiewende gut aufstellen. Auch hierfür braucht es eine Perspektive für die Inseln und Halligen. **Die Inseln und Halligen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Wärme- und Energieversorgung erneuerbar, gemeinwohlorientiert und bedarfsgerecht zu gestalten.** Dies gelingt über eine gesetzeskonforme Anpassung der Raumordnungspläne unter Nutzung der Gestaltungsspielräume und Beachtung gesetzlicher Wertungen zur Bedeutung der Erneuerbaren Energien. Unser Lösungsvorschlag ist, im LEP ausdrücklich eine Möglichkeit der Flächennutzung für EE-Anlagen zu schaffen unter der Bedingung, dass diese für die Wärmeversorgung notwendig ist, z.B. durch Kopplung an die Wärmeplanung. Eine Deckelung der dafür verfügbaren Flächengrößen, der Anlagenhöhe sowie eine Bindung an gemeinwohlorientierte Betreibermodelle und eine regelmäßige Überprüfung könnten sinnvolle zusätzliche Elemente einer solchen planungsrechtlichen Möglichkeit sein. Wir danken für die Beachtung unserer Stellungnahme und stehen jederzeit gerne für Rückfragen zur Verfügung. Mit freundlichem Gruß [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2595	**Stellungnahme zum Plantext des LEP: ‚Dichtezentren für Weißstorchvorkommen‘ (neu)** Der Textentwurf zum LEP enthält unter Kapitel 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz, 7 Z die Regelungen zum ‚Dichtezentrum für Seeadlervorkommen‘. Ausgehend von der Zielbeschreibung, der dazugehörigen Begründung und der realen Ausdehnung des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen ist ebenfalls die Einrichtung von zwei (bedeutend kleineren) Dichtezentren für den Weißstorch angemessen und notwendig. Da ein bedeutender Teil der Weißstörche in Schleswig-Holstein in diesen zwei Zentren lebt, sind die beiden folgenden Gebiete prädestiniert für die Schaffung geeigneter Freiräume: das Storchendorf Bergenhusen, Kreis Schleswig-Flensburg und das Storchendorf Hitzhusen, Kreis Segeberg (siehe Abbildung 1). [redacted] **Ergänzung des Textteils, Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land, Erster Entwurf Juni 2024** Folgendes Ziel soll in den Textteil des Landesentwicklungsplans aufgenommen werden: **Ziel: Dichtezentren für Weißstorchvorkommen** ***„In den beiden Ortschaften Bergenhusen, Kreis Schleswig-Flensburg und Hitzhusen, Kreis Segeberg existiert seit Jahrzehnten eine hohe Anzahl von Horststandorten freifliegender Weißstörche mit natürlichem Vogelzug. Diese zahlreichen Brutpaare gelten als besondere Quellenpopulationen. Daher sind innerhalb eines angemessenen Schutzradius um die beiden Ortschaften zwei Dichtezentren für Weißstorchvorkommen festzulegen. Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind in diesen Gebieten ausgeschlossen. Aufgrund der kleinräumigen Ausdehnung der Horstansammlungen besteht dabei durch die Ansetzung eines Radius von 4000 m ein nur geringer Effekt auf die Ausweisung von WEA.“*** **Begründung** Durch die zunehmende und zahlreiche Errichtung von raumbedeutsamen WEA in ganz Schleswig-Holstein sind Großvögel wie Weißstörche fast flächendeckend einer Kollisionsgefahr ausgesetzt. Daher bedarf es einiger festgelegter Freiräume, in denen Weißstörche einen sicheren Lebensraum für adulte Vögel und deren Brutaktivitäten	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Mit dieser Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Windenergie an Land wird für den in Schleswig-Holstein besonders kollisionsgefährdeten Seeadler ein Dichtezentrum eingerichtet. Der Weißstorch wird im Rahmen des Grundsatzes „Brutplätze windkraftsensibler Großvögel“ mit Abstandsradius (G 17) berücksichtigt. Die Einrichtung eines Dichtezentrums für den Weißstorch ist aus Sicht der Naturschutzbehörden nicht erforderlich und gesamtplanerisch nicht geboten.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vorfinden. In diesen neu zu definierenden ‚Dichtezentren für Weißstörche‘ sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auszuschließen. Weißstörche weisen insbesondere in ihren Brutrevieren aufgrund der hohen Flugintensität (Nahrungsflüge zur Versorgung der Jungvögel, Balzflüge, Transferflüge) bekanntermaßen ein deutlich erhöhtes Kollisionsrisiko auf. In zwei für die Art Weißstorch besonders geeigneten Lebensräumen (Storchendorf Bergenhusen und Storchendorf Hitzhusen) liegen die zwei wichtigsten Schwerpunkte der Weißstorchverbreitung in Schleswig-Holstein. Ein Dichtezentrum für Weißstörche ist dadurch gekennzeichnet, dass sich hier eine Vielzahl von Revieren überschneiden und sich zusätzlich zahlreiche Horste in diesem Bereich befinden. Da Weißstörche sehr standorttreu sind (Wiederbelegung der Vorjahreshorste), besteht eine ausgeprägte Kontinuität in diesen stark bevölkerten Lebensräumen. Diese Gebiete dienen daher seit Jahrzehnten der Wiederbesiedlung des Weißstorchs in Schleswig-Holstein, nachdem es im Zeitraum von 1985 bis 2012 nur 250 oder weniger Horstpaare in Schleswig- Holstein gegeben hat. Im Jahr 2024 gab es in Schleswig-Holstein Insgesamt 514 Horstpaare des Weißstorchs mit derzeit 890 Jungvögeln (Stand 09/2024). Dabei sind die einzeln stehenden Horste normalerweise weit verteilt und es gibt selten mehr als drei Horste in einer der insgesamt 1106 Gemeindegebiete des Bundeslands. Ausnahmen sind Bargfeld-Stegen (8 Horste) und der Westküstenpark in St.-Peter-Ording (ca. 20 Horste, Zoogelände). Im Dorf Bergenhusen allein waren im Jahr 2024 insgesamt 22 Horste besetzt, die 84 Störche inklusive 32 Jungvögel beherbergten. Das entspricht ungefähr 4,3 % aller Horstpaare und 3,6 % aller Jungvögel in Bezug auf das gesamte Bundesland Schleswig-Holstein. Zu den Horststandorten siehe Abbildung 2. Im Dorf Hitzhusen allein waren im Jahr 2024 insgesamt 40 Horste besetzt, die 153 Störche inklusive 75 Jungvögel beherbergten. Das entspricht ungefähr 7,8 % aller Horstpaare und 8,4 % aller Jungvögel in Bezug auf das gesamte Bundesland Schleswig-Holstein. Zu den Horststandorten siehe Abbildung 3. [redacted] Somit beherbergen allein diese beiden Dörfer derzeit 12,1 % der Horstpaare von Schleswig-Holstein. Erwartungsgemäß beträgt der Anteil der flügge gewordenen Jungvögel 12 % des Landesbestands. In den letzten 35 Jahren sind damit 784	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Jungstörche aus Bergenhusen und 1331 Jungstörche aus Hitzhusen ausgeflogen. Ein bundesweiter Vergleich zeigt: Sucht man im Internet nach der ‚größten Storchenkolonie Europas‘, dann wird man auf das Storchdorf Rühstädt in Brandenburg verwiesen. Das Storchendorf Rühstädt wurde 1996 in die Liste der Storchendörfer Europas aufgenommen und hatte damals 37 Horststandorte vorzuweisen. Inzwischen ist der Bestand allerdings auf 23 Horste zurückgegangen (Stand 2022). 4 Weiterhin berichtete kürzlich eine aktuelle ARD-Reportage über die Storchengemeinde Oberhausen-Rheinhausen als ‚Deutschlands größte Storchenkolonie am Rhein‘. Dort gibt es in den Auwäldern eine Weißstorch-Kolonie von 40 Horsten. 5 Die beiden hier beschriebenen Dichtezentren in Bergenhusen und Hitzhusen stehen also in einer Reihe mit dem Europäischen Storchendorf Rühstedt und den größten Weißstorch-Kolonien bundesweit. In beiden Kolonien kommt es zum regulären Vogelzug. In Hitzhusen gilt darüber hinaus ein sehr kleiner Teil der Weißstörche als pflegebedürftig. So erklärt sich eine geringe Zufütterung vor allem der Pflegestörche und die relativ hohe Zahl an Überwinterern, weil ein Teil der Weißstörche nicht flugfähig ist. Zuletzt galten daher 9 Weißstörche in Hitzhusen als Überwinterer. Aufgrund der hohen Eignung stellen die beiden hier vorgeschlagenen Räume den stabilen Kern der Weißstorchpopulation Schleswig-Holsteins dar. Diese führen durch hohe Reproduktionserfolge auch zu einem ‚Populationsüberschuss‘, der zur Besiedlung weiterer Gebiete führen kann beziehungsweise die Bestände in den Randbereichen stützt (Source-Population, Quellenpopulation). Somit besitzen die betreffenden Vorkommen eine herausragende Bedeutung für den Erhaltungszustand der Gesamtpopulation Schleswig-Holsteins. Aufgrund der hohen Revierdichte und der Anwesenheit vieler juveniler Vögel kommt es beim Weißstorch zu einem besonders hohen Kollisionsrisiko mit WEA in der Nähe dieser beiden Lebensräume. Dieses besonders hohe Kollisionsrisiko besteht auch bei den im Dichtezentrum vorhandenen WEA (z.B. im Windpark Bissenmoor). Für diese ist zwar Bestandsschutz gegeben, darüber hinaus soll hier zukünftig aber kein Repowering oder eine Neuerrichtung von WEA erfolgen, um das Kollisionsrisiko auf lange Sicht auszuschließen. Die fachlichen Erkenntnisse für die Abgrenzung des Dichtezentrums beruhen auf jahrelangen kontinuierlichen Beobachtungen der Fachbehörden, unterstützt durch die staatliche Vogelschutzwarte. Weiterhin belegen den Behörden vorliegende	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ornithologische Gutachten für den Raum Hitzhusen eine starke Nutzung der Flächen im hier vorgeschlagenen Dichtezentrum. Es ist mit weitaus überwiegender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die Errichtung von WEA in diesen in Schleswig-Holstein nur zweimal vorzufindenden Dichtezentren zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos führen und somit dem Tötungsverbot gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 1 BNatSchG zuwiderlaufen würde. Überdies wäre mit erheblichen Beeinträchtigungen in Bezug auf den Erhaltungszustand der Gesamtpopulation der Art in Schleswig-Holstein zu rechnen, so dass die Dichtezentren für Weißstorchvorkommen insgesamt von der Ausweisung von Windenergiegebieten und der Errichtung raumbedeutsamer WEA freizuhalten sind. **Vergleich mit dem ‚Dichtezentrum für Seeadlervorkommen‘** Das im aktuellen Entwurf des LEP-Plantexts beschriebene ‚Dichtezentrum für Seeadlervorkommen‘ wurde im Rahmen der Neuaufstellung der Landschaftsrahmenpläne 2020 für Schleswig-Holstein eingehend beschrieben. Dieses kann daher für einen Vergleich bezüglich des ‚Flächenverbrauchs‘ mit dem einhergehenden Ausschluss von WEA-Potenzialflächen beziehungsweise mittelbar von Windkraft-Vorranggebieten mit den beiden hier geforderte ‚Dichtezentren für Weißstorchvorkommen‘ herangezogen werden. Den drei Hauptteilen der Landschaftsrahmenplänen 2020 für die Planungsräume I, II und III kann entnommen werden, dass es zum Zeitpunkt der Neuaufstellung insgesamt 17 + 40 + 49 = 106 registrierte Seeadlerbrutpaare in Schleswig-Holstein gab (Stand: 2017). Dabei gab es allein im Kreis Plön 23 Reviere. Der Formgebung des bestehenden Dichtezentrums kann entnommen werden, dass es außerhalb des Kreises Plön 4 oder 5 weitere Brutpaare gibt oder gab, die dem Dichtezentrum zugeordnet werden (Stand: 2017). Somit kann von maximal 28 Brutpaaren innerhalb des Dichtezentrums ausgegangen werden. Damit lag der Anteil der Seeadlerbrutpaare innerhalb des Dichtezentrums bei 28 / 106 = 26,4 % der Gesamtpopulation in Schleswig-Holstein. Diese Zahl ist inzwischen als eher ‚konservativ hoch‘ zu bezeichnen, da das Seeadlerdichtezentrum als ‚besetzt‘ betrachtet werden kann und die weitere Ausbreitung der Seeadlervorkommen seit 2017 vornehmlich außerhalb des Dichtezentrums erfolgt (Anzahl der Brutpaare 2020 in SH: 123 Brutpaare, Tendenz steigend). Die Größe des Dichtezentrums für Seeadler beträgt 884,7 km2. Das entspricht 5,60 % der Landesfläche des Bundeslandes SH mit einer Landesfläche von 15804,3 km2. Somit	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	sollten 2020 mit der Einführung des Dichtezentrums auf 5,6 % der Landesfläche 26,4 % des Seeadlerbestands geschützt werden, indem vom weiteren Ausbau der Windkraft in diesem Gebiet abgesehen wird. Im Vergleich dazu könnten rund um Bergenhusen und Hitzhusen auf einer (absolut) sehr viel kleineren Fläche ungefähr 4,3 % + 7,8 % = 12,1 % aller Weißstorch-Horstpaare geschützt werden. Denn die beiden hier vorgeschlagenen Dichtezentren haben nur einen Flächenverbrauch von 59,8 km2 (Bergenhusen) und 68,7 km2 (Hitzhusen). Somit würde der Anteil an – in Sinne des Windkraftausbaus – ‚verbrauchter Fläche‘ der beiden Dichtezentren für Weißstörche nur 128,5 km2 / 15804,3 km2 = 0,81 % betragen. Im direkten Verhältnis zwischen Seeadlervorkommen und Weißstorchvorkommen bedeute dies: Auf einer 5,6 % / 0,81 % = 6,91 mal so großen Fläche wird ‚nur‘ ein 26,4 % / 12,1 % = 2,18-facher Anteil des landesweiten Gesamtbestands der Seeadler geschützt. Dies bedeutet somit eine um den Faktor 6,91 / 2,18 = 3,17 höhere relative Dichte von Weißstörchen gegenüber der landesweiten Population der Seeadler. Bezogen auf den gleichen Flächenanteil ist der Flächenverbrauch mit den hier vorgeschlagenen Dichtezentren für den Weißstorch damit also mehr als 3 mal so günstig als beim Seeadler, um einen gewissen Anteil der Population effektiv vor der Kollisionsgefahr durch WEA zu schützen. Eigentlich ist diese Rechnung deutlich zu konservativ, denn der ‚Netto-Flächenverlust‘ für den Windkraftausbau beträgt nur ungefähr die Hälfte des hier errechneten Wertes. Im Umgebungsbereich von Bergenhusen ist aufgrund der weiteren Ziele im LEP und der sich anschließenden Regionalplanung vor allem bezüglich des Zugvogelschutzes und weiterer Brutgebiete sowieso bereits kein (weiterer) Ausbau der Windenergie vorgesehen. Dieses Gebiet geht in der Planung also nicht erneut verloren, sondern kann als bereits vorhanden bewertet werden (siehe dazu auch Abschnitt ‚Konkrete Formgebung des Dichtezentrum Bergenhusen‘). Der reale ‚Wirkungsgrad‘ beträgt als ungefähr 6 zwischen Weißstorch und Seeadler. Selbstverständlich wollen wir mit diesem Vergleich den Wert des Dichtezentrums für die Seeadler nicht abwerten oder dieses gar infrage stellen. Dennoch kann hier festgestellt werden, das der relative Flächenverbrauch, der mit einem ‚Nichtausweisungsgebiet für WEA‘ einhergeht, bei der Art Weißstorch um eine Größenordnung günstiger ist als beim Seeadler.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Formgebung der Dichtezentren Durch die hohe Anzahl der Individuen entsteht aufgrund der verstärkten Nahrungskonkurrenz der Bedarf für ein ausgedehntes Nahrungsgebiet. Wegen dieser hohen Populationsdichte des Weißstorches nutzen die Weißstörche einen deutlich größeren Raum, als dies durch die pauschalen Abstandsradien (für Einzelhorste) derzeit im LEPEntwurf dargestellt wird. Aufgrund der bereits bestehenden Anzahl an vorhandenen Horststandorten in den angestrebten Dichtezentren für Weißstörche und deren Erweiterungspotenzial scheint für Bergenhusen und Hitzhusen ein Schutzabstand zu WEA von ungefähr 4000 m um die bestehenden Horststandorte angezeigt. Auf den folgenden Seiten werden die obengenannten Freiräume für die Dichtezentren dargestellt und die Vorbelastung durch errichtete und geplante WEA sowie die durch den LEP, 1. Entwurf 2024 geplanten Potenzialflächen erläutert. Diese vorgeschlagenen Abstände und die genaue Formgebung der Dichtezentren wären von den Fachbehörden und der Staatlichen Vogelschutzwarte eingehend zu prüfen. Die beiden folgenden Seiten zeigen die beiden konkreten Lagen und Formgebungen der Dichtezentren sowie eine Zusammenfassung zu den eventuell bestehenden Vorbelastungen durch WEA, bereits ausgewiesene Vorranggebiete und Potenzialflächen der aktuellen Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans. **Konkrete Formgebung des Dichtezentrum Bergenhusen** [redacted] Abstand zur Kernfläche (Horststandorte): 4000 m Vorbelastung durch WEA: nein ausgewiesene Vorranggebiete: nein Potenzialflächen im LEP, 1. Entwurf 2024: nein Die Einrichtung des Dichtezentrums Bergenhusen kollidiert mit der bisherigen Errichtung und zukünftigen Planung von WEA nicht, da in einem Abstand von 4000 m rund um das Kerngebiet (grün) keine Vorbelastung besteht und keine Potenzialflächen innerhalb des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vorgeschlagenen Gebiets für das Dichtezentrum existieren. Umsetzung im LEP / Regionalplan Der LEP, 1. Entwurf sieht in dem vorgeschlagenen Gebiet für das Dichtezentrum der Weißstörche rund um Bergenhusen keine Potenzialflächen vor. Möglicherweise zukünftig vorhandene Potenzialflächen sind durch die Aufnahme eines Kriteriums ‚Dichtezentrum für Weißstörche‘ im Rahmen der Teilfortschreibung des LEP und später durch die Übernahme in die Regionalplanung auch weiterhin von der weiteren Planung zur Windenergie auszunehmen. Für evtl. vorhandene WEA ist ein Bestandsschutz gegeben. Darüber hinaus darf hier zukünftig aber kein Repowering oder eine Neuerrichtung von WEA erfolgen, um das Kollisionsrisiko auf lange Sicht auszuschließen. **Konkrete Formgebung des Dichtezentrums Hitzhusen** [redacted] Abstand zur Kernfläche (Horststandorte): 4000 m Vorbelastung durch WEA: ja ausgewiesene Vorranggebiete: ja Potenzialflächen im LEP, 1. Entwurf 2024: ja Die Einrichtung des Dichtezentrums Hitzhusen kollidiert mit der bisherigen Errichtung und zukünftigen Planung von WEA, da in einem Abstand von 4000 m rund um das Kerngebiet (grün) bereits mehrere WEA errichtet sind und ausgewiesene Vorranggebiete existieren. Im Süden des Kerngebiets liegt in einem Abstand von ca. 3000 m der Windpark Weddelbrook/Bissenmoor mit derzeit 5 errichteten WEA. Westlich vom Kerngebiet liegt in einem Abstand von ca. 2000 m der geplante Windpark Weddelbrook/Föhrden-Barl mit 3 geplanten WEA (Genehmigung erteilt, Genehmigung aber aufgrund eines Widerspruchsverfahrens und anhängiger Klage nicht bestandskräftig). Im Randbereich des Freiraums, aber außerhalb des 4000 m Abstands, liegen 3 weitere, kleine ausgewiesene Vorranggebiete (ein Gebiet im Westen und zwei Gebiete im Osten bzw. Nordosten). Im nordöstlichen Randbereich, aber außerhalb des 4000 m Abstands, gibt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	es außerdem bereits einige bestehende WEA (Windpark Wiemersdorf). Umsetzung im LEP / Regionalplan Der LEP, 1. Entwurf sieht in dem vorgeschlagenen Gebiet für das Dichtezentrum der Weißstörche rund um Hitzhusen zahlreiche Potenzialflächen vor. Diese sind durch die Aufnahme eines Kriteriums ‚Dichtezentrum für Weißstörche‘ im Rahmen der Teilfortschreibung des LEP und später durch die Übernahme in die Regionalplanung von der weiteren Planung zur Windenergie auszunehmen. Für die vorhandenen WEA ist ein Bestandsschutz gegeben. Darüber hinaus darf hier zukünftig aber kein Repowering oder eine Neuerrichtung von WEA erfolgen, um das Kollisionsrisiko auf lange Sicht auszuschließen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2656	**Stellungnahme des Amtes Schwarzenbek-Land zur Teilfortschrejbung zum Thema „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021** **<u>Inhaltsübersicht</u>** 1. Referenzanlage 2. Berücksichtigung der Trassenverläufe für die gegenwärtig geplanten Hoch- und Höchstspannungsleitungen 3. Abstandsflächen Außenbereich 4. Akustische und optische Beeinträchtigungen 5. Stellungnahmen der amtsangehörigen Gemeinden> Basthorst> Brunstorf> Gülzow> Kollow> Kuddewörde> Möhnsen **<u>1. Referenzanlage</u>** Die Teilfortschreibung legt eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde. Es ist festzustellen, dass dieses nicht der Realität der Größenentwicklung entspricht - gegenwärtig eher eine Gesamthöhe von 250 Metern und	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zu Punkt 1. Es wird auf Ziffer 1.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 2. Der LEP Wind legt die Rahmenbedingungen für die Festlegung von Windenergiegebieten fest. Für die auf Ebene der Regionalplanung festzulegenden Vorranggebiete Windenergie gilt u. a. der Grundsatz 8 aus Kapitel 4.5.1.2. Insofern erfolgt die konkrete Berücksichtigung der Leitungsnetzinfrastruktur erst auf der nachfolgenden Ebene. Zu Punkt 3. Es wird auf Ziffer 2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 4. Die Berücksichtigung dieser Belange erfolgt sowohl im Zuge der Abstandserfordernisse auf Raumordnungsebene als auch im Rahmen des erforderlichen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mehr. (Z.B. Firma Vestas Typ V172, Gesamthöhe 261-285 Meter, Rotordurchmesser 172 Meter und Nennleistung 7,2 Megawatt) **2. Berücksichtigung der Trassenverläufe für die gegenwärtig geplanten Hoch- und Höchstspannungsleitungen** Die geplanten Trassenverläufe der Höchst- und Hochspannungsleitungen wurden nicht berücksichtigt (u.a. Leitung Sahms-Lübeck West, Vorhaben 51, Nord-Süd-Link, u.a.). Hier ist insbesondere auch die kumulierende Wirkung/Beeinträchtigung von den Trassenverläufen und Windenergieanlagen auf die Bevölkerung zu berücksichtigen. **3. Abstandsflächen Außenbereich** Der Ausschluss für einen Umgebungsbereich von „nur" 400 Meter rund um Einzelhäuser, Splittersiedlungen im Außenbereich sowie Gewerbe wird kritisch gesehen und sollte, auch vor dem Hintergrund der Größenentwicklung der Windenergieanlagen, auf 600 Meter ausgeweitet werden. **4. Akustische und optische Beeinträchtigungen** Die Auswirkungen der akustischen und optischen Beeinträchtigungen (Schall/Infraschall und Schlagschatten) auf gesunde Wohn-, Lebens- und Arbeitsverhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen. **5. Stellungnahmen der amtsangehörigen Gemeinden** **> Basthorst** **> Brunstorf** **> Gülzow** **> Kollow** **> Kuddewörde** **> Möhnsen** **> Basthorst** Die Gemeinde Basthorst fordert mit dem Ziel gesunder Wohn-, Lebens- und	Zu Punkt 5. Zur Gemeinde Basthorst: Die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie erfolgt auf Ebene der Regionalplanung. Insofern können diesbezüglich in diesem Verfahren keine Aussagen getroffen werden. Zur Gemeinde Brunstorf: Kenntnisnahme. Zur Gemeinde Gülzow: Auf Ziffer 1.4.1 der allgemeinen Synopse wird verwiesen. Belange des Artenschutzes werden sowohl auf Ebene des LEP Windenergie als auch im Rahmen der Abwägung bei der Festlegung von Vorranggebieten berücksichtigt. Zur Gemeinde Kollow: Es wird auf die Ziffern 2.2 und 2.3 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Gemeinde Kuddewörde: Die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie erfolgt erst auf Ebene der Regionalplanung. Diesbezüglich können in diesem Verfahren keine Aussagen getroffen werden. Zur Gemeinde Möhnsen: Auf Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse wird verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Arbeitsverhältnisse auf die Ausweisung von Potenzialflächen westlich von Basthorst zu verzichten (Schall/Infraschall und Schlagschatten). **> Brunstorf** Die Stellungnahme der Gemeinde Brunstorf wird durch das Büro PNT Partner, Hamburg, eingereicht. **> Gülzow** Die Stellungnahme der Gemeinde Gülzow vom 25.01.2016 hat weiterhin Bestand. Die Teilfortschreibung legt eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde. Es ist festzustellen, dass dieses nicht der Realität der Größenentwicklung entspricht (gegenwärtig eher eine Gesamthöhe von 250 Metern und mehr). Wiederholt wird vorgetragen, dass das öffentliche Interesse an den Windkraftanlagen nicht den Artenschutz und die Einhaltung der europäischen Vogelschutzrichtlinien überwiegen kann. **> Kollow** Die Stellungnahme der Gemeinde Kollow vom 25.01.2016 hat weiterhin Bestand. Als aktuelle WKA werden vielfach Anlagen vom Typ Vestas V162 (Gesamthöhe ca. 247 m) vorgesehen. Diese Anlagen werden hier auch von einigen Projektierern im Abstand von 800 - 1.000 m zum Wohngebiet geplant. Anlagen dieser Größenordnung verändern das Gesamtbild unserer Region. Der Schlagschatten solcher gigantischen WKA ist immens. Neben den zu befürchtenden Schäden an der Natur, ist auch die Bevölkerung in diesem Bereich extrem belastet. Es wird befürchtet, dass es durch Schall und Infraschall zu Gesundheitsbeeinträchtigungen kommen kann. Der vom Land vorgegeben Abstand zur Wohnbebauung/Wind von 800 m ist indiskutabel. Der Windpark Hamwarde (Abstand 1.000 m) führt zu erheblicher Lärmbelästigung innerorts und Schlagschatten.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Weiterhin klagt der Pferdebetrieb Dahlke über Rückgang der Einsteller, da die Pferde/Reiter anscheinend durch die Windräder beeinträchtigt werden. Die Ablenkungsfläche Milan (Windpark Hamwarde) befindet sich Ende Fasanenweg (Gemarkung Kollow) und würde bei Ausweisung einer weiteren Fläche, seine Funktion verlieren. **> Kuddewörde** Die Gemeinde Kuddewörde lehnt die Potentialplanung südlich von Kuddewörde ab. Dieses hat die Gemeindevertretung am 11.07.2024 einstimmig beschlossen. Neben der Zerstörung des Brutgebietes von Kranich, Milan und weiteren zu schützenden Populationen von Wildvögeln ist der Faktor Schutz von Menschen in Kuddewörde nicht berücksichtigt. Mitten durch Kuddewörde oder am nördlichen Rand ist eine Stromtrasse mit einer 380 kV Höchstspannungsleitung mit über 80 Meter hohen Masten geplant. Zusätzlich wird darunter noch eine weitere Stromleitung mit 110 kV gelegt. Die Kombination dieser Maßnahmen wird für die Einwohnerinnen und Einwohner sehr belastend werden. Wir lehnen deshalb die Planung ab. **> Möhnsen** Die Gemeindevertretung der Gemeinde Möhnsen hat auf ihrer Sitzung am 17.07.2024 beschlossen, eine Stellungnahme im Zuge des Beteiligungsverfahrens abzugeben. 1. **Planungsbereich Potenzialfläche Vorranggebiet Änderung vom 11.06.2024**Dieses Gebiet wurde 2018/19 seitens der Landesregierung berechtigterweise als Windenergie/Potentialfläche gestrichen. Es wurde festgestellt/bewertet, dass dieses Gebiet nicht geeignet ist. Auch wenn die Vorgaben seitens der Landesregierung gelockert worden sind, ist eine Umsetzung in dieser Region weiterhin als sehr nachteilig für Umwelt/Natur/Mensch einzustufen. 2. **Umweltschutz/Artenvielfalt**In der Gemarkung der Gemeinde Möhnsen und insbesondere im überplanten Bereich leben zahlreiche Vögel und Fledermäuse:Wir sehen für die genannten Arten ein hohes	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Konfliktpotenzial.Der ausgeprägte "Grünzug" dient hier artenübergreifend als schützenswerte Ruhezone und ist ein Zugkorridor vieler Zugvögelarten. Die massiven Eingriffe während der Bauphase und durch die Betriebsphase sehen wir als extremen Eingriff in die Natur. Diese gilt es zu vermeiden.Die Gemeinde Möhnsen hat bisher vermieden, die Straßen und Wege in der Gemarkung zu Verbindungs- oder Rundwegen auszubauen. Gerade um der Bedeutung unserer Gemarkung zwischen dem FFH-Gebiet Sachsenwald und dem Naturpark Lanken für die dort lebenden Wildtiere Rechnung zu tragen. Dies sehen wir im Fall einer Umsetzung der Planung als gefährdet an. Der Naturschutz in diesem Gebiet muss berücksichtigt werden! a. *Kraniche* (ganzjähriger Standvogel, Bestand > 20 Exemplare) b. *Rotmilane* (Brutgebiet, 2 Paare) c. *Silberreiher* (Brutgebiet) d. weitere Arten wie *Graugans, Kiebitz* (während des Vogelzuges) e. seit 2 Jahren auch wieder ansässige *Störche* f. In Richtung Lanken (ehem. Truppenübungsplatz) befinden sich Fledermausbunker. In diesen Anlagen sind *zahlreiche Fledermausarten* ansässig und einige seltene Arten sind hier heimisch geworden. 3. **Eiszeitliches Grundwasser**Grundwasser ist nicht ausdrücklich in den Abwägungskriterien benannt. Tatsächlich befindet sich zu großen Teilen unter der Gemarkung Möhnsen eiszeitliches Grundwasser. Dessen Bedeutung kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die benötigten Fundamente solcher WKA können hier die eiszeitlichen Deckschichten beschädigen.Aus diesem Grund hat die Gemeinde Möhnsen seinerzeit klar gegen Fracking Stellung bezogen. Es gibt in unserer Gemarkung entsprechende Beobachtungsbrunnen, wir bitten hier nachdrücklich um Beachtung und Abwägung. 4. **Landschaftsbild/Schlagschatten/Gesundheitliche Beeinträchtigungen**Als aktuelle WKA werden vielfach Anlagen vom Typ Vestas V162 (Gesamthöhe ca. 247 m) vorgesehen. Diese Anlagen werden hier auch von einigen Projekteuren imAbstand von 800 -1000 m zum Wohngebiet geplant Anlagen dieser	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Größenordnung verändern das Gesamtbild unserer Region. Der Schlagschatten solcher gigantischen WKA ist immens. Neben den zu befürchtenden Schäden an der Natur, ist auch die Bevölkerung in diesem Bereich extrem belastet. Es wird befürchtet, dass es durch Schall und Infraschall zu Gesundheitsbeeinträchtigungen kommen kann.Neben der A24, der beschlossenen Hochspannungstrassen (Vorhaben 51, Nord- Süd-Link) und der geplante Solarpark, wären die WKA ein weiterer heftiger Einschnitt in die Natur und die Region. Schwarzenbek, den 09.09.2024 Amt Schwarzenbek-Land Der Amtsvorsteher	
Institution: Städteverband Schleswig-Holstein ID: M2486	**Stellungnahme zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema „Windenergie an Land“** Sehr geehrter Herr Hilker, sehr geehrte Damen und Herren, für die Möglichkeit, zu dem Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema „Windenergie an Land“ Stellung zu nehmen, danken wir. Mit Schreiben vom 16.05.2024 erreichte uns der Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema „Windenergie an Land“ mit einer Beteiligungsfrist bis zum 09.09.2024. In Anbetracht der Komplexität und herausgehobenen Bedeutung war es mehr als unglücklich, dass große Teile der Beteiligungszeit in den Sommerferien lagen. Eine Vielzahl von Gemeinden hatte beabsichtigt, die Auswirkungen der Teilfortschreibung (wie üblich) in Gremiensitzungen zu bewerten, die in den Sommerferien nicht stattfinden und üblicherweise auch nicht direkt im Anschluss, sondern eher Mitte / Ende September. Die Gremienbeteiligung wurde von vielen Gemeinden vor allem deshalb als erforderlich erachtet, weil die Teilfortschreibung auch Gebiete von Gemeinden erfasst, die bislang überhaupt keine Vorrang- oder Potentialflächen hatten. Insofern ist es umso bedauerlicher, dass auch unserer	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.3 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausdrücklichen Bitte um Fristverlängerung um (nur) drei Wochen nicht gefolgt wurde. Für die Beteiligungszeiträume zukünftiger Anhörungen bitten wir ausdrücklich darum, auf die Sommerferien und politische Sommerpause Rücksicht zu nehmen. **Mögliche Akzeptanzgefährdung durch Verbot von Höhenbegrenzungen** Mit der Teilfortschreibung soll vor dem Hintergrund des WindBG ein Verbot von Höhenbegrenzungen gegenüber der Bauleitplanung der Gemeinden implementiert werden. Aus verschiedenen Landesteilen wurde diesbzgl. die Sorge an uns herangetragen, dass die weit verbreitete Akzeptanz der Windenergie im Land angesichts der aktuellen und zu erwartenden Dimensionierung von Windenergieanlagen dadurch gefährdet wird. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Dezernent	
Institution: Eigentümergemeinschaft Rastorfer Passau ID: M2580	**Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche innerhalb der Gemeinde Rastorfer-Passau** Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein.	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich. Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten die Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der	zum Seeadler-Dichtezentrum: Das Dichtezentrum von Seeadlervorkommen entspricht in seiner räumlichen Ausdehnung dem gleichnamigen Kriterium aus dem Landesentwicklungsplans Wind (2020). Die räumliche Festlegung erfolgte auf Grundlage von besetzten und traditionell geeigneten Horststandorten nach landesweit einheitlich angewendeten Kriterien. Ausgehend vom Großen Plöner See werden alle Reviere einbezogen, deren 3 km Umgebungsbereiche sich überlappen oder nicht weiter als 2 km voneinander entfernt liegen. Die von diesen Revieren umschlossene Außengrenze weist im Inneren Bestandslücken auf. Diese Bereiche sind jedoch in der Vergangenheit besiedelt gewesen oder es gab Ansiedlungsversuche. Außerdem weisen sie Schlafplätze und Aufenthaltsbereiche von heranwachsenden Seeadlern auf. Dieser Lebensraum zeichnet sich durch zahlreiche Waldflächen und viele Seen sowie eine Verbindung zur Ostsee und zu EU-Vogelschutzgebieten aus. Im Ergebnis ist ein Raum mit einer kontinuierlich hohen Brutdichte abgegrenzt, der zur dauerhaften Sicherung des stabilen Kerns der Seeadlerpopulation in Schleswig-Holstein geeignet ist und somit der Kontinuität der Freihaltung von WEA bedarf. Eine Anpassung der Abgrenzungen ist fachlich nicht geboten, auch nicht, wenn es an den Rändern zu vereinzelten Änderungen besetzter Horste kommt. Zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel: Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen sind in der Nähe von Horststandorten windkraftsensibler Großvogelarten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. Folglich ist der absolute Ausschluss von Windenergieanlagen in den Umgebungsbereichen mittels eines Zieles der Raumordnung fachlich und rechtlich nicht geboten. Der Einsatz von Antikollisionssystemen ist derzeit nicht in jedem Fall fachlich geeignet oder technisch möglich um das

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch	Tötungsrisiko stets ausschließen zu können. Eine Ausweisung von Vorranggebieten unter alleiniger Annahme des Einsatzes eines Antikollisionssystems ist daher fachlich und rechtlich nicht möglich. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel angesetzten Umgebungsbereiche orientieren sich jetzt an den Angaben des BNatSchG (Anlage 1 Abschnitt 2 zu § 45b BNatSchG). Der Nahbereich wird durch ein neues Ziel der Raumordnung als freizuhaltender Bereich aufgenommen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 45 b bis d ausschließlich für die Ebene der Zulassungsverfahren. Das Kriterium „Seeadlerdichtezentrum“ wird beibehalten, denn aufgrund von überdurchschnittlich hoher Anzahl von Revieren ist von einem hohen Kollisionsrisiko mit WEA auszugehen. Eine Öffnung dieses Kriteriums ist naturschutzfachlich und planerisch auch im Lichte der eingegangenen Stellungnahmen nicht angezeigt. Eine Konfliktbewältigung durch Maßnahmen wird hier in der Regel nicht verhältnismäßig sein. Eine Erweiterung des Dichtezentrums ist aus fachlicher Sicht ebenso nicht erforderlich, da es in der jetzigen Abgrenzung nach wie vor die höchste Revierdichte in Schleswig-Holstein abbildet und damit den Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung darstellt. Daran ändern auch vereinzelt hinzugekommen Brutplätze am Rande nichts. Der Schwarzstorch steht mit 5-7 Revieren kurz vor dem Aussterben in Schleswig-Holstein. Für erfolgreiche Bruten sind die Vögel auf freie Flugkorridore ohne Barrieren im Umfeld ihrer Brutplätze angewiesen. Die Funktion der Lebensstätte für erfolgreiche Bruten der wenigen Paare in Schleswig-Holstein kann daher nur gesichert werden, wenn der 2 km Umgebungsbereich frei von WEA bleibt. In den letzten Jahren ist der Kenntnisstand zur Brutverbreitung des Rotmilans deutlich gestiegen. Die Erkenntnisse zeigen, dass Rotmilanreviere in der Regel wiederbesetzt werden. Auch wenn nicht immer der exakt gleiche Horst genutzt wird, liegt der Wechselhorst oft in der unmittelbaren Nähe. Auch werden aktuell unbesetzte Horste in den Folgejahren wiederbesetzt. Insofern ist

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2	die Berücksichtigung der aktuellen Rotmilanbrutplätze artenschutzfachlich gerechtfertigt. Ergänzend wird zu diesem Kriterium auf die allgemeine Synopse, Ziffer 4.20.1 verwiesen. zu Wäldern und Umgebungsbereichen: Die Raumordnung hat keine Verwerfungskompetenz gegenüber Landesrecht. Die Auffassung, dass die BVerfG-Entscheidung zum Waldgesetz Thüringen auf Schleswig-Holstein übertragbar sei, wird nicht geteilt. Der geringe Waldanteil in Schleswig-Holstein genießt schon per se einen höheren Schutzanspruch. Das Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf das Umwandlungsverbot für WEA nicht verfassungswidrig. Unabhängig davon wird ein Mindestabstand zum Wald von 30 m auch deshalb für notwendig erachtet, um die ökologische Funktion des Waldrandes mit den Wechselbeziehungen insbesondere von Fledermäusen und Vögeln ins Offenland nicht zu stark zu beeinträchtigen. Scheuch- und Störwirkungen sind in diesem Nahbereich auch bei ökologisch weniger wertvollen Wäldern anzunehmen. Die Ausführungen zum Abstand zu Naturwäldern werden zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden nur Naturwälder i.S. des § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. **5. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen** Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z sieht vor, dass innerhalb des in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein dargestellten Dichtezentrums für Seeadlervorkommen (im Kreis Plön und nachrangig in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Ostholstein so-wie der Landeshauptstadt Kiel) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen sei. Die Begründung B zu 7 rechtfertigt dies mit dem deutlich erhöhten Kollisionsrisiko der Art und dem Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung in Schleswig-Holstein (Dichtezentrum). Dieses Dichtezentrum sei dadurch gekennzeichnet, dass hier Reviere unmittelbar aneinandergrenzen und sich zusätzlich Schlafplätze von immaturen Seeadlern in diesem Bereich befinden. Aus diesem Raum heraus begann in den 1970er Jahren die Wiederbesiedlung Schleswig-Holsteins. Es handele sich um die Source-Population, welche eine herausragende Bedeutung für den Erhaltungszustand der Gesamtpopulation Schleswig-Holsteins habe. Wegen der hohen Revierdichte und der Anwesenheit vieler immaturer Vögel komme es beim Seeadler weiterhin zur intensiven Revierabgrenzung und zu Revierkämpfen zwischen angrenzenden Revierpaaren und immaturen Vögeln, in deren Rahmen ein besonders hohes Kollisionsrisiko mit WEA bestünde. Die fachlichen Erkenntnisse für die Abgrenzung des Dichtezentrums beruhten auf jahrelangen kontinuierlichen Beobachtungen der Fachbehörden, unterstützt durch die staatliche Vogelschutzwarte. Im Dichtezentrum bestünde bei Errichtung von WEA ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG) und es sei mit erheblichen Beeinträchtigungen in Bezug auf den Erhaltungszustand der Gesamtpopulation der Art in Schleswig-Holstein zu rechnen. Das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 hält im vorliegenden Umfang einer Prüfung nicht stand und ist entweder als abwägungsoffener Grundsatz der Raumordnung abzustufen oder inhaltlich anzupassen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1. Anforderungen an die Abwägung des Ziels der Raumordnung Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 und 3 LaplaG i.V.m. § 7 Abs. 2 ROG sind bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 8 ROG sowie die Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren nach § 9 ROG – wie die vorliegende – sind in der Abwägung zu berücksichtigen. Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG abschließend abzuwägen. Allgemein ist das Abwägungsgebot verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattgefunden hat, in die Abwägung nicht alle Belange eingestellt worden sind, die nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden mussten oder die Bedeutung der betroffenen Belange verkannt oder der Ausgleich zwischen ihnen in einer Weise vorgenommen worden ist, der zur objektiven Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht (statt vieler BVerwG, 24.11.2011 - 9 A 24/10 -, juris Rn. 54 m.w.N.). Innerhalb dieser Grenzen wird das Abwägungsgebot nicht verletzt, wenn sich die Behörde in der Kollision zwischen verschiedenen Belangen für die Bevorzugung des einen und damit notwendig für die Zurückstellung eines anderen entscheidet; die darin liegende Gewichtung der von der Planung berührten öffentlichen und privaten Belange ist vielmehr ein wesentliches Element der planerischen Gestaltungsfreiheit und damit der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle entzogen (BVerwG, 13.10.2011 - 4 A 4001/10 -, BVerwGE 141, 1 ff., juris Rn. 45). Da sich die Vorgehensweise des Plangebers und die von ihm zur Begründung seiner Abwägungsentscheidungen angestellten Überlegungen in den Planungsunterlagen in der Form wiederfinden müssen, dass eine Rechtskontrolle überhaupt möglich ist, muss sich hieraus auch die Begründung zur Abgrenzung des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen ergeben. Nach der Begründung B zu 7 hat die Landesplanung lediglich ausgeführt: „Die fachlichen Erkenntnisse für die Abgrenzung des Dichtezentrums beruhen auf jahrelangen kontinuierlichen Beobachtungen der Fachbehörden, unterstützt durch die staatliche Vogelschutzwarte.“ Da diese fachlichen Erkenntnisse nicht benannt und die zugrundeliegenden Beobachtungen nicht konkretisiert werden, kann die Abgrenzung des Dichtezentrums	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	kaum hinreichend geprüft werden. Doch selbst wenn man ohne diese Kenntnisse versucht, die Abgrenzung auf Grund von naturschutzfachlichen Kriterien nachzuvollziehen, führt kein systematisch und gleichmäßig angelegtes Kriterium zu der bisherigen Abgrenzung wie sie als Dichtezentrum für Seeadlervorkommen vorgesehen ist (Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, Karte 9; Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II, Kreisfreie Städte Kiel und Neumünster Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde, Neuaufstellung 2020, Abbildung 34). Insofern sind die von der Landesplanung angestellten Überlegungen auch nicht evident, was das Erfordernis an die Begründung gegebenenfalls reduzieren könnte. 2. Abwägungsfehler durch fehlerhafte räumliche Abgrenzung des Dichtezentrums Im Gegenteil drängen sich Abwägungsfehler bei der räumlichen Abgrenzung des Dichtezentrums Seeadlervorkommen auf, weil kein konsistent und einheitlich angewandtes Kriterium vorliegt. So ist mit vorliegenden Daten erkennbar, dass □ sich innerhalb des Dichtezentrums Brutplätze bzw. Reviere befinden, die nicht unmittelbar aneinandergrenzen, □ Bereiche außerhalb des Dichtezentrums mit vergleichbaren (bzw. höheren) Siedlungsdichten als in Teilen des Dichtezentrums liegen, aber nicht aufgenommen wurden, □ größere Teilflächen ohne Besiedlung durch Seeadler und ohne regelmäßige Immaturen-Ansammlungen als Dichtezentrum ausgewiesen wurden und □ v.a. randliche Ausdehnungen wie im Norden bei Barsbek als schmaler Fortsatz eine isolierte Lage aufweisen, die eine Stringenz vermissen lassen. Vor diesem Hintergrund liegt keine Rechtfertigung dafür vor, sogar als Ziel der Raumordnung eine scheinbare abschließende Abgewogenheit darzustellen und die Ausweisung von Windenergiegebieten in diesen Bereichen zu beschränken. Dies wird beispielhaft im Bereich der Potenzialfläche Barsbek deutlich: Sie befindet sich im Randbereich des Dichtezentrums in einer Erweiterung als schmaler „Fortsatz“ nach	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Norden hin. Alleiniger Grund für die Erstreckung des Dichtezentrums auf diesen Bereich ist die Miteinschließung des isoliert am Rande gelegenen Brutpaares bei Barsbek, welches aber schon länger nicht mehr dort brütet. Diese isolierte Lage unterscheidet sich nicht von anderen Einzelrevieren ohne unmittelbar angrenzende Nachbarreviere außerhalb des dargestellten Dichtezentrums. Auch die Lage sowie Verteilung der Seeadler-Reviere und die Siedlungsdichten belegen, dass die Einbeziehung des nördlichen „Fortsatzes“ naturschutzfachlich nicht begründbar ist. Zudem liegen im Bereich der Potenzialfläche und dessen Umfeld keine besonderen Nahrungsgewässer. Zudem ist der in der Begründung verwendete Begriff „Source-Population“ nicht auf den Bereich des „Dichtezentrums“ beschränkt, sondern trifft auf den gesamten Brutbestand Schleswig-Holsteins zu, da in jedem Jahr erheblich mehr Jungvögel flügge werden als freie Reviere zu besetzen wären. Dieses Argument zur Herleitung des räumlich abgrenzten Ziels der Raumordnung ist somit nicht tragfähig. Insbesondere trifft dies nicht den beispielhaft beschriebenen Randbereich bei Barsbek. Schließlich drängt sich auch bei einem Vergleich zwischen der Darstellung im Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II, Kreisfreie Städte Kiel und Neumünster Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde, Neuaufstellung 2020, Abbildung 34 und der mind. vier Jahre späteren Darstellung in Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, Karte 9; Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II, Kreisfreie Städte Kiel und Neumünster Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde, Neuaufstellung 2020 Abbildung 34 der Eindruck auf, dass die Landesplanung trotz offensichtlicher Veränderungen im Artbesatz – wobei mangels Differenzierung unklar bleibt, ob es sich um einen Seeadlerhorst oder Rotmilan- bzw. Weißstorchhorst handelt (der Schwarzstorch ist wegen seiner verschwindend geringen Anzahl nicht relevant) – die räumliche Abgrenzung des Dichtezentrums nicht überdenkt. Dabei liegen in weiten Bereichen keine Horste und damit auch keine Seeadlerhorste vor: **[Karte S. 10]** 3. Abwägungsfehler wegen fehlerhafter Begründung und daraus folgend fehlerhaften Abgrenzung des Ziels der Raumordnung Wie vorstehend ausgeführt, kann die seitens der Landesplanung verwendete Bezugnahme auf eine „Source-Population“ für die vorgenommene Abgrenzung des Dichtezentrums nicht ausschlaggebend sein, jedenfalls nicht für die Einbeziehung von Randflächen wie im Bereich Barsbek. Wenngleich die naturschutzfachliche Bedeutung	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	des Bereichs der Plöner Seenplatte anerkannt wird, so bestehen mittlerweile andere Landesteile mit vergleichbar hoher Eignung als Seeadler-Lebensraum und ebenfalls langjähriger Besiedelung, die als „Source-Population“ zu berücksichtigen wären. Eine solche Berücksichtigung hat aber nicht stattgefunden. Der weitere Aspekt für das Dichtezentrum, es bestünde ein erhöhtes Kollisionsrisiko durch Revierkämpfe, kann nicht für den gesamten Bereich des dargestellten Dichtezentrums angenommen werden. Hierzu ist die Besiedlung größtenteils zu dünn, so dass die Revierkernbereiche nicht aneinandergrenzen. Die fehlerhaften Begründungen haben mithin wiederum zu einer fehlerhaften räumlichen Abgrenzung des Dichtezentrums geführt. 4. Abwägungsfehler durch grundlegende Annahme eines signifikant erhöhten Tötungsrisikos Die Begründung B zu 7 nimmt pauschal „mit weitaus überwiegender Wahrscheinlichkeit“ an, „dass die Errichtung von WEA in diesem einmalig in Schleswig-Holstein vorzufindenden Dichtezentrum zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos führen und somit dem Tötungsverbot gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 1 BNatSchG zuwiderlaufen würde.“ Dies ist nicht tragfähig und damit abwägungsfehlerhaft. Zunächst wird deutlich, dass die Landesplanung keine hinreichende Prüfung anhand des § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG durchgeführt hat. Wie die vorstehende Abbildung aus dem Umweltbericht verdeutlicht – dort sind auch Seeadlerbrutplätze mit 2 Kilometerbereich dargestellt – sind in weiten Teilen die zentralen Prüfbereiche von Seeadlern nicht aneinandergrenzend. Damit unterstellt die Landesplanung das Vorliegen eines signifikant erhöhten Tötungsrisikos auch im erweiterten Prüfbereich des Seeadlers, allerdings ohne der Beweislast nach § 45b Abs. 4 BNatSchG gerecht zu werden. Die pauschale Annahme, die Grundgefährdung (allgemeines Lebensrisiko) wäre im Dichtezentrum pauschal und flächendeckend signifikant erhöht, wird in keiner Weise belegt und kann in den Randbereichen mit geringerer Siedlungsdichte sowie in Besiedlungslücken nicht begründet werden. Es kann nicht auf gesamter Fläche ein so hohes Flugaufkommen angenommen werden, dass in der artenschutzrechtlichen Bewertung die Annahme einer generellen Signifikanz des Kollisionsrisikos unabhängig von den jeweiligen Ortsspezifika (Abstand / Lage zum Horst und zu	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Nahrungsgewässern) rechtfertigen würde. Auch bei Betrachtung auf Populationsebene sind durch den erheblichen Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein keine negativen Auswirkungen auf den Bestand festzustellen – im Gegenteil, der Landesbestand nimmt weiter stetig zu und es werden jährlich erheblich mehr Jungadler flügge als in Schleswig-Holstein Reviere frei werden. Der Anteil der Schlagopfer an der Gesamtpopulation muss deshalb insgesamt gering sein. Es kann auch nicht angenommen werden, dass das Kollisionsrisiko durch Revierkämpfe ein flächendeckend signifikant erhöhtes Tötungsrisiko im Dichtezentrum rechtfertigt. Die Territorialität der Reviervögel beschränkt sich i.d.R. auf den Horstwald und dessen Umgebung mit dem/den Hauptnahrungsgewässer/n. Eine diesbezügliche Erhöhung des Kollisionsrisikos ist allenfalls für die Dichtekernbereiche (Plöner Seenplatte, Umfeld Selenter See) möglich, nicht jedoch flächendeckend. Schließlich kann auch nicht vertreten werden, dass infolge des hohen Flugaufkommens im Dichtezentrum mit weitaus überwiegender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen sei, dass die Errichtung von WEA in diesem Dichtezentrum zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos führt. Dagegen spricht, dass im Dichtezentrum größere Flächen mit geringerer Siedlungsdichte bzw. abseits von Gewässern / Revieren bestehen, was die pauschale Annahme eines hohen Flugaufkommens und mithin signifikant erhöhten Kollisionsrisikos nicht als gerechtfertigt erscheinen lässt. Es sind eben nicht pauschal flächendeckend hohe Flugintensitäten zu erwarten, insbesondere nicht in den Randbereichen mit geringerer Siedlungsdichte sowie in den ausgewiesenen Besiedlungslücken. Im Ergebnis fehlt auch insoweit jede belastbare Darlegung abseits von allgemeinen Vorsorgeüberlegungen. **1.2 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel** Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G soll um Brutplätze von vier genannten windkraftsensiblen Großvogelarten in einem jeweils angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Dies sind für den Seeadler 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Seeadlervorkommen), für den Schwarzstorch 2.000 Meter, für den Weißstorch 1.000 Meter und für den Rotmilan 1.500 Meter. Wenn im jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt, solle in der Abwägung geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist. Zusätzlich könne bei Weißstorch- und Rotmilan-Brutplätzen einzelfallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden können. In der Begründung B zu 17 wird auf ein erhöhtes Kollisionsrisiko im Horstumfeld von Seeadlern, Weißstörchen und Rotmilanen Bezug genommen. Für Schwarzstörche bestünde ein ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe bestehe (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Der Abstandsradius beim Seeadler wird auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG zurückgeführt. Für den Weißstorch und den Rotmilan wird zwischen einem engen und weiten Radius differenziert, wobei gelte: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Weiter wird auf abwägungsrelevante Aspekte bei bestehenden Windparks innerhalb bestimmter Umgebungsbereiche verwiesen (Übernahme, nachträgliche Ansiedlung, vorhandene Vorbelastung, Repowering). Zu den einzeln genannten windkraftsensiblen Großvögeln ist folgendes festzuhalten und deshalb Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G sowie die diesbezügliche Begründung entsprechend anzupassen, damit eine rechtmäßige Anwendung und Abwägung dieses Grundsatzes der Raumordnung bei der Ausweisung von Windenergiegebiete in den Regionalplänen erfolgt: 1.2.1 Allgemein Es ist zunächst zu begrüßen, dass die Schutzbereiche um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln teilweise reduziert wurden und insgesamt der Abwägung zugänglich sind. Es ist jedoch sehr problematisch, dass Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G die angegebenen Umgebungsbereiche zum Regelfall erklärt, sodass nur im Kontext von Vorbelastungen (bereits bestehende raumbedeutsame WEA bzw. ergangene Genehmigungen) ein Unterschreiten möglich sein solle. Damit wird der Sache nach ein	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Ziel der Raumordnung mit einer Zielausnahme i.S.d. § 6 Abs. 1 ROG formuliert, was zu korrigieren ist, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, es fehlten hinreichende Daten für eine Zielfestlegung, was aber nun zur verkappten und nur scheinbar abwägungsoffenen Festlegung als Grundsatz der Raumordnung führte. Zudem verwundert der Ansatz, wonach nicht durchgehend die Prüfabstände aus der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG übernommen wurden und fast jegliche Rechtfertigung für die pauschal angenommenen Abstände bei windkraftsensiblen Großvogelarten fehlt. Allein zum Seeadler findet sich ein Bezug auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG. Bei den weiteren kollisionsgefährdeten Arten wird die gesetzliche Vorgabe ignoriert und der abweichend gewählte Abstandsradius nicht gerechtfertigt. Dabei ist im Nachgang zum verfassungsrechtlichen Handlungsauftrag, den das BVerfG formuliert hat (BVerfG, Beschluss vom 23. Oktober 2018 – 1 BvR 2523/13 –, BVerfGE 149, 407-421), der Bundesgesetzgeber tätig geworden und hat mit § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG verbindliche Maßstäbe für die Bewertung, wann nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, festgelegt. Sofern die Landesplanungsbehörde hiervon abweichen und weitergehende Abstände als den Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG berücksichtigen möchte, so fehlt es an einer entsprechenden Rechtfertigung hierfür. Gesetzgeberische Intention war es gerade, bundesweit einheitliche Abstandsregelungen, die der dafür legitimierte Gesetzgeber vorgibt, zu setzen. Insofern sind die vorgesehenen Abstandsradien unbedingt auf den jeweiligen Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG anzupassen oder dieser zumindest gemeinsam mit dem zentralen Prüfbereich abwägend zu berücksichtigen. Hierauf wird zu den einzelnen Arten noch eingegangen. 1.2.2 Seeadler Zunächst einmal ist zu begrüßen und zu befürworten, die Seeadler im Rahmen eines abwägungsoffenen Grundsatzes der Raumordnung zu betrachten. Entsprechend kann das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen (vgl. dazu Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.) aufgehoben und in den vorliegenden Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Absatz 17 etwa mit einer besonderen Gewichtung des Seeadlerschutzes im dargestellten Dichtezentrum überführt werden. Der gesetzlich vorgesehene Schutzstatus würde damit beibehalten bleiben. Angesichts der weiten Verbreitung der Art, fehlender artenschutzrechtlicher Ansätze für die Freihaltung des Dichtezentrums sowie methodischer Zweifel für deren Abgrenzung auch vor dem Hintergrund der neuen bundesgesetzlichen Bewertung drängt sich diese Vorgehensweise auf und erhöht die Rechtssicherheit durch Aufgabe des Ziels der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7. Allerdings ist der Abstandsradius für den Seeadler auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.2.1). Zwar ist für den Seeadler zuzugestehen, dass die in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) für den Seeadler nach der gesetzlichen Regelung noch nicht als wirksam angesehen werden oder phänologiebedingte Abschaltungen zu umfangreich wären. Allerdings hat sich die Sachlage gegenüber der zum Zeitpunkt der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) fortentwickelt und es liegt ein auch vom Landesamt für Umwelt Schleswig-Holstein mittlerweile für den Seeadler anerkanntes Antikollisionssystem vor. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Seeadlerbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Damit plant die Landesplanungsbehörde nicht in eine Konfliktlage hinein, sondern berücksichtigt die bundesgesetzgeberische Intention, wenn lediglich der Nahbereich von 500 m freigehalten wird. Jedenfalls aber muss eine Differenzierung in 500 Meter (Nahbereich) und 2.000 Meter (Zentraler Prüfbereich) vorgesehen werden, sodass im zentralen Prüfbereich abwägend auch außerhalb der aktuell engen Begrenzung auf Fälle mit Vorbelastung eine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden kann. 1.2.3 Schwarzstorch Die Aufnahme eines Abstandsradius für den Schwarzstorch wird mit Bezugnahme auf	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	den „Schutz der Lebensstätte gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 2 Nummer 3 BNatSchG“ begründet (B zu 17). Da die Landesplanungsbehörde auch § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG in Bezug nimmt, wonach ein Verstoß gegen das Verbot nach dem ebenfalls zitierten § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht vorliegt, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird, ist davon auszugehen, dass im Einzelfall im Rahmen der Abwägung auch innerhalb des 2.000 Meter-Radius Windenergiegebiete ausgewiesen werden können. Entscheidend ist dann nur, ob diese im Bereich von essentiellen Habitaten des Schwarzstorchs liegen, welche nach der Begründung „alte, geschlossene Waldstrukturen mit Still- und Fließgewässern“ (B zu 17) sind. Dies ist bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in den Regionalplänen zu berücksichtigen. Selbst bei einer Betroffenheit solcher Habitate würde im nachfolgenden Genehmigungsverfahren die Möglichkeit nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG bestehen, das Zugriffsverbot durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) zu bewältigen. Weiter ist für die zugrundeliegende rechtliche Bewertung folgendes zu beachten und der aktuell vorgesehene Abstandsradius anzupassen: Nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist es verboten, wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. Die in § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG zum Ausdruck kommende populationsbezogene Bestimmung der Erheblichkeitsschwelle steht mit Art. 12 Abs. 1 Buchst. b FFH-RL in Einklang, der einen art- bzw. populationsbezogenen Schutzansatz verfolgt (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328). Das Vorliegen einer Störung i.S.d. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG setzt aber zunächst voraus, dass es überhaupt zu einer unmittelbaren oder mittelbaren Einwirkung auf die geschützten Tiere kommt, die bei diesen eine Verhaltensänderung bewirkt. So gilt etwa: „bei der schlichten Beseitigung von Flächen, die bislang als Nahrungsgrundlage genutzt worden sind, und bei vegetationsverändernden Immissionen fehlt es nämlich an einer zwanghaften Einwirkung auf das natürliche Verhalten der Tiere, das nach dem Wortsinn als Störung zu werten ist.“ (BVerwG, Urteil vom 14. April 2010 – 9 A 5/08 –, BVerwGE 136, 291-332,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rn. 118). „Der Störungstatbestand kann vor allem durch bau- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen der geschützten Tierarten in Gestalt von akustischen und optischen Störwirkungen, aber auch durch Trennwirkungen erfüllt werden, die von der vorgesehenen Trasse ausgehen.“ (BVerwG, Urteil vom 7. Juli 2022 – 9 A 1/21 –, BVerwGE 176, 94-130, Rn. 111 m.w.N.). Insofern muss sich die Auslegung der bundesgesetzlichen Vorschrift des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG daran messen lassen, ob überhaupt eine Störung im vorgenannten Sinne bei vorgesehenen Schutzabständen vorliegt. Zudem finden in der naturschutzfachlichen Praxis die planerisch zu berücksichtigenden Fluchtdistanzen von Vogelarten Anwendung, nach Gassner et al. 2010 (Gassner/Winkelbrandt/Bernotat, UVP und strategische Umweltprüfung – Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltprüfung, 5. Auflage 2010, S. 192 ff.; Bernotat, Vorschlag zur Bewertung der Erheblichkeit von Störwirkungen auf Vögel mit Hilfe planerischer Orientierungswerte für Fluchtdistanzen, in: Bernotat/Dierschke/Grunewald, Bestimmung der Erheblichkeit und Beachtung von Kumulationswirkungen in der FFH-Verträglichkeitsprüfung, Naturschutz und Biologische Vielfalt 160 (2017), S. 157-171). Diese sehen für den Schwarzstorch eine Fluchtdistanz von 500 m vor. Selbst wenn diese für Windenergieanlagen vergrößert werden müsste, so dürften keine naturschutzfachlichen Nachweise bestehen, um den sechsfachen Abstand zu rechtfertigen. Auch wenn die Landesplanungsbehörde nicht auf das Störungsverbot rekurriert, so wird jedenfalls deutlich, dass der aktuelle Abstandsradius sich mit diesem Zugriffsverbot nicht rechtfertigen ließe. Dies ist gleichermaßen hinsichtlich des Schädigungsverbots zu konstatieren. Es verbietet nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Erfolgt der Zugriff im Zuge eines nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffs in Natur und Landschaft, so scheidet ein Verstoß gegen das Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG aus, soweit die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Um dies zu gewährleisten, können nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden (sog. CEF-Maßnahmen). Im Anwendungsbereich des § 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG hat die Verbotsprüfung demnach zweistufig zu erfolgen: Auf der ersten Stufe stellt sich die Frage, ob auf eine geschützte Lebensstätte mit einer der genannten Tathandlungen eingewirkt wird. Trifft dies zu, so sind auf der zweiten Stufe die Konsequenzen in den Blick zu nehmen, die damit für die von der betroffenen Lebensstätte für die sie nutzenden Tiere erfüllte Funktion verbunden sind (so BVerwG,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328, Rn. 37 - 38 m.w.N.). Unabhängig von der umstrittenen Frage, wie weit der Schutz des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG geht – einerseits nur direkte Einwirkungen auf die Fortpflanzungs- und Ruhestätte (bspw. Horst) oder andererseits (so tendenziell BVerwG, Urteil vom 12. August 2009 – 9 A 64/07 –, BVerwGE 134, 308-335, Rn. 68; BVerwG, Urteil vom 28. März 2013 – 9 A 22/11 –, BVerwGE 146, 145-175, Rn. 148) auch das weitere Umfeld der eigentlichen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte, sofern es elementar für den Reproduktionserfolg oder die Rast ist – liegt jedenfalls keine Beschädigung oder Zerstörung bei Abständen von 2 km vor. All dies verdeutlicht, dass es zu einer angemessenen Reduzierung des vorsorglichen Schutzabstands zu Schwarzstorchhorste kommen muss, wobei sich ein Abstand von 1.500 Metern zunehmend durchsetzt und weiterhin Vorsorgeaspekte berücksichtigt. Der von der Landesplanungsbehörde vorgesehene Umgebungsbereich von 2.000 Metern wird demgegenüber nicht belegt (anders als etwa die Bezugnahme auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG). 1.2.4 Weißstorch Der Abstandsradius für den Weißstorch ist auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.2.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Weißstorch zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Weißstorchbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nur den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf 750 Meter zu Weißstorchhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 750 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 750 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	kommen und die Windenergiegebiete festlegen. 1.2.5 Rotmilan Zunächst ist festzustellen, dass die Berücksichtigung von Rotmilanbrutplätzen in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G ungeeignet ist und die Auswahl der windkraftsensiblen Großvogelarten auch gar keine Rechtfertigung erfahren hat. Für den Rotmilan kann das auch nicht gelingen. Während sich die Vorgehensweise für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze bei einer Anpassung der Radien und echten Offenheit für eine abwägende Einzelfallprüfung erschließt, ist die Herangehensweise in Bezug auf Rotmilanbrutplätze fehlerhaft. So führte das landeseigene aktualisierte Fachpapier aus: „Allerdings wird diese Art nicht alljährlich landesweit erfasst und es gibt häufiger Horstwechsel, so dass die Daten oft nur einen ersten Hinweis auf ein Rotmilanvorkommen im Planungsraum geben.“ (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016, S. 7). Naturschutzfachlich ist bestätigt, dass der Rotmilan gegenüber dem Seeadler eine deutlich geringere Brutplatzkonstanz aufweist. Eine zwischen den Jahren variable Besiedlung der Landschaft (Wechsel der Horststandorte oder auch Nicht-Wiederbesiedlung von Waldstücken) tritt daher häufig auf (z.B. Mammen et al., Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt. Bericht des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Heft 5/2014). So berichtet Schmude, dass bei einer Rotmilankartierung in Mecklenburg-Vorpommern 75 % der im Folgejahr erneut kontrollierten Horste nicht mehr besetzt waren, insgesamt 49 von 65 Horsten (Schmude, Protokoll der 16. Sitzung der Bund-Länder-Initiative Windenergie (BLWE) am 22.09.2014; nachvollziehbar bei Scheller/Vökler/Güttner, OAMV e.V., Rotmilankartierung 2011/2012 in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 09.02.2014). Die Variabilität ist dadurch begründet, dass der Rotmilan als Zugvogel (auch unter Berücksichtigung möglicher Verluste auf dem Zugweg) erst relativ spät im Jahr ins angestammte Brutrevier zurückkehrt und nicht selten einen neuen Horst bauen muss, weil der Althorst bereits	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	durch andere Arten (Konkurrenten um geeignete Horstbäume bzw. vorhandene Horste z.B. Mäusebussard, Kolkrabe u.a.) besetzt wurde. Auch baut der Rotmilan in der Regel eher kleinere und nicht so stabile Horste, so dass diese leichter als z.B. langjährig genutzte und entsprechend ausgebaute Seeadler-Horste durch Winterstürme zerstört werden können. Diese autökologischen Aspekte der Biologie des Rotmilans bedingen, dass zwar in der Regel die Reviere wiederbesetzt werden, aufgrund der Variabilität die Lage der Horststandorte aber nur schwer vorhersagbar ist. Wird nunmehr aber auf dieser Grundlage eine Potenzialfläche im 1.500 Meter- oder 1.000 Meter-Radius (zu den falschen Abständen vgl. nachfolgend) um einen aktuell nachgewiesenen Standort eines Rotmilanhorsts gestrichen, so werden diese naturschutzfachlichen Grundlagen zur sehr geringen Horsttreue missachtet. Dies kann dazu führen, dass durch den Horstwechsel die Potenzialfläche bereits beim Inkrafttreten des Regionalplans nicht mehr durch den Rotmilanhorst beeinträchtigt würde. Zudem ist es vor dem Hintergrund des nach § 5 Abs. 1 Satz 4 LaplaG vorgesehenen Planungszeitraums der Regionalpläne von fünfzehn Jahren, also voraussichtlich bis 2040, abwägungsfehlerhaft, eine Art mit sehr geringer Brutplatzkonstanz heranzuziehen, um in der Abwägung Potenzialflächen bis ins Jahr 2040 zu streichen. Soll auf der höherstufigen Planungsebene bereits eine weitgehende Aussage mit Abwägungsdirektiven, wie aktuell in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G vorgesehen, getroffen werden, geht dies mit dem Erfordernis einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte einher als wenn – auch im Rahmen der Abwägung – keine konkreten Zielaussagen getroffen werden. Dabei können sich die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der Abwägungsvorgang selbst den Anforderungen an die Abwägung bei Fachplanungen annähern, je enger das Ziel und der damit vorgegebene Rahmen sind (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Soweit durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 Potenzialflächen ausgeschlossen werden sollen, bedarf es für die herangezogenen Tierarten eine landesweite Kenntnis von Horststandorten. Nur dann liegt eine für diese Zwecke ausreichende Bestandsaufnahme vor (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53), die den Anforderungen an Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte genügt. Dies gilt umso mehr, weil die Zuordnung zur Streichung von Gebieten im Rahmen der Abwägung ohne vorhandene umfangreiche Raumnutzungsanalyse faktisch	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	zu einem Ziel der Raumordnung erhoben wird, was an sich bereits fragwürdig ist. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn dies im Sinne einer Beweislastumkehr auf die Öffentlichkeit, insbesondere die Vorhabenträger, als Anforderung verlagert wird. Während die rechtlich erforderlichen landesweiten Kenntnisse für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze wohl vorliegen dürften, gibt es eine solche hinreichende Bestandsaufnahme und Erkenntnislage für Rotmilanbrutplätze nicht. Es wäre im Übrigen auf Grund der vorstehend beschriebenen fehlenden Brutplatztreue wohl auch problematisch, eine aktuelle bzw. dem Bedarf der Regionalplanung – schließlich handelt es sich um ein Verfahren über viele Monate und einen Plan, der mehrere Jahre gelten soll – entsprechende Bestandsaufnahme zu erhalten. Jedenfalls für die Art Rotmilan sollte die Landesplanungsplanungsbehörde unbedingt auf die nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verweisen, die sowohl die sehr geringe Brutplatzkonstanz als auch die für die Bewertung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG maßgeblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen (Abschaltung, Ablenkflächen, etc.) besser und abwägungsfehlerfrei berücksichtigen können. Dabei wird nicht in eine unüberwindbare Verbotslage hineingeplant, weil § 45b BNatSchG in Einzelfällen letztendlich auch noch über die artenschutzrechtliche Ausnahme immer eine Genehmigungsfähigkeit bei einer Betroffenheit des Rotmilans ermöglicht. Sofern die Landesplanungsbehörde den Rotmilan nicht schon in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G als ausgewählten windkraftsensiblen Großvogel aufgrund der vorstehenden Ausführungen streicht und damit Rechtsfehler vermeidet, so hat in jedem Fall eine Anpassung der dortigen Abstandsradien für die Art zu erfolgen. Es ist nicht nachvollziehbar und kann auch nicht begründet werden – wenig überraschend verhält sich die Begründung B zu 17 deshalb auch überhaupt nicht dazu – wieso für den Rotmilan ein Umgebungsbereich von 1.500 Metern angenommen wird. Es kann im Rahmen der Festlegung nicht über den zentralen Prüfbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG hinausgegangen werden und zugleich für das Zugriffsverbot das erhöhte Kollisionsrisiko für den Rotmilan als Begründung herangeführt werden. Schließlich hat der Bundesgesetzgeber für den erweiterten Prüfbereich eine Beweislastumkehr eingeführt und in § 45b Abs. 4 Satz 1 BNatSchG festgelegt, dass in der Regel das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dann nicht signifikant erhöht ist. Es ist sehr widersprüchlich dazu, dass die Landesplanungsbehörde abstrakt über § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG hinausgehend beim Rotmilan 1.500 Meter, anstatt 1.200 Meter vorsieht (vgl. allgemein bereits 1.2.1). Auffallend ist, dass nur für den Rotmilan der Radius nicht an Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG angepasst wurde, sondern stattdessen an den Abständen des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) ohne weitere Begründung festgehalten wird. Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. In jedem Fall ist der Abstandsradius auf 1.200 Meter zu reduzieren. Unabhängig davon ist der Abstandsradius für den Rotmilan jedoch sogar auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.2.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Rotmilan zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Es sind aber auch schon Antikollisionssysteme für den Rotmilan in Schleswig-Holstein anerkannt. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Rotmilanbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nicht einmal den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf nur 1.000 Meter zu Rotmilanhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 1.000 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen rechtlich überholten (vgl. vorstehende Ausführungen) gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 1.000 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. **4. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z – Wälder und Umgebungsbereiche** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. Weiter sind nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Errichtung raumbedeutsamer WEA in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen. Dies wird mit dem niedrigen Waldanteil in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt, dem Ziel der Landesregierung zur weiteren Erhöhung des Waldanteils, und dem gesetzlichen Verbot des § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG begründet (B zu 6 zu (1)). Eine Zulassung der Waldumwandlung sei wegen der Seltenheit, der besonderen Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz sowie des Landschaftsbildes bei Prägung durch Waldkulissen nicht vertretbar. Weiter wird auf § 24 LWaldG, der einen gesetzlichen Waldabstand vorsieht, und § 2 Abs. 1 LWaldG, der die Mindestgröße von einem Hektar als Waldfläche vorsieht, verwiesen. Bei Naturwäldern wird in der Begründung B zu 6 zu (2) auf deren nach § 14 LWaldG besondere ökologische Funktionen Bezug genommen. Der weitergehende Abstand von 100 Metern wird mit den Waldrändern von Naturwäldern als Schnittstelle zum Offenland, die häufig sehr artenreich seien und einen wichtigen Rückzugsraum darstellten, begründet. Naturwälder seien in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt. Darüber hinaus seien weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen. Das fortgeltende Verbot der Waldumwandlung zur Errichtung von WEA (§ 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG) und der pauschale Waldabstand von 30 Metern (§ 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG) sind vor dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung des BVerfG zweifelhaft. So hat das BVerfG die Regelung in Thüringen „Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ (§ 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) als nicht gerechtfertigte Inhalts- und Schrankenbestimmung, welche in das Eigentumsrecht der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer eingreift, angesehen, weil das Gesetz formell verfassungswidrig ist, da dem Freistaat Thüringen für die angegriffene Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlt (BVerfG, 27.09.2022 - 1 BvR 2661/21 -, BVerfGE 163, 1-42, Rn. 14). § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG lautet beinahe identisch („Die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von mehr als 10 Metern ist unzulässig.“) und die Entscheidungsgründe des BVerfG sind übertragbar. Auch das OVG Schleswig-Holstein hat diesbezügliche Bedenken bereits deutlich geäußert, wenngleich dies noch nicht entscheidungserheblich war (OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21 -, juris Rn. 51). Insofern sollte die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Landesplanung zur Vermeidung der Berufung auf eine verfassungswidrige Vorschrift unbedingt auf Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) verzichten und selbst bei einem planerischen Freihalten der Waldflächen jedenfalls nicht noch zusätzlich einen Abstand von 30 Metern vorsehen. Letzteres gilt insbesondere auch deshalb, weil WEA mit entsprechenden Feuerlöschsystemen nicht mit den in § 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG genannten Schutzzwecken im Widerspruch stehen und insofern auch unter Berücksichtigung der Wertung des § 2 EEG die Unterschreitung des Waldabstands zugelassen werden kann. Dies gilt noch mehr vor dem Hintergrund, dass durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) die Referenzanlage (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern vom Turmmittelpunkt und damit der baulichen Anlage sowieso 75 Meter Abstand zum Waldrand einhalten wird und der untere Rotordurchlauf bei 50 Metern beginnen wird, weshalb die Schutzzwecke in dieser Höhe keine maßgebliche Relevanz mehr haben werden. Vorzugswürdig und durch das BVerfG angelegt ist jedoch, dass allein die nach §§ 14 f. LWaldG aufgrund ihrer ökologischen Funktion, ihrer Lage oder auch wegen ihrer Schönheit schutzwürdig und -bedürftigen Wälder von der Windenergienutzung ausgenommen werden, wofür der Landesgesetzgeber allein auch eine Gesetzgebungskompetenz hat. Insofern ist allein Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) zu befürworten und auf weitergehende Abstände zu verzichten. Allerdings muss zum Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) angemerkt werden, dass rechtsfehlerhaft ist, wenn neben den explizit nach §§ 14 f. LWaldG erklärten Naturwäldern, die in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt sind, weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen sein sollen. Sofern damit gemeint sein sollte, dass weitere nach den gesetzlichen Regelungen des §§ 14 f. LWaldG erklärte Naturwälder (Verordnungen nach § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG) zu berücksichtigen sind, wäre das rechtlich zulässig. Darüber hinaus gehende allein fachlich eingeschätzte „Naturwälder“ können keine Berücksichtigung finden, weil sie nicht nach dem Verfahren des § 15 LWaldG zustande kamen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2020	**Stellungnahme der WGK-Fraktion im Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde zu den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung in der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (LEP)** a) Die optisch bedrängende Wirkung von WEA ist stärker zu berücksichtigen. In der Vergangenheit ging man davon aus, dass bei einem Abstand, welcher der dreifachen Höhe der Anlage entspricht, die optisch bedrängende Wirkung vernachlässigt werden kann (3-H-Regel). Bei der damaligen Standard-Anlage mit einer Höhe von 150 Metern ergab sich ein Abstand von 450 Metern. Wurde davon der halbe Rotordurchmesser abgezogen, ergab sich für die Potenzialflächen ein Mindestabstand zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen von 400 Metern. Die heutigen Anlagen sind mittlerweile wesentlich höher. Üblich sind bereits Anlagen mit einer Höhe von 250 Metern und einem Rotordurchmesser von 165 Metern. Im LEP ist eine Referenzanlage mit 200 Metern Höhe und einem Rotordurchmesser von 150 Metern zugrunde gelegt. Dies würde in Analogie zur bisherigen Praxis zu einem Abstand von rund 600 Metern führen (abzüglich halber Rotordurchmesser), dies wären dann 525 Meter. Daraus begründet sich bereits eine - nach dieser Logik - „Minimal-Forderung“ nach einem Mindestabstand von 525 m zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen. b) Des Weiteren ergeben sich aus einem umfangreichen Gutachten, welches im Auftrag des BWE erstellt wurde, zu den Risiken durch Havarien an Windkraftanlagen für verschieden klassifizierte Schutzobjekte konkret geforderte Mindestabstände. (Quelle Gutachten: https://www.veenkergmbh.de/wp-content/uploads/2021/04/Ga_A_R09_s.pdf) Zur Wohnbebauung, die hier unter die Kategorie „übrige Schutzobjekte“ fällt, werden hier in Abhängigkeit von der Höhe der Windkraftanlage bis zu knapp 1000 m Sicherheitsabstand gefordert. Dieser Aspekt findet bisher sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Genehmigungspraxis keine Würdigung, die Tatsache, dass von sehr hohen rotierenden	Zu folgenden in der Stellungnahme angesprochenen Themen wird auf die genannten Ziffern der allgemeinen Synopse verwiesen: - optisch bedrängende Wirkung: 7.3.6 - Abstand zur Wohnbebauung: 2.3 bis 2.5 - Gefahr durch Havarien: 7.3.9 - Umfassung: 2.11.1 - Anstände zu Großvogelbrutplätzen: 4.1.2 - Lärm: 7.3.2 - Brandgefahr: 7.2.7 - Mikrofasern: 7.2.9 - Netzkapazität, Abschaltungen, Stromkosten: 7.2.5, 7.2.6 Der Schutz von Biotopen von 5 ha Größe und kleiner ist nicht auf Ebene der Regionalplanung darstellbar. Er kann angemessen auf Genehmigungsebene sichergestellt werden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anlagen realistischer Weise auch Gefahren durch Havarien verschiedenster Art ausgehen können, wird nicht berücksichtigt. Auf der letzten Seite des Gutachtens ist in einer Tabelle zur „Unbedenklichkeitsgrenze des Abstandes zur Windenergieanlage“ dargestellt, dass bei Nabenhöhen ab 150 Metern mindestens 715 Meter Abstand bei den noch größeren bis zu 995 Metern Abstand als angebracht erachtet werden, um die untersuchten Schutzobjekte nicht zu gefährden. Im Gutachten heißt es dazu: „Zur Nutzung regenerativer Energiequellen werden zurzeit Windenergieanlagen (WEA) mit Nabenhöhen von bis zu 170 m und Rotordurchmessern von bis zu 160 m errichtet. In der Umgebung von Windenergieanlagen befinden sich vielfach Nutzungen, die durch die WEA einer Gefährdung ausgesetzt sein können (Schutzobjekte).“ Allein hier wird deutlich, dass schon allein aus Sicherheitsgründen viel größere Abstände zu WEA dringend erforderlich wären, als jetzt in Rede stehen (In der Planung). c) Besonders aus den letzten Ausführungen zu der Gefahr durch Havarien ergibt sich die zwingende Forderung nach größeren Sicherheitsabständen zu Wohn-, Erholungs- und überplanten Innenbereichen, da hier mehr Menschen von einer Gefahrenlage betroffen wären und die statistische Wahrscheinlichkeit eines signifikanten Schadens entsprechend höher ist. Hieraus ergibt sich die Forderung: Der Mindestabstand zu Wohn- und Erholungsbereichen soll statt 800 Meter mindestens 1000 Meter betragen. Zu überplanten Innenbereichen soll der Abstand statt 1000 Meter mindestens 2000 Meter betragen. d) Eine Umzingelung ist zu verhindern. Bei der Regionalplanung ist zu beachten, dass Ortslagen nicht in unzumutbarer Weise von Windenergieanlagen umstellt werden. Die derzeitige Regelung ist nicht ausreichend genug, um eine Umzingelung zu verhindern. Auch die Städte und Gemeinden sollten mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten erhalten. e) Besondere Schutzgebiete und Vogelzug sollten besser berücksichtigt werden. Die derzeitige Planungspraxis für Windkraftanlagen gefährdet seltene Vogelarten. Im „Neuen Helgoländer Papier“ der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW) sind 2014 Abstände zu Windkraftanlagen festgelegt worden. Aufgrund neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse gibt es darin Empfehlungen einige dieser Abstandsempfehlungen hingegen zu vergrößern. Beispielsweise empfiehlt man beim Rotmilan den Mindestabstand von 1000 Metern auf 1500 Meter zu vergrößern. (Quelle: https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/wind/170206-nabu-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	abstandsempfehlungen.pdf) Die Windenergie-Branche verhindert bislang allerdings diesen besseren Schutz der gefährdeten Vogelarten. Daher die Forderung: Im LEP sollen die größeren Abstände des „Neuen Helgoländer Papiers“ bzw. die größeren Abstände aus neuesten Erkenntnissen gelten. Für den Rotmilanhorst soll der vergrößerte Abstand von 1500 Metern gelten. f) Auch in gesetzlich geschützten, flächenhaften, unmittelbar räumlich zusammenhängenden Biotopen mit einer Größe von insgesamt mindestens fünf Hektar ist die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen. Diese Mindestgröße ist auf drei Hektar zu reduzieren, da andernfalls zu viel wertvoller Lebensraumverbund verloren geht. **Hinweise und Anmerkungen** Das Thema Lärm und Abstand Ein weiterer Punkt, der in der Diskussion zum Abstand immer wieder untergeht, ist das Thema Lärmbelastung der (Wohn-)Umgebung. In den „LEITLINIEN FÜR UMGEBUNGSLÄRM für die Europäische Region“, aufgestellt von der Leitlinienentwicklungsgruppe (LEG), wird empfohlen die durchschnittliche Lärmbelastung durch Windenergieanlagen bedingte Lärmpegel auf weniger als 45 dB Lden zu verringern. Auch ähnlich lautende Empfehlungen der WHO gibt es (abgeleitet auch den Empfehlun-gen zum Gesundheitsschutz durch Fluglärm). Das genaue Gegenteil wird aber nun verfolgt. Durch geringere Abstände und höhere Lärmpegel werden die Menschen in Ihrem Wohnumfeld schwer betroffen. Auch daher sind größere Abstände zu WEA zu fordern. Zu den Flächenabständen zur Wohnbebauung ist auf zudem darauf hinzuweisen, dass die Abstände nach Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) immer nur von der optisch bedrängenden Wirkung und der unzureichenden - weil die tiefen Frequenzen nicht berücksichtigenden - TA-Lärm bestimmt werden. Havarien Wir haben es mit sehr großen (keine Höhenbegrenzung) beweglichen Anlagen zu tun. Gefahren durch Havarien an WEA für Menschen, Tiere und Umwelt entstehen durch: Atemgifte, Ausbreitung, Einsturz, Flächenbrand durch herabtropfende Kunststoffteile des Rotors. Herabstürzende Trümmerteile können durch die Drehbewegung des Motors mehrere hundert Meter weit geschleudert werden. Bei einem Einsturz durch Fliehkraftzerknall kann es durch Ausfall der Steuerung, infolge unkontrollierter	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Drehbewegung, zum Einsturz der Anlage kommen. Auch hier muss mit durch die Drehbewegung weggeschleuderten Bauteilen gerechnet werden. Durch zersplitterte Bauteile kann es noch in mehreren hundert Metern (in Abhängigkeit von der Höhe keine Höhenbeschränkung im aktuellen Plan möglich) zur Verbreitung von Splittern kommen, die u.U. zu erntendes Futter kontaminieren oder direkt von Tieren aufgenommen werden und zu Verletzungen führen. Eventuell ist ein Bodenaustausch im Umkreis von mehreren hundert Metern erforderlich. Der Feuerwehr wird im Havariefall eine Absperrung von mindestens 500 Metern im Umkreis, bei sehr hohen Anlagen und in Windrichtung, bis zu 1000 Metern vorgeschrieben. Des weiteren können Windenergieanlagen Flächenbrände verursachen. Dies alles ist bei Abständen zu schützenswerten Einrichtungen zu beachten. Rotorblätter bestehen u.a. aus Carbonfaserverbundstoffen, die bei Brand lungengängige, krebserregende Partikel freisetzen. CFK-Werkstoffe werden ab hohen Temperaturen (600 Grad) lungengängig, das hat eine besondere Brisanz vgl. Asbest. Besonders berücksichtigt werden muss hier die Ausbreitung der luftgetragenen Atemgifte in der Rauchfahne. Die Besonderheit liegt darin, dass das Feuer in 150-250m Höhe in einem windhöffigen Bereich statt-findet und die Rauchfahne mehrere Kilometer getragen wird, bevor sie erkaltet und sich nieder-schlägt. bzw. die festen mitgerissenen Bestandteile herabregnen. (weiterführende Informationen: Gesundheitsgefährdung durch lungengängige Kohlenstofffasern beim Abbrand von Carbonkunststoffen - Pneumologie - Universimed - Medizin im Fokus: https://www.universimed.com/ch/article/pneumologie/gesundheitsgefaehrdung-durch-lungengaengige-kohlenstofffasern-beim-abbrand-von-carbonkunststoffen-2098532 Hinweis zur grundsätzlichen Versorgungsproblematik zum Abschluss: In Deutschland sind insgesamt rund 30.000 Windkraftanlagen mit einer installierten Leistung von über 70 GW in Betrieb. Sie haben im Schnitt der letzten Jahre etwa 130 TWh pro Jahr elektrische Energie erzeugt. Mit Abschluss des Jahres 2023 wurden in Schleswig-Holstein 3.169 Windenergieanlagen (WEA) mit einer Leistung von 8,37 GW betrieben. Noch nicht eingerechnet sind 383 Anlagen mit einer Leistung von 1,96 GW, die Stand 2023	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	genehmigt, aber noch nicht betrieben werden. Schleswig-Holstein ist also bereits überproportional mit Windkraftanlagen belastet. Da Windkraft- und auch Photovoltaik-anlagen sehr schwankend einspeisen, mussten im letzten Jahr deutschlandweit etwa 10 TWh Strom abgeregelt werden, durften also erst gar nicht erzeugt werden. Gemäß den gesetzlichen Regelungen ist dieser Strom von der Allgemeinheit trotzdem zu bezahlen. Andererseits fehlt Energie, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Der weitere Ausbau der Windkraft verschärft das Problem der Volatilität. Herzliche Grüße Für die WGK-Fraktion, [redacted] Fraktionsvorsitzender WGK-Fraktion Kreis Rendsburg-Eckernförde	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2529	**Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche** [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, als Eigentümer begrüßen wir grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung sowie Kernbereichen für Tourismus und/oder Erholung: Die Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung haben eine

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. **1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich** Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von	herausragende landes- und regionalwirtschaftliche Bedeutung. Sie sind besonders geeignet für eine marktgerechte Entwicklung des Tourismus sowie zur Umsetzung der tourismuspolitischen Zielsetzungen entsprechend der Tourismusstrategie des Landes Schleswig-Holstein. Damit ist jedoch nicht verbunden, dass innerhalb dieser Räume eine Windenergienutzung nicht möglich sein könnte. Gleichwohl bedarf es auch hier einer sorgfältigen Abwägung zwischen den unterschiedlichen Interessen. Innerhalb der Entwicklungsgebiete für den Tourismus nehmen die Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung eine herausgehobene Bedeutung ein. Auch dieser Aspekt ist im Rahmen der Abwägung zu prüfen und wird damit der Grundanforderung an die Raumordnung gerecht. Das überragende öffentliche Interesse der Windenergienutzung gemäß § 2 EEG ist bei der Ausweisung von Windgebieten anders zu gewichten. Hier hat die Landesplanung einen relativ breiten Ermessensspielraum in der Abwägung, solange im Ergebnis der Flächenbeitragswert erreicht wird. Dies wird noch gestützt durch § 249 Abs. 6 BauGB. Die Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung finden Einzug in die allgemeinen Regionalpläne, so dass deren Abgrenzung sich daraus ergibt. zu regionalen Grünzügen: Die Stellungnahme kann in diesem Punkt grundsätzlich nachvollzogen werden. Die Landesplanung sieht es aber als gerechtfertigt an, die regionalen Grünzüge als Indikator für den ökologischen Wert und den Naherholungswert eines Gebietes mit heranzuziehen. So bekommen die regionalen Grünzüge im Zusammenspiel mit anderen Kriterien des Freiraumschutzes ein gewisses Gewicht in der Abwägung, ohne die Tatsache außer Acht zu lassen, dass Vorhaben, die im überwiegenden öffentlichen Interesse stehen, dort zulässig sind. Zu Landschaftsschutzgebieten: Der Stellungnahme wird insofern gefolgt, als dass in Aufstellung befindliche und einstweilig sichergestellte

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. **1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung** Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: *„Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“* Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an	Landschaftsschutzgebiete unberücksichtigt bleiben. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. Zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel: Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen sind in der Nähe von Horststandorten windkraftsensibler Großvogelarten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. Folglich ist der absolute Ausschluss von Windenergieanlagen in den Umgebungsbereichen mittels eines Zieles der Raumordnung fachlich und rechtlich nicht geboten. Der Einsatz von Antikollisionssystemen ist derzeit nicht in jedem Fall fachlich geeignet oder technisch möglich um das Tötungsrisiko stets ausschließen zu können. Eine Ausweisung von Vorranggebieten unter alleiniger Annahme des Einsatzes eines Antikollisionssystems ist daher fachlich und rechtlich nicht möglich. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel angesetzten Umgebungsbereiche orientieren sich jetzt an den Angaben des BNatSchG (Anlage 1 Abschnitt 2 zu § 45b BNatSchG). Der Nahbereich wird durch ein

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. **1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion** Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). **1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen** Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt:	neues Ziel der Raumordnung als freizuhaltender Bereich aufgenommen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 45 b bis d ausschließlich für die Ebene der Zulassungsverfahren. Das Kriterium „Seeadlerdichtezentrum“ wird beibehalten, denn aufgrund von überdurchschnittlich hoher Anzahl von Revieren ist von einem hohen Kollisionsrisiko mit WEA auszugehen. Eine Öffnung dieses Kriteriums ist naturschutzfachlich und planerisch auch im Lichte der eingegangenen Stellungnahmen nicht angezeigt. Eine Konfliktbewältigung durch Maßnahmen wird hier in der Regel nicht verhältnismäßig sein. Eine Erweiterung des Dichtezentrums ist aus fachlicher Sicht ebenso nicht erforderlich, da es in der jetzigen Abgrenzung nach wie vor die höchste Revierdichte in Schleswig-Holstein abbildet und damit den Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung darstellt. Daran ändern auch vereinzelt hinzugekommen Brutplätze am Rande nichts. Der Schwarzstorch steht mit 5-7 Revieren kurz vor dem Aussterben in Schleswig-Holstein. Für erfolgreiche Bruten sind die Vögel auf freie Flugkorridore ohne Barrieren im Umfeld ihrer Brutplätze angewiesen. Die Funktion der Lebensstätte für erfolgreiche Bruten der wenigen Paare in Schleswig-Holstein kann daher nur gesichert werden, wenn der 2 km Umgebungsbereich frei von WEA bleibt. In den letzten Jahren ist der Kenntnisstand zur Brutverbreitung des Rotmilans deutlich gestiegen. Die Erkenntnisse zeigen, dass Rotmilanreviere in der Regel wiederbesetzt werden. Auch wenn nicht immer der exakt gleiche Horst genutzt wird, liegt der Wechselhorst oft in der unmittelbaren Nähe. Auch werden aktuell unbesetzte Horste in den Folgejahren wiederbesetzt. Insofern ist die Berücksichtigung der aktuellen Rotmilanbrutplätze artenschutzfachlich gerechtfertigt. Ergänzend wird zu diesem Kriterium auf die allgemeine Synopse, Ziffer 4.20.1 verwiesen. zu Kompensations- und Ökokontoflächen: Der Grundsatz dient dazu, Kompensationsflächen für genehmigte Vorhaben nicht zu entwerten und so bestehende Genehmigungen zu gefährden. Hierbei kommt es auf eine

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. <u>Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage:</u> Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; *Söfker/Hellriegel*, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; *Söfker/Hellriegel*, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen	Einzelfallprüfung der Schutz- und Entwicklungsziele auf den Flächen an. Auch wenn ggf. eine Verlagerung von Kompensationsflächen bestehender Vorhaben möglich sein kann, so ist dies planerisch nicht gewollt. Vor dem Hintergrund einer immer intensiveren Beanspruchung von Naturräumen wird die Suche nach geeigneten Kompensations- und Maßnahmenflächen für Eingriffe zunehmend schwieriger. Bestehende Flächen mit dieser Zweckbestimmung sollen daher nicht gefährdet werden.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (*Söfker/Hellriegel*, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird *„unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“*. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen *„unter anderem“* und *„ähnliche Einrichtungen“*. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. **1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich** Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter *„planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“* verstanden, was ebenfalls für „*in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“* gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. **1.6 Ergebnis** Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. **2 Anmerkungen zu Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** **2.1 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 11 G – Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 11 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Erfordernisse der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie der Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung berücksichtigt werden. Laut der Begründung B zu 11 soll gemäß dem im Kapitel 4.7.1 Absatz 3 formulierten Grundsatz, dem Tourismus und der Erholung besonderes Gewicht beizumessen, einzelfallbezogen geprüft werden, was auch für die Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung gelte. Nach Kapitel 4.7.1 Absatz 3 soll in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung dem Tourismus und der Erholung besonderes Gewicht beigemessen werden. Dies soll bei der Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Planungen, Maßnahmen und Vorhaben berücksichtigt werden. Es handelt sich um raumordnerische Vorbehaltsgebiete.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Es ist allerdings festzuhalten, dass kein Widerspruch zwischen Tourismus und Erholung sowie der Nutzung der Windenergie besteht. So gibt es keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse, dass die Windenergienutzung die Erholungseignung einschränkt, zumal diese zum Landschaftsbild des Landes Schleswig-Holstein seit vielen Jahren dazu gehört. Die Landesplanung hat bereits in der zurückliegenden Teilregionalplanung für Windenergie in zutreffender Weise die Naturparke, welche ebenfalls Tourismus und Erholung dienen, für die Windenergienutzung in maßvoller Weise geöffnet. Auch insofern besteht kein Widerspruch und dies wäre klarzustellen. Schließlich gilt für Landschaftsschutzgebiete, dass nach § 26 Abs. 3 BNatSchG Windenergiegebiete auch in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden dürfen, wovon die Landesplanung ebenfalls in maßvoller Weise Gebrauch machen kann, um den Flächenbeitragswert in Schleswig-Holstein zu erreichen. Gerade im Kontext der gesetzlichen Abwägungsdirektive des § 2 EEG 2023 ist deshalb festzustellen, dass das überragende öffentliche Interesse und Sicherheitsinteresse der Windenergie auch unter Berücksichtigung von Tourismus und Erholung in dafür vorgesehenen Schwerpunkträumen überwiegt. Damit muss sich die Windenergienutzung regelmäßig durchsetzen und nur in außergewöhnlichen Fällen, bspw. auf touristisch geprägten Inseln, gilt etwas anderes. Ebenso gilt dies hinsichtlich der in den Regionalplänen zu konkretisierenden Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung. Für diese gilt nun die raumordnerische Festlegung in Kapitel 4.7.2 Absatz 4. Diese Bereiche haben eine herausgehobene Bedeutung für den Tourismus und/oder die Erholung und können sich in die höherwertige Schwerpunktraumkategorie hineinentwickeln. Insofern gilt deshalb erst recht der Abwägungsvorrang zugunsten der Windenergienutzung nach § 2 EEG 2023 wie vorstehend zu den höherwertigen Schwerpunkträumen ausgeführt. Da in den Regionalplänen die Zielsetzungen für die Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung konkretisiert werden, hat sich die Denker & Wulf AG bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zu den Entwürfen der Neuaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I, II und III des Landes Schleswig-Holstein nach § 5 Abs. 8 LaplaG, § 9 Abs. 2 ROG zu den Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung geäußert und auf die erforderliche Klarstellung der Zulässigkeit und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung hingewiesen. Dabei wurde auf die fehlende, abgestimmte Planung hingewiesen und vorliegend wird	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erneut betont, dass die Ausgliederung des Themenbereichs Windenergie nicht über Kapitel 4.5.1.2 Absatz 11 G Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung, Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung zu einer unkoordinierten Verhinderung der Windenergienutzung führen darf. Schließlich wurde vormals im bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) auf einen gutachterlichen Vorschlag für die Abgrenzung der Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung Bezug genommen, der aber nicht veröffentlicht wurde. Bereits aus Gründen der Transparenz, aber auch zur Nachvollziehbarkeit wie auch Auseinandersetzung mit der Abgrenzung ist dieser öffentlich zu machen. **2.2 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G – Regionale Grünzüge** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G sollen die Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 12 wird auf Kapitel 6.3 sowie die Funktionen der in den Regionalplänen festgelegten regionalen Grünzüge verwiesen. Zunächst ist festzuhalten, dass die in der Begründung B zu 12 genannten Funktionen in Kapitel 6.3 Absatz 1 Z – Regionale Grünzüge auf andere Erfordernisse der Raumordnung im Landesentwicklungsplan Bezug nehmen. Erst in der Zusammenschau mit diesen kann abwägend entschieden werden, inwiefern dies für die Windenergienutzung relevant ist. Wenn etwa auf die Funktion „Klimaverbesserung und Lufthygiene“ Bezug genommen wird, so findet sich der Verweis auf Kapitel 6.1 und darin wiederum auf die raumordnerische Vorsorge für eine klimaverträgliche Energieversorgung und -infrastruktur (Kapitel 4.5). Mithin sind die Funktionen miteinander verschränkt und es kann nicht abwägend über Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G die Ausweisung von Windenergiegebieten als unvereinbar angesehen werden. Zutreffend wird in der Begründung B zu 12 festgehalten, was Kapitel 6.3.1 Absatz 4 Z festlegt: *„In den regionalen Grünzügen darf planmäßig nicht gesiedelt werden. Es sind nur Vorhaben zuzulassen, die mit den Funktionen dieser Gebiete entsprechend Absatz 1*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vereinbar sind oder die im überwiegenden öffentlichen Interesse stehen.“ Damit gilt alternativ, dass in regionalen Grünzügen Vorhaben entsprechend der vorstehend ausgeführten Zusammenschau der in Bezug genommen Erfordernisse der Raumordnung zugelassen sind, jedenfalls aber im überwiegenden öffentlichen Interesse stehende Vorhaben. Wie bereits unter **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** ausgeführt, findet die Sollbestimmung des § 2 Satz 2 EEG 2023 für alle Abwägungsentscheidungen, zumal die Treibhausgasneutralität der Stromerzeugung im Bundesgebiet – nicht nur in Schleswig-Holstein – noch weit entfernt ist, Anwendung. § 2 Satz 1 EEG 2023 hält unabhängig von Abwägungsentscheidungen fest, dass die Errichtung und der Betrieb von Anlagen der erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen. Insofern liegt die Voraussetzung der Zulässigkeit von Vorhaben der Windenergienutzung in regionalen Grünzügen immer vor. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. In der Konsequenz darf aber diese als Ziel der Raumordnung explizit festgelegte Zulässigkeit dieser Vorhaben nicht dadurch umgangen werden, dass durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 regionale Grünzüge doch wieder abwägend Berücksichtigung finden müssen. Dies stellt einen systematischen Widerspruch dar, weshalb Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G aufzuheben ist. Jedenfalls aber kann nur in außergewöhnlichen Fällen eine Abwägung zulasten der Ausweisung von Windenergiegebieten erfolgen. **2.3 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 13 wird auf die Neuregelung des § 26 Abs. 3 BNatSchG verwiesen, welche sich auch auf das Veränderungsverbot nach § 19 Abs. 2 Satz 2 LNatSchG bei eingeleitetem LSG-Verfahren nach § 12a Abs. 2 LNatSchG erstrecke. Dies gelte auch für einstweilige sichergestellte Gebiete nach § 12a Abs. 3 LNatSchG	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	i.V.m. § 22 Abs. 3 und § 26 BNatSchG. Für die deshalb vorzunehmende Abwägungsentscheidung solle die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden. Zunächst ist die Rechtsauffassung der Einbeziehung des Veränderungsverbots und der einstweiligen Sicherstellung in § 26 Abs. 3 BNatSchG zu begrüßen, weil ein vorlaufender Schutz für eine LSG-Verordnung nicht umfangreicher ausfallen kann als die LSG-Verordnung selbst. Allerdings sind weiterhin Abwägungen zulasten der Windenergie aufgrund einer Lage in einem Landschaftsschutzschutzgebiet möglich, obwohl die gesetzgeberische Wertentscheidung in § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG dahingehend besteht, dass zugunsten der Windenergie entsprechende Windenergiegebiete in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden können. In jedem Fall zu vermeiden ist es, dass – wie nach dem bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) – allein einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete überhaupt eine Berücksichtigung in der Abwägung finden. Es hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass dieses Instrumentarium auch zur Vermeidung von Windenergie eingesetzt wurde, ohne dass sich der Wille zur Ausweisung später nach Zielerreichung verfestigt hat. So sind etwa die (geplanten) Landschaftsschutzgebiete „Wiedingharder- und Gotteskoog“ und „Ostenfeld-Schwabstedter Geest mit vorgelagerter Marsch“, die der Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein zum Regionalplan für den Planungsraum I zugrunde liegen (OVG Schleswig-Holstein, 22.03.2023 - 5 KN 53/21 - juris Rn. 31), weiterhin nicht ausgewiesen. Schließlich kann ein Verfahren zur Ausweisung eines Landschaftsschutzgebiets nach Rechtskraft der Regionalpläne einfach wieder eingestellt werden, was einer Verhinderungsplanung durch Landkreise gleichkommt (auf dieses Risiko bzw. diese Motivationslage hat auch hingewiesen OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 74). Etwaige zukünftige Landschaftsschutzgebiete, für die nach § 12a Abs. 2 LNatSchG lediglich das Verfahren zur Aufstellung einer LSG-Verordnung eingeleitet wurde sowie für die nach § 12a Abs. 3 LNatSchG lediglich eine einstweilige Sicherstellung erfolgte, stellen noch keinen hinreichend begründeten Fall für die Gewichtung eines solchen Belangs dar. Dabei ist aufgrund des § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG nicht einmal mehr erforderlich, dass eine Befreiungslage nach § 67 Abs. 1 BNatSchG vorliegt. Zwar sehen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die vorgenannten Normen § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG eine Möglichkeit der gesetzlichen bzw. der normativen Sicherstellung ähnlich zu einer Veränderungssperre vor. In materieller Hinsicht ist dafür aber nicht notwendig, dass die Schutzwürdigkeit und -bedürftigkeit der betroffenen Landschaft bereits abschließend geprüft worden ist und feststeht. Es genügt, dass das von der Sicherstellungsverordnung erfasste Gebiet (Geltungsbereich) seiner Qualität nach geeignet ist, einen „besonderen“ Schutz von Natur und Landschaft, wie er mit der künftigen LSG-Verordnung geplant ist, zu rechtfertigen, wobei auf die drei alternativ genannten gesetzlichen Schutzzwecke in § 26 Abs. 1 Nr. 1 - 3 BNatSchG abzustellen ist (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 68). Insofern steht nicht unbedingt fest, dass es tatsächlich zum Erlass einer LSG-Verordnung kommen wird. Auf der Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9.) kann zudem keine hinreichende Auseinandersetzung mit den Inhalten der in Aufstellung befindlichen LSG-Verordnung erfolgen. Das ist aber für eine Prognose erforderlich, ob es überhaupt zu einer rechtmäßigen LSG-Verordnung kommen kann, für die ein Schutz nach § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG angemessen wäre und für die die Landesplanungsbehörde quasi antizipieren kann, dass in diesem Bereich die Errichtung und der Betrieb von WEA zukünftig nicht erfolgen wird. Diese Prognose müsste auch Gegenstand der Planunterlagen sein, sodass die Abwägung überhaupt nachvollziehbar ist. Damit wird die Regionalplanung aber überstrapaziert. So hat auch das OVG Schleswig-Holstein festgestellt, dass sich die Landschaft zur Schutzwürdigkeit „hinsichtlich ihres Charakters, ihrer Eigenart und Qualität von - außerhalb davon gelegenen - Landschaftsräumen (die im Übrigen nicht ungeschützt sind [vgl. z. B. § 35 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 5 BauGB; §§ 14 ff. BNatSchG; §§ 8 ff. LNatSchG]) deutlich unterscheiden“ müsse (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 76). Schließlich würde diese Vorgehensweise der gesetzlichen Wertung des § 4 Abs. 1 ROG widersprechen und verkehrt diese in ihr Gegenteil. Eine raumordnungsrechtliche Abstimmung, wie vom OVG Schleswig-Holstein zurecht gefordert (vgl. OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 79 ff.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 132 ff.), kann auch nicht in der Weise erfolgen, dass die Landesplanung in Aufstellung befindliche LSG-Verordnungen schlicht berücksichtigt, selbst wenn keine eigene Prüfung stattfindet (OVG Schleswig-Holstein, 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 135). Zu Recht hat das OVG Schleswig-Holstein gerügt, dass die Landkreise der Landesplanung nicht mit dem Mittel des Erlasses einer Sicherstellungsverordnung (bzw.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	LSG-Verordnung) vorgreifen dürfen (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 83 f.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 134 und 136). Wenn Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G beibehalten werden soll, dann ist dies jedenfalls auf nur bereits vorliegende LSG-Verordnungen zu reduzieren und die Abwägung hat in den Randbereichen der LSG grundsätzlich zugunsten der Ausweisung von Windenergiegebieten zu erfolgen. **3 Anmerkungen zu Kapitel 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz** **3.1 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope** **3.1.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort *Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems*) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen.So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung (*„sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“*, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	3.2 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G soll um Brutplätze von vier genannten windkraftsensiblen Großvogelarten in einem jeweils angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Dies sind für den Seeadler 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), für den Schwarzstorch 2.000 Meter, für den Weißstorch 1.000 Meter und für den Rotmilan 1.500 Meter. Wenn im jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt, solle in der Abwägung geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist. Zusätzlich könne bei Weißstorch- und Rotmilan-Brutplätzen einzelfallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden können. In der Begründung B zu 17 wird auf ein erhöhtes Kollisionsrisiko im Horstumfeld von Seeadlern, Weißstörchen und Rotmilanen Bezug genommen. Für Schwarzstörche bestünde ein ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe bestehe (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Der Abstandsradius beim Seeadler wird auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG zurückgeführt. Für den Weißstorch und den Rotmilan wird zwischen einem engen und weiten Radius differenziert, wobei gelte: *„Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“* Weiter wird auf abwägungsrelevante Aspekte bei bestehenden Windparks innerhalb bestimmter Umgebungsbereiche verwiesen (Übernahme, nachträgliche Ansiedlung, vorhandene Vorbelastung, Repowering). Zu den einzeln genannten windkraftsensiblen Großvögeln ist folgendes festzuhalten und deshalb Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G sowie die diesbezügliche Begründung entsprechend anzupassen, damit eine rechtmäßige Anwendung und Abwägung dieses Grundsatzes der Raumordnung bei der Ausweisung von Windenergiegebiete in den Regionalplänen erfolgt:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	3.2.1 Allgemein Es ist zunächst zu begrüßen, dass die Schutzbereiche um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln teilweise reduziert wurden und insgesamt der Abwägung zugänglich sind. Es ist jedoch sehr problematisch, dass Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G die angegebenen Umgebungsbereiche zum Regelfall erklärt, sodass nur im Kontext von Vorbelastungen (bereits bestehende raumbedeutsame WEA bzw. ergangene Genehmigungen) ein Unterschreiten möglich sein solle. Damit wird der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit einer Zielausnahme i.S.d. § 6 Abs. 1 ROG formuliert, was zu korrigieren ist, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, es fehlten hinreichende Daten für eine Zielfestlegung, was aber nun zur verkappten und nur scheinbar abwägungsoffenen Festlegung als Grundsatz der Raumordnung führte. Zudem verwundert der Ansatz, wonach nicht durchgehend die Prüfabstände aus der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG übernommen wurden und fast jegliche Rechtfertigung für die pauschal angenommenen Abstände bei windkraftsensiblen Großvogelarten fehlt. Allein zum Seeadler findet sich ein Bezug auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG. Bei den weiteren kollisionsgefährdeten Arten wird die gesetzliche Vorgabe ignoriert und der abweichend gewählte Abstandsradius nicht gerechtfertigt. Dabei ist im Nachgang zum verfassungsrechtlichen Handlungsauftrag, den das BVerfG formuliert hat (BVerfG, Beschluss vom 23. Oktober 2018 – 1 BvR 2523/13 –, BVerfGE 149, 407-421), der Bundesgesetzgeber tätig geworden und hat mit § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG verbindliche Maßstäbe für die Bewertung, wann nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, festgelegt. Sofern die Landesplanungsbehörde hiervon abweichen und weitergehende Abstände als den Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG berücksichtigen möchte, so fehlt es an einer entsprechenden Rechtfertigung hierfür. Gesetzgeberische Intention war es gerade, bundesweit einheitliche Abstandsregelungen, die der dafür legitimierte Gesetzgeber vorgibt, zu setzen. Insofern sind die vorgesehenen Abstandsradien unbedingt auf den jeweiligen Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG anzupassen oder dieser zumindest gemeinsam mit dem zentralen Prüfbereich abwägend zu berücksichtigen. Hierauf wird	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	zu den einzelnen Arten noch eingegangen. **3.2.2 Weißstorch** Der Abstandsradius für den Weißstorch ist auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 3.2.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Weißstorch zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Weißstorchbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: *„Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“* Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nur den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf 750 Meter zu Weißstorchhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 750 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 750 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. **3.2.3 Rotmilan** Zunächst ist festzustellen, dass die Berücksichtigung von Rotmilanbrutplätzen in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G ungeeignet ist und die Auswahl der windkraftsensiblen Großvogelarten auch gar keine Rechtfertigung erfahren hat. Für den Rotmilan kann das auch nicht gelingen. Während sich die Vorgehensweise für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze bei einer Anpassung der Radien und echten Offenheit für eine abwägende Einzelfallprüfung erschließt, ist die Herangehensweise in Bezug auf	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Rotmilanbrutplätze fehlerhaft. So führte das landeseigene aktualisierte Fachpapier aus: „Allerdings wird diese Art nicht alljährlich landesweit erfasst und es gibt häufiger Horstwechsel, so dass die Daten oft nur einen ersten Hinweis auf ein Rotmilanvorkommen im Planungsraum geben.“ (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016, S. 7). Naturschutzfachlich ist bestätigt, dass der Rotmilan gegenüber dem Seeadler eine deutlich geringere Brutplatzkonstanz aufweist. Eine zwischen den Jahren variable Besiedlung der Landschaft (Wechsel der Horststandorte oder auch Nicht-Wiederbesiedlung von Waldstücken) tritt daher häufig auf (z.B. Mammen et al., Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt. Bericht des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Heft 5/2014). So berichtet Schmude, dass bei einer Rotmilankartierung in Mecklenburg-Vorpommern 75 % der im Folgejahr erneut kontrollierten Horste nicht mehr besetzt waren, insgesamt 49 von 65 Horsten (Schmude, Protokoll der 16. Sitzung der Bund-Länder-Initiative Windenergie (BLWE) am 22.09.2014; nachvollziehbar bei Scheller/Vökler/Güttner, OAMV e.V., Rotmilankartierung 2011/2012 in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 09.02.2014). Die Variabilität ist dadurch begründet, dass der Rotmilan als Zugvogel (auch unter Berücksichtigung möglicher Verluste auf dem Zugweg) erst relativ spät im Jahr ins angestammte Brutrevier zurückkehrt und nicht selten einen neuen Horst bauen muss, weil der Althorst bereits durch andere Arten (Konkurrenten um geeignete Horstbäume bzw. vorhandene Horste z.B. Mäusebussard, Kolkrabe u.a.) besetzt wurde. Auch baut der Rotmilan in der Regel eher kleinere und nicht so stabile Horste, so dass diese leichter als z.B. langjährig genutzte und entsprechend ausgebaute Seeadler-Horste durch Winterstürme zerstört werden können. Diese autökologischen Aspekte der Biologie des Rotmilans bedingen, dass zwar in der Regel die Reviere wiederbesetzt werden, aufgrund der Variabilität die Lage der Horststandorte aber nur schwer vorhersagbar ist. Wird nunmehr aber auf dieser Grundlage eine Potenzialfläche im 1.500 Meter- oder 1.000 Meter-Radius (zu den falschen Abständen vgl. nachfolgend) um einen aktuell nachgewiesenen Standort eines Rotmilanhorsts gestrichen, so werden diese	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	naturschutzfachlichen Grundlagen zur sehr geringen Horsttreue missachtet. Dies kann dazu führen, dass durch den Horstwechsel die Potenzialfläche bereits beim Inkrafttreten des Regionalplans nicht mehr durch den Rotmilanhorst beeinträchtigt würde. Zudem ist es vor dem Hintergrund des nach § 5 Abs. 1 Satz 4 LaplaG vorgesehenen Planungszeitraums der Regionalpläne von fünfzehn Jahren, also voraussichtlich bis 2040, abwägungsfehlerhaft, eine Art mit sehr geringer Brutplatzkonstanz heranzuziehen, um in der Abwägung Potenzialflächen bis ins Jahr 2040 zu streichen. Soll auf der höherstufigen Planungsebene bereits eine weitgehende Aussage mit Abwägungsdirektiven, wie aktuell in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G vorgesehen, getroffen werden, geht dies mit dem Erfordernis einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte einher als wenn – auch im Rahmen der Abwägung – keine konkreten Zielaussagen getroffen werden. Dabei können sich die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der Abwägungsvorgang selbst den Anforderungen an die Abwägung bei Fachplanungen annähern, je enger das Ziel und der damit vorgegebene Rahmen sind (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Soweit durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 Potenzialflächen ausgeschlossen werden sollen, bedarf es für die herangezogenen Tierarten eine landesweite Kenntnis von Horststandorten. Nur dann liegt eine für diese Zwecke ausreichende Bestandsaufnahme vor (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53), die den Anforderungen an Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte genügt. Dies gilt umso mehr, weil die Zuordnung zur Streichung von Gebieten im Rahmen der Abwägung ohne vorhandene umfangreiche Raumnutzungsanalyse faktisch zu einem Ziel der Raumordnung erhoben wird, was an sich bereits fragwürdig ist. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn dies im Sinne einer Beweislastumkehr auf die Öffentlichkeit, insbesondere die Vorhabenträger, als Anforderung verlagert wird. Während die rechtlich erforderlichen landesweiten Kenntnisse für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze wohl vorliegen dürften, gibt es eine solche hinreichende Bestandsaufnahme und Erkenntnislage für Rotmilanbrutplätze nicht. Es wäre im Übrigen auf Grund der vorstehend beschriebenen fehlenden Brutplatztreue wohl auch problematisch, eine aktuelle bzw. dem Bedarf der Regionalplanung – schließlich handelt es sich um ein Verfahren über viele Monate und einen Plan, der mehrere Jahre gelten soll – entsprechende Bestandsaufnahme zu erhalten.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Jedenfalls für die Art Rotmilan sollte die Landesplanungsplanungsbehörde unbedingt auf die nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verweisen, die sowohl die sehr geringe Brutplatzkonstanz als auch die für die Bewertung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG maßgeblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen (Abschaltung, Ablenkflächen, etc.) besser und abwägungsfehlerfrei berücksichtigen können. Dabei wird nicht in eine unüberwindbare Verbotslage hineingeplant, weil § 45b BNatSchG in Einzelfällen letztendlich auch noch über die artenschutzrechtliche Ausnahme immer eine Genehmigungsfähigkeit bei einer Betroffenheit des Rotmilans ermöglicht. Sofern die Landesplanungsbehörde den Rotmilan nicht schon in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G als ausgewählten windkraftsensiblen Großvogel aufgrund der vorstehenden Ausführungen streicht und damit Rechtsfehler vermeidet, so hat in jedem Fall eine Anpassung der dortigen Abstandsradien für die Art zu erfolgen. Es ist nicht nachvollziehbar und kann auch nicht begründet werden – wenig überraschend verhält sich die Begründung B zu 17 deshalb auch überhaupt nicht dazu – wieso für den Rotmilan ein Umgebungsbereich von 1.500 Metern angenommen wird. Es kann im Rahmen der Festlegung nicht über den zentralen Prüfbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG hinausgegangen werden und zugleich für das Zugriffsverbot das erhöhte Kollisionsrisiko für den Rotmilan als Begründung herangeführt werden. Schließlich hat der Bundesgesetzgeber für den erweiterten Prüfbereich eine Beweislastumkehr eingeführt und in § 45b Abs. 4 Satz 1 BNatSchG festgelegt, dass in der Regel das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare dann nicht signifikant erhöht ist. Es ist sehr widersprüchlich dazu, dass die Landesplanungsbehörde abstrakt über § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG hinausgehend beim Rotmilan 1.500 Meter, anstatt 1.200 Meter vorsieht (vgl. allgemein bereits 3.2.1). Auffallend ist, dass nur für den Rotmilan der Radius nicht an Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG angepasst wurde, sondern stattdessen an den Abständen des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) ohne weitere Begründung festgehalten wird. Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. In jedem Fall ist der Abstandsradius auf 1.200 Meter zu reduzieren.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Unabhängig davon ist der Abstandsradius für den Rotmilan jedoch sogar auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 3.2.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Rotmilan zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Es sind aber auch schon Antikollisionssysteme für den Rotmilan in Schleswig-Holstein anerkannt. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Rotmilanbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: *„Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“* Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nicht einmal den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf nur 1.000 Meter zu Rotmilanhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 1.000 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen rechtlich überholten (vgl. vorstehende Ausführungen) gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 1.000 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. **4 Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 G – Kompensations- und Ökokontoflächen** Gemäß Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 sollen als Grundsatz der Raumordnung die räumlichen Be-darfe von Kompensationsflächen sowie Ökokontoflächen bei der Ausweisung von Wind-energiegebieten berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 7 wird auf Vorhaben unter anderem des Straßenbaus Bezug ge-nommen, deren erforderliche Kompensationsmaßnahmen auf angemessenen Flächen realisiert werden müssten, was vielfach auch aus dem Artenschutz resultiere. Des Weiteren würden für unterschiedliche Planvorhaben auf weiteren Flächen naturschutzrechtli-che Ausgleichs- und/oder Ersatzmaßnahmen, möglicherweise in anerkannten Ökokonto-Flächen, geplant, seien in Umsetzung oder bereits umgesetzt. Es sei im Einzelfall zu prüfen, ob derartige Flächen für die Ausweisung von Windenergiegebieten in Frage kommen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Begründung B zu 7 erweckt den Eindruck, es solle bereits vor einer entsprechenden Festsetzung der Kompensationsmaßnahmen für Straßenbauvorhaben durch einen nach § 17 FStrG erforderlichen Planfeststellungsbeschluss vorlaufend die Fläche freigehalten werden. Dies stünde im Widerspruch zur gegenseitigen Berücksichtigung von Planungen, zumal sich Planfeststellungsverfahren über Jahre verzögern können und ständigen Planänderungen unterliegen. Die Landesplanung darf abwägend deshalb keine noch nicht planfestgestellte Kompensationsmaßnahmen berücksichtigen. Weiter stehen Kompensationsmaßnahmen oder Ökokonten einer Ausweisung von Wind-energiegebieten auch nicht entgegen, sodass kein unlösbarer Konflikt bei Genehmigun-gen von WEA in diesen Bereich entstehen. Vielmehr sind dann die vorhandenen Wertig-keiten, die von einem neuen Eingriff nach § 14 BNatSchG betroffen sind, im Rahmen der Ermittlung der Kompensation nach § 15 BNatSchG zu berücksichtigen. Ein Genehmi-gungshindernis besteht nicht. Der Sache nach wird die Kompensationsmaßnahme ledig-lich verlagert, wobei gleichermaßen die Bilanzierung für den Naturhaushalt ausgeglichen bleibt. Zudem können selbst anerkannte Ökokonten nach § 3 ÖkokontoVO geändert oder gelöscht werden. Im Ergebnis ist Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 G aufzuheben, jedenfalls aber auf außergewöhnli-che Einzelfälle zu beschränken und nicht – wie die Begründung B zu 7 aktuell wirkt – auf Vorsorgeüberlegungen zu erstrecken. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] Anhang	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anlage 1: Lageplan Potenzialfläche [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2016	Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Die vorab veroeffentlichte Potentialflaechenkarte ((https://schleswig-holstein.de/mm/downloads/MILIG/lepWind_teilfortschreibung_2024/Potentialflaechenkarte_20240607.pdf) zeigt WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein - dagegen würde Schleswig-Holstein mit der ursprünglich geplanten, bereits riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Dazu kommen ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die auch auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen errichtet werden, anstatt auf bereits versiegelten Flächen (vgl. Gutachten des Fraunhofer Instituts im Auftrage des Landes Schl.-Holst. vom 16.02.2022). Es kann nicht das Ziel sein, das gesamte Bundesland in einen Industriepark zu verwandeln, in dem Biodiversitaet und Artenschutz keine Rolle spielen. In dem Zusammenhang moechte ich Sie darauf hinweisen, dass in der Potentialflaechenkarte (https://schleswig-holstein.de/mm/downloads/MILIG/lepWind_teilfortschreibung_2024/Potentialflaechenkarte_20240607.pdf) zwei grosse Potentialflaechen im Gotteskoog eingezeichnet wurden (Gemeindegrenze Aventoft/ Neukirchen sowie Neukirchen/Humptrup). Das „Gotteskoog-Gebiet“ (SPA DE 1119-401), Teil des Natura 2000 EU- Netzes von Schutzgebieten (Gotteskoog-Gebiet EEA-ID DE1119401) ist extrem wichtig fuer die Biodiversitätsstrategie des Landes Schleswig-Holstein, zudem laut laut Ramsar-Konvention ein „Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung“. In dem Gebiet gibt es Seeadler, es dient Zugvögeln als Rastgebiet. Die Teilgebiete des Schutzgebietes wurden nicht beruecksichtigt: die nördlich an den Gotteskoogsee angrenzende Kophallig, der östlich liegende Korridor zum Kahlebüller See, der Ruttebüller See, Teilflächen im Magisterkoog, Hülltofter Tief, der ehemalige Aventofter See, Haasberger See, und der Kahlebueller See. Die riesigen WE Potentialflaechen wuerden das Biotopverbundsystem zwischen Gotteskoogsee, Schmale, Aventofter See, Huelltofttief und Kahlebueller See direkt zerschneiden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden die gemäß Anlage zum Landesnaturschutzgesetz festgelegten Europäischen Vogelschutzgebiete sowie die in den Landschaftsrahmenplänen bestimmten Gebiete, die die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 23 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 13 LNatSchG als Naturschutzgebiete erfüllen. Die Gebietsarten sind durch die Fachbehörden bestimmt, insofern wird an der vorliegenden Abgrenzung festgehalten. Der LEP Windenergie legt die Rahmenbedingungen für die auf Regionalplanebene auszuweisenden Vorranggebiete Windenergie fest. U. a. werden Ausschlussbereiche definiert, innerhalb derer keine Windenergienutzung stattfinden soll. Damit wird der weit überwiegende Teil der Landesfläche von einer solchen Nutzung ausgeschlossen. Die verbleibenden sogenannten Potenzialflächen stellen dann jene Bereiche dar, innerhalb derer im Rahmen der Einzelfallbetrachtung zwischen den gesetzlich zu erreichenden Zielen im Hinblick auf den Windkraftausbau und den jeweiligen Schutzbelangen abzuwägen ist. Dies ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahren. Insofern können die vorgebrachten Hinweise nur zur Kenntnis genommen werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	So heisst es in der FFH-Verträglichkeitsprüfung für das SPA „Gotteskoog-Gebiet“(DE 1119-401) zur Teilaufstellung der Regionalpläne in Schleswig-Holstein (Sachthema Windenergie), Stand November 2019: „*Im SPA „Gotteskoog-Gebiet“ kommen 14 Arten vor, die im Rahmen des Standartdatenbogens als Zielarten geführt werden. Dabei handelt es sich um Knäkente (Anas querquedula), Wiesenpie-per (Anthus pratensis), Rohrdommel (Botaurus stellaris), Uhu (Bubo bubo), Rohrweihe (Circus aeruginosus), Zwergschwan (Cygnus columbianus bewickii), Bekassine (Gallinago gallinago), Seeadler (Haliaeetus albicilla), Neuntöter (Lanius collurio), Uferschnepfe (Li-mosa limosa), Blaukehlchen (Luscinia svecica cyanecula), Tüpfelsumpfhuhn (Porzana porzana), Fluss-Seeschwalbe (Sterna hirundo) und Kiebitz (Vanellus vanellus). Das Gebiet hat darüber hinaus eine besondere Bedeutung als Brutgebiet für Schilfrohrsänger, Knäkente, Rohrdommel, Wiesenweihe, Tüpfelsumpfhuhn und als Rastgebiet für den Zwergschwan. Darüber hinaus ist das Gebiet von Bedeutung als Brutgebiet für Rohrweihe, Bekassine, Neuntöter, Ufer-schnepfe, Blaukehlchen, Rotschenkel und Kiebitz. Übergreifende Erhaltungsziele sind die Erhaltung störungsarmer Röhricht- und Flachwasserberei-che, ausreichend hoher Wasserstände, bzw. des gesamten Biotopkomplexes als Lebensraum der o. g. Vogelarten, insbesondere hinsichtlich der Nutzung und der Wasserverhältnisse, sowie als wichtiges Brutgebiet für röhrichtbewohnende Arten und als störungsarmes Rast- und Mauser-gebiet für Zugvögel. Das Gebiet soll von weiteren vertikalen Fremdstrukturen wie z. B. Stromlei-tungen und Windkrafträdern freigehalten werden*“. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Auch nehme ich hiermit Bezug auf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land, 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz, S. 52ff, Grundsätze und Ziele der Raumordnung: 1 Z, Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche B zu 1 Z, S. 60/61 zu (1) „*Zu berücksichtigen ist weiterhin die Stellung der EU-VSG als Teil des europaweiten Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems Natura 2000, die eine weitreichende Freihaltung dieser Gebiete von Eingriffen jeglicher Art rechtfertigt.* *zu (2) Bei fast allen EU-VSG sind die in den Erhaltungszielen genannten Vogelarten auch auf die Nutzung des Umgebungsbereiches vor allem als Nahrungshabitate ange–*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wiesen. Dies betrifft zum Beispiel Großvogelarten wie Seeadler, Rotmilan und Schwarzstorch, die in Waldgebieten brüten, aber auf die umgebenden, nicht als Vogelschutzgebiete ausgewiesenen Bereiche als Nahrungshabitate angewiesen sind und dabei mit WEA kollidieren können. Für eng abgegrenzte Vogelschutzgebiete mit Vorkommen von Gänsen und Schwänen, die in den außerhalb liegenden land–wirtschaftlichen Nutzflächen Nahrung suchen, können Konflikte durch den Verlust von Nahrungsflächen auftreten, da die Arten den Nahbereich von WEA meiden. *Weiterhin bestehen einige EU-VSG aus getrennten Teilflächen, zwischen denen intensive Austauschbeziehungen bestehen. Die Errichtung von WEA zwischen diesen Gebietsteilen kann zu Konflikten führen (Barrierewirkung, Kollisionsgefahr). Zahlreiche Vogelarten weisen ein Meideverhalten gegenüber WEA auf, so dass in den EU-VSG Habitate verloren gehen, wenn im Umfeld WEA errichtet werden. Nach vorliegenden Erkenntnissen treten die vorstehend beschriebenen Störungen verstärkt im Nahbereich bis 1.000 Meter um Vogelschutzgebiete herum auf. Deshalb ist auch dieser Bereich von der Ausweisung von Windenergiegebieten und der Errichtung raumbedeutsamer WEA freizuhalten.* Das EU-VSG Gotteskoog besteht aus getrennten Teilflächen, und die beschriebenen Austauschbeziehungen sind jeden Tag zu beobachten. Die Notwendigkeit, Biodiversitaet zu erhalten, ist dringender geworden. Räume für erneuerbare Energien werden gebraucht, sollten aber nicht zu Lasten der Biodiversität gehen, nur mit intakten Ökosystemen und Biodiversität lassen sich unsere Lebensgrundlagen langfristig sichern. Zudem wurde festgestellt, dass die Landschaft mit ihren großflächig offenen Kulturlandschaftskomplexen neben halboffenen Biotopkomplexen besonders schuetzenswert im Sinne der §§ 26 BNatSchG und 15 LnatSchG ist, besondere kulturhistorischen Bedeutung hat und wichtig fuer die naturverträgliche Erholung ist. Die kulturhistorische Bedeutung der (Nolde) Landschaft ginge durch WE in unmittelbarer Naehe verloren. Die Nolde-Stiftung, wichtig für Tourismus und Erholung, laege, sollten die Potentialflaechen bestaetigt werden, somit in direkter Nachbarschaft zweier Windparks. Vormals (bis zur Klage 2023) war der Wiedingharder- und Gotteskoog Landschaftsschutzgebiet. Die Annulierung des LSG Status sollte ncith dazu fuehren, dass in den sensibelsten vormals geschuetzten Gebeiten nun WE errichtet werden duerfen. Dieses wuerde auch B zu 6, S. 16, größere zusammenhängende Landschaftsteile von Anlagen freizuhalten, und B zu 12, S. 48/49: Kapitel 6.3, Sicherung und Entwicklung wertvoller Landschaftsbereiche, Biotopverbundschutz und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sicherstellung von siedlungsnaher, landschaftsgebundener Erholung direkt entgegenstehen. Die Versiegelung und Zerschneidung des EUVSG Schutzgebietes Gotteskoog wuerde zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Ökosystemfunktionen fuehren und dem Erhalt der Biodiversitaet schaden. Es wuerde durch die Errichtung grossflaechiger Windparks zur Industrielandschaft mutieren. Natur- und Artenschutz sowie die kulturhistorische Bedeutung der (Nolde) Landschaft gingen verloren. Da die Netzanbindung der vorgeschlagenen Potentialflaechen im Bereich Neukirchen/Aventoft/ Humprup nciht besteht, muessten die Hochspannungsleitungen errichtet werden. (In B zu 2 G, S. 11, wird darauf verwiesen, dass insbesondere Gebiete, die bereits über eine Netzanbindung verfügen, vornehmlich wieder als Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen ausgewiesen werden). In Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, S. 35, Karte 6, wird festgestellt, dass das Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) die Voraussetzungen für eine Ausweisung als Naturschutzgebiet nach § 23 BNatSchG in Verbindung mit § 13 LNatSchG erfuellt. Somit wesit das Gebiet eine naturschutzfachlich hohe Schutzwürdigkeit auf und ist empfindlich gegenüber der Errichtung von baulichen Anlagen. In dem Text zu 2 auf Seite 7 des Plandokuments heisst es „Zudem besteht für den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer ein gesetzliches Verbot der Errichtung und des Betriebs von WEA gemäß § 5 Absatz 1 Nummer 8 des schleswig-holsteinischen Nationalparkgesetzes (NPG). Dies bedeutet nicht, dass außerhalb dieser Gebiete kein Schutzerfordernis besteht“. In diesem Sinne sollten im EU VSG Gotteskoog einschliesslich der sieben Teilflaechen keine WEA- Potentialflaechen ausgewiesen werden, vielmehr sollte das Gotteskoog-Gebiet endlich den Schutzstatus erhalten, der ihm zusteht, und als Naturschutzgebeit ausgewiesen werden. Ich bitte Sie, die Notwendigkeit für das Ausmaß von 7,2 % der geplanten Landesfläche für WEA zu überprüfen, da mit der ursprünglich geplanten Fläche von 3,1 % des gesamten Landes Schleswig-Holstein‘s energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreicht wuerden. **Im Sinne meiner o.a. Stellungnahme bitte ich Sie insbesondere darum, des**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gotteskoog-Gebiet mit seinen Teilflaechen (EEA-ID DE1119401) als EU-VSG und Teil des europaweiten Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems Natura 2000 im Entwurf des neuen LEP-Wind zu beachten, mit der Perspektive, ihm den Schutzstatus als Naturschutzgebiet zu sichern, da das Gebiet laut Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, S. 35, Karte 6 die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als Naturschutzgebiet erfüllt. Die 2 in der WE Potentialflaechenkarte eingezeichneten Potentialflaechen (Gemeindebereiche 25927 Neukirchen/ Aventoft und Humptrup) sollten aus dem Plan entfernt werden und das Gebiet frei von WEA gehalten werden. Mit freundlichen Gruessen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2018	In Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, S. 35, Karte 6, wird festgestellt, dass das Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) die Voraussetzungen für eine Ausweisung als Naturschutzgebiet nach § 23 BNatSchG in Verbindung mit § 13 LNatSchG erfuellt. In dem Gebiet gibt es Seeadler, es dient Zugvögeln als Rastgebiet. Es weist eine naturschutzfachlich hohe Schutzwürdigkeit auf und ist empfindlich gegenüber der Errichtung von baulichen Anlagen. Zudem wurde festgestellt, dass die Landschaft mit ihren großflächig offenen Kulturlandschaftskomplexen neben halboffenen Biotopkomplexen besonders schuetzenswert im Sinne der §§ 26 BNatSchG und 15 LnatSchG ist, besondere kulturhistorischen Bedeutung hat und wichtig fuer die naturverträgliche Erholung ist. Die kulturhistorische Bedeutung der (Nolde) Landschaft ginge durch WE in unmittelbarer Naehe verloren. Unter 3.3.3, Bedeutsame Vorkommen und Lebensraumstrukturen von (windkraftsensiblen) Vogelarten (S. 38), ist auf der Karte 8: Darstellung der Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Vogelschutz in Schleswig-Holstein (S. 39) das Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) in seiner ueberragenden Bedeutung fuer den Vogelschutz dargestellt. Auf Karte 9 Seite 40, in der Darstellung der Großvogelvorkommen in Einzellage sowie des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen in Schleswig-Holstein, wird das Gebeit ebenfalls herausgehoben. Das Gebiet ist extrem wichtig fuer die Biodiversitaetsstrategie von Scleswig Holsdtein, fuer den Vogel- und Artenschutz, und als Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung gemaess der Ramsar	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der LEP Windenergie legt die Rahmenbedingungen für die auf Regionalplanebene auszuweisenden Vorranggebiete Windenergie fest. U. a. werden Ausschlussbereiche definiert, innerhalb derer keine Windenergienutzung stattfinden soll. Damit wird der weit überwiegende Teil der Landesfläche von einer solchen Nutzung ausgeschlossen. Die verbleibenden sogenannten Potenzialflächen stellen dann jene Bereiche dar, innerhalb derer im Rahmen der Einzelfallbetrachtung zwischen den gesetzlich zu erreichenden Zielen im Hinblick auf den Windkraftausbau und den jeweiligen Schutzbelangen abzuwägen ist. Dies ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Insofern können die vorgebrachten Hinweise nur zur Kenntnis genommen werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Konvention. Karte 10 (S. 43) zeigen unter der räumlichen Verteilung gesetzlich geschützter Biotope sowie der Waldflächen in Schleswig-Holstein zeigen ebenfalls ein hohes Vorkommen im Gotteskooggebiet. Karte 11 (S. 45) zeigen das Gotteskooggebiet als Schwerpunktachse im Biotopverbundsystem mit wichtigen Verbundachsen des Biotopverbundsystems. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Die aufgefuehreten Fakten zum Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) finden keinen Neiderschlag in der dargestellten Karte. Ich bitte Sie, die Karte um wichtige o.a. Fakten zum EU-VSG Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) durch bildliche Darstellung zu ergaenzen. Das Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) sollte aufgrund der zitierten Fakten von WEA Anlagen/ Potentialflaechen freigehalten werden. Mit freundlichen Gruessen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2019	Die Ziele des Umweltschutzes im Umweltbericht, die unter Tiere, Pflanzen, Biologische Vielfalt, Natura 2000 und Artenschutz (S. 21), Landschaft (S.22), und Kultur- und sonstige Sachgüter (S. 23) genannt werden, sind fuer das Gotteskoog-Gebiet (SPA DE 1119-401/ EEA-ID DE1119401, Teil des Natura 2000 EU- Netzes von Schutzgebieten und unter der Ramsar Konvention als „Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung“ gelistet), in der Planung der WEA Potentialflaechen nicht beruecksichtigt worden. So weist die Potentialflaechenkarte (https://schleswig-holstein.de/mm/downloads/MILIG/lepWind_teilfortschreibung_2024/Potentialflaechenkarte_20240607.pdf) 2 riesige Potentialflaechen im Kerngebiet aus (Gemeindegebiet Neukirchen/Aventoft/ Humptrup). Es ist nicht nachvollziehbar, dass von den 7 Teilflaechen des EU-VSG Gotteskoog-Gebietes (Ruttebüller See, Teilflächen im Magisterkoog, Hülltofter Tief, ehemaliger Aventofter See, Haasberger See,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der LEP Windenergie legt die Rahmenbedingungen für die auf Regionalplanebene auszuweisenden Vorranggebiete Windenergie fest. U. a. werden Ausschlussbereiche definiert, innerhalb derer keine Windenergienutzung stattfinden soll. Damit wird der weit überwiegende Teil der Landesfläche von einer solchen Nutzung ausgeschlossen. Die verbleibenden sogenannten Potenzialflächen stellen dann jene Bereiche dar, innerhalb derer im Rahmen der Einzelfallbetrachtung zwischen den gesetzlich zu erreichenden Zielen im Hinblick auf den Windkraftausbau und den jeweiligen Schutzbelangen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gotteskoogsee mit der nördlich angrenzenden Kophallig, sowie dem östlich liegenden Korridor zum Kahlebüller See, und Kahlebüller See) sechs nicht beruecksichtigt wurden. Das ist nicht nachvollziehbar, so heisst es in der FFH-Verträglichkeitsprüfung für das SPA „Gotteskoog-Gebiet“(DE 1119-401) zur Teilaufstellung der Regionalpläne in Schleswig-Holstein (Sachthema Windenergie), Stand November 2019 heisst: „*Im SPA „Gotteskoog-Gebiet“ kommen 14 Arten vor, die im Rahmen des Standartdatenbogens als Zielarten geführt werden. Dabei handelt es sich um Knäkente (Anas querquedula), Wiesenpie-per (Anthus pratensis), Rohrdommel (Botaurus stellaris), Uhu (Bubo bubo), Rohrweihe (Circus aeruginosus), Zwergschwan (Cygnus columbianus bewickii), Bekassine (Gallinago gallinago), Seeadler (Haliaeetus albicilla), Neuntöter (Lanius collurio), Uferschnepfe (Li-mosa limosa), Blaukehlchen (Luscinia svecica cyanecula), Tüpfelsumpfhuhn (Porzana porzana), Fluss-Seeschwalbe (Sterna hirundo) und Kiebitz (Vanellus vanellus). Das Gebiet hat darüber hinaus eine besondere Bedeutung als Brutgebiet für Schilfrohrsänger, Knäkente, Rohrdommel, Wiesenweihe, Tüpfelsumpfhuhn und als Rastgebiet für den Zwergschwan. Darüber hinaus ist das Gebiet von Bedeutung als Brutgebiet für Rohrweihe, Bekassine, Neuntöter, Ufer-schnepfe, Blaukehlchen, Rotschenkel und Kiebitz. Übergreifende Erhaltungsziele sind die Erhaltung störungsarmer Röhricht- und Flachwasserberei-che, ausreichend hoher Wasserstände, bzw. des gesamten Biotopkomplexes als Lebensraum der o. g. Vogelarten, insbesondere hinsichtlich der Nutzung und der Wasserverhältnisse, sowie als wichtiges Brutgebiet für röhrichtbewohnende Arten und als störungsarmes Rast- und Mauser-gebiet für Zugvögel. Das Gebiet soll von weiteren vertikalen Fremdstrukturen wie z. B. Stromlei-tungen und Windkrafträdern freigehalten werden“.* In Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, S. 35, Karte 6, wird festgestellt, dass das Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) die Voraussetzungen für eine Ausweisung als Naturschutzgebiet nach § 23 BNatSchG in Verbindung mit § 13 LNatSchG erfuellt. In dem Gebiet gibt es Seeadler, es dient Zugvögeln als Rastgebiet. Es weist eine naturschutzfachlich hohe Schutzwürdigkeit auf und ist empfindlich gegenüber der Errichtung von baulichen Anlagen. Zudem wurde festgestellt, dass die Landschaft mit ihren großflächig offenen Kulturlandschaftskomplexen neben halboffenen Biotopkomplexen besonders schuetzenswert im Sinne der §§ 26 BNatSchG und 15 LnatSchG ist, besondere kulturhistorischen Bedeutung hat und wichtig fuer die naturverträgliche Erholung ist. Die kulturhistorische Bedeutung der (Nolde) Landschaft ginge durch WE in unmittelbarer	abzuwägen ist. Dies ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahren. Insofern können die vorgebrachten Hinweise nur zur Kenntnis genommen werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Naehe verloren. Unter 3.3.3, Bedeutsame Vorkommen und Lebensraumstrukturen von (windkraftsensiblen) Vogelarten (S. 38), ist auf der Karte 8: Darstellung der Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Vogelschutz in Schleswig-Holstein (S. 39) das Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) in seiner ueberragenden Bedeutung fuer den Vogelschutz dargestellt. Auf Karte 9 Seite 40, in der Darstellung der Großvogelvorkommen in Einzellage sowie des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen in Schleswig-Holstein, wird das Gebeit ebenfalls herausgehoben. Karte 10 (S. 43) zeigen unter der räumlichen Verteilung gesetzlich geschützter Biotope sowie der Waldflächen in Schleswig-Holstein zeigen ebenfalls ein hohes Vorkommen im Gotteskooggebiet. Karte 11 (S. 45) zeigen das Gotteskooggebiet als Schwerpunktachse im Biotopverbundsystem mit wichtigen Verbundachsen des Biotopverbundsystems. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Das EU-VSG Gotteskoog-Gebiet mit seinen 7 Teilflaechen (EEA-ID DE1119401) sollte endlich als Naturschutzgebiet erklaert werden und den Status erhalten, der ihm gebuehrt, und den es international bereits innehat. Das Gebiet ist extrem wichtig fuer die Biodiversitaetsstrategie von Scleswig Holsdtein, fuer den Vogel- und Artenschutz, und als Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung gemaess der Ramsar Konvention. Seine Landschaft verfuegt zudem ueber eine kulturhistorisch wichtige Bedeutung als eine der letzten verbleibenden unverbauten „Nolde“ Landschaften um das touristisch und kulturell bedeutende Nolde Museum der Nolde-Stftung gelegen. Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf des neuen LEP-Wind im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die WEA Potentialflaechen im EU-VSG Gotteskoog-Gebiet zu ueberpruefen, und das Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) von WEA Anlagen/ Potentialflaechen freizuhalten. Mit freundlichen Gruessen, [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Institution: BWP Stadum-Sprakebüll GmbH & Co. KG **ID: M2485**	**Stellungnahme der Bürgerwindpark Stadum-Sprakebüll GmbH & Co. KG im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein — Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** Sehr geehrte Damen und Herren, im Namen der Bürgerwindpark [redacted] und der Gemeinden Stadum und Sprakebüll möchten wir unsere positive Haltung zur Windenergie und zur Umsetzung der Windplanung im Rahmen des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Ausdruck bringen. Wir danken für die Möglichkeit, im Rahmen der öffentlichen Beteiligung zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land, Stellung zu nehmen. Die Bürgerwindpark [redacted] begrüßt diese Beteiligungsmöglichkeit und möchte diese gern nutzen. Die Gemeinde Sprakebüll, mit ihren rund 250 Einwohnern, und die Gemeinde Stadum, mit ihren rund 1.600 Einwohnern, gelegen im Kreis Nordfriesland, bekennen sich klar zu den Zielen der Energiewende und sehen in der Windenergie eine wichtige Säule für eine nachhaltige Energieversorgung. Die Nutzung erneuerbarer Energien ist für uns nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch eine Chance, die regionale Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen. Zudem besteht in der Gemeinde Stadum eine Chance, das sich in Planung befindliche Wärmekonzept mit der Windenergie zu unterstützen. Auch die bestehende Fernwärmeversorgung in der Gemeinde Sprakebüll, die zurzeit durch Biogas versorgt wird, benötigt auch in Zukunft günstige Energie in Form von Windstrom, da die Versorgung mit Biogas auf Dauer nicht gewährleistet ist. Wir begrüßen ausdrücklich die im Landesentwicklungsplan ausgewiesene Potentialfläche für Windenergieanlagen (Nummer gemäß Potentialflächenkarte PR1_NFL_048, siehe auch Karte 1). Diese Planung bietet eine solide Grundlage für die Entwicklung von Windparks in Schleswig-Holstein und ermöglicht eine koordinierte und umsichtige Umsetzung. Für uns ergibt sich durch die Ausweisung dieser Potentialfläche die Möglichkeit, eine weitere Windenergieanlage im westlichen Teil des Gebietes zu	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Ob die in der Stellungnahme bezeichnete Potenzialfläche als Vorranggebiet übernommen werden kann, ist im Rahmen des Verfahrens zur Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I, Windenergie an Land, zu prüfen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	planen. Auch die Ausweisung des südlichen Teils des bestehenden Windparks begrüßen wir, da dadurch der Erhalt des gesamten Windparks ermöglicht wird. (Abbildung) Konkret berücksichtigen wir folgende Punkte bei der Planung der neuen Windenergieanlage und beim Erhalt der bestehenden Windenergieanlagen: Bürgerbeteiligung: Wir werden eine umfassende Bürgerbeteiligung sicherstellen, um die Belange der Einwohnerinnen und Einwohner frühzeitig einzubeziehen und Transparenz zu gewährleisten. Standortwahl: Die Auswahl der Standorte für Windenergieanlagen wird unter Berücksichtigung ökologischer, landschaftlicher und immissionsschutzrechtlicher Aspekte erfolgen. Dabei werden wir die im Landesentwicklungsplan ausgewiesenen Potentialflächen als Orientierung nutzen. Landschaftsverträglichkeit: Wir setzen uns für eine landschaftsverträgliche Gestaltung der Windparks ein und werden auf eine harmonische Einbindung in die bestehende Landschaft achten. Artenschutz: Der Schutz von Flora und Fauna hat für uns höchste Priorität. Wir werden alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Auswirkungen auf die Tierwelt zu minimieren und Ausgleichsmaßnahmen umzusetzen. Schallschutz: Wir werden auf eine ausreichende Einhaltung der Schallschutzbestimmungen achten, um eine Beeinträchtigung der Wohnqualität auszuschließen. Regionale Wertschöpfung: Wir möchten, dass die Windenergieprojekte auch einen positiven Beitrag zur regionalen Wirtschaft leisten. Daher werden wir uns für eine Beteiligung lokaler Unternehmen einsetzen. Die beigefügte Karte zeigt deutlich, dass die Gemeinden Stadum und Sprakebüll innerhalb eines ausgewiesenen Potentialraums für Windenergie liegen. Das ist ein positives Signal, da es die Eignung des Gebiets für die Errichtung von Windkraftanlagen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bestätigt. Wir sind überzeugt, dass die Windenergie eine Win-win-Situation für alle Beteiligten darstellt. Sie ermöglicht uns, unsere Umwelt zu schützen, unsere Energieversorgung zu sichern und gleichzeitig die regionale Wirtschaft zu stärken. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2948	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • aus medizinischer Sicht bestehen Bedenken bzgl Auswirkungen von Infraschall, Schlagschatten, psychische Auswirkungen [redacted] durch [redacted] des individuellen Freiraums. • [redacted] Auswirkungen auf die Umwelt durch Mikroplastik durch Abrieb, sowie von [redacted]Zerstörung der Brut + Nistplätze, Zerstörung/Zerschneidung von Flugrouten von Greifvögeln, Zerstörung von Naturschutzgebieten, Mooren, Niederungen, Verschmutzung des Grundwassers • Umsetzen von Ideologien ohne Sinn und Verstand • Veränderung - repetiv - der Kulturlandschaft • Ungleichbehandlung der Bürger vs Politiker (habe noch nie gesehen, daß in den Lebensbereichen der Politiker Windkraftanlagen aufgestellt werden) • Mißachtung des VölkerwillenIch möchte, daß das Landschaftliche Bild mit seiner Fauna + Flora erhalten bleibt.Aus dem "Land der Horizonte" ist bereits	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	jetzt schon das "Land der Windkraftanlagen" geworden; kein Land, in dem man noch die Weite der [redacted] leben + sehen kann! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2017	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021-Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich diesbezüglich anführen: - Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H- / 5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse und auch die der Menschen. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Erhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. - Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridoren zu Grünbrücken, bzgl. Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der Windenergie noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund zu streichen, wie die geplante, weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich des Artenschutzes. Die steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papier) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. - Wenn der Landesregierung Landschaftschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung des Menschen und dem Tourismus dienen, und damit eine besondere Bedeutung für das menschliche Wohlbefinden und die menschliche Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkregionen einzuhalten. - Ich halte es für problematisch und in der gegenwärtigen Situation, in der reichlich Windenergie vorhanden ist, die häufig mit hohen Kosten abgeriegelt werden muss, für völlig unangemessen, große Flächen im Naturpark Westensee für die Errichtung von Großwindanlagen freizugeben. Zumal diese in der Höhe unbegrenzt sein sollen. Das Landschaftsbild würde erheblich beeinträchtigt, wenn die enormen Großanlagen mit Höhen von 250 Metern direkt hinter den am Westensee liegenden Erhebungen (Tüteberg 88m) errichtet würden.	
Institution: Solventus GmbH & Co. KG **ID: M2594**	Sehr geehrte Damen und Herren, im Auftrag der [redacted] möchten wir hiermit die Möglichkeit zur Stellungnahme zum ersten Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Londesentwicklungsplans S-H - Fortschreibung 2021 (nachfolgend auch „LEP Entwurf" genannt) wahrnehmen. Die [redacted] ist ein Gemeinschaftsunternehmen der [redacted] und der [redacted], die innerhalb der [redacted] gemeinsam die Errichtung von Windenergie- und Photovoltaikfreiflächenanlagen verfolgen, um diese im Anschluss zu betreiben. In dem Vorranggebiet PR2RDE144 des rechtkräftigen Teilregionalplans Windenergie 2020 betreiben die Stadtwerke Kiel einen Windpark, der einen Beitrag zur regionalen Energieversorgung leistet. Im Rahmen der aktuellen „Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2024" zum Thema „Windenergie an Land" wurde diese Fläche als Potenzialfläche PR2RDE016 ausgewiesen. Der als Potenzialfläche ausgewiesene Bereich hat sich im Vergleich zu dem als Vorranggebiet aus dem Teilregionalplan Windenergie 2020 ausgewiesenen Bereich vergrößert, da der für die Windenergie ausgeschlosse Abstandbereich zur Waldkante von 100 Meter auf 30 Meter reduziert wurde. Wir befürworten diese Anpassung in Anlehnung an die Regelung gemäß $24 LWaldG. Die mögliche Flächenerweiterung durch einen geringeren Waldabstand ermöglicht den Bestandswindpark im Nordwesten durch eine moderne	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergieanlage zu erweitern. Durch die bereits bestehende Konzentration an Bestandsanlagen stellt diese Erweiterung einen geringen landschaftlichen Eingriff dar und ermöglicht konfliktfrei den zusätzlichen Zubau von Windenergie. Das angrenzende Waldgebiet (Bondenschiften) stellt einen klassischen Wirtschaftswald dar. Eine naturschutzfachliche Beeinträchtigung des Waldgebiets wurden schon im Zuge des Genehmigungsverfahrens des Bestandswindparks untersucht und ausgeschlossen. Konflikte mit den Ziel der Roumordnung des LEP Entwurfs bestehen nicht. Basierend auf den oben genannten Gründen und vor dem Hintergrund, dass gemäß $ 2 EEG die Windenergie als „überragend öffentliches Interesse" eingestuft wurde und „der öffentlichen Sicherheit diene" sowie der aktuellen gesetzlichen Bestimmungen, die zusätzliche Flächen für die Windenergiegewinnung in Schleswig-Holstein erfordern, möchten wir Sie im Namen der Solventus eindringlich bitten eine Erweiterung der Vorranggebietsfläche PR2_RDE_144 im Nordwesten in dem anstehenden Entwurf des Regionalplans für den Planungsraum II zu berücksichtigen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2256	Moin Herr Hilker, meine Name ist [redacted], meine Familie und ich wohnen im Aussenbereich der Gemeinde [redacted]. Dieses Jahr ist ein Windpark der WKN mit sechs Anlagen mit Durchschnittsabstand von 700m von uns errichtet wurden. Weitere 6 Anlagen des [redacted] sind im gleichen Abstand von uns bereits geplant. Die neuen Potentialflächen für Schleswig-Holstein zeigen signifikante zusätzliche Flächen im Gebiet der Gemeinde [redacted]. Neben der Lärm- und Schattenbelastung, ist hier nun das gesamte Landschaftsbild in Gefahr. Ich weiss nicht welche Möglichkeiten wir haben Einfluss zu nehmen, aber wir machen uns große Sorgen. Bitte nehmen sie unsere Bedenken auf und vielleicht können sie uns	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	weitere Informationen geben und / oder unsere Bedenken weiterleiten. Vielen Dank und schönen Gruß, [redacted]	
Institution: Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein ID: M2362	Stellungnahme zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Flächeneigentümerin ist die Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein (im Folgenden Stiftung) von der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ betroffen. Die Gelegenheit zur Stellungnahme nehmen wir gerne wahr, da wir grundsätzlich alle nachhaltigen Maßnahmen zum Umbau einer CO2-neutralen Gesellschaft unterstützen. Mit der Vernässung von Mooren und Wiederherstellung CO2 speichernden Lebensräumen sind wir bereits aktiver Teil der Transformation, um der Klima- und Biodiversitätskrise entgegenzutreten. Den Ausbau der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein erachten wir für wichtig und befürworten auch einen beschleunigten Ausbau, um die dringend erforderlichen Anstrengungen zur Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele voranzutreiben. Um dem gerecht zu werden, möchten wir auf einige Punkte der Ausbauplanung eingehen und Vorschläge zur Verbesserung einbringen: Die Stiftung sichert seit 1978 Flächen für den Naturschutz. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Moorflächen. Die Flächensicherung der Stiftung erfolgt nicht willkürlich, sondern konzentriert sich auf die Arrondierung von für den Naturschutz relevanten Gebieten. Maßgeblich dafür sind Kulissen wie der Schutzgebiets- und Biotopverbund, die Natura2000- Gebiete, Wildnisgebiete, die Kulisse der kohlenstoffreichen Böden (Moorkulisse) u.a. Die Flächen der Stiftung sind innerhalb Schleswig-Holsteins ein wesentlicher Baustein für den Erhalt der Biodiversität und den Moorbodenschutz. Die bereits für den Naturschutz gesicherten Moorbodenflächen sind zudem Kernelement für die Umsetzung des Landesprogramms Biologischer Klimaschutz. Der konsequenten Wiedervernässung von Moorböden kommt eine Schlüsselrolle bei der Erreichung der Klimaschutzziele zu, da bspw. in Schleswig-Holstein 18% der THG-Emissionen des Landes auf die Emissionen entwässerter Moorböden zurückzuführen sind.	Die Stellungnahme wird zur Kennntis genommen. Bezüglich der Hinweise zu Moorböden wird auf Ziffer 4.5.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Belange des Artenschutzes werden durch eine Vielzahl an Zielen und Grundsätzen berücksichtigt. Damit bestehen hinreichend Ausschlussgebiete, zudem erfolgt im Rahmen der Regionalplanung zum Thema Windenergie an Land bei der Festlegung von Vorranggebieten eine weitere Einzelfallprüfung. Letzteres gilt auch für Hinweise zu den in der Stellungnahme exemplarisch genannten Vorhaben. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	emplarisch für zu erwartende Konflikte durch die Ausweisung von Windenergie-Potenzialflächen innerhalb der Kernkulisse des Naturschutzes stellen wir dies anhand des Beispiels Grotmoor, Gemeinde Heidmoor, Kreis Segeberg dar. Im Grotmoor ist die Stiftung als Flächeneigentümerin zwar nur mit ca. 2 ha von der Ausweisung von „Windeignungsgebieten“ betroffen (PR3_SEG_016). Eine relevante Betroffenheit ergibt sich jedoch für die bereits in Planung befindlichen Wiedervernässungsmaßnahmen innerhalb des ca. 650 ha umfassenden Gesamtmoorkomplexes. Die Stiftung hat 2022 im Grotmoor mit großflächigen Moorwiedervernässungsmaßnahmen begonnen. Bereits 73 ha wurden 2022-2023 vernässt. Weitere 95 ha werden im Zeitraum 2024-2026 vernässt. Diese beiden ersten Bauabschnitte und auch zukünftige Projekte erfolgen hier in Kooperation mit den Schleswig-Holsteinischen Landesforsten. Zudem sind wir hier in Gesprächen mit weiteren Kooperationspartnern und in Verhandlungen für den Ankauf weiterer Flächen. Die bereits realisierte Moorvernässung im Grotmoor wurde über das Landesprogramm Biologischer Klimaschutz finanziert und entspricht somit den Zielen des Landes Schleswig-Holstein, bis 2030 insgesamt 700.000 CO2-Äquivalente durch Moorvernässung einzusparen. Auch die geplanten weiteren Bauabschnitte entsprechen diesem Zweck. Das Grotmoor ist überwiegend geprägt durch stark entwässertes artenarmes Grünland. Dementsprechend gibt es hier ein sehr großes Potenzial für Vernässung. Die Randbereiche sind teilweise noch artenreich und als Grundlage der Besiedelung (Flora & Fauna) für die Kernbereiche von entscheidender Bedeutung. Laut Landschaftsrahmenplan III… Segeberg, … (MELUND 2020) erfüllen 146 ha des Grotmoores zudem die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als ausgewiesenes Naturschutzgebiet (NSG). Als Schutzzweck für ein solches NSG wird im Landschaftsrahmenplan die „Erhaltung eines vielfältig strukturierten, abgetorften Hochmoores mit zahlreichen integrierten Biotoptypen und hochmoortypischen Pflanzengesellschaften, zum Teil in Regenerationsphasen auch als Lebens- und Rückzugsraum bedrohter Pflanzen- und Tierarten“ genannt (MELUND 2020). Im landesweiten Biotopverbund- und Schutzgebietssystem gehört das „Grotmoor und Umgebung“ zum Schwerpunktgebiet Nr. 165 und damit zu einem Gebiet mit besonderer Eignung zum Aufbau des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems. Die Entwicklungsziele im Landschaftsrahmenplan sind die „Erhaltung und Entwicklung eines sekundären Hochmoor-Moorgrünland-Komplexes, der im Zentrum halboffene Grünland- und Heidelebensräume und in den Randbereichen regenerierende Hochmoorlebensräume und lichte Wälder umfasst.“ (MELUND 2020). Zur Erreichung dieser Ziele wird als Maßnahmen folgendes genannt: „Anhebung des Wasserstandes im Gesamtgebiet; Vermeidung von Aufforstungen; Verringerung der landwirtschaftlichen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Nutzungsintensität; Aufgabe der Grünlandnutzung in Teilbereichen.“ (MELUND 2020). Die „Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung“ widerspricht im Bereich Grotmoor den oben genannten Zielen des Landes Schleswig-Holstein. Zudem werden sich allein durch die Umsetzung der ersten beiden Moorvernässungen ca. 90 ha geschützte Biotoptypen (Lebensraumtyp renaturierungsfähige degradierte Hochmoore sowie Übergangs- und Schwingrasenmoore) entwickeln, die der Umsetzung des Prioritätenkonzept des Landes Schleswig-Holstein dienen. Das Grotmoor weist Torfmächtigkeiten von bis zu 7 m auf (Burbaum, B. (LLUR, schr. Mitt. 2020)). Eine Umsetzung von möglichen Windkraftprojekten im Grotmoor wäre nicht nur technisch schwierig, sondern wäre mit einem hohen Maße an Torffreilegung (Bodenaustausch) und ggf. Wasserhaltungsmaßnahmen verbunden und damit klimaschädlich. Etwaige Leckagen im Moor könnten einen Einfluss auf den gesamten Moorkörper ausüben, da es sich beim Grotmoor um ein Wurzelechtes Moor handelt. Das Grotmoor und damit das Potenzialgebiet PR3_SEG_016 sollte daher aus den dargelegten Gründen nicht als „Windeignungsgebiet“ ausgewiesen werden. Vergleichbare Verhältnisse und Schwierigkeiten sind bei allen mächtigen Torfkörpern zu erwarten. Die Ausweisung von Windenergie-Eignungsflächen stehen in direkter Konkurrenz zu möglichen Moorvernässungsmaßnahmen, die den Zielen des Landesprogramms Biologischer Klimaschutz dienen. Zudem weisen wir darauf hin, dass sich in Hinblick auf bereits durch die Stiftung gesicherte Naturschutzflächen zusätzlich Konflikte mit dem Groß- und Wiesenvogelschutz ergeben werden. In folgenden Gebieten ergeben sich relevante Betroffenheiten bei einer Ausweisung der im Entwurf vorgelegten Potenzialflächen: Breitenburger Moor PR3_STE_022, 033, 040 (Kranichschlafplatz, Seeadler-Brutvorkommen, Zwergschwan) Untere Stör PR3_STE_051, -051, 056 (Zwergschwan-Rastgebiet und Schlafplätze, Seeadler-Brutvorkommen, Wiesenvogelschutz) Wallener Au PR3_DIT_086, -087 (Weißstorch, zusätzlich auch Wiesenvogelschutz)	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Obere Broklandsau PR3_DIT_074, -071, -073, -069, -080,- 084, -083(Wiesenvogelschutz) Vaalermoor PR3_STE_066 (Kranichschlafplatz, Zwergschwan-Vorkommen) Kudensee (Seeadler-Brutgebiet) Windberger Niederung: Raum zwischen PR3_DIT_034, -030, -019, -039, -096 (Sumpfohreule, zusätzlich auch Wiesenvogelschutz) Großes Moor bei Dätgen PR2_RDE_047, -044, -045, -160 (Kranich-Rast- und Brutgebiet) Südermarsch PR1_NFL_302 (Wiesenvogelschutz) Probstei / Hagener Au PR2_PLO_042, -029 (Seeadler-Brutrevier) Insbesondere das Seeadler-Vorkommen im Raum Probstei/Hagener Au stellt eine naturschutzfachlich sinnvolle räumliche Ergänzung des bekannten Dichtezentrums für Seeadlervorkommen dar. Auf eine Ausweisung einer Windenergiepotenzialfläche sollte daher in diesem Raum zwingend verzichtet werden. Für Großvögel relevante Lebensräume sind v.a. durch Wälder und Gewässer charakterisiert; hier konzentrieren sich u.a. Brut-/Horststandorte, Nahrungshabitate und Schlafplätze. Um Konflikte zu vermeiden, sollten die bestehenden Abstandsregelungen (100 m zu Waldrändern, mindestens 1.200 m zu großen Gewässern) nicht unterschritten werden. **Wir bitten das Innenministerium insgesamt um stärkere Berücksichtigung der Belange des Moorboden- und damit Biologischen Klimaschutzes sowie des Artenschutzes bei der Prüfung aller Potenzialgebiete auf Moorböden sowie innerhalb der Kerngebietskulisse des Naturschutzes inkl. des Schutzgebiets- und Biotopverbundes des Landes Schleswig-Holstein.** **Mit freundlichen Grüßen** [redacted] [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Institution: Lorica Energie Systeme GmbH & Co. KG, Rechtsanwalt ID: M2528	Sehr geehrte Damen und Herren, die [redacted], vertreten durch den Geschäftsführer [redacted], hat mich mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt. Ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird anwaltlich versichert; auf uns lautende Vollmacht reiche ich auf Anforderung gern nach. Namens und in Vollmacht meiner Mandantin nehme ich zum Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Hol-stein zum Thema Windenergie an Land wie folgt Stellung: 1. Im Namen meiner Mandantin **beantrage** ich die **Ausweisung bzw. Festlegung des Potentialraumes Stangheck-Rundhof,** wie in den nachfolgenden Kartierungen dargestellt, als Vorranggebiet für Windenergie. Aus den „alten“ Unterlagen zur Aufstellung des zwischenzeitlich gerichtlich für unwirksam festgestellten Regionalplanes geht aus der Abwägungstabelle her-vor, aus welchen Gründen seinerzeit keine Ausweisung des Potentialraumes er-folgt ist. Bezüglich dieser „kritischen“ Kriterien, wie z.B. der Abstand zu einem Seeadler-horst oder der Hinweis auf einen charakteristischen Landschaftsraum etc. ist festzuhalten, dass keines dieser damals entscheidungserheblichen Kriterien nunmehr seitens der Landesplanung in Würdigung der zwischenzeitlich verän-derten Rechtslage weiterverfolgt wird. Entsprechend ist in der unten dargestellten Karte der Landesplanung die zur Ausweisung begehrte Fläche in Rundhof als Potentialraum zur Ausweisung eines Vorranggebietes für Windenergie erfasst worden. Meine Mandantin wird zeitnah entsprechende Anträge nach dem BImSchG stel-len, um damit eine Bebauung mit Windenergie zu ermöglichen. Im Verbund mit einer PV-Planung ist die Einbindung der Windenergie in die Energieversorgung der Gemeinde Stangheck geplant und hierzu sind Gespräche mit der Gemeinde aufgenommen worden. Einer Ausweisung des Potentialraumes als Vorranggebiet stehen offensichtlich keine	Die Hinweise und der Antrag zur Ausweisung des Gebiets bei Stangheck als Windvorranggebiet wird zur Kenntnis genommen. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen. Für die Fläche östlich von Kappeln bei Loitmark gilt dasselbe. Ein Hinweis auf § 245e Abs. 3 BauGB in der Begründung zu Absatz 2 G von Kapitel 4.5.1 ist vom Plangeber nicht gewollt. Dasselbe gilt für eine Ziel oder Grundsatz, dass Repoweringvorhaben die Grundzüge der Planung regelmäßig nicht berühren. Eine Streichung 4.5.1.5 Z 3 (Keine Ausweisung von Windenergiegebieten innerhalb der Ausschlusszone Haithabu und Danewerk) wird abgelehnt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Belange entgegen. [redacted] [redacted] 2. Im Namen meiner Mandantin **beantrage** ich die **Ausweisung bzw. Festlegung des Potentialraumes Kappeln-Loitmark,** wie in den nachfolgenden Kartierungen dargestellt, als Vorranggebiet für Wind-energie. Meine Mandantin betreibt angrenzend mehrere Alt-WEA, die sie in dem Poten-tialraum nun repowern möchte. Aus den „alten“ Unterlagen zur Aufstellung des zwischenzeitlich gerichtlich für unwirksam festgestellten Regionalplanes geht aus der Abwägungstabelle hervor, aus welchen Gründen seinerzeit keine Aus-weisung des Potentialraumes erfolgt ist. Bezüglich dieser „kritischen“ Kriterien, wie z.B. der Abstand zu einem Seeadler-horst oder der Hinweis auf einen charakteristischen Landschaftsraum etc. ist festzuhalten, dass keines dieser damals entscheidungserheblichen Kriterien nunmehr seitens der Landesplanung in Würdigung der zwischenzeitlich verän-derten Rechtslage weiterverfolgt wird. Entsprechend ist in der unten dargestellten Karte der Landesplanung die zur Ausweisung begehrte Teilfläche westlich der „Brodersbyer Strasse“ als Potenti-alraum zur Ausweisung eines Vorranggebietes für Windenergie erfasst worden. Meine Mandantin wird zeitnah entsprechende Anträge nach dem BImSchG stel-len, um ein Repowering der Alt-WEA und damit eine Bebauung mit Windenergie zu ermöglichen. Die Einbindung der Windenergie in die Realisierung der Wärme-planung der Stadt Kappeln ist geplant und hierzu sind Gespräche mit der Stadt Kappeln aufgenommen worden. Einer Ausweisung des Potentialraumes als Vorranggebiet stehen offensichtlich keine Belange entgegen. [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] 3. Ergänzend nehme ich wie folgt zum Entwurf der Teilfortschreibung des Landes-entwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land Stel-lung 3.1 Unter 4.5.1. „Windenergie an Land“ in der Begründung „B zu 2 G“ auf Seite 11 der Beteiligungsunterlage führt die Landesplanung aus, dass auf die Ausweisung von Repoweringgebieten fortan verzichtet werden soll. Das ist zu begrüßen. a) Allerdings wird für auch zukünftig außerhalb von Vorranggebieten stehende Alt-WEA in der Begründung lediglich auf § 249 Abs. 3 BauGB und die Möglichkeit einer Genehmigung als nicht privilegiertes Vorhaben hingewiesen. Es sollte in der Begründung zwingend auch ein Hinweis auf § 245e Abs. 3 BauGB ergänzt werden, der jedenfalls für die wirksamen Regionalpläne mit entsprechender Konzentrationsflächenplanung gemäß § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB noch Geltung be-anspruchen kann. § 245e Abs. 3 BauGB betrifft als Überleitungsrecht den Zeitraum der Geltung der noch wirksamen Regionalpläne zur Steuerung der Windenergie bis zum Stichtag für die Flächenbeitragswerte nach Anlage 1 Spalte 1 WindBG (31. De-zember 2027). In dieser Zeit gilt die Ausschlusswirkung übergangsweise fort. § 245e Abs. 3 BauGB nimmt Repowering-Vorhaben hiervon unter bestimmten Vo-raussetzungen aus b) Es wird zudem beantragt, ein entsprechendes Ziel oder zumindest Grundsatz der Raumordnung aufzunehmen, dass Vorhaben im Sinne des § 16b Absatz 1 und 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Grundzüge der Planung im Sinne des § 245e Abs. 3 BauGB regelmäßig nicht berühren, es sei denn, das Vorhaben liegt in einem Natura 2000-Gebiet im Sinne des § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes oder in einem Naturschutzgebiet im Sinne des § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes. § 245e Abs. 3 BauGB greift für Repowering-Vorhaben nicht, wenn ihre Zulas-sung als Ausnahme von der Ausschlusswirkung die Grundzüge der Planung be-rührt. In Anlehnung an die Arbeitshilfe Wind-an-Land, S. 25, sollte durch ein entsprechendes Ziel oder Grundsatz der Raumordnung geregelt werden, dass die Grundzüge der Planung regelmäßig nicht berührt werden, Der Gesetzgeber ging bei der Regelung des § 245e Abs. 3 BauGB davon aus, dass die Zulassung eines Repoweringvorhabens auf Ausschlussflächen als allei-niger Grund	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einer Ausnahme nicht die Grundzüge der Planung berührt, vielmehr das Regel-Ausnahme-Verhältnis des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB bei Repoweringvor-haben umgekehrt werde. Das sollte auch landesplanerisch aufgegriffen werden, um Unklarheiten in den Genehmigungsverfahren und sich daraus ergebende Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden. 3.2 Zu Nr. 4.5.1.5. Kultur und Sachgüter B zu 3 Z (Danewerk / Haithabu) ist auf folgendes hinzuweisen: a) Nach Nr. 4.5.1.5 „Kultur und sonstige Sachgüter“, Z 3, ist die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA innerhalb der als Ausschlusszone um die UNESCO-Welterbestätte „Archäologischer Grenz-komplex Haithabu und Danewerk“ festgelegten Bereiche, die in der Karte (An-lage 2 zu § 1 der LEPWindVO) festgelegt sind, ausgeschlossen. Es wird beantragt, Z 3 zu streichen. Die räumliche Festlegung der Ausschlusszone stützt sich gemäß der Begründung auf Seite 98 auf eine Sichtfeldstudie von 2017. Diese Studie ist offensichtlich nur in Auszügen im Internet einsehbar und ist nicht Teil der Unterlagen der Öffentlichkeitsbeteiligung. Eine Kartierung aus der Studie füge ich als Anlage bei. [redacted] Diese Festlegung einer „Ausschlusszone“ entspricht nicht mehr der aktuellen Rechtsprechung zur Frage des Denkmalschutzes im Verhältnis zur Windenergie, insbesondere auch vor dem Hintergrund des § 2 EEG, und auch nicht der neuen Regelungssystematik zur Aufstellung von Raumordnungsplänen. Die vorstehende Karte des Gutachtens spricht explizit von einem „weichen Tabu“, das großräumig festgelegt wird, obwohl selbst nach der Studie weite Teile des „Taburaumes“ gar nicht in einer Sichtbeziehung zwischen dem hier betrachteten Denkmalbereich stehen. Auch der methodische Ansatz des Gutachtens, vom Denkmal ausgehend in die Landschaft hinein eine Sichtbeziehung zu WEA zu konstruieren, die dann als beeinträchtigend angesehen wird, entspricht nicht der maßgeblichen Rechtspre-chung. Geschützt ist der Blick auf das Denkmal, nicht vom Denkmal in die Land-schaft. Dies gilt insbesondere für die Frage des Umgebungsschutzes. Auch das wird in der Studie nicht	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	berücksichtigt. Die Studie aus 2017 berücksichtigt insbesondere die neue Regelung des § 2 EEG und das damit gesetzgeberisch vorgegebene überragende öffentliche Interesse an den Erneuerbaren Energien bzw. deren Gewichtung als vorrangiger Belang in sämtlichen durchzuführenden Schutzgüterabwägungen, auch im Hinblick auf denkmalpflegerische Belange, nicht. Die Studie aus 2017 ist veraltet, methodisch angreifbar und vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen gesetzlichen Entwicklungen überholt. Sie stellt kein taugliches Arbeitsinstrument (mehr) dar und kann die Festlegung solch ganz erheblicher Ausschlussflächen nicht rechtfertigen. Dass das UNESCO-Weltkulturerbe Danewerk und Haithabu zu berücksichtigen sind, steht außer Frage. Der Umfang der festgelegten Ausschlussflächen ist jedoch zu groß und ihre Festlegung beruht auf einer ungeeigneten und überholten Studie Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2013	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit lege ich Widerspruch gegen die geplante Errichtung neuer Windkraftanlagen in der Gemeinde Wewelsfleth im Kreis Steinburg ein. Der Bürgerentscheid, der am 09. Juni 2024 stattfand, hat eindeutig gezeigt, dass eine Mehrheit der Wewelsflether Bürger gegen den Bau weiterer Windkraftanlagen ist. Mit 458 Stimmen gegen und 352 Stimmen für den Windpark wurde ein klares Signal gesetzt, das nicht ignoriert werden darf. 1. Demokratische Legitimation: Der Bürgerentscheid stellt einen demokratischen Prozess dar, in dem die Stimme der Bevölkerung gehört wurde. Es ist von größter Bedeutung, dass die Entscheidungsträger des Landes Schleswig-Holstein diese Entscheidung respektieren und die Bedenken der Bürger ernst nehmen. 2. Umweltauswirkungen: Die möglichen negativen Auswirkungen auf die lokale Umwelt sind nicht zu vernachlässigen. Dazu zählen:	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	a. Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes b. Lärmbelästigung für Anwohner c. Verdichtung und Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen d. Negative Auswirkungen auf die Tierwelt und deren Lebensräume e. Negative Auswirkungen auf die Dorfgemeinschaft, Neiddebatten und Nachbarschaft 3. Industrialisierung der Region: Die Entwicklung von Wewelsfleth und Umgebung hin zu einem Industriegebiet ist bereits spürbar. Mit den beiden genehmigten Elbtunneln (Südlink/Tennet und Amprion) sowie dem Rückbau des Kernkraftwerks Brokdorf, auf dessen Gelände Europas größter Batteriespeicher geplant ist, wird die Region zunehmend industrialisiert. Die Errichtung weiterer Windkraftanlagen würde diesen Trend verstärken und könnte das Gleichgewicht zwischen Natur, Landwirtschaft und Industrie weiter gefährden. In Anbetracht dieser Punkte fordere ich Sie auf, den Widerspruch ernsthaft zu prüfen und die Entscheidung über neue Windkraftanlagen in unserer Gemeinde zu überdenken. Es ist wichtig, dass wir eine nachhaltige Entwicklung anstreben, die sowohl den Bedürfnissen der Menschen als auch dem Schutz unserer Umwelt gerecht wird. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2012	**„So geiht dat nich“ - kritische Anmerkungen zum geplanten Bau weiterer Windkraftanlagen, der Ausweisung zusätzlicher Vorrangflächen bzw. Umwandlung von bereits mehrfach abgelehnten Potenzialflächen in Vorrangflächen für Windkraftanlagen in Sehestedt am Nord-Ostsee-Kanal.** Die geplante Ausweisung neuer Vorrangflächen sowie die Umwandlung bestehender Potenzialflächen in Vorrangflächen für Windkraftanlagen in Sehestedt stößt auf erheblichen Widerstand. Der Plan, Windkraftanlagen ohne Höhenbegrenzung zu errichten, wirft nicht nur Fragen zur Umweltverträglichkeit auf, sondern lässt auch tiefgreifende Zweifel an der Integrität und den Motiven der Entscheidungsträger	Zu folgenden in der Stellungnahme angesprochenen Themen wird auf die genannten Ziffern der allgemeinen Synopse verwiesen: • Gesundheitsgefährdung, Infraschall: 7.3.3 • Bürgerbeteiligung, Bürgerwille, Bürgerstrom-Tarif: 7.1.3, 7.1.7 • Landschaftsbild: 7.2.12

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	entstehen. In diesem Bericht soll die Situation kritisch beleuchtet und die gravierenden Missstände aufgezeigt werden, die dieses Vorhaben begleiten. **Irrsinnige Planung ohne Rücksicht auf Verluste** Die Errichtung weiterer Windkraftanlagen in Sehestedt ohne eine klare Höhenbegrenzung zeugt von einer rücksichtslosen Planung, die keinerlei Respekt vor der umliegenden Natur und den Interessen der Anwohner zeigt. Die Entscheidungsträger scheinen vollkommen blind gegenüber den negativen Auswirkungen zu sein, die diese gigantischen Bauwerke auf die Landschaft, die Tierwelt, die Lebensqualität der Menschen und die Immobilienwerte haben. Die Windkraft ist aktuell sicherlich ein wichtiger Beitrag zur Energiewende, aber die Art und Weise, wie hier vorgegangen wird, erinnert mehr an kurzsichtige Profitgier als an verantwortungsvolle und nachhaltige Energiewirtschaft/-politik. Besonders bedenklich ist die Rolle, die die örtliche Verwaltung und die Gemeinderäte in diesen Prozessen spielen. Es drängt sich der Verdacht auf, dass hier nicht das Gemeinwohl, sondern private Interessen im Vordergrund stehen. Die Verflechtungen zwischen verantwortlichen Personen auf Gemeinde- und Amtsebene, Großgrundbesitzern, Windparkbetreibern und Projektentwicklern erscheinen überaus fragwürdig. Es scheint, als würden die subventionsverwöhnten Windparkbetreiber die öffentlichen Ämter und Ressourcen ausnutzen, um im Namen der Klimarettung ihre eigenen Taschen zu füllen, während sie die legitimen Interessen der Bürger ignorieren. Anstatt die Bürger über die geplante Ausweitung und den Bau weiterer Windkraftanlagen zu informieren, wird anscheinend in Hinterzimmern darüber entschieden. Befinden wir uns mittlerweile in einer Art von Bananenrepublik? Das Vorgehen untergräbt das Vertrauen in die Transparenz und Fairness der Entscheidungsfindung. Der Gemeinderat von Sehestedt, der eigentlich die Interessen der Bürger vertreten sollte, hat sich scheinbar völlig von seiner Verantwortung entfernt. Anstatt kritisch zu hinterfragen, ob die geplanten Anlagen wirklich im Interesse der Gemeinde sind, wird der Ausbau der Windkraftanlagen anscheinend ohne nennenswerte Gegenwehr oder tiefgreifende Diskussion durchgewunken. Dies deutet auf eine falsch verstandene oder zumindest merkwürdig interpretierte Exekutive hin, die durch geheime Absprachen und eine selbstherrliche Überhöhung ihrer Kompetenz geprägt ist. Die Auswüchse dieser	• Schwefelhexafluorid: 7.2.9 • Lärm: 7.3.2 • Infraschall: 7.3.3 • Brandgefahr: 7.2.7 • Mikrofasern: 7.2.9 • Netzkapazität, Abschaltungen, Stromkosten: 7.2.5, 7.2.6 Die Kritik an der Amts- und Gemeindeverwaltung wird zur Kenntnis genommen, ist aber nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Den Appell an die Entscheidungsträger ihre Verantwortung gegenüber allen Beteiligten ernst zu nehmen und nach einer ausgewogenen Lösung suchen, nimmt die Landesplanung ernst und sieht sich in dieser (schwierigen) Rolle. Soweit sich die Stellungnahme ausdrücklich auf weitere Vorranggebiete in der Gemeinde Sehestedt bezieht, wird auf Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Machtstrukturen sind nicht nur beunruhigend, sondern auch demokratiegefährdend. Seit mehr als 10 Jahren versucht die Landesregierung Schleswig-Holstein den Ausbau der Windkraft in geordneten Bahnen zu lenken und den zwischenzeitlichen Wildwuchs einzuhegen. Wiederholt wurden diese Planungen durch Gerichte gestoppt und immer wieder neue Neu-aufstellung bzw. Fort-schreibung der Land-schafts-rahmenpläne mit öffentlicher Beteiligung gestartet. Im Zuge der Beteiligung der Öffentlichkeit an dem raumordnerischen Verfahren wurden für jede ausgemachte Potenialfläche die Vor- und Nachtteile beleuchtet. Weiche und harte Tabukriterien abgewogen und die Belange des Naturschutzes und die Interessen der Anwohner dargelegt. So wurde das nun erneut in Rede stehende Gebiet PR 2 RDE 404 (eine sogenannte Potentialfläche) trotz der massiven Bestrebungen der Projektierers [redacted] und trotz der fragwürdigen Unterstützung Seitens der Gemeinderates und des zuständigen Personen auf Amtsebene aus guten Gründen als Vorrangfläche abgelehnt. Sehestedt ist bereits heute von 21 großen Windkraftanlagen umgeben. Das Gebiet PR 2 RDE 404 liegt in noch geringem Abstand zur Wohnbebauung von Sehestedt und würde zu einer Umzingelung führen. Die bereits jetzt bestehenden Anlagen haben einen gravierenden Einfluss auf die Gesundheit der Bewohner und Bewohnerinnen in Sehestedt. Die Belastung mit gesundheitschädlichem Infraschall hat bereits aktuell die gesetzlich erlaubten Grenzwerte überschritten. **Erforderlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit** In der kontroversen Debatte um die Ausweisung neuer Vorrangflächen ist es wichtig, an die Grundwerte unserer Gesellschaft zu erinnern. Die christliche Ethik, die unser gemeinsames Leben prägt, lehrt uns die Prinzipien von Gerechtigkeit, Rücksichtnahme und Nächstenliebe. Entscheidungen, die so tief in die Lebenswelt der Menschen und in die Natur eingreifen, sollten nicht allein von ökonomischen Interessen geleitet werden, sondern auch von einem moralischen Kompass, der auf diesen Werten basiert. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Entscheidungsträger ihre Verantwortung gegenüber allen Beteiligten ernst nehmen und nach einer ausgewogenen Lösung suchen, die den Bedürfnissen der Gemeinschaft und der Umwelt gerecht wird. In der aktuellen Diskussion um die Ursachen der globalen Erwärmung wird oft betont, dass der CO2-Gehalt in der Atmosphäre der Hauptverursacher dieses Phänomens sei. Diese Auffassung wird in den Mainstreammedien als wissenschaftlich belegte Tatsache präsentiert. Doch es ist wichtig, sich der Komplexität dieses Themas bewusst zu sein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und auch Raum für differenzierte Meinungen und weitere wissenschaftliche Untersuchungen zu zulassen. Ein kritischer Diskurs, der auch alternative wissenschaftliche Theorien in Betracht zieht, ist daher notwendig, um ein vollständigeres Bild der klimatischen Entwicklungen zu erhalten. In Anbetracht dieser Missstände ist es unerlässlich, dass die Bürger von Sehestedt aktiv durch den Gemeinderat informiert werden. Im Rahmen einer dadurch stattfindenden Bürgerbeteiligung wird es wahrscheinlich zu viel Widerstand gegen diese Pläne kommen. Und gerade dies will der Gemeinderat offensichtlich vermeiden. Insofern geht es nicht nur darum, die Landschaft, die Natur, die Vögel und alle anderen Lebewesen zu schützen, sondern auch darum, eine weitere Aushöhlung der demokratischen Prinzipien zu verhindern. Die geplanten Vorrangflächen müssen dringend hinterfragt und überprüft werden, bevor irreversible Schäden angerichtet werden. Es ist an der Zeit, dass die Bevölkerung ihre Stimme erhebt und den Verantwortlichen klar macht, dass diese Art von „Energiewende“ durch Hintertürabsprachen und undemokratische Ignoranz gegenüber den berechtigten Sorgen der Bürger nicht toleriert wird. Doch dieser Widerstand soll in einem moralischen Rahmen geschehen, der auf christlicher Ethik und der Suche nach Ausgewogenheit beruht. Nur durch entschlossenen, aber zugleich moralisch fundierten Widerstand und eine klare Forderung nach Transparenz und Fairness kann sichergestellt werden, dass die zukünftige Entwicklung der Gemeinde tatsächlich im Interesse aller Bürger und nicht nur im Interesse einer kleinen, privilegierten Gruppe erfolgt. Wir fordern Dialog-Formate sowie die Einführung von Bürgerstrom-Tarifen mit günstigen Tarifen für alle Bürger in von Windkraft betroffen Gebieten. Diskutiert werden sollte · Der Ausbau von Wind- und Solarkraftwerken führt immer häufiger dazu, dass bei Starkwind oder starker Sonneneinstrahlung mehr Strom produziert wird, als benötigt wird. Die Strompreise an der Börse sinken gen Null, aber die Windanlagenbetreiber bekommen 7,35 €ct/ kwh an garantierter Einspeisevergütung, die Solaranlagenbetreiber 11 bis 13 €ct/kwh. Die Differenz gleicht der Bundeshaushalt aus Mitteln der Steuerzahler aus. Geplant waren hierfür im Haushalt 2024 10,6 Milliarden €. Auf Grund des häufigeren Überangebots ist die Einspeisevergütung immer öfter höher als der Börsenpreis und demzufolge steigt die Differenz und damit die Subvention der Wind- und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Solaranlagenbetreiber in 2024 um **sage und schreibe 7,8 Milliarden €.** Die Netzbetreiber strecken diese Summe vor und fordern sie nun vom Finanzminister ab, der hierfür kein Geld mehr im Haushalt hat. Denn das Verschieben von Milliardenschulden in den sogenannten Transformationsfonds, aus dem die Subvention bezahlt werden sollte, hatte das Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft. · Die Kosten der Windkraft durch Netzengpässe. Durch fehlende Leitungen kann der Strom nicht abgenommen werden. Dieser Strom muss trotzdem vergütet werden. Dieser sogenannte Phantomstrom wird letztendlich über die Stromrechnungen der Verbraucher mitgetragen und verteuert dadurch die Stromrechnung. In den vergangenen Jahren lag die Menge an abgeregeltem Strom teilweise bei 5 bis 6 TWh pro Jahr. Die dadurch verursachten Kosten für Entschädigungszahlungen betrugen im Jahr 2021 beispielsweise rund 800 Millionen Euro, im Jahr 2022 rund eine Milliarde €. · Die gesamten Netzanpassungsmaßnahmen, die auf Grund der schwankenden Einspeisung Erneuerbarer Energien zur Frequenzstabilisierung erforderlich waren, betrugen in 2022 4,2 Milliarden. Dieser Betrag wird über die Netznutzungsgebühen von jedem Kunden bezahlt. · Aber auch die Netzausbaukosten steigen. Der auf Grund des Ausbaus der Erneuerbaren notwendige Ausbau der Hochspannungsleitungen soll 300 Milliarden bis 2045 kosten, die Kosten der Verteilnetze in Städten und Gemeinden 150 Milliarden €. Einen Vorgeschmack davon bekamen wir alle ab dem 1. Januar 2024. Seitdem hat sich die Netznutzungsgebühr von 3,12 Cent je Kilowattstunde auf 6,43 Cent/kwh verdoppelt. · Deutschland hat den höchsten Börsenstrompreis der Welt, weshalb energieintensive Unternehmen abwandern und Arbeitsplätze verloren gehen. · Der Netzausbau läuft langsamer als der Zubau von Windkraftanlagen. Wir fordern eine Kopplung der Leitungskapazität an den Zubau neuer Windkraftanlagen. Alternativ können Konzepte über Speichermöglichkeiten erarbeitet werden, wovon die Anwohner profitieren sollten. Stromspeichertechnologien wie Batterien oder Power-to-X könnten helfen, überschüssigen Strom zwischenzuspeichern. · Windkraftanlagen beeinträchtigen das Landschaftsbild/ Verspargelung der Landschaft auf Kosten der Landbevölkerung - die energywatchgroup empfiehlt zur vollständigen Klimaneutralität eine Vervierfachung der Wind- und eine Verneunfachung	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	der Solarkapazität.(10/2023) · Windindustrieanlagen sind in verschiedener Hinsicht umweltschädlich. Ihre Produktion ist energie- und materialintensiv, sie verdichten und versiegeln Böden. · Zwei Harvard Wissenschaftler, Lee Miller und David Keith kamen in einer großangelegten Studie über amerikanische Windparks zum Ergebnis, dass Windfarmen die lokalen Temperaturen um 0,54 °C erhöhen (https://doi.org/10.1016/j.joule.2018.09.009) Die Ergebnisse sind in vielen anderen Studien bestätigt · Gasisolierte Schaltanlagen werden auch in Windrädern verbaut. Doch der Stoff hat auch eine fatale Eigenschaft: **Schwefelhexafluorid - kurz: SF6 - hat von allen bekannten Substanzen die stärkste Treibhauswirkung**. · Insektensterben. Der Rückgang der Fluginsekten beträgt in den letzten 27 Jahren 75%. Das hat vielerlei mögliche Ursachen. Aber die steigende Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen ist bisher nicht untersucht worden. Forschungsanträge beim BMU wurden abgelehnt. Der anhaltende Verzicht auf einen Verträglichkeitsnachweis von Windkraftanlagen gegenüber migrierenden Fluginsekten nach 30 Jahren Windenergie steht im Konflikt mit dem im Grundgesetz verankertem Vorsorgeprinzip. · Windkraftanlagen gefährden und töten Vogelarten. · Lärmbelästigung - Ob nun hörbar oder nicht – Anwohner in der Nähe von WEA machen Infraschall für zahlreiche gesundheitliche Probleme verantwortlich: **Erschöpfung, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Atemnot, Depressionen, Rhythmusstörungen, Übelkeit, Tinnitus, Schwindel, Ohrenschmerzen, Seh- und Hörstörungen und etliche andere**. 5 bis 10 % der Bevölkerung reagieren mit starken Symptomen. (Otolaryngologen Robert V. Harrison von der Universität Toronto) Andere Experimente zeigen auf, dass Infraschall eine Wirkung auf Myokardgewebe hat.(Uni Mainz Prof. Dr. med. Christian Vahl) So konnten Schallphänomene von einem Park mit 60 Windturbinen noch in 90 Kilometer Entfernung nachgewiesen werden (Marcillo O, Arrowsmith S, Blom P, et al.: On infrasound generated by wind farms and its propagation in low-altitude tropospheric waveguides. Journal of Geophysical Research: Atmospheres 2015; 120 (19): 9855–68 CrossRef) · Das Umweltbundesamt schließt Gesundheitsschäden durch eine kurz- und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	langfristige Exposition gegenüber Infraschall ebenfalls nicht aus. Umweltbundesamt: Mögliche gesundheitliche Effekte von Windenergieanlagen. Position November 2016: https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/moegliche-gesundheitliche-effekte-von (Letzter Zugriff am 22. Januar 2019). Zu guter Letzt: Anlässlich der Eröffnung des bestehenden Windparks wurde in vollmundigen Reden verkündet, dass dieser Windpark jährlich so viel Strom erzeugt, dass damit 9.000 Haushalte versorgt werden können. Diese Aussage wurde natürlich auch in der regionalen Presse unreflektiert weiterverbreitet und damit der Eindruck erweckt, dass dieser Windpark nur Gutes für die Menschen erbringen würde. Doch bei genauerer Betrachtung erweist sich diese Aussage als Augenwischerei. Es mag sein, dass rechnerisch so viel Strom erzeugt wird wie 9.000 Haushalten in der Summe pro Jahr verbrauchen, aber dass dieser Windpark verlässlich 9.000 Haushalte mit soviel Strom versorgt wie sie ihn gerade brauchen, ist unwahr. Als Anwohner habe ich jeden Tag einen Blick auf diese Windkraftanlagen und weiß, dass sie sehr, sehr oft trotz ausreichendem Wind nicht in Betrieb sind, da die erzeugte Leistung keinen Platz in dem ausgelasteten Leitungsnetz findet. Stichwort: fehlender Netzausbau! Der Bundesrechnungshof vermeldet am 07.03.2024: „Der zwingend notwendige Netzausbau hinkt dem Zeitplan um sieben Jahre und 6 000 Kilometer hinterher“ Quelle: https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/energiewende.html Die vielen Stunden und Tage an denen "die Mühlen" wegen Windstille überhaupt nicht laufen seien ergänzend auch noch erwähnt. In Anbetracht dieser unbestreitbaren Tatsache und der in diesem Text dargelegten vielfältigen Begründungen fordere ich sämtliche Planungen für einen weiteren Zubau von Windkraftanlagen in Sehestedt zu stoppen. Von den Genehmigungsbehörden wird erwartet die Genehmigung für den Bau zusätzlicher Windkraftanlagen in Sehestedt auf der Potentialfläche PR 2 RDE 404 entlang der Alten Eider und direkt angrenzend an dem NATURA 2000 und FFH-Schutzgebiet Kluvensieker Holz nicht zu erteilen.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
Institution: Eigentümergemeinschaft Kaaksburg ID: M2579	**Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR3_STE_077** Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem	Zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel: Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen sind in der Nähe von Horststandorten windkraftsensibler Großvogelarten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. Folglich ist der absolute Ausschluss von Windenergieanlagen in den Umgebungsbereichen mittels eines Zieles der Raumordnung fachlich und rechtlich nicht geboten. Der Einsatz von Antikollisionssystemen ist derzeit nicht in jedem Fall fachlich geeignet oder technisch möglich um das Tötungsrisiko stets ausschließen zu können. Eine Ausweisung von Vorranggebieten unter alleiniger Annahme des Einsatzes eines Antikollisionssystems ist daher fachlich und rechtlich nicht möglich. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel angesetzten Umgebungsbereiche orientieren sich jetzt an den Angaben des BNatSchG (Anlage 1 Abschnitt 2 zu § 45b BNatSchG). Der Nahbereich wird durch ein neues Ziel der Raumordnung als freizuhaltender Bereich aufgenommen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 45 b bis d ausschließlich für die Ebene der Zulassungsverfahren. Das Kriterium „Seeadlerdichtezentrum“ wird beibehalten, denn aufgrund von überdurchschnittlich hoher Anzahl von Revieren ist von einem hohen Kollisionsrisiko mit WEA auszugehen. Eine Öffnung dieses Kriteriums ist naturschutzfachlich und planerisch auch im Lichte der eingegangenen Stellungnahmen nicht angezeigt. Eine Konfliktbewältigung durch Maßnahmen wird hier in der Regel nicht verhältnismäßig sein. Eine Erweiterung des Dichtezentrums ist aus fachlicher Sicht ebenso nicht erforderlich, da es in der jetzigen Abgrenzung nach wie vor die höchste Revierdichte in Schleswig-Holstein abbildet und damit den Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung darstellt. Daran ändern auch vereinzelt hinzugekommen Brutplätze am Rande nichts. Der Schwarzstorch steht mit 5-7 Revieren kurz vor dem

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G –	Aussterben in Schleswig-Holstein. Für erfolgreiche Bruten sind die Vögel auf freie Flugkorridore ohne Barrieren im Umfeld ihrer Brutplätze angewiesen. Die Funktion der Lebensstätte für erfolgreiche Bruten der wenigen Paare in Schleswig-Holstein kann daher nur gesichert werden, wenn der 2 km Umgebungsbereich frei von WEA bleibt. In den letzten Jahren ist der Kenntnisstand zur Brutverbreitung des Rotmilans deutlich gestiegen. Die Erkenntnisse zeigen, dass Rotmilanreviere in der Regel wiederbesetzt werden. Auch wenn nicht immer der exakt gleiche Horst genutzt wird, liegt der Wechselhorst oft in der unmittelbaren Nähe. Auch werden aktuell unbesetzte Horste in den Folgejahren wiederbesetzt. Insofern ist die Berücksichtigung der aktuellen Rotmilanbrutplätze artenschutzfachlich gerechtfertigt. Ergänzend wird zu diesem Kriterium auf die allgemeine Synopse, Ziffer 4.20.1 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. **1.2 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope** 1.2.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. 1.2.2 Kleinstbiotope Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte. **1.3 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel** Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G soll um Brutplätze von vier genannten windkraftsensiblen Großvogelarten in einem jeweils angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Dies sind für den Seeadler 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), für den Schwarzstorch 2.000 Meter, für den Weißstorch 1.000 Meter und für den Rotmilan 1.500 Meter. Wenn im jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt, solle in der Abwägung geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist. Zusätzlich könne bei Weißstorch- und Rotmilan-Brutplätzen einzelfallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden können. In der Begründung B zu 17 wird auf ein erhöhtes Kollisionsrisiko im Horstumfeld von Seeadlern, Weißstörchen und Rotmilanen Bezug genommen. Für Schwarzstörche bestünde ein ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe bestehe (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Der Abstandsradius beim Seeadler wird auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG zurückgeführt. Für den Weißstorch und den Rotmilan wird zwischen einem engen und weiten Radius differenziert, wobei gelte: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Weiter wird auf abwägungsrelevante Aspekte bei bestehenden Windparks innerhalb bestimmter Umgebungsbereiche verwiesen (Übernahme, nachträgliche Ansiedlung, vorhandene Vorbelastung, Repowering). Zu den einzeln genannten windkraftsensiblen Großvögeln ist folgendes festzuhalten und deshalb Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G sowie die diesbezügliche Begründung entsprechend anzupassen, damit eine rechtmäßige Anwendung und Abwägung dieses Grundsatzes der Raumordnung bei der Ausweisung von Windenergiegebiete in den Regionalplänen erfolgt: 1.3.1 Allgemein Es ist zunächst zu begrüßen, dass die Schutzbereiche um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln teilweise reduziert wurden und insgesamt der Abwägung zugänglich sind. Es ist jedoch sehr problematisch, dass Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G die angegebenen Umgebungsbereiche zum Regelfall erklärt, sodass nur im Kontext von Vorbelastungen (bereits bestehende raumbedeutsame WEA bzw. ergangene Genehmigungen) ein Unterschreiten möglich sein solle. Damit wird der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit einer Zielausnahme i.S.d. § 6 Abs. 1 ROG formuliert, was zu korrigieren ist, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, es fehlten hinreichende Daten für eine Zielfestlegung, was aber nun zur verkappten und nur scheinbar abwägungsoffenen Festlegung als Grundsatz der Raumordnung führte. Zudem verwundert der Ansatz, wonach nicht durchgehend die Prüfabstände aus der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG übernommen wurden und fast jegliche Rechtfertigung für die pauschal angenommenen Abstände bei windkraftsensiblen Großvogelarten fehlt. Allein zum Seeadler findet sich ein Bezug auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG. Bei den weiteren kollisionsgefährdeten Arten wird die gesetzliche Vorgabe ignoriert und der abweichend gewählte Abstandsradius nicht gerechtfertigt. Dabei ist im Nachgang zum verfassungsrechtlichen Handlungsauftrag, den das BVerfG formuliert hat (BVerfG, Beschluss vom 23. Oktober 2018 – 1 BvR 2523/13 –, BVerfGE 149, 407-421), der Bundesgesetzgeber tätig geworden und hat mit § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG verbindliche Maßstäbe für die Bewertung, wann nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, festgelegt. Sofern die Landesplanungsbehörde hiervon abweichen und weitergehende Abstände als den Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG berücksichtigen möchte, so fehlt es an einer entsprechenden Rechtfertigung hierfür. Gesetzgeberische Intention war es gerade, bundesweit einheitliche Abstandsregelungen, die der dafür legitimierte Gesetzgeber vorgibt, zu setzen. Insofern sind die vorgesehenen Abstandsradien unbedingt auf den jeweiligen Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG anzupassen oder dieser zumindest gemeinsam mit dem zentralen Prüfbereich abwägend zu berücksichtigen. Hierauf wird zu den einzelnen Arten noch eingegangen. 1.3.2 Seeadler Zunächst einmal ist zu begrüßen und zu befürworten, die Seeadler im Rahmen eines abwägungsoffenen Grundsatzes der Raumordnung zu betrachten. Entsprechend kann das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen (vgl. dazu Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.) aufgehoben und in den vorliegenden Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 etwa mit einer besonderen Gewichtung des Seeadlerschutzes im dargestellten Dichtezentrum überführt werden. Der gesetzlich vorgesehene Schutzstatus würde damit beibehalten bleiben. Angesichts der weiten Verbreitung der Art, fehlender artenschutzrechtlicher Ansätze für die Freihaltung des Dichtezentrums sowie methodischer Zweifel für deren Abgrenzung auch vor dem Hintergrund der neuen bundesgesetzlichen Bewertung drängt sich diese Vorgehensweise auf und erhöht die Rechtssicherheit durch Aufgabe des Ziels der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7. Allerdings ist der Abstandsradius für den Seeadler auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.3.1). Zwar ist für den Seeadler zuzugestehen, dass die in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) für den Seeadler nach der gesetzlichen Regelung noch nicht als wirksam angesehen werden oder phänologiebedingte Abschaltungen zu umfangreich wären. Allerdings hat sich die Sachlage gegenüber der zum Zeitpunkt der gesetzlichen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) fortentwickelt und es liegt ein auch vom Landesamt für Umwelt Schleswig-Holstein mittlerweile für den Seeadler anerkanntes Antikollisionssystem vor. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Seeadlerbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Damit plant die Landesplanungsbehörde nicht in eine Konfliktlage hinein, sondern berücksichtigt die bundesgesetzgeberische Intention, wenn lediglich der Nahbereich von 500 m freigehalten wird. Jedenfalls aber muss eine Differenzierung in 500 Meter (Nahbereich) und 2.000 Meter (Zentraler Prüfbereich) vorgesehen werden, sodass im zentralen Prüfbereich abwägend auch außerhalb der aktuell engen Begrenzung auf Fälle mit Vorbelastung eine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden kann. 1.3.3 Schwarzstorch Die Aufnahme eines Abstandsradius für den Schwarzstorch wird mit Bezugnahme auf den „Schutz der Lebensstätte gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 2 Nummer 3 BNatSchG“ begründet (B zu 17). Da die Landesplanungsbehörde auch § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG in Bezug nimmt, wonach ein Verstoß gegen das Verbot nach dem ebenfalls zitierten § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht vorliegt, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird, ist davon auszugehen, dass im Einzelfall im Rahmen der Abwägung auch innerhalb des 2.000 Meter-Radius Windenergiegebiete ausgewiesen werden können. Entscheidend ist dann nur, ob diese im Bereich von essentiellen Habitaten des Schwarzstorchs liegen, welche nach der Begründung „alte, geschlossene Waldstrukturen mit Still- und Fließgewässern“ (B zu 17) sind. Dies ist bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in den Regionalplänen zu berücksichtigen. Selbst bei einer Betroffenheit solcher Habitate würde im nachfolgenden Genehmigungsverfahren die Möglichkeit nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG bestehen, das Zugriffsverbot durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) zu bewältigen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Weiter ist für die zugrundeliegende rechtliche Bewertung folgendes zu beachten und der aktuell vorgesehene Abstandsradius anzupassen: Nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist es verboten, wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. Die in § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG zum Ausdruck kommende populationsbezogene Bestimmung der Erheblichkeitsschwelle steht mit Art. 12 Abs. 1 Buchst. b FFH-RL in Einklang, der einen art- bzw. populationsbezogenen Schutzansatz verfolgt (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328). Das Vorliegen einer Störung i.S.d. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG setzt aber zunächst voraus, dass es überhaupt zu einer unmittelbaren oder mittelbaren Einwirkung auf die geschützten Tiere kommt, die bei diesen eine Verhaltensänderung bewirkt. So gilt etwa: „bei der schlichten Beseitigung von Flächen, die bislang als Nahrungsgrundlage genutzt worden sind, und bei vegetationsverändernden Immissionen fehlt es nämlich an einer zwanghaften Einwirkung auf das natürliche Verhalten der Tiere, das nach dem Wortsinn als Störung zu werten ist.“ (BVerwG, Urteil vom 14. April 2010 – 9 A 5/08 –, BVerwGE 136, 291-332, Rn. 118). „Der Störungstatbestand kann vor allem durch bau- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen der geschützten Tierarten in Gestalt von akustischen und optischen Störwirkungen, aber auch durch Trennwirkungen erfüllt werden, die von der vorgesehenen Trasse ausgehen.“ (BVerwG, Urteil vom 7. Juli 2022 – 9 A 1/21 –, BVerwGE 176, 94-130, Rn. 111 m.w.N.). Insofern muss sich die Auslegung der bundesgesetzlichen Vorschrift des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG daran messen lassen, ob überhaupt eine Störung im vorgenannten Sinne bei vorgesehenen Schutzabständen vorliegt. Zudem finden in der naturschutzfachlichen Praxis die planerisch zu berücksichtigenden Fluchtdistanzen von Vogelarten Anwendung, nach Gassner et al. 2010 (Gassner/Winkelbrandt/Bernotat, UVP und strategische Umweltprüfung – Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltprüfung, 5. Auflage 2010, S. 192 ff.; Bernotat, Vorschlag zur Bewertung der Erheblichkeit von Störwirkungen auf Vögel mit Hilfe planerischer Orientierungswerte für Fluchtdistanzen, in: Bernotat/Dierschke/Grunewald, Bestimmung der Erheblichkeit und Beachtung von Kumulationswirkungen in der FFH-Verträglichkeitsprüfung, Naturschutz und Biologische Vielfalt 160 (2017), S. 157-171). Diese sehen für den Schwarzstorch eine Fluchtdistanz von 500 m vor. Selbst wenn diese für Windenergieanlagen vergrößert werden müsste, so dürften keine naturschutzfachlichen Nachweise bestehen, um den sechsfachen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstand zu rechtfertigen. Auch wenn die Landesplanungsbehörde nicht auf das Störungsverbot rekurriert, so wird jedenfalls deutlich, dass der aktuelle Abstandsradius sich mit diesem Zugriffsverbot nicht rechtfertigen ließe. Dies ist gleichermaßen hinsichtlich des Schädigungsverbots zu konstatieren. Es verbietet nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Erfolgt der Zugriff im Zuge eines nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffs in Natur und Landschaft, so scheidet ein Verstoß gegen das Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG aus, soweit die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Um dies zu gewährleisten, können nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden (sog. CEF-Maßnahmen). Im Anwendungsbereich des § 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG hat die Verbotsprüfung demnach zweistufig zu erfolgen: Auf der ersten Stufe stellt sich die Frage, ob auf eine geschützte Lebensstätte mit einer der genannten Tathandlungen eingewirkt wird. Trifft dies zu, so sind auf der zweiten Stufe die Konsequenzen in den Blick zu nehmen, die damit für die von der betroffenen Lebensstätte für die sie nutzenden Tiere erfüllte Funktion verbunden sind (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328, Rn. 37 - 38 m.w.N.). Unabhängig von der umstrittenen Frage, wie weit der Schutz des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG geht – einerseits nur direkte Einwirkungen auf die Fortpflanzungs- und Ruhestätte (bspw. Horst) oder andererseits (so tendenziell BVerwG, Urteil vom 12. August 2009 – 9 A 64/07 –, BVerwGE 134, 308-335, Rn. 68; BVerwG, Urteil vom 28. März 2013 – 9 A 22/11 –, BVerwGE 146, 145-175, Rn. 148) auch das weitere Umfeld der eigentlichen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte, sofern es elementar für den Reproduktionserfolg oder die Rast ist – liegt jedenfalls keine Beschädigung oder Zerstörung bei Abständen von 2 km vor. All dies verdeutlicht, dass es zu einer angemessenen Reduzierung des vorsorglichen Schutzabstands zu Schwarzstorchhorste kommen muss, wobei sich ein Abstand von 1.500 Metern zunehmend durchsetzt und weiterhin Vorsorgeaspekte berücksichtigt. Der von der Landesplanungsbehörde vorgesehene Umgebungsbereich von 2.000 Metern wird demgegenüber nicht belegt (anders als etwa die Bezugnahme auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.3.4 Weißstorch Der Abstandsradius für den Weißstorch ist auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.3.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Weißstorch zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Weißstorchbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nur den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf 750 Meter zu Weißstorchhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 750 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 750 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. 1.3.5 Rotmilan Zunächst ist festzustellen, dass die Berücksichtigung von Rotmilanbrutplätzen in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G ungeeignet ist und die Auswahl der windkraftsensiblen Großvogelarten auch gar keine Rechtfertigung erfahren hat. Für den Rotmilan kann das auch nicht gelingen. Während sich die Vorgehensweise für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze bei einer Anpassung der Radien und echten Offenheit für eine abwägende Einzelfallprüfung erschließt, ist die Herangehensweise in Bezug auf Rotmilanbrutplätze fehlerhaft. So führte das landeseigene aktualisierte Fachpapier aus: „Allerdings wird diese Art nicht alljährlich landesweit erfasst und es gibt häufiger Horstwechsel, so dass die Daten oft nur einen ersten Hinweis auf ein Rotmilanvorkommen im Planungsraum geben.“ (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016, S. 7). Naturschutzfachlich ist bestätigt, dass der Rotmilan gegenüber dem Seeadler eine deutlich geringere Brutplatzkonstanz aufweist. Eine zwischen den Jahren variable Besiedlung der Landschaft (Wechsel der Horststandorte oder auch Nicht-Wiederbesiedlung von Waldstücken) tritt daher häufig auf (z.B. Mammen et al., Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt. Bericht des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Heft 5/2014). So berichtet Schmude, dass bei einer Rotmilankartierung in Mecklenburg-Vorpommern 75 % der im Folgejahr erneut kontrollierten Horste nicht mehr besetzt waren, insgesamt 49 von 65 Horsten (Schmude, Protokoll der 16. Sitzung der Bund-Länder-Initiative Windenergie (BLWE) am 22.09.2014; nachvollziehbar bei Scheller/Vökler/Güttner, OAMV e.V., Rotmilankartierung 2011/2012 in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 09.02.2014). Die Variabilität ist dadurch begründet, dass der Rotmilan als Zugvogel (auch unter Berücksichtigung möglicher Verluste auf dem Zugweg) erst relativ spät im Jahr ins angestammte Brutrevier zurückkehrt und nicht selten einen neuen Horst bauen muss, weil der Althorst bereits durch andere Arten (Konkurrenten um geeignete Horstbäume bzw. vorhandene Horste z.B. Mäusebussard, Kolkrabe u.a.) besetzt wurde. Auch baut der Rotmilan in der Regel eher kleinere und nicht so stabile Horste, so dass diese leichter als z.B. langjährig genutzte und entsprechend ausgebaute Seeadler-Horste durch Winterstürme zerstört werden können. Diese autökologischen Aspekte der Biologie des Rotmilans bedingen, dass zwar in der Regel die Reviere wiederbesetzt werden, aufgrund der Variabilität die Lage der Horststandorte aber nur schwer vorhersagbar ist. Wird nunmehr aber auf dieser Grundlage eine Potenzialfläche im 1.500 Meter- oder 1.000 Meter-Radius (zu den falschen Abständen vgl. nachfolgend) um einen aktuell nachgewiesenen Standort eines Rotmilanhorsts gestrichen, so werden diese naturschutzfachlichen Grundlagen zur sehr geringen Horsttreue missachtet. Dies kann dazu führen, dass durch den Horstwechsel die Potenzialfläche bereits beim Inkrafttreten des Regionalplans nicht mehr durch den Rotmilanhorst beeinträchtigt würde. Zudem ist es vor dem Hintergrund des nach § 5 Abs. 1 Satz 4 LaplaG vorgesehenen Planungszeitraums der Regionalpläne von fünfzehn Jahren, also voraussichtlich bis 2040, abwägungsfehlerhaft, eine Art mit sehr geringer Brutplatzkonstanz heranzuziehen,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	um in der Abwägung Potenzialflächen bis ins Jahr 2040 zu streichen. Soll auf der höherstufigen Planungsebene bereits eine weitgehende Aussage mit Abwägungsdirektiven, wie aktuell in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G vorgesehen, getroffen werden, geht dies mit dem Erfordernis einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte einher als wenn – auch im Rahmen der Abwägung – keine konkreten Zielaussagen getroffen werden. Dabei können sich die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der Abwägungsvorgang selbst den Anforderungen an die Abwägung bei Fachplanungen annähern, je enger das Ziel und der damit vorgegebene Rahmen sind (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Soweit durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 Potenzialflächen ausgeschlossen werden sollen, bedarf es für die herangezogenen Tierarten eine landesweite Kenntnis von Horststandorten. Nur dann liegt eine für diese Zwecke ausreichende Bestandsaufnahme vor (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53), die den Anforderungen an Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte genügt. Dies gilt umso mehr, weil die Zuordnung zur Streichung von Gebieten im Rahmen der Abwägung ohne vorhandene umfangreiche Raumnutzungsanalyse faktisch zu einem Ziel der Raumordnung erhoben wird, was an sich bereits fragwürdig ist. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn dies im Sinne einer Beweislastumkehr auf die Öffentlichkeit, insbesondere die Vorhabenträger, als Anforderung verlagert wird. Während die rechtlich erforderlichen landesweiten Kenntnisse für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze wohl vorliegen dürften, gibt es eine solche hinreichende Bestandsaufnahme und Erkenntnislage für Rotmilanbrutplätze nicht. Es wäre im Übrigen auf Grund der vorstehend beschriebenen fehlenden Brutplatztreue wohl auch problematisch, eine aktuelle bzw. dem Bedarf der Regionalplanung – schließlich handelt es sich um ein Verfahren über viele Monate und einen Plan, der mehrere Jahre gelten soll – entsprechende Bestandsaufnahme zu erhalten. Jedenfalls für die Art Rotmilan sollte die Landesplanungsplanungsbehörde unbedingt auf die nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verweisen, die sowohl die sehr geringe Brutplatzkonstanz als auch die für die Bewertung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, § 45b Abs. 1 bis 5	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	BNatSchG maßgeblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen (Abschaltung, Ablenkflächen, etc.) besser und abwägungsfehlerfrei berücksichtigen können. Dabei wird nicht in eine unüberwindbare Verbotslage hineingeplant, weil § 45b BNatSchG in Einzelfällen letztendlich auch noch über die artenschutzrechtliche Ausnahme immer eine Genehmigungsfähigkeit bei einer Betroffenheit des Rotmilans ermöglicht. Sofern die Landesplanungsbehörde den Rotmilan nicht schon in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G als ausgewählten windkraftsensiblen Großvogel aufgrund der vorstehenden Ausführungen streicht und damit Rechtsfehler vermeidet, so hat in jedem Fall eine Anpassung der dortigen Abstandsradien für die Art zu erfolgen. Es ist nicht nachvollziehbar und kann auch nicht begründet werden – wenig überraschend verhält sich die Begründung B zu 17 deshalb auch überhaupt nicht dazu – wieso für den Rotmilan ein Umgebungsbereich von 1.500 Metern angenommen wird. Es kann im Rahmen der Festlegung nicht über den zentralen Prüfbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG hinausgegangen werden und zugleich für das Zugriffsverbot das erhöhte Kollisionsrisiko für den Rotmilan als Begründung herangeführt werden. Schließlich hat der Bundesgesetzgeber für den erweiterten Prüfbereich eine Beweislastumkehr eingeführt und in § 45b Abs. 4 Satz 1 BNatSchG festgelegt, dass in der Regel das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare dann nicht signifikant erhöht ist. Es ist sehr widersprüchlich dazu, dass die Landesplanungsbehörde abstrakt über § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG hinausgehend beim Rotmilan 1.500 Meter, anstatt 1.200 Meter vorsieht (vgl. allgemein bereits 1.3.1). Auffallend ist, dass nur für den Rotmilan der Radius nicht an Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG angepasst wurde, sondern stattdessen an den Abständen des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) ohne weitere Begründung festgehalten wird. Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. In jedem Fall ist der Abstandsradius auf 1.200 Meter zu reduzieren. Unabhängig davon ist der Abstandsradius für den Rotmilan jedoch sogar auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.3.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Rotmilan zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Es sind aber auch schon Antikollisionssysteme für den Rotmilan in Schleswig-Holstein anerkannt. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Rotmilanbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nicht einmal den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf nur 1.000 Meter zu Rotmilanhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 1.000 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen rechtlich überholten (vgl. vorstehende Ausführungen) gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 1.000 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2668	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit senden wir keine neue Stellungnahme (Eingabe), sondern wir möchten unsere **Eingabe vom 13.02.2023 zur Potenzialfläche PR3_STE_094 (Gemeinde Süderau)** noch einmal an dieser Stelle und nunmehr im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum LEP 2024 (Teilfortschreibung zum Thema "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024) platzieren, auch im Sinne eines Reminders, dass diese Eingabe getätigt wurde. Unsere Eingabe finden Sie unten samt Anhängen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Eingabe erfolgt durch die [redacted] **Albersdorf**, die zwischenzeitlich gegründet wurde. Ansprechpartner ist [redacted], Tel. [redacted], Mail [redacted] Hinzufügen möchten wir noch, dass die Fläche durch das Gutachterbüro [redacted] **avifaunistisch vor-untersucht** wurde, mit positivem Ergebnis (Berichterstellung kann auf Wunsch jederzeit erfolgen). Freundliche Grüße / best regards [redacted] Dipl.-Ing. Elektrotechnik / Energietechnik	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2760	Sehr geehrte Damen und Herren. Bezugnehmend auf a) die Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land und b) Anlage 3 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Umweltbericht sowie c) den Ambitionen der [redacted] und der [redacted] (Projekt "Windpark Salzau"), in der Gemeinde Fargau-Pratjau zwischen Neu-Sophienhof, Sophienhof, Selenter See und Salzau die möglichen Potenzialflächen für Windkraft mit mindestens WEA zu bebauen, möchte ich meinen Einspruch kundtun und folgende Stellungnahme abgeben.**I** ..."So trägt Schleswig-Holstein eine internationale Verantwortung hinsichtlich des Schutzes der Vogelzugwege"... 13 G Landschaftsschutzgebiete "Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 1.6, 2.2 bis 2.5, 2.11.1, 3.15.1, 3.17.1, 4.5.1, 4.8, 4.14 bis 4.20, 5.4.1, 5.1.1, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.10 bis 7.2.14, 7.3.2, 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden." 3.3.3 Bedeutsame Vorkommen und Lebensraumstrukturen von (windkraftsensiblen) Vogelarten ..."Schleswig-Holstein ist, bedingt durch seine Lage zwischen Nord- und Ostsee, zwischen Skandinavien und Mitteleuropa sowie der Lage am Wattenmeer, Drehscheibe des nord- und mitteleuropäischen Vogelzugs.... Gleiches gilt für Millionen von Wasser- und Küstenvögeln sowie für Greifvögel. Hierbei nutzen sie den Küstenmeerbereich wie auch die Landflächen als Überwinterungs- und Durchzugsgebiet. Die Raumordnung verfolgt das Ziel einer nachhaltigen Sicherung, Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes sowie der Artenvielfalt von Tieren, Pflanzen und Lebensgemeinschaften in ihrem genetischen Reichtum. Gemäß Kapitel 5 Abschnitte I bis 3 BNatSchG und LNatSchG sind hinsichtlich des Artenschutzes vorrangig Tiere und Pflanzen und ihre Lebensgemeinschaften in ihrer natürlichen und historisch gewachsenen Vielfalt sowie ihrer typischen Verbreitung nachhaltig zu schützen. Dabei ist der Biotop- und Ökosystemschutz umzusetzen, der letztlich auch Grundlage für den Schutz einzelner Arten kt. Im Besonderen soll die herausragende Funktion Schleswig-Holsteins im europäischen Vogelzuggeschehen erhalten und gestärkt werden."... Zugvögel (Wildgänse, Kraniche etc), Greifvögel - wie der Rote Milan -, Reiher, Singschwäne und Stare sind regelmäßige Besucher über und auf den Wiesen /Äckern südwestlich meines Grundstückes Neu-Sophienhof 1, aber auch über unseren Gärten und eigenen Wiesen. Wie auf beigefügten Fotos 1 u. 2 zu sehen ist, zieht die Vogelfluglinie von der Ostsee gen Westen über mein Haus hinweg. Regelmäßig rasten auf den Äckern /Wiesen im Südwesten meiner Wiese die Kraniche. Die Singschwäne rasten gen Abend regelmäßig auf den Äckern nordwestlich meiner Wiese und ziehen dann weiter gen Selenter See. Der Rote Milan (und andere Greifvögel) zieht regelmäßig über unserem Dorf und den umliegenden Feldern seine Kreise. Gerade konnte ich miterleben, wie er seine Jungen großgezogen hat und in meinen großen Bäumen am Rand meiner Wiese nach Beute Ausschau hält. Aktuell ist über unseren Feldern zwischen Neu-Sophienhof /Sophienhof /Salzau wieder zu beobachten, wie die Schwärme von Staren vor ihrem Abflug gen Süden ihr alljährliches Schauspiel am Himmel vorführen. Regelmäßig sammeln sie sich am Abend	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	in unserer alten grossen Eiche und im Frühjahr sind sie Besucher in meinem Kirschgarten und Nisten in den Bäumen am Rand meiner Naturwiese. Die Region Neu-Sophienhof /Sophienhof /Salzau liegt zwischen zwei Seeadler-Dichtezentren. Als Natur- und Tierliebhaberin und Mitglied im BUND liegt mir der Natur- respektive Artenschutz sehr am Herzen. Die Bestrebungen der Projektgruppe Seeadlerschutz (Zusammenschluss der verschiedenen Naturschutzverbänden - WWF, NABU, BUND, OAG -, der Landesjägerschaft, dem Waldbesitzerverband, dem Umweltministerium und den Schleswig-Holsteinischen Landesforsten), diese Dichtezentren zu vereinen, sind unbedingt zu unterstützen. Ein Projekt wie der Bau von Winderenergieanlagen (WEA) in Neu-Sophienhof /Salzau u. Umgebung würde alle diese Bestrebungen zunichte machen. Es ist inzwischen durch Studien bekannt, dass mit zunehmender Dichte der WEA auch die Anzahl der zerschredderten /getöteten Seeadler zunimmt (Zitat Projektgruppe Seeadler: "Unabhängig von den unterschiedlichen Abstandskriterien in den beiden Bundesländern, ..., führen die höheren Dichte an WEA offenbar zu höheren Verlusten unter den Seeadlern"). Und das betrifft nicht nur die Seeadler, sondern auch alle anderen Greif- und Grossvögel, aber z. B. auch die Fledermäuse unserer Region. Aufgrund des massiven Artensterbens sollte in der heutigen Zeit jedes Tier zählen! (Abbildungen) II Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land 4.5.1.1 Siediungsstruktur B zu 2 Z ..."Die Inanspruchnahme des Außenbereichs ist auf außenbereichstypische Nutzungen wie Windenergienutzung und auf Freiraumschutz ausgelegt. Wohnnutzung und deren Schutzbedürftigkeit im Außenbereich ist demnach geringer zu bewerten."... Dieses steht im Widerspruch zur Aussage des Grundgesetztes, dass alle Menschen gleich sind. Es wohnt ein großer Teil der Bevölkerung in Aussengebieten. Diese sind genauso werktätig, wie Menschen im Innenbereich und benötigen genau den gleichen Schutz und die Erholung, wie Menschen im Innenbereich. Viele Menschen waren	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	deutlich vor der Entwicklung und dem Bau in den Aussengebieten ansässig. B zu 1 G ... "Die Freihaltung unbebauter Landschaft in Siedlungsnähe ist für Schleswig-Holstein als Land, das in weiten Teilen durch flache Landschaften mit weiten Sichtbeziehungen geprägt ist, von besonderer Bedeutung. Gerade auch im Umfeld von Siedlungsbereichen kommt unbebauten Flächen eine wichtige Funktion zum Schutz der Landschaft zu, beispielsweise als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung. Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 1 entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann."... Schleswig-Holstein, das ist das Land der Horizonte für Schleswig-Holsteiner /Norddeutsche. Für das Landschaftsbild der Probstei bedeutet es einen massiven Eingriff, wenn die Region mit Beton-Windmühlen von nahezu der Höhe des Kieler Fernsehturms zugepflastert wird. Windkraftanlagen sind Industrieanlagen, bilden bei Anhäufung einen Industriepark /ein Industriegebiet und haben in unserer Landschaftregion nichts zu suchen. III 7 G Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung ..."Eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WEA soll vermieden werden. Dafür soll geprüft werden, ob Umfang und Anzahl von Windenergiegebieten in unmittelbarer räumlicher Nähe zu Ortslagen im Einzelfall begrenzt werden müssen."... Das Projekt Windpark Salzau würde durch die bereits vorhandenen WEA zu einer "Umzingelung der Flugrouten der Vögel und unseres Dorfes Neu-Sophienhof führen. Es gibt bereits in Fiefbergen (im Norwesten von meinem Grundstück) und in Rathjendorf (im Nordosten von meinem Grundstück) WEA. Werden jetzt noch WEA im Südwesten gebaut, sind wir umzingelt. Die Menschen hier werden dann deutlich häufiger mit der Lärmverschmutzung gestreßt und ein Zerhäckseln von windenergiesensiblen Großvogelarten ist vorprogrammiert.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hier ein Auszug aus dem S-H-Magazin: Gesetzentwurf zur Windkraft: NABU in SH ist "entsetzt", Stand: 09.04.2024: ..."Von den neuen Bestimmungen am härtesten betroffen werden die als besonders windenergiesensibel, d.h. die insbesondere im Umgebungsbereich ihrer Brutplätze als kollisionsgefährdet eingestuften Großvogelarten Seeadler, Rotmilan, Schwarz- und Weißstorch. Während die bisherige WE-Planung Schleswig-Holsteins weitgehend die von den Vogelschutzwarten der Länder auf fachwissenschftlicher Grundlage erarbeiteten und im ‚Helgoländer Papier* zusammengefassten Mindestabstandsempfehlungen übernahm, hat der Bund diese auf Betreiben des Bundeswirtschaftsministeriums drastisch reduziert. Bisher galten zu den Nistplätzen von Seeadlern und Schwarzstörchen 3.000 m, von Rotmilanen 1.000 m (bzw. später 1.500 m) und von Weißstörchen 1.000 m (bzw. später 750 m) als in der Regel einzuhaltende Abstandswerte -jetzt sind sie auf einheitlich 500 m eingekürzt worden. Damit dürfen WEA zukünftig weit hinein in die Hauptaktionsräume der Brutpaare gebaut werden, voraussichtliches Todesurteil für viele Bruten. Denn sollte selbst nur einer der Altvögel eines Brutpaares vom Rotor getroffen werden, wird der übrig Gebliebene die Versorgung der Jungen in den allermeisten Fällen nicht schaffen. Eine avifaunistisch-fachliche Begründung für diese radikale Abstandsverkürzung gibt es nicht, kann es auch nicht geben. Sie steht in krassem Widerspruch zu den im Helgoländer Papier dargelegten Werten und ist willkürlich verordnet worden, um mehr Platz für WEA selbst in ökologisch hochsensiblen Räumen bereitzustellen." Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht 3 Umweltzustand ..."Die Raumordnung verfolgt das Ziel einer nachhaltigen Sicherung, Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes sowie der Artenvielfalt von Tieren, Pflanzen und Lebensgemeinschaften in ihrem genetischen Reichtum. Gemäß Kapitel 5 Abschnitte I bis 3 BNatschG und LNatSchG sind hinsichtlich des Artenschutzes vorrangig Tiere und Pflanzen und ihre Lebensgemeinschaften in ihrer natürlichen und historisch gewachsenen Vielfalt sowie ihrer typischen Verbreitung nachhaltig zu schützen. Dabei ist der Biotop- und Ökosystemschutz umzusetzen, der letztlich auch Grundlage für den Schutz einzelner Arten ist."... Viele Menschen in unserer Region sind für den Naturschutz und die Entwicklung und Integration nachhaltiger erneuerbarer Energien. Viele von uns bemühen sich, etwas im Sinne des Naturschutzes zu verbessern. Sei es die Obstreuwiese, die ich anlege, sei es	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die Solaranlage auf dem Dach des Nachbarn oder der riesige wunderbare Naturgarten der Nachbarin. Meine eigenen großen Bäume und die der Nachbarn bilden zusammen eine Art kleinen Wald und geben den Tieren einen Lebensraum. Diese Enklave ist wichtig, um den Großvögeln und den anderen Lebewesen /Arten einen Lebensraum zu bieten. Sie stellt einen wichtigen Ausgleich dar in der riesigen konservativ bewirtschafteten Ackerfläche. Landbesitzern, die jahrelang durch Pestizidbelastung und Überdüngung des Ackerbodens die Misere unserer Natur zum mit herbeigeführt haben, nun auch noch gegen den Willen der Bevölkerung den Bau von WEA von der Grösse des Kieler Fernsehturmes in unserer Heimat /Region zu erlauben und sie damit mit viel Geld zu entlohnen, ist eine Ohrfeige ins Gesicht aller Naturschützer und Umweltfreunde in unserer Gemeinde. IV 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz 11 G Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung "Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen die Erfordernisse der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie der Kembereiche für Tourismus und/ oder Erholung berücksichtigt werden." Bzu 11 In den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung soll gemäß dem in Kapitel 4.7.1 Absatz 3 formulierten Grundsatz dem Tourismus und der Erholung besonderes Gewicht beigemessen werden, welches bei der Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Planungen, Maßnahmen und Vorhaben zu berücksichtigen ist. Die Gebiete sind in der Karte des Landesentwicklungsplans dargestellt. Ob und inwieweit im Einzelfall ein Windenergiegebiet mit diesen landesplanerischen Grundsätzen zu vereinbaren ist, soll einzelfallbezogen geprüft werden. Gleiches gilt für die Kernbereiche für Tourismus und /oder Erholung. Die Probstei ist eines der (Nah-) Erholungsgebiete von Schleswig-Holstein (z. B. für die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Region Kiel), aber auch beliebgte Urlaubsregion für Einwohner aus anderen Bundesländern u. Nachbarländern. Die Streßbelastung der Bevölkerung hat durch die Verdichtung der Arbeit, die zunehmende Lärmbelästigung durch die Arbeitsbedingungen und den Verkehr in den letzten Jahren massiv zugenommen. Nicht zuletzt zu erkennen an der zunehmenden Aggressivität und Rücksichtslosigkeit im gegenseitigen Miteinander. Umso wichtiger werden Naherholungsgebiete, die in der Freizeit Ruhe und Erholung bieten. Die Probstei mit riesigen Betontürmen, die durch die Dynamik der Windräder bedrohlich wirken (da letztlich hinsichtlich der Gefahr unkalkulierbar) und zu einer weiteren Lärmverschmutzung führen, steht diesem Bedürfnis der Erholung diametral entgegen und führt nur zu weiteren Reizüberflutung. Ich selbst habe als Ärztin im OP und auf der Intensivstation jahrelang in einem hochgradig streßbelastetem Job gearbeit und bin mit der Intention in die Probstei gezogen, um Ruhe und Ausgleich zu finden. Sicherlich nicht, um in einem WEA-Industriegebiet zu wohnen. Die Verunstaltung unserer Region mit Betontürmen von über 250 m Höhe, würde den Wert als Ferienregion - und damit z. B. auch die Einkünfte der ansässigen Bevölkerung - über die Vermietung von Ferienwohnungen, -zimmern u. -häusern - massiv schmälern. Die Immobilien würden ihren Wert verlieren. Regelmäßig werden unsere Wege von Fahrradtouristen genutzt, sei es, um an den Selenter See zu fahren, die Rapsblüte auf unseren Feldern zu bewundern oder auch per pedes und auf dem Pferderücken unsere Natur und die Dorfgemeinschaften zu erkunden. Nicht zu vergessen das Schloss Salzau. Die Bestrebungen, WEA in einer Gemeinde zu planen und zu bauen, die sich gegen den Bau von WEA ausgesprochen hat, führt zu Aufruhr und Radikalisierung in unseren Gemeinden. Nicht ernst zu nehmen oder zu ignorieren, dass die Lärmverschmutzung - auch im Flüsterton - oder der Blick auf Beton anstatt auf die unverbaute Natur Streßfaktoren sind, führt zu Aggressionen bei den betroffenen Menschen. Erst recht, wenn sie sich jahrelang selbst um den Umweltschutz bemühen. Es geht inzwischen das Wort vom WEA-Lobbyismus um. Viele möchten am liebsten sofort wegziehen aus ihrer Heimat oder gleich ganz auswandern. VI Auszug aus dem Landschaftsrahmenplan Gebiet II mit Kreis Plön 4.2.11: Trinkwasserschutz- und -gewinnungsgebiete. ... Hiervon ausgenommen sind die näheren Umgebungen der Wasserwerke Kiel-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schwentinetal und Plön, deren geringfügige fazw. fehlende Überdeckung mit gering wasserleitenden Schichten auch hier die Ausweisung von Wasserschutzgebieten erfordert."......."Die Verschmutzungsempfindlichkeit in diesen Bereichen ist sehr hoch, so dass Nutzungen in diesen Bereichen im Interesse eines flächendeckenden Grundwasserschutzesbesonders grundwasserschonend erfolgen sollten." Gemäß einem Artikel von SWR Wissen (08/2022) fallen aktuell in Deutschland pro Jahr etwa 10.000 Tonnen Windradmüll an. Bis 2045 rechnet das Fraunhofer Institut für Chemische Technologien mit einer vier Mal so hohen Abfallmenge. Die Rotorblätter werden aus faserverstärkten Kunststoffen hergestellt. Diese sogenannten Kompositwerkstoffe bestehen aus einer Faser und einem flüssigen Material, in das die Faser gebettet wird und das später aushärtet. Als Faser dienen hauptsächlich Glas-, selten auch Kohlenstofffasern. Als Harz kommen Epoxid-, Polyester-, Vinylester- oder Polyurethanharz zum Einsatz. Teils finden noch weitere Kunststoffschäume und Balsaholz (Tropenholz) Verwendung. Sind die Materialien einmal verbunden, lassen sie sich später nur schwer trennen. Flüssigkeiten und Gase gibt es natürlich auch in Windkraftanlagen. Hauptsächlich sind das Öle im Getriebe und Kühlflüssigkeiten. Zu den Betriebsmitteln gehört auch das Gas Schwefelhexafluorid, kurz SF6, das etwa als Isolator in Transformatoren eingesetzt wird. In einem Windrad gibt es davon etwa drei Kilogramm. SF6 ist ein Treibhausgas, das rund 23.500-mal schädlicher wirkt als CG2 Es ist es in unserer Region bereits zu Bränden der WEA gekommen. Die Rotorblätter zerschmelzen und die Kompositharze, Öle und Kühlflüssigkeiten tropfen mit ihren giftigen Stoffen auf die Erde der Ackerflächen und verunrreinigen das Trinkwasser unserer Region. Es kommt zu einer enormen Schadstoffbelastung. Im schlimmsten Fall wird das SF6-Treibhausgas freigesetzt. (Abbildung) Es gilt, Alternativen zu berücksichtigen, die in unsere Region passen. WEA sind Industrieanlagen, die zu einer weiteren Zerstörung der Natur führen. Die mit dem Bau von WEA verbundene Umwelt- und Landschaftszerstörung durch Oberflächenversiegelung, massiven Beton- und damit C02-Verbrauch, Lärmverschmutzung und Zerhäckseln von Vögeln, Insekten und Fledermäusen ist abzulehnen. Vielmehr sollten alle Bestrebungen dahingehen, Energie einzusparen und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	neue Alternativen zu WEA zu fördern. (Abbildungen) Mit freundlichen Grüssen [redacted] [redacted] Hiermit möchte ich abschliessend meinen Einspruch gegen die Ausweisung von Windvorrangflächen auf dem Gemeindegebiet von Fargau-Pratjau und den angrenzenden eventuellen Flächen von Nachbargemeinden. So bin ich auch strikt gegen das aktuell Vorhaben der [redacted], den „Windpark Salzau" auf den Flächen [redacted] zu errichten. Generell sollte der Abstand mindestens 1000 m (Rotor in) zu Wohngebieten betragen. Die Abstands-Empfehlungen des Helgoländer Papiers sollten gelten. [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2007	Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Die vorab veroeffentlichte Potentialflaechenkarte ((https://schleswig-holstein.de/mm/downloads/MILIG/lepWind_teilfortschreibung_2024/Potentialflaechenkarte_20240607.pdf) zeigt WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein - dagegen würde Schleswig-Holstein mit der ursprünglich geplanten, bereits riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Dazu kommen ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die auch auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen errichtet werden, anstatt auf bereits versiegelten Flächen (vgl. Gutachten des Fraunhofer Instituts im Auftrage des Landes Schl.-Holst. vom 16.02.2022). Es kann nicht das Ziel sein, das gesamte Bundesland in einen Industriepark zu verwandeln, in dem Biodiversitaet und Artenschutz keine Rolle spielen. In dem Zusammenhang moechte ich Sie darauf hinweisen, dass in der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden die gemäß Anlage zum Landesnaturschutzgesetz festgelegten Europäischen Vogelschutzgebiete sowie die in den Landschaftsrahmenplänen bestimmten Gebiete, die die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 23 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 13 LNatSchG als Naturschutzgebiete erfüllen. Die Gebietsarten sind durch die Fachbehörden bestimmt, insofern wird an der vorliegenden Abgrenzung festgehalten. Der LEP Windenergie legt die Rahmenbedingungen für die auf Regionalplanebene auszuweisenden Vorranggebiete Windenergie fest. U. a. werden Ausschlussbereiche definiert, innerhalb derer keine Windenergienutzung stattfinden soll. Damit wird der weit überwiegende Teil der Landesfläche von einer solchen Nutzung ausgeschlossen. Die verbleibenden sogenannten Potenzialflächen stellen dann jene Bereiche dar, innerhalb derer im Rahmen der Einzelfallbetrachtung zwischen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Potentialflaechenkarte (https://schleswig-holstein.de/mm/downloads/MILIG/lepWind_teilfortschreibung_2024/Potentialflaechenkarte_20240607.pdf) zwei grosse Potentialflaechen im Gotteskoog eingezeichnet wurden (Gemeindegrenze Aventoft/ Neukirchen sowie Neukirchen/Humptrup). Das „Gotteskoog-Gebiet“ (SPA DE 1119-401), Teil des Natura 2000 EU- Netzes von Schutzgebieten (Gotteskoog-Gebiet EEA-ID DE1119401) ist extrem wichtig fuer die Biodiversitätsstrategie des Landes Schleswig-Holstein, zudem laut laut Ramsar-Konvention ein „Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung“. In dem Gebiet gibt es Seeadler, es dient Zugvögeln als Rastgebiet. Die Teilgebiete des Schutzgebietes wurden nicht beruecksichtigt: die nördlich an den Gotteskoogsee angrenzende Kophallig, der östlich liegende Korridor zum Kahlebüller See, der Ruttebüller See, Teilflächen im Magisterkoog, Hülltofter Tief, der ehemalige Aventofter See, Haasberger See, und der Kahlebueller See. Die riesigen WE Potentialflaechen wuerden das Biotopverbundsystem zwischen Gotteskoogsee, Schmale, Aventofter See, Huelltofttief und Kahlebueller See direkt zerschneiden. So heisst es in der FFH-Verträglichkeitsprüfung für das SPA „Gotteskoog-Gebiet“(DE 1119-401) zur Teilaufstellung der Regionalpläne in Schleswig-Holstein (Sachthema Windenergie), Stand November 2019: „*Im SPA „Gotteskoog-Gebiet“ kommen 14 Arten vor, die im Rahmen des Standartdatenbogens als Zielarten geführt werden. Dabei handelt es sich um Knäkente (Anas querquedula), Wiesenpie-per (Anthus pratensis), Rohrdommel (Botaurus stellaris), Uhu (Bubo bubo), Rohrweihe (Circus aeruginosus), Zwergschwan (Cygnus columbianus bewickii), Bekassine (Gallinago gallinago), Seeadler (Haliaeetus albicilla), Neuntöter (Lanius collurio), Uferschnepfe (Li-mosa limosa), Blaukehlchen (Luscinia svecica cyanecula), Tüpfelsumpfhuhn (Porzana porzana), Fluss-Seeschwalbe (Sterna hirundo) und Kiebitz (Vanellus vanellus). Das Gebiet hat darüber hinaus eine besondere Bedeutung als Brutgebiet für Schilfrohrsänger, Knäkente, Rohrdommel, Wiesenweihe, Tüpfelsumpfhuhn und als Rastgebiet für den Zwergschwan. Darüber hinaus ist das Gebiet von Bedeutung als Brutgebiet für Rohrweihe, Bekassine, Neuntöter, Ufer-schnepfe, Blaukehlchen, Rotschenkel und Kiebitz. Übergreifende Erhaltungsziele sind die Erhaltung störungsarmer Röhricht- und Flachwasserberei-che, ausreichend hoher Wasserstände, bzw. des gesamten Biotopkomplexes als Lebensraum der o. g. Vogelarten, insbesondere hinsichtlich der Nutzung und der Wasserverhältnisse, sowie als wichtiges Brutgebiet für röhrichtbewohnende Arten und als störungsarmes Rast- und Mauser-gebiet für Zugvögel. Das Gebiet soll von weiteren vertikalen Fremdstrukturen wie z. B.*	den gesetzlich zu erreichenden Zielen im Hinblick auf den Windkraftausbau und den jeweiligen Schutzbelangen abzuwägen ist. Dies ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahren. Insofern können die vorgebrachten Hinweise nur zur Kenntnis genommen werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stromlei-tungen und Windkrafträdern freigehalten werden“. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Auch nehme ich hiermit Bezug auf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land, 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz, S. 52ff, Grundsätze und Ziele der Raumordnung: 1 Z, Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche B zu 1 Z, S. 60/61 zu (1) „*Zu berücksichtigen ist weiterhin die Stellung der EU-VSG als Teil des europaweiten Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems Natura 2000, die eine weitreichende Freihaltung dieser Gebiete von Eingriffen jeglicher Art rechtfertigt.* *zu (2) Bei fast allen EU-VSG sind die in den Erhaltungszielen genannten Vogelarten auch auf die Nutzung des Umgebungsbereiches vor allem als Nahrungshabitate ange–wiesen. Dies betrifft zum Beispiel Großvogelarten wie Seeadler, Rotmilan und Schwarzstorch, die in Waldgebieten brüten, aber auf die umgebenden, nicht als Vogelschutzgebiete ausgewiesenen Bereiche als Nahrungshabitate angewiesen sind und dabei mit WEA kollidieren können. Für eng abgegrenzte Vogelschutzgebiete mit Vorkommen von Gänsen und Schwänen, die in den außerhalb liegenden land–wirtschaftlichen Nutzflächen Nahrung suchen, können Konflikte durch den Verlust von Nahrungsflächen auftreten, da die Arten den Nahbereich von WEA meiden.* *Weiterhin bestehen einige EU-VSG aus getrennten Teilflächen, zwischen denen intensive Austauschbeziehungen bestehen. Die Errichtung von WEA zwischen diesen Gebietsteilen kann zu Konflikten führen (Barrierewirkung, Kollisionsgefahr). Zahlreiche Vogelarten weisen ein Meideverhalten gegenüber WEA auf, so dass in den EU-VSG Habitate verloren gehen, wenn im Umfeld WEA errichtet werden. Nach vorliegenden Erkenntnissen treten die vorstehend beschriebenen Störungen verstärkt im Nahbereich bis 1.000 Meter um Vogelschutzgebiete herum auf. Deshalb ist auch dieser Bereich von der Ausweisung von Windenergiegebieten und der Errichtung raumbedeutsamer WEA freizuhalten.* Das EU-VSG Gotteskoog besteht aus getrennten Teilflächen, und die beschriebenen Austauschbeziehungen sind jeden Tag zu beobachten. Die Notwendigkeit, Biodiversitaet zu erhalten, ist dringender geworden. Räume für erneuerbare Energien werden	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	gebraucht, sollten aber nicht zu Lasten der Biodiversität gehen, nur mit intakten Ökosystemen und Biodiversität lassen sich unsere Lebensgrundlagen langfristig sichern. Zudem wurde festgestellt, dass die Landschaft mit ihren großflächig offenen Kulturlandschaftskomplexen neben halboffenen Biotopkomplexen besonders schuetzenswert im Sinne der §§ 26 BNatSchG und 15 LnatSchG ist, besondere kulturhistorischen Bedeutung hat und wichtig fuer die naturverträgliche Erholung ist. Die kulturhistorische Bedeutung der (Nolde) Landschaft ginge durch WE in unmittelbarer Naehe verloren. Die Nolde-Stiftung, wichtig für Tourismus und Erholung, laege, sollten die Potentialflaechen bestaetigt werden, somit in direkter Nachbarschaft zweier Windparks. Vormals (bis zur Klage 2023) war der Wiedingharder- und Gotteskoog Landschaftsschutzgebiet. Die Annulierung des LSG Status sollte ncith dazu fuehren, dass in den sensibelsten vormals geschuetzten Gebeiten nun WE errichtet werden duerfen. Dieses wuerde auch B zu 6, S. 16, größere zusammenhängende Landschaftsteile von Anlagen freizuhalten, und B zu 12, S. 48/49: Kapitel 6.3, Sicherung und Entwicklung wertvoller Landschaftsbereiche, Biotopverbundschutz und Sicherstellung von siedlungsnaher, landschaftsgebundener Erholung direkt entgegenstehen. Die Versiegelung und Zerschneidung des EUVSG Schutzgebietes Gotteskoog wuerde zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Ökosystemfunktionen fuehren und dem Erhalt der Biodiversitaet schaden. Es wuerde durch die Errichtung grossflaechiger Windparks zur Industrielandschaft mutieren. Natur- und Artenschutz sowie die kulturhistorische Bedeutung der (Nolde) Landschaft gingen verloren. Da die Netzanbindung der vorgeschlagenen Potentialflaechen im Bereich Neukirchen/Aventoft/ Humprup nciht besteht, muessten die Hochspannungsleitungen errichtet werden. (In B zu 2 G, S. 11, wird darauf verwiesen, dass insbesondere Gebiete, die bereits über eine Netzanbindung verfügen, vornehmlich wieder als Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen ausgewiesen werden). In Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, S. 35, Karte 6, wird festgestellt, dass das Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) die Voraussetzungen für eine Ausweisung als Naturschutzgebiet nach § 23 BNatSchG in Verbindung mit § 13 LNatSchG erfuellt. Somit wesit das Gebiet eine naturschutzfachlich hohe Schutzwürdigkeit auf und ist empfindlich gegenüber der Errichtung von baulichen Anlagen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	In dem Text zu 2 auf Seite 7 des Plandokuments heisst es „Zudem besteht für den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer ein gesetzliches Verbot der Errichtung und des Betriebs von WEA gemäß § 5 Absatz 1 Nummer 8 des schleswig-holsteinischen Nationalparkgesetzes (NPG). Dies bedeutet nicht, dass außerhalb dieser Gebiete kein Schutzerfordernis besteht“. In diesem Sinne sollten im EU VSG Gotteskoog einschliesslich der sieben Teilflaechen keine WEA- Potentialflaechen ausgewiesen werden, vielmehr sollte das Gotteskoog-Gebiet endlich den Schutzstatus erhalten, der ihm zusteht, und als Naturschutzgebeit ausgewiesen werden. Ich bitte Sie, die Notwendigkeit für das Ausmaß von 7,2 % der geplanten Landesfläche für WEA zu überprüfen, da mit der ursprünglich geplanten Fläche von 3,1 % des gesamten Landes Schleswig-Holstein‘s energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreicht wuerden. **Im Sinne meiner o.a. Stellungnahme bitte ich Sie insbesondere darum, des Gotteskoog-Gebiet mit seinen Teilflaechen (EEA-ID DE1119401) als EU-VSG und Teil des europaweiten Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems Natura 2000 im Entwurf des neuen LEP-Wind zu beachten, mit der Perspektive, ihm den Schutzstatus als Naturschutzgebiet zu sichern, da das Gebiet laut Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, S. 35, Karte 6 die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als Naturschutzgebiet erfüllt. Die 2 in der WE Potentialflaechenkarte eingezeichneten Potentialflaechen (Gemeindebereiche 25927 Neukirchen/ Aventoft und Humptrup) sollten aus dem Plan entfernt werden und das Gebiet frei von WEA gehalten werden.** Mit freundlichen Gruessen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2009	Sehr geehrte Damen und Herren, In Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, S. 35, Karte 6, wird festgestellt, dass das Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) die Voraussetzungen für eine Ausweisung als Naturschutzgebiet nach § 23 BNatSchG in Verbindung mit § 13 LNatSchG erfuellt. In dem Gebiet gibt es Seeadler, es dient Zugvögeln als Rastgebiet.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der LEP Windenergie legt die Rahmenbedingungen für die auf Regionalplanebene auszuweisenden Vorranggebiete Windenergie fest. U. a. werden Ausschlussbereiche definiert, innerhalb derer keine Windenergienutzung stattfinden soll. Damit

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es weist eine naturschutzfachlich hohe Schutzwürdigkeit auf und ist empfindlich gegenüber der Errichtung von baulichen Anlagen. Zudem wurde festgestellt, dass die Landschaft mit ihren großflächig offenen Kulturlandschaftskomplexen neben halboffenen Biotopkomplexen besonders schuetzenswert im Sinne der §§ 26 BNatSchG und 15 LnatSchG ist, besondere kulturhistorischen Bedeutung hat und wichtig fuer die naturverträgliche Erholung ist. Die kulturhistorische Bedeutung der (Nolde) Landschaft ginge durch WE in unmittelbarer Naehe verloren. Unter 3.3.3, Bedeutsame Vorkommen und Lebensraumstrukturen von (windkraftsensiblen) Vogelarten (S. 38), ist auf der Karte 8: Darstellung der Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Vogelschutz in Schleswig-Holstein (S. 39) das Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) in seiner ueberragenden Bedeutung fuer den Vogelschutz dargestellt. Auf Karte 9 Seite 40, in der Darstellung der Großvogelvorkommen in Einzellage sowie des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen in Schleswig-Holstein, wird das Gebeit ebenfalls herausgehoben. Das Gebiet ist extrem wichtig fuer die Biodiversitaetsstrategie von Scleswig Holsdtein, fuer den Vogel- und Artenschutz, und als Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung gemaess der Ramsar Konvention. Karte 10 (S. 43) zeigen unter der räumlichen Verteilung gesetzlich geschützter Biotope sowie der Waldflächen in Schleswig-Holstein zeigen ebenfalls ein hohes Vorkommen im Gotteskooggebiet. Karte 11 (S. 45) zeigen das Gotteskooggebiet als Schwerpunktachse im Biotopverbundsystem mit wichtigen Verbundachsen des Biotopverbundsystems. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Die aufgefuehreten Fakten zum Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) finden keinen Neiderschlag in der dargestellten Karte. Ich bitte Sie, die Karte um wichtige o.a. Fakten zum EU-VSG Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) durch bildliche Darstellung zu ergaenzen. Das Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) sollte aufgrund der zitierten Fakten von WEA Anlagen/ Potentialflaechen freigehalten werden.	wird der weit überwiegende Teil der Landesfläche von einer solchen Nutzung ausgeschlossen. Die verbleibenden sogenannten Potenzialflächen stellen dann jene Bereiche dar, innerhalb derer im Rahmen der Einzelfallbetrachtung zwischen den gesetzlich zu erreichenden Zielen im Hinblick auf den Windkraftausbau und den jeweiligen Schutzbelangen abzuwägen ist. Dies ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Insofern können die vorgebrachten Hinweise nur zur Kenntnis genommen werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlcihen Gruessen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2010	Sehr geehrte Damen und Herren, Die Ziele des Umweltschutzes im Umweltbericht, die unter Tiere, Pflanzen, Biologische Vielfalt, Natura 2000 und Artenschutz (S. 21), Landschaft (S.22), und Kultur- und sonstige Sachgüter (S. 23) genannt werden, sind fuer das Gotteskoog-Gebiet (SPA DE 1119-401/ EEA-ID DE1119401, Teil des Natura 2000 EU- Netzes von Schutzgebieten und unter der Ramsar Konvention als „Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung“ gelistet), in der Planung der WEA Potentialflaechen nicht beruecksichtigt worden. So weist die Potentialflaechenkarte (https://schleswig-holstein.de/mm/downloads/MILIG/lepWind_teilfortschreibung_2024/Potentialflaechenkarte_20240607.pdf) 2 riesige Potentialflaechen im Kerngebiet aus (Gemeindegebiet Neukirchen/Aventoft/ Humptrup). Es ist nicht nachvollziehbar, dass von den 7 Teilflaechen des EU-VSG Gotteskoog-Gebietes (Ruttebüller See, Teilflächen im Magisterkoog, Hülltofter Tief, ehemaliger Aventofter See, Haasberger See, Gotteskoogsee mit der nördlich angrenzenden Kophallig, sowie dem östlich liegenden Korridor zum Kahlebüller See, und Kahlebüller See) sechs nicht beruecksichtigt wurden. Das ist nicht nachvollziehbar, so heisst es in der FFH-Verträglichkeitsprüfung für das SPA „Gotteskoog-Gebiet“(DE 1119-401) zur Teilaufstellung der Regionalpläne in Schleswig-Holstein (Sachthema Windenergie), Stand November 2019 heisst: „*Im SPA „Gotteskoog-Gebiet“ kommen 14 Arten vor, die im Rahmen des Standartdatenbogens als Zielarten geführt werden. Dabei handelt es sich um Knäkente (Anas querquedula), Wiesenpie-per (Anthus pratensis), Rohrdommel (Botaurus stellaris), Uhu (Bubo bubo), Rohrweihe (Circus aeruginosus), Zwergschwan (Cygnus columbianus bewickii), Bekassine (Gallinago gallinago), Seeadler (Haliaeetus albicilla), Neuntöter (Lanius collurio), Uferschnepfe (Li-mosa limosa), Blaukehlchen (Luscinia svecica cyanecula), Tüpfelsumpfhuhn (Porzana porzana), Fluss-Seeschwalbe (Sterna hirundo) und Kiebitz (Vanellus vanellus). Das Gebiet hat darüber hinaus eine besondere Bedeutung als Brutgebiet für Schilfrohrsänger, Knäkente, Rohrdommel, Wiesenweihe, Tüpfelsumpfhuhn und als Rastgebiet für den Zwergschwan. Darüber hinaus ist das Gebiet von Bedeutung als Brutgebiet für Rohrweihe, Bekassine, Neuntöter, Ufer-schnepfe, Blaukehlchen, Rotschenkel und Kiebitz. Übergreifende Erhaltungsziele sind die Erhaltung störungsarmer Röhricht- und Flachwasserberei-che, ausreichend hoher*	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Dem Wunsch, die Potenzialflächen in der Gotteskoog-Niederung zu streichen wird nicht gefolgt. Ob es dort zur Ausweisung von Vorranggebieten kommt, wird auf Ebene der Regionalplanung geprüft. Dazu werden die Hinweise aus der Stellungnahme in die Abwägung einbezogen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wasserstände, bzw. des gesamten Biotopkomplexes als Lebensraum der o. g. Vogelarten, insbesondere hinsichtlich der Nutzung und der Wasserverhältnisse, sowie als wichtiges Brutgebiet für röhrichtbewohnende Arten und als störungsarmes Rast- und Mauser-gebiet für Zugvögel. Das Gebiet soll von weiteren vertikalen Fremdstrukturen wie z. B. Stromlei-tungen und Windkrafträdern freigehalten werden“. In Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, S. 35, Karte 6, wird festgestellt, dass das Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) die Voraussetzungen für eine Ausweisung als Naturschutzgebiet nach § 23 BNatSchG in Verbindung mit § 13 LNatSchG erfuellt. In dem Gebiet gibt es Seeadler, es dient Zugvögeln als Rastgebiet. Es weist eine naturschutzfachlich hohe Schutzwürdigkeit auf und ist empfindlich gegenüber der Errichtung von baulichen Anlagen. Zudem wurde festgestellt, dass die Landschaft mit ihren großflächig offenen Kulturlandschaftskomplexen neben halboffenen Biotopkomplexen besonders schuetzenswert im Sinne der §§ 26 BNatSchG und 15 LnatSchG ist, besondere kulturhistorischen Bedeutung hat und wichtig fuer die naturverträgliche Erholung ist. Die kulturhistorische Bedeutung der (Nolde) Landschaft ginge durch WE in unmittelbarer Naehe verloren. Unter 3.3.3, Bedeutsame Vorkommen und Lebensraumstrukturen von (windkraftsensiblen) Vogelarten (S. 38), ist auf der Karte 8: Darstellung der Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Vogelschutz in Schleswig-Holstein (S. 39) das Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) in seiner ueberragenden Bedeutung fuer den Vogelschutz dargestellt. Auf Karte 9 Seite 40, in der Darstellung der Großvogelvorkommen in Einzellage sowie des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen in Schleswig-Holstein, wird das Gebeit ebenfalls herausgehoben. Karte 10 (S. 43) zeigen unter der räumlichen Verteilung gesetzlich geschützter Biotope sowie der Waldflächen in Schleswig-Holstein zeigen ebenfalls ein hohes Vorkommen im Gotteskooggebiet. Karte 11 (S. 45) zeigen das Gotteskooggebiet als Schwerpunktachse im Biotopverbundsystem mit wichtigen Verbundachsen des Biotopverbundsystems. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Das EU-VSG Gotteskoog-Gebiet mit seinen 7 Teilflaechen (EEA-ID DE1119401) sollte endlich als Naturschutzgebiet erklaert werden und den Status erhalten, der ihm gebuehrt, und den es international bereits innehat. Das Gebiet ist extrem wichtig fuer die Biodiversitaetsstrategie von Scleswig Holsdtein, fuer den Vogel- und Artenschutz, und als Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung gemaess der Ramsar Konvention. Seine Landschaft verfuegt zudem ueber eine kulturhistorisch wichtige Bedeutung als eine der letzten verbleibenden unverbauten „Nolde“ Landschaften um das touristisch und kulturell bedeutende Nolde Museum der Nolde-Stftung gelegen. Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf des neuen LEP-Wind im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die WEA Potentialflaechen im EU-VSG Gotteskoog-Gebiet zu ueberpruefen, und das Gotteskoog-Gebiet (EEA-ID DE1119401) von WEA Anlagen/ Potentialflaechen freizuhalten. Mit freundlcihen Gruessen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2011	**<u>Stellungnahme „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024“</u>** ***Zusammenfassung:*** ***Die Bürgerinitiative WindVernunft Kiel e.V. lehnt die „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024“ aufgrund der negativen Folgen eines inakzeptabel überzogenen Windkraftzubaus für die Bürger & Immobilienbesitzer, die Tierwelt, Natur und Landschaft in Schleswig-Holstein ab.***	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zu den Forderungen: *Beschränkung des Windkraftzubaus auf das Repowering auf bestehenden Flächen:* Der Bundesgesetzgeber schreibt mit dem Windenergieflächenbedarfsgesetz vor, dass in den Bundesländern ein Anteil der Landesfläche für die Nutzung von Windenergie verbindlich vorzusehen ist. Insofern besteht landeseitig keine Möglichkeit, weniger Fläche für die Windenergienutzung an Land zur Verfügung zu stellen. Die

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Wir fordern stattdessen die Umsetzung eines alternativen Ansatzes zur Erreichung der energiepolitischen Ziele des Landes - mit bereits heute umsetzbaren besseren regenerativen Lösungen. Die Windkraftplanung des Landes ist im gleichen Zug unter strenger Anwendung der teilweise wieder verschärften Ziele und Grundsätze der Raumordnung zu beschränken, auch da sie mit über 82% der Stromerzeugung gegenüber z.B. nur 8% durch Photo-voltaik (Stand 2022) ihren Maximalbeitrag zur Energiewende in Schleswig-Holstein bereits weit überschritten hat. Entscheidend ist unter dem Strich, dass Schleswig-Holstein in einem ausgewogenen Strommix über verschiedene regenerative Lösungen dieselbe Menge Strom erzeugt, die vom Land angestrebt wird. Und zwar in einer bürger- und umweltverträglichen Form. Entsprechende Gespräche mit dem Bund sind ggfs. zu führen. **1. Die Forderungen im Überblick:** Vor dem Hintergrund vorhandener und effizienterer regenerativer Energiealternativen und einer schon 2020 schwer umsetzbaren Windkraftplanung auf „nur“ 2% der Landesfläche ist der **weitere Windkraftzubau an Land auf zwei Punkte zu beschränken**: a. das Repowering auf bestehenden Flächen 2. die Neuerstellung auf konfliktfreien Flächen. Konfliktfrei in diesem Sinne sind Flächen ohne Einschränkung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung, sprich ohne Vorkommen harter Tabu- und Abwägungskriterien auf den Potenzialflächen. Hierunter sind insbesondere **naturschutzrechtliche Aspekte** wie Landschafts-schutzgebiete, regionaler Grünzug, geschützte Talräume/Wasserrecht, Biotop-verbundsystem, Geotop, Kompensationsflächen, Kleinstbiotope, Großvogelvor-kommen (Milan, Seeadler, …) streng anzuwenden. Insbesondere bei Doppel- und Mehrfachüberschneidungen dieser Kriterien auf Potenzialflächen sind diese von Windkraft freizuhalten. Viele Kommunen haben mit ihren Landschaftsschutzgebieten ein wichtiges Element zum Freiraumschutz etabliert. Wir erwarten, dass das Land dies respektiert. Windkraftzulassungskriterien wie z.B. Mindestabstände bei bedrohten Vogelarten	entsprechenden Flächenbeitragswerte sind feste Vorgaben, die zu erreichen sind. *Neuerstellung auf konfliktfreien Flächen:* Die Landesregierung verfolgt die Absicht, die Windenergienutzung im Sinne der Energiewende, der klimaschutzpolitischen Perspektiven und der gesetzlichen Rahmenbedingungen, aber gleichermaßen auch unter Wahrung der Interessen der Bevölkerung und der Erhaltung von Natur und Landschaft voranzutreiben und zu steuern. Dafür wurden Ziele und Grundsätze entwickelt, um die Windenergie auch weiterhin landesweit zu steuern. Diese Ziele und Grundsätze bilden die Grundlage für die in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie. Damit kann sichergestellt werden, dass die Vorranggebiete landesweit nach einheitlichen Maßstäben ermittelt und auf die geeignetsten Flächen gelenkt werden. Darüber hinaus wird auf die Ziffern 3.17.1, 4.20, 7.3.7 und 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	müssen auf einer **wissenschaftlich fundierten Grundlage** wie dem „Neuen Helgoländer Papier“ der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW) basieren, das den neuesten Forschungsstand zur Gefährdung von Vögeln durch Windkraftanlagen berücksichtigt. Windkraftprojekte sind in der Umgebung anderer **baulicher Großprojekte** wie z.B. geplanter Neubausiedlungen, Autobahnausbau, Umspannwerke, etc. unzulässig, insbesondere in verdichteten Räumen. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass eine ausgewogene Siedlungspolitik in diesen Gebieten - ohne in Konkurrenz zur Energie-gewinnung zu stehen - möglich bleiben muss. Es ist ein **variabler Mindestabstand für neue Windkraftanlagen zu Gemeinden und Städten** proportional zur Höhe installierter Windräder einzuführen. Die Formel dazu: Höhe der WKAs/150 x 1000m in Anlehnung an den vom Land 2020 festgelegten Mindestabstand von 1.000m bei 150m hohen WKA. Zu guter Letzt mahnen wir die **staatliche Fürsorgepflicht gegen Havarie-Risiken von WKAs** ein, deren Folgen im Brand- oder Zerstörungsfall höherer WKAs mehr Distanz zu menschlichen Ansiedlungen zwingend erfordern. Dieses vor dem Hintergrund, dass in den letzten Jahren in Deutschland über 420 Unfälle privat dokumentiert wurden und die Dunkelziffer mangels fehlender staatlicher Statistiken groß sein dürfte. Mit dem Bund ist wahrscheinlich über eine **alternative regenerative Vorgehens-weise** zu verhandeln. Es bieten sich die *Windkraft auf See*, *Photovoltaik* inkl. *Agri-PV* sowie innereuropäische kommunale Energiepartnerschaften im Rahmen eines *EU-Supernetzes an*. Entscheidend ist die **verträgliche Erreichung** der gesteckten erneuerbaren Energieziele. In bürger- und umweltverträglicher Form. **2. Begründung** Mit steigender Höhe und Leistung von Windkraftanlagen durch technischen Fortschritt nimmt die Raumwirksamkeit bzw. Fernwirkung der Anlagen auf Menschen, Tiere, Natur und Landschaft auch zukünftig weiter zu. Dabei beschränkt sich der Flächenverbrauch der Windkraft in Schleswig-Holstein nicht nur auf die vom Land ausgewiesenen 7,2% der aktuellen Windkraft-Potenzialflächen, sondern betrifft bei Anwendung der landeseigenen Abstandsregeln[1] eine exponentiell deutlich höhere **Fläche von 80-90%** Schleswig-Holsteins – bei „nur“ 200 bis 250m hohen WKAs. Technisch möglich werden in den nächsten Jahren sogar Anlagen von über 300m Höhe, siehe die dieses Jahr noch	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	fertiggestellte Pilotanlage von 365m in Schipkau/Brandenburg. 80-90% der Fläche Schleswig-Holsteins entspricht einem nahezu flächendeckendem Landschafts- und Naturverbrauch mit allen negativen Konsequenzen wie optischer und akustischer Belästigung sehr vieler Bürger, Tötungsrisiken bei Großvögeln und Insekten, Immobilienwertverlusten im Milliardenbereich im Land, Ausschluss einer Vielzahl notwendiger Siedlungsprojekte, großflächiger Verlust an Naherholungs- und Tourismusgebieten, Lebensraum usw. Andererseits produziert Schleswig-Holstein schon jetzt über 200% seines Eigenbe-darfs an Strom selbst, überwiegend aus regenerativen Energien (vor allem der Windkraft an Land) und versorgt damit rechnerisch auch noch ganz Hamburg.[2] Ein kritischer Faktor in diesem Zusammenhang ist allerdings die hohe Abhängigkeit von der Windkraft an Land, die schon 2022 55% der gesamten regenerativen Stromerzeugung bzw. 93% des Stromverbrauchs in SH beisteuerte. Zum Vergleich: Photovoltaik kam auf gerade mal 8% in der Erzeugung. Eine ausgewogene Nutzung von Wind & Sonne als Hauptenergieträger in Schleswig-Holstein ist dies nicht ansatzweise. Im Gegenteil besteht hier grundsätzlich ein sehr großes Versorgungs-risiko, denn auch hier weht häufiger kein Wind. Dabei weist die Photovoltaik auch im sonnenschwächeren Schleswig-Holstein eine deutlich effizientere Stromerzeugung und einen deutlich geringeren Flächenverbrauch auf als die Windkraft an Land.[3] Hinzu kommt eine ähnlich positivere Energiebilanz der Windkraft auf See. Auch hier heraus leiten wir die Forderung einer **deutlich maßvolleren Windkraft-planung** des Landes mit **strenger Anwendung der z.T. wieder verschärften Schutzkriterien** („Ziele und Grundsätze der Raumordnung“) in der Flächen-abwägung ab. **a. Das Kernproblem der aktuellen Windkraftplanung: Flächenverbrauch** Mit 80-90% wahrem Flächenverbrauch schießt die aktuelle Windkraftplanung des Landes weit über jedes vernünftige Maß hinaus. Es ist der falsche Weg, sich hier auf „nur 7,2%“ betroffene Landesfläche zurückzuziehen und die oben genannten Schutzkriterien massiv aufzuweichen, um diese Planung überhaupt umsetzen zu können. Dies macht auch eine aktuelle EU-Studie aus dem Juli deutlich: Hier hat die europäische Umweltbehörde festgestellt, dass Deutschland und damit auch Schleswig-Holstein ein Flächenproblem haben, das den Erfolg unserer Energie-wende gefährdet. Deutschland müsste 4,4% der Bundesfläche für Wind & Solar freimachen, verfügt aber	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nur über 1,7%. Und davon wiederum stehen nur 0,7% für Windkraft an Land zur Verfügung.[4] 0,7%? Und Schleswig-Holstein plant ernsthaft mit zehnmal höheren 7,2%? Unser Land mag relativ gesehen mehr freie Flächen gehabt haben als andere Bundes-länder, aber diese sind längst aufgebraucht. An den EU-Zahlen erkennt man die Übertriebenheit der aktuellen Windkraftplanung in einer unabhängigen Bewertung. **b. Welche regenerativen Alternativen gibt es für Schleswig-Holstein?** Es gibt mehrere Alternativen, die wesentlich flächenschonender und effizienter sind: Die EU-Umweltbehörde macht in ihrer Studie zwei konkrete Vorschläge: Zum einen verweist sie auf das hohe und bei weitem noch nicht ausgeschöpfte Energiepotential der **Windkraft auf See**. Zum anderen schlägt sie ein solidarisches europäisches **Stromverbund-Supernetz** vor, in dem flächenarme Länder wie Deutschland auf vorhandene Wind- und PV-Flächen im Ausland ausweichen, z.B. in Spanien und Rumänien. Dort könnte viel günstiger Strom produziert werden, über den wir im Rahmen des Supernetzes verfügen könnten. Innereuropäische kommunale Energiepartnerschaften mit ausländischen Ausweichflächen wären hier ein sinnvoller Bsaustein. Wir selbst haben am Beispiel des neuen potenziellen Kiel-Flintbeker Windparks von Experten errechnen lassen, dass derselbe Stromertrag aus zehn modernen Wind-kraftanlagen bis zu 300m Höhe auch mit **Photovoltaikanlagen** bei nur gut 1/3 Flächenbedarf wie bei der Windkraft generiert werden kann. [5] Und es lassen sich noch eine Reihe weiterer Vorteile festhalten: PV erfordert dabei nur gut halb so viel Investitionskosten und verursacht keine nennenswerte Fernwirkung wie WKAs.[6] Die Anlagen sind zudem schnell und restlos wieder abbaubar. Auch Landwirte profitieren hier von drei- bis viermal höheren PV-Pachterlösen als landwirtschaftliche Erträge, wie z.B. beim Maisanbau.[7] Und, nicht zu unterschätzender Vorteil: Teilweise massive Immobilienwertverluste bis hin zu Totalverlust bei anrainenden Hausbesitzern treten bei PV-Anlagen nicht auf. **c. Unsere Forderung an die Landesregierung: Überplanung** Anstatt den Großteil unseres Lebensraums in Schleswig-Holstein für über 300m hohe Windräder zu opfern, und dafür nur einen geringen Beitrag von unter 5% am gesamtdeutschen Energieverbrauch beizusteuern, sind mehrere Maßnahmen und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Alternativen gleichermaßen umzusetzen, die im Sinne eines Alternativenmixes zu verstehen sind: **i. Windkraftzubau an Land:** Windkraft an Land hat bereits mit Abstand den höchsten Anteil an der Energieerzeugung in Schleswig-Holstein erreicht. Angesichts des absolut und relativ hohen Flächenverbrauchs und den daraus folgenden erheblichen Kollateralschäden ist der Windkraftzubau an Land ab hier grundsätzlich nur **auf Anlagen im Repowering und in konfliktfreien Flächen zu beschränken**. Konfliktfrei bedeutet hier ohne Belastung durch Ziele und Grundsätze der Raumordnung (bzw. Flächen ohne harte oder Abwägungskriterien) wie in der aktuellen Landesplanung vorgesehen. Im Minimum ist jede Fläche für Windkraft abzulehnen, die doppelt und mehrfach von folgenden Abwägungskriterien betroffen ist: Landschaftsschutzgebiet, regionaler Grünzug, geschützte Talräume/Wasserrecht, Biotopverbundsystem, Geotop, Kompensationsflächen, Kleinstbiotope, Siedlungsachsen, Großvogelvorkommen (Milan, Seeadler, …) Windkraftzulassungskriterien wie z.B. Mindestabstände bei bedrohten Vogelarten müssen auf einer **wissenschaftlich fundierten Grundlage** basieren. Windkraftprojekte sind in Regionen unzulässig, die bereits durch andere bauliche Großprojekte wie z.B. Neubausiedlungen, Autobahnausbau, Umspannwerke, … belastet werden. Es ist ein **variabler Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Gemeinden und Städten** proportional zur Höhe installierter Windräder einzuführen. Die Formel: Höhe der WKAs/150 x 1000m. **Naturschutzrechtliche Abstände** zu gefährdeten Tierarten sind auf dem Stand der letzten LEP 2021 einzufrieren. Angesichts der Wohnungsnot in Schleswig-Holstein haben **Siedlungsprojekte Vorrang vor Windkraft an Land.** **Tiefergehend sind insgesamt folgende Problemfelder aus den genannten Gründen zu nennen und verhindern:**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	· **Aushebelung des Landschaftsschutzes** – Die Kompetenz für die Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten liegt auf der kommunalen Ebene der Kreise und kreisfreien Städte. Und dies zu Recht. Denn dort liegt das fachliche Knowhow für den konkreten Schutz der Landschaft und damit der großräumigen Sicherung von schützenswerter Landschaft. Dass der Bund diesen Schutz bei der Windplanung abschafft ist nicht nur aus Landschafts-schutzgründen abzulehnen, sondern auch rechtssystematisch höchst zweifelhaft, da das in den Planungsebenen verankerte Gegenstromprinzip nicht beachtet wird. Hier kann auch ein pauschaler Vorrang aller EEG-Anlagen nicht überzeugen, da doch ein konkreter Abwägungsprozess noch aussteht. Der Fortfall der Tabuzone Landschaftsschutzgebiet ist scharf zu kritisieren. Nun stehen die Flächen mit LSG später der Einzelfallabwägung zur Verfügung, die bei der Flächenauswahl für die Regionalpläne erfolgen soll. Wir erwarten, dass der Landschaftsschutz weiterhin streng mit einbezogen wird. Viele Kommunen haben mit ihren Landschaftsschutzgebieten ein wichtiges Element zum Freiraumschutz etabliert. Wir erwarten, dass das Land dies respektiert. Dies gilt insbesondere, wenn auch weitere landeseigene Abwägungskriterien gegen eine Windkraftnutzung auf den entsprechenden Potenzialflächen wirken, wie z.B.: Biotopverbund, Geotope, Biotope, Gewässertalräume etc. Eine Bündelung dieser Kriterien auf den entsprechenden Flächen verdeutlicht, dass eine Windkraftnutzung dort nicht vertretbar ist. · **Abwertung der Abstände zu Wohnhäusern und Siedlungen** – Der Bund sieht vor, dass 3H zukünftig nicht mehr gelten soll. Damit wird das bauplanungsrechtlich verankerte Rücksichtnahmegebot verletzt. · **Abschaffung von Höhenregelungen** – Durch die Freigabe jeglicher Höhenentwicklung fehlt es bei der Flächenabwägung an einer wesentlichen Größe. Eine Beurteilung der Flächenausnutzung ist vor dem Hintergrund immer höher werdenden Anlage nicht möglich. · **Aufgabe der Konzentrationswirkung** – Durch die Rechtsänderung und den Fortfall der Konzentrationswirkung ist eine abschließende Abwägung über die Auswirkung der Flächenauswahl schlichtweg nicht mehr möglich bzw. die Abwägung kann nur auf eine Vollauslastung der kompletten Potenzialfläche ausgerichtet sein. Bei der Beurteilung von Auswirkungen auf Mensch, Natur und weitere Schutzgüter ist daher immer auf dieses Maximalszenario abzustellen. · **Berücksichtigung des Instrumentes Regionaler Grünzug -** In hoch verdichteten	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Räumen z.B. um Städte sollte die Regionalplanung vom Instrument des Regionalen Grünzuges Gebrauch machen, um dem Freiraumschutz hier Vorrang einzuräumen. Ein Regionaler Grünzug widerspricht damit - gemäß landesplanerischer Kriterien - der Windkraft-nutzung. Allein vor diesem Hintergrund kann dies nur eine Ablehnung entsprechender Potenzialflächen in diesem Bereich zur Folge haben. Die o. g. fachlichen Abwägungskriterien werden damit deutlich unterstützt. **Abschließend lässt sich sagen, dass die genannten Einschränkungen in keiner Weise der Energiewende entgegenstehen, da es angemessene und wesentlich verträglichere regenerative Alternativen in der Umsetzung gibt. Letztlich berücksichtigt dieser Ansatz auch noch andere wichtige Punkte und Risiken:** **Z.B. das allgemeine Versorgungsrisiko in Schleswig-Holstein, das durch die erhebliche Dominanz der Windkraft an der landesweiten Stromerzeugung entsteht.** Eine breitere Versorgungsbasis mit deutlich mehr Photovoltaik und Windkraft auf See ist hier erforderlich. Auch hier weht der Wind häufiger nicht. Das noch zu lösende Problem fehlender Stromleitungen und Speicher bleibt hiervon unberührt. Oder das völlig unterschätzte **Havarierisiko** von WKAs, die im Betrieb Feuer fangen und bei „kontrolliertem Abbrennen“ mit kilometerweiten Kunststoffpartikelfahnen die Umgebung verseuchen. WKAs knicken bei Sturm u.ä. um, schleudern ggf. Rotor-flügel weithin in die Landschaft. Die Aufgabe der Höhenbegrenzung für bald über 300m hohe WKAs (wie in Schipkau noch in diesem Jahr) plus unverändert zu geringe Abstände zu menschlichen Siedlungen stellen für Anwohner insbesondere im ländlichen Raum ein unverantwortliches Risiko dar. Mittlerweile sind über 420 Vorfälle dieser Art in Deutschland über die letzten Jahre dokumentiert worden – bei hoher Dunkelziffer. Die Wahrscheinlichkeit entsprechender Vorfälle würde sich bei einer über 2% der Landesfläche hinausgehenden Windkraftplanung deutlich erhöhen. ii. **Verstärkter Ausbau der Photovoltaik** Die durch den geplanten Windkraftausbau (7,2%) ab 2024 ergänzte Energieleistung von gut 80 TWh p.a. ist alternativ auch mit nur ca. 3% Fläche des Landes umsetz-bar.[8] Bei deutlich geringeren Investitionskosten und allen bereits unter 2. bereits aufgezeigten Vorteilen der Photovoltaik. Zusätzlich ist die geförderte Nutzung freier ungenutzter Flächen auf z.B. Dächern öffentlicher und gewerblicher Liegenschaften, Parkplätzen und ähnlichen Optionen sinnvoll. Auch die Photovoltaik ist nicht frei von Kritik, verfügt gegenüber der Windkraft an Land aber über eine Reihe unschlagbarer Vorteile, die nicht	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	zuletzt den öffentlichen Widerstand gegen die Energiewendepolitik in SH entscheidend positiv beeinflussen könnte. Insbesondere wenn auch die unter c. und d. aufgezeigten Alternativen im Sinne einer sinnvollen Diversifikation mit in die Planung einbezogen werden. iii. **Verstärkter Ausbau der Windkraft Offshore** Der Anteil der Windkraft auf See ist zu erhöhen, da diese mit relativ wenig Seeflächenbedarf auf zwei bis dreimal mehr Energie wie Windkraft an Land zugreift, und gleichzeitig keine Landesflächen beansprucht. Das Fraunhofer-Institut hat schon vor Jahren berechnet, dass eine verhältnismäßig geringe Seefläche von max. 9% der Nordsee genügt, um den Großteil der Stromversorgung in D zu decken. iv. **Errichtung, Ausbau und Teilnahme am EU-Stromverbund-“Supernetz“** Nutzung reichlich vorhandener Flächen für PV und Windkraft zur kostengünstigeren und flächenschonenden Energieerzeugung mit anderen EU-Ländern. Entwicklung von Finanzierungs- und Energielieferverträgen im Rahmen grenzüberschreitender kommunaler Energiepartnerschaften. **d. Kosten / Aufwandsverhältnis und Energieziele des Landes** Die oben ausgeführten Alternativen des Einsatzes zeigen in vielerlei Hinsicht erheb-liche Vorteile in der Erzeugung regenerativer Energie: Sie sind gerade im Mix stabi-ler, deutlich flächenschonender, günstiger, bürger- und naturgerechter. Und sie tra-gen damit zu einer wesentlich konfliktfreieren Erreichung der Energieziele des Lan-des bei. Bürger und Landwirte profitieren, die Windindustrie fokussiert sich mehr auf Windkraft Offshore und Exportchancen z.B. im Rahmen des angesprochenen Supernetzverbundes innerhalb Europas. Die Politik kann sich mehr auf andere kritische Problemfelder wie die mangelnde Speicher- und Leitungsthematik konzentrieren. Ganz generell stehen hierbei aber Aufwand und Nutzen wieder in einem gesünderen Verhältnis zueinander. Mit Blick auf die Bundesforderungen stünde Schleswig-Holstein nach den bereits umgesetzten und mit 2% der Landesfläche zuletzt geplanten Zubaumaßnahmen ein selbstbewusstes alternatives Vorgehen mehr als zu. **Entscheidend ist, was - bürger- und umweltverträglich! - energietechnisch unter dem Strich raus-kommt.** Wo ein Wille ist, ist ein Weg. Die Politik in Schleswig-Holstein muss erkennen, dass die vielen, auch gerne ungenannten Kollateralschäden dieser überzogenen Windkraftpolitik endlich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	berücksichtigt werden, insbesondere weil es Alternativen gibt! Der Vertrauensverlust in die Politik ist weit genug fortgeschritten. Lassen Sie uns unsere schöne schleswig-holsteinische Landschaft für unsere Kinder und Enkelkinder erhalten! [1] Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein zur Belastung aus Windkraft vom 6.11.2023 unter §1.3: „***Der Raum, in dem das Landschaftsbild beeinträchtigt wird, umfasst etwa eine Fläche mit dem Radius des 15-fachen der Anlagengesamthöhe“.*** [2] Quelle: Statistik Nord [3] Siehe Seite 2 [4] Quelle: Focus; Joint Research Center EU-Umweltbehörde Juli 2024 [5] Quellen: Gasag 2023; IWB.ch; sens-energy.de; windenergy-expert; solaris24.de; Fraunhofer Institut: Bei einem erwarteten Stromertrag pro Windrad von 13,2 Mio. kWh p.a. ergibt sich bei 10 Windrädern auf 186 ha ein zu ersetzender Gesamtertrag von 132 Mio. kWh p.a. Moderne PV-Anlagen produzieren auf nur 72 ha dieselbe Menge Strom: 72 x 2.000 kWh Leistung x 917 Volllaststunden = 132 Mio. kWh p.a. [6] PV: Preis pro ha ca. 0,5 MEUR x 72 ha = 36 MEUR // WKA (7,5 MW) 7.500 x 870 EUR = 6,5 MEUR x 10 = 65 MEUR [7] **Quellen: LL Hessen (Bsp. Maisanbau); landverpachten.de bis 5.000 EUR p.a. je ha* [8] Siehe Rechenweg S. 2	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2700	Stellungnahme Windkraft Im Managementplan für das Fauna-Flora-Habitat-Gebiet/Vogelschutzgebiet DE-1725-392 „Gebiet der oberen Eider incl. Seen" und das Europäische Vorgelschutzgebiet DE-1725-401 „NSG Ahrensee und nordöstlicher Westensee" S. 38/39	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Außerdem werden Hinweise / Argumente genannt, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 4.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	schließt Windkraftnutzung im Bereich Westensee komplett aus. „Die im Amtsblatt für Schleswig-Holstein veröffentlichten Erhaltungs- und Wiederherstellungsziele für das Vogelschutzgebiet DE-1725-401 „Ahrensee und nordöstlicher Westensee" ergeben sich aus Anlage 2b und sind Bestandteil dieses Planes. Übergreifendes Schutzziel für das Vogelschutzgebiet ist die Erhaltung stabiler und reproduktionsfähiger Brutpopulationen sowie der Gastvogellebensräume für Nahrung suchende, rastende und ggf. überwinternde Vogelarten. Zum Schutz der Großvogelarten sind im Gebiet im Umfeld der Brut- und Rasthabitate Räume zu erhalten, die weitgehend frei von baulichen Anlagen sind, die Sichthindernisse oder Gefährdungen darstellen oder Störungen verursachen, wie z. B. Stromleitungen und Windkrafträder" Damit ist Windkraft in Gesamt-Westensee ausgeschlossen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2514	Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme sowie Informationen über beabsichtigte Planungen zu der Rohpotenzialfläche PR2_RDE_112 (Tüttendorf) Sehr geehrte Damen und Herren, anlässlich des o.g. Beteiligungsverfahrens möchten wir Stellung nehmen und Sie über die beabsichtigten Planungen eines Windparkprojektes auf den o.g. Flächen informieren. Das Planungsgebiet mit einer ungefähren Gesamtgröße von 17 ha umfasst die Rohpotenzialfläche PR2_RDE_112 der Karte “Potenzialfläche für Windenergie gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024)” und liegt im Grenzbereich der Gemeinden Tüttendorf und Schinkel. Die Flächen werden landwirtschaftlich genutzt und weisen wenige lineare Gehölzstrukturen auf. Aufgrund anderer im räumlichen Zusammenhang liegenden Flächen, für die wir Planungen im Bereich Windenergie und Freiflächen-PV vorsehen bzw. bereits angestoßen haben, könnten gemeinsam genutzte Infrastrukturen mit verhältnismäßig	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zudem enthält die Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel 4.5.1. *(allgemeines Kapitel)*, 4.5.1.1 (*Siedlungsstruktur*), 4.5.1.2 (*Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz*), 4.5.1.3 (*Gebiets- und Artenschutz*) sowie 4.5.1.4 (*Boden und Wasser*) des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird hierbei auf die Ziffern 1.8, 2.3, 3.9, 3.16, 4.5 und 5.6 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	geringem Eingriff in Natur und Landschaft Synergien schaffen und die Effizienz der Erneuerbaren Energiegewinnung in diesem Gebiet steigern und optimieren. Aus diesem und den folgenden Gründen begrüßen wir die Ausweisung der Fläche: Um die generelle Eignung für die Windenergienutzung zu prüfen, wurde die Planungsfläche im Hinblick auf die Ziele und Grundsätze des ersten Entwurfs der Teilfortschreibung des LEP 2024 sowie unter Berücksichtigung des Eckpunktepapiers (MIKWS, Dezember 2023) auf mögliche Konflikte untersucht: Die nachstehend angefügten Klammerwerte beziehen sich auf die Nomenklatur der Ziele und Grundsätze der Teilfortschreibung des LEP Teil Windenergie 2024. Ziele Die Planungsfläche weist keine Überschneidungen mit Zielen des ersten Entwurfs der Teilfortschreibung des LEP 2024 auf. Grundsätze • 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion (G01) Die Erweiterung des Abstandes um Siedlungsbereiche von 800 m auf vorliegend 1.000 m basiert hauptsächlich auf der fehlenden Vorbelastung durch Windenergienutzung in der näheren Umgebung und dem daraus resultierenden, höher zu gewichtenden siedlungsnahen Freiraumschutz. Die nächstgelegenen im Genehmigungsverfahren befindlichen WEA liegen in einem Abstand von ca. 800 m östlich der Planungsfläche. Sofern die Genehmigung für diese Anlagen erteilt wird, ist in diesem Bereich eine Vorbelastung durch WEA gegeben. Vor diesem Hintergrund wäre dem siedlungsnahen Freiraumschutz und daher auch dem vorliegenden Grundsatz eine geringere Gewichtung einzuräumen. • An- und Abflugbereiche sowie Hindernisbefeuerungsflächen von Flugplätzen (G07) Ein kleiner Teil (< 0,3 ha) der südwestlichen Planungsfläche wird vom An- und Abflugbereich bzw. von der Hindernisbefeuerungsfläche des Flugplatzes Kiel Holtenau (EDHK) überlagert. Dieser Bereich soll in der weiteren Planung von der Windenergienutzung freigehalten werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Regionale Grünzüge (G12) Entlang der Gemeindegrenze verläuft im Planungsbereich ein Teil der nordöstlichen Grenze eines regionalen Grünzuges. Die Vereinbarkeit der Anforderungen mit der Windenergienutzung ist ggf. in einer späteren Einzelfallprüfung im Rahmen der Regionalplanaufstellung bzw. auf Genehmigungsebene zu prüften und abzustimmen. Ein genereller Ausschluss der Fläche aufgrund dieses Grundsatzes sollte daher nicht erfolgen. • Kleinstbiotope (G16) Die im Planungsgebiet befindlichen Kleinstbiotope nehmen jeweils einen nur sehr geringen Teil der Fläche ein und sollen in Abstimmung mit Fachplanern von der Windenergienutzung freigehalten werden. • Talräume an natürlichen Gewässern und an erheblich veränderten Wasserkörpern (G24) Der Talraum entlang der Schinkeler Au, die von Ost nach Südwest das Planungsgebiet auf einer Länge von ca. 90 m durchquert, soll in Abstimmung mit Fachplanern von der Windenergienutzung freigehalten werden. Das Planungsgebiet befindet sich darüber hinaus in einem archäologischen Interessengebiet. Da hier mit einem erhöhten Aufkommen an archäologischen Denkmalen zu rechnen ist, bedürfen Erdarbeiten in diesen Bereichen der Abstimmung mit dem Archäologischen Landesamt. Ein genereller Ausschluss der Fläche erscheint vor diesem Hintergrund sowie der im Eckpunktepapier angeführten Absicht den Dankmalschutz zugunsten der Windenergienutzung geringer zu gewichten, nicht erforderlich. Zusammenfassend betrachtet, wird anhand der vorstehenden Einschätzungen deutlich, dass das Projekt einen wichtigen Beitrag zum Windenergieausbau in Schleswig-Holstein leisten kann. Die Vorprüfung der Ziele und Grundsätze hat ergeben, dass durch das geplante Vorhaben voraussichtlich nicht mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die betroffenen Belange zu rechnen ist und so zum jetzigen Zeitpunkt einer künftigen Ausweisung als Vorrangfläche nichts entgegensteht. Aufgrund des wichtigen Beitrags für den Ausbau sektorübergreifender Ressourcen und die Energiewende im Allgemeinen, sprechen wir uns für die Ausweisung der hier	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	beworbenen Fläche aus. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Amt Mittelangeln, FD IV Bauverwaltung **ID: 2003**	**Betreff:** LEP-Teilfortschreibung Windenergie an Land **Priorität:** Hoch hier: Stellungnahme der Gemeinde Mittelangeln. Sehr geehrte Damen und Herren, da es mir leider nicht gelungen ist über das Service-Portal meine Stellungnahme abzugeben, da ich trotz extra angelegtem Konto keinen Zugriff auf die Eingabemaske für Behörden erhalte, hier in aller Kürze meine Stellungnahme für die Gemeinde Mittelangeln: Wir begrüßen sehr, dass insbesondere an den Rändern unseres Gemeindegebietes nun auch seitens der Landesplanung mehr Möglichkeiten eröffnet werden sollen Windkraft zu nutzen. Wir haben aktuell durch einen Fachplaner eigens eine Potentialflächenanalyse erstellen lassen, welche die gemeindlichen Flächen insbesondere unter bau- und naturschutzrechtlichen Gesichtspunkten detaillierter betrachtet hat. Im Ergebnis haben wir **über Ihre Planungen hinausgehende geeignete Flächen** ermittelt, die ich bitte **ebenfalls in Ihre Planungen aufzunehmen**. Insbesondere bitten wir bei der Fortschreibung um die Aufnahme der in anhängender Karte dunkellila gekennzeichneten Flächen. Nur so haben wir künftig die Möglichkeit möglichst umfassend und flexibel für die Gemeinde Mittelangeln mit regenerativen Energien zu planen – auch beispielsweise vor dem Hintergrund der laufenden Wärmeplanung. Anbei erhalten Sie die entsprechende Karte. Gerne können wir Diese auch in anderen Formaten zur Verfügung stellen, damit Sie die Flächen entsprechend besser identifizieren und weiterverarbeiten können. Für Rückfragen stehe ich natürlich gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] Bürgermeisterin Gemeinde Mittelangeln	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2578	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. §	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. Die Ausführungen zu Stadt- und Umlandbereichen sowie Verdichtungsräumen werden zur Kenntnis genommen. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen.	trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. Zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel: Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen sind in der Nähe von Horststandorten windkraftsensibler Großvogelarten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. Folglich ist der absolute Ausschluss von Windenergieanlagen in den Umgebungsbereichen mittels eines Zieles der Raumordnung fachlich und rechtlich nicht geboten. Der Einsatz von Antikollisionssystemen ist derzeit nicht in jedem Fall fachlich geeignet oder technisch möglich um das Tötungsrisiko stets ausschließen zu können. Eine Ausweisung von Vorranggebieten unter alleiniger Annahme des Einsatzes eines Antikollisionssystems ist daher fachlich und rechtlich nicht möglich. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel angesetzten Umgebungsbereiche orientieren sich jetzt an den Angaben des BNatSchG (Anlage 1 Abschnitt 2 zu § 45b BNatSchG). Der Nahbereich wird durch ein neues Ziel der Raumordnung als freizuhaltender Bereich aufgenommen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 45 b bis d ausschließlich für die Ebene der Zulassungsverfahren. Das Kriterium „Seeadlerdichtezentrum“ wird beibehalten, denn aufgrund von überdurchschnittlich hoher Anzahl von Revieren ist von einem hohen Kollisionsrisiko mit WEA auszugehen. Eine Öffnung dieses Kriteriums ist naturschutzfachlich und planerisch auch im Lichte der eingegangenen Stellungnahmen nicht angezeigt. Eine Konfliktbewältigung durch Maßnahmen wird hier in der Regel nicht verhältnismäßig sein. Eine Erweiterung des

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw.	Dichtezentrums ist aus fachlicher Sicht ebenso nicht erforderlich, da es in der jetzigen Abgrenzung nach wie vor die höchste Revierdichte in Schleswig-Holstein abbildet und damit den Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung darstellt. Daran ändern auch vereinzelt hinzugekommen Brutplätze am Rande nichts. Der Schwarzstorch steht mit 5-7 Revieren kurz vor dem Aussterben in Schleswig-Holstein. Für erfolgreiche Bruten sind die Vögel auf freie Flugkorridore ohne Barrieren im Umfeld ihrer Brutplätze angewiesen. Die Funktion der Lebensstätte für erfolgreiche Bruten der wenigen Paare in Schleswig-Holstein kann daher nur gesichert werden, wenn der 2 km Umgebungsbereich frei von WEA bleibt. In den letzten Jahren ist der Kenntnisstand zur Brutverbreitung des Rotmilans deutlich gestiegen. Die Erkenntnisse zeigen, dass Rotmilanreviere in der Regel wiederbesetzt werden. Auch wenn nicht immer der exakt gleiche Horst genutzt wird, liegt der Wechselhorst oft in der unmittelbaren Nähe. Auch werden aktuell unbesetzte Horste in den Folgejahren wiederbesetzt. Insofern ist die Berücksichtigung der aktuellen Rotmilanbrutplätze artenschutzfachlich gerechtfertigt. Ergänzend wird zu diesem Kriterium auf die allgemeine Synopse, Ziffer 4.20.1 verwiesen. zu Wäldern und Umgebungsbereichen Die Raumordnung hat keine Verwerfungskompetenz gegenüber Landesrecht. Die Auffassung, dass die BVerfG-Entscheidung zum Waldgesetz Thüringen auf Schleswig-Holstein übertragbar sei, wird nicht geteilt. Der geringe Waldanteil in Schleswig-Holstein genießt schon per se einen höheren Schutzanspruch. Das Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf das Umwandlungsverbot für WEA nicht verfassungswidrig. Unabhängig davon wird ein Mindestabstand zum Wald von 30 m auch deshalb für notwendig erachtet, um die ökologische Funktion des Waldrandes mit den Wechselbeziehungen insbesondere von Fledermäusen und Vögeln ins Offenland nicht zu stark zu beeinträchtigen. Scheuch- und Störwirkungen sind in diesem Nahbereich auch bei ökologisch weniger wertvollen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil	Wäldern anzunehmen. Die Ausführungen zum Abstand zu Naturwäldern werden zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden nur Naturwälder i.S. des § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.2 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 6 G – Stadt- und Umlandbereiche sowie Verdichtungsräume Kapitel 4.5.1.1 Absatz 6 sieht als Grundsatz der Raumordnung vor, dass Stadt- und Umlandbereiche in ländlichen Räumen sowie Verdichtungsräume in den Ordnungsräumen Hamburg, Lübeck und Kiel bei der Festlegung von Windenergiegebieten zu berücksichtigen sind. Laut der Begründung B zu 6 könne ein Konflikt zwischen der Festlegung von Windenergiegebieten und den formulierten Entwicklungsschwerpunkten für diese Gebiete entstehen. Da die Ordnungsräume zu groß und zu pauschal ausgewiesen seien, um sie vollständig von einer Windenergienutzung auszuschließen, bedürfe es einer Einzelabwägung. Eine solche Einzelabwägung ist zu begrüßen. Dabei möchten wir betonen, dass in den Regionalplänen als Ziele der Raumordnung in Stadt- und Umlandbereichen bestimmter Zentraler Orte eine besondere Wohnfunktion beziehungsweise besondere Gewerbefunktion vorgesehen ist. Insbesondere in Randbereichen dieser Stadt- und Umlandbereiche unter Einhaltung entsprechender Abstände muss aber weiterhin eine Festlegung von Windenergiegebieten möglich sein. Es liegt insofern kein entgegenstehendes Ziel der Raumordnung vor, weil eine solche Festlegung von Windenergiegebieten auch die Stadt- und Umlandbereiche mit der besonderen Wohnfunktionen beziehungsweise Gewerbefunktion nicht maßgeblich einschränkt. Diese jeweilige Funktion kann weiterhin erfüllt werden und muss für die als Stadt- und Umlandbereich genannten Gemeinden nicht in jeder Ortsrandlage zu einer entsprechenden Ausdehnung der Gemeinde führen. 1.3 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope 1.3.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. 1.3.2 Kleinstbiotope Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte. 1.4 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G soll um Brutplätze von vier genannten windkraftsensiblen Großvogelarten in einem jeweils angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Dies sind für den Seeadler 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), für den Schwarzstorch 2.000 Meter, für den Weißstorch 1.000 Meter und für den Rotmilan 1.500 Meter. Wenn im jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt, solle in der Abwägung geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist. Zusätzlich könne bei Weißstorch- und Rotmilan-Brutplätzen einzelfallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden können. In der Begründung B zu 17 wird auf ein erhöhtes Kollisionsrisiko im Horstumfeld von Seeadlern, Weißstörchen und Rotmilanen Bezug genommen. Für Schwarzstörche bestünde ein ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe bestehe (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Der Abstandsradius beim Seeadler wird auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG zurückgeführt. Für den Weißstorch und den Rotmilan wird zwischen einem engen und weiten Radius differenziert, wobei gelte: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Weiter wird auf abwägungsrelevante Aspekte bei bestehenden	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Windparks innerhalb bestimmter Umgebungsbereiche verwiesen (Übernahme, nachträgliche Ansiedlung, vorhandene Vorbelastung, Repowering). Zu den einzeln genannten windkraftsensiblen Großvögeln ist folgendes festzuhalten und deshalb Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G sowie die diesbezügliche Begründung entsprechend anzupassen, damit eine rechtmäßige Anwendung und Abwägung dieses Grundsatzes der Raumordnung bei der Ausweisung von Windenergiegebiete in den Regionalplänen erfolgt: 1.4.1 Allgemein Es ist zunächst zu begrüßen, dass die Schutzbereiche um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln teilweise reduziert wurden und insgesamt der Abwägung zugänglich sind. Es ist jedoch sehr problematisch, dass Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G die angegebenen Umgebungsbereiche zum Regelfall erklärt, sodass nur im Kontext von Vorbelastungen (bereits bestehende raumbedeutsame WEA bzw. ergangene Genehmigungen) ein Unterschreiten möglich sein solle. Damit wird der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit einer Zielausnahme i.S.d. § 6 Abs. 1 ROG formuliert, was zu korrigieren ist, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, es fehlten hinreichende Daten für eine Zielfestlegung, was aber nun zur verkappten und nur scheinbar abwägungsoffenen Festlegung als Grundsatz der Raumordnung führte. Zudem verwundert der Ansatz, wonach nicht durchgehend die Prüfabstände aus der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG übernommen wurden und fast jegliche Rechtfertigung für die pauschal angenommenen Abstände bei windkraftsensiblen Großvogelarten fehlt. Allein zum Seeadler findet sich ein Bezug auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG. Bei den weiteren kollisionsgefährdeten Arten wird die gesetzliche Vorgabe ignoriert und der abweichend gewählte Abstandsradius nicht gerechtfertigt. Dabei ist im Nachgang zum verfassungsrechtlichen Handlungsauftrag, den das BVerfG formuliert hat (BVerfG, Beschluss vom 23. Oktober 2018 – 1 BvR 2523/13 –, BVerfGE 149, 407-421), der Bundesgesetzgeber tätig geworden und hat mit § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG verbindliche Maßstäbe für die Bewertung, wann nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, festgelegt. Sofern die Landesplanungsbehörde hiervon abweichen und weitergehende Abstände als den	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG berücksichtigen möchte, so fehlt es an einer entsprechenden Rechtfertigung hierfür. Gesetzgeberische Intention war es gerade, bundesweit einheitliche Abstandsregelungen, die der dafür legitimierte Gesetzgeber vorgibt, zu setzen. Insofern sind die vorgesehenen Abstandsradien unbedingt auf den jeweiligen Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG anzupassen oder dieser zumindest gemeinsam mit dem zentralen Prüfbereich abwägend zu berücksichtigen. Hierauf wird zu den einzelnen Arten noch eingegangen. 1.4.2 Seeadler Zunächst einmal ist zu begrüßen und zu befürworten, die Seeadler im Rahmen eines abwägungsoffenen Grundsatzes der Raumordnung zu betrachten. Entsprechend kann das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen (vgl. dazu Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.) aufgehoben und in den vorliegenden Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 etwa mit einer besonderen Gewichtung des Seeadlerschutzes im dargestellten Dichtezentrum überführt werden. Der gesetzlich vorgesehene Schutzstatus würde damit beibehalten bleiben. Angesichts der weiten Verbreitung der Art, fehlender artenschutzrechtlicher Ansätze für die Freihaltung des Dichtezentrums sowie methodischer Zweifel für deren Abgrenzung auch vor dem Hintergrund der neuen bundesgesetzlichen Bewertung drängt sich diese Vorgehensweise auf und erhöht die Rechtssicherheit durch Aufgabe des Ziels der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7. Allerdings ist der Abstandsradius für den Seeadler auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.4.1). Zwar ist für den Seeadler zuzugestehen, dass die in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) für den Seeadler nach der gesetzlichen Regelung noch nicht als wirksam angesehen werden oder phänologiebedingte Abschaltungen zu umfangreich wären. Allerdings hat sich die Sachlage gegenüber der zum Zeitpunkt der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) fortentwickelt und es liegt ein auch vom Landesamt für Umwelt Schleswig-Holstein mittlerweile für den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Seeadler anerkanntes Antikollisionssystem vor. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Seeadlerbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Damit plant die Landesplanungsbehörde nicht in eine Konfliktlage hinein, sondern berücksichtigt die bundesgesetzgeberische Intention, wenn lediglich der Nahbereich von 500 m freigehalten wird. Jedenfalls aber muss eine Differenzierung in 500 Meter (Nahbereich) und 2.000 Meter (Zentraler Prüfbereich) vorgesehen werden, sodass im zentralen Prüfbereich abwägend auch außerhalb der aktuell engen Begrenzung auf Fälle mit Vorbelastung eine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden kann. 1.4.3 Schwarzstorch Die Aufnahme eines Abstandsradius für den Schwarzstorch wird mit Bezugnahme auf den „Schutz der Lebensstätte gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 2 Nummer 3 BNatSchG“ begründet (B zu 17). Da die Landesplanungsbehörde auch § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG in Bezug nimmt, wonach ein Verstoß gegen das Verbot nach dem ebenfalls zitierten § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht vorliegt, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird, ist davon auszugehen, dass im Einzelfall im Rahmen der Abwägung auch innerhalb des 2.000 Meter-Radius Windenergiegebiete ausgewiesen werden können. Entscheidend ist dann nur, ob diese im Bereich von essentiellen Habitaten des Schwarzstorchs liegen, welche nach der Begründung „alte, geschlossene Waldstrukturen mit Still- und Fließgewässern“ (B zu 17) sind. Dies ist bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in den Regionalplänen zu berücksichtigen. Selbst bei einer Betroffenheit solcher Habitate würde im nachfolgenden Genehmigungsverfahren die Möglichkeit nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG bestehen, das Zugriffsverbot durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) zu bewältigen. Weiter ist für die zugrundeliegende rechtliche Bewertung folgendes zu beachten und der aktuell vorgesehene Abstandsradius anzupassen:	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist es verboten, wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. Die in § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG zum Ausdruck kommende populationsbezogene Bestimmung der Erheblichkeitsschwelle steht mit Art. 12 Abs. 1 Buchst. b FFH-RL in Einklang, der einen art- bzw. populationsbezogenen Schutzansatz verfolgt (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328). Das Vorliegen einer Störung i.S.d. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG setzt aber zunächst voraus, dass es überhaupt zu einer unmittelbaren oder mittelbaren Einwirkung auf die geschützten Tiere kommt, die bei diesen eine Verhaltensänderung bewirkt. So gilt etwa: „bei der schlichten Beseitigung von Flächen, die bislang als Nahrungsgrundlage genutzt worden sind, und bei vegetationsverändernden Immissionen fehlt es nämlich an einer zwanghaften Einwirkung auf das natürliche Verhalten der Tiere, das nach dem Wortsinn als Störung zu werten ist.“ (BVerwG, Urteil vom 14. April 2010 – 9 A 5/08 –, BVerwGE 136, 291-332, Rn. 118). „Der Störungstatbestand kann vor allem durch bau- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen der geschützten Tierarten in Gestalt von akustischen und optischen Störwirkungen, aber auch durch Trennwirkungen erfüllt werden, die von der vorgesehenen Trasse ausgehen.“ (BVerwG, Urteil vom 7. Juli 2022 – 9 A 1/21 –, BVerwGE 176, 94-130, Rn. 111 m.w.N.). Insofern muss sich die Auslegung der bundesgesetzlichen Vorschrift des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG daran messen lassen, ob überhaupt eine Störung im vorgenannten Sinne bei vorgesehenen Schutzabständen vorliegt. Zudem finden in der naturschutzfachlichen Praxis die planerisch zu berücksichtigenden Fluchtdistanzen von Vogelarten Anwendung, nach Gassner et al. 2010 (Gassner/Winkelbrandt/Bernotat, UVP und strategische Umweltprüfung – Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltprüfung, 5. Auflage 2010, S. 192 ff.; Bernotat, Vorschlag zur Bewertung der Erheblichkeit von Störwirkungen auf Vögel mit Hilfe planerischer Orientierungswerte für Fluchtdistanzen, in: Bernotat/Dierschke/Grunewald, Bestimmung der Erheblichkeit und Beachtung von Kumulationswirkungen in der FFH-Verträglichkeitsprüfung, Naturschutz und Biologische Vielfalt 160 (2017), S. 157-171). Diese sehen für den Schwarzstorch eine Fluchtdistanz von 500 m vor. Selbst wenn diese für Windenergieanlagen vergrößert werden müsste, so dürften keine naturschutzfachlichen Nachweise bestehen, um den sechsfachen Abstand zu rechtfertigen. Auch wenn die Landesplanungsbehörde nicht auf das Störungsverbot rekurriert, so wird jedenfalls deutlich, dass der aktuelle Abstandsradius	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sich mit diesem Zugriffsverbot nicht rechtfertigen ließe. Dies ist gleichermaßen hinsichtlich des Schädigungsverbots zu konstatieren. Es verbietet nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Erfolgt der Zugriff im Zuge eines nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffs in Natur und Landschaft, so scheidet ein Verstoß gegen das Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG aus, soweit die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Um dies zu gewährleisten, können nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden (sog. CEF-Maßnahmen). Im Anwendungsbereich des § 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG hat die Verbotsprüfung demnach zweistufig zu erfolgen: Auf der ersten Stufe stellt sich die Frage, ob auf eine geschützte Lebensstätte mit einer der genannten Tathandlungen eingewirkt wird. Trifft dies zu, so sind auf der zweiten Stufe die Konsequenzen in den Blick zu nehmen, die damit für die von der betroffenen Lebensstätte für die sie nutzenden Tiere erfüllte Funktion verbunden sind (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328, Rn. 37 - 38 m.w.N.). Unabhängig von der umstrittenen Frage, wie weit der Schutz des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG geht – einerseits nur direkte Einwirkungen auf die Fortpflanzungs- und Ruhestätte (bspw. Horst) oder andererseits (so tendenziell BVerwG, Urteil vom 12. August 2009 – 9 A 64/07 –, BVerwGE 134, 308-335, Rn. 68; BVerwG, Urteil vom 28. März 2013 – 9 A 22/11 –, BVerwGE 146, 145-175, Rn. 148) auch das weitere Umfeld der eigentlichen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte, sofern es elementar für den Reproduktionserfolg oder die Rast ist – liegt jedenfalls keine Beschädigung oder Zerstörung bei Abständen von 2 km vor. All dies verdeutlicht, dass es zu einer angemessenen Reduzierung des vorsorglichen Schutzabstands zu Schwarzstorchhorste kommen muss, wobei sich ein Abstand von 1.500 Metern zunehmend durchsetzt und weiterhin Vorsorgeaspekte berücksichtigt. Der von der Landesplanungsbehörde vorgesehene Umgebungsbereich von 2.000 Metern wird demgegenüber nicht belegt (anders als etwa die Bezugnahme auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG). 1.4.4 Weißstorch Der Abstandsradius für den Weißstorch ist auf 500 Meter zu verringern, um der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.4.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Weißstorch zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Weißstorchbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nur den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf 750 Meter zu Weißstorchhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 750 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 750 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. 1.4.5 Rotmilan Zunächst ist festzustellen, dass die Berücksichtigung von Rotmilanbrutplätzen in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G ungeeignet ist und die Auswahl der windkraftsensiblen Großvogelarten auch gar keine Rechtfertigung erfahren hat. Für den Rotmilan kann das auch nicht gelingen. Während sich die Vorgehensweise für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze bei einer Anpassung der Radien und echten Offenheit für eine abwägende Einzelfallprüfung erschließt, ist die Herangehensweise in Bezug auf Rotmilanbrutplätze fehlerhaft. So führte das landeseigene aktualisierte Fachpapier aus: „Allerdings wird diese Art nicht alljährlich landesweit erfasst und es gibt häufiger Horstwechsel, so dass die Daten oft nur einen ersten Hinweis auf ein Rotmilanvorkommen im Planungsraum geben.“ (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Wind-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	energieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016, S. 7). Naturschutzfachlich ist bestätigt, dass der Rotmilan gegenüber dem Seeadler eine deutlich geringere Brutplatzkonstanz aufweist. Eine zwischen den Jahren variable Besiedlung der Landschaft (Wechsel der Horst Standorte oder auch Nicht-Wiederbesiedlung von Waldstücken) tritt daher häufig auf (z.B. Mammen et al., Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt. Bericht des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Heft 5/2014). So berichtet Schmude, dass bei einer Rotmilankartierung in Mecklenburg-Vorpommern 75 % der im Folgejahr erneut kontrollierten Horste nicht mehr besetzt waren, insgesamt 49 von 65 Horsten (Schmude, Protokoll der 16. Sitzung der Bund-Länder-Initiative Windenergie (BLWE) am 22.09.2014; nachvollziehbar bei Scheller/Vökler/Güttner, OAMV e.V., Rotmilankartierung 2011/2012 in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 09.02.2014). Die Variabilität ist dadurch begründet, dass der Rotmilan als Zugvogel (auch unter Berücksichtigung möglicher Verluste auf dem Zugweg) erst relativ spät im Jahr ins angestammte Brutrevier zurückkehrt und nicht selten einen neuen Horst bauen muss, weil der Althorst bereits durch andere Arten (Konkurrenten um geeignete Horstbäume bzw. vorhandene Horste z.B. Mäusebussard, Kolkrabe u.a.) besetzt wurde. Auch baut der Rotmilan in der Regel eher kleinere und nicht so stabile Horste, so dass diese leichter als z.B. langjährig genutzte und entsprechend ausgebaute Seeadler-Horste durch Winterstürme zerstört werden können. Diese autökologischen Aspekte der Biologie des Rotmilans bedingen, dass zwar in der Regel die Reviere wiederbesetzt werden, aufgrund der Variabilität die Lage der Horststandorte aber nur schwer vorhersagbar ist. Wird nunmehr aber auf dieser Grundlage eine Potenzialfläche im 1.500 Meter- oder 1.000 Meter-Radius (zu den falschen Abständen vgl. nachfolgend) um einen aktuell nachgewiesenen Standort eines Rotmilanhorsts gestrichen, so werden diese naturschutzfachlichen Grundlagen zur sehr geringen Horsttreue missachtet. Dies kann dazu führen, dass durch den Horstwechsel die Potenzialfläche bereits beim Inkrafttreten des Regionalplans nicht mehr durch den Rotmilanhorst beeinträchtigt würde. Zudem ist es vor dem Hintergrund des nach § 5 Abs. 1 Satz 4 LaplaG vorgesehenen Planungszeitraums der Regionalpläne von fünfzehn Jahren, also voraussichtlich bis 2040, abwägungsfehlerhaft, eine Art mit sehr geringer Brutplatzkonstanz heranzuziehen, um in der Abwägung Potenzialflächen bis ins Jahr 2040 zu streichen. Soll auf der höherstufigen Planungsebene bereits eine weitgehende Aussage mit	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abwägungsdirektiven, wie aktuell in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G vorgesehen, getroffen werden, geht dies mit dem Erfordernis einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte einher als wenn – auch im Rahmen der Abwägung – keine konkreten Zielaussagen getroffen werden. Dabei können sich die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der Abwägungsvorgang selbst den Anforderungen an die Abwägung bei Fachplanungen annähern, je enger das Ziel und der damit vorgegebene Rahmen sind (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Soweit durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 Potenzialflächen ausgeschlossen werden sollen, bedarf es für die herangezogenen Tierarten eine landesweite Kenntnis von Horststandorten. Nur dann liegt eine für diese Zwecke ausreichende Bestandsaufnahme vor (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53), die den Anforderungen an Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte genügt. Dies gilt umso mehr, weil die Zuordnung zur Streichung von Gebieten im Rahmen der Abwägung ohne vorhandene umfangreiche Raumnutzungsanalyse faktisch zu einem Ziel der Raumordnung erhoben wird, was an sich bereits fragwürdig ist. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn dies im Sinne einer Beweislastumkehr auf die Öffentlichkeit, insbesondere die Vorhabenträger, als Anforderung verlagert wird. Während die rechtlich erforderlichen landesweiten Kenntnisse für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze wohl vorliegen dürften, gibt es eine solche hinreichende Bestandsaufnahme und Erkenntnislage für Rotmilanbrutplätze nicht. Es wäre im Übrigen auf Grund der vorstehend beschriebenen fehlenden Brutplatztreue wohl auch problematisch, eine aktuelle bzw. dem Bedarf der Regionalplanung – schließlich handelt es sich um ein Verfahren über viele Monate und einen Plan, der mehrere Jahre gelten soll – entsprechende Bestandsaufnahme zu erhalten. Jedenfalls für die Art Rotmilan sollte die Landesplanungsplanungsbehörde unbedingt auf die nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verweisen, die sowohl die sehr geringe Brutplatzkonstanz als auch die für die Bewertung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG maßgeblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen (Abschaltung, Ablenkflächen, etc.) besser und abwägungsfehlerfrei berücksichtigen können. Dabei wird nicht in eine unüberwindbare Verbotslage hineingeplant, weil § 45b BNatSchG in Einzelfällen letztendlich auch noch über die artenschutzrechtliche Ausnahme immer eine Genehmigungsfähigkeit bei einer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Betroffenheit des Rotmilans ermöglicht. Sofern die Landesplanungsbehörde den Rotmilan nicht schon in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G als ausgewählten windkraftsensiblen Großvogel aufgrund der vorstehenden Ausführungen streicht und damit Rechtsfehler vermeidet, so hat in jedem Fall eine Anpassung der dortigen Abstandsradien für die Art zu erfolgen. Es ist nicht nachvollziehbar und kann auch nicht begründet werden – wenig überraschend verhält sich die Begründung B zu 17 deshalb auch überhaupt nicht dazu – wieso für den Rotmilan ein Umgebungsbereich von 1.500 Metern angenommen wird. Es kann im Rahmen der Festlegung nicht über den zentralen Prüfbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG hinausgegangen werden und zugleich für das Zugriffsverbot das erhöhte Kollisionsrisiko für den Rotmilan als Begründung herangeführt werden. Schließlich hat der Bundesgesetzgeber für den erweiterten Prüfbereich eine Beweislastumkehr eingeführt und in § 45b Abs. 4 Satz 1 BNatSchG festgelegt, dass in der Regel das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare dann nicht signifikant erhöht ist. Es ist sehr widersprüchlich dazu, dass die Landesplanungsbehörde abstrakt über § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG hinausgehend beim Rotmilan 1.500 Meter, anstatt 1.200 Meter vorsieht (vgl. allgemein bereits 1.4.1). Auffallend ist, dass nur für den Rotmilan der Radius nicht an Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG angepasst wurde, sondern stattdessen an den Abständen des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) ohne weitere Begründung festgehalten wird. Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. In jedem Fall ist der Abstandsradius auf 1.200 Meter zu reduzieren. Unabhängig davon ist der Abstandsradius für den Rotmilan jedoch sogar auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.4.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Rotmilan zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Es sind aber auch schon Antikollisionssysteme für den Rotmilan in Schleswig-Holstein anerkannt. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Rotmilanbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nicht einmal den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf nur 1.000 Meter zu Rotmilanhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 1.000 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen rechtlich überholten (vgl. vorstehende Ausführungen) gesamträumlichen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 1.000 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. 1.5 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z – Wälder und Umgebungsbereiche Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. Weiter sind nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen. Dies wird mit dem niedrigen Waldanteil in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt, dem Ziel der Landesregierung zur weiteren Erhöhung des Waldanteils, und dem gesetzlichen Verbot des § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG begründet (B zu 6 zu (1)). Eine Zulassung der Waldumwandlung sei wegen der Seltenheit, der besonderen Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz sowie des Landschaftsbildes bei Prägung durch Waldkulissen nicht vertretbar. Weiter wird auf § 24 LWaldG, der einen gesetzlichen Waldabstand vorsieht, und § 2 Abs. 1 LWaldG, der die Mindestgröße von einem Hektar als Waldfläche vorsieht, verwiesen. Bei Naturwäldern wird in der Begründung B zu 6 zu (2) auf deren nach § 14 LWaldG besondere ökologische Funktionen Bezug genommen. Der weitergehende Abstand von 100 Metern wird mit den Waldrändern von Naturwäldern als Schnittstelle zum Offenland, die häufig sehr artenreich seien und einen wichtigen Rückzugsraum darstellten, begründet. Naturwälder seien in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt. Darüber hinaus seien weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Das fortgeltende Verbot der Waldumwandlung zur Errichtung von WEA (§ 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG) und der pauschale Waldabstand von 30 Metern (§ 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG) sind vor dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung des BVerfG zweifelhaft. So hat das BVerfG die Regelung in Thüringen „Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ (§ 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) als nicht gerechtfertigte Inhalts- und Schrankenbestimmung, welche in das Eigentumsrecht der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer eingreift, angesehen, weil das Gesetz formell verfassungswidrig ist, da dem Freistaat Thüringen für die angegriffene Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlt (BVerfG, 27.09.2022 - 1 BvR 2661/21 -, BVerfGE 163, 1-42, Rn. 14). § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG lautet beinahe identisch („Die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von mehr als 10 Metern ist unzulässig.“) und die Entscheidungsgründe des BVerfG sind übertragbar. Auch das OVG Schleswig-Holstein hat diesbezügliche Bedenken bereits deutlich geäußert, wenngleich dies noch nicht entscheidungserheblich war (OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21 -, juris Rn. 51). Insofern sollte die Landesplanungsbehörde zur Vermeidung der Berufung auf eine verfassungswidrige Vorschrift unbedingt auf Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) verzichten und selbst bei einem planerischen Freihalten der Waldflächen jedenfalls nicht noch zusätzlich einen Abstand von 30 Metern vorsehen. Letzteres gilt insbesondere auch deshalb, weil WEA mit entsprechenden Feuerlöschsystemen nicht mit den in § 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG genannten Schutzzwecken im Widerspruch stehen und insofern auch unter Berücksichtigung der Wertung des § 2 EEG die Unterschreitung des Waldabstands zugelassen werden kann. Dies gilt noch mehr vor dem Hintergrund, dass durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) die Referenzanlage (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern vom Turmmittelpunkt und damit der baulichen Anlage sowieso 75 Meter Abstand zum Waldrand einhalten wird und der untere Rotordurchlauf bei 50 Metern beginnen wird, weshalb die Schutzzwecke in dieser Höhe keine maßgebliche Relevanz mehr haben werden. Vorzugswürdig und durch das BVerfG angelegt ist jedoch, dass allein die nach §§ 14 f. LWaldG aufgrund ihrer ökologischen Funktion, ihrer Lage oder auch wegen ihrer Schönheit schutzwürdig und -bedürftigen Wälder von der Windenergienutzung ausgenommen werden, wofür der Landesgesetzgeber allein auch eine Gesetzgebungskompetenz hat. Insofern ist allein Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) zu befürworten und auf weitergehende Abstände zu verzichten. Allerdings muss zum Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) angemerkt werden, dass	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	rechtsfehlerhaft ist, wenn neben den explizit nach §§ 14 f. LWaldG erklärten Naturwäldern, die in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt sind, weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen sein sollen. Sofern damit gemeint sein sollte, dass weitere nach den gesetzlichen Regelungen des §§ 14 f. LWaldG erklärte Naturwälder (Verordnungen nach § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG) zu berücksichtigen sind, wäre das rechtlich zulässig. Darüber hinausgehende allein fachlich eingeschätzte „Naturwälder“ können keine Berücksichtigung finden, weil sie nicht nach dem Verfahren des § 15 LWaldG zustande kamen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Institution: Eigentümergemeinschaft Bekmünde ID: M2577	**Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR3_STE_053** Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit	der Begründung geprüft worden. zu bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes: Freileitungen und erdkabelgebundene Infrastrukturen werden einerseits grundsätzlich erst ab einer bestimmten Spannungsebene überhaupt als Abwägungsbelang berücksichtigt. Damit werden Infrastrukturen unter 110 kV von vornherein nur auf der Zulassungsebene berücksichtigt. Höhere Spannungsebenen haben jedoch weitergehende räumliche Auswirkungen, die sich insbesondere bei Randlagen innerhalb von Vorranggebieten ergeben können. Gemeint sind Potenzialflächenteile, die aufgrund der Durchschneidung von einer Freileitung zu klein oder zu schmal werden, um eine WEA zu errichten. Insofern soll auch hier die Nutzbarkeit von Vorranggebieten im Rahmen der Abwägung geprüft werden. Gerade geplante Infrastrukturen bedürfen einer sorgfältigen Abwägung, da hier noch kein faktischer Bestand vorhanden ist. Dabei lediglich auf gesetzlich plangesicherte Vorhaben abzustellen, verkennt die Tatsache, dass gerade die Leitungsinfrastruktur erforderlich ist, um den durch die Windenergieanlagen erzeugten Strom abzuführen. Da durch den Zubau an Windenergieanlagen auch ein Ausbau der Netzinfrastruktur einhergeht, ist diese zusätzliche Infrastruktur hinreichend zu berücksichtigen. zu Wäldern und Umgebungsbereichen: Die Raumordnung hat keine Verwerfungskompetenz gegenüber Landesrecht. Die Auffassung, dass die BVerfG-Entscheidung zum Waldgesetz Thüringen auf Schleswig-Holstein übertragbar sei, wird nicht geteilt. Der geringe Waldanteil in Schleswig-Holstein genießt schon per se einen höheren Schutzanspruch. Das Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf das Umwandlungsverbot für WEA nicht verfassungswidrig. Unabhängig davon wird ein Mindestabstand zum Wald von 30 m auch deshalb für notwendig erachtet, um die ökologische Funktion des Waldrandes mit den Wechselbeziehungen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine	insbesondere von Fledermäusen und Vögeln ins Offenland nicht zu stark zu beeinträchtigen. Scheuch- und Störwirkungen sind in diesem Nahbereich auch bei ökologisch weniger wertvollen Wäldern anzunehmen. Die Ausführungen zum Abstand zu Naturwäldern werden zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden nur Naturwälder i.S. des § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG. nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. Folglich ist der absolute Ausschluss von Windenergieanlagen in den Umgebungsbereichen mittels eines Zieles der Raumordnung fachlich und rechtlich nicht geboten. Der Einsatz von Antikollisionssystemen ist derzeit nicht in jedem Fall fachlich geeignet oder technisch möglich um das Tötungsrisiko stets ausschließen zu können. Eine Ausweisung von Vorranggebieten unter alleiniger Annahme des Einsatzes eines Antikollisionssystems ist daher fachlich und rechtlich nicht möglich. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel angesetzten Umgebungsbereiche orientieren sich jetzt an den Angaben des BNatSchG (Anlage 1 Abschnitt 2 zu § 45b BNatSchG). Der Nahbereich wird durch ein neues Ziel der Raumordnung als freizuhaltender Bereich aufgenommen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 45 b bis d ausschließlich für die Ebene der Zulassungsverfahren. Das Kriterium „Seeadlerdichtezentrum“ wird beibehalten, denn aufgrund von überdurchschnittlich hoher Anzahl von Revieren ist von einem hohen Kollisionsrisiko mit WEA auszugehen. Eine Öffnung dieses Kriteriums ist naturschutzfachlich und planerisch auch im Lichte der eingegangenen Stellungnahmen nicht angezeigt. Eine Konfliktbewältigung durch Maßnahmen wird hier in der Regel nicht verhältnismäßig sein. Eine Erweiterung des Dichtezentrums ist aus fachlicher Sicht ebenso nicht erforderlich, da es in der jetzigen Abgrenzung nach wie vor die höchste

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt:	Revierdichte in Schleswig-Holstein abbildet und damit den Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung darstellt. Daran ändern auch vereinzelt hinzugekommen Brutplätze am Rande nichts. Der Schwarzstorch steht mit 5-7 Revieren kurz vor dem Aussterben in Schleswig-Holstein. Für erfolgreiche Bruten sind die Vögel auf freie Flugkorridore ohne Barrieren im Umfeld ihrer Brutplätze angewiesen. Die Funktion der Lebensstätte für erfolgreiche Bruten der wenigen Paare in Schleswig-Holstein kann daher nur gesichert werden, wenn der 2 km Umgebungsbereich frei von WEA bleibt. In den letzten Jahren ist der Kenntnisstand zur Brutverbreitung des Rotmilans deutlich gestiegen. Die Erkenntnisse zeigen, dass Rotmilanreviere in der Regel wiederbesetzt werden. Auch wenn nicht immer der exakt gleiche Horst genutzt wird, liegt der Wechselhorst oft in der unmittelbaren Nähe. Auch werden aktuell unbesetzte Horste in den Folgejahren wiederbesetzt. Insofern ist die Berücksichtigung der aktuellen Rotmilanbrutplätze artenschutzfachlich gerechtfertigt. Ergänzend wird zu diesem Kriterium auf die allgemeine Synopse, Ziffer 4.20.1 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. **1.2 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 10 G – Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 10 G soll der Schutz der bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes bei der Ausweisung von Windenergiegebieten Berücksichtigung finden. In der Begründung B zu 10 wird auf Empfehlungen der Bundesnetzagentur gemäß DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4):2016-04 als Abstände von WEA zu Hochspannungsfreileitungen Bezug genommen. Entsprechende Schutzabstände sind in der Planungs- und Genehmigungspraxis von WEA bekannt und bewältigbar, zumal selbst eine Unterschreitung der Schutzabstände zunächst auch eine vertikale Prüfung nach sich zieht und dann jedenfalls bei Einsatz von schwingungsdämpfenden Maßnahmen zulässig ist. Insofern besteht kein unüberwindbares Genehmigungshindernis, welches die Ausnutzung eines Windenergiegebietes gänzlich in Frage stellen könnte. Dies verdeutlicht auch eine beispielhafte Berechnung auf Grundlage dieser Standardisierungsnorm. Die planerisch maßgebliche Referenzanlage hat einen Rotordurchmesser von 150 Meter (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G). Hoch- und Höchstspannungsnetzes Berücksichtigung finden sollen. Dies kann nur für entsprechend verfestigte Planungen gelten, für welche die gesetzlichen Regelungen (EnWG, NABEG) entsprechende Plansicherungsinstrumente vorsehen und diese auch im konkreten Fall Anwendung finden (§ 16 NABEG, § 44a EnWG).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.3 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z – Wälder und Umgebungsbereiche Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. Weiter sind nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen. Dies wird mit dem niedrigen Waldanteil in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt, dem Ziel der Landesregierung zur weiteren Erhöhung des Waldanteils, und dem gesetzlichen Verbot des § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG begründet (B zu 6 zu (1)). Eine Zulassung der Waldumwandlung sei wegen der Seltenheit, der besonderen Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz sowie des Landschaftsbildes bei Prägung durch Waldkulissen nicht vertretbar. Weiter wird auf § 24 LWaldG, der einen gesetzlichen Waldabstand vorsieht, und § 2 Abs. 1 LWaldG, der die Mindestgröße von einem Hektar als Waldfläche vorsieht, verwiesen. Bei Naturwäldern wird in der Begründung B zu 6 zu (2) auf deren nach § 14 LWaldG besondere ökologische Funktionen Bezug genommen. Der weitergehende Abstand von 100 Metern wird mit den Waldrändern von Naturwäldern als Schnittstelle zum Offenland, die häufig sehr artenreich seien und einen wichtigen Rückzugsraum darstellten, begründet. Naturwälder seien in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt. Darüber hinaus seien weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen. Das fortgeltende Verbot der Waldumwandlung zur Errichtung von WEA (§ 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG) und der pauschale Waldabstand von 30 Metern (§ 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG) sind vor dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung des BVerfG zweifelhaft. So hat das BVerfG die Regelung in Thüringen „Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ (§ 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) als nicht gerechtfertigte Inhalts- und Schrankenbestimmung, welche in das Eigentumsrecht der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer eingreift, angesehen, weil das Gesetz formell verfassungswidrig ist, da dem Freistaat Thüringen für die angegriffene Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlt (BVerfG, 27.09.2022 - 1 BvR 2661/21 -, BVerfGE	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	163, 1-42, Rn. 14). § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG lautet beinahe identisch („Die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von mehr als 10 Metern ist unzulässig.“) und die Entscheidungsgründe des BVerfG sind übertragbar. Auch das OVG Schleswig-Holstein hat diesbezügliche Bedenken bereits deutlich geäußert, wenngleich dies noch nicht entscheidungserheblich war (OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21 -, juris Rn. 51). Insofern sollte die Landesplanungsbehörde zur Vermeidung der Berufung auf eine verfassungswidrige Vorschrift unbedingt auf Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) verzichten und selbst bei einem planerischen Freihalten der Waldflächen jedenfalls nicht noch zusätzlich einen Abstand von 30 Metern vorsehen. Letzteres gilt insbesondere auch deshalb, weil WEA mit entsprechenden Feuerlöschsystemen nicht mit den in § 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG genannten Schutzzwecken im Widerspruch stehen und insofern auch unter Berücksichtigung der Wertung des § 2 EEG die Unterschreitung des Waldabstands zugelassen werden kann. Dies gilt noch mehr vor dem Hintergrund, dass durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) die Referenzanlage (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern vom Turmmittelpunkt und damit der baulichen Anlage sowieso 75 Meter Abstand zum Waldrand einhalten wird und der untere Rotordurchlauf bei 50 Metern beginnen wird, weshalb die Schutzzwecke in dieser Höhe keine maßgebliche Relevanz mehr haben werden. Vorzugswürdig und durch das BVerfG angelegt ist jedoch, dass allein die nach §§ 14 f. LWaldG aufgrund ihrer ökologischen Funktion, ihrer Lage oder auch wegen ihrer Schönheit schutzwürdig und -bedürftigen Wälder von der Windenergienutzung ausgenommen werden, wofür der Landesgesetzgeber allein auch eine Gesetzgebungskompetenz hat. Insofern ist allein Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) zu befürworten und auf weitergehende Abstände zu verzichten. Allerdings muss zum Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) angemerkt werden, dass rechtsfehlerhaft ist, wenn neben den explizit nach §§ 14 f. LWaldG erklärten Naturwäldern, die in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt sind, weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen sein sollen. Sofern damit gemeint sein sollte, dass weitere nach den gesetzlichen Regelungen des §§ 14 f. LWaldG erklärte Naturwälder (Verordnungen nach § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG) zu berücksichtigen sind, wäre das rechtlich zulässig. Darüber hinausgehende allein fachlich eingeschätzte „Naturwälder“ können keine Berücksichtigung finden, weil sie nicht nach dem Verfahren des § 15	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	LWaldG zustande kamen. **1.4 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel** Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G soll um Brutplätze von vier genannten windkraftsensiblen Großvogelarten in einem jeweils angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Dies sind für den Seeadler 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), für den Schwarzstorch 2.000 Meter, für den Weißstorch 1.000 Meter und für den Rotmilan 1.500 Meter. Wenn im jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt, solle in der Abwägung geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist. Zusätzlich könne bei Weißstorch- und Rotmilan-Brutplätzen einzelfallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden können. In der Begründung B zu 17 wird auf ein erhöhtes Kollisionsrisiko im Horstumfeld von Seeadlern, Weißstörchen und Rotmilanen Bezug genommen. Für Schwarzstörche bestünde ein ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe bestehe (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Der Abstandsradius beim Seeadler wird auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG zurückgeführt. Für den Weißstorch und den Rotmilan wird zwischen einem engen und weiten Radius differenziert, wobei gelte: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Weiter wird auf abwägungsrelevante Aspekte bei bestehenden Windparks innerhalb bestimmter Umgebungsbereiche verwiesen (Übernahme, nachträgliche Ansiedlung, vorhandene Vorbelastung, Repowering). Zu den einzeln genannten windkraftsensiblen Großvögeln ist folgendes festzuhalten und deshalb Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G sowie die diesbezügliche Begründung entsprechend anzupassen, damit eine rechtmäßige Anwendung und Abwägung dieses Grundsatzes der Raumordnung bei der Ausweisung von Windenergiegebiete in den	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Regionalplänen erfolgt: 1.4.1 Allgemein Es ist zunächst zu begrüßen, dass die Schutzbereiche um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln teilweise reduziert wurden und insgesamt der Abwägung zugänglich sind. Es ist jedoch sehr problematisch, dass Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G die angegebenen Umgebungsbereiche zum Regelfall erklärt, sodass nur im Kontext von Vorbelastungen (bereits bestehende raumbedeutsame WEA bzw. ergangene Genehmigungen) ein Unterschreiten möglich sein solle. Damit wird der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit einer Zielausnahme i.S.d. § 6 Abs. 1 ROG formuliert, was zu korrigieren ist, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, es fehlten hinreichende Daten für eine Zielfestlegung, was aber nun zur verkappten und nur scheinbar abwägungsoffenen Festlegung als Grundsatz der Raumordnung führte. Zudem verwundert der Ansatz, wonach nicht durchgehend die Prüfabstände aus der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG übernommen wurden und fast jegliche Rechtfertigung für die pauschal angenommenen Abstände bei windkraftsensiblen Großvogelarten fehlt. Allein zum Seeadler findet sich ein Bezug auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG. Bei den weiteren kollisionsgefährdeten Arten wird die gesetzliche Vorgabe ignoriert und der abweichend gewählte Abstandsradius nicht gerechtfertigt. Dabei ist im Nachgang zum verfassungsrechtlichen Handlungsauftrag, den das BVerfG formuliert hat (BVerfG, Beschluss vom 23. Oktober 2018 – 1 BvR 2523/13 –, BVerfGE 149, 407-421), der Bundesgesetzgeber tätig geworden und hat mit § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG verbindliche Maßstäbe für die Bewertung, wann nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, festgelegt. Sofern die Landesplanungsbehörde hiervon abweichen und weitergehende Abstände als den Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG berücksichtigen möchte, so fehlt es an einer entsprechenden Rechtfertigung hierfür. Gesetzgeberische Intention war es gerade, bundesweit einheitliche Abstandsregelungen, die der dafür legitimierte Gesetzgeber vorgibt, zu setzen. Insofern sind die vorgesehenen Abstandsradien unbedingt auf den jeweiligen Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG anzupassen oder dieser zumindest	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gemeinsam mit dem zentralen Prüfbereich abwägend zu berücksichtigen. Hierauf wird zu den einzelnen Arten noch eingegangen. 1.4.2 Seeadler Zunächst einmal ist zu begrüßen und zu befürworten, die Seeadler im Rahmen eines abwägungsoffenen Grundsatzes der Raumordnung zu betrachten. Entsprechend kann das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen (vgl. dazu Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.) aufgehoben und in den vorliegenden Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 etwa mit einer besonderen Gewichtung des Seeadlerschutzes im dargestellten Dichtezentrum überführt werden. Der gesetzlich vorgesehene Schutzstatus würde damit beibehalten bleiben. Angesichts der weiten Verbreitung der Art, fehlender artenschutzrechtlicher Ansätze für die Freihaltung des Dichtezentrums sowie methodischer Zweifel für deren Abgrenzung auch vor dem Hintergrund der neuen bundesgesetzlichen Bewertung drängt sich diese Vorgehensweise auf und erhöht die Rechtssicherheit durch Aufgabe des Ziels der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7. Allerdings ist der Abstandsradius für den Seeadler auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.4.1). Zwar ist für den Seeadler zuzugestehen, dass die in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) für den Seeadler nach der gesetzlichen Regelung noch nicht als wirksam angesehen werden oder phänologiebedingte Abschaltungen zu umfangreich wären. Allerdings hat sich die Sachlage gegenüber der zum Zeitpunkt der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) fortentwickelt und es liegt ein auch vom Landesamt für Umwelt Schleswig-Holstein mittlerweile für den Seeadler anerkanntes Antikollisionssystem vor. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Seeadlerbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Damit plant die Landesplanungsbehörde nicht in eine Konfliktlage hinein, sondern berücksichtigt die bundesgesetzgeberische Intention, wenn lediglich der Nahbereich von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	500 m freigehalten wird. Jedenfalls aber muss eine Differenzierung in 500 Meter (Nahbereich) und 2.000 Meter (Zentraler Prüfbereich) vorgesehen werden, sodass im zentralen Prüfbereich abwägend auch außerhalb der aktuell engen Begrenzung auf Fälle mit Vorbelastung eine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden kann. 1.4.3 Schwarzstorch Die Aufnahme eines Abstandsradius für den Schwarzstorch wird mit Bezugnahme auf den „Schutz der Lebensstätte gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 2 Nummer 3 BNatSchG“ begründet (B zu 17). Da die Landesplanungsbehörde auch § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG in Bezug nimmt, wonach ein Verstoß gegen das Verbot nach dem ebenfalls zitierten § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht vorliegt, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird, ist davon auszugehen, dass im Einzelfall im Rahmen der Abwägung auch innerhalb des 2.000 Meter-Radius Windenergiegebiete ausgewiesen werden können. Entscheidend ist dann nur, ob diese im Bereich von essentiellen Habitaten des Schwarzstorchs liegen, welche nach der Begründung „alte, geschlossene Waldstrukturen mit Still- und Fließgewässern“ (B zu 17) sind. Dies ist bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in den Regionalplänen zu berücksichtigen. Selbst bei einer Betroffenheit solcher Habitate würde im nachfolgenden Genehmigungsverfahren die Möglichkeit nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG bestehen, das Zugriffsverbot durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) zu bewältigen. Weiter ist für die zugrundeliegende rechtliche Bewertung folgendes zu beachten und der aktuell vorgesehene Abstandsradius anzupassen: Nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist es verboten, wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. Die in § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG zum Ausdruck kommende populationsbezogene Bestimmung der Erheblichkeitsschwelle steht mit Art. 12 Abs. 1 Buchst. b FFH-RL in Einklang, der einen art- bzw.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	populationsbezogenen Schutzansatz verfolgt (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328). Das Vorliegen einer Störung i.S.d. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG setzt aber zunächst voraus, dass es überhaupt zu einer unmittelbaren oder mittelbaren Einwirkung auf die geschützten Tiere kommt, die bei diesen eine Verhaltensänderung bewirkt. So gilt etwa: „bei der schlichten Beseitigung von Flächen, die bislang als Nahrungsgrundlage genutzt worden sind, und bei vegetationsverändernden Immissionen fehlt es nämlich an einer zwanghaften Einwirkung auf das natürliche Verhalten der Tiere, das nach dem Wortsinn als Störung zu werten ist.“ (BVerwG, Urteil vom 14. April 2010 – 9 A 5/08 –, BVerwGE 136, 291-332, Rn. 118). „Der Störungstatbestand kann vor allem durch bau- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen der geschützten Tierarten in Gestalt von akustischen und optischen Störwirkungen, aber auch durch Trennwirkungen erfüllt werden, die von der vorgesehenen Trasse ausgehen.“ (BVerwG, Urteil vom 7. Juli 2022 – 9 A 1/21 –, BVerwGE 176, 94-130, Rn. 111 m.w.N.). Insofern muss sich die Auslegung der bundesgesetzlichen Vorschrift des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG daran messen lassen, ob überhaupt eine Störung im vorgenannten Sinne bei vorgesehenen Schutzabständen vorliegt. Zudem finden in der naturschutzfachlichen Praxis die planerisch zu berücksichtigenden Fluchtdistanzen von Vogelarten Anwendung, nach Gassner et al. 2010 (Gassner/Winkelbrandt/Bernotat, UVP und strategische Umweltprüfung – Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltprüfung, 5. Auflage 2010, S. 192 ff.; Bernotat, Vorschlag zur Bewertung der Erheblichkeit von Störwirkungen auf Vögel mit Hilfe planerischer Orientierungswerte für Fluchtdistanzen, in: Bernotat/Dierschke/Grunewald, Bestimmung der Erheblichkeit und Beachtung von Kumulationswirkungen in der FFH-Verträglichkeitsprüfung, Naturschutz und Biologische Vielfalt 160 (2017), S. 157-171). Diese sehen für den Schwarzstorch eine Fluchtdistanz von 500 m vor. Selbst wenn diese für Windenergieanlagen vergrößert werden müsste, so dürften keine naturschutzfachlichen Nachweise bestehen, um den sechsfachen Abstand zu rechtfertigen. Auch wenn die Landesplanungsbehörde nicht auf das Störungsverbot rekurriert, so wird jedenfalls deutlich, dass der aktuelle Abstandsradius sich mit diesem Zugriffsverbot nicht rechtfertigen ließe. Dies ist gleichermaßen hinsichtlich des Schädigungsverbots zu konstatieren. Es verbietet nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Erfolgt der Zugriff im Zuge eines nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffs in Natur und Landschaft, so scheidet ein Verstoß gegen das Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG aus, soweit die ökologische Funktion der von dem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Um dies zu gewährleisten, können nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden (sog. CEF-Maßnahmen). Im Anwendungsbereich des § 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG hat die Verbotsprüfung demnach zweistufig zu erfolgen: Auf der ersten Stufe stellt sich die Frage, ob auf eine geschützte Lebensstätte mit einer der genannten Tathandlungen eingewirkt wird. Trifft dies zu, so sind auf der zweiten Stufe die Konsequenzen in den Blick zu nehmen, die damit für die von der betroffenen Lebensstätte für die sie nutzenden Tiere erfüllte Funktion verbunden sind (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328, Rn. 37 - 38 m.w.N.). Unabhängig von der umstrittenen Frage, wie weit der Schutz des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG geht – einerseits nur direkte Einwirkungen auf die Fortpflanzungs- und Ruhestätte (bspw. Horst) oder andererseits (so tendenziell BVerwG, Urteil vom 12. August 2009 – 9 A 64/07 –, BVerwGE 134, 308-335, Rn. 68; BVerwG, Urteil vom 28. März 2013 – 9 A 22/11 –, BVerwGE 146, 145-175, Rn. 148) auch das weitere Umfeld der eigentlichen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte, sofern es elementar für den Reproduktionserfolg oder die Rast ist – liegt jedenfalls keine Beschädigung oder Zerstörung bei Abständen von 2 km vor. All dies verdeutlicht, dass es zu einer angemessenen Reduzierung des vorsorglichen Schutzabstands zu Schwarzstorchhorste kommen muss, wobei sich ein Abstand von 1.500 Metern zunehmend durchsetzt und weiterhin Vorsorgeaspekte berücksichtigt. Der von der Landesplanungsbehörde vorgesehene Umgebungsbereich von 2.000 Metern wird demgegenüber nicht belegt (anders als etwa die Bezugnahme auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG). 1.4.4 Weißstorch Der Abstandsradius für den Weißstorch ist auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.4.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Weißstorch zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Weißstorchbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nur den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf 750 Meter zu Weißstorchhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 750 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Dieses	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 750 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. 1.4.5 Rotmilan Zunächst ist festzustellen, dass die Berücksichtigung von Rotmilanbrutplätzen in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G ungeeignet ist und die Auswahl der windkraftsensiblen Großvogelarten auch gar keine Rechtfertigung erfahren hat. Für den Rotmilan kann das auch nicht gelingen. Während sich die Vorgehensweise für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze bei einer Anpassung der Radien und echten Offenheit für eine abwägende Einzelfallprüfung erschließt, ist die Herangehensweise in Bezug auf Rotmilanbrutplätze fehlerhaft. So führte das landeseigene aktualisierte Fachpapier aus: „Allerdings wird diese Art nicht alljährlich landesweit erfasst und es gibt häufiger Horstwechsel, so dass die Daten oft nur einen ersten Hinweis auf ein Rotmilanvorkommen im Planungsraum geben.“ (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Wind-energieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016, S. 7). Naturschutzfachlich ist bestätigt, dass der Rotmilan gegenüber dem Seeadler eine deutlich geringere Brutplatzkonstanz aufweist. Eine zwischen den Jahren variable Besiedlung der Landschaft (Wechsel der Horststandorte oder auch Nicht-Wiederbesiedlung von Waldstücken) tritt daher häufig auf (z.B. Mammen et al., Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt. Bericht des Landesamtes für	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Heft 5/2014). So berichtet Schmude, dass bei einer Rotmilankartierung in Mecklenburg-Vorpommern 75 % der im Folgejahr erneut kontrollierten Horste nicht mehr besetzt waren, insgesamt 49 von 65 Horsten (Schmude, Protokoll der 16. Sitzung der Bund-Länder-Initiative Windenergie (BLWE) am 22.09.2014; nachvollziehbar bei Scheller/Vökler/Güttner, OAMV e.V., Rotmilankartierung 2011/2012 in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 09.02.2014). Die Variabilität ist dadurch begründet, dass der Rotmilan als Zugvogel (auch unter Berücksichtigung möglicher Verluste auf dem Zugweg) erst relativ spät im Jahr ins angestammte Brutrevier zurückkehrt und nicht selten einen neuen Horst bauen muss, weil der Althorst bereits durch andere Arten (Konkurrenten um geeignete Horstbäume bzw. vorhandene Horste z.B. Mäusebussard, Kolkrabe u.a.) besetzt wurde. Auch baut der Rotmilan in der Regel eher kleinere und nicht so stabile Horste, so dass diese leichter als z.B. langjährig genutzte und entsprechend ausgebaute Seeadler-Horste durch Winterstürme zerstört werden können. Diese autökologischen Aspekte der Biologie des Rotmilans bedingen, dass zwar in der Regel die Reviere wiederbesetzt werden, aufgrund der Variabilität die Lage der Horststandorte aber nur schwer vorhersagbar ist. Wird nunmehr aber auf dieser Grundlage eine Potenzialfläche im 1.500 Meter- oder 1.000 Meter-Radius (zu den falschen Abständen vgl. nachfolgend) um einen aktuell nachgewiesenen Standort eines Rotmilanhorsts gestrichen, so werden diese naturschutzfachlichen Grundlagen zur sehr geringen Horsttreue missachtet. Dies kann dazu führen, dass durch den Horstwechsel die Potenzialfläche bereits beim Inkrafttreten des Regionalplans nicht mehr durch den Rotmilanhorst beeinträchtigt würde. Zudem ist es vor dem Hintergrund des nach § 5 Abs. 1 Satz 4 LaplaG vorgesehenen Planungszeitraums der Regionalpläne von fünfzehn Jahren, also voraussichtlich bis 2040, abwägungsfehlerhaft, eine Art mit sehr geringer Brutplatzkonstanz heranzuziehen, um in der Abwägung Potenzialflächen bis ins Jahr 2040 zu streichen. Soll auf der höherstufigen Planungsebene bereits eine weitgehende Aussage mit Abwägungsdirektiven, wie aktuell in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G vorgesehen, getroffen werden, geht dies mit dem Erfordernis einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte einher als wenn – auch im Rahmen der Abwägung – keine konkreten Zielaussagen getroffen werden. Dabei können sich die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der Abwägungsvorgang selbst den Anforderungen an die Abwägung bei Fachplanungen annähern, je enger das Ziel und der damit vorgegebene Rahmen sind (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Soweit durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 Potenzialflächen ausgeschlossen werden sollen, bedarf es für die herangezogenen Tierarten eine landesweite Kenntnis von Horststandorten. Nur dann liegt eine für diese Zwecke ausreichende Bestandsaufnahme vor (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53), die den Anforderungen an Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte genügt. Dies gilt umso mehr, weil die Zuordnung zur Streichung von Gebieten im Rahmen der Abwägung ohne vorhandene umfangreiche Raumnutzungsanalyse faktisch zu einem Ziel der Raumordnung erhoben wird, was an sich bereits fragwürdig ist. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn dies im Sinne einer Beweislastumkehr auf die Öffentlichkeit, insbesondere die Vorhabenträger, als Anforderung verlagert wird. Während die rechtlich erforderlichen landesweiten Kenntnisse für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze wohl vorliegen dürften, gibt es eine solche hinreichende Bestandsaufnahme und Erkenntnislage für Rotmilanbrutplätze nicht. Es wäre im Übrigen auf Grund der vorstehend beschriebenen fehlenden Brutplatztreue wohl auch problematisch, eine aktuelle bzw. dem Bedarf der Regionalplanung – schließlich handelt es sich um ein Verfahren über viele Monate und einen Plan, der mehrere Jahre gelten soll – entsprechende Bestandsaufnahme zu erhalten. Jedenfalls für die Art Rotmilan sollte die Landesplanungsplanungsbehörde unbedingt auf die nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verweisen, die sowohl die sehr geringe Brutplatzkonstanz als auch die für die Bewertung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG maßgeblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen (Abschaltung, Ablenkflächen, etc.) besser und abwägungsfehlerfrei berücksichtigen können. Dabei wird nicht in eine unüberwindbare Verbotslage hineingeplant, weil § 45b BNatSchG in Einzelfällen letztendlich auch noch über die artenschutzrechtliche Ausnahme immer eine Genehmigungsfähigkeit bei einer Betroffenheit des Rotmilans ermöglicht. Sofern die Landesplanungsbehörde den Rotmilan nicht schon in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G als ausgewählten windkraftsensiblen Großvogel aufgrund der vorstehenden Ausführungen streicht und damit Rechtsfehler vermeidet, so hat in jedem Fall eine Anpassung der dortigen Abstandsradien für die Art zu erfolgen. Es ist nicht nachvollziehbar und kann auch nicht begründet werden – wenig	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	überraschend verhält sich die Begründung B zu 17 deshalb auch überhaupt nicht dazu – wieso für den Rotmilan ein Umgebungsbereich von 1.500 Metern angenommen wird. Es kann im Rahmen der Festlegung nicht über den zentralen Prüfbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG hinausgegangen werden und zugleich für das Zugriffsverbot das erhöhte Kollisionsrisiko für den Rotmilan als Begründung herangeführt werden. Schließlich hat der Bundesgesetzgeber für den erweiterten Prüfbereich eine Beweislastumkehr eingeführt und in § 45b Abs. 4 Satz 1 BNatSchG festgelegt, dass in der Regel das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare dann nicht signifikant erhöht ist. Es ist sehr widersprüchlich dazu, dass die Landesplanungsbehörde abstrakt über § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG hinausgehend beim Rotmilan 1.500 Meter, anstatt 1.200 Meter vorsieht (vgl. allgemein bereits 1.4.1). Auffallend ist, dass nur für den Rotmilan der Radius nicht an Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG angepasst wurde, sondern stattdessen an den Abständen des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) ohne weitere Begründung festgehalten wird. Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. In jedem Fall ist der Abstandsradius auf 1.200 Meter zu reduzieren. Unabhängig davon ist der Abstandsradius für den Rotmilan jedoch sogar auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.4.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Rotmilan zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Es sind aber auch schon Antikollisionssysteme für den Rotmilan in Schleswig-Holstein anerkannt. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Rotmilanbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nicht einmal den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf nur 1.000 Meter zu Rotmilanhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 1.000 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen rechtlich überholten (vgl. vorstehende Ausführungen) gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 1.000 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2809	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein — Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit teile ich Ihnen meine erheblichen Einwände und Bedenken gegen den o.g. Entwurf einschließlich der dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben wie folgt mit: 1. Ich beantrage hiermit eine Verlängerung bzw. eine Neuauslage des og. Beteiligungsverfahrens, weil ein Beteiligungsverfahren über fast die gesamte Sommerferienzeit keine Möglichkeit für die Bürger für eine ausreichende Information und daraus folgende Stellungnahme ergibt. Bei den für die Menschen weitreichenden Auswirkungen durch die Änderungen der Maßstäbe zur Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) widerspricht das nun auslaufende Beteiligungsverfahren den Grundsätzen der Landesregierung, ihre Bürger durch Transparenz und Information an der Landespolitik teilhaben zu lassen. 2. Zur Erreichung der Ziele der Energiewende ist zunächst ein Repowering bestehender WEA anzustreben, dann auf den Ausbau der wesentlich effizienteren Photovoltaik prioritär auf Dachflächen bzw. an Gebäuden hinzuwirken und erst danach eine Neu-Ausweisung von Wind-Vorranggebieten auszuführen. Begründung: WEA haben weitaus größere Auswirkungen auf alle Schutzgüter. Diese Prioritäten könnten zusätzlich durch Umleitung der Subventionen auf die entsprechende Technologie und auch insbesondere auf die Speichertechnologie verfolgt werden. 3. Eine Aufweichung naturschutzrechtlicher Aspekte darf im neuen LEP nicht erfolgen. Bestehende Naturparke und Landschaftsschutzgbiete dürfen in ihren Funktionen durch	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1.2, 1.4.1, 1.5.2, 2.9, 3.15.1, 3.17.1, 3.18.1, 4.16.1, 4.20, 7.1.5, 7.2.3, 7.2.4, 7.2.5, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.13, 7.3.2, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	neue WEA nicht beeinträchtigt werden. 4. Derzeit geltende Abwägungskritereien in Bezug auf alle Schutzgüter dürfen nicht zugunsten der Priorisierung der Windenergienutzung verringert werden. Denn diese Kriterien beruhen auf wissenschaftlich anerkannten Erkenntnissen und wurden von der Landesregierung selbst in Zielen und Grundsätzen formuliert. 5. Eine Konzentrationswirkung von WEA muss wegen der Schutzbedürftigkeit von Menschen und Tieren ausgeschlossen werden. Wo bereits eine Vorbelastung durch WEA besteht, darf kein Zubau erfolgen und erst recht nicht Abstände noch weiter verringert werden. Das Ziel der Landesregierung für möglichst gleichartige Lebensverhältnisse aller Bewohner muss beachtet werden. 6. Der Tourismus als bedeutender Wirtschaftszweig darf durch die zukünftige Windenergie-Nutzung nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Darum dürfen Kriterien betreffend Gesundheit, Wohlbefinden der Menschen sowie betreffend der Kulturlandschaft und des Landschaftsbildes nicht verschlechtert werden. 7. Die von der Landesregierung angestrebten Ertragsziele aus Windenergie über die Bundes-Vorgaben hinaus sind zu streichen. Sie führen zu unnötigen Beeinträchtigungen für alle Schutzgüter und würden in der Folge die Akzeptanz für Windenergienutzung verschlechtern und der Tourismusbranche schaden. 8. Im Erneuerbare Energien Gesetz von 2023 wird in § 2 Satz 1 die Priorisierung von Ernerbaren Energien - Anlagen u.a. damit begründet, dass sie "... der öffentlichen Gesundheit... dienen". Diese Aussage ist sachlich falsch. Es ist nicht begründbar, warum derartige Anlagen per se der öffentlichen Gesundheit dienen. Ijre Errichtung und ihr Betrieb verursachen vielfältige für die öffentliche Gesundheit negative Auswirkungen (z.B. Flächenverbrauch/ Emissionen durch Herstellung, Transport, laufenden Betrieb, Havarien und Entsorgung). Es ist nicht nachvollziebar, warum einen Landesentwicklungsplanung aufgrund einer sachlichen falschen Rechtsnorm erfolgt. 9. Der Ausbau von erneuerbaren Energien (EE) - Anlagen in Schleswig-Holstein ist solange nicht prioritär zu planen, wie der Netzausbau in der BRD nicht funktioniert und die Steuerzahler für kostspieligen Strom-Export und für die Entschädigung von abgeregelten Anlagen herangezogen werden. Insofern	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sollte auf die aktuelle Fortschreibung des LEP verzichtet werden. Alle nachstehend aufgeführten Einwendungen gelten nicht nur für die Anlage 3 zur LEPWindVO, sondern auch für den Entwurf des LEP selbst und für den dazu gehörenden Umweltbericht. 10. Anlage 3 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Umweltbericht Kap. 5.1.1 S. 70, Schutzgut Menschen u.a.: Hier fehlt die Nennung der Umweltauswirkung Immisionen durch gesundheitsgefährdende Stoffe im laufenden Betrieb von WEA (Abrieb Rotorblätter) und im Fall von Havarien. Ihr Anteil an der gesamten Menge der Immissionen ist zwar gering, sie sind dennoch vorhanden. Dies trifft ebenso auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, Luft, Boden und Wasser zu. S. 74 Referenzanlage Der LEP soll eine in die Zukunft gerichtete Planung sein. Insofern muss auch die Referenzanlage eine dem zukünftigen Planungszeitraum entsprechenden Stand der Technik aufweisen und sie darf sich nicht allein auf der Vergangenheit realisierte Anlagen stützen. Aktuell projektierte on shore-Anlagen liegen bei 250 und sogar bis zu 300 m Höhe und weisen Leistungen im Bereich 7 MW auf. S. 75 Abstände zu Einzelhäusern, Splittersiedlungen, Gewerbegebieten, Abstände zu Wohnbebauung/ Siedlungen Abstände müssen immer auch den Rotor einbeziehen auf einen Ausgangswert bezogen werden. Es ist nicht ersichtlich, ob es sich um die Referenzanlage handelt, um die Nabenhöhe oder die Rotorblattspitze. Auch hier wieder müssen Abstände auf zukünftig zu errichtende Anlage abzielen. Diese Abstände dürfen nicht alleine auf die TA Lärm beziehen, die übrigens derzeit zu Ungunsten Schutzgutes Menschen geändert wird. Hier sind alle weiteren möglichen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Menschen einzubeziehen. Insbesondere sind Schutzaspekte bei Havarien zu beachten. Havarien werden im gesamten Planungsgeschehen und bei der Projektierung nicht oder viel zu wenig berücksichtigt. An dieser Stelle ist auf das Bundes-Immissionsschutzgesetz BimSchG zu verweisen. Mindestabstände zu Wohnbebauung müssen insbesondere bei Feuer-Havarien mit dem BimSchG vereinbar sein. Betreiber von WEA müssen verpflichtet werden, Störungen und Havarien quantitativ und qualitativ an eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unabhängige Erfassungsstelle zu melden. Ein Gutachten der Ingenieur-Gruppe Veenker (2020) berechnet einen Mindestabstand für alle Schutzgüter von 995 m für WEA der Leistungsklasse 5 bei einer Nabenhöhe von 170m. Diese Größenordnung ist mindestens auch im LEP einzuhalten, bzw. sind selbstverständlich noch größere Sicherheitsabstände bei zukünftige höheren WEA festzulegen. 2020 galt bei eine WEA-Höhe von 150 m ein einzuhaltender Abstand zu Wohnbebauung von 1000 m. Entsprechend müsste der Abstand einer 250 m hohen Anlage 1,6 km betragen. In Brandenburg wird in diesem Jahr die erste WEA mit über 300 m Höhe errichtet, der entsprechend zu fordernde Mindestabstand wäre hier bei 365 m 2,4 km. Im Fall von Havarien müssen Folgekosten den Betreibern auferlegt werden. Die öffentliche Hand (der Steuerzahler) darf nicht mit Folgekosten belastet werden. Das Schutzgut Menschen muss unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes (GG Art 3 (1)) bei einem Wohnort in Splittersiedlung oder Einzelhaus-Lage oder Gewerbegebieten die gleichen Schutzkriterien — sprich Mindestabstände — in Anspruch nehmen können wie bei Wohnorten in Siedlungen. Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15- fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der 2H-/15H-Regelung ist zu streichen. Im Gegenteil, sie muss in den Grundsätzen und Zielen für dieEinhaltungen eines Mindestabstandes zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. 5.1.3 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt Insbesondere im Vogelschutz setzt das Helgoländer Papier (2015) der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten wissenschaftlich anerkannte Mindestabstände zu Nistplätzen, Zugrouten, Schlafplätzen und Prüfabstände an, die auf jeden Fall in den LEP übernommen werden und als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt müssen, Insbesondere andere Tiere mit größerem Bewegungsradius, z.B. Fledermäuse, müssen in Bezug auf ihr Wanderungs- und Ruheverhalten mit nicht verschlechterten Mindestabständen zu WEA berücksichtigt werden. Die geplanten Verringerungen der Schutzkriterien und Mindestabstände bedeuten für mich und meine Familie eine sehr konkrete Wahrscheinlichkeit (projektierte WEA in der Nähe) der Verschlechterung unseres Lebenswertes und auch Erholungswertes. Deswegen fordere ich, die derzeit geltenden Vorgabn beizubehalten. Bitte bestätigen Sie mir schriftlich den Eingang meiner Stellungnahme.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Institution: Kreisjägerschaft Stormarn ID: M2527	**<u>1. Einleitung</u>** Mit dem Landesentwicklungsplan (LEP) Windenergie sollen Ziele und Grundsätze der Raumordnung hinsichtlich der raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung neu festgelegt werden. Anlass der Planung ist der durch die Wind-an-Land-Gesetzgebung erfolgte Systemwechsel auf eine Positivplanung und die Verpflichtung der Länder aus dem WindBG, die dort festgesetzten Flächenbeitragswerte fristgemäß zu erreichen. Zudem sollen die Raumordnungspläne dazu beitragen, die Klimaschutzziele des Landes aus dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz zu erreichen. Der LEP Windenergie soll eine geordnete Nutzung der regenerativen Energiequelle Windenergie im Land sicherstellen. Hierzu werden durch den LEP Windenergie raumordnerische Ziele und Grundsätze der Raumordnung formuliert. Diese wurden auf ihre Umweltauswirkungen untersucht. Mit dem LEP Windenergie werden die Voraussetzungen zur Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie in den Teilplänen der Regionalpläne für die Planungsräume I, II und III geschaffen. Der LEP Windenergie schreibt vor, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete Windenergie festzulegen sind. Innerhalb dieser muss sich die Windenergienutzung gegenüber anderen raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen, die mit der Windenergienutzung nicht vereinbar ist, durchsetzen. Mit den Zielen und Grundsätzen des LEP Windenergie in Zusammenhang mit der räumlichen Steuerung der Windenergie an Land will die Planung den Schutzansprüchen des Menschen und den Erfordernissen von Natur und Landschaft gerecht werden. Insofern zielt die Planung auf eine raum- und umweltverträgliche Steuerung unter Würdigung der wirtschaftlichen Bedeutung der Windenergie an Land und der klima- und energiepolitischen Ziele. Hierfür werden zahlreiche schutzwürdige Bereiche durch Ziele der Raumordnung von einer Windenergienutzung ausgeschlossen. Darüber hinaus werden Grundsätze der Raumordnung formuliert, um eine sachgerechte Schutzgüterabwägung für die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie sicherzustellen. Die Kreisjägerschaft Stormarn e. V. (KJS Stormarn) ist ein anerkannter, gemeinnütziger Verein und dem Landesjagdverband Schleswig-Holstein zugehörig, der nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) staatlich anerkannter Naturschutzverein ist. Da	Zur Beantwortung wird auf die Ziffer 4.13.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Der Rotwildmanagementplan und der Rotwildwegeplan des Landesjagdverbandes kann bei der Abwägung zur Ausweisung der Vorranggebiete auf Ebene der Regionalpläne herangezogen werden. Eine weitergehende pauschale Freihaltung über die Brückenköpfe und einen zentralen Korridor hinaus (so wie in der LEP-Karte dargestellt) wird nicht für erforderlich gehalten. Ggf. können Maßnahmen zur Konfliktminimierung, die auch in der Stellungnahme vorgeschlagen werden, auf Ebene der Genehmigung festgelegt werden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die Interessen der KJS Stormarn durch den vorliegenden Entwurf berührt werden, wird nachfolgend zu den Festlegungen, die den Kreis Stormarn betreffen, Stellung genommen. **2. Rotwild und Windkraft** Die KJS Stormarn setzt sich gemäß dem öffentlichen Auftrag der Jägerinnen und Jäger dafür ein, die Lebensgrundlagen des Wildes, die Vernetzung und erforderlichenfalls die Wiederherstellung der Lebensräume wild lebender Tiere in einem artenreichen Beziehungsgefüge zu sichern und zu verbessern (gemäß § 1 LJagdG Absatz 3 Nr. 1 i.V.m. § 1 BJagdG). Siedlungsbau und Infrastrukturprojekte haben in den letzten Jahrzehnten zu einer zunehmenden Zerschneidung dieser Lebensräume geführt. Ganz besonders macht sich dieser Umstand bei der größten bei uns heimischen Wildart bemerkbar, dem Rotwild. Rotwild ist eine wandernde Wildart und besitzt historisch bedingt in Schleswig-Holstein einen vergleichsweise kleinen Genpool. Für den Austausch von Genen unter den verschiedenen Populationen, nehmen junge Hirsche eine entscheidende Rolle ein. Sie legen weite Strecken zurück, um sich mit Individuen fremder Populationen zu verpaaren. Diese Wanderungen werden mitunter durch die zunehmende Lebensraumzerschneidung erschwert und teilweise vollständig unterbunden. Dabei käme Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren im Optimalfall eine herausragende Bedeutung als Wanderkorridor für das Rotwild zwischen Dänemark und dem Rest Europas zu. Neben der strukturellen Durchgängigkeit einer Wanderroute wird die Eignung für den genetischen Austausch vor allem von Störfaktoren bestimmt. Diese Störfaktoren können gravierende negative Auswirkungen auf die Wanderrouten des Rotwildes hervorrufen. In offenen Landschaften werden durch das wandernde Rotwild z.B. Siedlungen möglichst weiträumig umgangen (REINECKE et. al. 2013). Grundsätzlich ist gemäß MEISSNER et. al. (2016) Rotwild jedoch sehr gut in der Lage, sich an Störungen in ihrem Lebensraum zu gewöhnen und ihre Lebensweise entsprechend anzupassen. Selbst massive Einflüsse wie militärischer Übungsbetrieb oder intensiver Erholungsverkehr können mit der Zeit als ungefährlich eingeschätzt werden – ein Gewöhnungseffekt tritt ein. Voraussetzung hierfür ist jedoch die zeitliche und räumliche Berechenbarkeit der Störungen. Die Störquelle muss eine räumliche und zeitliche Konstante aufweisen. Möglich ist dies in der Regel nur innerhalb der dauerhaft genutzten Lebensräume des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rotwildes. Bei den für den genetischen Austausch obligatorischen Wanderrouten handelt es sich um temporäre Lebensräume. Eine Gewöhnung an die Störquelle bzw. eine korrekte Einschätzung der potenziellen Gefahrenquelle ist nicht möglich. MEISSNER et. al. (2016) führt dazu folgendes aus: „eine passende Bewertung (i.S. der Ungefährlichkeit der Störquelle) und eine dementsprechend angemessene Reaktion erfordert vorherige Erfahrungen unter vergleichbaren Rahmenbedingungen. Diese können insbesondere bei wandernden Tieren nicht vorausgesetzt werden“ (S.9). Das Rotwild stellt hohe Ansprüche an den Lebensraum und die Lebensraumvernetzung und ist überdurchschnittlich Störungsempfindlich. Dadurch nimmt es eine Rolle als „Schirmart“ (Leitart) ein. Eine Beachtung der Lebensraumansprüche des Rotwildes kommt somit auch zahlreichen anderen Arten zugute. Der Rotwild-Managementplan des Landesjagdverbandes Schleswig-Holstein e.V. enthält Maßnahmenvorschläge für die Sicherung und Wiedervernetzung des Lebensraumes des Rotwildes. Maßgeblicher Bestandteil ist der Rotwild-Wegeplan, der die Lebensraumkorridore des Rotwildes darstellt. Der Rotwild-Managementplan sowie der Rotwild-Wegeplan können unter folgendem Link heruntergeladen werden: https://ljv-sh.de/rettung-fuer-das-rotwild/ Wir stellen fest, dass sich der LEP Wind Entwurf 2024 erheblich nachteilig auf den Lebensraumverbund des Rotwildes auswirkt, was sich so auch in der nachfolgenden Abbildung darstellt. Die Planung steht somit im Konflikt mit den Zielen des Naturschutzes § 1 BNatSchG: „(2) Zur dauerhaften Sicherung der biologischen Vielfalt sind entsprechend dem jeweiligen Gefährdungsgrad insbesondere 1. lebensfähige Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten zu erhalten und der Austausch zwischen den Populationen sowie Wanderungen und Wiederbesiedelungen zu ermöglichen, […] (5) Großflächige, weitgehend unzerschnittene Landschaftsräume sind vor weiterer Zerschneidung zu bewahren.“ [redacted] **3. Forderungen**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wir schließen uns der Forderung des LJV Schleswig-Holstein an: In Anbetracht der Tatsache, dass bereits 2001 in der Roten Liste für Säugetiere in Schleswig-Holstein eine weitere Zerschneidung der Lebensräume und Wanderkorridore des Rotwildes angemahnt wurde, fordern wir eine Freihaltung der im Rotwildwegeplan (ZABEL, F., BÖRNER, M. (2022). Rotwild in Schleswig-Holstein – Managementplan 2022 – 2025) kartierten Wanderkorridore, Grünbrücken, Wildtunnel und elektronischen Wildwarnanlagen von Windkraftanlagen sowie der für ihre Errichtung und ihren Betrieb erforderlichen Anlagen und Zuwegungen 1. Die Freihaltung einer Schutzzone von je 3.000 Metern um den Mittelpunkt der Wanderkorridore, bzw. den Mittelpunkt der Grünbrücken, Wildtunnel und elektronischen Wildwarnanlagen herum 2. Aufwertung des Umfeldes von Wanderkorridoren, Grünbrücken, Wildtunneln und elektronischen Wildwarnanlagen durch lineare, nicht eingezäunte Hecken- und Knickanpflanzungen, insofern Windkraftanlagen oder die für ihre Errichtung und ihren Betrieb erforderlichen Anlagen und Zuwegungen im Umfeld von 3.000 bis 5.000 Metern errichtet werden. Ferner fordern wir die Umsetzung der von Meissner 2016 (MEISSNER, M. (2016). Auswirkungen von Vorranggebieten für Windenergienutzung auf den großräumige Lebensraumverbund für den Rothirsch in Schleswig-Holstein) sowie der 2018 von Meissner und Richter (MEISSNER, M., RICHTER, L. (2018). Auswirkungen von Windkraftanlagen auf die großräumige Lebensraumvernetzung für den Rothirsch in Schleswig-Holstein – Maßnahmen zur Sicherung der Funktion von Querungsbauwerken an der A 20 und A 7) für den Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein erarbeiteten Empfehlungen. **4. Literaturangaben** REINECKE, H., MEISSNER, M., ZACHOS, F. & HERZOG, S. (2013 b): Sicherung genetischer Diversität beim Rothirsch in der Kulturlandschaft. Abschlussbericht zum Model- und Demonstrationsvorhaben im Bereich der biologischen Vielfalt, Projektträger: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, S. 177 MEISSNER, M., RICHTER, L., EDELHOFF, H. (2016): Auswirkungen von Vorranggebieten für Windenergienutzung auf den großräumige Lebensraumverbund für	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	den Rothirsch in Schleswig-Holstein, Göttingen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2513	**Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** **hier**: Stellungnahme sowie Informationen über beabsichtigte und bereits eingeleitete Planungen und sonstige Maßnahmen zu den Rohpotenzialflächen PR2_RDE_012 sowie PR2_RDE_017 (Tappendorf) Sehr geehrte Damen und Herren, anlässlich des o.g. Beteiligungsverfahrens möchten wir im Namen des Vorhabenträgers, der Energiepark [redacted] Stellung nehmen und Sie über die beabsichtigten und bereits eingeleiteten Planungen eines Windparkprojektes auf den o.g. Flächen informieren. Das durch die eingleisige Bahntrasse (1042) geteilte Planungsgebiet mit einer ungefähren Gesamtgröße von 105 ha umfasst Teile der zuletzt im Regionalplan vom 29.12.2020 nicht übernommenen Potenzialflächen PR2_RDE_156 und PR2_RDE_410 sowie die Rohpotenzialflächen PR2_RDE_012 und PR2_RDE_017 der Karte “Potenzialfläche für Windenergie gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024)” Die südliche Teilfläche liegt im Osten der Gemeinde Hohenwestedt und wird südlich durch die Bundesstraße B430 begrenzt. Die nördliche Teilfläche liegt im Nordosten der Gemeinde Hohenwestedt sowie im Südosten der Gemeinde Tappendorf. Die Flächen werden landwirtschaftlich genutzt. Lineare sowie flächenhafte Gehölzstrukturen und Gräben sind vorhanden. Die südliche Teilfläche wird von Verkehrswegen durchkreuzt. Die genaue Lage, Ausdehnung und Zuschnittsanpassung (aufgrund der Begrenzung durch die B430) des Planungsgebiets können dem Lageplan (Anhang I) entnommen werden. Die Projektidee für die o.g. Windparkplanung entstammt einem Kreis von örtlichen Landeigentümern, Anwohnern und Gemeindevertretern. Diese haben die lokal tätigen Firmen [redacted] um Beratung und die Übernahme der Planung gebeten. Die beiden Firmen haben sich	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zudem enthält die Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel 4.5.1*. (allgemeines Kapitel)*, 4.5.1.1 (*Siedlungsstruktur*), 4.5.1.2 (*Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz*), 4.5.1.3 (*Gebiets- und Artenschutz*) sowie 4.5.1.4 (*Boden und Wasser*) des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird hierbei auf die Ziffern 1.8, 4.3, 4.18, 2.3, 3.7, 3.18, 4.5, 4.5, 4.20 und 5.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	diesbezüglich zur Energiepark [redacted] zusammengeschlossen. Die [redacted] übernimmt, mit fachlicher Unterstützung durch die [redacted], die Planungsleistungen. Darüber hinaus wird von der [redacted] gemeinsam mit den lokalen Akteuren auch eine Freiflächen-Photovoltaik-Anlage in räumlicher Nähe zum Windparkvorhaben geplant. Die räumliche Nähe beider Projekte bietet die Möglichkeit, über einen gemeinsamen Netzverknüpfungspunkt nebst Kabeltrasse sowie einem hierdurch komprimierten Eingriff in die Natur sowie aufgrund der saisonal unterschiedlichen Energieverteilung bzw. weitgehend unabhängig von saisonalen Schwankungen, Strom zu erzeugen. Bei entsprechender Projektreife soll jeweils eine Bürgerbeteiligung ausgerufen werden. Die Planung erfolgt jedoch bereits von Beginn an in enger Abstimmung zwischen der [redacted] und lokalen Initiatoren. Aufgrund der lokal initiierten Bestrebungen konnte die Flächensicherung bereits zu einem wesentlichen Teil abgeschlossen werden. Die Ausweisung dieser Fläche begrüßen wir im Namen des Vorhabenträgers aus folgenden Gründen: Um die generelle Eignung für die Windenergienutzung zu prüfen, wurde die Planungsfläche im Hinblick auf die Ziele und Grundsätze des ersten Entwurfs der Teilfortschreibung des LEP 2024 sowie unter Berücksichtigung des Eckpunktepapiers (MIKWS, Dezember 2023) auf mögliche Konflikte untersucht: Die nachstehend angefügten Klammerwerte beziehen sich auf die Nomenklatur der Ziele und Grundsätze der Teilfortschreibung des LEP Teil Windenergie 2024. **Ziele** Die Planungsfläche weist keine Überschneidungen mit Zielen des ersten Entwurfs der Teilfortschreibung des LEP 2024 auf. • Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche (Z15)Jedoch grenzt im Südosten des Planungsgebietes der 100 m-Umgebungsbereich des FFH-Gebietes„ Mittlere Stör, Bramau und Bünzau“ (FFH DE 2024-391) an. Das Gewässersystem hat eine besondere Bedeutung als Lebensraum für Neunaugen- und Fischarten. Die Erhaltung dieser und der naturnahen Fließgewässerzustände bilden das übergreifende Schutzziel des Gebietes. Im Bereich der Buckener Au, welche in einem Abstand von rd. 100 m zum Planungsgebiet von Südwesten nach Nordosten verläuft, liegen die Laichareale	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Aufwuchsgebiete von Fluss- und Meerneunaugen. Zur weiteren Aufwertung des Schutzzweckes ist der Vorhabenträger bestrebt, das Gewässer vor diffusen Einträgen von beispielsweisen Stickstoffausträgen aus der Landwirtschaft durch Nutzungsextensivierung von Flächen entlang der Au in Abstimmung mit Landeigentümern, Fachplanern und Behörden zu schützen. • Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten (Z26)Darüber hinaus grenzt im Osten der Planungsfläche ein weiträumiges Wiesenvogelbrutgebiet an. Um den Schutzcharakter (Erhalt bzw. Wiedererstellung des günstigen Erhaltungszustandes der Wiesenvogelpopulation) dieses Gebietes gebührend zu berücksichtigen, sollen die Abstände der geplanten WEA zum Brutgebiet in Zusammenarbeit mit Fachplanern während des Planungsprozesses optimiert werden. Des Weiteren ist der Vorhabenträger bestrebt, Teile der derzeit intensiv landschaftlich genutzten Flächen innerhalb des Brutgebietes in Abstimmung mit den Landeigentümern, Fachplanern und Behörden einer extensiven Nutzung zuzuführen, um so den Schutzcharakter des Gebietes Rechnung zu tragen. **Grundsätze** • 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion (G01)Die Erweiterung des Abstandes um Siedlungsbereiche von 800 m auf vorliegend 1.000 m begründet sich generell auf die fehlende Vorbelastung durch Windenergienutzung in der näheren Umgebung. Die nächstgelegenen im Genehmigungsverfahren befindlichen WEA liegen in einem Abstand von ca. 4 km westlich der Ortslage Hohenwestedt. Jedoch kann im Westen der Planungsfläche aufgrund des sich im östlichen Teil von Hohenwestedt befindlichen Gewerbegebietes in diesem Bereich von einer generellen, nicht unerheblichen Vorbelastung ausgegangen werden. • Abstände zu bestehenden Infrastrukturen des Straßenverkehrs (G05)Der im Süden der Planungsfläche angrenzende Abstand zu bestehenden Infrastrukturen des Straßenverkehrs, hier zur Bundesstraße B430, wird im Verlauf der Planungen von der Windenergienutzung freigehalten. • Naturparke (G14)Das Planungsgebiet befindet sich im westlichen Randgebiet	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des Naturparks Aukrug. Dieses Schutzgebiet setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung, das Wohlergehen der Menschen, die Stärkung der regionalen Wertschöpfung und den Schutz von Natur und Landschaft ein. Aufgrund der sich ständig ändernden Rahmenbedingungen wie beispielsweise Mobilität, demografischer Wandel, Klimaentwicklung, technischer Fortschritt, u.a., beeinflussen die Bewahrung und Entwicklung des Natur- und Kulturerbes den Umgang mit Schutzgütern innerhalb des Naturparks. Die zukünftige Gestaltung des Naturparkes kann helfen, diesen Herausforderungen zu begegnen und Naturschutz sowie Entwicklungen in Wirtschaft, Gesellschaft, Landwirtschaft und Technikin Einklang zu bringen. Um den Herausforderungen des Klimawandels und den Zielen des Windenergieausbaus gerecht zu werden, sollte die Nutzung von Windenergie in den Randbereichen von Naturparks nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Diese Auffassung wird durch die nördlich sowie im Osten des Planungsgebietes bereits genehmigten und errichteten WEA gestützt. Des Weiteren befindet sich das Planungsgebiet und somit auch der westliche Randbereich des Naturparks Aukrug in unmittelbarer Nähe zur Ortschaft Hohenwestedt und dessen Gewerbegebiet, eine Vorbelastung in diesem Bereich ist somit bereits gegeben. Die vorliegend geplanten WEA bilden einen Übergang zwischen dem Gewerbegebiet Hohenwestedt und dem Kernbereich des Naturparks und bieten somit die Möglichkeit dem Schutzzweck des Parkes unter Berücksichtigung der aktuellen Herausforderungen nachzukommen und gleichzeitig das Herzstück frei von Bauwerken zu halten. • Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (G15)Der Schwerpunktbereich und die Verbundachsen verlaufen entlang der Buckener Au sowie von dieser zum nordwestlich der Planungsfläche gelegenen Gehölz. Es ist vorgesehen diese Bereiche im weiteren Planungsverlauf von der Windenergienutzung freizuhalten. • Kleinstbiotope (G16)Die Kleinstbiotope befinden sich zum Großteil innerhalb der zuvor genannten Schwerpunktbereiche und Verbundachsen (vgl. G15). Auch die beiden weiteren im Planungsgebiet befindlichen Biotopflächen sollen von der Windenergienutzung freigehalten werden. • Brutplätze windkraftsensibler Großvögel (G21)Bei dem nächstgelegenen Brutplatz handelt es sich um einen Seeadlerhorst. Dieser befindet sich ca. 455	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	m von der südöstlichsten Spitze der Planungsgebietes entfernt. Durch Schutzmaßnahmen hat sich der Seeadlerbestand seit Ender der 1980er Jahre erholt, derzeit wird er auf der Roten Liste SH nicht mehr als gefährdet geführt (Koop und Berndt 20141). Um dennoch weiterhin einen hohen Bruterfolg zu sichern, ist ein Schutz des engeren Hostbereiches notwendig – vor allem für die WEA-Planung (Koop und Berndt 2014).Seeadler brüten in der Regel in störungsarmen Altholzbeständen, die sich in der Nähe von großen Gewässern oder zur Küste befinden. Darüber hinaus sollten attraktive Bereiche für die Nahrungssuche in der Umgebung zu finden sein: beispielsweise fischreiche Still- und Fließgewässer, wasservogelreiche Stillgewässer, feuchte Niederungen, Moore, Sümpfe, Auen und ähnliche Habitate. Unattraktiv hingegen für die Nahrungssuche sind Bereiche wie große, offene landwirtschaftliche Flächen abseits von Gewässern, große zusammenhängende Waldflächen abseits von Gewässern und Siedlungs- sowie Industrieflächen.Somit ist aufgrund der lokalen Beschaffenheit der Umgebung davon auszugehen, dass die westlich des Horstes gelegenen Flächen durch die Nähe zur Ortschaft Hohenwestedt und dessen Gewerbegebiet als Futterareal eher als unattraktiv für den Seeadler einzustufen sind. Die nordöstlich des Planungsgebietes gelegenen Flächen im Kern des Naturparkes weisen im Gegensatz dazu attraktive Bereiche für die Nahrungssuche auf. Diese Annahmen sind im weiteren Planungsverlauf durch eine fachgutachterliche Habitatpotenzialanalyse oder ggf. erforderliche Erfassungen und Gutachten zu überprüfen und im Rahmen der weiteren Planung zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist die östliche Ausdehnung der Windenergieplanung zu prüfen, um einen hinreichenden Abstand der geplanten WEA zum Seeadlerhorst festzulegen. Im Rahmen der Ausgleichs- und Ersatzplanung ist der Vorhabenträber bestrebt Ablenkungsflächen und weitere Bereiche für die Nahrungssuche in nordöstlicher Richtung im Herzen des Naturparks Aukrug zu schaffen bzw. die Attraktivität der vorhandenen Flächen zu steigern. • Schützenswerte Geotope (G26)Das Planungsgebiet liegt zum Großteil im westlichen Randbereich des Geotop-Potenzialgebietes„ Bargstedter Moor“. Dieses ist gem. des Landschaftsrahmenplans Planungsraum II (2020) ein weitgehend abgetorftes und im Norden in Moorgrünland umgewandeltes Hochmoor. Durch die langfristige Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sowie in der Folge die darauffolgende Anhebung des Wasserstandes soll eine Wiedervernässung des gesamten Moorkörpers und die Entwicklung unterschiedlicher Sekundärbiotope vom Hoch- und Niedermoortyp erreicht werden. Bezüglich der gesicherten Flächen besteht eine Übereinkunft mit den Grundstückseigentümern über die Nutzung der Planungsfläche und dementsprechend mittelfristig der Windenergie den Vorzug gegenüber der Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung, respektive der damit verbundenen Flächenvernässung zu geben.Aufgrund der unterschiedlichen Interessenlagen (Verfügbarkeiten), insbesondere in den Randbereichen des Geotop-Potenzialgebietes, und da abschließende Untersuchungen mit Abgrenzungen konkreter Geotope noch nicht stattgefunden haben, sollte a priori kein genereller Flächenausschluss vorgenommen, sondern allenfalls eine Einzelfallprüfung auf Verfahrenseben(BImSchG) durchgeführt werden. Der überplante Bereich befindet sich darüber hinaus zum Teil in einem archäologischen Interessengebiet. Da hier mit einem erhöhten Aufkommen an archäologischen Denkmalen zu rechnen ist, bedürfen Erdarbeiten in diesen Bereichen der Abstimmung mit dem Archäologischen Landesamt. Ein genereller Ausschluss der Fläche erscheint vor diesem Hintergrund sowie der im Eckpunktepapier angeführten Absichtden Dankmalschutz zugunsten der Windenergienutzung geringer zu gewichten, nicht erforderlich. Zusammenfassend betrachtet, wird anhand der vorstehenden Einschätzungen deutlich, dass das Projekt einen entscheidenden Beitrag zum Windenergieausbau in Schleswig-Holstein leisten kann. Die naturschutzfachlichen Belange werden im weiteren Planungsprozess auf Basis entsprechender Fachgutachten eingehender bewertet und berücksichtigt. Unter Einhaltung noch zu definierender projektspezifischer Abstände, Eingriffsminimierungen sowie Ausgleichsmaßnahmen ist voraussichtlich nicht mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die betroffenen Belange zu rechnen. Zum jetzigen Zeitpunkt spricht grundsätzlich nichts gegen eine zukünftige Ausweisung als Vorrangfläche. Aufgrund des wichtigen Beitrags für den Ausbau sektorübergreifender Ressourcen und die Energiewende im Allgemeinen, sprechen wir uns im Namen des Vorhabenträgers für die Ausweisung der hier beworbenen Fläche aus. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted] **Anlagen:** Anlage I – Lageplan 1 Koop, B. und R. K. Berndt (2014): Zweiter Brutvogelatlas. Vogelwelt Schleswig-Holsteins, Band 7. Neumünster/Hamburg	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2740	Sehr geehrte Damen und Herrren, Betr.: Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans „Windenergie an Land“ 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, „Durch eine möglichst weitgehende Konzentration der WEA auf relativ dünn besiedelte, naturschutzfachlich vertretbare Standorte werden die mit dem Umbau der Energieversoraung auf emeuerbare Energien verbundene Beeinträchtigungen gering gehalten.“ Der Kreis Pinneberg ist der kleinste und am dichtesten besiedelte Kreis im Land Schleswig- Holstein. Die neu für Windenergie markierten Flächen in der Seestermüher und Haseldorfer Marsch liegen mitten in Landschaftsschutzgebieten. Hier werden zwei Voraussetzungen für Windenergieausbau in Schleswig-Holstein nicht eingehalten. Dazu kommt: Beide Marschen stehen unter Landschaftsschutz, wobei das LSG 04 bereits durch WKA stark beschädigt wurde. Lt. Bericht 2019 der Omithologischen Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein - Hamburg .1. kreuzen sich in diesen zwei Marschen 4 (vier) Hauptachsen des oberregionalen Vogelzugs. .2. werden hier über 40 % des in ganz Schleswig-Holstein gezählten Vogelzuges gezählt, .3. werden hier über 99 % des in Schleswig-Holstein gezählten Kranichzugs gezählt, In	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4.1, 1.5.1, 3.15.1, 3.17.1, 4.14 bis 4.20, 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	diesen Marschen befinden sich 3 (drei) Seeadlerhorste - ein vierter in nächster Nähe auf den Rhinplatte vor Glückstadt. In der Haseldorfer Marsch befindet sich die lt. Presse größte Graureiherkolonie in ganz Schleswig-Holstein d.h. Artenschutzgebiet. „Untermieter“ dort sind Uhus. In beiden Marschen befinden sich die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hoher Siedlungsdichte. In diesen beiden Marschen befinden sich die wichtigsten Rastgebiete und Nahrungsflächen für Gänse etc, außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten. In diesen beiden Marschen überwintern 200.000 bis 260.000 Rastvögel. Zwischen Pinau und Krückau halten sich in der Seestermüher Marsch viele Gänse und Schwäne auf. In diesen Marschen befinden sich mehrere Wasserschutzgebiete für die Versorgung der Bevölkerung von Hamburg, Uetersen und Elmshorn. Ausgleichsflächen dürfen durch WKA nicht überbaut erden. Erst in der letzten LEP 2022 wurde das Gebiet für Tourismus in diesen Marschen über ihre Grenzen hinweg weiter nach Norden ausgedehnt und umfasst also beide Marschen voll. Beide Marschen gehören zum Ordnungsgebiet um Hamburg. Es ist also offensichtlich, dass in diesen Marschen kein Platz für weitere Windkraftanlagen ist, ohne den Naturschutz massiv zu gefährden, schon gar nicht für Höhen über 100 m. Ich bitte Sie, Ihre Pläne entsprechend zu berichtigen und mich darüber zu benachrichtigen. Vielen Dank im voraus. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2655	Sehr geehrte Damen und Herren, Sehr geehrte Frau Koll, zu der „*Teilfortschreibung zum Thema ‚Windenergie an Land"* des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (LEP) – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024“, hier: Fläche nördlich des Ortes 25767 Röst, nehmen wir wie folgt Stellung: Wir begrüßen die Fortschreibung des Regionalplans und die gesetzliche Verankerung der Kriterien im Landesentwicklungsplan. Grundsätzlich sind wir für die Ausweisung von Windenergieflächen im Landesinneren, sofern diese den geplanten Kriterien entsprechen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Außerdem beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel)*, 4.5.1.1 (*Siedlungsstruktur*), *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)*, *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* und *4.5.1.4 (Boden und Wasser)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.6, 1.2, 7.3.1, 7.3.2, 4.20, 4.7, 3.3, 5.2 und 4.5 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Eine von uns überplante Fläche, die westlich der Autobahn A23, nördlich von Röst, sowie östlich von *Odderade* und westlich von *Albersdorf* im Landkreis Dithmarschen liegt, wurde in der Vergangenheit noch nicht von den Ausweisungsverfahren berücksichtigt. Nach Einsicht und Prüfung der veröffentlichten Unterlagen für die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) stellt sich dies nun anders dar, was wir sehr begrüßen. Aus den nachfolgenden Gründen bitten wir um Aufnahme der Fläche zwischen den genannten Orten als Vorrangfläche für die Erzeugung von Windenergie. Grundlage sind die im aktuellen Beteiligungsverfahren veröffentlichten Kriterien als Ziele und Grundsätze der Landesentwicklungsplans. Im Einzelnen: **Zum Verfahren** Der neue Entwurf des Landesentwicklungsplans schafft einen raum- und naturverträglichen Rahmen für den erforderlichen Ausbau der Windenergie. Wir begrüßen das geplante Verfahren und die Gewichtung und Behandlung der Suchkriterien für den Windenergieausbau. Damit folgt das Land Schleswig- Holstein zum einen den neuen Anforderungen des geänderten Bundesrechts und ermöglicht durch angepasste Rahmenbedingungen die erforderliche Energiewende für den Klimaschutz. Die Festsetzung von bestimmten Kriterien als Ziele, die der Abwägung nicht zugänglich sind und als Grundsätze, die in der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden können, schafft einen einheitlichen Verfahrensrahmen für verschiedene Ausweisungsverfahren. Durch die Beibehaltung des Rotor-In-Prinzips wird die Erreichung des Ziels des Landes Schleswig-Holstein, genügend Abstand zu Siedlungsbereichen einzuhalten, gewährleistet. Der Wegfall der bislang geltenden Ausschlusswirkung von ausgewiesenen Vorrangflächen birgt mehr Flexibilität im Einzelfall und kann die sinnvolle Ausweisung von Windeignungsflächen in bestimmten Lagen ermöglichen. Dies auch sicherlich den sogenannten „Beschleunigungsgebieten“ geschuldet, die in der RED III definiert sind und bei der Planung beachtet werden müssen. Ziel ist, Wirtschaft und Industrie zu dekarbonisieren. Gleichzeitig sollen Standortvoraussetzungen für eine dynamische	Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wirtschafts- und Arbeitsplatzentwicklung optimiert werden. Dies trifft insbesondere in der Region Heide zu. Je dichter eine Fläche an gegenwärtigen und künftigen Verbrauchszentren gelegen ist, desto sinnvoller ist die Ausweisung. Da der direkt gelieferte Strom häufig günstiger ist, weil für die Unternehmen keine Netzentgelte anfallen, könnte zusätzlich ein kostenbasierter Stromliefervertrag anstelle eines marktwertbasierten Modells zu besonders niedrigen Stromgestehungskosten für die Industriepartner führen. Die neue Positivplanung ermöglicht es, ausreichend große, stark windhöffige Gebiete im Landesinneren, die bislang vor allem durch Landschaftsschutzgebietsausweisungen keine Berücksichtigung fanden, für regenerative Energien zu erschließen. So können Flächen, die zum Teil wesentlich besser geeignet sind, zum Beispiel aufgrund ihrer größeren Entfernung zu Siedlungen und Häusern als an der Küste, im laufenden Verfahren aufgenommen werden. Insgesamt unterstützen wir daher das vorgesehen Verfahren, die Grundsatzbeschlüsse der Landesregierung zur Windenergieplanung vom Dezember 2023 auf Ebene des Landesentwicklungsplans umzusetzen. **Klimaschutzziele** Aus Gründen der Klima- und Energiepreiskrisen ist weiterer Flächenbedarf eindeutig ersichtlich. Der Ermessensspielraum wird neu definiert, womit die Landesregierung den Vorgaben der verschiedenen Klimaschutzprogramme und darin aufgeführten Klimazielen folgt. Der Bedarf von klimaneutraler Energie wird sich absehbar im westlichen Schleswig-Holstein mit Industriestandorten wie Brunsbüttel und Heide, verbunden mit hohen Lagerkapazitäten von Energie/ Wasserstoff durch Transformation der Industrieversorgung, Mobilität und private Haushalt erheblich steigern. Hinzu kommt, dass zukünftig die diversen geplanten Stromleitungen den erzeugten Strom durch Offshore- und Onshore- Anlagen ableiten werden. **Fachliche Bewertung/Kriterienkatalog** Bei den nachfolgenden Argumenten und Einwendungen beziehen wir uns auf eine Rohpotenzialfläche, die in der Karte Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß *Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie* aus Juni 2024	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	abgebildet ist. Für den Standort zwischen den Orten Röst, Albersdorf und Odderade, Landkreis Dithmarschen, wird in der veröffentlichten Potenzialflächenkarte eine mögliche Windvorrangfläche abgebildet. [**Abb.1** (links): LEP Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie **Abb. 2** (rechts): Auszug Karte Grundsätze der Raumordnung, zusätzliche Dokumente LEP-Verfahren] Das betrachtete Gebiet wird im Süden und Westen durch einzuhaltende Abstände zur Einzelwohnhäusern sowie Wohnbebauung im Außenbereich begrenzt. Das Gebiet wird von uns als regional ausgerichteter Planungsgemeinschaft seit Jahren beplant. Es wurde aufgrund von Großvögel-Artenvorkommen und militärischen Belangen im vorangehenden Regionalplanverfahren nicht weiter betrachtet, abgewogen und ausgewiesen. Wir beschäftigen uns mit diesem Gebiet und haben die Kriterien intensiv ausgewertet. Für das in Frage kommende Gebiet wurden in der Zwischenzeit Untersuchungen und Planungen ausgeführt, auch sind durch verschiedene Beteiligungsverfahren detaillierte Informationen zu Umweltbelangen verfügbar. Die beschriebene Fläche liegt westlich der Autobahn und ist nicht bewaldet. Sie wird intensiv durch die Landwirtschaft mit Ackerbau und Grünland genutzt. Die für einen Windpark erforderlichen Abstände zu Ortschaften können eingehalten werden. **Zu den einzelnen Kriterien:** **1. Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern** **2. Beeinträchtigung Großvögel** **3. Waldabstand** **4. Militärische Belange**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	5. Gewässerschutz **6. Schutz- und Biotopverbunde** **1. Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern- Ziel** Das mögliche Windeignungsgebiet ist ausreichend groß, dass die Anforderungen an Abstände eingehalten werden können. Die Beibehaltung des Rotor-In-Grundsatzes schafft zusätzlich Abstand. Dieser wird zumeist häufig auch durch die erforderlichen Abstände aufgrund der Emissionen durch Schall und Schattenwurf übertroffen. In der Regel führen die Vorgaben für die Einhaltung dieser Emissionen zu noch zu größeren Abständen. Auch dies ist Bestandteil des eigentlichen Genehmigungsverfahrens und dort zu prüfen. Nach wie vor ist eine ausreichende Potenzialfläche auf der Fläche vorhanden. **2. Beeinträchtigung Großvögel-Grundsatz** Wir sind der Auffassung, dass das Land die Vorgaben des Bundesnatur-schutzgesetzes, bzw. die Anlage 1 des BNatSchG und die darin enthaltenen Abstandskriterien stärker einbeziehen sollte. Es sind klare Regelungen getroffen in welchen Abstandsbereichen um kartierte Horste der Ausbau der Windenergie ausgeschlossen ist und welche Bereiche als Prüfbereiche anzulegen sind. Das Land plant, um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögel im angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden zu lassen. Hier möchten wir darauf hinweisen, dass weiter zu differenzieren ist bei der Festlegung von Tabuzonen um Horste von Großvögeln. Gerade durch Entwicklung und Einsatz neuer Techniken (ProTecBird) und Schaffung von Lenkungsflächen sollten bei bestandsreichen Arten wie beispielsweise Storch und Rotmilan durch geeignete Maßnahmenkonzepte Artenschutzkonflikte zu bewältigen sein. Die Großvögel können erfolgreich geschützt werden. Der großräumige Ausschluss von Potenzialflächen um Horste sollte daher auf die Ebene der Einzelfallbetrachtung verlagert werden und nicht von vorneherein zum Ausschluss einer Fläche für Windstandorte führen. Der Ausschluss von Flächenstrukturen mit großräumig vorkommenden und besonders	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	schützenwerten Arten hingegen ist aus unserer Sicht sachgerecht. **3. Waldabstand** Der vorgeschlagene, einzuhaltende Abstand zu Waldflächen von 30 m ist gegeben. **4. Militärische Belange** Militärische Belange sollten erst in einer Einzelfallbetrachtung abgewogen werden. Es zeigt sich, dass bei Richtfunktrassen nur eine lineare Beeinträchtigung erfolgt und diese von der Windplanung berücksichtig werden kann. Sie beeinflusst die mögliche Standortplanung kaum und führt nur zu einer minimalen Einschränkung der Eignungsfläche. Auch bei Höhenbegrenzungen sollte überprüft werden, welche Belange der Bundeswehr tatsächlich betroffen sind. Daher sollten Potenzialflächen für Windenergie und Nutzung zur regenerativen Stromproduktion nicht von vornherein ausgeschlossen werden. **5. Gewässerschutz** Das Gebiet wird von einem Fließgewässer durchzogen. Die einzuhaltenden Abstände können in der Standortplanung berücksichtigt werden. Die Einschränkungen sind gering und das Gebiet würde sich nur marginal verkleinern. **6. Schutz- und Biotopverbunde** Bei Windenergieprojekten, die in der Nähe solcher Biotope liegen, sollte berücksichtigt werden, dass diese lediglich angrenzend, aber nicht „in“ den Biotopen liegen. Auf diese Weise bleibt eine langfristige Vernetzung von Schutzräumen und Verbundachsen weiterhin möglich. Insgesamt fördert dieser Ansatz eine ausgewogene Entwicklung, die sowohl den Natur- als auch den Klimaschutz angemessen berücksichtigt. Dieser Teil des Landesentwicklungsplans sollte ergänzt werden und klarstellen, dass, wenn geplante WEA-Standorte weder innerhalb von Schwerpunktbereichen noch in Verbindungskorridoren des Biotopverbunds liegen, keine Beeinträchtigungen oder mittelbare Wirkungen auf die Biotope zu erwarten sind. Dieses Kriterium wird zudem analog zu Punkt 1 im BImSchG-Verfahren untersucht und bewertet. Kleine geschützte Biotopbereiche können von einer Bebauung ausgeschlossen werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ein weiterer Hinweis ist der veröffentlichte Entwurf zum Landesentwicklungsplan. Die Karte weist keine besonderen Merkmale für das Gebiet aus. So ist weder ein Vorbehaltsraum für Natur und Landschaft dort vorgesehen, noch durchziehen Biotopschwerpunktverbunde auf Landesebene das Plangebiet. Das Potenzialgebiet verbleibt offen als Windvorrangfläche. **Zusammenfassung** In der Zusammenfassung ermöglichen die aktuellen Abwägungskriterien große neue Windvorrangflächen in unserer Region. Auch in dem von uns überplanten Gebiet ist eine Potenzialfläche für den Windenergieausbau möglich. Die aktuellen Kriterien und die Akzeptanz in der Bevölkerung lassen einen Wegfall des Gebiets nicht zu. **Wir befürworten daher** **- die Verfahrensweise der Verankerung der Kriterien zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im Landesentwicklungsplan und** **- bitten um die Aufnahme des Gebiets westlich der Autobahn 23, nördlich von Röst als Vorranggebietsfläche für Windenergie im zukünftigen Regionalplan Sachthema Wind.** Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2248	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich dies bezüglich anführen: Um mehr Zeit für eine fundierte Stellungnahme zu haben, bitte ich darum, dass die Abgabefrist um 3 Monate verlängert wird.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 2.1 bis 2.5, 3.15 bis 3.18, 4.5, 5.9, 7.1.1, 7.1.3, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.12, 7.3.7, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bin grundsätzlich für die Pläne der Landesregierung zur weiteren Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen. Wenn die Landesregierung laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick behalten will, dann müssen die im Folgenden aufgeführten Bedenken und Aspekte zwingend bei den Planungen als Ziele und Grundsätze berücksichtigt werden: Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachtenableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (z.B. Veenker, 2020). Als Ziel und Grundsatz muss gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920m eingehalten wird. Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel, nach einem Brandereignis mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. Für Havarien bzw. Brandereignisse müssen Haftung und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab festgelegt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnenden und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet. Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. Gerade durch die o.g. Abschaffung dieser Regel wird es sonst zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung kommen. Damit verbunden ist meine Sorge und die Gefahr, dass sich in der Folge viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden werden. Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. dem Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante, weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Dies steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papier) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. Aus den bereits genannten Akzeptanzgründen aber auch im Sinne der Schutzbedürftigkeit der Anwohnerinnen und Anwohner und Schaffung möglichst gleicher Lebensverhältnisse im Land ist das Kriterium der Vorbelastung und die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA kontraproduktiv. Es soll, wie von der Landesplanung generell angestrebt, eine Gleichverteilung erfolgen. Durch Windenergiegebiete oder Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gemeindegebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz. Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u.a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit meines Lebens- und Erholungswertes. Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage ist meine Sorge, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses und der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken) durch zukünftig noch höhere Windkraftanlagen gefährdet oder weiter eingeschränkt wird. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 sind bereits bei der Festlegung von Windvorrangflächen und im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Dies muss bereits in den Zielen und Grundsätzen festgeschrieben werden. Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus – einem bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins. Es steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung, dass z.B. die mögliche Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101 einen unzureichenden Abstand zu festgelegten Siedlungsbereichen (hier der Siedlungsachse Kiel–Melsdorf–Felde) aufweist. Generell muss als Ziel und Grundsatz der Raumordnung definiert werden, dass zu festgelegten bzw. geplanten Siedlungsbereichen/-achsen ein Abstand von Vorrang- und Potenzialflächen von mindestens 1000m (800m + 200m Sicherheitspuffer) einzuhalten ist. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2483	Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Koll, Es handelt sich um die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Sachthema Wind. Dazu möchte ich die nachfolgende Stellungnahme abgeben, da ich bzw. unser Landwirtschaftlicher Betrieb davon betroffen sind, siehe auch Punkt 3 meiner Ausführung. Ich begrüße die neue Bewertung der Kriterien im Rahmen des Landesentwicklungsplans und halten es für längst überfällig, dass das Wind-an-Land-Gesetz auf den Weg gebracht wurde. Der Ausbau der Windenergie ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, und ich stehe diesem Vorhaben grundsätzlich positiv gegenüber. Besonders in unserer Gemeinde Nordhastedt, Landkreis Dithmarschen, unterstützen wir den geplanten Ausbau von Windenergieanlagen, da wir die Energiewende und die Nutzung grüner Energie als notwendig und zukunftsweisend erachten. **1. Stärkung der regionalen Wertschöpfung und lokale Energieversorgung** Der Ausbau der Windenergie hilft uns, die Energie vor Ort zu sichern und bringt gleichzeitig wirtschaftlichen Nutzen für unsere ländlichen Gebiete. Außerdem ist Windenergie eine sichere und nachhaltige Alternative, die nicht die Risiken der Atomkraft mit sich bringt. Deshalb unterstütze ich den Ausbau von Windenergie in	Die Stellungnahme spricht sich grundsätzlich positiv für die Windenergienutzung aus und enthält Anregungen zur gerechteren Verteilung des Nutzens aus der Windenergie. Dies wird zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus plädiert die Stellungnahme für eine ausgewogene Abstimmung zwischen Windenergieausbau und Siedlungsentwicklung; auch dahingehend, dass eine künftige Siedlungsentwicklungsplanung ausgewiesene Vorranggebiete für Windenergie nicht nachträglich einschränken darf. Das entspricht dem Grundgedanken der Planung und wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unserer Region ganz klar. **2. Soziales Gefälle und gerechte Verteilung** Es ist ungerecht und besorgniserregend, dass der Windkraftausbau derzeit vor allem in der Marsch stattfindet, was dieser Region Wohlstand bringt, während wir in der Geest vernachlässigt werden. Diese ungleiche Verteilung, besonders die Bevorzugung der Küstenregion, führt zu einem sozialen Ungleichgewicht zwischen den Gemeinden. Alle Regionen sollten gleichermaßen von der Energiewende profitieren, damit die Wertschöpfung fair verteilt wird. Die Vorteile der Windenergie sollten gerecht verteilt werden. Deshalb unterstütze ich Projekte, die einen Bürgerstromtarif anbieten, sodass alle Bürger davon profitieren – unabhängig davon, ob sie sich finanziell beteiligen können oder möchten. Ein solcher Bürgerstromtarif, also günstiger Strom für alle Bewohner der umliegenden Gemeinden eines Windenergieprojekts, sorgt dafür, dass die Energiewende sozial gerecht und für alle zugänglich ist. **3. Position zur Siedlungsentwicklung und meinen Flächen** Im Rahmen des vorliegenden Entwurfs zum Landesentwicklungsplan möchte ich zu Kapitel 4.5.1.1 ‚Siedlungsstruktur‘ und dort zu Abstandserfordernissen (3 Z) Stellung nehmen. Hier wird Bezug genommen auf Ausbauziele im Rahmen des sogenannten Stadtumland-Konzeptes (SUK) der Region Heide, wo für die Gemeinde Nordhastedt verschiedene zukünftige Flächen-Neunutzungen vorgesehen sind. Das sind Ausweisungen für neue Wohn- und Gewerbegebiete. Davon betroffen sind auch Eigentumsflächen von mir. Diese stehen unsererseits aber nicht für die kommunale Entwicklung zur Verfügung. Weder wurde ich darüber seitens der Gemeinde darüber informiert noch trage ich diese Entwicklung auf meinen Eigentumsflächen mit. In diesem Zusammenhang ist auf die Abstandserfordernisse hinzuweisen, die besagen: „Bei der gemeindlichen Siedlungsentwicklung sind Abstände zu Windenergiegebieten entsprechend der Schutzwürdigkeit der geplanten Nutzungen einzuhalten. Diese entsprechen den Umgebungsbereichen aus den Absätzen 1 Z und 2 Z.“ (3 Z) Hier möchte ich darauf hinweisen, dass eine nachträgliche Ausweisung von Flächen zur Siedlungsentwicklung durch Gemeinden, die erfolgt, nachdem die Planung von Windenergiegebieten bereits fortgeschritten ist, sorgfältig geprüft werden sollte. Es ist	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	entscheidend, dass neu geplante Siedlungsentwicklungen nicht dazu führen, dass bestehende Windenergiegebiete verdrängt oder ihre Flächen reduziert werden. In Konfliktfällen sollte, wie im Landesentwicklungsplan unter B zu 5 (S. 30) festgelegt, stets im Einzelfall geprüft werden, ob ein Zielkonflikt zwischen der gemeindlichen Siedlungsplanung und der Festlegung eines Windenergiegebietes besteht. Dabei ist sorgfältig zwischen den Zielen der Siedlungsentwicklung und den Interessen der Windenergieausweisung abzuwägen. Diese Stellungnahme soll einen konstruktiven Beitrag zur Diskussion und zur Weiterentwicklung des Landesentwicklungsplans leisten. Wir hoffen, dass unsere Anliegen und Vorschläge Berücksichtigung finden, um eine ausgewogene und zukunftsorientierte Planung sicherzustellen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] 25785 Nordhastedt Bei der Veröffentlichung bitte ich Sie Datenschutzrechtliche Belange zu berücksichtigen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2575	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt	Zur Kritik am Grundsatz Kapitel 4.5.1.1, Abstand von 1.000 m zu Siedlungen: Die Kritik zielt auf die Umsetzung des Kriteriums auf der Ebene der Regionalplanung ab. Das ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Die Hinweise zur Abgrenzung von Innenbereichen gegenüber dem Außenbereich und zur Bestimmung von gebieten mit Wohn- und Erholungsfunktion werden zur Kenntnis genommen. Auch hier erfolgt die konkrete Umsetzung erst auf Ebene der Regionalplanung. Gleiches gilt für die Frage, ob im Einzelfall auch planerisch verfestigte Siedlungsflächenausweisungen maßgeblich für die Festlegung des erweiterten Abstandes von 1.000 m herangezogen werden können. Zu Kapitel 4.5.1.2 Abs. 10 G Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Es erfolgt bewusst keine pauschale Freihaltung von Korridoren um

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der	Freileitungen. Zu Kapitel 4.5.1.3 Abs. 17 G Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Die für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel angesetzten Umgebungsbereiche orientieren sich an den Angaben des BNatSchG (Anlage 1 Abschnitt 2 zu § 45b BNatSchG). Der Plan wird diesbezüglich angepasst. Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 45 b bis d ausschließlich für die Ebene der Zulassungsverfahren. Die Nutzung von Windenergieanlagen in der Nähe von Horststandorten windkraftsensibler Großvogelarten schließt sich nicht grundsätzlich aus. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. In begründeten Fällen kann davon abgewichen werden. Zum Schwarzstorch Der Schwarzstorch steht mit 5-7 Revieren kurz vor dem Aussterben in Schleswig-Holstein. Für erfolgreiche Bruten sind die Vögel auf freie Flugkorridore ohne Barrieren im Umfeld ihrer Brutplätze angewiesen. Die Funktion der Lebensstätte für erfolgreiche Bruten der wenigen Paare in Schleswig-Holstein kann daher nur gesichert werden, wenn der 2 km Umgebungsbereich frei von WEA bleibt. Zum Rotmilan Gegenüber dem in der Einwendung zitierten Papier von 2016 ist der Kenntnisstand zur Brutverbreitung des Rotmilans in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Wie in der Einwendung geschrieben, werden Rotmilanreviere in der Regel wieder besetzt. Auch wenn nicht immer der exakt gleiche Horst genutzt wird, liegt der Wechselhorst oft in der unmittelbaren Nähe. Auch werden aktuell unbesetzt Horste in den Folgejahren wieder besetzt. Insofern ist die Berücksichtigung der aktuellen

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht	Rotmilanbrutplätze artenschutzfachlich gerechtfertigt. Zu Kapitel 45.1.3 Abs. 6 Z Wälder und Umgebungsbereiche Die Hauptkritik der Stellungnahme richtet sich hier gegen das Landeswaldgesetz, welches nicht Gegenstand dieses Planverfahrens ist. Die Landesplanung ist an dieses Gesetz gebunden und kann mit Ziele der Raumordnung nichts Abweichendes festlegen. Die erweiterten Abstände zu Naturwäldern sind fachlich hinreichend begründet. Es wird daran festgehalten. Die Stellungnahme enthält weiterhin ausführliche Hinweise zum aus Sicht der Einwender korrekten Umgang mit den Grundsätzen der Kapitel 4.5.1.2 Abs. 12 G (Regionale Grünzüge), Abs. 13 G (Landschaftsschutzgebiete), 4.5.1.3 Abs. 5 G (Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems. Sie werden zur Kenntnis genommen. Ein Überarbeitungsbedarf resultiert daraus nicht. Die angesprochenen Detailfragen betreffen die konkrete Abwägungsentscheidung auf Regionalplanebene.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. 1.2 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 10 G – Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 10 G soll der Schutz der bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes bei der Ausweisung von Windenergiegebieten Berücksichtigung finden. In der Begründung B zu 10 wird auf Empfehlungen der Bundesnetzagentur gemäß DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4):2016-04 als Abstände von WEA zu Hochspannungsfreileitungen Bezug genommen. Entsprechende Schutzabstände sind in der Planungs- und Genehmigungspraxis von WEA bekannt und bewältigbar, zumal selbst eine Unterschreitung der Schutzabstände zunächst auch eine vertikale Prüfung nach sich zieht und dann jedenfalls bei Einsatz von schwingungsdämpfenden Maßnahmen zulässig ist. Insofern besteht kein unüberwindbares Genehmigungshindernis, welches die Ausnutzung eines Windenergiegebietes gänzlich in Frage stellen könnte. Dies verdeutlicht auch eine beispielhafte Berechnung auf Grundlage dieser Standardisierungsnorm. Die planerisch maßgebliche Referenzanlage hat einen Rotordurchmesser von 150 Meter (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G). Hoch- und Höchstspannungsnetzes Berücksichtigung finden sollen. Dies kann nur für entsprechend verfestigte Planungen gelten, für welche die gesetzlichen Regelungen (EnWG, NABEG) entsprechende Plansicherungsinstrumente vorsehen und diese auch im konkreten Fall Anwendung finden (§ 16 NABEG, § 44a EnWG). 1.3 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G – Regionale Grünzüge	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G sollen die Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 12 wird auf Kapitel 6.3 sowie die Funktionen der in den Regionalplänen festgelegten regionalen Grünzüge verwiesen. Zunächst ist festzuhalten, dass die in der Begründung B zu 12 genannten Funktionen in Kapitel 6.3 Absatz 1 Z – Regionale Grünzüge auf andere Erfordernisse der Raumordnung im Landesentwicklungsplan Bezug nehmen. Erst in der Zusammenschau mit diesen kann abwägend entschieden werden, inwiefern dies für die Windenergienutzung relevant ist. Wenn etwa auf die Funktion „Klimaverbesserung und Lufthygiene“ Bezug genommen wird, so findet sich der Verweis auf Kapitel 6.1 und darin wiederum auf die raumordnerische Vorsorge für eine klimaverträgliche Energieversorgung und -infrastruktur (Kapitel 4.5). Mithin sind die Funktionen miteinander verschränkt und es kann nicht abwägend über Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G die Ausweisung von Windenergiegebieten als unvereinbar angesehen werden. Zutreffend wird in der Begründung B zu 12 festgehalten, was Kapitel 6.3.1 Absatz 4 Z festlegt: „In den regionalen Grünzügen darf planmäßig nicht gesiedelt werden. Es sind nur Vorhaben zuzulassen, die mit den Funktionen dieser Gebiete entsprechend Absatz 1 vereinbar sind oder die im überwiegenden öffentlichen Interesse stehen.“ Damit gilt alternativ, dass in regionalen Grünzügen Vorhaben entsprechend der vorstehend ausgeführten Zusammenschau der in Bezug genommen Erfordernisse der Raumordnung zugelassen sind, jedenfalls aber im überwiegenden öffentlichen Interesse stehende Vorhaben. Wie bereits unter Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. ausgeführt, findet die Sollbestimmung des § 2 Satz 2 EEG 2023 für alle Abwägungsentscheidungen, zumal die Treibhausgasneutralität der Stromerzeugung im Bundesgebiet – nicht nur in Schleswig-Holstein – noch weit entfernt ist, Anwendung. § 2 Satz 1 EEG 2023 hält unabhängig von Abwägungsentscheidungen fest, dass die Errichtung und der Betrieb von Anlagen der erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen. Insofern liegt die Voraussetzung der Zulässigkeit von Vorhaben der Windenergienutzung in regionalen Grünzügen immer vor. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. In der Konsequenz darf aber diese als Ziel der Raumordnung explizit festgelegte Zulässigkeit dieser Vorhaben nicht dadurch umgangen werden, dass durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 regionale Grünzüge doch wieder abwägend Berücksichtigung finden müssen. Dies stellt einen systematischen Widerspruch dar, weshalb Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G aufzuheben ist. Jedenfalls aber kann nur in außergewöhnlichen Fällen eine Abwägung zulasten der Ausweisung von Windenergiegebieten erfolgen. 1.4 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 13 wird auf die Neuregelung des § 26 Abs. 3 BNatSchG verwiesen, welche sich auch auf das Veränderungsverbot nach § 19 Abs. 2 Satz 2 LNatSchG bei eingeleitetem LSG-Verfahren nach § 12a Abs. 2 LNatSchG erstrecke. Dies gelte auch für einstweilige sichergestellte Gebiete nach § 12a Abs. 3 LNatSchG i.V.m. § 22 Abs. 3 und § 26 BNatSchG. Für die deshalb vorzunehmende Abwägungsentscheidung solle die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden. Zunächst ist die Rechtsauffassung der Einbeziehung des Veränderungsverbots und der einstweiligen Sicherstellung in § 26 Abs. 3 BNatSchG zu begrüßen, weil ein vorlaufender Schutz für eine LSG-Verordnung nicht umfangreicher ausfallen kann als die LSG-Verordnung selbst. Allerdings sind weiterhin Abwägungen zulasten der Windenergie aufgrund einer Lage in einem Landschaftsschutzschutzgebiet möglich, obwohl die gesetzgeberische Wertentscheidung in § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG dahingehend besteht, dass zugunsten der Windenergie entsprechende Windenergiegebiete in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden können. In jedem Fall zu vermeiden ist es, dass – wie nach dem bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) – allein einstweilig sichergestellte	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsschutzgebiete überhaupt eine Berücksichtigung in der Abwägung finden. Es hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass dieses Instrumentarium auch zur Vermeidung von Windenergie eingesetzt wurde, ohne dass sich der Wille zur Ausweisung später nach Zielerreichung verfestigt hat. So sind etwa die (geplanten) Landschaftsschutzgebiete „Wiedingharder- und Gotteskoog“ und „Ostenfeld-Schwabstedter Geest mit vorgelagerter Marsch“, die der Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein zum Regionalplan für den Planungsraum I zugrunde liegen (OVG Schleswig-Holstein, 22.03.2023 - 5 KN 53/21 - juris Rn. 31), weiterhin nicht ausgewiesen. Schließlich kann ein Verfahren zur Ausweisung eines Landschaftsschutzgebiets nach Rechtskraft der Regionalpläne einfach wieder eingestellt werden, was einer Verhinderungsplanung durch Landkreise gleichkommt (auf dieses Risiko bzw. diese Motivationslage hat auch hingewiesen OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 74). Etwaige zukünftige Landschaftsschutzgebiete, für die nach § 12a Abs. 2 LNatSchG lediglich das Verfahren zur Aufstellung einer LSG-Verordnung eingeleitet wurde sowie für die nach § 12a Abs. 3 LNatSchG lediglich eine einstweilige Sicherstellung erfolgte, stellen noch keinen hinreichend begründeten Fall für die Gewichtung eines solchen Belangs dar. Dabei ist aufgrund des § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG nicht einmal mehr erforderlich, dass eine Befreiungslage nach § 67 Abs. 1 BNatSchG vorliegt. Zwar sehen die vorgenannten Normen § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG eine Möglichkeit der gesetzlichen bzw. der normativen Sicherstellung ähnlich zu einer Veränderungssperre vor. In materieller Hinsicht ist dafür aber nicht notwendig, dass die Schutzwürdigkeit und -bedürftigkeit der betroffenen Landschaft bereits abschließend geprüft worden ist und feststeht. Es genügt, dass das von der Sicherstellungsverordnung erfasste Gebiet (Geltungsbereich) seiner Qualität nach geeignet ist, einen „besonderen“ Schutz von Natur und Landschaft, wie er mit der künftigen LSG-Verordnung geplant ist, zu rechtfertigen, wobei auf die drei alternativ genannten gesetzlichen Schutzzwecke in § 26 Abs. 1 Nr. 1 - 3 BNatSchG abzustellen ist (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 68). Insofern steht nicht unbedingt fest, dass es tatsächlich zum Erlass einer LSG-Verordnung kommen wird. Auf der Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9.) kann zudem keine hinreichende Auseinandersetzung mit den Inhalten der in Aufstellung befindlichen LSG-Verordnung erfolgen. Das ist aber für eine Prognose erforderlich, ob es überhaupt zu einer rechtmäßigen LSG-Verordnung kommen kann, für die ein Schutz nach § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG angemessen wäre	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und für die die Landesplanungsbehörde quasi antizipieren kann, dass in diesem Bereich die Errichtung und der Betrieb von WEA zukünftig nicht erfolgen wird. Diese Prognose müsste auch Gegenstand der Planunterlagen sein, sodass die Abwägung überhaupt nachvollziehbar ist. Damit wird die Regionalplanung aber überstrapaziert. So hat auch das OVG Schleswig-Holstein festgestellt, dass sich die Landschaft zur Schutzwürdigkeit „hinsichtlich ihres Charakters, ihrer Eigenart und Qualität von - außerhalb davon gelegenen - Landschaftsräumen (die im Übrigen nicht ungeschützt sind [vgl. z. B. § 35 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 5 BauGB; §§ 14 ff. BNatSchG; §§ 8 ff. LNatSchG]) deutlich unterscheiden“ müsse (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 76). Schließlich würde diese Vorgehensweise der gesetzlichen Wertung des § 4 Abs. 1 ROG widersprechen und verkehrt diese in ihr Gegenteil. Eine raumordnungsrechtliche Abstimmung, wie vom OVG Schleswig-Holstein zurecht gefordert (vgl. OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 79 ff.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 132 ff.), kann auch nicht in der Weise erfolgen, dass die Landesplanung in Aufstellung befindliche LSG-Verordnungen schlicht berücksichtigt, selbst wenn keine eigene Prüfung stattfindet (OVG Schleswig-Holstein, 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 135). Zu Recht hat das OVG Schleswig-Holstein gerügt, dass die Landkreise der Landesplanung nicht mit dem Mittel des Erlasses einer Sicherstellungsverordnung (bzw. LSG-Verordnung) vorgreifen dürfen (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 83 f.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 134 und 136). Wenn Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G beibehalten werden soll, dann ist dies jedenfalls auf nur bereits vorliegende LSG-Verordnungen zu reduzieren und die Abwägung hat in den Randbereichen der LSG grundsätzlich zugunsten der Ausweisung von Windenergiegebieten zu erfolgen. 1.5 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope 1.5.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. 1.5.2 Kleinstbiotope Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte. 1.6 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G soll um Brutplätze von vier genannten windkraftsensiblen Großvogelarten in einem jeweils angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Dies sind für den Seeadler 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), für den Schwarzstorch 2.000 Meter, für den Weißstorch 1.000 Meter und für den Rotmilan 1.500 Meter. Wenn im jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt, solle in der Abwägung geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist. Zusätzlich könne bei Weißstorch- und Rotmilan-Brutplätzen einzelfallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden können. In der Begründung B zu 17 wird auf ein erhöhtes Kollisionsrisiko im Horstumfeld von Seeadlern, Weißstörchen und Rotmilanen Bezug genommen. Für Schwarzstörche bestünde ein ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe bestehe (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Der Abstandsradius beim Seeadler wird auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG zurückgeführt. Für den Weißstorch und den Rotmilan wird zwischen einem engen und weiten Radius differenziert, wobei gelte: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	WindBG zu lösen ist.“ Weiter wird auf abwägungsrelevante Aspekte bei bestehenden Windparks innerhalb bestimmter Umgebungsbereiche verwiesen (Übernahme, nachträgliche Ansiedlung, vorhandene Vorbelastung, Repowering). Zu den einzeln genannten windkraftsensiblen Großvögeln ist folgendes festzuhalten und deshalb Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G sowie die diesbezügliche Begründung entsprechend anzupassen, damit eine rechtmäßige Anwendung und Abwägung dieses Grundsatzes der Raumordnung bei der Ausweisung von Windenergiegebiete in den Regionalplänen erfolgt: 1.6.1 Allgemein Es ist zunächst zu begrüßen, dass die Schutzbereiche um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln teilweise reduziert wurden und insgesamt der Abwägung zugänglich sind. Es ist jedoch sehr problematisch, dass Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G die angegebenen Umgebungsbereiche zum Regelfall erklärt, sodass nur im Kontext von Vorbelastungen (bereits bestehende raumbedeutsame WEA bzw. ergangene Genehmigungen) ein Unterschreiten möglich sein solle. Damit wird der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit einer Zielausnahme i.S.d. § 6 Abs. 1 ROG formuliert, was zu korrigieren ist, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, es fehlten hinreichende Daten für eine Zielfestlegung, was aber nun zur verkappten und nur scheinbar abwägungsoffenen Festlegung als Grundsatz der Raumordnung führte. Zudem verwundert der Ansatz, wonach nicht durchgehend die Prüfabstände aus der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG übernommen wurden und fast jegliche Rechtfertigung für die pauschal angenommenen Abstände bei windkraftsensiblen Großvogelarten fehlt. Allein zum Seeadler findet sich ein Bezug auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG. Bei den weiteren kollisionsgefährdeten Arten wird die gesetzliche Vorgabe ignoriert und der abweichend gewählte Abstandsradius nicht gerechtfertigt. Dabei ist im Nachgang zum verfassungsrechtlichen Handlungsauftrag, den das BVerfG formuliert hat (BVerfG, Beschluss vom 23. Oktober 2018 – 1 BvR 2523/13 –, BVerfGE 149, 407-421), der Bundesgesetzgeber tätig geworden und hat mit § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG verbindliche Maßstäbe für die Bewertung, wann nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, festgelegt. Sofern die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesplanungsbehörde hiervon abweichen und weitergehende Abstände als den Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG berücksichtigen möchte, so fehlt es an einer entsprechenden Rechtfertigung hierfür. Gesetzgeberische Intention war es gerade, bundesweit einheitliche Abstandsregelungen, die der dafür legitimierte Gesetzgeber vorgibt, zu setzen. Insofern sind die vorgesehenen Abstandsradien unbedingt auf den jeweiligen Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG anzupassen oder dieser zumindest gemeinsam mit dem zentralen Prüfbereich abwägend zu berücksichtigen. Hierauf wird zu den einzelnen Arten noch eingegangen. 1.6.2 Seeadler Zunächst einmal ist zu begrüßen und zu befürworten, die Seeadler im Rahmen eines abwägungsoffenen Grundsatzes der Raumordnung zu betrachten. Entsprechend kann das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen (vgl. dazu Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.) aufgehoben und in den vorliegenden Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 etwa mit einer besonderen Gewichtung des Seeadlerschutzes im dargestellten Dichtezentrum überführt werden. Der gesetzlich vorgesehene Schutzstatus würde damit beibehalten bleiben. Angesichts der weiten Verbreitung der Art, fehlender artenschutzrechtlicher Ansätze für die Freihaltung des Dichtezentrums sowie methodischer Zweifel für deren Abgrenzung auch vor dem Hintergrund der neuen bundesgesetzlichen Bewertung drängt sich diese Vorgehensweise auf und erhöht die Rechtssicherheit durch Aufgabe des Ziels der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7. Allerdings ist der Abstandsradius für den Seeadler auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.6.1). Zwar ist für den Seeadler zuzugestehen, dass die in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) für den Seeadler nach der gesetzlichen Regelung noch nicht als wirksam angesehen werden oder phänologiebedingte Abschaltungen zu umfangreich wären. Allerdings hat sich die Sachlage gegenüber der zum Zeitpunkt der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) fortentwickelt und es	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	liegt ein auch vom Landesamt für Umwelt Schleswig-Holstein mittlerweile für den Seeadler anerkanntes Antikollisionssystem vor. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Seeadlerbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Damit plant die Landesplanungsbehörde nicht in eine Konfliktlage hinein, sondern berücksichtigt die bundesgesetzgeberische Intention, wenn lediglich der Nahbereich von 500 m freigehalten wird. Jedenfalls aber muss eine Differenzierung in 500 Meter (Nahbereich) und 2.000 Meter (Zentraler Prüfbereich) vorgesehen werden, sodass im zentralen Prüfbereich abwägend auch außerhalb der aktuell engen Begrenzung auf Fälle mit Vorbelastung eine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden kann. 1.6.3 Schwarzstorch Die Aufnahme eines Abstandsradius für den Schwarzstorch wird mit Bezugnahme auf den „Schutz der Lebensstätte gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 2 Nummer 3 BNatSchG“ begründet (B zu 17). Da die Landesplanungsbehörde auch § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG in Bezug nimmt, wonach ein Verstoß gegen das Verbot nach dem ebenfalls zitierten § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht vorliegt, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird, ist davon auszugehen, dass im Einzelfall im Rahmen der Abwägung auch innerhalb des 2.000 Meter-Radius Windenergiegebiete ausgewiesen werden können. Entscheidend ist dann nur, ob diese im Bereich von essentiellen Habitaten des Schwarzstorchs liegen, welche nach der Begründung „alte, geschlossene Waldstrukturen mit Still- und Fließgewässern“ (B zu 17) sind. Dies ist bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in den Regionalplänen zu berücksichtigen. Selbst bei einer Betroffenheit solcher Habitate würde im nachfolgenden Genehmigungsverfahren die Möglichkeit nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG bestehen, das Zugriffsverbot durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) zu bewältigen. Weiter ist für die zugrundeliegende rechtliche Bewertung folgendes zu beachten und der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	aktuell vorgesehene Abstandsradius anzupassen: Nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist es verboten, wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. Die in § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG zum Ausdruck kommende populationsbezogene Bestimmung der Erheblichkeitsschwelle steht mit Art. 12 Abs. 1 Buchst. b FFH-RL in Einklang, der einen art- bzw. populationsbezogenen Schutzansatz verfolgt (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328). Das Vorliegen einer Störung i.S.d. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG setzt aber zunächst voraus, dass es überhaupt zu einer unmittelbaren oder mittelbaren Einwirkung auf die geschützten Tiere kommt, die bei diesen eine Verhaltensänderung bewirkt. So gilt etwa: „bei der schlichten Beseitigung von Flächen, die bislang als Nahrungsgrundlage genutzt worden sind, und bei vegetationsverändernden Immissionen fehlt es nämlich an einer zwanghaften Einwirkung auf das natürliche Verhalten der Tiere, das nach dem Wortsinn als Störung zu werten ist.“ (BVerwG, Urteil vom 14. April 2010 – 9 A 5/08 –, BVerwGE 136, 291-332, Rn. 118). „Der Störungstatbestand kann vor allem durch bau- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen der geschützten Tierarten in Gestalt von akustischen und optischen Störwirkungen, aber auch durch Trennwirkungen erfüllt werden, die von der vorgesehenen Trasse ausgehen.“ (BVerwG, Urteil vom 7. Juli 2022 – 9 A 1/21 –, BVerwGE 176, 94-130, Rn. 111 m.w.N.). Insofern muss sich die Auslegung der bundesgesetzlichen Vorschrift des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG daran messen lassen, ob überhaupt eine Störung im vorgenannten Sinne bei vorgesehenen Schutzabständen vorliegt. Zudem finden in der naturschutzfachlichen Praxis die planerisch zu berücksichtigenden Fluchtdistanzen von Vogelarten Anwendung, nach Gassner et al. 2010 (Gassner/Winkelbrandt/Bernotat, UVP und strategische Umweltprüfung – Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltprüfung, 5. Auflage 2010, S. 192 ff.; Bernotat, Vorschlag zur Bewertung der Erheblichkeit von Störwirkungen auf Vögel mit Hilfe planerischer Orientierungswerte für Fluchtdistanzen, in: Bernotat/Dierschke/Grunewald, Bestimmung der Erheblichkeit und Beachtung von Kumulationswirkungen in der FFH-Verträglichkeitsprüfung, Naturschutz und Biologische Vielfalt 160 (2017), S. 157-171). Diese sehen für den Schwarzstorch eine Fluchtdistanz von 500 m vor. Selbst wenn diese für Windenergieanlagen vergrößert werden müsste, so dürften keine naturschutzfachlichen Nachweise bestehen, um den sechsfachen Abstand zu rechtfertigen. Auch wenn die Landesplanungsbehörde nicht auf das	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Störungsverbot rekurriert, so wird jedenfalls deutlich, dass der aktuelle Abstandsradius sich mit diesem Zugriffsverbot nicht rechtfertigen ließe. Dies ist gleichermaßen hinsichtlich des Schädigungsverbots zu konstatieren. Es verbietet nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Erfolgt der Zugriff im Zuge eines nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffs in Natur und Landschaft, so scheidet ein Verstoß gegen das Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG aus, soweit die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Um dies zu gewährleisten, können nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden (sog. CEF-Maßnahmen). Im Anwendungsbereich des § 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG hat die Verbotsprüfung demnach zweistufig zu erfolgen: Auf der ersten Stufe stellt sich die Frage, ob auf eine geschützte Lebensstätte mit einer der genannten Tathandlungen eingewirkt wird. Trifft dies zu, so sind auf der zweiten Stufe die Konsequenzen in den Blick zu nehmen, die damit für die von der betroffenen Lebensstätte für die sie nutzenden Tiere erfüllte Funktion verbunden sind (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328, Rn. 37 - 38 m.w.N.). Unabhängig von der umstrittenen Frage, wie weit der Schutz des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG geht – einerseits nur direkte Einwirkungen auf die Fortpflanzungs- und Ruhestätte (bspw. Horst) oder andererseits (so tendenziell BVerwG, Urteil vom 12. August 2009 – 9 A 64/07 –, BVerwGE 134, 308-335, Rn. 68; BVerwG, Urteil vom 28. März 2013 – 9 A 22/11 –, BVerwGE 146, 145-175, Rn. 148) auch das weitere Umfeld der eigentlichen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte, sofern es elementar für den Reproduktionserfolg oder die Rast ist – liegt jedenfalls keine Beschädigung oder Zerstörung bei Abständen von 2 km vor. All dies verdeutlicht, dass es zu einer angemessenen Reduzierung des vorsorglichen Schutzabstands zu Schwarzstorchhorste kommen muss, wobei sich ein Abstand von 1.500 Metern zunehmend durchsetzt und weiterhin Vorsorgeaspekte berücksichtigt. Der von der Landesplanungsbehörde vorgesehene Umgebungsbereich von 2.000 Metern wird demgegenüber nicht belegt (anders als etwa die Bezugnahme auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG). 1.6.4 Weißstorch	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Der Abstandsradius für den Weißstorch ist auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.6.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Weißstorch zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Weißstorchbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nur den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf 750 Meter zu Weißstorchhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 750 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 750 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. 1.6.5 Rotmilan Zunächst ist festzustellen, dass die Berücksichtigung von Rotmilanbrutplätzen in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G ungeeignet ist und die Auswahl der windkraftsensiblen Großvogelarten auch gar keine Rechtfertigung erfahren hat. Für den Rotmilan kann das auch nicht gelingen. Während sich die Vorgehensweise für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze bei einer Anpassung der Radien und echten Offenheit für eine abwägende Einzelfallprüfung erschließt, ist die Herangehensweise in Bezug auf Rotmilanbrutplätze fehlerhaft. So führte das landeseigene aktualisierte Fachpapier aus: „Allerdings wird diese Art nicht alljährlich landesweit erfasst und es gibt häufiger Horstwechsel, so dass die Daten oft nur einen ersten Hinweis auf ein Rotmilanvorkommen im Planungsraum geben.“ (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016, S. 7). Naturschutzfachlich ist bestätigt, dass der Rotmilan gegenüber dem Seeadler eine deutlich geringere Brutplatzkonstanz aufweist. Eine zwischen den Jahren variable Besiedlung der Landschaft (Wechsel der Horststandorte oder auch Nicht-Wiederbesiedlung von Waldstücken) tritt daher häufig auf (z.B. Mammen et al., Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt. Bericht des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Heft 5/2014). So berichtet Schmude, dass bei einer Rotmilankartierung in Mecklenburg-Vorpommern 75 % der im Folgejahr erneut kontrollierten Horste nicht mehr besetzt waren, insgesamt 49 von 65 Horsten (Schmude, Protokoll der 16. Sitzung der Bund-Länder-Initiative Windenergie (BLWE) am 22.09.2014; nachvollziehbar bei Scheller/Vökler/Güttner, OAMV e.V., Rotmilankartierung 2011/2012 in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 09.02.2014). Die Variabilität ist dadurch begründet, dass der Rotmilan als Zugvogel (auch unter Berücksichtigung möglicher Verluste auf dem Zugweg) erst relativ spät im Jahr ins angestammte Brutrevier zurückkehrt und nicht selten einen neuen Horst bauen muss, weil der Althorst bereits durch andere Arten (Konkurrenten um geeignete Horstbäume bzw. vorhandene Horste z.B. Mäusebussard, Kolkrabe u.a.) besetzt wurde. Auch baut der Rotmilan in der Regel eher kleinere und nicht so stabile Horste, so dass diese leichter als z.B. langjährig genutzte und entsprechend ausgebaute Seeadler-Horste durch Winterstürme zerstört werden können. Diese autökologischen Aspekte der Biologie des Rotmilans bedingen, dass zwar in der Regel die Reviere wiederbesetzt werden, aufgrund der Variabilität die Lage der Horststandorte aber nur schwer vorhersagbar ist. Wird nunmehr aber auf dieser Grundlage eine Potenzialfläche im 1.500 Meter- oder 1.000 Meter-Radius (zu den falschen Abständen vgl. nachfolgend) um einen aktuell nachgewiesenen Standort eines Rotmilanhorsts gestrichen, so werden diese naturschutzfachlichen Grundlagen zur sehr geringen Horsttreue missachtet. Dies kann dazu führen, dass durch den Horstwechsel die Potenzialfläche bereits beim Inkrafttreten des Regionalplans nicht mehr durch den Rotmilanhorst beeinträchtigt würde. Zudem ist es vor dem Hintergrund des nach § 5 Abs. 1 Satz 4 LaplaG vorgesehenen Planungszeitraums der Regionalpläne von fünfzehn Jahren, also voraussichtlich bis 2040, abwägungsfehlerhaft, eine Art mit sehr geringer Brutplatzkonstanz heranzuziehen, um in der Abwägung Potenzialflächen bis ins Jahr 2040 zu streichen.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Soll auf der höherstufigen Planungsebene bereits eine weitgehende Aussage mit Abwägungsdirektiven, wie aktuell in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G vorgesehen, getroffen werden, geht dies mit dem Erfordernis einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte einher als wenn – auch im Rahmen der Abwägung – keine konkreten Zielaussagen getroffen werden. Dabei können sich die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der Abwägungsvorgang selbst den Anforderungen an die Abwägung bei Fachplanungen annähern, je enger das Ziel und der damit vorgegebene Rahmen sind (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Soweit durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 Potenzialflächen ausgeschlossen werden sollen, bedarf es für die herangezogenen Tierarten eine landesweite Kenntnis von Horststandorten. Nur dann liegt eine für diese Zwecke ausreichende Bestandsaufnahme vor (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53), die den Anforderungen an Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte genügt. Dies gilt umso mehr, weil die Zuordnung zur Streichung von Gebieten im Rahmen der Abwägung ohne vorhandene umfangreiche Raumnutzungsanalyse faktisch zu einem Ziel der Raumordnung erhoben wird, was an sich bereits fragwürdig ist. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn dies im Sinne einer Beweislastumkehr auf die Öffentlichkeit, insbesondere die Vorhabenträger, als Anforderung verlagert wird. Während die rechtlich erforderlichen landesweiten Kenntnisse für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze wohl vorliegen dürften, gibt es eine solche hinreichende Bestandsaufnahme und Erkenntnislage für Rotmilanbrutplätze nicht. Es wäre im Übrigen auf Grund der vorstehend beschriebenen fehlenden Brutplatztreue wohl auch problematisch, eine aktuelle bzw. dem Bedarf der Regionalplanung – schließlich handelt es sich um ein Verfahren über viele Monate und einen Plan, der mehrere Jahre gelten soll – entsprechende Bestandsaufnahme zu erhalten. Jedenfalls für die Art Rotmilan sollte die Landesplanungsplanungsbehörde unbedingt auf die nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verweisen, die sowohl die sehr geringe Brutplatzkonstanz als auch die für die Bewertung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG maßgeblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen (Abschaltung, Ablenkflächen, etc.) besser und abwägungsfehlerfrei berücksichtigen können. Dabei wird nicht in eine unüberwindbare Verbotslage hineingeplant, weil § 45b BNatSchG in Einzelfällen letztendlich auch noch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	über die artenschutzrechtliche Ausnahme immer eine Genehmigungsfähigkeit bei einer Betroffenheit des Rotmilans ermöglicht. Sofern die Landesplanungsbehörde den Rotmilan nicht schon in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G als ausgewählten windkraftsensiblen Großvogel aufgrund der vorstehenden Ausführungen streicht und damit Rechtsfehler vermeidet, so hat in jedem Fall eine Anpassung der dortigen Abstandsradien für die Art zu erfolgen. Es ist nicht nachvollziehbar und kann auch nicht begründet werden – wenig überraschend verhält sich die Begründung B zu 17 deshalb auch überhaupt nicht dazu – wieso für den Rotmilan ein Umgebungsbereich von 1.500 Metern angenommen wird. Es kann im Rahmen der Festlegung nicht über den zentralen Prüfbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG hinausgegangen werden und zugleich für das Zugriffsverbot das erhöhte Kollisionsrisiko für den Rotmilan als Begründung herangeführt werden. Schließlich hat der Bundesgesetzgeber für den erweiterten Prüfbereich eine Beweislastumkehr eingeführt und in § 45b Abs. 4 Satz 1 BNatSchG festgelegt, dass in der Regel das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare dann nicht signifikant erhöht ist. Es ist sehr widersprüchlich dazu, dass die Landesplanungsbehörde abstrakt über § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG hinausgehend beim Rotmilan 1.500 Meter, anstatt 1.200 Meter vorsieht (vgl. allgemein bereits 1.6.1). Auffallend ist, dass nur für den Rotmilan der Radius nicht an Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG angepasst wurde, sondern stattdessen an den Abständen des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) ohne weitere Begründung festgehalten wird. Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. In jedem Fall ist der Abstandsradius auf 1.200 Meter zu reduzieren. Unabhängig davon ist der Abstandsradius für den Rotmilan jedoch sogar auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.6.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Rotmilan zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Es sind aber auch schon Antikollisionssysteme für den Rotmilan in Schleswig-Holstein anerkannt. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Rotmilanbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nicht einmal den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf nur 1.000 Meter zu Rotmilanhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 1.000 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	vormaligen rechtlich überholten (vgl. vorstehende Ausführungen) gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 1.000 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. 1.7 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z – Wälder und Umgebungsbereiche Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. Weiter sind nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen. Dies wird mit dem niedrigen Waldanteil in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt, dem Ziel der Landesregierung zur weiteren Erhöhung des Waldanteils, und dem gesetzlichen Verbot des § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG begründet (B zu 6 zu (1)). Eine Zulassung der Waldumwandlung sei wegen der Seltenheit, der besonderen Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz sowie des Landschaftsbildes bei Prägung durch Waldkulissen nicht vertretbar. Weiter wird auf § 24 LWaldG, der einen gesetzlichen Waldabstand vorsieht, und § 2 Abs. 1 LWaldG, der die Mindestgröße von einem Hektar als Waldfläche vorsieht, verwiesen. Bei Naturwäldern wird in der Begründung B zu 6 zu (2) auf deren nach § 14 LWaldG besondere ökologische Funktionen Bezug genommen. Der weitergehende Abstand von 100 Metern wird mit den Waldrändern von Naturwäldern als Schnittstelle zum Offenland, die häufig sehr artenreich seien und einen wichtigen Rückzugsraum darstellten, begründet. Naturwälder seien in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt. Darüber hinaus seien weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verbraucherschutz) zu berücksichtigen. Das fortgeltende Verbot der Waldumwandlung zur Errichtung von WEA (§ 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG) und der pauschale Waldabstand von 30 Metern (§ 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG) sind vor dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung des BVerfG zweifelhaft. So hat das BVerfG die Regelung in Thüringen „Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ (§ 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) als nicht gerechtfertigte Inhalts- und Schrankenbestimmung, welche in das Eigentumsrecht der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer eingreift, angesehen, weil das Gesetz formell verfassungswidrig ist, da dem Freistaat Thüringen für die angegriffene Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlt (BVerfG, 27.09.2022 - 1 BvR 2661/21 -, BVerfGE 163, 1-42, Rn. 14). § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG lautet beinahe identisch („Die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von mehr als 10 Metern ist unzulässig.“) und die Entscheidungsgründe des BVerfG sind übertragbar. Auch das OVG Schleswig-Holstein hat diesbezügliche Bedenken bereits deutlich geäußert, wenngleich dies noch nicht entscheidungserheblich war (OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21 -, juris Rn. 51). Insofern sollte die Landesplanungsbehörde zur Vermeidung der Berufung auf eine verfassungswidrige Vorschrift unbedingt auf Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) verzichten und selbst bei einem planerischen Freihalten der Waldflächen jedenfalls nicht noch zusätzlich einen Abstand von 30 Metern vorsehen. Letzteres gilt insbesondere auch deshalb, weil WEA mit entsprechenden Feuerlöschsystemen nicht mit den in § 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG genannten Schutzzwecken im Widerspruch stehen und insofern auch unter Berücksichtigung der Wertung des § 2 EEG die Unterschreitung des Waldabstands zugelassen werden kann. Dies gilt noch mehr vor dem Hintergrund, dass durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) die Referenzanlage (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern vom Turmmittelpunkt und damit der baulichen Anlage sowieso 75 Meter Abstand zum Waldrand einhalten wird und der untere Rotordurchlauf bei 50 Metern beginnen wird, weshalb die Schutzzwecke in dieser Höhe keine maßgebliche Relevanz mehr haben werden. Vorzugswürdig und durch das BVerfG angelegt ist jedoch, dass allein die nach §§ 14 f. LWaldG aufgrund ihrer ökologischen Funktion, ihrer Lage oder auch wegen ihrer Schönheit schutzwürdig und -bedürftigen Wälder von der Windenergienutzung ausgenommen werden, wofür der Landesgesetzgeber allein auch eine Gesetzgebungskompetenz hat. Insofern ist allein Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) zu	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	befürworten und auf weitergehende Abstände zu verzichten. Allerdings muss zum Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) angemerkt werden, dass rechtsfehlerhaft ist, wenn neben den explizit nach §§ 14 f. LWaldG erklärten Naturwäldern, die in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt sind, weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen sein sollen. Sofern damit gemeint sein sollte, dass weitere nach den gesetzlichen Regelungen des §§ 14 f. LWaldG erklärte Naturwälder (Verordnungen nach § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG) zu berücksichtigen sind, wäre das rechtlich zulässig. Darüber hinausgehende allein fachlich eingeschätzte „Naturwälder“ können keine Berücksichtigung finden, weil sie nicht nach dem Verfahren des § 15 LWaldG zustande kamen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2574	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR3_PIN_008 Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen.	Zur Kritik am Grundsatz Kapitel 4.5.1.1, Abstand von 1.000 m zu Siedlungen: Die Kritik zielt auf die Umsetzung des Kriteriums auf der Ebene der Regionalplanung ab. Das ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Die Hinweise zur Abgrenzung von Innenbereichen gegenüber dem Außenbereich und zur Bestimmung von gebieten mit Wohn- und Erholungsfunktion werden zur Kenntnis genommen. Auch hier erfolgt die konkrete Umsetzung erst auf Ebene der Regionalplanung. Gleiches gilt für die Frage, ob im Einzelfall auch planerisch verfestigte Siedlungsflächenausweisungen maßgeblich für die Festlegung des erweiterten Abstandes von

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar	1.000 m herangezogen werden können. Zu Kapitel 4.5.1.2 Abs. 10 G Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Es erfolgt bewusst keine pauschale Freihaltung von Korridoren um Freileitungen. Zu Kapitel 4.5.1.3 Abs. 17 G Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Die für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel angesetzten Umgebungsbereiche orientieren sich an den Angaben des BNatSchG (Anlage 1 Abschnitt 2 zu § 45b BNatSchG). Der Plan wird diesbezüglich angepasst. Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 45 b bis d ausschließlich für die Ebene der Zulassungsverfahren. Die Nutzung von Windenergieanlagen in der Nähe von Horststandorten windkraftsensibler Großvogelarten schließt sich nicht grundsätzlich aus. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. In begründeten Fällen kann davon abgewichen werden. Zum Schwarzstorch Der Schwarzstorch steht mit 5-7 Revieren kurz vor dem Aussterben in Schleswig-Holstein. Für erfolgreiche Bruten sind die Vögel auf freie Flugkorridore ohne Barrieren im Umfeld ihrer Brutplätze angewiesen. Die Funktion der Lebensstätte für erfolgreiche Bruten der wenigen Paare in Schleswig-Holstein kann daher nur gesichert werden, wenn der 2 km Umgebungsbereich frei von WEA bleibt. Zum Rotmilan

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich <u>im Einzelfall</u> durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern <u>ergänzt werden</u>, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen <u>kann</u>.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023.	Gegenüber dem in der Einwendung zitierten Papier von 2016 ist der Kenntnisstand zur Brutverbreitung des Rotmilans in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Wie in der Einwendung geschrieben, werden Rotmilanreviere in der Regel wieder besetzt. Auch wenn nicht immer der exakt gleiche Horst genutzt wird, liegt der Wechselhorst oft in der unmittelbaren Nähe. Auch werden aktuell unbesetzt Horste in den Folgejahren wieder besetzt. Insofern ist die Berücksichtigung der aktuellen Rotmilanbrutplätze artenschutzfachlich gerechtfertigt. Zu Kapitel 4.5.1.3 Abs. 6 Z Wälder und Umgebungsbereiche Die Hauptkritik der Stellungnahme richtet sich hier gegen das Landeswaldgesetz, welches nicht Gegenstand dieses Planverfahrens ist. Die Landesplanung ist an dieses Gesetz gebunden und kann mit Ziele der Raumordnung nichts Abweichendes festlegen. Die erweiterten Abstände zu Naturwäldern sind fachlich hinreichend begründet. Es wird daran festgehalten. Die Stellungnahme enthält weiterhin ausführliche Hinweise zum aus Sicht der Einwender korrekten Umgang mit den Grundsätzen der Kapitel 4.5.1.2 Abs. 12 G (Regionale Grünzüge), Abs. 13 G (Landschaftsschutzgebiete), 4.5.1.3 Abs. 5 G (Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems. Sie werden zur Kenntnis genommen. Ein Überarbeitungsbedarf resultiert daraus nicht. Die angesprochenen Detailfragen betreffen die konkrete Abwägungsentscheidung auf Regionalplanebene.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. 1.2 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 10 G – Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 10 G soll der Schutz der bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes bei der Ausweisung von Windenergiegebieten Berücksichtigung finden. In der Begründung B zu 10 wird auf Empfehlungen der Bundesnetzagentur gemäß DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4):2016-04 als Abstände von WEA zu Hochspannungsfreileitungen Bezug genommen. Entsprechende Schutzabstände sind in der Planungs- und Genehmigungspraxis von WEA bekannt und bewältigbar, zumal selbst eine Unterschreitung der Schutzabstände zunächst auch eine vertikale Prüfung nach sich zieht und dann jedenfalls bei Einsatz von schwingungsdämpfenden Maßnahmen zulässig ist. Insofern besteht kein unüberwindbares Genehmigungshindernis, welches die Ausnutzung eines Windenergiegebietes gänzlich in Frage stellen könnte. Dies verdeutlicht auch eine beispielhafte Berechnung auf Grundlage dieser Standardisierungsnorm. Die planerisch maßgebliche Referenzanlage hat einen Rotordurchmesser von 150 Meter (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G). Hoch- und Höchstspannungsnetzes Berücksichtigung finden sollen. Dies kann nur für entsprechend verfestigte Planungen gelten, für welche die gesetzlichen Regelungen (EnWG, NABEG) entsprechende Plansicherungsinstrumente vorsehen und diese auch im konkreten Fall Anwendung finden (§ 16 NABEG, § 44a EnWG).	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	1.3 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G – Regionale Grünzüge Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G sollen die Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 12 wird auf Kapitel 6.3 sowie die Funktionen der in den Regionalplänen festgelegten regionalen Grünzüge verwiesen. Zunächst ist festzuhalten, dass die in der Begründung B zu 12 genannten Funktionen in Kapitel 6.3 Absatz 1 Z – Regionale Grünzüge auf andere Erfordernisse der Raumordnung im Landesentwicklungsplan Bezug nehmen. Erst in der Zusammenschau mit diesen kann abwägend entschieden werden, inwiefern dies für die Windenergienutzung relevant ist. Wenn etwa auf die Funktion „Klimaverbesserung und Lufthygiene“ Bezug genommen wird, so findet sich der Verweis auf Kapitel 6.1 und darin wiederum auf die raumordnerische Vorsorge für eine klimaverträgliche Energieversorgung und -infrastruktur (Kapitel 4.5). Mithin sind die Funktionen miteinander verschränkt und es kann nicht abwägend über Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G die Ausweisung von Windenergiegebieten als unvereinbar angesehen werden. Zutreffend wird in der Begründung B zu 12 festgehalten, was Kapitel 6.3.1 Absatz 4 Z festlegt: „In den regionalen Grünzügen darf planmäßig nicht gesiedelt werden. Es sind nur Vorhaben zuzulassen, die mit den Funktionen dieser Gebiete entsprechend Absatz 1 vereinbar sind oder die im überwiegenden öffentlichen Interesse stehen.“ Damit gilt alternativ, dass in regionalen Grünzügen Vorhaben entsprechend der vorstehend ausgeführten Zusammenschau der in Bezug genommen Erfordernisse der Raumordnung zugelassen sind, jedenfalls aber im überwiegenden öffentlichen Interesse stehende Vorhaben. Wie bereits unter Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. ausgeführt, findet die Sollbestimmung des § 2 Satz 2 EEG 2023 für alle Abwägungsentscheidungen, zumal die Treibhausgasneutralität der Stromerzeugung im Bundesgebiet – nicht nur in Schleswig-Holstein – noch weit entfernt ist, Anwendung. § 2 Satz 1 EEG 2023 hält unabhängig von Abwägungsentscheidungen fest, dass die Errichtung und der Betrieb von Anlagen der erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen. Insofern liegt die Voraussetzung der Zulässigkeit von Vorhaben der Windenergienutzung in	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	regionalen Grünzügen immer vor. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. In der Konsequenz darf aber diese als Ziel der Raumordnung explizit festgelegte Zulässigkeit dieser Vorhaben nicht dadurch umgangen werden, dass durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 regionale Grünzüge doch wieder abwägend Berücksichtigung finden müssen. Dies stellt einen systematischen Widerspruch dar, weshalb Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G aufzuheben ist. Jedenfalls aber kann nur in außergewöhnlichen Fällen eine Abwägung zulasten der Ausweisung von Windenergiegebieten erfolgen. 1.4 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 13 wird auf die Neuregelung des § 26 Abs. 3 BNatSchG verwiesen, welche sich auch auf das Veränderungsverbot nach § 19 Abs. 2 Satz 2 LNatSchG bei eingeleitetem LSG-Verfahren nach § 12a Abs. 2 LNatSchG erstrecke. Dies gelte auch für einstweilige sichergestellte Gebiete nach § 12a Abs. 3 LNatSchG i.V.m. § 22 Abs. 3 und § 26 BNatSchG. Für die deshalb vorzunehmende Abwägungsentscheidung solle die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden. Zunächst ist die Rechtsauffassung der Einbeziehung des Veränderungsverbots und der einstweiligen Sicherstellung in § 26 Abs. 3 BNatSchG zu begrüßen, weil ein vorlaufender Schutz für eine LSG-Verordnung nicht umfangreicher ausfallen kann als die LSG-Verordnung selbst. Allerdings sind weiterhin Abwägungen zulasten der Windenergie aufgrund einer Lage in einem Landschaftsschutzschutzgebiet möglich, obwohl die gesetzgeberische Wertentscheidung in § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG dahingehend besteht, dass zugunsten der Windenergie entsprechende Windenergiegebiete in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden können.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	In jedem Fall zu vermeiden ist es, dass – wie nach dem bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) – allein einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete überhaupt eine Berücksichtigung in der Abwägung finden. Es hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass dieses Instrumentarium auch zur Vermeidung von Windenergie eingesetzt wurde, ohne dass sich der Wille zur Ausweisung später nach Zielerreichung verfestigt hat. So sind etwa die (geplanten) Landschaftsschutzgebiete „Wiedingharder- und Gotteskoog“ und „Ostenfeld-Schwabstedter Geest mit vorgelagerter Marsch“, die der Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein zum Regionalplan für den Planungsraum I zugrunde liegen (OVG Schleswig-Holstein, 22.03.2023 - 5 KN 53/21 - juris Rn. 31), weiterhin nicht ausgewiesen. Schließlich kann ein Verfahren zur Ausweisung eines Landschaftsschutzgebiets nach Rechtskraft der Regionalpläne einfach wieder eingestellt werden, was einer Verhinderungsplanung durch Landkreise gleichkommt (auf dieses Risiko bzw. diese Motivationslage hat auch hingewiesen OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 74). Etwaige zukünftige Landschaftsschutzgebiete, für die nach § 12a Abs. 2 LNatSchG lediglich das Verfahren zur Aufstellung einer LSG-Verordnung eingeleitet wurde sowie für die nach § 12a Abs. 3 LNatSchG lediglich eine einstweilige Sicherstellung erfolgte, stellen noch keinen hinreichend begründeten Fall für die Gewichtung eines solchen Belangs dar. Dabei ist aufgrund des § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG nicht einmal mehr erforderlich, dass eine Befreiungslage nach § 67 Abs. 1 BNatSchG vorliegt. Zwar sehen die vorgenannten Normen § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG eine Möglichkeit der gesetzlichen bzw. der normativen Sicherstellung ähnlich zu einer Veränderungssperre vor. In materieller Hinsicht ist dafür aber nicht notwendig, dass die Schutzwürdigkeit und -bedürftigkeit der betroffenen Landschaft bereits abschließend geprüft worden ist und feststeht. Es genügt, dass das von der Sicherstellungsverordnung erfasste Gebiet (Geltungsbereich) seiner Qualität nach geeignet ist, einen „besonderen“ Schutz von Natur und Landschaft, wie er mit der künftigen LSG-Verordnung geplant ist, zu rechtfertigen, wobei auf die drei alternativ genannten gesetzlichen Schutzzwecke in § 26 Abs. 1 Nr. 1 - 3 BNatSchG abzustellen ist (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 68). Insofern steht nicht unbedingt fest, dass es tatsächlich zum Erlass einer LSG-Verordnung kommen wird. Auf der Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9.) kann zudem keine hinreichende Auseinandersetzung mit den Inhalten der in Aufstellung befindlichen LSG-Verordnung erfolgen. Das ist aber für eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Prognose erforderlich, ob es überhaupt zu einer rechtmäßigen LSG-Verordnung kommen kann, für die ein Schutz nach § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG angemessen wäre und für die die Landesplanungsbehörde quasi antizipieren kann, dass in diesem Bereich die Errichtung und der Betrieb von WEA zukünftig nicht erfolgen wird. Diese Prognose müsste auch Gegenstand der Planunterlagen sein, sodass die Abwägung überhaupt nachvollziehbar ist. Damit wird die Regionalplanung aber überstrapaziert. So hat auch das OVG Schleswig-Holstein festgestellt, dass sich die Landschaft zur Schutzwürdigkeit „hinsichtlich ihres Charakters, ihrer Eigenart und Qualität von - außerhalb davon gelegenen - Landschaftsräumen (die im Übrigen nicht ungeschützt sind [vgl. z. B. § 35 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 5 BauGB; §§ 14 ff. BNatSchG; §§ 8 ff. LNatSchG]) deutlich unterscheiden“ müsse (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 76). Schließlich würde diese Vorgehensweise der gesetzlichen Wertung des § 4 Abs. 1 ROG widersprechen und verkehrt diese in ihr Gegenteil. Eine raumordnungsrechtliche Abstimmung, wie vom OVG Schleswig-Holstein zurecht gefordert (vgl. OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 79 ff.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 132 ff.), kann auch nicht in der Weise erfolgen, dass die Landesplanung in Aufstellung befindliche LSG-Verordnungen schlicht berücksichtigt, selbst wenn keine eigene Prüfung stattfindet (OVG Schleswig-Holstein, 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 135). Zu Recht hat das OVG Schleswig-Holstein gerügt, dass die Landkreise der Landesplanung nicht mit dem Mittel des Erlasses einer Sicherstellungsverordnung (bzw. LSG-Verordnung) vorgreifen dürfen (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 83 f.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 134 und 136). Wenn Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G beibehalten werden soll, dann ist dies jedenfalls auf nur bereits vorliegende LSG-Verordnungen zu reduzieren und die Abwägung hat in den Randbereichen der LSG grundsätzlich zugunsten der Ausweisung von Windenergiegebieten zu erfolgen. 1.5 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope 1.5.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. 1.5.2 Kleinstbiotope Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte. 1.6 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G soll um Brutplätze von vier genannten windkraftsensiblen Großvogelarten in einem jeweils angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Dies sind für den Seeadler 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), für den Schwarzstorch 2.000 Meter, für den Weißstorch 1.000 Meter und für den Rotmilan 1.500 Meter. Wenn im jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt, solle in der Abwägung geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist. Zusätzlich könne bei Weißstorch- und Rotmilan-Brutplätzen einzelfallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden können. In der Begründung B zu 17 wird auf ein erhöhtes Kollisionsrisiko im Horstumfeld von Seeadlern, Weißstörchen und Rotmilanen Bezug genommen. Für Schwarzstörche bestünde ein ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe bestehe (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Der Abstandsradius beim Seeadler wird auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG zurückgeführt. Für den Weißstorch und den Rotmilan wird zwischen einem engen und weiten Radius differenziert, wobei gelte: „Wird innerhalb des weiteren	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Weiter wird auf abwägungsrelevante Aspekte bei bestehenden Windparks innerhalb bestimmter Umgebungsbereiche verwiesen (Übernahme, nachträgliche Ansiedlung, vorhandene Vorbelastung, Repowering). Zu den einzeln genannten windkraftsensiblen Großvögeln ist folgendes festzuhalten und deshalb Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G sowie die diesbezügliche Begründung entsprechend anzupassen, damit eine rechtmäßige Anwendung und Abwägung dieses Grundsatzes der Raumordnung bei der Ausweisung von Windenergiegebiete in den Regionalplänen erfolgt: 1.6.1 Allgemein Es ist zunächst zu begrüßen, dass die Schutzbereiche um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln teilweise reduziert wurden und insgesamt der Abwägung zugänglich sind. Es ist jedoch sehr problematisch, dass Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G die angegebenen Umgebungsbereiche zum Regelfall erklärt, sodass nur im Kontext von Vorbelastungen (bereits bestehende raumbedeutsame WEA bzw. ergangene Genehmigungen) ein Unterschreiten möglich sein solle. Damit wird der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit einer Zielausnahme i.S.d. § 6 Abs. 1 ROG formuliert, was zu korrigieren ist, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, es fehlten hinreichende Daten für eine Zielfestlegung, was aber nun zur verkappten und nur scheinbar abwägungsoffenen Festlegung als Grundsatz der Raumordnung führte. Zudem verwundert der Ansatz, wonach nicht durchgehend die Prüfabstände aus der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG übernommen wurden und fast jegliche Rechtfertigung für die pauschal angenommenen Abstände bei windkraftsensiblen Großvogelarten fehlt. Allein zum Seeadler findet sich ein Bezug auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG. Bei den weiteren kollisionsgefährdeten Arten wird die gesetzliche Vorgabe ignoriert und der abweichend gewählte Abstandsradius nicht gerechtfertigt. Dabei ist im Nachgang zum verfassungsrechtlichen Handlungsauftrag, den das BVerfG formuliert hat (BVerfG, Beschluss vom 23. Oktober 2018 – 1 BvR 2523/13 –, BVerfGE 149, 407-421), der Bundesgesetzgeber tätig geworden und hat mit § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG verbindliche Maßstäbe für die Bewertung, wann nach § 44	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, festgelegt. Sofern die Landesplanungsbehörde hiervon abweichen und weitergehende Abstände als den Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG berücksichtigen möchte, so fehlt es an einer entsprechenden Rechtfertigung hierfür. Gesetzgeberische Intention war es gerade, bundesweit einheitliche Abstandsregelungen, die der dafür legitimierte Gesetzgeber vorgibt, zu setzen. Insofern sind die vorgesehenen Abstandsradien unbedingt auf den jeweiligen Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG anzupassen oder dieser zumindest gemeinsam mit dem zentralen Prüfbereich abwägend zu berücksichtigen. Hierauf wird zu den einzelnen Arten noch eingegangen. 1.6.2 Seeadler Zunächst einmal ist zu begrüßen und zu befürworten, die Seeadler im Rahmen eines abwägungsoffenen Grundsatzes der Raumordnung zu betrachten. Entsprechend kann das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen (vgl. dazu Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.) aufgehoben und in den vorliegenden Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 etwa mit einer besonderen Gewichtung des Seeadlerschutzes im dargestellten Dichtezentrum überführt werden. Der gesetzlich vorgesehene Schutzstatus würde damit beibehalten bleiben. Angesichts der weiten Verbreitung der Art, fehlender artenschutzrechtlicher Ansätze für die Freihaltung des Dichtezentrums sowie methodischer Zweifel für deren Abgrenzung auch vor dem Hintergrund der neuen bundesgesetzlichen Bewertung drängt sich diese Vorgehensweise auf und erhöht die Rechtssicherheit durch Aufgabe des Ziels der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7. Allerdings ist der Abstandsradius für den Seeadler auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.6.1). Zwar ist für den Seeadler zuzugestehen, dass die in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) für den Seeadler nach der gesetzlichen Regelung noch nicht als wirksam angesehen werden oder phänologiebedingte Abschaltungen zu umfangreich	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	wären. Allerdings hat sich die Sachlage gegenüber der zum Zeitpunkt der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) fortentwickelt und es liegt ein auch vom Landesamt für Umwelt Schleswig-Holstein mittlerweile für den Seeadler anerkanntes Antikollisionssystem vor. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Seeadlerbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Damit plant die Landesplanungsbehörde nicht in eine Konfliktlage hinein, sondern berücksichtigt die bundesgesetzgeberische Intention, wenn lediglich der Nahbereich von 500 m freigehalten wird. Jedenfalls aber muss eine Differenzierung in 500 Meter (Nahbereich) und 2.000 Meter (Zentraler Prüfbereich) vorgesehen werden, sodass im zentralen Prüfbereich abwägend auch außerhalb der aktuell engen Begrenzung auf Fälle mit Vorbelastung eine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden kann. 1.6.3 Schwarzstorch Die Aufnahme eines Abstandsradius für den Schwarzstorch wird mit Bezugnahme auf den „Schutz der Lebensstätte gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 2 Nummer 3 BNatSchG“ begründet (B zu 17). Da die Landesplanungsbehörde auch § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG in Bezug nimmt, wonach ein Verstoß gegen das Verbot nach dem ebenfalls zitierten § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht vorliegt, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird, ist davon auszugehen, dass im Einzelfall im Rahmen der Abwägung auch innerhalb des 2.000 Meter-Radius Windenergiegebiete ausgewiesen werden können. Entscheidend ist dann nur, ob diese im Bereich von essentiellen Habitaten des Schwarzstorchs liegen, welche nach der Begründung „alte, geschlossene Waldstrukturen mit Still- und Fließgewässern“ (B zu 17) sind. Dies ist bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in den Regionalplänen zu berücksichtigen. Selbst bei einer Betroffenheit solcher Habitate würde im nachfolgenden Genehmigungsverfahren die Möglichkeit nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG bestehen, das Zugriffsverbot durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) zu	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bewältigen. Weiter ist für die zugrundeliegende rechtliche Bewertung folgendes zu beachten und der aktuell vorgesehene Abstandsradius anzupassen: Nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist es verboten, wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. Die in § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG zum Ausdruck kommende populationsbezogene Bestimmung der Erheblichkeitsschwelle steht mit Art. 12 Abs. 1 Buchst. b FFH-RL in Einklang, der einen art- bzw. populationsbezogenen Schutzansatz verfolgt (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328). Das Vorliegen einer Störung i.S.d. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG setzt aber zunächst voraus, dass es überhaupt zu einer unmittelbaren oder mittelbaren Einwirkung auf die geschützten Tiere kommt, die bei diesen eine Verhaltensänderung bewirkt. So gilt etwa: „bei der schlichten Beseitigung von Flächen, die bislang als Nahrungsgrundlage genutzt worden sind, und bei vegetationsverändernden Immissionen fehlt es nämlich an einer zwanghaften Einwirkung auf das natürliche Verhalten der Tiere, das nach dem Wortsinn als Störung zu werten ist.“ (BVerwG, Urteil vom 14. April 2010 – 9 A 5/08 –, BVerwGE 136, 291-332, Rn. 118). „Der Störungstatbestand kann vor allem durch bau- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen der geschützten Tierarten in Gestalt von akustischen und optischen Störwirkungen, aber auch durch Trennwirkungen erfüllt werden, die von der vorgesehenen Trasse ausgehen.“ (BVerwG, Urteil vom 7. Juli 2022 – 9 A 1/21 –, BVerwGE 176, 94-130, Rn. 111 m.w.N.). Insofern muss sich die Auslegung der bundesgesetzlichen Vorschrift des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG daran messen lassen, ob überhaupt eine Störung im vorgenannten Sinne bei vorgesehenen Schutzabständen vorliegt. Zudem finden in der naturschutzfachlichen Praxis die planerisch zu berücksichtigenden Fluchtdistanzen von Vogelarten Anwendung, nach Gassner et al. 2010 (Gassner/Winkelbrandt/Bernotat, UVP und strategische Umweltprüfung – Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltprüfung, 5. Auflage 2010, S. 192 ff.; Bernotat, Vorschlag zur Bewertung der Erheblichkeit von Störwirkungen auf Vögel mit Hilfe planerischer Orientierungswerte für Fluchtdistanzen, in: Bernotat/Dierschke/Grunewald, Bestimmung der Erheblichkeit und Beachtung von Kumulationswirkungen in der FFH-Verträglichkeitsprüfung, Naturschutz und Biologische Vielfalt 160 (2017), S. 157-171). Diese sehen für den Schwarzstorch eine Fluchtdistanz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von 500 m vor. Selbst wenn diese für Windenergieanlagen vergrößert werden müsste, so dürften keine naturschutzfachlichen Nachweise bestehen, um den sechsfachen Abstand zu rechtfertigen. Auch wenn die Landesplanungsbehörde nicht auf das Störungsverbot rekurriert, so wird jedenfalls deutlich, dass der aktuelle Abstandsradius sich mit diesem Zugriffsverbot nicht rechtfertigen ließe. Dies ist gleichermaßen hinsichtlich des Schädigungsverbots zu konstatieren. Es verbietet nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Erfolgt der Zugriff im Zuge eines nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffs in Natur und Landschaft, so scheidet ein Verstoß gegen das Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG aus, soweit die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Um dies zu gewährleisten, können nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden (sog. CEF-Maßnahmen). Im Anwendungsbereich des § 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG hat die Verbotsprüfung demnach zweistufig zu erfolgen: Auf der ersten Stufe stellt sich die Frage, ob auf eine geschützte Lebensstätte mit einer der genannten Tathandlungen eingewirkt wird. Trifft dies zu, so sind auf der zweiten Stufe die Konsequenzen in den Blick zu nehmen, die damit für die von der betroffenen Lebensstätte für die sie nutzenden Tiere erfüllte Funktion verbunden sind (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328, Rn. 37 - 38 m.w.N.). Unabhängig von der umstrittenen Frage, wie weit der Schutz des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG geht – einerseits nur direkte Einwirkungen auf die Fortpflanzungs- und Ruhestätte (bspw. Horst) oder andererseits (so tendenziell BVerwG, Urteil vom 12. August 2009 – 9 A 64/07 –, BVerwGE 134, 308-335, Rn. 68; BVerwG, Urteil vom 28. März 2013 – 9 A 22/11 –, BVerwGE 146, 145-175, Rn. 148) auch das weitere Umfeld der eigentlichen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte, sofern es elementar für den Reproduktionserfolg oder die Rast ist – liegt jedenfalls keine Beschädigung oder Zerstörung bei Abständen von 2 km vor. All dies verdeutlicht, dass es zu einer angemessenen Reduzierung des vorsorglichen Schutzabstands zu Schwarzstorchhorste kommen muss, wobei sich ein Abstand von 1.500 Metern zunehmend durchsetzt und weiterhin Vorsorgeaspekte berücksichtigt. Der von der Landesplanungsbehörde vorgesehene Umgebungsbereich von 2.000 Metern wird demgegenüber nicht belegt (anders als etwa die Bezugnahme auf Anlage 1	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abschnitt 1 BNatSchG). 1.6.4 Weißstorch Der Abstandsradius für den Weißstorch ist auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.6.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Weißstorch zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Weißstorchbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nur den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf 750 Meter zu Weißstorchhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 750 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 750 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. 1.6.5 Rotmilan Zunächst ist festzustellen, dass die Berücksichtigung von Rotmilanbrutplätzen in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G ungeeignet ist und die Auswahl der windkraftsensiblen Großvogelarten auch gar keine Rechtfertigung erfahren hat. Für den Rotmilan kann das auch nicht gelingen. Während sich die Vorgehensweise für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze bei einer Anpassung der Radien und echten Offenheit für eine abwägende Einzelfallprüfung erschließt, ist die Herangehensweise in Bezug auf Rotmilanbrutplätze fehlerhaft. So führte das landeseigene aktualisierte Fachpapier aus: „Allerdings wird diese Art nicht alljährlich landesweit erfasst und es gibt häufiger Horstwechsel, so dass die Daten oft nur einen ersten Hinweis auf ein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rotmilanvorkommen im Planungsraum geben.“ (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016, S. 7). Naturschutzfachlich ist bestätigt, dass der Rotmilan gegenüber dem Seeadler eine deutlich geringere Brutplatzkonstanz aufweist. Eine zwischen den Jahren variable Besiedlung der Landschaft (Wechsel der Horststandorte oder auch Nicht-Wiederbesiedlung von Waldstücken) tritt daher häufig auf (z.B. Mammen et al., Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt. Bericht des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Heft 5/2014). So berichtet Schmude, dass bei einer Rotmilankartierung in Mecklenburg-Vorpommern 75 % der im Folgejahr erneut kontrollierten Horste nicht mehr besetzt waren, insgesamt 49 von 65 Horsten (Schmude, Protokoll der 16. Sitzung der Bund-Länder-Initiative Windenergie (BLWE) am 22.09.2014; nachvollziehbar bei Scheller/Vökler/Güttner, OAMV e.V., Rotmilankartierung 2011/2012 in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 09.02.2014). Die Variabilität ist dadurch begründet, dass der Rotmilan als Zugvogel (auch unter Berücksichtigung möglicher Verluste auf dem Zugweg) erst relativ spät im Jahr ins angestammte Brutrevier zurückkehrt und nicht selten einen neuen Horst bauen muss, weil der Althorst bereits durch andere Arten (Konkurrenten um geeignete Horstbäume bzw. vorhandene Horste z.B. Mäusebussard, Kolkrabe u.a.) besetzt wurde. Auch baut der Rotmilan in der Regel eher kleinere und nicht so stabile Horste, so dass diese leichter als z.B. langjährig genutzte und entsprechend ausgebaute Seeadler-Horste durch Winterstürme zerstört werden können. Diese autökologischen Aspekte der Biologie des Rotmilans bedingen, dass zwar in der Regel die Reviere wiederbesetzt werden, aufgrund der Variabilität die Lage der Horststandorte aber nur schwer vorhersagbar ist. Wird nunmehr aber auf dieser Grundlage eine Potenzialfläche im 1.500 Meter- oder 1.000 Meter-Radius (zu den falschen Abständen vgl. nachfolgend) um einen aktuell nachgewiesenen Standort eines Rotmilanhorsts gestrichen, so werden diese naturschutzfachlichen Grundlagen zur sehr geringen Horsttreue missachtet. Dies kann dazu führen, dass durch den Horstwechsel die Potenzialfläche bereits beim Inkrafttreten des Regionalplans nicht mehr durch den Rotmilanhorst beeinträchtigt würde. Zudem ist es vor dem Hintergrund des nach § 5 Abs. 1 Satz 4 LaplaG vorgesehenen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungszeitraums der Regionalpläne von fünfzehn Jahren, also voraussichtlich bis 2040, abwägungsfehlerhaft, eine Art mit sehr geringer Brutplatzkonstanz heranzuziehen, um in der Abwägung Potenzialflächen bis ins Jahr 2040 zu streichen. Soll auf der höherstufigen Planungsebene bereits eine weitgehende Aussage mit Abwägungsdirektiven, wie aktuell in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G vorgesehen, getroffen werden, geht dies mit dem Erfordernis einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte einher als wenn – auch im Rahmen der Abwägung – keine konkreten Zielaussagen getroffen werden. Dabei können sich die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der Abwägungsvorgang selbst den Anforderungen an die Abwägung bei Fachplanungen annähern, je enger das Ziel und der damit vorgegebene Rahmen sind (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Soweit durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 Potenzialflächen ausgeschlossen werden sollen, bedarf es für die herangezogenen Tierarten eine landesweite Kenntnis von Horststandorten. Nur dann liegt eine für diese Zwecke ausreichende Bestandsaufnahme vor (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53), die den Anforderungen an Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte genügt. Dies gilt umso mehr, weil die Zuordnung zur Streichung von Gebieten im Rahmen der Abwägung ohne vorhandene umfangreiche Raumnutzungsanalyse faktisch zu einem Ziel der Raumordnung erhoben wird, was an sich bereits fragwürdig ist. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn dies im Sinne einer Beweislastumkehr auf die Öffentlichkeit, insbesondere die Vorhabenträger, als Anforderung verlagert wird. Während die rechtlich erforderlichen landesweiten Kenntnisse für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze wohl vorliegen dürften, gibt es eine solche hinreichende Bestandsaufnahme und Erkenntnislage für Rotmilanbrutplätze nicht. Es wäre im Übrigen auf Grund der vorstehend beschriebenen fehlenden Brutplatztreue wohl auch problematisch, eine aktuelle bzw. dem Bedarf der Regionalplanung – schließlich handelt es sich um ein Verfahren über viele Monate und einen Plan, der mehrere Jahre gelten soll – entsprechende Bestandsaufnahme zu erhalten. Jedenfalls für die Art Rotmilan sollte die Landesplanungsplanungsbehörde unbedingt auf die nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verweisen, die sowohl die sehr geringe Brutplatzkonstanz als auch die für die Bewertung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, § 45b Abs. 1 bis 5	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	BNatSchG maßgeblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen (Abschaltung, Ablenkflächen, etc.) besser und abwägungsfehlerfrei berücksichtigen können. Dabei wird nicht in eine unüberwindbare Verbotslage hineingeplant, weil § 45b BNatSchG in Einzelfällen letztendlich auch noch über die artenschutzrechtliche Ausnahme immer eine Genehmigungsfähigkeit bei einer Betroffenheit des Rotmilans ermöglicht. Sofern die Landesplanungsbehörde den Rotmilan nicht schon in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G als ausgewählten windkraftsensiblen Großvogel aufgrund der vorstehenden Ausführungen streicht und damit Rechtsfehler vermeidet, so hat in jedem Fall eine Anpassung der dortigen Abstandsradien für die Art zu erfolgen. Es ist nicht nachvollziehbar und kann auch nicht begründet werden – wenig überraschend verhält sich die Begründung B zu 17 deshalb auch überhaupt nicht dazu – wieso für den Rotmilan ein Umgebungsbereich von 1.500 Metern angenommen wird. Es kann im Rahmen der Festlegung nicht über den zentralen Prüfbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG hinausgegangen werden und zugleich für das Zugriffsverbot das erhöhte Kollisionsrisiko für den Rotmilan als Begründung herangeführt werden. Schließlich hat der Bundesgesetzgeber für den erweiterten Prüfbereich eine Beweislastumkehr eingeführt und in § 45b Abs. 4 Satz 1 BNatSchG festgelegt, dass in der Regel das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare dann nicht signifikant erhöht ist. Es ist sehr widersprüchlich dazu, dass die Landesplanungsbehörde abstrakt über § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG hinausgehend beim Rotmilan 1.500 Meter, anstatt 1.200 Meter vorsieht (vgl. allgemein bereits 1.6.1). Auffallend ist, dass nur für den Rotmilan der Radius nicht an Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG angepasst wurde, sondern stattdessen an den Abständen des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) ohne weitere Begründung festgehalten wird. Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. In jedem Fall ist der Abstandsradius auf 1.200 Meter zu reduzieren. Unabhängig davon ist der Abstandsradius für den Rotmilan jedoch sogar auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.6.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Rotmilan zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Es sind aber auch schon Antikollisionssysteme für den Rotmilan in Schleswig-Holstein anerkannt. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Rotmilanbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nicht einmal den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf nur 1.000 Meter zu Rotmilanhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 1.000 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen rechtlich überholten (vgl. vorstehende Ausführungen) gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 1.000 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. 1.7 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z – Wälder und Umgebungsbereiche Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. Weiter sind nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen. Dies wird mit dem niedrigen Waldanteil in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt, dem Ziel der Landesregierung zur weiteren Erhöhung des Waldanteils, und dem gesetzlichen Verbot des § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG begründet (B zu 6 zu (1)). Eine Zulassung der Waldumwandlung sei wegen der Seltenheit, der besonderen Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz sowie des Landschaftsbildes bei Prägung durch Waldkulissen nicht vertretbar. Weiter wird auf § 24 LWaldG, der einen gesetzlichen Waldabstand vorsieht, und § 2 Abs. 1 LWaldG, der die Mindestgröße von einem Hektar als Waldfläche vorsieht, verwiesen. Bei Naturwäldern wird in der Begründung B zu 6 zu (2) auf deren nach § 14 LWaldG besondere ökologische Funktionen Bezug genommen. Der weitergehende Abstand von 100 Metern wird mit den Waldrändern von Naturwäldern als Schnittstelle zum Offenland, die häufig sehr artenreich seien und einen wichtigen Rückzugsraum darstellten,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	begründet. Naturwälder seien in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt. Darüber hinaus seien weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen. Das fortgeltende Verbot der Waldumwandlung zur Errichtung von WEA (§ 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG) und der pauschale Waldabstand von 30 Metern (§ 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG) sind vor dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung des BVerfG zweifelhaft. So hat das BVerfG die Regelung in Thüringen „Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ (§ 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) als nicht gerechtfertigte Inhalts- und Schrankenbestimmung, welche in das Eigentumsrecht der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer eingreift, angesehen, weil das Gesetz formell verfassungswidrig ist, da dem Freistaat Thüringen für die angegriffene Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlt (BVerfG, 27.09.2022 - 1 BvR 2661/21 -, BVerfGE 163, 1-42, Rn. 14). § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG lautet beinahe identisch („Die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von mehr als 10 Metern ist unzulässig.“) und die Entscheidungsgründe des BVerfG sind übertragbar. Auch das OVG Schleswig-Holstein hat diesbezügliche Bedenken bereits deutlich geäußert, wenngleich dies noch nicht entscheidungserheblich war (OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21 -, juris Rn. 51). Insofern sollte die Landesplanungsbehörde zur Vermeidung der Berufung auf eine verfassungswidrige Vorschrift unbedingt auf Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) verzichten und selbst bei einem planerischen Freihalten der Waldflächen jedenfalls nicht noch zusätzlich einen Abstand von 30 Metern vorsehen. Letzteres gilt insbesondere auch deshalb, weil WEA mit entsprechenden Feuerlöschsystemen nicht mit den in § 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG genannten Schutzzwecken im Widerspruch stehen und insofern auch unter Berücksichtigung der Wertung des § 2 EEG die Unterschreitung des Waldabstands zugelassen werden kann. Dies gilt noch mehr vor dem Hintergrund, dass durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) die Referenzanlage (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern vom Turmmittelpunkt und damit der baulichen Anlage sowieso 75 Meter Abstand zum Waldrand einhalten wird und der untere Rotordurchlauf bei 50 Metern beginnen wird, weshalb die Schutzzwecke in dieser Höhe keine maßgebliche Relevanz mehr haben werden. Vorzugswürdig und durch das BVerfG angelegt ist jedoch, dass allein die nach §§ 14 f. LWaldG aufgrund ihrer ökologischen Funktion, ihrer Lage oder auch wegen ihrer Schönheit schutzwürdig und -bedürftigen Wälder von der Windenergienutzung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausgenommen werden, wofür der Landesgesetzgeber allein auch eine Gesetzgebungskompetenz hat. Insofern ist allein Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) zu befürworten und auf weitergehende Abstände zu verzichten. Allerdings muss zum Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) angemerkt werden, dass rechtsfehlerhaft ist, wenn neben den explizit nach §§ 14 f. LWaldG erklärten Naturwäldern, die in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt sind, weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen sein sollen. Sofern damit gemeint sein sollte, dass weitere nach den gesetzlichen Regelungen des §§ 14 f. LWaldG erklärte Naturwälder (Verordnungen nach § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG) zu berücksichtigen sind, wäre das rechtlich zulässig. Darüber hinausgehende allein fachlich eingeschätzte „Naturwälder“ können keine Berücksichtigung finden, weil sie nicht nach dem Verfahren des § 15 LWaldG zustande kamen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Institution: Eigentümergemeinschaft Kaaksburg ID: M2593	**Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR3_STE_077** Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden	Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. Zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel: Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen sind in der Nähe von Horststandorten windkraftsensibler Großvogelarten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. Folglich ist der absolute Ausschluss von Windenergieanlagen in den Umgebungsbereichen mittels eines Zieles der Raumordnung fachlich und rechtlich nicht geboten. Der Einsatz von Antikollisionssystemen ist derzeit nicht in jedem Fall fachlich geeignet oder technisch möglich um das Tötungsrisiko stets ausschließen zu können. Eine Ausweisung von Vorranggebieten unter alleiniger Annahme des Einsatzes eines Antikollisionssystems ist daher fachlich und rechtlich nicht möglich.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: *„Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier)* Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung	Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel angesetzten Umgebungsbereiche orientieren sich jetzt an den Angaben des BNatSchG (Anlage 1 Abschnitt 2 zu § 45b BNatSchG). Der Nahbereich wird durch ein neues Ziel der Raumordnung als freizuhaltender Bereich aufgenommen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 45 b bis d ausschließlich für die Ebene der Zulassungsverfahren. Das Kriterium „Seeadlerdichtezentrum“ wird beibehalten, denn aufgrund von überdurchschnittlich hoher Anzahl von Revieren ist von einem hohen Kollisionsrisiko mit WEA auszugehen. Eine Öffnung dieses Kriteriums ist naturschutzfachlich und planerisch auch im Lichte der eingegangenen Stellungnahmen nicht angezeigt. Eine Konfliktbewältigung durch Maßnahmen wird hier in der Regel nicht verhältnismäßig sein. Eine Erweiterung des Dichtezentrums ist aus fachlicher Sicht ebenso nicht erforderlich, da es in der jetzigen Abgrenzung nach wie vor die höchste Revierdichte in Schleswig-Holstein abbildet und damit den Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung darstellt. Daran ändern auch vereinzelt hinzugekommen Brutplätze am Rande nichts. Der Schwarzstorch steht mit 5-7 Revieren kurz vor dem Aussterben in Schleswig-Holstein. Für erfolgreiche Bruten sind die Vögel auf freie Flugkorridore ohne Barrieren im Umfeld ihrer Brutplätze angewiesen. Die Funktion der Lebensstätte für erfolgreiche Bruten der wenigen Paare in Schleswig-Holstein kann daher nur gesichert werden, wenn der 2 km Umgebungsbereich frei von WEA bleibt. In den letzten Jahren ist der Kenntnisstand zur Brutverbreitung des Rotmilans deutlich gestiegen. Die Erkenntnisse zeigen, dass Rotmilanreviere in der Regel wiederbesetzt werden. Auch wenn nicht immer der exakt gleiche Horst genutzt wird, liegt der Wechselhorst oft in der unmittelbaren Nähe. Auch werden aktuell unbesetzte Horste in den Folgejahren wiederbesetzt. Insofern ist die Berücksichtigung der aktuellen Rotmilanbrutplätze artenschutzfachlich gerechtfertigt. Ergänzend wird zu diesem Kriterium auf die allgemeine Synopse, Ziffer 4.20.1 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind:	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	„Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. **1.2 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope** 1.2.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.2.2 Kleinstbiotope Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.3 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G soll um Brutplätze von vier genannten windkraftsensiblen Großvogelarten in einem jeweils angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Dies sind für den Seeadler 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), für den Schwarzstorch 2.000 Meter, für den Weißstorch 1.000 Meter und für den Rotmilan 1.500 Meter. Wenn im jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt, solle in der Abwägung geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist. Zusätzlich könne bei Weißstorch- und Rotmilan-Brutplätzen einzelfallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden können. In der Begründung B zu 17 wird auf ein erhöhtes Kollisionsrisiko im Horstumfeld von Seeadlern, Weißstörchen und Rotmilanen Bezug genommen. Für Schwarzstörche bestünde ein ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe bestehe (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Der Abstandsradius beim Seeadler wird auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG zurückgeführt. Für den Weißstorch und den Rotmilan wird zwischen einem engen und weiten Radius differenziert, wobei gelte: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Weiter wird auf abwägungsrelevante Aspekte bei bestehenden Windparks innerhalb bestimmter Umgebungsbereiche verwiesen (Übernahme, nachträgliche Ansiedlung, vorhandene Vorbelastung, Repowering). Zu den einzeln genannten windkraftsensiblen Großvögeln ist folgendes festzuhalten und deshalb Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G sowie die diesbezügliche Begründung entsprechend anzupassen, damit eine rechtmäßige Anwendung und Abwägung dieses Grundsatzes der Raumordnung bei der Ausweisung von Windenergiegebiete in den Regionalplänen erfolgt: 1.3.1 Allgemein Es ist zunächst zu begrüßen, dass die Schutzbereiche um Brutplätze von	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	windkraftsensiblen Großvögeln teilweise reduziert wurden und insgesamt der Abwägung zugänglich sind. Es ist jedoch sehr problematisch, dass Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G die angegebenen Umgebungsbereiche zum Regelfall erklärt, sodass nur im Kontext von Vorbelastungen (bereits bestehende raumbedeutsame WEA bzw. ergangene Genehmigungen) ein Unterschreiten möglich sein solle. Damit wird der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit einer Zielausnahme i.S.d. § 6 Abs. 1 ROG formuliert, was zu korrigieren ist, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, es fehlten hinreichende Daten für eine Zielfestlegung, was aber nun zur verkappten und nur scheinbar abwägungsoffenen Festlegung als Grundsatz der Raumordnung führte. Zudem verwundert der Ansatz, wonach nicht durchgehend die Prüfabstände aus der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG übernommen wurden und fast jegliche Rechtfertigung für die pauschal angenommenen Abstände bei windkraftsensiblen Großvogelarten fehlt. Allein zum Seeadler findet sich ein Bezug auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG. Bei den weiteren kollisionsgefährdeten Arten wird die gesetzliche Vorgabe ignoriert und der abweichend gewählte Abstandsradius nicht gerechtfertigt. Dabei ist im Nachgang zum verfassungsrechtlichen Handlungsauftrag, den das BVerfG formuliert hat (BVerfG, Beschluss vom 23. Oktober 2018 – 1 BvR 2523/13 –, BVerfGE 149, 407-421), der Bundesgesetzgeber tätig geworden und hat mit § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG verbindliche Maßstäbe für die Bewertung, wann nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, festgelegt. Sofern die Landesplanungsbehörde hiervon abweichen und weitergehende Abstände als den Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG berücksichtigen möchte, so fehlt es an einer entsprechenden Rechtfertigung hierfür. Gesetzgeberische Intention war es gerade, bundesweit einheitliche Abstandsregelungen, die der dafür legitimierte Gesetzgeber vorgibt, zu setzen. Insofern sind die vorgesehenen Abstandsradien unbedingt auf den jeweiligen Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG anzupassen oder dieser zumindest gemeinsam mit dem zentralen Prüfbereich abwägend zu berücksichtigen. Hierauf wird zu den einzelnen Arten noch eingegangen. 1.3.2 Seeadler	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zunächst einmal ist zu begrüßen und zu befürworten, die Seeadler im Rahmen eines abwägungsoffenen Grundsatzes der Raumordnung zu betrachten. Entsprechend kann das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen (vgl. dazu Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.) aufgehoben und in den vorliegenden Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 etwa mit einer besonderen Gewichtung des Seeadlerschutzes im dargestellten Dichtezentrum überführt werden. Der gesetzlich vorgesehene Schutzstatus würde damit beibehalten bleiben. Angesichts der weiten Verbreitung der Art, fehlender artenschutzrechtlicher Ansätze für die Freihaltung des Dichtezentrums sowie methodischer Zweifel für deren Abgrenzung auch vor dem Hintergrund der neuen bundesgesetzlichen Bewertung drängt sich diese Vorgehensweise auf und erhöht die Rechtssicherheit durch Aufgabe des Ziels der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7. Allerdings ist der Abstandsradius für den Seeadler auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.3.1). Zwar ist für den Seeadler zuzugestehen, dass die in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) für den Seeadler nach der gesetzlichen Regelung noch nicht als wirksam angesehen werden oder phänologiebedingte Abschaltungen zu umfangreich wären. Allerdings hat sich die Sachlage gegenüber der zum Zeitpunkt der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) fortentwickelt und es liegt ein auch vom Landesamt für Umwelt Schleswig-Holstein mittlerweile für den Seeadler anerkanntes Antikollisionssystem vor. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Seeadlerbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Damit plant die Landesplanungsbehörde nicht in eine Konfliktlage hinein, sondern berücksichtigt die bundesgesetzgeberische Intention, wenn lediglich der Nahbereich von 500 m freigehalten wird. Jedenfalls aber muss eine Differenzierung in 500 Meter (Nahbereich) und 2.000 Meter (Zentraler Prüfbereich) vorgesehen werden, sodass im zentralen Prüfbereich abwägend	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	auch außerhalb der aktuell engen Begrenzung auf Fälle mit Vorbelastung eine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden kann. 1.3.3 Schwarzstorch Die Aufnahme eines Abstandsradius für den Schwarzstorch wird mit Bezugnahme auf den „Schutz der Lebensstätte gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 2 Nummer 3 BNatSchG“ begründet (B zu 17). Da die Landesplanungsbehörde auch § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG in Bezug nimmt, wonach ein Verstoß gegen das Verbot nach dem ebenfalls zitierten § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht vorliegt, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird, ist davon auszugehen, dass im Einzelfall im Rahmen der Abwägung auch innerhalb des 2.000 Meter-Radius Windenergiegebiete ausgewiesen werden können. Entscheidend ist dann nur, ob diese im Bereich von essentiellen Habitaten des Schwarzstorchs liegen, welche nach der Begründung „alte, geschlossene Waldstrukturen mit Still- und Fließgewässern“ (B zu 17) sind. Dies ist bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in den Regionalplänen zu berücksichtigen. Selbst bei einer Betroffenheit solcher Habitate würde im nachfolgenden Genehmigungsverfahren die Möglichkeit nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG bestehen, das Zugriffsverbot durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) zu bewältigen. Weiter ist für die zugrundeliegende rechtliche Bewertung folgendes zu beachten und der aktuell vorgesehene Abstandsradius anzupassen: Nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist es verboten, wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. Die in § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG zum Ausdruck kommende populationsbezogene Bestimmung der Erheblichkeitsschwelle steht mit Art. 12 Abs. 1 Buchst. b FFH-RL in Einklang, der einen art- bzw. populationsbezogenen Schutzansatz verfolgt (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328). Das Vorliegen einer Störung i.S.d. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG setzt aber zunächst voraus, dass es überhaupt zu einer unmittelbaren oder mittelbaren Einwirkung auf die geschützten Tiere kommt, die bei diesen eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verhaltensänderung bewirkt. So gilt etwa: „bei der schlichten Beseitigung von Flächen, die bislang als Nahrungsgrundlage genutzt worden sind, und bei vegetationsverändernden Immissionen fehlt es nämlich an einer zwanghaften Einwirkung auf das natürliche Verhalten der Tiere, das nach dem Wortsinn als Störung zu werten ist.“ (BVerwG, Urteil vom 14. April 2010 – 9 A 5/08 –, BVerwGE 136, 291-332, Rn. 118). „Der Störungstatbestand kann vor allem durch bau- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen der geschützten Tierarten in Gestalt von akustischen und optischen Störwirkungen, aber auch durch Trennwirkungen erfüllt werden, die von der vorgesehenen Trasse ausgehen.“ (BVerwG, Urteil vom 7. Juli 2022 – 9 A 1/21 –, BVerwGE 176, 94-130, Rn. 111 m.w.N.). Insofern muss sich die Auslegung der bundesgesetzlichen Vorschrift des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG daran messen lassen, ob überhaupt eine Störung im vorgenannten Sinne bei vorgesehenen Schutzabständen vorliegt. Zudem finden in der naturschutzfachlichen Praxis die planerisch zu berücksichtigenden Fluchtdistanzen von Vogelarten Anwendung, nach Gassner et al. 2010 (Gassner/Winkelbrandt/Bernotat, UVP und strategische Umweltprüfung – Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltprüfung, 5. Auflage 2010, S. 192 ff.; Bernotat, Vorschlag zur Bewertung der Erheblichkeit von Störwirkungen auf Vögel mit Hilfe planerischer Orientierungswerte für Fluchtdistanzen, in: Bernotat/Dierschke/Grunewald, Bestimmung der Erheblichkeit und Beachtung von Kumulationswirkungen in der FFH-Verträglichkeitsprüfung, Naturschutz und Biologische Vielfalt 160 (2017), S. 157-171). Diese sehen für den Schwarzstorch eine Fluchtdistanz von 500 m vor. Selbst wenn diese für Windenergieanlagen vergrößert werden müsste, so dürften keine naturschutzfachlichen Nachweise bestehen, um den sechsfachen Abstand zu rechtfertigen. Auch wenn die Landesplanungsbehörde nicht auf das Störungsverbot rekurriert, so wird jedenfalls deutlich, dass der aktuelle Abstandsradius sich mit diesem Zugriffsverbot nicht rechtfertigen ließe. Dies ist gleichermaßen hinsichtlich des Schädigungsverbots zu konstatieren. Es verbietet nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Erfolgt der Zugriff im Zuge eines nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffs in Natur und Landschaft, so scheidet ein Verstoß gegen das Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG aus, soweit die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Um dies zu gewährleisten, können nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden (sog. CEF-Maßnahmen). Im Anwendungsbereich des § 44 Abs. 5	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Satz 1 BNatSchG hat die Verbotsprüfung demnach zweistufig zu erfolgen: Auf der ersten Stufe stellt sich die Frage, ob auf eine geschützte Lebensstätte mit einer der genannten Tathandlungen eingewirkt wird. Trifft dies zu, so sind auf der zweiten Stufe die Konsequenzen in den Blick zu nehmen, die damit für die von der betroffenen Lebensstätte für die sie nutzenden Tiere erfüllte Funktion verbunden sind (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328, Rn. 37 - 38 m.w.N.). Unabhängig von der umstrittenen Frage, wie weit der Schutz des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG geht – einerseits nur direkte Einwirkungen auf die Fortpflanzungs- und Ruhestätte (bspw. Horst) oder andererseits (so tendenziell BVerwG, Urteil vom 12. August 2009 – 9 A 64/07 –, BVerwGE 134, 308-335, Rn. 68; BVerwG, Urteil vom 28. März 2013 – 9 A 22/11 –, BVerwGE 146, 145-175, Rn. 148) auch das weitere Umfeld der eigentlichen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte, sofern es elementar für den Reproduktionserfolg oder die Rast ist – liegt jedenfalls keine Beschädigung oder Zerstörung bei Abständen von 2 km vor. All dies verdeutlicht, dass es zu einer angemessenen Reduzierung des vorsorglichen Schutzabstands zu Schwarzstorchhorste kommen muss, wobei sich ein Abstand von 1.500 Metern zunehmend durchsetzt und weiterhin Vorsorgeaspekte berücksichtigt. Der von der Landesplanungsbehörde vorgesehene Umgebungsbereich von 2.000 Metern wird demgegenüber nicht belegt (anders als etwa die Bezugnahme auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG). 1.3.4 Weißstorch Der Abstandsradius für den Weißstorch ist auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.3.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Weißstorch zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Weißstorchbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nur den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf 750 Meter zu Weißstorchhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 750 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 750 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. 1.3.5 Rotmilan Zunächst ist festzustellen, dass die Berücksichtigung von Rotmilanbrutplätzen in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G ungeeignet ist und die Auswahl der windkraftsensiblen Großvogelarten auch gar keine Rechtfertigung erfahren hat. Für den Rotmilan kann das auch nicht gelingen. Während sich die Vorgehensweise für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze bei einer Anpassung der Radien und echten Offenheit für eine abwägende Einzelfallprüfung erschließt, ist die Herangehensweise in Bezug auf Rotmilanbrutplätze fehlerhaft. So führte das landeseigene aktualisierte Fachpapier aus: „Allerdings wird diese Art nicht alljährlich landesweit erfasst und es gibt häufiger Horstwechsel, so dass die Daten oft nur einen ersten Hinweis auf ein Rotmilanvorkommen im Planungsraum geben.“ (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016, S. 7). Naturschutzfachlich ist bestätigt, dass der Rotmilan gegenüber dem Seeadler eine deutlich geringere Brutplatzkonstanz aufweist. Eine zwischen den Jahren variable Besiedlung der Landschaft (Wechsel der Horststandorte oder auch Nicht-Wiederbesiedlung von Waldstücken) tritt daher häufig auf (z.B. Mammen et al., Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt. Bericht des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Heft 5/2014). So berichtet Schmude, dass bei einer Rotmilankartierung in Mecklenburg-Vorpommern 75 % der im Folgejahr erneut kontrollierten Horste nicht mehr besetzt waren, insgesamt 49 von 65 Horsten (Schmude, Protokoll der 16. Sitzung der Bund-Länder-Initiative Windenergie (BLWE) am 22.09.2014; nachvollziehbar bei Scheller/Vökler/Güttner, OAMV e.V., Rotmilankartierung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2011/2012 in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 09.02.2014). Die Variabilität ist dadurch begründet, dass der Rotmilan als Zugvogel (auch unter Berücksichtigung möglicher Verluste auf dem Zugweg) erst relativ spät im Jahr ins angestammte Brutrevier zurückkehrt und nicht selten einen neuen Horst bauen muss, weil der Althorst bereits durch andere Arten (Konkurrenten um geeignete Horstbäume bzw. vorhandene Horste z.B. Mäusebussard, Kolkrabe u.a.) besetzt wurde. Auch baut der Rotmilan in der Regel eher kleinere und nicht so stabile Horste, so dass diese leichter als z.B. langjährig genutzte und entsprechend ausgebaute Seeadler-Horste durch Winterstürme zerstört werden können. Diese autökologischen Aspekte der Biologie des Rotmilans bedingen, dass zwar in der Regel die Reviere wiederbesetzt werden, aufgrund der Variabilität die Lage der Horststandorte aber nur schwer vorhersagbar ist. Wird nunmehr aber auf dieser Grundlage eine Potenzialfläche im 1.500 Meter- oder 1.000 Meter-Radius (zu den falschen Abständen vgl. nachfolgend) um einen aktuell nachgewiesenen Standort eines Rotmilanhorsts gestrichen, so werden diese naturschutzfachlichen Grundlagen zur sehr geringen Horsttreue missachtet. Dies kann dazu führen, dass durch den Horstwechsel die Potenzialfläche bereits beim Inkrafttreten des Regionalplans nicht mehr durch den Rotmilanhorst beeinträchtigt würde. Zudem ist es vor dem Hintergrund des nach § 5 Abs. 1 Satz 4 LaplaG vorgesehenen Planungszeitraums der Regionalpläne von fünfzehn Jahren, also voraussichtlich bis 2040, abwägungsfehlerhaft, eine Art mit sehr geringer Brutplatzkonstanz heranzuziehen, um in der Abwägung Potenzialflächen bis ins Jahr 2040 zu streichen. Soll auf der höherstufigen Planungsebene bereits eine weitgehende Aussage mit Abwägungsdirektiven, wie aktuell in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G vorgesehen, getroffen werden, geht dies mit dem Erfordernis einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte einher als wenn – auch im Rahmen der Abwägung – keine konkreten Zielaussagen getroffen werden. Dabei können sich die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der Abwägungsvorgang selbst den Anforderungen an die Abwägung bei Fachplanungen annähern, je enger das Ziel und der damit vorgegebene Rahmen sind (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Soweit durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 Potenzialflächen ausgeschlossen werden sollen, bedarf es für die herangezogenen Tierarten eine	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	landesweite Kenntnis von Horststandorten. Nur dann liegt eine für diese Zwecke ausreichende Bestandsaufnahme vor (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53), die den Anforderungen an Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte genügt. Dies gilt umso mehr, weil die Zuordnung zur Streichung von Gebieten im Rahmen der Abwägung ohne vorhandene umfangreiche Raumnutzungsanalyse faktisch zu einem Ziel der Raumordnung erhoben wird, was an sich bereits fragwürdig ist. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn dies im Sinne einer Beweislastumkehr auf die Öffentlichkeit, insbesondere die Vorhabenträger, als Anforderung verlagert wird. Während die rechtlich erforderlichen landesweiten Kenntnisse für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze wohl vorliegen dürften, gibt es eine solche hinreichende Bestandsaufnahme und Erkenntnislage für Rotmilanbrutplätze nicht. Es wäre im Übrigen auf Grund der vorstehend beschriebenen fehlenden Brutplatztreue wohl auch problematisch, eine aktuelle bzw. dem Bedarf der Regionalplanung – schließlich handelt es sich um ein Verfahren über viele Monate und einen Plan, der mehrere Jahre gelten soll – entsprechende Bestandsaufnahme zu erhalten. Jedenfalls für die Art Rotmilan sollte die Landesplanungsplanungsbehörde unbedingt auf die nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verweisen, die sowohl die sehr geringe Brutplatzkonstanz als auch die für die Bewertung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG maßgeblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen (Abschaltung, Ablenkflächen, etc.) besser und abwägungsfehlerfrei berücksichtigen können. Dabei wird nicht in eine unüberwindbare Verbotslage hineingeplant, weil § 45b BNatSchG in Einzelfällen letztendlich auch noch über die artenschutzrechtliche Ausnahme immer eine Genehmigungsfähigkeit bei einer Betroffenheit des Rotmilans ermöglicht. Sofern die Landesplanungsbehörde den Rotmilan nicht schon in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G als ausgewählten windkraftsensiblen Großvogel aufgrund der vorstehenden Ausführungen streicht und damit Rechtsfehler vermeidet, so hat in jedem Fall eine Anpassung der dortigen Abstandsradien für die Art zu erfolgen. Es ist nicht nachvollziehbar und kann auch nicht begründet werden – wenig überraschend verhält sich die Begründung B zu 17 deshalb auch überhaupt nicht dazu – wieso für den Rotmilan ein Umgebungsbereich von 1.500 Metern angenommen wird.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es kann im Rahmen der Festlegung nicht über den zentralen Prüfbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG hinausgegangen werden und zugleich für das Zugriffsverbot das erhöhte Kollisionsrisiko für den Rotmilan als Begründung herangeführt werden. Schließlich hat der Bundesgesetzgeber für den erweiterten Prüfbereich eine Beweislastumkehr eingeführt und in § 45b Abs. 4 Satz 1 BNatSchG festgelegt, dass in der Regel das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare dann nicht signifikant erhöht ist. Es ist sehr widersprüchlich dazu, dass die Landesplanungsbehörde abstrakt über § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG hinausgehend beim Rotmilan 1.500 Meter, anstatt 1.200 Meter vorsieht (vgl. allgemein bereits 1.3.1). Auffallend ist, dass nur für den Rotmilan der Radius nicht an Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG angepasst wurde, sondern stattdessen an den Abständen des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) ohne weitere Begründung festgehalten wird. Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. In jedem Fall ist der Abstandsradius auf 1.200 Meter zu reduzieren. Unabhängig davon ist der Abstandsradius für den Rotmilan jedoch sogar auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.3.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Rotmilan zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Es sind aber auch schon Antikollisionssysteme für den Rotmilan in Schleswig-Holstein anerkannt. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Rotmilanbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nicht einmal den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf nur 1.000 Meter zu Rotmilanhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 1.000 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen rechtlich überholten (vgl. vorstehende Ausführungen) gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 1.000 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2005	Stellungnahme zum Bebaungsplan mit Windkraftanlagen im Bereich Naturpark Westensee Ausschlag für meine Ansiedlung, war neben persönlichen Gründen, die Entdeckung der Schönheit und Vielfalt der Landschaft des Naturparks Westensee und seiner Umgebung, Freude über eine nur noch seltene Qualität des Artenreichtums und der ökologischen Vielfalt. Die sehe ich nun gefährdet. Ich bin geschockt über die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen der Bundespolitik. Ich halte die Windkraft durchaus für eine mögliche, nutzbare erneuerbare Energie, aber nicht um jeden Preis. Ich finde es erschreckend das sogar der Schutzstatus von FFH Gebieten unberücksichtigt bleiben soll. Eine aufwendig erkämpfte Errungenschaft aus vergangenen Zeiten. Bei all diesen Änderungsvorschlägen ist es wichtig zu bemerken, dass dies ohne Rücksicht auf Gesundheit der Anwohner sowie der sensiblen und schützenswerten Tier- und Pflanzenwelt geschieht. Emissionsschäden durch mögliche Havarien, Betrieb und Errichtung der Windkraftanlagen bleiben dabei unberücksichtigt. Auch die Tatsache ,dass die Verbauung der Landschaft mit Windkraft einen enormen finanziellen Verlust für die Bürgerschaft bedeutet, durch den Verlust von Lebensqualität und den damit einhergehenden Verfall der Immobilienpreise. Auch auf die Beeinträchtigung des Fremdenverkehr ist hinzuweisen. Denn machen wir uns doch nichts vor, wer möchte seine Kinder in einem emissionsverseuchten Gebiet aufziehen, dabei sprechen wir von giftigen, chemischen, akustischen und visuellen Emissionen. Dort sein Leben fristen, ob als Anwohner, Wochenendgast oder Urlauber und an dem Niedergang einer Perle norddeutscher Kulturlandschaft teilnehmen. Dabei bleibt die Frage, wer für den Schaden aufkommt. Schade ist ebenfalls dass es hier um schneller, höher, weiter geht und nicht um die Förderung der Weiterentwicklung	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2, 4.3, 7.2.11, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.10, 7.2.12, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	kleinerer Windkraftanlagen ohne Rotoren oder der stapelfähigen Trapezanlagen. Hier geht es vorrangig um Profit von Akteuren, die vielfach in Bezug auf Ökologie und Umweltschutz nicht als Vorreiter oder Mitstreiter in Aktion getreten sind. Aus oben genannten Gründen bin ich daher gegen den Bau von Windkraftanlagen innerhalb der Gemeinde Achterwehr/des Naturparkes und LSG Westensee.	
Institution: Eigentümergemeinschaft Högsdorf ID: M2573	Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR3_OHS_073 Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Landschaftsschutzgebieten: Der Stellungnahme wird insofern gefolgt, als dass in Aufstellung befindliche und einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete unberücksichtigt bleiben. zu Wäldern und Umgebungsbereichen: Die Raumordnung hat keine Verwerfungskompetenz gegenüber Landesrecht. Die Auffassung, dass die BVerfG-Entscheidung zum Waldgesetz Thüringen auf Schleswig-Holstein übertragbar sei, wird nicht geteilt. Der geringe Waldanteil in Schleswig-Holstein genießt schon per se einen höheren Schutzanspruch. Das Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff.	das Umwandlungsverbot für WEA nicht verfassungswidrig. Unabhängig davon wird ein Mindestabstand zum Wald von 30 m auch deshalb für notwendig erachtet, um die ökologische Funktion des Waldrandes mit den Wechselbeziehungen insbesondere von Fledermäusen und Vögeln ins Offenland nicht zu stark zu beeinträchtigen. Scheuch- und Störwirkungen sind in diesem Nahbereich auch bei ökologisch weniger wertvollen Wäldern anzunehmen. Die Ausführungen zum Abstand zu Naturwäldern werden zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden nur Naturwälder i.S. des § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG. zu Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung sowie Kernbereichen für Tourismus und/oder Erholung: Die Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung haben eine herausragende landes- und regionalwirtschaftliche Bedeutung. Sie sind besonders geeignet für eine marktgerechte Entwicklung des Tourismus sowie zur Umsetzung der tourismuspolitischen Zielsetzungen entsprechend der Tourismusstrategie des Landes Schleswig-Holstein. Damit ist jedoch nicht verbunden, dass innerhalb dieser Räume eine Windenergienutzung nicht möglich sein könnte. Gleichwohl bedarf es auch hier einer sorgfältigen Abwägung zwischen den unterschiedlichen Interessen. Innerhalb der Entwicklungsgebiete für den Tourismus nehmen die Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung eine herausgehobene Bedeutung ein. Auch dieser Aspekt ist im Rahmen der Abwägung zu prüfen und wird damit der Grundanforderung an die Raumordnung gerecht. Das überragende öffentliche Interesse der Windenergienutzung gemäß § 2 EEG ist bei der Ausweisung von Windgebieten anders zu gewichten. Hier hat die Landesplanung einen relativ breiten Ermessensspielraum in der Abwägung, solange im Ergebnis der Flächenbeitragswert erreicht wird. Dies wird noch gestützt durch § 249 Abs. 6 BauGB. Die Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung finden Einzug in die allgemeinen Regionalpläne, so dass deren Abgrenzung sich daraus ergibt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies	zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. zu Naturparken: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es bleibt weiterhin bei Berücksichtigung und Einzelfallabwägung der Naturparke. Die Begründung muss nicht so detailliert ausformuliert sein, dass jede Abwägungsentscheidung quasi schon vorweggenommen wird. Eine vertiefende Erläuterung der flächenbezogenen Abwägungsentscheidungen erfolgt auf Regionalplanebene. Die Landesplanung sieht gerade die Überlagerung mit anderen Kriterien des Landschafts- und Freiraumschutzes als Indikator dafür an, dass es sich innerhalb von Naturparken um besonders wertvolle Landschaftsbestandteile handelt. Zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel: Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen sind in der Nähe von Horststandorten windkraftsensibler Großvogelarten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. Folglich ist der absolute Ausschluss von Windenergieanlagen in den Umgebungsbereichen mittels eines Zieles der Raumordnung

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang	fachlich und rechtlich nicht geboten. Der Einsatz von Antikollisionssystemen ist derzeit nicht in jedem Fall fachlich geeignet oder technisch möglich um das Tötungsrisiko stets ausschließen zu können. Eine Ausweisung von Vorranggebieten unter alleiniger Annahme des Einsatzes eines Antikollisionssystems ist daher fachlich und rechtlich nicht möglich. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel angesetzten Umgebungsbereiche orientieren sich jetzt an den Angaben des BNatSchG (Anlage 1 Abschnitt 2 zu § 45b BNatSchG). Der Nahbereich wird durch ein neues Ziel der Raumordnung als freizuhaltender Bereich aufgenommen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 45 b bis d ausschließlich für die Ebene der Zulassungsverfahren. Das Kriterium „Seeadlerdichtezentrum“ wird beibehalten, denn aufgrund von überdurchschnittlich hoher Anzahl von Revieren ist von einem hohen Kollisionsrisiko mit WEA auszugehen. Eine Öffnung dieses Kriteriums ist naturschutzfachlich und planerisch auch im Lichte der eingegangenen Stellungnahmen nicht angezeigt. Eine Konfliktbewältigung durch Maßnahmen wird hier in der Regel nicht verhältnismäßig sein. Eine Erweiterung des Dichtezentrums ist aus fachlicher Sicht ebenso nicht erforderlich, da es in der jetzigen Abgrenzung nach wie vor die höchste Revierdichte in Schleswig-Holstein abbildet und damit den Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung darstellt. Daran ändern auch vereinzelt hinzugekommen Brutplätze am Rande nichts. Der Schwarzstorch steht mit 5-7 Revieren kurz vor dem Aussterben in Schleswig-Holstein. Für erfolgreiche Bruten sind die Vögel auf freie Flugkorridore ohne Barrieren im Umfeld ihrer Brutplätze angewiesen. Die Funktion der Lebensstätte für erfolgreiche Bruten der wenigen Paare in Schleswig-Holstein kann daher nur gesichert werden, wenn der 2 km Umgebungsbereich frei von WEA bleibt. In den letzten Jahren ist der Kenntnisstand zur Brutverbreitung des Rotmilans deutlich gestiegen. Die Erkenntnisse zeigen, dass Rotmilanreviere in der Regel wiederbesetzt werden. Auch wenn

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen	nicht immer der exakt gleiche Horst genutzt wird, liegt der Wechselhorst oft in der unmittelbaren Nähe. Auch werden aktuell unbesetzte Horste in den Folgejahren wiederbesetzt. Insofern ist die Berücksichtigung der aktuellen Rotmilanbrutplätze artenschutzfachlich gerechtfertigt. Ergänzend wird zu diesem Kriterium auf die allgemeine Synopse, Ziffer 4.20.1 verwiesen. zu Wäldern und Umgebungsbereichen Die Raumordnung hat keine Verwerfungskompetenz gegenüber Landesrecht. Die Auffassung, dass die BVerfG-Entscheidung zum Waldgesetz Thüringen auf Schleswig-Holstein übertragbar sei, wird nicht geteilt. Der geringe Waldanteil in Schleswig-Holstein genießt schon per se einen höheren Schutzanspruch. Das Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf das Umwandlungsverbot für WEA nicht verfassungswidrig. Unabhängig davon wird ein Mindestabstand zum Wald von 30 m auch deshalb für notwendig erachtet, um die ökologische Funktion des Waldrandes mit den Wechselbeziehungen insbesondere von Fledermäusen und Vögeln ins Offenland nicht zu stark zu beeinträchtigen. Scheuch- und Störwirkungen sind in diesem Nahbereich auch bei ökologisch weniger wertvollen Wäldern anzunehmen. Die Ausführungen zum Abstand zu Naturwäldern werden zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden nur Naturwälder i.S. des § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. **1.2 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	In der Begründung B zu 13 wird auf die Neuregelung des § 26 Abs. 3 BNatSchG verwiesen, welche sich auch auf das Veränderungsverbot nach § 19 Abs. 2 Satz 2 LNatSchG bei eingeleitetem LSG-Verfahren nach § 12a Abs. 2 LNatSchG erstrecke. Dies gelte auch für einstweilige sichergestellte Gebiete nach § 12a Abs. 3 LNatSchG i.V.m. § 22 Abs. 3 und § 26 BNatSchG. Für die deshalb vorzunehmende Abwägungsentscheidung solle die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden. Zunächst ist die Rechtsauffassung der Einbeziehung des Veränderungsverbots und der einstweiligen Sicherstellung in § 26 Abs. 3 BNatSchG zu begrüßen, weil ein vorlaufender Schutz für eine LSG-Verordnung nicht umfangreicher ausfallen kann als die LSG-Verordnung selbst. Allerdings sind weiterhin Abwägungen zulasten der Windenergie aufgrund einer Lage in einem Landschaftsschutzschutzgebiet möglich, obwohl die gesetzgeberische Wertentscheidung in § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG dahingehend besteht, dass zugunsten der Windenergie entsprechende Windenergiegebiete in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden können. In jedem Fall zu vermeiden ist es, dass – wie nach dem bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) – allein einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete überhaupt eine Berücksichtigung in der Abwägung finden. Es hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass dieses Instrumentarium auch zur Vermeidung von Windenergie eingesetzt wurde, ohne dass sich der Wille zur Ausweisung später nach Zielerreichung verfestigt hat. So sind etwa die (geplanten) Landschaftsschutzgebiete „Wiedingharder- und Gotteskoog“ und „Ostenfeld-Schwabstedter Geest mit vorgelagerter Marsch“, die der Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein zum Regionalplan für den Planungsraum I zugrunde liegen (OVG Schleswig-Holstein, 22.03.2023 - 5 KN 53/21 - juris Rn. 31), weiterhin nicht ausgewiesen. Schließlich kann ein Verfahren zur Ausweisung eines Landschaftsschutzgebiets nach Rechtskraft der Regionalpläne einfach wieder eingestellt werden, was einer Verhinderungsplanung durch Landkreise gleichkommt (auf dieses Risiko bzw. diese Motivationslage hat auch hingewiesen OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 74). Etwaige zukünftige Landschaftsschutzgebiete, für die nach § 12a Abs. 2 LNatSchG lediglich das Verfahren zur Aufstellung einer LSG-Verordnung eingeleitet wurde sowie	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	für die nach § 12a Abs. 3 LNatSchG lediglich eine einstweilige Sicherstellung erfolgte, stellen noch keinen hinreichend begründeten Fall für die Gewichtung eines solchen Belangs dar. Dabei ist aufgrund des § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG nicht einmal mehr erforderlich, dass eine Befreiungslage nach § 67 Abs. 1 BNatSchG vorliegt. Zwar sehen die vorgenannten Normen § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG eine Möglichkeit der gesetzlichen bzw. der normativen Sicherstellung ähnlich zu einer Veränderungssperre vor. In materieller Hinsicht ist dafür aber nicht notwendig, dass die Schutzwürdigkeit und -bedürftigkeit der betroffenen Landschaft bereits abschließend geprüft worden ist und feststeht. Es genügt, dass das von der Sicherstellungsverordnung erfasste Gebiet (Geltungsbereich) seiner Qualität nach geeignet ist, einen „besonderen“ Schutz von Natur und Landschaft, wie er mit der künftigen LSG-Verordnung geplant ist, zu rechtfertigen, wobei auf die drei alternativ genannten gesetzlichen Schutzzwecke in § 26 Abs. 1 Nr. 1 - 3 BNatSchG abzustellen ist (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 68). Insofern steht nicht unbedingt fest, dass es tatsächlich zum Erlass einer LSG-Verordnung kommen wird. Auf der Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9.) kann zudem keine hinreichende Auseinandersetzung mit den Inhalten der in Aufstellung befindlichen LSG-Verordnung erfolgen. Das ist aber für eine Prognose erforderlich, ob es überhaupt zu einer rechtmäßigen LSG-Verordnung kommen kann, für die ein Schutz nach § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG angemessen wäre und für die die Landesplanungsbehörde quasi antizipieren kann, dass in diesem Bereich die Errichtung und der Betrieb von WEA zukünftig nicht erfolgen wird. Diese Prognose müsste auch Gegenstand der Planunterlagen sein, sodass die Abwägung überhaupt nachvollziehbar ist. Damit wird die Regionalplanung aber überstrapaziert. So hat auch das OVG Schleswig-Holstein festgestellt, dass sich die Landschaft zur Schutzwürdigkeit „hinsichtlich ihres Charakters, ihrer Eigenart und Qualität von - außerhalb davon gelegenen - Landschaftsräumen (die im Übrigen nicht ungeschützt sind [vgl. z. B. § 35 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 5 BauGB; §§ 14 ff. BNatSchG; §§ 8 ff. LNatSchG]) deutlich unterscheiden“ müsse (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 76). Schließlich würde diese Vorgehensweise der gesetzlichen Wertung des § 4 Abs. 1 ROG widersprechen und verkehrt diese in ihr Gegenteil. Eine raumordnungsrechtliche Abstimmung, wie vom OVG Schleswig-Holstein zurecht gefordert (vgl. OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 79 ff.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 132 ff.), kann auch nicht in der Weise erfolgen, dass die Landesplanung in Aufstellung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	befindliche LSG-Verordnungen schlicht berücksichtigt, selbst wenn keine eigene Prüfung stattfindet (OVG Schleswig-Holstein, 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 135). Zu Recht hat das OVG Schleswig-Holstein gerügt, dass die Landkreise der Landesplanung nicht mit dem Mittel des Erlasses einer Sicherstellungsverordnung (bzw. LSG-Verordnung) vorgreifen dürfen (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 83 f.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 134 und 136). Wenn Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G beibehalten werden soll, dann ist dies jedenfalls auf nur bereits vorliegende LSG-Verordnungen zu reduzieren und die Abwägung hat in den Randbereichen der LSG grundsätzlich zugunsten der Ausweisung von Windenergiegebieten zu erfolgen. **1.3 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z – Wälder und Umgebungsbereiche** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. Weiter sind nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen. Dies wird mit dem niedrigen Waldanteil in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt, dem Ziel der Landesregierung zur weiteren Erhöhung des Waldanteils, und dem gesetzlichen Verbot des § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG begründet (B zu 6 zu (1)). Eine Zulassung der Waldumwandlung sei wegen der Seltenheit, der besonderen Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz sowie des Landschaftsbildes bei Prägung durch Waldkulissen nicht vertretbar. Weiter wird auf § 24 LWaldG, der einen gesetzlichen Waldabstand vorsieht, und § 2 Abs. 1 LWaldG, der die Mindestgröße von einem Hektar als Waldfläche vorsieht, verwiesen. Bei Naturwäldern wird in der Begründung B zu 6 zu (2) auf deren nach § 14 LWaldG besondere ökologische Funktionen Bezug genommen. Der weitergehende Abstand von 100 Metern wird mit den Waldrändern von Naturwäldern als Schnittstelle zum Offenland, die häufig sehr artenreich seien und einen wichtigen Rückzugsraum darstellten, begründet. Naturwälder seien in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt. Darüber	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	hinaus seien weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen. Das fortgeltende Verbot der Waldumwandlung zur Errichtung von WEA (§ 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG) und der pauschale Waldabstand von 30 Metern (§ 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG) sind vor dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung des BVerfG zweifelhaft. So hat das BVerfG die Regelung in Thüringen „Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ (§ 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) als nicht gerechtfertigte Inhalts- und Schrankenbestimmung, welche in das Eigentumsrecht der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer eingreift, angesehen, weil das Gesetz formell verfassungswidrig ist, da dem Freistaat Thüringen für die angegriffene Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlt (BVerfG, 27.09.2022 - 1 BvR 2661/21 -, BVerfGE 163, 1-42, Rn. 14). § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG lautet beinahe identisch („Die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von mehr als 10 Metern ist unzulässig.“) und die Entscheidungsgründe des BVerfG sind übertragbar. Auch das OVG Schleswig-Holstein hat diesbezügliche Bedenken bereits deutlich geäußert, wenngleich dies noch nicht entscheidungserheblich war (OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21 -, juris Rn. 51). Insofern sollte die Landesplanungsbehörde zur Vermeidung der Berufung auf eine verfassungswidrige Vorschrift unbedingt auf Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) verzichten und selbst bei einem planerischen Freihalten der Waldflächen jedenfalls nicht noch zusätzlich einen Abstand von 30 Metern vorsehen. Letzteres gilt insbesondere auch deshalb, weil WEA mit entsprechenden Feuerlöschsystemen nicht mit den in § 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG genannten Schutzzwecken im Widerspruch stehen und insofern auch unter Berücksichtigung der Wertung des § 2 EEG die Unterschreitung des Waldabstands zugelassen werden kann. Dies gilt noch mehr vor dem Hintergrund, dass durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) die Referenzanlage (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern vom Turmmittelpunkt und damit der baulichen Anlage sowieso 75 Meter Abstand zum Waldrand einhalten wird und der untere Rotordurchlauf bei 50 Metern beginnen wird, weshalb die Schutzzwecke in dieser Höhe keine maßgebliche Relevanz mehr haben werden. Vorzugswürdig und durch das BVerfG angelegt ist jedoch, dass allein die nach §§ 14 f. LWaldG aufgrund ihrer ökologischen Funktion, ihrer Lage oder auch wegen ihrer Schönheit schutzwürdig und -bedürftigen Wälder von der Windenergienutzung ausgenommen werden, wofür der Landesgesetzgeber allein auch eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gesetzgebungskompetenz hat. Insofern ist allein Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) zu befürworten und auf weitergehende Abstände zu verzichten. Allerdings muss zum Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) angemerkt werden, dass rechtsfehlerhaft ist, wenn neben den explizit nach §§ 14 f. LWaldG erklärten Naturwäldern, die in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt sind, weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen sein sollen. Sofern damit gemeint sein sollte, dass weitere nach den gesetzlichen Regelungen des §§ 14 f. LWaldG erklärte Naturwälder (Verordnungen nach § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG) zu berücksichtigen sind, wäre das rechtlich zulässig. Darüber hinausgehende allein fachlich eingeschätzte „Naturwälder“ können keine Berücksichtigung finden, weil sie nicht nach dem Verfahren des § 15 LWaldG zustande kamen. **1.4 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 11 G – Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 11 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Erfordernisse der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie der Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung berücksichtigt werden. Laut der Begründung B zu 11 soll gemäß dem im Kapitel 4.7.1 Absatz 3 formulierten Grundsatz, dem Tourismus und der Erholung besonderes Gewicht beizumessen, einzelfallbezogen geprüft werden, was auch für die Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung gelte. Nach Kapitel 4.7.1 Absatz 3 soll in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung dem Tourismus und der Erholung besonderes Gewicht beigemessen werden. Dies soll bei der Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Planungen, Maßnahmen und Vorhaben berücksichtigt werden. Es handelt sich um raumordnerische Vorbehaltsgebiete. Es ist allerdings festzuhalten, dass kein Widerspruch zwischen Tourismus und Erholung sowie der Nutzung der Windenergie besteht. So gibt es keine wissenschaftlich	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	fundierten Erkenntnisse, dass die Windenergienutzung die Erholungseignung einschränkt, zumal diese zum Landschaftsbild des Landes Schleswig-Holstein seit vielen Jahren dazu gehört. Die Landesplanung hat bereits in der zurückliegenden Teilregionalplanung für Windenergie in zutreffender Weise die Naturparke, welche ebenfalls Tourismus und Erholung dienen, für die Windenergienutzung in maßvoller Weise geöffnet. Auch insofern besteht kein Widerspruch und dies wäre klarzustellen. Schließlich gilt für Landschaftsschutzgebiete, dass nach § 26 Abs. 3 BNatSchG Windenergiegebiete auch in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden dürfen, wovon die Landesplanung ebenfalls in maßvoller Weise Gebrauch machen kann, um den Flächenbeitragswert in Schleswig-Holstein zu erreichen. Gerade im Kontext der gesetzlichen Abwägungsdirektive des § 2 EEG 2023 ist deshalb festzustellen, dass das überragende öffentliche Interesse und Sicherheitsinteresse der Windenergie auch unter Berücksichtigung von Tourismus und Erholung in dafür vorgesehenen Schwerpunkträumen überwiegt. Damit muss sich die Windenergienutzung regelmäßig durchsetzen und nur in außergewöhnlichen Fällen, bspw. auf touristisch geprägten Inseln, gilt etwas Anderes. Ebenso gilt dies hinsichtlich der in den Regionalplänen zu konkretisierenden Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung. Für diese gilt nun die raumordnerische Festlegung in Kapitel 4.7.2 Absatz 4. Diese Bereiche haben eine herausgehobene Bedeutung für den Tourismus und/oder die Erholung und können sich in die höherwertige Schwerpunktraumkategorie hineinentwickeln. Insofern gilt deshalb erst recht der Abwägungsvorrang zugunsten der Windenergienutzung nach § 2 EEG 2023 wie vorstehend zu den höherwertigen Schwerpunkträumen ausgeführt. Da in den Regionalplänen die Zielsetzungen für die Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung konkretisiert werden, hat sich die Denker & Wulf AG bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zu den Entwürfen der Neuaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I, II und III des Landes Schleswig-Holstein nach § 5 Abs. 8 LaplaG, § 9 Abs. 2 ROG zu den Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung geäußert und auf die erforderliche Klarstellung der Zulässigkeit und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung hingewiesen. Dabei wurde auf die fehlende, abgestimmte Planung hingewiesen und vorliegend wird erneut betont, dass die Ausgliederung des Themenbereichs Windenergie nicht über Kapitel 4.5.1.2 Absatz 11 G Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung zu einer unkoordinierten Verhinderung der Windenergienutzung führen darf. Schließlich wurde vormals im bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) auf einen gutachterlichen Vorschlag für die Abgrenzung der Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung Bezug genommen, der aber nicht veröffentlicht wurde. Bereits aus Gründen der Transparenz, aber auch zur Nachvollziehbarkeit wie auch Auseinandersetzung mit der Abgrenzung ist dieser öffentlich zu machen. **1.5 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope** 1.5.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.5.2 Kleinstbiotope Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.6 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G – Naturparke Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden. Nach der Begründung B zu 14 sei die Hauptzielsetzung der Naturparke Schlei, Hüttener Berge, Westensee, Aukrug, Holsteinische Schweiz und Lauenburgische Seen in Schleswig-Holstein, die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu sichern sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu erhalten. Insofern bestünde eine besondere Bedeutung für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie für Tourismus und Erholung. Auch wenn die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energie nicht explizit vorgesehen sei, sei in Teilbereichen eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich, ohne die genannten Funktionen der Naturparke wesentlich zu beeinträchtigen. Zunächst bleibt auch mit der Begründung B zu 14 vage, was „die besonderen Funktionen von Naturparken“ sind. Damit bleibt aber auch für den Abwägungsprozess offen, wann nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung auszugehen ist. Der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 wird mit Bezugnahme auf § 16 LNatSchG gerechtfertigt (B zu 14). Danach sind Naturparke durch Allgemeinverfügung erklärte großräumige Gebiete, die (1.) zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und (2.) sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Die Erklärung zum Naturpark bestimmt u.a. den Umfang seiner Aufgaben sowie die Schutz- und Entwicklungsziele. Wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept wird die Hauptzielsetzung unter B zu 14 (vgl. vorstehende Ausführung) benannt. Aufgrund der thematischen Überlagerung mit anderen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung (Kapitel 4.5.1.3 Absatz 2 Z – Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z – Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche) droht eine abwägungsfehlerhafte doppelten bzw. mehrfache Berücksichtigung des Grundsatzes der Raumordnung Naturparke. Mit Blick auf die gesetzliche Wertung des § 16 Abs. 1 Nr. 1 LNatSchG ist maßgeblich, ob Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Naturdenkmäler als wesentliche Teile des Naturparks und von diesen her als geschützter Teil von Natur und Landschaft betroffen sind. Insofern sollte in der Abwägung nur dann der Naturpark sich durchsetzen können, wenn solche Gebiete die Potenzialfläche umlagern. Dabei schlägt aber auch die Neubewertung von Landschaftsschutzgebieten (vgl. dazu 1.2) auf die Abwägung im Kontext der Naturparke durch, sodass nur ausnahmsweise ein Naturpark wegen Betroffenheit eines Landschaftsschutzgebiets Relevanz haben kann. **1.7 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel** Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G soll um Brutplätze von vier genannten windkraftsensiblen Großvogelarten in einem jeweils angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Dies sind für den Seeadler 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), für den Schwarzstorch 2.000 Meter, für den Weißstorch 1.000 Meter und für den Rotmilan 1.500 Meter. Wenn im jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt, solle in der Abwägung geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist. Zusätzlich könne bei Weißstorch- und Rotmilan-Brutplätzen einzelfallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden können. In der Begründung B zu 17 wird auf ein erhöhtes Kollisionsrisiko im Horstumfeld von Seeadlern, Weißstörchen und Rotmilanen Bezug genommen. Für Schwarzstörche bestünde ein ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe bestehe (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Der Abstandsradius beim Seeadler wird auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG zurückgeführt. Für den Weißstorch und den Rotmilan wird zwischen einem engen und weiten Radius differenziert, wobei gelte: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Weiter wird auf abwägungsrelevante Aspekte bei bestehenden Windparks innerhalb bestimmter Umgebungsbereiche verwiesen (Übernahme,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nachträgliche Ansiedlung, vorhandene Vorbelastung, Repowering). Zu den einzeln genannten windkraftsensiblen Großvögeln ist folgendes festzuhalten und deshalb Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G sowie die diesbezügliche Begründung entsprechend anzupassen, damit eine rechtmäßige Anwendung und Abwägung dieses Grundsatzes der Raumordnung bei der Ausweisung von Windenergiegebiete in den Regionalplänen erfolgt: 1.7.1 Allgemein Es ist zunächst zu begrüßen, dass die Schutzbereiche um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln teilweise reduziert wurden und insgesamt der Abwägung zugänglich sind. Es ist jedoch sehr problematisch, dass Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G die angegebenen Umgebungsbereiche zum Regelfall erklärt, sodass nur im Kontext von Vorbelastungen (bereits bestehende raumbedeutsame WEA bzw. ergangene Genehmigungen) ein Unterschreiten möglich sein solle. Damit wird der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit einer Zielausnahme i.S.d. § 6 Abs. 1 ROG formuliert, was zu korrigieren ist, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, es fehlten hinreichende Daten für eine Zielfestlegung, was aber nun zur verkappten und nur scheinbar abwägungsoffenen Festlegung als Grundsatz der Raumordnung führte. Zudem verwundert der Ansatz, wonach nicht durchgehend die Prüfabstände aus der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG übernommen wurden und fast jegliche Rechtfertigung für die pauschal angenommenen Abstände bei windkraftsensiblen Großvogelarten fehlt. Allein zum Seeadler findet sich ein Bezug auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG. Bei den weiteren kollisionsgefährdeten Arten wird die gesetzliche Vorgabe ignoriert und der abweichend gewählte Abstandsradius nicht gerechtfertigt. Dabei ist im Nachgang zum verfassungsrechtlichen Handlungsauftrag, den das BVerfG formuliert hat (BVerfG, Beschluss vom 23. Oktober 2018 – 1 BvR 2523/13 –, BVerfGE 149, 407-421), der Bundesgesetzgeber tätig geworden und hat mit § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG verbindliche Maßstäbe für die Bewertung, wann nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, festgelegt. Sofern die Landesplanungsbehörde hiervon abweichen und weitergehende Abstände als den Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG berücksichtigen möchte, so fehlt es	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	an einer entsprechenden Rechtfertigung hierfür. Gesetzgeberische Intention war es gerade, bundesweit einheitliche Abstandsregelungen, die der dafür legitimierte Gesetzgeber vorgibt, zu setzen. Insofern sind die vorgesehenen Abstandsradien unbedingt auf den jeweiligen Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG anzupassen oder dieser zumindest gemeinsam mit dem zentralen Prüfbereich abwägend zu berücksichtigen. Hierauf wird zu den einzelnen Arten noch eingegangen. 1.7.2 Seeadler Zunächst einmal ist zu begrüßen und zu befürworten, die Seeadler im Rahmen eines abwägungsoffenen Grundsatzes der Raumordnung zu betrachten. Entsprechend kann das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen (vgl. dazu Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.) aufgehoben und in den vorliegenden Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 etwa mit einer besonderen Gewichtung des Seeadlerschutzes im dargestellten Dichtezentrum überführt werden. Der gesetzlich vorgesehene Schutzstatus würde damit beibehalten bleiben. Angesichts der weiten Verbreitung der Art, fehlender artenschutzrechtlicher Ansätze für die Freihaltung des Dichtezentrums sowie methodischer Zweifel für deren Abgrenzung auch vor dem Hintergrund der neuen bundesgesetzlichen Bewertung drängt sich diese Vorgehensweise auf und erhöht die Rechtssicherheit durch Aufgabe des Ziels der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7. Allerdings ist der Abstandsradius für den Seeadler auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.7.1). Zwar ist für den Seeadler zuzugestehen, dass die in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) für den Seeadler nach der gesetzlichen Regelung noch nicht als wirksam angesehen werden oder phänologiebedingte Abschaltungen zu umfangreich wären. Allerdings hat sich die Sachlage gegenüber der zum Zeitpunkt der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) fortentwickelt und es liegt ein auch vom Landesamt für Umwelt Schleswig-Holstein mittlerweile für den Seeadler anerkanntes Antikollisionssystem vor. Insofern werden WEA im zentralen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Prüfbereich zu einem Seeadlerbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Damit plant die Landesplanungsbehörde nicht in eine Konfliktlage hinein, sondern berücksichtigt die bundesgesetzgeberische Intention, wenn lediglich der Nahbereich von 500 m freigehalten wird. Jedenfalls aber muss eine Differenzierung in 500 Meter (Nahbereich) und 2.000 Meter (Zentraler Prüfbereich) vorgesehen werden, sodass im zentralen Prüfbereich abwägend auch außerhalb der aktuell engen Begrenzung auf Fälle mit Vorbelastung eine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden kann. 1.7.3 Schwarzstorch Die Aufnahme eines Abstandsradius für den Schwarzstorch wird mit Bezugnahme auf den „Schutz der Lebensstätte gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 2 Nummer 3 BNatSchG“ begründet (B zu 17). Da die Landesplanungsbehörde auch § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG in Bezug nimmt, wonach ein Verstoß gegen das Verbot nach dem ebenfalls zitierten § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht vorliegt, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird, ist davon auszugehen, dass im Einzelfall im Rahmen der Abwägung auch innerhalb des 2.000 Meter-Radius Windenergiegebiete ausgewiesen werden können. Entscheidend ist dann nur, ob diese im Bereich von essentiellen Habitaten des Schwarzstorchs liegen, welche nach der Begründung „alte, geschlossene Waldstrukturen mit Still- und Fließgewässern“ (B zu 17) sind. Dies ist bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in den Regionalplänen zu berücksichtigen. Selbst bei einer Betroffenheit solcher Habitate würde im nachfolgenden Genehmigungsverfahren die Möglichkeit nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG bestehen, das Zugriffsverbot durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) zu bewältigen. Weiter ist für die zugrundeliegende rechtliche Bewertung folgendes zu beachten und der aktuell vorgesehene Abstandsradius anzupassen: Nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist es verboten, wildlebende Tiere der streng	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. Die in § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG zum Ausdruck kommende populationsbezogene Bestimmung der Erheblichkeitsschwelle steht mit Art. 12 Abs. 1 Buchst. b FFH-RL in Einklang, der einen art- bzw. populationsbezogenen Schutzansatz verfolgt (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328). Das Vorliegen einer Störung i.S.d. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG setzt aber zunächst voraus, dass es überhaupt zu einer unmittelbaren oder mittelbaren Einwirkung auf die geschützten Tiere kommt, die bei diesen eine Verhaltensänderung bewirkt. So gilt etwa: „bei der schlichten Beseitigung von Flächen, die bislang als Nahrungsgrundlage genutzt worden sind, und bei vegetationsverändernden Immissionen fehlt es nämlich an einer zwanghaften Einwirkung auf das natürliche Verhalten der Tiere, das nach dem Wortsinn als Störung zu werten ist.“ (BVerwG, Urteil vom 14. April 2010 – 9 A 5/08 –, BVerwGE 136, 291-332, Rn. 118). „Der Störungstatbestand kann vor allem durch bau- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen der geschützten Tierarten in Gestalt von akustischen und optischen Störwirkungen, aber auch durch Trennwirkungen erfüllt werden, die von der vorgesehenen Trasse ausgehen.“ (BVerwG, Urteil vom 7. Juli 2022 – 9 A 1/21 –, BVerwGE 176, 94-130, Rn. 111 m.w.N.). Insofern muss sich die Auslegung der bundesgesetzlichen Vorschrift des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG daran messen lassen, ob überhaupt eine Störung im vorgenannten Sinne bei vorgesehenen Schutzabständen vorliegt. Zudem finden in der naturschutzfachlichen Praxis die planerisch zu berücksichtigenden Fluchtdistanzen von Vogelarten Anwendung, nach Gassner et al. 2010 (Gassner/Winkelbrandt/Bernotat, UVP und strategische Umweltprüfung – Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltprüfung, 5. Auflage 2010, S. 192 ff.; Bernotat, Vorschlag zur Bewertung der Erheblichkeit von Störwirkungen auf Vögel mit Hilfe planerischer Orientierungswerte für Fluchtdistanzen, in: Bernotat/Dierschke/Grunewald, Bestimmung der Erheblichkeit und Beachtung von Kumulationswirkungen in der FFH-Verträglichkeitsprüfung, Naturschutz und Biologische Vielfalt 160 (2017), S. 157-171). Diese sehen für den Schwarzstorch eine Fluchtdistanz von 500 m vor. Selbst wenn diese für Windenergieanlagen vergrößert werden müsste, so dürften keine naturschutzfachlichen Nachweise bestehen, um den sechsfachen Abstand zu rechtfertigen. Auch wenn die Landesplanungsbehörde nicht auf das Störungsverbot rekurriert, so wird jedenfalls deutlich, dass der aktuelle	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstandsradius sich mit diesem Zugriffsverbot nicht rechtfertigen ließe. Dies ist gleichermaßen hinsichtlich des Schädigungsverbots zu konstatieren. Es verbietet nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Erfolgt der Zugriff im Zuge eines nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffs in Natur und Landschaft, so scheidet ein Verstoß gegen das Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG aus, soweit die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Um dies zu gewährleisten, können nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden (sog. CEF-Maßnahmen). Im Anwendungsbereich des § 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG hat die Verbotsprüfung demnach zweistufig zu erfolgen: Auf der ersten Stufe stellt sich die Frage, ob auf eine geschützte Lebensstätte mit einer der genannten Tathandlungen eingewirkt wird. Trifft dies zu, so sind auf der zweiten Stufe die Konsequenzen in den Blick zu nehmen, die damit für die von der betroffenen Lebensstätte für die sie nutzenden Tiere erfüllte Funktion verbunden sind (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328, Rn. 37 - 38 m.w.N.). Unabhängig von der umstrittenen Frage, wie weit der Schutz des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG geht – einerseits nur direkte Einwirkungen auf die Fortpflanzungs- und Ruhestätte (bspw. Horst) oder andererseits (so tendenziell BVerwG, Urteil vom 12. August 2009 – 9 A 64/07 –, BVerwGE 134, 308-335, Rn. 68; BVerwG, Urteil vom 28. März 2013 – 9 A 22/11 –, BVerwGE 146, 145-175, Rn. 148) auch das weitere Umfeld der eigentlichen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte, sofern es elementar für den Reproduktionserfolg oder die Rast ist – liegt jedenfalls keine Beschädigung oder Zerstörung bei Abständen von 2 km vor. All dies verdeutlicht, dass es zu einer angemessenen Reduzierung des vorsorglichen Schutzabstands zu Schwarzstorchhorste kommen muss, wobei sich ein Abstand von 1.500 Metern zunehmend durchsetzt und weiterhin Vorsorgeaspekte berücksichtigt. Der von der Landesplanungsbehörde vorgesehene Umgebungsbereich von 2.000 Metern wird demgegenüber nicht belegt (anders als etwa die Bezugnahme auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG). 1.7.4 Weißstorch Der Abstandsradius für den Weißstorch ist auf 500 Meter zu verringern, um der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.7.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Weißstorch zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Weißstorchbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nur den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf 750 Meter zu Weißstorchhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 750 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 750 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. 1.7.5 Rotmilan Zunächst ist festzustellen, dass die Berücksichtigung von Rotmilanbrutplätzen in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G ungeeignet ist und die Auswahl der windkraftsensiblen Großvogelarten auch gar keine Rechtfertigung erfahren hat. Für den Rotmilan kann das auch nicht gelingen. Während sich die Vorgehensweise für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze bei einer Anpassung der Radien und echten Offenheit für eine abwägende Einzelfallprüfung erschließt, ist die Herangehensweise in Bezug auf Rotmilanbrutplätze fehlerhaft. So führte das landeseigene aktualisierte Fachpapier aus: „Allerdings wird diese Art nicht alljährlich landesweit erfasst und es gibt häufiger Horstwechsel, so dass die Daten oft nur einen ersten Hinweis auf ein Rotmilanvorkommen im Planungsraum geben.“ (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Wind-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	energieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016, S. 7). Naturschutzfachlich ist bestätigt, dass der Rotmilan gegenüber dem Seeadler eine deutlich geringere Brutplatzkonstanz aufweist. Eine zwischen den Jahren variable Besiedlung der Landschaft (Wechsel der Horststandorte oder auch Nicht-Wiederbesiedlung von Waldstücken) tritt daher häufig auf (z.B. Mammen et al., Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt. Bericht des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Heft 5/2014). So berichtet Schmude, dass bei einer Rotmilankartierung in Mecklenburg-Vorpommern 75 % der im Folgejahr erneut kontrollierten Horste nicht mehr besetzt waren, insgesamt 49 von 65 Horsten (Schmude, Protokoll der 16. Sitzung der Bund-Länder-Initiative Windenergie (BLWE) am 22.09.2014; nachvollziehbar bei Scheller/Vökler/Güttner, OAMV e.V., Rotmilankartierung 2011/2012 in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 09.02.2014). Die Variabilität ist dadurch begründet, dass der Rotmilan als Zugvogel (auch unter Berücksichtigung möglicher Verluste auf dem Zugweg) erst relativ spät im Jahr ins angestammte Brutrevier zurückkehrt und nicht selten einen neuen Horst bauen muss, weil der Althorst bereits durch andere Arten (Konkurrenten um geeignete Horstbäume bzw. vorhandene Horste z.B. Mäusebussard, Kolkrabe u.a.) besetzt wurde. Auch baut der Rotmilan in der Regel eher kleinere und nicht so stabile Horste, so dass diese leichter als z.B. langjährig genutzte und entsprechend ausgebaute Seeadler-Horste durch Winterstürme zerstört werden können. Diese autökologischen Aspekte der Biologie des Rotmilans bedingen, dass zwar in der Regel die Reviere wiederbesetzt werden, aufgrund der Variabilität die Lage der Horststandorte aber nur schwer vorhersagbar ist. Wird nunmehr aber auf dieser Grundlage eine Potenzialfläche im 1.500 Meter- oder 1.000 Meter-Radius (zu den falschen Abständen vgl. nachfolgend) um einen aktuell nachgewiesenen Standort eines Rotmilanhorsts gestrichen, so werden diese naturschutzfachlichen Grundlagen zur sehr geringen Horsttreue missachtet. Dies kann dazu führen, dass durch den Horstwechsel die Potenzialfläche bereits beim Inkrafttreten des Regionalplans nicht mehr durch den Rotmilanhorst beeinträchtigt würde. Zudem ist es vor dem Hintergrund des nach § 5 Abs. 1 Satz 4 LaplaG vorgesehenen Planungszeitraums der Regionalpläne von fünfzehn Jahren, also voraussichtlich bis 2040, abwägungsfehlerhaft, eine Art mit sehr geringer Brutplatzkonstanz heranzuziehen, um in der Abwägung Potenzialflächen bis ins Jahr 2040 zu streichen. Soll auf der höherstufigen Planungsebene bereits eine weitgehende Aussage mit	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abwägungsdirektiven, wie aktuell in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G vorgesehen, getroffen werden, geht dies mit dem Erfordernis einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte einher als wenn – auch im Rahmen der Abwägung – keine konkreten Zielaussagen getroffen werden. Dabei können sich die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der Abwägungsvorgang selbst den Anforderungen an die Abwägung bei Fachplanungen annähern, je enger das Ziel und der damit vorgegebene Rahmen sind (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Soweit durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 Potenzialflächen ausgeschlossen werden sollen, bedarf es für die herangezogenen Tierarten eine landesweite Kenntnis von Horststandorten. Nur dann liegt eine für diese Zwecke ausreichende Bestandsaufnahme vor (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53), die den Anforderungen an Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte genügt. Dies gilt umso mehr, weil die Zuordnung zur Streichung von Gebieten im Rahmen der Abwägung ohne vorhandene umfangreiche Raumnutzungsanalyse faktisch zu einem Ziel der Raumordnung erhoben wird, was an sich bereits fragwürdig ist. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn dies im Sinne einer Beweislastumkehr auf die Öffentlichkeit, insbesondere die Vorhabenträger, als Anforderung verlagert wird. Während die rechtlich erforderlichen landesweiten Kenntnisse für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze wohl vorliegen dürften, gibt es eine solche hinreichende Bestandsaufnahme und Erkenntnislage für Rotmilanbrutplätze nicht. Es wäre im Übrigen auf Grund der vorstehend beschriebenen fehlenden Brutplatztreue wohl auch problematisch, eine aktuelle bzw. dem Bedarf der Regionalplanung – schließlich handelt es sich um ein Verfahren über viele Monate und einen Plan, der mehrere Jahre gelten soll – entsprechende Bestandsaufnahme zu erhalten. Jedenfalls für die Art Rotmilan sollte die Landesplanungsplanungsbehörde unbedingt auf die nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verweisen, die sowohl die sehr geringe Brutplatzkonstanz als auch die für die Bewertung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG maßgeblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen (Abschaltung, Ablenkflächen, etc.) besser und abwägungsfehlerfrei berücksichtigen können. Dabei wird nicht in eine unüberwindbare Verbotslage hineingeplant, weil § 45b BNatSchG in Einzelfällen letztendlich auch noch über die artenschutzrechtliche Ausnahme immer eine Genehmigungsfähigkeit bei einer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Betroffenheit des Rotmilans ermöglicht. Sofern die Landesplanungsbehörde den Rotmilan nicht schon in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G als ausgewählten windkraftsensiblen Großvogel aufgrund der vorstehenden Ausführungen streicht und damit Rechtsfehler vermeidet, so hat in jedem Fall eine Anpassung der dortigen Abstandsradien für die Art zu erfolgen. Es ist nicht nachvollziehbar und kann auch nicht begründet werden – wenig überraschend verhält sich die Begründung B zu 17 deshalb auch überhaupt nicht dazu – wieso für den Rotmilan ein Umgebungsbereich von 1.500 Metern angenommen wird. Es kann im Rahmen der Festlegung nicht über den zentralen Prüfbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG hinausgegangen werden und zugleich für das Zugriffsverbot das erhöhte Kollisionsrisiko für den Rotmilan als Begründung herangeführt werden. Schließlich hat der Bundesgesetzgeber für den erweiterten Prüfbereich eine Beweislastumkehr eingeführt und in § 45b Abs. 4 Satz 1 BNatSchG festgelegt, dass in der Regel das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare dann nicht signifikant erhöht ist. Es ist sehr widersprüchlich dazu, dass die Landesplanungsbehörde abstrakt über § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG hinausgehend beim Rotmilan 1.500 Meter, anstatt 1.200 Meter vorsieht (vgl. allgemein bereits 1.7.1). Auffallend ist, dass nur für den Rotmilan der Radius nicht an Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG angepasst wurde, sondern stattdessen an den Abständen des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) ohne weitere Begründung festgehalten wird. Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. In jedem Fall ist der Abstandsradius auf 1.200 Meter zu reduzieren. Unabhängig davon ist der Abstandsradius für den Rotmilan jedoch sogar auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.7.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Rotmilan zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Es sind aber auch schon Antikollisionssysteme für den Rotmilan in Schleswig-Holstein anerkannt. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Rotmilanbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nicht einmal den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf nur 1.000 Meter zu Rotmilanhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 1.000 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen rechtlich überholten (vgl. vorstehende Ausführungen) gesamträumlichen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 1.000 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2512	**Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** **hier**: Stellungnahme sowie Informationen über beabsichtigte und bereits eingeleitete Planungen und sonstige Maßnahmen zur Rohpotenzialfläche PR1_SLF_029 (Sollerup) Sehr geehrte Damen und Herren, anlässlich des Beteiligungsverfahrens zum o.g. Verfahren, möchten wir im Namen des Vorhabenträgers, der Bürgerwindpark [redacted], Stellung nehmen und Sie über die beabsichtigten und bereits eingeleiteten Planungen eines Windparkprojektes auf der o.g. Fläche informieren. Das Planungsgebiet mit einer Größe von rund 35 ha umfasst zum größten Teil die zuletzt im Regionalplan vom 29.12.2020 nicht übernommene Potenzialfläche PR1_SLF_084 sowie die Rohpotenzialfläche PR1_SLF_029 der Teilfortschreibung des LEP Teil Windenergie 2024. Es liegt im Nordosten der Gemeinde Sollerup. Die Fläche wird größtenteils intensiv ackerbaulich genutzt. Lineare Gehölzstrukturen und Gräben	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zudem enthält die Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel 4.5.1.1 (*Siedlungsstruktur*), 4.5.1.2 *(Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz),* 4.5.1.3 *(Gebiets- und Artenschutz)* sowie 4.5.1.5 *(Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2 bis 2.5, 3.2, 6.1, 4.3, 4.9 und 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sind vereinzelt vorhanden. Die genaue Lage, Ausdehnung und Zuschnittsanpassung des Planungsgebiets aufgrund der Aufgabe eines Wohnrechtes können dem Lageplan (Anlage I) entnommen werden. Das im Osten des Planungsgebiets befindliche Wohngebäude soll zukünftig durch Nutzungsänderung oder Rückbau (im Detail abzustimmen) nicht mehr als Wohnhaus genutzt werden. Hierdurch ist eine Vergrößerung des Planungsgebietes gegenüber der Potenzialfläche PR1_SLF_084 bzw. der Rohpotenzialfläche PR1_SLF_029 in Richtung Osten bis an den Jerrisbeker Weg möglich. Die Ausweisung dieser Fläche begrüßen wir im Namen des Vorhabenträgers aus folgenden Gründen: Im Nordwesten der Planungsfläche befindet sich das Prototypen-Testfeld „Bürgerwindpark Janneby“. Innerhalb dieser Fläche werden Windenergieanlagen-Prototypen verschiedener Hersteller zu Test- und Vermessungszwecken errichtet und betrieben. Aufgrund der stetigen Nachfrage der Windenergieanlagenhersteller, möchte die Betreiberin (BWPJ) das Testfeld ausbauen. Die hier beschriebene Projektfläche soll das bestehende Testfeld in südöstlicher Ausdehnung um drei zusätzliche Prototypen-Standorte erweitern. Die freie Anströmung sowie die wenigen umliegenden Störobjekte bieten hervorragende Voraussetzungen zur Vermessung und Verifizierung der Prototypenanlagen. Somit trägt die Erweiterung des bereits vollausgelasteten Testfeldes zur zukünftigen Entwicklung der Windenergiebranche bei. Die elektrische Infrastruktur lässt sich mittels überschaubarer Erweiterung des Bestandes bzw. geringem Aufwand sowie verhältnismäßig geringem Eingriff in den Naturhaushalt realisieren. Der produzierte Strom kann über die geplante Erweiterung des betreibereigenen Umspannwerks im Nordwesten des Testfeldes (Gravelunder Weg 10) in das öffentliche Netz eingespeist werden. Der Vorhabenträger plant die Erweiterung des Prototypen-Testfeldes ebenfalls als Bürgerwindpark zu betreiben. Die Flächensicherung wurde bereits abgeschlossen, die naturschutzfachlichen Erfassungen wurden kürzlich abgeschlossen. Um die generelle Eignung für die Windenergienutzung zu prüfen, wurde die Planungsfläche in Anlehnung an die zuletzt geltenden Kriterien der Teilfortschreibung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des Landesentwicklungsplans (LEP) 2010, Kapitel 3.5.2 (Windenergie an Land, 2020) unter Abgleich mit den Zielen und Grundsätzen des ersten Entwurfs der Teilfortschreibung 2024 sowie unter Berücksichtigung des Eckpunktepapiers (MIKWS, Dezember 2023) als auch der Angaben im Datenblatt “Abwägungsbereich für die Windenergienutzung PR1_SLF_084“ (Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I Kapitel 5.8 (Windenergie an Land, 2020) auf mögliche Konflikte untersucht: Die nachstehend angefügten Klammerwerte beziehen sich auf die Nomenklatur der “Kriterienliste” der Regionalplanteilfortschreibung sowie - in eckigen Klammern - auf die Ziele und Grundsätze der Teilfortschreibung des LEP Teil Windenergie 2024. **Harte Tabukriterien** • 250m Puffer um Einzelhäuser und Splittersiedlungen (hT01)Aufgrund der geplanten Aufgabe des Wohnrechts des im Osten der Planungsfläche gelegenen Hauses ist dieses Kriterium auf das Gebäude nicht mehr anzuwenden. Einer um diesen Bereich erweiterten Flächenausweisung stehen daher keine harten Tabukriterien entgegen. **Weiche Tabukriterien:** • 400m Abstand zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen (wT01) / [Z02]Aufgrund der geplanten Aufgabe des Wohnrechts des o.a. Hauses ist dieses Kriterium nicht mehr auf das Gebäude anzuwenden. Einer um diesen Bereich erweiterten Flächenausweisung stehen somit keine weichen Tabukriterien entgegen. **Abwägungskriterien** • 800-1000m Siedlungsbereiche (abw01) /[G01]Die gemäß Abwägung (Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I Kapitel 5.8 (Windenergie an Land) – 29.12.2020) vorgenommene Erweiterung des Schutzbereiches um die Ortslage Kleinjörl auf insgesamt 1.000 m Abstand begründete sich auf eine in diesem Bereich unterstellte fehlende Vorbelastung durch Windenergienutzung und dem damit verbundenen höher zu gewichtenden siedlungsnahen Freiraumschutz. Jedoch befindet sich nördlich der Ortslage von Kleinjörl das vorbeschriebene Prototypen-Testfeld mit insgesamt 13 Windenergiestandorten (vgl. B-Plan Nr. 3 “WEA - Testfeld” der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeinde Janneby). Insofern ist dem siedlungsnahen Freiraumschutz und damit auch dem vorliegenden Abwägungskriterium eine geringere Gewichtung einzuräumen. • Militärische Schutzbelange (abw12)Gemäß der Abwägung (Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I Kapitel 5.8 (Windenergie an Land) – 29.12.2020) ergeben sich in Bezug auf militärische Schutzbelange keine Hinweise, dass eine Windenergienutzung im Gebiet generell auszuschließen wäre. Konflikte können ggf. über Micrositing oder Auflagen im Genehmigungsverfahren geheilt werden. • Belange des Denkmalschutzes (abw16) / [G28]Die südwestliche Spitze des Planungsgebietes liegt in einem 500 m Radius um einen eingegrünten Grabhügel (aKD-ALSH-Nr. 004 114) westlich des Ortsteils Jerrisbek (Gemeinde Sollerup). Aufgrund der Distanz zum Grabhügel (rd. 465 m), ist davon auszugehen, dass Windenergieanlagen an dieser Stelle keine Beeinträchtigung des Schutzgutes begründen. Neben den vorgenannten Kriterien sind folgende Sachverhalte des Naturschutzes zu thematisieren: • FFH-GebietIn einer Entfernung von rd. 400 m zum Planungsgebiet befindet sich das FFH-Gebiet DE 1322- 391 „Treene Winderatter See bis Friedrichstadt und Bollingstedter Au“. Eine wesentliche Beeinträchtigung ist vorbehaltlich einer Natura2000-Vorprüfung aufgrund der Abstände hinsichtlich seiner Schutzziele voraussichtlich nicht zu erwarten. • Wiesenvögel und FledermäuseDer Planungsraum liegt außerhalb entsprechender Wiesenvogelbrutgebiete. Er weist jedoch aufgrund der Habitatausstattung ein Brutplatzpotenzial für Offenlandarten auf und in den Gehölzbiotopen sind Brutplätze der Gehölzgilden zu erwarten. Durch einschlägige Minimierungsund Vermeidungsmaßnahmen können erhebliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden. Zum Schutz der nicht auszuschließenden lokalen und migrierenden Fledermausarten sind vorsorglich Abschaltmaßnahmen vorzusehen. Vorbehaltlich der Ergebnisse der kürzlich abgeschlossenen avifaunistischen Erfassungen und anstehenden naturschutzfachlichen Bewertungen ist davon auszugehen, dass ein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	artenschutzrechtliches Konfliktpotenzial einer Ausweisung der Fläche nicht entgegensteht. Zusammenfassend betrachtet wird anhand der vorstehenden Einschätzungen deutlich, dass die Erweiterung des Testfeldes für Windenergie-Prototypen-Anlagen als Bürgerwindparkprojekt einen entscheidenden Beitrag zum Windenergieausbau in Schleswig-Holstein leisten kann. Die Vorprüfung der oben angeführten Kriterien und Sachverhalte hat ergeben, dass durch das geplante Vorhaben voraussichtlich nicht mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die betroffenen Belange zu rechnen ist und zum jetzigen Zeitpunkt einer künftigen Ausweisung als Vorrangfläche nichts entgegensteht. Aufgrund des wichtigen Beitrags sowohl für die Vermessung und Weiterentwicklung von Windenergieanlagen als auch die Energiewende im Allgemeinen, sprechen wir uns auch im Namen des Vorhabenträgers für die Ausweisung der hier beworbenen Fläche mit einer Größe von rund 35 ha aus. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anlagen: Anlage I – Lageplan	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2247	*Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf 2024* Sehr geehrte Damen und Herren Erhebliche Bedenken und Einwände möchte ich hiermit gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Um mehr Zeit für eine	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.18.1, 4.2.1, 7.1.5, der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	fundiertere Stellungnahme außerhalb der Sommerferien zu haben, bitte ich darum, dass die Abgabefrist um 3 Monate verlängert werden. Wenn die Landesregierung laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick haben will, muss bei den Planungen Folgendes beachtet werden: - Es soll, wie von der Landesregierung generell angestrebt, eine Gleichverteilung der Windkraftanlagen an Land erfolgen. - Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorlage der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus – einem bedeutenden Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein. - Wenn die Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. - Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit meines Lebens-, Gesundheits- und Erholungswertes. Ich bitte um eine Bestätigung des Einganges meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2002	Sehr geehrte Damen und Herren, Wir, als Landeigentümer im Bereich der Windpotenzialfläche Nr. PR2_PLO_010 (des bestehenden Regionalplans im Planungsraum 2 / PR2_PLO_022 im LEP-Entwurf),	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel 4.5.1.3 *(Gebiets- und Artenschutz)*, 4.5.1.5 *(Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanung beziehen. Die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	möchten uns zu dem von der Landesregierung veröffentlichten Entwurf des Landesentwicklungsplanes äußern. Gerne würden wir darauf hinweisen, dass die Berücksichtigung einer strukturschwächeren Region wie Fargau-Pratjau bei der Bewertung der Auswahl von Windenergiepotenzialflächen neben den planerischen Aspekten ebenfalls eine entscheidende Rolle spielt. Um wichtige lokale Projekte umsetzen zu können, können planbare Einkünfte, wie z.B. die Kommunalabgabe (gemäß §6 EEG -2023) für eine solche Gemeinde eine entscheidende Rolle spielen. Ebenso würden wir uns für die Umsetzung zu weiteren verpflichtenden Maßnahmen für die Vorhabenträger der Windbranche in Schleswig-Holstein aussprechen. Diese würden die Akzeptanz der Bevölkerung erheblich steigern und sind damit unerlässlich. Die Planung von Windenergieanlagen kann ebenso zur Förderung lokaler Unternehmen, wie beispielsweise Bauunternehmen, Handwerksbetriebe und Dienstleistern beitragen. **Denkmalschutz - Gut Salzau, Grabhügel** Gemäß den Äußerungen der Landeskoalition in Schleswig-Holstein, ist gerade dieses Thema zum Denkmalschutz im Verlauf der letzten Jahre häufig genannt worden. Hierbei spielte insbesondere in der Abwägung der einzuräumende Vorrang für die Windenergie eine große Rolle. Diese hohe Bewertung findet insbesondere seit der Einstufung der Erneuerbaren Energien als „Überragendes öffentliches Interesse“ statt. Am Beispiel in der oben genannten Potenzialfläche können wir genau diesen Vorrang befürworten. Das Gut Salzau, welches unter Denkmalschutz steht, hat eine Historie von vielfachen Veräußerungen und gescheiterten und abgebrochenen Projekten zu verzeichnen. Die Bedeutung dieses alten Herrenhauses soll damit nicht gemindert werden. Zuletzt sind aber viele (wie auch die Einrichtung des Landeskulturzentrums) nicht dauerhaft haltbar geblieben. Der dringende Bedarf an Erneuerbaren Energien und die Ausweisung zu einer Windvorrangfläche könnte gerade in der Nähe eines solchen ehemaligen Kulturzentrums ein Haltung repräsentieren, dass das Land die Windenergie mit den Belangen des Denkmalschutzes als vereinbar sieht. Da Windenergievorhaben typischerweise langfristige Projekte sind, würde dieser wechselhaften Nutzung des Gut Salzau ein sinnvoller und stetiger Aspekt zugetragen werden. Der sinnvolle Nutzen einer Bevorzugung der Windenergie vor dem Denkmalschutz ist dadurch klar erkennbar. Durch die Regelung des Bundesimmissionsschutzgesetzes wird auch eine potenzielle künftige Nutzung des Gut Salzau problemlos ermöglicht.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 3.17, 6.1 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Einer Nennung des nordwestlich gelegenen Grabhügels und des Gut Ottenhof möchten wir an dieser Stelle nicht auslassen. Die bisherige Beschreibung schließt hier jedoch lediglich die Planung an der konkreten Anlage aus. Daher weisen wir lediglich auf den Ausschluss einer Sichtachse hierzu hin und verzichten auf eine inhaltliche Bewertung. **Landschaftsschutzgebiet als Abwägungskriterium** Wir teilen die Auffassung der Gemeinde, dass bei der Vergabe der Windkraftpotenzialflächen Rücksicht auf vorhandene Landschaftsbilder genommen werden sollte. Wir halten es dabei für nicht zielführend, wenn sich an den starren Grenzen der vorhandenen Landschaftsschutzgebiete orientiert wird, welche unter Berücksichtigung von Topografie, Landnutzung, Landschaftselementen und Tierartenvorkommen nicht nachvollziehbar sind. Genauer ist der Landschaftsschutz hier auf den Selenter See bezogen, welcher von den großräumig ackerbaulich genutzten Flächen zu differenzieren ist. Einer Bebauung des Randbereiches durch Windenergieanlagen im Landschaftsschutzgebiet, welcher sich weiter als einen Kilometer von dem Schutzzweck (dem Selenter See) entfernt befindet, sprechen unserer Einschätzung nach keinerlei Belange entgegen. **Konzentration von Windkraftanlagen** Um den Einfluss auf das Landschaftsbild so gering wie möglich zu halten, ist das Ziel der Konzentration von Flächen, die für den Ausbau erneuerbarer Energien genutzt werden, zu befürworten. Um den Ausbau der Windenergie im Land Schleswig-Holstein gleichmäßig zu verteilen, sollten somit auch Flächen, wie die Potenziale in Fargau-Pratjau berücksichtigt werden. Hierdurch können wirtschaftlich schwächere Regionen profitieren und der Erhalt der wichtigen Infrastruktur auf dem Land gefördert werden. In nördlicher Umgebung von Fargau-Pratjau befinden sich bereits zwei Windparks, welche die Grundannahme einer unvorbelasteten Region obsolet machen. Es resultiert somit ein Areal, welches einen Ausgleich in der Verteilung auf Landesebene der Windenergieanlagen schafft und gleichzeitig keinen Eingriff in eine unvorbelastete Region vornimmt. **Fazit** Zusammenfassend möchten wir betonen, dass die Ausweisung einer solchen Fläche anhand der hier aufgeführten Bewertung der Grundsätze und Ziele der Raumordnung möglich ist und von uns als örtliche Bewohner und Eigentümer befürwortet wird. Die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erläuterten Vorteile in Bezug auf die örtliche Entwicklung überwiegen unseres Erachtens über den Nachteilen und können einen sinnvollen Beitrag zur Energiewende leisten. Hochachtungsvoll, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2572	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Naturparken: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es bleibt weiterhin bei Berücksichtigung und Einzelfallabwägung der Naturparke. Die Begründung muss nicht so detailliert ausformuliert sein, dass jede Abwägungsentscheidung quasi schon vorweggenommen wird. Eine vertiefende Erläuterung der flächenbezogenen Abwägungsentscheidungen erfolgt auf Regionalplanebene. Die Landesplanung sieht gerade die Überlagerung mit anderen Kriterien des Landschafts- und Freiraumschutzes als Indikator dafür an, dass es sich innerhalb von Naturparken um besonders wertvolle

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung	Landschaftsbestandteile handelt.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. 1.2 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G – Naturparke	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden. Nach der Begründung B zu 14 sei die Hauptzielsetzung der Naturparke [redacted] in Schleswig-Holstein, die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu sichern sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu erhalten. Insofern bestünde eine besondere Bedeutung für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie für Tourismus und Erholung. Auch wenn die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energie nicht explizit vorgesehen sei, sei in Teilbereichen eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich, ohne die genannten Funktionen der Naturparke wesentlich zu beeinträchtigen. Zunächst bleibt auch mit der Begründung B zu 14 vage, was „die besonderen Funktionen von Naturparken“ sind. Damit bleibt aber auch für den Abwägungsprozess offen, wann nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung auszugehen ist. Der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 wird mit Bezugnahme auf § 16 LNatSchG gerechtfertigt (B zu 14). Danach sind Naturparke durch Allgemeinverfügung erklärte großräumige Gebiete, die (1.) zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und (2.) sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Die Erklärung zum Naturpark bestimmt u.a. den Umfang seiner Aufgaben sowie die Schutz- und Entwicklungsziele. Wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept wird die Hauptzielsetzung unter B zu 14 (vgl. vorstehende Ausführung) benannt. Aufgrund der thematischen Überlagerung mit anderen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung (Kapitel 4.5.1.3 Absatz 2 Z – Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z – Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche) droht eine abwägungsfehlerhafte doppelten bzw. mehrfache Berücksichtigung des Grundsatzes der Raumordnung Naturparke. Mit Blick auf die gesetzliche Wertung des § 16 Abs. 1 Nr. 1 LNatSchG ist maßgeblich, ob Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Naturdenkmäler als wesentliche Teile des Naturparks und von diesen her als geschützter Teil von Natur und Landschaft betroffen sind. Insofern sollte in der Abwägung nur dann der Naturpark sich durchsetzen können, wenn solche Gebiete die Potenzialfläche umlagern. Dabei schlägt aber auch die Neubewertung von Landschaftsschutzgebieten (vgl. dazu Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.) auf die Abwägung im Kontext der Naturparke durch, sodass nur ausnahmsweise ein Naturpark wegen Betroffenheit eines Landschaftsschutzgebiets Relevanz haben kann. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2511	**Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** **hier**: Stellungnahme sowie Informationen über beabsichtigte und bereits eingeleitete Planungen und sonstige Maßnahmen zu den Rohpotenzialflächen PR2_RDE_126 (Osdorf) Sehr geehrte Damen und Herren, anlässlich des o.g. Beteiligungsverfahrens möchten wir zusammen mit dem Flächeneigentümer in seiner Funktion als Vorhabenträger Stellung nehmen und Sie über die beabsichtigten und bereits eingeleiteten Planungen zur Erweiterung eines Windparkprojektes auf den o.g. Flächen informieren. Das Planungsgebiet mit einer ungefähren Gesamtgröße von 55 ha umfasst Teile der zuletzt im Regionalplan vom 29.12.2020 nicht übernommenen Potenzialfläche PR2_RDE_026, sowie die ehemals ausgewiesene Fläche für Windenergie PR2_RDE_026 und einen Teil der Rohpotenzialfläche PR2_RDE_126 der Karte	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 2.3 und 2.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	“Potenzialfläche für Windenergie gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024)”. Das Planungsgebiet liegt zwischen den Gemeinden Osdorf und Gettorf und wird südlich durch die Landesstraße L44 begrenzt. Die Flächen befinden sich vollständig im Besitz des Vorhabenträgers und werden neben der landwirtschaftlichen Nutzung teilweise für zwei WEA-Standorte im Planungsgebiet verpachtet. Diese beiden WEA befinden sich derzeit in Errichtung und sollen Q1/2025 in Betrieb gehen (im Folgenden „Bestands-WEA“). Im Rahmen der Teilfortschreibung des LEP und der Neuaufstellung der Regionalpläne möchten wir die Bestandsplanung um drei zusätzliche Standorte erweitern. Darüber hinaus soll benachbart zum Windparkvorhaben eine Freiflächen-Photovoltaik-Anlage geplant werden. Die räumliche Nähe beider Projekte bietet die Möglichkeit, über einen gemeinsamen Netzverknüpfungspunkt nebst Kabeltrasse einen hierdurch komprimierten Eingriff in die Natur zu realisieren sowie aufgrund der saisonal divergenten Energieverteilung weitgehend unabhängig von der jahreszeitlich bedingten Volatilität, Strom zu erzeugen. Ein Teil der geplanten Wind- und PV-Energie soll für die Versorgung des geplanten Wärmenetzes in der Gemeinde Osdorf zur Verfügung gestellt werden. Die Gemeinde befürwortet grundsätzlich die angestrebten Wind- und PV-Planungen: U.a. wurde ein Klimaausschuss gegründet, der die angestrebte CO2-Neutralität der Gemeinde vorantreiben soll. Wir begrüßen die Ausweisung dieser Fläche aus folgenden Gründen: Im Zuge des Verfahrens zu den bereits erteilten Genehmigungen für zwei WEA im Planungsgebiet ([redacted]) wurden etwaige der Windenergienutzung entgegenstehende Belange geprüft und abgewogen. Im Zuge dessen wurde keine Betroffenheit festgestellt und somit bereits die Eignung der Fläche für die Windenergienutzung nach den damaligen Kriterien festgestellt. Um darüber hinaus die generelle Eignung für die Windenergienutzung zu prüfen, wurde die Planungsfläche ergänzend im Hinblick auf die Ziele und Grundsätze des ersten Entwurfs der Teilfortschreibung des LEP 2024 auf mögliche Konflikte untersucht: Die nachstehend angefügten Klammerwerte beziehen sich auf die Nomenklatur der Ziele und Grunds-ätze der Teilfortschreibung des LEP Teil Windenergie 2024.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ziele Die Planungsfläche weist keine Überschneidungen mit Zielen des ersten Entwurfs der Teilfortschreibung des LEP 2024 auf. **Grundsätze** • 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion (G01)Die Erweiterung des Abstandes um Siedlungsbereiche von 800 m auf vorliegend 1.000 m begründet sich generell auf die fehlende Vorbelastung durch Windenergienutzung in der näheren Umgebung und dem damit verbundenen höher zu gewichtenden siedlungsnahen Freiraumschutz. Eine Vorbelastung durch Windenergienutzung ist aufgrund der zwei Bestands-WEA im Planungsgebiet zwingend anzuerkennen. Insofern ist dem siedlungsnahen Freiraumschutz in diesem Bereich eine geringere Gewichtung einzuräumen. • Umgebungsbereiche um geplante Siedlungsentwicklungen und Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen(02a)Im Südosten des Planungsgebietes ersttreckt sich der Umgebungsbereich für geplante Siedlungsentwicklungen und Standorte für Gewerbe von Gettorf. Aufgrund der bereits genehmigten WEA im Gebiet wurde der Windenergienutzung in diesem Bereich bereits der Vorrang gewährt steht somit der geplanten Erweiterung nicht entgegen. Zusammenfassend betrachtet wird anhand der vorstehenden Einschätzungen deutlich, dass die geplante Erweiterung des bestehenden bzw. in Bau befindlichen Windparks durch Ausweisung der o.g. Fläche einen wichtigen Beitrag zum Windenergieausbau in Schleswig-Holstein leisten und unter minimiertem Eingriff in Natur und Landschaft durch Mitnutzung bzw. geringer Erweiterung der bestehenden Infrastruktur das bereits vorhandene Potenzial der Windenergienutzung optimal ausnutzen kann. Durch die Vorprüfung der Ziele und Grundsätze hat sich ergeben, dass durch das geplante Vorhaben voraussichtlich nicht mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die betroffenen Belange zu rechnen ist und so zum jetzigen Zeitpunkt einer künftigen Ausweisung als erweiterte Vorrangfläche nichts entgegensteht. Aufgrund dessen sprechen wir uns gemeinsam mit dem Vorhabenträger für die Ausweisung des hier	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	beworbenen Gebietes aus. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2001	Sehr geehrte Damen und Herren, zentrales Thema für unsere Familie ist, neben den katastrophalen Auswirkungen auf Flora, Fauna und das Landschaftsbild, das kaum beachtete Problem des Infraschalls, der ULF, unltra low frequencies durch die Wi dkraftanlagen. Selbst Befürworter sind i. den meisten Fällen überhaupt nicht im Bilde, dass Schlafstörungen, Bluthochdruck, Konzentrationsstörungen,Depression und Herzrhythmusstörungen keine Einbildung der Anwohner sind und sich fast immer chronifizieren. Häufig sind alle Familienmitglieder betroffen,und am Ende der Tragödie steht der Hausverkauf und der Umzug. Deshalb appelliere ich an das Gewissen und die Menschlichkeit eines jeden Entscheidungsträgers vom Bau der Windräder abzusehen! Die vieldiskutierte Dunkelflaute und die fehlende Speichermöglichkeit auf Jahrzehnte hin werden durch Windkraftanlagen nicht gelöst. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.12, 7.3.3, 7.3.5 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Eigentümergemeinschaft Pohlsee ID: M2571	**Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR2_RDE-073** Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen.	zu Landschaftsschutzgebieten: Der Stellungnahme wird insofern gefolgt, als dass in Aufstellung befindliche und einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete unberücksichtigt bleiben. zu Naturparken: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es bleibt weiterhin bei Berücksichtigung und Einzelfallabwägung der Naturparke. Die Begründung muss nicht so detailliert

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1.1 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 13 wird auf die Neuregelung des § 26 Abs. 3 BNatSchG verwiesen, welche sich auch auf das Veränderungsverbot nach § 19 Abs. 2 Satz 2 LNatSchG bei eingeleitetem LSG-Verfahren nach § 12a Abs. 2 LNatSchG erstrecke. Dies gelte auch für einstweilige sichergestellte Gebiete nach § 12a Abs. 3 LNatSchG i.V.m. § 22 Abs. 3 und § 26 BNatSchG. Für die deshalb vorzunehmende Abwägungsentscheidung solle die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden. Zunächst ist die Rechtsauffassung der Einbeziehung des Veränderungsverbots und der einstweiligen Sicherstellung in § 26 Abs. 3 BNatSchG zu begrüßen, weil ein	ausformuliert sein, dass jede Abwägungsentscheidung quasi schon vorweggenommen wird. Eine vertiefende Erläuterung der flächenbezogenen Abwägungsentscheidungen erfolgt auf Regionalplanebene. Die Landesplanung sieht gerade die Überlagerung mit anderen Kriterien des Landschafts- und Freiraumschutzes als Indikator dafür an, dass es sich innerhalb von Naturparken um besonders wertvolle Landschaftsbestandteile handelt. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. Zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel: Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen sind in der Nähe von Horststandorten windkraftsensibler Großvogelarten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. Folglich ist der absolute Ausschluss von Windenergieanlagen in den Umgebungsbereichen mittels eines Zieles der Raumordnung fachlich und rechtlich nicht geboten. Der Einsatz von Antikollisionssystemen ist derzeit nicht in jedem Fall fachlich geeignet oder technisch möglich um das Tötungsrisiko stets ausschließen zu können. Eine Ausweisung

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	vorlaufender Schutz für eine LSG-Verordnung nicht umfangreicher ausfallen kann als die LSG-Verordnung selbst. Allerdings sind weiterhin Abwägungen zulasten der Windenergie aufgrund einer Lage in einem Landschaftsschutzschutzgebiet möglich, obwohl die gesetzgeberische Wertentscheidung in § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG dahingehend besteht, dass zugunsten der Windenergie entsprechende Windenergiegebiete in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden können. In jedem Fall zu vermeiden ist es, dass – wie nach dem bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) – allein einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete überhaupt eine Berücksichtigung in der Abwägung finden. Es hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass dieses Instrumentarium auch zur Vermeidung von Windenergie eingesetzt wurde, ohne dass sich der Wille zur Ausweisung später nach Zielerreichung verfestigt hat. So sind etwa die (geplanten) Landschaftsschutzgebiete „Wiedingharder- und Gotteskoog“ und „Ostenfeld-Schwabstedter Geest mit vorgelagerter Marsch“, die der Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein zum Regionalplan für den Planungsraum I zugrunde liegen (OVG Schleswig-Holstein, 22.03.2023 - 5 KN 53/21 - juris Rn. 31), weiterhin nicht ausgewiesen. Schließlich kann ein Verfahren zur Ausweisung eines Landschaftsschutzgebiets nach Rechtskraft der Regionalpläne einfach wieder eingestellt werden, was einer Verhinderungsplanung durch Landkreise gleichkommt (auf dieses Risiko bzw. diese Motivationslage hat auch hingewiesen OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 74). Etwaige zukünftige Landschaftsschutzgebiete, für die nach § 12a Abs. 2 LNatSchG lediglich das Verfahren zur Aufstellung einer LSG-Verordnung eingeleitet wurde sowie für die nach § 12a Abs. 3 LNatSchG lediglich eine einstweilige Sicherstellung erfolgte, stellen noch keinen hinreichend begründeten Fall für die Gewichtung eines solchen Belangs dar. Dabei ist aufgrund des § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG nicht einmal mehr erforderlich, dass eine Befreiungslage nach § 67 Abs. 1 BNatSchG vorliegt. Zwar sehen die vorgenannten Normen § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG eine Möglichkeit der gesetzlichen bzw. der normativen Sicherstellung ähnlich zu einer Veränderungssperre vor. In materieller Hinsicht ist dafür aber nicht notwendig, dass die Schutzwürdigkeit und -bedürftigkeit der betroffenen Landschaft bereits abschließend geprüft worden ist und feststeht. Es genügt, dass das von der Sicherstellungsverordnung erfasste Gebiet (Geltungsbereich) seiner Qualität nach geeignet ist, einen „besonderen“ Schutz von Natur und Landschaft, wie er mit der künftigen LSG-Verordnung geplant ist, zu rechtfertigen, wobei auf die drei alternativ genannten gesetzlichen Schutzzwecke in § 26	von Vorranggebieten unter alleiniger Annahme des Einsatzes eines Antikollisionssystems ist daher fachlich und rechtlich nicht möglich. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel angesetzten Umgebungsbereiche orientieren sich jetzt an den Angaben des BNatSchG (Anlage 1 Abschnitt 2 zu § 45b BNatSchG). Der Nahbereich wird durch ein neues Ziel der Raumordnung als freizuhaltender Bereich aufgenommen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 45 b bis d ausschließlich für die Ebene der Zulassungsverfahren. Das Kriterium „Seeadlerdichtezentrum“ wird beibehalten, denn aufgrund von überdurchschnittlich hoher Anzahl von Revieren ist von einem hohen Kollisionsrisiko mit WEA auszugehen. Eine Öffnung dieses Kriteriums ist naturschutzfachlich und planerisch auch im Lichte der eingegangenen Stellungnahmen nicht angezeigt. Eine Konfliktbewältigung durch Maßnahmen wird hier in der Regel nicht verhältnismäßig sein. Eine Erweiterung des Dichtezentrums ist aus fachlicher Sicht ebenso nicht erforderlich, da es in der jetzigen Abgrenzung nach wie vor die höchste Revierdichte in Schleswig-Holstein abbildet und damit den Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung darstellt. Daran ändern auch vereinzelt hinzugekommen Brutplätze am Rande nichts. Der Schwarzstorch steht mit 5-7 Revieren kurz vor dem Aussterben in Schleswig-Holstein. Für erfolgreiche Bruten sind die Vögel auf freie Flugkorridore ohne Barrieren im Umfeld ihrer Brutplätze angewiesen. Die Funktion der Lebensstätte für erfolgreiche Bruten der wenigen Paare in Schleswig-Holstein kann daher nur gesichert werden, wenn der 2 km Umgebungsbereich frei von WEA bleibt. In den letzten Jahren ist der Kenntnisstand zur Brutverbreitung des Rotmilans deutlich gestiegen. Die Erkenntnisse zeigen, dass Rotmilanreviere in der Regel wiederbesetzt werden. Auch wenn nicht immer der exakt gleiche Horst genutzt wird, liegt der Wechselhorst oft in der unmittelbaren Nähe. Auch werden aktuell unbesetzte Horste in den Folgejahren wiederbesetzt. Insofern ist die Berücksichtigung der aktuellen Rotmilanbrutplätze

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abs. 1 Nr. 1 - 3 BNatSchG abzustellen ist (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 68). Insofern steht nicht unbedingt fest, dass es tatsächlich zum Erlass einer LSG-Verordnung kommen wird. Auf der Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9.) kann zudem keine hinreichende Auseinandersetzung mit den Inhalten der in Aufstellung befindlichen LSG-Verordnung erfolgen. Das ist aber für eine Prognose erforderlich, ob es überhaupt zu einer rechtmäßigen LSG-Verordnung kommen kann, für die ein Schutz nach § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG angemessen wäre und für die die Landesplanungsbehörde quasi antizipieren kann, dass in diesem Bereich die Errichtung und der Betrieb von WEA zukünftig nicht erfolgen wird. Diese Prognose müsste auch Gegenstand der Planunterlagen sein, sodass die Abwägung überhaupt nachvollziehbar ist. Damit wird die Regionalplanung aber überstrapaziert. So hat auch das OVG Schleswig-Holstein festgestellt, dass sich die Landschaft zur Schutzwürdigkeit „hinsichtlich ihres Charakters, ihrer Eigenart und Qualität von - außerhalb davon gelegenen - Landschaftsräumen (die im Übrigen nicht ungeschützt sind [vgl. z. B. § 35 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 5 BauGB; §§ 14 ff. BNatSchG; §§ 8 ff. LNatSchG]) deutlich unterscheiden“ müsse (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 76). Schließlich würde diese Vorgehensweise der gesetzlichen Wertung des § 4 Abs. 1 ROG widersprechen und verkehrt diese in ihr Gegenteil. Eine raumordnungsrechtliche Abstimmung, wie vom OVG Schleswig-Holstein zurecht gefordert (vgl. OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 79 ff.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 132 ff.), kann auch nicht in der Weise erfolgen, dass die Landesplanung in Aufstellung befindliche LSG-Verordnungen schlicht berücksichtigt, selbst wenn keine eigene Prüfung stattfindet (OVG Schleswig-Holstein, 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 135). Zu Recht hat das OVG Schleswig-Holstein gerügt, dass die Landkreise der Landesplanung nicht mit dem Mittel des Erlasses einer Sicherstellungsverordnung (bzw. LSG-Verordnung) vorgreifen dürfen (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 83 f.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 134 und 136). Wenn Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G beibehalten werden soll, dann ist dies jedenfalls auf nur bereits vorliegende LSG-Verordnungen zu reduzieren und die Abwägung hat in den Randbereichen der LSG grundsätzlich zugunsten der Ausweisung von Windenergiegebieten zu erfolgen.	artenschutzfachlich gerechtfertigt. Ergänzend wird zu diesem Kriterium auf die allgemeine Synopse, Ziffer 4.20.1 verwiesen. zu Wäldern und Umgebungsbereichen Die Raumordnung hat keine Verwerfungskompetenz gegenüber Landesrecht. Die Auffassung, dass die BVerfG-Entscheidung zum Waldgesetz Thüringen auf Schleswig-Holstein übertragbar sei, wird nicht geteilt. Der geringe Waldanteil in Schleswig-Holstein genießt schon per se einen höheren Schutzanspruch. Das Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf das Umwandlungsverbot für WEA nicht verfassungswidrig. Unabhängig davon wird ein Mindestabstand zum Wald von 30 m auch deshalb für notwendig erachtet, um die ökologische Funktion des Waldrandes mit den Wechselbeziehungen insbesondere von Fledermäusen und Vögeln ins Offenland nicht zu stark zu beeinträchtigen. Scheuch- und Störwirkungen sind in diesem Nahbereich auch bei ökologisch weniger wertvollen Wäldern anzunehmen. Die Ausführungen zum Abstand zu Naturwäldern werden zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden nur Naturwälder i.S. des § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.2 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G – Naturparke Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden. Nach der Begründung B zu 14 sei die Hauptzielsetzung der Naturparke Schlei, Hüttener Berge, Westensee, Aukrug, Holsteinische Schweiz und Lauenburgische Seen in Schleswig-Holstein, die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu sichern sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu erhalten. Insofern bestünde eine besondere Bedeutung für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie für Tourismus und Erholung. Auch wenn die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energie nicht explizit vorgesehen sei, sei in Teilbereichen eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich, ohne die genannten Funktionen der Naturparke wesentlich zu beeinträchtigen. Zunächst bleibt auch mit der Begründung B zu 14 vage, was „die besonderen Funktionen von Naturparken“ sind. Damit bleibt aber auch für den Abwägungsprozess offen, wann nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung auszugehen ist. Der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 wird mit Bezugnahme auf § 16 LNatSchG gerechtfertigt (B zu 14). Danach sind Naturparke durch Allgemeinverfügung erklärte großräumige Gebiete, die (1.) zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und (2.) sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Die Erklärung zum Naturpark bestimmt u.a. den Umfang seiner Aufgaben sowie die Schutz- und Entwicklungsziele. Wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept wird die Hauptzielsetzung unter B zu 14 (vgl. vorstehende Ausführung) benannt. Aufgrund der thematischen Überlagerung mit anderen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung (Kapitel 4.5.1.3 Absatz 2 Z – Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z – Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche) droht eine abwägungsfehlerhafte doppelten bzw. mehrfache Berücksichtigung des Grundsatzes der Raumordnung Naturparke.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit Blick auf die gesetzliche Wertung des § 16 Abs. 1 Nr. 1 LNatSchG ist maßgeblich, ob Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler als wesentliche Teile des Naturparks und von diesen her als geschützter Teil von Natur und Landschaft betroffen sind. Insofern sollte in der Abwägung nur dann der Naturpark sich durchsetzen können, wenn solche Gebiete die Potenzialfläche umlagern. Dabei schlägt aber auch die Neubewertung von Landschaftsschutzgebieten (vgl. dazu 1.1) auf die Abwägung im Kontext der Naturparke durch, sodass nur ausnahmsweise ein Naturpark wegen Betroffenheit eines Landschaftsschutzgebiets Relevanz haben kann. **1.3 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope** 1.3.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.3.2 Kleinstbiotope Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	1.4 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G soll um Brutplätze von vier genannten windkraftsensiblen Großvogelarten in einem jeweils angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Dies sind für den Seeadler 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), für den Schwarzstorch 2.000 Meter, für den Weißstorch 1.000 Meter und für den Rotmilan 1.500 Meter. Wenn im jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt, solle in der Abwägung geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist. Zusätzlich könne bei Weißstorch- und Rotmilan-Brutplätzen einzelfallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden können. In der Begründung B zu 17 wird auf ein erhöhtes Kollisionsrisiko im Horstumfeld von Seeadlern, Weißstörchen und Rotmilanen Bezug genommen. Für Schwarzstörche bestünde ein ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe bestehe (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Der Abstandsradius beim Seeadler wird auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG zurückgeführt. Für den Weißstorch und den Rotmilan wird zwischen einem engen und weiten Radius differenziert, wobei gelte: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Weiter wird auf abwägungsrelevante Aspekte bei bestehenden Windparks innerhalb bestimmter Umgebungsbereiche verwiesen (Übernahme, nachträgliche Ansiedlung, vorhandene Vorbelastung, Repowering). Zu den einzeln genannten windkraftsensiblen Großvögeln ist folgendes festzuhalten und deshalb Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G sowie die diesbezügliche Begründung entsprechend anzupassen, damit eine rechtmäßige Anwendung und Abwägung dieses Grundsatzes der Raumordnung bei der Ausweisung von Windenergiegebiete in den Regionalplänen erfolgt: 1.4.1 Allgemein Es ist zunächst zu begrüßen, dass die Schutzbereiche um Brutplätze von	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	windkraftsensiblen Großvögeln teilweise reduziert wurden und insgesamt der Abwägung zugänglich sind. Es ist jedoch sehr problematisch, dass Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G die angegebenen Umgebungsbereiche zum Regelfall erklärt, sodass nur im Kontext von Vorbelastungen (bereits bestehende raumbedeutsame WEA bzw. ergangene Genehmigungen) ein Unterschreiten möglich sein solle. Damit wird der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit einer Zielausnahme i.S.d. § 6 Abs. 1 ROG formuliert, was zu korrigieren ist, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, es fehlten hinreichende Daten für eine Zielfestlegung, was aber nun zur verkappten und nur scheinbar abwägungsoffenen Festlegung als Grundsatz der Raumordnung führte. Zudem verwundert der Ansatz, wonach nicht durchgehend die Prüfabstände aus der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG übernommen wurden und fast jegliche Rechtfertigung für die pauschal angenommenen Abstände bei windkraftsensiblen Großvogelarten fehlt. Allein zum Seeadler findet sich ein Bezug auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG. Bei den weiteren kollisionsgefährdeten Arten wird die gesetzliche Vorgabe ignoriert und der abweichend gewählte Abstandsradius nicht gerechtfertigt. Dabei ist im Nachgang zum verfassungsrechtlichen Handlungsauftrag, den das BVerfG formuliert hat (BVerfG, Beschluss vom 23. Oktober 2018 – 1 BvR 2523/13 –, BVerfGE 149, 407-421), der Bundesgesetzgeber tätig geworden und hat mit § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG verbindliche Maßstäbe für die Bewertung, wann nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, festgelegt. Sofern die Landesplanungsbehörde hiervon abweichen und weitergehende Abstände als den Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG berücksichtigen möchte, so fehlt es an einer entsprechenden Rechtfertigung hierfür. Gesetzgeberische Intention war es gerade, bundesweit einheitliche Abstandsregelungen, die der dafür legitimierte Gesetzgeber vorgibt, zu setzen. Insofern sind die vorgesehenen Abstandsradien unbedingt auf den jeweiligen Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG anzupassen oder dieser zumindest gemeinsam mit dem zentralen Prüfbereich abwägend zu berücksichtigen. Hierauf wird zu den einzelnen Arten noch eingegangen. 1.4.2 Seeadler	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zunächst einmal ist zu begrüßen und zu befürworten, die Seeadler im Rahmen eines abwägungsoffenen Grundsatzes der Raumordnung zu betrachten. Entsprechend kann das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen (vgl. dazu Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.) aufgehoben und in den vorliegenden Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 etwa mit einer besonderen Gewichtung des Seeadlerschutzes im dargestellten Dichtezentrum überführt werden. Der gesetzlich vorgesehene Schutzstatus würde damit beibehalten bleiben. Angesichts der weiten Verbreitung der Art, fehlender artenschutzrechtlicher Ansätze für die Freihaltung des Dichtezentrums sowie methodischer Zweifel für deren Abgrenzung auch vor dem Hintergrund der neuen bundesgesetzlichen Bewertung drängt sich diese Vorgehensweise auf und erhöht die Rechtssicherheit durch Aufgabe des Ziels der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7. Allerdings ist der Abstandsradius für den Seeadler auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.4.1). Zwar ist für den Seeadler zuzugestehen, dass die in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) für den Seeadler nach der gesetzlichen Regelung noch nicht als wirksam angesehen werden oder phänologiebedingte Abschaltungen zu umfangreich wären. Allerdings hat sich die Sachlage gegenüber der zum Zeitpunkt der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) fortentwickelt und es liegt ein auch vom Landesamt für Umwelt Schleswig-Holstein mittlerweile für den Seeadler anerkanntes Antikollisionssystem vor. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Seeadlerbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Damit plant die Landesplanungsbehörde nicht in eine Konfliktlage hinein, sondern berücksichtigt die bundesgesetzgeberische Intention, wenn lediglich der Nahbereich von 500 m freigehalten wird. Jedenfalls aber muss eine Differenzierung in 500 Meter (Nahbereich) und 2.000 Meter (Zentraler Prüfbereich) vorgesehen werden, sodass im zentralen Prüfbereich abwägend	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	auch außerhalb der aktuell engen Begrenzung auf Fälle mit Vorbelastung eine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden kann. 1.4.3 Schwarzstorch Die Aufnahme eines Abstandsradius für den Schwarzstorch wird mit Bezugnahme auf den „Schutz der Lebensstätte gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 2 Nummer 3 BNatSchG“ begründet (B zu 17). Da die Landesplanungsbehörde auch § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG in Bezug nimmt, wonach ein Verstoß gegen das Verbot nach dem ebenfalls zitierten § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht vorliegt, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird, ist davon auszugehen, dass im Einzelfall im Rahmen der Abwägung auch innerhalb des 2.000 Meter-Radius Windenergiegebiete ausgewiesen werden können. Entscheidend ist dann nur, ob diese im Bereich von essentiellen Habitaten des Schwarzstorchs liegen, welche nach der Begründung „alte, geschlossene Waldstrukturen mit Still- und Fließgewässern“ (B zu 17) sind. Dies ist bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in den Regionalplänen zu berücksichtigen. Selbst bei einer Betroffenheit solcher Habitate würde im nachfolgenden Genehmigungsverfahren die Möglichkeit nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG bestehen, das Zugriffsverbot durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) zu bewältigen. Weiter ist für die zugrundeliegende rechtliche Bewertung folgendes zu beachten und der aktuell vorgesehene Abstandsradius anzupassen: Nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist es verboten, wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. Die in § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG zum Ausdruck kommende populationsbezogene Bestimmung der Erheblichkeitsschwelle steht mit Art. 12 Abs. 1 Buchst. b FFH-RL in Einklang, der einen art- bzw. populationsbezogenen Schutzansatz verfolgt (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328). Das Vorliegen einer Störung i.S.d. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG setzt aber zunächst voraus, dass es überhaupt zu einer unmittelbaren oder mittelbaren Einwirkung auf die geschützten Tiere kommt, die bei diesen eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verhaltensänderung bewirkt. So gilt etwa: „bei der schlichten Beseitigung von Flächen, die bislang als Nahrungsgrundlage genutzt worden sind, und bei vegetationsverändernden Immissionen fehlt es nämlich an einer zwanghaften Einwirkung auf das natürliche Verhalten der Tiere, das nach dem Wortsinn als Störung zu werten ist.“ (BVerwG, Urteil vom 14. April 2010 – 9 A 5/08 –, BVerwGE 136, 291-332, Rn. 118). „Der Störungstatbestand kann vor allem durch bau- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen der geschützten Tierarten in Gestalt von akustischen und optischen Störwirkungen, aber auch durch Trennwirkungen erfüllt werden, die von der vorgesehenen Trasse ausgehen.“ (BVerwG, Urteil vom 7. Juli 2022 – 9 A 1/21 –, BVerwGE 176, 94-130, Rn. 111 m.w.N.). Insofern muss sich die Auslegung der bundesgesetzlichen Vorschrift des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG daran messen lassen, ob überhaupt eine Störung im vorgenannten Sinne bei vorgesehenen Schutzabständen vorliegt. Zudem finden in der naturschutzfachlichen Praxis die planerisch zu berücksichtigenden Fluchtdistanzen von Vogelarten Anwendung, nach Gassner et al. 2010 (Gassner/Winkelbrandt/Bernotat, UVP und strategische Umweltprüfung – Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltprüfung, 5. Auflage 2010, S. 192 ff.; Bernotat, Vorschlag zur Bewertung der Erheblichkeit von Störwirkungen auf Vögel mit Hilfe planerischer Orientierungswerte für Fluchtdistanzen, in: Bernotat/Dierschke/Grunewald, Bestimmung der Erheblichkeit und Beachtung von Kumulationswirkungen in der FFH-Verträglichkeitsprüfung, Naturschutz und Biologische Vielfalt 160 (2017), S. 157-171). Diese sehen für den Schwarzstorch eine Fluchtdistanz von 500 m vor. Selbst wenn diese für Windenergieanlagen vergrößert werden müsste, so dürften keine naturschutzfachlichen Nachweise bestehen, um den sechsfachen Abstand zu rechtfertigen. Auch wenn die Landesplanungsbehörde nicht auf das Störungsverbot rekurriert, so wird jedenfalls deutlich, dass der aktuelle Abstandsradius sich mit diesem Zugriffsverbot nicht rechtfertigen ließe. Dies ist gleichermaßen hinsichtlich des Schädigungsverbots zu konstatieren. Es verbietet nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Erfolgt der Zugriff im Zuge eines nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffs in Natur und Landschaft, so scheidet ein Verstoß gegen das Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG aus, soweit die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Um dies zu gewährleisten, können nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden (sog. CEF-Maßnahmen). Im Anwendungsbereich des § 44 Abs. 5	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Satz 1 BNatSchG hat die Verbotsprüfung demnach zweistufig zu erfolgen: Auf der ersten Stufe stellt sich die Frage, ob auf eine geschützte Lebensstätte mit einer der genannten Tathandlungen eingewirkt wird. Trifft dies zu, so sind auf der zweiten Stufe die Konsequenzen in den Blick zu nehmen, die damit für die von der betroffenen Lebensstätte für die sie nutzenden Tiere erfüllte Funktion verbunden sind (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328, Rn. 37 - 38 m.w.N.). Unabhängig von der umstrittenen Frage, wie weit der Schutz des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG geht – einerseits nur direkte Einwirkungen auf die Fortpflanzungs- und Ruhestätte (bspw. Horst) oder andererseits (so tendenziell BVerwG, Urteil vom 12. August 2009 – 9 A 64/07 –, BVerwGE 134, 308-335, Rn. 68; BVerwG, Urteil vom 28. März 2013 – 9 A 22/11 –, BVerwGE 146, 145-175, Rn. 148) auch das weitere Umfeld der eigentlichen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte, sofern es elementar für den Reproduktionserfolg oder die Rast ist – liegt jedenfalls keine Beschädigung oder Zerstörung bei Abständen von 2 km vor. All dies verdeutlicht, dass es zu einer angemessenen Reduzierung des vorsorglichen Schutzabstands zu Schwarzstorchhorste kommen muss, wobei sich ein Abstand von 1.500 Metern zunehmend durchsetzt und weiterhin Vorsorgeaspekte berücksichtigt. Der von der Landesplanungsbehörde vorgesehene Umgebungsbereich von 2.000 Metern wird demgegenüber nicht belegt (anders als etwa die Bezugnahme auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG). 1.4.4 Weißstorch Der Abstandsradius für den Weißstorch ist auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.4.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Weißstorch zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Weißstorchbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nur den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf 750 Meter zu Weißstorchhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 750 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 750 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. 1.4.5 Rotmilan Zunächst ist festzustellen, dass die Berücksichtigung von Rotmilanbrutplätzen in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G ungeeignet ist und die Auswahl der windkraftsensiblen Großvogelarten auch gar keine Rechtfertigung erfahren hat. Für den Rotmilan kann das auch nicht gelingen. Während sich die Vorgehensweise für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze bei einer Anpassung der Radien und echten Offenheit für eine abwägende Einzelfallprüfung erschließt, ist die Herangehensweise in Bezug auf Rotmilanbrutplätze fehlerhaft. So führte das landeseigene aktualisierte Fachpapier aus: „Allerdings wird diese Art nicht alljährlich landesweit erfasst und es gibt häufiger Horstwechsel, so dass die Daten oft nur einen ersten Hinweis auf ein Rotmilanvorkommen im Planungsraum geben.“ (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016, S. 7). Naturschutzfachlich ist bestätigt, dass der Rotmilan gegenüber dem Seeadler eine deutlich geringere Brutplatzkonstanz aufweist. Eine zwischen den Jahren variable Besiedlung der Landschaft (Wechsel der Horststandorte oder auch Nicht-Wiederbesiedlung von Waldstücken) tritt daher häufig auf (z.B. Mammen et al., Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt. Bericht des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Heft 5/2014). So berichtet Schmude, dass bei einer Rotmilankartierung in Mecklenburg-Vorpommern 75 % der im Folgejahr erneut kontrollierten Horste nicht mehr besetzt waren, insgesamt 49 von 65 Horsten (Schmude, Protokoll der 16. Sitzung der Bund-Länder-Initiative Windenergie (BLWE) am 22.09.2014; nachvollziehbar bei Scheller/Vökler/Güttner, OAMV e.V., Rotmilankartierung	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	2011/2012 in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 09.02.2014). Die Variabilität ist dadurch begründet, dass der Rotmilan als Zugvogel (auch unter Berücksichtigung möglicher Verluste auf dem Zugweg) erst relativ spät im Jahr ins angestammte Brutrevier zurückkehrt und nicht selten einen neuen Horst bauen muss, weil der Althorst bereits durch andere Arten (Konkurrenten um geeignete Horstbäume bzw. vorhandene Horste z.B. Mäusebussard, Kolkrabe u.a.) besetzt wurde. Auch baut der Rotmilan in der Regel eher kleinere und nicht so stabile Horste, so dass diese leichter als z.B. langjährig genutzte und entsprechend ausgebaute Seeadler-Horste durch Winterstürme zerstört werden können. Diese autökologischen Aspekte der Biologie des Rotmilans bedingen, dass zwar in der Regel die Reviere wiederbesetzt werden, aufgrund der Variabilität die Lage der Horststandorte aber nur schwer vorhersagbar ist. Wird nunmehr aber auf dieser Grundlage eine Potenzialfläche im 1.500 Meter- oder 1.000 Meter-Radius (zu den falschen Abständen vgl. nachfolgend) um einen aktuell nachgewiesenen Standort eines Rotmilanhorsts gestrichen, so werden diese naturschutzfachlichen Grundlagen zur sehr geringen Horsttreue missachtet. Dies kann dazu führen, dass durch den Horstwechsel die Potenzialfläche bereits beim Inkrafttreten des Regionalplans nicht mehr durch den Rotmilanhorst beeinträchtigt würde. Zudem ist es vor dem Hintergrund des nach § 5 Abs. 1 Satz 4 LaplaG vorgesehenen Planungszeitraums der Regionalpläne von fünfzehn Jahren, also voraussichtlich bis 2040, abwägungsfehlerhaft, eine Art mit sehr geringer Brutplatzkonstanz heranzuziehen, um in der Abwägung Potenzialflächen bis ins Jahr 2040 zu streichen. Soll auf der höherstufigen Planungsebene bereits eine weitgehende Aussage mit Abwägungsdirektiven, wie aktuell in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G vorgesehen, getroffen werden, geht dies mit dem Erfordernis einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte einher als wenn – auch im Rahmen der Abwägung – keine konkreten Zielaussagen getroffen werden. Dabei können sich die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der Abwägungsvorgang selbst den Anforderungen an die Abwägung bei Fachplanungen annähern, je enger das Ziel und der damit vorgegebene Rahmen sind (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Soweit durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 Potenzialflächen ausgeschlossen werden sollen, bedarf es für die herangezogenen Tierarten eine landesweite Kenntnis von Horststandorten. Nur dann liegt eine für diese Zwecke	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausreichende Bestandsaufnahme vor (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53), die den Anforderungen an Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte genügt. Dies gilt umso mehr, weil die Zuordnung zur Streichung von Gebieten im Rahmen der Abwägung ohne vorhandene umfangreiche Raumnutzungsanalyse faktisch zu einem Ziel der Raumordnung erhoben wird, was an sich bereits fragwürdig ist. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn dies im Sinne einer Beweislastumkehr auf die Öffentlichkeit, insbesondere die Vorhabenträger, als Anforderung verlagert wird. Während die rechtlich erforderlichen landesweiten Kenntnisse für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze wohl vorliegen dürften, gibt es eine solche hinreichende Bestandsaufnahme und Erkenntnislage für Rotmilanbrutplätze nicht. Es wäre im Übrigen auf Grund der vorstehend beschriebenen fehlenden Brutplatztreue wohl auch problematisch, eine aktuelle bzw. dem Bedarf der Regionalplanung – schließlich handelt es sich um ein Verfahren über viele Monate und einen Plan, der mehrere Jahre gelten soll – entsprechende Bestandsaufnahme zu erhalten. Jedenfalls für die Art Rotmilan sollte die Landesplanungsplanungsbehörde unbedingt auf die nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verweisen, die sowohl die sehr geringe Brutplatzkonstanz als auch die für die Bewertung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG maßgeblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen (Abschaltung, Ablenkflächen, etc.) besser und abwägungsfehlerfrei berücksichtigen können. Dabei wird nicht in eine unüberwindbare Verbotslage hineingeplant, weil § 45b BNatSchG in Einzelfällen letztendlich auch noch über die artenschutzrechtliche Ausnahme immer eine Genehmigungsfähigkeit bei einer Betroffenheit des Rotmilans ermöglicht. Sofern die Landesplanungsbehörde den Rotmilan nicht schon in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G als ausgewählten windkraftsensiblen Großvogel aufgrund der vorstehenden Ausführungen streicht und damit Rechtsfehler vermeidet, so hat in jedem Fall eine Anpassung der dortigen Abstandsradien für die Art zu erfolgen. Es ist nicht nachvollziehbar und kann auch nicht begründet werden – wenig überraschend verhält sich die Begründung B zu 17 deshalb auch überhaupt nicht dazu – wieso für den Rotmilan ein Umgebungsbereich von 1.500 Metern angenommen wird. Es kann im Rahmen der Festlegung nicht über den zentralen Prüfbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG hinausgegangen werden und zugleich für das Zugriffsverbot das	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	erhöhte Kollisionsrisiko für den Rotmilan als Begründung herangeführt werden. Schließlich hat der Bundesgesetzgeber für den erweiterten Prüfbereich eine Beweislastumkehr eingeführt und in § 45b Abs. 4 Satz 1 BNatSchG festgelegt, dass in der Regel das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare dann nicht signifikant erhöht ist. Es ist sehr widersprüchlich dazu, dass die Landesplanungsbehörde abstrakt über § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG hinausgehend beim Rotmilan 1.500 Meter, anstatt 1.200 Meter vorsieht (vgl. allgemein bereits 1.4.1). Auffallend ist, dass nur für den Rotmilan der Radius nicht an Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG angepasst wurde, sondern stattdessen an den Abständen des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) ohne weitere Begründung festgehalten wird. Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. In jedem Fall ist der Abstandsradius auf 1.200 Meter zu reduzieren. Unabhängig davon ist der Abstandsradius für den Rotmilan jedoch sogar auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.4.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Rotmilan zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Es sind aber auch schon Antikollisionssysteme für den Rotmilan in Schleswig-Holstein anerkannt. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Rotmilanbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nicht einmal den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf nur 1.000 Meter zu Rotmilanhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 1.000 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen rechtlich überholten (vgl. vorstehende Ausführungen) gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 1.000 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Institution: Amt Probstei, Der Amtsdirektor ID: M2481	Entwurf Stellungnahme der Gemeinde Brodersdorf zum Entwurf des LEP Windenergie an Land Die Gemeinde Brodersdorf begrüßt die Ausweisung von Flächen für den Ausbau der Windenergie an Land auf ihrem Gemeindegebiet. Laut WindBG ist das Land Schleswig-Holstein verpflichtet, bis 2027 3 Prozent seiner Landesfläche für die Windenergienutzung auszuweisen. Wir möchten das Land dabei unterstützen, sein Flächenbeitragsziel und damit seine Klimaschutzziele zu erreichen und die Energie- versorgung für diese und kommende Generationen zu sichern. Laut 82 EEG liegt die Errichtung von WEA ‚im überragenden öffentlichen Interesse‘ und dient ‚der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden‘. Aus diesem Grund halten wir die Errichtung von WEA in einem Landschaftsschutzgebiet für vertretbar. Die vom Land Schleswig-Holstein im Entwurf zur Teilfortschreibung des LEP Windenergie an Land eingetragene Potenzialfläche wurde bereits im April 2024 von der Gemeindevertretung als mögliche Fläche für Windenergieanlagen eingestuft und es wurde ein Zielabweichungsverfahren beantragt. Es gibt auch in Brodersdorf Gegner zur Ausweisung von Flächen für den Bau von Windenergieanlagen, eine Mehrheit in der Gemeindevertretung hat sich aber für die Pläne zur Errichtung von WEA ausgesprochen und entsprechende Beschlüsse zur Änderung des Flächennutzungsplanes und zur Aufstellung eines Bebauungsplanes gefasst. Der Betreiber der Altanlage zwischen Brodersdorf und Laboe an der K30 hat ferner zugesagt, bei Ausweisung der nun im Entwurf benannten Potenzialfläche, die Platz für 3 moderne Windenergieanlagen bietet, die Altanlage an der K30 abzubauen. Das würde die Bewohner des Brodersdorfer Ortsteils Ahrenhorst entlasten, da die Altanlage die heute vorgeschriebenen Abstände zur Wohnbebauung nicht einhält. Auch die Gemeinde Laboe würde von einem Abriss profitieren, da die Altanlage die wohnbauliche Entwicklung in Laboe hemmt. Die Einstufung der Potenzialfläche in der Gemeinde Brodersdorf als Vorranggebiet	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergie ist also auch im Interesse der Gemeinde Laboe. Wir begrüßen außerdem die Möglichkeit, die Bürger über eine Beteiligung an der Betreibergesellschaft finanziell von neuen Windenergieanlagen profitieren zu lassen. Durch die EEG-Umlage werden auch die finanziellen Spielräume der Gemeinde Brodersdorf erweitert. Die Gemeinde ist sich darüber im Klaren, dass Windkraftanlagen das Landschaftsbild verändern. Es sind bereits heute 2 WEA im Umfeld des Laboer Ehrenmals vorhanden, die deutlich näher am Ehrenmal stehen. Die neuen Anlagen auf dem Gebiet der Gemeinde Brodersdorf würden nach unserer Auffassung das Ehrenmal nicht dominieren, da sie in einiger Entfernung zum Ehrenmal entstehen würden. Auf der K30 von der B502 kommend (welche die Hauptzufahrtstraße nach Laboe ist), hätte man in Zukunft freie Sicht auf das Ehrenmal. Vom Wasser aus ist durch die Topographie (stark ansteigendes Gelände hinter dem Ehrenmal) nur eine leichte Beeinträchtigung der Ansicht zu erwarten. Im Übrigen sind Veränderungen im Landschaftsbild üblich und eine normale Folge von Weiterentwicklungen in Gemeinden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2570	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Wäldern und Umgebungsbereichen: Die Raumordnung hat keine Verwerfungskompetenz gegenüber Landesrecht. Die Auffassung, dass die BVerfG-Entscheidung

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit	zum Waldgesetz Thüringen auf Schleswig-Holstein übertragbar sei, wird nicht geteilt. Der geringe Waldanteil in Schleswig-Holstein genießt schon per se einen höheren Schutzanspruch. Das Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf das Umwandlungsverbot für WEA nicht verfassungswidrig. Unabhängig davon wird ein Mindestabstand zum Wald von 30 m auch deshalb für notwendig erachtet, um die ökologische Funktion des Waldrandes mit den Wechselbeziehungen insbesondere von Fledermäusen und Vögeln ins Offenland nicht zu stark zu beeinträchtigen. Scheuch- und Störwirkungen sind in diesem Nahbereich auch bei ökologisch weniger wertvollen Wäldern anzunehmen. Die Ausführungen zum Abstand zu Naturwäldern werden zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden nur Naturwälder i.S. des § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. Weiter sind im Potenzialgebiet [redacted] bereits Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von 150 Metern genehmigt worden. Hier ist insofern von einer Vorbelastung auszugehen und der Abstand zu Siedlungsbereichen von 800 Metern als ausreichend anzusehen. 1.2 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z – Wälder und Umgebungsbereiche Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. Weiter sind nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen. Dies wird mit dem niedrigen Waldanteil in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt, dem Ziel der Landesregierung zur weiteren Erhöhung des Waldanteils, und dem gesetzlichen Verbot des § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG begründet (B zu 6 zu (1)). Eine Zulassung der Waldumwandlung sei wegen der Seltenheit, der besonderen Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz sowie des Landschaftsbildes bei Prägung durch Waldkulissen nicht vertretbar. Weiter wird auf § 24 LWaldG, der einen gesetzlichen Waldabstand vorsieht, und § 2 Abs. 1 LWaldG, der die Mindestgröße von einem Hektar als Waldfläche vorsieht, verwiesen. Bei Naturwäldern wird in der Begründung B zu 6 zu (2) auf deren nach § 14 LWaldG besondere ökologische Funktionen Bezug genommen. Der weitergehende Abstand von 100 Metern wird mit den Waldrändern von Naturwäldern als Schnittstelle zum Offenland, die häufig sehr artenreich seien und einen wichtigen Rückzugsraum darstellten, begründet. Naturwälder seien in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt. Darüber hinaus seien weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen. Das fortgeltende Verbot der Waldumwandlung zur Errichtung von WEA (§ 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG) und der pauschale Waldabstand von 30 Metern (§ 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG) sind vor dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung des BVerfG zweifelhaft. So hat das BVerfG die Regelung in Thüringen „Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ (§ 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) als nicht gerechtfertigte Inhalts- und Schrankenbestimmung, welche in das Eigentumsrecht der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer eingreift, angesehen, weil das Gesetz formell verfassungswidrig ist, da dem Freistaat Thüringen für die angegriffene Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlt (BVerfG, 27.09.2022 - 1 BvR 2661/21 -, BVerfGE 163, 1-42, Rn. 14). § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG lautet beinahe identisch („Die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von mehr als 10 Metern ist unzulässig.“) und die Entscheidungsgründe des BVerfG sind übertragbar. Auch das OVG Schleswig-Holstein hat diesbezügliche Bedenken bereits deutlich geäußert, wenngleich dies noch nicht entscheidungserheblich war (OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21 -, juris Rn. 51). Insofern sollte die Landesplanungsbehörde zur Vermeidung der Berufung auf eine verfassungswidrige Vorschrift unbedingt auf Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) verzichten und selbst bei einem planerischen Freihalten der Waldflächen jedenfalls nicht noch zusätzlich einen Abstand von 30 Metern vorsehen. Letzteres gilt insbesondere auch deshalb, weil WEA mit entsprechenden Feuerlöschsystemen nicht mit den in § 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG genannten Schutzzwecken im Widerspruch stehen und insofern auch unter Berücksichtigung der Wertung des § 2 EEG die Unterschreitung des Waldabstands zugelassen werden kann. Dies gilt noch mehr vor dem Hintergrund, dass durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) die Referenzanlage (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern vom Turmmittelpunkt und damit der baulichen Anlage sowieso 75 Meter Abstand zum Waldrand einhalten wird und der untere Rotordurchlauf bei 50 Metern beginnen wird, weshalb die Schutzzwecke in dieser Höhe keine maßgebliche Relevanz mehr haben werden. Vorzugswürdig und durch das BVerfG angelegt ist jedoch, dass allein die nach §§ 14 f. LWaldG aufgrund ihrer ökologischen Funktion, ihrer Lage oder auch wegen ihrer Schönheit schutzwürdig und -bedürftigen Wälder von der Windenergienutzung ausgenommen werden, wofür der Landesgesetzgeber allein auch eine Gesetzgebungskompetenz hat. Insofern ist allein Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) zu	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	befürworten und auf weitergehende Abstände zu verzichten. Allerdings muss zum Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) angemerkt werden, dass rechtsfehlerhaft ist, wenn neben den explizit nach §§ 14 f. LWaldG erklärten Naturwäldern, die in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt sind, weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen sein sollen. Sofern damit gemeint sein sollte, dass weitere nach den gesetzlichen Regelungen des §§ 14 f. LWaldG erklärte Naturwälder (Verordnungen nach § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG) zu berücksichtigen sind, wäre das rechtlich zulässig. Darüber hinausgehende allein fachlich eingeschätzte „Naturwälder“ können keine Berücksichtigung finden, weil sie nicht nach dem Verfahren des § 15 LWaldG zustande kamen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 2000	Für uns in Heidmühlen sind die intakte Natur und gute Dorfgemeinschaft sehr wichtig. Die intakte Natur sehren wir durch die Pläne zur Windkraft in unserer Gemeinde in erheblichem Maße bedroht. Es sind hier zahlreiche verschiedene und abwechslungsreiche Landschaftstypen wie z.B. Moore, Teiche, Flusslandschaften und Feuchtbiotope sowei Knicks, Birkenwälder und Mischwälder vorhanden; nicht zuletzt der Segeberger Forst, das zweitgrößte zusammenhängende Waldgebiet in Schleswig-Holstein. Es wurden kostenintensive Renaturierungen der Radesforder Au und der Rothmühlenau durchgeführt. Arbeitsgruppen und Vereine bemühen sich um den Erhalt der Natur und Renaturierung von Flächen innerhalb der Gemeinde. Zudem erfreuen wir uns hier eines ungewöhnlich hohen Vorkommens an Greifvögeln, wie z.B. dem Rotmilan, dem Seeadler, dem Turmfalken und verschiedenen Bussarden. Dazu kommt ein großer Reichtum an weiteren Vögeln, wie z.B. dem Storch, Spechte und Finkenarten. Hier gibt es noch Fledermäuse sowie große Vorkommen an Rot- und Dammwild. Unser Ort ist für die Dorfbewohner und viele Gäste ein Ort zum hohem	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erholungswert. Die Planungen zur Windkraft stellen für mich riesige Industrieanlagen dar, die teilweise auf moorigem Untergrund gebaut werden sollen und unser einzigartiges Landschaftsbild sowie unsere Tier- und Pflanzenwelt komplett dominieren und auch zerstören. Von der Errichtung eines Windparks muss dauerhaft abgesehen werden	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2696	Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein Landesplanungsbehörde, Referat IV 64- Düsternbrooker Weg 104 24105 Kiel Stellungnahme Windkraft Die neuen Abstandsregeln zu Bebauungen und Vogelschutz sind brutal und scheren sich nicht um Gesundheit und Natur. Darüberhinaus wurde ein zentrales Wahlversprechen gebrochen, was mich in seiner Dreistigkeit fassungslos macht.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2510	**Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** hier: Stellungnahme sowie Informationen über beabsichtigte und bereits eingeleitete Planungen und sonstige Maßnahmen zur Rohpotenzialfläche PR1_SLF_034 (Jerrishoe) Sehr geehrte Damen und Herren, anlässlich des Beteiligungsverfahrens zum o.g. Verfahren, möchten wir im Namen des Vorhabenträgers, der Bürgerwindpark [redacted], Stellung nehmen und Sie über die beabsichtigten und bereits eingeleiteten Planungen eines Windparkprojektes auf der o.g. Fläche informieren. Das Planungsgebiet mit einer Größe von rund 113 ha umfasst einen Teil der zuletzt im Regionalplan vom 29.12.2020 teilweise nicht übernommenen Potenzialfläche PR1_SLF_065 sowie Teile der Rohpotenzialfläche PR1_SLF_034 der Teilfortschreibung	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des LEP Teil Windenergie 2024. Es liegt im Westen der Gemeinde Jerrishoe an den Gemeindegrenzen zu Janneby und Wanderup. Die Fläche wird größtenteils intensiv ackerbaulich genutzt. Lineare Gehölzstrukturen und Gräben sind vorhanden. Das Planungsgebiet, erstreckt sich entlang des Gewässers „Jerrisbek“, welches gleichzeitig den Grenzverlauf zwischen den Gemeinden markiert. Im Süden verläuft das Planungsgebiet entlang der Gemeindegrenze zu Eggebek. Der Vorhabenträger ist bestrebt auch in der Gemeinde Eggebek Windenergieanlagen zu errichten. Aufgrund der unterschiedlichen Gemeindezugehörigkeiten der Gebiete sowie der jeweils geplanten Bürgerbeteiligungen werden die Projekte getrennt betrachtet. Das Jerrishoer Planungsgebiet gliedert sich aufgrund des Abstands zu einem Wohngebäude mit anschließender Biotopfläche in einen nördlichen und einen südlichen Bereich. Lage, Größe sowie Zuschnittsanpassung des Planungsgebiets können dem Lageplan (Anhang I) entnommen werden. Die Ausweisung dieser Fläche begrüßen wir im Namen des Vorhabenträgers aus folgenden Gründen: Im Südwesten der Planungsfläche befindet sich das Prototypen-Testfeld [redacted]. Innerhalb dieser Fläche werden Windenergieanlagen-Prototypen verschiedener Hersteller zu Test- und Vermessungszwecken errichtet und betrieben. Aufgrund der stetigen Nachfrage der Windenergieanlagenhersteller, möchte die Betreiberin ([redacted]) das Testfeld ausbauen. Die hier beschriebene Projektfläche soll das bestehende Testfeld in nordöstlicher Ausdehnung um drei zusätzliche Prototypen-Standorte erweitern. Die überwiegend freie Anströmung sowie die wenigen umliegenden Störobjekte bieten hervorragende Voraussetzungen zur Vermessung und Verifizierung der Prototypenanlagen. Somit trägt die Erweiterung des bereits vollausgelasteten Testfeldes zur zukünftigen Entwicklung der Windenergiebranche bei. Darüber hinaus sollen im Süden der Planungsfläche WEA für die Energie und Wärmeversorgung im Rahmen der Daseinsvorsorge der Gemeinde Jerrishoe entstehen. So kann der Strom dieser Anlagen dazugenutzt werden, das derzeit noch kleinräumig bestehende Wärmenetz der Gemeinde zu stabilisieren und zu erweitern. Die elektrische Infrastruktur lässt sich mittels überschaubarer Erweiterung des Bestandes bzw. geringem Aufwand sowie verhältnismäßig geringem Eingriff in den Naturhaushalt realisieren. Der produzierteStrom kann über die geplante Erweiterung des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	betreibereigenen Umspannwerks im Nordwesten des Testfeldes [redacted]) in das öffentliche Netz eingespeist werden. Der Vorhabenträger plant sowohl die Erweiterung des Prototypen-Testfeldes als auch die WEA für die Energie- und Wärmeversorgung der Gemeinde ebenfalls als Bürgerwindpark zu betreiben. Es bestehteine Übereinkunft mit den Flächeneigentümern, über die Nutzung der Planungsfläche. Die naturschutzfachlichen Erfassungen wurden bereits in diesem Frühjahr durchgeführt – es wurden keine relevanten Horste gefunden. Innerhalb des Planungsgebietes befindet sich ein nach § 6 Luftverkehrsgesetz zugelassenes Fluggelände des [redacted]. Um neben dem Ausbau des Testfeldes und der Energieversorgung der Gemeinde mittels WEA auch weiterhin den [redacted] aufrecht erhalten zu können, will der Betreiberin Abstimmung mit dem [redacted] einen entsprechenden Bereich von der Windenergienutzungfreihalten (vgl. Lageplan). Um die generelle Eignung für die Windenergienutzung zu prüfen, wurde die Planungsfläche in Anlehnung an die zuletzt geltenden Kriterien der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) 2010, Kapitel3.5.2 (Windenergie an Land, 2020) unter Abgleich mit den Zielen und Grundsätzen des ersten Entwurfsder Teilfortschreibung 2024 sowie unter Berücksichtigung des Eckpunktepapiers (MIKWS, Dezember2023) als auch der Angaben im Datenblatt “Abwägungsbereich für die Windenergienutzung PR1_SLF_065“ (Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I Kapitel 5.8 (Windenergie anLand, 2020) auf mögliche Konflikte untersucht: Die nachstehend angefügten Klammerwerte beziehen sich auf die Nomenklatur der “Kriterienliste” der Regionalplanteilfortschreibung (2020) - sowie in eckigen Klammern - auf die Ziele und Grundsätze der Teilfortschreibung des LEP Teil Windenergie 2024. **Harte Tabukriterien** Der Flächenausweisung stehen keine bekannten harten Tabukriterien entgegen. **Weiche Tabukriterien:** • 30-100m Abstand um Wälder (wt29) / [Z18]Gemäß Eckpunktepapier sollen Abstände zu Waldflächen entsprechend der ökologischen Wertigkeit angepasst	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden. Diese ist jeweils zu ermitteln und der, zunächst noch mit 30m angenommene, Abstand zum Planungsgebiet im weiteren Verfahren sachgerecht anzupassen. Imweiteren Planungsverlauf wird ggf. ermittelt, ob es sich um einen Naturwald gem. § 14 Absatz 1 Landeswaldgesetz handelt. Eine entsprechende Berücksichtigung kann im Genehmigungsverfahren nach BImSchG erfolgen. • Gesetzlich geschützte Biotope (Z17)Südwestlich des Jerrishoer Holz liegt ein gesetzlich geschütztes Biotop (325206054-0407). Dieser Bereich wird nach Abstimmungen zu den Ergebnissen kürzlich abgeschlossenen naturschutzfachlichen Erfassungen von der Windenergienutzung freigehalten. Darüber hinaus liegt die Biotopfläche innerhalb des Bereiches, den der Vorhabenträger zum Schutz und Erhalt des [redacted] generell von Windenergieanlagen freihalten möchte. Somit ist nicht von schädlichen Auswirkungen der Windparkplanung im übrigen Gebiet auf die Biotopfläche auszugehen. **Abwägungskriterien** • Militärische Schutzbelange (abw12)Gemäß der Abwägung (Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I Kapitel 5.8 (Windenergie an Land) – 29.12.2020) ergeben sich in Bezug auf militärische Schutzbelange keine Hinweise, dass eine Windenergienutzung im Gebiet generell auszuschließen wäre. Konflikte können ggf. über Micrositing oder Auflagen im Genehmigungsverfahren geheilt werden. • Kleinstbiotope [G16]An der westlichen Grenze des Plangebietes verläuft entlang der Jerrisbek ein Band von Klein- und Kleinstbiotopen. Diese Bereiche werden nach Abstimmungen zu den Ergebnissen der kürzlich abgeschlossenen naturschutzfachlichen Erfassungen von der Windenergienutzung freigehalten. Aufgrund der Biotopdichte sowie den nachfolgenden Kriterien und Grundsätzen plant der Vorhabenträger, analog zum WEA-Testfeld westlich der Jerrisbek, einen Mindestabstand von 100 m zwischen Gewässer und Rotorspitze zu berücksichtigen. • Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (abw34) / [G15] und Talräume an natürlichen Gewässern und HMWB-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wasserkörpern (abw35) / [G24]In vorangegangenen Stellungnahmen (zuletzt im Rahmen der Stellungnahmen zum 3. Entwurfder Teilaufstellung des Regionalplans des Planungsraums I vom 11.03.2020 von [redacted] Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB) zu den Gebieten PR1_SLF_065 und PR1_SLF_075 wurde mittels Gutachten/Stellungnahme von der [redacted] festgestellt, dass die Gründe für o.g. Abwägungskriterien eine Nichtausweisung dieser Flächen nicht rechtfertigen. Begründet wurde der Ausschluss der Erweiterung des Vorranggebiets durch „Überspringen der Jerrisbek im Osten“ bei der letzten Abwägung damit, dass es sich um einen Bereich des Biotopverbundes handele, der gleichzeitig besondere Bedeutung für Natur und Landschaft gemäß Regionalplan V habe; dieser Bereich sei insgesamt durch eine hohe naturschutzfachliche Wertigkeit gekennzeichnet, die Inanspruchnahme für die Windenergienutzung sei dementsprechend aus naturschutzfachlichen Kriterien nicht vertretbar (u.a. Biotopverbundsystem). Diese Grenze habe sich bereits in zahlreichen Fach- und Genehmigungsverfahren bestätigt und werde weiterhin aufrechterhalten.Die o.g. Stellungnahme von [redacted] kommt hingegen zu dem Schluss, dass die Grenze der Hauptverbundachse des Talraums der Jerrisbek nicht in zahlreichen Fach- und Genehmigungsverfahren inhaltlich bearbeitet und abgewogen wurde, sondern lediglich administrative und keine naturschutzfachlichen Kriterien zur Abgrenzung der Verbundachse herangezogen wurden.Zur naturschutzfachlichen Wertigkeit und der Natürlichkeit des Gewässers äußerte sich [redacted]wie folgt Die eigentliche Verbundfunktion ist an den Gewässerverlauf der Jerrisbek gebunden und dient insbesondere Arten, die sich am Gewässer als Leitlinie orientieren bzw. für die Fließgewässer(Teil-) Lebensräume darstellen. Für die Erfüllung der Verbundfunktion ist daher die Barrierefreiheit des Gewässerlaufs der Jerrisbek, deren Gewässergüte sowie die Erhaltung naturnaher Randstreifen erforderlich. Maßnahmen zur Fließgewässerregeneration werden allerdings durch die Funktion des Gewässers zur Entwässerung umliegender landwirtschaftlicher Flächen erschwert, da dadurch eine regelmäßige wasserwirtschaftliche Unterhaltung erforderlich ist. Die Jerrisbek ist dementsprechend gemäß der EU- Wasserrahmenrichtlinie als erheblich veränderter Wasserkörper mit geringem ökologischem Potenzial eingestuft (MELUR-SH 2015). Auch seitensder [redacted] (mdl. 15.12.2017) wird die Funktion der Jerrisbek als Vorfluter	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	so hoch eingestuft, dass mit wesentlichen Maßnahmen zur Fließgewässerregeneration und der Entwicklung zu einemnaturnäheren Zustand der Jerrisbek nicht zu rechnen ist. Da die Talräume von WEA freigehalten werden sollen, ist für künftige Windkraftplanungen zudem von einem Mindestabstand von 100 m zur Jerrisbek auszugehen.Ein Lebensraumverlust durch Vollversiegelung im Bereich der Fundamente oder durch den Wegebauspielt für die Verbundfunktion aufgrund fehlender Barrierewirkungen keine Rolle. Barriere- oder Kollisionswirkungen durch den Rotor sind im Hinblick auf die Verbundfunktion nicht relevant, da die Arten, die die Verbundachse außerhalb des Gewässers potenziell nutzen im Wesentlichen weder störungsempfindlich noch kollisionsgefährdet bezüglich einer Windkraftnutzung sind (z.B. Fischotter). Fledermäuse gelten zwar als kollisionsgefährdet mit WEA, allerdings hat die Jerrisbek selbst keine hervorzuhebende Bedeutung für Fledermäuse (vgl. GFN mbH2017). Zudem wird ein Mindestabstand von 100 m als ausreichend erachtet, um Fledermäuse nicht erheblich zu gefährden, da sich diese, sofern sie die Jerrisbek als Leitstruktur nutzen, voraussichtlich eng am Gewässerverlauf orientieren. Hinweise, dass die Jerrisbek von windkraftsensiblen Vögeln genutzt wird, konnten im Rahmen eines Großvogelflugmonitoring ebenfalls nicht festgestellt werden (GFN mbH 2018).Die vollständige Stellungnahme ist dem Anhang II zu entnehmen.Gemäß der o.g. Stellungnahme konnten ungeachtet der Verbundachse Bereiche innerhalb dieser identifiziert werden, die aufgrund ihrer höheren ökologischen Wertigkeit keine Verträglichkeit mit der Windenergienutzung aufweisen. Diese werden im Rahmen der Planung auf Genehmigungsebene eingehend geprüft und von WEA freigehalten.Im Rahmen der aktuellen Großvogelerfassungen konnte der Brutverdacht eines Kranich-Paares nicht bestätigt werden. Darüber hinaus waren keine weiteren relevanten Horste zu lokalisieren.Es wird angestrebt den erforderlichen Ausgleich in einem räumlichen und funktionalen Zusammenhang, analog zum gegenüberliegenden WEA-Testfeld Janneby, mittels 30 m tiefer Flächen entlang des Jerrisbek zu realisieren. Welche ebenfalls im Einklang mit den Entwicklungszielen des Landschaftsrahmenplanes bewirtschaftet werden sollen. Durch die Nutzungsextensivierung soll eine lokale Entlastungswirkung für Naturhaushalt und Landschaftsbild, durch Aufwertung der Biotopverbundachse und Schutz vor diffusen Einträgen aus der Landwirtschaft bewirktwerden.Unter der Berücksichtigung, dass durch den Bau der Test-WEA im Energie- und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Technologiepark Eggebek die Jerrisbek bereits übersprungen wurde und mit dieser Anlage als auch den grenznahgelegenen WEA des Testfeldes Janneby sowohl das südliche Jerrishoer als auch das Eggebeker Gemeindegebiet durch Windkraft bereits geprägt sind, sowie der Feststellung durch [redacted], das saußerhalb identifizierter Bereiche mit einer hohen ökologischen Wertigkeit (Einzelflächen innerhalb abw34 und abw35) generell eine Windkraftnutzung vereinbar scheint, ist den Abwägungskriterien abw34 und abw35 für die übrigen Bereiche eine geringere Gewichtung beizumessen. • Übrige Gewässer zweiter Ordnung sowie Seen und Teiche unter einem Hektar [G30]Im Nordosten der südlichen Teilfläche befindet sich ein Gewässer zweiter Ordnung. Aufgrund des in diesem Bereich aktiven [redacted], plant der Vorhabenträger diese Fläche von WEA freizuhalten (vgl. Anlage I). Neben den vorgenannten Kriterien ist der folgende Sachverhalt des Naturschutzes zu thematisieren: • Wiesenvögel und FledermäuseDer Planungsraum liegt außerhalb entsprechender Wiesenvogelbrutgebiete. Er weist jedoch aufgrund der Habitatausstattung ein Brutplatzpotenzial für Offenlandarten auf und in den Gehölzbiotopen sind Brutplätze der Gehölzgilden zu erwarten. Durch einschlägige Minimierungs- und Vermeidungsmaßnahmen können erhebliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden. Zum Schutz der nicht auszuschließenden lokalen und migrierenden Fledermausarten sind vorsorglich Abschaltmaßnahmen vorzusehen. Vorbehaltlich der Ergebnisse der kürzlich abgeschlossenen avifaunistischen Erfassungen und anstehenden naturschutzfachlichen Bewertungenist davon auszugehen, dass ein artenschutzrechtliches Konfliktpotenzial einer Ausweisung der Fläche nicht entgegensteht. Zusammenfassend betrachtet wird anhand der vorstehenden Einschätzungen deutlich, dass die Erweiterung des Testfeldes für Windenergie-Prototypen-Anlagen als Bürgerwindparkprojekt (nördliche Teilfläche) sowie die Nutzung der Planungsfläche für WEA zur Energieversorgung der Gemeinde (südlicheTeilfläche) einen entscheidenden Beitrag zum Windenergieausbau in Schleswig-Holstein und der Daseinsvorsorge der Gemeinde Jerrishoe leisten kann. Die Vorprüfung der oben angeführten Kriterien und Sachverhalte hat ergeben, dass durch das geplante Vorhaben voraussichtlich nicht mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die betroffenen Belange zu rechnen ist und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zum jetzigen Zeitpunkt einerkünftigen Ausweisung als Vorrangfläche nichts entgegensteht. Aufgrund des wichtigen Beitrags sowohl für die Vermessung und Weiterentwicklung von Windenergieanlagen, der Energiewende im Allgemeinen und der Daseinsvorsorge der Gemeinde, sprechen wir unsauch im Namen des Vorhabenträgers für die Ausweisung der hier beworbenen Fläche mit einer Größevon rund 113 ha aus. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen i.A. [redacted] Anlagen: Anlage I – Lageplan Anlage II – Stellungnahme [redacted] (11.03.2020)	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2733	Sehr geehrte Damen und Herren, zum Entwurf des neuen LEP Windenergie in Schleswig-Holstein nehmen wir wie folgt Stellung: Schutzgut Mensch: Als Bewohner und Eigentümer eines Wohnhauses [redacted] (rote Markierung) sind wir von den ausgewiesenen Potentialflächen unmittelbar betroffen. (Abbildung) Die Flächenausweisung unter Einhaltung von nur 400 m Abstand zu Wohngebäuden führt bei entsprechender Bebauung dazu, dass der Ortsteil Neu-Sophienhof nahezu vollständig von WindKraftanlagen (WEA) umschlossen ist. Diese Einzäunung kommt einem Gitterkäfig gleich und ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel, da in Anlage 1 zu § 1 der LEP Wind VO, Kapitel 4.5.1 auf Seite 31 (B zu 7) ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass....verhindert werden soll, das Ortslagen in unzumutbarer Weise von WEA umstellt werden, um sowohl einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität des	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Außerdem beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1.3, 2.11.1 und 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich enthält die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 3.15.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Weiterhin beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise /

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schutzgutes Mensch als auch ... entgegenzuwirken.“ Als Bewohner einer Siedlung im Außenbereich verstehen wir nicht, warum unsere Lebensqualität geringer einzustufen ist als die anderer Menschen oder gar Sachobjekte. Selbst rund um ein benachbartes Hügelgrab ist ein größerer Abstand vorgesehen. Wir haben hier zwar viel Natur durch landwirtschaftliche Nutzung, leben - im Gegensatz zu Menschen in größeren Gemeinden - aber schon immer mit deutlichen strukturellen Nachteilen, was Internetversorgung, Mobilfunknetzabdeckung, ÖPNV-Anbindung, etc. angeht. Schattenwurf/Diskoeffekt Unsere Ortslage [redacted] zeichnet sich durch eine bandartige Ansiedlung von Höfen und Häusern entlang der Straße aus. Eine Verschattung durch umliegende Häuser, wie sie in einer gewachsenen Siedlung vorkommt, liegt hier nicht vor. Alle Häuser und Gebäude werden vom Schattenwurf der WEA betroffen sein. Da die Planung nahezu eine 360° Umzingelung zulässt, wird den gesamten Tag über Schattenwurf aus unterschiedlichen Richtungen anfallen. Die Sonnenscheindauer in Richtung [redacted] beträgt z.T. 10 Stunden. Hinzukommt, dass eben diese Flächen deutlich höher liegen als [redacted] und dort geplante Anlagen einen langen Schatten produzieren werden. Hier ist es ohnehin fraglich, ob die Einhaltung der Grenzwerte, die über ein entsprechendes Schattengutachten nachgewiesen werden müssen, einen effizienten Betrieb der Anlagen überhaupt möglich machen. Fehlender Netzausbau Was nützt die Ausweisung von 7% der Fläche Schleswig-Holsteins als Potentialfläche für Windkraft, wenn schon heute die Leistungen aus erneuerbaren Energie nicht vollständig eingespeist werden können. Durch die sprunghafte Ausweisung von zusätzlichen Flächen für PV-Freiflächenanlagen entstehen weitere große Mengen an Energie, die auch in den nächsten Jahren nicht abgenommen werden können. So z.B. im Umspannwerk in Höhndorf, das durch das Repowering von bestehenden WEA und zusätzlichen, bereits beantragten Solarparks keine weiteren Zusagen zur Abnahme von Energie machen kann. Seeadlerdichtezentrum	Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 4.8.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Schließlich wird auf die Ziffern 7.2.5, 7.2.12 und 7.3.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die geplante Potentialfläche liegt sehr nah am Seeadlerdichtezentrum, dessen Ausweitung bereits beantragt ist und den Behörden vorliegt. Eine Ansiedlung von WEA wäre hier kontraproduktiv. Auch das Vorkommen des Rotmilans und anderer Zugvögel ist dokumentiert. Tourismus Die Probstei ist ein Erholungsraum, der sich durch die Küstennähe, aber auch durch attraktiven Rad- und Fahrwege in den umliegenden Gemeinden auszeichnet. Zahlreiche Radfahrer nutzen auch die Strecken aus der Probstei Richtung Gut Salzau und den Selenter See, die unmittelbar an Neu-Sophienhof vorbeiführen. Eingriff in das Landschaftsbild Entgegen der vorhandenen Windparks im benachbarten Fiefbergen und in Ratjendorf ist die Potentialfläche um Neu-Sophienhof um ein Vielfaches größer und greift damit raumbedeutend in die Landschaft ein. Aus den vorliegenden Gründen wurden die Flächen im ersten Planverfahren zur Ausweisung der Windvorrangflächen verworfen. An den Gegebenheiten hat sich nicht geändert. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2414	Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein- Fort-schreibung 2021- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO} Beteiligungsverfahren gemäß§ 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG **Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR2_RDE_115 und der Potenzialfläche PR2_RDE_104** Sehr geehrte Damen und Herren,	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	als Grundstückseigentümer in den oben genannten Potentialflächen begrüße ich grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesre-gierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und un-sere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehr-wert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitte ich daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G - 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten frei- zuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. **1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erfor-derlich** Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohnge-bäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand	zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. Zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel: Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen sind in der Nähe von Horststandorten windkraftsensibler Großvogelarten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. Folglich ist der absolute Ausschluss von Windenergieanlagen in den Umgebungsbereichen mittels eines Zieles der Raumordnung fachlich und rechtlich nicht geboten. Der Einsatz von Antikollisionssystemen ist derzeit nicht in jedem Fall fachlich geeignet oder technisch möglich um das Tötungsrisiko stets ausschließen zu können. Eine Ausweisung von Vorranggebieten unter alleiniger Annahme des Einsatzes eines Antikollisionssystems ist daher fachlich und rechtlich nicht möglich. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel angesetzten Umgebungsbereiche orientieren sich jetzt an den Angaben des BNatSchG (Anlage 1 Abschnitt 2 zu § 45b BNatSchG). Der Nahbereich wird durch ein neues Ziel der Raumordnung als freizuhaltender Bereich aufgenommen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 45 b bis d ausschließlich für die Ebene der Zulassungsverfahren. Das Kriterium „Seeadlerdichtezentrum“ wird beibehalten, denn aufgrund von überdurchschnittlich hoher Anzahl von Revieren ist von einem hohen Kollisionsrisiko mit WEA auszugehen. Eine Öffnung dieses Kriteriums ist naturschutzfachlich und planerisch auch im Lichte der eingegangenen Stellungnahmen nicht angezeigt. Eine Konfliktbewältigung durch Maßnahmen wird hier

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21-, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden Rotor-In- Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Ro-tordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkun-gen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. **1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung** Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und - wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungs-kriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde - vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: *"Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich <u>im Einzelfall</u> durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern <u>ergänzt werden,</u> so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen <u>kann."</u> (Unterstreichung nur hier)*	in der Regel nicht verhältnismäßig sein. Eine Erweiterung des Dichtezentrums ist aus fachlicher Sicht ebenso nicht erforderlich, da es in der jetzigen Abgrenzung nach wie vor die höchste Revierdichte in Schleswig-Holstein abbildet und damit den Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung darstellt. Daran ändern auch vereinzelt hinzugekommen Brutplätze am Rande nichts. Der Schwarzstorch steht mit 5-7 Revieren kurz vor dem Aussterben in Schleswig-Holstein. Für erfolgreiche Bruten sind die Vögel auf freie Flugkorridore ohne Barrieren im Umfeld ihrer Brutplätze angewiesen. Die Funktion der Lebensstätte für erfolgreiche Bruten der wenigen Paare in Schleswig-Holstein kann daher nur gesichert werden, wenn der 2 km Umgebungsbereich frei von WEA bleibt. In den letzten Jahren ist der Kenntnisstand zur Brutverbreitung des Rotmilans deutlich gestiegen. Die Erkenntnisse zeigen, dass Rotmilanreviere in der Regel wiederbesetzt werden. Auch wenn nicht immer der exakt gleiche Horst genutzt wird, liegt der Wechselhorst oft in der unmittelbaren Nähe. Auch werden aktuell unbesetzte Horste in den Folgejahren wiederbesetzt. Insofern ist die Berücksichtigung der aktuellen Rotmilanbrutplätze artenschutzfachlich gerechtfertigt. Ergänzend wird zu diesem Kriterium auf die allgemeine Synopse, Ziffer 4.20.1 verwiesen. zu Naturparken: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es bleibt weiterhin bei Berücksichtigung und Einzelfallabwägung der Naturparke. Die Begründung muss nicht so detailliert ausformuliert sein, dass jede Abwägungsentscheidung quasi schon vorweggenommen wird. Eine vertiefende Erläuterung der flächenbezogenen Abwägungsentscheidungen erfolgt auf Regionalplanebene. Die Landesplanung sieht gerade die Überlagerung mit anderen Kriterien des Landschafts- und Freiraumschutzes als Indikator dafür an, dass es sich innerhalb von Naturparken um besonders wertvolle Landschaftsbestandteile handelt.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zu-sätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber um- gekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehens-weise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor- innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 - wenn er nicht ganz aufgegeben wird - nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vor-handenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass - auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G - Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzube-ziehen sind und nicht allein errichtete WEA. **1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion** Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grund-satz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Ab-satz 1 Z).	zu Landschaftsschutzgebieten: Der Stellungnahme wird insofern gefolgt, als dass in Aufstellung befindliche und einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete unberücksichtigt bleiben. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. zu Nahrungsgebieten für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten: Die fachlichen Erkenntnisse für die Abgrenzung der bedeutsamen Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne beruhen auf jahrelangen kontinuierlichen Beobachtungen der Fachbehörden, unterstützt durch die staatliche Vogelschutzwarte. Die Landesplanungsbehörde hält auch nach erneuter Prüfung an den Datengrundlagen fest. Ein strikter Ausschluss dieser Flächen ist nicht erforderlich, da sich (entgegen der Auffassung aus einigen Stellungnahmen) die Bestände der nordischen Gänse und des Singschwans in den letzten Jahren positiv entwickelt haben und im Einzelfall eine Konfliktbewältigung durch Maßnahmen möglich sein kann. Die Auffassung, dass es sich durch die Formulierungen in der Begründung um ein verkapptes Ziel der Raumordnung handelt, wird nicht geteilt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1. Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den(erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets(§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs(§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets - unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen(§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) - durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen(teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbe-hörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, wes- halb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben.<u>Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage:</u>Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammen- hang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt.Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organi-schen Siedlungsstruktur ist(st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; *Söfker/Hellriegel,* in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 1S3. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994- 4 B 77/94 -, juris; *Söfker/Hellriegel,* in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautz-berger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der stän-digen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend ge-nutzt zu werden pflegen,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken(z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken(z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne ,,Nebenanlagen" zur landwirtschaftlichen,(klein-)gärtnerischen oder sonstigen Haupt-nutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungs-struktur beitragen können."(BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städte- baulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild ent-spricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauli-che Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt *(Söfker/Hellriegel,* in: Ernst/Zinkahn/Bielen- berg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Ent-scheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammen-hangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gege-benen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gege-benheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Gelände-hindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebau-ung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2. Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion" haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall um- stritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach§ 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch -was aber unklar bleibt und nicht trans-parent ist - dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dau-erhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach§ 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird *„unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtun-gen"*. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen„ *unter anderem"* und *„ähnliche Ein-richtungen".* Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. **1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen" nicht erforderlich** Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen" ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter *„planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist"* verstanden, was ebenfalls für *„in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungs-nutzungen/ besonders schützenswerten Nutzungen"* gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksicht-nahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob - gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne - solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen(Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. **1.6 Ergebnis** Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls drin-gend einer verbindlichen Konkretisierung(ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. **2 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G - Brutplätze windkraftsensibler Großvögel** Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G soll um Brutplätze von vier genannten windkraftsensiblen Großvo-gelarten in einem jeweils angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Wind- energiegebieten stattfinden. Dies sind für den Seeadler 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), für den Schwarzstorch 2.000 Meter, für den Weißstorch 1.000 Meter und für den Rotmilan 1.500 Meter. Wenn im jeweiligen Abstandsradius bereits raumbe-deutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt, solle in der Abwägung geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mög-lich ist. Zusätzlich könne bei Weißstorch- und Rotmilan-Brutplätzen einzelfallbezogen geprüft wer- den, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden können. In der Begründung B zu 17 wird auf ein erhöhtes Kollisionsrisiko im Horstumfeld von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Seeadlern, Weißstörchen und Rotmilanen Bezug genommen. Für Schwarzstörche bestünde ein ausgeprägtes Meide- verhalten gegenüber WEA, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe be-stehe(§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Der Abstandsradius beim Seeadler wird auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG zurückgeführt. Für den Weißstorch und den Rotmilan wird zwi-schen einem engen und weiten Radius differenziert, wobei gelte: *"Wird innerhalb des weiteren Be-reiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine er-höhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßi-gen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist."* Weiter wird auf abwä-gungsrelevante Aspekte bei bestehenden Windparks innerhalb bestimmter Umgebungsbereiche ver-wiesen(Übernahme, nachträgliche Ansiedlung, vorhandene Vorbelastung, Repowering). Zu den einzeln genannten windkraftsensiblen Großvögeln ist folgendes festzuhalten und deshalb Ka-pitel 4.5.1.3 Absatz 17 G sowie die diesbezügliche Begründung entsprechend anzupassen, damit eine rechtmäßige Anwendung und Abwägung dieses Grundsatzes der Raumordnung bei der Ausweisung von Windenergiegebiete in den Regionalplänen erfolgt: **2.1 Allgemein** Es ist zunächst zu begrüßen, dass die Schutzbereiche um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvö-geln teilweise reduziert wurden und insgesamt der Abwägung zugänglich sind. Es ist jedoch sehr problematisch, dass Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G die angegebenen Umgebungsbereiche zum Regelfall erklärt, sodass nur im Kontext von Vorbelastungen (bereits bestehende raumbedeutsame WEA bzw. ergangene Genehmigungen) ein Unterschreiten möglich sein solle. Damit wird der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit einer Zielausnahme i.S.d.§ 6 Abs. 1 ROG formuliert, was zu korrigieren ist, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, es fehlten hinreichende Daten für eine Zielfestlegung, was aber nun zur verkappten und nur scheinbar abwägungsoffenen Festlegung als Grundsatz der Raumordnung führte. Zudem verwundert der Ansatz, wonach nicht durchgehend die Prüfabstände aus der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG übernommen wurden und fast jegliche Rechtfertigung für die pauschal angenommenen Abstände bei windkraftsensiblen Großvogelarten fehlt. Allein zum Seeadler findet sich ein Bezug auf Anlage 1 Abschnitt 1	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	BNatSchG. Bei den weiteren kollisionsgefährdeten Arten wird die gesetzliche Vorgabe ignoriert und der abweichend gewählte Abstandsradius nicht gerechtfertigt. Dabei ist im Nachgang zum verfassungsrechtlichen Handlungsauftrag, den das BVerfG formuliert hat (BVerfG, Beschluss vom 23. Oktober 2018 - 1 BvR 2523/13 -, BVerfGE 149, 407-421), der Bundesge-setzgeber tätig geworden und hat mit§ 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG verbindliche Maß-stäbe für die Bewertung, wann nach§ 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, festgelegt. Sofern die Landespla-nungsbehörde hiervon abweichen und weitergehende Abstände als den Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG berücksichtigen möchte, so fehlt es an einer entsprechenden Rechtfertigung hierfür. Gesetzgeberische Intention war es gerade, bundesweit einheitliche Abstandsregelungen, die der dafür legitimierte Gesetzgeber vorgibt, zu setzen. Insofern sind die vorgesehenen Abstandsradien unbedingt auf den jeweiligen Nahbereich nach An-lage 1 Abschnitt 1 BNatSchG anzupassen oder dieser zumindest gemeinsam mit dem zentralen Prüf-bereich abwägend zu berücksichtigen. Hierauf wird zu den einzelnen Arten noch eingegangen. **2.2 Rotmilan** Zunächst ist festzustellen, dass die Berücksichtigung von Rotmilanbrutplätzen in Kapitel 4.5.1.3 Ab- satz 17 G ungeeignet ist und die Auswahl der windkraftsensiblen Großvogelarten auch gar keine Rechtfertigung erfahren hat. Für den Rotmilan kann das auch nicht gelingen. Während sich die Vorgehensweise für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze bei einer Anpassung der Radien und echten Offenheit für eine abwägende Einzelfallprüfung erschließt, ist die Herangehensweise in Bezug auf Rotmilanbrutplätze fehlerhaft. So führte das landeseigene aktuali-sierte Fachpapier aus: ,,Allerdings wird diese Art nicht alljährlich landesweit erfasst und es gibt häufiger Horstwech-sel, so dass die Daten oft nur einen ersten Hinweis auf ein Rotmilanvorkommen im Planungs- raum geben." (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Wind-energieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016, S. 7). Naturschutzfachlich ist bestätigt, dass der Rotmilan gegenüber dem Seeadler eine deutlich geringere Brutplatzkonstanz aufweist. Eine zwischen den Jahren variable Besiedlung der Landschaft (Wechsel der Horststandorte oder auch Nicht-Wiederbesiedlung von Waldstücken) tritt daher häufig auf (z.B. Mammen et al., Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt. Bericht des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Heft 5/2014). So berichtet Schmude, dass bei einer Rotmilankar-tierung in Mecklenburg-Vorpommern 75 % der im Folgejahr erneut kontrollierten Horste nicht mehr besetzt waren, insgesamt 49 von 65 Horsten (Schmude, Protokoll der 16. Sitzung der Bund-Länder- initiative Windenergie (BLWE) am 22.09.2014; nachvollziehbar bei Scheller/Vökler/Güttner, OAMV e.V., Hotmilankartierung 2011/2012 in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 09.02.2014). Die Variabili-tät ist dadurch begründet, dass der Rotmilan als Zugvogel (auch unter Berücksichtigung möglicher Verluste auf dem Zugweg) erst relativ spät im Jahr ins angestammte Brutrevier zurückkehrt und nicht selten einen neuen Horst bauen muss, weil der Althorst bereits durch andere Arten (Konkurrenten um geeignete Horstbäume bzw. vorhandene Horste z.B. Mäusebussard, Kolkrabe u.a.) besetzt wurde. Auch baut der Rotmilan in der Regel eher kleinere und nicht so stabile Horste, so dass diese leichter als z.B. langjährig genutzte und entsprechend ausgebaute Seeadler-Horste durch Winters- türme zerstört werden können. Diese autökologischen Aspekte der Biologie des Rotmilans bedingen, dass zwar in der Regel die Reviere wiederbesetzt werden, aufgrund der Variabilität die Lage der Horststandorte aber nur schwer vorhersagbar ist. Wird nunmehr aber auf dieser Grundlage eine Potenzialfläche im 1.500 Meter- oder 1.000 Meter- Radius (zu den falschen Abständen vgl. nachfolgend) um einen aktuell nachgewiesenen Standort ei-nes Rotmilanhorsts gestrichen, so werden diese naturschutzfachlichen Grundlagen zur sehr geringen Horsttreue missachtet. Dies kann dazu führen, dass durch den Horstwechsel die Potenzialfläche be-reits beim Inkrafttreten des Regionalplans nicht mehr durch den Rotmilanhorst beeinträchtigt würde. Zudem ist es vor dem Hintergrund des nach§ 5 Abs. 1 Satz 4 LaplaG vorgesehenen Planungszeitraums der Regionalpläne von fünfzehn Jahren, also voraussichtlich bis 2040, abwägungsfehlerhaft, eine Art mit sehr geringer Brutplatzkonstanz heranzuziehen, um in der Abwägung Potenzialflächen bis ins Jahr 2040 zu streichen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Soll auf der höherstufigen Planungsebene bereits eine weitgehende Aussage mit Abwägungsdirektiven, wie aktuell in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G vorgesehen, getroffen werden, geht dies mit dem Er-fordernis einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte einher als wenn - auch im Rahmen der Abwägung - keine konkreten Zielaussagen getroffen werden. Dabei können sich die Zusammen-stellung des Abwägungsmaterials und der Abwägungsvorgang selbst den Anforderungen an die Ab-wägung bei Fachplanungen annähern, je enger das Ziel und der damit vorgegebene Rahmen sind (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Soweit durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 Potenzial-flächen ausgeschlossen werden sollen, bedarf es für die herangezogenen Tierarten eine landesweite Kenntnis von Horststandorten. Nur dann liegt eine für diese Zwecke ausreichende Be5tandsauf-nahme vor (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53), die den Anforde-rungen an Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte genügt. Dies gilt umso mehr, weil die Zuordnung zur Streichung von Gebieten im Rahmen der Abwägung ohne vorhandene umfangreiche Raumnutzungsanalyse faktisch zu einem Ziel der Raumordnung erhoben wird, was an sich bereits fragwürdig ist. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn dies im Sinne einer Beweislastumkehr auf die Öffentlichkeit, insbesondere die Vorhabenträger, als Anforderung verlagert wird. Während die recht-lich erforderlichen landesweiten Kenntnisse für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze wohl vorliegen dürften, gibt es eine solche hinreichende Bestandsaufnahme und Erkenntnislage für Rotmilanbrutplätze nicht. Es wäre im Übrigen auf Grund der vorstehend beschriebenen fehlenden Brutplatztreue wohl auch problematisch, eine aktuelle bzw. dem Bedarf der Regionalplanung - schließlich handelt es sich um ein Verfahren über viele Monate und einen Plan, der mehrere Jahre gelten soll - entsprechende Bestandsaufnahme zu erhalten. Jedenfalls für die Art Rotmilan sollte die Landesplanungsplanungsbehörde unbedingt auf die nachfol-genden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verweisen, die sowohl die sehr ge-ringe Brutplatzkonstanz als auch die für die Bewertung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG maßgeblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfigura-tion, Biotopausstattung, fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen (Abschaltung, Ablenkflächen, etc.) besser und abwägungsfehlerfrei berücksichtigen können. Dabei wird nicht in eine unüberwindbare Verbotslage hineingeplant, weil § 45b BNatSchG in Einzelfällen letztendlich auch noch	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	über die ar-tenschutzrechtliche Ausnahme immer eine Genehmigungsfähigkeit bei einer Betroffenheit des Rot-milans ermöglicht. Sofern die Landesplanungsbehörde den Rotmilan nicht schon in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G als aus- gewählten windkraftsensiblen Großvogel aufgrund der vorstehenden Ausführungen streicht und da- mit Rechtsfehler vermeidet, so hat in jedem Fall eine Anpassung der dortigen Abstandsradien für die Art zu erfolgen. Es ist nicht nachvollziehbar und kann auch nicht begründet werden - wenig überraschend verhält sich die Begründung B zu 17 deshalb auch überhaupt nicht dazu - wieso für den Rotmilan ein Umge-bungsbereich von 1.500 Metern angenommen wird. Es kann im Rahmen der Festlegung nicht über den zentralen Prüfbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG hinausgegangen werden und zugleich für das Zugriffsverbot das erhöhte Kollisionsrisiko für den Rotmilan als Begründung herangeführt werden. Schließlich hat der Bundesgesetzgeber für den erweiterten Prüfbereich eine Beweislastumkehr eingeführt und in § 45b Abs. 4 Satz 1 BNatSchG festgelegt, dass in der Regel das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemp-lare dann nicht signifikant erhöht ist. Es ist sehr widersprüchlich dazu, dass die Landesplanungsbe-hörde abstrakt über § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG hinausgehend beim Rotmilan 1.500 Meter, anstatt 1.200 Meter vorsieht (vgl. allgemein bereits 2.1). Auffallend ist, dass nur für den Rotmilan der Radius nicht an Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG angepasst wurde, sondern stattdessen an den Ab- ständen des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) ohne weitere Begründung festgehalten wird. Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBI. 1 s. 1362) überholt. In jedem Fall ist der Abstandsradius auf 1.200 Meter zu reduzieren. Unabhängig davon ist der Abstandsradius für den Rotmilan jedoch sogar auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 2.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Rotmilan zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d.§ 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zent-ralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attrak-tive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Re-gelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Es sind aber auch schon Antikollisionssysteme für den Rotmilan in Schles-wig-Holstein anerkannt. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Rotmilanbrutplatz nach§ 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer - auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach§ 45 Abs. 7 i.V.m.§ 45b Abs. 8 BNatSchG - genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: *"Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Ge-nehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl re-gelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist."* Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach§ 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übri-gen ist die Bezugnahme auf§ 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den An- trag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten be-trifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach§ 10 Abs. 6a BlmSchG solche Genehmigungsverfah-ren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d.§ 6 WindBG auch der§ 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hin- sichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nicht einmal den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf nur 1.000 Meter zu Rotmilanhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 1.000 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	vormaligen rechtlich überholten (vgl. vorstehende Ausführungen) gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 1.000 Metern - zutref-fend ‚eigentlich 500 Metern - aufgrund des§ 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Aus-führungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Wider-spruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. **3 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G - Naturparke** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die beson-deren Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden. Nach der Begründung B zu 14 sei die Hauptzielsetzung der Naturparke Schlei, Hüttener Berge, Westensee, Aukrug, Holsteinische Schweiz und Lauenburgische Seen in Schleswig-Holstein, die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu sichern sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu erhalten. Insofern bestünde eine besondere Bedeutung für den Na-turhaushalt und das Landschaftsbild sowie für Tourismus und Erholung. Auch wenn die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energie nicht explizit vorgesehen sei, sei in Teilbereichen eine Auswei-sung von Windenergiegebieten möglich, ohne die genannten Funktionen der Naturparke wesentlich zu beeinträchtigen. Zunächst bleibt auch mit der Begründung B zu 14 vage, was „die besonderen Funktionen von Natur- parken" sind. Damit bleibt aber auch für den Abwägungsprozess offen, wann nicht von einer wesent-lichen Beeinträchtigung auszugehen ist. Der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 wird mit Bezugnahme auf§ 16 LNatSchG gerechtfertigt (B zu 14). Danach sind Naturparke durch Allgemeinverfügung erklärte großräumige Gebiete, die (1.) zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und (2.) sich wegen ihrer landschaftlichen Vorausset-zungen für die Erholung besonders eignen. Die Erklärung zum Naturpark bestimmt u.a. den Umfang seiner Aufgaben sowie die Schutz- und Entwicklungsziele. Wie bereits im	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	vormaligen gesamträumli-chen Plankonzept wird die Hauptzielsetzung unter B zu 14 (vgl. vorstehende Ausführung) benannt. Aufgrund der thematischen Überlagerung mit anderen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung (Kapitel 4.5.1.3 Absatz 2 Z- Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G - Landschaftsschutzgebiete; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z - Europäische Vogelschutzgebiet- und Um-gebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z- Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche) droht eine abwägungsfehlerhafte doppelten bzw. mehrfache Berücksichtigung des Grundsatzes der Raumordnung Naturparke. Mit Blick auf die gesetzliche Wertung des§ 16 Abs'. 1 Nr. 1 LNatSchG ist maßgeblich, ob Naturschutz- gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler als wesentliche Teile des Naturparks und von diesen her als geschützter Teil von Natur und Landschaft betroffen sind. Insofern sollte in der Abwägung nur dann der Naturpark sich durchsetzen können, wenn solche Ge-biete die Potenzialfläche umlagern. Dabei schlägt aber auch die Neubewertung von Landschaftsschutzgebieten (vgl. dazu 4) auf die Ab-wägung im Kontext der Naturparke durch, sodass nur ausnahmsweise ein Naturpark wegen Betrof-fenheit eines Landschaftsschutzgebiets Relevanz haben kann. **4 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G - Landschaftsschutzgebiete** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutz- gebieten {LSG) berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 13 wird auf die Neuregelung des § 26 Abs. 3 BNatSchG verwiesen, welche sich auch auf das Veränderungsverbot nach § 19 Abs. 2 Satz 2 LNatSchG bei eingeleitetem LSG-Ver- fahren nach§ 12a Abs. 2 LNatSchG erstrecke. Dies gelte auch für einstweilige sichergestellte Gebiete nach § 12a Abs. 3 LNatSchG i.V.m. § 22 Abs. 3 und § 26 BNatSchG. Für die deshalb vorzunehmende Abwägungsentscheidung solle die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen wer- den, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden. Zunächst ist die Rechtsauffassung der Einbeziehung des Veränderungsverbots und der einstweiligen Sicherstellung in § 26 Abs. 3 BNatSchG zu begrüßen, weil ein vorlaufender Schutz für eine LSG-Ver-ordnung nicht umfangreicher ausfallen kann als	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die LSG-Verordnung selbst. Allerdings sind weiterhin Abwägungen zulasten der Windenergie aufgrund einer Lage in einem Landschaftsschutzschutzgebiet möglich, obwohl die gesetzgeberische Wertentscheidung in § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG dahinge-hend besteht, dass zugunsten der Windenergie entsprechende Windenergiegebiete in Landschafts-schutzgebieten festgelegt werden können. In jedem Fall zu vermeiden ist es, dass - wie nach dem bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) - allein einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete überhaupt eine Berücksichtigung in der Abwägung finden. Es hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass dieses Instrumentarium auch zur Vermeidung von Windenergie eingesetzt wurde, ohne dass sich der Wille zur Ausweisung später nach Zielerreichung verfestigt hat. So sind etwa die (ge-planten) Landschaftsschutzgebiete „Wiedingharder- und Gotteskoog" und „Ostenfeld-Schwabsted-ter Geest mit vorgelagerter Marsch", die der Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein zum Regio-nalplan für den Planungsraum I zugrunde liegen (OVG Schleswig-Holstein, 22.03.2023 - 5 KN 53/21 - juris Rn. 31), weiterhin nicht ausgewiesen. Schließlich kann ein Verfahren zur Ausweisung eines Land-schafi:sschutzgebiets nach Rechtskraft der Regionalpläne einfach wieder eingestellt werden, was ei- ner Verhinderungsplanung durch Landkreise gleichkommt (auf dieses Risiko bzw. diese Motivations- lage hat auch hingewiesen OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 74}. Etwaige zukünftige Landschaftsschutzgebiete, für die nach§ 12a Abs. 2 LNatSchG lediglich das Ver- fahren zur Aufstellung einer LSG-Verordnung eingeleitet wurde sowie für die nach § 12a Abs. 3 LNatSchG lediglich eine einstweilige Sicherstellung erfolgte, stellen noch keinen hinreichend begrün-deten Fall für die Gewichtung eines solchen Belangs dar. Dabei ist aufgrund des § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG nicht einmal mehr erforderlich, dass eine Befreiungslage nach § 67 Abs. 1 BNatSchG vor- liegt. Zwar sehen die vorgenannten Normen§ 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG eine Möglichkeit der ge-setzlichen bzw. der normativen Sicherstellung ähnlich zu einer Veränderungssperre vor. In materiel-ler Hinsicht ist dafür aber nicht notwendig, dass die Schutzwürdigkeit und -bedürftigkeit der betroffe-nen Landschaft bereits abschließend geprüft worden ist und feststeht. Es genügt, dass das von der Sicherstellungsverordnung erfasste Gebiet (Geltungsbereich) seiner Qualität nach geeignet ist, einen // besonderen" Schutz von Natur und Landschaft, wie er mit der künftigen LSG-Verordnung geplant ist, zu rechtfertigen, wobei auf die drei alternativ genannten gesetzlichen Schutzzwecke in§ 26 Abs. 1 Nr. 1 - 3 BNatSchG abzustellen ist (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4/17 -, juris Rn. 68). Insofern steht nicht unbedingt fest, dass es tatsächlich zum Erlass einer LSG-Verordnung kommen wird. Auf der Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9.) kann zudem keine hinreichende Auseinandersetzung mit den Inhalten der in Aufstellung befindlichen LSG-Verordnung erfolgen. Das ist aber für eine Prognose er- forderlich, ob es überhaupt zu einer rechtmäßigen LSG-Verordnung kommen kann, für die ein Schutz nach § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG angemessen wäre und für die die Landesplanungsbehörde quasi antizipieren kann, dass in diesem Bereich die Errichtung und der Betrieb von WEA zukünftig nicht erfolgen wird. Diese Prognose müsste auch Gegenstand der Planunterlagen sein, sodass die Abwä- gung überhaupt nachvollziehbar ist. Damit wird die Regionalplanung aber überstrapaziert. So hat auch das OVG Schleswig-Holstein festgestellt, dass sich die Landschaft zur Schutzwürdigkeit „hin- sichtlich ihres Charakters, ihrer Eigenart und Qualität von - außerhalb davon gelegenen - Landschafts- räumen (die im Übrigen nicht ungeschützt sind [vgl. z. B.§ 35 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 5 BauGB; §§ 14 ff. BNatSchG; §§ 8 ff. LNatSchG]) deutlich unterscheiden" müsse (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 76). Schließlich würde diese Vorgehensweise der gesetzlichen Wertung des§ 4 Abs. 1 ROG widersprechen und verkehrt diese in ihr Gegenteil. Eine raumordnungsrechtliche Abstimmung, wie vom OVG Schles-wig-Holstein zurecht gefordert (vgl. OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 79 ff.; 21.12.2017 -1 KN 8/17 -, juris Rn. 132 ff.), kann auch nicht in der Weise erfolgen, dass die Landes-planung in Aufstellung befindliche LSG-Verordnungen schlicht berücksichtigt, selbst wenn keine ei- gene Prüfung stattfindet (OVG Schleswig-Holstein, 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 135). Zu Recht hat das OVG Schleswig-Holstein gerügt, dass die Landkreise der Landesplanung nicht mit dem Mittel des Erlasses einer Sicherstellungsverordnung (bzw. LSG-Verordnung) vorgreifen dürfen (OVG Schles-wig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 83 f.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 134 und **136).** Wenn Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G beibehalten werden soll, dann ist dies jedenfalls auf nur bereits vorliegende LSG-Verordnungen zu reduzieren und die Abwägung hat in den Randbereichen der LSG grundsätzlich zugunsten der Ausweisung von Windenergiegebieten zu erfolgen. **5 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G - Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des**	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope **5.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schles-wig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig- Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzge-biets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunkt-bereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsor-geerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung er- halten haben, von WEA freigehalten werden. **5.2 Kleinstbiotope** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flä-chen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden. Zum einen kann nach§ 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m.§ 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des§ 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach§ 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befrei-ung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des§ 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach§ 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechen- des Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Wind- energiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammen- fassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwä-gung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prä-misse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsys-tems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbund-systems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort *Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems)* wei-terhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß§ 21 BNatSchG mit landes- weiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschafts-programm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raum-ordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundach-sen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzu-stellen sind. Nach§ 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß§ 21 BNatSchG zuerhal-ten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellulilg im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsge-biete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließ-lich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstel- lung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund be- steht dabei nach§ 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungsele-menten. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024,§ 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittstein-biotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024,§ 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bä-chen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeuisam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach§ 21 Abs. 1 Satz 1 zt,.1 erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht wer- den und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auf- lage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderli-chen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkt- räume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausge-staltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbe-ziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht be-einträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung *C, sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden",* B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsge-biete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. ,,Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Bio-topverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)" als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1•.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzge-biets-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Biotopverbundsystems" über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbe-hörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Ände-rung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprü-fung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinander- setzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rah-mencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vorneh-men möchte, so könnte die naturschutzrechtliche, Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrens-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Ge- biete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Bio-topflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Wider-spruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. **6 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 14 G - Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU- Vogelschutzgebieten** Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in Nahrungs- gebieten für Gänse (ohne Graugänse und Neozoen) und Singschwäne außerhalb von EU-VSG die An- forderungen des Artenschutzes berücksichtigt werden. Die Begründung B zu 14 führt dazu die internationale Bedeutung Schleswig-Holsteins als Überwinte-rungsgebiet oder Zwischenrastgebiet für nordische Gänse und den Singschwan an. Dabei würden die wichtigsten Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne bereits über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z - Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 9 Z- Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 10 Z - International bedeutsame Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen berücksichtigt. Darüberhin- ausgehend bestünden zusätzliche Nahrungsgebiete überwiegend im Binnenland, welche vom Kapitel 4.5.1.3 Absatz 14 G umfasst seien. Da sich die Bestände der nordischen Gänse und des Singschwans in den letzten Jahren positiv entwickelt haben, könne hier im Einzelfall eine Ausweisung von Wind- energiegebieten möglich sein, sofern nicht weitere konfliktverschärfende Kriterien überlagert sind. Problematisch an diesem Grundsatz der Raumordnung ist bereits die völlig unklare Datengrundlage, wann solche zusätzlichen Nahrungsgebiete (überwiegend) im Binnenland vorliegen. Dabei ist zu be-achten, dass die Nahrungsgebiete sehr stark von der jeweiligen Nahrungsverfügbarkeit in Einzeljah-ren abhängt (bspw. Umgang mit Maisernte). Eine landeseinheitliche und hinsichtlich der Datenlage belastbare Abgrenzung von solchen Nahrungsgebieten ist deshalb nicht möglich. Dennoch soll laut B zu 14 nur im Einzelfall eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich sein, was der Systematik eines Grundsatzes der Raumordnung widerspricht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit Zielausnahme (keine Überlagerung mit weiteren konfliktverschärfenden Kri-terien) festlegt. Diese aus der Begründung abgeleitete Herangehensweise ist aufzuheben und -wenn Kapitel 4.5.1.3 Absatz 14 G mangels einheitlicher, transparenter und belastbarer Datengrundlage nicht schon ganz aufgehoben wird - jedenfalls nur in besonders begründeten Einzelfällen ein lang- jährig bedeutendes Nahrungsgebiet höher zu gewichten als die Windenergienutzung. Das gilt erst recht vor dem Hintergrund, dass ausweislich der Begründung die Bestände der nordi-schen Gänse und des Singschwans eine positive Entwicklung haben und die hierfür wichtigsten Nah-rungsgebiete durch drei anderweitige Ziele der Raumordnung umfangreich geschützt sind. Im Übrigen ist festzuhalten, dass bei Umsetzung eines Windenergievorhabens ein entsprechender Konflikt - sollte er einmal tatsächlich maßgeblich bestehen - durch Kompensations- bzw. vorgezo-gene Ausgleichsmaßnahmen gelöst werden kann Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2569	Sehr geehrte Landesplanung, mit Unverständnis und Bedauern reagieren wir auf die Streichung der Vorrangfläche. Seit 1995 wird dort an einem der besten Standorte in Schleswig-Holstein Windstrom produziert. Dort besteht eine sehr hohe Akzeptanz der Einwohner in Friedrichsgabekoog. Es handelt sich um einen Standort der ersten Stunde. Im Jahr 2015 wurde eine Bauvoranfrage der Firma RWE Innogy seitens der Luftfahrtbehörde als nicht genehmigungsfähig eingestuft und abgelehnt. Sechs E40 Anlagen sollten gegen vier E70 repowert werden. 2016 wurden direkt nebenan zwei E70 Anlagen genehmigt. Die Flächen sind von Anfang an im Regionalplan gewesen. Es hat immer geheißen: Einmal Regionalplan, immer Regionalplan. Darauf hat man sich verlassen und es	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (hier: Platztrunden um Flugplätze)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 3.8.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Abgrenzung, Änderung und Begründung von Platzrunden liegt nicht im Zuständigkeitsbereich der Raumordnung.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	deswegen nicht so eilig gehabt mit dem re powern. Seit 2018 sind die Flächen herausgefallen. Im davor gültigen Entwurf war die Fläche komplett drinnen, im Entwurf davor nur der nördliche Teil drin, davor war die Fläche raus, davor immer drinnen. In fünf verfahren fünf verschiedene Bewertungen für den Standort. An der Faktenlage hat sich seit 1994 allerdings nichts geändert. Warum also diese unterschiedlichen Bewertungen? Die gesamte Infrastruktur für Windenergie ist hier vorhanden. Kabel, Wege und Übergabestationen, fürs Repowering ist alles da. Thema Platzrunde/Flugplatz: In den Genehmigungsverfahren der 90er Jahre wurden auch die Träger öffentlicher Belange befragt, so auch der Flugplatz Heide-Büsum. Es gab keine Einwände, da die Fläche außerhalb des Bereiches, derfür die Sicherheitsbedürfnisse der Fliegerei hohe Bauwerke ausschließt, liegt. Dieses sind ein zwei Kilometer Radius um die Start- und Landebahn und ein fächerförmiger Bereich direkt in An- und Abflugbereich der Start und Landebahn (Karten 1 &2.). Noch bis ca. 2011 war diese Karte die Grundlage für die Erstellung der Karten für die Flächen der Regionalplanung zur Ausweisung der Windeignungsgebiete. PR3 DiT 061 des Kreises Dithmarschen war hierfür immer geeignet und ausgewiesen. In dieser Karte von 2011 waren auch sämtliche Ausschlusskriterien eingezeichnet, wie die Abstände zu Wohnbereichen, 3km Küstenstreifen, Freiraum für den Flugplatz etc. PR3 DiT 061 war hier unbefleckt, das heißt geeignet. Seit Anfang der 2000er Jahre hat die Flugbehörde des Landes Schleswig- Holstein ihre eigene Version einer Platzrunde. Diese wurde weit in die Fläche PR3 DiT 061 hineingezeichnet. Ohne den Kreis, Ämter, Gemeinden oder ähnliche informiert zu haben. Ohne Not wird im Nachhinein das Windeignungsgebiet entwertet, enteignet. Warum wurde dieser zusätzlich beanspruchte Luftraum in den Norden gezeichnet und nicht in den Süden? Im Norden befinden sich verschiedene Windeignungsgebiete mit WKA Bebauung und der Ortskern der Gemeinden Österdeichstrich. Im Süden ist keine Windenergie möglich und es befindet sich dort weniger Wohnbebauung. Warum wurden auf unsere Rückfragen diesbezüglich keine Rücksicht genommen und weigert sich die Luftfahrtbehörde dies zu korrigieren? Warum wird die Platzrunde in PR3 DiT 061 hineingezeichnet, obwohl dort die WKA schon stehen? Die Piloten orientieren sich in der Praxis an den alten 2 km Radius und überfliegen den Wind park im Landeanflug nicht. Bis ca. 2017 war auf der Homepage des Flugplatzes eine Karte zum An- und Abflugverhalten eingestellt. Sie war datiert auf	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des Jahr 2004 (Karte 3). Es gibt auf dem Flugplatz neben dem Helgolandflieger ca. 5 Vereinsmaschinen. Der über den 2 km Radius liegen Teil der Flugplatzrunde hat Ausmaße eines Großflughafens. Da die WKA schon vor der Ausweisung dieser Fläche dort standen und bisher zu keinen Komplikationen führten, sollte ein Bestandsschutz der Fläche auch für Repowering Anlagen nichts entgegen sprechen. Die größten Anlagen, die dort stehen, haben eine Flügelspitzen höhe von 133m. In der Bekanntmachung der Deutschen Flugsicherung Nfl 327/1 und 328/1 vom November 2001 steht, dass Flugplätze mit einer Landebahn kleiner 800 Meter die Codezahlen/Buchstaben 1 und A gelten. Dieses besagt einen 2 km Schutzradius und nicht mehr. Außerdem wurde die Mindestflughöhe von 150 m auf 300 m über Grund festgelegt. Dieses ist entnommen aus dem landschaftsrahmenplan für den Planungsrahmen IV der Kreise Dithmarschen und Steinburg Stand Januar 2005. 300 Meter über Grund bedeutet somit kein Kollisionsrisiko. Hier ist eine Verordnung geändert worden, um es der Windenergie zu ermöglichen in der nähe solcher Plätze betrieben werden zu können und die Landesplanung suchte bisher nach Argumenten dieses hierzu verhindern. Im Jahr 2021 ist in 700 m Entfernung von der Start- und Landebahn ein 30m hoher Mobilfunkmast genehmigt und aufgestellt worden. Dies erfolgte, obwohl die Luftfahrtbehörde auf der Bauvoranfrage für das Repowering keine baulichen Anlagen größer 20 m genehmigen würde (Anlage 1). Im Jahr 2012 sind neue Vorgaben für den Flugbetrieb empfohlen wurden. In diesem Zusammenhang hat die Firma airsight in „Zusammenarbeit mit der Luftfahrtbehörde eine neue Karte Schutzbereich Platzrunde erstellt“. In dieser Planung wurde in keinster Weise Rücksicht auf die Windkraftanlagenbetreiber, Grundstückseigentümer, Gemeinden und deren Interessen genommen. Es wurde so geplant, dass für diese der maximale Schaden entsteht. Dies für wie bereits erwähnte 5. Privatmaschinen und einem Helgoland Flieger. Durch den Wegfall der Flächen fürs Repowering geht eine Strommenge von kurzfristig 20 Mio. kwh verloren, die dort für bereits abgebaute Anlagen hätten gebaut werden können. Sowie würden in den nächsten Jahren 100 mio kwh wegfallen über WKA die in diesen Bereichen allein in Friedrichsgabekoog stehen, die auf Grundlage dieser Platzrunde nicht re powert werden können und somit ohne Ersatz in Zukunft abgebaut werden müssten. Warum die Platzrunde nicht in den Süden gelegt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wurde, wo all diese Probleme nicht aufgetreten wären, lässt einen vermuten, dass dies damals beabsichtigt war, mit dem Ziel der Windenergie dort zu Schaden. Um die Karte der Firma airsight besserzu verstehen und zu begreifen, habe ich dort angerufen. Mein Gesprächspartner war der Herr Malte Karger. Er hat mir die Hintergründe zu der Karte von 2018 erläutert (Karte 4 und Karte 5). Erwäre aufgeschlossen für eine Planänderung. Es gäbe aus seiner Sicht die Möglichkeiten die Platzrunde so zu verändern, dass ein Großteil der weggefallenen Flächen für ein Repowering bebaut werden könnte, wenn man den Flugbetrieb anpasst unter Berücksichtigung aller Sicherheitsaspekte. Die Verlegung der Platzrunde in den Süden wäre definitiv möglich. Frei nach der salvatorischen Klausel sollte doch ein Konsens möglich sein. So wie es jetzt ist es quasi ein Berufsverbot für die Windkraftbetreiber, was so nicht notwendig sein müsste. Wir hoffen, dass Sie einen Eindruck davon erhalten konnten, warum uns diese Problematik mit dem Flugplatz und der damit verbundenen fehlenden Ausweisung der Flächen sehr beschäftigt und wir uns damit nicht objektiv bewertet sehen. Zumal es die Möglichkeit gäbe dieses ganze Problem zu lösen, ohne dass es dabei Nachteile für den Flugplatz gibt. Um dies zu verstehen, muss man diese 30 jährige Historie verstehen und hinterfragen, wie es zu dieser Fehlentwicklung kam. Was ich Ihnen hoffentlich etwas näherbringen konnte und in Ihren Entscheidungen Berücksichtigung findet. Gruß, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1999	Ich bin gegen den Windkaftausbau, da die Leitungen für den Transport des Stroms nicht vorhanden sind. Außerdem fehlt ein Konzept, wie nach Ablauf der Nutzung der Sondermüll entsorgt wird und wer die Kosten trägt. Außerdem verschandeln die Windkraftanlagen die Landschaft.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.2.6, 7.2.12 und 7.2.13 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2525	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR1_NFL_005 Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung	gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung: Die Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung haben eine herausragende landes- und regionalwirtschaftliche Bedeutung. Sie sind besonders geeignet für eine marktgerechte Entwicklung des Tourismus sowie zur Umsetzung der tourismuspolitischen Zielsetzungen entsprechend der Tourismusstrategie des Landes Schleswig-Holstein. Damit ist jedoch nicht verbunden, dass innerhalb dieser Räume eine Windenergienutzung nicht möglich sein könnte. Gleichwohl bedarf es auch hier einer sorgfältigen Abwägung zwischen den unterschiedlichen Interessen. Innerhalb der Entwicklungsgebiete für den Tourismus nehmen die Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung eine herausgehobene Bedeutung ein. Auch dieser Aspekt ist im Rahmen der Abwägung zu prüfen und wird damit der Grundanforderung an die Raumordnung gerecht. Das überragende öffentliche Interesse der Windenergienutzung gemäß § 2 EEG ist bei der Ausweisung von Windgebieten anders zu gewichten. Hier hat die Landesplanung einen relativ breiten Ermessensspielraum in der Abwägung, solange im Ergebnis der Flächenbeitragswert erreicht wird. Dies wird noch gestützt durch § 249 Abs. 6 BauGB. Die Kernbereiche für

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten die Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt:	Tourismus und/oder Erholung finden Einzug in die allgemeinen Regionalpläne, so dass deren Abgrenzung sich daraus ergibt. zu Korridoren von Richtfunkstrecken: An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. Im Rahmen der Vorranggebietsausweisung ist zu prüfen, ob sich die Windenergienutzung durchsetzt. Dabei ist der Landesplanungsbehörde bekannt, dass Richtfunkstrecken durch eine entsprechende Anlagenkonstellation hinreichend berücksichtigt werden können. Gleichwohl ist zu prüfen, ob z. B. bei dem Zusammentreffen mehrerer Richtfunkstrecken Vorranggebiete oder Teilbereiche von Vorranggebieten weiterhin nutzbar bleiben. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	„Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen- das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. 1.2 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 11 G – Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 11 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Erfordernisse der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie der Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung berücksichtigt werden. Laut der Begründung B zu 11 soll gemäß dem im Kapitel 4.7.1 Absatz 3 formulierten Grundsatz, dem Tourismus und der Erholung besonderes Gewicht beizumessen, einzelfallbezogen geprüft werden, was auch für die Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung gelte. Nach Kapitel 4.7.1 Absatz 3 soll in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung dem Tourismus und der Erholung besonderes Gewicht beigemessen werden. Dies soll	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bei der Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Planungen, Maßnahmen und Vorhaben berücksichtigt werden. Es handelt sich um raumordnerische Vorbehaltsgebiete. Es ist allerdings festzuhalten, dass kein Widerspruch zwischen Tourismus und Erholung sowie der Nutzung der Windenergie besteht. So gibt es keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse, dass die Windenergienutzung die Erholungseignung einschränkt, zumal diese zum Landschaftsbild des Landes Schleswig-Holstein seit vielen Jahren dazu gehört. Die Landesplanung hat bereits in der zurückliegenden Teilregionalplanung für Windenergie in zutreffender Weise die Naturparke, welche ebenfalls Tourismus und Erholung dienen, für die Windenergienutzung in maßvoller Weise geöffnet. Auch insofern besteht kein Widerspruch und dies wäre klarzustellen. Schließlich gilt für Landschaftsschutzgebiete, dass nach § 26 Abs. 3 BNatSchG Windenergiegebiete auch in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden dürfen, wovon die Landesplanung ebenfalls in maßvoller Weise Gebrauch machen kann, um den Flächenbeitragswert in Schleswig-Holstein zu erreichen. Gerade im Kontext der gesetzlichen Abwägungsdirektive des § 2 EEG 2023 ist deshalb festzustellen, dass das überragende öffentliche Interesse und Sicherheitsinteresse der Windenergie auch unter Berücksichtigung von Tourismus und Erholung in dafür vorgesehenen Schwerpunkträumen überwiegt. Damit muss sich die Windenergienutzung regelmäßig durchsetzen und nur in außergewöhnlichen Fällen, bspw. auf touristisch geprägten Inseln, gilt etwas anderes. Ebenso gilt dies hinsichtlich der in den Regionalplänen zu konkretisierenden Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung. Für diese gilt nun die raumordnerische Festlegung in Kapitel 4.7.2 Absatz 4. Diese Bereiche haben eine herausgehobene Bedeutung für den Tourismus und/oder die Erholung und können sich in die höherwertige Schwerpunktraumkategorie hineinentwickeln. Insofern gilt deshalb erst recht der Abwägungsvorrang zugunsten der Windenergienutzung nach § 2 EEG 2023 wie vorstehend zu den höherwertigen Schwerpunkträumen ausgeführt. Da in den Regionalplänen die Zielsetzungen für die Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung konkretisiert werden, hat sich die [redacted] bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zu den Entwürfen der Neuaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I, II und III des Landes Schleswig-Holstein nach § 5 Abs. 8 LaplaG, § 9 Abs. 2 ROG zu den Entwicklungsgebieten für Tourismus und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erholung geäußert und auf die erforderliche Klarstellung der Zulässigkeit und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung hingewiesen. Dabei wurde auf die fehlende, abgestimmte Planung hingewiesen und vorliegend wird erneut betont, dass die Ausgliederung des Themenbereichs Windenergie nicht über Kapitel 4.5.1.2 Absatz 11 G Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung, Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung zu einer unkoordinierten Verhinderung der Windenergienutzung führen darf. Schließlich wurde vormals im bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) auf einen gutachterlichen Vorschlag für die Abgrenzung der Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung Bezug genommen, der aber nicht veröffentlicht wurde. Bereits aus Gründen der Transparenz, aber auch zur Nachvollziehbarkeit wie auch Auseinandersetzung mit der Abgrenzung ist dieser öffentlich zu machen. 1.3 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 8 G – Korridore von Richtfunkstrecken Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 8 G sollen die Korridore hoheitlicher Richtfunkstrecken bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. Ausweislich der Begründung B zu 8 begründet sich dies mit einem erheblichen Störfaktor der WEA, welche den Funkstrahl unterbrechen oder ablenken können. Entsprechend freizuhaltende Korridore würden durch die zuständigen mitgeteilt werden und es solle dann geprüft werden, ob und in welchem Umfang diesen Anliegen Rechnung getragen werden kann. Zunächst ist zu betonen, dass die Landesplanungsbehörde in eigener Verantwortung eine kritische Prüfung und Hinterfragung solcher Freihaltekorridore vorzunehmen hat, um einer etwaigen Tendenz zu Vorsorgeüberlegungen der Richtfunkbetreiber vorzubeugen. Weiter entspricht es der Praxis in den Genehmigungsverfahren, durch entsprechende Windpark-Konfigurationen Richtfunkstrecken freihalten zu können und damit entsprechende Konflikte zu lösen. Mithin gehört es nicht auf die Ebene der Landes- und Regionalplanung, bereits vorsorglich Windenergiegebiete auszuschließen. Damit kann der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 8 aufgehoben werden. Jedenfalls aber muss eine Abwägung zulasten der Windenergienutzung ein	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	absoluter Ausnahmefall sein. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2568	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein.	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Landschaftsschutzgebieten: Der Stellungnahme wird insofern gefolgt, als dass in Aufstellung befindliche und einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete unberücksichtigt bleiben. zu Wäldern und Umgebungsbereichen:

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten die Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von	Die Raumordnung hat keine Verwerfungskompetenz gegenüber Landesrecht. Die Auffassung, dass die BVerfG-Entscheidung zum Waldgesetz Thüringen auf Schleswig-Holstein übertragbar sei, wird nicht geteilt. Der geringe Waldanteil in Schleswig-Holstein genießt schon per se einen höheren Schutzanspruch. Das Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf das Umwandlungsverbot für WEA nicht verfassungswidrig. Unabhängig davon wird ein Mindestabstand zum Wald von 30 m auch deshalb für notwendig erachtet, um die ökologische Funktion des Waldrandes mit den Wechselbeziehungen insbesondere von Fledermäusen und Vögeln ins Offenland nicht zu stark zu beeinträchtigen. Scheuch- und Störwirkungen sind in diesem Nahbereich auch bei ökologisch weniger wertvollen Wäldern anzunehmen. Die Ausführungen zum Abstand zu Naturwäldern werden zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden nur Naturwälder i.S. des § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahme Gebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. 1.2 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 13 wird auf die Neuregelung des § 26 Abs. 3 BNatSchG verwiesen, welche sich auch auf das Veränderungsverbot nach § 19 Abs. 2 Satz 2 LNatSchG bei eingeleitetem LSG-Verfahren nach § 12a Abs. 2 LNatSchG erstrecke. Dies gelte auch für einstweilige sichergestellte Gebiete nach § 12a Abs. 3 LNatSchG i.V.m. § 22 Abs. 3 und § 26 BNatSchG. Für die deshalb vorzunehmende Abwägungsentscheidung solle die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden. Zunächst ist die Rechtsauffassung der Einbeziehung des Veränderungsverbots und der einstweiligen Sicherstellung in § 26 Abs. 3 BNatSchG zu begrüßen, weil ein vorlaufender Schutz für eine LSG-Verordnung nicht umfangreicher ausfallen kann als die LSG-Verordnung selbst. Allerdings sind weiterhin Abwägungen zulasten der Windenergie aufgrund einer Lage in einem Landschaftsschutzschutzgebiet möglich, obwohl die gesetzgeberische Wertentscheidung in § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG dahingehend besteht, dass zugunsten der Windenergie entsprechende Windenergiegebiete in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden können. In jedem Fall zu vermeiden ist es, dass – wie nach dem bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) – allein einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete überhaupt eine Berücksichtigung in der Abwägung finden. Es hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass dieses Instrumentarium auch zur Vermeidung von Windenergie eingesetzt wurde, ohne dass sich der Wille zur Ausweisung später nach Zielerreichung verfestigt hat. So sind etwa die (geplanten) Landschaftsschutzgebiete „Wiedingharder- und Gotteskoog“ und „Ostenfeld-Schwabstedter Geest mit vorgelagerter Marsch“, die der Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein zum Regionalplan für den Planungsraum I zugrunde liegen (OVG	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Schleswig-Holstein, 22.03.2023 - 5 KN 53/21 - juris Rn. 31), weiterhin nicht ausgewiesen. Schließlich kann ein Verfahren zur Ausweisung eines Landschaftsschutzgebiets nach Rechtskraft der Regionalpläne einfach wieder eingestellt werden, was einer Verhinderungsplanung durch Landkreise gleichkommt (auf dieses Risiko bzw. diese Motivationslage hat auch hingewiesen OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 74). Etwaige zukünftige Landschaftsschutzgebiete, für die nach § 12a Abs. 2 LNatSchG lediglich das Verfahren zur Aufstellung einer LSG-Verordnung eingeleitet wurde sowie für die nach § 12a Abs. 3 LNatSchG lediglich eine einstweilige Sicherstellung erfolgte, stellen noch keinen hinreichend begründeten Fall für die Gewichtung eines solchen Belangs dar. Dabei ist aufgrund des § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG nicht einmal mehr erforderlich, dass eine Befreiungslage nach § 67 Abs. 1 BNatSchG vorliegt. Zwar sehen die vorgenannten Normen § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG eine Möglichkeit der gesetzlichen bzw. der normativen Sicherstellung ähnlich zu einer Veränderungssperre vor. In materieller Hinsicht ist dafür aber nicht notwendig, dass die Schutzwürdigkeit und -bedürftigkeit der betroffenen Landschaft bereits abschließend geprüft worden ist und feststeht. Es genügt, dass das von der Sicherstellungsverordnung erfasste Gebiet (Geltungsbereich) seiner Qualität nach geeignet ist, einen „besonderen“ Schutz von Natur und Landschaft, wie er mit der künftigen LSG-Verordnung geplant ist, zu rechtfertigen, wobei auf die drei alternativ genannten gesetzlichen Schutzzwecke in § 26 Abs. 1 Nr. 1 - 3 BNatSchG abzustellen ist (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 68). Insofern steht nicht unbedingt fest, dass es tatsächlich zum Erlass einer LSG-Verordnung kommen wird. Auf der Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9.) kann zudem keine hinreichende Auseinandersetzung mit den Inhalten der in Aufstellung befindlichen LSG-Verordnung erfolgen. Das ist aber für eine Prognose erforderlich, ob es überhaupt zu einer rechtmäßigen LSG-Verordnung kommen kann, für die ein Schutz nach § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG angemessen wäre und für die die Landesplanungsbehörde quasi antizipieren kann, dass in diesem Bereich die Errichtung und der Betrieb von WEA zukünftig nicht erfolgen wird. Diese Prognose müsste auch Gegenstand der Planunterlagen sein, sodass die Abwägung überhaupt nachvollziehbar ist. Damit wird die Regionalplanung aber überstrapaziert. So hat auch das OVG Schleswig-Holstein festgestellt, dass sich die Landschaft zur Schutzwürdigkeit „hinsichtlich ihres Charakters, ihrer Eigenart und Qualität von - außerhalb davon gelegenen - Landschaftsräumen (die im Übrigen nicht ungeschützt sind [vgl. z. B. § 35	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 5 BauGB; §§ 14 ff. BNatSchG; §§ 8 ff. LNatSchG]) deutlich unterscheiden“ müsse (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 76). Schließlich würde diese Vorgehensweise der gesetzlichen Wertung des § 4 Abs. 1 ROG widersprechen und verkehrt diese in ihr Gegenteil. Eine raumordnungsrechtliche Abstimmung, wie vom OVG Schleswig-Holstein zurecht gefordert (vgl. OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 79 ff.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 132 ff.), kann auch nicht in der Weise erfolgen, dass die Landesplanung in Aufstellung befindliche LSG-Verordnungen schlicht berücksichtigt, selbst wenn keine eigene Prüfung stattfindet (OVG Schleswig-Holstein, 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 135). Zu Recht hat das OVG Schleswig-Holstein gerügt, dass die Landkreise der Landesplanung nicht mit dem Mittel des Erlasses einer Sicherstellungsverordnung (bzw. LSG-Verordnung) vorgreifen dürfen (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 83 f.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 134 und 136). Wenn Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G beibehalten werden soll, dann ist dies jedenfalls auf nur bereits vorliegende LSG-Verordnungen zu reduzieren und die Abwägung hat in den Randbereichen der LSG grundsätzlich zugunsten der Ausweisung von Windenergiegebieten zu erfolgen. 1.3 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z – Wälder und Umgebungsbereiche Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. Weiter sind nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen. Dies wird mit dem niedrigen Waldanteil in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt, dem Ziel der Landesregierung zur weiteren Erhöhung des Waldanteils, und dem gesetzlichen Verbot des § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG begründet (B zu 6 zu (1)). Eine Zulassung der Waldumwandlung sei wegen der Seltenheit, der besonderen Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz sowie des Landschaftsbildes bei Prägung durch Waldkulissen nicht vertretbar. Weiter wird auf § 24 LWaldG, der einen gesetzlichen Waldabstand vorsieht, und § 2 Abs. 1 LWaldG, der die Mindestgröße von einem Hektar als Waldfläche	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	vorsieht, verwiesen. Bei Naturwäldern wird in der Begründung B zu 6 zu (2) auf deren nach § 14 LWaldG besondere ökologische Funktionen Bezug genommen. Der weitergehende Abstand von 100 Metern wird mit den Waldrändern von Naturwäldern als Schnittstelle zum Offenland, die häufig sehr artenreich seien und einen wichtigen Rückzugsraum darstellten, begründet. Naturwälder seien in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt. Darüber hinaus seien weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen. Das fortgeltende Verbot der Waldumwandlung zur Errichtung von WEA (§ 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG) und der pauschale Waldabstand von 30 Metern (§ 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG) sind vor dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung des BVerfG zweifelhaft. So hat das BVerfG die Regelung in Thüringen „Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ (§ 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) als nicht gerechtfertigte Inhalts- und Schrankenbestimmung, welche in das Eigentumsrecht der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer eingreift, angesehen, weil das Gesetz formell verfassungswidrig ist, da dem Freistaat Thüringen für die angegriffene Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlt (BVerfG, 27.09.2022 - 1 BvR 2661/21 -, BVerfGE 163, 1-42, Rn. 14). § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG lautet beinahe identisch („Die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von mehr als 10 Metern ist unzulässig.“) und die Entscheidungsgründe des BVerfG sind übertragbar. Auch das OVG Schleswig-Holstein hat diesbezügliche Bedenken bereits deutlich geäußert, wenngleich dies noch nicht entscheidungserheblich war (OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21 -, juris Rn. 51). Insofern sollte die Landesplanungsbehörde zur Vermeidung der Berufung auf eine verfassungswidrige Vorschrift unbedingt auf Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) verzichten und selbst bei einem planerischen Freihalten der Waldflächen jedenfalls nicht noch zusätzlich einen Abstand von 30 Metern vorsehen. Letzteres gilt insbesondere auch deshalb, weil WEA mit entsprechenden Feuerlöschsystemen nicht mit den in § 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG genannten Schutzzwecken im Widerspruch stehen und insofern auch unter Berücksichtigung der Wertung des § 2 EEG die Unterschreitung des Waldabstands zugelassen werden kann. Dies gilt noch mehr vor dem Hintergrund, dass durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) die Referenzanlage (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern vom Turmmittelpunkt und damit der baulichen Anlage sowieso 75 Meter Abstand zum Waldrand einhalten wird	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und der untere Rotordurchlauf bei 50 Metern beginnen wird, weshalb die Schutzzwecke in dieser Höhe keine maßgebliche Relevanz mehr haben werden. Vorzugswürdig und durch das BVerfG angelegt ist jedoch, dass allein die nach §§ 14 f. LWaldG aufgrund ihrer ökologischen Funktion, ihrer Lage oder auch wegen ihrer Schönheit schutzwürdig und -bedürftigen Wälder von der Windenergienutzung ausgenommen werden, wofür der Landesgesetzgeber allein auch eine Gesetzgebungskompetenz hat. Insofern ist allein Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) zu befürworten und auf weitergehende Abstände zu verzichten. Allerdings muss zum Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) angemerkt werden, dass rechtsfehlerhaft ist, wenn neben den explizit nach §§ 14 f. LWaldG erklärten Naturwäldern, die in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt sind, weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen sein sollen. Sofern damit gemeint sein sollte, dass weitere nach den gesetzlichen Regelungen des §§ 14 f. LWaldG erklärte Naturwälder (Verordnungen nach § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG) zu berücksichtigen sind, wäre das rechtlich zulässig. Darüber hinausgehende allein fachlich eingeschätzte „Naturwälder“ können keine Berücksichtigung finden, weil sie nicht nach dem Verfahren des § 15 LWaldG zustande kamen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Institution: Amt Probstei, Der Amtsdirektor ID: M2480	**<u>Sachverhalt:</u>** Die Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land liegt bis einschließlich 09.09.2024 öffentlich aus. Bis dahin können die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen Stellungnahmen bei der Landesplanungsbehörde einreichen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.3.1, 3.17.1, 4.20, 7.2.11, 7.2.12, 7.3.1 und 4.20.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Das Dichtezentrum von Seeadlervorkommen entspricht in seiner

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	In der Teilfortschreibung des Regionalplanes 2020 sind keine Vorranggebiete für Windenergieanlagen im Gemeindegebiet der Gemeinde Stein ausgewiesen. Vielmehr sind im gesamten Bereich des Amtes Probstei nördlich der Bundesstraße 502 (8502) keine Vorranggebiete für Windenergieanlagen ausgewiesen. Im Baugesetzbuch wurde der § 245 e Absatz 5 eingefügt. Dieser Paragraph ermöglicht es Gemeinden ein sogenanntes Zielabweichungsverfahren beim Land Schleswig-Holstein zu beantragen , um auch außerhalb der im Regionalplan oder Landesentwicklungsplan festgelegten Vorranggebiete Windenergieanlagen planen und bauen zu können. Von dieser Möglichkeit hat die Gemeinde Brodersdorf nun Gebrauch gemacht. Auch wenn das Verfahren noch nicht zum Abschluss gebracht wurde, besteht durchaus die Möglichkeit, dass in unmittelbarer Nähe zur Gemeinde Stein Windkraftanlagen mit einer Höhe von 250 m entstehen können. Die Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land weist keine Vorranggebiete für Windenergieanlagen aus und auch eine Karte, die sogenannte Potentialflächen für Windenergieanlagen erfasst und darstellt, ist nicht Bestandteil der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes. Die Ausweisung von Vorranggebieten und Potentialflächen wird in Kürze in den Regionalplänen Wind erfolgen. Sehr wohl werden in der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes grundlegende Regelungen zur Planung von Windenergieanlagen festgeschrieben. In der Anlage sind der Textteil und die Plankarte zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes beigefügt. Der Umweltbericht kann unter www.schleswig-hostein.de eingesehen werden, die Datenmenge ist zu groß, um sie in diesem Portal einzustellen. Es wird empfohlen, die folgende Stellungnahme zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land zu beschließen und abzugeben, da der Bau von Windkraftanlagen unter den jetzt vorgesehenen Vorhaben kritisch gesehen wird: Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie wird der Abstand von der Windenergieanlage bis zur Siedlungsfläche auf 800 m festgeschrieben, die tatsächliche Höhe der Windenergieanlagen spielt dabei keine Rolle mehr. Die heutigen Windenergieanlagen haben Höhen zwischen 200 m und 250 m. Die Beeinträchtigungen, die von diesen Anlagen ausgehen, betreffen nicht nur die Wohngebäude, dessen Mindestabstand eingehalten wird, sondern auch die	räumlichen Ausdehnung dem gleichnamigen Kriterium aus dem Landesentwicklungsplans Wind (2020). Die räumliche Festlegung erfolgte auf Grundlage von besetzten und traditionell geeigneten Horststandorten nach landesweit einheitlich angewendeten Kriterien. Ausgehend vom Großen Plöner See werden alle Reviere einbezogen, deren 3 km Umgebungsbereiche sich überlappen oder nicht weiter als 2 km voneinander entfernt liegen. Die von diesen Revieren umschlossene Außengrenze weist im Inneren Bestandslücken auf. Diese Bereiche sind jedoch in der Vergangenheit besiedelt gewesen oder es gab Ansiedlungsversuche. Außerdem weisen sie Schlafplätze und Aufenthaltsbereiche von heranwachsenden Seeadlern auf. Dieser Lebensraum zeichnet sich durch zahlreiche Waldflächen und viele Seen sowie eine Verbindung zur Ostsee und zu EU-Vogelschutzgebieten aus. Im Ergebnis ist ein Raum mit einer kontinuierlich hohen Brutdichte abgegrenzt, der zur dauerhaften Sicherung des stabilen Kerns der Seeadlerpopulation in Schleswig-Holstein geeignet ist und somit der Kontinuität der Freihaltung von WEA bedarf. Eine Anpassung der Abgrenzungen ist fachlich nicht geboten, auch nicht, wenn es an den Rändern zu vereinzelten Änderungen besetzter Horste kommt. Darüber hinaus beinhaltet die Stellungnahme Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wohngebäude, die in einem Abstand weit über 800 m liegen. Bei den Beeinträchtigungen geht es nicht nur um Lärm, der von den Anlagen ausgeht, sondern auch um Schattenwurf, den die Rotorblätter verursachen und insbesondere auch um das Landschaftsbild in einer sehr attraktiven Naturlandschaft eines Landschaftsschutzgebietes, das auch touristisch sehr stark genutzt wird. Windenergieanlagen in einer Höhe von 250 m führen in diesem Gebiet nicht nur zu den zuvor genannten Beeinträchtigungen, sie werden auch einen ganz erheblichen Wertverlust der Wohnbaugrundstücke nach sich ziehen. Diese Wertverluste treten stark in den Randbereichen der Gemeinde mit den geringsten Abständen zu den Windenergieanlagen ein, sie werden sich aber über das gesamte Gemeindegebiet erstrecken, weil die Windenergieanlagen mit 250 m Höhe eine sehr große Dominanz haben und somit von jedem Wohnbaugrundstück in Stein wahrgenommen werden. Allein aus Gründen der Lärmbelastung sowie der Belastung durch den Schattenwurf sollten Windenergieanlagen grundsätzlich einen Mindestabstand zu Wohnbauflächen von 1.000 m haben. Darüber hinaus sollte der Abstand bei solch großen Anlagen um weitere 1.000 m erweitert werden, um die Wertverluste der Wohnbaugrundstücke in erträglichen Grenzen zu halten. Südwestlich der Gemeinde Stein im Bereich der Hagener Au befindet sich ein Seeadlerhorst. In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist hierzu ausgesagt, dass innerhalb der in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein dargestellten Dichtezentren für Seeadlervorkommen die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen ausgeschlossen ist. Der Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II weist im südöstlicher Gemeindegebiet der Gemeinde Stein ein Seeadlerdichtezentrum aus, der vorhandene Seeadlerhorst befindet sich jedoch im südwestlichen Bereich der Gemeinde Stein und damit um ein paar Meter außerhalb des im Landschaftsrahmenplan dargestellten Seeadlerdichtezentrums . Hier sollte der Landschaftsrahmenplan an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst und das Gebiet entsprechend erweitert werden, um den Schutz von Seeadlern auch gewährleisten zu können. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes können dann auch keine Windkraftanlagen in dem Bereich südwestlich von Stein entstehen. In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist weiterhin aufgeführt, dass um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll. Bezogen auf den Seeadler sind hier 2.000 m aufgeführt. In der Abwägung kann jedoch geprüft werden, ob eine Ausweisung von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergiegebieten möglich ist, wenn in dem Abstandsradius bereits raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet wurden. In der Gemeinde Laboe stehen zwei Windenergieanlagen mit einer Höhe von unter 100 m, die eine Anlage hat eine Entfernung von ca. 1,2 Km zum Adlerhorst. Nördlich der Gemeinde Brodersdorf und südwestlich von Stein wird ein Windpark mit drei Anlagen in einer Höhe von jeweils 250 m geplant. Der Seeadlerhorst befindet sich etwa 800 m von der ersten geplanten Windkraftanlage entfernt. Bei diesen Dimensionen mit drei Windkraftanlagen und einer Höhe von 250 m kann davon ausgegangen werden, dass eine unmittelbare Gefahr für den Seeadler besteht. Zum Schutz der Seeadler sollte der Radius um einen Seeadlerhorst grundsätzlich 2.000 m betragen, eine Prüfung und Abwägung sollte innerhalb dieses Radius nicht möglich sein. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten berücksichtigt werden. Das Landschaftsschutzgebiet „Hagener Au von Probsteierhagen bis zur Einmündung in die Ostsee und Umgebung sowie die Ostseeküste zwischen Laboe und Stein" verläuft nördlich der B 502 zwischen den Ortslagen Brodersdorf und Stein bis zur Ostsee. Inmitten des Landschaftsschutzgebietes verläuft die Hagener Au mit den sehr schützenswerten Gewässerrandstreifen. Das Gebiet wird von vielen Tier- und besonders auch Vogelarten zur Nahrungssuche wie auch als Rastplatz genutzt. Das gilt im Besonderen während des allgemeinen Vogelzuges. In diesem Bereich sind auch die Wiesenweihe und der Rotmilan regelmäßig zu sehen. Der Bereich an der Hagener Au ist als sehr geschützt zu bezeichnen. Es verläuft kein Weg entlang des Gewässers, so dass Störungen, gerade auf Steiner Gebiet, nur sehr gering erfolgen. Es ergibt aus der Sicht der Gemeindevertretung keinen Sinn, ein hochwertiges Landschaftsschutzgebiet jetzt durch eine Industrieanlage stark, wenn nicht sogar ganz zu entwerten . Durch den Bau der Anlage, den unvermeidlichen umfangreichen Wegebau und die regelmäßigen Wartungen, würde sich der bisherige Zustand erheblich ändern. Wenn eine Nutzung für Windkraft ermöglicht werden soll, so ist eine Aufhebung des Schutzes nur zwangsläufig. Die Akzeptanz in der Bevölkerung wird nicht nur dann steigen, wenn Natur Natur bleibt und Gewerbe Gewerbe, sondern auch dann, wenn die Anwohner bei einer gewerblichen Nutzung sich aktiv als Investor an dem Projekt beteiligen können. Insoweit macht eine Bebauung vom Ansatz mehr Sinn, wenn nicht nur wenige Anlagen installiert werden	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	können, da in einem solchen Fall, die Entwickler nur wenig zu verteilen haben. Insoweit wäre eine vorherige Ausnutzung von Flächen mit der Möglichkeit des Baues von mehreren Windkraftanlagen sowohl aus Akzeptanz-, Wirtschaftlichkeits- und Umweltgründen zu favorisieren. Zur Zeit sind keine neuen Bebauungsgebiete in der Gemeinde Stein geplant. Aufgrund der Küstenlage ergeben sich aber nur beschränkte Erweiterungsmöglichkeiten . Diese werden durch den möglichen Bau von Windkraftanlagen weiter eingeschränkt. Sollten dann auch die Flächen dann auch noch ihren Schutzstatus nicht verlieren, würden sich weitere Einschränkungen ergeben. zusammenfassend möchten wir feststellen, dass Windkraftanlagen nicht generell abgelehnt werden. Bei den bestehenden kleinen und den in ca. 1,8 km Entfernung vom Dorf bzw. Einzelhöfen stehenden Anlagen kann kein negativer Einfluss auf die in Stein wesentlichen Standortfaktoren (dörfliche Wohngemeinschaf,t Tourismus und dem Natur- und Artenschutz) erkannt werden. Bei jedoch den geplanten und zukünftig zu erwartenden großen Anlagen bestehen aufgrund der jetzt vorgeschlagenen Rahmenbedingungen erhebliche Bedenken. **Beschlussvorschlag:** Die Gemeindevertretung stimmt der vorstehenden Stellungnahme zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Wind an Land zu und beschließt, sie bei der Landesplanungsbehörde einzureichen.	
Institution: Eurowind Energy GmbH, Projektinitiierung und Regionalplanung ID: M2479	**Stellungnahme zum ersten Entwurf der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, am 11. Juni 2024 hat die Landesregierung der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (LEP) zugestimmt. Infolgedessen wurde ein im Amtsblatt am 17. Juni 2024 durch das Land Schleswig-Holstein im Zeitraum vom 25. Juni bis 09. September 2024 die Möglichkeit zur öffentlichen Beteiligung gemäß § 9 Abs. 2 ROG gegeben. Von dieser Möglichkeit möchten wir mit folgender Stellungnahme Gebrauch machen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Die UNESCO hat die „Hansestadt Lübeck“ aufgrund ihrer außergewöhnlichen universellen Bedeutung 1987 als Welterbe anerkannt. Die Silhouette des UNESCO Welterbes ist wesentlicher Bestandteil des OUV (outstanding universal value), der maßgeblich zur Anerkennung des Welterbestatus geführt hat. Die Sichtachsen („Stadtsilhouette“) stellen ein Hauptattribut des Welterbes dar. Aufgrund der besonderen topographischen Lage

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die [redacted] ist eine Tochtergesellschaft des dänischen Unternehmens [redacted] und spezialisiert auf die Entwicklung, den Bau und den Betrieb von Parks für erneuerbare Energien. Von unserem Hauptsitz in Hamburg aus sowie fünf weiteren Niederlassungen in Deutschland, realisieren wir bundesweit erfolgreich Projekte für erneuerbare Energien. Derzeit besitzt und betreibt die [redacted] Kapazitäten von 2,1 GW in Wind- und Solarparks. Im Jahr 2022-23 erzeugten diese Anlagen über 2,2 TWh sauberen und erneuerbaren Strom. Im Rahmen unserer Projektentwicklung im Bereich der Windenergie sind wir auch in Schleswig-Holstein tätig. In diesem Zusammenhang möchten wir mit unserer Stellungnahme Bezug auf den im Entwurf berücksichtigten Aspekt Denkmalschutz und Sichtachsen nehmen: Im Kapitel 4.5.1.5 Kultur und sonstige Sachgüter werden u.a. folgende Grundsätze und Ziele festgelegt: 1 Belange des Denkmalschutzes (G): Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen die Belange des Denkmalschutzes berücksichtigt werden. 2 UNESCO-Welterbestätte Hansestadt Lübeck (Z): Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind innerhalb der als Sichtachsen auf die UNESCO-Welterbestätte „Hansestadt Lübeck“ definierten Bereichen, die in der Karte (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) festgelegt sind, ausgeschlossen. Gerne möchten wir zu der Ausdehnung der Sichtachsen auf die UNESCO-Welterbstätte Hansestadt Lübeck Stellung nehmen. Wir halten die Ausdehnung der Sichtachsen für überdimensioniert. Die Ausdehnung der Sichtachsen beruht auf der Sichtachsenstudie Welterbe „Lübecker Altstadt“ 2011 (Hrsg. Hansestadt Lübeck). Die Studie definiert 40 Sichtachsen rund um die Hansestadt Lübeck. Die Ausdehnungen der Achsen gehen von 7,5 km bis rd. 17 km im Südwesten. Im Vergleich zu weiteren UNESCO-Welterbestätten im Umfeld fallen diese deutlich länger aus. Im benachbarten Westmecklenburg (Mecklenburg-Vorpommern) ist derzeit der 4. Entwurf des RREP Energie in der öffentlichen Beteiligung (19.06.-15.09.2024). Auch hier wird im Fachbeitrag Denkmalschutz Bezug auf den Denkmalschutz und die zugehörigen Sichtachsen genommen. Während für die benachbarte Hansestadt Lübeck auch hier auf die Sichtachsenstudie Welterbe „Lübecker Altstadt“ 2011 hingewiesen wird, verweist der Entwurf für die Hansestadt Wismar auf die „2. Fortschreibung des Managementplans	auf dem Endmoränenrücken des Lübecker Beckens gehören die Sichtachsen insbesondere aus dem Westen und Südwesten zu den eindrucksvollsten Ansichten auf die Lübecker Altstadt, da alle sieben Türme auf dem Altstadthügel eine ablesbare Silhouette bilden. Die Wahrung der Sichtachsen ist entsprechend von großer Bedeutung. Die Altstadtsilhouette ist über weite Strecken und viele Kilometer uneingeschränkt erkennbar. Diese Sicht auf die Silhouette war bereits zur Zeit der Gründung der Hansestadt Lübeck mit ihrer besonderen Lage genauso wahrnehmbar wie sie es auch heute noch an vielen Stellen ist, somit ist die Sichtachsenstudie mit den untersuchten Punkten eine klare Ergänzung zu den Welterbe- und Pufferzonen im sogenannten wider setting und Teil des Management Plan „Hansestadt Lübeck“. Durch die besondere Lage Lübecks eingebettet in eine Landschaft innerhalb eines Endmoränenrückens und mit der Altstadtinsel auf einem leichten Hügel ist eine besondere topographische Situation gegeben, die nicht mit anderen Welterbestätten zu vergleichen ist. Vor diesem Hintergrund wird an den in der Anlage 2 (Karte) festgelegten Ausschlussbereichen festgehalten.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	UNESCO Welterbestätte Altstadt“ 2021 (Hrsg. Hansestadt Wismar). Die hier ausgewiesenen Sichtachsen rund um die Welterbestätte Wismar weisen maximal eine Weite von rd. 5 km auf und werden damit deutlich kleiner dimensioniert. Unseres Erachtens ist eine so deutlich unterschiedliche Herangehensweise an die UNESCO-Welterbestätten nicht gerechtfertigt. Dabei ist Anzumerken, dass die Sichtachsenstudie Welterbe „Lübecker Altstadt“ bereits aus dem Jahr 2011 stammt. Die bundesweiten Regularien für die Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen sind u.a. mit dem Wind-an-Land-Gesetz erst deutlich später zum 1. Februar 2023 in Kraft getreten. Dringend zu beachten ist, dass die Wirkung von § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ausweislich der Begründung zum Gesetz unmittelbar in alle Fachgesetze ausstrahlt. So sollen auch die Belange des Denkmalschutzes gegenüber denen der erneuerbaren Energien im Rahmen von Abwägungsentscheidungen nur in Ausnahmefällen zum Tragen kommen (OVG Greifswald, Urteil vom 7. Februar 2023 – 5 K 171/22 OVG). Entsprechend ist es aus unserer Sicht dringend notwendig, zu prüfen, inwieweit der Sichtachsenplan und die darin enthaltenen Festlegungen noch aktuell sind. Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen / Best regards [redacted] Mitarbeiterin Projektinitiierung und Regionalplanung [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2694	Setr.: Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens tur Teilfortschreibung „Windenergie Juni/2024 ' landesen,”,cklun8sf,lanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - l.Entwurf Sehr geehrte Damen und Herren, gegen den genannten Entwurf und die Anlagen und Begleitschreiben äußere ich erhebliche Bedenken und Einwände.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 4.7.1, 7.2.5, 7.2.7, 7.3.5, 7.3.7, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die derzeitige mehrheitliche Politik in unserem Land will mit allen Mitteln das „Klimaprojekt" durchsetzen. Leider können die Entscheidungsträger für die Folgen nicht haftbar gemacht werden - außer dass sie nicht mehr gewählt werden. Mir ist unklar, wieso das Bundesgesetz eine Förderung der Gesundheit durch Windkraft anführt. Wenn eine Wirkung auf die Gesundheit der Bevölkerung eintritt wird sie negativ sein. Das Schutzgut „Mensch" spielt anscheinend keine Rolle mehr. Die Landesregierung plant eine Herabsetzung des Abstandes der Anlagen zur Wohnbebauung. Auch es keine offizielle Statistik zu Bränden und anderen Havarien gibt ist die Gefährdung für Mensch und Natur als hoch einzuschätzen. Durch die tenehmende Windkraftanzahl und die Freigabe der Anlagenhöhe sind vermehrt schwere Unfälle mit gesundheitlichen Folgen zu erwarten. Sie wollen sogar Windkraftanlagen in Wäldern zulassen, hier sind schwer zu bekämpfende Brände zu erwarten. Schleswig-Holstein hat bereits eine hohe Zahl von Windkraftanlagen, deren „Geisterstrom" nicht genutzt, trotzdem aber bezahlt wird. Ich kann nur hoffen, dass die derzeitige Landesregierung Vernunft walten läßt. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2653	Stellungnahme Landesentwicklungsplan „Windkraft an Land" Sehr geehrte Damen und Herren, da wir direkt betroffen sind, möchten wir Bezug auf die Planung der Windkraftanlage in [redacted] nehmen. Hiermit teilen wir unsere Anmerkungen zu dem vorliegenden Entwurf mit und hoffen dass diese eine Berücksichtigung finden. Diese Anmerkungen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 6.1, 7.3, 3.15, 4.3, 3.17, 4.3 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	teilen wir zusammen mit den betroffenen Bürgern aus [redacted]. Denkmalschutz und Tourismus Obwohl das Ehrenmal in Laboe nah an den ausgewiesenen Potentialflächen steht, wird es leider nicht berücksichtigt. Diesen Denkmal wird optisch leider untergehen, denn die Windkraftanlage wird durch seine Höhe eher ins Auge fallen. Zudem werden die Campingplätze von [redacted] mit verwickelt. Hier werden die Besucher unter einer akuten Lärmbelästigung betroffen sein, besonders Wohnmobile/-Wagen etc. können keine adäquate Geräuschdämmung wie Häuser aufweisen. Zusätzlich möchten sich die Touristen nicht in Ihrem mobilen Rückzugsort aufhalten. Kategorisierung von Potentialflächen Angesichts Ihrer Karten ist es eindeutig erkennbar, dass es ausgewiesene Flächen gibt, deren Standort funktional und gut geeignet sind im Vergleich zu [redacted]. Wir können nicht nachvollziehen weshalb im Kernbereich von Kreis Plön, keine Potentialflächen ausgewiesen werden, hier können die Abstandsflächen fundiert eingehalten werden. Sie weisen mit Ihren Potentialflächen von etwa 7,2% der Landesfläche deutlich mehr Gebiete aus, als erforderlich wären. Zudem findet es überhaupt keine Berücksichtigung, dass neben diesen konkreten Flächen auch große angrenzende Flächen belastet werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anbindung am Stromnetz Wir können uns nicht vorstellen, dass die Anbindung beim Standort [redacted] durch das FFH Gebiet [redacted] erfolgen soll. Dieses Gebiet muss vor menschlicher Machenschaften geschützt werden.t Abstandsflächen Wir sind sprachlos, dass die Abstände nicht vergrößert werden sollen. In [redacted] sind die WKA ca. 85 m hoch, hier waren die veralteten Regelungen vielleicht angebracht, die geplante Windkraftanlage in [redacted] soll aber eine Gesamthöhe von 250 m betragen. Sie gehen in Ihren Eckpunkten von einer Gesamthöhe von 200 m aus. Dies ist nach unserem Wissen bereits überholt durch den faktischen Sachverhalt. Zudem sollen zukünftig die WKA auf einer Höhe von 320 m anwachsen. Die logische Konsequenz sind vergrößerte Abstände. Dies stimmt auch mit den Aussagen der Anwohner des Windparks [redacted] überein. Die Anlagen sind etwa 200 m. Hier wird trotz einer Entfernung von 1500 m noch deutlich Lärm empfunden und gemessen. In unserem Fall kann bedauerlicherweise nicht einmal dieser Abstand eingehalten werden. Es macht einen großen Unterschied ob die WKA im Westen einer Siedlung gebaut wird oder beispielsweise im Norden. Durch die hauptsächlichen Westwinde verstärkt sich die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Geräuschbelastung zunehmend, von der optischen Belastung der Anlagen ganz zu Schweigen. Sie weisen ausdrücklich darauf hin, dass es keine Höhenbegrenzungen geben soll. Diesbezüglich ist hier eine Nachbesserung angebracht. Landschafts- und Artenschutz Bedauerlicherweise wird keine Rücksicht mehr auf Landschaftsschutzgebiete genommen. Anhand [redacted] ist erkennbar zu welchen Ergebnissen es führen wird. Der gesamte Bereich der Potentialflächen liegt im Landschaftsschutzgebiet und grenzt direkt an dem FFH Gebiet der [redacted]. Der Stellenwert dieser ausgeschriebenen und schutzwürdigen Gebiete trägt Ihrerseits leider kein Gewicht zur Entscheidung bei. In dem genannten FFH Gebiet ist inzwischen ein Seeadler-Paar heimisch geworden, zusätzlich hat auch ein Rotmilan sein Zuhause gefunden. Hierzu zählen selbstverständlich noch die einheimischen tierischen Bewohner eines solchen Gebietes (Rehwild, Hasen, Fasanen etc.). Für diesen schutzwürdigen Bereich sind unerfreulicherweise keine Abstände geregelt. Hier geht eine direkte Gefahr für die Tierwelt aus. Im Bereich [redacted] ist der Vogelzug der Singschwäne nicht berücksichtigt worden. Zudem überfliegen große Komoranschwärne dieses Gebiet auf dem Weg zur Ostsee. Daher fordern wir ein Verbot des direkten Angrenzens einer Windfläche an einem FFH-Gebiet. Auch hier müssen Mindestabstände definiert werden. Konkret fordern wir Sie auf die Potentialflächen im Bereich [redacted] aus den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	genannten Gründen zu streichen. Wir hoffen, dass Sie unsere Anmerkungen nachvollziehen und berücksichtigen werden. Es wird gefordert, Flächen für Windkraftanlagen von 3,2% der Landesfläche auszuzuweisen. Selbstverständlich sollten demzufolge nur geeigneten Standorte aufgenommen werden. Dies sind aber in keinem Fall die Potentialflächen [redacted] [redacted]. Bitte streichen Sie diese Flächen. Vielen Dank für Ihr Verständnis und die Einarbeitung unserer Anmerkungen. Mit freundlichem Gruß [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2567	Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR2_RDE_028 Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein.	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten die Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von	Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. zu Naturparken: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es bleibt weiterhin bei Berücksichtigung und Einzelfallabwägung der Naturparke. Die Begründung muss nicht so detailliert ausformuliert sein, dass jede Abwägungsentscheidung quasi schon vorweggenommen wird. Eine vertiefende Erläuterung der flächenbezogenen Abwägungsentscheidungen erfolgt auf Regionalplanebene. Die Landesplanung sieht gerade die Überlagerung mit anderen Kriterien des Landschafts- und Freiraumschutzes als Indikator dafür an, dass es sich innerhalb von Naturparken um besonders wertvolle Landschaftsbestandteile handelt. zu Wäldern und Umgebungsbereichen: Die Raumordnung hat keine Verwerfungskompetenz gegenüber Landesrecht. Die Auffassung, dass die BVerfG-Entscheidung zum Waldgesetz Thüringen auf Schleswig-Holstein übertragbar sei, wird nicht geteilt. Der geringe Waldanteil in Schleswig-Holstein genießt schon per se einen höheren Schutzanspruch. Das Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf das Umwandlungsverbot für WEA nicht verfassungswidrig. Unabhängig davon wird ein Mindestabstand zum Wald von 30 m auch deshalb für notwendig erachtet, um die ökologische

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an	Funktion des Waldrandes mit den Wechselbeziehungen insbesondere von Fledermäusen und Vögeln ins Offenland nicht zu stark zu beeinträchtigen. Scheuch- und Störwirkungen sind in diesem Nahbereich auch bei ökologisch weniger wertvollen Wäldern anzunehmen. Die Ausführungen zum Abstand zu Naturwäldern werden zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden nur Naturwälder i.S. des § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG Zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel: Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen sind in der Nähe von Horststandorten windkraftsensibler Großvogelarten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. Folglich ist der absolute Ausschluss von Windenergieanlagen in den Umgebungsbereichen mittels eines Zieles der Raumordnung fachlich und rechtlich nicht geboten. Der Einsatz von Antikollisionssystemen ist derzeit nicht in jedem Fall fachlich geeignet oder technisch möglich um das Tötungsrisiko stets ausschließen zu können. Eine Ausweisung von Vorranggebieten unter alleiniger Annahme des Einsatzes eines Antikollisionssystems ist daher fachlich und rechtlich nicht möglich. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel angesetzten Umgebungsbereiche orientieren sich jetzt an den Angaben des BNatSchG (Anlage 1 Abschnitt 2 zu § 45b BNatSchG). Der Nahbereich wird durch ein neues Ziel der Raumordnung als freizuhaltender Bereich aufgenommen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 45 b bis d ausschließlich für die Ebene der Zulassungsverfahren. Das Kriterium „Seeadlerdichtezentrum“ wird beibehalten, denn aufgrund von überdurchschnittlich hoher Anzahl von Revieren ist von einem hohen Kollisionsrisiko mit WEA auszugehen. Eine Öffnung dieses Kriteriums ist naturschutzfachlich und planerisch auch im Lichte der eingegangenen Stellungnahmen nicht

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute	angezeigt. Eine Konfliktbewältigung durch Maßnahmen wird hier in der Regel nicht verhältnismäßig sein. Eine Erweiterung des Dichtezentrums ist aus fachlicher Sicht ebenso nicht erforderlich, da es in der jetzigen Abgrenzung nach wie vor die höchste Revierdichte in Schleswig-Holstein abbildet und damit den Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung darstellt. Daran ändern auch vereinzelt hinzugekommen Brutplätze am Rande nichts. Der Schwarzstorch steht mit 5-7 Revieren kurz vor dem Aussterben in Schleswig-Holstein. Für erfolgreiche Bruten sind die Vögel auf freie Flugkorridore ohne Barrieren im Umfeld ihrer Brutplätze angewiesen. Die Funktion der Lebensstätte für erfolgreiche Bruten der wenigen Paare in Schleswig-Holstein kann daher nur gesichert werden, wenn der 2 km Umgebungsbereich frei von WEA bleibt. In den letzten Jahren ist der Kenntnisstand zur Brutverbreitung des Rotmilans deutlich gestiegen. Die Erkenntnisse zeigen, dass Rotmilanreviere in der Regel wiederbesetzt werden. Auch wenn nicht immer der exakt gleiche Horst genutzt wird, liegt der Wechselhorst oft in der unmittelbaren Nähe. Auch werden aktuell unbesetzte Horste in den Folgejahren wiederbesetzt. Insofern ist die Berücksichtigung der aktuellen Rotmilanbrutplätze artenschutzfachlich gerechtfertigt. Ergänzend wird zu diesem Kriterium auf die allgemeine Synopse, Ziffer 4.20.1 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt, zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. 1.2 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope 1.2.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. 1.2.2 Kleinstbiotope Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte. 1.3 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G – Naturparke Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden. Nach der Begründung B zu 14 sei die Hauptzielsetzung der Naturparke Schlei, Hüttener Berge, Westensee, Aukrug, Holsteinische Schweiz und Lauenburgische Seen in Schleswig-Holstein, die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu sichern sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu erhalten. Insofern bestünde eine besondere Bedeutung für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie für Tourismus und Erholung. Auch wenn die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energie nicht explizit vorgesehen sei, sei in Teilbereichen eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich, ohne die genannten Funktionen der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Naturparke wesentlich zu beeinträchtigen. Zunächst bleibt auch mit der Begründung B zu 14 vage, was „die besonderen Funktionen von Naturparken“ sind. Damit bleibt aber auch für den Abwägungsprozess offen, wann nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung auszugehen ist. Der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 wird mit Bezugnahme auf § 16 LNatSchG gerechtfertigt (B zu 14). Danach sind Naturparke durch Allgemeinverfügung erklärte großräumige Gebiete, die (1.) zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und (2.) sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Die Erklärung zum Naturpark bestimmt u.a. den Umfang seiner Aufgaben sowie die Schutz- und Entwicklungsziele. Wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept wird die Hauptzielsetzung unter B zu 14 (vgl. vorstehende Ausführung) benannt. Aufgrund der thematischen Überlagerung mit anderen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung (Kapitel 4.5.1.3 Absatz 2 Z – Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z – Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche) droht eine abwägungsfehlerhafte doppelten bzw. mehrfache Berücksichtigung des Grundsatzes der Raumordnung Naturparke. Mit Blick auf die gesetzliche Wertung des § 16 Abs. 1 Nr. 1 LNatSchG ist maßgeblich, ob Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler als wesentliche Teile des Naturparks und von diesen her als geschützter Teil von Natur und Landschaft betroffen sind. Insofern sollte in der Abwägung nur dann der Naturpark sich durchsetzen können, wenn solche Gebiete die Potenzialfläche umlagern. Dabei schlägt aber auch die Neubewertung von Landschaftsschutzgebieten (vgl. dazu Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.) auf die Abwägung im Kontext der Naturparke durch, sodass nur ausnahmsweise ein Naturpark wegen Betroffenheit eines Landschaftsschutzgebiets Relevanz haben kann. 1.4 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z – Wälder und Umgebungsbereiche Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auf Waldflächen von mindestens einem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. Weiter sind nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen. Dies wird mit dem niedrigen Waldanteil in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt, dem Ziel der Landesregierung zur weiteren Erhöhung des Waldanteils, und dem gesetzlichen Verbot des § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG begründet (B zu 6 zu (1)). Eine Zulassung der Waldumwandlung sei wegen der Seltenheit, der besonderen Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz sowie des Landschaftsbildes bei Prägung durch Waldkulissen nicht vertretbar. Weiter wird auf § 24 LWaldG, der einen gesetzlichen Waldabstand vorsieht, und § 2 Abs. 1 LWaldG, der die Mindestgröße von einem Hektar als Waldfläche vorsieht, verwiesen. Bei Naturwäldern wird in der Begründung B zu 6 zu (2) auf deren nach § 14 LWaldG besondere ökologische Funktionen Bezug genommen. Der weitergehende Abstand von 100 Metern wird mit den Waldrändern von Naturwäldern als Schnittstelle zum Offenland, die häufig sehr artenreich seien und einen wichtigen Rückzugsraum darstellten, begründet. Naturwälder seien in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt. Darüber hinaus seien weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen. Das fortgeltende Verbot der Waldumwandlung zur Errichtung von WEA (§ 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG) und der pauschale Waldabstand von 30 Metern (§ 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG) sind vor dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung des BVerfG zweifelhaft. So hat das BVerfG die Regelung in Thüringen „Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ (§ 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) als nicht gerechtfertigte Inhalts- und Schrankenbestimmung, welche in das Eigentumsrecht der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer eingreift, angesehen, weil das Gesetz formell verfassungswidrig ist, da dem Freistaat Thüringen für die angegriffene Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlt (BVerfG, 27.09.2022 - 1 BvR 2661/21 -, BVerfGE 163, 1-42, Rn. 14). § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG lautet beinahe identisch („Die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von mehr als 10 Metern ist unzulässig.“) und die Entscheidungsgründe des BVerfG sind übertragbar. Auch das OVG Schleswig-Holstein hat diesbezügliche Bedenken bereits	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	deutlich geäußert, wenngleich dies noch nicht entscheidungserheblich war (OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21 -, juris Rn. 51). Insofern sollte die Landesplanungsbehörde zur Vermeidung der Berufung auf eine verfassungswidrige Vorschrift unbedingt auf Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) verzichten und selbst bei einem planerischen Freihalten der Waldflächen jedenfalls nicht noch zusätzlich einen Abstand von 30 Metern vorsehen. Letzteres gilt insbesondere auch deshalb, weil WEA mit entsprechenden Feuerlöschsystemen nicht mit den in § 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG genannten Schutzzwecken im Widerspruch stehen und insofern auch unter Berücksichtigung der Wertung des § 2 EEG die Unterschreitung des Waldabstands zugelassen werden kann. Dies gilt noch mehr vor dem Hintergrund, dass durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) die Referenzanlage (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern vom Turmmittelpunkt und damit der baulichen Anlage sowieso 75 Meter Abstand zum Waldrand einhalten wird und der untere Rotordurchlauf bei 50 Metern beginnen wird, weshalb die Schutzzwecke in dieser Höhe keine maßgebliche Relevanz mehr haben werden. Vorzugswürdig und durch das BVerfG angelegt ist jedoch, dass allein die nach §§ 14 f. LWaldG aufgrund ihrer ökologischen Funktion, ihrer Lage oder auch wegen ihrer Schönheit schutzwürdig und -bedürftigen Wälder von der Windenergienutzung ausgenommen werden, wofür der Landesgesetzgeber allein auch eine Gesetzgebungskompetenz hat. Insofern ist allein Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) zu befürworten und auf weitergehende Abstände zu verzichten. Allerdings muss zum Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) angemerkt werden, dass rechtsfehlerhaft ist, wenn neben den explizit nach §§ 14 f. LWaldG erklärten Naturwäldern, die in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt sind, weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen sein sollen. Sofern damit gemeint sein sollte, dass weitere nach den gesetzlichen Regelungen des §§ 14 f. LWaldG erklärte Naturwälder (Verordnungen nach § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG) zu berücksichtigen sind, wäre das rechtlich zulässig. Darüber hinausgehende allein fachlich eingeschätzte „Naturwälder“ können keine Berücksichtigung finden, weil sie nicht nach dem Verfahren des § 15 LWaldG zustande kamen. 1.5 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G soll um Brutplätze von vier genannten windkraftsensiblen Großvogelarten in einem jeweils angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Dies sind für den Seeadler 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), für den Schwarzstorch 2.000 Meter, für den Weißstorch 1.000 Meter und für den Rotmilan 1.500 Meter. Wenn im jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt, solle in der Abwägung geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist. Zusätzlich könne bei Weißstorch- und Rotmilan-Brutplätzen einzelfallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden können. In der Begründung B zu 17 wird auf ein erhöhtes Kollisionsrisiko im Horstumfeld von Seeadlern, Weißstörchen und Rotmilanen Bezug genommen. Für Schwarzstörche bestünde ein ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe bestehe (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Der Abstandsradius beim Seeadler wird auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG zurückgeführt. Für den Weißstorch und den Rotmilan wird zwischen einem engen und weiten Radius differenziert, wobei gelte: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Weiter wird auf abwägungsrelevante Aspekte bei bestehenden Windparks innerhalb bestimmter Umgebungsbereiche verwiesen (Übernahme, nachträgliche Ansiedlung, vorhandene Vorbelastung, Repowering). Zu den einzeln genannten windkraftsensiblen Großvögeln ist folgendes festzuhalten und deshalb Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G sowie die diesbezügliche Begründung entsprechend anzupassen, damit eine rechtmäßige Anwendung und Abwägung dieses Grundsatzes der Raumordnung bei der Ausweisung von Windenergiegebiete in den Regionalplänen erfolgt: 1.5.1 Allgemein Es ist zunächst zu begrüßen, dass die Schutzbereiche um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln teilweise reduziert wurden und insgesamt der Abwägung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zugänglich sind. Es ist jedoch sehr problematisch, dass Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G die angegebenen Umgebungsbereiche zum Regelfall erklärt, sodass nur im Kontext von Vorbelastungen (bereits bestehende raumbedeutsame WEA bzw. ergangene Genehmigungen) ein Unterschreiten möglich sein solle. Damit wird der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit einer Zielausnahme i.S.d. § 6 Abs. 1 ROG formuliert, was zu korrigieren ist, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, es fehlten hinreichende Daten für eine Zielfestlegung, was aber nun zur verkappten und nur scheinbar abwägungsoffenen Festlegung als Grundsatz der Raumordnung führte. Zudem verwundert der Ansatz, wonach nicht durchgehend die Prüfabstände aus der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG übernommen wurden und fast jegliche Rechtfertigung für die pauschal angenommenen Abstände bei windkraftsensiblen Großvogelarten fehlt. Allein zum Seeadler findet sich ein Bezug auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG. Bei den weiteren kollisionsgefährdeten Arten wird die gesetzliche Vorgabe ignoriert und der abweichend gewählte Abstandsradius nicht gerechtfertigt. Dabei ist im Nachgang zum verfassungsrechtlichen Handlungsauftrag, den das BVerfG formuliert hat (BVerfG, Beschluss vom 23. Oktober 2018 – 1 BvR 2523/13 –, BVerfGE 149, 407-421), der Bundesgesetzgeber tätig geworden und hat mit § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG verbindliche Maßstäbe für die Bewertung, wann nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, festgelegt. Sofern die Landesplanungsbehörde hiervon abweichen und weitergehende Abstände als den Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG berücksichtigen möchte, so fehlt es an einer entsprechenden Rechtfertigung hierfür. Gesetzgeberische Intention war es gerade, bundesweit einheitliche Abstandsregelungen, die der dafür legitimierte Gesetzgeber vorgibt, zu setzen. Insofern sind die vorgesehenen Abstandsradien unbedingt auf den jeweiligen Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG anzupassen oder dieser zumindest gemeinsam mit dem zentralen Prüfbereich abwägend zu berücksichtigen. Hierauf wird zu den einzelnen Arten noch eingegangen. 1.5.2 Seeadler Zunächst einmal ist zu begrüßen und zu befürworten, die Seeadler im Rahmen eines	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	abwägungsoffenen Grundsatzes der Raumordnung zu betrachten. Entsprechend kann das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen (vgl. dazu Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.) aufgehoben und in den vorliegenden Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 etwa mit einer besonderen Gewichtung des Seeadlerschutzes im dargestellten Dichtezentrum überführt werden. Der gesetzlich vorgesehene Schutzstatus würde damit beibehalten bleiben. Angesichts der weiten Verbreitung der Art, fehlender artenschutzrechtlicher Ansätze für die Freihaltung des Dichtezentrums sowie methodischer Zweifel für deren Abgrenzung auch vor dem Hintergrund der neuen bundesgesetzlichen Bewertung drängt sich diese Vorgehensweise auf und erhöht die Rechtssicherheit durch Aufgabe des Ziels der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7. Allerdings ist der Abstandsradius für den Seeadler auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.5.1). Zwar ist für den Seeadler zuzugestehen, dass die in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) für den Seeadler nach der gesetzlichen Regelung noch nicht als wirksam angesehen werden oder phänologiebedingte Abschaltungen zu umfangreich wären. Allerdings hat sich die Sachlage gegenüber der zum Zeitpunkt der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) fortentwickelt und es liegt ein auch vom Landesamt für Umwelt Schleswig-Holstein mittlerweile für den Seeadler anerkanntes Antikollisionssystem vor. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Seeadlerbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Damit plant die Landesplanungsbehörde nicht in eine Konfliktlage hinein, sondern berücksichtigt die bundesgesetzgeberische Intention, wenn lediglich der Nahbereich von 500 m freigehalten wird. Jedenfalls aber muss eine Differenzierung in 500 Meter (Nahbereich) und 2.000 Meter (Zentraler Prüfbereich) vorgesehen werden, sodass im zentralen Prüfbereich abwägend auch außerhalb der aktuell engen Begrenzung auf Fälle mit Vorbelastung eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden kann. 1.5.3 Schwarzstorch Die Aufnahme eines Abstandsradius für den Schwarzstorch wird mit Bezugnahme auf den „Schutz der Lebensstätte gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 2 Nummer 3 BNatSchG“ begründet (B zu 17). Da die Landesplanungsbehörde auch § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG in Bezug nimmt, wonach ein Verstoß gegen das Verbot nach dem ebenfalls zitierten § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht vorliegt, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird, ist davon auszugehen, dass im Einzelfall im Rahmen der Abwägung auch innerhalb des 2.000 Meter-Radius Windenergiegebiete ausgewiesen werden können. Entscheidend ist dann nur, ob diese im Bereich von essentiellen Habitaten des Schwarzstorchs liegen, welche nach der Begründung „alte, geschlossene Waldstrukturen mit Still- und Fließgewässern“ (B zu 17) sind. Dies ist bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in den Regionalplänen zu berücksichtigen. Selbst bei einer Betroffenheit solcher Habitate würde im nachfolgenden Genehmigungsverfahren die Möglichkeit nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG bestehen, das Zugriffsverbot durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) zu bewältigen. Weiter ist für die zugrundeliegende rechtliche Bewertung folgendes zu beachten und der aktuell vorgesehene Abstandsradius anzupassen: Nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist es verboten, wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. Die in § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG zum Ausdruck kommende populationsbezogene Bestimmung der Erheblichkeitsschwelle steht mit Art. 12 Abs. 1 Buchst. b FFH-RL in Einklang, der einen art- bzw. populationsbezogenen Schutzansatz verfolgt (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328). Das Vorliegen einer Störung i.S.d. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG setzt aber zunächst voraus, dass es überhaupt zu einer unmittelbaren oder mittelbaren Einwirkung auf die geschützten Tiere kommt, die bei diesen eine Verhaltensänderung bewirkt. So gilt etwa: „bei der schlichten Beseitigung von Flächen,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die bislang als Nahrungsgrundlage genutzt worden sind, und bei vegetationsverändernden Immissionen fehlt es nämlich an einer zwanghaften Einwirkung auf das natürliche Verhalten der Tiere, das nach dem Wortsinn als Störung zu werten ist.“ (BVerwG, Urteil vom 14. April 2010 – 9 A 5/08 –, BVerwGE 136, 291-332, Rn. 118). „Der Störungstatbestand kann vor allem durch bau- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen der geschützten Tierarten in Gestalt von akustischen und optischen Störwirkungen, aber auch durch Trennwirkungen erfüllt werden, die von der vorgesehenen Trasse ausgehen.“ (BVerwG, Urteil vom 7. Juli 2022 – 9 A 1/21 –, BVerwGE 176, 94-130, Rn. 111 m.w.N.). Insofern muss sich die Auslegung der bundesgesetzlichen Vorschrift des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG daran messen lassen, ob überhaupt eine Störung im vorgenannten Sinne bei vorgesehenen Schutzabständen vorliegt. Zudem finden in der naturschutzfachlichen Praxis die planerisch zu berücksichtigenden Fluchtdistanzen von Vogelarten Anwendung, nach Gassner et al. 2010 (Gassner/Winkelbrandt/Bernotat, UVP und strategische Umweltprüfung – Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltprüfung, 5. Auflage 2010, S. 192 ff.; Bernotat, Vorschlag zur Bewertung der Erheblichkeit von Störwirkungen auf Vögel mit Hilfe planerischer Orientierungswerte für Fluchtdistanzen, in: Bernotat/Dierschke/Grunewald, Bestimmung der Erheblichkeit und Beachtung von Kumulationswirkungen in der FFH-Verträglichkeitsprüfung, Naturschutz und Biologische Vielfalt 160 (2017), S. 157-171). Diese sehen für den Schwarzstorch eine Fluchtdistanz von 500 m vor. Selbst wenn diese für Windenergieanlagen vergrößert werden müsste, so dürften keine naturschutzfachlichen Nachweise bestehen, um den sechsfachen Abstand zu rechtfertigen. Auch wenn die Landesplanungsbehörde nicht auf das Störungsverbot rekurriert, so wird jedenfalls deutlich, dass der aktuelle Abstandsradius sich mit diesem Zugriffsverbot nicht rechtfertigen ließe. Dies ist gleichermaßen hinsichtlich des Schädigungsverbots zu konstatieren. Es verbietet nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Erfolgt der Zugriff im Zuge eines nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffs in Natur und Landschaft, so scheidet ein Verstoß gegen das Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG aus, soweit die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Um dies zu gewährleisten, können nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden (sog. CEF-Maßnahmen). Im Anwendungsbereich des § 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG hat die Verbotsprüfung demnach zweistufig zu erfolgen: Auf der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ersten Stufe stellt sich die Frage, ob auf eine geschützte Lebensstätte mit einer der genannten Tathandlungen eingewirkt wird. Trifft dies zu, so sind auf der zweiten Stufe die Konsequenzen in den Blick zu nehmen, die damit für die von der betroffenen Lebensstätte für die sie nutzenden Tiere erfüllte Funktion verbunden sind (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328, Rn. 37 - 38 m.w.N.). Unabhängig von der umstrittenen Frage, wie weit der Schutz des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG geht – einerseits nur direkte Einwirkungen auf die Fortpflanzungs- und Ruhestätte (bspw. Horst) oder andererseits (so tendenziell BVerwG, Urteil vom 12. August 2009 – 9 A 64/07 –, BVerwGE 134, 308-335, Rn. 68; BVerwG, Urteil vom 28. März 2013 – 9 A 22/11 –, BVerwGE 146, 145-175, Rn. 148) auch das weitere Umfeld der eigentlichen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte, sofern es elementar für den Reproduktionserfolg oder die Rast ist – liegt jedenfalls keine Beschädigung oder Zerstörung bei Abständen von 2 km vor. All dies verdeutlicht, dass es zu einer angemessenen Reduzierung des vorsorglichen Schutzabstands zu Schwarzstorchhorste kommen muss, wobei sich ein Abstand von 1.500 Metern zunehmend durchsetzt und weiterhin Vorsorgeaspekte berücksichtigt. Der von der Landesplanungsbehörde vorgesehene Umgebungsbereich von 2.000 Metern wird demgegenüber nicht belegt (anders als etwa die Bezugnahme auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG). 1.5.4 Weißstorch Der Abstandsradius für den Weißstorch ist auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.5.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Weißstorch zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Weißstorchbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nur den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf 750 Meter zu Weißstorchhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 750 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 750 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. 1.5.5 Rotmilan Zunächst ist festzustellen, dass die Berücksichtigung von Rotmilanbrutplätzen in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G ungeeignet ist und die Auswahl der windkraftsensiblen Großvogelarten auch gar keine Rechtfertigung erfahren hat. Für den Rotmilan kann das auch nicht gelingen. Während sich die Vorgehensweise für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze bei einer Anpassung der Radien und echten Offenheit für eine abwägende Einzelfallprüfung erschließt, ist die Herangehensweise in Bezug auf Rotmilanbrutplätze fehlerhaft. So führte das landeseigene aktualisierte Fachpapier aus: „Allerdings wird diese Art nicht alljährlich landesweit erfasst und es gibt häufiger Horstwechsel, so dass die Daten oft nur einen ersten Hinweis auf ein Rotmilanvorkommen im Planungsraum geben.“ (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Wind-energieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016, S. 7). Naturschutzfachlich ist bestätigt, dass der Rotmilan gegenüber dem Seeadler eine deutlich geringere Brutplatzkonstanz aufweist. Eine zwischen den Jahren variable Besiedlung der Landschaft (Wechsel der Horststandorte oder auch Nicht-Wiederbesiedlung von Waldstücken) tritt daher häufig auf (z.B. Mammen et al., Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt. Bericht des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Heft 5/2014). So berichtet Schmude, dass bei einer Rotmilankartierung in Mecklenburg-Vorpommern 75 % der im Folgejahr erneut kontrollierten Horste nicht mehr besetzt waren, insgesamt 49 von 65 Horsten (Schmude, Protokoll der 16. Sitzung der Bund-Länder-Initiative Windenergie (BLWE) am 22.09.2014; nachvollziehbar bei Scheller/Vökler/Güttner, OAMV e.V., Rotmilankartierung 2011/2012 in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 09.02.2014). Die Variabilität ist dadurch	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	begründet, dass der Rotmilan als Zugvogel (auch unter Berücksichtigung möglicher Verluste auf dem Zugweg) erst relativ spät im Jahr ins angestammte Brutrevier zurückkehrt und nicht selten einen neuen Horst bauen muss, weil der Althorst bereits durch andere Arten (Konkurrenten um geeignete Horstbäume bzw. vorhandene Horste z.B. Mäusebussard, Kolkrabe u.a.) besetzt wurde. Auch baut der Rotmilan in der Regel eher kleinere und nicht so stabile Horste, so dass diese leichter als z.B. langjährig genutzte und entsprechend ausgebaute Seeadler-Horste durch Winterstürme zerstört werden können. Diese autökologischen Aspekte der Biologie des Rotmilans bedingen, dass zwar in der Regel die Reviere wiederbesetzt werden, aufgrund der Variabilität die Lage der Horststandorte aber nur schwer vorhersagbar ist. Wird nunmehr aber auf dieser Grundlage eine Potenzialfläche im 1.500 Meter- oder 1.000 Meter-Radius (zu den falschen Abständen vgl. nachfolgend) um einen aktuell nachgewiesenen Standort eines Rotmilanhorsts gestrichen, so werden diese naturschutzfachlichen Grundlagen zur sehr geringen Horsttreue missachtet. Dies kann dazu führen, dass durch den Horstwechsel die Potenzialfläche bereits beim Inkrafttreten des Regionalplans nicht mehr durch den Rotmilanhorst beeinträchtigt würde. Zudem ist es vor dem Hintergrund des nach § 5 Abs. 1 Satz 4 LaplaG vorgesehenen Planungszeitraums der Regionalpläne von fünfzehn Jahren, also voraussichtlich bis 2040, abwägungsfehlerhaft, eine Art mit sehr geringer Brutplatzkonstanz heranzuziehen, um in der Abwägung Potenzialflächen bis ins Jahr 2040 zu streichen. Soll auf der höherstufigen Planungsebene bereits eine weitgehende Aussage mit Abwägungsdirektiven, wie aktuell in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G vorgesehen, getroffen werden, geht dies mit dem Erfordernis einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte einher als wenn – auch im Rahmen der Abwägung – keine konkreten Zielaussagen getroffen werden. Dabei können sich die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der Abwägungsvorgang selbst den Anforderungen an die Abwägung bei Fachplanungen annähern, je enger das Ziel und der damit vorgegebene Rahmen sind (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Soweit durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 Potenzialflächen ausgeschlossen werden sollen, bedarf es für die herangezogenen Tierarten eine landesweite Kenntnis von Horststandorten. Nur dann liegt eine für diese Zwecke ausreichende Bestandsaufnahme vor (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	A 7/13 -, juris Rn. 53), die den Anforderungen an Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte genügt. Dies gilt umso mehr, weil die Zuordnung zur Streichung von Gebieten im Rahmen der Abwägung ohne vorhandene umfangreiche Raumnutzungsanalyse faktisch zu einem Ziel der Raumordnung erhoben wird, was an sich bereits fragwürdig ist. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn dies im Sinne einer Beweislastumkehr auf die Öffentlichkeit, insbesondere die Vorhabenträger, als Anforderung verlagert wird. Während die rechtlich erforderlichen landesweiten Kenntnisse für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze wohl vorliegen dürften, gibt es eine solche hinreichende Bestandsaufnahme und Erkenntnislage für Rotmilanbrutplätze nicht. Es wäre im Übrigen auf Grund der vorstehend beschriebenen fehlenden Brutplatztreue wohl auch problematisch, eine aktuelle bzw. dem Bedarf der Regionalplanung – schließlich handelt es sich um ein Verfahren über viele Monate und einen Plan, der mehrere Jahre gelten soll – entsprechende Bestandsaufnahme zu erhalten. Jedenfalls für die Art Rotmilan sollte die Landesplanungsplanungsbehörde unbedingt auf die nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verweisen, die sowohl die sehr geringe Brutplatzkonstanz als auch die für die Bewertung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG maßgeblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen (Abschaltung, Ablenkflächen, etc.) besser und abwägungsfehlerfrei berücksichtigen können. Dabei wird nicht in eine unüberwindbare Verbotslage hineingeplant, weil § 45b BNatSchG in Einzelfällen letztendlich auch noch über die artenschutzrechtliche Ausnahme immer eine Genehmigungsfähigkeit bei einer Betroffenheit des Rotmilans ermöglicht. Sofern die Landesplanungsbehörde den Rotmilan nicht schon in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G als ausgewählten windkraftsensiblen Großvogel aufgrund der vorstehenden Ausführungen streicht und damit Rechtsfehler vermeidet, so hat in jedem Fall eine Anpassung der dortigen Abstandsradien für die Art zu erfolgen. Es ist nicht nachvollziehbar und kann auch nicht begründet werden – wenig überraschend verhält sich die Begründung B zu 17 deshalb auch überhaupt nicht dazu – wieso für den Rotmilan ein Umgebungsbereich von 1.500 Metern angenommen wird. Es kann im Rahmen der Festlegung nicht über den zentralen Prüfbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG hinausgegangen werden und zugleich für das Zugriffsverbot das erhöhte Kollisionsrisiko für den Rotmilan als Begründung herangeführt werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schließlich hat der Bundesgesetzgeber für den erweiterten Prüfbereich eine Beweislastumkehr eingeführt und in § 45b Abs. 4 Satz 1 BNatSchG festgelegt, dass in der Regel das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare dann nicht signifikant erhöht ist. Es ist sehr widersprüchlich dazu, dass die Landesplanungsbehörde abstrakt über § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG hinausgehend beim Rotmilan 1.500 Meter, anstatt 1.200 Meter vorsieht (vgl. allgemein bereits 1.5.1). Auffallend ist, dass nur für den Rotmilan der Radius nicht an Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG angepasst wurde, sondern stattdessen an den Abständen des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) ohne weitere Begründung festgehalten wird. Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. In jedem Fall ist der Abstandsradius auf 1.200 Meter zu reduzieren. Unabhängig davon ist der Abstandsradius für den Rotmilan jedoch sogar auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.5.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Rotmilan zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Es sind aber auch schon Antikollisionssysteme für den Rotmilan in Schleswig-Holstein anerkannt. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Rotmilanbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nicht einmal den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf nur 1.000 Meter zu Rotmilanhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 1.000 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen rechtlich überholten (vgl. vorstehende Ausführungen) gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 1.000 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2357	Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein, Fortschreibung 2021, Teilfortschreibung „Windenergie anLand”, Änderung Kap. 4.5.1 Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Daniel Günther, sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack, ich vertrete anwaltlich die rechtlichen Interessen des Herrn [redacted]. Die ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird unter Hinweis auf meine Standespflichten anwaltlich versichert, § 294 ZPO. Meine Mandantin hat mich beauftragt, zur beabsichtigten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema „Windenergie an Land”, Kap. 4.5.1, binnen der Frist des Beteiligungsverfahrens in demselben folgende Stellungnahme einzureichen, dieser Bitte komme ich hierdurch gerne nach. Meinem Bezug zu den individuellen Belangen meiner Mandantschaft stelle ich grundsätzliche Erwägungen vorab, Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen, muss aber der Präklusion aus § 5 Abs. 6 LaPlaG 1.V.m. § 9 Abs. 2 5. 4 ROG entgehen. Mit der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans reagiert die Landesregierung unter anderem auf den bundesrechtlichen Systemwechsel des Artikelgesetzes *„Zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land'* (WindBG) vom 20. Juli 2022 nebst den korrespondierenden Regelungen zum BauGB, ein Gesamtpaket, dass mit seiner Positivplanung als Paradigmenwechsel verstanden wird, Des weiteren gilt als Planerfordernis die Aufhebung des bestehenden Regionalplans für den Planungsraum | durch Urteil des OVG Schleswig vom 22. März 2023 (OVG Schleswig, Urteil vom 22. März 2023, 5 KN 53/21, Juris), dem möglicherweise Ende November auch die Aufhebung des Regionalplans für den Planungsraum H1 folgen könnte (OVG Schleswig, 5 KN 46/21 ,5 KN 6/21 und 5 KN 7/21). Der Windenergie ist nicht mehr nur „substantiell" Raum zu verschaffen, sie liegt nunmehr im „überragenden öffentlichen Interesse", § 2 EEG 2023 (OVG Greifswald,	Die rechtlichen Ausführungen zum BauGB, WindBG und EEG werden zur Kenntnis genommen. Die Hinweise zum Flächenziel werden ebenso zur Kenntnis genommen. Allerdings werden die Bedenken hinsichtlich der Nichterreichung der Flächenziele nicht geteilt. Eine Beurteilung diesbezüglich ist erst auf Regionalplanebene möglich. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt nur die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher laufen Hinweise zur Nichterreichbarkeit der Flächenziele nach WindBG auf LEP-Ebene ins Leere. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen. Der pauschale Hinweise auf aufgegebene Wohnnutzungen, aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe oder Moorkulissen muss, um von der Landesplanung berücksichtigt werden zu können, konkretisiert werden. Auch hier wird empfohlen, dies in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen einzubringen. Bezüglich der weiteren Punkte aus der Stellungnahme wird im Übrigen auf die allgemeine Synopse und hier insbesondere auf Ziffer 1.7, 2.3, 2.4, 7.1 und auf das Urteil des OVG SH 5 KN 46/21 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Urteil vom 7. Februar 2023, 5 K 171/22, juris). Diesen Versuch der Reformation unternimmt nun die Teilfortschreibung, die ich noch als Rohentwurf für die noch zu erstellenden Regionalpläne „Windenergie", verstehe (Runderlass der Landesplanungsbehörde vom 19. Dezember 2023, IV 64, Az. VIS10385/2023, Seite 3). Dabei stößt die Landesregierung nach meiner Wahrnehmung auf deutlich mehr Verständnis als noch mit den Vorgängerversionen, den Landesverordnungen für die jeweiligen drei Planungsräume mit Bekanntmachung je vom 29. Dezember 2020 (GVOBI. Seite 1082). So gilt die Abschaffung der leidigen 3H/5H-Regelung als Ziel der Raumordnung als Fortschritt, auch wenn die Landesregierung hierbei den sich aus dem WindBG und den dort enthaltenen Berechnungsmodalitäten für die Flächenbeitragswerte ergebenden Sachzwängen zu folgen scheint. Landschaftschutzgebiete werden nun an § 26 Abs. 3 BNatschG gemessen. Und auch die Untersagung von Höhenbegrenzungen schneidet einen „alten Zopf' ab und deutet in Richtung Fortschritt. Gleichwohl gibt es Kritik und Anregungen, die möglicherweise in neu zu erhebende Normenkontrollanträge nach § 47 VwGO münden könnten. Zuvörderst bleibt fraglich, ob die geänderte Landesverordnung dem „drastischen Nachholbedarf' gerecht wird, den Rechtsprechung und Literatur derzeit erkennen (u.a. Tigges/Wördenweber, *„Stand der Windenergieplanung nach neuem Recht und Möglichkeiten der Plansicherung”,* ZNER 2024, Seite 305} Das WindBG schreibt erstmalig verbindliche Mindestziele in Form von Flächenbeitragswerten fest, die bis Ende 2027 und schließlich bis Ende 2032 zu erfüllen sind. Werden diese Ziele rechtzeitig erreicht, führt dies zur Entprivilegierung der Windenergieanlagen außerhalb ausgewiesener Flächen, die fortan nur noch nach § 35 Abs. 2 BauGBb zulässig sind, so § 249 Abs. 2 BauGB. Allerdings wird die Versäumung der rechtzeitigen Zielerreichung umfassend sanktioniert. Windenergieanlagen sind und bleiben im Außenbereich dann privilegiert, ohne dass ihnen Darstellungen an anderen Standorten nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB entgegengesetzt werden können, § 249 Abs. 7 BauGB. Flankiert werden die Flächenbeitragsziele durch den vorgesehenen, kontinuierlichen Zubau von Windenergieanlagen nach § 4 EEG. Dies dürfte die Bundesländer daran hindern, durch teilweise noch bestehende, teilweise aber auch, wie in Schleswig-Holstein, bereits	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	abgeschaffte Sicherstellungsmoratorien die laufende Ordnung der Räume mit Veränderungssperren abzusichern und den Zubau von Windenergieanlagen an nicht gewünschten Standorten vorübergehend aufzuhalten. Schleswig-Holstein meint, das Zwischenziel bis Ende 2027 bereits erfüllt zu haben, nach Auffassung der Fachagentur Wind an Land und wohl auch unstreitig wird das Ausbauziel bis Ende 2032 noch verfehlt. Es gibt noch erheblichen Ausweisungsbedarf. Wenn Schleswig-Holstein laut Plantext, Anl. 1zu § 1 der LEP-WindVO, 3 % der Landesfläche zur Anrechnung in den Flächenbeitragswert von 2 % nach WindBG geben möchte, dürfte dies nicht ausreichen. Das Umweltbundesamt warnt ausdrücklich vor dem auch dem Unterzeichner bekannten Problem, dass sich die ausgewiesene Flächenkulisse nicht unbedingt nutzen lässt, man geht von einer eingeschränkten Nutzbarkeit von etwa 20 - 40 % aus. Hintergrund sind beispielsweise zivilrechtliche Hindernisse, die sich beispielsweise aus der Nichtgewährung von Abstandsflächen durch Baulast nach § 6 LBO ergeben können sowie aus dem bekannten Umstand, dass Einschränkungen des Anlagenbetriebes bis hin zur Nichtgenehmigungsfähigkeit einer WEA In das Genehmigungsverfahren verlagert werden. Es wird also dringend empfohlen, die Flächenziele mit einem Sicherheitspuffer zu versehen, um die Leistungsziele erreichen zu können (Umweltbundesamt, „Flächenverfügbarkeiten, Flächenbedarf für den Ausbau der Windenergie an Land", Abschlussbericht Seite 119} Daran fehlt es hier, da die als Potenzialfläche vorgesehenen 3 % der Landesfläche unter Beibehaltung der stark kritisierten „Rotor-in"-Planung ausgewiesen werden sollen und somit diese Rotor-In-Flächen nur eingeschränkt auf den Flächenbeitragswert anzurechnen sind (Gatz, Tyczewski, Baars, „Regenerative Energien in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis", 4. Aufl., Seite 48). Der Rock der Landesregierung ist also zu eng, seine Nähte mit zu schwachen Fäden genäht. Rein rechnerisch liegt allerdings auch die Lösung auf der Hand. So hat die Landesregierung eine Rohpotenzialfläche von etwa 7,7 % der Landesfläche ermittelt, von der nach Abzug bestimmter Radien einer Referenz-WEA noch 7,2 % der Landesfläche verbleiben sollen. Bestenfalls wird aus dieser Rohpotenzialfläche die endgültige Potenzialfläche der drei Planungsräume, zumal wenig Hoffnung besteht, dass die Kommunen die sogenannte Gemeindeöffnungsklausel, §245 Abs. 5 BauGB, nutzen werden, um mit ihren kommunalen Planungsmöglichkeiten den Rest der Rohpotenzialfläche, die die Landesregierung ihnen noch übrig lässt, zu überplanen. Leider ist im derzeitigen Entwurf auch noch einiges an Zielen und Grundsätzen zur Raumordnung enthalten, was schon in den alten Regionalplänen bedenklich war. So	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	z.B. die schematische Mindestgröße von Vorrangflächen. Diese Flächen sollen jetzt geeignet sein, mindestens zwei Referenzanlagen aufzunehmen, was eine Mindestfläche von 15 ha implementiert, Eine schematische Festlegung ist für das Repowering von Windkraftanlagen problematisch, an sich geeignete Einzelstandorte können wegfallen und von einer künftigen Nutzung ausgeschlossen werden (BVerwG, Urteil vom 24 Januar 2008, 4 CN 2/07, juris}. Hieran ändert grundsätzlich auch das sogenannte BlmschG-Repowering nichts. Nicht zu rechtfertigen sind auch die pauschal 800m/1000 m Umgebungsschutzbereiche zu Siedlungsbereichen, die wiederum nicht die unterschiedlichen Schutzbedürftigkeiten dieser Siedlungsbereiche berücksichtigen, immerhin gibt es mehr als ein Dutzend BauNVO-Gebietstypen mit ihnen eigenen Charakteristika. So ist ein Dorfgebiet mit seiner Immissionskulisse deutlich weniger schutzwürdig als ein reines Wohngebiet, Auch das BVerwG verlangt vom Plangeber einen einzelfallbezogenen Blick auf die Örtlichen Verhältnisse, es sei zu prüfen, „ob auch kleinere Pufferzonen als Schutzabstand genügen"., Gefasste Siedlungsabstände schränken zudem die Suchräume für konfliktarme Flächen derart ein, „so dass deren Umsetzung fast zwangsläufig mit Gütern des Arten- und Landschaftsschutzes sowie auch dem Waldschutz in Konflikt gerät' (Müller, Wegner, Sailer, Stiftung Umweltenergierecht, Würzburg, in: *„Rechtliche Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 13. Dezember 2017".* Wie sich gerade in Schleswig-Holstein die Veränderung von Abstandspuffern auswirkt, zeigten schon die Folgen der Einführung solcher Puffer durch die Landesverordnung vom 29. Dezember 2020, einem Wahlkampfversprechen, so auch die von der Landesregierung seinerzeit beauftragte Studie „Rechtsgutachten Repowering" vom 22. Februar 2018, dort Seite 9. Von meinen Kunden wurde mir verschiedentlich zugetragen, dass noch immer veraltetes Datenmaterial der Ermittlung der Potenzialfläche dient. Die Datengrundlagen beispielsweise des geowissenschaftlichen Moorkatasters erhebt schon keinen Anspruch auf exakte Flächengenauigkeit („Moorschutzprogramm für Schleswig-Holstein", Drucksache 16/2272). Auch sind Abstandsflächenkreise um aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe vorzufindend, ebenso befinden sich zahlreiche Einzelhäuser nicht mehr in Wohnnutzung, werden gleichwohl aber bei der Bemessung von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstandsflächen herangezogen. Herr [redacted] [redacted] plant auf der Windpotenzialfläche PR 3 DIT 038 die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen in der Nähe der Siedlungen Haferwisch und Neuenkirchen/Dithmarschen. Schon gegen den „alten' Regionalplan ist ein Normenkontrollverfahren vor dem OVG Schleswig anhängig (OVG Schleswig, 5 KN 46/21). Die WEA-Standorte fielen seinerzeit dem oben bereits erwähnten „Wahlkampfversprechen" zum Opfer, mithin erweiterten Siedlungsabständen. Auch in der neuen Rohpotenzialfläche sind sie nicht enthalten Mit freundlichen Grüßen [redacted] Rechtsanwalt	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2356	Sehr geehrte Damen und Herren, meine Stellungnahme zum Thema Windenergieplanung Schleswig-Holstein LEP-Teilfortschreibung Windenergie für die Potenzialflächen 06-2024“ im Hoheitsgebiet der Gemeinde 24790 Schülldorf. Bei der Ausweisung der Fläche im vorliegenden Entwurf wurden unseres Erachtens folgende Kriterien nicht beachtet: Umwelt: • Wir haben mehrfach Zwergschwäne auf den Flächen und angrenzenden Flächen beobachtet. • Wir haben mehrfach Kraniche auf den geplanten Vorrangflächen und den angrenzenden Flächen bei der Nahrungssuche beobachtet. Die Schlafgewässer der Kraniche befinden sich im angrenzenden "Wilden Moor" und "Stadtmoor". Der Abstand zu den Schlafgewässern und den Windkraftanlagen ist unseres Erachtens zu gering und eine Störung der Kraniche wird höchstwahrscheinlich die Folge sein. • Auf den Wiesen in diesem Gebiet haben wir im Frühjahr und Sommer regelmäßig Kiebitze bei der Nahrungssuche gesehen. Weiterhin nehmen wir an, dass auch Paare Brutversuche unternommen haben. Die Standorte und Sichtungen sind dem NABU	Zu den militärisch genutzten Flugplätzen Hohn und Jagel: Die Vereinbarkeit der Windenergienutzung mit den Flugplätzen wird im Einzelfall im Rahmen der Vorranggebietsausweisung auf Ebene der Regionalplanung geprüft. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4.1, 2.11.1, 4.14, 4.18, 4.19, 4.20, 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bekannt. • Bei dem Entwurf wurde der Weißstorchhorst im Bereich Buhrhorst und in Schülldorf, OT Ohe nicht berücksichtigt, insbesondere beim Horst in Ohe konnten Bruterfolge nachgewiesen werden. • Abwägungskriterien: • Auch dem neuen Abwägungskriterium "Belastete Räume" wird nicht Rechnung getragen. Folgenden Belastungen sind wir Schülldorfer Bürger des Ortsteil Ohe bereits ausgesetzt: ◦ BAB 7 ◦ BAB 210 ◦ Bahnlinie Rendsburg - Neumünster ◦ Bahnlinie Rendsburg - Kiel ◦ 2 x 380 KV-Leitung ◦ 2 x Biogasanlagen ◦ erhebliche Erweiterung des vorhandenen Umspannwerk ◦ die privilegierten Fläche für Photovoltaik-Freiflächenanlagen sowie die bereits erbauten Photovoltaik-Freiflächenanlagen. ◦ Desweiteren ist eine Umfassungswirkung und Riegelbildung durch die Planung der Flächen für die Windenergieplanung um den Ortsteil Ohe an Hand des zugänglichen Kartenmaterials gegeben und widerspricht den Vorgaben des Landes. • Weiterhin gibt es bereits jetzt erheblichen Belastungen auf Grund des Neubaus der Rader Hochbrücke. • Zur Ausweisung von der Fläche wurde für die Berechnung für die Abstände zur Wohnbebauung eine Referenzanlagen mit einer Höhe von 150 m zu Grunde gelegt. Dies entspricht nicht der Realität. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, sind bereits für die Fläche PR2_RDE_067 die Errichtung von Windenergieanlagen mit Höhen von 175 m	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nabenhöhe beantragt. Bei diesen Höhen werden die angedachten Mindestabstände deutlich unterschritten. Wir erwarten, dass Ausweisungen von Vorrangflächen an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden und für Ohe sozial verträgliche und lebenswürdige Flächenausweisung stattfindet. • Desweiteren liegen wir hier in den Flugschneisen der Militärflughäfen von Hohn und Jagel. • Am Vogelschutzgebiet Rümlandteich ist ein Seeadler Horst. Ein weiteres Schutzgebiet befindet sich im Wilden Moor/ Stadtmoor, südlich von Osterrönfeld. Diese beiden Schutzgebiete werden verbunden durch die Flugschneise der Seeadler. Diese wird von den ausgewiesenen Gebieten für Windkraft zerstört. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Institution: Hanse Windkraft GmbH, Projektentwicklung ID: M2413	**!!! Shape-Dateien anhängend !!!** **Antrag zur Berücksichtigung vom Windenergiegebiet Kirchnüchel bei der Teilaufstellung der Landesentwicklungspläne** Sehr geehrter Herr [redacted], gemäß § 3 Windenergieflächenbedarfsgesetz vom 20.07.2022 (WindBG) sind die Länder verpflichtet bis 31.12.2027 einen Anteil von mindestens 1,3 % der Landesfläche als Windenergiegebiete auszuweisen. Des Weiteren besteht eine Verpflichtung zur Ausweisung eines Flächenanteils von 2,0 % bis zum 31.12.2032. Schleswig-Holstein hat nach Vorgaben des Bundes aufgrund der Rotor-In-Planung seine Flächen für die Nutzung von Windkraftanlagen von 2,0 % auf rund 3,0 % auszuweiten. Um den Ausbau der Windenergie zu steuern hat das Land Schleswig-Holstein den Landesentwicklungsplan im Rahmen eines Entwurfes geändert und neue Ziele der Raumordnung als Ausschlusskriterien sowie neue Grundsätze der Raumordnung als Abwägungs- und Ermessensentscheidungen vorgegeben. Dem Entwurf hat die Landesregierung am 11. Juni 2024 zugestimmt und das öffentliche Beteiligungsverfahren läuft bis zum 09. September 2024.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Da wir bereits mit der Gemeinde Kirchnüchel sowie ansässigen Flächeneigentümern im engeren Austausch stehen, und hierbei positive Rückmeldungen erhalten, möchten wir uns im Rahmen der Teilaufstellung der Regionalplanung, welche bis Ende 2024 vorliegen sollen, gerne für die Ausweisung eines Vorranggebietes in dem anliegenden Gebiet aussprechen. Unter Anwendung der Ziele der Raumordnung sowie den Grundsätzen der Raumordnung haben wir die in Anlage 1 dargestellte Fläche geprüft. Aus Gesichtspunkten der Ziele der Raumordnung können hier alle Ziele eingehalten werden. Von den Grundsätzen der Raumordnung treten folgende Kriterien in dem anliegenden Gebiet auf: • Übrige Gewässer zweiter Ordnung sowie Seen und Teiche unter einem Hektar • Brutplätze windkraftsensibler Großvögel • Kleinstbiotope • Korridore von Richtfunkstrecken • Schützenswerte Biotope • Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems • Talräume an natürlichen Gewässern und an erheblich veränderten Wasserkörpern • Landschaftsschutzgebiete • Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung • 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfaktor (verkleinert das Gebiet) Zutreffende Kriterien der Grundsätze der Raumordnung tangieren das Gebiet teilweise nur minimal. Eine ausführliche Prüfung dieser Kriterien wird im Rahmen des Genehmigungsverfahrens erfolgen. Sollten sich hieraus weitere Maßnahmen für die Realisierung eines Projektes ergeben, werden diese ergriffen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wird der Landesentwicklungsplan, welchem bereits durch die Landesregierung zugestimmt worden ist, wie veröffentlicht festgeschrieben, führen diese Grundsätze der Raumplanung nicht mehr zum Ausschluss einer Windeignungsfläche. Da weiterhin alle Ziele der Raumordnung eingehalten werden, und wir uns zusätzlich erhoffen mit dieser Fläche von ca. 166 ha und einer realisierbaren Leistung von bis zu 79,2 MW ein Projekt verwirklichen zu können, welches einen erheblichen Beitrag zur Erreichung einer zukünftigen Energieerzeugung von 15 GW leistet, möchten wir hiermit nochmals um eine priorisierte Berücksichtigung dieser Fläche bei der Teilaufstellung der Landesentwicklungspläne bitten. Um Ihnen die Arbeit mit der Karte zu erleichtern, ermitteln wir Ihnen zusätzlich das betroffene Gebiet als Shape-Datei Stellungnahmen und ausführliche Begründungen zu der anliegenden Fläche können ebenfalls auf Nachfrage zur Verfügung gestellt werden. Mit freundlichen Grüßen i.A. [redacted]	
Institution: Amt Probstei, Der Amtsdirektor ID: M2478	**Sachverhalt:** Die Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land liegt bis einschließlich 09.09.2024 öffentlich aus. Bis dahin können die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen Stellungnahmen bei der Landesplanungsbehörde einreichen. In der Teilfortschreibung des Regionalplanes 2020 sind keine Vorranggebiete für Windenergieanlagen im Gemeindegebiet der Gemeinde Lutterbek ausgewiesen. Vielmehr sind im gesamten Bereich des Amtes Probstei nördlich der Bundesstraße 502 (8502) keine Vorranggebiete für Windenergieanlagen ausgewiesen. Im Baugesetzbuch wurde der § 245 e Absatz 5 eingefügt. Dieser Paragraph ermöglicht es Gemeinden ein sogenanntes Zielabweichungsverfahren beim Land Schleswig-Holstein zu beantragen, um auch außerhalb der im Regionalplan oder Landesentwicklungsplan festgelegten Vorranggebiete Windenergieanlagen planen und bauen zu können. Von dieser Möglichkeit hat die Gemeinde Brodersdorf nun Gebrauch gemacht. Auch wenn das Verfahren noch nicht zum Abschluss gebracht wurde, besteht durchaus die Möglichkeit,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.3.1, 7.2.11, 7.2.12, 7.3.1 und 4.20.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Darüber hinaus beinhaltet die Stellungnahme Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dass in unmittelbarer Nähe zur Gemeinde Lutterbek Windkraftanlagen mit einer Höhe von 250 m entstehen können. Die Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land weist keine Vorranggebiete für Windenergieanlagen aus und auch eine Karte, die sogenannte Potentialflächen für Windenergieanlagen erfasst und darstellt, ist nicht Bestandteil der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes. Die Ausweisung von Vorranggebieten und Potentialflächen wird in Kürze in den Regionalplänen Wind erfolgen. Sehr wohl werden in der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes grundlegende Regelungen zur Planung von Windenergieanlagen festgeschrieben. In der Anlage sind der Textteil und die Plankarte zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes beigefügt. Der Umweltbericht kann unter www.schleswig-hostein.de eingesehen werden, die Datenmenge ist zu groß, um sie in diesem Portal einzustellen. Es wird empfohlen, die folgende Stellungnahme zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land zu beschließen und abzugeben: Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis zu 250 m haben einen immensen Einfluss auf das Landschaftsbild. Die Gemeinde Lutterbek ist, wie das gesamte Amt Probstei, touristisch geprägt. Der Tourismus ist ein sehr bedeutender Wirtschaftsfaktor, das gilt insbesondere für alle Gemeinden, die nördlich der B 502 und damit in unmittelbarer Nähe zur Ostsee liegen. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen in diesem Bereich wird zu einem Zielkonflikt zwischen Tourismus und Windenergie führen. Die Touristen nutzen die vielen Spurplattenwege sowie unbefestigten Wege in der freien Landschaft als Rad- und Wanderwege. Häufig wird eine gute Fernsicht auch als Fotomotiv genutzt. Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis 250 m haben eine so große Fernwirkung, dass sie noch aus vielen Kilometern um sie herum deutlich erkennbar und damit negativ wahrnehmbar sind. Die freie Landschaft geht bei einem solchen Anblick der Windenergieanlagen völlig unter. Der Landesentwicklungsplan führt selbst aus, dass bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Erfordernisse der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung berücksichtigt werden müssen. Die Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek liegen gemäß dem Landesentwicklungsplan im Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung, es ist auch das landesplanerische Ziel, den Tourismus in diesen Gebieten zu fördern. Der Konflikt zwischen Windenergieanlagen und intensiver touristischer Nutzung kann so nah an der Ostsee nicht gelöst werden. Hier muss der Tourismus die Priorität haben mit der Konsequenz,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dass Windenergieanlagen unzulässig sind. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie wird der Abstand von der Windenergieanlage bis zur Siedlungsfläche auf 800 m festgeschrieben, die tatsächliche Höhe der Windenergieanlagen spielt dabei keine Rolle mehr. Die heutigen Windenergieanlagen haben Höhen zwischen 200 m und 250 m, wobei in der Nachbargemeinde Brodersdorf drei Anlagen mit einer Höhe von jeweils 250 m geplant werden. Die Beeinträchtigungen, die von diesen Anlagen ausgehen, betreffen nicht nur die Wohngebäude, dessen Mindestabstand eingehalten wird, sondern auch die Wohngebäude, die in einem Abstand weit über 800 m liegen. Bei den Beeinträchtigungen geht es nicht nur um Lärm, der von den Anlagen ausgeht, sondern auch um Schattenwurf, den die Rotorblätter verursachen und insbesondere auch um das Landschaftsbild in einer sehr attraktiven Naturlandschaft eines Landschaftsschutzgebietes, das auch touristisch sehr stark genutzt wird. Windenergieanlagen in einer Höhe von 250 m führen in diesem Gebiet nicht nur zu den zuvor genannten Beeinträchtigungen, sie werden auch einen ganz erheblichen Wertverlust der Wohnbaugrundstücke nach sich ziehen. Diese Wertverluste treten nicht nur in den Randbereichen der Gemeinde mit den geringsten Abständen zu den Windenergieanlagen ein, sie werden sich über das gesamte Gemeindegebiet erstrecken, weil die Windenergieanlagen mit 250 m Höhe eine sehr große Dominanz haben und somit von jedem Wohnbaugrundstück in Lutterbek erdrückend wahrgenommen werden. Allein aus Gründen der Lärmbelastung sowie der Belastung durch den Schattenwurf sollten Windenergieanlagen grundsätzlich einen Mindestabstand zu Wohnbauflächen von 1.000 m haben. Darüber hinaus sollte der Abstand um weitere 1.000 m erweitert werden, um die Wertverluste der Wohnbaugrundstücke in erträglichen Grenzen zu halten. Weiter soll gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land der Denkmalschutz bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. In der Gemeinde Laboe befindet sich das Marine-Ehrenmal mit seinem Turm von 72 m Höhe. Das Marine-Ehrenmal ist eine Gedenkstätte für die auf den Meeren gebliebenen Seeleute aller Nationen und ein Mahnmal für eine friedliche Seefahrt auf freien Meeren. Das Marine-Ehrenmal ist weltweit bekannt, es prägt den Ort und die gesamte Umgebung und zieht Touristen aus der ganzen Welt an, es gilt als Wahrzeichen der Kieler Förde und steht unter Denkmalschutz. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen mit 200 m bis 250 m Höhe lässt das Marine-Ehrenmal insbesondere mit Sicht von der B 502 völlig verblassen. Die Windenergieanlagen wären	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	weit mehr als doppelt so hoch wie das Marine Windenergieanlagen sollten eigentlich erst dann gebaut werden, wenn es auch möglich ist, den produzierten Strom dauerhaft abzunehmen und weiterzuleiten. Die Politik hat sich in diesem Fall offensichtlich anders entschieden und die Betreiber der Windenergieanlagen bekommen den produzierten Strom bezahlt, auch wenn er gar nicht in das Netz eingespeist werden kann. Das kostet den Stromzahler viele Milliarden Euro. Neue Windenergieanlagen sollten erst wieder zugelassen werden, wenn auch sichergestellt ist, dass der produzierte Strom in das Stromnetz eingeleitet werden kann. Dabei sollten Windenergieanlagen möglichst nahe an Umspannwerke oder bereits ertüchtigte Stromleitungen herangebaut werden. Die Verlegung neuer und zusätzlicher Erdkabel ist nicht nur sehr kostenintensiv, sondern auch von den Bodenverhältnissen her naturschutzfachlich äußerst problematisch. Auch aus diesem Grunde sollten nördlich der B 502 keine Windenergieanlagen geplant und gebaut werden. Ein weiteres Problem für Windenergieanlagen nördlich der B 502, nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek ist die Infrastruktur. Die Spurplattenwege sowie die unbefestigten Wege, die genutzt werden müssen, um Windenergieanlagen überhaupt bauen zu können, sind für den Schwerlastverkehr nicht ausgelegt. Sie müssten also ausgebaut werden, was zu einer weiteren nicht gewollten Versiegelung im Außenbereich und hier sogar im Landschaftsschutzgebiet führt. Ein Rückbau dieser Wegeflächen kann erst nach Ablauf der Gesamtlaufzeit der Windenergieanlagen erfolgen, weil aus Wartungsgründen und für den Ersatzteilaustausch immer wieder Schwerlastverkehr auf diesen Wegen erfolgen muss. Auch aus diesem Grunde sollten nördlich der B 502 keine Windenergieanlagen zugelassen werden. **Beschlussvorschlag:** Die Gemeindevertretung stimmt der vorstehenden Stellungnahme zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Wind an Land zu und beschließt, sie bei der Landesplanungsbehörde einzureichen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2524	Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024), Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, die [redacted] wurde von der Bürgerwindpark	Zur Beantwortung der Stellungnahme wird auf Ziffer 4.8.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted],	
	[redacted] beauftragt, die Planungen für einen Bürgerwindpark in den	
	Gemeinden [redacted] einzuleiten. Die Abb. 1	
	beschreibt den Planungsraum.	
	Wir legen Widerspruch gegen den Entwurf des LEP 2024 ein. Die von uns in der Abb. 1 dargestellte Planungsfläche wurde bisher aufgrund des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen nicht aufgenommen.	
	In dem Dokument Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land heißt es auf Seite 56 zum 7 Z Dichtezentrum für Seeadlervorkommen:	
	Innerhalb des in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein dargestellten Dichtezentrums für Seeadlervorkommen (im Kreis Plön und nachrangig in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Ostholstein sowie der Landeshauptstadt Kiel) sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen.	
	Wir wiederholen unseren Antrag an die Landesplanung vom 15.04.2024:	
	Bisher wurden in der Gemeinde [redacted] und den umliegenden Gemeinden keine Flächen für die Windkraftplanung ausgewiesen, da sich die Gemeindeflächen komplett bzw. zum Teil mit dem weichen Tabukriterium „Dichtezentrum für Seeadlervorkommen“ überschneiden. Da das weiche Tabukriterium „Dichtezentrum für Seeadlervorkommen“ noch auf veralteten Abstandsradien beruht (Erneuerung im Jahr 2022 durch Anlage 1 4.BNatSchGÄndG) und das ausschlaggebende Seeadlerbrutpaar seit 2018 nicht mehr am zugrundeliegenden Standort gebrütet hat, sondern einen anderen Brutstandort gewählt hat, wurde die Firma [redacted] mit der fachlichen Überprüfung dieses Bereichs des Dichtezentrums beauftragt. Die anliegende Stellungnahme als Anlage 1 dient als Grundlage für die Einzelfallentscheidung der Landesplanungsbehörde bezüglich einer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	möglichen Ausnahme gemäß § 18 (2) LaPlaG bzw. um die Übernahme der Fläche als Vorranggebiet zur Nutzung von Windenergie in die Teilaufstellung des Regionalplans (Sachthema Windenergie) zu erreichen. [Karte: Abb. 1: Lage des Planungsraumes (Auszug aus: [redacted], Gutachterliche Stellungnahme, Planfläche in den Gemeinden [redacted], 22.02.2024)] Die Stellungnahme von [redacted] in der Anlage 1 kommt in dem Fazit zu der folgenden Bewertung (kursiv dargestellt): Der hier betrachteten Planung WP [redacted] steht als raumordnerisches Ziel das weiche Tabukriterium „Dichtezentrum von Seeadlervorkommen“ entgegen, dessen Ausweisung in Bezug auf die Planung in der vorliegenden Stellungnahme fachlich geprüft wurde. Die Ausweisung in der veröffentlichten Abgrenzung des „Dichtezentrum“ ist nach fachlichen Gesichtspunkten aus mehreren Gründen nicht nachvollziehbar: • Es findet sich im „Dichtezentrum“ nicht auf ganzer Fläche eine hohe Siedlungsdichte, insbesondere im westlichen und nordwestlichen Teil grenzen viele Reviere – anders als in der Definition festgelegt – nicht unmittelbar aneinander an, außerdem wurden im zentralen Teil und auch im Westen und Nordosten größere, nicht besiedelte Teilbereiche („Lücken“, in denen sich allenfalls nur punktuell zeitweilige Ansammlungen von immaturen Adlern befinden) in die Flächenausweisung integriert. • Auch die Planfläche WP [redacted] liegt nicht in einem Kernbereich mit hoher Siedlungsdichte, sondern randlich, in einem „Fortsatz“ nach Norden, und gehört mit Verweis auf die Definition „Dichtezentrum, in dem Reviere unmittelbar aneinandergrenzen“ nach gutachterlicher Einschätzung nicht zu einem „Dichtezentrum für Seeadlervorkommen“, da es sich in diesem Bereich um das isolierte Einzelpaar vormals bei [redacted], aktuell bei [redacted] (ohne unmittelbar angrenzende Nachbarreviere), handelt und in diesem Bereich keine besondere Verdichtung festzustellen ist. Durch die Umsiedlung des Brutpaares im Jahr 2022 Richtung [redacted] ist der ausgewiesene Bereich des Dichtezentrums um die Planfläche seit 2022 zudem nicht mehr besetzt. • Innerhalb der Planfläche und dessen Umfeld befinden sich keine besonderen Attraktionspunkte (Nahrungsgewässer für Reviervögel und Immature), daher sind keine regelmäßigen Ansammlungen von adulten und immaturen Adlern zu erwarten. Das	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nächste Nachbarrevier des nördlichen [redacted] Revieres (jeweils 2 km-Radius) befindet sich in einem Abstand von rd. 4,3 km, der nächstgelegene Horststandort (Brutpaar [redacted]) ist rd. 8,2 km vom Horst bei [redacted] entfernt. • Anders als in der Definition eines weichen Tabukriteriums vorgegeben, wurde die Abgrenzung nicht nach für den gesamten Planungsraum einheitlich anzuwendenden Kriterien vorgenommen. So wurden außerhalb gelegene Teilbereiche in den Kreisen Ostholstein und Herzogtum Lauenburg mit vergleichbaren (z.T. sogar höheren) Siedlungsdichten wie im West- und Nordwestteil des „Dichtezentrums“ nicht in die Tabuflächenkulisse aufgenommen. • Der Begriff „Source-Population“ ist nicht auf den Bereich des „Dichtezentrums“ beschränkt, sondern trifft aktuell auf den gesamten Brutbestand Schleswig-Holsteins zu, da in jedem Jahr erheblich mehr Jungvögel flügge werden als freie Reviere zu besetzen sind. Dieses Argument zur Herleitung des weichen Tabukriteriums trifft insbesondere nicht für die Planfläche zu, dem keine übergeordnete Bedeutung als „Quellpopulation“ zukommt und das abseits des stabilen Kerns der Seeadler-Population (gemeint ist damit das Dichtezentrum an der Plöner Seenplatte bzw. im Umfeld des Selenter Sees) liegt. • Die Begründung eines aufgrund der Siedlungsdichte erhöhten „Kollisionsrisikos durch Revierkämpfe“ für eine flächendeckende Ausweisung eines Tabugebietes trifft für die Planfläche nicht zu. Die Territorialität der Reviervögel beschränkt sich i.d.R. auf den Horstwald und dessen Umgebung mit dem/den Hauptnahrungsgewässern. Eine diesbezügliche Erhöhung des Kollisionsrisikos ist für die Dichtekernbereiche (Plöner Seenplatte, Umfeld Selenter See) möglich, nicht jedoch flächendeckend. In Bezug zur Planfläche WP [redacted] ist ebenfalls keine besondere, kollisionsrisikorelevante Häufung von Revierstreitigkeiten zwischen lokalen Altvögeln zu erwarten, da die Horstkernbereiche der benachbarten Reviere weit voneinander entfernt liegen. Gleiches gilt mit Verweis auf fehlende Attraktionspunkte und die großen Streifgebiete/ das erratische Auftreten auch für immature Adler. • Hinsichtlich des Hauptarguments für Ausweisung dieses Dichtezentrums, dass infolge des hohen Flugaufkommens mit weitaus überwiegender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen ist, dass die Errichtung von WKA in diesem Dichtezentrum zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos führt, ist festzustellen: Im Dichtezentrum sind größere Flächen mit geringerer Siedlungsdichte bzw. abseits von Gewässern / Revieren ausgewiesen, was die pauschale Annahme eines hohen Flugaufkommens und mithin	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	signifikant erhöhten Kollisionsrisikos nicht als nachvollziehbar erscheinen lässt. Es sind eben nicht pauschal flächendeckend hohe Flugintensitäten zu erwarten, insbesondere nicht in den Randbereichen mit geringerer Siedlungsdichte sowie in den ausgewiesenen Besiedlungslücken. Dies gilt auch für die Planung WP [redacted], die nicht im 2 km-Umfeld eines Horstes liegt. Für die erratisch auftretenden, große Streifgebiete befliegenden, immature Adler ist die pauschale Annahme eines flächendeckend signifikant erhöhten Kollisionsrisikos nicht begründet. Zusammenfassend ist in Bezug auf die Planung WP [redacted] festzustellen, dass die Ausdehnung der Tabuflächenausweisung des „Dichtezentrums für Seeadlervorkommen“ auf diesen nördlichen „Fortsatz“ wegen eines isolierten Einzelpaares fachlich nicht nachvollziehbar erscheint – zumal dieser Bereich aktuell gar nicht mehr besiedelt ist - und für diese Planung angesichts ihrer randlichen Lage außerhalb zentraler Prüfbereiche (2 km-Radien) kein pauschaler Ausschlussgrund erkennbar ist, der einer Verwirklichung der landesplanerischen Ziele behindern oder unmöglich machen würde. Das potenzielle Flugaufkommen in der Planfläche WP [redacted] kann als Basis für eine fundierte, einzelfallbezogene artenschutzrechtliche Bewertung des Vorhabens im Rahmen einer Habitatpotenzialanalyse (HPA) ermittelt werden. Diese Prüfung ist ergebnisoffen, eine Genehmigung kann nur im Einvernehmen mit den Naturschutzbehörden erteilt werden. Die Planungsfläche kann 8 bis 10 Windenergieanlagen (Rotordurchmesser 150m, Gesamthöhe 200m, Leistung 6 MW/WEA) aufnehmen (Abb. 2). [Karte: Abb. 2: Planungsfläche mit den betroffenen Gemeinden] Die Bürgerwindpark [redacted] beantragt die Aufnahme der o.g. Planungsfläche als Windvorranggebiet in den in Aufstellung befindlichen Regionalplan des Planungsraums [redacted] Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anlage 1: [redacted], Gutachterliche Stellungnahme, Planfläche in den Gemeinden [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted], 22.02.2024)	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2241	Sehr geehrte Damen und Herren, Erneuerbare Energien sind dringend notwendig und wichtig, für Mensch und Tiere. Wir wohnen in [redacted] im Naturschutzgebiet Aukrug. Wir haben von unserer Terrasse eine herrliche Aussicht in die Natur. Noch jedenfalls, denn ein unangenehmer Mensch ist dabei uns die schöne Aussicht durch Anpflanzungen von in die Höhe schießende Sträucher zu nehmen. Bitte Nicht auch noch Windkrafträder!!! Schräg gegenüber von unserem Haus ist ein Storchennest, das liebevoll gepflegt und von den Störchen jedes Jahr wieder bezogen wird. Hier können wir miterleben wie die zukünftigen Storcheneltern Nistmaterial bei uns im Garten sammeln. Sie landen bei uns im Garten oder sitzen auf unserem Haus und machen Flugübungen mit ihrem Nachwuchs. Auch Falken sind im gegenüberliegenden Haus zu Hause. Gerne stellen wir bei uns einen „Krähenteller“ auf, den wir täglich mit verschiedenen Leckereien befüllen. So fühlen sich hier Krähen, Elstern, Tauben und Amseln zu Hause. Vor dem Hauseingang haben wir eine Schale für die kleinen Vögel, die von Meise, Sperling, Specht, Rotkelchen und Dompfaff, um nur einige zu nennen, besucht wird. Auch das Eichhörnchen schaut gerne vorbei. Diese Idylle wäre so nicht mehr vorhanden, wenn sich ein paar Meter weiter Rotorblätter drehen. Ich bin aus nachfolgend genannten Gründen gegen die Errichtung von Windkrafträdern hier in Grauel … 1. Windkrafträder sind kostenintensiv in Anschaffung und Erhalt. 2. Die Windenergie ist nicht speicherbar, Stillstand wenn kein Wind und der ist nunmal nicht immer verfügbar. Kein Wind, keine Energie.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	3. Windkrafträder verunstalten die schöne Natur. 4. Windkrafträder sind nicht geräuschlos. 5. Windkrafträder TÖTEN Vögel. Meine Meinung: erneuerbare Energie JA, aber nicht um jeden Preis und auch nur da, wo es angebracht ist. Windräder gehören ans/ins Wasser. Da ist Platz genug und stört kaum jemanden. Mit freundlichem Gruß [redacted] [redacted] Bitte um Bestätigung dieser E-Mail.	
Institution: Eigentümergemeinschaft Gowens ID: M2566	Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR2_PLO_037 Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Landschaftsschutzgebieten: Der Stellungnahme wird insofern gefolgt, als dass in Aufstellung

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten die Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-	befindliche und einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete unberücksichtigt bleiben.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. 1.2 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 13 wird auf die Neuregelung des § 26 Abs. 3 BNatSchG verwiesen, welche sich auch auf das Veränderungsverbot nach § 19 Abs. 2 Satz 2 LNatSchG bei eingeleitetem LSG-Verfahren nach § 12a Abs. 2 LNatSchG erstrecke. Dies gelte auch für einstweilige sichergestellte Gebiete nach § 12a Abs. 3 LNatSchG i.V.m. § 22 Abs. 3 und § 26 BNatSchG. Für die deshalb vorzunehmende Abwägungsentscheidung solle die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden. Zunächst ist die Rechtsauffassung der Einbeziehung des Veränderungsverbots und der einstweiligen Sicherstellung in § 26 Abs. 3 BNatSchG zu begrüßen, weil ein vorlaufender Schutz für eine LSG-Verordnung nicht umfangreicher ausfallen kann als die LSG-Verordnung selbst. Allerdings sind weiterhin Abwägungen zulasten der Windenergie aufgrund einer Lage in einem Landschaftsschutzschutzgebiet möglich, obwohl die gesetzgeberische Wertentscheidung in § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG dahingehend besteht, dass zugunsten der Windenergie entsprechende Windenergiegebiete in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden können. In jedem Fall zu vermeiden ist es, dass – wie nach dem bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) – allein einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete überhaupt eine Berücksichtigung in der Abwägung finden. Es hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass dieses Instrumentarium auch zur Vermeidung von Windenergie eingesetzt wurde, ohne dass sich der Wille zur Ausweisung später nach Zielerreichung verfestigt hat. So sind etwa die (geplanten) Landschaftsschutzgebiete „Wiedingharder- und Gotteskoog“ und „Ostenfeld-Schwabstedter Geest mit vorgelagerter Marsch“, die der Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein zum Regionalplan für den Planungsraum I zugrunde liegen (OVG Schleswig-Holstein, 22.03.2023 - 5 KN 53/21 - juris Rn. 31), weiterhin nicht	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ausgewiesen. Schließlich kann ein Verfahren zur Ausweisung eines Landschaftsschutzgebiets nach Rechtskraft der Regionalpläne einfach wieder eingestellt werden, was einer Verhinderungsplanung durch Landkreise gleichkommt (auf dieses Risiko bzw. diese Motivationslage hat auch hingewiesen OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 74). Etwaige zukünftige Landschaftsschutzgebiete, für die nach § 12a Abs. 2 LNatSchG lediglich das Verfahren zur Aufstellung einer LSG-Verordnung eingeleitet wurde sowie für die nach § 12a Abs. 3 LNatSchG lediglich eine einstweilige Sicherstellung erfolgte, stellen noch keinen hinreichend begründeten Fall für die Gewichtung eines solchen Belangs dar. Dabei ist aufgrund des § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG nicht einmal mehr erforderlich, dass eine Befreiungslage nach § 67 Abs. 1 BNatSchG vorliegt. Zwar sehen die vorgenannten Normen § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG eine Möglichkeit der gesetzlichen bzw. der normativen Sicherstellung ähnlich zu einer Veränderungssperre vor. In materieller Hinsicht ist dafür aber nicht notwendig, dass die Schutzwürdigkeit und -bedürftigkeit der betroffenen Landschaft bereits abschließend geprüft worden ist und feststeht. Es genügt, dass das von der Sicherstellungsverordnung erfasste Gebiet (Geltungsbereich) seiner Qualität nach geeignet ist, einen „besonderen“ Schutz von Natur und Landschaft, wie er mit der künftigen LSG-Verordnung geplant ist, zu rechtfertigen, wobei auf die drei alternativ genannten gesetzlichen Schutzzwecke in § 26 Abs. 1 Nr. 1 - 3 BNatSchG abzustellen ist (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 68). Insofern steht nicht unbedingt fest, dass es tatsächlich zum Erlass einer LSG-Verordnung kommen wird. Auf der Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9.) kann zudem keine hinreichende Auseinandersetzung mit den Inhalten der in Aufstellung befindlichen LSG-Verordnung erfolgen. Das ist aber für eine Prognose erforderlich, ob es überhaupt zu einer rechtmäßigen LSG-Verordnung kommen kann, für die ein Schutz nach § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG angemessen wäre und für die die Landesplanungsbehörde quasi antizipieren kann, dass in diesem Bereich die Errichtung und der Betrieb von WEA zukünftig nicht erfolgen wird. Diese Prognose müsste auch Gegenstand der Planunterlagen sein, sodass die Abwägung überhaupt nachvollziehbar ist. Damit wird die Regionalplanung aber überstrapaziert. So hat auch das OVG Schleswig-Holstein festgestellt, dass sich die Landschaft zur Schutzwürdigkeit „hinsichtlich ihres Charakters, ihrer Eigenart und Qualität von - außerhalb davon gelegenen - Landschaftsräumen (die im Übrigen nicht ungeschützt sind [vgl. z. B. § 35 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 5 BauGB; §§ 14 ff. BNatSchG; §§ 8 ff. LNatSchG]) deutlich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unterscheiden“ müsse (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 76). Schließlich würde diese Vorgehensweise der gesetzlichen Wertung des § 4 Abs. 1 ROG widersprechen und verkehrt diese in ihr Gegenteil. Eine raumordnungsrechtliche Abstimmung, wie vom OVG Schleswig-Holstein zurecht gefordert (vgl. OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 79 ff.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 132 ff.), kann auch nicht in der Weise erfolgen, dass die Landesplanung in Aufstellung befindliche LSG-Verordnungen schlicht berücksichtigt, selbst wenn keine eigene Prüfung stattfindet (OVG Schleswig-Holstein, 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 135). Zu Recht hat das OVG Schleswig-Holstein gerügt, dass die Landkreise der Landesplanung nicht mit dem Mittel des Erlasses einer Sicherstellungsverordnung (bzw. LSG-Verordnung) vorgreifen dürfen (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 83 f.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 134 und 136). Wenn Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G beibehalten werden soll, dann ist dies jedenfalls auf nur bereits vorliegende LSG-Verordnungen zu reduzieren und die Abwägung hat in den Randbereichen der LSG grundsätzlich zugunsten der Ausweisung von Windenergiegebieten zu erfolgen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2692	Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Beteiligungsverfahren vom 25. Juni 2024 - 09. September 2024 Gebietsvorschlag „WP Ahneby" Sehr geehrte Damen und Herren,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] im Geltungsbereich des in derTeilfortschreibung befindlichen Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land". [redacted] befindet sich innerhalb eines Gebietes, welches im Rahmen des Entwurfes des Landesentwicklungsplans als Potenzialfläche dargestellt wurde. Die Fläche war bereits als Potenzialfläche PR1_SLF_049 im Zuge der letzten Entwürfe der Regionalplanung berücksichtigt. In dieser Eigenschaft begrüße ich ausdrücklich die vorgesehene Rahmenplanung für die tatsächliche Gebietsausweisung durch die Regionalplanung und möchte meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass das benannte Gebiet, inklusive [redacted] auch tatsächlich als Windenergiegebiet ausgewiesen wird. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2824	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich bin daran interessiert, das ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwischen der [redacted] Hamdorf Groß Rönnau in örtlicher Richtung Warder – Warder See gewährleistet ist. Ich möchte, das die Knicklandschaft Groß Rönnau 620 ha, ca. 50 km Knick erhalten bleiben und die darin eingebundenen Biotope geschützt werden. Wir die Gemeinde die Landwirte und Bürger haben die einzelnen Biotope aufgebaut eingerahmt von dieser Knicklandschaft mit und Niederungsflächen dazwischen. Dieses Bild (Landschaft wollen Sie zerstören durch Windkraftanlagen? Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, (Rotmilan, Seeadler, Kraniche,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.13.1, 4.18.1 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich wird auf die Ziffern 7.2.9, 7.2.12 und 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schwäne, Graureiher, gr. Brachvogel weiterhin in der Region brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Ich möchte daß Saatkrähen auch der Kolonie Kurpark Segeberg frei auf ihre Freßplätze fliegen können. Ich möchte daß Schalenwildarten ohne Einengung ihre Fernwechsel benutzen können. Ich möchte, dass ein Havariefall wie z.B. Brandentwicklung, techn. Defekt durch ausreichende Abstände von mindestens 1500 Metern zu Wohnhäusern und Biotopenabgesichert wird. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2354	Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein, Fortschreibung 2021, Teilfortschreibung „Windenergie anLand”, Änderung Kap. 4.5.1 Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Daniel Günther, sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack, ich vertrete anwaltlich die rechtlichen Interessen der Firma [redacted], diese Vertreten durch ihren alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer, Herrn [redacted]. Die ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird unter Hinweis auf meine Standespflichten anwaltlich versichert, § 294 ZPO. Mein Mandant hat mich beauftragt, zur beabsichtigten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema „Windenergie an Land”, Kap. 4.5.1, binnen der Frist des Beteiligungsverfahrens in demselben folgende	Die rechtlichen Ausführungen zum BauGB, WindBG und EEG werden zur Kenntnis genommen. Die Hinweise zum Flächenziel werden ebenso zur Kenntnis genommen. Allerdings werden die Bedenken hinsichtlich der Nichterreichung der Flächenziele nicht geteilt. Eine Beurteilung diesbezüglich ist erst auf Regionalplanebene möglich. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt nur die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher laufen Hinweise zur Nichterreichbarkeit der Flächenziele nach WindBG auf LEP-Ebene ins Leere. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellungnahme einzureichen, dieser Bitte komme ich hierdurch gerne nach. Meinem Bezug zu den individuellen Belangen meiner Mandantschaft stelle ich grundsätzliche Erwägungen vorab, Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen, muss aber der Präklusion aus § 5 Abs. 6 LaPlaG 1.V.m. § 9 Abs. 2 5. 4 ROG entgehen. Mit der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans reagiert die Landesregierung unter anderem auf den bundesrechtlichen Systemwechsel des Artikelgesetzes *„Zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land'* (WindBG) vom 20. Juli 2022 nebst den korrespondierenden Regelungen zum BauGB, ein Gesamtpaket, dass mit seiner Positivplanung als Paradigmenwechsel verstanden wird, Des weiteren gilt als Planerfordernis die Aufhebung des bestehenden Regionalplans für den Planungsraum | durch Urteil des OVG Schleswig vom 22. März 2023 (OVG Schleswig, Urteil vom 22. März 2023, 5 KN 53/21, Juris), dem möglicherweise Ende November auch die Aufhebung des Regionalplans für den Planungsraum H1 folgen könnte (OVG Schleswig, 5 KN 46/21 ,5 KN 6/21 und 5 KN 7/21). Der Windenergie ist nicht mehr nur „substantiell" Raum zu verschaffen, sie liegt nunmehr im „überragenden öffentlichen Interesse", § 2 EEG 2023 (OVG Greifswald, Urteil vom 7. Februar 2023, 5 K 171/22, juris). Diesen Versuch der Reformation unternimmt nun die Teilfortschreibung, die ich noch als Rohentwurf für die noch zu erstellenden Regionalpläne „Windenergie", verstehe (Runderlass der Landesplanungsbehörde vom 19. Dezember 2023, IV 64, Az. VIS10385/2023, Seite 3). Dabei stößt die Landesregierung nach meiner Wahrnehmung auf deutlich mehr Verständnis als noch mit den Vorgängerversionen, den Landesverordnungen für die jeweiligen drei Planungsräume mit Bekanntmachung je vom 29. Dezember 2020 (GVOBI. Seite 1082). So gilt die Abschaffung der leidigen 3H/5H-Regelung als Ziel der Raumordnung als Fortschritt, auch wenn die Landesregierung hierbei den sich aus dem WindBG und den dort enthaltenen Berechnungsmodalitäten für die Flächenbeitragswerte ergebenden Sachzwängen zu folgen scheint. Landschaftschutzgebiete werden nun an § 26 Abs. 3 BNatschG gemessen. Und auch die Untersagung von Höhenbegrenzungen schneidet einen „alten Zopf' ab und deutet in Richtung Fortschritt. Gleichwohl gibt es Kritik und Anregungen, die möglicherweise in neu zu erhebende Normenkontrollanträge nach § 47 VwGO münden könnten. Zuvörderst bleibt fraglich, ob die geänderte Landesverordnung dem „drastischen	einzubringen. Der pauschale Hinweise auf aufgegebene Wohnnutzungen, aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe oder Moorkulissen muss, um von der Landesplanung berücksichtigt werden zu können, konkretisiert werden. Auch hier wird empfohlen, dies in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen einzubringen. Bezüglich der weiteren Punkte aus der Stellungnahme wird im Übrigen auf die allgemeine Synopse und hier insbesondere auf Ziffer 1.7, 2.3, 2.4, 7.1 und auf das Urteil des OVG SH 5 KN 46/21 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nachholbedarf' gerecht wird, den Rechtsprechung und Literatur derzeit erkennen (u.a. Tigges/Wördenweber, *„Stand der Windenergieplanung nach neuem Recht und Möglichkeiten der Plansicherung”,* ZNER 2024, Seite 305} Das WindBG schreibt erstmalig verbindliche Mindestziele in Form von Flächenbeitragswerten fest, die bis Ende 2027 und schließlich bis Ende 2032 zu erfüllen sind. Werden diese Ziele rechtzeitig erreicht, führt dies zur Entprivilegierung der Windenergieanlagen außerhalb ausgewiesener Flächen, die fortan nur noch nach § 35 Abs. 2 BauGBb zulässig sind, so § 249 Abs. 2 BauGB. Allerdings wird die Versäumung der rechtzeitigen Zielerreichung umfassend sanktioniert. Windenergieanlagen sind und bleiben im Außenbereich dann privilegiert, ohne dass ihnen Darstellungen an anderen Standorten nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB entgegengesetzt werden können, § 249 Abs. 7 BauGB. Flankiert werden die Flächenbeitragsziele durch den vorgesehenen, kontinuierlichen Zubau von Windenergieanlagen nach § 4 EEG. Dies dürfte die Bundesländer daran hindern, durch teilweise noch bestehende, teilweise aber auch, wie in Schleswig-Holstein, bereits abgeschaffte Sicherstellungsmoratorien die laufende Ordnung der Räume mit Veränderungssperren abzusichern und den Zubau von Windenergieanlagen an nicht gewünschten Standorten vorübergehend aufzuhalten. Schleswig-Holstein meint, das Zwischenziel bis Ende 2027 bereits erfüllt zu haben, nach Auffassung der Fachagentur Wind an Land und wohl auch unstreitig wird das Ausbauziel bis Ende 2032 noch verfehlt. Es gibt noch erheblichen Ausweisungsbedarf. Wenn Schleswig-Holstein laut Plantext, Anl. 1zu § 1 der LEP-WindVO, 3 % der Landesfläche zur Anrechnung in den Flächenbeitragswert von 2 % nach WindBG geben möchte, dürfte dies nicht ausreichen. Das Umweltbundesamt warnt ausdrücklich vor dem auch dem Unterzeichner bekannten Problem, dass sich die ausgewiesene Flächenkulisse nicht unbedingt nutzen lässt, man geht von einer eingeschränkten Nutzbarkeit von etwa 20 - 40 % aus. Hintergrund sind beispielsweise zivilrechtliche Hindernisse, die sich beispielsweise aus der Nichtgewährung von Abstandsflächen durch Baulast nach § 6 LBO ergeben können sowie aus dem bekannten Umstand, dass Einschränkungen des Anlagenbetriebes bis hin zur Nichtgenehmigungsfähigkeit einer WEA In das Genehmigungsverfahren verlagert werden. Es wird also dringend empfohlen, die Flächenziele mit einem Sicherheitspuffer zu versehen, um die Leistungsziele erreichen zu können (Umweltbundesamt, „Flächenverfügbarkeiten, Flächenbedarf für den Ausbau der Windenergie an Land", Abschlussbericht Seite 119} Daran fehlt es hier, da die als	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Potenzialfläche vorgesehenen 3 % der Landesfläche unter Beibehaltung der stark kritisierten „Rotor-in"-Planung ausgewiesen werden sollen und somit diese Rotor-In-Flächen nur eingeschränkt auf den Flächenbeitragswert anzurechnen sind (Gatz, Tyczewski, Baars, „Regenerative Energien in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis", 4. Aufl., Seite 48). Der Rock der Landesregierung ist also zu eng, seine Nähte mit zu schwachen Fäden genäht. Rein rechnerisch liegt allerdings auch die Lösung auf der Hand. So hat die Landesregierung eine Rohpotenzialfläche von etwa 7,7 % der Landesfläche ermittelt, von der nach Abzug bestimmter Radien einer Referenz-WEA noch 7,2 % der Landesfläche verbleiben sollen. Bestenfalls wird aus dieser Rohpotenzialfläche die endgültige Potenzialfläche der drei Planungsräume, zumal wenig Hoffnung besteht, dass die Kommunen die sogenannte Gemeindeöffnungsklausel, §245 Abs. 5 BauGB, nutzen werden, um mit ihren kommunalen Planungsmöglichkeiten den Rest der Rohpotenzialfläche, die die Landesregierung ihnen noch übrig lässt, zu überplanen. Leider ist im derzeitigen Entwurf auch noch einiges an Zielen und Grundsätzen zur Raumordnung enthalten, was schon in den alten Regionalplänen bedenklich war. So z.B. die schematische Mindestgröße von Vorrangflächen. Diese Flächen sollen jetzt geeignet sein, mindestens zwei Referenzanlagen aufzunehmen, was eine Mindestfläche von 15 ha implementiert, Eine schematische Festlegung ist für das Repowering von Windkraftanlagen problematisch, an sich geeignete Einzelstandorte können wegfallen und von einer künftigen Nutzung ausgeschlossen werden (BVerwG, Urteil vom 24 Januar 2008, 4 CN 2/07, juris}. Hieran ändert grundsätzlich auch das sogenannte BlmschG-Repowering nichts. Nicht zu rechtfertigen sind auch die pauschal 800m/1000 m Umgebungsschutzbereiche zu Siedlungsbereichen, die wiederum nicht die unterschiedlichen Schutzbedürftigkeiten dieser Siedlungsbereiche berücksichtigen, immerhin gibt es mehr als ein Dutzend BauNVO-Gebietstypen mit ihnen eigenen Charakteristika. So ist ein Dorfgebiet mit seiner Immissionskulisse deutlich weniger schutzwürdig als ein reines Wohngebiet, Auch das BVerwG verlangt vom Plangeber einen einzelfallbezogenen Blick auf die Örtlichen Verhältnisse, es sei zu prüfen, „ob auch kleinere Pufferzonen als Schutzabstand genügen"., Gefasste Siedlungsabstände schränken zudem die Suchräume für konfliktarme Flächen derart ein, „so dass deren Umsetzung fast zwangsläufig mit Gütern des Arten- und Landschaftsschutzes sowie auch dem Waldschutz in Konflikt gerät' (Müller, Wegner, Sailer, Stiftung Umweltenergierecht,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Würzburg, in: *„Rechtliche Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 13. Dezember 2017".* Wie sich gerade in Schleswig-Holstein die Veränderung von Abstandspuffern auswirkt, zeigten schon die Folgen der Einführung solcher Puffer durch die Landesverordnung vom 29. Dezember 2020, einem Wahlkampfversprechen, so auch die von der Landesregierung seinerzeit beauftragte Studie „Rechtsgutachten Repowering" vom 22. Februar 2018, dort Seite 9. Von meinen Kunden wurde mir verschiedentlich zugetragen, dass noch immer veraltetes Datenmaterial der Ermittlung der Potenzialfläche dient. Die Datengrundlagen beispielsweise des geowissenschaftlichen Moorkatasters erhebt schon keinen Anspruch auf exakte Flächengenauigkeit („Moorschutzprogramm für Schleswig-Holstein", Drucksache 16/2272). Auch sind Abstandsflächenkreise um aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe vorzufindend, ebenso befinden sich zahlreiche Einzelhäuser nicht mehr in Wohnnutzung, werden gleichwohl aber bei der Bemessung von Abstandsflächen herangezogen. Nun kurz zu den rechtlichen Interessen meiner Mandantin. Bei der Firma [redacted] handelt es sich um eine Gesellschaft, die in und bei Linden/Dithmarschen etwa 23 Windenergieanlagen der 7,2 MW-Klasse plant und betreiben möchte. Diesbezüglich sind beim Landesamt für Umwelt entsprechende Genehmigungsanträge eingereicht worden, die durch die Behörde unter (einzigem) Hinweis auf den derzeit noch gültigen Regionalplan für den Planungsraum II abgelehnt worden waren. Die hiergegen gerichtete Verpflichtungsklage ist bereits beim OVG Schleswig anhängig (5 KS 4/24). Auch hier zeigt die Rohpotenzial-Karte falsche Abstandsflächen insbesondere zur Siedlung Rederstall bei Linden. Bei dieser Siedlung handelt es sich auch nicht um einen gefestigten Innenbereich, sondern um einen nach § 35 BauGB zu beurteilenden Außenbereich mit entsprechenden geringeren Abstandsflächen. Dies entspricht jedenfalls auch der Rechtspraxis des Kreises Dithmarschen, Untere Bauaufsichtsbehörde. Die Kartierung sowie die Umweltverträglichkeitsprüfung der [redacted], Stralsund, ergab keine Vorkommen besonders sensibler Vogelarten und auch eine Biotoptypenkartierung des Ingenieurbüros „[redacted]“ ergab für das etwa 531 ha große Untersuchungsgebiet bei den meisten Standorten ein eher artenarmes Grünland und nur	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bei wenigen Standorten ein artenarmes bis mäßig artenreiches Grünland. Zwei WEA-Standorte liegen auf Intensivackergrundstücken, die Fläche ist von ihrer Struktur her sehr stark vergleichbar mit der Vorrangfläche PR 3 DIT 020, die in den Regionalplan seinerzeit aufgenommen wurde. Auch gibt es keinen Konflikt zu einem Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe. Im Bereich der Ortschaften Linden und Pahlen befindet sich zwar nördlich und südlich des sogenannten Helgenweg eine Rohstoffpotenzialfläche. Das Datenmaterial deckt sich jedoch nicht mit vorliegenden Bodenergebnissen der Umweltverträglichkeitsuntersuchung. Bei den Bodenuntersuchungen dort wurde festgestellt, dass sich hier keine nennenswerten Potenziale für Sand- und Kiesabbau finden lassen, die einen wirtschaftlich zu rechtfertigenden Abbau der Rohstoffe zulassen. Zu demselben Ergebnis kam auch ein großes Unternehmen, dass den Kiesabbau gerne vorgenommen hätte, davon aber Abstand nahm. An diesem Beispiel zeigt sich, dass die Rohpotenzialfläche stark überarbeitungsbedürftig ist. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Rechtsanwalt	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1994	Ich bin der Meinung, dass das derzeitige gültige Verfahren zu einer Verspargelung der Landschaft führt. Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen. Ich lehne die Absenkung des Grundwasserspiegels zum Bau von Windkraftanlagen strikt ab, da in der Nähe befindliche Grundwasserseen mit der dazugehörigen Fauna und Flora erheblich beeinträchtigt werden. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete/Naturflächen nicht zerstört werden, damit dieser einzigartige Naherholungsraum erhalten bleibt. Mit ist wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Uhu, Wespenbussard, Schwäne und Störche weiterhin in meiner Umgebung brüten. Überlebenswichtige Flugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen sind freizuhalten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1.3, 2.11, 3.18, 4.2, 4.20, 5.4., 7.2.7, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.5, 7.3.7, 7.2.9, 7.3.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter. Ich befürchte körperliche Beschwerden und Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Blinklichter, Infraschall, optische Erdrückung, und ich möchte, dass eine Abstandsregelung proportional zur Höhe der installierten Windräder eingeführt wird (Höhe der WKAs/150x1000m in Anlehnung an dem vom Land 2020 festgelegten Mindestabstand. Ich fordere, dass ein Havariefall (z.B. Brand, technischer Defekt, Rotorbruch ect.) durch ausreichende Abstände zur Wohnbebauung abgesichert wird. Ich möchte, dass diese 'Abstandsregelung für alle Bereiche gilt, egal ob Stadt, Dorf, Splittersiedlungen oder Einzelhäuser.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2509	Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme sowie Informationen über beabsichtigte und bereits eingeleitete Planungen und sonstige Maßnahmen zur Rohpotenzialfläche [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, anlässlich des Beteiligungsverfahrens zum o.g. Verfahren, möchten wir im Namen des Vorhabenträgers, der Bürgerwindpark [redacted], Stellung nehmen und Sie über die beabsichtigten und bereits eingeleiteten Planungen eines Windparkprojektes auf der o.g. Fläche informieren. Das Planungsgebiet mit einer Größe von rund 90 ha umfasst Teile der zuletzt im Regionalplan vom	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen, namentlich auf den Wunsch nach einer konkreten Flächenausweisung. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	29.12.2020 teilweise nicht übernommenen Potenzialflächen [redacted] sowie Teile der Rohpotenzialfläche [redacted]4 der Teilfortschreibung des LEP Teil Windenergie 2024. Es liegt im Nordwesten der Gemeinde [redacted] an den Gemeindegrenzen zu [redacted]. Die Fläche wird größtenteils intensiv ackerbaulich genutzt. Lineare Gehölzstrukturen und Gräben sind vorhanden. Das Planungsgebiet wird durch die [redacted] und die Freihaltung eines Bewegungskorridors für die östlich liegende [redacted]-Fläche in drei Teilbereiche unterteilt. Die genaue Lage, Ausdehnung und Zuschnittsanpassung des Planungsgebiets können dem Lageplan (Anhang I) entnommen werden. Die Ausweisung dieser Fläche begrüßen wir im Namen des Vorhabenträgers aus folgenden Gründen: Im Westen der Planungsfläche befindet sich das Prototypen-Testfeld [redacted] Innerhalb dieser Fläche werden Windkraftanlagen-Prototypen verschiedener Hersteller zu Test- und Vermessungszwecken errichtet und betrieben. Angrenzend hierzu sollen in dem Planungsgebiet sechs WEA für die Energie- und Wärmeversorgung im Rahmen der Daseinsvorsorge der Gemeinde [redacted], zur Versorgung eines in der Nähe geplanten Rechenzentrums sowie des Energie- und Technologieparks auf dem ehemaligen [redacted]-Flugplatzes [redacted] entstehen. Der Strombedarf des Energie-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Technologieparks soll ab 2026 aufgrund der Ansiedlung weiterer energieintensiver Betriebe voraussichtlich 100 Millionen kWh betragen. Ein Teil des Stroms aus den geplanten WEA soll zu Deckung dieses Bedarfs herangezogen werden. Die elektrische Infrastruktur lässt sich mittels überschaubarer Erweiterung des Bestandes des Testfeldes bzw. geringem Aufwand sowie verhältnismäßig geringem Eingriff in den Naturhaushalt realisieren. Der produzierte Strom kann über die geplante Erweiterung des betreibereigenen Umspannwerks im Nordwesten des Testfeldes ([redacted]) in das öffentliche Netz eingespeist werden. Der Vorhabenträger plant die WEA auf der Planungsfläche ebenfalls als Bürgerwindpark zu betreiben. Die Flächensicherung wurde bereits abgeschlossen und die naturschutzfachlichen Erfassungen wurden kürzlich abgeschlossen. Um den produzierten Strom möglichst lokal nutzen zu können ist der Vorhabenträger bestrebt die lokale Sektorenkopplung zu entwickeln, auszubauen und zu nutzen. Vor diesem Hintergrund bietet sich durch die Kooperation mit der Deutschen Energie-Agentur (dena) im Rahmen eines EU-Projektes die Möglichkeit diese Bestrebungen auf kommunale Bedürfnisse ausgerichtet begleiten zu lassen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Vorhabenträger wurde von der Deutschen Energie-Agentur (dena) ausgewählt an der Bewerbung zum Förderantrag des EU-Projektes “Build - Own - Share: We power heating and cooling (PowerShift)” (Laufzeit 09.25 - 08.28) teilzunehmen. Die Gemeinden [redacted] sowie der Gewerbepark [redacted] unterstützen die Bestrebungen. Das Projekt soll parallel in sechs EU-Partnerländern durchgeführt werden. Deutscher Partner im Projektkonsortium ist die dena. Unter dem Aspekt der ganzheitlichen Energiewende soll durch gekoppelte Energiesysteme die fluktuierende Verfügbarkeit von lokal erzeugten, Erneuerbaren Energien in Verbindung mit der Wärme- und Kälteversorgung effizient und wirtschaftlich nutzbar gemacht werden. So dass einerseits lokale Wertschöpfung, kommunale Eigenversorgung sowie Energieunabhängigkeit und Netzstabilität erhöht werden, andererseits die Gesamtnetzbelastung als auch künftige Investitionen in teure Netzinfrastruktur vermieden werden. Die dena plant kommunale Akteure, die lokale Bevölkerung, politische Entscheidungsträger, mögliche Finanzierungspartner und für die Verbreitung der Konzepte wichtige Multiplikatoren in das Vorhaben einzubeziehen. Im Rahmen des Projektes soll ein auf die Kommune zugeschnittenes	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Finanzierungskonzept (Green Investment Deal) ausgearbeitet werden, welches Anlagen der Erneuerbaren Energien mit Großwärmepumpe, Wärmespeicher oder Power2Heat für ein Wärmenetz kombiniert und die Pilotkommune dazu befähigt, ihre lokalen Energie- und Klimaziele zu erreichen und dabei alle Interessengruppen berücksichtigt. Um ihr Interesse an diesem gemeinsamen Projekt / Förderantrag zu bekunden, haben die Akteure (Vorhabenträger, [redacted] jeweils einen Letter of Support unterzeichnet (vgl. Anhang III). Die Erweiterung des Prototypentestfeldes auf der o.g. Rohpotenzialfläche wird hierdurch als wertvoller Baustein einen Beitrag zur Energiewende, Weiterentwicklung der Windbranche und Daseinsvorsorge der Gemeinde leisten können. Um die generelle Eignung für die Windenergienutzung zu prüfen, wurde die Planungsfläche in Anlehnung an die zuletzt geltenden Kriterien der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) 2010, Kapitel 3.5.2 (Windenergie an Land, 2020) unter Abgleich mit den Zielen und Grundsätzen des ersten Entwurfs der Teilfortschreibung 2024 sowie unter Berücksichtigung des Eckpunktepapiers (MIKWS, Dezember 2023) als auch der Angaben im Datenblatt “Abwägungsbereich für die Windenergienutzung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]“ (Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I Kapitel 5.8 (Windenergie an Land, 2020) auf mögliche Konflikte untersucht: Die nachstehend angefügten Klammerwerte beziehen sich auf die Nomenklatur der “Kriterienliste” der Regionalplanteilfortschreibung (2020) sowie - in eckigen Klammern - auf die Ziele und Grundsätze der Teilfortschreibung des LEP Teil Windenergie 2024. Harte Tabukriterien • Der Flächenausweisung stehen keine bekannten harten Tabukriterien entgegen. Weiche Tabukriterien: • Der Flächenausweisung stehen keine bekannten weichen Tabukriterien entgegen. Abwägungskriterien • Militärische Schutzbelange (abw12) Gemäß der Abwägung (Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I Kapitel 5.8 (Windenergie an Land) – 29.12.2020) ergeben sich in Bezug auf militärische Schutzbelange keine Hinweise, dass eine Windenergienutzung im Gebiet generell auszuschließen wäre. Konflikte können ggf. über Micrositing oder Auflagen im Genehmigungsverfahren geheilt werden. • Räumliche Konzentration von Klein- und Kleinstbiotopen (abw31) / [G16] An der südwestlichen Grenze des nördlichen Teilgebietes sowie der westlichen Grenze des südlichen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Teilgebietes verläuft entlang der [redacted] ein Band von Klein- und Kleinstbiotopen. Das im ersten Entwurf der Teilfortschreibung des LEP 2024 dargestellte Gebiet für Kleinstbiotope [G16] wurde gegenüber der (abw31) am westlichen Rand der Planungsfläche entlang der [redacted] in Richtung Norden vergrößert. Diese Bereiche werden nach Abstimmungen zu den Ergebnissen der kürzlich abgeschlossenen naturschutzfachlichen Erfassungen von der Windenergienutzung freigehalten. • Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (abw34) / [G15] und Talräume an natürlichen Gewässern und HMWB-Wasserkörpern (abw35) / [G24] In vorangegangenen Stellungnahmen (zuletzt im Rahmen der Stellungnahmen zum 3. Entwurf der Teilaufstellung des Regionalplans des Planungsraums I vom 11.03.2020 von [redacted] [redacted] Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB) zu den Gebieten [redacted] wurde mittels Gutachten/Stellungnahme von der [redacted] [redacted] festgestellt, dass die Gründe für o.g. Abwägungskriterien eine Nichtausweisung dieser Flächen nicht rechtfertigen. Begründet wurde der Ausschluss der Erweiterung des Vorranggebiets durch „Überspringen der [redacted] im Osten“ bei der letzten Abwägung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	damit, dass es sich um einen Bereich des Biotopverbundes handele, der gleichzeitig besondere Bedeutung für Natur und Landschaft gemäß Regionalplan V habe; dieser Bereich sei insgesamt durch eine hohe naturschutzfachliche Wertigkeit gekennzeichnet, die Inanspruchnahme für die Windenergienutzung sei dementsprechend aus naturschutzfachlichen Kriterien nicht vertretbar (u.a. Biotopverbundsystem). Diese Grenze habe sich bereits in zahlreichen Fach und Genehmigungsverfahren bestätigt und werde weiterhin aufrechterhalten. Die o.g. Stellungnahme von [redacted] kommt hingegen zu dem Schluss, dass die Grenze der Hauptverbundachse des Talraums der [redacted] nicht in zahlreichen Fach- und Genehmigungsverfahren inhaltlich bearbeitet und abgewogen wurde, sondern lediglich administrative und keine naturschutzfachlichen Kriterien zur Abgrenzung der Verbundachse herangezogen wurden. Zur naturschutzfachlichen Wertigkeit und der Natürlichkeit des Gewässers äußerte sich [redacted] wie folgt: Die eigentliche Verbundfunktion ist an den Gewässerverlauf der [redacted] gebunden und dient insbesondere Arten, die sich am Gewässer als Leitlinie orientieren bzw. für die Fließgewässer (Teil-) Lebensräume darstellen. Für die Erfüllung der Verbundfunktion ist daher die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Barrierefreiheit des Gewässerlaufs der [redacted], deren Gewässergüte sowie die Erhaltung naturnaher Randstreifen erforderlich. Maßnahmen zur Fließgewässerregeneration werden allerdings durch die Funktion des Gewässers zur Entwässerung umliegender landwirtschaftlicher Flächen erschwert, da dadurch eine regelmäßige wasserwirtschaftliche Unterhaltung erforderlich ist. Die [redacted] ist dementsprechend gemäß der EU-Wasserrahmenrichtlinie als erheblich veränderter Wasserkörper mit geringem ökologischem Potenzial eingestuft (MELUR-SH 2015). Auch seitens der [redacted] (mdl. 15.12.2017) wird die Funktion der [redacted] als Vorfluter so hoch eingestuft, dass mit wesentlichen Maßnahmen zur Fließgewässerregeneration und der Entwicklung zu einem naturnäheren Zustand der [redacted] nicht zu rechnen ist. Da die Talräume von WEA freigehalten werden sollen, ist für künftige Windkraftplanungen zudem von einem Mindestabstand von 100 m zur [redacted] auszugehen. Ein Lebensraumverlust durch Vollversiegelung im Bereich der Fundamente oder durch den Wegebau spielt für die Verbundfunktion aufgrund fehlender Barrierewirkungen keine Rolle. Barriere- oder Kollisionswirkungen durch den Rotor sind im Hinblick auf die Verbundfunktion nicht relevant,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	da die Arten, die die Verbundachse außerhalb des Gewässers potenziell nutzen im Wesentlichen weder störungsempfindlich noch kollisionsgefährdet bezüglich einer Windkraftnutzung sind (z.B. Fischotter). Fledermäuse gelten zwar als kollisionsgefährdet mit WEA, allerdings hat die [redacted] selbst keine hervorzuhebende Bedeutung für Fledermäuse (vgl. GFN mbH 2017). Zudem wird ein Mindestabstand von 100 m als ausreichend erachtet, um Fledermäuse nicht erheblich zu gefährden, da sich diese, sofern sie die [redacted] als Leitstruktur nutzen, voraussichtlich eng am Gewässerverlauf orientieren. Hinweise, dass die [redacted] von windkraftsensiblen Vögeln genutzt wird, konnten im Rahmen eines Großvogelflugmonitoring ebenfalls nicht festgestellt werden (GFN mbH 2018). Die vollständige Stellungnahme ist dem Anhang II zu entnehmen. Unter der Berücksichtigung, dass mit der Test-WEA im Energie- und Technologiepark [redacted] die [redacted] bereits übersprungen wurde und damit sowohl das südliche [redacted] als auch das [redacted] Gemeindegebiet durch Windkraft bereits geprägt sind, ist den Abwägungskriterien abw34 und abw35 für die übrigen Bereiche eine geringere Gewichtung beizumessen. Es wird angestrebt den erforderlichen Ausgleich in einem räumlichen und funktionalen Zusammenhang, analog zum gegenüberliegenden WEA-Testfeld [redacted], mittels 30 m tiefer Flächen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	entlang des [redacted] zu realisieren. Welche ebenfalls im Einklang mit den Entwicklungszielen des Landschaftsrahmenplanes bewirtschaftet werden sollen. Durch die Nutzungsextensivierung soll eine lokale Entlastungswirkung für Naturhaushalt und Landschaftsbild, durch Aufwertung der Biotopverbundachse und Schutz vor diffusen Einträgen aus der Landwirtschaft bewirkt werden. • Kompensations- und Ökokontoflächen [G27] Im südlichen Teilbereich der Planungsfläche liegen Kompensationsflächen. Diese werden nach Abstimmungen zu den Ergebnissen der kürzlich abgeschlossenen naturschutzfachlichen Erfassungen von der Windenergienutzung freigehalten. Neben den vorgenannten Kriterien ist der folgende Sachverhalt des Naturschutzes zu thematisieren: • Wiesenvögel und Fledermäuse Der Planungsraum liegt außerhalb entsprechender Wiesenvogelbrutgebiete. Er weist jedoch aufgrund der Habitatausstattung ein Brutplatzpotenzial für Offenlandarten auf und in den Gehölzbiotopen sind Brutplätze der Gehölzgilden zu erwarten. Durch einschlägige Minimierungs- und Vermeidungsmaßnahmen können erhebliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden. Zum Schutz der nicht auszuschließenden lokalen und migrierenden Fledermausarten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sind vorsorglich Abschaltmaßnahmen vorzusehen. Vorbehaltlich der Ergebnisse der kürzlich abgeschlossenen avifaunistischen Erfassungen und anstehenden naturschutzfachlichen Bewertungen ist davon auszugehen, dass ein artenschutzrechtliches Konfliktpotenzial einer Ausweisung der Fläche nicht entgegensteht. Zusammenfassend betrachtet wird anhand der vorstehenden Einschätzungen deutlich, dass die Ausweisung der Fläche für die Windenergienutzung zur Energieversorgung der Gemeinde im Rahmen der Daseinsvorsorge als Bürgerwindparkprojekt einen entscheidenden Beitrag zum Windenergieausbau in Schleswig-Holstein leisten kann. Die Vorprüfung der oben angeführten Kriterien und Sachverhalte hat ergeben, dass durch das geplante Vorhaben voraussichtlich nicht mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die betroffenen Belange zu rechnen ist und zum jetzigen Zeitpunkt einer künftigen Ausweisung als Vorrangfläche nichts entgegensteht. Aufgrund des wichtigen Beitrags für die Daseinsvorsorge der Gemeinde, sprechen wir uns auch im Namen des Vorhabenträgers für die Ausweisung der hier beworbenen Fläche mit einer Größe von rund 90 ha aus.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anlagen: Anlage I – Lageplan Anlage II – Stellungnahme [redacted] (11.03.2020) Anlage III – [redacted] - Letter of support: [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1993	Sehr geehrte Damen und Herren, als Einwohner der Gemeinde Hürup- Ortsteil Hürup, Kreis Schleswig- Flensburg beziehe ich mich auf die von der Gemeinde Hürup eingereichte Stellungnahme. Ich möchte unbedingt auf das auf Seite 8 und 9 der Stellungnahme der Gemeinde Hürup skizzierte "Umzingelungswirkung, Riegelbildung" Problem hinweisen und die dort getroffene Aussage unterstützen, bzw. etwas erweitern. aus der Stellungnahme der Gemeinde: "...Bei überschlägiger Betrachtung würde für dies für die Siedlungsbereiche Hürup bedeuten, dass bei der vollumfänglichen Festlegung der Potenzialflächen („Weißflächen“) oder auch nur der beiden Potenzialflächen mit den Nrn. PR1_SLF_085 und PR1_SLF_083 mit einer Riegelbildung zu rechnen ist. Eine Riegelbildung sollte u.a. aufgrund des charakteristischen Landschaftsbildes und der bestehenden Höhenzüge vollständig vermieden werden. Wird nur eine der Potenzialflächen als Vorranggebiet festgelegt wäre	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 1.3, 2.11.1, 7.1.1, 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dies nicht gegeben." Die Gemeinde ist bisher nicht durch Windkraftanlagen vorbelastet. Eine Umzingelung, Riegelbildung wäre ein grober Eingriff und Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Menschen in der Gemeinde, auch für die zukünftigen Einwohner, die in das im Westen der Gemeinde geplante Neubaugebiet ziehen möchten. Hürup ist eine attraktive, wachsende Wohngemeinde, die im Stadt- Umlandbereich Flensburg liegt. Insbesondere durch den Klinikneubau am östlichen Rand von Flensburg wird der Standort noch einmal zu einer vermehrten Wohnraumnachfrage führen. Ich bitte der Stadt- Umland Situation und insbesondere der Umzingelungswirkung/ Riegelbildung "Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land 4.5.1.1. Siedlungsstruktur B zu 6 ".....Eine Ausweisung von Windenergiegebieten innerhalb der Stadt- und Umlandbereiche in ländlichen Räumen (Kapitel 2.4) sowie der verdichteten Bereiche der Ordnungsräume in Schleswig-Holstein (Kapitel 2.2) kann in Konflikt zu den formulierten Entwicklungsschwerpunkten für diese Gebiete stehen." B zu 7 "Es soll verhindert werden, dass Ortslagen in unzumutbarer Weise von WEA umstellt werden, um sowohl einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität des Schutzgutes Mensch als auch einer Einschränkung der bedarfsgerechten gemeindlichen Entwicklung entgegenzuwirken. Hierfür soll nach der Prüfung im Einzelfall die Ausweisung beziehungsweise Ausdehnung von Windenergiegebieten begrenzt werden." eine besondere Beachtung in der Bewertung zu geben. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2564	Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR1_SLF_034 Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung	zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1.1 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems 1.1.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei	Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. zu Kompensations- und Ökokontoflächen: Es ist ausdrücklicher Wille des Plangebers, zu verhindern, dass bereits existierende Maßnahmenflächen aufgrund von Eingriffen auf den Flächen verlagert werden müssen. Mit dem formulierten Grundsatz sollen bestehende und gesicherte Maßnahmenflächen in ihrer Funktion erhalten bleiben. Ob die Funktionen und Schutzzwecke mit der WEA-Nutzung im Konflikt stehen, wird im Einzelfall geprüft. Angesichts der zunehmenden Flächenknappheit von Ausgleichsflächen kommt auch Ökokontoflächen, die noch keinem konkreten Vorhaben zugewiesen sind eine größere Bedeutung zu, so dass sie nach Möglichkeit freigehalten werden sollen. Dies ist auch im Sinne der Vorhabenträger von WEA-Projekten.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. Der innerhalb des Potenzialgebiet PR1_SLF_034 liegende schwerpunktbereich des Biotopverbundsystems liegt im östlichen Bereich. Innerhalb des Potenzialgebietes sind bereits Windenergeianlagen genehmigt und reichen tlw. mit dem Standort und auch dem Rotor in diesen Schwerpunktbereich hinein. Insofern steht der Schwerpunktbereich des Biotopverbundsystems einer weiteren Berücksichtigung des Potenzialgebietes in seiner bisherigen Flächenausprägung nicht entgegen. 13. Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 G – Kompensations- und Ökokontoflächen Gemäß Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 sollen als Grundsatz der Raumordnung die räumlichen Be-darfe von Kompensationsflächen sowie Ökokontoflächen bei der Ausweisung von Windener-giegebieten berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 7 wird auf Vorhaben unter anderem des Straßenbaus Bezug genom-men, deren erforderliche Kompensationsmaßnahmen auf angemessenen Flächen realisiert werden müssten, was vielfach auch aus dem Artenschutz resultiere. Des Weiteren würden für unterschiedliche Planvorhaben auf weiteren Flächen naturschutzrechtliche Ausgleichs- und/oder Ersatzmaßnahmen, möglicherweise in anerkannten Ökokonto-Flächen, geplant, seien in Umsetzung oder bereits umgesetzt. Es sei im Einzelfall zu prüfen, ob derartige Flä-chen für die Ausweisung von Windenergiegebieten in Frage kommen. Die Begründung B zu 7 erweckt den Eindruck, es solle bereits vor einer entsprechenden Festsetzung der Kompensationsmaßnahmen für Straßenbauvorhaben durch einen nach § 17 FStrG erforderlichen Planfeststellungsbeschluss vorlaufend die Fläche freigehalten werden. Dies stünde im Widerspruch zur gegenseitigen Berücksichtigung von Planungen, zumal sich Planfeststellungsverfahren über Jahre verzögern können und ständigen Planänderungen unterliegen. Die Landesplanung darf abwägend deshalb keine noch nicht planfestgestellte Kompensationsmaßnahmen berücksichtigen. Weiter stehen Kompensationsmaßnahmen oder Ökokonten einer Ausweisung von Windener-giegebieten auch nicht entgegen, sodass kein unlösbarer Konflikt bei	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Genehmigungen von WEA in diesen Bereich entstehen. Vielmehr sind dann die vorhandenen Wertigkeiten, die von einem neuen Eingriff nach § 14 BNatSchG betroffen sind, im Rahmen der Ermittlung der Kompensation nach § 15 BNatSchG zu berücksichtigen. Ein Genehmigungshindernis besteht nicht. Der Sache nach wird die Kompensationsmaßnahme lediglich verlagert, wobei gleich-ermaßen die Bilanzierung für den Naturhaushalt ausgeglichen bleibt. Zudem können selbst anerkannte Ökokonten nach § 3 ÖkokontoVO geändert oder gelöscht werden. Im Ergebnis ist Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 G aufzuheben, jedenfalls aber auf außergewöhnliche Einzelfälle zu beschränken und nicht – wie die Begründung B zu 7 aktuell wirkt – auf Vorsor-geüberlegungen zu erstrecken. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1992	Ich [redacted] finde windenergie richtig in Schülldorf. Sollte man schnell anfangen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Amt Probstei, Der Amtsdirektor ID: M2476	Stellungnahme der Gemeinde Krummbek zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land, beschlossen in der Sitzung der Gemeindevertretung am 02.07.2024 An das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4, 1.5.1, 2.1.3, 2.3.1, 2.5.1, 3.15.1, 4.20, 7.2.11, 7.2.12, 7.2.14, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	-Landesplanungsbehörde- Düsternbrooker Weg 92 24105 Kiel Mit der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land sollen 3 % der Landesfläche Schleswig-Holstein bis 2027 als Vorranggebiete für Windenergieanlagen ausgewiesen werden. Es sollen dabei vorrangig die Vorranggebiete aus der Teilfortschreibung der Regionalplanung Windenergie von 2020 übernommen werden. In der Gemeinde Krummbek ist ein Vorranggebiet südlich des Ortsteils Ratjendorf ausgewiesen. Der Abstand vom Vorranggebiet bis zur Wohnbebauung des Ortsteils Ratjendorf beträgt 400 m. Die vorhandenen Windkraftanlagen haben eine Gesamthöhe von 100 m. Gemäß der Teilfortschreibung 2024 Windenergie an Land dürfen Höhenbegrenzungen in Bauleitplänen für die Windenergie nicht mehr festgesetzt werden. Die Referenzanlage ist mit 200 m festgelegt worden, wobei heute auch durchaus Anlagen bis 250 m Höhe errichtet werden. Der Abstand der vorhandenen Windenergieanlagen bis zum ersten Wohngebäude im Ortsteil Ratjendorf beträgt 560 m bzw. 770 m. Wenn ein Repowering der Anlagen und ggf. auch der Bau von zusätzlichen Anlagen innerhalb der Vorrangfläche erfolgt, können die neuen Anlagen bis zu 400 m an das erste Wohngebäude im Ortsteil Ratjendorf herangebaut werden. Für den Ortsteil Ratjendorf wird durch eine Verringerung des derzeitigen Abstandes zu den Windenergieanlagen und durch die Höhe von 200 m und ggf. auch 250 m, eine erdrückende Wirkung ausgelöst, die nicht hingenommen werden kann. Bereits heute sind die vorhandenen Windenergieanlagen so laut, dass nachts nicht bei offenem Fenster geschlafen werden kann. Bei geringerem Abstand und erheblich höheren Anlagen muss davon ausgegangen werden, dass die Lärmbelastung und auch der Schattenwurf durch die Rotorflügel noch weiter steigen werden. Es ergibt sich dadurch eine unzumutbare Beeinträchtigung der Wohn- und Lebensqualität. Der Ortsteil Ratjendorf wird baurechtlich als Splittersiedlung beurteilt. Die Gemeinde Krummbek bittet in der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Windenergie an Land, die Abstandsfläche zu Splittersiedlungen auf mindestens 800 m auszuweiten. Es ist nicht nachzuvollziehen, aus welchem Grund der Abstand zu Splittersiedlungen um die Hälfte geringer als zu Siedlungsflächen sein soll. Betroffen sind doch jeweils die ersten, am nächsten gelegenen Wohngebäude einer Siedlungsfläche oder auch einer	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Splittersiedlung. Ob es bei der Siedlungsfläche um einen größeren Wohnort oder bei der Splittersiedlung lediglich um einen kleineren Ortsteil geht, ist dabei völlig irrelevant, die Situation für die am nächsten gelegenen Wohngebäude zur Windenergieanlage ist exakt die gleiche. Bei der auf 400 m reduzierten Abstandsfläche ergibt sich ein ganz erheblicher Wertverlust für die nächstgelegenen Wohnbaugrundstücke, es tritt dadurch eine Ungleichbehandlung ein, die in keiner Weise zu begründen ist. Zusätzlich haben die Bürgerinnen und Bürger der an der reduzierten Abstandsfläche liegenden Wohnbaugrundstücke die Nachteile durch die Lärmentwicklung und den Schlagschatten der Rotorflügel hinzunehmen. Auch dadurch tritt eine Ungleichbehandlung zu Grundstücken ein, die im Abstand von 800 m zur Windkraftanlage liegen. Auch diese Ungleichbehandlung lässt sich nicht sachlich begründen. Wenn die bereits in Aussicht genommenen Potentialflächen in den Regionalplan übernommen werden, bedeutet das für den Ortsteil Ratjendorf, dass er annähernd vollständig von Windkraftanlagen mit einer Höhe von 200 m bis 250 m umzingelt werden könnte. Der Betriebslärm und der Schlagschatten würden sich noch einmal erheblich steigern und ggf. sogar zur vorübergehenden Stilllegung von einzelnen Windkraftanlagen führen. Das kann aber nicht gewollt sein, sodass die Potentialflächen doch erheblich reduziert werden müssen. Windkraftanlagen mit einer Höhe von 200 m bis zu 250 m haben einen immensen Einfluss auf das Landschaftsbild. Die Gemeinde Krummbek ist wie das gesamte Amt Probstei touristisch geprägt, der Tourismus ist ein sehr bedeutender Wirtschaftsfaktor. Der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen mit einer Höhe von 200 m bis 250 m wird zu einem Zielkonflikt zwischen Tourismus und Windenergie führen. Die Spurplattenwege sowie die unbefestigten Wege südlich des Ortsteils Ratjendorf werden von den Touristen sehr gern als Rad- und Wanderwege genutzt. Dieser Landschaftsbereich ist der höchste in der Probstei, sodass auch die sehr gute Fernsicht gern als Fotomotiv genutzt wird. Die neu geplanten Windkraftanlagen werden bei den Touristen zu einer erdrückenden Wirkung führen, die Attraktivität dieses Landschaftsbereichs ist dann nicht mehr gegeben, sodass es letztlich zu einer Strukturschwächung der gesamten Region führen wird. Auch Natur- Umwelt- und Artenschutzbelange beeinträchtigen das Gebiet südlich des Ortsteils Ratjendorf, wenn es um den Bau zusätzlicher und erheblich höherer Windkraftanlagen geht. So befindet sich in der Nachbargemeinde Fargau-Pratjau, Legbank, ein Seeadlerhorst, der zu berücksichtigen ist. Im gesamten Gebiet, das als	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Potentialfläche für Windenergieanlagen ausgewiesen ist, befinden sich weitere gefährdete Großvogelvorkommen wie z.B. Rotmilan, Kranich, Graureiher, Wiesenweihe und weitere. Ein umfassendes artenschutzrechtliches Gutachten ist zwingend erforderlich und dürfte dazu führen, dass Windkraftanlagen mit Höhen bis zu 250 m in dem Gebiet nicht möglich sind. Abschließend wird zum Bau neuer Windkraftanlagen auf die Auswirkungen der Infrastruktur hingewiesen. Wenn Windkraftanlagen mit Höhen bis zu 250 m gebaut werden sollen, müssen sehr große Teile davon auf Spezial-LKW befördert werden. Die Straßen- und Wegeflächen, die dafür genutzt werden müssen, sind nicht für einen derartigen Schwerlastverkehr ausgelegt. Zumindest die Spurplattenwege sowie die unbefestigten Wege müssten erheblich ausgebaut werden, was auch eine unnötige zusätzliche Versiegelung von Flächen im Außenbereich bedeutet. Ein Rückbau der Wegeflächen kann vor Ablauf der Gesamtlaufzeit der Windenergieanlagen nicht erfolgen, weil die Wege für Wartungs- und Ersatzmaßnahmen immer wieder in Anspruch genommen werden müssen. Die Mindestlaufzeit der Windenergieanlagen beträgt 20 Jahre. Im Ergebnis der vorstehenden Stellungnahme wird gebeten, die im Gemeindegebiet Krummbek, südlich des Ortsteils Ratjendorf ausgewiesene Vorrangfläche für Windenergieanlagen aus dem Landesentwicklungsplan Wind wie auch aus dem noch in der Erarbeitung befindlichen Regionalplan Wind zu streichen oder aber zumindest die Abstandsfläche der Windenergieanlagen zur Splittersiedlung Ratjendorf auf 800 m zu erhöhen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2691	Sehr geehrte Damen und Herren, Betr.: Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans „Windenergie an Land“ 2024 Gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen im der Seestermüher Marsch erhebe ich hiermit Einspruch, da ich dann von 3 Seiten mit 180 m - 240 m hohen Windkraftwerken mit 75 m langen Flügeln umgeben wäre mit allen Nachteilen durch zu große Nähe der WKA zu meinem Haus (im Außenbereich) Lärm, Schattenwurf (Disco-Effekt) übermäßig lange (wegen der Nähe und Höhe der WKA)	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.3.2, 7.3.1 und 7.3.6 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nie ein ruhiger Ausblick - Drehbewegung, (Vollansicht, dominant) (da meine Wohnräume nach Osten, Norden und Westen ausgerichtet sind). Mit freundlichen Grüßen	
Institution: VEFRA e.V. ID: M2412	S t e l l u n g n a h m e zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021, Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land, Erster Entwurf Juni 2024 Durch: Verein zum Erhalt und zur Förderung des Radesforder Auenlandes e.V. (VEFRA e.V.) Vorbemerkung: Ein Teil der im Folgenden ausgeführten Anmerkungen bezieht sich namentlich auf die im Regionalplan 2020 ausgewiesene Potenzialfläche PR3_SEG_310. Diese Fläche deckt sich in Teilen mit der im aktuellen 1. Entwurf des LEP ausgewiesenen Potenzialfläche. In jedem Fall können hier zitierte Aussagen durch die direkte räumliche Nachbarschaft hinzugekommener Flächenanteile ihre Gültigkeit auch für die veränderte Potenzialfläche beanspruchen. 1. Besonderer landschaftlicher Wert und artenschutzrechtliche Bedeutung Bereits im Regionalplan 1998 formuliert die Landesplanung Ihre Absicht, die Fläche „Wahlstedt - Rickling - Großenaspe - Bimöhlen - Bad Bramstedt - Schmalfeld - Wahlstedt von Windenergie freizuhalten“ (Regionalplan 1998, S. 53ff., siehe Abbildung 1) (Abbildung 1: Karte der laut Regionalplan 1998 freizuhaltenden Fläche (rot umrandet)) Begründet wird die Freihaltenotwendigkeit mit dem hohem „Naturerlebnis- und Vielfältigkeitswert, geprägt durch reichhaltiges Relief, Vielfalt an landschaftlichen Einzelelementen, weitreichende Blickbeziehung, Geländekuppen“ (Regionalplan 1998, S. 53) Während an den Rändern der betreffenden Fläche zwischenzeitlich eine Windenergienutzung realisiert wurde, liegt das hier thematisierte Gebiet in der Gemeinde Heidmühlen in dessen unmittelbarem Zentrum. In 2020 greift das MILIG im Regionalplan PR III zur Windenergie diese Forderung im	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen, namentlich auf eine konkrete Potenzialfläche bzw. einen abgegrenzten Teilraum. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Der Forderung den Schutzstatus der beschriebenen Region zwischen den Orten Wahlstedt - Rickling - Großenaspe - Bimöhlen - Bad Bramstedt - Schmalfeld als Ziel der Raumordnung von WEA freizuhalten, wird nicht gefolgt. Ausschlussbereiche für Wind-Vorranggebiete ergeben sich aus den landesweit einheitlich festgelegten Zielen des LEP-Entwurfes. Aussagen zur Eignung oder Nicht-Eignung einzelner Potenzialflächen erfolgen auf Ebene der Regionalplanung. Die Nichtberücksichtigung kleiner Waldflächen unter 1 ha ist sachgerecht für die Ebene der Regionalplanung. Die gesetzlich vorgeschriebene Freihaltung solcher Waldparzellen führt bei Lage innerhalb eines Vorranggebietes nicht zu einer wesentlichen Einschränkung der Nutzbarkeit, weil WEA in der Regel aufgrund der zwischen ihnen einzuhaltenden Abstände um solche Waldparzelle herum geplant werden können.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Datenblatt zu PR3_SEG_310, das im selben Raum wie die hier diskutierten Fläche liegt, erneut konkret auf. Die Gebietsbeschreibung variiert leicht und wird, nun an Autobahn und Bundesstraße orientiert, beschrieben. *Die Landesplanung trifft hier ergänzend zu den bisherigen Ausführungen die Abwägungsentscheidung, dass der Raum südlich von Neumünster zwischen A7 und B205 von WEA freigehalten werden soll, um ein Gegengewicht zu den stark durch Windenergie geprägten Bereichen südwestlich und östlich von Neumünster zu schaffen. Dadurch wird ein Bereich mit hohem Landschaftsbildwert für die Naherholung und den Freiraumschutz im Außenbereich erhalten. [Quelle: Regionalplanung 2020, Datenblatt zur PR3_SEG_310]* Auch die Begründung, der bereits im 3. Entwurf erfolgten Streichung, bezieht sich auf den hohen artenschutzrechtlichen Wert der Fläche "entscheidungserheblichen Belange nicht gefolgt. Auf die Ausweisung der Fläche wird zugunsten des vorsorgenden Artenschutzes verzichtet. An dieser Auffasung hält die Landesplanung nach wie vor fest. Abwägungen zum vorsorgenden Artenschutz beziehen sich auch auf den zukünftigen Wert der Fläche im Hinblick auf artenschutzrechtliche Aspekte. Die grundsätzlich" ((MILIG) zum Windenergie Regionalplan PRIII (3. Entwurf), Stand 7.12.2020) Selbst eine Nutzung des Gebietes unter Auflagen wird von der Landesplanung wie folgt ausgeschlossen *Auf die Ausweisung der Fläche wird zugunsten des vorsorgenden Artenschutzes verzichtet. Selbst wenn, wie in einer Stellungnahme ausgeführt wurde, eine wirtschaftliche Nutzung des Gebietes mit Auflagen doch möglich sein sollte, bleibt es auch weiterhin bei der Streichung der Fläche. [Quelle: Regionalplanung 2020, Datenblatt zur PR3_SEG_310]* Demnach aktualisiert und verfestigt die Landesplanung ihre bereits im Regionalplan 1998 formulierte Absicht, die „Fläche von Windenergie freizuhalten“ auch im aktuell gültigen Regionalplan 2020. Da das Land die außerordentliche artenschutzrechtliche, landschaftsbildliche und erholungsbedeutsame Wertigkeit bereits 1998 erkannt hat, bis heute kontinuierlich bestätigt und eine Freihaltungsabsicht bereits für die Zukunft ausspricht, lässt sich hier	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	eine gefestigter und grundsätzlicher Charakter der Schutzabsicht erkennen. Wir möchten Sie daher auffordern den Schutzstatus (ggf. in Form eines Zieles) fest im LEP 2024 zu verankern. Auch wenn die Möglichkeit besteht, diese Freihaltungsabsicht erst auf Regionalplanebene zu berücksichtigen, halten wir, insbesondere unter dem Gesichtspunkt einer frühzeitigen und korrekten Prognose des von Ihnen angestrebten Flächenzieles, die Berücksichtigung bereits auf der Ebene der LEP für essentiell. Darüber hinaus bitten wir Sie, die Raumbeschreibung zu aktualisieren und zu konkretisieren, da die Umsetzung der Windenergienutzung in den Randzonen des genannten Gebietes zwischen A7 und B206, bereits „fortgeschritten“ ist (z.B. Windpark Fehrenbötel/ Wahlstedt, PR3_SEG_309). **2. fehlerhafte Berechnung der Potenzialflächengröße und somit des Flächenziels** In der Begründung LEP, 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz, Wälder und Umgebungsbereiche, B zu 6, Seite 69 heißt es: *Wälder, die kleiner als ein Hektar sind und die innerhalb eines im Regionalplan ausgewiesenen Windenergiegebietes liegen, bleiben maßstabsbedingt unberücksichtigt. Gleichwohl ist die Errichtung von WEA größer zehn Meter auch hier ausgeschlossen. Eine Berücksichtigung der notwendigen Abstände gemäß LWaldG erfolgt im Rahmen der Verwaltungsverfahren nach dem BImSchG und seiner Verordnungen.* Wir halten diese Bestimmung für problematisch, da sich hieraus ergibt, dass Flächen, die zuzüglich eines 30m Puffers (s. §34 LWaldG) gesichert nicht für den Bau von WEA zur Verfügung stehen, unserem Verständnis nach dennoch zur Gesamtfläche des Vorranggebietes hinzugerechnet werden. Da die gesetzlich vorgesehene Freihaltungsverfügung der (Wald-)Fläche in das spätere Genehmigungsverfahren ausgelagert wird, erfolgt der Ausschluss erst nach der Berechnung der Flächengröße. Hierdurch kommt es erstens zu einer fehlerhaften Angabe des Beitrags zum Flächenziel des Landes, und zweitens werden Flächen, deren für Windenergie nutzbare Gesamtgröße 15ha teilweise eigentlich unterschreiten, dennoch ausgewiesen. Wir regen daher eine Veränderung 6 Z, 6 B an. Hier sollte ein Abzug der „kleinen Waldflächen“ unter 1ha von der Gesamtfläche des Vorranggebietes, verankert werden. Andernfalls würden in Einzelfällen mit entsprechenden topografischer Voraussetzungen,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorranggebiete mit deutlich weniger als 15ha ausgewiesen und das Flächenziel des Landes somit fehlerhaft berechnet. Dies würde nach unserer Einschätzung den LEP und auf dessen Flächenberechnungsmethodik zurückgreifende Folgepläne (Regionalpläne) aus zweierlei Richtung juristisch angreifbar machen (fehlerhaft ausgewiesene Flächen und zu geringe Flächenzielgröße). Vielen Dank für Ihre Mühe und freundliche Grüße [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] [redacted] [redacted] [redacted] [redacted] Vielen Dank für Ihre Mühe und freundliche Grüße [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2563	Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR1_SLF_034 Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: Die Potenzialfläche PR1_SLF_034 ist in Teilbereichen Westlich der B 200 in Höhe der Ortslage Süderzollhaus im Bereich der Abstände zu Einzelhäusern falsch dargestellt. Die für die Flächenausweisung herangezogenen Bebauuung ist seit Jahren als Ruine gekennzeichnet und ist im Jahr 2024 abgerissen worden. Insofern sind die für die Abstandberechnung zu berücksichtigenende Bebauungen ausschließlich Östlich der B 200 der Orstlage Süderzollhaus zu berücksichtigen. Eine anleigende Karte zeigt die abgerissenen Gebäude. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2523	Sehr geehrte Damen und Herren, im Auftrag der [redacted] möchten wir hiermit die Möglichkeit zur Stellungnahme zum ersten Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans S-H – Fortschreibung 2021 (nachfolgend auch „LEP Entwurf“ genannt) wahrnehmen. Die [redacted] ist ein Gemeinschaftsunternehmen der [redacted], die innerhalb der Solventus gemeinsam die Errichtung von Windenergie- und Photovoltaik-freiflächenanlagen verfolgen, um diese im Anschluss zu betreiben. In diesem Zuge planen wir auf der Fläche [redacted] einen Windpark. Die Fläche ist durch die aktuelle „Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Sachthema „Windenergie an Land“ als Potenzialfläche ausgewiesen. Hierauf bezugnehmend möchten wir uns für die Übernahme dieser Potenzialfläche als Vorranggebiet aussprechen. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) haben gemeinsam entschieden, dass für die Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie an Land, bei der Ausweisung von Windenergiegebieten Landschaftsschutzgebiete vollumfänglich zu betrachten sind. Auch § 26 Abs. 3 BNatSchG beschreibet die Zulässigkeit von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten. Die Betrachtung von LSG bedeutet eine erweiterte Flächenverfügbarkeit und einen wichtigen Schritt, um sowohl die Unabhängigkeit von fossilen Importen zu stärken, als auch die deutschen Klimaziele zu erreichen. Wir begrüßen die Anwendung als Ziel und Grundsatz der Raumordnung für den LEP (4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz, 13 G) und die Berücksichtigung von Landschaftsschutzgebieten im weiteren Planungsprozess, da dies ein erhebliches Potenzial für die Windenergie und den	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene, namentlich auf den Wunsch nach Ausweisung einer konkreten Fläche beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Klimaschutz bedeutet. Die hier beworbene Flächenkulisse [redacted] liegt im Landschaftsschutzgebiet [redacted], das 1970 ausgewiesen wurden. Die konkreten Schutzbelange werden für diese LSG sind nicht näher definiert, sodass keine ausreichenden Gründe für den konsequenten Ausschluss von Windenergie vorliegen. Zudem wurden im [redacted] bereits Bauvorhaben umgesetzt. Zum einen wurde die Ostküstenleitung realisiert und zum anderen ist der Bau eines Streckenabschnitts des NordOstLinks durch das Gebiet in Planung. Die Kernziele dieser Projekte sind die Schaffung der Energiewende, der Transport von grünem Strom und Netzstabilität. Daher stellt die Windenergie für die Fläche ein optimale und zukunftsfähige Ergänzung dar. Auch alle übrigen Kriterien, die für die Teilfortschreibung des LEPs zur Windenergie an Land herangezogen wurden, stehen in keiner Konfrontation mit der o.g. Flächenkulisse, sodass die Eignung der Potenzialfläche [redacted] für Windenergie als begründet anzunehmen ist. Basierend auf den oben genannten Gründen und vor dem Hintergrund, dass gemäß § 2 EEG die Windenergie als „überragend öffentliches Interesse“ eingestuft wurde und „der öffentlichen Sicherheit diene“ sowie der aktuellen gesetzlichen Bestimmungen, die zusätzliche Flächen für die Windenergiegewinnung in Schleswig-Holstein erfordern, möchten wir Sie eindringlich bitten, die Flächenkulisse in der finalen Planung für den Planungsraum [redacted] zu berücksichtigen. Diese Fläche bietet ein erhebliches Potenzial für mehrere moderne Windenergieanlagen. Die Weiterbetrachtung dieser Fläche im Planungsprozess würde somit die nachhaltige Nutzung erneuerbarer Energien in dieser Region stark fördern. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] [redacted] Anlage:	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	- Flächenkulisse [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2290	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit im Folgenden erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o. g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern: Der Abstand zur Wohnbebauung sollte so gewählt werden, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920 m eingehalten wird. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnenden und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400 m begründet. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sog. 3H/5H-Regelung missachtet die Erkenntnisse, dass die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen ist. Es ist zu befürchten, dass die o. g. Abschaffung dieser Regel zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust in der Bevölkerung führen wird und in der Folge sich weitere Bevölkerungsgruppen von Politik- und Verwaltungsverantwortlichen abwenden. Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z. B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. des Denkmalschutzes, der Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Dies steht im Widerspruch zu den von der Landesregierung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. Wenn die Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben sowie zum Erhalt der Vielfalt und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1 bis 2.5, 7.3.7, 7.4, 3.16, 3.17, 3.18, 2.11, 6.1, 3.15, 7.3 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einzuhalten. Dass Die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Eertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Dies wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus, der einen bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins darstellt. Durch die Verringerung der Mindestabstände und Abschwächung der Schutzkriterien befürchte ich für meine Familie und mich massive Einschränkungen in meinem Lebensumfeld. In der Natur finde ich Ruhe und Entspannung, die ich nicht bekomme, wenn die Natur fast überall in großem Umfang mit Windkraftanlagen durchsetzt ist. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2289	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit im Folgenden erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o. g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern: Der Abstand zur Wohnbebauung sollte so gewählt werden, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920 m eingehalten wird. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnenden und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400 m begründet. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sog. 3H/5H-Regelung	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 2.1 bis 2.5, 2.11, 3.15, 3.16, 3.17, 3.18, 6.1, 7.1.3, 7.2.12 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	missachtet die Erkenntnisse, dass die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen ist. Es ist zu befürchten, dass die o. g. Abschaffung dieser Regel zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust in der Bevölkerung führen wird und in der Folge sich weitere Bevölkerungsgruppen von Politik- und Verwaltungsverantwortlichen abwenden. Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z. B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. des Denkmalschutzes, der Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Dies steht im Widerspruch zu den von der Landesregierung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. Wenn die Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben sowie zum Erhalt der Vielfalt und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. Dass Die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Eertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Dies wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus, der einen bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins darstellt. Durch die Verringerung der Mindestabstände und Abschwächung der Schutzkriterien befürchte ich für meine Familie und mich massive Einschränkungen in meinem Lebensumfeld. In der Natur finde ich Ruhe und Entspannung, die ich nicht bekomme, wenn die Natur fast überall in großem Umfang mit Windkraftanlagen durchsetzt ist. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Institution: Alterric Deutschland GmbH, Geschäftsfeld Erneuerbare Onshore Projektentwicklung ID: M2475	**Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein** Sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein, erster Entwurf Juni 2024, der wir gerne zusammen mit dem Bürgerwindpark [redacted] nachkommen. Für etwaige Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne unter den oben genannten Kontaktdaten zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] **<u>Stellungnahme zum Landesentwicklungsplanentwurf 2024</u>** Wir von [redacted] planen, projektieren, bauen und betreiben Energieparks. Die meisten [redacted]-Windparks laufen in Deutschland und Frankreich. Darüber hinaus sind wir in ganz Europa und weltweit aktiv. Durch unsere Niederlassungen in Aurich, Oldenburg, Bremen und Husum stärken wir die Kernkompetenzen der Windenergie im Norden Deutschlands. Der Bürgerwindpark [redacted] wurde im Jahr 2013 gegründet und besteht ausschließlich aus Kommanditisten der anliegenden Gemeinden [redacted] und [redacted] (Kreis Rendsburg-Eckernförde). In enger Zusammenarbeit mit [redacted] werden gemeinsam sieben Windenergieanlagen (WEA) des Typs Enercon E-101 betrieben. Als Betreiber und Planer einer Erweiterung am Windpark [redacted] sind wir von den im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Grundsätzen und Zielen betroffen. Wir nehmen daher gemeinsam Stellung zum Entwurf des Landesentwicklungsplans und möchten Ihnen im Anschluss daran unseren Vorschlag zur Erweiterung des Windparks [redacted] unterbreiten mit der Bitte, diesen wohlwollend zu prüfen.	Die Anmerkung zu Ziffer 4.5.1.3 wird zur Kenntnis genommen. Durch den Umfang der Potenzialfläche ist belegt, dass ausreichend Fläche verfügbar ist, um Vorranggebiete im Umfang des aus dem WindBG vorgegebenen Flächenziels zu erreichen. Durch Windkraftanlagen ergeben sich Störungen die in das EU-Vogelschutzgebiet hineinwirken können. Zudem können sich im Nahbereich (bis 1000 m) Barrierewirkungen durch WEA ergeben.Diesen Aspekten wird mit dem Umgebungsbereiches Rechnung getragen. Naturschutzfachlich ist es deshalb gerechtfertigt auf der gesamträumlichen Planungsebene aus Gründen der Vorsoge einen Umgebungsbereich von WEA freizuhalten. Außerhalb dieses Umgebungsbereich wird im Sinne der FFH-Verträglichkeit von keiner erheblichen Beeinträchtigung ausgegangen. An Standorten, wo bereits Anlagen bestehen und die nicht von weiteren Zielen überlagert werden, werden „berechtigte Interessen der Altanlagenbetreiber und der Öffentlichkeit an der Weiternutzung der vorhandenen Infrastruktur“ in die Überlegung miteingestellt. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Freihaltung bisher unbelasteter Räume Vorrang hat – oder umgekehrt, belastete Räume im Zweifelsfall bestehen bleiben sollten, um einen umweltverträglichen Ausbau der Windenergie gemäß § 1 EEG gewährleisten zu können. Die Anmerkung zu den Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems wird zur Kenntnis genommen. Es ist nicht beabsichtigt, diese Bereich pauschal freizuhalten. Die Forderung, international bedeutsame Nahrungsgebiete und Flugkorridore von Zwergschwänen nicht pauschal freizuhalten, wird nicht gefolgt. Der vorsorgende Artenschutz wird hier höher gewichtet als die Windenergienutzung. Das Ziel, in ausreichendem Umfang Vorranggebiete zur Erreichung des Flächenziels nach WindBG auszuweisen, wird dadurch nicht

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Die Landesregierung hat am 11. Juni 2024 den Entwurf eines neuen Landesentwicklungsplans (LEP) Windenergie beschlossen. Wir begrüßen die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zum Sachthema Windenergie, da sich darin die neuen Anforderungen des Bundesrechts sowie die des Koalitionsvertrages Schleswig-Holstein 2022-2027 wiederfinden. Die neuen Vorgaben sollen Genehmigungsverfahren und den Ausbau von Erneuerbare Energieprojekte vereinfachen und beschleunigen, u.a. durch Wegfall der Ausschlusswirkung und einer Umstellung auf Positivplanung, durch ein Verbot von Höhenbegrenzungen sowie durch Übergangsregelungen zum Repowering. Durch die Einführung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) ergibt sich für Schleswig-Holstein die Verpflichtung, insgesamt 2 Prozent der Landesfläche bis Ende 2032 für Windenergie (nach der Rotor-Out-Vorgabe) auszuweisen, davon 1,3 Prozent als Zwischenziel bis Ende 2027. Mit der von Schleswig-Holstein angewandten Rotor-In-Planung sind anhand eines Umrechnungsfaktors des WindBG nach derzeitiger Schätzung 3,1 bis 3,3 Prozent der Landesfläche als Windenergiegebiete auszuweisen, um die bundesrechtliche Verpflichtung zu erfüllen (Entnommen: Entwurf Anlage 3 zu § 1 LEPWindVO Umweltbericht). Durch die Vorgaben des Koalitionsvertrages Schleswig-Holstein 2022-2027 hat sich die Landesregierung das Ziel gesetzt, in dieser Legislaturperiode über die bestehende Planung hinaus weitere Flächen für die Windenergienutzung an Land zur Verfügung zu stellen, um perspektivisch 15 Gigawatt (GW) installierte Leistung zu erreichen. Damit soll die Grundlage für eine Energieerzeugung von 30-35 Terawattstunden (TWh) pro Jahr bis 2030 geschaffen werden. Die Ziele aus WindBG und Koalitionsvertrag sollen gleichermaßen zu rund 50 Prozent (ca. 16.000 ha) über die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie realisiert werden, woraus sich ein erheblicher Änderungsbedarf für die Raumordnungspläne zur Windenergie in Schleswig-Holstein ergibt. Verstärkt wird der Druck auf den Planungsprozess durch die am 20. November 2023 in Kraft getretene Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III), wonach sogenannte „Beschleunigungsgebiete für Erneuerbare Energien“ bis zum Jahr 2025 erfasst und bis zum Jahr 2026 ausgewiesen werden sollen. Die Bundesregierung hat bereits angekündigt, die Richtlinie zügig und somit deutlich früher in nationales Recht umsetzen zu wollen. Ein Gesetzesentwurf liegt bereits vor und der Beschluss wird zeitnah erwartet. Um den erheblichen Änderungsbedarf für die Raumordnungspläne zur Windenergie in	gefährdet. Zum Thema Großvogelbrutplätze einschließlich Schutzradien wird auf Ziffer 4.20.1 verwiesen. Darüber hinaus beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schleswig-Holstein gerecht zu werden, steht der Regionalplanung und der gemeindlichen Bauleitplanung eine Potenzialfläche von ca. 7,2 Prozent der Landesfläche zur Verfügung. Die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen einer Windenergienutzung auf die Umwelt wurden im Rahmen einer strategischen Umweltprüfung nach § 8 ROP ermittelt, beschrieben und bewertet und in einem Umweltbericht als Anlage 3 zu § 1 LEPWindVO dargestellt. Der Umweltbericht war ebenfalls öffentlich einsehbar. Im Ergebnis der Prüfung wurde festgestellt, dass durch die Festlegung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung die Nutzung von Windenergie an Land räumlich gesteuert und auf wenige, konfliktarme Standorte begrenzt werden kann. Allerdings wird zu Recht darauf hingewiesen, dass der LEP in einem relativ kleinen Maßstab aufgestellt wird und die Festlegung der raumordnerischen Ziele und Grundsätze der Raumordnung keine direkten negativen Auswirkungen auf die Umwelt haben. Erst der Bau und Betrieb der WEA führt zu direkten Umweltauswirkungen. Die durch den Bau und Betrieb von WEA ausgehenden, unvermeidbaren Umweltauswirkungen sind später auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen zu beurteilen und entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung sowie zum Ausgleich zu konzipieren. Dies vorausgeschickt, möchten wir zunächst unsere Bedenken zu einzelnen Grundsätzen und Zielen des LEP mitteilen und daran anschließend unseren Vorschlag zur Erweiterung des Bestandspark [redacted] vorstellen. **Zu 4.5.1.2** **13 G Landschaftsschutzgebiete:** Der Grundsatz ist nicht eindeutig formuliert. Es sollte unmissverständlich deutlich gemacht werden, dass Landschaftsschutzgebiete bei der Planung vollumfänglich zu berücksichtigen sind und Windenergiegebiete dort ausgewiesen werden können. **Zu 4.5.1.3** **Gebiets- und Artenschutz:** Das Land Schleswig-Holstein hat für das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 311 Gebiete (davon 271 FFH-Gebiete und 46 EU-VSG) mit einer Landfläche von rund 156.000 Hektar und einer Meeresfläche von rund 765.000 Hektar gemeldet. In Schleswig-Holstein gibt es derzeit (Stand 21. Dezember 2022) 203 NSG. Diese haben an Land eine Gesamtfläche von etwa 52.487 Hektar, das entspricht einem Anteil an der Landesfläche von 3,3 Prozent. Hinzu kommen Gebiete, die die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als Naturschutzgebiet erfüllen. Sie	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	besitzen eine naturschutzfachlich hohe Schutzwürdigkeit und sind in der Regel empfindlich gegenüber der Errichtung von baulichen Anlagen. Damit sichert das Land Schleswig-Holstein langfristig herausragende naturnahe Flächen und Lebensräume für wildlebende Tiere und Pflanzen. Die Gebiete bieten Raum für Rückzug, Ausbreitung und Anpassung. In den Grenzen von Schutzgebieten können Arten überlebensfähige Populationen entwickeln und sich über Trittsteine wieder in anderen Gebieten ansiedeln. Die Errichtung von Windenergieanlagen ist in den Grenzen dieser Schutzgebiete untersagt. Es ist daher notwendig, außerhalb der Schutzgebiete der Windenergie substanziell Raum zu ermöglichen, ansonsten kann Schleswig-Holstein die Flächenziele in der angestrebten Zeitspanne nicht erreichen. **1 Z Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche (2)** Es ist nicht nachvollziehbar, warum zu den Vogelschutzgebieten ein zusätzlicher geschützter Umgebungsbereich von 1000 m als Ausschluss für WEA vorgesehen wird. Die Begründung, dass die in den Erhaltungszielen genannten Vogelarten auch auf die Nutzung des Umgebungsbereiches vor allem als Nahrungshabitate angewiesen sind, erscheint unlogisch. Bereits bei der Ausweisung von Vogelschutzgebieten müsste doch vorausschauend geplant und berücksichtigt worden sein, dass sich die beweglichen und sehr mobilen Vogelarten nicht nur innerhalb der Schutzgebietsgrenzen aufhalten, sondern sich in die Randgebiete und darüber hinaus ausbreiten werden, d.h. ein vorsorglicher Puffer zu den Schutzgebietsgrenzen müsste bereits bei der Gebietsausweisung mit einkalkuliert worden sein. Zudem wird in der Begründung zu 1 Z die Vermutung geäußert, dass bei Bestands-WEA eine Vereinbarkeit der Windenergienutzung mit den Schutzzielen der EU-VSG gegeben sein könnte. Hier stellt sich für uns die Frage, was Bestands-WEA von Neu-WEA unterscheidet und einzigartig macht. Bei beiden handelt es sich um einen Mast mit einem drehenden Rotor und es liegen damit dieselben bau-, anlagen- und betriebsbedingten Wirkfaktoren vor, die artenschutzrechtlich nach dem Bundesnaturschutzgesetz zu prüfen sind. Die Vereinbarkeit der Windenergienutzung mit den Schutzzielen der EU-VSG sollte auf Neu-WEA übertragbar sein. Von einer 1000 m Ausschlusszone für WEA ist sowohl für Bestands-WEA also auch für alle neuen WEA abzusehen. Durch zusätzliche pauschale Pufferzonen gehen nutzbare Flächenpotentiale für die Windenergienutzung verloren, was in der heutigen Zeit von Flächenknappheit und -konkurrenz zu vermeiden ist. Die Verstetigung dieser Regelung durch die Zusammenfassung von Vogelschutzgebiet und Abstand als ein nicht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	differenziertes Ziel halten wir für nicht zielführend. Der Umgebungsbereich sollte hier entfallen bzw. wieder differenzierter als Grundsatz betrachtet werden. **5 G Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope** Ein pauschales Aussparen dieser Bereiche im Planungsprozess für Windenergiegebiete sehen wir sehr kritisch. Diese Schwerpunktbereiche sind auf Ebene der Zulassungsverfahren einzelfallbezogen zu prüfen. Dabei kann festgestellt werden, welche Arten potenziell betroffen sind. Bei der Anlagenkonstellation können diese Bereiche ausgespart werden (Micro-Siting) oder durch geeignete Maßnahmen kann eine Abhilfe für das Eintreten von voraussichtlichen artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen getroffen werden. **10 Z International bedeutsame Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen** Die international bedeutsamen Nahrungs- und Rastgebiete der Zwergschwäne liegen vielfach in Europäischen Vogelschutzgebieten und wie bereits oben ausgeführt, kommt das Land Schleswig-Holstein seiner Verpflichtung nach und sichert herausragende Lebensräume für Tiere und Pflanzen. International bedeutsame Nahrungs- und Rastgebiete sind von WEA ausgeschlossen. Außerhalb der Schutzgebietsgrenzen ist daher der Windenergie substanziell Raum zu verschaffen, ansonsten können die angestrebten Flächenziele nicht erreicht werden. Darüber hinaus ist im Planungs- und Ausweisungsprozess von Windenergiegebieten die Empfindlichkeit von Tieren gegenüber WEA zu prüfen. Für Zwergschwäne liegen bundesweit noch keine an WEA verunglückten Schlagopfer vor. Europaweit sind vom Zwergschwan zwei Todfunde bekannt (Quelle: Vogelverluste an Windenergieanlagen, Stand: 9.08.2023). Die Fachwelt geht davon aus, dass es beim Zwergschwan zu Gewöhnungseffekten kommt. Entscheidend für die Rastplatzwahl ist vor allem die Nahrungsverfügbarkeit. Es sollte daher in Zulassungsverfahren eine Einzelfallprüfung möglich sein, um Potentiale für die Windenergie nicht pauschal auszuschließen. Dabei können fachlich anerkannte Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung sowie zum	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausgleich geeignet sein, den Eintritt artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände abzuwenden. **17 G Brutplätze windkraftsensibler Großvögel** Im Rahmen der Flächenplanung können bestimmte Gebiete als harte Tabuzonen ausgewiesen werden, wenn erkennbar wird, dass ihre Bebauung mit Windenergieanlagen auf unabsehbare Zeit aufgrund rechtlicher oder tatsächlicher Hindernisse scheitern würde. Aber es ist nach unserer Auffassung unzulässig, auf regionalplanerischer Ebene eine sogenannte „harte Tabuzone“ um einen Brutplatz festzulegen und von der Windenergienutzung freizuhalten. Eine einmalige Kartierung eines Brutplatzes kann nicht zum Ausschluss der Windenergienutzung in den kommenden Jahren führen. Zudem handelt es sich bei den genannten Vogelarten um mobile Brutvogelarten, die ihre Brutplätze durchaus verlagern können oder Wechselbrutplätze belegen. Auch werden Nester u.a. durch Wind und Sturm zerstört, so dass sich das Brutpaar im kommenden Frühjahr zwingend einen neuen Brutplatz bauen muss. Der Ort des Neubaus ist von der Ausstattung und Attraktivität des Lebensraumes abhängig und kann sich vom ursprünglichen Brutplatz wegverlagern. Der Abstand zwischen Brutplatz und Windenergiegebiet entspräche nicht mehr den Plangrundsätzen, sondern wäre vermutlich sehr viel größer. Bei der Einbeziehung von Abständen zu Brutplätzen auf Ebene der Regionalplanung muss somit berücksichtigt werden, dass vom Zeitpunkt der Beschlussfassung bis zum Tag des Inkrafttretens eines Regionalplans mehrere Jahre vergehen können. Über diesen langen Zeitraum können sich naturschutzfachliche Belange verändern oder verlagern. D.h. zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Regionalplans könnten abgestimmte und über den langen Planungsprozess berücksichtigte naturschutzfachliche Belange gar nicht mehr vorhanden sein. Lebensräume verändern sich. Ein ggf. ausgesparter Bereich für einen dann nicht mehr vorhandenen Brutplatz wäre eine verlorene Flächenressource für die Windenergienutzung. Abstandsvorgaben, speziell pauschale Tabubereiche für geschützte Tierarten, summieren sich zu immer größeren, für die Windenergie ausgeschlossenen Tabubereichen. In diesem Zusammenhang ist der Niststätten-Schutz zu diskutieren. Einmal besetzte Horste, die verlassen werden, blockieren über Jahre Planungen. Angesichts dieser Ausführungen sind bei der Flächenplanung von Windenergiegebieten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	pauschale Abstände abzulehnen und planerische Vorsorgeabstände zu überdenken und auf die tatsächliche Eingriffsauswirkung zu begrenzen. Erst im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren kann geprüft werden, ob eine Gefährdung für im Umfeld brütende windkraftsensible Vogelarten bestehe. Dafür sind im Bundesnaturschutzgesetz Regelungen getroffen worden, die bei der artenschutzrechtlichen Prüfung mit Blick auf den Betrieb von Windenergieanlagen an Land zu beachten sind (§ 45b BNatSchG). Weiterhin sind die im LEP-Entwurf enthaltenen Abstandsvorgaben für Brutvögel für uns nicht nachvollziehbar. Der Schwarzstorch gilt in der Fachwelt als nicht kollisionsgefährdet und ein Tabubereich von 2000 m um den Brutplatz entbehrt jeglicher fachlichen und gesetzlichen Grundlagen. Die 2000 m zum Seeadlerbrutplatz und 1000 m zum Weißstorchbrutplatz entsprechen dem zentralen Prüfbereich des BNatSchG, dass hieße jedoch, dass lediglich Anhaltspunkte für eine signifikante Erhöhung des Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare vorlägen und diese durch eine Habitatpotentialanalyse widerlegt oder durch fachliche anerkannte Schutzmaßnahmen hinreichend gemindert werden könnten (§ 45b Abs. 3 Nr. 1 und 2). Ein genereller Ausschluss von Windenergie ist dabei nicht gefordert. Für den Rotmilan im Umkreis von 1200 m gilt § 45b Abs. 3 Nr. 1 und 2 gleichermaßen. 1500 m bzw. 1000 m als Ausschluss zu definieren, wie es der LEP tut, ist nicht sachgerecht. Im Anschluss an obengenannten Ausführungen möchten wir nun auf die Erweiterungspotentiale im Bestandspark [redacted] hinweisen. Aufgrund der lang bestehenden Konstellation des Bürgerwindparks [redacted] sowie der [redacted], werden die Gemeinden und Akteure vor Ort einbezogen, um auch dieses Projekt mit größtmöglicher regionaler Wertschöpfung umzusetzen. Die Gemeinden mit dem Bestandswindpark haben in den letzten Jahren vom Windpark profitiert. Durch diese positiven Erfahrungen scheint zwischenzeitlich auch ein Umdenken in der Gemeinde Beringstedt stattgefunden zu haben und es könnte so das Ziel verfolgt werden, den Windpark effektiv und im besten Sinne der beteiligten Gemeinden auszubauen. Ergänzend zu unserer Stellungnahme aus dem Februar 2024 möchten wir folgende Punkte nochmals aufnehmen:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	<u>Zu 4.5.1.1 Siedlungsstruktur</u> **1 G 800 bis 1000m Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Es handelt sich um die Erweiterung eines in den Gemeinden Gokels, Seefeld und Lütjenwestedt seit langem bestehenden und bebauten Vorranggebietes und damit nicht um ein neues Gebiet, daher ist kein zusätzlicher Abstand von 200m zu Siedlungsbereichen erforderlich. Im Regionalplan 2020 wurde bereits für die Ortslage der Gemeinde Lütjenwestedt auf einen zusätzlichen Umgebungsbereich verzichtet, „da aufgrund der bestehenden Anlagen dem öffentlichen Interesse an fortbestehender Nutzung bereits vorhandener Infrastruktur und dem berechtigten Interesse der Altanlagenbetreiber an einem Weiterbetrieb der Anlagen ein höheres Gewicht eingeräumt wird. Insbesondere kann die Zielsetzung, die Freihaltung bislang unbelasteter Räume von Windkraftanlagen, aufgrund des Bestandes nicht mehr erreicht werden.“ Dies sollte entsprechend für die beiden anderen Gemeinden gelten, da auch sie Anteile am Bestandswindpark haben. Besonders könnte hiermit westlich des bestehenden Vorranggebietes in einem Bereich, wo keine weiteren Ziele oder Grundsätze entgegenstehen, substanziell weiterer Raum für die Windenergie geschaffen werden. **<u>Zu 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz</u>** **1 Z Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche** Es ist nicht ersichtlich, warum zu den Vogelschutzgebieten ein zusätzlicher geschützter Umgebungsbereich von 1000 m eingehalten werden sollte. In der Regel ist bei der Ausweisung von Schutzgebieten ein vorsorglicher Puffer mit einbezogen worden. Wir verweisen hier auf unsere Ausführungen im allgemeinen Teil. Das Vorgehen, dass Einzelfallprüfungen mit FFH-Verträglichkeitsprüfungen möglich sind, sollten nicht nur bei Bestands-WEA sondern auf bei Neu-WEA angewandt werden. Im nördlichen Bereich des bestehenden Vorranggebietes PR2_RDE_139 wird bereits von der Ausnahme auf Grund der vorliegenden FFH-Verträglichkeitsprüfung Gebrauch	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	gemacht. Hier wäre nochmal im Detail zu prüfen, ob die Daten dieses Gutachtens nicht auch für eine Ausnahme der weiteren Potentialfläche ausreichen und in diesem Fall der Umgebungsschutz reduziert werden kann. **5 G Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope** Das Biotopverbundsystem wird u.a. von Groß- und Niederwild genutzt. Es gibt bislang keine Erkenntnisse, dass Windenergieanlagen negative Auswirkungen auf diese Wildtiere haben. Durch die Bestands-WEA hat sich laut dem Hegeringsleiter das Verhalten des Rotwilds nicht verändert und es findet keine Meidung statt (mdl. Mitt.). Die Kleinstbiotope hatten wir in unserem Vorschlag bereits weitgehend herausgenommen. Es ist fraglich, ob dies ansonsten als Grundsatz festgesetzt werden muss oder besser auf der Genehmigungsebene berücksichtigt werden kann. **6 Z Wälder und Umgebungsbereich** Wir begrüßen die im LEP eingeführte Reduzierung des Abstandes zu Wäldern auf 30m und die Differenzierung nach Waldarten. **10 Z International bedeutsame Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen** Ergänzend zu den bisherigen Ausführungen unserer Stellungnahme möchten wir auf die bestehenden Kompensationsmaßnahmen für Zwergschwäne hinweisen, die wir aufgrund des Bestandswindparks umgesetzt haben. Im Nordwesten des Vogelschutzgebietes wurde eine Fläche von insgesamt 246 ha mit einer Kernrastfläche (60 ha) und Pufferzone (186 ha) gesichert. Über die Jahre hat sich dort ein funktionsfähiger und störungsfreier bzw. -armer Rastplatz für die Zwergschwäne mit ausreichend qualitativ guten Nahrungsgräsern entwickelt, wie eine fast zehnjährige Dokumentation belegt. Die Maßnahmenfläche hat ihren Zweck erfüllt und wird vom Zwergschwan und auch vom Singschwan und Gänsen angenommen. Die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Grundstücksnutzung beläuft sich über die gesamte Betriebszeit des Bestandsparks, d.h. die Tiere nutzen die Ausweichfläche abseits des Bestandsparks und der Erweiterungsflächen und halten sich somit verstärkt außerhalb des potenziellen Gefährdungsbereichs auf. Es wurde somit ein neues und sehr gut geeignetes Gebiet für die Schwäne entwickelt und eine für den Zwergschwan attraktive Bewirtschaftung langfristig gesichert. Erste Anfragen unter Landeigentümern in der Umgebung haben ergeben, dass es möglich ist, noch weitere Rückzugsflächen für die Art zu schaffen. Die Akzeptanz für die Maßnahmen ist da. Von daher spricht aus dieser Sicht nichts gegen eine Verlagerung der Gebiete. **4.5.1.4 Boden und Wasser** **4 G Talräume an natürlichen Gewässern und an erheblich veränderten Wasserkörpern** Dieser Grundsatz ist im Bereich Seefeld-Gokels ausgeweitet wurden und enthält nun auch schmalere Gewässer. Gerade bei kleineren Gewässern sollte dies in der anschließenden Regionalplanung nicht einer Ausweisung als Vorranggebiet widersprechen, sondern nur in der konkreten Genehmigungsplanung berücksichtigt werden. **Fazit** Die Erweiterungspotentiale lt. Anlage 1 stehen den Grundsätzen und Zielen des LEP 2024 unter Berücksichtigung unserer Ausführungen nicht entgegen. Wir halten an unserem Flächenvorschlag unverändert fest. (Abbildung)	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1991	Ich möchte mich gegen die geplanten Flächen für Windkraftanlagen in Schlamersdorf aussprechen. Diverse Häuser im Außengürtel und landwirtschaftliche Betriebe mit ihren Flächen müssten ohne Entschädigung eine nicht unerhebliche Wertminderung	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	hinnehmen, da sie einen geringen Abstand zu den Anlagen hätten. Ob dieser 800 oder 1000m betragen soll, scheint derzeit nicht festzustehen. Diese Abstandsregelung müsste also z.B. beim Bau eines Altenteils oder Ähnliches eingehalten werden. Von der Seefelder Seite sind diverse Häuser ebenfalls direkt von der Abstandsregelung und somit von Schattenschlag oder Geräuschen unmittelbar betroffen (Einschränkung weitere Bebauung). Desweiteren ist die Potenzialfläche bereits durch diverse Stromleitungen ober- sowie unterirdisch belastet und sollte hier nicht überstrapaziert werden, zumal bereits in anderer Ausrichtung die Windräder aus Schadehorn im Blickfeld sind. Außerdem sind die FFH-Gebiete nicht weit entfernt und Flora und Fauna hätten möglicherweise auch zu leiden.	Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2561	Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR2_RDE_109 und PR2_RDE_112 Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Wäldern und Umgebungsbereichen: Die Raumordnung hat keine Verwerfungskompetenz gegenüber Landesrecht. Die Auffassung, dass die BVerfG-Entscheidung zum Waldgesetz Thüringen auf Schleswig-Holstein übertragbar sei, wird nicht geteilt. Der geringe Waldanteil in Schleswig-

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten die Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung	Holstein genießt schon per se einen höheren Schutzanspruch. Das Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf das Umwandlungsverbot für WEA nicht verfassungswidrig. Unabhängig davon wird ein Mindestabstand zum Wald von 30 m auch deshalb für notwendig erachtet, um die ökologische Funktion des Waldrandes mit den Wechselbeziehungen insbesondere von Fledermäusen und Vögeln ins Offenland nicht zu stark zu beeinträchtigen. Scheuch- und Störwirkungen sind in diesem Nahbereich auch bei ökologisch weniger wertvollen Wäldern anzunehmen. Die Ausführungen zum Abstand zu Naturwäldern werden zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden nur Naturwälder i.S. des § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. Zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel: Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen sind in der Nähe von Horststandorten windkraftsensibler Großvogelarten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. Folglich ist der absolute Ausschluss von Windenergieanlagen in

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von	den Umgebungsbereichen mittels eines Zieles der Raumordnung fachlich und rechtlich nicht geboten. Der Einsatz von Antikollisionssystemen ist derzeit nicht in jedem Fall fachlich geeignet oder technisch möglich um das Tötungsrisiko stets ausschließen zu können. Eine Ausweisung von Vorranggebieten unter alleiniger Annahme des Einsatzes eines Antikollisionssystems ist daher fachlich und rechtlich nicht möglich. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel angesetzten Umgebungsbereiche orientieren sich jetzt an den Angaben des BNatSchG (Anlage 1 Abschnitt 2 zu § 45b BNatSchG). Der Nahbereich wird durch ein neues Ziel der Raumordnung als freizuhaltender Bereich aufgenommen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 45 b bis d ausschließlich für die Ebene der Zulassungsverfahren. Das Kriterium „Seeadlerdichtezentrum“ wird beibehalten, denn aufgrund von überdurchschnittlich hoher Anzahl von Revieren ist von einem hohen Kollisionsrisiko mit WEA auszugehen. Eine Öffnung dieses Kriteriums ist naturschutzfachlich und planerisch auch im Lichte der eingegangenen Stellungnahmen nicht angezeigt. Eine Konfliktbewältigung durch Maßnahmen wird hier in der Regel nicht verhältnismäßig sein. Eine Erweiterung des Dichtezentrums ist aus fachlicher Sicht ebenso nicht erforderlich, da es in der jetzigen Abgrenzung nach wie vor die höchste Revierdichte in Schleswig-Holstein abbildet und damit den Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung darstellt. Daran ändern auch vereinzelt hinzugekommen Brutplätze am Rande nichts. Der Schwarzstorch steht mit 5-7 Revieren kurz vor dem Aussterben in Schleswig-Holstein. Für erfolgreiche Bruten sind die Vögel auf freie Flugkorridore ohne Barrieren im Umfeld ihrer Brutplätze angewiesen. Die Funktion der Lebensstätte für erfolgreiche Bruten der wenigen Paare in Schleswig-Holstein kann daher nur gesichert werden, wenn der 2 km Umgebungsbereich frei von WEA bleibt. In den letzten Jahren ist der Kenntnisstand zur Brutverbreitung des Rotmilans deutlich gestiegen. Die Erkenntnisse zeigen, dass

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der	Rotmilanreviere in der Regel wiederbesetzt werden. Auch wenn nicht immer der exakt gleiche Horst genutzt wird, liegt der Wechselhorst oft in der unmittelbaren Nähe. Auch werden aktuell unbesetzte Horste in den Folgejahren wiederbesetzt. Insofern ist die Berücksichtigung der aktuellen Rotmilanbrutplätze artenschutzfachlich gerechtfertigt. Ergänzend wird zu diesem Kriterium auf die allgemeine Synopse, Ziffer 4.20.1 verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. 1.2 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z – Wälder und Umgebungsbereiche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. Weiter sind nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen. Dies wird mit dem niedrigen Waldanteil in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt, dem Ziel der Landesregierung zur weiteren Erhöhung des Waldanteils, und dem gesetzlichen Verbot des § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG begründet (B zu 6 zu (1)). Eine Zulassung der Waldumwandlung sei wegen der Seltenheit, der besonderen Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz sowie des Landschaftsbildes bei Prägung durch Waldkulissen nicht vertretbar. Weiter wird auf § 24 LWaldG, der einen gesetzlichen Waldabstand vorsieht, und § 2 Abs. 1 LWaldG, der die Mindestgröße von einem Hektar als Waldfläche vorsieht, verwiesen. Bei Naturwäldern wird in der Begründung B zu 6 zu (2) auf deren nach § 14 LWaldG besondere ökologische Funktionen Bezug genommen. Der weitergehende Abstand von 100 Metern wird mit den Waldrändern von Naturwäldern als Schnittstelle zum Offenland, die häufig sehr artenreich seien und einen wichtigen Rückzugsraum darstellten, begründet. Naturwälder seien in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt. Darüber hinaus seien weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen. Das fortgeltende Verbot der Waldumwandlung zur Errichtung von WEA (§ 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG) und der pauschale Waldabstand von 30 Metern (§ 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG) sind vor dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung des BVerfG zweifelhaft. So hat das BVerfG die Regelung in Thüringen „Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ (§ 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) als nicht gerechtfertigte Inhalts- und Schrankenbestimmung, welche in das Eigentumsrecht der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer eingreift, angesehen, weil das Gesetz formell verfassungswidrig ist, da dem Freistaat Thüringen für die angegriffene Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlt (BVerfG, 27.09.2022 - 1 BvR 2661/21 -, BVerfGE 163, 1-42, Rn. 14). § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG lautet beinahe identisch („Die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	mehr als 10 Metern ist unzulässig.“) und die Entscheidungsgründe des BVerfG sind übertragbar. Auch das OVG Schleswig-Holstein hat diesbezügliche Bedenken bereits deutlich geäußert, wenngleich dies noch nicht entscheidungserheblich war (OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21 -, juris Rn. 51). Insofern sollte die Landesplanungsbehörde zur Vermeidung der Berufung auf eine verfassungswidrige Vorschrift unbedingt auf Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) verzichten und selbst bei einem planerischen Freihalten der Waldflächen jedenfalls nicht noch zusätzlich einen Abstand von 30 Metern vorsehen. Letzteres gilt insbesondere auch deshalb, weil WEA mit entsprechenden Feuerlöschsystemen nicht mit den in § 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG genannten Schutzzwecken im Widerspruch stehen und insofern auch unter Berücksichtigung der Wertung des § 2 EEG die Unterschreitung des Waldabstands zugelassen werden kann. Dies gilt noch mehr vor dem Hintergrund, dass durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) die Referenzanlage (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern vom Turmmittelpunkt und damit der baulichen Anlage sowieso 75 Meter Abstand zum Waldrand einhalten wird und der untere Rotordurchlauf bei 50 Metern beginnen wird, weshalb die Schutzzwecke in dieser Höhe keine maßgebliche Relevanz mehr haben werden. Vorzugswürdig und durch das BVerfG angelegt ist jedoch, dass allein die nach §§ 14 f. LWaldG aufgrund ihrer ökologischen Funktion, ihrer Lage oder auch wegen ihrer Schönheit schutzwürdig und -bedürftigen Wälder von der Windenergienutzung ausgenommen werden, wofür der Landesgesetzgeber allein auch eine Gesetzgebungskompetenz hat. Insofern ist allein Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) zu befürworten und auf weitergehende Abstände zu verzichten. Allerdings muss zum Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) angemerkt werden, dass rechtsfehlerhaft ist, wenn neben den explizit nach §§ 14 f. LWaldG erklärten Naturwäldern, die in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt sind, weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen sein sollen. Sofern damit gemeint sein sollte, dass weitere nach den gesetzlichen Regelungen des §§ 14 f. LWaldG erklärte Naturwälder (Verordnungen nach § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG) zu berücksichtigen sind, wäre das rechtlich zulässig. Darüber hinausgehende allein fachlich eingeschätzte „Naturwälder“ können keine Berücksichtigung finden, weil sie nicht nach dem Verfahren des § 15 LWaldG zustande kamen.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	1.3 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope 1.3.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6).	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. 1.3.2 Kleinstbiotope Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte. 1.4 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G soll um Brutplätze von vier genannten windkraftsensiblen Großvogelarten in einem jeweils angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Dies sind für den Seeadler 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), für den Schwarzstorch 2.000 Meter, für den Weißstorch 1.000 Meter und für den Rotmilan 1.500 Meter. Wenn im jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt, solle in der Abwägung geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist. Zusätzlich könne bei Weißstorch- und Rotmilan-Brutplätzen einzelfallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden können.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	In der Begründung B zu 17 wird auf ein erhöhtes Kollisionsrisiko im Horstumfeld von Seeadlern, Weißstörchen und Rotmilanen Bezug genommen. Für Schwarzstörche bestünde ein ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe bestehe (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Der Abstandsradius beim Seeadler wird auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG zurückgeführt. Für den Weißstorch und den Rotmilan wird zwischen einem engen und weiten Radius differenziert, wobei gelte: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Weiter wird auf abwägungsrelevante Aspekte bei bestehenden Windparks innerhalb bestimmter Umgebungsbereiche verwiesen (Übernahme, nachträgliche Ansiedlung, vorhandene Vorbelastung, Repowering). Zu den einzeln genannten windkraftsensiblen Großvögeln ist folgendes festzuhalten und deshalb Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G sowie die diesbezügliche Begründung entsprechend anzupassen, damit eine rechtmäßige Anwendung und Abwägung dieses Grundsatzes der Raumordnung bei der Ausweisung von Windenergiegebiete in den Regionalplänen erfolgt: 1.4.1 Allgemein Es ist zunächst zu begrüßen, dass die Schutzbereiche um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln teilweise reduziert wurden und insgesamt der Abwägung zugänglich sind. Es ist jedoch sehr problematisch, dass Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G die angegebenen Umgebungsbereiche zum Regelfall erklärt, sodass nur im Kontext von Vorbelastungen (bereits bestehende raumbedeutsame WEA bzw. ergangene Genehmigungen) ein Unterschreiten möglich sein solle. Damit wird der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit einer Zielausnahme i.S.d. § 6 Abs. 1 ROG formuliert, was zu korrigieren ist, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, es fehlten hinreichende Daten für eine Zielfestlegung, was aber nun zur verkappten und nur scheinbar abwägungsoffenen Festlegung als Grundsatz der Raumordnung führte. Zudem verwundert der Ansatz, wonach nicht durchgehend die Prüfabstände aus der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG übernommen wurden und fast jegliche Rechtfertigung für die pauschal angenommenen Abstände bei windkraftsensiblen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Großvogelarten fehlt. Allein zum Seeadler findet sich ein Bezug auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG. Bei den weiteren kollisionsgefährdeten Arten wird die gesetzliche Vorgabe ignoriert und der abweichend gewählte Abstandsradius nicht gerechtfertigt. Dabei ist im Nachgang zum verfassungsrechtlichen Handlungsauftrag, den das BVerfG formuliert hat (BVerfG, Beschluss vom 23. Oktober 2018 – 1 BvR 2523/13 –, BVerfGE 149, 407-421), der Bundesgesetzgeber tätig geworden und hat mit § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG verbindliche Maßstäbe für die Bewertung, wann nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, festgelegt. Sofern die Landesplanungsbehörde hiervon abweichen und weitergehende Abstände als den Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG berücksichtigen möchte, so fehlt es an einer entsprechenden Rechtfertigung hierfür. Gesetzgeberische Intention war es gerade, bundesweit einheitliche Abstandsregelungen, die der dafür legitimierte Gesetzgeber vorgibt, zu setzen. Insofern sind die vorgesehenen Abstandsradien unbedingt auf den jeweiligen Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG anzupassen oder dieser zumindest gemeinsam mit dem zentralen Prüfbereich abwägend zu berücksichtigen. Hierauf wird zu den einzelnen Arten noch eingegangen. 1.4.2 Seeadler Zunächst einmal ist zu begrüßen und zu befürworten, die Seeadler im Rahmen eines abwägungsoffenen Grundsatzes der Raumordnung zu betrachten. Entsprechend kann das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen (vgl. dazu Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.) aufgehoben und in den vorliegenden Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 etwa mit einer besonderen Gewichtung des Seeadlerschutzes im dargestellten Dichtezentrum überführt werden. Der gesetzlich vorgesehene Schutzstatus würde damit beibehalten bleiben. Angesichts der weiten Verbreitung der Art, fehlender artenschutzrechtlicher Ansätze für die Freihaltung des Dichtezentrums sowie methodischer Zweifel für deren Abgrenzung auch vor dem Hintergrund der neuen bundesgesetzlichen Bewertung drängt sich diese Vorgehensweise auf und erhöht die Rechtssicherheit durch Aufgabe des Ziels der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7. Allerdings ist der Abstandsradius für den Seeadler auf 500 Meter zu verringern, um der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.4.1). Zwar ist für den Seeadler zuzugestehen, dass die in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) für den Seeadler nach der gesetzlichen Regelung noch nicht als wirksam angesehen werden oder phänologiebedingte Abschaltungen zu umfangreich wären. Allerdings hat sich die Sachlage gegenüber der zum Zeitpunkt der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) fortentwickelt und es liegt ein auch vom Landesamt für Umwelt Schleswig-Holstein mittlerweile für den Seeadler anerkanntes Antikollisionssystem vor. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Seeadlerbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Damit plant die Landesplanungsbehörde nicht in eine Konfliktlage hinein, sondern berücksichtigt die bundesgesetzgeberische Intention, wenn lediglich der Nahbereich von 500 m freigehalten wird. Jedenfalls aber muss eine Differenzierung in 500 Meter (Nahbereich) und 2.000 Meter (Zentraler Prüfbereich) vorgesehen werden, sodass im zentralen Prüfbereich abwägend auch außerhalb der aktuell engen Begrenzung auf Fälle mit Vorbelastung eine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden kann. 1.4.3 Schwarzstorch Die Aufnahme eines Abstandsradius für den Schwarzstorch wird mit Bezugnahme auf den „Schutz der Lebensstätte gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 2 Nummer 3 BNatSchG“ begründet (B zu 17). Da die Landesplanungsbehörde auch § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG in Bezug nimmt, wonach ein Verstoß gegen das Verbot nach dem ebenfalls zitierten § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht vorliegt, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird, ist davon auszugehen, dass im Einzelfall im Rahmen der Abwägung auch innerhalb des 2.000 Meter-Radius Windenergiegebiete ausgewiesen werden können. Entscheidend ist dann nur, ob diese im Bereich von essentiellen Habitaten des Schwarzstorchs liegen,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	welche nach der Begründung „alte, geschlossene Waldstrukturen mit Still- und Fließgewässern“ (B zu 17) sind. Dies ist bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in den Regionalplänen zu berücksichtigen. Selbst bei einer Betroffenheit solcher Habitate würde im nachfolgenden Genehmigungsverfahren die Möglichkeit nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG bestehen, das Zugriffsverbot durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) zu bewältigen. Weiter ist für die zugrundeliegende rechtliche Bewertung folgendes zu beachten und der aktuell vorgesehene Abstandsradius anzupassen: Nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist es verboten, wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. Die in § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG zum Ausdruck kommende populationsbezogene Bestimmung der Erheblichkeitsschwelle steht mit Art. 12 Abs. 1 Buchst. b FFH-RL in Einklang, der einen art- bzw. populationsbezogenen Schutzansatz verfolgt (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328). Das Vorliegen einer Störung i.S.d. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG setzt aber zunächst voraus, dass es überhaupt zu einer unmittelbaren oder mittelbaren Einwirkung auf die geschützten Tiere kommt, die bei diesen eine Verhaltensänderung bewirkt. So gilt etwa: „bei der schlichten Beseitigung von Flächen, die bislang als Nahrungsgrundlage genutzt worden sind, und bei vegetationsverändernden Immissionen fehlt es nämlich an einer zwanghaften Einwirkung auf das natürliche Verhalten der Tiere, das nach dem Wortsinn als Störung zu werten ist.“ (BVerwG, Urteil vom 14. April 2010 – 9 A 5/08 –, BVerwGE 136, 291-332, Rn. 118). „Der Störungstatbestand kann vor allem durch bau- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen der geschützten Tierarten in Gestalt von akustischen und optischen Störwirkungen, aber auch durch Trennwirkungen erfüllt werden, die von der vorgesehenen Trasse ausgehen.“ (BVerwG, Urteil vom 7. Juli 2022 – 9 A 1/21 –, BVerwGE 176, 94-130, Rn. 111 m.w.N.). Insofern muss sich die Auslegung der bundesgesetzlichen Vorschrift des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG daran messen lassen, ob überhaupt eine Störung im vorgenannten Sinne bei vorgesehenen Schutzabständen vorliegt. Zudem finden in der naturschutzfachlichen Praxis die planerisch zu berücksichtigenden Fluchtdistanzen von Vogelarten Anwendung, nach Gassner et al.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2010 (Gassner/Winkelbrandt/Bernotat, UVP und strategische Umweltprüfung – Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltprüfung, 5. Auflage 2010, S. 192 ff.; Bernotat, Vorschlag zur Bewertung der Erheblichkeit von Störwirkungen auf Vögel mit Hilfe planerischer Orientierungswerte für Fluchtdistanzen, in: Bernotat/Dierschke/Grunewald, Bestimmung der Erheblichkeit und Beachtung von Kumulationswirkungen in der FFH-Verträglichkeitsprüfung, Naturschutz und Biologische Vielfalt 160 (2017), S. 157-171). Diese sehen für den Schwarzstorch eine Fluchtdistanz von 500 m vor. Selbst wenn diese für Windenergieanlagen vergrößert werden müsste, so dürften keine naturschutzfachlichen Nachweise bestehen, um den sechsfachen Abstand zu rechtfertigen. Auch wenn die Landesplanungsbehörde nicht auf das Störungsverbot rekurriert, so wird jedenfalls deutlich, dass der aktuelle Abstandsradius sich mit diesem Zugriffsverbot nicht rechtfertigen ließe. Dies ist gleichermaßen hinsichtlich des Schädigungsverbots zu konstatieren. Es verbietet nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Erfolgt der Zugriff im Zuge eines nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffs in Natur und Landschaft, so scheidet ein Verstoß gegen das Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG aus, soweit die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Um dies zu gewährleisten, können nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden (sog. CEF-Maßnahmen). Im Anwendungsbereich des § 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG hat die Verbotsprüfung demnach zweistufig zu erfolgen: Auf der ersten Stufe stellt sich die Frage, ob auf eine geschützte Lebensstätte mit einer der genannten Tathandlungen eingewirkt wird. Trifft dies zu, so sind auf der zweiten Stufe die Konsequenzen in den Blick zu nehmen, die damit für die von der betroffenen Lebensstätte für die sie nutzenden Tiere erfüllte Funktion verbunden sind (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328, Rn. 37 - 38 m.w.N.). Unabhängig von der umstrittenen Frage, wie weit der Schutz des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG geht – einerseits nur direkte Einwirkungen auf die Fortpflanzungs- und Ruhestätte (bspw. Horst) oder andererseits (so tendenziell BVerwG, Urteil vom 12. August 2009 – 9 A 64/07 –, BVerwGE 134, 308-335, Rn. 68; BVerwG, Urteil vom 28. März 2013 – 9 A 22/11 –, BVerwGE 146, 145-175, Rn. 148) auch das weitere Umfeld der eigentlichen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte, sofern es elementar für den Reproduktionserfolg oder die Rast ist – liegt jedenfalls keine Beschädigung oder	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zerstörung bei Abständen von 2 km vor. All dies verdeutlicht, dass es zu einer angemessenen Reduzierung des vorsorglichen Schutzabstands zu Schwarzstorchhorste kommen muss, wobei sich ein Abstand von 1.500 Metern zunehmend durchsetzt und weiterhin Vorsorgeaspekte berücksichtigt. Der von der Landesplanungsbehörde vorgesehene Umgebungsbereich von 2.000 Metern wird demgegenüber nicht belegt (anders als etwa die Bezugnahme auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG). 1.4.4 Weißstorch Der Abstandsradius für den Weißstorch ist auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.4.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Weißstorch zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Weißstorchbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nur den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf 750 Meter zu Weißstorchhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 750 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 750 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. 1.4.5 Rotmilan Zunächst ist festzustellen, dass die Berücksichtigung von Rotmilanbrutplätzen in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G ungeeignet ist und die Auswahl der windkraftsensiblen Großvogelarten auch gar keine Rechtfertigung erfahren hat. Für den Rotmilan kann das auch nicht gelingen. Während sich die Vorgehensweise für Seeadler-, Schwarzstorch- und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Weißstorchbrutplätze bei einer Anpassung der Radien und echten Offenheit für eine abwägende Einzelfallprüfung erschließt, ist die Herangehensweise in Bezug auf Rotmilanbrutplätze fehlerhaft. So führte das landeseigene aktualisierte Fachpapier aus: „Allerdings wird diese Art nicht alljährlich landesweit erfasst und es gibt häufiger Horstwechsel, so dass die Daten oft nur einen ersten Hinweis auf ein Rotmilanvorkommen im Planungsraum geben.“ (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016, S. 7). Naturschutzfachlich ist bestätigt, dass der Rotmilan gegenüber dem Seeadler eine deutlich geringere Brutplatzkonstanz aufweist. Eine zwischen den Jahren variable Besiedlung der Landschaft (Wechsel der Horststandorte oder auch Nicht-Wiederbesiedlung von Waldstücken) tritt daher häufig auf (z.B. Mammen et al., Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt. Bericht des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Heft 5/2014). So berichtet Schmude, dass bei einer Rotmilankartierung in Mecklenburg-Vorpommern 75 % der im Folgejahr erneut kontrollierten Horste nicht mehr besetzt waren, insgesamt 49 von 65 Horsten (Schmude, Protokoll der 16. Sitzung der Bund-Länder-Initiative Windenergie (BLWE) am 22.09.2014; nachvollziehbar bei Scheller/Vökler/Güttner, OAMV e.V., Rotmilankartierung 2011/2012 in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 09.02.2014). Die Variabilität ist dadurch begründet, dass der Rotmilan als Zugvogel (auch unter Berücksichtigung möglicher Verluste auf dem Zugweg) erst relativ spät im Jahr ins angestammte Brutrevier zurückkehrt und nicht selten einen neuen Horst bauen muss, weil der Althorst bereits durch andere Arten (Konkurrenten um geeignete Horstbäume bzw. vorhandene Horste z.B. Mäusebussard, Kolkrabe u.a.) besetzt wurde. Auch baut der Rotmilan in der Regel eher kleinere und nicht so stabile Horste, so dass diese leichter als z.B. langjährig genutzte und entsprechend ausgebaute Seeadler-Horste durch Winterstürme zerstört werden können. Diese autökologischen Aspekte der Biologie des Rotmilans bedingen, dass zwar in der Regel die Reviere wiederbesetzt werden, aufgrund der Variabilität die Lage der Horststandorte aber nur schwer vorhersagbar ist. Wird nunmehr aber auf dieser Grundlage eine Potenzialfläche im 1.500 Meter- oder	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.000 Meter-Radius (zu den falschen Abständen vgl. nachfolgend) um einen aktuell nachgewiesenen Standort eines Rotmilanhorsts gestrichen, so werden diese naturschutzfachlichen Grundlagen zur sehr geringen Horsttreue missachtet. Dies kann dazu führen, dass durch den Horstwechsel die Potenzialfläche bereits beim Inkrafttreten des Regionalplans nicht mehr durch den Rotmilanhorst beeinträchtigt würde. Zudem ist es vor dem Hintergrund des nach § 5 Abs. 1 Satz 4 LaplaG vorgesehenen Planungszeitraums der Regionalpläne von fünfzehn Jahren, also voraussichtlich bis 2040, abwägungsfehlerhaft, eine Art mit sehr geringer Brutplatzkonstanz heranzuziehen, um in der Abwägung Potenzialflächen bis ins Jahr 2040 zu streichen. Soll auf der höherstufigen Planungsebene bereits eine weitgehende Aussage mit Abwägungsdirektiven, wie aktuell in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G vorgesehen, getroffen werden, geht dies mit dem Erfordernis einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte einher als wenn – auch im Rahmen der Abwägung – keine konkreten Zielaussagen getroffen werden. Dabei können sich die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der Abwägungsvorgang selbst den Anforderungen an die Abwägung bei Fachplanungen annähern, je enger das Ziel und der damit vorgegebene Rahmen sind (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Soweit durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 Potenzialflächen ausgeschlossen werden sollen, bedarf es für die herangezogenen Tierarten eine landesweite Kenntnis von Horststandorten. Nur dann liegt eine für diese Zwecke ausreichende Bestandsaufnahme vor (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53), die den Anforderungen an Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte genügt. Dies gilt umso mehr, weil die Zuordnung zur Streichung von Gebieten im Rahmen der Abwägung ohne vorhandene umfangreiche Raumnutzungsanalyse faktisch zu einem Ziel der Raumordnung erhoben wird, was an sich bereits fragwürdig ist. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn dies im Sinne einer Beweislastumkehr auf die Öffentlichkeit, insbesondere die Vorhabenträger, als Anforderung verlagert wird. Während die rechtlich erforderlichen landesweiten Kenntnisse für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze wohl vorliegen dürften, gibt es eine solche hinreichende Bestandsaufnahme und Erkenntnislage für Rotmilanbrutplätze nicht. Es wäre im Übrigen auf Grund der vorstehend beschriebenen fehlenden Brutplatztreue wohl auch problematisch, eine aktuelle bzw. dem Bedarf der Regionalplanung – schließlich handelt es sich um ein Verfahren über viele Monate und einen Plan, der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	mehrere Jahre gelten soll – entsprechende Bestandsaufnahme zu erhalten. Jedenfalls für die Art Rotmilan sollte die Landesplanungsplanungsbehörde unbedingt auf die nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verweisen, die sowohl die sehr geringe Brutplatzkonstanz als auch die für die Bewertung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG maßgeblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen (Abschaltung, Ablenkflächen, etc.) besser und abwägungsfehlerfrei berücksichtigen können. Dabei wird nicht in eine unüberwindbare Verbotslage hineingeplant, weil § 45b BNatSchG in Einzelfällen letztendlich auch noch über die artenschutzrechtliche Ausnahme immer eine Genehmigungsfähigkeit bei einer Betroffenheit des Rotmilans ermöglicht. Sofern die Landesplanungsbehörde den Rotmilan nicht schon in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G als ausgewählten windkraftsensiblen Großvogel aufgrund der vorstehenden Ausführungen streicht und damit Rechtsfehler vermeidet, so hat in jedem Fall eine Anpassung der dortigen Abstandsradien für die Art zu erfolgen. Es ist nicht nachvollziehbar und kann auch nicht begründet werden – wenig überraschend verhält sich die Begründung B zu 17 deshalb auch überhaupt nicht dazu – wieso für den Rotmilan ein Umgebungsbereich von 1.500 Metern angenommen wird. Es kann im Rahmen der Festlegung nicht über den zentralen Prüfbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG hinausgegangen werden und zugleich für das Zugriffsverbot das erhöhte Kollisionsrisiko für den Rotmilan als Begründung herangeführt werden. Schließlich hat der Bundesgesetzgeber für den erweiterten Prüfbereich eine Beweislastumkehr eingeführt und in § 45b Abs. 4 Satz 1 BNatSchG festgelegt, dass in der Regel das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare dann nicht signifikant erhöht ist. Es ist sehr widersprüchlich dazu, dass die Landesplanungsbehörde abstrakt über § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG hinausgehend beim Rotmilan 1.500 Meter, anstatt 1.200 Meter vorsieht (vgl. allgemein bereits 1.4.1). Auffallend ist, dass nur für den Rotmilan der Radius nicht an Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG angepasst wurde, sondern stattdessen an den Abständen des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) ohne weitere Begründung festgehalten wird. Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. In jedem Fall ist der Abstandsradius auf	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.200 Meter zu reduzieren. Unabhängig davon ist der Abstandsradius für den Rotmilan jedoch sogar auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.4.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Rotmilan zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Es sind aber auch schon Antikollisionssysteme für den Rotmilan in Schleswig-Holstein anerkannt. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Rotmilanbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nicht einmal den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf nur 1.000 Meter zu Rotmilanhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 1.000 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen rechtlich überholten (vgl. vorstehende Ausführungen) gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 1.000 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2508	**Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** **hier:** Stellungnahme sowie Informationen über beabsichtigte und bereits eingeleitete Planungen und sonstige Maßnahmen zu den Rohpotenzialflächen PR1_SLF_020 (Bollingstedt) Sehr geehrte Damen und Herren,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 1.3, 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	anlässlich des o.g. Beteiligungsverfahrens möchten wir im Namen des Vorhabenträgers, der [redacted], Stellung nehmen und Sie über die beabsichtigten und bereits eingeleiteten Planungen eines Windparkprojektes auf den o.g. Flächen informieren. Das Planungsgebiet mit einer ungefähren Gesamtgröße von 31 ha umfasst Teile der zuletzt im Regionalplan vom 29.12.2020 nicht übernommenen Potenzialfläche PR1_SLF_091 sowie einen Teil der Rohpotenzialfläche PR1_SLF_020 der Karte “Potenzialfläche für Windenergie gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024)” Das Planungsgebiet befindet sich im Südwesten der Gemeinde Bollingstedt. Im Westen wird es durch die Kreisstraße K14 und im Osten durch das Waldgebiet Steinholz begrenzt. Die Flächen werden landwirtschaftlich genutzt. Lineare Gehölzstrukturen und Gräben sind vorhanden. Die genaue Lage, Ausdehnung und Zuschnittsanpassung (aufgrund der Begrenzung durch die K14) des Planungsgebiets können dem Lageplan (Anhang I) entnommen werden. Die Projektidee für die o.g. Windparkplanung entstammt einem Kreis von örtlichen Landeigentümern, und lokal tätiger Planungsgesellschaft. Aufgrund der lokal initiierten Bestrebungen konnte die Flächensicherung bereits abgeschlossen werden. Die Ausweisung dieser Fläche begrüßen wir im Namen des Vorhabenträgers aus folgenden Gründen: Um die generelle Eignung für die Windenergienutzung zu prüfen, wurde die Planungsfläche im Hinblick auf die Ziele und Grundsätze des ersten Entwurfs der Teilfortschreibung des LEP 2024 sowie unter Berücksichtigung des Eckpunktepapiers (MIKWS, Dezember 2023) auf mögliche Konflikte untersucht: Die nachstehend angefügten Klammerwerte beziehen sich auf die Nomenklatur der Ziele und Grundsätze der Teilfortschreibung des LEP Teil Windenergie 2024. **<u>Ziele</u>** Die Planungsfläche weist keine Überschneidungen mit Zielen des ersten Entwurfs der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Teilfortschreibung des LEP 2024 auf. **<u>Grundsätze</u>** • <u>800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion (G01)</u>Die Erweiterung des Abstandes um Siedlungsbereiche von 800 m auf vorliegend 1.000 m basiert hauptsächlich auf der fehlenden Vorbelastung durch Windenergienutzung in der näheren Umgebung und dem daraus resultierenden, höher zu gewichtenden siedlungsnahen Freiraumschutz. Jedoch wurden Ende 2010 bereits zwei WEA nordwestlich der Ortslage Bollingstedt errichtet, vier weitere WEA zuletzt südwestlich von Bollingstedt in der Nachbargemeinde Silberstedt. Eine Vorbelastung durch Windenergienutzung ist damit bereits gegeben. Darüber hinaus ist der Planungsbereich durch den Verlauf von zwei Hoch- bzw. Höchstspannungsleitungen geprägt (vgl. G10). Insofern ist dem siedlungsnahen Freiraumschutz, respektive dem vorliegenden Grundsatz eine geringere Gewichtung einzuräumen. • <u>Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes (G10)</u>Der im Westen den Planungsgebietes von Nord nach Süd verlaufende Bereich von zwei Hoch- bzw. Höchstspannungsleitungen, wird im Verlauf der Planungen im erforderlichen Maß von der Windenergienutzung freigehalten. • <u>Kleinstbiotope (G16)</u>Die im Planungsgebiet befindliche Biotopfläche soll in Abstimmung mit Fachplanern von der Windenergienutzung freigehalten werden. Das Windparkprojekt kann einen bedeutsamen Beitrag zum Windenergieausbau in Schleswig-Holstein leisten. Die Vorprüfung der Ziele und Grundsätze hat ergeben, dass durch das geplante Vorhaben voraussichtlich nicht mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die betroffenen Belange zu rechnen ist und so zum jetzigen Zeitpunkt einer künftigen Ausweisung als Vorrangfläche nichts entgegensteht. Aufgrund des wichtigen Beitrags für den Ausbau sektorübergreifender Ressourcen und die Energiewendeim Allgemeinen, sprechen wir uns auch im Namen des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorhabenträgers für die Ausweisung der hier beworbenen Fläche mit einer Größe von rd. 31 ha aus. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anlagen: Anlage I - Lageplan	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1989	Die Stellungnahme habe ich in den Anhang gelegt. Sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zu den Windenergieplanungen des Landes SH Stellung nehmen zu können. 1.Hinweise zum Textteil: 1.1.Mindestgröße von Windenergieeignungsgebieten Grundsätzlich sollten für den Bau von WKA bei optimaler Eignung des Standortes und Einhaltung aller Grenzwerte auch Kleinstflächen unter 20 ha zugelassen werden. Einer strengen Orientierung einer möglichen gemeindlichen Bauleitplanung an der Flächengröße fehlt aus unserer Sicht die Berechtigung. Dazu sagt ja auch der Koalitionsvertrag der aktuelle Regierungskoalition des Landes SH, dass „Flächen, die aufgrund von Artenschutz, Denkmalschutz oder ihrer Größe . aus dem Regionalplan herausgefallen sind, neu zu bewerten und ggf. auszuweisen sind. Insbesondere wenn das ranghöhere Gut eines Repowerings nur mit diesen kleineren Flächen umzusetzen ist. 1.2. 800 bis 1000mn Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Im aktuell gültigen Plankonzept wird bei den Abständen zu Siedlungen zwischen bereits von WKA genutzten Vorranggebieten und bislang unbebauten Bereichen differenziert.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.7, 2.3 und 2.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Bezüglich der Hinweise zur Ausweisung weiterer Flächen wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	So gilt bei Bestandflächen ein Siedlungsabstand von 800m, der bei neuen, unbebauten Flächen um einen unbebauten Schutzbereich von 200m erweitert wird. Der Text des Planes gibt keine Hinweise darauf, ob und wie diese Regelung bei der Neuausweisung umgesetzt wird. Es wird vereinfachend lediglich festgelegt, dass „der entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200m ergänzt werden kann, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von 1000m entstehen kann“ Diese Vorgabe schränktt die tatsächliche Fächennutzung unter Berücksichtigung der energiepolitischen Ziele bis 2030 bzw. 2040 unnötiger Weise ein. Der Einzelfall ist unter diesen Gesichtspunkt auf seine Umsetzbarkeit zu untersuchen, auch um Kleinstflächen in einem optischen Zusammenhang mit bestehenden zu kleinen oder ungünstig geschittenen Windeignungsgebieten für Repoweringsmaßnahmen nutzen zu können. 1.3. Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung Im Plankozept aus 12/2020 wurde durch das Land ein detailiertes Bewertungsverfahren für eine Einzelfallprüfung der Siedlungsumfassung durch WKA vorgestellt. Eine Umsetzung erfolgt im vorliegenden LEP nicht. Damit bleibt bis heute unklar, was maximal erlaubt sein soll und wann eine Umschlingung gegen die WKA-Nutzung spricht. Ein Bewertungs- und Ausschlußrahmen ist verbindlich vorzugeben insbesondere i.V.m. dem Abstand zur jeweiligen Ortslage. 1.4. Verbot von Höhenbeschränkungen Es ist sehr zu begrüßen, dass sich die Landesregierung dazu entschlossen hat und dies im vorliegenden Plantext übernimmt, dass direkte und indirekte Höhenbeschränkungen in den Festsetzungen der Regionalpläne sowie in den Darstellungen und Festsetzungen der untergeordneten gemeindlichen Satzungen für Flächennutzungs- und Bauleitpläne ausgeschlossen sein sollen. Dies ist auch spätestens nach Bestandskraft der jetzigen Windplanungen des Landes umzusetzen. So verhindert beispielhaft für derartige Fälle die Gemeinde Krummbek seit dem Jahre 2017 die Genehmigung für das Repowering einer WKA im Gebiet PR2_PLO_006, unter Hinweis auf den, auch für den Außenstehenden offensichtliche rechtswidrigen B-Plan Nr.4. aus dem Jahre 2006. Wir wären mit der Umsetung unser energiepolitischen Ziele schon wesentlich weiter, wenn wir Einzelpersonen in kommunalpolitischer Verantwortung die Möglichkeit der Schikane und Blockade entziehen. Sofern das Land SH in Klageverfahren bzgl. derartiger rechtswidriger Höhenbeschränkungen hineingezogen worden sein sollte, sollte das Land	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	SH unverzüglich durch Anerkenntnis den Weg frei mach für derartige Repoweringvorhaben in Vorranggebieten mit unberechtigten Höhenbeschränkungen. 2.Hinweise zur Plankarte 2.1. Potenzialfläche PR2_PLO_006 als Vorrangsfläche ausweisen Die Potenzialfläche PR2_PLO_006 sollte südöstlich des bestehenden Vorranggebietes im Rahmen der Differnzfläche der Abstände zum bestehenden Seeadlerhorst von 2000m (gem. Grundsätze SH 2024) und dem Nahbereich von 500m um des Horst gem BNatSchG 2023 als Vorrangfläche ausgewiesen werden. Vorliegende avifaunistische Untersuchungen gem. den Grundsätzen des Landes SH über einen Untersuchungszeitraum von einem Jahr belegen, dass der Seeadler seine Flugbewegungen v.a. in Richtung Südosten zum Selenter See orientiert. Die in der anliegenden Karte 1 grün umrandete Fläche ist erforderlich, um im bestehenden Vorranggebiet (4 WKA aus dem Jahre 2000, Gesamthöhe 100m) WKA des heutigen Standartyps (Gesamthöhe 200m) überhaupt errichten zu können (Nutzbarmachung der südöstlichen Grenzbereiche) und / oder um in diesen zusätzlichen Flächen hilfsweise ein Repowering im Rahmen der 5 h Regelung nach BimSchG i.V.m. der für Jahresende 2024 avisierten Änderung des BauG umzusetzen.. 2.2. Neuausweisung einer Potenzialfläche Gemäß den Kriterien des Landes SH befindet sich eine weitere Potenzialfläche im Dreieck zw. der Ortslagen Krummbek, Bendfeld sowie der Splittersiedlung Ratjendorf, die für die Errichtung einer Standard -WKA ausreicht. Auf den Punkt 1.2. sei an diesder Stelle noch einmal hingewiesen. Im Falle einer Ausweisung als Potenzialfläche könnte diese Neufläche dem Repowering der ansonsten nicht nutzbaren alten Vorrangfläche PR2_PLO_006 dienen. Das Konzept sieht vor i.V.m auf dem gleichen Grundstück geplanten PV-FFA mit 20ha eine Direktbelieferung des Pumpenhauses des Wasserwerkes des WBVPanker-Giekau zu ermöglichen (Jahresbedarf 6 Mio kWh,konstante Lastkurve) . Gleichzeitig besteht das Angebot durch die zentrale Lage zwischen den 3 Dörfern auch auf dem Land ein kostengünstiges Wärme- und Energienetz in Bürgerhand umzusetzen. Wir bitten um Berücksichtigung unserer Vorschläge in ihrer Abwägung. gez,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2522	Stellungnahme zum ersten Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans S-H - Fortschreibung 2021 inkl. Flächenmeldung - Projektfläche [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, im Auftrag der [redacted] möchten wir hiermit die Möglichkeit zur Stellungnahme zum ersten Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans S-H - Fortschreibung 2021 (nachfolgend auch „LEP Entwurf" genannt) wahrnehmen. Die [redacted] ist ein Gemeinschaftsunternehmen der [redacted] und der [redacted] [redacted], die innerhalb der [redacted] gemeinsam die Errichtung von Windenergie- und Photovoltaikfreiflächenanlogen verfolgen, um diese im Anschluss zu betreiben. Im Zuge der Flächenfindung zur Umsetzung der benannten erneuerbaren Energien, haben wir eine Projektfläche zwischen den Städten Plön und Preetz vertraglich gesichert, um dort Windenergieanlagen zu errichten und zu betreiben (siehe hierzu Anlage 2). Die Projektfläche ist in der aktuellen Potenzialflächenkulisse Windenergiegebiete nicht enthalten. Der Grund hierfür liegt einzig im Seeadlerdichtezentrum, welches als im LEP Entwurf enthaltenes Ziel der Roumordnung zum Ausschluss von Windenergie auf der Projektfläche führt. Mit dieser Stellungnahme sprechen wir uns dafür aus im Seeadlerdichtezentrum	Die Stellungnahme fordert die Streichung des Seeadlerdichtezentrums als Ausschlusskriterium. Hierzu wird auf Ziffer 4.8.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergie zu ermöglichen bzw. auf das raumordnerische Ziel, die Windenergie auszuschließen, zu verzichten. Hierzu argumentieren wir wie folgt: Der Beginn eines verstärkten Seeadlerschutzes in den 1980er Jahren war aufgrund der ernsten Bestandszustandes dringend erforderlich. Im Jahr 1990 gab es nur sieben Brutpaare in Schleswig-Holstein. Folgt man den Zahlen aus dem Brutbericht für das Jahr 2023 der Projektgruppe Seeadlerschutz S-H e.V. ist heute jedoch eine deutlich verbesserte Bestandssituation zu verzeichnen. Mittlerweile wurden 147 Revierpaare erfasst. Seit den 1990er Jahren hat sich der Bestand kontinuierlich erhöht (siehe Abbildung 1). Dabei ist der Seeadler innerhalb Schleswig-Holsteins mittlerweile flächendeckend verbreitet, wie Abbildung 2 zeigt (Brutbericht 2023 - Projektgruppe Seeadlerschutz S-H e.V.). Der Seeadlerbestand hat sich somit auch in den Regionen außerhalb des Adlerdichtezentrum parallel zu dem dort stattgefundenen Ausbau der Windenergie erhöht. Dies ist eine Entwicklung, die in Deutschland insgesamt für windenergiesensibel eingestufte Vogelarten festzustellen ist. Die Bestände der windkraftsensiblen Arten sind seit Jahren parallel zum Ausbau der Windenergie stabil oder sogar ansteigend. Weiterhin ist festzuhalten, dass unabhängig vom Seeadlerdichtezentrum ein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Seeadlerschutz durch die Umgebungsbereiche um Brutplätze windkraftsensibler Großvögeln Berücksichtigung findet. Abstände zu den Brutplätzen werden zum einen gemäß $ 45b BNatSchG und zum anderen nach dem Grundsatz Nr. 17 aus 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz des LEP Entwurfs berücksichtigt. Dieses, in Verbindung mit der später auf der Genehmigungsebene erfolgenden artenschutzspezifischen Begutachtung und den darauf aufbauenden Maßnahmen, mit den entsprechenden Anforderungen des besonderen Artenschutzes, gewährleistet bereits einen hohen Artenschutzanspruch. Auf der Genehmigungsebene kommt der Individuenbezug des $ 44 BNatSchG zur Anwendung. Zur Einhaltung des Tötungsverbots ($ 45 BNatSchG) von kollisionsgefährdeten Vogelarten kommen wirkungsvolle Maßnahmen zur Anwendung, wie bspw. die manuelle Abschaltung zu bestimmten Zeiten (z. B. bei Feldbearbeitung). Hinzu kommen die mittlerweile ausgereiften Antikollisionssysteme (AKS), durch die eine kontrollierte Abschaltung der Anlagen bei entsprechender Näherung einer schlaggefährdeten Vogelart erfolgt. Die Entwicklung von AKS ist in den letzten Jahren so weit vorangeschritten, dass WEA an Land inzwischen zum Schutz von Rotmilan und Seeadler mit AKS als fachlich anerkannte Schutzmaßnahme betrieben werden können.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es besteht somit ein umfangreiches Instrumentarium für den Schutz des Seeadlers, unabhängig vom Dichtezentrum. Die Notwendigkeit eines Dichtzentrum ist vor dem geschilderten Hintergrund mittlerweile nicht mehr ersichtlich. Bei einer aktuellen Bewertung muss auch auf die Einhaltung einer gewissen Verhältnismäßigkeit geachtet werden. Die Raumordnung hat das Ziel die unterschiedlichen Nutzungen des Raums aufeinander abzustimmen und mögliche Konflikte bei Flächenplanungen zu minimieren. Der LEP verfolgt u. a. das Ziel einer nachhaltigen räumlichen Entwicklung im Land, die ökonomische, ökologische und soziale Belange gleichberechtigt berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund sind auch die Interessen der Standortgemeinden zu berücksichtigen, denen dauerhafte Einkünfte aus Gewerbesteuer und Kommunalabgabe verwehrt bleiben sowie die Möglichkeit Windenergie bei ihrer kommunalen Wärmeplanung zu berücksichtigen. Basierend auf den oben genannten Gründen und vor dem Hintergrund, dass gemäß $ 2 EEG die Windenergie als „überragendes öffentliches Interesse" eingestuft wurde und „der öffentlichen Sicherheit diene" sowie der aktuellen gesetzlichen Bestimmungen, die zusätzliche Flächen für die Windenergiegewinnung in Schleswig- Holstein erfordern, möchten wir Sie eindringlich bitten grundsätzlich Windenergie im Seeadlerdichtezentrum	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zu ermöglichen und konkret in der in Anlage 2 dargestellten Projektfläche. Mit freundlichen Grüßen [redacted] i. A. [redacted] - Anlage: Anlage 1: Abbildungen zur Brutbestandsentwicklung und zur Brutverbreitung des Seeadlers Anlage 2: Lageplan zur Projektfläche im Seeadlerdichtezentrum	
Institution: Natur Plus e.V. Panten ID: M2288	Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen. Hier: Stellungnahme zu den Potenzialflächen in der Umgebung des Duvenseer Moores Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr, der Verein Natur Plus e.V. Panten nimmt zu der im Betreff genannten Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans wie folgt Stellung: Wir begrüßen ausdrücklich den Beitrag der schleswig-holsteinischen Landesregierung zur Umsetzung der Energiewende. Es ist uns bewusst, dass die Ausweisung von Potenzialflächen und später von Vorrangflächen von essenzieller Bedeutung für dieses Vorhaben ist. Den methodischen Ansatz, der für die Ermittlung von Potenzialflächen gewählt wurde, halten wir für gangbar, sofern Naturschutzbelangen in angemessener Weise Rechnung getragen wird. Wir erkennen an, dass diese Auswahl eine schwierige Aufgabe darstellt. Als Verein mit einem 27-jährigen Einsatz für den Naturschutz im Amt Sandesneben-Nusse im Kreis Herzogtum Lauenburg können wir jedoch nicht umhin	Zu den in der Stellungnahme aufgeführten Themen wird auf die folgenden Ziffern der allgemeinen Synopse verwiesen: • Brutplätze von Großvögeln mit Umgebungsbereich: 4.20.1 • Abstände zu Naturschutzgebieten: 4.2.1 • Abstand zu Wäldern: 4.7.1 Zur Kranich-Zugachse im Kreis Herzogtum Lauenburg: In der Gewichtung der landesplanerisch zu berücksichtigenden Zugkorridore in Schleswig-Holstein ist diese Achse von geringerer Bedeutung als die dargestellten Zugrouten. Eine Prüfung kann gleichwohl im Falle der Einzelabwägung auf Ebene der Regionalplanung erfolgen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet darüber hinaus Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen, hier namentlich auf die Freihaltung der Duvensee-

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	auch Kritik an den vorliegenden Entwürfen zur Teilfortschreibung zu üben, da regionale Besonderheiten nicht in ausreichendem Maße Berücksichtigung finden. Eine Umsetzung der Planungen in einem avifaunistisch so bedeutenden Gebiet wie der Region rund um das Duvenseer Moor hätte zur Folge, dass wir gefährden, was wir doch eigentlich mit der Energiewende bewahren wollen, nämlich eine zwar stark belastete aber punktuell einigermaßen intakte Natur mit einem vielfältigen Arteninventar. Wir kommentieren im Folgenden ausgewählte Grundsätze und Ziele, wobei wir uns auf die Besonderheiten unserer Umgebung im Kreis Herzogtum Lauenburg konzentrieren und in der weiteren Diskussion auf einen der Hotspots in unserer Region, dem Duvenseer Moor, detaillierter eingehen. Grundsätzliches zu den Grundsätzen in diesem Planungsverfahren Es hat einige Zeit gebraucht bis wir verstanden haben, dass die sogenannten Grundsätze nur einen groben Rahmen oder Leitplanken für die Planung darstellen. Grundsätze sind verhandelbar, abwägbar und können je nach Bedarf in die eine oder andere Richtung "ausgelegt" werden. Sie sind interpretierbar und somit auch formbar. Wenn ein Grundsatz nicht die Bedingungen bietet ein angestrebtes Ziel zu erreichen, wird er "weichgespült". Er bleibt ein Grundsatz, aber es wird nicht nach seinem ursprünglichen Sinn gehandelt. Er wird verwässert, abgeschwächt und uminterpretiert. Galten gestern noch Abstände zu einem Milan-Horst von 1.500 m gilt ab sofort nur noch ein Abstand von 1.000 m. Sicherlich, es bleibt ein Abstand zwischen WEA und dem Horst, aber dieser Abstand wird so ausgelegt, dass mehr Potenzialflächen ausgewiesen werden können als mit dem Gebot des größeren Abstands. Natur wird auf dem Altar der Energiewende geopfert. Wieviel ist dieses Verfahren wert, wenn die naturschutzfachlichen Grundsätze nichts als eine einzige Knetmasse darstellen, die in eine beliebige Form gebracht werden kann? Wir nehmen die Antwort vorweg: Nichts ist das Verfahren wert. Nichts und wieder nichts! Es ist eine einzige Farce, eine Beruhigungspille für besorgte Menschen, wenn nicht sogar nur ein Placebo für die Öffentlichkeit. Zu 2 Z Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche Das Ziel 2 Z weist folgende Schutzkategorien aus, in denen keine WEA errichtet werden dürfen: • Naturschutzgebiete (NSG) gemäß § 23 BNatschG in Verbindung mit § 13 LNatschG;	Niederung. Die Stellungnahme wird zur diesbezüglich Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Gebiete, die nach § 22 BNatSchG in Verbindung mit § 12a Absatz 3 LNatSchG als NSG einstweilig sichergestellt sind; • Gebiete, für die nach § 12a Absatz 2 LNatSchG das Verfahren zur Unterschutzstellung eingeleitet ist; • Gebiete, die die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 23 BNatSchG in Verbindung mit § 13 LNatSchG erfüllen. Zudem wird festgelegt, dass die Errichtung von raumbedeutsamen WEA innerhalb eines Abstandes von 100 m von diesen Gebieten unzulässig ist. Mit Naturschutzgebieten können unterschiedliche Ziele verfolgt werden. Dabei ist es ein Unterschied, ob etwa der Schutz eines Borstgrasrasens als Schutzzweck definiert ist oder der Schutz von Wiesenbrütern und rastenden Großvögeln - mit mehreren tausend Individuen - im Vordergrund steht. Daher sehen wir es als kritisch an NSGs einheitlich mit einem Abstandsbereich zu WEA von 100 m zu versehen. Wir schlagen deshalb eine Abstandsregelung vor, die vom Schutzzweck der Gebiete mit den vorgenannten Schutzkategorien abgeleitet ist. • Primärer Schutzzweck botanische Belange: 100 m • Primärer Schutzzweck Brutgebiet von Wiesenvögeln: Gemäß "Neuem Helgoländer Papier" • Primärer Schutzzweck Brut- und Rastgebiet von Großvögeln: Gemäß "Neuem Helgoländer Papier" <u>Zu 6 Z Wälder und Umgebungsbereiche</u> In den Wäldern der hier betrachteten Region Duvensee und Umgebung brüten regelmäßig Kraniche. Diese führen ihre Jungen auch in die ruhigen landwirtschaftlichen Flächen, die an die Wälder anrainen. Rotierende WEA in waldnaher Aufstellung würden diese Vögel vergrämen. Milane und die in unserer Region ansässigen Seeadler brüten vorzugsweise in der Randzone von Wäldern auf alten Bäumen. Wenn für WEA ausgewiesene Flächen bis	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	auf 30 m an diese Wälder heranrücken und WEA sehr nah an den Wäldern aufgestellt würden, so nähme man in Kauf diese Greifvögel bei Flügen zur Nahrungssuche hochgradig zu gefährden. Weiterhin sind Waldränder ebenfalls bevorzugte Brutbereiche für eine Anzahl von Singvögeln, sowie ein bevorzugtes Jagdrevier von verschiedenen Fledermausarten. Dies wären bei waldnaher Aufstellung von WEA durch Schlag- oder Unterdruckwirkung ebenfalls erheblich gefährdet. Wir halten daher einen Abstand von nur 30 m zwischen Windkraftflächen und Waldrändern für naturschutzfachlich unverantwortlich und plädieren daher für die Einhaltung eines Abstands von mindestens 200 m. <u>Zu 15 Z und G Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs</u> Das südliche Schleswig-Holstein - und damit insbesondere der Kreis Herzogtum Lauenburg - wird von einer der Hauptachsen des internationalen Kranichzugs berührt. Kraniche in hohen Individuenzahlen aus Norwegen und Schweden sowie aus Finnland und dem Baltikum treffen im Bereich Zingst in Mecklenburg-Vorpommern aufeinander und setzen gemeinsam ihren Flug in Richtung Frankreich und Spanien fort. Sie orientieren sich an der Küstenlinie von Mecklenburg-Vorpommern und folgen anschließend weiteren Landschaftsstrukturen in süd-westlichen Richtungen. Im Kreis Herzogtum Lauenburg sind diese Leitstrukturen der Große Ratzeburger See und der Elbe-Lübeck-Kanal mit seinen begleitenden Niederungen. Viele Trupps verlassen im Kreis Herzogtum-Lauenburg ihre "Reiseflughöhe" von ca. 2.000 Metern und rasten u.a. auf den abgeernteten Maisfeldern. Als Übernachtungsplätze dienen ihnen Teiche, flache Seen und überschwemmte Niederungen wie das Duvenseer Moor. Diese Tatsache findet in der Karte Entwurf Anlage 2 zu §1 LEPWindVO Karte Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land keinen Niederschlag. Wir bitten darum, diesen Umstand als Grundsatz zu formulieren, in die Karte aufzunehmen und bei den weiteren Planungen zu	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	berücksichtigen. <u>Brutplätze windkraftsensibler Großvögel</u> Die Abstände von WEA zu Horsten von Großvögeln wurden in den letzten Jahren immer weiter reduziert, wodurch das Risiko, dass diese Vögel in den Wirkungsbereich von Rotoren gelangen, erheblich vergrößert wurde. Die jetzt erfolgte weitere Reduzierung des Abstands zwischen WEA und Milanhorst auf 1000 m und auf 750 m zum Weißstorchhorst ist aus naturschutzfachlicher Sicht nur als ignorant zu bezeichnen. Wir fordern daher die konsequente Einhaltung der Festlegungen des "Neuen Helgoländer Papiers", das einen Abstand von 1.500 m zu Milanhorsten und 1.000 m zu Weißstorchhorsten vorsieht. Mit ornitho.de steht eine Plattform zur Verfügung, um derartige Horste in der Landschaft zu identifizieren. Dabei ist zu beachten, dass solche Horste in der Regel als geschützte Beobachtung eingegeben sind, die nur von einem eingeschränkten Personenkreis eingesehen werden können. Diese Plattform sollte zwingend als eine weitere Grundlage für die weiteren Planungen herangezogen werden. <u>Hotspot: Duvensee Niederung und Umgebung</u> Die Duvensee Niederung - enger gefasst auch als „Duvenseer Moor“ bezeichnet - im Kreis Herzogtum Lauenburg liegt in unmittelbarer Umgebung der Potenzialflächen zwischen den Ortschaften Lüchow, Labenz und Klinkrade einerseits sowie der Flächen zwischen Klinkrade, Düchelsdorf, Niendorf bei Berkenthin, Kühsen und Duvensee OT Bergrade rund um den Fliegenberg andererseits. Die Duvensee Niederung umfasst eine großflächige, durch überwiegend extensive Grünlandnutzung geprägte ehemalige Seeniederung zwischen den Gemeinden Duvensee, Klinkrade, Labenz und Lüchow. Das Gebiet gilt als Schwerpunktbereich innerhalb der Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines landesweiten Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems und ist sowohl im Landschaftsrahmenplan (MUNF 1998) als auch im Landschaftsplan der Gemeinde Duvensee (LICHTIN 2007) als geplantes Naturschutzgebiet dargestellt. In einem Schutzwürdigkeitsgutachten (JÖDICKE 2015) wurde sowohl die Schutzwürdigkeit als auch eine hohe Schutzbedürftigkeit der Duvensee Niederung festgestellt, die sich insbesondere aus der besonders hohen avifaunistischen Bedeutung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	als Brut- und Rastgebiet ableitet. "Wenngleich einzelne charakteristische Brutvogelarten verschwunden sind bzw. nur noch unregelmäßig auftreten (z. B. Bekassine, Rotschenkel, Großer Brachvogel), weist das Gebiet mit seinen ausgedehnten, über weite Bereiche extensiv genutzten und durch verschiedene Feuchtestufen geprägten Grünlandflächen eine in Teilen noch artenreiche Wiesenvogelgemeinschaft mit Vorkommen von gefährdeten Arten auf (Kiebitz, Wachtelkönig, Feldlerche, Braunkehlchen, Wachtel). Für weitere an Grünland gebundene und im Umfeld brütende Arten, vor allem Großvogelarten, stellt das Gebiet ein essenzielles Nahrungshabitat dar (Rotmilan, Weißstorch, Kranich, Schleiereule). Weiterhin hat sich das Gebiet zu einem herausragenden binnenländischen Rastplatz für Wasservögel, Limikolen und für den Kranich entwickelt. Die Funktion als Rast-, Nahrungs- und Schlafplatz für diese Artengruppen ist eng verknüpft mit den winterlichen Überstauungen vor allem im Bereich des ehemaligen Duvensees. Zudem werden aber auch andere Teile des Gebiets genutzt. Für die genannten Gruppen Wiesenbrüter und Rastvögel besitzt das Gebiet überregionale Bedeutung, da hinsichtlich Größe und Artenspektrum vergleichbare Gebiete im Naturraum selten anzutreffen sind." (JÖDICKE 2015) In Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO ist das Gebiet auf der Karte in Kapitel 3.3.2.2 als Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als Naturschutzgebiet erfüllt, dargestellt. Seit Jahren kauft die Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein in der Duvensee Niederung mit öffentlichen Geldern Flächen an, um sie dem Naturschutz zuzuführen. Das etwas abseits der Duvensee Niederung gelegene Waldgebiet Fliegenberg, um das sich mehrere ausgewiesenen Potenzialflächen gruppieren, sind an dort eingebetteten Tümpeln seit vielen Jahren Kranichbrutplätze etabliert. Außerdem wurde dort in einem ehemaligen Munitionsbunker vor einigen Jahren eine Fledermausunterkunft eingerichtet, die sehr gut von den Tieren angenommen wurde. Die Potenzialfläche zwischen Lüchow, Labenz und Klinkrade ist direkt in die Duvensee Niederung eingebettet und grenzt unmittelbar an das potenzielle Naturschutzgebiet! Während des Herbstzugs finden sich alljährlich und über mehrere Wochen Kraniche in hoher Stückzahl am Abend im Duvenseer Moor zum Übernachten ein. Individuenzahlen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	von mehr als 1.000 Tieren treten hierbei regelmäßig auf. Diese Kraniche fliegen am nächsten Morgen zur Nahrungssuche auf die abgeernteten Ackerflächen in die Umgebung der Duvensee Niederung in Richtung Niendorf bei Berkenthin, Göldenitz, Düchelsdorf, Labenz, Lüchow, Nusse, Koberg, Poggensee und Panten. Dabei werden auch regelmäßig die ausgewiesenen Windkraft-Potenzialflächen im Raum Lüchow/Labenz/Klinkrade sowie rund um den Fliegenberg in hohen Individuenzahlen überflogen. In der Dämmerung und bis nach Einbruch der Dunkelheit finden Flugbewegungen von Kranichen von den umliegenden Ackerflächen zurück zu den Übernachtungsplätzen im Duvenseer Moor statt, wobei wieder die besagten Potenzialflächen passiert werden. Die im vorstehenden Absatz dargestellte tägliche Flugbewegung der Kraniche gilt sinngemäß auch für die in der Nähe der Duvensee Niederung bekannten Übernachtungsplätze Wehrenteich, Niederung zwischen Sierksfelde und Sandesneben, Hellmoor sowie den temporär genutzten Schlafplatz in der Senke an der Westseite des Fliegenbergs. Alle diese Schlafplätze befinden sich ebenfalls im Einzugsgebiet der ausgewiesenen Potenzialflächen. Windkraftanlagen auf den im Entwurf dargestellten Potenzialflächen bergen ein hohes Risiko dafür, dass insbesondere Großvogelarten wie der Kranich auf ihren täglichen Flügen zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von umlaufenden Rotoren verletzt werden. Dies gilt ebenfalls für die auf dem Fliegenberg lebenden Fledermausarten, die sich bei der nächtlichen Nahrungssuche mehrere Kilometer von ihren Schlafplätzen entfernen und dabei auch die Potenzialflächen überfliegen. Daher ist eine Ausweisung von Vorrangflächen sowie die Aufstellung von Windkraftanlagen in der Umgebung der Duvensee Niederung unvereinbar mit Naturschutzzielen. Die seit den 1980er Jahren anhaltenden und öffentlich geförderten Bemühungen um eine mögliche Unterschutzstellung der Duvensee Niederung, auch um Zugvögeln optimale Rastbedingungen zu erhalten, würden hierdurch konterkariert und ad absurdum geführt. Kraniche mit optimalen Rastbedingungen auf Staatskosten in die Duvensee Niederung zu locken, um sie in der Umgebung einem hohen Risiko auszusetzen durch Rotorschlag getötet zu werden, macht keinen Sinn. Die ausgewiesenen und hier angesprochenen Potenzialflächen rund um den Fliegenberg und im Bereich der Duvensee Niederung sollten deshalb aus den weiteren Planungen ausgeschlossen werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen Natur Plus e.V. Panten Für den Vorstand gez. [redacted] Quellen: JÖDICKE, K. (2015) Schutzwürdigkeitsgutachten für das geplante Naturschutzgebiet „Duvenseer Moor“ im Kreis Herzogtum Lauenburg LICHTIN, L. (2007): Landschaftsplan der Gemeinde Duvensee.- Unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag der Gemeinde Duvensee, 197 S. + Kartenanhang. MUNF (MINISTERIUM FÜR UMWELT, NATUR UND FORSTEN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN) (Hrsg. 1998): Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum I.- Kiel, 216 S. + Kartenanhang	
Institution: Amt Probstei, Der Amtsdirektor ID: M2474	**Stellungnahme der Gemeinde Höhndorf zur Ausweitung der Flächen für Windenergie** **hier: Öffentliches Beteiligungsverfahren.** **Zusammenfassung:** Kurz gesagt, der Strom muss dort produziert werden, wo er benötigt wird, und in einer ausgewogenen Mischung von Energieerzeugungsanlagen. Im Land werden gerade die PV-Anlagen vorangetrieben und die Windkraft repowered, was viel Potenzial beim Ausbau von erneuerbaren Energien bietet. Unserer Meinung nach ist es der falsche Zeitpunkt, um die Windkraftflächen weiter auszubauen, da in den letzten Jahren alle ökologisch sinnvollen Stellflächen bereits ausgeschöpft wurden. Bereits heute werden wegen des hohen Aufkommens von Windenergie negative Strompreise am Markt erzielt, wodurch Steuergelder in Millionenhöhe verschwendet werden. Auch ein Ausbau der Stromtrassen bringt nur bedingt Abhilfe, denn beim Transport von Energie gehen etwa 6% pro 100 km verloren. So gehen etwa rund 1/5 der Energie beim Transport nach z.B.	Zur grundsätzlichen Kritik am Ausbau der Windenergie wird auf Ziffer 7.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu den weiteren Themen der Stellungnahme wird auf folgende Ziffern der allgemeinen Synopse verwiesen: • Lärm: 7.3.2 • Landschaftsbild: 7.2.12 • Abstände zur Bebauung: 2.3.1 • Umfassung: 2.11.1 • Wertverlust Immobilien: 7.2.11 • Großvogelbrutplätze: 4.20.1

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Berlin verloren. Das bedeutet, dass jede fünfte Windkraftanlage in Schleswig-Holstein nur gebaut werden müsste, um die Verluste beim Transport zu kompensieren, was einen sehr negativen Einfluss auf die Ökologie der erneuerbaren Energien hat. Energiewende auf jeden Fall, aber konsequent, effizient und mit Sachverstand und nicht als reine Renditeobjekte auf Kosten der Steuerzahler. Darüber hinaus gibt es noch Folgende Kriterien zu berücksichtigen. Die Grenzwerte der maximallen Schallpegeldie einzuhalten sind. Laut dem Gutachten sind nachts 45 dB einzuhalten. Wir bitten um Berücksichtigung unserer B-Pläne. • z.B. Hinweis B Plan 4 Puckscher Hof Nr 1,3,5,7,9,11 und Fernblick (B Plan 3) sind Allgemeine Wohngebiete daher sind nachts 35 dBa einzuhalten • https://www.amt-probstei.de/fileadmin/Dateien/Buergerservice __ Politi/Buergerserwice/Bebauungsplaene/Hoehndorf/Hoshndorf B3.ndf • https://www.amt-probstei.de/fileadmin/Dateien/Buergerservice __ Politi/Buergersewice/Bebauungsplaene/Hoehndorf/Hoehndorf BA.pdf Es muss dabei auch die Schallemision berücksichtig werden welche über den Wind getragen wird. Wie bereits oben in der Zusammenfassung ausgeführt sollte es zuerst eine Bedarfsanalyse erstellen, um zu erkennen ob der produzierte Strom durch Windkraftanlagen und den dadurch enorm ansteigenden ertrag auch benötigt wird? Besonderes weil grade im Land alte anlagen oft mit einen bis zu 10-Fachen ertrag gerepowert werden. Bereits heute werden die kleineren alten Anlagen wegen Stromüberschuss häufig abgestellt. Windenergieanlagen sollten eigentlich erst dann gebaut werden, wenn es auch möglich ist, den produzierten Strom dauerhaft abzunehmen, beziehungsweise wenn der Energiebedarf auch benötigt wird. Die Politik hat sich in diesem Fall offensichtlich anders entschieden und die Betreiber der Windenergieanlagen bekommen den produzierten Strom auch dann bezahlt, wenn er gar nicht benötigt wird. Was zu Negativpreisen an dem Strommarkt führt. Das wiederum kostet den Steuerzahler viele Milliarden Euro. Neue Windenergieanlagen sollten erst wieder zugelassen werden, wenn auch sichergestellt ist, dass der produzierte Strom im Verbundnetz auch benötigt wird. Sodass sich erst auf andere Aspekte der Energiewende konzentriert werden muss. **Zum Beispiel ein Gesetzt zur Umlagen**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verteilung der Umsatzsteuer bei Batteriespeicher Anlagen. Denn diese gilt Stand heute nur für PV und Windkraft Anlagen. Mit einem solchen Gesetz könnte man die Schlüsseltechnologie “Energiespeicherung” schneller voranbringen und die Energiewende möglich machen. Desweiteren gibt Bedenken, dass durch Solche Maßnahmen die Infrastrukturelle bzw. Strahlen Belastung durch einen Ausbau erhöht wird, wenn dadurch das Umspannwerk welches sich in unserer Gemeinde befindet vergrößert werden muss oder sogar von der Betriebsspannung angehoben wird. **Gesamtbelastung:** Im Abschnitt eines Gutachtens für die Repowerung der Windkraftanlagen in der Gemeinde Fiefbergen heißt es in dem dazugehörigen Anhang, dass das zu schützendes Landschaftsbild mit “Hoch” bewertet wird und daher Schützenwert ist. Dem zufolge die Umweltauswirkungen als derzeit nicht tragbar bewertet werden müssen. “Insgesamt ergeben sich durch das Repowering erhebliche Auswirkungen auf das Schutzgut “Landschaftsbild”, denn Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis zu 250 m haben einen immensen Einfluss auf das Landschaftsbild. Die Gemeinde Höhndorf ist, wie das gesamte Amt Probstei, touristisch geprägt. Der Tourismus ist ein sehr bedeutender Wirtschaftsfaktor und das Ohnehin belastete Landschaftsbild sollte nicht noch zusätzlich mit weiteren Stellflächen belastet werden. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen in diesem Bereich wird zu einem Zielkonflikt zwischen Tourismus und Windenergie führen. Die Touristen nutzen die vielen Spurplattenwege sowie unbefestigten Wege in der freien Landschaft als Rad- und Wanderwege. Häufig wird eine gute Fernsicht auch als Fotomotiv genutzt. Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis 250 m haben eine so große Fernwirkung, dass sie noch aus vielen Kilometern um sie herum deutlich erkennbar und damit negativ wahrnehmbar sind. Die freie Landschaft geht bei einem solchen Anblick der Windenergieanlagen völlig unter. Der Landesentwicklungsplan führt selbst aus, dass bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Erfordernisse der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung berücksichtigt werden müssen. Der Konflikt zwischen Windenergieanlagen und intensiver touristischer Nutzung kann so nah an der Ostsee nicht gelöst werden. Hier muss der Tourismus die Priorität haben mit der Konsequenz, dass Windenergieanlagen unzulässig sind. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wird der Abstand von der Windenergieanlage bis zur Siedlungsfläche auf 800 m festgeschrieben, die tatsächliche Höhe der Windenergieanlagen spielt dabei keine Rolle mehr. Die heutigen Windenergieanlagen haben Höhen zwischen 200 m und 250 m. Die Beeinträchtigungen, die von diesen Anlagen ausgehen, betreffen nicht nur die Wohngebäude, dessen Mindestabstand eingehalten wird, sondern auch die Wohngebäude, die in einem Abstand weit über 800 m liegen. Bei den Beeinträchtigungen geht es nicht nur um Lärm, der von den Anlagen ausgeht, sondern auch um Schattenwurf, den die Rotorblätter verursachen und insbesondere auch um das Landschaftsbild in einer sehr attraktiven Naturlandschaft eines Landschaftsschutzgebietes, das auch touristisch sehr stark genutzt wird. Des weiteren würde eine Ausweitung neuer Stellflächen zu einer Umzingelung der Gemeinde führen, da die immer größer werdenden Anlagen ein immer größer werden Einfluss auf die Wahrnehmung der Einwohner hat. Die Gemeinde weißt her daruaf hin das die Zulässigen Fenster für das Blickfeld einzuhalten sind, sodass keine Umzingelungswirkung satt findet. Das Unsere Gemeinde Bereits zwischen zwei Windkraftanlagennutzungsflächen liegt würde weitere Flächen oder ggf. Sogar eine Ausweitung der bestehenden Flächen zu einer solchen Umzingelungswirkung führen. *Auszug Hochschule Osnabrück:* Der Grundgedanke hierbei ist die Gewährleistung eines Freihaltewinkels im Umfeld von Ortschaften, der auf physiologischen Eigenschaften des menschlichen Gesichtsfelds beruht. Als Gesichtsfeld wird dabei der Bereich definiert, innerhalb dessen eine Landschaftskulisse wahrgenommen werden kann. Dieser beträgt etwa 180°. Als maximal zumutbar wird eine durchgängige horizontale Verstellung des Horizonts durch WEA von 2/3 des Gesichtsfelds(= 120°) angesehen (vgl.OVG Magdeburg, 2012).Als weiteres Kriterium geht das Fusionsblickfeld ein. Dieses umfasst den Bereich, in dembinokulares bzw. stereoskopisches Sehen möglich ist, dieser Bereich beträgt ca. 60°. Das Fusionsblickfeld ist dabei zusammenhängend von Windenergieanlagen freizuhalten. Zusammenfassend ergeben sich damit als Kriterien zur Ableitung eines Vorsorgewerts zur Verhinderung einer Umfassungswirkung von WEA. Im Umfeld von Ortslagen dürfen innerhalb eines horizontalen Winkels von 180° in beliebiger Blickrichtung maximal 120° durchgehend von einer Potenzialfläche für WEA eingenommen werden, dabei müssen mindestens 60° zusammenhängend freigehalten werden, die beiden obigen Kriterien müssen von künftigen Vorrangflächen für WEA unter Berücksichtigung der Wirkung bestehender WEA gewährleistet sein. Andernfalls ist von einer optisch bedrängenden Wirkung durch die Umfassung der Ortslage mit WEA auszugehen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergieanlagen in einer Höhe von 180-250 m führen in diesem Gebiet nicht nur zu den zuvor genannten Beeinträchtigungen, sie werden auch einen ganz erheblichen Wertverlust der Wohnbaugrundstücke nach sich ziehen. Diese Wertverluste treten nicht nur in den Randbereichen der Gemeinde mit den geringsten Abständen zu den Windenergieanlagen ein, sie werden sich über das gesamte Gemeindegebiet erstrecken, weil die Windenergieanlagen mit 250 m Höhe eine sehr große Dominanz haben und somit von jedem Wohnbaugrundstück in Höhndorf und Gödersdorf erdrückend wahrgenommen werden. Allein aus Gründen der Lärmbelastung sowie der Belastung durch den Schattenwurf sollten Windenergieanlagen grundsätzlich einen Mindestabstand zu Wohnbauflächen von 1.000 m haben. Darüber hinaus sollte der Abstand um weitere 1.000 m erweitert werden, um die Wertverluste der Wohnbaugrundstücke in erträglichen Grenzen zu halten. Ansonsten sind Schadensersatzklagen von betroffenen Grundstücksbesitzern nicht auszuschließen. Weiter soll gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie der Denkmalschutz bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. In der Gemeinde Höhndorf und Fargau-Prajau befinden sich mehrere Hügelgräber. Darüber hinaus befindet sich nordwestlich der Gemeinde Höhndorf im Bereich des Passader Sees ein Seeadlerhorst. In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist hierzu ausgesagt, dass innerhalb der in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein dargestellten Dichtezentren für Seeadlervorkommen die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen ausgeschlossen ist. Der Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II ist weiterhin aufgeführt, dass um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll. Bezogen auf den Seeadler sind hier 2.000 m aufgeführt. In der Abwägung kann jedoch geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist, wenn in dem Abstandsradius bereits raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet wurden. Die Tierwelt würde schon durch den allgemeinen Betrieb der Windenergieanlagen empfindlich gestört, wenn Wartungsarbeiten oder der Austausch von Ersatzteilen erforderlich wird und die Wege wieder mit **Schwerlastverkehr** befahren werden müssen, ist die Störung für die Tierwelt um ein Vielfaches höher. Zudem müssen wir wie auch beim Repowering Folgendes anmerken: Eine Vorbelastung des Landschaftsbilds kann nicht die Begründungsgrundlage für den Bau weiterer Anlagen dienen. Denn so würde ein neuer oder zusätzlicher Bau ja immer vom	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorgängerprojekt gerechtfertigt werden. Als kleines überspitztes Beispiel: Wenn man einen Turm bauen würde der 50m hoch ist und man diese Begründung anführen könnte, dann könnte man ja jedes Jahr um 10m erhöhen, weil er ja im Vorjahr auch schon ein Turm stand, bis er 100m hoch ist und oder noch höher. Unserer Meinung nach muss, trotzdem versucht werden das Landschaftsbild so gut wie möglich zu schonen. Daher keine Versprenkelung solcher Anlagen. Es gibt Ausweichflächen wie zum beispiel Offschore-Windparks. Mit freundlichen Grüßen Der Bürgermeister der Gemeinde Höhndorf 26.08.2024	
Institution: Windpark Röst GbR ID: M2852	Sehr geehrte Damen und Herren, Sehr geehrte Frau [redacted], zu der „Teilfortschreibung zum Thema ‚Windenergie an Land‘ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (LEP) – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024“, hier: Fläche nördlich des Ortes 25767 Röst, nehmen wir wie folgt Stellung: Wir begrüßen die Fortschreibung des Regionalplans und die gesetzliche Verankerung der Kriterien im Landesentwicklungsplan. Grundsätzlich sind wir für die Ausweisung von Windenergieflächen im Landesinneren, sofern diese den geplanten Kriterien entsprechen. Eine von uns überplante Fläche, die westlich der Autobahn A23, nördlich von Röst, sowie östlich von Odderade und westlich von Albersdorf im Landkreis Dithmarschen liegt, wurde in der Vergangenheit noch nicht von den Ausweisungsverfahren berücksichtigt. Nach Einsicht und Prüfung der veröffentlichten Unterlagen für die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) stellt sich dies nun anders dar, was wir sehr begrüßen. Aus den nachfolgenden Gründen bitten wir um Aufnahme der Fläche zwischen den genannten Orten als Vorrangfläche für die Erzeugung von Windenergie. Grundlage sind die im aktuellen Beteiligungsverfahren veröffentlichten	Die Stellungnahme positioniert sich grundsätzlich positiv zum Entwurf des LEP Windenergie, was zur Kenntnis genommen wird. Sie beinhaltet darüber hinaus Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu militärischen Belangen: Richtfunktrassen werden bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie im Einzelfall bewertet; sie führen nicht zu einem pauschalen Ausschluss von Vorranggebieten Windenergie. Die Festlegung von Höhenbegrenzungen auf Ebene der Regional- und Bauleitplanung ist ausgeschlossen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kriterien als Ziele und Grundsätze der Landesentwicklungsplans. Im Einzelnen: **Zum Verfahren** Der neue Entwurf des Landesentwicklungsplans schafft einen raum- und naturverträglichen Rahmen für den erforderlichen Ausbau der Windenergie. Wir begrüßen das geplante Verfahren und die Gewichtung und Behandlung der Suchkriterien für den Windenergieausbau. Damit folgt das Land Schleswig- Holstein zum einen den neuen Anforderungen des geänderten Bundesrechts und ermöglicht durch angepasste Rahmenbedingungen die erforderliche Energiewende für den Klimaschutz. Die Festsetzung von bestimmten Kriterien als Ziele, die der Abwägung nicht zugänglich sind und als Grundsätze, die in der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden können, schafft einen einheitlichen Verfahrensrahmen für verschiedene Ausweisungsverfahren. Durch die Beibehaltung des Rotor-In-Prinzips wird die Erreichung des Ziels des Landes Schleswig-Holstein, genügend Abstand zu Siedlungsbereichen einzuhalten, gewährleistet. Der Wegfall der bislang geltenden Ausschlusswirkung von ausgewiesenen Vorrangflächen birgt mehr Flexibilität im Einzelfall und kann die sinnvolle Ausweisung von Windeignungsflächen in bestimmten Lagen ermöglichen. Dies auch sicherlich den sogenannten „Beschleunigungsgebieten“ geschuldet, die in der RED III definiert sind und bei der Planung beachtet werden müssen. Ziel ist, Wirtschaft und Industrie zu dekarbonisieren. Gleichzeitig sollen Standortvoraussetzungen für eine dynamische Wirtschafts- und Arbeitsplatzentwicklung optimiert werden. Dies trifft insbesondere in der Region Heide zu. Je dichter eine Fläche an gegenwärtigen und künftigen Verbrauchszentren gelegen ist, desto sinnvoller ist die Ausweisung. Da der direkt gelieferte Strom häufig günstiger ist, weil für die Unternehmen keine Netzentgelte anfallen, könnte zusätzlich ein kostenbasierter Stromliefervertrag anstelle eines marktwertbasierten Modells zu besonders niedrigen Stromgestehungskosten für die Industriepartner führen. Die neue Positivplanung ermöglicht es, ausreichend große, stark windhöffige Gebiete im Landesinneren, die bislang vor allem durch Landschaftsschutzgebietsausweisungen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	keine Berücksichtigung fanden, für regenerative Energien zu erschließen. So können Flächen, die zum Teil wesentlich besser geeignet sind, zum Beispiel aufgrund ihrer größeren Entfernung zu Siedlungen und Häusern als an der Küste, im laufenden Verfahren aufgenommen werden. Insgesamt unterstützen wir daher das vorgesehen Verfahren, die Grundsatzbeschlüsse der Landesregierung zur Windenergieplanung vom Dezember 2023 auf Ebene des Landesentwicklungsplans umzusetzen. **Klimaschutzziele** Aus Gründen der Klima- und Energiepreiskrisen ist weiterer Flächenbedarf eindeutig ersichtlich. Der Ermessensspielraum wird neu definiert, womit die Landesregierung den Vorgaben der verschiedenen Klimaschutzprogramme und darin aufgeführten Klimazielen folgt. Der Bedarf von klimaneutraler Energie wird sich absehbar im westlichen Schleswig-Holstein mit Industriestandorten wie Brunsbüttel und Heide, verbunden mit hohen Lagerkapazitäten von Energie/ Wasserstoff durch Transformation der Industrieversorgung, Mobilität und private Haushalt erheblich steigern. Hinzu kommt, dass zukünftig die diversen geplanten Stromleitungen den erzeugten Strom durch Offshore- und Onshore- Anlagen ableiten werden. **Fachliche Bewertung/Kriterienkatalog** Bei den nachfolgenden Argumenten und Einwendungen beziehen wir uns auf eine Rohpotenzialfläche, die in der Karte Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie aus Juni 2024 abgebildet ist. Für den Standort zwischen den Orten Röst, Albersdorf und Odderade, Landkreis Dithmarschen, wird in der veröffentlichten Potenzialflächenkarte eine mögliche Windvorrangfläche abgebildet. (Abbildung) Das betrachtete Gebiet wird im Süden und Westen durch einzuhaltende Abstände zur Einzelwohnhäusern sowie Wohnbebauung im Außenbereich begrenzt. Das Gebiet wird von uns als regional ausgerichteter Planungsgemeinschaft seit Jahren beplant. Es	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	wurde aufgrund von Großvögel-Artenvorkommen und militärischen Belangen im vorangehenden Regionalplanverfahren nicht weiter betrachtet, abgewogen und ausgewiesen. Wir beschäftigen uns mit diesem Gebiet und haben die Kriterien intensiv ausgewertet. Für das in Frage kommende Gebiet wurden in der Zwischenzeit Untersuchungen und Planungen ausgeführt, auch sind durch verschiedene Beteiligungsverfahren detaillierte Informationen zu Umweltbelangen verfügbar. Die beschriebene Fläche liegt westlich der Autobahn und ist nicht bewaldet. Sie wird intensiv durch die Landwirtschaft mit Ackerbau und Grünland genutzt. Die für einen Windpark erforderlichen Abstände zu Ortschaften können eingehalten werden. Zu den einzelnen Kriterien: 1. Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern 2. Beeinträchtigung Großvögel 3. Waldabstand 4. Militärische Belange 5. Gewässerschutz 6. Schutz- und Biotopverbunde **1. Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern- Ziel** Das mögliche Windeignungsgebiet ist ausreichend groß, dass die Anforderungen an Abstände eingehalten werden können. Die Beibehaltung des Rotor-In-Grundsatzes schafft zusätzlich Abstand. Dieser wird zumeist häufig auch durch die erforderlichen Abstände aufgrund der Emissionen durch Schall und Schattenwurf übertroffen. In der Regel führen die Vorgaben für die Einhaltung dieser Emissionen zu noch zu größeren Abständen. Auch dies ist Bestandteil des eigentlichen Genehmigungsverfahrens und dort zu prüfen. Nach wie vor ist eine ausreichende Potenzialfläche auf der Fläche vorhanden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2. Beeinträchtigung Großvögel-Grundsatz Wir sind der Auffassung, dass das Land die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes, bzw. die Anlage 1 des BNatSchG und die darin enthaltenen Abstandskriterien stärker einbeziehen sollte. Es sind klare Regelungen getroffen in welchen Abstandsbereichen um kartierte Horste der Ausbau der Windenergie ausgeschlossen ist und welche Bereiche als Prüfbereiche anzulegen sind. Das Land plant, um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögel im angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden zu lassen. Hier möchten wir darauf hinweisen, dass weiter zu differenzieren ist bei der Festlegung von Tabuzonen um Horste von Großvögeln. Gerade durch Entwicklung und Einsatz neuer Techniken (ProTecBird) und Schaffung von Lenkungsflächen sollten bei bestandsreichen Arten wie beispielsweise Storch und Rotmilan durch geeignete Maßnahmenkonzepte Artenschutzkonflikte zu bewältigen sein. Die Großvögel können erfolgreich geschützt werden. Der großräumige Ausschluss von Potenzialflächen um Horste sollte daher auf die Ebene der Einzelfallbetrachtung verlagert werden und nicht von vorneherein zum Ausschluss einer Fläche für Windstandorte führen. Der Ausschluss von Flächenstrukturen mit großräumig vorkommenden und besonders schützenwerten Arten hingegen ist aus unserer Sicht sachgerecht. **3. Waldabstand** Der vorgeschlagene, einzuhaltende Abstand zu Waldflächen von 30 m ist gegeben. **4. Militärische Belange** Militärische Belange sollten erst in einer Einzelfallbetrachtung abgewogen werden. Es zeigt sich, dass bei Richtfunktrassen nur eine lineare Beeinträchtigung erfolgt und diese von der Windplanung berücksichtig werden kann. Sie beeinflusst die mögliche Standortplanung kaum und führt nur zu einer minimalen Einschränkung der Eignungsfläche. Auch bei Höhenbegrenzungen sollte überprüft werden, welche Belange	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Bundeswehr tatsächlich betroffen sind. Daher sollten Potenzialflächen für Windenergie und Nutzung zur regenerativen Stromproduktion nicht von vornherein ausgeschlossen werden. **5. Gewässerschutz** Das Gebiet wird von einem Fließgewässer durchzogen. Die einzuhaltenden Abstände können in der Standortplanung berücksichtigt werden. Die Einschränkungen sind gering und das Gebiet würde sich nur marginal verkleinern. **6. Schutz- und Biotopverbunde** Bei Windenergieprojekten, die in der Nähe solcher Biotope liegen, sollte berücksichtigt werden, dass diese lediglich angrenzend, aber nicht „in“ den Biotopen liegen. Auf diese Weise bleibt eine langfristige Vernetzung von Schutzräumen und Verbundachsen weiterhin möglich. Insgesamt fördert dieser Ansatz eine ausgewogene Entwicklung, die sowohl den Natur- als auch den Klimaschutz angemessen berücksichtigt. Dieser Teil des Landesentwicklungsplans sollte ergänzt werden und klarstellen, dass, wenn geplante WEA-Standorte weder innerhalb von Schwerpunktbereichen noch in Verbindungskorridoren des Biotopverbunds liegen, keine Beeinträchtigungen oder mittelbare Wirkungen auf die Biotope zu erwarten sind. Dieses Kriterium wird zudem analog zu Punkt 1 im BImSchG-Verfahren untersucht und bewertet. Kleine geschützte Biotopbereiche können von einer Bebauung ausgeschlossen werden. Ein weiterer Hinweis ist der veröffentlichte Entwurf zum Landesentwicklungsplan. Die Karte weist keine besonderen Merkmale für das Gebiet aus. So ist weder ein Vorbehaltsraum für Natur und Landschaft dort vorgesehen, noch durchziehen Biotopschwerpunktverbunde auf Landesebene das Plangebiet. Das Potenzialgebiet verbleibt offen als Windvorrangfläche.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zusammenfassung In der Zusammenfassung ermöglichen die aktuellen Abwägungskriterien große neue Windvorrangflächen in unserer Region. Auch in dem von uns überplanten Gebiet ist eine Potenzialfläche für den Windenergieausbau möglich. Die aktuellen Kriterien und die Akzeptanz in der Bevölkerung lassen einen Wegfall des Gebiets nicht zu. **Wir befürworten daher** - die Verfahrensweise der Verankerung der Kriterien zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im Landesentwicklungsplan und - bitten um die Aufnahme des Gebiets westlich der Autobahn 23, nördlich von Röst als Vorranggebietsfläche für Windenergie im zukünftigen Regionalplan Sachthema Wind. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] GF	
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1985	**Abwägungsbereich für die Potenzialfläche: „Tiebensee Ost - Windparkerweiterung“** Wir begrüßen die Aufnahme einer Potenzialfläche für die Windenergienutzung zwischen dem bestehenden Windpark (PR3_DIT_028) und der Ortschaft Neuenkirchen. Hierzu möchten wir folgt Stellung beziehen: Wir befürworten ausdrücklich, die Aufnahme der Fläche für die Errichtung von Windenergieanlagen. Bei der Prüfung des Zuschnitts des Potenzialgebietes ist aufgefallen, dass die	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Der Hinweis auf das entfallene Gebäude wird registriert. Die Kartengrundlage wird angepasst.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abgrenzung der Potenzialfläche an einer Stelle noch eine Ungenauigkeit aufweist. Westlich der Erweiterungsfläche zum Windpark – auf dem Grundstück der [redacted] – wurde ein Abstand von einem nicht vorhandenen Wohngebäude genommen. Dieses Wohngebäude stand nach Wohnaufgabe länger als Ruine und ist nach einem Brand auch beseitigt worden. Der Bestandsschutz für eine wohnbauliche Nutzung ist gem. Auskunft des Kreises Dithmarschen bereits lange erloschen. Durch den Wegfall des Gebäudes bzw. der wohnbaulichen Nutzung, verlagert sich die Potenzialfläche somit geringfügig weiter in westliche Richtung zur [redacted]. Die Potenzialfläche / Windpark-Erweiterungsfläche beläuft sich nun auf ca. 43 ha. Des Weiteren bietet sich hier die Möglichkeit, ein bestehendes Vorranggebiet durch die Anwendung der Abstandsregelungen aus dem LEP (Stand: Entwurf 2024) zu vergrößern und optimal auszunutzen. Abschließend möchten wir noch unterstreichen, dass keine Belange gemäß Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“, des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021Erster Entwurf Juni 2024, entgegen der Ausweisung der vorgenannten Fläche stehen. Ein Lageplan mit der zu prüfenden Anpassung der Potenzialfläche ist dieser Stellungnahme als Anlage beigefügt. Wir möchten bitten, den Zuschnitt der Potenzialfläche zu prüfen und entsprechend anzupassen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1988	Die Stellungnahme habe ich in den Anhang gelegt. [Anm.: Der folgende Text wurde aus der Anlage kopiert.] Sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zu den Windenergieplanungen des Landes SH Stellung nehmen zu können.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zu Punkt 1.1 Die Mindestgröße liegt bei 15 ha, im räumlichen Zusammenhang können Einzelflächen auch unterhalb dieser Wertes liegen, wenn sie in der Summe 15 ha ergeben. Ein Anpassungsbedarf ist nicht erforderlich. Zu Punkt 1.2 Der Landesentwicklungsplan Windenergie gibt die

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	1.Hinweise zum Textteil: 1.1.Mindestgröße von Windenergieeignungsgebieten Grundsätzlich sollten für den Bau von WKA bei optimaler Eignung des Standortes und Einhaltung aller Grenzwerte auch Kleinstflächen unter 20 ha zugelassen werden. Einer strengen Orientierung einer möglichen gemeindlichen Bauleitplanung an der Flächengröße fehlt aus unserer Sicht die Berechtigung. Dazu sagt ja auch der Koalitionsvertrag der aktuelle Regierungskoalition des Landes SH, dass „Flächen, die aufgrund von Artenschutz, Denkmalschutz oder ihrer Größe . aus dem Regionalplan herausgefallen sind, neu zu bewerten und ggf. auszuweisen sind. Insbesondere wenn das ranghöhere Gut eines Repowerings nur mit diesen kleineren Flächen umzusetzen ist. 1.2. 800 bis 1000mn Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Im aktuell gültigen Plankonzept wird bei den Abständen zu Siedlungen zwischen bereits von WKA genutzten Vorranggebieten und bislang unbebauten Bereichen differenziert. So gilt bei Bestandflächen ein Siedlungsabstand von 800m, der bei neuen, unbebauten Flächen um einen unbebauten Schutzbereich von 200m erweitert wird. Der Text des Planes gibt keine Hinweise darauf, ob und wie diese Regelung bei der Neuausweisung umgesetzt wird. Es wird vereinfachend lediglich festgelegt, dass „der entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200m ergänzt werden kann, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von 1000m entstehen kann“ Diese Vorgabe schränktt die tatsächliche Fächennutzung unter Berücksichtigung der energiepolitischen Ziele bis 2030 bzw. 2040 unnötiger Weise ein. Der Einzelfall ist unter diesen Gesichtspunkt auf seine Umsetzbarkeit zu untersuchen, auch um Kleinstflächen in einem optischen Zusammenhang mit bestehenden zu kleinen oder ungünstig geschittenen Windeignungsgebieten für Repoweringsmaßnahmen nutzen zu können. 1.3. Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung Im Plankozept aus 12/2020 wurde durch das Land ein detailiertes Bewertungsverfahren für eine Einzelfallprüfung der Siedlungsumfassung durch WKA vorgestellt. Eine Umsetzung erfolgt im vorliegenden LEP nicht. Damit bleibt bis heute unklar, was	Rahmenbedingungen für die Ausweisung von Vorranggebieten auf Ebene der Regionalplanung vor. Grundsätze unterliegen der Abwägung. Insofern sind diese so formuliert, dass eine Prüfung des Einzelfalls erfolgen kann. Darüber hinaus sind die bundesgesetzlichen Anforderungen bezüglich des Flächenumfanges zu beachten. Die Sorge, dass der Grundsatz zu einer Einschränkung der Flächennutzung führt, wird nicht geteilt. Zu Punkt 1.3 Auch hier gilt, dass der Grundsatz so formuliert sein muss, dass eine Einzelfallabwägung gewährleistet werden kann. Zu Punkt 1.4 Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	maximal erlaubt sein soll und wann eine Umschlingung gegen die WKA-Nutzung spricht. Ein Bewertungs- und Ausschlußrahmen ist verbindlich vorzugeben insbesondere i.V.m. dem Abstand zur jeweiligen Ortslage. 1.4. Verbot von Höhenbeschränkungen Es ist sehr zu begrüßen, dass sich die Landesregierung dazu entschlossen hat und dies im vorliegenden Plantext übernimmt, dass direkte und indirekte Höhenbeschränkungen in den Festsetzungen der Regionalpläne sowie in den Darstellungen und Festsetzungen der untergeordneten gemeindlichen Satzungen für Flächennutzungs- und Bauleitpläne ausgeschlossen sein sollen. Dies ist auch spätestens nach Bestandskraft der jetzigen Windplanungen des Landes umzusetzen. So verhindert beispielhaft für derartige Fälle die Gemeinde Krummbek seit dem Jahre 2017 die Genehmigung für das Repowering einer WKA im Gebiet PR2_PLO_006, unter Hinweis auf den, auch für den Außenstehenden offensichtliche rechtswidrigen B-Plan Nr.4. aus dem Jahre 2006. Wir wären mit der Umsetung unser energiepolitischen Ziele schon wesentlich weiter, wenn wir Einzelpersonen in kommunalpolitischer Verantwortung die Möglichkeit der Schikane und Blockade entziehen. Sofern das Land SH in Klageverfahren bzgl. derartiger rechtswidriger Höhenbeschränkungen hineingezogen worden sein sollte, sollte das Land SH unverzüglich durch Anerkenntnis den Weg frei mach für derartige Repoweringvorhaben in Vorranggebieten mit unberechtigten Höhenbeschränkungen. 2.Hinweise zur Plankarte 2.1. Potenzialfläche PR2_PLO_006 als Vorrangsfläche ausweisen Die Potenzialfläche PR2_PLO_006 sollte südöstlich des bestehenden Vorranggebietes im Rahmen der Differnzfläche der Abstände zum bestehenden Seeadlerhorst von 2000m (gem. Grundsätze SH 2024) und dem Nahbereich von 500m um des Horst gem BNatSchG 2023 als Vorrangfläche ausgewiesen werden. Vorliegende avifaunistische Untersuchungen gem. den Grundsätzen des Landes SH über einen Untersuchungszeitraum von einem Jahr belegen, dass der Seeadler seine Flugbewegungen v.a. in Richtung Südosten zum Selenter See orientiert. Die in der anliegenden Karte 1 grün umrandete Fläche ist erforderlich, um im bestehenden Vorranggebiet (4 WKA aus dem Jahre 2000, Gesamthöhe 100m) WKA des heutigen Standartyps (Gesamthöhe 200m) überhaupt errichten zu können (Nutzbarmachung der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	südöstlichen Grenzbereiche) und / oder um in diesen zusätzlichen Flächen hilfsweise ein Repowering im Rahmen der 5 h Regelung nach BimSchG i.V.m. der für Jahresende 2024 avisierten Änderung des BauG umzusetzen.. [Karte 1: Potentialfläche] <u>2.2. Neuausweisung einer Potenzialfläche</u> Gemäß den Kriterien des Landes SH befindet sich eine weitere Potenzialfläche im Dreieck zw. der Ortslagen Krummbek, Bendfeld sowie der Splittersiedlung Ratjendorf, die für die Errichtung einer Standard -WKA ausreicht. Auf den Punkt 1.2. sei an diesder Stelle noch einmal hingewiesen. Im Falle einer Ausweisung als Potenzialfläche könnte diese Neufläche dem Repowering der ansonsten nicht nutzbaren alten Vorrangfläche PR2_PLO_006 dienen. Das Konzept sieht vor i.V.m auf dem gleichen Grundstück geplanten PV-FFA mit 20ha eine Direktbelieferung des Pumpenhauses des Wasserwerkes des WBV-Panker-Giekau zu ermöglichen (Jahresbedarf 6 Mio kWh,konstante Lastkurve) . Gleichzeitig besteht das Angebot durch die zentrale Lage zwischen den 3 Dörfern auch auf dem Land ein kostengünstiges Wärme- und Energienetz in Bürgerhand umzusetzen. [Karte 2: Satellitenaufnahme der Potentialfläche] Wir bitten um Berücksichtigung unserer Vorschläge in ihrer Abwägung. gez.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2507	Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme sowie Informationen über beabsichtigte und bereits eingeleitete	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungen und sonstige Maßnahmen zur Rohpotenzialfläche PR1_SLF_041 ([redacted]) Sehr geehrte Damen und Herren, anlässlich des Beteiligungsverfahrens zum o.g. Verfahren, möchten wir im Namen des Vorhabenträgers, der Bürgerwindpark [redacted], Stellung nehmen und Sie über die beabsichtigten und bereits eingeleiteten Planungen eines Windparkprojektes auf der o.g. Fläche informieren. Das Planungsgebiet mit einer Größe von rund 37 ha umfasst die zuletzt im Regionalplan vom 29.12.2020 nicht übernommene Potenzialfläche [redacted] sowie Teile der Rohpotenzialfläche [redacted]der Teilfortschreibung des LEP Teil Windenergie 2024. Es liegt mittig der Gemeinde [redacted] und grenzt an eine nördlich gelegene Moorfläche an. Die Fläche wird größtenteils intensiv ackerbaulich genutzt. Lineare Gehölzstrukturen und Gräben sind vorhanden; Verkehrswege queren die Fläche. Die genaue Lage und Ausdehnung des Planungsgebiets können dem Lageplan (Anhang I) entnommen werden. Die Ausweisung dieser Fläche begrüßen wir im Namen des Vorhabenträgers aus folgenden Gründen: Östlich bis südöstlich der Planungsfläche erstreckt sich das Prototypen-Testfeld „Bürgerwindpark [redacted]“.Innerhalb dieser Fläche werden Windenergieanlagen-Prototypen verschiedener Hersteller zu Test- und Vermessungszwecken errichtet und betrieben. Aufgrund der stetigen Nachfrage der Windenergieanlagenhersteller, möchte die Betreiberin ([redacted]) das Testfeld ausbauen. Die hier beschriebene Projektfläche soll das bestehende Testfeld in nordwestlicher Ausdehnung um drei bis vier zusätzliche Prototypen-Standorte erweitern. Die freie Anströmung sowie die wenigen umliegenden Störobjekte bieten hervorragende Voraussetzungen zur Vermessung und Verifizierung der Prototypenanlagen. Somit trägt die Erweiterung des bereits vollausgelasteten Testfeldes zur zukünftigen Entwicklung der Windenergiebranchebei. Der produzierte Strom kann über die geplante Erweiterung des betreibereigenen Umspannwerks im Nordwesten des Testfeldes ([redacted]) in das öffentliche Netz eingespeist werden. Der Vorhabenträger plant die Erweiterung des Prototypen-Testfeldes ebenfalls als Bürgerwindpark zu betreiben. Es besteht eine Übereinkunft mit den Flächeneigentümern, über die Nutzung der Planungsfläche. Die naturschutzfachlichen Erfassungen wurden bereits in diesem Frühjahr durchgeführt – es	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wurden keine relevanten Horste gefunden. Der Vorhabenträger wurde von der Deutschen Energie-Agentur (dena) ausgewählt an der Bewerbung zum Förderantrag des EU-Projektes “Build - Own - Share: We power heating and cooling (PowerShift)”(Laufzeit 09.25 - 08.28) teilzunehmen. Die Gemeinden [redacted] sowie der Gewerbepark [redacted] (Energie- und Technologiepark) unterstützen die Bestrebungen. Das Projekt soll parallel in sechs EU-Partnerländern durchgeführt werden. Deutscher Partner im Projektkonsortium ist die dena. Unter dem Aspekt der ganzheitlichen Energiewende soll durch gekoppelte Energiesysteme die fluktuierende Verfügbarkeit von lokal erzeugten, Erneuerbaren Energien in Verbindung mit der Wärme- und Kälteversorgungeffizient und wirtschaftlich nutzbar gemacht werden. So dass einerseits lokale Wertschöpfung, kommunale Eigenversorgung sowie Energieunabhängigkeit und Netzstabilität erhöht werden, andererseits die Gesamtnetzbelastung als auch künftige Investitionen in teure Netzinfrastruktur vermieden werden. Die dena plant kommunale Akteure, die lokale Bevölkerung, politische Entscheidungsträger, mögliche Finanzierungspartner und für die Verbreitung der Konzepte wichtige Multiplikatoren in das Vorhaben einzubeziehen. Im Rahmen des Projektes soll ein auf die Kommune zugeschnittenes Finanzierungskonzept(Green Investment Deal) ausgearbeitet werden, welches Anlagen der Erneuerbaren Energien mit Großwärmepumpe, Wärmespeicher oder Power2Heat für ein Wärmenetz kombiniert und die Pilotkommune dazu befähigt, ihre lokalen Energie- und Klimaziele zu erreichen und dabei alle Interessengruppen berücksichtigt. Um ihr Interesse an diesem gemeinsamen Projekt / Förderantrag zu bekunden, haben die Akteure (Vorhabenträger, Gemeinden [redacted], Gewerbepark [redacted] [Energie- und Technologiepark])jeweils einen Letter of Support unterzeichnet (vgl. Anhang III). Die Erweiterung des Prototypentestfeldes auf der o.g. Rohpotenzialfläche wird hierdurch als wertvoller Baustein einen Beitrag zur Energiewende, Weiterentwicklung der Windbranche und Daseinsvorsorge der Gemeinde leisten können. Um die generelle Eignung für die Windenergienutzung zu prüfen, wurde die Planungsfläche in Anlehnung an die zuletzt geltenden Kriterien der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) 2010, Kapitel3.5.2 (Windenergie an Land, 2020) unter Abgleich mit den Zielen und Grundsätzen des ersten Entwurfs der Teilfortschreibung des LEP Teil Windenergie 2024 sowie unter Berücksichtigung des Eckpunktepapiers(MIKWS, Dezember 2023) als auch der Angaben im Datenblatt “Abwägungsbereich für die Windenergienutzung [redacted]“ (Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I Kapitel5.8	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Windenergie an Land) – 29.12.2020) auf mögliche Konflikte untersucht: Die nachstehend angefügten Klammerwerte beziehen sich auf die Nomenklatur der “Kriterienliste” der Regionalplanteilfortschreibung (2020) sowie - in eckigen Klammern - auf die Ziele und Grundsätze der Teilfortschreibung des LEP Teil Windenergie 2024. Harte Tabukriterien • Der Flächenausweisung stehen keine bekannten harten Tabukriterien entgegen. Weiche Tabukriterien: • Der Flächenausweisung stehen keine bekannten weichen Tabukriterien entgegen. Abwägungskriterien • 800-1000m Siedlungsbereiche (abw01) / [G01] Die gemäß Abwägung (Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I Kapitel 5.8 (Windenergie an Land) – 29.12.2020) vorgenommene Erweiterung des Schutzbereiches um die Ortslage [redacted] auf insgesamt 1.000 m Abstand begründete sich auf eine in diesem Bereich fehlende Vorbelastung durch Windenergienutzung und dem damit verbundenen höher zu gewichtenden siedlungsnahen Freiraumschutz. Jedoch befindet sich nord- und südöstlich der Ortslage von [redacted] das Bestands-Testfeld „Bürgerwindpark [redacted]“ mit insgesamt 13 Windenergieanlagenstandorten (vgl. B-Plan Nr. 3 “WEA - Testfeld”). In westlicher Richtung der nördlichen Teilfläche des Testfeldes soll die Planungsfläche, wie oben beschrieben, als Erweiterung dienen. Eine Vorbelastung durch die Windenergienutzung ist damit bereits gegeben. Insofern ist dem siedlungsnahen Freiraumschutz und damit auch dem vorliegenden Abwägungskriterium eine geringere Gewichtung einzuräumen. • Militärische Schutzbelange (abw12) Gemäß der Abwägung (Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I Kapitel 5.8(Windenergie an Land) – 29.12.2020) ergeben sich in Bezug auf militärische Schutzbelange keine Hinweise, dass eine Windenergienutzung im Gebiet generell auszuschließen wäre. Konflikte können ggf. über Micrositing oder Auflagen im Genehmigungsverfahren geheilt werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Rohstoffpotenzialfläche (abw15) / [G25] Der nordöstliche Teilbereich des Planungsgebietes wird durch eine Rohstoffpotenzialfläche der Klasse C überlagert. Hierbei handelt es sich um ein Vorkommen von Sand-Kies-Rohstoffen ([redacted]). Gemäß “Fachbeitrag Rohstoffsicherung des Geologischen Landesdienstes” des LLUR, 2019 handelt es sich bei Flächen der Klasse C um Gebiete mit einem mittel- bis langfristigen Rohstoffsicherungsbedarf und wird wie folgt beschrieben: Nachrangiges Rohstoffpotenzial, i. d. R. „Vorkommen“. Derzeit besteht keine Gewinnung und es ist auch kein aktuelles Nutzungsinteresse erkennbar. Kurz- bis mittelfristig besteht kein hoher Rohstoffsicherungsbedarf; das langfristige Freihalten dieser Gebiete von konkurrierenden Belangen sollte angestrebt werden. Somit widerspricht die mittelfristige Nutzung über einen Zeitraum von ca. 30 Jahren durch die Windenergie nicht der Empfehlung des Landesamtes für Geologie der langfristigen Freihaltung eines solchen Gebietes. Darüber hinaus besteht eine Übereinkunft mit den Flächeneigentümern über die Nutzung der Planungsfläche und dementsprechend mittelfristig der Windenergie den Vorzug gegenüber dem Rohstoffabbau auf diesen Flächen zu geben. • Räumliche Konzentration von Klein- und Kleinstbiotopen (abw31) / [G16] Die sich in der nordöstlichen Spitze des Planungsgebietes befindliche Ansammlung von Klein-und Kleinstbiotopen wird nach Abstimmung zu den Ergebnissen der kürzlich beendeten naturschutzfachlichen Erfassungen von der Windenergienutzung freigehalten. • Kompensations- und Ökokontoflächen [G27] Im nordwestlichen Bereich der Planungsfläche wurden Kompensationsflächen zur Renaturierung von Magerrasen und Niedermoor angelegt .Im Zuge der Abstimmung bezüglich der kürzlich abgeschlossenen naturschutzfachlichen Erfassungen werden mögliche Konflikte mit einer angrenzenden Windenergienutzung geprüft, bewertet und in der weiteren Planung berücksichtigt. Neben den vorgenannten Kriterien sind folgenden Sachverhalte des Naturschutzes zu thematisieren: • Moorflächen Die nördlichen Bereiche der Planungsfläche befinden sich teilweise in einem Moorgebiet ([redacted]).Im Zuge der Abstimmung bezüglich der kürzlich abgeschlossenen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	naturschutzfachlichen Erfassungen werden mögliche Konflikte mit einer angrenzenden Windenergienutzung geprüft, bewertet und in der weiteren Planung berücksichtigt. • Wiesenvögel und Fledermäuse Der Planungsraum liegt außerhalb entsprechender Wiesenvogelbrutgebiete. Er weist jedoch aufgrund der Habitatausstattung ein Brutplatzpotenzial für Offenlandarten auf und in den Gehölzbiotopen sind Brutplätze der Gehölzgilden zu erwarten. Durch einschlägige Minimierungs-und Vermeidungsmaßnahmen können erhebliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden. Zum Schutz der nicht auszuschließenden lokalen und migrierenden Fledermausarten sind vorsorglich Abschaltmaßnahmen vorzusehen. Vorbehaltlich der Ergebnisse der kürzlich abgeschlossenenavifaunistischen Erfassungen und anstehenden naturschutzfachlichen Bewertungenist davon auszugehen, dass ein artenschutzrechtliches Konfliktpotenzial einer Ausweisungder Fläche nicht entgegensteht. Zusammenfassend betrachtet wird anhand der vorstehenden Einschätzungen deutlich, dass die Erweiterung des Testfeldes für Windenergie-Prototypen-Anlagen als Bürgerwindparkprojekt einen entscheidenden Beitrag zum Windenergieausbau in Schleswig-Holstein leisten kann. Durch die Vorprüfung der Kriterien und Sachverhalte hat sich ergeben, dass durch das geplante Vorhaben voraussichtlich nicht mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die betroffenen Belange zu rechnen ist und somit zum jetzigen Zeitpunkt einer künftigen Ausweisung als Vorrangfläche nichts entgegensteht. Aufgrund des wichtigen Beitrags sowohl für die Vermessung und Weiterentwicklung von Windenergieanlagen als auch die Energiewende im Allgemeinen, sprechen wir uns auch im Namen des Vorhabenträgers für die Ausweisung der hier beworbenen Fläche mit einer Größe von rund 37 ha aus. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen i.A. [redacted] Anlagen:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anlage I – Lageplan Anlage II – Letter of Intent Gemeinde [redacted] Anlage III – Letter of Support - DENA • Bürgerwindpark [redacted] (Vorhabenträger) • Gemeinde [redacted] • Gemeinde [redacted] • Gewerbepark [redacted] (Energie- und Technologiepark)	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1986	Ich befürchte durch größere Windräder, vermehrten Windräderausbau und näher an Dorf und in Naturparks einen massiven Eingriff in unsere Naturlandschaft. Vorallem im Bereich der fliegenden Tiere.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1984	Betr. : Windenergieplanung Sehr geehrte Damen und Herren Ich bin direkt betroffener [redacted] in [redacted] Schülldorf. Durch die neue Ausweisung der Potenzialflächen 1 u. 2 in Schülldorf würden die WKA-Anlagen bis auf 400 Meter an unseren [redacted], den ich mit meiner Familie bewohne heran gebaut werden können. Dies hätte einen erheblichen Wertverlust unserer Immobilie zur Folge. Auch gesundheitliche Beeinträchtigungen wären nicht auszuschließen. In ca [redacted] Meter Entfernung beginnt das große Wilde Moor. Dieses Naturschutzgebiet wurde und wird von Naturschützern renaturiert und für unsere Nachwelt in einem ursprünglichen Zustand erhalten Es wurde bis jetzt schon erreicht , daß mehrere Paare Kraniche , Brachvögel und viele andere selten gewordene Tierarten sich wieder erholen konnten. Auch in direkt angrenzenden Schülldorfer Gemeindegebiet sind diese häufig als Gäste zu beobachten . Diese würden bei Errichtung von WKA-Anlagen in ihrem Flugverhalten stark gefährdet werden. Das würde die jahrelangen Naturschutzmaßnahmen unnötig gemacht haben.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Desweiteren die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird daher insbesondere auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zusätzlich ist die Gemeinde Schülldorf durch die Autobahnen A 210 und A 7 schon stark beeinträchtigt. Auch die Stromtrassen kreuzen das Gemeindegebiet sehr stark. Es ist durch diese Baulichen Veränderungen schon stark genug gestört um jetzt noch eine zusätzliche Belastung zu ertragen. Ich möchte auch meinen Enkeln noch eine sehenswerte Natur bei uns zeigen können, aber durch noch weitere Zerstörung der Lebensräume wird das unmöglich,	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2667	Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein, Fortschreibung 2021, Teilfortschreibung „Windenergie an Land”, Änderung Kap. 4.5.1 Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Daniel Günther, sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack, ich vertrete anwaltlich die rechtlichen Interessen der Firma [redacted], diese vertreten durch ihren Geschäftsführer, Herrn [redacted] Hamburg. Die ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird unter Hinweis auf meine Standespflichten anwaltlich versichert, § 294 ZPO. Meine Mandantin hat mich beauftragt, zur beabsichtigten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema „Windenergie an Land", Kap. 4.5.1, binnen der Frist des Beteiligungsverfahrens in demselben folgende Stellungnahme einzureichen, dieser Bitte komme ich hierdurch gerne nach. Meinem Bezug zu den individuellen Belangen meiner Mandantschaft stelle ich grundsätzliche Erwägungen vorab. Ich werde versuchen, mich kurz zufassen, muss aber der Präklusion aus § 5 Abs. 6 LaPlaG i.V.m. 8 9 Abs. 25. 4 ROG entgehen. Mit der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans reagiert die Landesregierung unter anderem auf den bundesrechtlichen Systemwechsel des Artikelgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 nebst den korrespondierenden Regelungen zum BauGB, ein Gesamtpaket, dass mit seiner Positivplanung als Paradigmenwechsel verstanden wird. Desweiteren gilt als Planerfordernis die Aufhebung des bestehenden Regionalplans für den Planungsraum I durch Urteil des OVG Schleswig vom 22. März 2023 (OVG Schleswig, Urteilvom 22. März 2023, 5 KN 53/21, Juris), dem möglicherweise Ende November auch die Aufhebung des Regionalplans für den Planungsraum III folgen könnte (OVG Schleswig, 5KN 46/21 ,5 KN 6/21 und 5 KN 7/21). Der Windenergie ist nicht mehr nur „substantiell" Raum zu verschaffen, sie liegt	Die rechtlichen Ausführungen zum BauGB, WindBG und EEG werden zur Kenntnis genommen. Die Hinweise zum Flächenziel werden ebenso zur Kenntnis genommen. Allerdings werden die Bedenken hinsichtlich der Nichterreichung der Flächenziele nicht geteilt. Eine Beurteilung diesbezüglich ist erst auf Regionalplanebene möglich. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt nur die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher laufen Hinweise zur Nichterreichbarkeit der Flächenziele nach WindBG auf LEP-Ebene ins Leere. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen. Der pauschale Hinweise auf aufgegebene Wohnnutzungen, aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe oder Moorkulissen muss, um von der Landesplanung berücksichtigt werden zu können, konkretisiert werden. Auch hier wird empfohlen, dies in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen einzubringen. Bezüglich der weiteren Punkte aus der Stellungnahme wird im Übrigen auf die allgemeine Synopse und hier insbesondere auf Ziffer 1.7, 2.3, 2.4, 7.1 und auf das Urteil des OVG SH 5 KN 46/21 verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nunmehr im „überragenden öffentlichen Interesse”, § 2 EEG2023 (OVG Greifswald, Urteil vom 7. Februar 2023, 5 K 171/22, juris). Diesen Versuch der Reformation unternimmt nun die Teilfortschreibung, die ich noch als Rohentwurf für die noch zu erstellenden Regionalpläne „Windenergie”, verstehe (Runderlass derLandesplanungsbehörde vom 19. Dezember 2023, IV 64, Az. VIS10385/2023, Seite 3).Dabei stößt die Landesregierung nach meiner Wahrnehmung auf deutlich mehr Verständnis als noch mit den Vorgängerversionen, den Landesverordnungen für die jeweiligen drei Planungsräume mit Bekanntmachung je vom 29. Dezember 2020 (GVOBI. Seite 1082). So gilt die Abschaffung der leidigen 3H/5H-Regelung als Ziel der Raumordnung als Fortschritt, auch wenn die Landesregierung hierbei den sich aus dem WindBG und den dort enthaltenen Berechnungsmodalitäten für die Flächenbeitragswerte ergebenden Sachzwängen zu folgen scheint. Landschaftschutzgebiete werden nun an § 26 Abs, 3 BNatschG gemessen. Und auch die Untersagung von Höhenbegrenzungen schneidet einen „alten Zopf" ab und deutet in Richtung Fortschritt. Gleichwohl gibt es Kritik und Anregungen, die möglicherweise in neu zu erhebende Normenkontrollanträge nach § 47 VwGO münden könnten. Zuvörderst bleibt fraglich, ob die geänderte Landesverordnung dem „drastischen Nachholbedarf" gerecht wird, den Rechtsprechung und Literatur derzeit erkennen (u.a.Tigges/Wördenweber, „Stand der Windenergieplanung nach neuem Recht und Möglichkeiten der Plansicherung”,ZNER 2024, Seite 305). Das WindBG schreibt erstmalig verbindliche Mindestziele in Form von Flächenbeitragswerten fest, die bis Ende 2027 und schließlich bis Ende 2032 zu erfüllen sind. Werden diese Ziele rechtzeitig erreicht, führt dies zur Entprivilegierung der Windenergieanlagen außerhalb ausgewiesener Flächen, die fortan nur noch nach § 35 Abs.2 BauGBb zulässig sind, so § 249 Abs. 2 BauGB. Allerdings wird die Versäumung derrechtzeitigen Zielerreichung umfassend sanktioniert. Windenergieanlagen sind und bleiben im Außenbereich dann privilegiert, ohne dass ihnen Darstellungen an anderen Standortennach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB entgegengesetzt werden können, § 249 Abs. 7 BauGB. Flankiert werden die Flächenbeitragsziele durch den vorgesehenen, kontinuierlichen Zubau von Windenergieanlagen nach § 4 EEG. Dies dürfte die Bundesländer daran hindern, durch teilweise noch bestehende, teilweise aber auch, wie in Schleswig-Holstein, bereits abgeschaffte Sicherstellungsmoratorien die laufende Ordnung der Räume mit Veränderungssperren abzusichern und den Zubau von Windenergieanlagen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	an nicht gewünschten Standorten vorübergehend aufzuhalten. Schleswig-Holstein meint, das Zwischenziel bis Ende 2027 bereits erfüllt zu haben, nach Auffassung der Fachagentur Wind an Land und wohl auch unstreitig wird das Ausbauziel bis Ende 2032 noch verfehlt. Es gibt noch erheblichen Ausweisungsbedarf. Wenn Schleswig-Holstein laut Plantext, Anl. 1 zu § 1der LEP-WindVO, 3 % der Landesfläche zur Anrechnung in den Flächenbeitragswert von 2% nach WindBG geben möchte, dürfte dies nicht ausreichen. Das Umweltbundesamt warnt ausdrücklich vor dem auch dem Unterzeichner bekannten Problem, dass sich die ausgewiesene Flächenkulisse nicht unbedingt nutzen lässt, man geht von einer eingeschränkten Nutzbarkeit von etwa 20 - 40 % aus. Hintergrund sind beispielsweise zivilrechtliche Hindernisse, die sich beispielsweise aus der Nichtgewährung von Abstandsflächen durch Baulast nach § 6 LBO ergeben können sowie aus dem bekannten- Umstand, dass Einschränkungen des Anlagenbetriebes bis hin zur Nichtgenehmigungsfähigkeit einer WEA in das Genehmigungsverfahren verlagert werden. Es wird also dringend empfohlen, die Flächenziele mit einem Sicherheitspuffer zu versehen, um die Leistungsziele erreichen zu können (Umweltbundesamt, „Fächenverfügbarkeiten, Flächenbedarf für den Ausbau der Windenergie an Land", Abschlussbericht Seite 119).Daran fehlt es hier, da die als Potenzialfläche vorgesehenen 3 % der Landesfläche unter Beibehaltung der stark kritisierten „Rotor-in"-Planung ausgewiesen werden sollen und somit diese Rotor-In-Flächen nur eingeschränkt auf den Flächenbeitragswert anzurechnen sind (Gatz, Tyczewski, Baars, „Regenerative Energien in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis”,4. Aufl., Seite 48). Der Rock der Landesregierung ist also zu eng, seine Nähte mit zu schwachen Fäden genäht. Rein rechnerisch liegt allerdings auch die Lösung auf der Hand. So hat die Landesregierung eine Rohpotenzialfläche von etwa 7,7 % der Landesfläche ermittelt, von der nach Abzug bestimmter Radien einer Referenz-WEA noch 7,2 % der Landesfläche verbleiben sollen. ‚Bestenfalls wird aus dieser Rohpotenzialfläche die endgültige Potenzialfläche der drei Planungsräume, zumal wenig Hoffnung besteht, dass die Kommunen die sogenannte Gemeindeöffnungsklausel, § 245 Abs. 5 BauGB, nutzen werden, um mit ihren kommunalen Planungsmöglichkeiten den Rest der Rohpotenzialfläche, die die Landesregierung ihnen noch übrig lässt, zu überplanen. Leider ist im derzeitigen Entwurf auch noch einiges an Zielen und Grundsätzen zur Raumordnung enthalten, was schon in den alten Regionalplänen bedenklich war. So z.B. die schematische Mindestgröße von Vorrangflächen. Diese Flächen sollen jetzt geeignet sein, mindestens zwei Referenzanlagen aufzunehmen, was eine Mindestfläche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von 15 ha implementiert. Eine schematische Festlegung ist für das Repowering von Windkraftanlagenproblematisch, an sich geeignete Einzelstandorte können wegfallen und von einer künftigen- Nutzung ausgeschlossen werden (BVerwG, Urteil vom 24 Januar 2008, 4 CN 2/07, Juris).Hieran ändert grundsätzlich auch das sogenannte BImschG-Repowering nichts. Nicht zu rechtfertigen sind auch die pauschal 800m/1000 m Umgebungsschutzbereiche zu Siedlungsbereichen, die wiederum nicht die unterschiedlichen Schutzbedürftigkeiten dieser Siedlungsbereiche berücksichtigen, immerhin gibt es mehr als ein Dutzend BauNVO-Gebietstypen mit ihnen eigenen Charakteristika. So ist ein Dorfgebiet mit seiner Immissionskulisse deutlich weniger schutzwürdig als ein reines Wohngebiet, Auch das BVerwG verlangt vom Plangeber einen einzelfallbezogenen Blick auf die Örtlichen Verhältnisse, es sei zu prüfen, „ob auch kleinere Pufferzonen als Schutzabstand genügen". Gefasste Siedlungsabstände schränken zudem die Suchräume für konfliktarme Flächen derart ein, „so dass deren Umsetzung fast zwangsläufig mit Gütern des Arten- und Landschaftsschutzes sowie auch dem Waldschutz in Konflikt gerät” (Mülter, Wegner, Sailer, Stiftung Umweltenergierecht, Würzburg, in: „Rechtliche Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 13. Dezember 2017".Wie sich gerade in Schleswig-Holstein die Veränderung von Abstandspuffern auswirkt, zeigten schon die Folgen der Einführung solcher Puffer durch die Landesverordnung vom 29. Dezember 2020, einem Wahlkampfversprechen, so auch die von der Landesregierung seinerzeit beauftragte Studie „Rechtsgutachten Repowering" vom 22. Februar 2018, dort Seite 9. Von meinen Kunden wurde mir verschiedentlich zugetragen, dass noch immer veraltetes Datenmaterial der Ermittlung der Potenzialfläche dient. Die Datengrundlagen beispielsweise des geowissenschaftlichen Moorkatasters erhebt schon keinen Anspruch auf exakte Flächengenauigkeit („Moorschutzprogramm für Schleswig-Holstein", Drucksache 16/2272)}. Auch sind Abstandsflächenkreise um aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe vorzufindend, ebenso befinden sich zahlreiche Einzelhäuser nicht mehr in Wohnnutzung, werden gleichwohl aber bei der Bemessung von Abstandsflächen herangezogen. Meine Mandantin plant die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen in Steinburgbei Sommerland. Die Standorte befinden sich innerhalb der Potenzialflfäche PR 3 STE 099,wurden dann aber im Regionalplan vom 29. Dezember 2020 "weggezogen" und sind auch derzeit nicht in der "blauen Fläche" enthalten. Die Rohflächenpotenzialkarte ist somit zu überarbeiten, da öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Gegen den "alten” Regionalplan läuft diesbezügliche ein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Normenkontrollverfahren (OVG Schleswig, 5 KN 33/21, BVerwG 4BN 13.24). Mit freundlichen Grüßen [redacted] Rechtsanwalt	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1983	Über dem Gebiet südlich/südöstlich des FFH Gebietes Gehege Osterhamm-Elsdorf (Gemarkungen Elsdorf-Westermühlen/Nübbel) ist in den ausgewählten Grundsätzen der Raumordnung des Kapitels 4.5.1. des Entwurfs der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP S-H – Fortschreibung 2021 eine Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung ausgewiesen. Dieselben Flächen werden jedoch im Ersten Entwurf Juni 2024 Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO, Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land ohne erkennbaren Grund nicht als der Teil der in lokaler Nähe verlaufenden Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung beschrieben. In Kenntnis der tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten ist dies bei der weiteren Plankonkretisierung zwingend zu revidieren! Das betreffende Gebiet befindet sich im Übergang zwischen Niederungsebene und Geestrücken, inmitten zweier Waldbezirke. Über das Areal hinweg ist auf kurzer Distanz ein Höhenanstieg im zweistelligen Meterbereich zu verzeichnen. Dieser begünstigt partielle Zugkonzentrationen in Rotor-bestrichenen Höhenlagen. Das Gebiet ist unbestreitbar Teil einer Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung und als solche bei der Gebietsausweisung weiterhin zu berücksichtigen. Dies wird auch beim Blick auf die kartographische Lage deutlich. Die Fläche liegt in direkter Verkürzung einer aktuell bestätigten Zugroutenschleife. Die vorherrschenden geographischen Strukturen entfalten eine wissenschaftlich erwiesene Leit- und Lenkwirkung auf überregional, regional und lokal migrierende Großvogelarten. In nachweislich erhöhter Frequenz (siehe auch ornitho.de) zählen hierzu u. a. alle heimischen Gänse- und Schwanenarten, Tag- und Nachtgreife, Limikolen, Storchen- und Kranichvögel. Das unmittelbar an die Flächen angrenzende FFH-Gebiet Gehege Osterhamm-Elsdorf ist zudem wertvoller Lebensraum und Potenzialhabitat für mehrere bedrohte Großvogel- und Fledermausarten. Des Weiteren beheimatet es den nördlichsten Rotwild-Haupteinstand der Bundesrepublik. Die betreffenden Arten sind aufgrund ihrer arttypischen Verhaltensmerkmale und/oder Lebensraumansprüche – wissenschaftlich belegt – in besonderer Weise von der Errichtung störender Infrastrukturen beeinträchtigt.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Bau von Windkraftanlagen/-parks auf den sich räumlich direkt nach Süden/Süd-Osten hin anschließenden Flächen würde das gesamte FFH-Gebiet für besagte Arten zu angrenzenden Biotopen südlich der Eider resp. des NOK abzuriegeln drohen. Der bis dato bestehende Biotopverbund, welcher nach jüngst konkretisierter EU-Gesetzgebung vielmehr entschiedene Stärkung denn Schwächung erfahren müsste, wäre hierdurch dauerhaft behindert. Dem gilt es klar entgegenzutreten. Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen auf der genannten Fläche wäre zusammengefasst verbunden mit einem erhöhten (vermeidbaren!) Risiko faktischer Verstöße gegen Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG. Des Weiteren würde hierdurch die Weiterentwicklung von Schutzgebiets- und Biotopverbundsystemen im Bereich der Schleswig-Holsteinischen Geest sowie speziell des FFH-Gebietes Gehege Osterhamm-Elsdorf erhebliche Beeinträchtigung erfahren. Im Sinne einer ganzheitlich rechtssicheren Planung, unter hinreichender Berücksichtigung naturschutzfachlicher Belange, sind o. a. Flächen daher von Windkraftanlagen freizuhalten. Dies gilt es bereits auf LEP-Ebene sicherzustellen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2411	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig- Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Bürgerbeteiligung erhalten Sie unsere Stellungnahme mit der Bitte um Kenntnisnahme. Als Bürger der Gemeinde Sehestedt tragen wir bereits seit 2014 erheblich zum Gelingen der Energiewende mit bei. Vier große, 180 Meter hohe, Windkraftanlagen (PR2_RDE_039) sind zum Wahrzeichen unseres 850 Seelendorfes am NOK geworden. Unübersehbar. Wir sind persönlich froh über den Atomausstieg und heißen jede Form alternativer Energieerzeugung für sinnvoll. Durch die Anforderungen, nun mehr Fläche der Windenergie zur Verfügung zu stellen, wird der Abstand von WKA´s zu Siedlungen, also uns „Bürgern“ extrem gering, zudem ist die Höhe der Standartanlage, mit jetzt 200 m, weiter angewachsen. Voraussichtlich werden weiter WKA´s direkt bei uns am nord-östlichen Ortsrand errichtet. Angesicht dieser Extreme	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4.1, 2.2, 2.3, 2.5, 7.1.1, 7.1.3, 7.1.7, 7.2.5, 7.2.6, 7.3.2, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	rückt der Betrieb von WKA´s, die in geringem Abstand zu Siedlungen betrieben werden, immer mehr in den Fokus. „Nächtliche Ruhezeiten“, „Maximalbetrieb mit extremer Lärmbelästigung“ sind Punkte, die dann auch über die betroffenen Bürger dringend mitzubestimmen sein sollten. Ebenso sollte der Bau der Anlage als „Bürgermühle“ erfolgen, sodass wirtschaftliche Vorteile bei allen Beteiligten breit gestreut werden. Bevor WKA´s unnütz im Wind laufen und der Strom wegen fehlender Netze nicht genutzt werden kann, muss dringend aber der Ausbau der Strom-Netze zu intelligenten Stromnetzen erfolgen. Leider fehlen diese noch immer. Die Regenerative Energieerzeugung ist auch eine dezentrale Energieerzeugung, die vor Ort bei einer direkten Bürgerbeteiligung erfolgen kann. Die Gründung gemeindeeigener Zweckverbände zur regenerativen Stromerzeugung könnte wesentlich mehr Akzeptanz in der ortsansässigen Bevölkerung erzeugen. Es freut uns, dass wir als Bürger die Möglichkeit zur Beteiligung am Verfahren bekommen und danken bereits jetzt für Ihre Mühe, diese enormen Datenmengen auch auszuwerten. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2521	Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024), Stellungnahme zur Potenzialfläche in Hörup Sehr geehrte Damen und Herren, wir begrüßen die Darstellung unserer Planungsfläche im Bereich [redacted] als Potentialfläche im Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) 2024. Die Planungsfläche hat im Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) 2024 die Bezeichnung [redacted]. Sie befindet sich nördlich der Bundesstraße B199 (Leck – Flensburg, siehe auch Abb. 1.) Verfahren Der Bundesgesetzgeber hat mit der Einführung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(WindBG) die Bundesländer zur Ausweisung von sogenannten Windenergiegebieten verpflichtet. Für Schleswig-Holstein ergibt sich daraus die Verpflichtung, insgesamt 2 Prozent der Landesfläche bis Ende 2032 für Windenergie (nach der Rotor-Out-Vorgabe) auszuweisen, davon 1,3 Prozent als Zwischenziel bis Ende 2027. Mit der von Schleswig-Holstein angewandten Rotor-In-Planung sind anhand eines Umrechnungsfaktors des WindBG nach derzeitiger Schätzung 3,1 bis 3,3 Prozent der Landesfläche als Windenergiegebiete auszuweisen, um die bundesrechtliche Verpflichtung zu erfüllen. Dies wird später durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie realisiert. [Karte: Planungsbereich der Potentialfläche PR1-SLF-092 in Hörup] Die Gemeinde Hörup hat im Jahre 2017 eine Stellungnahme zum Regionalplanverfahren bei der Landesplanung eingereicht (siehe Anlage). Dort wird die Potentialfläche PR1_SLF_022 (Benennung gemäß Regionalplanung 2016 bis 2020) positiv bewertet. Die Gemeinde Hörup unterstützt dort die Ausweisung dieser Fläche als Windvorranggebiet. Als Anhang haben wir eine Bewertung der Versagensgründe der im Jahre 2020 abgeschlossenen Regionalplanung vorgenommen. Die [redacted] beantragt hiermit die Weiterverfolgung der Fläche nördlich der B199 als potenzielle Windvorrangfläche in der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig – Holstein – Fortschreibung 2021. Anlagen: Anlage 1: Steckbrief PR1-SLF-092 (Potenzialfläche SLF_022 gemäß Regionalplan 2020) Plangebiet Hörup Nord, Potentialfläche nördlich der B199 (Leck – Flensburg) Anlage 2: Stellungnahme der Gemeinde Hörup aus 2017	
Institution: Amt Bordesholm, Bau- und Ordnungsamt	Stellungnahme der Gemeinde Brügge siehe Anlage! [Anm.: Der Text der Stellungnahme wurde aus dem Anhang kopiert.] Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwick-	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen. Zu Punkt Nr. 1: An der Differenzierung der Abstände wird weiterhin festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 2.3.1,

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: 1981	lungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) Stellungnahme der Gemeinde Brügge Die Gemeinde Brügge gibt zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) folgende Stellungnahmen ab: Stellungnahme der Gemeinde Brügge, lfd. Nr. 1 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 • 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion • G 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion In Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion sowie in einem Umgebungsbereich von 800 m um diesen Bereich wird die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen. Ein Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern soll gemäß 1 G von Windenergiegebieten freigehalten werden, sofern noch keine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz der Wohnbebauung eingesetzt und die Gewährung des 1.000 m Umgebungsbereiches gefordert sowie diesen auch meist erhalten. Die Gemeinden mit bereits vorhandenen Vorranggebieten sind durch diese stark belastet und tragen bereits maßgeblich dazu bei, die energie- und klimapolitischen Ziele der Landesregierung zu erfüllen. An eine bereits vorhandene Windenergienutzung (Vorbelastung) zu knüpfen, dass die Menschen vor Ort einen geringeren Schutzabstand erdulden könnten bzw. eine	wird hingewiesen. Zu Punkt Nr. 2: An der Differenzierung der Abstände wird weiterhin festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 2.5.1, wird hingewiesen. Zu Punkt Nr. 3: Die Siedlungsentwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden werden im Rahmen der Einzelfallabwägung für die Festlegung der Vorranggebiete auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Zu Punkt Nr. 4: Auch der Aspekt der Umfassung wird auf Ebene der Regionalplanung im Einzelfall geprüft. Da es jeweils auf die unterschiedlichen Begebenheiten in den Gemeinden ankommt, kann dieser Belang nicht pauschal auf Ebene des Landesentwicklungsplanes geregelt werden. Zu Punkt Nr. 5: Für Landschaftsschutzgebiete hat der Bundesgesetzgeber die Möglichkeit geschaffen, diese Gebiete in eine Windenergieplanung einzubeziehen. Davon soll Gebrauch gemacht werden. Die tatsächliche Prüfung der Inanspruchnahme wird auf Ebene der Regionalplanung geprüft. An den im Entwurf des Landesentwicklungsplans genannten Umgebungsbereichen zu Naturschutz- und FFH-Gebieten wird festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 4.2.1, wird hingewiesen. Zu Punkt Nr. 6: Die Aussagen werden zur Kenntnis genommen. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 4.20.1, wird hingewiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ungleichbehandlung zu ertragen haben, scheint weder ursachengetreu noch inhaltlich nachvollziehbar. Eine Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so insbesondere in den Bereichen sinken, in denen WEA bereits jetzt installiert worden sind. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein und gefährdet massiv den propagierten Windfrieden im Land. Zunehmend beklagen sich Anlieger/innen auch über starke Geräuschbelästigungen. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Diese Situation wird vor dem Hintergrund der weiteren Verdichtung des WKA-Bestands im ländlichen Raum sowie zu geringer Abstände zur Wohnbebauung einen weiteren Verlust an Akzeptanz sowie einer Zusatzbelastung für die Bevölkerung vor Ort bedeuten. **Die Gemeinde fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 1.000 m einzuräumen; unabhängig einer Vorbelastung.** Stellungnahme der Gemeinde Brügge, lfd. Nr. 2 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1 • 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion • 2 Z 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe • 3 G Festlegung einer Referenzanlage • 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen • Streichung von 6 Z in Kapitel 3.5.2 (LEP-Wind a.F.) Der Entwurf zur TF-LEP Wind 2024 beinhaltet, dass die bisherige 3H-/5H-Regelung entfällt. Diese sah vor, dass der Abstand von Windrädern zu Häusern im Außenbereich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	das Dreifache und zu Siedlungen das Fünffache der Anlagenhöhe beträgt. Grund für die Streichung ist, dass Flächen mit Höhenbegrenzungen nicht auf die vom Bund im WindBG vorgegebenen Flächenziele angerechnet werden dürfen. Aus dem gleichen Grunde wurde mit 4 Z ein Verbot jedweder Höhenbeschränkungen verankert. Die Referenzanlage in Nr. 3 G wird mit einer Gesamthöhe von 200 m beschrieben. Dass die Landesplanung die Vorgaben aus dem WindBG berücksichtigen muss, ist nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist hingegen, dass bei einer faktischen Freigabe jedweder Höhenbegrenzungen die Abstände zur Wohnbebauung im Vergleich zum bisherigen LEP-Wind nicht entsprechend mit angepasst bzw. vergrößert werden. Insbesondere die Wohnbebauung im baurechtlichen Außenbereich wird nicht (mehr) ausreichend geschützt und die Abstände sogar verringert. Hier verliert der Außenbereich faktisch den Schutz von 600 m (3h) (bezogen auf die Referenzanlage) und erhält nur noch pauschal 400 m. Aber auch die Siedlungsgebiete verlieren an Abstandsfläche, wenn weniger als 1.000 m Abstand gewährt werden. Bezogen auf die Referenzanlage würden nämlich durch „5h“ 1.000 m als gesetzt gelten. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz der Wohnbebauung eingesetzt. Die Abstandsregelungen waren schon damals aus Sicht der Gemeinden nur bedingt akzeptabel. Eine weitere Reduzierung ist nicht hinnehmbar. Es werden zunehmend Klagen von Anlieger/innen über starke Geräuschbelästigungen bekannt. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Dieser Situation wird überhaupt keine Rechnung getragen; vielmehr wird der Abstand sogar noch reduziert. Insbesondere Menschen im Außenbereich empfinden sich hierdurch als Bürger/innen zweiter Klasse. Die Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so weiter massiv sinken und der Windfrieden in Schleswig-Holstein gefährdet. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein. **Die Gemeinde fordert daher, zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen sowie**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	innerhalb dieser im Außenbereich einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 600 m einzuräumen. **Die Gemeinde fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 1.000 m einzuräumen.** Stellungnahme der Gemeinde Brügge, lfd. Nr. 3 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 • 3 Z Gegenseitige Beachtung von Abstandserfordernissen von Siedlungsentwicklungen und Windenergienutzung Dieses Ziel der Raumordnung sagt aus, dass bei der gemeindlichen Siedlungsentwicklung die Abstände zu Windenergiegebieten entsprechend der Schutzwürdigkeit der geplanten Nutzungen einzuhalten sind. Diese entsprechen den Umgebungsbereichen aus den Absätzen 1 Z und 2 Z. Obwohl die Gemeinde, wie oben beschrieben, einen ausreichenden Abstand zur Wohnbebauung als unerlässlich erachtet, wird durch die Abstandsflächen die kommunale Planungshoheit massiv eingeschränkt, indem die Abstandsflächen die Siedlungsentwicklung entsprechend einschränken. Die Planungshoheit der Gemeinden ist ein Kernelement des Bauplanungsrechts und obliegt den Gemeinden (Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG). Es entspricht nicht dieser Vorgabe des Grundgesetzes, dass die Gemeinden bei der Errichtung von Windenergieanlagen keinerlei Mitspracherecht mehr haben sowie zusätzlich in ihren Entwicklungsmöglichkeiten durch die heranrückende Windkraft massiv beschränkt werden. **Die Gemeinde fordert daher, durch eine generelle und weiträumige Rücknahme von Potentialflächen im Umgebungsbereich der Gemeinden Freiräume für eine weitere und ausreichende Siedlungsentwicklung zu schaffen. Es kann nicht sein, dass die zukünftigen baulichen Entwicklungsmöglichkeiten durch die Abstandsflächen derart eingeschränkt werden.**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellungnahme der Gemeinde Brügge, lfd. Nr. 4 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 • 7 G Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung Gemäß Plantext soll eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WEA vermieden werden. Dafür soll geprüft werden, ob Umfang und Anzahl von Windenergiegebieten in unmittelbarer räumlicher Nähe zu Ortslagen im Einzelfall begrenzt werden müssen. Auf der Internetseite des Landes sind unter der Rubrik „Windenergienutzung (Räumliche Steuerung)“ diverse erläuternde Hintergrundinformationen online gestellt worden. In dem ebenfalls veröffentlichten Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“ wird dargelegt, dass „Abwägungskriterien wie zum Beispiel Umfassung von Ortslagen (…) zugunsten der Windenergienutzung **geringer** gewichtet“ (Hervorhebung durch Gemeinde) werden. Die Umfassung von Ortslagen schädigt nicht nur das Landschaftsbild eines Gebietes massiv und nachhaltig, sondern belastet auch die Anwohner/innen tagtäglich in einem erheblichen Ausmaß. Die „Umzingelung“ von Gemeinden durch Windenergieanlagen stellt insbesondere im Zusammenhang mit den zu geringen Abständen zu Siedlungsgebieten (gerade bei Vorbelastungen durch WEA) und Außenbereichen einen nicht hinzunehmenden Faktor dar, der eine Akzeptanz dieser Energieform erheblich beeinträchtigen und den Windfrieden im Land insgesamt gefährden würde. **Der Begriff der „Zumutbarkeit“ muss daher weit ausgelegt und den Gemeinden ein ausreichendes Landschaftsfenster zugestanden bzw. dieses sichergestellt werden. Entsprechend konkrete und zielführende Aussagen sind bereits im LEP belastbar zu verankern, sodass bereits vor der Regionalplanung die herausragende Gewichtung der Verhinderung einer Umzingelung deutlich wird. Die angekündigte geringere Gewichtung ist hingegen unbedingt zurückzunehmen, um die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu erhalten.**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellungnahme der Gemeinde Brügge, lfd. Nr. 5 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.2 und 4.5.1.3 • 13 G Landschaftsschutzgebiete • 2 Z Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche • 3 Z Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche Landschaftsschutzgebiete: Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. Als weiches Tabukriterium waren LSGs im LEP-Wind a.F. noch weitestgehend gegen eine Nutzung durch Windenergie geschützt. Dieses wird nun erheblich aufgeweicht und der Schutz nur noch gewährt, wenn verschiedene undefinierte Voraussetzungen erfüllt werden. Naturschutzgebiete: Um eine Beeinträchtigung eines NSG von außen zu verhindern, ist die Ausweisung von Windenergiegebieten auch für einen Umgebungsbereich von 100 Metern um dieses herum unzulässig. Im LEP-Wind a.F. betrug der Umgebungsbereich noch 200 m bei Naturschutzgebieten. FFH-Gebiete: Der Ausschluss von Windenergienutzungen gilt auch für einen Umgebungsbereich von 100 Metern um ein FFH-Gebiet herum. Ein erweiterter Umgebungsbereich von insgesamt 200 Metern gilt nur spezielle Gebiete, deren Erhaltungsziele den Schutz von Fledermäusen umfassen. Im LEP-Wind a.F. betrug der Umgebungsbereich noch generell 200 m für FFH-Gebiete. **In der Teilfortschreibung zum LEP Wind ist mindestens der ursprüngliche Schutzstatus für die o.g. Gebiete wiederherzustellen.** Stellungnahme der Gemeinde Brügge, lfd. Nr. 6 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kapitel 4.5.1.3 • 7 Z bis 17 G diverse Punkte zu Natur- und insbesondere Vogelschutz Bezüglich des Natur- und insbesondere des Vogelschutzes schreibt der NABU SH auf seiner Homepage https://schleswig-holstein.nabu.de/politik-und-umwelt/energie/windenergie/35068.html (gesichtet am 16.08.2024): *„Sehr kritisch sehen wir etwa, dass beispielsweise die Abstände zu Brutplätzen der besonders windkraft-sensiblen Arten Seeadler und Schwarzstorch von 3.000 m auf 2.000 m abgesenkt werden sollen - entgegen den ausdrücklichen Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaften der Vogelschutzwarten. Und selbst dieser zu geringe Abstand soll kein zwingender Mindeststandard werden, sondern unterlaufen werden können. Für Rotmilan und Weißstorch sind ebenfalls tödliche Abstandsverkürzungen vorgesehen. Auch der Abstand zu Wäldern – mit Ausnahme von Naturwäldern – soll von 100 m auf gerade einmal 30 m verkürzt werden. Folglich droht eine übermäßige Gefährdung verschiedener Fledermausarten. Für diese starken Einschränkungen des Artenschutzes zeichnet jedoch weniger die Landesregierung, sondern vielmehr der Bund mit seinen diesbezüglichen auch für das Land verbindlichen Rechtsvorschriften Verantwortung.*“ **Diesen Aussagen folgt die Gemeinde inhaltlich voll und ganz und fordert diesbezüglich eine Nachbesserung in der TF-LEP Wind bzw. mindestens die Wiederherstellung der bisherigen Schutzmaßnahmen.**	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2560	Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR1_SLF_108 (Regionalplanung Wind 2020) Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das _ Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach 87 Abs.2 Satz1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von 8 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. 8 27 Abs. 4 ROG, 8 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: Die Potenzialfläche PR1_SLF_108 der Regionalplanung Wind 2020 ist im Rhamen der Ausweisung von Potenztialflächen über den Landesentwicklungsplan bisher ohne Berücksichtigung geblieben, da die Fläche durch Entfernung zu Einzelhäusern nicht Entwickelt wurde. Durch die Berücksichtung der Lagerstätte der LWK SH als schutzwürdiges Einzelhaus wurde eine Falschberechung durchgeführt. Insofern bitten wir die Wohnnutzung auf das Objekt [redacted] zu beziehen. Anliegende Karte zeigt die sich neu gebildete Fläche. Weiter sind im westlichen Bereich im Abstand zum Potenzialgebiet von 200 bis 600 Meter bereits Windenergeialnagen genhemigt. Das Potenzialgebiet PR1_SLF_006 hat mit 555 Metern den geringsten Abstnad zum möglichen Potenzialgebiet. Weitere Aspekte sind zu Berücksichtigen, die jedoch im Rahmen einer behördlichen Abwägung Enfluss auf eine Genehmigung haben werden. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2350	Sehr geehrte Damen und Herren, meine Stellungnahme zum Thema Windenergieplanung Schleswig-Holstein LEP-Teilfortschreibung Windenergie für die Potenzialflächen 06-2024“ im Hoheitsgebiet der Gemeinde 24790 Schülldorf. Bei der Ausweisung der Fläche im vorliegenden Entwurf wurden unseres Erachtens folgende Kriterien nicht beachtet: Umwelt: • Wir haben mehrfach Zwergschwäne auf den Flächen und angrenzenden Flächen beobachtet. • Wir haben mehrfach Kraniche auf den geplanten Vorrangflächen und den angrenzenden Flächen bei der Nahrungssuche beobachtet. Die Schlafgewässer der Kraniche befinden sich im angrenzenden "Wilden Moor" und "Stadtmoor". Der Abstand zu den Schlafgewässern und den Windkraftanlagen ist unseres Erachtens zu gering und eine Störung der Kraniche wird höchstwahrscheinlich die Folge sein. • Auf den Wiesen in diesem Gebiet haben wir im Frühjahr und Sommer regelmäßig Kiebitze bei der Nahrungssuche gesehen. Weiterhin nehmen wir an, dass auch Paare Brutversuche unternommen haben. Die	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Desweiteren die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird daher insbesondere auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Standorte und Sichtungen sind dem NABU bekannt. • Bei dem Entwurf wurde der Weißstorchhorst im Bereich Buhrhorst und in Schülldorf, [redacted] nicht berücksichtigt, insbesondere beim Horst in [redacted] konnten Bruterfolge nachgewiesen werden. • Zudem gibt es meines Wissens nach (bitte prüfen), im Bereich rund um den Rümlandteich, mehrere Seeadlerhorste. Dieser wird sich gestört fühlen oder den Rotorblättern zum Opfer fallen. • Auch dem neuen Abwägungskriterium "Belastete Räume" wird nicht Rechnung getragen. Folgenden Belastungen sind wir [redacted] bereits ausgesetzt: ◦ BAB 7 ◦ BAB 210 ◦ Bahnlinie Rendsburg - Neumünster ◦ Bahnlinie Rendsburg - Kiel ◦ 2 x 380 KV-Leitung ◦ 2 x Biogasanlagen ◦ erhebliche Erweiterung des vorhandenen Umspannwerk ◦ die privilegierten Fläche für Photovoltaik-Freiflächenanlagen sowie die bereits erbauten Photovoltaik-Freiflächenanlagen. ◦ Des Weiteren ist eine Umfassungswirkung und Riegelbildung durch die Planung der Flächen für die Windenergieplanung um den Ortsteil [redacted] an	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hand des zugänglichen Kartenmaterials gegeben und widerspricht den Vorgaben des Landes. • Weiterhin gibt es bereits jetzt erheblichen Belastungen auf Grund des Neubaus der Rader Hochbrücke. • Zur Ausweisung von der Fläche wurde für die Berechnung für die Abstände zur Wohnbebauung eine Referenzanlagen mit einer Höhe von 150 m zu Grunde gelegt. Dies entspricht nicht der Realität, wie Ihnen bekannt sein dürfte, sind bereits für die Fläche [redacted] die Errichtung von Windenergieanlagen mit Höhen von 175 m Nabenhöhe beantragt. Bei diesen Höhen werden die angedachten Mindestabstände deutlich unterschritten. Wir erwarten, dass Ausweisungen von Vorrangflächen an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden und für [redacted] sozial verträgliche und lebenswürdige Flächenausweisung stattfindet. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2349	Sehr geehrte Damen und Herren, meine Stellungnahme zum Thema	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Desweiteren die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente,

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergieplanung Schleswig-Holstein LEP-Teilfortschreibung Windenergie für die Potenzialflächen 06-2024“ im Hoheitsgebiet der Gemeinde 24790 Schülldorf. Bei der Ausweisung der Fläche im vorliegenden Entwurf wurden unseres Erachtens folgende Kriterien nicht beachtet: Umwelt: • Wir haben mehrfach Zwergschwäne auf den Flächen und angrenzenden Flächen beobachtet. • Wir haben mehrfach Kraniche auf den geplanten Vorrangflächen und den angrenzenden Flächen bei der Nahrungssuche beobachtet. Die Schlafgewässer der Kraniche befinden sich im angrenzenden "Wilden Moor" und "Stadtmoor". Der Abstand zu den Schlafgewässern und den Windkraftanlagen ist unseres Erachtens zu gering und eine Störung der Kraniche wird höchstwahrscheinlich die Folge sein. • Auf den Wiesen in diesem Gebiet haben wir im Frühjahr und Sommer regelmäßig Kiebitze bei der Nahrungssuche gesehen. Weiterhin nehmen wir an, dass auch Paare Brutversuche unternommen haben. Die Standorte und Sichtungen sind dem NABU bekannt. • Bei dem Entwurf wurde der Weißstorchhorst im Bereich Buhrhorst und in Schülldorf, [redacted] nicht berücksichtigt, insbesondere beim Horst in [redacted] konnten Bruterfolge nachgewiesen werden.	die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird daher insbesondere auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Zudem gibt es meines Wissens nach (bitte prüfen), im Bereich rund um den Rümlandteich, mehrere Seeadlerhorste. Dieser wird sich gestört fühlen oder den Rotorblättern zum Opfer fallen. • Auch dem neuen Abwägungskriterium "Belastete Räume" wird nicht Rechnung getragen. Folgenden Belastungen sind wir [redacted] bereits ausgesetzt: ◦ BAB 7 ◦ BAB 210 ◦ Bahnlinie Rendsburg - Neumünster ◦ Bahnlinie Rendsburg - Kiel ◦ 2 x 380 KV-Leitung ◦ 2 x Biogasanlagen ◦ erhebliche Erweiterung des vorhandenen Umspannwerk ◦ die privilegierten Fläche für Photovoltaik-Freiflächenanlagen sowie die bereits erbauten Photovoltaik-Freiflächenanlagen. ◦ Des Weiteren ist eine Umfassungswirkung und Riegelbildung durch die Planung der Flächen für die Windenergieplanung um den Ortsteil Ohe an Hand des zugänglichen Kartenmaterials gegeben und widerspricht den Vorgaben des Landes. • Weiterhin gibt es bereits jetzt erheblichen Belastungen auf Grund des Neubaus der Rader Hochbrücke.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Zur Ausweisung von der Fläche wurde für die Berechnung für die Abstände zur Wohnbebauung eine Referenzanlagen mit einer Höhe von 150 m zu Grunde gelegt. Dies entspricht nicht der Realität, wie Ihnen bekannt sein dürfte, sind bereits für die Fläche [redacted] die Errichtung von Windenergieanlagen mit Höhen von 175 m Nabenhöhe beantragt. Bei diesen Höhen werden die angedachten Mindestabstände deutlich unterschritten. Wir erwarten, dass Ausweisungen von Vorrangflächen an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden und für [redacted] sozial verträgliche und lebenswürdige Flächenausweisung stattfindet. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted] [redacted]	
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1980	**Abwägungsbereich für die Potenzialfläche: „Tiebensee West“** Wir begrüßen die Aufnahme einer Potenzialfläche mit ca. 129 ha Größe für die Windenergienutzung südlich der Ortschaft Neuenkirchen (PLZ: 25792). Wir befürworten ausdrücklich, die Aufnahme der Fläche für die Errichtung von Windenergieanlagen. Der Zuschnitt des Potenzialgebietes bedarf keiner weiteren Anpassung. Die Abstände zur umliegenden Wohnbebauung wurden alle korrekt herangezogen. Wir möchten unterstreichen, dass keine Belange gemäß Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“, des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein –	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024, entgegen der Ausweisung der vorgenannten Fläche stehen. Selbst Punkt 7 G des LEP (Entwurf 2024) stellt nahezu keine Mehrbelastung in Form einer Umzingelungswirkung dar. In südlicher Sichtachse der Ortslage Neuenkirchen befindet sich bereits ein Bestandswindpark, welcher in Sichtachse zu der beschriebenen Fläche steht. Ein Lageplan mit der zu prüfenden Anpassung der Potenzialfläche ist dieser Stellungnahme als Anlage beigefügt.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2348	Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein, Fortschreibung 2021, Teilfortschreibung „Windenergie anLand”, Änderung Kap. 4.5.1 Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Daniel Günther, sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack, ich vertrete anwaltlich die rechtlichen Interessen des Herrn [redacted]. Die ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird unter Hinweis auf meine Standespflichten anwaltlich versichert, § 294 ZPO. Mein Mandant hat mich beauftragt, zur beabsichtigten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema „Windenergie an Land”, Kap. 4.5.1, binnen der Frist des Beteiligungsverfahrens in demselben folgende Stellungnahme einzureichen, dieser Bitte komme ich hierdurch gerne nach. Meinem Bezug zu den individuellen Belangen meiner Mandantschaft stelle ich grundsätzliche Erwägungen vorab, Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen, muss aber der Präklusion aus § 5 Abs. 6 LaPlaG 1.V.m. § 9 Abs. 2 5. 4 ROG entgehen. Mit der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans reagiert die Landesregierung unter anderem auf den bundesrechtlichen Systemwechsel des Artikelgesetzes *„Zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land'* (WindBG) vom 20. Juli 2022 nebst den korrespondierenden Regelungen zum BauGB, ein Gesamtpaket, dass mit seiner Positivplanung als Paradigmenwechsel verstanden wird, Des weiteren gilt als Planerfordernis die Aufhebung des bestehenden	Die rechtlichen Ausführungen zum BauGB, WindBG und EEG werden zur Kenntnis genommen. Die Hinweise zum Flächenziel werden ebenso zur Kenntnis genommen. Allerdings werden die Bedenken hinsichtlich der Nichterreichung der Flächenziele nicht geteilt. Eine Beurteilung diesbezüglich ist erst auf Regionalplanebene möglich. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt nur die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher laufen Hinweise zur Nichterreichbarkeit der Flächenziele nach WindBG auf LEP-Ebene ins Leere. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen. Der pauschale Hinweise auf aufgegebene Wohnnutzungen, aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe oder Moorkulissen muss, um von der Landesplanung berücksichtigt werden zu können, konkretisiert werden. Auch hier wird empfohlen, dies in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen einzubringen. Bezüglich der weiteren Punkte aus der Stellungnahme wird im Übrigen auf die allgemeine Synopse und hier insbesondere auf Ziffer 1.7, 2.3, 2.4, 7.1 und auf das Urteil des OVG SH 5 KN

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Regionalplans für den Planungsraum | durch Urteil des OVG Schleswig vom 22. März 2023 (OVG Schleswig, Urteil vom 22. März 2023, 5 KN 53/21, Juris), dem möglicherweise Ende November auch die Aufhebung des Regionalplans für den Planungsraum H1 folgen könnte (OVG Schleswig, 5 KN 46/21 ,5 KN 6/21 und 5 KN 7/21). Der Windenergie ist nicht mehr nur „substantiell" Raum zu verschaffen, sie liegt nunmehr im „überragenden öffentlichen Interesse", § 2 EEG 2023 (OVG Greifswald, Urteil vom 7. Februar 2023, 5 K 171/22, juris). Diesen Versuch der Reformation unternimmt nun die Teilfortschreibung, die ich noch als Rohentwurf für die noch zu erstellenden Regionalpläne „Windenergie", verstehe (Runderlass der Landesplanungsbehörde vom 19. Dezember 2023, IV 64, Az. VIS10385/2023, Seite 3). Dabei stößt die Landesregierung nach meiner Wahrnehmung auf deutlich mehr Verständnis als noch mit den Vorgängerversionen, den Landesverordnungen für die jeweiligen drei Planungsräume mit Bekanntmachung je vom 29. Dezember 2020 (GVOBI. Seite 1082). So gilt die Abschaffung der leidigen 3H/5H-Regelung als Ziel der Raumordnung als Fortschritt, auch wenn die Landesregierung hierbei den sich aus dem WindBG und den dort enthaltenen Berechnungsmodalitäten für die Flächenbeitragswerte ergebenden Sachzwängen zu folgen scheint. Landschaftschutzgebiete werden nun an § 26 Abs. 3 BNatschG gemessen. Und auch die Untersagung von Höhenbegrenzungen schneidet einen „alten Zopf' ab und deutet in Richtung Fortschritt. Gleichwohl gibt es Kritik und Anregungen, die möglicherweise in neu zu erhebende Normenkontrollanträge nach § 47 VwGO münden könnten. Zuvörderst bleibt fraglich, ob die geänderte Landesverordnung dem „drastischen Nachholbedarf' gerecht wird, den Rechtsprechung und Literatur derzeit erkennen (u.a. Tigges/Wördenweber, *„Stand der Windenergieplanung nach neuem Recht und Möglichkeiten der Plansicherung”,* ZNER 2024, Seite 305). Das WindBG schreibt erstmalig verbindliche Mindestziele in Form von Flächenbeitragswerten fest, die bis Ende 2027 und schließlich bis Ende 2032 zu erfüllen sind. Werden diese Ziele rechtzeitig erreicht, führt dies zur Entprivilegierung der Windenergieanlagen außerhalb ausgewiesener Flächen, die fortan nur noch nach § 35 Abs. 2 BauGBb zulässig sind, so § 249 Abs. 2 BauGB. Allerdings wird die Versäumung der rechtzeitigen Zielerreichung umfassend sanktioniert. Windenergieanlagen sind und bleiben im Außenbereich dann privilegiert, ohne dass ihnen Darstellungen an anderen Standorten nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB entgegengesetzt werden können, § 249 Abs. 7 BauGB. Flankiert werden die Flächenbeitragsziele durch den vorgesehenen, kontinuierlichen Zubau von	46/21 verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergieanlagen nach § 4 EEG. Dies dürfte die Bundesländer daran hindern, durch teilweise noch bestehende, teilweise aber auch, wie in Schleswig-Holstein, bereits abgeschaffte Sicherstellungsmoratorien die laufende Ordnung der Räume mit Veränderungssperren abzusichern und den Zubau von Windenergieanlagen an nicht gewünschten Standorten vorübergehend aufzuhalten. Schleswig-Holstein meint, das Zwischenziel bis Ende 2027 bereits erfüllt zu haben, nach Auffassung der Fachagentur Wind an Land und wohl auch unstreitig wird das Ausbauziel bis Ende 2032 noch verfehlt. Es gibt noch erheblichen Ausweisungsbedarf. Wenn Schleswig-Holstein laut Plantext, Anl. 1zu § 1 der LEP-WindVO, 3 % der Landesfläche zur Anrechnung in den Flächenbeitragswert von 2 % nach WindBG geben möchte, dürfte dies nicht ausreichen. Das Umweltbundesamt warnt ausdrücklich vor dem auch dem Unterzeichner bekannten Problem, dass sich die ausgewiesene Flächenkulisse nicht unbedingt nutzen lässt, man geht von einer eingeschränkten Nutzbarkeit von etwa 20 - 40 % aus. Hintergrund sind beispielsweise zivilrechtliche Hindernisse, die sich beispielsweise aus der Nichtgewährung von Abstandsflächen durch Baulast nach § 6 LBO ergeben können sowie aus dem bekannten Umstand, dass Einschränkungen des Anlagenbetriebes bis hin zur Nichtgenehmigungsfähigkeit einer WEA in das Genehmigungsverfahren verlagert werden. Es wird also dringend empfohlen, die Flächenziele mit einem Sicherheitspuffer zu versehen, um die Leistungsziele erreichen zu können (Umweltbundesamt, „Flächenverfügbarkeiten, Flächenbedarf für den Ausbau der Windenergie an Land", Abschlussbericht Seite 119). Daran fehlt es hier, da die als Potenzialfläche vorgesehenen 3 % der Landesfläche unter Beibehaltung der stark kritisierten „Rotor-in"-Planung ausgewiesen werden sollen und somit diese Rotor-In-Flächen nur eingeschränkt auf den Flächenbeitragswert anzurechnen sind (Gatz, Tyczewski, Baars, „Regenerative Energien in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis", 4. Aufl., Seite 48). Der Rock der Landesregierung ist also zu eng, seine Nähte mit zu schwachen Fäden genäht. Rein rechnerisch liegt allerdings auch die Lösung auf der Hand. So hat die Landesregierung eine Rohpotenzialfläche von etwa 7,7 % der Landesfläche ermittelt, von der nach Abzug bestimmter Radien einer Referenz-WEA noch 7,2 % der Landesfläche verbleiben sollen. Bestenfalls wird aus dieser Rohpotenzialfläche die endgültige Potenzialfläche der drei Planungsräume, zumal wenig Hoffnung besteht, dass die Kommunen die sogenannte Gemeindeöffnungsklausel, §245 Abs. 5 BauGB, nutzen werden, um mit ihren kommunalen Planungsmöglichkeiten den Rest der Rohpotenzialfläche, die die Landesregierung ihnen noch übrig lässt, zu überplanen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Leider ist im derzeitigen Entwurf auch noch einiges an Zielen und Grundsätzen zur Raumordnung enthalten, was schon in den alten Regionalplänen bedenklich war. So z.B. die schematische Mindestgröße von Vorrangflächen. Diese Flächen sollen jetzt geeignet sein, mindestens zwei Referenzanlagen aufzunehmen, was eine Mindestfläche von 15 ha implementiert, Eine schematische Festlegung ist für das Repowering von Windkraftanlagen problematisch, an sich geeignete Einzelstandorte können wegfallen und von einer künftigen Nutzung ausgeschlossen werden (BVerwG, Urteil vom 24 Januar 2008, 4 CN 2/07, juris}. Hieran ändert grundsätzlich auch das sogenannte BlmschG-Repowering nichts. Nicht zu rechtfertigen sind auch die pauschal 800m/1000 m Umgebungsschutzbereiche zu Siedlungsbereichen, die wiederum nicht die unterschiedlichen Schutzbedürftigkeiten dieser Siedlungsbereiche berücksichtigen, immerhin gibt es mehr als ein Dutzend BauNVO-Gebietstypen mit ihnen eigenen Charakteristika. So ist ein Dorfgebiet mit seiner Immissionskulisse deutlich weniger schutzwürdig als ein reines Wohngebiet. Auch das BVerwG verlangt vom Plangeber einen einzelfallbezogenen Blick auf die Örtlichen Verhältnisse, es sei zu prüfen, „ob auch kleinere Pufferzonen als Schutzabstand genügen". Gefasste Siedlungsabstände schränken zudem die Suchräume für konfliktarme Flächen derart ein, „so dass deren Umsetzung fast zwangsläufig mit Gütern des Arten- und Landschaftsschutzes sowie auch dem Waldschutz in Konflikt gerät" (Müller, Wegner, Sailer, Stiftung Umweltenergierecht, Würzburg, in: *„Rechtliche Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 13. Dezember 2017".)* Wie sich gerade in Schleswig-Holstein die Veränderung von Abstandspuffern auswirkt, zeigten schon die Folgen der Einführung solcher Puffer durch die Landesverordnung vom 29. Dezember 2020, einem Wahlkampfversprechen, so auch die von der Landesregierung seinerzeit beauftragte Studie „Rechtsgutachten Repowering" vom 22. Februar 2018, dort Seite 9. Von meinen Kunden wurde mir verschiedentlich zugetragen, dass noch immer veraltetes Datenmaterial der Ermittlung der Potenzialfläche dient. Die Datengrundlagen beispielsweise des geowissenschaftlichen Moorkatasters erhebt schon keinen Anspruch auf exakte Flächengenauigkeit („Moorschutzprogramm für Schleswig-Holstein", Drucksache 16/2272). Auch sind Abstandsflächenkreise um aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe vorzufinden, ebenso befinden sich zahlreiche Einzelhäuser	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nicht mehr in Wohnnutzung, werden gleichwohl aber bei der Bemessung von Abstandsflächen herangezogen. Mein Mandant plant die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen in Dithmarschen, hier im Friedrichsgabekoog bei Büsum in der ehemaligen Windvorrangfläche PR 3 DIT 065. Schon gegen den "alten” Regionalplan HI ist ein Normenkontrollverfahren anhängig (OVG Schleswig, 5 KN 8/21). Auch jetzt ist der Standort in der "blauen Fläche" nicht enthalten. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Rechtsanwalt	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2410	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Landschaftsschutzgebieten: Der Stellungnahme wird insofern gefolgt, als dass in Aufstellung

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit	befindliche und einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete unberücksichtigt bleiben. zu regionalen Grünzügen: Die Stellungnahme kann in diesem Punkt grundsätzlich nachvollzogen werden. Die Landesplanung sieht es aber als gerechtfertigt an, die regionalen Grünzüge als Indikator für den ökologischen Wert und den Naherholungswert eines Gebietes mit heranzuziehen. So bekommen die regionalen Grünzüge im Zusammenspiel mit anderen Kriterien des Freiraumschutzes ein gewisses Gewicht in der Abwägung, ohne die Tatsache außer Acht zu lassen, dass Vorhaben, die im überwiegenden öffentlichen Interesse stehen, dort zulässig sind. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. zu Wäldern und Umgebungsbereichen: Die Raumordnung hat keine Verwerfungskompetenz gegenüber Landesrecht. Die Auffassung, dass die BVerfG-Entscheidung zum Waldgesetz Thüringen auf Schleswig-Holstein übertragbar sei, wird nicht geteilt. Der geringe Waldanteil in Schleswig-Holstein genießt schon per se einen höheren Schutzanspruch. Das Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf das Umwandlungsverbot für WEA nicht verfassungswidrig.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: *„Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier)* Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch	Unabhängig davon wird ein Mindestabstand zum Wald von 30 m auch deshalb für notwendig erachtet, um die ökologische Funktion des Waldrandes mit den Wechselbeziehungen insbesondere von Fledermäusen und Vögeln ins Offenland nicht zu stark zu beeinträchtigen. Scheuch- und Störwirkungen sind in diesem Nahbereich auch bei ökologisch weniger wertvollen Wäldern anzunehmen. Die Ausführungen zum Abstand zu Naturwäldern werden zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden nur Naturwälder i.S. des § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. <u>Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage:</u> Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. **1.2 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 13 wird auf die Neuregelung des § 26 Abs. 3 BNatSchG verwiesen, welche sich auch auf das Veränderungsverbot nach § 19 Abs. 2 Satz 2 LNatSchG bei eingeleitetem LSG-Verfahren nach § 12a Abs. 2 LNatSchG erstrecke. Dies gelte auch für einstweilige sichergestellte Gebiete nach § 12a Abs. 3 LNatSchG i.V.m. § 22 Abs. 3 und § 26 BNatSchG. Für die deshalb vorzunehmende Abwägungsentscheidung solle die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden. Zunächst ist die Rechtsauffassung der Einbeziehung des Veränderungsverbots und der einstweiligen Sicherstellung in § 26 Abs. 3 BNatSchG zu begrüßen, weil ein vorlaufender Schutz für eine LSG-Verordnung nicht umfangreicher ausfallen kann als die LSG-Verordnung selbst. Allerdings sind weiterhin Abwägungen zulasten der Windenergie aufgrund einer Lage in einem Landschaftsschutzschutzgebiet möglich, obwohl die gesetzgeberische Wertentscheidung in § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG dahingehend besteht, dass zugunsten der Windenergie entsprechende Windenergiegebiete in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden können. In jedem Fall zu vermeiden ist es, dass – wie nach dem bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) – allein einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete überhaupt eine Berücksichtigung in der Abwägung finden. Es hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass dieses Instrumentarium auch zur Vermeidung von Windenergie eingesetzt wurde, ohne dass sich der Wille zur Ausweisung später nach Zielerreichung verfestigt hat. So sind etwa die (geplanten) Landschaftsschutzgebiete „Wiedingharder- und Gotteskoog“ und „Ostenfeld Schwabstedter Geest mit vorgelagerter Marsch“, die der Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein zum Regionalplan für den Planungsraum I zugrunde liegen (OVG Schleswig-Holstein, 22.03.2023 - 5 KN 53/21 - juris Rn. 31), weiterhin nicht ausgewiesen. Schließlich kann ein Verfahren zur Ausweisung eines	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsschutzgebiets nach Rechtskraft der Regionalpläne einfach wieder eingestellt werden, was einer Verhinderungsplanung durch Landkreise gleichkommt (auf dieses Risiko bzw. diese Motivationslage hat auch hingewiesen OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 74). Etwaige zukünftige Landschaftsschutzgebiete, für die nach § 12a Abs. 2 LNatSchG lediglich das Verfahren zur Aufstellung einer LSG-Verordnung eingeleitet wurde sowie für die nach § 12a Abs. 3 LNatSchG lediglich eine einstweilige Sicherstellung erfolgte, stellen noch keinen hinreichend begründeten Fall für die Gewichtung eines solchen Belangs dar. Dabei ist aufgrund des § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG nicht einmal mehr erforderlich, dass eine Befreiungslage nach § 67 Abs. 1 BNatSchG vorliegt. Zwar sehen die vorgenannten Normen § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG eine Möglichkeit der gesetzlichen bzw. der normativen Sicherstellung ähnlich zu einer Veränderungssperre vor. In materieller Hinsicht ist dafür aber nicht notwendig, dass die Schutzwürdigkeit und -bedürftigkeit der betroffenen Landschaft bereits abschließend geprüft worden ist und feststeht. Es genügt, dass das von der Sicherstellungsverordnung erfasste Gebiet (Geltungsbereich) seiner Qualität nach geeignet ist, einen „besonderen“ Schutz von Natur und Landschaft, wie er mit der künftigen LSG-Verordnung geplant ist, zu rechtfertigen, wobei auf die drei alternativ genannten gesetzlichen Schutzzwecke in § 26 Abs. 1 Nr. 1 - 3 BNatSchG abzustellen ist (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 68). Insofern steht nicht unbedingt fest, dass es tatsächlich zum Erlass einer LSG-Verordnung kommen wird. Auf der Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9.) kann zudem keine hinreichende Auseinandersetzung mit den Inhalten der in Aufstellung befindlichen LSG-Verordnung erfolgen. Das ist aber für eine Prognose erforderlich, ob es überhaupt zu einer rechtmäßigen LSG-Verordnung kommen kann, für die ein Schutz nach § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG angemessen wäre und für die die Landesplanungsbehörde quasi antizipieren kann, dass in diesem Bereich die Errichtung und der Betrieb von WEA zukünftig nicht erfolgen wird. Diese Prognose müsste auch Gegenstand der Planunterlagen sein, sodass die Abwägung überhaupt nachvollziehbar ist. Damit wird die Regionalplanung aber überstrapaziert. So hat auch das OVG Schleswig-Holstein festgestellt, dass sich die Landschaft zur Schutzwürdigkeit „hinsichtlich ihres Charakters, ihrer Eigenart und Qualität von - außerhalb davon gelegenen - Landschaftsräumen (die im Übrigen nicht ungeschützt sind [vgl. z. B. § 35 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 5 BauGB; §§ 14 ff. BNatSchG; §§ 8 ff. LNatSchG]) deutlich unterscheiden“ müsse (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	76). Schließlich würde diese Vorgehensweise der gesetzlichen Wertung des § 4 Abs. 1 ROG widersprechen und verkehrt diese in ihr Gegenteil. Eine raumordnungsrechtliche Abstimmung, wie vom OVG Schleswig-Holstein zurecht gefordert (vgl. OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 79 ff.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 132 ff.), kann auch nicht in der Weise erfolgen, dass die Landesplanung in Aufstellung befindliche LSG-Verordnungen schlicht berücksichtigt, selbst wenn keine eigene Prüfung stattfindet (OVG Schleswig-Holstein, 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 135). Zu Recht hat das OVG Schleswig-Holstein gerügt, dass die Landkreise der Landesplanung nicht mit dem Mittel des Erlasses einer Sicherstellungsverordnung (bzw. LSG-Verordnung) vorgreifen dürfen (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 83 f.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 134 und 136). Wenn Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G beibehalten werden soll, dann ist dies jedenfalls auf nur bereits vorliegende LSG-Verordnungen zu reduzieren und die Abwägung hat in den Randbereichen der LSG grundsätzlich zugunsten der Ausweisung von Windenergiegebieten zu erfolgen. **1.3 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G – Regionale Grünzüge** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G sollen die Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 12 wird auf Kapitel 6.3 sowie die Funktionen der in den Regionalplänen festgelegten regionalen Grünzüge verwiesen. Zunächst ist festzuhalten, dass die in der Begründung B zu 12 genannten Funktionen in Kapitel 6.3 Absatz 1 Z – Regionale Grünzüge auf andere Erfordernisse der Raumordnung im Landesentwicklungsplan Bezug nehmen. Erst in der Zusammenschau mit diesen kann abwägend entschieden werden, inwiefern dies für die Windenergienutzung relevant ist. Wenn etwa auf die Funktion „Klimaverbesserung und Lufthygiene“ Bezug genommen wird, so findet sich der Verweis auf Kapitel 6.1 und darin wiederum auf die raumordnerische Vorsorge für eine klimaverträgliche Energieversorgung und -infrastruktur (Kapitel 4.5). Mithin sind die Funktionen miteinander verschränkt und es kann nicht abwägend über Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G die Ausweisung von Windenergiegebieten als unvereinbar angesehen werden. Zutreffend wird in der Begründung B zu 12 festgehalten, was Kapitel 6.3.1 Absatz 4 Z	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	festlegt: „In den regionalen Grünzügen darf planmäßig nicht gesiedelt werden. Es sind nur Vorhaben zuzulassen, die mit den Funktionen dieser Gebiete entsprechend Absatz 1 vereinbar sind oder die im überwiegenden öffentlichen Interesse stehen.“ Damit gilt alternativ, dass in regionalen Grünzügen Vorhaben entsprechend der vorstehend ausgeführten Zusammenschau der in Bezug genommen Erfordernisse der Raumordnung zugelassen sind, jedenfalls aber im überwiegenden öffentlichen Interesse stehende Vorhaben. Wie bereits unter Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. ausgeführt, findet die Sollbestimmung des § 2 Satz 2 EEG 2023 für alle Abwägungsentscheidungen, zumal die Treibhausgasneutralität der Stromerzeugung im Bundesgebiet – nicht nur in Schleswig-Holstein – noch weit entfernt ist, Anwendung. § 2 Satz 1 EEG 2023 hält unabhängig von Abwägungsentscheidungen fest, dass die Errichtung und der Betrieb von Anlagen der erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen. Insofern liegt die Voraussetzung der Zulässigkeit von Vorhaben der Windenergienutzung in regionalen Grünzügen immer vor. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. In der Konsequenz darf aber diese als Ziel der Raumordnung explizit festgelegte Zulässigkeit dieser Vorhaben nicht dadurch umgangen werden, dass durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 regionale Grünzüge doch wieder abwägend Berücksichtigung finden müssen. Dies stellt einen systematischen Widerspruch dar, weshalb Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G aufzuheben ist. Jedenfalls aber kann nur in außergewöhnlichen Fällen eine Abwägung zulasten der Ausweisung von Windenergiegebieten erfolgen. **1.4 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope** 1.4.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und 10 von 14 Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und 11 von 14 Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies 12 von 14 nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. 1.4.2 Kleinstbiotope Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte. **1.5 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z – Wälder und Umgebungsbereiche** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. Weiter sind nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen. Dies wird mit dem niedrigen Waldanteil in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt, dem Ziel der Landesregierung zur weiteren Erhöhung des Waldanteils, und dem gesetzlichen Verbot des § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG begründet (B zu 6 zu (1)). Eine Zulassung der Waldumwandlung sei wegen der Seltenheit, der besonderen Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz sowie des Landschaftsbildes bei Prägung durch Waldkulissen nicht vertretbar. Weiter wird auf § 24 LWaldG, der einen gesetzlichen Waldabstand vorsieht, und § 2 Abs. 1 LWaldG, der die Mindestgröße von einem Hektar als Waldfläche vorsieht, verwiesen. Bei Naturwäldern wird in der Begründung B zu 6 zu (2) auf deren nach § 14 LWaldG besondere ökologische Funktionen Bezug genommen. Der weitergehende Abstand von 100 Metern wird mit den Waldrändern von Naturwäldern als Schnittstelle zum Offenland, die häufig sehr artenreich seien und einen wichtigen Rückzugsraum darstellten, begründet. Naturwälder seien in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt. Darüber hinaus seien weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen. Das fortgeltende Verbot der Waldumwandlung zur Errichtung von WEA (§ 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG) und der pauschale Waldabstand von 30 Metern (§ 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG)	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sind vor dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung des BVerfG zweifelhaft. So hat das BVerfG die Regelung in Thüringen „Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ (§ 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) als nicht gerechtfertigte Inhalts- und Schrankenbestimmung, welche in das Eigentumsrecht der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer eingreift, angesehen, weil das Gesetz formell verfassungswidrig ist, da dem Freistaat Thüringen für die angegriffene Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlt (BVerfG, 27.09.2022 - 1 BvR 2661/21 -, BVerfGE 163, 1-42, Rn. 14). § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG lautet beinahe identisch („Die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von mehr als 10 Metern ist unzulässig.“) und die Entscheidungsgründe des BVerfG sind übertragbar. Auch das OVG Schleswig-Holstein hat diesbezügliche Bedenken bereits deutlich geäußert, wenngleich dies noch nicht entscheidungserheblich war (OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21 -, juris Rn. 51). Insofern sollte die Landesplanungsbehörde zur Vermeidung der Berufung auf eine verfassungswidrige Vorschrift unbedingt auf Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) verzichten und selbst bei einem planerischen Freihalten der Waldflächen jedenfalls nicht noch zusätzlich einen Abstand von 30 Metern vorsehen. Letzteres gilt insbesondere auch deshalb, weil WEA mit entsprechenden Feuerlöschsystemen nicht mit den in § 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG genannten Schutzzwecken im Widerspruch stehen und insofern auch unter Berücksichtigung der Wertung des § 2 EEG die Unterschreitung des Waldabstands zugelassen werden kann. Dies gilt noch mehr vor dem Hintergrund, dass durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) die Referenzanlage (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern vom Turmmittelpunkt und damit der baulichen Anlage sowieso 75 Meter Abstand zum Waldrand einhalten wird und der untere Rotordurchlauf bei 50 Metern beginnen wird, weshalb die Schutzzwecke in dieser Höhe keine maßgebliche Relevanz mehr haben werden. Vorzugswürdig und durch das BVerfG angelegt ist jedoch, dass allein die nach §§ 14 f. LWaldG aufgrund ihrer ökologischen Funktion, ihrer Lage oder auch wegen ihrer Schönheit schutzwürdig und -bedürftigen Wälder von der Windenergienutzung ausgenommen werden, wofür der Landesgesetzgeber allein auch eine Gesetzgebungskompetenz hat. Insofern ist allein Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) zu befürworten und auf weitergehende Abstände zu verzichten. Allerdings muss zum Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) angemerkt werden, dass rechtsfehlerhaft ist, wenn neben den explizit nach §§ 14 f. LWaldG erklärten Naturwäldern, die in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt sind, weitere Daten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen sein sollen. Sofern damit gemeint sein sollte, dass weitere nach den gesetzlichen Regelungen des §§ 14 f. LWaldG erklärte Naturwälder (Verordnungen nach § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG) zu berücksichtigen sind, wäre das rechtlich zulässig. Darüber hinausgehende allein fachlich eingeschätzte „Naturwälder“ können keine Berücksichtigung finden, weil sie nicht nach dem Verfahren des § 15 LWaldG zustande kamen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1978	Sehr geehrte Damen und Herren, als Eigentümer eines unter Denkmalschutz stehenden Resthofes im Außenbereich möchte ich meine Bedenken hinsichtlich der aktuellen Regelungen und Entscheidungen zum Denkmalschutz und der Genehmigung von Windkraftanlagen zum Ausdruck bringen. Der Denkmalschutz hat für uns als Besitzer eine hohe Bedeutung, da er nicht nur den Erhalt historischer Gebäude sichert, sondern auch das kulturelle Erbe unserer Region bewahrt. Die strengen Auflagen, die wir bei der Renovierung und Unterhaltung unseres Anwesens einhalten müssen, sind oft herausfordernd. Wir sind verpflichtet, spezifische Materialien, Farben und Techniken zu verwenden, um die Authentizität des Gebäudes zu gewährleisten. Dies erfordert nicht nur einen hohen finanziellen Aufwand, sondern auch viel Zeit und Engagement. Gleichzeitig beobachten wir mit Besorgnis die Pläne zur Errichtung von Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe unseres Anwesens. Die Genehmigung von Windkraftanlagen mit Höhen von über 200 Metern, die in einem Abstand von nur 400 Metern zu unserem denkmalgeschützten Gebäude errichtet werden sollen, wirft für uns	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 6.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Außerdem beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich wird auf die Ziffer 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen. Der Teil der Stellungnahme, der sich auf die Regionalplanebene bezieht, wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zahlreiche Fragen auf. Diese Anlagen könnten nicht nur das Landschaftsbild erheblich verändern, sondern auch die historische Atmosphäre und den Charakter unseres Anwesens beeinträchtigen. Es erscheint uns widersprüchlich, dass wir als Eigentümer eines denkmalgeschützten Objekts strengen Auflagen unterliegen, während gleichzeitig massive Neubauten in der Nähe genehmigt werden, die das Landschaftsbild und die historische Umgebung nachhaltig verändern können. Wir fordern daher eine umfassende Prüfung der Auswirkungen dieser Windkraftprojekte auf den Denkmalschutz und die umliegende Landschaft. Es ist unverständlich, das einem Bewohner eines Denkmalgeschützen Eigenheim An-, Um- oder Neubauten auf eigenem Grundstück verwehrt werden, da es nicht in das Landschaftsbild passt und im Gegenzug Riesige Windkraftanlagen vor die Nase gestellt werden. Wir bitten die zuständigen Behörden, die Belange des Denkmalschutzes ernst zu nehmen. Es ist wichtig, ein Gleichgewicht zwischen dem Schutz unseres kulturellen Erbes und den Anforderungen an erneuerbare Energien zu finden. Nur so können wir sicherstellen, dass sowohl die historischen Werte als auch die Notwendigkeit einer nachhaltigen Energieversorgung in Einklang gebracht werden. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Institution: Landeshauptstadt Kiel, Stadtplanungsamt – Abteilung Stadtentwicklung, vorbereitende Bauleitplanun	Sehr geehrte Damen und Herren, folgende Stellungnahme übermittele ich für die Landeshauptstadt Kiel mit der Bitte um Berücksichtigung im Verfahren zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024. Mit freundlichen Grüßen, gez. [redacted] Vorbemerkung Für die Beteiligung an der oben genannten Teilfortschreibung „LEP	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die vorgesehenen Festlegungen des Landesentwicklungsplanes Windenergie an Land schaffen die Rahmenbedingungen für die erforderliche Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie. Zwar ist mit dem Windenergieflächenbedarfsgesetz vorgegeben, dass ein bestimmter prozentualer Anteil der Landesfläche für eine Windenergienutzung bereitgestellt werden muss, gleichwohl erfolgt die konkrete Festlegung der Gebiete erst auf Ebene der jeweiligen Regionalpläne. Insofern können die Hinweise zu den potenziellen Auswirkungen und den konkreten Gegebenheiten

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
g und Landschaftsplanung ID: M2309	Windenergie“ möchten wir uns bedanken. Ferner wird es von Seiten der Landeshauptstadt Kiel ausdrücklich begrüßt, dass durch das Land Schleswig-Holstein, angepasst an die Vorgaben des Bundes, die Voraussetzungen geschaffen werden sollen, den geforderten Flächenbeitragswert des Bundes für die Stärkung der Windenergie als Baustein der Energiewende zu erreichen. Die dargelegte Vorgehensweise ist transparent dargestellt und überwiegend nachvollziehbar dokumentiert. Besonders möchte sich die Landeshauptstadt Kiel dafür bedanken, dass mit den verschiedenen Unterlagen einschließlich der Geodaten die komplexen Planungen gut dargestellt werden und somit auch geprüft werden können. Nicht nachvollziehbar ist der festgelegte Beteiligungszeitraum, der eine nach Gemeindeordnung erforderliche Beschäftigung der Ratsgremien einschließlich der – potenziell besonders betroffenen – Ortsbeiräte größtenteils verunmöglicht. Hierbei geht es nicht um die Länge des Zeitraums, sondern die gesetzte Frist knapp nach den Sommerferien. Die Beratung in der Ratsversammlung ist somit nur nachlaufend und eine Vorberatung in den Ortsbeiräten überhaupt nicht möglich. Bei allem Verständnis dafür, dass eine zügige Planung erforderlich ist: Dieses Vorgehen erhöht die Akzeptanz für die erforderlichen Planungen nicht und respektiert die Rolle der Gemeinden auch als Mittler zu den Einwohner*innen keinesfalls! Die Stellungnahme legt selbstverständlich besonderen Fokus auf den vorgelegten Entwurf des Landesentwicklungsplanes, enthält aber ebenfalls bereits Aussagen in Verbindung mit der parallel zur Verfügung gestellten Potentialflächenkarte. Zum einen haben die Potentialflächen naturgemäß besondere Bedeutung für die Gemeinden, zum anderen dienen sie der anschaulichen Darstellung der Umsetzung der vorgelegten Ziele der Raumordnung. Teile der Stellungnahme greifen insoweit einer Beteiligung zum Regionalplanentwurf vor, dienen aber der Veranschaulichung unserer Belange. **4.5.1.1 Siedlungsstruktur – 1 Z und G sowie Z 2** Die vorgelegten Erfordernisse der Raumordnung orientieren sich ausschließlich an bestehenden und mittelfristig geplanten („planverfestigte Siedlungsausweisungen“) Siedlungsbereichen (vgl. 1 Z). Letztere beziehen sich auf bereits vorhandene Flächennutzungsplandarstellungen in den Gemeinden. Dies bringt ein Problem der Planhorizonte hervor: Die Flächennutzungsplanung hat einen mittelfristigen Planhorizont, während die grundsätzlichen Aufgaben zum Beispiel der	vor Ort auf dieser Planungsebene nur zur Kenntnis genommen werden. Erst mit den Entwürfen der Regionalpläne wären diese weitergehend zu beurteilen. Insofern wird empfohlen, in den anstehenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen Windenergie an Land Stellung zu nehmen. Der Anregung, um die Siedlungsbereiche raumordnerischer Siedlungsschwerpunkte größere Umgebungsbereiche freizuhalten, wird nicht gefolgt. Hier ist abzuwägen zwischen dem gemeindlichen Interesse eine weitere Siedlungsentwicklung zu ermöglichen und dem Interesse des Plangebers die gesetzlich vorgeschriebenen Flächenbeitragswerte zu erreichen. Da aufgrund der siedlungsstrukturellen Gegebenheit durch die ausgeschlossenen Umgebungsbereiche um Siedlungen und Einzelhäuser bereits ein Großteil der Landesfläche der Windenergienutzung entzogen wird, kann aus hiesiger Sicht dieser Belang nur im Rahmen der Einzelfallabwägung angemessen betrachtet werden. Zur Kritik an der zu kurzen Beteiligungsfrist wird auf Ziffer 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsschwerpunkte weit darüber hinaus gehen. Diese Aufgaben umfassen auch die grundsätzliche Ermöglichung von Siedlungserweiterungen über aktuelle Flächennutzungsplandarstellungen hinaus! Bei einer vom Stadtgebiet deutlich eingeschränkten Stadt wie Kiel sollten die noch bestehenden Freiräume mit höchster Priorität als Freiräume für städtische Bedarfe erhalten werden, aber auch eine langfristige Siedlungserweiterung nicht durch entgegenstehende Planungen wie zum Beispiel Windenergieanlagen erschwert oder gar verhindert werden. Die Landeshauptstadt Kiel regt daher an, um die Siedlungsbereiche raumordnerischer Siedlungsschwerpunkte wie dem Oberzentrum Kiel einen größeren Umgebungsbereich vorzusehen als die vorgesehenen 800m oder 1.000m, um heute noch nicht absehbaren Flächenbedarfen Raum geben zu können. Sollte dieser Anregung nicht gefolgt werden, weist die Landeshauptstadt Kiel darauf hin, dass sie davon ausgeht, dass 1 G für die Potenzialflächen an der Kieler Stadtgrenze Anwendung findet, da hier keine Vorbelastung durch Windenergienutzung besteht. Die unter „4.5.1.1 Siedlungsstruktur - 1 Z und G sowie Z 2“ erhobene Forderung, in Kiel einen größeren Umgebungsbereich als 800 oder 1.000 m vorzusehen, ist nicht als eine generalisierte Forderung zu sehen. Sie dient in der flächenarmen Stadt als Maßnahme zur Erhaltung von in bestimmten Bereichen der Stadt langfristig notwendigen planerischen Freiräume. **4.5.1.1 Siedlungsstruktur – 5 G i. V. m. 1 G** Wir weisen darauf hin, dass im Bereich Meimersdorf Aufstellungsbeschlüsse für den Bebauungsplan 1034 und die 43. Änderung des Flächennutzungsplanes (Meimersdorfer Höhen) bestehen, die eine Siedlungsentwicklung für ca. 2200 Wohneinheiten vorsehen. Der entsprechende städtebauliche Rahmenvertrag soll im September 2024 beschlossen werden. Die Abstände gem. 1 G sind hier ebenso zu beachten, bzw. anzuwenden. **4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** 8 G - Korridore von Richtfunkstrecken Die im Südwesten des Kieler Stadtgebietes dargestellte Potentialfläche liegt im Westen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	in einem Bereich, der von Richtfunkstrecken (ausgehend vom Fernsehturm) berührt wird. Diese sind entsprechend zu berücksichtigen. Dies gilt auch für die Potentialfläche im Bereich alter Moorsee / Boksee, die ebenfalls im Bereich von Richtfunkstrecken liegt. 12 G – Regionale Grünzüge Siehe auch S. 49, Begründung zu 12: „Grundsätzlich darf in regionalen Grünzügen nicht planmäßig gesiedelt werden. Es sind dort nur Vorhaben zuzulassen, die mit den Funktionen dieser Gebiete vereinbar sind oder die im überwiegenden öffentlichen Interesse liegen. Auch wenn privilegierte Vorhaben im Außenbereich gemäß § 35 Absatz 1 BauGB hiervon unberührt bleiben, soll im Einzelfall geprüft werden, ob die Schutzziele regionaler Grünzüge mit einer Windenergienutzung vereinbar sind.“ Gerade in den dicht besiedelten Bereichen an der Kieler Förde besteht ein erhöhter Bedarf an Flächen, die der Sicherstellung von siedlungsnaher, landschaftsgebundener Erholung dienen. Gerade im Bereich Kiel Schilksee sind Potenzialflächen dargestellt, die in nicht unerheblichem Umfang innerhalb der Regionalen Grünzüge liegen. 13 G - Landschaftsschutzgebiete S. 36: „Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. Hier stellt sich die Frage nach einer Konkretisierung dieser Aussage, insbesondere im Hinblick auf Abstandsregelungen zu diesen hochwertigen Bereichen und gleichzeitig der Definition letzterer. *Begründung, S. 50: „LSG …. unterliegen damit einer Abwägung im Einzelfall hinsichtlich der Frage, ob und in welchem Umfang dort Flächen für die Windenergienutzung ausgewiesen werden können. Für die Abwägungsentscheidung solle die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden.“* In Bezug auf andere Abwägungskriterien im Hinblick auf den Freiraum- und Landschaftsschutz weisen wir darauf hin, dass im Kieler Süden eine – weit überwiegend im FNP enthaltene und auch in der Potentialflächenkarte berücksichtigte -	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsentwicklung geplant ist, die eine Neuausweisung von ca. 2200 neuen Wohneinheiten beinhaltet. Die im Siedlungsbereich vorgesehenen Grün- und Freiflächen sind von ihrer Lage und Gestaltung zum einen auf die angrenzenden Quartiere zum anderen aber auf den umliegenden Landschaftsraum mit seiner Erholungsfunktion ausgerichtet. Hierzu zählt insbesondere das LSG „Zwischen Eidertal und Klosterforst Preetz“. Der Schutzzweck wird u.a. auch mit seiner herausragenden Naherholungsfunktion für die Bevölkerung und seiner wertvollen kulturhistorischen Landschaft begründet. 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz 5 G - Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope *S. 55: „Für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems soll geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist.“ S. 67 Begründung zu 5 G: „… die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden.“* Der Bereich der Stekendammsau und des Heischer Tals sind in Karte 1 der LRP als Gebiet mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Verbundachse) dargestellt. Ein großer Teil des Landschaftsschutzgebietes Zwischen Heischer Tal und Schilkseer Steilküste besteht aus Flächen des Biotopverbund SH: Tal der Stekendammsau sowie Fuhlensee und angrenzende Gebiete. Letztere umfassen auch Bereiche westlich außerhalb der Stadtgrenze Kiels. **4.5.1.4 Boden und Wasser** Vorbemerkung Dieses Kapitel sowie der Umweltbericht beschränken sich beim Thema schützenswerte Böden nur auf Geotope. Somit ist das Thema Boden unvollständig bearbeitet. Es fehlt die Abhandlung insbesondere der Böden, die einen signifikanten Beitrag zum	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Klimaschutz haben, wie z.B. Moorböden, und somit als besonders schützenswert vor nachteiligen Beeinträchtigungen zu betrachten sind. Es wird daher angeregt, das Thema Boden durch weitere schützenswerte Bodenformen zu ergänzen. Beim Bau von Windenergieanlagen im Bereich von Niedermoorböden kommt es durch alle mit dem Bau und den Betrieb verbundenen Eingriffe (z.B. Gründung, Baustellenbetrieb, Grund- und Oberflächenwasserabsenkung, Wegebau etc.) weit über die eigentliche Anlagenfläche hinaus dauerhaft zu erheblichen negativen Umweltauswirkungen, d.h. Beeinträchtigung der natürlichen Bodenfunktionen. Insbesondere genannt seien hier für den Klimaschutz besonders relevanten Funktionen als Wasser und CO2-Speicher. Bei der Potenzialfläche im Süden Kiels handelt es sich um eine seit Jahrhunderten landwirtschaftlich genutzte Fläche und um hochwertige Niedermoorböden. Für diese Flächen bestehen aus bodenschutzrechtlicher Sicht Bedenken gegen die Installation von Windenergieanlagen, da für diese sehr sensiblen Böden mit erheblichen dauerhaften negativen Beeinträchtigungen der Böden und ihrer natürlichen Bodenfunktion im Sinne der BBodSchV §3 zu rechnen ist und es somit zu schädlichen Umwelteinwirkungen kommt. 6 G - Schützenswerte Geotope *I.V.m. Begründung zu 6, S. 93: „… Geotope, die sich durch ihre besondere erdgeschichtliche Bedeutung, Seltenheit, Eigenart und Schönheit auszeichnen, sind schützenswert. …. Geotope sind über das Landschaftsbild erkennbar und zugänglich. ….. Bauliche Anlagen wie WEA können geeignet sein, diesem entgegenzustehen. Aus diesem Grund soll einzelfallbezogen geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit dem Schutz von Geotopen vereinbar ist.“* Sowohl das Geotop (-Potentialgebiet) Fuhlenseetal-Schusterkrug als auch das Geotop (-Potentialgebiet) Eidertal sowie das Geotop (-Potentialgebiet) im Bereich des alten Moorsees würden insbesondere hinsichtlich des Landschaftsbildes eine erhebliche Beeinträchtigung durch die drei in der Zusatzkarte der Potentialflächen dargestellten für Kiel relevanten Windenergiegebiete im Norden westlich der Stadtgrenze und im Süden auf Kieler und Flintbeker sowie Bokseer Gebiet erfahren. Die unter „6 G - Schützenswerte Geotope“ genannten Einwände von	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergieflächen im Umfeld von Fuhlenseetal-Schusterkrug, Eidertal und Alter Moorsee sollen hier nicht als ein generelles Ausschlusskriterium für WKA im Umfeld der Geotope verstanden werden, sondern die Notwendigkeit einer besonders detaillierten Prüfung hervorheben. 4.5.1.5 Kultur und sonstige Sachgüter 1 G - Belange des Denkmalschutzes In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass im Bereich des alten Moorsees zwei archäologische Denkmale (Grabhügel und Siedlung) vorhanden sind. Im Bereich östlich des Fuhlensees befindet sich auf Kieler Stadtgebiet ein weiteres archäologisches Denkmal (Siedlungen) ebenso wie südlich des Uhlenhorster Weges im Bereich der Fa. WECO (Festung Herwarth). Anmerkungen/Hinweise zum Umweltbericht Die untere Bodenschutzbehörde (der LH Kiel) weist darauf hin, dass es sich bei der Potenzialfläche in Meimersdorf / Rönne im Süden Kiels um eine seit Jahrhunderten landwirtschaftlich genutzte Fläche handelt. Bei ca. der Hälfte der Fläche auf Kieler Stadtgebiet handelt es sich um hochwertige Niedermoorböden. Für diese Flächen bestehen aus bodenschutzrechtlicher Sicht Bedenken gegen die Installation von Windenergieanlagen, da für diese sehr sensiblen Böden mit erheblichen dauerhaften negativen Beeinträchtigungen der Böden und ihrer natürlichen Bodenfunktion im Sinne der BBodSchV §3 zu rechnen ist und es somit zu schädlichen Umwelteinwirkungen kommt. Die uBB kann eine Aufnahme dieser Niedermoorflächen in die Raumordnung (konkret: Regionalplan) aus Gründen des Boden und Klimaschutzes nicht befürworten. Beim Bau von Windenergieanlagen im Bereich von Niedermoorböden kommt es durch alle mit dem Bau und den Betrieb verbundenen Eingriffe (z.B. Gründung, Baustellenbetrieb, Grund- und Oberflächenwasserabsenkung, Wegebau etc.) zu weit über die eigentliche Anlagenfläche hinaus dauerhaft zu erheblichen negativen Umweltauswirkungen, d.h. Beeinträchtigung der natürlichen Bodenfunktionen. Insbesondere genannt seien hier für den Klimaschutz besonders relevanten Funktionen als Wasser- und CO2-Speicher. S. 35 Umweltbericht, Punkt 3.3.2.2, Gebiete, die die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als Naturschutzgebiet erfüllen: Es wäre seitens der Oberen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Naturschutzbehörde zu prüfen inwieweit das LSG „Zwischen Heischer Tal und Schilkseer Steilküste“ oder Teile hiervon als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden können unter Berücksichtigung von Kapitel 4.1.5.3 „Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche“. Die LHK beabsichtigt, die in der beigefügten Karte (Anlage Ausgleichsflächen Schilksee) dargestellten Flurstücke als Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu verwenden. Ausblick auf zu berücksichtigende Projekte im Kieler Stadtgebiet Wiedervernässung des Alten Moorsees Die Potentialflächen südlich des Ortsteils Meimersdorf und westlich des Ortsteils Moorsee nehmen zum Teil die Flächen der bereits seit Jahren geplanten Wiedervernässung des Alten Moorsees in Anspruch. Die Maßnahme ist eine Maßnahme zur Umsetzung der EU-WRRL, die im dritten Bewirtschaftungszeitraum bis 2027 eingeplant und umgesetzt werden soll. Die Wiedervernässung des Alten Moorsees und die damit verbundene hydraulische Verbesserung der Schlüsbek sowie die Verbesserung der Hochwassersituation in dem Gewässersystem werden vom Land Schleswig-Holstein gefördert. Die Umgrenzung der Wiedervernässung orientiert sich im Norden am Verlauf des Nordgrabens, im Westen am Verlauf des Speckhörner Bachs und im Süden am Verlauf der 43m-Höhenlinie. Die geplante Anstauhöhe wird bei 42,40 m liegen. Die Wiedervernässung der Moorseeniederung wird bereits seit Jahrzehnten von der Stadt Kiel und vom Land verfolgt. Die damit angestrebten Ziele zum Klimaschutz, zur CO2-Reduzierung, zum Wasserrückhalt und zur Förderung der Biodiversität gewinnen immer mehr an Bedeutung. Es sollen wie der für den Naturraum typische Feuchtbiotope mit Flachwasserzonen, Ried- und Röhrichtbereichen und Feuchtgrünlandflächen entstehen. Die Flächensicherung durch den Ankauf der im Betroffenheitsgebiet gelegenen Grundstücke erfolgt bereits seit Jahrzehnten. Mittlerweile sind bereits 80 - 90% der Flächen im Besitz der Stadt Kiel oder des Bundes. Der Bereich der geplanten Wiedervernässungsfläche des Alten Moorsees sowie ein ausreichender Pufferstreifen muss von Windenergieanlagen freigehalten werden, um die Ziele der EU-WRRL in dem Bereich zu erreichen. Im Bereich des Alten Moorsees hat die Stadtverwaltung der LH Kiel jedoch bereits rund 109,8 Hektar Land für naturschutzrechtlichen Ausgleich und Ersatz angekauft. Rund 89 Hektar davon dienen schon jetzt als Ausgleichs- und Ersatzflächen für durch die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landeshauptstadt Kiel vorgenommene Eingriffe in Natur und Landschaft. Die übrigen angekauften Flächen werden ebenso zu diesem Zwecke vom Grünflächenamt vorgehalten. Vergl. hierzu Drucksache Nr. 0576/2016 Weitere Hinweise Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes, S. 35: derzeit werden seitens TenneT Standorte sowohl für ein neues Umspannwerk als auch die Ertüchtigung bzw. Neuerrichtung von Höchstspannungsleitungen im Süden des Kieler Stadtgebietes geprüft. Letzteres wird sich in etwa an dem Verlauf der bestehenden Trassen orientieren. Hier besteht ein dringender Abstimmungsbedarf, da die dargestellte Potentialfläche im Südwesten des Kieler Stadtgebietes große Teile eines der potentiellen Standorte für das neue Umspannwerk umfasst sowie von der Neuerrichtung der Leitungen betroffen sein kann.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2408	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR3_PIN_046 Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den	Zur Kritik am Grundsatz Kapitel 4.5.1.1, Abstand von 1.000 m zu Siedlungen: Die Kritik zielt auf die Umsetzung des Kriteriums auf der Ebene der Regionalplanung ab. Das ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Die Hinweise zur Abgrenzung von Innenbereichen gegenüber dem Außenbereich und zur Bestimmung von gebieten mit Wohn- und Erholungsfunktion werden zur Kenntnis genommen. Auch hier erfolgt die konkrete Umsetzung erst auf Ebene der Regionalplanung. Gleiches gilt für die Frage, ob im Einzelfall auch planerisch verfestigte Siedlungsflächenausweisungen maßgeblich für die Festlegung des erweiterten Abstandes von 1.000 m herangezogen werden können. Zu Kapitel 4.5.1.2 Abs. 10 G Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Es erfolgt bewusst keine pauschale Freihaltung von Korridoren um

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls	Freileitungen. Die Stellungnahme enthält weiterhin ausführliche Hinweise zum aus Sicht der Einwender korrekten Umgang mit den Grundsätzen der Kapitel 4.5.1.2 Abs. 12 G (Regionale Grünzüge), Abs. 13 G (Landschaftsschutzgebiete), 4.5.1.3 Abs. 5 G (Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems. Sie werden zur Kenntnis genommen. Ein Überarbeitungsbedarf resultiert daraus nicht. Die angesprochenen Detailfragen betreffen die konkrete Abwägungsentscheidung auf Regionalplanebene. Zu Kapitel 4.5.1.3 Abs. 6 Z Wälder und Umgebungsbereiche Die Hauptkritik der Stellungnahme richtet sich hier gegen das Landeswaldgesetz, welches nicht Gegenstand dieses Planverfahrens ist. Die Landesplanung ist an dieses Gesetz gebunden und kann mit Ziele der Raumordnung nichts Abweichendes festlegen. Die erweiterten Abstände zu Naturwäldern sind fachlich hinreichend begründet. Es wird daran festgehalten.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: *„Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier)* Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. **1.2 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 13 wird auf die Neuregelung des § 26 Abs. 3 BNatSchG verwiesen, welche sich auch auf das Veränderungsverbot nach § 19 Abs. 2 Satz 2 LNatSchG bei eingeleitetem LSG-Verfahren nach § 12a Abs. 2 LNatSchG erstrecke. Dies gelte auch für einstweilige sichergestellte Gebiete nach § 12a Abs. 3 LNatSchG i.V.m. § 22 Abs. 3 und § 26 BNatSchG. Für die deshalb vorzunehmende Abwägungsentscheidung solle die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden. Zunächst ist die Rechtsauffassung der Einbeziehung des Veränderungsverbots und der einstweiligen Sicherstellung in § 26 Abs. 3 BNatSchG zu begrüßen, weil ein vorlaufender Schutz für eine LSG-Verordnung nicht umfangreicher ausfallen kann als die LSG-Verordnung selbst. Allerdings sind weiterhin Abwägungen zulasten der Windenergie aufgrund einer Lage in einem Landschaftsschutzschutzgebiet möglich, obwohl die gesetzgeberische Wertentscheidung in § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG dahingehend besteht, dass zugunsten der Windenergie entsprechende Windenergiegebiete in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden können. In jedem Fall zu vermeiden ist es, dass – wie nach dem bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) – allein einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete überhaupt eine Berücksichtigung in der Abwägung finden. Es hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass dieses Instrumentarium auch zur Vermeidung von Windenergie eingesetzt wurde, ohne dass sich der Wille zur Ausweisung später nach Zielerreichung verfestigt hat. So sind etwa die (geplanten) Landschaftsschutzgebiete „Wiedingharder- und Gotteskoog“ und „Ostenfeld Schwabstedter Geest mit vorgelagerter Marsch“, die der Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein zum Regionalplan für den Planungsraum I zugrunde liegen (OVG Schleswig-Holstein, 22.03.2023 - 5 KN 53/21 - juris Rn. 31), weiterhin nicht ausgewiesen. Schließlich kann ein Verfahren zur Ausweisung eines	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsschutzgebiets nach Rechtskraft der Regionalpläne einfach wieder eingestellt werden, was einer Verhinderungsplanung durch Landkreise gleichkommt (auf dieses Risiko bzw. diese Motivationslage hat auch hingewiesen OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 74). Etwaige zukünftige Landschaftsschutzgebiete, für die nach § 12a Abs. 2 LNatSchG lediglich das Verfahren zur Aufstellung einer LSG-Verordnung eingeleitet wurde sowie für die nach § 12a Abs. 3 LNatSchG lediglich eine einstweilige Sicherstellung erfolgte, stellen noch keinen hinreichend begründeten Fall für die Gewichtung eines solchen Belangs dar. Dabei ist aufgrund des § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG nicht einmal mehr erforderlich, dass eine Befreiungslage nach § 67 Abs. 1 BNatSchG vorliegt. Zwar sehen die vorgenannten Normen § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG eine Möglichkeit der gesetzlichen bzw. der normativen Sicherstellung ähnlich zu einer Veränderungssperre vor. In materieller Hinsicht ist dafür aber nicht notwendig, dass die Schutzwürdigkeit und -bedürftigkeit der betroffenen Landschaft bereits abschließend geprüft worden ist und feststeht. Es genügt, dass das von der Sicherstellungsverordnung erfasste Gebiet (Geltungsbereich) seiner Qualität nach geeignet ist, einen „besonderen“ Schutz von Natur und Landschaft, wie er mit der künftigen LSG-Verordnung geplant ist, zu rechtfertigen, wobei auf die drei alternativ genannten gesetzlichen Schutzzwecke in § 26 Abs. 1 Nr. 1 - 3 BNatSchG abzustellen ist (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 68). Insofern steht nicht unbedingt fest, dass es tatsächlich zum Erlass einer LSG-Verordnung kommen wird. Auf der Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9.) kann zudem keine hinreichende Auseinandersetzung mit den Inhalten der in Aufstellung befindlichen LSG-Verordnung erfolgen. Das ist aber für eine Prognose erforderlich, ob es überhaupt zu einer rechtmäßigen LSG-Verordnung kommen kann, für die ein Schutz nach § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG angemessen wäre und für die die Landesplanungsbehörde quasi antizipieren kann, dass in diesem Bereich die Errichtung und der Betrieb von WEA zukünftig nicht erfolgen wird. Diese Prognose müsste auch Gegenstand der Planunterlagen sein, sodass die Abwägung überhaupt nachvollziehbar ist. Damit wird die Regionalplanung aber überstrapaziert. So hat auch das OVG Schleswig-Holstein festgestellt, dass sich die Landschaft zur Schutzwürdigkeit „hinsichtlich ihres Charakters, ihrer Eigenart und Qualität von - außerhalb davon gelegenen - Landschaftsräumen (die im Übrigen nicht ungeschützt sind [vgl. z. B. § 35 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 5 BauGB; §§ 14 ff. BNatSchG; §§ 8 ff. LNatSchG]) deutlich unterscheiden“ müsse (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	76). Schließlich würde diese Vorgehensweise der gesetzlichen Wertung des § 4 Abs. 1 ROG widersprechen und verkehrt diese in ihr Gegenteil. Eine raumordnungsrechtliche Abstimmung, wie vom OVG Schleswig-Holstein zurecht gefordert (vgl. OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 79 ff.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 132 ff.), kann auch nicht in der Weise erfolgen, dass die Landesplanung in Aufstellung befindliche LSG-Verordnungen schlicht berücksichtigt, selbst wenn keine eigene Prüfung stattfindet (OVG Schleswig-Holstein, 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 135). Zu Recht hat das OVG Schleswig-Holstein gerügt, dass die Landkreise der Landesplanung nicht mit dem Mittel des Erlasses einer Sicherstellungsverordnung (bzw. LSG-Verordnung) vorgreifen dürfen (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 83 f.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 134 und 136). Wenn Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G beibehalten werden soll, dann ist dies jedenfalls auf nur bereits vorliegende LSG-Verordnungen zu reduzieren und die Abwägung hat in den Randbereichen der LSG grundsätzlich zugunsten der Ausweisung von Windenergiegebieten zu erfolgen. **1.3 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G – Regionale Grünzüge** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G sollen die Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 12 wird auf Kapitel 6.3 sowie die Funktionen der in den Regionalplänen festgelegten regionalen Grünzüge verwiesen. Zunächst ist festzuhalten, dass die in der Begründung B zu 12 genannten Funktionen in Kapitel 6.3 Absatz 1 Z – Regionale Grünzüge auf andere Erfordernisse der Raumordnung im Landesentwicklungsplan Bezug nehmen. Erst in der Zusammenschau mit diesen kann abwägend entschieden werden, inwiefern dies für die Windenergienutzung relevant ist. Wenn etwa auf die Funktion „Klimaverbesserung und Lufthygiene“ Bezug genommen wird, so findet sich der Verweis auf Kapitel 6.1 und darin wiederum auf die raumordnerische Vorsorge für eine klimaverträgliche Energieversorgung und -infrastruktur (Kapitel 4.5). Mithin sind die Funktionen miteinander verschränkt und es kann nicht abwägend über Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G die Ausweisung von Windenergiegebieten als unvereinbar angesehen werden. Zutreffend wird in der Begründung B zu 12 festgehalten, was Kapitel 6.3.1 Absatz 4 Z	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	festlegt: „In den regionalen Grünzügen darf planmäßig nicht gesiedelt werden. Es sind nur Vorhaben zuzulassen, die mit den Funktionen dieser Gebiete entsprechend Absatz 1 vereinbar sind oder die im überwiegenden öffentlichen Interesse stehen.“ Damit gilt alternativ, dass in regionalen Grünzügen Vorhaben entsprechend der vorstehend ausgeführten Zusammenschau der in Bezug genommen Erfordernisse der Raumordnung zugelassen sind, jedenfalls aber im überwiegenden öffentlichen Interesse stehende Vorhaben. Wie bereits unter Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. ausgeführt, findet die Sollbestimmung des § 2 Satz 2 EEG 2023 für alle Abwägungsentscheidungen, zumal die Treibhausgasneutralität der Stromerzeugung im Bundesgebiet – nicht nur in Schleswig-Holstein – noch weit entfernt ist, Anwendung. § 2 Satz 1 EEG 2023 hält unabhängig von Abwägungsentscheidungen fest, dass die Errichtung und der Betrieb von Anlagen der erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen. Insofern liegt die Voraussetzung der Zulässigkeit von Vorhaben der Windenergienutzung in regionalen Grünzügen immer vor. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. In der Konsequenz darf aber diese als Ziel der Raumordnung explizit festgelegte Zulässigkeit dieser Vorhaben nicht dadurch umgangen werden, dass durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 regionale Grünzüge doch wieder abwägend Berücksichtigung finden müssen. Dies stellt einen systematischen Widerspruch dar, weshalb Kapitel 4.5.1.2 Absatz 12 G aufzuheben ist. Jedenfalls aber kann nur in außergewöhnlichen Fällen eine Abwägung zulasten der Ausweisung von Windenergiegebieten erfolgen. **1.4 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope** 1.4.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und 10 von 14 Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und 11 von 14 Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies 12 von 14 nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. 1.4.2 Kleinstbiotope Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte. **1.5 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z – Wälder und Umgebungsbereiche** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. Weiter sind nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen. Dies wird mit dem niedrigen Waldanteil in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt, dem Ziel der Landesregierung zur weiteren Erhöhung des Waldanteils, und dem gesetzlichen Verbot des § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG begründet (B zu 6 zu (1)). Eine Zulassung der Waldumwandlung sei wegen der Seltenheit, der besonderen Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz sowie des Landschaftsbildes bei Prägung durch Waldkulissen nicht vertretbar. Weiter wird auf § 24 LWaldG, der einen gesetzlichen Waldabstand vorsieht, und § 2 Abs. 1 LWaldG, der die Mindestgröße von einem Hektar als Waldfläche vorsieht, verwiesen. Bei Naturwäldern wird in der Begründung B zu 6 zu (2) auf deren nach § 14 LWaldG besondere ökologische Funktionen Bezug genommen. Der weitergehende Abstand von 100 Metern wird mit den Waldrändern von Naturwäldern als Schnittstelle zum Offenland, die häufig sehr artenreich seien und einen wichtigen Rückzugsraum darstellten, begründet. Naturwälder seien in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt. Darüber hinaus seien weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen. Das fortgeltende Verbot der Waldumwandlung zur Errichtung von WEA (§ 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG) und der pauschale Waldabstand von 30 Metern (§ 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG)	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	sind vor dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung des BVerfG zweifelhaft. So hat das BVerfG die Regelung in Thüringen „Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ (§ 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) als nicht gerechtfertigte Inhalts- und Schrankenbestimmung, welche in das Eigentumsrecht der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer eingreift, angesehen, weil das Gesetz formell verfassungswidrig ist, da dem Freistaat Thüringen für die angegriffene Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlt (BVerfG, 27.09.2022 - 1 BvR 2661/21 -, BVerfGE 163, 1-42, Rn. 14). § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG lautet beinahe identisch („Die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von mehr als 10 Metern ist unzulässig.“) und die Entscheidungsgründe des BVerfG sind übertragbar. Auch das OVG Schleswig-Holstein hat diesbezügliche Bedenken bereits deutlich geäußert, wenngleich dies noch nicht entscheidungserheblich war (OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21 -, juris Rn. 51). Insofern sollte die Landesplanungsbehörde zur Vermeidung der Berufung auf eine verfassungswidrige Vorschrift unbedingt auf Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) verzichten und selbst bei einem planerischen Freihalten der Waldflächen jedenfalls nicht noch zusätzlich einen Abstand von 30 Metern vorsehen. Letzteres gilt insbesondere auch deshalb, weil WEA mit entsprechenden Feuerlöschsystemen nicht mit den in § 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG genannten Schutzzwecken im Widerspruch stehen und insofern auch unter Berücksichtigung der Wertung des § 2 EEG die Unterschreitung des Waldabstands zugelassen werden kann. Dies gilt noch mehr vor dem Hintergrund, dass durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) die Referenzanlage (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern vom Turmmittelpunkt und damit der baulichen Anlage sowieso 75 Meter Abstand zum Waldrand einhalten wird und der untere Rotordurchlauf bei 50 Metern beginnen wird, weshalb die Schutzzwecke in dieser Höhe keine maßgebliche Relevanz mehr haben werden. Vorzugswürdig und durch das BVerfG angelegt ist jedoch, dass allein die nach §§ 14 f. LWaldG aufgrund ihrer ökologischen Funktion, ihrer Lage oder auch wegen ihrer Schönheit schutzwürdig und -bedürftigen Wälder von der Windenergienutzung ausgenommen werden, wofür der Landesgesetzgeber allein auch eine Gesetzgebungskompetenz hat. Insofern ist allein Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) zu befürworten und auf weitergehende Abstände zu verzichten. Allerdings muss zum Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) angemerkt werden, dass rechtsfehlerhaft ist, wenn neben den explizit nach §§ 14 f. LWaldG erklärten Naturwäldern, die in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt sind, weitere Daten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen sein sollen. Sofern damit gemeint sein sollte, dass weitere nach den gesetzlichen Regelungen des §§ 14 f. LWaldG erklärte Naturwälder (Verordnungen nach § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG) zu berücksichtigen sind, wäre das rechtlich zulässig. Darüber hinausgehende allein fachlich eingeschätzte „Naturwälder“ können keine Berücksichtigung finden, weil sie nicht nach dem Verfahren des § 15 LWaldG zustande kamen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Institution: Gemeinde Handewitt ID: M2805	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Stellungnahme der Gemeinde Handewitt im Rahmen der Online-Beteiligung über die Plattform BOB-SH Situation allgemein Mit seinem Urteil vom 22. März 2023 hatte das OVG Schleswig die Landesverordnung für den Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein, Kapitel 5.8 (Windenergie an Land) in einem Normenkontrollverfahren für unwirksam erklärt. Die Beschwerde der Landesregierung wurde vom Bundesverwaltungsgericht zurückgewiesen. Der Regionalplan Windenergie an Land für den Planungsraum I ist damit rechtskräftig aufgehoben. Das bedeutet, dass die darin festgelegten Ziele und Grundsätze keine Rechtswirkung mehr entfalten und Windenergieanlagen damit im gesamten Planungsraum privilegiert zulässig sind, soweit öffentliche Belange nicht entgegenstehen und die ausreichende Erschließung gesichert ist. Aus diesem Grund kann keine Konzentrations- bzw. Ausschlusswirkung für Wind energieanlangen an Land erzielt werden. Die Landesplanungsbehörde schreibt deshalb den Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land nun teilweise fort. Mit der Teilfortschreibung soll das Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Konkrete Hinweise zu den Zielen und Grundsätzen des LEP-Entwurfes werden nicht vorgebracht.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	geändert werden. „Schleswig-Holstein muss nach den Vorgaben des Bundes seine Flächen für die Nutzung von Windenergie von zwei auf rund drei Prozent der Landesfläche ausweiten. Um weitere Flächen auszuweisen und die Leistung aus Windenergie bis 2030 auf 15 Gigawatt zu erhöhen, schreibt das Land seine Raumordnungspläne fort.“ (Landesregierung Schleswig-Holstein, 18.06.2024) Situation in der Gemeinde Handewitt Die Gemeinde hat im Jahr 2016 ein „Informelles Planungskonzept zur Ermittlung von Eignungsflächen für Windenergieanlagen“ durch ein beauftragtes Planungsbüro erstellen lassen. Es handelt sich um eine beschlossene Fachplanung, die von der Gemeinde auch weiterhin als verbindliche Vorgabe erachtet wird. Im Rahmen des Konzeptes wurde das gesamte Gemeindegebiet hinsichtlich der Eignung von Standorten für Windenergieanlagen entsprechend des damaligen Runderlasses der Landesplanungsbehörde vom 23. Juni 2015 betrachtet. Für die Gesamtbetrachtung wurden die im Erlass von der Landesplanungsbehörde vorgegebenen Kriterien (harte und weiche Tabukriterien) berücksichtigt. Die verbliebenen Potenzialflächen wurden im Rahmen eines Abwägungsprozesses weiter differenziert. Für den Abwägungsprozess wurden weitere Kriterien kommunaler Belange herangezogen sowie bisher zur Abwägung vorgesehene Kriterien als weiche Tabukriterien „hochgestuft“, um die bisher ermittelten Potenzialflächen weiter zu reduzieren. Im Ergebnis wurden vier Potenzialflächen der 1. Priorität (Gesamt ca. 257 Hektar), drei Potenzialflächen der 2. Priorität (Gesamt ca. 75 Hektar) und eine Potenzialfläche der 3. Priorität (ca. 22 Hektar) ermittelt. Die aktuelle Situation besagt, dass in drei der vier Potenzialflächen der 1. Priorität mit einer Gesamtgröße von ca. 224 ha derzeit insgesamt 26 Windkraftanlagen betrieben werden. Diese drei Flächen entsprechen in ihrem Zuschnitt annähernd den in der Teilfortschreibung des Regionalplans I (unwirksam seit 20.02.2024) zum Sachthema Windenergie ausgewiesenen Vorranggebieten. Im Rahmen der Teilfortschreibung des Regionalplans I wurden insgesamt 250 ha als Vorranggebiete ausgewiesen. Dies entsprach bereits einem Anteil von über 3,2 Prozent der Gemeindefläche. Ein Abgleich der neuen Potenzialflächen von Juni 2024 mit dem Konzept von 2016 zeigt, dass sich die Flächen der 1. und 2. Priorität von 2016 überwiegend mit den aktuellen Potenzialflächen (2024) decken. Position der Gemeinde Handewitt zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Die Gemeinde hält an den Inhalten und Ausweisungen des informellen, beschlossenen Planungskonzeptes von 2016 fest. Für die Gemeinde ist eine Konzentration der Flächen auf den westlichen und südwestlichen Bereich der Gemeinde unabdingbar. Die zwischen der Bundesstraße B 200 und der Bundesautobahn A7 sowie südlich der Ortslage Jarplund-Dorf befindlichen Flächenpotenziale für Wind entsprechend nicht dem vorgenannten, gemeindlichen Konzentrationsgebot. Dieses Gebot fand auch seinen Niederschlag bei der Ausweisung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen. So kommt es im Westen der Gemeinde zu einem Nebeneinander und teilweise zu Überschneidungen von Flächen für Windenergie und Freiflächen-Photovoltaik. Die Gemeinde erarbeitet aktuell in Zusammenarbeit mit einem Fachbüro und dem Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur eine Machbarkeitsstudie, um mit den heutigen energiewirtschaftlichen Gunstfaktoren wie hohe Einspeisekapazitäten aus Erneuerbaren Energien, mehrere Umspannwerke, Lage am Wasserstoffkernnetz usw,. die Potentiale für eine nachhaltige, soziale und wirtschaftliche Wertschöpfung mit hohem Nutzen für die Region und die Gemeinde zu heben und eine Transformation von einem reinen Erzeugerland zur energiewirtschaftlichen Gewerberegion zu gestalten. Das erzeugt Nutzungskonflikte mit der jetzigen Ausweisung weiterer Windeignungsflächen, auf die es jetzt dringend zu achten gilt. Anlagen: Abgleich der jetzigen Fortschreibung LEP 2024 mit dem Standortkonzept Wind aus 2016 Übersicht der Geodaten der Ziele und Grundsätze der Raumordnung der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP [redacted] Bürgermeister	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1977	Die aktuelle WIndkraftplanung des Landes überschreitet m.E. den maßvollen Umgang mit unserem Lebensraum, unserer Natur und Landschaft in Schleswig-Holstein in inakzeptabler Weisse.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vor dem Hintergrund vorhandener und effizienter regenerativer Energiealternativen und einer schon 2020 schwer umsetzbaren Wondkraftplanung auf 2% der Landesfläche sollten vor weiteren Schritten folgende Alternativen untersucht werden: 1. Windkraft auf See. Hier sind eine meines Wissens die Schritte schon weit gediehen, die weitgenden Ausbau der Windenergie auf Land unnötig macht. 2. Photovoltaik 3. innereuroäische kommunale Energiepartnerschaften.Generell sollte die Beteiligung der Bürger gesichert werden.	die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Institution: Gemeinde Mönkloh, Bürgermeister ID: M2287	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit erhebt die Gemeinde Mönkloh Einspruch gegen die Teilfortschreibung aus folgenden Gründen. Bei weiteren Anlagen werden die Wege des Rotwildes weiter zusätzlich gestört. Durch den zunehmenden Verkehr hat es dort schon große Veränderungen gegeben. Über die Auswirkungen hat der Rotwildhegering eine umfassende Stellungnahme verfasst und diese als Einspruch an Sie versendet. Das betrifft auch die Gemeinde Mönkloh, wir schließen uns diesen Einwendungen an. In unserm Forst, im Hasselbusch, gibt es ein nachgewiesenes Seeadlerpaar und deren Nachwuchs. Deren Flugrouten und Jagdgebiete sind jetzt schon durch bestehende und geplante Anlage erheblich gefährdet . Zusätzliche Anlagen würden zur Vernichtung der Tiere beitragen. Rotmilan und andere bisher geschützte Arten sind einfach aus dem Katalog der schützenswerten Arten genommen worden. Wie weit soll das noch gehen? Durch den Ausbau des bestehenden WA- Netztes werden unsere Gemeindestrassen übe alle Maßen, während der Bauphasen, belastet und zerstört. Sie sind nicht für die Belastung der in den Bauvorhaben eingesetzten Maschinen geeignet. Die Kosten für die Reparaturen bleiben dann wieder an den Bürgern unsere Gemeinde hängen, Finanzielle Ausgleiche gibt es dafür nicht. Das ist ungerecht und entspricht nicht den Grundlagen der Gleichheit. Der Ausbau der Windenergie in unserem Schleswig -Holstein liegt schon über dem geplanten Zahlen. Es muss auch auf die Gerechtigkeit in allen Bundesländern geachtet	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.20, 7.2.1, 7.2.9, 7.2.10, 7.2.14, der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden. Eine weitere prozentuale Zunahme in unserem Land entspricht nicht den verhandelten Richtlinien. Das WKA-Sperrgebiet zwischen Mönkloh und Hingstheide würde entfallen. Die Gemeinde Mönkloh, Kreis Segeberg, erhebt dagegen Einspruch und bittet, dieses Sperrgebiet beizubehalten. Es droht die Überplanung mit WKA in S.-H.. (Bis 2023 wurden 3241 WKA Onshore installiert, im Flächenland Bayern gerade einmal über 1150 WKA. Quelle: Statista/Statistik veröffentl. von V. Pawlik) Seit April 2024 ist ein Projekt in Dänemark ins Leben gerufen worden, das sich mit dem Abrieb, also der Entstehung und Emission von Mikroplastik durch die Rotorblätter beschäftigt. Eine Konzentration von Mikroplastik durch eine Überfrachtung von WKA sollte entgegengewirkt werden. Auch diese Auswirkungen bedrohen die Bürger in Schleswig -Holstein und dadurch auch die Bürger in unserer Gemeinde Mönkloh. [redacted] [redacted] Bürgermeister Gemeinde Mönkloh, für die Bürger der Gemeinde Mönkloh	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2818	Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Sachthema Windenergie Vorschlag für eine Stellungnahme der Gemeinde Westensee Allgemeines: Siehe anliegende Ausarbeitung des Büros [redacted], Flensburg. Beschlussvorschlag für eine Stellungnahme: Die Gemeinde erhebt erhebliche Bedenken gegen die Inhalte des vorgelegten Entwurfs und schlägt die nachstehend ersichtlichen und begründeten Änderungen vor: Gemäß Hintergrundinformationen zum „Entwurf des neuen LEP Windenergie“ sind die „…voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, auf Flächen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter	Militärische Belange werden sowohl als Ziel als auch als Grundsatz der Raumordnung berücksichtigt. Darüber hinaus werden sie im Rahmen des individuellen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens geprüft. Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sowie auf die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern“ betrachtet worden (siehe Seite 6 „Umweltprüfung“ in: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/energie/windenergie-raeumlichesteuerung/Downloads/240611_Hintergrundinformationen.pdf?__blob=publicationFile &v=9). Allerdings findet u.a. das Thema Havarien und Brände von Windkraftanlagen (WKA) in den neuen Grundsätzen und Zielen gar keine Berücksichtigung. Dabei steigt mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern der Anlagen die Gefahr von Havarien und Bränden. Die sich aus entsprechenden Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabstände zu Schutzgütern (wie Wohnhäuser) sind daher neben weiteren, im Folgenden aufgeführten Aspekten zwingend zu berücksichtigen: 1. Als Ziele und Grundsätze muss gelten, dass der Mindestabstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe immer konform mit dem BImschG (Bundesimmissionsschutzgesetz) erteilt werden kann. In jedem Fall muss der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920 m betragen (vgl. Veenker Gutachten (2020), Anlage A25: Abstand 995m abzgl. mindestens 75m Rotorblattlänge der Referenzanlage (Rotor-In) – vgl. https://www.veenkergmbh.de/wpcontent/uploads/2021/04/Ga_A_R09_s.pdf). 2. Es muss in den Zielen und Grundsätzen die bisherige 3H-/5H-Regelung für den Abstand zum Turm der WKAs sowie eines 1000m-Abstandes der Vorrangflächen zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben bzw. werden. Im Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung wird unter „Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung bei Windkraftanlagen“ festgelegt: „Der Raum, in dem das Landschaftsbild beeinträchtigt wird, umfasst etwa eine Fläche mit dem Radius des 15-fachen der Anlagengesamthöhe“ (vgl. Gliederungs-Nr 2320.8 – Fassung vom 06.11.2023 - Punkt 1.3 „Stellenwert des betroffenen Landschaftsbildes“). Nicht nur hier wird somit eine Abhängigkeit zwischen der Anlagenhöhe und den Auswirkungen auf die nähere Umgebung festgestellt (Quelle: https://www.gesetzerechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/VVSH-VVSH000009325). Wenn laut Landesplanung die Raumordnung auch dazu beitragen soll, dass die Menschen in den verschiedenen Teilräumen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse haben sollen (Quelle: https://www.schleswigholstein.de/DE/landesregierung/themen/planen-bauen-	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	wohnen/landesplanung), ist dies zu berücksichtigen. Nur so kann nach Ansicht der Gemeinde vor dem Hintergrund früherer Versprechungen der Politik und derzeit geltender Planungsgrundsätze ein drohender Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Landesregierung und die behördlichen Institutionen verhindert werden. Damit verbunden ist die Sorge und Gefahr, dass sich mit den derzeit geplanten Veränderungen in absehbarer Zeit viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden. Es ist zudem nicht nachvollziehbar, warum die derzeitige Abstandsregelung in Abhängigkeit von der Anlagenhöhe eine indirekte Höhenbestimmung darstellen soll. Anlagen unbeschränkter Höhe sind überall dort möglich, wo die entsprechenden Abstände zu Wohnbebauungen eingehalten werden. 3. Weiterhin muss die Landesplanung in den Grundsätzen und Zielen darlegen, wie in Hinblick der Gefahren von Kontamination durch schädliche Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel nach einem Brandereignis die Mindestabstände zur Wohnbebauung mit dem BImschG zu vereinbaren sind. 4. In den Zielen und Grundsätzen muss für den Fall o.g. Havarien eine Klärung der Übernahme der Folgekosten (Sanierung, Rückbau; Investition in Feuerwehrausrüstung, Deponien, Haftungsverpflichtungen) für die betroffenen Gemeinden festgeschrieben werden. 5. In den Zielen und Grundsätzen sind zudem die Mindestabstände zu EU-Vogelschutzgebieten gemäß dem Helgoländer Papier (von 2015, als wissenschaftliche Grundlage) festzuschreiben: 10-fache Anlagenhöhe als Schutzabstand, aber mindestens 1200m Bei einer geplanten Referenzanlagehöhe von 200m also mind. 2000m (vgl. https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/wind/170206-nabu-abstandsempfehlungen.pdf). 6. Sämtliche Mindestabstände zu den Horsten windkraftsensibler Arten müssen als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt werden und zumindest den Schutzabständen gemäß Helgoländer Papier entsprechen. Die Prüfabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten gemäß Helgoländer Papier sind als Grundsätze der Raumordnung zu übernehmen. 7. Es muss als Grundsatz festgeschrieben werden, dass eine Anrechnung bestehender oder in den Gemeinden in Planung befindlicher PV-Freiflächenanlagen auf die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Flächenausweisung erfolgen, damit es zu keiner „Doppel- oder Mehrfachbelastung“ von Gemeinden kommt, die bereits einen entsprechenden Flächenbeitrag für die Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen leisten bzw. leisten wollen. Die Gemeinde Westensee hat sich unter Berücksichtigung der einzigartigen naturräumlichen Lage und zum Erhalt des Landschaftsbilds für eine Flächen-PV-Anlage entschieden, die derzeit das Bauleitplanverfahren durchläuft.. Dies ist zu berücksichtigen. 8. Das Kriterium der Vorbelastung sowie das Ziel der Konzentration bzw. die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA ist zu streichen. Es soll möglichst eine Gleichverteilung angestrebt werden, um möglichst gleiche Lebensverhältnisse im Land zu schaffen. Durch Windenergiegebiete, Höchstspannungsfreileitungen oder PV-Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. 9. Auf die Änderung der bisherigen Höhen und anderer Parameter einer Referenzanlage ist zu verzichten. Wie im Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land ausgeführt, gibt es keine gesetzliche Verpflichtung, eine Referenzanlage für die Planung und Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie heranzuziehen. Nicht nur deshalb erscheint die geplante Festlegung auf eine Referenzanlage von 200m mit 150m-Rotordurchmesser allein mit der „Marktüblichkeit“ und der wirtschaftlichen Tragfähigkeit (siehe B zu 3 in der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP 2024 - erster Entwurf vom Juni 2024) zu begründen, nicht schlüssig, da auch 150m-hohe Anlagen nachweislich wirtschaftlich betrieben werden. Sie erbringen für Betreiber und Investoren aktuell Renditen, die deutlich über der Inflationsrate liegen. Auch aktuell werden immer noch Anlagen mit einer Gesamthöhe von 150 m genehmigt, was bei mangelnder Wirtschaftlichkeit sicher nicht der Fall wäre. 10. In den Grundsätzen und Zielen muss festgelegt werden, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungs-/Zuwegungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken im Allgemeinen im Sinne des „natürlichen“ Klimaschutzes Vorrang gewährt werden. Biotope und Biotopverbundachsen sind natürliche Lebensräume u.a. von schützenswerten Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. 11. Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage muss in den Grundsätzen sichergestellt werden, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses - sowie der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken, Flughäfen etc.) nicht durch zukünftige Windkraftanlagen und -gebiete gefährdet oder eingeschränkt werden. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 zu damals geplanten Vorranggebieten sind in der Regionalplanung bei der Festlegung von Windvorrangflächen sowie im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. 12. In den Grundsätzen ist der Schutz des Landschaftsbildes in Landschaftsschutzgebieten festzuschreiben. Dem Schutzzweck der vorhandenen Landschaftsschutzgebiete muss in besonderem Maße Rechnung getragen werden. Dies gilt im vorliegenden Fall besonders für das Landschaftsschutzgebiet Westensee-Landschaft, das sich durch noch ungestörte Landschaften von hohem Erholungswert und nur selten wiederzufindender Naturschönheit auszeichnet. Die Gemeinde Westensee liegt vollumfänglich im Naturpark Westensee. Kern des Naturparks ist der Westensee, der unterschiedlichsten naturschutzfachlichen Schutzkategorien unterliegt (Natura 2000, NSG, LSG). Die Landschaft am Westensee ist Kernbereich der Erholung. Auch über die Grenzen des Kernbereichs hinaus hat der Raum für die Naherholung im Kieler Umland eine enorme Bedeutung. Das Aufstellen von Windenergieanlagen der sog. Referenzgröße (200 m) bringt erhebliche Auswirkungen – nicht nur im Nahbereich, sondern auch im Fernbereich mit sich. Zum Schutz von Landschaftsräumen mit einmaliger Charakteristik und besonderer Erholungseignung sollte auch in Zukunft eine starke Gewichtung des Freiraumschutzes erfolgen. Die nachfolgenden Bilder geben einen Eindruck (wenn auch fotografisch nur angenähert reproduzierbar) vom Landschaftsraum wieder: Blick vom Bosseer Schoor über Bossee und Westensee auf den Tüteberg: (Abbildung) Bitte beachten Sie für weitere Blickwinkel den Anhang 'Westensee_Teilgebiet_Sued.pdf'.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Blick über die gegliederte Ackerlandschaft zwischen dem Felder Holz und dem Gut Bossee: (Abbildung) Bitte beachten Sie für weitere Blickwinkel den Anhang 'Westensee_Teilgebiet_Nord.pdf'. Nachstehend wird unter Anwendung der Ziele und Grundsätze Stellung zu den veröffentlichten Potenzialflächen genommen: a. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_080 • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden Teile der Potenzialfläche überlagert. • Die Potenzialfläche liegt zentral im Naturpark Westensee, vollumfänglich im LSG Westenseelandschaft und gehört in Teilen zum Kernbereich Erholung. Die Fläche ist weiten Teilen durch Waldflächen umschlossen und grenzt direkt an die höchste Erhebung Westensees, den Tüteberg. • Innerhalb der Potenzialfläche liegt ein schützenswertes Geotop (Tunneltal Tal der Fuhlenau / Mühlenau, Gut Westensee - Pohlsee - Brahmsee - Nortorf und Tal der Olendieksau), was auf die besondere Formation der Landschaft hinweist. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die erhebliche Überlagerungen mit anderweitigen Nutzungsansprüchen aufweist. Im Anschluss an die Potenzialfläche liegt das denkmalgeschützte Gut Deutsch Nienhof mit seinem weitläufigen Landschaftspark und dem gut erhaltenen Hofensemble. Die Fläche liegt weiter zentral im Naturpark Westensee, bildet praktisch das Herz, so dass die Belange des Landschaftsschutzes und der Erholung besonders stark gewichtet werden sollten. Aufgrund der erheblichen Fernwirkung (siehe auch Bild vom Bosseer Schoor über den Westensee Richtung Tüteberg) von Windkraftanlagen und damit der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Erholungsraumes ist diese Potenzialfläche nicht für die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergienutzung geeignet. b. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_084 • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer (OT Wrohe) werden Teile der Potenzialfläche auf Gebiet der Gemeinde Westensee überlagert. • Die Potenzialfläche liegt zentral im Naturpark Westensee, vollumfänglich im LSG Westenseelandschaft. Die Fläche ist fast vollständig durch Waldflächen umschlossen. • Innerhalb der Potenzialfläche liegen mehrere kleinere Waldflächen und Biotope größeren Umfangs. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die etliche Überlagerungen mit anderweitigen Nutzungsansprüchen aufweist. Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee, so dass die Belange des Landschaftsschutzes und der Erholung besonders stark gewichtet werden sollten. Aufgrund der erheblichen Fernwirkung von Windkraftanlagen und damit der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Erholungsraumes ist diese Potenzialfläche nicht für die Windenergienutzung geeignet. c. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_095 · • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden Teile der Potenzialfläche überlagert. • Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee und grenzt unmittelbar an den Kernbereich für Erholung. Der östliche Teil liegt in weiten Teilen im Landschaftsschutzgebiet Westenseelandschaft. Im Norden grenzt das Felder	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Holz an, das Anlaufpunkt für Naherholungssuchende der Region ist. Die gut erhaltene Eichenallee mit ihren mächtigen alten Alleebäumen ist ein besonderes Beispiel für die Anlage naturnaher und landschaftsbildprägender historischer Wege. • Innerhalb des LSG liegen weitere Waldflächen und Biotope sowie ein schützenswertes Geotop (Tunneltal Westensee-Emkendorf), was auf die besondere Formation der Landschaft hinweist. • Im Bereich des Felder Holzes wurden Brutplätze des Rotmilan nachgewiesen. Der Abstandsbereich (1.500 m) reicht bis in den nördlichen Teil der Potenzialfläche hinein. • Im Südwesten der Potenzialfläche betreibt die Gemeinde Westensee seit 2022 ein Bauleitplanverfahren zur Ausweisung eines Sondergebiets für Freiflächenphotovoltaik. Eine Nutzung durch Windenergie wird damit für diese Fläche ausgeschlossen sein. • Es wird auf den im östlichen Bereich der Potenzialfläche mangelnden Abstand zu den raumordnerisch festgelegten Siedlungsbereichen der Siedlungsachse Kiel – Melsdorf –Felde (hier bezogen auf den LZO Felde) und dem sich darauf gründenden Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung hingewiesen (siehe Abbildung). (Abbildung) Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die von anderweitigen Nutzungsansprüchen überlagert ist. Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee, so dass die Belange des Landschaftsschutzes und der Erholung besonders stark gewichtet werden sollten. Aufgrund der erheblichen Fernwirkung von Windkraftanlagen und damit der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Erholungsraumes ist diese Potenzialfläche nicht für die Windenergie-nutzung geeignet. d. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_164 • Die Fläche weist nicht die geforderte Mindestgröße von 15 ha auf; die nächstgelegene Fläche ausreichender Größe liegt über 600 m weiter östlich (PR12_RDE 095); ein Zusammenhang der Flächen kann aufgrund der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Entfernung nicht gesehen werden. • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden große Teile der Potenzialfläche überlagert. • Die Fläche liegt inmitten des Naturpark Westensee und grenzt unmittelbar an das Bruxer Holz, so dass Freiraumschutz und Erholungseignung ein besonderes Gewicht haben. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die nicht frei von anderweitigen Nutzungsansprüchen ist. Die Fläche liegt im Naturpark Westensee und unmittelbar am Bruxer Holz. Dem Freiraumschutz und der Erholungseignung in dem Raum sollte besonderes Gewicht beigemessen werden. Die im Amtsblatt für Schleswig-Holstein veröffentlichten Erhaltungs- und Wiederherstellungsziele für das Vogelschutzgebiet DE-1725-401 „Ahrensee und nordöstlicher Westensee“ sind Bestandteil dieses Planes. Übergreifendes Schutzziel für das Vogelschutzgebiet ist die Erhaltung stabiler und reproduktionsfähiger Brutpopulationen sowie der Gastvogellebensräume für Nahrung suchende, rastende und ggf. überwinternde Vogelarten. Zum Schutz der Großvogelarten sind im Gebiet im Umfeld der Brut- und Rasthabitate Räume zu erhalten, die weitgehend frei von baulichen Anlagen sind, die Sichthindernisse oder Gefährdungen darstellen oder Störungen verursachen, wie z. B. Stromleitungen und Windkrafträder. In der Teilfortschreibung heisst es: Ein freizuhaltender Bereich von 3000 m im Umgebungsbreich der Schlafplätze ist freizuhalten. (da das Tötungsrisiko signifikant erhöht ist.) Westensee den 09.09.2024 [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson	**Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig Holstein -**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M2347	**Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** 1. Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (z.B. Veenker, 2020). • Als Ziel und Grundsatz muss gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920m eingehalten wird. • Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel, nach einem Brandereignis mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. • Für o.g. Ereignisse müssen Haftung und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab festgelegt werden. • Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnende und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet. 2. Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. • Gerade durch die o.g. Abschaffung dieser Regel wird es sonst zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung. Damit verbunden	Ziffern 1.1, 2.1 bis 2.5, 3.15, 3.17, 3.18, 4.5, 5.9, 7.1.1, 7.1.3, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.12, 7.3.7, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ist meine Sorge und die Gefahr, dass sich in der Folge viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden werden. 3. Aus den bereits genannten Akzeptanzgründen aber auch im Sinne der Schutzbedürftigkeit der Anwohnerinnen und Anwohner und Schaffung möglichst gleicher Lebensverhältnisse im Land ist das Kriterium der Vorbelastung und die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA kontraproduktiv. Es soll, wie von der Landesplanung generell angestrebt, eine Gleichverteilung erfolgen. Durch Windenergiegebiete oder Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gemeindegebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. 4. Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz. 5. Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u.a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. 6. Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. 7. Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus – einem bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins. 8. Es steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung, dass z.B. die mögliche Potenzialfläche [redacted] einen unzureichenden Abstand zu festgelegten Siedlungsbereichen (hier der Siedlungsachse [redacted]) aufweist. Generell muss als Ziel und Grundsatz der Raumordnung definiert werden, dass zu festgelegten bzw. geplanten Siedlungsbereichen/-achsen ein Abstand von Vorrang- und Potenzialflächen von mindestens 1000m (800m + 200m Sicherheitspuffer) einzuhalten ist. [redacted] [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1974	Sehr geehrte Damen und Herren, zum Entwurf des neuen LEP Windenergie in Schleswig-Holstein nehmen wir wie folgt Stellung: **Schutzgut Mensch:** Als Bewohner und Eigentümer eines Wohnhauses in Neu-Sophienhof, Kreis Plön (rote Markierung) sind wir von den ausgewiesenen Potentialflächen unmittelbar betroffen. (Einfügen des Kartenauszuges nicht möglich. Siehe Stellungnahme per Posteingang) Die Flächenausweisung unter Einhaltung von nur 400 m Abstand zu Wohngebäuden führt bei entsprechender Bebauung dazu, dass der Ortsteil Neu-Sophienhof nahezu vollständig von Windkraftanlagen (WEA) umschlossen ist. Diese Einzäunung kommt	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1.2, 2.1.2, 2.5.1, 2.11.1, 3.15.1, 4.8, 7.2.5, 7.2.12, 7.3.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einem Gitterkäfig gleich und ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel, da in Anlage 1 zu § 1 der LEP Wind VO, Kapitel 4.5.1 auf Seite 31 (B zu 7) ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass „…verhindert werden soll, das Ortslagen in unzumutbarer Weise von WEA umstellt werden, um sowohl einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität des Schutzgutes Mensch als auch … entgegenzuwirken.“ Als Bewohner einer Siedlung im Außenbereich verstehen wir nicht, warum unsere Lebensqualität geringer einzustufen ist als die anderer Menschen oder gar Sachobjekte. Selbst rund um ein benachbartes Hügelgrab ist ein größerer Abstand vorgesehen. Wir haben hier zwar viel Natur durch landwirtschaftliche Nutzung, leben – im Gegensatz zu Menschen in größeren Gemeinden - aber schon immer mit deutlichen strukturellen Nachteilen, was Internetversorgung, Mobilfunknetzabdeckung, ÖPNV-Anbindung, etc. angeht. **Schattenwurf/Diskoeffekt** Unsere Ortslage Neu-Sophienhof (Haus-Nr. 4 bis 17) zeichnet sich durch eine bandartige Ansiedlung von Höfen und Häusern entlang der Straße aus. Eine Verschattung durch umliegende Häuser, wie sie in einer gewachsenen Siedlung vorkommt, liegt hier nicht vor. Alle Häuser und Gebäude werden vom Schattenwurf der WEA betroffen sein. Da die Planung nahezu eine 360° Umzingelung zulässt, wird den gesamten Tag über Schattenwurf aus unterschiedlichen Richtungen anfallen. Die Sonnenscheindauer in Richtung Höhndorf/Stoltenberg beträgt z.T. 10 Stunden. Hinzukommt, dass eben diese Flächen deutlich höher liegen als Neu-Sophienhof und dort geplante Anlagen einen langen Schatten produzieren werden. Hier ist es ohnehin fraglich, ob die Einhaltung der Grenzwerte, die über ein entsprechendes Schattengutachten nachgewiesen werden müssen, einen effizienten Betrieb der Anlagen überhaupt möglich machen. **Fehlender Netzausbau** Was nützt die Ausweisung von 7% der Fläche Schleswig-Holsteins als Potentialfläche für Windkraft, wenn schon heute die Leistungen aus erneuerbaren Energie nicht vollständig eingespeist werden können. Durch die sprunghafte Ausweisung von zusätzlichen Flächen für PV-Freiflächenanlagen entstehen weitere große Mengen an Energie, die auch in den nächsten Jahren nicht abgenommen werden können. So z.B. im Umspannwerk in Höhndorf, das durch das Repowering von bestehenden WEA und zusätzlichen, bereits beantragten Solarparks keine weiteren Zusagen zur Abnahme von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Energie machen kann. **Seeadlerdichtezentrum** Die geplante Potentialfläche liegt sehr nah am Seeadlerdichtezentrum, dessen Ausweitung bereits beantragt ist und den Behörden vorliegt. Eine Ansiedlung von WEA wäre hier kontraproduktiv. Auch das Vorkommen des Rotmilans und anderer Zugvögel ist dokumentiert. **Tourismus** Die Probstei ist ein Erholungsraum, der sich durch die Küstennähe, aber auch durch attraktiven Rad- und Fahrwege in den umliegenden Gemeinden auszeichnet. Zahlreiche Radfahrer nutzen auch die Strecken aus der Probstei Richtung Gut Salzau und den Selenter See, die unmittelbar an Neu-Sophienhof vorbeiführen. **Eingriff in das Landschaftsbild** Entgegen der vorhandenen Windparks im benachbarten Fiefbergen und in Ratjendorf ist die Potentialfläche um Neu-Sophienhof um ein Vielfaches größer und greift damit raumbedeutend in die Landschaft ein. **Aus den vorliegenden Gründen wurden die Flächen im ersten Planverfahren zur Ausweisung der Windvorrangflächen verworfen. An den Gegebenheiten hat sich nichts geändert.** **Mit freundlichen Grüßen** [redacted] [redacted]	
Institution: Amt Nordsee-Treene, Bauen und Liegenschafte	Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeindevertretung der Gemeinde Koldenbüttel hat sich nach einer bereits stattgefundenen Einwohnerversammlung am 16.05.2024 einstimmig für Windkraftanlagen im Bereich des Peterskooges ausgesprochen. Es soll ein	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Die Hauptzugachsen, deren besondere Bedeutung durch verschiedene Untersuchungen des Vogelzuges in Schleswig-

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
n **ID: M2651**	Bürgerwindpark entstehen. Die Resonanz innerhalb der EinwohnerInnen ist positiv.Zudem fanden bereits 2 Treffen mit LandeigentümerInnen der entsprechenden Flächen statt. Auch hier gab es hinsichtlich eines Bürgerwindparks positive Resonanz. Weitere Flächen im Bereich der Gemeinde werden nicht beantragt. Der Deich- und Hauptsielverband Eiderstedt beabsichtigt gemeinsam mit der Gemeinde den Windpark zu projektieren. Hintergrund der Projektierung ist die Umsetzung der Energiewende und der fortschreitende Klimawandel. In den nächsten 10 bis 15 Jahren wird der Bau von weiteren Schöpfwerken für eine zu entwässernde Gesamtfläche von ca. 16.000 ha notwendig sein. Zur Energie- und Kostenkompensierung möchte der DHSV Eiderstedt u. a. auf seinen eigenen Flächen in Koldenbüttel Windenergie nutzen. Nicht nur die BürgerInnen, sondern auch das Land Schleswig-Holstein würden finanziell entlastet. Für die Gemeinde Koldenbüttel soll der Windpark in Form eines Bürgerwindpark umgesetzt werden, unmittelbar angrenzend an den Flächen des DHSV Eiderstedt. Auch hier steht die Energiewende im Vordergrund, sowie auch das Wärmekonzept der Gemeinde Koldenbüttel. Wie aus der beigefügten Stellungnahme zum 1. Entwurf des Landesentwicklungsplans, hier Vogelzug, von [redacted] entnommen werden kann, wäre dies ein zumutbarer Eingriff in die Natur und die Vorteile für den Klimawandel überwiegen den Nachteilen des Eingriffs. Wir bitten somit die in der Stellungnahme aufgeführte Gesamtfläche (Potentialflächen inkl. Alternativflächen, siehe Abb. 1.1 auf Seite 4) als Windpotentialflächen auszuweisen. Für die Gemeinde Koldenbüttel Für den DHSV Eiderstedt Bürgermeister Oberdeichgraf gez. [redacted] gez. [redacted]	Holstein belegt ist, werden zum Schutz der wandernden Vogelarten von einer Ausweisung von Windenergiegebieten freigehalten werden. Wichtige Achsen sind die Nord- und Ostseeküste, die Unterelbe, der Korridor von der Eckernförder Bucht zur Eidermündung, der Nord-Ostsee-Kanal und Teile von Fehmarn und der Landschaft Wagrien. Sie sind in der Karte (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) festgelegt. Diese zentralen Räume von besonderer Bedeutung für den internationalen Vogelzug sind von WEA freizuhalten, um die Erfüllung der Verpflichtungen zum Schutz und zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Hauptachsen für den überregionalen Vogelzug dauerhaft gewährleisten zu können. An der Abgrenzung der Zugachsen wird festgehalten.
Öffentlichkeit: Privatperson	Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein, Fortschreibung 2021, Teilfortschreibung	Die rechtlichen Ausführungen zum BauGB, WindBG und EEG

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M2346	„Windenergie anLand”, Änderung Kap. 4.5.1 Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Daniel Günther, sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack, ich vertrete anwaltlich die rechtlichen Interessen der [redacted], diese vertreten durch ihre Geschäftsführer, Herrn [redacted] und Herrn [redacted]. Die ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird unter Hinweis auf meine Standespflichten anwaltlich versichert, § 294 ZPO. Meine Mandantin hat mich beauftragt, zur beabsichtigten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema „Windenergie an Land”, Kap. 4.5.1, binnen der Frist des Beteiligungsverfahrens in demselben folgende Stellungnahme einzureichen, dieser Bitte komme ich hierdurch gerne nach. Meinem Bezug zu den individuellen Belangen meiner Mandantschaft stelle ich grundsätzliche Erwägungen vorab, Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen, muss aber der Präklusion aus § 5 Abs. 6 LaPlaG 1.V.m. § 9 Abs. 2 5. 4 ROG entgehen. Mit der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans reagiert die Landesregierung unter anderem auf den bundesrechtlichen Systemwechsel des Artikelgesetzes *„Zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land'* (WindBG) vom 20. Juli 2022 nebst den korrespondierenden Regelungen zum BauGB, ein Gesamtpaket, dass mit seiner Positivplanung als Paradigmenwechsel verstanden wird, Des weiteren gilt als Planerfordernis die Aufhebung des bestehenden Regionalplans für den Planungsraum | durch Urteil des OVG Schleswig vom 22. März 2023 (OVG Schleswig, Urteil vom 22. März 2023, 5 KN 53/21, Juris), dem möglicherweise Ende November auch die Aufhebung des Regionalplans für den Planungsraum H1 folgen könnte (OVG Schleswig, 5 KN 46/21 ,5 KN 6/21 und 5 KN 7/21). Der Windenergie ist nicht mehr nur „substantiell" Raum zu verschaffen, sie liegt nunmehr im „überragenden öffentlichen Interesse", § 2 EEG 2023 (OVG Greifswald, Urteil vom 7. Februar 2023, 5 K 171/22, juris). Diesen Versuch der Reformation unternimmt nun die Teilfortschreibung, die ich noch als Rohentwurf für die noch zu erstellenden Regionalpläne „Windenergie", verstehe (Runderlass der Landesplanungsbehörde vom 19. Dezember 2023, IV 64, Az. VIS10385/2023, Seite 3).	werden zur Kenntnis genommen. Die Hinweise zum Flächenziel werden ebenso zur Kenntnis genommen. Allerdings werden die Bedenken hinsichtlich der Nichterreichung der Flächenziele nicht geteilt. Eine Beurteilung diesbezüglich ist erst auf Regionalplanebene möglich. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt nur die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher laufen Hinweise zur Nichterreichbarkeit der Flächenziele nach WindBG auf LEP-Ebene ins Leere. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen. Der pauschale Hinweise auf aufgegebene Wohnnutzungen, aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe oder Moorkulissen muss, um von der Landesplanung berücksichtigt werden zu können, konkretisiert werden. Auch hier wird empfohlen, dies in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen einzubringen. Bezüglich der weiteren Punkte aus der Stellungnahme wird im Übrigen auf die allgemeine Synopse und hier insbesondere auf Ziffer 1.7, 2.3, 2.4, 7.1 und auf das Urteil des OVG SH 5 KN 46/21 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dabei stößt die Landesregierung nach meiner Wahrnehmung auf deutlich mehr Verständnis als noch mit den Vorgängerversionen, den Landesverordnungen für die jeweiligen drei Planungsräume mit Bekanntmachung je vom 29. Dezember 2020 (GVOBI. Seite 1082). So gilt die Abschaffung der leidigen 3H/5H-Regelung als Ziel der Raumordnung als Fortschritt, auch wenn die Landesregierung hierbei den sich aus dem WindBG und den dort enthaltenen Berechnungsmodalitäten für die Flächenbeitragswerte ergebenden Sachzwängen zu folgen scheint. Landschaftschutzgebiete werden nun an § 26 Abs. 3 BNatschG gemessen. Und auch die Untersagung von Höhenbegrenzungen schneidet einen „alten Zopf' ab und deutet in Richtung Fortschritt. Gleichwohl gibt es Kritik und Anregungen, die möglicherweise in neu zu erhebende Normenkontrollanträge nach § 47 VwGO münden könnten. Zuvörderst bleibt fraglich, ob die geänderte Landesverordnung dem „drastischen Nachholbedarf' gerecht wird, den Rechtsprechung und Literatur derzeit erkennen (u.a. Tigges/Wördenweber, *„Stand der Windenergieplanung nach neuem Recht und Möglichkeiten der Plansicherung“,* ZNER 2024, Seite 305} Das WindBG schreibt erstmalig verbindliche Mindestziele in Form von Flächenbeitragswerten fest, die bis Ende 2027 und schließlich bis Ende 2032 zu erfüllen sind. Werden diese Ziele rechtzeitig erreicht, führt dies zur Entprivilegierung der Windenergieanlagen außerhalb ausgewiesener Flächen, die fortan nur noch nach § 35 Abs. 2 BauGBb zulässig sind, so § 249 Abs. 2 BauGB. Allerdings wird die Versäumung der rechtzeitigen Zielerreichung umfassend sanktioniert. Windenergieanlagen sind und bleiben im Außenbereich dann privilegiert, ohne dass ihnen Darstellungen an anderen Standorten nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB entgegengesetzt werden können, § 249 Abs. 7 BauGB. Flankiert werden die Flächenbeitragsziele durch den vorgesehenen, kontinuierlichen Zubau von Windenergieanlagen nach § 4 EEG. Dies dürfte die Bundesländer daran hindern, durch teilweise noch bestehende, teilweise aber auch, wie in Schleswig-Holstein, bereits abgeschaffte Sicherstellungsmoratorien die laufende Ordnung der Räume mit Veränderungssperren abzusichern und den Zubau von Windenergieanlagen an nicht gewünschten Standorten vorübergehend aufzuhalten. Schleswig-Holstein meint, das Zwischenziel bis Ende 2027 bereits erfüllt zu haben, nach Auffassung der Fachagentur	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wind an Land und wohl auch unstreitig wird das Ausbauziel bis Ende 2032 noch verfehlt. Es gibt noch erheblichen Ausweisungsbedarf. Wenn Schleswig-Holstein laut Plantext, Anl. 1zu § 1 der LEP-WindVO, 3 % der Landesfläche zur Anrechnung in den Flächenbeitragswert von 2 % nach WindBG geben möchte, dürfte dies nicht ausreichen. Das Umweltbundesamt warnt ausdrücklich vor dem auch dem Unterzeichner bekannten Problem, dass sich die ausgewiesene Flächenkulisse nicht unbedingt nutzen lässt, man geht von einer eingeschränkten Nutzbarkeit von etwa 20 - 40 % aus. Hintergrund sind beispielsweise zivilrechtliche Hindernisse, die sich beispielsweise aus der Nichtgewährung von Abstandsflächen durch Baulast nach § 6 LBO ergeben können sowie aus dem bekannten Umstand, dass Einschränkungen des Anlagenbetriebes bis hin zur Nichtgenehmigungsfähigkeit einer WEA In das Genehmigungsverfahren verlagert werden. Es wird also dringend empfohlen, die Flächenziele mit einem Sicherheitspuffer zu versehen, um die Leistungsziele erreichen zu können (Umweltbundesamt, „Flächenverfügbarkeiten, Flächenbedarf für den Ausbau der Windenergie an Land", Abschlussbericht Seite 119} Daran fehlt es hier, da die als Potenzialfläche vorgesehenen 3 % der Landesfläche unter Beibehaltung der stark kritisierten „Rotor-in"-Planung ausgewiesen werden sollen und somit diese Rotor-In-Flächen nur eingeschränkt auf den Flächenbeitragswert anzurechnen sind (Gatz, Tyczewski, Baars, „Regenerative Energien in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis", 4. Aufl., Seite 48). Der Rock der Landesregierung ist also zu eng, seine Nähte mit zu schwachen Fäden genäht. Rein rechnerisch liegt allerdings auch die Lösung auf der Hand. So hat die Landesregierung eine Rohpotenzialfläche von etwa 7,7 % der Landesfläche ermittelt, von der nach Abzug bestimmter Radien einer Referenz-WEA noch 7,2 % der Landesfläche verbleiben sollen. Bestenfalls wird aus dieser Rohpotenzialfläche die endgültige Potenzialfläche der drei Planungsräume, zumal wenig Hoffnung besteht, dass die Kommunen die sogenannte Gemeindeöffnungsklausel, §245 Abs. 5 BauGB, nutzen werden, um mit ihren kommunalen Planungsmöglichkeiten den Rest der Rohpotenzialfläche, die die Landesregierung ihnen noch übrig lässt, zu überplanen. Leider ist im derzeitigen Entwurf auch noch einiges an Zielen und Grundsätzen zur Raumordnung enthalten, was schon in den alten Regionalplänen bedenklich war. So z.B. die schematische Mindestgröße von Vorrangflächen. Diese Flächen sollen jetzt geeignet sein, mindestens zwei Referenzanlagen aufzunehmen, was eine Mindestfläche von 15 ha implementiert, Eine schematische Festlegung ist für das Repowering von Windkraftanlagen problematisch, an sich geeignete Einzelstandorte können wegfallen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und von einer künftigen Nutzung ausgeschlossen werden (BVerwG, Urteil vom 24 Januar 2008, 4 CN 2/07, juris}. Hieran ändert grundsätzlich auch das sogenannte BlmschG-Repowering nichts. Nicht zu rechtfertigen sind auch die pauschal 800m/1000 m Umgebungsschutzbereiche zu Siedlungsbereichen, die wiederum nicht die unterschiedlichen Schutzbedürftigkeiten dieser Siedlungsbereiche berücksichtigen, immerhin gibt es mehr als ein Dutzend BauNVO-Gebietstypen mit ihnen eigenen Charakteristika. So ist ein Dorfgebiet mit seiner Immissionskulisse deutlich weniger schutzwürdig als ein reines Wohngebiet, Auch das BVerwG verlangt vom Plangeber einen einzelfallbezogenen Blick auf die Örtlichen Verhältnisse, es sei zu prüfen, „ob auch kleinere Pufferzonen als Schutzabstand genügen"., Gefasste Siedlungsabstände schränken zudem die Suchräume für konfliktarme Flächen derart ein, „so dass deren Umsetzung fast zwangsläufig mit Gütern des Arten- und Landschaftsschutzes sowie auch dem Waldschutz in Konflikt gerät' (Müller, Wegner, Sailer, Stiftung Umweltenergierecht, Würzburg, in: *„Rechtliche Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 13. Dezember 2017".* Wie sich gerade in Schleswig-Holstein die Veränderung von Abstandspuffern auswirkt, zeigten schon die Folgen der Einführung solcher Puffer durch die Landesverordnung vom 29. Dezember 2020, einem Wahlkampfversprechen, so auch die von der Landesregierung seinerzeit beauftragte Studie „Rechtsgutachten Repowering" vom 22. Februar 2018, dort Seite 9. Von meinen Kunden wurde mir verschiedentlich zugetragen, dass noch immer veraltetes Datenmaterial der Ermittlung der Potenzialfläche dient. Die Datengrundlagen beispielsweise des geowissenschaftlichen Moorkatasters erhebt schon keinen Anspruch auf exakte Flächengenauigkeit („Moorschutzprogramm für Schleswig-Holstein", Drucksache 16/2272). Auch sind Abstandsflächenkreise um aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe vorzufindend, ebenso befinden sich zahlreiche Einzelhäuser nicht mehr in Wohnnutzung, werden gleichwohl aber bei der Bemessung von Abstandsflächen herangezogen. Meine Mandantin plant die Errichtung und den Betrieb einer Windenergieanlage, Enercon E 126 EP 3 (LfU G 10/2019/069) bei Norderwöhrden/Dithmarschen. Der Standort war wegen eines sogenannten Hofladens ("[redacted]")	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nicht in den Regionalplan vom 29. Dezember 2020 aufgenommen worden. Es war daher ein Antrag auf Normenkontrolle nach S 47 VWGO gestellt worden (OVG Schleswig, 5 KN 5/21). Auch in der neuen "blauen Fläche” fehlt der Standort, die Rohpotenzialflächenkarte ist daher zu überarbeiten. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Rechtsanwalt	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2559	Sehr geehrte Damen und Herren, gegen den o.g. Entwurf zur Änderung des LEP Windenergie an Land habe ich erhebliche Bedenken und Einwände: 1. Beantrage ich eine Verlängerung bzw. eine Neuauslage des og. Beteiligungsverfahrens, weil die begrenzte Frist über fast die gesamte Sommerferienzeit keine Möglichkeit für die Bürger zur ausreichenden Information und einer daraus folgenden Stellungnahme ergab. Bei den für die Menschen weitreichenden Auswirkungen durch die Änderungen der Maßstäbe zur Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) widerspricht das nun auslaufende Beteiligungsverfahren den Grundsätzen der Landesregierung, ihre Bürger durch Transparenz und Information an der Landespolitik teilhaben zu lassen. 2. Zur Erreichung der Ziele der Energiewende ist zunächst ein Repowering bestehender WEA anzustreben, dann auf den Ausbau der wesentlich effizienteren Photovoltaik prioritär auf Dachflächen bzw. an Gebäuden hinzuwirken und erst danach eine Neu-Ausweisung von Wind-Vorranggebieten auszuführen. Begründung: WEA haben weitaus größere Auswirkungen auf alle Schutzgüter. Diese Prioritäten könnten zusätzlich durch Umleitung der Subventionen auf die entsprechende Technologie und auch insbesondere auf die Speichertechnologie verfolgt werden. 3. Eine Aufweichung naturschutzrechtlicher Aspekte darf im neuen LEP nicht erfolgen. Bestehende Naturparke und Landschaftsschutzgbiete dürfen in ihren	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5, 7.2.2, 7.2.1, 3.17, 3.18, 7.4, 2.11, 3.15, 7.2.12, 7.3, 7.2.7, 7.2.5, 2.2-2.5, 4.1 und 4.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Funktionen durch neue WEA nicht beeinträchtigt werden. 4. Die derzeit geltenden Abwägungskritereien in Bezug auf alle Schutzgüter dürfen nicht zugunsten der Priorisierung der Windenergienutzung verringert werden. Denn diese Kriterien beruhen auf wissenschaftlich anerkannten Erkenntnissen und wurden von der Landesregierung selbst in Zielen und Grundsätzen formuliert. 5. Eine Konzentrationswirkung von WEA muss wegen der Schutzbedürftigkeit von Menschen und Tieren ausgeschlossen werden. Wo bereits eine Vorbelastung durch WEA besteht, darf kein Zubau erfolgen und erst recht nicht Abstände noch weiter verringert werden. Das Ziel der Landesregierung für möglichst gleichartige Lebensverhältnisse aller Bewohner muss beachtet werden. 6. Der Tourismus als bedeutender Wirtschaftszweig darf durch die zukünftige Windenergie-Nutzung nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Darum dürfen Kriterien betreffend Gesundheit, Wohlbefinden der Menschen sowie betreffend der Kulturlandschaft und des Landschaftsbildes nicht verschlechtert werden. 7. Die von der Landesregierung angestrebten Ertragsziele aus Windenergie über die Bundes-Vorgaben hinaus sind zu streichen. Sie führen zu unnötigen Beeinträchtigungen für alle Schutzgüter und würden in der Folge die Akzeptanz für Windenergienutzung verschlechtern und der Tourismusbranche schaden. 8. Im Erneuerbare Energien Gesetz von 2023 wird in § 2 Satz 1 die Priorisierung von Erneuerbaren Energien - Anlagen u.a. damit begründet, dass sie "...der öffentlichen Gesundheit... dienen". Diese Aussage ist sachlich falsch. Es ist nicht begründbar, warum derartige Anlagen per se der öffentlichen Gesundheit dienen. Ihre Errichtung und ihr Betrieb verursachen vielfältige für die öffentliche Gesundheit negative Auswirkungen (z.B. Flächenverbrauch/Emissionen durch Herstellung, Transport, laufender Betrieb, Havarien und Entsorgung). Es ist nicht nachvollziehbar, warum einen Landesentwicklungsplanung aufgrund einer sachlich falschen Rechtsnorm erfolgt. 9. Der Ausbau von Erneuerbaren Energien (EE) – Anlagen in Schleswig- Holstein ist solange nicht prioritär zu planen, wie der Netzausbau in der BRD nicht funktioniert und die Steuerzahler für den kostspieligen Strom Export und für die Entschädigung von abgeregelten Anlagen herangezogen werden. Insofern	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sollte auf die aktuelle Fortschreibung des LEP verzichtet werden. 10. Alle nachstehend aufgeführten Einwendungen gelten nicht nur für die Anlage 3 zur LEPWindVO, sondern auch für den Entwurf des LEP selbst und für den dazu gehörenden Umweltbericht.Die Menge der Immissionen ist zwar gering, sie sind dennoch vorhanden.Dies trifft ebenso auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, Luft, Boden und Wasser zu.Der LEP soll eine in die Zukunft gerichtete Planung sein. Insofern muss auch die Refrenzanlage eine dem zukünftigen Planungszeitraum entsprechenden Stand der Technik aufweisen und sie darf sich nicht allein auf in der Vergangenheit realisierte Anlagen stützen. Aktuell projektierte on shore-Anlagen liegen bei 250 und sogar bis zu 300 m Höhe und weisen Leistungen im Bereich 7 MW auf. 11. Betr. Abstände zu Einzelhäusern, Splittersiedlungen, Gewerbegebieten, Abstände zu Wohnbebauung/SiedlungenAbstände müssen immer auch den Rotor einbeziehen und auf einen Ausgangswert bezogen werden. Es ist nicht ersichtlich, ob es sich um die Referenzanlage handelt, um die Nabenhöhe oder die Rotorblattspitze. Auch hier wieder müssen Abstände auf zukünftig zu errichtende Anlage abzielen. Diese Abstände dürfen sich nicht allein auf die TA Lärm beziehen, die übrigens derzeit zu Ungunsten des Schutzgutes Menschen geändert wird.Hier sind alle weiteren möglichen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Menschen einzubeziehen. Insbesondere sind Schutzaspekte bei Havarien zu beachten. Havarien werden im gesamten Planungsgeschehen und bei der Projektierung nicht oder viel zu wenig berücksichtigt. An dieser Stelle ist auf das Bundes- Immissionsschutzgesetz BimSchG zu verweisen. Mindestabstände zu Wohnbebauung müssen insbesondere bei Feuer-Havarien mit dem BimSchG vereinbar sein. 12. Betreiber von WEA müssen verpflichtet werden, Störungen und Havarien quantitativ und qualitativ an eine unabhängige Erfassungsstelle zu melden.Ein Gutachten der Ingenieur-Gruppe Veenker (2020) berechnet einen Mindestabstand für alle Schutzgüter von 995 m für WEA der Leistungsklasse 5 bei einer Nabenhöhe von 170 m. Diese Größenordnung ist mindestens auch im LEP einzuhalten, bzw. sind selbstverständlich noch größere Sicherheitsabstände bei zukünftig höheren WEA festzulegen. 2020 galt bei eine WEA-Höhe von 150 m ein einzuhaltender Abstand zu Wohnbebauung von 1000 m. Entsprechend müsste der Abstand einer 250 m hohen Anlage 1,6 km	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	betragen. In Brandenburg wird in diesem Jahr die erste WEA mit über 300 m Höhe errichtet, der ensprechend zu fordernde Mindestabstand wäre hier bei 365 m 2,4 km. Im Fall von Havarien müssen Folgekosten den Betreibern auferlegt werden. Die öffentliche Hand (der Steuerzahler) darf nicht mit Folgekosten belastet werden. 13. Das Schutzgut Menschen muss unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes (GG Art 3 (1)) bei einem Wohnort in Splittersiedlung oder Einzelhaus-Lage oder Gewerbegebieten die gleichen Schutzkriterien – sprich Mindestabstände – in Anspruch nehmen können wie bei Wohnorten in Siedlungen. Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der 2H-/15H-Regelung ist zu streichen. Im Gegenteil, sie muss in den Grundsätzen und Zielen für dieEinhaltungen eines Mindestabstandes zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. 14. Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt Insbesondere im Vogelschutz setzt das Helgoländer Papier (2015) der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten wissenschaftlich anerkannte Mindestabstände zu Nistplätzen, Zugrouten, Schlafplätzen und Prüfabstände an, die auf jeden Fall in den LEP übernommen werden und als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt müssen. Insbesondere andere Tiere mit größerem Bewegungsradius, z.B. Fledermäuse, müssen in Bezug auf ihr Wanderungs- und Ruheverhalten mit nicht verschlechterten Mindestabständen zu WEA berücksichtigt werden. Die geplanten Verringerungen der Schutzkriterien und Mindestabstände der projektierten WEA in der unserer Nähe bedeuten ganz konkret eine erhebliche Beeinträchtigung und auch Verschlechterung unserer Lebensqualität und auch Erholungswertes. Deswegen fordere ich, die derzeit geltenden Vorgaben mindestens beizubehalten. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	P.S. Bitte um Eingangsbestätigung	
Gruppe ID: G1972 Anzahl: 2 (IDs: 1968, 1972)	**Naturschutzbund Deutschland e.v. (NABU)** **Ortsgruppe Nortorf** **<u>Örtliche Bearbeiterin:</u>** [redacted] [redacted] [redacted] [redacted] **Westensee, 06.09.2024** STELLUNGNAHME des NABU Schleswig Holstein e.V., Ortsgruppe Nortorf, zu der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021- Erster Entwurf Juni 2024. Guten Tag, Der Nabu Nortorf möchte die Möglichkeit nutzen, zu dem Entwurf Stellung zu beziehen, damit besonders die Aspekte des Arten- und Landschaftsschutzes Berücksichtigung finden. Da das Land in dem Entwurf eine generelle Minderung vieler Kriterien des Artenschutzes anstrebt, besteht hier aus unserer Sicht noch Diskussions- und Änderungsbedarf.Grundsätzlich steht fest, dass wir einem Ausbau erneuerbarer Energien nicht ablehnend gegenüber stehen. Dennoch besteht parallel zu der Klimakrise das Problem des Artenschwunds bzw. der teils dramatischen Bestandsrückgänge von sehr vielen Tier- und Pflanzenarten. Klimaschutz darf nicht auf Kosten des Artenschutzes stattfinden, da der letztere genauso bedeutsam ist.Da die Bestandssituation der meisten windkraftsensiblen Vogel- und Fledermausarten sich nicht verbessert hat seit den letzten Entwürfen zum Ausbau der Windkraft, ist eine Schmälerung der Artenschutzkriterien entsprechend nicht angezeigt. Auch wenn einzelne Entwicklungen, wie z.B. der Anstieg der Seeadlerbrutbestände, vordergründig betrachtet zwar dafür sprechen, dass trotz des Ausbaus der Windkraft die Bestandssituation sich verbessert hat. Doch die Tücken liegen wie so oft im Detail: denn	Die Stellungnahme bezieht sich auf verschiedene Aspekte des Natur- und Artenschutzes, zu denen auf die folgenden Ziffern der allgemeinen Synopse verwiesen wird: • Großvogelbrutplätze: 4.20.2 • Abstände zu Schutzgebieten und Wäldern: 4.2.1, 4.7.1 • Landschaftsschutzgebiete: 3.17.1 • Naturparke: 3.18.1 • Kranichschlafplätze: 4.14.1 • Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne: 4.15.1 Zur Forderung, keine Ausnahmen im Abstand von 1.000 m um EU-Vogelschutzgebiete zuzulassen: Dem wird nicht gefolgt, da die Ausnahmen klar definiert auf Bestandswindparks begrenzt sind und nur dann in Anspruch genommen werden, wenn eine FFH-Verträglichkeitsprüfung zu einem positiven Ergebnis kommt. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet darüber hinaus viele Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen, namentlich auf konkrete Potenzialflächen im Westensee-Gebiet. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die Bestände des Seeadlers haben bei einer genauen Betrachtung vor allem dort zu genommen, wo keine Windparks sind. Ähnliches gilt für den Rotmilan. Die Schutzbemühungen vieler Jahrzehnte Naturschutzarbeit ist es gelungen, dass diese Greifvögel bei uns in vielen Gegenden wieder heimisch geworden sind und erhaltungsfähige Bestände aufgebaut haben. Eine Ausweitung der Windkraftflächen in die Nähe bedeutsamer Brutplätze gefährdet all das. Weil die bisher errichteten Windparks überwiegend noch auf ökologisch wenig wertvollen Flächen errichtet wurden, steigt jetzt der Druck auf die deutlich wertvolleren Gebiete: Grünlandniederungen, Naturparks, Landschaftsschutzgebiete, geringeren Abstände zu Wald- und Schutzgebieten.Hier sieht der Nabu riesige Gefahren für den Fortbestand der weiterhin streng geschützten Greif- und Großvogelarten wie auch den Fledermäusen. Grundsätzlich sehen wir Chancen in der zukünftigen Verwirklichung von Windparks durch Antikollisionssysteme, wie sie inzwischen entwickelt werden. Doch die Wirksamkeit ist noch nicht überzeugend, speziell in strukturreichen oder hügeligen Landschaften oder für besonders schnell fliegende Arten. Wir begrüßen aber ausdrücklich weitere Forschungen und Einsätze dieser Systeme. Wir begrüßen ebenfalls, dass die Landesregierung unseren wichtigsten Naturschutzforderungen entsprochen hat, namentlich dem Schutz der Hauptachsen des Vogelzugs von besonderer Bedeutung und dem Schutz von bedeutsamen Brutgebieten von Wiesenbrütern. Zudem begrüßen wir ausdrücklich den Erhalt des Seeadlerdichtezentrums im östlichen Holstein. **Zu einigen Punkten von Abs. 4.5.1.3. Gebiets- und Artenschutz, der Teilfortschreibung soll im folgenden etwas detaillierter eingegangen werden:** **Punkt 1: Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche** Es sollten keine Ausnahmen des Radius von 1000m zugelassen werden, um die Funktionalität der Schutzgebietes auch außerhalb der Gebietskulisse zu erhalten, vor allem als Rast- und Nahrungsgebiet für weit fliegende Vögel und ihre Flugwege. Alle schleswig-holsteinischen Vogelschutzgebiete haben eine herausragende Bedeutung für seltene Brutvogel- und Rastvogelarten. Viele Brutvögel, z.B. Schwarzstorch, Seeadler, Rotmilan brüten innerhalb der Vogelschutzgebiete, nutzen zur Nahrungssuche aber ein weites Umfeld um das Gebiet. Auch hier muss ihr Schutz gewährleistet sein. **Punkt 6: Wälder und Umgebungsbereiche**	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Den Abstand zu Waldgebieten von 100 m auf lediglich 30 m abzusenken ist nicht akzeptabel. Gerade die Waldrandstrukuren sind für eine Vielzahl von windkaftsensiblen Tierarten ausgesprochen bedeutsam. Grreifvogelhorste befinden sich fast immer unmittelbar am Waldrand. Auch zur Nahrungssuche werden besonders häufig die Waldränder aufgesucht - denn hier befinden sich oft im Übergangsbereich zwischen Wald und Feld bzw. Grünland Randstreifenstrukturen, die viele Kleinsäuger, Insekten und andere Kleintiere nutzen- also potenzielle Nahrung für Greifvögel. Auch Fledermäuse jagen besonders gerne im Windschatten des Waldrandes. Hier können sie viele Insekten erbeuten. Als Brut- und Nahrungsgebiet kommt den Waldrändern deswegen eine besondere Bedeutung zu, ein Abstand von 30 m würde sowohl bei Vögeln wie auch bei Fledermäusen das Tötungsrisiko erheblich erhöhen. Viele Greifvögel, aber auch Uhu und Kranich, zeigen ein Meidungsverhalten von WEA und könnten ihre Brutplätze auf diese geringe Entfernung verlassen. Die Auswirkungen von Lärm, Störungen durch Wartungsarbeiten sowie Schattenwurf sind auf diese Entfernung zu erheblich und würden die wichtige Funktionalität des Lebensraumes Waldrand zerstören. **Punkt 13: Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche** Hier sollen gemäß des Entwurfs nur die Anforderungen des Artenschutzes im 3 km-Radius berücksichtigt werden. Aus Sicht des Nabu sollte der 3 km-Radius aber als Ausschlusskriterium weiterhin gelten. Es gibt ohnehin nur wenige große Schlafplätze in südöstlichen Schleswig-Holstein, diese sollten aber wirkungsvoll von WEA freigehalten werden. Es könnten dazu durchaus Mindestbestände vereinbart werden, aber der Schutz der Schlafgewässer sollte nicht aufgeweicht werden. **Punkt 14: Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten** Hier sollen gemäß des Entwurfs nur noch „die Anforderungen des Artenschutzes berücksichtigt“ werden. Bei Arten wie dem streng geschützten Singschwan, eine Art des Anhang 1 der EU-Vogelschutzrichtlinie, der durch den Bau von WEA teilweise mit starkem Meideverhalten reagiert, ist das aus Sicht des Nabu nicht ausreichend. Schleswig-Holstein beherbergt zahlenmäßig sehr große Überwinterungsbestände nördlicher und östlicher Populationen und trägt eine hohe Verantwortung für den Erhalt der Winterbestände. Gemäß der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW 2014) sollte der Ausschlussbereich 1 km um regelmäßig genutzte	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schlafplätze entsprechend 1%- Kriterium* sowie 10-fache Kipphöhe bzw. mind. 1,2 km zu Nahrungsflächen ab landesweiter Bedeutung betragen und Hauptflugkorridore zwischen Schlaf- und Nahrungsplätzen freigehalten werden. Dieser Forderung schließt sich der Nabu an. Brandenburg hat 2023 einen Prüfbereich von 2.000 m um Schlaf- und Rastgebiete ab 350 Ind. eingeführt (LANGGEMACH & DÜRR 2023). **Punkt 17: Brutplätze windkraftsensibler Großvögel** • Seeadler: Reduzierung des Abstandsradius von 3.000m auf 2.000m Diese erhebliche Reduzierung sieht der Nabu ausgesprochen kritisch. Nach der Schlagopferkartei der Vogelschutzwarte Brandenburg ist der Seeadler (nach Mäusebussard und Rotmilan) die am dritthäufigsten festgestellte Art, die an WEA tödlich verunglückt. 269 verendete Seeadler wurden alleine in Deutschland bereits registriert (LANGGEMACH & DÜRR 2023). Der bisher fast überall gültige Abstandsradius von 3 km um die Brutplätze wird immer wieder als sehr wirkungsvoll beschrieben, um zumindest die Brutbestände der Seeadler zu schützen. Seeadler haben große Nahrungsgebiete und selbst im 6 km Radius noch hohe Verluste durch WEA. Eine Absenkung des Abstandsradius um 30 % kann erhebliche Schäden der Seeadlerbrutbestände nach sich ziehen. Als Beispiel sei erwähnt, dass auf der gut untersuchten Insel Smøla (Norwegen) der Brutbestand im Umfeld eines WP von 13 auf 5 Paare sank, und es gab nach der Errichtung von WEA signifikant sinkenden Bruterfolg durch erhöhte Altvogelmortalität (LANGGEMACH & DÜRR 2023). - Schwarzstorch: Reduzierung des Abstandsradius von 3.000m auf 2.000m Diese erhebliche Reduzierung sieht der Nabu ebenfalls ausgesprochen kritisch. Der Schwarzstorchbestand in Schleswig-Holstein ist sehr gering mit inzwischen nur noch 6 Paaren. Die wenigen Brutplätze dieser sehr seltenen Art müssen entsprechend geschützt werden. Auch wenn nur wenige Funde (5 in D. laut LANGGEMACH & DÜRR 2023) von unter WEA verendeten Schwarzstörchen bekannt sind, kann die Gefahr nicht ausgeschlossen werden, da die Anzahl der Funde der Seltenheit der Art entspricht. Die Fundwahrscheinlichkeit einer so seltenen Art ist naturgemäß sehr gering. Da die nah verwandten Weißstörche regelmäßig mit WEA kollidieren, gibt es keinen Grund anzunehmen, dass Schwarzstörche nicht auf die gleiche Art gefährdet sind. Der Brutbestand des Schwarzstorches ist in SH in den letzten Jahren deutlich zurück gegangen, hat sich fast halbiert. Ob der Ausbau der Windenergie dazu auch einen Teil	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	beigetragen hat, lässt sich schwer nachweisen, könnte aber eine Rolle gespielt haben. - Weißstorch/Rotmilan: Möglichkeit der einzelfallbezogenen Prüfung auf Reduzierung auf 750 m (Weißstorch) bzw. 1000 m (Rotmilan). Die gültigen Mindestabstände von 1.500 m für den Rotmilan und 1.000 m für den Weißstorch sind weiterhin sehr wichtig für den Schutz der Brutvögel und es sollte keine Möglichkeit gegeben werden, diese aufzuweichen. Beide Arten verzeichnen ohnehin schon sehr hohe Verluste an WEA: beim Rotmilan bisher 751 Schlagopfer in Deutschland, beim Weißstorch sind es bisher 95 (LANGGEMACH & DÜRR 2023). Beim Rotmilan etwa finden nur 60% der Flüge im 1km-Radius statt (LANGGEMACH & DÜRR 2023). Wenn die Möglichkeit einer Reduzierung geschaffen wird, wird sie auch genutzt werden. Die dabei entstehende Problematik von Gefälligkeitsgutachten ist bekannt. Auch wird ja immer nur eine Momentaufnahme des jeweiligen Untersuchungsjahres registriert. Arten wie Rotmilan und Weißstorch sind allerdings sehr dynamisch und flexibel bei der Nahrungssuche. Sie reagieren schnell auf Mahdereignisse, die auch im weiteren Umfeld, bis zu 6 km, um den Horst liegen können. Wechselnde Bewirtschaftungsformen in unterschiedlichen Jahren schaffen jedes Jahr neue Nahrungsmöglichkeiten, die sich nicht innerhalb eines einjährigen Berichtszeitraums erfassen lassen. Nur der weiter bestehende großflächige Schutz um den Horstbereich ist ein wirkungsvolles Instrument, um die Vögel vor Kollisionen zu schützen. **Zu 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** **Punkt 13: Landschaftsschutzgebiete und 14: Naturparke** Auch zu der grundsätzlichen Öffnung von Landschaftsschutzgebiet für die Windkraft möchte sich der Nabu ablehnend äußern. Landschaftsschutzgebiete sind allgemein hin nicht nur landschaftlich reizvoll, sondern durch die entsprechende Naturausstattung auch für die Tier- und Pflanzenwelt in der Regel von größerer Bedeutung als die umgebende „Normalllandschaft“. Konflikte mit dem Artenschutz sind hier also in weiten Teilen anzunehmen. Auch ist die Freihaltung von landschaftlich ansprechenden Gegenden von vertikalen Strukturen wie Windrädern ein Anliegen, das auch dem Zielen des Nabu entspricht. Den Menschen müssen Gegenden in ihrem Wohnumfeld erhalten werden, in der sie in ihrer Freizeit unbeschwerten Naturgenuss erleben und genießen können. Landschafts-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	schutzgebiete und Naturparke tragen dazu maßgeblich bei ! Ein Ziel der Energiewende sollte auch sein, die Menschen von CO2-intensiven Flug- und Fernreisen abzuhalten. Deswegen ist es wichtig, in Schleswig-Holstein selbst weiterhin reizvolle Reiseziele in vollem Umfang zu erhalten und zu fördern, wie unsere Naturparke. Per Definition sind in einem LSG alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen. Bisher waren aus diesem Grund hier WEA nicht erlaubt. Völlig unverständlich ist, warum das jetzt geändert werden soll, wo die neuen WEA noch höher, noch größere Rotorblätter, und noch lauter geworden sind. Die riesigen Windräder verändern den Charakter eines Gebietes massiv, beeinflussen die Natur und mindern stark den Erholungswert. **Zu der Karte der Windkraftplanung im Bereich des Naturparks Westensee:** Konkrete Stellungnahmen zu den einzelnen Potenzialflächen werden vom Nabu eingereicht, wenn dazu die Möglichkeit besteht. Es wäre grundsätzlich wünschenswert, wenn der dazu Zeitraum nicht wieder so kurz ist wie jetzt zum Entwurf der Teilfortschreibung - und nicht wieder in der Urlaubszeit liegt. Kurz soll dennoch auch hier schon im Vorfeld auf die Flächen im Naturpark Westensee eingegangen werden: Aus artenschutzrechtlicher Sicht bestehen erhebliche Bedenken gegen den Bau von WEA im Naturpark Westensee, besonders weil die streng geschützten Großvogelarten Rotmilan und Seeadler im Naturpark in mehreren Paaren brüten. Seeadler nutzen zu jeder Jahreszeit das Westenseegebiet zum Brüten und zur Nahrungssuche. Neben den Brutpaaren halten sich teilweise bis zu 20 Adler hier auf, überwiegend immature Adler. Rotmilan und Seeadleer gehören zu den Greifvogelarten, die nach der europäischen Schlagopferkartei (LANGGEMACH & DÜRR 2023) ganz besonders durch tödliche Kollisionen mit WKA gefährdet sind und da im Umfeld der ausgewiesenen Potenzialflächen beide Arten regelmäßig brüten, sie durchfliegen bzw. zur Nahrungssuche nutzen, ist hier das Tötungsrisiko ausgesprochen hoch. Vermeidungsmaßnahmen sind beim Rotmilan schwierig und beim Seeadler unmöglich. Darüber hinaus brüten viele weitere Großvögel im Westenseegebiet (Rohrweihe, Uhu, Wespenbussard, Mäusebussard, Kranich, Baumfalke). In den Wintermonaten halten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sich auf den Flächen zahlreiche Singschwäne (teilweise bis zu 300 Ex.), Zwergschwäne und nordische Gänse auf. Auch andere Artengruppen, z.B. Fledermäuse, sind durch den Bau von WEA in diesem Gebiet ebenfalls stark gefährdet. Vor 9 Jahren bereits wurde die Fläche zwischen Felder Holz und Gut Bossee aus Artenschutzgründen, (speziell den zahlreichen Seeadlerflugbewegungen zum Bossee abgelehnt), deswegen ist es nicht nachvollziehbar, warum sie jetzt wieder aufgenommen wurde in den Regionalplan. Die damals erfasste Situation der Großvogelbestände hat sich bei keiner Art verändert. Seeadler fliegen weiterhin regelmäßig über die Felder zum Bossee, der Rotmilan brütet im Felder Holz und jagt hier. In den Wintermonaten bevölkern hunderte Singschwäne und Gänse die Ackerflächen. In der Eichenallee mit den teilweise mehrere hundert Jahre alten Eichen leben zahlreiche Fledermäuse. In Kürze sollen hier die wesentlichen Fakten geschildert werden: 1. Die Flächen zwischen Felder Holz und Gut Bosse, zu beiden Seiten der Eichenallee, haben eine sehr hohe Bedeutung als Jagd- und besonders Überfluggebiet des Seeadlerpaares von Diekendörn/Rümlandteich auf dem Weg vom Brutplatz zum Bossee und der Westenseer Bucht. Auf einer Karte wurden seinerzeit sämtliche Flugbewegungen dargestellt, um diesen Sachverhalt mit einer hohen Anzahl Überflüge zu verdeutlichen. Bei dem Adlerhorst in Diekendörn handelt es sich um einen jährlich genutzten Brutplatz, der bereits seit sehr langer Zeit genutzt wird. Der Bossee und der westliche Westensee zählen zu den regelmäßig und häufig aufgesuchten Nahrungsgebieten. Darüber hinaus nutzen zahlreiche weitere Seeadler, vor allem jüngere Vögel, das Westenseegebiet in hoher Frequenz. In den Wintermonaten können sich bis weit über 20 Adler hier aufhalten. 2. Im Felder Holz brüten jährlich Rotmilane, welche die Flächen entlang der Eichenallee ebenfalls in hohem Umfang als Nahrungsgebiet nutzen. Je nachdem, wo sich der Horst befindet (die Brutplätze wechseln teilweise von Jahr zu Jahr), liegt der Horst im 1.5 km Radius zu der Potenzialfläche. Durch den Mangel an günstigen Nahrungshabitaten (wenig Grünland, Saumstreifen, Brachen etc.) jagen v.a. die männlichen Vögel hier in einem sehr weiten Radius (festgestellt bis 5 km) um den Horst und sind damit besonders zur Aufzuchtzeit der Jungvögel stark gefährdet durch WEA. 3. An weiteren Großvogelarten im Betrachtungsraum sind Uhu, Wespenbussard,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kranich, Baumfalke und Mäusebussard relevant, da sie im Felder Holz, Bruxer Holz bzw. teilweise im Gutspark Bossee brüten, viele Arten in gleich mehreren Paaren an verschiedenen Standorten. Rohrweihen brüten in einigen Jahren in den Getreidefeldern (Bodenbruten). 4. In den Wintermonaten halten sich auf den Flächen zahlreiche Singschwäne (teilweise bis zu 300 Ex.), Zwergschwäne und nordische Gänse auf. 5. Als Vogelzugkorridor hat die Fläche ebenfallls einen hohen Stellenwert, da hier Wasservögel besonders im Herbst der Route Kieler Förde-Westensee-Eider folgen. So konnten hier bereits zahlreiche streng geschützte Arten wie Seeschwalben, Zwergmöwen, Brachvögel und andere Watvögel, viele Enten- und Gänsearten sowie Fischadler auf dem Durchzug beobachtet werden. 6. Entlang der Eichenallee gibt es zahlreiche Fledermäuse, da sie in den alten, höhlenreichen Bäumen viele Quartiere finden und entlang der Allee sehr günstige Nahrungsmöglichkeiten zu finden sind. Die Flächen bei Deutsch-Nienhof sollten ebenfalls aus Artenschutzgründen langfristig vor Windkraft bewahrt werden. Rotmilane brüten hier sogar unmittelbar auf der Fläche und ein weiteres Paar bei Steinkrug. Die Brutplätze der streng geschützten Arten sind dem Landesamt bekannt. Vor der Ausweisung der einzelnen Potenzialflächen sollte unbedingt noch eine weitere Brutzeit abgewartet werden, um bisher noch nicht bekannte Brutplätze zu erfassen. Allgemein sei auch hier noch einmal angemerkt, dass wir uns deutlich gegen den Bau von Windrädern in Naturparks aussprechen. Das Westenseegebiet hat eine besonders hohe Erholungsfunktion für die Anwohner der Anliegergemeinden, aber auch als Naherholungsgebiet v.a. aus dem Raum Kiel. Durch den Bau von Windrädern würde sich das Landschaftsbild extrem verändern. Wir haben nur 6 Naturparke in Schleswig-Holstein, und diese müssen frei von Windrädern (und PV-Anlagen) bleiben. **Literatur / Quellen** LANGGEMACH, T., KRONE, O., SÖMMER P., AUE, A. & WITTSTADT, U. (2010): Verlustursachen bei Rotmilan (Milvus milvus) und Schwarzmilan (Milvus migrans) im Land Brandenburg. Zeitschrift für Vogelkunde und Naturschutz in Hessen. Vogel und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umwelt 18, S. 85-101. LANGGEMACH, T. & T. DÜRR (2023): Informationen über Einflüsse der Windenergienutzung auf Vögel. Landesamt für Umwelt Brandenburg (Hrsg.). https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/natur/artenschutz/vogelschutzwarte/arbeitsschwerpunkt-entwicklung-und-umsetzung-von-schutzstrategien/auswirkungen-von-windenergieanlagen-auf-voegel-und-fledermaeuse/ Stand 09.08.2023 MELUR & LLUR (2016): Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereichs bei einigen sensiblen Großvogelarten Empfehlungen für artenschutzfachliche Beiträge im Rahmen der Errichtung von WEA. MELUND & LLUR (2017): Integration artenschutzrechtlicher Vorgaben in Windkraftgenehmigungen nach dem Bundesimmisionsschutzgesetz (BlmSchG). Kiel, Stand: 22.08.2017.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1973	**Meine Gedanken zur Planung neuer Windkraftanlagen – Gemeinde Rehhorst (Amt Nordstormarn)** Ich bin für erneuerbare Energieerzeugung. Ich habe meinen Blick auf Windkraftanlagen in der Landschaft verändert. Ich freue mich darüber - aber nur wenn sie sich bei Wind auch drehen, also nicht abgeschaltet werden mussten. Auch in meiner Gemeinde. Planung ist natürlich notwendig. Aber Zustimmung in den Gemeinden wird es nur geben, wenn die Konzepte nicht angreifbar sind – sowohl ökonomisch als auch ökologisch. In dieser Hinsicht vermisse ich einiges, zumal wir einen häufigen Energie-Überschuss haben, der zum Abschalten von Anlagen führt. 1. Energiespeicherung – dezentrale Analgen, welcher Art auch immer. 2. Es ist unerträglich, zu wissen, dass extrem klimaschädliche Stoffe wie Schwefelhexafluorid SF6 und ähnliche verbaut sind. Das wird nach der EU-Verordnung hoffentlich wirklich ein Ende haben – übrigens auch bei den hochgelobten Wärmepumpen. 3. Die betroffenen Gemeinden und ihrer BewohnerInnen müssen ganz deutlich	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.4, 7.2.3, 7.2.6, 7.2.9, 7.2.11 sowie 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	profitieren. 4. Für die Außenlieger, deren Abstand zu den Anlagen nur 400 m beträgt, muss mehr getan werden. Natürlich ist mit dem Bau der Windkraftanlage eine Wertminderung des Grundstückes verbunden, das steht außerfrage. Eine Entschädigung – da ist Kreativität gefordert (kostenloser Strom, jährliches „Schmerzensgeld“ – gestaffelt in 100 m-Schritten bis 1000 m, …) Dass diese Personen sich rechtlos fühlen, ist gut zu verstehen. Mehr Sensibilität, bitte. 5. **Meine Gemeinde Rehhorst: Schon jetzt Windkraftanlagen, Hochspannungsleitungen.** Lübecker Nachrichten 31.03.24: https://www.ln-online.de/lokales/stormarn/energiewende-nordostlink-soll-quer-durch-rehhorst-verlaufen-E4X4C5UE5RAWNLIPQXARJIKSYM.html 6. Weitere 9 + 6 Windkraftanlagen im Raum Rehhorst? Um die Bevölkerung mitnehmen zu können, müssten vielfältige Anreize geschaffen werden. Sonst wird es hier massiven Widerstand geben. **Kurz - ich vermisse bei der Planung Sensibilität, Kreativität und Empathie.**	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2944	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Die neuen WKA's erreichen z.Z. unbegrenzte Höhen bis zu 280m, dies macht es	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.7, 7.2.9, 4.2 und 7.2.10 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unabdingbar notwendig Abstände von mindestens 5 H zu Wohnhäusern einzuhalten! Ich fürchte, daß bei einem Feuerausbruch - der ja nicht löschbar ist, mein Leben und das Leben meiner Familie gefährdet ist, deshalb muß ein Abstand von ca. 1500m eingehalten werden. Ich befürchte eine Kontamination der Landschaft und landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastik (PFAS) und Vergiftung der Luft und des Landes und des Wassers. Ich fürchte die Einschränkung meines Lebens durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärm, Eiswurf u. Infraschall die meine und aller Gesundheit schadet. Ich wünsche mir, dass die Natur, die Pflanzen und Tiere geschützt bleiben und lehne deshalb die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab, die von bezahlten Gutachtern Ich habe Angst vor den politischen Folgen, denen die Reichen Bauern werden reicher und die Betroffenen werden ärmer. Die Feindseligkeit ist zwischen den Nachbarn gestiegen und eskaliert z.Z. wie nie zuvor. Eine Luft-Nummer mit desaströsen politischen Folgen! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Amt Nortorfer Land, Fachbereichsleitung III - Bau- und Umwelt, Ordnungs- und Sozialverwaltu	Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) Stellungnahme des Amtes Nortorfer Land Das Amt Nortorfer Land gibt zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) folgende	Gemeinden Gnutz und Langwedel und Stadt Nortorf zu Umfassung: Die flächenbezogene Prüfung erfolgt auf Regionalplanebene. Dort wird festgelegt, nach welchen Kriterien die Umfassung bewertet wird. Es ist in jedem Fall eine Einzelabwägung, die nicht nur von einer festen Gradzahl des Umfassungswinkels abhängt, sondern auch von der jeweiligen naturräumlichen Ausstattung, dem Relief und von Vorbelastungen. Gemeinde Gnutz und Stadt Nortorf zu informellen Planungen:

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ng **ID: M2666**	Stellungnahmen für seine amtsangehörigen Gemeinden ab: Dieses Schreiben beinhaltet die Stellungnahmen folgender Gemeinden / Stadt aus dem Amtsbereich Nortorfer Land: 1.) Gemeinde Borgdorf-Seedorf 2.) Gemeinde Gnutz 3.) Gemeinde Langwedel 4.) Gemeinde Oldenhütten 5.) Stadt Nortorf --- 1.) Stellungnahme der Gemeinde Borgdorf-Seedorf Flächen im Gebiet einer Gemeinde, auf denen bereits regenerative Energie erzeugt wird (z.B. Freiflächenphotovoltaikanlagen) sollen bei einer Ausweisung von Windenergiegebieten dergestalt berücksichtigt werden, dass in diesen Gemeinden keine Windenergiegebiete bzw. Windenergiegebiete in einem geringeren Umfang ausgewiesen werden. 2.) Stellungnahme der Gemeinde Gnutz 2.1 zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land Grundsätze und Ziele der Raumordnung Textauszug: 7 G ‚Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung‘ Eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WEA soll vermieden werden. Dafür	Der Hinweis der Gemeinde auf getätigte Grundstückskäufe ist auf Ebene der Regionalplanung für die konkrete Flächenprüfung relevant. Gemeinde Gnutz zu Ablenkflächen als Artenschutzmaßnahmen: Ob solche Flächen mit 1.000 m Umgebungsbereich freigehalten werden müssen, wird im Einzelfall auf Ebene der Regionalplanung geprüft. Zur Forderung der Gemeinde Langwedel, einen generellen Abstand von 1.000 m zu Siedlungen vorzusehen, wird auf Ziffer 2.3.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zum geforderten Abstand von 600 m zu Bebauung im Außenbereich wird auf Ziffer 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Forderung der Gemeinde Langwedel, bei der Vorranggebietsausweisung Siedlungsentwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden zu berücksichtigen, wird auf Ebene der Regionalplanung bei der Abwägung berücksichtigt. Gemeinde Langwedel zu Tourismus und Erholung: Die Forderung nach einer stärkeren Gewichtung des Belanges schon auf Ebene des LEP wird nicht umgesetzt. Mit der Formulierung "besonderes Gewicht" ist hinreichend klargestellt, dass der Belang "Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung" angemessen in der Regionalplanung berücksichtigt wird. Zur Forderung der Gemeinde Langwedel nach einem stärkeren Schutz der regionalen Grünzüge wird auf Ziffer 3.16.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Langwedel und teilweise Oldenhütten zu Landschaftsschutzgebieten, Naturparken und Abständen zu FFH- und Naturschutzgebieten sowie Wäldern: Hierzu wird auf die Ziffern 3.17.1, 3.18.1, 4.2.1 und 4.7.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	soll geprüft werden, ob Umfang und Anzahl von Windenergiegebieten in unmittelbarer räumlicher Nähe zu Ortslagen im Einzelfall begrenzt werden müssen. B zu 7 G Es soll verhindert werden, dass Ortslagen in unzumutbarer Weise von WEA umstellt werden, um sowohl einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität des Schutzgutes Mensch als auch einer Einschränkung der bedarfsgerechten gemeindlichen Entwicklung entgegenzuwirken. Hierfür soll nach der Prüfung im Einzelfall die Ausweisung beziehungsweise Ausdehnung von Windenergiegebieten begrenzt werden. Stellungnahme Gemeinde Gnutz: Der Grundsatz ‚Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung‘ ist näher zu definieren. Freihaltekorridore von 60 Grad zwischen einzelnen, benachbarten Vorranggebieten sind einzuhalten. Dabei ist ein Betrachtungsraum um Ortslagen von min. 4.000 m einzuhalten. Dieser erweiterte Betrachtungsraum ist notwendig, da bereits eine Referenz-WEA von 200 Metern Gesamthöhe vorgesehen ist und im Einzelfall auch durchaus höhere WEA entstehen können. 2.2 zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land Grundsätze und Ziele der Raumordnung Textauszug: 5 G ‚Umgebungsbereiche um geplante Siedlungsentwicklungen und Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen‘	Zur Forderung der Gemeinde Langwedel nach stärkeren Schutzmaßnahmen für Vögel wird auf die Ziffern 4.14 bis 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen geplante Siedlungsentwicklungen der Gemeinden und die in den Regionalplänen festgelegten überregionalen Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen mit den Umgebungsbereichen nach 1 Z und G sowie 2 Z berücksichtigt werden. B zu 5 G Unter geplante Siedlungsentwicklungen fallen informelle Planungen (beispielsweise Konzepte für eine Siedlungsentwicklung in Stadt-Umland-Kooperationen) sowie laufende Bauleitplan- und Satzungsverfahren. Es soll in jedem Einzelfall geprüft werden, ob zwischen der gemeindlichen Planung und der Festlegung eines Windenergiegebietes ein Zielkonflikt besteht. Dabei ist zwischen den formulierten Siedlungsentwicklungszielen und dem Interesse an der Ausweisung eines Windenergiegebietes abzuwägen. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, inwieweit zusätzlich ein Umgebungsbereich entsprechend 1 Z und G sowie 2 Z zu berücksichtigen ist, um die geplante Entwicklung auch tatsächlich zu ermöglichen. Stellungnahme Gemeinde Gnutz: Die Begriffe ‚informelle Planungen‘, ‚planverfestigte Siedlungsausweisungen‘ und ‚planerisch verfestigte Gewerbeflächenausweisungen‘ sind näher zu definieren. So sind z.B. bereits getätigte Grundstücksankäufe der Kommune zur Sicherung von Flächen für zukünftige Siedlungs- oder Gewerbeflächenausweisungen zu berücksichtigen, auch wenn es (noch) keine konkreten Planentwürfe für diese Flächen gibt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2.3 zu Kapitel 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz Grundsätze und Ziele der Raumordnung Stellungnahme Gemeinde Gnutz: Die Grundsätze und Ziele der Raumordnung unter 4.5.1.3 ‚Gebiets- und Artenschutz‘ sind dahingehend zu ergänzen, dass um bereits ausgewiesene sogenannte ‚Ablenkflächen‘ im Umgebungsbereich von min. 1.000 Meter keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfindet. ---------- 3.) Stellungnahme der Gemeinde Langwedel 3.1 - zu Kapitel 4.5.1.1 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion G 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohnund/ oder Erholungsfunktion In Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion sowie in einem Umgebungsbereich von 800 m um diesen Bereich wird die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen. Ein Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern soll gemäß 1 G von Windenergiegebieten freigehalten werden, sofern noch keine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz der Wohnbebauung eingesetzt und die Gewährung des 1.000 m Umgebungsbereiches gefordert sowie diesen auch meist erhalten. Die Gemeinden mit bereits vorhandenen Vor- ranggebieten sind durch diese stark belastet und tragen bereits maßgeblich dazu bei, die energie- und klimapolitischen Ziele der Landesregierung zu erfüllen. An eine bereits vorhandene Windenergienutzung (Vorbelastung) zu knüpfen, dass die Menschen vor Ort einen geringeren Schutzabstand erdulden könnten bzw. eine Ungleichbehandlung zu ertragen haben, scheint weder sachlich noch inhaltlich nachvollziehbar. Eine Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so insbesondere in den Bereichen sinken, in denen WEA bereits jetzt installiert worden sind. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein und gefährdet massiv den propagierten Windfrieden im Land. Zunehmend beklagen sich Anlieger/innen auch über starke Geräuschbelästigungen. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Diese Situation wird vor dem Hintergrund der weiteren Verdichtung des WKA-Bestands im ländlichen Raum sowie zu geringer Abstände zur Wohnbebauung einen weiteren Verlust an Akzeptanz sowie einer Zusatzbelastung für die Bevölkerung vor Ort bedeuten.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Gemeinde Langwedel fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohnund/ oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 1.000 m einzuräumen; unabhängig von einer Vorbelastung. 3.2 – Kapitel 4.5.1 • 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion • 2 Z 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe • 3 G Festlegung einer Referenzanlage • 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen • Streichung von 6 Z in Kapitel 3.5.2 (LEP-Wind a.F.) Der Entwurf zur TF-LEP Wind 2024 beinhaltet, dass die bisherige 3H-/5H-Regelung entfällt. Diese sah vor, dass der Abstand von Windrädern zu Häusern im Außenbereich das Dreifache und zu Siedlungen das Fünffache der Anlagenhöhe beträgt. Grund für die Streichung ist, dass Flächen mit Höhenbegrenzungen nicht auf die vom Bund im WindBG vorgegebenen Flächenziele angerechnet werden dürfen. Aus dem gleichen Grunde wurde mit 4 Z ein Verbot jedweder Höhenbeschränkungen verankert. Die Referenzanlage in Nr. 3 G wird mit einer Gesamthöhe von 200 m beschrieben. Dass die Landesplanung die Vorgaben aus dem WindBG berücksichtigen muss, ist nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist hingegen, dass bei einer faktischen Freigabe	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	jedweder Höhenbegrenzungen die Abstände zur Wohnbebauung im Vergleich zum bisherigen LEP-Wind nicht entsprechend mit angepasst bzw. vergrößert werden. Insbesondere die Wohnbebauung im baurechtlichen Außenbereich wird nicht (mehr) ausreichend geschützt und die Abstände sogar verringert. Hier verliert der Außenbereich faktisch den Schutz von 600 m (3h) (bezogen auf die Referenzanlage) und erhält nur noch pauschal 400 m. Aber auch die Siedlungsgebiete verlieren an Abstandsfläche, wenn weniger als 1.000 m Abstand gewährt werden. Bezogen auf die Referenzanlage würden nämlich durch „5h“ 1.000 m als gesetzt gelten. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz der Wohnbebauung eingesetzt. Die Abstandsregelungen waren schon damals aus Sicht der Gemeinden nur bedingt akzeptabel. Eine weitere Reduzierung ist nicht hinnehmbar. Es werden zunehmend Klagen von Anlieger/innen über starke Geräuschbelästigungen bekannt. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Dieser Situation wird überhaupt keine Rechnung getragen; vielmehr wird der Abstand sogar noch reduziert. Insbesondere Menschen im Außenbereich empfinden sich hierdurch als Bürger/innen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zweiter Klasse. Die Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so weiter massiv sinken und der Windfrieden in Schleswig-Holstein gefährdet. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein. Die Gemeinde Langwedel fordert daher, zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen sowie innerhalb dieser im Außenbereich einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 600 m einzuräumen. Die Gemeinde Langwedel fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohnund/ oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 1.000 m einzuräumen. 3.3 – Kapitel 4.5.1.1 • 3 Z Gegenseitige Beachtung von Abstandserfordernissen von Siedlungsentwicklungen und Windenergienutzung Dieses Ziel der Raumordnung sagt aus, dass bei der gemeindlichen Siedlungsentwicklung die Abstände zu Windenergiegebieten entsprechend der Schutzwürdigkeit der geplanten Nutzungen einzuhalten sind. Diese entsprechen den Umgebungsbereichen aus den Absätzen 1 Z und 2 Z. Obwohl die Gemeinde, wie oben beschrieben, einen ausreichenden Abstand zur Wohnbebauung als unerlässlich erachtet, wird durch die Abstandsflächen die kommunale Planungshoheit massiv eingeschränkt, indem die Abstandsflächen die Siedlungsentwicklung entsprechend einschränken. Die Planungshoheit der Gemeinden ist ein Kernelement des Bauplanungsrechts und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	obliegt den Gemeinden (Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG). Es entspricht nicht dieser Vorgabe des Grundgesetzes, dass die Gemeinden bei der Errichtung von Windenergieanlagen keinerlei Mitspracherecht mehr haben sowie zusätzlich in ihren Entwicklungsmöglichkeiten durch die heranrückende Windkraft massiv beschränkt werden. Die Gemeinde Langwedel fordert daher, durch eine generelle und weiträumige Rücknahme von Potentialflächen im Umgebungsbereich der Gemeinden Freiräume für eine weitere und ausreichende Siedlungsentwicklung zu schaffen. Es kann nicht sein, dass die zukünftigen baulichen Entwicklungsmöglichkeiten durch die Abstandsflächen derart eingeschränkt werden. • 7 G Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung Gemäß Plantext soll eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WEA vermieden werden. Dafür soll geprüft werden, ob Umfang und Anzahl von Windenergiegebieten in unmittelbarer räumlicher Nähe zu Ortslagen im Einzelfall begrenzt werden müssen. Auf der Internetseite des Landes sind unter der Rubrik „Windenergienutzung (Räumliche Steuerung)“ diverse erläuternde Hintergrundinformationen online gestellt worden. In dem ebenfalls veröffentlichten Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“ wird dargelegt, dass „Abwägungskriterien wie zum Beispiel Umfassung von Ortslagen (…) zugunsten der Windenergienutzung geringer gewichtet“ (Hervorhebung durch Gemeinde) werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Umfassung von Ortslagen schädigt nicht nur das Landschaftsbild eines Gebietes massiv und nachhaltig, sondern belastet auch die Anwohner/innen tagtäglich in einem erheblichen Ausmaß. Die „Umzingelung“ von Gemeinden durch Windenergieanlagen stellt insbesondere im Zusammenhang mit den zu geringen Abständen zu Siedlungsgebieten (gerade bei Vorbelastungen durch WEA) und Außenbereichen einen nicht hinzunehmenden Faktor dar, der eine Akzeptanz dieser Energieform erheblich beeinträchtigen und den Windfrieden im Land insgesamt gefährden würde. Der Begriff der „Zumutbarkeit“ muss daher weit ausgelegt und den Gemeinden ein ausreichendes Landschaftsfenster zugestanden bzw. dieses sichergestellt werden. Entsprechend konkrete und zielführende Aussagen sind bereits im LEP belastbar zu verankern, sodass bereits vor der Regionalplanung die herausragende Gewichtung der Verhinderung einer Umzingelung deutlich wird. Die angekündigte geringere Gewichtung ist hingegen unbedingt zurückzunehmen, um die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu erhalten. 3.5 – Kapitel 4.5.1.2 • 11 G Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung In den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung sowie den Kernbereichen für Tourismus und/oder Erholung soll dem Tourismus und der Erholung besonderes Gewicht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	beigemessen werden. Ob und inwieweit im Einzelfall ein Windenergiegebiet mit diesen landesplanerischen Grundsätzen zu vereinbaren ist, soll gemäß Entwurf der TF-LEP einzelfallbezogen geprüft werden. Als Kernbereich für Erholung gelten insbesondere die Bereiche um den Brahmsee, dem Lustsee und dem Pohlsee in der Gemeinde Langwedel. Die Bedeutung der drei Seen mit ihrer natürlichen Umgebung für Tourismus und Naherholung stehen außer Zweifel. Der Bau von Windkraft gilt gemäß §14 BNatSchG als Eingriff in die Landschaft und Natur und ist somit auszugleichen. Die unteren Naturschutzbehörden in Schleswig-Holstein ziehen dafür gemäß Ministeriumserlass den radialen Wirkbereich, berechnet aus der 15-fa- chen Gesamtanlagenhöhe, heran. Die heutigen Anlagen sind gemäß Referenzanlage 200 m hoch und haben damit einen Wirkbereich von etwa 3.000 m in jede Richtung. In den Kernbereichen für Erholung sollen jedoch gemäß des aktuellen Regionalplanes „Erholungsmöglichkeiten qualitativ verbessert und die Erholungsinfrastruktur unter Berücksichtigung der ökologischen Tragfähigkeit ausgebaut werden“. Die Ausweisung massiver neuer Potentialflächen für Windenergie läuft aus Sicht der Gemeinde diesem Ansinnen drastisch zuwider. Immissionen sowie auch die weitreichende Sichtbarkeit der Anlagen schädigen das Landschaftsbild sowie den Kernbereich für Erholung nachhaltig und erheblich. U.a. ist hier den Naturparks auch eine Schwerpunktaufgabe übertragen worden. Die Gemeinde Langwedel fordert daher, die Formulierung „besonderes Gewicht“	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	weitergehend zu verschärfen. Der Schutz von Tourismus und Erholung muss bereits im LEP belastbar verankert und klargestellt werden. Nur so kann bereits vor der Regionalplanung die herausragende Gewichtung deutlich gemacht werden. 3.6 – Kapitel 4.5.1.2 • 12 G Regionale Grünzüge Kapitel 6.3.1 des Landesentwicklungsplanes SH regelt die Regionalen Grünzügen. Es wird beschrieben, dass in den Ordnungsräumen dem langfristigen Schutz unbesiedelter Freiräume eine besondere Bedeutung zur Sicherung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Siedlungsansprüchen und ökologischer Qualitätssicherung des Raums zukommt. Die Grünzüge dienen als großräumig zusammenhängende Freiflächen insbesondere dem Schutz der Landschaft vor einer großräumigen Zersiedelung (siehe 1 Z sowie 4 Z). Für die regionalen Grünzüge besteht ein generelles Freihaltegebot. Als verbindliche Ziele der Raumordnung scheint es sehr widersprüchlich, dass der Schutz der Landschaft nun zurückstehen soll, um in dem betroffenen Bereich in massiver Form neue Windenergiegebiete auszuweisen. Auf der Internetseite des Landes sind unter der Rubrik „Windenergienutzung (Räumliche Steuerung)“ diverse erläuternde Hintergrundinformationen online gestellt worden. In dem ebenfalls veröffentlichten Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“ wird dargelegt, dass „Abwägungskriterien wie zum Beispiel (…) regionale Grünzüge (…)	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zugunsten der Windenergienutzung geringer gewichtet“ werden (Hervorhebung durch Gemeinde). Während festzustellen ist, dass kommunale Anliegen stets durch die Benennung des regionalen Grünzuges blockiert und ausgebremst werden, scheinen die Landesziele, selbst bei einem so erheblichen Eingriff in Natur und Landschaft, wie die großflächige Ausweisung von Windenergiegebieten, nicht entsprechend negativ behandelt zu werden. Eine noch weitere Reduzierung des Schutzes der regionalen Grünzüge ist aus Sicht der Gemeinde nicht hinnehmbar. Bereits im Landesentwicklungsplan sind daher zielführende und belastbare Maßnahmen zu verankern, die einen wirksamen Schutz bieten. In jedem Falle ist mindestens die ursprüngliche Gewichtung in der Abwägung wiederherzustellen. 3.7 - Kapitel 4.5.1.2 und 4.5.1.3 • 13 G Landschaftsschutzgebiete • 2 Z Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche • 3 Z Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche Landschaftsschutzgebiete: Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. Als weiches Tabukriterium waren LSGs im LEP-Wind a.F. noch weitestgehend gegen eine Nutzung durch Windenergie geschützt. Dieses wird nun erheblich aufgeweicht und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Schutz nur noch gewährt, wenn verschiedene undefinierte Voraussetzungen erfüllt werden. LSG sollten grundsätzlich von der Ausweisung von Vorranggebieten ausgenommen werden. Sie erfüllen eine wichtige Funktion sowohl in ökologischer Sicht als auch im Hinblick auf den Binnenlandtourismus, dessen Entwicklung und Stärkung ein erklärtes Ziel der Landesregierung ist. Die Errichtung von Windparks führt den Begriff Landschaftsschutzgebiet (LSG) ad absurdum und steht im Widerspruch zu allen sonstigen Restriktionen im LSG. Naturschutzgebiete: Um eine Beeinträchtigung eines NSG von außen zu verhindern, ist die Ausweisung von Windenergiegebieten auch für einen Umgebungsbereich von 100 Metern um dieses herum unzulässig. Im LEP-Wind a.F. betrug der Umgebungsbereich noch 200 m bei Naturschutzgebieten. FFH-Gebiete: Der Ausschluss von Windenergienutzungen gilt auch für einen Umgebungsbereich von 100 Metern um ein FFH-Gebiet herum. Ein erweiterter Umgebungsbereich von insgesamt 200 Metern gilt nur für spezielle Gebiete, deren Erhaltungsziele den Schutz von Fledermäusen umfassen. Im LEP-Wind a.F. betrug der Umgebungsbereich noch generell 200 m für FFH-Gebiete. In der Teilfortschreibung zum LEP Wind ist mindestens der ursprüngliche Schutzstatus für die o.g. Gebiete wiederherzustellen. 3.8 - Kapitel 4.5.1.3 • 6 Z Wälder und Umgebungsbereiche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wäldern wurde im bisherigen LEP-Wind ein Abstand bzw. ein Umgebungsbereich von 30 - 100 m zugestanden (weiches Tabu). Die Ausweisung von Windenergiegebieten soll nunmehr nur noch in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig sein (ausgenommen Naturwälder). Angesichts der vielfältigen Belastungen durch das Zusammenwirken des Klimawandels und intensiver Bewirtschaftung ist die Einschränkung des Waldschutzes zum Erhalt weiterer Flächen für die Windenergie nicht hinzunehmen. Da Wälder in Schleswig-Holstein selten sind, haben die vorhandenen Waldflächen für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz eine besondere Bedeutung. Die Gemeinde fordert daher, den Schutzabstand von 100 m auf alle Waldarten vorbehaltlos anzuwenden. 3.9 - Kapitel 4.5.1.3 • 7 Z bis 17 G diverse Punkte zu Natur- und insbesondere Vogelschutz Bezüglich des Natur- und insbesondere des Vogelschutzes schreibt der NABU SH auf seiner Homepage https://schleswig-holstein.nabu.de/politik-undumwelt/ energie/windenergie/35068.html (gesichtet am 16.08.2024): „Sehr kritisch sehen wir etwa, dass beispielsweise die Abstände zu Brutplätzen der besonders windkraft-sensiblen Arten Seeadler und Schwarzstorch von 3.000 m auf 2.000 m abgesenkt werden sollen - entgegen den ausdrücklichen Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaften der Vogelschutzwarten. Und selbst dieser zu geringe	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstand soll kein zwingender Mindeststandard werden, sondern unterlaufen werden können. Für Rotmilan und Weißstorch sind ebenfalls tödliche Abstandsverkürzungen vorgesehen. Auch der Abstand zu Wäldern – mit Ausnahme von Naturwäldern – soll von 100 m auf gerade einmal 30 m verkürzt werden. Folglich droht eine übermäßige Gefährdung verschiedener Fledermausarten. Für diese starken Einschränkungen des Artenschutzes zeichnet jedoch weniger die Landesregierung, sondern vielmehr der Bund mit seinen diesbezüglichen auch für das Land verbindlichen Rechtsvorschriften Verantwortung.“ Diesen Aussagen folgt die Gemeinde Langwedel inhaltlich voll und ganz und fordert diesbezüglich eine Nachbesserung in der TF-LEP Wind bzw. mindestens die Wiederherstellung der bisherigen Schutzmaßnahmen. Dabei sind die Umgebungsbereiche um Seen im Abstand von mind. 1,5 km von Windkraftanlagen freizuhalten. Ferner sind die Verbindungsachsen zwischen den Nistplätzen der Großvögel und deren Jagdgebieten wie z. B. Seen freizuhalten. Entsprechendes gilt für Äsungsflächen und Schlafplätzen von Gänsen und Kranich. 3.10 - Kapitel 4.5.1.2 • 14 G Naturparke Die neue TF-LEP Wind sagt aus, dass „bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden sollen“.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Auf der Internetseite des Landes sind unter der Rubrik „Windenergienutzung (Räumliche Steuerung)“ diverse erläuternde Hintergrundinformationen online gestellt worden. In dem ebenfalls veröffentlichten Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“ wird dargelegt, dass „Abwägungskriterien wie zum Beispiel (…) Naturparke (…) zugunsten der Windenergienutzung geringer gewichtet“ werden sollen (Hervorhebung durch Gemeinde). Gemäß § 16 Absatz 1 LNatSchG sind Naturparke in Schleswig-Holstein definiert als großräumige Gebiete, die zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete (NSG), LSG, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Mit den Naturparken soll die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzenund Tierwelt sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft erhalten und gesichert werden. Um diese Ziele auch tatsächlich erfüllen zu können, ist es aus Sicht der Gemeinde erforderlich, Windenergiegebiete in diesen Bereichen nicht oder nur mit ganz außerordentlich besonderem Bedacht umzusetzen. Die im Entwurf benannte „Berücksichtigung besonderer Funktionen von Naturparken“ ist aus Sicht der Gemeinde zu kurz gegriffen und so nicht ausreichend; es muss konkret klargestellt werden, welchen hohen Schutzstatus die Naturparke vor Ort innehaben.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Entsprechend konkrete und zielführende Aussagen sind bereits im LEP belastbar zu verankern, sodass bereits vor der Regionalplanung die besondere Gewichtung deutlich wird. Die angekündigte geringere Gewichtung ist hingegen unbedingt zurückzunehmen und mindestens wieder der ursprüngliche Schutzstatus für die Naturparke herzustellen. --- 4.) Stellungnahme der Gemeinde Oldenhütten Im Bereich der ausgewiesenen FFH Gebiete und den sogenannten Korridorflächen in einer Distanz von 3 km zwischen den FFH Gebieten, sind keine Vorranggebiete für Windenergie auszuweisen, um einen Austausch von Fledermäusen und Vögel nicht zu gefährden. --- 5.) Stellungnahme der Stadt Nortorf 5.1 4.5.1 Windenergie an Land Grundsätze und Ziele der Raumordnung Textauszug: 5 G ‚Umgebungsbereiche um geplante Siedlungsentwicklungen und Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen‘ Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen geplante Siedlungsentwicklungen der Gemeinden und die in den Regionalplänen festgelegten überregionalen Standorte	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen mit den Umgebungsbereichen nach 1 Z und G sowie 2 Z berücksichtigt werden. B zu 5 G Unter geplante Siedlungsentwicklungen fallen informelle Planungen (beispielsweise Konzepte für eine Siedlungsentwicklung in Stadt-Umland-Kooperationen) sowie laufende Bauleitplan- und Satzungsverfahren. Es soll in jedem Einzelfall geprüft werden, ob zwischen der gemeindlichen Planung und der Festlegung eines Windenergiegebietes ein Zielkonflikt besteht. Dabei ist zwischen den formulierten Siedlungsentwicklungszielen und dem Interesse an der Ausweisung eines Windenergiegebietes abzuwägen. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, inwieweit zusätzlich ein Umgebungsbereich entsprechend 1 Z und G sowie 2 Z zu berücksichtigen ist, um die geplante Entwicklung auch tatsächlich zu ermöglichen. Stellungnahme Stadt Nortorf: Die Begriffe ‚informelle Planungen‘, ‚planverfestigte Siedlungsausweisungen‘ und ‚planerisch verfestigte Gewerbeflächenausweisungen‘ sind näher zu definieren. So sind z.B. bereits getätigte Grundstücksankäufe der Kommune zur Sicherung von Flächen für zukünftige Siedlungs- oder Gewerbeflächenausweisungen zu berücksichtigen, auch wenn es (noch) keine konkreten Planentwürfe für diese Flächen gibt. 5.2 – Kapitel 4.5.1.1 • 7 G Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Textauszug: 7 G ‚Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung‘ Eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WEA soll vermieden werden. Dafür soll geprüft werden, ob Umfang und Anzahl von Windenergiegebieten in unmittelbarer räumlicher Nähe zu Ortslagen im Einzelfall begrenzt werden müssen. B zu 7 G Es soll verhindert werden, dass Ortslagen in unzumutbarer Weise von WEA umstellt werden, um sowohl einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität des Schutzgutes Mensch als auch einer Einschränkung der bedarfsgerechten gemeindlichen Entwicklung entgegenzuwirken. Hierfür soll nach der Prüfung im Einzelfall die Ausweisung beziehungsweise Ausdehnung von Windenergiegebieten begrenzt werden. Stellungnahme Stadt Nortorf: Der Grundsatz ‚Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung‘ ist näher zu definieren. Freihaltekorridore von 60 Grad zwischen einzelnen, benachbarten Vorranggebieten sind einzuhalten. Dabei ist ein Betrachtungsraum um Ortslagen von min. 4.000 m einzuhalten. Dieser erweiterte Betrachtungsraum ist notwendig, da bereits eine Referenz-WEA von 200 Metern Gesamthöhe vorgesehen ist und im Einzelfall auch durchaus höhere WEA entstehen können. Nortorf, 09.09.2024	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Amt Nortorfer Land Der Amtsdirektor	
Institution: Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung, Referat ST Sachgebiet ST II Anlagenschutz ID: M2472	Sehr geehrter Herr [redacted], sehr geehrte Damen Herren, für Ihre Mail vom 25.06.2024 möchte ich mich herzlich bedanken. Gerne nehme ich zur vorgelegten Planung aus Sicht der von mir wahrzunehmenden Belange Stellung. Durch die vorgelegte Teilfortschreibung des Kapitels Windenergie des LEP wird der Aufgabenbereich meiner Behörde als Trägerin öffentlicher Belange im Hinblick auf den Schutz ziviler Flugsicherungseinrichtungen gemäß § 18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG) weiterhin berührt, da Teile des räumlichen Geltungsbereiches des LEP im Anlagenschutzbereich von Flugsicherungsanlagen (z.B. Kiel-Holtenau, Lübeck-Blankensee) belegen sind.Je nach Verortung und Dimensionierung von Windenergieanlagen besteht daher dem Grunde nach die Möglichkeit einer Störung von Flugsicherungseinrichtungen. Nach § 18a Abs. 1 Satz 1 LuftVG dürfen Bauwerke nicht errichtet werden, wenn dadurch Flugsicherungseinrichtungen gestört werden können. Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten WEA im Rahmen eines späteren Genehmigungsverfahrens sind wahrscheinlich. Einschränkungen sind umso wahrscheinlicher, je näher das Bauwerk an die Flugsicherungseinrichtung heranrückt und je größer und höher die WEA dimensioniert sind. Weiterhin sind topographische Umstände zu berücksichtigen, die sich aus dem umgebenden Gelände, anderen Bauwerken, Vegetation und Ähnlichem ergeben. Bei WEA steigt die Wahrscheinlichkeit einer Ablehnung zudem in Abhängigkeit von den bereits vorhandenen oder nach § 18a LuftVG zugestimmten WEA im Anlagenschutzbereich. Bei der Ausweisung von Plangebieten im Anlagenschutzbereich wird empfohlen auf die Möglichkeit von Einschränkungen im späteren Genehmigungsverfahren und die Notwendigkeit der Beteiligung meiner Behörde hinzuweisen. Der Stellungnahme der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH vom 23.08.2024 schließe	Die Ausweisung von Vorranggebieten erfolgt erst auf Ebene der Regionalpläne, der Landesentwicklungsplan Sachthema Windenergie legt zunächst die Rahmenbedingungen fest. Insofern können die Ausführungen der Stellungnahmen nur zur Kenntnis genommen werden. Eine Änderung des Planentwurfes ergibt sich nicht.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ich mich inhaltlichvollumfänglich an. Diese Beurteilung beruht auf den nach § 18a Abs. 1b, Satz 2 LuftVG angemeldeten Anlagenstandorten und -schutzbereichen der Flugsicherungseinrichtungen mit heutigem Stand (September 2024). Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1970	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit widerspreche ich als betroffener Bürger dem geplanten Ausbau der Windkraft. Die geradezu "panische" Flucht in regenerative Energiequellen ist m.E. nicht bis zum Ende gedacht. Die vermeintlich gute Ökobilanz der Windenergie ist in den letzten Jahren erheblich in Frage geraten. Nur als Beispiele sollen da der Vogelschlag durch die Windräder, Entsorgungsprobleme von stillzulegenden oder zu ersetzenden Windkraftanlagen, sowie die nicht unerhebliche Gefahr durch massive Umweltverschmutzung bei (unkontrollierbaren) Bränden der kunststoffbelasteten Rotorblätter und nicht unerheblicher Mengen giftiger Öle in den Generatorengondeln genannt sein. Dazu kommt das subjektive Gefühl von optischer Verschandelung der Landschaft und unmittelbare Belästigung und Gesundheitsbeeinträchtigung der direkten Anwohner. Als studierter Dipl.Ing. (FH) in der Fachrichtung Energietechnik (an der FH Flensburg) mit entsprechend fundierten Kenntnissen stelle ich weiterhin das Konzept der Bundesrepublik grundlegend in Frage. Das Abschalten unserer verbliebenen grundlastsichernden AKW war ein Riesenfehler! Wie unsere -von der Regierung und der EU- gewünschte niedrige CO2-Bilanz in der Praxis aussieht, kann man sich täglich z.B. auf der App *Electicity Maps* ansehen. Bitte halten Sie Abstand vom weiteren Ausbau und der Verschandelung unserer schönen Heimat Schleswig-Holstein Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf Ziffern 7.2.1, 7.2.2, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.12, 7.3.5, 7.3.6, der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1969	Sehr geehrte Damen und Herren, als zukünftiger Erbe eines Grundeigentums in der Potenzialfläche PR2_PLO_006 möchte ich meine Bedenken zur aktuellen Regelung des Schutzradius um das Hügelgrab in der Gemeinde Stoltenberg äußern. Der derzeit festgelegte Schutzradius von 500 m für das Hügelgrab erscheint mir als unverhältnismäßig groß. Selbst für bewohnte Siedlungen im Außenbereich ist aktuell ein Abstand von 400 m zu Windkraftanlagen vorgesehen. Es lässt sich aus meiner Sicht nicht nachvollziehen, warum ein unbewohntes Hügelgrab einen größeren Schutzradius genießt, als dauerhaft bewohnte Gebiete. Ein Mindestabstand von z.B. 300 m wären meiner Auffassung nach geeignet, um den archäologischen Wert des Hügelgrabs zu bewahren und gleichzeitig die Abstandsregelungen zu Wohngebieten in ein angemessenes Verhältnis zu setzen. Ich hoffe, dass meine Stellungnahme Berücksichtigung findet und die Regelungen entsprechend angepasst werden. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2558	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als	Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Landschaftsschutzgebieten: Der Stellungnahme wird insofern gefolgt, als dass in Aufstellung befindliche und einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete unberücksichtigt bleiben. zu Wäldern und Umgebungsbereichen: Die Raumordnung hat keine Verwerfungskompetenz gegenüber Landesrecht. Die Auffassung, dass die BVerfG-Entscheidung zum Waldgesetz Thüringen auf Schleswig-Holstein übertragbar sei, wird nicht geteilt. Der geringe Waldanteil in Schleswig-Holstein genießt schon per se einen höheren Schutzanspruch. Das Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf das Umwandlungsverbot für WEA nicht verfassungswidrig. Unabhängig davon wird ein Mindestabstand zum Wald von 30 m auch deshalb für notwendig erachtet, um die ökologische Funktion des Waldrandes mit den Wechselbeziehungen insbesondere von Fledermäusen und Vögeln ins Offenland nicht zu stark zu beeinträchtigen. Scheuch- und Störwirkungen sind in diesem Nahbereich auch bei ökologisch weniger wertvollen Wäldern anzunehmen. Die Ausführungen zum Abstand zu Naturwäldern werden zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden nur Naturwälder i.S. des § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten die Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem	trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. Zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel: Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen sind in der Nähe von Horststandorten windkraftsensibler Großvogelarten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. Folglich ist der absolute Ausschluss von Windenergieanlagen in den Umgebungsbereichen mittels eines Zieles der Raumordnung fachlich und rechtlich nicht geboten. Der Einsatz von Antikollisionssystemen ist derzeit nicht in jedem Fall fachlich geeignet oder technisch möglich um das Tötungsrisiko stets ausschließen zu können. Eine Ausweisung von Vorranggebieten unter alleiniger Annahme des Einsatzes eines Antikollisionssystems ist daher fachlich und rechtlich nicht möglich. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel angesetzten Umgebungsbereiche orientieren sich jetzt an den Angaben des BNatSchG (Anlage 1 Abschnitt 2 zu § 45b BNatSchG). Der Nahbereich wird durch ein neues Ziel der Raumordnung als freizuhaltender Bereich aufgenommen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 45 b bis d ausschließlich für die Ebene der Zulassungsverfahren. Das Kriterium „Seeadlerdichtezentrum“ wird beibehalten, denn aufgrund von überdurchschnittlich hoher Anzahl von Revieren ist von einem hohen Kollisionsrisiko mit WEA auszugehen. Eine Öffnung dieses Kriteriums ist naturschutzfachlich und planerisch auch im Lichte der eingegangenen Stellungnahmen nicht angezeigt. Eine Konfliktbewältigung durch Maßnahmen wird hier in der Regel nicht verhältnismäßig sein. Eine Erweiterung des

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen	Dichtezentrums ist aus fachlicher Sicht ebenso nicht erforderlich, da es in der jetzigen Abgrenzung nach wie vor die höchste Revierdichte in Schleswig-Holstein abbildet und damit den Schwerpunkt der Seeadlerverbreitung darstellt. Daran ändern auch vereinzelt hinzugekommen Brutplätze am Rande nichts. Der Schwarzstorch steht mit 5-7 Revieren kurz vor dem Aussterben in Schleswig-Holstein. Für erfolgreiche Bruten sind die Vögel auf freie Flugkorridore ohne Barrieren im Umfeld ihrer Brutplätze angewiesen. Die Funktion der Lebensstätte für erfolgreiche Bruten der wenigen Paare in Schleswig-Holstein kann daher nur gesichert werden, wenn der 2 km Umgebungsbereich frei von WEA bleibt. In den letzten Jahren ist der Kenntnisstand zur Brutverbreitung des Rotmilans deutlich gestiegen. Die Erkenntnisse zeigen, dass Rotmilanreviere in der Regel wiederbesetzt werden. Auch wenn nicht immer der exakt gleiche Horst genutzt wird, liegt der Wechselhorst oft in der unmittelbaren Nähe. Auch werden aktuell unbesetzte Horste in den Folgejahren wiederbesetzt. Insofern ist die Berücksichtigung der aktuellen Rotmilanbrutplätze artenschutzfachlich gerechtfertigt. Ergänzend wird zu diesem Kriterium auf die allgemeine Synopse, Ziffer 4.20.1 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahme Gebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. 1.2 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 13 wird auf die Neuregelung des § 26 Abs. 3 BNatSchG verwiesen, welche sich auch auf das Veränderungsverbot nach § 19 Abs. 2 Satz 2 LNatSchG bei eingeleitetem LSG-Verfahren nach § 12a Abs. 2 LNatSchG erstrecke. Dies gelte auch für einstweilige sichergestellte Gebiete nach § 12a Abs. 3 LNatSchG i.V.m. § 22 Abs. 3 und § 26 BNatSchG. Für die deshalb vorzunehmende Abwägungsentscheidung solle die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden. Zunächst ist die Rechtsauffassung der Einbeziehung des Veränderungsverbots und der einstweiligen Sicherstellung in § 26 Abs. 3 BNatSchG zu begrüßen, weil ein vorlaufender Schutz für eine LSG-Verordnung nicht umfangreicher ausfallen kann als die LSG-Verordnung selbst. Allerdings sind weiterhin Abwägungen zulasten der Windenergie aufgrund einer Lage in einem Landschaftsschutzschutzgebiet möglich, obwohl die gesetzgeberische Wertentscheidung in § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG dahingehend besteht, dass zugunsten der Windenergie entsprechende	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergiegebiete in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden können. In jedem Fall zu vermeiden ist es, dass – wie nach dem bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) – allein einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete überhaupt eine Berücksichtigung in der Abwägung finden. Es hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass dieses Instrumentarium auch zur Vermeidung von Windenergie eingesetzt wurde, ohne dass sich der Wille zur Ausweisung später nach Zielerreichung verfestigt hat. So sind etwa die (geplanten) Landschaftsschutzgebiete „Wiedingharder- und Gotteskoog“ und „Ostenfeld-Schwabstedter Geest mit vorgelagerter Marsch“, die der Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein zum Regionalplan für den Planungsraum I zugrunde liegen (OVG Schleswig-Holstein, 22.03.2023 - 5 KN 53/21 - juris Rn. 31), weiterhin nicht ausgewiesen. Schließlich kann ein Verfahren zur Ausweisung eines Landschaftsschutzgebiets nach Rechtskraft der Regionalpläne einfach wieder eingestellt werden, was einer Verhinderungsplanung durch Landkreise gleichkommt (auf dieses Risiko bzw. diese Motivationslage hat auch hingewiesen OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 74). Etwaige zukünftige Landschaftsschutzgebiete, für die nach § 12a Abs. 2 LNatSchG lediglich das Verfahren zur Aufstellung einer LSG-Verordnung eingeleitet wurde sowie für die nach § 12a Abs. 3 LNatSchG lediglich eine einstweilige Sicherstellung erfolgte, stellen noch keinen hinreichend begründeten Fall für die Gewichtung eines solchen Belangs dar. Dabei ist aufgrund des § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG nicht einmal mehr erforderlich, dass eine Befreiungslage nach § 67 Abs. 1 BNatSchG vorliegt. Zwar sehen die vorgenannten Normen § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG eine Möglichkeit der gesetzlichen bzw. der normativen Sicherstellung ähnlich zu einer Veränderungssperre vor. In materieller Hinsicht ist dafür aber nicht notwendig, dass die Schutzwürdigkeit und -bedürftigkeit der betroffenen Landschaft bereits abschließend geprüft worden ist und feststeht. Es genügt, dass das von der Sicherstellungsverordnung erfasste Gebiet (Geltungsbereich) seiner Qualität nach geeignet ist, einen „besonderen“ Schutz von Natur und Landschaft, wie er mit der künftigen LSG-Verordnung geplant ist, zu rechtfertigen, wobei auf die drei alternativ genannten gesetzlichen Schutzzwecke in § 26 Abs. 1 Nr. 1 - 3 BNatSchG abzustellen ist (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 68). Insofern steht nicht unbedingt fest, dass es tatsächlich zum Erlass einer LSG-Verordnung kommen wird. Auf der Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	37/15 -, juris Rn. 9.) kann zudem keine hinreichende Auseinandersetzung mit den Inhalten der in Aufstellung befindlichen LSG-Verordnung erfolgen. Das ist aber für eine Prognose erforderlich, ob es überhaupt zu einer rechtmäßigen LSG-Verordnung kommen kann, für die ein Schutz nach § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG angemessen wäre und für die die Landesplanungsbehörde quasi antizipieren kann, dass in diesem Bereich die Errichtung und der Betrieb von WEA zukünftig nicht erfolgen wird. Diese Prognose müsste auch Gegenstand der Planunterlagen sein, sodass die Abwägung überhaupt nachvollziehbar ist. Damit wird die Regionalplanung aber überstrapaziert. So hat auch das OVG Schleswig-Holstein festgestellt, dass sich die Landschaft zur Schutzwürdigkeit „hinsichtlich ihres Charakters, ihrer Eigenart und Qualität von - außerhalb davon gelegenen - Landschaftsräumen (die im Übrigen nicht ungeschützt sind [vgl. z. B. § 35 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 5 BauGB; §§ 14 ff. BNatSchG; §§ 8 ff. LNatSchG]) deutlich unterscheiden“ müsse (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 76). Schließlich würde diese Vorgehensweise der gesetzlichen Wertung des § 4 Abs. 1 ROG widersprechen und verkehrt diese in ihr Gegenteil. Eine raumordnungsrechtliche Abstimmung, wie vom OVG Schleswig-Holstein zurecht gefordert (vgl. OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 79 ff.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 132 ff.), kann auch nicht in der Weise erfolgen, dass die Landesplanung in Aufstellung befindliche LSG-Verordnungen schlicht berücksichtigt, selbst wenn keine eigene Prüfung stattfindet (OVG Schleswig-Holstein, 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 135). Zu Recht hat das OVG Schleswig-Holstein gerügt, dass die Landkreise der Landesplanung nicht mit dem Mittel des Erlasses einer Sicherstellungsverordnung (bzw. LSG-Verordnung) vorgreifen dürfen (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 83 f.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 134 und 136). Wenn Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G beibehalten werden soll, dann ist dies jedenfalls auf nur bereits vorliegende LSG-Verordnungen zu reduzieren und die Abwägung hat in den Randbereichen der LSG grundsätzlich zugunsten der Ausweisung von Windenergiegebieten zu erfolgen. 1.3 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z – Wälder und Umgebungsbereiche Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. Weiter sind nach	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen. Dies wird mit dem niedrigen Waldanteil in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt, dem Ziel der Landesregierung zur weiteren Erhöhung des Waldanteils, und dem gesetzlichen Verbot des § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG begründet (B zu 6 zu (1)). Eine Zulassung der Waldumwandlung sei wegen der Seltenheit, der besonderen Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz sowie des Landschaftsbildes bei Prägung durch Waldkulissen nicht vertretbar. Weiter wird auf § 24 LWaldG, der einen gesetzlichen Waldabstand vorsieht, und § 2 Abs. 1 LWaldG, der die Mindestgröße von einem Hektar als Waldfläche vorsieht, verwiesen. Bei Naturwäldern wird in der Begründung B zu 6 zu (2) auf deren nach § 14 LWaldG besondere ökologische Funktionen Bezug genommen. Der weitergehende Abstand von 100 Metern wird mit den Waldrändern von Naturwäldern als Schnittstelle zum Offenland, die häufig sehr artenreich seien und einen wichtigen Rückzugsraum darstellten, begründet. Naturwälder seien in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt. Darüber hinaus seien weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen. Das fortgeltende Verbot der Waldumwandlung zur Errichtung von WEA (§ 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG) und der pauschale Waldabstand von 30 Metern (§ 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG) sind vor dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung des BVerfG zweifelhaft. So hat das BVerfG die Regelung in Thüringen „Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ (§ 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) als nicht gerechtfertigte Inhalts- und Schrankenbestimmung, welche in das Eigentumsrecht der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer eingreift, angesehen, weil das Gesetz formell verfassungswidrig ist, da dem Freistaat Thüringen für die angegriffene Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlt (BVerfG, 27.09.2022 - 1 BvR 2661/21 -, BVerfGE 163, 1-42, Rn. 14). § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG lautet beinahe identisch („Die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von mehr als 10 Metern ist unzulässig.“) und die Entscheidungsgründe des BVerfG sind übertragbar. Auch das OVG Schleswig-Holstein hat diesbezügliche Bedenken bereits deutlich geäußert, wenngleich dies noch nicht entscheidungserheblich war (OVG	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21 -, juris Rn. 51). Insofern sollte die Landesplanungsbehörde zur Vermeidung der Berufung auf eine verfassungswidrige Vorschrift unbedingt auf Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) verzichten und selbst bei einem planerischen Freihalten der Waldflächen jedenfalls nicht noch zusätzlich einen Abstand von 30 Metern vorsehen. Letzteres gilt insbesondere auch deshalb, weil WEA mit entsprechenden Feuerlöschsystemen nicht mit den in § 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG genannten Schutzzwecken im Widerspruch stehen und insofern auch unter Berücksichtigung der Wertung des § 2 EEG die Unterschreitung des Waldabstands zugelassen werden kann. Dies gilt noch mehr vor dem Hintergrund, dass durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) die Referenzanlage (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern vom Turmmittelpunkt und damit der baulichen Anlage sowieso 75 Meter Abstand zum Waldrand einhalten wird und der untere Rotordurchlauf bei 50 Metern beginnen wird, weshalb die Schutzzwecke in dieser Höhe keine maßgebliche Relevanz mehr haben werden. Vorzugswürdig und durch das BVerfG angelegt ist jedoch, dass allein die nach §§ 14 f. LWaldG aufgrund ihrer ökologischen Funktion, ihrer Lage oder auch wegen ihrer Schönheit schutzwürdig und -bedürftigen Wälder von der Windenergienutzung ausgenommen werden, wofür der Landesgesetzgeber allein auch eine Gesetzgebungskompetenz hat. Insofern ist allein Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) zu befürworten und auf weitergehende Abstände zu verzichten. Allerdings muss zum Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) angemerkt werden, dass rechtsfehlerhaft ist, wenn neben den explizit nach §§ 14 f. LWaldG erklärten Naturwäldern, die in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt sind, weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen sein sollen. Sofern damit gemeint sein sollte, dass weitere nach den gesetzlichen Regelungen des §§ 14 f. LWaldG erklärte Naturwälder (Verordnungen nach § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG) zu berücksichtigen sind, wäre das rechtlich zulässig. Darüber hinausgehende allein fachlich eingeschätzte „Naturwälder“ können keine Berücksichtigung finden, weil sie nicht nach dem Verfahren des § 15 LWaldG zustande kamen. 1.4 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	1.4.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. 1.4.2 Kleinstbiotope Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte. 1.5 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G soll um Brutplätze von vier genannten windkraftsensiblen Großvogelarten in einem jeweils angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Dies sind für den Seeadler 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), für den Schwarzstorch 2.000 Meter, für den Weißstorch 1.000 Meter und für den Rotmilan 1.500 Meter. Wenn im jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt, solle in der Abwägung geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist. Zusätzlich könne bei Weißstorch- und Rotmilan-Brutplätzen einzelfallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden können. In der Begründung B zu 17 wird auf ein erhöhtes Kollisionsrisiko im Horstumfeld von Seeadlern, Weißstörchen und Rotmilanen Bezug genommen. Für Schwarzstörche	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	bestünde ein ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe bestehe (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Der Abstandsradius beim Seeadler wird auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG zurückgeführt. Für den Weißstorch und den Rotmilan wird zwischen einem engen und weiten Radius differenziert, wobei gelte: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Weiter wird auf abwägungsrelevante Aspekte bei bestehenden Windparks innerhalb bestimmter Umgebungsbereiche verwiesen (Übernahme, nachträgliche Ansiedlung, vorhandene Vorbelastung, Repowering). Zu den einzeln genannten windkraftsensiblen Großvögeln ist folgendes festzuhalten und deshalb Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G sowie die diesbezügliche Begründung entsprechend anzupassen, damit eine rechtmäßige Anwendung und Abwägung dieses Grundsatzes der Raumordnung bei der Ausweisung von Windenergiegebiete in den Regionalplänen erfolgt: 1.5.1 Allgemein Es ist zunächst zu begrüßen, dass die Schutzbereiche um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln teilweise reduziert wurden und insgesamt der Abwägung zugänglich sind. Es ist jedoch sehr problematisch, dass Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G die angegebenen Umgebungsbereiche zum Regelfall erklärt, sodass nur im Kontext von Vorbelastungen (bereits bestehende raumbedeutsame WEA bzw. ergangene Genehmigungen) ein Unterschreiten möglich sein solle. Damit wird der Sache nach ein Ziel der Raumordnung mit einer Zielausnahme i.S.d. § 6 Abs. 1 ROG formuliert, was zu korrigieren ist, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, es fehlten hinreichende Daten für eine Zielfestlegung, was aber nun zur verkappten und nur scheinbar abwägungsoffenen Festlegung als Grundsatz der Raumordnung führte. Zudem verwundert der Ansatz, wonach nicht durchgehend die Prüfabstände aus der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG übernommen wurden und fast jegliche Rechtfertigung für die pauschal angenommenen Abstände bei windkraftsensiblen Großvogelarten fehlt. Allein zum Seeadler findet sich ein Bezug auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG. Bei den weiteren kollisionsgefährdeten Arten wird die gesetzliche Vorgabe	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ignoriert und der abweichend gewählte Abstandsradius nicht gerechtfertigt. Dabei ist im Nachgang zum verfassungsrechtlichen Handlungsauftrag, den das BVerfG formuliert hat (BVerfG, Beschluss vom 23. Oktober 2018 – 1 BvR 2523/13 –, BVerfGE 149, 407-421), der Bundesgesetzgeber tätig geworden und hat mit § 45b Abs. 1 bis 5 i.V.m. Anlage 1 BNatSchG verbindliche Maßstäbe für die Bewertung, wann nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, festgelegt. Sofern die Landesplanungsbehörde hiervon abweichen und weitergehende Abstände als den Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG berücksichtigen möchte, so fehlt es an einer entsprechenden Rechtfertigung hierfür. Gesetzgeberische Intention war es gerade, bundesweit einheitliche Abstandsregelungen, die der dafür legitimierte Gesetzgeber vorgibt, zu setzen. Insofern sind die vorgesehenen Abstandsradien unbedingt auf den jeweiligen Nahbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG anzupassen oder dieser zumindest gemeinsam mit dem zentralen Prüfbereich abwägend zu berücksichtigen. Hierauf wird zu den einzelnen Arten noch eingegangen. 1.5.2 Seeadler Zunächst einmal ist zu begrüßen und zu befürworten, die Seeadler im Rahmen eines abwägungsoffenen Grundsatzes der Raumordnung zu betrachten. Entsprechend kann das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z – Dichtezentrum für Seeadlervorkommen (vgl. dazu Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.) aufgehoben und in den vorliegenden Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 etwa mit einer besonderen Gewichtung des Seeadlerschutzes im dargestellten Dichtezentrum überführt werden. Der gesetzlich vorgesehene Schutzstatus würde damit beibehalten bleiben. Angesichts der weiten Verbreitung der Art, fehlender artenschutzrechtlicher Ansätze für die Freihaltung des Dichtezentrums sowie methodischer Zweifel für deren Abgrenzung auch vor dem Hintergrund der neuen bundesgesetzlichen Bewertung drängt sich diese Vorgehensweise auf und erhöht die Rechtssicherheit durch Aufgabe des Ziels der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7. Allerdings ist der Abstandsradius für den Seeadler auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.5.1).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zwar ist für den Seeadler zuzugestehen, dass die in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) für den Seeadler nach der gesetzlichen Regelung noch nicht als wirksam angesehen werden oder phänologiebedingte Abschaltungen zu umfangreich wären. Allerdings hat sich die Sachlage gegenüber der zum Zeitpunkt der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) fortentwickelt und es liegt ein auch vom Landesamt für Umwelt Schleswig-Holstein mittlerweile für den Seeadler anerkanntes Antikollisionssystem vor. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Seeadlerbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Damit plant die Landesplanungsbehörde nicht in eine Konfliktlage hinein, sondern berücksichtigt die bundesgesetzgeberische Intention, wenn lediglich der Nahbereich von 500 m freigehalten wird. Jedenfalls aber muss eine Differenzierung in 500 Meter (Nahbereich) und 2.000 Meter (Zentraler Prüfbereich) vorgesehen werden, sodass im zentralen Prüfbereich abwägend auch außerhalb der aktuell engen Begrenzung auf Fälle mit Vorbelastung eine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden kann. 1.5.3 Schwarzstorch Die Aufnahme eines Abstandsradius für den Schwarzstorch wird mit Bezugnahme auf den „Schutz der Lebensstätte gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 2 Nummer 3 BNatSchG“ begründet (B zu 17). Da die Landesplanungsbehörde auch § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG in Bezug nimmt, wonach ein Verstoß gegen das Verbot nach dem ebenfalls zitierten § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht vorliegt, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird, ist davon auszugehen, dass im Einzelfall im Rahmen der Abwägung auch innerhalb des 2.000 Meter-Radius Windenergiegebiete ausgewiesen werden können. Entscheidend ist dann nur, ob diese im Bereich von essentiellen Habitaten des Schwarzstorchs liegen, welche nach der Begründung „alte, geschlossene Waldstrukturen mit Still- und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fließgewässern“ (B zu 17) sind. Dies ist bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in den Regionalplänen zu berücksichtigen. Selbst bei einer Betroffenheit solcher Habitate würde im nachfolgenden Genehmigungsverfahren die Möglichkeit nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG bestehen, das Zugriffsverbot durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) zu bewältigen. Weiter ist für die zugrundeliegende rechtliche Bewertung folgendes zu beachten und der aktuell vorgesehene Abstandsradius anzupassen: Nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist es verboten, wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. Die in § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG zum Ausdruck kommende populationsbezogene Bestimmung der Erheblichkeitsschwelle steht mit Art. 12 Abs. 1 Buchst. b FFH-RL in Einklang, der einen art- bzw. populationsbezogenen Schutzansatz verfolgt (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328). Das Vorliegen einer Störung i.S.d. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG setzt aber zunächst voraus, dass es überhaupt zu einer unmittelbaren oder mittelbaren Einwirkung auf die geschützten Tiere kommt, die bei diesen eine Verhaltensänderung bewirkt. So gilt etwa: „bei der schlichten Beseitigung von Flächen, die bislang als Nahrungsgrundlage genutzt worden sind, und bei vegetationsverändernden Immissionen fehlt es nämlich an einer zwanghaften Einwirkung auf das natürliche Verhalten der Tiere, das nach dem Wortsinn als Störung zu werten ist.“ (BVerwG, Urteil vom 14. April 2010 – 9 A 5/08 –, BVerwGE 136, 291-332, Rn. 118). „Der Störungstatbestand kann vor allem durch bau- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen der geschützten Tierarten in Gestalt von akustischen und optischen Störwirkungen, aber auch durch Trennwirkungen erfüllt werden, die von der vorgesehenen Trasse ausgehen.“ (BVerwG, Urteil vom 7. Juli 2022 – 9 A 1/21 –, BVerwGE 176, 94-130, Rn. 111 m.w.N.). Insofern muss sich die Auslegung der bundesgesetzlichen Vorschrift des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG daran messen lassen, ob überhaupt eine Störung im vorgenannten Sinne bei vorgesehenen Schutzabständen vorliegt. Zudem finden in der naturschutzfachlichen Praxis die planerisch zu berücksichtigenden Fluchtdistanzen von Vogelarten Anwendung, nach Gassner et al. 2010 (Gassner/Winkelbrandt/Bernotat, UVP und strategische Umweltprüfung –	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltprüfung, 5. Auflage 2010, S. 192 ff.; Bernotat, Vorschlag zur Bewertung der Erheblichkeit von Störwirkungen auf Vögel mit Hilfe planerischer Orientierungswerte für Fluchtdistanzen, in: Bernotat/Dierschke/Grunewald, Bestimmung der Erheblichkeit und Beachtung von Kumulationswirkungen in der FFH-Verträglichkeitsprüfung, Naturschutz und Biologische Vielfalt 160 (2017), S. 157-171). Diese sehen für den Schwarzstorch eine Fluchtdistanz von 500 m vor. Selbst wenn diese für Windenergieanlagen vergrößert werden müsste, so dürften keine naturschutzfachlichen Nachweise bestehen, um den sechsfachen Abstand zu rechtfertigen. Auch wenn die Landesplanungsbehörde nicht auf das Störungsverbot rekurriert, so wird jedenfalls deutlich, dass der aktuelle Abstandsradius sich mit diesem Zugriffsverbot nicht rechtfertigen ließe. Dies ist gleichermaßen hinsichtlich des Schädigungsverbots zu konstatieren. Es verbietet nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Erfolgt der Zugriff im Zuge eines nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffs in Natur und Landschaft, so scheidet ein Verstoß gegen das Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG aus, soweit die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG). Um dies zu gewährleisten, können nach § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden (sog. CEF-Maßnahmen). Im Anwendungsbereich des § 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG hat die Verbotsprüfung demnach zweistufig zu erfolgen: Auf der ersten Stufe stellt sich die Frage, ob auf eine geschützte Lebensstätte mit einer der genannten Tathandlungen eingewirkt wird. Trifft dies zu, so sind auf der zweiten Stufe die Konsequenzen in den Blick zu nehmen, die damit für die von der betroffenen Lebensstätte für die sie nutzenden Tiere erfüllte Funktion verbunden sind (so BVerwG, Urteil vom 6. Oktober 2022 – 7 C 4/21 –, BVerwGE 176, 313-328, Rn. 37 - 38 m.w.N.). Unabhängig von der umstrittenen Frage, wie weit der Schutz des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG geht – einerseits nur direkte Einwirkungen auf die Fortpflanzungs- und Ruhestätte (bspw. Horst) oder andererseits (so tendenziell BVerwG, Urteil vom 12. August 2009 – 9 A 64/07 –, BVerwGE 134, 308-335, Rn. 68; BVerwG, Urteil vom 28. März 2013 – 9 A 22/11 –, BVerwGE 146, 145-175, Rn. 148) auch das weitere Umfeld der eigentlichen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte, sofern es elementar für den Reproduktionserfolg oder die Rast ist – liegt jedenfalls keine Beschädigung oder Zerstörung bei Abständen von 2 km vor.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	All dies verdeutlicht, dass es zu einer angemessenen Reduzierung des vorsorglichen Schutzabstands zu Schwarzstorchhorste kommen muss, wobei sich ein Abstand von 1.500 Metern zunehmend durchsetzt und weiterhin Vorsorgeaspekte berücksichtigt. Der von der Landesplanungsbehörde vorgesehene Umgebungsbereich von 2.000 Metern wird demgegenüber nicht belegt (anders als etwa die Bezugnahme auf Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG). 1.5.4 Weißstorch Der Abstandsradius für den Weißstorch ist auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.5.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Weißstorch zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Weißstorchbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nur den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf 750 Meter zu Weißstorchhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 750 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 750 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. 1.5.5 Rotmilan Zunächst ist festzustellen, dass die Berücksichtigung von Rotmilanbrutplätzen in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G ungeeignet ist und die Auswahl der windkraftsensiblen Großvogelarten auch gar keine Rechtfertigung erfahren hat. Für den Rotmilan kann das auch nicht gelingen. Während sich die Vorgehensweise für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze bei einer Anpassung der Radien und echten Offenheit für eine abwägende Einzelfallprüfung erschließt, ist die Herangehensweise in Bezug auf	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rotmilanbrutplätze fehlerhaft. So führte das landeseigene aktualisierte Fachpapier aus: „Allerdings wird diese Art nicht alljährlich landesweit erfasst und es gibt häufiger Horstwechsel, so dass die Daten oft nur einen ersten Hinweis auf ein Rotmilanvorkommen im Planungsraum geben.“ (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) / Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) innerhalb des Potenziellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten, Stand: September 2016, S. 7). Naturschutzfachlich ist bestätigt, dass der Rotmilan gegenüber dem Seeadler eine deutlich geringere Brutplatzkonstanz aufweist. Eine zwischen den Jahren variable Besiedlung der Landschaft (Wechsel der Horststandorte oder auch Nicht-Wiederbesiedlung von Waldstücken) tritt daher häufig auf (z.B. Mammen et al., Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt. Bericht des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Heft 5/2014). So berichtet Schmude, dass bei einer Rotmilankartierung in Mecklenburg-Vorpommern 75 % der im Folgejahr erneut kontrollierten Horste nicht mehr besetzt waren, insgesamt 49 von 65 Horsten (Schmude, Protokoll der 16. Sitzung der Bund-Länder-Initiative Windenergie (BLWE) am 22.09.2014; nachvollziehbar bei Scheller/Vökler/Güttner, OAMV e.V., Rotmilankartierung 2011/2012 in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 09.02.2014). Die Variabilität ist dadurch begründet, dass der Rotmilan als Zugvogel (auch unter Berücksichtigung möglicher Verluste auf dem Zugweg) erst relativ spät im Jahr ins angestammte Brutrevier zurückkehrt und nicht selten einen neuen Horst bauen muss, weil der Althorst bereits durch andere Arten (Konkurrenten um geeignete Horstbäume bzw. vorhandene Horste z.B. Mäusebussard, Kolkrabe u.a.) besetzt wurde. Auch baut der Rotmilan in der Regel eher kleinere und nicht so stabile Horste, so dass diese leichter als z.B. langjährig genutzte und entsprechend ausgebaute Seeadler-Horste durch Winterstürme zerstört werden können. Diese autökologischen Aspekte der Biologie des Rotmilans bedingen, dass zwar in der Regel die Reviere wiederbesetzt werden, aufgrund der Variabilität die Lage der Horststandorte aber nur schwer vorhersagbar ist. Wird nunmehr aber auf dieser Grundlage eine Potenzialfläche im 1.500 Meter- oder 1.000 Meter-Radius (zu den falschen Abständen vgl. nachfolgend) um einen aktuell nachgewiesenen Standort eines Rotmilanhorsts gestrichen, so werden diese	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	naturschutzfachlichen Grundlagen zur sehr geringen Horsttreue missachtet. Dies kann dazu führen, dass durch den Horstwechsel die Potenzialfläche bereits beim Inkrafttreten des Regionalplans nicht mehr durch den Rotmilanhorst beeinträchtigt würde. Zudem ist es vor dem Hintergrund des nach § 5 Abs. 1 Satz 4 LaplaG vorgesehenen Planungszeitraums der Regionalpläne von fünfzehn Jahren, also voraussichtlich bis 2040, abwägungsfehlerhaft, eine Art mit sehr geringer Brutplatzkonstanz heranzuziehen, um in der Abwägung Potenzialflächen bis ins Jahr 2040 zu streichen. Soll auf der höherstufigen Planungsebene bereits eine weitgehende Aussage mit Abwägungsdirektiven, wie aktuell in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G vorgesehen, getroffen werden, geht dies mit dem Erfordernis einer größeren Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte einher als wenn – auch im Rahmen der Abwägung – keine konkreten Zielaussagen getroffen werden. Dabei können sich die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der Abwägungsvorgang selbst den Anforderungen an die Abwägung bei Fachplanungen annähern, je enger das Ziel und der damit vorgegebene Rahmen sind (OVG Mecklenburg-Vorpommern, 19.01.2001 - 4 K 9/99 -, juris Rn. 42; 07.09.2000 - 4 K 28/99 -, juris Rn. 74; Thüringer OVG, 19.03.2008 - 1 KO 304/06 -, juris Rn. 75; Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Länder, Band 1, 5. Auflage September 2014, ROG, § 7 Rn. 67 und 80). Soweit durch den Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 Potenzialflächen ausgeschlossen werden sollen, bedarf es für die herangezogenen Tierarten eine landesweite Kenntnis von Horststandorten. Nur dann liegt eine für diese Zwecke ausreichende Bestandsaufnahme vor (OVG Berlin-Brandenburg, 10.11.2015 - OVG 10 A 7/13 -, juris Rn. 53), die den Anforderungen an Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte genügt. Dies gilt umso mehr, weil die Zuordnung zur Streichung von Gebieten im Rahmen der Abwägung ohne vorhandene umfangreiche Raumnutzungsanalyse faktisch zu einem Ziel der Raumordnung erhoben wird, was an sich bereits fragwürdig ist. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn dies im Sinne einer Beweislastumkehr auf die Öffentlichkeit, insbesondere die Vorhabenträger, als Anforderung verlagert wird. Während die rechtlich erforderlichen landesweiten Kenntnisse für Seeadler-, Schwarzstorch- und Weißstorchbrutplätze wohl vorliegen dürften, gibt es eine solche hinreichende Bestandsaufnahme und Erkenntnislage für Rotmilanbrutplätze nicht. Es wäre im Übrigen auf Grund der vorstehend beschriebenen fehlenden Brutplatztreue wohl auch problematisch, eine aktuelle bzw. dem Bedarf der Regionalplanung – schließlich handelt es sich um ein Verfahren über viele Monate und einen Plan, der mehrere Jahre gelten soll – entsprechende Bestandsaufnahme zu erhalten.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Jedenfalls für die Art Rotmilan sollte die Landesplanungsplanungsbehörde unbedingt auf die nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verweisen, die sowohl die sehr geringe Brutplatzkonstanz als auch die für die Bewertung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG maßgeblichen Aspekte wie bspw. Windparkkonfiguration, Biotopausstattung, fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen (Abschaltung, Ablenkflächen, etc.) besser und abwägungsfehlerfrei berücksichtigen können. Dabei wird nicht in eine unüberwindbare Verbotslage hineingeplant, weil § 45b BNatSchG in Einzelfällen letztendlich auch noch über die artenschutzrechtliche Ausnahme immer eine Genehmigungsfähigkeit bei einer Betroffenheit des Rotmilans ermöglicht. Sofern die Landesplanungsbehörde den Rotmilan nicht schon in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G als ausgewählten windkraftsensiblen Großvogel aufgrund der vorstehenden Ausführungen streicht und damit Rechtsfehler vermeidet, so hat in jedem Fall eine Anpassung der dortigen Abstandsradien für die Art zu erfolgen. Es ist nicht nachvollziehbar und kann auch nicht begründet werden – wenig überraschend verhält sich die Begründung B zu 17 deshalb auch überhaupt nicht dazu – wieso für den Rotmilan ein Umgebungsbereich von 1.500 Metern angenommen wird. Es kann im Rahmen der Festlegung nicht über den zentralen Prüfbereich nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG hinausgegangen werden und zugleich für das Zugriffsverbot das erhöhte Kollisionsrisiko für den Rotmilan als Begründung herangeführt werden. Schließlich hat der Bundesgesetzgeber für den erweiterten Prüfbereich eine Beweislastumkehr eingeführt und in § 45b Abs. 4 Satz 1 BNatSchG festgelegt, dass in der Regel das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare dann nicht signifikant erhöht ist. Es ist sehr widersprüchlich dazu, dass die Landesplanungsbehörde abstrakt über § 45b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG hinausgehend beim Rotmilan 1.500 Meter, anstatt 1.200 Meter vorsieht (vgl. allgemein bereits 1.5.1). Auffallend ist, dass nur für den Rotmilan der Radius nicht an Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG angepasst wurde, sondern stattdessen an den Abständen des vormaligen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020) ohne weitere Begründung festgehalten wird. Dieses ist aber mit der gesetzlichen Änderung durch Artikel 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) überholt. In jedem Fall ist der Abstandsradius auf 1.200 Meter zu reduzieren.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Unabhängig davon ist der Abstandsradius für den Rotmilan jedoch sogar auf 500 Meter zu verringern, um der geänderten Rechtslage zu entsprechen (vgl. 1.5.1). Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil für den Rotmilan zahlreiche der in Anlage 1 Abschnitt 2 genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen i.S.d. § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG im zentralen Prüfbereich (Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen) nach der gesetzlichen Regelung als wirksam angesehen werden. Dabei reichen nach dieser Wertung bereits die Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen aus (grundlegend OVG Nordrhein-Westfalen, 29.11.2022 - 22 A 1184/18 -, juris Rn. 184 ff.). Es sind aber auch schon Antikollisionssysteme für den Rotmilan in Schleswig-Holstein anerkannt. Insofern werden WEA im zentralen Prüfbereich zu einem Rotmilanbrutplatz nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG immer – auch ohne Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i.V.m. § 45b Abs. 8 BNatSchG – genehmigungsfähig sein. Dies scheint die Landesplanungsbehörde noch nicht verinnerlicht zu haben, wenn in der Begründung B zu 17 ausgeführt wird: „Wird innerhalb des weiteren Bereiches ein Windenergiegebiet ausgewiesen, ist auf der Genehmigungsebene in der Regel eine erhöhte Konfliktintensität zu erwarten, die gleichwohl regelmäßig mit geeigneten und verhältnismäßigen Minderungsmaßnahmen im Sinne des § 6 Absatz 1 WindBG zu lösen ist.“ Die artenschutzrechtliche Lösung liegt bis zum Nahbereich jedenfalls immer nach § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG in Verbindung mit den dort genannten fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen vor. Außergewöhnliche Einzelfälle, die einmal dieses Regelbeispiel durchbrechen könnten, sind nicht auf Ebene der Regionalplanung zu betrachten und erst recht nicht als Maßstab heranzuziehen. Im Übrigen ist die Bezugnahme auf § 6 Abs. 1 WindBG rechtlich missglückt, weil diese temporäre Regelung zeitlich nur noch auf Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, bei denen der Antragsteller den Antrag bis zum Ablauf des 30.06.2025 stellt. Diesseits wird davon ausgegangen, dass dies nicht oder kaum mehr Vorhaben in zukünftig durch die Regionalpläne festgelegten Windenergiegebieten betrifft, da zunächst die Änderung des Landesentwicklungsplans und darauf aufbauend die Anpassung der Regionalpläne zu erfolgen hat, bis dahin nach § 10 Abs. 6a BImSchG solche Genehmigungsverfahren weitestgehend aber bereits abgeschlossen sein dürften. Im Übrigen findet bei der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Prüfung der Minderungsmaßnahmen i.S.d. § 6 WindBG auch der § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG inzident hinsichtlich der Bewertung Anwendung. Damit ist dieser Begründungsteil zwingend zu korrigieren und dabei auch gleich der Abstand anzupassen. Es besteht kein hinreichender Grund und es findet sich auch keine Begründung in B zu 17 dazu, nicht einmal den zentralen Prüfbereich vorzusehen und noch dazu lediglich einzelfallbezogen auf nur 1.000 Meter zu Rotmilanhorste reduzieren zu können. Den engeren Bereich auf 1.000 Meter anzusetzen ist unbegründet und beruht auf dem vormaligen rechtlich überholten (vgl. vorstehende Ausführungen) gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020). Schließlich ist festzuhalten, dass potenzielle Artenschutzkonflikte auch bei 1.000 Metern – zutreffend eigentlich 500 Metern – aufgrund des § 45b Abs. 3 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG (vgl. vorstehende Ausführungen) immer bewältigt werden können. Selbst wenn die Landesplanungsbehörde im Widerspruch zu den vorliegenden Ausführungen und rechtlichen Regelungen Kapitel 4.5.1.3 Absatz 17 G beibehalten würde, so müsste die im letzten Satz genannte einzelfallbezogene Prüfung immer zu einer Konfliktbewältigung kommen und die Windenergiegebiete festlegen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Institution: Amt Nordsee-Treene, Bauen und Liegenschaften ID: M2286	Stellungnahme Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Kreis Nordfriesland, Gemeinde Winnert Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Winnert nimmt zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ wie folgt Stellung: Die Gemeinde Winnert begrüßt die Ziele und Grundsätze der Raumordnung und die	Die eingereichte Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Gemeinde signalisiert Bereitschaft zur Ausweisung eines Vorranggebietes für Windenergie. Entschieden wird dies jedoch erst auf Ebene der Regionalplanung.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	verbindliche Festlegung zur Ausweisung von mehr Potenzialflächen für die Windenergie und fühlt sich verpflichtet einen Beitrag zur Erreichung der Ziele, die durch das „Wind an Land-Gesetz“ festgelegt wurden, zu leisten. Der Gemeinde Winnert ist die Ausweisung von Winenergieanlagen in geordneter Form im Rahmen eines Bürgerwindparks wichtig, da bei diesem Instrumentarium die Akzeptanz in der Bevölkerung am größten ausfällt. Es fanden hierzu bereits Gespräche mit den Landeigentümern und der Gemeinde statt. Unter Beachtung der geltenden Abstandsflächen zu Bebauung und den naturschutzrechtlichen Vorgaben möchte die Gemeinde im Bereich der Potenzialflächen Windenergieanlagen schaffen und mit diesem Ziel einen Beitrag zur Energiewende leisten. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag gez. [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2308	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung ,,Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2A2l - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich dies bezüglich anführen: Vorab möchte ich betonen, dass es wenig transparent und bürgerfreundlich ist, wenn eine solches Beteiligungsverfahren zum Beginn der Urlaubszeit gestartet wird. Dabei geht es immerhin um Pläne bzw Planänderungen, die gravierende Auswirkungen auf alle in Schleswig-Holstein Wohnenden und hier Erholung Suchenden haben können. Mit dem Abgabetermin O9-O9.2A24 wurden den Bürgerinnen und Bürgern gerade einmal 2,5 Monate Zeit gegeben wird, sich mit einem sehr komplexen Thema und Dokumenten, die immerhin gut 250 Seiten umfassen (u.a. inkl. Eckpunktepapier, Hintergrundinformationen und Karten) auseinander zu setzen. Es sei auch angemerkt, dass die von lhnen veröffentlichten Dokumente nicht für alle Bürgerinnen und Bürger	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 2.1 bis 2.5, 3.15 bis 3.18, 4.5, 5.9, 7.1.1, 7.1.3, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.12, 7.3.7, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	wirklich barrierefrei zugänglich sind. Diese Dokumente sind über verschiedene Webseiten der Landesplanung verteilt, die Geodaten können nur mit Spezialkenntnissen über ein GIS-System eingelesen werden. Wenn die Landesregierung laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick behalten will, dann müssen die im Folgenden aufgeführten Bedenken und Aspekte zwingend beiden Planungen als Ziele und Grundsätze berücksichtigt werden: 1. Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeits-abständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (2. B. Veenker, 2O2Al. Als Ziel und Grundsatz muss daher gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920m eingehalten wird. 2.Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel (CFK, aber auch GFK etc.) und sonstige Kunststoffe, die sich durch natürlichen Verschleiß und Abrieb sowie nach einer Havarie oder Brandereignis in der Umgebung verteilen können mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. Für o.g. Ereignisse müssen die Haftungsfrage und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab festgelegt werden. Sollten in Gärten und auf Ackern und Wiesen Mikroplastik-Partikel, die ursächlich Windkraftanlagen zuzuordnen sind nachgewiesen werden, muss mit einer Klagewelle für Gemeinden, Kreise und das Land gerechnet werden. 3.Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen verbindlich vorschreiben, dass das lsolationsgas Schwefelhexaflourid (SF6) in den Schaltanlagen der WKA nicht mehr eingesetzt wird, damit im Falle einer Havarie/eines Brandereignisses, dieses extrem klimaschädliche Gas (SF6 ist 23.500-malschädlicher als COz) nicht in die Umwelt gelangt. Die Verwendung des Gases muss weltweit auch für Spannungsanlagen in WKA verboten und das Monitoring des Ausstoßes muss verbessert werden. 4.Es ist nicht nachvollziehbar; dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnende und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet. 5.Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem l-S-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/SH-Regelung missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. 6.Gerade durch die o.g. Abschaffung dieser Regelwird es sonst zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung kommen. Damit verbunden ist meine Sorge und die Gefahr, dass sich in der Folge viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden werden. 7.Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. dem Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante, weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Eine zusätzliche Reduzierung steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papier) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. 8.Aus den bereits genannten Akzeptanzgründen aber auch im Sinne der Schutzbedürftigkeit der Anwohnerinnen und Anwohner und Schaffung möglichst gleicher Lebensverhältnisse im Land ist das Kriterium der Vorbelastung und die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA kontraproduktiv. Es soll, wie von der Landesplanung generell angestrebt, eine Gleichverteilung erfolgen. Durch Windenergiegebiete oder PV-Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen,yorbelastete" Gemeindegebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. 9.Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch 3. 4. 5. 6. 7. 8_ 9. Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von C0z-speicherfähigen Böden bzw. Coz-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz. 10. Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u.a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. 11. Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von WKA freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. 12. Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie rnassive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit eine Verschlechterung unseres Lebens- und Erholungswertes. 13. Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage ist meine Sorge, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses und der Bundeswehr, (2.8. Radarstationen zur Luftraumüberwachung) durch zukünftig noch höhere Windkraftanlagen gefährdet oder weiter eingeschränkt wird. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 sind bereits bei der Festlegung von Windvorrangflächen und im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Dies muss bereits in den Zielen und Grundsätzen festgeschrieben werden. 14. Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus - einem bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins. 15. Es steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung, dass z.B. die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mögliche Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101 einen unzureichenden Abstand zu festgelegten Siedlungsbereichen (hier der Siedlungsachse Kiel-Melsdorf-Felde) aufweist. Generell muss als Ziel und Grundsatz der Raumordnung definiert werden, dass zu festgelegten bzw geplanten Siedlungsbereichen/-achsen ein Abstand von Vorrang- und Potenzialflächen von mindestens 1000m (800m + 200m Sicherheitspuffer) einzuhalten ist. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Amt Bargteheide-Land, Gemeinde Delingsdorf ID: M2471	**Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Stellungnahme der Gemeinde Delingsdorf** Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, die kommunalpolitischen Gremien der Gemeinde Delingsdorf haben sich mit dem o.g. Beteiligungsverfahren bzw. der Teilfortschreibung des LEP „Windenergie an Land“ befasst und beschlossen, hierzu eine Stellungnahme abzugeben. Von der Gemeinde Delingsdorf gibt insofern zur Teilforstschreibung des LEP „Windenergie an Land“ folgende Stellungnahme ab: „Die Gemeinde nimmt den Entwurf der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans zum Thema „Windenergie an Land“ zur Kenntnis und stellt fest, dass sich daraus die Möglichkeit ergibt, dass im Gemeinde- bzw. im Amtsgebiet zukünftig Windenergiegebiete im Regionalplan ausgewiesen werden könnten. Aufgrund der Kürze der Zeit bzw. durch die Durchführung des Beteiligungsverfahrens während der Sommerferien in Schleswig-Holstein kann keine fachlich fundierte Stellungnahme abgegeben werden. Eine solche fachliche Stellungnahme wird daher dann auf Ebene der Fortschreibung des Regionalplans erfolgen.“ Ich bitte darum, diese Stellungnahme der Gemeinde Delingsdorf im weiteren Verfahren zu berücksichtigen und verbleibe	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2557	Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR2_RDE_001 Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. Die Ausführungen zu Stadt- und Umlandbereichen sowie Verdichtungsräumen werden zur Kenntnis genommen. zu Wäldern und Umgebungsbereichen: Die Raumordnung hat keine Verwerfungskompetenz gegenüber Landesrecht. Die Auffassung, dass die BVerfG-Entscheidung zum Waldgesetz Thüringen auf Schleswig-Holstein übertragbar sei, wird nicht geteilt. Der geringe Waldanteil in Schleswig-Holstein genießt schon per se einen höheren Schutzanspruch. Das Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf das Umwandlungsverbot für WEA nicht verfassungswidrig.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten die Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff.	Unabhängig davon wird ein Mindestabstand zum Wald von 30 m auch deshalb für notwendig erachtet, um die ökologische Funktion des Waldrandes mit den Wechselbeziehungen insbesondere von Fledermäusen und Vögeln ins Offenland nicht zu stark zu beeinträchtigen. Scheuch- und Störwirkungen sind in diesem Nahbereich auch bei ökologisch weniger wertvollen Wäldern anzunehmen. Die Ausführungen zum Abstand zu Naturwäldern werden zur Kenntnis genommen. Berücksichtigt werden nur Naturwälder i.S. des § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: *„Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier)* Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. <u>Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage:</u> Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. Insbesondere ist auf den in der Anlage beigefügten Beschluss der Gemeinde Padenstedt verwiesen. Die Gemeinde hat die Erholungsfunktion des Gewerbebetriebes Ponypark im Besonderen nicht beschlossen. Wir gehen hier von einer gewerblichen Anlage aus, die einen Schutzbereich von max. 400 Metern beanspruchen kann. **1.2 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 6 G – Stadt- und Umlandbereiche sowie Verdichtungsräume** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 6 sieht als Grundsatz der Raumordnung vor, dass Stadt- und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umlandbereiche in ländlichen Räumen sowie Verdichtungsräume in den Ordnungsräumen Hamburg, Lübeck und Kiel bei der Festlegung von Windenergiegebieten zu berücksichtigen sind. Laut der Begründung B zu 6 könne ein Konflikt zwischen der Festlegung von Windenergiegebieten und den formulierten Entwicklungsschwerpunkten für diese Gebiete entstehen. Da die Ordnungsräume zu groß und zu pauschal ausgewiesen seien, um sie vollständig von einer Windenergienutzung auszuschließen, bedürfe es einer Einzelabwägung. Eine solche Einzelabwägung ist zu begrüßen. Dabei möchten wir betonen, dass in den Regionalplänen als Ziele der Raumordnung in Stadt- und Umlandbereichen bestimmter Zentraler Orte eine besondere Wohnfunktion beziehungsweise besondere Gewerbefunktion vorgesehen ist. Insbesondere in Randbereichen dieser Stadt- und Umlandbereiche unter Einhaltung entsprechender Abstände muss aber weiterhin eine Festlegung von Windenergiegebieten möglich sein. Es liegt insofern kein entgegenstehendes Ziel der Raumordnung vor, weil eine solche Festlegung von Windenergiegebieten auch die Stadt- und Umlandbereiche mit der besonderen Wohnfunktionen beziehungsweise Gewerbefunktion nicht maßgeblich einschränkt. Diese jeweilige Funktion kann weiterhin erfüllt werden und muss für die als Stadt- und Umlandbereich genannten Gemeinden nicht in jeder Ortsrandlage zu einer entsprechenden Ausdehnung der Gemeinde führen. **1.3 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z – Wälder und Umgebungsbereiche** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig. Weiter sind nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Naturwäldern und in einem Umgebungsbereich von 100 Metern ausgeschlossen. Dies wird mit dem niedrigen Waldanteil in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt, dem Ziel der Landesregierung zur weiteren Erhöhung des Waldanteils, und dem gesetzlichen Verbot des § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG begründet (B zu 6 zu (1)). Eine Zulassung der Waldumwandlung sei wegen der Seltenheit, der besonderen Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz sowie des Landschaftsbildes bei Prägung durch Waldkulissen nicht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vertretbar. Weiter wird auf § 24 LWaldG, der einen gesetzlichen Waldabstand vorsieht, und § 2 Abs. 1 LWaldG, der die Mindestgröße von einem Hektar als Waldfläche vorsieht, verwiesen. Bei Naturwäldern wird in der Begründung B zu 6 zu (2) auf deren nach § 14 LWaldG besondere ökologische Funktionen Bezug genommen. Der weitergehende Abstand von 100 Metern wird mit den Waldrändern von Naturwäldern als Schnittstelle zum Offenland, die häufig sehr artenreich seien und einen wichtigen Rückzugsraum darstellten, begründet. Naturwälder seien in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt. Darüber hinaus seien weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen. Das fortgeltende Verbot der Waldumwandlung zur Errichtung von WEA (§ 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG) und der pauschale Waldabstand von 30 Metern (§ 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG) sind vor dem Hintergrund der neueren Rechtsprechung des BVerfG zweifelhaft. So hat das BVerfG die Regelung in Thüringen „Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ (§ 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) als nicht gerechtfertigte Inhalts- und Schrankenbestimmung, welche in das Eigentumsrecht der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer eingreift, angesehen, weil das Gesetz formell verfassungswidrig ist, da dem Freistaat Thüringen für die angegriffene Regelung die Gesetzgebungskompetenz fehlt (BVerfG, 27.09.2022 - 1 BvR 2661/21 -, BVerfGE 163, 1-42, Rn. 14). § 9 Abs. 3 Satz 3 LWaldG lautet beinahe identisch („Die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von mehr als 10 Metern ist unzulässig.“) und die Entscheidungsgründe des BVerfG sind übertragbar. Auch das OVG Schleswig-Holstein hat diesbezügliche Bedenken bereits deutlich geäußert, wenngleich dies noch nicht entscheidungserheblich war (OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21 -, juris Rn. 51). Insofern sollte die Landesplanungsbehörde zur Vermeidung der Berufung auf eine verfassungswidrige Vorschrift unbedingt auf Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (1) verzichten und selbst bei einem planerischen Freihalten der Waldflächen jedenfalls nicht noch zusätzlich einen Abstand von 30 Metern vorsehen. Letzteres gilt insbesondere auch deshalb, weil WEA mit entsprechenden Feuerlöschsystemen nicht mit den in § 24 Abs. 1 Satz 1 LWaldG genannten Schutzzwecken im Widerspruch stehen und insofern auch unter Berücksichtigung der Wertung des § 2 EEG die Unterschreitung des Waldabstands zugelassen werden kann. Dies gilt noch mehr vor dem Hintergrund, dass durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) die Referenzanlage (Kapitel 4.5.1	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Absatz 3 G) mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern vom Turmmittelpunkt und damit der baulichen Anlage sowieso 75 Meter Abstand zum Waldrand einhalten wird und der untere Rotordurchlauf bei 50 Metern beginnen wird, weshalb die Schutzzwecke in dieser Höhe keine maßgebliche Relevanz mehr haben werden. Vorzugswürdig und durch das BVerfG angelegt ist jedoch, dass allein die nach §§ 14 f. LWaldG aufgrund ihrer ökologischen Funktion, ihrer Lage oder auch wegen ihrer Schönheit schutzwürdig und -bedürftigen Wälder von der Windenergienutzung ausgenommen werden, wofür der Landesgesetzgeber allein auch eine Gesetzgebungskompetenz hat. Insofern ist allein Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) zu befürworten und auf weitergehende Abstände zu verzichten. Allerdings muss zum Kapitel 4.5.1.3 Absatz 6 Z (2) angemerkt werden, dass rechtsfehlerhaft ist, wenn neben den explizit nach §§ 14 f. LWaldG erklärten Naturwäldern, die in der Anlage zu § 14 Abs. 2 LWaldG dargestellt sind, weitere Daten zu Naturwäldern der obersten Forstbehörde des Landes Schleswig-Holstein (Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz) zu berücksichtigen sein sollen. Sofern damit gemeint sein sollte, dass weitere nach den gesetzlichen Regelungen des §§ 14 f. LWaldG erklärte Naturwälder (Verordnungen nach § 14 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 i.V.m. § 15 LWaldG) zu berücksichtigen sind, wäre das rechtlich zulässig. Darüber hinausgehende allein fachlich eingeschätzte „Naturwälder“ können keine Berücksichtigung finden, weil sie nicht nach dem Verfahren des § 15 LWaldG zustande kamen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Gemeinde		Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Heilshoop **ID: M2470**	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegende Stellungnahme übersende ich im Namen der Gemeinde Heilshoop auch in diesem Verfahrensabschnitt und bitte um vollumfängliche Berücksichtigung der Bedenken und Hinweise. Die Kriterien sind zwar in diesem Abschnitt des Verfahrens schon aufgeweicht, trotzdem sind die von uns zusammengetragenen Hinweise und Bedenken berücksichtigungsfähig. Wir bitten und beantragen, in das Genehmigungs-Verfahren auch die Ableitung der Energie zu berücksichtigen. Gibt es Umspannwerke? Wo kann der Strom hinfließen, damit er auch genutzt werden kann. Es hilft uns ja allen nicht, wenn wir Strom durch Windkraft produzieren, der dann aber gar nicht abgenommen werden kann. Die Windkrafträder sollten, wenn Sie schon aufgestellt werden, doch bitte auch Storm für den Abnehmer produzieren und nicht nur fürs Papier. Denn nach 20 Jahren oder 25 Jahren müssen die WKA wieder abgebaut werden und sind als Sondermüll zu behandeln. Wie das dann in das Umweltkonzept passt, ist mir ein Rätsel. Ich bitte um Beachtung der Anlage und hoffe, dass eine Abwägung im Sinne der Menschen und der Natur erfolgt.	Ziffern 7.2.5, 7.2.6, der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson **ID: M2344**	Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein, Fortschreibung 2021, Teilfortschreibung „Windenergie anLand”, Änderung Kap. 4.5.1 Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Daniel Günther, sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack, ich vertrete anwaltlich die rechtlichen Interessen der [redacted], diese vertreten durch ihre Geschäftsführer, [redacted] und Herrn [redacted]. Die ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird unter Hinweis auf meine Standespflichten	Die rechtlichen Ausführungen zum BauGB, WindBG und EEG werden zur Kenntnis genommen. Die Hinweise zum Flächenziel werden ebenso zur Kenntnis genommen. Allerdings werden die Bedenken hinsichtlich der Nichterreichung der Flächenziele nicht geteilt. Eine Beurteilung diesbezüglich ist erst auf Regionalplanebene möglich. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt nur die Rahmenbedingungen für die später in den

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	anwaltlich versichert, § 294 ZPO. Meine Mandantin hat mich beauftragt, zur beabsichtigten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema „Windenergie an Land”, Kap. 4.5.1, binnen der Frist des Beteiligungsverfahrens in demselben folgende Stellungnahme einzureichen, dieser Bitte komme ich hierdurch gerne nach. Meinem Bezug zu den individuellen Belangen meiner Mandantschaft stelle ich grundsätzliche Erwägungen vorab, Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen, muss aber der Präklusion aus § 5 Abs. 6 LaPlaG 1.V.m. § 9 Abs. 2 5. 4 ROG entgehen. Mit der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans reagiert die Landesregierung unter anderem auf den bundesrechtlichen Systemwechsel des Artikelgesetzes *„Zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land'* (WindBG) vom 20. Juli 2022 nebst den korrespondierenden Regelungen zum BauGB, ein Gesamtpaket, dass mit seiner Positivplanung als Paradigmenwechsel verstanden wird, Des weiteren gilt als Planerfordernis die Aufhebung des bestehenden Regionalplans für den Planungsraum | durch Urteil des OVG Schleswig vom 22. März 2023 (OVG Schleswig, Urteil vom 22. März 2023, 5 KN 53/21, Juris), dem möglicherweise Ende November auch die Aufhebung des Regionalplans für den Planungsraum H1 folgen könnte (OVG Schleswig, 5 KN 46/21 ,5 KN 6/21 und 5 KN 7/21). Der Windenergie ist nicht mehr nur „substantiell" Raum zu verschaffen, sie liegt nunmehr im „überragenden öffentlichen Interesse", § 2 EEG 2023 (OVG Greifswald, Urteil vom 7. Februar 2023, 5 K 171/22, juris). Diesen Versuch der Reformation unternimmt nun die Teilfortschreibung, die ich noch als Rohentwurf für die noch zu erstellenden Regionalpläne „Windenergie", verstehe (Runderlass der Landesplanungsbehörde vom 19. Dezember 2023, IV 64, Az. VIS10385/2023, Seite 3). Dabei stößt die Landesregierung nach meiner Wahrnehmung auf deutlich mehr Verständnis als noch mit den Vorgängerversionen, den Landesverordnungen für die jeweiligen drei Planungsräume mit Bekanntmachung je vom 29. Dezember 2020 (GVOBI. Seite 1082). So gilt die Abschaffung der leidigen 3H/5H-Regelung als Ziel der Raumordnung als Fortschritt, auch wenn die Landesregierung hierbei den sich aus dem WindBG und den dort enthaltenen Berechnungsmodalitäten für die Flächenbeitragswerte ergebenden Sachzwängen zu folgen scheint. Landschaftschutzgebiete werden nun an § 26 Abs. 3 BNatschG gemessen. Und auch die Untersagung von Höhenbegrenzungen schneidet einen „alten Zopf' ab und deutet in	Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher laufen Hinweise zur Nichterreichbarkeit der Flächenziele nach WindBG auf LEP-Ebene ins Leere. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen. Der pauschale Hinweise auf aufgegebene Wohnnutzungen, aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe oder Moorkulissen muss, um von der Landesplanung berücksichtigt werden zu können, konkretisiert werden. Auch hier wird empfohlen, dies in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen einzubringen, soweit dies nicht schon geschehen ist. Bezüglich der weiteren Punkte aus der Stellungnahme wird im Übrigen auf die allgemeine Synopse und hier insbesondere auf Ziffer 1.7, 2.3, 2.4, 7.1 und auf das Urteil des OVG SH 5 KN 46/21 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Richtung Fortschritt. Gleichwohl gibt es Kritik und Anregungen, die möglicherweise in neu zu erhebende Normenkontrollanträge nach § 47 VwGO münden könnten. Zuvörderst bleibt fraglich, ob die geänderte Landesverordnung dem „drastischen Nachholbedarf' gerecht wird, den Rechtsprechung und Literatur derzeit erkennen (u.a. Tigges/Wördenweber, *„Stand der Windenergieplanung nach neuem Recht und Möglichkeiten der Plansicherung“,* ZNER 2024, Seite 305} Das WindBG schreibt erstmalig verbindliche Mindestziele in Form von Flächenbeitragswerten fest, die bis Ende 2027 und schließlich bis Ende 2032 zu erfüllen sind. Werden diese Ziele rechtzeitig erreicht, führt dies zur Entprivilegierung der Windenergieanlagen außerhalb ausgewiesener Flächen, die fortan nur noch nach § 35 Abs. 2 BauGBb zulässig sind, so § 249 Abs. 2 BauGB. Allerdings wird die Versäumung der rechtzeitigen Zielerreichung umfassend sanktioniert. Windenergieanlagen sind und bleiben im Außenbereich dann privilegiert, ohne dass ihnen Darstellungen an anderen Standorten nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB entgegengesetzt werden können, § 249 Abs. 7 BauGB. Flankiert werden die Flächenbeitragsziele durch den vorgesehenen, kontinuierlichen Zubau von Windenergieanlagen nach § 4 EEG. Dies dürfte die Bundesländer daran hindern, durch teilweise noch bestehende, teilweise aber auch, wie in Schleswig-Holstein, bereits abgeschaffte Sicherstellungsmoratorien die laufende Ordnung der Räume mit Veränderungssperren abzusichern und den Zubau von Windenergieanlagen an nicht gewünschten Standorten vorübergehend aufzuhalten. Schleswig-Holstein meint, das Zwischenziel bis Ende 2027 bereits erfüllt zu haben, nach Auffassung der Fachagentur Wind an Land und wohl auch unstreitig wird das Ausbauziel bis Ende 2032 noch verfehlt. Es gibt noch erheblichen Ausweisungsbedarf. Wenn Schleswig-Holstein laut Plantext, Anl. 1zu § 1 der LEP-WindVO, 3 % der Landesfläche zur Anrechnung in den Flächenbeitragswert von 2 % nach WindBG geben möchte, dürfte dies nicht ausreichen. Das Umweltbundesamt warnt ausdrücklich vor dem auch dem Unterzeichner bekannten Problem, dass sich die ausgewiesene Flächenkulisse nicht unbedingt nutzen lässt, man geht von einer eingeschränkten Nutzbarkeit von etwa 20 - 40 % aus. Hintergrund sind beispielsweise zivilrechtliche Hindernisse, die sich beispielsweise aus der Nichtgewährung von Abstandsflächen durch Baulast nach § 6 LBO ergeben können	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sowie aus dem bekannten Umstand, dass Einschränkungen des Anlagenbetriebes bis hin zur Nichtgenehmigungsfähigkeit einer WEA In das Genehmigungsverfahren verlagert werden. Es wird also dringend empfohlen, die Flächenziele mit einem Sicherheitspuffer zu versehen, um die Leistungsziele erreichen zu können (Umweltbundesamt, „Flächenverfügbarkeiten, Flächenbedarf für den Ausbau der Windenergie an Land", Abschlussbericht Seite 119} Daran fehlt es hier, da die als Potenzialfläche vorgesehenen 3 % der Landesfläche unter Beibehaltung der stark kritisierten „Rotor-in"-Planung ausgewiesen werden sollen und somit diese Rotor-In-Flächen nur eingeschränkt auf den Flächenbeitragswert anzurechnen sind (Gatz, Tyczewski, Baars, „Regenerative Energien in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis", 4. Aufl., Seite 48). Der Rock der Landesregierung ist also zu eng, seine Nähte mit zu schwachen Fäden genäht. Rein rechnerisch liegt allerdings auch die Lösung auf der Hand. So hat die Landesregierung eine Rohpotenzialfläche von etwa 7,7 % der Landesfläche ermittelt, von der nach Abzug bestimmter Radien einer Referenz-WEA noch 7,2 % der Landesfläche verbleiben sollen. Bestenfalls wird aus dieser Rohpotenzialfläche die endgültige Potenzialfläche der drei Planungsräume, zumal wenig Hoffnung besteht, dass die Kommunen die sogenannte Gemeindeöffnungsklausel, §245 Abs. 5 BauGB, nutzen werden, um mit ihren kommunalen Planungsmöglichkeiten den Rest der Rohpotenzialfläche, die die Landesregierung ihnen noch übrig lässt, zu überplanen. Leider ist im derzeitigen Entwurf auch noch einiges an Zielen und Grundsätzen zur Raumordnung enthalten, was schon in den alten Regionalplänen bedenklich war. So z.B. die schematische Mindestgröße von Vorrangflächen. Diese Flächen sollen jetzt geeignet sein, mindestens zwei Referenzanlagen aufzunehmen, was eine Mindestfläche von 15 ha implementiert, Eine schematische Festlegung ist für das Repowering von Windkraftanlagen problematisch, an sich geeignete Einzelstandorte können wegfallen und von einer künftigen Nutzung ausgeschlossen werden (BVerwG, Urteil vom 24 Januar 2008, 4 CN 2/07, juris}. Hieran ändert grundsätzlich auch das sogenannte BlmschG-Repowering nichts. Nicht zu rechtfertigen sind auch die pauschal 800m/1000 m Umgebungsschutzbereiche zu Siedlungsbereichen, die wiederum nicht die unterschiedlichen Schutzbedürftigkeiten dieser Siedlungsbereiche berücksichtigen, immerhin gibt es mehr als ein Dutzend BauNVO-Gebietstypen mit ihnen eigenen Charakteristika. So ist ein Dorfgebiet mit seiner Immissionskulisse deutlich weniger schutzwürdig als ein reines Wohngebiet,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Auch das BVerwG verlangt vom Plangeber einen einzelfallbezogenen Blick auf die Örtlichen Verhältnisse, es sei zu prüfen, „ob auch kleinere Pufferzonen als Schutzabstand genügen"., Gefasste Siedlungsabstände schränken zudem die Suchräume für konfliktarme Flächen derart ein, „so dass deren Umsetzung fast zwangsläufig mit Gütern des Arten- und Landschaftsschutzes sowie auch dem Waldschutz in Konflikt gerät' (Müller, Wegner, Sailer, Stiftung Umweltenergierecht, Würzburg, in: *„Rechtliche Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 13. Dezember 2017".* Wie sich gerade in Schleswig-Holstein die Veränderung von Abstandspuffern auswirkt, zeigten schon die Folgen der Einführung solcher Puffer durch die Landesverordnung vom 29. Dezember 2020, einem Wahlkampfversprechen, so auch die von der Landesregierung seinerzeit beauftragte Studie „Rechtsgutachten Repowering" vom 22. Februar 2018, dort Seite 9. Von meinen Kunden wurde mir verschiedentlich zugetragen, dass noch immer veraltetes Datenmaterial der Ermittlung der Potenzialfläche dient. Die Datengrundlagen beispielsweise des geowissenschaftlichen Moorkatasters erhebt schon keinen Anspruch auf exakte Flächengenauigkeit („Moorschutzprogramm für Schleswig-Holstein", Drucksache 16/2272). Auch sind Abstandsflächenkreise um aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe vorzufindend, ebenso befinden sich zahlreiche Einzelhäuser nicht mehr in Wohnnutzung, werden gleichwohl aber bei der Bemessung von Abstandsflächen herangezogen. Meine Mandantin ist Planerin und plant östlich von Strübbel/Dithmarschen die Errichtung und den Betrieb von voraussichtlich sieben Windenergieanlagen mit einer Nennleistung von je 7,2 MW. Die nähere Umgebung ist bereits mit ca. 70 Windenergieanlagen bebaut und somit hoch vorbelastet. Gleichwohl sind in den Vorläuferversionen der Landesentwicklungsplanung die zunächst noch geprüften Potenzialflächen leiztlich abgelehnt worden und auch jetzt nicht in der „blauen Fläche" der Rohpotenzialkarte des Landesentwicklungsplans enthalten. Die Voraussetzungen sind allerdings geschaffen worden, die Kartierungen haben keine wesentlichen öffentlichen Belangen ergeben, die gegen die Planung sprechen könnten. Die Entwidmung von Wohngebäuden wird betrieben und ist zwischenzeitlich auch an die Abteilung Landesplanung gemeldet worden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted] Rechtsanwalt	
Institution: Kreis Schleswig-Flensburg ID: M2469	**Stellungnahme LEP-Wind** Sehr geehrter Herr Hilker, sehr geehrte Damen und Herren, im Anhang sende ich Ihnen die Stellungnahme des Kreises Schleswig-Flensburg zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplanes - Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie). Ich möchte betonen, dass der Kreis Schleswig-Flensburg in seiner Stellungnahme die Bedeutung der Windenergie für die Bekämpfung des Klimawandels anerkennt und hervorhebt. Die erneuerbaren Energien sind zur Erreichung der Klimaschutzziele und der Abkehr von fossilen Energien von elementarer Bedeutung. Aus dem Entwurf zur Teilfortschreibung des LEP Windenergie entnehme ich, dass die Landesregierung den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern möchte und sich unsere Vorstellungen in dieser Hinsicht gleichen. Auf Grund der hohen Bedeutung der Gesamtthematik stellte sich die Erarbeitung der Stellungnahme als kommunalpolitisch herausfordernd dar. Der Kreis respektive dessen Fachlichkeit wurde unmittelbar vor der politischen Sommerpause zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert. Der Beteiligungszeitraum wurde auf drei Monate festgesetzt. Die Entscheidung über die Abgabe einer Stellungnahme zu Raumordnungsplänen hat grundsätzlich der Kreistag in Funktion des Beschlussfassungsorgans auf Kreisebene zu treffen. Eine fristwahrende Sitzung des Kreistages zur Erarbeitung der Stellungnahme war auf Grund der gefährdeten Beschlussfähigkeit in der Sommerpause jedoch nicht möglich. Allenfalls konnte die Stellungnahme des Regionalentwicklungs- und Umweltausschuss als Fachausschuss des Kreistags herbeigeführt werden. Der frei gewählte Beteiligungszeitraum der Landesregierung über die kommunalpolitische Sommerpause sorgt nun dafür, dass ich die Abgabe der beschlossenen Stellungnahme fristwahrend durch eine Eilentscheidung nach § 51 Abs. 4 KrO anordnen muss. Diese Stellungnahme werde ich durch den	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die Ziffern 2.11.1., 3.16.1, 3.17.1, 4.5.1, 4.5.2, 7.1.5, 7.2.2, 7.2.3, 7.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Anregung zur Veröffentlichung einer Handlungsempfehlung bzw. eines Verfahrenserlasses für die Gemeinden wird geprüft und gegebenenfalls im Zuge des weiteren Planaufstellungsprozesses weiter verfolgt. Zur Thematik "400 Meter Umgebungsbereich um Gewerbe": Gewerbegebiete sollen aus raumordnerischer Sicht vorrangig der Unterbringung von Gewerbebetrieben dienen, weshalb sie von einer Windenergienutzung ausgenommen sind. Um vorsorgend potenzielle Konflikte zwischen Windenergienutzung und klassischer Gewerbenutzung zu vermeiden, wird darüber hinaus auch ein pauschaler Abstandsbereich von 400 Metern um diese Gebiete herum festgelegt. Dem Vorschlag einer flexiblen Ausgestaltung dieses Abstandsbereichs wird aufgrund dieser raumordnerischen Vorsorgeerwägungen seitens des Plangebers insofern nicht gefolgt. Zur Thematik "Stadt- und Umlandbereiche": Gerade die heterogene räumliche Struktur der unterschiedlichen Stadt- und Umlandbereiche und der Ansatz eines gewissen Interessenausgleichs sprechen gegen eine pauschalisierte Freihaltung einzelner Bereiche innerhalb dieser Räume, weshalb der Forderung nicht gefolgt wird. Hinweise zu besonders kritischen Bereichen, welche beispielsweise aufgrund der dargelegten Nutzungsansprüche von einer Windenergienutzung freizuhalten sind, können im Rahmen der Regionalplanverfahren

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kreistag in seiner Sitzung am 9. Oktober 2024 bestätigen lassen. In der Hoffnung, dass der neue Entwurf zur Teilfortschreibung gerichtlichen Bestand haben wird, richte ich den ausdrücklichen Wunsch an Sie, bei zukünftigen Beteiligungsverfahren die Rahmenterminkalender der kommunalen Ebene zu beachten, so denn das Land an einer qualifizierten Stellungnahme der Kreise ein tatsächliches Interesse hat. Vor dem Hintergrund der Bedeutsamkeit der kommunalen Stellungnahmen, bitte ich um künftige Beachtung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] **<u>Stellungnahme des Kreises Schleswig-Flensburg zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplanes – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie)</u>** Aus Sicht des Kreises ist es richtig, dass der Anteil an Erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch deutlich und zügig anwachsen muss, um den menschgemachten Klimawandel zu bekämpfen, Klimaschutzziele auf unterschiedlichsten Ebenen zu erreichen und sich der Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten zu nähern. Der Kreis begrüßt daher die aktuellen Bestrebungen des Landes, den Windkraftausbau zu strukturieren und in der Konsequenz einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzutreiben. Für das Land Schleswig-Holstein und den Kreis Schleswig-Flensburg kann nur über einen sukzessiven Mehranteil von erneuerbaren Energieträgern ein belastbarer und nachhaltiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Gleichzeitig wird so die Abhängigkeit Deutschlands von Importen fossiler Energieträger reduziert, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs in der Ukraine ein gewichtiger Faktor. Der Kreis Schleswig-Flensburg ist sich seiner gesamtgesellschaftlichen Aufgabe und Bedeutung als Flächenkreis mit großen Potentialen für die Windkraft bewusst. Nicht zuletzt mit Blick auf die Geest und hierbei insbesondere das Amt Schafflund mit einem Flächenanteil von über 23 % werden weite Bereiche des Kreises einen großen Beitrag zur Energiewende und dem ersten „klimaneutralen Industrieland“ bieten. Gleichzeitig fordert der Kreis aber auch eine entsprechende Zurückhaltung von Ausweisungen in	eingebracht werden und sind sodann in den Abwägungsentscheidungen zu den potenziellen Vorranggebieten Windenergie zu berücksichtigen. Zur Thematik "Umfassung von Ortslagen": Die Kritik an der fehlenden Konkretisierung des Kriteriums wird zur Kenntnis genommen und findet Eingang in ein objektiviertes Bewertungsverfahren zur Umfassung von Ortslagen, welches auf Ebene der Regionalplanung Anwendung finden wird. Der Plangeber ist sich der bestehenden und potenziellen Raumkonflikte bewusst. Auf Ebene der Regionalplanung wird aus diesem Grund sichergestellt, dass Gemeinden hinreichende Entwicklungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Zur Thematik "UNESCO-Welterbestätte Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Danewerk": Der Ausschlussbereich um die UNESCO-Welterbestätte herum basiert auf einer wissenschaftlichen Sichtfeldstudie und wird im Managementplan des Welterbes auf dieser Grundlage konkret als Freihaltebereich für eine Windenergienutzung herangezogen. Im Sinne der Integrität der Welterbestätte sowie ihrer Umgebung und um wesentliche Beeinträchtigungen zu vermeiden, die den Welterbestatus gefährden könnten, wird auch weiterhin unverändert an der resultierenden Ausschlusszone festgehalten. Zur Thematik "Rohstoffsicherung": Die Öffnung von Vorranggebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe, in denen der Abbau bereits abgeschlossen ist, bietet lediglich die Möglichkeit, einzelfallbezogen im Rahmen der Abwägung auf Regionalplanebene zum Ergebnis zu gelangen, dass die entsprechenden Bereiche einer Windenergienutzung zugeführt werden können. Im Rahmen des Planaufstellungsprozesses besteht dabei die Möglichkeit, in Stellungnahmen auf entgegenstehende Belange und/oder Zielsetzungen innerhalb dieser Gebiete hinzuweisen, was im Einzelfall gegen die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gebieten, die sich aus naturschutzfachlichen, touristischen oder gesamtgesellschaftlichen Gründen nicht für die Windkraft eignen beziehungsweise anbieten. Die Energiewende kann nur in einem Zusammenspiel aus Bürgern, Gemeinden, Ämtern, Kreisen und der Landesplanung gelingen und sollte entsprechend eine für alle Seiten vertretbare Kulisse unter Beachtung der bundesweiten Vorgaben bieten. Zu den einzelnen Abschnitten: **<u>Rotor-innerhalb-Planung</u>** **Ziffer 4.5.1 Z 5** Die Rotor-In Betrachtung der Landesplanung wird seitens des Kreises begrüßt. **<u>400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe</u>** **Ziffer 4.5.1.1 Z 2** Der Kreis fordert das Land auf, Schleswig-Holstein nicht als reines Erzeugerland für Strom aus erneuerbaren Energien zu sehen, sondern eine auf Stromabnehmer orientierte Ansiedlungsstrategie zu verfolgen. Nur so kann das ausgerufene Ziel des Ministerpräsidenten, ein klimaneutrales Industrieland zu werden, auch erreicht werden. Gerade der windhöffige strukturschwache Raum sollte von den Synergieeffekten der Wertschöpfungsketten profitieren können. Dementsprechend regt der Kreis eine Flexibilisierung bei Abständen zu Gewerbegebieten an. Darüber hinaus sollte eine raumordnerisch sinnvolle Verknüpfung von Windenergie mit anderen Energieträgern und entsprechenden Folgeinfrastrukturen sowie Gewerbe verfolgt werden. Aus Sicht des Kreises können nur so langfristig positive Effekte mit entsprechenden Wertschöpfungsketten und Synergien entstehen, die einem Industrieland entsprechen. **<u>Solar-Freiflächen</u>** **Ziffer 4.5.1 Z 7**	Übernahme als Vorranggebiet Windenergie sprechen kann. Zur Thematik "Kompensations- und Ökokontenflächen": Die einzelfallbezogene Überplanung von Kompensations- und/oder Ökokontenflächen mit Vorranggebieten Windenergie ist nicht automatisch gleichzusetzen mit der Inanspruchnahme dieser Flächen für eine Windenergienutzung. Vielfach sind die betreffenden Flächen sehr klein und räumlich fragmentiert vorzufinden. Dabei wäre ein Ausschluss der einzelnen Flächen auf der Maßstabsebene weder des Landesentwicklungsplans noch der Regionalpläne sachgemäß. Stattdessen wird davon ausgegangen, dass eine Prüfung der Vereinbarkeit einer Windenergienutzung mit den flächenspezifischen Erhaltungs- und Entwicklungszielen der Einzelflächen im Rahmen von Bauleitplan- und/oder Genehmigungsverfahren geleistet werden kann und beispielsweise durch eine Anpassung von Windparklayouts der Erhalt der Flächen sichergestellt wird. Zur Thematik "Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz": Der Plangeber nimmt die Hinweise zur Kenntnis und erkennt den Bedarf an weiteren Flächen für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz an. Dabei können allerdings vor dem Hintergrund des Flächenbedarfs zur Erfüllung der bundesgesetzlichen Vorgaben bezüglich der Windenergienutzung, sofern vorhanden, lediglich solche Flächen Berücksichtigung finden, die als Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz ausgewiesen sind. Eine darüber hinausgehende pauschalisierte Freihaltung im Sinne des Binnenhochwasserschutzes erfolgt nicht. Zur Thematik "Oberflächengewässer": Der Forderung nach einer Ausweitung der Schutzstreifen über das gesetzlich normierte Maß hinaus wird nicht gefolgt. Ein erweiterter Schutz für der Gewässer zweiter Ordnung kann gemäß § 35 Absatz 6 LNatSchG seitens der obersten Naturschutzbehörde festgelegt werden. Die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Öffnung für PV-Freiflächen in Windvorranggebieten wird aus vorgenannten Gründen begrüßt, hier sollte die Öffnung aber nicht aufhören und insbesondere in Bezug auf den vorherigen Punkt weitere Verbindungen von Produktion und Verbrauch ermöglichen, um die angesprochene Wertschöpfung auch im Land und insbesondere im strukturschwachen ländlichen Raum zu belassen. **<u>Stadt- und Umlandbereiche sowie Verdichtungsräume</u>** **Ziffer 4.5.1.1 G 6** Aus fachlicher Sicht kann nachvollzogen werden, dass nicht die gesamten Stadt-Umland-Bereiche freigehalten werden können. Der Umlandbereich ist jedoch zum großen Teil von starken Nutzungskonflikten sowie dadurch steigende Bodenpreise gekennzeichnet und soll neben einem siedlungs- und gewerblichen Verflechtungsraum auch Bereiche für die Erholung und den Naturschutz bieten. Um langfristig bezahlbaren Wohnraum, nachhaltige Gewerbeentwicklung und Naturschutz bzw. Erholungsräume zu sichern, fordert der Kreis, einen Kernbereich in Umlandbereichen von Ober- und Mittelzentren frei zu halten. Dies gilt insbesondere um den Bereich um Flensburg herum. Hierbei sollten nicht zuletzt Verflechtungsdaten eine gute Grundlage für die entsprechende Ausweisung bieten. **<u>Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung</u>** **Ziffer 4.5.1.1 G 7** Der Kreis fordert, die Begrifflichkeit einer unzumutbaren Umfassung genauer darzulegen. Es gibt Gemeinden im Kreis, die sich bereits seit Jahren gegen eine Umzingelung wehren und sich nun mit einer weiteren Umfassung konfrontiert sehen. Der Kreis fordert, in diesen Fällen nicht nur die Umfassung aus Sicht der Windkraftplanung zu sehen, sondern den entsprechenden Gemeinen auch eine Entwicklungsperspektive zu geben, da diese von den Flächen entsprechende Abstände einhalten müssen. In diesem Zuge sei exemplarisch auf den zentralen Ort Silberstedt hingewiesen, der zunehmend in seiner Entwicklungsmöglichkeit eingeschränkt wird und seiner Aufgabe als zentraler Ort mit einer entsprechenden Wachstumsperspektive nicht	Nichtberücksichtigung von Gewässern mit einer Größe von weniger als einem Hektar als Ausschlussbereiche basiert abseits der gesetzlichen Regelung auf der Maßstabsebene der Raumordnungsplanung. Es soll im Rahmen der Regionalplanung einzelfallbezogen geprüft werden, ob eine Freihaltung der betreffenden Gewässerflächen notwendig ist. Ebenfalls auf Ebene der Regionalplan finden die Gewässertalräume Berücksichtigung, indem im Einzelfall geprüft wird, ob die Freihaltung notwendig oder eine Überplanung der betreffenden Bereiche möglich ist, ohne das Verschlechterungsverbot sowie das Verbesserungsgebot zu verletzen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gerecht werden kann. Auch hier verweist der Kreis auf die einleitend erwähnte besondere Bedeutung und gleichzeitige Belastung insbesondere des Teilraums Geest und fordert eine entsprechende Berücksichtigung. Der Kreis regt an, bei einer drohenden Umfassung die entsprechenden Flächen einer gemeindlichen Bauleitplanung zugänglich zu machen und nicht als landesplanerisch raumordnerische Vorrangflächen auszuweisen. Gemeinden könnten dann in ihrer eigenen Planungshoheit über die so genannte Unzumutbarkeit einer Umfassung entscheiden. **<u>Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung / Regionale Grünzüge</u>** **Ziffer 4.5.1.2 G 11 / 12** Aus Sicht des Kreises ist es fragwürdig, ob die regionalen Grünzüge der Aufgabe als Sicherungsinstrument für Freiräume und Freiraumfunktionen noch nachkommen können, wenn jegliche Siedlungstätigkeit zwar ausgeschlossen ist, jedoch raumbedeutsame WEA errichtet werden können. Für den Kreis sollen Flächen auch im unmittelbaren Grenzbereich für einen überregionalen Vogelzug unter Berücksichtigung der Funktion des Grünzugs möglich sein, dies wird kritisch gesehen. **<u>UNESCO-Welterbestätte Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Danewerk</u>** **Ziffer 4.5.1.5 Z 3** Mit Blick auf zwei große Freihaltebereiche im Kreisgebiet – rund um die UNESCO-Welterbestätte Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Danewerk und im Gebiet der Eider-Treene-Sorge Niederung - zeigen sich jeweils unterschiedliche Abwägungsszenarien. Während im Süden des Kreisgebietes neben artenschutzrechtlichen Belangen durch die Niederungs- und damit vielfach Moorkulisse, auch Klimaschutzaspekte mit der klimaschützenden Windkraft konkurrieren, sind es im Bereich südwestlich von Schleswig gelegenen Freihalteraum eher denkmalschützende Ausschussgründe.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Es sollte geprüft werden, ob der Freihaltebereich um das Welterbe in diesem Umfang notwendig ist oder ob vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe Energiewende ein mit allen Belangen vereinbare Lösung gefunden werden kann. Der Kreis sieht hierbei den Schutz des Welterbes als hohe Priorität an und ist als Flächeneigentümer im Archäologischen Komplex und Förderer des Welterbemanagementes an der Bewahrung und Inwertsetzung des Welterbestatus interessiert und aktiv beteiligt. **<u>Landschaftsschutzgebiete</u>** **Ziffer 4.5.1.2 G 13; B zu 13 (Text LEP S. 36; S. 49)** **Ziffer 3.7.1.1 (Umweltbericht S. 56)** Es bestehen grundsätzliche landschaftspflegerische Bedenken zur geplanten Zulassung von Windenergieanlagen innerhalb von LSG´s. Mit Inkrafttreten des WindBG und in der Folge der Ergänzung des § 26 um den Absatz 3 BNatSchG ist die Errichtung von raumbedeutsamen WEA innerhalb von LSG nunmehr nicht mehr ausgeschlossen. Derzeit sind bereits 2,5 % der Kreisfläche als Windenergiegebiete ausgewiesen. So scheint es fachlich möglich, auch unter Berücksichtigung anderer Abwägungskriterien das ausgesprochene Ziel von landesweit 3% der Ausbauflächen und dem 15 GW Ziel bis Ende 2027 zu erreichen, ohne die LSG in Anspruch zu nehmen. Dem Schutzzweck der oftmals historischen Kulturlandschaften und dem besonderen Wert zur Erholungs- und Freizeitnutzung sollte weiterhin Vorrang gegeben werden. Den Verlust von Erholungsräumen in Landschaftsschutzgebieten zeigt exemplarisch ein geplantes Windenergiegebiet innerhalb des LSG „Oberes Treenetal und Umgebung“. Hier wird eine Teilfläche des LSG östlich angrenzend an das NSG „Obere Treenelandschaft“ durch mögliche Windernergienutzung überplant. Dies hätte zur Folge, dass der bedeutsame Erholungswert der Region des Treßsees und dem Großsolter Moor verloren ginge. Solche wichtigen Naherholungskomplexe sollten grundsätzlich frei von Windenergienutzung gehalten werden. Auch für die Belange des Moorschutzes und der Möglichkeit zur Wiedervernässung von Mooren würde die Inanspruchnahme von LSG für WEA in einigen Bereichen diesem naturschutzfachlich bedeutsamen Ziel entgegensprechen. So werden derzeit z.B. im Kreisgebiet die LSG „Seelandmoor“ und „Lüngmoor“ von Windenergiegebieten beansprucht. Beide LSG dienen dem Schutz und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Möglichkeit der Vernässung der Moorkörper. Die Ausweisung von Windenergiegebieten in Bereichen sensibler Moorstandorte würde die Möglichkeit zur Wiedervernässung und somit Senkung von CO2 als wichtige Klimaschutzmaßnahme verhindern. Moore dienen als CO2- Speicher dem Klimaschutz. Bei jedem Eingriff in Moorböden werden klimaschädliche Gase freigesetzt. Daher gilt es, in Moorbereichen möglichst auf bauliche Maßnahmen zu verzichten. Die Erzeugung von Energie aus Windkraft sollte nicht auf Kosten des Moorbodenschutzes gehen. Damit schafft man kontraproduktive Verhältnisse. Zusätzlich zum Aushubbereich von Bodenmaterial für Fundamente werden bei der Anlage einer WKA durchschnittlich 0,5 ha Fläche dauerhaft versiegelt. Hinzu kommen temporär versiegelte Flächen für Baustraßen, Baustelleneinrichtung, Kranstellflächen usw., die nach der Nutzung in den extrem verdichtungsempfindlichen Moorbereichen durch Bodenverdichtung dauerhaft in ihrer Gefügestruktur geschädigt sind. Hinzu kommt, dass ausgehobene Torfböden einer besonderen Behandlung bedürfen und oftmals aufgrund ihrer hohen geogen bedingten Schadstoffgehalte teuer entsorgt werden müssen. Rechnet man dies alles in die CO2-Bilanz mit ein, geht mit jeder WKA auf einem Moorstandort ein erhebliches CO2-Einsparkontingent verloren. Auch der Moorschutz als wichtiger Klimaschutzfaktor sollte hier mehr Berücksichtigen finden. Klimaschutz gegen Klimaschutz zu stellen, scheint auch auf dieser Ebene des LEP nicht dem ganzheitlichen Ziel zu entsprechen. **<u>Biotope / Biotopverbund</u>** **Ziffer 4.5.1.3 Z 5 + G 5 und Ziffer 3.3.5 u. 3.3.6 Umweltbericht** Aufgrund der hohen Maßstabsebene werden innerhalb des LEP lediglich Biotope und Biotopkomplexe ab einer Größe von 5 ha dargestellt und berücksichtigt. Es wird darauf hingewiesen, dass auch der LEP innerhalb von Biotop- und auch Bodenschutz grundsätzlich Aussagen zu Moorböden geben sollte. Hierzu werden keine Aussagen getroffen. Die Errichtung von WEA innerhalb solcher Moorbereiche, wenn auch im kleinen Umfang, ist im Hinblick auf den Klimaschutz ein Ausspielen der beiden wichtigen Faktoren, um Klimaziele zu erreichen. Schwerpunktbereiche sowie wichtige Verbundachsen des Biotopverbundsystems sollen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nun der Abwägung unterliegen. Dies wird aus naturschutzfachlicher und landschaftspflegerischer Sicht sehr kritisch gesehen. Der Biotopverbundkomplex sollte weiterhin frei von raumbedeutsamer WEA bleiben. Bereits jetzt werden Nebenverbundachsen im Einzelfall von WEA überplant. Schwerpunktbereiche und wichtige Verbundachsen sind zur Erhaltung Lebensraumkomplexe wildlebender Tier- und Pflanzenarten äußerst wichtig und auch wichtiger Bestandteil der landesweiten Biodiversitätsstrategie und dienen ebenfalls der Erholungsfunktion. **<u>Rohstoffsicherung</u>** **Ziffer 4.5.1.4 Z 5 + G 5; B zu Z 5 u. G 5** Die neu aufgenommene Möglichkeit, in Gebieten, in denen der Rohstoffabbau bereits abgeschlossen ist, raumbedeutsame WEA grundsätzlich zuzulassen, wird kritisch gesehen. Hierüber sollte eine Entscheidung erst im Einzelfall und nach Prüfung und Abwägung aller Fachvorschriften sowie der gebotenen naturschutzrechtlichen (Ausgleichs-)Erfordernisse möglich sein. Eine derartige Öffnung der Bereiche, ohne bereits im LEP den Hinweis auf einen teilweise erforderlichen Ausschluss solcher Flächen im Hinblick auf die Belange des Artenschutzes zu geben, wird aus naturschutzfachlicher Sicht sehr kritisch gesehen. **<u>Kompensations- und Ökokontoflächen</u>** **Ziffer 4.5.1.4 G 7; B zu G 7 (Text LEP S. 84; S. 94)** Eine mögliche Inanspruchnahme von Kompensations- und Ökokontoflächen wird aus naturschutzfachlicher- und rechtlicher Sicht äußerst kritisch gesehen. Ein Großteil dieser Flächen dient der Kompensation von Beeinträchtigungen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild durch die Errichtung und den Betrieb von raumbedeutsamer WEA. Kompensations- und Ökokontoflächen sollten grundsätzlich weiterhin zu den Tabuflächen zählen. Aus den Ersatzgeldzahlungen für die Errichtung von WEA wurden und werden im Kreisgebiet, zum Teil gemeinsam mit Flächen der Stiftung Naturschutz SH und Ökokontobetreibern sowie Kompensationsmaßnahmen aus Bauleitplanung große	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Flächenkomplexe erworben und aufgewertet, welche oftmals das Entwicklungsziel Schutz, Erhalt und Förderung des Wiesenbrutvogelschutzes haben. Die Inanspruchnahme von Kompensations- und Ökokontoflächen führt zwangsläufig dazu, das Entwicklungsziele geändert werden müssen und noch mehr Raum für die Gilde der Wiesenbrutvögel verloren geht. Ökokonten und Kompensationsflächen müssten ggf. herausgetauscht oder gar rückabgewickelt werden. Dies ist aufgrund des bereits jetzt bestehenden hohen Nutzungsdrucks auf den Außenbereich fast unmöglich und dient nicht der Vereinbarkeit von Naturschutz und Landwirtschaft im ländlichen Raum, da hier eine verschärfte Flächenkonkurrenz geschaffen wird. Eine Rückabwicklung von Kompensationsflächen und Ökokonten würde auch dazu führen, dass der gesetzlich vorgeschriebene Ausgleich für die Errichtung und den Betrieb von bestehenden WEA in Anspruch genommen wird. Neben der fachlichen Herausforderung, neue Kompensationsflächen zu finden und herzurichten, würde dies auch zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand führen. Bestehende Bescheide müssten geändert werden. Nachstehend ist eine Aufstellung über die durch die derzeitige Darstellung der Flächenpotenziale für raumbedeutsame WEA betroffenen bestehenden Kompensations- und Ökokontoflächen (Stand 15.07.2024): • Ausgleichsflächen 758,5 ha, davon 83,6 ha in Potenzialfläche • Ersatzgeldflächen 949,4 ha, davon 78,1 ha in Potenzialfläche • Ökokontoflächen 1.473,1 ha, davon 103,4 ha in Potenzialfläche • Kompensationsflächen gesamt (Ausgleich + Ersatzgeld + Ökokonto): 3.181,0 ha, davon 265,2 ha in Potenzialfläche **<u>Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz</u>** **Ziffer 4.5.1.4 G 3** Die Teilfortschreibung des LEP Windenergie an Land berücksichtigt nur die bereits festgesetzten Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz. Dabei handelt es sich um durch Rechtsverordnung oder wasserrechtlich festgesetzte	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Überschwemmungsgebiete und Gebiete zwischen den Flussdeichen. Für das Kreisgebiet bestehen allerdings (nahezu) keine solchen bereits festgesetzten Gebiete, obwohl hierfür absehbar ein erheblicher Bedarf besteht. Um Siedlungsgebiete vor den Auswirkungen des Klimawandels besser zu schützen, werden an vielen Talräumen und Oberläufen auch kleinerer Fließgewässer große Flächen benötigt, um Oberflächenwasser bereits dort am Entstehungsort soweit wie möglich zurück zu halten. Darüber hinaus werden voraussichtlich - insbesondere im Bereich der Treene - große Gebiete benötigt, die zukünftig neu als Polderflächen festgesetzt werden können. Mittelfristig wird ein hinreichender Binnenhochwasserschutz an der Treene nicht ohne weitere Polderflächen auskommen. Zusätzliche Maßnahmen zum Binnenhochwasserschutz (z.B. Überschwemmungsflächen) werden insbesondere an folgenden Fließgewässersystemen bereits aus heutiger Sicht nötig sein: Munkbrarupau, Geltinger Au, Lehbecker Au, Kielstau, Bondenau, Treene und weitere Zuläufe, Schafflunder Mühlenstrom, Linnau, Zuläufe Soholmer Au und Lecker Au. Die Aufzählung ist nicht abschließend. Eine Berücksichtigung dieser Flächen wird als erforderlich angesehen. Da nach heutigem Stand des Wissens zukünftige Vorranggebiete für den Binnenhochwasserschutz nicht abschließend benannt können, sollten alle Niederungsgebiete an Fließgewässern 1. und 2. Ordnung, die möglicherweise eine Bedeutung für den Binnenhochwasserschutz erlangen könnten, von der Ausweisung als Vorranggebiet für Windenergie ausgeschlossen werden. Belastbare Hinweise auf solche Gebiete ergeben sich voraussichtlich aus den Starkregenhinweiskarten, die derzeit vom Land Schleswig-Holstein erarbeitet werden. Insbesondere jene dort ausgewiesenen Überflutungsflächen, die einen räumlichen Zusammenhang zu Fließgewässern besitzen, werden mit großer Wahrscheinlichkeit erhebliche Bedeutung für den Hochwasserrückhalt haben. Darüber hinaus sollten in einer Entfernung bis zu 25 Metern vom Fußpunkt der Innenböschung landwärts von Binnendeichen ebenfalls keine baulichen Anlagen errichtet werden, diese Gebiete sind daher nicht als Vorranggebiete auszuweisen. Zusätzlich dürfen die in § 66 LWG genannten Schutzstreifen an den dort aufgeführten Hochwasserschutzanlagen nicht als Vorranggebiet für Windenergie ausgewiesen werden.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	<u>Oberflächengewässer</u> Der Schutzstreifen von 50 Metern an Gewässern 2. Ordnung gilt gemäß § 35 Absatz 2 Satz 1 LNatSchG nur an ausgewählten Fließgewässern. Dieser Schutzstreifen sollte auf alle berichtspflichtige Gewässer II. Ordnung sowie auf alle Seen und Teiche kleiner als 1 ha ausgedehnt werden. Dies dient dazu, dass zukünftige Gewässerentwicklungsmaßnahmen nicht durch Windenergieanlagen behindert werden. Aus dem gleichen Grund sollten grundsätzlich alle ausgewiesenen Talräume an Fließgewässern ebenfalls nicht durch Vorranggebiete für Windenergie überplant werden. Um an Gewässern 2. Ordnung den Wasser- und Bodenverbänden die gesetzliche Unterhaltungspflicht zu ermöglichen, ist in allen Fällen mindestens der satzungsgemäße Unterhaltungsschutzstreifen von baulichen Anlagen freizuhalten. **<u>Generelle Anmerkungen</u>** Im Zuge der Positivplanung ergibt sich eine große Flächenkulisse, die zukünftig von den Gemeinden entwickelt werden kann. Der Kreis fordert die Landesplanung auf, die Gemeinden bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Die Gemeinden haben in den vergangenen Jahren zunehmend Aufgaben übertragen bekommen, die für die ehrenamtlichen Gemeindevertretungen und insbesondere ehrenamtliche aber auch hauptamtliche Bürgermeister kaum zu bewältigen sind. Hierunter fällt in diesem Zuge beispielsweise die durch den vorliegenden LEP in die nachfolgenden Verfahren und Ebene verschobene Abwägung von übergeordnetem Interesse (bspw. mit Bezug auf Klimaschutz die Abwägung zwischen CO2 Einsparung durch Moorschutz und Ausbau der Windkraft) und notwendige Konfliktlösung mit weiteren Nutzungen des Außenbereichs (bspw. Flächenvorsorge für wohnbauliche und gewerbliche Entwicklungen in Stadt-Umland-Bereichen). Hierbei sollten zumindest die Kernpunkte bei Überplanungen in einer Handlungsempfehlung oder ggfs. einem entsprechenden Verfahrenserlass zusammengefasst werden, damit die Gemeinden angesichts des zu erwartenden starken Investorendrucks eine gute Grundlage für die Entscheidungsfindung haben und gleichzeitig eine rechtssichere Planung verfolgen können. Abschließend wird darauf hingewiesen, dass der Kreis die vorliegende Beteiligung zur Teilfortschreibung im Sachthema Wind aus rein formellen Gründen kritisch sieht. Im	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sinne einer sinnvollen Planungsbeschleunigung wurde das Raumordnungsgesetz novelliert und festgehalten, dass eine Beteiligung für Raumordnungspläne drei Monate nicht übersteigen sollte. Dass das Land Schleswig-Holstein diese Beteiligung in die Ferien- und Haupturlaubszeit durchführt, ist jedoch nicht gesetzlich vorgegeben, sondern seitens des Landes frei gewählt. Der Landesplanung muss bewusst gewesen sein, dass hierdurch Schwierigkeiten sowohl in einer fachlichen Beurteilung bestehen, als auch die politische Information und Beschlusslage nur schwerlich herbeizuführen ist. Aus diesem Umstand heraus wäre eine längere Frist auch unter der Soll-Vorschrift sicherlich zu begründen. Dieses Vorgehen wird äußerst kritisch gesehen und wirft Fragen auf, ob die Beteiligung den Anforderungen an eine angemessene Frist entspricht und somit ordnungsgemäß durchgeführt ist.	
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1966	Sehr geehrte Damen und Herren, wir nehmen Stellung zur geplanten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein bezüglich der Windenergie an Land und möchten insbesondere die Festlegung von "Wiesenvogelbrutgebieten mit besonders hohen Siedlungsdichten" als Grundsatz und Ziel der Raumordnung kritisch hinterfragen. Diese Festlegung könnte die Genehmigungsfähigkeit von Windenergieanlagen in betroffenen Gebieten erheblich einschränken und damit auch ein konkret geplantes Windenergievorhaben in der Mieleniederung verhindern. Mit der Planung des Projekts in der Mieleniederung wurde bereits im Frühjahr 2023 begonnen, und es wurden seitdem erhebliche Fortschritte erzielt. Im Jahr 2023 wurden sowohl artenschutzrechtliche als auch immissionsschutzrechtliche Untersuchungen durchgeführt. Zudem wurden umfangreiche Nutzungsverträge mit den Landeigentümern für eine Fläche von über 500 ha Windenergiepotentialfläche abgeschlossen. Darüber hinaus bestehen Vorverträge für den Kauf von 133 ha Ausgleichsflächen rund um die Ortschaft Fiel in der Mieleniederung sowie für Flächen zur Errichtung der notwendigen Infrastruktur, einschließlich Zuwegungen und Kabelverlegungen zum Umspannwerk Heide-West. Das geplante Windparklayout sieht die Errichtung von insgesamt 30 Windenergieanlagen der 7 MW Klasse vor. Aus fachlicher Sicht halten wir die Ausweisung eines Wiesenvogelbrutgebietes in der Mieleniederung für nicht gerechtfertigt. Die verwendete Flächenkulisse weicht an vielen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.18.1, 4.19.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Ergänzend dazu gilt: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellen erheblich von der im "Wiesenvogelerlass" vom 25.03.2019 veröffentlichten Flächenkulisse ab, wie zum Beispiel auf Eiderstedt. Diese Diskrepanz lässt vermuten, dass die Anpassung der Flächenkulisse nicht auf artenschutzfachlichen Kriterien basiert, sondern willkürlich erfolgt ist, um den Ausbau der Windenergie zu steuern. Weiterhin führen durch das als "Wiesenvogelbrutgebiet" ausgewiesene Gebiet in der Mieleniederung derzeit zwei Planungen von Hochspannungsgleichstromkabeltrassen: der "NordOstLink" zwischen Heide und Rogahn und der "Korridor B" zwischen Heide und Hamm. Das Leitungsbauvorhaben "NordOstLink" befindet sich bereits im Planfeststellungsverfahren. In den veröffentlichten Unterlagen finden sich auch Dokumente zur Raum- und Umweltverträglichkeit, die jedoch in keiner Weise auf das zu querende "Wiesenvogelbrutgebiet" eingehen. Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, dass entweder die Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren der Leitungstrasse mangelhaft sind, oder dass die "Wiesenvogelbrutgebiete" kein artenschutzfachlich relevantes Kriterium darstellen, sondern lediglich als vorgeschobenes, willkürliches Mittel zur Steuerung der Windenergieplanung genutzt werden. Wir fordern daher eine erneute Überprüfung und Anpassung der Flächenkulisse auf Basis transparenter und nachvollziehbarer artenschutzfachlicher Kriterien. Es ist essentiell, dass die Planung von Windenergieanlagen auf wissenschaftlich fundierten Grundlagen basiert und nicht durch willkürliche Festlegungen behindert wird. Nur so kann eine nachhaltige und zukunftsorientierte Energiepolitik im Einklang mit den Bedürfnissen des Artenschutzes und den Anforderungen der Energiewende gewährleistet werden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2343	Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum II Kapitel 5.7 (Windenergie an Land) Sehr gehrte Damen und Herren, ich möchte als Bewohner der Halbinsel Resenis zwischen Bossee/ Westensee eine kritische Eingabe zu den geplanten WKA Potenzialgebieten rund um die beiden Seen bzw. generell zum Naturpark Westensee machen: **Naturpark Westensee schon kaputt gemacht?** 1.1. Zuoberst möchte ich der wiederkehrenden Aufforderung widersprechen, nach der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 2.1-2.5, 3.18, 7.2.1 und 7.2.10 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ein "bereits vorgeschädigter Naturpark Ws" auch des weiteren missbraucht und geschunden werden darf. Diese fatalistische und offensichtlich profitorientierte Einstellung ist erschreckend ... und zeugt von größter Respektlosigkeit für unsere Fauna + Flora. Sollte diese Formel jemals als politische Empfehlung in die Öffentlichkeit gelangen, so werden wilde Abfalldeponien, Cross-Rennen, Waldparties und sonstiger Mißbrauch auf dem Fuße folgen. Warum darf Natur nicht ohne Ertragszwang leben, einfach nur da sein als Lebensraum für Fauna + Flora? In einem Bundesland mit nur 11% Restbewaldung und jämmerlichen 6 Naturparks müssten wir doch wie die Löwen um diesen kleinen Rest kämpfen! Die Natur in Ruhe lassen, um neue Lebenskraft zu bewundern! Wir brauchen grosszügige Schutzräume und Korridore für das Wild, Flug- und Ruhezonen für die Vögel sowie räumliche Vielfalt für die Kleinlebenwesen. Jedoch jede genehmigte WKA Fläche bedeutet eine weitere großräumige Isolation mit unergründeten, irreparablen Konsequenzen - Muss S.-H. sich überhaupt weiter als Stromknecht der südlichen Bundesländer verdingen, deren Industrie sich noch in dieser Dekade massgeblich verändern wird? --- **Interessenvertretungen und Finanzierungswege?** 2.1. Die jüngste **KN Berichterstattung zu unausgewogen besetzten WKA Besprechungen**, in denen tendenziell die Interessen von Landbesitzern und Projektfirmen vertreten waren, machen jeden Bürger betroffen! Auch wenn Spenden immer gut klingeln, aber auch die Naturfreunde und-beschützer können der Gemeinde langfristig Vorteile einbringen, umso mehr eine heile Welt mit gesunden, vernetzten Biotopen von unschätzbarem Wert. 2.2. In diesem Zusammenhang erbitte ich z.B. vollständige Transparenz betr. der wesentlichen WKA Finanzierungswege, d.h. von den einmaligen Projekt- und Fördersummen über diverse Szenarien wie Dauerbetrieb/ Auslastung/ Abnahmen bis zu den finalen Gewinnmitnahmen weniger Nutznießer. Wie entwickeln sich die finanziellen Entschädigungen des Landes für nicht abgenommene Strommengen? ---	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	800m Umfriedung für alle Felde Gemeindebürger und Steuerzahler 3.1. Meine Verwunderung gilt der Grafik "Windpotenzialflaechen Felde"*, wonach der Dorfkern mit einer schützenden "**800m Abstandslinie**" eingekreist wurde ... ohne jedoch die Resenis Mitbürger im Außenbereich der Gemeinde zu berücksichtigen! Unser Schutzbedürfnis ist jedoch identisch und sowohl als Siedlung wie auch als beliebtes Naherholungsgebiet gehören wir unter den Schutzschirm der Dorfgemeinschaft. Jedoch als "Aussiedler" werden wir bildwörtlich ins Haifischbecken der WKA Lobby geworfen. 3.2. In der später folgenden "Bewertung detaillierter Abwägungskriterien" zu den Potenzialgebieten werden zuoberst die **800m Abstandsbereiche rund um Siedlungsbereiche sowie <u>800m rund um "planverfestigte Siedlungsflächen im Außenbereich"</u>** erhoben. Auch konkret in Resenis handelt es sich um eine solche Struktur, nur ohne gültige Bauleitplanung, die hier bekanntermaßen durch Planungsfehler obsolet wurde - Dieses Manko kann aber nicht Resenis pauschal zum planlosen/ unbesiedelten Außenbereich abwerten und der Schutzlosigkeit preisgeben. Es wäre also nur fair und auch vorausschauend, wenn alle Gemeindebürger in Felde eine gleichwertige Schutz- und Abstandslinie *umfriedet*. * Hier nochmals die Grafik mit der zu korrigierenden 800m Abstandslinie rund um die Gemeindesiedlung Felde: https://www.amt-achterwehr.de/politik/buergerinformationen/allris/___tmp/tmp/45081036/Xr9tXsFN2r9QtVn0n5OKf9TdPHE9pO4QryUozs6F/JmnDefc/10-Anlagen/02/WindpotenzialflaechenFeldeM1_10000mit_34Ranzel.pdf --- Soweit meine 3 Eingaben mit der Bitte um Prüfung und weitere Bearbeitung. Danke für ihre Aufmerksamkeit und freundliche Grüße [redacted] - - - - - - - - - - - - - - [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2342	Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum II Kapitel 5.7 (Windenergie an Land) Sehr gehrte Damen und Herren, ich möchte als Bewohner der [redacted] eine kritische Eingabe zu den geplanten WKA Potenzialgebieten rund um die beiden Seen bzw. generell zum Naturpark Westensee machen: **Naturpark Westensee schon kaputt gemacht?** 1.1. Zuoberst möchte ich der wiederkehrenden Aufforderung widersprechen, nach der ein "bereits vorgeschädigter Naturpark Ws" auch des weiteren missbraucht und geschunden werden darf. Diese fatalistische und offensichtlich profitorientierte Einstellung ist erschreckend ... und zeugt von größter Respektlosigkeit für unsere Fauna + Flora. Sollte diese Formel jemals als politische Empfehlung in die Öffentlichkeit gelangen, so werden wilde Abfalldeponien, Cross-Rennen, Waldparties und sonstiger Mißbrauch auf dem Fuße folgen. Warum darf Natur nicht ohne Ertragszwang leben, einfach nur da sein als Lebensraum für Fauna + Flora? In einem Bundesland mit nur 11% Restbewaldung und jämmerlichen 6 Naturparks müssten wir doch wie die Löwen um diesen kleinen Rest kämpfen! Die Natur in Ruhe lassen, um neue Lebenskraft zu bewundern! Wir brauchen grosszügige Schutzräume und Korridore für das Wild, Flug- und Ruhezonen für die Vögel sowie räumliche Vielfalt für die Kleinlebenwesen. Jedoch jede genehmigte WKA Fläche bedeutet eine weitere großräumige Isolation mit unergründeten, irreparablen Konsequenzen - Muss S.-H. sich überhaupt weiter als Stromknecht der südlichen Bundesländer verdingen, deren Industrie sich noch in dieser Dekade massgeblich verändern wird?	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 3.18, 7.2.10, 7.2.1, 7.2.5 und 2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	--- **Interessenvertretungen und Finanzierungswege?** 2.1. Die jüngste **KN Berichterstattung zu unausgewogen besetzten WKA Besprechungen**, in denen tendenziell die Interessen von Landbesitzern und Projektfirmen vertreten waren, machen jeden Bürger betroffen! Auch wenn Spenden immer gut klingeln, aber auch die Naturfreunde und-beschützer können der Gemeinde langfristig Vorteile einbringen, umso mehr eine heile Welt mit gesunden, vernetzten Biotopen von unschätzbarem Wert. 2.2. In diesem Zusammenhang erbitte ich z.B. vollständige Transparenz betr. der wesentlichen WKA Finanzierungswege, d.h. von den einmaligen Projekt- und Fördersummen über diverse Szenarien wie Dauerbetrieb/ Auslastung/ Abnahmen bis zu den finalen Gewinnmitnahmen weniger Nutznießer. Wie entwickeln sich die finanziellen Entschädigungen des Landes für nicht abgenommene Strommengen? --- **800m Umfriedung für alle Felde Gemeindebürger und Steuerzahler** 3.1. Meine Verwunderung gilt der Grafik "Windpotenzialflaechen Felde"*, wonach der Dorfkern mit einer schützenden "**800m Abstandslinie**" eingekreist wurde ... ohne jedoch die [redacted] Mitbürger im Außenbereich der Gemeinde zu berücksichtigen! Unser Schutzbedürfnis ist jedoch identisch und sowohl als Siedlung wie auch als beliebtes Naherholungsgebiet gehören wir unter den Schutzschirm der Dorfgemeinschaft. Jedoch als "Aussiedler" werden wir bildwörtlich ins Haifischbecken der WKA Lobby geworfen. 3.2. In der später folgenden "Bewertung detaillierter Abwägungskriterien" zu den Potenzialgebieten werden zuoberst die **800m Abstandsbereiche rund um Siedlungsbereiche sowie 800m rund um "planverfestigte Siedlungsflächen im Außenbereich"** erhoben. Auch konkret in [redacted] handelt es sich um eine solche Struktur, nur ohne gültige Bauleitplanung, die hier bekanntermaßen durch Planungsfehler obsolet wurde - Dieses Manko kann aber nicht [redacted] pauschal zum planlosen/ unbesiedelten Außenbereich abwerten und der Schutzlosigkeit preisgeben. Es wäre also nur fair und auch vorausschauend, wenn alle Gemeindebürger in Felde eine gleichwertige Schutz- und Abstandslinie *umfriedet*.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	* Hier nochmals die Grafik mit der zu korrigierenden 800m Abstandslinie rund um die Gemeindesiedlung Felde: https://www.amt-achterwehr.de/politik/buergerinformationen/allris/___tmp/tmp/45081036/Xr9tXsFN2r9QtVn0n5OKf9TdPHE9pO4QryUozs6F/JmnDefc/10-Anlagen/02/WindpotenzialflaechenFeldeM1_10000mit_34Ranzel.pdf --- Soweit meine 3 Eingaben mit der Bitte um Prüfung und weitere Bearbeitung. Danke für ihre Aufmerksamkeit und freundliche Grüße [redacted] - - - - - - - - - - - - - - [redacted]	
Institution: Blanke Meier Evers Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB, Keine Abteilung ID: 1963	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegend übersenden wir unsere Stellungnahme mit der Bitte um Beachtung. Mit freundlichen Grüßen Beteiligung hinsichtlich der Teilfortschreibung zum Thema „Windener-gie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fort- schreibung 2021 - 1. Entwurf Juni 2024 **Unser Zeichen:** [redacted]	Mit dem LEP Wind werden aus naturschutzfachlichen Gründen und im Einklang mit einer gesamträumlichen Steuerung der Windenergie Festlegungen getroffen. Die Errichtung von Windenergieanlagen wirkt sich durch die Veränderung des Lebensraums, durch den Scheucheffekt und durch ein hohes Kollisionsrisiko negativ auf Wiesenvögel aus. Schleswig-Holstein hat bundesweit eine herausragende Bedeutung für Wiesenvögel. Im besonderen Fokus stehen die Wiesenlimikolen Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer. Aufgrund der speziellen Habitatansprüche

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, wir vertreten die rechtlichen Interessen der [redacted]. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig- Holstein - Fortschreibung 2021 - 1. Entwurf Juni 2024, erlauben wir uns namens und im Auftrag unserer Mandantinnen folgende **Stellungnahme** in tatsächlicher (1) und rechtlicher (II) Hinsicht: 1. I. Unsere Mandantinnen planen ausweislich des **nachfolgenen Abbildungen** als Windenergievor-habenträger Projekte in der Miele-Niederung nordöstlich von Meldorf in den Gemarkungen Meldorf, Nindorf, Bargenstedt, Epenwöhrden und Hemmingstedt. Die Mandantinnen haben im Frühjahr 2023 mit der Projektvorbereitung begonnen und sowohl ar- tenschutz- als auch immissionsschutzrechtliche Untersuchungen durchgeführt. Zusätzlich wurden bereits Nutzungsverträge mit den Grundeigentümern hinsichtlich einer Fläche von 500 ha aktueller Windenergiepotentialflächen abgeschlossen. Zusätzlich bestehen Vorverträge für den Kauf von 133 ha Ausgleichsfläche um Meldorf sowie für Flächen zur Errichtung der notwendigen Infrastruk-tur, einschließlich Zuwegungen und Kabeltrassen zum Umspannwerk Heidewest. Insgesamt sieht die Planung die Errichtung von 30 Windenergieanlagen der Klasse 7 MW vor.Der die Regelungen des aktuellen Planentwurfs würden die Genehmigung und Umsetzung des Windparkprojekts unserer Mandantinnen ausschließen und somit ihre Anstrengungen fruchtlos machen. Grund ist, dass sämtliche Projektflächen von der geplanten Darstellung „Wiesenvogel- Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten" ausweislich der Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO und dem entsprechenden Planungsziel 16 betroffen wären. Diesbezüglich heißt es auf Seite 58, Kapitel 4.5.1 des Plantextes:*„In Wiesenvogel-Brutgebieten mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind die Auswei-sungen von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlos-sen. Die Wiesenvogel-Brutgebiete mit einer besonders*	spielen Flächen mit noch vorhandenen Wiesenvogelvorkommen eine besondere Rolle beim Schutz der Arten. Innerhalb der Flächen, die grundsätzlich für Wiesenvögel geeignet sind, wird die Bedeutung einzelner Gebiete mit der Siedlungsdichte/Anzahl der Brutpaare der oben genannten Arten seit Mitte der 2000er Jahre im Rahmen eines Wiesenvogelmonitorings erfasst. Die Wiesenvogelkulisse wird im regelmäßigen Abstand anhand aktueller Daten überprüft und angepasst. Es ist Standard z. B. in artenschutzrechtlichen Fachbeiträgen für Genehmigungsverfahren oder für bestimme Naturschutzmaßnahmen, Arten mit ähnlichen Habitatansprüchen und Verhaltensweisen in Gilden zusammenzufassen. Dabei gilt die Annahme, dass diese Arten auf ähnliche Weise von den Wirkungen eines Projekts betroffen sind. Die für eine Festlegung notwendigen Informationen zu den Habitatansprüchen und Verhaltensweisen der Arten liegen vor. Vor diesem Hintergrund ist es angemessen, auf der Ebene der Raumordnungsplanung ein Kriterium planerisch als Ziele der Raumordnung festzulegen, welches dem vorsorgenden Artenschutz dient. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen andere Scheuchwirkungen aus als von den drehenden Rotoren der WEA. Zu dem Hinweis, dass Flächen mit Bestands-WEA, die in aktuellen Vorranggebieten stehen, aus der Wiesenvogelkulisse ausgespart wurden, ist zu sagen, dass hier davon auszugehen

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	hohen Siedlungsdichte sind in der Karte (Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO) festgelegt. 2. **II.** Insgesamt ist zu konstatieren, dass die Planunterlagen den Anforderungen an das Abwägungsge-bot auch zu Lasten unserer Mandantinnen nicht ansatzweise gerecht werden. Ferner ist zu beach-ten, dass bei einem Wirksamwerden der Planunterlagen als Landesentwicklungsplan (LEP) dieser aufgrund der Fortgeltung des Regionalplanes III für die Flächen unserer Mandantinnen als lex spe-cialis gesperrt wäre (2.). Zu guter Letzt würde er auch bei gleichzeitiger Geltung mit dem Regional-plan III aufgrund der mangelnden Berücksichtigung von dessen Zielen, Grundsätzen und sonstigen Erfordernissen gegen **§** 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 ROG verstoßen (3.)Grundsätzlich ist das Konzept des LEP eine unzulässige Verhinderungsplanung, denn es geht nicht um die Steuerung und Konzentration von Standorten der Windenergienutzung, sondern es werden allein negative Kriterien als Ziele der Raumordnung bestimmt. Es geht nur um eine Verhinderung der Windenergienutzung, positive Festlegung von Flächen für die Windenergie enthält der Plan nicht, das ist unzulässig (Gierke/Blessing, in: Brügelmann BauGB, Losebls. Stand: März 2018, § 1 Rz. 331). Zudem wäre selbst und sogar eine konzentrierende Planung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB durch Ziele der Raumordnung zeitlich nach dem 1. Februar 2023 ausgeschlossen, vgl. § 245e Abs.1 Satz 1 BauGB. Das zeigt, dass die mit dem LEP verbundene Absicht des weit- räumigen Ausschlusses der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein- erst recht - unzulässig ist.Im Einzelnen:Bei der Aufstellung der Raumordnungspläne sind die öffentlichen und privaten Belange, so- weit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinan-der und untereinander abzuwägen, § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG. Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums, die vom Träger der Raumordnung abschließend in textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raum-ordnungsplänen abgewogen werden müssen, § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG. Abzuwägen sind alle privaten Belange, die „nach Lage der Dinge" in die Abwägung eingestellt werden müssen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.11.1979- 4 N 1.78, VerwRspr 1980, 678 (683)). Das notwendige Abwägungsmaterial ist in seiner Tendenz eher weit als eng; dennoch kann der Plangeber nicht „alles" berücksichtigen müssen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.11.1979- 4 N 1.78, VerwRspr 1980, 678 (684)). Geringwertige, nicht schutzwürdige und nicht erkennbare Belan-ge kann	ist, dass durch die von den WEA ausgehenden Scheuchwirkungen die hohen Siedlungsdichten nicht mehr erreicht werden. Andererseits besteht dort Wiederansiedlungspotenzial, wo WEA zwar noch bestehen, aber aus anderen Ausschlussgründen nicht repowert werden können und absehbar rückgebaut werden. In der Beschreibung des Kriteriums wird dies besser deutlich gemacht. Weitere Kritikpunkte der Stellungnahme scheinen davon auszugehen, dass mit dem LEP weiterhin eine Konzentrations- bzw. Ausschlussplanung erfolgen soll. Das ist jedoch nicht der Fall und gemäß § 249 Abs. 1 BauGB auch nicht mehr zulässig. Eine reine Positivplanung unterliegt aber anderen Anforderungen als bisherigen Konzentrationsplanungen, die sich an der Anforderung messen lassen mussten, der Windenergie substanziell Raum zu verschaffen. Diese Anforderung wurde ersetzt durch die verbindlich zu erreichenden Flächenbeitragswerte gemäß WindBG. Solange eine Positivplanung auf diese Zielerreichung ausgerichtet ist, besteht ein planerisches Ermessen bei der Auswahl der dafür erforderlichen Vorranggebiete. Mit einer nach Abzug der Ziele der Raumordnung verbleibenden Potenzialfläche von über 7 % der Landesfläche ist dokumentiert, dass die Flächenbeitragswerte auf Ebene der Regionalplanung erreichbar sein werden. Solange dies der Fall ist spielt § 2 EEG zumindest auf der Planungsebene zur Festlegung von Ausschlusskriterien als Ziele der Raumordnung eine nachrangige Rolle. Dass der Regionalplan III zum Sachthema Wind bei der Aufstellung des neuen LEP nicht gänzlich berücksichtigt wird, liegt in der Natur der Sache und entspricht der Logik des § 245e BauGB sowie des WindBG. Vielmehr werden sich die neuen Regionalpläne Wind aus dem neuen LEP entwickeln und dessen Festlegungen berücksichtigen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Plangeber in seiner Abwägungsentscheidung unberücksichtigt lassen (BVerwG, Beschl. v. 9. 11. 1979- 4 N 1. 78, VerwRspr 1980, 678 (685)). Desto konkreter raumord-nungs-rechtliche Festlegungen sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermitt- lungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind (OVG Münster, Urt. v. 16.02.2024- 22 D 150/22.AK, BeckRS 2024, 5777, Rz. 218).Festlegungen mit Zielqualitäten müssen nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 abschließend abgewogen sein. Zwar muss die raumordnerische Abwägung regelmäßig keine erschöpfende Abwägung sein. Das Gebot der planerischen Konfliktbewältigung verlangt aber u.a., lösbare Konflikte nicht in nachfolgende Planungsstufen hineinzutragen (Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, § 7 Rz. 41). Soweit jedoch Ziele der Raumordnung abschließend entschieden werden, muss dem eine umfassende Abwägung im Sinne der Ermittlung und Bewertung der bewirkten öf-fentlichen und privaten Belange vorausgegangen sein. Je konkreter raumordnerische Festle-gungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an der Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind (Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, § 7 Rz. 42 m.w.N.).Indem der Landesentwicklungsplan Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Sied-lungsdichten zum Ziel der Raumordnung erklärt, wird den nächstgeordneten Planungs- und Zulassungsbehörden jedwede Abwägungsmöglichkeit genommen. Die Festlegung als Ziel hat insbesondere zur Folge, dass keine Windenergieanlage im Geltungsbereich des Kriteri-ums genehmigt werden kann, weil ein Verstoß gegen die Ziele der Raumordnung vorläge,§ 35 Abs. 3 Satz 2 BauGB. Da den Planungs- und Zulassungsbehörden kein Abwägungs-spielraum bleibt und im Verhältnis zur Fläche des Landes erhebliche Flächenteile ausge-schlossen werden, müsste sich die Abwägung durch die Landesplanungsbehörde kleinteilig und detailliert mit den betroffenen Belangen, insbesondere mit den verschiedenen privaten wie öffentlichen Belangen im Zusammenhang mit der Windenergie auseinandersetzen.Vor diesem Hintergrund zeichnet sich die Festlegung von Wiesenvogel-Brutgebieten mit be-sonders hohen Siedlungsdichten als Ziel der Raumordnung durch eine Vielzahl von Abwä-gungsfehlern auf Grundlage der Planunterlagen aus.AbwägungsdefiziteZunächst einmal ist festzustellen, dass die öffentlichen wie auch privaten Belange im Zusammenhang mit der Windenergienutzung in den betroffenen Gebieten als relevante Belange nach § 2 Abs. 2 Nr. 1, Nr. 3 und Nr. 4 ROG ihren Weg nicht in die Abwägung gefunden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	haben bzw. nicht als Grundlage der Abwägung ermittelt worden sind. So werden insbesondere die betroffenen privaten Belange in Bezug auf die Errichtung und Nutzung von Windenergieanlagen und die Versorgung mit regenerativen Energien im Zusammenhang mit der Festlegung mit keinem Wort auf S. 77 bis 78 des Plantextes erwähnt. Es wird lediglich erwähnt, dass die in den betroffenen Gebieten vorhandenen Bestandswindenergieanlagen nur noch Bestandsschutz genießen. Eine Abwägung mit den entsprechend betroffenen Belangen in Bezug auf die Windenergie findet aber nicht statt, sodass ein Abwägungsdefizit festzustellen ist.Ferner ist festzustellen, dass die aktuellen Planunterlagen für das Planvorhaben,,NordOstlink (DC31)" in Form einer Höchstspannungs-Gleichstrom- Übertragungsleitung sowohl hinsichtlich seiner originären Trassenführung als auch mit einer Trassenalternative durch Miele-Niederung und das in den Planunterlagen ausge-wiesene Wiesenvogel-Brutgebiet hindurch geht. Nichtsdestotrotz wird diese Tatsache und die betroffenen Belange mit keinem Wort in den aktuell eingereichten Planunterla-gen und insbesondere im Erläuterungsbericht erwähnt. Es bestehen also Zweifel, dass die vorgesehenen Brutgebiete wirklich in tatsächlicher Hinsicht ***wie*** angenommenen vorhanden und schützenwert sind.Ähnliches gilt angesichts der Bundesfachplanung für das Vorhaben Nr. 48 „Höchst-spannungsleitung Heide West- Polsum; Gleichstrom". Ihr Korridor 8, Abschnitt Nord 1 Dithmarschen- Steinburg verläuft ebenfalls durch die von der geplanten Festlegung betroffenen Flächen. In den Antragsunterlagen in Form des Erläuterungsberichts wer- den zwar auch avifaunistisch wertvolle Bereich für Brut- und Rastvögel untersucht und der Planung zu Grunde gelegt. Von dem hier festgelegten Wiesenvogel-Brutgebiet in der Mieleniederung bzw. der Bedeutung der Flächen für Wiesenvögel ist aber an keiner Stelle des Erläuterungsberichts die Rede.Auf S. 77 bis 78 des Plantextes heißt es hinsichtlich der betroffenen Teilgebiete, die von Wiesenvögeln besiedelt werden, dass die ***„fachlichen Schwellenwerte"*** für die Kernarten Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer erreicht und überschritten seien. Darüber hinaus findet man allerdings keine Ausführungen zu den einzelnen Arten, ihrem Siedlungsverhalten im konkreten Bereich und ihrer konkret- individuellen Betroffenheiten durch WEAs. Auch Ausführungen zu etwaigen Schutz- oder Minderungsmaßnahmen, die eine Windenergienutzung in diesen Bereich für die jeweiligen Arten vertretbar machen könnte, sucht man vergeblich. Auf dieser Grundla-ge muss davon ausgegangen werden, dass das	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	relevante Abwägungsmaterial nicht ausreichend ermittelt und zusammengestellt worden ist und somit defizitär ist. a. **Abwägungsfehlerhafte Festlegung der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziel der Raumordnung** 3. AbwägungsüberschreitungIm Einklang hiermit ist zu bezweifeln, dass die planerisch vorgesehenen Wiesenvogel- brutgebiete mit den tatsächlich vorhandenen und schützenswerten Brutgebieten über- einstimmen. Denn ausweislich des Wiesenvogelerlasses vom 25. März 2014 ist der gesamte Nordosten - ohne räumliche Ausnahmen - der Halbinsel Eiderstedt Schutz-gebiet für Wiesenvögel. Die aktuelle Planzeichnung sieht im Hinblick auf Wiesenvogel- brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten allerdings erhebliche „Aussparun-gen" im Bereich der Ortschaften Südermarsch, Simonsberg, Uelvesbüll und Oldenswort vor. Interessanterweise sind exakt diese Flächen aktuell in raumordnungsrechtlicher Hinsicht Vorranggebiete für die Windenergie. Angesichts dieser Ungereimtheiten muss einstweilen davon ausgegangen werden, dass planfremde Ziele oder Belange heran- gezogen worden sind, so dass eine Abwägungsüberschreitung vorliegt.AbwägungsfehleinschätzungDoch selbst wenn die relevanten öffentlichen und privaten Belange im Zusammenhang mit der Windenergie ihren Weg in die Abwägung gefunden hätte und keine planfrem-den Ziele oder Belange herangezogen worden wären, würde sich das Ergebnis der Abwägung durch eine Abwägungsfehleinschätzung auszeichnen. Grund ist, dass das Gewicht insbesondere des öffentlichen Belangs der Errichtung und des Betriebs von Windenergieanlagen bereits abstrakt falsch eingeschätzt worden ist. So bewertet§ 2 Satz 1 EEG die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen als überragendes öffentliches Interesse. Dieses Optimierungsgebot wäre bei einer entsprechenden Ab-wägung nicht berücksichtigt worden, sodass selbst eine unterstellte Abwägung abwä-gungsfehlerhaft wäre.AbwägungsdisproportionalitätSelbst wenn man annehmen würde, dass nicht nur die öffentlichen und privaten Belan-ge im Zusammenhang mit der Windenergieerzeugung der Abwägung zugeführt worden sind, keine planfremden Ziele und Belange herangezogen und auch§ 2 Satz 1 EEG im Rahmen der Abwägung ausreichend Rechnung getragen worden wäre, wäre das Ab-wägungsergebnis aufgrund einer	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Abwägungsdisproportionalität abwägungsfehlerhaft. 4. Denn das Abwägungsergebnis hat zwischen den verschiedenen Belangen keinen an- gemessenen Ausgleich hergestellt und würde gegen das Übermaßverbot verstoßen. Grund ist, dass das formulierte Ziel eine Windenergienutzung in den betroffenen Flä-chen kategorisch ausschließt. Diesbezüglich heißt es auf S. 77 bis 78 der Planbegrün-dung:*„Aufgrund seiner Lage hat Schleswig-Holstein national eine besondere Bedeu-tung für Wiesenvogelschutz. Einhergehend mit dem Landschaftswandel besteht seit den letzten Jahrzehnten ein Rückgang der Wiesenvogelpopulationen. Zum Schutz der Wiesenvögel sind Brutgebiete mit besonders hoher Siedlungsdichte bei einer Ausweisung von Windenergiegebieten ausgenommen. Diese Teilgebie-te weisen Siedlungsdichten auf, die die fachlichen Schwellenwerte für die Kernar-ten (Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer) erreichen oder überschreiten. Sie sind von sehr hoher Bedeutung für den Wiesenvogel-schutz. Diese Gebiete sind daher von der WEA freizuhalten."*Ausweislich der Begründung sind vom Rückgang der Wiesenvogelpopulationen ver-schiedene Vogelarten nicht zuletzt der Kiebitz, die Uferschnepfe, der Große Brachvo-gel und Austernfischer betroffen. Allerdings wird sich an keiner Stelle der Planbegrün-dung mit der konkret-individuellen Betroffenheit bzw. Sensibilität der einzelnen Wie-senvögel auseinandergesetzt (s. zuvor lit. a)). Es ist allerdings davon auszugehen, dass unterschiedliche Wiesenvogelarten in unterschiedlicher Weise von bestimmten Arten und Standorten von Windenergiekraftanlagen individuell betroffen sind. Eine der- art erforderliche differenzierende Betrachtung und Abwägung finden allerdings nicht statt. Vielmehr ist Ergebnis der Abwägung lediglich, dass die betroffenen Gebiete kate-gorisch von Windenergieanlagen freizuhalten sind. Ergebnis einer entsprechend erfor- derlichen vertieften Abwägung könnte aber sein, dass nur bestimmte Gebiete in Bezug auf bestimmte Arten im Hinblick auf bestimmte Windenergieanlagentypen freizuhalten sind. Nicht zuletzt§ 2 Satz 1 EEG verlangt eine entsprechende differenzierte Betrach-tung und Abwägung. Indem allerdings kategorisch sämtliche Wiesenvogelpopulationen der Nutzung durch Windenergieanlagen gegenübergestellt werden, wird die Abwägung diesem erforderlichen Abwägungsmaßstab nicht ansatzweise gerecht. Insofern wird auch kein angemessener Ausgleich zwischen den widerstreitenden Belangen herge- stellt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	5. Geltung der Planung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB in Form des Regionalplanes III als lex specialis und Sperrung der Planung nach § 35 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB in Form des zukünftigen LEPDurch die Fortgeltung nach § 245e Abs. 1 Satz 1 BauGB der derzeit vorhandenen schleswig--holsteinischen Regionalpläne „Windenergie an Land" als die Windenergie steuernde Planung nach **§** 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB würden diese lex specialis gegenüber dem zukünftigen LEP und seinen Zielen der Raumordnung nach **§** 35 Abs. 3 Satz 2 Hs. 1 BauGB darstellen. De- mensprechend werden die der Windenergienutzung entgegenstehende Ziele und Grundsät-ze der Raumordnung des LEP solange verdrängt, wie in einem räumlichen Bereich wie dem einschlägigem weiterhin ein Regionalplan wie hier Regionalplan 111 gilt. Hier würde das ur- sprüngliche Planungskonzept durch den Planungsträger selbst „durchgreifend in Zweifel ge- zogen" gezogen werden (vgl. OVG Lüneburg, Beschl. v. 21.05.2024 - 12 LA 156/22, juris Rz. 38).Nach der Rechtsprechung ist eine Festlegung von Ausschlussflächen durch Negativziele der Raumordnung **i.** V. m. **§** 35 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB schon deshalb nicht möglich, weil die Spezialität des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB hinsichtlich der Festlegung von Aus-schlussflächen für die Windenergienutzung nicht umgangen werden darf. Negative Ziele der Raumordnung, die mit positiven Standortzuweisungen an anderer Stelle nicht durch das ge-samträumliche Planungskonzept einer Konzentrationsflächenplanung verbunden sind, lassen sich als eine räumlich begrenzte Verhinderungsplanung werten, die im Hinblick auf die Spe-zialität des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB im Verhältnis zu § 35 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB unzulässig ist (OVG Lüneburg, Urt. v. 12.04.2021 -12 KN 159/18, juris Rz. 109 m.w.N.).Der lex specialis-Charakter des **§** 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB beruht auf dem gesetzgeberi-schen Willen, eine Konzentrationsflächenplanung nicht als ausschließlich negativ wirkende Verhinderungsplanung zuzulassen, sondern nur auf der Grundlage eines schlüssigen (ge- samträumlichen) Planungskonzepts, in welchem einerseits positiv geeignete Standorte für die Windenergienutzung festgelegt und andererseits ungeeignete Standorte im übrigen Pla-nungsgebiet ausgeschlossen werden. Ein Planungskonzept, nach dem nicht nur ein zeitli-ches Zusammenfallen der Festlegung von Flächen stattfindet, auf denen nach den Vorstel-lungen des Plangebers aus mehr oder minder zwingenden Gründen eine Windenergienut-zung zulässig bzw. unzulässig sein soll (OVG Lüneburg, Urt. v. 12.04.2021 - 12 KN 159/18, juris Rz. 110). Auch nach dem	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Bundesverwaltungsgericht haben sich hierbei positive und negative Festlegung zwingend wechselseitig zu bedingen (BVerwG, Urt. v. 17.12.2002 -4 C 15/01, juris).Dieses im Rahmen der Fortgeltung des Regionalplanes III verfolgte Planungskonzept unter wechselseitig einander bedingten positiven wie negativen Festlegungen würde bei mangeln- der Spezialität und Sperrwirkung des zukünftigen Regionalplanes durch die Ausschlusskrite-rien des LEP im Hinblick auf die Windkraftnutzung torpediert.Verstoß gegen § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 ROGSofern man davon ausgeht, dass der fortgeltende Regionalplan 111 als Planung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB kein lex specialis gegenüber dem zukünftigem LEP darstellt, und beide Pläne gleichermaßen gelten, würde der LEP auf Grundlage der aktuellen Planunterlagen ge- gen § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 ROG verstoßen. Grund ist, dass die relevanten Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse des Regionalplan III im Rahmen der Planung nicht ausreichend bzw. größtenteils überhaupt nicht berücksichtigt worden sind. So werden ausschließlich aufS. 28 des Plantextes die „jeweils geltenden Regionalpläne" der Ordnungsräume Hamburg, Lübeck und Kiel hinsichtlich der dort vorgesehen Siedlungsachsen sowie der Regionalplan für den Ordnungsraum Hamburg hinsichtlich der dort ausgewiesenen besonderen Siedlungs-räume als Gegenstand der planerischen Berücksichtigung erwähnt. Vor allem der nach wie vor auch für die Flächen unserer Mandantinnen geltende Regionalplan III wird wiederum mit keinem Wort erwähnt. Demensprechend wurden auch dessen Ziele, Grundsätze und sonsti-ge Erfordernisse der Raumordnung, nicht zuletzt in Form der dort ausgewiesenen Vorrang- gebiete für die Windenergie, nicht im Rahmen der Abwägung berücksichtigt.Sofern der Plangeber die Ziele, Grundsätze und sonstige Erfordernisse nicht zuletzt des Re-gionalplanes III berücksichtigt hätte, wäre auch aufgefallen, dass diese teilweise im Wider-spruch zu den in den Planunterlagen ausgewiesenen Zielen stehen. 6. Vor dem dargestellten Hintergrund gehen wir davon aus, dass die Planunterlagen entsprechend überarbeitet werden.Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1965	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur

Einreichendendaten	**Stellungnahme**	**Begründung**
	Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • bereits jetzt schon zuviele WKA´s in S-H, wobei die Auslastung der vorhandenen WKA immer noch nicht 100% erreicht hat • Bodenverdichtung (Sandmangel, Beton) • Recycling - die alten abgebauten WKA incl. der Betonkegel werden nicht zu 100% recycelt und können es auch gar nicht • Naturschutz, Artenschutz wie Greifvögel • Lärmbelästigung • andere Bundesländer können genauso WKA bauen Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2555	Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Beteiligung zur o.g. Planung nehme ich wie folgt Stellung: • Die Stadt Ratzeburg sieht die Erforderlichkeit, die Voraussetzungen für die 800 m — Regelung zu erweitern. Im Ziel und Grundsatz Nr. 1 in Anlage 1 zu & 1 der LEPWindVO unter Abschnitt 4.5.1.1 (S. 20) wird festgelegt, dass als Beurteilungsgrundlage für die Gebietsabgrenzung ein Innenbereich nach 8 30 BauGB oder 8 34 BauGB oder angeschlossen an einen Siedlungsbereich eine planverfestigte Siedlungsflächenausweisung — in Form einer wirksamen Flächennutzungsplandarstellung — vorliegen muss. In Grundsatz Nr. 2 in Anlage 1 zu 8 1 der LEPWindVO unter Abschnitt 4.5.1.1 (S. 21) wird eine Prüfung im Außenbereich ermöglicht, für die jedoch ebenfalls eine Planverfestigung vorliegen muss (siehe auch zugehörige B zu 2 G, S. 27). Durch derartige Regelungen würde die städtische Entwicklung extrem eingeschränkt werden. In Ratzeburg herrschen beispielsweise mit der Schmilauer Straße und Seedorfer Straße bestehende Raumstrukturen vor,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Eine Änderung des Planentwurfs in Bezug auf potenzielle Siedlungsentwicklungen von Gemeinden wird für nicht erforderlich gehalten, da im Rahmen der Einzelabwägung dieser Belang Berücksichtigung finden kann. Die in der Begründung zu Grundsatz 5 aus Kapitel 4.5.1.1 genannten Voraussetzungen sind nur beispielhafter Natur und keine zwingende Voraussetzung. Gleichwohl muss die Gemeinde nachvollziehbar darlegen, welche Siedlungsentwicklungen sie anstrebt, um einer Verhinderungsplanung entgegenzuwirken. Belange des Tourismus und der Naturparke sollen weiterhin der Einzelfallprüfung unterliegen, da diese Räume hinsichtlich eines pauschalen Ausschlusses zu groß und zu indifferent sind. Darüber hinaus schließen sich Windenergienutzung und Tourismus nicht pauschal aus, Gleiches gilt für die Naturparke.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	über welche die Siedlungsfläche langfristig erweitert werden könnte. Aus wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten betrachtet, sind die derzeitigen Strukturen inkl. ausgebauter technischer Infrastruktur äußerst günstig für eine potenzielle Siedlungsentwicklung. Die Fortschreibung informeller Planungen (vgl. Grundsatz Nr. 5 in Anlage 1 zu 8 1 der LEPWindVO unter Abschnitt 4.5.1.1, S. 22; B zu 2.G, S. 27) ist jedoch aufgrund des Aufgabenzuwachses auf Gemeindeseite in den vergangenen Jahren und begrenzten personellen Kapazitäten vereinzelt nicht in dem Tempo möglich, wie es an dieserStelle gefordert wird und notwendig ist. Zur Ausweisung von Windenergiegebieten wird daher zur Berücksichtigung vorhandener, lokaler Raumstrukturen eine Einzelfallentscheidung durch die Stadtvertretung gefordert. Die Stadt Ratzeburg bittet zudem darum, auch zu den informellen Planungen die zeitliche Komponente in der Begründung zu 5 G in Anlage 1 zu $& 1 der LEPWindVO unter Abschnitt 4.5.1.1 (S. 27) zu beschreiben — muss diese Planung bereits abgeschlossen sein oder ist eine Bekanntmachung der Planungsabsicht ausreichend? Der Grundsatz Nr. 2 Anlage 1 zu 8 1 der LEPWindVO unter Abschnitt 4.5.1.1 (S. 21) sollte aufgrund der zuvor beschriebenen Konflikte zu einem eigenen Ziel erklärt werden. • Eine besondere Betroffenheit von der Regelung zum Umgang mit Naturparken und Kernbereiche für Tourismus und Erholung als Grundsätze Nr. 14 und Nr. 11 in Anlage 1 zu $ 1 der LEPWindVO unter Abschnitt 4.5.1.2 (S. 36, S. 35) liegt in Ratzeburg vor. Die Stadt Ratzeburg liegt vollständig im Naturpark Lauenburgische Seen, bildet einen Kernbereich für Tourismus und Erholung und sieht einen raumordnerischen Konflikt der Zielsetzungen, wenn die Funktionen von Naturpark und Erholung auf Ebene des Landesentwicklungsplans nur als Grundsatz verstanden werden. Das Ermöglichen der Ausweisung von Windenergiegebieten in solchen Bereichen widerstrebt einer nachhaltigen Raumnutzung und setzt konträre Entwicklungsimpulse. Es braucht an dieser Stelle eine Zielformulierung. • Stärkere Gewichtung sollten im 0.g. Zusammenhang und verbunden mit dem Ziel Nr. 4 in Anlage 1 zu 8 1 der LEPWindVO unter Abschnitt 4.5.1.1 (S. 21) natur-, landschafts- und erholungsbezogene Inhalte finden. Die Stadt Ratzeburg befindet sich im Naturpark Lauenburgische Seen, was sich auf die Freiraum- und Erholungsstruktur und die Ausbildung des Kernbereichs für Tourismus und Erholung auswirkt. Daraus ergibt sich eine besondere	Auch die Stadt- und Umlandbereiche sind in ihrer Ausprägung zu groß und pauschal ausgewiesen, als dass eine Windenergienutzung hier stets unzulässig wäre. Bezüglich des Abstandes um Naturschutz- und FFH-Gebiete wird auf Ziffer 4.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Charakteristik im ländlichen Raum, die weiterhin ablesbar bleiben sollte. Zur entsprechenden Abgrenzung der Raumstrukturen sollten zumindest die Stadt- und Umlandbereiche im ländlichen Raum im 0o.g. Ziel Nr. 4 in Abschnitt 4.5.1.1 gefasst werden. • Es wird um Erläuterung gebeten, worauf die Festlegung der Umgebungsbereiche von 100 Metern und 200 Metern in Abschnitt 4.5.1.3 in Anlage 1 zu $& 1 der LEPWindVO basiert. • Die Stadt Ratzeburg bittet um Berücksichtigung der geplanten Inhalte u.a. zur Siedlungsflächenentwicklung, die per Stellungnahme zur Neuaufstellung der Regionalpläne fürden Planungsraum III am 23.10.2023 eingereicht wurde. • Zum weiteren Verständnis dient die anliegende Skizze zur Potenzialfläche im Umland der Stadt Ratzeburg vom 28.08.2024. Ich weise darauf hin, dass dieser Stellungnahme der Beschluss des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom heutigen Abend, den 09.09.2024, zugrunde liegt. Die notwendige Beschlussfassung der Stadtvertretung kann erst am 14.10.2024 erfolgen. Das Ergebnis werde ich Ihnen dann übermitteln. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted] Anlage: - Skizze zur Potenzialfläche im Umland der Stadt Ratzeburg vom 28.08.2024	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2341	Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein, Fortschreibung 2021, Teilfortschreibung „Windenergie anLand”, Änderung Kap. 4.5.1 Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Daniel Günther, sehr geehrte Frau Ministerin Dr.	Die rechtlichen Ausführungen zum BauGB, WindBG und EEG werden zur Kenntnis genommen. Die Hinweise zum Flächenziel werden ebenso zur Kenntnis

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sabine Sütterlin-Waack, ich vertrete anwaltlich die rechtlichen Interessen der [redacted], diese vertreten durch ihre Geschäftsführer, [redacted] und Herrn [redacted]. Die ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird unter Hinweis auf meine Standespflichten anwaltlich versichert, § 294 ZPO. Meine Mandantin hat mich beauftragt, zur beabsichtigten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema „Windenergie an Land”, Kap. 4.5.1, binnen der Frist des Beteiligungsverfahrens in demselben folgende Stellungnahme einzureichen, dieser Bitte komme ich hierdurch gerne nach. Meinem Bezug zu den individuellen Belangen meiner Mandantschaft stelle ich grundsätzliche Erwägungen vorab, Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen, muss aber der Präklusion aus § 5 Abs. 6 LaPlaG 1.V.m. § 9 Abs. 2 5. 4 ROG entgehen. Mit der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans reagiert die Landesregierung unter anderem auf den bundesrechtlichen Systemwechsel des Artikelgesetzes *„Zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land'* (WindBG) vom 20. Juli 2022 nebst den korrespondierenden Regelungen zum BauGB, ein Gesamtpaket, dass mit seiner Positivplanung als Paradigmenwechsel verstanden wird, Des weiteren gilt als Planerfordernis die Aufhebung des bestehenden Regionalplans für den Planungsraum | durch Urteil des OVG Schleswig vom 22. März 2023 (OVG Schleswig, Urteil vom 22. März 2023, 5 KN 53/21, Juris), dem möglicherweise Ende November auch die Aufhebung des Regionalplans für den Planungsraum H1 folgen könnte (OVG Schleswig, 5 KN 46/21 ,5 KN 6/21 und 5 KN 7/21). Der Windenergie ist nicht mehr nur „substantiell" Raum zu verschaffen, sie liegt nunmehr im „überragenden öffentlichen Interesse", § 2 EEG 2023 (OVG Greifswald, Urteil vom 7. Februar 2023, 5 K 171/22, juris). Diesen Versuch der Reformation unternimmt nun die Teilfortschreibung, die ich noch als Rohentwurf für die noch zu erstellenden Regionalpläne „Windenergie", verstehe (Runderlass der Landesplanungsbehörde vom 19. Dezember 2023, IV 64, Az. VIS10385/2023, Seite 3). Dabei stößt die Landesregierung nach meiner Wahrnehmung auf deutlich mehr Verständnis als noch mit den Vorgängerversionen, den Landesverordnungen für die jeweiligen drei Planungsräume mit Bekanntmachung je vom 29. Dezember 2020 (GVOBI. Seite 1082). So gilt die Abschaffung der leidigen 3H/5H-Regelung als Ziel der	genommen. Allerdings werden die Bedenken hinsichtlich der Nichterreichung der Flächenziele nicht geteilt. Eine Beurteilung diesbezüglich ist erst auf Regionalplanebene möglich. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt nur die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher laufen Hinweise zur Nichterreichbarkeit der Flächenziele nach WindBG auf LEP-Ebene ins Leere. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen. Der pauschale Hinweise auf aufgegebene Wohnnutzungen, aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe oder Moorkulissen muss, um von der Landesplanung berücksichtigt werden zu können, konkretisiert werden. Auch hier wird empfohlen, dies in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen einzubringen. Bezüglich der weiteren Punkte aus der Stellungnahme wird im Übrigen auf die allgemeine Synopse und hier insbesondere auf Ziffer 1.7, 2.3, 2.4, 7.1 und auf das Urteil des OVG SH 5 KN 46/21 verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Raumordnung als Fortschritt, auch wenn die Landesregierung hierbei den sich aus dem WindBG und den dort enthaltenen Berechnungsmodalitäten für die Flächenbeitragswerte ergebenden Sachzwängen zu folgen scheint. Landschaftschutzgebiete werden nun an § 26 Abs. 3 BNatschG gemessen. Und auch die Untersagung von Höhenbegrenzungen schneidet einen „alten Zopf' ab und deutet in Richtung Fortschritt. Gleichwohl gibt es Kritik und Anregungen, die möglicherweise in neu zu erhebende Normenkontrollanträge nach § 47 VwGO münden könnten. Zuvörderst bleibt fraglich, ob die geänderte Landesverordnung dem „drastischen Nachholbedarf' gerecht wird, den Rechtsprechung und Literatur derzeit erkennen (u.a. Tigges/Wördenweber, *„Stand der Windenergieplanung nach neuem Recht und Möglichkeiten der Plansicherung”,* ZNER 2024, Seite 305} Das WindBG schreibt erstmalig verbindliche Mindestziele in Form von Flächenbeitragswerten fest, die bis Ende 2027 und schließlich bis Ende 2032 zu erfüllen sind. Werden diese Ziele rechtzeitig erreicht, führt dies zur Entprivilegierung der Windenergieanlagen außerhalb ausgewiesener Flächen, die fortan nur noch nach § 35 Abs. 2 BauGBb zulässig sind, so § 249 Abs. 2 BauGB. Allerdings wird die Versäumung der rechtzeitigen Zielerreichung umfassend sanktioniert. Windenergieanlagen sind und bleiben im Außenbereich dann privilegiert, ohne dass ihnen Darstellungen an anderen Standorten nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB entgegengesetzt werden können, § 249 Abs. 7 BauGB. Flankiert werden die Flächenbeitragsziele durch den vorgesehenen, kontinuierlichen Zubau von Windenergieanlagen nach § 4 EEG. Dies dürfte die Bundesländer daran hindern, durch teilweise noch bestehende, teilweise aber auch, wie in Schleswig-Holstein, bereits abgeschaffte Sicherstellungsmoratorien die laufende Ordnung der Räume mit Veränderungssperren abzusichern und den Zubau von Windenergieanlagen an nicht gewünschten Standorten vorübergehend aufzuhalten. Schleswig-Holstein meint, das Zwischenziel bis Ende 2027 bereits erfüllt zu haben, nach Auffassung der Fachagentur Wind an Land und wohl auch unstreitig wird das Ausbauziel bis Ende 2032 noch verfehlt. Es gibt noch erheblichen Ausweisungsbedarf. Wenn Schleswig-Holstein laut Plantext, Anl. 1zu § 1 der LEP-WindVO, 3 % der Landesfläche zur Anrechnung in den Flächenbeitragswert von 2 % nach WindBG geben möchte, dürfte dies nicht ausreichen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Das Umweltbundesamt warnt ausdrücklich vor dem auch dem Unterzeichner bekannten Problem, dass sich die ausgewiesene Flächenkulisse nicht unbedingt nutzen lässt, man geht von einer eingeschränkten Nutzbarkeit von etwa 20 - 40 % aus. Hintergrund sind beispielsweise zivilrechtliche Hindernisse, die sich beispielsweise aus der Nichtgewährung von Abstandsflächen durch Baulast nach § 6 LBO ergeben können sowie aus dem bekannten Umstand, dass Einschränkungen des Anlagenbetriebes bis hin zur Nichtgenehmigungsfähigkeit einer WEA In das Genehmigungsverfahren verlagert werden. Es wird also dringend empfohlen, die Flächenziele mit einem Sicherheitspuffer zu versehen, um die Leistungsziele erreichen zu können (Umweltbundesamt, „Flächenverfügbarkeiten, Flächenbedarf für den Ausbau der Windenergie an Land", Abschlussbericht Seite 119} Daran fehlt es hier, da die als Potenzialfläche vorgesehenen 3 % der Landesfläche unter Beibehaltung der stark kritisierten „Rotor-in"-Planung ausgewiesen werden sollen und somit diese Rotor-In-Flächen nur eingeschränkt auf den Flächenbeitragswert anzurechnen sind (Gatz, Tyczewski, Baars, „Regenerative Energien in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis", 4. Aufl., Seite 48). Der Rock der Landesregierung ist also zu eng, seine Nähte mit zu schwachen Fäden genäht. Rein rechnerisch liegt allerdings auch die Lösung auf der Hand. So hat die Landesregierung eine Rohpotenzialfläche von etwa 7,7 % der Landesfläche ermittelt, von der nach Abzug bestimmter Radien einer Referenz-WEA noch 7,2 % der Landesfläche verbleiben sollen. Bestenfalls wird aus dieser Rohpotenzialfläche die endgültige Potenzialfläche der drei Planungsräume, zumal wenig Hoffnung besteht, dass die Kommunen die sogenannte Gemeindeöffnungsklausel, §245 Abs. 5 BauGB, nutzen werden, um mit ihren kommunalen Planungsmöglichkeiten den Rest der Rohpotenzialfläche, die die Landesregierung ihnen noch übrig lässt, zu überplanen. Leider ist im derzeitigen Entwurf auch noch einiges an Zielen und Grundsätzen zur Raumordnung enthalten, was schon in den alten Regionalplänen bedenklich war. So z.B. die schematische Mindestgröße von Vorrangflächen. Diese Flächen sollen jetzt geeignet sein, mindestens zwei Referenzanlagen aufzunehmen, was eine Mindestfläche von 15 ha implementiert, Eine schematische Festlegung ist für das Repowering von Windkraftanlagen problematisch, an sich geeignete Einzelstandorte können wegfallen und von einer künftigen Nutzung ausgeschlossen werden (BVerwG, Urteil vom 24 Januar 2008, 4 CN 2/07, juris}. Hieran ändert grundsätzlich auch das sogenannte BlmschG-Repowering nichts. Nicht zu	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	rechtfertigen sind auch die pauschal 800m/1000 m Umgebungsschutzbereiche zu Siedlungsbereichen, die wiederum nicht die unterschiedlichen Schutzbedürftigkeiten dieser Siedlungsbereiche berücksichtigen, immerhin gibt es mehr als ein Dutzend BauNVO-Gebietstypen mit ihnen eigenen Charakteristika. So ist ein Dorfgebiet mit seiner Immissionskulisse deutlich weniger schutzwürdig als ein reines Wohngebiet, Auch das BVerwG verlangt vom Plangeber einen einzelfallbezogenen Blick auf die Örtlichen Verhältnisse, es sei zu prüfen, „ob auch kleinere Pufferzonen als Schutzabstand genügen"., Gefasste Siedlungsabstände schränken zudem die Suchräume für konfliktarme Flächen derart ein, „so dass deren Umsetzung fast zwangsläufig mit Gütern des Arten- und Landschaftsschutzes sowie auch dem Waldschutz in Konflikt gerät' (Müller, Wegner, Sailer, Stiftung Umweltenergierecht, Würzburg, in: *„Rechtliche Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 13. Dezember 2017".* Wie sich gerade in Schleswig-Holstein die Veränderung von Abstandspuffern auswirkt, zeigten schon die Folgen der Einführung solcher Puffer durch die Landesverordnung vom 29. Dezember 2020, einem Wahlkampfversprechen, so auch die von der Landesregierung seinerzeit beauftragte Studie „Rechtsgutachten Repowering" vom 22. Februar 2018, dort Seite 9. Von meinen Kunden wurde mir verschiedentlich zugetragen, dass noch immer veraltetes Datenmaterial der Ermittlung der Potenzialfläche dient. Die Datengrundlagen beispielsweise des geowissenschaftlichen Moorkatasters erhebt schon keinen Anspruch auf exakte Flächengenauigkeit („Moorschutzprogramm für Schleswig-Holstein", Drucksache 16/2272). Auch sind Abstandsflächenkreise um aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe vorzufindend, ebenso befinden sich zahlreiche Einzelhäuser nicht mehr in Wohnnutzung, werden gleichwohl aber bei der Bemessung von Abstandsflächen herangezogen. Meine Mandantin ist Planerin und plant für die Bürgerwindpark Schrum-Welmbüittel die Errichtung und den Betrieb von bis zu zehn Windenergieanlagen in den Gemeinden Schrum und Weimbüttel/Dithmarschen. Avisiert sind WEA des Typs Vestas V 172 mit einer Leistung von je 7,2 MW. Der geplante Windpark befindet sich in der Nähe der Gemeinden Immenstedt und Schrum im Westen und grenzt an das bisherige Windvorranggebiet PR 3 DIT 044 bei Tellingstedt an. In der Rohpotenzialfläche des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesentwicklungsplans („blaue Fläche") ist das Plangebiet enthalten. Unbestätigten Vermutungen zufolge könnte sich im vorhandenen Waldgebiet ein Rotmilanhorst befinden, dies wird derzeit von meiner Mandantin untersucht, in diesem Zusammenhang weist sie auch auf aktuelle Möglichkeiten des Großvogelmonitorings mit entsprechenden Abschalteinrichtung an den Windenergieanlagen hin, Geplant ist eine Bürgerbeteiligung sowie ein Bürgerstromtarif mit den ortsansässigen Stadtwerken, Mit freundlichen Grüßen [redacted] Rechtsanwalt	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2553	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des	zu Naturparken: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es bleibt weiterhin bei Berücksichtigung und Einzelfallabwägung der Naturparke. Die Begründung muss nicht so detailliert ausformuliert sein, dass jede Abwägungsentscheidung quasi schon vorweggenommen wird. Eine vertiefende Erläuterung der flächenbezogenen Abwägungsentscheidungen erfolgt auf Regionalplanebene. Die Landesplanung sieht gerade die Überlagerung mit anderen Kriterien des Landschafts- und Freiraumschutzes als Indikator dafür an, dass es sich innerhalb von Naturparken um besonders wertvolle Landschaftsbestandteile handelt. zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G – Naturparke Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden. Nach der Begründung B zu 14 sei die Hauptzielsetzung der Naturparke [redacted] in Schleswig-Holstein, die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu sichern sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu erhalten. Insofern bestünde eine besondere Bedeutung für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie für Tourismus und Erholung. Auch wenn die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energie nicht explizit vorgesehen sei, sei in Teilbereichen eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich, ohne die genannten Funktionen der Naturparke wesentlich zu beeinträchtigen. Zunächst bleibt auch mit der Begründung B zu 14 vage, was „die besonderen Funktionen von Naturparken“ sind. Damit ist aber auch eine Abwägung völlig offen, wann nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung auszugehen ist. Der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 wird mit Bezugnahme auf § 16 LNatSchG gerechtfertigt (B zu 14). Danach sind Naturparke durch Allgemeinverfügung erklärte großräumige Gebiete, die (1.) zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und (2.) sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Die Erklärung zum Naturpark bestimmt u.a. den Umfang seiner Aufgaben sowie die Schutz- und Entwicklungsziele. Wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept wird die Hauptzielsetzung unter B zu 14 (vgl.	zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	vorstehende Ausführung) benannt. Aufgrund der thematischen Überlagerung mit anderen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung (Kapitel 4.5.1.3 Absatz 2 Z – Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z – Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche) droht eine abwägungsfehlerhafte doppelte bzw. mehrfache Berücksichtigung des Grundsatzes der Raumordnung Naturparke. Mit Blick auf die gesetzliche Wertung des § 16 Abs. 1 Nr. 1 LNatSchG ist maßgeblich, ob Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler als wesentliche Teile des Naturparks und von diesen her als geschützter Teil von Natur und Landschaft betroffen sind. Insofern sollte in der Abwägung nur dann der Naturpark sich durchsetzen können, wenn solche Gebiete die Potenzialfläche umlagern. Dabei schlägt aber auch die Neubewertung von Landschaftsschutzgebieten (vgl. dazu 4.5) auf die Abwägung im Kontext der Naturparke durch, sodass nur ausnahmsweise ein Naturpark wegen Betroffenheit eines Landschaftsschutzgebiets Relevanz haben kann. 1.1 Praxisbeispiel Die Potenzialflächen [redacted] in den Gemeinden [redacted] liegen im Randbereich des Naturparks [redacted] und bietet somit bereits einen ersten Ansatzpunkt für eine differenzierte Abwägung. Da die Fläche nicht zentral im Naturpark liegt, sondern an dessen Rand, ist eine mögliche Beeinträchtigung der wesentlichen Funktionen des Parks – wie der Erhaltung des Landschaftsbildes und der touristischen Attraktivität – potenziell geringer. Dieser Standort im Randbereich minimiert die Sichtbarkeit der Windenergieanlagen (WEA) von den landschaftlich reizvollen und touristisch stark frequentierten Gebieten des Naturparks, was die visuelle Integrität und Erholungsfunktion weitgehend bewahrt. Ein weiteres starkes Argument für die Ausweisung dieser Potenzialfläche ergibt sich aus der Tatsache, dass in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen genehmigt wurden. Dies zeigt, dass die Standortkriterien bereits früher als geeignet eingeschätzt wurden, und legt nahe, dass der Bau zusätzlicher Anlagen hier keine grundsätzliche neue Beeinträchtigung darstellt. Die bestehenden Genehmigungen schaffen einen Präzedenzfall, der die Erweiterung auf weitere moderne Anlagen unterstützen könnte,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ohne dass die Schutzfunktionen des Naturparks wesentlich beeinträchtigt werden. Zusammengefasst zeigt sich, dass die Potenzialflächen [redacted] durch ihre Randlage und die bereits bestehenden Genehmigungen eine hervorragende Möglichkeit bietet, die Nutzung von Windenergie zu fördern, ohne die wesentlichen Funktionen des Naturparks Schlei, wie den Schutz der Landschaft und den Erholungswert, erheblich zu beeinträchtigen. 1.2 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.2.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten die Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.2.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.2.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.2.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.2.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahme Gebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.2.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. 1.3 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems 1.3.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Institution:	Sehr geehrte Damen und Herren,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise /

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
BWP Flarup GmbH & Co. KG **ID: M2551**	diese Stellungnahme erfolgt im Namen der [redacted] [redacted] [redacted] Seit 2023 plant die [redacted] westlich der Ortslage der Gemeinde Saustrup im Bereich Flarup/Bünderies einen Bürgerwindpark. Die Abb. 1 stellt den Planungsbereich dar. Wir begrüßen die Darstellung unserer Planungsfläche als Potentialfläche im Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) 2024. **<u>Verfahren</u>** Der Bundesgesetzgeber hat mit der Einführung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) die Bundesländer zur Ausweisung von sogenannten Windenergiegebieten verpflichtet. Für Schleswig-Holstein ergibt sich daraus die Verpflichtung, insgesamt 2 Prozent der Landesfläche bis Ende 2032 für Windenergie (nach der Rotor-Out-Vorgabe) auszuweisen, davon 1,3 Prozent als Zwischenziel bis Ende 2027. Mit der von Schleswig-Holstein angewandten Rotor-In-Planung sind anhand eines Umrechnungsfaktors des WindBG nach derzeitiger Schätzung 3,1 bis 3,3 Prozent der Landesfläche als Windenergiegebiete auszuweisen, um die bundesrechtliche Verpflichtung zu erfüllen. Dies wird später durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie realisiert. [redacted] Im Umfeld der Planungsfläche wurden im Jahr 2024 Erfassungen der Horste von planungsrelevanten Groß- und Greifvögeln durchgeführt. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen keine Konflikte hinsichtlich der Planung von Windenergieanlagen mit planungsrelevanten Groß- und Greifvögeln. Die Planungsfläche wird nahezu ganzflächig von einem Biotopverbundsystem überlagert. Dazu ist in dem Dokument Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024, Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO):	Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land folgendes aufgeführt: ***Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope*** *(1)* *Für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems soll geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist.* Nach dem Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum I, Kreisfreie Stadt Flensburg, Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg, Erläuterungen Neuaufstellung 2020 hat das Biotopverbundsystem die Nummer 559 (Nr. 559 Tieftaulandschaft bei Saustrup). Das Entwicklungsziel lautet: *Im Westen Entwicklung naturnaher Laubwaldbestände; im Ostteil Entwicklung eines naturraumtypischen Biotopkomplexes mit kleinräumigem Wechsel von kleineren naturnahen Laubwäldern und naturnahen, offenen bis halboffenen Biotoptypen auf nassen bis mittelfeuchten Standorten* Vorgesehene Maßnahmen sind: *Wiederherstellung eines weitgehend natürlichen Wasserregimes; Verringerung der landwirtschaftlichen Nutzungsintensität; Nutzungsaufgabe in Teilbereichen* Nach unserer Einschätzung ist die Windkraftnutzung mit dem Entwicklungsziel des Biotopverbundsystems vereinbar. Es ist nicht davon auszugehen, dass durch die Windkraftnutzung die Entwicklung naturnaher Laubwaldbestände beeinträchtigt wird. Die [redacted] bittet um Aufnahme der Planungsfläche im Bereich Flarup/Bünderies in den in Vorbereitung befindlichen ersten Entwurf des Regionalplans als Windvorranggebiet. Mit freundlichen Grüßen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Institution: Amt Geltinger Bucht, Bauamt ID: 1958	Stellungnahme anliegend **Stellungnahme der Gemeinde Stangheck im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig- Holstein - Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** Sehr geehrte Damen und Herren, im Namen der Gemeinde Stangheck möchten wir unsere positive Haltung zur Windenergie und zur Umsetzung der Windplanung im Rahmen des Landesentwicklungsplans Schleswig- Holstein zum Ausdruck bringen. Wir danken für die Möglichkeit im Rahmen der öffentlichen Beteiligung zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land, Stellung zu nehmen. Die Gemeinde Stangheck begrüßt diese Beteiligungsmöglichkeit und möchte diese gern nutzen. Die Gemeinde Stangheck, mit ihren rund 250 Einwohnern gelegen im idyllischen Kreis Schleswig-Flensburg, bekennt sich klar zu den Zielen der Energiewende und sieht in der Windenergie eine wichtige Säule für eine nachhaltige Energieversorgung. Die Nutzung erneuerbarer Energien ist für uns nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch eine Chance, die regionale Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen. Wir begrüßen ausdrücklich die im Landesentwicklungsplan ausgewiesenen Potentialflächen für Windenergieanlagen (gemäß Potentialflächenkarte 1). Diese Planung bietet eine solide Grundlage für die Entwicklung von Windparks in Schleswig-Holstein und ermöglicht eine koordinierte und umsichtige Umsetzung. Die am 04.09.2024 erfolgreich durchgeführte Bürgerinformationsveranstaltung hat den Grundstein für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde, den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Projektbeteiligten gelegt. Die positive Resonanz motiviert uns, die Planung des Windenergieprojekts gemeinsam voranzutreiben und dabei weiterhin auf eine enge Beteiligung der Öffentlichkeit zu setzen. Die Ergebnisse der Veranstaltung werden in die weiteren Planungen einfließen und dienen als	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Forderung nach Beteiligung der Gemeinde an den WEA-Erträgen und nach Ausbau des Stromnetzes wird auf die Ziffern 7.1.7 und 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Grundlage für eine transparente und offene Kommunikation. Bei der Bürgerinformationsveranstaltung wurden insbesondere die Vorteile der Windenergie für die Gemeinde, wie die Stärkung der regionalen Wirtschaft, positiv bewertet. Die Bürgerinnen und Bürger zeigten sich auch sehr interessiert an den geplanten Ausgleichsmaßnahmen für Flora und Fauna. Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer regten an, einen Teil der Erlöse aus dem Betrieb der Windenergieanlage für lokale Projekte zuverwenden. **Konkret unterstützen wir folgende Punkte und werden auf deren Umsetzung versuchen Einfluss zu nehmen:** • **Bürgerbeteiligung:** Wir werden eine umfassende Bürgerbeteiligung sicherstellen, um die Belange der Einwohnerinnen und Einwohner frühzeitig einzubeziehen und Transparenz zu gewährleisten. • **Standortwahl:** Die Auswahl der Standorte für Windenergieanlagen wird unter Berücksichtigung ökologischer, landschaftlicher und immissionsschutzrechtlicher Aspekte erfolgen. Dabei werden wir die im Landesentwicklungsplan ausgewiesenen Potentialflächen als Orientierung nutzen. • **Landschaftsverträglichkeit:** Wir setzen uns für eine landschaftsverträgliche Gestaltung der Windparks ein und werden auf eine harmonische Einbindung in die bestehende Landschaft achten. • **Artenschutz:** Der Schutz von Flora und Fauna hat für uns höchste Priorität. Wir werden alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Auswirkungen auf die Tierwelt zu minimieren und Ausgleichsmaßnahmen umzusetzen. • **Schallschutz:** Wir werden auf eine ausreichende Einhaltung der Schallschutzbestimmungen achten, um eine Beeinträchtigung der Wohnqualität auszuschließen. • **Regionale Wertschöpfung:** Wir möchten, dass die Windenergieprojekte auch einen positiven Beitrag zur regionalen Wirtschaft leisten. Daher werden wir uns für eine Beteiligung lokaler Unternehmen einsetzen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die beigefügte Karte zeigt deutlich, dass die Gemeinde Stangheck innerhalb eines ausgewiesenen Potentialraums für Windenergie liegt. Das ist ein positives Signal, da es die Eignung des Gebiets für die Errichtung von Windkraftanlagen bestätigt. **Wir fordern:** • **Beschleunigung der Genehmigungsverfahren:** Um die Energiewende voranzutreiben, sind zügige Genehmigungsverfahren von großer Bedeutung. • **Faire Ausgleichszahlungen:** Die Gemeinde Stangheck sollte an den Erträgen aus den Windenergieanlagen beteiligt werden, um kommunale Projekte finanzieren zu können. • **Förderung der Netzinfrastruktur:** Eine leistungsfähige Netzinfrastruktur ist Voraussetzung für den erfolgreichen Betrieb von Windparks. Wir fordern daher den Ausbau des Stromnetzes in unserer Region. Wir sind überzeugt, dass die Windenergie eine Win-win-Situation für alle Beteiligten darstellt. Sie ermöglicht uns, unsere Umwelt zu schützen, unsere Energieversorgung zu sichern und gleichzeitig die regionale Wirtschaft zu stärken. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1962	Als Bürgerin der Gemeinde Westensee möchte ich hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den 1. Entwurf/Juni 2024 zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig Holstein (Fortschreibung 2021) sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Einmal grundsätzlich: Ich bin voll umfänglich für die notwendige Energiewende und unterstütze die Landesregierung hinsichtlich ihrer Pläne zum Ausbau der erneuerbaren Energien, weg von fossilen Energieträgern und Atomkraft! Ich setze im privaten Bereich mögliche Schritte um: Dach-PV Anlage, Wärmepumpe; grundsätzliches Energiesparen und CO2-Abdruck verringernder Lebensstil. Aber mit Bestürzung verfolge ich, wie bisherige Schutz -Standards die Natur und Umwelt betreffend aufgegeben werden und ein großer Druck auf entsprechende Gebiete (und Gemeinden) entsteht. Die Windenergie- sowie PV Anlagen dürfen nicht in Landschaftsschutzgebieten und Naturparken, die dem Erhalt der Vielfalt, Eigenart und	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.17 und 3.18 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zudem enthält die Stellungnahme Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung, hierbei wird auf Ziffer 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schönheit der Kulturlandschaft, der Natur, dem Artenschutz und der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen errichtet werden! Bei den Abwägungskriterien müssen die besonderen Funktionen der Landschaftsschutzgebiete und Naturparke deutlich höher gewichtet werden! Ich bitte Sie dringlichst, diese Punkte in Ihrem Entwurf zu korrigieren. Darüber hinaus besorgt mich ein entstehender Akzeptanz- und Vertrauensverlust gegenüber politisch Verantwortlichen und zuständigen Behörden, den ich bisher in meinen sozialen Bezügen und nachbarschaftlichen Umgebung nicht kannte. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1959	**Einleitung** Wir, die Gemeindevertreter*innen der Gemeinde Schülldorf, gehen davon aus, dass Sie unsere Stellungnahme, deren Punkte u.a. im Verlauf einer Informationsveranstaltung erfasst wurden, berücksichtigen. Wir erwarten, dass es im Interesse des Landes ist, die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden adäquat zu beteiligen, den örtlichen Gegebenheiten angepasste Handlungsoptionen transparent darzulegen und auf die Bedürfnisse unserer Gemeinde Schülldorf mit den Ortsteilen Ohe und Burhorst einzugehen. Hierbei muss die Vereinbarkeit von Mensch und Natur im Vordergrund stehen. Die Gemeinde Schülldorf mit den Ortsteilen Ohe und Burhorst unterstützt die Energiewende bereits seit Jahren intensiv im Rahmen der örtlichen Gegebenheiten und meist im konstruktiven Miteinander, indem • die Gemeinde sich stets offen für Entwicklungen iRd Energiewende gezeigt hat, • das Bauleitverfahren für das Errichten von 4 Windkraftanlagen Ende letzten Jahres abgeschlossen wurde,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.3, 2.4.1, 2.11.1, 3.3.3, 3.14.1, 4.2.1, 4.5.1, 4.14 bis 4.20, 7.1.3, 7.2.5, 7.2.6, 7.2.7, 7.2.10, 7.2.11, 7.3.2, 7.3.5, 7.3.6 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	• eine Photovoltaikanlage im privilegierten Bereich in Kürze im ersten Bauabschnitt fertig gestellt werden wird. Beide Vorhabenträger können den Strom jedoch noch nicht einspeisen. Zudem werden Klimaschutz und Energiewende in der Gemeinde in vielen Gesprächen und Sitzungen mit unterschiedlichen Interessen und Meinungen überwiegend sachlich diskutiert. Sozial- ökonomische Aspekte wie die Möglichkeiten der Gewinnbeteiligung, Gewinnausschüttung und geringeren Flächenversiegelung sind uns bewusst. Gleichwohl können die Einnahmen helfen, den Gemeindehaushalt positiver zu gestalten, insbesondere vor den bevorstehenden Herausforderungen wie z.B. Umsetzung der Anforderungen der Feuerwehr-Unfallkasse (HFUK) für die Sicherheit und Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr, Erweiterung der Kindertagesstätte usw. Umso erschütterter sind wir, dass alle Aspekte, Schülldorf, Ohe und Burhorst betreffend, in vorherigen Stellungnahmen zwar zur Kenntnis genommen, jedoch in keiner Weise umgesetzt wurden. Damit sind die Flächenausweisungen für unser Gemeindegebiet in der Karte des Planentwurfs der aktuellen Teilfortschreibung 2021 „Windenergie an Land“ nicht nachvollziehbar. **Die Gemeinde Schülldorf lehnt die Ausweisung der dargestellten zusätzlichen Flächen ab.** **Kernaussage** 1. Die Gemeinde Schülldorf lehnt die Ausweisung der im Plan dargestellten zusätzlichen Flächen ab. 2. Eine „Umzingelung und Riegelbildung“, insbesondere der Ortsteile Ohe und Burhorst ist inakzeptabel. 3. Der Anteil der durch Verkehrs- und Energieinfrastruktur überbauten Fläche beträgt bereits jetzt etwa 11 % der Gemeindefläche. 4. Zahlreiche Naturschutzgebiete im Gemeindegebiet werden in Mitleidenschaft	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gezogen werden. 5. Die Veräußerung der Flächen in Planung befindlichen Neubaugebietes wird in der Regel erheblich erschwert werden. 6. Eine Wertminderung der vorhandenen Immobilien ist zu erwarten. 7. Auf die ehrenamtlich tätigen Mitgliederinnen und Mitglieder der „Freiwilligen Feuerwehr Schülldorf“ kommen weitere erhöhte Anforderungen hinzu, dadurch bedingt auch höhere Anforderungen an die Ausstattung, Fahrzeuge, Sicherstellung der Wasserversorgung. **Sachverhalt** 8. Bereits ein hoher prozentualer Anteil der Gemeindefläche ist durch Verkehrs- und Energieinfrastruktur überbaut: A7, A210, Autobahnkreuz, Hochspannungen, 2gleisige Bundesbahnstrecken, Privilegierte Flächen für Photovoltaikanlagen, eine Genehmigung für eine WK – Anlage, Biogasanlage, sehr viele Hochspannungsleitungen, der geplante Bau der 380 KV- Leitung. 9. Die vorgestellte Flächenausweisung zeigt deutlich eine weitere Umzingelung und Riegelbildung, insbesondere unseres Ortsteiles Ohe. 10. Die Flugschneisen (insbesondere Hohn) verlaufen über unsere Gemeindegebiet. Die Veränderungen des Flugplatzes Hohn und des Fliegerhorstes Jagel sind zunehmend zu spüren. 11. Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Schülldorf nehmen die Belastungen dieser Infrastruktur zunehmend als optische, akustische, insbesondere auch durch den stark erhöhten Verkehr mit zunehmenden Emissionen sowie Strahlungen (Hochspannungsleitungen) als Belastung wahr. 12. Für die derzeit laufenden Projekte der Energiewende fehlen noch die Einspeisemöglichkeiten. 13. Die Wertminderung einer Immobilie durch den nachträglichen Bau von Windkraftanlagen beträgt im Durchschnitt über 7 % (RWI Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung). Besonders betroffen sein werden die Bürgerinnen und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bürger in Ohe und Burhorst. 14. Ein Neubaugebiet befindet sich bereits in fortgeschrittener Planung. 15. Im Rahmen der Vorgaben der Hanseatischen Feuerwehr Unfallkasse sind in absehbarer Zeit Maßnahmen für die Freiwillige Feuer notwendig, um den Schutz der Mitglieder zu gewährleisten. 16. Durch die Entwicklung der Gemeinde werden absehbar Investitionen auch mit Blick auf die Kindertagesstätte sowie wie die Feuerwehr notwendig werden. Bei einer erheblichen Zunahme von Windkraftanlagen ergeben sich, nach derz. Kenntnisstand, auch noch erweitere Anforderungen mit finanziellen Auswirkungen. 17. Folgende Naturschutzbelange treffen auf das Gemeindegebiet zu: a. Storchennest Storchenhorst in Ohe, der von Störchen angenommen worden ist und in dem es bereits Bruterfolge gab, die dem NABU bekannt sind. b. Sichtungen und dem NABU bekannte Standorte von Kiebitzen c. Angrenzende Moore (Stadtmoor und Wildes Moor mit geschützter Fauna d. Seeadlerhorst / Weißstorch Horst Vogelschutzgebiete e. FFH-Gebiet (Wehrau / Mühlenau / Linnbek) f. Räumliche Konzentration von Klein- und Kleinstbiotopen (Wehrau, Mühlenau und Linnbek, etc.) g. Nahrungsgebiete für Gänse, Schwäne und andere Groß- und Wiesenvögel h. Bedeutsame Flugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen i. Wiesenvogel-Brutgebiete	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	j. Gebiete mit besonderer Bedeutung für Großvögel k. Verbundachsen des Schutzgebietes- und Biotopverbundsystems **Bewertung** 18. Die zunehmenden Belastungen durch die stetig wachsende Infrastruktur wird seit Jahren als Belastung empfunden. Zusätzliche Windkraftanlagen in der dargelegten Planung werden als nicht hinnehmbar bewertet. 19. Die Umzingelung und Riegelbildung unseres Ortsteils Ohe sowie der räumlichen Nähe der Planung zum Ortsteil Burhorst wird als inakzeptable bewertet. 20. Ein Einfluss auf das in Planung befindliche Neubaugebiet wird als nicht hinnehmbar bewertet. 21. Eine Wertminderung vorhandener Immobilien und die damit verbundenen Belastungen der Bevölkerung ist nicht hinnehmbar. 22. Die weitere Zerstörung des regionalen Naturraums als Erholungsmöglichkeit und Lebenswelt für Tiere, Pflanzen und Menschen wird als nicht hinnehmbar bewertet. Wir erwarten, dass unsere Stellungnahme im Rahmen der weiteren Planung adäquat berücksichtig wird und Sie uns eine Antwort auf unsere Stellungnahmen über die Verwaltung des Amtes Eiderkanal ([redacted]) zukommen lassen, damit wir unsere Bürgerinnen und Bürger transparent über die weiteren Entwicklungen informieren können. Mit freundlichen Grüßen gez. [redacted] Bürgermeisterin (Schülldorf)	
Institution: Amt Sandesneben-	Stellungnahme der Gemeinde Walksfelde Der LEP Wind ist aus Sicht der Gemeinde Walksfelde sowohl formell als auch materiell	Erwiderungen zu den unterschiedlichen Aspekten der Stellungnahme finden sich in folgenden Ziffern der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Nusse, Bauamt ID: M2283	fehlerhaft und aus diesem Grund zu überarbeiten, da die einzelnen Belange/Kriterien im Ergebnis disproportional abgewogen worden sind bzw. einigen Belange nur ein sehr geringes Gewicht eingeräumt worden ist. Im Einzelnen: Es ist nicht nachzuvollziehen, wieso vorrangig auf dem Festland eine Ausweisung der Vorranggebiete erfolgen soll. Begründet wird dies mit Tourismus, Schiffverkehr, Schutzgebieten. Auch im Bereich des Festlands gibt es schutzwürdige Gebiete, so auch um die Gemeinde Walksfelde mit dem in Richtung Borstorf und Bälau angrenzenden Waldgebiet, das Schutzgebiet für zahlreiche Wildtiere, Kraniche- und ein Rotmilanbrutgebiet ist. Warum sollen diese Individuen weniger Schutz gewährt werden als den auf dem Meer lebenden Tieren? Auch das Gebiet, das zwischen Poggensee und Bälau erweitert werden soll, ist ein wichtiges Schutzgebiet für Kraniche, die hier ihre Futterplätze haben. Er wird zudem in der Begründung zum LEP angemerkt, dass es bei weiteren Offshore-Anlagen zu einer Riegelbildung käme. Auch eine Erweiterung des Bälauer Windparks in Richtung Poggensee führt zu einer Riegelbildung, die für Walksfelde zudem durch den Breitenfelder Windpark und die sich anschließende vorgesehene Potenzialfläche zwischen Walksfelde und Borstorf verstärkt würde; es käme quasi fast zu einer Umzingelung von Walksfelde. Die Erweiterungen würden zu einer Umzingelung von nördlicher über die östliche bis zur südlichen Seite von Walksfelde führen. 4.5.1 , 7G (S. 7) sagt ausdrücklich, dass eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WEA vermieden werden soll. Aber genau das passiert durch die drei Gebiete (Bälau, Breitenfelde, Borstorf) mit Walksfelde. In der Begründung zu 4.5.1, 2G (S. 10) wird angemerkt, dass auch die Vorranggebiete der Regionalpläne 2020 wieder übernommen werden sollen, da diese bereits über eine Netzanbindung verfügen. Dies führt allerdings zwangsläufig dazu, dass die Windkraftanlagen in einem Gebiet konzentriert vorzufinden sind und die Flora und Fauna, aber auch die dort lebenden Menschen über das Maß belastet werden, während andere Flächen, die ggf. Potenzial hätten, aber über keine Stromanbindung verfügen, vernachlässigt werden. Hier handelt es sich um eine zu überprüfende Ungleichbehandlung. In 4.5.1, B3 (S.11) wird angemerkt, dass Planungsgrundlage eine Referenz-WEA von 200 Metern Gesamthöhe mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern und 5,3 Megawatt Nennleistung sein soll. Stünden diese Anlagen auf dem Gebiet der	Synopse: • Schwerpunkt auf Offshore setzen: 1.1.1 • Umfassung: 2.11.1 • Beibehaltung bereits bebauter Flächen: 1.2.1 • Landschaftsbild, Raumbelastung: 7.2.12. • Schall: 7.3.2 • Siedlungsabstand: 2.3.1 • Abstand zu Wäldern: 4.7.1

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vorgesehen Erweiterung des Bälauer Windparks, würde ihre Höhe erdrückend für Poggensee und Walksfelde erscheinen, da die Anlagen topografisch auf einer Anhöhe und Poggensee und Walksfelde im Tal liegen würden. Die Anlagen würden also viel größer und erdrückender erscheinen; der Schallfluss von oben nach unten muss zudem auch ganz besonders berücksichtigt werden. Die vorgesehene Höhe der Referenz WEA steht auch im Widerspruch zur immer weiteren Reduzierung der Abstände zu Siedlungsbereichen. Es können nicht einerseits immer höhere Anlagen errichtet werden, aber andererseits der Abstand zur Wohnbebauung entweder verkleinert oder aber konstant gelassen werden. Die Beeinträchtigung einer so hohen Referenz-WEA – sei sie optisch, Schattenwurf, Schall - ist doch ein anderer als der einer bisherigen Referent WEA. 800m Abstand – wie in 4.5.1.1, 1Z (S. 20) zu Siedlungsgebieten werden daher diesseits als nicht hinreichend angesehen. Der vorgesehene Abstand in 4.5.1.3, 6Z (S. 55) von 30 m zu Wäldern wird diesseits für nicht mit dem Natur und Artenschutz vereinbar gehalten. Dieser sollte wie bislang bei 100m liegen, um auch die schutzwürdigen Belange von Flora und Fauna zu berücksichtigen. Zudem widerspricht sich der Gesetzgeber, wenn er einerseits in 4.5.1.3, B6 (S. 68) den deutlich geringeren Waldanteil in Schleswig-Holstein und seiner aus diesem Grund besondere Schutzbedürftigkeit hervorhebt. Anderseits vergrößert er mit dem verringerten Abstand auf 30 m zu Waldflächen die Beeinträchtigung des ohnehin kleinen Waldanteils und seiner Bewohner.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2340	Landesentwicklkungsplan Schleswig-Holstein, Fortschreibung 2021, Teilfortschreibung „Windenergie anLand”, Änderung Kap. 4.5.1 Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Daniel Günther, sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack, ich vertrete anwaltlich die rechtlichen Interessen der [redacted], diese vertreten durch ihre Geschäftsführer, [redacted] und Herrn [redacted]. Die ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird unter Hinweis auf meine Standespflichten anwaltlich versichert, § 294 ZPO. Meine Mandantin hat mich beauftragt, zur beabsichtigten Teilfortschreibung des	Prüfung Ref. 63 abwarten Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Ziel der Planung ist u. a. die Erreichung der bundesgesetzlich vorgegebenen Flächenbeitragswerte sowie der Zielsetzungen des Energiewende- und Klimaschutzgesetztes Schleswig-Holstein. Unter Berücksichtigung der Ziele der Raumordnung der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Windenergie an Land sollen auf Ebene der Regionalplanung Vorranggebiete Windenergie in ausreichendem Maße ausgewiesen werden. Die Sorgen, dass die Zielerreichung scheitert, werden nicht geteilt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema „Windenergie an Land”, Kap. 4.5.1, binnen der Frist des Beteiligungsverfahrens in demselben folgende Stellungnahme einzureichen, dieser Bitte komme ich hierdurch gerne nach. Meinem Bezug zu den individuellen Belangen meiner Mandantschaft stelle ich grundsätzliche Erwägungen vorab, Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen, muss aber der Präklusion aus § 5 Abs. 6 LaPlaG 1.V.m. § 9 Abs. 2 5. 4 ROG entgehen. Mit der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans reagiert die Landesregierung unter anderem auf den bundesrechtlichen Systemwechsel des Artikelgesetzes *„Zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land'* (WindBG) vom 20. Juli 2022 nebst den korrespondierenden Regelungen zum BauGB, ein Gesamtpaket, dass mit seiner Positivplanung als Paradigmenwechsel verstanden wird, Des weiteren gilt als Planerfordernis die Aufhebung des bestehenden Regionalplans für den Planungsraum | durch Urteil des OVG Schleswig vom 22. März 2023 (OVG Schleswig, Urteil vom 22. März 2023, 5 KN 53/21, Juris), dem möglicherweise Ende November auch die Aufhebung des Regionalplans für den Planungsraum H1 folgen könnte (OVG Schleswig, 5 KN 46/21 ,5 KN 6/21 und 5 KN 7/21). Der Windenergie ist nicht mehr nur „substantiell" Raum zu verschaffen, sie liegt nunmehr im „überragenden öffentlichen Interesse", § 2 EEG 2023 (OVG Greifswald, Urteil vom 7. Februar 2023, 5 K 171/22, juris). Diesen Versuch der Reformation unternimmt nun die Teilfortschreibung, die ich noch als Rohentwurf für die noch zu erstellenden Regionalpläne „Windenergie", verstehe (Runderlass der Landesplanungsbehörde vom 19. Dezember 2023, IV 64, Az. VIS10385/2023, Seite 3). Dabei stößt die Landesregierung nach meiner Wahrnehmung auf deutlich mehr Verständnis als noch mit den Vorgängerversionen, den Landesverordnungen für die jeweiligen drei Planungsräume mit Bekanntmachung je vom 29. Dezember 2020 (GVOBI. Seite 1082). So gilt die Abschaffung der leidigen 3H/5H-Regelung als Ziel der Raumordnung als Fortschritt, auch wenn die Landesregierung hierbei den sich aus dem WindBG und den dort enthaltenen Berechnungsmodalitäten für die Flächenbeitragswerte ergebenden Sachzwängen zu folgen scheint. Landschaftschutzgebiete werden nun an § 26 Abs. 3 BNatschG gemessen. Und auch die Untersagung von Höhenbegrenzungen schneidet einen „alten Zopf' ab und deutet in Richtung Fortschritt. Gleichwohl gibt es Kritik und Anregungen, die möglicherweise in neu zu erhebende	An der Mindestgröße von Vorranggebieten wird vor dem Hintergrund der Steuerung des Windenergieausbaus festgehalten. Gleiches gilt für die Abstandsvorgaben zu Siedlungsbereichen. Für die Ebene der Regionalplanung sind pauschalierende Abstandsvorgaben zulässig, solange sie in einem angemessenen Rahmen liegen. Sie sind im Entwurf nachvollziehbar begründet. Es gilt unter Abwägung der verschiedenen Schutzansprüche an den Raum den Windenergieausbau voranzutreiben. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Normenkontrollanträge nach § 47 VwGO münden könnten. Zuvörderst bleibt fraglich, ob die geänderte Landesverordnung dem „drastischen Nachholbedarf' gerecht wird, den Rechtsprechung und Literatur derzeit erkennen (u.a. Tigges/Wördenweber, *„Stand der Windenergieplanung nach neuem Recht und Möglichkeiten der Plansicherung”,* ZNER 2024, Seite 305} Das WindBG schreibt erstmalig verbindliche Mindestziele in Form von Flächenbeitragswerten fest, die bis Ende 2027 und schließlich bis Ende 2032 zu erfüllen sind. Werden diese Ziele rechtzeitig erreicht, führt dies zur Entprivilegierung der Windenergieanlagen außerhalb ausgewiesener Flächen, die fortan nur noch nach § 35 Abs. 2 BauGBb zulässig sind, so § 249 Abs. 2 BauGB. Allerdings wird die Versäumung der rechtzeitigen Zielerreichung umfassend sanktioniert. Windenergieanlagen sind und bleiben im Außenbereich dann privilegiert, ohne dass ihnen Darstellungen an anderen Standorten nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB entgegengesetzt werden können, § 249 Abs. 7 BauGB. Flankiert werden die Flächenbeitragsziele durch den vorgesehenen, kontinuierlichen Zubau von Windenergieanlagen nach § 4 EEG. Dies dürfte die Bundesländer daran hindern, durch teilweise noch bestehende, teilweise aber auch, wie in Schleswig-Holstein, bereits abgeschaffte Sicherstellungsmoratorien die laufende Ordnung der Räume mit Veränderungssperren abzusichern und den Zubau von Windenergieanlagen an nicht gewünschten Standorten vorübergehend aufzuhalten. Schleswig-Holstein meint, das Zwischenziel bis Ende 2027 bereits erfüllt zu haben, nach Auffassung der Fachagentur Wind an Land und wohl auch unstreitig wird das Ausbauziel bis Ende 2032 noch verfehlt. Es gibt noch erheblichen Ausweisungsbedarf. Wenn Schleswig-Holstein laut Plantext, Anl. 1zu § 1 der LEP-WindVO, 3 % der Landesfläche zur Anrechnung in den Flächenbeitragswert von 2 % nach WindBG geben möchte, dürfte dies nicht ausreichen. Das Umweltbundesamt warnt ausdrücklich vor dem auch dem Unterzeichner bekannten Problem, dass sich die ausgewiesene Flächenkulisse nicht unbedingt nutzen lässt, man geht von einer eingeschränkten Nutzbarkeit von etwa 20 - 40 % aus. Hintergrund sind beispielsweise zivilrechtliche Hindernisse, die sich beispielsweise aus der Nichtgewährung von Abstandsflächen durch Baulast nach § 6 LBO ergeben können sowie aus dem bekannten Umstand, dass Einschränkungen des Anlagenbetriebes bis hin zur Nichtgenehmigungsfähigkeit einer WEA In das Genehmigungsverfahren verlagert werden. Es wird also dringend empfohlen, die Flächenziele mit einem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sicherheitspuffer zu versehen, um die Leistungsziele erreichen zu können (Umweltbundesamt, „Flächenverfügbarkeiten, Flächenbedarf für den Ausbau der Windenergie an Land", Abschlussbericht Seite 119} Daran fehlt es hier, da die als Potenzialfläche vorgesehenen 3 % der Landesfläche unter Beibehaltung der stark kritisierten „Rotor-in"-Planung ausgewiesen werden sollen und somit diese Rotor-In-Flächen nur eingeschränkt auf den Flächenbeitragswert anzurechnen sind (Gatz, Tyczewski, Baars, „Regenerative Energien in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis", 4. Aufl., Seite 48). Der Rock der Landesregierung ist also zu eng, seine Nähte mit zu schwachen Fäden genäht. Rein rechnerisch liegt allerdings auch die Lösung auf der Hand. So hat die Landesregierung eine Rohpotenzialfläche von etwa 7,7 % der Landesfläche ermittelt, von der nach Abzug bestimmter Radien einer Referenz-WEA noch 7,2 % der Landesfläche verbleiben sollen. Bestenfalls wird aus dieser Rohpotenzialfläche die endgültige Potenzialfläche der drei Planungsräume, zumal wenig Hoffnung besteht, dass die Kommunen die sogenannte Gemeindeöffnungsklausel, §245 Abs. 5 BauGB, nutzen werden, um mit ihren kommunalen Planungsmöglichkeiten den Rest der Rohpotenzialfläche, die die Landesregierung ihnen noch übrig lässt, zu überplanen. Leider ist im derzeitigen Entwurf auch noch einiges an Zielen und Grundsätzen zur Raumordnung enthalten, was schon in den alten Regionalplänen bedenklich war. So z.B. die schematische Mindestgröße von Vorrangflächen. Diese Flächen sollen jetzt geeignet sein, mindestens zwei Referenzanlagen aufzunehmen, was eine Mindestfläche von 15 ha implementiert, Eine schematische Festlegung ist für das Repowering von Windkraftanlagen problematisch, an sich geeignete Einzelstandorte können wegfallen und von einer künftigen Nutzung ausgeschlossen werden (BVerwG, Urteil vom 24 Januar 2008, 4 CN 2/07, juris}. Hieran ändert grundsätzlich auch das sogenannte BlmschG-Repowering nichts. Nicht zu rechtfertigen sind auch die pauschal 800m/1000 m Umgebungsschutzbereiche zu Siedlungsbereichen, die wiederum nicht die unterschiedlichen Schutzbedürftigkeiten dieser Siedlungsbereiche berücksichtigen, immerhin gibt es mehr als ein Dutzend BauNVO-Gebietstypen mit ihnen eigenen Charakteristika. So ist ein Dorfgebiet mit seiner Immissionskulisse deutlich weniger schutzwürdig als ein reines Wohngebiet, Auch das BVerwG verlangt vom Plangeber einen einzelfallbezogenen Blick auf die Örtlichen Verhältnisse, es sei zu prüfen, „ob auch kleinere Pufferzonen als Schutzabstand genügen"., Gefasste Siedlungsabstände schränken zudem die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Suchräume für konfliktarme Flächen derart ein, „so dass deren Umsetzung fast zwangsläufig mit Gütern des Arten- und Landschaftsschutzes sowie auch dem Waldschutz in Konflikt gerät' (Müller, Wegner, Sailer, Stiftung Umweltenergierecht, Würzburg, in: *„Rechtliche Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 13. Dezember 2017".* Wie sich gerade in Schleswig-Holstein die Veränderung von Abstandspuffern auswirkt, zeigten schon die Folgen der Einführung solcher Puffer durch die Landesverordnung vom 29. Dezember 2020, einem Wahlkampfversprechen, so auch die von der Landesregierung seinerzeit beauftragte Studie „Rechtsgutachten Repowering" vom 22. Februar 2018, dort Seite 9. Von meinen Kunden wurde mir verschiedentlich zugetragen, dass noch immer veraltetes Datenmaterial der Ermittlung der Potenzialfläche dient. Die Datengrundlagen beispielsweise des geowissenschaftlichen Moorkatasters erhebt schon keinen Anspruch auf exakte Flächengenauigkeit („Moorschutzprogramm für Schleswig-Holstein", Drucksache 16/2272). Auch sind Abstandsflächenkreise um aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe vorzufindend, ebenso befinden sich zahlreiche Einzelhäuser nicht mehr in Wohnnutzung, werden gleichwohl aber bei der Bemessung von Abstandsflächen herangezogen Meine Mandantin ist Planerin und plant für die Energiepark NoGa GbR, Albersdorf, die Errichtung und den Betrieb eines aus bis zu sechs Windenergieanlagen des Typs Vestas V 162 bestehenden Windparks nebst Batteriespeicher mit einer Leistung von 7,2 MW pro Windenergieanlage. Der Windpark „Nordhastedt-Gaushorn“ soll sich in Dithmarschen und in einem stark windhöffigen Bereich zwischen den Gemeinden Nordhastedt und Gaushorn entlang der Landesstraße 1 147 befinden. Der Standort des Parks bietet sich an und deckt sich weitgehend auch mit der „blauen Fläche" des Landesentwicklungsplans. Eine 110 kV-Freilandleitung gilt als Vorbelastung, die bereits vorhanden ist, ebenso ein 152 m hoher Sendemast bei Welmbüttel. Die Errichtung der Windenergieanlagen soll fast ausschließlich auf intensiv genutzten Ackerflächen stattfinden, diese sind aufgrund ihrer Nutzung artenarm. Sensible Bereiche des Naturschutzes sind ebenso wenig betroffen wie Großvögel, Ein Netzverknüpfungspunkt ist in kürzester Entfernung erreichbar, auch die Erschließung gilt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	als einfach Mit freundlichen Grüßen ([redacted]) Rechtsanwalt	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2406	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein — Fortschreibung 2021 — Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit teile ich Ihnen meine erheblichen Einwände und Bedenken gegen den 0o.g. Entwurf einschließlich der dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben wie folgt mit: 1. Ich beantrage hiermit eine Verlängerung bzw. eine Neuauslage des 0g. Beteiligungsverfahrens, weil ein Beteiligungsverfahren über fast die gesamte Sommerferienzeit keine Möglichkeit für die Bürger für eine ausreichende Information und daraus folgende Stellungnahme ergibt. Bei den für die Menschen weitreichenden Auswirkungen durch die Änderungen der Maßstäbe zur Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) widerspricht das nun auslaufende Beteiligungsverfahren den Grundsätzen der Landesregierung, ihre Bürger durch Transparenz und Information an der Landespolitik teilhaben zu lassen. 2. Zur Erreichung der Ziele der Energiewende ist zunächst ein Repowering bestehender WEA anzustreben, dann auf den Ausbau der wesentlich effizienteren Photovoltaik prioritär auf Dachflächen bzw. an Gebäuden hinzuwirken und erst danach eine Neu-Ausweisung von Wind-Vorranggebieten auszuführen. Begründung: WEA haben weitaus größere Auswirkungen auf alle Schutzgüter. Diese Prioritäten könnten zusätzlich durch Umleitung der Subventionen auf die entsprechende Technologie und auch insbesondere auf die Speichertechnologie verfolgt werden. 3. Eine Aufweichung naturschutzrechtlicher Aspekte darf im neuen LEP nicht erfolgen. Bestehende Naturparke und Landschaftsschutzgbiete dürfen in ihren Funktionen durch neue WEA nicht beeinträchtigt werden. 4. Derzeit geltende Abwägungskritereien in Bezug auf alle Schutzgüter dürfen nicht zugunsten der Priorisierung der Windenergienutzung verringert werden. Denn diese	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1.2, 1.4.1, 1.5.1, 1.6, 2.2, 2.3, 2.5, 3.15.1, 3.17.1, 3.18.1, 4.16, 4.17, 4.20, 7.1.5, 7.2.2, 7.2.5, 7.2.6, 7.2.9, 7.3.2, 7.3.5, 7.3.9, 7.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kriterien beruhen auf wissenschaftlich anerkannten Erkenntnissen und wurden von der Landesregierung selbst in Zielen und Grundsätzen formuliert, 5. Eine Konzentrationswirkung von WEA muss wegen der Schutzbedürftigkeit von Menschen und Tieren ausgeschlossen werden. Wo bereits eine Vorbelastung durch WEA besteht, darf kein Zubau erfolgen und erst recht nicht Abstände noch weiter verringert werden. Das Ziel der Landesregierung für möglichst gleichartige Lebensverhältnisse aller Bewohner muss beachtet werden. 6. Der Tourismus als bedeutender Wirtschaftszweig darf durch die zukünftige Windenergie-Nutzung nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Darum dürfen Kriterien betreffend Gesundheit, Wohlbefinden der Menschen sowie betreffend der Kulturlandschaft und des Landschaftsbildes nicht verschlechtert werden. 7. Die von der Landesregierung angestrebten Ertragsziele aus Windenergie über die Bundes-Vorgaben hinaus sind zu streichen. Sie führen zu unnötigen Beeinträchtigungen für alle Schutzgüter und würden in der Folge die Akzeptanz für Windenergienutzung verschlechtern und der Tourismusbranche schaden. 8. Im Erneuerbare Energien Gesetz von 2023 wird in $ 2 Satz 1 die Priorisierung von Erneuerbaren Energien - Anlagen u.a. damit begründet, dass sie "...der öffentlichen Gesundheit... dienen”. Diese Aussage ist sachlich falsch. Es ist nicht begründbar, warum derartige Anlagen per se der öffentlichen Gesundheit dienen. Ihre Errichtung und ihr Betrieb verursachen vielfältige für die öffentliche Gesundheit negative Auswirkungen (z.B. Flächenverbrauch/Emissionen durch Herstellung, Transport, laufender Betrieb, Havarien und Entsorgung). Es ist nicht nachvollziehbar, warum einen Landesentwicklungsplanung aufgrund einer sachlich falschen Rechtsnorm erfolgt. 9. Der Ausbau von Erneuerbaren Energien (EE) —- Anlagen in Schleswig-Holstein ist solange nicht prioritär zu planen, wie der Netzausbau in der BRD nicht funktioniert und die Steuerzahler für den kostspieligen Strom-Export und für die Entschädigung von abgeregelten Anlagen herangezogen werden. Insofern sollte auf die aktuelle Fortschreibung des LEP verzichtet werden. Alle nachstehend aufgeführten Einwendungen gelten nicht nur für die Anlage 3 zur LEPWindVO, sondern auch für den Entwurf des LEP selbst und für den dazu gehörenden Umweltbericht.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	10. Anlage 3 zu $ 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Umweltbericht Kap. 5.1.1 S. 70, Schutzgut Menschen u.a.: Hier fehlt die Nennung der Umweltauswirkung Immisionen durch gesundheitsgefährdende Stoffe im laufenden Betrieb von WEA (Abrieb Rotorblätter) und im Fall von Havarien. Ihr Anteil an der gesamten Menge der Immissionen ist zwar gering, sie sind dennoch vorhanden. Dies trifft ebenso auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, Luft, Boden und Wasser zu. S.74 Referenzanlage Der LEP soll eine in die Zukunft gerichtete Planung sein. Insofern muss auch die Refrenzanlage eine dem zukünftigen Planungszeitraum entsprechenden Stand der Technik aufweisen und sie darf sich nicht allein auf in der Vergangenheit realisierte Anlagen stützen. Aktuell projektierte on shore-Anlagen liegen bei 250 und sogar bis zu 300 m Höhe und weisen Leistungen im Bereich 7 MW auf. S. 75 Abstände zu Einzelhäusern, Splittersiedlungen, Gewerbegebieten, Abstände zu Wohnbebauung/Siedlungen Abstände müssen immer auch den Rotor einbeziehen und auf einen Ausgangswert bezogen werden. Es ist nicht ersichtlich, ob es sich um die Referenzanlage handelt, um die Nabenhöhe oder die Rotorblattspitze. Auch hier wieder müssen Abstände auf zukünftig zu errichtende Anlage abzielen. Diese Abstände dürfen sich nicht allein auf die TA Lärm beziehen, die übrigens derzeit zu Ungunsten des Schutzgutes Menschen geändert wird. Hier sind alle weiteren möglichen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Menschen einzubeziehen. Insbesondere sind Schutzaspekte bei Havarien zu beachten. Havarien werden im gesamten Planungsgeschehen und bei der Projektierung nicht oder viel zu wenig berücksichtigt. An dieser Stelle ist auf das Bundes-Immissionsschutzgesetz BimSchG zu verweisen. Mindestabstände zu Wohnbebauung müssen insbesondere bei Feuer-Havarien mit dem BimSchG vereinbar sein. Betreiber von WEA müssen verpflichtet werden, Störungen und Havarien quantitativ und qualitativ an eine unabhängige Erfassungsstelle zu melden. Ein Gutachten der Ingenieur-Gruppe Veenker (2020) berechnet einen Mindestabstand für alle Schutzgüter von 995 m für WEA der Leistungsklasse 5 bei einer Nabenhöhe von 170 m. Diese Größenordnung ist mindestens auch im LEP einzuhalten, bzw. sind selbstverständlich noch größere Sicherheitsabstände bei zukünftig höheren WEA festzulegen. 2020 galt bei eine WEA-Höhe von 150 m ein einzuhaltender Abstand zu Wohnbebauung von 1000 m. Entsprechend müsste der Abstand einer 250 m hohen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anlage 1,6 km betragen. In Brandenburg wird in diesem Jahr die erste WEA mit über 300 m Höhe errichtet, der ensprechend zu fordernde Mindestabstand wäre hier bei 365 m 2,4 km. Im Fall von Havarien müssen Folgekosten den Betreibern auferlegt werden. Die öffentliche Hand (der Steuerzahler) darf nicht mit Folgekosten belastet werden. Das Schutzgut Menschen muss unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes (GG Art 3 (1)) bei einem Wohnort in Splittersiedlung oder Einzelhaus-Lage oder Gewerbegebieten die gleichen Schutzkriterien — sprich Mindestabstände — in Anspruch nehmen können wie bei Wohnorten in Siedlungen. Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15- fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der 2H-/15H-Regelung ist zu streichen. Im Gegenteil, sie muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltungen eines Mindestabstandes zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. 5.1.3 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt Insbesondere im Vogelschutz setzt das Helgoländer Papier (2015) der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten wissenschaftlich anerkannte Mindestabstände zu Nistplätzen, Zugrouten, Schlafplätzen und Prüfabstände an, die auf jeden Fall in den LEP übernommen werden und als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt müssen. Insbesondere andere Tiere mit größerem Bewegungsradius, z.B. Fledermäuse, müssen in Bezug auf ihr Wanderungs- und Ruheverhalten mit nicht verschlechterten Mindestabständen zu WEA berücksichtigt werden. Die geplanten Verringerungen der Schutzkriterien und Mindestabstände bedeuten für mich und meine Familie eine sehr konkrete Wahrscheinlichkeit (projektierte WEA in der Nähe) der Verschlechterung unseres Lebenswertes und auch Erholungswertes. Deswegen fordere ich, die derzeit geltenden Vorgabn beizubehalten. Bitte bestätigen Sie mir schriftlich den Eingang meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2549	Sehr geehrte Damen und Herren, im Juni 2024 hat die Landesregierung die Landesentwicklungsplanung Schleswig-Holstein zum Thema „Windenergie an Land“ veröffentlicht. Ziel ist es weitere Flächen für	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 2.9, 2.11.1, 4.20.1, 7.1.1 der allgemeinen Synopse

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die Nutzung von Windenergie zu erhöhen, um die Dekarbonisierung weiter voranzutreiben. Im Zeitraum vom 24.06.2024 - 09.09.2024 sind Bürgerinnen und Bürger aufgerufen Stellungnahmen zur Planung abzugeben. Als Bürger der Gemeinde Gnutz, aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde, möchte ich Ihnen gerne einige Informationen zur Situation vor Ort darlegen. [Karte im Anhang] Die Landesentwicklungsplanung weist in der Gemeinde Gnutz eine Vielzahl an möglichen Windeignungsflächen aus. Eine Übernahme der gesamten Flächen in den Regionalplan erscheint als nicht erstrebenswert, da dies eine Umzingelungswirkung erzeugen wird. Hier gilt es eine kluge Auswahl zu treffen. Der bisherige Regionalplan sieht die Eignungsflächen PR2_RDE_126, PR2_RDE_137 und PR2_RDE_132 in der Gemeinde Gnutz vor. Diese befinden sich im Nord-Osten und im Westen der Gemeinde. [Karte im Anhang] Im Osten der Gemeinde (zwischen der Fläche PR2_RDE_137 und dem Windeignungsgebiet in der Gemeinde Aukrug) sollten keine weiteren Flächen ausgewiesen werden, da so eine Riegelbildung entsteht. Die bisherige Freifläche zwischen diesen Windeignungsflächen sollte weiterhin, als Sichtfenster erhalten bleiben, um das Sichtfeld aufzulockern. Zusätzlich sollte eine weitere Fläche im Nord-Westen ausgewiesen werden (siehe Abb. 2 und 3). Durch die Ausweisung dieser Fläche, ergeben sich weitere Sichtfenster in Richtung Heinkenborsten/Oldenhütten, sowie in Richtung Bargstedt und Nortorf. Westlich der L328 plant die Stadt Nortorf ein neues Gewerbegebiet. Der erste Bauabschnitt an der L121 befindet sich bereits in der Erschließung. Um die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt Nortorf nicht zu limitieren, hat der Bauausschusses der Stadt Nortorf in seiner Sitzung am 08.07.2024 beschlossen eine entsprechende Stellungnahme in die Landesplanung einzubringen. Das neue Gewerbegebiet bietet jedoch auch Potenzial, um die Elektrizität aus den neuen Windeignungsflächen zu nutzen. So könnte der Strom in den Gewerbebetrieben direkt verwendet werden oder in Elektrolyseure grünen Wasserstoff erzeugen. Mit diesem Wasserstoff könnten dann beispielweise LKWs getrieben werden und so zur Dekarbonisierung beitragen. Weiterhin wird durch den von mir vorgeschlagenen Entwurf (siehe Abb. 2) eine Riegelbildung und eine Umzingelung der Gemeinde Gnutz vermieden.	verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[Karte im Anhang] Im Nordwesten der Gemeinde Gnutz sollte eine neue Windeignungsfläche ausgewiesen werden. Die Landeigentümer planen dort in Eigenregie einen Windpark zu realisieren. Durch diese Maßnahme wird die Akzeptanz vor Ort gesteigert und die Wertschöpfung bleibt vor Ort. Als Vorbild fungiert der Bürgerwindpark Gnutz / Timmaspe in der Planungsfläche PR2_RDE_137. Auf diese Weise können die Bürgerinnen und Bürger vor Ort an dem Projekt partizipieren und steigert die Akzeptanz gegenüber der Energiewende. Die in Abbildung 3 vorgeschlagene Eignungsfläche umfasst die Flurstücke 26, 27, 28, 30/2 und 30/1 der Flur 1 in der Gemarkung Gnutz. Außerdem ist bei der weiteren Planung auch der technische Fortschritt zu berücksichtigen. Insbesondere im Bereich des Vogelschutzes und Artenschutzes gibt es große Fortschritte. So sind mittlerweile kamerabasierte Antikollisionssysteme (AKS) zum Schutz von Vögeln am Markt verfügbar. Das System IdentiFlight hat bereits eine Zulassung erhalten. Weiterhin wird im Nachbarort, im Windparkt Timmaspe, ein weiteres AKS mit dem Namen ProTecBird sehr erfolgreich getestet. Laut dem Hersteller [redacted] steht dieses System kurz vor der Zulassung. Aufgrund der wegweisenden Technik ist damit zu rechnen, dass zukünftig noch weitere Anbieter in den Markt eintreten werden. Somit wird der Tierschutz laufend verbessert und die Energiewende mit dem Artenschutz in Einklang gebracht. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2405	Teilfortschreibung LEP SH zum Thema Windenergie an Land, Beteiligung 2024 Sehr geehrte Damen und Herrn, Der Klimawandel fordert Tribut. Wir können uns den Einsatz von fossilen Energien nicht mehr erlauben. Wir können nicht mehr weitermachen wie bisher. Alle sind gefordert. Anhand der von ihrem Haus erstellten Karte kann ich erkennen, dass auf der Halbinsel Eiderstedt keine zusätzlichen WKAs zu den bestehenden ca. 35 Stück zugelassen werden sollen. Begründet wird dies u. a. mit dem überregionalen Vogelzug. Welche Konsequenzen hätte eine solche Entscheidung? In meiner Funktion als [redacted] bin ich für die Entwässerung der halben Ortschaft von St.Peter-Ording zuständig. Aufgrund des Klimawandels und der Veränderung der Sandbank können wir in naher Zukunft nur noch per Schöpfwerkbetrieb in die Nordsee	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 4.16 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	entwässern. Diese benötigen viel Strom, den wir selbst dann nicht erzeugen könnten und teuer zukaufen müssten. Ich bin gezwungen die Kosten auf jeden Haus — und Landbesitzer umzulegen. Des Weiteren muss innerhalb der nächsten zehn Jahre eine Meerwasserentsalzung installiert werden, da das die Halbinsel versorgende Wasserwerk Rantrum den Bedarf nicht mehr decken kann. Energiebedarf 4 bis 6 kW/h pro m? Wasser. Daraus folgen Stromkosten von 35ct pro m? Wasser bei selbst erzeugtem Strom und 2€/m? bei zugekauftem Strom. Dieses wird man dem Bürger hier erklären müssen. In meiner Funktion als Leiter eines kleinen Landschulheims auf der Halbinsel Eiderstedt muss ich mich u.a. sehr mit Heizkosten auseinandersetzen. Derzeit ist dort eine Gasheizung installiert. Der Gaspreis wird durch die CO?- Bepreisung und das Enden des Gastransits durch die Ukraine zum Jahreswechsel steigen. Die Dekarbonisierung fordert eine kommunale Fernwärmeversorgung mit Großwärmepumpen betrieben. Diesen Fernwärmeanschluss begrüße ich ausdrücklich für das Landschulheim, funktioniert aber nur mit selbsterzeugtem günstigem Strom. Das Freistellen von der Netzdurchleitungsgebühr vom Staat für zehn Jahre verschiebt nur das Problem. Als Vorsitzender des Umwelt - und Energieausschusses des Landkreises Nordfriesland habe ich natürlich auch die Umwelt im Auge. Zum Aufstellen von WKAs gehört selbstverständlich verpflichtend moderne Technik hinsichtlich Vogelerkennung. Für Seeadler und Rotmilan in SH schon anerkannt laufen in den Niederlanden Versuche mit Erkennung von Vogelzug an Offshore - Parks. Lokal erzeugte Energie mit fast immer vorhandenem Wind im Eigentum von Bürgern und Kommunen zur Daseinsvorsorge in Form von Wärmeversorgung, Entwässerung und Trinkwassererzeugung muss auch auf Eiderstedt möglich sein.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2339	An Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans SchleswigHolstein – Fortschreibung 2021 - Entwurf 2024 Stellungnahme:	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 2.11.1, 2.2, 2.3, 2.5, 4.15.1, 4.20, 5.1.1, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.12, 7.3.5, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, in diesem Schreiben verfasse ich meine Stellungnahme zur „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021“ Bitte nehmen Sie diese zur Kenntnis und berücksichtigen diese Stellungnahme in der fortschreitenden Landesplanung zu Windindustrieanlagen als volatiler Energieerzeuger, an Land in 2024. **Höhenbegrenzung:** Der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 sieht in seinem Entwurf die Ausweisung von Windvorrangflächen ohne eine klare Höhenbegrenzung der Windkraftanlagen vor. Dieser Ansatz steht im Widerspruch zu den geltenden Schutzmaßnahmen, insbesondere den Mindestabständen, die bisher zum Schutz von Siedlungsbereichen und der Bevölkerung vor den Auswirkungen von Windkraftanlagen festgelegt wurden. Ohne eine klare Höhenbegrenzung der Anlagen pro Fläche besteht die Gefahr, dass durch immer höhere Windkraftanlagen die aktuellen Mindestabstände faktisch aufgehoben werden. Dies würde den Schutz der betroffenen Anwohner erheblich schwächen und zu einer Verschlechterung der Lebensqualität führen. Die Einhaltung der Schutzabstände ist eine essenzielle Maßnahme, um die negativen Einflüsse auf Menschen und auf die Umwelt in Grenzen zu halten. Es ist daher dringend notwendig, dass im Rahmen der Ausweisung von Windvorrangflächen auch eine klare Begrenzung der Anlagenhöhe festgelegt wird. Nur so kann gewährleistet werden, dass die bestehenden Schutzabstände gewahrt bleiben und die Interessen der Anwohner ausreichend berücksichtigt werden. Eine Aufhebung oder Lockerung der Mindestabstände aufgrund von übergroßen Windkraftanlagen ist	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	entschieden abzulehnen, da dies nicht im Sinne einer ausgewogenen und nachhaltigen Raumordnung ist. Zusammenfassend gilt: Windvorrangflächen benötigen eine Höhenbegrenzung der Windkraftanlagen, um sicherzustellen, dass die aktuell geltenden Mindestabstände nicht unterlaufen werden. Der Schutz der Bevölkerung und die Einhaltung der geltenden Abstandsregelungen müssen weiterhin Priorität haben. **Umzingelung, Riegelbildung:** Im Dokument „Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024“ wird die Notwendigkeit der Integration von Windenergie in die Landesplanung betont. Dabei wird mehrfach die Bedeutung eines ausgewogenen und landschaftsverträglichen Ausbaus der Windkraftanlagen hervorgehoben. Ein besonders kritischer Punkt ist hierbei die Vermeidung von sogenannten „Umzingelungen“ und „Riegelbildungen“ von Orten durch Windvorranggebiete, welche zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität und des Landschaftsbildes führen können. Trotz dieser Vorgabe zeigt sich jedoch in der Praxis, dass genau solche problematischen Konstellationen an einigen Orten auftreten. Ein prägnantes Beispiel hierfür ist die Gemeinde Weesby, die von der aktuellen Flächenkulisse für Windvorranggebiete im Süden, Westen und Norden direkt betroffen ist. Diese Anordnung der Flächen führt faktisch zu einer Umzingelung und Riegelbildung der Gemeinde, da sie von drei Seiten von Windkraftanlagen umschlossen werden kann. Dies widerspricht nicht nur dem Grundsatz, dass keine Siedlungsgebiete derart eingeschlossen werden sollen, sondern beeinträchtigt auch das Landschaftsbild und das Lebensumfeld der Anwohner erheblich. Gerade am Beispiel von Weesby wird deutlich, dass der im Entwurf formulierte Anspruch, Umzingelungen von Orten zu vermeiden, nicht ausreichend umgesetzt wird. Es ist unabdingbar, dass diese Vorgaben in der finalen Version des Landesentwicklungsplans konsequent eingehalten werden, um den Schutz der Gemeinden und ihrer Bewohner vor übermäßiger Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen sicherzustellen. Die aktuelle Planung sollte daher dahingehend überarbeitet werden, dass Orte wie Weesby nicht von mehreren Seiten durch	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftvorranggebiete bedrängt werden **Schutzgut Mensch im Havariefall:** Im Dokument „Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024“ wird mehrfach die Bedeutung des Ausbaus von Windkraft betont, jedoch bleibt der Schutz des Menschen, insbesondere in unmittelbarer Nähe von Windkraftanlagen, unzureichend berücksichtigt. Während Umweltschutz und Landschaftsbild immer wieder in den Vordergrund gestellt werden, ist der Schutz der Anwohner vor potenziellen Gefahren, die von Windkraftanlagen ausgehen können, nicht in ausreichender Form thematisiert. Ein besonders kritischer Punkt ist das Thema der Sicherheit im Falle von Bränden an Windkraftanlagen. Solche Brände sind nicht nur schwer zu löschen, bzw. gar nicht zu löschen, sondern sie können auch giftige Stoffe freisetzen. Es ist bekannt, dass bei der Verbrennung bestimmter Komponenten von Windkraftanlagen zusätzlich auch gefährliche Partikel entstehen können, die asbestähnliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben, wenn sie eingeatmet werden. Insbesondere Glasfaser- und Verbundwerkstoffe, die in den Rotorblättern verwendet werden, können im Brandfall toxische Fasern freisetzen, die sich ähnlich wie Asbest in der Lunge festsetzen und langfristig gesundheitsschädliche Folgen haben für die Anwohner. Trotz dieses bekannten Risikos wird in der aktuellen Fassung des Dokuments nicht auf diese Gefahr eingegangen. Es fehlen klare Regelungen und Schutzmaßnahmen und Schutzabstände, die gewährleisten, dass Menschen, die in unmittelbarer Nähe von Windkraftanlagen leben, vor diesen Gesundheitsrisiken geschützt werden. Insbesondere in Bezug auf die Entstehung und Ausbreitung dieser Partikel bei einem Brandfall bleibt der Schutz der Bevölkerung unzureichend berücksichtigt. Damit ist jeglicher Zubau an Windkraftanlagen unzulässig und die Planung von weiteren Flächen obsolet.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es sollte deutlich mehr Wert auf Sicherheitsabstände und Notfallmaßnahmen gelegt werden, um die Gesundheit der Menschen nicht zu gefährden. Es ist dringend notwendig, dass der Schutz der Anwohner vor derartigen Gefahrenstoffen in der finalen Version des Landesentwicklungsplans mitberücksichtigt wird. Es kann nicht sein, dass der Mensch als der zentrale Akteur des Lebensraumes in der Nähe von Windkraftanlagen solch gravierenden Risiken ausgesetzt wird, ohne dass entsprechende Vorsorge getroffen wird. Hier müssen klare, verbindliche Schutzmaßnahmen formuliert werden, die sowohl im Brandfall als auch im Hinblick auf die langfristige Gesundheit der Anwohner die Risiken minimieren. **Schutzgut Umwelt, Natur und Mensch:** Im *Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024* werden zentrale Schutzgüter wie Umwelt, Natur und Mensch nicht ausreichend berücksichtigt. Insbesondere die Belastung durch den Abrieb der Rotorblätter von Windkraftanlagen wird in diesem Entwurf völlig außer Acht gelassen. Dieser Abrieb stellt eine erhebliche Gefahr für das Umland dar, insbesondere durch die Entstehung von Mikroplastikteilchen, die aus den Verbundwerkstoffen der Rotorblätter freigesetzt werden. Diese Mikroplastikpartikel kontaminieren die Umgebung und stellen eine potenzielle Gefahr für die Umwelt, die Natur und die menschliche Gesundheit dar. Studien haben gezeigt, dass durch den Betrieb von Windkraftanlagen signifikante Mengen an Abrieb entstehen. Laut einer Untersuchung von Kelders et al. (2021) können bis zu 62 Kilogramm Partikel pro Jahr und pro Anlage freigesetzt werden. Dieser Abrieb stammt hauptsächlich von den Rotorblättern, die in der Regel aus Verbundwerkstoffen wie glasfaserverstärktem Kunststoff (GFK) bestehen. Über die Lebensdauer einer Windkraftanlage können sich somit mehrere Tonnen an Abrieb ansammeln, die sich in der Umgebung ablagern und über Luft und Boden weiter verteilt werden. Ein weiteres Forschungsprojekt von Bendixen et al. (2020) hat ergeben, dass der durch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	den Rotorblattabrieb verursachte Mikroplastikeintrag in die Umwelt nicht nur lokal, sondern auch in einem größeren Umkreis um die Windkraftanlagen herum festzustellen ist. Diese Mikroplastikteilchen können Boden und Wasser nachhaltig kontaminieren und in die Nahrungskette gelangen, was erhebliche Folgen für die Tierwelt und letztlich auch für den Menschen hat. Trotz dieser eindeutigen wissenschaftlichen Erkenntnisse wird im Entwurf des Landesentwicklungsplans die Problematik des Abriebs und die damit einhergehende Mikroplastikbelastung nicht angemessen thematisiert. Eine Berücksichtigung dieser Aspekte wäre jedoch essenziell, um den Schutz von Umwelt, Natur und Mensch sicherzustellen. Es bedarf dringend einer umfassenden Untersuchung der Abriebmengen und der daraus resultierenden Umweltbelastungen, um geeignete Schutzmaßnahmen zu entwickeln und festzulegen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der aktuelle Entwurf des Landesentwicklungsplans eine schwerwiegende Lücke aufweist, indem er die Problematik des Rotorblattabriebs und dessen Auswirkungen auf Umwelt, Natur und Mensch ignoriert. Die erheblichen Mengen an freigesetzten Mikroplastikpartikeln müssen als gravierendes Umweltproblem anerkannt und entsprechende Maßnahmen zur Minimierung der Emissionen getroffen werden. Zwangsweise müsste hier ein Moratorium verfügt werden, um die Ausmaße genauer zu untersuchen, bevor man noch weitere Emittenten in Vorranggebiete errichtet. **Extreme Nebenwirkungen durch feinsten Abrieb:** Erschwerend kommt hinzu, dass durch den Abrieb der Rotorblätter von Windkraftanlagen sogenannte *Ewigkeitschemikalien* wie PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) sowie krebserregende Weichmacher wie Bisphenol A (BPA) flächendeckend in die Umwelt freigesetzt werden. Diese hochgradig persistenten Chemikalien sind bekanntermaßen umwelt- und gesundheitsschädlich und zerfallen nur extrem langsam, was zu einer langfristigen Belastung für Umwelt, Natur und den Menschen führt. Eine Studie von Liu et al. (2022) hat gezeigt, dass PFAS in den Verbundmaterialien, die bei der Herstellung von Rotorblättern verwendet werden, enthalten sind. Diese Stoffe	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden im Laufe der Zeit durch den Betrieb der Anlagen abgetragen und gelangen in die Umwelt. PFAS sind nicht nur extrem widerstandsfähig gegen Abbauprozesse, sondern stehen auch im Verdacht, eine Reihe von gesundheitlichen Problemen wie Krebs, Leberschäden und hormonelle Störungen zu verursachen. In Weesby wurde eine erhöhte PFAS Belastung im Abwasser festgestellt und davor gewarnt! Zusätzlich belegen Untersuchungen von Rocha et al. (2021), dass in Verbundmaterialien auch Bisphenol A (BPA) enthalten ist, ein Weichmacher, der bereits in geringen Mengen gesundheitsschädigend wirken kann. BPA ist dafür bekannt, hormonelle Störungen auszulösen und das Krebsrisiko zu erhöhen. Durch den Abrieb der Windkraftanlagenflügel kann BPA in die Umwelt freigesetzt werden, was zu einer erheblichen Belastung von Böden, Gewässern und letztlich auch der Nahrungskette führt. Die besorgniserregende Tatsache, dass diese gefährlichen Substanzen durch den normalen Betrieb von Windkraftanlagen in die Umwelt abgegeben werden, wird im aktuellen Entwurf des Landesentwicklungsplans nicht berücksichtigt. Es fehlen fundierte Analysen und Maßnahmen, um die Freisetzung von PFAS, BPA und anderen gefährlichen Stoffen zu minimieren. Studien wie die von Liu et al. (2022) und Rocha et al. (2021) verdeutlichen die Notwendigkeit, dieses Problem ernsthaft zu behandeln und entsprechende Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Die flächendeckende Verbreitung dieser gefährlichen Chemikalien stellt ein ernsthaftes Risiko für Umwelt und Gesundheit dar und muss im Rahmen der Raum- und Umweltplanung dringend Berücksichtigung finden. Andernfalls drohen langfristige Schäden, die mit den eigentlichen Zielen des Umweltschutzes nicht vereinbar sind. **Welche Auswirkungen hat PFAS auf den menschlichen Organismus:** PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) sind eine Gruppe von langlebigen Chemikalien, die sich über Zeit in der Umwelt und im menschlichen Körper anreichern können. Sie gelten als gesundheitsschädlich, da sie im Verdacht stehen, verschiedene gesundheitliche Probleme zu verursachen. Hier sind einige der bekannten Auswirkungen von PFAS auf den menschlichen Organismus:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1. **Krebsrisiko**: Einige PFAS, insbesondere PFOA (Perfluoroctansäure), werden als möglicherweise krebserregend eingestuft. Studien haben gezeigt, dass langfristige Exposition gegenüber PFAS das Risiko für Nieren- und Hodenkrebs erhöhen kann. 2. **Beeinträchtigung des Immunsystems**: PFAS können das Immunsystem schwächen. Studien haben gezeigt, dass Menschen, die hohen Konzentrationen von PFAS ausgesetzt sind, eine verminderte Immunantwort auf Impfungen haben und anfälliger für Infektionen sind. 3. **Hormonelle Störungen**: PFAS sind endokrin wirkende Chemikalien, die die hormonellen Prozesse im Körper stören können. Dies kann zu Problemen mit der Schilddrüse, Hormonungleichgewichten und Fortpflanzungsstörungen führen. Insbesondere können PFAS die Fruchtbarkeit bei Männern und Frauen beeinträchtigen. 4. **Leber- und Nierenschäden**: PFAS können Leber und Nieren schädigen. Langfristige Exposition wird mit einer erhöhten Leberenzymproduktion in Verbindung gebracht, was ein Hinweis auf Leberschäden ist. Außerdem kann PFAS die Nierenfunktion beeinträchtigen, was zu chronischen Nierenerkrankungen führen kann. 5. **Erhöhtes Cholesterin**: Mehrere Studien haben gezeigt, dass PFAS mit höheren Cholesterinspiegeln im Blut in Verbindung gebracht werden. Insbesondere PFOA und PFOS (Perfluoroctansulfonat) sind mit einem erhöhten Gesamtcholesterin sowie LDL-Cholesterin assoziiert, was das Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen erhöht. 6. **Beeinträchtigung der Entwicklung bei Kindern**: PFAS können auch die Entwicklung von Kindern negativ beeinflussen. Exposition während der Schwangerschaft kann zu einem niedrigeren Geburtsgewicht und Entwicklungsstörungen führen. Auch das Wachstum, Verhalten und die Lernfähigkeit von Kindern könnten beeinträchtigt werden. 7. **Erhöhtes Risiko für Bluthochdruck bei Schwangeren**: Studien zeigen, dass PFAS das Risiko für Bluthochdruck (Präeklampsie) während der Schwangerschaft erhöhen können, was sowohl für die Mutter als auch das	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ungeborene Kind gefährlich ist. Aufgrund ihrer chemischen Stabilität und Langlebigkeit reichern sich PFAS im Körper an, was zu chronischen Gesundheitsproblemen führen kann. Da sie sich nur sehr langsam abbauen, können sie über Jahre oder Jahrzehnte im Körper verbleiben und ihre schädlichen Wirkungen entfalten. Dies macht PFAS zu einem großen gesundheitlichen Risiko, weshalb ihre Nutzung in vielen Produkten zunehmend reguliert oder verboten wird. **Kontaminierung von landwirtschaftlichem Boden zur Nahrungsmittelerzeugung:** Wenn landwirtschaftliche Böden durch PFAS, Bisphenol A und Mikroplastik erheblich belastet sind, sind umfassende Maßnahmen erforderlich, um diese Böden wieder für die sichere Produktion von Nahrungsmitteln, wie beispielsweise Weizen, nutzbar zu machen. Die folgende Vorgehensweise wäre notwendig: 1. **Bodensanierung**: Eine gründliche Sanierung der betroffenen Böden muss erfolgen, um Schadstoffe wie PFAS, Bisphenol A und Mikroplastik zu entfernen oder ihre Konzentrationen auf ein unschädliches Niveau zu senken. Zu den möglichen Sanierungsmethoden gehören: a. **Phytosanierung**: Bestimmte Pflanzenarten, die in der Lage sind, Schadstoffe aus dem Boden aufzunehmen und zu speichern, könnten eingesetzt werden. Diese Pflanzen müssen danach fachgerecht entsorgt werden. b. **Bodenwaschung**: Hierbei werden belastete Böden ausgegraben und mit Wasser und speziellen Chemikalien behandelt, um Schadstoffe herauszulösen. Diese Methode könnte besonders bei der Entfernung von Mikroplastik und chemischen Substanzen wie PFAS und BPA sinnvoll sein. c. **Thermische Behandlung**: Bei besonders stark kontaminierten Böden kann eine thermische Behandlung helfen, organische Schadstoffe wie BPA durch hohe Temperaturen zu zersetzen. 2. **Überwachung und Analyse**: Während und nach der Sanierung ist eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	kontinuierliche Überwachung der Schadstoffkonzentrationen erforderlich. Regelmäßige Bodenproben müssen analysiert werden, um sicherzustellen, dass die Belastung auf ein unschädliches Niveau reduziert wird und keine Gefahr für die Nahrungsmittelproduktion besteht. 3. **Einsatz von Filter- und Bindungstechnologien**: Um die Ausbreitung von Mikroplastik und chemischen Schadstoffen zu verhindern, könnten spezielle Filter- und Bindungstechnologien im Boden integriert werden. Diese Technologien binden die Schadstoffe im Boden, sodass sie nicht in Pflanzen oder das Grundwasser übergehen. 4. **Restriktionen für landwirtschaftliche Nutzung**: In besonders stark kontaminierten Gebieten könnte es nötig sein, den Anbau bestimmter empfindlicher Nutzpflanzen vorübergehend zu verbieten, bis die Schadstoffkonzentrationen auf akzeptable Werte gesenkt wurden. Alternativ könnte die Nutzung dieser Böden für nicht essbare Pflanzen erfolgen, bis eine vollständige Sanierung abgeschlossen ist. 5. **Langfristige Überwachung der Nahrungsmittelqualität**: Auch nach der Bodensanierung müssen die auf diesen Flächen angebauten Nahrungsmittel regelmäßig auf Rückstände von PFAS, BPA und Mikroplastik getestet werden, um sicherzustellen, dass keine schädlichen Konzentrationen in die Lebensmittelkette gelangen. Zusammengefasst ist eine Kombination aus Bodensanierung, kontinuierlicher Überwachung und gegebenenfalls landwirtschaftlichen Restriktionen notwendig, um belastete Böden wieder sicher für die Nahrungsmittelproduktion, insbesondere für Getreide wie Weizen, zu machen. Diese Maßnahmen sind essenziell, um die Gesundheit der Verbraucher und die langfristige Fruchtbarkeit der Böden zu gewährleisten. Fazit: *Dieses Gefahrenbild ist in keiner Art und Weise in der vorgestellten „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024“ berücksichtigt. Damit verstößt die Teilfortschreibung der Vorsorgepflicht Schäden von Mensch und*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Natur abzuwenden. **Natur- und Artenschutz:** Im *Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024* wird der Natur- und Artenschutz nicht ausreichend gewürdigt und berücksichtigt. Insbesondere bei der Planung von Windkraftanlagen in sensiblen Naturräumen zeigt sich, dass essenzielle Schutzmaßnahmen für bedrohte Tierarten oft vernachlässigt werden. Ein Beispiel dafür ist das Schlafgewässer für Zwerg- und Singschwäne in Bramstedtlund. Diese Gebiete dienen den streng geschützten Arten als essentielle Rast- und Schlafplätze während ihrer Wanderungen. Trotz der klaren Empfehlungen aus dem *Helgoländer Papier*, einem zentralen Leitfaden zum Schutz von Vögeln vor Kollisionen mit Windkraftanlagen, wurden in Bramstedtlund die Mindestabstände zwischen den geplanten Windkraftanlagen und den Schlafgewässern sowie Nahrungshabitaten nicht eingehalten. Das *Helgoländer Papier* empfiehlt für Rast- und Schlafplätze von Zugvögeln wie Zwerg- und Singschwänen einen Mindestabstand von mindestens 3.000 Metern, um Kollisionen und Störungen zu vermeiden. Diese Abstände sollen gewährleisten, dass die Tiere ausreichend Raum haben, um sich ungestört zu bewegen und ihre natürlichen Verhaltensweisen, wie die Nahrungssuche und das Ruhen, aufrechtzuerhalten. Windkraftanlagen, die zu nah an solchen sensiblen Gebieten errichtet werden, stellen eine erhebliche Gefahr für diese Vogelarten dar. Vögel wie Zwerg- und Singschwäne sind besonders anfällig für Kollisionen mit Windrädern, da sie größere Entfernungen zwischen Nahrungs- und Schlafplätzen zurücklegen und in der Dämmerung oder Dunkelheit fliegen. Die Gefahr von Kollisionen ist in diesen Phasen besonders hoch, da die Tiere die Rotorblätter schlechter wahrnehmen können. Ein Versäumnis, diese Abstände einzuhalten, kann zu einem signifikanten Rückgang der Populationen dieser gefährdeten Arten führen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Darüber hinaus können Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe von wichtigen Nahrungshabitaten den Tieren zusätzlichen Stress und Störungen zufügen. Durch die ständige Präsenz und den Lärm der Anlagen könnten Zwerg- und Singschwäne davon abgehalten werden, diese Gebiete für ihre Nahrungssuche zu nutzen, was ihre Überlebensfähigkeit im Winterquartier gefährdet. Dies verdeutlicht, wie wichtig es ist, großzügige Mindestabstände zu Windkraftanlagen einzuhalten, um nicht nur Kollisionen, sondern auch indirekte Störungen der Tiere zu verhindern. Der Schutz von Tieren in freier Natur ist ein zentrales Ziel des Naturschutzes und darf im Rahmen der Energiewende nicht vernachlässigt werden. Der aktuelle Entwurf des Landesentwicklungsplans zeigt jedoch, dass diese Aspekte in der Planung von Windkraftanlagen oft unzureichend berücksichtigt werden. Es ist daher unerlässlich, dass bei der Ausweisung von Windvorrangflächen sowohl die Empfehlungen aus dem *Helgoländer Papier* als auch andere wissenschaftlich fundierte Richtlinien zum Schutz von gefährdeten Vogelarten streng eingehalten werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Ausbau der Windenergie nicht auf Kosten der Artenvielfalt und des Naturschutzes erfolgt. Zusätzlich verweise ich auf Beobachtungen in 2018/19 die den Bestand der Vögel und deren Aufenthaltsort widerspiegeln. Beobachengeb wurdeb in Ornitho Mit freundlichen Grüssen	
Institution: Cimbergy GmbH & Co. KG **ID: M2682**	**Stellungnahme der Gemeinde Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land** **Zu Umgebungsbereiche zu EU-VSG – betrifft PR1_NFL_009 und PR1_NFL_014 (des Regionalplanes 2020) und Küstenstreifen** Sehr geehrter Herr [redacted],	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es sei darauf hingewiesen, dass der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzusetzenden Vorranggebiete Windenergie festlegt. An welcher Stelle Vorranggebiete ausgewiesen werden, erfolgt im Rahmen der Regionalplanung. Hierzu wird es ebenfalls die Möglichkeit der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bereits in den Jahren 2015 bis 2017 hat die Gemeinde Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog (wie auch die hier ansässigen Bürger-Windparks) in dem damaligen Verfahren mehrfach zu den Entwürfen der Landesplanung bezüglich der Vorrangflächenausweisung Stellung bezogen. Dazu wurden sowohl naturschutzfachliche als auch juristische Gutachten von unserer Seite eingebracht. In dem Entwurf Anlage 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im LEP SH Anlage wird unter B zu 1Z auf Seite 61 zu EU-VSG folgendes ausgeführt: „Im Bereich von Bestands-WEA hingegen liegt die Vermutung nahe, dass eine Vereinbarkeit der Windenergienutzung mit den Schutzzielen der EU-VSG gegeben sein könnte. Daher wird für diese Bereiche eine Ausnahmeregelung nur für die Ausweisung von Windenergiegebieten geschaffen, um den berechtigten Interessen der Altanlagenbetreiber und der Öffentlichkeit an der Weiternutzung der vorhandenen Infrastruktur Rechnung zu tragen. Für die Bereiche, die innerhalb dieses Umgebungsbereiches liegen und in denen sich bereits Bestands-WEA befinden, und die außerhalb von durch Ziele der Raumordnung entsprechend der übrigen Ziele aus Kapitel 4.5.1 ausgeschlossenen Bereichen liegen, kann auf Basis einer FFH-Verträglichkeitsprüfung ermittelt werden, ob die Ausweisung eines Windenergiegebietes möglich ist. Die FFH-Verträglichkeitsprüfung muss bestätigen, dass erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des Vogelschutzgebietes ausgeschlossen werden.“ Durch den hier ansässigen Bürger-Windpark Lübke-Koog DG Ost wurde im Zuge eines BImSchG-Antragverfahrens für eine Teilfläche von PR1_NFL_014 eine entsprechende FFH-Verträglichkeitsprüfungen durchgeführt, mit dem Ergebnis, dass im Jahr 2021 im Zuge eines Repoweringverfahrens die Genehmigungen für drei WEA erteilt werden konnten, welche zwischenzeitlich errichtet wurden. **Fazit:** Vor dem geschilderten Hintergrund sehen wir die in der Anlage 2 zu § 1 LEPWINDVO (Karte zum Kapitel 4.5.1) aufgeführten „Ausnahmebereiche um Standorte von WEA innerhalb des Umgebungsbereiches von 1.000m um EU-VSG“ in der Gemeinde Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog als konsistente Anwendung der vorgegebenen	Beteiligung geben.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Regelungsmöglichkeit, die wir ausdrücklich unterstützen. Als unmittelbar an der Nordseeküste liegende Gemeinde auf einem Niveau von 0 m über NN möchten wir weiterhin alle zur Verfügung stehenden Potentiale nutzen, um dem Klimawandel und dessen Folgen entgegenzuwirken. Mit freundlichen Grüßen Gez. [redacted] [redacted] am 09.09.2024 Bürgermeister der Gemeinde Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1956	Ich finde man sollte erstmal die Stromtrassen erstellen und den Endverbrauch regulieren bevor neue Windräder gebaut werden, außerdem finde ich den Solarausbau auf gutem Ackerboden nicht gut, wo bleibt da die Regulierung.? Die Regierung ist einfach zu langsam .Ich bin nicht gegen Windräder, aber in Schlewsig-Holsten gibt es schon sehr viele und wir bezahlen immer noch am meisten für unseren Strom, was macht Bayern in der Beziehung, die fürchten um Ihre Touristen usw. und bauen keine Windräder.Wir wollen unser Land Schleswig-Holstein auch nicht verschandeln, die Preise für die Grundstücke werden davon auch noch beeinträchtigt, LG [redacted] [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.6 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: WKN GmbH, Keine Abteilung ID: 1952	**Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehmen wir wie folgt Stellung: für die Beteiligung an der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP, 1. Entwurf) bedanken wir uns. Die [redacted] GmbH unterstützt das Bestreben der Landesregierung, die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zum Hinweis „Vorbelastung durch eine Windenergienutzung“: Grundsätze der Raumordnung sind der Abwägung zugänglich. Eine wie hier geforderte exakte Definition würde den Abwägungsspielraum zu weit einschränken. Darüber hinaus erfolgt im Rahmen einer Bauleitplanung durch die landesplanerische Stellungnahme eine Konkretisierung im Einzelfall. Die Abstände zu Wäldern sind definiert. Grundsätzlich gilt immer

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Energien zu schaffen. Der Erfolg der Energiewende hängt maßgeblich davon ab, dass möglichst rasch und in möglichst großer Zahl Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien errichtet und betrieben werden. Aus diesem Grund ist allen übergeordneten Planungen (Raumordnung, Landesplanung, Regionalpläne) dringend zu empfehlen, den Raum für solche Anlagen ausdrücklich zu öffnen und flächendeckend willkommen zu heißen. **Begrifflichkeiten** In den Festlegungen oder Erläuterungen werden folgende Begriffe verwendet, die erläutert werden müssen, bzw. bei denen auf die entsprechende Gesetzesgrundlage verwiesen werden sollte: **1 G** bzw. **B zu 1 G**: was ist konkret gemeint mit „Vorbelastung durch eine Windenergienutzung“? Zwar wird im **2. Abs. Kap. B zu 1 G** ausgeführt, dass bereits durch Windenergieanlagen genutzte Flächen gemeint sind, es werden jedoch keine Angaben zu Beschaffenheit, Verortung (Entfernung) und/oder Quantität gemacht, so dass ein ungewollter Interpretationsspielraum entstehen könnte. Hier ist *Vorbelastung* exakt zu definieren, da sonst eine Einzelfallprüfung unmöglich ist. -Waldabstände Der Begriff „ökologische Wertigkeit“ ist nicht bestimmt. Hier besteht die Gefahr von Interpretationspielräumen und das steht der Klarheit und Bestimmtheit entgegen. Es muss klar definiert werden, welche Kriterien im Rahmen der „ökologischen Wertigkeit“ qualitativ wie quantitativ anzusetzen sind, damit die Waldabstände deutlich und eindeutig angewandt werden können. -Die Begrifflichkeit „Splittersiedlung“ ist abzugrenzen von „Siedlung“. Es muss ein klarer Unterschied deutlich sein. Eine genaue Definition der Begriffe ist Voraussetzung zur Einhaltung der Abstände bei der Planung. **Großvogelthematik (AKS)** Die gewählten Abstandsvorgaben übereinstimmen nicht mit denjenigen, wie sie im neuen BNatSchG festgelegt worden sind, sondern sind viel größer gewählt. Im Rahmen des neuen BNatSchG wurden diese Abstände abgewogen und mit Absicht so gesetzt, auch damit es mehr räumliche Möglichkeiten zum Bau von Windparks gibt. Selbstverständlich ist es nicht unser Ansinnen den Artenschutz hinten anzustellen. Die	ein Abstand von 30m, bei Naturwäldern sind 100m zu berücksichtigen. Die Begründung stellt klar, welche Bereiche als Naturwäldern anzusehen sind. Ob eine Splittersiedlung vorliegt, kann nur im Einzelfall beurteilt werden. Eine allgemeingültige Definition soll nicht vorgegeben werden. Zu den Abstandserfordernissen zu Großvogelhorsten wird auf Ziffer 4.20.1 der Allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen. Abschließend sei darauf hingewiesen, dass auf Ebene der Raumordnung nur diejenigen Belange Berücksichtigung finden können, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	im LEP festgesetzten Abstände sind aus vorgenannten Gründen zu weit gefasst, inakzeptabel und nicht besser geeignet um den Artenschutz umzusetzen. Wir befürworten vehement die Anpassung der Abstände sowie Artaufzählung an diejenigen aus dem BNatSchG. Diese Anpassung ist unbedingt umzusetzen. **Übernahme der Vorranggebiete Windenergie aus der Regionalplanung Windenergie an Land** Gundsätzlich sollen Vorranggebiete aus der vorigen Regionalplanung übernommen werden. Nach **2 G** aus Anlage 1 zu §1 der LEPWindVO sollen bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergie bevorzugt die Vorranggebiete Windenergie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land von 2020 (und außerhalb dieser Gebiete stehende raumbedeutsame WEA) übernommen werden. Vor diesem Hintergrund erschließt es sich uns nicht, dass beispielweise die Windvorranggebiete in Nusse und in Berkenthin nicht mit in die erste Flächenkulisse des LEPs aufgenommen wurden. Insbesondere bei der Fläche in der Gemeinde Nusse / Panten (Flächennummer aus dem aktuellen RP: PR3_LAU_025) würden trotz der erhöhten Abstände zur Wohnbebauung (1.000m zu den Gemeinden Panten und Nusse) ca. 24 ha Fläche übrigbleiben. Laut 6 Z der o.g. Anlage müssen Vorranggebiete für Windenergie eine Mindestgröße von 15 ha aufweisen. Wir fordern die Prüfung in diesem Sachverhalt und um nachträgliche Aufnahme dieser Flächen in die Gebietskulisse. Gleiches gilt für das abgelehnte Vorranggebiet in Berkenthin (Flächennummer aus dem RP 2020: PR3_LAU_003). Auch hier erschließt es sich uns nicht, dass dieses Vorranggebiet nicht in der Flächenkulisse des LEPs auftaucht. Auch hier bitten wir um Prüfung und nachträgliche Aufnahme dieser Flächen. **Verfahren der Planaufstellung** Bereits frühzeitig muss sichergestellt werden, dass bereits während des Flächenausweisungsverfahrens auf alle Einschränkungen seitens der Träger öffentlicher Belange hingewiesen werden muss. Hiermit sind bspw. nachträgliche Höhenbeschränkungen gemeint oder auch der Hinweis auf Flächen, die militärischen Belangen unterliegen. Die Planungssicherheit für Projektierer ist derzeit trotz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausweisung als Vorranggebiet teilweise eingeschränkt und dieser neu aufzustellende LEP sollte das unbedingt ändern. Damit es nicht während der Genehmigungsverfahren zu plötzlichen Nachforderungen oder langwierigen Abfragen kommen muss, die eine dann bereits erfolgte Beplanung des Gebiets verändern, was zu enormen zeitlichen Belastungen, sowohl auf Seiten des Projektierers wie auch der Genehmigungsbehörden führt, sind diese Informationen zwingend bereits im Ausweisungsprozess einzubeziehen.	
Institution: Amt Nordstormarn, Bauamt **ID: M2282**	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein-Fortschreibung 2021-Anderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Stellungnahme der Gemeinde Feldhorst, Kreis Stormarn Sehr geehrte Damen und Herren, im Namen der Gemeinde Feldhorst gebe ich zum o.g. Verfahren folgende Stellungnahme ab: Die Gemeinde Feldhorst liegt im Norden des Kreises Stormarn. Sie besteht aus den Ortsteilen Steinfeld und Havighorst sowie den kleinen Siedlungsbereichen Steinfelder Hude, Hohenkamp, Steinfelder Heckkaten, Steinfelder Wohld, Schüttenkaten, Niendeel, Rögen und Altenweide. Die Verwaltung erfolgt über das Amt Nordstormarn. Die Gemeinde Feldhorst befürwortet - insbesondere mit Sicht auf nachfolgende Generationen - alternative Energieträger und ist sich auch bewusst, dass diese Zugeständnisse aller Beteiligten erfordert. In unserer Gemeinde stehen bereits im Norden des Ortsteils Havighorst sechs Windenergieanlagen (WEA). Vier weitere wurden unmittelbar an der Westgrenze der Gemeinde zur Stadt Bad Oldesloe im Vorranggebiet (PRE_STO_304 jüngst in Betrieb genommen. Das Vorranggebiet PR3_STO_003 liegt im Nordosten der Gemeinde an der Grenze zur Gemeinde Rehhorst. Hierfür läuft derzeit das Genehmigungsverfahren für die Errichtung von 5 WEA. Im Norden anschließend befindet sich das Vorranggebiet PR3_SEG_042. Hier ist derzeit der Bauantrag für die Errichtung von 5 weiteren WEA in Vorbereitung. Die Gemeinde Feldhorst wird in Zukunft zusätzlich zu den WEA mit der 380 kV-Leitung (Ostküstenleitung), die sich derzeit im Bau befindet, und der in Planung befindlichen Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitung (NordOstLink) belastet. Diese Baumaßnahmen durchziehen ebenfalls den Norden der Gemeinde Feldhorst. Das Landschaftsbild der kleinen Gemeinde wird hierdurch massiv beeinflusst. Das typische landwirtschaftlich geprägte Bild wird zerstört. Ästhetische Aspekte, aber auch Einflüsse durch Schattenwurf und Lärm haben bereits ihre Auswirkungen gezeigt. Die	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die vorgesehenen Festlegungen des Landesentwicklungsplanes Windenergie an Land schaffen die Rahmenbedingungen für die erforderliche Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie. Zwar ist mit dem Windenergieflächenbedarfsgesetz vorgegeben, dass ein bestimmter prozentualer Anteil der Landesfläche für eine Windenergienutzung bereitgestellt werden muss, gleichwohl erfolgt die konkrete Festlegung der Gebiete erst auf Ebene der jeweiligen Regionalpläne. Insofern können die Hinweise zu den potenziellen Auswirkungen und den konkreten Gegebenheiten vor Ort auf dieser Planungsebene nur zur Kenntnis genommen werden. Erst mit den Entwürfen der Regionalpläne wären diese weitergehend zu beurteilen. Insofern wird empfohlen, in den anstehenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen Windenergie an Land Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme enthält zudem Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird insbesondere auf die Punkte 2.1.3, 7.2.11, 1.4.1, 4.20.1 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen. Bezüglich des Grundsatzes, dass als Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen bevorzugt die Vorranggebiete Windenergie und Vorranggebiete Repowering der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land von 2020 und außerhalb dieser Gebiete stehende raumbedeutsame WEA übernommen werden sollen,

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Einwohnerzahl schrumpft, Bürger in unmittelbarer Nähe von Windenergieanlagen sind unzufrieden und haben zum Teil die Gemeinde verlassen. Gerade in der Gemeinde Feldhorst sind viele Menschen betroffen, deren Anliegen und Bedürfnisse nach derzeitiger Regelung nicht berücksichtigt werden, weil sic im Außenbereich in den hier typischen kleinen Streusiedlungen wohnen. Die Unterscheidung in Menschen, auf die Rücksicht genommen werden muss, und solche, die eines Schutzes nicht würdig sind, ist auch nicht energiepolitisch begründbar, weil sie willkürlich und undemokratisch ist. Der Wohn- und Erholungswert, aber auch der Wert von Immobilien in unmittelbarer Nähe ist gesunken. Die Gemeinde Feldhorst weist die geringsten Mieten im Kreis Stormarn aus. Die Erfahrung aus vergangenen und aktuell laufenden Bauprojekten wie Windenergieanlagen oder Stromtrassen zeigt, dass ein erheblicher Bauverkehr die Wohnqualität mindert sowie den Zustand der Straßen weiter verschlechtert. Möglichkeiten für Wohnbebauungen stehen kaum und wenn nur in kleinem Umfang zur Verfügung, da u.a. ein regionaler Grünzug die Möglichkeiten verhindert. Mehrere Jahre sind verstrichen, um überhaupt die Möglichkeit des Baus eines Feuerwehrgerätehauses in Aussicht zu stellen. Dies stellt u.a. die Schwierigkeit des Wachstums der Gemeinde dar. Die Erweiterung von Vorrangflächen für Windenergieanlagen werden die Möglichkeiten - durch Einhaltung von Abständen zur Wohnbebauung - weiter verringern. Die im Süden der Gemeinde gelegene B75 sowie die Bahnstrecke Hamburg - Lübeck (zukünftig noch stärkerer Bahnverkehr im Zuge des geplanten Baus der Fehmarnbeltquerung) stellen eine weitere Eingrenzung dar. Gemäß Ziffer 3 des vorliegenden Entwurfs der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes soll für die Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 m bei einem Rotordurchmesser von 150 m zugrunde gelegt werden. Die bisherige Referenzhöhe ist damit um 50 m erhöht worden. Die Höhe wird gemeindeseitig nicht als ausreichend für die Zukunft angesehen. Bereits Jetzt werden in der Gemeinde und den Nachbargemeinden die Errichtung von WEA mit einer Gesamthöhe über 200 m angefragt. Daher sollte die Referenzanlage aus der im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz erstellten „Analyse der Flächenverfügbarkeit für Windenergie an Land post-2030“ mit einem Rotordurchmesser von 175 m und einer standortabhängigen Gesamthöhe von ca. 250 m übernommen werden. Für die Siedungsstruktur legt der bisherige LEP Harte Kriterien, Weiche Kriterien und Abwägungskriterien [est. Der Entwurf der Teilfortschreibung beinhaltet Ziele und	sei klargestellt, dass dies nur dann erfolgen kann, wenn Ziele der Raumordnung nicht entgegenstehen und die Abwägung der betroffenen Grundsätze ergeben hat, dass der Windenergienutzung der Vorrang eingeräumt werden kann.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Grundsätze. Für den Bereich Siedlungsbereiche mit Wohn und Erholungsfunktion gibt es derzeit das Harte Tabukriterium von 250 m und das Weiche Tabukriterium von weiteren 550 m, also insgesamt 800 m, zum überplanten Innenbereich nach $ 30 BauGB und zum nicht überplanten Innenbereich nach $ 34 BauGB. Zusätzlich gibt es das Abwägungskriterium zwischen 800 und 1.000 m. Diese Abstandszonen sind in den Entwurf übernommen worden. Allerdings wird die Einzelfallprüfung für den Abstand zwischen 800 und 1.000 m für ebene Landschaftsflächen favorisiert. Der pauschale Vorsorgeabstand von 800 m ist auf 1.000 m zu erhöhen. Die Ebenheit einer Landschaft kann nicht zu größeren Abständen führen als bei bewegtem Gelände. Hier stellt sich auch die Frage, ab welchen Geländehöhenunterschieden der Vorsorgeabstand nicht mehr gilt. Der pauschale Vorsorgeabstand für Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich von 400 m wird als zu gering eingestuft. Die im Außenbereich wohnende Bevölkerung ist genauso schutzwürdig, wie die Bevölkerung in den Innenbereichsgebieten. Der Vorsorgeabstand ist daher zu erhöhen. Der Entwurf sieht weiterhin vor, dass Flächen mit einer Vorbelastung durch Windenergienutzung möglichst wieder als Vorranggebiet ausgewiesen werden sollen. Gemeindeseitig wird davon ausgegangen, dass es sich hierbei um die Vorrang- und Repoweringgebiete der gültigen Regionalpläne und die Windenergieanlagen außerhalb dieser Flächen handelt, die vor dem Regionalplan 2020 errichtet wurden. Hiernach würde der bestehende alte Windpark mit seinen sechs WEA, der im aktuellen Regionalplan nicht als Vorranggebiet ausgewiesen ist, und die nördlich angrenzenden Repoweringgebiete PR3_STO_003 und PR3_SEG_042 sowie das Vorranggebiet PR3_STO_304 als Vorranggebiet ausgewiesen werden. Hierdurch entsteht eine hohe Konzentration von Windenergieanlagen im Norden der Gemeinde. Nördlich des Ortsteils Havighorst wären es nach aktuellem Kenntnisstand 16 WEA. Die Splittersiedlung Altenweide liegt zwischen den Bestandsanlagen und den aktuellen Repoweringgebieten. Hier würden zukünftig WEA einen Riegel im Norden und Süden bilden. Die Vorbelastung mit Windenergienutzung muss die Errichtung weiterer Anlagen ausschließen. Auch die Aspekte des Umwelt- und Naturschutzes dürfen nicht unberücksichtigt bleiben. Die damaligen Gründe, die zur Ablehnung der Potentialfläche PR3_STO_003 als Vorrangfläche geführt haben, bestehen aus unserer Sicht fort. Diese sind u.a. die Nähe zu Großvogelbrutplätzen (Seeadler und Schwarzstorch) und der Migrationskorridor für	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wildlebende Tiere zur Grünbrücke Hainholz. Für die Brutplätze windkraftsensibler Großvögel weist der gültige Landesentwicklungsplan Schutzabstände aus. Der bisherige Schutzabstand um Seeadlerhorste außerhalb des Dichtezentrums wurde deutlich von 3.000 m auf 2.000 m reduziert. $ 45b BNatSchG unterscheidet zwischen Nahbereich (500 m), zentralem Prüfbereich (2.000 m) und erweitertem Prüfbereich (5.000 m). In $ 45 b Abs. 4 BNatschG heißt es: *„ Liegt zwischen dem Brutplatz einer Brutvogelart und der Windenergieanlage ein Abstand, der größer als der zentrale Prüfbereich und höchstens so groß ist wie der erweiterte Prüfbereich, die in Anlage 1 Abschnitt] für diese Brutvogelart festgelegt sind, so ist das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare nicht signifikant erhöht, es sei denn,* */. die Aufenthaltswahrscheinlichkeit dieser Exemplare in dem vom Rotor überstrichenen Bereich der Windenergieanlage ist aufgrund artspezifischer Habitatnutzung oder Junktionaler Beziehungen deutlich erhöht und* *2. die signifikante Risikoerhöhung, die aus der erhöhten Aufenthaltswahrscheinlichkeit folgt, kann nicht durch fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen hinreichend verringert werden.* *Zur Feststellung des Vorliegens eines Brutplatzes nach Satz] sind behördliche Kataster und behördliche Datenbanken heranzuziehen; Kartierungen durch den Vorhabenträger sind nicht erforderlich. “* Es kann also nicht pauschal davon ausgegangen werden, dass ab einem Abstand von mehr 2.000 m keine Seeadler durch WEA getötet werden. Der bestehende Schutzabstand von 3.000 m ist beizubehalten. Gleiches gilt für den Schwarzstorch. Bei Übernahme und Anwendung der Ausschlusskriterien des vorliegenden Entwurfs der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes entstehen in der Gemeinde und deren Umgebung Potenzialflächen, die im vorherigen Aufstellungsverfahren nicht weiterverfolgt wurden. Die bestehenden Repoweringgebiete PR3_STO 003 und PR3_SEG 042 sowie das Vorranggebiet PR3_STO_304 könnten deutlich größer werden. Weitere Flächen könnten westlich und nördlich des Ortsteils Havighorst und östlich des Ortsteils Steinfeld hinzukommen. Hierdurch würde die Gemeinde von allen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Seiten von WEA umzingelt sein. Eine Vergrößerung des Vorranggebietes PR3_STO_003 und damit die mögliche Errichtung weitere WEA würde eine nahezu vollständige Umschließung der Streusiedlungen Buurdiek und Altenweide bedeuten. Wir sehen die Gemeinde Feldhorst mit Windenergie und damit mit einem Beitrag der Klimaziele ausreichend gut aufgestellt. Eine weitere Verdichtung der Windkraft sowie ein Repowering mit geringerem Abstand befürworten wir in Feldhorst nicht. Abschließend wird kritisiert, dass ein Großteil des Beteiligungszeitraumes in den schleswigholsteinischen Sommerferien und der damit verbundenen sitzungsfreien Zeit der ehrenamtlichen Gremien liegt. Eine angemessene Prüfung der Unterlagen und die Vorbereitung der Gemeindeentscheidung war kaum möglich. Die Ferien sind im weiteren Verfahren mehr zu beachten. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted]	
Gruppe ID: G1953 Anzahl: 5 (IDs: 1180, 1492, 1950, 1953, 2120)	Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land Stellung nehmen, insbesondere im Hinblick auf die Potentialfläche in der Gemeinde Oldenswort. Es ist erfreulich, dass das Wiesenvogelbrutgebiet zugunsten der Potentialfläche in Oldenswort angepasst wurde. Die ursprüngliche Ausweisung hatte die gesamte Potentialfläche betroffen, während nunmehr nur noch der östliche Bereich betroffen ist. Diese Anpassung begrüßen wir ausdrücklich, da sie die Realisierung der Windenergievorhaben in der Region grundsätzlich ermöglicht. Um jedoch die vollständige Nutzung der Potentialfläche zu gewährleisten, möchten wir anregen, dass das Wiesenvogelbrutgebiet im östlichen Bereich der Potentialfläche um etwa 250 Meter weiter östlich an die Gemeindegrenze zwischen Oldenswort und Witzwort verschoben wird. Die derzeitige Grenze des Wiesenvogelbrutgebietes verläuft	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Anpassung der Wiesenvogelkulisse erfolgte aufgrund der Ergebnisse des Wiesenvogelmonitorings, das für die Flächen des bestehenden Windparks nur noch geringe Dichten der Wiesenvögel festgestellt hat, sodass diese Flächen aus der Kulisse entlassen werden mussten. Die östlich angrenzenden Flächen waren jedoch noch besiedelt, sodass sie in der Kulisse geblieben sind. Auch Ackerflächen werden von Wiesenvögeln genutzt (insbesondere vom Kiebitz) und können daher Teil der Wiesenvogelkulisse sein.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	entlang des Gemeindewegs "Osterende". Eine Verschiebung dieser Grenze würde es der Gemeinde Oldenswort ermöglichen, die Potentialfläche vollständig auszuschöpfen, da sie dann bei der geplanten Änderung des gemeindlichen Flächennutzungsplans nicht durch das Wiesenvogelbrutgebiet eingeschränkt wäre. Aus fachlicher Sicht bietet sich diese Verschiebung ebenfalls an, da die betroffenen östlichen Flächen in der Gemeinde Oldenswort vorwiegend Ackerflächen sind. Erst hinter der Gemeindegrenze im Bereich von Witzwort schließen sich großflächige Dauergrünlandflächen an, die für die Wiesenvogelbrut möglicherweise von höherer Bedeutung sind. Die Verschiebung der Abgrenzung um etwa 250 Meter nach Osten würde somit keine wesentliche Beeinträchtigung des Artenschutzes darstellen, während sie gleichzeitig die Nutzung der Potentialfläche in Oldenswort erheblich verbessern würde. Diese Maßnahme würde einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Energieerzeugung leisten und die Bemühungen der Gemeinde Oldenswort unterstützen, die Potentialfläche für Windenergie durch die Änderung des Flächennutzungsplans optimal auszuschöpfen. Wir bitten daher um eine erneute Prüfung und Anpassung der Abgrenzung des Wiesenvogelbrutgebietes im östlichen Bereich der Potentialfläche in Oldenswort. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2590	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung “ Windenergie an Land” des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, In Schleswig - Holstein wird bereits ein Vielfaches des eigenen Strombedarfs mit Windrädern erzeugt - trotzdem will die (Landes-)Regierung viele unberührte Flächen mit weiteren Windkraftanlagen zustellen lassen. Angeln und Schwansen werden dann so aussehen wie Nordfriesland und Dithmarschen heute schon. Die Nordseeküste, wie sie einmal war, gibt es nicht mehr-jetzt ist die Küste ein riesiges Windkraftanlagenindustriegebiet geworden. Viele Menschen leiden darunter, wer kann zieht weg. Einige Menschen sind z.B. nach Angeln gezogen, nur, um demselben Stress	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 7.2.1, 7.2.12, 7.3, 7.2.5, 7.2.15, 7.2.10 und 7.2.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	jetzt erneut ausgesetzt zu werden! In Angeln verteilen sich die potentiellen Flächen für den Windkraftausbau über das ganze Land. Die auf der Karte scheinbar geringen Größen der Flächen bedeuten in der dreidimensionalen Realität, dass jedes Windrad mit 200 m Höhe und 150 m Rotorbreite in ganz Angeln zu sehen sein wird, so dass das ganze Land mit Windrädern überzogen sein wird. Der Lebensraum der Menschen wird dann nicht mehr eine Naturlandschaft sein, sondern eine Industriebrache voller Maschinen. Die riesigen Windkraftanlagen werden zum überwältigenden Störfaktor für Mensch und Natur. Alle umliegenden Dörfer werden beeinträchtigt sein. Die Lebensqualität wird massiv herabgesetzt und die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen werden durch permanent wirkende Störfaktoren beschädigt. Schleswig-Holstein wird zunehmend zu einem Kraftwerk für ganz Deutschland verunstaltet. Bundesländer wie Bayern sind fast Windenergie frei und die Stromtrassen werden unterirdisch verlegt. Damit die Optik der Berge ungetrübt bleibt und die Netzentgelte sind auch niedriger! Der geplante Bürgerwindpark in Hürup kommt nur einigen Landeigentümern und Großinvestoren zu Gute, Kleinanleger haben kaum eine vernünftige Rendite zu erwarten. Für die Anwohner stellen die geplanten 6 über 200 Meter hohen Anlagen einen Verlust von Lebensqualität dar. Windkraftanlagen sind nicht gerade, schöne, Ruhe ausstrahlende, Design Objekte, sie verursachen permanenten Lärm, auch im Infraschall Bereich. Und die Anwohner östlich, dürfen sich dann für die Schlagschatten der riesigen Rotorblätter begeistern! Ich habe durch eine breite Recherche versucht, auf die folgenden Fragen Antworten zu finden: Werden diese tausende Windkraftanlagen wirklich gebraucht? Ist es überhaupt möglich, den Strombedarf vollständig aus erneuerbarer Energie (im Wesentlichen Wind und Sonne) zu decken?	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Machen noch mehr Windräder die Stromversorgung sicherer? Können nach den bereits abgeschalteten Kernkraftwerken auch die Kohle- und Gaskraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden? Seit das erste Windrad in SH aufgestellt wurde, wird auch über den Abtransport überschüssigen Stroms, sowie über die notwendige Speicherung geredet. Die Transportwege stehen bis heute nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung. Außerdem bezahlen die Bürger Schleswig-Holsteins, die ohnehin unter den höchsten Stromkosten leiden, auch noch die Transportleitungen. Die notwendigen Speichermöglichkeiten existieren bis heute nicht. Ist zu erwarten, dass eine ausreichende Stromspeicherung umgesetzt werden kann, die auch bei Dunkelflaute die Versorgung sicherstellt? Trotz des Ausbaus der Wind- und Solarenergie in den letzten Jahren gibt es immer wieder Versorgungsengpässe, bei denen Strom aus dem Ausland zugekauft werden muss. Ist zu erwarten, dass Deutschland von den teuren Stromimporten durch mehr Windräder unabhängig werden kann? Ist es ökologisch und ideologisch überhaupt vertretbar, Strom aus Ländern zu importieren, die diesen mit Kernkraftwerken erzeugen? Ist die deutsche sogenannte Energiewende wirtschaftlich vertretbar? Gibt es einen positiven Einfluss auf die Tier- und Pflanzenwelt? Die Antwort auf alle diese Fragen lautet nach meiner Erkenntnis in allen Fällen: NEIN ! Sie als Planungsbehörde sollten bitte bedenken, dass Nordfriesland und Dithmarschen schon extrem viele Windräder haben. Wobei ein schon jetzt sehr großer Anteil der Anlagen stillsteht, da die Strom Produktion schon jetzt den Bedarf bei weitem überschreitet. Sollte es nicht auch für die Menschen Rückzugsräume geben, wie auch für Wildtiere und Vögel? Die Antwort auf diese Frage sollte nach meinem Dafürhalten JA ! lauten. Bitte denken Sie um und erhalten Sie für die Menschen in Schleswig-Holstein und die Urlaubsgäste, die hierher kommen wollen, den noch verbliebenen Rückzugsraum.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Für Angeln und Schwansen muss die geplante Ausweitung der Industrie für Wind- und Solarenergie gestoppt werden. Das ist mein dringender Appell an Sie als Planungsbehörde. Eine besorgte Bürgerin	
Institution: Stadt Brunsbüttel, FD Planung ID: 1944	Der Beschluss der Ratsversammlung vom 10.07.2024 wurde mit Beschluss der Ratsversammlung vom 03.09.2024 aufgehoben. Die Stellungnahme vom 15.07.2024 wird zurückgezogen und durch folgende Stellungnahme ersetzt: Die Stadt Brunsbüttel fordert die Wiederaufnahme des Windparks II in Mühlenstraßen (PR3 DIT 112; [redacted]) in den LEP mit folgender Begründung: • Das Ornithologische Gutachten aus 2019/2020 bescheinigt die Unbedenklichkeit (siehe Anlage). • Die notwendige Infrastruktur ist vorhanden. • Die Akzeptanz der Bürger ist vorhanden. • Gewerbesteuereinnahmen • Bereitstellung von Grünem Strom	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfs. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2404	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR2_RDE_127 und der Potenzialfläche PR2_RDE_130 Sehr geehrte Damen und Herren , als Flächeneigentümer in der oben benannten Potentialfläche begrüße ich grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitte ich daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotorinnerhalb- Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar	Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. Die Ausführungen zu Stadt- und Umlandbereichen sowie Verdichtungsräumen werden zur Kenntnis genommen. zu Landschaftsschutzgebieten: Der Stellungnahme wird insofern gefolgt, als dass in Aufstellung befindliche und einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete unberücksichtigt bleiben. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. zu Sichtkorridoren um die UNESCO-Welterbestätte Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Danewerk: Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. nach Prüfung durch das Archäologische Landesamt erfolgt eine Verkleinerung des Abwägungsbereiches um das Danewerk.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage miteinem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten dies Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotorinnerhalb- Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einer städtebaulich- wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/ Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohnund/ oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff.BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. **2 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 6 G – Stadt- und Umlandbereiche sowie Verdichtungsräume** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 6 sieht als Grundsatz der Raumordnung vor, dass Stadt- und Umlandbereiche in ländlichen Räumen sowie Verdichtungsräume in den Ordnungsräumen Hamburg, Lübeck und Kiel bei der Festlegung von Windenergiegebieten zu berücksichtigen sind. Laut der Begründung B zu 6 könne ein Konflikt zwischen der Festlegung von Windenergiegebieten und den formulierten Entwicklungsschwerpunkten für diese Gebiete entstehen. Da die Ordnungsräume zu groß und zu pauschal ausgewiesen seien, um sie vollständig von einer Windenergienutzung auszuschließen, bedürfe es einer Einzelabwägung. Eine solche Einzelabwägung ist zu begrüßen. Dabei möchten wir betonen, dass in den Regionalplänen als Ziele der Raumordnung in Stadt- und Umlandbereichen bestimmter Zentraler Orte eine besondere Wohnfunktion beziehungsweise besondere Gewerbefunktion vorgesehen ist. Insbesondere in Randbereichen dieser Stadt- und Umlandbereiche unter Einhaltung entsprechender Abstände muss aber weiterhin eine Festlegung von Windenergiegebieten möglich sein. Es liegt insofern kein entgegenstehendes Ziel der Raumordnung vor, weil eine solche Festlegung von Windenergiegebieten auch die Stadt- und Umlandbereiche mit der besonderen Wohnfunktionen beziehungsweise Gewerbefunktion nicht maßgeblich einschränkt. Diese jeweilige Funktion kann weiterhin erfüllt werden und muss für die als Stadt- und Umlandbereich genannten Gemeinden nicht in jeder Ortsrandlage zu einer entsprechenden Ausdehnung der Gemeinde führen **3 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 13 wird auf die Neuregelung des § 26 Abs. 3 BNatSchG verwiesen, welche sich auch auf das Veränderungsverbot nach § 19 Abs. 2 Satz 2 LNatSchG bei eingeleitetem LSG-Verfahren nach § 12a Abs. 2 LNatSchG erstrecke.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dies gelte auch für einstweilige sichergestellte Gebiete nach § 12a Abs. 3 LNatSchG i.V.m. § 22 Abs. 3 und § 26 BNatSchG. Für die deshalb vorzunehmende Abwägungsentscheidung solle die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden. Zunächst ist die Rechtsauffassung der Einbeziehung des Veränderungsverbots und der einstweiligen Sicherstellung in § 26 Abs. 3 BNatSchG zu begrüßen, weil ein vorlaufender Schutz für eine LSG-Verordnung nicht umfangreicher ausfallen kann als die LSG-Verordnung selbst. Allerdings sind weiterhin Abwägungen zulasten der Windenergie aufgrund einer Lage in einem Landschaftsschutzschutzgebiet möglich, obwohl die gesetzgeberische Wertentscheidung in § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG dahingehend besteht, dass zugunsten der Windenergie entsprechende Windenergiegebiete in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden können. In jedem Fall zu vermeiden ist es, dass – wie nach dem bisherigen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020) – allein einstweilig sichergestellte Landschaftsschutzgebiete überhaupt eine Berücksichtigung in der Abwägung finden. Es hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass dieses Instrumentarium auch zur Vermeidung von Windenergie eingesetzt wurde, ohne dass sich der Wille zur Ausweisung später nach Zielerreichung verfestigt hat. So sind etwa die (geplanten) Landschaftsschutzgebiete „Wiedingharder- und Gotteskoog“ und „Ostenfeld-Schwabstedter Geest mit vorgelagerter Marsch“, die der Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein zum Regionalplan für den Planungsraum I zugrunde liegen (OVG Schleswig-Holstein, 22.03.2023 - 5 KN 53/21 - juris Rn. 31), weiterhin nicht ausgewiesen. Schließlich kann ein Verfahren zur Ausweisung eines Landschaftsschutzgebiets nach Rechtskraft der Regionalpläne einfach wieder eingestellt werden, was einer Verhinderungsplanung durch Landkreise gleichkommt (auf dieses Risiko bzw. diese Motivationslage hat auch hingewiesen OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 74). Etwaige zukünftige Landschaftsschutzgebiete, für die nach § 12a Abs. 2 LNatSchG lediglich das Verfahren zur Aufstellung einer LSG-Verordnung eingeleitet wurde sowie für die nach § 12a Abs. 3 LNatSchG lediglich eine einstweilige Sicherstellung erfolgte, stellen noch keinen hinreichend begründeten Fall für die Gewichtung eines solchen Belangs dar. Dabei ist aufgrund des § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG nicht einmal mehr erforderlich, dass eine Befreiungslage nach § 67 Abs. 1 BNatSchG vorliegt. Zwar sehen die vorgenannten Normen § 12a Abs. 2 und 3	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	LNatSchG eine Möglichkeit der gesetzlichen bzw. der normativen Sicherstellung ähnlich zu einer Veränderungssperre vor. In materieller Hinsicht ist dafür aber nicht notwendig, dass die Schutzwürdigkeit und -bedürftigkeit der betroffenen Landschaft bereits abschließend geprüft worden ist und feststeht. Es genügt, dass das von der Sicherstellungsverordnung erfasste Gebiet (Geltungsbereich) seiner Qualität nach geeignet ist, einen „besonderen“ Schutz von Natur und Landschaft, wie er mit der künftigen LSG-Verordnung geplant ist, zu rechtfertigen, wobei auf die drei alternativ genannten gesetzlichen Schutzzwecke in § 26 Abs. 1 Nr. 1 - 3 BNatSchG abzustellen ist (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 68). Insofern steht nicht unbedingt fest, dass es tatsächlich zum Erlass einer LSG-Verordnung kommen wird. Auf der Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9.) kann zudem keine hinreichende Auseinandersetzung mit den Inhalten der in Aufstellung befindlichen LSG-Verordnung erfolgen. Das ist aber für eine Prognose erforderlich, ob es überhaupt zu einer rechtmäßigen LSG-Verordnung kommen kann, für die ein Schutz nach § 12a Abs. 2 und 3 LNatSchG angemessen wäre und für die die Landesplanungsbehörde quasi antizipieren kann, dass in diesem Bereich die Errichtung und der Betrieb von WEA zukünftig nicht erfolgen wird. Diese Prognose müsste auch Gegenstand der Planunterlagen sein, sodass die Abwägung überhaupt nachvollziehbar ist. Damit wird die Regionalplanung aber überstrapaziert. So hat auch das OVG Schleswig-Holstein festgestellt, dass sich die Landschaft zur Schutzwürdigkeit „hinsichtlich ihres Charakters, ihrer Eigenart und Qualität von - außerhalb davon gelegenen - Landschaftsräumen (die im Übrigen nicht ungeschützt sind [vgl. z. B. § 35 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 5 BauGB; §§ 14 ff. BNatSchG; §§ 8 ff. LNatSchG]) deutlich unterscheiden“ müsse (OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 76). Schließlich würde diese Vorgehensweise der gesetzlichen Wertung des § 4 Abs. 1 ROG widersprechen und verkehrt diese in ihr Gegenteil. Eine raumordnungsrechtliche Abstimmung, wie vom OVG Schleswig- Holstein zurecht gefordert (vgl. OVG Schleswig-Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -, juris Rn. 79 ff.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 132 ff.), kann auch nicht in der Weise erfolgen, dass die Landesplanung in Aufstellung befindliche LSG-Verordnungen schlicht berücksichtigt, selbst wenn keine eigene Prüfung stattfindet (OVG Schleswig-Holstein, 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 135). Zu Recht hat das OVG Schleswig-Holstein gerügt, dass die Landkreise der Landesplanung nicht mit dem Mittel des Erlasses einer Sicherstellungsverordnung (bzw. LSG-Verordnung) vorgreifen dürfen (OVG Schleswig- Holstein, 27.10.2017 - 1 MR 4/17 -	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	, juris Rn. 83 f.; 21.12.2017 - 1 KN 8/17 -, juris Rn. 134 und 136). **4 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig- Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. AlsPrämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaftdarzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Artenund Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	„Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht Wenn Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G beibehalten werden soll, dann ist dies jedenfalls auf nur bereits vorliegende LSG-Verordnungen zu reduzieren und die Abwägung hat in den Rand-bereichen der LSG grundsätzlich zugunsten der Ausweisung von Windenergiegebieten zu erfolgen **5 Kapitel 4.5.1.5 Absatz 3 G – Sichtkorridore um die UNESCO-Welterbestätte Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Danewerk** Kapitel 4.5.1.5 Absatz 3 G legt fest, dass bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die denkmalschutzfachlich begründete Freihaltung der Sichtkorridore um die UNESCO-Welterbestätte „Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Danewerk“ berücksichtigt werden soll.Nach der Begründung B zu 3 G schließen sich in einzelnen Teilbereichen an die nach Kapitel 4.5.1.5 Absatz 3 Z definierte Ausschlusszone um die UNESCO-Welterbestätte „Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Danewerk“ (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) Sichtkorridore an, die im Rahmen der Einzelfallabwägung ebenfalls zu berücksichtigen seien. Die Abgrenzung basiere auf der Sichtfeldstudie (Michael Kloos – Planning and Heritage Consultancy & v-cube GbR (2017): Untersuchung der Auswirkungen geplanter Windenergieanlagen auf die visuelle Integrität des potenziellen Welterbes ‚Archäologische Grenzlandschaft von Haithabu und Danewerk‘. Aachen.). In der Abwägung seien die unterschiedliche Ausformung der umgebenden Landschaft und Vorbelastung durch WEA zu berücksichtigen. Selbstverständlich soll der Welterbestatus nicht gefährdet werden. Jedoch wird davon ausgegangen, dass bereits das räumlich umfangreiche Kapitel 4.5.1.5 Absatz 3 Z mit dem Ausschlussbereich ausreicht, um eine relevante Beeinträchtigung zu vermeiden. Dies gilt erst recht vor dem Hintergrund, dass bei Wahrung dieses Freihaltebereichs die Wahrnehmung des Denkmals nicht relevant betroffen ist. Problematisch ist zudem, dass die Sichtfeldstudie Kloos (2017) kein Gegenstand der Planunterlagen ist, sodass weder etwaige Sichtkorridore noch deren Abwägung	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	überhaupt nachvollziehbar sind. Das Kapitel 4.5.1.5 Absatz 3 G ist deshalb aufzuheben und die Denkmalbelange sind allein nach Kapitel 4.5.1.5 Absatz 1 G zu berücksichtigen Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen kontaktieren Sie mich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten. Mit freundlichen Grüßen	
Institution: Gemeinde Hagen **ID: M2545**	Sehr geehrte Damen und Herren, mit dieser Mail erhalten Sie die Stellungnahme der Gemeindevertretung Hagen zu den Planungen der Teilfortschreibung des LEP zur Windenergie. Mit Blick auf die ggf. möglichen Flächen rund um und in der Gemarkung Hagen (nordwestlich von Bad Bramstedt) nehmen wir folgt Stellung und bitten diese Punkte in der weiteren Planung zu berücksichtigen: [Karte im Anhang] • Die Gemeinde Hagen plant in Flächennutzung/Bebauung Energie aus PV-Anlagen (u. a. Agri-PV) auf bis zu 25% der Gemeindefläche (im Süden und im Nordosten) und trägt daher selbst ausreichend zur Energiegewinnung bei • Eine vollständige Umplanung mit Windenergie trägt aus unserer Sicht nicht zur Attraktivität des Wohnumfeldes der Gemeinde Hagen bei – der starke Ausbau der Windenergie mitten in die Natur in diesem Ausmaße lässt die Lebensqualität auf dem Lande stark sinken • Eine Planung längs der schon versiegelten Flächen (Straßen- und Fahrbahnbreite) der B206 macht Sinn – mitten in die Natur hingegen nicht, wenn Gemeinden dazu aufgefordert sind, bei Bebauungsplänen innerhalb der Ortschaft die Flächenversiegelung zu minimieren • Einschränkung der Nutzung von Flächen schon allein durch die	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 2.4.1, 5.1.1, 7.1.4, 7.2.12, 7.3.5 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Trassenführung NordOstLink mitten durch die Hagener Gemarkung • Veränderung der Umgebungstemperatur und Austrocknung der Böden rund um die Anlagen – Wässerung der Flächen stünde dann dem Umgang mit dieser Ressource als Verschwendung gegenüber • In der Gemarkung Hagen wird der Wildwanderkorridor stark beeinflusst werden • Nistplätze und Lebensraum für Wildvögel wie nachweislich brütende Vogelarten wie Schwarzstorch, Kranich, Roter Milan, Uhu, Silberreiher, Graureiher, Wiesenweihe, Schleiereulen und auch lebende Seeadler sind dann nicht mehr in und um Hagen und in ihrem Artenschutz bedroht, wenn rund herum Einschränkungen durch WEA bestehen • … Über den Umgang mit den Punkten aus dieser Stellungnahme erwarten wir in jedem Fall Informationen. Vielen Dank schon jetzt dafür. Alle GV-Mitglieder (insgesamt 9) erhalten diese Mail Cc. Freundliche Grüße [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2544	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan	zu Naturparken: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es bleibt weiterhin bei Berücksichtigung und Einzelfallabwägung der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR1_SLF_037 Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G – Naturparke Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden. Nach der Begründung B zu 14 sei die Hauptzielsetzung der Naturparke Schlei, Hüttener Berge, Westensee, Aukrug, Holsteinische Schweiz und Lauenburgische Seen in Schleswig-Holstein, die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu sichern sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu	Naturparke. Die Begründung muss nicht so detailliert ausformuliert sein, dass jede Abwägungsentscheidung quasi schon vorweggenommen wird. Eine vertiefende Erläuterung der flächenbezogenen Abwägungsentscheidungen erfolgt auf Regionalplanebene. Die Landesplanung sieht gerade die Überlagerung mit anderen Kriterien des Landschafts- und Freiraumschutzes als Indikator dafür an, dass es sich innerhalb von Naturparken um besonders wertvolle Landschaftsbestandteile handelt. zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes: Freileitungen und erdkabelgebundene Infrastrukturen werden einerseits grundsätzlich erst ab einer bestimmten Spannungsebene überhaupt als Abwägungsbelang berücksichtigt. Damit werden Infrastrukturen unter 110 kV von vornherein nur auf der Zulassungsebene berücksichtigt. Höhere Spannungsebenen haben jedoch weitergehende räumliche Auswirkungen, die sich insbesondere bei Randlagen innerhalb

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erhalten. Insofern bestünde eine besondere Bedeutung für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie für Tourismus und Erholung. Auch wenn die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energie nicht explizit vorgesehen sei, sei in Teilbereichen eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich, ohne die genannten Funktionen der Naturparke wesentlich zu beeinträchtigen. Zunächst bleibt auch mit der Begründung B zu 14 vage, was „die besonderen Funktionen von Naturparken“ sind. Damit ist aber auch eine Abwägung völlig offen, wann nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung auszugehen ist. Der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 wird mit Bezugnahme auf § 16 LNatSchG gerechtfertigt (B zu 14). Danach sind Naturparke durch Allgemeinverfügung erklärte großräumige Gebiete, die (1.) zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und (2.) sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Die Erklärung zum Naturpark bestimmt u.a. den Umfang seiner Aufgaben sowie die Schutz- und Entwicklungsziele. Wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept wird die Hauptzielsetzung unter B zu 14 (vgl. vorstehende Ausführung) benannt. Aufgrund der thematischen Überlagerung mit anderen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung (Kapitel 4.5.1.3 Absatz 2 Z – Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z – Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche) droht eine abwägungsfehlerhafte doppelten bzw. mehrfache Berücksichtigung des Grundsatzes der Raumordnung Naturparke. Mit Blick auf die gesetzliche Wertung des § 16 Abs. 1 Nr. 1 LNatSchG ist maßgeblich, ob Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler als wesentliche Teile des Naturparks und von diesen her als geschützter Teil von Natur und Landschaft betroffen sind. Insofern sollte in der Abwägung nur dann der Naturpark sich durchsetzen können, wenn solche Gebiete die Potenzialfläche umlagern. Dabei schlägt aber auch die Neubewertung von Landschaftsschutzgebieten (vgl. dazu 4.5) auf die Abwägung im Kontext der Naturparke durch, sodass nur ausnahmsweise ein Naturpark wegen Betroffenheit eines Landschaftsschutzgebiets Relevanz haben kann.	von Vorranggebieten ergeben können. Gemeint sind Potenzialflächenteile, die aufgrund der Durchschneidung von einer Freileitung zu klein oder zu schmal werden, um eine WEA zu errichten. Insofern soll auch hier die Nutzbarkeit von Vorranggebieten im Rahmen der Abwägung geprüft werden. Gerade geplante Infrastrukturen bedürfen einer sorgfältigen Abwägung, da hier noch kein faktischer Bestand vorhanden ist. Dabei lediglich auf gesetzlich plangesicherte Vorhaben abzustellen, verkennt die Tatsache, dass gerade die Leitungsinfrastruktur erforderlich ist, um den durch die Windenergieanlagen erzeugten Strom abzuführen. Da durch den Zubau an Windenergieanlagen auch ein Ausbau der Netzinfrastruktur einhergeht, ist diese zusätzliche Infrastruktur hinreichend zu berücksichtigen. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.1 Praxisbeispiel Die Potenzialfläche PR1_SLF_037 in den Gemeinden Brebel, Süderbrarup und Nottfeld liegt im Randbereich des Naturparks Schlei und bietet somit bereits einen ersten Ansatzpunkt für eine differenzierte Abwägung. Da die Fläche nicht zentral im Naturpark liegt, sondern an dessen Rand, ist eine mögliche Beeinträchtigung der wesentlichen Funktionen des Parks – wie der Erhaltung des Landschaftsbildes und der touristischen Attraktivität – potenziell geringer. Dieser Standort im Randbereich minimiert die Sichtbarkeit der Windenergieanlagen (WEA) von den landschaftlich reizvollen und touristisch stark frequentierten Gebieten des Naturparks, was die visuelle Integrität und Erholungsfunktion weitgehend bewahrt. Ein weiteres starkes Argument für die Ausweisung dieser Potenzialfläche ergibt sich aus der Tatsache, dass in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen genehmigt wurden. Dies zeigt, dass die Standortkriterien bereits früher als geeignet eingeschätzt wurden, und legt nahe, dass der Bau zusätzlicher Anlagen hier keine grundsätzliche neue Beeinträchtigung darstellt. Die bestehenden Genehmigungen schaffen einen Präzedenzfall, der die Erweiterung auf weitere moderne Anlagen unterstützen könnte, ohne dass die Schutzfunktionen des Naturparks wesentlich beeinträchtigt werden. Zusammengefasst zeigt sich, dass die Potenzialfläche PR1_SLF_017 durch ihre Randlage und die bereits bestehenden Genehmigungen eine hervorragende Möglichkeit bietet, die Nutzung von Windenergie zu fördern, ohne die wesentlichen Funktionen des Naturparks Schlei, wie den Schutz der Landschaft und den Erholungswert, erheblich zu beeinträchtigen. 1.2 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.2.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nicht erforderlich. Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten die Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.2.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.2.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.2.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.2.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.2.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. 1.3 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 10 G – Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 10 G soll der Schutz der bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes bei der Ausweisung von Windenergiegebieten Berücksichtigung finden. In der Begründung B zu 10 wird auf Empfehlungen der Bundesnetzagentur gemäß DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4):2016-04 als Abstände von WEA zu Hochspannungsfreileitungen Bezug genommen. Entsprechende Schutzabstände sind in der Planungs- und Genehmigungspraxis von WEA bekannt und bewältigbar, zumal selbst eine Unterschreitung der Schutzabstände zunächst auch eine vertikale Prüfung nach sich zieht und dann jedenfalls bei Einsatz von schwingungsdämpfenden Maßnahmen zulässig ist. Insofern besteht kein unüberwindbares Genehmigungshindernis, welches die Ausnutzung eines	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergiegebietes gänzlich in Frage stellen könnte. Dies verdeutlicht auch eine beispielhafte Berechnung auf Grundlage dieser Standardisierungsnorm. Die planerisch maßgebliche Referenzanlage hat einen Rotordurchmesser von 150 Meter (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G). Hoch- und Höchstspannungsnetzes Berücksichtigung finden sollen. Dies kann nur für entsprechend verfestigte Planungen gelten, für welche die gesetzlichen Regelungen (EnWG, NABEG) entsprechende Plansicherungsinstrumente vorsehen und diese auch im konkreten Fall Anwendung finden (§ 16 NABEG, § 44a EnWG). 1.4 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems 1.4.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen [Anhang: Ausschnitt der Karte der Potentialflächen LEP Juni-2024]	
Gruppe ID: G1951 Anzahl: 5 (IDs: 1858, 1935, 1951, 1957, 1961)	**Zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land – Grundsätze und Ziele der Raumordnung** **Nummer 1 G: Verfolgtes Planungsziel** Die in Aussicht genommenen Pläne der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zum Thema „Windenergie an Land“ (LEP Windenergie) und das Planungsziel, bis Ende 2027 mindestens drei Prozent der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie auszuweisen, **lehne ich als unzumutbar ab.** Grundsätzlich wird der Ausbau der erneuerbaren Energien begrüßt und das haben viele Bürger mit privaten und ungeförderten! Investitionen vorangetrieben. Die Windenergie im Rahmen der sogenannten Energiewende hat in Dithmarschen die Gemeinden in wenige Gewinner und viele Verlierer geteilt. Die Akzeptanz der Bevölkerung dieser weiteren verschärften Maßnahmen ist nicht mehr da. Der Kreis Dithmarschen hat nach der letzten Regionalplanfortschreibung 4,4 Prozent der Kreisfläche als Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen. Der Kreis Dithmarschen hat also in der Vergangenheit bereits überdurchschnittlich zum Erreichen des Landesziels beigetragen und dem muss in künftigen Planungen Rechnung getragen werden. Dithmarschen darf nicht mehrfach belastet werden, nur weil hier die Windausbeute größer als woanders ist. Es muss zur Toleranz der überdurchschnittlichen Belastung durch WKA in unserem Kreisgebiet ein klares Signal zur ausgleichenden Gerechtigkeit und Gleichbehandlung gesetzt werden. **Im Kreis Dithmarschen, wo der Ausbau von Windkraftanlagen überdurchschnittlich weit fortgeschritten ist, muss die Ausweisung weiterer Windenergievorranggebiete gestoppt werden.** **Nummer 2 G: Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land.** Der Kreis Dithmarschen hat sein Soll erfüllt	Zu Nummer 1 G: Verfolgtes Planungsziel Es werden landesweit einheitliche Kriterien angewendet. Aufgrund der unterschiedlichen Siedlungsdichte und naturräumlichen Ausstattung ist die Windenergienutzung nicht landesweit gleich verteilt. Zu Nummer 2 G: Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land Die Weiterführung bereits bestehender Windparks stellt in aller Regel einen geringeren Eingriff dar als zusätzlich neue, bisher unbebaute Flächen in Anspruch zu nehmen, schon allein deshalb, weil die bestehende Infrastruktur weitergenutzt werden kann. Deshalb genießt die Erhaltung bestehender Vorranggebiete hohe Priorität. Zu Nummer 3 G Festlegung einer Referenzanlage Hierzu wird auf Ziffer 1.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen Zu 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen Hierzu wird auf Ziffer 1.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Ablehnung jeglicher WEA außerhalb von Vorranggebieten Hierzu kann das Land keine abschließende Regelung treffen, weil zukünftig eine Ausschlussplanung vom Bundesgesetzgeber nicht mehr zugelassen wird (§ 249 Abs. 1 bauGB) Zur Behauptung, dass Deutschland keinen Einfluss auf das

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und soll nicht zusätzliche belastet werden. Darüber hinaus bedeutet Repowering einen verstärkten Eingriff in das Landschaftsbild, da repowerte Windkraftanlagen höher sind und größere Rotoren haben. Wodurch ebenfalls die hörbare und die Ultraschallbelastung für Mensch und Natur steigt. Existierende Windkraftanlagen sind nicht automatisch akzeptierte Anlagen. Wir Bürger in [redacted] konnten sie einfach nicht verhindern. Sie wurden ohne offene Kommunikation in der Nachbargemeinde Süderhastedt/Eggstedt installiert und überragen auf der Hohe Geest stehend unseren Lebensraum. Solange sie in der jetzigen Höhe und Anzahl fortbestehen werden sie notgedrungen toleriert. Eine Konzentration auf solche Gebiete für Repowering, ist eine weitere und erhöhte Belastung für uns Menschen und die Landschaft (Sichtbarkeit, Schall, Befeuerung). Windkraftanlagen, die in der Vergangenheit errichtet worden sind und wo bereits in der Vergangenheit Kriterien einer Ausweisung als Vorranggebiet entgegengestanden haben, müssen zur Ordnung der Landschaft zurückgebaut werden. Die **Übernahme von Vorranggebieten im Kreis Dithmarschen wird aus den oben genannten Gründen abgelehnt.** **Nummer 3 G Festlegung einer Referenzanlage** Der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen soll eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde gelegt werden. Mit diesen Erhöhungen der Gesamthöhe und der Rotordurchmesser von WKAs sind neue landschaftsverändernde und belastungserhöhende Referenzen eingeführt worden. Abstandsregelungen zu Wohnhäusern und anderen Abgrenzungen (Wald, Biotope, etc.) sind **nicht** gleichzeitig erhöht worden. Das ist skandalös und ein politscher Taschenspielertrick. Alle unsere Mitarbeit and den Regionalplänen beruhten auf 100 m hohen Referenzanlagen und alle Abstandsregelungen sollten die Belastung für Mensch und Natur begrenzen. Mit diesem lapidaren Satz zur neuen Referenz wird die Schutzbedürftigkeit der Menschen ohne jegliche Gesundheitsabwägung auf fachlich, medizinischer Basis abgesprochen. Untersuchungen der Auswirkungen von höheren Referenzanlagen auf Mensch und Tier sind **nicht** erfolgt. **Diese Veränderung der Planungs-Grundsätze ohne gleichzeitige Anpassung an die erhöhten Belastungen lehne ich aus Belastungsschutzgründen ab. Ich halte sie darüber hinaus für anmaßend, überheblich, unanständig und rechtlich anfechtbar.**	Weltklima hat: Jedes Land steht gleichermaßen in der Verantwortung und ist an internationale Abkommen gebunden. Eine Schuldzuweisung an andere hilft niemandem. Die gemachten Vorschläge, die Einfluss auf das Weltklima hätten, sind additiv zu verstehen und nicht als Alternative zum Ausbau erneuerbarer Energien. Ergänzend wird auf Ziffer 7.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Forderung eines Abstandes von 1.000 m zu allen Wohnhäusern wird auf Ziffer 2.3.1 und 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Forderung, die Landschaftsschutzgebiete von WEA freizuhalten wird auf Ziffer 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zum Thema Umfassung wird auf Ziffer 3.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Forderung, Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und Erholung von WEA als Ziel der Raumordnung freizuhalten, wird auf Ziffer 3.15.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen In Regional- und Bauleitplänen sollen keine Bestimmungen zur Höhe von raum bedeutsamen WEA getroffen werden. Es ist völlig unverständlich und abzulehnen, warum diese Öffnungsklausel pauschal vorgesehen werden soll. Sie ist nicht inhaltlich begründet und stellt eine pauschale Festlegung dar, die den demokratischen Prozess zur Abwägung eingrenzt. Wie bei der geplanten Festlegung einer höheren Referenzanlage, werden auch hier Festlegungen gemacht, die die negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur nicht berücksichtigen. **Aus den genannten Gründen lehne ich das vorgesehene Höhenbeschränkungs-Verbot ab.** **Nummer 5 Z Rotor-innerhalb-Planung** Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten ist zu bestimmen, dass die Rotorblätter von WEA vollständig innerhalb dieser Windenergiegebiete liegen. Werden raumbedeutsame WEA außerhalb von Windenergiegebieten errichtet, ist für Abstandserfordernisse der Kapitel 4.5.1.1, 4.5.1.2, 4.5.1.3, 4.5.1.4 und 4.5.1.5 die Rotorblattspitze maßgeblich. **Aus den nachfolgenden Gründen lehne ich jegliche Errichtung von WEA außerhalb von Windenergiegebieten ab.** Wir Bürger in Dithmarschen sind durch mehr als ein Jahrzehnt der Regionalplan-Windenergie-Abwägungen gegangen und verlangen Verlässlichkeit von Politik und Verwaltungen. Öffnungsklauseln für außerhalb dieser Planungsvorgänge errichteten, lehne ich ab. Durch die überproportionale Belastung des Kreises Dithmarschen darf es keine raumbedeutenden WKA außerhalb von ausgewiesenen Windenergiegebieten mehr geben. **Nummer 6 Z Mindestgröße von Windenergiegebieten** Die Vorranggebiete Windenergie und Windenergiegebiete außerhalb der Vorranggebiete Windenergie müssen eine Mindestgröße von 15 Hektar aufweisen. Dabei können mehrere räumlich zusammenhängende Flächen, die jeweils mindestens fünf Hektar umfassen und zusammen die Mindestgröße von 15 Hektar erreichen, berücksichtigt werden. Ein räumlicher Zusammenhang ist dann gegeben, wenn die Entfernung der Außengrenzen einzelner Flächen zueinander weniger als 600 Meter beträgt. **Aus den nachfolgenden Gründen lehne ich jegliche Errichtung von WEA außerhalb von Windenergiegebieten ab.** Wir Bürger in Dithmarschen sind durch mehr als ein Jahrzehnt der Regionalplan-Windenergie-Abwägungen gegangen und verlangen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Verlässlichkeit von Politik und Verwaltungen. Regelungen, die die Bürgerbeteiligung aushebeln, lehne ich ab. **Die Begründungen der Grundsätze und Ziele der Raumordnung :** Es wird die Erreichung der Klimaschutzziele des Landes aus dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein (EWKG SH) angeführt, die Ziele zur Minderung der Treibhausgasemissionen sowie für den Ausbau der erneuerbaren Energien festschreiben. Grundlage hierfür seien die nationalen und europäischen Klimaschutzziele sowie die Verpflichtung nach dem Übereinkommen von Paris aufgrund der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, wonach der Anstieg der **globalen Durchschnittstemperatur** auf deutlich unter zwei Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen ist. **Wir Bürger in Dithmarschen nehmen die Landesregierung in SH in die Pflicht zu erklären, wie groß der Beitrag SHs zur Senkung der globalen Durchschnittstemperatur in Abwägung der Belastungen für Mensch und Natur durch exzessiven Windkraftausbau im Kreis Dithmarschen ist.** Der Fakt, dass 2% der weltweiten CO2-Ausstosses durch Deutschland (alle Menschen, alle Industrien, alle Infrastruktur, Landwirtschaft und Natur) verursacht werden zeigt, dass die **Formulierung dieser Ziele auf Landesebene eine Farce sind**. Wir haben keinen Einfluss auf das Weltklima durch exzessiven Windkraft- und Solarausbau in SH! Das ist Fakt. Warum sagt das niemand öffentlich und stellt sich damit einer Debatte um die wirklich wirksamen Maßnahmen? Die moralische Begründung, wir können nicht von den aufstrebenden Nationen in Asien, Afrika und Südamerika erwarten ihren Aufschwung durch Verzicht auf fossile Energie zu bremsen und müssen deshalb vorangehen und zeigen, wie es geht, rettet ja das Weltklima nicht. Anhaltende Dürren, Überschwemmungen, steigende Ausgleichszahlungen ins Ausland und Klimaflüchtlinge nach Europa werden uns leider zu spät zeigen, dass wir einen Weg eingeschlagen haben, der den Klimawandel nicht aufhält. Ich bin empört über die politische Unredlichkeit wenn es um die Wirksamkeit der ergriffenen Klimaschutzmaßnahmen im Vergleich zu den wirtschaftlichen Kosten geht. Jeder Euro der Bürger, ja auch das Sondervermögen Klimatransformationsfond, aus dem u.a. der EEG-Ausgleich und Förderungen an die Windmüller gezahlt werden, kann nur einmal ausgegeben werden. Jetzt kommt oft die empörte Frage, was sollen wir den sonst machen? Die einfache	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Antwort ist: **Das was wirklich auf das globale Klima wirkt.** Beispiele? **1. Internationaler CO2-Handel, 2. Technologieoffenheit/ Technologieförderung, 3. Brückentechnologien ohne ideologische Scheuklappen abwägen und zulassen, 4. Internationale Zusammenarbeit und Förderung von Erneuerbare-Energie-Projekten, 5. Die Transformation wirtschaftlich und gesellschaftlich kompatibel gestalten** (erst das alte Beatmungsgerät abschalten, wenn das neue betriebsbereit ist). Diese weiterhin vorangetriebene ideologisierte sogenannte Klimatransformation in Deutschland (inklusive SH-Windauswüchse) ist zum Scheitern verurteilt. Geld und Zeit ist verloren. Nur die politische Kraft, die den ehrlichen Weg die globale Klimaerwärmung zu begrenzen aktiv beschreitet, wird dauerhaft Bestand haben (und gewählt werden). **Zu Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur** **Nummer 1 G: 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Für alle Siedlungsbereiche, auch für die vereinzelten Häuser im Aussenbereich, die noch nicht durch Windenergienutzung vorbelastet sind, sind ein Abstand von 1.000 Metern, nicht 800 Metern, festzulegen. Das ist nicht nur vor der schleichenden Aufweichung der Abstandsregelungen durch immer höherer WKAs absolut notwendig, sondern auch um wenigstens die Tolerierung von Windkraft in der Bevölkerung zu erreichen. Bayern kann das ja anscheinend. In SH sind die Menschen weniger schützenswert? Es kann darüber hinaus nicht nachvollzogen werden, warum bei einzelnen Kriterien die Verringerung von Abständen bzw. geänderte flächenhafte Abgrenzung gegenüber den bisherigen vorgesehen werden. Wir Bürger kommen da nicht mit und verlieren das Vertrauen in die Politik. **Nummer 4 Z und G: Siedlungsachsen, besondere Siedlungsräume, Baugebietsgrenzen, baulich zusammenhängende Siedlungsgebiete sowie Entwicklungs- und Entlastungsorte** Der Aspekt der landschaftlichen Freihaltebereiche sollte zum Wohle der strukturgebenden Raumordnung im LEP an dieser oder einer anderen geeigneten Stelle als Kriterium aufgenommen werden. **In der Geest darf keine Freigabe der Landschaftsschutzgebiete für Windkraftanlagen erfolgen.** Besonders	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	im Bereich Krumstedt , Süderhastedt und Eggstedt ist bereits eine deutliche Überprägung der Landschaft durch neuerrichtete und repowerte Windkraftanlagen erfolgt. Die neuen “ blauen Flächen“ verstärken die Riegelbildung und die Umzingelung besonders von Krumstedt. Die WKA rücken in bisher intakte Niederungen vor (überragt von WKA in unmittelbarer Nähe auf der Geest). **Nummer 7 G: Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung** Wie wir Bürger von Krumstedt, Eggstedt und Süderhastedt haben es bereits live erleben können. Da sind Begrifflichkeiten wie „unzumutbare“, „soll“, „in unmittelbarer räumlicher Nähe“ und „im Einzelfall“ als Kriterium in einem LEP völlig ungeeignet, um einen konkreten und hinreichenden Rahmen zu setzen. Die Beurteilung einer Umzingelungs- bzw. Umfassungssituation von Ortslagen muss nachvollziehbar sein und der Schutz von Mensch, Tier und Natur muss die oberste Priorität und Vorrangigkeit erhalten. **Zu Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** **Nummer 11 G: Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und Erholung** Gebiete, die der Erholung der Bürger dienen müssen von einer Windenergienutzung freigehalten werden. **Die einzigen bisher von Windkraftanlagen freien Erholungsräume um Krumstedt, auch die Felder und Wälder Richtung Nindorf/Bargenstedt sind in den neuen “blauen Planungsflächen“ vorgesehen.** Der Bereich um Krumstedt, inklusive Aussenbereiche, die noch von WKAs frei sind, müssen als Erholungs- und Freiraumschutz erhalten bleiben. Sind sind unter diesem Kriterium als Ziel der Raumordnung darzustellen. **Nummer 13 G: Landschaftsschutzgebiete** Die **Rechtsänderung des Bundes (Wind-an-Land Gesetz) vorgesehene grundsätzliche Öffnung der Landschaftsschutzgebiete für eine Einbeziehung in die Flächenkulisse zum Ausbau der Windenergienutzung lehne ich ohne jede Einschränkung ab**. Landschaftsschutzgebiete dienen der Erhaltung und Entwicklung oder	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wiederherstellung der Natur. Beeinträchtigungen des Naturhaushalts sollen beseitigt und die Leistungs- und Funktionsfähigkeit wiederhergestellt werden. Die Verordnungen untersagen bestimmte Handlungen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere das Landschaftsbild oder den Naturgenuss beeinträchtigen. **150 oder 200m hohe WKAs zerstören das Landschaftsbild so außerordentlich, dass dies kilometerweit sichtbar sind.** Der Charakter eines geschützten Gebietes, würde durch WKA (mit Zuwegung und Peripherie evtl. auch Umspannwerke) zerstört werden. Durch die Naturraumausstattung, das Landschaftsbild und der kulturhistorischen Bedeutung (u.a. Hünengräber) haben LSG’s insgesamt einen hohen Wert für das Landschaftserleben und die Erholung. Die charakteristische Landschaft aus kleinteiligen Knicklandschaften, kleinen Biotopen auf Koppeln und Wiesen, Wiesenbäche und Gräben, **prägen speziell die Landschaft in Krumstedt und Umgebung**. **In diese Regionen gehören keine Windkraftanlagen.** Die Erhaltung der Historischen Kulturlandschaften mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern gehört daher gemäß § 1 Absatz 4 Nummer 1 BNatSchG zu den Zielen des Naturschutzes. Ebenso gehört die Erhaltung historisch gewachsener Kulturlandschaften zu den Grundsätzen der Raumordnung (§ 2 Absatz 2 Nummer 5 ROG). Landschaftsschutzgebiete (LSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen nach § 26 Abs. 1 BNatSchG "ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist, wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung." Die artenschutzrechtlichen Kriterien wurden für die Neufassung des Regionalplan Wind schon erheblich zu Gunsten der Windkraft herunter gebrochen. Wir fordern die Landesregierung auf, wenigstens die Flora und Fauna in den LSG’s zuschützen. Es müssen auch Räume der Ruhe und Erholung für Natur**, Mensch** und Landschaft in Schleswig-Holstein erhalten werden und frei bleiben von technischen Großinstallationen. Erhalten Sie einzigartige Kulturlandschaften zum Schutz von Natur, Klima und Biodiversität, lassen Sie den Wäldern ihren Raum, auch angesichts des bereits vom Kreis Dithmarschen geleisteten überdurchschnittlichen Flächenbeitrags zur Windenergienutzung. Meine Forderung, **weisen Sie bei der Neuaufstellung Regionalplan Wind, die Landschaftsschutzgebiete als Tabuflächen für Windkraft aus!** **Danke,** dass wenigsten auf diesem Wege eine teilweise Beteiligung der Bevölkerung ermöglicht wird. In den kommunalen Gremien wird auf das “Diktat“ der Landesregierung verwiesen. Da könne man nichts machen. Das stimmt nicht. Meine abschließender	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verbesserungsvorschlag für die “nächste Runde“: Informationen für die Bürger und Bürger-Beteiligungsverfahren außerhalb der großen Sommerurlaubszeit.	
Institution: Hansestadt Lübeck, Bereich Stadtplanung und Bauordnung_ Abteilung Stadtentwicklung ID: M2468	**Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP SH – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** Sehr geehrte Damen und Herren, die Hansestadt Lübeck begrüßt die Pläne für den Ausbau der Windenergie an Land in Schleswig-Holstein als einen wichtigen Schritt für den Klimaschutz und die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik Deutschland und erkennt das Planungsziel, bis Ende 2027 mindestens drei Prozent der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie auszuweisen, an. Der LEP formuliert Ziele und Grundsätze für die Landesentwicklung und setzt den Rahmen für die Regionalpläne und die Bauleitplanung. Eine Offenheit und gewisse Unschärfe liegt daher in der Natur der Sache. Dennoch bedarf es aus Sicht der Hansestadt verschiedener Konkretisierungen und klarer Begriffsbestimmungen sowie eindeutiger Prüf- und Entscheidungskriterien, um einen hinreichenden Rahmen für die folgenden Ebenen zu gewährleisten. Beispiele hierfür sind: der Vorrang der Windenergie vor Solar-Freiflächenanlagen Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land - Grundsätze und Ziele der Raumordnung 7 Z Solar-Freiflächen (Seite 4) und B zu 7 (Seite 17 - 19) Der Vorrang der Windenergie vor Solar-Freiflächenanlagen soll auf der kommunalen Ebene mit entsprechenden Regelungen im Bauleitplanverfahren umgesetzt werden. Die Landesplanung sollte hier konkret benennen wie das geplante Ziel einer Vorrangstellung der WEA vor PV-Anlagen rechtssicher umzusetzen ist und wie die Nutzungen miteinander kombiniert werden können. Auf dem Stadtgebiet der Hansestadt Lübeck im Umfeld der Ortslage von Beidendorf wird seitens eines Investors eine PV-Freiflächenanlage im Teilbereich einer Potenzialfläche für Windenergieanlagen geplant. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 15.07.24 durch den Bauausschuss der Hansestadt Lübeck gefasst (https://www.luebeck.de/de/rathaus/politik/pil/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1015311).	Zum Punkt Solar-Freiflächen: Die Fallkonstellationen für eine gemeinsame Wind- und Solarfreiflächennutzung sind vielfältig. Insofern bedarf es immer einer Beurteilung des Einzelfalls. Dies erfolgt im Rahmen der landesplanerischen Stellungnahmen zu einem Bauleitplanverfahren. Gleichwohl wird die Anregung dahingehend geprüft, ob auf anderer Ebene eine Konkretisierung oder Handreichung sinnvoll ist. Zum Punkt regionale Grünzüge: Für die regionalen Grünzüge besteht ein generelles Freihaltegebot. Dies bedeutet, dass innerhalb der regionalen Grünzüge keine weitere Siedlungstätigkeit stattfinden soll. Privilegierte Vorhaben im Außenbereich gemäß § 35 Absatz 1 BauGB bleiben hiervon jedoch unberührt. Insofern werden regionale Grünzüge nicht pauschal von einer Windenergienutzung ausgeschlossen. Damit soll eine Inanspruchnahme der Grünzüge im Rahmen der Einzelfallabwägung geprüft werden, in der Aspekte des Freiraumschutzes einbezogen werden. Da der LEP Windenergie jedoch nur die Rahmenbedingungen für die auf nachfolgenden Ebenen zu bestimmenden Windenergiegebiete festlegt, soll in Bezug auf die regionalen Grünzüge ein Abwägungspielraum geschaffen werden. Insofern erfolgt keine weitergehende Konkretisierung. Zum Punkt Siedlungsachsen: In den Siedlungsachsen soll sich die Siedlungsentwicklung vorrangig in Siedlungsachsenräumen vollziehen, um eine weitläufige ringförmige Ausbreitung von Siedlungsflächen in das Umland der großen städtischen Zentren zu vermeiden. Es ist landesplanerisches Ziel, dass die Entwicklung innerhalb der Siedlungsachsenräume durch die Kommunen ausgenutzt werden kann und keine Vorhaben, wie z.B. raumbedeutsame WEA eine mögliche Siedlungsentwicklung beeinträchtigen. Aufgrund der Schwerpunktfunktion der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Formulierung „Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge berücksichtigt werden“ Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz 12 G Regionale Grünzüge (Seite 35) und B zu 12 (Seite 74 f.) Die Formulierung, es sollen „Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge berücksichtigt werden“, ist als Rahmenvorgabe für die nachfolgenden Planungsebenen wenig hilfreich. Die Funktionen der regionalen Grünzüge sind in Kap. 6.3 des LEP festgelegt. Von Bedeutung werden im Zusammenhang mit einer konkurrierenden Windenergienutzung insbesondere die Funktionen - Schutz der Landschaft vor einer großräumigen Zersiedelung, - Sicherung und Entwicklung wertvoller Landschaftsbereiche sowie die - siedlungsnahe landschaftsgebundene Erholung sein. Es ist unschwer erkennbar, dass die Installation von Windparks in einem offensichtlichen Widerspruch zu diesen Funktionen steht. Daher sind konkrete Abwägungsvorgaben erforderlich, wie dieser Konflikt im Einzelfall planerisch gelöst werden kann (siehe auch Stellungnahme der Abt. 2 des Bereichs UNV unten). <u>Verteilung und Teilhabe der Nutzung Erneuerbare Energien</u> Der Ausschluss von Windenergiegebieten und der Errichtung raumbedeutsamer WEA in Siedlungsachsen sowie die eingeschränkte Zulässigkeit in Regionalen Grünzügen führt in Oberzentren, wie der Hansestadt Lübeck dazu, dass diese Art der Energieerzeugung nur begrenzt umsetzbar ist. Die einzigen Potenzialflächen für Windenergieanlagen auf dem Stadtgebiet der Hansestadt Lübeck liegen nahezu vollständig im Bauschutzbereich des Flughafens „Blankensee“. Grundsätzlich ist es sinnvoll, dass erneuerbare Energien auch dort erzeugt werden können, wo die Siedlungs- und Gewerbeschwerpunkte in Schleswig-Holstein liegen. Die Hansestadt Lübeck spricht sich für die Errichtung von WEA aus, solange dies nicht mit den hier aufgeführten Belangen im Widerspruch steht. **Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde (UNB) und der Landschaftsplanung** Die Untersuchungskriterien sind, was die Belange von Natur und Landschaft betrifft,	Siedlungsachsen für die siedlungsstrukturelle Entwicklung widerspricht die Errichtung raumbedeutsamer WEA den landesplanerischen Zielsetzungen zur Entwicklung in den Ordnungsräumen. Eine Öffnungsklausel von Siedlungsachsen ist aufgrund der genannten Zielsetzungen nicht vertretbar. Zum Punkt Gewässer: Da Schutzstreifen an Gewässern aufgrund gesetzlicher Regelungen bereits einer Windenergienutzung entzogen sind, wird auf diesen Aspekt des Ziel verzichtet. An der bisherigen Ausschlusskulisse (Gewässer erster Ordnung sowie Seen und Teichen mit einer Größe von mindestens einem Hektar) wird vor dem Hintergrund der ebenengerechten Berücksichtigung festgehalten. Zum Punkt Talräume: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Welche Kulisse bei der Ausweisung der Vorranggebiete ebenengerecht berücksichtigt werden wird, ist im Rahmen der Regionalplanung zu prüfen. Zum Punkt UNESCO-Welterbestätte: Die Sichtachsen um die UNESCO-Welterbestätte Lübeck sind als Ziel der Raumordnung von einer Windenergienutzung ausgeschlossen. Der Ausschlussbereich basiert auf der entsprechenden Sichtfeldstudie. Daraus ergeben sich keine weiteren Ausschlussbereiche. Einen zusätzlichen Abwägungsraum zu etablieren, ist aus Sicht der Landesplanung nicht erforderlich. Im Einzelfall können Belange des Denkmalschutzes aufgrund des bestehenden Grundsatzes im Rahmen der Ausweisung von Windenergiegebieten Berücksichtigung finden. Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten können in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt zunächst die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	soweit nachvollziehbar beschrieben. Nachvollziehbar ist auch das methodische Vorgehen, abgeschichtet vorzugehen und die eigentlichen Potenzialflächen auf der Ebene der Regionalplanung näher zu prüfen und flächenmäßig zu definieren. Der Anregung des Bereichs UNV der Hansestadt Lübeck zu den Scopingunterlagen vom 28.02.2024, die folgenden Kriterien den Ausschlusskriterien hinzuzufügen, wurde leider nicht gefolgt: - Schwerpunktbereiche und wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems - Kompensationsflächen für den Straßenbau, weitere große Ausgleichsflächenkomplexe sowie Ökokontoflächen - Flächen der Moorkulisse Unter dieser Prämisse ergäben sich für Lübeck unter Anwendung der jetzigen Kriterien des LEPs Windenergie an Land – ohne Durchführung der vorgesehenen Abschichtungen auf der Ebene der Regionalplanung - zwei ca. 107 ha und 36 ha große Potenzialflächen im Lübecker Süden rund um den Wald Scheidebusch, die im weiteren Planungsverfahren näher zu überprüfen sind. Abt.2 des Bereichs UNV weist hiermit auf folgende Bedenken bezüglich dieser Teilgebiete hin: Gut 90% der Fläche liegt im geplanten regionalen Grünzug des in der Aufstellung begriffenen Regionalplans (Entwurf 2023). Hier ist entsprechend der Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO, Kap. 4.5.1 (Seite 49) im Einzelfall zu prüfen, ob die Schutzziele mit einer Windenergienutzung vereinbar sind. Folgende Gründe sprechen gegen eine Vereinbarkeit der beiden o.g. westlich und östlich des Scheidebuschs mit der Windkraftnutzung: <u>Belange des Artenschutzes:</u> Obwohl die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote nach § 44 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 5 und § 45b BNatSchG erst bei der Verwirklichung von WEA zum Tragen kommen, ist auf die zu erwartenden Konflikte aus Gründen der Rechts- und Planungssicherheit bereits auf dieser Planungsebene hinzuweisen: Südlich der Deponie Niemark gibt es einen über die Jahre 2014 – 2023 mit großer Stetigkeit genutztes und zuletzt 2023 nachgewiesenes Brutvorkommen des Rotmilans. Der UNB Lübeck liegen auch Belege für einen gesicherten Brutnachweis des Rotmilans vom 21.08.2024 in der	Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nahen Umgebung des betreffenden Standorts vor (Wirth 2024). Auch kontinuierlich vorhandene Vorkommen des Weißstorchs sind in der nahen Umgebung der Potenzialflächen belegt. Unter Anwendung der gemäß 17 G definierten Umgebungsbereiche von Rotmilan (1500m) und Weißstorch (1000m) sind die jetzigen näher zu prüfenden Potenzialflächen überwiegend nicht für Windkraft nutzbar, vgl. Anlage 1. <u>Niedermoorkulisse und klimasensitive Böden und Schwerpunktbereich Biotopverbund (Prüfkriterium G):</u> Das 107 ha große o.g. Teilgebiet deckt sich zu fast 100 % mit der Niedermoorkulisse des Landes SH. Es handelt sich um Teile der Krummesser Moors und die Niederung des Niemarker Landgrabens, die auch im LRP 1999, Planungsraum III, Karte 3 als klimasensitive Böden und im LRP 1999, Planungsraum III, Karte 1 als Schwerpunktbereich für den Biotopverbund ausgewiesen sind. Das Krummesser Moor ist ein Leuchtturmprojekt für den biologischen Klimaschutz in Lübeck. Die Wiedervernässung des Krummesser Moors wird seit dem Jahr 1999, also seit 25 Jahren, kontinuierlich vorangebracht. Die Maßnahmenplanung wurde mit den politischen Beschlüssen zum Klimaschutz in der Hansestadt Lübeck seit 2019 nochmals deutlich intensiviert. Die Maßnahme Wiedervernässung des Krummesser Moors ist ein fester Bestandteil des von der Lübecker Bürgerschaft beschlossenen Masterplans Klimaschutz zur CO2-Reduktion (Einsparpotenzial ca. 2000 t CO2 jährlich) und ein fester Bestandteil des ebenfalls politisch beschlossenen Klimaanpassungskonzepts. Aus diesem Grunde und auf Grund der für Lübeck herausragenden Bedeutung als Lebensraum, siehe auch den zuvor genannten Belang des Artenschutzes, sollte im Rahmen der nachfolgenden Abschichtungen hier dem Klimaschutz und Biotopverbund Vorrang vor der Windenergienutzung geräumt werden. Grundsätzlich wäre eine Vereinbarkeit von Wiedervernässungsmaßnahmen und Windenergienutzung theoretisch gegeben, praktisch ist sie jedoch wenig erprobt (Erfordernis der Tiefgründung, umfangreiche technische Anpassungen). Eine Windkraftnutzung würde die Bedeutung des Niederungsgebiets als Lebensraum des schützenswerten Rotmilans sowie für viele andere windkraftsensible Tierarten massiv entwerten. **Stellungnahme der Klimaleitstelle** Aus Klimaschutzsicht wird die Ausweisung von Vorranggebieten auf Lübecker	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Stadtgebiet grundsätzlich begrüßt. Selbst einige wenige Anlagen könnten den Unterschied machen, ob Lübeck seine Klimaschutzziele erreicht oder nicht. **Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde (UWB)** Die Untersuchungskriterien sind für die Kriterien „Wasser“ im Abschnitt 4.5.1.4 soweit nachvollziehbar beschrieben. Zum Punkt „1 G Übrige Gewässer…“ sowie dessen Begründung Punkt „B zu 1 G“ hat die UWB folgenden Hinweis. Hier werden die Gewässer 2. Ordnung (Fließgewässer) sowie Seen und Teiche mit weniger als einem Hektar Einzugsgebietsgröße betrachtet. Einen Schutzstreifen von 50 m entlang dieser umfangreichen Gewässer ist nachvollziehbar nicht darstellbar. Es wäre jedoch hilfreich, für diese Betrachtung die berichtspflichtigen Wasserkörper (Fließgewässer [EZG größer 10 km²] und Seen [EZG größer 50 ha]) heranzuziehen und mit einem Gewässerschutzstreifen von 50 m Breite darzustellen, sodass die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie nicht durch die Windenergieplanungen konterkariert werden. Dieses s.g. reduzierte Gewässernetz liegt dem LfU und MEKUN bereits als Datensatz vor und kann einfach implementiert werden. Zum Punkt „4 G Talräume …“ und dessen Begründung Punkt „B zu 4 G“ sollte aus Sicht der UWB die s.g. Talraumkulisse herangezogen werden. Diese Talraumkulisse kann bspw. im Digital Atlas Nord (DAN) über den Link (https://wawgvpw001.lr.landsh.de/arcgis/rest/services/GEOFACH/Talraumkulisse/MapServer) hinzugeladen werden und steht somit für eine Auswertung in digitaler Form zu Verfügung. **Stellungnahme der UNESCO Welterbebeauftragten** Die Lübecker Altstadt ist eine, nach Artikel 11 Absatz 2 des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt vom 16. November 1972 (BGBl. II 1977 S. 215), in die „Liste des Erbes der Welt“ eingetragene UNESCO-Welterbestätte und bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen. Die Belange der Welterbestätte "Hansestadt Lübeck“ sind in die Abwägung mit anderen Belangen so einzustellen, dass die Erhaltung und Nutzung des Welterbes, sowie der Pufferzone und die wesentlichen Sichtachsen sichergestellt werden können. Die UNESCO hat die „Hansestadt Lübeck“ aufgrund ihrer außergewöhnlichen universellen Bedeutung 1987 als Welterbe anerkannt. Die Silhouette des UNESCO	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Welterbes ist wesentlicher Bestandteil des OUV (outstanding universal value), der maßgeblich zur Anerkennung des Welterbestatus geführt hat. Die Sichtachsen („Stadtsilhouette“) stellen ein Hauptattribut des Welterbes dar. Aufgrund der besonderen topographischen Lage auf dem Endmoränenrücken des Lübecker Beckens gehören die Sichtachsen insbesondere aus dem Westen und Südwesten zu den eindrucksvollsten Ansichten auf die Lübecker Altstadt, da alle sieben Türme auf dem Altstadthügel eine ablesbare Silhouette bilden. Die Wahrung der Sichtachsen ist entsprechend von großer Bedeutung. Zudem sind die mittelalterlichen Kirchen (Dom, Kirche St. Marien, Kirche St. Petri, Kirche St. Aegidien, Kirche St. Jakobi) mit ihrer herausragenden, historischen Raumfernwirkung als Machtdemonstration der mittelalterlichen Hanse gemäße § 2 Abs. (1) Denkmalschutzgesetz Schleswig-Holstein (DSchG SH) ein wesentlicher Bestandteil des Denkmalwertumfangs und müssen in der Abwägung der Belange Berücksichtigung finden da WEA geeignet sind gemäß §12 Abs. (1) Satz 3. DSchG SH die Umgebung der Baudenkmale maßgeblich zu beeinträchtigen. Welterbe muss gemäß Artikel 11 Absatz 2 des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt vom 16. November 1972 (BGBl. II 1977 S. 215), als wesentlicher Belang bereits innerhalb nationaler Vorhaben beachtet und einbezogen werden. Folgerichtig wird in Kapitel 4.5.1.5 - Kultur und sonstige Sachgüter als Ziel der Raumordnung (2 Z) formuliert, dass keine raumbedeutsamen WEA innerhalb der als Sichtachsen auf das Welterbe errichtet werden dürfen. Darüber hinaus ist auch die Raumwirkung um diese Achsen ein wichtiger Bestandteil dieser Sichtbeziehungen auf das Welterbe und sollte entsprechend berücksichtigt werden. Aus Sicht der Welterbekoordination sollte das Ziel der Raumordnung inhaltlich ergänzt werden, um der Bedeutung des Welterbes auch im sogenannten „wider setting“ gerecht zu werden. Das Ziel der Raumordnung sollte daher um einen Grundsatz der Raumordnung ergänzt werden, damit bei der Ausweisung von Windenergiegebieten und bei der Errichtung von raumbedeutsamen WEA die denkmalmalschutzfachlich begründete Freihaltung eines Umgebungsbereiches um die festgelegten Sichtachsen auf das UNESCO-Welterbe berücksichtigt wird. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] Bereichsleiter Stadtplanung und Bauordnung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Institution: Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V. ID: M2402	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, der LNV bedankt sich für die Beteiligung und die Gelegenheit zur Stellungnahme zum o. g. Beteiligungsverfahren. Wir bitten um Berücksichtigung der vorgebrachten Hinweise und Anmerkungen. **Kap. 4.5.1 Windenergie an Land** 1 G Verfolgtes Planungsziel Neben den Aussagen zur zukünftigen Flächeninanspruchnahme ist die Aufnahmekapazität des Stromnetzes zu beachten, da gleichzeitig der Ausbau der Freiflächenphotovoltaikanlagen massiv vorangetrieben wird. Es ist daher im weiteren Prozess zu prüfen, ob die angestrebte Leistung von 15 Gigawatt bis 2030 wirklich benötigt wird. 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen Die Regelung zum Verbot einer Höhenbeschränkung von Windenergieanlagen in Bauleitplänen ist erklärungsbedürftig und wird kritisiert. Entsprechende Aussagen in den Planunterlagen müssen möglich sein, um regionale bzw. kleinflächige den Biotop-/ Artenschutz betreffende Tatbestände zu berücksichtigen und entsprechende Schutzmaßnahmen zu etablieren. 6 Z Mindestgröße von Windenergiegebieten Diese Regelung wird kritisch gesehen. Das „Unterlaufen“ der Mindestgröße einer Eignungsfläche durch das „Zusammenfügen“ kleiner Teilgebiete in einem gewissen Abstand zueinander führt zu einer großen Streuung einzelner Anlagen oder kleiner Gruppen in der freien Landschaft. Das führt zu weiteren Störungen und Zerschneidungseffekten. Hier ist u. E. eine Aggregation zu wenigen Windparks anzustreben, weil in der Folge dann auch größere zusammenhängende Flächen von Nutzungen freibleiben. 7 Z Solar-Freiflächen Die Förderung einer Mehrfachnutzung und Bündelung von Flächen für die Nutzung der Wind- und Sonnenenergie und der dafür notwendigen Infrastruktur wird begrüßt. **Kap. 4.5.1.1 Siedlungsstruktur** 7 G Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung Hier wird die Formulierung „unzumutbare Umfassung von Ortslagen“ verwandt. Es ist allerdings	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zum Punkt Verfolgtes Planungsziel: Auf Ziffer 7.2.6 der Allgemeinen Synopse wird verwiesen. Darüber hinaus hat das Land einen gesetzlich festgelegten Flächenanteil der Landesfläche für die Windenergienutzung zur Verfügung zu stellen. Insofern steht der Mindestflächenwert nicht zur Disposition. Zum Punkt Verbot von Höhenbeschränkungen: Auf Ziffer 1.5.1 der Allgemeinen Synopse wird verwiesen. Zum Punkt Mindestgrößen von Windenergiegebieten: Auf Ziffer 1.7.1 der Allgemeinen Synopse wird verwiesen. Zum Punkt Umfassung: Auf Ziffer 2.11.1 der Allgemeinen Synopse wird verwiesen. Zum Punkt Regionale Grünzüge: Von den Zielsetzungen der Regionalen Grünzüge sind Vorhaben, die im überwiegenden öffentlichen Interesse stehen, ausgenommen. Da dies u. a. auf WEA zutrifft, erfolgt kein pauschaler Ausschluss. Zu den Punkten Landschaftsschutzgebiete und Naturparke: Auf die Ziffer 3.17.1 und 3.18.1 der Allgemeinen Synopse wird verwiesen. Zum Hinweis auf die Kernaktionsräume: Kernaktionsräume gehen im Wesentlichen in dem Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem auf. Insofern erfährt dieser Belang damit eine entsprechende Berücksichtigung. Zu den Punkten Naturschutzgebiete und FFH-Gebiete: Auf Ziffer 4.2.1 der Allgemeinen Synopse wird verwiesen. Zum Punkt Biotope: Eine pauschale Freihaltung aller Biotope auf Ebene der Raumordnung erfolgt nicht. Gesetzliche Zugriffsverbote gelten unabhängig fort.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erklärungsbedürftig, was darunter zu verstehen ist bzw. wie dieser Begriff vom Planungsträger definiert wird. Dies ist nachzuholen. **Kap. 4.5.1.2 Militärische Belange,** Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz 12 G Regionale Grünzüge Die regionalen Grünzüge sind u. E. von Windenergieanlagen freizuhalten. Diese Teilgebiete sind für die Anlage bzw. Umsetzung von naturschutzfachlich erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen und / oder Ökokontoflächen oder biotopgestaltenden Maßnahmen im Zuge der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie SH vorzusehen. 13 G Landschaftsschutzgebiete Die Errichtung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten ist gemäß § 26 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz definiert. Die in der entsprechenden Begründung dargelegten Aussagen zur Abwägungsentscheidung mit dem Verweis auf „…andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes…“ sind zu präzisieren. Generell ist die Errichtung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten so zurückhaltend wie nur möglich durchzuführen. Zukünftig werden in zahlreichen Landschaftsschutzgebieten Teilbereiche für die Umsetzung der nationalen Wiederherstellungspläne gem. dem Nature Restoration Law (NRL) der EU benötigt. Dies muss sich auch in der o. g. Teilfortschreibung wiederfinden. 14 G Naturparke Die Naturparke sind komplett von Windkraftanlagen freizuhalten. Sie haben nicht nur eine große Bedeutung für den auch aus wirtschaftlicher Sicht wichtigen Tourismus und die Naherholung in Schleswig-Holstein. Es handelt sich auch um wichtige, reich gegliederte Landschaftsräume, die aktuell auch als naturschutzfachlich wertvoll einzustufen sind oder zumindest ein hohes naturschutzfachliches Aufwertungspotenzial aufweisen. Zukünftig werden zudem in den Naturparken Teilbereiche für die Umsetzung der nationalen Wiederherstellungspläne gem. dem Nature Restoration Law (NRL) der EU benötigt. Dies muss sich auch in der o. g. Teilfortschreibung wiederfinden. **Kap. 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz** Vorbemerkung: Es fehlen hier die Vorgaben und Inhalte der Biodiversitätsstrategie mit ihren bereits benannten Kernaktionsräumen, die von der Errichtung von Windenergieanlagen	Zum Punkt Wälder und Umgebungsbereiche: Auf Ziffer 4.7.1 der Allgemeinen Synopse wird verwiesen. Zum Punkt Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung: Auf Ziffer 4.16.1 der Allgemeinen Synopse wird verwiesen. Zum Thema Boden und Wasser: Auf Ziffer 5.9.1 der Allgemeinen Synopse wird verwiesen. Zu der Forderung eines Beschleunigungsinitiative: Ein solche Maßnahme kann im Rahmen der raumordnerischen Windenergieplanung nicht implementiert werden.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	freizuhalten sind. Es ist zudem für diesen Themenbereich eine - der Ausweisung der Eignungsräume für die Energieerzeugung - vergleichbare Planung für die Flächen vorzulegen, die zur Kompensation der Eingriffe erforderlich ist. Mit der vorliegenden Teilfortschreibung wird lediglich eine weitere Belastung der Naturräume beschleunigt, die zwingend erforderliche naturschutzfachliche Aufwertung des Landes dagegen nicht. 2 Z Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche Im Gesamträumlichen Plankonzept zur Teilfortschreibung des LEP 2010 (29.12.2020) wurden die Abstände bei Naturschutzgebieten, Gebieten, die nach § 22 BNatSchG in Verbindung mit § 12a Abs. 3 LNatSchG als Naturschutzgebiet einstweilig sichergestellt sind sowie FFH-Gebieten auf 200 m festgesetzt. Die nochmalige Reduzierung auf 100 m Abstand zum Schutzgebiet ist nicht hinnehmbar und wird kritisiert. Die negativen Wirkfaktoren von Windenergieanlagen auf unterschiedliche Artengruppen sind bekannt und müssen hier nicht nochmals aufgeführt werden. Zumal in der Begründung zum o. g. Kapitel die naturschutzfachliche Bedeutung herausgestellt wird und die Entwicklungsmöglichkeiten der Schutzgebiete nicht beschränkt werden sollen. Genau dies geschieht aber bei Umsetzung der hier vorliegenden Verordnung. Sie konterkariert somit ihre eigenen Ziele. 3 Z Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche Hier gelten die unter Kap. 4.5.1.3 dargestellten Ausführungen. Für FFH-Gebiete gelten die bekannten gesetzlichen Vorgaben, u. a. das Verschlechterungsverbot. Es ist daher völlig unverständlich, dass mit der Reduzierung der Abstände dieses konterkariert wird. Hier sind u. E. gemäß § 34 (1) BNatSchG sowie dem geltenden europäischen Recht FFH-Verträglichkeitsprüfungen erforderlich. Ein Vorhaben kann dann zwar durchgeführt werden, wenn es im „übergeordneten Interesse“ liegt. Es muss jedoch muss nachgewiesen werden, dass keine Alternativen vorliegen. Bei der aktuell diskutierten Kulisse von 7% potenziellen Eignungsräumen liegen ausreichend Alternativen vor, so dass hier größere Abstände auszuweisen sind. Für die o. g. Schutzgebietskategorien werden daher Abstände von 300 m zu den Windenergieanlagen gefordert. 4 Z Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und Umgebungsbereich Die Festlegungen der o. g. Fortschreibung werden begrüßt, da Schleswig-Holstein eine besondere Verantwortung für das Wattenmeer als international bedeutendes	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schutzgebiet sowie als UNESCO-Weltnaturerbe trägt. 5 Z Gesetzlich geschützte Biotope G Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope Zahlreiche Untersuchungen (u. a. die landesweite Biotopkartierung) haben verdeutlicht, dass große Bereiche des Naturhaushaltes in Schleswig-Holstein in einem schlechten Zustand sind. Mit der Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Schleswig-Holstein wurde ein Maßnahmenprogramm eingeleitet, indem u. a. Flächenbedarfe erfüllt und deren ökologische Qualitäten gesichert werden, die Fragmentierung der Lebensräume minimiert wird, Aufwertungs- und Renaturierungsmaßnahmen eingeleitet werden und der Umkehrprozess mithilfe eines Artenschutzprogramms flankiert wird. Diese Bereiche sind von Windenergieanlagen freizuhalten, um den Verlust von Arten und Lebensräumen zu stoppen und die gesetzten Ziele der Biodiversitätsstrategie nicht zu konterkarieren. 6 Z Wälder und Umgebungsbereiche Hier ist für alle „Waldtypen“ ein Abstand von 100 m vorzugeben. Der dargelegte Wert von 30 m Abstand zu Wäldern verhindert die Entwicklung des jeweiligen Standortes zu einem naturnahen Waldstandort. Zudem verfügen die aktuellen Windenergieanlagen über Gesamthöhen von 180 – 200 m (die früheren Anlagen besaßen eine Gesamthöhe von 100 m), d. h. sie wirken mittlerweile mit diesen Dimensionen bis in die Wälder hinein. 15 Z Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung Vorbemerkung: Es fehlt hier die Darstellung der Zugroute von der Lübecker Bucht zur Unterelbe. Zudem muss der Zugkorridor in Ost-West-Richtung in seiner tatsächlichen Dimension deutlich umfangreicher dargestellt werden. In den Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung charakterisiert durch eine sehr hohe Zugintensität sind die Ausweisung von Wind–energiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen. Die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung sind in der arte (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) festgelegt. Dies wird ausdrücklich begrüßt. Die Halbinsel Eiderstedt muss komplett von weiteren Windenergieanlagen freigehalten werden. Das gilt auch für die ausgewiesenen Potenzialflächen bei Witzwort, Uelvesbüll	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und in der Husumer Südermarsch. Die geografische Lage von Eiderstedt als in die Nordsee hineinreichende Halbinsel bewirkt starke Konzentrationen von Zug- und astvögeln. Wesentliche Zugwege sind der Heverstrom im Norden die Eider im Süden als wichtigster Zugtrichter auf dem Heimzug und die Dünenkette am Westrand von Eiderstedt als Zugwegfortsetzung von Sylt über Amrum weiter Richtung Elbmündung. Die LAG der Vogelschutzwarten empfiehlt überregional bedeutsame Zug-Konzentrationskorridorre von WEA freizuhalten (s. LAG VSW 2015). Die Zugintensitäten auf Eiderstedt gehören bei Gänsen, arktischen Limikolen und Drosseln zu den höchsten in Norddeutschland. Schwerpunkte u. a. bei St. Peter-Ordning basieren auf der Leitlinienwirkung der Westküste der Halbinsel. Hier verläuft stark gebündelt insbesondere der ug von Greifvögeln und ingvögeln auf der oute ylt - Amrum - Eiderstedt. Es besteht weiterhin die ernste Sorge, dass eine weitere Öffnung der Halbinsel Eiderstedt für Windkraft die Anerkennung des schleswig-holsteinischen Wattenmeeres als Weltnaturerbe in Gefahr bringen könnte und verweisen in diesem Zusammenhang auf die Resolution der UNESCO Welterbe Kommission vom 25.06.2024 in Neu Delhi, in der die Kommission u. a. auf Energieerzeugungsanlagen in Randgebieten des Wattenmeeres eingeht (s. https://whc.unesco.org/en/soc/4629/%20Draft%20Decision:%2046%20COM%207B.51). Die Halbinsel Eiderstedt besitzt zentrale Bedeutung für den Vogelzug, der wiederum als "außerordentlicher universeller Wert" eine wichtige Rolle für die Anerkennung des Wattenmeeres als Weltnaturerbe spielt. 16 Z Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten In Wiesenvogelbrutgebieten mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen. Die Wiesenvogelbrutgebiete mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind in der Karte (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) festgelegt. Dies wird ausdrücklich begrüßt. Für Kiebitze, Uferschnepfen und Rotschenkel sind z. B. neben Eiderstedt auch die Eider-Treene-Sorge-Niederung bedeutende Brutgebiete in Schleswig-Holstein. **Kap. 4.5.1.4 Boden und Wasser Vorbemerkung:** Es fehlen Aussagen, in welchem Umfang die organischen, klimarelevanten Böden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	berücksichtigt werden. Es ist sicherzustellen, dass durch die Errichtung von Windenergieanlagen eine aus Klimaschutzgründen erforderliche, oberflächennahe Vernässung organischer Böden, unabhängig von der aktuellen Nutzung, nicht verhindert wird. Die Zielsetzungen des Programmes „Biologischer Klimaschutz durch Moorschutz und Neuwaldbildung“ fehlen gänzlich und müssen hier implementiert werden. Die Flächen, die sich für eine Wiedervernässung eignen, werden zukünftig unter anderem für die Umsetzung der nationalen Wiederherstellungspläne gem. dem Nature Restoration Law (NRL) der EU, die Umsetzung des Aktionsprogrammes Natürlicher Klimaschutz (ANK) des undes oder auch des vom Landtag beschlossenen Programms „ iologischer limaschutz“ benötigt. Dies muss sich auch in der o. g. Teilfortschreibung wiederfinden. **Fazit** Mit der Teilfortschreibung sollen die Rahmenbedingungen für die Festlegung von Windenergiegebieten etabliert werden. Sie sieht eine neue raumordnerische Steuerung für die Nutzung von Windenergie an Land vor. Durch die vorgelegte Verordnung werden Arten- und Biotopschutz, Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen und Entwicklung von ungenutzten Landschaftsräumen massiv beeinträchtigt bzw. teilweise sogar verhindert. Das Fehlen der Behandlung von Themen wie die Vorgaben und Inhalte der Biodiversitätsstrategie mit ihren bereits benannten Kernaktionsräumen oder Aussagen zum Moorschutz und eine aus Klimaschutzgründen erforderliche, oberflächennahe Vernässung organischer Böden wird massiv beanstandet. Gleiches gilt für die Aussagen zur Umsetzung der nationalen Wiederherstellungspläne gem. dem Nature Restoration Law (NRL) der EU. Dies muss sich auch in der o. g. Teilfortschreibung wiederfinden. Durch das Fehlen konkreter artenschutzfach- und rechtlicher Kriterien besteht die Gefahr, dass Planungen auf der Ebene des vorbereitenden Bauleitplans (Flächennutzungspläne) sowie des verbindlichen Bauleitplans (Bebauungspläne) behandelt werden. Mittels eines Zielabweichungsverfahrens (§ 245e Abs. 5 Baugesetzbuch, Fassung 14.01.2024) können Gemeinden derzeit selbst (zusätzliche) Windeignungsgebiete ausweisen. Es entstehen somit Planungen auf regionaler bzw.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gemeindlicher Ebene, die sich zeitlich überschneiden. Dies ist sowohl aus naturschutzfachlicher als auch aus rechtlicher Sicht bedenklich und muss u. E. vermieden werden. Es ist u. E. daher notwendig, zahlreiche Inhalte der Teilfortschreibung zu überprüfen bzw. neu zu formulieren, um zu gewährleisten, dass alle Aspekte des bestehenden und zukünftigen Arten- und Biotopschutzes Eingang in die Planung finden. Der LNV sieht die Notwendigkeit die Energiewende und den Umbau der Energieversorgung von fossilen Brennstoffen hin zu regenerativen Quellen und unterstützt auch die hier stattfindenden Aktivitäten. Wir kritisieren jedoch, dass lediglich die hierfür erforderlichen Eingriffe in Natur und Landschaft beschleunigt werden. Wir vermissen jedoch ausdrücklich, dass es keine vergleichbar konsequent vorangetriebenen Initiativen für die Beschleunigung der aus Gründen des Biotop-, Arten- und Klimaschutzes ebenfalls dringend erforderlichen Renaturierungs- bzw. Kompensationsmaßnahmen gibt. Wir fordern von der Landesregierung eine Beschleunigungsinitiative für Maßnahmen u. a. zur Wiederherstellung eines naturnäheren Landschaftswasserhaushaltes, für die Umsetzung naturbasierter Klimaschutzmaßnahmen, für die Flächenbereitstellung für Maßnahmen des Nature Restauration Law oder die Umsetzung der landesweiten Biodiversitätsstrategie. Neben der Bereitstellung der hierfür erforderlichen personellen und finanziellen Kapazitäten ist auch zu prüfen, wie die Flächenbereitstellung für die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen z. B. durch finanzielle Anreize, Duldungspflichten oder eine „Sicherung“ durch das Land vorangetrieben werden kann. Ein derartiges Programm wird dringend benötigt - wird es nicht umgesetzt, steht zu befürchten, dass die Bereitstellung entsprechender Ausgleichsflächen für die Kompensation der Eingriffe in vielen Fällen durch einen „finanziellen Ablasshandel“ erfolgt. Wir verweisen in diesem Zusammenhang zudem auf die Mitgliedsverbände des Landesnaturschutzverbandes, die zum o. g. Verfahren gesonderte Stellungnahmen abgegeben haben. Freundliche Grüße	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Im Auftrag gez. [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1949	Sehr geehrte Damen und Herren, Der Auftrag der Landesregierung zur Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergie ist mir klar. Das Bemühen der Landesregierung bei der vorrangegangenen Planung "Ruhe" in das Thema zu bringen und zu einer ausgewogenen Lösung zu kommen habe ich als professionell wahrgenommen. Bei der jetzigen Planung ist deutlich zu kritisieren: 1. Der Wegfall der Landschaftsschutzgebiete als hartes Kriterium 2. Die Gemeindeöffnungsklausel in dieser Dimension - Sie bringt für alle Beteilligten eine Rechtsunsicherheit auf lange Zeit. Herzliche Grüße	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 3.17 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Gruppe ID: GM2646 Anzahl: 3 (IDs: M2643, M2646, M2649)	Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, Wir begrüßen die Möglichkeit zur Stellungnahme und möchten die neue Bewertung der Kriterien im Rahmen der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 ausdrücklich unterstützen. Der Ausbau der Windenergie ist entscheidend für das Erreichen der Klimaschutzziele des Landes, und wir befürworten dieses Vorhaben vollumfänglich. Aus unserer Sicht sind die Energiewende und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien unerlässlich und wegweisend für eine nachhaltige Zukunft. Der Ausbau der Windenergie sichert nicht nur die regionale Energieversorgung, sondern stärkt auch die wirtschaftliche Wertschöpfung im ländlichen Raum. Im vorliegenden Entwurf schaffen die Ziele und Grundsätze der Raumordnung einen	Zu gemeindlichen Siedlungsentwicklungen im Umfeld von Vorranggebieten für Windenergie: Die Landesplanung wird in allen kommunalen Bauleitplanungen beteiligt. Sie kann somit frühzeitig darauf hinweisen, dass durch die Siedlungsplanung Windenergiegebiete nicht nachträglich eingeschränkt werden dürfen. Auch in der Phase der Aufstellung der Windenergie-Regionalpläne prüft die Landesplanung ob kommunale Siedlungsentwicklungsplanen überhaupt dem wohnbaulichen Entwicklungsrahmen entsprechen, ob die Innenentwicklung ausreichend beachtet wurde und ob die Flächen an raumordnerisch geeigneter Stelle liegen. So ist auch eine Harmonisierung mit der Windenergieplanung sichergestellt. Ein reine Verhinderungsplanung kann damit ausgeschlossen werden. Das Plädoyer für eine Verknüpfung von Wirtschaftsstandorten

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	guten und umweltverträglichen Rahmen für den unbedingt notwendigen Ausbau der Windenergie. Wir möchten zu den folgenden Punkten Stellung nehmen (Referenz zu den Kapiteln des vorliegenden Entwurfes beziehungsweise Zielen und Grundsätzen): 1. Siedlungsstruktur (4.5.1.1) 1.1 Abstandserfordernisse und Einzelabwägung bei Siedlungsentwicklungen (3 Z und 5 G) 1.2 Förderung der lokalen Industrie durch Windenergieausbau (6 G) 2. Landschaftsschutzgebiete und Naturparke (4.5.1.2) 2.1 Landschaftsschutzgebiete (13 G) 2.1.1 Forderung einer differenzierten teilräumlichen Flächenbetrachtung 2.1.2 Windenergie in Landschaftsschutzgebieten naturverträglich zulassen 2.2 Naturparke (14 G) 2.2.1 Landschaftsaufwertung bei Windpark-Projekten 3. Biotope (4.5.1.3) 3.1 Differenzierung von WEA ‚in‘ und ‚neben‘ Biotopen (5 Z) 1. Siedlungsstruktur (4.5.1.1) 1.1 Abstandserfordernisse und Einzelabwägung bei Siedlungsentwicklungen (3 Z und 5 G) Im Rahmen des vorliegenden Entwurfs zum Landesentwicklungsplan möchten wir zu Kapitel 4.5.1.1 ‚Siedlungsstruktur‘ und dort zu Abstandserfordernisse (3 Z) und Umgebungsbereiche (5 G) Stellung nehmen. Es heißt: „Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen geplante Siedlungsentwicklungen der Gemeinden und die in den Regionalplänen festgelegten überregionalen Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen mit den Umgebungsbereichen nach 1 Z und G sowie 2 Z berücksichtigt werden.“ (5 G)	mit nahe gelegenen Windvorranggebieten wird grundsätzlich unterstützt und fließt in die Abwägung ein. Auch die Ausführungen zu Vorranggebieten innerhalb von Landschaftsschutzgebieten werden zur Kenntnis genommen. Sie entsprechen im Wesentlichen dem beabsichtigten Vorgehen bei der Abwägung innerhalb von Landschaftsschutzgebieten. Die Aussage, dass Windparkprojekte für eine Landschaftsaufwertung sorgen können, kann nicht nachvollzogen werden. WEA stellen grundsätzlich einen Eingriff in die Landschaft und das Landschaftsbild dar, der ausgeglichen werden muss. Die Hinweise zu Biotopen und Verbundachsen werden zur Kenntnis genommen. Auch hier wird grundsätzlich die Vorgehensweise wiedergegeben und somit unterstützt, die in der Regionalplanung bei der Abwägung der Potenzialflächen zur Anwendung kommen soll.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Hier möchten wir darauf hinweisen, dass eine nachträgliche Ausweisung von Flächen zur Siedlungsentwicklung durch Gemeinden, die erfolgt, nachdem die Planung von Windenergiegebieten bereits fortgeschritten ist, sorgfältig geprüft werden sollte. In diesem Zusammenhang ist auf die Abstandserfordernisse hinzuweisen, die besagen: „Bei der gemeindlichen Siedlungsentwicklung sind Abstände zu Windenergiegebieten entsprechend der Schutzwürdigkeit der geplanten Nutzungen einzuhalten. Diese entsprechen den Umgebungsbereichen aus den Absätzen 1 Z und 2 Z.“ (3 Z) Es ist entscheidend, dass neu geplante Siedlungsentwicklungen nicht dazu führen, dass bestehende Windenergiegebiete verdrängt oder ihre Flächen reduziert werden. Andernfalls könnte dies den zügigen Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein erheblich behindern und die Erreichung der festgelegten Flächenziele gefährden. Unter „geplante Siedlungsentwicklungen“ fallen beispielsweise Konzepte der Stadt-Umland-Kooperationen (SUK). Wir möchten darauf hinweisen, dass solche Konzepte keine rechtsverbindlichen Planungsinstrumente darstellen und daher keinen maßgeblichen Einfluss auf die Planung von Windenergiegebieten haben. Die Ziele des Windenergieausbaus müssen vor Maßnahmen geschützt werden, die vorrangig darauf abzielen, Windenergieflächen zu verhindern. Neue Siedlungsentwicklungen könnten zu erweiterten Abstandsregelungen führen, was die nutzbaren Flächen für Windenergie erheblich reduzieren und den Verlust von Windenergieanlagen (WEA) zur Folge haben könnte. Die Maßnahmen innerhalb eines SUK sollten daher genau geprüft werden, um ihre Zweckmäßigkeit zu bewerten. Sollten sie tatsächlich als sinnvoll erachtet werden, ist darauf zu achten, dass sie nicht zu stark gewichtet werden, da sie keine bindende Wirkung im planungsrechtlichen Sinne haben. In Konfliktfällen sollte, wie im Landesentwicklungsplan unter B zu 5 (S. 30) festgelegt, stets im Einzelfall geprüft werden, ob ein Zielkonflikt zwischen der gemeindlichen Siedlungsplanung und der Festlegung eines Windenergiegebietes besteht. Dabei ist sorgfältig zwischen den Zielen der Siedlungsentwicklung und den Interessen der Windenergieausweisung abzuwägen. Aufgrund der aktuell überragenden Bedeutung der Ausweisung von Flächen für die Windenergienutzung, ist Letzterer im Zweifelsfall der Vorrang vor neuen Ansiedlungen zu geben, insbesondere wenn diese sich noch in Vor- oder Frühstadien der Ausweisung befinden (lediglich die Berücksichtigung im SUK oder	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ein Aufstellungsbeschluss dürften nicht genügen). 1.2 Förderung der lokalen Industrie durch Windenergieausbau (6 G) Im Rahmen des vorliegenden Entwurfs zum Landesentwicklungsplan möchten wir zu Kapitel 4.5.1.1 ‚Siedlungsstruktur‘ und dort zu Stadt- und Umlandbereiche (6 G) Stellung nehmen. Dort wird ausgeführt: „Stadt- und Umlandbereiche in ländlichen Räumen sollen als regionale Wirtschafts-, Versorgungs- und Siedlungsschwerpunkte in den ländlichen Räumen gestärkt werden und dadurch Entwicklungsimpulse für den gesamten ländlichen Raum geben (Kapitel 2.4 Absatz 2).“ Weiter heißt es: „Gleichwohl sind die Stadt- und Umlandbereiche und verdichteten Bereiche der Ordnungsräume zu groß und zu pauschal ausgewiesen, um sie vollständig von einer Windenergienutzung auszuschließen. Es bedarf daher einer Einzelabwägung, in welchem Umfang innerhalb dieser Bereiche Windenergiegebiete ausgewiesen werden können.“ (S. 31) Laut der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) sollen die Standortvoraussetzungen für eine dynamische Wirtschafts- und Arbeitsplatzentwicklung weiter optimiert werden. Neben dem Ausbau der Verkehrsanbindungen müssen ausreichend Flächen für Gewerbe- und Industriebetriebe bereitgestellt werden. Mit den neuen, teils energieintensiven Industrieansiedlungen und der Notwendigkeit, die Wirtschaft zu dekarbonisieren, wird in der Region eine erhöhte Nachfrage nach grünem Strom entstehen. Idealerweise wird dieser Strom lokal produziert und zu günstigen Konditionen bereitgestellt. Wir plädieren dafür, dass – wie im Landesentwicklungsplan vorgesehen – eine sorgfältige Einzelabwägung darüber erfolgt, in welchem Umfang Windenergiegebiete in diesen Bereichen ausgewiesen werden können. Diese Abwägung sollte die regionale Wertschöpfung durch Windenergieprojekte berücksichtigen. Projekte, die aufgrund ihrer Lage ortsansässigen Unternehmen über eine Direktanbindung lokal produzierten grünen Strom anbieten können, können – sofort oder perspektivisch - maßgeblich zur Dekarbonisierung der lokalen Wirtschaft beitragen. Je dichter eine Fläche an (künftigen) Verbrauchszentren gelegen ist, desto logischer die Ausweisung. Da der direktabgenommene Strom häufig günstiger ist, weil die Unternehmen keine Netzentgelte zahlen müssen, könnte zusätzlich ein kostenbasierter Stromliefervertrag, anstelle eines marktwertbasierten Modells, zu besonders niedrigen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stromgestehungskosten für die Industriepartner führen. Günstig verfügbarer grüner Strom verschafft den lokalen Unternehmen einen entscheidenden Standort- und Wettbewerbsvorteil. Starke Unternehmen sichern nachhaltig das Wirtschaftswachstum, den Wohlstand und die Arbeitsplätze in der Region. Somit können – wie im LEP angestrebt – ländliche Räume als wirtschaftliche Schwerpunkte gestärkt und wichtige Entwicklungsimpulse gesetzt werden. Die lokale Wertschöpfung und die wirtschaftliche Stärkung der Region sind zentrale Ziele beim Ausbau der Windenergie. Daher sprechen wir uns, wie im LEP auf Seite 31 beschrieben, für eine ausgewogene Einzelabwägung aus, um festzulegen, in welchem Umfang Windenergiegebiete in Stadt- und Umlandbereichen ausgewiesen werden können. 2. Landschaftsschutzgebiete und Naturparke (4.5.1.2) 2.1 Landschaftsschutzgebiete (13 G) Weiterhin nehmen wir zu Kapitel 4.5.1.2 ‚Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz‘ und dort zu den Landschaftsschutzgebieten (13 G) Stellung. Hier heißt es: „Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden.“ (S. 36) 2.1.1 Forderung einer differenzierten teilräumlichen Flächenbetrachtung In Bezug auf Landschaftsschutzgebiete sprechen wir uns in erster Linie für eine differenzierte Betrachtung der LSG-Flächen aus. Nur besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Teilräume sollten weiterhin als Landschaftsschutzgebiete betrachtet und entsprechend von der Windenergieplanung berücksichtigt werden. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die anderen Teilräume, die nicht besonders hochwertig und landschaftlich nicht besonders wertvoll sind, für die Nutzung von Windenergie freigegeben werden können. Dies betrifft auch, und im Besonderen Teilräume, die bereits durch vorhandene	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Infrastrukturen belastet und dadurch von geringer naturräumlicher Qualität geprägt sind. Wir sprechen uns dafür aus, dass diese Vorbelastungen durch vorhandene Infrastrukturen wie beispielsweise Freilandleitungen, Umspannwerke, Autobahnen, Bahntrassen und weitere, bei der Bewertung von hochwertigen naturräumlichen und landschaftlich wertvollen Bereichen innerhalb von Landschaftsschutzgebieten berücksichtigt werden. Des Weiteren gilt es zu beachten, dass umfangreiche Vorbelastungen stärker auf kleinere Gebiete wirken als auf größere, und somit kleinere Gebiete, bei der gleichen Menge an Vorbelastungen, weitaus „belasteter“ sein können als größere Gebiete. Dies sollte bei der Bewertung von Vorbelastungen eine Rolle spielen. Die Gesamt-LSG-Fläche abzüglich der vorbelasteten Gebiete hinterlässt eine „bereinigte“ unbelastete Fläche. Wir setzen uns dafür ein, dass nur diese verbleibende, unbelastete Fläche als hochwertiger naturräumlicher und landschaftlich wertvoller Bereich innerhalb von Landschaftsschutzgebieten gilt und die vorbelastete Fläche in die Ausweisung von Windenergiegebieten miteinbezogen werden. Dies ermöglicht eine sinnvollere und nachhaltigere Nutzung der zur Verfügung stehenden Flächen. 2.1.2 Windenergie in Landschaftsschutzgebieten naturverträglich zulassen Abschließend zum Thema Landschaftsschutzgebiete möchten wir betonen, dass neben der teilräumlichen Betrachtung der Flächen auch die Schutzwürdigkeit kritisch geprüft werden sollte, bevor ein als LSG ausgewiesenes Gebiet per se von der Windenergienutzung ausgeschlossen wird, obwohl es Möglichkeiten der naturverträglichen Nutzung durch Windenergie gäbe. Es gilt zu prüfen, ob viele oder lediglich einzelne Schutzzwecke des § 26 Abs. 1 BNatSchG betroffen sind, und auch in welchem Maße, da sich hier große Unterschiede ergeben, welche einen Einfluss auf die allgemeine Bewertung eines LSG haben. Es gilt weiterhin zu prüfen, welche quantitativen und qualitativen Vorbelastungen innerhalb eines LSGs bestehen und in welchem Maße sie auf eine Fläche einwirken. Große Flächen in Dithmarschen wurden als Landschaftsschutzgebiet „stillgelegt“, ohne dass eine sinnvolle Nutzung im Einklang mit den Zielen des Naturschutzes erfolgt. Die Erforderlichkeit der Unterschutzstellung, beispielhaft für das LSG „[redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]“, wurde 2023 fachlich geprüft. Diese Prüfung und das daraus resultierende Sondergutachten befasst sich mit der Aufhebung der LSG-Verordnung. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass ein zwingendes Erfordernis der Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet nicht festgestellt werden könne und eine Aufhebung der LSG-VO bei Vorliegen gewichtiger sachlicher Gründe (z.B. Klimaschutz, Förderung der lokalen Wirtschaft) vertretbar sei. Die Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ soll dazu beitragen, die Klimaschutzziele des Landes Schleswig-Holstein aus dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz zu erreichen – und dazu gehört auch die differenzierte Betrachtung von Landschaftsschutzgebieten und ihrer Schutzwürdigkeit sowie die Öffnung für Windenergie. Daher ist es umso dringlicher, die Ausweisung von Windvorranggebieten für Windenergieanlagen naturverträglich auf LSGs auszuweiten. Ebenso möchten wir darauf hinweisen, dass gemäß § 26 Abs. 3 BNatSchG Windenergieanlagen auch in Landschaftsschutzgebieten errichtet werden können, da das Land Schleswig-Holstein gemäß § 5 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes das Flächenziel noch nicht erreicht hat. Diese Vorgehensweise ist im ersten Entwurf der LEP-Teilfortschreibung verankert, da Landschaftsschutzgebiete als Grundsatz der Raumordnung berücksichtigt werden und somit eine Abwägung zugunsten des Windenergieausbaus möglich ist. Es ist ausdrücklich festgelegt, dass Landschaftsschutzgebiete bei der Planung umfassend einbezogen werden sollen und Flächen für Windenergieprojekte dort ausgewiesen werden können. Diese Regelung befürworten wir. 2.2 Naturparke (14 G) Bezugnehmen auf Kapitel 4.5.1.2 ‚Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz‘ und dort auf Naturparke (14 G), wo es heißt „Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden.“ möchten wir wie folgt Stellung nehmen. 2.2.1 Landschaftsaufwertung bei Windpark-Projekten Wir möchten darauf hinwirken, dass bei geplanten Windparkprojekten nicht nur die Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden, sondern die Konzepte von Windpark	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Projektierern/Betreibern eine Landschaftsaufwertung der für die Windenergie genutzten Fläche beinhalten und dies bei der Genehmigung positiv berücksichtigt wird. Solche integrativen Ansätze könnten nicht nur zur Akzeptanz von Windkraftanlagen in der Bevölkerung beitragen, sondern auch die Lebensqualität in der Region insgesamt erhöhen. Es wäre wünschenswert, wenn zukünftige Projekte diese Mehrwerte stärker berücksichtigen würden, und der Landesentwicklungsplan hier die raumordnerischen Ziele vorgibt, um eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums zu fördern. 3. Biotope (4.5.1.3) 3.1 Differenzierung von WEA ‚in‘ und ‚neben‘ Biotopen (5 Z) Zum Kapitel 4.5.1.3 ‚Gebiets- und Artenschutz‘ nehmen wir zum Thema Biotope (5 Z) Stellung. Hier heißt es: „In gesetzlich geschützten, flächenhaften, unmittelbar räumlich zusammenhängenden Biotopen mit einer Größe von insgesamt mindestens fünf Hektar sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen“ (. 55). Diese Regelung begrüßen wir ausdrücklich, da sie den Schutz wertvoller Biotope gewährleistet. Allerdings möchten wir darauf hinweisen, dass bei Windenergieprojekten in der Nähe solcher Biotope berücksichtigt werden muss, dass diese lediglich angrenzend, aber nicht „in“ den Biotopen liegen. Auf diese Weise bleibt eine langfristige Vernetzung von Schutzräumen und Verbundachsen weiterhin möglich. Insgesamt fördert dieser Ansatz eine ausgewogene Entwicklung, die sowohl den Natur- als auch den Klimaschutz angemessen berücksichtigt. Wir möchten anregen, dass dieser Teil des Landesentwicklungsplans ergänzt wird und verdeutlicht, dass, wenn geplante WEA-Standorte weder innerhalb von Schwerpunktbereichen noch in Verbindungskorridoren des Biotopverbunds liegen, keine Beeinträchtigungen oder mittelbare Wirkungen auf die Biotope zu erwarten sind. Da dieser Aspekt besonders in der öffentlichen Wahrnehmung oft falsch interpretiert wird, und teilweise falsch verstanden werden möchte, ist es umso wichtiger, eine vollumfängliche Beschreibung des Sachverhaltes zu geben. Nur so kann Klarheit in der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	öffentlichen Wahrnehmung geschaffen werden und die Akzeptanz für den Klimaschutz weiter gefördert werden. Mit unseren Vorschlägen unterstützen wir die ausgewogene, zukunftsorientierte und rechtssichere Planung der Windenergievorhaben in Schleswig-Holstein. Wir hoffen, mit dieser Stellungnahme einen konstruktiven Beitrag zur Diskussion und zur Weiterentwicklung des Landesentwicklungsplans zu leisten. Herzliche Grüße [redacted] Geschäftsführer [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2540	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zu Punkt 1 Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es bleibt weiterhin bei Berücksichtigung und Einzelfallabwägung der Naturparke. Die Begründung muss nicht so detailliert ausformuliert sein, dass jede Abwägungsentscheidung quasi schon vorweggenommen wird. Eine vertiefende Erläuterung der flächenbezogenen Abwägungsentscheidungen erfolgt auf Regionalplanebene. Die Landesplanung sieht gerade die Überlagerung mit anderen Kriterien des Landschafts- und Freiraumschutzes als Indikator dafür an, dass es sich innerhalb von Naturparken um besonders wertvolle Landschaftsbestandteile handelt. Zu Punkt 1.2 Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G – Naturparke Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden. Nach der Begründung B zu 14 sei die Hauptzielsetzung der Naturparke [redacted] in Schleswig-Holstein, die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu sichern sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu erhalten. Insofern bestünde eine besondere Bedeutung für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie für Tourismus und Erholung. Auch wenn die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energie nicht explizit vorgesehen sei, sei in Teilbereichen eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich, ohne die genannten Funktionen der Naturparke wesentlich zu beeinträchtigen. Zunächst bleibt auch mit der Begründung B zu 14 vage, was „die besonderen Funktionen von Naturparken“ sind. Damit ist aber auch eine Abwägung völlig offen, wann nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung auszugehen ist. Der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 wird mit Bezugnahme auf § 16 LNatSchG gerechtfertigt (B zu 14). Danach sind Naturparke durch Allgemeinverfügung erklärte großräumige Gebiete, die (1.) zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und (2.) sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Die Erklärung zum Naturpark bestimmt u.a. den Umfang seiner Aufgaben sowie die Schutz- und Entwicklungsziele. Wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept wird die Hauptzielsetzung unter B zu 14 (vgl.	Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung. Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vorstehende Ausführung) benannt. Aufgrund der thematischen Überlagerung mit anderen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung (Kapitel 4.5.1.3 Absatz 2 Z – Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z – Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche) droht eine abwägungsfehlerhafte doppelten bzw. mehrfache Berücksichtigung des Grundsatzes der Raumordnung Naturparke. Mit Blick auf die gesetzliche Wertung des § 16 Abs. 1 Nr. 1 LNatSchG ist maßgeblich, ob Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler als wesentliche Teile des Naturparks und von diesen her als geschützter Teil von Natur und Landschaft betroffen sind. Insofern sollte in der Abwägung nur dann der Naturpark sich durchsetzen können, wenn solche Gebiete die Potenzialfläche umlagern. Dabei schlägt aber auch die Neubewertung von Landschaftsschutzgebieten (vgl. dazu 4.5) auf die Abwägung im Kontext der Naturparke durch, sodass nur ausnahmsweise ein Naturpark wegen Betroffenheit eines Landschaftsschutzgebiets Relevanz haben kann. 1.1 Praxisbeispiel Die Potenzialfläche [redacted] in den Gemeinde [redacted] liegt im Randbereich des Naturparks [redacted] und bietet somit bereits einen ersten Ansatzpunkt für eine differenzierte Abwägung. Da die Fläche nicht zentral im Naturpark liegt, sondern an dessen Rand, ist eine mögliche Beeinträchtigung der wesentlichen Funktionen des Parks – wie der Erhaltung des Landschaftsbildes und der touristischen Attraktivität – potenziell geringer. Dieser Standort im Randbereich minimiert die Sichtbarkeit der Windenergieanlagen (WEA) von den landschaftlich reizvollen und touristisch stark frequentierten Gebieten des Naturparks, was die visuelle Integrität und Erholungsfunktion weitgehend bewahrt. Ein weiteres starkes Argument für die Ausweisung dieser Potenzialfläche ergibt sich aus der Tatsache, dass in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen ([redacted]) genehmigt wurden. Dies zeigt, dass die Standortkriterien bereits früher als geeignet eingeschätzt wurden, und legt nahe, dass der Bau zusätzlicher Anlagen hier keine grundsätzliche neue Beeinträchtigung darstellt. Die bestehenden Genehmigungen schaffen einen Präzedenzfall, der die Erweiterung auf weitere moderne Anlagen unterstützen könnte, ohne dass die Schutzfunktionen des Naturparks wesentlich	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	beeinträchtigt werden. Zusammengefasst zeigt sich, dass die Potenzialfläche [redacted] durch ihre Randlage und die bereits bestehenden Genehmigungen eine hervorragende Möglichkeit bietet, die Nutzung von Windenergie zu fördern, ohne die wesentlichen Funktionen des Naturparks Schlei, wie den Schutz der Landschaft und den Erholungswert, erheblich zu beeinträchtigen. 1.2 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.2.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten die Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.2.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.2.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.2.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.2.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.2.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Institution: Planungsbüro Brandes, Planungsbüro Brandes ID: 1945	Sehr geehrte Damen und Herren, im Auftrag der Herzoglich Oldenburgische Verwaltung / Christian Herzog von Oldenburg erhalten Sie unsere Stellungnahme zum LEP mit der Bitte um Berücksichtigung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Schleswig-Holstein Teilfortschreibung Windenergie an Land des	Zu den Umgebungsbereichen der Brutplätze windkraftsensibler Großvögel wird auf Ziffer 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Forderung nach einer klareren Darstellung, unter welchen Voraussetzungen der Abstand zu Rotmilan-Brutplätzen reduziert werden kann, wird nicht gefolgt. Die Abwägungs-Leitlinien werden erst auf Ebene der Regionalplanung bei der konkreten Flächenauswahl festgelegt. Der Hinweis auf die möglicherweise falsche Einstufung der Gutsanlage Güldenstein als bauplanungsrechtlicher Innenbereich wird geprüft und auf Ebene der Regionalplanung entsprechend des Ergebnisses bei der Vorranggebietsfestlegung berücksichtigt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 Kreis Ostholstein Gemeinden Hamsdorf Windpark „Güldenstein“ Potenzialfläche PR3_OHS_067 Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Liebrenz, im Auftrag und Namen der Herzoglich Oldenburgische Verwaltung / Christian Herzog von Oldenburg / [redacted] / 23738 Harmsdorf projektieren wir derzeitig in der Potenzialfläche PR3_OHS_067 Windkraftanlagen und nehmen zum LEP „Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021“ wie folgt Stellung: 1. Brutplätze windkraftsensibler Großvögel (17 G) Kapitel 4.5.1.3 Der Grundsatz 17 im Kapitel 4.5.1.3 zu den Brutplätzen windkraftsensiblen Großvögel berührt die Potenzialfläche PR3_OHS_067 in der Gemeinde Harmsdorf. Der Entwurf des LEP sieht vor, dass die Umgebungsbereiche zu windkraftsensiblen Großvögeln in der Regel von Windenergiegebieten freizuhalten sind. Der Umgebungsbereich ist für den Rotmilan auf 1.500m definiert. Einzelfallbezogen kann eine Reduzierung des Umgebungsbereichs auf einen engeren Bereich von 1.000m erfolgen, wenn die potenziellen Artenschutzkonflikte auf der Genehmigungsebene bewältigt werden können. In der Begründung zu G 17 oder im Umweltbericht wird nicht bzw. unzureichend aufgeführt, warum in Schleswig-Holstein der Umgebungsbereich zu Rotmilan-Brutplätzen auf 1.500 m definiert wird, während im Bundesnaturschutzgesetz der zentrale Prüfbereich mit 1.200 m definiert worden ist. <u>Forderung</u> Anpassung des Umgebungsbereiches zu Rotmilan-Brutplätzen auf 1.200m statt 1.500m oder Ergänzung der Begründung, warum von den Abständen nach dem BNatSchG abgewichen werden soll. Klarere Darstellung, unter welchen Voraussetzungen im Rahmen der „einzelfallbezogene Prüfung“ der Umgebungsbereich auf 1.000m zu Rotmilan-Brutplätzen reduziert werden kann. Z. B Potenzialfläche nicht zwischen Brutplatz und Nahrungshabitat, besondere Ausstattung der Landschaft, Anzahl der Rotmilanbrutplätze im räumlichen und funktionalen Zusammenhang zur Potenzialfläche, Umfang und Qualität der Grünlandflächen….).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2. Siedlungsstruktur (1Z und 2Z) Kapitel 4.5.1.1 und Potenzialflächenkarte_20240607 / Güldenstein Wir bitten um Korrektur Ihrer Datenlage hinsichtlich des Gutes Güldenstein. Bei der Gutsanlage Güldenstein handelt es sich um eine Splittersiedlung im Außenbereich und nicht um eine Siedlung. Neben dem Herrenhaus befinden sich im räumlichen Zusammenhang zum Herrenhaus 13 Wohngebäude, die sich im Eigentum der Herzoglich Oldenburgischen Verwaltung befinden. Ein Bebauungsplan oder eine Innenbereichssatzung wurde für das Gut Güldenstein nicht aufgestellt. Die Gemeinde Harmsdorf verfügt über keinen Flächennutzungsplan. Gemäß dem Schreiben vom Kreis Ostholstein vom 14.11.2017 (Bauvoranfrage für eine Nutzungsänderung des Feuerwehrgerätehauses für gewerbliche Zwecke (AZ 03438-17-46/82.253)) hat der Kreis Ostholstein / Untere Bauaufsicht ebenfalls Güldenstein als Splittersiedlung eingestuft. Ein Ortsteilcharakter im Sinne von § 34 BauGB ist nicht vorhanden. Die Potenzialfläche PR3_OHS_067 ist entsprechend zu korrigieren bzw. nach Osten zu Erweitern (s. Anlage 1). Vielen Dank für Ihre Bemühungen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anlagen • Anlage 1 WP_Güldenstein_Lageplan	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1947	Wir sind damit nicht. Einverstanden. Es ist ein Naturschutzgebiet. Punkt fertig aus . Sollen das Geld lieber für pvk Anlagen für Häuser zur Verfügung stellen.. nicht anders Familie [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1946	Wir wohnen im ruhigen Naturpark Westensee. Bei uns wurden potenielle Flächen für Windanlagen ausgewiesen, Richtung Tütteberg nach Deutsch Nienhof möchte ich die Fläche die im LSG liegt nicht als geeignete Flächen für Windkraftanlagen ansehen. Weit sichtbar und zerstört in meinen Augen die herrliche Landschaft, da Windmühlen eine gewisse Höhe haben. Die Fläche rund um Bosse liegt teilweise im Naturpark Westensee und im LSG. Ich bitte davon abzusehen Windanlagen im LSG aufzubauen. Mit der Fläche im Naturpark	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 3.17 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	könnte ich Leben. Es ist natürlich auch ein finazieller Anreiz da, da Mühlen zu bauen. Für die Gemeinde die wenig Einnahmen hat kommen die 0,2 ct gut an. Bereich Trentrade soll eine Mühlen entstehen im Naturpark damit könnt ich auch leben. Es wird sicherlich noch Jahre dauern bis die Pläne umgesetzt werden und ob unsere Fläche überhaupt übernommen wird von der Landesplanung???	
Institution: Stadt Fehmarn, Fachbereich Bauen und Häfen **ID: M2280**	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme der Stadt Fehmarn Sehr geehrte Damen und Herren, die Stadt Fehmarn nimmt wie folgt Stellung zur Änderung des Kapitels 4.5.1 „Windenergie an Land“ im Rahmen der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans. <u>zu Kapitel 4.5.1 I 7 Z I Solar-Freiflächen</u> Die Stadt Fehmarn verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaik-Anlagen zu fördern und hat im Jahr 2022 eine „Inselweite Potenzialanalyse zur Eignung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen“ (vgl. Anlage 1) erstellt. Die Analyse dient seither als konzeptionelle Basis der städtebaulichen und landschaftsplanerischen nachhaltigen Steuerung von PV im Stadtgebiet Fehmarn. Im Ergebnis der Potenzialanalyse wurde zum Thema Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf Fehmarn von der Politik das Ziel definiert, dass mit 1 Prozent (ca. 186 Hektar) der gesamten Fläche der Stadt Fehmarn, und zwar ausschließlich entlang der E 47 / B 207 nördlich der Querung der L 209 (Landkirchener Weg), eine Gebietskulisse bereitgestellt wird, die einen angemessenen Anteil für die klimaneutrale Energieversorgung bildet. Mit der Fokussierung der PV-Potenzialflächen entlang der Trasse der Europa-/ Bundesstraße wird auch dem Grundsatz 2 G des Kapitels 4.5.2 des Landesentwicklungsplans 2021 entsprochen	Zu den Punkten Solar-Freiflächen, 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche und Potenzialkarte: Die Hinweise zu den geplanten Solar-Freiflächenanlagen und den Rahmenbedingungen der Siedlungsentwicklung werden zur Kenntnis genommen. Gleichwohl betreffen diese Aspekte der Einzelfallbetrachtung, da auf Ebene des Landesentwicklungsplanes Windenergie an Land die Rahmenbedingungen für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie auf Ebene der Regionalplanung festgelegt werden. Der Landesentwicklungsplan Windenergie an Land setzt zunächst allgemein gültige Ziele und Grundsätze fest. Aufgrund dieser Systematik erfolgt somit noch keine Flächenbetrachtung. Es wird daher empfohlen, die genannten Aspekte in das anstehende Beteiligungsverfahren zum Regionalplan III, Windenergie an Land, einzubringen. Zu den Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs: Verdichteter Vogelzug ist auch auf Fehmarn und an der West- und Ostküste Wagriens zu beobachten. Dieser als „Vogelfluglinie“ bezeichnete Vogelzugkorridor bildet die kürzeste Verbindung über Landflächen zwischen Mitteleuropa und Skandinavien und wird sowohl auf dem Heimzug nach Nordosten im Frühjahr als auch auf dem Wegzug im Sommer und Herbst nach Südwesten von vielen Vögeln genutzt.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Auf Grundlage der Ergebnisse der Potenzialanalyse hat die Stadt Fehmarn mehrere Bauleitplanverfahren zur Erlangung von Baurecht für die Errichtung und den Betrieb von Photovoltaik-Freiflächenanlagen initiiert. Konkret befinden sich derzeit vier vorhabenbezogene Bebauungspläne samt zugehöriger Flächennutzungsplanänderungen im Aufstellungsverfahren. Die Gebietskulissen der Plangebiete erstrecken sich dabei von der L 209 im Süden bis hin zum planfestgestellten Bereich im Zusammenhang mit dem Bau der Festen Fehmarnbeltquerung im Norden, mithin also entlang der gesamten politisch beschlossenen Ausdehnung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen. Die Ausweisung von Potenzialflächen für Windkraft, aus denen sich im weiteren Verfahren Vorranggebiete entwickeln können, steht der gemeindlichen Entwicklung und dem Betrieb von Photovoltaik-Freiflächen entgegen, da die Windkraft gemäß 7 Z Vorrang genießt. Einer Vergrößerung des vorhandenen Vorranggebietes im Einzugsbereich der E 47 / B 207 steht die Stadt Fehmarn somit kritisch gegenüber. <u>zu Kapitel 4.5.1.1 I 1 Z I 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/ oder Erholungsfunktion</u> Auf Fehmarn herrscht - befördert durch unterschiedliche Faktoren wie bspw. verhältnismäßig hoher Anteil an Zweit- und Ferienwohnungen sowie die aktuell baustellenbedingte Wohnraumbeanspruchung - ein Mangel an Wohnraum zum dauerhaften Aufenthalt (Dauerwohnen). Gemäß der „Landesverordnung über die Bestimmung der Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt nach § 201 a des Baugesetzbuches“ vom 24. Januar 2023 ist das gesamte Gemeindegebiet von Fehmarn in den Geltungsbereich der Verordnung einbezogen worden und Fehmarn somit als Gebiet mit angespanntem Wohnungsmarkt eingestuft (siehe § 1 Nr. 18). Die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen zu angemessenen Bedingungen ist demnach auf Fehmarn besonders gefährdet. Politik und Stadtverwaltung müssen und wollen entsprechend regulierend in den Wohnungsmarkt eingreifen und bedienen sich der dafür zur Verfügung stehenden Instrumente wie städtebaulicher Satzungen. Unter anderem befinden sich Bebauungspläne zur Ausweisung neuer Wohnbauflächen sowie Erhaltungssatzungen für den Erhalt der Eigenarten von Gebieten in Aufstellung. Über die Aufstellung einer Zweckentfremdungssatzung wird aktuell beraten. Den kommunalen Steuerungs- und Eingriffsmöglichkeiten der Stadt Fehmarn sind	Insbesondere Greifvögel (Wespenbussard, Fischadler, Rotmilan, Mäusebussard, Sperber, Weihen), die als Segelflieger auf Auftrieb und daher Landflächen angewiesen sind, nutzen diesen Weg, da zwischen den dänischen Inseln und Fehmarn/Wagrien nur vergleichsweise schmale Wasserflächen liegen (Fehmarnsund, Fehmarnbelt). Auch weitere Landvogelarten wie Tauben, Drosseln und Finken nutzen diesen direkten Weg von bzw. nach Skandinavien. Auf Fehmarn gibt es bereits einige Bestandswindparks und ausgewiesene Vorranggebiete. Um die besondere Bedeutung dieses Zugwegs raumplanerisch zu berücksichtigen, sind alle Küstenbereiche sowie die WEA-freien Korridore zwischen den vorhandenen Vorranggebieten auf Fehmarn als Ziel der Raumordnung festgelegt, in denen kein Ausbau der Windenergie erfolgen darf. Die Erhaltung der noch verbliebenen binnenländischen Freiräume Fehmarns ist aufgrund der extrem hohen Vogelzugdichte zwingend erforderlich, um die Funktionsfähigkeit dieser international bedeutsamen Hauptachse des überregionalen Vogelzugs erhalten zu können. Bestandswindparks auf Fehmarn in konfliktträchtigen Bereichen nahe der Nordostküste (Klingenberg und Presen/Marienleuchte, in denen es nachweislich zu Greifvogel-Schlagopfern kommt), wurden bereits im Rahmen der Regionalplanung 2020 nicht als Vorranggebiet ausgewiesen und diese Bereiche werden auch weiterhin ausgeschlossen (als Ziel der Raumordnung), sodass die WEA Bestandsschutz haben, aber ein Ersatz der Anlagen ausgeschlossen wird.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	allerdings Grenzen gesetzt: Gemäß der „Landesverordnung zur Festlegung der Zentralen Orte und Stadtrandkerne einschließlich ihrer Nah- und Mittelbereiche sowie ihre Zuordnung zu den verschiedenen Stufen (Verordnung zum Zentralörtlichen System)“ vom 5. September 2019 ist Fehmarn als Unterzentrum ausgewiesen (siehe § 2 Unterzentren). Für die wohnbauliche Entwicklung auf Fehmarn hat die Einordnung in das Zentralörtliche System zunächst positive Auswirkungen, da die in der Verordnung ausgewiesenen Schwerpunkte für den Wohnungsbau bzw. die Versorgungsinfrastruktur keinem beschränkenden Entwicklungsrahmen unterliegen. Die Beschränkung des Unterzentrums „Fehmarn“ auf den Ortsteil Burg a. F. im Landesentwicklungsplan jedoch, zu der sich die Stadt Fehmarn bereits mit Ihrer Stellungnahme vom 08.11.2023 kritisch geäußert hat, beinhaltet nicht nur erhebliche Limitierungen für die Schaffung von Wohnraum, sondern auch für die Entwicklung von Gewerbeflächen und Dienstleistungsangeboten innerhalb des Stadtgebiets insgesamt. Infolge der Beschränkung soll die Versorgungsinfrastruktur vorrangig in Burg a. F. gestärkt werden und die wohnbauliche Entwicklung in den übrigen Ortsteilen kann nur in den Grenzen des wohnbaulichen Entwicklungsrahmens erfolgen. Hierzu verweise ich auf die bis August 2024 im Beteiligungsverfahren befindliche Teilfortschreibung „Wohnbaulicher Entwicklungsrahmen“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021, Änderung Kapitel 3.6.1 Absatz 3 (Entwurf Mai 2024). Bis zum Jahr 2036 sind somit nach derzeitigem Planungsstand die Weichen des wohnbaulichen Entwicklungsrahmens auf Fehmarn gestellt. Lediglich im Ortsteil Burg a. F. - als Schwerpunkt für den Wohnungsbau vorgesehen - kann dem Mangel an Wohnraum zum dauerhaften Aufenthalt perspektivisch durch neuen bzw. zusätzlichen Wohnraum überhaupt entgegengewirkt werden. Zusätzlich zu den bereits oben aufgeführten Fakten beschäftigt sich die Stadt Fehmarn mit der Planung und Realisierung einer Ortsentlastungsstraße für Burg a. F. Im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Fehmarn ist die Umfahrung des südlichen Ortsteils bereits ausgewiesen. Perspektivisch ist ergänzend eine Weiterführung der gemeindlichen Entlastungsstraße östlich des Ortsteils in nördlicher Richtung vorgesehen und bereits im politisch beschlossenen „Kernwegenetz“ (vgl. Anlage 2) berücksichtigt. Es ist anzunehmen, dass die zukünftige Siedlungsentwicklung des Ortsteils Burg a. F. sich dem Trassenverlauf der Straße räumlich annähern wird.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Ausweisung eines neuen Vorranggebietes für Windenergie nordöstlich des Ortsteils Burg a. F. - was unter Bezugnahme auf die vorliegende Potenzialkarte aussichtsreich erscheint - würde die zukünftige Siedlungsentwicklung von Burg a. F. und infolgedessen das Unterzentrum „Fehmarn“ weiter einschränken. Mit Blick auf die zukunftsgerichtete städtebauliche Entwicklung des Ortsteils Burg a. F. unter Berücksichtigung des oben aufgeführten wohnbaulichen Entwicklungsrahmens fordere ich für den Ortsteil Burg a. F. abweichend von 1 Z einen erweiterten Umgebungsbereich. Unter Bezugnahme auf meine Stellungnahmen aus den vorherigen Beteiligungsrunden im Zusammenhang mit der (Teil-) Fortschreibung des Landesentwicklungsplans fordere ich erneut zusätzlich zum 800 bzw. 1.000 Meter breiten Umgebungsbereich eine sich direkt anschließende 700 Meter breite Entwicklungszone für den Ortsteil Burg a. F. zur Wahrung der städtebaulichen Entfaltungs- und Entwicklungsperspektiven. <u>zu Kapitel 4.5.1.3 I 15 Z I Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung</u> Die im Landesentwicklungsplan ausgewiesene und im Entwurf der Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO (Karte) zeichnerisch manifestierte Hauptachse und des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung (15 Z) betrifft den kompletten Küstenbereich der Insel Fehmarn und größere Flächen in Nord-Süd-Ausrichtung im Inselinneren. Die Ausweisungen scheinen einer gewissen Willkür zu unterliegen, da bestehende Windparks einerseits teilweise oder in Gänze vom Vogelzug erfasst werden und auf der anderen Seite Flächen ausgespart bleiben, die zukünftig für Windenergie vorgesehen sind -ich verweise auf das Vorranggebiet westlich der B 207 auf Höhe der Ortslagen Bannesdorf und Niendorf. Es ist darüber hinaus nicht nachvollziehbar, warum dem westlichen Teil des bestehenden Bürgerwindparks Westfehmarn und den bestehenden Windparks Presen und Klingenberg im Nordosten der Insel eine besondere Bedeutung für den Vogelzug beigemessen wird. Alle drei aufgeführten Windparks verfügen über 100 Meter hohe Windenergieanlagen; die Gebietskulissen sind aufgrund der langjährigen Laufzeit der Bestandsanlagen entsprechend vorbelastet und stellen nachweislich keine Flugkorridore oder Nahrungshabitate bzw. Konflikte für die Avifauna dar. Insbesondere in Bezug auf den Bürgerwindpark Westfehmarn befürwortet die Stadt Fehmarn die Beibehaltung der bisherigen Vorranggebietskulisse. Die mit Blick auf die raumordnerischen Ziele hinsichtlich des überregionalen Vogelschutzes vorgesehene	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	räumliche Verkleinerung des Vorranggebietes wird kritisch gesehen. Die für die Ausweisung der raumordnerischen Ziele und Grundsätze in Bezug auf den Vogelzug herangezogene Datenlage scheint nicht ausreichend abgewogen und abschließend bestimmt genug, um eine klare Abgrenzung zwischen den Kriterien „Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung“ (15 Z) und „Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung“ (15 G) vornehmen zu können. Die vorliegende Unterteilung der Ziele und Grundsätze bedarf ausgiebigerer Erläuterung als die derzeit vorgetragenen Thesen. Im Ergebnis fordere ich für die Stadt Fehmarn die Aufhebung der Differenzierung in Hauptachsen „mit besonderer Bedeutung“ (15 Z) und „mit Bedeutung“ (15 G) und damit die Zusammenführung zu einem Kriterium, welches fortan als Grundzug der Raumordnung Berücksichtigung im Landesentwicklungsplan und damit für alle zukünftigen Vorhaben der Windenergie auf Fehmarn findet. <u>zur Potenzialkarte</u> Die drei Potenzialflächen östlich von Bojendorf, östlich von Vitzorf und südlich von Katharinenhof erscheinen mit Blick auf 6 Z - Mindestgröße von Windenergiegebieten - des Kapitels 4.5.1 zu klein für einen wirtschaftlichen Betrieb von Windenergieanlagen. Die potenzielle Ausweisung der Flächen als Vorranggebiete Windenergie trifft seitens der Stadt Fehmarn, auch unter Bezugnahme auf die städtebaulich präferierte Konzentrierung und Bündelung von Windenergieflächen, nicht auf Zustimmung. Unter Bezugnahme auf die Potenzialfläche nordöstlich von Burg a. F. wird auf die Umzingelungswirkung für die Ortsteile Bannesdorf und Klausdorf (in östlicher Richtung befindet sich der Windpark Klingenberg) sowie für die Ortsteile Niendorf (westlich entsteht der Windpark Presen-Burgstaaken im Vorranggebiet an der B 207), Gahlendorf und Vitzdorf hingewiesen Hinsichtlich der Potenzialfläche nördlich des Vorranggebietes des Windparks Fehmarn-Mitte wird auf die Umzingelungswirkung für die Ortslagen Dänschendorf, Gammendorf und Vadersdorf hingewiesen. Ich bitte höflichst um Prüfung der von mir vorgetragenen Belange sowie sach- und fachgerechte Abwägung hinsichtlich deren Berücksichtigung bei der Fortschreibung des Kapitels 4.5.1 „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Für Anregungen und Fragen stehe ich gern zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] Bürgermeister	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2588	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein -Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 - Stellungnahme zur Teilfortschreibung [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau [redacted], Im Juni diesen Jahres wurden neue Kriterien für den Windenergieausbau in Schleswig-Holstein veröffentlicht. Die Gelegenheit, am dem Beteiligungsverfahren für den ersten Entwurf zu teilzunehmen, möchten wir gerne wahrnehmen. Viele Anwohner/innen bzw. Bürger/innen in unseren Gemeinden Schrum und Welmbüttel befürworten grundsätzlich den Ausbau der Windenergie und sehen dies auch für unsere Region als Chance an, einen Beitrag zur Energiewende leisten zu können. Gleichzeitig können durch Bürgerwindparkmodelle die Bevölkerung vor Ort partizipieren und an der Wertschöpfung teilhaben. Auch für unsere Projekt, das zwischen Schrum, Welmbüttel, Tellingstedt und Immenstedt liegt, ist eine bürgernahe Gestaltung vorgesehen sowie ein Bürgerstromtarif für alle eingeplant, die nicht die finanziellen Mittel haben, sich an solchen Vorhaben zu beteiligen. Wir legen großen Wert auf eine gerechte Vorteilung der Windenergie Wertschöpfung und unterstützen Projekte, die solche Be- und Verteilungsmodelle ermöglichen. Ein solcher Bürgerstromtarif, also günstiger Strom für alle Bewohner der umliegenden Gemeinden eines Windenergieprojekts, sorgt dafür, dass die Energiewende sozial gerecht und für alle zugänglich ist. So möchten wir eine positive Stellungnahme für den Ausbau von Windenergie in unseren Gemeinden und die Neugewichtung der Suchkriterien abgeben. Wir begrüßen	Die Stellungnahme positioniert sich grundsätzlich positiv zum Entwurf des LEP Windenergie, was zur Kenntnis genommen wird. Sie beinhaltet darüber hinaus Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu militärischen Belangen: Richtfunktrassen werden bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie im Einzelfall bewertet; sie führen nicht zu einem pauschalen Ausschluss von Vorranggebieten Windenergie. Die Festlegung von Höhenbegrenzungen auf Ebene der Regional- und Bauleitplanung ist ausgeschlossen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	grundsätzlich die Ausweisung von Windenergieflächen im Landesinneren, sofern diese den vorgeschlagenen Kriterien entsprechen. Jetzt profitiert in unserem Landkreis nicht nur die „ Marsch" von der Windenergie, sondern es werden neue Gebiete erschlossen. Mit der Ausweisung und Suche nach geeigneten Windenergieflächen sowie dem Betrieb von Windparks haben wir uns in den letzten Jahren immer wieder befasst Bei bestehenden Windparks in der entfernteren Nachbarschaft ist eine positive Entwicklung, Akzeptanz und lokale Wertschöpfung zu beobachten. Auch unser Gebiet ist als Windstandort gut geeignet, leider mussten wir auf der Karte in den vergangenen Regionalplanfortschreibungsverfahren feststellen, dass in der Region östlich von Heide und auf der Hohen Geest stets nur unwesentliche Neuausweisungen für Windparks erfolgt sind und weiträumig viele Potentialflächen nicht berücksichtigt wurden. Dies vor allem vor dem Hintergrund der Behandlung des Kriteriums Landschaftsschutzgebiet wie ein hartes Tabu. Wie in den veröffentlichten Unterlagen für die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) ersichtlich, hat sich dies nun geändert, was wir sehr begrüßen. Auch für die Potentialflächen in unserem Umfeld, in dem Gebiet zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt trifft dies zu. Aus den nachfolgenden Gründen bitten wir um Berücksichtigung der Fläche zwischen den geschilderten Orten in der Größe wie in der Karte ersichtlich als Vorrangfläche für Windenergie. Grundlage sind die Vorgehensweise des laufenden Verfahrens sowie die in der aktuellen Beteiligung veröffentlichten Kriterien als Ziele und Grundsätze der Landesentwicklungsplans. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung: Ausweisungsverfahren von Windvorrangfiächen Verfahren Der neuen Vorgehensweise, die Kriterien zur Ausweisung von Windeignungsflächen im Landesentwicklungsplan gesetzlich zu verankern, stimmen wir ausdrücklich zu. Auch der Neugewichtung und Bewertung dieser Kriterien folgen wir grundsätzlich. Schließlich ist das Land Schleswig- Holstein verpflichtet, die neuen Anforderungen des Bundesrechts und die festgelegten Ausbauziele umzusetzen. Die erneute Überarbeitung des Regionalplans ist erforderlich und bildet wichtige Rahmenbedingungen für den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausbau der Erneuerbaren Energien für Klimaschutz und Energiewende ab. Die Festsetzung von bestimmten Kriterien als Ziele und Grundsätze der Raumordnung erachten wir als sinnvoll. Die sogenannten Ziele sind der Abwägung nicht zugänglich, die als Grundsätze festgelegten Kriterien können in der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden. Somit wird ein einheitlichen Verfahrensrahmen für verschiedene Ausweisungsverfahren und Projektentwicklung geschaffen. Dies bedeutet auch langfristig Planungssicherheit. Abstände Die Bewertung und Festsetzung von Abständen, um Anwohner zu schützen, sind nachvollziehbar. Daraus resultiert die Verfolgung der sogenannten Rotorin-Planung. Sie setzt die politischen und verträglichen Ziele der Landesregierung, genügend Abstand zu Wohnbereichen, stringent fort. Die Aufhebung der Ausschlusswirkung kann im Einzelfall sinnvolle Ausweisung von Windeignungsflächen ermöglichen, gerade über die kommunale Bauleitplanung. Die neue Positivplanung ermöglicht, große, stark windhöffige Gebiete auch auf der Geest, die bislang vor allem durch Landschaftsschutzgebietsausweisungen keine Berücksichtigung fanden, für die erneuerbare Stromproduktion zu erschließen. Flächen, die zum Teil wesentlich besser geeignet sind, zum Beispiel aufgrund ihrer größeren Entfernungen von Siedlungen und Häusern als in der Marsch, werden jetzt im neuen Verfahren aufgenommen. Die ungleichmäßige Verteilung und eindeutige Bevorzugung der Küstenregion stellen ein soziales Gefälle für die Gemeinden und Bevölkerung dar. Die Wertschöpfung darf aber nicht weiter so ungerecht verteilt sein. Insgesamt unterstützen wir daher das vorgesehen Verfahren, die Grundsatzbeschlüsse der Landesregierung zur Windenergieplanung vom Dezember 2023 auf Ebene des Landesentwicklungsplans umzusetzen. Klimaschutzziele Wir befürworten den Ausbau von Erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, auch in unserer Gemeinde, da wir die Energiewende und Grüne Energie gut finden. Sie befördert die Wertschöpfung des Ländlichen Raums und birgt längst nicht die Gefahren von Atomkraft. Der Bedarf von klimaneutraler Energie wird sich in Dithmarschen mit den Regionen um Brunsbüttel und Heide durch vorhandene und neue	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Industrieansiedlungen, Mobilität und private Haushalte massiv steigern. Auch können zukünftig die verschiedenen geplanten Stromleitungen den erzeugten Strom Offshore und Onshore wegführen. Für Schleswig-Holstein stellt dies eine große wirtschaftliche Chance dar. Aus Gründen der Klima- und Energiepreiskrisen ist weiterer Flächenbedarf eindeutig notwendig. Der bisherige Ermessensspielraum wird nun neu ausgerichtet. Die Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien hat der Gesetzgeber durch § 2 EEG 2023 für Abwägungsvorgänge nach Vorne gestellt. Das bedeutet, bei Abwägungsspielraum dem Ausbau der Erneuerbaren Energien Vorrang zu geben ist. Errichtung und der Betrieb von Erneuerbarer Energieanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Fachliche Einwendungen zum Kriterienkatalog, standortbezogen und auszugsweise Aus Gesprächen mit Bürgern und Nachbarn kann berichtet werden, dass die derzeitigen aufgeführten Ziele und Grundsätze der Raumordnung im ersten Entwurf der LEP-Teilfortschreibung „Windenergie an Land" als gut gewählt betrachtet werden. Anregungen gibt es lediglich, noch gezielter „Windpotentialflächen" entstehen zu lassen, indem nachfolgend beschriebene Kriterien, die wir nur Auszugsweise vortragen möchten, wie folgt bewertet und gewichtet werden sollten: Für den Standort zwischen den Orten Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide Tellingstedt, Landkreis Dithmarschen, wird in der veröffentlichten „Rohpotenzialflächenkarte" aus Juni diesen Jahres eine mögliche Windvorrangfläche abgebildet. Die abgebildete Fläche stellt in etwa das Projektgebiet „Bürgerwindpark Schrum- Wembüttel" dar und liegt in einem stark windhöffigen Raum in den zuvor genannten Gemeinden. Das betrachtete Gebiet wird von verschiedenen Seiten durch einzuhaltende Abstände zur Einzelwohnhäusern sowie im Osten und Westen durch Wohnbebauung der Gemeinden Immenstedt und Schrum im Westen im Außenbereich begrenzt. Das Gebiet wurde von der lokalen und regional ausgerichtete Planungsgemeinschaft seit vielen Jahren überplant. Es wurde aufgrund von Landschaftsschutzgebietsausweisungen im vorangehenden Regionalplanverfahren nicht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	weiter betrachtet und ausgewiesen. Durch die anderen Beteiligungsverfahren (Landesentwicklungsplan, Regionalplanverfahren) sind viele Informationen zu den Umweltbelangen bekannt geworden. Diese lassen aus unserer Sicht die Ausweisung zu. Das beschriebene Planareal liegt auf der Hohen Geest, bildet eine konzentrierte, große Eignungsfläche ab, ist sehr wenig bewaldet und wird intensiv zur Landwirtschaft mit Ackerbau und Grünland genutzt. Auch unter Abzug der für einen Windpark erforderlichen Abstände zu Ortschaften verbleibt eine große Flächenkulisse. Zu einzelnen Kriterien möchten wir Einwendungen vornehmen: 1. Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern 2. Beeinträchtigung Großvögel 3. Waldabstand 4. Landschaftsschutzgebiete 5. Militärische Belange 6. Tourismus und Erholung 7. Talräume 8. Schutz- und Biotopverbunde 1. Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern- Ziel Das mögliche Windeignungsgebiet ist so groß, dass die geplanten Abstandsforderungen eingehalten werden können. Die Beibehaltung der Rotorin-Planweise schafft zusätzlich genügend Abstand. Dieser wird zumeist häufig auch durch die erforderlichen Abstände aufgrund der Belastungen durch Schall und Schattenwurf übertroffen. In der Regel führen die Vorgaben für die Einhaltung der Emissionen zu noch zu größeren Abständen. Auch dies ist Bestandteil des eigentlichen Genehmigungsverfahrens und dort zu prüfen. Nach wie vor ist eine ausreichende Potentialfläche auf der Fläche vorhanden. 2. Beeinträchtigung Großvögel- Grundsatz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln soll im angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Hier möchten wir darauf hinweisen, dass weiter differenziert werden sollte bei der Festlegung von Tabuzonen um Horste von Großvögeln. Gerade durch Entwicklung und Einsatz neuer Techniken (ProTecBird) und Schaffung von Lenkungsflächen sollten bei bestandsreichen Arten, beispielsweise wie Storche und Rotmilan durch geeignete Maßnahmenkonzepte Artenschutzkonflikte zu bewältigen sein. Anhand von anderen Windparks sind auch weitere Schutzmethoden für Großvögel bekannt wie gezielte Abschaltung während bestimmter Zeiträume. Die Großvögel können so erfolgreich geschützt werden. Der großräumige Ausschluss von Potenzialflächen um Horste sollte daher auf die Ebene der Einzelfallbetrachtung verlagert werden und nicht von vornherein zum Ausschluss einer Fläche für Windstandorte führen. Der Ausschluss von besonders sensiblen Flächen mit großflächig vorkommenden besonders schützenwerten Arten hingegen ist für uns in Ordnung. 3. Waldabstand- Ziel Der vorgeschlagene, einzuhaltende Abstand zu Waldflächen von 30 m ist für uns in Ordnung. Zu den vorhandenen Flächen kann für die Planfläche genügend Abstand gewahrt werden. 4. Landschaftsschutzgebiete- Grundsatz Die neue Gewichtung dieses Kriteriums und auch der Abwägung zugänglich, möchten wir ausdrücklich befürworten. Damit wird dem Bundesrecht gefolgt. Es ist Bürgern zuzumuten, auf Windenergieanlage zu schauen. Das Merkmal Landschaftsschutzgebiet sollte sich nicht gegenüber der Windenergienutzung durchsetzen. 5. Militärische Belange- Ziel Auch dieser Belange sollten auf Ebene der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden. Beispielsweise lineare militärische Richtfunktrassen können bei der Planung eines Gebiets mit Windstandorten Berücksichtigung finden. Die in dem Gebiet liegende Richtfunktrasse quert die Fläche, beeinflusst die mögliche Standortplanung jedoch kaum. Sie führt nur zu einer minimalen Einschränkung der Eignungsfläche. 6. Tourismus und Erholung- Ziel und Grundsatz Grundlegend weisen wir darauf hin, dass die Tatbestandsmerkmale „Erholung" und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	„Tourismus" durchaus verschieden und damit unterschiedliche Abwägungsbelange sind. Es sollten nur Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung (wenn überhaupt) von dem Ausbau der Erneuerbaren ausgenommen werden, Kernbereiche oder Vorbehaltsgebiete hingegen nicht. Bei Umfragen bei Touristen werden Windenergieanlagen regelmäßig als regionsprägend und positiv bewertet. Die Erholung ist ein öffentlicher Belang, der gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und damit auch bei den Regionalplänen zu berücksichtigen ist; das gleiche gilt für den Tourismus als Wirtschaftsfaktor(§ 1 Abs. 6 Nr. 8 lit. a BauGB). Der „Erholung" im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB dienen neben Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen auch Frei- und Grünflächen, während der Tourismus zu den Belangen der „Wirtschaft" gehört. Der „Erholung" dienen die hier streitgegenständlichen Bereiche nicht, zumal laut Textteil des Regionalplanentwurfs diese Kernbereiche für Erholung in guter Zuordnung zu den Ober- und Mittelzentren als Naherholungsgebiete liegen sollen, während die einzig größere Ortschaft in der Nähe, nämlich Tellingstedt, bei der Landesplanung nur als Unterzentrum geführt wird. Tourismus als wirtschaftlich relevanter Faktor findet kaum statt. Auch sollte diese Darstellung als Vorbehaltsgebiet nicht von vornherein dazu führen, dass die betroffenen Flächen von einer Nutzung zur regenerativen Stromproduktion ausgeschlossen werden. 7. Talräume an Gewässern Das Gebiet wird durch die Fließgewässer durchzogen. Die einzuhaltenden Abstände können in der Standortplanung berücksichtigt werden. Die Einschränkungen sind nicht so gravierend, dass das Gebiet sich erheblich vermindern würde. 8. Schutz- und Biotopverbunde In gesetzlich geschützten, flächenhaften, unmittelbar räumlich zusammen-hängenden Biotopen mit einer Größe von insgesamt mindestens fünf Hektar soll die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen werden. Diese Gewichtung befürworten wir. Schwerpunktbereich Schutzgebiet und Biotopverbund Dieses Kriterium wird im BlmSchG-Verfahren untersucht und bewertet. Biotopschwerpunktbereiche in vergleichbaren Größenverhältnisse, sollten wie	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zusammenhängende gesetzlich geschützte Biotope kategorisch für den Ausbau der Windenergie ausgeschlossen werden. Randbereiche sowie Biotopverbundachsen sollten dabei einer Abwägung zugänglich sein. Dementsprechend können Biotopschwerpunktbereiche ab 5 Hektar vom Grundsatz zum Ziel gewandelt werden. Fazit ln der Zusammenfassung ermöglichen die aktuellen Abwägungskriterien große neue Windvorrangflächen in unserer Region, wozu auch das Plangebiet des Bürgerwindparks Schrum-Welmbüttel zählt. Zwischen den genannten Orten ist eine Potentialfläche für den Windenergieausbau möglich. Die Kriterien und der Zuspruch in der Bevölkerung lassen es zu, das Gebiet in der Größenkulisse der gezeigten Rohpotentialflächenkarte als Vorrangfläche in den Regionalplan aufzunehmen. Aus den vorgetragenen Gründen tragen wir die Verfahrensweise, die Kriterien zur Ausweisung von Windvorrangflächen zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im Landesentwicklungsplan gesetzlich im Landesentwicklungsplan auszunehmen, mit. Gleichzeitig bitten wir um die Berücksichtigung des Gebiets zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt als Vorranggebietsfläche für Windenergie im zukünftigen Regionalplan Sachthema Wind, Planungsraum III. Mit freundlichen Grüßen Unterschrift	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2401	Stellungnahme gegen die Ausweisung neuer Windkraft-Potentialflächen im Gemeindegebiet Weesby Sehr geehrte Damen und Herren, als Anwohner, die in unmittelbarer Nähe zu den geplanten Potentialflächen leben, möchten wir hiermit unsere Bedenken gegenüber der vorgesehenen Ausweisung weiterer Potentialflächen für Windkraftanlagen im Gemeindegebiet Weesby, insbesondere im Bereich Weesbyfeld, Weesbylund und im an die Gemeinde	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bramstedtlund grenzenden Gebiet Amay, ausdrücken. Wir appellieren an die verantwortlichen Entscheidungsträger, die Planung dieser Flächen abzulehnen, da sie erheblichen negativen Einfluss auf das Wohnumfeld und die Lebensqualität der Anwohner hat. Wir erklären hiermit, dass wir gegen die Ausweisung neuer Windkraft-Potentialflächen im Gemeindegebiet Weesby sind. Ein zentrales Problem besteht in der Nähe der geplanten Flächen zum Ortskern von Weesby sowie zu den Häusern in Weesbyfeld an der Hauptstraße. Diese Nähe birgt erhebliche Risiken für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Anwohner. Die potentiellen Lärmemissionen durch Windkraftanlagen können nicht nur die Nachtruhe massiv beeinträchtigen, sondern auch zu dauerhaften gesundheitlichen Belastungen führen, wie Studien zu Schall und Infraschall belegen. Darüber hinaus führen die Windkraftanlagen zu einer erheblichen visuellen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Die Errichtung weiterer Anlagen würde das Erscheinungsbild unserer Region noch stärker verändern und sicher den ländlichen Charakter nachhaltig beschädigen. Besonders in Bezug auf Umzingelung und Riegelbildung in der Gemeinde Weesby sollte von den Potentialflächen im südlichen, südwestlichen und westlichen Bereich Abstand genommen werden. Nicht zuletzt ist der finanzielle Aspekt für uns Anwohner von großer Bedeutung. Der Bau von Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe würde mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Wertverlust der Immobilien führen. Dieser Punkt darf in der Abwägung der Vorteile und Nachteile solcher Großprojekte nicht außer Acht gelassen werden. Bereits im Januar 2019 wurde in einer Stellungnahme der Gemeinde Weesby die Entscheidung begrüßt, dass die Fläche PR1_SLF_005 im Bereich Weesbylund aus Vorsorge zur Umzingelung der Gemeinde Weesby im 2. Entwurf der Landesplanung keine Berücksichtigung mehr findet. Von daher gehen wir davon aus, dass an dieser Entscheidung weiterhin festgehalten wird. Vor allem auch, weil in der letzten Landesverordnung über die Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I vom 30. Dezember 2020 die Gebiete SLF_002 und SLF_005 aufgrund der bereits hohen Belastung durch Windkraftanlagen sowie der Riegelbildung als Vorrangflächen abgelehnt wurden. Mit dieser Ablehnung soll verhindert werden, dass zusätzliche Belastungen durch neue Windkraftanlagen in bereits stark belastete Gebiete eingebracht werden. Die Gemeinde Weesby ist ein bereits sehr stark belastetes Gebiet mit 64 Windkraftanlagen im Umkreis von 5km um den Ortskern und der letzte freie	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sektor zwischen Bramstedtlund und Holt würde mit Ausweisung als Potentialfläche und der Möglichkeit, ein Vorranggebiet zu werden, geschlossen werden. Wir bitte Sie daher, unsere berechtigten Bedenken in Ihren Entscheidungen zu berücksichtigen und die Planung der Potenzialflächen zu überdenken. Der Schutz der Lebensqualität der Anwohner sollte oberste Priorität haben. Im Namen der gesamten Familie [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2518	Stellungnahme zum Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 bzgl. der Potenzialfläche PR1_NFL_131 Sehr geehrte Damen und Herren, die Bürgerwindpark [redacted] begrüßt ausdrücklich die Aufnahme der Potenzialfläche PR1_NFL_131) in die im Betreff genannte Teilfortschreibung mit folgender Begründung: • Bei der Fläche handelt es sich um einen Raum, der im Sinne des Grundsatzes 4.5.1 Abs. 1 der im Betreff genannten Teilfortschreibung unter Berücksichtigung aller relevanten Belange für den Ausbau der Windenergienutzung mit Augenmaß in Betracht kommt. • Die Fläche hält die Abstände gemäß Kap. 4.5.1.1 der im Betreff genannten Teilfortschreibung ein. Mit freundlichen Grüßen Bürgerwindpark [redacted] [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2517	Stellungnahme zum Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 bzgl. der Potenzialfläche PR1_NFL_083 (Marienkoog, Galmsbüll) Sehr geehrte Damen und Herren, die Bürgerwindpark [redacted] begrüßt ausdrücklich die Aufnahme der Potenzialfläche PR1_NFL_083 in die im Betreff genannte Teilfortschreibung mit folgender Begründung: • Das Fachbüro BioConsult SH kommt in seinem ornithologischen Fachgutachten (Anhang 1) aus 12/2023 u.a. zu folgenden, bestätigenden Auffassungen: o „Von den nach MELUND & LLUR (2021) als windkraftsensibel eingestufte Greifvogelarten berührt nach den Ergebnissen der Nestkartierungen der Groß- und Greifvögel in den Jahren 2018, 2021 und 2022 sowie der Datenrecherche keine mit ihrem artspezifischen Nahbereich die WEA-Planung (Stand: 20.06.2023; MELUND & LLUR 2021).“ (Seite 11) o „Von den nach LANU (2008) und MELUND & LLUR (2021) als windkraftsensibel eingestuften Groß- und Greifvogelarten als windkraftsensibel eingestuften Groß- und Greifvogelarten berührt nach den Ergebnissen der Nestkartierungen der Groß- und Greifvögel in den Jahren 2018, 2021 und 2022 sowie der Datenrecherche ebenfalls keine mit ihrem artspezifischen Beeinträchtigungsbereich oder ihrem artspezifischen Prüfbereich für Nahrungsgebiete das Vorranggebiet sowie die WEA-Planung (MELUND & LLUR 2021; LANU 2008).“ (Seite 11) o „Fazit Zugvögel: Eine potenzielle vorhabenbedingte Betroffenheit der als Zugvögel auftretenden Individuen ist nicht gegeben.“ (Seite 40) o „Fazit Rastvögel: Eine potenzielle vorhabenbedingte Betroffenheit der als Rastvögel auftretenden Individuen ist nicht gegeben.“ (Seite 41) o „Der Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (Erhebliche Störungen) wird vorhabenbedingt für Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie sowie für europäische Vogelarten nicht verwirklicht.“ (Seite 51) o „Unter der Voraussetzung, dass die in Kapitel 5 genannten Maßnahmen zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG umgesetzt	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt allerdings nicht zu einer Änderung des Planentwurfs. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden, ist das geplante Windenergievorhaben als artenschutzrechtlich zulässig anzusehen.“ (Seite 52) • Das Fachbüro BioConsult SH kommt mit der FFH-Verträglichkeitsprüfung (Anhang 2) aus 05/2019 u.a. zu folgenden, bestätigenden Auffassungen: o „Die Verträglichkeitsprüfung kam für alle Erhaltungszielarten, für die im externen Gutachten von Rohr et al. (2018) eine erhebliche Beeinträchtigung bisher nicht ausgeschlossen werden konnte, zu dem Schluss, dass nach vertiefter Prüfung erhebliche Beeinträchtigungen durch eine Windenergienutzung auf der Fläche PR1_NFL_039 ausgeschlossen werden können. Dies gilt sowohl für Vorkommen innerhalb des Schutzgebietes (tatsächliche oder potenzielle Brutplätze, bei Rastvögeln unverzichtbare tatsächliche oder potentielle Nahrungs-/Rastflächen), als auch für etwaige Funktionsbeziehungen zu essenziellen Teilhabitaten außerhalb des Schutzgebietes, aber innerhalb des 1.200 m-Puffers, bei denen von regelmäßigen Wechselbeziehungen zwischen dem VSG und Teilhabitaten auszugehen wäre.“ (Seite 42) o „Eine Beeinträchtigung des Erhaltungszustandes der Arten sowie eine Beeinträchtigung der übergreifenden und speziellen Erhaltungsziele sind somit nicht zu befürchten.“ (Seite 42) • In dem Bereich Marienkoog findet bereits seit 1993 eine windenergetische Nutzung statt. Nach erfolgtem Repowering sind dort derzeit insgesamt acht Windenergieanlagen (WEA) der Multimegawatt-Klasse errichtet und in Betrieb. Es ist ein weiteres Repowering geplant, das sich in einem fortgeschrittenen Genehmigungsverfahren befindet. • Bei der Fläche handelt es sich um einen Raum, der im Sinne des Grundsatzes 4.5.1 Abs. 1 der im Betreff genannten Teilfortschreibung unter Berücksichtigung aller relevanten Belange für den Ausbau der Windenergienutzung mit Augenmaß in Betracht kommt. • Die Fläche hält die Abstände gemäß Kap. 4.5.1.1 der im Betreff genannten Teilfortschreibung ein. Mit freundlichen Grüßen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bürgerwindpark [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2539	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten die Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. 1.2 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope 1.2.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. 1.2.2 Kleinstbiotope Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2538	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als	Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten die Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. 1.2 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope 1.2.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegungen des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Der Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999, fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen ins Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystem gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung wiedergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt werden sowie im Rahmen der Abwägung die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen insbesondere darauf überprüft wird, wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	1.2.2 Kleinstbiotope Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet (B zu 5 G zu (2)), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrerer Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte im Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 3 LNatSchG eine Ausnahme für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des § 2 EEG 2023 ist das jeweilige Ermessen auf null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und jeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebiete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1943	Sehr geehrte Damen und Herren, im Anhang übersenden wir Ihnen die gemeinsame Stellungnahme der im nordöstlichen Bereich der Gemeinde Westensee tätigen Landwirte. Wir sind teilweise direkt von den Windpotenzialflächen Nr. PR2_RDE_095 und Nr. PR2_RDE_164 betroffen und haben daher eine gemeinsame Stellungnahme zu diesen Gebieten verfasst. Unsere Stellungnahme steht weitgehend im Einklang mit der mehrheitlichen Entscheidung des Gemeinderats von Westensee. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] [eingefügt aus Anhang] Stellungnahme zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Sachthema Windenergie Die Eigentümergemeinschaft der im Bereich der Windpotenzialflächen [redacted] [redacted] aktiven Landwirte äußert sich geschlossen zum von der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesregierung veröffentlichten Entwurf, 1. Abstände zu Wohnbebauungen Bei der Festlegung von Abstandsregelungen sollten anstatt fester Distanzen, der Schattenwurf auf geschlossene Ortschaften berücksichtigt werden, welche bereits umfänglich im BImSchG-Verfahren berücksichtigt werden. Somit sind die von der Landesregierung vorgeschlagenen Veränderungen bei Teilgebieten, in deren Norden keine geschlossenen Ortschaften liegen zu begrüßen. 2. LSG als Abwägungskriterium Wir teilen die Auffassung der Gemeinde, dass bei der Vergabe der Windkraftpotenzialflächen Rücksicht auf vorhandene Landschaftsbilder genommen werden sollte. Wir sind der festen Überzeugung, dass es nicht zielführend ist, sich bei der Planung an den starren Grenzen der vorhandenen Landschaftsschutzgebiete zu orientieren. Diese lassen sich unter Berücksichtigung von Topografie, Landnutzung, Landschaftselementen und Tierartenvorkommen nicht nachvollziehbar begründen. Die Planung sollte sich stattdessen an den Auswirkungen auf für Regionen bedeutende Landschaftsbilder orientieren, welche durch die aktuelle Lage von Orten, Verkehrsnetzen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gut einsehbar sind (Sichtachsen). 3. Konzentration von Windkraftanlagen Um den Ausbau der Windenergie im Land Schleswig-Holstein gleichmäßig zu verteilen, sollten auch Flächen, wie die Potenziale in und um Westensee berücksichtigt werden. Nur so können auch wirtschaftlich schwächere Regionen vom Ausbau profitieren und der Erhalt der wichtigen Infrastruktur auf dem Land gefördert werden. Nachstehend wird unter Anwendung der Ziele und Grundsätze Stellung zu den veröffentlichten Potenzialflächen genommen: l. Potenzialfläche Nr. [redacted] a. Die Potenzialfläche liegt teilweise im Landschaftsschutzgebiet Westensee. Der Schutzzweck des LSG konzentriert sich auf das Landschaftsbild des Westensees, welches von den großflächig landwirtschaftlich genutzten Bereichen getrennt zu betrachten ist. Mit Ausnahme der östlich des Tunneltals liegenden Flächen, befindet sich das Potenzialgebiet außerhalb der bedeutenden Blickachsen des LSG und beeinträchtigt das Landschaftsbild	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des Westensees nur geringfügig. Somit sollte die Grenze des Potenzialgebiets entlang des Tunneltals und nicht entlang des LSG verlaufen, b. Gleichzeitig ist festzustellen, dass das Gebiet keine kulturellen Merkmale aufweist, die nicht auch an einigen weiteren Stellen der Region zu sehen sind. c. Knapp 30 Hektar der Fläche befinden sich derzeit im Genehmigungsverfahren für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage. Dies spricht dafür, dass die Fläche bereits durch erneuerbare Energien genutzt wird und somit keinen unberührten Naturraum darstellt. Ebenfalls könnte hierdurch ein Beispiel der Synergien der Erneuerbaren Energien hervorgerufen werden. d. Die Naherholungsnutzung der Fläche bleibt trotz eines Windparks möglich. Zudem gibt es umliegend ausreichend andere Naherholungsgebiete, die den Erholungsdruck auf diese Fläche mindern. e. Im nahegelegenen Felder Holz gibt es derzeit keinen aktiven Horst von Rotmilanen oder anderen seltenen Greifvögeln. Die bekannten Horste in der Region sind seit über fünf Jahren inaktiv, was die Naturschutzbedenken bezüglich dieser Fläche reduziert. f. Nach Angaben verschiedener Projektierer und deren Rücksprache mit der Bundeswehr, steht von Seiten der Bundeswehr einzig eine Höhenbegrenzung der WEA von 200 m für die besagte Fläche im Raum.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	g. Der Ausbau dieser Windkraftfläche stellt eine der einzigen Möglichkeiten für die Gemeinde Westensee dar, Einnahmen aus Windkraft zu erzielen, ohne das landschaftlich wertvolle Gebiet des Westensees signifikant zu beeinträchtigen. Fazit: Die genannten Punkte sprechen deutlich für die Ausweisung eines größeren Teils dieser Fläche als Windkraftpotenzialfläche. II. Potenzialfläche Nr. [redacted] a. Die Fläche ist in Zusammenhang mit dem naheliegenden Gebiet Nr. [redacted] zu sehen. Dies sollte ausreichen, um die Fläche in den Landesentwicklungsplan aufzunehmen. b. Die Verteilung der Windkraftstandorte innerhalb einer Gemeinde hat einen maßgeblichen Einfluss auf die ansässigen landwirtschaftlichen Betriebe. Durch eine breite Verteilung der Standorte auf möglichst viele Landeigentümer kann die Landesregierung dem fortschreitenden Kulturwandel in der Landwirtschaft entgegenwirken und die wirtschaftliche Stabilität der landwirtschaftlichen Betriebe fördern. c. Der Ausbau dieser Windkraftfläche stellt eine der einzigen Möglichkeiten für die Gemeinde Westensee dar, Einnahmen aus Windkraft zu erzielen, ohne das landschaftlich wertvolle Gebiet des Westensees signifikant zu beeinträchtigen. Die Ausweisung dieser	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fläche würde die Anzahl der von der Windkraft profitierenden Landwirte und Bürger deutlich erhöhen. Fazit: Die genannten Punkte sprechen deutlich für die Ausweisung dieser Fläche als Windkraftpotenzialfläche. [Fünf Signaturen]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2516	Stellungnahme zum Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 bzgl. der Potenzialfläche PR1_NFL_082 (Norderhof, Galmsbüll) Sehr geehrte Damen und Herren, die Bürgerwindpark Galmsbüll begrüßt ausdrücklich die Aufnahme der Potenzialfläche PR1_NFL_082 in die im Betreff genannte Teilfortschreibung mit folgender Begründung: • In dem nördlichen Bereich des o.g. Gebiets findet bereits seit 1993 eine windenergetische Nutzung statt. Nach erfolgtem Repowering sind dort derzeit 13 Windenergieanlagen (WEA) der Multimegawatt-Klasse errichtet und in Betrieb. Vor wenigen Monaten (05/2024) wurde ein weiteres Repowering mit sechs WEA der 5-MW-Klasse (133 m Rotordurchmesser und 180 m Gesamthöhe) in diesem Gebiet genehmigt. • Bei der Fläche handelt es sich um einen Raum, der im Sinne des Grundsatzes 4.5.1	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abs. 1 der im Betreff genannten Teilfortschreibung unter Berücksichtigung aller relevanten Belange für den Ausbau der Windenergienutzung mit Augenmaß in Betracht kommt. • Die Fläche hält die Abstände gemäß Kap. 4.5.1.1 der im Betreff genannten Teilfortschreibung ein. Mit freundlichen Grüßen Bürgerwindpark [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1940	Die Stellungnahme erfolgt für die [redacted] GbR. Die Gesellschaft betreibt die Planung eines Bürgerwindparks in den Gemarkungen Nindorf und Remmels, größtenteils überlappend mit den Flächen PR2_RDE_135 & PR2_RDE_138 der vorangegangenen Teilfortschreibung. Die Stellungnahme bezieht sich insbesondere auf **17 G Brutplätze windkraftsensibler Großvögel**, betrifft teilweise aber auch andere Bereiche der Anlage 1 zu §1 der LEPWindVO (z.B. 16 Z). Die Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land führt unter *17 G Brutplätze windkraftsensibler Großvögel* Abstandsvorgaben ein, innerhalb derer in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll. Insbesondere soll durch die Anwendung der Regelungen eine Vermeidung der Kollision (z.B. Rotmilan, Seeadler) und so eine Minderung des Tötungs- und Verletzungsrisikos erreicht werden. Aus unserer Sicht werden hierbei unter 17 G in Verbindung mit B zu 17 neue Abstandsbereiche definiert, welche deutlich von den bereits vorhandenen Vorgaben aus dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatschG) abweichen.	Prüfung MEKUN insb. bzgl. Schwarzstorch Hinsichtlich der Kritik an den Abständen zu Großvogelbrutplätzen wird auf Ziffer 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet darüber hinaus Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird bezüglich der konkreten Flächenhinweise auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Begründung für die Freihaltung eines 2.000 m Radius um Schwarzstorchbrutplätze wurde angepasst. Auf den zweiten Entwurf des LEP wird verwiesen. Der pauschale Freihalteradius wird beibehalten.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemäß §45b BNatschG in Verbindung mit Anlage 1 zum BNatschG beträgt der Nahbereich für den Rotmilan 500m und der zentrale Prüfbereich 1200m. Das BNatschG führt dazu aus: (3) Liegt zwischen dem Brutplatz einer Brutvogelart und der Windenergieanlage ein Abstand, der größer als der Nahbereich und geringer als der zentrale Prüfbereich ist, die in Anlage 1 Abschnitt 1 für diese Brutvogelart festgelegt sind, so bestehen in der Regel Anhaltspunkte dafür, dass das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare signifikant erhöht ist, soweit 1. eine signifikante Risikoerhöhung nicht auf der Grundlage einer Habitatpotentialanalyse oder einer auf Verlangen des Trägers des Vorhabens durchgeführten Raumnutzungsanalyse widerlegt werden kann oder 2. die signifikante Risikoerhöhung nicht durch fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen hinreichend gemindert werden kann; werden entweder Antikollisionssysteme genutzt, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen angeordnet, attraktive Ausweichnahrungshabitate angelegt oder phänologiebedingte Abschaltungen angeordnet, so ist für die betreffende Art in der Regel davon auszugehen, dass die Risikoerhöhung hinreichend gemindert wird. (4) Liegt zwischen dem Brutplatz einer Brutvogelart und der Windenergieanlage ein Abstand, der größer als der zentrale Prüfbereich und höchstens so groß ist wie der erweiterte Prüfbereich, die in Anlage 1 Abschnitt 1 für diese Brutvogelart festgelegt sind, so ist das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare nicht signifikant erhöht, es sei denn, 1. die Aufenthaltswahrscheinlichkeit dieser Exemplare in dem vom Rotor überstrichenen Bereich der Windenergieanlage ist aufgrund artspezifischer Habitatnutzung oder funktionaler Beziehungen deutlich erhöht und 2. die signifikante Risikoerhöhung, die aus der erhöhten Aufenthaltswahrscheinlichkeit folgt, kann nicht durch fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen hinreichend verringert werden. Durch die im Entwurf vorgelegten Vorgaben eines „engen Radius bis 1000m“ und eines „weiten Radius bis 1500M“ für den Rotmilan wird der im BNatschG gesetzte Rahmen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	der Kollisionsgefährdung deutlich überschritten. Insbesondere die im BNatschG eröffneten Möglichkeiten einer Prüfung der in Anlage 1 genannten Maßnahmen wird so bereits vor dem eigentlichen Genehmigungsverfahren auf Basis der Raumplanung verunmöglicht. Für Brutvogelarten, die empfindlich auf Windenergie reagieren, sind die in Anlage 1, Abschnitt 1 und Abschnitt 2 genannten Prüfbereiche für Fortpflanzungsstätten abschließend festgelegt. Wir empfehlen, keine zusätzlichen Regelungen vorzunehmen, um die Verfügbarkeit der Flächen nicht weiter einzuschränken. Mit dem Inkrafttreten von § 45 b des BNatSchG wurde die Gefährdung kollisionsanfälliger Brutvogelarten abschließend festgelegt. Dadurch kann der Schutz dieser Vögel durch geeignete Maßnahmen gewährleistet werden. Ein zusätzlicher Ausschluss erfordert die Implementierung von Gebietsschutzmaßnahmen (Siehe 16 Z), wie die Ausweisung von Vogelschutzgebieten, wenn der Schutz dieser Arten höher priorisiert wird als der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen. Die Anwendung von § 44(1) und § 45 b des BNatSchG ist bei allen Projekten zwingend erforderlich. Weitere Einschränkungen würden den grundlegenden Vorgaben des BNatSchG widersprechen. Wir fordern daher die Vorgaben der Prüfbereiche analog zur Anlage 1 des BNatschG vorzunehmen. Hierbei sollte die Ausweisung von Flächen sich an der Grenze des z.B. für den Rotmilan gültigen 500m Nahbereichs orientieren. Eine Einschränkung aufgrund der Überschneidung des konkreten Vorhabens mit dem zentralen Prüfbereich, sollte erst Bestandteil des jeweiligen Genehmigungsverfahrens sein und im Artenschutzrechlichen Fachbeitrag inklusive der Bewertung von Minderungsmaßnahmen erörtert werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der schnell Fortschreitenden Entwicklung von kollisionsverhindernden Systemen (z.B. Protecbird, Identiflight) ist eine Einschränkung der Flächen über das im BNatschG vorgesehen Maß aus unserer Sicht nicht mit den Zielen des Ausbaus der Erneuerbaren Energien in Einklang zu bringen und fördert nicht den Schutz des Rotmilans. Weiterhin führt G 17 und B zu 17 den Schwarzstorch als windkraftsensiblen Großvogel auf. Es ist festzustellen, dass der Schwarzstorch im BNatschG nicht mit Prüfbereichen aufgeführt ist, abweichend z.B. zu Weißstorch, Rotmilan und Seeadler. Diese Nicht-Aufführung ist auf Basis der Bewertung erfolgt, dass es sich beim	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schwarzstorch um eine nicht erhöht kollisionsgefährdete Art handelt. B zu 17 referenziert daher vermutlich bewusst abweichend auf ein etwaiges Meideverhalten des Schwarzstorchs und führt dies als Begründung an einen Abstandsradius von 2000m einzuführen. Aus unserer Sicht fehlt es für diese weitreichende Einschränkung an nachvollziehbarer Grundlage. Bei der festen Vorgabe von einzuhaltenden Abständen aufgrund von Meideverhaltens wird keine standortbezogene, individuelle und situative Bewertung vorgenommen. Die Durchführung einer Bewertung der Horstlage in Relation zur Vorhabenfläche ist aus unserer Sicht aber essenziell für eine fachgerechte Abwägung der Interessen der Schutzgüter. Die Bewertung der Horstlage des Schwarzstorches beispielsweise in Relation zu der von uns in Planung befindlichen Fläche gestaltet sich derart, dass nicht von einer Meidewirkung auszugehen ist. Die uns vorliegenden Zwischenergebnisse der im Zusammenhang mit unserem Vorhaben aktuell laufenden avifaunistischen Kartierung kommt zu dem Zwischenergebnis, „Ein bekannter Schwarzstorch-Neststandort liegt in ausreichender Entfernung (>1 km) […], so dass nicht von einer Betroffenheit auszugehen ist.“ (S. 35 Windenergievorhaben Nindorf-Remmels, abgelehnte Potenzialflächen PR2_RDE_135 & PR2_RDE_138, Zwischenbericht 2024) Gründe hierfür sind unter anderem: • Eine große aktive Hoflage zwischen Horst und Projektfläche im direkten Nahbereich des Horstes. Inklusive Betrieb einer Biogasanlage. Die Hoflage beeinträchtigt zudem etwaige Sichtachsen in die Projektfläche. • Zweiter Waldstreifen als „Puffer“ zwischen Hoflage und Projektfläche im Bereich von etwa 1000m zum Horst, der Waldstreifen beeinträchtigt zudem etwaige Sichtachsen in die Projektfläche. • Südliche Lage des Horstes zum Vorhabengebiet, dadurch kein Eintrag von Schattenwurf in die Horstlage. • Südliche Lage des Horstes zum Vorhabengebiet, dadurch geringerer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schalleintrag aufgrund kaum auftretender Nordwind-Wetterlagen. • Direkte Nähe des Horstes zu Straßenverkehr und anderen Lärmquellen (Biogasanlage). Mit der Festlegung eines festen „Meideradius“ von 2000m wird von der Möglichkeit der individuellen Bewertung abgewichen. Sollte die Festlegung von Radien aus Sicht der Landeplanung zwingend erforderlich sein, sollte hier analog zu den Vorgaben des BNatschG eine mehrstufige Näherung aufgenommen werden. Eine Abstufung von 500m als Nahbereich, 1000m als zentraler Prüfbereich und 2000m als erweiterter Prüfbereich scheint hier angemessen und würde eine Abwägung der naturschutzfachlichen Belange im Genehmigungsverfahren ermöglichen. Vielen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2537	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. zu Punkt 1 Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung. Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Punkt 1.2 Es ist ausdrücklicher Wille des Plangebers, zu verhindern, dass

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1.1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten die	bereits existierende Maßnahmenflächen aufgrund von Eingriffen auf den Flächen verlagert werden müssen. Mit dem formulierten Grundsatz sollen bestehende und gesicherte Maßnahmenflächen in ihrer Funktion erhalten bleiben. Ob die Funktionen und Schutzzwecke mit der WEA-Nutzung im Konflikt stehen, wird im Einzelfall geprüft. Angesichts der zunehmenden Flächenknappheit von Ausgleichsflächen kommt auch Ökokontoflächen, die noch keinem konkreten Vorhaben zugewiesen sind eine größere Bedeutung zu, so dass sie nach Möglichkeit freigehalten werden sollen. Dies ist auch im Sinne der Vorhabenträger von WEA-Projekten.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z) Rechnung getragen. 1.1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass die Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 Z), dem erheblichen Interesse an	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	der effektiven Nutzung von Infrastruktur, der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 G – Vorranggebiete Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land, jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 Z). 1.1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließenden Gartenbereichen, Scheunen o.ä. noch auf den jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die keinen Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Ein über 800 m hinausgehender Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine nicht nachvollziehbare Unbestimmtheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung. 1.1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. 1.2 Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 G – Kompensations- und Ökokontoflächen Gemäß Kapitel 4.5.1.4 Absatz 7 sollen als Grundsatz der Raumordnung die räumlichen Bedarfe von Kompensationsflächen sowie Ökokontoflächen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 7 wird auf Vorhaben unter anderem des Straßenbaus Bezug genommen, deren erforderliche Kompensationsmaßnahmen auf angemessenen Flächen realisiert werden müssten, was vielfach auch aus dem Artenschutz resultiere. Des Weiteren würden für unterschiedliche Planvorhaben auf weiteren Flächen naturschutzrechtliche Ausgleichs- und/oder Ersatzmaßnahmen, möglicherweise in anerkannten Ökokonto-Flächen, geplant, seien in Umsetzung oder bereits umgesetzt. Es sei im Einzelfall zu prüfen, ob derartige Flächen für die Ausweisung von Windenergiegebieten in Frage kommen. Die Begründung B zu 7 erweckt den Eindruck, es solle bereits vor einer entsprechenden Festsetzung der Kompensationsmaßnahmen für Straßenbauvorhaben durch einen nach § 17 FStrG erforderlichen Planfeststellungsbeschluss vorlaufend die Fläche freigehalten werden. Dies stünde im Widerspruch zur gegenseitigen Berücksichtigung von Planungen, zumal sich Planfeststellungsverfahren über Jahre verzögern können und ständigen Planänderungen unterliegen. Die Landesplanung darf abwägend deshalb keine noch nicht planfestgestellte Kompensationsmaßnahmen berücksichtigen. Weiter stehen Kompensationsmaßnahmen oder Ökokonten einer Ausweisung von Windenergiegebieten auch nicht entgegen, sodass kein unlösbarer Konflikt bei Genehmigungen von WEA in diesen Bereich entstehen. Vielmehr sind dann die vorhandenen Wertigkeiten, die von einem neuen Eingriff nach § 14 BNatSchG betroffen sind, im Rahmen der Ermittlung der Kompensation nach § 15 BNatSchG zu berücksichtigen. Ein Genehmigungshindernis besteht nicht. Der Sache nach wird die Kompensationsmaßnahme lediglich verlagert, wobei gleich-ermaßen die Bilanzierung für den Naturhaushalt ausgeglichen bleibt. Die Kartierung des Kriteriums des überregionalen Vogelzuges steht einer weiteren Ausweisung als Potenzialgebiet nicht entgegen. Weiter sind innerhalb des Potenzialgebietes bereits 2 Windenergieanlagen im nördlichen Bereich errichtet worden,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die innerhlab des Korridors des überregionalen Vogelzuges stehen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen	
Institution: Amt Bad Bramstedt-Land, Fachbereich Planung & Verwaltung ID: M2279	Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1. Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans-Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) Hier: Stellungnahme der Gemeinde Großenaspe Ihre Mail vom 13.06.2024 Sehr geehrter Herr Hilker, namens und im Auftrage der Gemeinde Großenaspe nehme ich zur o.a. Teilfortschreibung wie folgt Stellung: Die Gemeinde Großenaspe hat durchaus Verständnis dafür, dass zur Erreichung der Energie- und Klimaschutzziele weitere Potentialflächen für die Windenergie gesucht und ausgewiesen werden sollen. Gleichwohl lehnt die Gemeinde Großenaspe die Ausweisung weiterer Potentialflächen bzw. Vorranggebiete auf ihrem Gemeindegebiet entschieden ab. Hintergrund ist, dass die Gemeinde in den zurückliegenden Jahren und auch aktuell durch entsprechende Beschlüsse und Maßnahmen bereits einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der staatlichen Energie- und Klimaschutzziele geleistet hat. Durch die Ausweisung weiterer Vorranggebiete für Windenergie würde das bisher positive Verständnis in der Gemeindevertretung und auch in der Bevölkerung sehr schnell ins Gegenteil und somit in breite Ablehnung umschlagen. Das will die Gemeinde unbedingt vermeiden Zum Verständnis dieser Situation seien nachstehende Fakten dargestellt: 1. Mit den von der Gemeinde positiv befürworteten Vorrangflächen a) PR 3 SEG 018 voraussichtlich 4 WEA (davon 3 WEA bereits genehmigt) in Großenaspe	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel 4.5.1. (allgemeines Kapitel) und 4.5.1.1 (Siedlungsstruktur) des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1.2, 2.11.1, 7.1.3, 7.1.4, 7.2.12 und 7.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	b) PR 3 SEG 024 11 WEA in Wiemersdorf - direkt an der westl. Gemeindegrenze und 5 WEA auf Großenasper Gemeindegebiet c) PR 3 SEG 027 – 7 WEA in Wiemersdorf - direkt an der westl. Gemeindegrenze d) PR 3 SEG 019 – 11 WEA in Hardebek/Hasenkrug, westl. des Ortsteils Brokenlande befinden sich u.a. auf dem Gemeindegebiet bereits fünf errichtete und weiterhin drei bereits genehmigte Windkraftanlagen. 2. Durch die Änderung des F-Plans, die Aufstellung vorhabenbezogener Bauleitpläne sowie weiterer aktuell stattfindender Projektplanungen wurden/werden nachstehende Energie- und Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt bzw. proaktiv unterstützt: a) Ausweisung einer 15 Hektar Fläche für Photovoltaikanlagen im Ortsteil Brokenlande b) Ausweisung einer 25 Hektar Fläche für Photovoltaikanlagen im Süden des Gemeindegebietes c) Errichtung eines Wasserstoffkraftwerks im Bereich der Klärteichanlage d) Errichtung einer Stromtankstelle für Lkw u. Pkw.im OT Brokenlande im unmittelbaren Nahbereich der A7 Anschlussstelle e) Errichtung eines Batterie-Großspeichers auf 15 Hektar im OT Brokenlande – hierzu wurden erste Gespräche mit einem Investor geführt – 3. Durch die im Entwurf ausgewiesenen Potentialflächen würden vielfach im Falle der Einstufung/Umsetzung als Vorrangfläche sowohl für den Ort Großenaspe wie auch für den Ortsteil Brokenlande für die Bevölkerung unerwünschte Umzingelungseffekte eintreten; zudem würden vielfach bisher noch wertvolle unberührte Naherholungs- und Naturlebensräume erheblich beeinträchtigt. 4. Die Bevölkerung der Gemeinde Großenaspe wird zudem durch die Immissionen und durch den permanent steigenden Anlieferverkehr der südlich im Gemeindegebiet bestehenden Bauschuttdeponie der Kl. I mit einem aktuellen Deponievolumen von 1.2 Mio. Kubikmeter Fassungsvermögen erheblich beeinträchtigt. Aktuell wird auf Betreiben der Großenasper Entsorgungsgesellschaft ein Planfeststellungsverfahren für eine Erweiterung des Deponievolumen auf 2.3 Mio. Kubikmeter durchgeführt. Im Falle der Genehmigung würden weitere wertvolle bisher landwirtschaftlich genutzte Acker- und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Naturflächen langfristig verloren gehen. Ebenfalls ist davon auszugehen, dass der permanent steigende LKW-Schwerlast-Anlieferverkehr zur Deponie, der jetzt schon überwiegend durch den Ortskern stattfindet, zu weiteren Belastungen für die Anwohner führen wird. Unter Berücksichtigung der vorstehenden Darlegungen wäre die Gemeinde Großenaspe dankbar, wenn im Entwurf des LEP keine weiteren Potential- /Vorrangflächen Windenergie für das Gemeindegebiet ausgewiesen werden. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] -Bürgermeister-	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1941	Zur Windpotenzialfläche PR3_DIT_309 möchte ich folgende Stellungnahme abgeben, es ist mir persönlich nicht nachzuvollziehen das diese Fläche abgelehnt wird wegen Bodenbrüter und anderen Brutvögeln während zeitgleich im selben Gebiet eine Erdleitungstrasse durchführen soll wo keinerlei Bedenken wegen der oben angeführten Vogelarten	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen, namentlich auf den Wunsch, eine Potenzialfläche der alten Regionalplanung Wind zum Vorranggebiet zu machen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1939	Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus – einem bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins. Es steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung, dass z.B. die mögliche Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101 einen unzureichenden Abstand zu festgelegten Siedlungsbereichen (hier der Siedlungsachse Kiel–Melsdorf–Felde) aufweist. Generell muss als Ziel und Grundsatz der Raumordnung definiert werden, dass zu festgelegten	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 3.15.1, 7.1.1, 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bzw. geplanten Siedlungsbereichen/-achsen ein Abstand von Vorrang- und Potenzialflächen von mindestens 1000m (800m + 200m Sicherheitspuffer) einzuhalten ist.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1938	Sehr geehrte Damen und Herren, wir, die [redacted], betreiben und planen zahlreiche Windparks in Schleswig-Holstein. Der Form halber möchten wir zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig Holstein – Fortschreibung 2021 Stellung nehmen. Wir begrüßen den Willen der Landesregierung den erneuerbaren Energien mehr Raum zu geben. Im weiteren Planungsprozess sollten vor allem Flächen erweitert werden, in denen schon Windenergieanlagen stehen und somit bestehende Infrastruktur genutzt werden kann. Wir behalten uns vor, weitere Stellungnahmen im Planungsverfahren abzugeben, die dann einen konkreten Bezug zu berücksichtigten oder nicht berücksichtigten Flächen haben. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Institution: Energie & Land Projektierungs GmbH, Keine Abteilung ID: 1937	Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Ministerin, Im Rahmen des Auslegungsverfahrens nehmen wir im Auftrag einer nachstehend beschriebenen Planungsgemeinschaft für die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zum Thema *Windenergie an Land* form- und fristgerecht nachfolgend Stellung, insbesondere bezogen auf die Gemeindegebiete von Alveslohe, Bilsen und Ellerau im Landkreis Pinneberg. Die Planungsgemeinschaft [redacted], die sich aus lokalen Akteuren/ Landeigentümern zusammensetzt, plant auf eigenen Flächen im oben beschriebenen Gebiet, das auch in	Die Stellungnahme unterstützt in vielen Äußerungen das Vorgehen der Landesplanung und wir diesbezüglich zur Kenntnis genommen. Sie beinhaltet aber auch Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen, namentlich auf konkret gewünschte Flächenausweisungen. Sie werden zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Der Schutz von Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel dient

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	den veröffentlichten Karten zum Beteiligungsverfahren sichtbar ist, mehrere Windkraftanlagen zu errichten. Die Standorte befinden nördlich von Quickborn in den drei Gemeindegebieten. Die Flächen gehören zu einer alten Potenzialfläche. Die Stellungnahme selbst entnehmen Sie bitte dem beigefügten Dokument. In der Zusammenfassung ermöglichen die aktuellen Abwägungskriterien große neue Windvorrangflächen in Schleswig-Holstein, wozu auch das Plangebiet zwischen Alveslohe, Bilsen, Quickborn und Ellerau zählen kann. Zwischen diesen Orten ist eine Potentialfläche für den Windenergieausbau möglich. Die Kriterien und der Zuspruch in der Bevölkerung lassen es zu, das Gebiet in der Größenkulisse der gezeigten Rohpotentialflächenkarte als Vorrangfläche in den Regionalplan aufzunehmen. **Die Vorgehensweise, die Kriterien zur Ausweisung von Windvorrangflächen zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im Landesentwicklungsplan zu verordnen, wird grundsätzlich befürwortet. Gleichzeitig bitten wir im Namen der Planungsgemeinschaft um die Berücksichtigung des Gebiets als Vorranggebietsfläche für Windenergie im zukünftigen Regionalplan Sachthema Wind.** Mit freundlichen Grüßen, i.A. [redacted]	dem vorbeugenden Artenschutz. Solange konfliktärmere Vorrangflächen ermittelt werden können, auf denen WEA mit geringeren zu erwartenden Auflagen und damit Abschaltzeiten betrieben werden können, dient dies einer möglichst effizienten Nutzung von Flächenpotenzialen im Hinblick auf die zu erwartende Stromproduktion.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1936	[redacted] An das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig- Holstein	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5, 7.1.3, 7.2.7, 2.1-2.5, 7.2.9, 7.3, 7.4, 4.1, 5.9, 4.5, 3.17, 3.18, 3.15, 3.3, 7.2.12 und 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesplanungsbehörde Referat IV 64 Düsternbrooker Weg 92 24105 Kiel Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an- , Land“ des Landesentwicklungsplanes SH- Fortschreibung 2021- Erster Entwurf Juni 2024 Westensee, den 8.9.2024 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich dies bezüglich anführen: • Um mehr Zeit für eine fundierte Stellungnahme zu haben, bitte ich darum, dass die Abgabefrist um 3 Monate verlängert wird. • Ich bin für die Pläne der Landesregierung zur weiteren Ausweisung von weiteren Flächen für Windkraftanlagen. Wenn die Landesregierung laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick behalten will, dann müssen die im Folgenden aufgeführten Bedenken und Aspekte zwingend bei den Planungen als Ziele und Grundsätze berücksichtigt werden: • Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (z.B. Veenker, 2020). - Als Ziel und Grundsatz muss gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920m eingehalten wird. • Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel, nach einem Brandereignis mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. • Für o.g. Ereignisse müssen Haftung und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab festgelegt werden. • Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnende und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet. • Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. • Gerade durch die o.g. Abschaffung dieser Regel wird es sonst zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung. Damit verbunden ist meine Sorge und die Gefahr, dass sich in der Folge viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden werden. • Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. dem Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante, weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Dies steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papier) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. • Aus den bereits genannten Akzeptanzgründen aber auch im Sinne der Schutzbedürftigkeit der Anwohnerinnen und Anwohner und Schaffung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	möglichst gleicher Lebensverhältnisse im Land ist das Kriterium der Vorbelastung und die Erzielung einer Konzentrationswirkung von 2 WKA kontraproduktiv. Es soll, wie von der Landesplanung generell angestrebt, eine Gleichverteilung erfolgen. Durch Windenergiegebiete oder Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gemeindegebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. • Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz. • Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u.a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. • Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. • Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit meines Lebens- und Erholungswertes. • Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Lage ist meine Sorge, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses und der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken) durch zukünftig noch höhere Windkraftanlagen gefährdet oder weiter eingeschränkt wird. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 sind bereits bei der Festlegung von Windvorrangflächen und im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Dies muss bereits in den Zielen und Grundsätzen festgeschrieben werden. • Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus – einem bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins. • Es steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung, dass z.B. die mögliche Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101 einen unzureichenden Abstand zu festgelegten Siedlungsbereichen (hier der Siedlungsachse Kiel–Melsdorf–Felde) aufweist. Generell muss als Ziel und Grundsatz der Raumordnung definiert werden, dass zu festgelegten bzw. geplanten Siedlungsbereichen/-achsen ein Abstand von Vorrang- und Potenzialflächen von mindestens 1000m (800m + 200m Sicherheitspuffer) einzuhalten ist. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1934	Hiermit widerspreche der Änderungen der Kriterien bzgl. Windkraftausbau in der Gemeinde Westensee. Das Gebiet als Naturpark ist aus ökologischer Sicht nicht geeignet für Windkraft. Besonders die Höhenunabhängigkeit der Anlagen, die viel zu kurz bemessenen Abstände zu Wald und bewohnten Gebiet, der zu niedrig bemessene Lärmpegel, die massiven Auswirkungen auf den Boden bei Aufstellung sowie Gründung	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zudem enthält die Stellungnahme Hinweise / Argumente, die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Kontaminierung sind in einem Naturpark nicht hinnehmbar. In unserem einzigartigen Gebiet findet mehrfach wichtiger Vogelzug statt. Die Auswirkungen wären verheerend. Außerdem ist dieses durch die Eiszeit geformte Gebiet eine besonders schützenswerte Naturlandschaft. Ich möchte sie eindringlich bitten, diese Kriterien zum Ausbau zu berücksichtigen. Für entstehende Schäden an Tieren, Pflanzen, Menschen und Landschaft sollte trotz Ausbau Vernunft walten.. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 3.18 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1933	Sehr geehrte Damen und Herren, im Hinblick auf die im Planungsverfahren erneut ausgewiesenen Flächen um die Gemeinde Heilshoop herum bitte ich die bereits aus der Gemeinde bereits vorgebrachten Bedenken erneut mit in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, die da wären: • Zerschneidung der Landschaft • Kleinstfläche, die die Abstandswerte zur 110 kv Leitung sowie der Wohnbebauung nicht einhalten kann • Fläche dient auch als Naherholungsfläche - Tourismus und Erholung • Lebensraum der ansässigen Seeadler und Rotmilan Population sowie weiterer schützenswerter Vögel, wie Uhu, Bussard, Weißstorch, Fledermäuse, durchziehende Brutvögel • Siichtachse zum Weltkulturerbe "Hansestadt Lübeck"	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Was mich als Bürger aber am allermeisten ärgert ist, dass bereits jetzt in der näheren Umgebung (Strukdorf an der A20) Solarparks errichtet werden, deren Energie seit der Errichtung nicht genutzt werden können, weil das entsprechende Umspannwerk bis heute nicht errichtet worden ist. Wie kann es sein, dass erst gebaut wird und dann die Planung nicht soweit ist, um den Strom auch zu nutzen!!! Werden die WKA erst mal errichtet, damit die Investoren sich die Gelder abgreifen können??? Wie kann es sein, dass der Strom, der jetzt schon gewonnen wird, nicht eingespeist wird bzw. werden kann, weil es keine ausreichenden Umspannwerke und Leitungen gibt? Man muss doch erstmal die Nutzung sicherstellen, bevor man baut. Das finde ich sehr schwierig auch den Bürgern zu vermitteln. Viele Grüße [redacted] [redacted] Bürgerin und Bürgermeisterin der Gemeinde Heilshoop	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1932	Sehr geehrte Damen und Herren, in der Gemeinde Wapelfeld (24594) ist eine Potentialfläche quer durch das Schwerpunkt- Biotopverbundsystem eingezeichnet. Es kann sich hierbei meiner Meinung nach nur um einen Fehler handeln. Die Fläche wurde mehrfach beantragt in den vergangenen Jahren und vom zuständigen Amt jedes Mal abgelehnt mit Verweis auf das Biotopverbundsystem. Hinzu kommt, dass das umliegende Naturschutzgebiet in den kommenden Jahren erweitert werden soll. Obendrein sind Flächen im bestehenden Naturschutzgebiet Ausgleichsflächen des Nabu und des Landes Schleswig-Holsteins. Ein Teil der Potentialfläche ist ehemaliges Militärgelände, so dass dort ohnehin kein Windrad gebaut werden darf. Ich bin ein Freund der Windkraft, jedoch bitte ich Sie zu berücksichtigen, dass die	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeinde Wapelfeld umschlossen ist vom Biotopverbund, so dass eine Einkesselung durch Windräder schädlich wäre für Vögel und Natur. Falls die Potentialflächen im Nordwesten und im Süden Wapelfelds tatsächlich bebaut werden sollten, wäre unsere kleine Gemeinse vollständig umkesselt durch Windräder. Bitte entschuldigen Sie diese e-Mail kurz vor Ende der Frist. Durch längere Krankheit und Reha-Aufenthalt bin ich erst heute dazu gekommen. Die zweite große Potentialfläche befindet sich in Mitten des Schwerpunktsystems. Ich habe auf der Karte Schleswig Holsteins keinen Windpark finden können, der direkt am Biotopverbundsystem ist. Ich bitte Sie andere geeignetere Flächen zu priorisieren. Wir haben in dem umliegenden Gemeinden große Windparks und in Wapelfeld wurden vor wenigen Wochen erst Windräder genehmigt. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1931	**Betreff: Stellungnahme zu Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** Sehr geehrte Damen und Herren, obwohl die Nutzung erneuerbarer Energien eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Klimawandel spielt, gibt es erhebliche Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen der ausgewiesenen Potentialflächen für Windkraftanlagen in unserer Heimat. Aus diesem Grund möchten wir unsere Ablehnung gegenüber den ausgewiesenen Potenzialflächen für Wind-Industriegroßanlagen in den Gemeinden Fargau-Pratjau, Stoltenberg und Krummbek zum Ausdruck bringen. Bei der Ausweisung ist zu berücksichtigen, dass sich die Gemeinde Fargau-Pratjau bereits entschieden gegen einen weiteren Ausbau der Windenergie positioniert hat. Zudem steht die aktuelle Ausweisung der o.g. im direkten Widerspruch zu den bisherigen Entscheidungen des Kreises Plön aus dem Jahr 2020. Dies, wie auch das ewig andauernde „hin-und-her“ (Vorrangfläche, dann wieder keine Vorrangfläche), führt	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zudem enthält die Stellungnahme Argumente zu den Kapiteln *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur*, Verweis auf Ziffer 2.5 allg. Synopse), *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz,* Verweis auf Ziffer 3.15 allg. Synopse), *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz,* Verweis auf Ziffern 4.8, 4.9, 4.16/17 und 4.20 allg. Synopse*)* und *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter,* Verweis auf Ziffer 6.1 allg. Synopse*)* des Planentwurfes. Es wird ebenfalls auf Ziffern 7.1.3, 7.2.6, 7.2.11, 7.2.12, 7.2.14, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.5 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zu erheblichem Unmut in der Bevölkerung und gefährdet das Vertrauen in die politischen Prozesse im Land. 1. **Verstoß gegen europäisches Recht durch jüngste Gesetzesänderungen:** Die letzten Gesetzesänderungen der Ampelregierung, insbesondere die Anpassungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und die Änderungen im Baugesetzbuch, stehen im Verdacht, gegen europäisches Recht zu verstoßen. Diese Änderungen untergraben die Interessen der Bevölkerung zugunsten eines beschleunigten Ausbaus von Windenergie-Industrieanlagen. Derartige Eingriffe ohne ausreichende Rücksichtnahme auf die Rechte und Belange der Bürger sind rechtlich fragwürdig und gefährden die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung. 2. **Landschaftsschutz und Naturerhalt:** Der Kreis Plön zeichnet sich durch seine malerische Landschaft, Wälder, Seen und eine einzigartige Biodiversität aus. Wind-Industriegroßanlagen würden diese natürliche Schönheit erheblich beeinträchtigen. Der Bau und Betrieb solcher Anlagen werden nicht nur das Landschaftsbild negativ verändern, sondern auch die Lebensräume zahlreicher Tierarten stören und zerstören. Die Wirkung der errichteten Wind-Industriegroßanlagen geht weit über die bebaute Fläche hinaus. 3. **Gefährdung des Seeadlers, anderer Greifvögel und des Vogelzugs:** Besonders besorgniserregend ist die Gefährdung des Seeadlers. Die wichtige Funktion des Seeadler Dichtezentrums wird in seiner Wirkung eingeschränkt, wenn im Nahrungs- und Brutraum des Seeadlers weitere Wind-Industrigroßanlagen errichtet werden. Dieser Nahrungs- und Brutraum ist auch bedeutender Lebensraum anderer geschützter Greifvogelarten wie den Rotmilan und die Wiesenweihe, die regelmäßig in den benannten Gebieten nachweislich gesichtet werden. Die zuvor genannten Potenzialflächen haben gravierende negative Auswirkungen auf den Vogelzug im Frühjahr und Herbst. Dieses ist mit der internationalen Bedeutung dieser Region für den baltischen Vogelzug nicht zu vereinbaren. Weitere Wind-Industriegroßanlagen werden für die Zugbewegungen zwischen Passader, Dobersdorfer und Selenter See zur Ostsee eine Riegelwirkung schaffen, die naturschutzsachlich nicht mehr zu vertreten ist. Die in der Planung vorgesehene Umschließung der Ortslage Neu-Sophienhof hat ebenso eine Abriegelung von Jagdgebieten	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	gebäudebewohnender Fledermäuse zur Folge, deren Vorkommen sich in der Ortslage Neu-Sophienhof und ihrer Umgebung regelmäßig beobachten lässt. 4. **Beeinträchtigung der Lebensqualität** Wind-Industriegroßanlagen sind mit erheblichen Beeinträchtigungen für die umliegenden Bewohner verbunden. Dazu zählen unter anderem Lärmbelästigung durch die Rotoren, Schattenwurf und eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, was zu einem Wertverlust von Immobilien führen wird. Für viele Menschen im Kreis Plön, die Ruhe und Natur als wesentlichen Teil ihrer Lebensqualität betrachten, stellen diese Anlagen eine erhebliche Belastung dar. Die ausgewiesenen Potentialflächen um Neu-Sophienhof umschließen das Dorf nahezu vollständig. Die Belastung der Lebensqualität durch Schattenwurf und Lärm ist somit nicht mehr vom Sonnenstand und von der Windrichtung abhängig. Es ist mit einer extremen Beeinträchtigung zu allen Tages- und Nachtzeiten zu rechen. 5. **Schleswig-Holstein trägt bereits erheblich zur Energiewende bei:** Schleswig-Holstein versorgt sich bereits heute nahezu vollständig mit erneuerbaren Energien und leistet damit einen überproportionalen Beitrag zur Energiewende in Deutschland bei. Dennoch zählen die Menschen in unserem Bundesland zu denjenigen, die mit den höchsten Stromentgelten belastet werden. Die Errichtung zusätzlicher Wind-Großindustrieanlagen in unserer Region geht vor allem zu Lasten der betroffenen Dörfer und unterstützt damit Bundesländer, die deutlich striktere Vorgaben für Wind-Großindustrieanlagen haben und somit einen deutlich geringen Beitrag zur Energiewende leisten. Es kann nicht sein, dass Schleswig-Holstein weiterhin die Hauptlast der Energiewende trägt, während andere Bundesländer gleiche Vorgaben weniger ambitioniert gestalten. 6. **Abschaltung bereits vorhandenen Windkraftanlagen:**Der unzureichende Ausbau von Stromtrassen gen Süden (z.B. SuedLink), führt zu den sehr häufig zu beobachtenden Abschaltungen von Windkraftanlagen in unserer Region. Die zugesagte Einspeisevergütung, wird während dieser Zeit an den Betreiber/Investor weiter ausgeschüttet. Dies führt zu einer deutlichen Anspannung des aus Steuergeldern finanzierten EEG-Budgets. Ein weiterer ungezügelter Ausbau der Windkraft, ohne entsprechenden schnellen Ausbau	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Stromtrassen, wird diesen Effekt weiter verschärfen. Am Ende bezahlt der Steuerzahler finanzstarke Investoren, und das ohne jede Gegenleistung. 7. **Geringste Abstände zu Splittersiedlungen in Schleswig-Holstein:** Schleswig-Holstein weist im Vergleich zu anderen Bundesländern die geringsten Abstände zu Splittersiedlungen aus. Dies führt dazu, dass besonders kleine Siedlungen stark von den Auswirkungen der Windkraftanlagen betroffen sind. Im Planungsgebiet um Neu-Sophienhof verstößt der gezeigte Planungsstand gegen das Prinzip der Rücksichtnahme im Rahmen der Bauleitplanung gemäß § 15 BauNVO. Hierbei ist insbesondere die mögliche Anzahl und die Lage der geplanten Wind-Großindustrieanlagen von entscheidender Bedeutung. Die Verteilung mehrerer Anlagen in allen Himmelsrichtungen in unmittelbarer Nähe zur Wohnsiedlung kumuliert die negativen Auswirkungen auf das Lebensumfeld der Anwohner erheblich. 8. **Gefährdung des sozialen Friedens in den Dörfern:** Ein weiteres gravierendes Problem ist die Gefahr für den sozialen Frieden innerhalb der von der Planung betroffenen Dörfer. Von den Profiten aus den Wind-Großindustrieanlagen profitieren in erster Linie einzelne Landbesitzer und externe Investoren, während der Großteil der Dorfbewohner die negativen Folgen zu tragen hat. Der Verlust an Lebensqualität durch Lärm, Schattenwurf und die Verschandelung des Landschaftsbildes muss von den Anwohnern hingenommen werden, ohne dass sie adäquat entschädigt werden. Dies führt zu einer zunehmenden Spaltung innerhalb der Dorfgemeinschaften, da die Lasten und Nutzen der Wind-Großindustrieanlagen ungleich verteilt sind. Der daraus resultierende Unmut gefährdet den sozialen Zusammenhalt und das friedliche Zusammenleben in unseren Dörfern. 9. **Wirtschaftliche Bedenken:** Es gibt Bedenken, dass die wirtschaftlichen Vorteile der Windkraftanlagen für die betroffenen Gemeinden nicht die negativen Auswirkungen auf die Tourismusbranche und den Immobilienmarkt aufwiegen. Der Kreis Plön ist eine beliebte Region für Erholungssuchende und Naturliebhaber. Der Tourismus repräsentiert eine wichtige wirtschaftliche Kraft in unserer Region. Die Errichtung von Wind-Großindustrieanlagen wird das touristische Potenzial unserer Region schmälern, was ab Baubeginn langfristig zu wirtschaftlichen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verlusten führt. 10. **Eingriff in das Landschaftsbild und die Umwelt durch Infrastrukturmaßnahmen:** Schon der Aufbau der notwendigen Infrastruktur, wie Wege zur Errichtung und Bewirtschaftung der Wind-Großindustrieanlage, führt zu einem erheblichen Eingriff in das Erscheinungsbild der Landschaft. Diese Maßnahmen haben auch erhebliche Auswirkungen auf die Flora und Fauna der Region. Der Bau von Zufahrtsstraßen, Fundamente und Leitungen verursacht nicht nur landschaftliche Narben, sondern bedroht auch empfindliche Ökosysteme. Diese Eingriffe tragen zu einer nachhaltigen Störung des ökologischen Gleichgewichts bei und führen zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Natur, die über die bloße Präsenz der Wind-Großenergieanlagen hinausgeht. 11. **Gefährdung des Kulturguts "Gut Salzau":** Das Verkauf des denkmalgeschützen Gut Salzaus, das für kulturelle, touristische und Naherholungsprojekte von großer Bedeutung ist, ist durch die aktuelle Planung der Wind-Großindustrieanlagen ernsthaft gefährdet. Bei Umsetzung der geplanten Potenzialflächen würde sich das Gut in unmittelbarer Umgebung des Industrieparks "WP Salzau" befinden. Dies würde nicht nur das Landschaftsbild und die Erholungsfunktion des Guts erheblich beeinträchtigen, sondern könnte auch langfristig den Erfolg dieses wichtigen Projekts gefährden. Die Attraktivität und der Erholungswert von Gut Salzau würden durch die Nähe zu industriellen Windkraftanlagen drastisch vermindert. 12. **Beteiligung der Bürger:** In der Planung und Entscheidung über die Nutzung von Potenzialflächen für Windkraftanlagen müssen die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Plön stärker eingebunden werden. Viele Menschen fühlen sich übergangen und nicht ausreichend informiert. Ein transparenterer und demokratischerer Prozess wäre wünschenswert, um Akzeptanz zu schaffen und die Interessen der Bevölkerung besser zu berücksichtigen. Zusammenfassend möchten wir betonen, dass wir die Notwendigkeit der Energiewende anerkennen, jedoch erhebliche Zweifel daran habe, dass die vorgeschlagenen Potenzialflächen für Wind-Großindustrieanlagen in den Gemeinden Fargau-Pratjau, Stoltenberg und Kummbek der richtige Weg sind. Wir dürfen Sie bitten, die genannten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bedenken ernst zu nehmen und alternative Lösungen in Betracht zu ziehen, die sowohl der Umwelt als auch den betroffenen Menschen gerecht werden. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1930	Ich lehne den weiteren Bau von Windkraftanlagen strikt ab. Eine weitere Umweltverschandelung ist aus meiner Sicht nicht hinnehmbar. Als Arzt sind mir reichlich Fälle von Gesundheitsschäden durch solche Anlagen bekannt geworden. Daneben sind durch diese Anlagen inzwischen massenhaft Tiere getötet worden, wie u.a. Vögel, Fledermäuse, Insekten. [redacted] , wie z.B.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1929	Als Landeigentümer und Mitgesellschafter der Planungsgesellschaft [redacted] bzw. [redacted] ist für mich nicht nachvollziehbar, dass durch eine vorgesehene Festlegung eines Wiesenvogel-Brutgebietes im Bereich der Mieleniederung und damit einhergehend diese Fläche von Windenergieanlagen freizuhalten ist, obwohl die aufgezählten Arten wie Austernfischer, Großer Brachvogel, Kiebitz und Uferschnepfe nicht auf der Brutvogel-Liste der windkraftsensiblen Arten im Bundesnaturschutzgesetz stehen. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb Schutzgebiete für diese Arten festgelegt werden, die dann vor allem von Windenergieanlagen freizuhalten sind. Der grundsätzliche Ausschluss der Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb der festgelegten Wiesenvogel-Brutgebiete würde unsere bisherigen erheblichen Anstrengungen zur Planung von Windenergieanlagen in diesem Gebiet zunichte machen. Da unsere Planungen die Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Nabenhöhe von 166 m vorsieht und hier der unterste Rotordurchgang bei über 80 m liegen würde, werden die artenschutzrechtlichen Konfliktrisiken deutlich minimiert. Aktuell gibt es bereits Planungen von Hochspannungsgleichstromkabeltrassen, NordOstLink und Korridor B, die sich bereits im Planfeststellungsverfahren befinden. In	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	den veröffentlichen Unterlagen finden sich auch Dokumente zur Raum- und Umweltverträglichkeit, die jedoch in keiner Weise auf das zu querende Wiesenvogelbrutgebiet eingehen. Außerdem wird das Rüsdorfer Moor, welches räumlich ebenfalls zur Mieleniederung zählt, von dem vorgesehenen Wiesenvogel-Brutgebiet konkret abgegrenzt. Hier ist die Errichtung von Windenergieanlagen bereits in Planung. Auch diese räumliche Abgrenzung ist nicht nachvollziehbar.	„Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1928	Dass noch weitere WINDKRAFTANLAGEN gebaut werden sollen ist schlicht infam und inakzeptabel. Die Schäden für die Menschen, ihre Umwelt und Nachhaltigkeit sind immens und stehen damit in keinem Verhältnis zum angeblichen Nutzen. Die Betonsockel, die diese über 200 Meter hohen Monster halten sollen, sind Naturzerstörung pur und die Entsorgung schlicht nicht zu Ende gedacht!	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1927	Stellungnahme zum geplanten Bau von Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe zu meinem Wohnhaus Sehr geehrte Damen und Herren, mit großer Sorge habe ich von den Plänen erfahren, Windkraftanlagen in einer Entfernung von lediglich 450 Metern zu meinem Wohnhaus zu errichten. Aus mehreren Gründen möchte ich mich entschieden gegen dieses Vorhaben aussprechen: Beeinträchtigung der Lebensqualität: Windkraftanlagen verursachen Lärmemissionen, die, auch wenn sie den gesetzlichen Richtlinien entsprechen, in solch geringer Entfernung zu meinem Wohnhaus zu einer erheblichen Störung führen würden. Der sogenannte Infraschall, den Windkraftanlagen aussenden, ist für das menschliche Gehör nicht direkt wahrnehmbar, kann jedoch nachweislich negative Auswirkungen auf die Gesundheit haben, darunter Schlafstörungen, Kopfschmerzen und erhöhten Stress. Diese Beeinträchtigungen stellen eine unzumutbare Belastung für die Bewohner in unmittelbarer Umgebung dar. Visuelle Beeinträchtigung und Wertverlust des Grundstücks: Windkraftanlagen in solch unmittelbarer Nähe stellen eine massive visuelle Beeinträchtigung dar. Sie werden das Landschaftsbild stark verändern und den ästhetischen Wert der Umgebung erheblich	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.11, 7.2.12, 7.3.1, 7.3.2 und 7.3.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mindern. Zudem ist zu befürchten, dass der Wert meines Grundstücks aufgrund dieser Störung deutlich sinken wird. Viele potenzielle Käufer wären abgeschreckt, ein Haus in der Nähe von Windkraftanlagen zu erwerben, was langfristig einen finanziellen Schaden für mich bedeutet. Schattenwurf und Lichtreflexion: Windkraftanlagen werfen Schatten, die bei entsprechendem Sonnenstand zu einem sogenannten „Schattenwurf“ führen. Dieser flackernde Effekt kann in Wohnräumen sehr störend sein und ebenfalls gesundheitliche Probleme verursachen. Zusätzlich reflektieren die Rotorblätter das Sonnenlicht, was zu einer weiteren Belastung der Anwohner führen kann. Gefährdung der lokalen Tierwelt: Windkraftanlagen stellen auch eine Gefahr für die lokale Tierwelt dar, insbesondere für Vögel und Fledermäuse. In der Umgebung meines Hauses leben verschiedene geschützte Tierarten, die durch den Bau der Anlagen gefährdet wären. Dies sollte bei der Entscheidung über den Standort von Windkraftanlagen unbedingt berücksichtigt werde Abschließend möchte ich nochmals betonen, dass der Bau von Windkraftanlagen in einer Entfernung von lediglich 450 Metern zu meinem Wohnhaus erhebliche negative Auswirkungen auf meine Lebensqualität, meine Gesundheit sowie den Wert meines Grundstücks haben würde. Ich appelliere daher an die zuständigen Behörden, dieses Vorhaben zu überdenken und einen alternativen Standort zu prüfen Mit freundlichen Grüssen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1926	Sehr geehrte Damen und Herren, ein klares Nein zu weiterer Windkraft auf Pellworm. Es ist eine beschauliche Insel mitten im Nationalpark Wattenmeer mit einzigartiger Tierwelt und Natur, und Sterneninsel. Touristisch und landwirtschaftlich geprägt. Die Gäste genießen hier die Ruhe und genau dieses! Das gilt es zum Einen zu schützen und zum Anderen gibt es schon genug Windkraft. Wenn dieser Strom auf der Insel und für die Insulaner wäre, wäre es auch gut. Die Insel als Industriepark, damit noch mehr Strom auf das Festland gehen kann, ergibt keinen Sinn. Mit freundlichen Grüßen,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 4.21.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1925	Man kann nur hoffen, dass diese Politik bald ein Ende findet. Keine Höhenbeschränkungen und vernünftige Abstandsregelungen von mindestens 800 m zu Gebäuden sind ein Wahnsinn. Kein Wunder; dass sich immer mehr Menschen abwenden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5 und 2.3/2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1924	Zu 4.5.1.1. Siedlungsstruktur Der Abstand zu Splittersiedlungen und Einzelhäuser im Außenbereich darf 400m betragen. Zu Siedlungsberichen mit Wohn- und Erholungsfunktion ist ein Abstand von 800 bis 1000m vorgesehen. Nach dem Artikel 3 des Grundgesetzes sind alle Menschen gleich. Warum ist ein Mensch in einer Wohnsiedlung Schützenswerter als ein Mensch im Außenbereich? Der Mindestabstand sollte mindestens 1000m betragen, insbesondere zu Splittersiedlungen. Eine Muster Windkraftanlage mit 200m Höhe kann bei einem 400m Abstand zu einem Haus, die Lärmschutzrichtlinie nicht einhalten	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1.3 und 2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich wird auf die Ziffer 7.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1923	Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin ein Freund von Erneuerbaren Energien. Sie helfen unserer Umwelt auf sauberem Weg Energie zu erzeugen und so können wir dem Klimawandel entgegen wirken. Ich bin absolut dafür. Aber zu welchem Preis? In Schleswig Holstein gibt es sehr viele Freiflächen, doch kommt es immer wieder vor, dass Anlagen direkt an Wohngebieten oder Einzelhäusern gebaut werden. Warum? Viele Anwohner fühlen sich von Lärm, Schattenwurf oder Blinklichtern gestört und trotzdem wird dagegen nichts unternommen. Schleswig Holstein ist groß genug und verfügt über weite Flächen und Felder. Ich möchte, dass eine Abstandsregelung von 5H zur Wohnbebauung gilt. Außerdem fordere ich eine Beteiligung der direkten Anwohner im Umkreis von 2500 m am Genehmigungsverfahren. Viele Hausbesitzer haben	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.1.3, 7.2.11 und 2.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	berechtigt Angst, dass Ihre Immobilie an Wert verliert und so verlieren Sie bei Unverträglichkeit nicht nur Ihr Zuhause, sondern auch Ihre Wertanlage. Ich möchte, dass eine Abstandsregelung vom min 5H zur Wohnbebauung gilt. Außerdem fordere, dass ein Havariefall (z.B. Brand, technischer Defekt /Rotorbruch ect) durch ausreichende Abstände von min 1500 Metern zu Wohnbebauung abgesichert wird. All dies fordere ich für ALLE Menschen. Egal ob Dorf, Siedlung oder Einzelhäuser. Auf dem Papier sehen viele Sachen gut aus und wenn dann noch das nötige Kleingeld reinkommt ist es umso besser. Aber es sollte darauf geachtet werden, was es mit den Menschen macht, über deren Schicksal man hier entscheidet. Solange man nicht beteiligt ist, ist es kein Problem. Es wird erst zu einem, wenn man selbst oder ein Menschen den man gern hat betroffen ist. So weit darf es nicht kommen! Mit bittenden Grüßen, Michelle Schmalz	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1922	Meine gesamte Familie und viele Bekannte haben bei der letzten Landtagswahl CDU/FDP-konservativ gewählt, um genau diese entsetzliche und vollkommen unnötige Industrialisierung unseres Schleswig-Holsteins mit Windmühlen (und Solarparks) zu verhindern. Die einst schöne Westküste ist nur noch zum Davonlaufen. Unser Windpark-Soll ist längst übererfüllt. Und China stößt 1,3 Mio. t CO2 pro Stunde (pro STUNDE!) aus, dagegen Schleswig-Holstein insgesamt 22 Mio. t pro Jahr. Allein diese Zahlen belegen, dass die Klima-Politik dieser grünen CDU-Landesregierung vollkommen wirkungslos und nur reiner Lobbyismus für die Windrad- und Solarparkbranche ist, regiert von dem Lobbyistenverband "Landesverband für Eneuerbare Energien LEE" und in rückgratloser Hörigkeit gegenüber dem grünen „Freund Habeck“ in Berlin. Wird diese Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 - beschlossen, dann wählen ich und meine Familie ab sofort nicht-etablierte Parteien, auch wenn es aus anderen Gründen schwerfällt. Stoppen Sie diese Planung, öffentlich, und mit einem Bekenntnis gegen grüne Politik, und wir hören Ihnen sofort wieder zu. Sie haben die Wahl ... wir auch ...	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1921	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken gegen den geplanten Bau von Windkraftanlagen in Heidmühlen äußern. Obwohl ich den Ausbau erneuerbarer Energien unterstütze, sehe ich erhebliche Probleme mit diesem Projekt. Im Folgenden sind meine Hauptargumente zusammengefasst: 1. **Wertverlust von Immobilien** a. Studien zeigen, dass Windkraftanlagen in der Nähe von Wohngebieten zu einem erheblichen Wertverlust von Immobilien führen können. Dies betrifft insbesondere Einwohner, die viel in ihre Häuser investiert haben. 2. **Eingriff in Landschaft und Lebensqualität** a. Die idyllische Landschaft von Heidmühlen würde durch die großen Windkraftanlagen stark beeinträchtigt. Die visuelle Dominanz und der Lärm könnten die Lebensqualität der Anwohner erheblich mindern. 3. **Gesundheitliche Auswirkungen** a. Windkraftanlagen erzeugen Infraschall, der Schlafstörungen und andere gesundheitliche Probleme verursachen kann. Besonders in einer kleinen Gemeinde wie Heidmühlen könnten diese Auswirkungen gravierend sein. 4. **Gefahr für die Tierwelt und das Ökosystem** a. Die Region ist Heimat geschützter Tierarten wie Vögel und Fledermäuse. Windkraftanlagen könnten deren Lebensräume stören und sie gefährden. Zudem würde der Bau in einem feuchten Moorgebiet das empfindliche Ökosystem beeinträchtigen. 5. **Naturschutz und Renaturierungsprojekte** a. Der Bau der Windkraftanlagen würde die kürzlich durchgeführten und	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.11, 7.2.12, 7.3.2, 7.3.6, 7.3.3, 7.2.14, 4.3, 7.2.13, 7.2.9, 7.2.2, 7.1.3 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	geförderten Renaturierungsprojekte der Osterau, Rothenmühlenau und Radesforder Au gefährden, die wertvolle Flora- und Faunahabitate wiederhergestellt haben. 6. **Wirtschaftliche Fragwürdigkeit** a. Die Windverhältnisse in Heidmühlen sind suboptimal, was die Effizienz der Anlagen beeinträchtigen könnte. Zudem verursachen die Entsorgungskosten für Windkraftanlagen erhebliche Umweltbelastungen und Kosten. 7. **Einsatz von Schwefelhexafluorid (SF_6)** a. SF_6 , ein stark klimaschädliches Gas, wird in der Energiewirtschaft verwendet und ist 23.500-mal schädlicher als CO_2 . Die Verwendung dieses Gases in Verbindung mit Windkraftanlagen wirft Fragen zur Umweltfreundlichkeit der Technologie auf. 8. **Alternative Energien und dezentrale Lösungen** a. Alternative Lösungen wie Solarenergie könnten den Energiebedarf umweltfreundlich decken, ohne die negativen Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Landschaft und Anwohner zu haben. Ein Solarpark könnte als geeignete Alternative betrachtet werden. 9. **Persönlicher Standpunkt** a. Bei unserem Hausbau mussten wir ein kostspieliges Immissionsschutzgutachten vorlegen. Es ist ironisch, dass solche strengen Anforderungen für einen Bauernhof gemacht wurden, während der Bau von Windkraftanlagen, der die Lebensqualität der Anwohner erheblich beeinträchtigen könnte, vorangetrieben wird. 10. **Meinung der Dorfgemeinschaft** a. In der Einwohnerversammlung sprach sich die überwältigende Mehrheit gegen den Bau von Windkraftanlagen aus. Die Interessen der Dorfgemeinschaft sollten bei der Entscheidung über dieses Projekt	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ernst genommen werden. Zusammenfassend sehe ich zahlreiche negative Auswirkungen des Windkraftanlagen-Baus auf Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität in Heidmühlen. Es ist wichtig, alternative Standorte und Lösungen zu prüfen, die sowohl den Ausbau erneuerbarer Energien voranbringen als auch die Interessen der Anwohner berücksichtigen. Mit freundlichen Grüßen,	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1920	Sehr geehrte Damen und Herren, mit dieser Stellungnahme möchte ich meinen ausdrücklichen Widerspruch gegen den geplanten Bau von Windkraftanlagen in Heidmühlen zum Ausdruck bringen. Ich befürworte grundsätzlich den Ausbau erneuerbarer Energien und bin mir der Notwendigkeit bewusst, auf nachhaltige Energiequellen umzusteigen. Dennoch sehe ich in der Errichtung von Windkraftanlagen an diesem speziellen Standort erhebliche Bedenken, die ich im Folgenden detailliert darlegen möchte. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass Schleswig-Holstein bereits einen immensen Ausbau der Verfügbarkeit erneuerbarer Energien geleistet – vielleicht sollten wir uns erst einmal wieder auf anderen Projekte fokussieren. 1. **Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und der Lebensqualität**Heidmühlen zeichnet sich durch seine naturbelassene, idyllische Landschaft aus, die sowohl für die Einwohner als auch für Touristen von unschätzbarem Wert ist. Die Errichtung von Windkraftanlagen würde dieses Landschaftsbild erheblich stören und das Ortsbild negativ verändern. Die Dimensionen moderner Windkraftanlagen sind derart groß, dass sie in erheblichem Maße in das Erscheinungsbild der Natur eingreifen und somit die ästhetische Harmonie der Umgebung zerstören würden. Besonders für eine Gemeinde wie Heidmühlen, die von ihrer natürlichen Schönheit und Ruhe lebt, bedeutet dies eine nachhaltige Verschlechterung der Lebensqualität. 2. **Gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Schallemissionen**Windkraftanlagen erzeugen nicht nur hörbare Geräusche, sondern auch Infraschall, der potenziell gesundheitsschädlich sein kann. Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass dieser Infraschall bei Anwohnern zu einer Vielzahl von Beschwerden führen kann, darunter Schlafstörungen,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 7.2.12, 3.15, 7.3, 4.1, 4.9, 4.2, 7.2.1, 7.2.13, 7.2.9, 7.2.2, 7.2.11 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Konzentrationsprobleme und ein allgemeines Gefühl des Unwohlseins. Die negativen Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit der Einwohner sind nicht zu unterschätzen, insbesondere da Heidmühlen eine vergleichsweise kleine Gemeinde ist und die Anlagen in relativ geringer Entfernung zu den Wohngebieten geplant sind. 3. **Schädigung der Tierwelt und des Ökosystems**Heidmühlen liegt inmitten einer sensiblen Naturlandschaft, die Heimat für eine Vielzahl von Tierarten ist, darunter auch durch das Bundesnaturschutzgesetz geschützte Vogelarten und Fledermäuse. Windkraftanlagen stellen eine ernsthafte Gefahr für Vögel und Fledermäuse dar, da sie durch die Rotorblätter getötet oder verletzt werden können. Darüber hinaus können die Anlagen die ökologischen Lebensräume stören und das Verhalten der Tiere nachhaltig beeinträchtigen. Besonders in einem Gebiet wie Heidmühlen, das sich durch seine Nähe zur Natur auszeichnet, sollten solche potenziellen Gefährdungen unbedingt vermieden werden. Seit zwei Jahren haben die beiden Störche, die jedes Jahr wieder Heidmühlen aufsuchen, Nachwuchs großziehen können. Wir haben hier Kraniche, Fischadler, die aus Bimöhlen zu uns kommen, Eisvögel und einen Rotmilan – Tiere, die wir jahrzehntelang nicht in unserem Dorf zu Gesicht bekommen haben – mit Sicherheit ein Vorteil des Umbaus des Flussbetts der Radesforder Au – siehe Punkt 4. Zusätzlich zur Umweltproblematik in Bezug auf die geplanten Windkraftanlagen möchte ich darauf hinweisen, dass diese Anlagen in einem Feucht-/Moorgebiet errichtet werden sollen. Diese Flächen sind besonders sensibel, und die Böden sind jährlich stark durchnässt. Der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen in solchen feuchten Gebieten könnte das Ökosystem massiv stören und zu weiteren Schäden führen. 4. **Naturschutz und die Bedeutung der Osterau, der Rothenmühlenau und Radesforder Au** Die geplante Platzierung der Windkraftanlagen betrifft das Gebiet um die Osterau, die Rothenmühlenau und die Radesforder Au, die erst kürzlich teilweise in ihrem ursprünglichen Flussbett renaturiert wurden. Dieses Projekt, das mehrere hunderttausend Euro kostet und maßgeblich vom Land Schleswig-Holstein gefördert wurde und wird, hat das Ziel, wertvolle Flora- und Faunahabitate wiederherzustellen und den natürlichen Wasserfluss zu sichern. Dieser Einsatz für den Naturschutz würde durch die geplanten Bauarbeiten konterkariert werden. Wie bereits in Punkt 3 erwähnt, hat dieses Projekt uns	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	viele Tiere zurück ins Dorf/die Umgebung gebracht. Gerade jetzt läuft das Projekt „Flächensicherungen im Bereich der Holmau, Osterau und Rothenmühlenau des GPV Osterau“, welches rund 900.000€ kostet! Fast eine Million Euro, um die Au wunderschön und nützlich zu gestalten, als Einzel-Beispiele seien genannt: 1. Flächensicherung an der Osterau, WK br_03_b, Kreis Segeberg, Heidmühlen, Flur 21, Flurstück 30, 2009 finanziert, 1,77 ha Grunderwerb in 2009, 2. Flächensicherung an der Osterau, WK br_03_b, Kreis Segeberg, Heidmühlen, Flur 17, Flurstück 75/1, 2009 finanziert, Extensivnutzung, Randstreifen-/ Flächenentwicklung 3. Flächensicherung an der Rothenmühlenau, WK br_01_a, Kreis Segeberg, Heidmühlen, Flur 17, Flurstücke 124/3, 57/15, 26/27, 51/2 und 54/1 tlw. gesamt 6,87 ha, 2019 finanziert. Auf diesen Flächen wurden 4 Stk. Laufverschwenkungen in 2019 errichtet. 4. – und dann soll alle Schönheit durch Windkraftanlagen zerstört werden…Quelle: https://www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/W/wasserrahmenrichtlinie/massnahmenBetrachten Sie hierzu bitte auch die Karte, zu finden unter dem Link – hier überall werden Flora- und Faunahabitate (Kosten durch das Land SH getragen) wiederhergestellt und diese Flächen stehen als Stellplätze für Windkraftanlagen zur Verfügung? Unverständlich… 5. **Fragwürdige wirtschaftliche Effizienz**Es ist darüber hinaus zu hinterfragen, ob der Standort Heidmühlen für Windkraftanlagen wirtschaftlich sinnvoll ist. Die Windverhältnisse in unserer Region sind nicht optimal, was zu einer geringeren Effizienz der Anlagen führen könnte. In Zeiten, in denen der Ausbau erneuerbarer Energien unabdingbar ist, sollte der Fokus auf Standorte gelegt werden, die hinsichtlich der Windverhältnisse und anderer Parameter optimale Voraussetzungen bieten. Eine ineffiziente Nutzung von Ressourcen wie in Heidmühlen wäre sowohl aus ökologischer als auch aus ökonomischer Sicht kontraproduktiv. Es ist ebenfalls zu bedenken, dass die Entsorgung von Windkraftanlagen, insbesondere der Rotorblätter, immense Kosten verursacht. Die Bauteile bestehen größtenteils aus Verbundmaterialien, die schwer zu recyceln sind und oftmals auf Deponien landen. Diese Belastungen für die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Umwelt und die Kommunen stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen der Anlagen. Unsere Straßen wie die B205 und die B206 werden nicht entlastet, weil die A20 wegen einheimischer Fledermäuse nicht ausgebaut wird, aber es ist wirtschaftlich in Ordnung, den Lebensraum dieser Tiere zu zerstören? 6. **Schwefelhexafluorid (SF_6) – Eine unterschätzte Gefahr für das Klima**Ein weiterer kritischer Punkt, der in Bezug auf die Windkraftanlagen Beachtung finden sollte, ist der Einsatz von **Schwefelhexafluorid (SF_6)**. SF_6 ist ein extrem potentes Treibhausgas, das in der Energiewirtschaft, insbesondere in Transformatoren und Schaltanlagen, zur Isolation und als Löschgas verwendet wird. Da diese Anlagen oft in Verbindung mit Windkraftanlagen stehen, ist der Umgang mit SF_6 von besonderer Bedeutung. Im Vergleich zu Kohlendioxid (CO_2) ist SF_6 **23.500-mal klimaschädlicher**. Während CO_2 bereits als Hauptverursacher des Treibhauseffekts bekannt ist, wird die Gefahr von SF_6 häufig unterschätzt. Einmal freigesetzt, bleibt SF_6 **bis zu 3.200 Jahre** in der Atmosphäre und trägt somit über extrem lange Zeiträume zur globalen Erwärmung bei. Selbst geringe Mengen dieses Gases haben verheerende Auswirkungen auf das Klima, da es in der Atmosphäre praktisch nicht abgebaut wird. Die Verwendung von SF_6 in Verbindung mit Windkraftanlagen wirft daher Fragen auf, ob diese Technologie in ihrer Gesamtheit wirklich als umweltfreundlich bezeichnet werden kann. Bei der Entscheidung über den Bau solcher Anlagen sollte die Verwendung von Materialien und Gasen, die eine derartige Gefahr für das Klima darstellen, mitbedacht werden. 7. **Alternative Energiequellen und dezentrale Lösungen**Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass es zahlreiche alternative Wege gibt, den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben, ohne die negativen Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Landschaft, Tierwelt und Anwohner in Kauf zu nehmen. Insbesondere dezentrale Energielösungen, wie etwa die Nutzung von Solarenergie oder kleinere, weniger invasive Windkraftanlagen, sollten stärker in Betracht gezogen werden. Diese Lösungen könnten den Energiebedarf umweltfreundlich decken, ohne dabei die Interessen der lokalen Bevölkerung zu gefährden. Auf den Flächen in Stellbrook könnte problemlos ein Solarpark entstehen, der flächenschonend und ohne die tiefgreifenden Eingriffe in die Landschaft die Energie von sechs Windkraftanlagen kompensieren könnte. Solarenergie hat den Vorteil, dass sie weder Landschaft noch Fauna in dem Ausmaß beeinträchtigt und gleichzeitig den Energiebedarf nachhaltig decken	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	kann. Platz für einen derartigen Solarpark wäre in unserer Gemeinde durchaus vorhanden. 8. **Persönlicher Standpunkt Immisionsschutzgutachten**Neben den bereits genannten Gründen möchte ich einen persönlichen Punkt anführen, der mir besonders wichtig ist. Im Jahr [redacted] haben wir in der [redacted] ein Haus gebaut. Nachdem wir das alte Gebäude abgerissen hatten, wurde von uns verlangt, ein Immissionsschutzgutachten vorzulegen. Diese Maßnahme war nicht nur sehr kostspielig (circa 2500 Euro), sondern in meinen Augen auch absolut unnötig. Der Hauptgrund für diese Auflage war, dass unsere Lebensqualität durch einen benachbarten Bauernhof möglicherweise eingeschränkt werden könnte. Ich möchte betonen, dass ich diesen Aufwand in keiner Weise als gerechtfertigt empfinde. In der Realität hat uns der Bauernhof in der Nachbarschaft nie in unserer Lebensqualität beeinträchtigt. Vielmehr empfinde ich es als ironisch, dass solch strenge Auflagen für ein Gutachten gemacht wurden, während gleichzeitig die Pläne für den Bau von bis zu sechs Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe ohne Rücksicht auf das Wohlergehen der Anwohner vorangetrieben werden. Aus meiner Sicht schränkt eine oder gar sechs Windkraftanlagen meine Lebensqualität weitaus stärker ein als ein Bauernhof. Der Lärm, der Schattenwurf sowie die visuelle Dominanz solcher Anlagen stellen für mich und meine Familie eine deutliche Belastung dar. 9. **Wertverlust von Immobilien**Studien belegen, dass der Bau von Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten häufig zu einem Wertverlust von Immobilien führt. Die betroffenen Bewohner werden somit nicht nur mit den physischen und psychischen Belastungen durch die Anlagen konfrontiert, sondern auch mit einer finanziellen Abwertung ihres Eigentums. Dies stellt insbesondere für die Einwohner von Heidmühlen, die viel in ihre Häuser und Grundstücke investiert haben, einen erheblichen Nachteil dar. Erhalte ich als Hausbesitzer in unmitelbarer Umgebung zu den Windkraftanlagen eine Entschädigung, wenn mein Haus nachweislich durch diese Windkraftanlagen an Wert verliert? Mit Sicherheit nicht… 10. **Die Stimme des Dorfes**Die Richtung, die unser Dorf in Bezug auf den Bau von Windkraftanlagen eingeschlagen hat, wurde in der Einwohnerversammlung unmissverständlich deutlich. Fast alle Anwesenden – mit Ausnahme von zwei	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der fünf oder sechs betroffenen Grundeigentümer – haben sich klar gegen den Bau solcher Anlagen ausgesprochen. Dies verdeutlicht den breiten Konsens der Dorfgemeinschaft: Die Menschen wollen keine Windkraftanlagen in unserer unmittelbaren Umgebung.Es stellt sich daher die Frage: Hat die Stimme der Anwohner denn gar kein Gewicht? Es ist schwer nachzuvollziehen, warum solch ein eindeutiges Votum ignoriert werden sollte. Die Interessen und Bedenken der Dorfgemeinschaft müssen ernst genommen werden, besonders wenn es um Entscheidungen geht, die das tägliche Leben und die Lebensqualität aller so stark beeinflussen.Die demokratische Stimme der Bürger sollte in einem solchen Prozess zentral stehen, und es ist schwer vorstellbar, wie eine Entscheidung, die gegen den Willen der Mehrheit getroffen wird, im Einklang mit dem Gemeinwohl stehen kann. Zusammenfassend bin ich der Überzeugung, dass der Bau von Windkraftanlagen in Heidmühlen zahlreiche negative Auswirkungen auf die Umwelt, die Gesundheit der Anwohner und die Lebensqualität der Gemeinde haben würde. Es ist daher notwendig, alternative Standorte und Lösungen zu prüfen, die sowohl dem Ausbau der erneuerbaren Energien dienen als auch die berechtigten Interessen der Einwohner berücksichtigen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1919	**<u>Stellungnahme zu Windkraft in Landschaftsschutzgebieten (LSG):</u> 13 G Landschaftsschutzgebiete Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschafts– schutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden.** **Zum Windkraftausbau in Landschaftsschutzgebieten D** Die in Dithmarschen neu, mit Windflächen überplanten Gebiete, siehe Karte Potentialflächen in himmelbau, die in einem, der in 2022 neu ausgewiesenen und verordneten Landschaftsschutzgebiete liegen, das ist hier der Ortsbezug. https://www.dithmarschen.de/themen/umwelt/naturschutzgebiete/landschaftsschutzgebiete	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (hier: Landschaftsschutzgebiete)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 3.17 der allgemeinen Synopse verwiesen. Große Teile der Stellungnahme sind eine Kritik an der aktuellen Klimaschutzpolitik und Gesetzgebung der Bundesregierung. Sie ist nicht Gegenstand des Verfahrens und kann hier nur zur Kenntnis genommen werden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es ist ein hoher Waldbestand, quasi der einzige in Dithmarschen, zu verzeichnen. Die Potentialflächen liegen vielfach unmittelbar an Wald angrenzend. Oder die Gebiete werden von Bächen und Auen durchzogen, vielfach befinden sich dort Biotope, Feuchtwiesen und Teiche, kleinteilige Knicklandschaften. Die Geest bildet sich in Höhen und Tiefen, z.B. die Brooklandsau-Niederung, der höchste Punkt ist die Dithmarscher Schweiz. Es sind Bereiche mit ausgeprägter und vielfältiger Flora und Fauna. Die Wiesen, Weiden und Koppeln werden sowohl landwirtschaftlich, als auch extensiv genutzt, viele Ausgleichsflächen sind ebenso in diesen Räumen zu finden. Über viele Jahre entwickelte sich dieser charakteristische Landschaftsraum zu einem echten Naturraum, zu einem echten Naturerlebnisraum. Hier in diesem Naherholungsraum sind viel Menschen zu Fuß, Wanderer und Jogger, mit dem Rad oder hoch zu Pferd unterwegs. Viele Touristen lieben und schätzen die Gegenden in den Landschaftsschutzgebieten, weil sie eben ländlich, schön und naturnah geprägt sind, frei von jeder Art technischen Industrieanlagen, frei von hohen Bauten. Der ländliche Raum eben, auch Außenbereich genannt. Der Gesetzgeber bestimmt mit § 35 Abs. 1 BauGB, dass ein Vorhaben im Außenbereich nur zulässig ist, wenn insbesondere öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Wann eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vorliegt, definiert u. a. § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB. Bauvorhaben sind dann nicht zulässig, wenn das Vorhaben die natürliche Eigenart der Landschaft und ihren Erholungswert beeinträchtigt oder das Orts- und Landschaftsbild verunstaltet; § 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 5 BauGB. Durch technische Industrieanlagen, hier Windkraftanlagen, die heute überdimensional hohen Anlagen, in jedem Fall höher als 200m, wird die natürliche Eigenart der Landschaft im Bereich der Flächen zerstört und das betrifft den gesamten östlichen Teil von Dithmarschen. Seien wir doch einmal ganz objektiv und schauen uns den Vergleich einmal mit Sinn und Verstand an, hier Dithmarschen. Dazu liegt ihnen auch eine Vergleichskarte von mir vor. Es ist festzustellen, dass sich die Potentialflächen 2024 mit den Abwägungsflächen 2016 zu über 90% decken und es ist weiterhin klar und deutlich sichtbar, dass noch erhebliche Erweiterungen und neue Flächen hinzugekommen sind. Den Bürgern wird nun erzählt, es sein ja alles noch gar nicht abgewogen und es sollen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ja nur 3-3,3% werden. Zum einen hat Dithmarschen schon fast 5% und zum anderen, sind für diesen Kreis in der Summe 10% im Potential. Tatsächlich ist es so, dass die Flächen aus 2016 lange endabgewogen waren, hinzu kommt - 2024, dass die Abstände zur Wohnbebauung, die arten- und naturschutzrechtlichen Belange zu Gunsten des Windkraftausbaus verändert wurden und LSG‘s bebaut werden können. Das heißt und so wird es landesseitig auf diversen Veranstaltungen bereits kommuniziert: Die Flächen sind bereits weitestgehend in Sack und Tüten, es gibt kaum oder keine Flächen, die frei sind von Planern, von Begehrlichkeiten! Was man den Bürgern sagt, oder versucht unterzujubeln, das nennt man bei uns „ Tünkram“ - MOIN ! Es geht hier um die Landschaftsschutzgebiete in Dithmarschen, die mit Windkraftflächen überplant werden soll, obwohl das kein „MUSS“ ist und wenn ein Bundesland, wie Schleswig-Holstein 7,2% der Fläche zur Verfügung hat, so muss das auch nicht sein: Gemäß § 26 BNatSchG handelt es sich bei Landschaftsschutzgebieten um Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, einschließlich des Schutzes von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter wildlebender Tier- und Pflanzenarten, wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit oder der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Landschaft oder wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung. Dies erfolgt in Schleswig-Holstein entsprechend § 15 LNatSchG durch eigene Verordnungen der Unteren Naturschutzbehörden: *Die untere Naturschutzbehörde kann Gebiete im Sinne von § 26 Abs. 1 BNatSchG durch Verordnung zu Landschaftsschutzgebieten erklären.* Es ist auch in keiner Weise nachvollziehbar, warum die Bundesregierung zugunsten der Windkraftanlagen Landschaftsschutzgebiete grundsätzlich für WKA geöffnet hat.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Bislang waren Bauten und Einrichtungen im Landschaftsschutzgebiet generell untersagt. Dieses Verbot war regelmäßig in den Landschaftsschutzgebietsverordnungen enthalten. Die Regierung setzt sich über diese sinnvollen Verbote hinweg und genehmigt den größtmöglichen Schaden, der in einem Landschaftsschutzgebiet eintreten kann, indem Windkraftanlagen mit einer möglichen Gesamthöhe von 250-280 m genehmigt werden. Das ist der Supergau für die Landschaftsräume im östlichen Dithmarschen. Derzeit sind Windkraftanlagen mit einer Höhe von 380-400 m Gesamthöhe in Erprobung. Nachdem die Regierung auch gleichzeitig jegliche Höhenbeschränkungen untersagt hat, muss auch mit diesen Anlagen künftig gerechnet werden. Denn es kommt der Tag des Repowerings, der auf jeder Fläche zulässig sein soll. Jeglicher Schutzcharakter, der Landschaftsschutzgebiete (LSG’s) wird damit in jeder erdenklichen Art und Weise konterkariert. "Broklandsau-Niederung", "Geestlandschaft bei Bargenstedt", "Hohe Geest um Immenstedt", "Kliffplateau", "Nordergeest", "Riesewohld" und "Rüsdorfer Moor" - Diese LSG’s sind nach einer Strategischen Umweltprüfung (SUP) 2022 verordnet worden und haben Rechtsgültigkeit. Die von der Bundesregierung geschaffene Ausnahmevorschrift, über WindBG, ist weder fachlich noch rechtlich begründbar, weiterhin ist sie absolut unverhältnismäßig. Schutzgebiete werden generell aufgehoben, weil die Ausweisung der sogenannten Windeignungsgebiete durch die Bundesländer viele Monate bis Jahre dauern (in der Regel bis 2027). Schutzgebiete werden generell aufgehoben, arten- und naturschutzrechtlichen Belange zu Gunsten des Windkraftausbaus verändert, damit die Ausweisungen schneller realisiert werden können, Damit schafft die Bundesregierung uneingeschränkten Raum für die Windkraft und ignoriert die Schutzvorschriften des § 35 Abs. 3 BauGB sowie die Schutzvorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes und des Landschaftsschutzgesetzes. Diese willkürliche Handlung soll dazu dienen, dass Windkraftanlagen selbst in hochgeschützte Bereiche vordringen können. Die beschlossene Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Diese legt fest, dass	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erneuerbare Energien im "überragenden öffentlichen Interesse" liegen. Bei einer Abwägung hat der Ausbau also Vorrang. Es wäre schwierig oder fast nicht machbar, hier ein Gegenargument zu finden, welches von derselben oder höherer Wertigkeit ist. Jedoch liegt eine intakte und gut funktionierende Natur, die selber Klimaschutz ist, ebenso im überragenden öffentlichen Interesse. Der Schutz der Biodiversität, ein Erfolg im Kampf des Artensterbens, die Aufforstung und die Wiedervernässung der Moore, der Erhalt kleiner Wälder, der Erhalt der Landschaftsschutzgebiete (LSG) und vieles mehr, es wird alles übergangen, der Eingriff in die Natur ist derart eklatant und vollkommen unnötig. **Vogelzugrouten** sind seit Jahren nicht überprüft und/oder neu kartiert worden, diese haben sich durch den Windkraftausbau und die „Ruhezonen“ der LSG der letzten Jahre sehr stark verändert. Sehen Sie sich die beigefügte Karte an, es gibt seit vielen Jahren einen Vogelzug von der Meldorfer Bucht, übers Fieler Moor, über die Dithmarscher Schweiz Richtung Eider. Die Avifauna ist nicht dumm und sucht sich neue ungefährlichere Verkehrswege: Vogelzugroute, das ist kontinuierlich seit Jahren zu beobachten Enten, Gänse und Nilgänse, Singschwäne, Frühjahr, unterjährig und Herbst. **Seeadlervorkommen** und Sichtungen, sowie **Rotmilanvorkommen** und Sichtungen in (Lendernhude) – Gaushorn, Welmbüttel, Schrum, Kerngebiete, der Dithmarscher Schweiz Seit 4-5 Jahren von unterschiedlichen Personen in unterschiedlichen Dörfern, des Kerngebietes klar gesehen und erkannt, zu unterschiedlichen Tages- und Jahreszeiten. Zum Seeadler kann nicht gesagt werden ob es einen Horst gibt. Zum Rotmilan kann gesagt werden, dass es mindestens einen Horst gibt, vermutlich aber wohl zwei, der genau Ort wird nicht genannt werden. (siehe Anhang) Sie wollen die Umweltprüfung zum Bau von WKA im LEP verorten, was grundsätzlich ein Ding der Unmöglichkeit wäre, denn es gibt immer nur Windflächen spezifische Gutachten und die sind teilweise 5-10 Jahre alt. Die EEG-Novelle und die Klimapolitik der Ampelkoalition ist ein Großangriff auf den klassischen Naturschutz und es erschließt sich mir nicht ansatzweise, wie ein grüner Minister das überhaupt zulassen kann, wie der Bundesrat dieses Landes dem WindBG ohne Wenn und Aber zustimmen konnte und das Land SH, bzw. die Politik das einfach	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	so hinnimmt. Letztlich ist Art. 20a GG verletzt, der in Verantwortung für die künftigen Generationen, die natürlichen Lebensgrundlagen und die Flora und Fauna im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung schützt. Gerade die Schutzgebiete unterliegen dem besonderen Schutz des Staates und der Verfassung. Genau dies wird durch das WindBG ins Gegenteil verkehrt. Die Zulässigkeit von Windenergieanlagen auch in Landschaftsschutzgebieten bedeutet einen Verstoß gegen verschiedene internationale Rechtsnormen, zu denen sich die Bundesregierung verpflichtet hat: • Verstoß gegen Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9.6.2021: alle umweltschädlichen Industrietätigkeiten sowie der Ausbau der Infrastruktur in allen Kategorien von Schutzgebieten sollen verboten werden • Verstoß gegen UN-Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD – Deutschland ist Vertragspartei): Erhaltung, nachhaltige Nutzung und gerechte Aufteilung der Vorteile biologischer Vielfalt (genetische Vielfalt, Artenvielfalt, Vielfalt der Lebensräume) • Verstoß gegen EU-Biodiversitätsstrategie: Schutzgebiete wirksamer als bisher schützen, um den Verlust der Arten und Ökosysteme zu stoppen und umzukehren Auch das Landschaftsbild ist in diesem Bereich in hohem Maß betroffen. Aktuell hat die Dithmarscher Politik in der Sitzung am 5.9.2024 den Bau von Windkraftanlagen in Landschaftsschutzgebieten abgelehnt. **Hände weg von unseren Landschaftsschutzgebieten, dies ist kein Raum für ideologische Industrialisierung, Sie brauchen 3% und haben 7,2% - Sie sollten/müssen die LSG’s nicht mit Windkraftflächen zerstören** da hier kein Anhang hochgeladen werden kann sende ich auch per E-Mail Stellungnahme zu Windkraft in Landschaftsschutzgebieten (LSG) und Vogelzug mit Vogelschutz 2024 wurde für und durch die Bürgerinitiative BIND-SH	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	erstellt. Erstellt und eingereicht im Sept. 2024 [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1918	0Sehr geehrte Damen und Herren, als Mitgesellschafter der "[redacted]“ möchte ich, zum Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land, Stellung beziehen. Die geplante Ausweisung unseres Planungsareals als Wiesenvogelbrutgebiet und damit einhergende Ausschluss zur Errichtung von Widenergieanlagen in diesem Bereich, würde unsere bisherigen, subtantiellen Aufwendungen zur Planung von WEAs gänzlich zunichte machen. Unsere Planung sieht die Errichtung von Anlagen mit sehr hohen Nabenhöhen von 166 m vor. Der unterste Rotordurchgang würde somit bei über 80 m liegen und artenschutzrechtliche Konfliktrisiken deutlich zu minimieren. Die Ihrerseits vorgestellte Flächenausweisung als Wiesenvogel-Brutgebiet ist für mich nicht nachvollziehbar und hat für mich einen willkürlichen Anschein. • Das Rüsdorfer Moor ist ebenfalls Teil derMieleniedrung und weist einen mindestens ebenso großen Bestand an Wiesenvögeln auf und wird trotzdem nicht als Wiesenvogelbrutgebiet ausgewiesen. • Die verwendete Flächenkulisse weicht erheblich von der am 25.03.2019 im "Wiesenvogelerlass" festgesetzten Flächenkulisse ab(Vergleichen Sie hierzu den Bereich Eiderstedt) • Die in der Planbegründung (S 77-78) aufgeführetn Arten sind alle nicht in der Brutvogel-Liste der windkraftsensiblen Arten im Bundesnaturschutzgesetz	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	gelistet. • Die Planungsvarianten der Hochspannungsleitung NordOstLink, die durch das von uns beplante Gebiet verlaufen, geht in Ihren veröffentlichten Unterlagen auch in Ihren Dokumenten zur Raum- und Umweltverträglichkeit nicht auf die Belange der Wiesenvögel ein. Es befindet sich bereits im Planfeststellungsverfahren. Für mich ist nicht nachvollziehbar warum Schutzgebiete ausgewiesen werden, die dann nur von Windenergieanlagen freizuhalten sind. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1917	Absolut pro Windkraft. Es würde mich Stolz machen, wenn Schleswig-Holstein und im speziellen die Region Amt Achterwehr mit gutem Beispiel voran geht. Die Frage des Windkraftausbau sollte immer auf Fakten und Studien beruhen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1916	Sehr geehrte Damen und Herren, Ich bin generell für nachhaltige Energiegewinnung und sehe darin auch ein sehr großes Potenzial. Allerdings sollte die Ausweisung der potenziellen Gebiete mit Sinn und Verstand geschehen. Gerade in den sechs Naturparken in Schleswig-Holstein, welche für Erholungsuchende sowie für Flora und Fauna von großer Bedeutung sind, haben meiner Meinung nach Windkraftanlagen nichts zu suchen, insbesondere in Gebieten nahe Gewässern mit bestimmten Artenvorkommen wie Seeadlern und Fledermäusen. Gerade im Kreis Rendburg Eckernförde, wo die Seeadlerbrutdichte im Jahr 2023 deutlich gestiegen ist, könnten Windkraftanlagen zu hohen Verlusten durch Rotorblätter führen. Die zweithäufigste Todesursache von Seeadlern ist der Tod durch Rotorblätter (Projektgruppe Seeadlerschutz).	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf Ziffern 3.18.1, 4.8.1, 4.9.1, 2.3.1, der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Auch die Winterquartiere der Fledermäuse liegen in dem Kreis(Bsp. Bunker Jägerslust) und würden vermutlich zu massiven Störungen und Verlusten führen. Besonders zu Gebieten mit gefährdeten oder besonders schützenswerten Arten sowie landschaftlich einzigartigen prägenden Landschaften sollte ein ausreichender Abständen eingehalten werden und innerhalb dieser Gebiete ein generelles Verbot zum Ausstellen von Anlagen bestehen. Die Abstandsregeln zu Dörfern und Städten aber insbesondere auch zum Außenbereich sind deutlich zu erhöhen. Bestimmte Gebiete sollten als Potenzielle Flächen zum Aufstellen von Windkraftanlagen ausgeschlossen werden (Naturparke, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete...) Vorrang sollte immer die Natur haben, mit ihrer Flora und Fauna! Wir sind nur Gäste und sollten jede Eingriffe kritisch hinterfragen und die Langzeitfolgen für die Natur die wir hinterlassen genaustens abwägen. Schleswig-Holstein ist weit vorne im Ausbau mit Windkraftanlagen und erneuerbaren Energien, und kann seinen Bruttstomverbrauch bereits decken. Ist es dann wirklich sinnvoll weitere Anlagen ins Land zu setzten und das komplette Landschaftsbild zuändern, potenzielle Ackerstandorte aufzugeben und Artensterben in Kauf zu nehmen? Ich appellieren die hier aufgeführten Punkte mit zuberücksichtigen und eine sinnhafte und verantwortungvolle Entscheidung für die Natur mit den Menschen die in ihr leben zu treffen. Viele Grüße	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1915	[redacted] 08.09.2024	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel 4.5.1.1 (Siedlungsstruktur) und 4.5.1.3 *(Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.1.3, 7.3.5, 1.8, 4.8,

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport windenergiebeteiligung@im.landsh.de Postfach 7125 24171 Kiel Sehr geehrte Damen und Herren, bezugnehmend auf die Ihnen zugeleitete Stellungnahme der Gemeinde Borsfleth im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein- Fortschreibung 2021 vom 06.09.2024, möchten wir hiermit dieser widersprechen und hierzu wie folgt ergänzend Stellung nehmen: Wir halten es für unbedingt notwendig, diese weitreichenden Entscheidungen nicht den Gemeinden mit den entsprechenden finanziellen Interessen (Steuereinnahmen) allein zu überlassen sondern begrüßen ausdrücklich das Fortschreiten der Ausweisung der Vorranggebiete im Rahmen des Landesentwicklungsplans. Bei der Planung durch die einzelnen Gemeinden besteht die Gefahr, dass die Gesamtentwicklung im Kreis Steinburg und im Land Schleswig Holstein sowie die berechtigten Interessen der Nachbargemeinden keine ausreichende Beachtung finden. Das Abwägen der Interessen von Seiten von Betreibern und Gemeinde auf der einen Seite und Natur und Lebenswertigkeit der Menschen auf der anderen Seite fand aktuell bei dieser Projektierung leider nicht in ausreichendem Maße statt und überhaupt nicht in Bezug auf die weitere Umgebung wie den Kreis. Als Bewohner der Krempermarsch im Kreis Steinburg sind wir bereits beinahe ganzheitlich direkt umringt von unzähligen Windkraftanlagen und mittlerweile leider ausufernden Flächenphotovoltaikanlagen, die schon jetzt eine erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität und vor allem eine nachhaltige Zerstörung der Tier- und Pflanzenwelt mit sich bringen. Zusätzlich sind nun noch weitere große Flächenphotovoltaikanlagen um uns herum geplant und befinden sich in der Realisierung. Durch die engmaschige Einzäunung dieser Anlagen stehen schon jetzt und zukünftig der Wildtierwelt diese Flächen nicht	4.9, 4.18 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	mehr zur Verfügung und wurden / werden somit aus der Natur bereits herausgelöst. Von der über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaft und dazugehörigen Artenvielfalt ist schon jetzt kaum noch etwas übrig. Mit den neuen noch auszuweisenden Vorrangflächen für Windkraftanlagen in Borsfleth würde nun auch die letzte Rückzugsmöglichkeit der Wild- und Vogelwelt auf den direkt angrenzenden Grünlandflächen und Neuenbrooker Hauptwettern nachhaltig zerstört werden. Ebenfalls würde hier einer der wenigen noch vorhandenen Korridore der Zugvögel endgültig geschlossen und zerstört werden. Hier sei u. a. auf „Ausgewählte Grundsätze der Raumordnung des Kapitels 4.5.1 des Entwurfs der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021“, die „Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024 Anlage 2 zu § 1 LEP Wind VO.: Karte zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“ und insbesondere auf „Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz“ verwiesen. Die erfolgreichen und aufwendigen Bemühungen der letzten Jahre zur Stabilisierung, Wiederansiedlung und Förderung von Eulen-, Fledermausarten, Greifvögeln, wie Bussarde, Fisch- und Seeadler sowie Fischreihern usw. in direkter Umgebung durch u. a. Öffnung zuvor verschlossenen alter Scheunen und Strohböden, aufwendiger Schaffung von Nistmöglichkeiten und Rückzugs bzw. Ruheräumen, würde ebenfalls gefährdet und schlimmstenfalls komplett zerstört werden. Wir denken, dass grundsätzlich ein Ausbau der Erneuerbaren Energien im Einklang mit Mensch und Natur möglich sein sollte, allerdings würden mit der Realisierung speziell dieser Vorrangfläche und somit der Schließung der schon jetzt extrem engen und letzten Korridore, dieser Einklang gesamtheitlich und vor allem über Jahrzehnte nachhaltig zerstört werden. Wir können nur eindringlich an die zuständigen Behörden appelieren, die letzten noch verbliebenden Korridore für Natur und den Menschen nicht endgültig und nachhaltig zu schließen. Mit freundlichen Grüßen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1914	**Stellungnahme zur Eignung des Gebiets um das Dosenmoor für die Errichtung von Windkraftanlagen** Bereits im Jahr 2011/12 war die Fläche nördlich des Dosenmoors bei Neumünster für die Errichtung von Windkraftanlagen vorgesehen. Im Zuge dieser Planungen fand eine intensive Bewertung statt, die insbesondere den Naturschutz und die möglichen negativen Auswirkungen auf das wertvolle Ökosystem des Dosenmoors thematisierte. Sowohl die Abteilung Natur und Umwelt der Stadt Neumünster, der Verein Infozentrum Dosenmoor als auch die NABU-Gruppe Neumünster e.V. traten dabei geschlossen gegen die Ausweisung der Fläche als Windkraftstandort ein (https://www.xn--nabu-neumnster-osb.de/archiv/2012/#cc-m-textwithimage-5561844112). Am 09. Januar 2012 verdeutlichte der NABU im Rahmen einer Informationsveranstaltung im Rathaus Bordesholm die negativen Auswirkungen eines Windparks auf die Vogelwelt - insbesondere auf den Rotmilan, den Kranich sowie Zugvögel - und verschiedene Fledermausarten (https://www.nabu-neumünster.de/archiv/2012/#cc-m-textwithimage-5557566212, Präsentation als PDF: https://www.nabu-neumuenster.de/app/download/5557575312/Vortrag_Koop.pdf). Am 22. Januar 2012 bestätigte ein Bürgerentscheid in Wattenbek mit großer Mehrheit die Nichteignung dieser Fläche für Windkraftanlagen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die berechtigte Frage, inwiefern diese damaligen Entscheidungen und Stellungnahmen bei der aktuellen Planung zur "Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021" Berücksichtigung fanden. Die Bedenken aus dem Jahr 2012, die sich vor allem auf den Schutz der Vogelwelt und die Erhaltung des Dosenmoors als einzigartiges Naturgebiet bezogen, sind weiterhin relevant und sollten mit der gleichen Sorgfalt wie damals in den aktuellen Planungen betrachtet werden. **1. Auswirkungen auf die Tierwelt** Das Dosenmoor ist ein Natura 2000-Schutzgebiet und damit von besonderer naturschutzfachlicher Bedeutung. Es bietet Lebensräume für bedrohte Arten wie den Rotmilan, verschiedene Fledermausarten und den Kranich, deren Schutz bei der Planung oberste Priorität haben sollte. Zwar werden in der aktuellen Planung allgemeine Abstandsregelungen zu FFH-Gebieten und Biotopen festgelegt (Kapitel 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz, Abschnitte 3 Z & 17 G), doch diese pauschalen Regelungen sind für	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der bloße Gemeindewille i. S. einer einfachen Mehrheitsentscheidung für oder gegen eine Fläche darf nicht das allein maßgebliche Kriterium einer Abwägungsentscheidung über einen Regionalplan sein. Vielmehr hat der Plangeber die für oder gegen eine Windenergienutzung tragenden Belange zu ermitteln, zu gewichten und in die Abwägung einzustellen. (Oberverwaltungsgericht Schleswig, Urteile vom 20.01.2015, Az. 1 KN 6/13 u. 1 KN 7/13). Insofern können Ergebnisse von Bürgerentscheidungen keine Bindung hervorrufen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	das komplexe, dynamische Ökosystem des Dosenmoors unzureichend. Besonders irritierend ist die Tatsache, dass eine offizielle Karte, die das Dosenmoor als Schlafgewässer von Kranichen ausweist, explizit nicht Bestandteil der Landesverordnung ist und nur "rein informellen Charakter" hat (https://schleswig-holstein.de/mm/downloads/MILIG/lepWind_teilfortschreibung_2024/LEP_Auszug_Grundsaetze_20240607.pdf). Dies deutet darauf hin, dass nicht alle relevanten Informationen in die Planung eingeflossen sind, was eine umfassende Prüfung der ökologischen Sensibilität des Gebiets umso notwendiger macht. **2. Klimaschutz und die Rolle des Dosenmoors** Das Dosenmoor erfüllt nicht nur eine wichtige Rolle als Lebensraum, sondern auch als Feuchtgebiet und Kohlenstoffsenke. Diese Funktionen sind miteinander verknüpft und besonders anfällig für äußere Störungen. Moore sind essenziell für den Klimaschutz, da sie erhebliche Mengen an Kohlenstoff speichern. Die Errichtung von Windkraftanlagen könnte das empfindliche Gleichgewicht des Moores gefährden und dessen Rolle im regionalen Klima sowie als Wasserspeicher beeinträchtigen. Eine Schädigung der Moorlandschaft könnte zur Freisetzung von Kohlenstoff führen und den Klimaschutzbemühungen entgegenwirken. Dies steht im direkten Widerspruch zu den Zielen des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes von Schleswig-Holstein, welches den Schutz solcher Ökosysteme als integralen Bestandteil der Klimastrategie definiert. Ein rein schematisches Vorgehen, das sich nur auf formale Schutzkategorien und Abstandsregeln stützt, wird dem komplexen Charakter des Dosenmoors nicht gerecht. Vielmehr bedarf es einer genauen Analyse der ökologischen Vernetzungen und der möglichen langfristigen Auswirkungen. **3. Nutzung des Dosenmoors als Naherholungsgebiet** Neben seiner ökologischen Bedeutung ist das Dosenmoor auch ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Bevölkerung. Die Ruhe und natürliche Schönheit des Gebiets ziehen viele Menschen an, die die Landschaft zur Erholung nutzen. Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe würden diese Erholungsqualität erheblich beeinträchtigen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fazit Vor dem Hintergrund des Bürgerentscheids von 2012, der damaligen Ablehnung der Pläne durch Umweltverbände wie den NABU und das Infozentrum Dosenmoor sowie die Abteilung Natur und Umwelt der Stadt Neumünster, muss der Prüfung der Eignung des Gebiets um das Dosenmoor für Windkraftanlagen besondere Sorgfalt gewidmet werden. Diese Akteure, die damals maßgeblich an der Entscheidung beteiligt waren, haben bereits begründete Bedenken hinsichtlich der ökologischen Auswirkungen geäußert, die auch heute noch Gültigkeit haben. Der Schutz der Vogelwelt, der Erhalt des einzigartigen Moor-Ökosystems und die Bedeutung des Gebiets für den Klimaschutz müssen dabei im Vordergrund stehen. Es ist daher zwingend erforderlich, das Dosenmoor und seine Umgebung im Rahmen einer gesonderten und umfassenden Untersuchung zu bewerten, um die Konflikte zwischen Naturschutz, Klimazielen und der Nutzung erneuerbarer Energien detailliert zu analysieren. Nur so kann sichergestellt werden, dass eine fundierte und nachhaltige Entscheidung getroffen wird. Die Bürger, Umweltverbände und zuständigen Behörden müssen in diesen Prozess aktiv einbezogen werden, um eine Lösung zu finden, die sowohl den Schutz dieses sensiblen Ökosystems als auch die langfristigen Klimaziele berücksichtigt. --- Die verlinkten Webseiten sind dieser Stellungnahme als PDF- und PNG-Dokumente angehängt.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1913	[redacted] An das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport Abt. IV 6 Landesplanung Düsternbrooker Weg 104 24105 Kiel	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1.2, 1.4.1, 1.5.1, 1.7.1, 2.2 bis 2.5, 4.1.2, 7.2.3 bis 7.2.5, 7.3.2 und 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 **Stellungnahme** Sehr geehrte Damen und Herren, zu den von Ihnen mit dem ersten Entwurf der Fortschreibung des LEP vorgeschlagenen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung nehme ich wie folgt Stellung: Es ist mir bekannt, dass eine Ausweitung der Windkraftvorranggebiete gemäß der Bundesgesetzgebung erforderlich ist. Zu kritisieren ist an dieser Stelle dennoch, dass ein energiepolitisches Ziel nicht auf Grund von Flächenausweisungen für Windkraft onshore erreicht werden kann. Eine Fläche erzeugt keine Energie und ist als Maß für ein energiepolitisches Ziel nicht geeignet. Um dem Anspruch an eine sichere, bezahlbare und saubere Energieerzeugung gerecht zu werden, müssen andere Hebel bewegt werden, als ein weiterer Zubau von hochsubventionierten Stromerzeugern. Um die Stromversorgung zu stabilisieren, bedarf es eines ausgewogenen Mixes aus Erzeugung, Speicherung und Verteilung. Der ausschließliche Fokus auf die Bereitstellung von immer mehr Landesfläche für volatile Stromerzeugung aus Windkraft dient nicht der notwendigen Versorgungssicherheit mit Energie, sondern versorgt die Profiteure eines einseitigen Fördersystems mit sicheren Subventionszahlungen für ein nicht bedarfsgerecht zur Verfügung gestelltes und damit häufig wertloses Produkt, hier Strom. Der Verdacht liegt nahe, dass es der Bundesregierung nicht um Klima-, sondern um Klientelpolitik geht. Das Land Schleswig-Holstein wäre gut beraten, diesem Eindruck bei der notwendigen Umsetzung der Bundesgesetze deutlich entgegen zu wirken und sämtliche Ziele und Grundsätze der Raumordnung – in diesem Fall das Instrument zur Steuerung der Raumordnung hinsichtlich der zukünftigen Belastung des Landes durch Windkraftanlagen – dergestalt zu formulieren, dass nur die allernotwendigste Fläche für Windkraftanlagen übrigbleibt. Die Ziele und Grundsätze der Raumordnung sind so anzupassen, dass die freibleibende Fläche maximal 3 % der Landesfläche entspricht. Es gibt keinen vertretbaren oder mit dem Zwang durch die Bundesgesetzgebung	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	gerechtfertigten Grund, darüber hinaus Flächen für Windkraftanlagen zu schaffen. Das Land erhofft, mit der Festlegung von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung eine Steuerung des Windkraftausbaus zu erreichen und legt eine Konzentrationsplanung zu Grunde, was bedeuten soll, dass einige Gebiete mit Windkraft belastet werden, andere dagegen frei bleiben sollen. Ziel der Raumplanung soll deshalb eine Mindestgröße der zukünftigen Flächen von 15 ha sein, damit dort wenigstens zwei Windkraftanlagen eine gewisse Konzentrationswirkung erzielen. Bei der Errichtung von wenigstens 2 Windkraftanlagen von einer Konzentrationswirkung zu sprechen ist fraglich, außerdem wird nicht belegt, nach welchem Berechnungsschlüssel diese Konzentrationswirkung zu Stande kommen soll. Bei der letzten Regionalplanung wurde die Mindestgröße der Fläche von 15 ha mit der gewünschten Konzentrationsplanung und mindestens drei Anlagen erklärt. Das Ziel der Raumplanung, eine Konzentrationsplanung zu machen, ist mit mindestens 15 ha großen Flächen nicht durchführbar, weil 1. nicht begründet ist, warum 2 Windkraftanlagen eine Konzentrationswirkung haben und 2. nicht erklärt wird, wie bei einem gleichzeitigen Ziel der Raumplanung, keine Höhenbegrenzung der Windkraftanlagen zuzulassen, überhaupt 2 Anlagen in eine 15 ha große Fläche passen sollen. Die Mindestgröße einer Vorrangfläche für Windkraftanlagen muss bei gleichzeitigem Anspruch einer Konzentrationsplanung mindestens 30 ha betragen. Nur so ist sichergestellt, dass bei den heute gängigen Windkraftanlagen von 250 m Höhe, Rotordurchmesser von 170 m und einer Leistung von 7,2 MW/Anlage wenigsten 2 Anlagen auf der Fläche gebaut werden können. Der Berechnungsschlüssel wäre in diesem Fall 2x7,2MW = 14,4 MW, 30 ha/14,4 MW = 2,1 ha/MW installierte Leistung. In diesem Fall wäre noch Luft nach oben, um in Zukunft auch noch zwei leistungsstärkere Anlagen auf einer Fläche bauen zu können. Kleinere Flächen sind grundsätzlich zu streichen, da die Bebauung dieser Flächen zu der gewünschten Konzentrationsplanung gegenläufig ist. Die Festlegung eines Maximalabstands von 600 m zwischen zwei Flächen, der den Eindruck eines geschlossenen Windparks zur Folge hat, ist nicht vereinbar mit den Abständen zur Wohnbebauung, die mit 400 m (Ziel der Raumordnung für den Abstand zwischen Wohnbebauung im Außenbereich und Windvorrangfläche) wesentlich geringer sind. Die Schlussfolgerung daraus muss zwangsläufig sein, dass den Menschen im Außenbereich ein Leben mitten im Windpark zugemutet werden soll. Die Abstände zwischen den Windvorranggebieten und Wohnbebauung sind mit 400 m	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Außenbereich) und 800 m (Innenbereich) noch aus anderen, nicht berücksichtigten Aspekten zu gering: Die gemäß TA Lärm einzuhaltenden Grenzwerte werden dazu führen, dass die zukünftig in den Vorranggebieten stehenden Windkraftanlagen nachts deutlich abgeregelt werden müssen. Die daraus resultierenden Leistungseinbußen werden einen wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen unmöglich machen. Ein wirtschaftlicher Betrieb der Anlagen ist auf einer Windvorrangfläche aber notwendig, zum einen, damit die Fläche die bundesgesetzlichen Voraussetzungen als Anrechnungsfläche zum Flächenbeitragswert erfüllt, zum anderen, um die tatsächliche Wirtschaftlichkeit des Betriebs zu gewährleisten. Eine mutwillig einkalkulierte Entschädigung des Betreibers durch Subventionszahlungen für den unwirtschaftlichen Bau einer Windkraftanlage kann ja noch viel weniger Ziel der Bundes- und Landesregierung sein. Bei den Abständen zur Wohnbebauung ist also für zukünftige, leistungsfähigere als die bisherigen Anlagen der wirtschaftliche Betrieb ohne Ausgleichzahlungen als Entschädigung für die Unzulänglichkeiten der Fläche mitzudenken und die Planung dementsprechend vorzunehmen. Des Weiteren sind bei den Abständen nicht die nötigen Unbedenklichkeitsabstände für den Fall eines Rotorblattabrisses, für einen Gondelabriss und für den Drift von schädlichen Rauchgaspartikeln im Falle eines Brandes der Windkraftanlagen berücksichtigt. Die Landesplanung muss dringend darlegen, wie die Gefahr einer Windkrafthavarie bewertet und auf welcher Grundlage diese Bewertung vorgenommen wird. Bei der zukünftigen Windkraftanlagendichte in Schleswig-Holstein muss eine Risikobewertung vorgenommen werden. Es kann nicht sein, dass durch eine Fehlplanung die Unversehrtheit und das Leben von Menschen aufs Spiel gesetzt wird. Die Landesplanung legt eine falsche nicht dem aktuellen Stand der Technik entsprechende Referenzanlage zu Grunde. Die aktuellen Planungen werden sämtlich mit 250 m hohen Anlagen gemacht. Alle Ziele und Grundsätze der Raumordnung, die absolute Abstände zu Schutzgütern festlegen müssen daher angepasst werden. Das betrifft insbesondere sämtliche Schutzabstände zu geschützten Gebieten, die Belange des Natur- und Artenschutzes betreffen. Das Helgoländer Papier von 2015 legt wissenschaftlich abgesicherte Mindestabstände zwischen Windkraftanlagen und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	windkraftsensiblen Arten sowie Schutzgebieten fest. Nicht umsonst sind diese Mindestabstände zumeist in Abhängigkeit von der Höhe der Windkraftanlagen festgelegt. Der potenzielle Schaden durch den Bau und Betrieb einer Windkraftanlagen hängt nicht unmaßgeblich von ihrer Höhe und ihrem Rotordurchmesser ab. Deswegen muss jeglicher Schutzabstand ebenfalls auf die Höhe der Anlage und ihren Rotordurchmesser bezogen sein. Die absoluten Abstände, die die Landesplanung vorschlägt sind nicht begründet, willkürlich und damit juristisch angreifbar. Die Mindestabstände zu den Brutstätten geschützter Arten sind verbindlich nach dem Helgoländer Papier festzulegen. Ich hoffe auf eine gründliche Befassung mit meinen Anmerkungen und auf eine fundierte Antwort. [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1912	[redacted] 08.09.2024 [redacted] [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, Wie wir erst heute erfahren haben, hat die Gemeinde Borsfleth Ihnen am 06.09.2024 eine Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung 2021 zukommen lassen. Dieser möchten wir hiermit widersprechen. Der Abstand dieser Windkraftanlage zu unserem Grundstück liegt bei 400 vielleicht auch	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 2.5, 1.5, 7.3.2, 7.2.11 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	600 Metern. Eine genaue Angabe hierzu gibt es bisher nicht. Die Höhe der Windkrafträder ist mit 150-180 Metern angegeben, hierbei ist uns allerdings unbekannt, ob es sich dabei um die Gesamthöhe inkl. Rotoren oder um die Nabenhöhe handelt. Aufgrund dieser ungenauen Angaben ist die Geräuschentwicklung überhaupt nicht absehbar. Was hingegen absehbar ist, ist die ist der Verfall des Wertes der Häuser und Grundstücke in diesem Bereich, wenn der Bau, so wie geplant, umgesetzt wird. Die Interessen von einzelnen Personen, Betreibern und Gemeinden stehen im klaren Gegensatz zu denen der betroffenen Anwohner, und das Abwägen dieser Interessen fand nach unserer Meinung in diesem Fall nicht in ausreichendem Maße statt. MfG [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1911	**Stellungnahme zu den geplanten Potenzialflächen für Windkraft in der Gemeinde Fargau- Pratjau gemeinsam mit der Region Schönberg, Schönberg, Stakendorf und Krummbek** Bezugnehmend auf die Anlage 1 zu §1 der LEPWindVO möchte ich meine Stellungnahme abgeben: Sehr geehrte Damen und Herren, mir ist bewusst, dass Einzelmeinungen politisch weniger wiegen als die bundesweiten Zielsetzungen zur Erreichung der 3% oder auch 8% mithilfe von Windkraftanlagen (WKA) sowie Investoreninteressen. Trotzdem möchte ich unsere familiäre Situation schildern: Meine Familie lebt seit knapp 100 Jahren im Dorf [redacted] in der Gemeinde Fargau- Pratjau. Unser Hof wurde mehrfach durch Erbsituationen geteilt und es ist ein großes familiäres Gefüge entstanden, ein "Mehrgenerationenhof". Meine Kinder sind	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 7.1.6, 7.3, 7.2.12, 3.15, 4.8, 7.1.3 und 7.1.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nach Ausbildung und Studium zurückgekehrt, um das Elternhaus und die Nebengebäude, erhaltenswerter Baubestand, instand zu halten und hier wieder sesshaft zu werden. Dafür waren hohe Kredite notwendig, deren Abzahlung mindestens bis zu ihrer Rente dauern wird. Ich freue mich so sehr, dass nach dem Tod meines Mannes die Familienbande so stark geblieben ist. Wir alle sind die Basis für künftige Generationen auf unserem Hof. Solche Bindungen und Traditionen sind wertvoll und schaffen nicht nur ein Zuhause, sondern auch ein Gefühl der Gemeinschaft und Stabilität. Unsere Lebensumstände würden sich durch die geplanten WKA stark verändern. Die Rotoren der 240m hohen Anlagen beeinflussen den Alltag durch Schattenwurf und Geräusche. Davon abgesehen wäre der freie Blick in unsere wunderschöne Umgebung ist hinfällig. Unsere Familie hat alte Hofgebäude, Teile des alten Gutshofes, auch in Ferienwohnungen umgenutzt, um sie zu erhalten. Dies leistet einen wichtigen Beitrag zur finanziellen Sicherheit einzelner Familienmitglieder, die aufgrund von Behinderungen nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit sicher zu stellen. Die Feriengäste schätzen die ruhige und weitläufige Umgebung, sie ist ein wichtiger Teil des Angebots. Die Umsetzung der Pläne zur Errichtung von WKA wird sich negativ auf die Buchungszahlen bei uns und in der gesamten Region auswirken. Davon abgesehen befinden wir uns in einem Gebiet, welches umgeben ist von Seeadlerschutzgebieten. Die Tiere überqueren täglich unsere Dörfer, um zu den umliegenden Seen zu gelangen. Auch haben wir seit Jahrzehnten mindestens einen Adlerhorst im Wald von Legbank,das Seeadlerpaar hat ein Junges . Die Tiere nisten und brüten hier, schlagen Graugänse auf unseren Feldern und fressen Aas. Wie kann es sein, dass dieser „weiße Fleck“ auf der Karte der Seeadlerdichtezentren für den Bau von WKA in Betracht gezogen wird? Die Errichtung würde einen Eingriff in ihren Lebensraum und somit den Naturschutz bedeuten. Auch andere Vogelarten wären davon betroffen, so zum Beispiel Rotmilane, Kornweihen und auch Fledermäuse. Diese können wir neben dem Seeadler fast täglich beobachten. Die aktuellen politischen Zielsetzungen der Förderung von Windkraftanlagen rufen bei	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	uns Ängste und Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen auf den Naturschutz, lokale Gemeinschaften und die Lebensqualität hervor. Es ist wichtig, dass bei der Planung und Umsetzung solcher Projekte die Stimmen der Anwohner und die spezifischen Bedürfnisse der Gemeinden gehört und auch ernst genommen werden. Unsere Gemeinde hat sich klar gegen die Errichtung der WKA ausgesprochen. Dies sollte entsprechend gewichtet werden. Ich wünsche mir, dass die Interessen und der Lebensstil von Menschen in ländlichen Gebieten respektiert und in ihre Entscheidungen einbezogen werden. Eine offene Diskussion führte schon mehrfach zu einer Spaltung bestehender dörflicher Strukturen, die durch den politisch ausgeübten Druck und die Bereicherung Einzelner im großen Rahmen hervorgerufen wurde und wird. Menschen, die teilweise seit Jahrzehnten im Ausland leben und keinen Bezug mehr zu unserem Lebensraum haben, entscheiden über unser Leben hier. Das ist falsch! Ich bitte die Zuständigen, uns zu hören und als wichtig wahrzunehmen. Wir leben hier! Freundliche Grüße [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1910	Sehr geehrte Damen und Herren, es geht um die Flächenplanungen für Windenergie in unserer Gemeinde Travenbrück. Es wird in unserer Feldmark im Moment viel gebaut und es ist auch noch was in Planung. Zu nennen ist hier der momentane Bau der 380KV Ostküstenleitung, der Rückbau der alten 220KV Leitung und auch die NordOst Link Erdleitung verläuft laut Planung voll durch unsere Feldmark. Nun werden auf diesem Gebiet auch noch Windenergie Flächen ausgewiesen. Es ist mir vollkommen unverständlich das so etwas auf so kleinem Raum, die Vorhaben liegen alle sozusagen nebeneinander, möglich ist. Die kommenden Erdbewegungen die hier getätigt werden, werden Ertragsminderungen auf Jahrzehnte nach sich ziehen. Von der Zerstörung des gewachsenen Bodenlebens spricht auch niemand. Bei uns sind Rotmilan, Kornweihe, Seeadler und einige andere Arten im Travetal heimisch, aber ob sie nun durch Leitungen oder gar Rotorblätter beeinträchtigt werden scheint überhaupt nicht zu Interessieren. Zudem werden zukünftige Dorfentwicklungen durch Abstandsregelungen	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	massiv Eingeschränkt.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1909	**Sehr geehrte Damen und Herren,** **hiermit gebe ich eine Stellungnahme zum Wiesenvogelschutzgebiet im Bereich der Windpotenzialfläche PR3_DIT_309 für die Gemeinden Bargenstedt, Nindorf und Meldorf.** Ich als Landeigentümer und Mitgesellschafter der Planungsgesellschaft „[redacted] bin sehr stark durch die Festlegung eines Wiesenvogel-Brutgebietes im Bereich der Mieleniederung betroffen. Da innerhalb der festgelegten Wiesenvogel-Brutgebiete die Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich ausgeschlossen werden soll, würde dies unsere bisherigen erheblichen Anstrengungen zur Planung von Windenergieanlagen in diesem Gebiet zunichtemachen. Es gibt einige Punkte, die zu Unstimmigkeiten führen und es mir somit nicht ersichtlich ist, warum unsere Windpotentialfläche nicht für den Bau von Windenergieanlagen zugelassen wird. Die Planung unseres Windenergiegebietes sieht die Errichtung von Anlagen mit sehr hohen Nabenhöhen von 166 m vor. Der unterste Rotordurchgang würde somit bei über 80 m liegen und artenschutzrechtliche Konfliktrisiken deutlich minimieren. Des Weiteren ist eine konkrete Abgrenzung des Wiesenvogel-Brutgebietes nicht nachvollziehbar. Beispielweise gehört das Rüsdorfer Moor naturräumlich ebenfalls zur Mieleniederung und weist einen mindestens genau so großen Bestand an Wiesenvögeln auf, wird jedoch nicht als Wiesenvogel-Brutgebiet festgesetzt. Außerdem weicht die verwendete Flächenkulisse der Wiesenvogel-Brutgebiete an vielen Stellen erheblich von der im "Wiesenvogelerlass" vom 25.03.2019 veröffentlichten Flächenkulisse ab, wie zum Beispiel auf Eiderstedt. Durch das Wiesenvogel-Brutgebiet in der Mieleniederung verlaufen derzeit zwei Planungen von Hochspannungsgleichstromkabeltrassen "NordOstLink" zwischen Heide und Rogahn und der "Korridor B" zwischen Heide und Hamm. Das	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Leitungsbauvorhaben "NordOstLink" befindet sich bereits im Planfeststellungsverfahren. In den veröffentlichten Unterlagen finden sich auch Dokumente zur Raum- und Umweltverträglichkeit, die jedoch in keiner Weise auf das zu querende "Wiesenvogelbrutgebiet" eingehen. Die aufgezählten Arten Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer, die in unserem Wiesenvogelbrutgebiet verzeichnet wurden, stehen alle nicht auf der Brutvogel-Liste der windkraftsensiblen Arten im Bundesnaturschutzgesetz. Es ist in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehbar, weshalb Schutzgebiete für diese Arten festlegt werden, die dann vor allem von Windenergieanlagen freizuhalten sind. Wie sie sehen, gibt es einige Unstimmigkeiten, die es zu klären gilt! Ich bitte sie somit eindringlich zu diesen Punkten eine Erklärung zu geben! Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1908	**Stellungnahme zu den geplanten Potenzialflächen für Windkraft in der Gemeinde Fargau- Pratjau gemeinsam mit der Region Schönberg, Schönberg, Stakendorf und Krummbek** Bezugnehmend auf die Anlage 1 zu §1 der LEPWindVO möchte ich meine Stellungnahme abgeben: Sehr geehrte Damen und Herren, erneut steht unsere Gemeinde im Fokus der Umsetzung politischer Ziele zur Förderung regenerativer Energien. Bedauerlich ist, dass in unserem Fall **politische und wirtschaftliche Interessen über den Schutz von Natur, Umwelt und hiesiger Bevölkerung** gestellt werden. Die Argumentation, dass ein bestimmtes Gebiet „frei“ von geschützten Tierarten wie dem Seeadler ist, ist vermutlich auf mangelhafte oder unzureichende Untersuchungen zurückzuführen. Grund hierfür könnte auch ein Interessenkonflikt sein, wenn Vorhaben wie der Bau von Windkraftanlagen (WKA) anstehen, die möglicherweise negative	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich unter Anderem auf die Kapitel 4.5.1.1 (*Siedlungsstruktur*) und 4.5.1.3 *(Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1, 4.8, 4.20, 4.9, 2.2 bis 2.5, 7.1.6, 7.2.11, 7.3.5, 7.1.3 sowie 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zudem enthält die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird hierbei auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Auswirkungen auf die lokale Tierwelt haben. Die Dörfer der Gemeinde Fargau-Pratjau sind komplett umgeben von Seeadlerdichtezentren . Warum sind wir, trotz eines seit Jahrzehnten aktiv belegten Adlerhorstes im Rögen in Legbank nicht auch Seeadlerschutzgebiet? Wir dürfen hier **fast täglich Seeadler, Rotmilane und Fledermäuse** beobachten, was die Vermutung naheglegt, dass die **Tierarten in der Region heimisch** sind. Ich weise auf die möglichen Folgen für den Artenschutz hin, sollten hier WKA gebaut werden. Dies hätte vermutlich starke negativer Auswirkungen auf ihr Nist- Brut- und Balzverhalten. Ihre Errichtung kann nicht nur die Lebensräume dieser Tiere beeinträchtigen, sondern auch deren Migrationsrouten stören, was zu einem Rückgang der Populationen führen kann. Die Wechselwirkung der schützenswerten Tiere zwischen Ostsee, Passader See, Dobersdorfer See und dem Selenter See sind belegt. Die Fragmentierung von Lebensräumen kann die biologische Vielfalt gefährden und die Fähigkeit der Tiere, sich zu vermehren und zu gedeihen, erheblich einschränken. Bedeutende wäre es für uns, dass **wissenschaftliche Datenerhebungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen** jederzeit transparent und unabhängig durchgeführt werden. Unsere Bedenken und die der Naturschutzorganisationen sollten ernst genommen werden, um sicherzustellen, dass der Artenschutz respektiert wird und ein nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen gewährleistet ist. **Die neu beschlossenen Abstände zu Wohngebieten, hier Splittersiedlungen, sowie auch die Höhe der WKA von 240 Metern, sind eine Zumutung für ein gesundes Leben vor Ort.** Unsere rechtlich niedere Position scheint bei der Planung eine Rolle gespielt zu haben. Finanzielle und politische Interessen werden auch hier über das Gemeinwohl gestellt werden, insbesondere wenn es um die Errichtung von Windkraftanlagen geht. Die Landeigentümer, die Interesse am Bau von WKA auf ihren Flächen bekundet haben, leben teils seit Jahrzehnten im Ausland. Sie haben keinen Bezug mehr zu unserem Lebensraum. Wir Anwohner sorgen uns um unsere Lebensqualität. Es ist wichtig, dass die Stimmen der ansässigen Bevölkerung in solchen Entscheidungsprozessen gehört werden. Auch die **Abstimmung der Gemeindevertretung** ist eindeutig gegen den Bau der WKA ausgefallen. Wie wird diese auf landespolitischer Ebene gewichtet?	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die **Bedenken hinsichtlich der Lebensqualität, der Wertsteigerung von Immobilien und der Verunsicherung für junge Familien, für uns,** sind ernst zu nehmen. Häufig ist es der Fall, dass neue Bauprojekte, insbesondere in ländlichen und weniger dicht besiedelten Gebieten, große Veränderungen mit sich bringen, die nicht nur die Umwelt, sondern auch die soziale Struktur der Gemeinschaft betreffen können. So wird es hier geschehen im Falle einer Realisierung. Wir haben viel Geld in die Erhaltung bestehender Gebäude investiert, wollen hier unsere Kinder aufwachsen sehen. Die geplante Bebauung macht uns Angst! Wir wären umzingelt von WKA. Es wäre ratsam, einen **Dialog zwischen den beteiligten Parteien** zu fördern, um Lösungen zu finden, die sowohl die Bedürfnisse der Investoren als auch die der Anwohner berücksichtigen. Möglicherweise könnten alternative Standorte oder Pläne entwickelt werden, die die Interessen der Gemeinschaft besser wahren und die Ängste vor negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität und die örtliche Gemeinschaft mindern. Ein transparenter Planungsprozess, der die Stimmen der Betroffenen wirklich berücksichtigt, ist entscheidend, um ein Gemeinschaftsgefühl zu bewahren und die Gestaltung der Zukunft positiv zu beeinflussen. **Die konkrete Planung ruft bei Familien in unserer kleinen Gemeinde Existenzängste hervor**. Ich spreche mich aufgrund der genannten Punkte entschlossen gegen den Bau der WKA in diesem Gebiet aus. Ist es im politischen Sinn, eine sich verjüngende Gemeinde zu verunsichern und vor die Frage zu stellen: Ist das Leben hier noch lebenswert? Freundliche Grüße, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1907	Stellungnahme - Keine Windkraftanlagen in Landschaftsschutzgebieten Sehr geehrte Damen und Herren, als Bewohner der Region Großenrade/Hochdonn/Burg wende ich mich mit einer dringenden Bitte an Sie. Es geht um den geplanten Bau von Windkraftanlagen in Landschaftsschutzgebieten, insbesondere im Bereich des Kliffplateaus sowie in unmittelbarer Nähe zu den bedeutenden Biotopverbundsystemen rund um den	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 3.17 der allgemeinen Synopse verwiesen. Darüber hinaus beinhaltet die eingereichte Stellungnahme

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Löwenbach, das Großenrader Moor, den Helmschen Bach und die Burger Au. Diese Gebiete sind von herausragender ökologischer Bedeutung und beherbergen eine Vielzahl von bedrohten Tierarten, deren Lebensräume durch solche Eingriffe nachhaltig gestört werden könnten. Besonders der Rotmilan, Kraniche, Sandschwalben, Kiebitze und Störche sind in dieser Region heimisch und gehören zu den streng geschützten Arten. Hinzu kommt, dass sich in den letzten Jahren sogar Fischotter wieder in der Region angesiedelt haben – ein Zeichen für die wertvolle und intakte Natur, die es zu bewahren gilt. Darüber hinaus möchte ich betonen, dass der Landkreis bereits mit 4,4 % seiner Fläche durch Windkraftanlagen belegt ist – das sind 1,4 % mehr als das vorgegebene Landesziel. Warum sollte gerade dieser Landkreis, der ohnehin schon über dem Soll liegt, weiterhin durch den Ausbau von Windkraftanlagen belastet werden? Die Balance zwischen dem Ausbau erneuerbarer Energien und dem Schutz unserer einzigartigen Natur- und Landschaftsschutzgebiete darf nicht aus den Augen verloren werden. Der Erhalt dieser Flora und Fauna ist von hoher Bedeutung, und ich appelliere an Sie, diesen schützenswerten Raum zu berücksichtigen und Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass keine Windkraftanlagen in diesen Landschaftsschutzgebieten errichtet werden. Vielen Dank!	Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Erst auf dieser Ebene geht es um die konkrete Entscheidung zur Ausweisung einzelner Vorranggebiete. Die Stellungnahme wird diesbezüglich zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1905	[redacted] [redacted] An Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport – Landesplanung z. Hd. [redacted] (Windenergieplanung, Beteiligung) Düsternbrooker Weg 104 24105 Kiel	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	E-Mail: windenergiebeteiligung@im.landsh.de 08.09.2024 **Betr.: Stellungnahme zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land** Sehr geehrter Herr [redacted], im Folgenden sende ich Ihnen meine Stellungnahme zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land. Meine Stellungnahme besteht aus zwei Teilen: a. Ich schließe mich den Stellungnahmen des Kreises Plön und der Gemeinde Lutterbek an. b. Da ich in [redacted] wohne und von einem in der Gemeinde Brodersdorf geplanten Windpark, der sich im Rahmen eines „Zielabweichungsverfahrens“ in Planung befindet, direkt betroffen bin, möchte ich darüber hinaus einige weiterführende Anmerkungen machen. Details dazu entnehmen Sie bitte meiner folgenden Stellungnahme. Bitte bestätigen Sie mir den Eingang dieses Schreibens. Mit freundlichem Gruß, [redacted] **Stellungnahme** **A. Ich schließe mich den Stellungnahmen des Kreises Plön und der Gemeinde Lutterbek an:** a. Stellungnahme des Kreises Plön zum Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Juni 2024). Beschlossen in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Tourismus am 03.09.2024. https://www.kreis-ploe.de/session/buergerinfo/si0057.php?__ksinr=5638 b. Stellungnahme der Gemeindevertretung Lutterbek, beschlossen am 04.09.2024 https://ratsinfo.amt-probstei.de/bi/vo0050.php?__kvonr=12356 **B. Weiterführende Anmerkungen** Ich wohne in [redacted] bei Laboe. Im Gebiet zwischen Laboe, Brodersdorf, Lutterbek und Stein planen Investoren auf dem Gebiet der Gemeinde Brodersdorf einen Windpark mit drei WEA von 250 Meter Höhe. In der Beschäftigung mit diesem Vorhaben und der Arbeit mit einer Vielzahl davon betroffener Bürger*innen in Brodersdorf und den umliegenden Gemeinden bin ich zu den folgenden Gedanken gelangt, die ich hiermit in das Beteiligungsverfahren zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land einbringen möchte. **1. Zustimmung zur Nutzung der Windenergie** Generell stimme ich - wie die meisten Menschen in meiner Region - der Nutzung der Windenergie zu. Wir kennen die Anlagen der ersten Generation, die meist eine Höhe von 80-120 Meter Höhe (inklusive der Rotorblätter) haben, und haben in der Vergangenheit keine Einwände gegen Anlagen dieser Dimension, die es bei Laboe gibt, geltend gemacht. Wir denken jedoch, dass Anlagen, die die doppelte bis dreifache Höhe haben, nicht in der Nähe zu Dörfern, Kleinsiedlungen und städtischen Wohngebieten errichtet werden sollten. Mit 250 Metern Höhe wären die geplanten Anlagen 30 Meter höher als der Kieler Funkturm, dreimal so hoch wie die existierenden Anlagen und das Laboer Ehrenmal. Anlagen dieser Höhe sollten nicht in 400, 800 oder auch 1000 Meter Entfernung zu Orten gebaut werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2. Gründe für die Ablehnung industrieller WEA in der unmittelbaren Nachbarschaft zu Siedlungen Ich selbst und die meisten anderen Anwohner*innen lehnen die geplanten WEA aus den folgenden Gründen ab: • Beeinträchtigte Lebensqualität durch Lärm, Infraschall, Schattenwurf und Positionslichter. • Zerstörung des Landschaftsschutzgebiets Hagener Au. • Gefährdung des benachbarten Seeadlerhorsts und der Vogelzugsroute von Stein Richtung Brodersdorf und weiter ins Inland. • Beeinträchtigung von Naherholung und Tourismus. • Wertverluste für Immobilien. Diese Gründe sind in den Stellungnahmen des Kreises und vieler anderer Bürger*innen im Detail begründet. Ich beschränke mich deshalb auf einige ausgewählte Aspekte. **3. Keine Errichtung von WEA in Landschaftsschutzgebieten** Ich wende mich gegen die Errichtung von WEA in Landschaftsschutzgebieten. Landschaftsschutzgebiete sind eingerichtet worden, um die wertvollsten Landschaften vor der Zerstörung oder Beeinträchtigung zu bewahren. WEA der heutigen Größen schädigen Landschaften und das Landschaftsbild massiv. Sie sollten grundsätzlich nicht in Landschaftsschutzgebieten errichtet werden. In Schleswig-Holstein und auch im Kreis Plön stehen hinreichend Flächen außerhalb von Landschaftsschutzgebieten zur Verfügung. Insbesondere sollten WEA in Schleswig-Holstein vorrangig in Gebieten errichtet werden, die bereits lärmverseucht sind, zum Beispiel in Korridoren entlang von Autobahnen wie der A7. **4. Größe von WEA an Land und Abstandsregelungen** Die Regelungen zum Mindestabstand von WEA von Orten nehmen nicht hinreichend Rücksicht auf das massive Wachstum der Höhe und Größe von WEA in den vergangenen 20 Jahren. Sie stammen aus einer Zeit, in der WEA eine Höhe von 80-120	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Meter hatten. Ein Abstand von 1.000 Meter zu Wohnsiedlungen entsprach damals der 10-fachen Höhe der üblichen WEAs. Derzeit werden meist WEA in Höhen von 200-250 Meter projektiert. Anlagentypen mit Höhen über 300 Meter befinden sich in der Entwicklung und werden in den kommenden Jahren auf den Markt kommen. Auch zu diesen Anlagen sollte ein Mindestabstand der 10-fachen Höhe (inklusive Rotor) gesetzlich vorgeschrieben werden, um Belästigungen durch Lärm und Infraschall für Menschen zu minimieren. WEA von Größen über 200 Meter sollten grundsätzlich nur offshore errichtet werden, um negative Auswirkungen auf Menschen zu reduzieren. Wenn es dem Land nicht möglich ist, diese Abstände vorzuschreiben, sollten im LEP Wind Vorrangflächen ausgewählt werden, die diese Abstände implizit einhalten. **5. Infraschall** Von Vertretern der Windkraftindustrie wird generell behauptet, dass WEA keinen Infraschall abgeben. Das ist offensichtlich unrichtig, wie Untersuchungen und auch eigene Gespräche mit Anwohner*innen von Windparks ergeben haben, die ich in Fiefbergen und an weiteren Orten geführt habe. Der Infraschall (Frequenzen unter 20 Herz) wird bei der Bewertung der Schallemission von WEA nach Bundesimmissionsschutzgesetz nicht hinreichend bewertet. Die Bewertung von Infraschall, der von vielen Menschen als sehr störend empfunden wird und nach neueren Forschungsergebnissen auch gesundheitsschädlich sein kann, muss gesetzlich geregelt werden. Es müssen Höchstwerte festgelegt werden, die gesundheitliche Schädigungen und Schlafstörungen ausschließen. Die relevanten Gesetze und DIN-Normen (z.B. die DIN 45680) müssen entsprechend angepasst werden. Die heute gültigen Abstandsregeln zu Wohngebieten sind unter Berücksichtigung von Infraschall völlig unzureichend. Es sollten Mindestabstände vom 10-fachen der Höhe der geplanten WEA gesetzlich festgelegt werden. Quellen zum Thema Gesundheitsprobleme durch Infraschall finden sich unter „C.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anlage“. **6. Schutz der Vogelzugsroute** Der in Brodersdorf geplante Windpark liegt mitten in einer regionalen Vogelzugsroute. Eine große Zahl von Graugänsen, Kormoranen und anderen Vögeln zieht entlang der Ostseeküste von Osten kommend Richtung Stein und biegt dort ins Inland ab (und ebenso in entgegengesetzter Richtung). Die Vögel fliegen abends auf beiden Seiten der Hagener Au über das Landschaftsschutzgebiet ins Inland und morgens in entgegengesetzter Richtung. Dies betrifft je nach Jahreszeit täglich Hunderte bis Tausende von Vögeln. Darüber hinaus wird diese Vogelzugsroute auch für jahreszeitabhängige Wanderungen über größere Entfernungen genutzt. Ein Gutachten (Dipl. Biol. Bernd Koop, Ornithologische Untersuchung zum Windenergiekonzept des Kreises Plön, Mai 1996) kam deshalb 1996 zu dem Schluss, dass die Gemeinden Lutterbek, Brodersdorf, Laboe, Stein… ungeeignet für den Bau von WEA sind. **7. Einseitige Bevorzugung von Investoren-Interessen gegenüber den Schutzbedürfnissen von Anwohnern und Natur** Die derzeitige Rechtslage rund um Planung, Errichtung und Betrieb von Windparks bevorzugt die finanziellen Interessen von Investoren (Profit), Landbesitzern (Pachteinnahmen) und Gemeinden (Beteiligung, Steuern) gegenüber den Schutzinteressen von Anwohner*innen und Umwelt. Hier muss eine ausgewogenere Gewichtung gefunden und gesetzlich verankert werden. Dazu können die folgenden Maßnahmen beitragen: **7.1. Bürgerbefragung und Bürgerentscheide als verbindlicher Bestandteil von Planungsverfahren zur Errichtung von Windparks.** Es sollte gesetzlich vorgeschrieben sein, dass alle Bürger*innen einer Gemeinde, besser alle Anwohner*innen im Umkreis des 10-fachen der Höhe der geplanten Anlagen, befragt werden, ob sie der Planung und Errichtung eines Windparks zustimmen. Hier sollten dieselben Quoren und erforderlichen Mehrheiten gelten wie im Bürgerentscheid (Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein, §16g, https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/jlr-GemOSH2003pG4). Abgelehnte Vorhaben sollten den Bürger*innen frühestens nach 10 Jahren erneut zum Entscheid vorgelegt werden dürfen.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Gesetzlich vorgeschrieben Bürgerbefragungen und Bürgerentscheide sollten insbesondere Bestandteil von Zielabweichungsverfahren sein damit es ausgeschlossen ist, das WEA gegen den Willen der Anwohner*innen errichtet und betrieben werden, wie es derzeit in der Gemeinde Brodersdorf erfolgt. **Beispiel der Gemeinde Brodersdorf** Die Mehrheit der Gemeindevertretung Brodersdorf versucht gegen den Willen einer großen Mehrheit der Einwohner*innen ein Zielabweichungsverfahren für einen Windpark durchzuführen. Bei einer Petition der Bürger*innen (Unterschriftenliste, im Auguste 2024) ergab sich folgendes Ergebnis: **Text der Petition:** „Wir fordern die Gemeindevertretung auf, die beschlossenen Vorplanungen (Einleitung eines Zielabweichungsverfahrens) für eine großtechnische Anlage mit drei 250m hohen Windrädern in dem Landschaftsschutzgebiet „Hagener Au“ sofort zu stoppen. Das betroffene Gebiet ist unser Naherholungsgebiet mit einer besonderen Eignung für das Natur- und Landschaftserlebnis. Wir fordern die Gemeindevertretung weiterhin auf, gemeinsam mit den Brodersdorferinnen und Brodersdorfern eine alternative Wärme- und Energieplanung zu beginnen, die an den realen Gegebenheiten unseres Dorfes ausgerichtet und dabei zukunftsorientiert im Sinne einer Energiewende ist.“ Wahlberechtigte über 16 Jahre: 346 Bürger*innen, die die Errichtung eines Windparks ablehnen: 221 (das entspricht 64%) Bürgermeisterin und Gemeindevertretung Brodersdorf ignorieren das Ergebnis der Petition jedoch, da die Befragung nicht gesetzlich vorgeschrieben ist. Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel der Gemeinde Barsbek, die am 1.9.2024 ihre Bürger*innen zur Planung eines Windparks im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens befragte. Nachdem die Mehrheit der Bürger*innen sich gegen die Planung eines Windparks aussprach, folgte die Gemeindevertretung diesem Votum. **7.2 Landesweites Ranking von Vorrangflächen für Windenergie nach Impact auf**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mensch und Natur Alle Potenzial- und Vorrangflächen für Windenergie sollten landesweit hinsichtlich ihres Impacts auf Mensch und Natur gerankt werden. Baugenehmigungen für Windparks sollten dann vom minimalen Impact aufsteigend vergeben werden, um die Belastung für Menschen und Natur in Schleswig-Holstein so gering wie möglich zu halten. Die Minimierung negativer Auswirku**ngen der Windenergie sollte Vorrang vor den Profitinteressen von Investoren, Landbesitzern und Gemeinden haben.** C. Anlage: Quellen zum Thema Infraschall Der Streit um die Windkraft | WDR Doku (2020) https://www.youtube.com/watch?v=6URMSMrE0T0 Krank durch Infraschall: Der Kampf gegen Windkraftanlagen | SPIEGEL TV (2015) https://youtu.be/kz-gPc2cKXU?si=DleUPx4hupqKBXIN Sven Johannsen, Sachverständiger, der sagt, dass die neuen immer größeren WEA mehr Infraschall emittieren: https://umweltmessung.com/wir/ Über 50 Windräder in einem Dorf - Infraschall macht krank (ZDF, 2018) https://youtu.be/hDxO4ZIjz0c?si=R3uCXdw0DRLK3xoM Weitere Quellen zum Thema Infraschall https://gesundheitskompass-mittelhessen.de/1174-1000-m-abstand-zu-windradern-ist-zu-wenig/ https://www.aerztefuerimmissionsschutz.de/ https://www.welt.de/wirtschaft/article230800405/Windkraft-Gesundheitsrisiko-steigt-durch-den-Schall.html	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1904	[redacted] [redacted] An Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport – Landesplanung z. Hd. [redacted] (Windenergieplanung, Beteiligung) Düsternbrooker Weg 104 24105 Kiel E-Mail: windenergiebeteiligung@im.landsh.de 08.09.2024 **Betr.: Stellungnahme zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land** Sehr geehrter Herr [redacted], im Folgenden sende ich Ihnen meine Stellungnahme zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land. Meine Stellungnahme besteht aus zwei Teilen: a. Ich schließe mich den Stellungnahmen des Kreises Plön und der Gemeinde Lutterbek an. b. Da ich in Lutterbek wohne und von einem in der Gemeinde Brodersdorf geplanten Windpark, der sich im Rahmen eines „Zielabweichungsverfahrens“ in Planung befindet, direkt betroffen bin, möchte ich darüber hinaus einige weiterführende Anmerkungen machen. Details dazu entnehmen Sie bitte meiner folgenden Stellungnahme.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bitte bestätigen Sie mir den Eingang dieses Schreibens. Mit freundlichem Gruß, [redacted] [redacted] **Stellungnahme** **A. Ich schließe mich den Stellungnahmen des Kreises Plön und der Gemeinde Lutterbek an:** a. Stellungnahme des Kreises Plön zum Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Juni 2024). Beschlossen in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Tourismus am 03.09.2024. https://www.kreis-ploe.de/session/buergerinfo/si0057.php?__ksinr=5638 b. Stellungnahme der Gemeindevertretung Lutterbek, beschlossen am 04.09.2024 https://ratsinfo.amt-probstei.de/bi/vo0050.php?__kvonr=12356 **B. Weiterführende Anmerkungen** Ich wohne in [redacted] bei Laboe. Im Gebiet zwischen Laboe, Brodersdorf, Lutterbek und Stein planen Investoren auf dem Gebiet der Gemeinde Brodersdorf einen Windpark mit drei WEA von 250 Meter Höhe. In der Beschäftigung mit diesem Vorhaben und der Arbeit mit einer Vielzahl davon betroffener Bürger*innen in Brodersdorf und den umliegenden Gemeinden bin ich zu den folgenden Gedanken gelangt, die ich hiermit in das Beteiligungsverfahren zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land einbringen möchte. **1. Zustimmung zur Nutzung der Windenergie** Generell stimme ich - wie die meisten Menschen in meiner Region - der Nutzung der Windenergie zu. Wir kennen die Anlagen der ersten Generation, die meist eine Höhe von 80-120 Meter Höhe (inklusive der Rotorblätter) haben, und haben in der Vergangenheit keine Einwände gegen Anlagen dieser Dimension, die es bei Laboe gibt,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	geltend gemacht. Wir denken jedoch, dass Anlagen, die die doppelte bis dreifache Höhe haben, nicht in der Nähe zu Dörfern, Kleinsiedlungen und städtischen Wohngebieten errichtet werden sollten. Mit 250 Metern Höhe wären die geplanten Anlagen 30 Meter höher als der Kieler Funkturm, dreimal so hoch wie die existierenden Anlagen und das Laboer Ehrenmal. Anlagen dieser Höhe sollten nicht in 400, 800 oder auch 1000 Meter Entfernung zu Orten gebaut werden. **2. Gründe für die Ablehnung industrieller WEA in der unmittelbaren Nachbarschaft zu Siedlungen** Ich selbst und die meisten anderen Anwohner*innen lehnen die geplanten WEA aus den folgenden Gründen ab: • Beeinträchtigte Lebensqualität durch Lärm, Infraschall, Schattenwurf und Positionslichter. • Zerstörung des Landschaftsschutzgebiets Hagener Au. • Gefährdung des benachbarten Seeadlerhorsts und der Vogelzugsroute von Stein Richtung Brodersdorf und weiter ins Inland. • Beeinträchtigung von Naherholung und Tourismus. • Wertverluste für Immobilien. Diese Gründe sind in den Stellungnahmen des Kreises und vieler anderer Bürger*innen im Detail begründet. Ich beschränke mich deshalb auf einige ausgewählte Aspekte. **3. Keine Errichtung von WEA in Landschaftsschutzgebieten** Ich wende mich gegen die Errichtung von WEA in Landschaftsschutzgebieten. Landschaftsschutzgebiete sind eingerichtet worden, um die wertvollsten Landschaften vor der Zerstörung oder Beeinträchtigung zu bewahren. WEA der heutigen Größen schädigen Landschaften und das Landschaftsbild massiv. Sie sollten grundsätzlich nicht in Landschaftsschutzgebieten errichtet werden. In Schleswig-Holstein und auch im Kreis Plön stehen hinreichend Flächen außerhalb	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von Landschaftsschutzgebieten zur Verfügung. Insbesondere sollten WEA in Schleswig-Holstein vorrangig in Gebieten errichtet werden, die bereits lärmverseucht sind, zum Beispiel in Korridoren entlang von Autobahnen wie der A7. **4. Größe von WEA an Land und Abstandsregelungen** Die Regelungen zum Mindestabstand von WEA von Orten nehmen nicht hinreichend Rücksicht auf das massive Wachstum der Höhe und Größe von WEA in den vergangenen 20 Jahren. Sie stammen aus einer Zeit, in der WEA eine Höhe von 80-120 Meter hatten. Ein Abstand von 1.000 Meter zu Wohnsiedlungen entsprach damals der 10-fachen Höhe der üblichen WEAs. Derzeit werden meist WEA in Höhen von 200-250 Meter projektiert. Anlagentypen mit Höhen über 300 Meter befinden sich in der Entwicklung und werden in den kommenden Jahren auf den Markt kommen. Auch zu diesen Anlagen sollte ein Mindestabstand der 10-fachen Höhe (inklusive Rotor) gesetzlich vorgeschrieben werden, um Belästigungen durch Lärm und Infraschall für Menschen zu minimieren. WEA von Größen über 200 Meter sollten grundsätzlich nur offshore errichtet werden, um negative Auswirkungen auf Menschen zu reduzieren. Wenn es dem Land nicht möglich ist, diese Abstände vorzuschreiben, sollten im LEP Wind Vorrangflächen ausgewählt werden, die diese Abstände implizit einhalten. **5. Infraschall** Von Vertretern der Windkraftindustrie wird generell behauptet, dass WEA keinen Infraschall abgeben. Das ist offensichtlich unrichtig, wie Untersuchungen und auch eigene Gespräche mit Anwohner*innen von Windparks ergeben haben, die ich in Fiefbergen und an weiteren Orten geführt habe. Der Infraschall (Frequenzen unter 20 Herz) wird bei der Bewertung der Schallemission von WEA nach Bundesimmissionsschutzgesetz nicht hinreichend bewertet. Die Bewertung von Infraschall, der von vielen Menschen als sehr störend empfunden wird und nach neueren Forschungsergebnissen auch gesundheitsschädlich sein kann, muss gesetzlich geregelt werden. Es müssen Höchstwerte festgelegt werden, die gesundheitliche Schädigungen und Schlafstörungen ausschließen. Die relevanten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gesetze und DIN-Normen (z.B. die DIN 45680) müssen entsprechend angepasst werden. Die heute gültigen Abstandsregeln zu Wohngebieten sind unter Berücksichtigung von Infraschall völlig unzureichend. Es sollten Mindestabstände vom 10-fachen der Höhe der geplanten WEA gesetzlich festgelegt werden. Quellen zum Thema Gesundheitsprobleme durch Infraschall finden sich unter „C. Anlage“. **6. Schutz der Vogelzugsroute** Der in Brodersdorf geplante Windpark liegt mitten in einer regionalen Vogelzugsroute. Eine große Zahl von Graugänsen, Kormoranen und anderen Vögeln zieht entlang der Ostseeküste von Osten kommend Richtung Stein und biegt dort ins Inland ab (und ebenso in entgegengesetzter Richtung). Die Vögel fliegen abends auf beiden Seiten der Hagener Au über das Landschaftsschutzgebiet ins Inland und morgens in entgegengesetzter Richtung. Dies betrifft je nach Jahreszeit täglich Hunderte bis Tausende von Vögeln. Darüber hinaus wird diese Vogelzugsroute auch für jahreszeitabhängige Wanderungen über größere Entfernungen genutzt. Ein Gutachten (Dipl. Biol. Bernd Koop, Ornithologische Untersuchung zum Windenergiekonzept des Kreises Plön, Mai 1996) kam deshalb 1996 zu dem Schluss, dass die Gemeinden Lutterbek, Brodersdorf, Laboe, Stein… ungeeignet für den Bau von WEA sind. **7. Einseitige Bevorzugung von Investoren-Interessen gegenüber den Schutzbedürfnissen von Anwohnern und Natur** Die derzeitige Rechtslage rund um Planung, Errichtung und Betrieb von Windparks bevorzugt die finanziellen Interessen von Investoren (Profit), Landbesitzern (Pachteinnahmen) und Gemeinden (Beteiligung, Steuern) gegenüber den Schutzinteressen von Anwohner*innen und Umwelt. Hier muss eine ausgewogenere Gewichtung gefunden und gesetzlich verankert werden. Dazu können die folgenden Maßnahmen beitragen: **7.1. Bürgerbefragung und Bürgerentscheide als verbindlicher Bestandteil von Planungsverfahren zur Errichtung von Windparks.** Es sollte gesetzlich vorgeschrieben sein, dass alle Bürger*innen einer Gemeinde, besser alle Anwohner*innen im Umkreis des 10-fachen der Höhe der geplanten	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Anlagen, befragt werden, ob sie der Planung und Errichtung eines Windparks zustimmen. Hier sollten dieselben Quoren und erforderlichen Mehrheiten gelten wie im Bürgerentscheid (Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein, §16g, https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/jlr-GemOSH2003pG4). Abgelehnte Vorhaben sollten den Bürger*innen frühestens nach 10 Jahren erneut zum Entscheid vorgelegt werden dürfen. Gesetzlich vorgeschrieben Bürgerbefragungen und Bürgerentscheide sollten insbesondere Bestandteil von Zielabweichungsverfahren sein damit es ausgeschlossen ist, das WEA gegen den Willen der Anwohner*innen errichtet und betrieben werden, wie es derzeit in der Gemeinde Brodersdorf erfolgt. **Beispiel der Gemeinde Brodersdorf** Die Mehrheit der Gemeindevertretung Brodersdorf versucht gegen den Willen einer großen Mehrheit der Einwohner*innen ein Zielabweichungsverfahren für einen Windpark durchzuführen. Bei einer Petition der Bürger*innen (Unterschriftenliste, im Auguste 2024) ergab sich folgendes Ergebnis: **Text der Petition:** „Wir fordern die Gemeindevertretung auf, die beschlossenen Vorplanungen (Einleitung eines Zielabweichungsverfahrens) für eine großtechnische Anlage mit drei 250m hohen Windrädern in dem Landschaftsschutzgebiet „Hagener Au“ sofort zu stoppen. Das betroffene Gebiet ist unser Naherholungsgebiet mit einer besonderen Eignung für das Natur- und Landschaftserlebnis. Wir fordern die Gemeindevertretung weiterhin auf, gemeinsam mit den Brodersdorferinnen und Brodersdorfern eine alternative Wärme- und Energieplanung zu beginnen, die an den realen Gegebenheiten unseres Dorfes ausgerichtet und dabei zukunftsorientiert im Sinne einer Energiewende ist.“ Wahlberechtigte über 16 Jahre: 346 Bürger*innen, die die Errichtung eines Windparks ablehnen: 221 (das entspricht 64%) Bürgermeisterin und Gemeindevertretung Brodersdorf ignorieren das Ergebnis der Petition jedoch, da die Befragung nicht gesetzlich vorgeschrieben ist.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel der Gemeinde Barsbek, die am 1.9.2024 ihre Bürger*innen zur Planung eines Windparks im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens befragte. Nachdem die Mehrheit der Bürger*innen sich gegen die Planung eines Windparks aussprach, folgte die Gemeindevertretung diesem Votum. **7.2 Landesweites Ranking von Vorrangflächen für Windenergie nach Impact auf Mensch und Natur** Alle Potenzial- und Vorrangflächen für Windenergie sollten landesweit hinsichtlich ihres Impacts auf Mensch und Natur gerankt werden. Baugenehmigungen für Windparks sollten dann vom minimalen Impact aufsteigend vergeben werden, um die Belastung für Menschen und Natur in Schleswig-Holstein so gering wie möglich zu halten. Die Minimierung negativer Auswirkungen der Windenergie sollte Vorrang vor den Profitinteressen von Investoren, Landbesitzern und Gemeinden haben. C. Anlage: Quellen zum Thema Infraschall Der Streit um die Windkraft | WDR Doku (2020) https://www.youtube.com/watch?v=6URMSMrE0T0 Krank durch Infraschall: Der Kampf gegen Windkraftanlagen | SPIEGEL TV (2015) https://youtu.be/kz-gPc2cKXU?si=DleUPx4hupqKBXIN Sven Johannsen, Sachverständiger, der sagt, dass die neuen immer größeren WEA mehr Infraschall emittieren: https://umweltmessung.com/wir/ Über 50 Windräder in einem Dorf - Infraschall macht krank (ZDF, 2018) https://youtu.be/hDxO4ZIjz0c?si=R3uCXdw0DRLK3xoM Weitere Quellen zum Thema Infraschall https://gesundheitskompass-mittelhessen.de/1174-1000-m-abstand-zu-windradern-ist-zu-wenig/	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	https://www.aerztefuerimmissionsschutz.de/ https://www.welt.de/wirtschaft/article230800405/Windkraft-Gesundheitsrisiko-steigt-durch-den-Schall.html	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1903	Hiermit nehme ich Bezug auf den am 30.12.2020 in Kraft getretenen Regionalplan und die dort nicht als Vorrangfläche übernommene Potenzialfläche „**PR3_DIT_069“** in der Gemeinde Nordermeldorf *„Christianskoog“.* Mit dieser Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Fortschreibung der Regionalplanung möchte ich bitten, die ehemals nicht berücksichtigte Potenzialfläche PR3_DIT_069 als Vorranggebiet neu einzubringen. Als Landanlieger/Altenteiler dieser Potenzialfläche kann ich weiterhin von einer großen Akzeptanz vor Ort sprechen, wie bei den bisher genehmigten und verwirklichten Windplanungen in Nordermeldorf Flächen DIT_067, DIT_068 und DIT_071 Mit freundlichen Grüßen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2782	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit im Folgenden erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o. g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern: Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnenden und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400 m begründet. Der Abstand zur Wohnbebauung sollte so gewählt werden, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920 m eingehalten wird. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sog. 3H/5H-Regelung missachtet die Erkenntnisse, dass die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen ist. Es ist zu befürchten, dass die o. g. Abschaffung dieser Regel zu einem weiteren Akzeptanz- und	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1 bis 2.5, 7.3.7, 7.1.3, 2.11, 3.16, 6.1, 4.18, 7.4, 3.17, 3.15 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vertrauensverlust in der Bevölkerung führen wird und in der Folge sich weitere Bevölkerungsgruppen von Politik- und Verwaltungsverantwortlichen abwenden. Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z. B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. des Denkmalschutzes, der Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Dies steht im Widerspruch zu den von der Landesregierung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. Wenn die Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben sowie zum Erhalt der Vielfalt und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. Dass Die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Dies wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus, der einen bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins darstellt. Durch die Verringerung der Mindestabstände und Abschwächung der Schutzkriterien befürchte ich für meine Familie und mich massive Einschränkungen in meinem Lebensumfeld. In der Natur finde ich Ruhe und Entspannung, die ich nicht bekomme, wenn die Natur fast überall in großem Umfang mit Windkraftanlagen durchsetzt ist. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted] --	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1902	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehme ich mein Recht auf Beteiligung wahr und möchte mich zu **Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021- Erster Entwurf Juni 2024 äußern.** Mit noch nicht ausgeräumten Bedenken verfolge ich die Planung einer WEA im Naturpark Westensee. Auch wenn ich grundsätzlich dafür bin, erneuerbare Energien zu nutzen darf dies nicht dazu führen, die bestehende Natur zu gefährden. Wir haben nicht umsonst ein Naturschutzgebiet und ein FFH Gebiet in und um Westensee: bestehende Regelungen zu Abständen dürfen nicht außer Kraft gesetzt werden, wenn das zu Recht geschützte Gebiet weiterhin nutzbar bleiben soll. Und nicht nur Zugvögel, sondern auch Standvögel nutzen die Schutzgebiete. An Standvögeln muss neben dem Rotmilan und dem Weiß- sowie Schwarzstorch besonders der Seeadler berücksichtigt werden – die Abstandsregelung zum Horst und auch zum Waldrand darf nicht reduziert werden! Begrüßenswert wäre es, wenn noch mehr Energie in die Erforschung und Nutzung von Antikollissionssystemen fließen würde. Ein Bestreben der Behörde auch die Artenvielfalt und die Umsetzung entsprechender Schutzaufträge muss erkennbar sein. Aktuell ist das - zumindest in den bisherigen Planungen - nicht der Fall. Außerdem fehlen Antworten auf Fragen wie „Wo und wie werden kaputte Bauteile entsorgt?“, „Kostenklärung im Falle einer Havarie?“ oder auch „Inwiefern ist der Feuerschutz ausreichend bedacht?“. Diese müssen im Vorfeld (!) verbindlich beantwortet werden. Auch die Frage, wie sich die Lärmentwicklung gestalten wird ist	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.18.1, 4.2.1, 4.20.1, 7.1.5, 7.2.7, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	maßgeblich. Die Menschen ziehen in ländliche Strukturen, um Naturerleben und Ruhe zu genießen – und nicht, um dauerhaftem Hintergrundlärm, welcher erwiesenermaßen schädlich ist, ausgesetzt zu sein. Mit Blick auf die Stadtentwicklung sollten auch diese Aspekte berücksichtigt werden, wenn es um WEA im Naturpark geht. Eine Information von Landesseite an alle betroffenen Bürger*innen wäre dringend notwendig gewesen. Als Bürgerin von Westensee möchte ich zum Ausdruck bringen, dass es keine Information von Seiten des Bürgermeisters an die allgemeine Bürgerschaft gab. Außerdem fordere ich die Landesbehörde dazu auf, bei ihrer Fristsetzung eine entsprechende Laufzeit zu berücksichtigen um eine ehrliche Beteiligung zu ermöglichen. Mit freundlichem Gruß [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1901	*Meine Stellungnahme:* *warum wird auch der Artenschutz nicht mehr berücksichtigt?* Ich wohne mit meiner Familie in [redacted] und nur 1000m entfernt angrenzend an den Segeberger Forst Höhe Radesforde ist eine Fläche ausgeschrieben, auf der 6 Windkraftanlagen geplant sind. folgende Stellungnahme möchte ich ihnen auf diesem Wege zukommen lassen: Der Windkraftausbau in der BRD ist ein Desaster für Mensch und Natur. Er macht aus gut funktionierenden Naturlandschaften große, unansehnliche Industrieparks (Propellerlandschaften), zerstört die für die Bevölkerung in unserer Zeit so notwendigen Naherholungsgebiete, welches Heidmühlen und der Segeberger Forst für viele Menschen und Bürger ist. Eindeutig ist man bei uns gegen die Errichtung von Windkraftanladen. dazu kommt, dass in unmittelbarer Nähe ein 100Hecktar großer Solaspark geplant ist. was soll dieser Irrsinn?	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Weiterhin töten diese Windanlagen jedes Jahr mehrere hunderttausend Vögel und Fledermausarten. Dazu kommen durch Schall und Schattenwurf indizierte gesundheitliche Risiken, vor denen in verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen renommierter deutscher und internationaler Wissenschaftler und Ärzte, u.a. mit Befragungen betroffener Bürger, inständig gewarnt wird. Nicht zuletzt müssen die betroffenen Regionen mit einer Entwertung ihrer Immobilien rechnen. In Deutschland stehen bereits mehr als 24000 Windräder. Damit liegt Deutschland knapp nach USA und China an 3.Stelle in der Welt. USA und China sind flächenmäßig doch ein wenig größer als die BRD oder?! Dort stehen die Windräder zu einem großen Teil in weitab gelegenen unbesiedelten Gebieten, bei uns stehen die Windräder sozusagen im „Wohnzimmer“! Wofür? Trotz der großen Anzahl der Windräder haben diese den weltweiten CO2 Ausstoß um kein Gramm senken können, wie die Statistiken beweisen. Auch die Bundestagsexperten-kommission Forschung und Innovation stellte fest, dass das EEG und der dadurch vorangetriebene Windkraftausbau nichts für den Klimaschutz bringt, aber ihn deutlich teurer macht. Hinzu kommt, dass nach Aussage des Bundesverbands der Windenergie, zwei Drittel der Windparks im Binnenland Verluste machen, also unwirtschaftlich arbeiten, trotz der Subventionen (Aussage Werner Daldorf im SWR Report vom 23.09.2014)! Wind lässt sich bekanntlich nicht kaufen, um wirtschaftlich zu werden und immer in ausreichendem Maße vorhanden zu sein. Der Strombedarf muss auch bei Windstille gewährleistet sein, d.h. im Endeffekt lassen sich konventionelle Kraftwerke durch Windkraft nicht ersetzen da bei uns in Heidmühlen die Windverhältnisse nicht Optima sind, plant mal die Anlagen über 240m Höhe. Es gibt andere Technologien, die Windkraft überflüssig machen und die Anzahl vorhandener Kraftwerke minimieren können. Wenn wir den aktuellen, nicht bis zu Ende gedachten Kurs weiter steuern, werden wir mit all den Auswirkungen volkswirtschaftlich in den Ruin getrieben. Keines der mit dem EEG ursprünglich angestrebten Ziele kann erfüllt werden. Damit fällt auch die Begründung für die Notwendigkeit des EEG und damit auch die Subventionierung der Windkraft weg. Halten sie das Subventionskarussel an. Stellen sie die Energieversorgung auf gesunde und tragfähige Säulen und nicht auf windige und überstürzte Lösungsansätze. Im Ausland werden unsere Intensionen mehr als belächelt, im Inland sogar als „Selbstmord“ bezeichnet (Deutsche Wirtschafts Nachrichten 06.04.14). Es ist ein hochgradiger Unsinn, unseren Lebensraum für ineffiziente, gesundheits gefährdende und natur- und landschaftszerstörende Windkraftanlagen zu opfern. Ich halte den Auszug aus dem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bayerischen Kabinettsbericht vom 13.01.2014 zum Thema Windkraft sehr bemerkenswert. Er lautet: „Das über Jahrhunderte gewachsene typisch bayerische Landschaftsbild wollen wir nicht auf dem Altar des energetischen Förderwesens opfern“. Das muss auch für die gesamte BRD gelten! Die Natur war Deutschland wohlgesonnen und hat uns eine wunderschöne, zum Teil märchenhafte Landschaft geschenkt, die wir nun mit aller Macht für uns und unsere Nachkommen durch flächendeckende Windparks zerstören wollen. Bitte stoppen sie endlich diesen Irrsinn! Ich bitte darum, meine Stellungnahme auf ihren Seiten zu veröffentlichen und die darin enthaltenen Empfehlungen zu berücksichtigen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1900	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehme ich mein Recht auf Beteiligung wahr und möchte mich zu **Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021- Erster Entwurf Juni 2024 äußern.** Mit noch nicht ausgeräumten Bedenken verfolge ich die Planung einer WEA im Naturpark Westensee. Auch wenn ich grundsätzlich dafür bin, erneuerbare Energien zu nutzen darf dies nicht dazu führen, die bestehende Natur zu gefährden. Wir haben nicht umsonst ein Naturschutzgebiet und ein FFH Gebiet in und um Westensee: bestehende Regelungen zu Abständen dürfen nicht außer Kraft gesetzt werden, wenn das zu Recht geschützte Gebiet weiterhin nutzbar bleiben soll. Und nicht nur Zugvögel, sondern auch Standvögel nutzen die Schutzgebiete. An Standvögeln muss neben dem Rotmilan und dem Weiß- sowie Schwarzstorch besonders der Seeadler berücksichtigt werden – die Abstandsregelung zum Horst und auch zum Waldrand darf nicht reduziert werden! Begrüßenswert wäre es, wenn noch mehr Energie in die Erforschung und Nutzung von Antikollissionssystemen fließen würde. Ein Bestreben der Behörde auch die Artenvielfalt und die Umsetzung entsprechender Schutzaufträge muss erkennbar sein. Aktuell ist das - zumindest in den bisherigen Planungen - nicht der Fall. Außerdem fehlen Antworten auf Fragen wie „Wo und wie werden kaputte Bauteile entsorgt?“, „Kostenklärung im Falle einer Havarie?“ oder auch „Inwiefern ist der Feuerschutz ausreichend bedacht?“. Diese müssen im Vorfeld (!) verbindlich	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.18.1, 4.2.1, 4.20.1, 7.1.5, 7.2.7, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	beantwortet werden. Auch die Frage, wie sich die Lärmentwicklung gestalten wird ist maßgeblich. Die Menschen ziehen in ländliche Strukturen, um Naturerleben und Ruhe zu genießen – und nicht, um dauerhaftem Hintergrundlärm, welcher erwiesenermaßen schädlich ist, ausgesetzt zu sein. Mit Blick auf die Stadtentwicklung sollten auch diese Aspekte berücksichtigt werden, wenn es um WEA im Naturpark geht. Eine Information von Landesseite an alle betroffenen Bürger*innen wäre dringend notwendig gewesen. Als Bürgerin von Westensee möchte ich zum Ausdruck bringen, dass es keine Information von Seiten des Bürgermeisters an die allgemeine Bürgerschaft gab. Außerdem fordere ich die Landesbehörde dazu auf, bei ihrer Fristsetzung eine entsprechende Laufzeit zu berücksichtigen um eine ehrliche Beteiligung zu ermöglichen. Mit freundlichem Gruß [redacted] [redacted]	
Gruppe ID: G1899 Anzahl: 2 (IDs: 1898, 1899)	*Meine Stellungnahme:* Ich wohne mit meiner Familie in 24598 Heidmühlen und nur 1000m entfernt angrenzend an den Segeberger Forst Höhe Radesforde ist eine Fläche ausgeschrieben, auf der 6 Windkraftanlagen geplant sind. folgende Stellungnahme möchte ich ihnen auf diesem Wege zukommen lassen: Der Windkraftausbau in der BRD ist ein Desaster für Mensch und Natur. Er macht aus gut funktionierenden Naturlandschaften große, unansehnliche Industrieparks (Propellerlandschaften), zerstört die für die Bevölkerung in unserer Zeit so notwendigen Naherholungsgebiete, welches Heidmühlen und der Segeberger Forst für viele Menschen und Bürger ist. Eindeutig ist man bei uns gegen die Errichtung von Windkraftanladen. dazu kommt, dass in unmittelbarer Nähe ein 100Hecktar großer Solaspark geplant ist. was soll dieser Irrsinn? Weiterhin töten diese Windanlagen jedes Jahr mehrere hunderttausend Vögel und	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fledermausarten. Dazu kommen durch Schall und Schattenwurf indizierte gesundheitliche Risiken, vor denen in verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen renommierter deutscher und internationaler Wissenschaftler und Ärzte, u.a. mit Befragungen betroffener Bürger, inständig gewarnt wird. Nicht zuletzt müssen die betroffenen Regionen mit einer Entwertung ihrer Immobilien rechnen. In Deutschland stehen bereits mehr als 24000 Windräder. Damit liegt Deutschland knapp nach USA und China an 3.Stelle in der Welt. USA und China sind flächenmäßig doch ein wenig größer als die BRD oder?! Dort stehen die Windräder zu einem großen Teil in weitab gelegenen unbesiedelten Gebieten, bei uns stehen die Windräder sozusagen im „Wohnzimmer“! Wofür? Trotz der großen Anzahl der Windräder haben diese den weltweiten CO2 Ausstoß um kein Gramm senken können, wie die Statistiken beweisen. Auch die Bundestagsexperten-kommission Forschung und Innovation stellte fest, dass das EEG und der dadurch vorangetriebene Windkraftausbau nichts für den Klimaschutz bringt, aber ihn deutlich teurer macht. Hinzu kommt, dass nach Aussage des Bundesverbands der Windenergie, zwei Drittel der Windparks im Binnenland Verluste machen, also unwirtschaftlich arbeiten, trotz der Subventionen (Aussage Werner Daldorf im SWR Report vom 23.09.2014)! Wind lässt sich bekanntlich nicht kaufen, um wirtschaftlich zu werden und immer in ausreichendem Maße vorhanden zu sein. Der Strombedarf muss auch bei Windstille gewährleistet sein, d.h. im Endeffekt lassen sich konventionelle Kraftwerke durch Windkraft nicht ersetzen da bei uns in Heidmühlen die Windverhältnisse nicht Optima sind, plant mal die Anlagen über 240m Höhe. Es gibt andere Technologien, die Windkraft überflüssig machen und die Anzahl vorhandener Kraftwerke minimieren können. Wenn wir den aktuellen, nicht bis zu Ende gedachten Kurs weiter steuern, werden wir mit all den Auswirkungen volkswirtschaftlich in den Ruin getrieben. Keines der mit dem EEG ursprünglich angestrebten Ziele kann erfüllt werden. Damit fällt auch die Begründung für die Notwendigkeit des EEG und damit auch die Subventionierung der Windkraft weg. Halten sie das Subventionskarussel an. Stellen sie die Energieversorgung auf gesunde und tragfähige Säulen und nicht auf windige und überstürzte Lösungsansätze. Im Ausland werden unsere Intensionen mehr als belächelt, im Inland sogar als „Selbstmord“ bezeichnet (Deutsche Wirtschafts Nachrichten 06.04.14). Es ist ein hochgradiger Unsinn, unseren Lebensraum für ineffiziente, gesundheits gefährdende und natur- und landschaftszerstörende Windkraftanlagen zu opfern. Ich halte den Auszug aus dem bayerischen Kabinettsbericht vom 13.01.2014 zum Thema Windkraft sehr	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bemerkenswert. Er lautet: „Das über Jahrhunderte gewachsene typisch bayerische Landschaftsbild wollen wir nicht auf dem Altar des energetischen Förderwesens opfern“. Das muss auch für die gesamte BRD gelten! Die Natur war Deutschland wohlgesonnen und hat uns eine wunderschöne, zum Teil märchenhafte Landschaft geschenkt, die wir nun mit aller Macht für uns und unsere Nachkommen durch flächendeckende Windparks zerstören wollen. Bitte stoppen sie endlich diesen Irrsinn! Ich bitte darum, meine Stellungnahme auf ihren Seiten zu veröffentlichen und die darin enthaltenen Empfehlungen zu berücksichtigen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1897	Sehr geehrte Damen und Herren, diese Stellungnahme erfolgt im Namen der [redacted]. Sie bezieht sich auf das Gebiet PR3_DIT_309 für die Gemeinden Epenwöhrden und Hemmingstedt, mit dem Ziel der Wiederaufnahme als Windeignungsgebiet für zukünftige Windraftnutzung. Wir sind die Geschäftsführer und auch Mitgesellschafter der Planungsgesellschaft [redacted], die Ende 2022 gegründet wurde. Wir sind daher sehr stark durch die Festlegung eines Wiesenvogel-Brutgebietes im Bereich der Mielenniederung betroffen. Da innerhalb der festgelegten Wiesenvogel-Brutgebiete die Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich ausgeschlossen werden soll, würde dies unsere bisherigen erheblichen Anstrengungen zur Planung von Windenergieanlagen in diesem Gebiet zunichte machen. Es ist auch eine hohe Bürgerbeteiligung für eine gute Akzeptanz in den Gemeinden geplant. Die Gemeindevertretungen stehen auch voll hinter unseren Plänen. Es wurden auch schon viele Gespräche für potentielle Ausgleichsflächen mit Landwirten in Region geführt, damit der Eingriff in die Natur kompensiert werden kann. Bei unserer Planung sollen Anlagen mit sehr hohen Nabenhöhen von 166 m zum Tragen kommen. Der unterste Rotordurchgang würde somit bei über 80 m liegen und artenschutzrechtliche Konfliktrisiken deutlich zu minimieren. Die verwendete Flächenkulisse der Wiesenvogel-Brutgebiete weicht an vielen Stellen erheblich von der im "Wiesenvogelerlass" vom 25.03.2019 veröffentlichten Flächenkulisse ab, wie zum Beispiel auf Eiderstedt. Dort wurden nun doch Teilgebiete	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	für Windkraft zugelassen. Für die Umsetzung unseres Projektes wurde bereits mit Förderbescheid vom 7. Mai 2024 aus dem Sondervermögen Bürgerenergie.SH ein Maximalbetrag von 200.000 € bereitgestellt. Diese Förderung hatten wir bereits am 09.02.2023 beantragt. Wir gehen davon aus, dass die Entscheidungsträger das Mielenniederungsgebiet der Gemeinden Epenwöhrden und Hemmingstedt als geeignet und förderfähig angesehen haben. Warum nun das komplette Gebiet nicht mehr für Windkraft geeignet sein soll ist nicht nachvollziehbar. Hinzu kommt, dass für das Wiesenvogel-Brutgebiet in der Mieleniederung derzeit zwei Planungen von Hochspannungsgleichstromkabeltrassen (NordOstLink) zwischen Heide und Rogahn und der "Korridor B" zwischen Heide und Hamm laufen. Das Leitungsbauvorhaben (NordOstLink) befindet sich bereits im Planfeststellungsverfahren. In den veröffentlichten Unterlagen finden sich auch Dokumente zur Raum- und Umweltverträglichkeit, die jedoch in keiner Weise auf das zu querende "Wiesenvogelbrutgebiet" eingehen. Die auf Seite 77 bis 78 ihres Plantextes aufgezählten Arten Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer stehen alle nicht auf der Brutvogel-Liste der windkraftsensiblen Arten im Bundesnaturschutzgesetz. Es ist in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehbar, weshalb Schutzgebiete für diese Arten festlegt werden, die dann vor allem von Windenergieanlagen freizuhalten sind. Durch die Wiederaufnahme des o.g. Gebietes in die Flächenkulisse würde die Grundlage für eine wirtschaftlich sinnvolle und umweltfreundliche Nutzung der Windkraft im Interesse der Landwirte und Bürger der Gemeinden Epenwöhrden und Hemmingstedt geschaffen werden. Mit freundlichen Grüßen Die Geschäftsführung [redacted] [redacted]	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1896	Guten Tag, Stellungnahme zur Windpotenzialfläche PR3_DIT_309 ich kann nicht nachvollziehen warum in dem Wiesenvogel-Brutgebiet im Bereich der Mieleniederung keine Windkraftanlagen errichtet und betrieben werden dürfen, aber die Stromtrasse "NordOstLink", die sich schon im Planfeststellungsverfahren befindet, keine Berücksichtigung im Wiesenvogelbrutgebiet erfährt. In den veröffentlichten Unterlagen des Planfeststellungverfahrens finden sich auch Dokumente zur Raum- und Umweltverträglichkeit, die jedoch in keiner Weise auf das zu querende "Wiesenvogelbrutgebiet" eingehen. Die konkrete Abgrenzung des Wiesenvogel-Brutgebietes ist außerdem nicht nachvollziehbar. Beispielsweise gehört das Rüsdorfer Moor naturräumlich ebenfalls zur Mieleniederung und weist einen mindestens genau so großen Bestand an Wiesenvögeln auf, wird jedoch nicht als Wiesenvogel-Brutgebiet festgesetzt. Die verwendete Flächenkulisse der Wiesenvogel-Brutgebiete weicht an vielen Stellen erheblich von der im "Wiesenvogelerlass" vom 25.03.2019 veröffentlichten Flächenkulisse ab, wie zum Beispiel auf Eiderstedt. Die geplanten Windkraftanlagen im Bereich der Mieleniederung würden eine Nabenhöhe von 166m aufweisen und würden somit die Wiesenbrutvögel nicht wirklich in ihrem Lebensraum beeinträchtigen, da der unterste Rotorflügel über 80m hoch wäre. Die in der Planbegründung auf Seite 77-78 aufgezählten Arten Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer stehen alle nicht auf der Brutvogel-Liste der windkraftsensiblen Arten im Bundesnaturschutzgesetz. In diesem Zusammenhang ist es für mich nicht nachvollziehbar, weshalb Schutzgebiete für diese Arten festgelegt werden, die dann aber vor allem von Windenergieanlagen freizuhalten sind. Durch die aufgeführten Punkte ist es deshalb nicht nachvollziehbar warum keine Windräder errichtet werden dürfen, aber Kabeltrassen verlegt werden dürfen, die diesen Bereich auf mindestens 120m "verwüsten" und auf Jahre keine Brut der Wiesenvögel zulässt.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1895	Stellungnahme zu: Windpotentialfläche PR3_DIT_309 für die Gemeinden Epenwöhrden und Hemmingstedt	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bin Mitgesellschafter der Planungsgesellschaft „[redacted]“ bzw. Landeigentümer der beplanten Fläche. Teile davon sollen als Wiesenvogel-Brutgebiet ausgewiesen werden, innerhalb derer die Errichtung von Windenergieanlage ausgeschlossen werden soll. Dies würde unsere bisherigen erheblichen Anstrengungen zur Planung von Windenergieanlagen in diesem Gebiet zunichte machen. Daher hier einige Stichpunkte meinerseits, die diese Asuweisung in Frage stellt: - Geplant sind Anlagen mit einer Nabenhöhe > 166m und damit einem unterem Rotordruchgang bei 80m. Somit sind artenschutzrechtliche Konfliktrisiken sehr gering. - Die Ausweisung der Miele-Niederung als Wiesenvogel-Brutgebietist nicht nachvollziehbar: beispielsweise wird das Rüsdorfer Mohr nicht als Wiesenvogel-Brutgebiet ausgewiesen obwohl dort ein vergleichbarer Bestand an Wiesenvögeln vorherrscht. - Die verwendete Flächenkulisse der Wiesenvogel-Brutgebiete weicht an vielen Stellen erheblich von der im "Wiesenvogelerlass" vom 25.03.2019 veröffentlichten Flächenkulisse ab! - Durch Mieleniederung verlaufen derzeit zwei Planungen von Hochspannungsgleichstromkabeltrassen: "NordOstLink" zwischen Heide und Rogahn und der "Korridor B" zwischen Heide und Hamm. "NordOstLink" befindet sich bereits im PlanfeststellungsVerfahren, in öffentlich einsehbaren Dokumenten ist allerdings keinerlei Rede von einem zu querenden Wiesenvogel-Brutgebiet. - Die in der Planbegründung aufgezählten Arten Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer stehen alle nicht auf der Brutvogel-Liste der windkraftsensiblen Arten im Bundesnaturschutzgesetz. Es ist in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehbar, weshalb Schutzgebiete für diese Arten festlegt werden, die dann vor allem von Windenergieanlagen freizuhalten sind.	wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1893	**<u>Stellungnahme zur Wiederaufnahme der PR3 DIT 309 bezugnehmend auf die Gemeinden Meldorf, Nindorf und Bargenstedt in die zukünftige Flächenkulisse.</u>** • Ich bin Anwohnerin in der betroffenen Gemeinde [redacted] und würde es befürworten, wenn man dort Windenergieanlagen baut, denn es sollen die	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bürger beteiligt werden und das finde ich sehr gut. • Wo ist der Unterschied zwischen dem Rüsdorfer Moor und der Mieleniederung, denn die Fläche Rüsdorfer Moor liegt sehr nahe am dem Geplanten Gebiet PR 3 DIT 309. In den Gebieten leben die gleichen Vögel. • Durch das Wiesenvogel-Brutgebiet in der Mieleniederung verlaufen derzeit zwei Planungen von Hochspannungsgleichstromkabeltrassen "NordOstLink" zwischen Heide und Rogahn und der "Korridor B" zwischen Heide und Hamm. Das Leitungsbauvorhaben "NordOstLink" befindet sich bereits im Planfeststellungsverfahren. In den veröffentlichten Unterlagen finden sich auch Dokumente zur Raum- und Umweltverträglichkeit, die jedoch in keiner Weise auf das zu querende "Wiesenvogelbrutgebiet" eingehen. Wie kann es angehen das dort nicht auf die Vögel eingegangen wird? Spielt dabei die Natur keine Rolle? • Die verwendete Flächenkulisse der Wiesenvogel-Brutgebiete weicht an vielen Stellen erheblich von der im "Wiesenvogelerlass" vom 25.03.2019 veröffentlichten Flächenkulisse ab, wie zum Beispiel auf Eiderstedt.	des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1892	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bezug nehmen auf die Windpotentialfläche zwischen Schlamersdorf – Sühlen – Seefeld im Kreis Stormarn. Ich wohne von der Potentialfläche nur etwa [redacted]m entfernt und würde bei entsprechender Tageszeit sogar Schattenschlag bei mir am Wohnhaus haben, was eine erhebliche Beeinträchtigung bedeutet. Darüber hinaus oder gerade deshalb wird meine Immobilie erheblich an Wert verlieren. Darüber hinaus wurde bereits in direkter Nähe die neue Überlandleitung von der Tennet errichtet, eine weitere Belastung durch Windenergieanlagen wäre nicht hinnehmbar. Aus diesen Gründen möchte ich mich GEGEN die geplante Windpotentialfläche	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	aussprechen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1891	Moin, ich bin Landeigentümer im Bereich der Windpotenzialfläche [redacted]. Als [redacted] der Planungsgesellschaft „Norder- / Südermiele Wind Planungs GbR“ bin ich daher sehr stark durch die Festlegung eines Wiesenvogel-Brutgebietes im Bereich der Mieleniederung betroffen. Da innerhalb der festgelegten Wiesenvogel-Brutgebiete die Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich ausgeschlossen werden soll, würde dies unsere bisherigen erheblichen Anstrengungen und finanziellen Ausgaben zur Planung von Windenergieanlagen in diesem Gebiet zunichte machen. Da die Windkraftanlagen über 166m Nabenhöhe haben sollen, wäre der untere Rotordurchgang über 80m hoch und würde artenschutzrechtlich relativ wenig Risiken für die Brutvögel bedeuten. Durch das Wiesenvogel-Brutgebiet in der Mieleniederung verlaufen derzeit zwei Planungen von Hochspannungsgleichstromkabeltrassen, nämlich "NordOstLink" und "Korridor B". Das Leitungsbauvorhaben "NordOstLink" befindet sich bereits im Planfeststellungsverfahren. In den veröffentlichten Unterlagen finden sich auch Dokumente zur Raum- und Umweltverträglichkeit, die jedoch in keiner Weise auf das zu querende "Wiesenvogelbrutgebiet" eingehen. Ich kann daher nicht nachvollziehen warum Windkraftanlagen keine Genehmigung in diesem Wiesenvogelgebiet erhalten sollen, aber die Erdkabel für die Brut- und Wiesenvögel keinen Schaden darstellen. Beim Bau der Erdkabel wird auf mindestens 110m breite die gesamte Erde abgeschoben und es würde Jahre dauern bis die Natur, und damit einhergegend auch die Wiesenvögel komplett wieder hergestellt ist. Die auf Seite 77 bis 78 der Planbegründung aufgezählten Arten Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer stehen alle nicht auf der Brutvogel-Liste der windkraftsensiblen Arten im Bundesnaturschutzgesetz. Es ist in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehbar, weshalb Schutzgebiete für diese Arten festlegt werden, die dann vor allem von Windenergieanlagen freizuhalten sind. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	ggf. Ergänzung durch MEKUN Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1890	Ich bin gegen die geplante Freigabe der Flächen für Winkraftanlagen. Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.7, 7.3.9, 2.1-2.5, 7.2.9, 7.3.7, 7.1.3, 2.11, 3.16, 6.1,

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (z.B. Veenker, 2020). - Als Ziel und Grundsatz muss gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920m eingehalten wird. - Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel, nach einem Brandereignis mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. - Für o.g. Ereignisse müssen Haftung und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab festgelegt werden. - Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnende und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet. • Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. - Gerade durch die o.g. Abschaffung dieser Regel wird es sonst zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung. Damit verbunden ist meine Sorge und die Gefahr, dass sich in der Folge viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden werden und aus Protest populistische und rechte Parteien wählen-diese werden sich den Protest der Wähler:innen schnell aneignen, entsprechende Wahlergebnisse haben wir bereits in zwei Bundesländern sehen müssen	3.18 und 4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	• Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. dem Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante, weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Dies steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papier) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1889	Moin, Ich bin [redacted] der Planungsgesellschaft „Norder- / Südermiele Wind Planungs GbR“ und bin daher sehr stark durch die Festlegung eines Wiesenvogel-Brutgebietes im Bereich der Mieleniederung betroffen. Da innerhalb der festgelegten Wiesenvogel-Brutgebiete eine Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich ausgeschlossen werden soll, würde dies unsere bisherigen erheblichen Anstrengungen zur Planung von Windenergieanlagen in diesem Gebiet zunichte machen. Unsere Planung sieht die Errichtung von Anlagen mit sehr hohen Nabenhöhen von 166 m vor. Der unterste Rotordurchgang würde somit bei über 80 m liegen und artenschutzrechtliche Konfliktrisiken deutlich zu minimieren. Und die konkrete Abgrenzung des Wiesenvogel-Brutgebietes ist nicht nachvollziehbar. Beispielweise gehört das Rüsdorfer Moor naturräumlich ebenfalls zur Mieleniederung und weist einen mindestens genau so großen Bestand an Wiesenvögeln auf, wird jedoch nicht als Wiesenvogel-Brutgebiet festgesetzt. Durch das Wiesenvogel-Brutgebiet in der Mieleniederung verlaufen derzeit zwei Planungen von Hochspannungsgleichstromkabeltrassen "NordOstLink" zwischen Heide und Rogahn und der "Korridor B" zwischen Heide und Hamm. Das Leitungsbauvorhaben "NordOstLink" befindet sich bereits im Planfeststellungsverfahren. In den veröffentlichten Unterlagen finden sich auch Dokumente zur Raum- und Umweltverträglichkeit, die jedoch in keiner Weise auf das zu querende "Wiesenvogelbrutgebiet" eingehen. Die auf Seite 77 bis 78 der Planbegründung aufgezählten Arten Kiebitz, Uferschnepfe,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Großer Brachvogel und Austernfischer stehen alle nicht auf der Brutvogel-Liste der windkraftsensiblen Arten im Bundesnaturschutzgesetz. Es ist in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehbar, weshalb Schutzgebiete für diese Arten festlegt werden, die dann vor allem von Windenergieanlagen freizuhalten sind.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1888	Ich spreche mich ausdrücklich GEGEN den vorgelegten Entwurf des neuen LEP Windenergie aus. Hier wird lediglich versucht, kopflos und auf Biegen und Brechen, irgendwelche Klimaziele zu erreichen ohne das Nutzen-Risiko-Verhältnis neutral und sachkundig zu evaluieren. In erster Linie dient es der finanziellen Bereicherung einzelner Großgrundbesitzer auf Kosten der Steuerzahler. Die Folgen für die Natur werden kleingeredet und sind nicht ausreichend untersucht.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.2.10 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1887	[redacted] den 08.09.2024 [redacted] [redacted] [redacted] Stellungnahme zu den geplanten Potenzialflächen für Windkraft in der Gemeinde Fargau-Pratjau Ortsteil Salzau gemeinsam mit der Region Schönberg, Stakendorf und Krummbek. Ich wohne schon mein gesamtes Leben ,35 Jahre, im Ortsteil Sophienhof der Gemeinde Fargau – Pratjau und engagiere mich schon seit über 10 Jahren ehrenamtlich zum Thema Windkraft im Kreis Plön primär in der Gemeinde Fargau-Pratjau, der Probstei und Umgebung. Diese Region liegt direkt in der Vogelzuglinie, zwischen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 4.1, 4.8, 3.15, 7.2.12, 7.4, 7.1.4 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ostsee und dem Selenter See und bietet zahlreichen Land-und Wasservögeln ob als Zug-oder Stand-und Jahresvögeln ein ideales Zuhause. Auf den Weiden meines Wohnortes (Sophienhof) sehen ich und meine Familienmitglieder fast täglich den Seeadler, wie er an den Amphibien Teichen, Wildgänse schlägt. Desweiteren wächst die Bedeutung des Tourismus weiter an. In der Gemeinde Fargau-Pratjau gibt es mehrere Ferienwohnungen und Ferienhäusern selbst in Sophienhof gibt es von zwei Familien drei Ferienhäuser, welche primär von Stammgästen gebucht werden. Die Feriengäste suchen Erholung und Ruhe in unberührter Natur, sowohl am Selenter See, am Kulturzentrum Salzau, an der Ostsee wie beispielsweise am Schönberger Strand und Stakendorfer Strand. Wo sie alleine, mit ihrer Familie und ihrem Hund ausgedehnte Spaziergänge machen können, ohne auf Industrieanlagen schauen zu müssen. Das soll bitte auch so bleiben!!!! Bereits am 03.10.2011 sprachen sich Bürger_Innen der Gemeinde Fargau-Pratjau gegen den Planungsraum III/ Nr. 144 der Gemeinde Fargau-Pratjau aus und schafften es, dass keine WKA auf Gemeindegebiet gebaut wurde. Auch am 30.12.2018 und 16.10.2020 machten sich Bürger_Innen der Gemeinde Fargau-Pratjau dafür stark, dass die an der Gemeindegrenze angrenzenden WKA´S (Fläche PR2 Plön *001 nicht repowert werden und auch am 08.09.2024 machen sich Bürger*Innen der Gemeinde Fargau-Pratjau gegen die geplanten Potenzialflächen für Windkraft in der Gemeinde Fargau-Pratjau Ortsteil Salzau, gemeinsam mit der Region Schönberg, Stakendorf und Krummbek stark. Die Potenzialflächen in der Gemeide Fargau-Pratjau im Ortsteil Salzau, gemeinsam mit der Region Schönberg, Stakendorf und Krummbek hätten eine räumliche Auswirkung in einem Umkreis von 3000m. beträfe die gesamte Gemeinde Fargau-Pratjau , fast die gesamte Probstei und darüber hinaus. Es wäre für den stätig wachsenden Einkommenszweig Tourismus fatal. Der in den oben betroffenen Gebieten von großer Bedeutung ist. Darüber hinaus befindet sich in unmittelbarer Nähe der Gemeinde Fargau-Pratjau und somit auch der Potenzialflächen ein Adlerdichtezentrum und die Natur beherbergt die Kornweihe, den Rotmilan und Fledermäuse um nur wenige zu nennen. Dazu kommt der Vogelzug. Tiere wissen nicht um Grenzen eines Atlerdichtezentrums und auch ihre Vogelzugroute können sie nicht beliebig und spontan verändern, dieser Weg wird von Vogel zu Vogel	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	weiter gegeben und instinktiv im Gehirn abgespeichert. Warum geht die Energiewende nicht im Einklang mit Natur und Umwelt und Existenzen von Bürger_Innen von den betroffenen Gemeinden. Gestartet ist das Land Schleswig-Holstein mit 1,5% - 2% der Landesfläche für Potenzialflächen für Windkraft und sind nun schon bei 7,7% der Landesfläche angelangt. Auch das die Kriterien für eine Potenzialfläche nach meinen Erfahrungen der letzten über 10 Jahre in denen ich mich intensiv mit dem Thema Windkraft beschäftige, so verändert werden, dass das Bauen möglich wird, finde ich unglaubwürdig. Dazu kommt, dass es überhaupt keine Beachtung mehr findet, wie ein Gemeinderat einer betroffenen Gemeinde sich zum Thema Windkraft positioniert. Diese hebelt in meinen Augen die wertvolle Demokratie aus, welches für mich unverständlich ist, da Demokratie ein hohes Kulturgut ist, welches wir nie missachten sollten. Wollen wir nicht jetzt anfangen mit dem auszukommen, was wir durch die schon vorhandenen WKA´S im Land Schleswig-Holstein und dem Kreis Plön erbaut haben und besser die schon zuvor versiegelten Flächen für erneuerbare Energien nutzen, bevor wir uns an der Natur, den Tieren, dem wertvollen Erholungsort für den Menschen nd dem Lebensraum für Mensch und Tier zu vergreifen! Wir können in meinen Augen ausschließlich eine nachhaltige Energiewende für uns und nachfolgenden Generationen erreichen, wenn wir wieder ressourcenorientiert denken und das nicht nur für die Industrie, sondern für jedes Individuum! Ich freue mich sehr darüber, dass ich meine persönliche Meinung und Erfahrungen auf diesem Wege kundtun durfte und gehe davon aus, dass diese auch positiv berücksichtigt werden. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1886	Windpotentialfläche PR3_DIT_309 für Gemeinden Bargenstedt, Nindorf, Meldorf Die in unserem Gebiet vorkommenden Vogelarten (Kibitz, Uferschnepfe, Brachvogel) sind keine windkraftsensiblen Arten. Daher ist es nicht verständlich, daß Windkraftanlagen, deren unterster Rotordurchgang 80 Meter über dem Boden liegt, nicht	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.18 der allgemeinen

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	genehmigt werden. Begründung: Wiesenvogelschutzgebiet. Bei der geplanten Erdstromkabelverlegung, bei der auf einer Breite von bis zu 110 Metern die Erde total abgetragen wird und sämtliche Brutmöglichkeiten vernichtet werden, von Wiesenvogelschutzgebiet keine Rede mehr ist.	Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1885	**<u>Stellungnahme zur Wiederaufnahme der PR3 DIT 309 bezugnehmend auf die Gemeinden Meldorf, Nindorf und Bargenstedt in die zukünftige Flächenkulisse.</u>** • Ich bin [redacted] der Südermielewindplanungs GbR und bin von der Entscheidung zum Wiesenvogel- Brutgebiet in der Mieleniederung betroffen. Wir haben die Planung schon sehr weit voran gebracht und werden nun wieder ausgebremst, was die ganzen bisherigen Planungen zunichte macht. • Wir haben mit extra hohen Anlagen geplant die mit einem Rotordurchgang über 80m liegen, damit wir artenschutzrechtliche Konfliktrisiken deutlich minimieren. • Die Abgrenzung unserer Fläche PR 3 DIT 309 mit dem Wiesenvogelbrutgebiet ist nicht nachvollziehbar, denn in dem Gebiet Rüsdorfer Moor sollen Anlagen stehen und die sind auch in der Mieleniederung und weisen auch genauso den Bestand an Wiesenvögeln auf. Oder macht es einen Unterschied wo der Nabu	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mit entscheiden kann. • Die verwendete Flächenkulisse der Wiesenvogel-Brutgebiete weicht an vielen Stellen erheblich von der im "Wiesenvogelerlass" vom 25.03.2019 veröffentlichten Flächenkulisse ab, wie zum Beispiel auf Eiderstedt. • Aus den Planungen der Hochspannungsgleichstromkabeltrassen "**NordOstLink**" zwischen Heide und Rogahn sowie der "**Korridor B**" zwischen Heide und Hamm geht hervor, dass diese genau durch die Fläche PR 3 DIT 309 laufen. Das Leitungsbauvorhaben "NordOstLink" befindet sich bereits im Planfeststellungsverfahren. In den Veröffentlichen Unterlagen finden sich auch Dokumente zur Raum- und Umweltverträglichkeit, die jedoch in keiner Weise auf das zu querende Wiesenvogelbrutgebiet eingehen. Da frage ich mich ob die Vögel dann nicht da sind oder ob man mit zweierlei Maß misst. • Die auf Seite 77 bis 78 der Planbegründung aufgezählten Arten Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer stehen alle nicht auf der Brutvogel-Liste der windkraftsensiblen Arten im Bundesnaturschutzgesetz. Es ist in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehbar, weshalb Schutzgebiete für diese Arten festlegt werden, die dann vor allem von Windenergieanlagen freizuhalten sind. • Des weiteren haben wir von der IB-SH eine Förderung bekommen, die dann auch weg ist. Ist das der Weg wie man mit den Steuergeldern umgeht? Ich denke, wenn das die Steuerzahler zu wissen bekommen, wie man das Geld aus dem Fenster wirft, kommt es auch nicht gut.	ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1884	Als Bürgerin der Gemeinde 25779 Kleve in Dithmarschen begrüße ich die Entscheidung, die Hauptachsen des europäischen Vogelzuges von einer weiteren Bebauung mit Windkraftanlagen freizuhalten, wie es in der derzeitigen Potentialflächenkarte dargestellt ist. Sie ist fachlich begründet und naturschutzrechtlich geboten. Die Gemeinde Kleve liegt, ebenso wie die Gemeinden Lehe, Lunden, St. Annen, Schlichting, Fedderingen sowie, im weiteren Verlauf eideraufwärts, die Gemeinden Hennstedt, Bergewöhrden, Delve, Glüsing und Hollingstedt in ebendieser Hauptachse	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des Vogelzuges. Sie ist schon heute nicht frei von Beeinträchtigung, so durch die im Bereich Hennstedt bestehenden Windkraftanlagen. Die negativen Auswirkungen dieser Anlagen auf das Verhalten der Zugvögel sind vor Ort deutlich zu beobachten. Quer zu dieser Achse verlaufen mehrere Zugrichtungen des regionalen Vogelzuges , die im täglichen Rhythmus von diversen Wiesen- und Watvögeln wie Bekassine, Großer Brachvogel u.a. genutzt werden. Nicht nachvollziehbar ist in diesem Kontext die im Entwurf für das Gebiet südöstlich von Hollingstedt dargestellte Potentialfläche. Der Vogelzug ist ein dynamischer Prozess, er folgt keinen starren Regeln und braucht daher mehr barrierefreien Raum. Insbesondere eideraufwärts ist dies geboten und die Potentialflächen südöstlich von Hollingstedt sowie im Bereich des bestehenden Windparks in der Gemeinde Hennstedt sind aus der Teilfortschreibung auszunehmen. Außerdem ist für das Gebiet der Gemeinde Kleve und seiner erwähnten Nachbargemeinden eine außerordentliche Siedlungsdichte von Wiesenvögeln festzustellen, die hier auch ihre Brutgebiete haben. Im Gebiet der Gemeinde Kleve befindet sich ein Seeadlerhorst. Eine Freihaltung dieser Gebiete von der Bebauung mit Windkraftanlagen ist aus naturschutzrechtlicher Sicht - dem Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete - ebenfalls dringend notwendig. Hier wird der Entwurf zur Teilfortschreibung den Naturschutzerfordernissen gerecht.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1883	Sehr geehrte Damen und Herren, meine ausführliche Stellungnahme befindet sich in der angefügten Datei "Stellungnahme LEP 2024-09-08 d.pdf". Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung. Vielen Dank für Ihre Mühe. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung. Die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Eigentümer von Flächen innerhalb der Potenzialfläche PR1_SLF_099 Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werte ich positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchte ich mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und meine spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon verspreche ich mir einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitte ich daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1. Zu: Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (Z) – 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion „Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind in überplanten Gebieten nach § 30 BauGB und nicht überplanten Innenbereichen	detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems sowie Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. Darüber hinaus beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen, in dem auf konkrete Flächen Bezug genommen wird. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nach § 34 BauGB, jeweils mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion, und in einem Umgebungsbereich von 800 Metern um die vorgenannten Bereiche ausgeschlossen. Dies gilt auch für planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen.“ Es ist nachvollziehbar, dass die Abstände zu Siedlungen mit einem 800 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Zu beachten ist hierbei aber, was in der Begründung B zu 1 Z u.a. ausgeführt wird: „… Der pauschale Abstand von 800 Metern gewährleistet einerseits den Schutz der Wohnnutzung vor den Auswirkungen der WEA (Immissionen, visuelle Beeinträchtigungen); [...] Immissionsschutzrechtlich kann in einem Abstand von weniger als 800 Metern von in Siedlungsbereichen gelegenen Wohngebäuden in vielen Fällen die Errichtung von WEA … zulässig sein, gegebenenfalls mit Auflagen zur Einhaltung der Immissionsrichtwerte.“ (Hervorhebungen durch den Unterzeichner) Die Intention dieses Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (Z) ist mithin der Schutz der Wohnnutzung, bzw. der Wohngebäude. 1.1. Ausgangspunkt für den Abstand von 800 Metern Problematisch ist, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffen fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: Uneindeutig oder jedenfalls klarzustellen ist, ob der Ausgangspunkt der Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 u. 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen (und hinsichtlich einer etwaigen Wohnnutzung unbebaubare Flächen) einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließende Gartenbereiche, Scheunen o.ä. noch auf dem jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Interessant ist in diesem Zusammenhang, was in der aktuellen „Normenkonkretisierenden Verwaltungsvorschrift zum Vollzug der Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein (Vollzugsbekanntmachung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesbauordnung – VollzBekLBO) vom 15. August 2024“ zu § 6 Absatz 4 ausgeführt wird: „15. Bei Windenergieanlagen sind zu den bauordnungsrechtlichen Abstandsflächen landesplanerische Abstandsvorgaben zu Wohngebäuden einzuhalten, die als Ziele der Raumordnung in der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes, Sachthema Windenergie in Ziffer 3.5.2 Absatz 6 formuliert sind. Danach müssen Windenergieanlagen mindestens die fünffache Gesamthöhe (5 H) als Abstand zu Gebäuden mit Wohnnutzung, die in Siedlungsbereichen mit Wohn- oder Erholungsfunktion zulässigerweise errichtet sind oder errichtet werden können, einhalten. Der Abstand bemisst sich von der Mitte des Mastfußes bis zum nächstgelegenen Wohngebäude, das im jeweiligen Siedlungsbereich zulässigerweise errichtet wurde bzw. errichtet werden kann. [...] Er wird zwischen der am nächsten zur Windenergieanlage gelegenen Gebäudeecke des Wohnhauses und der Mitte des Mastfußes der Anlage gemessen.“ (Hervorhebungen durch den Unterzeichner) In der oben zitierten Verwaltungsvorschrift zur LBO vom 15.08.2024 wird mithin bzgl. des einzuhaltenden Abstandes zu Siedlungen auf die Gebäude mit Wohnnutzung verweisen, welche dort zulässigerweise errichtet wurden oder errichtet werden können. Hier wird also als Ausgangspunkt für die Abstandsmessung nicht etwa pauschal auf die äußeren (Flurstücks-) Grenzen eines Baugebiets o.ä. abgestellt, sondern ausdrücklich auf die dort zulässigen Wohngebäude, bzw. konkret die nächstgelegene Gebäudeecke des Wohnhauses. 1.1.1. Ausgangspunkt zu planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen im Anschluss an Siedlungsbereiche Für planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen im Anschluss an Siedlungsbereiche könnte als Ausgangspunkt für den Abstand von 800 Metern evtl. noch die (Flurstücks-)Grenze eines geplanten Baugebiets gewählt werden, sofern in den entsprechenden Bauleitplanungen noch keine präzisen und verbindlichen Regelungen hinsichtlich der einzuhaltenden Baugrenzen bestimmt wurden. 1.1.2. Ausgangspunkt zu überplanten Gebieten nach § 30 BauGB … (z.B. zu bestehenden Baugebieten) Analog zu der oben zitierten Verwaltungsvorschrift zur LBO vom 15.08.2024 sollte der Ausgangspunkt für den Abstand von 800 Metern nicht die (Flurstücks-)Grenze eines	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Baugebiets sein, sondern die Gebäudeecke des nächstgelegenen Wohngebäudes, welches dort zulässigerweise errichtet wurde oder errichtet werden könnte. Maßgebend sind hier mithin die einzuhaltenden Baugrenzen, welche in den Bebauungsplänen (B-Plänen) bestimmt wurden. 1.2. Praxisbeispiel Ein konkretes Praxisbeispiel für ein (seit Jahrzehnten) bestehendes und bebautes Baugebiet lässt sich an der Siedlung „An der Kanzlei“ in der Gemeinde Steinbergkirche verdeutlichen. Die Potenzialfläche PR1_SLF_099 und die nächstgelegene Siedlung („An der Kanzlei“ Gemeinde Steinbergkirche) wird in den folgenden Abbildung dargestellt: (Abbildung) Abb. 1: Potenzialfläche PR1_SLF_099 und Siedlung „An der Kanzlei“ Gemeinde Steinbergkirche (Quelle: LEP-Entwurf Juni 2024) Die hier entscheidenden Ausschnitte der Siedlung („An der Kanzlei“ Gemeinde Steinbergkirche) werden in den folgenden Abbildungen dargestellt. Diese Abbildungen zeigen immer exakt den gleichen Bereich (die nordöstliche Ecke dieser Siedlung), wobei lediglich die Hintergrundbilder und die angezeigten Informationen variieren. Quelle ist dabei jeweils der Digitale Atlas Nord, öffentlich kostenlos einsehbar unter: https://danord.gdi-sh.de/viewer/resources/apps/Anonym/index.html?lang=de#/ (Abbildung) Abb. 2: Geltungsbereich B-Plan „An der Kanzlei“ Gemeinde Steinbergkirche Wie der obigen Abbildung zu entnehmen ist, sind hier die äußeren Flurstücksgrenzen de facto mit den Grenzen des Geltungsbereichs des B-Plans (im Folgenden: B-Plan Grenzen) identisch. (Abbildung) Abb. 3: Plandarstellung B-Plan „An der Kanzlei“ Gemeinde Steinbergkirche Auf der obigen Abbildung sind zusätzlich die in dem B-Plan bestimmten Baugrenzen eingezeichnet. Die folgende Abbildung zeigt einen Ausschnitt aus der Legend dieses B-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Plans: (Abbildung) Abb. 4: Auszug aus der Legende zu der Plandarstellung des B-Plans „An der Kanzlei“ Gemeinde Steinbergkirche (Abbildung) Abb. 5: Luftbild B-Plan „An der Kanzlei“ Gemeinde Steinbergkirche Der obigen Abbildung ist zu entnehmen, dass sich seinerzeit (vor ca. 70 Jahren) bei dem Bau des Wohngebäudes auf dem Flurstück 13/164 (Hausnummer 68) exakt an die im B-Plan bestimmten Baugrenzen gehalten wurde. Dieses nächstgelegene Wohngebäude wurde mithin dort zulässigerweise errichtet. Auf der folgenden Abbildung wird noch einmal der Ausschnitt mit der Bemaßung der Baugrenze in diesem Bereich stark vergrößert dargestellt: (Abbildung) Abb. 6: Luftbild B-Plan „An der Kanzlei“ Gemeinde Steinbergkirche Wie der obigen stark vergrößerten Abbildung eindeutig zu entnehmen ist, beträgt hier der Abstand der Baugrenze zu der B-Plan Grenze 7,00 Meter. Ein Wohngebäude konnte und wurde hier dementsprechend zulässigerweise nur in einem Abstand von 7,00 Metern von der äußeren Flurstücksgrenze, bzw. der B-Plan Grenze entfernt errichtet werden. Folgende Punkte können unterschieden werden: a) Die Ecke der Baugrenzen, also die Ecke der zulässigen Bebauung, welche hier identisch ist mit der Gebäudeecke des tatsächlich (zulässig) errichteten Wohngebäudes. b) Die Ecke der äußeren Flurstücksgrenzen bzw. der B-Plan Grenze. Sofern in dem bisherigen LEP-Entwurf als Ausgangspunkt für den Abstand von 800 Meter nicht der oben unter a) beschriebene Punkt (Gebäudeecke), sondern der unter b) beschriebene Punkt (B-Plan Grenze) verwendet wurde, so hätte sich dadurch die ausgewiesene Potenzialfläche PR1_SLF_099 verringert. Die hiervon betroffene Fläche ist überschlägig berechnet mehr als 3.600 m² groß. Berechnung: ca. 400 m	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Kreisbogenabschnitt x 9,20 m Differenz = 3.680 m² Auf die Auswirkungen einer solchen – nicht gerechtfertigten – Flächenreduktion wird weiter unten näher eingegangen. Das hier beschriebene Praxisbeispiel verdeutlicht, dass der Ausgangspunkt für den 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion nur die nächstgelegene Ecke der Baugrenzen, mithin die nächstgelegene Ecke der zulässigen Bebauung sein kann. Insofern bedarf es diesbezüglich dringend einer Konkretisierung und ggf. einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (und ggf. der darauf basierenden Karten), um eine faire und einheitliche Bewertung der Potenzialflächen sicherzustellen. 2. Zu: Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (G) – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion „Der Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, soll von Windenergiegebieten freigehalten werden, sofern noch keine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht.“ 2.1. Erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Meter nicht erforderlich Ein erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Meter als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)) sowie der faktisch strikten Anwendung ist nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass die visuellen Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin quer stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehene Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 (G)) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage mindestens weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit insgesamt mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten diese visuellen Wirkungen des quer stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	von Siedlungsbereichen als Schutz der Landschaft vor visuellen Beeinträchtigungen einen erweiterten Umgebungsbereich freizuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)) Rechnung getragen. Das Gleiche gilt im Übrigen für die verfolgte Intention, Anwohner von Siedlungen weitreichender vor Schallimissionen zu schützen, denn die akustischen Wirkungen von WEA müssen ohnehin in einem Schallimissionsgutachten separat geprüft und die gesetzlich vorgeschrieben Werte eingehalten werden. Ein erweiterter Umgebungsbereich ist auch hierfür mithin nicht erforderlich Insofern bedarf es diesbezüglich einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1. 2.2. Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Zu beachten ist, was in der Begründung B zu 1 G u.a. ausführt wird: „[…] Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Hervorhebung durch den Unterzeichner) Hier wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung de facto in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)), dem erheblichen Interesse der effektiven Nutzung von Infrastruktur sowie der Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht schon ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei unmittelbar vor Umsetzung befindlichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht“. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA exakt in dem jeweiligen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Ein solches Vorgehen stünde im Widerspruch zu dem o.g. Interesse an einer effektiven Nutzung von Infrastruktur sowie einer Bündelung der Windenergie und dem Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts. Insofern bedarf es diesbezüglich einer Konkretisierung und Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1. 2.3. Klarstellung bezüglich Wohn- und/oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext und der Überschrift ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im eigentlichen Textteil des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (Z)). Insofern bedarf es diesbezüglich einer Klarstellung des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 in dem entsprechenden Textteil.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2.4. Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Neben den bereits oben ausgeführten Punkten ist es weiterhin problematisch, dass es auch bzgl. anderer Punkte an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffen fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wir auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Einen über 800 Meter weitergehenden Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen, das noch nachvollziehbar ist, besteht eine große und damit nicht nachvollziehbare Offenheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Insofern bedarf es diesbezüglich einer Konkretisierung (ggf. in der Begründung) des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, um die Nachvollziehbarkeit sicherzustellen. 2.5. Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (bis zu einem Abstand von 800 Meter) gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im Umgebungsbereich bis zu 800 Meter möglicherweise unzulässig werden könnte, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Meter nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Siedlungsplanung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob (gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne) solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. Insofern bedarf es diesbezüglich einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1. 2.6. Ausgangspunkt für den Abstand von 1.000 Metern Siehe hierzu die obigen Ausführungen und Abbildungen zu Punkt 1. (Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (Z)), dessen Fazit – übertragen auf Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (G) – wie folgt lautet: Der Ausgangspunkt für den 1.000 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion ist die nächstgelegene Ecke der Baugrenzen, also die nächstgelegene Ecke der zulässigen Bebauung.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	2.7. Praxisbeispiel Siehe hierzu die obigen Ausführungen und Abbildungen zu Punkt 1.2. zu Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (Z), mit einem konkreten Praxisbeispiel. Diese Ausführungen und Abbildungen sind bzgl. des Ausgangspunktes für die Abstandsmessung auch für Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (G) identisch. Wie bereits oben ausgeführt, können folgende Punkte unterschieden werden: a) Die Ecke der Baugrenzen, also die Ecke der zulässigen Bebauung, welche hier identisch ist mit der Gebäudeecke des tatsächlich (zulässig) errichteten Wohngebäudes. b) Die Ecke der äußeren Flurstücksgrenzen bzw. der B-Plan Grenze. Die Potenzialfläche PR1_SLF_099 und die nächstgelegene Siedlung („An der Kanzlei“ Gemeinde Steinbergkirche) sowie die Abstände von 800 Metern sowie von 1.000 Metern (welche von der Landesplanung bisher anscheinend unter Zugrundelegung des oben unter b) beschriebenen Punktes (B-Plan Grenze) erstellt wurden) werden in der folgenden Abbildung dargestellt: (Abbildung) Abb. 7: Potenzialfläche PR1_SLF_099 und Kartendarstellung zum Siedlungsabstand B-Plan „An der Kanzlei“ Gemeinde Steinbergkirche (Quelle: LEP-Entwurf Juni 2024 mit zeichnerischen Ergänzungen) Sofern in dem bisherigen LEP-Entwurf als Ausgangspunkt für den Abstand von 800 Meter nicht der oben unter a) beschriebene Punkt (Gebäudeecke), sondern der unter b) beschriebene Punkt (B-Plan Grenze) verwendet wurde, so hätte sich dadurch die ausgewiesene Potenzialfläche PR1_SLF_099 verringert. Die hiervon betroffene Fläche ist bei einem Abstand von 1.000 Metern überschlägig berechnet mehr als 5.300 m² groß. Berechnung: ca. 580 m Kreisbogenabschnitt x 9,20 m Differenz = 5.336 m² Die Auswirkungen einer solchen – nicht gerechtfertigten – Flächenreduktion könnten u.U. beträchtlich sein. Dies könnte dazu führen, dass die Potenzialfläche PR1_SLF_099 unter Berücksichtigung eines um 200 Meter erweiterten Schutzabstands (also eines Abstandes von insgesamt 1.000 Metern) und nach einem etwaigen Abzug der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	gerundeten Ecken (für die neue Referenzanlage mit 150 m Rotordurchmesser) die geforderten 15 Hektar Mindestflächengröße evtl. nicht mehr einhält. Und dies, obwohl diese Potenzialfläche, bei einer – gerechtfertigten – Verwendung der oben unter a) beschriebene Gebäudeecke als Ausgangspunkt, die Mindestflächengröße von 15 ha tatsächlich deutlich überschreitet (auch nach einem etwaigen Abzug der gerundeten Ecken). Das hier beschriebene Praxisbeispiel verdeutlich, dass der Ausgangspunkt für den 1.000 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion nur die nächstgelegene Ecke der Baugrenzen, mithin die nächstgelegene Ecke der zulässigen Bebauung sein kann. Insofern bedarf es diesbezüglich dringend einer Konkretisierung und ggf. einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (und ggf. der darauf basierenden Karten), um eine faire und einheitliche Bewertung der Potenzialflächen sicherzustellen. Daneben bleibt festzuhalten, dass die obige Argumentation zur Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)) hier ebenso greift: Der Turmmittelpunkt einer Windenergieanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern befindet sich mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Dadurch ist bereits eine erhebliche Freihaltung von der Siedlung gewährleistet, die den Schutz der Bewohner sicherstellt. Der zusätzliche Abstand von 200 Metern (auf dann mindestens 1.075 Meter zum Turmmittelpunkt) führt allerdings u.a. zu einer übermäßigen Einschränkung der Flächenverfügbarkeit für die Windenergie, was das Erreichen der Flächenziele gefährdet. Daher ist es notwendig, diese Erweiterung insgesamt kritisch zu hinterfragen. Ein solcher Erweiterungsbereich, der auf 1.000 Meter ausgeweitet wird, darf nur in Ausnahmefällen zur Anwendung kommen, wenn dies tatsächlich erforderlich ist. In dem hier dargestellten Praxisbeispiel sollte die Erweiterung zurückhaltend behandelt werden, um die effiziente Nutzung der Potenzialfläche PR1_SLF_099 zu gewährleisten. (Wie bereits oben ausgeführt, könnte eine – nicht gerechtfertigte – Flächenreduzierung u.U. sogar dazu führen, dass in der Folge eine Potenzialfläche, welche ansonsten mit keinem einzigen der aufgelisteten 36 Zielen oder 34 Grundsätzen der Raumordnung kollidiert, nur deshalb nicht als Vorranggebiet Windenergie ausgewiesen werden würde. Wenn dann gleichzeitig massenhaft Potenzialflächen ausgewiesen werden würden, die mit einem oder gar mehreren Zielen oder Grundsätzen der Raumordnung kollidieren, wäre dies eine grobe Ungleichbehandlung zu Lasten der Potenzialfläche PR1_SLF_099.)	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	3. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 (G) – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope „(2) Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt.“ In dem Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 (Z) - Gesetzlich geschützte Biotope, wird in der Überschrift und im Textteil ausgeführt, dass es hier um „gesetzlich geschützte Biotope“ geht. In dem oben zitierten Grundsatz zu Absatz 5 und der dazugehörigen Begründung wird dies leider nicht noch einmal explicit ausgeführt. Insofern bedarf es diesbezüglich einer Konkretisierung des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5. Daneben stellen die Layer zu den Grundsätzen der Raumordnung „Kleinstbiotope“ tlw. nicht die tatsächlichen Gegebenheiten dar, was im folgenden Praxisbeispiel belegt wird. 3.1. Praxisbeispiel In Bezug auf die Potenzialfläche PR1_SLF_099 wurde festgestellt, dass die bisherige Darstellung eines Kleinstbiotops in diesem Gebiet nicht mehr dem aktuellen Stand entspricht. Auf der folgenden Abbildung wird neben dem Layer mit den Grenzen der Potenzialfläche auch der Layer zu den Grundsätzen der Raumordnung „Kleinstbiotope“ für diesen Bereich dargestellt: (Abbildungen) Abb. 8: Potenzialfläche PR1_SLF_099 mit dem Layer „Kleinstbiotope“ (Quelle: LEP-Entwurf Juni 2024) Die obige Darstellung stimmt nicht mit den aktuellen Gegebenheiten überein. Dies ist klar aus den Informationen im Biotopbogen mit der Kartennummer 325486068 ersichtlich, welcher auf der folgenden Abbildung dargestellt wird: (Abbildungen)	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abb. 9: Biotopbogen mit der Kartennummer 325486068“ (Quelle: Biotopkartierung des Landes Schleswig-Holstein – Biotopbogen Stand 12.08.2024) (Abbildung) Abb. 10: Biotopbogen mit der Kartennummer 325486068“ (Quelle: Biotopkartierung des Landes Schleswig-Holstein – Biotopbogen Stand 12.08.2024) Mithin umfasst der bisherige Layer zu den Grundsätzen der Raumordnung „Kleinstbiotope“ hier eine Fläche, die deutlich größer dargestellt wird, als das tatsächliche Kleinstbiotop in diesem Bereich. Diese Darstellung führt zu einer falschen Einschätzung der tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort. Tatsächlich ist das Kleinstbiotop (der gesetzlich geschützte „Sonstige naturnahe Bach“) lediglich 193 m² groß und umfasst damit nur einen Bruchteil der bisher ausgewiesenen Fläche. Insofern bedarf es diesbezüglich dringend einer Korrektur der hinterlegen Daten und der darauf basierenden Karten zu dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5. Ich freue mich, mit diesem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Gruppe ID: G1882 Anzahl: 5 (IDs: 1696, 1799, 1817, 1882, 1964)	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehme ich Stellung zum ersten Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans S-H – Fortschreibung 2021“. Ich habe in meinem Besitz befindliches Grundeigentum für eine Windenergieplanung zur Verfügung gestellt. Betrachtet man die Ziele der Raumordnung, die eine Windenergienutzung ausschließen, so wird diese auf meinen Flächen nur durch das Seeadlerdichtezentrum ausgeschlossen. In Anbetracht der sehr guten Bestandentwicklung des Seeadler und der mittlerweile einsetzbaren Antikollisionssysteme für schlaggefährdete Vogelarten, über beides wurde in der Presse	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffer 4.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	berichtet, ist der Ausschluss der Windenergie durch das Seeadlerdichtezentrum deutlich zu hinterfragen. Die aktuellen Möglichkeiten den erforderlichen Artenschutz sicherzustellen, beispielsweise u.a. durch den Einsatz entsprechender Antikollisionssysteme, sollten den kategorischen Ausschluss der Windenergie über so ein riesiges Gebiet wie das Seeadlerdichtezentrum ersetzen. Eine moderne Windenergienutzung sollte auch im Seeadlerdichtezentrum möglich sein. Verweisen möchte ich zudem auf die vorenthaltenen Einnahmemöglichkeiten für die betroffenen Gemeinden durch Gewerbesteuer und Kommunalabgabe. Auch hier ist zu betrachten, ob der kategorische großflächige Ausschluss der Windenergie auf dem Gebiet der betroffenen Gemeinden durch das Dichtezentrum bei den mittlerweile vorzufindenden Bestandzahlen des Seeadlers und den mittlerweile einsetzbaren Antikollisionssystemen angebracht und verhältnismäßig ist. Diese ist auch im Verhältnis zu anderen nicht im Dichtezentrum liegenden Gemeinde zu betrachten. Auch diebbezüglich sollte eine moderne Windenergienutzung im Seeadlerdichtezentrum möglich sein. Mit freundliche Grüße [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1881	Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport Landesplanungsbehörde Düsternbrooker Weg 92 24105 Kiel Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - (Entwurf Juni 2024) Netzkapazität: Es ist schwer einzusehen, dass die Netzkapazität nicht mehr als ein Abwägungskriterium zählt. Hier in der Region Angeln, in der ich wohne, ist ein weiterer Ausbau der Windenergie erst nach **Ertüchtigung der regionalen Netze** möglich – von der Weiterleitung der gewonnenen Energie in andere Regionen Deutschlands ganz zu schweigen. Man kann doch nicht die Augen vor diesem Problem verschließen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 7.2.5, 7.4, 5.9, 4.8, 7.2.1, 3.17 und 2.2-2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungsziele müssen doch auf einer realistische Basis formuliert werden. Außerdem dürfen die Bürger in Schleswig-Holstein nicht noch weiter mit den Abschaltungskosten der WEA belastet werden. Diese sind unweigerlich Folge der massiven Ausbauplanungen und nicht mehr sozial verträglich bzw. vermittelbar. Hier erwarte ich von der Landesplanung, dass die Bürger*innen vor diesen weiteren Belastungen geschützt werden! Planungsziel 3% der Landesfläche: - Belastung einzelner Gemeinden / Naturschutz Schaut man sich die Verteilung der WEA im Land an, sieht man eine ungleiche Verteilung der Anlagen. Viele Kommunen haben „ihre Hausaufgaben gemacht“ und Anlagenbau zugelassen bzw. in ihrem Gebiet sind Vorranggebiete ausgewiesen. Die Teilfortschreibung Windenergie an Land darf nicht dazu führen, dass diesen Kommunen weitere Lasten auferlegt werden. Dies verringert die Akzeptanz, wird Widerstände wecken und verstärkt die Ungleichheit der Lastenverteilung (s. Landesamt für Umwelt Karte Windkraftanlagen in S-H Stand 25.6.2024). Außerdem verstärkt es die Leitungsprobleme, da die Energie weniger dezentral erzeugt wird und daher über weite Strecken weitergeleitet werden muss. In meiner Gemeinde Sörup besteht im Bereich der PV-Freiflächenanlagen das Ziel 2% der Gemeindefläche – das sind ca 70 ha – dafür zur Verfügung zu stellen. In Sörup liegt im Bereich Windenergie das Vorranggebiet „PR1 SLF 031 mit 69,5 ha – entspr. 2% der Gemeindefläche. Die vom Bund geforderten 2% sind also hier bereits erreicht. Eine moderate Ausweitung auf 3% der Gemeindefläche wäre sicher hinnehmbar bzw. sinnvoll. Die in den Planungsunterlagen vorgelegte Potentialflächenkarte weist aber für die Gemeinde Sörup wesentlich mehr Flächen aus: Eine moderate Ausweitung des bestehenden Vorranggebietes ist sicher sinnvoll, ebenso die Ausweisung des davon nördlich gelegenen Gebietes (zwischen Schwensby und Groß-Quern) – s. Anlage. Hier sind auch – nach Ertüchtigung der regionalen Netze - günstige Anschlussmöglichkeiten an das dort vorhandene Umspannwerk. Ingesamt sind im Planungsraum I, in dem Sörup liegt, bereits mit dem Regionalplan 2020 2,89% der Fläche des Planungsraumes als Vorranggebiete ausgewiesen. Ein weiterer Ausbau ist hier also im Sinne einer gleichen Lastenverteilung überhaupt nicht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gerechtfertigt! Kleinere Ausweitung bestehender Vorranggebiete wären völlig ausreichend. Die im südwestlichen Gemeindegebiet aufgeführten Flächen - entlang des Gewässers Bondenau - sind aus naturfachlicher Sicht sehr problematisch. Sie liegen alle im Bereich „schützenswerter Geotope“ (s. Karte Grundsätze der Raumodnung „Windenergie an Land“). Es handelt sich um Feucht-/Moorgebiete bzw. daran angrenzende Flächen. Außerdem liegt im Waldgebiet unmittelbar westlich der Bondenau ein Seeadlerhorst. Der Ausbau erneuerbarer Energien in Schleswig-Holstein ist so weit fortgeschritten – im Land besteht eine Produktion von erneuerbarer Energie von 185% des Gesamtstrombedarfes (s. SH-Netz) – dass es überhaupt nicht verständlich ist, den Naturschutz zu verringern. Gerade in dieser „komfortablen Situation“ - viele Ziele sind jetzt schon übererfüllt – kann man es ohne weiteres bewerkstelligen, den Naturschutz auszuweiten – ihn aber auf jeden Fall auf dem bestehenden Niveau zu halten. Zu fordern ist in diesem Zusammenhang auch, dass nicht nur Naturschutzgebiete sondern auch Landschaftsschutzgebiete frei bleiben müssen. Warum in dieser Situation die Abstände zu Siedlungsbereichen und Dörfern weiter verringert werden sollen, ist nicht einsichtig. In einer Mangellage kann man das ggf. machen, aber die liegt nun wirklich nicht vor. In diesem Zusammenhang ist auch überhaupt nicht verständlich, dass das Land Schleswig-Holstein im vorgelegten Planungsentwurf so deutlich über die Zielvorgabe des Bundes – Kontingent für S-H 2% der Landesfläche – hinausgeht. Hier wird eine ungleiche Lastenverteilung in der Bundesrepublik verstärkt, die die Bürger*innen unseres Landes über die Maßen hinaus belastet. Gleichzeitig macht dies auf der technischen Seite einen noch weiteren Ausbau von Stromtrassen nötig, da die Energie nicht dezentral erzeugt wird. [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1880	Windpotentialfläche PR3_DIT_309 für Gemeinden Bargenstedt, Nindorf, Meldorf Der Bau von Windkrafträdern wurde mit der Begründungabgelehnt, hier wäre ein Wiesenvogelschutzgebiet. Dabei gehen die Mühlenflügel in einer Höhe von 80 Metern über dem Boden. Darunter können die hiesigen Wiesenvögel wie Kibitz brüten. Die Verlegung von Erdkabeln im gleichen Gebiet zerstören die Brutmöglichkeiten der Vögel jedoch total. Auf einer Breite von mindstens 110 Metern wird der gesamte Boden bis zur Tiefe von 1,5 Metern total abgetragen. Hier ist keinerlei Brut mehr möglich. Es kann also nicht sein, daß der Bau von Windrädern abgelehnt, die Verlegung von Erdkabeln aber genehmigt wird.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2681	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf 2024 Sehr geehrte Damen und Herren Erhebliche Bedenken und Einwände möchte ich hiermit gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Um mehr Zeit für eine	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.18.1, 4.2.1, 7.1.5, der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	fundiertere Stellungnahme außerhalb der Sommerferien zu haben, bitte ich darum, dass die Abgabefrist um 3 Monate verlängert werden. Wenn die Landesregierung laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick haben will, muss bei den Planungen Folgendes beachtet werden: - Es soll, wie von der Landesregierung generell angestrebt, eine Gleichverteilung der Windkraftanlagen an Land erfolgen. - Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorlage der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus – einem bedeutenden Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein. - Wenn die Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. - Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit meines Lebens-, Gesundheits- und Erholungswertes. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Einganges meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1879	Stellungnahme zur Potenzialfläche PR1_SLF_065 Gemeinde Großsolt/Mittelangeln (OT Kollerup) Die historisch gewachsenen Dörfer Kollerup und – in direkter Nachbarschaft - Estrup verfügen über eine dominierende und	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	gefestigte Wohnnutzung. Demzufolge ist hier ein Abstandspuffer für die entsprechenden Siedlungsbereiche mit Wohn- und / oder Erholungsfunktion von 800 m einzuhalten. Der vorliegende Entwurf sieht jedoch lediglich 400 m vor. Im Rahmen der Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein, Kapitel 5.8 (Windenergie an Land) vom 29.12.2020 wurde hierzu bereits ein Abstandspuffer von 800 m vorgesehen (vgl. Datenblatt zur Potenzialfläche PR1_SLF_044 Schleswig-Flensburg). Es ist nicht erkennbar, weshalb sich diesbezüglich die fachliche Bewertung der Wohnfunktion der Siedlungsbereiche verändert haben sollte. Ferner ist der Umgebungsbereich der Ortslagen Kollerup / Estrup nicht durch Windkraftanlagen geprägt. Demzufolge sollte daher der erweiterte Abstandspuffer von 1.000 m Berücksichtigung finden. Die Potenzialfläche PR1_SLF_065 liegt in einem hochwertigen Landschaftsraum mit ausgeprägter Knickstruktur, kleinteiligen Waldflächen, offenen Fließgewässern und bewegtem Relief. Der gesamte südliche Teilbereich ist im Gutachten „Erarbeitung einer fachlichen Grundlage zur Abgrenzung von charakteristischen Landschaftsräumen als Ausschlussflächen für die Windenergienutzung“ (Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein (2016): erstellt durch das Büro Umweltplan) folgerichtig als Kernbereich charakteristischer Landschaftsräume dargestellt. Weshalb das genannte Gutachten, im Vergleich zur Teilaufstellung der Regionalpläne (Stand 31.12.2020), nicht mehr als Grundsatz der Raumordnung herangezogen wird, erschließt sich nicht. Die landschaftlichen Gegebenheiten haben sich schließlich weder im Bereich der Potenzialfläche PR1_SLF_065, noch landesweit erheblich verändert. Innerhalb der Potenzialfläche liegt mit dem Talraum der Bondenau / Treene ein Geotoppotenzialgebiet (Tunneltal Niesgrau / Lippingau - Sörup - Südensee - Mohrkich - Treßsee - Oeversee / Frörup) mit besonderer landschaftlicher Qualität. Diesem Umstand sollte im Rahmen der Abwägung ein hohes Gewicht beigemessen werden. Die landschaftliche Qualität wird durch die Darstellung der - nahezu – gesamten Potenzialfläche als Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft im gültigen Regionalplan für den Planungsraum V unterstrichen. Großräumig betrachtet befindet sich die Potenzialfläche in einem landschaftlich hochsensiblen Bereich zwischen dem Treßsee (NSG Obere Treenelandschaft), dem Winderatter See (LSG) sowie dem Südensee. Die Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen würde diese landschaftliche Qualität in erheblichem Maße beeinträchtigen. Hier sollte sich die Flächensuche auf bereits vorbelastete Landschaftsteile konzentrieren. Der Potenzialfläche ist eine hohe artenschutzrechtliche Bedeutung im Rahmen der Abwägung beizumessen. Zum einen befinden sich im Umkreis bestätigte Brutplätze windkraftsensibler Großvögel (Seeadler	Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Waldfläche Holzkoppel, Weißstorch in Estrup sowie in Bistoft und Obdrup), zum anderen ist der Talraum der Bondenau / Treene Teil des landesweiten Biotopverbundes. Dieser Talraum wird ganzjährig von Zug- und Standvögeln (z.B. Weißstorch, Seeadler, Rotmilan, Kraniche etc.) intensiv genutzt. Vor allem in den Wintermonaten versammeln sich auf den großflächigen Überschwemmungsbereichen in beiden Dorflagen zudem zahlreiche Gänse, Schwäne etc. Eine Ausweisung von Windvorrangflächen ist mit den Zielen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems in diesen Bereichen nicht vereinbar. Nicht zuletzt umschließt die Potentialfläche gerade das Dorf Kollerup von drei Seiten (südlich, östlich und nördlich). Eine Umzingelungswirkung der Wohngebäude durch Windenergieanlagen ist in jedem Fall zu vermeiden. Sollte eine Flächenauswahl im Rahmen der dieser Planung nachgelagerten Ausweisung von Vorranggebieten innerhalb der Potenzialfläche PR1_SLF_065 erfolgen, sind die Aussagen des Gutachtens „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ (Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (2013): Gutachten zur Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“, erstellt durch das Büro Umweltplan) zu berücksichtigen. Demnach darf eine Beeinträchtigung des Gesichtsfeldes von maximal 2/3 nicht überschritten werden. Ich bitte die vorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise hinsichtlich der Ziele und Grundsätze des vorliegenden Entwurfs im Rahmen des weiteren Planungsfortschrittes zu prüfen und entsprechend zu berücksichtigen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1878	Sehr geehrte Damen und Herren, die geplante Standortwahl für Windkraftanlagen im Naturpark Westensee hätte erhebliche negative Auswirkungen auf die Tierwelt und den Naturhaushalt. Das Gebiet ist bekannt für seine Population von seltenen Vogelarten, die durch die Rotorblätter gefährdet würden. Darüber hinaus würde der Bau zu erheblichen Störungen in den örtlichen ökologischen Lebensräumen führen. Es ist daher wichtig, eine alternative Standortwahl zu prüfen, die weniger Schaden für die lokale Tier- und Umwelt verursacht. Der Naturpark Westensee sollte auf keinen Fall mit Windkraftanlagen bzw. Photovoltaikanlagen bestückt werden. Er dient im großen Maße der Erholung und ist für Mensch und Tier als Naturraum besonders schutzbedürftig. Korridore für Reh- und Damwild sind keine Option.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf Ziffern 3.18.11, 4.2.1, 7.2.11, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Als Eigentümerin eines Hauses in der Nähe des geplanten Standorts der Windkraftanlage befürchte ich erhebliche Wertminderungen meines Eigentums. Studien zeigen, dass Immobilien in der Nähe von Windkraftanlagen an Wert verlieren. Dies würde nicht nur meine finanziellen Interessen beeinträchtigen, sondern auch meine Lebensqualität und die Zukunft meiner Familie gefährden. Ich spreche im Namen meiner gesamten Familie und hoffe die Stellungnahme findet Berücksichtigung. Freundliche Grüße [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1877	Sehr geehrte Damen und Herren, Hiermit erheben wir Einspruch gegen das Errichten der Windkrafträder rund um die Gemeinde Möhnsen. Wir sehen uns in einer mehrfachen Belastungssituation, die nicht mehr zumutbar ist. Nur, weil die Politik mit der Brechstange die Energiewende umsetzen will. Bitte nicht alles auf unserem Rücken. Wir sind damals extra wegen der Natur und Ruhe aufs Land gezogen. Folgende Energiewendevorhaben sind geplant. Errichtung eines grossen Solarparks zwischen der A 24 und der Gemeinde Möhnsen. Grenzt an die Gemeinde. Nord-Süd Trasse Starkstromleitung OST-West Trasse Starkstromleitung Parallel zur A 24, sehr nah an Möhnsen vorbei. Umspannwerk in Sahms ca 40 ha SOLARPARK LANKEN	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.14.1, 4.2.5, 7.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Lärmbelästigung durch A 24 [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1876	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Ich habe die folgenden Einwände: • Für Siedlungsbereiche und Siedlungen im Außenbereich sollten die gleichen Mindestabstände gelten. Für Wohnhäuser im Außenbereich sollten mind. 800 m Abstand eingehalten werden. • Eine Umfassung, auch Riegelbildung um Ortschaften, auch um Siedlungen; im Außenbereich, muss ausgeschlossen werden. • Die vom Bund vorgeschriebenen Fristen zur Erreichung der Flächenbeitragswerte sollen nicht verkürzt werden. • Im vom Bund vorgeschriebenen Flächenbeitragswert von 2,0% für 2032 müssen alle im Rahmen der Gemeindeöffnungsklausel beantragten Flächen berücksichtigt werden; Der vorgeschriebene Flächenbeitragswert von 2,0% sollte auch in Zukunft keinesfalls um mehr als 20% überschritten werden, auch nicht durch Vorhaben nach §35 Absatz 1 Nummer 5 BauGB. Ein max. nicht zu überschreitender Flächenbeitragswert sollte festgelegt werden. • Der Windkraftzubau muss in Abstimmung mit dem bundesweiten Netzausbau und der Errichtung entsprechender Speichermöglichkeiten erfolgen. • Eine Koordination mit dem Zubau von PV-Freiflächenanlagen ist DRINGEND	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erforderlich. Bereits für dieses Jahr rechnet die Bundesregierung mit Kosten von 19 Mrd. Euro, um die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben für EEG-Strom; zu bezahlen. • Die Installation von Vogelschutzsystemen (AKS) muss für WEA Pflicht werden. • Abstände zum Wald müssen wie bisher mind. 100 m betragen, nicht nur wegen des Vogelschutzes, auch aus Brandschutzgründen. • Der Schutz für geschützte Vogelarten muss weiterhin ein wichtiges Ausschlusskriterium bleiben. Neben Nistplätzen müssen auch bekannte Flugrouten, auch für die Jagd der Vögel, berücksichtigt werden. Die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren, müssen weiterhin gelten. • Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen müssen von WEA freigehalten werden. Mit freundlichem Gruß, Michael Kallweit	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1875	Betreff: Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz, 7 Z Dichtezentrum für Seeadlervorkommen Die Potenzialflächen in der Gemeinde Fargau-Pratjau liegen in einem Gebiet, das alljährlich als Rast-, Balz- und Nistplatz für zahlreiche Vogelarten dient, u.a. Singschwäne, Graugänse, Kanadagänse, Graureiher und Schwalben. Die Vögel bewegen sich zwischen den umliegenden Seen (Selenter See, Passader See, Dobersdorfer See und der Ostseeküste). Im Frühjahr und Sommer sind beispielsweise die Teiche auf den Grünflächen im Norden von Sophienhof (Gemeinde Fargau-Pratjau) ein Anziehungspunkt für Graugänse und Kanadagänse. Diese Vögel werden in dieser Jahreszeit dort vom Seeadler geschlagen. Die Flächen befinden sich also im Jagdrevier dieses Raubvogels. Die Flächen wurden vor ca. 10 Jahren in Zusammenarbeit mit dem Verein „Froschland e.V.“ renaturiert. Seitdem hat sich dort eine vielfältige Flora und Fauna angesiedelt. Der Rotmilan nutzt das Gelände als Jagdrevier und schlägt dort beispielsweise Jungvögel der dort nistenden Teich- und Blässhühner. Die Singschwäne	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet weiterhin Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.8.1 und 4.15.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	rasten auch auf den umliegenden Flächen, die den Potenzialflächen zugerechnet werden. Die große Anzahl der Vögel ist ein Indiz für die große Wertigkeit der Flächen. Eine Bebauung der Potenzialflächen im Westen und im Norden der Gemeinde Fargau-Pratjau würde diese Flächen wie eine „Wand“ abschirmen. Dies würde das Verhalten der Tiere voraussichtlich stark beeinträchtigen und die Flächen ökologisch abwerten. Die besagten Rast-, Balz- und Brutplätze und Jagdreviere der gefährdeten Greifvögel (Seeadler, Rotmilan) wären dann unbrauchbar.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1872	[redacted] [redacted] [redacted] Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein- Landesplanungsbehörde, Referat IV 64 -Düsternbrooker Weg 9224105 Kiel [redacted], 08.09.2024 **Betreff: Stellungnahe Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** **Potentialfläche zwischen Ausacker und Hürup** Sehr geehrte Damen und Herren, Vielen Dank für die Erschließung von Erneuerbaren Energien. Schleswig-Holstein ist hierfür Vorreiter in Deutschland. Besonders deshalb verwundert es mich, dass man die beengten Potentialflächen zwischen dörflichen Siedlungen und der von Touristen viel befahrenen Hügellandschaft Angelns in die mögliche Bebauung mit einbezieht. Aus folgenden Gründen, gehe ich davon aus, dass diese Fläche für Windkraftanlagen ungeeignet ist: **Potentialfläche dicht an Siedlungen, Einzelhäusern**	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	· Wie man an der mit Halbkreisen zugeschnittenen Fläche erkennen kann, liegt diese nah an Wohngebäuden, Feucht- und Naturschutzgebieten, einer Bundesstraße und dem Erholungsgebiet Angeln. Sie ist eine recht kleine Fläche im Vergleich zu den Flächen westlich und südlich von Angeln. · Hier macht mir und vielen Anwohnern Sorge, dass das Thema „Infraschall“ nicht ausreichend erforscht ist. Dafür stehen die hohen Anlagen (200m bzw. 220 m wurden ebenfalls erwähnt) meiner Meinung nach zu dicht an Wohnhäusern. · Die Rotoren müssten regelmäßig still stehen, um den Schattenwurf zu Gebäuden und Straßen zu verhindern. · Die Wohnflächen der Anwohner verlieren an Wert. · Der Abrieb der Rotoren beeinträchtigt die privaten Gärten, Biolandhöfe und Anbauflächen. **Netzausbau** · Da auf einer derart kleinen Fläche nur wenige Windräder stehen könnten, ist die Anbindung nicht rentabel. · Weder ein Speicher, noch ein Trassenanbindung sind vorhanden oder durchdacht. · Das nächste Umspannwerk in Tarp ist 18km entfernt. · Wo in der besiedelten Fläche die Trassen aufgebaut werden sollten, ob hierfür Flächen von Anwohnern genutzt werden müssten, welche Folgen dies für das Landschaftsbild hat...? All diese Fragen stehen im Raum. **Gemeinschaft Ausacker-Hürup** · Durch die bereits 2016 statt gefundene Auseinandersetzung mit dem Thema Windenergie, lehnte die deutliche Mehrheit der Bevölkerung den Bau der Windkraftanlagen ab. Daher wurde die Fläche aus der Planung genommen. Dies empfinden viele als Nichtbeachtung einer demokratische Entscheidung. · Wie sich in Einwohnerversammlungen und Diskussionen herausstellt, spaltet dieses Thema die Gemeinschaft und verbreitet in unseren sehr sozial aktiven und kulturellen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dörfern Unmut. **Biotopverbundsystem, Kompensations- und Ökokontoflächen** · Das Stiftungsland am Winderatter See ist ein einzigartiges Biotop. Hier leben und rasten gefährdete Tierarten. Flugfähigen Tiere (Rotmilan, Störche, Fledermäuse, Seeadler, ...) müssen geschützt werden. · https://www.stiftungsland.de/stiftungsland/winderatter-see/ · In Ausacker und umliegenden Dörfern nisten regelmäßig mehrere Storchenpaare. · Das Stiftungsland ist beliebtes Erholungsgebiet für Touristen und Anwohner. Besonders der unverbaute Blick über die hügelige Landschaft ist bemerkenswert. · Der Erholungswert verringert sich durch die einschneidenden Bauten, die Bewegung von Rotorblättern in der beruhigenden Landschaft. · Die Moorlandschaft des Stiftungslandes könnte sicherlich noch weiter ausgedehnt werden. Sie dient auch als Kompensationsfläche. **Besondere Geologische Lage** · Die Hügellandschaft Angels zeigt sich deutlich, wenn man die K90 von Flensburg Richtung Ausacker fährt. Das Auf-und Ab, die Weite des Himmels, die besondere geologische Lage ist bei Touristen (vor allem per Rad) beliebt. Viele Radfahrer durchradeln unser idyllische Dorf Ausacker (und Hürup), vorbei an Höfen und alten Reetdachhäusern. · Dieser freie Blick wird durch dicht stehende, hohe Windkraftanlagen verstellt. Leider kann ich die Screenshots von der genannten Potentialfläche (umgangssprachlich "Banane" genannt) nicht hoch laden. Auch kleine PDFs oder Fotos werden im Upload nicht angenommen. Vielen Dank, dass Sie meine Stellungnahme mit einbeziehen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Gruppe ID: G1870 Anzahl: 2 (IDs: 1870, 1871)	**Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021** **Betreff: Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land, 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz, 7 Z Dichtezentrum für Seeadlervorkommen** Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Region nördlich des Selenter Sees beim Seeadlerdichtezentrum ausgespart wurde. Es entsteht der Eindruck, dass bewusst eine Region ausgelassen wurde, die bestimmte Kriterien erfüllt: • Eine hohe Anzahl an Splittersiedlungen, die aufgrund der Abstandsregelungen vorteilhaft sind. • Eine dünne Besiedlung. • Die Nähe zur Küste, die viel Wind bietet. • Die geringe Distanz zum Einspeisepunkt bei Höhndorf. • Die großen Flächenstrukturen mit relativ wenigen Ansprechpartnern erleichtern zudem die Realisierung von Windkraftprojekten. Da unsere Region ähnliche Voraussetzungen wie das übrige Seeadlerdichtezentrum hat, scheint hier der politische Wille, Windräder zu bauen, im Vordergrund zu stehen, während der Naturschutz, insbesondere der Schutz des Seeadlers, keine Rolle spielt. Der Seeadler nistet, wie auch zahlreiche Rotmilane und Kornweihen, in der Gemeinde Fargau-Pratjau in den Wäldern bei Legbank, Hütten und am Selenter See. Der Wald bei Legbank liegt direkt an den nördlichen Potenzialflächen der Gemeinde. Regelmäßig wird beobachtet, wie die Adler auf den nahegelegenen Weideflächen Graugänse schlagen. Diese Weideflächen liegen nördlich von Sophienhof und sind aufgrund der zahlreichen renaturierten Teiche ein attraktiver Anziehungspunkt für viele verschiedene Vogelarten, darunter der Seeadler. Aufgrund der hohen Damwilddichte in der Gemeinde Fargau-Pratjau gibt es dort viel Fallwild und verendetes Wild, das von den Adlern gerne angenommen wird. Diese Fundorte befinden sich auf den Potenzialflächen. Auch hier werden Seeadler regelmäßig gesichtet. Es ist bekannt, dass Zugkollisionen eine häufige Todesart für	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 1.3, 3.15.1, 4.7.1, 4.8, 4.2.1, 4.15.1, 4.16, 4.17, 7.1.3, 7.2.10, 7.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Das Dichtezentrum von Seeadlervorkommen entspricht in seiner räumlichen Ausdehnung dem gleichnamigen Kriterium aus dem Landesentwicklungsplans Wind (2020). Die räumliche Festlegung erfolgte auf Grundlage von besetzten und traditionell geeigneten Horststandorten nach landesweit einheitlich angewendeten Kriterien. Ausgehend vom Großen Plöner See werden alle Reviere einbezogen, deren 3 km Umgebungsbereiche sich überlappen oder nicht weiter als 2 km voneinander entfernt liegen. Die von diesen Revieren umschlossene Außengrenze weist im Inneren Bestandslücken auf. Diese Bereiche sind jedoch in der Vergangenheit besiedelt gewesen oder es gab Ansiedlungsversuche. Außerdem weisen sie Schlafplätze und Aufenthaltsbereiche von heranwachsenden Seeadlern auf. Dieser Lebensraum zeichnet sich durch zahlreiche Waldflächen und viele Seen sowie eine Verbindung zur Ostsee und zu EU-Vogelschutzgebieten aus. Im Ergebnis ist ein Raum mit einer kontinuierlich hohen Brutdichte abgegrenzt, der zur dauerhaften Sicherung des stabilen Kerns der Seeadlerpopulation in Schleswig-Holstein geeignet ist und somit der Kontinuität der Freihaltung von WEA bedarf. Eine Anpassung der Abgrenzungen ist fachlich nicht geboten, auch nicht, wenn es an den Rändern zu vereinzelten Änderungen besetzter Horste kommt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Seeadler sind. Die Vögel fressen auf den Bahnschienen liegendes Aas und werden dabei selbst zum Opfer. Die zweithäufigste Todesursache ist lt. Studien der Kontakt mit den Flügeln von Windrädern, wobei die Größe der Rotoren erheblichen Einfluss hat. Laut Kartendarstellungen befinden sich bedeutende Nahrungsgebiete vor allem im Raum Barsbek und Dobersdorf, und Seeadler aus Legbank fliegen regelmäßig in diese Richtung. Große Windkraftanlagen in der Gemeinde Fargau-Pratjau würden die Kollisionsgefahr für den Adler also steigern. **Betreff: 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** Wenn die ausgewiesene Region mit Windrädern vollgestellt wird, ist der Erholungsraum für Feriengäste verloren, ähnlich wie an der Westküste. Besonders betroffen wären die Strandregionen wie Kalifornien, Schönberger Strand und Stakendorfer Strand sowie die umliegenden Dörfer, die sich auf Tourismus konzentrieren. Es scheint in Kauf genommen zu werden, dass etwa 20 Personen durch Windräder zu Millionären werden, während eine ganze Region ihre Existenzgrundlage verliert – eine Situation, die der Mittelstand mit Sicherheit nicht begrüßen wird. Für Einheimische und Natur würde hier ein Lebensraum verloren gehen, der vorher als eines der schönsten Naherholungsgebiete in Schleswig-Holstein bekannt war, ein Zufluchtsort für Naturliebhaber. Die geplante Dichte an Windrädern hätte toxische Auswirkungen auf die Leidtragenden vor Ort, die sich dieser einzigartigen Region stark verbunden fühlen. Der Lärm der Rotorblätter und die visuelle Umweltverschmutzung belasten die Menschen. Selbst ein Mehrheitsbeschluss gegen den geplanten Umfang/Anzahl der Windkraftanlagen seitens des Gemeinderats von Fargau-Pratjau wird hier nicht berücksichtigt. Die Ausweisung von Potenzialflächen oder Vorrangflächen für den Ausbau der Windkraft in der Gemeinde Fargau-Pratjau lehne ich aus den genannten Gründen ab [redacted], Sophienhof, 05.09.2024	
Öffentlichkeit: Privatperson	**Stellungnahme gegen die Errichtung eines Windparks in der Gemeinde Fargau-Pratjau**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: 1869	**Betreff: Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land, 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken gegen die Errichtung eines Windparks in der Gemeinde Fargau-Pratjau äußern. Die geplanten Windkraftanlagen gefährden nicht nur die einzigartige Landschaft, sondern auch die wirtschaftliche Existenz vieler Bürger, die auf den Tourismus angewiesen sind. Für uns und viele andere Familien in der Region ist die Vermietung von Ferienwohnungen ein zentraler Bestandteil der individuellen Daseinsvorsorge. Seit Jahrzehnten investieren wir in unsere Ferienwohnungen im Ortsteil Sophienhof, um notwendige Pflegeleistungen für unsere schwerstbehinderte Tochter finanzieren zu können. Diese Einkünfte sind für uns unverzichtbar, um ihre medizinische Versorgung und Lebensqualität zu sichern. Die Errichtung eines Windparks würde jedoch die Attraktivität unserer Ferienwohnungen massiv mindern. Die industrielle Landschaft, die durch die Windkraftanlagen entsteht, würde die Touristen abschrecken, die bisher den Charme und die Ruhe unserer Region geschätzt haben. Damit würden uns und vielen anderen Familien wichtige Einnahmen wegbrechen, die zur Deckung von Pflegekosten und zur Sicherung der Zukunft benötigt werden. Aus diesem Grund appelliere ich an Sie, die Potenzialflächen in Fargau-Pratjau nicht für den Bau von Windkraftanlagen freizugeben. Es geht nicht nur um den Schutz der Landschaft, sondern auch um das Wohlergehen vieler Familien, die auf diese Einkommensquelle angewiesen sind. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1868	Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe ein Barotrauma erlitten und möchte keine Windkraftanlage in meiner Nähe des Hauses haben, da es mich gesundheitlich belasten könnte. Ferner mache ich mir	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.20, 4.9.1, 7.2.10, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.4, 7.3.5, 7.3.6

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gedanken um die Tierwelt. All die Fledermäuse, Störche, Bussarde, etc. und die Naturlandschaft (Verdrängung, Kollisionen etc). Der Schattenwurf und der Lärmpegel, die nachts blinkenden Lampen sind nicht wegzudiskutieren, sobald sie in unmittelbarer Nähe der Wohnhäuser stehen. Ich lehne daher die Windkraftanlagen hier ab und wäre sehr dankbar, wenn es nicht zu einem Bau solcher hier kommen wird. Ferner stellt sich mir die Frage, welche Langzeitfolgen dies gesundheitlich haben kann. Es stellt sich mir ferner die Frage, ob es ein rein finanzieller Faktor für einen bestimmten Personenkreis ist , wenn solche Anlagen in der Nähe von Wohnhäusern entstehen .	der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1865	Widerspruch Betrifft: Windpotenzialfläche PR3_DIT_309 für die Gemeinden Bargenstedt, Nindorf und Meldorf Ich bin [redacted] der Planungsgesellschaft „Südermiele Wind Planungs GbR“ und bin daher sehr stark durch die Festlegung eines Wiesenvogel-Brutgebietes im Bereich der Mielenniederung betroffen. Da die Errichtung von Windernergieanlagen in diesem Gebiet grundsätzlich ausgeschlossen werden soll, würde dies unsere bisherigen Planungen zunichte machen. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass Planungen für eine Hochspannungsgleichstromkabeltrasse für das Wiesenvvogel-Brutgebiet in der Mieleniederung laufen, das Gebiet aber von Windenergieanlagen freizuhalten ist.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.
Öffentlichkeit: Privatperson	Sehr geehrte Damen und Herren,	siehe auch M2817

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: 1864	ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land sowie den dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich diebezgl. anführen: • Um mehr Zeit für eine fundierte Stellungnahme zu haben, bitte ich darum, dass die Abgabefrist um 3 Monate verlängert wird. • Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. - Gerade durch die o.g. Abschaffung dieser Regel wird es sonst zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung. Damit verbunden ist meine Sorge und die Gefahr, dass sich in der Folge viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden werden. • Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. dem Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante, weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Dies steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papier) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. • Aus den bereits genannten Akzeptanzgründen aber auch im Sinne der Schutzbedürftigkeit der Anwohnerinnen und Anwohner und Schaffung möglichst gleicher Lebensverhältnisse im Land ist das Kriterium der Vorbelastung und die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA kontraproduktiv. Es soll,wie von der Landesplanung generell angestrebt,eine Gleichverteilungerfolgen. Durch Windenergiegebiete oder	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“Gemeindegebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. •Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben-und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2- speicherfähigen Böden bzw. CO2-SenkenalsnatürlicherKlimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtungdieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zuden von der Bundes-und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor-und Klimaschutz. •Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsenalsnatürliche Lebensräume,u.a.für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. •Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen,wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. •Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meineFamiliemassive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltungund damit meines Lebens-und Erholungswertes. •Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage ist meine Sorge, dass die Einsatz-und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses und der Bundeswehr, (z.B.Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken) durch zukünftig noch höhere Windkraftanlagen gefährdet oder weite reingeschränkt wird. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 sind bereits bei der Festlegung von	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Windvorrangflächen und im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.Dies muss bereits in den Zielen und Grundsätzen festgeschrieben werden. •Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe de rBundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus–einem bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins. •Es steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung, dass z.B. die mögliche Potenzialfläche Nr.PR2_RDE_101 einen unzureichenden Abstand z ufestgelegten Siedlungsbereichen (hier der Siedlungsachse Kiel–Melsdorf–Felde) aufweist. Generell muss als Ziel und Grundsatz der Raumordnung definiert werden, dass zu festgelegten bzw. geplanten Siedlungsbereichen/-achsen ein Abstand von Vorrang-und Potenzialflächen von mindestens 1000m (800m + 200m Sicherheitspuffer) einzuhalten ist.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1863	Wir sind dafür, dass die Windpotenzialfläche PR3 DIT 309 , Planung für die Südermiele Wind Planungs GbR durchgeführt wird.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1862	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehme ich Stellung zu den Planungen der Landesregierung zu Windkraft-Vorranggebieten. Die Errichtung von Anlagen ohne Höhenbegrenzung in nur 800 m Entfernung zu Siedlungsgebieten halte ich für nicht hinnehmbar. Der Schattenwurf und Stroboskopeffekt sowie die Geräuschemissionen solcher Anlagen sind für die davon betroffenen Anwohner vollkommen unzumutbar, durch die Errichtung solcher Anlagen in	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 2.2, 2.3, 2.5, 3.18.1, 4.2.1, 7.3.1, 7.3.7, der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsnähe verlieren die Immobilien deutlich an Wert, was einen unzulässigen Eingriff in fremde Vermögenswerte bedeutet. Der Abstand von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe muß so gewählt werden, dass mindestens der Unbedenklichsabstand von mindestens 920m zu **jeglicher** Wohnbebauung, also auch zu Einzelphäusern, eingehalten wird. Es ist zudem nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit im Außenbereich wohnender geringer gewichtet als im Siedlungsbereich. Laut Umweltministerium ist die Auswirkung der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung sogar mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/5H-Regelung Regelung missachtet diese Erkenntnis. Die o. g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes festgeschrieben bleiben. Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete , insbesondere Naturparke, die der Erhol- ung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. So würde z.B. eine Berücksichtigung der an Westensee angrenzenden Flächen im Amt Nortorfer Land auch die hier regelmäßig brütende Kranich-Population beeinträchtigen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1861	Stellungnahme zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis zu 250 m haben einen immensen Einfluss auf das Landschaftsbild. Die Gemeinde Lutterbek ist, wie das gesamte Amt Probsteitouristisch geprägt. Der Tourismus ist ein sehr bedeutender Wirtschaftsfaktor, das gilt insbesondere für alle Gemeinden, die nördlich der Bundesstraße 502 und in unmittelbarer Nähe zur Ostsee liegen. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen in diesem Bereich wird zu einem unvermeidlichen Zielkonflikt zwischen Tourismus und Windenergie führen. Touristen nutzen die vielen Spurplattenwege sowie unbefestigten Wege in der freien Landschaft als Rad- und Wanderwege. Die gute Fernsicht wird häufig als Fotomotiv genutzt. Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis 250 m haben eine so große Fernwirkung, dass sie noch aus vielen Kilometern deutlich erkennbar und	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die Kapitel 2.2.1, 3.9, 3.17.1, 4.8.1, 4.20.1, 5.1.1, 6.1.1, 7.2.5, 7.2.6, 7.2.11, 7.2.12 und 7.3.1 bis 7.3.4 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	somit negativ wahrnehmbar sind. Die freie Landschaft geht bei einem solchen Anblick der Windenergieanlagen völlig unter. Der Landesentwicklungsplan führt selbst aus, dass bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Erfordernisse der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung berücksichtigt werden müssen. Die Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek liegen gemäß dem Landesentwicklungsplan im Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung, es ist auch das landesplanerische Ziel, den Tourismus in diesen Gebieten zu fördern. Der Konflikt zwischen Windenergieanlagen und intensiver touristischer Nutzung kann so nah an der Ostsee nicht gelöst werden. Hier muss der Tourismus die Priorität haben, da ansonsten definitiv mitzurechnen ist, dass die Einnahmen aus dem Tourismus entfallen werden. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie wird der Abstand von der Windenergieanlage bis zur Siedlungsfläche auf 800 m festgeschrieben, die tatsächliche Höhe der Windenergieanlagen spielt dabei keine Rolle mehr. Die heutigen geplanten Windenergieanlagen haben Höhen von bis zu 250m - bestehende Anlagen weisen Höhen um die 72m auf-; wobei zurzeit sich in der Nachbargemeinde Brodersdorf drei Anlagen mit einer Höhe von jeweils 250 m in Planung befinden. Die Beeinträchtigungen, die von diesen Anlagen ausgehen, betreffen nicht nur die Wohngebäude, dessen Mindestabstand eingehalten wird, sondern auch die Wohngebäude, die in einem Abstand von weit über 800 m liegen. Bei den Beeinträchtigungen geht es nicht nur um Lärm, der von den Anlagen ausgeht, sondern auch um Schattenwurf (250m Höhe =1700m Schattenwurf), den die Rotorblätter verursachen sowie vom Infraschall ganz zu schweigen und insbesondere auch um das Landschaftsbild in einer sehr attraktiven Naturlandschaft eines Landschaftsschutzgebietes, das auch touristisch sehr stark genutzt wird. Windenergieanlagen in einer Höhe von 250 m führen in diesem Gebiet nicht nur zu den zuvor genannten Beeinträchtigungen, sie werden auch einen ganz erheblichen Wertverlust der Wohnbaugrundstücke nach sich ziehen. Diese Wertverluste treten nicht nur in den Randbereichen der Gemeinde mit den geringsten Abständen zu den Windenergieanlagen ein, sie werden sich über das gesamte Gemeindegebiet erstrecken, da die Windenergieanlagen mit 250 m Höhe eine sehr große Dominanz haben und somit von jedem Wohnbaugrundstück in Lutterbek erdrückend wahrgenommen werden. Allein aus Gründen der Lärmbelastung sowie der Belastung durch den Schattenwurf sollten Windenergieanlagen grundsätzlich einen Mindestabstand zu Wohnbauflächen von 1.000 m haben. Darüber hinaus sollte der Abstand um weitere 1.000 m erweitert werden, um die Wertverluste der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Wohnbaugrundstücke in erträglichen Grenzen zu halten. Weiter soll gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land der Denkmalschutz bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. In der Gemeinde Laboe befindet sich das Marine-Ehrenmal mit seinem Turm und einer Höhe von 72 m Höhe. Das Marine-Ehrenmal ist eine Gedenkstätte für die auf den Meeren gebliebenen Seeleute aller Nationen und ein Mahnmal für eine friedliche Seefahrt auf freien Meeren. Das Marine-Ehrenmal ist weltweit bekannt, es prägt den Ort und die gesamte Umgebung und zieht Touristen aus der ganzen Welt an, es gilt als Wahrzeichen der Kieler Förde und steht unter Denkmalschutz. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen mit 200m bis 250 m Höhe lässt das Marine-Ehrenmal insbesondere mit Sicht von der B 502 völlig verblassen. Die Windenergieanlagen wären weit mehr als doppelt so hoch wie das Marine Ehrenmal, es würde nicht mehr wahrgenommen werden. Selbst von der Wasserseite aus würden die Windkraftanlagen gegenüber dem Marine-Ehrenmal dominieren, weil sie mehr als drei Mal so hoch sind, wie das Marine-Ehrenmal. Aus denkmalpflegerischer Sicht sollte das Marine-Ehrenmal einen Umgebungsschutz von mindestens 10 Km haben. Das Gebiet nördlich der Bundesstraße 502 sollte auch aus diesem Grunde frei von Windenergieanlagen bleiben. Nordwestlich der Gemeinde Lutterbek im Bereich der Hagener Au befindet sich ein Seeadlerhorst. In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist hierzu ausgesagt, dass innerhalb der in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein dargestellten Dichtezentren für Seeadlervorkommen die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen ausgeschlossen ist. Der Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II weist im nördlichen Gemeindegebiet der Gemeinde Lutterbek ein Seeadlerdichtezentrum aus, der vorhandene Seeadlerhorst befindet sich jedoch im nordöstlichen Bereich der Gemeinde Brodersdorf und damit um ein paar Meter außerhalb des im Landschaftsrahmenplan dargestellten Seeadlerdichtezentrums. Hier sollte der Landschaftsrahmenplan an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst und das Gebiet entsprechend erweitert werden, um den Schutz von Seeadlern auch gewährleisten zu können. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes können dann auch keine Windkraftanlagen in dem Bereich nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek entstehen. In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist weiterhin aufgeführt,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dass um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll. Bezogen auf den Seeadler sind hier 2.000 m aufgeführt. In der Abwägung kann jedoch geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist, wenn in dem Abstandsradius bereits raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet wurden. In der Gemeinde Laboe stehen zwei Windenergieanlagen mit einer Höhe von unter 100 m, eine Anlage hat eine Entfernung von ca. 1 Km zum Adlerhorst, die andere Anlage hat eine Entfernung von 1,5 Km zum Adlerhorst. Nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek wird ein Windpark mit drei Anlagen in einer Höhe von jeweils 250 m geplant. Der Seeadlerhorst befindet sich etwa 800 m von der ersten geplanten Windkraftanlage entfernt. Bei diesen Dimensionen mit drei Windkraftanlagen und einer Höhe von 250 m kann davon ausgegangen werden, dass eine unmittelbare Gefahr für den Seeadler besteht. Zum Schutz der Seeadler sollte der Radius um einen Seeadlerhorst grundsätzlich 2.000 m betragen, eine Prüfung und Abwägung sollte innerhalb dieses Radius nicht möglich sein. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten berücksichtigt werden. Das Landschaftsschutzgebiet „Hagener Au von Probsteierhagen bis zur Einmündung in die Ostsee und Umgebung sowie die Ostseeküste zwischen Laboe und Stein“ verläuft nördlich der B 502 zwischen den Ortslagen Brodersdorf und Lutterbek bis zur Ostsee. Inmitten des Landschaftsschutzgebietes verläuft die Hagener Au mit den sehr schützenswerten Gewässerrandstreifen. Das Gebiet wird von vielen Tier- und besonders auch Vogelarten zur Nahrungssuche wie auch als Rastplatz genutzt. Das gilt im Besonderen während des allgemeinen Vogelzuges. Die Tierwelt würde schon durch den allgemeinen Betrieb der Windenergieanlagen empfindlich gestört, wenn Wartungsarbeiten oder der Austausch von Ersatzteilen erforderlich wird und die Wege wieder mit Schwerlastverkehr befahren werden müssen, ist die Störung für die Tierwelt um ein Vielfaches höher. Es handelt sich in diesem Landschaftsschutzgebiet um einen besonders hochwertigen Naturraum, der besonders geschützt und somit auch von Windenergieanlagen freigehalten werden sollte. Windenergieanlagen werden in Schleswig-Holstein immer häufiger abgeschaltet, weil der produzierte Strom nicht mehr vom Stromnetz aufgenommen werden kann. Bis die Infrastruktur ausgebaut und das Leitungsnetz ertüchtigt ist, wird es noch viele Jahre dauern. Windenergieanlagen sollten eigentlich erst dann gebaut werden, wenn es auch möglich ist, den produzierten Strom dauerhaft weiterzuleiten. Leider hat sich die Politik	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	in diesem Fall offensichtlich anders entschieden und die Betreiber der Windenergieanlagen bekommen den produzierten Strom entlohnt, auch wenn er gar nicht in das Netz eingespeist werden kann. Das kostet den Stromabnehmer viele Milliarden Euro. Neue Windenergieanlagen dürfen erst wieder zugelassen werden, wenn auch sichergestellt ist, dass der produzierte Strom in das Stromnetz eingeleitet werden kann. Dabei sollten Windenergieanlagen möglichst nahe an Umspannwerke oder bereits ertüchtigte Stromleitungen herangebaut werden. Die Verlegung neuer und zusätzlicher Erdkabel ist nicht nur sehr kostenintensiv, sondern auch von den Bodenverhältnissen her naturschutzfachlich äußerst problematisch. Auch aus diesem Grund sollten nördlich der B 502 keine Windenergieanlagen geplant und gebaut werden. Ein weiteres Problem für Windenergieanlagen nördlich der B 502, nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek ist die bauliche Infrastruktur. Die Spurplattenwege sowie die unbefestigten Wege, die genutzt werden müssen, um Windenergieanlagen überhaupt bauen zu können, sind für den Schwerlastverkehr nicht ausgelegt. Sie müssten also ausgebaut werden, was zu einer weiteren nicht gewollten Versiegelung im Außenbereich und hier sogar im Landschaftsschutzgebiet führt. Ein Rückbau dieser Wegeflächen kann erst nach Ablauf der Gesamtlaufzeit der Windenergieanlagen erfolgen, weil aus Wartungsgründen und für den Ersatzteilaustausch immer wieder Schwerlastverkehr auf diesen Wegen erfolgen muss. Auch aus diesem Grunde sollten nördlich der B 502 keine Windenergieanlagen zugelassen werden. Weiterhin ist im Bereich Brodersdorf/Lutterbek die Einflugschneise des Flughafens Holtenau. Als Anwohner in diesem Bereich erscheint es mehr als fraglich die geplanten Windenergieanlagen mit einer Höhe von 250m dort zu erreichten. Es ist zu beobachten, dass Flugzeuge in der geplanten Standortfläche in geringer Höhe den Flughafen anfliegen. Die von den Windenergieanlagen in der Dunkelheit betriebene ständige der Sicherheit dienende weithin sichtbare rote pulsierende Beleuchtung hat zur Folge, dass die Anwohner abgedunkelt schlafen müssen. Dies ist weiterer Aspekt, welcher mit bewertet werden musss im LEP In der Hoffnung auf Berücksichtigung der Punkte meiner Stellungnahme	
Gruppe ID: G1859	[redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Anzahl: 2 (IDs: 1859, 1860)	[redacted] [redacted] An die Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein Niemannsweg 220 24601 Kiel Stellungnahme zur Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land. Schwerpunkt: Eignungsfläche Schmalensee/Stocksee/Damsdorf/Belau, **sowie** zur Eignungsfläche PR_SEG_003. 08. September 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit spreche ich mich gegen eine Erweiterung der Windeigungsfläche PR_SEG_003 **und** der neuen geplanten Windeignungsfläche -noch ohne Nummer bzw. Bezeichnung ihrerseits- nördlich von Schmalensee aus. Auch wenn es mir als Bürgerin ihrerseits nicht gestattet wird -das hat schon einen starken diktatorischen Charakter- für eine bestimmte Windeignungsfläche Stellung zu nehmen, werde ich dieses für meine Heimat, meinen Wohnort, meine Nachbarn - die schon resigniert haben - und meiner Lebensqualität dennoch tun. Ich verfüge nicht über ein ausreichendendes Fachwissen, um zu ihren vorgegebenen Kriterien des oben erwähnten *Landesentwicklungsplan zur Windenergie an Land* Stellung zu beziehen. Ich werde allerdings als Bürger ausgegrenzt, wenn ich **keine Stellungnahme** zu der in Planung befindlichen Windenergiefläche und des bereits bestehenden Windindustriegebiets PR_SEG_003 **vor meiner „Haustür“** nehmen darf! Sie räumen mir die Möglichkeit ein, dass ich **nur** eine allgemeine Stellungnahme zu den	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von ihnen festgelegten Kriterien im *Landesentwicklungsplan zur Windenergie an Land* abgeben darf. Das macht auf mich den Eindruck, dass diese Möglichkeit einer Stellungnahme seitens der Bürger*innen nur eine Alibifunktion hat, damit sie als Politiker später sagen können, sie haben die Bürger*innen „mitgenommen“. Mit dieser / ihrer Methode ist das aber nicht der Fall! Meine Argumente und Kritikpunkte werde ich nicht mit Hinweisen auf wissenschaftliche Untersuchungen, Gutachten, Gesetzen, Quellnachweisen oder ähnliches untermauern. **Meine Argumente und Kritikpunkte** resultieren aus den Erfahrungen als Anwohnerin des Windindustriegebiet PR_SEG_003, - der im September 2017 mit zwei Windenergieanlagen in Betrieb ging, mittlerweile aus 5 Windenergieanlagen besteht und in der eine sechste Windenergieanlage demnächst gebaut werden wird **und** meiner [redacted] ehrenamtlichen Tätigkeit im Greifvogelschutz in meiner Region. Diese Region ist in mehreren landesweiten Projekten involviert. Dennoch sind meine Argumente und Kritikpunkte **nicht** als Subjektiv zu betrachten und können auch als „Allgemein“ gelten und haben somit eine Gewichtung. **<u>Klimaschutz und Solarenergie</u>** Die Gemeinde Schmalensee leistet aktuell bereits einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz. Damit dieser Klimaschutzbeitrag noch erhöht werden kann, hat sie die Möglichkeit genutzt, und 2021 ein Rahmenkonzept für Solar-Freiflächenanlagen in Auftrag gegeben. Die Expertise ist fertiggestellt und liegt seit dem 21. März 2424 offiziell vor. Die Gemeindefläche umfasst 868ha, davon stellt die Gemeinde nun 40ha Fläche für eine Installation einer Solaranlage zur Verfügung. Somit wird, bei Errichtung einer Solaranlage, ein weiterer erheblicher Beitrag seitens der Gemeinde Schmalensee zum Klimaschutz geleistet. Sie geben in ihrem *Landesentwicklungsplan zur Windenergie an Land* vor, das	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergieanlagen Solaranlagen vorzuziehen sind. Ihr Argument, dass dann der „Flächenverbrauch“ geringer sein wird, kann nicht überzeugen. Es sieht nur augenscheinlich so aus, dass eine große Fläche mit Solaranlagen in Anspruch genommen wird. Mit den Fundamenten der vorerst geplanten 9 Windenergieanlagen, Gesamthöhe 250m, in der nördlich von Schmalensee vorgesehenen Windenergiefläche, wird genau so viel Fläche benötigt, wie bei der Errichtung einer Solaranlage. Es gibt nur einen Unterschied: diese Flächen sieht man nicht, weil sie in die Tiefe gehen und somit für das menschliche Auge unsichtbar. Wer etwas von Bodenkunde versteht, der weiß, dass unterhalb der Ackerkrume oder auch Graskrume etc. ein wertvolles Leben von vielen Bodenlebewesen, Mikroorganismen etc. stattfindet. Diese werden mit dem Bau eines Fundamentes gnadenlos vernichtet. Mit der Installation einer Solaranlage wird nachhaltig zum Natur- und Klimaschutz beigetragen. Durch eine intelligente Errichtung einer Solaranlage kann die Fläche weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden und bietet, je nach Bewirtschaftung, den Insekten und den Mikroorganismen im Boden einen wertvollen Lebensraum. Somit ist das Argument des geringen Flächenverbrauchs bei der Installation einer Windenergieanlage ihrerseits hinfällig. Zudem werden mit der Installation einer Solaranlage in der Gemarkung Schmalensee die sensiblen Strukturen unserer Knicklandschaft und avifaunistische Belange geschont. Das ist bei einem Windindustriepark nicht gegeben. Es würden, wenn überhaupt, geringe, bis keine Kosten für die Zerstörung des Landschaftsbildes für den Solaranlagen-Unternehmer anfallen. Diese Kosten müssen letztendlich die Verbraucher über ihre Stromrechnung bezahlen. Beispielweise musste ein Windenergieanlagen-Unternehmer in dem Windindustriegebiet PR_SEG_003 für seine zwei letzten errichteten Windenergieanlagen eine Ersatzzahlung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	für die Zerstörung des Landschaftsbildes in Höhe von ca. 205.000Euro leisten. Ein weiterer Vorteil ist, dass die Solaranlagen keinen Lärm verursachen. Es ist wissenschaftlich bewiesen, dass gerade unterschwelliger pulsierender Lärm für viele Krankheiten beim Menschen verantwortlich ist. Der Naherholungswert bleibt für uns Bürger und den Touristen – die unsere Region sehr schätzen- weitgehendst erhalten. Durch die Knickstrukturen werden die Solaranlagen gut eingegrünt und somit als wenig störend empfunden. **Windenergie** In der Gemarkung der Gemeinde Schmalensee sind bereits 2 Windkraftanlagen in Betrieb, für eine vierte Windenergieanlage beginnt demnächst der Bau. Technische Daten: **Eine** Windenergieanlage Typ Vestas V126, **Leistung 3,6MW**, Gesamthöhe 180m. **Eine** Windenergieanlage Typ Vestas V150, **Leistung 4,2MW** Gesamthöhe 198m. **Eine** Windenergieanlage Typ Enercon E-126 EP3, **Leistung 4,0 MW**, Gesamthöhe 198m, diese wird demnächst errichtet. Mit dieser Stromproduktion leistet die kleine Gemeinde Schmalensee bereits einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz. **Zwei** Windenergieanlagen Typ Enercon E 115**,** je Anlage mit einer Leistung von 3,0 MW und je Anlage mit einer Gesamthöhe von 193,26m und **eine** Windenergieanlage Typ Enercon E-126 EP3, **Leistung 4,0MW**, Gesamthöhe 197,69m, stehen in der Gemeinde Damsdorf, direkt an der Gemarkungsgrenze zu Schmalensee. Durch diesen Siedlungsnahen Standort zu Schmalensee bekommen wir Bürger*innen übermäßig viel pulsierenden Betriebslärm ab. Jeder Anwohner und jede Anwohnerin klagt über diese unerträgliche Geräuschkulisse, die zudem die nächtliche Ruhe beträchtlich stört. Ein erholter Schlaf ist sehr oft nicht mehr möglich und das ist gesundheitsschädlich! Die Geräuschkulisse, die jetzt schon unerträglich ist, wird sich beim Bau weitere	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergieanlagen vervielfachen, so dass ein entspannter Aufenthalt im Freien nicht mehr möglich sein wird. Meine privat geeichten Schallmessungen haben ergeben, dass die jetzigen Windenergieanlagen - besonders die zwei Windenergieanlagen mit Getriebe- in den bereits bestehenden Windindustriegebiet PR_SEG_003 regelmäßig die erlaubte Schallemission überschreiten. Von behördlicher Seite wird nicht geprüft, ob die Anhaltswerte (TA-Lärm) tieffrequenter Geräusche, die als Auflage im Genehmigungsbescheid verankert sind, eingehalten werden. Sie stellen für uns Bürger*innen einen erheblichen Nachteil und eine Belästigung dar. **Der prophezeite Gewöhnungseffekt seitens der Landeigner, Windenergieanlagen-Unternehmer etc. ist bis jetzt ausgeblieben!** Der Ort Schmalensee wird zukünftig, sollten die Potenzial- und Vorrangflächen für Windenergieanlagen genehmigt werden, von Windkraftanlagen eingekesselt. Im Süden befindet sich das Windindustriegebiet PR_SEG_003 mit z. Zt. 5 Windenergieanlagen, mit dem Bau einer sechsten Windenergieanlage wird demnächst begonnen werden. Im Westen werden 12 Windenergieanlagen im Windindustriegebiet Gönnebek gerade errichtet In NNW-Richtung ist das Windindustriegebiet der Gemeinde Schillsdorf zusehen. Ebenfalls in NNW steht eine Windenergiefläche in der Gemeinde Belau, neben dem Bundesforst zur Diskussion. Im Norden von Schmalensee die Windeignungsfläche, die schon in meinen Ausführungen Erwähnung fand. In der letzten Gemeindevertreterversammlung am 4. September 2024, kündigte der Windenergieanlagen-Unternehmer der zwei, mit Getriebe betriebenen lauten Windenergieanlagen bereits an, dass er eine dritte Windenergieanlage, noch näher an	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die Wohnsiedlung heran, bauen will. Dieses Vorgehen findet keine Akzeptanz bei mir und meinen Nachbarn! Wenn es eine Akzeptanz meinerseits und der meiner Nachbarn, für ein Windindustriegebiet und der Klimawende geben soll, ist die Errichtung einer weiteren lauten Windenergieanlage -derart dicht an unserer Wohnsiedlung- ein absolutes „No Go“. Die Entwurfspläne mit den Standorten für Windenergieanlagen, Gesamthöhe 250m, für das neue in Planung befindliche Windindustriegebiet nördlich von Schmalensee wurden auf einer gemeindlichen Veranstaltung am 1. August 2024 präsentiert. Schwerpunktmäßig war diese Veranstaltung von Landeignern und weiteren Profiteuren besucht. Der „normale“ Bürger ist in einer sehr geringen Zahl erschienen. **Diskussion:** Warum? Es besteht bereits eine Windpark-Betreibergesellschaft, deren Gesellschafter teilweise in der Gemeindevertretung Schmalensee – bzw. in den umliegenden beteiligten Gemeinden- einen Posten innehaben, dazu noch Mitglied des Landtags S.-H. sind, oder einen Posten im Vorstand des Bauernverbandes S.-H. bekleiden. Das ist grundsätzlich legitim. Mir stellt sich allerdings die Frage, inwieweit hier bereits eine Einflussnahme auf verantwortliche Stellen stattgefunden haben könnte. Die Entwürfe / Pläne eines Windenergieanlagen-Unternehmers für eine, von der Landesplanung noch nicht frei gegebenen Windeignungsfläche sind bereits weit fortgeschritten. Sie haben bereits hohe Kosten für den Unternehmer verursacht. Demnach kann es eigentlich doch nur so sein, dass inoffiziell von verantwortlicher Stelle bereits grünes Licht für dieses Vorhaben gegeben wurde. Welcher Unternehmer investiert die Arbeitszeit / Kosten seiner Mitarbeiter in eine Planung, wenn er nicht bereits weiß, ob sein Vorhaben überhaupt umsetzen kann.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Das ist ein Verlustgeschäft! Sie dürfen mich gerne korrigieren, wenn ich mich irre. Des Weiteren kaufen sich immer mehr Personen in die Gesellschaft Windpark Schmalensee-Belau-Stocksee ein. Das ist schon merkwürdig und ich habe den Eindruck, das Projekt befindet sich bereits in „trockenen Tüchern“. Mit dieser Vorgehensweise werden wir bereits im Vorfeld zu Bürger*innen der zweiten Klasse degradiert. Unsere Lebensbedürfnisse werden nicht respektiert und besitzen keine Wertigkeit. Der kleinen Gruppe zukünftiger Profiteure wird es zukünftig sehr gut gehen und der deutlich größeren Gruppe an Bürgern*innen sehr schlecht! **<u>Avifauna / Großvögel</u>** Das Areal des jetzigen Windindustriepark PR_SEG_003 war einst das Nahrungshabitat mehrerer Rotmilanpaare, die ihren Horst in dem Areal oder in unmittelbarer Nähe hatten (Expertisen liegen den Behörden vor). Schon während der Bauphase der zwei ersten Windenergieanlagen (2016) war zu beobachten, wie die Rotmilane bei ihrer Nahrungssuche in ihrem traditionellen Nahrungshabitat den Baugerätschaften ausweichen mussten, geblieben sind sie in der Brutsaison dennoch. Im zweiten Jahr wurde dann ein Rotmilanmännchen von einer Windenergieanlage erschlagen. Das dazu gehörige Rotmilanweibchen musste sich in der sensiblen Brutphase selbst mit Nahrung versorgen und dazu ihren Horst verlassen. Das haben die Kolkraben dann genutzt und die Eier prädiert und es kam zum Brutabbruch. Der Horst ist inzwischen verweist. Den Behörden und den Verantwortlichen ist längst bekannt, dass der Rotmilan die einzige Vogelart ist, dessen Weltbestand zu mehr als 50% in Deutschland brütet. Deshalb tragen der Bund und die Länder eine besondere Schutzverantwortung, der sie mit sinnvollen Maßnahmen begegnen müssen. Es hat sich in den letzten Jahren in und um das Areal des Windindustrieparks PR_SEG_003 gezeigt, dass die allgemeinen Standard-Schutzmaßnahmen – die übrigens einheitlich für ganz Deutschland angewandt werden- und in den bisherigen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Genehmigungsbescheiden verankert sind, nicht ausreichend gegriffen haben. Es steht in der Verantwortung des Bundes und der Länder, den Windparkbetreiber nach Inbetriebnahme seiner Windenergieanlagen zu regelmäßigen avifaunistischen Erhebungen und in einem Rhythmus von 2-3 Jahren zu verpflichten. Ein avifaunistisches Gutachten wird nur einmal vor Inbetriebnahme von Windenergieanlagen erstellt und dürfte bereits nach 3 Jahren der tatsächlichen avifaunistischen Situation nicht gerecht werden. Veränderungen, ob positiv oder negativ, werden nicht mehr erfasst, berücksichtigt und entsprechend angepasst. Die Kosten für diese regelmäßigen avifaunistischen Erhebungen hat der Windenergieanlagenbauer zu tragen und muss in seiner Wirtschaftlichkeitsberechnung mit einfließen und vorgelegt werden. Das wäre zum Schutz der Avifauna eine sinnvolle und vor allem nachhaltige Maßnahme. Anmerkung: in dem Windindustriegebiet PR_SEG_003 musste für die Kompensation der erheblichen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes eine Summe von ca. 115.000Euro für eine Windenergieanlage bezahlt werden. Eine weitere Schutzmaßnahme, die im Genehmigungsbescheid verankert werden muss, wäre ein Verbot für den Betrieb einer Luderkuhle und das Auslegen von Kadavern im Windindustriegebiet. Diese Methode konnte ich vielfach in den letzten Jahren in dem Windindustriegebiet PR_SEG_003 beobachten. Greifvögel mehrerer verschiedener Arten wurden von diesen Kadavern angelockt. Sie werden durch diese Methode stark gefährdet, -es gleicht einem russischen Roulet- das Risiko, als Schlagopfer zu enden ist dadurch signifikant erhöht. Hier muss ein Verbot dieser ausgeübten Methode im Genehmigungsbescheid verankert werden. Unsere Region ist geprägt von der Bornhöveder Seenkette, die zum Wankendorfer Seengebiet gehört. Diese Seenkette besteht aus dem Bornhöveder See, Belauer See,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Fuhlensee, Schmalensee, Schierensee und den Fuhlensee, sowie im Süden abschließend mit dem Stocksee und im Norden mit dem Stolper See. Die zahlreichen Seeadler in unserer Region fliegen in diesem großen Seengebiet regelmäßig und oft zur Nahrungssuche zwischen den einzelnen Seen hin und her. In dem Genehmigungsbescheid der ersten zwei Windenergieanlagen in dem Windindustriegebiet PR_SEG_003 wurde eine Beschränkung der Anlagen mit einer Abschaltzeit vom 01. August bis 30. September, eine Stunde vor Sonnenaufgang bis eine Stunde nach Sonnenuntergang zum Schutz der juvenilen Seeadler verankert. Weitere Abschaltzeiten sind vom 1. Mai bis 31. August im Falle einer Mahd / Ernte an 4 Tagen eine Stunde vor Sonnenaufgang und eine Stunde nach Sonnenuntergang einzuhalten. Für eine dritte Windenergieanlage, die ganz in der Nähe der zwei vorherigen erwähnten Windenergieanlagen steht, wurden keine Schutzmaßnahmen für die juvenilen Seeadler im Genehmigungsbescheid festgesetzt. Hier ist zu beklagen, dass dieses Versäumnis einem Seeadler zum Verhängnis wurde und dieser als Schlagopfer endete. Es zeigt zudem sehr deutlich auf, dass Schutzmaßnahmen seitens der Verantwortlichen inkonsequent umgesetzt werden. Die Vergangenheit hat uns gezeigt, dass die von Bund und Ländern als besonders schützenwerte- und als schlagopfergefährdete erachteten Arten Rotmilan, Seeadler, Wespenbussard - und Weißstorch, mit den normalen standardisierten Auflagen und Schutzvorkehrungen nicht genügend Rechnung getragen wird. Inzwischen ist das Areal des Windindustrieparks PR_SEG_003 von Großvögeln weitgehendst ausgeräumt. Ebenso wird es sich in einem zukünftigen Windindustriepark im Norden von Schmalensee verhalten. Auch hier wird das Areal für Großvögel nach Inbetriebnahme der Windenergieanlagen ausgeräumt werden, es sei denn, es werden in den Genehmigungsbescheiden für die zukünftigen Windenergieanlagen bedarfsgerechte, dem Areal individuell angepasste	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Schutzmaßnahmen festgelegt. **<u>Fazit:</u>** Die Gemeinde Schmalensee leistet bereits einen großen Beitrag zum Klimaschutz bzw. zur Treibhausgasneutralität und wird zukünftig durch eine eventuelle Installation einer Solaranlage in ihrer Gemarkung diesen Beitrag noch erhöhen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die vorhandenen Windenergieanlagen in der Gemeinde Schmalensee und an ihrer Gemarkungsgrenze uns Bürger*innen und der Avifauna bereits stark schaden. Weitere Windenergieanlagen, die unser Dorf regelrecht zubauen würden, werden unsere Lebensqualität und unseren Wohnwert endgültig zunichte richten. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1856	Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land Der Entwurf Landesverordnung zur Fortschreibung des LEP Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land ist grundsätzlich in Frage zu stellen. In dem vorliegenden Entwurf werden Regelungen getroffen bzw. festgeschrieben, die eine dynamische Reaktion auf sich entwickelnde gesellschaftspolitische Erfordernisse verhindern. Die Ausbauziele von Bund und Land als Grundlage wurden zu einem zurückliegenden Zeitpunkt festgelegt. Zwischenzeitlich ist die Transformation weg von fossilen Energieträgern weiter vorangeschritten mit einem erkennbar steigenden Bedarf an regenerativer Energie. In dem Entwurf sind bereits Ansatzpunkte erkennbar, deren Rechtsicherheit fragwürdig ist. Als Ergebnis ist von umfangreichen Klagen gegen den verabschiedeten LEP auszugehen. Dies verzögert einmal mehr die Handlungsfähigkeit von Behörden und Vorhabenträgern und führt nur zur Auslastung von Gerichten und Anwälten und zu mehr	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1, 7.1.3, 1.4 sowie 4.7 der allgemeinen Synopse verwiesen

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Verdrossenheit. Alternativ sollten statt eines Landesentwicklungsplanes mit anschließender Regionalplanung bestehende Bundesgesetze und Verordnungen konsequent umgesetzt, bzw. angewendet werden. Diese regelt die Errichtung und den Betrieb von WEA bereits im Detail. Ein Beispiel ist hier auch die Errichtung von Windenergieanlagen auf Waldflächen, was in SH kategorisch ausgeschlossen ist. Dies schadet dem Waldschutz mehr als dass es nutzt. So könnten durch die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen zusätzliche Waldflächen zur Verfügung gestellt werden. Auf der anderen Seite würde der Forstwirtschaft Mittel zugeführt, die einen klimaangepassten Waldumbau ermöglichen. Weiter bleiben Gebiete unberücksichtigt, in denen die Energieerzeugung aus Wind sich seit Jahrzehnten bewährt hat. Hier hat sich ein konfliktarmer Betrieb bewährt. Die Windenergieanlagen sind vom Bürger akzeptiert. Die Infrastruktur ist geschaffen und bietet eine längere Nutzungsdauer als der Betrieb der Bestandsanlagen erfordert. Die Landesplanung sollte auch das Ziel verfolgen die Bürgerwillen zu berücksichtigen. Im Kaiser-Wilhelm-Koog hat sich eine deutliche Mehrheit der Bürger für die Anwendung der auf Bundesebene geltenden Abstandsregeln ausgesprochen. Es wäre sehr viel zielführender Windkonzepte mit den Bürgen zu entwickeln, statt einer Planung am Schreibtisch fernab des Geschehens. Ein anderer Aspekt ist die Planung auf Grundlage einer Musteranlage. Die Entwicklungen gehen stets voran. Daher hängt eine Planung auf der Basis einer Musteranlage stets hinterher. Ein Beispiel ist hier der Artenschutz. Zwischenzeitlich gibt es zertifizierte, technische Lösungen, die stumpfe Abstandsregelung mit dem Ziel des Artenschutzes überflüssig gemacht haben. Zusammenfassung: • Anwendung von Bundesgesetzen auch in Schleswig-Holstein • Windenergieanlagen auch im Wald • Berücksichtigung des Bürgerwillens • Berücksichtigung modernster technische Entwicklungen	

Einreichendendaten	**Stellungnahme**	**Begründung**
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1855	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehme ich Stellung zu den Planungen der Landesregierung zu Windkraft-Vorranggebieten. Die Errichtung von Anlagen ohne Höhenbegrenzung in nur 800 m Entfernung zu Siedlungsgebieten halte ich für nicht hinnehmbar. Der Schattenwurf und Stroboskopeffekt sowie die Geräuschemissionen solcher Anlagen sind für die davon betroffenen Anwohner vollkommen unzumutbar, durch die Errichtung solcher Anlagen in Siedlungsnähe verlieren die Immobilien deutlich an Wert, was einen unzulässigen Eingriff in fremde Vermögenswerte bedeutet. Der Abstand von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe muß so gewählt werden, dass mindestens der Unbedenklichsabstand von mindestens 920m zu jeglicher Wohnbebauung, also auch zu Einzelhäusern, eingehalten wird. Es ist zudem nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit im Außenbereich wohnender geringer gewichtet als im Siedlungsbereich. Laut Umweltministerium ist die Auswirkung der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung sogar mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen Regelung missachtet diese Erkenntnis. Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete , insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. So würde z.B. eine Berücksichtigung der an Westensee angrenzenden Flächen im Amt Nortorfer Land auch die hier regelmäßig brütende Kranich-Population beeinträchtigen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 2.2, 2.3, 2.5, 3.15.1, 3.17.1, 3.18.1, 4.14, 6.1.3, 7.2.11, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1854	Ich bin [redacted] im Bereich der **Windpotenzialfläche PR3_DIT_309 für die Gemeinden Bargenstedt, Nindorf und Meldorf.** Zugleich bin ich [redacted] der Planungsgesellschaft Norder-/Südermiele Wind Planungs GbR. Durch die Festlegung eines Wiesenvogelbrutgebietes im Bereich der Mieleniederung	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.18 der allgemeinen

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	sind u.a. auch meine Rechte und Interessen betroffen. Innerhalb der festgelegten Wiesenvogel-Brutgebiete werden Windenergieanlagen grundsätzlich ausgeschlossen. Dies würde die bislang bereits erheblichen Anstrengungen zur Planung von Windenergieanlagen in diesem Gebiete zunichte machen. Dies betrifft auch die bislang erfolgten Tätigkeiten und Planungen der Planungsgesellschaft Norder-/Südermiele Wind Planungs GbR. Meine bislang erfolgten Investitionen in die Gesellschaft wären damit nutzlos aufgewendet und mir entstünde ein beachtlicher wirtschaftlicher Schaden. Darüber hinaus wird es der Gesellschaft, ihren Gesellschafter und den Landeigentümern, die die Nutzung ihres Eigentums für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen zulassen, unmöglich gemacht, einen - nicht zuletzt politisch gewollten - Beitrag zum Energiewandel als Reaktion auf den Klimawandel zu erbringen. Einige Einzelpunkte: Auf S. 77 f. der Planbegründung werden mehrere Arten aufgezählt, die alle nicht auf der Brutvogel-Liste der windkraftsensiblen Arten im BNatSchG aufgeführt werden (Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer). Das BNatschG wurde zuletzt 2023 geändert und dabei wurden drei schützenswerte Arten zusätzlich aufgenommen, allerdings keine der hier in der Planbegründung genannten Arten. Der Gesetzgeber hat damit eine eindeutige Entscheidung dazu getroffen, dass die in der Planbegründung genannten Arten nicht schutzbedürftig sind. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb Schutzgebiete für diese Arten festgegelegt werden, die dann vor allem von Windenergieanlagen freizuhalten sind. Es bestehen zwei Planungen von Hochspannungsgleichstromkabeltrassen (NordOstLink Heide/Rogahn; Korridor B Heide/Hamm). Diese sollen durch das Wiesenvogelbrutgebiet in der Mieleniederung führen. Das Leitungsbauverfahren NordOstLink befindet sich bereits im Planfeststellungsverfahren. In den dazu veröffentlichten Unterlagen zu Raum- und Umweltverträglichlichkeit finden sich keine, die auf das zu querende Wiesenvogelbrutgebiet in der Mieleniederung eingehen. In diesem Zusammenhang scheint der Schutz von Brutvogelarten keine wesentliche Rolle zu spielen. Es ist daher nicht nachvollziehbar, warum dies bei Windenergieanlagen anders gehandhabt werden sollte. Die konkrete Abgrenzung des Wiesenvogel-Brutgebietes ist nicht nachvollziehbar. Das Rüsdorfer Moor gehört z.B. naturräumlich ebenfalls zur Mieleniederung und weist einen mindestens so großen Bestand an Wiesenvögeln auf, wird jedoch nicht als	Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wiesenvogel-Brutgebiet festgesetzt. Die Planung der Gesellschaft, an der ich beteiligt bin, sieht vor, dass Windenergieanlagen mit einer sehr hohen Nabenhöhe von 166m errichtet werden. Der unterste Rotordurchgang liegt dann bei über 80m und reduziert jegliche artenschutzrechtliche Konfliktrisiken erheblichst. Die in der Planung verwendete Flächkulisse der Wiesenvogel-Brutgebiete weicht an vielen Stellen erheblich von der im Wiesenvogelerlass vom 25.03.2019 veröffentlichten Flächenkulisse ab.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1666	Natur Plus e.V. Panten [redacted] Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein – Landesplanungsbehörde, Referat IV 64 – Düsternbrooker Weg 92 24105 Kiel Duvensee, 8. September 2024 **Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** **Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen.** **Hier: Stellungnahme zu den Potenzialflächen in der Umgebung des Duvenseer Moores** Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr, der Verein Natur Plus e.V. Panten nimmt zu der im Betreff genannten Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans wie folgt Stellung:	Die Kritik an der Modifikation der Kriterien im Vergleich zu letzten Windenergie-Regionalplanung wird zurückgewiesen. Das Land muss den gesetzlichen Auftrag erfüllen, einen bestimmten Flächenbeitragswert zum Ausbau der Windenergie in Deutschland zu erreichen. Mehr Fläche für Windenergie kann nur mit einer erneuten Aushandlung von gangbaren Kompromissen zwischen allen betroffenen Schutzgütern einhergehen. Mit einem gegenüber 2020 unveränderten Konzept wäre das Ausbauziel nicht erreichbar. Eine Differenzierung der Abstände zu Naturschutzgebieten wird nicht vorgenommen. Die Gebiete haben durchweg eine hohe natur- und artenschutzfachliche Wertigkeit, die nicht bei einzelnen Gebieten in Frage gestellt werden soll. Zu den übrigen in der Stellungnahme an geführten Argumenten wird auf die Ziffern 4.2.1, 4.7.1, 4.16.1, 4.17.1 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet auch Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Dies betrifft vor allem die Ausführungen zur Duvenseer Niederung. Die angeführten Argumente, die gegen eine Ausweisung von Vorranggebieten in diesem Bereich sprechensollen, werden auf

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wir begrüßen ausdrücklich den Beitrag der schleswig-holsteinischen Landesregierung zur Umsetzung der Energiewende. Es ist uns bewusst, dass die Ausweisung von Potenzialflächen und später von Vorrangflächen von essenzieller Bedeutung für dieses Vorhaben ist. Den methodischen Ansatz, der für die Ermittlung von Potenzialflächen gewählt wurde, halten wir für gangbar, sofern Naturschutzbelangen in angemessener Weise Rechnung getragen wird. Wir erkennen an, dass diese Auswahl eine schwierige Aufgabe darstellt. Als Verein mit einem 27-jährigen Einsatz für den Naturschutz im Amt Sandesneben-Nusse im Kreis Herzogtum Lauenburg können wir jedoch nicht umhin auch Kritik an den vorliegenden Entwürfen zur Teilfortschreibung zu üben, da regionale Besonderheiten nicht in ausreichendem Maße Berücksichtigung finden. Eine Umsetzung der Planungen in einem avifaunistisch so bedeutenden Gebiet wie der Region rund um das Duvenseer Moor hätte zur Folge, dass wir gefährden, was wir doch eigentlich mit der Energiewende bewahren wollen, nämlich eine zwar stark belastete aber punktuell einigermaßen intakte Natur mit einem vielfältigen Arteninventar. Wir kommentieren im Folgenden ausgewählte Grundsätze und Ziele, wobei wir uns auf die Besonderheiten unserer Umgebung im Kreis Herzogtum Lauenburg konzentrieren und in der weiteren Diskussion auf einen der Hotspots in unserer Region, dem Duvenseer Moor, detaillierter eingehen. **Grundsätzliches zu den Grundsätzen in diesem Planungsverfahren** Es hat einige Zeit gebraucht bis wir verstanden haben, dass die sogenannten Grundsätze nur einen groben Rahmen oder Leitplanken für die Planung darstellen. Grundsätze sind verhandelbar, abwägbar und können je nach Bedarf in die eine oder andere Richtung "ausgelegt" werden. Sie sind interpretierbar und somit auch formbar. Wenn ein Grundsatz nicht die Bedingungen bietet ein angestrebtes Ziel zu erreichen, wird er "weichgespült". Er bleibt ein Grundsatz, aber es wird nicht nach seinem ursprünglichen Sinn gehandelt. Er wird verwässert, abgeschwächt und uminterpretiert. Galten gestern noch Abstände zu einem Milan-Horst von 1.500 m gilt ab sofort nur noch ein Abstand von 1.000 m. Sicherlich, es bleibt ein Abstand zwischen WEA und dem Horst, aber dieser Abstand wird so ausgelegt, dass mehr Potenzialflächen ausgewiesen werden können als mit dem Gebot des größeren Abstands. Natur wird auf dem Altar der Energiewende geopfert. Wieviel ist dieses Verfahren wert, wenn die naturschutzfachlichen Grundsätze nichts als eine einzige Knetmasse darstellen, die in eine beliebige Form gebracht werden kann? Wir nehmen die Antwort vorweg: Nichts ist das Verfahren wert. Nichts und wieder nichts! Es ist eine einzige Farce, eine Beruhigungspille für besorgte Menschen, wenn nicht sogar nur ein Placebo für die	Ebene der Regionalplanung geprüft und abgewogen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Öffentlichkeit. **Zu 2 Z Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche** Das Ziel 2 Z weist folgende Schutzkategorien aus, in denen keine WEA errichtet werden dürfen: • ·Naturschutzgebiete (NSG) gemäß § 23 BNatschG in Verbindung mit § 13 LNatschG; • ·Gebiete, die nach § 22 BNatSchG in Verbindung mit § 12a Absatz 3 LNatSchG als NSG einstweilig sichergestellt sind; • ·Gebiete, für die nach § 12a Absatz 2 LNatSchG das Verfahren zur Unterschutzstellung eingeleitet ist; • ·Gebiete, die die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 23 BNatSchG in Verbindung mit § 13 LNatSchG erfüllen. Zudem wird festgelegt, dass die Errichtung von raumbedeutsamen WEA innerhalb eines Abstandes von 100 m von diesen Gebieten unzulässig ist. Mit Naturschutzgebieten können unterschiedliche Ziele verfolgt werden. Dabei ist es ein Unterschied, ob etwa der Schutz eines Borstgrasrasens als Schutzzweck definiert ist oder der Schutz von Wiesenbrütern und rastenden Großvögeln - mit mehreren tausend Individuen - im Vordergrund steht. Daher sehen wir es als kritisch an NSGs einheitlich mit einem Abstandsbereich zu WEA von 100 m zu versehen. Wir schlagen deshalb eine Abstandsregelung vor, die vom Schutzzweck der Gebiete mit den vorgenannten Schutzkategorien abgeleitet ist. • Primärer Schutzzweck botanische Belange: 100 m • Primärer Schutzzweck Brutgebiet von Wiesenvögeln: Gemäß "Neuem Helgoländer Papier" • Primärer Schutzzweck Brut- und Rastgebiet von Großvögeln: Gemäß "Neuem Helgoländer Papier"	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zu 6 Z Wälder und Umgebungsbereiche In den Wäldern der hier betrachteten Region Duvensee und Umgebung brüten regelmäßig Kraniche. Diese führen ihre Jungen auch in die ruhigen landwirtschaftlichen Flächen, die an die Wälder anrainen. Rotierende WEA in waldnaher Aufstellung würden diese Vögel vergrämen. Milane und die in unserer Region ansässigen Seeadler brüten vorzugsweise in der Randzone von Wäldern auf alten Bäumen. Wenn für WEA ausgewiesene Flächen bis auf 30 m an diese Wälder heranrücken und WEA sehr nah an den Wäldern aufgestellt würden, so nähme man in Kauf diese Greifvögel bei Flügen zur Nahrungssuche hochgradig zu gefährden. Weiterhin sind Waldränder ebenfalls bevorzugte Brutbereiche für eine Anzahl von Singvögeln, sowie ein bevorzugtes Jagdrevier von verschiedenen Fledermausarten. Dies wären bei waldnaher Aufstellung von WEA durch Schlag- oder Unterdruckwirkung ebenfalls erheblich gefährdet. Wir halten daher einen Abstand von nur 30 m zwischen Windkraftflächen und Waldrändern für naturschutzfachlich unverantwortlich und plädieren daher für die Einhaltung eines Abstands von mindestens 200 m. **Zu 15 Z und G Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs** Das südliche Schleswig-Holstein - und damit insbesondere der Kreis Herzogtum Lauenburg - wird von einer der Hauptachsen des internationalen Kranichzugs berührt. Kraniche in hohen Individuenzahlen aus Norwegen und Schweden sowie aus Finnland und dem Baltikum treffen im Bereich Zingst in Mecklenburg-Vorpommern aufeinander und setzen gemeinsam ihren Flug in Richtung Frankreich und Spanien fort. Sie orientieren sich an der Küstenlinie von Mecklenburg-Vorpommern und folgen anschließend weiteren Landschaftsstrukturen in süd-westlichen Richtungen. Im Kreis Herzogtum Lauenburg sind diese Leitstrukturen der Große Ratzeburger See und der Elbe-Lübeck-Kanal mit seinen begleitenden Niederungen. Viele Trupps verlassen im Kreis Herzogtum-Lauenburg ihre "Reiseflughöhe" von ca. 2.000 Metern und rasten u.a. auf den abgeernteten Maisfeldern. Als Übernachtungsplätze dienen ihnen Teiche, flache Seen und überschwemmte Niederungen wie das Duvenseer Moor. Diese Tatsache findet in der Karte *Entwurf Anlage 2 zu §1 LEPWindVO Karte Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land*keinen Niederschlag. Wir bitten darum, diesen Umstand als Grundsatz zu	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	formulieren, in die Karte aufzunehmen und bei den weiteren Planungen zu berücksichtigen. **Brutplätze windkraftsensibler Großvögel** Die Abstände von WEA zu Horsten von Großvögeln wurden in den letzten Jahren immer weiter reduziert, wodurch das Risiko, dass diese Vögel in den Wirkungsbereich von Rotoren gelangen, erheblich vergrößert wurde. Die jetzt erfolgte weitere Reduzierung des Abstands zwischen WEA und Milanhorst auf 1000 m und auf 750 m zum Weißstorchhorst ist aus naturschutzfachlicher Sicht nur als ignorant zu bezeichnen. Wir fordern daher die konsequente Einhaltung der Festlegungen des "Neuen Helgoländer Papiers", das einen Abstand von 1.500 m zu Milanhorsten und 1.000 m zu Weißstorchhorsten vorsieht. Mit der ornitho.de steht eine Plattform zur Verfügung, um derartige Horste in der Landschaft zu identifizieren. Dabei ist zu beachten, dass derartige Horste in der Regel als geschützte Beobachtung eingegeben sind, die nur von einem eingeschränkten Personenkreis eingesehen werden können. Diese Plattform sollte zwingend als eine weitere Grundlage für die weiteren Planungen herangezogen werden. In Bezug auf die Region Duvenseer Moor/Fliegenberg und Umgebung sei hervorgehoben, dass es sich hierbei um ein Verdichtungsgebiet für den Rotmilan handelt. **Hotspot: Duvensee Niederung und Umgebung** Die Duvensee Niederung - enger gefasst auch als „Duvenseer Moor“ bezeichnet - im Kreis Herzogtum Lauenburg liegt in unmittelbarer Umgebung der Potenzialflächen zwischen den Ortschaften Lüchow, Labenz und Klinkrade einerseits sowie der Flächen zwischen Klinkrade, Düchelsdorf, Niendorf bei Berkenthin, Kühsen und Duvensee OT Bergrade rund um den Fliegenberg andererseits. Die Duvensee Niederung umfasst eine großflächige, durch überwiegend extensive Grünlandnutzung geprägte ehemalige Seeniederung zwischen den Gemeinden Duvensee, Klinkrade, Labenz und Lüchow. Das Gebiet gilt als Schwerpunktbereich innerhalb der Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines landesweiten Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems und ist sowohl im Landschaftsrahmenplan (MUNF 1998) als auch im Landschaftsplan der Gemeinde Duvensee (LICHTIN 2007) als geplantes Naturschutzgebiet dargestellt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	In einem Schutzwürdigkeitsgutachten (JÖDICKE 2015) wurde sowohl die Schutzwürdigkeit als auch eine hohe Schutzbedürftigkeit der Duvensee Niederung festgestellt, die sich insbesondere aus der besonders hohen avifaunistischen Bedeutung als Brut- und Rastgebiet ableitet. "Wenngleich einzelne charakteristische Brutvogelarten verschwunden sind bzw. nur noch unregelmäßig auftreten (z. B. Bekassine, Rotschenkel, Großer Brachvogel), weist das Gebiet mit seinen ausgedehnten, über weite Bereiche extensiv genutzten und durch verschiedene Feuchtestufen geprägten Grünlandflächen eine in Teilen noch artenreiche Wiesenvogelgemeinschaft mit Vorkommen von gefährdeten Arten auf (Kiebitz, Wachtelkönig, Feldlerche, Braunkehlchen, Wachtel). Für weitere an Grünland gebundene und im Umfeld brütende Arten, vor allem Großvogelarten, stellt das Gebiet ein essenzielles Nahrungshabitat dar (Rotmilan, Weißstorch, Kranich, Schleiereule). Weiterhin hat sich das Gebiet zu einem herausragenden binnenländischen Rastplatz für Wasservögel, Limikolen und für den Kranich entwickelt. Die Funktion als Rast-, Nahrungs- und Schlafplatz für diese Artengruppen ist eng verknüpft mit den winterlichen Überstauungen vor allem im Bereich des ehemaligen Duvensees. Zudem werden aber auch andere Teile des Gebiets genutzt. Für die genannten Gruppen Wiesenbrüter und Rastvögel besitzt das Gebiet überregionale Bedeutung, da hinsichtlich Größe und Artenspektrum vergleichbare Gebiete im Naturraum selten anzutreffen sind." (JÖDICKE 2015) In Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO ist das Gebiet auf der Karte in Kapitel 3.3.2.2 als Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als Naturschutzgebiet erfüllt, dargestellt. Seit Jahren kauft die Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein in der Duvensee Niederung mit öffentlichen Geldern Flächen an, um sie dem Naturschutz zuzuführen. Das etwas abseits der Duvensee Niederung gelegene Waldgebiet Fliegenberg, um das sich mehrere ausgewiesenen Potenzialflächen gruppieren, sind an dort eingebetteten Tümpeln seit vielen Jahren Kranichbrutplätze etabliert. Außerdem wurde dort in einem ehemaligen Munitionsbunker vor einigen Jahren eine Fledermausunterkunft eingerichtet, die sehr gut von den Tieren angenommen wurde. Die Potenzialfläche zwischen Lüchow, Labenz und Klinkrade ist direkt in die Duvensee	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Niederung eingebettet und grenzt unmittelbar an das potenzielle Naturschutzgebiet! Während des Herbstzugs finden sich alljährlich und über mehrere Wochen Kraniche in hoher Stückzahl am Abend im Duvenseer Moor zum Übernachten ein. Individuenzahlen von mehr als 1.000 Tieren treten hierbei regelmäßig auf. Diese Kraniche fliegen am nächsten Morgen zur Nahrungssuche auf die abgeernteten Ackerflächen in die Umgebung der Duvensee Niederung in Richtung Niendorf bei Berkenthin, Göldenitz, Düchelsdorf, Labenz, Lüchow, Nusse, Koberg, Poggensee und Panten. Dabei werden auch regelmäßig die ausgewiesenen Windkraft-Potenzialflächen im Raum Lüchow/Labenz/Klinkrade sowie rund um den Fliegenberg in hohen Individuenzahlen überflogen. In der Dämmerung und bis nach Einbruch der Dunkelheit finden Flugbewegungen von Kranichen von den umliegenden Ackerflächen zurück zu den Übernachtungsplätzen im Duvenseer Moor statt, wobei wieder die besagten Potenzialflächen passiert werden. Die im vorstehenden Absatz dargestellte tägliche Flugbewegung der Kraniche gilt sinngemäß auch für die in der Nähe der Duvensee Niederung bekannten Übernachtungsplätze Wehrenteich, Niederung zwischen Sierksfelde und Sandesneben, Hellmoor sowie den temporär genutzten Schlafplatz in der Senke an der Westseite des Fliegenbergs. Alle diese Schlafplätze befinden sich ebenfalls im Einzugsgebiet der ausgewiesenen Potenzialflächen. Windkraftanlagen auf den im Entwurf dargestellten Potenzialflächen bergen ein hohes Risiko dafür, dass insbesondere Großvogelarten wie der Kranich auf ihren täglichen Flügen zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von umlaufenden Rotoren verletzt werden. Dies gilt ebenfalls für die auf dem Fliegenberg lebenden Fledermausarten, die sich bei der nächtlichen Nahrungssuche mehrere Kilometer von ihren Schlafplätzen entfernen und dabei auch die Potenzialflächen überfliegen. Daher ist eine Ausweisung von Vorrangflächen sowie die Aufstellung von Windkraftanlagen in der Umgebung der Duvensee Niederung unvereinbar mit Naturschutzzielen. Die seit den 1980er Jahren anhaltenden und öffentlich geförderten Bemühungen um eine mögliche Unterschutzstellung der Duvensee Niederung, auch um Zugvögeln optimale Rastbedingungen zu erhalten, würden hierdurch konterkariert und ad absurdum geführt. Kraniche mit optimalen Rastbedingungen auf Staatskosten in die Duvensee Niederung zu locken, um sie in der Umgebung einem hohen Risiko auszusetzen durch Rotorschlag getötet zu werden, macht keinen Sinn. Die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausgewiesenen und hier angesprochenen Potenzialflächen rund um den Fliegenberg und im Bereich der Duvensee Niederung sollten deshalb aus den weiteren Planungen ausgeschlossen werden. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen Natur Plus e.V. Panten Für den Vorstand gez. [redacted] Quellen: JÖDICKE, K. (2015) Schutzwürdigkeitsgutachten für das geplante Naturschutzgebiet „Duvenseer Moor“ im Kreis Herzogtum Lauenburg LICHTIN, L. (2007): Landschaftsplan der Gemeinde Duvensee.- Unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag der Gemeinde Duvensee, 197 S. + Kartenanhang. MUNF (MINISTERIUM FÜR UMWELT, NATUR UND FORSTEN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN) (Hrsg. 1998): Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum I.- Kiel, 216 S. + Kartenanhang.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1852	Duvenseer Moor e.V. – In´n Sack 1a – 23898 Duvensee – Tel. 04543 276 – info@duvenseermoor.de **Zum Beteiligungsverfahren über die geänderten Kriterien zur aktuellen Windkraftplanung in Schleswig-Holstein geben wir als Verein Duvenseer Moor folgende Stellungnahme ab.** Das Duvenseer Niederung ist wegen ihrer Lage im Vogelzuggeschehen zwischen Lübecker Bucht und Elburstromtal von besonderer Bedeutung für Zug- und Rastvögel. Hinzu kommen die Schlafplätze von tausenden von Blässgänsen, Saatgänsen, Entenvögeln und Kranichen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 4.1, 4.8, 4.14 und 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	In unmittelbarer Umgebung (Lübecker Forst) brütet seit Jahren erfolgreich der Seeadler. In der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ ist die Duvenseer Niederung als Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hoher Siedlungsdichte ausgewiesen. Wir bitten Sie, ausreichende Schutzzonen zu schaffen, damit die Bedeutung des Gebietes für den Vogelschutz berücksichtigt wird. Darüber hinaus erscheint uns aus eben diesen Gründen die Potentialfläche zwischen Labenz und Lüchow gänzlich ungeeignet. Mit freundlichen Grüßen [redacted] 1. Vorsitzender [redacted], den 8. September 2024	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1846	Verfahrensschritt: Beteiligung der Öffentlichkeit [redacted] [redacted] [redacted] Rückmeldung: per Email Dokument: Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.11, 7.1.3, 7.2.7, 7.2.5, 4.20 und 4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren! Hiermit äußere ich meine Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung u.a. aus folgenden Gründen: Ich lehne das beschleunigte Verfahren der Räumlichkeitsprüfung ab, denn ich möchte, dass eine unzumutbare Riegelbildung von Orten (auch von Einzelgehöften) gegen den Willen der Anwohner ausgeschlossen wird. Ich fordere daher die Beteiligung der Anwohner im Umkreis von 2000 m. Zu jeder Wohnbebauung sollte ein Mindestabstand von 1500m garantiert sein, u.a. wegen einzukalkulierbarer Havarieunfälle. Grundätzlich sollten Windkraftanlagen erst dann genehmigt werden können, wenn die Stromeinspeisung tatsächlich und nachweislich gesichert ist. Mir ist wichtig, dass vorhandene Naturflächen für die geschützten Großvogelarten (Rotmilan, Seeadler, Uhu, Wespenbussard und Schwäne u.a.) unangetasstet bleiben, um Flüge zwischen Schlaf-/Brut- und Nahrungsflächen weiterhin sicher zu halten. Ferne lehne ich die Grundwasserabsenkung zum Bau von Windkraftanlagen strikt ab. Darunter würde die ansässige Fauna und Flora erheblich leiden. Abschießend bitte ich um Ihre schriftliche Eingangsbestätigung meiner Einwände. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1845	**Der Stellungnahme zum Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans** **Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land 2024, erstellt von der Bürgerinitiative BIND-SH, Frau Dipl. Ing. …. ….., stimme ich vollständig zu. Nachfolgend eine umformulierte Version:**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel), 4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* und *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Ein Ausbauziel von 15 Gigawatt soll bis 2030 erreicht werden. In Schleswig-Holstein (SH) gibt es derzeit 3241 Windkraftanlagen (WKA) an Land, die 8,5 Gigawatt produzieren. Die meisten dieser WKA sind 150 Meter hoch und haben eine Nennleistung von 2000 kW. Alle neu genehmigten WKA werden mindestens 200 Meter hoch sein und eine Nennleistung von 5500 kW haben. Würden alle WKA repowert werden, bräuchte SH keine neuen Anlagen. Da auf jeder Windeignungsfläche nun repowert werden darf, wird dies über kurz oder lang geschehen. Der Ausbau von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) oder anderer erneuerbarer Energien (EE) wird im Kontext des Klimaschutzziels von SH nicht berücksichtigt, was unverhältnismäßig ist. Die Landesplanung hat im Januar 2024 die geplante Windkraftkulisse für SH vorgestellt. Zu Beginn sollen 9 % des Landes bis 2027 in Windvorrangflächen umgewandelt werden – derzeit sind es noch 7,2 %. Das Land selbst behält sich 3 % als Beitrag zuzüglich der vom Grünen Bundeswirtschaftsminister Habeck geforderten Flächenausweisung vor. Darüber hinaus sollen bis zu 6 % der Landesfläche den Gemeinden zwecks möglicher Zielabweichungsverfahren bis zum Jahr 2027 offenstehen. Damit werden die Flächenforderungen bis 2030 aus der Bundesgesetzgebung um das Dreifache übertroffen. Das Land SH setzt ohne Wenn und Aber das WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land) um. Es liegt im überragenden Interesse und steht über allem, man könnte denken: „Denn sie wissen nicht, was sie tun …“. Das Interesse von Mensch und Natur wird buchstäblich mit Füßen getreten, wenn man die Potentialflächenkarte genau anschaut. Der Ausbau der Windenergie an Land, sofern er wie gewünscht umgesetzt wird, wäre menschenverachtend! Das Ziel des Klimaschutzes ist der Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen (Flora und Fauna). Aus diesem Grund müssen die Belange von Menschen, Natur- und Umweltschutz beim Ausbau der Windenergie berücksichtigt werden. Ohne die Akzeptanz der Bevölkerung wird das gesamte Projekt der Energiewende – Green Deal – Große Transformation nicht nur ins Stocken geraten, sondern zum Stillstand kommen. Es müssen auch Räume der Ruhe und Erholung für Natur, Mensch und Landschaft in Schleswig-Holstein erhalten bleiben und frei von technischen	Ziffern 1.1, 1.5, 1.8, 2.2 bis 2.5, 2.11, 3.15, 3.17, 4 (Naturschutz) sowie auf Ziffern 7.1.1, 7.2.1, 7.1.3, 7.2.12, 7.3 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Großinstallationen bleiben. Erhalten Sie einzigartige Kulturlandschaften, einschließlich der kleinteiligen Knicklandschaften, zum Schutz von Natur, Klima und Biodiversität, und lassen Sie den Wäldern ihren Raum. Bereits 2016 und in den Folgejahren wurde darauf hingewiesen, dass in überdurchschnittlich belasteten Landkreisen wie Nordfriesland, Dithmarschen, Ostholstein und Steinburg nicht mehr viel Windenergieausbau möglich ist. Doch Vorbelastungen werden nicht berücksichtigt, und Abstände zu Wohnbebauungen werden einfach ignoriert. Das Land Schleswig-Holstein hält sich weder an die Abstandsvorgaben der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelwarten noch an das viel zitierte Helgoländer Papier. Auch die eigenen Empfehlungen zur Berücksichtigung tierökologischer Belange bei der Windenergieplanung aus der Vergangenheit werden nicht mehr beachtet. Die einzigartigen charakteristischen Landschaftsräume in Schleswig-Holstein sind außerordentlich und unbedingt zu schützen, doch sie werden einfach für nicht mehr existent erklärt. Um Mensch, Natur, Landschaft und Tiere effektiv zu schützen, muss nicht nur der Bau von Windenergieanlagen im Wald verboten werden, sondern auch die Umzingelung von Wäldern. Sie wollen aufforsten und neue Wälder schaffen, aber wo soll das noch geschehen, wenn am Ende des Tages keine Flächen mehr dafür verfügbar sind? Es scheint völlig außer Acht gelassen zu werden, wo in Schleswig-Holstein (SH) noch Kompensationsflächen für den Ausbau der zukünftigen Windkraftanlagen (WKA) gefunden werden sollen. Von der Flächenversiegelung ganz zu schweigen – hat SH nicht auch ein Ziel zur Minimierung? In diesem Zusammenhang fragt man sich natürlich auch, wo die 30% Renaturierung stattfinden soll, ein Ziel dieses Bundeslandes und eine EU-Vorgabe. Zitat von Reinhold Messner: „Alternative Energiegewinnung ist unsinnig, wenn sie genau das zerstört, was man eigentlich durch sie bewahren will!“ Die zulässige Umzingelung von Dörfern und Siedlungen ist ein großer Fehler. Es ist eine Fehlentwicklung in der Planung, und alle bestehenden und geplanten Schutzgebiete müssen unbedingt mit entsprechenden Pufferzonen von Windenergie freigehalten werden. Der Schutz von Rast-, Brut- und Ruhestätten von Vögeln und Fledermäusen ist unabdingbar. Eine generelle Umweltverträglichkeitsprüfung muss bei allen Vorhaben der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erneuerbaren Energien erfolgen und darf nicht als Generalvollmacht und unspezifisch im Vorwege erteilt werden. Im Außenbereich müssen Vorranggebiete 400 Meter Abstand zur Wohnbebauung halten, zu Dörfern und Städten 800 bzw. 1.000 Meter. Die sogenannte 3H/5H-Regelung entfällt (dass neue Anlagen nur dann genehmigt werden, wenn sie einen Abstand von ihrer dreifachen Höhe zu alleinstehenden Wohnhäusern (3H) und ihrer fünffachen Höhe zu Wohnsiedlungen (5H) haben). Mit den neuen Eckpunkten zur Windenergieplanung gilt diese Regelung nicht mehr. Größere Anlagen dürfen dann in einem Abstand von 400 Metern gebaut werden. Die Abstände zur Wohnbebauung werden damit stark verringert, die optische Bedrängung wird eklatant sein und der hörbare Schall wird den letzten Menschen den Schlaf rauben. In Schleswig-Holstein herrschte bisher Windfrieden, was jedoch nicht mit Akzeptanz zu verwechseln ist. Damit wird nun Schluss sein, denn die Menschen werden das Heranrücken der Windkraftanlagen (WKA) und die Bebauung von bisher unbelasteten Gebieten, wie Landschaftsschutzgebieten, nicht akzeptieren. Die Politik begeht hier einen großen Fehler. Akzeptanz, Ruhe und Frieden sind nicht käuflich! Der Ausbau der Windkraft geht zu Lasten des Arten- und Landschaftsschutzes. Unbelastete Naturräume, Landschaftsräume, Wälder, Knicklandschaften und Moore sind eigenständiger Klimaschutz. Warum lässt man ihnen nicht ihren Raum, warum muss alles zerstört werden? Zum Beispiel hat der Kreis Dithmarschen eine Vorbelastung von fast 5% der Fläche, doch es wird einfach verfügt, dass Vorbelastungen nicht mehr berücksichtigt werden sollen. Das ist vollkommen unverhältnismäßig. Der Konflikt um Windkraft ist hier nicht neu, sondern zieht sich schon seit Jahren hin. Er verdeutlicht, wie Interessen beim Landschaftsschutz und beim Ausbau der erneuerbaren Energien aufeinanderprallen und welche Folgen das für Genehmigungsverfahren hat. Vieles ist hier in Bewegung, nicht zuletzt in Dithmarschen. Bis Ende August 2024 haben Projektierer und Betreiber in Schleswig-Holstein bereits nach 400 Flächen angefragt, und das ist nur das, was halb öffentlich bekannt ist. Seien wir doch einmal ganz objektiv und betrachten den Vergleich mit Sinn und Verstand, hier am Beispiel von Dithmarschen. Es ist festzustellen, dass sich die Potentialflächen 2024 zu über 90% mit den Abwägungsflächen von 2016 decken. Es ist weiterhin klar und deutlich sichtbar, dass noch erhebliche Erweiterungen und neue Flächen hinzugekommen sind. Den Bürgern wird nun erzählt, es sei ja alles noch gar nicht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	abgewogen und es sollen ja nur 3-3,3% werden. Zum einen hat Dithmarschen schon fast 5%, und zum anderen sind für diesen Kreis in der Summe 10% im Potential. Tatsächlich wurden die Flächen aus 2016 lange endabgewogen. Hinzu kommt, dass 2024 die Abstände zur Wohnbebauung sowie die arten- und naturschutzrechtlichen Belange zugunsten des Windkraftausbaus verändert wurden und Landschaftsschutzgebiete (LSG) bebaut werden können. Auf diversen Veranstaltungen wurde bereits kommuniziert, dass die Flächen weitestgehend festgelegt sind und es kaum oder keine Flächen gibt, die frei von Planern und Begehrlichkeiten sind. Was den Bürgern gesagt wird, nennt man bei uns „Tünkram“ – MOIN! Die beschlossene Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes legt fest, dass erneuerbare Energien im “überragenden öffentlichen Interesse” liegen. Bei einer Abwägung hat der Ausbau also Vorrang. Es wäre schwierig oder fast unmöglich, ein Gegenargument zu finden, das von derselben oder höherer Wertigkeit ist. Jedoch liegt eine intakte und gut funktionierende Natur, die selbst Klimaschutz ist, ebenso im überragenden öffentlichen Interesse. Der Schutz der Biodiversität, der Erfolg im Kampf gegen das Artensterben, die Aufforstung und Wiedervernässung der Moore, der Erhalt kleiner Wälder und der Landschaftsschutzgebiete (LSG) und vieles mehr werden übergangen. Der Eingriff in die Natur ist derart eklatant und vollkommen unnötig. Vogelzugrouten sind seit Jahren nicht überprüft oder neu kartiert worden und haben sich durch den Windkraftausbau und die „Ruhezonen“ der LSG der letzten Jahre stark verändert. Die EEG-Novelle und die Klimapolitik der Ampelkoalition sind ein Großangriff auf den klassischen Naturschutz. Es erschließt sich mir nicht, wie ein grüner Minister das zulassen kann und wie der Bundesrat diesem WindBG ohne Wenn und Aber zustimmen konnte. Das Land Schleswig-Holstein (SH) und die Politik nehmen das einfach so hin. Geopferte Landschaften für eine ideologische Energiepolitik ohne Sinn und Verstand – am Ende des Tages steht zur Klimaneutralität nur eine Zahl, nicht mehr und nicht weniger. Der grüne Blackout, der hier sehenden Auges herbeigeführt wird, bringt nichts, ganz im Gegenteil. Keine freien Horizonte mehr, keine charakteristischen Landschaftsräume (CL) mehr. Durch die Höhe der Referenzanlagen von 200 Metern, die morgen schon 250 Meter hoch sein könnten, wird der Landschaft jede Ruhe genommen. Die Beeinträchtigung wird eklatant sein, weit sichtbar in jeder Ecke und Gegend. Das Ausmaß der Wirkzonen über 1500 Meter und 3000 Meter wird für die Menschen in SH	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zu einer unaussprechlichen optischen Belastung werden. Das Recht auf Lebensraum, Naherholungsraum, das Recht der Natur und der Arten scheint in Gänze verwirkt zu sein. „Kein Vormarsch ist so schwer wie der Weg zurück zur Vernunft.“ – Berthold Brecht Es geht uns alle an, ob wir ein Stück Heimat, ein Stück Landschaft retten können. Stehen wir zusammen und sagen der Politik: Bis hierhin und nicht weiter, genug ist genug. Die politische Quittung kommt zur nächsten Bundestagswahl am 28. September 2025 und zur nächsten Landtagswahl im Frühjahr 2027 in Schleswig-Holstein. Die Menschen gehen nicht mehr mit, keinen Schritt weiter für diese ideologische, alles zerstörende Energiewende, die nun fast alle freien Räume mit technischen Industrieanlagen (WKA oder PV-FFA) bestückt. Menschen werden fluchtartig Gegenden verlassen – den ländlichen Raum, es beginnt bereits. Sie denken, sehr gut, dann haben wir noch mehr Platz für Windkraftanlagen (WKA)? Das ist ein politischer Riesenfehler! Es geht nicht um irgendeinen Ausblick aus irgendeinem Wohnzimmerfenster, sondern um echte Wertschätzung und den Erhalt von Lebensräumen! Der Streit wird weitergehen. Es werden weitere regionale Konflikte hinzukommen, denn in den nächsten Jahren sollen bundesweit deutlich mehr Flächen für die Windkraft ausgewiesen werden. Haben sie sich eigentlich einmal überlegt, wie es mit dem Tourismus, seinem Ausbau und seiner Verbesserung weitergehen soll? Bald wird niemand mehr nach Schleswig-Holstein kommen wollen, insbesondere die ländlichen Räume werden gemieden werden. Zum demokratischen Verständnis, der Möglichkeit der Teilhabe und der Information an, von und mit den Bürgern, Menschen dieses Landes: Das Beteiligungsverfahren zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land wurde am 25.06.2024 eröffnet. Es ist möglich, bis zum 09.09.2024 eine Stellungnahme abzugeben – nur kaum jemand weiß davon, geschweige denn ist in der Lage, eine zu verfassen, weil Grundlagen und Informationen fehlen. Warum ist das so? Weil es tatsächlich kaum Informationen gibt. Weil die meisten Menschen davon gar nicht wissen. Weil die meisten Menschen, wenn sie es erfahren, fachlich gar nicht in der Lage sind, sich zur Sache adäquat zu äußern. Weil die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Terminachse in die politische Sommerpause gelegt wurde, das gilt auch für Kommunen. Weil es kaum Informationsveranstaltungen gibt, nur vereinzelt und dann auch nur für Kommunen. Es ist festzustellen, dass Kommunen mangels Zeit und/oder Sitzungsterminen in der Sommerpause, auch weil es trotz Forderung keine Fristverlängerung gibt/gab, an dem Thema, an der Sache und an der öffentlichen Beteiligung nicht teilgenommen haben. Aber Zeit für Veranstaltungen von und für potenzielle Planer/Betreiber und Überzeugungsreferenten scheint teilweise doch vorhanden zu sein. Nachfrage zur Sache, Land SH und Ämter: Sehr geehrte Damen und Herren, wie werden die Bürger informiert über das Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans SH - Fortschreibung 2021 (Entwurf Juni 2024)? Mit der Antwort vom Amt – siehe unten – kann kein Bürger dieses Landes zufrieden sein oder etwas anfangen, und die Bürger dieses Landes wissen von nichts. Werden die Ämter, die Bürgermeister oder die Gemeindevertretungen informiert? Geben diese dies an die Bürger weiter? Antwort vom Amt: Bezüglich Ihrer Fragestellung im Telefonat von vorhin, wie werden die Bürger informiert, übersende ich Ihnen die beigefügte Bekanntmachung des Landes Schleswig-Holstein. Daraus können Sie entnehmen, dass jede Person eine Stellungnahme auf der entsprechenden Internetseite einreichen kann. Im Anhang war das Amtsblatt SH. Antwort vom Land SH: Vielen Dank für Ihre E-Mail, mit der Sie nachfragen, wie Bürger über das Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Windenergie informiert werden. Ich bin gebeten worden, Ihnen zu antworten. Bei der amtlichen Bekanntmachung handelt es sich um eine gesetzlich geregelte Mindestanforderung, die sicherstellen soll, dass Bürgerinnen und Bürger sowie alle Träger öffentlicher Belange sich über anstehende Planverfahren (wie auch über andere öffentliche Angelegenheiten) informieren können. Zusätzlich hat die Landesplanung die Öffentlichkeit über verschiedene Kanäle informiert: • durch eine Pressemitteilung und eine Pressekonferenz, was zu einer Medienberichterstattung führte, unter anderem im Schleswig-Holstein-Magazin	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des NDR; • über die Onlineplattform BOB-SH und die Website schleswig-holstein.de; • durch Rundmails an alle Kommunen; • durch Rundmails an die betroffenen Träger öffentlicher Belange innerhalb und außerhalb Schleswig-Holsteins; • durch Information des Landtages; • durch Information der Regierung Dänemarks und der dänischen Nachbarkommunen. Es ist der Landesregierung jedoch nicht möglich, alle Bürgerinnen und Bürger des Landes direkt zu informieren. Mit freundlichen Grüßen Von Seiten des Landes wurde meiner Meinung nach alles Notwendige getan, um eine allgemeine Informationsgrundlage zu schaffen. Dennoch gibt es erhebliche Probleme. Die Kommunen wurden zwar durch Rundmails informiert, aber sie haben keine Gemeindevertretersitzungen abgehalten oder ihre Bürger informiert. Die Kommunen haben sich kaum mit dem Thema auseinandergesetzt und nur wenige Stellungnahmen abgegeben. Viele Kommunen, Bürgermeister und Gemeindevertreter sind damit überfordert. In vielen Kommunen und Ämtern gab es keinerlei Informationen oder Veröffentlichungen zur Teilhabemöglichkeit für die Bürger. Das ist sehr undemokratisch. Natürlich sagt das Land, dass dies nicht ihre Aufgabe sei, und das Amt verweist darauf, dass das Land über das Amtsblatt SH informiert habe – was jedoch die wenigsten Bürger sehen, kennen oder lesen. Die Kommune erklärt, dass während der politischen Sommerpause keine Verantwortung übernommen wurde und jeder die Schuld auf den anderen schiebt. Kurz vor Ablauf der Frist am 09.09.2024 werden die Gemeinden bzw. Bürgermeister vom Amt angeschrieben, ob sie noch eine Stellungnahme abgeben möchten. Das wirkt wie ein schlechter Scherz, besonders ohne vorherige Informationen und Einbeziehung der Öffentlichkeit oder Beschlüsse. Alternativ könnte es unter Druck noch schnell zu einer Sondersitzung kommen, weil möglicherweise etwas Dringendes übersehen wurde. Es ist	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	kaum zu glauben, aber das scheint gängige Praxis zu sein. Ein formaler öffentlicher Diskurs über die Klima- und Energiepolitik sowie den Natur- und Landschaftsschutz hat nicht stattgefunden. Dies stellt einen erheblichen Mangel dar und ist für den demokratischen Prozess nicht förderlich. **Des Weiteren weise ich auf meine Stellungnahme und Ihre Begründung dazu hin, bei Ihnen erfasst am 14.12.2018 unter der ID: 1205 II Öffentlichkeit: Bürger. Meine Stellungnahme lautet wie folgt:** Für den Bereich Linden, Barkenholm, Rederstall und Schalkholz nehme ich wie folgt Stellung: Das Aussehen der Lindener Feldmark südlich des Dorfes, mit der flachen Niederung der Broklandsau, seinem verlandeten großen Barkenholmer See zwischen Linden, Barkenholm und Rederstall sollte nicht verändert werden. Dieser freie Landschaftsraum ist als charakteristischer Landschaftsraum unbedingt zu erhalten, um den Blick ungehindert bis zum Heider Kreishaus zu gewährleisten. In diesem Niederungsgebiet liegen die Moorwiesen, darauf weisen die vielfältigen Flurnamen wie Moorkoppel, Moorblock, Kälbermoor, Endelegsmoor, Nierdermoorkuhlen hin. Der Name „Seckel“ bedeutet tiefgelegenes, zeitweise überflutetes Land. Zum anderen ist dieser Landschaftsraum durch den immer wiederkehrenden Chemieeinsatz wie (Über-)Düngung sowie das Ausbringen von Gülle beschädigt worden, so die Auslöschung von Wildkräutern und Insekten wie Bienen, Hummeln und Schmetterlingen, die Vögeln und Nagetiere die Nahrungsgrundlage nimmt. Die Feldlerche ist fast verschwunden und vom Aussterben bedroht. Nicht ohne Grund ist dieser Agrarvogel als Vogel des Jahres 2019 zum zweiten Mal ausgerufen worden. Bürger*innen meiner Generation in der Gemeinde Linden können sich ganz bestimmt an den alljährlichen Gesang der Feldlerche im Frühling und Sommer erinnern. Ziel muss es daher sein, Naturschutz und Landschaftspflege im Sinne einer ökologischen Bau- und Arbeitsweise zu fördern statt das vorhandene Land intensiv zu nutzen (Mechanisierung, Intensivierung und Spezialisierung als Kennzeichen einer industriellen Landwirtschaft).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	„Wenn wir unsere Lebensweise nicht entscheidend ändern, schafft sich die Menschheit ab“, warnt der Astrophysiker und Naturphilosoph Harald Lesch. „Wir führen eine Lebensweise gegen die Natur, dabei haben wir noch nicht verstanden, dass wir von der Natur abhängig sind“. Eine **zusätzliche** Belastung durch den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen (WKA) einhergehend mit einer weiteren Verschandelung der Landschaft, ohne Rücksicht auf schützenswerte Vogelarten wie Weißstorch, Fledermaus oder Feldlerche in dieser Region und die verheerenden Wirkungen der Riesenanlagen auf die Menschen, muss daher vermieden werden. Daher ist es gut und richtig, dass der Kreistag am 06.12.2018 zum zweiten Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan (LEP), Sachthema Windenergie, beschlossen hat, den Entwurf zur Kenntnis zu nehmen mit dem Zusatz: „Ein weiterer Ausbau der Windkraft ist weder gewollt noch vertretbar, da die Belastungsgrenze erreicht ist“. **Ihre Begründung:** Der Kreis Dithmarschen beabsichtigt, die betroffene Fläche mit einem Landschaftsschutzgebiet zu überplanen. Der Entwurf der LSG-Verordnung enthält u. a. ein Verbot zur Errichtung baulicher Anlagen, was auch das Verbot zum Bau von Windenergieanlagen (WEA) einschließt. Im Rahmen der frühzeitigen Abstimmung mit den Zielen der Raumordnung gem. § 12 Landesplanungsgesetz hat die Landesplanung bestätigt, dass bestehende und in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung, insbesondere aus der Teilaufstellung des Regionalplanes für den Planungsraum III zum Sachthema Windenergie der geplanten LSG-Ausweisung aus folgenden Gründen nicht entgegenstehen. Die Landesplanung sieht in der weitgehenden Freihaltung der reich strukturierten Dithmarscher Geest ein wichtiges Gegengewicht zu den sehr stark mit Windenergienutzung belasteten Marschbereichen. Dem Freiraumschutz kommt in diesen schützenswerten Landschaftsbestandteilen somit eine hohe Bedeutung zu. Mit den bereits im Geestbereich ausgewiesenen Vorrangflächen außerhalb des geplanten	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	LSG ist hier ein noch ausgewogenes Verhältnis zwischen Freiraumschutz und Windkraftnutzung erreicht. In der regions- und landesweiten Betrachtung kann der Windenergie trotz dieser relativ großen Freiheitsbereiche noch hinreichend substanziell Raum verschafft werden. Die aus dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz des Landes Schleswig-Holstein abgeleiteten Ausbauzielen für die Windenergie werden dadurch nach dem derzeitigen Erfahrungsstand ebenfalls nicht gefährdet. Von der Bekanntmachung der Auslegung nach § 19nAbs. 2 Satz 2 LNatSchG an bis zum Inkrafttreten der Verordnung gilt für das geplante LSG eine Veränderungssperre, die sicherstellt, dass der Schutzzweck nicht gefährdet wird (§12a Abs. 2 LNatSchG). Ich Lichte der vorstehend geschilderten Abwägungsüberlegungen hält die Landesplanung es für vertretbar, Gebiete, die diesen Status haben, bereits ausgewiesenen LSGs gleichzustellen, in denen WEA nicht ausdrücklich zugelassen sind. Die Ausweisung eines Vorranggebietes wird hier somit ausgeschlossen. Der Kreistag hat am 06.12.2018 zum zweiten Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan (LEP), Sachthema Windenergie, beschlossen, den Entwurf zur Kenntnis zu nehmen mit dem Zusatz: „**Ein weiterer Ausbau der Windkraft ist weder gewollt noch vertretbar, da die Belastungsgrenze erreicht ist“** (siehe hierzu meine Stellungnahme letzter Absatz vom 14.12.2018). Der letzte Satz Ihrer Begründung hierzu lautet: „**Die Ausweisung eines Vorranggebietes wird hier somit ausgeschlossen“**.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	In Ihrem Entwurf Juni 2024 ist die von mir bezeichnete Fläche jetzt als Potentialfläche ausgewiesen, in der Karte von 2016 als Abwägungsbereich. Es ist mir unverständlich und werte es als sehr kritisch, weshalb Sie die betroffene Fläche von einer Abwägungsfläche oder einen Abwägungsbereich (gelb markiert) zu einer Potentialfläche (blau markiert) geändert oder eingestuft haben, obwohl dieses Gebiet als Landschaftsschutzgebiet (LSG) ausgewiesen ist. Als Vorranggebiet haben Sie es ohnehin ausgeschlossen, wie vorstehend erwähnt. Bitte beachten Sie, dass es sich bei dem betroffenen Gebiet der „Broklandsau-Niederung“ um ein in Teilen mooriges Niederungsgebiet handelt, welches frei von jeglicher Bebauung gehalten werden sollte. Der Kreis Dithmarschen weist in seiner Stellungnahme vom 23.08.2024 auf Seite 6 ebenfalls darauf hin, dass Moorflächen nicht bebaut werden sollten, weder mit Windkraftanlagen noch mit Solarparks. Nachstehend der Text des Kreises Dithmarschen: *Im Zusammenhang mit dem Klimaschutz erlangt auch der biologische Klimaschutz an Be-* *deutung. Dabei kommt vor allem der Renaturierung bzw. Wiedervernässung von Mooren* *eine besondere Bedeutung zu. Auch das Land Schleswig-Holstein weist dem biologischen* *Klimaschutz Bedeutung zu (z. B. Drucksache 19/2326) und fördert entsprechend Maßnah-* *men/Projekte.* *Ein Teil der Schwerpunktbereiche des Biotopverbundes zeichnen sich durch Moorflächen* *aus. Neben der baubedingten Freisetzung von CO2 wird durch Windenergieanlagen und* *die Erschließung (Wege, Leitungen) die Wiedervernässung erschwert bzw. verhindert.*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Auf Grund der hohen Bedeutung von Moorflächen hinsichtlich des biologischen Klimaschutzes sollten Moorflächen jedoch frei von jeglicher Bebauung gehalten werden. Ich schlage weiterhin vor, das Gebiet der „Broklandsau-Niederung“ bzw. Teile davon zu vernässen. Nehmen Sie bitte hierzu von meinem Schreiben vom 02.04.2023 an den Landrat des Kreises Dithmarschen Kenntnis. Untenstehend der Wortlaut meines Schreibens per Mail. *Sehr geehrter Herr Landrat,* *wie ich erfahren habe, hat die Firma [redacted] erneut im Februar 2023 beim Lfu in Itzehoe BlmSchG-Anträge zur Errichtung und zum Betrieb von insgesamt 21 WKA in der Gemeinde Linden eingereicht.* *Laut Lfu stellte diese Firma bereits im März 2019 schon einmal einen Antrag auf Genehmigung für 24 WKA in den Gemeinden Linden, Tellingstedt und Schalkholz. Dieser Antrag ruhte seit dem Eingang, da sich die Anträge damals außerhalb einer Vorrangfläche des 2. Entwurfes für den Teilregionalplan Windenergie befanden. Nachdem am 31.12.2020 die Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum III zum Thema Windenergie an Land in Kraft getreten war, zog die Firma Windgrund ihren Antrag auf Erteilung einer Genehmigung von 24 WKA vor Ostern 2021 zurück. Somit kam es nicht zu einem Ablehnungsbescheid vonseiten des Lfu. Im April 2021 bestätigte mir Frau ... …..... vom Lfu, dass sie nicht glaube, dass die Firma Windgrund erneut einen Antrag stellen wird, weil es sich bei dem betreffenden Gebiet nicht um ein Vorranggebiet handelt.* *Doch der Glaube hat sich nicht bewahrheitet. Obwohl es sich bei der „Broklandsau-Niederung“ um ein Landschaftsschutzgebiet (LSG) handelt und somit laut Kreisverordnung vom 22.05.2022 ein Verbot für die Errichtung und den Betrieb von WKA besteht, wird jetzt vonseiten der Firma Windgrund und weiterer Akteure versucht, eine Ausnahmegenehmigung mittels eines Zielabweichungsverfahrens gemäß § 13 LaplaG zu erhalten. Ich frage mich, wofür eigentlich. Um die Batteriezellenfabrik*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nordhvolt mit billigem Strom von diesem Windpark, bezeichnet als Pilotprojekt, zu versorgen? Hat dieses sogenannte Zielabweichungsverfahren jetzt Vorrang vor allen in der Kreisverordnung aufgeführten Bestimmungen zum Schutzgebiet der „Broklandsau-Niederung“? *Meiner Ansicht sollte der Windstrom aus den bereits vorhandenen Windparks, welche auf nicht als LSG ausgewiesenen Flächen errichtet wurden bzw. werden, vorrangig genutzt werden. Ich denke an die zahlreichen vorhandenen und weiterhin im Bau befindlichen Windräder in der Marsch zur Windstromerzeugung unter anderem auch für eine Batteriezellenfabrik. Eine andere Frage ist die, ob sich die Firma Nordhvolt überhaupt bei Heide ansiedeln wird aus den bereits bekannten Gründen bei einem Betrieb in Amerika mit höheren Fördermitteln und günstigerem Strompreis als bei uns in Deutschland. Nach meiner Wahrnehmung ist es zurzeit ziemlich „ruhig“ geworden, was die Ansiedlung der Batteriezellenfabrik bei Heide betrifft.* *Ich denke auch an das jahrelange und kostspielige Ausweisungsverfahren der sieben Landschaftsschutzgebiete durch den Kreis Dithmarschen unter Mitwirkung der Landesplanungsbehörde in Kiel. Dafür sind womöglich Steuergelder in Höhe von ca. einer Million EUR ausgegeben worden. Soll jetzt das damals vom Kreis Dithmarschen in die Wege geleitete Ausweisungsverfahren umsonst gewesen sein? Das darf aus meiner Sicht auf keinen Fall passieren.* *Auch deswegen nicht, weil sich die Lindener Bürger seinerzeit, als es um den Plan, die Errichtung und den Bau von 24 WKA in dem Lindener Niederungsgebiet ging, mehrheitlich bei einer Abstimmung dagegen entschieden haben. Zum anderen finde ich, dass das Gebiet der „Broklandsau-Niederung, mit seiner Auenlandschaft der Broklands-, Lindener- und Oesterau und seinen moorigen Böden von Wind- und Solarparks zugunsten der Tierwelt, Natur, Umwelt und für uns Menschen weiterhin frei bleiben sollte, von nur noch wenigen Gebieten in Dithmarschen. Ansonsten verdient diese Niederung nicht mehr den Namen LSG „Broklandsau-Niederung“.* *Weiterhin möchte ich auf den untenstehenden Schriftwechsel mit Herrn …... vom Fachdienst Bau, Naturschutz und Regionalentwicklung zu Ihrer Kenntnis hinweisen, besonders auf meinen Vorschlag hinsichtlich einer Vernässung des Niederungsgebietes bzw. eines Teilgebietes. Betrachten Sie bitte auch einmal die von mir gemachten Fotos von dieser Niederungslandschaft. Ich stelle sie Ihnen gesondert zu, ebenso die in meinem Schreiben vom 01.03.2023 an Herrn …... aufgeführten Anlagen. Es wäre*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wirklich traurig, wenn wir diese Bilder nicht mehr vor Augen hätten. *Zum Schluss noch eine Bitte: Ich würde mir sehr wünschen und es begrüßen, wenn Sie sich aufgrund der von mir vorstehend vorgebrachten Gründe mit allen rechtlichen Möglichkeiten dafür einsetzen würden, dass das LSG „Broklandsau-Niederung“ weiterhin frei von Wind- und Solarparks bestehen bleibt.* *Mit freundlichen Grüßen* *…..... ….... – ein besorgter Lindener Bürger*	
Gruppe ID: G1844 Anzahl: 8 (IDs: 1706, 1727, 1746, 1750, 1844, 1847, 1894, 1948)	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehme ich Stellung zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024): In Ihrem Entwurf haben Sie festgelegt, Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel (9 Z), die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten (16 Z) und insbesondere die Nordfriesischen Inseln wegen der hohen Bedeutung für den Vogelschutz und den Tourismus (18 Z) als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten. Diese Entscheidung basiert auf soliden wissenschaftlichen Erkenntnissen, ist aus naturschutztechnischer Sicht erforderlich und angesichts der internationalen Vogelwanderungen sowie der stark abnehmenden Brutpopulationen äußerst dringlich. Ich finde den Entwurf ausgewogen und gelungen und unterstütze ihn voll und ganz. Ich bitte darum, den rechtssicheren Ausschluss von weiteren WEA für ganz Pellworm und die Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu Paragraph 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land", 9 Z (Seite 56), 16 Z (Seite 58) sowie 18 Z (Seite 59) incl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu Paragraph 1) beizubehalten. Freundliche Grüße	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15.1, 4.10.1, 4.18.1, 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1842	Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind vor 11 Jahren aus dem Hamburger Umland nach Dithmarschen, Krumstedt, gezogen. Wir haben uns im Aussenbereich an der Grenze zu Süderhastedt einen alten Hof gekauft und diesen mit viel Liebe und zeitlichem sowie finanziellem Aufwand aufgebaut. Obwohl die Anbindung schlecht ist, öffentliche Verkehrsmittel nur zweitweise nutzbar sind, der Weg zu Kindergarten, Schule und Einkaufsmöglichkeiten immer einen hohen Zeitaufwand bedeuten, haben wir dieses Stück Land ausgewählt, weil wir die Natur und die Ruhe lieben. Zu Beginn wurden im (späteren) Windpark Süderhastedt/Eggstedt drei WKA aufgestellt, später kamen weitere hinzu (mittlerweile blicken wir auf 20 -21 Anlagen, je nach Repowering-Status!). Diese Art von Energiewende, die man uns als notwendige Massnahme verkauft (die Diskussion darüber möchte ich an dieser Stelle garnicht führen), haben wir 2018/19 akzeptiert, als die LSG durchgesetzt wurden. "Windfrieden" wurde das genannt, und wir haben darauf vertraut, dass es so bleibt.. Wir haben dann unseren großen! persönlichen! Teil zur Energiewende beigetragen: Wir haben unser Wohngebäude energetisch saniert und gedämmt, auf unseren Dächern wurde Solarthermie und Photovoltaik installiert, eine mittlerweile vergrösserte Batterie verschafft uns fast 100 % Autarkie während der meisten Zeit des Jahres. Wir haben ein Storchennest gebaut, wir retten Tiere, wir pflanzen Bäume, Blühwiesen und verzichten weitgehend auf In- und Auslandsflüge. Wir ernähren uns fleischlos und unterstützen somit **nicht** das System der umethischen Massentierhaltung und die damit verbundene irrsinnige CO2-Belastung für den ganzen Planeten! Die o.g. baulichen Massnahmen haben uns viele 10.000 Euro gekostet. Dies haben wir getan, um unseren Beitrag zur Energieeinsparung zu leisten. Aber was passiert nun? Weitere WKA sollen entstehen, u.a. auch in Verlängerung der Eggstedter/Süderhastedter Windparks, sowie einer neuen Potentialfläche am östlichen Dorfrand von Krumstedt. Wir werden, sollten diese umgesetzt werden, umzingelt sein von WKA, die immer höher werden und wo ein Mindestabstand von 400 Metern im Aussenbereich einfach nur noch der blanke Hohn sind! Unser Haus - das auch unsere Alterssicherung ist - wird massiv an Wert verlieren, Existenzängste treiben uns um. Diese Art der Enteignung kümmert niemanden, offenbar wird von uns erwartet, dass wir	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dies klaglos hinnehmen - zum Wohle Aller und/oder zum Wohle einiger weniger Windmüller und Projektierer? Doch dies ist "nur" unser persönliches Schicksal. Ebenso stark wirkt für mich die Zerstörung der Natur, die hier gnadenlos vorangetrieben wird. Die Geest ist ein so wunderschönes Fleckchen Erde, die schon jetzt viel zu stark belastet ist. Neulich stand ich an einer Bank zwischen Eggstedt und Süderhastedt, deren Blickrichtung auf Wiesen, Felder und Wälder ausgerichtet war. Leider war die Bank vermoost und seit langem ungenutzt. Der Grund: direkt dahinter befand sich eins der Windräder, dessen Rotorschlag sich anhörte, wie ein ankommendes Flugzeug. Wer mag dort noch sitzen und seinen Blick in die Natur schweifen lassen? Wohl niemand! Der Eingriff in die Natur ist derart eklatant und vollkommen unnötig. Vogelzugruten sind seit Jahren nicht überprüft und/oder neu kartiert worden, diese haben sich durch den Windkraftausbau und die „Ruhezonen“ der LSG der letzten Jahre sehr stark verändert. Wo sollen die Menschen noch hin? Wo bleiben Gebiete zur Erholung? Orte der Ruhe? (Schutz-)Räume für Mensch und Tier? Die Spaltung der Dörfer wird unterdessen vorangetrieben. Ein kleiner Teil von Landbesitzern scharrt schon mit den Hufen und wird profitieren, um endlich, so sagte mir einer dieser Grundstückseigentümer, "ein Stück vom Kuchen abzubekommen". Die große Mehrheit der Dorfbewohner jedoch wird darunter leiden oder gar abwandern. Neubaugebiete können wegen der Nähe zu neuen Windparks nicht mehr ausgewiesen werden, junge Familien werden sich somit auch nicht ansiedeln. Dithmarschen hat sein Soll mehr als erfüllt! Wer hier durch die Lande geht/fährt, wird in jeder Blickachse auf WKAs schauen - ES REICHT!!! Erhalten Sie die einzigartigen Kulturlandschaften, dazu gehören auch die kleinteiligen Knicklandschaften, zum Schutz von Natur, Klima und Biodiversität, und lassen Sie den Wäldern ihren Raum! Schützen Sie Mensch, Tier, Natur und weisen Sie keine neuen Potentialflächen aus! Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson	Hallo aus Epenwöhrden! • Ich bin als Bürgermeister Epenwöhrdens der Vertreter aller Bürgerinnen und	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und*

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: 1843	Bürger. Die „Norder- / Südermiele Wind Planungs GbR“ wird voll umfänglich im Dorf akzeptiert. Die Gemeindevertretung hat diesbezüglich bereits Beschlüsse gefasst. Das innerhalb der festgelegten Wiesenvogel-Brutgebiete die Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich ausgeschlossen werden sollen, würde unsere bisherigen erheblichen Anstrengungen zur Planung von Windenergieanlagen in diesem Gebiet wohl zunichte machen. Wir wollen aktiv die erneuerbaren Energien unterstützen und auch diesbezügliche Einnahmequellen sichern. Auch dieses scheint nunmehr nicht mehr umsetzbar. • Die konkrete Abgrenzung des Wiesenvogel-Brutgebietes ist nicht nachvollziehbar. Beispielweise gehört das Rüsdorfer Moor naturräumlich ebenfalls zur Miele Niederung und weist einen mindestens genau so großen Bestand an Wiesenvögeln auf, wird jedoch nicht als Wiesenvogel-Brutgebiet festgesetzt. Gleichheitsgrundsatz? • Die verwendete Flächenkulisse der Wiesenvogel-Brutgebiete weicht an vielen Stellen erheblich von der im "Wiesenvogelerlass" vom 25.03.2019 veröffentlichten Flächenkulisse ab, wie zum Beispiel auf Eiderstedt. • Durch das Wiesenvogel-Brutgebiet in der Miele Niederung verlaufen derzeit zwei Planungen von Hochspannungsgleichstromkabeltrassen "NordOstLink" zwischen Heide und Rogahn und der "Korridor B" zwischen Heide und Hamm. Das Leitungsbauvorhaben "NordOstLink" befindet sich bereits im Planfeststellungsverfahren. In den veröffentlichten Unterlagen finden sich auch Dokumente zur Raum- und Umweltverträglichkeit, die jedoch in keiner Weise auf das zu querende "Wiesenvogelbrutgebiet" eingehen.	*Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1841	Ich bin gegen die Windkraft im Ort Heidmühlen und Umgebung. Greifvögel könnten durch die Anlagen stark gefährdet werden.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Gruppe ID: G1838	[redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Anzahl: 3 (IDs: 1838, 1839, 1840)	[redacted] [redacted] 08.09.2024 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport44 Postfach 7125 24171 Kiel Sehr geehrte Damen und Herren, bezugnehmend auf die Ihnen zugeleitete Stellungnahme der Gemeinde Borsfleth im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein- Fortschreibung 2021 vom 06.09.2024, möchten wir hiermit dieser widersprechen und hierzu wie folgt ergänzend Stellung nehmen: Wir halten es für unbedingt notwendig, diese weitreichenden Entscheidungen nicht den Gemeinden mit den entsprechenden finanziellen Interessen (Steuereinnahmen) allein zu überlassen sondern begrüßen ausdrücklich das Fortschreiten der Ausweisung der Vorranggebiete im Rahmen des Landesentwicklungsplans. Bei der Planung durch die einzelnen Gemeinden besteht die Gefahr, dass die Gesamtentwicklung im Kreis Steinburg und im Land Schleswig Holstein sowie die berechtigten Interessen der Nachbargemeinden keine ausreichende Beachtung finden. Das Abwägen der Interessen von Seiten von Betreibern und Gemeinde auf der einen Seite und Natur und Lebenswertigkeit der Menschen auf der anderen Seite fand aktuell bei dieser Projektierung leider nicht in ausreichendem Maße statt und überhaupt nicht in Bezug auf die weitere Umgebung wie den Kreis. Als Bewohner der Krempermarsch im Kreis Steinburg sind wir bereits beinahe ganzheitlich direkt umringt von unzähligen Windkraftanlagen und mittlerweile leider ausufernden Flächenphotovoltaikanlagen, die schon jetzt eine erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität und vor allem eine nachhaltige Zerstörung der Tier- und Pflanzenwelt mit sich bringen.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zusätzlich sind nun noch weitere große Flächenphotovoltaikanlagen um uns herum geplant und befinden sich in der Realisierung. Durch die engmaschige Einzäunung dieser Anlagen stehen schon jetzt und zukünftig der Wildtierwelt diese Flächen nicht mehr zur Verfügung und wurden / werden somit aus der Natur bereits herausgelöst. Von der über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaft und dazugehörigen Artenvielfalt ist schon jetzt kaum noch etwas übrig. Mit den neuen noch auszuweisenden Vorrangflächen für Windkraftanlagen in Borsfleth würde nun auch die letzte Rückzugsmöglichkeit der Wild- und Vogelwelt auf den direkt angrenzenden Grünlandflächen und Neuenbrooker Hauptwettern nachhaltig zerstört werden. Ebenfalls würde hier einer der wenigen noch vorhandenen Korridore der Zugvögel endgültig geschlossen und zerstört werden. Hier sei u. a. auf „Ausgewählte Grundsätze der Raumordnung des Kapitels 4.5.1 des Entwurfs der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021“, die „Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024 Anlage 2 zu § 1 LEP Wind VO.: Karte zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“ und insbesondere auf „Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz“ verwiesen. Die erfolgreichen und aufwendigen Bemühungen der letzten Jahre zur Stabilisierung, Wiederansiedlung und Förderung von Eulen-, Fledermausarten, Greifvögeln, wie Bussarde, Fisch- und Seeadler sowie Fischreihern usw. in direkter Umgebung durch u. a. Öffnung zuvor verschlossenen alter Scheunen und Strohböden, aufwendiger Schaffung von Nistmöglichkeiten und Rückzugs bzw. Ruheräumen, würde ebenfalls gefährdet und schlimmstenfalls komplett zerstört werden. Wir denken, dass grundsätzlich ein Ausbau der Erneuerbaren Energien im Einklang mit Mensch und Natur möglich sein sollte, allerdings würden mit der Realisierung speziell dieser Vorrangfläche und somit der Schließung der schon jetzt extrem engen und letzten Korridore, dieser Einklang gesamtheitlich und vor allem über Jahrzehnte nachhaltig zerstört werden. Wir können nur eindringlich an die zuständigen Behörden appelieren, die letzten noch verbliebenden Korridore für Natur und den Menschen nicht endgültig und nachhaltig zu	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	schließen. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2303	Sehr geehrte Damen und Herren, nachfolgend meine Stellungnahme zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein: Eine Stimme als Bürger: Stellungnahme gegen die Ausweisung neuer Potentialflächen im Süden, Süd- Westen und Westen auf dem Gemeindegebiet Weesby Als Bürger der Gemeinde Weesby sehe ich mich gezwungen, mich deutlich gegen die geplante Ausweisung neuer Potentialflächen insbesondere im Süden, Süd-Westen und Westen der Gemeinde Weesby auszusprechen. Die fortschreitende Transformation hin zu erneuerbaren Energien ist zweifellos von globaler Bedeutung, jedoch muss sie auf lokaler Ebene unter Berücksichtigung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit und der langfristigen Auswirkungen auf Umwelt, Bevölkerung und Wirtschaftlichkeit erfolgen. Die derzeitigen Planungen berücksichtigen dies nicht. 1. Intransparente Planungsverfahren, potentielle Interessenkonflikte und unzureichende Beteiligung der Bevölkerung Ein wichtiger Kritikpunkt ist die mangelnde Transparenz in den Planungsprozessen. Diese wirft schwerwiegende Bedenken hinsichtlich der demokratischen Teilhabe und der Rechtssicherheit auf. Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass im Gemeinderat einige Personen von der Ausweisung neuer Flächen als Potentialfläche direkt oder mittelbar finanziell profitieren könnten. Diese Interessenkonflikte werfen die Frage auf, ob tatsächlich objektive Entscheidungen im Interesse der Allgemeinheit getroffen werden können oder ob individuelle finanzielle Interessen im Vordergrund stehen. Hier könnte Befangenheit im Spiel sein. Ein solcher Zustand ist inakzeptabel und schadet dem Vertrauen der Bürger in die Gemeindevertretung und in die Entscheidungsprozesse. Bürgerbeteiligung und die Offenlegung relevanter Daten sollten integraler Bestandteil solcher Großprojekte sein, insbesondere im ländlichen Raum. Es ist bekannt, dass Projekte dieser Größenordnung häufig von großen Betreibergesellschaften dominiert werden, die Gewinne maximieren, während die lokale Bevölkerung hauptsächlich die negativen Begleiterscheinungen trägt. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	partizipative Planungsprozesse zu höherer Akzeptanz führen und potenzielle Interessenkonflikte minimieren können (vgl. Renn, 2008: Risk Governance). Die Strukturen von Betreiber- und Verwaltungsgesellschaften über Holdingstrukturen bis hin zu diversen Beteiligungen – sind für uns als Bürger kaum durchschaubar. Immer wieder sind es jedoch dieselben Akteure im beschaulichen Weesby, die sich durch diese Projekte bereichern. Die Gewinne fließen dabei nicht in die Gemeinde zurück, sondern füllen die Taschen einiger weniger, während die Belastungen, wie z.B. Netzentgelte etc, auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. 2. Nähe der Potentialflächen zum Ortskern von Weesby Ein weiterer zentraler Kritikpunkt ist die Nähe der geplanten Potentialflächen und damit die Nähe von raumbedeutsamen Windkraftanlagen zum Ortskern von Weesby. Hierbei geht es nicht nur um ästhetische oder wirtschaftliche Fragen, sondern auch um die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bürger. Die letzte Landesverordnung über die Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I ist am 30. Dezember 2020 veröffentlich worden. In den dazugehörigen Datenblättern (PR1_Datenblaetter_SLF-1.pdf) wurde z.B. das Gebiet SLF_005 aufgrund der bereits hohen Belastung des Teilraumes, sowie der bereits vorhandenen Riegelbildung als Vorranggebiet abgelehnt. Dies soll ausschließen, dass zusätzliche Belastungen durch neue Windkraftanlagen in bereits stark belastete Gebiete eingebracht werden. Folgend ein Auszug aus den Datenblättern, hier: Abwägungsentscheidung zur Übernahme von Potentialflächen zu Vorranggebieten: PR1_SLF_005: „Aufgrund der bereits erreichten hohen Belastung dieses Teilraumes und der bereits vorhandenen Riegel- und Barrierewirkung der WKA entlang der dänischen Grenze und um unerwünschte Umzingelungen und Riegelbildungen zu vermeiden, werden in erster Linie die bebauten Bereiche übernommen. Erweiterungen bestehender Windgebiete und neue Flächen können nur in raumverträglichem Maße vorgenommen werden. Auf Höhe der Ortslagen Weesby, Holt und Medelby ist noch ein verhältnismäßig weiter Bereich frei von WKA in einem ansonsten bereits höher belasteten Raum. Im Verhältnis dazu erzeugt jede weitere Fläche für die Windenergienutzung, auch wenn sie relativ klein ist, eine stärkere Belastung. Angesichts dessen, dass ohnehin nur wenige WKA errichtet werden können, wird auf die Übernahme dieser eher kleineren bisher unbebauten Fläche als Vorranggebiet verzichtet. Der als weiches Tabukriterium festgelegte Abstandsbereich um Siedlungen von 800 m wird für die Ortslage Weesby um einen 200 m erweiterten Schutzbereich ergänzt, da aufgrund der in diesem Bereich fehlenden Windenergienutzung dem siedlungsnahen Freiraumschutz ein höheres Gewicht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	eingeräumt wird. Dadurch reduziert sich die Fläche weiter. Der westliche Flächenanteil im Westen des Gebietes liegt im Schutzbereich der Verteidigungsanlagen Bramstedtlund. Eine weitere Windkraftnutzung ist an dieser Stelle nicht mit den Verteidigungsbelangen vereinbar. Darüber hinaus überlagert sich die Fläche im Westen flächig mit naturschutzfachlichen Kompensationsflächen, die für eine Windkraftnutzung nicht zur Verfügung stehen.“ Erweiterung: Die o.a. angesprochene Erweiterung bestehender Windgebiete wurden bereits umgesetzt. So sind im Gebiet SLF_001 und 004 weitere Anlagen genehmigt worden. An diesen Rahmenbedingungen hat sich nichts geändert! Im Einzelnen sind folgende Punkte besonders besorgniserregend: • Lärmemissionen: Windkraftanlagen erzeugen kontinuierlich Lärm, der die Lebensqualität erheblich beeinträchtigt. Besonders problematisch sind die sogenannten Infraschallwellen, die für das menschliche Ohr kaum hörbar sind, jedoch nachweislich gesundheitliche Beschwerden wie Schlafstörungen, Kopfschmerzen und sogar chronischen Stress auslösen können. Berichte der WHO (WHO, 2018: Environmental Noise Guidelines for the European Region) weisen auf diese Risiken hin. Es gibt keine ausreichenden Maßnahmen, um die Anwohner vor diesen negativen Auswirkungen zu schützen. Infraschall, der durch Windkraftanlagen erzeugt wird, stellt dabei eine besondere Herausforderung dar. Obwohl er unterhalb der Hörschwelle liegt, deuten wissenschaftliche Studien darauf hin, dass Infraschall über längere Zeiträume hinweg gesundheitsschädliche Wirkungen haben könnte, einschließlich Beeinträchtigungen des Schlafs und des Herz-Kreislauf-Systems (Pedersen et al., 2011, Janssen et al. (2011), Pedersen und Persson Waye (2004), Bakker et al. (2012), Nissenbaum et al. (2012)). Diese Risiken müssen bei der Standortwahl von Windkraftanlagen in der Nähe von Wohngebieten berücksichtigt werden. • Visuelle Beeinträchtigung: Windkraftanlagen sind massive Bauwerke, die die natürliche Landschaft dominieren und das Ortsbild erheblich beeinträchtigen. Die Nähe zum Ortskern bedeutet, dass die Einwohner tagtäglich mit diesem visuellen Eingriff konfrontiert werden. Besonders besorgniserregend sind die zukünftig geplanten raumbedeutsamen Windkraftanlagen (siehe Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024, unter 3G „Festlegung einer Referenzanlage“) mit Höhen von über 200 Metern, wobei in den aktuellen Planungen sogar deutlich höhere Anlagen mit einer Leistung von 6-8 MW üblich sind. Diese gigantischen Strukturen stellen einen gravierenden Eingriff dar, der die ländliche Idylle und das typische Landschaftsbild unwiderruflich zerstören würde. Besonders	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	problematisch ist zudem, dass für diese Anlagen keine Höhenbegrenzung vorgesehen ist, was bedeutet, dass noch weitaus größere Bauwerke ohne Rücksicht auf die Umgebung errichtet werden könnten – ein Umstand, der das Ausmaß dieser Eingriffe in die Natur und das Leben der Anwohner weiter verschärft. • Schattenwurf: Die Rotoren der Windkraftanlagen erzeugen einen periodischen Schattenwurf, der als sogenannter „Schattenflicker“ bezeichnet wird. Besonders in den Morgen- und Abendstunden stellt dieser Schattenwurf eine erhebliche Belastung für die Anwohner dar, stört ihre alltäglichen Aktivitäten und kann zu Stress, Kopfschmerzen und Konzentrationsstörungen führen (Bakker et al., 2012). Dieser Effekt mag auf den ersten Blick trivial erscheinen, hat jedoch in der Praxis das Potenzial, das Leben der Anwohner nachhaltig zu beeinträchtigen. • Naturschutz: Weesby als Überfluggebiet und Transferzone zwischen Fraß- und Nachtplätzen in der Umgebung ist für die nordische Vogelwelt von besonderer Bedeutung. Das Jardelunder Moor, die Kieskuhle in Bramstedtlund und umliegende Flächen dienen als wichtige Rast- und Überwinterungsgebiete für Gänse und Schwäne. Es ist wissenschaftlich belegt, dass Windkraftanlagen das Verhalten von Vögeln negativ beeinflussen und zu einem Verlust geeigneter Lebensräume führen. Insbesondere die Empfehlungen des Helgoländer Papiers sollten hier beachtet werden, die eine besondere Rücksichtnahme auf schützenswerte Vogelarten fordern. Eine Studie von May et al. (2020) hebt hervor, dass Kollisionen mit den Rotorblättern eine signifikante Todesursache für verschiedene Vogelarten darstellen. Darüber hinaus können Windkraftanlagen auch das Verhalten von Zugvögeln beeinflussen, indem sie deren Flugrouten und Rastplätze verändern. Dies kann zu zusätzlichen energetischen Kosten für die Vögel führen und ihre Überlebens- und Fortpflanzungschancen beeinträchtigen. Zudem verändert der Bau von Windkraftanlagen das Habitat von Wildtieren, was zu einer Verdrängung von Arten und zur Fragmentierung von Lebensräumen führt. Die Errichtung neuer Windkraftanlagen in diesen Gebieten wäre naturschutzrechtlich unverantwortlich. 3. Wirtschaftliche Nachteile für die Bürger Wissenschaftliche Studien zeigen, dass die Errichtung von Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe zu Wohnsiedlungen signifikante negative Effekte auf die Immobilienpreise haben kann (Gibbons, 2015: Gone with the Wind: Valuing the Local Impacts of Wind Turbines through House Prices). In ländlichen Gebieten, wie Weesby,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	in denen das private Wohneigentum eine wichtige Rolle spielt, kann dies zu erheblichen Vermögensverlusten führen. Darüber hinaus trägt die Ungewissheit über zukünftige Entwicklungen im Bereich erneuerbare Energien zu einer weiteren Verunsicherung der Bürger bei. Dies mindert die Attraktivität von Weesby als Wohnort, was langfristig negative Auswirkungen auf die demografische Entwicklung haben kann. 4. Bereits bestehende Belastung durch Windkraftanlagen Es ist wichtig zu betonen, dass Weesby bereits erheblich durch Windkraftanlagen belastet ist. Im Umkreis von nur fünf Kilometern um den Ortskern von Weesby stehen bereits über 60 Windkraftanlagen, die bereits jetzt zu einer landschaftlichen Fragmentierung und Belastung führen. Die Ausweisung neuer Potentialflächen (z.B. PR1_SLF_005) würde das einzige noch verbliebene freie Gebiet im Süden/Südwesten schließen, sodass Weesby fast vollständig von Windkraftanlagen umzingelt wäre. Neue Potentialflächen im Westen der Gemeinde würden die bereits hohe Belastung durch dort installierte Windkraftanlagen auf Nachbargemeindeland weiter verschärfen. Diese massive Konzentration von Anlagen in Hauptwindrichtung (Süd/Süd-West/West) zur Gemeinde ist untragbar und würde die Lebensqualität der Bürger erheblich verschlechtern. Vergleich: Laut der Landschaftsplanung (Küster, 2021) kann die kumulative Wirkung solcher Cluster von Windkraftanlagen erhebliche negative Effekte auf die Lebensqualität der Bewohner haben, was zu einer deutlichen Beeinträchtigung des Wohlbefindens führen kann. Bereits jetzt ist die Region durch die sogenannten „Riegelbildungen“ stark belastet, was in früheren Planungsdokumenten bisher berücksichtigt wurde. Eine solche „Riegelbildung“ führt nicht nur zu visuellen und akustischen Belastungen, sondern auch zu einer Reduktion der biologischen Vielfalt, indem Tierarten in ihrer Wanderung behindert werden und Lebensräume fragmentiert werden. Eine weitere Verdichtung durch zusätzliche Anlagen widerspricht den ursprünglichen Abwägungsentscheidungen und den Schutzbestimmungen für siedlungsnahe Gebiete. 5. Fehlende Infrastruktur und Effizienzprobleme Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt betrifft die mangelnde Effizienz der bestehenden Windkraftanlagen (Stichwort Repowering first) und die unzureichende Infrastruktur zur Abführung des erzeugten Stroms. Es ist mehr als fraglich, ob die bestehende Netzinfrastruktur ausreichend ist, um den zusätzlichen Strom aus den geplanten Windkraftanlagen effizient abzutransportieren und zu speichern. Aktuell kommt es immer	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	wieder zu Netzüberlastungen, die dazu führen, dass Windkraftanlagen abgeschaltet werden müssen – ein Zustand, der aus technischer und ökonomischer Sicht ineffizient ist. Dies ist in Weesby fast täglich sichtbar. Studien zum Thema „Netzstabilität“ (ENTSO-E, 2020) zeigen, dass ohne einen gleichzeitigen Ausbau der Netzinfrastruktur und der Energiespeichertechnologien die bloße Errichtung weiterer Windkraftanlagen nicht zu einer signifikanten Steigerung der erneuerbaren Energiegewinnung führt, sondern lediglich zu einem Anstieg der Anlagenabschaltungen. 6. Gesundheitsrisiken und Belastung durch PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) Zusätzlich zur Belastung durch Windkraftanlagen wurden an einer Messstelle in der Gemeinde Weesby erhöhte PFAS-Werte gemessen. PFAS sind langlebige Chemikalien, die sich in der Umwelt anreichern und zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen können, darunter erhöhte Krebsrisiken und Störungen des Hormonsystems (EFSA, 2020). Deren Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit wird auf europäischer Ebene bereits heiß diskutiert. Dass in Weesby erhöhte PFAS-Werte gemessen wurden, ist alarmierend. Eine zusätzliche Belastung durch industrielle Eingriffe wie Windkraftanlagen sollte daher mit größter Vorsicht betrachtet werden. Eine weitere Belastung der Umwelt könnte schwerwiegende Folgen für die Gesundheit der Bürger haben. Fazit Weesby darf nicht zu einem Schauplatz einer unüberlegten und kurzsichtigen Energiepolitik werden, die die langfristigen Interessen der Gemeinde und ihrer Bewohner ignoriert. Eine verantwortungsvolle und nachhaltige Energiepolitik muss zwingend die gesundheitlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung berücksichtigen. Die aktuelle Planung lässt jedoch genau diese essenziellen Aspekte außer Acht. Statt die Lebensqualität der Bürger zu gefährden, sollten alternative Konzepte wie die Steigerung der Energieeffizienz und der gezielte Ausbau der Netzinfrastruktur im Vordergrund stehen, um den Ausbau erneuerbarer Energien mit dem Schutz von Umwelt und Gesundheit in Einklang zu bringen. Die ohnehin bereits bestehende hohe Belastung durch Windkraftanlagen in Weesby darf keinesfalls weiter zunehmen. Die undurchsichtige Planung sorgt nicht nur für Misstrauen in Bezug auf die Integrität der Entscheidungsprozesse, sondern weckt durch mögliche Interessenkonflikte tiefe Zweifel an der Objektivität und dem Wohlwollen der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	verantwortlichen Akteure. Zusammenfassend zeigen die zahlreich dokumentierten und wissenschaftlich fundierten Risiken und Bedenken eindeutig, dass eine Ausweisung weiterer Windkraft-Potentialflächen in Weesby unverantwortlich wäre. Es ist höchste Zeit, dass die Planungen überdacht und neu ausgerichtet werden – im Interesse der gesamten Gemeinde und nicht zum Vorteil einiger Weniger. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1837	**Stellungnahme:** **zum Entwurf des Landesentwicklungsplans Windenergie des Landes Schleswig Holstein** **Wir hatten WINDFRIEDEN in Schleswig Holstein** Die von Ihnen angebotene Karte „Landesschutzgebiete und Windpotenzialflächen" zeigt in keiner weise den wirklichen Zustand Dithmarschens. Zum einen fehlen die noch intakten, aber herausgerechneten WK Anlagen, noch ist die Umsetzung der am 17.06.24 von der EU verordneten - Wiederherstellung der Natur - berücksichtigt. Warum also dann gewachsene Naturgebiete erst zerstören. **Die gesamte Marsch ist mit WK Anlagen verbaut!** Ausnahme Meldorfer Umland **Nur** Wind-Vorranggebiete 2020 und Wind-Potentialgebiete 2024 sind gekennzeichnet. Die erstrecken sich in die gekennzeichneten Naturschutzgebiete hinein.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1.2, 1.5.1, 2.2 bis 2.5, 3.17.1, 3.18.1, 4.2.1, 5.1.1, 7.2.1, 7.2.10, 7.2.14, 7.2.15, 7.3.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4,4% -5% des Kreises sind mit WK Anlagen bestanden **3,6% sind nur Wald** Sollten die in Schleswig Holstein stehenden WK Anlagen bis 2030 repowert werden ist Ihr gewünschtes, theoretisches Ziel von 15 Gigawatt erreicht! 3240 WKA ~ 150 m Nennleistung 2000 kW =~ 8,5 Gigawatt ~ 200 m Nennleistung 5500 kW ..... Wo ist die Notwendigkeit einer Hektik der Zerstörung von Naturbereichen und den Landschaftsschutzgebieten? Die Summen an Ver- und Einkauf von Strom an der Börse sind erschreckend. In der Bundesnetzagentur ist nachzuvollziehen, welche Preise die Kunden, also die Bürger zu stemmen haben. U.a. **Redispatchkosten..** **Jeder Zubau von Anlagen erhöhen die Kosten für den Stromkunden.** Trotzdem benötigt Deutschland weiterhin 10-15% Energie aus dem Ausland, das sind CO2 freier Atomstrom, Kohle oder Gas (wird auch z.T. verstromt). Der Bedarf an Basisenergie wird sich auch langfristig nicht verändern, da der erneuerbare Strom von Wind und Sonne abhängig ist. Wie sagte Herr Altmaier **Die Erneuerbaren Energien sind ein Billionengrab!** Auf 20 Jahre garantierte Gelder - Subventionen einer ineffizienten Energiegewinnung Jede weitere Windkraft Industriefläche (so wie die Potenzialgebiete in der Dithmarscher Geest gekennzeichnet sind) benötigt neue Infrastruktur an Erdvorarbeiten,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Asphaltwegen und Stromleitungen. - Kosten/Nutzen - ! Die Landschaft wird weiter zerstört und es wird sich nicht rechnen, sorry, natürlich für den Projektierer und dem Landwirt schon! Meine Erfahrung in der Marsch : - ich habe 13 Jahre dort gewohnt - Eine erhebliche Belastung durch **Infraschall** - trotz Schallschutzfenster- der feste Boden überträgt die Geräusche... - Ich brauche nicht über den Tod von Vögel (Seeadler, Fledermäusen, Lerchen etc) zu reden....., Helgoländer Papier = Geschichte,... - die totale Zerstörung guten Bodens durch die notwendigen Kieswege und Fundamente im Kiesbett, die bestehen bleiben. Kein Fundament wird wieder benutzt, **Bodenverdichtungen,** dabei ist lediglich eine **bessere Planung** und entsprechende Statik erforderlich. Heißt vorausschauende Berechnung der Mehrbelastung durch eine spätere größere Windkraft Anlage fehlt. **Energie Einsparung weder in Herstellung und Umsetzung!** - auch eine fragwürdige Vergabe von Aufträgen, Vetternwirtschaft...., - auch nicht über Zerwürfnisse in Familien, sowie Redeverbot in Gemeinderatssitzungen, - Bürgerwindparks, deren Einlagen sich der einfache Bürger, der Stromkunde, nicht leisten kann, - auch nicht von Gesetzten, die nach Bedarf verändert werden, z.B Umzingelung, - aus 4 Regionen werden 3 - und Dithmarschen wird durch den Zuschlag des Hamburger Speckgürtels in der prozentualen WK Industrie Bebauung von 4,4% auf unter 2% heruntergerechnet. - auch hat die willkürliche Vergabe und die Umweltzerstörung durch Windkraft zwei	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Lager in der Bevölkerung geschaffen. ***Strategie oder Hilflosigkeit der Verantwortlichen?!*** D. Günthers Wahlversprechen vor 5 Jahren, mit 1250m von den Orten zur Windkraft - war ein Versprecher... aufgehoben... - 3 x h, 5 x h - wird aufgehoben! - ...Bebauung von WK Anlagen mit einer Höhe **ab 200m** aufwärts bei konstanten Abständen von 400m, bzw. 800m! **Es fehlt ein reales Augenmaß von Abständen zur Wohnbebauung und Naturbereichen.** Vielleicht wäre zu überlegen, wie aus der unsinnigen Entwicklung wieder ein sinnvoller Wandel zur angedachten Energiegewinnung entstehen kann. Schaue ich den Kreis Dithmarschen an, sehe ich **keine Planungsstruktur nur Wildwuchs.** Es kann nicht im Sinne der "Grünen Politik" sein, diese Zerstörung auch in den Naturschutzgebieten fortzuführen! **Der "green deal" wird derzeit nur in den Städten geträumt, fernab der Realität.** **Bei der vorliegenden Planung gibt es nur ein generelles <u>Stopp!</u>**	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2625	**Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO)**	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG **Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR2_RDE_145** Sehr geehrte Damen und Herren, unerere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: 1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (G) – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiege-bieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Meter (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung	wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. zu Naturparken: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es bleibt weiterhin bei Berücksichtigung und Einzelfallabwägung der Naturparke. Die Begründung muss nicht so detailliert ausformuliert sein, dass jede Abwägungsentscheidung quasi schon vorweggenommen wird. Eine vertiefende Erläuterung der flächenbezogenen Abwägungsentscheidungen erfolgt auf Regionalplanebene. Die Landesplanung sieht gerade die Überlagerung mit anderen Kriterien des Landschafts- und Freiraumschutzes als Indikator dafür an, dass es sich innerhalb

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Meter nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert bei-behalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Meter als Grundsatz der Raum-ordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehene Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 (G)) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten diese Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)) Rechnung getragen. 1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass nach der Begründung B zu 1 G ausführt:	von Naturparken um besonders wertvolle Landschaftsbestandteile handelt. zu bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes: Freileitungen und erdkabelgebundene Infrastrukturen werden einerseits grundsätzlich erst ab einer bestimmten Spannungsebene überhaupt als Abwägungsbelang berücksichtigt. Damit werden Infrastrukturen unter 110 kV von vornherein nur auf der Zulassungsebene berücksichtigt. Höhere Spannungsebenen haben jedoch weitergehende räumliche Auswirkungen, die sich insbesondere bei Randlagen innerhalb von Vorranggebieten ergeben können. Gemeint sind Potenzialflächenteile, die aufgrund der Durchschneidung von einer Freileitung zu klein oder zu schmal werden, um eine WEA zu errichten. Insofern soll auch hier die Nutzbarkeit von Vorranggebieten im Rahmen der Abwägung geprüft werden. Gerade geplante Infrastrukturen bedürfen einer sorgfältigen Abwägung, da hier noch kein faktischer Bestand vorhanden ist. Dabei lediglich auf gesetzlich plangesicherte Vorhaben abzustellen, verkennt die Tatsache, dass gerade die Leitungsinfrastruktur erforderlich ist, um den durch die Windenergieanlagen erzeugten Strom abzuführen. Da durch den Zubau an Windenergieanlagen auch ein Ausbau der Netzinfrastruktur einhergeht, ist diese zusätzliche Infrastruktur hinreichend zu berücksichtigen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	„Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)), dem erheblichen Interesse der effektiven Nutzung von Infrastruktur sowie Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht schon ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht“. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 (G) – Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. Auch befinden sich innerhalb der von unserer Eigentümergemeinschaft beplanten Fläche bereits sei über 20 Jahren drei Windenergieanlagen, die es aus unserer Sicht bei der beurteilung zu berücksichtigen gilt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (Z)). 1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffen fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Uneindeutig oder jedenfalls klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließende Gartenbereiche, Scheunen o.ä. noch auf dem jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die kein Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiet zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Er-hebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Einen über 800 m weitergehenden Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertages-stätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine große und damit nicht nachvollziehbare Offenheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtun-gen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung, um Nachvollziehbarkeit sicherzustellen. 1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungs-rechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Meter nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend eine verbindliche Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. 2 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegung des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Die Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999 fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen im Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber schon gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung widergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt wird sowie die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen im Rahmen der Abwägung dann geprüft wird, insbesondere wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. 2.1 Praxisbeispiel Die Potenzialfläche PR2_RDE_145 in den Gemeinden Rieseby und Holzdorf wird im Zusammenhang mit dem Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) besonders sensibel betrachtet. Dabei liegt ein wesentlicher Fokus auf der Frage, ob die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) in diesem Bereich mit den Zielen des Biotopverbundsystems vereinbar ist. Die Tatsache, dass ein Bachlauf	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Kriesebyau) durch die Potenzialfläche verläuft, erfordert eine besondere Berücksichtigung im Hinblick auf die ökologischen Wechselbeziehungen, die dieses Gewässer für die lokale Flora und Fauna bietet. Gemäß § 21 BNatSchG dient der Biotopverbund der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen, einschließlich ihrer Lebensstätten und Biotope. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass der Bachlauf als potenzielles Verbindungselement eine wichtige Funktion im Biotopverbundsystem erfüllen könnte, indem er als Wanderkorridor für Arten, insbesondere Fische und Amphibien, dient. Dennoch ist zu berücksichtigen, dass diese ökologische Funktion nicht zwingend durch die Errichtung von Windenergieanlagen beeinträchtigt wird. Ein zentrales Argument für die Vereinbarkeit der WEA mit den Schutzzielen des Biotopverbundes ist, dass Windenergieanlagen in der Regel keinen direkten Einfluss auf die ökologischen Funktionen eines Bachlaufes haben. Der Austausch von Arten entlang eines Baches wird primär durch die Wasserqualität, das Ufergehölz und die Kontinuität des Gewässers beeinflusst, und weniger durch die darüber errichteten WEA. Solange der Bachlauf und sein unmittelbares Umfeld nicht durch bauliche Eingriffe wie Fundamente oder Zufahrtsstraßen direkt beeinträchtigt werden, kann der Bach seine Funktion als Lebensraum und Verbindungselement im Biotopverbund weiter erfüllen. Darüber hinaus besagt die Begründung B zu 5 G zu (1), dass die Schwerpunkträume und Verbundachsen des Biotopverbundsystems differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft dargestellt werden sollen. Dies impliziert, dass eine pauschale Ausschlusswirkung für Windenergiegebiete nicht gerechtfertigt ist, sondern stets eine Einzelfallprüfung erfolgen muss, um die Vereinbarkeit mit den Schutz- und Entwicklungszielen zu bewerten. In diesem Fall könnte durch entsprechende Planung und Maßnahmen sichergestellt werden, dass der Bachlauf und seine Funktion im Biotopverbund nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 4 BNatSchG die rechtliche Sicherung der Biotopflächen durch planungsrechtliche Festlegungen oder andere geeignete Maßnahmen erfolgen muss, damit das Biotopverbundsystem naturschutzrechtlich Geltung erlangt. Dies ist in der Potenzialfläche PR2_RDE_145bisher nicht abschließend erfolgt, sodass auch hier eine differenzierte Abwägung erfolgen muss, ob die naturschutzrechtlichen Anforderungen tatsächlich eine vollständige Ausschlusswirkung für die Windenergienutzung begründen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die Regionalpläne in der Regel eine differenzierte Darstellung der Gebiete für den Biotopverbund bieten und Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft in der Regionalplanung als Vorbehaltsgebiete gekennzeichnet werden. Die Landesplanungsbehörde hat jedoch im Rahmen von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) zu prüfen, inwiefern die konkreten Belange des Biotopverbunds tatsächlich mit der Errichtung von WEA kollidieren. In vielen Fällen, insbesondere bei Gewässern wie dem Bachlauf, kann durch geeignete Ausgleichsmaßnahmen oder Schutzvorkehrungen sichergestellt werden, dass keine wesentliche Beeinträchtigung der biotopverbundrelevanten Funktionen auftritt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Errichtung von WEA auf der Potenzialfläche PR2_RDE_145 trotz des vorhandenen Bachlaufs nicht grundsätzlich mit den Zielen des Biotopverbundsystems unvereinbar ist. Durch eine gezielte Einzelfallprüfung, die den Schutz des Bachlaufs sowie seine Bedeutung als Verbindungselement für Arten berücksichtigt, und durch geeignete Maßnahmen zur Sicherung der ökologischen Funktionen kann eine Vereinbarkeit der Windenergienutzung mit den Belangen des Biotopverbunds erreicht werden. 3 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G – Naturparke Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden. Nach der Begründung B zu 14 sei die Hauptzielsetzung der Naturparke Schlei, Hüttener Berge, Westensee, Aukrug, Holsteinische Schweiz und Lauenburgische Seen in Schleswig-Holstein, die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu sichern sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu erhalten. Insofern bestünde eine besondere Bedeutung für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie für Tourismus und Erholung. Auch wenn die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energie nicht explizit vorgesehen sei, sei in Teilbereichen eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich, ohne die genannten Funktionen der Naturparke wesentlich zu beeinträchtigen. Zunächst bleibt auch mit der Begründung B zu 14 vage, was „die besonderen Funktionen von Naturparken“ sind. Damit ist aber auch eine Abwägung völlig offen, wann nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung auszugehen ist. Der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 wird mit Bezugnahme auf § 16 LNatSchG gerechtfertigt (B zu 14). Danach sind Naturparke durch Allgemeinverfügung erklärte großräumige Gebiete, die (1.) zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und (2.) sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Die Erklärung zum Naturpark bestimmt u.a. den Umfang seiner Aufgaben sowie die Schutz- und Entwicklungsziele. Wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept wird die Hauptzielsetzung unter B zu 14 (vgl. vorstehende Ausführung) benannt. Aufgrund der thematischen Überlagerung mit	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	anderen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung (Kapitel 4.5.1.3 Absatz 2 Z – Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z – Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche) droht eine abwägungsfehlerhafte doppelten bzw. mehrfache Berücksichtigung des Grundsatzes der Raumordnung Naturparke. Mit Blick auf die gesetzliche Wertung des § 16 Abs. 1 Nr. 1 LNatSchG ist maßgeblich, ob Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler als wesentliche Teile des Naturparks und von diesen her als geschützter Teil von Natur und Landschaft betroffen sind. Insofern sollte in der Abwägung nur dann der Naturpark sich durchsetzen können, wenn solche Gebiete die Potenzialfläche umlagern. Dabei schlägt aber auch die Neubewertung von Landschaftsschutzgebieten (vgl. dazu 4.5) auf die Abwägung im Kontext der Naturparke durch, sodass nur ausnahmsweise ein Naturpark wegen Betroffenheit eines Landschaftsschutzgebiets Relevanz haben kann. 3.1 Praxisbeispiel Die Potenzialfläche PR2_RDE_145 in den Gemeinden Rieseby und Holzdorf liegt im Randbereich des Naturparks Schlei und bietet somit bereits einen ersten Ansatzpunkt für eine differenzierte Abwägung. Da die Fläche nicht zentral im Naturpark liegt, sondern an dessen Rand, ist eine mögliche Beeinträchtigung der wesentlichen Funktionen des Parks – wie der Erhaltung des Landschaftsbildes und der touristischen Attraktivität – potenziell geringer. Dieser Standort im Randbereich minimiert die Sichtbarkeit der Windenergieanlagen (WEA) von den landschaftlich reizvollen und touristisch stark frequentierten Gebieten des Naturparks, was die visuelle Integrität und Erholungsfunktion weitgehend bewahrt. Ein weiteres starkes Argument für die Ausweisung dieser Potenzialfläche ergibt sich aus der Tatsache, dass in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen genehmigt wurden. Dies zeigt, dass die Standortkriterien bereits früher als geeignet eingeschätzt wurden, und legt nahe, dass der Bau zusätzlicher Anlagen hier keine grundsätzliche neue Beeinträchtigung darstellt. Die bestehenden Genehmigungen schaffen einen Präzedenzfall, der die Erweiterung auf weitere moderne Anlagen unterstützen könnte, ohne dass die Schutzfunktionen des Naturparks wesentlich beeinträchtigt werden. Zusammengefasst zeigt sich, dass die Potenzialfläche PR2_RDE_145 durch ihre Randlage und die bereits bestehenden Genehmigungen eine hervorragende Möglichkeit bietet, die Nutzung von Windenergie zu fördern, ohne die wesentlichen Funktionen des Naturparks Schlei, wie den Schutz	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	der Landschaft und den Erholungswert, erheblich zu beeinträchtigen. 4 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 10 G – Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 10 G soll der Schutz der bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes bei der Ausweisung von Windenergiegebieten Berücksichtigung finden. In der Begründung B zu 10 wird auf Empfehlungen der Bundesnetzagentur gemäß DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4):2016-04 als Abstände von WEA zu Hochspannungsfreileitungen. Entsprechende Schutzabstände sind in der Planungs- und Genehmigungspraxis von WEA bekannt und bewältigbar, zumal selbst eine Unterschreitung der Schutzabstände zunächst auch eine vertikale Prüfung nach sich zieht und dann jedenfalls bei Einsatz von schwingungsdämpfenden Maßnahmen zulässig ist. Insofern besteht kein unüberwindbares Genehmigungshindernis, welches die Ausnutzung eines Windenergiegebietes gänzlich in Frage stellen könnte.Dies verdeutlicht auch eine beispielhafte Berechnung auf Grundlage dieser Standardisierungsnorm. Die planerisch maßgebliche Referenzanlage hat einen Rotordurchmesser von 150 Meter (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G). Zwischen dem äußersten ruhenden Leiter der Freileitung und der Turmachse der WEA sind mindestens folgende Abstände einzuhalten: aWEA = 0,5 * DWEA + aRAUM + aLTG Dabei ist: aWEA der waagerechte Abstand zwischen äußerstem ruhendem Leiter der Freileitung und Turmachse der WEA, DWEA der Durchmesser des Rotors der WEA, aLTG der waagerechte spannungsabhängige Mindestabstand entsprechend einer Tabelle, wobei bei > 110 kV dies 30 ist und aRAUM der Arbeitsraum für Montagekrane für Errichtung und betriebsbedingten Arbeiten an Hieraus folgt bei einer Hochspannungsleitung (> 110 kV / worst case) ein Mindestabstand von 105 m zwischen äußerstem ruhendem Leiter der Freileitung und Turmachse der WEA. Ein solcher Abstand ist raumordnungsrechtlich und planerisch nicht mehr relevant, sodass auch aus diesem Grund die mögliche Konfliktlösung auf die Zulassungsebene verlagert werden darf und es dort unter Beibehaltung der Festlegung als Windenergiegebiet auch gelingen wird, dieses auszunutzen. Schließlich ist nicht nachvollziehbar, dass auch geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes Berücksichtigung finden sollen. Dies kann nur für entsprechend verfestigte Planungen gelten, für welche die gesetzlichen Regelungen (EnWG, NABEG) entsprechende	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Plansicherungsinstrumente vorsehen und diese auch im konkreten Fall Anwendung finden (§ 16 NABEG, § 44a EnWG). Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anhang Anlage 1: Lage Potenzialgebiet PR2_RDE_145	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2624	**Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG** **Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche PR2_RDE_147** Sehr geehrte Damen und Herren, unerere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv	zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. zu Naturparken: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es bleibt weiterhin bei Berücksichtigung und Einzelfallabwägung der Naturparke. Die Begründung muss nicht so detailliert

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unterstützen. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig- Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen	ausformuliert sein, dass jede Abwägungsentscheidung quasi schon vorweggenommen wird. Eine vertiefende Erläuterung der flächenbezogenen Abwägungsentscheidungen erfolgt auf Regionalplanebene. Die Landesplanung sieht gerade die Überlagerung mit anderen Kriterien des Landschafts- und Freiraumschutzes als Indikator dafür an, dass es sich innerhalb von Naturparken um besonders wertvolle Landschaftsbestandteile handelt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegung des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21 BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Die Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999 fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dient nach § 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen im Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aber schon gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystems gemäß § 21	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Artenund Biotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die in der Abwägungsentscheidung widergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt wird sowie die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen im Rahmen der Abwägung dann geprüft wird, insbesondere wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. **1.1 Praxisbeispiel** Die Potenzialfläche PR2_RDE_147 in der Gemeinde Rieseby wird im Zusammenhang mit dem Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) besonders sensibel betrachtet. Dabei liegt ein wesentlicher Fokus auf der Frage, ob die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) in diesem Bereich mit den Zielen des Biotopverbundsystems vereinbar ist. Die Tatsache, dass ein Bachlauf (Kriesebyau) durch die Potenzialfläche verläuft, erfordert eine besondere Berücksichtigung im Hinblick auf die ökologischen Wechselbeziehungen, die dieses Gewässer für die lokale Flora und Fauna bietet. Gemäß § 21 BNatSchG dient der Biotopverbund der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen, einschließlich ihrer Lebensstätten und Biotope. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass der Bachlauf als potenzielles Verbindungselement eine wichtige Funktion im Biotopverbundsystem erfüllen könnte, indem er als Wanderkorridor für Arten, insbesondere Fische und Amphibien, dient. Dennoch ist zu berücksichtigen, dass diese ökologische Funktion nicht zwingend durch die Errichtung von Windenergieanlagen beeinträchtigt wird. Ein zentrales Argument für die Vereinbarkeit der WEA mit den Schutzzielen des Biotopverbundes ist, dass Windenergieanlagen in der Regel keinen direkten Einfluss auf die ökologischen Funktionen eines Bachlaufes haben. Der Austausch von Arten entlang eines Baches wird primär durch die Wasserqualität, das Ufergehölz und die Kontinuität des Gewässers beeinflusst, und weniger durch die darüber errichteten WEA. Solange der Bachlauf und sein unmittelbares Umfeld nicht durch bauliche Eingriffe wie Fundamente oder Zufahrtsstraßen direkt beeinträchtigt werden, kann der Bach seine Funktion als Lebensraum und Verbindungselement im Biotopverbund weiter erfüllen. Darüber hinaus besagt die Begründung B zu 5 G zu (1), dass die Schwerpunkträume und Verbundachsen des Biotopverbundsystems differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft dargestellt werden sollen. Dies impliziert, dass eine pauschale Ausschlusswirkung für Windenergiegebiete nicht gerechtfertigt ist, sondern stets eine Einzelfallprüfung erfolgen muss, um die Vereinbarkeit mit den Schutz- und Entwicklungszielen zu bewerten. In diesem Fall könnte durch entsprechende Planung und Maßnahmen sichergestellt werden, dass der Bachlauf und seine Funktion im Biotopverbund nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 4 BNatSchG die rechtliche Sicherung der Biotopflächen durch planungsrechtliche Festlegungen oder andere geeignete Maßnahmen erfolgen muss, damit das Biotopverbundsystem naturschutzrechtlich Geltung erlangt. Dies ist in der Potenzialfläche PR2_RDE_147 bisher nicht abschließend erfolgt, sodass auch hier eine differenzierte Abwägung erfolgen muss, ob die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	naturschutzrechtlichen Anforderungen tatsächlich eine vollständige Ausschlusswirkung für die Windenergienutzung begründen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die Regionalpläne in der Regel eine differenzierte Darstellung der Gebiete für den Biotopverbund bieten und Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft in der Regionalplanung als Vorbehaltsgebiete gekennzeichnet werden. Die Landesplanungsbehörde hat jedoch im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) zu prüfen, inwiefern die konkreten Belange des Biotopverbunds tatsächlich mit der Errichtung von WEA kollidieren. In vielen Fällen, insbesondere bei Gewässern wie dem Bachlauf, kann durch geeignete Ausgleichsmaßnahmen oder Schutzvorkehrungen sichergestellt werden, dass keine wesentliche Beeinträchtigung der biotopverbundrelevanten Funktionen auftritt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Errichtung von WEA auf der Potenzialfläche PR2_RDE_147 trotz des vorhandenen Bachlaufs nicht grundsätzlich mit den Zielen des Biotopverbundsystems unvereinbar ist. Durch eine gezielte Einzelfallprüfung, die den Schutz des Bachlaufs sowie seine Bedeutung als Verbindungselement für Arten berücksichtigt, und durch geeignete Maßnahmen zur Sicherung der ökologischen Funktionen kann eine Vereinbarkeit der Windenergienutzung mit den Belangen des Biotopverbunds erreicht werden. **2 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G – Naturparke** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden. Nach der Begründung B zu 14 sei die Hauptzielsetzung der Naturparke Schlei, Hüttener Berge, Westensee, Aukrug, Holsteinische Schweiz und Lauenburgische Seen in Schleswig-Holstein, die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu sichern sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu erhalten. Insofern bestünde eine besondere Bedeutung für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie für Tourismus und Erholung. Auch wenn die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energie nicht explizit vorgesehen sei, sei in Teilbereichen eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich, ohne die genannten Funktionen der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Naturparke wesentlich zu beeinträchtigen. Zunächst bleibt auch mit der Begründung B zu 14 vage, was „die besonderen Funktionen von Naturparken“ sind. Damit ist aber auch eine Abwägung völlig offen, wann nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung auszugehen ist. Der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 wird mit Bezugnahme auf § 16 LNatSchG gerechtfertigt (B zu 14). Danach sind Naturparke durch Allgemeinverfügung erklärte großräumige Gebiete, die (1.) zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und (2.) sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Die Erklärung zum Naturpark bestimmt u.a. den Umfang seiner Aufgaben sowie die Schutz- und Entwicklungsziele. Wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept wird die Hauptzielsetzung unter B zu 14 (vgl. vorstehende Ausführung) benannt.Aufgrund der thematischen Überlagerung mit anderen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung (Kapitel 4.5.1.3 Absatz 2 Z – Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13 G – Landschaftsschutzgebiete; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z – Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche) droht eine abwägungsfehlerhafte doppelten bzw. mehrfache Berücksichtigung des Grundsatzes der Raumordnung Naturparke. Mit Blick auf die gesetzliche Wertung des § 16 Abs. 1 Nr. 1 LNatSchG ist maßgeblich, ob Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler als wesentliche Teile des Naturparks und von diesen her als geschützter Teil von Natur und Landschaft betroffen sind. Insofern sollte in der Abwägung nur dann der Naturpark sich durchsetzen können, wenn solche Gebiete die Potenzialfläche umlagern. Dabei schlägt aber auch die Neubewertung von Landschaftsschutzgebieten (vgl. dazu 4.5) auf die Abwägung im Kontext der Naturparke durch, sodass nur ausnahmsweise ein Naturpark wegen Betroffenheit eines Landschaftsschutzgebiets Relevanz haben kann. **2.1 Praxisbeispiel** Die Potenzialfläche PR2_RDE_147 in der Gemeinde Rieseby und Holzdorf liegt im Randbereich des Naturparks Schlei und bietet somit bereits einen ersten Ansatzpunkt für eine differenzierte Abwägung. Da die Fläche nicht zentral im Naturpark liegt, sondern an dessen Rand, ist eine mögliche Beeinträchtigung der wesentlichen Funktionen des	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Parks – wie der Erhaltung des Landschaftsbildes und der touristischen Attraktivität – potenziell geringer. Dieser Standort im Randbereich minimiert die Sichtbarkeit der Windenergieanlagen (WEA) von den landschaftlich reizvollen und touristisch stark frequentierten Gebieten des Naturparks, was die visuelle Integrität und Erholungsfunktion weitgehend bewahrt. Ein weiteres starkes Argument für die Ausweisung dieser Potenzialfläche ergibt sich aus der Tatsache, dass in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen genehmigt wurden. Dies zeigt, dass die Standortkriterien bereits früher als geeignet eingeschätzt wurden, und legt nahe, dass der Bau zusätzlicher Anlagen hier keine grundsätzliche neue Beeinträchtigung darstellt. Die bestehenden Genehmigungen schaffen einen Präzedenzfall, der die Erweiterung auf weitere moderne Anlagen unterstützen könnte, ohne dass die Schutzfunktionen des Naturparks wesentlich beeinträchtigt werden. Hinzu kommt, dass westlich der Potenzialfläche drei Wohnhäuser, die früher als hinderlich für die Erweiterung des Windenergiepotenzials betrachtet wurden, nicht mehr existieren. Dies lässt sich belegen und bedeutet, dass dadurch etwa 34 Hektar Fläche zusätzlich für die Errichtung von Windenergieanlagen gewonnen werden könnten. Die dadurch gewonnene Fläche eröffnet die Möglichkeit, mindestens sechs moderne Windenergieanlagen zu errichten, was unter Berücksichtigung der Konzentrationswirkung ein sinnvolles Vorhaben darstellt. Die Errichtung mehrerer Anlagen in einem räumlich begrenzten Gebiet hilft, die Zersiedelung der Landschaft zu vermeiden und den Eingriff in andere Gebiete, insbesondere im Inneren des Naturparks, zu minimieren. Durch diese Erweiterung wird zudem die notwendige Effizienz der Flächennutzung erreicht, da moderne Anlagen deutlich höhere Leistungen erzielen und somit eine nachhaltige und effektive Nutzung der Potenzialfläche sicherstellen können. Diese Konzentration auf einer bereits im Randbereich gelegenen und teilweise genutzten Fläche trägt dazu bei, die Ziele der Energiewende mit den Belangen des Naturparks in Einklang zu bringen. Zusammengefasst zeigt sich, dass die Potenzialfläche PR2_RDE_147 durch ihre Randlage und die bereits bestehenden Genehmigungen sowie die zusätzlichen 34 Hektar eine hervorragende Möglichkeit bietet, die Nutzung von Windenergie zu fördern, ohne die wesentlichen Funktionen des Naturparks Schlei, wie den Schutz der Landschaft und den Erholungswert, erheblich zu beeinträchtigen. Die Erweiterung um	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mindestens sechs moderne Anlagen würde zudem die Konzentrationswirkung verstärken und damit weiteren Zersiedelungen vorbeugen, was wiederum im Sinne der Raumordnung ist. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anhang Anlage 1: Lage Potenzialgebiet PR2_RDE_147	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2301	Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau [redacted], In dem Beteiligungsverfahren für den ersten Entwurf möchten wir eine positive Stellungnahme für den Ausbau von Windenergie in unseren Gemeinden abgeben. Wir sind grundsätzlich für die Ausweisung von Windenergieflächen im Landesinneren, sofern diese den vorgeschlagenen Kriterien entsprechen. Über die Ausweisung von Windenergieflächen und den Betrieb von Windparks haben wir uns, wie viele Bürger, in den letzten Jahren immer wieder informieren können, es sind zahlreiche Artikel zum Thema erschienen. Es sind einige Windparks in der entfernteren Nachbarschaft entstanden, deren positive Entwicklung und Betrieb wir verfolgen können. Auch unsere Region ist als Windstandort gut geeignet, leider mussten wir auf der Karte in den vorangehenden Beteiligungsverfahren feststellen, dass in der Region östlich von Heide und auf der Hohen Geest stets nur unwesentliche	Die Stellungnahme positioniert sich grundsätzlich positiv zum Entwurf des LEP Windenergie, was zur Kenntnis genommen wird. Sie beinhaltet darüber hinaus Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu militärischen Belangen: Richtfunktrassen werden bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie im Einzelfall bewertet; sie führen nicht zu einem pauschalen Ausschluss von Vorranggebieten Windenergie. Die Festlegung von Höhenbegrenzungen auf Ebene der Regional- und Bauleitplanung ist ausgeschlossen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Neuausweisungen für Windparks vorgenommen und große Potentialflächen nicht berücksichtigt wurden. Nach Einsicht und Prüfung der veröffentlichten Unterlagen für die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) stellt sich dies nun anders dar, was wir sehr begrüßen. Dies betrifft auch Potentialflächen in unserem Umfeld, in dem Gebiet zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt gelegen. Aus den nachfolgenden Gründen bitten wir um Aufnahme der Fläche zwischen den geschilderten Orten als Vorrangfläche für Windenergie. Grundlage sind die im aktuellen Beteiligungsverfahren veröffentlichten Kriterien als Ziele und Grundsätze der Landesentwicklungsplans. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung: Fachliche Argumente/Kriterienkatalog, standortbezogen Bei den nachfolgenden Argumenten und Einwendungen beziehen wir uns auf eine Rohpotenzialfläche, die in der Karte Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie aus Juni 2024 abgebildet ist. (Sie ist nicht Bestandteil der veröffentlichen Beteiligungsdokumenten.) Für den Standort zwischen den Orten Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide. Tellingstedt, Landkreis Dithmarschen, wird in der veröffentlichten Potenzialflächenkarte eine mögliche Windvorrangfläche abgebildet. Die abgebildete Fläche stellt das Projektgebiet „Bürgerwindpark Schrum-Wembüttel“ dar und liegt in einem stark windhöffigen Raum in den zuvor genannten Gemeinden. Das betrachtete Gebiet wird von verschiedenen Seiten durch einzuhaltende Abstände zur Einzelwohnhäusern sowie im Osten und Westen durch Wohnbebauung der Gemeinden Immenstedt und Schrum im Westen im Außenbereich begrenzt. Das Gebiet wurde von uns als regional ausgerichtete Planungsgemeinschaft seit vielen Jahren überplant. Es wurde aufgrund von Landschaftsschutzgebietsausweisungen im vorangehenden Regionalplanverfahren nicht weiter betrachtet, abgewogen und ausgewiesen. Wir beschäftigen uns seit Jahren intensiv mit Gebiet. [Kartenausschn. in Stellungn.] Für das in Frage kommende Gebiet wurden Untersuchungen und Planungen in der Zwischenzeit ausgeführt, auch sind durch die anderen Beteiligungsverfahren	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Landesentwicklungsplan) viele Informationen zu den Umweltbelangen veröffentlicht worden. Die beschriebene, weiträumige Fläche liegt auf der Hohen Geest, ist sehr wenig bewaldet und wird bereits intensiv zur Landwirtschaft mit Ackerbau und Grünland genutzt. Die für einen Windpark erforderlichen Abstände zu Ortschaften können eingehalten werden. Zu den einzelnen Kriterien: 1. Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern 2. Beeinträchtigung Großvögel 3. Waldabstand 4. Landschaftsschutzgebiete 5. Militärische Belange 6. Schwerpunktbereich Tourismuusnd Erholung 7. Gewässerschutz . 8. Schutz- und Biotopverbunde 1. Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern- Ziel Das mögliche Windeignungsgebiet ist so groß, dass die geplanten Abstandsforderungen eingehalten werden können. Die Beibehaltung der Rotorin-Planweise schafft zusätzlich genügend Abstand. Dieser wird zumeist häufig auch durch die erforderlichen Abstände aufgrund der Belastungen durch Schall und Schattenwurf übertroffen. In der Regel führen die Vorgaben für die Einhaltung der Emissionen zu noch zu größeren Abständen. i Auch dies ist Bestandteil des eigentlichen Genehmigungsverfahrens und dort zu prüfen. Nach wie vor ist eine ausreichende Potentialfläche auf der Fläche vorhanden. 2. Beeinträchtigung Großvögel- Grundsatz Um Brutplätze von windkraftsensiblen. Großvögeln soll im angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Hier möchten wir darauf hinweisen, dass weiter differenziert werden sollte bei der Festlegung von Tabuzonen um Horste von Großvögeln. Gerade durch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Entwicklung und Einsatz neuer Techniken (ProTecBird) und Schaffung von Lenkungsflächen sollten bei bestandsreichen Arten, beispielsweise wie Storche und Rotmilan durch geeignete Maßnahmenkonzepte Artenschutzkonflikte zu bewältigen sein. Die Großvögel können so erfolgreich geschützt werden. Der großräumige Ausschluss von Potenzialflächen um Horste sollte daher auf die Ebene der Einzelfallbetrachtung verlagert werden und nicht von vorneherein zum Ausschluss einer Fläche für Windstandorte führen. _ Der Ausschluss von besonders sensiblen Flächen mit großflächig vorkommenden besonders schützenswerten Arten hingegen ist für uns in Ordnung. 3. Waldabstand Der vorgeschlagene, einzuhaltende Abstand zu Waldflächen von 30 m ist für uns in Ordnung. Zu den vorhandenen Flächen kann für die Planfläche genügend Abstand gewahrt werden. 4. Landschaftsschutzgebiete Die neue Gewichtung dieses Kriteriums möchten wir ausdrücklich befürworten. Es ist Bürgern zuzumuten, auf Windenergieanlage zu schauen. 5. Militärische Belange- Ziel Auch dieser Belange sollten auf Ebene der Emzelfallbetrachtung abgewogen werden. Beispielsweise lineare militärische Richtfunktrassen können bei der Planung eines, Gebiets mit Windstandorten Berücksichtigung finden. Die in dem Gebiet liegende Richtfunktrasse quert die Fläche, beeinflusst die mögliche Standortplanung jedoch kaum. Sie führt nur zu einer minimalen Einschränkung der Eignungsfläche. 6. Tourismus und Erholung- Ziel und Grundsatz Grundlegend weisen wir darauf hin, dass die Tatbestandsmerkmale „Erholung" und „Tourismus" durchaus verschieden und damit unterschiedliche Abwägungsbelange sind. Es sollten nur Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung (wenn überhaupt) von dem Ausbau der Erneuerbaren ausgenommen werden, Kernbereiche oder Vorbehaltsgebiete hingegen nicht. Bei Umfragen bei Touristen werden Windenergieanlagen regelmäßig als regionspragend und positiv bewertet. Die Erholung ist ein öffentlicher Belang, der gemäß 8 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und damit auch bei den Regionalplänen zu berücksichtigen ist; das	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	gleiche gilt für den Tourismus als Wirtschaftsfaktor($ 1 Abs. 6 Nr. 8 lit. a BauGB). Der „Erholung” im Sinne des 8 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB dienen neben Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen auch Frei- und Grünflächen, während der Tourismus zu den Belangen der „Wirtschaft” gehört. Der „Erholung” dienen die hier streitgegenständlichen Bereiche nicht, zumal laut Textteil des Regionalplanentwurfs diese Kernbereiche für Erholung in guter Zuordnung zu den Ober- und Mittelzentren als Naherholungsgebiete liegen sollen, während die einzig größere Ortschaft in der Nähe, nämlich Tellingstedt, bei der Landesplanung nur als Unterzentrum geführt wud Tourismus als wirtschaftlich relevanter Faktor findet kaum statt. Auch sollte diese Darstellung als Vorbehaltsgebiet nicht. von vornherein dazu führen, dass die betroffenen Flächen von einer Nutzung zur regenerativen Stromproduktion ausgeschlossen werden. 7. Talräume an Gewässern Das Gebiet wird durch die Fließgewässer durchzogen. Die einzuhaltenden Abstände können in der Standortplanung berücksichtigt werden. Die Einschränkungen sind nicht so gravierend, dass das Gebiet sich erheblich vermindern würde. ‘ 8. Schutz- und Biotopverbunde In gesetzlich geschützten, flächenhaften, unmittelbar räumlich zusammenhängenden Biotopen mit einer Größe von. insgesamt mindestens fünf Hektar soll die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen werden. Diese Gewichtung befürworten wir. Schwerpunktbereich Schutzgebiet und Biotopverbund Dieses Kriterium wird im BimSchG-Verfahren untersucht und bewertet. Biotopschwerpunktbereiche in vergleichbaren Größenverhältnisse, sollten wie zusammenhängende gesetzlich geschützte Biotope kategorisch für den Ausbau der Windenergie ausgeschlossen werden. Randbereiche sowie Biotopverbundachsen sollten dabei einer Abwägung zugänglich sein. Dementsprechend können Biotopschwerpunktbereiche ab 5 Hektar vom Grundsatz zum Ziel gewandelt werden. Weitere Punkte/ Argumente Verfahren Wir begrüßen grundsätzlich das geplante Verfahren, die Kriterien zur Ausweisung von Windeignungsflächen im Landesentwicklungsplan gesetzlich zu verankern. Gleichzeitig werden die Kriterien neu gewichtet und bewertet. Auch folgt das Land Schleswig-	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Holstein zum einen den neuen Anforderungen des geänderten Bundesrechts und schafft zum anderen die notwendigen Rahmenbedingungen für Klimaschutz, Energiewende und dringend benötigtem Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Festsetzurig von bestimmten Kriterien als Ziele, die der Abwägung nicht zugänglich sind und als Grundsätze, die in der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden können, schafft einen einheitlichen Verfahrensrahmen für verschuedene Ausweisungsverfahren. Durch die Beibehaltung der Rotorin-Lesart werden die politischen und verträglichen Ziele der Landesregierung, genügend Abstand zu Wohnbereichen, weiterverfolgt. Auch der Wegfall von der bislang geltenden Ausschlusswirkung kann im Einzelfall sinnvolle Ausweisung von Windeignungsflächen in bestimmten Lagen ermöglichen. Die neue Positivplanung ermöglicht, große, stark windhöffige Gebiete im Landesinneren, die bislang vor allem durch Landschaftsschutzgebietsausweusungen keine Berücksichtigung fanden, für die erneuerbare Stromproduktion zu erschließen. Flächen, die zum Teil wesentlich besser geeignet sind, zum Beispiel aufgrund ihrer größeren Entfernungen von Siedlungen und Häusern als an der Küste, werden im laufenden Verfahren nun aufgenommen. Die ungleichmäßige Verteilung und eindeutige Bevorzugung der Küstenregion stellen ein soziales Gefälle für die Gemeinden und Bevölkerung dar. Die Wertschöpfung darf aber nicht weiter so ungerecht verteilt sein. Insgesamt unterstützen wir daher das vorgesehen Verfahren, die ; Grundsatzbeschlüsse der Landesregierung zur Windenergieplanung vom Dezember 2023 auf Ebene des Landesentwicklungsplans umzusetzen. Klimaschutzziele : Aus Gründen der Klima- und Energiepreiskrisen ist weiterer Flächenbedarf eindeutig ersichtlich. Dies definiert den an sich vorhandenen Ermessensspielraum neu. Wir befürworten den Ausbau von Erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, auch in unserer Gemeinde, da wir die Energiewende und Grüne Energie gut finden. Sie stärkt die Wertschöpfung des Ländlichen Raums und birgt längst nicht die Gefahren von Atomkraft. Der Bedarf von klimaneutraler Energie wird sich gerade an der Westküste mit den Standorten wie Brunsbüttel und Heide enorm durch Transformation der Industrieversorgung, Mobilität und private Haushalt massiv steigern. Auch können zukünftig die verschiedenen geplanten Stromleitungen den erzeugten Strom Offshore	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Onshore wegführen. Schleswig-Holstein erhält eine historische Chance, seine Wirtschaftlichkeit zu steigern. Zusammenfassung In der Zusammenfassung ermöglichen die aktuellen Abwägungskriterien große neue Windvorrangflächen in unserer Region. Auch in den anfangs genannten Orten ist eine Potentialfläche für den Windenergieausbau möglich. Die Kriterien und der Zuspruch in der Bevölkerung lassen einen Wegfall des Gebiets nicht zu. Wir befürworten daher - die Verfahrensweise der Verankerung der Kriterien zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im Landesentwicklungsplan und - bitten um die Aufnahme des Gebiets zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt als Vorranggebietsfläche für Windenergie im zukünftigen Regionalplan Sachthema Wind. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1836	In Erwartung des endgültigen LEP, bin ich gegen der Neubaus von WEA auf Pellworm. Die unklare Zielsetzung der PEG verstärkt meine Meinung.	Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1834	**Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** **Gemeinde 25860 Olderup** Sehr geehrte Damen und Herren,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	im Bereich Olderup ist der Bereich Muni Depot als gesamte Fläche mit einer gewerblichen Nutzung mit Mitarbeitern berücksichtigt. Nur im nördlichen Betriebshaus (Waage/ Empfang) ist ein Mitarbeiter tätig Die begrenzende Fläche kann somit erweitert werden Zudem ist die begrenzende Flugplatzrunde des Flugplatzes Schwesing in der Prüfung [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2661	**Grundlagen zur Feindurchblutung** Zwei wissenschaftliche Publikationen (1) 2023 und (2) 2024 haben die in letzten Jahren in der wissenschaftlichen Forschung dazugewonnenen Erkenntnisse zur Steuerung *lebenswichtiger Funktionen unseres feinen Kapillarnetzes- auch Mikrozirkulation-* erarbeitet. Lebenswichtige Steuerungsfunktionen gehen von Endothelzellen aus, die als Gefäßinnenwandzellen alle Gefäße umschließen. Sie sind im Wesentlichen eine Art Schaltstelle für den Austausch von Nährstoffen und Sauerstoff, Salzen und Flüssigkeiten sowie Rücknahme von Abfallproduktion. Seit spätestens 2021 ist bekannt, dass bestimmte Rezeptoren (Sinneswahrnehmer) auf der Hautebene, aber auch speziell auf den *Endothelzellen* und damit in allen Organen und Geweben, existieren, die sowohl *Schall als auch Vibration aufnehmen (Medizin-Nobelpreis* für die Entschlüsselung der *PIEZO-1 und -2- Kanäle 2021).* Damit gelang der Nachweis, *dass alle Organismen nicht nur mit den Ohren hören, sondern Kräfte und Schall mit dem gesamten Körper* aufnehmen Diese Kanäle sind *bei allen mehrzelligen Organismen vorhanden, also auch bei Krebstieren und Insekten, Amphibien, Reptilien, Fischen, Vögel und Walen, als auch allen anderen Säugetierarten.* Eine ganze Reihe *lebenswichtiger Funktionen von Organismen wird nach heutigem wissenschaftlichem Stand durch die Übertragung von physikalischen Kräften auf die Gefäßwandzellen des Kapillarnetzes (Endothelzellen) und ihren Mechano-Sensoren (das sind Druck-Rezeptoren),* gesteuert. Zu diesen Funktionen gehören als wichtigste die *Stickstoffmonoxid-Ausschüttung, die Regulierung des Blutdrucks, die Gefäßneubildung, die Embryonalentwicklung, das Wachstum, die Regulierung von*	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.9 und 7.3.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Entzündungen in Richtung Heilung (das Gegenteil ist chronische Entzündung und Krebs), Immunreaktionen und Gerinnung. Jeder Organismus kann einerseits auf die *feinen Kräfte in den Kapillaren* und andererseits *auf äußere Kräfte wie Schwerkraft, Druck und Schwellung* in Sekundenbruchteilen reagieren, was eine überlebensnotwendige Fähigkeit aller Organismen darstellt (Beispiel Flug der Insekten, Tänze der Bienen, Orientierung im Raum). [redacted] Autoreguliert finden diese Aufgaben z.B. in den Kapillaren des Erwachsenen auf einer Fläche von 7000 m2 statt. *Die Voraussetzung für eine optimale Erfüllung dieser Aufgaben ist die Intaktheit des gesamten Organs Endothelium* (Gesamtheit aller Endothelzellen). Der Blutstrom in den Kapillaren ist normalerweise gleichförmig und nicht turbulent, entsprechend der Kleinheit einer Kapillare. Eine Übersicht über die aktuellen Erkenntnisse zu Mikrozirkulation und Endothelzellen: Link: https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-662-66516-9 **Die Auseinandersetzung von Tieffrequenzen und Vibration technischer Anlagen mit Organismen** **Aussagen mit hoher Evidenz** Kurzzeitige tieffrequente Ereignisse kommen auch im natürlichen Umfeld vor (z.B. Erdbeben). Die Mikrozirkulation hat eine unmittelbare Erholungsmöglichkeit. *Zunehmend tieferfrequente, impulsive Einwirkung auf lebende Organismen* wie bei großen Windkraftanlagen, aber auch im verminderten Umfang bei Biogasanlagen, Blockheizkraftwerken und Wärmepumpen, führen zu erkennbaren Störungen der Feindurchblutung mit Energie- und Nahrungsdefizit. Die Reichweite von so gut wie nicht dämmbaren Tieffrequenzen ist sehr weit (z.B. eines heutigen Windparks mit 60 Anlagen bis etwa 100 Kilometer). Das viskoelastische Gewebe von Organismen eignet sich zur Weiterleitung der Schallwellen, auch auf das Kapillarsystem. Die Folgen sind nicht nur	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zunehmender mechanischer Stress in den Kapillaren, sondern auch zunehmender oxidativer Stress. Grund: Findet die NO- (Stickstoffmonoxid) Ausschüttung nicht bedarfsgerecht statt und wird durch Fehlinformationen überlagert, verliert NO seine antioxidativen Eigenschaften. Mechanischer Stress und oxidativer Stress sind die Voraussetzungen für ein „krankes“ Endothelium. Das bedeutet eine zunehmende Gefährlichkeit der Emissionen mit sinkender Frequenz, da Endothelzellen nachgewiesenermaßen sehr tiefe Frequenzen bevorzugt passieren lassen. Der dabei vorhandene Schalldruck scheint eine untergeordnete Rolle zu spielen. Hier besteht eine offenbare Unverträglichkeit mit den Funktionen lebender Organismen. Die erste Publikation hat die möglichen Folgen der Auseinandersetzung erstmals in (1) 6/23 dargestellt. Die zweite Publikation (2) 06/24 zum Thema basiert im Wesentlichen auf der ersten (1) und erweitert gezielt wichtige Aspekte zum Thema, so z.B.: 1. die möglichen Auswirkungen auf den N0-Stoffwechsel [19,20,22] mit starkem Anstieg von oxidativem und oszillatorischem Stress 2. die Rolle des Organs Endothelium als zentrales Organ für die inflammatorische Entwicklung als Grundlage z.B. einer Arteriosklerose [2,22] oder auch Blutdruckerkrankung 3. die hervorragende Bedeutung von PIEZO-Kanälen [49] für zahlreiche Funktionen von Organsimen 4. die damit verbundene Gefährdung aller lebenden Organismen im Sinne einer Bedrohung der Biodiversität zu Lande und im Wasser Wie Sie dem entsprechenden Kapitel 5 aus dem Buch (2) entnehmen können, wurde eine open review Politik von mehreren öffentlich benannten hochrangigen Wissenschaftlern durchgeführt. In den nachzulesenden Reviews ist sowohl die Wissenschaftlichkeit, die umfassende Bedeutung für die wissenschaftliche Gemeinschaft und die Güte der verwandten Quellen, attestiert. **Auszug:**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Peer-Review History: This chapter was reviewed by following the Advanced Open Peer Review policy. This chapter was thoroughly checked to prevent plagiarism. As per editorial policy, a minimum of two peer-reviewers reviewed the manuscript. After review and revision of the manuscript, the Book Editor approved the manuscript for final publication. Peer review comments, comments of the editor(s), etc. are available here: https://peerreviewarchive.com/review-history/727 Damit liegt eine hohe Evidenz für das hohe Schädigungspotential von Tieffrequenzen mit einem hohen Beschleunigungsprofil bei chronischer Einwirkung vor. Eine Einordnung von Tieffrequenzen diesbezüglich fällt bisher vollständig, Innenraummessungen ebenso. **Die Einordnung der akustischen Hörschwelle als Wirkschwelle für Tieffrequenzen** Die Aufnahme von Schall und Vibration über verschiedene Mechano-sensoren, deren wichtigstes Mitglied die PIEZO-Kanäle sind, ist allgemein anerkannter internationaler Wissenschaftsstand. Da der aktuelle Wissenschaftsstand zur endothelialen Kraft-Übertragung (Mechano-Transduktion) eine der wesentlichen Grundlagen der dargestellten Arbeiten (1) und (2) darstellt, finden sich hierzu valide wissenschaftliche Quellen. Eine akustische Wahrnehmungsschwelle kann deshalb keine Wirkschwelle für Tieffrequenzen sein! In der Konsequenz ist ein weiteres Festhalten einer akustischen Wahrnehmungsschwelle rechtlich nicht mehr möglich und sollte unmittelbar Anlass zum Handeln sein. **Studienlage und Beobachtungen der jüngeren Zeit:** 1.Die Studie (3) zeigt eine nicht erklärbare überdurchschnittliche Zunahme an kardiovaskulären Erkrankungen auf dem Land gegenüber den Städten.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2.In Papenteich, Niedersachsen, wird jetzt ein Anstieg an Leukämieerkrankungen zwischen 2016 und 2021 beobachtet, der aufgrund seiner statistischen Relevanz zu Untersuchungen durch das Landratsamt geführt hat. Nach den Folgerungen aus den peer- review Studien (1) und (2) sind erhöhte Inzidenzen von Krebserkrankungen über die Schädigung der Endothelfunktionen durch den Umweltfaktor tieffrequente chronisch impulsive Schallimmission in sich schlüssig, ebenso wie das erhöhte Auftreten von kardiovaskulären Erkrankungen. (Emissionen von als karzinogen einzustufendem Mikroplastikabbrieb von WKA könnten überadditiv wirken). Link: https://www.focus.de/gesundheit/news/was-leukaemie-so-tueckisch-macht_id_260166181.html 3.Bericht vom 17.07.24 aus Schweden zu Fehlschlagen des Bruterfolges bei Hühnern nach Inbetriebnahme von mehreren WKA-Anlagen in etwa 1000 Meter Entfernung. PDF auf Wunsch nachreichbar. Die unter 2. und 3. genannten Berichte haben nicht den Rang einer geprüften Studienlage, es sind aber alarmierende Daten im Zusammenhang mit Windkraftanlagen und gestörten endothelialen Funktionen, die zur Einbeziehung der dortigen Behörden geführt haben. **Quellen:** 1. Bellut-Staeck UM. (2023) Impairment of the endothelium and disorder of microcirculation in humans and animals exposed to infrasound due to irregular mechano-transduction: Journal of Biosciences and Medicine. 2023; 11(6). DOI: 10.4236/jbm.2023.116003 Link: https://www.scirp.org/journal/paperinformation?paperid=125553 2. Bellut-Staeck UM. (2024) Medical Research and Its Applications Vol. 8, Chap. 5. Chronic Infrasound Impact is Suspected of Causing Irregular Information via Endothelial Mechanotransduction and Far-reaching Disturbance of Vascular Regulation in All Organisms. FIRST EDITION 2024 ISBN 978-81-975566-2-3 (Print), ISBN 978-81-975566-5-4 (eBook) DOI: https://doi.org/10.9734/bpi/mria/v8	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	3. Ebeling M, Mühlichen M. Talb”ack, Rau R, Goedel A, Klüsener S. (2024) Disease incidence and not case fatality drives the rural disadvantage in myocardial-infarction-related mortality in Germany. Preventive Medicine 179 (2024) 107833. 0091-7435/© 2024 The Authors. Published by Elsevier Inc. https://doi.org/10.1016/j.ypmed.2023.107833 An das UBA, sowie all Landesumweltämter, auch an das von SH, wurden Anfang August 24 Dringlichkeitsanträge gestellt, die diesen wissenschaftlichen Stand berücksichtigen sollten. Das bedeutet konkret: **Keine neue Genehmigung vor Abklärung dieser in sich stringenten Hypothese hoher Evidenz.** Die zunehmende „Verschallung“ der Landschaften und Siedlungsbereiche wird aufgrund der Eigenschaften dieser sehr tiefen Frequenzen alle Einwohner Schleswig-Holsteins betreffen. Hier ist die Dichte am größten. Bitte nehmen Sie dazu Kontakt mit Ihrem Landesumweltamt auf, bzw. Landesumweltamt. Sie stehen zu möglichen Schädigungen der Gesundheit insbesonder sensibler Gruppen wie Kinder. Schwangere, Familien in der Verantwortung! Überadditiv kommen von industriellen Windkraftanlagen toxische und nachweisbar kanzerogene Mikroplastikanteile (pro Anlage etwa 60 Kilogramm/Jahr) auf Böden, Grundwasser und fruchtbare landwirtschaftliche Ackerflächen. Dies ist zusätzlich mit keinem Argument mehr tolerierbar Mit freundlichen Grüßen [redacted] Fachärztin, freie Wissenschaftlerin, Spezialgebiet Mikrozirkulation, kardiovaskuläre Physiologie, vaskuläre Biologie	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mitglied in der Deutschen Gesellschaft vor Schallerkrankungen von Mensch und Tier, DSGS e.V. Mitglied im Aktionskreis Energie und Naturschutz, AKEN e.V. Mitglied Naturschutzinitiative, NI e.V.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1833	Sehr geehrte Damen und Herren, meine Stellungnahme habe ich als Upload beigefügt. Mit fröhlichen Grüßen [redacted] Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land 4.5.1 Windenergie an Land Grundsätze und Ziele der Raumordnung 1 G Verfolgtes Planungsziel B zu 1 zu (1) Danach ist Schleswig-Holstein verpflichtet, bis zum 31.12.2027 einen Flächenbeitragswert von 1,3 Prozent und bis zum 31.12.2032 einen Flächenbeitragswert von 2,0 Prozent seiner Landesfläche für Windenergienutzung zu erreichen. In Schleswig-Holstein soll der Flächenbeitragswert von 2,0 Prozent bereits bis Ende 2027 erreicht werden. Es wird nicht erläutert warum es für Schleswig-Holstein erforderlich ist 5 Jahre Vorfristig den Flächenbeitragswert zu erreichen. Weiterhin besteht eine Inkonsistenz zu 1G (1), in dem festgelegt wird, bis Ende 2027 mindestens drei Prozent ausgewiesen werden sollen. Der Grundsatz ist damit nicht vollständig begründet und somit nicht anwendbar. Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, perspektivisch 15 Gigawatt installierte	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Grundsätzlich gilt: Durch eine möglichst weitgehende Konzentration der WEA auf relativ dünn besiedelte, naturschutzfachlich vertretbare Standorte im Außenbereich werden Beeinträchtigungen gering gehalten. Ausschlaggebend für die Planung sind einerseits die gesetzlichen Vorgaben aus dem Windenergieflächenbedarfsgesetz, insbesondere die dort festgelegten Flächenwerte, andererseits die Berücksichtigung der Anforderungen aus dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein. Hieraus ergibt sich der Flächenumfang. An dem Verzicht der Planung von Vorranggebieten im Küstenmeer wird nach erneuter Prüfung weiterhin festgehalten. Zu den Stromleitungstrassen: Grundsätzlich können diese bei der Vorranggebietsausweisung als mit der Zielsetzung eines Vorranggebietes vereinbar angesehen werden. Gleichwohl bedarf es der Einzelfallbetrachtung im Rahmen der Vorranggebietsplanung. Zum Netzausbau: Mit der erforderlichen Zielerreichung der Vorranggebietsfläche geht eine Erhöhung des für die Windenergie nutzbaren Flächenanteils an der Landesfläche einher. Damit bedarf es auch eines weiteren Netzausbaus, um die erzeugte Energie abführen zu können. Zur Referenzanlage: Diese dient als Planungsgrundlage, hat

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Leistung durch Windenergie an Land bis 2030 zu erreichen. Damit soll die Grundlage für eine jährliche Energieerzeugung von 30 bis 35 Terawattstunden pro Jahr bis 2030 sichergestellt werden. Es ist nicht nachvollziehbar warum eine geplante installierte Leistung als Begründung für ein Planungsziel herangezogen wird. Zumal sich im Folgenden auf ein Koalitionsvertrag bezogen wird, der sich im Rhythmus der Landtagswahlen ändert und somit eine kürzeren Geltungszeitraum besitzt als die hier angestrebte Planung. Der Grundsatz ist daher nicht hinreichend begründet und somit nicht anwendbar. B zu 1 zu (2) In der Nordsee sind dies vor allem naturschutzfachliche Gründe (Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer, Fauna-Flora-Habitat- und EU-Vogelschutzgebiete [FFH-Gebiete und EUVSG]), aber auch Gesichtspunkte des Tourismus sowie Belange der Schiffssicherheit. Darüber hinaus gilt für Nord- und Ostsee gleichermaßen, dass andere, vorrangige Nutzungen (Schifffahrt, militärische Übungsgebiete, Tourismus, Naturschutz) und die Dichte der Nutzungskonkurrenzen für die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie voraussichtlich keinen Raum lassen. In der Begründung wird einer abschließenden Bewertung von Flächen vorgegriffen, da diese voraussichtlich der Ausweisung von Vorranggebieten keinen Raum lassen. Als Begründung werden u.a. Tourismus und Naturschutz genannt die in gleichem Maße für das Festland gelten. Weiterhin wird auf die zusätzliche massive Verlärmung durch die Errichtung und den Betrieb von WEA eingegangen und dargestellt, dass dadurch eine weitere Belastung entsteht und der Lebensraum deutlich entwertet wird. Da dieser Grundsatz nicht auf die gesamte Fläche Schleswig Holstein angewendet wird kann in diesem Zusammenhang nicht von einer ergebnisoffenen Suche gesprochen werden. Die in der Begründung verwendeten Argumente gelten gleichermaßen für das Festland. Die eingeschränkte Anwendung dieses Grundsatzes ist nicht hinreichend begründet. 2 Z Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie für raumbedeutsame Windenergieanlagen an Land B zu 2 Z Innerhalb dieser Vorranggebiete setzt sich nämlich die raumbedeutsame Windenergienutzung gegenüber anderen Nutzungen durch. Andere raumbedeutsame	jedoch keine Bedeutung im Genehmigungsverfahren. Darüber hinaus erfolgt auf Raumordnungsebene lediglich eine Flächenplanung, nicht die Planung einzelner Standorte für WEA. Insofern ist nur sicherzustellen, dass das Leistungsziel grundsätzlich erreicht werden kann. Zu den Ausführungen bezüglich der Höhenbeschränkungen wird auf Ziffer 1.5.1 der Allgemeinen Synopse verwiesen. Zum Abstandsbereich um Siedlungen: Auf Ziffer 2.3.1 der Allgemeinen Synopse wird verwiesen. Zum Belang der Umfassung: Auf Ziffer 2.11 der Allgemeinen Synopse wird verwiesen. Zum Abstand bei Schienenwegen: Der Gefahr des Eisabwurfs ist nicht ausschlaggebend für die Abstandsbemessung. Es gilt gemäß der Begründung, dass die Gefährdung schienengebundener Fahrzeuge anders zu bewerten ist als bei nicht spurgebundenen Verkehrsmitteln. Zum Punkt Gebiets- und Artenschutz: Ausschlaggebend ist der Zeitpunkt der Beschlussfassung über den jeweiligen Plan. Nach dem In-Kraft-Treten des Planes sind geänderte Belange im Rahmen der Genehmigung zu prüfen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet werden ausgeschlossen. Mit dem Ausschluß von anderen raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet wird diese Fläche für die Dauer des Betriebes der Anlagen der Weiterentwicklung und des Erhalts des Landschaftsbildes unwiderruflich entzogen. Die Definition eines solchen Zieles steht im Widerspruch zu den Zielen des Landschaftsschutzes. Als grundsätzlich vereinbar mit der Windenergienutzung gelten Stromleitungstrassen als Erdkabel oder Freileitungen. Deren Verlauf kann sich in der Regel innergebietlich an die Standorte der WEA anpassen und beeinträchtigt die Ausnutzbarkeit der Vorranggebiete nicht. Die Stromtrassen sind zudem integraler Bestandteil und notwendige Voraussetzung des Windenergieausbaus. Die Ausweitung des Zieles auf die Stromtrassen ist im Hinblick auf deren Flächenbedarf außerhalb der Vorranggebiete nicht hinreichend begründet. Die Anwendung dieses Ziels führt zu einer unzulässigen Nutzung von Flächen außerhalb dieser Planung. Das Ziel ist daher anzupassen. B zu 2 G Daher sollen insbesondere Gebiete, die bereits über eine Netzanbindung verfügen, vornehmlich wieder als Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen ausgewiesen werden. An dieser Stelle wird die vorhandene Netzkapazität nicht zu Grunde gelegt. Es trifft die Annahme zu, das mit diesem Grundsatz ein erheblicher Ausbau der der vorhandenen Netzkapazität erforderlich wird, da gemäß diesem Grundsatz die Fläche möglichst vollständig genutzt werden soll. Diese Begründung des Grundsatzes ist nicht hinreichend, da völlig außeracht gelassen wird welche Folgen der Netzausbau hat. B zu 3 G Von Januar 2023 bis Dezember 2023 wurden in Schleswig-Holstein 241 WEA neu genehmigt. Diese wiesen im Durchschnitt einen Rotordurchmesser von 144 Metern, eine durchschnittliche Gesamthöhe von 186 Metern und im Durchschnitt eine elektrische Nennleistung von 5,3 Megawatt auf. Auf Grundlage dieser Daten wird seitens der Landesplanungsbehörde eine WEA mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern, einer Gesamthöhe von 200 Metern und einer elektrischen Leistung von 5,3 Megawatt unter den Wind- und Landschaftsverhältnissen und Genehmigungsvoraussetzungen in Schleswig-Holstein als wirtschaftlich tragfähig angenommen. Die Aufrundung der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abmessungen von Rotordurchmesser und der Gesamthöhe sind nachvollziehbar. Völlig unbegründet bleibt der unveränderte Wert der elektrischen Leistung. Diese Begründung der Referenzanlage ist unvollständig. Die elektrische Nennleistung von 5,3 Megawatt spiegelt den Anlagendurchschnitt wieder und soll auch zur Berechnung des Erreichens des Energieziels herangezogen werden. Die Bewertung zur Erreichung des Energiezieles auf Grundlage einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt der Referenzanlage steht nicht im Einklang mit 1 G (1), in dem eine installierte Leistung festgelegt wird. Die Planung ist um eine exakte Zieldefinition und der anzuwendenden Kriterien zur Bewertung der Zielerreichung zu ergänzen. B zu 4 G Insbesondere Bauleitplanungen der Kommunen, die die auf Regionalplanebene getroffenen Flächenausweisung konkretisieren können, könnten Bestimmungen zur Höhe treffen. Dies würde den durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie auf Regionalplanebene erreichten Flächenbeitragswert nach dem WindBG gefährden, da die entsprechende Fläche dann nicht anrechenbar wäre. So verfügen insbesondere höhere WEA über eine gesteigerte installierte Leistung. Die Verwendung einer Referenzanlage zur Ausweisung von Flächen ist plausibel. Im Rahmen dieser Begründung fehlt eine Erklärung inwiefern die Referenzanlage auch die Grundlage für die Genehmigung ist oder ob vom Antragsteller die Maschinen konkret zu beschreiben sind. Das Verbot der Höhenbeschränkung ist um konkrete Genehmigungsgrundsätze zu erweitern, die ebenfalls im Rahmen der Regionalplanung festzuschreiben sind. 4.5.1.1 Siedlungsstruktur Grundsätze und Ziele der Raumordnung B zu 1 Z Der pauschale Abstand von 800 Metern gewährleistet einerseits den Schutz der Wohnnutzung vor den Auswirkungen der WEA (Immissionen, visuelle Beeinträchtigungen); andererseits ermöglicht der Abstand eine hinreichende Flächenausweisung, um die bundesgesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerte gemäß WindBG für Schleswig-Holstein zu erreichen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es ist nicht belegt warum der Abstand von weiterhin 800m als ausreichend anzusehen ist, obwohl jetzt eine größere Referenzanlage zu Grunde gelegt wird. Die Begründung für einen 800 m Abstand, das nur so eine hinreichende Flächenausweisung um die bundesgesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerte gemäß WindBG für Schleswig-Holstein zu erreichen ist, ist nicht zulässig, da dies dem Ergebnis dieser Planung vorgreift. B zu 7 G Es soll verhindert werden, dass Ortslagen in unzumutbarer Weise von WEA umstellt werden, um sowohl einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität des Schutzgutes Mensch als auch einer Einschränkung der bedarfsgerechten gemeindlichen Entwicklung entgegenzuwirken. Hierfür soll nach der Prüfung im Einzelfall die Ausweisung beziehungsweise Ausdehnung von Windenergiegebieten begrenzt werden. An dieser Stelle ist nicht klar beschrieben zu welchem Zeitpunkt die Ausweisung bzw. Ausdehnung begrenzt wird. Es wird weder der Zeitpunkt festgelegt noch die Umfassung von Ortslagen beschrieben. Dieser Grundsatz ist daher schärfer zu fassen, damit er im Rahmen dieses Verfahrens eine Wirkung entfalten kann. 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz Grundsätze und Ziele der Raumordnung B zu 3 Z Demnach sind nur noch allgemein Abstände zu Verkehrswegen und Gebäuden unbeschadet der Anforderungen aus anderen Rechtsbereichen wegen der Gefahr des Eisabwurfs und des Eisfalls einzuhalten, soweit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht auszuschließen ist. Es ist davon auszugehen, dass der Gefahr des Eisabwurfs und des Eisfalls auf der Genehmigungsebene mit geeigneten Maßnahmen begegnet werden kann. Durch eine Anpassung dieses Zieles könnte der zu beplanende Raum erheblich vergrößert werden. Mit Bezug auf die Eisbildung könnten die Betreiber verpflichtet werden die Flügel zu beheizen. Dies ist ohne Aufwand umzusetzen, da die Anlagen selbst elektrische Energie erzeugen. Rechtfertigungsgründe für die Festlegung von Abständen sind im Wesentlichen darin zu sehen, dass durch Materialbruch Teile der WEA auf die Schienenwege	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	beziehungsweise Gleisanlagen fallen können. Der für eine Gefährdung verantwortliche Materialbruch kann durch technische Maßnahmen aus der Objektsicherung überwacht und für die Auslösung von Meldungen genutzt werden. Zusammenfassend ist festzustellen, dass durch eine konsequente Nutzung technischer Überwachungseinrichtungen der Planungsraum erheblich erweitert werden könnte. Das Ziel ist dahingehend zu konkretisieren. Weiterhin ist nicht nachvollziehbar warum die Eisenbahninfrastruktur schützenswertes ist als der Personenverkehr, Schulbusse oder Spaziergänger (Verkehrsinfrastruktur). Diese Ungleichbehandlung ist ebenfalls durch die Anpassung des Zieles zu beheben. 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz Grundsätze und Ziele der Raumordnung Die Ziele und Grundsätze basieren ausschließlich auf den bereits dokumentierten Flächen. Eine Erfassung von sich ggf. veränderten Bestandszahlen oder Verhalten der zu schützenden Arten wird nicht berücksichtigt. Die Ziele und Grundsätze sind daher dahingehend zu erweitern, dass ein ggf. vorhandener Besatz von schützenswerten Arten auch nach Abschluß der LEP zu berücksichtigen sind.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1832	Ich halte es für problematisch und in der gegenwärtigen Situation, in der reichlich Windenergie vorhanden ist, die häufig mit hohen Kosten abgeriegelt werden muss, völlig unangemessen, große flächen im Naturpark Westensee für die Errichtung von Großwindenergieanlagen freizugeben. Zumal diese in der Höhe unbegrenzt sein sollen. Das Gebiet am Westensee ist landschaftlich besonders wertvoll und soll gemäß Regionalplanung als Naherholungsgebiet für die umliegenden Ballungsräume entwickelt werden. Das Landschaftsbild würde erheblich beeinträchtigt und der Erholungswert empfindlich verringert, wenn die enormen Großanlagen mit Höhen von 250 Meter direkt hinter den am Westensee liegenden Erhebungen (Tüteberg 88m) errichtet würden. Das Landschaftsschutzgebiet muss unbedingt von den Großanlagen freigehalten werden!	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.12, 3.17, 4.20 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Besonders geprüft werden müssen mögliche Gefahren für seltene Vogelarten, insbesondere streng geschützte große Greifvögel, die die Region besiedeln und zur Nahrungsuche befliegen. Die in der Verordnung vorgesehenen Mindestabstände zu Horsten entsprechen nicht den von Sachverständigen für notwendig erachteten Größen! Auf häufig genutzte Flugrouten und damit verbundene Beeinträchtigungen und Gefahren wird gar nicht eingegangen. Schließlich möchte ich meinen Unmut äußern, dass die Frist zur Stellungnahme kurz war und vollständig in den Sommer und somit in die Ferienzeit fiel. Dies hat eine angemessene und informierte Diskussion in den betroffenen Orten sehr erschwert, teilweise unmöglich gemacht. Aber vielleicht war das ja die Absicht?	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1831	**Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** **Gemeinde 25860 Olderup** Sehr geehrte Damen und Herren, im „alten“ Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023 war eine Fläche im östlichen Bereich der Gemeinde Olderup enthalten. Die Fläche passt nicht in die Vorgabe – 200 m Gesamthöhe und 150 m Rotordurchmesser Aber es könnte ein Repowering vorgenommen werden Zudem ist die begrenzende Flugplatzrunde des Flugplatzes Schwesing in der Prüfung [redacted] [redacted] JTW Energie Kuhsteig & GmbH & Co KG Olderup Wind Betriebs Gmbh & Co KG	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	>> Bürgerwindparks Einwohner der Gemeinde Olderup Diese Vorgehensweise ist ebenfalls im Interesse der Gemeinde Olderup [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1828	Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, wir als direkte Anwohner des Borsflether Wisch in 25376 Borsfleth sind bereits beinahe ganzheitlich direkt umringt von unzähligen Windkraftanlagen und mittlerweile leider ausufernden Flächenphotovoltaikanlagen, die schon jetzt eine erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität und vor allem eine nachhaltige Zerstörung der Tier- und Pflanzenwelt mit sich bringt. Zusätzlich sind nun noch weitere, gigantische Flächenphotovoltaikanlagen um uns herum geplant und befinden sich in der Realisierung. Durch die engmaschige Einzäunung dieser Anlagen stehen schon jetzt und zukünftig der Wildtierwelt diese Flächen nicht mehr zur Verfügung und wurden / werden somit aus der Natur bereits herausgelöst. Von der über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaft und dazugehörigen Artenvielfalt ist schon jetzt kaum noch etwas übrig. Mit den neuen noch auszuweisenden Vorrangflächen für Windkraftanlagen in Borsfleth würde nun auch die letzte Rückzugsmöglichkeit der Wild- und Vogelwelt auf den direkt angrenzenden Grünlandflächen und Neuenbrooker Hauptwettern nachhaltig zerstört werden. Ebenfalls würde hier einer der wenigen noch vorhandenen Korridore der Zugvögel endgültig geschlossen und nachhaltig zerstört werden. Hier sei u. a. auf „Ausgewählte Grundsätze der Raumordnung des Kapitels 4.5.1 des Entwurfs der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021“, die „Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024 Anlage 2 zu § 1 LEP Wind VO.: Karte zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“ und insbesondere auf „Anlage 1 zu § 1 der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 7.3, 4.1, 7.2.1, 4.16, 4.20 und 4.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz“ verwiesen. Die erfolgreichen und aufwendigen Bemühungen der letzten Jahre zur Stabilisierung, Wiederansiedlung und Förderung von Eulen-, Fledermausarten, Greifvögeln, wie Bussarde, Fisch- und Seeadler sowie Fischreihern usw. in direkter Umgebung durch u. a. Öffnung zuvor verschlossenen alter Scheunen und Strohböden, aufwendige Schaffung von Nistmöglichkeiten und Rückzugs bzw. Ruheräumen, würde ebenfalls gefährdet und schlimmstenfalls komplett zerstört werden. Wir denken, dass grundsätzlich ein Ausbau der Erneuerbaren Energien im Einklang mit Mensch und Natur möglich sein sollte, allerdings würden mit der Realisierung speziell dieser Vorrangfläche und somit der Schließung der schon jetzt extrem engen und letzten Korridore, dieser Einklang gesamtheitlich und vor allem über Jahrzehnte nachhaltig zerstört werden. Hier muss ein klares Abwägen von absoluten Gewinninteressen von Seiten von Betreibern und Gemeinden auf der einen Seite und Natur und Lebenswertigkeit der Menschen auf der anderen Seite stattfinden, welches aktuell bei dieser Projektierung leider nicht in ausreichendem Maße stattfindet. Wir können nur eindringlich an die zuständigen Behörden appelieren, die letzten noch verbliebenden Korridore für Natur und den Menschen nicht endgültig und nachhaltig zu schließen. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2623	**Stellungnahme im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur neuen Windenergieplanung 2024** Nach der uns vorliegenden Karte **„Potentialflächen für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenegie (Juni 2024) –**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Dieser Teil der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1.3, 2.3.1, 2.5.1 und 2.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	hier: Ausschnitt [redacted]“ sowie der **„Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO, Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“** ist festzustellen, dass zwar erfreulicherweise die **„Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs“** Berücksichtigung fanden , **dass aber der Abstand zur Wohnbebauung offensichtlich keine große Rolle mehr spielt.** So wird in den **„Eckpunkten der neuen Windenergieplanung“** ausdrücklich auf den **Verzicht der 3H-/5H-Regelung** hingewiesen. **Dies kritisieren wir nachdrücklich.** Desgleichen wenden wir uns **aufs Schärfste** gegen eine **unterschiedliche Behandlung von Siedlungen und sogenannten Splittersiedlungen** hinsichtlich der **Abstandsregelung – s**owie gegen die **geringere Gewichtung** der **Umzingelung** von Siedlungen und Einzelhäusern. Dies betrifft z.B. das Potentialgebiet zwischen Dänschendorf / Gammendorf / Lemkendorf (**Windpark Mitte)** – hier wird der [redacted] von WEA im Abstand von (vermutlich) 400 Metern umzingelt. Es betrifft des weiteren die Potentialfläche bei **Ostermarkelsdorf,** wo die Abstände (vermutlich) auf **800 und 400 Meter** verringert wurden. **Das ist nicht tolerierbar. Ein Ausbau der Windkraft, der den Einzelnen mißachtet, ist rücksichtslos.** Die Auswirkungen auf **Gesundheit** und **Lebensqualität** sowie einkommensrelevante Faktoren wie **touristische Attraktivität** und **Werteverlust der Immobilie** sind hinlänglich bekannt.	Weiterhin beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich wird auf die Ziffer 7.2.6 der allgemeinen Synopse verwiesen. Letztlich werden in der Stellungnahme Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter genannt. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Dieser Teil der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Auf der Insel Fehmarn sind mit **Vorranggebieten und Bestandsflächen** bereits ca. **5 % der Gesamtfläche** der Insel für **Windkraft** zur Verfügung gestellt – das ist mehr, als das Land Schleswig-Holstein mit ca. **3 %** vorgibt. Auch stellen wir einen Ausbau der Windkraft grundsätzlich in Frage, solange das entsprechende **Leitungsnetz** nicht gleichzeitig **mitgeplant** wird. Schon jetzt verschlingt der **abgeregelte Strom** einen **Großteil unserer Steuergelder**! **Es ist nicht nötig, durch den Bau oder Erhalt von Windenergieanlagen in unmittelbarer Wohnhausnähe Menschen zur Verzweiflung und zur Aufgabe ihrer Häuser zu treiben!** Es müsste doch möglich sein, bei **200 Meter hohen WEA** einen **Abstand** von **mindestens** **1000 Meter (5 H) für alle Bewohner der Insel** zu realisieren! Bei den noch zu erstellenden Regionalplänen für den Ausbau der Windkraft an Land sollte **„die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick“** behalten werden! [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Gruppe ID: G1826 Anzahl: 4 (IDs: 1826, 1827, 1829, 1830)	**Stellungnahme zur Regionalplanung Windkraft PR3_SEG_310, Ablehnung der Ausweisung der Flächen sowohl als Potentialfläche als auch als Vorranggebiet** **24598 Heidmühlen** Für die Errichtung von Windkraftanlagen (WKA) sind in Schleswig-Holstein geringere Abstände zu der Wohnbebauung vorgeschrieben (geplant)als im übrigen Bundesgebiet: 800m zu Siedlungsbereichen, 400m zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen. Die geplanten Höhen können selbst in Schleswig-Holstein zwischen der Landesplanung und von den Kommunen ausgewiesenen Gebieten **unterschiedlich** sein. Dadurch sehe ich meine **Gesundheit** und die meiner Angehörigen, sowie der Anwohner in dem betroffenen Gebiet, durch das Rotieren von bis zu **265 Meter** hohen Windkraftanlagen **gefährdet.** Der entstehende Infraschall beeinträchtigt möglicherweise unsere Gesundheit, wie schon viele Anwohner von Windkraftanlagen bereits beklagen. Es wird **Lebensqualität für die jetzt lebenden Generationen vernichtet!** Hier besteht meines Erachtens eine **Vorsorgepflicht** der Landesregierung. Das betroffene Gebiet ist ausgewiesener Raum für **Tourismus und Erholung** (Quelle: Landesentwicklungsplan S-H.).Das steht in einem krassen Widerspruch zu den	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Darüber hinaus beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise/Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung unserer Region sehe ich durch die WKA gefährdet. Der jetzige Erholungswert wird **abgeschafft.** Ich möchte, dass die vorhandenen Gebiete **nicht** beeinträchtigt werden, damit diese für unsere Nachkommen und für den Tourismus erhalten bleiben. Wir haben seit Jahrzehnten im Dorf, sowie in der Umgebung Störche die erfolgreich brüteten. Das soll nicht nur so bleiben, sondern noch weiter ansteigen. Wir haben geschützte Großvogelarten, wie z.B. **Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, Uhu oder Schwarzstorch** in unserer Heimat und sie sollten auch weiter, ohne Gefahr hier leben können. Ich möchte, dass lebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen, Kranichen und Fledermäusen erhalten bleiben. Wir haben im Dorf u.a. mehrere Unterkünfte von Fledermäusen. Ich möchte, dass die vorhandene kleingliedrige von Gehölzen, Knicks, Kleingewässern, der „Radesforder Au“ und dem Segeberger Forst geprägte Kulturlandschaft als charakteristischer Landschaftsraum erhalten bleibt, wie es der LEP2010 vorgesehen hat. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt werden **(z.B. Das Naturschutz südliche Bek)**. Zum Erhalt der Fern-Wanderwege des Wildes entlang der Radesforder und der Rohmühlenau wurde bereits viel Geld z.B. auch in die Grünbrücke bei Negernbötel investiert. Jetzt Barrieren in Form von industriellen Großanlagen aufzustellen, ist nicht nur ökologisch schlecht, sondern auch ökonomisch unsinnig. Und sollte sich der **Wolf** entschließen, in unserem Gebiet zu bleiben, wird ihn spätestens der Bau der WKA endgültig vergrämen. Unser Dorf liegt nur 5 Kilometer von der **Wetterradarstation in Boostedt** entfernt. Hier sehe ich einen großen Konflikt, der nicht auf das Genehmigungsverfahren vertagt werden sollte.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Des Weiteren habe ich erhebliche Bedenken, dass im Falle eines **Feuers** einer Windkraftanalage eine Gefahr für den Segeberger Forst besteht. Meine Immobilie ist für mich auch ein wesentlicher Bestandteil meiner **Altersvorsorge**, hier ist auf Grund der Nähe zu den WKA mit einem starken Wertverlust zu rechnen. Ich befürchte, dass diese Vorsorge mit der auch seit längerem Andauernden Niedrigzinspolitik vernichtet wird. Warum wird **nicht erst eine Infrastruktur** geschaffen, um die vorhandenen Windräder auch dauerhaft nutzen zu können? Häufig werden bereits vorhandene WKA wegen Netzüberlastung abgeschaltet. So wird die Windenergie nie für eine Energiewende sorgen können. Warum müssen wir für neue Anlagen leiden, wenn schon bestehende keinen Strom liefern dürfen. So wird unser Strompreis in Schleswig-Holstein immer weiter durch die EEG-Umlage steigen, ohne dass der gewünschte Effekt mit jeder neuen Anlage sofort eintritt. **Daher ist die Landesregierung per Amtseid verpflichtet, die Bürger zu schützen.** (Landesverfassung Schleswig- Holstein, Art. 35 Amtseid des Ministerpräsidenten) Mit freundlichen Grüßen [redacted] 08.09.2024	
Öffentlichkeit:	Betr.:Potenzialfläche für Windkraft in Schwedeneck	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise /

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: 1825	Als direkter Anlieger der als Potenzialfläche für neue Windkraftanlagen ausgewiesenen Fläche in Schwedeneck nehme ich wie folgt Stellung: Die besagte Fläche wurde in einem viele Jahre dauernden Prüfungsverfahren der Landesregierung,juristisch abgesichert, insgesamt drei mal aus guten Gründen als für Windkraft nicht geeignet befunden. Voller Entsetzen nehme ich nun zur Kenntnis, dass diese für Windkraft erwiesenermaßen ungeeignete Fläche nun doch noch aus rein ideologischen Gründen potenziell mit Windkraftanlagen (Referenzgröße 200 m) bestückt werden soll. Es entsteht der Eindruck, dass ein Willkürstaat etabliert wird, in dem die soeben mühsam geschaffene Rechtsgrundlage jederzeit wieder ausgehebelt werden kann und so immer neue Realitäten gegen den Willen der Bevölkerung geschaffen werden. Das führt zu einer immer tieferen Spaltung und Radikalisierung der Gesellschaft und zerstört so unser demokratisches Gemeinwesen. Laut Statistik der Deutschen WindGuard ging 2022 die Erzeugung von Wind- und Solarstrom um zwei Terawattstunden zurück, obwohl 551 neue Windkraftanlagen mit einer Gesamtkapazität von über 2,4 Gigawatt zugebaut wurden - weil der Wind weniger geweht hatte als im Vorjahr! Wenn 30.000 Windräder ohne Wind keinen Strom erzeugen, dann erzeugen selbst 1 Million Windräder ohne Wind auch keinen Strom, weil 1 Million x 0 eben auch 0 ergibt, selbst wenn man jeden Baum durch ein 200 m hohes Windrad ersetzt.Jedes Kind versteht das. Da es auch keine großindustriellen Stromspeicher gibt, soll also laut Angaben der Bundesregierung bis 2030 als Backup und "Brückentechnologie" eine zusätzliche Gaskraftwerkkapazität von 13 Gigawatt entstehen. Bei einer Leistung von 40 Megawatt pro Kraftwerk müssten in den nächsten 6 Jahren also 325 neue Gaskraftwerke gebaut werden, mehr als eines pro Woche. Es gibt aber noch nicht einmal Planungen dafür, keine zusätzliche Netzinfrastruktur und keine Betreiber, die sie ganzjährig betreiben müssten nur für Zeiten der Flaute als Lückenfüller.Das bedeutet ein ständiges Minusgeschäft, das mit Unsummen unserer	Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 1.4.1, 7.1.1, 7.2.3, 7.2.4, 7.2.5, 7.2.6, 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Steuergelder subventioniert werden müsste. Außerdem würde uns der Bau hunderte Milliarden Euro kosten. Das alles führt zu den höchsten Strompreisen der Welt, obwohl wir diese bereits mit Milliardensummen aus unseren Steuern subventionieren. Die Wirtschaft verlässt angesichts dieser desaströsen Energiepolitik fluchtartig das Land und produziert,z.B. in China,mit Kohlestrom weiter. Dadurch brechen hier gewaltige Steuereinnahmen weg.Dafür steigt dann die Zahl der Arbeitslosen, die vom Staat, der bereits pleite ist, alimentiert werden müssen. Dass man hier alle CO2-freien und zudem grundlastfähigen Kernkraftwerke abgeschaltet oder zerstört hat, beweist,dass es überhaupt nicht, wie behauptet,um die Reduzierung von CO2 geht. Es geht also nur darum, hier alles zu zerstören:die Natur, die Landschaft, die Gesundheit und den Wert der Immobilien der Anlieger,eine gesicherte und bezahlbare Energieversorgung, die Wirtschaft,den sozialen Frieden und das Vertrauen der Menschen in verlässliche Politik. All das ist weder grün noch nachhaltig.Und weil es unsere Zukunft zerstört,ist es auch nicht "enkeltauglich". Das "Wall Street Journal" titelte bereits am 29. Januar 2019:"World`s dumbest energy policy". Der Rest der Welt schaut ebenso fassungslos nach Deutschland,das mit dieser "dümmsten Energiepolitik der Welt" nur das eigene Land zerstört, und so nicht,wie behauptet,der Vorreiter, sondern das abschreckende Beispiel für die Welt ist, dem garantiert niemand folgt. Ein Land, das sich selbst zerstört, braucht keine äußeren Feinde, und jeder, der diese Selbstzerstörung weiter vorantreibt, wird das zu verantworten haben.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1822	Ich begrüße die Aufnahme einer Potentialfläche für die Windenergienutzung als südliche Arrondierung	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird bezogen auf den Flächenwunsch zur

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zum bestehenden Windpark (PR3_DIT_028) in der Gemeinde Neuenkirchen OT. Tiebensee. Hier eine Erweiterung bis zum Buerweg. Auf Grund der Entfernung der Außengrenzen zu dem im Norden angrenzenden Gebiet PR3_DIT_075 (ehemals PR3_DIT_028), welches bereits mit Windenergieanlagen bebaut ist, ist ein räumlicher Zusammenhang gegeben. Hinsichtlich der Wirkung auf das Landschaftsbild und dem Eindruck eines Windparks kann somit die Windenergie an dieser Stelle konzentriert werden und die Außengrenzen des Gebietes sind demzufolge korrekt angesetzt. Bereits bestehende Infrastruktur kann darüber hinaus genutzt werden, sodass sich auch der Eingriff in Grund und Boden gering halten lässt	Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2462	Stellungnahme zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Sachthema Windenergie Gemeinde Westensee Potentialflächen Nr. PR2-RDE-080, PR2-RDE-084 PR2-RDE-095 und PR2-RDE-164 Grundsätzliches Eine Alternative zu einer naturverträglichen Energiewende gibt es nicht. Durch Klimaschutz wird auch die Natur geschützt. Eine Energiewende muss aber dezentral, umwelt- und naturverträglich sein. Dieses Ziel sollte auch die Landesregierung einhalten. Beim Ausbau der Windkraft sind der Artenschutz und die Biodiversität zu berücksichtigen. Die Ausweisung von Vorranggebieten muss einhergehen mit den Zielen der Biodiversitätsstrategien des Landes, des Bundes, dem Bundesnaturschutzgesetz (insbesondere § 7 und 44), der FFH-Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume und der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Berner Konvention) sowie der Bonner Konvention zur Erhaltung der wildlebenden Pflanzen und ihrer natürlichen Lebensräume (CSM, UNEP 1983). Auch das Übereinkommen über die Konvention zur Biologischen Vielfalt der UN (Convention on Biological Diversity, CBD) ist zu beachten. Diesen Zielen ist ein hoher Rang einzuräumen. Auch der Artikel 20a des Grundgesetzes sowie der Artikel 11 der Landesverfassung-SH ist einzubeziehen. Dieser Schutz erstreckt sich grundsätzlich auf alle natürlichen Lebenslagen. Eine Vernachlässigung des Artenschutzes unter der Fokussierung nur auf den Ausbau der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel 4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz) des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.17.1, 4.1.1, 4.7.1, 4.14.1 und 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Planungsziel ist, die gesetzlich erforderlichen Flächenbeitragswerte zu erreichen. Eine Obergrenze bezüglich des Flächenumfanges wird nicht festgelegt.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergie ist unzulässig. Planungsziel Die Ausweisung von mindestens 3% der Landesfläche für Vorranggebiete wird als Planungsziel genannt. Seitens des Bundesgesetzgebers wird für Schleswig-Holstein 2% genannt. Dies sollte auch als Planungsziel genannt werden, da es keine Notwendigkeit gibt, die Bundesvorgabe zu überschreiten. Ich fordere daher als Planungsziel einen Maximalwert und keinen Mindestwert festzulegen. Landschaftsbild, Erholung und Freiraumschutz In Landschaftsschutzgebieten (LSG) soll die Errichtung grundsätzlich möglich sein. Dies widerspricht grundsätzlich dem Sinn des Landschaftsschutzes in der hier vorhandenen Endmoränenlandschaft. Die Akzeptanz der hier lebenden Bevölkerung wird durch die Nichtfreihaltung der windkraftfreien Flächen der Landschaftsgebiete (LSG) erschüttert. Ich fordere daher keine Vorranggebiete im Landschaftsschutzgebiet auszuweisen. Vogelschutzgebiete Der Tabubereich zu einem EU-Vogelschutzgebiet betrug bisher 300 m, der Abwägungsbereich 1.200 m. Letzterer wurde nun auf 1.000 m eigekürzt. Ein Hinweis darauf, woher diese Erkenntnis beruht, fehlt. Das Helgoländer Papier fordert jedoch mindestens 1.200 m. (Hier Felder Holz) Ich fordere daher in Anlehnung an das Helgoländer Papier (2015) einen Tabubereich von 1.200 m um EU-Vogelschutzgebiete. Gesetzlich geschützte Biotope und Kleinstbiotope Den gesetzlich geschützten Biotopen und Kleinstbiotopen kommt im Biodiversitäts-schutz eine besondere Bedeutung zu. Die landesweite Biotopkartierung von 2014 bis 2020 hat den desolaten Zustand des Naturhaushaltes in Schleswig-Holstein offen gelegt. Bei der Ausweisung von Vorranggebieten muss dem Schutz verstärkt Rechnung getragen werden durch Berücksichtigung einer Tabuzone. Ich fordere daher die Einbeziehung der gesetzlich geschützten Biotope und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kleinstbiotope. Wälder und Umgebungsbereiche Mit 30 m ist der Abstand einer WEA zum Wald im Hinblick auf den Vogel- und Fledermausschutz viel zu gering bemessen, da besonders der Waldrand als Leitlinie genutzt wird. Da die Wälder in diesem Bereich sehr kleinflächig sind, übernehmen sie eine wichtige Aufgabe im Biotopverbund (Inselfunktionen in der Agrarlandschaft). Bei nur 30 m Abstand wird eine erhebliche Geräuschkulisse, Verwirbelungen in der Luft und Schattenwurf erzeugt. Dies wirkt massiv in den Wald hinein. Auch wird der Erholungswert für die Menschen beeinträchtigt. Außerdem besteht die Gefahr, dass brennende Windräder oder Teile davon in den Wald fallen könnten und dadurch eine Waldbrandgefahr entsteht. Die in § 20 des LWaldG kannte noch keine Windkraftanlagen mit Höhen über 200 Metern und 70 Meter landen Rotorblättern. Ich fordere einen Waldabstand von mindestens 200 m, um die Auswirkungen auf die Lebensgemeinschaft Wald zu minimieren. Schlafgewässer von Kranichen Unmittelbar am Westrand der Gemeinde (B-Plan Gebiet Brennhorsten) befindet sich seit einigen Jahren ein Schlafplatz von Kranichen. Der Radius zur Freihaltung von 3.000 Metern muss daher berücksichtigt werden und zur Einschränkung der Vorrangflächen führen. Ich fordere daher die Einhaltung des freizuhaltenden Umgebungsbereiches von 3000 m um die Schlafgewässer. Brutplätze von Großvögeln Die Reduzierung der Abstände zu Brutplätzen von Großvögeln (hier Milan) ist aus energiepolitischen Gründen erfolgt. Die neuen Abstände widersprechen dem Helgoländer Papier 2015. Ich fordere die Abstandsregelungen des Helgoländer Papiers zugrunde zu legen. Dies ist als Ziel zu formulieren und „in der Regel“ zu streichen. Weiterhin fordere ich die Energiewende mit der Förderung des Natur- und Artenschutzes	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zu verbinden. Die Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergie darf nicht zu einer weiteren Verschlechterung des Zustandes der Biodiversität führen. Ich bin davon überzeugt, dass die notwendige Menge an erneuerbarer Energie auch ohne die jetzt vorgesehenen Absenkungen der Standards zum Wohle der Natur erzeugt werden kann.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1820	Ich bin gegen einen weiteren Ausbau insbesondere aus Wildbiologischen Gründen und aus Angst vor genetischer Verarmung der Wildtiere. Schon jetzt hat die heimische Tierwelt viel zu wenig Lebensraum und sehr eingeschränkte Wandermöglichkeiten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1819	**<u>Verortung:</u>** **Gemeinde Fehmarn; östlich Blieschendorf, PR3_OHS_008 (Regionalplan Wind 2020)** **Stellungnahme zum Kriterium:** • **Z25 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung** Sehr geehrte Damen und Herren, Im Rahmen der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2024 möchte ich die Bedeutung regionaler Zusammenarbeit und lokaler Wertschöpfung im Bereich der erneuerbaren Energien hervorheben. Gemeinsam mit anderen Eigentümern und dem erfahrenen Unternehmen [redacted] planen wir auf Fehmarn ein innovatives Verbundkraftwerk, das Wind-, Solar- und Wasserstofftechnologie integriert. Dieses Projekt zielt nicht nur auf eine nachhaltige Energieversorgung ab, sondern auch auf die Stärkung der lokalen Wirtschaft und Infrastruktur. Für die notwendigen A&E Maßnahmen könnte ich die benötigen Flächen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 7.1.1 und 4.16.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zur Verfügung stellen. Der erzeugte Strom wird direkt auf der Insel in Wasserstoff und Wärme umgewandelt, wodurch eine Vielzahl von Akteuren profitiert – vom Verkehrssektor über private Haushalte bis hin zu kommunalen Einrichtungen. Zudem entlastet das Kraftwerk das Stromnetz und reduziert den Bedarf an umweltschädigenden Eingriffen. Wir sind überzeugt, dass unser Projekt einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende und zur Zukunftsfähigkeit der Insel leisten kann. Daher bitten wir Sie, unsere Flächen bei der Planung von Windenergie-Vorranggebieten zu berücksichtigen und eine Anpassung der Regularien in Betracht zu ziehen, insbesondere im Hinblick auf eine Neubewertung des Ziels 25 der Raumordnung für den Vogelzug im Bereich östlich von Blieschendorf. Hier wäre eine Ausweisung als Grundsatz der Raumordnung vollkommen ausreichen, da die Zugvogelaktivität sich ohnehin nicht über der Gemeinde Burg und der Achse in Richtung Südwest abspielt, sondern Südöstlich an der Gemeinde vorbei, in dem Bereich, wo noch keine Vorbelastung durch Windenergie vorherrscht. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1818	Dem Neubau von Windkraftanlagen in unserer Gemeinde Schwedeneck stimme ich nicht zu. - Lärmbelästigung - Lichtbelästigung durch Blinkanlagen - Schattenwurf - usw. sind die ersten Probleme.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.13, 7.3.1, 7.3.2 und 7.3.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Auch die Entsorgungsbranche in Deutschland fordert beim Bau von Windrädern ein Umdenken, um das langfristige Müllproblem der Rotorblätter zu lösen. Die mit Carbon oder Glasfaser verstärkten Teile würden nach ihrer Demontage oft verbrannt oder im Ausland deponiert, erklärte der Präsident des Entsorgungswirtschaftsverbandes BDE, Peter Kurth. "Deutschland stellt seit Jahrzehnten Windanlagen auf die Felder, die nicht vernünftig verwertbar sind". Dies führe zu einer ärgerlichen Ressourcenverschwendung. Schwedeneck soll lieber für die Städter ein Erholungs- und Urlaubsort bleiben und auch für die Tierwelt weiter als Brut- und Rastort dienen können, ohne die Gefahr von Windrädern erschlagen zu werden. [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2659	Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Koll, Im Juni diesen Jahres wurden neue Kriterien für den Windenergieausbau in Schleswig-Holstein veröffentlicht. Die Gelegenheit, am dem Beteiligungsverfahren für den ersten Entwurf zu teilzunehmen, möchten wir gerne wahrnehmen, Viele Anwohner/innen bzw. Bürger/innen in unseren Gemeinden Schrum und Welmbüttel befürworten grundsätzlich den Ausbau der Windenergie und sehen dies auch für unsere Region als Chance an, einen Beitrag zur Energiewende leisten zu können, Gleichzeitig können durch Bürgerwindparkmodelle die Bevölkerung vor Ort partizipieren und an der Wertschöpfung teilhaben. Auch für unsere Projekt, das zwischen Schrum, Welmbüttel, Tellingstedt und Immenstedt liegt, ist eine bürgernahe Gestaltung vorgesehen sowie ein Bürgerstromtarif	Die Stellungnahme positioniert sich grundsätzlich positiv zum Entwurf des LEP Windenergie, was zur Kenntnis genommen wird. Sie beinhaltet darüber hinaus Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	für alle eingeplant, die nicht die finanziellen Mittel haben, sich an solchen Vorhaben zu beteiligen. Wir legen großen Wert auf eine gerechte Vorteilung der Windenergie Wertschöpfung und unterstützen Projekte, die solche Be- und Verteilungsmodelle ermöglichen. Ein solcher Bürgerstromtarif, also günstiger Strom für alle Bewohner der umliegenden Gemeinden eines Windenergieprojekts, sorgt dafür, dass die Energiewende sozial gerecht und für alle zugänglich ist. So möchten wir eine positive Stellungnahme für den Ausbau von Windenergie in unseren Gemeinden und die Neugewichtung der Suchkriterien abgeben. Wir begrüßen grundsätzlich die Ausweisung von Windenergieflächen Im Landesinneren, sofern diese den vorgeschlagenen Kriterien entsprechen. Jetzt profitiert in unserem Landkreis nicht nur die „Marsch” von der Windenergie, sondern es werden neue Gebiete erschlossen, Mit der Ausweisung und Suche nach geeigneten Windenergieflächen sowie dem Betrieb von Windparks haben wir uns in den letzten Jahren immer wieder befasstBei bestehenden Windparks in der entfernteren Nachbarschaft ist eine positive Entwicklung, Akzeptanz und lokale Wertschöpfung zu beobachten, Auch unser Gebiet ist als Windstandort gut geeignet, leider mussten wir auf der Karte in den _ vergangenen Regionalplanfortschreibungsverfahren feststellen, dass in der Region östlich von Heide und auf der Hohen Geest stets nur unwesentliche Neuausweisungen für Windparks erfolgt sind und weiträumig viele Potentialflächen nicht berücksichtigt wurden. Dies vor allem vor dem Hintergrund der Behandlung des Kriteriums Landschaftsschutzgebiet wie ein hartes Tabu. Wie in den veröffentlichten Unterlagen für die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) ersichtlich, hat sich dies nun geändert, was Wwir sehr begrüßen. Auch für die Potentialflächen in unserem Umfeld, in dem Gebiet zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt trifft dies zu. Aus den nachfolgenden Gründen bitten wir um Berücksichtigung der Fläche zwischen den geschilderten Orten in der Größe wie in der Karte ersichtlich als Vorrangfläche für Windenergie. Grundlage sind die Vorgehensweise des laufenden Verfahrens sowie die In der aktuellen Beteiligung veröffentlichten Kriterien als Ziele und Grundsätze der Landesentwicklungsplans. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausweisungsverfahren von Windvorrangflächen **Verfahren** Der neuen Vorgehensweise, die Kriterien zur Ausweisung von Windeignungsflächen im Landesentwicklungsplan gesetzlich zu verankern, stimmen wir ausdrücklich zu. Auch der Neugewichtung und Bewertung dieser Kriterien folgen wir grundsätzlich. Schließlich ist das Land Schleswig- Holstein verpflichtet, die neuen Anforderungen des Bundesrechts und die festgelegten Ausbauziele umzusetzen. Die erneute Überarbeitung des Regionalplans ist erforderlich und bildet wichtige Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien für Klimaschutz und Energiewende ab. Die Festsetzung von bestimmten Kriterien als Ziele und Grundsätze der Raumordnung erachten wir als sinnvoll, Die sogenannten Ziele sind der Abwägung nicht zugänglich, die als Grundsätze festgelegten Kriterien können in der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden. Somit wird ein einheitlichen Verfahrensrahmen für verschiedene Ausweisungsverfahren und Projektentwicklung geschaffen. Dies bedeutet auch langfristig Planungssicherheit. **Abstände** Die Bewertung und Festsetzung von Abständen, um Anwohner zu schützen, sind nachvollziehbar. Daraus resultiert die Verfolgung der sogenannten Rotorin-Planung., Sie setzt die politischen und verträglichen Ziele der Landesregierung, genügend Abstand zu Wohnbereichen, stringent fort. Die Aufhebung der Ausschlusswirkung kann im Einzelfall sinnvolle Ausweisung von Windeignungsflächen ermöglichen, gerade über die kommunale Bauleitplanung. Die neue Positivplanung ermöglicht, große, stark windhöffige Gebiete auch auf der Geest, die bislang vor allem durch Landschaftsschutzgebietsausweisungen keine Berücksichtigung fanden, für die erneuerbare Stromproduktion zu erschließen. Flächen, die zum Teil wesentlich besser geeignet sind, zum Beispiel aufgrund ihrer größerenEntfernungen von Siedlungen und Häusern als in der Marsch, werden jetzt im neuen Verfahren aufgenommen. Die ungleichmäßige Verteilung und eindeutige Bevorzugung der Küstenregion stellen ein soziales Gefälle für die Gemeinden und Bevölkerung dar. Die Wertschöpfung darf aber nicht weiter so ungerecht verteilt sein. Insgesamt unterstützen wir daher das vorgesehen Verfahren, die Grundsatzbeschlüsse der Landesregierung zur Windenergieplanung vom	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dezember 2023 auf Ebene des Landesentwicklungsplans umzusetzen. **Klimaschutzziele** Wir befürworten den Ausbau von Erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, auch in unserer Gemeinde, da wir die Energiewende und Grüne Energie gut finden. Sie befördert die Wertschöpfung des Ländlichen Raums und birgt längst nicht die Gefahren von Atomkraft. Der Bedarf von klimaneutraler Energie wird sich in Dithmarschen mit den Regionen um Brunsbüttel und Heide durch vorhandene und neue Industrieansiedlungen, Mobilität und private Haushalte massiv steigern. Auch können zukünftig die verschiedenen geplanten Stromleitungen den erzeugten Strom Offshore und Onshore wegführen. Für Schleswig-Holstein stellt dies eine große wirtschaftliche Chance dar. Aus Gründen der Klimaund Energiepreiskrisen ist weiterer Flächenbedarf eindeutig notwendig. Der bisherige Ermessensspielraum wird nunm neu ausgerichtet. Die Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien hat der Gesetzgeber durch &5 2 EEG 2023 für Abwägungsvorgänge nach Vorne gestellt. Das bedeutet, bei Abwägungsspielraum dem Ausbau der Erneuerbaren Energien Vorrang zu geben ist. Errichtung und der Betrieb von Erneuerbarer Energieanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit, Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden, **Fachliche Einwendungen zum Kriterienkatalog, standortbezogen und auszugsweise** Aus Gesprächen mit Bürgern und Nachbarn kann berichtet werden, dass die derzeitigen aufgeführten Ziele und Grundsätze der Raumordnung im ersten Entwurf der LEPTeilfortschreibung „Windenergie an Land” als gut gewählt betrachtet werden. Anregungen gibt es lediglich, noch gezielter „Windpotentialflächen“ entstehen zu lassen, indem nachfolgend beschriebene Kriterien, die wir nur Auszugsweise vortragen möchten, wie folgt bewertet und gewichtet werden sollten: Für den Standort zwischen den Orten Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Tellingstedt, Landkreis Dithmarschen, wird in der veröffentlichten „Rohpotenzialflächenkarte” aus Juni diesen Jahres eine mögliche Windvorrangfläche abgebildet. Die abgebildete Fläche stellt in etwa das Projektgebiet „Bürgerwindpark Schrum- Wembüttel” dar und liegt in einem stark windhöffigen Raum in den zuvor genannten Gemeinden, Das betrachtete Gebiet wird von verschiedenen Seiten durch einzuhaltende Abstände zur Einzelwohnhäusern sowie im Osten und Westen durch Wohnbebauung der Gemeinden Immenstedt und Schrum im Westen im Außenbereich begrenzt. Das Gebiet wurde von der lokalen und regional ausgerichtete Planungsgemeinschaft seit vielen Jahren überplant. Es wurde aufgrund von Landschaftsschutzgebietsausweisungen im vorangehenden Regionalplanverfahren nicht weiter betrachtet und ausgewiesen. Durch die anderen Beteiligungsverfahren (Landesentwicklungsplan, Regionalplanverfahren) sind viele Informationen zu den Umweltbelangen bekannt geworden. Diese lassen aus unserer Sicht die Ausweisung zu. Das beschriebene Planareal liegt auf der Hohen Geest, bildet eine konzentrierte, große Eignungsfläche ab, ist sehr wenig bewaldet und wird intensiv zur Landwirtschaft mit Ackerbau und Grünland genutzt. Auch unter Abzug der für einen Windpark erforderlichen Abstände zu Ortschaften verbleibt eine große Flächenkulisse. **Zu einzelnen Kriterien möchten wir Einwendungen vornehmen:** 1. **Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern** 2. **Beeinträchtigung Großvögel** 3. **Waldabstand** 4. **Landschaftsschutzgebiete** 5. **Militärische Belange** 6. **Tourismus und Erhalung** 7. **Talräume** 8. **Schutz- und Biotopverbunde**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1. **Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern- Ziel**Das mögliche Windeignungsgebiet ist so groß, dass die geplanten Abstandsforderungen eingehalten werden können. Die Beibehaltung der Rotorin-Planweise schafft zusätzlich genügend Abstand. Dieser wird zumeist häufig auch durch die erforderlichen Abstände aufgrund der Belastungen durch Schall und Schattenwurf übertroffen. In der Regel führen die Vorgaben für die Einhaltung der Emissionen zu noch zu größeren Abständen. Auch dies ist Bestandteil des eigentlichen Genehmigungsverfahrens und dort zu prüfen, Nach wie vor ist eine ausreichende Potentialfläche auf der Fläche vorhanden. 2. **Beeinträchtigung Großvögel- Grundsatz**Um Brutplätze von Wwindkraftsensiblen Großvögeln soll im _ angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Hier möchten wir darauf hinweisen, dass weiter differenziert werden sollte bei der Festlegung von Tabuzonen um Horste von Großvögeln. Gerade durch Entwicklung und Einsatz neuer Techniken (ProTecBird) und Schaffung von Lenkungsflächen sollten bei bestandsreichen Arten, beispielsweise wie Storche und Rotmilan durch geeignete Maßnahmenkonzepte Artenschutzkonflikte zu bewältigen sein. Anhand von anderen Windparks sind auch weitere Schutzmethoden für Großvögel bekannt wie gezielte Abschaltung während bestimmter Zeiträume. Die Großvögel können so erfolgreich geschützt werden. Der großräumige Ausschluss von Potenzialflächen um Horste sollte daher auf die Ebene der Einzelfallbetrachtung verlagert werden und nicht von vornhereinzum Ausschluss einer Fläche für Windstandorte führen. Der Ausschluss von besonders sensiblen Flächen mit großflächig vorkommenden besonders schützenwerten Arten hingegen ist für uns in Ordnung. 3. **Waldabstand- Ziel**Der vorgeschlagene, einzuhaltende Abstand zu Waldflächen von 30 m ist für uns in Ordnung. Zu den vorhandenen Flächen kann für die Planfläche genügend Abstand gewahrt werden. 4. **Landschaftsschutzgebiete- Grundsatz**Die neue Gewichtung dieses Kriteriums und auch der Abwägung zugänglich, möchten wir ausdrücklich befürworten, Damit wird dem Bundesrecht gefolgt, Es ist Bürgern zuzumuten, auf Windenergieanlage zu schauen, Das Merkmal Landschaftsschutzgebiet	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sollte sich nicht gegenüber der Windenergienutzung durchsetzen. 5. **Militärische Belange- Ziel**Auch dieser Belange sollten auf Ebene der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden. Beispielsweise lineare militärische Richtfunktrassen können bei der Planung eines Gebiets mit Windstandorten Berücksichtigung finden. Die in dem Gebiet liegende Richtfunktrasse quert die Fläche, beeinflusst die mögliche Standortplanung jedoch kaum. Sie führt nur zu einer minimalen Einschränkung der Eignungsfläche. 6. **Tourismus und Erholung- Ziel und Grundsatz**Grundlegend weisen wir darauf hin, dass die Tatbestandsmerkmale „Erholung" und „Tourismus”" durchaus verschieden und damit unterschiedliche Abwägungsbelange sind. Es sollten nur Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung (wenn überhaupt) von dem Ausbau der Erneuerbaren ausgenommen werden, Kernbereiche oder Vorbehaltsgebiete hingegen nicht. Bei Umfragen bei Touristen werden Windenergieanlagen regelmäßig als regionsprägend und positiv bewertet. Die Erholung ist ein öffentlicher Belang, der gemäß & 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und damit auch bei den Regionalplänen zu berücksichtigen ist; das gleiche gilt für den Tourismus als Wirtschaftsfaktor(& 1 Abs. 6 Nr. 8 lit. a BauGB). Der „Erholung" im Sinne des & 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB dienen neben Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen auch Frei- und Grünflächen, während der Tourismus zu den Belangen der „Wirtschaft” gehört. Der „Erholung” dienen die hierstreitgegenständlichen Bereiche nicht, zumal laut Textteil des Regionalplanentwurfs diese Kernbereiche für Erholung in guter Zuordnung zu den Ober- und Mittelzentren als Naherholungsgebiete liegen sollen, während die einzig größere Ortschaft in der Nähe, nämlich Tellingstedt, bei der Landesplanung nur als Unterzentrum geführt wird. Tourismus als wirtschaftlich relevanter Faktor findet kaum statt. Auch sollte diese Darstellung als Vorbehaltsgebiet nicht von vornherein dazu führen, dass die betroffenen Flächen von einer Nutzung zur regenerativen Stromproduktion ausgeschlossen werden. 7. **Talräume an Gewässern**Das Gebiet wird durch die Fließgewässer durchzogen. Die einzuhaltenden Abstände können in der Standortplanung berücksichtigt werden. Die Einschränkungen sind nicht so gravierend, dass das Gebiet sich erheblich vermindern würde,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	8. **Schutz- und Biotopverbunde**In gesetzlich geschützten, flächenhaften, unmittelbar räumlich zusammen-hängenden Biotopen mit einer Größe von insgesamt mindestens fünf Hektar soll die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen werden. Diese Gewichtung befürworten wir,**Schwerpunktbereich Schutzgebiet und Biotopverbund**Dieses Kriterium wird im BimSchG-Verfahren untersucht und bewertet. Biotopschwerpunktbereiche in vergleichbaren Größenverhältnisse, sollten wie zusammenhängende gesetzlich geschützte Biotope kategorisch für den Ausbau der Windenergie ausgeschlossen werden. Randbereiche sowie Biotopverbundachsen sollten dabei einer Abwägung zugänglich sein. Dementsprechend können Biotopschwerpunktbereiche ab 5 Hektar vom Grundsatz zum Ziel gewandelt werden, **Fazit** In der Zusammenfassung ermöglichen die aktuellen Abwägungskriterien große neue Windvorrangflächen in unserer Region, wozu auch das Plangebiet des Bürgerwindparks Schrum-Welmbüttel zählt. Zwischen den genannten Orten ist eine Potentialfläche für den Windenergieausbau möglich. Die Kriterien und der Zuspruch in der Bevölkerung lassen es zu, das Gebiet in der Größenkulisse der gezeigten Rohpotentialflächenkarte als Vorrangfläche in den Regionalplan aufzunehmen, **Aus den vorgetragenen Gründen tragen wir die Verfahrensweise, die Kriterien zur Ausweisung von Windvorrangflächen zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im Landesentwicklungsplan gesetzlich im Landesentwicklungsplan auszunehmen, mit, Gleichzeitig bitten wir um die Berücksichtigung des Gebiets zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt als Vorranggebietsfläche für Windenergie im zukünftigen Regionalplan Sachthema Wind, Planungsraum III.** Mit freundlichen Grüßen Unterschrift	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1816	Hiermit befürworte ich den Windkraft-Ausbau östlich von Schieren und nördlich der A 20. (Gemarkung Elmenhorst).Es handelt sich dabei nicht um ein Korridor für Rotwild.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2658	Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte [redacted], In dem Beteiligungsverfahren für den ersten Entwurf möchten wir eine positive Stellungnahme für den Ausbau von Windenergie in unseren Gemeinden abgeben, Wir sind grundsätzlich für die Ausweisung von Windenergieflächen im Landesinneren, sofern diese den vorgeschlagenen Kriterien entsprechen, Über die Ausweisung von Windenergieflächen und den Betrieb von Windparks haben wir uns, wie viele Bürger, in den letzten Jahren immer wieder informieren können, es sind zahlreiche Artikel zum Thema erschienen. Es sind einige Windparks in der entfernteren Nachbarschaft entstanden, deren positive Entwicklung und Betrieb wir verfolgen können. Auch unsere Region ist als Windstandort gut geeignet, leider mussten wir auf der Karte in den vorangehenden Beteiligungsverfahren feststellen, dass in der Region östlich von Heide und auf der Hohen Geest stets nur unwesentliche Neuausweisungen für Windparks vorgenommen und große Potentialflächen nicht berücksichtigt wurden. Nach Einsicht und Prüfung der veröffentlichten Unterlagen für die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) stellt sich dies nun anders dar, was wir sehr begrüßen. Dies betrifft auch Potentialflächen in unserem Umfeld, in dem Gebiet zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt gelegen. Aus den nachfolgenden Gründen bitten wir um Aufnahme der Fläche zwischen den geschilderten Orten als Vorrangfläche für Windenergie. Grundlage sind die im aktuellen Beteiligungsverfahren veröffentlichten Kriterien als Ziele und Grundsätze der Landesentwicklungsplans. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:	Die Stellungnahme positioniert sich grundsätzlich positiv zum Entwurf des LEP Windenergie, was zur Kenntnis genommen wird. Sie beinhaltet darüber hinaus Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu militärischen Belangen: Richtfunktrassen werden bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie im Einzelfall bewertet; sie führen nicht zu einem pauschalen Ausschluss von Vorranggebieten Windenergie. Die Festlegung von Höhenbegrenzungen auf Ebene der Regional- und Bauleitplanung ist ausgeschlossen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fachliche Argumente/Kriterienkatalog, standortbezogen Bei den nachfolgenden Argumenten und Einwendungen beziehen wir uns auf eine Rohpotenzialfläche, die in der Karte Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie aus Juni 2024 abgebildet ist. (Sie Ist nicht Bestandteil der veröffentlichen Beteiligungsdokumenten.) Für den Standort zwischen den Orten Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide Tellingstedt, Landkreis Dithmarschen, wird in der veröffentlichten Potenzialflächenkarte eine mögliche Windvorrangfläche abgebildet. Die abgebildete Fläche stellt das Projektgebiet „Bürgerwindpark Schrum-Wembüttel“ dar und liegt in einem stark windhöffigen Raum in den zuvor genannten Gemeinden. Das betrachtete Gebiet wird von verschiedenen Seiten durch einzuhaltende Abstände zur Einzelwohnhäusem sowie im Osten und Westen durch Wohnbebauung der Gemeinden Immenstedt und Schrum im Westen im Außenbereich begrenzt. Das Gebiet wurde von uns als regional ausgerichtete Planungsgemeinschaft seit vielen Jahren überplant. Es wurde aufgrund von Landschaftsschutzgebietsausweisungen im vorangehenden Regionalplanverfahren nicht weiter betrachtet, abgewogen und ausgewiesen. Wir beschäftigen uns seit Jahren intensiv mit Gebiet. [redacted] Für das in Frage kommende Gebiet wurden Untersuchungen und Planungen in der Zwischenzeit ausgeführt, auch sind durch die anderen Beteiligungsverfahren (Landesentwicklungsplan) viele Informationen zu den Umweltbelangen veröffentlicht worden. Die beschriebene, weiträumige Fläche liegt auf der Hohen Geest, ist sehr wenig bewaldeutnd wird bereits intensiv zur Landwirtschaft mit Ackerbau und Grünland genutzt. Die für einen Windpark erforderlichen Abstände zu Ortschaften können eingehalten werden. Zu den einzelnen Kriterien: 1. **Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern** 2. **Beeinträchtigung Großvögel** 3. **Waldabstand**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4. **Landschaftsschutzgebiete** 5. **Militärische Belange** 6. **Schwerpunktbereich Tourismus und Erholung** 7. **Gewässerschutz** 8. **Schutz- und Biotopverbunde** 1. **Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern- Ziel**Das mögliche Windeignungsgebiet ist so groß, dass die geplanten Abstandsforderungen eingehalten werden können. Die Beibehaltung der Rotorin-Planweise schafft zusätzlich genügend Abstand. Dieser wird zumeist häufig auch durch die erforderlichen Abstände aufgrund der Belastungen durch Schall und Schattenwurf übertroffen. In der Regel führen die Vorgaben für die Einhaltung der Emissionen Zu noch zu größeren Abständen. Auch dies ist Bestandteil des eigentlichen Genehmigungsverfahrens und dort zu prüfen. Nach wie vor ist eine ausreichende Potentialfläche auf der Fläche vorhanden, 2. **Beeinträchtigung Großvögel- Grundsatz**Um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln soll im angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Hier möchten wir darauf hinweisen, dass weiter differenziert werden sollte bei der Festlegung von Tabuzonen um Horste von Großvögeln. Gerade durch Entwicklung und Einsatz neuer Techniken (ProTecBirdu)nd Schaffung von Lenkungsflächen sollten bei bestandsreichen Arten, beispielsweise wie Storche und Rotmilan durch geeignete Maßnahmenkonzepte Artenschutzkonflikte zu bewältigen sein. Die Großvögel können so erfolgreich geschützt werden. Der großräumige Ausschluss von Potenzialflächen um Horste sollte daher auf die Ebene der Einzelfallbetrachtung verlagert werden und nicht von vomeherein zum Ausschluss einer Fläche für Windstandorte führen. Der Ausschluss von besonders sensiblen Flächen mit großflächig vorkommenden besonders schützenwerten Arten hingegen ist für uns in Ordnung. 3. **Waldabstand**Der vorgeschlagene, einzuhaltende Abstand zu Waldflächen von 30 mist für uns in Ordnung. Zu den vorhandenen Flächen kann für die Planfläche genügend Abstand gewahrt werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4. **Landschaftsschutzgebiete** Die neue Gewichtung dieses Kriteriums möchten wir ausdrücklich befürworten, Es ist Bürgern zuzumuten, auf Windenergieanlage zu schauen. 5. **Militärische Belange- Ziel** Auch dieser Belange sollten auf Ebene der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden. Beispielsweise lineare militärische Richtfunktrassen können bei der Planung eines Gebiets mit Windstandorten Berücksichtigung finden. Die in dem Gebiet liegende Richtfunktrasse quert die Fläche, beeinflusst die mögliche Standortplanung jedoch kaum. Sie führt nur zu einer minimalen Einschränkung der Eignungsfläche. 6. **Tourismus und Erholung- Ziel und Grundsatz**Grundlegend weisen wir darauf hin, dass die Tatbestandsmerkmale „Erholung” und „Tourismus” durchaus verschieden und damit Uunterschiedliche Abwägungsbelange sind. Es sollten nur Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung (wenn überhaupt) von dem Ausbau der Erneuerbaren ausgenommen werden, Kembereiche oder Vorbehaltsgebiete hingegen nicht. Bei Umfragen bei Touristen werden Windenergieanlagen regelmäßig als regionsprägend und positiv bewertet. Die Erholung ist ein öffentlicher Belang, der gemäß 8& 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und damit auch bei den Regionalplänen zu berücksichtigen ist; das gleiche gilt für den Tourismus als Wirtschaftsfaktor(& 1 Abs., 6 Nr. 8 lit. a BauGB),. Der „Erholung" im Sinne des & 1 Abs, 6 Nr. 3 BauGB dienen neben Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen auch Frei- und Grünflächen, während der Tourismus zu den Belangen der „Wirtschaft” gehört. Der „Erholung” dienen die hier streitgegenständlichen Bereiche nicht, zumal laut Textteil des Regionalplanentwurfs diese Kembereiche für Erholung in guter Zuordnung zu den Ober- und Mittelzentren als Naherholungsgebiete liegen sollen, während die einzig größere Ortschaft in der Nähe, nämlich Tellingstedt, bei der Landesplanung nur als Unterzentrum geführt wird. Tourismus als wirtschaftlich relevanter Faktor findet kaum statt. Auch sollte diese Darstellung als Vorbehaltsgebiet nicht von vormherein dazu führen, dass die betroffenen Flächen von einer Nutzung zur regenerativen Stromproduktion ausgeschlossen werden. 7. **Talräume an Gewässern**Das Gebiet wird durch die Fließgewässer durchzogen. Die einzuhaltenden Abstände können in der Standortplanung	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	berücksichtigt werden. Die Einschränkungen sind nicht so gravierend, dass das Gebiet sich erheblich vermindem würde. 8. **Schutz-und Biotopverbunde**In gesetzlich geschützten, flächenhaften, unmittelbar räumlich zusammenhängenden Biotopen mit einer Größe von insgesamt mindestens fünf Hektar soll die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen werden. Diese Gewichtung befürworten wir. Schwerpunktbereich Schutzgebiet und Biotopverbund Dieses Kriterium wird im BimSchG-Verfahren untersucht und bewertet. Biotopschwerpunktbereiche in vergleichbaren Größenverhältnisse, sollten wie zusammenhängende gesetzlich geschützte Biotope kategorisch für den Ausbau der Windenergie ausgeschlossen werden. Randbereiche sowie Biotopverbundachsen sollten dabei einer Abwägung zugänglich sein. Dementsprechend können Biotopschwerpunktbereiche ab 5 Hektar vom Grundsatz zum Ziel gewandelt werden. **Weitere Punkte/ Argumente** **Verfahren** Wir begrüßen grundsätzlich das geplante Verfahren, die Kriterien zur Ausweisung von Windeignungsflächen im Landesentwicklungsplan gesetzlich zu verankem. Gleichzeitig werden die Kriterien neu gewichtet und bewertet. Auch folgt das Land Schleswig-Holstein zum einen den neuen Anforderungen des geänderten Bundesrechts und schafft zum anderen die notwendigen Rahmenbedingungen für Klimaschutz, Energiewende und dringend benötigtem Ausbau der Emeuerbaren Energien, Die Festsetzung von bestimmten Kriterien als Ziele, die der Abwägung nicht zugänglich sind und als Grundsätze, die in der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden können, schafft einen einheitlichen Verfahrensrahmen für verschiedene Ausweisungsverfahren. Durch die Beibehaltung der Rotorin-Lesart werden die politischen und verträglichen Ziele der Landesregierung, genügend Abstand zu Wohnbereichen, weiterverfolgt. Auch der Wegfall von der bislang geltenden Ausschlusswirkung kann im Einzelfall sinnvolle Ausweisung von Windeignungsflächen in bestimmten Lagen ermöglichen. Die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	neue Positivplanung ermöglicht, große, stark windhöffige Gebiete im Landesinneren, die bislang vor allem durch Landschaftsschutzgebietsausweisungen keine Berücksichtigung fanden, für die emeuerbare Stromproduktion zu erschließen. Flächen, die zum Teil wesentlich besser geeignet sind, zum Beispiel aufgrund ihrer größeren Entfemungen von Siedlungen und Häuser als an der Küste, werden im laufenden Verfahren nun aufgenommen. Die ungleichmäßige Verteilung und eindeutige Bevorzugung der Küstenregion stellen ein soziales Gefälle für die Gemeinden und Bevölkerung dar, Die Wertschöpfung darf aber nicht weiter so ungerecht verteilt sein. Insgesamt unterstützen wir daher das vorgesehen Verfahren, die Grundsatzbeschlüsse der Landesregierung zur Windenergieplanung vom Dezember 2023 auf Ebene des Landesentwicklungsplans umzusetzen. **Klimaschutzziele** Aus Gründen der Klima- und Energiepreiskrisen ist weiterer Flächenbedarf eindeutig ersichtlich. Dies definiert den an sich vorhandenen Ermessensspielraum neu. Wir befürworten den Ausbau von Emeuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, auch in unserer Gemeinde, da wir die Energiewende und Grüne Energugt ifineden . Sie stärkt die Wertschöpfung des Ländlichen Raums und birgt längst nicht die Gefahren von Atomkraft. Der Bedarf von klimaneutraler Energie wird sich gerade an der Westküste mit den Standorten wie Brunsbüttel und Heide enorm durch Transformation der Industrieversorgung, Mobilität und private Haushalt massiv steigemn. Auch können zukünftig die verschiedenen geplanten Stromleitungen den erzeugten Strom Offshore und Onshore wegführen. Schleswig-Holstein erhält eine historische Chance, seine Wirtschaftlichkeit zu steigem. **Zusammenfassung** In der Zusammenfassung ermöglichen die aktuellen Abwägungskriterien große neue Windvorrangflächen in unserer Region. Auch in den anfangs genannten Orten ist eine Potentialfläche für den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergieausbau möglich. Die Kriterien und der Zuspruch in der Bevölkerung lassen einen Wegfall des Gebiets nicht zu. **Wir befürworten daher** • **die Verfahrensweise der Verankerung der Kriterien zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im Landesentwicklungsplan und** • **bitten um die Aufnahme des Gebiets zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt als Vorranggebietsfläche für Windenergie im zukünftigen Regionalplan Sachthema Wind,** Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2817	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an- , Land“ des Landesentwicklungsplanes SH- Fortschreibung 2021- Erster Entwurf Juni 2024 Westensee, den 8.9.2024 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich dies bezüglich anführen: Um mehr Zeit für eine fundierte Stellungnahme zu haben, bitte ich darum, dass die Abgabefrist um 3 Monate verlängert wird. • Ich bin für die Pläne der Landesregierung zur weiteren Ausweisung von weiteren	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Flächen für Windkraftanlagen. Wenn die Landesregierung laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick behalten will, dann müssen die im Folgenden aufgeführten Bedenken und Aspekte zwingend bei den Planungen als Ziele und Grundsätze berücksichtigt werden: • Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (z.B. Veenker, 2020). - Als Ziel und Grundsatz muss gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920m eingehalten wird. - Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel, nach einem Brandereignis mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. - Für o.g. Ereignisse müssen Haftung und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab festgelegt werden. - Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnende und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet. • Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. - Gerade durch die o.g. Abschaffung dieser Regel wird es sonst zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung. Damit verbunden ist meine Sorge und die Gefahr, dass sich in der Folge viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden werden. • Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z.B. zur Umfassung	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. dem Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante, weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Dies steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papier) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. • Aus den bereits genannten Akzeptanzgründen aber auch im Sinne der Schutzbedürftigkeit der Anwohnerinnen und Anwohner und Schaffung möglichst gleicher Lebensverhältnisse im Land ist das Kriterium der Vorbelastung und die Erzielung einer Konzentrationswirkung von 2 WKA kontraproduktiv. Es soll, wie von der Landesplanung generell angestrebt, eine Gleichverteilung erfolgen. Durch Windenergiegebiete oder Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gemeindegebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. • Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2- speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz. • Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u.a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. • Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. • Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit meines Lebens- und Erholungswertes. • Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage ist meine Sorge, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses und der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken) durch zukünftig noch höhere Windkraftanlagen gefährdet oder weiter eingeschränkt wird. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 sind bereits bei der Festlegung von Windvorrangflächen und im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Dies muss bereits in den Zielen und Grundsätzen festgeschrieben werden. • Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus – einem bedeutenden Wirtschaftszweig SchleswigHolsteins. • Es steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung, dass z.B. die mögliche Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101 einen unzureichenden Abstand zu festgelegten Siedlungsbereichen (hier der Siedlungsachse Kiel–Melsdorf–Felde) aufweist. Generell muss als Ziel und Grundsatz der Raumordnung definiert werden, dass zu festgelegten bzw. geplanten Siedlungsbereichen/-achsen ein Abstand von Vorrang- und Potenzialflächen von mindestens 1000m (800m + 200m Sicherheitspuffer) einzuhalten ist. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2450	Goldgräberstimmung bei den jeweiligen Flächenbesitzern und erste Vorabsprachen mit Betreibern führen zu abstrusen und hektischen Situationen. Gemeinden werden bereits Angebote für den Fall einer positiven Stellungnahme gemacht. Schutzregeln spielen dann keine Rolle mehr.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1814	[redacted] Ministerpräsident für Inneres, Kommunales Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein **Landesplanungsbehörde, Referat IV 64** Düsternbrooker Weg 92 24105 Kiel **Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 7.2.12, 3.15, 4.2, 4.5, 4.14, 4.15 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	an Land“ des Landungsentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Ich lehne ausdrücklich die Windkraftpläne im Kreis aus mehreren Gründen ab. Ich lebe in Bad Segeberg, bin in der Region sehr verwurzelt und verbringe viel Zeit in meinem Elternhaus in der Gemeinde [redacted]. Die Landschaft und Natur zwischen Bad Segeberg und [redacted] habe ich seit jeher als sehr besonders und als landschaftlich schön, ruhig und für die Gegend charakteristisch empfunden, was auch jetzt meine heutige Sicht widerspiegelt. Diesen Landschaftsraum in seiner typischen Ausprägung sehe ich mit den Plänen des Landes als bedroht an. Ich halte diesen Raum mit seinen Knicklandschaften und Seen für erhaltenswürdig und möchte, dass dieser unbeeinträchtigt bleibt. Wie viele andere Bürgerinnen und Bürger auch suche ich dort Erholung und kann nicht nachvollziehen, wie eine Landschaft, die explizit als Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein ausgewiesen ist, ihr charakteristisches Gepräge und damit ihren Wert verlieren soll. Im Gegenteil erhoffe ich mir, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete und Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für eine nachhaltige Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Hierfür, aber auch aus Erwägungen des Naturschutzes würde ich erwarten und mir wünschen, dass vorhandene Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete; Moor- und Niederungsflächen und Biotopverbundachsen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und ausdrücklich von der Windenergienutzung ausgenommen werden. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ich bin maßgeblich daran interessiert, dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen zwischen dem Tarbeker Moor und der Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet ist. Zudem befürchte ich, dass überlebenswichtige Vogelflugkorridore	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zwischen den Schlafplätzen von Gänsen, Schwäne, Störchen und Kranichen unterbrochen werden können. In diesem Rahmen halte ich es überdies für unabdingbar zu gewährleisten, dass die geschützten Großvogelarten wie etwa Rotmilan, Seeadler, Kranich, Graureiher und der Große Brachvogel weiterhin brüten können und geschützt werden und dass als eine Voraussetzung die Abstandsregeln zu den Brutplätzen von vor 2018 eingehalten werden. Zusammenfassend steht für mich außer Frage, dass diese geplanten extrem hohen Windräder nicht nur den typischen Charakter unserer Landschaft im Sinne einer Tourismusregion beeinträchtigen, ja gar zerstören würden, sondern sich auch geradezu als verantwortungslos hinsichtlich von Natur- und Landschaftsschutzbestrebungen erweisen. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme und um eine Antwort. Mit freundlichem Gruß [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1813	Ich pllädiere gegen den Bau von weiteren Windkraftanlagen in unserer Gemeinde [redacted] Schwedeneck. Während Straßen- oder Industrielärm nachts abebbt, drehen sich die Windräder weiter und sind dann um so deutlicher zu hören. Insbesondere wenn Schäden an den Windrädern auftreten und sie anfangen zu quietschen oder rumpeln. Meine Familie, wohnhaft in [redacted] [redacted] [redacted] [redacted] ist schon jetzt von den Geräuschen einer Windkraftanlage betroffen. Mehr von diesen Geräuschen durch zusätzliche Windkraftanlagen sind nicht nur unschön, bedeuten sie doch, dass wir dann gar keine Ruhe in und um unser Haus mehr haben würden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Gruppe ID: G1812 Anzahl: 2 (IDs: 1812, 1815)	**Stellungnahme gegen die Errichtung von Windkraftanlagen in der Gemeinde Heidmühlen** Sehr geehrte Damen und Herren, als besorgter Bürger möchte ich eindringlich gegen die geplante Errichtung von Windkraftanlagen in der Gemeinde Heidmühlen Stellung beziehen. Die Gründe, die gegen die Realisierung dieses Projekts sprechen, sind vielfältig und haben weitreichende Konsequenzen für unsere Umwelt, die Lebensqualität der Menschen und den Erhalt unserer einzigartigen Natur- und Kulturlandschaft. **1. Bedrohung der renaturierten Auenlandschaft und ihrer seltenen Tierarten** Die Auenlandschaft von Heidmühlen wurde in den vergangenen Jahren aufwendig und mit erheblichen öffentlichen Mitteln renaturiert. Dieses Gebiet bietet nun einen wertvollen Lebensraum für seltene und bedrohte Tierarten, darunter seltene Fledermäuse (teils in direkter Nähe der geplanten Flächen), **Schwarz**- und Weißstörche, Kraniche, **Seeadler** (anerkante Brutstätten in der Gemeinde Heidmühlen), der rote Milan, Eisvögel, Neuntöter sowie verschiedene Eulenarten. Die Errichtung von Windkraftanlagen würde diese empfindlichen Ökosysteme nachhaltig stören und die Bemühungen zum Schutz dieser Arten zunichtemachen. Gemäß der FFH-Richtlinie der Europäischen Union (92/43/EWG) sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, den Erhaltungszustand von Lebensräumen und Arten von gemeinschaftlichem Interesse zu bewahren oder wiederherzustellen. Die Zerstörung dieser renaturierten Auenlandschaft durch Windkraftanlagen widerspricht eindeutig diesen Verpflichtungen. **2. Erholungswert der Gemeinde und Tourismus** Seit der Corona-Pandemie haben immer mehr Erholungssuchende aus Hamburg, Kiel und der Umgebung den Weg nach Heidmühlen gefunden, um die unberührte Natur zu genießen. Die Ruhe und der landschaftliche Reiz unserer Gemeinde ziehen zunehmend Besucher an, die eine Auszeit von der städtischen Hektik suchen. Der Bau von Windkraftanlagen würde das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen und den Tourismus sowie die Naherholung gefährden. Dies hätte nicht nur wirtschaftliche,	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Darüber hinaus beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise/Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sondern auch soziale und kulturelle Folgen für unsere Gemeinde. **3. Unverhältnismäßige Umweltbelastung durch parallele Errichtung eines Solarparks** Zusätzlich zu den geplanten Windkraftanlagen ist die Errichtung eines Solarparks in der Gemeinde Heidmühlen vorgesehen. Die gleichzeitige Umsetzung beider Projekte würde eine unverhältnismäßige und untragbare Umweltbelastung für unsere Gemeinde darstellen. Gemäß der Bundesimmissionsschutzverordnung (§ 3 BImSchV) muss bei der Genehmigung solcher Projekte die kumulative Wirkung auf die Umwelt berücksichtigt werden. Eine derartige Konzentration von Energieinfrastrukturen in einem kleinen Gebiet widerspricht dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit und der nachhaltigen Raumnutzung. **4. Negative Auswirkungen auf Mensch und Natur** Es ist hinreichend bekannt, dass Windkraftanlagen sowohl auf Menschen als auch auf die Natur erhebliche negative Auswirkungen haben. Lärmbelastung, Infraschall, Schattenwurf sowie die Gefahr von Eiswurf stellen eine ernstzunehmende Bedrohung für die Gesundheit der Anwohner dar. Studien belegen, dass der ständige Lärmpegel und Infraschall zu Schlafstörungen, Stress und langfristigen gesundheitlichen Problemen führen können. Zudem gefährden Windkraftanlagen die lokale Tierwelt durch Kollisionen und die Zerstörung von Lebensräumen. Gemäß Artikel 191 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, bei der Umweltpolitik dem Vorsorgeprinzip Rechnung zu tragen. Angesichts der bekannten Risiken und negativen Auswirkungen wäre es unverantwortlich, die Windkraftanlagen in Heidmühlen zu genehmigen. **5. Fehlende Planung für den Stromabtransport** Bis heute gibt es keine belastbare Planung für den Abtransport des erzeugten Stroms aus den geplanten Windkraftanlagen. Der Bau von zusätzlichen Stromleitungen oder Umspannwerken würde nicht nur die Natur zusätzlich belasten, sondern auch die Lebensqualität der Anwohner noch weiter beeinträchtigen. Ohne eine klare und umweltverträgliche Planung ist eine Genehmigung des Projekts nicht zu rechtfertigen. Dies verstößt gegen die Grundsätze der Raumordnung und Landschaftsplanung nach dem Raumordnungsgesetz (ROG), das die Vermeidung von Zersiedelung und die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erhaltung der Kulturlandschaft vorschreibt. **6. Unverhältnismäßig hoher Insektenverlust und Bedrohung der Vogelwelt** Eine Untersuchung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) hat gezeigt, dass Windkraftanlagen an warmen Tagen eine unverhältnismäßig hohe Zahl an Insekten töten. Dies hat unmittelbare negative Auswirkungen auf die bedrohte Vogelwelt und die nachweislich in unserer Gemeinde lebenden Fledermäuse, die auf Insekten als Nahrungsquelle angewiesen sind. Der drastische Rückgang der Insektenpopulation durch Windkraftanlagen verschärft die ohnehin schon bedrohliche Lage vieler Vogel- und Fledermausarten. Alle hier aufgeführten Punkte begründen sich u.a. in : • **FFH-Richtlinie (92/43/EWG)**: Schutz seltener und geschützter Tierarten. • **Vogelschutzrichtlinie (2009/147/EG)**: Schutz der Vogelwelt und deren Lebensräume. • **Umweltverträglichkeitsprüfungs-Richtlinie (2011/92/EU)**: Berücksichtigung der kumulativen Umweltbelastungen. • **Aarhus-Konvention (1998) und Richtlinie 2003/4/EG**: Informationszugang und Bürgerbeteiligung. • **Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV, Artikel 191)**: Vorsorgeprinzip. • **EU-Richtlinie über die strategische Umweltprüfung (2001/42/EG)**: Nachhaltige Planung und Berücksichtigung des Erholungswerts. Ich bitte Sie die o.g. Aspekte im Genehmigungsprozess zu beachten / berücksichtigen. **Fazit** Die Errichtung der Windkraftanlagen in Heidmühlen würde gegen geltende EU-Richtlinien zum Natur- und Artenschutz (FFH- und Vogelschutzrichtlinie) verstoßen, indem sie geschützte Lebensräume und bedrohte Arten gefährdet. Angesichts der genannten Punkte ist es unvereinbar mit den nationalen und europäischen gesetzlichen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorgaben, die Errichtung von Windkraftanlagen in der Gemeinde Heidmühlen zu genehmigen. Die kumulative Umweltbelastung durch die parallele Errichtung eines Solarparks wäre unverhältnismäßig und steht im Widerspruch zur UVP-Richtlinie. Zudem fehlen belastbare Planungen für den Stromabtransport, was zusätzliche Belastungen für Mensch und Natur nach sich ziehen würde. Der Schutz unserer einzigartigen Natur- und Kulturlandschaft, die Gesundheit der Bevölkerung und die Wahrung des Erholungswerts unserer Gemeinde müssen oberste Priorität haben. Das Vorsorgeprinzip gemäß Artikel 191 AEUV verlangt hier eine Ablehnung des Projekts. **Ich fordern die zuständigen Behörden daher auf, dieses Vorhaben im Sinne der Nachhaltigkeit und des Naturschutzes abzulehnen.** Mit freundlichen Grüßen,	
Gruppe ID: GM2389 Anzahl: 2 (IDs: 1906, M2389)	[redacted] Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein -Landesplanungsbehörde, Referat IV 64 Düsternbrooker Weg 92 241005 Kiel 07.09.2024 Betr.: Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Änderung, Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Stellungnahme zum Entwurf und gegen die Errichtung eines Windparks in der Nähe unseres Wohngebiets Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten unsere Bedenken und unseren Widerstand gegen die geplante Errichtung eines Windparks in unmittelbarer Nähe unseres Wohnhauses zum Ausdruck bringen. Da wir davon ausgehen, dass bei Ihren weiteren Überlegungen eine Fläche in Beidenfleth, im Regionalplan von 2017 mit PR3_STE_076 als Potenzialfläche bezeichnet, mit eingezogen wird, geben wir als Anwohner für diese Fläche eine	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Zu Punkt 1 siehe Ziffer 7.3.2, zu Punkt 2 siehe Ziffer 7.3.9, zu Punkt 3 siehe Ziffer 7.2.12, zu Punkt 4 siehe Ziffer 7.3.3, zu Punkt 5 siehe Ziffer 4.9.1. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet unter Punkt 6 zudem Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellungnahme ab. Die Fläche wird im Norden und Osten von der Straße Groß Kampen und im Westen von der Straße Klein Kampen begrenzt und tangiert uns deshalb ganz besonders. Wir haben 2016 die Hofstelle Klein Kampen [redacted] erworben und bezogen. Sie ist unser Hautwohnsitz, und wir sind deshalb direkt von der Errichtung des Windparks betrofen. Unser Gebäude ist ein Barghus erbaut nach 1805(d). Es hat ein Reetdach mit vorderem Halb- und hinterem Vollwalmdach. 2017 hat die Untere Denkmalschutzbehörde des Kreis Steinburg beschlossen, dass unser Haus unter Denkmalschutz gestellt wird. Als Begründung wurde damals angegeben, dass dieses Gebäude geschichtlich und wissenschaftlich, weil die Kulturlandschaft prägend, von Bedeutung ist, und dass es so, wie es mal erbaut worden ist, erhalten werden soll. Die Kulturlandschaft, das ist die Wilstermarsch, eine der vier holsteinischen Elbmarschen. Sie liegt nordöstlich der Elbe zwischen Stör und Nord-Ostsee-Kanal und dem Geestrand im Kreis Steinburg. Von den eingedeichten Marschengebieten liegt die Wilstermarsch laut Wikipedia am tiefsten. Aufgrund der dadurch bedingten schlechten Entwässerungsmöglichkeiten ist sie geprägt von Dauergrünland. Zahlreiche Deichsysteme, die weit ins Landesinnere hineinreichen prägen außerdem diese Kulturlandschaft. Die weite Besiedlung, die ofenen Grünflächen und der geringe Baumbestand hat es einer Vielzahl an Tieren und Pflanzen ermöglicht, diese Flächen zu besiedeln. Umgeben von einer Weite, die fast schon wie ein trockengelegtes Meer anmutet, kann man in alle Richtungen bis zum Horizont blicken. Nachts ist bei wolkenlosem Himmel ein beeindruckender Sternenhimmel zu sehen und Fasane, Hasen, Schleiereulen und andere Greifvögel beleben Tag und Nacht unser Zuhause. Das ist der Grund, warum wir uns fernab der Städte, besonders der Großstadt Hamburg, für dieses Objekt entschieden haben. Um in dieser Oase leben zu können, nehmen wir Unannehmlichkeiten wie geringe Infrastruktur, weite Fahrtwege für jedes Anliegen und natürlich auch täglich zur Arbeit, lange Fahrtzeiten bedingt durch Baustellen auf der A23 und höhere Kosten für die Mobilität in Kauf. Windkraftanlagen haben für uns in Maßen von Anfang an zu diesem Gesamtbild der Kulturlandschaft Wilstermarsch dazugehört. Es schien uns so, dass sie maßvoll und mit	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Bedacht in die Landschaft integriert worden sind, so dass ihre negativen Seiten für Flora, Fauna und die Anwohner ertragbar bleibt. Durch den weiteren Ausbau der Windenergie, stark begrenzt auf wenige, ausgewählte Gebiete in Deutschland, sehr fokussiert auf die Weiten Norddeutschlands und besonders Schleswig-Holsteins sehen wir die Gefahr, dass dieses fragile Gleichgewicht kippen kann und wird. Besonders die Wilstermarsch scheint durch ihre Weite, die Nähe zur Elbe und der Elbmündung und ihrer geringen Besiedelung prädestiniert für Windkraftanlagen zu sein. Aber für die Anwohner der Wilstermarsch sind die Windkraftanlagen nicht nur optisch eine Einschränkung, sondern auch gesundheitlich eine Bedrohung. Im Folgenden haben wir die Gründe zusammengefasst, warum das o.g. Projekt nicht in unserem Interesse ist: 1. Lärmbelästigung: Windturbinen erzeugen kontinuierlichen Lärm, der die Lebensqualität der Anwohner erheblich beeinträchtigt. Besonders in den Abend- und Nachtstunden kann der Lärmpegel zu Schlafstörungen und Stress führen. Je nachdem von wo der Wind weht, sind diese Geräusche leiser oder lauter, aber niemals ganz lautlos. Bei starkem Wind sind die Geräusche beängstigend, weil man immer davon ausgehen muss, dass Schäden, die an den Windkraftanlagen entstehen könnten, weiträumig drumherum Schäden an Häusern, Bäumen und Grundstücken verursachen würden. Das verursacht zusätzlich zu der Lautstärke mentalen Stress. 2. Havarie: Windturbinen haben immer mal wieder Havarien. Die bleiben gar nicht aus, denn durch die enormen Kräfte, die in der Höhe herrschen, können Schäden verursacht werden, die zu einem Mastbruch führen, Flügel oder Maschinenhaus demolieren oder auch zu einem Abwurf von anderen Bauteilen führen können. Dadurch ist das darunter und darum herum liegende Gebiet in ständiger Gefahr, von herunterfallenden Teilen getrofen zu werden. Selbst durch „Eiswurf“ können im Winter starke Schäden verursacht werden, wenn gefrorene Eissplitter von den Flügeln weiträumig abfallen, so dass Menschen und Tiere einen weiten Abstand zu den Anlagen einhalten sollten. Viele Anlagen stehen aber an bereits vorhandenen Wirtschaftswegen, die von den Anwohnern genutzt werden, um von A nach B zu kommen, um Sport zu treiben, die Natur zu genießen oder Hund und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Pferd Auslauf zu ermöglichen. Würden diese Wege für die Windkraftanlagen gesperrt werden, hätte es direkte Auswirkungen auf die Mobilität und Lebensqualität der Anwohner. Manchmal muss man sich regelrecht zwingen, unter den Anlagen durchzugehen, und sich sagen: Da passiert schon nichts. Was nicht der Fall ist. Von 2015 bis Mitte 2024 sind im Internet ca. 340 Havarien in Deutschland dokumentiert worden. Drei davon in geringer Nähe der angesprochenen Fläche PR3_STE_076, zwei im Jahr 2019 (im Abstand von nur 3 Wochen) und eine Havarie im August 2024. Bei einem Unglücksfall ist mit erheblichen Auswirkungen und Gefährdungen von Menschen, Umwelt und Sachschaden zu rechnen. Um so näher die Anlagen an bewohntem Gebiet gebaut werden, um so höher kann und wird diese Gefährdung sein. Der Bau von Windkraftanlagen auf Flächen wie hier angegeben, ist unverantwortlich, und die Gefahren unvorhersehbar. Eine Sicherung der Fläche ist unrealistisch und die Auswirkungen auf die Natur sind nicht zu vertreten. 3. Visuelle Beeinträchtigung: Die großen Windturbinen dominieren das Landschaftsbild und zerstören die natürliche Schönheit unserer Umgebung. Je höher sie sind, um so mächtiger und prägnanter stehen sie dort. Manchmal wirken sie direkt bedrohlich. Das hat nichts mit den Windmühlen unserer Vorfahren zu tun oder mit der Idylle der Schöpfmühlen. Das ist jetzt schon so mit vorhandenen Anlagen, aber wie wir Eingangs beschrieben haben, ist die visuelle Beeinträchtigung noch ertragbar. Sollten wir aber von Windkraftanlagen umzingelt sein, wird es unerträglich für das Auge und die Weite der Kulturlandschaft ist dahin. Die Kulturlandschaft hat dann ihren typischen Charakter verloren und ist nicht mehr lebenswert, liebenswert, erholsam. Auch der Schlagschatten soll hier nicht unerwähnt bleiben. Je nach Sonnenstand wandert er, und je nach Höhe der Windkraftanlage trift er umliegende Ländereien und deren Anwohner auch oder gerade in weiter Entfernung. So wird eine scheinbar weit entfernte Windkraftanlage stundenlang zur Beeinträchtigung des täglichen Lebens dieser Anwohner werden und diese stören. 4.Gesundheitliche Auswirkungen: Windkraftanlagen produzieren außer Energie auch Infraschall. Es gibt Studien, die darauf hinweisen, dass der Infraschall, der von Windturbinen erzeugt wird, gesundheitliche Probleme wie Kopfschmerzen, Schwindel und Übelkeit verursachen kann. Mittlerweile weiß man, dass Infraschall auch noch in 10	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	km Entfernung messbar ist. Ortsnahe Windkraftanlagen, die in einer Entfernung von vielleicht 0,5 bis 1 km Entfernung zu Wohngebäuden errichtet werden und dauerhaft deren Anwohner mit tiefrequenten Geräuschen beschallen, sind deshalb eine Gefahr für unsere/deren Gesundheit. Diese potenziellen Risiken sollten nicht ignoriert werden und deshalb erwarten wir, dass die Errichtung (weiterer) ortsnaher Windkraftanlagen gar nicht erst geplant und auf jeden Fall nicht genehmigt werden. 5.Artenschutz/ Tierschutz: Die Gefahren von Windkraftanlagen für Fledermäuse und Greifvögel sind bekannt. Rund 250 000 Fledermäuse und tausende Greifvögel fallen jährlich den Rotorblättern der Anlagen zum Opfer. Dass auch Insekten zu den Verlierern des Ausbaus der Windenergie zählen, ist bislang eher unbekannt. Doch die Betreiber von Windkraftanlagen wissen von den Anhaftungen toter Insekten auf den Rotorblättern. Zum Teil waren sie so erheblich, dass die Leistung der Anlagen deutlich zurückgeht und eine regelmäßige Reinigung der Blätter unabdingbar war. Durch neue Materialien bei der Oberflächenbeschichtung scheint sich dieses technische Problem lösen zu lassen. Was bleibt, ist der Tod der Insekten. (Deutsche Wildtier Stiftung) Wir finden es unverantwortlich, dass solche Fakten weiterhin ignoriert werden. Wir sind nicht für den Abriss bestehender Windkraftanlagen, denn wir wissen auch, dass wir unseren Strom irgendwie erzeugen müssen. Aber die Maßlosigkeit, mit der weiterhin die Natur zerstört wird und die Artenvielfalt dezimiert wird, ist nicht nachvollziehbar. Angesichts der großen Anzahl von Windkraftanlagen um unseren Wohnort herum, frage wir uns daher, ob ein weiter Windpark wirklich notwendig ist, unf ob er nicht nur dem Profit einiger weniger dient. 6. Denkmalschutz: Bereits 2017 gab es Überlegungen die o.g. Fläche PR3_STE_076 für die Windkraft zu nutzen. Dazu wurden damals bereits Stellungnahmen/ Einsprüche von den direkt betrofenen Anwohnern in Groß Kampen [redacted] Groß Kampen [redacted] abgegeben. Die daraus resultierende Abwägungsentscheidung möchten wir in unserer Stellungnahme aufgreifen, denn aus unserer Sicht gelten die damals aufgeführten Fakten, die die Nutzung der Fläche für Windkraftanlagen ausschlossen, unverändert. Veränderungen sind dahingehend eingetreten, dass unser Objekt in der Straße Klein Kampen [redacted] und ein weiteres Objekt in direkter Nachbarschaft, Klein Kampen [redacted],	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	inzwischen ebenfalls wie die Objekte Groß Kampen [redacted] unter Denkmalsschutz gestellt worden sind. Den Argumentationen/Einsprüchen wurden 2017 gefolgt, wie in der nachstehend Abwägungsentscheidung aufgeführt, die Potenzialfläche PR3_STE_076 wurde nicht als Vorranggebiet übernommen: Abwägungsentscheidung: „Die Abwägungsentscheidung nach Ende der ersten Anhörung gilt auch jetzt unverändert fort. Den Hinweisen aus der Stellungnahme des Kreises und einigen anderen Stellungnahmen aus der ersten Anhörung wurde gefolgt. Ausschlaggebend für die Streichung der Fläche war vor allem, dass nördlich angrenzend in der Störschleife Hodorf große Kompensationsflächenkomplexe für den Vogelschutz und Ökokonten der Stiftung Naturschutz und des WSA Hamburg liegen. Die Fläche würde in der direkten Zugrichtung vor diesen Flächen liegen und die geplanten Entwicklungsziele konterkarieren. Hinzu kommt die Lage im Umgebungsschutzbereich der denkmalgeschützten Höfe Groß Kampen 18 und 20. Aufgrund eines Urteils zu einer PV-Planung im Umkreis dieser Höfe, die versagt wurde, stellt die Untere Denkmalbehörde auch für WEA keine denkmalrechtliche Genehmigung in Aussicht. Entscheidend ist weiterhin, dass der Repowering-Bedarf in der Bezugsregion Amt Wilstermarsch und angrenzender Bereiche westlich von Itzehoe und Krempe geringer ausfällt als zunächst angenommen. Das Vorhalten von zwei Repowering-Flächen für diese Region ist nicht mehr erforderlich. In der vergleichenden Abwägung hat sich die Fläche STE_065, westlicher Teil gegenüber der Fläche STE_076 als deutlich konfliktärmer erwiesen. Auf die Abwägung zu dieser Fläche wird verwiesen. Die Fläche STE_076 bleibt daher wie im zweiten Entwurf gestrichen. Damit kommt es auch nicht zu einer unzumutbaren Umfassungssituation für Beidenfleth.“ Zu den in der Abwägungsentscheidung gemachten Ausführungen zum Denkmalschutz sollte außerdem die vollständige Stellungnahme der Unteren Denkmalschutzbehörde von 2017 herangezogen werden, sie lautet: „Die vorgesehene Repoweringfläche und abgelehnte Potenzialfläche liegen im denkmalrechtlichen Prüfradius der Kirche Beidenfleth und der Kulturdenkmale Groß Kampen [redacted]. Für den denkmalrechtlichen Schutz der Umgebung der Höfe Groß Kampen [redacted] liegt ein rechtskräftiges Urteil vom 18.06.2013 vor, dass die Genehmigung der 5.Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Inhalt der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Errichtung einer Photovoltaikanlage in der Sichtachse des Barghauses Großkampen[redacted] versagte. Die festgestellte erhebliche Beeinträchtigung des Vorhabens lässt sich an dieser Stelle auf die geplante Repoweringfläche übertragen, da aufgrund der Lage (Nähe zu den Kulturdenkmalen), der Höhe der Windkraftanlagen und gegebenen Sichtverbindungen mit den Kulturdenkmalen von einer noch höheren Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes der denkmalgeschützten Hofanlagen auszugehen ist. Die Erteilung einer denkmalrechtlichen Genehmigung wird für diese Fläche nicht in Aussicht gestellt. Die Betroeenheit der Sichtachsen der Kirchen Beidenfleth und Wewelsfleth wurden noch nicht abschließend geprüft. Das Barghus Groß Kampen [redacted] mit Göpelschauer von 1886 steht aufgrund seines guten Erhaltungszustandes exemplarisch für ein Barghus des ausgehenden 19.Jahrhunderts. Das Fachhallenhaus Groß Kampen [redacted] ist von einem baumbestandenen Wassergraben umgeben. Zum geschützten Denkmalbestand gehören zudem das Kopfsteinpflaster und ein Backhaus. Die Kulturdenkmale wurden aufgrund ihres geschichtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen und die Kulturlandschaft prägenden Wertes in das Denkmalbuch eingetragen Die Hofanlagen sind Bestandteil einer hochwertigen und ungestörten Kulturlandschaft, sie liegen am Deich der spät eingedeichten Störschleife auf ebenem ackerfähigem Marschland. Die Besitzer der beiden Höfe sind sehr engagierte Denkmaleigentümer und haben mit ihren Investitionen einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt dieser Kulturgüter geleistet.“ Durch die nach 2017 unter Denkmalschutz in Klein Kampen [redacted] und Klein Kampen [redacted] gestellten Hofanlagen wird die Bedeutung der Region noch betont und gezeigt, wie wichtig der Denkmalschutz für unsere Kulturlandschaft ist. Wir möchten noch ergänzen, dass an der Straße Hochfeld [redacted] in 25554 Dammfleth, zwei weitere denkmalgeschützte Häuser stehen. Diese Straße führt direkt von der Straße Klein Kampen nach Beidenfleth und „grenzt“ die Fläche PR3_STE _076 von der südwestlichen Seite ein. Es war der Unteren Denkmalschutzbehörde 2017 anscheinend wichtig, dass möglichst viele dieser historischen Gebäude in ihrer baulichen Form erhalten bleiben und so die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Kulturlandschaft Wilstermarsch zusätzlich prägen. Uns stellt sich deshalb die Frage, wie es sein kann, dass stattdessen die Kulturlandschaft mittlerweile ihrerseits mehr und mehr zerstört wird/werden darf. Es ist zwingend erforderlich die unter 4.5.1.5 des Plantextes gemachten Ausführungen einzuhalten: „Die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sind nach §4 Absatz 1 des schleswig-holsteinschen Denkmalschutzgesetz (DSchG SH) in die städtebauliche Entwicklung, Landespflege und Landesplanung einzubeziehen und bei allen öeentlichen Planungen und Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen. Daher müssen sie auch bei der raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung Berücksichtigung finden. Dies gilt insbesondere aufgrund der großen Fernwirkung von WKA und der einhergehenden, potentiellen Beeinträchtigung der Umgebungsbereiche von Denkmälern. Die Veränderung der Umgebung eines unbeweglichen Kulturdenkmals bedarf dabei der Genehmigung der Unteren Denkmalschutzbehörde, wenn sie geeignet ist, dessen Eindruck wesentlich zu beeinträchtigen § 12 Absatz 1 Nummer 3 DSchG SH).“ Unverständlich ist, dass wohl trotz der behördlichen Bewertungen damals eine erneute Befassung mit dieser Fläche in 2024/2025 erfolgen wird. 7. Wirtschaftliche Bedenken: Die Errichtung eines Windparks wird unweigerlich zu einem Rückgang der Immobilienwerte in der gesamten Umgebung führen. Dies stellt eine finanzielle Belastung für die Anwohner dar, die möglicherweise ihre Häuser verkaufen möchten. Für uns sind das Bedenken, die sich wahrscheinlich erst in ein paar Jahrzehnten bemerkbar machen werden, aber die Attraktivität unseres Wohnortes ist ja auch für uns selbst wichtig. Wir möchten nicht von Windkraftanlagen umzingelt sein, und wie die letzten, urigen Verbliebenen in einer Industrielandschaft wohnen, die keine Erholung mehr bietet. Wir fordern die zuständigen Behörden auf, diese Bedenken ernst zu nehmen und alternative Standorte für Windparks zu prüfen, die zum Beispiel weiter von Wohngebieten entfernt sind und an denen es bisher weniger oder gar keine bestehenden Anlagen gibt. Es ist wichtig, dass die Interessen und das Wohlbefinden der Anwohner auch bei	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	solchen Projekten an erster Stelle stehen. Außerdem sollten nicht nur einige wenige Teile der Bevölkerung die Umstrukturierung für erneuerbare Energien tragen müssen, sondern die Belastungen sollten auf alle Bundesländer möglichst gleichmäßig verteilt werden. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1811	**Zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land – Grundsätze und Ziele der Raumordnung** **Nummer 1 G: Verfolgtes Planungsziel** Die in Aussicht genommenen Pläne der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zum Thema „Windenergie an Land“ (LEP Windenergie) und das Planungsziel, bis Ende 2027 mindestens drei Prozent der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie auszuweisen, lehne ich als unzumutbar ab. Grundsätzlich wird der Ausbau der erneuerbaren Energien begrüßt und das haben viele Bürger mit privaten und ungeförderten Investitionen vorangetrieben. Die Windenergie ist im Rahmen der Energiewende in Dithmarschen hat die Gemeinden in wenige Gewinner und viele Verlierer geteilt. Die Akzeptanz der Bevölkerung dieser weiteren verschärften Maßnahmen ist nicht mehr da. Der Kreis Dithmarschen hat nach der letzten Regionalplanfortschreibung 4,4 Prozent der Kreisfläche als Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen waren. Der Kreis Dithmarschen hat also in der Vergangenheit bereits überdurchschnittlich zum Erreichen des Landesziels beigetragen und dem muss in künftigen Planungen Rechnung getragen werden. **Im Kreis Dithmarschen, wo der Ausbau von Windkraftanlagen weit fortgeschritten ist, muss die Ausweisung weiterer Windenergievorranggebiete gestoppt werden.** **Nummer 2 G: Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land** Diese Übernahme von Vorranggebieten wird aus den in Nummer 1 G genannten Gründen abgelehnt**.** Der Kreis Dithmarschen hat sein Soll erfüllt und darf nicht zusätzliche belastet werden. Darüber hinaus bedeutet Repowering einen verstärkten Eingriff in das Landschaftsbild, da repowerte Windkraftanlagen höher sind und größere Rotoren haben. Wodurch ebenfalls die hörbare und nichthörbare Schallbelastung für Mensch und Natur steigt. Existierende	Zu Nummer 1 G: Verfolgtes Planungsziel Es werden landesweit einheitliche Kriterien angewendet. Aufgrund der unterschiedlichen Siedlungsdichte und naturräumlichen Ausstattung ist die Windenergienutzung nicht landesweit gleich verteilt. Zu Nummer 2 G: Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land Die Weiterführung bereits bestehender Windparks stellt in aller Regel einen geringeren Eingriff dar als zusätzlich neue, bisher unbebaute Flächen in Anspruch zu nehmen, schon allein deshalb, weil die bestehende Infrastruktur weitergenutzt werden kann. Deshalb genießt die Erhaltung bestehender Vorranggebiete hohe Priorität. Zu Nummer 3 G Festlegung einer Referenzanlage Hierzu wird auf Ziffer 1.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen Zu 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen Hierzu wird auf Ziffer 1.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Ablehnung jeglicher WEA außerhalb von Vorranggebieten Hierzu kann das Land keine abschließende Regelung treffen, weil zukünftig eine Ausschlussplanung vom Bundesgesetzgeber nicht mehr zugelassen wird (§ 249 Abs. 1 BauGB) Zur Forderung eines Abstandes von 1.000 m zu allen Wohnhäusern wird auf Ziffer 2.3.1 und 2.5.1 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftanlagen sind nicht automatisch akzeptierte Anlagen. Wir Bürger können sie einfach nicht verhindern. Windkraftanlagen, die in der Vergangenheit errichtet worden sind und wo bereits in der Vergangenheit Kriterien einer Ausweisung als Vorranggebiet entgegengestanden haben, müssen zur Ordnung der Landschaft zurückgebaut werden. **Zu Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur** **Nummer 1 G: 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Für alle Siedlungsbereiche, auch für die vereinzelten Häuser im Aussenbereich, die noch nicht durch Windenergienutzung vorbelastet sind, sind ein Abstand von 1.000 Metern, nicht 800 Metern, festzulegen. Das ist nicht nur vor der schleichenden Aufweichung der Abstandsregelungen durch immer höherer WKAs absolut notwendig, sondern auch um wenigstens die Tolerierung von Windkraft in der Bevölkerung zu erreichen. Bayern kann das anscheinend. In SH sind die Menschen weniger schützenswert? Es kann darüber hinaus nicht nachvollzogen werden, warum bei einzelnen Kriterien die Verringerung von Abständen bzw. geänderte flächenhafte Abgrenzung gegenüber den bisherigen vorgesehen werden. **Nummer 3 G Festlegung einer Referenzanlage** Der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen soll eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde gelegt werden. Mit diesen Erhöhungen der Gesamthöhe und der Rotordurchmesser von WKAs sind neue landschaftsverändernde und belastungserhöhende Referenzen eingeführt worden. Abstandsregelungen zu Wohnhäusern und anderen Abgrenzungen (Wald, Biotope, etc.) sind **nicht** gleichzeitig erhöht worden. Untersuchungen der Auswirkungen auf Mensch und Tier sind **nicht** erfolgt. **Diese Veränderung der Planungs-Grundsätze ohne gleichzeitige Anpassung an die erhöhten Belastungen lehne ich aus Schutzgründen ab. Ich halte sie darüber hinaus für rechtlich anfechtbar.** **4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen** In Regional- und Bauleitplänen sollen keine Bestimmungen zur Höhe von raum bedeutsamen WEA getroffen werden. Es ist völlig	Synopse verwiesen. Zur Forderung, die Landschaftsschutzgebiete von WEA freizuhalten wird auf Ziffer 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zum Thema Umfassung wird auf Ziffer 3.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Forderung, Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und Erholung von WEA als Ziel der Raumordnung freizuhalten, wird auf Ziffer 3.15.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unverständlich warum diese Öffnungsklausel pauschal vorgesehen werden soll. Sie ist nicht inhaltlich begründet und stellt eine pauschale Festlegung dar, die den demokratischen Prozess zur Abwägung eingrenzt. Aus den genannten Gründen lehne ich das vorgesehene Verbot ab. **Nummer 4 Z und G: Siedlungsachsen, besondere Siedlungsräume, Baugebietsgrenzen, baulich zusammenhängende Siedlungsgebiete sowie Entwicklungs- und Entlastungsorte** Der Aspekt der landschaftlichen Freihaltebereiche sollte zum Wohle strukturgebenden Raumordnung im LEP an dieser oder einer anderen geeigneten Stelle als Kriterium aufgenommen werden. **In der Geest darf keine Freigabe der Landschaftsschutzgebiete für Windkraftanlagen erfolgen.** Besonders im Bereich Krumstedt , Süderhastedt und Eggstedt ist bereits eine deutliche Überprägung der Landschaft durch neuerrichtete und repowerte Windkraftanlagen erfolgt. Die neuen blauen Flächen verstärken die Riegelbildung und die Umzingelung besonders von Krumstedt. **Nummer 5 Z Rotor-innerhalb-Planung** Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten ist zu bestimmen, dass die Rotorblätter von WEA vollständig innerhalb dieser Windenergiegebiete liegen. Werden raumbedeutsame WEA außerhalb von Windenergiegebieten errichtet, ist für Abstandserfordernisse der Kapitel 4.5.1.1, 4.5.1.2, 4.5.1.3, 4.5.1.4 und 4.5.1.5 die Rotorblattspitze maßgeblich. **Aus den nachfolgenden Gründen lehne ich jegliche Errichtung von WEA außerhalb von Windenergiegebieten ab.** Wir Bürger in Dithmarschen sind durch mehr als ein Jahrzehnt der Regionalplan-Windenergie-Abwägungen gegangen und verlangen Verlässlichkeit von Politik und Verwaltungen. Öffnungsklauseln, die die Bürgerbeteiligung aushebeln, lehne ich ab. **Nummer 6 Z Mindestgröße von Windenergiegebieten** Die Vorranggebiete Windenergie und Windenergiegebiete außerhalb der Vorranggebiete Windenergie müssen eine Mindestgröße von 15 Hektar aufweisen. Dabei können mehrere räumlich zusammenhängende Flächen, die jeweils mindestens fünf Hektar umfassen und zusammen die Mindestgröße von 15 Hektar erreichen, berücksichtigt werden. Ein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	räumlicher Zusammenhang ist dann gegeben, wenn die Entfernung der Außengrenzen einzelner Flächen zueinander weniger als 600 Meter beträgt. **Aus den nachfolgenden Gründen lehne ich jegliche Errichtung von WEA außerhalb von Windenergiegebieten ab.** Wir Bürger in Dithmarschen sind durch mehr als ein Jahrzehnt der Regionalplan-Windenergie-Abwägungen gegangen und verlangen Verlässlichkeit von Politik und Verwaltungen. Regelungen, die die Bürgerbeteiligung aushebeln, lehne ich ab. **Nummer 7 G: Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung** Wie wir Bürger von Krumstedt, Eggstedt und Süderhastedt bereits live erleben können, sind Begrifflichkeiten wie „unzumutbare“, „soll“, „in unmittelbarer räumlicher Nähe“ und „im Einzelfall“ als Kriterium in einem LEP völlig ungeeignet, um einen konkreten und hinreichenden Rahmen zu setzen. Die Beurteilung einer Umzingelungs- bzw. Umfassungssituation von Ortslagen muss nachvollziehbar sein und der Schutz von Mensch, Tier und Natur muss die oberste Priorität und Vorrangigkeit erhalten. **Zu Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** **Nummer 11 G: Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und Erholung** Gebiete, die der Erholung der Bürger dienen müssen von einer Windenergienutzung freigehalten werden. Die einzigen bisher von Windkraftanlagen freien Erholungsräume um Krumstedt, auch die Felder und Wälder Richtung Bargenstedt sind in den neuen blauen Planungsflächen vorgesehen. Es ist ein Kriterium als Ziel der Raumordnung darzustellen. **Nummer 13 G: Landschaftsschutzgebiete** Die **Rechtsänderung des Bundes (Wind-an-Land Gesetz) vorgesehene grundsätzliche Öffnung der Landschaftsschutzgebiete für eine Einbeziehung in die Flächenkulisse zum Ausbau der Windenergienutzung lehne ich ohne jede Einschränkung ab**. Landschaftsschutzgebiete dienen der Erhaltung und Entwicklung oder Wiederherstellung der Natur. Beeinträchtigungen des Naturhaushalts sollen beseitigt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und die Leistungs- und Funktionsfähigkeit wiederhergestellt werden. Die Verordnungen untersagen bestimmte Handlungen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere das Landschaftsbild oder den Naturgenuss beeinträchtigen. 100 oder 200m hohe WKAs zerstören das Landschaftsbild so außerordentlich, dass dies kilometerweit sichtbar sind. Der Charakter eines geschützten Gebietes, würde durch WKA (mit Zuwegung und Peripherie evtl. auch Umspannwerke) zerstört werden. Durch die Naturraumausstattung, das Landschaftsbild und der kulturhistorischen Bedeutung haben LSG’s insgesamt einen hohen Wert für das Landschaftserleben und die Erholung. Die charakteristische Landschaft aus kleinteiligen Knicklandschaften, kleinen Biotopen auf Koppeln und Wiesen, prägen speziell die Landschaft in Krumstedt und Umgebenung. In diese Regionen gehören keine Windkraftanlagen. Die Erhaltung der Historischen Kulturlandschaften mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern gehört daher gemäß § 1 Absatz 4 Nummer 1 BNatSchG zu den Zielen des Naturschutzes. Ebenso gehört die Erhaltung Historisch gewachsener Kulturlandschaften zu den Grundsätzen der Raumordnung (§ 2 Absatz 2 Nummer 5 ROG). Landschaftsschutzgebiete (LSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen nach § 26 Abs. 1 BNatSchG "ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist, wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung." Die artenschutzrechtlichen Kriterien wurden für die Neufassung des Regionalplan Wind schon erheblich zu Gunsten der Windkraft herunter gebrochen, lassen sie Flora und Fauna wenigstens in den LSG’s geschützt. Es müssen auch Räume der Ruhe und Erholung für Natur, Mensch und Landschaft in Schleswig-Holstein erhalten werden und frei bleiben von technischen Großinstallationen. Erhalten Sie einzigartige Kulturlandschaften zum Schutz von Natur, Klima und Biodiversität, lassen Sie den Wäldern ihren Raum, auch angesichts des bereits vom Kreis Dithmarschen geleisteten überdurchschnittlichen Flächenbeitrags zur Windenergienutzung. Meine Forderung, **weisen Sie bei der Neuaufstellung Regionalplan Wind, die Landschaftsschutzgebiete wieder als Tabuflächen für Windkraft aus!**	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1810	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich zur Flächenfreigabe für Windkraft im Raum Bredenbek/ generell Amt Achterwehr/ Naturpark Westensee Stellung nehmen. Uns ist bewusst, dass wir dringend alternative Energiequellen fordern und fördern	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2 bis 2.5, 3.15.1, 3.18.1, 4.9.1, 4.20, 5.1.1, 5.9.1, 6.1.3, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.10, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	müssen. Die versäumte Klimapolitik der letzten 30 Jahre darf jedoch nicht auf Kosten des Natur- und Tierschutzes geschehen. Diese neuen Gebiete zerschneiden Biotope als natürliche Lebensräume diverser Arten, u.a. Fledermäusen, Seeadlern und Milanen, zzgl der aus wirtschaftlicher Sicht "nicht weiter schützenswerter" Arten. Eine genaue Auswirkung auf die lebendige Umwelt der Windkrafträder wurde noch nicht hinreichend untersucht. Wenn in diesen Gebieten zwingend Windkrafträder errichtet werden müssen, ist unbedingt ein Schutzabstand einzuhalten, mindestens 400m, inklusive entsprechender AKS, die nicht nur auf Seeadler und Milan gepolt sind. Die bundesweit vorgeschrieben 3-5% Zumutbarkeitsausfall sind durch unsere Stärken Windvorkommen nicht nötig, eine Prüfung auf eine Ausfallzeit von 30% wäre sinnvoll und leistbar. Die Naturparke und Wälder, selbst die Forstwirtschaften sind Tourismus und Naherholungsgebiete, die Einfluss auf das Wohlbefinden und die Gesundheit haben. Nicht nur für die Natur, sondern auch für den Menschen ist unsere Kulturlandschaft zwingend zu erhalten. Durch die geplanten Schneisen entstehen massive Einschnitte, deren Folgen aktuell noch gar nicht erfasst werden können. Klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte Moorflächen und Marschland dürfen nicht durch Windkraftanlagen oder deren Nebenanlagen usw. beeinträchtigt werden. Eine Unterstützung der Energiegewinnung darf nicht auf der anderen Seite zu Degeneration und CO2-Freisetzung führen. Hier muss Landwirten entsprechend eine Alternative angeboten werden, anstatt ihr Land einfach dem Höchstbietenden zu verpachten. Wenn Windkraftanlagen aufbgebaut werden, muss sichergestellt werden, dass die daraus gewonnene Energie den umliegenden Dörfern zu Gute kommt und nicht einem übergreifenden Konzern als Monopolist. Die in Gutachten festgesetzten Unbedenklichkeitsabstände sind nicht nur zu Straßen und Wohngebäuden zwingend einzuhalten, sondern auch zu Naherholungsgebieten, sowie Flugschneisen für Zugvögel, Fledermäuse und Brutgebiete. Es sollten zwingend 920m eingeplant werden. Wie wird mit der Kontamination durch Carbonfaserpartikel umgegangen? Dies wurde bisher kaum/nicht an die Bevölkerung kommuniziert. Die Windkraftanlagen sind in der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Regel von Äckern oder Nutztierhaltung umgeben. Wirkt sich dies auf unsere Nahrungsmittel aus? Wie beeinflusst dies die Insekten/Vögel/Nutztiere? Ein neues Problem á la Mikroplastik ist inakzeptabel. Für Kontaminierung, Havarien und Brandereignisse müssen zwingend vorher Ausgleichszahlungen festgelegt und für jedes Windrad an anderer Stelle Ausgleichsmaßnahmen getroffen werden. Bitte halten Sie an den höheren Mindestabstände weiterhin fest, planen Sie keine WKA in Naturparks und halten Sie Schneisen für die Tierwelt frei. Streichen Sie keine Naherholungsgebiete, die tlw die einzigen Rückzusorte für Tiere und Insekten sind und spielen Sie nicht mit der Gesundheit der Menschen. Zerstören Sie nicht mit einer WKA die Chance auf eine CO2-speichernde Umgebung und den Erhalt unserer Natur. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2382	**Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein** Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf 2024 Quarnbek, den 08.09.2024 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich diesbezüglich anführen: Vorab möchte ich betonen, dass es wenig transparent und bürgerfreundlich ist, wenn ein solches Beteiligungsverfahren zum Beginn der Urlaubszeit gestartet wird. Dabei geht es immerhin um Pläne bzw. Planänderungen, die gravierende Auswirkungen auf alle in Schleswig-Holstein Wohnenden und hier nach Wohnraum Suchenden haben können. Mit dem Abgabetermin 09.09.2024 wurde den Bürgerinnen und Bürgern gerade einmal 2,5 Monate Zeit gegeben, sich mit einem sehr komplexen Thema und Dokumenten, die	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Darüber hinaus beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise/Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	immerhin gut 250 Seiten umfassen (u.a. inkl. Eckpunktepapier, Hintergrundinformationen und Karten) auseinanderzusetzen. Es sei auch angemerkt, dass die von Ihnen veröffentlichten Dokumente nicht für alle Bürgerinnen und Bürger wirklich barrierefrei zugänglich sind. Diese Dokumente sind über verschiedene Webseiten der Landesplanung verteilt; die Geodaten können nur mit Spezialkenntnissen über ein GIS-System eingelesen werden. Wenn die Landesregierung laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick behalten will, dann müssen die im Folgenden aufgeführten Bedenken und Aspekte zwingend bei den Planungen als Ziele und Grundsätze berücksichtigt werden: 1. Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (z.B. Veenker, 2020). Als Ziel und Grundsatz muss daher gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und tatsächlicher Wohnbebauung von mindestens 920 m eingehalten wird. 2. Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel (CFK), aber auch GFK etc., und sonstige Kunststoffe, die sich durch natürlichen Verschleiß und Abrieb sowie nach einer Havarie oder Brandereignis in der Umgebung verteilen können, mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. Für o.g. Ereignisse müssen die Haftungsfrage und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab festgelegt werden. Sollten in Gärten und auf Äckern und Wiesen Mikroplastik-Partikel, die ursächlich Windkraftanlagen zuzuordnen sind, nachgewiesen werden, muss mit einer Kostenbelastung für Gemeinden, Kreise und das Land gerechnet werden. 3. Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen verbindlich vorschreiben, dass das Isolationsgas Schwefelhexafluorid (SF6) in den Schaltanlagen der WKA nicht mehr eingesetzt wird, damit im Falle einer Havarie/eines Brandereignisses dieses extrem klimaschädliche Gas (SF6 ist 23.500-mal schädlicher als CO2) nicht in die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umwelt gelangt. Die Verwendung des Gases muss in der gesamten EU auch für Spannungsanlagen in WKA verboten und das Monitoring des Ausstoßes muss verbessert werden. 4. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnenden und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400 m begründet. 5. Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 10-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. 6.Gerade durch die o.g. Abschaffung dieser Regel wird es sonst zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung kommen. Damit verbunden ist meine Sorge und die Gefahr, dass sich in der Folge viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden werden. 7. Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z.B. zur Berücksichtigung von Ortslagen oder bezüglich Migrationskorridoren zu Grünbrücken, bezüglich Denkmalschutz, Naturparks oder regionalen Grünzügen zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Eine zusätzliche Reduzierung steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Hintergründe) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. 8. Aus den bereits genannten Akzeptanzgründen, aber auch im Sinne der Schutzbedürftigkeit der Anwohnerinnen und Anwohner und der Schaffung möglichst gleicher Lebensverhältnisse im Land, ist das Kriterium der Vorbelastung und die Erzeugung einer Konzentrationswirkung von WKA kontraproduktiv. Es sollte, wie von der Landesplanung generell angestrebt, eine Gleichverteilung erfolgen. Durch Windenergiegebiete oder PV-Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen vorbelastete Gemeindegebiete sollten nicht auch noch zusätzlich belastet werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	9. Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland, nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz. 10. Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u.a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200 m. 11. Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparks, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von WKA freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. 12. Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit eine Verschlechterung unseres Lebens- und Erholungswertes. 13. Angesichts der geopolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage ist meine Sorge, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses und der Bundeswehr (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung) durch zukünftig noch höhere Windkraftanlagen gefährdet oder weiter eingeschränkt wird. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 sind bereits bei der Festlegung von Windvorrangflächen und im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Dies muss bereits in den Zielen und Grundsätzen festgeschrieben werden. 14. Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus – einen bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins. 15. Es steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung, dass z.B. die mögliche Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101 einen unzureichenden Abstand zu festgelegten Siedlungsbereichen (hier der Siedlungsachse Kiel-Metsdorf-Felde) aufweist. Generell muss als Ziel und Grundsatz der Raumordnung definiert werden, dass zu festgelegten bzw. geplanten Siedlungsbereichen/-achsen ein Abstand von Vorrang- und Potenzialflächen von mindestens 1000m (800m + 200m Sicherheitspuffer) einzuhalten ist. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	
Institution: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND Landesverband Schleswig-Holstein_Nordfriesland ID: M2441	**Stellungnahme des BUND Schleswig-Holstein zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** Sehr geehrte Damen und Herren, die BUND Kreisgruppe Nordfriesland begrüßt die Möglichkeit der Beteiligung am Verfahren und nimmt wie folgt Stellung: Wir beziehen uns auch auf die Gesamtstellungnahme des BUND-Landesverbandes Schleswig-Holstein und teilen dessen Aussagen vollumfänglich. In der folgenden Stellungnahme gehen wir im Weiteren auf Punkte ein, die sich auf den Kreis Nordfriesland beziehen. **Allgemeines:** Für den BUND Nordfriesland gibt es keine Alternative zu einer naturverträglichen	Die Forderung, dass es keine Fokussierung nur auf den Ausbau der Windenergie unter Vernachlässigung des Artenschutzes geben darf, wird geteilt. Die Landesplanungsbehörde ist der Auffassung, mit zahlreichen Artenschutzkriterien diesem Anspruch gerecht zu werden. Zum Thema Netzkapazität wird auf Ziffer 7.2.5 und 7.2.6 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Hinweise zum verfolgten Planungsziel werden aufgegriffen. Es werden jetzt zusätzlich regionale Teilflächenziele festgesetzt. Zur Forderung bestehende und ehemalige Landschaftsschutzgebiete von der Windenergienutzung freizuhalten wird auf Ziffer 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die dortigen Ausführungen gelten sinngemäß auch für nicht formal geschützte wertvolle Landschaftsbestandteile.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Energiewende. Klimaschutz schützt auch die Natur. Deshalb hat der BUND Nordfriesland den bisherigen Ausbau der Windkraft im Großen und Ganzen mitgetragen. Sofern der Ausbau auch weiterhin natur- und umweltverträglich gestaltet wird, ist der BUND Nordfriesland bereit, diesen weiterhin mitzutragen. Die Politik spricht hier gerne vom „Windfrieden“. Den Erhalt des „Windfriedens“ sollte auch die Landesregierung Schleswig-Holstein mit dieser Planung verfolgen und bedenken, dass besonders Nordfriesland bereits jetzt mit seinen Vorranggebieten einen überproportional hohen Anteil für den Ausbau der Windkraft beiträgt. Neben dem Ausbau der Windkraft gilt es ebenso den Artenschutz und den Schutz der Biodiversität sicherzustellen. Die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie ist abzuwägen mit den Zielen der Biodiversitätsstrategien des Landes, des Bundes, dem EU-Nature-Restouration-Law und dem Übereinkommen über die Konvention zur Biologischen Vielfalt der UN (Convention on Biological Diversity, CBD). Dabei ist den Zielen der Biodiversitätsstrategien ein hoher Rang einzuräumen. Das kürzlich in Kraft getretene Nature-Restoration-Law der EU fordert innerhalb von zwei Jahren einen Plan, wie mindestens 20 % der Landesfläche bis 2030 in einen guten ökologischen Zustand versetzt wird. Die Förderung von Arten und Wiederherstellung von Lebensräumen gemäß dem Nature-Restouration-Law der EU setzen nicht zu kleine Lebensräume und Flächenkulissen voraus, die von WEA freigehalten werden. Ebenso ist der Artikel 20a Grundgesetz zu berücksichtigen, der da lautet: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“ Und ebenso der Artikel 11 der Landesverfassung-SH, der da lautet: „Die natürlichen Grundlagen des Lebens sowie die Tiere stehen unter dem besonderen Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der anderen Träger der öffentlichen Verwaltung.“ Dieser Schutz hat sich grundsätzlich auf alle natürlichen Lebensgrundlagen zu erstrecken. Eine Fokussierung nur auf den Ausbau der Windenergie unter Vernachlässigung des Artenschutzes ist unzulässig. **Netzkapazität** Im LEP-Wind 2020 war unter Punkt 2.5.2.17 die Netzkapazität als Abwägungskriterium	Zur Forderung nach größeren Waldabständen wird auf Ziffer 4.7.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Abgrenzung des Küstenstreifens wird nicht verändert. Die variierende Breite hängt mit der naturräumlichen Ausstattung und mit Vorbelastungen (wie z.B. Windparks) zusammen. Zur Forderung der Freihaltung von Eiderstedt: Die Halbinsel ist Flächendeckend mit Kriterien des Artenschutzes als Ziele der Raumordnung belegt, so dass dort keine Windenergienutzung stattfinden kann. Im Raum Oldenswort sind die Bereiche aus dem Vogelzugkorridor ausgespart, die schon mit WEA vorbelastet sind. Hier soll zumindest geprüft werden, ob eine Weiternutzung als Vorranggebiete mit dem Vogelzug vereinbar ist. Zu Wiesenvogelbrutgebieten: Die Begründung des Ziels und des Grundsatzes wurde angepasst, so dass die Grundlage jetzt klarer wird. Ergänzend wird auf Ziffer 4.18 und 4.19 verwiesen. Die Freihaltung der nordfriesischen Inseln bleibt als Grundsatz bestehen. Die Inseln sind Flächenhaft mit anderen Ausschlusskriterien in Form von Zielen belegt, so dass die Freihaltung ohnehin gesichert ist.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	aufgeführt. Die regionale Aufnahmekapazität der Netze wurde als zusätzliches Abwägungskriterium herangezogen, um weitere Windausbauplanungen vordringlich in Gebieten zu befördern, in denen noch hinreichende Aufnahmekapazitäten bestanden und um keine zusätzlichen Netzausbaumaßnahmen auf Höchstspannungsebene erforderlich werden zu lassen. Der Punkt Netzkapazität ist jetzt ohne Begründung entfallen. Wir weisen darauf hin, dass bereits beim jetzigen Ausbauzustand die Einspeisekapazität an der Westküste an ihre Grenzen stößt und das, obwohl die Westküstenleitung noch nicht als Transitleitung fungiert. Ein Ansteigen der Abschaltzeiten wird in der Bevölkerung zu einem Schwinden der Akzeptanz führen. **Der BUND Nordfriesland fordert, die regionalen Netz- und Einspeisekapazitäten bei der Ausweisung von Vorrangflächen zu berücksichtigen, um die Abschaltungen der WEA und die damit verbundenen Kosten für die Stromverbraucher*innen nicht steigen zu lassen.** **zu Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land** **4.5.1 Windenergie an Land** **1 G Verfolgtes Planungsziel** Als Planungsziel wird die Ausweisung von mindestens 3 % der Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie genannt. Da kein maximaler Wert genannt wird, können somit auch 4, 5 oder noch mehr Prozent der Landesfläche ausgewiesen werden. Da seitens des Bundesgesetzgebers für Schleswig-Holstein ein Kontingent von 2 %, bei der in SH angewandten Rotor-In-Regelung 3,1 bis 3,3 % gefordert wird, sollte dieses als Planungsziel genannt werden. Eine gesetzliche Notwendigkeit einer Überschreitung der Bundesvorgabe besteht nicht. Um einer Zielverfehlung vorzubeugen, kann ein entsprechender Puffer vorgesehen werden. Da im Planungsraum I bereits jetzt 2,89 % des Planungsraumes als Wind-Vorranggebiete ausgewiesen sind, bzw. bis zur Aufhebung per Gerichtsurteil waren, und diese bereits größtenteils bebaut sind, hat der Planungsraum I sein Soll bereits fast erfüllt. Im Kreis Nordfriesland dürften die angestrebten 3 % bereits mehr als erfüllt sein. Dies ist bei der Ausweisung der neuen Vorranggebiete zu berücksichtigen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der BUND Nordfriesland fordert, dass als Planungsziel nicht ein Mindest-Wert, sondern ein Maximal-Wert formuliert wird und das der bereits vorhandene, überproportional hohe Flächenanteil an Vorranggebieten berücksichtigt wird. Der BUND SH begrüßt, dass im Küstenmeer keine Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen werden sollen. Dies muss weiterhin ausgeschlossen bleiben. **4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** 13 G Landschaftsschutzgebiete Nach dem BNatSchG ist die Errichtung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten (LSG) grundsätzlich möglich. Von dieser Möglichkeit sollte nur im Ausnahmefall Gebrauch gemacht werden. Gerade auf dem Festland im Kreis Nordfriesland gibt es nur wenige ausgewiesene LSG, aber bereits heute eine starke Überprägung der Landschaft durch Windenergieanlagen. Die bestehenden LSG und das Gebiet des durch Gerichtsurteil aufgelösten LSG „Wiedingharder- und Gotteskoog“ sind die letzten großflächigen windkraftfreien Gebiete auf dem Festland an der Westküste. Wie die Karte zeigt, kommt dem ehemalige LSG „Wiedingharde- und Gotteskoog“ mit den Vogelschutz- und FFH-Gebieten, der Wiesenvogelkulisse, den über 400 ha extensiver Weidewirtschaft und dem Biotopverbundsystem eine besonders hohe Bedeutung für den Artenschutz zu. Besonders das Gebiet zwischen Gotteskoogsee - Haasberger-See und Humptrup - Neukirchen ist als Naturraum besonders wertvoll. Zu beachten ist aber auch die Wechselwirkung zwischen diesem Gebiet, dem NSG Rickelsbüller-Koog und der Tonderner Marsch als Teil des Nationalpark Wattenmeer auf dänischer Seite. (Abbildung) Auch landschaftlich vermittelt das ehemalige LSG „Wiedingharde- und Gotteskoog“ als eines der letzten großflächig WEA-freien Gebiete den ursprünglichen Charakter einer weiten Marschlandschaft – geprägt durch Weite und Horizont. Im Zusammenhang mit dem international bekannten Nolde-Museum bei Neukirchen spricht man nicht umsonst von der „Nolde-Landschaft“ und dem „Nolde-Himmel“. Seit dem EEG 2023 und mit dem dort formulierten überragenden öffentlichen Interesse für die Windenergie sind Landschaftsbild und Denkmalschutz in der Schutzgüterabwägung zwar nachrangig, in	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	der Abwägung aber auch nicht bedeutungslos und sollten angemessen berücksichtigt werden. Im ehemalige LSG „Wiedingharde- und Gotteskoog“ findet auch Tourismus statt. Das Gebiet ist eine naturnahe Oase der Ruhe und Erholung für Einheimische und Touristen. Es ist eine Gegenwelt zur urbanen und industrialisierten Landschaft. Auch wenn WEA nicht dazu führen müssen, dass der Tourismus einbricht, so ist doch auch dieser Aspekt in der Abwägung zu bedenken, denn die Qualität von Natur und Landschaft wird durch große WEA erheblich verändert. Der BUND Nordfriesland ist davon überzeugt, dass in Schleswig-Holstein die notwendige Menge an erneuerbarer Energie erzeugt werden kann, ohne dabei die Hotspots der Natur und Landschaft wie wie die bestehenden LSG und das ehemalige LSG „Wiedingharde- und Gotteskoog“ für die Windenergie in Anspruch nehmen zu müssen. **Der BUND Nordfriesland fordert, Vorrangflächen Windenergie in Nordfriesland nicht in bestehenden und ehemaligen LSG auszuweisen. Die bestehenden und ehemaligen LSG an der Westküste sind unbedingt von Windenergieanlagen frei zu halten, um an der Westküste die letzten windkraftfreien Landschaftsgebiete zu erhalten. Dies dient auch der Akzeptanz in der dortigen Bevölkerung und der Möglichkeit bestehende und zukünftige Artenhilfsprogramme umzusetzen.** **4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz** 4 Z Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und Umgebungsbereich Das Land SH trägt eine besondere Verantwortung für das als UNESCO Weltnaturerbe ausgezeichnete Wattenmeer. Der BUND SH begrüßt die Freihaltung des Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und der Halligen, da es sich um einen Schwerpunktbereich als Lebensraum für Rast- und Zugvögel sowie eine Zone mit besonderem Erholungswert handelt. 6 Z Wälder und Umgebungsbereiche Der BUND Nordfriesland begrüßt, dass die Errichtung von WEA im Wald weiterhin ausgeschlossen ist, denn mit einem Waldanteil von gut 4 % gehört Nordfriesland zu den waldärmsten Regionen Deutschlands	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Im Landeswaldgesetz-SH § 1 (1) heißt es: „Der Wald in Schleswig-Holstein gehört zu den Naturreichtümern des Landes, ist eine unverzichtbare Lebensgrundlage der Menschen und bietet unersetzbaren Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Nach Maßgabe dieses Gesetzes ist der Wald in seiner Gesamtheit zu schützen und in seiner Lebens- und Funktionsfähigkeit dauerhaft zu erhalten.“ Ein Abstand einer WEA zum Wald von nur 30 m ist besonders in Bezug auf den Vogel- und Fledermausschutz viel zu gering bemessen, da gerade der Waldrand und die angrenzenden Flächen als Leitlinien und die angrenzenden Flächen zur Nahrungssuche genutzt werden. Da Nordfriesland mit einem Waldanteil von rund 4 % der Kreisfläche sehr waldarm ist und die Wälder z.T. auch nur sehr kleinflächig sind, übernehmen sie eine wichtige Aufgabe im Biotopverbund. So heißt es im Kapitel 3.3.5 Biotopschutz in der Anlage 3 auf Seite 42: „Vor allem kleinere Waldparzellen erfüllen wichtige Inselfunktionen innerhalb der offenen Agrarlandschaft. Waldränder sind von besonderer ökologischer Bedeutung als Schnittstelle zum Offenland, zudem sehr artenreich und bieten wichtige Rückzugsräume.“ Die Errichtung einer WEA so nah an einem Wald, dass die Rotorblattspitze in einem Abstand von nur 30 m an den Bäumen vorbeirauscht, erzeugt eine erhebliche Geräuschkulisse, Verwirbelungen der Luft und Schattenwurf, die tief in den Wald hineinwirken und dadurch massiv auf den Lebensraum der Tiere einwirken. Waldränder warten typischerweise mit einer reichhaltigen Biozönose auf. Entsprechend werden Organismen in signifikantem Ausmaß getötet, die in den angrenzenden Freiflächen auf Nahrungssuche sind. Auch wird der Erholungswert des Waldes für den Menschen erheblich beeinträchtigt. Diese Wirkungen sind unabhängig davon, ob es sich um einen Naturwald, einen „normalen“ Wald oder Forst handelt. Ein Waldabstand von nur 30 m widerspricht dem Ziel der Sicherung und Entwicklung des Erholungswertes von Natur und Landschaft (§ 1 Bundesnaturschutzgesetz [BNatSchG]) und dem Schutz wildlebender Tiere, Pflanzen, ihrer Lebensstätten und Lebensräume und der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien nicht zu Lasten der Biologischen Vielfalt (Biodiversitätsstrategie), (siehe Tabelle 2 in der Anlage 3). Bei vorhanden Naturwäldern ist ein Waldabstand von 100 m vorgesehen. Daraus folgt, dass ein „normaler“ Wald zukünftig nicht zum Naturwald entwickelt werden kann. Als Maßnahme zum Arten- und biologischen Klimaschutz sind jedoch alle Wälder in Richtung Naturwald zu entwickeln. Diese Möglichkeit wird durch den geringen Abstand	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von 30 m verbaut. Der BUND Nordfriesland sieht ebenfalls die Gefahr, dass brennende Windräder bzw. Teile davon in den Wald stürzen könnten, was eine Waldbrandgefahr darstellt. Der Abstand von 30 Meter zur Hausbebauung ist aus diesen Gründen im § 20 LWaldG verankert: „Abstand baulicher Anlagen zum Wald (1) Zur Sicherung vor Gefahren durch Windwurf oder Waldbrand ist bei der Errichtung baulicher Anlagen ein Abstand von 30 Metern zum Wald einzuhalten.“ Diese Regelung kannte noch nicht Windkraftanlagen mit Höhen über 200 Metern und Rotorblättern mit 70 Metern Länge. **Der BUND Nordfriesland fordert einen Waldabstand von mindestens 200 m, um die Auswirkungen einer WEA auf die Lebensgemeinschaft Wald und den Erholungsraum Wald zu minimieren und um die Entwicklungsmöglichkeiten zu mehr Naturwäldern nicht zu blockieren.** <u>9 Z Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel</u> Der BUND Nordfriesland begrüßt die Freihaltung eines Küstenstreifens von WEA, da besonders der Küstenstreifen als Leitlinie des Vogelzuges dient. Nicht nachvollziehbar ist jedoch die schwankende Breite des Küstenstreifens. Es wird der Anschein erweckt, dass er besonders da schmaler wird bzw. abknickt, wo der Streifen an bestehende Windparks grenzt, z.B. den Friedrich-Wilhelm-Lübcke-Koog und südlich Dagebüll. **Der BUND Nordfriesland fordert eine Überprüfung der Linienführung.** <u>15 Z Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung und G Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung</u> Der BUND Nordfriesland begrüßt die Freihaltung der Hauptachsen überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung von WEA. (Abbildung) Zusätzlich zu den in der Begründung aufgeführten Zugachsen gehört auch die Halbinsel Eiderstedt. In der Vergangenheit wurde Eiderstedt regionalplanerisch von WEA weitgehend freigehalten. Dies muss auch zukünftig so bleiben. Die dafür maßgeblichen Gründe des Schutzes von Biodiversität und Landschaft teilen wir. Ihr Gewicht hat sich in den letzten Jahren sogar weiter verstärkt. Der global bedeutsame ostatlantische Vogelzugweg kreuzt Schleswig-Holstein. Er wird dabei von der Elbe bis nach Dänemark	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	jedoch durch eine dichte Kette von WEA behindert. Eiderstedt stellt den letzten, noch weitgehend offenen Korridor dar. Eiderstedt mit seiner offenen Landschaft und seinem hohen Grünlandanteil ist Rast-, Nahrungs- und Brutgebiet für zahlreiche Wasser- und Wiesenvogelarten. Die Halbinsel ist seeseitig umgeben vom EU-Vogelschutzgebiet und vom Ramsar-Gebiet Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und angrenzende Küstengebiete (welches den Nationalpark einschließt). Im nordwestlichen Teil Eiderstedts befindet sich das 6.704 ha große EU-Vogelschutzgebiet Eiderstedt. Neue Windkraftanlagen auf Eiderstedt würden also nicht nur in einem per se vogelreichen Gebiet entstehen, sondern auch zwangsläufig in räumlicher Nähe zu oder gar zwischen Vogelschutzgebieten. Es bestünde die Gefahr, dass deren Schutzzweck durch eine Häufung von großen vertikalen Anlagen in der Umgebung ernsthaft beeinträchtigt wird. Auch die Umgebung von Oldenswort ist in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen. Eiderstedt weist eine einzigartige Kulturlandschaft auf – geprägt durch Weite, Horizont und ungetrübten Blick auf Kirchtürme, Haubarge und Marschköge. Seit dem EEG 2023 und mit dem dort formulierten überragenden öffentlichen Interesse für die Windenergie sind Landschaftsbild und Denkmalschutz in der Schutzgüterabwägung zwar nachrangig, in der Abwägung aber auch nicht bedeutungslos und sollten angemessen berücksichtigt werden. Eiderstedt lebt vom Tourismus. Die Halbinsel ist eine naturnahe Oase der Ruhe und Erholung für Einheimische und Touristen. Das Alleinstellungsmerkmal ist: Gegenwelt zu urbanen und industrialisierten Landschaften. Auch wenn WEA nicht dazu führen müssen, dass der Tourismus einbricht, so ist doch auch dieser Aspekt in der Abwägung zu bedenken, denn die Qualität von Natur und Landschaft wird durch große WEA erheblich verändert. Der BUND Nordfriesland ist davon überzeugt, dass in Schleswig-Holstein die notwendige Menge an erneuerbarer Energie erzeugt werden kann, ohne dabei Hotspots der Natur und der Vogelwelt wie Eiderstedt für die Windenergie in Anspruch nehmen zu müssen. **Der BUND Nordfriesland fordert, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs grundsätzlich frei von WEA zu halten, denn dort ist das Tötungsrisiko signifikant erhöht.** **Der BUND Nordfriesland fordert, den Bau von weiteren WEA auf der Halbinsel Eiderstedt auszuschließen und der besonderen Natur und Landschaft dort den**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	notwendigen Schutz zu gewähren. **Der aktuellen Besorgnis des UNESCO-Welterbekomitees über die Kumulierung von Plänen und Projekten mit potenziellen negativen Auswirkungen innerhalb und in der Nähe vom Weltnaturerbe Wattenmeer ist Rechnung zu tragen, um eine Rüge oder sogar die Aberkennung des Weltnaturerbestatus des Wattenmeeres zu vermeiden.** 16 Z Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten und G Wiesenvogel-Brutgebiete mit hohen Siedlungsdichten Der BUND Nordfriesland begrüßt die Freihaltung der Wiesenvogel-Brutgebiete, denn dort ist das Tötungsrisiko signifikant erhöht Es ist nicht dargelegt, auf welcher Grundlage die Differenzierung zwischen „besonders hohen“ und „mit hohen“ Siedlungsdichten basiert. Dies ist nachzuholen. An der Westküste ist besonders die Halbinsel Eiderstedt mit seiner offenen Landschaft und seinem hohen Grünlandanteil Rast-, Nahrungs- und Brutgebiet für zahlreiche Wasser- und Wiesenvogelarten. Die Halbinsel ist seeseitig umgeben vom EU-Vogelschutzgebiet und vom Ramsar-Gebiet Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und angrenzende Küstengebiete (welches den Nationalpark einschließt). Im nordwestlichen Teil Eiderstedts befindet sich das 6.704 ha große EU-Vogelschutzgebiet Eiderstedt. Neue Windkraftanlagen auf Eiderstedt würden also nicht nur in einem per se vogelreichen Gebiet entstehen, sondern auch zwangsläufig in räumlicher Nähe zu oder gar zwischen Vogelschutzgebieten. Es bestünde die Gefahr, dass deren Schutzzweck durch eine Häufung von großen vertikalen Anlagen in der Umgebung ernsthaft beeinträchtigt wird. Auch die Umgebung von Oldenswort ist in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen. Auch die Eider-Treene-Sorge-Niederung ist aufgrund ihrer Wichtigkeit als Wiesenvogelbrutgebiet unbedingt von WEA frei zu halten. **Der BUND Nordfriesland fordert, Wiesenvogel-Brutgebiete grundsätzlich frei von WEA zu halten, denn dort ist das Tötungsrisiko signifikant erhöht.** **Der BUND Nordfriesland fordert, den Bau von weiteren WEA auf der Halbinsel**	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Eiderstedt auszuschließen und der besonderen Natur und Landschaft dort den notwendigen Schutz zu gewähren. 18 G Nordfriesische Inseln Der BUND Nordfriesland begrüßt die Freihaltung der nordfriesischen Inseln von WEA, denn dort ist das Tötungsrisiko signifikant erhöht. Es bestehen zahlreiche Wechselbeziehungen zwischen den Inseln und dem UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer. So bieten die Inseln u.a. überlebenswichtige Brutplätze für viele Vogelarten des Nationalparks. Zukünftig kommt den Inseln auch eine noch größere Bedeutung für den Wiesenvogelschutz zu. Da dieser Punkt nur ein Grundsatz und kein Ziel ist, muss er nicht unbedingt befolgt werden. Eine weitere Abschwächung erfolgt durch die Formulierung „in der Regel“ **Der BUND Nordfriesland fordert, diesen Punkt als Ziel zu formulieren und „in der Regel“ zu streichen.** **Fazit:** **Der BUND Nordfriesland fordert, die Energiewende und die Förderung des Natur- und Artenschutzes zu verknüpfen. Die Ausweisung der Vorrangflächen Windenergie darf nicht zu einer weiteren Verschlechterung des Zustandes der Biodiversität führen. Ausgleichs- und Ersatzzahlungen müssen der Natur vor Ort zugutekommen.** **Der BUND Nordfriesland ist überzeugt, dass in Schleswig-Holstein die notwendige Menge an erneuerbarer Energie erzeugt werden kann, ohne dabei Hotspots der Natur, der Halbinsel Eiderstedt, der Inseln, der Eider-Treene-Sorge-Niederung, der Landschaft Wiedingharde-Gotteskoog und der bestehenden Landschaftsschutzgebiete für die Windenergie in Anspruch nehmen zu müssen.** **Die derzeit noch hohe Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber dem Ausbau der Erneuerbaren Energien kann nur erhalten werden, wenn eine Berücksichtigung hochwertiger Landschaftsräume und eine Förderung des Natur- und Artenschutzes erfolgt.**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2669	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich dies bezüglich anführen: Vorab möchte ich betonen, dass es wenig transparent und bürgerfreundlich ist, wenn eine solches Beteiligungsverfahren zum Beginn der Urlaubszeit gestartet wird. Dabei geht es immerhin um Pläne bzw. Planänderungen, die gravierende Auswirkungen auf alle in Schleswig-Holstein Wohnenden und hier Erholung Suchenden haben können. Mit dem Abgabetermin 09.09.2024 wurden den Bürgerinnen und Bürgern gerade einmal 2,5 Monate Zeit gegeben wird, sich mit einem sehr komplexen Thema und Dokumenten, die immerhin gut 250 Seiten umfassen (u.a. inkl. Eckpunktepapier, Hintergrundinformationen und Karten) auseinander zu setzen. Es sei auch angemerkt, dass die von Ihnen veröffentlichten Dokumente nicht für alle Bürgerinnen und Bürger wirklich barrierefrei zugänglich sind. Diese Dokumente sind über verschiedene Webseiten der Landesplanung verteilt, die Geodaten können nur mit Spezialkenntnissen über ein GIS-System eingelesen werden. Wenn die Landesregierung laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick behalten will, dann müssen die im Folgenden aufgeführten Bedenken und Aspekte zwingend bei den Planungen als Ziele und Grundsätze berücksichtigt werden: 1. Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeits-abständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (z.B- Veenker, 2020). Als Ziel und Grundsatz muss daher gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeqlicher Wohnbebauung von mindestens 920m eingehalten wird. 2. Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel (CFK, aber auch GFK etc.) und sonstige Kunststoffe, die sich durch natürlichen Verschleiß und Abrieb sowie nach einer Havarie oder	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich unter Anderem auf die Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz),* 4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz) und *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes und auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1, 2.11, 3.3, 3.15, 3.16, 3.17, 3.18, 4.1, 4.5, 4.13, 6.1, 7.1.1 sowie auf die Ziffern 7.1.3, 7.1.5, 7.1.6, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.12, 7.3.7 und 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Brandereignis in der Umgebung verteilen können mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. Für o.g. Ereignisse müssen die Haftungsfrage und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab festgelegt werden. Sollten in Gärten und auf Ackern und Wiesen Mikroplastik-Partikel, die ursächlich Windkraftanlagen zuzuordnen sind nachgewiesen werden, muss mit einer Klagewelle für Gemeinden, Kreise und das Land gerechnet werden. 3. Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen verbindlich vorschreiben, dass das lsolationsgas Schwefelhexaflourid (SF6) in den Schaltanlagen der WKA nicht mehr eingesetzt wird, damit im Falle einer Havarie/eines Brandereignisses, dieses extrem klimaschädliche Gas (SFO ist 23.500-mal schädlicher als CO2) nicht in die Umwelt gelangt. Die Verwendung des Gases muss weltweit auch für Spannungsanlagen in WKA verboten und das Monitoring des Ausstoßes muss verbessert werden. 4. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnende und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet. 5. Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 1s-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. 6. Gerade durch die o.g. Abschaffung dieser Regel wird es sonst zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung kommen- Damit verbunden ist meine Sorge und die Gefahr, dass sich in der Folge viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden werden. 7. Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. dem Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergienutzung noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante, weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Eine zusätzliche Reduzierung steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papier) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. 8. Aus den bereits genannten Akzeptanzgründen aber auch im Sinne der Schutzbedürftigkeit der Anwohnerinnen und Anwohner und Schaffung möglichst gleicher Lebensverhältnisse im Land ist das Kriterium der Vorbelastung und die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA kontraproduktiv. Es soll, wie von der Landesplanung generell angestrebt, eine Gleichverteilung verfolgen. Durch Windenergiegebiete oder Pv-Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen ,,vorbelastete" Gemeindegebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. 9. Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von Co2-speicherfähigen Böden bzw. Co2-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz. 10. Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u.a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere- Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. 11. Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	WKA freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. 12. Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit eine Verschlechterung unseres Lebens- und Erholungswertes. 13. Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage ist meine Sorge, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses und der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung) durch zukünftig noch höhere Windkraftanlagen gefährdet oder weiter eingeschränkt wird. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 sind bereits bei der Festlegung von Windvorrangflächen und im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Dies muss bereits in den Zielen und Grundsätzen festgeschrieben werden. 14. Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus - einem bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins. 15. Es steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung, dass z.B. die mögliche Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_10 einen unzureichenden Abstand zu festgelegten Siedlungsbereichen (hier der Siedlungsachse Kiel-Melsdorf-Felde) aufweist. Generell muss als Ziel und Grundsatz der Raumordnung definiert werden, dass zu festgelegten bzw. geplanten Siedlungsbereichen/-achsen ein Abstand von Vorrang- und Potenzialflächen von mindestens 1000m (800m + 200m Sicherheitspufier) einzuhalten ist. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2277	Sehr geehrte Damen und Herren, Zur geplanten Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 … habe ich Einblick in Ihren Entwurf nehmen dürfen. Ich möchte hierzu Bedenken gegen neue und erhebliche Risiken anmelden, die sich aus der Fortschreibung ergeben. Sie beziehen sich besonders auf: a) die zunehmenden Höhen der Windkraftanlagen (im Folgenden mit „WA“ bezeichnet) b) die im Vergleich zu früheren Regelungen verringerten Abstände künftiger WA zu Wohngebieten, Infrastruktur und schutzwürdigen Naturgebieten. Abgesehen von den heute noch nicht absehbaren negativen Folgen ihrer Planung für die Ökosysteme befürchte ich negative Folgen für Leben und Gesundheit meiner Person und meiner Mitbürger, die die Folgen tragen müssen. Ich fordere sie daher auf, zu den nachfolgend beschriebenen Themenpunkten und Risiken Stellung zu nehmen. Zugleich fordere ich Sie auf, geeignete Vorkehrungen in Form von Vorgaben und Regelungen im Landesentwicklungsplan hinsichtlich des Baus und der Positionierung von WA zu treffen, die eine Beeinträchtigung oder auch nur Gefährdung von Leben und Gesundheit insbesondere von Anwohnern von Vorranggebieten für den WA-Ausbau ausschließen. I Ich möchte hier 3 Themen kurz ausführen: 1. Die Folgen von Havarien von WA, deren Eintreten mit ansteigender Zahl von Windkraftanlagen zweifelsfrei zunehmen wird, finden im Entwurf keine Berücksichtigung. Ich fordere Sie auf, sicherzustellen, dass in ihren Planungen der Abstand einer WA zu Wohngebäuden so bemessen sein wird, dass bei einer Havarie der Anlage als Folge von Blitzeinschlag, Sturm, technischem Versagen etc. eine Gefahr für Leib und Leben der Anwohner durch umherfliegende Trümmerteile, dadurch ausgelöste Brände oder giftige Gase und Rauchpartikel auszuschließen ist.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.9, 7.3.3, 7.3.7 und 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zusätzlich Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2. Ich bin beunruhigt über die Langzeitfolgen des Abriebs von Kunststoffpartikeln an Kanzel und Rotoren. Dieser Abrieb hat eine „schleichende“ Akkumulation von Mikroplastik und damit eine stetig wachsende Belastung von Böden, Oberflächenwasser, Grundwasser und Leben besonders im Umfeld von WA zur Folge, denn Kohlefaser-verstärkte Kunststoffe werden nur extrem langsam abgebaut. Nun sind die Gefahren von Mikroplastik auf Mensch und Umwelt aus Forschungsprojekten bereits zweifelsfrei erwiesen. Ich fordere Sie deshalb auf, den Abrieb von Kunststoffen aus WA mit seinen Folgen für Mensch und Umwelt detailliert und kritisch zu bewerten und daraus Lösungsansätze zu entwickeln, die geeignet sind, die Beeinträchtigung unserer aller Leben durch den stetigen Strom von Mikroplastik aus WA zu minimieren. 3. Bewertungen der Folgen von Infraschall durch das Bundesamt für Umwelt gehen, über die Jahre nicht davon aus, dass von WA emittierter Infraschall zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führt. Zugleich werden diese in Einzelfällen aber nicht ausgeschlossen, und zudem werden immer wieder Langzeitstudien gefordert, um mögliche Langzeitfolgen der Infraschallemissionen aus WA einzuschätzen. Es ist für mich offensichtlich, dass selbst Experten sich hier unsicher sind. Vor dem Hintergrund dieser Unwägbarkeiten sollten die Abstände von WA zu Wohneinheiten nicht verringert werden bis Ergebnisse von Langzeituntersuchungen vorliegen um die hohen Belastungen der Anwohner nicht unnötig zu erhöhen. Da mit abnehmendem Abstand von WA zu Wohngebieten die unmittelbare Belastung des Bürgers durch Infraschall zunehmen wird, fordere ich Sie auf, die im Entwurf geplante Verringerung der Abstände von WA zu Wohngebieten zu revidieren, bis die Resultate der geforderten Langzeituntersuchungen vorliegen und ergebnisoffen bewertet sind. Hinzu kommt, dass in unmittelbarer Umgebung der neu geplanten Flächen Rotmilane nisten, welche geschützt werden müßten. Es müßte eine Vogelnäherungsschutzabschaltung berücksichtigt werden um Schaden abzuwenden. Ich bitte um eine Bestätigung des Eingangs meiner E-mail. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1809	Stellungnahme zur Landesplanung PR3_STO_002 Hiermit übermittle ich Ihnen meine Stellungnahme z. o. g. Landesplanung. Und möchte meine Betroffenheit und Ablehnung zur geplanten Ausweisung von Windenergieflächen und Windenergievorrangflächen im Gebiet der Gemeinde Heilshoop zum Ausdruck bringen. Die Fläche wird durch die 110 KV-Trasse getrennt, ist somit viel kleiner als angegeben und damit hat sie keine genehmigungsfähige Größe Auf Grund des fehlenden bundeseinheitlichen Gesamtkonzeptes wird der Strom für den Endverbraucher immer teurer. In den vergangenen 4 Jahren wurden 1,3 Milliarden Euro für nicht genutzten Strom bezahlt. Es müssen schon jetzt Windkraftanlagen abgeschaltet werden, da der Strom durch fehlende Infrastruktur nicht abgeleitet werden kann. 1. Die Gemeinde Heilshoop liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zum UNESCO-Weltkulturerbe Hansestadt Lübeck. Durch Errichtung von Windkraftanlagen in der Sichtachse der Hansestadt Lübeck geht der freie Blick auf das UNESCO-Weltkulturerbe verloren. 2. Im Planungsgebiet für die o.g. Windeignungsflächen und Vorranggebiete haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten unzähligen schützenswerten Tierarten angesiedelt. Darunter befindlich Brutpaare, des vom Aussterben bedrohten Rotmilan, dem Weißstorch, eine große Population von Fledermäusen. Der Rotmilan Horst liegt weniger als 1000 Meter zur geplanten Windenergiefläche. 3. Das Jagdgebiet des Rotmilans ist aber deutlich größer als die 1000 Meter Abstand zur geplanten Windenergiefläche. 4. Im Moorgebiet haben sich viele Tierarten in den letzten Jahren neu angesiedelt und erfolgreich vermehrt. Da sind zu nennen, die selten gewordene Rohrdommel hat hier ihren Brutplatz. Der Kiebitz, die Feldlerche, der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 7.2.15, 7.2.5, 6.1, 7.20, 4.9, 4.1, 4.8, 7.2.12, 2.11, 7.3 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mäusebussard, der Sumpfrohrsänger, der Star, die Goldammer, die Stockente, die Ringeltaube, die Wiesenralle, das Braunkehlchen, der Neuntöter (Zählungen vom Land S.-H. aus 2017) 5. Das Brut-und Ruhequartier der hier lebenden Fledermäuse liegt in unmittelbarer Nähe (deutlich weniger als 800m) zur geplanten Windkraftfläche. 6. Das Seeadlerpaar hat hier sein Jagdgebiet um sich und seinen Nachwuchs zu ernähren. 7. Das Gebiet ist die Heimat und der Flugkorridor der hier lebenden Vogelarten, Rotmilane, Seeadler, Kraniche, Weißstörche, Grau- und Silberreiher, Sumpfohreule, dem Uhu, und verschiedene Gänsearten. All dies ist nicht ausreichend berücksichtigt worden. Damit nimmt man billigend in Kauf, dass diese Tiere der Gefahr ausgesetzt werden, dabei ihr Leben zu verlieren. Dabei ist bekannt, dass die Tiere nicht einmal mit dem Rotor in Berührung kommen müssen, es reicht schon aus, das sie den Anlagen so weit entgegen kommen, dass ihre Lungen platzen/reißen können und dann so zu Tode kommen. Auch hierzu gibt es genügend Studien und Beweise. 8. Beim Bau der A 20 wurden Ausgleichflächen (z.B. Reitwege) geschaffen, diese Ausgleichsflächen würden dann zweckentfremdet. 9. Eine Bebauung mit Windkraftanlagen in dem Gebiet PR3_STO_002 eine erdrückende Wirkung auf unser Dorf haben wird. Zudem eine Umzingelung der Gemeinde entstehen würde, durch benachbarte bereits bestehende Windkraftflächen. 10. Der Abstand zur Autobahn (Harte Tabuzone) ist nicht ausreichend berücksichtigt 11. Lärm und vor allen Dingen der Infraschall führen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen für die Bürger. 12. Durch Windkraftanlagen sterben 5,3 Milliarden Insekten pro Tag in Deutschland durch die bereits bestehenden WKA. Quelle: deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt 13. Es führt eine Gasleitung durch das betroffene Gebiet. Dies wurde bei der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planung nicht berücksichtigt 14. Zudem eine deutliche Lebensqualitätseinschränkung der Bewohner der Gemeinde Heilshoop einhergeht. 15. Eine Bebauung mit Windkraftanlagen in dem Gebiet PR3_STO_002 eine erdrückende Wirkung auf unser Dorf haben wird. Zudem eine Umzingelung der Gemeinde entstehen würde, durch benachbarte bereits bestehende Windkraftflächen. 16. Zudem der innere Frieden unserer Dorfgemeinschaft aufs Spiel gesetzt wird. Allein die Diskussion unter der Bevölkerung lässt erkennen, welch hohes Konfliktrisiko eine Errichtung der WKA darstellen würde. 17. Es entsteht ein sehr hoher Wertverlust unserer Immobilien, da Gebiete mit Windkraftanlagen am Immobilienmarkt nicht gefragt sind und wenn doch, dann nur mit sehr hohen Verlusten für die Eigentümer. Eine bauliche Weiterentwicklung der Gemeinde wäre dann nicht mehr möglich. Zudem büßt die Gemeinde ihr Planungsrecht für zukünftige Ortsentwicklung ein.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2276	Sehr geehrte Damen und Herren, viele Familien leben auf der wunderschönen Halbinsel Resenis, eine Landzunge zwischen dem Westensee und dem Bossee, die mir ihrer verdichteten Natur zu einem besonderen Landschaftschutzgebiet der Gemeine Felde zählt. Stets müssen hier alle Baumaßnahmen u.a. in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde getätigt werden, um eine besondere Rücksichtnahme auf die besondere Tierwelt zu nehmen. Das Bewusstsein für diese vielfältige Tier- und Pflanzenwelt wird vom gesamten Umland wahrgenommen und geschätzt. Selbst die Universität Kiel kommt regelmäßig zu Forschungszwecken hierher. Nachdem die Gemeinden aufgefordert wurden, Vorschläge für eventuelle Standpunkte für Windkraftanlagen zu geben, ist uns aufgefallen, dass die **Insel Resenis mit ihren**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich wird auf die Ziffer 7.4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zahlreichen Anwohnern sowohl von der Gemeine Felde und erst recht nicht von der Gemeine Westensee in ihren Abstandsflächen berücksichtigt wurde, da diese Insel im sogenannten Außenbereich liegt. Es besteht hier kein Bebauungsplan, der die hier lebenden Familien in dieser Sache schützt und sie zum Innenbereich der Gemeinde Felde / Westensee zählen lässt. Die vorgesehenen Flächen der Gemeinde Westensee (Bosseer Schoor) für Windanlagen ist eine erhöhte Fläche, über die Schwärme von Fledermäusen aus dem Wald (Felder Holz) zum Bossee /Westensee zwecks Nahrungssuche fliegen. Auch weitere schützenswerte Vogelarten wie Seeadler, Kraniche, Uhus usw. sind hier zahlreich vertreten und orientieren sich nicht an Gemeindeschildern. Wir bitten Sie hilferufend, diese Umstände bei Ihrer Entscheidungsfindung unbedingt im Herzen zu tragen und Verantwortung für dieses Naturjuwel Resenis zu übernehmen und in diesem Sinne auf das Aufstellen von Windanlagen besonders im Gebiet Bosseer Schoor / Tüteberg, aber auch im Schutzraum Resenis zu verzichten. Mit freundlichen Grüßen und im Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1808	Ich bin dagegen das weiter Windparks gebaut werden in Schleswig Holstein Dithmarschen. Ersten wir Bewohner haben dadurch keine Entlastung bei den Strompreise geschweige Vorteile.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf Ziffern 7.1.1, 7.3.2, 7.2.12 und 7.2.10 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen,

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zweitens unsere Aussichten aufs Land werden erheblich verbaut und die Natur leidet darunter. Dann kommt der Lärm durch die Windräder dazu. Und die Landwirte haben auch nichts davon, sie verlieren ihre Felder. Nur die hohen Herrschaften stecken sich das Geld in die Tasche .	führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2378	Teilfortschreibung zum Thema »Windenergie an Land” des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein — Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 - Stellungnahme zur Teilfortschreibung - 03.09.2024 Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Koll, In dem Beteiligungsverfahren für den ersten Entwurf möchten wir eine positive Stellungnahme für den Ausbau von Windenergie in unseren Gemeinden abgeben. Wir sind grundsätzlich für die Ausweisung von Windenergieflachen im Landesinneren, sofern diese den vorgeschlagenen Kriterien entsprechen. Uber die Ausweisung von Windenergieflachen und den Betrieb von Windparks haben wir uns, wie viele Bürger, in den letzten Jahren immer wieder informieren können, es sind zahlreiche Artikel zum Thema erschienen. Es sind einige Windparks in der entfernteren Nachbarschaft entstanden, deren positive Entwicklung und Betrieb wir verfolgen können. Auch unsere Region ist als Windstandort gut geeignet, leider mussten wir auf der Karte in den vorangehenden Beteiligungsverfahren feststellen,	Die Stellungnahme positioniert sich grundsätzlich positiv zum Entwurf des LEP Windenergie, was zur Kenntnis genommen wird. Sie beinhaltet darüber hinaus Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dass in der Region 6stlich von Heide und auf der Hohen Geest stets nur unwesentliche Neuausweisungen für Windparks vorgenommen und große Potentialflachen nicht berücksichtigt wurden. Nach Einsicht und Prüfung der veröffentlichten Unterlagen für die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) stellt sich dies nun anders dar, was wir sehr begrüßen. Dies betrifft auch Potentialflächen in unserem Umfeld, in dem Gebiet zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt gelegen. Aus den nachfolgenden Gründen bitten wir um Aufnahme der Flache zwischen den geschilderten Orten als Vorrangflache für Windenergie. Grundlage sind die im aktuellen Beteiligungsverfahren veröffentlichten Kriterien als Ziele und Grundsatze der Landesentwicklungsplans. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung: Fachliche Argumente/Kriterienkatalog, standortbezogen Bei den nachfolgenden Argumenten und Einwendungen beziehen wir uns auf eine Rohpotenzialflache, die in der Karte Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie aus Juni 2024 abgebildet ist. (Sie ist nicht Bestandteil der veröffentlichen Beteiligungsdokumenten.) Für den Standort zwischen den Orten Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide Tellingstedt, Landkreis Dithmarschen, wird in der veröffentlichten Potenzialflächenkarte eine mögliche Windvorrangflache abgebildet. Die abgebildete Fläche stellt das Projektgebiet ‚Bürgerwindpark Schrum-Wembüttel“ dar und liegt in einem stark	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	windhöffigen Raum in den zuvor genannten Gemeinden. Das betrachtete Gebiet wird von verschiedenen Seiten durch einzuhaltende Abstande zur Einzelwohnhäusern sowie im Osten und Westen durch Wohnbebauung der Gemeinden Immenstedt und Schrum im Westen im Außenbereich begrenzt. Das Gebiet wurde von uns als regional ausgerichtete Planungsgemeinschaft seit vielen Jahren überplant. Es wurde aufgrund von Landschaftsschutzgebietsausweisungen im vorangehenden Regionalplanverfahren nicht weiter betrachtet, abgewogen und ausgewiesen. Wir beschäftigen uns seit Jahren intensiv mit Gebiet. Für das in Frage kommende Gebiet wurden Untersuchungen und Planungen in der Zwischenzeit ausgeführt, auch sind durch die anderen Beteiligungsverfahren (Landesentwicklungsplan) viele Informationen zu den Umweltbelangen veröffentlicht worden. Die beschriebene, weiträumige Flache liegt auf der Hohen Geest, ist sehr wenig bewaldet und wird bereits intensiv zur Landwirtschaft mit Ackerbau und Grünland genutzt. Die für einen Windpark erforderlichen Abstände zu Ortschaften können eingehalten werden. Zu den einzelnen Kriterien: Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern- Ziel Das mögliche Windeignungsgebiet ist so groß, dass die geplanten Abstandsforderungen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	eingehalten werden können. Die Beibehaltung der Rotorin-Planweise schafft zusätzlich genügend Abstand. Dieser wird zumeist häufig auch durch die erforderlichen Abstande aufgrund der Belastungen durch Schall und Schattenwurf übertroffen. In der Regel führen die Vorgaben für die Einhaltung der Emissionen zu noch zu größeren Abstanden. Auch dies ist Bestandteil des eigentlichen Genehmigungsverfahrens und dort zu prüfen. Nach wie vor ist eine ausreichende Potentialfläche auf der Flache vorhanden. Beeinträchtigung Großvögel- Grundsatz Um Brutplatze von windkraftsensiblen Großvögeln soll im angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Hier möchten wir darauf hinweisen, dass weiter differenziert werden sollte bei der Festlegung von Tabuzonen um Horste von Großvögeln. Gerade durch Entwicklung und Einsatz neuer Techniken (ProTecBird) und Schaffung von Lenkungsflächen sollten bei bestandsreichen Arten, beispielsweise wie Storche und Rotmilan durch geeignete Maßnahmenkonzepte Artenschutzkonflikte zu bewältigen sein. Die Großvögel können so erfolgreich geschützt werden. Der großräumige Ausschluss von Potenzialflachen um Horste sollte daher auf die Ebene der Einzelfallbetrachtung verlagert werden und nicht von vorneherein zum Ausschluss einer Flache für Windstandorte führen. Der Ausschluss von besonders sensiblen Flachen mit großflächig vorkommenden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	besonders schützenwerten Arten hingegen ist für uns in Ordnung. Waldabstand Der vorgeschlagene, einzuhaltende Abstand zu Waldflachen von 30 m ist für uns in Ordnung. Zu den vorhandenen Flachen kann für die Planflache genügend Abstand gewahrt werden. Landschaftsschutzgebiete Die neue Gewichtung dieses Kriteriums möchten wir ausdrücklich befürworten. Es ist Bürgern zuzumuten, auf Windenergieanlage zu schauen. Militärische Belange- Ziel Auch dieser Belange sollten auf Ebene der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden. Beispielsweise lineare militärische Richtfunktrassen können bei der Planung eines Gebiets mit Windstandorten Berücksichtigung finden. Die in dem Gebiet liegende Richtfunktrasse quert die Flache, beeinflusst die mögliche Standortplanung jedoch kaum. Sie führt nur zu einer minimalen Einschränkung der Eignungsfläche. Tourismus und Erholung- Ziel und Grundsatz Grundlegend weisen wir darauf hin, dass die Tatbestandsmerkmale ‚Erholung" und ‚Tourismus" durchaus verschieden und damit unterschiedliche Abwägungsbelange sind. Es sollten nur Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung (wenn überhaupt) von dem Ausbau der Erneuerbaren ausgenommen werden, Kernbereiche oder Vorbehaltsgebiete hingegen nicht, Bei Umfragen bei	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Touristen werden Windenergieanlagen regelmäßig als regionsprägend und positiv bewertet. Die Erholung ist ein öffentlicher Belang, der gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB bei der Aufstellung von Bebauungsplanen und damit auch bei den Regionalplänen zu berücksichtigen ist; das gleiche gilt für den Tourismus als Wirtschaftsfaktor(§ 1 Abs. 6 Nr. 8 lit. a BauGB). Der »Erholung" im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB dienen neben Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen auch Frei- und Grünflachen, während der Tourismus zu den Belangen der ‚Wirtschaft" gehört. Der "Erholung” dienen die hier streitgegenständlichen Bereiche nicht, zumal laut Textteil des Regionalplanentwurfs diese Kernbereiche für Erholung in guter Zuordnung zu den Ober- und Mittelzentren als Naherholungsgebiete liegen sollen, während die einzig größere Ortschaft in der Nähe, nämlich Tellingstedt, bei der Landesplanung nur als Unterzentrum geführt wird. Tourismus als wirtschaftlich relevanter Faktor findet kaum statt. Auch sollte diese Darstellung als Vorbehaltsgebiet nicht von vornherein dazu fuhren, dass die betroffenen Flachen von einer Nutzung zur regenerativen Stromproduktion ausgeschlossen werden. Talräume an Gewässern Das Gebiet wird durch die Fließgewässer durchzogen. Die einzuhaltenden Abstände können in der Standortplanung berücksichtigt werden. Die Einschränkungen sind nicht so gravierend, dass das Gebiet sich erheblich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vermindern würde. Schutz- und Biotopverbunde In gesetzlich geschützten, flächenhaften, unmittelbar räumlich zusammenhängenden Biotopen mit einer Größe von insgesamt mindestens fünf Hektar soll die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen werden. Diese Gewichtung befürworten wir. Schwerpunktbereich Schutzgebiet und Biotopverbund Dieses Kriterium wird im BImSchG-Verfahren untersucht und bewertet. Biotopschwerpunktbereiche in vergleichbaren Größenverhältnisse, sollten wie Zusammenhängende gesetzlich geschützte Biotope kategorisch für den Ausbau der Windenergie ausgeschlossen werden. Randbereiche sowie Biotopverbundachsen sollten dabei einer Abwägung zugänglich sein. Dementsprechend können Biotopschwerpunktbereiche ab 5 Hektar vom Grundsatz zum Ziel gewandelt werden. Weitere Punkte/ Argumente Verfahren Wir begrüßen grundsätzlich das geplante Verfahren, die Kriterien zur Ausweisung von Windeignungsflachen im Landesentwicklungsplan gesetzlich zu verankern. Gleichzeitig werden die Kriterien neu gewichtet und bewertet. Auch folgt das Land Schleswig- Holstein zum einen den neuen Anforderungen des geänderten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bundesrechts und schafft zum anderen die notwendigen Rahmenbedingungen für Klimaschutz, Energiewende und dringend benötigtem Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Festsetzung von bestimmten Kriterien als Ziele, die der Abwägung nicht zugänglich sind und als Grundsätze, die in der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden können, schafft einen einheitlichen Verfahrensrahmen für verschiedene Ausweisungsverfahren. Durch die Beibehaltung der Rotorin-Lesart werden die politischen und vertraglichen Ziele der Landesregierung, genügend Abstand zu Wohnbereichen, weiterverfolgt. Auch der Wegfall von der bislang geltenden Ausschlusswirkung kann im Einzelfall sinnvolle Ausweisung von Windeignungsflachen in bestimmten Lagen ermöglichen. Die neue Positivplanung ermöglicht, große, stark windhöffige Gebiete im Landesinneren, die bislang vor allem durch Landschaftsschutzgebietsausweisungen keine Berücksichtigung fanden, für die erneuerbare Stromproduktion zu erschließen. Flachen, die zum Teil wesentlich besser geeignet sind, zum Beispiel aufgrund ihrer größeren Entfernungen von Siedlungen und Häusern als an der Küste, werden im laufenden Verfahren nun aufgenommen. Die ungleichmäßige Verteilung und eindeutige Bevorzugung der Küstenregion stellen ein soziales Gefälle für die Gemeinden und Bevölkerung dar. Die Wertschöpfung darf aber nicht weiter so ungerecht verteilt sein. Insgesamt unterstützen wir daher das vorgesehen Verfahren, die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Grundsatzbeschlüsse der Landesregierung zur Windenergieplanung vom Dezember 2023 auf Ebene des Landesentwicklungsplans umzusetzen. Klimaschutzziele Aus Gründen der Klima- und Energiepreiskrisen ist weiterer Flächenbedarf eindeutig ersichtlich. Dies definiert den an sich vorhandenen Ermessensspielraum neu. Wir befürworten den Ausbau von Erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, auch in unserer Gemeinde, da wir die Energiewende und Grüne Energie gut finden. Sie stärkt die Wertschöpfung des Ländlichen Raums und birgt langst nicht die Gefahren von Atomkraft. Der Bedarf von klimaneutraler Energie wird sich gerade an der Westküste mit den Standorten wie Brunsbüttel und Heide enorm durch Transformation der Industrieversorgung, Mobilität und private Haushalt massiv steigern. Auch können zukünftig die verschiedenen geplanten Stromleitungen den erzeugten Strom Offshore und Onshore wegführen, Schleswig-Holstein erhält eine historische Chance, seine Wirtschaftlichkeit zu steigern. Zusammenfassung In der Zusammenfassung ermöglichen die aktuellen Abwägungskriterien große neue Windvorrangflächen in unserer Region. Auch in den anfangs genannten Orten ist eine Potentialfläche für den Windenergieausbau möglich. Die Kriterien und der Zuspruch in der Bevölkerung lassen einen Wegfall des Gebiets nicht zu.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Wir befürworten daher - die Verfahrensweise der Verankerung der Kriterien zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im Landesentwicklungsplan und - bitten um die Aufnahme des Gebiets zwischen den Ortschaften Mit freundlichen Grüßen,	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2435	Als Bürger von Weesby bin ich gegen die Ausplanung neuer Potenzialflächen im Gemeindegebiet Weesby. Die Festlegung potenzieller und neuer Flächen zur Nutzung von Windenergie in der Gemeinde Weesby, insbesondere im süd-, südwestlichen und westlichen Teil der Gemeinde, stößt auf Ablehnung und sollte daher von der Ausplanung ausgeschlossen werden. Dafür gibt es mehrere gewichtige Gründe, die sowohl die Umwelt als auch die Lebensqualität der Einwohner betreffen. 1. Nähe der Potenzialflächen zum Ortskern Ein zentraler Kritikpunkt ist die Nähe der Potenzialflächen zum Ortskern von Weesby. Hierbei sind mehrere Faktoren ausschlaggebend: • Lärmemissionen: Windkraftanlagen erzeugen kontinuierlich Lärm, der sich negativ auf die Lebensqualität der Anwohner auswirken kann. Besonders problematisch sind die sogenannten Infraschallwellen, die von den Rotorblättern erzeugt werden und gesundheitliche Beschwerden wie Schlafstörungen, Kopfschmerzen und Stress auslösen können (vgl. Studie der Technischen Universität München, 2019, und Studie des Robert Koch-Instituts „Gesundheitliche Wirkungen von Windkraftanlagen“, RKI, 2021). • Visuelle Beeinträchtigung: Die massiven Strukturen der Windkraftanlagen beeinträchtigen das Landschaftsbild erheblich. Die Nähe zum Ortskern bedeutet, dass die Einwohner ständig diesen visuellen Eingriff hinnehmen müssen. Neuere Studien bestätigen, dass die visuelle Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen weiterhin ein zentraler Faktor für die öffentliche Ablehnung ist. Der Einfluss auf das Landschaftsbild und das subjektive Wohlbefinden der Anwohner wurde von den meisten Befragten in	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.11.1, 3.2.1, 3.3.1, 7.1.1, 7.2.9, 7.2.11, 7.2.12, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3 und 7.3.6 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ländlichen und touristischen Gebieten als Hauptgrund für die Ablehnung von Windkraftanlagen genannt (vgl. Studie des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung, IRS, 2020; „Visual Impact of Wind Farms on Residential Property Values“, Sunak & Madlener, 2021, RWTH Aachen; Studie von Drechsler, 2021, Deutschland). • Schattenwurf: Die Drehbewegungen der Rotorblätter verursachen einen periodischen Schattenwurf, der die Anwohner in ihrer täglichen Routine stören kann. Diese sogenannten „Schattenflicker“ können besonders in den Morgen- und Abendstunden zu einer erheblichen Belästigung werden (vgl. Studie des Robert Koch-Instituts „Gesundheitliche Wirkungen von Windkraftanlagen“, RKI, 2021). • Immobilienwerte: Studien haben gezeigt, dass die Immobilienwerte in der Nähe von Windkraftanlagen signifikant sinken können. Dies könnte wirtschaftliche Nachteile für die Bürger von Weesby nach sich ziehen, die ihre Grundstücke und Häuser möglicherweise unter Wert verkaufen müssten (vgl. Studie von Sunak & Madlener, RWTH Aachen, 2016, und Studie der Deutschen Bundesbank, 2020). 2. Spezifische Planungsüberlegungen Gemäß der Teilfortschreibung Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie in 2G "Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land" heißt es: • Als Vorranggebiete Windenergie sollen in den Regionalplänen bevorzugt die Vorranggebiete Windenergie und Vorranggebiete Repowering der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land von 2020 und außerhalb dieser Gebiete stehende raumbedeutsame WEA übernommen werden. Daher hinterfrage ich äußerst kritisch, warum mit der Fortschreibung 2024 einige Räume erneut als Potenzialflächen ausgewiesen werden, obwohl in der Vergangenheit Flächen ausgeschlossen wurden. An der Geografie und den Rahmenbedingungen hat sich seit 2020 nichts verändert. Des Weiteren wird in 7G „Umfassung von Ortslagen“ festgelegt: • Eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WEA soll vermieden werden. Dafür soll geprüft werden, ob Umfang und Anzahl von Windenergiegebieten in unmittelbarer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	räumlicher Nähe zu Ortslagen im Einzelfall begrenzt werden müssen. Die letzte Landesverordnung über die Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I wurde am 30. Dezember 2020 veröffentlicht. In den dazugehörigen Datenblättern (PR1_Datenblätter_SLF-1.pdf) wurden die Gebiete SLF_002 und SLF_005 aufgrund der bereits hohen Belastung durch Windkraftanlagen sowie der Riegelbildung als Vorrangflächen abgelehnt. Mit dieser Ablehnung soll verhindert werden, dass zusätzliche Belastungen durch neue Windkraftanlagen in bereits stark belastete Gebiete eingebracht werden. Im Folgenden ein Auszug aus den Datenblättern Planungsraum 1 Kreis Schleswig-Flensburg, hier: Abwägungsentscheidung zur Übernahme von Potenzialflächen zu Vorranggebieten der Landesregierung: • PR1_SLF_002: Aufgrund der bereits erreichten hohen Belastung dieses Teilraums und der Riegel- und Barrierewirkung der WKA entlang der dänischen Grenze und um unerwünschte Umzingelungen und Riegelbildungen zu vermeiden, werden in erster Linie die bebauten Bereiche übernommen. Erweiterungen bestehender Windgebiete und neue Flächen können nur in raumverträglichem Maße vorgenommen werden. Da es sich bei dieser Fläche um eine bisher nicht bebaute, von den nördlichen vorhandenen Windparks durch die Landesstraße abgesetzte Fläche handelt, erfolgt auch im Sinne der fehlenden Konzentrationswirkung keine Übernahme der Potenzialfläche in einem bereits stark belasteten Raum. • PR1_SLF_005: Aufgrund der bereits erreichten hohen Belastung dieses Teilraums und der bereits vorhandenen Riegel- und Barrierewirkung der WKA entlang der dänischen Grenze und um unerwünschte Umzingelungen und Riegelbildungen zu vermeiden, werden in erster Linie die bebauten Bereiche übernommen. Erweiterungen bestehender Windgebiete und neue Flächen können nur in raumverträglichem Maße vorgenommen werden. Auf Höhe der Ortslagen Weesby, Holt und Medelby ist noch ein verhältnismäßig weiter Bereich frei von WKA in einem ansonsten bereits stärker belasteten Raum. Im Verhältnis dazu erzeugt jede weitere Fläche für die Windenergienutzung, auch wenn sie relativ klein ist, eine stärkere Belastung. Angesichts dessen, dass ohnehin nur wenige WKA errichtet werden können, wird auf die Übernahme dieser eher kleineren, bisher unbebauten Fläche als Vorranggebiet verzichtet. Der als weiches Tabukriterium festgelegte Abstandsbereich um Siedlungen von 800 m wird für die Ortslage Weesby um einen 200 m erweiterten Schutzbereich ergänzt, da dem siedlungsnahen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Freiraumschutz aufgrund der fehlenden Windenergienutzung in diesem Bereich ein höheres Gewicht eingeräumt wird. Dadurch reduziert sich die Fläche weiter. Der westliche Flächenanteil im Westen des Gebiets liegt im Schutzbereich der Verteidigungsanlagen Bramstedtlund. Eine weitere Windkraftnutzung ist an dieser Stelle nicht mit den Verteidigungsbelangen vereinbar. Darüber hinaus überlagert sich die Fläche im Westen mit naturschutzfachlichen Kompensationsflächen, die für eine Windkraftnutzung nicht zur Verfügung stehen. Bereits jetzt stehen im Umkreis von 5 km des Ortskerns Weesby 64 WEA (siehe Abb. 1). Mit der Ausplanung von Potenzialflächen im Gemeindegebiet Weesby (siehe Abb. 1), besonders im südlichen, südwestlichen und westlichen Bereich, wird die „Umfassung von Ortslagen“ weiter stark forciert. Mit einer Ausweisung als Potenzialfläche und der Möglichkeit, ein Vorranggebiet zu werden, schließt sich im Südwesten der Sektor zwischen Bramstedtlund und Holt (vgl. Abb. 2). Der bislang „freie“ Sektor ist die Hauptwindrichtung dieser Region. Ebenso wurde in der Stellungnahme der Gemeinde Weesby vom 10. Januar 2019 die Entscheidung begrüßt, dass die oben beschriebene Fläche PR1_SLF_005 im Bereich Weesbylund aus Vorsorge zur Umzingelung der Gemeinde Weesby im 2. Entwurf der Landesplanung keine Berücksichtigung mehr findet. Es wird davon ausgegangen, dass man an dieser vernünftigen Entscheidung festhält. Auch hier stelle ich die Frage, warum erneut eine Potenzialfläche südwestlich der Gemeinde Weesby ausgeplant wird. Abb. 1: Gemeindegebiet WEESBY mit dem Bestand von WEA (07/2024) und der Potentialflächen aus dem LEP 2024 Abb. 2: Auswirkung in Bezug auf die Umfassung von Ortslagen mit dem Effekt der weiteren Riegelbildung Im Plantext der Teilfortschreibung in Kapitel 4.5.1.2, 1 Z Militärische Bereiche, heißt es: • „Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in militärischen Bereichen sind ausgeschlossen. Militärische Bereiche sind Anlagen und Einrichtungen der Bundeswehr und der verbündeten Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere Standort- und Truppenübungsplätze.“ Und in 1 G Weitere militärische Belange:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• „Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen die weiteren militärischen Belange der Verteidigung berücksichtigt werden. Hierzu zählen insbesondere Bauschutzbereiche der Flugplätze Hohn und Schleswig-Jagel, Radaranlagen und entsprechende Schutzbereiche, Interessensgebiete von Funkdienststellen, Richtfunkstrecken sowie Produktfernleitungen.“ Besonders in der Begründung zu 1 G sind zwar militärische Belange dezidiert aufgeschlüsselt, aber aufgrund von Unkenntnis nicht ausreichend berücksichtigt. Bei der Liegenschaft in Bramstedtlund handelt es sich um eine strategische Stellung zur Fernmeldeaufklärung. Diese Dienststelle leistet im 24/7-Schichtbetrieb einen essentiellen Beitrag zum Schutz des Personals der Bundeswehr in Auslandseinsätzen und ist ein unverzichtbarer Bestandteil auf strategischer Ebene zur Landes- und Bündnisverteidigung. Jegliche Beeinträchtigung des elektromagnetischen Spektrums im Umfeld dieser Stellung ist nicht nur zu berücksichtigen, sondern auszuschließen. In der Begründung für den Abwägungsbereich zur Windenergienutzung der Fläche PR1_SLF_401 steht: • „… Innerhalb der letzten Jahre hat die Schutzbereichsbehörde im Rahmen von konkreten Projekten der Errichtung von rd. 20 WKA innerhalb der Schutzbereiche zugestimmt. Ein weiterer Zubau ist mit den Verteidigungsbelangen nicht mehr vereinbar.“ Diese Begründungen sind aus dem Jahr 2020. Der Ukraine-Krieg hat als weltpolitisches Ereignis einen direkten Einfluss auf die Bundeswehr. In der Verteidigungspolitischen Richtlinie für die Zeitenwende 2023 werden Vorgaben für die Neuausrichtung der Streitkräfte veröffentlicht. Der Bundesminister der Verteidigung sagte dazu: • „In der Zeitenwende wird die Bedeutung der Bundeswehr für unser Land besonders sichtbar. Wieder sichtbar. Und es wird deutlich: Wir müssen unsere Bundeswehr wieder auf Landes- und Bündnisverteidigung ausrichten und ihre Einsatz- und Abschreckungsfähigkeit spürbar erhöhen – damit wir auch morgen noch in Frieden und Freiheit leben können.“ Bei der Ausweisung von Potenzialflächen/Windenergiegebieten sind militärische Belange stärker zu berücksichtigen. Obwohl die militärischen Interessen wie Bauschutzbereiche und Funkstrecken formal aufgelistet wurden, kritisiere ich, dass diese in der Praxis oft unzureichend beachtet werden. Besonders strategisch wichtige	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anlagen wie die Fernmeldeaufklärungsstelle in Bramstedtlund, die auf strategischer Ebene für die Landes- und Bündnisverteidigung unverzichtbar ist, dürfen durch den Ausbau der Windkraft nicht beeinträchtigt werden. Der Ukraine-Krieg und die daraus resultierende Zeitenwende in der deutschen Verteidigungspolitik verstärken die Dringlichkeit, die Landes- und Bündnisverteidigung zu priorisieren. Künftige Entscheidungen sollten die Verteidigungsinteressen noch strenger in den Vordergrund stellen. 3. Umwelt und Gesundheit Belastung mit PFAS In Weesby konnte bereits PFAS (Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) nachgewiesen werden. Diese Chemikaliengruppe ist besonders langlebig und umweltschädlich. Umgangssprachlich werden sie auch als „Ewigkeitschemikalien“ bezeichnet. • Umweltgefährdung: PFAS können sich in der Umwelt anreichern und sind schwer abbaubar. Die zusätzliche Errichtung von Windkraftanlagen könnte durch die Bau- und Installationsprozesse die Boden- und Wasserqualität weiter beeinträchtigen. Es ist nicht auszuschließen, dass dabei PFAS-haltige Materialien verwendet oder durch Bauaktivitäten bestehende PFAS-Quellen mobilisiert werden. • Messdaten Weesbydamm: An der Messstelle Weesbydamm wurde bereits in der Vergangenheit PFAS im Grundwasser festgestellt. Diese Messdaten unterstreichen die Dringlichkeit, weitere Umweltbelastungen zu verhindern. Jede zusätzliche Baumaßnahme, die das Risiko einer weiteren Verbreitung dieser Schadstoffe birgt, sollte deshalb sehr kritisch betrachtet werden. • Gesundheitsrisiken: PFAS können sich im menschlichen Körper anreichern und zu ernsthaften gesundheitlichen Problemen führen, darunter Krebs, Leber- und Nierenschäden sowie hormonelle Störungen. Angesichts der bestehenden Kontamination sollte jede weitere potenzielle Gefährdung der Umwelt strikt vermieden werden. • Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung: PFAS-Belastungen können erhebliche Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Flächen in und um Weesby haben. Diese Chemikalien können in den Boden und ins Grundwasser eindringen, was zu einer Kontamination der Nutzpflanzen und des Viehfutters führen kann. Dies gefährdet nicht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nur die Gesundheit der Verbraucher, sondern auch die Existenzgrundlage der Landwirte in der Region. Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Bestandteil der lokalen Wirtschaft und Gemeinschaft; eine Beeinträchtigung durch zusätzliche PFAS-Belastung wäre daher besonders problematisch. • Erosion der Rotorblätter: Ein weiteres Kriterium im Zusammenhang mit PFAS ist die Erosion an den Rotorblättern der Windkraftanlagen. Durch den ständigen Betrieb der Windkraftanlagen kommt es zu Materialabrieb, der PFAS-haltige Partikel freisetzen kann. Diese Partikel können sich in der Umgebung verteilen und zu einer weiteren Kontamination von Boden und Wasser führen. Angesichts der bereits bestehenden PFAS-Belastung in der Region ist dies ein ernstzunehmender zusätzlicher Risikofaktor, denn jede WKA hat pro Jahr mehr als 1 mm Erosion an den Rotorblättern. Vorbereitung eines PFAS-Verbots im EU-Parlament Zusätzlich zu den lokalen Bedenken gibt es auf europäischer Ebene wichtige Entwicklungen: • Geplantes Verbot: Im EU-Parlament gibt es derzeit Vorbereitungen für ein umfassendes Verbot von PFAS. Dies unterstreicht die ernste Bedrohung, die diese Chemikalien für Umwelt und Gesundheit darstellen. Ein solches Verbot würde die Verwendung von PFAS-haltigen Materialien in neuen Bauprojekten, einschließlich Windkraftanlagen, stark einschränken oder ganz untersagen. • Zukunftssicherheit: Angesichts der bevorstehenden Regulierungen ist es fraglich, in Projekte zu investieren, die möglicherweise bald nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Dies könnte zu erheblichen zusätzlichen Kosten für die Nachrüstung oder gar den Rückbau der Anlagen führen. Fazit Für Weesby sprechen die vorliegenden Argumente klar gegen die Ausweisung neuer Potenzialflächen für Windkraftanlagen in der Gemeinde, insbesondere im süd-, südwestlichen und westlichen Bereich. Die wesentlichen Gründe lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1. Die Potenzialflächen sind für zukünftige Windkraftanlagen von 200 Meter Narbenhöhe und mehr zu nah am Ortskern und tragen zur Verschlechterung der Lebensqualität bei.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Im Einzelnen geht es um die: o Lärmemissionen o Visuelle Beeinträchtigung o Schattenwurf o Wertverlust von Immobilien 2. Spezifische Planungsüberlegungen: o Frühere Ausschlüsse: Die erneute Ausweisung von Flächen, die zuvor ausgeschlossen wurden, stößt auf Inakzeptanz, da sich die Geografie und Rahmenbedingungen seit 2020 nicht verändert haben. Der vorhandene Planungsrahmen sah bereits vor, dass Flächen in stark belasteten Gebieten nicht weiter für Windkraft genutzt werden sollten. o Umfassung von Ortslagen: Die Ausweisung neuer Potenzialflächen könnte die Umfassung des Ortskerns durch Windkraftanlagen weiter forcieren, was dem Prinzip der Vermeidung unzumutbarer Umfassungen widerspricht. 3. Militärische Belange: o Strategische Bedeutung: Die militärischen Belange, insbesondere die Schutzbereiche rund um strategische Anlagen wie Bramstedtlund, werden nicht ausreichend berücksichtigt. Die Landes- und Bündnisverteidigung steht im Fokus der politischen Führung, was bedeutet, dass potenzielle Beeinträchtigungen von Windkraftanlagen auszuschließen sind. 4. Umwelt- und Gesundheitsrisiken durch PFAS: Die bereits gemessene PFAS-Belastung in Weesby könnte durch die Bau- und Installationsprozesse von Windkraftanlagen weiter verschärft werden und die Umweltqualität verschlechtern. PFAS stellen ernsthafte Gesundheitsrisiken dar, weshalb jede zusätzliche Gefährdung unbedingt vermieden werden sollte. Auch die landwirtschaftliche Nutzung und lokale Wirtschaft könnten durch PFAS-Belastungen beeinträchtigt werden, während die Erosion der Rotorblätter von Windkraftanlagen zu weiteren, noch nicht abschätzbaren Folgen beitragen könnte. Nicht umsonst befasst sich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	das EU-Parlament mit einem möglichen Verbot für PFAS und bedeutet, dass in naher Zukunft Investitionen in Projekte, die PFAS-haltige Materialien verwenden, nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen entsprechen könnten. Insgesamt sprechen in erster Linie die Beeinträchtigung der Lebensqualität der Anwohner als auch die gesundheitlichen und umwelttechnischen Risiken, sowie die Bedenken hinsichtlich der militärischen Belange gegen die Ausweisung neuer Potenzialflächen für Windkraftanlagen in Weesby. Es sollte sorgfältig geprüft werden, ob die bestehenden Flächen tatsächlich den Anforderungen der erneuerbaren Energien gerecht werden, ohne zusätzliche Belastungen für die Gemeinde und ihre Umwelt zu verursachen. Weesby sollte nicht zur Bühne einer unüberlegten und kurzfristigen Energiepolitik werden, die die langfristigen Interessen der Gemeinde und ihrer Bewohner außer Acht lässt. Eine verantwortungsvolle und nachhaltige Energiepolitik muss unbedingt die gesundheitlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung berücksichtigen.	
Gruppe ID: GM2273 Anzahl: 2 (IDs: M2273, M2430)	Sehr geehrte Damen und Herren, mit unseren nachstehenden Ausführungen möchten wir für die Gemeinden Bargenstedt und Krumstedt, Kreis Dithmarschen, und als Mitinitiatoren eines beabsichtigten Windprojektes, zwischen [redacted] und [redacted] gelegen, zum ersten Entwurf der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein wie folgt Stellung beziehen: Grundsätzlich unterstütze ich den 1. Entwurf der LEP-Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ in seiner vorliegenden Fassung sowie die gewählte Verfahrensweise. Die Ziele und Grundsätze der Raumordnung des ersten Entwurfes der LEP - Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ sind gut gewählt, um den Belangen der verschiedenen Schutzgüter gerecht zu werden und gleichzeitig dem zwingend erforderlichen Ausbau der Windenergie genügend Raum bzw. Vorrangfläche zu verschaffen. Das am 01. Februar 2023 in Kraft getretene Bundesgesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie, das als „Wind-an-Land-Gesetzgebung“	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bezeichnet wird, legt durch das Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) verbindliche Ausbauziele für die einzelnen Bundesländer fest. Auch für Schleswig-Holstein gelten neue Ausbauziele, sodass auch das Bundesland die Neuausweisung weiterer Windgebiete erfüllen muss. Durch die gesetzliche Verankerung der Kriterien zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung werden klare Vorgaben für die Windenergieplanung gemacht, die für alle möglichen Ausweisungsverfahren von Vorrangflächen gelten. Die Bürger und Bürgerinnen bzw. die Gemeinden bekommen klare Strukturen und Vorgaben. Die derzeitige Vorgehensweise und die aktuelle Auswahl der Ziele der Raumordnung bzw. Kriterien zur („übergeordneten“) Steuerung des Ausbaus der Windenergie in SH sind für mich nachvollziehbar. Durch die neue Gewichtung der Kriterien kann der Ausbau weiterer Flächen mit mehr Planungssicherheit erfolgen. Die Planung erfüllt die Schutzansprüche von Raum- und Umweltbelangen. Sie wird dem Anspruch einer raum- und umweltverträglichen Steuerung unter Würdigung der wirtschaftlichen Bedeutung der Windenergie an Land und der klima- und energiepolitischen Ziele gerecht. Sicherlich lassen sich einzelne Ziele und Grundsätze in der Einzelfallbetrachtung noch konkretisieren. Für die genannte Potenzialfläche sind in den veröffentlichten Dokumenten und zusätzlichen Unterlagen keine Tabukriterien zu finden. Ausschlusskriterien (=Ziele der Raumordnung) sind im Gebiet in den Karten nicht sichtbar. Weitere Belange betreffen Kriterien, die zu Grundsätzen verordnet werden sollen. Bei den Grundsätzen sollte die Abwägung jedoch zugunsten des Ausbaus von Windenergieanlagen auf Basis des § 2 EEG stattfinden. Dies sollte auch bei der beschriebenen Fläche in Betracht gezogen werden. Daher sollte die Fläche in den ersten Regionalplanentwurf aufgenommen werden. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson	**Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)*

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: 1807	**Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land** **Hier: 24256 Fargau-Pratjau** **Neu-Sophienhof / Sophienhof und Umgebung** Sehr geehrte Damen und Herren, fristgerecht nehme ich zu dem „Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land“ in aller Form ablehnend Stellung. • Das Gebiet nördlich des Selenter Sees, in dem sich die Flächen für den Ausbau der Windenergie befinden, ist nachweislich ein Vogelzuggebiet. Wasservögel aus den baltischen sowie Singvögel aus dem skandinavischen Bereich überfliegen das ge-plante Ausweisungsgebiet. Die Errichtung von weiteren Windkraftanlagen hätte zu den bereits vorhandenen Anlagen den Effekt eines Sperrriegels für den Vogelzug. Es wäre diesen Vögeln nicht mehr möglich, diese seit Jahrhunderten bestehenden Routen zu nutzen. Die Ausweisung der Flächen und die Errichtung der Windkraft-anlagen im Anschluss hätte einen schwerwiegenden negativen Einfluss auf die Vogelpopulation im Ostseeraum.Auch die in dem Gebiet vorhandenen Arten wie z. B. Seeadler, Rotmilan, Weiss- u. Schwarzstorch, Brachvogel, Kiebitz, Kranich, Eulen, Käuze, Fledermäuse und weitere würden durch die Errichtung weiterer Windkraftanlagen ihren Lebensraum ver-lieren bzw., wie in entsprechender Fachliteratur nachzulesen ist, in den Rotorblättern der Anlagen ihr Leben verlieren.Ich fordere Sie auf, die vorliegenden Gutachten zum Vogelzug in dem Bereich zur Kenntnis zu nehmen und auch entsprechend zu werten. • Es ist derzeit teilweise möglich, die Windkraftanlagen bis auf 400 m an die Bebauung heranzuführen. Ich mache darauf aufmerksam, dass in den vergangenen Jahren in einem benachbarten Windpark in der Gemeinde Fiefbergen Anlagen havariert sind. Diese Anlagen befinden sich nicht in der Nähe von einer Bebauung. Die Trümmer der Anlage(n) fanden sich in einem Umkreis von weit aus mehr als 400 m wieder. Da ein weiterer Trümmerabfall zu befürchten war, wurde das Gebiet weiträumig (mehr als 1.000 m) abgesperrt und ein Betreten des „Sperrgebietes“ durch ständige Präsenz von	*und 4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 2.11, 4.16, 7.2.6, 7.2.7, 7.2.12 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wachpersonal verhindert.Wären in dem Bereich Wohnhäuser vorhanden gewesen, hätte ein Personen-schaden nicht ausgeschlossen werden können. Materiellen Schaden hätte es garantiert gegeben. Denken Sie bitte darüber nach, was Sie in einem solchen Fall mit den Bewohnern der betroffenen Ortschaften zu tun gedenken. Werden die Menschen zwangsevakuiert und in einer Turnhalle oder ähnlichem untergebracht? Was geschieht mit vorhanden Haus- und Nutztieren? Sollten Anlagen tatsächlich bis auf 400 m an die Bebauung herangeführt werden und im Falle einer Havarie Menschen zu Schaden kommen, müssen die Entscheidungsträger mit entsprechenden Konsequenzen rechnen. • Ich komme jetzt zu der Ortschaft Neu-Sophienhof in der Gemeinde 24256 Fargau-Pratjau. Gemäß Potentialflächenkarte ist ein nahezu vollständiger Einschluss der Ortschaft ersichtlich. Dieser Einschluss führt zu einer Verstärkung des erdrückend wirkenden Charakter der eventuell kommenden Windkraftanlagen. Es wäre den Bewohnern nicht möglich, sich diesen Anlagen zu entziehen. Optische und akustische Belastungen wie Schattenwurf, Discoeffekt, Schall usw. würden mit dem Lauf der Sonne sowie der Windrichtung ständig auf die Menschen einwirken. Gesundheitliche Beeinträchtigungen, die durch diese Dauerbelastungen entstehen, müssen m. E. In den Planungen berücksichtigt werden.Es könnte zu einer vollkommen regionsuntypischen punktuellen Belastung kommen. Diese kollidiert mit einem ausgeglichenem sozialen, ökonomischen und ökologischem Handeln. Kartenausschnitt: • Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass es gesicherte Erkenntnisse gibt, dass der produzierte Strom in dem Gebiet nicht abgeführt werden kann. Es fehlt an leistungsstarken Transportleitungen und die in dem Gebiet vorhandenen Umspannungswerke haben die Belastungsgrenze bereits überschritten. Ich bitte auch diesen Punkt bei Ihren Überlegungen zu beachten. Aus den genannten Gründen sind m. E. die Flächen aus dem Landesentwicklungsplan in der Gemeinde 24256 Fargau-Pratjau zu entfernen. Mit freundlichem Gruß [redacted]	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1806	Um weitere Flächen für Windkraft zu erschließen, ist es aus meiner Sicht nicht notwendig, bestehende Naturparke ("Westensee und Obere Eider") als Potentialflächen auszuweisen. Ich verzichte an dieser Stelle darauf, die Gründe für die Ausweisung von Naturparken bzw. Landschaftsschutzgebieten zu benennen, betone aber, dass das Landschaftsbild besonders schützenwert ist, dies auch vor dem zunehmenden Flächenverbrauch durch Neubaugebiete und Gewerbegebiete. Es gibt in Schleswig-Holstein geeignetere Flächen als Naturparke, diese sollten von Winderenergie und Freiflächen-PV-Anlagen freigehalten werden. Die Energiewende muss nicht von Schleswig-Holstein allein getragen werden, diesen Eindruck erweckt aber die Landesregierung! Die Industrieregionen und Ballungsräume verfügen über ausreichend räumliche Möglichkeiten, sich zu beteiligen. Inwiefern die Projektionen zutreffen, dass der Stromverbrauch zukünftig steigen wird, sei dahingestellt. Weiterhin gilt es Ressourcen einzusparen und Stromspeicherkapazitäten zu schaffen sowie sich um einen effizienteren Strommarkt zu kümmern. Dänemark hat es vorgemacht, ohne BürgerInnenbeteiligung (politisch und wirtschaftlich) schafft die Energiewende nur "unnötige" Konflikte...	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich wird auf die Ziffern 7.1.4 und 7.2.12 ebenda verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffern 3.17.1 und 3.18.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1805	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig – Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf, Juni 2024. Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den oben genannten Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgende Punkte möchte ich diesbezüglich anführen: 1. Westensee – und der gesamte Naturpark Westensee ist ein Bereich, der von vielen Zugvögeln jährlich durchflogen (Milan, Seeadler, Wildgänse, Kraniche, Graureiher, Fledermäuse, Eulen, Störche und viele mehr). Wir befürchten Auswirkungen auf diese zum Teil seltenen Vogelrassen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 4.20, 2.1.3 und 2.3.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	**Stellungnahme**	**Begründung**
	2. In Bezug auf Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen sollte für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920 m eingehalten werden. 3. Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkung im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit meines Lebens – und Erholungswertes.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2424	Sehr geehrte Damen und Herren Stellungnahme: 1- die Abstandsregelung dürfen nicht verkürzt werden auch im Hinblick auf immer größer werdende Anlagen 2- ohne die Möglichkeit den vorhandenen Strom auch überall schnell hinbringen zu können , muss man den Ausbau des Transportes und der Speicherungsmöglichkeiten verbessern bevor man noch mehr Windkraftanlagen baut die dann wegen Überkapazitäten abgeschaltet werden müssen. Beides sollte gemeinsam gedacht und geplant werden. 3- Besteht tatsächlich die Notwendigkeit in einem Naturpark solche Anlagen zubauen?? 4- Wir brauchen die Natur, die Natur braucht uns nicht. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 2.3.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Für die Beantwortung der weiteren Hinweise wird auf die Ziffern 7.2.3, 7.2.4, 7.2.6 und 7.4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Schließlich enthält die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 3.18.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit:	**Stellungnahme Landesentwicklungsplan „Windkraft an Land“**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: M2533	***Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024*** Sehr geehrte Damen und Herren, als Bewohner der Kieler Innenstadt könnte ich nach dem Motto: „der Strom kommt aus der Steckdose“ die Diskussion um den Windstrom ignorieren. Als Umwelt- und Energie bewusster Bürger bin ich noch immer erschrocken von der Naivität und Verantwortungslosigkeit unserer Politiker, die Lieferung und sogar die Lagerung von Energie in die Hände ausländischer Firmen und Machthaber zu legen. Andererseits unterstütze ich den Ausstieg aus der Atomenergie. Die Konsequenz sind die Forcierung von erneuerbaren Energien und die Energieeinsparung. Der Landesentwicklungsplan „Windkraft an Land“ ist der richtige Schritt, die Errichtung von Windkraftanlagen oder Windparks in geordnete Bahnen zu lenken. Auf !!3 Seiten wird das Ergebnis detaillierter Untersuchen veröffentlicht. Unter Punkt 3 und 5 sind Auswirkungen auf die Umwelt beschrieben. Allerdings ohne Priorität. Ich halte die Windenergieanlagen für eine saubere Lösung, ohne gravierende schädigende Auswirkung z.B auf Wasser, Land, Pflanzen und Tiere (ausgenommen Vögel und speziell Zugvögel). Die Hauptbeeinflussungen auf den Menschen sind optisch und akustisch. Selbst bei Ausfall oder Unfall sind die Schäden gegenüber einem AKW minimal. Schleswig-Holstein ist das Land zwischen den Meeren und als windreiches Gebiet bekannt. Für die Förderung der Windkraft gilt es also die Gunst der Stunde zu nutzen. In dem Landesentwicklungsplan fehlen mir Angaben zur Geländetopografie, zu Hauptwindrichtungen und der Hinweis, vorhandene Infrastruktur (Wegenetz) und die Lage von Umspannwerken für die Einspeisung der Energie optimal zu nutzen. Richtungsweisend sehe ich die WEA an der Autobahn [redacted] zwischen [redacted] Der Lärmpegel durch die Autobahngeräusche liegt weit über den Laufgeräuschen der WEA. Eine weitere Optimierung wäre durch die gemeinsame Einspeisung der Solarenergieparks gegeben,	nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15, 7.1.3, 7.2.6 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die bevorzugt an den Autobahnrändern installiert werden. Im Landesentwicklungsplan wird unter Punkt 3.2.2 das Thema Erholung und Tourismus kurz erwähnt. Der Tourismus ist eines der wichtigsten wirtschaftlichen Standbeine für Schleswig-Holstein: 10,37 Mrd. Euro Bruttoumsatz (2022) sprechen für sich. Die Daten über Campingplätze entnehmen Sie bitte der nachstehenden Tabelle des statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein G_IV_1-j23-SH_neu.xlsx (live.com) **[Tabelle 8: Campingplätze und Stellplatzangebot sowie Ankünfte, Übernachtungen und Aufenthaltsdauer der Gäste auf Campingplätzen in Schleswig-Holstein im Jahr 2023 nach Kreisen, Reisegebieten und Gemeindegruppen [Bildschirmfoto der ersten zwei Zeilen von https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fwww%2Estatistik%2Dnord%2Ede%3A443%2Ffileadmin%2FDokumente%2FStatistische%5FBerichte%2Findustrie%5F%5Fhandel%5Fund%5Fdienstl%2FG%5FIV%5F1%5Fj%5FS%2FG%5FIV%5F1%2Dj23%2DSH%5Fneu%2Exlsx&wdOrigin=BROWSELINK&wdinitialsession=bd347bae-5b24-4346-800e-62bdb5b08eee&wdrldsc=2&wdrldc=1&wdrldr=UserOutOfMemoryDuringSession]** Als Dauercamper nutze ich den Campingplatz [redacted] intensiv. Ich bin froh, dass generell ein Küstenstreifen als Schutzgebiet ausgewiesen ist. Wohnmobile, Wohnwagen und besonders Zelte haben bauartbedingt kaum eine Geräuschdämmung. Geräusche wie Regen, Wind und Wellengang bei küstennahem Standort vermitteln einen naturnahen Aufenthalt. In der Sommerzeit sind Erntearbeiten bis in die späte Nacht zu tolerierende Belästigungen. Je nach Windrichtung werden aber auch Musikveranstaltungen von fernen Orten wie [redacted] deutlich hörbar übertragen. Besonders lästig ist die Dauerbeschallung durch dem usikdampfer Koi bei dessen Abendfahrten. Eine zusätzliche akustische Belastung durch Windräder würde die Qualität von Campingplatzaufenthalten negativ beeinflussen und dem Bemühen um die Weiterentwicklung des Tourismus entgegenstehen. Ausreichende Abstände zu Campingplätzen und touristischen Zentren sind deshalb unbedingt einzuhalten. Abschließend möchte ich bemerken, dass ich in der Bevölkerung eine Zurückhaltung gegenüber Innovationen spüre. Es wird deutlich wahrgenommen, dass bereits heute bei	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	guten Windverhältnissen, Windkrafträder wegen eines Überangebotes abgeschaltet werden. Um die Akzeptanz für den Landesentwicklungsplan zu erhöhen, sollten unbedingt Planungen aufgenommen werden, die die Weiterleitung des erzeugten Windstromes und dessen sinnvollen Nutzung ermöglichen. Eine alternative Möglichkeit wäre auch die ortsnahe Erzeugung von grünem Wasserstoff. Ich hoffe, Ihnen einige Denkanstöße und Anregungen gegeben zu haben, die die Akzeptanz des Landesentwicklungsplanes erhöhen könnten. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2532	**Stellungnahme Landesentwicklungsplan „Windkraft an Land“** ***Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans SchleswigHolstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024*** Sehr geehrte Damen und Herren, als Bewohner der Kieler Innenstadt könnte ich nach dem Motto: „der Strom kommt aus der Steckdose“ die Diskussion um den Windstrom ignorieren. Als Umwelt- und Energie bewusster Bürger bin ich noch immer erschrocken von der Naivität und Verantwortungslosigkeit unserer Politiker, die Lieferung und sogar die Lagerung von Energie in die Hände ausländischer Firmen und Machthaber zu legen. Andererseits unterstütze ich den Ausstieg aus der Atomenergie. Die Konsequenz sind die Forcierung von erneuerbaren Energien und die Energieeinsparung. Der Landesentwicklungsplan „Windkraft an Land“ ist der richtige Schritt, die Errichtung von Windkraftanlagen oder Windparks in geordnete Bahnen zu lenken. Auf !!3 Seiten wird das Ergebnis detaillierter Untersuchen veröffentlicht.	Die Stellungnahme enthält Anregungen zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die Ziffern 3.15.1 und 7.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Unter Punkt 3 und 5 sind Auswirkungen auf die Umwelt beschrieben. Allerdings ohne Priorität. Ich halte die Windenergieanlagen für eine saubere Lösung, ohne gravierende schädigende Auswirkung z.B auf Wasser, Land, Pflanzen und Tiere (ausgenommen Vögel und speziell Zugvögel). Die Hauptbeeinflussungen auf den Menschen sind optisch und akustisch. Selbst bei Ausfall oder Unfall sind die Schäden gegenüber einem AKW minimal. Schleswig-Holstein ist das Land zwischen den Meeren und als windreiches Gebiet bekannt. Für die Förderung der Windkraft gilt es also die Gunst der Stunde zu nutzen. In dem Landesentwicklungsplan fehlen mir Angaben zur Geländetopografie, zu Hauptwindrichtungen und der Hinweis, vorhandene Infrastruktur (Wegenetz) und die Lage von Umspannwerken für die Einspeisung der Energie optimal zu nutzen. Richtungsweisend sehe ich die WEA an der Autobahn A 7 zwischen Bordesholmer Dreieck und der AS Neumünster Nord. Der Lärmpegel durch die Autobahngeräusche liegt weit über den Laufgeräuschen der WEA. Eine weitere Optimierung wäre durch die gemeinsame Einspeisung der Solarenergieparks gegeben, die bevorzugt an den Autobahnrändern installiert werden. Im Landesentwicklungsplan wird unter Punkt 3.2.2 das Thema Erholung und Tourismus kurz erwähnt. Der Tourismus ist eines der wichtigsten wirtschaftlichen Standbeine für Schleswig-Holstein: 10,37 Mrd. Euro Bruttoumsatz (2022) sprechen für sich. Die Daten über Campingplätze entnehmen Sie bitte der nachstehenden Tabelle des statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein G_IV_1-j23-SH_neu.xlsx (live.com) **[Tabelle 8: Campingplätze und Stellplatzangebot sowie Ankünfte, Übernachtungen und Aufenthaltsdauer der Gäste auf Campingplätzen in Schleswig-Holstein im Jahr 2023 nach Kreisen, Reisegebieten und Gemeindegruppen [Bildschirmfoto der ersten zwei Zeilen von https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fwww%2Estatistik%2Dnord%2Ede%3A443%2Ffileadmin%2FDokumente%2FStatistische%5FBeri**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	chte%2Findustrie%5F%5Fhandel%5Fund%5Fdienstl%2FG%5FIV%5F1%5Fj%5FS%2FG%5FIV%5F1%2Dj23%2DSH%5Fneu%2Exlsx&wdOrigin=BROWSELINK&wdinitialsession=bd347bae-5b24-4346-800e-62bdb5b08eee&wdrldsc=2&wdrldc=1&wdrldr=UserOutOfMemoryDuringSession] Als Dauercamper nutze ich den Campingplatz Neustein intensiv. Ich bin froh, dass generell ein Küstenstreifen als Schutzgebiet ausgewiesen ist. Wohnmobile, Wohnwagen und besonders Zelte haben bauartbedingt kaum eine Geräuschdämmung. Geräusche wie Regen, Wind und Wellengang bei küstennahem Standort vermitteln einen naturnahen Aufenthalt. In der Sommerzeit sind Erntearbeiten bis in die späte Nacht zu tolerierende Belästigungen. Je nach Windrichtung werden aber auch Musikveranstaltungenvon fernen Orten wie Stein, Laboe oder sogar Schilksee deutlich hörbar übertragen. Besonders lästig ist die Dauerbeschallung durch dem usikdampfer Koi bei dessen Abendfahrten. Eine zusätzliche akustische Belastung durch Windräder würde die Qualität von Campingplatzaufenthalten negativ beeinflussen und dem Bemühen um die Weiterentwicklung des Tourismus entgegenstehen. Ausreichende Abstände zu Campingplätzen und touristischen Zentren sind deshalb unbedingt einzuhalten. Abschließend möchte ich bemerken, dass ich in der Bevölkerung eine Zurückhaltung gegenüber Innovationen spüre. Es wird deutlich wahrgenommen, dass bereits heute bei guten Windverhältnissen, Windkrafträder wegen eines Überangebotes abgeschaltet werden. Um die Akzeptanz für den Landesentwicklungsplan zu erhöhen, sollten unbedingt Planungen aufgenommen werden, die die Weiterleitung des erzeugten Windstromes und dessen sinnvollen Nutzung ermöglichen. Eine alternative Möglichkeit wäre auch die ortsnahe Erzeugung von grünem Wasserstoff. Ich hoffe, Ihnen einige Denkanstöße und Anregungen gegeben zu haben, die die Akzeptanz des Landesentwicklungsplanes erhöhen könnten.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2488	Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger und Einwohner des Dorfes und Naturparks Westensee möchte ich gerne Stellung nehmen zu den von Ihnen geplanten Ausweitungen der Flächen für Windenergie und den Änderungen der Bedingungen. Kommen Sie uns einmal besuchen! Begleiten Sie uns auf einer Wanderung durch unsere wunderschöne Landschaft, durch hügelige Wiesen, Knicks, Felder und Wälder! Folgen Sie uns weiter durch uralte Eichenalleen und steigen Sie mit uns auf den Tüteberg! Genießen Sie die herrliche Fernsicht über die wunderbare kleinteilige, historisch gewachsene Bauernlandschaft mit den jahrhundertealten Gutshöfen darin und den Blick über den Westensee! Genießen Sie die Ruhe, die Weite, die Aussicht! Mit Glück sehen Sie ein Seeadlerpaar fischen und den Fang zu ihrem Horst bringen. Und während Sie nun hier oben sitzen und Ihr Picknick genießen, stellen Sie sich vor, rund um Sie herum würden keine Rotmilane kreisen sondern die Rotorblätter von -zig Windkraftanlagen! Wenn Sie mit uns durch unseren Naturpark Westensee gewandert sind und dann diese Aussicht genießen, werden auch Sie hier ganz sicher keine Windkraftanlagen aufstellen wollen! Wenn Sie sich vorstellen, statt des herrlichen Fernblickes durch einen Wald von grauen Stahlmasten gucken müssen, riesig hoch, deren gewaltige Rotorblätter bedrohlich über uns kreisen, deren Druckwellen rhythmisch in die Magengrube drücken, deren Woof woof den Kopf einziehen lässt und die Heuschrecken übertönt, deren Anblick eher an ein endloses deprimierendes Industriegebiet erinnert als an eine erholsame Naturlandschaft - dann werden Sie verstehen, dass wir Menschen mit der Landschaft auch noch einen anderen Wert erhalten müssen als nur die Fläche, die für diese und jene Belange willkürlich ausgebeutet werden kann. Wir Menschen brauchen diese Landschaft zum Leben, um uns zu erholen, um Ruhe	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	genießen zu können! Es gab sehr gute Gründe, dieses wunderbare Stück Land zu einem Naturpark zu erklären, und einige Bereiche darin sogar zu Naturschutzgebieten und Natura-2000 Gebieten. Es darf einfach nicht sein, dass nun diese noch immer wichtigen Werte (immer wichtiger werdenden Werte in Zeiten des Klimawandels und des Artenschutzes!) einfach aufgegeben werden für den Profit, den Einzelne daraus ziehen, wenn Sie dieses Gebiet mit Windkraftanlagen entwerten. Als Gegenvorschlag sollten doch erst einmal sämtliche Dächer öffentlicher Gebäude und sämtliche (Flach)Dächer von Sporthallen, Fabrikhallen etc. mit Solaranlagen ausgestattet werden. Für unseren eigenen Strombedarf haben wir tief in die Geldtasche gegriffen und unser Dach mit Photovoltaik ausgestattet! Nur Menschen, die weit weg von Dörfern und Landschaften leben, können so radikal Landschaften zunichte machen und das Leben in ihnen mit einem Schlag äußerst unattraktiv machen - dafür, dass irgendwo anders immer mehr Energie verbraucht werden soll. Oder Menschen, die darin nur ihren eigenen finanziellen Vorteil sehen. Es ist ja nicht nur so, dass die Lebensqualität in einem Wald von Windkraftanlagen unter die Räder kommt und zerstört wird! Und dass auch für Erholungssuchende aus den Städten diese Möglichkeit radikal eingeschränkt wird (denn es ist alles andere als erholsam zwischen Windkraftanlagen zu wandern!). Wir geben uns hier alle sehr viel Mühe, unser Dorf und unsere Umgebung lebenswert und schön zu gestalten. Nicht nur, dass man dann zwischen lauter Windkraftanlagen selbst nicht mehr hier wohnen möchte! Auch unsere Häuser und Grundstücke verlieren drastisch an Wert, wenn sie überhaupt noch verkäuflich sind. Die wenigen hundert Meter Abstand trösten darüber nicht hinweg. Wir müssen zudem mit den Gefahren von Havarien und Bränden leben. Wir müssen mit der Kontaminierung unserer Ackerflächen leben, die unsere und Ihre Nahrung hervorbringen sollen, während jährlich 140 kg giftige Stoffe und Mikrofasern von den Rotorblättern erodieren! Die dann nach und nach über unsere Nahrung und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unser Grundwasser in unsere und Ihre Körper aufgenommen werden! Stoffe, für die es Deponie-Verbote gibt! Die aber straffrei auf unsere Nahrungsmittel rieseln dürfen! Wir sind stolz auf unsere Seeadler, die an unserem schönen See brüten, und die großen Populationen an Rotmilanen, Haubentauchern, Falken, Feldermäusen, Gänsen und Schwänen und vielen anderen Stand- und Zugvögeln! Zum Erhalt und Schutz dieses für Schleswig-Holstein charakteristischen und landschaftlich besonders schönen Gebiets und seiner Naturschätze wurde 1989 das Naturschutzgebiet „Ahrensee und nordöstlicher Westensee“ eingerichtet, das zugleich den Status eines „Europäischen Vogelschutzgebiets“ erhielt. Im Jahr 2010 wurden der gesamte Westensee und die im Osten anschließenden Niederungsgebiete der Eider zum „Fauna-Flora-Habitat-Gebiet“ (FFH) erklärt, das nun rund 1300 Hektar umfasst. Der nahrungsreiche Westensee mit seinen ausgedehnten Flachwasserzonen bietet zahlreichen Vogelarten Nahrung und Brutmöglichkeiten. So nisten im Röhricht Haubentaucher, Blässhühner und Teichrohrsänger in ungewöhnlicher Dichte. Mit Glück sind auch Eisvogel, Rohrdommel und Blaukehlchen zu sehen bzw. zu hören. Bemerkenswert ist die etwa seit 1990 einsetzende Wiederbesiedlung des Gebiets mit Großvögeln, die allerdings vor allem in den umgebenden Wäldern ihre Niststätten haben. Zu nennen sind hier Kormoran, Kolkrabe, Kranich, Uhu und der Seeadler. Etwa zur gleichen Zeit begann die Einwanderung von mehreren Gänsearten. So halten sich im Gebiet ständig rund 6oo Graugänse und 150 Kanadagänse auf. Gelegentlich brüten hier auch Nil- und Brandgans. Neuerdings ist auch der prächtige Silberreiher fast ganzjährig zu bewundern. Vor allem im Winterhalbjahr ist das Gebiet für rastende und durchziehende Arten anziehend, z. B. Saat-, Bläss- und Nonnengans, Sing- und Zwergschwan, Gänse- und Zwergsäger, Fischadler. (BUND) Da bekanntermaßen Windkraftanlagen immer wieder für den Tod zahlreicher Vögel und anderer Flugtiere verantwortlich sind, möchte ich auch in deren Namen dringend dafür sprechen, dieses Naturgebiet freizuhalten von Windkraftanlagen! Nicht nur wir Menschen brauchen dringend Lebens- und Erholungsräume, auch die Tiere benötigen sie unbedingt! Der Wert der Landschaft, die mit viel Energie, Engagement und Einsatz als Lebens-,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erholungs- und Naturraum unter Schutz gestellt wurde (Landschaftsschutzgebiet), darf nun nicht durch wirtschaftliche Interessen wie das Aufstellen von Windkraftanlagen zerstört werden! Kommen Sie uns besuchen! Überzeugen Sie sich selbst! Mit freundlichen Grüßen aus dem schönen Naturpark Westensee, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1803	Als Bewohner der Gemeinde Schwedeneck halte ich den Bau und den Betrieb von Windkraftanlagen, die zu nah an Wohngebiete gebaut werden müssen, für eine nicht zumutbare Belästigung der Anwohner. Hinzu kommt noch die optische Verschandelung der noch so hochgepriesenen schönen Landschaft. Von der Gefährlichkeit für fliegende Tiere, die durch die Rotorblätter massenweise geschreddert werden ganz zu schweigen. Ausserdem ist es bekannt, dass die drei schon vorhandenem Anlagen des öfteren wegen Überkapazität an Strom, ausser Betrieb genommen werden. Daher frage ich mich, warum werden noch mehr Windkrafträder gebaut die überhaupt nicht ihre Energie einspeisen können. Die dafür bereitgestellten Subventionen könnten viel nützlicher verwendet werden. [redacted]	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1802	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den oben genannten Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgende Punkte möchte ich diesbezüglich anführen: 1. Westensee – und der gesamte Naturpark Westensee ist ein Bereich, der von vielen Zugvögeln jährlich durchflogen (Milan, Seeadler, Wildgänse, Kraniche, Graureiher, Fledermäuse, Eulen, Störche und viele mehr). Wir befürchten Auswirkungen auf diese zum Teil seltenen Vogelrassen. 2. In Bezug auf Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen sollte für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 2.3, 2.5 und 3.15 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920 m eingehalten werden. 3. Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkung im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit meines Lebens – und Erholungswertes.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1801	Wir sind entschieden dagegen, dass in unserem schönen Dithmarschen noch mehr Windkraftanlagen gebaut werden sollen, weil... 1) Das Landschaftsbild zerstört wird, und sich das negativ auf den Tourismus auswirkt. 2) Lebenswichtige Feuchtbiotope zerstört werden, in denen Tiere leben, die vom Aussterben bedroht sind. 3) Wildtiere darunter leiden müssen, da WKA in der Nähe von Wäldern gebaut werden sollen. 4) Wir in Schleswig-Holstein schon mehr als genug WKA haben (in Schleswig-Holstein 3241, davon allein in Dithmarschen 917) 5) Erstmal sollten Speichermöglichkeiten geschaffen werden, sowie Trassen in den Süden gelegt werden, damit der überproduzierte Strom auch genutzt werden kann.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 3.7, 3.15, 4.5, 7.2.3, 7.2.5, 7.2.12 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1800	Sehr geehrte Damen und Herren, die Geschäftsführung der Energiepark [redacted], Sitz in der [redacted], 25767 Wennbüttel, möchte das Angebot zur Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf der neuen Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans, stellvertretend für die allen voran in den Standortgemeinden Bunsoh und Wennbüttel ansässigen Gesellschafter und Gesellschafterinnen, wie folgt wahrnehmen: Die [redacted], gegründet am 16.02.2023, beabsichtigt die Errichtung eines Windparks zwischen den Ortslagen Wennbüttel und Bunsoh entlang des Nord-Ostsee-Kanals.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene, nämlich auf eine konkrete Vorrangfläche beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. zum 1.000 m Abstand zu Siedlungen: Die Landesplanungsbehörde darf planerische Festlegungen und Definitionen von Zielen und Grundsätzen nicht allein von Mehrheitsentscheidungen in Gemeinden abhängig machen. Ausschlaggebend ist allein die sachlich-fachliche Bewertung. Die Begründung des Grundsatzes wurde zur besseren

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Das beabsichtigte Windprojekt ist in beiden Gemeinden bekannt und gegenüber den Bürgermeistern und Gemeindevertretern kommuniziert. Dementsprechend befassen sich bereits beide Gemeindevertretungen mit dem Ausbau der Windenergie in Ihrem Gemeindegebiet. Im Herbst 2024 werden erste Öffentlichkeitsveranstaltungen abgehalten werden, um auch die Bürger/-innen frühestmöglich über den Planungsstand zu informieren, was grundsätzlich der Anspruch der Gesellschaft ist. Dies wohlwissend sich zunächst nur auf den ersten Entwurf der LEP-Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ und die daraus resultierende Windpotenzialfläche beziehen zu können. Dennoch sollen die Bürger/-innen grundlegend informiert werden, da die Chance auf Ausweisung eines Windvorranggebietes im "Regionalplan Wind", der sich an den Vorgaben bzw. den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im LEP-Entwurf zu orientieren hat, erwartbar erscheint. Eine Vielzahl der Einwohner/-innen der Gemeinden Bunsoh und Wennbüttel sieht das beabsichtigte Windprojekt als Chance für die Gemeinde(n). Dies verbunden mit der Bitte des Angebotes einer Bürgerbeteiligung, was von der [redacted] beabsichtigt wird. Der [redacted] stand bereits eine vollständige Kartierungsperiode für das beabsichtigte Projektgebiet zur Verfügung, um etwaige Hindernisse im Artenschutzbereich, die dem Ausbau der Windenergie entgegenstehen würden, frühzeitig zu erkennen. Die Ergebnisse der ersten Periode deuten auf keine Vorkommen von windkraftsensiblen Großvögeln als auch nur geringfügig auftretenden Wiesenbrütern hin. Aus vorstehendem Grund schreiten detaillierte Planungen der Windparkstrukturen voran, die es ermöglichen über die bevorstehenden Herbstmonate/Wintermonate sowohl Vorbereitungen für die Ausarbeitung des Artenschutzfachbeitrages (AFB) als auch des Landschaftspflegerischen Begleitplans (LBP) treffen zu können. Der 1. Entwurf der LEP-Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ enthält schlüssige und zugleich nachvollziehbare Ziele und Grundsätze der Raumordnung, die schlussendlich als Vorgaben für die Ausweisung von Windvorranggebieten in den Teilplänen der Regionalpläne, u.a. Planungsraum III im Kreis Dithmarschen, herangezogen werden. **Entgegen der vertretenen Auffassung der Planverfasserin könnten einzelne**	Klarstellung, welche Gebiete gemeint sind, angepasst. Der Hinweis auf die Innenbereichssatzung wird zur Kenntnis genommen. Falls erforderlich erfolgt eine Anpassung der Geodaten in diesem Bereich. Die Breite des Vogelzugkorridors entlang des Nord-Ostsee-Kanals wird nicht verändert. Sie ist fachlich gut begründet. Die Hinweise zum Thema Tourismus und Erholung werden zur Kenntnis genommen. Eine Änderung des Grundsatzes erfolgt nicht. Die flächenbezogene Abwägung findet auf Ebene der Regionalplanung statt. Die Anregung, bestimmte Teile der Biotopverbundachsen zu Zielen der Raumordnung und damit Ausschlussgebieten zu erklären wird nicht übernommen. Es sollen hier Abwägungsspielräume für den Einzelfall erhalten bleiben.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gewählte Kriterien, die den Ausbau der Windenergie in diesem Bereich ausschließen (Ziele der Raumordnung) noch etwas, wenn auch geringfügig, zu Gunsten des Ausbaus der Windenergie korrigiert bzw. gelockert werden. **Zugleich wird im Umkehrschluss darauf plädiert dem Artenschutz von vornherein mehr Beachtung beizumessen und dementsprechend einzelne aktuell noch als Grundsätze der Raumordnung im Plantext aufgeführte Flächenanteile des Landes SH durch Anhebung auf die Ebene eines Ziels der Raumordnung für den Ausbau der Windenergie auszuschließen.** Es wird keine Kommentierung sämtlicher Ziele und Grundsätze der Raumordnung vollzogen, sondern, unter Verweis auf den vorstehenden Absatz, der Fokus auf relevante Punkte/Einwendungen gelegt: <u>Einwendungen/Anregungen/Fragestellungen im Hinblick auf Ziele der Raumordnung:</u> a) Die vertretene Auffassung der Landesregierung bzw. der Planverfasserin, dass 800m um Umgebungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen werden sollte, wird geteilt (4.5.1.1 Siedlungsstruktur – 1 Z). Der nachfolgende Grundsatz für den Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen im Abstand von 800 – 1.000m sollte dem Ausbau der Windenergie jedoch nicht nur zur Verfügung gestellt werden, wenn bereits eine Vorbelastung durch errichtete Windenergieanlagen bzw. durch eine Windenergienutzung besteht, sondern auch, wenn sich die Standortgemeinde positiv dahingehend positioniert. • Welcher Abstand zum Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion soll für die Bewertung einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung herangezogen werden?Könnte einer Gemeinde, in diesem Falle z.B. Bunsoh, die Chance eingeräumt werden, da Sie umliegend in etlichen anderen Gemeindegebieten auf WEA-Standorte blickt bzw. blicken muss und dementsprechend einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung ausgesetzt ist, für die zum Nord-Ostsee-Kanal gelegene Windpotentialfläche, die Einhaltung eines Abstandes von 800m eingeräumt werden, um die Potentialfläche zu vergrößern? Davon abgesehen erfüllt die Größe der Potentialfläche die vorgeschriebene Mindestgröße von 15 ha auch ohne Vergrößerung der Fläche durch Zulassung des Abstandes von 800m zum Innenbereich der Gemeinde. b) Es wird hiermit angezeigt, da die Geschäftsführung sich in der Pflicht sieht der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planverfasserin bzw. die Landesplanung darauf hinzuweisen bzw. darüber in Kenntnis zu setzen, dass seitens der Kreisbaubehörde Dithmarschen, durch eine vorliegende Innenbereichssatzung der Gemeinde Wennbüttel, dem Ortsteil Wennbüttel ein Innenbereich zugeordnet wird. Die beschlossene Innenbereichssatzung liegt bereits etliche Jahre zurück und war einer Vielzahl an Personen in der Gemeinde Wennbüttel nicht bekannt. Das dies einer Vielzahl an Personen in der Gemeinde Wennbüttel nicht bekannt gewesen ist, sei Aussage genug zur Bewertung der damaligen Vorgehensweise zur Durchsetzung der Innenbereichssatzung, obwohl der Geschäftsführung eine abschließende Bewertung eigentlich nicht zusteht. • Als Abschluss des Innenbereiches in „Richtung Osten“ wird das Wohnhaus mit nachstehender Anschrift geführt: [redacted], 25767 Wennbüttel • Als Abschluss des Innenbereiches in „Richtung Norden“ wird das Wohnhaus mit nachstehender Anschrift geführt: [redacted], 25767 Wennbüttel c) Es wird angeregt, ob es nicht zu vertreten ist, dass die Breite (Abstand Kanalufer zu Grenze des festgehaltenen Vogelzuges – ca. 900m) des sich am Nord-Ostsee-Kanals orientierenden überregionalen Vogelzugs, dessen ausgewiesener Bereich berechtigterweise als Ziel der Raumordnung (4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz – 15 Z) einzustufen ist und dementsprechend dem Ausbau der Windenergie nicht zur Verfügung steht, abstandsmäßig geringfügig verändert werden könnte. Angemessen, dies nach Rücksprache mit Ornithologen, könnte ein beidseitiger Abstand zum Kanalufer von 750 bzw. 800m sein. <u>Anregung zu Grundsätzen der Raumordnung:</u> a) Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung (4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz – 11G) • Die Vorgehensweise zur Verankerung dieses Themenblockes als Grundsatz der Raumordnung, der Einzelfallüberprüfungen bzw. Einzelfallentscheidungen zu Gunsten des Ausbaus der Windenergie zulässt, ist die richtige Vorgehensweise. Dennoch könnte überprüft werden, ob die Bereiche „Erholung“ und „Tourismus“ beim Ausbau der Windenergie nicht getrennt zu betrachten sind.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Schwerpunktbereiche für Tourismus könnten als Ziel der Raumordnung verankert werden, wohingegen „Kernbereich der Erholung“ dem Ausbau der Windenergie nicht im Wege stehen dürfen. Zudem dann nicht, wenn bereits große Bereiche zur/als Naherholungsfunktion um Mittelzentren/Oberzentren zur Verfügung stehen. Gespräche im internen Kreis der Gesellschafter/-innen der [redacted] zeigen, dass die Auffassung vertreten wird bereits weitere Einschränkungen, dementsprechend aus Grundsätzen der Raumordnung Ziele der Raumordnung werden zu lassen, zur Verringerung der ermittelten Windpotenzialfläche (derzeit rund 7,2% der Landesfläche) zu vollziehen. Dies würde teilweise den Bürger und Bürgerinnen, die dem Ausbau der Windenergie kritisch gegenüberstehen, etliches an Argumentationspotential im Hinblick auf die „Endausbaustufe der Windenergie“ in SH (theoretisch wäre nach Feststellung der „Regionalpläne Wind“ auf den derzeit ausgewiesenen Windpotentialflächen ein Ausbau über zu durchlaufende „Genehmigungsverfahren“ ja denkbar) nehmen. Anregungen, um vorstehenden Schritt zu vollziehen und von vornherein weniger „Windpotentialflächen“ „auf dem Papier entstehen zu lassen“, sollen sein: i.) Biotopschwerpunktbereiche, ggf. bis auf kleine Randstrukturen, kategorisch für den Ausbau der Windenergie ausschließen. Dementsprechend könnten die Biotopschwerpunktbereiche vom Grundsatz zum Ziel „gewandelt werden“. • Beispiel: Großer Biotopschwerpunktbereich nördlich von Gaushorn, Bennewohld, Süderholm ii.) Wiesenvogel-Brutgebiete sollten gänzlich vom Ausbau der Windenergie freigehalten werden. Dementsprechend müssten auch „Wiesenvogel-Brutgebiete mit hoher Siedlungsdichte“ als Ziel erfasst werden oder es müsste keine zusätzliche Unterteilung/Differenzierung zwischen „besonders hohen Siedlungsdichten“ oder „hohen Siedlungsdichten“ vollzogen werden. Weitere Ausführungen, um den Versuch zu vollziehen den Stellenwert des beabsichtigten Windprojektes zwischen Bunsoh und Wennbüttel zu erhöhen, werden	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	seitens der Geschäftsführung unterlassen. Zu äußern ist jedoch: Die Raumbedeutsamkeit des Umlandbereiches der Stadt Heide wird stark zunehmen. Heide wird für die Netzinfrastruktur, beim Blick auf die anlaufenden Großprojekte (u.a. auch der NordOstLink – „erdverlegt“) in den kommenden Jahren einer der wichtigsten Knotenpunkte Norddeutschlands werden. Neben dem angesprochenen NordOstLink befindet sich u.a. auch unweit des beabsichtigten Windprojektes zwischen Bunsoh und Wennbüttel eine weitere Stromtrasse in Planung - hier die 380-kV-Freileitung, die den Bereich „Pöschendorf“ (Kreis Steinburg) und Heide (Hochwöhrden) verbinden soll. Dies unter Einschluss der im Netzentwicklungsplan bereits berücksichtigten Errichtung eines flächenmäßigen als auch kapazitätsmäßigen großen Umspannwerkes auf ca. „halber Strecke zwischen Pöschendorf und Heide – nach jetzigem Planungsstand voraussichtlich in der Nachbargemeinde Albersdorf. Hier scheint nur noch der Standort seitens der [redacted] vertraglich zu fixieren sein. **Den vorstehenden Ausführungen ist zu entnehmen, da nur auf wenige definierte Ziele und Grundsätze des ersten Entwurfes der LEP-Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ Bezug genommen wird, dass die Energiepark [redacted]nahezu vollumfänglich mit den Ausführungen der Planverfasserin bzw. mit den Vorstellungen der Landesregierung zur Umsetzung bzw. Erreichung der festgelegten Ausbauziele einverstanden ist.** Die Anregungen und teilweise Anpassungsvorschläge/Korrekturvorschläge sollten jedoch einer Überprüfung unterzogen werden. Bei Nachfragen oder Rückfragen zur Stellungnahme melden Sie sich gerne. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted], 25767 Wennbüttel	
Institution: Green Finance	Sehr geehrter Herr Hilker, sehr geehrter Herr Tasch,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Corp **ID: M2368**	wie telefonisch und persönlich besprochen erhalten Sie unsere Stellungnahmen zu den o.g. Flächen. Die Flächen haben wir auf Grundlage der Geodaten des Landes und per stichpunktartiger Messungen (Wald, Einzelhäuser) vor Ort überprüft. In„der Karte Potenzialfläche Windenergie SH“ des Entwurf der neuen Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans sind die Haby/Holtsee und Tangstedt/Kayhude korrekt dargestellt. Insbesondere die Flächen in Tangstedt eignen sich aufgrund der Nähe zu Norderstedt für die Nahversorgung von Gewerbe. Wir bitten daher, die Potentialfläche bzw. Eignungsfläche als Beschleunigungsfläche zu berücksichtigen. Die Erläuterungen finden Sie im Anhang. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] Managing Director Stellungnahme Fläche Haby / Harzhof / Holtsee: Die Fläche wurde im Kartenteil korrekt ausgewiesen. Die Fläche stimmt mit den von uns auf Grundlage der Geodaten des Landes kartographierten Flächen überein. [Karten s. Anhang] Stellungnahme Fläche Wilstedt, Kayhude, Tangestedt Die Flächen wurden im Kartenteil korrekt ausgewiesen. Die Flächen stimmen mit den von uns auf Grundlage der Geodaten des Landes kartographierten Flächen überein. Aufgrund der Nähe zu Norderstedt eignen sich die Flächen für die Nahversorgung von Gewerbe. Sie ist als Beschleunigungsfläche zu berücksichtigen.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[Karten s. Anhang]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1798	Es ist für mich unverständlich und ich lehne es deshalb ab, weitere Windkraftanlagen (WKA) aufzustellen, wenn nicht sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann (Vermeidung von Phantomstrom). Ich fordere, dass keine weiteren Windkraftanlagen aufgestellt werden, wenn die Frage der Speicherung nicht geklärt ist. Daher lehne ich auch die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung von WKA ab. Sie muss in dem Maße angepasst werden, das damit eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen werden kann (Riegelbildung) Die Regionalpläne für die festgelegte Flächen für WKA basieren auf den Landesentwicklungsplan (LEP). Der LEP gibt damit die Möglichkeit landesweit die Flächen zu bestimmen, auf denen Windkraft nicht mit diesen Zielen und Grundsätzen kollidiert. Damit erfolgt die Umkehr der Abwägung. Die Formulierung im EEG§2 aus dem Jahre 2023, das „die Errichtung und der Betrieb von WKA … liegen **im überragenden öffentlichen Interesse** und dienen **der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit**“ übersteuert sämtliche Umwelt- und Naturschutzverordnungen. Dies lehne ich ab, da dadurch z. B. die Absenkung des Grundwasserspiegels beim Bau von WKA in Kauf genommen wird, was die in der Nähe befindlichen Grundwasserseen mit der dazugehörigen Fauna und Flora erheblich beeinträchtigen. Der jetzige Bestand an Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein erreicht zum heutigen Tag den Flächenbeitragswert von 2,0% nach dem Wind-an-Land Gesetz von 2022. Die geforderte Erhöhung des Wertes auf 7,7% der Landesfläche, lehne ich strikt ab. Ich befürchte körperliche Beschwerden und Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Blinklichter (Befeuerung) und ich möchte, dass eine Abstandregelung von 5H zur Wohnbebauung gilt. Die Kontamination durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS) auf landwirtschaftlich genutzten Flächen, die zur Produktion von Lebensmitteln dienen, ist wissenschaftlich nicht untersucht. Ich befürchte langfristig eine Trinkwasser- und Atemluft-Verunreinigung, was bei Menschen und Tieren Krankheiten auslösen kann.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1797	Sehr geehrte Damen und Herren, die Notwendigkeit zur Fortführung der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans ist für mich nachvollziehbar. Dennoch sehe ich erhebliche Auswirkungen auf Natur und Mensch durch den Ausbau von Windenergieanlagen (WEA), insbesondere durch den Wegfall der Höhenbegrenzung, den ich als äußerst besorgniserregend empfinde. Ich lebe in einer Region im südlichen Herzogtum Lauenburg, die nicht nur von malerischer Natur geprägt ist, sondern auch als touristisches Ziel für viele Menschen dient. Hier nistet das älteste Storchenpaar Schleswig-Holsteins, Seeadler kreisen über unseren Wiesen, und Kraniche sind fester Bestandteil des Landschaftsbildes. Unser Gebiet, umgeben von Wiesen und einem Naturschutzgebiet, bietet eine reiche Nahrungsquelle für Wildvögel. Nicht umsonst werden bei uns jährlich im Durchschnitt drei Storchenkinder geboren. Zudem ist unsere Region ein Anziehungspunkt für den Tourismus: Radwanderwege wie die „Alte Salzstraße“ und der „Iron Curtain Trail“ erfreuen sich großer Beliebtheit bei Radfahrern und Rennradbegeisterten, insbesondere aus der Metropolregion Hamburg. Diese Entwicklung fördert die lokale Wirtschaft, von der Gastronomen, Campingplatzbetreiber und kleine Pensionen profitieren. All dies sehe ich durch die Ausweisung neuer Potenzialflächen für Windenergieanlagen gefährdet. Besonders problematisch erachte ich die Vorrangstellung von Windkraft vor Solaranlagen. Dies greift meiner Ansicht nach in unzulässiger Weise in die Autonomie der Gemeinden ein. Die Kommunen sollten ein Mitspracherecht haben, da Solarparks ebenfalls einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende leisten. Es ist bekannt, dass im Juli so viel Energie durch Solaranlagen in Deutschland erzeugt wurde wie nie zuvor. Im Vergleich dazu erscheinen Windkraftanlagen weniger effizient. Warum wird dann so drastisch in die Entscheidungsfreiheit der Gemeinden eingegriffen? Ein solcher Ansatz fördert kein Verständnis, sondern verstärkt den Widerstand. Bitte entmündigen Sie den Bürger nicht, sondern setzen Sie auf Kooperation. Wir leben auf diesem wundervollen Stück Erde und möchten diese wundervolle Natur geschützt wissen. Die Aufstellung von WEA's sehe ich als einen erheblichen Eingriff in die Natur und damit auch auf unsere Lebensqualität.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 1.8, 3.15.1, 4.2.1, 4.20, 7.1.3, 7.1.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit:	Die neuen Regeln widersprechen allen Standards auf Unversehrtheit von Mensch und	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: M2258	Natur. Sie sind zudem ein dreister Bruch eines Wahlversprechens und führen zur Politik- bzw. Parteienverdrossenheit.	nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2363	Stellungnahme zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Sachthema Windenergie Gemeinde [redacted] Potentialflächen Nr. [redacted] Grundsätzliches Eine Alternative zu einer naturverträglichen Energiewende gibt es nicht. Durch Klimaschutz wird auch die Natur geschützt. Eine Energiewende muss aber dezentral, umwelt- und naturverträglich sein. Dieses Ziel sollte auch die Landesregierung einhalten. Beim Ausbau der Windkraft sind der Artenschutz und die Biodiversität zu berücksichtigen. Die Ausweisung von Vorranggebieten muss einhergehen mit den Zielen der Biodiversitätsstrategien des Landes, des Bundes, dem Bundesnaturschutzgesetz (insbesondere § 7 und 44), der FFH-Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume und der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Berner Konvention) sowie der Bonner Konvention zur Erhaltung der wildlebenden Pflanzen und ihrer natürlichen Lebensräume (CSM, UNEP 1983). Auch das Übereinkommen über die Konvention zur Biologischen Vielfalt der UN (Convention on Biological Diversity, CBD) ist zu beachten. Diesen Zielen ist ein hoher Rang einzuräumen. Auch der Artikel 20a des Grundgesetzes sowie der Artikel 11 der Landesverfassung-SH ist einzubeziehen. Dieser Schutz erstreckt sich grundsätzlich auf alle natürlichen Lebenslagen. Eine Vernachlässigung des Artenschutzes unter der Fokussierung nur auf den Ausbau der Windenergie ist unzulässig. Planungsziel Die Ausweisung von mindestens 3% der Landesfläche für Vorranggebiete wird als Planungsziel genannt. Seitens des Bundesgesetzgebers wird für Schleswig-Holstein 2% genannt. Dies sollte auch als Planungsziel genannt werden, da es keine Notwendigkeit	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich unter Anderem auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.1, 4.2, 4.3, 4.5, 4.7, 4.14, 4.20 sowie auf die Ziffern 1.1 und 3.17 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gibt, die Bundesvorgabe zu überschreiten. Ich fordere daher als Planungsziel einen Maximalwert und keinen Mindestwert festzulegen. Landschaftsbild, Erholung und Freiraumschutz In Landschaftsschutzgebieten (LSG) soll die Errichtung grundsätzlich möglich sein. Dies widerspricht grundsätzlich dem Sinn des Landschaftsschutzes in der hier vorhandenen Endmoränenlandschaft. Die Akzeptanz der hier lebenden Bevölkerung wird durch die Nichtfreihaltung der windkraftfreien Flächen der Landschaftsgebiete (LSG) erschüttert. Ich fordere daher keine Vorranggebiete im Landschaftsschutzgebiet auszuweisen. Vogelschutzgebiete Der Tabubereich zu einem EU-Vogelschutzgebiet betrug bisher 300 m, der Abwägungsbereich 1.200 m. Letzterer wurde nun auf 1.000 m eigekürzt. Ein Hinweis darauf, woher diese Erkenntnis beruht, fehlt. Das Helgoländer Papier fordert jedoch mindestens 1.200 m. (Hier Felder Holz) Ich fordere daher in Anlehnung an das Helgoländer Papier (2015) einen Tabubereich von 1.200 m um EU-Vogelschutzgebiete. Gesetzlich geschützte Biotope und Kleinstbiotope Den gesetzlich geschützten Biotopen und Kleinstbiotopen kommt im Biodiversitätsschutz eine besondere Bedeutung zu. Die landesweite Biotopkartierung von 2014 bis 2020 hat den desolaten Zustand des Naturhaushaltes in Schleswig-Holstein offen gelegt. Bei der Ausweisung von Vorranggebieten muss dem Schutz verstärkt Rechnung getragen werden durch Berücksichtigung einer Tabuzone. Ich fordere daher die Einbeziehung der gesetzlich geschützten Biotope und Kleinstbiotope. Wälder und Umgebungsbereiche Mit 30 m ist der Abstand einer WEA zum Wald im Hinblick auf den Vogel- und Fledermausschutz viel zu gering bemessen, da besonders der Waldrand als Leitlinie genutzt wird. Da die Wälder in diesem Bereich sehr kleinflächig sind, übernehmen sie	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	eine wichtige Aufgabe im Biotopverbund (Inselfunktionen in der Agrarlandschaft). Bei nur 30 m Abstand wird eine erhebliche Geräuschkulisse, Verwirbelungen in der Luft und Schattenwurf erzeugt. Dies wirkt massiv in den Wald hinein. Auch wird der Erholungswert für die Menschen beeinträchtigt. Außerdem besteht die Gefahr, dass brennende Windräder oder Teile davon in den Wald fallen könnten und dadurch eine Waldbrandgefahr entsteht. Die in § 20 des LWaldG kannte noch keine Windkraftanlagen mit Höhen über 200 Metern und 70 Meter landen Rotorblättern. Ich fordere einen Waldabstand von mindestens 200 m, um die Auswirkungen auf die Lebensgemeinschaft Wald zu minimieren. Schlafgewässer von Kranichen Unmittelbar am Westrand der Gemeinde (B-Plan Gebiet [redacted]) befindet sich seit einigen Jahren ein Schlafplatz von Kranichen. Der Radius zur Freihaltung von 3.000 Metern muss daher berücksichtigt werden und zur Einschränkung der Vorrangflächen führen. Ich fordere daher die Einhaltung des freizuhaltenden Umgebungsbereiches von 3000 m um die Schlafgewässer. Brutplätze von Großvögeln Die Reduzierung der Abstände zu Brutplätzen von Großvögeln (hier Milan) ist aus energiepolitischen Gründen erfolgt. Die neuen Abstände widersprechen dem Helgoländer Papier 2015. Ich fordere die Abstandsregelungen des Helgoländer Papiers zugrunde zu legen. Dies ist als Ziel zu formulieren und „in der Regel“ zu streichen. Weiterhin fordere ich die Energiewende mit der Förderung des Natur- und Artenschutzes zu verbinden. Die Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergie darf nicht zu einer weiteren Verschlechterung des Zustandes der Biodiversität führen. Ich bin davon überzeugt, dass die notwendige Menge an erneuerbarer Energie auch ohne die jetzt vorgesehenen Absenkungen der Standards zum Wohle der Natur erzeugt werden kann.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1796	Argumente gegen Windkraftanlagenbau in 24229 Schwedeneck-Surendorf Surendorf in der Gemeinde Schwedeneck ist eine ruhige, landschaftlich schöne und erholsame Gemeinde in der Touristen genau dieses Lanschaftsbild zur Erholung aufsuchen. Der Beeinträchtigung unseres Landschaftsbildes durch riesige industrielle Windkraftanlagen, die optische als auch lärmende Unruhe, Schattenwurf sowie Blinklichter in der Nacht verursachen, sehe ich entsetzt entgegen. Desweiteren nisten Rotmilane, als auch Graureiher in dem Gebiet zwischen Surendorf und Hohenhain. Vogel- und Insektenkollisionen sind bei Windkraftanlagen leider ja auch nicht zu vermeiden. Aus meiner Sicht sind dies zu große Probleme, um über diese hinweg zu sehen. Ich spreche mich aus oben genannten Gründen gegen Windkraftanlagen in unserer o.a. Gemeinde aus.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Bezüglich der weiteren Argument wird die Stellungnahme zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.12, 7.3.1, 7.3.2 und 7.3.4 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Beantwortung der Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen, wird auf die Ziffer 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1795	• Sehr geehrt Damen und Herren, als [redacted] der Planungsgesellschaft „Norder- Wind Planungs GbR“ Bereich Windpotentialfläche [redacted] für • die Gemeinden Epenwöhrden und Hemmingstedt beschäftige wir uns intensiv mit der Planung für den regionalen regenerativen Energiebedarf, auch unter Berücksichtigung Naturschutzrechtlichenbelangen. In Hemmingstedt ist eine Wasserstoffanlage (Elektrolyseur) und in Marne ein Batteriespeicher geplant und nicht zu vergessen die Fa. Nothvolt bei Heide,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sodass mehrere Punkte für eine Ausweisung als Windeignungsfläche spricht. In dem Gebiet sind auch Gleichstromkabeltrassen geplant, was einen viel größeren Einfluss auf die Brutplätze der Wiesenvögel hat, als Windkraftanlagen, die einen geringen Flächenverbrauch haben.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2294	Sehr geehrte Damen und Herren, wir nehmen Bezug auf die Ihnen zugeleitete Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein- Fortschreibung 2021, der [redacted] vom 06.09.2024 und möchten hierzu als direkt betroffene Anwohner wie folgt ergänzend Stellung nehmen: Wir als Anwohner des [redacted] sind bereits beinahe ganzheitlich direkt umringt von unzähligen Windkraftanlagen und mittlerweile leider ausufernden Flächenphotovoltaikanlagen, die schon jetzt eine erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität und vor allem eine nachhaltige Zerstörung der Tier- und Pflanzenwelt mit sich bringt. Zusätzlich sind nun noch weitere, gigantische Flächenphotovoltaikanlagen um uns herum geplant und befinden sich in der Realisierung. Durch die engmaschige Einzäunung dieser Anlagen stehen schon jetzt und zukünftig der Wildtierwelt diese Flächen nicht mehr zur Verfügung und wurden / werden somit aus der Natur bereits herausgelöst. Von der über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaft und dazugehörigen Artenvielfalt ist schon jetzt kaum noch etwas übrig. Mit den neuen noch auszuweisenden Vorrangflächen für Windkraftanlagen in [redacted] würde nun auch die letzte Rückzugsmöglichkeit der Wild- und Vogelwelt auf den direkt angrenzenden Grünlandflächen und [redacted] Hauptwettern nachhaltig zerstört werden. Ebenfalls würde hier einer der wenigen noch vorhandenen Korridore der Zugvögel endgültig geschlossen und nachhaltig zerstört werden. Hier sei u. a. auf „Ausgewählte Grundsätze der Raumordnung des Kapitels 4.5.1 des Entwurfs der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 2.11, 7.3, 4.1, 4.2, 3.16, 4.20 und 4.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021“, die „Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024 Anlage 2 zu § 1 LEP Wind VO.: Karte zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“ und insbesondere auf „Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz“ verwiesen. Die erfolgreichen und aufwendigen Bemühungen der letzten Jahre zur Stabilisierung, Wiederansiedlung und Förderung von Eulen-, Fledermausarten, Greifvögeln, wie Bussarde, Fisch- und Seeadler sowie Fischreihern usw. in direkter Umgebung durch u. a. Öffnung zuvor verschlossenen alter Scheunen und Strohböden, aufwendige Schaffung von Nistmöglichkeiten und Rückzugs bzw. Ruheräumen, würde ebenfalls gefährdet und schlimmstenfalls komplett zerstört werden. Wir denken, dass grundsätzlich ein Ausbau der Erneuerbaren Energien im Einklang mit Mensch und Natur möglich sein sollte, allerdings würden mit der Realisierung speziell dieser Vorrangfläche und somit der Schließung der schon jetzt extrem engen und letzten Korridore, dieser Einklang gesamtheitlich und vor allem über Jahrzehnte nachhaltig zerstört werden. Hier muss ein klares Abwägen von absoluten Gewinninteressen von Seiten von Betreibern und Gemeinden auf der einen Seite und Natur und Lebenswertigkeit der Menschen auf der anderen Seite stattfinden, welches aktuell bei dieser Projektierung leider nicht in ausreichendem Maße stattfindet. Wir können nur eindringlich an die zuständigen Behörden appelieren, die letzten noch verbliebenden Korridore für Natur und den Menschen nicht endgültig und nachhaltig zu schließen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2360	Stellungnahme zu Windkraft in Landschaftsschutzgebieten (LSG): 13 G Landschaftsschutzgebiete Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschafts– schutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. Abschied von der Landschaft, Abschied von Natur, Flora und Fauna, Abschied vom Schutzgebiet? Abschied von Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung, Abschied vom Naherholungsraum, Abschied vom letzten Kleinod? B zu 11 In den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung soll gemäß dem in Kapitel 4.7.1 Absatz 3 formulierten Grundsatz dem Tourismus und der Erholung besonderes Gewicht beigemessen werden, welches bei der Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Planungen, Maßnahmen und Vorhaben zu berücksichtigen ist. Die Gebiete sind in der Karte des Landesentwicklungsplans dargestellt. Ob und inwieweit im Einzelfall ein Windenergiegebiet mit diesen landesplanerischen Grundsätzen zu vereinbaren ist, soll einzelfallbezogen geprüft werden. Gleiches gilt für die Kern– bereiche für Tourismus und/oder Erholung. Der Landesentwicklungsplan erlaubt künftig Windräder in Landschaftsschutzgebieten – das betrifft auch Dithmarschen. Windräder können künftig auch in Landschaftsschutzgebieten errichtet werden. Das sieht der Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans (LEP) der Landesregierung vor. Es geht damit in Dithmarschen auf der Geest eines der letzten von Windkraftanlagen freigehaltenen Gebiete verloren. Seit Februar gilt eine weitere Erleichterung – wiewohl mit Einschränkung: Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen sowie der zugehörigen Nebenanlagen sind in einem Landschaftsschutzgebiet nicht verboten, wenn sich der Standort dafür in einem sogenannten Windenergiegebiet befindet. Also dort, wo es ausgewiesenermaßen windig ist. Zur weiteren Beschleunigung gilt diese Neuerung vorerst auch außerhalb von für die Windenergienutzung ausgewiesenen Gebieten im Landschaftsschutzgebiet. Und zwar solange, bis festgestellt wurde, dass das jeweilige Land den Flächenbeitragswert oder der jeweilige regionale oder kommunale Planungsträger ein daraus abgeleitetes Teilflächenziel erreicht hat. Der neue LEP ist dabei eine Reaktion auf veränderte Bundesgesetze. Das Bundesrecht verlangt künftig von den Ländern, rund drei Prozent der Landesflächen für Windparks auszuweisen. Damit Schleswig-Holstein das erreichen kann, wurden unter anderem die geltenden Kriterien des Landschafts-, Arten- und verändert, sodass rund 7,2 Prozent an „Windpark-Flächen“ als Potentialflächen vorhanden sind. Hände weg von unseren Landschaftsschutzgebieten, dies ist kein Raum für ideologische Industrialisierung, Sie brauchen 3% und haben 7,2% - Sie sollten/müssen die LSG’s	Mit § 26 Abs. 3 BNatSchG hat der Bundes-Gesetzgeber die Möglichkeit eröffnet, in LSG Wind-Vorranggebiete auszuweisen. Es heißt dort: „In einem Landschaftsschutzgebiet sind die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sowie der zugehörigen Nebenanlagen nicht verboten, wenn sich der Standort der Windenergieanlagen in einem Windenergiegebiet nach § 2 Nummer 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1353) befindet. Satz 1 gilt auch, wenn die Erklärung zur Unterschutzstellung nach § 22 Absatz 1 entgegenstehende Bestimmungen enthält.“ Der Bundes-Gesetzgeber hat also angesichts des Flächenbedarfes für den Ausbau der erneuerbaren Energien bundesweit die bisherige Ausschlusswirkung von Landschaftsschutzgebieten für die Windenergienutzung aufgehoben. Die Landesregierung will von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und hat im Entwurf der Teilfortschreibung des LEP folgenden Grundsatz der Raumordnung formuliert: „Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden.“ In der Begründung zu diesem Grundsatz heißt es: „Für die Ausweisung von Windenergiegebieten soll von der Regelung in § 26 Absatz 3 BNatSchG Gebrauch gemacht werden. LSG sowie in Aufstellung befindliche und einstweilig sichergestellte LSG unterliegen damit einer Abwägung im Einzelfall hinsichtlich der Frage, ob und in welchem Umfang dort Flächen für die Windenergienutzung ausgewiesen werden können. Für die Abwägungsentscheidung soll die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden.“

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nicht mit Windkraftflächen zerstören! Landschaft - Dithmarscher Schweiz – Wasserscheide Das bewaldete Geestgebiet (Dithmarscher Schweiz) hat am Rugebarg 72 m ü. NN die höchste Stelle in der Gemeinde. Der bekannte „Heidberg“ ist mit seinen 46 m ü. NN deutlich niedriger, dafür bei den Wanderern als beliebtes Ziel im Kreisforst angesehen. Die Geest um Welmbüttel ist eine Wasserscheide. Im südwestlichen Teil des Kreisforstes entspringt die Tielenau, die über Tellingstedt in die Eider fließt. Das Oberflächenwasser der westlichen Geestseite sammelt sich in kleinen Bächen, bis es in die Miele fließt. Die Broklandsau im Norden hat mehrere Quellen im Ort. Im Kreisforst bei den alten, inzwischen trockengefallenen Teichen entspringt die Osterau, die Wierbek hat mehrere Quellen, eine entspringt am Bahnhofsberg und speist mehrere Teiche so auch an der B 203, bevor sie im Norderwohld weitere Quellbäche in sich vereint. Der auf der Grenze zur Gemeinde Schrum laufende Bach ist bei Neocorus schon um 1600 mit Kellihorn-Scheide-Beek benannt und stellte gleichzeitig zwischen Welmbüttel und Schrum die Grenze der beiden Dithmarschen dar (Neocorus Bd. II Seite 267). Dieser Bach heißt später Schrum-Brooks-Beke und wird weiter südlich zur Westerau und schließlich zur Gieselau, die vor dem Bau des Nord-Ostsee-Kanals in die Eider mündete. Heute entwässert sie über den Gieselau-Kanal in den Nord-Ostsee-Kanal. Auf der Karte des zuständigen Ministeriums sind die blauen Flächen deutlich erkennbar. Dies schadet dem Naturschutz, dem Landschaftsschutz, der Naherholung und dem Tourismus in diesem Gebiet. Es schadet ebenso der möglichen Rückkehr von Menschen aus dem urbanen Raum in den ländlichen Raum. Es schadet auch der Idee, die auch von der Landesregierung unterstützt wird, Wald neu anzusiedeln. Mehr Wald für Dithmarschen, dazu gibt es eine Waldraumsuchkarte, wenn alles mit Windkraft belegt wird, insbesondere die Gebiete, in denen Waldneubildung möglich wäre, dann kann dieses Projekt gegraben werden. Wo gibt es Wald in Dithmarschen? Auf der Geest, exakt dort, wo 2022 die neuen LSG-Verordnungen rechtskräftig wurden. Wo Wald ist, da sind auch Greifvögel wie Rotmilan, Seeadler, Bussard und Falken zuhause. Ohne Ende Fledermäuse, Kauze und Eulen. Auf den umliegenden Wiesen, Feldern und Feuchträumen tummeln sich neben Kiebitzen unter anderem Störche und Reiher - ihre Habitate. Dabei betonte die Ministerin den Beitrag der Spendenplattform für den Klimaschutz: "Im Kampf gegen den Klimawandel zählt jeder einzelne Baum. Über die Spendenplattform können sich die Menschen unmittelbar für mehr Wald und damit mehr Klimaschutz in	Der Festlegung der Ausschluss- und Abwägungskriterien ist ein langer fachlicher und politischer Abstimmungsprozess zwischen den Ressorts vorangegangen, u.a. unter der Prä-misse aus dem Koalitionsvertrag, die Abstände zur Wohnbebauung nicht zu verringern. Um ausreichend Potenzialfläche für die Auswahl der Vorranggebiete zu bekommen, mussten Kriterien aus verschiedenen Bereichen angepasst werden. Aus dem Bereich des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur wurde der Öffnung der LSG für Wind-Vorranggebiete zugestimmt, um andererseits viele Artenschutzkriterien unverändert lassen zu können. Dies stellt einen Kompromiss dar, der aus Sicht der Landesregierung in der Gewichtung aller Kriterien vertretbar ist. Aus der vorstehend zitierten Begründung aus der Teilfortschreibung des LEP geht hervor, dass die Inanspruchnahme der LSG nur behutsam und nach Abwägung des Einzelfalls erfolgen soll. Dem Anliegen aus der Stellungnahme kann nicht gefolgt werden, weil die Öffnung der LSG ein wichtiger Baustein für die Ausweisung zusätzlicher Wind-Vorranggebiete ist. Eine konfliktärmere Lösung unter Freihaltung der LSG ist in der Gesamtbetrachtung aller Kriterien nicht darstellbar. Die Sorge der Einwenderin, dass LSG in ihrer Funktion großflächig und landesweit beeinträchtigt werden, kann abgemildert werden, da vielfach nur moderat und nach fachlicher Prüfung des Einzelfalls oder an vielen Stellen gar nicht in die LSG eingegriffen werden soll.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schleswig-Holstein einbringen. Mit den gespendeten Geldern werden – über den öffentlichen Auftrag hinaus – Bäume gepflanzt. Sofern Sie es evtl. nicht wissen, hier einmal die Karte zu den zuletzt sauber, ordentlich und rechtssicher als LSG’s verordneten Gebieten in Dithmarschen. Die Begehrlichkeiten von Planern, Investoren und Landeignern sind bekannt. Allgemein, insbesondere politisch wird so gesprochen: „Noch hat die Windkraft eine hohe Akzeptanz“. Das wird durch den jetzt drohenden Wildwuchs aufs Spiel gesetzt. Es geht hier um Gebiete, die bereits 2015/2016 auf der Wunschliste von potentiellen Windmüllern standen. Damals waren sie gelb/orange, die Karte wurde Goldkarte genannt, heute sind die Flächen himmelblau. Sie befinden sich größtenteils in vollkommen unbelasteten Gebieten, dort fehlt es an Leitungen, dort fehlt es teilweise an jeglicher Infrastruktur, in der Konsequenz steuert man bewusst quasi automatisch auf den nächsten Netzengpass zu, die Netze sind bereits heute vollkommen überlastet und bei alle dem scheint auch PV-FFA völlig außer Acht gelassen zu werden. Dithmarschen hat eine extreme Vorbelastung an Windeignungsflächen (fast 5%), weil es nie Schutzgebiete gab. Jetzt gibt die LSG’s über der Geest und Landesregierung akzeptiert und respektiert es nicht – die Folge wird 8% oder mehr und ein Sturm gegen den Windkraftausbau sein, auch politisch! Sie sollten keine Windkraftanlagen (WKA) in Landschaftsschutzgebieten (LSG'S) zulassen. Landschaftsschutzgebiete dienen der Erhaltung und Entwicklung oder Wiederherstellung der Natur. Beeinträchtigungen des Naturhaushalts sollen beseitigt und die Leistungs- und Funktionsfähigkeit wiederhergestellt werden. Die Verordnungen untersagen bestimmte Handlungen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere das Landschaftsbild oder den Naturgenuss beeinträchtigen. 200m hohe WKA zerstören das Landschaftsbild so außerordentlich, dass dies kilometerweit sichtbar sind und man nicht mehr von einem Landschaftsbild sprechen kann. Der Charakter eines Gebietes, dass vollkommen unbelastet ist würde durch WKA (mit Zuwegung und Peripherie evtl. auch Umspannwerke) zerstört werden. Einige LSG’s sind schon verkleinert worden, sie sind quasi zurückgewichen, weil sie dem optischen Eindruck von Bestands-WKA nicht standhalten konnten. Durch die Naturraumausstattung, das Landschaftsbild und der kulturhistorischen Bedeutung haben LSG’s insgesamt einen hohen Wert für das Landschaftserleben und die Erholung. Kleinteilige Knicklandschaften, kleine Biotope auf Koppeln und Wiesen, ohne jede Vorbelastung – in	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	solche Regionen gehören keine Windkraftanlagen. Die Erhaltung der Historischen Kulturlandschaften mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern gehört daher gemäß § 1 Absatz 4 Nummer 1 BNatSchG zu den Zielen des Naturschutzes. Ebenso gehört die Erhaltung Historisch gewachsener Kulturlandschaften zu den Grundsätzen der Raumordnung (§ 2 Absatz 2 Nummer 5 ROG). Landschaftsschutzgebiete (LSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen nach § 26 Abs. 1 BNatSchG "ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist. wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung." Die artenschutzrechtlichen Kriterien wurden für die Neufassung des Regionalplan Wind schon erheblich zu Gunsten der Windkraft herunter gebrochen, lassen sie Flora und Fauna wenigstens die LSG’s. Vergessen Sie nicht den Vogelzug, die Rastgebiete für Zugvögel und Brutgebiete für Wiesenvögel. Es müssen auch Räume der Ruhe und Erholung für Natur, Mensch und Landschaft in Schleswig-Holstein erhalten werden und frei bleiben von technischen Großinstallationen. Erhalten Sie einzigartige Kulturlandschaften zum Schutz von Natur, Klima und Biodiversität, lassen Sie den Wäldern ihren Raum. WKA sollten besser dort gebaut werden, wo es die Netzinfrastruktur bereits gibt, das fordert sogar die SH Netz AG. Der Landesplanung stehen noch sehr viele Potenzialflächen in Schleswig-Holstein zur Verfügung, warum müssen Landschaftsschutzgebiete zerstört und Ihre wichtige Bedeutung in den Wind geschlagen werden? Warum müssen Landschaftsschutzgebiete zerstückelt werden, warum müssen sie durch den Bau von Windkraftanlagen ad absurdum geführt werden? Wenn Sie die LSG’s für Windkraft freigeben, dann haben Sie in Schleswig-Holstein Windwuchs und Mühlenwucher, dann regiert die Goldkarte aus 2015/2016 und die Lobby übernimmt die Planung und Ihren aus der Hand. Neuaufstellung Regionalplan Wind, lassen Sie ab von der Ausweisung von Windenergiegebieten und der Bebauung mit WKA in LSG’s, die rechtskräftig verordnet sind! Forderung: Bei der Neuaufstellung Regionalplan Wind, die Landschaftsschutzgebiete wieder als Tabuflächen für Windkraft ausweisen! Kein Vormarsch ist so schwer wie der Weg zurück zur Vernunft. Berthold Brecht Wir hatten in Schleswig-Holstein Windfrieden, was nicht mit Akzeptanz zu verwechseln ist. Damit wird nun Schluss sein, die Menschen werden das Heranrücken der WKA und die Bebauung von vollkommen unbelasteten Gebieten, den Landschaftsschutzgebieten mit WKA nicht akzeptieren, die Politik macht hier einen Riesenfehler. Akzeptanz, Ruhe und Frieden sind nicht käuflich! Der Ausbau der Windkraft geht zu Lasten des Artenschutzes und des Landschaftsschutzes. Unbelastete Naturräume, Landschaftsräume, Wälder, Knicklandschaften, Moore sind eigenständiger Klimaschutz, wenn es denn dann darum geht. Warum lässt man ihnen nicht ihren Raum, warum muss	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	alles zerstört werden? Der Kreis Dithmarschen hat eine Vorbelastung von fast 5% der Fläche, genug ist genug, es reicht! Ein Auszug, ländlicher Räume, in Landschaftsschutzgebieten. Diese ländlichen Räume bitten um Ihre Aufmerksamkeit, sie bitten um Ihren Schutz: Es geht uns alle an, ob wir ein Stück Heimat, ein Stück Landschaft retten können - stehen wir zusammen und sagen wir der Politik, bis hierhin und nicht weiter, genug ist genug. Die politische Quittung kommt zur nächste Bundestagswahl am 28. September 2025 und zur nächsten Landtagswahl im Frühjahr 2027 in Schleswig-Holstein. Die Menschen gehen nicht mehr mit, keinen Schritt weiter für diese ideologische, alles zerstörende Energiewende, die nun fast alle freien Räume mit technischen Industrieanlagen WKA (oder PV-FFA) bestückt. Menschen werden fluchtartig Gegenden verlassen – den ländlichen Raum, es beginnt bereits. Sie denken, sehr gut, dann haben wir noch mehr Platz für WKA? - ein politischer Riesenfehler! Es geht nicht um irgendeinen Ausblick aus irgendeinem Wohnzimmerfenster, es geht um echte Wertschätzung und Erhalt von Lebensräumen! Zu: B zu 13 Mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) wurde dem § 26 ein Absatz 3 angefügt (BGBl. 2022 I S. 1362). Gemäß § 26 Absatz 3 Satz 1 BNatSchG sind in einem LSG die Errichtung und der Betrieb von WEA sowie der zugehörigen Nebenanlagen nicht verboten, wenn sich der Standort der WEA in einem Windenergiegebiet nach § 2 Nummer 1 WindBG befindet. Weiter heißt es, Satz 1 gilt auch, wenn die Erklärung zur Unterschutzstellung nach § 22 Absatz 1 BNatSchG entgegenstehende Bestimmungen enthält. Für die Durchführung eines im Übrigen zulässigen Vorhabens bedarf es insoweit keiner Ausnahme oder Befreiung. Nehmen Sie dies für Gebiete, die bereits im Vorwege fest, sauber, ordentlich und rechtssicher als LSG’s verordnet wurden zurück. Die Errichtung und der Betrieb von WEA sowie der zugehörigen Nebenanlagen in Gebieten der Vorbereitung oder Sicherstellung von LSG’s wäre verständlich. Ein formaler öffentlicher Diskurs über die Klima- und Energiepolitik einerseits sowie den Natur- und Landschaftsschutz andererseits hat nicht stattgefunden. Es wurden einfach die Dinge aus dem WindBG übernommen, man könnte fast meinen es wäre sich damit gar nicht befasst worden. Sicherlich kommt jetzt folgender Satz: WindBG steht über allem und muss auf Weisung, koste es was es wolle, durchgesetzt werden. Schon Anfang 2022 wurde die Windlobby am WindBG beteiligt: Denker & Wulf AG • Windmühlenberg • D-24814 Sehestedt Telefon: 04357/9977-0 • Telefax: 04357/9977-10 An das Bundesministerium für	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) Scharnhorststr. 34-37 10115 Berlin Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor / Referentenentwurf vom 04.03.2022 https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Stellungnahmen/Stellungnahmenreferentenentwurf-erneuerbaren-energien-und-weiteren-massnahmen-imstromsektor/dwag.pdf?__blob=publicationFile&v=4 Das ist natürlich kein demokratisches Verfahren, alles in Allem kein demokratischer Prozess und das wissen Sie ganz genau! Menschen, Bürger mögen doch bitte dazu schweigen, es hinnehmen, sich dem ergeben, weil es doch eine Gemeinschaftsaufgabe sei und über allem steht, mit einer Ideologie ohne Sinn und Verstand diese Welt vor was auch immer zu retten. Es ist eine Aufgabe, ja eine Aufgabe der Lebensräume für Mensch, Natur und Landschaft, für die am Ende auch wer die Verantwortung zu tragen hat. Das Pariser Abkommen wird als Begründung für WindBG und die Planung benannt. Wenn jedoch wichtige nationale Vorschriften und Interessen oder andere Vereinbarungen dagegensprechen, sind Abkommen nicht einzuhalten. Eine transnationale Vereinbarung wäre z.B. die Europäische Landschaftskonvention. Die Nichtunterzeichnung kann kein ausschlaggebender Grund sein, diese Konvention nicht zu berücksichtigen. Stellungnahme zu Windkraft in Landschaftsschutzgebieten (LSG) 2024 wurde für und durch die Bürgerinitiative BIND-SH erstellt. Erstellt und eingereicht im August 2024 von [redacted] Stellungnahme zu den Schutzabständen zur Wohnbebauung und der Errichtung raumbedeutsamer WEA 2024: Raumbedeutsame WEA sind, als sogenannte Referenzanlagen sind nicht mehr 150 m hoch. Die neuen, herangezogenen Referenzanlagen sind 200 m hoch und haben einen Rotordurchmesser von 150 m, d.h. Rotorlänge = 75m (elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt). Diese Grundlage dient der Ausweisung der Vorrangebiete Windenergie in den neu zu verfassenden Regionalplänen. Die WEA können in der Tat auch höher sein und der Rotor länger: Ermittlung eines Verteilungsschlüssels für das zwei-Prozent-Flächenziel auf Basis einer Untersuchung der Flächenpotenziale der Bundesländer; erstellt im Auftrag vom: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz; Stand Mai 2022, sind herangezogen. Diese bemisst einen Rotodurchmesser von 165 Meter und je	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nach Standort eine Gesamthöhe von circa 250 Meter. https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Windkraft-in-SH-Kabinett-beschliesst-neueAbstandsregeln,windkraft1410.html 3H/5H-Regelung entfällt Konkret heißt das: Schutzabstände zur Wohnbebauung sollen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, unverändert bleiben. Im Außenbereich müssen Vorranggebiete 400 Meter Abstand zur Wohnbebauung halten, zu Dörfern und Städten 800 bzw. 1.000 Meter. Diese Abstände sind also festgeschrieben. Was wegfällt, ist die sogenannte 3H/5H-Regelung, die derzeit regelt, dass neue Anlagen nur dann genehmigt werden, wenn sie einen Abstand von ihrer dreifachen Höhe zu allein stehenden Wohnhäusern (3H) und ihrer fünffachen Höhe zu Wohnsiedlungen (5H) haben. Größere Anlagen würden also weiter als 400 Meter von Häusern wegrücken. Mit den neuen Eckpunkten zur Windenergieplanung gilt diese Regelung dann nicht mehr. Auch größere Anlagen dürfen dann in einem Abstand von 400 Metern gebaut werden. SH-Kabinett beschließt neue Abstandsregeln: Es werden also in der Tat neue, kleinere Schutzabstände zur Wohnbebauung beschlossen. Die Abstände zur Wohnbebauung werden damit stark verringert, die optische Bedrängung wird eklatant sein und der hörbare Schall wird dem letzten Menschen den Schlaf rauben. https://www.kn-online.de/schleswig-holstein/windkraft-in-schleswig-holstein-kabinett-kippthoehenbegrenzung-fuer-windkraftanlagenBVMSQV56EFCUPMF72PGZ6A5FDI.html#:~:text=Zwar%20h%C3%A4lt%20man%20offiziell%20f%C3%BCr,1000%20Meter%20bei%20neuen%20Windr%C3%A4dern. Kiel. Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein dürfen künftig auch in der Nähe von Dörfern und Siedlungen höher in den Himmel ragen als bisher. Schleswig-Holsteins schwarz-grüne Landesregierung hat am Dienstag neue Eckpunkte zur Planung der Windenergie beschlossen. Zwar hält man offiziell für die Windkraft in Schleswig-Holstein an den Schutzabständen zur Wohnbebauung fest: Im Außenbereich müssen Vorranggebiete einen Mindestabstand von 400 Metern einhalten, zu Dörfern und Städten mindestens 800 bei bestehenden beziehungsweise 1000 Meter bei neuen Windrädern. Allerdings entfällt die bisher gültige Höhenbegrenzung für Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein, wonach die Windräder im Außenbereich die dreifache und in der Nähe von Siedlungsbereichen die fünffache Höhe zur Wohnbebauung einhalten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	müssen. Damit rücken die Rotoren optisch näher an die Menschen heran. All das zusammengefasst, ist ein kleiner aber feiner Betrug am Wähler und am Kunden, an den Menschen: Die sogenannte 3H/5H-Regelung entfällt (das neue Anlagen nur dann genehmigt werden, wenn sie einen Abstand von ihrer dreifachen Höhe zu alleinstehenden Wohnhäusern (3H) und ihrer fünffachen Höhe zu Wohnsiedlungen (5H) haben). Mit den neuen Eckpunkten zur Windenergieplanung gilt diese Regelung dann nicht mehr. Größere Anlagen dürfen dann in einem Abstand von 400 Metern gebaut werden. Damit rücken die WEA nicht nur optisch näher, sondern sie rücken tatsächlich näher, ausgehend von den neuen Referenzanlagen 200/75, beispielhaft erläutert mit der 3H/5H-Regelung: Zu 1 Z: 200 m x 5 = 1000 m und 250 m x 5 = 1250 m Abstand zur Wohnbebauung - Innenbereich alt nach 5H: 150 m x 5 = 750 m + Rotor = 800 m Referenzanlage 150 m WEA Damit deckten sich der Schutzabstand und der Abstand der Fläche. Zu G: 200 m x 5 = 1000 m und 250 m x 5 = 1250 m Abstand zur Wohnbebauung - Innenbereich alt nach 5H: 150 m x 5 = 750 m + Rotor = 800 m Referenzanlage 150 m WEA Damit deckten sich der Schutzabstand und der Abstand der Fläche und ging sogar + 200m Zu 2 Z: 200 m x 3 = 600 m und 250 m x 3 = 750 m Abstand zur Wohnbebauung - Außenbereich alt nach 3H: 150 m x 3 = 450 m - Rotor = 400 m Referenzanlage 150 m WEA Eine 200m WKA im Außenbereich steht damit ca. 470m vor dem Haus, nach 3H wären es 600m. Die Referenzanlagen von 150 m waren einmal die Abstandsgeber, das wird nun einfach unterschlagen und Land auf Land ab heißt es, die Abstände wären beibehalten worden, was natürlich nicht stimmt, ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Wir hatten in Schleswig-Holstein Windfrieden, was nicht mit Akzeptanz zu verwechseln ist. Damit wird nun Schluss sein, die Menschen werden das Heranrücken der WEA an die Wohnbebauung nicht akzeptieren, die Politik macht hier einen Riesenfehler. Akzeptanz, Ruhe und Frieden sind nicht käuflich! (Zur Verdeutlichung, siehe das Bild der nächsten Seite, Text hinzugefügt und der Außenbereich wurde hinzugefügt https://www.iee.fraunhofer.de/de/presse-infothek/PresseMedien/2022/studie_nutzbarkeit_windenergieanlagen_voranggebiet_schleswig-holstein.html Das ist ein Ergebnis einer Studie des Fraunhofer-Instituts für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik IEE im Auftrag des Bundesverbands WindEnergie e.V. Schleswig-Holstein, BWE SH.) Abstände von Windkraftanlagen (WKA) zur Wohnbebauung Im Außenbereich müssen Vorranggebiete 400 Meter Abstand zur Wohnbebauung halten, zu Dörfern und Städten 800 bzw. 1.000 Meter. Der Schutzabstand zur	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wohnbebauung, die sogenannte 3H/5H-Regelung entfällt (dass neue Anlagen nur dann genehmigt werden, wenn sie einen Abstand von ihrer dreifachen Höhe zu alleinstehenden Wohnhäusern (3H) und ihrer fünffachen Höhe zu Wohnsiedlungen (SH) haben). Mit den neuen Eckpunkten zur Windenergieplanung gilt diese Regelung dann nicht mehr Größere Anlagen dürfen dann in einem Abstand von 400 Metern gebaut werden. Eine 200m WKA im Außenbereich steht damit ca. 470m vor dem Haus, nach 3H wären es 600m. Die Abstände zur Wohnbebauung werden damit stark verringert, die optische Bedrängung wird eklatant sein und der hörbare Schall wird dem letzten Menschen den Schlaf rauben. Die Landesregierung sagt: Schutzabstände zur Wohnbebauung bleiben, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, unverändert. Im Außenbereich müssen Vorranggebiete 400 Meter Abstand zur Wohnbebauung einhalten, zu Dörfern und Städten 800 bzw. 1000 Meter. Nur, die Vorranggebiete sind das Eine und der Schutzabstand zur WKA das Andere,;, darum isteseine grobe Täuschung, nicht nur, weil die Referenzanlagen jetzt 200m hoch sind, sondern weil es zudem mit den zulässigen Schallimmissionen gar nicht vereinbar sein wird. Oben: Abstandsvorgaben zur Wohnbebauung als Vielfaches der Anlagengesamthöhe: Windenergieanlagen müssen die fünffache Gesamthöhe (5H) als Abstand zur Wohnbebauung im Innen- sowie die dreifache Gesamthöhe (3H) zur Wohnbebauung im Außenbereich einhalten. Das galt in der Vergangenheit und gilt bis zur neuen Regionalplanung, deren Aufstellung 2024 beginnt (150m WKA Rotor ca. 50m Referenzanlage alt und 200m WKA Rotor ca./5m Referenzanlage neu) Rechts: Bildliche Erklärung, anhand von Windeignungsflächen: Darstellung der effektiv bebaubaren Flächen (grün) im Geoinformationssystem sowie Ermittlung der installierbaren Windenergieanlagen-Leistung mittels standortgenauer Anlagenplatzierung. https://www.bolapla-sh.de/file/d8974dba-790c-4772-acf5-c41efb786e81/c75faf9c-ee9b-47c8-9c9a486bd6d3427d 4.5.1.1 Siedlungsstruktur Grundsätze und Ziele der Raumordnung 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind in überplanten Gebieten nach § 30 BauGB und nicht überplanten Innenbereichen nach § 34 BauGB, jeweils mit Wohn- und/ oder Erholungsfunktion, und in einem Umgebungsbereich von 800 Metern um die vorgenannten Bereiche ausgeschlossen. Dies gilt auch für planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen. G 800	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Der Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, soll von Windenergiegebieten freigehalten werden, sofern noch keine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. 2 Z 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind in einem Umgebungsbereich von 400 Metern um Einzelhäuser und Splittersiedlungen sowie innerhalb dieser im Außenbereich ausgeschlossen. Ebenso sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Gewerbegebieten nach § 8 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) und in einem Umgebungsbereich von 400 Metern um Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land 4.5.1.1 Siedlungsstruktur Stellungnahme zu den Schutzabständen zur Wohnbebauung und der Errichtung raumbedeutsamer WEA 2024 wurde für und durch die Bürgerinitiative BIND-SH erstellt. Erstellt und eingereicht am … von [redacted] Stellungnahme: Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land Ein Ausbauziel von 15 Gigawatt soll bis 2030 erreicht werden. 3241 Windkraftanlagen (WKA) onshore in SH, sie produzieren 8,5 Gigawatt. Von diesen WKA sind die meisten 150m hoch, Nennleistung 2000 kW . Alle neu genehmigten WKA werden mindestens 200m hoch sein, Nennleistung 5500 kW. Würden alle WKA repowert werden, dann bräuchte SH keine neuen WKA. Da auf jeder Windeignungsfläche nun repowert werden darf, wird es ohnedies über kurz oder lang so kommen. Der Ausbau von PV-FFA oder sonstiger EE wird im Kontext des Klimaschutzzieles von SH nicht berücksichtigt, das ist unverhältnismäßig. Die Landesplanung hat im Jan. 2024 die geplante Windkraftkulisse für SH vorgestellt. Zu Beginn 9 % des Landes sollen bis 2027 - zur Zeit sind es noch 7,2% - in Windvorrangflächen umgewandelt werden. Das Land selbst behält sich 3 % als Beitrag zuzüglich der vom Grünen Bundeswirtschaftsminister Habeck geforderten Flächenausweisung vor, während darüber hinaus bis zu 6 % der Landesfläche den Gemeinden zwecks möglicher Zielabweichungsverfahren bis zum Jahr 2027 offenstehen soll. Damit werden die Flächenforderungen bis 2030 aus der Bundesgesetzgebung um	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	das Dreifache übertroffen. Das Land SH setzt ohne Wenn und Aber WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land) um. Es liegt im überragenden Interesse, es steht über allem, man könnte denken: „Denn sie wissen nicht was sie tun …“. Das Interesse von Mensch und Natur wird buchstäblich mit den Füßen getreten, wenn man sie die Potentialflächenkarte genau anschaut, denn wäre der Ausbau der Windenergie an Land, sofern es so kommt, wie gewünscht, menschenverachtend! Das Ziel von Klimaschutz ist der Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen (Flora und Fauna). Aus diesem Grund müssen die Belange von Menschen, Natur- und Umweltschutz beim Ausbau der Windenergie berücksichtigt werden. Ohne Akzeptanz der Menschen im Land kommt das gesamte Projekt Energiewende – Green Deal – Große Transformation, nicht nur ins Stocken, es kommt zur Stillstand. Es müssen auch Räume der Ruhe und Erholung für Natur, Mensch und Landschaft in Schleswig-Holstein erhalten werden und frei bleiben von technischen Großinstallationen. Erhalten Sie einzigartige Kulturlandschaften, dazu gehören auch die kleinteiligen Knicklandschaften, zum Schutz von Natur, Klima und Biodiversität, und lassen Sie den Wäldern ihren Raum. Schon 2016 und in den Folgejahren wurde darauf hingewiesen, dass in überdurchschnittlich belasteten Landkreisen wie Nordfriesland, Dithmarschen, Ostholstein und Steinburg ist nicht mehr viel Windenergieausbau möglich ist. Aber nein, Vorbelastung findet keine Berücksichtigung, Abstände zu Wohnbebauung werden einfach kassiert. Das Land SH hält sich auch einfach nicht an Abstandsvorgaben der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelwarten, es hält sich auch nicht an viel zitierte Helgoländer Papier und an die eigenen Empfehlungen zur Berücksichtigung tierökologischer Belange bei der Windenergieplanung der Vergangenheit möchte man sich auch nicht mehr halten. Die einzigartigen charakteristischen Landschaftsräume in Schleswig-Holstein sind außerordentlich und unbedingt zu schützen, sie erklären sie einfach für nicht mehr vorhanden. Um Mensch, Natur, Landschaft und Tiere effektiv zu schützen, ist aber nicht nur der Bau von Windenergieanlagen im Wald, sondern auch die Umzingelung von Wäldern zu verbieten. Sie wollen aufforsten, sie wollen Waldneubildung, wo soll das denn noch passieren, sie werden am Ende des Tages keine Flächen mehr haben, auf denen das machbar wäre. Es scheint auch vollkommen außeracht gelassen zu werden, wo es denn in SH noch Flächen Kompensationsflächen für den Ausbau der zukünftigen Windkraft geben soll, von der Flächenversiegelung will ich gar nicht erst reden, hat da SH nicht auch ein Ziel zur Minimierung? In diesem Zusammenhang fragt man sich natürlich auch, wo denn wohl die 30% Renaturierung stattfinden soll, auch ein Ziel dieses Bundeslandes SH und eine EU-Vorgabe. Zitat von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Reinhold Messner: „Alternative Energiegewinnung ist unsinnig, wenn sie genau das zerstört, was man eigentlich durch sie bewahren will!“ Eine zulässige Umzingelung von Dörfern und Siedlungen, das ist ein Riesenfehler, der hier begangen wird. Es ist eine Fehlentwicklung in der Planung, es müssen unbedingt alle bestehenden und vorhandenen Schutzgebiete mit entsprechenden Pufferzonen von Windenergie freihalten werden. Der Schutz von Rast-, Brut- und Ruhestätten von Vögeln und Fledermäusen ist unabdingbar. Die generelle Umweltverträglichkeitsprüfung bei allen Vorhaben der erneuerbaren Energien muss zum Projekt erfolgen und darf nicht als Generalvollmacht und vollkommen unspezifisch im Vorwege genommen oder erteilt werden. Im Außenbereich müssen Vorranggebiete 400 Meter Abstand zur Wohnbebauung halten, zu Dörfern und Städten 800 bzw. 1.000 Meter. Die sogenannte 3H/5H-Regelung entfällt (das neue Anlagen nur dann genehmigt werden, wenn sie einen Abstand von ihrer dreifachen Höhe zu alleinstehenden Wohnhäusern (3H) und ihrer fünffachen Höhe zu Wohnsiedlungen (5H) haben). Mit den neuen Eckpunkten zur Windenergieplanung gilt diese Regelung dann nicht mehr. Größere Anlagen dürfen dann in einem Abstand von 400 Metern gebaut werden. Die Abstände zur Wohnbebauung werden damit stark verringert, die optische Bedrängung wird eklatant sein und der hörbare Schall wird dem letzten Menschen den Schlaf rauben. Wir hatten in Schleswig-Holstein Windfrieden, was nicht mit Akzeptanz zu verwechseln ist. Damit wird nun Schluss sein, die Menschen werden das heranrücken der WKA und die Bebauung von vollkommen unbelasteten Gebieten, den Landschaftsschutzgebieten mit WKA nicht akzeptieren, die Politik macht hier einen riesen Fehler. Akzeptanz, Ruhe und Frieden sind nicht käuflich! Der Ausbau der Windkraft geht zu Lasten des Artenschutzes und des Landschaftsschutzes, unbelastete Naturräume, Landschaftsräume, Wälder, Knicklandschaften, Moore sind eigenständiger Klimaschutz, wenn es denn dann darum geht, warum lässt man ihnen nicht ihren Raum, warum muss alles zerstört werden. Zum Beispiel der Kreis Dithmarschen hat eine Vorbelastung von fast 5% der Fläche, es wird einfach verfügt, dass Vorbelastungen nicht mehr berücksichtigt werden sollen. Das ist vollkommen unverhältnismäßig. Der Konflikt um Windkraft ist hier nicht neu, sondern zieht sich schon seit Jahren. Er verdeutlicht, wie Interessen beim Landschaftsschutz diejenigen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien aufeinanderprallen und welche Folgen das für Genehmigungsverfahren hat. Vieles ist hier in Bewegung, nicht zuletzt in Dithmarschen. Währenddessen haben in SH bis Ende August 2024 Projektierer/Betreiber schon nach 400 Flächen angefragt und das ist nur das was so halb öffentlich bekannt ist. Seien wir doch einmal ganz objektiv und schauen uns den Vergleich einmal mit Sinn und Verstand	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	an, hier am Beispiel von Dithmarschen. Es ist festzustellen, dass sich die Potentialflächen 2024 mit den Abwägungsflächen 2016 zu über 90% decken und es ist weiterhin klar und deutlich sichtbar, dass noch erhebliche Erweiterungen und neue Flächen hinzugekommen sind. Den Bürgern wird nun erzählt, es sein ja alles noch gar nicht abgewogen und es sollen ja nur 3-3,3% werden. Zum einen hat Dithmarschen schon fast 5% und zum anderen, sind für diesen Kreis in der Summe 10% im Potential. Tatsächlich ist es so, dass die Flächen aus 2016 lange endabgewogen waren, hinzu kommt - 2024, dass die Abstände zur Wohnbebauung, die arten- und naturschutzrechtlichen Belange zu Gunsten des Windkraftausbaus verändert wurden und LSG‘s bebaut werden können. Das heißt und so wird es landesseitig auf diversen Veranstaltungen bereits kommuniziert: Die Flächen sind bereits weitestgehend in Sack und Tüten, es gibt kaum oder keine Flächen, die frei sind von Planern, von Begehrlichkeiten! Was man den Bürgern sagt, oder versucht unterzujubeln, das nennt man bei uns „ Tünkram“ - MOIN ! Abwägungsbereiche 2016 - Dithmarschen Vergleich – Potentialflächen 2024 – siehe unten und Anhang, hochgeladen und am Ende dieser Stellungnahme. Die beschlossene Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Diese legt fest, dass Erneuerbare Energien im "überragenden öffentlichen Interesse" liegen. Bei einer Abwägung hat der Ausbau also Vorrang. Es wäre schwierig oder fast nicht machbar, hier ein Gegenargument zu finden, welches von derselben oder höherer Wertigkeit ist. Jedoch liegt eine intakte und gut funktionierende Natur, die selber Klimaschutz ist, ebenso im überragenden öffentlichen Interesse. Der Schutz der Biodiversität, ein Erfolg im Kampf des Artensterbens, die Aufforstung und die Wiedervernässung der Moore, der Erhalt kleiner Wälder, der Erhalt der Landschaftsschutzgebiete (LSG) und vieles mehr, es wird alles übergangen, der Eingriff in die Natur ist derart eklatant und vollkommen unnötig. Vogelzugruten sind seit Jahren nicht überprüft und/oder neu kartiert worden, diese haben sich durch den Windkraftausbau und die „Ruhezonen“ der LSG der letzten Jahre sehr stark verändert. Die EEG-Novelle und die Klimapolitik der Ampelkoalition ist ein Großangriff auf den klassischen Naturschutz und es erschließt sich mir nicht ansatzweise, wie ein grüner Minister das überhaupt zulassen kann, wie der Bundesrat dieses Landes dem WindBG ohne Wenn und Aber zustimmen konnte und das Land SH, bzw. die Politik das einfach so hinnimmt. Geopferte Landschaften für eine ideologische Energiepolitik ohne Sinn und Verstand, an der am Ende des Tages zur Klimaneutralität nur eine Zahl steht, nicht mehr und nicht weniger, mit dem grünen Blackout, der hier sehenden Auges herbeigeführt wird, ist gar nichts gewonnen, ganz im Gegenteil. Keine freien Horizonte mehr, keine Charakteristischen Landschaftsräume (CL) mehr, durch die Höhe der Referenzanlagen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von 200m und morgen sind sie schon 250m hoch nehmen sie der Landschaft jede Ruhe, die Beeinträchtigung wird eklatant sein, weit sichtbar in jeder Ecke, in jeder Gegend. Das Ausmaß der Wirkzonen über 1500m und 3000m wird für die Menschen in SH zu einer unaussprechlichen optischen Belastung werden. Das Recht auf Lebensraum, Naherholungsraum, dass Recht der Natur und der Arten scheint in Gänze verwirkt zu sein. Kein Vormarsch ist so schwer wie der Weg zurück zur Vernunft. Berthold Brecht Es geht uns alle an, ob wir ein Stück Heimat, ein Stück Landschaft retten können - stehen wir zusammen und sagen wir der Politik, bis hierhin und nicht weiter, genug ist genug. Die politische Quittung kommt zur nächste Bundestagswahl am 28. September 2025 und zur nächsten Landtagswahl im Frühjahr 2027 in Schleswig-Holstein. Die Menschen gehen nicht mehr mit, keinen Schritt weiter für diese ideologische, alles zerstörende Energiewende, die nun fast alle freien Räume mit technischen Industrieanlagen WKA (oder PV-FFA) bestückt. Menschen werden fluchtartig Gegenden verlassen – den ländlichen Raum, es beginnt bereits. Sie denken, sehr gut, dann haben wir noch mehr Platz für WKA? - ein politischer Riesenfehler! Es geht nicht um irgendeinen Ausblick aus irgendeinem Wohnzimmerfenster, es geht um echte Wertschätzung und Erhalt von Lebensräumen! Der Streit wird weitergehen. Es werden weitere regionale Konflikte hinzukommen, denn in den nächsten Jahren sollen bundesweit deutlich mehr Flächen für die Windkraft ausgewiesen werde. Haben sie sich eigentlich einmal überlegt, wie es mit dem Tourismus, seinem Ausbau und seiner Verbesserung weitergehen soll, es wird bald niemand mehr nach Schleswig-Holstein kommen wollen, insbesondere die ländlichen Räume werden gemieden werden. Zum demokratischen Verständnis, der Möglichkeit der Teilhabe und der Information an, von und mit den Bürgern, Menschen dieses Landes: Das Beteiligungsverfahren zum Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land wurde am 25.06.2024 eröffnet. Es ist möglich bis zum 09.09.2024 eine Stellungnahme abzugeben – nur kaum jemand weiß davon, geschweige denn ist in der Lage eine zu verfassen, weil Grundlagen und Informationen fehlen. Warum ist das so: Weil es tatsächlich kaum Informationen gibt. Weil die meisten Menschen davon gar nicht wissen. Weil die meisten Menschen, wenn sie es zu wissen bekommen, fachlich gar nicht in der Lage sind, sich zur Sache adäquat zu äußern. Weil die Terminachse in die politische Sommerpause gelegt wurde, das gilt auch für Kommunen. Weil es kaum Informationsveranstaltungen gibt, nur vereinzelt und dann auch nur für Kommunen. Es ist festzustellen, dass Kommunen mangels Zeit und/oder Sitzungsterminen in der Sommerpause, auch weil es trotz Forderung keine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fristverlängerung gibt/gab, an dem Thema, an der Sache an der öffentlichen Beteiligung nicht teilgenommen haben. Aber Zeit für Veranstaltungen von und für potentielle Planer/Betreiber, Überzeugungsreferenten e.t.c. die scheint dann teilweise doch vorhanden zu sein. Nachfrage zur Sache, Land SH und Ämter: E-Mail vom 26.06.2024 Sehr geehrte Damen und Herren, wie werden die Bürger informiert: zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans SH - Fortschreibung 2021 (Entwurf Juni 2024) mit der Antwort vom Amt … - siehe unten – damit kann kein Bürger dieses Landes zufrieden sein, oder etwas anfangen und die Bürger dieses Landes wissen von nichts Werden die Ämter, die Bürgermeister oder die Gemeindevertretungen informiert? Geben diese dies an die Bürger weiter? v.m.f.g. [redacted] Antwort vom Amt, vom 26.06.2024 bezüglich Ihrer Fragestellung im Telefonat von vorhin, wie werden die Bürger informiert, übersende ich Ihnen die beigefügte Bekanntmachung des Landes Schleswig-Holstein. Daraus können Sie entnehmen, dass jede Person eine Stellungnahme auf der entsprechenden Internetseite einreichen kann. Im Anhang war das Amtsblatt SH Antwort vom 02.07.2024 Land SH vielen Dank für Ihre Email vom 26.06.2024, mit der Sie nachfragen, wie Bürger über das Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Windenergie informiert werden. Ich bin gebeten worden, Ihnen zu antworten. Bei der amtlichen Bekanntmachung handelt es sich um eine gesetzlich geregelte Mindestanforderung, die sicherstellen soll, dass Bürgerinnen und Bürger sowie alle Träger öffentlicher Belange sich über anstehende Planverfahren (wie auch über andere öffentliche Angelegenheiten) informieren können. Darüber hinaus hat die Landesplanung aber auf vielen weiteren Kanälen die Öffentlichkeit informiert: - durch eine Pressemitteilung und eine Pressekonferenz: daraus resultierte eine Medienberichterstattung, u.a. im Schleswig-Holstein-Magazin des NDR; - durch die Onlineplattform BOB-SH und die Internetseite schleswig-holstein.de; - durch Rundmails an alle Kommunen; - durch Rundmails an die betroffenen Träger öffentlicher Belange innerhalb und außerhalb Schleswig-Holsteins; - durch Information des Landtages; - durch Information der Regierung Dänemarks und der dänischen Nachbarkommunen. Es ist der Landesregierung allerdings nicht möglich, alle Bürgerinnen und Bürger des Landes unmittelbar zu informieren. Mit freundlichen Grüßen Axel Hilker Seitens des Landes, denke ich, wurde soweit alles erforderliche getan um eine Möglichkeit der allgemeinen Informationsgrundlage zu schaffen, aber dann hakt es gewaltig. durch Rundmails an alle Kommunen – es ist klar, dass die Kommunen informiert worden sind, nur die Kommunen haben dazu keine Gemeindevertretersitzungen abgehalten, oder ihre Bürger informiert, die Kommunen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	haben sich mit dem Thema kaum auseinandergesetzt und kaum Stellungnahmen abgegeben und die Kommunen, Bürgermeister, Gemeindevertreter sind damit auch teilweise total überfordert – es ist festzustellen, dass es in sehr vielen Kommunen und Ämtern keinerlei Informationen oder Veröffentlichungen in der Sache zur Teilhabemöglichkeit für die Bürger, Menschen dieses Landes gab. Das ist sehr undemokratisch, natürlich sagt das Land, das ist nicht unsere Aufgabe, das Amt sagt, das Land hat ja über das Amtsblatt SH informiert – was ja natürlich die wenigsten Bürger, Menschen sehen, kennen oder lesen. Die Kommune sagt, wir hatten politische Sommerpause und so schiebt sich jeder den Schuh wechselweise zu und keine übernimmt Verantwortung. Kurz vor Toresschluss, am 09.09.2024 ist Ultimo, werden Gemeinden bzw. Bürgermeister dann vom Amt angeschrieben, ob sie wohl noch eine Stellungnahme abgeben wollen, das kann doch nur ein Witz sein oder, vor allem ohne Informationen und Einbeziehung der Öffentlichkeit und/oder Beschlüsse. Oder es gibt noch ganz fix eine Sondersitzung unter Druck, weil da evtl. etwas dann doch Dringendes übersehen wurde. Man glaubt es kaum, aber das ist dann so wohl gängige Praxis. Ein formaler öffentlicher Diskurs über die Klima- und Energiepolitik einerseits sowie den Natur- und Landschaftsschutz andererseits hat nicht stattgefunden. Das ist als starker Mangel in der Sache und dem grundsätzlichen demokratischen Prozess als nicht dienlich zu bewerten. Stellungnahme zum Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land 2024 wurde für und durch die Bürgerinitiative BIND-SH erstellt. Erstellt und eingereicht im Sept. 2024 [redacted] Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Seien wir doch einmal ganz objektiv und schauen uns den Vergleich einmal mit Sinn und Verstand an, hier Dithmarschen. Es ist festzustellen, dass sich die Potentialflächen 2024 mit den Abwägungsflächen 2016 zu über 90% decken und es ist weiterhin klar und deutlich sichtbar, dass noch erhebliche Erweiterungen und neue Flächen hinzugekommen sind. Den Bürgern wird nun erzählt, es sein Ja alles noch gar nicht abgewogen und es sollen ja nur 3-3,3% werden. Zum einen hat Dithmarschen schon fast 5% und zum anderen, sind für diesen Kreis in der Summe 10% im Potential. Tatsächlich ist es so, dass die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Flächen aus 2016 lange endabgewogen waren, hinzu kommt - 2024, dass die Abstände zur Wohnbebauung, die arten- und naturschrechtlichen Belange zu gunsten des Windkraftausbaus verändert wurden und L5G's bebaut werden können. Das heißt und so wird es landesseitig auf diversen Veranstaltungen bereits kommnuniziert: Die Flächen sind bereits weitesgehend in Sack und Tüten, es gibt kaum oder keine Flächen, die frei sind von Planer, von Begehrlichkeiten! Was man den Bürgern sagt, oder versucht unterzujubeln das nennt man bei uns . Tünkram“ - MOIN ! **<u>Dithmarschen, Vogelzug und Seeadler und Rotmilan 2019 - 2024:</u>** Die beschlossene Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Diese legt fest, dass Erneuerbare Energien im "überragenden öffentlichen Interesse" liegen. Bei einer Abwägung hat der Ausbau also Vorrang. Es wäre schwierig oder fast nicht machbar, hier ein Gegenargument zu finden, welches von derselben oder höherer Wertigkeit ist. Jedoch liegt eine intakte und gut funktionierende Natur, die selber Klimaschutz ist, ebenso im überragenden öffentlichen Interesse. Der Schutz der Biodiversität, ein Erfolg im Kampf des Artensterbens, die Aufforstung und die Wiedervernässung der Moore, der Erhalt kleiner Wälder, der Erhalt der Landschaftsschutzgebiete (LSG) und vieles mehr, es wird alles übergangen, der Eingriff in die Natur ist derart eklatant und vollkommen unnötig. Vogelzugrouten sind seit Jahren nicht überprüft und/oder neu kartiert worden, diese haben sich durch den Windkraftausbau und die „Ruhezonen“ der LSG der letzten Jahre sehr stark verändert. Die EEG-Novelle und die Klimapolitik der Ampelkoalition ist ein Großangriff auf den klassischen Naturschutz und es erschließt sich mir nicht ansatzweise, wie ein grüner Minister das überhaupt zulassen kann, wie der Bundesrat dieses Landes dem WindBG ohne Wenn und Aber zustimmen konnte und das Land SH, bzw. die Politik das einfach so hinnimmt. Stellungnahme zu Windkraft in Landschaftsschutzgebieten (LSG): 13 G Landschaftsschutzgebiete Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschafts– schutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. Zum Windkraftausbau in Landschaftsschutzgebieten D Die in Dithmarschen neu, mit Windflächen überplanten Gebiete, siehe Karte Potentialflächen in himmelbau, die in einem, der in 2022 neu ausgewiesenen und verordneten Landschaftsschutzgebiete liegen, das ist hier der Ortsbezug. https://www.dithmarschen.de/themen/umwelt/naturschutzgebiete/landschaftsschutzgebi	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ete Es ist ein hoher Waldbestand, quasi der einzige in Dithmarschen, zu verzeichnen. Die Potentialflächen liegen vielfach unmittelbar an Wald angrenzend. Oder die Gebiete werden von Bächen und Auen durchzogen, vielfach befinden sich dort Biotope, Feuchtwiesen und Teiche, kleinteilige Knicklandschaften. Die Geest bildet sich in Höhen und Tiefen, z.B. die Brooklandsau-Niederung, der höchste Punkt ist die Dithmarscher Schweiz. Es sind Bereiche mit ausgeprägter und vielfältiger Flora und Fauna. Die Wiesen, Weiden und Koppeln werden sowohl landwirtschaftlich, als auch extensiv genutzt, viele Ausgleichsflächen sind ebenso in diesen Räumen zu finden. Über viele Jahre entwickelte sich dieser charakteristische Landschaftsraum zu einem echten Naturraum, zu einem echten Naturerlebnisraum. Hier in diesem Naherholungsraum sind viel Menschen zu Fuß, Wanderer und Jogger, mit dem Rad oder hoch zu Pferd unterwegs. Viele Touristen lieben und schätzen die Gegenden in den Landschaftsschutzgebieten, weil sie eben ländlich, schön und naturnah geprägt sind, frei von jeder Art technischen Industrieanlagen, frei von hohen Bauten. Der ländliche Raum eben, auch Außenbereich genannt. Der Gesetzgeber bestimmt mit § 35 Abs. 1 BauGB, dass ein Vorhaben im Außenbereich nur zulässig ist, wenn insbesondere öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Wann eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vorliegt, definiert u. a. § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB. Bauvorhaben sind dann nicht zulässig, wenn das Vorhaben die natürliche Eigenart der Landschaft und ihren Erholungswert beeinträchtigt oder das Orts- und Landschaftsbild verunstaltet; § 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 5 BauGB. Durch technische Industrieanlagen, hier Windkraftanlagen, die heute überdimensional hohen Anlagen, in jedem Fall höher als 200m, wird die natürliche Eigenart der Landschaft im Bereich der Flächen zerstört und das betrifft den gesamten östlichen Teil von Dithmarschen. Seien wir doch einmal ganz objektiv und schauen uns den Vergleich einmal mit Sinn und Verstand an, hier Dithmarschen. Dazu liegt ihnen auch eine Vergleichskarte von mir vor. Es ist festzustellen, dass sich die Potentialflächen 2024 mit den Abwägungsflächen 2016 zu über 90% decken und es ist weiterhin klar und deutlich sichtbar, dass noch erhebliche Erweiterungen und neue Flächen hinzugekommen sind. Den Bürgern wird nun erzählt, es sein ja alles noch gar nicht abgewogen und es sollen ja nur 3-3,3% werden. Zum einen hat Dithmarschen schon fast 5% und zum anderen, sind für diesen Kreis in der Summe 10% im Potential. Tatsächlich ist es so, dass die Flächen aus 2016 lange endabgewogen waren, hinzu kommt - 2024, dass die Abstände zur Wohnbebauung, die arten- und naturschutzrechtlichen Belange zu Gunsten des Windkraftausbaus verändert wurden und LSG‘s bebaut werden können. Das heißt und so wird es landesseitig auf diversen Veranstaltungen bereits kommuniziert: Die Flächen sind bereits weitestgehend in Sack	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Tüten, es gibt kaum oder keine Flächen, die frei sind von Planern, von Begehrlichkeiten! Was man den Bürgern sagt, oder versucht unterzujubeln, das nennt man bei uns „ Tünkram“ - MOIN ! Es geht hier um die Landschaftsschutzgebiete in Dithmarschen, die mit Windkraftflächen überplant werden soll, obwohl das kein „MUSS“ ist und wenn ein Bundesland, wie Schleswig-Holstein 7,2% der Fläche zur Verfügung hat, so muss das auch nicht sein: Gemäß § 26 BNatSchG handelt es sich bei Landschaftsschutzgebieten um Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist - zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, einschließlich des Schutzes von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter wildlebender Tier- und Pflanzenarten, - wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit oder der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Landschaft oder - wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung. Dies erfolgt in Schleswig-Holstein entsprechend § 15 LNatSchG durch eigene Verordnungen der Unteren Naturschutzbehörden: Die untere Naturschutzbehörde kann Gebiete im Sinne von § 26 Abs. 1 BNatSchG durch Verordnung zu Landschaftsschutzgebieten erklären. Es ist auch in keiner Weise nachvollziehbar, warum die Bundesregierung zugunsten der Windkraftanlagen Landschaftsschutzgebiete grundsätzlich für WKA geöffnet hat. Bislang waren Bauten und Einrichtungen im Landschaftsschutzgebiet generell untersagt. Dieses Verbot war regelmäßig in den Landschaftsschutzgebietsverordnungen enthalten. Die Regierung setzt sich über diese sinnvollen Verbote hinweg und genehmigt den größtmöglichen Schaden, der in einem Landschaftsschutzgebiet eintreten kann, indem Windkraftanlagen mit einer möglichen Gesamthöhe von 250-280 m genehmigt werden. Das ist der Supergau für die Landschaftsräume im östlichen Dithmarschen. Derzeit sind Windkraftanlagen mit einer Höhe von 380-400 m Gesamthöhe in Erprobung. Nachdem die Regierung auch gleichzeitig jegliche Höhenbeschränkungen untersagt hat, muss auch mit diesen Anlagen künftig gerechnet werden. Denn es kommt der Tag des Repowerings, der auf jeder Fläche zulässig sein soll. Jeglicher Schutzcharakter, der Landschaftsschutzgebiete (LSG’s) wird damit in jeder erdenklichen Art und Weise konterkariert. "Broklandsau-Niederung", "Geestlandschaft bei Bargenstedt", "Hohe Geest um Immenstedt", "Kliffplateau", "Nordergeest", "Riesewohld" und "Rüsdorfer Moor" - Diese LSG’s sind nach einer Strategischen Umweltprüfung (SUP) 2022 verordnet worden und haben Rechtsgültigkeit. Die von der Bundesregierung geschaffene Ausnahmevorschrift, über WindBG, ist weder fachlich noch rechtlich begründbar, weiterhin ist sie absolut unverhältnismäßig. Schutzgebiete werden generell aufgehoben, weil die Ausweisung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der sogenannten Windeignungsgebiete durch die Bundesländer viele Monate bis Jahre dauern (in der Regel bis 2027). Schutzgebiete werden generell aufgehoben, arten- und naturschutzrechtlichen Belange zu Gunsten des Windkraftausbaus verändert, damit die Ausweisungen schneller realisiert werden können, Damit schafft die Bundesregierung uneingeschränkten Raum für die Windkraft und ignoriert die Schutzvorschriften des § 35 Abs. 3 BauGB sowie die Schutzvorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes und des Landschaftsschutzgesetzes. Diese willkürliche Handlung soll dazu dienen, dass Windkraftanlagen selbst in hochgeschützte Bereiche vordringen können. Die beschlossene Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Diese legt fest, dass Erneuerbare Energien im "überragenden öffentlichen Interesse" liegen. Bei einer Abwägung hat der Ausbau also Vorrang. Es wäre schwierig oder fast nicht machbar, hier ein Gegenargument zu finden, welches von derselben oder höherer Wertigkeit ist. Jedoch liegt eine intakte und gut funktionierende Natur, die selber Klimaschutz ist, ebenso im überragenden öffentlichen Interesse. Der Schutz der Biodiversität, ein Erfolg im Kampf des Artensterbens, die Aufforstung und die Wiedervernässung der Moore, der Erhalt kleiner Wälder, der Erhalt der Landschaftsschutzgebiete (LSG) und vieles mehr, es wird alles übergangen, der Eingriff in die Natur ist derart eklatant und vollkommen unnötig. Vogelzugrouten sind seit Jahren nicht überprüft und/oder neu kartiert worden, diese haben sich durch den Windkraftausbau und die „Ruhezonen“ der LSG der letzten Jahre sehr stark verändert. Sehen Sie sich die beigefügte Karte an, es gibt seit vielen Jahren einen Vogelzug von der Meldorfer Bucht, übers Fieler Moor, über die Dithmarscher Schweiz Richtung Eider. Die Avifauna ist nicht dumm und sucht sich neue ungefährlichere Verkehrswege: Vogelzugroute, das ist kontinuierlich seit Jahren zu beobachten Enten, Gänse und Nilgänse, Singschwäne, Frühjahr, unterjährig und Herbst. Seeadlervorkommen und Sichtungen, sowie Rotmilanvorkommen und Sichtungen in (Lendernhude) – Gaushorn, Welmbüttel, Schrum, Kerngebiete, der Dithmarscher Schweiz Seit 4-5 Jahren von unterschiedlichen Personen in unterschiedlichen Dörfern, des Kerngebietes klar gesehen und erkannt, zu unterschiedlichen Tages- und Jahreszeiten. Zum Seeadler kann nicht gesagt werden ob es einen Horst gibt. Zum Rotmilan kann gesagt werden, dass es mindestens einen Horst gibt, vermutlich aber wohl zwei, der genau Ort wird nicht genannt werden. (siehe Anhang) Sie wollen die Umweltprüfung zum Bau von WKA im LEP verorten, was grundsätzlich ein Ding der Unmöglichkeit wäre, denn es gibt immer nur Windflächen spezifische Gutachten und die sind teilweise 5-10 Jahre alt. Die EEG-Novelle und die Klimapolitik der Ampelkoalition ist ein Großangriff auf den klassischen Naturschutz und es erschließt sich mir nicht ansatzweise, wie ein grüner Minister das überhaupt zulassen kann, wie der Bundesrat	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dieses Landes dem WindBG ohne Wenn und Aber zustimmen konnte und das Land SH, bzw. die Politik das einfach so hinnimmt. Letztlich ist Art. 20a GG verletzt, der in Verantwortung für die künftigen Generationen, die natürlichen Lebensgrundlagen und die Flora und Fauna im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung schützt. Gerade die Schutzgebiete unterliegen dem besonderen Schutz des Staates und der Verfassung. Genau dies wird durch das WindBG ins Gegenteil verkehrt. Die Zulässigkeit von Windenergieanlagen auch in Landschaftsschutzgebieten bedeutet einen Verstoß gegen verschiedene internationale Rechtsnormen, zu denen sich die Bundesregierung verpflichtet hat: Verstoß gegen Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9.6.2021: alle umweltschädlichen Industrietätigkeiten sowie der Ausbau der Infrastruktur in allen Kategorien von Schutzgebieten sollen verboten werden Verstoß gegen UN-Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD – Deutschland ist Vertragspartei): Erhaltung, nachhaltige Nutzung und gerechte Aufteilung der Vorteile biologischer Vielfalt (genetische Vielfalt, Artenvielfalt, Vielfalt der Lebensräume) Verstoß gegen EU-Biodiversitätsstrategie: Schutzgebiete wirksamer als bisher schützen, um den Verlust der Arten und Ökosysteme zu stoppen und umzukehren Auch das Landschaftsbild ist in diesem Bereich in hohem Maß betroffen. Aktuell hat die Dithmarscher Politik in der Sitzung am 5.9.2024 den Bau von Windkraftanlagen in Landschaftsschutzgebieten abgelehnt. Hände weg von unseren Landschaftsschutzgebieten, dies ist kein Raum für ideologische Industrialisierung, Sie brauchen 3% und haben 7,2% - Sie sollten/müssen die LSG’s nicht mit Windkraftflächen zerstören! Stellungnahme zu Windkraft in Landschaftsschutzgebieten (LSG) und Vogelzug mit Vogelschutz 2024 wurde für und durch die Bürgerinitiative BIND-SH erstellt. Erstellt und eingereicht im Sept. 2024 von [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2250	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit Bedenken und Einwänder zum Landesentwicklungsplan äußern.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Aus den bereits genannten Akzeptanzgründen aber auch im Sinne der Schutzbedürftigkeit der Anwohnerinnen und Anwohner und Schaffung möglichst gleicher Lebensverhältnisse im Land ist das Kriterium und die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA kontraproduktiv. Es soll, wie von der Landesplanung generell angestrebt, eine Gleichverteilung erfolgen. Durch Windenergiegebiete oder Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen "vorbelastete" Gemeindegebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasentive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder Neben- und Erschließungslagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz. Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u. a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist den Grundsätzen auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jeoch 200 m. Wenn der Landesregierung Landschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. Ich befürchte durch Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und Freizeitgestaltung und meines Lebens- und Erholungswertes. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Außerdem beinhaltet sie Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 2.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich werden Hinweise / Argumente genannt, die sich auf das Kapitel *4.5.1.4 (Boden und Wasser)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 5.9.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Auch beinhaltet die Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 4.5 der allgemeinen Synopse verwiesen. Schließlich werden Hinweise / Argumente angebracht, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffern 3.17.1 und 3.18.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2293	Sehr geehrte Damen und Herrn, In der Bürgerversammlung vom 13.Juli 2024 wurde die Gemeinde Pellworm davon in Kenntnis gesetzt, das eine neu gegründete Windkraftgesellschaft den Neubau von bis zu sechs Windrädern plant. Pellworm besitzt bereits einen Windpark mit sechs	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15.1, 4.10.1, 7.3.1, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windrädern im Bupheverkoog. Ich bin gegen ein Neubau von Windrädern auf Pellworm und im vorgelagerten Wattenmeer, da Pellworm Sterneninsel ist, ein Biosphärenreservat bildet, der Küstenstreifen als Nahrungs und Rastgebiet von Vögel und Wiesenvogelbrutgebiet ist. Ich befürchte das die zusätzlichen Windräder eine Gefährdung des Artenschutzes werden könnten. Der Tourismus , der wesentliche Finanzielle Grundlagen des Inseleinkommens bildet negativ beeinflusst wird. Und das gesundheitliche Beeinträchtigungen der Befölkerung durch Schattenflug, und entstehenden Rotorengeräusche entstehen können. Somit bitte ich sie meinen Einspruch zur Kenntnis zu nehmen und verbleibe mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2358	Sehr geehrte Damen und Herren, das Angebot zu einer Stellungnahme zum Thema : Teilfortschreibung zum Thema ,,Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans SH-Fortschreibung 2021- Erster Entwurf 2024. bis zum 09.09.2024, möchte ich hiermit gerne wahrnehmen. Herzlichen Dank. [redacted]. Meine Tochter und ich haben ein landwirtschaftliches Betriebskonzept entwickelt, welches speziell den seit ca.1998 ökologisch bewirtschafteten Flächen rund um den Hof Rechnung trägt und damit zum Landschaftsschutz, zum Erhalt dieser Kulturlandschaft und zur Erholung aller beitragen soll. Nun machen wir uns große Sorgen, weil wir letztes Wochenende erfahren haben, dass ein Projektierer versucht (siehe Anhang) schon vor Ausweisung von Flächen anhand des Potentialflächenplanes für Windenergie vom Juni 2024 Interessenten zu finden bzw. sie anscheinend auch teilweise gefunden hat. Was soll man als, zugegeben, unwissender Bürger davon halten? Das sieht so aus, als ob die Firma [redacted] Nägel mit Köpfen machen will und der Meinung ist, dass sie das Ganze durchstoßen und im Flächenplan rechtlich verfestigen lassen könnte.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 4.7, 6.1, 7.2.12, 3.17, 3.15, 4.5, 7.1.3, 7.2.10, 5.9, 7.2.1, 5.4, 4.18, 4.2, 4.20, 4.8, 4.9 und 7.2.14 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zwei der Parteien, unsere Ziegelei, und damit auch der frühere Landwirt [redacted], der über seine verbleibenden Flächen nicht frei verfügen kann, und auch Familie [redacted] wollen keine Windräder. Für uns sind die Unberührtheit und der Schutz der Natur das Rückgrat des Betriebskonzeptes und der Grund des Erwerbs gewesen. Wir wären natürlich sehr dankbar, wenn es nicht zu einer Ausweisung einer Windkraft Vorrangfläche käme, so dass der Status wiederhergestellt wäre, der seiner Zeit (2020) durch die Regionalpläne für den Planungsraum II und Planungsraum III auf lange Jahre vermeintlich Planungssicherheit zu bieten schienen. Ähnliches mag für Familie [redacted] gelten, die vom Projektierer angesprochen wurden und bisher abgelehnt haben. Ich glaube, es herrscht Einigkeit über den großen Wertverlust jeglicher Investitionen, die in direkter Sicht auf Windkraftanlagen getätigt werden und über die großen Schäden, die durch die unvermeidbaren Eingriffe in die Natur und ins Landschaftsbild entstehen. Die Landwirte [redacted] und möglicherweise auch der Landwirt [redacted] scheinen Interesse an jeweils einer Anlage zu haben, ihre Flächen befinden sich auf ostholsteinischer Seite. Ob weitere Parteien involviert sind weiß ich nicht. Obgleich die möglicherweise betroffenen Teil/Flurstücke weder im Potentialplan noch auf dem Plan der Hanse Windkraft (Anhang) genau zu erkennen sind, möchte ich versuchen, eine ungefähre Liste nach Landkreis zu erstellen. Eine Überprüfung dieser nachfolgend aufgeführten Potentialflächenflächen ergab, dass folgende, wichtige Kriterien zu beachten sein sollten: Die betreffenden Flächen im Kreis Plön, Gemeinde Högsdorf, Gemarkung Högsdorf, Flur 1, Flurstücke [redacted] und [redacted], weiterhin in der Gemarkung Flehm, Flur 1, Flurstücke [redacted] und ebenfalls in der Gemarkung Flehm auf Flur 6, Flurstücke [redacted] : 1. liegen im Landschaftsschutzgebiet ,,Bungsbergvorland mit Högsdorfer Hügelland und Umgebung"	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2. liegen im Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft 3. liegen im Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung 4. liegen im Biotopverbundsystem 5. liegen als Niedermoor Flächen im Tal vor 6. liegen alle Flächen in der DGLG Kulisse 7. werden durchzogen von einem übergeordneten Fließgewässer im Bereich der Gewässerschutzberatung Probstei und Schwentine 8. unterliegen dem Vertragsnaturschutz, Ackerlebensraumkulisse, Weidewirtschaft, Weidewirtschaft Moor mit/ohne Düngung 9. werden größtenteils ökologisch seit ca.1998 bewirtschaftet 10. unterliegen Wasser und Winderosionen 11. beinhalten ein archäologisches Kulturdenkmal/Schutzzone Grabhügel 12. sind umgeben von Waldflächen (Gowenser Gehege und Suhlbrook) 13. befinden sich in einer sehr engen moorigen Tallandschaft mit einem großen Bestand alter Eichen 14. liegen im archäologischen Interessengebiet Die betreffenden Flächen im Kreis Ostholstein, Gemeinde Malente, Gemarkung Söhren, Flur [redacted]: 1. liegen im Landschaftsschutzgebiet ,,Holsteinische Schweiz" 2. liegen im Naturpark Schleswig Holsteinische Schweiz 3. liegen im Kernbereich Erholung 4. liegen im Entwicklungsgebiet Tourismus und Erholung 5. liegen im Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	6. liegen im Flurbereinigungsgebiet Sieversdorfer Au/Benzer Seen 7. liegen im Biotopverbundsystem 8. liegen als Niedermoor Flächen im Tal vor 9. liegen alle in der DGLG Kulisse 10. unterliegen Wassererosionen 11. unterliegen dem Vertragsnaturschutz: Ackerlebensraumkulisse, Weidewirtschaft Moor mit/ohne Düngung 12. werden durchzogen von einem übergeordneten Fließgewässer im Bereich der Gewässerschutzberatung Probstei und Schwentine 13. liegen begrenzt durch Hauptlauf/Vorang/ Fließgewässer Malenter Au (südliche Zuwegung) 14. sind umgeben von Waldflächen (Neunkirchener Holz, Buchholz und Rührsberg) 15. liegen im archäologischen Interessengebiet Beobachtungen, die die Flächen in beiden Kreisen betreffen: 1. Adler kreisen häufig, Abstand der Potentialflächen zum Seeadler Dichtezentrum beträgt ca. 2 km über angrenzende im Verbund liegende Waldstücke 2. Milane kreisen mehrmals täglich 3. Kraniche stehen häufig auf den Flächen beider Kreise 4. Fledermäuse im Gowenser Gehege 5. Eisvögel brüten am Bachlauf 6. Abgelegene, unberührte Tallandschaft, umgeben von Wald und Knicks mit großen alten Eichen, mit Moorböden und einer vielfältigen Tierpopulation Wir sind natürlich keine Profis, aber unserer Meinung nach eignen sich gerade diese	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Flächen unter Beachtung der oben genannten teilweise sehr strengen Schutzvorgaben, der besonderen landschaftlichen Gegebenheiten und der Artenschutzaspekte nicht dafür, als Windkraftfläche in die Regionalpläne für den Planungsraum II und III aufgenommen zu werden. Der geringe Abstand der Windräder zu den umgebenden Wäldern und die Enge der Täler, sowie die nur ca. 2 km Entfernung zur Kernzone Adlerschutz stellen den Schutz der Großvögel Adler und Milan zusätzlich massiv in Frage, Fledermäuse, Kraniche und Eisvögel werden in ihrem Lebensraum beeinträchtigt. Kilometerlange und komplizierte Anfahrten würden schützenswertes Land im großen Stil vernichten und neue, moderne Zuwegungen durch enge Dörfer erfordern, zu einer Zerstörung von Flächen in Biotopverbundachsen, Bachläufen und dem Hauptlauf/Vorranggewässer Malenter Au führen, Naturdenkmäler verstellen und im besonderen auch den Flurbereinigungs Grundsätzen widersprechen. Die Knicks mit Alteichen als Überhälter, welche die Spurplatten- und einfachen Schotter-Wege begrenzen und fest zur Kulturlandschaft Schleswig-Holsteins gehören, würden ebenfalls in Gefahr geraten. Aufgrund der Lage wären die Anlagen weithin sichtbar, auch über die Kreisgrenzen hinweg. Weiterhin würden die Anlagen dem Zersiedelungsverbot widersprechen, da bisher zu Recht im Sinne aller schon in unserem Schreiben aufgezählten Kriterien das Betreiben von Windkraftanlagen in der Region unterblieb. Alle, die in diesem Schreiben aufgeführten Aspekte sollten die jahrzehntelange besondere Schutzwürdigkeit des Naturparks SH Schweiz und der beiden Landschaftsschutzgebiete in ihrer vollen Breite unterstützen. In eigener Sache würde ich gerne wissen, auf welchem Wege wir uns über den weiteren Verlauf der Vorgänge informieren können. Im besonderen natürlich, ob jetzt schon Genehmigungsverfahren bezüglich dieser Projektierung eingeleitet werden könnten. Wo finden wir Bekanntmachungen über solche Bauanträge, damit wir uns rechtlich weitergehend beraten lassen könnten? Ich würde mich über eine Beratung Ihrerseits freuen. Ich entschuldige mich für diese lange und wahrscheinlich nicht sehr professionelle Eingabe, auch, weil es mit Sicherheit unglaublich viele solcher Schreiben gibt und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bedanke mich für Ihre Geduld. Mit besten Grüßen, [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2292	Betrifft: Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung Stellungnahme zum Entwurf Vorausschicken möchten wir, dass wir generell einen weiteren Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein ablehnen. Unser schönes Land wird durch die hohe Anzahl der WKA verschandelt und ist auf dem Weg zu einem einzigen Industriegebiet. Da wir davon ausgehen, dass bei Ihren weiteren Überlegungen eine Fläche in Beidenfleth, die im Regionalplan von 2017 mit PR3_STE_076 als Potenzialfläche bezeichnet, mit eingezogen wird, geben wir als Anwohner für diese Fläche eine Stellungnahme ab. Die Fläche wird im Norden und Osten von der Straße Groß Kampen und im Westen von der Straße Klein Kampen begrenzt. In den Überlegungen für die Windkraftnutzung dieser Fläche werden in 2017 Stellungnahmen/Einsprüche von Anwohnern abgegeben. Die Stellungnahme der Eheleute [redacted], Groß Kampen [redacted], liegt diesem Schreiben beispielhaft bei. Die seinerzeit aufgeführten Fakten, die die Nutzung der Fläche für Windenergieanlagen ausschlossen, gelten unverändert auch in 2024. Veränderungen sind dahingehend eingetreten, dass zwei Objekte in der Straße Klein Kampen [redacted] und [redacted] inzwischen ebenfalls wie die Objekte Groß Kampen [redacted] und [redacted] unter Denkmalsschutz gestellt wurden. Den Argumentationen/Einsprüchen wurden 2017 gefolgt, wie in der nachstehend Abwägungsentscheidung aufgeführt, die Potenzialfläche PR3_STE_076 wurde nicht als Vorranggebiet übernommen. *Abwägungsentscheidung: „Die Abwägungsentscheidung nach Ende der ersten Anhörung gilt auch jetzt unverändert fort. Den Hinweisen aus der Stellungnahme des Kreises und einigen anderen Stellungnahmen aus der ersten Anhörung wurde gefolgt. Ausschlaggebend für die Streichung der Fläche war vor allem, dass nördlich angrenzend in der Störschleife Hodorf große Kompensationsflächenkomplexe für den Vogelschutz und Ökokonten der Stiftung Naturschutz und des WSA Hamburg liegen.*	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Fläche würde in der direkten Zugrichtung vor diesen Flächen liegen und die geplanten Entwicklungsziele konterkarieren. Hinzu kommt die Lage im Umgebungsschutzbereich der denkmalgeschützten Höfe Groß Kampen[redacted] und [redacted]. Aufgrund eines Urteils zu einer PV-Planung im Umkreis dieser Höfe, die versagt wurde, stellt die Untere Denkmalbehörde auch für WEA keine denkmalrechtliche Genehmigung in Aussicht. Entscheidend ist weiterhin, dass der Repowering-Bedarf in der Bezugsregion Amt Wilstermarsch und angrenzender Bereiche westlich von Itzehoe und Krempe geringer ausfällt als zunächst angenommen. Das Vorhalten von zwei Repowering-Flächen für diese Region ist nicht mehr erforderlich. In der vergleichenden Abwägung hat sich die Fläche STE_065, westlicher Teil gegenüber der Fläche STE_076 als deutlich konfliktärmer erwiesen. Auf die Abwägung zu dieser Fläche wird verwiesen. Die Fläche STE_076 bleibt daher wie im zweiten Entwurf gestrichen. Damit kommt es auch nicht zu einer unzumutbaren Umfassungssituation für Beidenfleth.“ Zu den in der Abwägungsentscheidung gemachten Ausführungen zum Denkmalschutz sollte die vollständige Stellungnahme der Unteren Denkmalschutzbehörde von 2017 herangezogen werden, sie lautet: *„Die vorgesehene Repoweringfläche und abgelehnte Potenzialfläche liegen im denkmalrechtlichen Prüfradius der Kirche Beidenfleth und der Kulturdenkmale Groß Kampen[redacted] und [redacted]. Für den denkmalrechtlichen Schutz der Umgebung der Höfe Groß Kampen[redacted] und [redacted] liegt ein rechtskräftiges Urteil vom 18.06.2013 vor, das die Genehmigung der 5.Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Inhalt der Errichtung einer Photovoltaikanlage in der Sichtachse des Barghauses Groß Kampen[redacted] versagte. Die festgestellte erhebliche Beeinträchtigung des Vorhabens lässt sich an dieser Stelle auf die geplante Repoweringfläche übertragen, da aufgrund der Lage (Nähe zu den Kulturdenkmalen), der Höhe der Windkraftanlagen und gegebenen Sichtverbindungen mit den Kulturdenkmalen von einer noch höheren Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes der denkmalgeschützten Hofanlagen auszugehen ist. Die Erteilung einer denkmalrechtlichen Genehmigung wird für diese Fläche nicht in Aussicht gestellt. Die Betroffenheit der Sichtachsen der Kirchen Beidenfleth und Wewelsfleth wurden noch nicht abschließend geprüft.* *Das Barghus Groß Kampen[redacted] mit Göpelschauer von 1886 steht aufgrund seines guten Erhaltungszustandes exemplarisch für ein Barghus des*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausgehenden 19.Jahrhunderts. *Das Fachhallenhaus Groß Kampen[redacted] ist von einem baumbestandenen Wassergraben umgeben. Zum geschützten Denkmalbestand gehören zudem das Kopfsteinpflaster und ein Backhaus. Die Kulturdenkmale wurden aufgrund ihres geschichtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen und die Kulturlandschaft prägenden Wertes in das Denkmalbuch eingetragen* *Die Hofanlagen sind Bestandteil einer hochwertigen und ungestörten Kulturlandschaft, sie liegen am Deich der spät eingedeichten Störschleife auf ebenem ackerfähigem Marschland.* *Die Besitzer der beiden Höfe sind sehr engagierte Denkmaleigentümer und haben mit ihren Investitionen einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt dieser Kulturgüter geleistet.“* Durch die nach 2017 unter Denkmalschutz in Klein Kampen [redacted] und Klein Kampen [redacted] gestellten Hofanlagen wird die Bedeutung der Region noch betont und gezeigt, wie wichtig der Denkmalschutz für unsere Kulturlandschaft ist. Es ist zwingend erforderlich die unter 4.5.1.5 des Plantextes gemachten Ausführungen einzuhalten. *„Die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sind nach §4 Absatz 1 des schleswig-holsteinschen Denkmalschutzgesetz (DSchG SH) in die städtebauliche Entwicklung, Landespflege und Landesplanung einzubeziehen und bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen. Daher müssen sie auch bei der raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung Berücksichtigung finden. Dies gilt insbesondere aufgrund der großen Fernwirkung von WKA und der einhergehenden, potentiellen Beeinträchtigung der Umgebungsbereiche von Denkmälern. Die Veränderung der Umgebung eines unbeweglichen Kulturdenkmals bedarf dabei der Genehmigung der Unteren Denkmalschutzbehörde, wenn sie geeignet ist, dessen Eindruck wesentlich zu beeinträchtigen § 12 Absatz 1 Nummer 3 DSchG SH).“* Unverständlich ist, dass wohl trotz der behördlichen Bewertungen eine erneute Befassung mit dieser Fläche in 2024/2025 erfolgen wird. <u>Veränderungen auf der Fläche PR3_STE_076 nach 2017</u> Die Fläche, ehemals PR3_STE_076, wird in Osten und Norden durch die Straßen Groß	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kampen (K12) und im Westen durch die Straße Klein Kampen (K49) begrenzt. Im Süden grenzt sie an die Ortschaft Beidenfleth. Es handelt sich hier um eine landwirtschaftliche Nutzfläche. Geteilt wird diese Fläche von einem von Nordwesten nach Südosten verlaufenden landwirtschaftlichen Wirtschaftsweg, dem Kamper Weg. Genutzt und befahren wird der Weg von Fußgängern, Radfahrern, landwirtschaftlichen Fahrzeugen und sonstigen Kraftfahrzeugen. Ein Großteil der landwirtschaftlichen Flächen wird beweidet. Innerhalb dieser Fläche von Ost nach West verläuft eine 1976 errichtete ETL (Erdgastransportleitung), deren nähere Ausführung uns nicht bekannt ist. Bedenkender ist, dass in 2023/2024 die ETL 180 von Brunsbüttel nach Hettlingen verlegt ist und bereits betrieben wird. Die Leitung ist auch für Wasserstoff ausgelegt. Verlegt ist diese Leitung mit einer Mindestbodenüberdeckung von 1,0m, an zwei „Schieberstationen“, am Kamper Weg und in Klein Kampen liegt sie offen. Nach dem Erläuterungsbericht zur ETL 180 ist ein Schutzstreifen parallel zur Leitung vorhanden. Eine Bemessung oder Sicherung der Leitung durch äußere Einflüsse von der Luftseite besteht allerdings nicht. Sicherlich ist solch eine Bemessung/Sicherung bei der aus 1976 gebauten Leitung nicht erfolgt. Wie allgemein bekannt, treten gelegentlich bei Windkraftanlagen (WKA) Havarien auf. Dies kann durch Mastbruch, Abwurf von Bauteilen wie Flügeln oder Maschinenhaus oder deren Teile erfolgen und zu Schäden im Umfeld führen. Selbst durch Eiswurf können starke Schäden ausgelöst werden. Von 2015 bis Mitte 2024 sind im Internet ca. 340 Havarien in Deutschland dokumentiert. Drei davon in in geringer Nähe der angesprochenen Fläche PR3_STE_076, zwei 2019 (im Abstand von nur 3 Wochen) und eine Havarie im August 2024. Bei einem Unglücksfall ist mit erheblichen Einwirkungen und Gefährdungen von Menschen, Umwelt und Sachschaden zu rechnen. Wahrscheinlichkeitsaussagen von Havarien an WKA sind zweifelhaft, Grenzwerte gibt es nicht. Der Wirkungsradius von Havarien kann deutliche Ausdehnungen annehmen, viele Hundertmeter sind dokumentiert, und das bei WKA mit geringeren Höhen als in der jetzigen Planung 2024 angenommen. Der Bau von WKA auf Flächen wie hier gegeben, ist unverantwortlich, die Gefahren unvorhersehbar. Eine Sicherung der Fläche ist unrealistisch, die Auswirkungen auf die Natur nicht zu vertreten. In diesem Zusammenhang wird auf ein Urteil der Schleswig-Holsteinschen OVG zu dieser Problematik, Beschluss vom 20.06.2017, verwiesen. Viele Jahre wurde Schleswig-Holstein als das „Land der Horizonte“ beworben, um mit regionalen Besonderheiten touristisch zu punkten und Menschen die Schönheit des Landes nahe zu bringen. Der Horizont ist nun in fast allen Regionen, in denen man tatsächlich bis zum Horizont schauen konnte, nicht mehr zu sehen. Nachts überall rot blinkende Windkraftanlagen, die trotz möglicher Radarwarnsysteme nicht damit	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausgestattet sind. Eine sinnbefreite Masse an Windrädern bis zum Horizont. Sinnbefreit deshalb, da der erzeugte Strom zum großen Teil nicht abgeführt und genutzt werden kann. Es scheint, als hätte der Zimmermann das Dach vor dem Haus gebaut. Auf der Webseite des Amtes Wilstermarsch kann man lesen: „...die weite grüne Elbmarschenlandschaft mit den mächtigen Reetdachhöfen – das ist die Wilstermarsch in Schleswig-Holstein.“ Bezeichnenderweise sind auf keinem Werbebild die Windkraftanlagen zu sehen. Wir haben um die genannte Fläche nun sechs mächtige Höfe, die von der Einzigartigkeit zeugen und kulturelles Erbe der langen Geschichte des Landes Schleswig-Holstein sind. Mit Schlagschatten und Wertminderung ist die Frage, wie lange die Vorzeigehöfe dann erhalten blieben! Die genannte Potenzialfläche PR_STE_076 ist, um das nochmals zu sagen, eine der wenigen Flächen, die noch einen offenen Blick auf Teile der Kulturlandschaft Schleswig-Holsteins, konkret der Wilstermarsch mit der wieder aufgebauten Mühle in Beidenfleth, gibt. Täglich sind viele Touristen hier mit dem Fahrrad unterwegs und genießen den Ausblick. Über die Stör kommt regelmäßig das Seeadlerpärchen und ist hier in diesem Gebiet auf Nahrungssuche. Energiewende muss sein, aber in Maßen, sinnvoll und mit gesundem Menschenverstand. Mit der neuen Gasleitung und der kommenden CO^2-Leitung, sind die Gefahren für eine Havarie unkalkulierbar und deshalb sprechen wir uns gegen WKA’s auf dieser Fläche aus. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2654	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein –Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024); Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO)Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG Stellungnahme als Grundstückseigentümer innerhalb der Potenzialfläche	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, unerere Eigentümergemeinschaft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leitung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (G) – 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Meter (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. 1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Meter nicht erforderlich Es ist zunächst nachvollziehbar, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 – 5 KN 42/21 –, juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen	des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten. zu Naturparken: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es bleibt weiterhin bei Berücksichtigung und Einzelfallabwägung der Naturparke. Die Begründung muss nicht so detailliert ausformuliert sein, dass jede Abwägungsentscheidung quasi schon vorweggenommen wird. Eine vertiefende Erläuterung der flächenbezogenen Abwägungsentscheidungen erfolgt auf Regionalplanebene. Die Landesplanung sieht gerade die Überlagerung mit anderen Kriterien des Landschafts- und Freiraumschutzes als Indikator dafür an, dass es sich innerhalb von Naturparken um besonders wertvolle

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis1.000 Meter als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehene Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 (G)) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten diese Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutzunbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 G), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)) Rechnung getragen. 1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mit genutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass nach der Begründung B zu 1 G ausführt: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der 1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem	Landschaftsbestandteile handelt. zu bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes: Freileitungen und erdkabelgebundene Infrastrukturen werden einerseits grundsätzlich erst ab einer bestimmten Spannungsebene überhaupt als Abwägungsbelang berücksichtigt. Damit werden Infrastrukturen unter 110 kV von vornherein nur auf der Zulassungsebene berücksichtigt. Höhere Spannungsebenen haben jedoch weitergehende räumliche Auswirkungen, die sich insbesondere bei Randlagen innerhalb von Vorranggebieten ergeben können. Gemeint sind Potenzialflächenteile, die aufgrund der Durchschneidung von einer Freileitung zu klein oder zu schmal werden, um eine WEA zu errichten. Insofern soll auch hier die Nutzbarkeit von Vorranggebieten im Rahmen der Abwägung geprüft werden. Gerade geplante Infrastrukturen bedürfen einer sorgfältigen Abwägung, da hier noch kein faktischer Bestand vorhanden ist. Dabei lediglich auf gesetzlich plangesicherte Vorhaben abzustellen, verkennt die Tatsache, dass gerade die Leitungsinfrastruktur erforderlich ist, um den durch die Windenergieanlagen erzeugten Strom abzuführen. Da durch den Zubau an Windenergieanlagen auch ein Ausbau der Netzinfrastruktur einhergeht, ist diese zusätzliche Infrastruktur hinreichend zu berücksichtigen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme(§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 m zum Siedlungsbereich durch die Rotorinnerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)), dem erheblichen Interesse der effektiven Nutzung von Infrastruktur sowie Bündelung der Windenergie sowie dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 –wenn er nicht schon ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 m zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht“. Es ist zu befürchten, dass die Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2(G) – Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. 1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/oder Erholungsfunktion Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel4.5.1.1 Absatz 1 (Z)). 1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Ermessensentscheidungen Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffen fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Uneindeutig oder jedenfalls klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten)Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets(§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Dem gegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließende Gartenbereiche, Scheunen o.ä. noch auf dem jeweiligen (teils großen) Flurstücken. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die kein Ortsteil darstellt zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiet zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben. Abgrenzung Innenbereich nach § 34 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen(BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken(z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen,(klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, jurisRn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmtestädte bauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024,§ 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil i.S.d. § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, juris Rn. 24 ff.;11.05.1990 - 1 L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein , 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/ oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Baugebiete) nach §§ 2 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Einen über 800 m weitergehenden Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt, dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine große und damit nicht nachvollziehbare Offenheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung, um Nachvollziehbarkeit sicherzustellen. 1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ nicht erforderlich Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1 Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen[...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist“ verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen“ gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten o.ä. bei genehmigten WEA im 800 Meter Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnten, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Meter nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne –solche planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. 1.6 Ergebnis Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend eine verbindliche Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. **2 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets-und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu (1) wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets-und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereichedes Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung auseiner Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten Landschaftsprogramms mitden Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen ausVorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, dieauch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutungerhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sei. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA in Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfallsolle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegung des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand:29. Dezember 2020; dort Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. § 21BNatSchG; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems) weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Die Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999 fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 G). Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach § 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß § 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach § 21 BNatSchG vorliegt. Der Biotopverbund dient nach § 21 Abs. 1BNatSchG der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen.Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung derPopulationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in:Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen (Lau, in:Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderungvon Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, § 21 Rn. 6). Es besteht gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach § 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen (Lau, in:Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 34. Auflage 2024, § 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträumeund Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen im Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, WEA dies aberschon gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystems gemäß § 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung („sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- undBiotopschutzes von WEA freigehalten werden“, B	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu5 G zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung inBezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesemBereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt werden.Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund(Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5.3 Abs. 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen)“ als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so ist das abwägungsfehlerhaft. Sogilt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnungzu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3BNatSchG in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäreim Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsbehörde ihrem selbst aufgestelltenGrundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfungdurchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetztund die in der Abwägungsentscheidung widergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 G zu (1) am Ende befürwortet, wonachdies geplant ist. Wenn die Landesplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9) eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebenegeprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist. Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungs relevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt wird sowie die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen im Rahmen der Abwägungdann geprüft wird, insbesondere wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruchzwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. 2.1 Praxisbeispiel Die Potenzialfläche [redacted] in den Gemeinden [redacted] wird im Zusammenhang mit dem Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) besonders sensibel betrachtet. Dabei liegt ein wesentlicher Fokus auf der Frage, ob die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) in diesem Bereich mit den Zielen des Biotopverbundsystems vereinbar ist. Die Tatsache, dass ein Bachlauf ([redacted]) durch die Potenzialfläche verläuft, erfordert eine besondere Berücksichtigung im Hinblick auf die ökologischen Wechselbeziehungen, die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dieses Gewässer für die lokale Flora und Fauna bietet. Gemäß § 21 BNatSchG dient der Biotopverbund der dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen, einschließlich ihrer Lebensstätten und Biotope. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass der Bachlauf als potenzielles Verbindungselement eine wichtige Funktion im Biotopverbundsystem erfüllen könnte, indem er als Wanderkorridor für Arten, insbesondere Fische und Amphibien, dient. Dennoch ist zu berücksichtigen, dass diese ökologische Funktion nicht zwingend durch die Errichtung von Windenergieanlagen beeinträchtigt wird. Ein zentrales Argument für die Vereinbarkeit der WEA mit den Schutzzielen des Biotopverbundes ist, dass Windenergieanlagen in der Regel keinen direkten Einfluss auf die ökologischen Funktionen eines Bachlaufes haben. Der Austausch von Arten entlang eines Baches wird primär durch die Wasserqualität, das Ufergehölz und die Kontinuität des Gewässers beeinflusst, und weniger durch die darüber errichteten WEA. Solange der Bachlauf und sein unmittelbares Umfeld nicht durch bauliche Eingriffe wie Fundamente oder Zufahrtsstraßen direkt beeinträchtigt werden, kann der Bach seine Funktion als Lebensraum und Verbindungselement im Biotopverbund weiter erfüllen. Darüber hinaus besagt die Begründung B zu 5 G zu (1), dass die Schwerpunkträume und Verbundachsen des Biotopverbundsystems differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft dargestellt werden sollen. Dies impliziert, dass eine pauschale Ausschlusswirkung für Windenergiegebiete nicht gerechtfertigt ist, sondern stets eine Einzelfallprüfung erfolgen muss, um die Vereinbarkeit mit den Schutz- und Entwicklungszielen zu bewerten. In diesem Fall könnte durch entsprechende Planung und Maßnahmen sichergestellt werden, dass der Bachlauf und seine Funktion im Biotopverbund nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Hinzu kommt, dass nach § 21 Abs. 4 BNatSchG die rechtliche Sicherung der Biotopflächen durchplanungsrechtliche Festlegungen oder andere geeignete Maßnahmen erfolgen muss, damit das Biotopverbundsystem naturschutzrechtlich Geltung erlangt. Dies ist in der Potenzialfläche [redacted] bisher nicht abschließend erfolgt, sodass auch hier eine differenzierte Abwägung erfolgen muss, ob die naturschutzrechtlichen Anforderungen tatsächlich eine vollständige Ausschlusswirkung für die Windenergienutzung begründen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die Regionalpläne in der Regel eine differenzierte Darstellungder Gebiete für den Biotopverbund bieten und Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft in der Regionalplanung als Vorbehaltsgebiete	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gekennzeichnet werden. Die Landesplanungsbehörde hat jedoch im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) zu prüfen, inwiefern die konkreten Belange des Biotopverbunds tatsächlich mit der Errichtung von WEA kollidieren. In vielen Fällen, insbesondere bei Gewässern wie dem Bachlauf, kann durch geeignete Ausgleichsmaßnahmen oder Schutzvorkehrungen sichergestellt werden, dass keine wesentliche Beeinträchtigung der biotopverbundrelevanten Funktionen auftritt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Errichtung von WEA auf der Potenzialfläche PR2_RDE_145 trotz des vorhandenen Bachlaufs nicht grundsätzlich mit den Zielen des Biotopverbundsystemsunvereinbar ist. Durch eine gezielte Einzelfallprüfung, die den Schutz des Bachlaufs sowie seine Bedeutung als Verbindungselement für Arten berücksichtigt, und durch geeignete Maßnahmen zur Sicherung der ökologischen Funktionen kann eine Vereinbarkeit der Windenergienutzung mit den Belangen des Biotopverbunds erreicht werden. **3 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G – Naturparke** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 G sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden. Nach der Begründung B zu 14 sei die Hauptzielsetzung der Naturparke Schlei, Hüttener Berge, Westensee, Aukrug, Holsteinische Schweiz und Lauenburgische Seen in Schleswig-Holstein, die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu sichern sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu erhalten. Insofern bestünde eine besondere Bedeutung fürden Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie für Tourismus und Erholung. Auch wenn die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energie nicht explizit vorgesehen sei, sei in Teilbereichen eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich, ohne die genannten Funktionen der Naturparkewesentlich zu beeinträchtigen. Zunächst bleibt auch mit der Begründung B zu 14 vage, was „die besonderen Funktionen von Naturparken“ sind. Damit ist aber auch eine Abwägung völlig offen, wann nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung auszugehen ist. Der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.2 Absatz 14 wird mit Bezugnahme auf § 16 LNatSchG gerechtfertigt (B zu 14). Danach sind Naturparke durch Allgemeinverfügung erklärte großräumige Gebiete, die (1.) zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und (2.) sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	für die Erholung besonders eignen. Die Erklärung zum Naturpark bestimmt u.a. den Umfang seiner Aufgaben sowie die Schutz- und Entwicklungsziele. Wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept wird die Hauptzielsetzung unter B zu 14 (vgl. vorstehende Ausführung) benannt.Aufgrund der thematischen Überlagerung mit anderen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung(Kapitel 4.5.1.3 Absatz 2 Z – Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.2 Absatz 13G – Landschaftsschutzgebiete; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche; Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z – Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche) droht eine abwägungsfehlerhafte doppelten bzw. mehrfache Berücksichtigung des Grundsatzes der Raumordnung Naturparke. Mit Blick auf die gesetzliche Wertung des § 16 Abs. 1 Nr. 1 LNatSchG ist maßgeblich, ob Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler als wesentliche Teile des Naturparks und von diesen her als geschützter Teil von Natur und Landschaft betroffen sind. Insofern sollte in der Abwägung nur dann der Naturpark sich durchsetzen können, wenn solche Gebiete die Potenzialfläche umlagern. Dabei schlägt aber auch die Neubewertung von Landschaftsschutzgebieten (vgl. dazu 4.5) auf die Abwägung im Kontext der Naturparke durch, sodass nur ausnahmsweise ein Naturpark wegen Betroffenheit eines Landschaftsschutzgebiets Relevanz haben kann. 3.1 Praxisbeispiel Die Potenzialfläche [redacted] in den Gemeinden [redacted] liegt im Randbereich des Naturparks Schlei und bietet somit bereits einen ersten Ansatzpunkt für eine differenzierte Abwägung.Da die Fläche nicht zentral im Naturpark liegt, sondern an dessen Rand, ist eine mögliche Beeinträchtigungder wesentlichen Funktionen des Parks – wie der Erhaltung des Landschaftsbildes und der touristischen Attraktivität – potenziell geringer. Dieser Standort im Randbereich minimiert die Sichtbarkeit der Windenergieanlagen (WEA) von den landschaftlich reizvollen und touristischstark frequentierten Gebieten des Naturparks, was die visuelle Integrität und Erholungsfunktionweitgehend bewahrt. Ein weiteres starkes Argument für die Ausweisung dieser Potenzialfläche ergibt sich aus der Tatsache,dass in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen genehmigt wurden. Dies zeigt, dass die Standortkriterien bereits früher als geeignet eingeschätzt wurden, und legt nahe, dass der Bau zusätzlicher Anlagen hier keine grundsätzliche neue	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Beeinträchtigung darstellt. Die bestehenden Genehmigungen schaffen einen Präzedenzfall, der die Erweiterung auf weitere moderne Anlagen unterstützen könnte, ohne dass die Schutzfunktionen des Naturparks wesentlich beeinträchtigt werden. Zusammengefasst zeigt sich, dass die Potenzialfläche [redacted] durch ihre Randlage und die bereits bestehenden Genehmigungen eine hervorragende Möglichkeit bietet, die Nutzung von Windenergie zu fördern, ohne die wesentlichen Funktionen des Naturparks Schlei, wie den Schutzder Landschaft und den Erholungswert, erheblich zu beeinträchtigen. **4 Kapitel 4.5.1.2 Absatz 10 G – Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes** Gemäß Kapitel 4.5.1.2 Absatz 10 G soll der Schutz der bestehenden und geplanten Infrastrukturendes Hoch- und Höchstspannungsnetzes bei der Ausweisung von Windenergiegebieten Berücksichtigungfinden. In der Begründung B zu 10 wird auf Empfehlungen der Bundesnetzagentur gemäß DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4):2016-04 als Abstände von WEA zu Hochspannungsfreileitungen. Entsprechende Schutzabstände sind in der Planungs- und Genehmigungspraxis von WEA bekannt und bewältigbar, zumal selbst eine Unterschreitung der Schutzabstände zunächst auch eine vertikale Prüfung nach sich zieht und dann jedenfalls bei Einsatz von schwingungsdämpfenden Maßnahmen zulässig ist. Insofern besteht kein unüberwindbares Genehmigungshindernis, welches die Ausnutzung eines Windenergiegebietes gänzlich in Frage stellen könnte. Dies verdeutlicht auch eine beispielhafte Berechnung auf Grundlage dieser Standardisierungsnorm. Die planerisch maßgebliche Referenzanlage hat einen Rotordurchmesser von 150 Meter (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 G). Zwischen dem äußersten ruhenden Leiter der Freileitung und der Turmachseder WEA sind mindestens folgende Abstände einzuhalten: aWEA = 0,5 * DWEA + aRAUM + aLTG Dabei ist: aWEA der waagerechte Abstand zwischen äußerstem ruhendem Leiter der Freileitung und Turmachseder WEA,DWEA der Durchmesser des Rotors der WEA,aLTG der waagerechte spannungsabhängige Mindestabstand entsprechend einer Tabelle, wobei bei> 110 kV dies 30 ist undaRAUM der Arbeitsraum für Montagekrane für Errichtung und betriebsbedingten Arbeiten an Hieraus folgt bei einer Hochspannungsleitung (> 110 kV / worst case) ein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mindestabstand von 105 m zwischen äußerstem ruhendem Leiter der Freileitung und Turmachse der WEA. Ein solcher Abstand ist raumordnungsrechtlich und planerisch nicht mehr relevant, sodass auch aus diesem Grund die mögliche Konfliktlösung auf die Zulassungsebene verlagert werden darf und es dort unter Beibehaltung der Festlegung als Windenergiegebiet auch gelingen wird, dieses auszunutzen. Schließlich ist nicht nachvollziehbar, dass auch geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes Berücksichtigung finden sollen. Dies kann nur für entsprechend verfestigte Planungengelten, für welche die gesetzlichen Regelungen (EnWG, NABEG) entsprechende Plansicherungsinstrumente vorsehen und diese auch im konkreten Fall Anwendung finden (§ 16 NABEG, § 44aEnWG). Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen Steuerung derWindenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützenzu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anhang Anlage 1: Lage Potenzialgebiet [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1793	Moin. Ich wohne am Rande von [redacted] und bin Schwerbehindert. Ich bin stark akustisch eingeschränkt und auf dem linken Ohr total taub. Durch den unterschwelligen Infraschall bekomme ich Depressionen und verliere mein Gleichgewicht. Aus diesem Grunde möchte ich in unmittelbarer Nähe, mehr als 2,4 km keine Windkraftanlagen an meinem Haus haben und würde mich freuen, wenn dieser Umstand berücksichtigt werden würde.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3.3, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1792	**Stellungnahme zum LEP Entwurf Teilfortschreibung „Windenergie an Land“, Stand Juni 2024** **Abwägungsbereich für die Potenzialfläche: „Tiebensee Ost - Windparkerweiterung“** Wir begrüßen die Aufnahme einer Potentialfläche für die Windenergienutzung zwischen dem bestehenden Windpark (PR3_DIT_028) und der Ortschaft Neuenkirchen. Hierzu möchten wir folgt Stellung beziehen: Wir befürworten ausdrücklich, die Aufnahme der Fläche für die Errichtung von Windenergieanlagen. Bei der Prüfung des Zuschnitts des Potenzialgebietes ist aufgefallen, dass die Abgrenzung der Potenzialfläche an einer Stelle noch eine Ungenauigkeit aufweist. Westlich der Erweiterungsfläche zum Windpark – auf dem Grundstück der Tiebenseer Straße Nr. 5 – wurde ein Abstand von einem nicht vorhandenen Wohngebäude genommen. Dieses Wohngebäude stand nach Wohnaufgabe länger als Ruine und ist nach einem Brand auch beseitigt worden. Der Bestandsschutz für eine wohnbauliche Nutzung ist gem. Auskunft des Kreises Dithmarschen bereits lange erloschen. Durch den Wegfall des Gebäudes bzw. der wohnbaulichen Nutzung, verlagert sich die Potenzialfläche somit geringfügig weiter in westliche Richtung zur Tiebenseer Straße. Die Potenzialfläche / Windpark-Erweiterungsfläche beläuft sich nun auf ca. 43 ha. Ein Lageplan mit der zu prüfenden Anpassung der Potentialfläche ist dieser Stellungnahme als Anlage beigefügt. Wir möchten bitten, den Zuschnitt des Vorranggebietes zu prüfen und entsprechend anzupassen. Des Weiteren bietet sich hier die Möglichkeit, ein bestehendes Vorrangebiet durch die Anwendung der Abstandsregelungen aus dem LEP (Stand:: Entwurf 2024) zu vergrößern und optimal auszunutzen. Abschließen möchten wir noch unterstreichen, dass keine Belange gemäß	Die Stellungnahme wird geprüft und ggf. im Rahmen der Teilaufstellung des Regionalplans III, Windenergie an Land, berücksichtigt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021Erster Entwurf Juni 2024 entgegen der Ausweisung vorgenannter Fläche steht.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2245	Sehr geehrte Damen und Herren, mein Name ist [redacted] ich bin [redacted] Bürgerin, bei uns sind Planungen für Windparks [redacted] und [redacted] angedacht. Seit Jahren bestehen bereits Windkraftanlagen (WKA) rund um den Ort und nun soll eine erhebliche Anzahl weiterer WKA in zwei weiteren Richtungen in Erwägung gezogen werden. Die bisher bekannten Abstände zu den einzelnen Häusern und zum Ortskern liegen zwischen 400m und 1600m. Die Abstandsregularien für ganz Schleswig-Holstein sollen in einem Raumordnungsgesetz festgelegt werden. Dabei wird u.a. angestrebt, eine Höhenbegrenzung auszuschalten, ohne entsprechend erweiterte Abstandsgrößen einzubeziehen. Die Agenda des Landes, die Windenergie in derartigem Ausmaß voranzutreiben, ohne auf all die Nachteile, die daraus für die Menschen entstehen, Rücksicht zu nehmen, ist für mich erschütternd und lässt die Frage aufkommen, wer für all die negativen Konsequenzen die Haftung übernehmen will. Auch wenn es sich hier nur um eine Eingabe handelt, würde ich dennoch eine Antwort hierauf erwarten wollen. Meine Kritikpunkte **1.** Die Verschandelung der **Landschaft** wird vorangetrieben.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 7.2.12, 7.2.14, 7.3, 2.1, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.1, 7.2.11, 1.1, 7.2.15, 7.2.5, 7.2.3, 6.2 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	2. Je größer die Anzahl der **Fundamente**, die benötigt werden, desto mehr Ackerfläche wird beschädigt. Beim Abbau nach 20 Jahren geht die **Bodenschichtung** kaputt und die **Filterbeschaffenheit** für das Wasser nimmt Schaden. **3.** Die **Nähe zu den Häusern** hat große Auswirkungen auf die Bewohner. Warum wird eigentlich ein Unterschied gemacht zu Einzelhäusern und zu Siedlungen ? Es wohnen in jedem Haus M e n s c h e n, die u.a. dem **Schattenwurf** und der **Lautstärke** der drehenden Windräder ausgesetzt sind. **Havarien** sind bisher gar nicht erfasst worden, es gibt keine Statistik dazu; die Nähe zu Gebäuden erhöht die Gefahr weiterer Schäden. Die Behauptung der Betreiber, die **Haftung** zu übernehmen, ist nicht sicher. Die Garantie, dass die Firmen keiner Insolvenz unterliegen während der Laufzeit, kann unmöglich gegeben werden. **4.** Die Auswirkungen des **Infraschalls** sind längst nicht eindeutig erforscht, viele Menschen spüren diese, aber von den Betreibern und der Politik werden die Bedenken und gesundheitlichen Nachweise nicht ernst genommen. Hier wären jetzt Messungen von unabhängiger Seite erforderlich, um sie mit späteren Messungen vergleichen zu können. **5.** Bzgl. des Raumordnungsgesetzes rücken die Flächen nicht weiter von den Häusern, wenn die WKA noch höher gebaut werden. Der Plan, die **Höhenbegrenzung** raus zu nehmen, ist ein Angriff auf das Leben der Bewohner. Die Abstandsregularien sind bisher schon nicht zumutbar, die Belastungen sollen nun noch größer werden, die Lebensqualität wird für viele Bewohner erheblich verschlechtert bzw. zunichte gemacht. **6.**Die Schaltanlagen werden mit dem schlimmsten Treibhausgas betrieben, **SF6** ist nicht abbaubar und der Nachweis, wie viel davon in die Luft gerät und sich im Boden niederschlägt, ist nicht erbracht. Auch hier erwarte ich im Umfeld von Rehhorst **Messungen der derzeitigen Werte** von unabhängiger Seite in der Luft und im Boden, um auch hier später Vergleiche anstellen zu können. Der Abbau der Schaltanlagen obliegt bisher den Unternehmen und die Verantwortung dafür ist nicht geregelt. Der Klimaschutz und die Auswirkungen für die nächste Generation sind nicht gewährleistet. **7.** Der **Abrieb der Rotorblätter** ist ein erheblicher Belastungsfaktor. Je länger die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rotorblätter, desto mehr Abrieb erfolgt. In Folge wird die Lautstärke der drehenden Blätter höher, der Abrieb erfolgt um so schneller, **Mikropartikel und toxische Ewigkeitschemikalien** werden im Boden der Umgebung eingelagert. Aus dem Jahr 2020 gibt es vom Frauenhofer Institut Überlegungen, die lediglich von einer Rotorblattlänge von 80m ausgegangen sind und 40m berücksichtigt haben für den abriebrelevanten Part, sie kamen auf 180kg Abrieb pro Jahr, bei 25 Betriebsjahren ergeben sich 2 bis 3 t pro Anlage, die sich niederlegen. Warum werden die Ergebnisse des Fraunhoferinstitutes nicht berücksichtigt? Wie kann da die **landwirtschaftliche Fläche für den Lebensmittelanbau** überhaupt noch genutzt werden ? Wohl eher gar nicht, wenn noch weitere **Vergiftungen in die Nahrungsmittelkette** aufgenommen werden. Abgesehen davon schwirren diese Stoffe durch die Luft und werden auch in die Wohngebiete getragen, wo sie den Menschen schaden. Auch hier sind bereits zum jetzigen Zeitpunkt **Messungen von Mikropartikeln und Chemikalien angebracht.** Wer übernimmt die **Haftung und Entschädigung**, auch für die angrenzenden Flächen, deren Eigentümer mit ihrem Grund und Boden ebenso belastet werden ? **8.** Der **erhebliche Grundstückswertverlust (**nicht nur des Ackers, auch der Hausgrundstücke**)** der ansässigen Bewohner wird völlig außen vor gelassen. Die Bürger müssen die finanziellen Nachteile zugunsten der Ziele der Landesagenda in Kauf nehmen. Es gibt keine Entschädigung. Die Unternehmen stellen es so dar, als ob sie die Gemeinde und die Bürger durch geringe Geldbeträge entlasten würden, um ihnen ihre Geschäftsanliegen schmackhaft zu machen. Manches Gebaren wirkt als Verhöhnung der schlecht informierten Menschen. Und so wirkt es auch von politischer Seite, wenn auf die **Gefahren für die Bürger** nicht eingegangen und behauptet wird, diese hätten keine Relevanz. **9.**Das Verhältnis der vorhandenen Flächen zu den durch WKA bebauten Flächen ist nicht ausgeglichen. Es ist ja nicht nur die bebaute Fläche von den Nachteilen der betriebenen Anlagen betroffen, sondern die gesamte Umgebung, so dass wohl eher 40 - 50% statt 2 – 3 % der Landesfläche eingebunden sind. **10.**Mit jeder Windenergieanlage, die neu gebaut wird, egal, wie viel Strom letztendlich generiert wird, werden die **Stromkosten für die Kunden erhöht**, da die Betreiber nicht nach tatsächlich erwirtschaftetem Strom bezahlt werden, sondern auch bei >Flaute< ihre	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vergütung erhalten. Bisher konnte ich bei niemandem in Erfahrung bringen, der mir hätte sagen können, wie hoch die **Auslastung** der bisher bestehenden WKA z. B. hier bei uns in Rehhorst **tatsächlich** ist. Früher hieß es mal, sie würde nicht über 30% liegen. Wenn nun neue WKA hinzukommen, heißt das ja nicht, dass mehr Strom generiert wird. Zudem ist der **Netzausbau** noch immer nicht so weit vorangeschritten, dass die Energie überhaupt nutzbar wäre. Die **Speicherung** war vor 2 Jahren noch völlig **ungeklärt**. Die Abregelungen finden in einem erheblichen Ausmaß statt. All diese Zahlen und Informationen sollten uns Bürgern nicht vorenthalten werden und vor Ort ausführlich dargebracht werden. **11.** Bzgl. des Windparks [redacted] ist zu beachten, dass die Sichtachse auf das Weltkulturerbe Lübeck frei bleiben muss, da diese ein Ausschlusskriterium bilden würde. **12.** Der Abstand zu Adlerhorsten, der auf 3km festgelegt werden soll, nimmt nicht die Gefahr, dass die Adler, wie die vielen anderen Vögel auch, von den drehenden Rotorblättern in großer Anzahl zermalmt werden. Diese Bilder liegen uns schon lange in vehementer Anzahl vor. Ich erwarte die Beantwortung aller Fragen und eine detaillierte Aufklärung aller Gegebenheiten hier in der Gemeinde durch das Land. Diese Liste ist nicht vollständig! Mit freundlichem Gruß [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1791	Sehr geehrte Damen und Herren, im Entwurf des Landesentwicklungsplans Windenergie wurde die Fläche des Windparks	Der Forderung wird nicht gefolgt. Der Vogelzugkorridor als Ziel der Raumordnung bleibt bestehen. Das Kriterium ist unter anderem ausgerichtet an der neuen Referenz-WEA, die auch in diesem Gebiet bei einem weiteren Zubau oder Repowering zum

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	der Windstrom Tating nicht als Potentialgebiet ausgewiesen. **Dem widerspreche ich und bitte um Überarbeitung.** Die Nichtausweisung beruht im Wesentlichen darauf, dass die Fläche in der Hauptachse des überregionalen Vogelzugs liegen soll und damit mit einem hohen Konfliktrisiko behaftet sein soll. Bei dieser pauschalen Streichung wird jedoch außer Acht gelassen, dass für das im Jahr 2017 abgeschlossene Repowering jüngst ein faunistisches Gutachten erstellt wurde, das eben gerade diese Punkte intensiv untersucht hat. Es kam zu dem Schluss, dass sich die Windkraftanlagen harmonisch in das Landschaftsgebiet einfügen und ein Nebeneinander von Vögeln und Windkraftanlagen auf diesen Flächen sehr wohl möglich ist (Anerkannter Experte der Schutzstation Wattenmeer, Faunistische Untersuchung im Windpark Tating, Sept. 2010, **liegt im Ministerium vor**): „Insgesamt ergibt die Verträglichkeitsprüfung, dass das Vorhaben Repowering in Tating nicht zu Beeinträchtigungen des Natura 2000 Vogelschutzgebietes Eiderstedt in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen kann“ (S. 46). Die Lage in einer Hauptachse des überregionalen Vogelzugs wurde verneint: „Durch mehrere Faktoren könnte das Kollisionsrisiko tiefer liegen als angenommen, da der Windpark durch seine geringe flächige Ausdehnung und die Alleinlage von Zugvögeln relativ leicht umflogen werden kann. Insgesamt wird die Auswirkung des Repowering auf die fliegenden Vögel als mäßige Beeinträchtigung bewertet, zumal der Windpark auch nicht in einem starken, sondern eher nur mäßigen Konzentrationsbereich des Vogelzugs gelegen ist“ (S. 49). „Eine Barriere-Wirkung kann wohl als nachrangig eingestuft werden“ (S. 40). „Trotz der hohen Intensität der Beobachtung der Flugbewegungen der Vögel im Bereich des Windparks gelangen . . . nur sehr wenige Beobachtungen, wo eine Reaktion der Vögel auf den Windpark bzw. die Windkraftanlagen beobachtet werden konnte. Kollisionen oder Beinah-Unfälle konnten gar nicht beobachtet werden“ (S. 32). Die Habitatausstattung ist sowohl für Brutvögel als auch für Rastvögel entscheidend, weniger die bestehenden Windkraftanlagen. Dies wird allein schon deutlich beim Blick auf die Karte, wenn man die punktartige Konzentration von Windkraftanalgen auf der Halbinsel Eiderstedt sieht. Es gibt im Umkreis von mehreren Kilometern großflächige Ausweichmöglichkeiten für sämtliche Vogelarten. Auch kann hier von keiner Scheuchwirkung oder dergleichen die Rede sein, da die Anlagen eben sehr konzentriert beieinander stehen. Im Übrigen wurde in dem Gutachten auch festgestellt, wie gut sich die Vögel an die bestehenden Anlagen anpassen können und diese als natürliche Hindernisse wahrnehmen. Einer weiteren	Einsatz käme. Mit diesen neuen WEA-Höhen werden stärkere Betroffenheiten als bisher ausgelöst, so dass der Ausschluss gerechtfertigt ist. Aufgrund der hohen Bedeutung für den Vogelzug und der niedrigen Flughöhen handelt es sich bei den küstennahen Zugwegen an der nordfriesischen Wattenmeerküste und über die Halbinsel Eiderstedt um Bereiche mit besonderer Bedeutung. Auch die Einstufung als Wiesenvogelbrutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten wird beibehalten. Hierzu wird ergänzend auf die angepasste Begründung im LEP sowie Ziffer 4.18.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Konzentration von Anlagen innerhalb der vorhandenen Potentialfläche dürfte aus faunistischer Sicht also nichts entgegenstehen“. Seit Inbetriebnahme der E70-Anlagen im Frühjahr 2017 haben wir bei häufigen Besuchen des Windparks stets auch Kollisionsuntersuchungen durchgeführt. **Eine Anfluggefährdung der Avifauna ist für diesen Standort tatsächlich nicht feststellbar**. Als weiteres Gegenargument wurde angeführt, dass die Fläche im Norden in einem Wiesenvogel-Brutgebiet mit hoher Bedeutung liegen könnte. Es ist jedoch darauf zu verweisen, dass die fraglichen Grünlandflächen schon seit Jahren für Silomahd genutzt werden, die bereits im Mai einsetzt. **Erfolgreiche Bruten der Uferschnepfen sind somit kaum vorstellbar.** **Im Rahmen dieses Widerspruchs bitte ich daher, die Fläche, auf der bereits drei Windkraftanlagen der Windstrom Tating stehen ([redacted]) einschließlich einer Arrondierung für eine weitere Anlage nördlich bis zum Mitteldeich [redacted]), einer erneuten Prüfung zu unterziehen und diese als Vorranggebiet im Landesentwicklungsplan Windenergie auszuweisen.** Dieser Widerspruch richtet sich darauf, direkt angrenzend an eine bestehende Windenergieerzeugungsfläche, die rechtliche Grundlage für den Bau einer weiteren Anlage zu legen. Diese Anlage würde den bestehenden Park physisch nur marginal erweitern und keine zusätzlichen Lasten schaffen, allerdings würden gleichzeitig vorhandene Produktions- und Leitungskapazitäten genutzt, die eine sehr effiziente, signifikante Zusatzproduktion bei minimalem zusätzlichen "footprint" erlauben. Es würden somit allerdings deutlich zusätzliche Gewerbesteuereinnahmen generiert, die es der Gemeinde Tating erlaubten, ihren vielfältigen kommunalen Aufgaben finanzstärker nachzukommen. Ohne diesen unschädlichen "Anbau" würde viel effizientes Potenzial verschenkt. Die gleiche Mehrleistung durch diese eine Anlage an dieser Stelle, kann nicht mit einer separaten Anlage an anderer Stelle erreicht werden, denn in Tating ist bereits entscheidende Infrastruktur vorhanden, die effizienter genutzt werden muss. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2291	Sehr geehrte Damen und Herren, Ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äussern. Die folgenden Punkte möchte ich diesbezüglich anführen: - Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern, wie Wohnhäusern, einzuhalten sind(z.B. Veenker,2020) - Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der sog. 3H/5H Regelung missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. - Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Lebensqualität, sowie einen massiven Wertverlust unserer Immobilie, die eigentlich als Altersvorsorge dienen sollte. - Des weiteren sollte erst einmal die erzeugte bzw. die möglich zu erzeugende Energie aller bestehenden WKA genutzt und gespeichert werden. Solange dies nicht sichergestellt ist, benötigen wir meiner Meinung nach keine neuen WKA. Abschließend möchte ich noch anmerken, dass ich sehr enttäuscht bin, dass es unter Regierungsbeteiligung der Grünen zu solch einschneidenden Maßnahmen zu Lasten des Umwelt- und Naturschutzes kommen soll. Der Zweck heiligt nicht alle Mittel! Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1790	Ich möchte mich hiermit von Herzen GEGEN Windkraftpläne in der Gemeinde Westensee aussprechen. Für mich ist der Naturpark Westensee insgesamt mit seinen wunderschönen Naturlandschaften eine Oase der Erholung, ermöglicht mir das aktive und weitestgehend ungestörte Erleben von Natur in all' seiner Schönheit und sollte in meinen Augen vor	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 7.2.12 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	derart landschaftsprägenden Windkraftanlagen geschützt werden. Auch aus ökologischer Sicht spreche ich mich gegen das Errichten von Windkraftanlagen aus; es ist bekannt, dass Greifvögel an Windkraftanlagen verunglücken; im Großraum Westensee gibt es sowohl Rotmilane, als auch Seeadler und zum Schutz u.a. dieser Arten sollte vom Bau etwaiger Windkraftanlagen Abstand genommen werden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1789	**Sophienhof (Gemeinde Fargau-Pratjau) 08.09.2024** **Stellungnahme zu den geplanten Potenzialflächen für Windkraft in der Gemeinde Fargau-Pratjau gemeinsam mit der Region Schönberg, Stakendorf und Krummbek** **Betreff: Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land, 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** Die geplanten Potenzialflächen für Windkraftanlagen in der Gemeinde Fargau-Pratjau und den benachbarten Regionen Schönberg, Stakendorf und Krummbek stellen eine Bedrohung für den Tourismus dar, der eine zunehmend wichtige Einkommensquelle für die Bürger ist. Windkraftanlagen würden durch ihren Schattenwurf und ihre massive Präsenz den natürlichen Charme der Region zerstören. Besonders kritisch ist, dass das Fahrradwegenetz, das bisher durch die historisch gewachsene Kulturlandschaft führte, zukünftig durch einen Windpark verlaufen würde. Dies mindert die Attraktivität der Region für Touristen erheblich. Darüber hinaus besitzen viele Bürger Ferienwohnungen, deren Vermietung ihnen dringend benötigtes Einkommen sichert, oft zur Deckung von Pflegekosten oder zur Altersvorsorge. Eine Verschlechterung der touristischen Lage durch Windkraftanlagen könnte somit die wirtschaftliche Existenz vieler Bürger gefährden. Die Gemeinde Fargau-Pratjau ist ein Beispiel für gelungenen sanften Tourismus. Beispielsweise werden im Ortsteil Sophienhof seit Jahren Ferienwohnungen vermietet, ebenso in den Ortsteilen Pratjau und Fargau. Die Urlauber schätzen nach eigenen Aussagen die einzigartige, historisch gewachsene Kulturlandschaft mit ihren	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* und *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15.1, 7.1.3, 7.1.5, 7.1.6, 7.2.10 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	altehrwürdigen und denkmalgeschützten Siedlungsanlagen (z.B. Schloss Salzau) und die Nähe des Selenter Sees mit seiner einmaligen Naturbelassenheit. Ich zitiere hier einen Urlaubsgast, der sagte: „Es ist wunderschön hier. Wo findet man denn heute noch eine Gegend, die so weit von dem Lärm und Getriebe der Stadt entfernt ist?“ Die Gemeinde besitzt in dieser Hinsicht noch großes Entwicklungspotenzial. Dies zeigt u.a. ein touristisches Entwicklungsprojekt im Ortsteil Salzau (Link zur Berichterstattung der Kieler Nachrichten: Projekt auf Schloss Salzau: 122 Wohnungen für Touristen und Senioren). Solche Projekte bieten der Gemeinde Fargau-Pratjau und den Nachbargemeinden die Aussicht auf andauernde, nachhaltige Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Außerdem wäre es zukünftig vielen weiteren Anwohnern der Gemeinde möglich, als Vermieter von Ferienwohnungen aufzutreten. Insbesondere für landwirtschaftliche Kleinbetriebe ist dies eine sinnvolle und oft notwendige zusätzliche Einnahmequelle. Würde auf den Potenzialflächen der Gemeinde Fargau-Pratjau ein Windpark entstehen, stellt sich die Frage nach den Auswirkungen einer von Industrieanlagen dominierten Landschaft auf den in der Gemeinde gelebten Tourismus. Ich muss davon ausgehen, dass der einmalige Charakter der Gemeinde verlorengehen wird, insbesondere weil die zukünftigen Windkraftanlagen mehr als doppelt so groß wie die in der Region bestehenden Anlagen wären. Ich kenne die Potenzialflächen sehr gut und habe aus Gesprächen mit Projektierungsfirmen eine genaue Vorstellung von den Ausmaßen möglicher Windparkprojekte. Damit wäre dem sich entwickelnden Tourismus die Grundlage entzogen und auch den damit verbundenen Einkommensmöglichkeiten der Bürger. Daher stünde eine Bebauung der Potenzialflächen in der Gemeinde Fargau-Pratjau in direktem Widerspruch zum Tourismuskonzept des Kreises Plön (vgl. Tourismuskonzept Kreis Plön - Endbericht, 2020; Seite 42; https://www.kreis-ploen.de/media/custom/2158_3658_1.PDF?1595840270). Dies gilt auch für etwaige Windparks auf den Potenzialflächen weiter östlich in den Gemeinden Krummbek, Köhn und Stakendorf. Insgesamt wäre die gesamte Tourismusregion zwischen Kiel, dem Selenter See und Hohwacht negativ beeinflusst, weil sich die Potenzialflächen genau im Herzen dieser Region befinden. Ich leite aus den genannten Gründen erhebliche Zweifel an der Eignung der Potenzialflächen in der Gemeinde Fargau-Pratjau und darüber hinaus ab. Die Region südöstlich von Kiel sollte als attraktiver Tourismusstandort bestehen bleiben und weiterentwickelt werden. Mehrere hundert Hektar große Windparks sind damit nicht vereinbar. Die Ausweisung der Potenzialflächen als Eignungsflächen für Windkraftanlagen lehne ich ab. **Betreff: Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Land, 4.5.1.5 Kultur und sonstige Sachgüter Das Herrenhaus in Salzau ist denkmalgeschützt und eine touristische Attraktion der Region. Ein Windpark in der unmittelbaren Umgebung würde den kulturellen Wert dieser Stätte sabotieren. In der Vergangenheit bot das Herrenhaus Platz für denkwürdige Kulturveranstaltungen. Ebendafür sollte dieser Ort wieder genutzt werden und dabei seine Strahlkraft voll entfalten. Das Kulturdenkmal in Salzau ist ein Gebäude-Ensemble, zu dem auch die benachbarte Ortschaft Sophienhof gehört. Sophienhof war in der Vergangenheit der Meierhof des Gutes Salzau. Hier finden sich ebenfalls alte Gebäudestrukturen, welche die ursprüngliche Anlage des Hofes erkennen lassen. Umbaumaßnahmen an den Gebäuden dürfen nur unter der Auflage der Wahrung der charakteristischen Außenansichten durchgeführt werden. Zwischen Sophienhof und Salzau liegt eine Potenzialfläche, die bei einer Bebauung mit Windkraftanlagen den historischen Wert der Ortschaften verdrängen würde. Die Ausweisung der Potenzialflächen für den Bau von Windkraftanlagen lehne ich ab. **Betreff: Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land, 4.5.1.1 Siedlungsstruktur; B zu 1 G** Der Ort Sophienhof in der Gemeinde Fargau-Pratjau erfreut sich seit einigen Jahren einer gemeinschaftlichen Verjüngung. Viele junge Paare haben sich dort niedergelassen. Inzwischen leben in dem Dorf 12 junge Kinder im Alter zwischen 1 und 10 Jahren. Diese Tatsache, von den betreffenden Personen bestätigt, zeigt die Attraktivität des Ortes unter den gegebenen Bedingungen. Eine ruhige, naturnahe ländliche Umgebung, die von den Bewohnern des Ortes bewusst gewählt wurde, damit ihre Kinder in einer intakten Dorfgemeinschaft ein soziales Miteinander und einen engen, unverfälschten Bezug zu einer natürlichen Umgebung erfahren können. Die geplanten Windparkprojekte gefährden bereits jetzt den sozialen Zusammenhalt in der Gemeinde. Würde man die Projekte umsetzen, fänden sich die Bewohner in einer Umwelt wieder, die sie mit der Wahl ihres Wohnorts bewusst vermieden haben. Daher lehne ich die Ausweisung der Potenzialflächen der Gemeinde Fargau-Pratjau als Vorranggebiete für einen Windpark ab. Der ländliche Raum um den Selenter See sollte möglichst frei von neuen Windkraftanlagen bleiben. Am besten zeigt dies ein Blick von einem der prominentesten Aussichtspunkte der Region, dem „Hessenstein“. Von dort genießt der Betrachter einen phänomenalen Blick über die gesamte Region nördlich und nordöstlich des Selenter	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sees bis zum Küstenstreifen der Ostsee. Würden die Potenzialflächen mit Windkraftanlagen bebaut, wäre die Faszination dieser Region zerstört. Es böte sich einzig der Blick auf eine Industrielandschaft. Aus diesem Grund lehne ich die Errichtung eines Windparks in der Gemeinde Fargau-Pratjau ab. Betreff: Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz, 7 Z Dichtezentrum für Seeadlervorkommen Die Potenzialflächen in der Gemeinde Fargau-Pratjau liegen in einem Gebiet, das alljährlich als Rast-, Balz- und Nistplatz für zahlreiche Vogelarten dient, u.a. Singschwäne, Graugänse, Kanadagänse, Graureiher und Schwalben. Die Vögel bewegen sich zwischen den umliegenden Seen (Selenter See, Passader See, Dobersdorfer See und der Ostseeküste). Im Frühjahr und Sommer sind beispielsweise die Teiche auf den Grünflächen im Norden von Sophienhof (Gemeinde Fargau-Pratjau) ein Anziehungspunkt für Graugänse und Kanadagänse. Diese Vögel werden in dieser Jahreszeit dort vom Seeadler geschlagen. Die Flächen befinden sich also im Jagdrevier dieses Raubvogels. Die Flächen wurden vor ca. 10 Jahren in Zusammenarbeit mit dem Verein „Froschland e.V.“ renaturiert. Seitdem hat sich dort eine vielfältige Flora und Fauna angesiedelt. Der Rotmilan nutzt das Gelände als Jagdrevier und schlägt dort beispielsweise Jungvögel der dort nistenden Teich- und Blässhühner. Die Singschwäne rasten auch auf den umliegenden Flächen, die den Potenzialflächen zugerechnet werden. Die große Anzahl der Vögel ist ein Indiz für die große Wertigkeit der Flächen. Eine Bebauung der Potenzialflächen im Westen und im Norden der Gemeinde Fargau-Pratjau würde diese Flächen wie eine „Wand“ abschirmen. Dies würde das Verhalten der Tiere voraussichtlich stark beeinträchtigen und die Flächen ökologisch abwerten. Die besagten Rast-, Balz- und Brutplätze und Jagdreviere der gefährdeten Greifvögel (Seeadler, Rotmilan) wären dann unbrauchbar. Betreff: Allgemeines • Auf Bundesebene regelt § 6 Abs. 1 EEG 2023, dass Betreiber von Windenergie- und PV-Freiflächenanlagen Gemeinden, die von der Errichtung der Anlage betroffen sind, Beträge durch einseitige Zuwendungen ohne Gegenleistung anbieten dürfen. Bei Windenergieanlagen dürfen den Gemeinden höchstens 0,2 Cent pro Kilowattstunde angeboten werden. Dieser Betrag erscheint in Anbetracht der ökonomischen Herausforderungen der Energiewende zu gering. Vielmehr sollte der Großteil des durch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftanlagen erwirtschafteten Geldes in die Umsetzung kommunaler Beiträge zur Energiewende fließen, zum Beispiel in die entsprechende Modernisierung von Gebäuden (kommunale und private) und des Wärmenetzes, um nur einige wenige Möglichkeiten zu nennen. Die Nutzung der Potentialflächen ohne eine entsprechende monetäre Förderung der Gemeinde lehne ich ab. • Die Entwicklung eines Windparks in der Gemeinde Fargau-Pratjau hat eine große politische Sprengkraft. Schon jetzt wählen in der Gemeinde ca. 15 % der Wähler Parteien, die den menschengemachten Klimawandel leugnen und Klimaschutzmaßnahmen, dazu zählt die Energiewende, ablehnen. Das politische Prozedere der Ausweisung von Potentialflächen in der Gemeinde Fargau-Pratjau erzeugt bei sehr vielen Anwohnern eine Ohnmachtserfahrung, die Nährboden für eine politische Radikalisierung bietet. Alleine die wiederholte Ausweisung der Potentialflächen in der Gemeinde Fargau-Pratjau trägt dazu bei. Insbesondere, weil sich viele der Bürger vor der letzten Landtagswahl auf die Versprechen prominenter Kreis- und Landespolitiker, die Gebiete nicht mehr auszuweisen, verlassen haben. • Ich kritisiere nachdrücklich das Verfahren, welches den Bürgern zu wenig Zeit für Teilnahme am Ausweisungsprozess gibt. Der Text der Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO ist mit 110 Seiten sehr lang, und erfordert intensives Studium. Dafür benötigen die Bürger mehr Zeit, denn Sie sind angehalten sich neben Ihrem Alltag mit dieser demokratischen Notwendigkeit zu widmen. Im demokratischen Sinne fragwürdig ist auch, dass die meisten Bürger nicht über die Ausweisung der Potentialflächen informiert sind. Auch wenn darüber in der Zeitung berichtet wurde. Das Angebot, die Stellungnahme online einzureichen stellt vor allem für ältere Mitbürger eine unüberwindbare Hürde dar. Es stellt sich bei vielen Bürgern die Frage, ob diese Hürden möglicherweise bewußt errichtet wurden. Möglicherweise bilden Landeigentümer, Projektierungs-Firmen und der Regierungsapparat eine Gemeinschaft? Ihr Ziel ist vielleicht die Durchsetzung jedes möglichen Windparks? Der Wille zur „Beteiligung“ der Bürger an der Planung und Umsetzung dieser Projekte wirkt scheinheilig in Anbetracht der genannten Hürden. Daher plädiere ich für eine großzügige Fristverlängerung des Verfahrens! Ein politisches und gesellschaftliches Thema von solcher Größenordnung muss von möglichst allen Bürgern begleitet und unterstützt werden. Ein Rücksichtsloser Umgang mit den Bürgerinnen und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bürgern nährt Skepsis an den etablierten demokratischen Verfahrensweisen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1788	Ich spreche mich hiermit entschieden GEGEN den Bau neuer Windkraftanlagen auf Pellworm aus. Begründung: Tausende Tonnen Stahl und zigtausende Tonnen Beton auf die Perle der Utlande? Das hätte irreversible Folgen für die, zum Teil seltenen und geschützten Vögel unserer Insel mitten im Nationalpark Wattenmeer. Ich empfinde es als Hohn, dies als „der Umwelt zuliebe“ zu bezeichnen. Ganz abgesehen davon, dass es mir äußerst zweifelhaft erscheint, dass ein weiterer Ausbau der Windenergie in unserem Land sinnvoll wäre. Pellworm hat keinen Sandstrand und bietet den Urlaubern (und den Bewohnern) vor allem Natur und Stille. Andere Attraktionen gibt es nicht. Durch die Windmühlen würde man gerade diejenigen treuen Urlauber vertreiben, die seit Jahrzehnten immer wieder kommen, weil sie Abstand von Hektik und Lärm suchen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.1, 7.1.1 und 3.15 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2353	**Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein** **-Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 -** **Stellungnahme zur Teilfortschreibung** Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau [redacted], Im Juni diesen Jahres wurden neue Kriterien für den Windenergieausbau in Schleswig-Holstein veröffentlicht. Die Gelegenheit, am dem Beteiligungsverfahren für den ersten Entwurf zu teilzunehmen, möchten wir gerne wahrnehmen. Viele Anwohner/innen bzw. Bürger/innen in unseren Gemeinden Schrum und Welmbüttel befürworten grundsätzlich den Ausbau der Windenergie und sehen dies auch für unsere Region als Chance an,	Die Stellungnahme spricht sich in vielen Aspekten für den gewählten Planungsansatz aus, was zur Kenntnis genommen wird. Zu dem Aspekt Abstände zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel wird auf Ziffer 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Darüber hinaus enthält die Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen, namentlich auf eine konkrete Potezialfläche. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	einen Beitrag zur Energiewende leisten zu können. Gleichzeitig können durch Bürgerwindparkmodelle die Bevölkerung vor Ort partizipieren und an der Wertschöpfung teilhaben. Auch für unsere Projekt, das zwischen Schrum, Welmbüttel, Tellingstedt und Immenstedt liegt, ist eine bürgernahe Gestaltung vorgesehen sowie ein Bürgerstromtarif für alle eingeplant, die nicht die finanziellen Mittel haben, sich an solchen Vorhaben zu beteiligen. Wir legen großen Wert auf eine gerechte Vorteilung der Windenergie Wertschöpfung und unterstützen Projekte, die solche Be- und Verteilungsmodelle ermöglichen. Ein solcher Bürgerstromtarif, also günstiger Strom für alle Bewohner der umliegenden Gemeinden eines Windenergieprojekts, sorgt dafür, dass die Energiewende sozial gerecht und für alle zugänglich ist. So möchten wir eine positive Stellungnahme für den Ausbau von Windenergie in unseren Gemeinden und die Neugewichtung der Suchkriterien abgeben. Wir begrüßen grundsätzlich die Ausweisung von Windenergieflächen im Landesinneren, sofern diese den vorgeschlagenen Kriterien entsprechen. Jetzt profitiert in unserem Landkreis nicht nur die „ Marsch“ von der Windenergie, sondern es werden neue Gebiete erschlossen. Mit der Ausweisung und Suche nach geeigneten Windenergieflächen sowie dem Betrieb von Windparks haben wir uns in den letzten Jahren immer wieder befasst Bei bestehenden Windparks in der entfernteren Nachbarschaft ist eine positive Entwicklung, Akzeptanz und lokale Wertschöpfung zu beobachten. Auch unser Gebiet ist als Windstandort gut geeignet, leider mussten wir auf der Karte in den vergangenen Regionalplanfortschreibungsverfahren feststellen, dass in der Region östlich von Heide und auf der *Hohen Geest* stets nur unwesentliche Neuausweisungen für Windparks erfolgt sind und weiträumig viele Potentialflächen nicht berücksichtigt wurden. Dies vor allem vor dem Hintergrund der Behandlung des Kriteriums Landschaftsschutzgebiet wie ein hartes Tabu. Wie in den veröffentlichten Unterlagen für die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) ersichtlich, hat sich dies nun geändert, was wir sehr begrüßen. Auch für die Potentialflächen in unserem Umfeld, in dem Gebiet zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt trifft dies zu. Aus den nachfolgenden Gründen bitten wir um Berücksichtigung der Fläche zwischen den geschilderten Orten in der Größe wie in der Karte ersichtlich als Vorrangfläche für	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergie. Grundlage sind die Vorgehensweise des laufenden Verfahrens sowie die in der aktuellen Beteiligung veröffentlichten Kriterien als Ziele und Grundsätze der Landesentwicklungsplans. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung: **Ausweisungsverfahren von Windvorrangflächen** **Verfahren** Der neuen Vorgehensweise, die Kriterien zur Ausweisung von Windeignungsflächen im Landesentwicklungsplan gesetzlich zu verankern, stimmen wir ausdrücklich zu. Auch der Neugewichtung und Bewertung dieser Kriterien folgen wir grundsätzlich. Schließlich ist das Land Schleswig- Holstein verpflichtet, die neuen Anforderungen des Bundesrechts und die festgelegten Ausbauziele umzusetzen. Die erneute Überarbeitung des Regionalplans ist erforderlich und bildet wichtige Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien für Klimaschutz und Energiewende ab. Die Festsetzung von bestimmten Kriterien als Ziele und Grundsätze der Raumordnung erachten wir als sinnvoll. Die sogenannten Ziele sind der Abwägung nicht zugänglich, die als Grundsätze festgelegten Kriterien können in der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden. Somit wird ein einheitlichen Verfahrensrahmen für verschiedene Ausweisungsverfahren und Projektentwicklung geschaffen. Dies bedeutet auch langfristig Planungssicherheit. **Abstände** Die Bewertung und Festsetzung von Abständen, um Anwohner zu schützen, sind nachvollziehbar. Daraus resultiert die Verfolgung der sogenannten Rotorin-Planung. Sie setzt die politischen und verträglichen Ziele der Landesregierung, genügend Abstand zu Wohnbereichen, stringent fort. Die Aufhebung der Ausschlusswirkung kann im Einzelfall sinnvolle Ausweisung von Windeignungsflächen ermöglichen, gerade über die kommunale Bauleitplanung. Die neue Positivplanung ermöglicht, große, stark windhöffige Gebiete auch auf der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Geest, die bislang vor allem durch Landschaftsschutzgebietsausweisungen keine Berücksichtigung fanden, für die erneuerbare Stromproduktion zu erschließen. Flächen, die zum Teil wesentlich besser geeignet sind, zum Beispiel aufgrund ihrer größeren Entfernungen von Siedlungen und Häusern als in der Marsch, werden jetzt im neuen Verfahren aufgenommen. Die ungleichmäßige Verteilung und eindeutige Bevorzugung der Küstenregion stellen ein soziales Gefälle für die Gemeinden und Bevölkerung dar. Die Wertschöpfung darf aber nicht weiter so ungerecht verteilt sein. Insgesamt unterstützen wir daher das vorgesehen Verfahren, die Grundsatzbeschlüsse der Landesregierung zur Windenergieplanung vom Dezember 2023 auf Ebene des Landesentwicklungsplans umzusetzen. **Klimaschutzziele** Wir befürworten den Ausbau von Erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, auch in unserer Gemeinde, da wir die Energiewende und Grüne Energie gut finden. Sie befördert die Wertschöpfung des Ländlichen Raums und birgt längst nicht die Gefahren von Atomkraft. Der Bedarf von klimaneutraler Energie wird sich in Dithmarschen mit den Regionen um Brunsbüttel und Heide durch vorhandene und neue Industrieansiedlungen, Mobilität und private Haushalte massiv steigern. Auch können zukünftig die verschiedenen geplanten Stromleitungen den erzeugten Strom Offshore und Onshore wegführen. Für Schleswig-Holstein stellt dies eine große wirtschaftliche Chance dar. Aus Gründen der Klima- und Energiepreiskrisen ist weiterer Flächenbedarf eindeutig notwendig. Der bisherige Ermessensspielraum wird nun neu ausgerichtet. Die Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien hat der Gesetzgeber durch § 2 EEG 2023 für Abwägungsvorgänge nach Vorne gestellt. Das bedeutet, bei Abwägungsspielraum dem Ausbau der Erneuerbaren Energien Vorrang zu geben ist. Errichtung und der Betrieb von Erneuerbarer Energieanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Fachliche Einwendungen zum Kriterienkatalog, standortbezogen und auszugsweise Aus Gesprächen mit Bürgern und Nachbarn kann berichtet werden, dass die derzeitigen aufgeführten Ziele und Grundsätze der Raumordnung im ersten Entwurf der LEP-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ als gut gewählt betrachtet werden. Anregungen gibt es lediglich, noch gezielter „Windpotentialflächen“ entstehen zu lassen, indem nachfolgend beschriebene Kriterien, die wir nur Auszugsweise vortragen möchten, wie folgt bewertet und gewichtet werden sollten: Für den Standort zwischen den Orten Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide Tellingstedt, Landkreis Dithmarschen, wird in der veröffentlichten „Rohpotenzialflächenkarte“ aus Juni diesen Jahres eine mögliche Windvorrangfläche abgebildet. Die abgebildete Fläche stellt in etwa das Projektgebiet „Bürgerwindpark Schrum- Wembüttel“ dar und liegt in einem stark windhöffigen Raum in den zuvor genannten Gemeinden. Das betrachtete Gebiet wird von verschiedenen Seiten durch einzuhaltende Abstände zur Einzelwohnhäusern sowie im Osten und Westen durch Wohnbebauung der Gemeinden Immenstedt und Schrum im Westen im Außenbereich begrenzt. Das Gebiet wurde von der lokalen und regional ausgerichtete Planungsgemeinschaft seit vielen Jahren überplant. Es wurde aufgrund von Landschaftsschutzgebietsausweisungen im vorangehenden Regionalplanverfahren nicht weiter betrachtet und ausgewiesen. Durch die anderen Beteiligungsverfahren (Landesentwicklungsplan, Regionalplanverfahren) sind viele Informationen zu den Umweltbelangen bekannt geworden. Diese lassen aus unserer Sicht die Ausweisung zu. Das beschriebene Planareal liegt auf der Hohen Geest, bildet eine konzentrierte, große Eignungsfläche ab, ist sehr wenig bewaldet und wird intensiv zur Landwirtschaft mit Ackerbau und Grünland genutzt. Auch unter Abzug der für einen Windpark erforderlichen Abstände zu Ortschaften verbleibt eine große Flächenkulisse. **Zu einzelnen Kriterien möchten wir Einwendungen vornehmen:** **1. Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern** **2. Beeinträchtigung Großvögel** **3. Waldabstand** **4. Landschaftsschutzgebiete**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	5. Militärische Belange **6. Tourismus und Erholung** **7. Talräume** **8. Schutz- und Biotopverbunde** **1. Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern- Ziel** Das mögliche Windeignungsgebiet ist so groß, dass die geplanten Abstandsforderungen eingehalten werden können. Die Beibehaltung der Rotorin-Planweise schafft zusätzlich genügend Abstand. Dieser wird zumeist häufig auch durch die erforderlichen Abstände aufgrund der Belastungen durch Schall und Schattenwurf übertroffen. In der Regel führen die Vorgaben für die Einhaltung der Emissionen zu noch zu größeren Abständen. Auch dies ist Bestandteil des eigentlichen Genehmigungsverfahrens und dort zu prüfen. Nach wie vor ist eine ausreichende Potentialfläche auf der Fläche vorhanden. **2. Beeinträchtigung Großvögel- Grundsatz** Um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln soll im angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Hier möchten wir darauf hinweisen, dass weiter differenziert werden sollte bei der Festlegung von Tabuzonen um Horste von Großvögeln. Gerade durch Entwicklung und Einsatz neuer Techniken (ProTecBird) und Schaffung von Lenkungsflächen sollten bei bestandsreichen Arten, beispielsweise wie Storche und Rotmilan durch geeignete Maßnahmenkonzepte Artenschutzkonflikte zu bewältigen sein. Anhand von anderen Windparks sind auch weitere Schutzmethoden für Großvögel bekannt wie gezielte Abschaltung während bestimmter Zeiträume. Die Großvögel können so erfolgreich geschützt werden. Der großräumige Ausschluss von Potenzialflächen um Horste sollte daher auf die Ebene der Einzelfallbetrachtung verlagert werden und nicht von vornherein zum Ausschluss einer Fläche für Windstandorte führen. Der Ausschluss von besonders sensiblen Flächen mit großflächig vorkommenden besonders schützenwerten Arten hingegen ist für uns in Ordnung.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	3. Waldabstand- Ziel Der vorgeschlagene, einzuhaltende Abstand zu Waldflächen von 30 m ist für uns in Ordnung. Zu den vorhandenen Flächen kann für die Planfläche genügend Abstand gewahrt werden. **4. Landschaftsschutzgebiete- Grundsatz** Die neue Gewichtung dieses Kriteriums und auch der Abwägung zugänglich, möchten wir ausdrücklich befürworten. Damit wird dem Bundesrecht gefolgt. Es ist Bürgern zuzumuten, auf Windenergieanlage zu schauen. Das Merkmal Landschaftsschutzgebiet sollte sich nicht gegenüber der Windenergienutzung durchsetzen. **5. Militärische Belange- Ziel** Auch dieser Belange sollten auf Ebene der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden. Beispielsweise lineare militärische Richtfunktrassen können bei der Planung eines Gebiets mit Windstandorten Berücksichtigung finden. Die in dem Gebiet liegende Richtfunktrasse quert die Fläche, beeinflusst die mögliche Standortplanung jedoch kaum. Sie führt nur zu einer minimalen Einschränkung der Eignungsfläche. **6. Tourismus und Erholung- Ziel und Grundsatz** Grundlegend weisen wir darauf hin, dass die Tatbestandsmerkmale „Erholung" und „Tourismus" durchaus verschieden und damit unterschiedliche Abwägungsbelange sind. Es sollten nur Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung (wenn überhaupt) von dem Ausbau der Erneuerbaren ausgenommen werden, Kernbereiche oder Vorbehaltsgebiete hingegen nicht. Bei Umfragen bei Touristen werden Windenergieanlagen regelmäßig als regionsprägend und positiv bewertet. Die Erholung ist ein öffentlicher Belang, der gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und damit auch bei den Regionalplänen zu berücksichtigen ist; das gleiche gilt für den Tourismus als Wirtschaftsfaktor(§ 1 Abs. 6 Nr. 8 lit. a BauGB). Der „Erholung" im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB dienen neben Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen auch Frei- und Grünflächen, während der Tourismus zu den Belangen der „Wirtschaft" gehört. Der „Erholung" dienen die hier streitgegenständlichen Bereiche nicht, zumal laut Textteil des Regionalplanentwurfs diese Kernbereiche für Erholung in guter Zuordnung zu den Ober- und Mittelzentren als Naherholungsgebiete liegen sollen, während die einzig größere Ortschaft in der Nähe,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nämlich Tellingstedt, bei der Landesplanung nur als Unterzentrum geführt wird. Tourismus als wirtschaftlich relevanter Faktor findet kaum statt. Auch sollte diese Darstellung als Vorbehaltsgebiet nicht von vornherein dazu führen, dass die betroffenen Flächen von einer Nutzung zur regenerativen Stromproduktion ausgeschlossen werden. **7. Talräume an Gewässern** Das Gebiet wird durch die Fließgewässer durchzogen. Die einzuhaltenden Abstände können in der Standortplanung berücksichtigt werden. Die Einschränkungen sind nicht so gravierend, dass das Gebiet sich erheblich vermindern würde. **8. Schutz- und Biotopverbunde** In gesetzlich geschützten, flächenhaften, unmittelbar räumlich zusammen-hängenden Biotopen mit einer Größe von insgesamt mindestens fünf Hektar soll die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen werden. Diese Gewichtung befürworten wir. **Schwerpunktbereich Schutzgebiet und Biotopverbund** Dieses Kriterium wird im BImSchG-Verfahren untersucht und bewertet. Biotopschwerpunktbereiche in vergleichbaren Größenverhältnisse, sollten wie zusammenhängende gesetzlich geschützte Biotope kategorisch für den Ausbau der Windenergie ausgeschlossen werden. Randbereiche sowie Biotopverbundachsen sollten dabei einer Abwägung zugänglich sein. Dementsprechend können Biotopschwerpunktbereiche ab 5 Hektar vom Grundsatz zum Ziel gewandelt werden. **Fazit** In der Zusammenfassung ermöglichen die aktuellen Abwägungskriterien große neue Windvorrangflächen in unserer Region, wozu auch das Plangebiet des Bürgerwindparks Schrum-Welmbüttel zählt. Zwischen den genannten Orten ist eine Potentialfläche für den Windenergieausbau möglich. Die Kriterien und der Zuspruch in der Bevölkerung lassen es zu, das Gebiet in der Größenkulisse der gezeigten Rohpotentialflächenkarte als Vorrangfläche in den Regionalplan aufzunehmen. **Aus den vorgetragenen Gründen tragen wir die Verfahrensweise, die Kriterien zur**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausweisung von Windvorrangflächen zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im Landesentwicklungsplan gesetzlich im Landesentwicklungsplan auszunehmen, mit. Gleichzeitig bitten wir um die Berücksichtigung des Gebiets zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt als Vorranggebietsfläche für Windenergie im zukünftigen Regionalplan Sachthema Wind, Planungsraum III. Mit freundlichen Grüßen Unterschrift	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1787	Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin Grundbesitzer einiger ha Land in [redacted] östlich der Eisenbahn und Gesellschafter der [redacted]. Wenn das Gebiet komplett als Wiesenvogelschutzgebiet (WVSG) ausgewiesen wird und innerhalb solcher Gebiete keine Winkraftanlagen (WKA) errichtet werden dürfen, erleiden ich und meine Mitgesellschafter bzw. die Grundeigentümer einen erheblich wirtschaftlichen Schaden. Die in unserem Gebiet vorkommenden Wiesenvogelarten sind alle nicht durch die von uns geplanten Windkraftanlagen gefährdet, u. a. weil die Unterseite der Rotoren immer noch mehr als 80 m über dem Boden sind. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, dass unser Gebiet zum WVSG erklärt wird, aber das Rüsdorfer Moor (süd-westl. von Heide) nicht. Wir sollen keine Windkraftanlagen aufstellen dürfen, aber die Stromtrassen der Nord-Ost-Link laufen einfach durch das WVSG. Wie passt das zusammen? Bitte revidieren Sie Ihre Planung! Mit freundlichem Gruß	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2311	Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde 25779 Kleve in Dithmarschen begrüßen wir Ihre Entscheidung, die Hauptachsen des europäischen Vogelzuges von einer weiteren Bebauung mit Windkraftanlagen freizuhalten, wie es in Ihrer derzeitigen Potentialflächenkarte dargestellt ist. Sie ist fachlich begründet und naturschutzrechtlich geboten. Die Gemeinde Kleve liegt, ebenso wie die Gemeinden Lehe, Lunden, St. Annen, Schlichting, Fedderingen sowie, im weiteren Verlauf eideraufwärts, die Gemeinden Hennstedt, Bergewöhrden, Delve, Glüsing und Hollingstedt in ebendieser Hauptachse des Vogelzuges. Sie ist schon heute nicht frei von Beeinträchtigung, so durch die im Bereich Hennstedt bestehenden Windkraftanlagen. Die negativen Auswirkungen dieser Anlagen auf das Verhalten der Zugvögel sind vor Ort deutlich zu beobachten. Quer zu dieser Achse verlaufen mehrere Zugrichtungen des regionalen Vogelzuges , die im täglichen Rhythmus von diversen Wiesen- und Watvögeln wie Bekassine, Großer Brachvogel u.a. genutzt werden. Nicht nachvollziehbar ist in diesem Kontext die im Entwurf für das Gebiet südöstlich von Hollingstedt dargestellte Potentialfläche. Der Vogelzug ist ein dynamischer Prozess, er folgt keinen starren Regeln und braucht daher mehr barrierefreien Raum. Insbesondere eideraufwärts ist dies geboten und die Potentialflächen südöstlich von Hollingstedt sowie im Bereich des bestehenden Windparks in der Gemeinde Hennstedt sind aus der Teilfortschreibung auszunehmen. Außerdem ist für das Gebiet der Gemeinde Kleve und seiner erwähnten Nachbargemeinden eine außerordentliche Siedlungsdichte von Wiesenvögeln festzustellen, die hier auch ihre Brutgebiete haben. Im Gebiet der Gemeinde Kleve befindet sich ein Seeadlerhorst. Eine Freihaltung dieser Gebiete von der Bebauung mit Windkraftanlagen ist aus naturschutzrechtlicher Sicht - dem Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete und des Seeadlerhorstes - dringend notwendig. Hier wird der Entwurf zur Teilfortschreibung den Naturschutzerfordernissen gerecht. Mit freundlichem Gruß	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 4.16, 4.18 und 4.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1786	Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind Landeigentümer uns Landwirte in der Gemarkung [redacted] und sind verwundert darüber, dass große Konzerne scheinbar nicht mit den kleinen Landwirten gleichgestellt sind. Wie kann es sein, dass wir ein ABSOLUTES Umbruchverbot, selbst zur Erneuerung unserer Grasnarben haben, obwohl dies einen wirtschaftlichen und ökologischen Sinn hat ?! Wenn hingegen eine extrem breite Trasse in unser Land gebuddelt wird, ist eine Genehmigung kein Problem. Für uns ist dabei klar, dass sich der Boden an diesen Stellen nie mehr so regenerieren wird, dass die Bewirtschaftung so verläuft wie zum jetzigen Zeitpunkt. (Erdschichten und wichtige Kapillaren werden durchbrochen) In diesem Punkt sind wir uns sehr sicher, denn dies sehen wir bereits an den Blindgängern, die damals mehrere Erdschichten durchbrochen haben und noch heute in unserem Land liegen.(Quellwasser) Warum werden keine Überlandleitungen durchs Moor gebaut, welche auch nur einen Bruchteil der Summe kosten würden ? Ihnen muss bewusst sein,dass wir Landwirte uns gegen eine unterirdische Trasse wehren werden. Mit noch freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme bezieht sich auf den Bau und die Verlegung von Erdkabeln im Rahmen des Ausbaus des Leitungsnetzes. Das ist nicht Gegenstand dieser Regionalplanung. Die Stellungnahme kann daher nur Zur Kenntnis genommen werden.
Öffentlichkeit:	**Beirat für Naturschutz im Kreis Herzogtum Lauenburg**	Der Hinweis auf die relevanten Flughöhen der meisten

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: 1785	_____ **Vorbemerkung** **Dies ist die offizielle Stellungnahme des Beirats für Naturschutz im Kreis Herzogtum Lauenburg (NSB-RZ). Eine Registrierung als Institution/TöB war nicht möglich, weshalb die Stellungnahme ersatzweise als "Bürger" erfolgt.** **Beirat für Naturschutz im Kreis Herzogtum Lauenburg** _____ **Stellungnahme des Beirates für Naturschutz im Kreis Herzogtum Lauenburg zur** **Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein –Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** Die Notwendigkeit, alternative Energiequellen zu nutzen, hat in den letzten Jahrzehnten erheblich an Bedeutung gewonnen. Angesichts der drängenden Herausforderungen des Klimawandels und der Ressourcenknappheit steht die Windenergie an vorderster Front der erneuerbaren Energien. Windenergieanlagen haben sich zu einem weithin akzeptierten Mittel entwickelt, um saubere Energie zu erzeugen. Allerdings bringen die Errichtung und der Betrieb dieser Anlagen tiefgreifende Auswirkungen auf die Landschaftsökologie mit sich und können zu Verlusten bei Wildtieren wie Vögeln und Fledermäusen führen. Der Beirat für Naturschutz im Kreis Herzogtum Lauenburg (NSB-RZ) begrüßt grundsätzlich den Ausbau der Windenergie und möchte dazu beitragen, dass Synergieeffekte zwischen den Anforderungen des Klimaschutzes und des Schutzes der biologischen Vielfalt genutzt werden. Gleichzeitig will er dazu beitragen, durch optimale Standortstrategien für Windenergieanlagen (WEA) die Auswirkungen auf wild lebende Tiere zu minimieren. Ein zentraler ökologischer Aspekt ist die Beeinträchtigung von Lebensräumen. Bei der Errichtung von Windenergieanlagen wird häufig der ursprüngliche Lebensraum verändert, was insbesondere für sensitive Ökosysteme problematisch sein kann. Vogel-	windkraftsensiblen Vogelarten in Bezug auf die Referenzanlage wird zur Kenntnis genommen. Die neuen oder höheren Betroffenheiten bei größeren WEA-Höhen sind in die Formulierung der Ziele und Grundsätze eingeflossen. Zur Forderung der Freihaltung von Naturparken wird auf Ziffer 3.18.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Forderung nach größeren Abständen zu EU-Vogelschutzgebieten wird auf Ziffer 4.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Für windkraftsensible Großvögel sind darüber hinaus Schutzradien um Ihre Brutplätze definiert. Zur Forderung nach größeren Abständen zu Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten wird auf Ziffer 4.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Im Bereich der geforderten größeren Abstände können potenzielle Artenschutzkonflikte in der Regel durch geeignete und bewährte Maßnahmen gelöst werden. Zur geforderten Freihaltung von Biotopverbundstrukturen wird auf Ziffer 4.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Kompensations- und Ökokontoflächen innerhalb der Biotopverbundstrukturen werden über einen eigenen Grundsatz der Raumordnung geprüft. eine generelle Unvereinbarkeit mit der Windenergienutzung, die ein Ziel der Raumordnung rechtfertigen würde, ist aus Sicht der Landesplanung nicht gegeben. Zur Forderung größerer Waldabstände wird auf Ziffer 4.7.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zum Thema Vogelzug: Aufgrund der geografischen Lage von Schleswig-Holstein gibt es im ganzen Land Vogelzug. Vielfach handelt es sich um den sogenannten Breitfrontenzug von Singvögeln, der nachts in großer Höhe stattfindet, sodass er im Rahmen von Windenergieplanungen keine Berücksichtigung findet. Die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Fledermausarten sind besonders gefährdet, da sie durch Kollisionen mit den Rotoren und auch durch Sog- und Luftdruckeffekte verletzt oder getötet werden können. Es ist daher entscheidend, bei der Planung von Windparks geeignete Standorte zu wählen, um minimierte Auswirkungen auf die Biodiversität zu gewährleisten. Ein zentrales Kriterium des Landesentwicklungsplans zur Ausweisung von Standorten für WEA an Land sind Mindestabstände zu Landschaftselementen wie Wäldern oder Brutplätzen. Dadurch werden Pufferbereiche (i.e. Bereich mit einer bestimmten Entfernung zu Landschaftselementen) definiert, in denen grundsätzlich keine WEA aufgestellt werden dürfen. Während solche Abstandsregelungen wichtig sind, sollten sie nicht als alleinige Grundlage für die Standortwahl betrachtet werden. Vielmehr sollten landschaftsökologische Aspekte in den Vordergrund gerückt werden, um eine nachhaltige und umweltschonende Nutzung von Windenergie zu gewährleisten. Landschaftsökologische Aspekte umfassen eine Vielzahl von Faktoren, die die Integrität von Ökosystemen und die Biodiversität beeinflussen. Dazu gehören die Erhaltung von Lebensräumen, der Schutz von geschützten Arten, die Berücksichtigung von Wanderbewegungen von Tieren sowie der Erhalt ökologischer Vernetzung (Lebensraumnetze). Bei der Planung von Potenzialflächen für WEA sollten diese Faktoren eine zentrale Rolle spielen, da sie die langfristige Gesundheit der Umwelt und der darin lebenden Organismen sicherstellen. Im Folgenden wird die Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein näher kommentiert. Hierbei wird besonderes auf Aspekte eingegangen, die den Landkreis Herzogtum Lauenburg betreffen. Der NSB-RZ unterstützt die Ausarbeitung der Stellungnahme der UNB zur o.g. Teilfortschreibung in vollem Umfang und dankt Frau Gxxxxx und Frau Txxxx für ihren besonderen Einsatz. **4.5.1. Windenergie an Land** ***Zu 3 G: Festlegung einer Referenzanlage*** Für die Ausweisung der Vorrangebiete soll eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern und einem Rotordurchmesser von 150 Metern zugrunde gelegt werden. Damit beträgt der Rotor-Flur-Abstand der Referenzanlage 50 Meter. Eine Studie zur Flughöhe ziehender See-, Küsten- und Greifvögel zeigte, dass sich nur zwei der untersuchten Arten (Samtente, Trauerseeschwalbe) generell in Flughöhen unter 50 m bewegen (Tab. 1). Für alle anderen untersuchten Vogelarten besteht somit bei der	räumliche Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs geben daher nicht die gesamte biologische Dimension des Vogelzuges wieder, sondern konzentrieren sich auf die nach aktuellem Kenntnisstand potenziell besonders konfliktträchtigen Bereiche. Nicht alle Vogelzugwege sind als Konfliktbereiche im Rahmen der Windkraftplanung anzusehen oder lassen sich im Raum abgrenzen. Andere Bereiche, die durch Breitfrontenzug geprägt sind und/oder in denen Vogelzug auf breiterer Front und vielfach in Höhen stattfindet, die durch die Windenergienutzung nicht betroffen sind, wurden nicht bei dem Vogelzugkriterium berücksichtigt. Zur Forderung nach zusätzlichen Sicherheitsabständen zu Wiesenvogelbrutgebieten: Der Schutz der Gebiete selbst wird als ausreichend erachtet. Das Konfliktrisiko außerhalb der Gebiete wird als deutlich geringer angesehen und kann in der Regel durch Maßnahmen auf ein vertretbares Maß reduziert werden. Zur Empfehlung, 1.000 m Abstand zur Landesgrenze von Mecklenburg-Vorpommern einzuhalten um das so genannte "Grüne Band" zu schützen: Aufgrund zahlreicher überlagerte Natur- und Landschaftsschutzkriterien ist in diesem Bereich ohnehin kaum Flächenpotenzial für WEA vorhanden. Darüber hinaus wird zu folgenden Themen ebenfalls auf die allgemeine Synopse verwiesen: Wintermassenquartiere für Fledermäuse und Umgebungsbereiche: Ziffer4.9.1 Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche: Ziffer 4.14.1 Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten: Ziffer 4.15.1 Brutplätze windkraftsensibler Großvögel: Ziffer 4.20.1

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gewählten Referenzanlage ein Kollisionsrisiko, das sich besonders auf wichtigen Zugrouten entlang der Küsten und in der Nähe von Brutplätzen konzentriert. Auch von den in dieser Studie nicht untersuchten Groß- und Greifvogelarten des Binnenlandes wie Rotmilan, Seeadler oder Kranich ist hinreichend bekannt, dass ihre Flughöhen regelmäßig in Höhe der Rotorblätter liegen. Tab. 1: Flughöhe von Vögeln (Quelle: Dierschke und Daniels, 2003, https://ornithologie-schleswig-holstein.de/coraxartikel/Dierschke&Daniels_2003_Corax_19_Sohe2_35-41.pdf) **4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** ***Zu 14 G: Naturparke*** Die Hauptziele der bestehenden Naturparke sind der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für eine vielfältige Pflanzen- und Tierwelt sowie der Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft. Aufgrund ihrer landschaftlichen Gegebenheiten bieten diese großräumigen Gebiete besonders gute Möglichkeiten für eine naturnahe Erholung. Die Ausweisung von Windenergiegebieten in Naturparken, selbst in Teilbereichen, steht im Widerspruch zu den grundlegenden Prinzipien der Naturparke, da sie die charakteristischen Merkmale in unzulässiger Weise beeinträchtigt und daher nicht zugelassen werden sollten. Der Naturpark Lauenburgische Seen, beherbergt Brutvorkommen störungssensibler und windkraftgefährdeter Vogelarten wie Seeadler, Fischadler, Rotmilan und Weißstorch und stellt damit ein Dichtezentrum von Groß- und Greifvogelarten von herausragender Bedeutung dar. Zudem beherbergt der Naturpark ein Vorkommen von von mindestens 14 Fledermausarten. Die Schutzwürdigkeit dieser Arten und ihrer Lebensräume stehen im Konflikt mit der Ausweisung von Windenergiegebieten innerhalb des Naturparks. Wir empfehlen daher, Naturparke und speziell den Naturpark Lauenburgische Seen vollständig aus der Windenergieplanung herauszunehmen. **4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz** ***Zu 1 Z: Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche***	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Beirat begrüßt, dass innerhalb von Europäischen Vogelschutzgebieten und im 1.000 m Umkreis die Errichtung von WEA ausgeschlossen ist. Eine Unterschreitung dieses Mindestabstandes sollte jedoch in keinem Falle in Erwägung gezogen werden. Zudem ist die Entfernung von 1.000 m aus artenschutzrechtlicher Sicht nicht grundsätzlich ausreichend, um sämtliche Auswirkungen auf schlaggefährdete Groß- und Greifvogelarten in den EU-Vogelschutzgebieten ausschließen zu können. Einige Vogelarten nutzen weitaus größere Areale zur Nahrungssuche. Hierbei ist auch zu bedenken, dass viele Vogelarten (z.B. Rotmilan) vor allem an Waldrändern nisten, jedoch vorwiegend im Offenland auf Nahrungssuche gehen. Einige Vogelschutzgebiete im Land Schleswig-Holstein umfassen jedoch ausschließlich die Waldfläche und nicht die angrenzenden Nahrungsbiotope, dazu zählen im Kreis Herzogtum Lauenburg z.B. die Vogelschutzgebiete Sachsenwald, Hahnheide (Kreis Stormarn, angrenzend an den Kreis Herzogtum Lauenburg), Waldgebiete in Lauenburg, Oldenburger See sowie Teilbereiche im Schaalsee-Gebiet. Um die Erhaltungsziele der Schutzgebiete einzuhalten, die Brutplätze und Nahrungsbiotope zu sichern und den Fortbestand der sensiblen Vogelarten sicherzustellen, ist somit neben dem Schutz der Vogelschutzgebiete auch der Schutz der Umgebung von großer Bedeutung. Berücksichtigt werden muss ferner, dass die unterschiedlichen Arten teilweise standorttreu sind, teilweise aber ihre Brutplätze jährlich wechseln können. Wir empfehlen dringend, zu allen Vogelschutzgebieten des Landes mit Vorkommen sensibler Groß- oder Greifvogelarten einen generellen Mindestabstand von 1.500 m einzuhalten. Gemäß LANU (2008) wurde ein Prüfbereich von 3.000 m um bestimmte Vogelschutzgebiete mit Verbreitungsschwerpunkten des Seeadlers und wichtigen Nahrungshabitaten für Gänse und Schwäne empfohlen. Dazu zählt im Kreis Herzogtum Lauenburg das Vogelschutzgebiet Schaalsee-Gebiet, was u.a. Brutvorkommen von Seeadler, Kranich und Rotmilan beherbergt und ein international bedeutsames Rastgebiet und Nahrungshabitat für Gänse, Enten und Schwäne ist. Der Naturschutzbeirat empfiehlt, im Umkreis von 3.000 m um das SPA Schaalsee-Gebiet auf die Errichtung von WEA zu verzichten. ***Zu 2 Z: Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche*** Naturschutzgebiete sind offiziell festgelegte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft notwendig ist, um Lebensräume, Biotope oder	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu entwickeln oder wiederherzustellen. Grundsätzlich sollen Naturschutzgebiete als bedeutende Flächen für den Naturschutz sowie teilweise auch für Naherholung und Tourismus in ihrem Gesamtcharakter erhalten bleiben und Entwicklungsmöglichkeiten nicht eingeschränkt werden. Der vorgegebene Abstand von 100 m zwischen NSGs als Gebiete von herausragender Bedeutung für den Naturschutz und WEA ist deutlich zu gering. Um negative Auswirkungen auf diese Gebiete zu vermeiden, sollte die Ausweisung von Windenergiegebieten in einem Umgebungsbereich von 1.000 Metern um Naturschutzgebiete nicht gestattet werden. ***Zu 3 Z: Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche*** Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH-Gebiete) sind Teil des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000, das darauf abzielt, die natürlichen Lebensräume und die biologische Vielfalt in der EU zu erhalten. Sie dienen dem Schutz bestimmter Lebensräume und Arten, die in Europa gefährdet oder bedroht sind. Dazu gehören sowohl Pflanzen- als auch Tierarten sowie spezifische Lebensgemeinschaften. Besonders hervorzuheben sind hierbei die gemäß FFH-Richtlinie geschützten Fledermäuse, da zahlreiche Fledermausarten durch Windenergieanlagen schlaggefährdet sind. Der Beirat begrüßt, dass die Errichtung von WEA innerhalb von FFH-Gebieten nicht gestattet ist. Der Umgebungsbereich von 100 m bzw. 200 m bei FFH-Gebieten, die dem Schutz der Fledermäuse dienen, ist jedoch zu gering. Um jegliche Beeinträchtigungen von FFH-Gebieten zu verhindern, sollte aus Sicht des Artenschutzes (insb. dem der Fledermausarten) für FFH-Gebiete ein Mindestabstand von 1.000 Metern zu Windenergiegebieten festgelegt werden. ***Zu 5 G: Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope*** Der Biotopverbund dient der dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wieder-herstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen (§21, Abs.1, BNatSchG). Die Aussage, dass die Festlegung von Windenergiegebieten in zahlreichen Fällen mit	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	den Schutz- und Entwicklungszielen des Biotopverbundes in Einklang stehen wird, ist fachlich nicht nachvollziehbar. Die Schwerpunkträume und Verbundachsen des Biotopverbundsystems sind für die flächenhafte Bewahrung einer hohen Biodiversität existenziell. Sie sollen der Entwicklung und Erhaltung ökologisch bedeutsamer Lebensräume dienen und zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts beitragen. In diesen großräumigen, naturraumtypischen, reich mit naturnahen Elementen ausgestattete Landschaften und Verbundachsen sollten keine Maßnahmen und Planungen durchgeführt werden, die den Naturhaushalt und das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen und zu negativen, dauerhaften Veränderungen der Landschaft führen. Die im Landesentwicklungsplan dargestellten Vorbehaltsräume für Natur und Landschaft (Pkt. 6.2.2, Themenkarte 23) sind in diesem Zusammenhang besonders zu beachten. Da eine dauerhafte Bewahrung der Biodiversität ohne räumlich und funktional zusammenhängende Lebensraumnetze nicht möglich ist, hat das Land Schleswig-Holstein die „Strategie zum Erhalt der Biologischen Vielfalt in Schleswig-Holstein – Kurs Natur 2030“ (Landesbiodiversitätsstrategie) aufgelegt. Als systematische Grundlage für die Umsetzung der Strategie sind 50 Kernaktionsräume benannt, die sich inclusive einiger Pufferräume aus dem Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem ableiten. Ersatzmaßnahmen, Kompensationsflächen sowie Flächen für Ökokonten wurden und werden bevorzugt innerhalb der Biotopverbundflächen konzentriert, um die angestrebte Förderung der Biodiversität zu unterstützen. Die gesetzliche Vorgabe, mindestens 15% der Landesfläche als Biotopverbund rechtlich zu sichern und dauerhaft zu gewährleisten (§12 LNatSchG, §21, Abs.4 BNatSchG) ist bislang noch nicht vollständig umgesetzt und sollte nicht durch konkurrierende Planungen gefährdet werden. Alle diese Punkte widersprechen einer Inanspruchnahme der Biotopverbundflächen (Schwerpunkträume und Verbundachsen) für die Windkraftnutzung. ***Zu 6 Z: Wälder und Umgebungsbereiche*** Schleswig-Holstein ist im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr waldarm, weshalb zum Schutz der Waldarten und zur Sicherung der Habitatvielfalt dem Erhalt der wenigen Wälder eine herausragende Bedeutung zukommt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wälder und Waldränder spielen eine wichtige Rolle im Ökosystem. Besonders Waldränder bieten einer Vielzahl von Vogel- und Fledermausarten einen Lebens- und Nahrungsraum, da sie als Übergangszone zwischen Wald und offener Landschaft unterschiedliche Lebensräume miteinander verbinden. Somit tragen Waldränder erheblich zu einer hohen Biodiversität bei. Vor diesem Hintergrund ist ein Abstand von nur 30 Metern zwischen Wäldern und Windenergiegebieten als viel zu gering anzusehen. Aufgrund der herausragenden Bedeutung der Waldränder für die Biodiversität sollte ein Mindestabstand von 100 Metern zu Windenergiegebieten eingehalten werden. ***Zu 8 Z: Wintermassenquartiere für Fledermäuse und Umgebungsbereiche*** Auch an kleineren Winterquartieren für Fledermäuse kommt es im Spätsommer und Herbst zu stark erhöhten Flugaktivitäten, die auf die Erkundung der Quartiere (Schwärmphase) sowie auf Einwanderungsbewegungen in die Quartiere zurückzuführen sind. Um eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos und somit einen Verstoß gegen § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG zu vermeiden, sind um alle Fledermauswinterquartiere mit regelmäßig mehr als 100 überwinternden Individuen Windenergiegebiete in einem Abstand unter 1.000 Metern abzulehnen (siehe „Empfehlungen zur Berücksichtigung tierökologischer Belange bei Windenergieplanungen in Schleswig-Holstein“). ***Zu 13 G: Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche*** Der Schutz der Kranich-Schlafgewässer ist bisher nicht ausreichend definiert. Es wird lediglich darauf hingewiesen, dass bei der Ausweisung von WEA im Umkreis von 3.000 m um landesweit bedeutsame Kranich-Schlafgewässer die Anforderungen des Artenschutzes zu berücksichtigen seien. Dabei fehlt zum einen ein klarer Ausschluss von WEA um die Schlafgewässer und auf der anderen Seite eine Definition, ab wann ein Schlafgewässer landesweit bedeutsam ist. In Anlehnung an LANU (2008) und das Helgoländer Papier sollte um sämtliche Kranich-Schlafgewässer, in denen regelmäßig mehr als 10 Kraniche rasten, ein Mindestabstand von 3.000 m eingehalten werden. Zu berücksichtigen ist ferner, dass die Qualität der Schlafgewässer jahrweise auf Grund von niederschlagsbedingten Wasserstandsschwankungen deutlich variieren kann. Durch zunehmend trockenere Jahre fallen Schlafgewässer weg, womit die verbleibenden Gewässer an Bedeutung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gewinnen. Im Kreis Herzogtum Lauenburg sind folgende Kranich-Schlafgewässer bekannt, um welche ein Abstand von 3.000 m notwendig ist: Duvenseer Moor, Hellmoor, Mechower Staufläche, NSG Oldenburger See, Pantener Moorweiher, Schaalsee, Wehrenteich und Wietingsbeker Vernässung. ***Zu 14 G: Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten*** Der Schutz von Nahrungs- und Rastgebieten ist bislang nicht einheitlich geregelt. Es wird lediglich erwähnt, dass die Anforderungen des Artenschutzes zu berücksichtigen seien. Traditionelle Rast- und Nahrungsgebiete von Singschwänen und Gänsen im Kreis Herzogtum Lauenburg liegen z.B. zwischen Gudow, Kehrsen, Hollenbek und Seedorf sowie entlang der Boize (Grünes Band, Grenze SH/MV). Diese Gebiete stehen in enger Beziehung zum Schaalsee und seinen Nebenseen im Vogelschutzgebiet Schaalsee-Gebiet und haben damit eine erhebliche Bedeutung für den Vogelschutz gemäß der Erhaltungsziele für das Schutzgebiet. Im Hinblick auf die Einhaltung der Erhaltungsziele des Vogelschutzgebietes müssen sowohl sämtliche bekannten Nahrungsgebiete als auch die Flugkorridore zwischen Schaalsee und Nahrungsflächen von WEA freigehalten werden. Auch das Duvenseer Moor mit seinen Acker- und Grünlandflächen im Umfeld hat sich im Winterhalbjahr als ein bedeutendes Rast- und Nahrungsgebiet u.a. für Singschwäne und Gänse entwickelt. Durch die Anhebung der Wasserstände wird das ehemalige Areal des Duvensees weiträumig überschwemmt. Die Schutzwürdigkeit als Naturschutzgebiet wurde bereits 2015 in einem Gutachten belegt. Daher sollte dieses Gebiet weiträumig von WEA freigehalten werden. Der Beirat fordert einen verbindlichen Schutzabstand von mindestens 1000m zu Nahrungsgebieten für Gänse- und Singschwäne. ***Zu 15 Z: Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung und 15 G Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung*** Der Vogelzug im Binnenland wird hier bislang nicht berücksichtigt. Es ist davon	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	auszugehen, dass das Zuggeschehen im Binnenland deutlich unterschätzt wird. Der Kreis Herzogtum Lauenburg liegt auf der Zugroute zwischen Ostsee/Fehmarnbelt und der Elbe. Die Fließgewässer Elbe, Elbe-Lübeck-Kanal, Stecknitz-Delvenau-Niederung haben eine wichtige Funktion als Flugleitlinien für Zugvögel. Die großen Seen Schaalsee und Ratzeburger See sowie weitere kleinere Seen sind Rastgebiete von nationaler bis internationaler Bedeutung. Die Errichtung von Windenergieanlagen entlang von Flugleitlinien oder in der Umgebung wichtiger Rastgebiete sehen wir als äußerst kritisch an. Der Beirat fordert in Anlehnung an das Helgoländer Papier, die genannten Flugkorridore von WEA freizuhalten und einen Mindestabstand von 1.200 m um Gewässer von mehr als 10 ha Größe einzuhalten. Zudem besteht eine Notwendigkeit, im Rahmen der WEA-Planungen auch im Binnenland Zug- und Rastvogelerfassungen durchzuführen. ***Zu 16 Z: Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten und*** ***16 G Wiesenvogel-Brutgebiete mit hohen Siedlungsdichten*** Durch die immer größer werdenden WEA mit zunehmendem Rotordurchmesser ergibt sich nicht nur eine höhere Gesamthöhe der Anlagen, sondern auch der Abstand der Rotoren zum Boden sinkt bis teilweise auf 30 m, womit nicht nur die Kollisionsgefahr hochfliegender und ziehender Arten, sondern auch die Kollisionsgefahr für Wiesenbrüter wie Kiebitz und Feldlerche steigt. Der Beirat begrüßt, dass WEA in Wiesenvogelbrutgebieten mit besonders hoher Siedlungsdichte ausgeschlossen sind und die Anforderungen des Artenschutzes zu berücksichtigen sind. Es fehlen jedoch einheitliche Kriterien. Ebenfalls fehlen Abstandsregelungen. So sind nach unserer Auffassung zu Wiesenvogelbrutgebieten mit hoher oder besonders hoher Dichte Sicherheitsabstände von 1.000 m zwischen Brutgebiet und WEA erforderlich. ***Zu 17 G: Brutplätze windkraftsensibler Großvögel*** Bei den windkraftsensiblen Greif- und Großvogelarten handelt es sich fast ausnahmslos um streng geschützte Vogelarten gemäß BNatSchG, um Vogelarten des Anhang I der EU-Vogelschutzrichtlinie und/oder um Arten der nationalen oder landesweiten Roten Liste. Der Schutz dieser Vogelarten ist damit von größter Priorität für den Natur- und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Artenschutz. Zu bekannten Brutplätzen der Groß- und Greifvögel müssen zwingend ausreichend große Abstände eingehalten werden. Es ist fachlich nicht vertretbar, dass die Abstandsregelung zu Brutplätzen der schlaggefährdeten Arten nur als Grundsatz und nicht als übergeordnetes Ziel eingestuft wurde. Für Seeadler und Schwarzstorch sind die genannten Abstände von 2.000 m nicht ausreichend, dringend wird die Erhöhung auf 3.000 m gemäß Helgoländer Papier empfohlen. Die Abstände von 1.500 m zum Rotmilan bzw. von 1.000 m zum Weißstorch sind zwingend einzuhalten, eine Einzelfallprüfung bezüglich einer Verringerung der Abstände auf 1.000 m für den Rotmilan oder 750 m für den Weißstorch ist artenschutzrechtlich nicht tragbar. Es fehlen Abstandsregelungen für die Arten Fischadler, Schwarzmilan, Wiesenweihe, Rohrweihe, Kranich und Wachtelkönig, welche mindestens 1.000 m betragen müssen. Das Brutvorkommen des Fischadlers im Kreis Herzogtum Lauenburg ist von höchster Bedeutung als bislang einziges bekanntes Brutpaar für das gesamte Land, nachdem die Art seit vielen Jahren im Land ausgestorben war. **4.5.1.5 Kultur und sonstige Sachgüter** Der Eiserne Vorhang teilte bis zum Jahr 1989 Europa auf einer Länge von über 12.500 Kilometern. Im Schatten dieser Grenze vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer entwickelte sich ein monumentales Naturdenkmal – das Grüne Band Europa. Die ehemalige innerdeutsche Grenze verbindet heute neun Bundesländer. Auch die Grenze zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg - Vorpommern gehört dazu. Damit trägt auch Schleswig-Holstein eine große Verantwortung, das „Grüne Band“ als Mahnmal und Lebensraum zu erhalten. In Mecklenburg-Vorpommern wird die Ausweisung des „Grünen Bandes“ in 2025 als Nationales Naturmonument erwartet. In Schleswig-Holstein startet 2024 ein vom Land Schleswig-Holstein **sowie vom Kreis Herzogtum-Lauenburg** gefördertes Projekt zur Sicherung des Biotopverbundes an der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern angesiedelt beim Zweckverband „Schaalsee-Landschaft“ um das „Grüne Band“ weiter zu entwickeln. Wir empfehlen, 1.000m Abstand zur Landesgrenze einzuhalten, um den Erhalt und die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	weitere Entwicklung des „Grünen Bandes“ nicht zu gefährden. **Schlussbemerkung** Der Beirat für Naturschutz des Landkreises Herzogtum Lauenburg hat der Übermittlung der vorliegenden Stellungnahme an die BOB SH Landesplanung zugestimmt. [redacted] Naturschutzbeauftragter im Kreis Herzogtum Lauenburg Für den Beirat für Naturschutz im Kreis Herzogtum Lauenburg	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1784	Sehr geehrte Damen und Herren, Ein weiterer Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein ist keinesfalls erforderlich, da Schleswig-Holstein schon einen grossen Anteil an der Erzeugung von Windstrom trägt. Dieser Strom kann an windreichen Tagen aber nicht abgeführt werden, da die Netze dafür nicht ausreichend sind.Zudem erhöhen sich dadurch die Stromkosten für die Verbraucher immer weiter. Speziell an der Westküste,zu. Amt Marne- Nordsee, rücken Windkraftanlagen immer weiter an Wohnbebauung heran und verhindern dadurch die Entwicklung von Dörfern und Siedlungen. Warum es für einige Städte "Schutzradien" erschließt sich mir auch nicht. Weiter erhöhen sich die Beeinträchtigungen der Anwohner durch Geräuschbelästigung, Körperschall und die Befeuerung/Beleuchtung der WKA.Desweiteren ist eine Umzingelung/Riegelbildund durch WKA abzulehnen. Die Beeinträchtigungen für Flora und Fauna werden nur unzureichend berücksichtigt. Flächen werden versiegelt und fallen aus der Lebensmittelproduktion heraus. Vögel und Fledermäuse werden von den Rotoren erschlagen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.1, 4.3, 4.9, 7.2.1, 7.2.15 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2310	**Stellungnahme gegen die Ausweisung neuer Potenzialflächen für Windkraft im Süden, Südwesten und Westen des Gemeindegebiets von Weesby** Als besorgter Bürger der Gemeinde Weesby möchte ich hiermit meine entschiedene Ablehnung gegenüber der Ausweisung neuer Potenzialflächen für Windkraftanlagen auf unserem Gemeindegebiet im Süden, Südwesten und Westen zum Ausdruck bringen. Angesichts der bereits erheblichen Belastungen durch bestehende Anlagen sowie weiterer Faktoren wie unzureichender Infrastruktur, wirtschaftlicher Nachteile für die Anwohner, gesundheitlicher Risiken und nicht zuletzt schwerwiegender naturschutzrechtlicher Bedenken, ist ein weiterer Ausbau der Windkraft in unserer Region nicht verantwortbar. **1. Bereits bestehende Belastung durch 64 Windkraftanlagen** Weesby und seine Umgebung sind bereits durch eine sehr hohe Dichte an Windkraftanlagen belastet. Innerhalb eines Umkreises von 5 Kilometern um den Ortskern stehen bereits 64 Windkraftanlagen, was zu einer deutlichen Beeinträchtigung der Lebensqualität führt. Insbesondere die visuelle Dominanz dieser Anlagen ist in unserer Region allgegenwärtig, und der Charakter der Landschaft wird durch die industrielle Nutzung stark beeinträchtigt. Ein zusätzlicher kritischer Punkt ist die Riegelbildung, die durch die Anordnung der Windkraftanlagen entsteht. Die Anlagen reihen sich entlang von Flächen und Wegen auf und bilden so eine regelrechte Barriere, die das Landschaftsbild zerschneidet und den natürlichen Lebensraum für Mensch und Tier erheblich beeinträchtigt. Diese „Wand“ aus Windkraftanlagen trennt nicht nur Gebiete voneinander ab, sondern sorgt auch für eine optische und psychologische Bedrängung der Anwohner, die sich von den riesigen Türmen umzingelt fühlen. Die Riegelbildung stellt außerdem eine weitere Bedrohung für Zugvögel dar, die in unserer Region regelmäßig Rast machen. Solche Barrieren können ihren natürlichen Zugwegen im Wege stehen und führen zu zusätzlichen Gefahren durch Kollisionen mit den Anlagen. Eine weitere Verdichtung des Windparks in unserer Region würde dieses Problem nur verschärfen und die ohnehin schon starke Belastung für Mensch und Natur	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 1.5, 2.11, 4.1, 4.9, 4.15, 4.16, 7.1.3, 7.2.5, 7.2.10, 7.2.11, 7.2.12 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	weiter erhöhen und auch die Attraktivität unserer Gemeinde als Wohnort weiter mindern. **2. Größe und Dominanz der Windkraftanlagen** Ein weiterer zentraler Kritikpunkt ist die enorme Größe und Dominanz der modernen Windkraftanlagen, die heute errichtet werden. Aktuelle Windkraftanlagen erreichen Höhen von mehr als 200 Metern Nabenhöhe, was ihre Präsenz im Landschaftsbild noch erdrückender macht. Diese gigantischen Bauwerke dominieren die Landschaft derart, dass der ländliche Charakter unserer Region nahezu vollständig zerstört wird. Das Problem wird zusätzlich dadurch verschärft, dass keine Höhenbegrenzung für Windkraftanlagen vorgesehen ist. Dies bedeutet, dass in Zukunft noch größere Anlagen errichtet werden könnten, was die Lebensqualität der Anwohner erheblich beeinträchtigen würde. Diese enormen Anlagen zerstören nicht nur das ästhetische Landschaftsbild, sondern führen auch zu einer erdrückenden psychologischen Wirkung auf die Menschen, die in ihrer unmittelbaren Nähe leben. Die ständige Sichtbarkeit und Präsenz der Anlagen schränkt das Gefühl der Freiheit und des Wohnkomforts erheblich ein. Ohne eine klare Begrenzung der Bauhöhen wird dieser Trend zu immer größeren und imposanteren Bauwerken in den kommenden Jahren fortgesetzt werden, was aus meiner Sicht nicht vertretbar ist. **3. Fehlende Infrastruktur und unzureichender Netzausbau** Ein weiterer Punkt, der gegen den Ausbau spricht, ist die mangelnde Infrastruktur, insbesondere der unzureichende Ausbau des Stromnetzes. Schon heute können viele der bestehenden Windkraftanlagen nicht kontinuierlich betrieben werden, da die Netzinfrastruktur überlastet ist und der erzeugte Strom nicht effizient abtransportiert werden kann. Stattdessen müssen Anlagen immer wieder abgeschaltet werden, was die Sinnhaftigkeit weiterer Anlagen infrage stellt. Ohne eine deutliche Verbesserung des Netzausbaus wäre der Bau zusätzlicher Windkraftanlagen ineffizient und schlichtweg unwirtschaftlich. **4. Wirtschaftliche Nachteile für die Anwohner** Auch wirtschaftlich bringt der Ausbau von Windkraftanlagen Nachteile für die Anwohner mit sich. Immobilien in der Nähe von Windkraftanlagen verlieren nachweislich an Wert, was insbesondere für Familien und ältere Menschen eine erhebliche finanzielle	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Belastung darstellt. Darüber hinaus profitiert die lokale Bevölkerung kaum von den wirtschaftlichen Erträgen der Windkraftanlagen, während sie gleichzeitig die negativen Auswirkungen wie Lärm und Sichtbehinderung tragen muss. Der Rückgang des Immobilienwerts führt zu einer ungleichen Verteilung der Lasten und Vorteile, was aus meiner Sicht nicht hinnehmbar ist. **5. Naturschutzbelange** Besondere Bedeutung kommt dem Naturschutz zu, der durch den Ausbau der Windkraft massiv gefährdet wäre. Das „Helgoländer Papier“, ein von verschiedenen Naturschutzverbänden erarbeitetes Dokument, legt Leitlinien zum Schutz von Vogelarten vor, die durch Windkraftanlagen besonders gefährdet sind. Darin wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Vögel wie Schwäne und Gänse, die häufig in unserer Region anzutreffen sind, durch Windkraftanlagen erheblichen Gefahren ausgesetzt sind. Besonders in Zug- und Rastgebieten, zu denen die Region um Weesby zählt, stellen die Windkraftanlagen eine tödliche Gefahr dar. Gänse und Schwäne, die hier häufig als Rastvögel anzutreffen sind, kollidieren immer wieder mit den Rotorblättern der Anlagen, was zu schwerwiegenden Verletzungen oder zum Tod der Tiere führt. Windkraftanlagen gefährden außerdem zahlreiche weitere geschützte Arten, darunter Greifvögel und Fledermäuse, die durch die hohen Türme und die großen Rotoren in Mitleidenschaft gezogen werden. Der Schutz dieser Arten, wie es das „Helgoländer Papier“ fordert, wird durch den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in unserer Region nicht gewährleistet. **6. Lärm und gesundheitliche Belastungen** Die gesundheitlichen Folgen der von den Windkraftanlagen ausgehenden Geräuschbelastung dürfen nicht unterschätzt werden. Der konstante Schall, der durch den Betrieb der Anlagen erzeugt wird, kann zu erheblichen Beeinträchtigungen wie Schlafstörungen, Stress und anderen gesundheitlichen Problemen führen. Besonders besorgniserregend ist der sogenannte Infraschall, der für das menschliche Ohr nicht wahrnehmbar ist, aber dennoch das Wohlbefinden der Menschen erheblich stören kann. Studien zeigen, dass Infraschall zu physischen und psychischen Gesundheitsproblemen führen kann, was gerade für Anwohner, die in unmittelbarer Nähe von Windkraftanlagen leben, eine ernstzunehmende Gefahr darstellt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	7. Mangelnde Bürgerbeteiligung und Transparenz Nicht zuletzt kritisiere ich die mangelnde Transparenz und Bürgerbeteiligung im gesamten Planungsprozess. Die Bürger werden zu selten in die Entscheidungsprozesse einbezogen, obwohl es gerade die Anwohner sind, die die negativen Folgen eines weiteren Ausbaus tragen müssen. Der fehlende Dialog zwischen den Akteuren und Bürgern schafft ein Klima der Entfremdung und des Misstrauens. Es ist daher dringend notwendig, die Belange der Bürger ernst zu nehmen und den weiteren Ausbau der Windkraft in unserer Region sorgfältig abzuwägen. **Schlussfolgerung:** Angesichts der bereits massiven Belastung durch 64 Windkraftanlagen im Umkreis von Weesby ist ein weiterer Ausbau absolut nicht vertretbar. Diese Anlagen dominieren das Landschaftsbild und beeinträchtigen die Lebensqualität der Bürger erheblich, insbesondere durch die Riegelbildung, die die Region förmlich zerschneidet. Hinzu kommt die völlig unzureichende Netzinfrastruktur, die den erzeugten Strom nicht effizient aufnehmen kann, was den Bau weiterer Anlagen sinnlos macht. Wirtschaftlich tragen die Anwohner vor allem die Nachteile: sinkende Immobilienwerte und kaum Nutzen von den Erlösen. Gleichzeitig gefährdet der Ausbau die Natur massiv – das „Helgoländer Papier“ zeigt klar, dass geschützte Vogelarten wie Gänse und Schwäne besonders betroffen sind. Diese ökologischen Schäden sind weder ethisch noch ökologisch vertretbar. Zudem gefährden Lärm und Infraschall die Gesundheit der Anwohner. Noch höhere Anlagen ohne Höhenbegrenzung verschärfen diese Probleme. Die negativen Folgen für Mensch, Natur und Landschaft überwiegen bei Weitem die vermeintlichen Vorteile. Daher lehne ich eine weitere Ausweisung von Potenzialflächen für Windkraftanlagen im Süden, Südwesten und Westen von Weesby entschieden ab.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1782	Stellungnahme zur Potenzialfläche PR1_SLF_065 Gemeinde Großsolt/Mittelangeln (OT Kollerup) Die historisch gewachsenen Dörfer Kollerup und – in direkter Nachbarschaft - Estrup verfügen über eine dominierende und gefestigte Wohnnutzung. Demzufolge ist hier ein Abstandspuffer für die entsprechenden Siedlungsbereiche mit Wohn- und / oder	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erholungsfunktion von 800 m einzuhalten. Der vorliegende Entwurf sieht jedoch lediglich 400 m vor. Im Rahmen der Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein, Kapitel 5.8 (Windenergie an Land) vom 29.12.2020 wurde hierzu bereits ein Abstandspuffer von 800 m vorgesehen (vgl. Datenblatt zur Potenzialfläche PR1_SLF_044 Schleswig-Flensburg). Es ist nicht erkennbar, weshalb sich diesbezüglich die fachliche Bewertung der Wohnfunktion der Siedlungsbereiche verändert haben sollte. Ferner ist der Umgebungsbereich der Ortslagen Kollerup / Estrup nicht durch Windkraftanlagen geprägt. Demzufolge sollte daher der erweiterte Abstandspuffer von 1.000 m Berücksichtigung finden. Die Potenzialfläche PR1_SLF_065 liegt in einem hochwertigen Landschaftsraum mit ausgeprägter Knickstruktur, kleinteiligen Waldflächen, offenen Fließgewässern und bewegtem Relief. Der gesamte südliche Teilbereich ist im Gutachten „Erarbeitung einer fachlichen Grundlage zur Abgrenzung von charakteristischen Landschaftsräumen als Ausschlussflächen für die Windenergienutzung“ (Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein (2016): erstellt durch das Büro Umweltplan) folgerichtig als Kernbereich charakteristischer Landschaftsräume dargestellt. Weshalb das genannte Gutachten, im Vergleich zur Teilaufstellung der Regionalpläne (Stand 31.12.2020), nicht mehr als Grundsatz der Raumordnung herangezogen wird, erschließt sich nicht. Die landschaftlichen Gegebenheiten haben sich schließlich weder im Bereich der Potenzialfläche PR1_SLF_065, noch landesweit erheblich verändert. Innerhalb der Potenzialfläche liegt mit dem Talraum der Bondenau / Treene ein Geotoppotenzialgebiet (Tunneltal Niesgrau / Lippingau - Sörup - Südensee - Mohrkich - Treßsee - Oeversee / Frörup) mit besonderer landschaftlicher Qualität. Diesem Umstand sollte im Rahmen der Abwägung ein hohes Gewicht beigemessen werden. Die landschaftliche Qualität wird durch die Darstellung der - nahezu – gesamten Potenzialfläche als Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft im gültigen Regionalplan für den Planungsraum V unterstrichen. Großräumig betrachtet befindet sich die Potenzialfläche in einem landschaftlich hochsensiblen Bereich zwischen dem Treßsee (NSG Obere Treenelandschaft), dem Winderatter See (LSG) sowie dem Südensee. Die Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen würde diese landschaftliche Qualität in erheblichem Maße beeinträchtigen. Hier sollte sich die Flächensuche auf bereits vorbelastete	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsteile konzentrieren. Der Potenzialfläche ist eine hohe artenschutzrechtliche Bedeutung im Rahmen der Abwägung beizumessen. Zum einen befinden sich im Umkreis bestätigte Brutplätze windkraftsensibler Großvögel (Seeadler Waldfläche Holzkoppel, Weißstorch in Estrup sowie in Bistoft und Obdrup), zum anderen ist der Talraum der Bondenau / Treene Teil des landesweiten Biotopverbundes. Dieser Talraum wird ganzjährig von Zug- und Standvögeln (z.B. Weißstorch, Seeadler, Rotmilan, Kraniche etc.) intensiv genutzt. Vor allem in den Wintermonaten versammeln sich auf den großflächigen Überschwemmungsbereichen in beiden Dorflagen zudem zahlreiche Gänse, Schwäne etc. Eine Ausweisung von Windvorrangflächen ist mit den Zielen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems in diesen Bereichen nicht vereinbar. Nicht zuletzt umschließt die Potentialfläche gerade das Dorf Kollerup von drei Seiten (südlich, östlich und nördlich). Eine Umzingelungswirkung der Wohngebäude durch Windenergieanlagen ist in jedem Fall zu vermeiden. Sollte eine Flächenauswahl im Rahmen der dieser Planung nachgelagerten Ausweisung von Vorranggebieten innerhalb der Potenzialfläche PR1_SLF_065 erfolgen, sind die Aussagen des Gutachtens „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ (Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (2013): Gutachten zur Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“, erstellt durch das Büro Umweltplan) zu berücksichtigen. Demnach darf eine Beeinträchtigung des Gesichtsfeldes von maximal 2/3 nicht überschritten werden. Ich bitte die vorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise hinsichtlich der Ziele und Grundsätze des vorliegenden Entwurfs im Rahmen des weiteren Planungsfortschrittes zu prüfen und entsprechend zu berücksichtigen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1781	Sehr geehrte Damen und Herren, nachfolgend möchte ich, unter Bezugnahme auf die Gemeinde Albersdorf (PLZ: 25767), Kreis Dithmarschen, im Zuge der „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024“ wie folgt Stellung beziehen:	Vorgeschlagen wird, WEA in Biotopschwerpunktbereichen und Wiesenvogelbrutgebieten mit hohen Siedlungsdichten komplett auszuschließen. Dem wird nicht gefolgt. Aus der Begründung zu den jeweiligen Grundsätzen geht hervor, dass eine Inanspruchnahme dieser Gebiete nur sehr restriktiv erfolgen soll, womit der Schutzzweck nicht grundsätzlich gefährdet wird.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Ziele der Raumordnung des ersten Entwurfes der LEP-Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ sind gut gewählt, um sowohl dem Schutzgut Mensch als auch dem erforderlichen Artenschutz, ohne dem zwingend erforderlichen Ausbau der Windenergie zu viel prozentualen Anteil der benötigten Landesfläche zu nehmen, gerecht zu werden. Es wäre gewiss möglich jedes einzelne Ziel als auch jeden einzelnen Grundsatz der Raumordnung zu kommentieren. Dies scheint mir aber nicht sinnvoll. Ich möchte lediglich hervorheben, wo ich Veränderungsmöglichkeiten sehe, die die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen könnten und zugleich Doppelnutzungen bei sich zuspitzender Flächenknappheit etablieren: - Der Ausbau der Windenergie sollte in Biotopschwerpunktbereichen kategorisch ausgeschlossen werden (evtl. Eingriff in bestehende Gebiete im Randbereich von 200 – 300m zulassen) - Der Ausbau der Windenergie sollte in ausgewiesenen Wiesenvogelbrutgebieten mit hohen Siedlungsdichten ausgeschlossen werden - Festgeschriebene 1.000m um Siedlungsbereiche würden eine deutliche Akzeptanzsteigerung herbeiführen (die Vorgehensweise, weshalb 800m als Ziel definiert sind, kann jedoch nachvollzogen werden – Ausnahmeregelung für „vorbelastete Bereiche“) -Aufgrund der immer mehr voranschreitenden Flächenknappheit sollten „Doppelnutzung“ einzelner Flurstücke bzw. Gemeindebereiche ermöglicht werden. Dies trifft unter anderem auf die zwei tragenden Säulen der Zukunft – Energiegewinnung und dem Abbau oberflächennaher Rohstoffe - zu. Daher wird es zunächst begrüßt, dass „Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe“ lediglich als Grundsatz der Raumordnung geführt werden und nicht kategorisch den Ausbau der Windenergie ausschließen. Man könnte jedoch, meines Erachtens nach, noch einen Schritt weitergehen und sowohl die Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe gänzlich als „Kriterium der Raumordnung“ entfallen lassen als auch die „Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe“ von einem Ziel zum Grundsatz herabstufen.	Dem Wunsch, in Vorbehalts- und Vorranggebieten für den Rohstoffabbau ein Doppelnutzung Rohstoffabbau und Windenergie zu ermöglichen wird nicht gefolgt. Hierzu wird auf Ziffer 5.7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2806	Stellungnahme zum Thema Windenergieanlagen (LEP Juni 2024) Als Bürgerin der Gemeinde Westensee im Kreis Rensburg-Eckernförde fühle ich mich von der **aktuellen Ausweisung von Eignungsflächen für Windkraftanlagen in diesem Ausmaß** in meiner unmittelbaren Umgebung stark betroffen. Informationen über diese Pläne und die veränderten Richtlinien und Ziele des LEP wurden der Öffentlichkeit von unserer Gemeindevertretung in Westensee erst in der letzten Woche, vier Tage vor Beendigung der Frist zu einer persönlichen Stellungnahme am morgigen Montag, bekanntgegeben. Aber auch die Frist, die das Ministerium angesetzt hat, erscheint mir recht kurz. Handelt es sich doch bei dem Thema um eines mit großer Tragweite für alle Betroffenen. **Wenn die Regierung die Anliegen ihrer Bürgerinnen und Bürger wirklich ernst nehmen will, sollte die Abgabefrist um 2-3 Monate verlängert werden.** Abgesehen davon möchte ich aber schon jetzt meine große Sorge darüber ausdrücken, dass nach den neuen Richtlinien Windräder in Zukunft auch in Landschaftsschutzgebieten wie hier bei uns errichtet werden dürfen. Auch dass die Höhenbegrenzung der Anlagen wegfallen soll und die Mindestabstandsregelung 3H/5H fallen soll, finde ich zutiefst beunruhigend. Wir leben hier im Naturpark Westensee und Umgebung in einer wunderschönen, einmaligen Wald- und Seenlandschaft; dass die Windenergienutzung hier wie im ganzen Land so hoch gewichtet wird gegenüber den ebenso schützenswerten Belangen von Mensch, Tier und Natur, vermag ich nicht einzusehen. Ich stelle mich damit gegen die Pläne der Landesregierung und werde mich in dieser Hinsicht auf lokaler Ebene auch politisch positionieren und engagieren. Mit freundlichem Gruß [redacted] P.S. Ich bitte um eine Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 3.17.1, 4.2.1, 7.1.5, 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2409	Stellungnahme A. Ich schließe mich den Stellungnahmen des Kreises Plön und der Gemeinde Lutterbek an: a. Stellungnahme des Kreises Plön zum Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 –	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel 4.5.1. (allgemeines Kapitel), *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* und *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanung beziehen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Änderung Kapitel 4.5.1 (Juni 2024). Beschlossen in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Tourismus am 03.09.2024. https://www.kreis-ploe.de/session/buergerinfo/si0057.php?__ksinr=5638 b. Stellungnahme der Gemeindevertretung Lutterbek, beschlossen am 04.09.2024 https://ratsinfo.amt-probstei.de/bi/vo0050.php?__kvonr=12356 B. Weiterführende Anmerkungen Ich wohne in [redacted] bei Laboe. Im Gebiet zwischen Laboe, Brodersdorf, Lutterbek und Stein planen Investoren auf dem Gebiet der Gemeinde Brodersdorf einen Windpark mit drei WEA von 250 Meter Höhe. In der Beschäftigung mit diesem Vorhaben und der Arbeit mit einer Vielzahl davon betroffener Bürger*innen in Brodersdorf und den umliegenden Gemeinden bin ich zu den folgenden Gedanken gelangt, die ich hiermit in das Beteiligungsverfahren zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land einbringen möchte. 1. Zustimmung zur Nutzung der Windenergie Generell stimme ich - wie die meisten Menschen in meiner Region - der Nutzung der Windenergie zu. Wir kennen die Anlagen der ersten Generation, die meist eine Höhe von 80-120 Meter Höhe (inklusive der Rotorblätter) haben, und haben in der Vergangenheit keine Einwände gegen Anlagen dieser Dimension, die es bei Laboe gibt, geltend gemacht. Wir denken jedoch, dass Anlagen, die die doppelte bis dreifache Höhe haben, nicht in der Nähe zu Dörfern, Kleinsiedlungen und städtischen Wohngebieten errichtet werden sollten. Die folgende Grafik veranschaulicht (maßstabsgetreu) die Höhe der im umstrittenen Windpark Brodersdorf geplanten Anlagen im Verhältnis zu den bisherigen WEA und sonstigen Bauten der Region. Mit 250 Metern Höhe wären die geplanten Anlagen 30 Meter höher als der Kieler Funkturm, dreimal so hoch wie die existierenden Anlagen und das Laboer Ehrenmal. Anlagen dieser Höhe sollten nicht in 400, 800 oder auch 1000 Meter Entfernung zu Orten gebaut werden. [Abbildung: Vergleich Höhen von verschiedenen Bauwerken: EFH, Ehrenmal, Windrad Laboe, Geplante WKA]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5, 3.17, 7.1.1 sowie 7.1.3, 7.1.7, 7.2.10, 7.2.11 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2. Gründe für die Ablehnung industrieller WEA in der unmittelbaren Nachbarschaft zu Siedlungen Ich selbst und die meisten anderen Anwohner*innen lehnen die geplanten WEA aus den folgenden Gründen ab: Beeinträchtigte Lebensqualität durch Lärm, Infraschall, Schattenwurf und Positionslichter. Zerstörung des Landschaftsschutzgebiets Hagener Au. Gefährdung des benachbarten Seeadlerhorsts und der Vogelzugsroute von Stein Richtung Brodersdorf und weiter ins Inland. Beeinträchtigung von Naherholung und Tourismus. Wertverluste für Immobilien. Diese Gründe sind in den Stellungnahmen des Kreises und vieler anderer Bürger*innen im Detail begründet. Ich beschränke mich deshalb auf einige ausgewählte Aspekte. 3. Keine Errichtung von WEA in Landschaftsschutzgebieten Ich wende mich gegen die Errichtung von WEA in Landschaftsschutzgebieten. Landschaftsschutzgebiete sind eingerichtet worden, um die wertvollsten Landschaften vor der Zerstörung oder Beeinträchtigung zu bewahren. WEA der heutigen Größen schädigen Landschaften und das Landschaftsbild massiv. Sie sollten grundsätzlich nicht in Landschaftsschutzgebieten errichtet werden. In Schleswig-Holstein und auch im Kreis Plön stehen hinreichend Flächen außerhalb von Landschaftsschutzgebieten zur Verfügung. Insbesondere sollten WEA in Schleswig-Holstein vorrangig in Gebieten errichtet werden, die bereits lärmverseucht sind, zum Beispiel in Korridoren entlang von Autobahnen wie der A7. 4. Größe von WEA an Land und Abstandsregelungen Die Regelungen zum Mindestabstand von WEA von Orten nehmen nicht hinreichend Rücksicht auf das massive Wachstum der Höhe und Größe von WEA in den vergangenen 20 Jahren. Sie stammen aus einer Zeit, in der WEA eine Höhe von 80-120	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Meter hatten. Ein Abstand von 1.000 Meter zu Wohnsiedlungen entsprach damals der 10-fachen Höhe der üblichen WEAs. Derzeit werden meist WEA in Höhen von 200-250 Meter projektiert. Anlagentypen mit Höhen über 300 Meter befinden sich in der Entwicklung und werden in den kommenden Jahren auf den Markt kommen. Auch zu diesen Anlagen sollte ein Mindestabstand der 10-fachen Höhe (inklusive Rotor) gesetzlich vorgeschrieben werden, um Belästigungen durch Lärm und Infraschall für Menschen zu minimieren. WEA von Größen über 200 Meter sollten grundsätzlich nur offshore errichtet werden, um negative Auswirkungen auf Menschen zu reduzieren. Wenn es dem Land nicht möglich ist, diese Abstände vorzuschreiben, sollten im LEP Wind Vorrangflächen ausgewählt werden, die diese Abstände implizit einhalten. 5. Infraschall Von Vertretern der Windkraftindustrie wird generell behauptet, dass WEA keinen Infraschall abgeben. Das ist offensichtlich unrichtig, wie Untersuchungen und auch eigene Gespräche mit Anwohner*innen von Windparks ergeben haben, die ich in Fiefbergen und an weiteren Orten geführt habe. Der Infraschall (Frequenzen unter 20 Herz) wird bei der Bewertung der Schallemission von WEA nach Bundesimmissionsschutzgesetz nicht hinreichend bewertet. Die Bewertung von Infraschall, der von vielen Menschen als sehr störend empfunden wird und nach neueren Forschungsergebnissen auch gesundheitsschädlich sein kann, muss gesetzlich geregelt werden. Es müssen Höchstwerte festgelegt werden, die gesundheitliche Schädigungen und Schlafstörungen ausschließen. Die relevanten Gesetze und DIN-Normen (z.B. die DIN 45680) müssen entsprechend angepasst werden. Die heute gültigen Abstandsregeln zu Wohngebieten sind unter Berücksichtigung von Infraschall völlig unzureichend. Es sollten Mindestabstände vom 10-fachen der Höhe der geplanten WEA gesetzlich festgelegt werden. Quellen zum Thema Gesundheitsprobleme durch Infraschall finden sich unter „C.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anlage“. 6. Schutz der Vogelzugsroute Der in Brodersdorf geplante Windpark liegt mitten in einer regionalen Vogelzugsroute. Eine große Zahl von Graugänsen, Kormoranen und anderen Vögeln zieht entlang der Ostseeküste von Osten kommend Richtung Stein und biegt dort ins Inland ab (und ebenso in entgegengesetzter Richtung). Die Vögel fliegen abends auf beiden Seiten der Hagener Au über das Landschaftsschutzgebiet ins Inland und morgens in entgegengesetzter Richtung. Dies betrifft je nach Jahreszeit täglich Hunderte bis Tausende von Vögeln. Darüber hinaus wird diese Vogelzugsroute auch für jahreszeitabhängige Wanderungen über größere Entfernungen genutzt. Ein Gutachten (Dipl. Biol. Bernd Koop, Ornithologische Untersuchung zum Windenergiekonzept des Kreises Plön, Mai 1996) kam deshalb 1996 zu dem Schluss, dass die Gemeinden Lutterbek, Brodersdorf, Laboe, Stein… ungeeignet für den Bau von WEA sind. 7. Einseitige Bevorzugung von Investoren-Interessen gegenüber den Schutzbedürfnissen von Anwohnern und Natur Die derzeitige Rechtslage rund um Planung, Errichtung und Betrieb von Windparks bevorzugt die finanziellen Interessen von Investoren (Profit), Landbesitzern (Pachteinnahmen) und Gemeinden (Beteiligung, Steuern) gegenüber den Schutzinteressen von Anwohner*innen und Umwelt. Hier muss eine ausgewogenere Gewichtung gefunden und gesetzlich verankert werden. Dazu können die folgenden Maßnahmen beitragen: 7.1. Bürgerbefragung und Bürgerentscheide als verbindlicher Bestandteil von Planungsverfahren zur Errichtung von Windparks. Es sollte gesetzlich vorgeschrieben sein, dass alle Bürger*innen einer Gemeinde, besser alle Anwohner*innen im Umkreis des 10-fachen der Höhe der geplanten Anlagen, befragt werden, ob sie der Planung und Errichtung eines Windparks zustimmen. Hier sollten dieselben Quoren und erforderlichen Mehrheiten gelten wie im Bürgerentscheid (Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein, §16g, https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/jlr-GemOSH2003pG4). Abgelehnte Vorhaben sollten den Bürger*innen frühestens nach 10 Jahren erneut zum Entscheid vorgelegt werden dürfen.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Gesetzlich vorgeschrieben Bürgerbefragungen und Bürgerentscheide sollten insbesondere Bestandteil von Zielabweichungsverfahren sein damit es ausgeschlossen ist, das WEA gegen den Willen der Anwohner*innen errichtet und betrieben werden, wie es derzeit in der Gemeinde Brodersdorf erfolgt. Beispiel der Gemeinde Brodersdorf Die Mehrheit der Gemeindevertretung Brodersdorf versucht gegen den Willen einer großen Mehrheit der Einwohner*innen ein Zielabweichungsverfahren für einen Windpark durchzuführen. Bei einer Petition der Bürger*innen (Unterschriftenliste, im Auguste 2024) ergab sich folgendes Ergebnis: Text der Petition: „Wir fordern die Gemeindevertretung auf, die beschlossenen Vorplanungen (Einleitung eines Zielabweichungsverfahrens) für eine großtechnische Anlage mit drei 250m hohen Windrädern in dem Landschaftsschutzgebiet „Hagener Au“ sofort zu stoppen. Das betroffene Gebiet ist unser Naherholungsgebiet mit einer besonderen Eignung für das Natur- und Landschaftserlebnis. Wir fordern die Gemeindevertretung weiterhin auf, gemeinsam mit den Brodersdorferinnen und Brodersdorfern eine alternative Wärme- und Energieplanung zu beginnen, die an den realen Gegebenheiten unseres Dorfes ausgerichtet und dabei zukunftsorientiert im Sinne einer Energiewende ist.“ Wahlberechtigte über 16 Jahre: 346 Bürger*innen, die die Errichtung eines Windparks ablehnen: 221 (das entspricht 64%) Bürgermeisterin und Gemeindevertretung Brodersdorf ignorieren das Ergebnis der Petition jedoch, da die Befragung nicht gesetzlich vorgeschrieben ist. Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel der Gemeinde Barsbek, die am 1.9.2024 ihre Bürger*innen zur Planung eines Windparks im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens befragte. Nachdem die Mehrheit der Bürger*innen sich gegen die Planung eines Windparks aussprach, folgte die Gemeindevertretung diesem Votum. 7.2 Landesweites Ranking von Vorrangflächen für Windenergie nach Impact auf Mensch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Natur Alle Potenzial- und Vorrangflächen für Windenergie sollten landesweit hinsichtlich ihres Impacts auf Mensch und Natur gerankt werden. Baugenehmigungen für Windparks sollten dann vom minimalen Impact aufsteigend vergeben werden, um die Belastung für Menschen und Natur in Schleswig-Holstein so gering wie möglich zu halten. Die Minimierung negativer Auswirkungen der Windenergie sollte C. Anlage: Quellen zum Thema Infraschall Der Streit um die Windkraft | WDR Doku (2020) https://www.youtube.com/watch?v=6URMSMrE0T0 Krank durch Infraschall: Der Kampf gegen Windkraftanlagen | SPIEGEL TV (2015) https://youtu.be/kz-gPc2cKXU?si=DleUPx4hupqKBXIN Sven Johannsen, Sachverständiger, der sagt, dass die neuen immer größeren WEA mehr Infraschall emittieren: https://umweltmessung.com/wir/ Über 50 Windräder in einem Dorf - Infraschall macht krank (ZDF, 2018) https://youtu.be/hDxO4ZIjz0c?si=R3uCXdw0DRLK3xoM Weitere Quellen zum Thema Infraschall https://gesundheitskompass-mittelhessen.de/1174-1000-m-abstand-zu-windradern-ist-zu-wenig/ https://www.aerztefuerimmissionsschutz.de/ https://www.welt.de/wirtschaft/article230800405/Windkraft-Gesundheitsrisiko-steigt-durch-den-Schall.htm	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2652	Sehr geehrte Damen und Herren, Sie haben um Hinweise zur Planung Windenergie an Land gebeten, gerne maile ich	Die Berücksichtigung von Abschattungseffekten der WEA untereinander kann auf Ebene der Raumordnung nicht geregelt werden. Dies wäre ein zu weit gehender Eingriff in

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ihnen meine Vorschläge: **Hinweise zur Planung Windenergie an Land** **Anlagengröße, Abschattungseffekte und Standortwahl** **Die Entwicklung der Windindustrie führt zu immer größeren Windkraftanlagen und zu einer dichten Bebauung von Windindustriegebieten. Die politisch beabsichtigte Konzentrierung von Windkraftanlagen verstärkt diese Entwicklung.** **Mit der Größe der Windkraftanlagen potenzieren sich die gegenseitigen Abschattungswirkungen mehrerer Anlagen. Die Bebauung von Windindustrieflächen muss die durch Abschattungs- und Turbulenzeffekte (Wake-Effekte) bedingten Ertragsminderungen berücksichtigen, die im Einzelfall bis 40% betragen können. Repowering in Luv und in der Hauptwindrichtung von Potential- und Vorrangflächen muss vermieden werden. Dies sollte ohne Ausnahme gelten, wenn die Repowering-Anlagen nicht im Abwägungsbereich für Windenergienutzung liegen und den Windertrag in den politisch festgelegten Windvorranggebieten mindern.** ***Begründung:*** Größere Anlagen haben größere Ertragsminderungen bei benachbarten Anlagen zur Folge. Dies wird von der Windindustrie nicht berücksichtigt und führt zu einer zu engen Bebauung, die Energiegewinnungsverluste von 10-20 % (bis 40%) in Kauf nimmt, d.h. eine erhebliche Anzahl der Windkraftanlagen bringt keine Energieerträge sondern nur unerwünschte Wirkungen. Das Vorgehen ist dennoch wegen der subventionierten Strompreisgestaltung profitabel. Da Bürger*innen über Strompreis oder Steuern die Kosten der Energiewende tragen und die Anwohner*innen zusätzlich zu den Kosten den negativen Wirkungen von Windkraftanlagen ausgesetzt sind, muss eine Bebauung vermieden werden, die voraussehbar in erheblichem Maß Wake-Effekte in Kauf nimmt. Die Errichtung von Windkraftanlagen in Luv und in der Hauptwindrichtung von Potentialflächen führt durch Abschattung und Turbulenzen über der Potentialfläche und senkt dort den Energieertrag erheblich. Es macht die Planung von Vorranggebieten unsinnig, wenn die Windkraftanlagen insbesondere außerhalb von Vorrang- oder Potentialflächen errichtet werden und letztere abschatten. **Die Abstandsregelungen sollten die Himmelsrichtung berücksichtigen.**	Eigentumsrechte und darüber hinaus nicht administrierbar. Stellschrauben wäre eher auf bundesgesetzlicher Ebene , die aber nicht Gegenstand dieses Verfahrens ist. Eine Berücksichtigung der Himmelsrichtung bei Abständen zur Wohnbebauung wird nicht für erforderlich gehalten. Beschattungszeiten über die Richtwerte hinaus werten durch Abschaltautomatiken geregelt. Auch die Berücksichtigung der Hauptwindrichtung bei den Abständen ist nicht erforderlich. Die Landesplanungsbehörde hat bei der Formulierung der Abstände schon den Worst Case des voll sichtbaren Rotors angenommen. Zur geforderten Freihaltung von Naherholungsräumen und Landschaftsschutzgebieten wird auf die Ziffern 3.15.1 und 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Lärmauswirkungen von WEA wird auf Ziffern 7.3.2 und 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Frage der Aktualisierung von Kartengrundlagen: Die Landesplanungsbehörde hält ihre Datenbestände laufend aktuell und prüft und verarbeitet kontinuierlich Informationen von Anwohner und Projektierern.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Begründung: Die Aufhebung der höhenabhängigen Abstandsregelung sowie der Rotor-In-Regelung führt zu einer stärkeren Bedrängung der Anlieger. Mehrere Windkraftanlagen haben bei der üblichen dichten Bebauung eine größere Wucht in Bezug auf Lärm- und Lichtemissionen, periodische Schattenwürfe und optischen Bedrängung im Vergleich zu Einzelanlagen. Für die Anlieger ist es für ihre Lebensqualität als auch für den Wert Ihrer Immobilie von großer Bedeutung, ob die Windindustriefläche nördlich oder südlich ihres Wohnortes stehen; ob nordseitige oder wertvolle südseitige, intensiv genutzte Lebensräume, wie Wohnzimmer, Terrassen oder Gärten, von den nachteiligen Wirkungen der Windkraftanlagen wie z.B. Lärm- und Lichtemissionen, Schattenwurf oder optischer Bedrängung betroffen sind. **Die Abstandsregelungen sollten die Hauptwindrichtung berücksichtigen.** ***Begründung:*** Rotoren drehen sich quer zur Windrichtung. Die größte optische Bedrängung wird ausgelöst, wenn Windkraftanlagen in der Hauptwindrichtung eines Wohnortes stehen. Dann blicken die Bewohner*innen frontal auf die gesamte bestrichene Rotorfläche. Die Bürger*innen, die im Norden und in Lee der Hauptwindrichtung im Außenbereich wohnen, werden vom Gesetzgeber eklatant benachteiligt in ihrer Lebensqualität und dem Wohnwert. Der Wert der Immobilie, die u. U. lange vor der Errichtung von Windkraftanlagen erworben/errichtet wurde, wird erheblich gemindert. Der Abstand zu Wohnorten, die im Norden und in der Hauptwindrichtung liegen, muss der Abstand auch im Außenbereich auf wenigstens 5 H vergrößert werden. **Die Regionalplanung sollte die Bedeutung von Naherholungsgebieten für die tägliche Erholung bei der Planung von Windkraftanlagen und der Bewertung von Abwägungsbereichen berücksichtigen. Landschaftsschutzgebiete haben für die Naherholung eine große Bedeutung und sollten von einer Bebauung mit Windkraftanlagen ausgenommen und ein Repowering ohne Ausnahme verboten sein.** ***Begründung:*** Die Konzentration des Schutzes auf Wohngebiete ist angesichts der Bebauungsdichte und Höhe von Windindustriegebieten nicht mehr zeitgemäß. Die vor kurzem aktualisierten Maße der Referenzwindkraftanlage sind bereits in Höhe und Rotordurchmesser von der Wirklichkeit überholt. Dadurch wird unnötig viel Fläche für die Windenergiegewinnung ausgewiesen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die gesellschaftlich geforderte Mobilität der Arbeitenden macht insbesondere die fußläufige Erreichbarkeit von Erholungsgebieten immer notwendiger. Es kann nicht sein, dass es notwendig wird, sich auf der Suche nach Ruhe und ungestörter Natur nach Feierabend wieder ins Auto setzen müssen, um solche Ruhegebiete zu erreichen. **Die Regionalplanung für Windkraftanlagen muss die absehbaren Entwicklungen des Flug-, Bahn-, LKW- und PKW-Verkehrs und die Entwicklung der Regionen berücksichtigen. Das gilt insbesondere für die Konzentrierung von mehreren Windkraftanlagen in einem Windindustriegebiet. Windkraftanlagen, die innerhalb eines Abstandes von 2,5 km liegen, sind als ein Windindustriegebiet zu behandeln, auch wenn Verwaltungsgrenzen überschritten werden.** ***Begründung:*** Die Regionalplanung für Windkraftanlagen betrifft eine Flächennutzungsdauer von 20 - 30 Jahren und trifft eine Vorentscheidung über die Verhältnisse für die folgenden Jahrzehnte. Die Wohn- und Lebensqualität Gemeinden, die in Entwicklungskorridoren, Metropolregionen als auch in der Nähe von Verkehrsachsen und An- und Abflugzonen liegen, wird durch deren Verkehrslärm belastet. Hier geht es nicht nur um Grenzwertüberschreitungen sondern um den Erhalt/Verbesserung der Attraktivitä von Gemeinden. Deshalb sind fußläufig erreichbare Naherholungsgebiete und Landschaftsschutzgebiete außerordentlich wichtig. In Windindustriegebieten kommt es zu einer Überlagerung der Schallausbreitung der einzelnen Windkraftanlagen, die sich zum einen in einem stark erhöhten Lärmpegel, zum anderen zu einem starken und deutlich wahrnehmbaren Schwanken der Gesamtlautstärke („Wuschen“) während einer Zeitperiode äußert. Diese Lautstärkeschwankungen werden vom Menschen als wesentlich belastender empfunden als konstanter Lärm. Die physiologischen Wirkungen sind untersucht und zweifelsfrei belegt. Da die Lautstärkeschwankungen unmittelbar aus der Überlagerung der Schallfelder entstehen, ist dieser Effekt umso stärker, je mehr Windkraftanlagen in räumlicher Nähe zu einander stehen und je größer diese Windkraftanlagen sind. Hier wirkt sich eine Verdichtung der Windkraftanlagen-Standorte stark negativ aus. Die Lautstärke einer einzelnen Windkraftanlage hat sich in den letzten 10 Jahren lt. Herstellern nicht verändert, die Gesamtlautstärke ist durch die erheblich größer gewordene Rotorflächen jedoch wesentlich erhöht. Damit haben sich die genannten Effekte signifikant verstärkt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Beispiel: Im wichtigen holsteinischen Entwicklungskorridor entlang der BAB A1, der europäische Bedeutung hat und sich dynamisch entwickeln wird, gilt es insbesondere die Veränderungen zu berücksichtigen, die sich kurzfristig aus der Fertigstellung des B404-Ausbaus zwischen der BAB A1 und BAB 24 und mittelfristig aus der Eröffnung des Fehmarnbelt-Tunnels ergeben. Abgesehen vom Zusammenwachsen der Metropolregionen Hamburg und Kopenhagen, die einen Entwicklungsschub erfahren werden, wird die Eröffnung des Tunnels rasch zu einer erheblichen Verlagerung des LKW-Verkehrs von der A7, aus Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen auf die A1 und B404 führen. Das Gebiet um das Bargteheider Kreuz liegt darüber hinaus im Fluglärm der Anflugzonen der Flughäfen Hamburg-Fuhlsbüttel und Lübeck- Blankensee. Daneben wird die A1 als Leitstruktur von überfliegenden Flugzeugen genutzt. Insbesondere die Gebiete und Orte östlich der A1, der B404/A21 sind verstärkt Verkehrslärm ausgesetzt, der auf Grund der Hauptwindrichtung aus Südwest nach Osten vertragen wird. In Entwicklungskorridoren von Schleswig-Holstein sind ruhige Naherholungsgebiete für die Einwohner*innen von besonderem Wert für die Lebens- und Wohnqualität der Orte und Gemeinden. In diesen Korridoren sollte die Bebauung mit Windkraftanlagen äußerst restriktiv erfolgen und Landschaftsschutzgebiete von einer Bebauung gänzlich ausgenommen werden. **Landschaft, Lärm und periodischer Schattenwurf: Landschaftsschutzgebiete sollten zu Ruhegebieten ohne weitere lokale industrielle Einflüsse entwickelt werden.** ***Begründung:*** In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplan 2021 ist die Bedeutung der Landschaft und Landschaftsschutzgebieten beschrieben (s.u.). Dem ist nichts hinzuzufügen. Deshalb sollten Landschaftsschutzgebiete als harte Ausschlusskriterien für die Abwägung von Windenergiegewerbeflächen definiert und insbesondere ein Re-powering in Landschaftsschutzgebieten ausgeschlossen werden. Wenn in der Nachbarschaft Potenzialflächen außerhalb von Landschaftsschutzgebieten ausgewiesen sind, sollten in einem Landschaftsschutzgebiet Ausnahmeregelungen für ein Repowering nicht möglich sein. *„Unter dem Schutzgut Landschaft werden das Landschaftsbild, das visuell, olfaktorisch und auditiv vom Menschen wahrgenommen werden kann, sowie die natürliche beziehungsweise landschaftsgebundene Erholungseignung der Landschaft verstanden.*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Beide Aspekte überlagern sich derart, dass das Landschaftsbild ein wesentlicher Teilaspekt der natürlichen Erholungseignung eines Raumes darstellt. Nach § 1 BNatSchG sind Natur und Landschaft im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln, dass die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert aufgrund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage des Menschen und seiner Gesundheit nachhaltig gesichert sind…“(S.62) „Landschaftsschutzgebiete sind nach §26 BNatSchG Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist…Wesentlicher Schutzzweck ist zumeist der Schutz des charakteristischen Landschaftsbildes und der Erholungseignung der Landschaft. In einem Landschaftsschutzgebiet sind nach Maßgabe näherer Bestimmungen alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen…“(S.63) „*Lärm wird in Deutschland als eine besonders störende Umweltbelastung empfunden…“*(S. 37) „*In Schleswig-Holstein ist dabei in der freien Landschaft auch der periodische Schattenwurf durch die Bewegung der Rotoren von Windenergieanlagen von Belag…“*(S.39, Landesentwicklungsplan SH, Umweltbericht und Zusammenfassende Erklärung (Teil D LEP-SH Fortschreibung 2021 PDF) abgerufen am 6.3.2024). **Verbindliche Festlegung eines zugänglichen Kartenwerkes als Basis aller Planungen** ***Begründung:*** Die lokalen Verhältnisse ändern sich laufend und müssen allen Planungsbeteiligten unverzüglich zur Kenntnis gebracht werden, um Diskussionen auf einheitlicher Grundlage, die der Realität entspricht, führen zu können. Es muss ein digitales Kartenwerk zur Verfügung gestellt werden, das für Bürger*innen zugänglich ist. Im Fall von Abweichungen von der Realität muss es Bürger*innen möglich sein, Änderungen zu beantragen und unverzüglich einpflegen zu lassen. ***Beispiel:*** Die Ausgaben 2020 und 2013 der Karte TK50 Trittau L2328 enthalten nicht zwei kleine Waldstücke im westlichen Schiphorster Gebiet, die in den Ausgaben 2016 und 2022 der Karte TK25 2228 Steinburg enthalten waren. In Wirklichkeit existieren beide Waldstücke seit mindestens 30 Jahren. Es ist eine Frage der laufenden Aktualisierung des Kartenwerkes und keine Frage der Größe, da kleinere Waldstücke in der TK 50 verzeichnet sind. **Die Folgen einer langjährigen, intensiven Windindustrialisierung sind gut**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dokumentiert: Der Landkreis Dithmarschen wurde in den letzten Jahrzehnten zu einem der führenden Windindustriestandorte in Deutschland. Den Preis tragen nicht zuletzt die Liegenschaftsbesitzer mit den niedrigsten Preisen für Grundstücke, Einfamilienhäusern und Doppelhaushälften (1). Dithmarschen ist der einzige Kreis in Schleswig-Holstein der einen Bevölkerungsrückgang von 2011-2022 zu verzeichnen hat, während in Schleswig-Holstein die Einwohnerzahl wächst. Vor allem junge Menschen ziehen aus Dithmarschen weg, dadurch wird die Bevölkerung immer älter (2). Offensichtlich hat die Windindustrie nicht zur Attraktivität dieses Landkreises beigetragen. *(1) https://www.schleswig-holstein.de/mm/downloads/LVermGeoSH/Gaa/gaZgMarktbericht2022_neu.pdf, abgerufen 15.7.2024* *(2) Weniger Menschen im Kreis Dithmarschen als angenommen (ndr.de, Stand 26.06.24 10:40 Uhr)* In der Hoffnung auf Berücksichtigung meiner Hinweise und freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] 08.09.2024 für die [redacted] [redacted] [redacted] [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit:		Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise /

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: 1780	Hiermit möchte ich erhebliche Bedenken zu dem Entwurf des neuen LEP Windenergie SH und den hier aufgeführten Potenzialflächen der Gemeinde Achterwehr/Westensee erheben. Es sind nicht nur erhebliche Auswirkungen auf den Menschen sondern auch auf die Tierwelt, insbesondere auf hoch geschützte Arten der Avifauna und ihrem Lebensraum zu erwarten. Der Westensee stellt, als FHH und EU Vogelschutzgebiet einen wichtigen Rast-, Ruhe und Reproduktionsraum für zahlreiche Tierarten insbesondere aber Greif- und Zug/Wasservögel dar. Dies ist im Rahmen der Ausweisung voll umfänglich zu Prüfen und zu berücksichtigen. Die Potenzial- und Vorrangflächen für den Bau von Windkraftanlagen liegen nördlich, Westlich und südlich des Westensees und stellen daher eine erhebliche Einschränkung für die Avifauna in Bezug auf den An- und Abflug dar. Insbesondere Zugvögel wie der Singschwan, der Kranich sowie Seeadler und Rotmilan würden hier, neben der hohen Kollisionsgefahr, stark in ihrem Lebens- und Rastraum eingeschränkt. Zudem ist hier das hohe Potenzial zu unterstreichen, dass die Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe zu Horsten streng geschützter Arten (Seeadler, Rotmilan, Uhu, Weißstorch) stehen und diese damit verloren gehen. Auch werden die Belange der Gemeinde/Einwohner sowie die Funktion eines beliebten Naherholungsgebietes nicht ausreichend berücksichtigt. Die bestehenden Entscheidungskriterien für den Bau von Windkraftanlagen im Naturpark und LSG Westensee sind unbedingt zu berücksichtigen und entsprechend zu prüfen. Insbesondere in Hinblick auf die Erhaltungsziele des FFH Gebietes, welche im Managementplan DE-1725-392 „Gebiet der Oberen Eider inkl. Seen“ entsprechend definiert und festgesetzt wurden, stellen die Potenzialflächen einen deutlichen Eingriff, insbesondere für die Avifauna dar: „…Die im Amtsblatt für Schleswig-Holstein veröffentlichten Erhaltungs- und Wiederherstellungsziele für das Gebiet DE-1725-392 „Gebiet der Oberen Eider inkl. Seen“ ergeben sich aus Anlage 2a und sind Bestandteil des Managementplans...	Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 4.1, 4.3, 4.20, 3.17 und 3.18 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	...Übergreifendes Schutzziel für das EU-Vogelschutzgebiet ist die Erhaltung stabiler und reproduktionsfähiger Brutpopulationen sowie der Gastvogellebensräume für Nahrung suchende, rastende und ggf. überwinternde Vogelarten. Zum Schutz der Großvogelarten sind im Gebiet im Umfeld der Brut- und Rasthabitate Räume zu erhalten, die weitgehend frei von baulichen Anlagen sind, die Sichthindernisse oder Gefährdungen darstellen oder Störungen verursachen, wie z. B. Stromleitungen und Windkrafträder..." ...Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind über die Auswahl und Meldung von Natura 2000-Gebieten hinaus gem. Art. 6 der FFH-Richtlinie und Art. 2 und 3 Vogelschutz-Richtlinie verpflichtet, die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen festzulegen, um in den besonderen Schutzgebieten des Netzes Natura 2000 eine Verschlechterung der natürlichen Lebensräume und Habitate der Arten zu vermeiden. Dieser Verpflichtung ist das Land Schleswig-Holstein im Rahmen der föderalen Zuständigkeiten mit dem Managementplan vom 22.12.2017 für die besonderen Schutzgebiete DE 1725-392 „Gebiet der Oberen Eider incl. Seen“ und DE 1725-401 „NSG Ahrensee und nordöstlicher Westensee“ nachgekommen…“ Aus oben genannten Gründen bin ich gegen den Bau der Windkraftanlagen innerhalb der Gemeinde Achterwehr/Naturpark Westensee (s. ausgewiesene Potenzial und Vorrangflächen).	
Institution: Gemeinde Borstel ID: M2520	Sehr geehrte Damen und Herren, gerne hätten wir als Gemeinde unsere Stellungnahme über das BOB-Online-Portal abgegeben. Doch leider hat es auch nach mehrmaligem Probieren nicht funktioniert und wir haben nur die Auskunft erhalten, dass wir für den ausgewählten Nutzungsbereich keine Berechtigung haben. Wir haben Ihnen die Stellungnahme hier als Fließtext und als PDF in den Anlagen hinterlegt. Nun zu Ihrem Vorhaben: Die erneute Suche nach Vorranggebieten in unserem Gemeinde- und Kreisgebiet (PLZ 24616) sorgt aktuell für starke Irritationen der Bürger vor Ort. Wir wurden als Gemeinderate bedauerlicherweise nicht früh genug informiert. Das Amt Bad Bramstedt-Land hat uns als Gemeinde erst am Freitag, dem 30. August 2024 die E-Mail vom Land	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird insbesondere auf die Ziffern 2.11.1, 7.1.5, 7.3.1 und 7.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	SH (windenergiebeteiligung@im.landsh.de) mit dem Betreff „Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie)“ weitergeleitet. In dieser Kürze entsprechend reagieren zu können ist nahezu unmöglich. Das so etwas passieren kann, ist natürlich verständlich, doch müssen wir auf diesen Fehler hinweisen. Vorab möchten wir anmerken, dass der Regionalplan als Planungsinstrument der Raumordnung die nachhaltige Ordnung, Entwicklung und Sicherung von größeren Gebietseinheiten ermöglichen sollte. Das Ziel, die optimale Nutzung des Lebensraumes unter Ausgleich aller Interessen zu gewährleisten, sollte hierbei nicht außer Acht gelassen werden. Eine gesellschaftlich getragene Energiewende mit dem Recht auf gesunde Wohnverhältnisse sowie dem Erhalt ungestörter Natur- und Kulturlandschaften für die nachfolgende Generation in Einklang zu bringen sollte nicht nur angestrebt, sondern auch erreicht werden. Gerne möchten wir Ihnen einige Punkte auflisten, die unseres Erachtens in dem Gebiet erneut und genauer betrachtet werden sollten: **Phtotovoltaik-Flächenplanung / Bundesnetzagentur - NordOstLink** Als einzige Gemeinde im Kreisgebiet mit einer Durchquerung der Deutschen Bahn, besteht großes Interesse an der Umsetzung von Photovoltaikfreiflächen entlang der Bahntrasse. Die Landeigentümer sind bereits in der Planung. Der privilegierte Ausbau entspricht ca. 60 ha, das entspricht mehr als 10 % der gesamten Gemeindefläche und ist sowohl Nord-Westlich wie auch Südlich (Richtung Ortskern) der Bahntrasse vorgesehen. Zudem weist die Bundesnetzagentur die geplante NordOstLink Ausbaustrecke auf einem Großteil der in dieser Region befindlichen Flächen aus. **Umzingelungswirkung der Gemeinde Borstel (Kreis Segeberg) / Gemeinde Brokstedt & Quarnstedt (Kreis Steinburg)** Zusammen mit den bestehenden Windparks nordöstlich von Brokstedt würde durch Hereinnahme der Flächen als Vorranggebiete eine zu starke Umzingelungswirkung entstehen für die betroffenen Gemeinden Brokstedt, Borstel und Quarnstedt. **Schattenwurf**	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Der bereits errichtete Windpark Störkathen/Quarnstedt befindet sich in Süd-West-Lage zu Borstel. Dort besteht bereits die Problematik von Schattenwurf und Discoeffekt. Weitere Anlagen im Umkreis werden die Problematik nur noch weiter ausreizen. **Schallimmissionswerte** In unserer Region kommt der Wind überwiegend aus Westen, daher sind für unsere Anwohner die jetzigen Anlagen des Windparks Quarnstedt/Störkathen bereits Tag und Nacht zu hören. Vorliegende Messungen ergaben, dass es zu unzulässigen Überschreitungen kommt. Zitat der Planungsunterlagen: „An dem Immissionsort dB-IP 05 kommt es zu einer Überschreitung des zulässigen Immissionsrichtwertes.“ Weitere Anlagen im Umkreis werden die Problematik nur noch weiter ausreizen. **Naturschutzaspekte** **Einschätzung der Lage** Sehr kleinteilig mit Knicks, Feldgehölzen und kleineren Waldparzellen gegliederter Landschaftsausschnitt von hoher Landschaftsbildqualität (teilweise innerhalb Nebenverbundachse des BVS). Feuchte Wiesen, ideal für bedrohte Bodenbrüter wie den Kiebitz der hier heimisch ist. Mittig zwischen den Dörfern Brokstedt, Borstel und Armstedt gelegen, würde die Errichtung auf alle 4 Gemeinden negativ wirken. Ebenfalls würde die Erschließung neuer Windparks nur durch erhebliche Eingriffe in das Knicknetz möglich sein. In der Gesamtbewertung wird die Region daher deutlich negativ bewertet und als nicht geeignet eingestuft. **Flora & Fauna | Fledermäuse** Durch die Lage zwischen den Waldgebieten im Norden, Westen und Süden der Ortschaft Borstel ist davon auszugehen, dass Wanderungsbewegungen lokaler Fledermäuse zwischen diesen Gebieten gestört werden und ein erhöhtes Schlagrisiko vorliegt. Es wurden in den letzten jähren Umweltprojekte zum Schutz der Fledermäuse errichtet, so wurde u.a. ein Bunker als Schutzraum der Tiere ausgewiesen und umfunktioniert (dieser liegt im Wald zwischen Borstel und Brokstedt). Die Durchführung weiterer Großprojekte in dieser Region wäre zu Lasten der biologischen Vielfalt und würde der vorhandenen Flora und Fauna unserer Einschätzung nach weiter schaden. **Ausgleichsfläche A20**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Darüber hinaus liegen auf der Fläche Ausgleichsflächen der sich im Planfeststellungsverfahren befindlichen A20-Planung. Sie sind für die Planung unverzichtbar und befinden sich bereits im Eigentum des Bundes. Im Bereich der Potenzialfläche soll ein Lebensraum für den vom Aussterben bedrohten bzw. stark gefährdeten Wachtelkönig entwickelt werden. Die Art gilt als streng geschützt nach Anhang I EG-Vogelschutzrichtlinie. Die gewünschten Windeignungsflächen im Nordwesten der Gemeinde Borstel sehen eine Überplanung der Ausgleichsflächen vor und sind damit mit der ausgewiesenen Ausgleichsmaßnahme E1/CEF nicht vereinbar. **Tourismus & Erholung** Die Region gehört zu den Gebieten in Schleswig-Holstein mit besonderer Erholungseignung. **Klimasensitive Böden | LRT | Biotope** Die Flächen um die Gemeinde Borstel herum beinhalten Feuchtwiesen, humusreiche Böden und Wälder, sowie gesetzlich geschützte Biotope und LRT. **Hauptachse des Vogelzuges | starke Einschränkung für Wildwechsel** Eine der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges streift das Nordwestliche Gebiet oberhalb der Gemeinde Borstel. Daher empfehlen wir eine erneute Prüfung durch die maßgeblichen Umweltbehörden und Institutionen. Durch das bereits vorhandene WEA Gebiete in der Umgebung entsteht ohnehin bereits eine akute Riegelbildung für Wildwechsel zwischen der Stör und den Wäldern in der höher gelegenen Geest (Gebiet Richtung Süd-Ost). Der neuerrichtete Solarpark der Gemeinde Quarnstedt führte weiter dazu, dass die Wege des Wildes um ein Vielfaches beeinträchtigt wurden, und die Planungsvorhaben der Landeigentümer der Gemeinde Borstel weitere Photovoltaikfreiflächen entlang der Bahntrasse zu errichten, wird die Problematik erheblich verstärken. Es ist davon abzuraten noch weiter hier in die Natur und ihre Gegebenheiten von aussen einzugreifen. Eine Vielzahl an regenerativen Energieoptionen sind in unserer Region bereits errichtet. Eine Aufstockung durch umliegende WEA wird bei dem Großteil der Bürger unserer Gemeinde Borstel leider keine Akzeptanz finden. Wir hoffen, dass diese Anregungen und Forderungen detailliert geprüft und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	entsprechend berücksichtigt werden. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] (Bürgermeister) und der gesamte Gemeinderat der Gemeinde Borstel	
Institution: Gemeinde Borstel ID: M2519	Sehr geehrte Damen und Herren, gerne hätten wir als Gemeinde unsere Stellungnahme über das BOB-Online-Portal abgegeben. Doch leider hat es auch nach mehrmaligem Probieren nicht funktioniert und wir haben nur die Auskunft erhalten, dass wir für den ausgewählten Nutzungsbereich keine Berechtigung haben. Wir haben Ihnen die Stellungnahme hier als Fließtext und als PDF in den Anlagen hinterlegt. Nun zu Ihrem Vorhaben: Die erneute Suche nach Vorranggebieten in unserem Gemeinde- und Kreisgebiet (PLZ 24616) sorgt aktuell für starke Irritationen der Bürger vor Ort. Wir wurden als Gemeinderate bedauerlicherweise nicht früh genug informiert. Das Amt Bad Bramstedt-Land hat uns als Gemeinde erst am Freitag, dem 30. August 2024 die E-Mail vom Land SH (windenergiebeteiligung@im.landsh.de) mit dem Betreff „Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie)“ weitergeleitet. In dieser Kürze entsprechend reagieren zu können ist nahezu unmöglich. Das so etwas passieren kann, ist natürlich verständlich, doch müssen wir auf diesen Fehler hinweisen. Vorab möchten wir anmerken, dass der Regionalplan als Planungsinstrument der Raumordnung die nachhaltige Ordnung, Entwicklung und Sicherung von größeren Gebietseinheiten ermöglichen sollte. Das Ziel, die optimale Nutzung des Lebensraumes unter Ausgleich aller Interessen zu gewährleisten, sollte hierbei nicht außer Acht gelassen werden. Eine gesellschaftlich getragene Energiewende mit dem Recht auf gesunde Wohnverhältnisse sowie dem Erhalt ungestörter Natur- und Kulturlandschaften für die nachfolgende Generation in Einklang zu bringen sollte nicht nur angestrebt, sondern auch erreicht werden. Gerne möchten wir Ihnen einige Punkte auflisten, die unseres Erachtens in dem Gebiet erneut und genauer betrachtet werden sollten:	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.8, 2.11.1, 3.15.1, 4.2.1, 4.5.1, 4.9, 4.13.1, 4.16 bis 4.20, 5.1.1, 7.1.1, 7.1.3, 7.2.12, 7.3.1, 7.3.2, 7.4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Phtotovoltaik-Flächenplanung / Bundesnetzagentur - NordOstLink Als einzige Gemeinde im Kreisgebiet mit einer Durchquerung der Deutschen Bahn, besteht großes Interesse an der Umsetzung von Photovoltaikfreiflächen entlang der Bahntrasse. Die Landeigentümer sind bereits in der Planung. Der privilegierte Ausbau entspricht ca. 60 ha, das entspricht mehr als 10 % der gesamten Gemeindefläche und ist sowohl Nord-Westlich wie auch Südlich (Richtung Ortskern) der Bahntrasse vorgesehen. Zudem weist die Bundesnetzagentur die geplante NordOstLink Ausbaustrecke auf einem Großteil der in dieser Region befindlichen Flächen aus. **Umzingelungswirkung der Gemeinde Borstel (Kreis Segeberg) / Gemeinde Brokstedt & Quarnstedt (Kreis Steinburg)** Zusammen mit den bestehenden Windparks nordöstlich von Brokstedt würde durch Hereinnahme der Flächen als Vorranggebiete eine zu starke Umzingelungswirkung entstehen für die betroffenen Gemeinden Brokstedt, Borstel und Quarnstedt. **Schattenwurf** Der bereits errichtete Windpark Störkathen/Quarnstedt befindet sich in Süd-West-Lage zu Borstel. Dort besteht bereits die Problematik von Schattenwurf und Discoeffekt. Weitere Anlagen im Umkreis werden die Problematik nur noch weiter ausreizen. **Schallimmissionswerte** In unserer Region kommt der Wind überwiegend aus Westen, daher sind für unsere Anwohner die jetzigen Anlagen des Windparks Quarnstedt/Störkathen bereits Tag und Nacht zu hören. Vorliegende Messungen ergaben, dass es zu unzulässigen Überschreitungen kommt. Zitat der Planungsunterlagen: „An dem Immissionsort dB-IP 05 kommt es zu einer Überschreitung des zulässigen Immissionsrichtwertes.“ Weitere Anlagen im Umkreis werden die Problematik nur noch weiter ausreizen. **Naturschutzaspekte** **Einschätzung der Lage** Sehr kleinteilig mit Knicks, Feldgehölzen und kleineren Waldparzellen gegliederter	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsausschnitt von hoher Landschaftsbildqualität (teilweise innerhalb Nebenverbundachse des BVS). Feuchte Wiesen, ideal für bedrohte Bodenbrüter wie den Kiebitz der hier heimisch ist. Mittig zwischen den Dörfern Brokstedt, Borstel und Armstedt gelegen, würde die Errichtung auf alle 4 Gemeinden negativ wirken. Ebenfalls würde die Erschließung neuer Windparks nur durch erhebliche Eingriffe in das Knicknetz möglich sein. In der Gesamtbewertung wird die Region daher deutlich negativ bewertet und als nicht geeignet eingestuft. **Flora & Fauna | Fledermäuse** Durch die Lage zwischen den Waldgebieten im Norden, Westen und Süden der Ortschaft Borstel ist davon auszugehen, dass Wanderungsbewegungen lokaler Fledermäuse zwischen diesen Gebieten gestört werden und ein erhöhtes Schlagrisiko vorliegt. Es wurden in den letzten jähren Umweltprojekte zum Schutz der Fledermäuse errichtet, so wurde u.a. ein Bunker als Schutzraum der Tiere ausgewiesen und umfunktioniert (dieser liegt im Wald zwischen Borstel und Brokstedt). Die Durchführung weiterer Großprojekte in dieser Region wäre zu Lasten der biologischen Vielfalt und würde der vorhandenen Flora und Fauna unserer Einschätzung nach weiter schaden. **Ausgleichsfläche A20** Darüber hinaus liegen auf der Fläche Ausgleichsflächen der sich im Planfeststellungsverfahren befindlichen A20-Planung. Sie sind für die Planung unverzichtbar und befinden sich bereits im Eigentum des Bundes. Im Bereich der Potenzialfläche soll ein Lebensraum für den vom Aussterben bedrohten bzw. stark gefährdeten Wachtelkönig entwickelt werden. Die Art gilt als streng geschützt nach Anhang I EG-Vogelschutzrichtlinie. Die gewünschten Windeignungsflächen im Nordwesten der Gemeinde Borstel sehen eine Überplanung der Ausgleichsflächen vor und sind damit mit der ausgewiesenen Ausgleichsmaßnahme E1/CEF nicht vereinbar. **Tourismus & Erholung** Die Region gehört zu den Gebieten in Schleswig-Holstein mit besonderer Erholungseignung. **Klimasensitive Böden | LRT | Biotope** Die Flächen um die Gemeinde Borstel herum beinhalten Feuchtwiesen, humusreiche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Böden und Wälder, sowie gesetzlich geschützte Biotope und LRT. **Hauptachse des Vogelzuges | starke Einschränkung für Wildwechsel** Eine der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges streift das Nordwestliche Gebiet oberhalb der Gemeinde Borstel. Daher empfehlen wir eine erneute Prüfung durch die maßgeblichen Umweltbehörden und Institutionen. Durch das bereits vorhandene WEA Gebiete in der Umgebung entsteht ohnehin bereits eine akute Riegelbildung für Wildwechsel zwischen der Stör und den Wäldern in der höher gelegenen Geest (Gebiet Richtung Süd-Ost). Der neuerrichtete Solarpark der Gemeinde Quarnstedt führte weiter dazu, dass die Wege des Wildes um ein Vielfaches beeinträchtigt wurden, und die Planungsvorhaben der Landeigentümer der Gemeinde Borstel weitere Photovoltaikfreiflächen entlang der Bahntrasse zu errichten, wird die Problematik erheblich verstärken. Es ist davon abzuraten noch weiter hier in die Natur und ihre Gegebenheiten von aussen einzugreifen. Eine Vielzahl an regenerativen Energieoptionen sind in unserer Region bereits errichtet. Eine Aufstockung durch umliegende WEA wird bei dem Großteil der Bürger unserer Gemeinde Borstel leider keine Akzeptanz finden. Wir hoffen, dass diese Anregungen und Forderungen detailliert geprüft und entsprechend berücksichtigt werden. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] (Bürgermeister) und der gesamte Gemeinderat der Gemeinde Borstel	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2804	Sehr geehrte Damen und Herren, wir nehmen Bezug auf die Ihnen zugeleitete Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein- Fortschreibung 2021, der Gemeinde Borsfleth vom 06.09.2024 und möchten hierzu als direkt betroffene Anwohner wie folgt ergänzend Stellung nehmen: Wir als Anwohner des [redacted] [redacted] [redacted] [redacted] Borsfleth sind bereits beinahe ganzheitlich direkt umringt von unzähligen Windkraftanlagen und mittlerweile	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 2.11, 7.3, 4.1, 4.2, 3.16, 4.20 und 4.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	leider ausufernden Flächenphotovoltaikanlagen, die schon jetzt eine erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität und vor allem eine nachhaltige Zerstörung der Tier- und Pflanzenwelt mit sich bringt. Zusätzlich sind nun noch weitere, gigantische Flächenphotovoltaikanlagen um uns herum geplant und befinden sich in der Realisierung. Durch die engmaschige Einzäunung dieser Anlagen stehen schon jetzt und zukünftig der Wildtierwelt diese Flächen nicht mehr zur Verfügung und wurden / werden somit aus der Natur bereits herausgelöst. Von der über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaft und dazugehörigen Artenvielfalt ist schon jetzt kaum noch etwas übrig. Mit den neuen noch auszuweisenden Vorrangflächen für Windkraftanlagen in Borsfleth würde nun auch die letzte Rückzugsmöglichkeit der Wild- und Vogelwelt auf den direkt angrenzenden Grünlandflächen und Neuenbrooker Hauptwettern nachhaltig zerstört werden. Ebenfalls würde hier einer der wenigen noch vorhandenen Korridore der Zugvögel endgültig geschlossen und nachhaltig zerstört werden. Hier sei u. a. auf „Ausgewählte Grundsätze der Raumordnung des Kapitels 4.5.1 des Entwurfs der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021“, die „Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024 Anlage 2 zu § 1 LEP Wind VO.: Karte zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“ und insbesondere auf „Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz“ verwiesen. Die erfolgreichen und aufwendigen Bemühungen der letzten Jahre zur Stabilisierung, Wiederansiedlung und Förderung von Eulen-, Fledermausarten, Greifvögeln, wie Bussarde, Fisch- und Seeadler sowie Fischreihern usw. in direkter Umgebung durch u. a. Öffnung zuvor verschlossenen alter Scheunen und Strohböden, aufwendige Schaffung von Nistmöglichkeiten und Rückzugs bzw. Ruheräumen, würde ebenfalls gefährdet und schlimmstenfalls komplett zerstört werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wir denken, dass grundsätzlich ein Ausbau der Erneuerbaren Energien im Einklang mit Mensch und Natur möglich sein sollte, allerdings würden mit der Realisierung speziell dieser Vorrangfläche und somit der Schließung der schon jetzt extrem engen und letzten Korridore, dieser Einklang gesamtheitlich und vor allem über Jahrzehnte nachhaltig zerstört werden. Hier muss ein klares Abwägen von absoluten Gewinninteressen von Seiten von Betreibern und Gemeinden auf der einen Seite und Natur und Lebenswertigkeit der Menschen auf der anderen Seite stattfinden, welches aktuell bei dieser Projektierung leider nicht in ausreichendem Maße stattfindet. Wir können nur eindringlich an die zuständigen Behörden appelieren, die letzten noch verbliebenden Korridore für Natur und den Menschen nicht endgültig und nachhaltig zu schließen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1779	Ich frage mich, ob die Mitarbeiter in den Ministerien bei Ihrer Planung den gesamten Lebenszyklus einer Windkraftanlage berücksichtigt haben: - Gewinnung und Abbau der Rohstoffe - Transport - Aufbau der Anlage - Zusätzliche Fläche an Straßen / Fläche Bebauung, um die Windkraftanlage zu erstellen - Betrieb der Anlage - Entsorgung der Windkraftanlage	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	- Renaturierung - Zusätzliche Nutzung einer alternativen Energieversorgung bei Windstille Wie sehen hier die wirtschaftlichen Kosten, die CO2-Belastung, die Schadstoffbelastung aus? Diese Berechnung sollte allen Bürgern zur Verfügung gestellt werden, um eine objektive Beurteilung einer Windkraftanlage zu hinterfragen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2473	Sehr geehrte Damen und Herren, die von Ihnen angekündigten neuen, vollkommen unnötigen Regelungen widersprechen sämtlichen Standards im Hinblick auf Unversehrtheit von Mensch und Natur. Sie sind zudem ein unverzeihlicher, *in jeder Hinsicht dreister Bruch* eines Wahlversprechens und führen zu vermehrter Politik- bzw. Parteienverdrossenheit - im Übrigen auch bei mir. Ich fühle mich hintergangen, lehne Ihre Pläne vollumfänglich ab und fordere Sie auf, diejenigen Bundesländer, die mit dem Ausbau der Windenergie laut bisheriger Gesetzeslage noch weit hinterherhinken, dabei zu unterstützen, entsprechend aufzuholen. [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1778	Dithmarschen hat bereits rund 5% der Landesfläche für Windkraft zur Verfügung gestellt. Weitere Flächen sollten nicht geopfert werden. Innerhalb des Landschaftsschutzgebietes Kliffplateau gilt es, die Natur zu schützen, der Tierwelt Raum	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Ruhe zu lassen. Dithmarschen ist der waldärmste Kreis mit knapp 4% der Kreisfläche. Auf keinen Fall darf in der Nähe eines Waldes ein Windkraftanlage errichtet werden. Hier geht es konkret um die Strackschen Tannen zwischen den Gemeinden Süderhastedt und Hochdonn. Diese Fläche ist im Zusammenhang mit den dortigen Biotopen und Feuchtwiesen, die sich rechts der Landesstraße in Richtung Südost befinden, ein besonders schützenswerter Bereich innerhalb des Landschaftsschutzgebietes und muss frei bleiben von Windkraftanlagen. [redacted] [redacted]	Ziffer 7.1.1 , zudem auf Ziffern 3.17 und 4.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2650	Sehr geehrte Damen und Herren, bezugnehmend auf die Ihnen zugeleitete Stellungnahme der Gemeinde [redacted] im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein- Fortschreibung 2021 vom 06.09.2024, möchten wir hiermit dieser widersprechen und hierzu wie folgt ergänzend Stellung nehmen: Wir halten es für unbedingt notwendig, diese weitreichenden Entscheidungen nicht den Gemeinden mit den entsprechenden finanziellen Interessen (Steuereinnahmen) allein zu überlassen sondern begrüßen ausdrücklich das Fortschreiten der Ausweisung der Vorranggebiete im Rahmen des Landesentwicklungsplans. Bei der Planung durch die einzelnen Gemeinden besteht die Gefahr, dass die Gesamtentwicklung im Kreis [redacted] und im Land Schleswig Holstein sowie die berechtigten Interessen der Nachbargemeinden keine ausreichende Beachtung finden. Das Abwägen der Interessen von Seiten von Betreibern und Gemeinde auf der einen Seite und Natur und Lebenswertigkeit der Menschen auf der anderen Seite fand aktuell bei dieser Projektierung leider nicht in ausreichendem Maße statt und überhaupt nicht in Bezug auf die weitere Umgebung wie den Kreis. Als Bewohner der [redacted] im Kreis [redacted] sind wir bereits beinahe ganzheitlich direkt umringt von unzähligen Windkraftanlagen und mittlerweile leider ausufernden Flächenphotovoltaikanlagen, die schon jetzt eine erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität und vor allem eine nachhaltige Zerstörung der Tier-	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 7.1.4, 7.2.10, 7.2.1, 4.16, 4.1 und 4.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Pflanzenwelt mit sich bringen. Zusätzlich sind nun noch weitere große Flächenphotovoltaikanlagen um uns herum geplant und befinden sich in der Realisierung. Durch die engmaschige Einzäunung dieser Anlagen stehen schon jetzt und zukünftig der Wildtierwelt diese Flächen nicht mehr zur Verfügung und wurden / werden somit aus der Natur bereits herausgelöst. Von der über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaft und dazugehörigen Artenvielfalt ist schon jetzt kaum noch etwas übrig. Mit den neuen noch auszuweisenden Vorrangflächen für Windkraftanlagen in [redacted] würde nun auch die letzte Rückzugsmöglichkeit der Wild- und Vogelwelt auf den direkt angrenzenden Grünlandflächen und [redacted] nachhaltig zerstört werden. Ebenfalls würde hier einer der wenigen noch vorhandenen Korridore der Zugvögel endgültig geschlossen und zerstört werden. Hier sei u. a. auf „Ausgewählte Grundsätze der Raumordnung des Kapitels 4.5.1 des Entwurfs der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021", die „Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwickiungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024 Anlage 2 zu §1 LEP Wind VO.: Karte zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land" und insbesondere auf „Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz" verwiesen. Die erfolgreichen und aufwendigen Bemühungen der letzten Jahre zur Stabilisierung, Wiederansiedlung und Förderung von Eulen-, Fledermausarten, Greifvögeln, wie Bussarde, Fisch- und Seeadler sowie Fischreihern usw. in direkter Umgebung durch u. a. Öffnung zuvor verschlossenen alter Scheunen und Strohböden, aufwendiger Schaffung von Nistmöglichkeiten und Rückzugs bzw. Ruheräumen, würde ebenfalls gefährdet und schlimmstenfalls komplett zerstört werden. Wir denken, dass grundsätzlich ein Ausbau der Erneuerbaren Energien im Einklang mit Mensch und Natur möglich sein sollte, allerdings würden mit der Realisierung speziell dieser Vorrangfläche und somit der Schließung der schon jetzt extrem engen und letzten Korridore, dieser Einklang gesamtheitlich und vor allem über Jahrzehnte nachhaltig zerstört werden. Wir können nur eindringlich an die zuständigen Behörden appelieren, die letzten noch	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	verbliebenden Korridore für Natur und den Menschen nicht endgültig und nachhaltig zu schließen. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1777	Ich frage mich, wieso die Mitarbeiter in den Ministerien dafür gestimmt haben, Windkraftanlagen jetzt auch in den Landschaftsschutzgebieten zu erlauben. (1) Landschaftsschutzgebiete sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist 1.zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, einschließlich des Schutzes von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten, 2.wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit oder der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Landschaft oder 3.wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung. (2) In einem Landschaftsschutzgebiet sind unter besonderer Beachtung des § 5 Absatz 1 und nach Maßgabe näherer Bestimmungen alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen. Dithmarschen ist der waldärmste Kreis in Deutschland. Ich kann auf keinen Fall nachvollziehen, warum der Wald in Dithmarschen nicht einem besonderen Schutz unterliegt. Wo bleibt der Naturschutz? Das Ziel der erneuerbaren Energie trägt somit eindeutig zur Umweltzerstörung bei.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1776	Ich frage mich, wie die Mitarbeiter in den Ministerien es mit ihrem Gewissen vereinbaren können, dass die neuen Windkraftanlagen deutlich höher gebaut werden dürfen, aber der bisherige Abstand zu Häusern und Wohngebieten erhalten bleibt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 2.2 bis 2.5, 7.2.10, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die 3H/5H Regelung soll aufgehoben werden. Dies ist eine grobartige Täuschung der Bürger! Es wird keine Rücksicht auf die Gesundheit der Bürger genommen, sondern es werden nur noch die Belange der Energiewirtschaft berücksichtigt. Dafür sollten die Mitarbeiter in den Ministerien zu Recht juristisch verurteilt werden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1775	Sehr geehrte Damen und Herren, bevor nicht geklärt ist, ob die Windkraftanlagen wirklich gebraucht werden, in welcher Form Transport des Stroms, Speicherung und Steuerung der Netze gewährleistet ist, und ob in ausreichender Form bisher gültige Schutzbestimmungen gegen Lärmbelästigung, Landschafts- und Artenschutz eingehalten werden, sprechen wir uns generell gegen die geplante Erweiterung des Windkraftplans aus, so wie im Entwurf vorgesehen. Mit freundlichen Grüßen, Zwei EinwohnerInnen in [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.5, 7.2.6, 7.2.12, 7.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2665	Stellungnahme zur Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein Sehr geehrte Damen und Herren, im Juni 2024 hat die Landesregierung die Landesentwicklungsplanung Schleswig-Holstein zum Thema „Windenergie an Land“ veröffentlicht. Ziel ist es weitere Flächen für die Nutzung von Windenergie zu erhöhen, um die Dekarbonisierung weiter voranzutreiben. Im Zeitraum vom 24.06.2024 - 09.09.2024 sind Bürgerinnen und Bürger aufgerufen Stellungnahmen zur Planung abzugeben. Als Bürger der Gemeinde Gnutz, aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde, möchte ich Ihnen gerne einige Informationen zur Situation vor Ort darlegen. [Abb. 1: Aktuelle Darstellung aus dem Landesentwicklungsplan] Die Landesentwicklungsplanung weist in der Gemeinde Gnutz eine Vielzahl an möglichen Windeignungsflächen aus. Eine Übernahme der gesamten Flächen in den	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Regionalplan erscheint als nicht erstrebenswert, da dies eine Umzingelungswirkung erzeugen wird. Hier gilt es eine kluge Auswahl zu treffen. Der bisherige Regionalplan sieht die Eignungsflächen PR2_RDE_126, PR2_RDE_137 und PR2_RDE_132 in der Gemeinde Gnutz vor. Diese befinden sich im Nord-Osten und im Westen der Gemeinde. [Abb. 2: Potenzialflächen für Windenergie in der Gemeinde Gnutz] Im Osten der Gemeinde (zwischen der Fläche PR2_RDE_137 und dem Windeignungsgebiet in der Gemeinde Aukrug) sollten keine weiteren Flächen ausgewiesen werden, da so eine Riegelbildung entsteht. Die bisherige Freifläche zwischen diesen Windeignungsflächen sollte weiterhin, als Sichtfenster erhalten bleiben, um das Sichtfeld aufzulockern. Zusätzlich sollte eine weitere Fläche im Nord-Westen ausgewiesen werden (siehe Abb. 2 und 3). Durch die Ausweisung dieser Fläche, ergeben sich weitere Sichtfenster in Richtung Heinkenborsten/Oldenhütten, sowie in Richtung Bargstedt und Nortorf. Westlich der L328 plant die Stadt Nortorf ein neues Gewerbegebiet. Der erste Bauabschnitt an der L121 befindet sich bereits in der Erschließung. Um die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt Nortorf nicht zu limitieren, hat der Bauausschusses der Stadt Nortorf in seiner Sitzung am 08.07.2024 beschlossen eine entsprechende Stellungnahme in die Landesplanung einzubringen. Das neue Gewerbegebiet bietet jedoch auch Potenzial, um die Elektrizität aus den neuen Windeignungsflächen zu nutzen. So könnte der Strom in den Gewerbebetrieben direkt verwendet werden oder in Elektrolyseure grünen Wasserstoff erzeugen. Mit diesem Wasserstoff könnten dann beispielweise LKWs getrieben werden und so zur Dekarbonisierung beitragen. Weiterhin wird durch den von mir vorgeschlagenen Entwurf (siehe Abb. 2) eine Riegelbildung und eine Umzingelung der Gemeinde Gnutz vermieden. [Abb. 3: Neue Potenzialfläche im Nordwesten der Gemeinde Gnutz] Im Nordwesten der Gemeinde Gnutz sollte eine neue Windeignungsfläche ausgewiesen werden. Die Landeigentümer planen dort in Eigenregie einen Windpark zu realisieren. Durch diese Maßnahme wird die Akzeptanz vor Ort gesteigert und die Wertschöpfung bleibt vor Ort. Als Vorbild fungiert der Bürgerwindpark Gnutz / Timmaspe in der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungsfläche PR2_RDE_137. Auf diese Weise können die Bürgerinnen und Bürger vor Ort an dem Projekt partizipieren und steigert die Akzeptanz gegenüber der Energiewende. Die in Abbildung 3 vorgeschlagene Eignungsfläche umfasst die Flurstücke [redacted] in der Gemarkung Gnutz. Außerdem ist bei der weiteren Planung auch der technische Fortschritt zu berücksichtigen. Insbesondere im Bereich des Vogelschutzes und Artenschutzes gibt es große Fortschritte. So sind mittlerweile kamerabasierte Antikollisionssysteme (AKS) zum Schutz von Vögeln am Markt verfügbar. Das System IdentiFlight hat bereits eine Zulassung erhalten. Weiterhin wird im Nachbarort, im Windparkt Timmaspe, ein weiteres AKS mit dem Namen ProTecBird sehr erfolgreich getestet. Laut dem Hersteller Bio Consult SH steht dieses System kurz vor der Zulassung. Aufgrund der wegweisenden Technik ist damit zu rechnen, dass zukünftig noch weitere Anbieter in den Markt eintreten werden. Somit wird der Tierschutz laufend verbessert und die Energiewende mit dem Artenschutz in Einklang gebracht. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2285	Sehr geehrte Damen und Herrn, in der Bürgerversammlung vom 13.7.2024, wurde die Gemeinde Pellworm über die Neugründung einer Windgesellschaft, sowie dem geplanten Neubau von bis zu 6 Windkraftanlagen in Kenntniss gesetzt. Die Insel Pellworm besitzt bereits einen Windpark mit 6 Windrädern im Bupheverkoog. Ich bin gegen einen Neubau von zusätzlichen Windkraftanlagen auf der Insel sowie im vorgelagerten Wattenmeer. Die Insel liegt im Unesco Welterbe Wattenmeer, ist zertifizierte Sterneninsel, sowie Biospärenreservat. Weiter dient der gesamte Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel und Wiesenbrutvögel. Ich befürchte, dass der Artenschutz gefährdet wird; der Tourismus, welcher eine	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2.1, 4.4, 4.10.1, 7.3.1, 7.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	finanzielle Grundlage des Inseleinkommens bildet negativ beeinflußt wird; eine gesundheitliche Beeinträchtigung der Bevölkerung durch Schattenflug und Rotorengeräusche entstehen kann. Ich bitte Sie, meinen Einspruch gegen die Planung und den daraus resultierenden Neubau von Windkraftanlagen zur Kenntnis zu nehmen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2284	Sehr geehrte Damen und Herren, Wie wir erst heute erfahren haben, hat die Gemeinde [redacted] Ihnen am 06.09.2024 eine Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung 2021 zukommen lassen. Dieser möchten wir hiermit widersprechen. Der Abstand dieser Windkraftanlage zu unserem Grundstück liegt bei 400 vielleicht auch 600 Metern. Eine genaue Angabe hierzu gibt es bisher nicht. Die Höhe der Windkrafträder ist mit 150-180 Metern angegeben, hierbei ist uns allerdings unbekannt, ob es sich dabei um die Gesamthöhe inkl. Rotoren oder um die Nabenhöhe handelt. Aufgrund dieser ungenauen Angaben ist die Geräuschentwicklung überhaupt nicht absehbar. Was hingegen absehbar ist, ist der Verfall des Wertes der Häuser und Grundstücke in diesem Bereich, wenn der Bau, so wie geplant, umgesetzt wird.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Es wird weiterhin auf die Ziffern 7.2.10, 7.2.11 und 7.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Interessen von einzelnen Personen, Betreibern und Gemeinden stehen im klaren Gegensatz zu denen der betroffenen Anwohner, und das Abwägen dieser Interessen fand nach unserer Meinung in diesem Fall nicht in ausreichendem Maße statt. MfG [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2307	**<u>STELLUNGNAHME Landesentwicklungsplan „Windkraft an Land“</u>** Sehr geehrte Damen und Herren, aufgrund direkter Betroffenheit habe ich mich mit diesem Thema auseinandersetzen müssen. Daher möchte ich meine Anmerkungen zu dem vorliegenden Entwurf an Sie übermitteln und hoffe, dass diese eine Berücksichtigung finden können. Hintergrund ist zur Zeit auch, dass mein elterlicher Bauernhof in [redacted], durch ein Windparkprojekt in [redacted] sowie einer weiteren Planung in [redacted] direkt betroffen ist. Hierbei sind mir diverse Punkte aufgefallen, die einer Anpassung bedürfen. Im Weiteren möchte ich zum Teil anhand dieser direkten Projektierung meine Anmerkungen und Wünsche anbringen. Diese Wünsche teilen insbesondere auch die betroffenen Bürger aus [redacted]!!! **1. Abstandsflächen** Die sog. Schutzabstände bleiben unverändert und tragen der baulichen Entwicklung der neuen Generationen von WEA keine Rechnung. Sie sind aus einer zeit, in der die WEA lediglich eine Höhe von ca. 100 m hatten. In der Gemeinde Brodersdorf und auch der Gemeinde Stein sind WEA in einer Gesamthöhe von 250 m geplant. Die bisherigen WEA in Brodersdorf/Laboe haben eine Höhe von etwa 85m. Es ist doch wohl selbstverständlich, dass bei derart krassen Entwicklungen auch die Mindestabstände vergrößert werden müssen. Zudem ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahren die Gesamthöhe derartiger Anlagen auf 320 m anwachsen wird. Sie gehen in Ihren Eckpunkten von einer Gesamthöhe 200m aus. Dies ist nach meinen Erkenntnissen bereits überholt durch die tatsächlichen Gegebenheiten. In reinen Wohngebieten sind	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nachts lediglich 35 dB(A) zulässig und in Kleinsiedlungsgebieten 40 dB(A). Anhand mir vorgelegten Messdaten (Gutachten) werden bei diesen Anlagegrößen die Messwerte deutlichst überschritten. Es wird anhand der Messungen festgestellt, dass ein Abstand von > 1.500 m bzw. > 950 m erforderlich sind. Dies deckt sich auch mit Aussagen der Anwohner des Windparks Groß Buchwald, deren Anlagen etwa 200 m hoch sind. Hier wird auch in 1500m Entfernung noch deutlich Lärm empfunden und gemessen. In meinem speziellen Fall in Brodersdorf und Stein können derartige Abstände nicht ansatzweise eingehalten werden. Keine Betrachtung Ihrerseits erfährt die Himmelsrichtung des Standorts zu den betroffenen Siedlungen. Es ist schon ein Unterschied, ob die Anlage im Westen einer Siedlung aufgestellt wird oder z.B. im Norden. Durch die hauptsächlichen Westwinde verstärkt sich die Geräuschbelastung zunehmend. Ganz zu schweigen von der optischen Belastung derart riesiger Anlagen. Gegen Anlagen einer Höhe bis zu 125 m bestehen unsererseits gar keine Bedenken. Der Schattenwurf dieser geplanten Anlagen ist ebenfalls deutlich größer/länger. Sie weisen ausdrücklich darauf hin, dass es keine Höhenbegrenzungen geben soll. Daher müssen Sie hier Nachbessern. 2. **3H-/5H-Regelung Muss erhalten bleiben** Nur so kann man doch einen ausreichenden Abstand darstellen und einen Lärmschutz 3. **Landschafts- und Artenschutz**Der Stellenwert dieser schutzwürdigen Dinge wird Ihrerseits deutlich reduziert. Es wird keine Rücksicht mehr auf Landschaftsschutzgebiete mehr genommen.Anhand des Beispiels Brodersdorf kann man sehr gut erkennen, zu welchen ungewollten Ergebnissen dies führen kann. Der gesamte Bereich der Potentialfläche liegt im Landschaftsschutzgebiet. Es grenzt direkt an dem FFH Gebiet der Hagener Au an. Somit ergibt sich eine unmittelbare Auswirkung auf dieses wichtige, unter Schutz gestellte Naturschutzgebiet. In diesem FFH Gebiet ist inzwischen ein Seeadler-Paar heimisch geworden (mit Bruterfolg). Weiterhin beherbergt es einen Rotmilan und die Wiesenweihe. Dazu kommen noch die üblichen tierischen Bewohner eines solchen Gebietes (Rehwild, Wildschweine, Hasen, Fasanen etc.) Für diesen Schutzwürdigen Bereich sind überhaupt keine Abstände geregelt. Das kann meines Erachtens nicht sein, da hier eine unmittelbare Gefahr für die Tierwelt ausgeht. Im Zweifel kann die Rotorfläche der WEA direkt an die Grenze des FFH Gebietes ragen und hat somit eine direkte Auswirkung. Neben dem Vogelschlag dann aber auch eine Belastung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	durch Lärm und Schattenwurf.Ich fordere daher ein Verbot des direkten Angrenzens einer Windfläche an einem FFH Gebiet. Auch hier müssen Mindestabstände definiert werden. Konkret fordere ich Sie auch auf die Potentialflächen im Bereich Brodersdorf und Stein aus eben diesen Gründen zu streichen. 4. **Kategorisierung von Potentialflächen** Anhand Ihrer Karten ist ganz eindeutig zu erkennen, dass es ausgewiesene Flächen gibt, die als Standort sehr gut geeignet sind und andere (wie zB Brodersdorf) wiederum nicht. Es wäre doch sinnvoll, diese Flächen entsprechend der entstehenden Belastung für Mensch und Tier zu gliedern und entsprechend auch eine Reihenfolge zur Erreichung Ihrer Ziele darzustellen. 5. **Fehlende Flächen im Kreis Plön**Auffällig ist, dass im Kernbereich des Kreises Plön keine Potentialflächen ausgewiesen werden. Dies ist für mich unverständlich, da dort die Abstandsflächen zum Teil viel leichter eingehalten werden können als in Brodersdorf und Stein. 6. **Tatsächliche Windkraftfläche** Sie weisen mit Ihren Potentialflächen von etwa 7,2 % der Landesfläche deutlich mehr Gebiete aus, als erforderlich wären. Zudem findet es überhaupt keine Berücksichtigung, dass neben diesen konkreten Flächen auch große angrenzende Flächen belastet werden. Unter Berücksichtigung einer Fernwirkung der einzelnen Gebiete auf die direkte Umgebung mit ca. 2.000 m ergibt sich ein erheblich anderes Bild: Auch hier kann man wiederum sehr schön erkennen, dass im Kreis Plön eine sehr ungewöhnliche Verteilung gegeben ist. Die Zuwegungen und bestehende Solarparks fehlen hier noch gänzlich. 7. **Vogelzug** Im Bereich Brodersdorf/Stein ist der Vogelzug der Singschwäne nicht berücksichtigt. Zudem überfliegen große Komoranschwärne dieses Gebiet auf dem Weg zur Ostsee. 8. **Denkmalschutz** Trotz der direkten Nähe zum Laboer Ehrenmal werden diese Potentialflächen ausgewiesen. Das Denkmal wird somit optisch untergehen. Egal aus welcher Richtung man schaut, so werden in erster Linie die WEA ins Auge fallen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	9. **Tourismus** Die Potentialflächen Brodersdorf und Stein werden in unmittelbarer Sichtachse von der Ostsee (Kreuzfahrschiffe, Color Line etc.) aufzustellen sein und auch direkt in der Nähe der Campingplätze von Stein und Neu-Stein. Auch hier ist sodann mit einer erheblichen Lärmbelästigung zu rechnen, zumal Wohnwagen etc keine gleichwertige Geräuschdämmung wir Häuser aufweisen. 10. **Anbindung an das Stromnetz** Auch hier sollte es im Moment die Bedingung sein, dass eine einfache und nahe Anbindung an die erforderlichen Stromtrassen möglich ist. Im Falle Brodersdorf sind es ca 2,5 km Luftlinie quer durch das Dorf und unter der B 502 durch. Für den Standort Stein sind es noch einmal deutlich größere Entfernungen und dann auch durch das FFH Gebiet Hagener Au. Dies kann so doch nicht gewollt sein. 11. **Größe des Windparks** Auch müssten vorrangig Flächen die erste Priorität haben, wenn dort möglichst eine große Zahl von Windräder Platz finden. Im Falle Brodersdorf wären es 3 WEA und in Stein maximal 1-2 WEA. Trotzdem müssen Erschließungsstraßen gebaut werden, egal wie viele WEA errichtet werden. In diesen beiden Gebieten würden auch die Erschließungsstraßen durch die Landschaftsschutzgebiete gehen. Dabei müssen diverse Knicks durchbrochen werden. Dieses stellt einen massiven Eingriff, welcher in der Vergangenheit immer als No-Go bezeichnet wurde. Wenn man dieses nun doch tolerieren möchte, so muss sich dieser Eingriff dann auch „lohnen“. Ich hoffe, dass Sie meine Anmerkungen nachvollziehen können. Nach meinem Verständnis wird lediglich gefordert, Flächen für Windkraftanlagen von 3,2% der Landesfläche auszuweisen. Es versteht sich von selbst, dass dann nur die geeigneten Standorte aufgenommen werden dürfen. Dies sind aber in keinem Fall die Potentialflächen 24235 Brodersdorf und 24235 Stein. Bitte nehmen Sie diese Flächen aus den möglichen Standorten heraus. Vielen Dank für Ihr Verständnis und das Einarbeiten dieser Anmerkungen. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1774	In dem Entwurf sind Potenzialflächen in Landschaftsschutzgebieten vorgesehen. Landschaftsschutzgebiete sind Schutzräume für historische Kulturlandschaften und einzigartige Natur. Es sind die letzten intakten Erholungsräume für Menschen in einer	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 3.17.1, 7.3.2, 7.3.7 der allgemeinen Synopse

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	durchindustrialisierten naturfernen Umwelt. Nur noch hier kann eine weitgehend unversehrte Landschaft in ihrer Ursprünglichkeit erlebt werden. Nur noch hier können industrie- und lärmmüde Menschen aus städtischen Regionen und Einheimische Erholung finden. Daher sind Landschaftsschutzgebiete nicht vereinbar mit Industrieanlagen wie Windrädern, die mit Höhen von 200, 250 oder gar 300 Metern und mit ihren ständig kreisenden Rotoren und ununterbrochenem Lärm diese Landschaften zersprengen. Die Energiewende wird auch dann gelingen, wenn keine Windräder in Landschaftsschutzgebieten errichtet werden. Ich fordere die Landesregierung auf, sich an das Verbot von Windrädern in Landschaftsschutzgebieten zu halten und eine Industrialisierung von Landschaftschutzgebieten nicht zuzulassen. [redacted] [redacted]	verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1773	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehme ich Stellung zum Thema Windkrafträder in Klinkrade. Dieses kleine Dorf ist umgeben von wunderschöner Natur und auch das Duvenseeer Naturschutzgebiet ist direkt nebenan. hier sind soviele Tiere zuhause . Außerdem sind im Nachbardorf (Kastorf) bereits Windräder vorhanden und von denen drehen sich selten alle , obwohl es windig ist. Wahrscheinlich wird damit schon viel zu viel Strom produziert… Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2.1, 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Gruppe ID: GM2647 Anzahl: 2 (IDs: M2647, M2648)	Sehr geehrte Damen und Herren, dem Landesentwicklungsplan Windenergie vom 11.06.2024 entnehmen wir, dass die Ausschlusswirkung außerhalb der Vorranggebiete entfällt. Damit würde das WKA-Sperrgebiet zwischen Mönkloh und Hingstheide entfallen. Der Umwelt- und Naturausschuss der Gemeinde Mönkloh, Kreis Segeberg, erhebt dagegen Einspruch und bittet, dieses Sperrgebiet beizubehalten. Begründung: Für unseren Bereich ist der Umstand der **geplanten Wildbrücke** und der **Rotwildwegeplan** des Landes SH von herausragender Bedeutung.Die auszuweisende Fläche liegt mitten auf den Fernwechsel und würde die Funktionsfähigkeit der geplanten Wildbrücke stark beeinträchtigen. Außerdem agieren im Mönkloher Gebiet Seeadler und Kornweihe. Allgemeine Anmerkungen: Grundsätzlich begrüßen wir die Energiewende, dennoch droht die Überplanung mit WKA in S.-H.. (Bis 2023 wurden 3241 WKA onshore installiert, im Flächenland Bayern gerade einmal über 1150 WKA. Quelle: Statista/Statistik veröffentl. von V. Pawlik) Seit April 2024 ist ein Projekt in Dänemark ins Leben gerufen worden, das sich mit dem Abrieb , also der Entstehung und Emission von Mikroplastik durch die Rotorblätter beschäftigt. Eine Konzentration von Mikroplastik durch eine Überfrachtung von WKA sollte entgegengewirkt werden. Mit freundlichen Grüßen Umwelt- und Naturausschuss der Gemeinde Mönkloh	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.13.1 und 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Institution: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Kreisgruppe BUND Dithmarschen ID: M2338	Stellungnahme des BUND Dithmarschen zum Landesentwicklungsplan Windenergie Ablehnung der Potentialflächen in Flehde und Windbergen Der BUND Dithmarschen unterstützt die Energiegewinnung durch erneuerbare Energien. Um Klimaneutralität zu erreichen muss unsere Energieproduktion auf 100 % Erneuerbare umgestellt werden. Der BUND fordert eine dezentrale, natur- und umweltverträglich gestaltete Energiewende. Jedoch hat Schleswig-Holstein als Hauptachse des überregionalen Vogelzugs eine Verantwortung für den Artenschutz, den der BUND mit der Ausweisung eines Windeignungsgebietes in Groven/Flehde massiv gefährdet sieht. Die von uns kritisierte Potentialfläche befindet sich im Flugkorridor zwischen dem FFH-Gebiet Untereider (FFH DE 1719-391), speziell dem Eidervorland am Schöpfwerk Nesserdeich, und dem FFH-Gebiet Lundener Niederung, einem vollständigen Teilgebiet des „europäischen Vogelschutzgebietes DE 1622-493 Eider-Treene-Sorge Niederung“. Weiterhin ist das FFH-Gebiet Teil des Schwerpunktebereiches 186 des landesweiten Biotopverbundsystems und wird momentan auf seine Eignung als Wildnisgebiet geprüft.. Das FFH Vogelschutzgebiet Lundener Niederung ist ein Natura 2000-Schutzgebiet und seit 2010 als besonderes Erhaltungsgebiet bestätigt. Es ist ein international bedeutsames Schlaf- und Nahrungsgebiet vieler Zugvögel. Neben vielen anderen, überwintern dort Singschwäne, Bläss,- Ringel- und Weißwangengänse. Die Flugroute zwischen den Nahrungshabitaten am FFH Gebiet Untereider, auf den Kurzrasenwiesen zwischen der Eiderbrücke in Tönning und der Eiderschleife in Wollersum und den Schlafhabitaten im FFH Gebiet Lundener Niederung würde von den Potentialflächen komplett zerschnitten werden. Es würde zu erheblichen Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele diverser Vogelarten kommen. Weiter nördlich ist dies in der Eider-Treene-Sorge-Niederung bei der Potentialflächenausweisung berücksichtigt worden und es ist völlig unverständlich, dass gerade in diesem durch die Nähe zum Eiderdelta am stärksten frequentierten Korridor zwischen zwei sensiblen Gebieten, dem extrem hohen Flugaufkommen diverser Vogelarten keine Beachtung geschenkt wird. Nach Meinung des BUND Dithmarschen wird die FFH Richtlinie zur Vernetzung von	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Lebensräumen in Frage gestellt. Zudem werden die Acker- und Grünlandflächen zwischen den beiden FFH-Gebieten gerade im Winterhalbjahr als Nahrungsfläche u.a. von Gänsen und Singschwänen genutzt und derartige Nahrungsflächen sind außerhalb von EU Vogelschutzschutzgebieten von WEA freizuhalten. Im Übrigen sind die Anforderungen an den Biotop- und Artenschutz aus dem EU-Nature-Restoration-Law zu berücksichtigen, die sich durch die Ausweisung der Potentialflächen verschlechtern würden. Massiv gefährdet durch die WEA wären auch die im FFH-Gebiet Lundener Niederung seit 2010 brütenden Seeadler, welche dort auch in diesem Jahr wieder Nachwuchs aufziehen. Die Potentialflächen liegen zwischen ihrem Brut- und ihrem Nahrungsgebiet , wodurch sich das Tötungsrisiko der Großvögel signifikant erhöht(im 1. Halbjahr 2023 wurden in S-H 12 Seeadler tot aufgefunden, davon kollidierten mind. 2 Vögel mit einer WEA). Das Revier der Seeadler erstreckt sich bis in das Eiderdelta und darüber hinaus. Zu erwähnen sind auch die in dem Gebiet ansässigen Kornweihen und andere Greifvögel, die ebenfalls einem erhöhten Kollisionsrisiko ausgesetzt würden. Abschließend bemerken wir, dass es wegen des EU-Verschlechterungsverbots (§33 Abs1BNatSchG Art. 6 Abs.2 FFH RL) nicht in Frage kommt, die Flächen in Groven/Flehde auszuweisen, da der Erhalt des Status-quo für das Gebiet Lundener Niederung nicht gewährleistet ist. Die Fläche zwischen zwei so dicht beieinander liegenden Vogelschutzgebieten, mit einer so beeindruckenden Avifauna (ornito.de / www.club300.de) muss von WEA freigehalten werden. Im Regionalplan Wind sollte hier ein Ausnahmebereich zwischen zwei EU Schutzgebieten eingerichtet werden, in dem Artenschutz absolute Priorität eingeräumt wird. Ebenso lehnt der BUND Dithmarschen die Ausweisung der Potenzialflächen südöstlich des Wodansbergs in Windbergen ab. Es handelt sich auch dort um einen wertvollen Naturraum der erhalten werden muss. Allein die Tatsache, dass die WEA in einem waldarmen Gebiet wie Dithmarschen einen Wald so dicht einfassen würden, dass die Rotorblattspitzten in 30 m Entfernung an den Baumkronen vorbeirauschen, sollte für den Ausschluss der Flächen sorgen. Waldränder warten mit einer reichhaltigen Biozönose auf, entsprechend werden Vögel und Fledermäuse bei der Nahrungssuche in signifikantem Ausmaß getötet, wenn sie an den Waldrändern jagen. Waldflächen wie in Windbergen, übernehmen darüber hinaus eine wichtige Aufgabe im Biotopverbund, sie erfüllen eine Inselfunktion in unserer Agrarlandschaft und ihr	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Artenreichtum wäre in diesem Fall bedroht. Die Flächen in Windbergen sind des Weiteren dicht durchzogen von Wallhecken. Diesen gesetzlich geschützten Biotopen, deren vorhanden sein beim Biodiversitätsschutz eine besondere Bedeutung zukommt, muss bei der Planung von Vorranggebieten verstärkt Rechnung getragen werden. Die Ergebnisse der letzten Biotopkartierung sollten uns Warnung genug sein, um dem Schutz, und der Aufwertung unserer Biotope mehr Beachtung einzuräumen. Auch das spricht gegen die Errichtung von WEA in dem Gebiet. Der Wodansberg in Windbergen ist seit 1971 Landschaftsschutzgebiet. Der BUND Dithmarschen unterstützt die Forderung des BUND Landesverbandes, die bestehenden und ehemaligen LSG in Dithmarschen von WEA freizuhalten, da wir in Dithmarschen auch Flächen benötigen, auf denen zukünftige Artenhilfsprogramme erfolgreich umgesetzt werden könnten. Schleswig-Holstein leistet im Vergleich zu anderen Bundesländern bereits einen sehr großen Beitrag zur Energiewende. Dithmarschen spielt dabei eine wichtige Rolle und ist bereits geprägt durch eine eine hohe Mühlendichte und der entsprechenden Infrastruktur. Die Ausweisung der Potenzialflächen in Flehde und in Windbergen widerspricht dem Ziel der Sicherung und Entwicklung des Erholungswertes von Natur und Landschaft und dem Schutz wildlebender Tiere, Pflanzen, ihrer Lebensstätten und Lebensräume (§1BunNatSchG). Die Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energie darf nicht die biologische Vielfalt zerstören (Biodiversitätsstrategie). Als Träger öffentlicher Belange weisen wir darauf hin, dass auch die Akzeptanz der Bevölkerung vor Ort bei der Planung eine Rolle spielen sollte, damit wir am Ende eine von allen getragene, tragbare Energiewende bekommen. Auch aus diesem Grunde lehnen wir eine Ausweisung der Flächen ab.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2645	An das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein-Landesplanungsbehörde, Referat IV 64	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, als Eigentümerin des Grundstückes in Westensee[redacted] widerspreche ich den Ausbauplänen für Windenergie in Schleswig-Holstein und lehne die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein 2021-Erster Entwurf Juni 2024 ab. Die Begründung folgt. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Adresse: [redacted] [redacted] [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2644	An das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein-Landesplanungsbehörde, Referat IV 64 Sehr geehrte Damen und Herren, als Eigentümerin des Grundstückes in Westensee[redacted] widerspreche ich den Ausbauplänen für Windenergie in Schleswig-Holstein und lehne die	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein 2021-Erster Entwurf Juni 2024 ab. Die Begründung folgt. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Adresse: [redacted]	
Gruppe ID: G1769 Anzahl: 4 (IDs: 1769, 1770, 1771, 1772)	Die aktuelle Windkraftplanung des Landes überschreitet den maßvollen Umgang mit unserem Lebensraum, unserer Natur und Landschaft in Schleswig-Holstein in inakzeptabler Weise. Vor dem Hintergrund vorhandener und effizienterer regenerativer Energiealternativen und einer schon 2020 schwer umsetzbaren Windkraftplanung auf „nur“ 2% der Landesfläche ist der weitere Windkraftzubau an Land auf zwei Punkte zu beschränken: 1. das Repowering auf bestehenden Flächen 2. die Neuerstellung auf konfliktfreien Flächen. Konfliktfrei in diesem Sinne sind Flächen ohne Einschränkung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung, sprich ohne Existenz harter Tabu- und Abwägungskriterien auf den Potenzialflächen. Hierunter sind insbesondere naturschutzrechtliche Aspekte wie Landschaftsschutzgebiete, regionaler Grünzug, geschützte Talräume/Wasserrecht, Biotopverbundsystem, Geotop, Kompensationsflächen, Kleinstbiotope,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich unter Anderem auf die Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz), 4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* und *4.5.1.4 (Boden und Wasser)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.1, 3.16, 3.17, 4.1, 4.5, 4.20, 5.9, 5.10 sowie Ziffern 7.1.1, 7.2.2, 7.2.7, 7.3.7, 7.3.9 und 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Großvogelvorkommen (Milan, Seeadler, …) abzuwägen. Insbesondere bei Doppel- und Mehrfachüberschneidungen dieser Kriterien auf Potenzialflächen sind diese von Windkraft freizuhalten. Viele Kommunen haben mit ihren Landschaftsschutzgebieten ein wichtiges Element zum Freiraumschutz etabliert. Wir erwarten, dass das Land dies respektiert. Windkraftzulassungskriterien wie z.B. Mindestabstände bei bedrohten Vogelarten müssen auf einer wissenschaftlich fundierten Grundlage wie dem „Neuen Helgoländer Papier“ der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW) basieren, das den neuesten Forschungsstand zur Gefährdung von Vögeln durch Windkraftanlagen berücksichtigt. Windkraftprojekte sind in der Umgebung anderer baulicher Großprojekte wie z.B. geplanter Neubausiedlungen, Autobahnausbau, Umspannwerke, etc. unzulässig, insbesondere in verdichteten Räumen. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass eine ausgewogene Siedlungspolitik in diesen Gebieten - ohne in Konkurrenz zur Energiegewinnung zu stehen - möglich bleiben muss. Es ist ein variabler Mindestabstand für neue Windkraftanlagen zu Gemeinden und Städten proportional zur Höhe installierter Windräder einzuführen. Die Formel dazu: Höhe der WKAs/150 x 1000m in Anlehnung an den vom Land 2020 festgelegten Mindestabstand von 1.000m bei 150m hohen WKA. Zu guter Letzt mahne ich die staatliche Fürsorgepflicht gegen Havarie-Risiken von WKAs ein, deren Folgen im Brandoder Zerstörungsfall höherer WKAs mehr Distanz zu menschlichen Ansiedlungen zwingend erfordern. Dieses vor dem Hintergrund, dass in den letzten Jahren in Deutschland über 420 Unfälle privat dokumentiert wurden. Mit dem Bund ist ggf. über eine alternative regenerative Vorgehensweise zu verhandeln. Es bieten sich die Windkraft auf See, Photovoltaik inkl. Agri-PV sowie innereuropäische kommunale Energiepartnerschaften im Rahmen eines EUSupernetzes an. Entscheidend ist die verträgliche Erreichung der gesteckten erneuerbaren Energieziele. Meine Stellungsnahme bezieht sich auf den Kieler Süden	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1768	Insbesondere, wenn der ehemalige Mindestabstand der Windanlagen zu Wohngebäuden von 3H bzw. 5H unterschritten werden darf besteht eine Gefahr von stroboskopischen Effekten durch die Blinklichter. Zudem kann die Geräuschentwicklung,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.7, 7.2.11, 7.3.2 und 7.3.4 der allgemeinen Synopse

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gerade bei geringerem Abstand, zu gesundheitlichen Schäden führen. In unserem Fall kritisch, da unser Sohn an einer autistischen Störung leidet und dadurch getriggert werden könnte. Gerade auch, weil wir in einem Holzhaus wohnen und die Geräuschbelastung noch stärker zu spüren ist. Der Mindestabstand zu Wohngebäuden sollte 1500 Meter nicht unterschreiten dürfen, gerade für den Fall einer Fehlfunktion und der damit vorhandenen Brandgefahr. Außerdem ist durch die Errichtung der Windanlagen eine Wertminderung der Immobilien wahrscheinlich. In Bayern gilt sogar eine 10H Regel. Zudem habe ich Bedenken, dass die Seeadler in den umliegenden Horsten gefährdet werden, des weiteren auch der lokale Bestand der Störche, die ihr Nest im Dorf haben und die weiteren Vögel, die hier in der Umgebung leben, z.B. Fischreiher, Krähen, Gänse und Schwalben.	verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 2.3 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 4.8.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1767	Insbesondere, wenn der ehemalige Mindestabstand der Windanlagen zu Wohngebäuden von 3H bzw. 5H unterschritten werden darf besteht eine Gefahr von stroboskopischen Effekten durch die Blinklichter. Zudem kann die Geräuschentwicklung, gerade bei geringerem Abstand, zu gesundheitlichen Schäden führen. In unserem Fall kritisch, da unser Sohn an einer autistischen Störung leidet und dadurch getriggert werden könnte. Gerade auch, weil wir in einem Holzhaus wohnen und die Geräuschbelastung noch stärker zu spüren ist. Der Mindestabstand zu Wohngebäuden sollte 1500 Meter nicht unterschreiten dürfen, gerade für den Fall einer Fehlfunktion und der damit vorhandenen Brandgefahr. Außerdem ist durch die Errichtung der Windanlagen eine Wertminderung der Immobilien wahrscheinlich. In Bayern gilt sogar eine 10H Regel. Zudem habe ich Bedenken, dass die Seeadler in den umliegenden Horsten gefährdet werden, des weiteren auch der lokale Bestand der Störche, die ihr Nest im Dorf haben und die weiteren Vögel, die hier in der Umgebung leben, z.B. Fischreiher, Krähen, Gänse und Schwalben.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.7, 7.2.11, 7.3.2 und 7.3.4 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 2.3 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 4.8.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1766	Die Aufweichung der Naturschutzkriterien wäre für unsere Region katastrophal. Es gab vor Jahren Bestrebungen der damaligen Landesregierung unter Herrn Albig und Herrn Habeck, die Region „Duvenseer Moor“ als staatliches Naturschutzgebiet auszuweisen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dagegen regte sich in unserem landwirtschaftlich geprägten Umfeld massiver Widerstand, weil die ortansässigen Landwirte massive Einschränkungen ihrer Arbeit befürchteten. Als Alternative zum staatlich auferlegten Naturschutz wurde der Verein „Dvenseer Moor e.V.“ gegründet, dessen Vorstand aus Mitgliedern der Anrainergemeinden des Moores besteht. Dieses Vorgehen wurde vom damaligen Umweltminister des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Robert Habeck, auf einer Versammlung vor Ort in Duvensee persönlich abgesegnet. Inzwischen hat sich die private Initiative des Vereins mehr als bewährt. Es hat sich eine Artenvielfalt entwickelt, die ihresgleichen sucht. Viele Vogelarten sind inzwischen wieder heimisch geworden. Tausende Tiere nutzen das Moor als Rastplatz auf ihrem Vogelzug. Der regionale Energieversorger „Vereinigte Stadtwerke“ bietet einen Sondertarif an. Die Einnahmen daraus fließen an die Vereinskasse. Der Verein ist mehrfach ausgezeichnet und prämiert worden. Das höchste Lob kam jedoch von Herrn Ministerpräsident Daniel Günther, der bei seinem Besuch in Duvensee die Vereinsarbeit als Leuchtturm (wörtlich) für private Initiativen zum Naturschutz pries. Diese ganze Arbeit wird nun dadurch gefährdet, dass in einem Abstand von 1500 Metern zum Duvenseer Moor Potentialflächen durch die Landesplanung ausgewiesen werden. Es treten Betreiberfirmen auf den Plan, die mit Angeboten unanständig hoher Pachtzahlungen an die Landeigentümer herantreten, um dort über 200 Meter hohe WKA zu errichten. Diese schließen bereits eifrig Vorverträge ab, obwohl noch keine endgültige Planung vorliegt. Bezeichnenderweise sind diese auch Mitglieder des Vereinsvorstands. Daraus ist erkennbar, wie durch diese Landespolitik sämtliche Vorsätze über Bord geworfen werden. Leute, die sich bisher pressewirksam für ihr Engagement im Naturschutz ablichten ließen, vergessen jegliche Moral und geben sich der Gier nach Einnahmen in Millionenhöhe hin. Ein wesentlicher Ausschlussgrund seiner Zeit war die Flächengröße von 15 ha. Nun hat man die Flächen einfach vergrößert - ein Schelm, wer böses dabei denkt.	Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 5.9, 4.5 und 4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1765	Sehr geehrte Damen und Herren, die Geschäftsführung der [redacted], 25767 Albersdorf“ bezieht nachfolgend, auch stellvertretend für die zumeist ortsansässigen Gesellschafter/-innen, wie folgt Stellung zur „*Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024“:*	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Bezüglich der Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe wird auf Ziffer 5.7.3 der Allgemeinen Synopse verwiesen. Der Anregung zu den Vorbehaltsgebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe wird nicht gefolgt, da Rohstoffe ortsgebunden und Vorkommen nicht beliebig vermehrbar sind. Die Raumordnung hat für einen Ausgleich

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die [redacted] möchte sich grundsätzlich positiv zum Entwurf der LEP-Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ äußern und begrüßt eine Vielzahl der gewählten Ziele und Grundsätze der Raumordnung, die die Steuerung des Windenergieausbaus in den kommenden Jahren verbindlich festlegen werden. Der erste Absatz des Punktes 1.2 der Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO – Umweltbericht – trifft es aus Sicht der Gesellschaft. • Umschrieben tragen die im „LEP Windenergie“ festgelegten Ziele und Grundsätze zum Einen der besonderen wirtschaftlichen Bedeutung des Ausbaus der Windenergie an Land Rechnung, Sie fokussieren zum Anderen aber auch die Planung auf eine raum- und umweltverträgliche Steuerung des Windenergieausbaus. Im weiteren Verlauf der Stellungnahme erscheint es der Geschäftsführung der [redacted] nicht sinnvoll zu sein sämtliche Ziele und Grundsätze der Raumordnung zu kommentieren, sodass der Fokus lediglich auf Ziele und Grundsätze gelegt werden soll, die aus Sicht der Gesellschaft bzw. der Geschäftsführung noch geringfügig zu verändern wären. <u>Zur Einordnung der Gesellschaft bzw. des beabsichtigten Windparkprojektes soll wie folgt vorgetragen werden:</u> Die [redacted] wurde im Zuge des Zusammenschlusses der Landeigentümer/-innen der überplanten Windpotentialfläche, Fachkräften aus dem Windbereich sowie weiteren projektdienlichen Partnern, um ein gemeinsames Projekt, unter Einschluss der Bürger/-innen im weiteren Verlauf der Projektumsetzung bzw. Projektrealisierung, realisiert zu bekommen, gegründet. Der Gesellschaft ist es daran gelegen, aufgrund der sich immer weiter „zuspitzenden Flächenknappheit“ Doppelnutzungen bzw. Mehrfachnutzungen (z.B. Ausbau der Erneuerbaren Energien + Rohstoffabbau) zu etablieren, um belastete Bereiche in gewisser Weise zu „veredeln“ und dafür andere Strukturen/Landschaftsteile unberührt belassen zu können. Vor allem dieser Punkt soll im weiteren Verlauf der Stellungnahme nochmals detaillierter aufgegriffen werden. Bei Betrachtung der sich aus den Zielen und Grundsätzen ergebenden	unterschiedlicher Raumnutzungsansprüche zu sorgen, so dass dieser Belang weiterhin im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen ist. Zu den Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs: Der Nord-Ostsee-Kanal quert als Wasserstraße Schleswig-Holstein von der Ostsee zur Unterelbe und erstreckt sich in seiner südlichen Hälfte genau in der bevorzugten Zugrichtung von Nordost nach Südwest. Die markante Wasserlinie des Kanals wird daher von Wasservögeln, Möwen und Seeschwalben als Leitlinie genutzt. Der Kanal bildet in seinem Westteil auch die Verlängerung des Zugweges von der Eckernförder Bucht über den Wittensee nach Südwesten, sowie die Verbindung von der Kieler Förde zur Eider-Treene-Sorge Niederung. Für Zugvögel, die Schleswig-Holstein queren, sind Siedlungsräume keine Barrieren und werden überflogen. Aufgrund der Bedeutung als Leitlinie des Vogelzuges und der niedrigen Flughöhen wird der im Rahmen des Vogelzuges genutzte Uferstreifen entlang des Nord-Ostsee-Kanals als Bereiche mit besonderer Bedeutung (Ziel) behandelt, in denen kein Ausbau der Windenergie erfolgt. Bezüglich der Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems wird auf Ziffer 4.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen, bezüglich der Wiesenvogel-Brutgebiete auf Ziffer 4.19.1. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windpotentialflächen ist das sich aktuell bereits durch die [redacted] in Überplanung befindliche Windgebiet vollends enthalten. Da die Karte „Potenzialfläche Windenergie SH“ nicht Bestandteil der Öffentlichkeitsbeteiligung ist, soll die regionale Einordnung des beabsichtigten Windprojektes wie folgt vollzogen werden: ---------- „Das beabsichtigte Projektgebiet liegt östlich des im Jahre 2014 errichteten Windparks *„Albersdorf“* als auch des 2015 errichteten Windparks „Tensbüttel“ im südöstlichen Bereich des Gemeindegebietes Albersdorf entlang des Nord-Ost-See-Kanals (NOK). Zur „ortsgebundenen Lokalisierung“ des Projektgebietes kann die Eingrenzung wie folgt erfolgen: - nördlich begrenzt durch die L316 (Strecke Albersdorf – Hademarschen (Grüntaler Hochbrücke)) bzw. teilweise durch das Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe - östlich begrenzt durch den einzuhaltenden Abstand zum Nord-Ostsee-Kanal (NOK) - westlich begrenzt durch die L316 (Strecke von Albersdorf Richtung Schafstedt) bzw. die einzuhaltenden Abstände zur Wohnbebauung im Außenbereich - südlich begrenzt durch die Gemeindegrenze von Albersdorf zu Schafstedt bzw. durch teils vorhandene Waldstrukturen ---------- Die beabsichtigte Windpotentialfläche wird von weiteren „Interessen“ überlagert, die dem Ausbau der Windenergie jedoch nicht entgegenstehen und mittels guter Absprache zwischen den Vorhabenträgern zu einem gelungenen übergeordneten Gesamtprojekt beitragen können. Welche Interessen werden für das südliche Gemeindegebiete der Gemeinde Albersdorf ebenfalls verfolgt: a) Ausweitung des Kiesabbaubereiches durch das Unternehmen „Otto Timm“ aus	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nindorf (Kies- und Fuhrunternehmen) • Durch einen frühzeitigen Austausch seitens der GF mit dem Kiesabbaubetreiber und Integration in die Projektphilosophie – Ermöglichung von Doppelnutzungen/Mehrfachnutzungen aufgrund der voranschreitenden Flächenknappheit – konnten potentielle Standorte der zu errichtenden Windenergieanlagen frühzeitig abgestimmt werden, die eine "Doppelnutzung" der Flurstücke/Flächen ermöglichen [allen voran durch Betrachtung des Bereiches, welcher lediglich als „Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (Grundsatz) geführt wird] b) Projektplanungen im Zuge des zwingend erforderlichen Netzausbau • Im Zuge des Neubaus einer zweisystemigen 380-kV-Freileitung [Hochwöhrden (Heide) – Raum Pöschendorf] soll im südlichen Gemeindegebiet der Gemeinde Albersdorf ein großflächiges und leistungsstarkes Umspannwerk errichtet werden. Für dieses ist die Verankerung im Netzentwicklungsplan unter der Nummer P476 als Maßnahme mit der Kennung M824 vollzogen. (Errichtung eines 380-kV-Umspannwerkes mit vier 380/110-kV-Transformatoren) Durch die Annahme einer Vereinbarkeit der vorstehend genannten Interessen, allen voran des Kiesabbaus und der Errichtung von Windenergieanlagen, sowie der Generierung geeigneter Flächen für die Platzierung des beabsichtigten Umspannwerkes im Nahbereich der bereits vorhandenen 110-kV-Freileitung (380-kV-Freileitung wird im vorgegebenen Abstand parallel zu dieser errichtet) bzw. der geplanten Windparkstrukturen, schreiten die Planungen zügig voran. • Die Offenheit der Tennet TSO GmbH hinsichtlich der aktiven Generierung von Standortalternativen durch die [redacted] zur Abweichung von den zunächst angedachten/beabsichtigten Strukturen soll hier nochmals lobend erwähnt werden. Andererseits wäre es aber auch nicht sinnvoll sich auf Flächen/Flurstücke zu fokussieren, wo die Flächeneigentümer/-innen keine Bereitschaft zur Veräußerung zeigen, was wiederum, auch wenn Mittel und Wege zur Verfügung stehen, nur zu zeitlichen Verzögerungen der Projektumsetzung und unnötigen Verfahren führen würde. Die Planungen der [redacted] decken	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sich mit den Vorstellungen der Landesregierung bzw. mit der sich durch die Anwendung der definierten Ziele und Grundsätze der Raumordnung ergebenden Windpotentialfläche. Aus vorstehendem Grund bzw. durch die bereits erfolgten und auch zwingend erforderlichen detaillierten Absprachen mit dem „Kiesabbaubetreiber“ hinsichtlich der WEA-Standorte ist die Projektentwicklung bereits soweit vorangeschritten, dass mittels Gutachten nachgewiesen werden kann, dass das Windparkprojekt neben dem Betrieb der Kieskuhle als auch der Errichtung eines großflächigen Umspannwerkes im Nahbereich der Parkstrukturen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungsfähig wäre. Sprich, u.a. die Richtwerte der TA-Lärm eingehalten werden können. Zudem wurden bislang keine windkraftsensiblen Großvögel im Nahbereich oder aber in den angedachten Windparkstrukturen vorgefunden. ***Der 1. Entwurf der LEP-Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ enthält schlüssige und zugleich nachvollziehbar gewählte Ziele und Grundsätze der Raumordnung***, **die nur noch minimal angepasst werden sollten. Die Einwendungen der Gesellschaft bewegen sich daher im überschaubaren Rahmen.** Entgegen der vertretenen Auffassung der Plangeberin könnten einzelne gewählte Kriterien, die den Ausbau der Windenergie in diesem Bereich ausschließen (Ziele der Raumordnung) noch etwas, wenn auch geringfügig, zu Gunsten des Ausbaus der Windenergie korrigiert bzw. gelockert werden. Zugleich wird im Umkehrschluss darauf plädiert dem Artenschutz von vornherein mehr Beachtung beizumessen und dementsprechend einzelne aktuell noch als Grundsätze der Raumordnung im Plantext aufgeführten Flächenanteile des Landes SH durch Anhebung auf die Ebene eines Ziels der Raumordnung für den Ausbau der Windenergie auszuschließen. <u>Anpassungen zu Gunsten des Ausbaus der Windenergie:</u> a) Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (4.5.1.4 Boden und Wasser – 5 Z) • Zunächst wird positiv bewertet, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bzw. die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Gebieten, in denen der Abbau der Rohstoffe abgeschlossen ist, ermöglicht wird. • Die [redacted] regt jedoch an,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dass aktuelle Ziel der Raumordnung insgesamt „auf einen Grundsatz herabstufen“. Über die Einzelfallbetrachtung und die Abwägungsmöglichkeiten würde der Landesplanung immer noch genügend Handlungsspielraum zur Verfügung stehen. Ausreichende Nachweisführungen durch den pot. Windparkbetreiber und des Kiesabbauunternehmens wären zwingend erforderlich b) Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (4.5.1.4 Boden und Wasser – (5) G) • Es ist verständlich, dass dem Abbau oberflächennaher Rohstoffe Raum verschafft bzw. gegeben werden muss im Hinblick auf die bevorstehenden Infrastrukturprojekte der kommenden Jahre - unter anderem an der Westküste. Dementsprechend wird begrüßt, dass diese Bereiche grundsätzlich, durch Abwägungsmöglichkeiten bzw. Berücksichtigung als Grundsatz der Raumordnung, dem Ausbau der Windenergie zugänglich gemacht werden. Die [redacted] möchte jedoch anregen, ob nicht sogar gedanklich ein weiterer Schritt vollzogen werden sollte, gerade vor dem Hintergrund der bereits angesprochenen sich zuspitzenden Flächenknappheit, sodass die Errichtung von WEA in Vorbehaltsgebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe grundsätzlich realisiert werden kann. Sprich, es sollte seitens der Landesregierung überlegt werden, ob der Grundsatz der Raumordnung bzw. das Kriterium nicht gänzlich entfallen könnte, sodass im Bereich Albersdorf einer angestrebten Doppelnutzung der Flächen/Flurstücke, die dieses Vorgehen durch ausreichend Kiesvorkommen überhaupt ermöglichen, nichts im Wege steht. c) Die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung (4.5.1.3 Gebiets und Artenschutz – 15 Z) werden berechtigterweise als Ziel der Raumordnung verankert. Entlang des Nord-Ostsee-Kanals wird allein der gewählte Abstand zum Kanalufer nochmals zur Diskussion gestellt (Abstand Kanalufer zur Grenze des festgehaltenen Vogelzuges derzeit ca. 900m). Womöglich, wenn dem beratende Ornithologen/Biologen über eventuell vorliegende Studien/Kartierungen folgen könnten, wäre eventuell auch ein Abstand von 750m/800m angemessen. Die Gesellschaft vertritt bzw. die Gesellschafter/-innen vertreten die Auffassung, dass nachstehende Grundsätze der Raumordnung einer nochmaligen Überprüfung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unterzogen werden sollten, da eine Anhebung der „Wertigkeit“ zum Ziel der Raumordnung bzw. eine Zuordnung zu den Zielen der Raumordnung, was zu einer Reduzierung der gesamten ermittelten Windpotenzialfläche (aktuell rund 7,2% der Landesfläche) des Landes führen würde, zur Akzeptanzförderung in der Bevölkerung beiträgt: i.) Biotopschwerpunktbereiche (4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz – G) - diese sollten für den Ausbau der Windenergie kategorisch ausgeschlossen werden ii.) Wiesenvogel-Brutgebiete sollten gänzlich vom Ausbau der Windenergie freigehalten werden. Dementsprechend müssten auch „Wiesenvogel-Brutgebiete mit hoher Siedlungsdichte“[4.5.1.3 Gebiets und Artenschutz – (16) G] als Ziel erfasst werden oder es müsste keine zusätzliche Unterteilung/Differenzierung zwischen „besonders hohen Siedlungsdichten“ oder „hohen Siedlungsdichten“ vollzogen werden, da erstgenannte bereits als Ziel der Raumordnung (4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz – 16 Z) Berücksichtigung gefunden haben. Die Raumbedeutsamkeit des Bereiches um Albersdorf wird in den kommenden Jahren stark zunehmen. Vor allem das südliche Gemeindegebiet bzw. der südliche Bereich der Gemeinde Albersdorf wird „im Schatten von Heide“ für die Netzinfrastruktur ein Knotenpunkt werden, woran sich nachgelagerte Infrastrukturprojekte anschließen werden – u.a. ggf. die Errichtung von Batteriespeichern etc.. Dementsprechend wäre es höchstsinnvoll eine Doppelnutzung bzw. duale Nutzung im von der [redacted], samt Projektpartnern – u.a. das Kiesabbauunternehmen Otto Timm, präferierten Bereich seitens der Landesregierung mittels Abwägungsmöglichkeiten zu unterstützen. Für einen von vornherein offenen und zugleich kommunikativen Austausch stehen alle Projektinitiatoren/Projektinitiatorinnen der Landesregierung / Landesplanung gerne zur Verfügung. Bei Nachfragen oder Rückfragen zur Stellungnahme melden Sie sich gerne. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] 25767	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Albersdorf	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1764	Ich bin gegen Windkraft in der Gemeinde Hürup, um das Landschaftsbild des östlichen Hügellandes mit seiner Artenvielfalt, wie Storch und Rotmilan, Fledermäuse und verschiedenen Bussard- und Gänsearten zu schützen und zu erhalten. Außerdem hat die Gemeinde Hürup ein Ihn vorliegendes Gutachten erstellen lassen, das auf Grund der Kriterien das Errichten von Windkraftanlagen ausschließt. Es liegen neben Gesteinschichten aus der Eiszeit auch große Tonvorkommen in den Planungsgebieten vor. Der entscheidende Grund ist aber eine Abstimmung aus dem Jahre 2016 in den Gemeinden Hürup und Ausacker, bei denen jeweils ein überragende Dreiviertelmehrheit gegen Windkraft in den Gemeinden stimmte. Und da alle Macht vom Volle ausgehen sollte, müssen die Flächen in der Gemeinde Hürup aus der Planung gestrichen werden. Damit bleibt der Dorffrieden erhalten. Vielen Dank. Viele Grüße, [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.9.1, 4.20, 5.7.3, 7.1.3, 7.1.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Gruppe ID: G1763 Anzahl: 4 (IDs: 1759, 1761, 1763, 1794)	Stellungnahme zur **Windpotenzialfläche PR3_DIT_309 für die Gemeinden Bargenstedt, Nindorf und Meldorf** Sehr geehrte Damen und Herren, Ich bin Erbin eines Landeigentümers und Mitgesellschafters der Planungsgesellschaft „[redacted]“ und wende mich mit meinem Anliegen Sie. Die Planungsgesellschaft sowie alle Mitgesellschafter haben in den vergangenen Jahr mit erheblichen Anstrengungen und finanziellen Mitteln die Planung von Windenergieanlagen im oben genannten Gebiet der drei Gemeinden vorangetrieben. Um artenschutzrechtliche Konfliktrisiken deutlich zu minimieren, wurde mit Anlagen mit einer sehr hohen Nabenhöhe von 166 m geplant, wodurch der unterste Rotordurchgang bei 80 m liegt. Leider wurden all unsere Anstrengungen nun zunichte gemacht, da die Windpotenzialfläche im Bereich Mieleniederung als Wiesenvogel-Brutgebiet festgelegt wurde.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Warum hier eine konkrete Abgrenzung des Wiesenvogel-Brutgebietes stattfindet, ist absolut nicht nachvollziehbar, da das Rüsdorfer Moor (naturräumlich ebenfalls Mielenierung) einen mindestens genau so großen Wiesenvogelbestand aufweist aber nicht als Wiesenvogel-Brutgebiet festgelegt wurde. Auf welcher Grundlage fand diese Abgrenzung statt? Zusätzlich finden aktuell die Planungen für die Hochspannungsgleichstromkabeltrassen im vermeintlichen Wiesenvogel-Brutgebiet der Mielenierung statt. "NordOstLink" zwischen Heide und Rogahn und der "Korridor B" zwischen Heide und Hamm. Das Leitungsbauvorhaben "NordOstLink" befindet sich bereits im Planfeststellungsverfahren. Und hier stellt sich mir die Frage, wieso auf das vermeintlich vorhandene Wiesenvogel-Brutgebiet in den veröffentlichten Dokumenten zur Raum- und Umweltverträglichkeit in keiner Weise eingegangen wurde, wenn es doch bei unserem Vorhaben ein maßgeblicher Grund für das Scheitern des Projektes darstellt? Auf den Seiten 77 und 78 der Planbegründung wurden die Arten Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer aufgezählt, wobei diese Arten alle nicht auf der Brutvogel-Liste der windkraftsensiblen Arten im Bundesnaturschutzgesetz stehen. Ich freue mich auf die Antworten auf meine Fragen und verbleibe mit freundlichen Grüßen [redacted]	Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1760	**Stellungnahme als Landeigentümer zur Übernahme einer Potenzialfläche als Vorrangfläche für Windenergienutzung einer zukünftigen Teilfortschreibung des Regionalplanes, Sachthema: Windenergie – hier: Potenzialfläche PR3_DIT_069 in der Gemeinde Nordermeldorf** Hiermit nehme ich Bezug auf den am 30.12.2020 in Kraft getretenen Regionalplan und die dort nicht als Vorrangfläche übernommene Potenzialfläche „PR3_DIT_069“ in der Gemeinde Nordermeldorf und bringen meine Stellungnahme in das Beteiligungsverfahren zur Fortschreibung der Regionalplanung ein. Mit dieser Stellungnahme wird beabsichtigt die ehemals nicht berücksichtigte Potenzialfläche PR3_DIT_069 als Vorranggebiet einzubringen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	<u>Ausgangslage/Zielsetzung:</u> Als betroffener Landeigentümer plane ich zusammen mit allen weiteren Landeigentümern vor Ort ein Windvorhaben innerhalb des Planungsraumes PR3_DIT_069. Bei der Flächenkulisse handelt es sich konkret um die nicht als Vorranggebiet ausgewiesene Potenzialfläche im Nordermeldorfer Christianskoog. Die konkrete Flächenabgrenzung des damaligen RROP 2020 entnehmen Sie bitte der nachfolgenden, graphischen Abbildung: *Abgelehnte Potenzialfläche PR3_DIT_069* Wir Landeigentümer wollen für die Einbringung der abgelehnten Potenzialfläche zur Ausweisung als Vorranggebiet werben und bringen diese als Vorschlag für die anstehende Teilfortschreibung der Regionalplanung, Sachthema Wind, ein. Grundsätzlich haben sich seit dem RROP 2020 die Gewichtung des Ausbaus der Windenergie und der Belange des Denkmalschutzes geändert. In Verbindung mit der Notwendigkeit des Windenergieausbaus und dem überragenden öffentlichen Interesse erscheint die hier beworbene Ausweisung als Vorranggebiet als überaus geeignet. Die aus der Abwägungsentscheidung des RROP hervorgehenden bejahende Gründe wie die hervorragende Akzeptanz vor Ort und die geringen Konfliktrisiken zu den relevanten Belangen sprechen weiterhin für die Fläche. Auf die vorgebrachten Gründe gegen eine Ausweisung soll im Folgenden im Detail eingegangen werden: **<u>Bewertung der Abwägungskriterien Konfliktrisiko im Detail</u>** Abwägung laut Landesplanung: *Freihaltebereich in der Dithmarscher Marsch* Unsere Entgegnung: Da die in der Abwägungsentscheidung benannten Flächen DIT_067, DIT_068 und DIT_071 trotz der Lage in der Dithmarscher Marsch als Vorranggebiete ausgewiesen wurden, wäre eine Nichtausweisung unverhältnismäßig. Auch dürfte das Ziel der Freihaltung im Hinblick auf den stark gestiegenen Bedarf am Windenergieausbau in Zukunft geringer gewichtet werden, da ein Zuwachs der Windenergie unausweichlich ist.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Insofern sollten die Belange des Windenergieausbaus hier überwiegen. Abwägung laut Landesplanung: *Denkmalschutz* Unsere Entgegnung: Generell soll das überragende öffentliche Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien die Belange des Denkmalschutzes regelmäßig überwiegen. Dazu kommt, dass Denkmalschutz zukünftig noch geringer gewichtet werden soll. Insofern sollte dieses Kriterium einer vollständigen Ausweisung als Vorranggebiet nicht im Wege stehen. **Fazit:** Wir Landeigentümer bewerben die Aufnahme der Potenzialfläche PR3_DIT_069 als Windvorranggebiet und bringen diese nochmals ausdrücklich ein. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1758	Ich begrüßte die Aufnahme allgemein verständlicher Zusammenfassungen ausdrücklich; gleichwohl sich schon die Frage aufdrängt, was gegen einen allgemein verständlichen Gesamtbericht spricht! Diesen in Kapitel 11 unterzubringen steht ja selbst schon quasi im Widerspruch zum Ziel. Darüber hinaus finde ich es verwunderlich, wie allein die Vielzahl der Abkürzungen als allgemein verständlich gelten können. Noch wesentlicher dürfte sein, dass Worte/Formulierungen wie "Flächenbeitragswerte" oder "Der LEP Windenergie erfolgt in einem relativ generellen Maßstab" als allgemein verständlich gelten können.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1756	**Zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land – Grundsätze und Ziele der Raumordnung** **Nummer 1 G: Verfolgtes Planungsziel** Die in Aussicht genommenen Pläne der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zum Thema „Windenergie an Land“	Zu Nummer 1 G: Verfolgtes Planungsziel Es werden landesweit einheitliche Kriterien angewendet. Aufgrund der unterschiedlichen Siedlungsdichte und naturräumlichen Ausstattung ist die Windenergienutzung nicht

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(LEP Windenergie) und das Planungsziel, bis Ende 2027 mindestens drei Prozent der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie auszuweisen, lehne ich als unzumutbar ab. Grundsätzlich wird der Ausbau der erneuerbaren Energien begrüßt und das haben viele Bürger mit privaten und ungeförderten Investitionen vorangetrieben. Die Windenergie hat im Rahmen der Energiewende in Dithmarschen die Gemeinden in wenige Gewinner und viele Verlierer geteilt. Die Akzeptanz der Bevölkerung dieser weiteren verschärften Maßnahmen ist nicht mehr da. Der Kreis Dithmarschen hat nach der letzten Regionalplanfortschreibung 4,4 Prozent der Kreisfläche als Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen waren. Der Kreis Dithmarschen hat also in der Vergangenheit bereits überdurchschnittlich zum Erreichen des Landesziels beigetragen und dem muss in künftigen Planungen Rechnung getragen werden. **Im Kreis Dithmarschen, wo der Ausbau von Windkraftanlagen weit fortgeschritten ist, muss die Ausweisung weiterer Windenergievorranggebiete gestoppt werden.** **Nummer 2 G: Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land** Diese Übernahme von Vorranggebieten wird aus den in Nummer 1 G genannten Gründen abgelehnt**.** Der Kreis Dithmarschen hat sein Soll erfüllt und darf nicht zusätzliche belastet werden. Darüber hinaus bedeutet Repowering einen verstärkten Eingriff in das Landschaftsbild, da repowerte Windkraftanlagen höher sind und größere Rotoren haben. Wodurch ebenfalls die hörbare und nichthörbare Schallbelastung für Mensch und Natur steigt. Existierende Windkraftanlagen sind nicht automatisch akzeptierte Anlagen. Wir Bürger können sie einfach nicht verhindern. Windkraftanlagen, die in der Vergangenheit errichtet worden sind und wo bereits in der Vergangenheit Kriterien einer Ausweisung als Vorranggebiet entgegengestanden haben, müssen zur Ordnung der Landschaft zurückgebaut werden. **Zu Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur** **Nummer 1 G: 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Für alle Siedlungsbereiche, auch für die vereinzelten Häuser im Aussenbereich, die noch nicht durch Windenergienutzung vorbelastet sind, sind ein Abstand von 1.000 Metern, nicht 800 Metern, festzulegen. Das ist nicht nur vor der schleichenden Aufweichung der Abstandsregelungen durch immer	landesweit gleich verteilt. Zu Nummer 2 G: Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land Die Weiterführung bereits bestehender Windparks stellt in aller Regel einen geringeren Eingriff dar als zusätzlich neue, bisher unbebaute Flächen in Anspruch zu nehmen, schon allein deshalb, weil die bestehende Infrastruktur weitergenutzt werden kann. Deshalb genießt die Erhaltung bestehender Vorranggebiete hohe Priorität. Zu Nummer 3 G Festlegung einer Referenzanlage Hierzu wird auf Ziffer 1.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen Zu 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen Hierzu wird auf Ziffer 1.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Ablehnung jeglicher WEA außerhalb von Vorranggebieten Hierzu kann das Land keine abschließende Regelung treffen, weil zukünftig eine Ausschlussplanung vom Bundesgesetzgeber nicht mehr zugelassen wird (§ 249 Abs. 1 BauGB) Zur Forderung eines Abstandes von 1.000 m zu allen Wohnhäusern wird auf Ziffer 2.3.1 und 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Forderung, die Landschaftsschutzgebiete von WEA freizuhalten wird auf Ziffer 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zum Thema Umfassung wird auf Ziffer 3.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Forderung, Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und Erholung von WEA als Ziel der Raumordnung freizuhalten, wird auf Ziffer 3.15.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	höherer WKAs absolut notwendig, sondern auch um wenigstens die Tolerierung von Windkraft in der Bevölkerung zu erreichen. Bayern kann das anscheinend. In SH sind die Menschen weniger schützenswert? Es kann darüber hinaus nicht nachvollzogen werden, warum bei einzelnen Kriterien die Verringerung von Abständen bzw. geänderte flächenhafte Abgrenzung gegenüber den bisherigen vorgesehen werden. **Nummer 3 G Festlegung einer Referenzanlage** Der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen soll eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde gelegt werden. Mit diesen Erhöhungen der Gesamthöhe und der Rotordurchmesser von WKAs sind neue landschaftsverändernde und belastungserhöhende Referenzen eingeführt worden. Abstandsregelungen zu Wohnhäusern und anderen Abgrenzungen (Wald, Biotope, etc.) sind **nicht** gleichzeitig erhöht worden. Untersuchungen der Auswirkungen auf Mensch und Tier sind **nicht** erfolgt. **Diese Veränderung der Planungs-Grundsätze ohne gleichzeitige Anpassung an die erhöhten Belastungen lehne ich aus Schutzgründen ab. Ich halte sie darüber hinaus für rechtlich anfechtbar.** **4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen** In Regional- und Bauleitplänen sollen keine Bestimmungen zur Höhe von raum bedeutsamen WEA getroffen werden. Es ist völlig unverständlich warum diese Öffnungsklausel pauschal vorgesehen werden soll. Sie ist nicht inhaltlich begründet und stellt eine pauschale Festlegung dar, die den demokratischen Prozess zur Abwägung eingrenzt. Aus den genannten Gründen lehne ich das vorgesehene Verbot ab. **Nummer 4 Z und G: Siedlungsachsen, besondere Siedlungsräume, Baugebietsgrenzen, baulich zusammenhängende Siedlungsgebiete sowie Entwicklungs- und Entlastungsorte** Der Aspekt der landschaftlichen Freihaltebereiche sollte zum Wohle strukturgebenden Raumordnung im LEP an dieser oder einer anderen geeigneten Stelle als Kriterium aufgenommen werden. **In der Geest darf keine Freigabe der Landschaftsschutzgebiete für Windkraftanlagen erfolgen.** Besonders im Bereich Krumstedt , Süderhastedt und Eggstedt ist bereits eine deutliche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Überprägung der Landschaft durch neuerrichtete und repowerte Windkraftanlagen erfolgt. Die neuen blauen Flächen verstärken die Riegelbildung und die Umzingelung besonders von Krumstedt. **Nummer 5 Z Rotor-innerhalb-Planung** Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten ist zu bestimmen, dass die Rotorblätter von WEA vollständig innerhalb dieser Windenergiegebiete liegen. Werden raumbedeutsame WEA außerhalb von Windenergiegebieten errichtet, ist für Abstandserfordernisse der Kapitel 4.5.1.1, 4.5.1.2, 4.5.1.3, 4.5.1.4 und 4.5.1.5 die Rotorblattspitze maßgeblich. **Aus den nachfolgenden Gründen lehne ich jegliche Errichtung von WEA außerhalb von Windenergiegebieten ab.** Wir Bürger in Dithmarschen sind durch mehr als ein Jahrzehnt der Regionalplan-Windenergie-Abwägungen gegangen und verlangen Verlässlichkeit von Politik und Verwaltungen. Öffnungsklauseln, die die Bürgerbeteiligung aushebeln, lehne ich ab. **Nummer 6 Z Mindestgröße von Windenergiegebieten** Die Vorranggebiete Windenergie und Windenergiegebiete außerhalb der Vorranggebiete Windenergie müssen eine Mindestgröße von 15 Hektar aufweisen. Dabei können mehrere räumlich zusammenhängende Flächen, die jeweils mindestens fünf Hektar umfassen und zusammen die Mindestgröße von 15 Hektar erreichen, berücksichtigt werden. Ein räumlicher Zusammenhang ist dann gegeben, wenn die Entfernung der Außengrenzen einzelner Flächen zueinander weniger als 600 Meter beträgt. **Aus den nachfolgenden Gründen lehne ich jegliche Errichtung von WEA außerhalb von Windenergiegebieten ab.** Wir Bürger in Dithmarschen sind durch mehr als ein Jahrzehnt der Regionalplan-Windenergie-Abwägungen gegangen und verlangen Verlässlichkeit von Politik und Verwaltungen. Regelungen, die die Bürgerbeteiligung aushebeln, lehne ich ab. **Nummer 7 G: Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung** Wie wir Bürger von Krumstedt, Eggstedt und Süderhastedt bereits live erleben können, sind Begrifflichkeiten wie „unzumutbare“, „soll“, „in unmittelbarer räumlicher Nähe“ und „im Einzelfall“ als Kriterium in einem LEP völlig ungeeignet, um einen konkreten und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	hinreichenden Rahmen zu setzen. Die Beurteilung einer Umzingelungs- bzw. Umfassungssituation von Ortslagen muss nachvollziehbar sein und der Schutz von Mensch, Tier und Natur muss die oberste Priorität und Vorrangigkeit erhalten. **Zu Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** **Nummer 11 G: Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und Erholung** Gebiete, die der Erholung der Bürger dienen müssen von einer Windenergienutzung freigehalten werden. Die einzigen bisher von Windkraftanlagen freien Erholungsräume um Krumstedt, auch die Felder und Wälder Richtung Bargenstedt sind in den neuen blauen Planungsflächen vorgesehen. Es ist ein Kriterium als Ziel der Raumordnung darzustellen. **Nummer 13 G: Landschaftsschutzgebiete** Die **Rechtsänderung des Bundes (Wind-an-Land Gesetz) vorgesehene grundsätzliche Öffnung der Landschaftsschutzgebiete für eine Einbeziehung in die Flächenkulisse zum Ausbau der Windenergienutzung lehne ich ohne jede Einschränkung ab**. Landschaftsschutzgebiete dienen der Erhaltung und Entwicklung oder Wiederherstellung der Natur. Beeinträchtigungen des Naturhaushalts sollen beseitigt und die Leistungs- und Funktionsfähigkeit wiederhergestellt werden. Die Verordnungen untersagen bestimmte Handlungen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere das Landschaftsbild oder den Naturgenuss beeinträchtigen. 100 oder 200m hohe WKAs zerstören das Landschaftsbild so außerordentlich, dass dies kilometerweit sichtbar sind. Der Charakter eines geschützten Gebietes, würde durch WKA (mit Zuwegung und Peripherie evtl. auch Umspannwerke) zerstört werden. Durch die Naturraumausstattung, das Landschaftsbild und der kulturhistorischen Bedeutung haben LSG’s insgesamt einen hohen Wert für das Landschaftserleben und die Erholung. Die charakteristische Landschaft aus kleinteiligen Knicklandschaften, kleinen Biotopen auf Koppeln und Wiesen, prägen speziell die Landschaft in Krumstedt und Umgebenung. In diese Regionen gehören keine Windkraftanlagen. Die Erhaltung der Historischen Kulturlandschaften mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern gehört daher gemäß § 1 Absatz 4 Nummer 1 BNatSchG zu den Zielen des Naturschutzes.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Ebenso gehört die Erhaltung Historisch gewachsener Kulturlandschaften zu den Grundsätzen der Raumordnung (§ 2 Absatz 2 Nummer 5 ROG). Landschaftsschutzgebiete (LSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen nach § 26 Abs. 1 BNatSchG "ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist, wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung." Die artenschutzrechtlichen Kriterien wurden für die Neufassung des Regionalplan Wind schon erheblich zu Gunsten der Windkraft herunter gebrochen, lassen sie Flora und Fauna wenigstens in den LSG’s geschützt. Es müssen auch Räume der Ruhe und Erholung für Natur, Mensch und Landschaft in Schleswig-Holstein erhalten werden und frei bleiben von technischen Großinstallationen. Erhalten Sie einzigartige Kulturlandschaften zum Schutz von Natur, Klima und Biodiversität, lassen Sie den Wäldern ihren Raum, auch angesichts des bereits vom Kreis Dithmarschen geleisteten überdurchschnittlichen Flächenbeitrags zur Windenergienutzung. Meine Forderung, **weisen Sie bei der Neuaufstellung Regionalplan Wind, die Landschaftsschutzgebiete wieder als Tabuflächen für Windkraft aus!**	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1755	Sehr geehrte Damen und Herren, diese Stellungnahme bezieht sich auf das Gebiet PR3_DIT_309 für die Gemeinden Epenwöhrden und Hemmingstedt, mit dem Ziel der Wiederaufnahme als Windeignungsgebiet für zukünftige Windraftnutzung. Ich bin Mitgesellschafter der Planungsgesellschaft [redacted], die Ende 2022 gegründet wurde und bin daher sehr stark durch die Festlegung eines Wiesenvogel-Brutgebietes im Bereich der Mieleniederung betroffen. Da innerhalb der festgelegten Wiesenvogel-Brutgebiete die Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich ausgeschlossen werden soll, würde dies unsere bisherigen nicht unerheblichen Anstrengungen zur Planung von Windenergieanlagen in diesem Gebiet zunichte machen. Bei unserer Planung sollen Anlagen mit sehr hohen Nabenhöhen von 166 m zum Tragen kommen. Der unterste Rotordurchgang würde somit bei über 80 m liegen und artenschutzrechtliche Konfliktrisiken deutlich zu minimieren. Nach welchen Kriterien das Wiesenvogel-Brutgebiet abgegrenzt wurde, ist für mich nicht nachvollziehbar. Beispielweise gehört das Rüsdorfer Moor naturräumlich ebenfalls zur Mieleniederung und weist einen mindestens genau so großen Bestand an Wiesenvögeln	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 3.14.1, 4.18.1, 7.1.1, 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	auf, wird jedoch nicht als Wiesenvogel-Brutgebiet festgesetzt. Die verwendete Flächenkulisse der Wiesenvogel-Brutgebiete weicht an vielen Stellen erheblich von der im "Wiesenvogelerlass" vom 25.03.2019 veröffentlichten Flächenkulisse ab, wie zum Beispiel auf Eiderstedt. Dort wurden nun doch Gebiete für Windkraft zugelassen. Hinzu kommt, dass für das Wiesenvogel-Brutgebiet in der Mieleniederung derzeit zwei Planungen von Hochspannungsgleichstromkabeltrassen (NordOstLink) zwischen Heide und Rogahn und der "Korridor B" zwischen Heide und Hamm laufen. Das Leitungsbauvorhaben (NordOstLink) befindet sich bereits im Planfeststellungsverfahren. In den veröffentlichten Unterlagen finden sich auch Dokumente zur Raum- und Umweltverträglichkeit, die jedoch in keiner Weise auf das zu querende "Wiesenvogelbrutgebiet" eingehen. Die auf Seite 77 bis 78 ihres Plantextes aufgezählten Arten Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer stehen alle nicht auf der Brutvogel-Liste der windkraftsensiblen Arten im Bundesnaturschutzgesetz. Es ist in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehbar, weshalb Schutzgebiete für diese Arten festlegt werden, die dann vor allem von Windenergieanlagen freizuhalten sind. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1754	[redacted] Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 Die geplante Ausweisung von 3% statt der bisherigen 2% der Landesfläche für die Errichtung von WKA überfordert Mensch, Natur und das Landschaftsbild. Die bisherigen genannten 2% sind bereits grenzwertig, denn hier werden Anwohner und ökologisch wichtige Gebiete schon maßgeblich beeinträchtigt. Einige Gebiete in unserem Bundesland sind derart mit WKA bebaut, dass das ursprüngliche Landschaftsbild nicht	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Weiterhin beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 1.8 der allgemeinen Synopse verwiesen. Schließlich wird auf die Ziffern 7.2.12 und 7.4.1 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wiederzuerkennen ist. Hinzu kommt, dass bereits jetzt durch die unterschiedlichen Mindestabstände zu Wohngebieten (1000 Meter) und Einzelhäusern, Splittersiedlungen im Außenbereich (400 Meter) etliche Menschen durch die Nähe zu den WKA stark betroffen sind. Durch die geplante Ausweisung von 3% der Landesfläche für WKA wird diese Betroffenheit noch weiter zunehmen. Dadurch wird die Akzeptanz bezüglich der Energiewende schwinden. Besonders tragisch für betroffene Anwohner ist die in dem ersten Entwurf formulierte Rotor-Out-Planung. In diesem Fall dürfen die Rotorblätter über die Eignungsflächengrenzen hinaus ragen. Im Extremfall bedeutet dies, dass die WKA-Masten direkt an der Grenze stehen und so die mittlerweile WKA-Riesen noch näher an die betroffenen Anwohner heranrücken. Ein weiter Kritikpunkt ist, dass Umweltbelange künftig eine geringere Bedeutung haben sollen. Was ist mit dem Artensterben, das in der Vergangenheit eine so große Rolle in der Öffentlichkeit gespielt hat. Ist das vor dem Hintergrund des Energiehungers unbedeutsam geworden. Hier werden Flora und Fauna der Ideologie geopfert. [redacted]	Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1753	[redacted] Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 In unmittelbarer Nähe zu unserer Liegenschaft befindet sich das Vorranggebiet PR2_RDE_040 – Windenergie Regionalplan II. Hinweisend auf meine 3. Stellungnahme zu der geplanten Windkrafteignungsfläche in der Gemeinde Neuwittenbek betreffend das Vorranggebiet PR2_RDE_040 –	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergie Regionalplan II beziehe ich erneut Stellung: Wieder haben sich die Abwägungsentscheidungen geändert. Statt 2% sollen jetzt 3% der Landesfläche mit Windkrafträdern bebaut werden und soweit ich es verstanden habe ist das noch nicht das Ende der Fahnenstange. Ich werde nicht alle Punkte und Erklärungen meiner letzten Stellungnahme wiederholen sondern nur ganz kurz die Belastungen aufzählen, denen wir Menschen in Außenbereichen sowieso schon ausgesetzt sind: Biogasanlage, Massentierhaltung, Verbringung Kanalaushub, Obstanbau, Obstcafe. Jetzt eines noch: Bis jetzt haben die Politiker (und das betrifft alle Parteien) es nicht geschafft unser Gesundheitswesen gerecht zu gestalten und die 2 Klassengesellschaft endlich abzuschaffen. Und nun bitte ich darum keine 2 Klassengesellschaft im Bereich der Windenergieplanung ausufern zu lassen. Deshalb fordere ich weiterhin einen sorgfältig durchdachten Ausbau von Windkraftanlagen mit einheitlichen und größeren – mindestens 1000 m – Abständen von Anwohnern. Vor allem sehe ich eine Energiewende nicht wenn Energieeinsparung in vielen Bereichen immer noch nicht notwendig erscheint. Und das betrifft definitiv nicht nur die privaten Haushalte wie wir wohl alle wissen. Atomstrom ist für mich weiterhin keine Alternative! Aber Energie sparen wäre in vielen Bereichen immer noch in großem Maße möglich. [redacted], 07.September 2024 Freundlicher Gruß [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1752	Sehr geehrte Damen und Herren, Da in Schleswig Holstein sehr viele Windkraftanlagen stehen, die bei Wind schon abgeschaltet werden. Sehe ich es nicht ein noch mehr Windkraftanlagen im Bereich des Segeberger Forstest zu bauen. Da der Naturschutz und Wildtierschutz	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	(Rotmilan,Seeadler,Störche,Rotwild,Damwild uws) im Vordergrund stehen und diese in ihrem Natürlichen Lbensraum stark eingeschränkt werden. Mit Freundlichen Grüßen [redacted]	Planentwurfes. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1751	Sehr geehrte Damen und Herren, Ich bin mit der Planung der Windkrafträder in Standort Heidmühlen nicht einverstanden. Das Dorf Heidmühlen besteht aus Mohrriegen Flächen und einer schönen Natur für Mensch unf Tier die man schätzen sollte. Hiermit möchte ich sie darum beten den Standort Heidmühlen aus der Entwurfsliste für Windkrafträder zu nehmen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1749	Im Zuge der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplan, Sachthema Wind, möchten wir im Rahmen des laufenden Beteiligungsverfahren als Initiatoren eines beabsichtigten lokalen Windprojektes im Gemeindegebiet von Krumstedt, Landkreis Dithmarschen, zu den Entwürfen nachfolgende Einwendungen abgeben. Zunächst möchten wir betonen, dass wir dem Ausbau der Windenergie positiv gegenüberstehen. Er ist entscheidend für das Erreichen der Klimaschutzziele des Landes, und wir befürworten dieses Vorhaben vollumfänglich. Die erforderliche Energiewende ist unerlässlich und eng verknüpft mit der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien sowie wegweisend für eine nachhaltige Zukunft. Der Ausbau der Windenergie spielt dabei eine der wichtigsten Rollen, zur Sicherung der Energieversorgung und Stärkung der wirtschaftlichen Wertschöpfung im ländlichen Raum. Über die Ausweisung von Windenergieflächen und den Betrieb von Windparks sind wir wie viele andere aufgrund der Berichterstattung und bisher stattgefundenem Ausbau in der Region in den letzten Jahren gut informiert. Es sind einige Windparks in der entfernteren Nachbarschaft entstanden, deren positive Entwicklung und Betrieb sich	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.20.1 und 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Bezüglich der Gebiete für die Rohstoffsicherung: Die Vorbehaltsgebiete und Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe dienen der langfristigen Sicherung der regionalen und überregionalen Rohstoffversorgung und sollen vorrangig dieser Nutzung dienen. Die Errichtung von WEA sowie der zugehörigen Infrastruktur könnte den Abbau von Rohstoffen in diesen Gebieten wesentlich erschweren beziehungsweise verhindern. Insbesondere in den Vorranggebieten mit genehmigtem oder aktivem Rohstoffabbau ist dies zu verhindern. Der Plangeber erachtet es deshalb als gerechtfertigt, die Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe pauschal von einer Überplanung freizuhalten.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	deutlich abzeichnet. Auch unsere Standortgemeinde ist als Windstandort gut geeignet, leider mussten wir auf der Karte in den vorangehenden Beteiligungsverfahren feststellen, dass in der Region östlich von Meldorf und auf der *Hohen Geest* stets nur unwesentliche Neuausweisungen für Windparks vorgenommen und große Potentialflächen nicht berücksichtigt wurden. Nach Einsicht und Prüfung der veröffentlichten Unterlagen für die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) stellt sich dies nun anders dar, was wir sehr begrüßen. Dies zeigt sich auch bei den Potentialflächen in unserem Umfeld, hier wird sichtbar, dass durch die Neubewertung der Kriterien unter Anpassung an das Bundesrecht und geänderte Rahmenbedingungen es keine Tabukriterien mehr gibt, die auf mögliche Potenzialflächen wirken. Das Plangebiet befindet sich den Ortslagen Farnewinkel, Bargenstedter Feld und Krumstedt. Zur Fortschreibung nehmen wir wie folgt Stellung: **Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein** Das am 01. Februar 2023 in Kraft getretene Bundesgesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie, bezeichnet als „Wind-an-Land-Gesetzgebung“, legt unter anderem über das Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) verbindliche Ausbauziele für die einzelnen Bundesländer fest, sodass auch das Bundesland Schleswig-Holstein einen klaren Auftrag zur Neuausweisung weiterer Windgebiete hat. Dies bedingt eine Neugewichtung und Auswahl der Suchkriterien für geeignete Windausbauflächen. Diese sollen nun im übergeordneten Landesentwicklungsplan zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung verankert werden und als Vorgabe für die nachfolgenden möglicherweise unterschiedlichen Ausweisungsverfahren dienen. Dieser Vorgehensweise und auch der geplanten Auswahl und Zuordnung als Ziele und Grundsätze der Raumordnung zur Steuerung des Ausbaus der Windenergie können wir folgen. Die Vorgehensweise ist schlüssig und nachvollziehbar, die Auswahl in einem bestimmten Maße raum- und naturverträglich, der vertretbar ist. Die Abwägung zwischen den Belangen der Windkraft und anderer Nutzung ist	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausgewogen. Durch *Rotor-in* werden die politischen und verträglichen Ziele der Landesregierung, genügend Abstand zu Wohnbereichen, weiterverfolgt. **Klimaschutzziele** Den Ausbau von Erneuerbaren Energien, hier vor allem den der Windenergie, befürworten wir ausdrücklich. Bedingt durch Klima- und Energiepreiskrisen in den vergangenen Jahren ist weiterer Flächenbedarf eindeutig notwendig, auch in Schleswig-Holstein. Der zukünftige Strombedarf als Rohstoff- Energie wird massiv weiter steigen. Die Transformation zu Wasserstoff und Wärme sind als zwei wichtige Nutzungen zu nennen. Der Strom, der in unserem Landkreis produziert wird, wird in hohem Maße von den Industrieansiedlungen verbraucht werden. Überschüssige Energie wird durch neue Leitungen gen Süden transportiert. Daher steht der Ausbau der Erneuerbaren Energien im besonderen öffentlichen Interesse, was der Gesetzgeber entsprechend geregelt hat. Der bisherige Ermessensspielraum wird zugunsten des Ausbaus der Erneuerbaren Energien neu ausgerichtet. Der Bedeutung der Erneuerbaren Energien wurde durch § 2 EEG 2023 für Abwägungsvorgänge entsprechend Raum verschafft. Bei Abwägungsspielraum ist dem Ausbau der Erneuerbaren Energien Vorrang zu geben. Errichtung und der Betrieb von Erneuerbarer Energieanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollten die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. **Ziele und Grundsätze der Raumordnung** Es sollte nicht jedes einzelne Kriterium kommentiert werden. Wir möchten aber aus unserer Sicht das Augenmerk auf nachfolgende Kriterien lenken, die zum Teil Standortbezogen sind. Folgende **Ziele der Raumordnung** begrüßen wir: • 800 m Umgebungsbereich um Siedlungsachsen mit Wohnfunktion bzw. zu festlegten Innenbereichen durch Kreisbaubehörden. • 1.000 m (nur bei einer Vorbelastung durch Windenergie bzw. bestehende Windenergieanlagen soll eine Bebauung bis auf 800 m zugelassen werden)	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umgebungsbereich um Siedlungsachsen. Dies fördert die Akzeptanz unter den Bürger/-innen • 400 m Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich (zumeist sind die Eigentümer/-innen bei den beabsichtigten Windprojekten Mitinitiator oder allgemein involviert) • Abstand von 1.000 m um EU- Vogelschutzgebiete für den Ausbau der Windenergie ausgeschlossen • Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs für den Ausbau ausgeschlossen • Wiesenvogelbrutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten für den Ausbau der Windenergie ausgeschlossen • FFH-Gebiete als auch Naturschutzgebiete + 100 m-Abstand ausgeschlossen • Waldabstand von 30 m einzuhalten (wenn die Mindestgröße der Waldparzelle von einem Hektar erfüllt ist) • Der Ausbau der Windenergie sollte in Biotopschwerpunktbereichen kategorisch ausgeschlossen werden *(evtl. Eingriff sind in bestehenden Gebieten im Randbereich von 200 – 300 m zulassen)* • Festgeschriebene 1.000 m um Siedlungsbereiche würden eine deutliche Akzeptanzsteigerung herbeiführen (die Vorgehensweise, weshalb 800 m als Ziel definiert sind, kann jedoch nachvollzogen werden – Ausnahmeregelung für „vorbelastete Bereiche“) Die nachfolgenden Grundsätze der Raumordnung sollten nach unserer Auffassung einer Überprüfung unterzogen werden, da eine Zuordnung als Kategorie *Ziele der Raumordnung* zur Akzeptanzförderung in der Bevölkerung beitragen kann: Nachfolgende Grundsätze der Raumordnung befürworten wir oder regen eine weitere Abstufung zur Abwägung an. Grundsätze sollten der Einzelfallbetrachtung zugänglich sein, wobei der Entscheidungsspielraum zugunsten der Wind-energieanlagen-Ausweisung gemäß § 2 EEG ausfallen sollte:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (5 G) Aufgrund der immer mehr voranschreitenden Flächenknappheit sollten duale Nutzungen einzelner Flurstücke bzw. Gemeindebereiche ermöglicht werden. Dies trifft unter anderem auf zwei wichtige Bereiche, Energiegewinnung und dem Abbau oberflächennaher Rohstoffe, zu. So begrüßen wir, dass „Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe“ lediglich als Grundsatz der Raumordnung geführt werden und nicht kategorisch den Ausbau der Windenergie ausschließen. Es sollte auch möglich sein, sowohl Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe gänzlich als Kriterium der Raumordnung entfallen lassen als auch die Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe von einem Ziel zum Grundsatz herabstufen. **Landschaftsschutzgebiete (13 G)** Die neue Gewichtung dieses Kriteriums und der Abwägung zugänglich, möchten wir ausdrücklich befürworten. Damit wird dem Bundesrecht gefolgt. Das Merkmal Landschaftsschutzgebiet sollte sich nicht gegenüber der Windenergienutzung durchsetzen. Der Gesetzgeber hat den Schutzstatus von LSG bewusst zugunsten von Windenergieanlagen über den neu eingeführten § 26 Absatz 3 BNatSchG aufgehoben, der zu einer größeren Flächenverfügbarkeit für den Ausbau von Windenergie an Land führen soll. Es wird ausdrücklich geregelt, dass Landschaftsschutzgebiete bei der Planung vollumfänglich betrachtet werden sollen und Gebiete für den Ausbau der Windenergie dort ausgewiesen werden können. Vor allem im Kreis Dithmarschen, Planungsraum III, umliegend um Heide und Meldorf sollte dieses Vorgehen, beim Blick auf die sich entwickelnden Netzstrukturen in den kommenden Jahren sowie sich ansiedelnden Großindustrie mit enormen Stromverbräuchen zur Anwendung gelangen. **Brutplätze windkraftsensibler Großvögel (17 G)** Wir sind der Auffassung, dass das Land SH auf die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes eingehen sollte bzw. sich auf die Anlage 1 des BNatschG und die darin enthaltenen Abstandskriterien beziehen sollte. Es sind klare Regelungen getroffen in welchen Abstandsbereichen um kartierte Horste der Ausbau der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergie ausgeschlossen ist und welche Bereiche als Prüfbereiche anzulegen sind. **Zusammenfassung** In der Zusammenfassung ermöglichen die aktuellen Abwägungskriterien große neue Windvorrangflächen in unserer Region. Auch zwischen den Ortschaften Bargenstedter Feld, Farnewinkel und Krumstedt ist eine Potentialfläche für den Windenergieausbau möglich. Die Kriterien und der Zuspruch in der Bevölkerung lassen einen Wegfall des Gebiets nicht zu. **Wir befürworten daher** • **die Verfahrensweise der Verankerung der Kriterien zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im Landesentwicklungsplan und** • **bitten um die Aufnahme des Gebiets zwischen den o.g. Ortschaften als Vorranggebietsfläche für Windenergie im zukünftigen Regionalplan Sachthema Wind.**	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1748	Zum Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans Windenergie gemäß Beschluss der Landesregierung Schleswig-Holstein vom 11. Juni 2024 nehme ich wie folgt Stellung. Der Entwurf trägt dem Schutz von Bevölkerung, Natur und Landschaft nicht im erforderlichen Maß Rechnung. Grundrechte sind berührt und der Entwurf versäumt es, Grundrechten ausreichend Raum einzuräumen, um eine ausgewogene Entwicklungsplanung zu ermöglichen. Im Einzelnen: 1. Die Untersagung von Höhenbegrenzungen und Abschaffung der 3H/5H-Regelung führt in Kombination mit der Referenzanlage von 200 Metern zur Verletzung von Grundrechten. Windenergieanlagen (WEA) von 250 Metern sind heute nicht nur möglich, sondern häufig. Der Trend geht in Richtung höherer Anlagen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.3.1, 2.3.2, 2.11.1, 3.17.1, 4.20.1, 7.2.12, 7.3.7 und 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Von höheren Anlagen geht eine höhere Beeinträchtigung von Menschen, Natur und Landschaft aus. Eine bedrückende Wirkung ist zu vermeiden, um Wohn- und Erholungswert zu erhalten. Gelingt dies nicht, sind Grundrechte betroffen, deren Rang höher liegt als die in Rede stehende Bundes- und Landesgesetzgebung. Befindet sich Wohnbebauung zwischen sichtbaren und hörbaren Gebieten mit Windenergie, was gem. aktuellen Entwürfen für eine Vielzahl von Wohngebieten zu erwarten ist, verstärkt sich die bedrückende Wirkung. Zangenwirkung, Umzingelung, Überschallung und nächtlich „Überleuchtung“ von Wohngebieten müssen nicht nur vermieden, sondern planerisch ausgeschlossen werden, um eine grundrechtskonforme Planung zu gewährleisten. Negative Auswirkungen von WEA dürfen nicht auf Basis von Referenzanlagen ermittelt werden, deren Höhe regelmäßig in der Praxis überschritten wird. Ggf. sind mit der Bundesebene geeignete Absprachen zu treffen, um auch bei Höhenbegrenzungen eine Anrechenbarkeit auf die Flächen gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz zu erzielen und somit den Konflikt der Windenergieplanung mit verfassungsrechtlich verbürgten Grundrechten zu vermeiden. 2. Infolge des Wegfalls der Höhenbegrenzung werden Abstandsbegrenzungen willkürlich. Abstandsbegrenzungen werden auf Basis der Beeinträchtigungswirkung von WEA festgelegt. Die Beeinträchtigungswirkung steigt jedoch mit der Höhe der WEA. 3. Der Entwurf verfehlt die geeignete Auseinandersetzung mit möglichen Havarien. Auch hier ist der erforderliche Abstand zu Schutzgütern insbesondere bei hohen Anlagen zu berücksichtigen. Gemäß aktueller Gutachten sind gerade bei hohen Anlagen Abstände zu Schutzgütern von mindestens 950 Metern angezeigt. 4. Der Entwurf basiert auf einer willkürlichen Betrachtung von Artenschutzbelangen. Derzeit stellt das Helgoländer Papier das einzige belastbare Dokument zum Artenschutz dar. Der Entwurf verstößt gegen die Empfehlungen des Helgoländer Papiers. Einzelbetrachtungen, die dem ersten Augenschein nach versprechen, aus einem politischen Dilemma herauszuführen, können die fachlich fundierten Feststellungen des	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Helgoländer Papiers nicht aushebeln. 5. Die Aspekte des Landschaftsschutzes sind nicht ausreichend berücksichtigt. Aufgrund der Höhe von Windkraftanlagen und der nächtlichen Beleuchtung werden Landschaftsschutzgebiete optisch und akustisch durch in der Nähe befindliche WEA massiv beeinträchtigt. Um dies zu vermeiden, sind geeignete Abstände zu Landschaftsschutzgebieten einzuhalten. Die Größe der erforderlichen Abstände ist im jeweiligen Einzelfall zu prüfen, da die Schutzbedürftigkeit der Landschaft unterschiedlich begründet sein kann. Die alleinige Festlegung, dass innerhalb des Schutzgebietes keine Windkraftanlagen errichtet werden dürfen, ist bei weitem nicht ausreichend. Häufig ist das charakteristische Landschaftsbild oder der Erholungswert schutzbedürftig. Ist beispielsweise eine Steilküste in Schleswig-Holstein aufgrund des Landschaftsbildes und des Erholungswertes besonders schutzbedürftig, dürfen WEA nicht ohne adäquaten Abstand zur Steilküste errichtet werden. Der Entwurf sieht entsprechende Abstände nicht vor und trägt der Schutzbedürftigkeit der Landschaft nicht geeignet Rechnung.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1747	Die Zielvorgabe zur Erhöhung des Windstromanteils aus Schleswig-Holstein steht im Widerspruch zur Klimaschutzverpflichtung aus dem Grundgesetz. Auch durch den Bau neuer Windkraftanlagen werden bei Produktion und Bau klimaschädliche Emissionen in erheblichem Ausmaß produziert. Daher sollte vor einer entsprechenden Aufstellung einer erhöhten Zielvorgabe und dem Bau neuer Windkraftanlagen alle Möglichkeiten zur Stromeinsparung geprüft werden. Da dies bisher nicht geschehen ist, sind sowohl die Zielvorgabe zur Erhöhung des Windstromanteils wie auch die geplante Teilfortschreibung und die Ausweisung neuer Gebiete zum Bau von Windkraftanlagen verfassungswidrig. Die Teilfortschreibung lehne ich daher ab und bitte um Prüfung der Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz und höchstrichterlicher Rechtsprechung durch das BVerfG.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Gruppe ID: GM2304 Anzahl: 3 (IDs: M2304, M2305,	Sehr geehrte Damen und Herren, anbei sende ich Ihnen unsere Stellungnahme zum Bau von Windkraftanlagen auf der Potenzialfläche	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 6.1.1, 7.2.6, 7.3.3, 7.2.11 und 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
M2306)	PR3_STE_076. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, vorab möchten wir klarstellen, dass wir generell gegen den weiteren Ausbau von Windenergie in Schleswig- Holstein sind. Das einst so schöne „Land der Horizonte“ gleicht mehr und mehr einem immer weiter expandierendem Industriegebiet, dessen Ausbau lediglich die Betreiber bereichert. Gesellschaftlich bringt uns der Ausbau der Windkraftanlagen nichts. Wir erklären hiermit ausdrücklich, dass wir uns durch die Errichtung und den Betrieb der geplanten Windenergieanlagen auf der im Regionalplan von 2017 bezeichneten Potenzialfläche PR3_STE_076 persönlich betroffen fühlen. Bei der Abwägung sind sowohl öffentliche als auch private Belange zu berücksichtigen. Eine Berücksichtigung privater Belange kann ich für mich aus den veröffentlichen Genehmigungsunterlagen nicht erkennen. Daher erhebe ich nachstehende Einwendungen gegen das oben genannte Projekt: 1. Denkmalschutz: Die oben genannte Potenzialfläche liegt im Umgebungsschutzbereich der denkmalgeschützten Höfe Groß Kampen [redacted], sowie der Höfe Klein Kampen [redacted]. Nachfolgend finden Sie die Argumentationen/ Einsprüche aus der Abwägungsentscheidung aus dem Jahr 2017, welche auch im Jahr 2024 unverändert gelten. Abwägungsentscheidung: „Die Abwägungsentscheidung nach Ende der ersten Anhörung gilt auch jetzt unverändert fort. Den Hinwiesen aus der Stellungnahme des Kreises und einigen anderen Stellungnahmen aus der ersten Anhörung wurde gefolgt. Ausschlaggebend für die Streichung der Fläche war vor allem, dass nördlich angrenzend in der Störschleife Hodorf große Kompensationsflächenkomplexe für den Vogelschutz und Ökokonten der Stiftung Naturschutz und des WSA Hamburg liegen. Die Fläche würde in der direkten Zugrichtung vor diesen Flächen liegen und die geplanten Entwicklungsziele	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	konterkarieren. Hinzu kommt die Lage im Umgebungsschutzbereich der denkmalgeschützten Höfe Groß Kampen [redacted]. Aufgrund eines Urteils zu einer PV-Planung im Umkreis dieser Höfe, die versagt wurde, stellt die Untere Denkmalbehörde auch für WEA keine denkmalrechtliche Genehmigung in Aussicht. Entscheidend ist weiterhin, dass der Repowering-Bedarf in der Bezugsregion Amt Wilstermarsch und angrenzender Bereiche westlich von Itzehoe und Krempe geringer ausfällt als zunächst angenommen. Das Vorhalten von zwei Repowering-Flächen für diese Region ist nicht mehr erforderlich. In der vergleichenden Abwägung hat sich die Fläche STE_065, westlicher Teil gegenüber der Fläche STE_076 als deutlich konfliktärmer erwiesen. Auf die Abwägung zu dieser Fläche wird verwiesen. Die Fläche STE_076 bleibt daher wie im zweiten Entwurf gestrichen. Damit kommt es auch nicht zu einer unzumutbaren Umfassungssituation für Beidenfleth.“ Zu den in der Abwägungsentscheidung gemachten Ausführungen zum Denkmalschutz sollte die vollständige Stellungnahme der Unteren Denkmalschutzbehörde von 2017 herangezogen werden, sie lautet: „Die vorgesehene Repoweringfläche und abgelehnte Potenzialfläche liegen im denkmalrechtlichen Prüfradius der Kirche Beidenfleth und der Kulturdenkmale Groß Kampen [redacted]. Für den denkmalrechtlichen Schutz der Umgebung der Höfe Groß Kampen [redacted] liegt ein rechtskräftiges Urteil vom 18.06.2013 vor, das die Genehmigung der 5.Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Inhalt der Errichtung einer Photovoltaikanlage in der Sichtachse des Barghauses Großkampen[redacted] versagte. Die festgestellte erhebliche Beeinträchtigung des Vorhabens lässt sich an dieser Stelle auf die geplante Repoweringfläche übertragen, da aufgrund der Lage (Nähe zu den Kulturdenkmalen), der Höhe der Windkraftanlagen und gegebenen Sichtverbindungen mit den Kulturdenkmalen von einer noch höheren Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes der denkmalgeschützten Hofanlagen auszugehen ist. Die Erteilung einer denkmalrechtlichen Genehmigung wird für diese Fläche nicht in Aussicht gestellt. Die Betroffenheit der Sichtachsen der Kirchen Beidenfleth und Wewelsfleth wurden noch nicht abschließend geprüft. Das Barghus Groß Kampen [redacted] mit Göpelschauer von 1886 steht aufgrund seines guten Erhaltungszustandes exemplarisch für ein Barghus des ausgehenden 19.Jahrhunderts. Das Fachhallenhaus Groß Kampen [redacted] ist von einem baumbestandenen Wassergraben umgeben. Zum geschützten Denkmalbestand gehören zudem das Kopfsteinpflaster und ein Backhaus. Die Kulturdenkmale wurden aufgrund ihres geschichtlichen,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wissenschaftlichen, künstlerischen und die Kulturlandschaft prägenden Wertes in das Denkmalbuch eingetragen Die Hofanlagen sind Bestandteil einer hochwertigen und ungestörten Kulturlandschaft, sie liegen am Deich der spät eingedeichten Störschleife auf ebenem ackerfähigem Marschland. Die Besitzer der beiden Höfe sind sehr engagierte Denkmaleigentümer und haben mit ihren Investitionen einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt dieser Kulturgüter geleistet.“ Durch die nach 2017 unter Denkmalschutz in Klein Kampen [redacted] und Klein Kampen [redacted] gestellten Hofanlagen wird die Bedeutung der Region noch betont und gezeigt, wie wichtig der Denkmalschutz für unsere Kulturlandschaft ist. Es ist zwingend erforderlich die unter 4.5.1.5 des Plantextes gemachten Ausführungen einzuhalten. „Die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sind nach §4 Absatz 1 des schleswig-holsteinischen Denkmalschutzgesetz (DSchG SH) in die städtebauliche Entwicklung, Landespflege und Landesplanung einzubeziehen und bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen. Daher müssen sie auch bei der raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung Berücksichtigung finden. Dies gilt insbesondere aufgrund der großen Fernwirkung von WKA und der einhergehenden, potentiellen Beeinträchtigung der Umgebungsbereiche von Denkmälern. Die Veränderung der Umgebung eines unbeweglichen Kulturdenkmals bedarf dabei der Genehmigung der Unteren Denkmalschutzbehörde, wenn sie geeignet ist, dessen Eindruck wesentlich zu beeinträchtigen § 12 Absatz 1 Nummer 3 DSchG SH).“ 2. Gesundheit: Windkrafträder produzieren außer Energie (ca. 40%) auch Infraschall (über 50%). Es gibt mittlerweile bereits ausreichend Forschungsergebnisse, in denen eingeschätzt wird, dass bei einer dauerhaften tieffrequenten Geräuscheinwirkung auf den menschlichen Körper mit gesundheitlichen Folgen zu rechnen ist. Die hier angenommenen Entfernungen von 800 und 1000 Meter beruhen auf einer veralteten Normierung und Gesetzgebung, da man heute weiß, dass Infraschall auch noch in 10 Kilometern Entfernung messbar ist. Ich fordere und erwarte deshalb die Versagung der ortsnahen Errichtung der WKA. 3. Immobilien: Die geplante Errichtung der WKA führt unweigerlich zur Wertminderung von Immobilien in der Nähe derartiger Anlagen. Außerdem wird uns, durch Lärm und Schattenschlag, die Möglichkeit genommen die dringend benötigte Ruhe und Erholung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zu erhalten. Darüber hinaus ist die Immobilie auch eine Wertanlage zu unserer Altersvorsorge, die uns durch die Errichtung der WKA zu großen Teilen versagt würde. Welche öffentlichen Gründe stehen dafür, dass wir eine Wertminderung unseres Grundstückes aufgrund der Errichtung von WKA in Kauf nehmen sollen und persönlichen und finanziellen Schaden erleiden? Keine! Deshalb ist die Errichtung zu versagen. 4. Veränderungen auf der Fläche PR3_STE_076 nach 2017: Die Fläche, ehemals PR3_STE_076, wird in Osten und Norden durch die Straßen Groß Kampen (K12) und im Westen durch die Straße Klein Kampen (K49) begrenzt. Im Süden grenzt sie an die Ortschaft Beidenfleth. Es handelt sich hier um eine landwirtschaftliche Nutzfläche. Geteilt wird diese Fläche von einem von Nordwesten nach Südosten verlaufenden landwirtschaftlichen Wirtschaftsweg, dem Kamper Weg. Genutzt und befahren wird der Weg von Fußgängern, Radfahrern, landwirtschaftlichen Fahrzeugen und sonstigen Kraftfahrzeugen. Ein Großteil der landwirtschaftlichen Flächen wird beweidet. Innerhalb dieser Fläche von Ost nach West verläuft eine 1976 errichtete ETL (Erdgastransportleitung), deren nähere Ausführung uns nicht bekannt ist. Bedenkender ist, dass in 2023/2024 die ETL 180 von Brunsbüttel nach Hettlingen verlegt ist und bereits betrieben wird. Die Leitung ist auch für Wasserstoff ausgelegt. Verlegt ist diese Leitung mit einer Mindestbodenüberdeckung von 1,0m, an zwei „Schieberstationen“, am Kamper Weg und in Klein Kampen liegt sie offen. Nach dem Erläuterungsbericht zur ETL 180 ist ein Schutzstreifen parallel zur Leitung vorhanden. Eine Bemessung oder Sicherung der Leitung durch äußere Einflüsse von der Luftseite besteht allerdings nicht. Sicherlich ist solch eine Bemessung/Sicherung bei der aus 1976 gebauten Leitung nicht erfolgt. Außerdem ist, parallel zur ETL 180 verlaufend, der Bau einer CO2- Leitung geplant. 5. Havarie: Wie allgemein bekannt, treten gelegentlich bei Windkraftanlagen (WKA) Havarien auf. Dies kann durch Mastbruch, Abwurf von Bauteilen wie Flügeln oder Maschinenhaus oder deren Teile erfolgen und zu Schäden im Umfeld führen. Selbst durch Eiswurf können starke Schäden ausgelöst werden. Von 2015 bis Mitte 2024 sind im Internet ca. 340 Havarien in Deutschland dokumentiert. Drei davon in geringer Nähe der angesprochenen Fläche PR3_STE_076, zwei 2019 (im Abstand von nur 3 Wochen) und eine Havarie im August 2024. Bei einem Unglücksfall ist mit erheblichen Einwirkungen und Gefährdungen von Menschen, Umwelt und Sachschaden zu rechnen. Wahrscheinlichkeitsaussagen von Havarien an WKA sind zweifelhaft, Grenzwerte gibt es nicht. Der Wirkungsradius von Havarien kann deutliche Ausdehnungen annehmen,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	viele Hundertmeter sind dokumentiert, und dass bei WKA mit geringeren Höhen als in der jetzigen Planung 2024 angenommen. Der Bau von WKA auf Flächen wie hier gegeben, ist unverantwortlich, die Gefahren unvorhersehbar. Eine Sicherung der Fläche ist unrealistisch, die Auswirkungen auf die Natur nicht zu vertreten. In diesem Zusammenhang wird auf ein Urteil der Schleswig-Holsteinischen OVG zu dieser Problematik, Beschluss vom 20.06.2017, verwiesen. 6. Überproduktion von Strom: Viele Windräder stehen still obwohl bei uns reichlich Wind weht. Der Grund: Sie erzeugen zu viel Strom. Oder anders gesagt die Stromnetze sind überlastet und können die bei viel Wind anfallenden Strommengen nicht aufnehmen und schon gar nicht speichern. Anlagen werden dann vom Netzbetreiber runtergeregelt, um eine lokale oder regionale Überlastung des Stromnetzes und einen Stromausfall zu vermeiden. Und es gibt noch einen Punkt: Fällt der Strompreis aufgrund des Überangebots zu stark oder sogar ins Negative, dann schalten die Netzbetreiber ihre Anlagen eben einfach ab, um nicht selbst zahlen zu müssen. Laut Bundesnetzagentur haben deutsche Verbraucher im ersten Halbjahr 2022 Erstattungskosten in Höhe von knapp 150 Millionen Euro bezahlt. Eine absurde Situation angesichts einer wachsenden Stromlücke und horrender Strompreise. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1745	**Stellungnahme zur Potenzialfläche PR1_SLF_065 Gemeinden Großsolt/Mittelangeln (OT Kollerup)** Das historisch gewachsene Dorf Kollerup verfügt mittlerweile über eine dominierende und gefestigte Wohnnutzung. Demzufolge ist hier ein Abstandspuffer für Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion von 800 m einzuhalten (der vorliegende Entwurf sieht lediglich 400 m vor). Im Rahmen der Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein Kapitel 5.8 (Windenergie an Land) vom 29.12.2020 wurde bereits ein Abstandspuffer von 800 m vorgesehen (vgl. Datenblatt zur Potenzialfläche PR1_SLF_044 Schleswig-Flensburg). Es ist nicht	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erkennbar, weshalb sich diesbezüglich die fachliche Bewertung zur Wohnfunktion der Siedlungsbereiche des Dorfes Kollerup verändert haben sollte. Ferner ist der Umgebungsbereich der Ortslage Kollerup nicht durch Windkraftanlagen geprägt. Demzufolge sollte daher der erweiterte Abstandspuffer von 1.000 m Berücksichtigung finden. Die Potenzialfläche Umschließt das Dorf von drei Seiten (südlich, östlich und nördlich). Eine Umzingelungswirkung der Wohngebäude durch Windenergieanlagen ist in jedem Fall zu vermeiden. Sollte eine Flächenauswahl im Rahmen der dieser Planung nachgelagerten Ausweisung von Vorranggebieten innerhalb der Potenzialfläche PR1_SLF_065 erfolgen, sind die Aussagen des Gutachtens „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ (Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (2013): Gutachten zur Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“, erstellt durch das Büro Umweltplan) zu berücksichtigen. Demnach darf eine Beeinträchtigung des Gesichtsfeldes von maximal 2/3 (entspricht 120 Grad) nicht überschritten werden. Die Potenzialfläche PR1_SLF_065 liegt in einem hochwertigen Landschaftsraum mit ausgeprägter Knickstruktur, kleinteiliger Waldflächen, offener Fließgewässer und bewegtem Relief. Der gesamte südliche Teilbereich ist in dem Fachgutachten „Erarbeitung einer fachlichen Grundlage zur Abgrenzung von charakteristischen Landschaftsräumen als Ausschlussflächen für die Windenergienutzung“ (Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein (2016): erstellt durch das Büro Umweltplan) folgerichtig als Kernbereich charakteristischer Landschaftsräume dargestellt. Weshalb das genannte Gutachten, im Vergleich zur Teilaufstellung der Regionalpläne (Stand 31.12.2020), nicht mehr als Grundsatz der Raumordnung herangezogen wird erschließt sich nicht. Die landschaftlichen Gegebenheiten haben sich schließlich weder im Bereich der Potenzialfläche PR1_SLF_065 noch landesweit erheblich verändert. Innerhalb der Potenzialfläche liegt, mit dem Talraum der Bondenau/Treene, ein Geotoppotenzialgebiet (Tunneltal Niesgrau / Lippingau - Sörup - Südensee - Mohrkich - Treßsee - Oeversee / Frörup) mit besonderer landschaftlicher Qualität. Diesem Umstand sollte im Rahmen der Abwägung ein hohes Gewicht beigemesse werden. Die landschaftliche Qualität wird durch die Darstellung der, nahezu gesamten, Potenzialfläche als Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft im gültigen Regionalplan für den Planungsraum V unterstrichen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Großräumig betrachtet befindet sich die Potenzialfläche in einem landschaftlich hochsensiblen Bereich zwischen dem Treßsee (NSG Obere Treenelandschaft), dem Winderatter See (LSG) sowie dem Südensee. Die Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen würde diese landschaftliche Qualität in erheblichem Maße beeinträchtigen. Vielmehr sollte sich die Flächensuche auf bereits vorbelastete Landschaftsteile konzentrieren. Der Potenzialfläche ist eine hohe artenschutzrechtliche Bedeutung im Rahmen der Abwägung beizumessen. Zum einen befinden sich im Umkreis bestätigte Brutplätze windkraftsensibler Großvögel (Seeadler Waldfläche Holzkoppel, Weißstorch Estrup, Bistoft und Obdrup) zum anderen ist der Talraum der Bondenau/Treene Teil des landesweiten Biotopverbundes. Dieser Talraum wird ganzjährig von Zug- und Standvögeln (z.B. Weißstorch, Seeadler, Kraniche, etc.) intensiv genutzt. Vor allem in den Wintermonaten versammeln sich auf den großflächigen Überschwemmungsbereichen tausende Gänse, Schwäne etc. Eine Ausweisung von Windvorrangflächen ist mit den Zielen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems in diesen Bereichen nicht vereinbar. Ich bitten die hervorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise hinsichtlich der Ziele und Grundsätze des vorliegenden Entwurfs im Rahmen des weiteren Planungsfortschrittes zu berücksichtigen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1744	Guten Tag, als Bürgermeisterin bin ich nicht nur für die finanziellen Auswirkungen in der Gemeinde verantwortlich, sondern auch für den Erhalt damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Gemeinde liebens- und lebenswert empfinden. Menschen, Tiere und Fauna müssen in einem angemessenen Rahmen geschützt werden. Allen wird durch die Planung viel zugemutet. Obwohl sich die Gemeindevertretung Rehhorst in 2010 gegen weitere Windräder auf ihren Flächen ausgesprochen hat, wird von der Landesplanung der Wunsch der Einwohnerinnen und Einwohner nicht berücksichtigt. Wir konnten es noch einigermaßen nachvollziehen, dass mit dem Repowering alte Windräder von anderen Flächen in Rehhorst entfernt werden sollten, aber was jetzt eventuell angedacht ist, können wir unseren Bürgern nicht zumuten und stört die Entwicklungsmöglichkeiten unserer	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Bundesgesetzgeber schreibt mit dem Windenergieflächenbedarfsgesetz vor, dass in den Bundesländern ein Anteil der Landesfläche für die Nutzung von Windenergie verbindlich vorzusehen ist. Dem kommt das Land Schleswig-Holstein durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie nach. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Die Landesregierung verfolgt dabei die Absicht, die Windenergienutzung im Sinne der Energiewende, der klimaschutzpolitischen Perspektiven und der gesetzlichen Rahmenbedingungen, aber gleichermaßen auch unter Wahrung der Interessen der Bevölkerung und der Erhaltung von Natur und

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeinde erheblich. Der Repowering Gedanke ist mit der neuen Planung ausgehebelt. Unsere Gemeinde wird belastet durch die neuen 380 KV Leitungen, die unsere 7 Ortsteile (Hamansöhlen, Herrenbranden, Neukoppel, Pöhls, Rehhorst, Voßkaten, Weberkate) zerschneiden, durch das geplante Erdkabel des NordOstLinks und nun durch weitere Gebiete, die dicht an unsere Gemeinde grenzen. Im Übrigen: das Erdkabel geht mitten durch einen Grünstreifen. Uns, als Gemeinde, wurden Baugebiete, um mit Ortsteilen enger zusammenzuwachsen, abgelehnt wegen des Grünstreifens. Nun ist eine Bebauung durch Erdkabel und Windräder im Zuge der erneuerbaren Energien möglich. Eine Wärmegewinnung wurde von den beteiligten Unternehmen nicht in Betracht gezogen – obwohl die Kabel Wärme abgeben. Wie oft, die Institutionen des Landes sprechen nicht miteinander! Unsere Gemeinde kann sich nicht gegen weitere Windkrafträder wehren, weil das lt. Landesregierung nicht möglich ist – so der Tenor mit allen, mit denen ich bis jetzt gesprochen habe. Die Gemeinde Rehhorst wird komplett umzingelt - denn auch der Kreis Segeberg setzt neue Windräder an die Kreisgrenze, wie auch die Gemeinden Zarpen und Feldhorst Richtung Rehhorst planen wollen - eben durch die Gemeindeöffnungsklausel. Die Landesplanung setzt den Zirkel an unseren Ortsteil Neukoppel, plant rings herum Windkrafträder in 400 m Entfernung mit einer Höhe von mehr als 230 Metern. Mal ehrlich, würden sie dort wohnen wollen? Wenn die Landesregierung der Auffassung ist, dass man sich an Windräder gewöhnt und damit noch mehr verkraftet, so ist das grundlegend falsch. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen: auch nach 23 Jahren habe ich mich nicht an die Windräder gewöhnt und diese sind im Verhältnis noch sehr klein und konnten mit Baumbepflanzung aus dem direkten Blickfeld überwiegend neutralisiert werden. Trotzdem hört man sie – zum Teil mit 100 Dezibel – es windet halt bei uns viel. Mit weit höheren Anlagen ist das nicht mehr zu machen von keinem/r Einwohner/in. Nun sind sie die 5 Windräder in die Jahre gekommen und der Reparaturwille der Betreiber lässt nach. Demzufolge machen sie mehr Lärm und der Abrieb an den Flügel erhöht sich. Auch neue Anlagen werden einen Abrieb haben. Bei den neuen Größen kann man von Rotorblättern mit einer Länge von mindestens 80 m ausgehen. Der Abrieb entsteht an ca. 40 m des Flügels mit einer Mikroplastikbilanz von 180 kg pro Windrad. Bei 25 Jahren Betriebszeit sind das zwischen 2 – 3 Tonnen die auf den Boden	Landschaft voranzutreiben und zu steuern. Dafür wurden Ziele und Grundsätze entwickelt, um die Windenergie auch weiterhin landesweit zu steuern. Diese Ziele und Grundsätze bilden die Grundlage für die in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie. Damit kann sichergestellt werden, dass die Vorranggebiete landesweit nach einheitlichen Maßstäben ermittelt und auf die geeignetsten Flächen gelenkt werden. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.1.3, 7.2.6, 7.2.7, 7.2.9, 7.3.1, 7.3.2 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	fallen und sich nie auflösen, sondern im Erdreich versickern. Das wurde mir zugesandt. Ich kann nicht beurteilen ob diese Zahlen stimmen, sie finden sich auch nicht auf den Windplanungsseiten vom Land. Wie sieht die Bodenbeschaffenheit aus, wenn die Anlagen abgebaut werden? Kann ein Landwirt diese Flächen gefahrlos für die Lebensmittelgewinnung nutzen? Dazu hätte ich gern entsprechende Studien, die die Landesregierung den interessierten Bürgern/innen zur Verfügung stellen sollte. Die Betreiber sind verpflichtet die Anlagen zurück zu bauen. Die Frage ist, was wird von den Betreibern als Rücklage für den Rückbau veranschlagt? In 25 Jahren Betriebszeit kann man nicht einschätzen, wie sich die Arbeitskosten entwickeln. Bleiben wir dann auf Windradruinen, die dann ein Risiko für die Umwelt sind, sitzen oder müssen die Kommunen dafür aufkommen? Gibt es für die Windräder eine Klimabilanz für den Aufbau und den Abbau? Wie wirkt sich der Getriebeölverlust in den Windrädern auf die Bilanz aus? Das würde mich interessieren. Können Sie mir Studien zur Verfügung stellen? Brandgefahr. Wir verfügen über zwei kleine Ortfeuerwehren, die bei einem Brand einer Windkraftanlage überfordert wären. Bei einem Brand kann nur gezielt runtergebrannt werden. Die Wehren verfügen nicht über das entsprechende Equipment. Beim Brand werden Carbonfaserpartikel freigesetzt. Das ist gerade bei Anlagen, die unter 1000 Meter von Wohnbebauung ein Problem. Wer übernimmt nach dem Brand die Folgekosten, wie Brandreste, die zu Deponien gefahren werden müssen. Der Betreiber oder die Kommunen? Dazu gibt es keine Aussagen. Havarien werden nicht systematisch erfasst. Bis jetzt sind 90 Ereignisse von 2020 bis März 2023 bekannt. Was mich erschüttert, dass Naturschutz nur noch bedingt eine Rolle spielt. In diversen vorherigen Anhörungsverfahren wurde bereits mehrere Male darauf hingewiesen, dass sich Kraniche, Rotmilane, Störche, Seeadler, Fledermäuse in unseren Gemeindeortsteilen brüten und jagen. Das hält die Landesregierung nicht davon ab, trotzdem darüber nachzudenken in diesen besonders schützenswerten Gebieten Windräder zu planen und die Abstände zu verringern – auch die Vögel sollen sich daran gewöhnen, dass ihr Umfeld im wahrsten Sinne des Wortes beschnitten wird. Ich erwarte gerade ein Umweltgutachten von einem Unternehmen, was bei der Gemeindeöffnungsklausel berücksichtigt werden möchte – übrigens meldete es sich einen Tag nachdem im April 2024 die Landesverordnung mit einer Videokonferenz den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ämtern und Kommunen vorgestellt wurde. Eine wahre Goldgräberstimmung! Wir hatten auf unserer Einwohnerversammlung über SF6 gesprochen. Das Unternehmen, was sich dort vorgestellt hat, wusste davon nichts, was mich sehr erstaunt. SF6 wird bei Windrädern an Land nach wie vor erlaubt. Auch in Schaltkästen, egal ob für Solarenergie oder Windräder wird es genutzt, Es soll zwar ab 2026 – 2032 verboten werden aber mit langen Übergangsfristen und wenn es keinen Hersteller gibt darf weiter gebaut werden. Quasi ein Gesetz – offen wie eine Sandale. Man darf nicht vergessen, dass 1 kg davon genauso schädlich für das Klima ist wie 23.000 kg Kohlendioxyd. Und es hat eine geschätzte Abbauzeit von 3.000 Jahren. Das Problem ist seit über 10 Jahren bekannt. Durch Lobbyarbeit wurde das Verbot von „billigem“ SF6 verzögert. Die geringen Mengen, die aus den Windrädern und den Umspannwerken entweichen, sorgen schon jetzt für mehr Treibhauseffekte als der gesamte innerdeutsche Flugverkehr - Tendenz steigend. Es scheint, dass kein deutsches Unternehmen SF6 freie Windräder produziert. Das ist verwunderlich, weil Offshore Windräder kein SF6 enthalten. Die SF6 freien Windräder sind teurer als die mit SF6 und das wollen die Betreiber offensichtlich nicht investieren. Die Industrie ist selbstverpflichtet also trägt die Verantwortung, das Gas ordnungsgemäß beim Abbau der Anlagen zu entsorgen oder zu recyclen. Es gibt Vermutungen das beim Abbau von Windrädern das Gas abgelassen und nicht ordnungsgemäß entsorgt wird. Das belegen auch Statistiken von unabhängigen Institutionen, wie Universitäten und Behörden, die bereits die doppelte Menge in der Atmosphäre gemessen haben als die Industrie angegeben hat. Wer will das auch kontrollieren? Selbst Leckagen werden nicht behördlich überprüft. Man verlässt sich auf den Techniker und das steht und fällt mit der verantwortlichen Politik der Unternehmen. Und natürlich braucht jede Gemeinde Geld, um für Dinge zu zahlen, die den Kommunen übergestülpt werden und um die Kommune für die Bürger/innen lebenswert zu gestalten. Das stelle ich gar nicht in Abrede. Die Kommunen erhalten durch die EEG Umlage nicht soviel wie die Landwirtschaft. Gewerbesteuereinnahmen sind im 1. Jahrzehnt so gut wie nicht zu verbuchen und später durch Reparaturen minimiert. Aber wie lange geht das noch gut? Wenn ich mich umsehe stehen sehr viele Windräder still. Für das Abschalten der Anlagen zahlen die Bürgerinnen und Bürger für den Strom, der hätte fließen können, wenn die Leitungen in den Süden bereits vorhanden wären, was sie nicht sind. Mir liegt leider nur eine Zahl von der Bundesnetzagentur aus dem 1. Quartal 2020 vor, die bereits mit € 153 Millionen zu Buche schlugen. Mittlerweile gibt es	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	weitere Windräder, die still stehen. Es wäre schön, wenn die Bundesnetzagentur diese Zahlen bürgernah veröffentlichen würde. So muss man sich durch einen Wust von Statistiken wühlen und findet nicht neuere konkrete Zahlen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Betreiber dafür entschädigt werden, wenn es Überkapazitäten gibt. Überkapazitäten haben zur Folge, dass am Strommarkt die Preise sinken. Die Differenz zum ausgehandelten Preis wird zurzeit dem Betreiber ausgeglichen. Dieser Hype mit Windrädern ist so stark, weil alle Bürgerinnen und Bürger den Bau und den Betrieb mit hohen Strompreiskosten subventionieren. Das will die Bundesregierung zukünftig kürzen. Das hätte zu Folge, dass die Betreiber hohe Verluste einfahren. Wenn die Subventionen wegfallen, stellt sich die Frage, ob sich das Geschäft noch lohnt. Ob es Insolvenzen nach sich zieht kann ich nicht beurteilen, ist aber zu vermuten mit Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger und für die Kommunen. Schlusswort: Klimaschutz ist wichtig. Der Erderwärmung muss Einhalt geboten werden. Ich weiß, dass viele Länder nichts tun. Ich frage mich nur, ob Windräder der Weisheit letzter Schluss sind. Es redet keiner über Einsparungen. Windräder beeinflussen das Landschaftsbild erheblich, haben Auswirkungen auf Menschen, Tiere und Fauna. Sie sind mit meines Erachtens nicht klimaneutral. Mikroplastik und SF6 sind ein no go um diese Technik als die Umweltfreundlichste zu vermarkten. +++ Das aus meiner Sicht. Im Anschluss noch Aussagen von Gemeindevertretern, die ich, weil sie mich darum gebeten haen, eins zu eins weitergebe und die den einen oder anderen Punkt nochmal aufgreifen und auch anders bewerten.Die Fotos, auf die Bezug genommen wird. können leider nicht übermittelt werden. +++ Brauchen wir überhaupt noch mehr Windenergie? Ja, wir brauchen definitiv mehr Windenergie, da sie eine nachhaltige und umweltfreundliche Energiequelle ist, die dazu beitragen kann, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren und den Klimawandel einzudämmen. Zudem sind die Ressourcen für Windenergie nahezu unerschöpflich und können dazu beitragen, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern. Es ist wichtig, den Ausbau von Windenergie weiter voranzutreiben, um die Energiewende zu beschleunigen und eine nachhaltige Energiezukunft zu gestalten. Was spricht gegen die Windenergie? Es gibt einige Argumente, die gegen die Nutzung von Windenergie	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	sprechen: 1. Landschafts- und Naturschutz: Der Bau von Windkraftanlagen kann zu Landschaftsverschandelung führen und Eingriffe in natürliche Lebensräume von Tieren und Pflanzen bedeuten. 2. Lärm- und Schattenbelästigung: Windkraftanlagen können Geräusche verursachen, die von Anwohnern als störend empfunden werden. Zudem können Schattenwürfe durch die sich drehenden Rotorblätter als belastend empfunden werden. 3. Vogelschutz: Kollisionsrisiken für Vögel können durch Windkraftanlagen erhöht werden, insbesondere, wenn sie in Zugkorridoren oder Brutgebieten errichtet werden. 4. Akzeptanz in der Bevölkerung: Es gibt Menschen, die sich gegen den Bau von Windkraftanlagen in ihrer unmittelbaren Umgebung aussprechen, aufgrund von gesundheitlichen Bedenken oder Ängsten vor Wertverlust ihrer Immobilien. Trotz dieser Argumente gegen Windenergie wird sie als eine der wichtigsten erneuerbaren Energiequellen angesehen und spielt eine wesentliche Rolle im Kampf gegen Klimawandel. Es ist daher wichtig, mögliche negative Auswirkungen zu berücksichtigen und nach Lösungen zu suchen, um sie zu minimieren. Wie kann eine Gemeinde finanziell von den Betreibern WKA profitieren? Eine Gemeinde kann finanziell von den Betreibern von WKA profitieren, indem sie verschiedene Vereinbarungen und Maßnahmen umsetzt. Hier eine Möglichkeit, wie unsere Gemeinde von der Windenergie profitieren kann: Die Einnahme aus der Windenergie kann für Investitionen der Gemeinde verwendet werden, z.B. Neubau eines Feuerwehrgerätehauses, Kauf eines Feuerwehrautos oder andere öffentliche Einrichtungen. Es ist wichtig, dass die Gemeinde transparente und gerechte Vereinbarungen mit den Betreibern von WKA trifft, um sicherzustellen, dass die finanziellen Vorteile gerecht verteilt werden und die Bevölkerung und die Gemeinde davon profitieren. ++++	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zunächst erfolgt eine Stellungnahme zum nachfolgend markierten Bereich aus der Potenzialkarte: Zunächst erfolgt eine Stellungnahme zum nachfolgend markierten Bereich aus der Potenzialkarte: hiermit möchte ich meine Bedenken und Einwände gegen die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und die Ausweisung bzw. Freigabe von Flächen für den Bau von Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein, insbesondere in dem auf der mit einem roten Viereck markierten Fläche auf der Karte, zum Ausdruck bringen (siehe vorherige Abbildungen). Zunächst möchte ich aber darum bitten, dass die Meinung, Einschätzung der Personen, die vom Ausbau persönlich profitieren, nicht relevant sein sollte. Es gibt mehrere Gründe, die gegen eine solche Maßnahme sprechen, und ich hoffe, dass diese in der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. **1. Umwelt- und Naturschutz** Die Errichtung von Windkraftanlagen in diesem Gebiet könnte erhebliche negative Auswirkungen auf die lokale Flora und Fauna haben. Besonders betroffen wären geschützte Vogelarten und Fledermäuse, die durch die Rotorblätter der Windkraftanlagen getötet oder in ihrem Lebensraum gestört werden könnten. Dieser nordöstliche Bereich der Gemeinde Rehhorst ist Heimat vieler bedrohter Arten, und deren Schutz höchste Priorität genießt. Zudem könnten die notwendigen Bauarbeiten die Bodenstruktur und das ökologische Gleichgewicht nachhaltig schädigen. Das Nutzen dieser Fläche wäre ein massiver Eingriff in die Natur und hätte schwerwiegende Folgen, da es die Hauptein- und Ausflugroute von Großvögeln ist, die auf der Fläche, die mit dem gelben Stern markiert ist, in Massen überwintern. Zu diesen Vögeln zählen unzählige Kraniche, Wildgänse und Schwäne. Darüber hinaus zählt der weinrot markierte Bereich zu einer Brutstätte des Rotmilans. Auf der Wiese, direkt nördlich angrenzend an die Fläche, die mit dem Stern markiert ist, konnten bei der ersten Grasernte dieses Jahr 11 Rotmilane beobachtet werden, wie sie dort auf Beutejagd gingen. Darüber hinaus sind viele weitere große Raubvögel hier beheimatet. Es ist der höchste Punkt im Kreis Stormarn und bietet aufgrund der südöstlich gelegenen Feuchtgebiete (Bachläufe und Seen) ideale Bedingungen für diese Tiere. Auch Störche und Graureiher sind hier regelmäßig zu beobachten und rasten teilweise direkt auf Gebäuden in der Ortschaft Pöhls (Gemeinde Rehhorst). Die Errichtung von Windkraftanlagen in solchen ökologisch sensiblen Gebieten stellt eine erhebliche Gefahr für diese	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vogelarten dar, da es zu Kollisionen mit den Rotorblättern kommen kann. Der Verlust dieser Vögel könnte langfristig das ökologische Gleichgewicht stören und die Biodiversität der Region beeinträchtigen. Zusätzlich muss bei der Planung der notwendigen Zuwegungen zu den Windkraftanlagen berücksichtigt werden, dass die Umweltaspekte der betroffenen Flächen von den Planern bisher komplett ignoriert wurden. Dies betrifft nicht nur die markierte Fläche, sondern alle geplanten Anlagen in der Gemeinde. Die Errichtung dieser Zuwegungen würde weitere Eingriffe in sensible Naturgebiete nach sich ziehen, was zu zusätzlichen Schäden an der Flora und Fauna führen könnte. **Wirtschaftliche Aspekte** Während die Förderung erneuerbarer Energien grundsätzlich begrüßenswert ist, sollte berücksichtigt werden, dass von der Errichtung der Windkraftanlagen wirtschaftlich hauptsächlich privilegierte Einzelpersonen, insbesondere Landeigentümer, profitieren würden. Die breite Bevölkerung und die Gemeinde Rehhorst hingegen hätten überwiegend mit den negativen Folgen zu kämpfen. Die Dorfentwicklungsplanungen der Gemeinde Rehhorst, insbesondere bezüglich neuer Baugebiete, würden erheblich behindert, da südlich von Rehhorst bereits ein Windpark entsteht, nordwestlich zwei Starkstromtrassen verlaufen und Windkraftanlagen stehen, östlich die Starkstromtrasse Nordlink entstehen wird und im Norden weitere Vorranggebiete in den Nachbargemeinden geplant sind. Diese Konzentration von Infrastrukturprojekten um die Gemeinde herum würde das Gebiet zunehmend unattraktiv für neue Einwohner und Investoren machen, was langfristig zu wirtschaftlichem Stillstand führen könnte. Die Ausgaben der Gemeinde Rehhorst sind in den letzten Jahren viel stärker gestiegen als die Einnahmen, obwohl die Gemeinde über Jahrzehnte sparsam gehaushaltet hat. Die erhöhten Ausgaben sind insbesondere auf gestiegene Kosten bei fremdbestimmten Investitionen zurückzuführen, wie der Instandhaltung von Straßen, Kanalisation, Feuerwehr, Kindergarten und Schule. Zudem entsteht durch die Errichtung von Windkraftanlagen in der Gemeinde Rehhorst eine Art passive Subvention für die Betreiber der Windkraftanlagen. Für die Wartung und Instandhaltung der Windkraftanlagen werden Schwerlastkräne über Gemeindestraßen rollen, deren Kosten über die Abgaben der Bevölkerung getragen werden müssen. Die Gemeinde Rehhorst hat nur 750 Einwohner, aber aufgrund ihrer Fläche überproportional viele Straßenkilometer zu pflegen. Hinzu kommt die regelmäßige Instandsetzung von Sielen auf den Kreisstraßen, die ebenfalls zu Lasten der Bevölkerung geleistet werden müssen. Die Schwerlastkräne beschleunigen das Absacken dieser und erhöhen die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Instandhaltungskosten erheblich. Darüber hinaus darf das Land Schleswig-Holstein nicht vorsätzlich dafür sorgen, dass eine Gemeinde sich nicht mehr selbst finanzieren kann. Die finanzielle Belastung der Gemeinde Rehhorst wird bereits jetzt durch fremdbestimmte Vorgaben (Landesgesetze) so stark getrieben, dass die Gemeinde in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet wird. Dies würde gegen die Prinzipien der kommunalen Selbstverwaltung und der finanziellen Eigenständigkeit verstoßen, die essenziell für die nachhaltige Entwicklung und den sozialen Frieden in den Gemeinden sind. Und die beschriebene Belastung ist in der Gemeinde Rehhorst gegenwärtig und absehbar sehr massiv. Mit den geplanten Vorhaben vom Land wird die Möglichkeit des Wachstums auf absehbare Zeit verschwinden. Bitte belegen Sie, dass die finanzielle Eigenständigkeit der Gemeinde Rehhorst auf Dauer sichergestellt ist und nicht schon durch bereits umgesetzte Energieprojekte massiv beschnitten worden sind. Der Nutzen der Windkraft ist für die Betreiber und die Landeigentümer enorm. Die Gemeinde, auf deren Gemeindefläche die kritische Infrastruktur errichtet wird, wird dadurch wirtschaftlich stranguliert. Die wirtschaftliche Belastung der Bewohner der Gemeinde und der Gemeinde an sich, die der Ausbau der thematisierten Infrastruktur mit sich bringt, findet aktuell keine oder nur eine geringe Berücksichtigung auf Seiten des Landes, der Landeigentümer und der Betreiber. **Schlussfolgerung** Angesichts der aufgeführten Argumente fordere ich die Verantwortlichen auf, die Pläne für die Ausweisung, insbesondere der markierten Fläche des Vorranggebietes für Windkraftanlagen zu überdenken. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass bei der Entscheidungsfindung sowohl ökologische als auch soziale und wirtschaftliche Aspekte umfassend berücksichtigt werden, um eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen, die sowohl den Bedürfnissen der Umwelt als auch der Bevölkerung gerecht wird. Dieses ist hier nicht erfolgt.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2330	**Betreff: Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 3.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. • Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage ist meine Sorge, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses und der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken) durch zukünftig noch höhere Windkraftanlagen gefährdet oder weiter eingeschränkt wird. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 sind bereits bei der Festlegung von Windvorrangflächen und im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Dies muss bereits in den Zielen und Grundsätzen festgeschrieben werden. ○ Ich bin nur Laie, kann mir aber durchaus vorstellen, dass im Sichtschatten einer WKA auch auf dem Radarschirm eine größere Fläche nicht eingesehen werden kann. Ganze Windparks, die zudem auch noch in Sichtrichtung hintereinander liegen, machen den Betrachter „blind“, da sich die Sichtschatten überlagern. ○ Stellungnahmen der Bundeswehr sollten zu diesem Thema dringend eingeholt und auch mit höchster Priorität berücksichtigt werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2300	Sehr geehrte Damen und Herren, im Anhang sende ich Ihnen meine "Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024". Ich bitte um schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Vielen Dank im Voraus, mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 2.2 bis 2.5, 5.1.1, 5.4.1, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.13, 7.2.14, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] [redacted] **Brief-Nr. 1** **Betreff: Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. • Havarien (z.B. Rotorblattabwurf) und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) werden in den Grundsätzen und Leitlinien bisher gar nicht beachtet. Mit künftig steigender Anzahl der WKA, höheren Anlagen und längeren Rotorblättern wachsen auch diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (z.B. Veenker, 2020). o Daher sollte in jedem Fall der Abstand zu jeglicher Wohnbebauung (egal ob Einzelbebauung oder Siedlung) so gewählt werden, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe auch zukünftig mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920m eingehalten wird. o Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel, nach einem Brandereignis mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. Die Emissionen sind nicht örtlich zu begrenzen, vielmehr bestimmt die Wetterlage die Art und Weite der Ausbreitung. Diese Tatsache bleibt bei allen bisherigen Abstandsdiskussionen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	hinsichtlich angrenzender Wohnbebauung oder Sperrradius der Feuerwehr unberücksichtigt. o Für Havarien bzw. Brandereignisse müssen Haftung und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab vertraglich festgelegt und garantiert werden. o Für den Fall des endgültigen Abbaus der WKA bzw. auch des Repowering müssen Haftung und Übernahme der Kosten und Deponierung der Altlasten vertraglich festgelegt und garantiert werden. o Ein Rückbau einer WKA verlangt auch die Rückführung der genutzten Fläche / des genutzten Raumes in den ursprünglichen Zustand. Das beinhaltet auch die Bodenplatte, ein Verbleib der Bodenplatte im Boden ist keine Option. • Der Abrieb der in den Rotorblättern von WKA verarbeiteten Kunststoffen und Verbundwerkstoffen (Glasfaser- und Kohlefaserkunststoffe) wird in den Grundsätzen und Leitlinien bisher gar nicht beachtet. Mit künftig steigender Anzahl der WKA, höheren Anlagen und längeren Rotorblättern wachsen auch diese Gefahren. Kleinstpartikel verteilen sich mit dem Wind über Land und tragen zur Kontamination der Böden und Gewässer bei, sie belasten Mensch, Fauna und Flora. Beispielhaft weise ich auf die Problematik durch Verwendung asbesthaltiger Materialien bis Ende der 1980er Jahre hin. Berechtigte Regressionsforderungen geschädigter Personen für von WKAs verursachten Gesundheitsschäden bei Mensch und Natur sind für die Zukunft verstärkt zu erwarten. Der Verursacher —- das Land Schleswig-Holstein — hat die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen andernfalls für die entstandenen Schäden zu haften! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2459	Quarnbek 7.Sept 2024 Nachfolgend mein Text zu der von Ihnen angebotenen "Windenergiebeteiligung" zur im Subjekt genannten Novellierung. Zuerst einmal ist die "Beteiligung" der Bürger an der "Windenergie" irreführend. "Betroffenheit" von "Windenergie" würde der Thematik eher gerecht werden. Eine Anhörung zur Windenergieplanung träfe den Kern der Sache eher. Eine Beteiligung wird es nicht geben, behaupte ich. Der Bürger wird gehört und damit wird es belassen. Besonders die grüne Regierungsbeteiligung der Ampelkoalition hat namentlich von Herrn Habeck und Frau Baerbock, immer wieder die Sozialverträglichkeit der Energiewende beschworen. Nach meiner Einschätzung wäre das bei der Wärmepumpen Regelung auch gelungen. Sozialverträglich heißt nicht nur rein finanziell sondern bedeutet ebenso die Berücksichtigung physischer und psychischer Belange der von gesetzgeberischen Vorhaben Betroffenen. Mit der Novellierung verabschiedet sich die Landesregierung komplett von dieser Prämisse. Mehr noch, sich hinter den Vorgaben der Bundesregierung zu verstecken, scheint sich die Landesregierung in einer Art Amoklauf / Kurzschlussreaktion nun dem jahrelang vernachlässigtem Ausbau der WE widmen zu wollen. Das zur Polemik. Hier meine konkreten Einwände. Vorweg, ich beteilige mich mit einer kleinen Summe an eine WKA in Quarnbek. Die ist 2km entfernt. (150m bis Flügelspitze) Ich befürworte den Bau einer perspektivisch doppelt so hohen WKA in nur 1km Entfernung, unter Inkaufnehmung der im folgenden angeführten Bedenken und Nachteile. Ich bin WK Befürworter. 1. Ab einer bestimmten Nähe der Anlagen, die bestimmt durch Höhe (bis Flügelspitze) und Entfernung zu Wohnanlagen, nimmt die Beeinträchtigung des Menschen durch Schlagschatten und Fauchgeräusche (ich vermeinde hier Infraschall) überproportional zu. D.h., dass entweder die WKAs je näher sie an die Bewohnung rücken, niedriger gebaut sein müssten, oder dass die Abstände entsprechend vergrößert bemessen werden. Absolut halte ich den 1km Abstand für unabdingbar unabhängig von der Höhe. . 2. Was mich besonders umtreibt, sind die Untersuchungen zu dem Abriebverhalten der WKA Flügel. Nach mir zugetragenen Informationen werden pro Jahr bis zu 250kg Mikro-	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.6, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.7, 7.2.9, 7.3.8, 7.2.7, 4.1.1, 7.2.11 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Nanopartikel des GFVK freigesetzt. Das führt zu erheblichen Akkumulationen in die Äcker und Naturgebiete. Das davon über die Nahrung einiges auf unseren Teller landet, ist wohl nicht zu bestreiten. 3. In diesen Themenbereich fällt das Problem der Unfälle, Brände, Umstürzungen, Vogelschlag was eine erhebliche Freisetzung von Schadstoffen oder den unkontrollierten Flug von Bruchstücken zur Folge hat. Je mehr Anlagen gebaut werden, desto höher die Havarie Wahrscheinlichkeit. Es ist bekannt, dass sich der Windertrag überproportional zur Höhe der Anlage steigert, was nichts anderes heißt, als das das Material überproportional durch die ebenfalls überproportional wirkenden Wind- und Hebelkräfte beansprucht wird. 4. Unzweifelhaft werden mit dem zügellosen WK Ausbau Immobilienwerte in großem Umfange vernichtet. 5. Da die Südländer sich niemals darauf einlassen werden, den Ausbau der Stromnetze und die Stillstandszeiten der WKAs mitzufinanzieren, wird sich der Strompreis für die Menschen in den Windenergie Ländern deutlich erhöhen. Ich erinnere mich an die Diskussionen zur Atomenergie. Die Atomlobby hat damals alle Argumente bzgl. Gefahren und Abfallproblematik hartnäckig abgewehrt. Nun sehen ich die jahrelangen Einwände der WE betroffenen Menschen gleichfalls in den Wind geschrieben. Davon abgesehen ist das Abfallproblem bzgl. Windmühlenflügel nicht gelöst. Gruß [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1739	Ich bin gegen die Aufstellung und die Fortschreibung von weiteren Potentialflächen im Rahmen der Fortschreibung der Potentialfläche im Landesentwicklungsplan. Gegenstand ist hier die Potentialfläche in der Gemeinde Heidmühlen. Ich sehe hier die persönliche Gesundheit, sowie den Artenschutz durch die großen Anlagen gefährdet. Insbesondere Auswirkungen auf die Gesundheit haben die hörbaren Lärmbelästigungen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wie auch die unterschwellig, nicht hörbaren (Infraschall) Auswirkungen. Zusätzlich erfolgen Belästigungen und Beeinträchtigungen der blinkenden Positionsleuchten zu erwarten. Diese sind bei der Größe der Anlagen sicherlich sichtbar. Unser Gemeindegebiet bietet einen hohen Wert für den Artenschutz. Unsere Auenlandschaft bitetet einen idealen Lebensraum für die am Boden lebenden, wie auch die in der Luft lebenden Tierarten (insbesondere die Greifvögel). Der Artenschutz wird durch Aufstellung dieser Windenergieanlagen stark beeinträchtigt. Artenschutz und Förderung der Artenvielfalt sollten in der jetzigen Zeit Priorität genießen. Zusätzlicher Ökostrom ließe sich durch, auf Dächer montierte Solaranlagen viel besser und effektiver erzeugen.	Ziffern 7.2.2, 7.3.2, 7.3.3 und 7.3.4 der allgemeinen Synopse verwiesen. Schließlich beinhaltet die Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffern 4.18.1 und 4.20.1 sowie dem Abschnitt 4 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2816	Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den oben genannten Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Grundsätzlich befürworten wir alternative Energien und halten die Windkraft für effektiver als Solarenergie, besonders als die flächenabdeckende Solarenergie auf Feldern! Die folgenden Punkte möchten wir bezüglich des Landesentwicklungsplanes anführen: Unser zu Hause hier im Naturpark Westensee ist ruhig und schön und dein kleiner Tourismus Hotspot. In einem Naturpark sollte keine WEA stehen. Der Ort Westensee liegt auf der Route zahlreicher Zugvögel. Weiter gibt es hier einige Raubvögel, die sich niedergelassen haben. Unter anderem brüten hier Rotmilane, die sehr anfällig für Störungen durch Windkraftanlagen sind. Wir fordern Sie deswegen auf bei Ihrer anschließenden Planung der Vorranggebiete, darauf zu achten, den angemessenen Mindestabstand auch zu Einzelhöfen einhalten, um eine auch hier eine verfassungsmäßige Gleichbehandlung der Bürger:innen zu gewährleisten. Wir finden, dass vor einer Erweiterung der GesamtWEA im Norden die erhöhte Abnahmefähigkeit des Netzes stehen sollte.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 4.18, 3.15, 4.1, 4.20, 2.1, 7.2.15, 7.2.7 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wenn Schleswig-Holstein schon jetzt das Land mit der meisten Windenergie ist, sollten auch wir als Bürger des Landes nicht mehr Stromkosten zahlen als andere Bundesländer, eher weniger, Stichwort: Netzentgelt. Unklarheiten in der Haftung bei Havarie müssen vor Ausstellung von WEAs geregelt sein. Weiter möchten wir sagen, dass wir es nicht sehr bürgerfreundlich finden, den Zeitraum für so eine wichtig Stellungnahme ausgerechnet in die Zeit der Schulferien zu legen. Wir bitte um eine Bestätigung per E-Mail, dass unsere Stellungnahme bei Ihnen eingegangen ist. Freundliche Grüße [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1738	Die Stellungnahme habe ich zusätzlich als pdf angehängt (Stellungnahme.pdf), da sie Bilder und Grafiken enthält, die hier nicht dargestellt werden können. **Ich erhebe erhebliche Bedenken gegen die Inhalte des vorgelegten Entwurfs und schlage die nachstehend ersichtlichen und begründeten Änderungen vor:** Gemäß Hintergrundinformationen zum „Entwurf des neuen LEP Windenergie“ sind die *„…voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, auf Flächen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie auf die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern“* betrachtet worden (siehe Seite 6, Absatz „Umweltprüfung“, https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/energie/windenergie-raeumliche-steuerung/Downloads/240611_Hintergrundinformationen.pdf?__blob=publicationFile&v=9, ist auch der Stellungnahme als Dokument angehängt: 240611_Hintergrundinformationen.pdf). Allerdings findet das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen. Zu den Hinweisen bezüglich Havarien wird auf Ziffer 7.3.9, bezüglich der Abstände zur Wohnbebauung wird auf die Ziffern 2.3.1, 2.3.2 und 2.5.1 der Allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 1 wird auf Ziffer 7.3.7 der Allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 2: Die Aussagen werden zur Kenntnis genommen. Die Raumordnung soll dazu beitragen, dass die Menschen in den verschiedenen Teilräumen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse haben. Gleichwertig heißt allerdings nicht gleiche oder identische Lebensverhältnisse. Gemeint ist vielmehr, dass es Chancengleichheit gibt. Zu Punkt 3: Die Festlegung der Vorranggebiete erfolgt nach landesweit einheitlichen Kriterien. Im Rahmen der Abwägung

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind. - Als Ziel und Grundsatz muss gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe immer konform mit dem BImschG (Bundesimmissionsschutzgesetz) erteilt werden kann. In jedem Fall muss der **Unbedenklichkeitsabstand** zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung **von mindestens 920m** eingehalten werden (vgl. Veenker Gutachten (2020), Anlage A25: Abstand 995m abzgl. mindestens 75m Rotorblattlänge der Referenzanlage (Rotor-In) – vgl. https://www.veenkergmbh.de/wp-content/uploads/2021/04/Ga_A_R09_s.pdf, ist auch der Stellungnahme als Dokument angehängt: Veenker_Gutachten.pdf). - Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel, nach einem Brandereignis mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. - Für o.g. Ereignisse müssen die Haftung und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab festgelegt werden. - Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnenden und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet. 1. Im Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung wird unter „Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung bei Windkraftanlagen“ festgelegt: *„Der Raum, in dem das **Landschaftsbild beeinträchtigt** wird, umfasst etwa eine Fläche mit dem Radius des 15-fachen der Anlagengesamthöhe“* (vgl. Gliederungs-Nr 2320.8 – Fassung vom 06.11.2023 - Punkt 1.3 „Stellenwert des betroffenen Landschaftsbildes“, Quelle: https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/VVSH-VVSH000009325). Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten **3H-/5H-Regelung** missachtet diese Erkenntnisse. Diese Regelung muss in den	werden auch Belange wie Umfassung berücksichtigt. Zu Punkt 4 wird auf Ziffer 7.2.9 der Allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 5: Hierzu können auf Raumordnungsebene keine Regelungen getroffen werden. Zu Punkt 6 wird auf Ziffer 4.1.1 der Allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 7, 8 und 9 wird auf Ziffer 4.20.1 der Allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 10: Planungsziel ist die Erreichung der bundesgesetzlich vorgegebenen Flächenbeitragswerte. Eine Anrechnung von Solar-Freiflächenanlagen auf Windenergiegebieten ist nicht vorgesehen. Zu Punkt 11: An der Konzentrationswirkung der Planung wird festgehalten. Zu Punkt 12 wird auf Ziffer 1.4.1 der Allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 13 wird auf Ziffer 5.9.1 der Allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 14 wird auf Ziffer 4.5.1 der Allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 15 wird auf Ziffer 4.2.1 der Allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 16 wird auf Ziffer 3.18.1 der Allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 17 wird auf Ziffer 2.3.1 der Allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung mit mindestens 1000m **festgeschrieben bleiben bzw. werden**. Es ist zudem nicht nachvollziehbar, warum die derzeitige Abstandsregelung in Abhängigkeit von der Anlagenhöhe eine indirekte Höhenbestimmung darstellen soll. Anlagen unbeschränkter Höhe sind überall dort möglich, wo die entsprechenden Abstände zu Wohnbebauungen eingehalten werden. - Gerade durch die o.g. Abschaffung dieser Regel wird es sonst zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung kommen. Damit verbunden ist meine Sorge und die Gefahr, dass sich in der Folge viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden werden. 2. Wenn laut Landesplanung die Raumordnung auch dazu beitragen soll, dass die Menschen in den verschiedenen Teilräumen des Landes **gleichwertige Lebensverhältnisse** haben sollen, so ist dies zu berücksichtigen (Quelle: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/planen-bauen-wohnen/landesplanung). Nur so kann nach meiner Ansicht vor dem Hintergrund früherer Versprechungen der Politik und derzeit geltender Planungsgrundsätze ein **drohender Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Landesregierung** und die behördlichen Institutionen verhindert werden. Damit verbunden ist die Sorge und Gefahr, dass sich mit den derzeit geplanten Veränderungen in absehbarer Zeit viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden. 3. Aus den bereits genannten Akzeptanzgründen aber auch im Sinne der **Schutzbedürftigkeit der Anwohnerinnen und Anwohner** und Schaffung möglichst gleicher Lebensverhältnisse im Land ist das Kriterium der Vorbelastung und die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA kontraproduktiv. Es soll, wie von der Landesplanung generell angestrebt, eine Gleichverteilung erfolgen. Durch Windenergiegebiete oder Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gemeindegebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. 4. Weiterhin muss die Landesplanung in den Grundsätzen und Zielen darlegen,	Zu Punkt 18 wird auf Ziffer 3.3.2 der Allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 19: An dem Planungsziel wird festgehalten. Zu Punkt 20: Landschaftsschutzgebiete und Naturparke werden im Rahmen der Einzelfallabwägung berücksichtigt. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wie in Hinblick der Gefahren von **Kontamination durch schädliche Stoffe**, wie z.B. durch Verbundfaser-Partikel (teils toxisch, da asbestähnliche Eigenschaften) nach einem Brandereignis die Mindestabstände zur Wohnbebauung mit dem BImschG zu vereinbaren sind. Dies gilt auch für den normalen Betrieb der Windkraftanlagen, wenn die Rotorblätter durch Wind, Regen und Sand nach und nach erodieren. Siehe dazu auch https://www.bundestag.de/resource/blob/817020/27cf214cfbeaac330d3b731cbbd8610b/WD-8-077-20-pdf-data.pdf 5. In den Zielen und Grundsätzen muss für den Fall o.g. Havarien eine Klärung der **Übernahme der Folgekosten** (Sanierung, Rückbau, Investition in Feuerwehrausrüstung, Deponien, Haftungsverpflichtungen) für die betroffenen Gemeinden festgeschrieben werden. Rückbau- und Deponiefragen sind auch im Falle von Repoweringmaßnahmen festzuschreiben. Seit 2005 besteht für CFK- oder GFK-Kunststoffe ein Verbot, sie auf Mülldeponien zu vernichten. 6. In den Zielen und Grundsätzen sind zudem die **Mindestabstände zu EU-Vogelschutzgebieten** gemäß dem Helgoländer Papier (von 2015, als wissenschaftliche Grundlage) festzuschreiben: 10-fache Anlagenhöhe als Schutzabstand, aber mindestens 1200m. Bei einer geplanten Referenzanlagehöhe von 200m also mind. 2000m (vgl. https://www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/energie/erneuerbare-energien-energiewende/windenergie/06358.html). 7. Sämtliche **Mindestabstände zu den Horsten** windkraftsensibler Arten müssen als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt werden und zumindest den Schutzabständen gemäß Helgoländer Papier entsprechen. Die Prüfabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten gemäß Helgoländer Papier sind als Grundsätze der Raumordnung zu übernehmen. 8. Auch im Managementplan des Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein heißt es im Kapitel 4.1 Erhaltungs- und ggf. Wiederherstellungsziele ab Seite 27 für das Europäische Vogelschutzgebiet DE-1725-401 „NSG Ahrensee und nordöstlicher Westensee“, dass zum **Schutz der Großvogelarten** im Gebiet im Umfeld der Brut- und Rasthabitate Räume zu erhalten sind, die weitgehend frei von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	baulichen Anlagen sind, die Sichthindernisse oder Gefährdungen darstellen oder Störungen verursachen, wie z. B. durch Stromleitungen und Windkrafträder. Dies ist ebenfalls in den Zielen und Grundsätzen festzuschreiben. (vgl. https://umweltanwendungen.schleswig-holstein.de/Natura2000/pdf/mplan_inet_spa/1725-401/1725-401Mplan_Text.pdf 9. Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, **Abwägungskriterien** z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. dem Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge **zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten**, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante, weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Dies steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papier) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. 10. Es muss als Grundsatz festgeschrieben werden, dass eine **Anrechnung bestehender oder in den Gemeinden in Planung befindlicher PV-Freiflächenanlagen** auf die Flächenausweisung erfolgen, damit es zu keiner „Doppel- oder Mehrfachbelastung“ von Gemeinden kommt, die bereits einen entsprechenden Flächenbeitrag für die Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen leisten bzw. leisten wollen. Die Gemeinde Westensee hat sich unter Berücksichtigung der einzigartigen naturräumlichen Lage und zum Erhalt des Landschaftsbilds für eine Flächen-PV-Anlage entschieden, die derzeit das Bauleitplanverfahren durchläuft. Dies ist zu berücksichtigen. 11. Das Kriterium der Vorbelastung sowie das Ziel der Konzentration bzw. die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA ist zu streichen. Es soll möglichst eine Gleichverteilung angestrebt werden, um **möglichst gleiche Lebensverhältnisse** im Land zu schaffen. Durch Windenergiegebiete, Höchstspannungsfreileitungen oder PV-Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. 12. Auf die Änderung der bisherigen Höhen und anderer Parameter einer Referenzanlage ist zu verzichten. Wie im Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land ausgeführt, gibt es **keine gesetzliche Verpflichtung, eine Referenzanlage für die Planung und Ausweisung von Vorranggebieten**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergie heranzuziehen. Nicht nur deshalb erscheint die geplante Festlegung auf eine Referenzanlage von 200m mit 150m-Rotordurchmesser allein mit der „Marktüblichkeit“ und der wirtschaftlichen Tragfähigkeit (siehe B zu 3 in der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP 2024 - erster Entwurf vom Juni 2024) zu begründen, nicht schlüssig, da auch 150m-hohe Anlagen nachweislich wirtschaftlich betrieben werden. Sie erbringen für Betreiber und Investoren aktuell Renditen, die deutlich über der Inflationsrate liegen. Auch aktuell werden immer noch Anlagen mit einer Gesamthöhe von 150 m genehmigt, was bei mangelnder Wirtschaftlichkeit sicher nicht der Fall wäre. 13. In den Grundsätzen und Zielen muss festgelegt werden, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungs-/Zuwegungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der **Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden** bzw. CO2-Senken im Allgemeinen im Sinne des „natürlichen“ Klimaschutzes Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz. 14. Dasselbe gilt für **Biotope und Biotopverbundachsen** als natürliche Lebensräume, u.a. von schützenswerten Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 300m. 15. In den Grundsätzen und Zielen muss festgeschrieben werden, dass die **Abstände zu Fauna-Flora-Habitat-Gebieten** und Umgebungsbereichen mindestens 300m betragen müssen. Solche Schutzgebiete sind wichtige Flächen für den Biotop- und Artenschutz. Sie dienen auch der Naherholung und dem Tourismus. Für Fauna-Flora-Habitat-Schutzgebiete (FFH-Gebiete) besteht ein Verschlechterungsverbot (§ 33 Abs. 1 BNatSchG, Art. 6 Abs. 2 FFH-RL), das verbindlich einzuhalten ist. Darin wird ausgesagt, dass es weder zu einer Verschlechterung der Lebensräume, noch zu einer erheblichen Störung der maßgeblichen Arten kommen darf.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	16. Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere **Naturparke**, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine **besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit** haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. 17. Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit meines Lebens- und Erholungswertes. 18. Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage ist meine Sorge, dass die **Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses** und der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken) durch zukünftig noch höhere Windkraftanlagen gefährdet oder weiter eingeschränkt wird. Entsprechende Stellungnahmen vom Luftfahrtamt der Bundeswehr (ist der Stellungnahme als Dokument angehängt: Stellungnahme Bundeswehr 2020.pdf) von 2020 sind bereits bei der Festlegung von Windvorrangflächen und im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Es ist zu prüfen inwieweit die im Gemeindegebiet Westensee liegenden Potenzialflächen in den Zuständigkeitsbereich Jagel/Hohn fallen. Ebenso ist zu prüfen, welche Flächen ganz oder teilweise im Interessengebiet der LV-Radaranlage Brekendorf liegen. Hier wird die maximale Bauhöhe für Windkraftanlagen üNN (über Normal Null) angegeben. Dies muss in beiden Fällen bereits in den Zielen und Grundsätzen festgeschrieben werden. 19. Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer **unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen**. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus – einem bedeutenden Wirtschaftszweig	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schleswig-Holsteins. 20. In den Grundsätzen ist der **Schutz des Landschaftsbildes in Landschaftsschutzgebieten** festzuschreiben. Dem Schutzzweck der vorhandenen Landschaftsschutzgebiete muss in besonderem Maße Rechnung getragen werden. Dies gilt im vorliegenden Fall besonders für das Landschaftsschutzgebiet Westensee-Landschaft, das sich durch noch ungestörte Landschaften von hohem Erholungswert und nur selten wiederzufindender Naturschönheit auszeichnet. Die Gemeinde Westensee liegt vollumfänglich im Naturpark Westensee. Kern des Naturparks ist der Westensee, der unterschiedlichsten naturschutzfachlichen Schutzkategorien unterliegt (Natura 2000, NSG, LSG). Die Landschaft am Westensee ist Kernbereich der Erholung. Auch über die Grenzen des Kernbereichs hinaus hat der Raum für die Naherholung im Kieler Umland eine enorme Bedeutung. Das Aufstellen von Windenergieanlagen der sog. Referenzgröße (200 m) bringt erhebliche Auswirkungen – nicht nur im Nahbereich, sondern auch im Fernbereich mit sich. Zum Schutz von Landschaftsräumen mit einmaliger Charakteristik und besonderer Erholungseignung sollte auch in Zukunft eine starke Gewichtung des Freiraumschutzes erfolgen. Die nachfolgenden Bilder geben einen Eindruck (wenn auch fotografisch nur angenähert reproduzierbar) vom Landschaftsraum wieder: DIESEN TEIL ENTNEHMEN SIE BITTE DER ANGEHÄNGTEN STELLUNGNAHME (Stellungnahme.pdf), DA BILDER UND GRAFIKEN IN DIESEM EINGABEFELD NICHT DARGESTELLT WERDEN KÖNNEN. **Nachstehend wird unter Anwendung der Ziele und Grundsätze Stellung zu den veröffentlichten Potenzialflächen genommen:** **a. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_080** · Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	werden Teile der Potenzialfläche überlagert. · Die Potenzialfläche liegt zentral im Naturpark Westensee, vollumfänglich im LSG Westenseelandschaft und gehört in Teilen zum Kernbereich Erholung. Die Fläche ist weiten Teilen durch Waldflächen umschlossen und grenzt direkt an die **höchste Erhebung Westensees, den Tüteberg**. · Innerhalb der Potenzialfläche liegt ein schützenswertes Geotop (Tunneltal, Tal der Fuhlenau / Mühlenau, Gut Westensee - Pohlsee - Brahmsee - Nortorf und Tal der Olendieksau), was auf die besondere Formation der Landschaft hinweist. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die erhebliche Überlagerungen mit anderweitigen Nutzungsansprüchen aufweist. Im Anschluss an die Potenzialfläche liegt das denkmalgeschützte Gut Deutsch Nienhof mit seinem weitläufigen Landschaftspark und dem gut erhaltenen Hofensemble. Die Fläche liegt weiter zentral im Naturpark Westensee, bildet praktisch das Herz, so dass die Belange des Landschaftsschutzes und der Erholung besonders stark gewichtet werden sollten. Aufgrund der erheblichen Fernwirkung (siehe auch Bild vom Bosseer Schoor über den Westensee Richtung Tüteberg) von Windkraftanlagen und damit der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Erholungsraumes ist diese Potenzialfläche nicht für die Windenergienutzung geeignet. **b. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_084** · Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer (OT Wrohe) werden Teile der Potenzialfläche auf Gebiet der Gemeinde Westensee überlagert. · Die Potenzialfläche liegt zentral im Naturpark Westensee, vollumfänglich im LSG Westenseelandschaft. Die Fläche ist fast vollständig durch Waldflächen umschlossen. · Innerhalb der Potenzialfläche liegen mehrere kleinere Waldflächen und Biotope größeren Umfangs. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die etliche Überlagerungen mit anderweitigen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Nutzungsansprüchen aufweist. Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee, so dass die Belange des Landschaftsschutzes und der Erholung besonders stark gewichtet werden sollten. Aufgrund der erheblichen Fernwirkung von Windkraftanlagen und damit der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Erholungsraumes ist diese Potenzialfläche nicht für die Windenergienutzung geeignet. **c. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_095** · Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden Teile der Potenzialfläche überlagert. · Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee und grenzt unmittelbar an den Kernbereich für Erholung. Der östliche Teil liegt in weiten Teilen im Landschaftsschutzgebiet Westenseelandschaft. Im Norden grenzt das Felder Holz an, das Anlaufpunkt für Naherholungssuchende der Region ist. Die gut erhaltene Eichenallee mit ihren mächtigen alten Alleebäumen ist ein besonderes Beispiel für die Anlage naturnaher und landschaftsbildprägender historischer Wege. · Innerhalb des LSG liegen weitere Waldflächen und Biotope sowie ein schützenswertes Geotop (Tunneltal Westensee-Emkendorf), was auf die besondere Formation der Landschaft hinweist. · Im Bereich des Felder Holzes wurden Brutplätze des Rotmilan nachgewiesen. Der Abstandsbereich (1.500 m) reicht bis in den nördlichen Teil der Potenzialfläche hinein. · Im Südwesten der Potenzialfläche betreibt die Gemeinde Westensee seit 2022 ein Bauleitplanverfahren zur Ausweisung eines Sondergebiets für Freiflächenphotovoltaik. Eine Nutzung durch Windenergie wird damit für diese Fläche ausgeschlossen sein. · Es wird auf den im östlichen Bereich der Potenzialfläche mangelnden Abstand zu den raumordnerisch festgelegten Siedlungsbereichen der Siedlungsachse Kiel – Melsdorf – Felde (hier bezogen auf den LZO Felde) und dem sich darauf gründenden Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung hingewiesen (siehe Abbildung). Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die von anderweitigen Nutzungsansprüchen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	überlagert ist. Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee, so dass die Belange des Landschaftsschutzes und der Erholung besonders stark gewichtet werden sollten. Aufgrund der erheblichen Fernwirkung von Windkraftanlagen und damit der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Erholungsraumes ist diese Potenzialfläche nicht für die Windenergienutzung geeignet. **d. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_164** · Die Fläche weist nicht die geforderte Mindestgröße von 15 ha auf; die nächstgelegene Fläche ausreichender Größe liegt über 600 m weiter östlich (PR12_RDE 095); ein Zusammenhang der Flächen kann aufgrund der Entfernung nicht gesehen werden. · Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden große Teile der Potenzialfläche überlagert. · Die Fläche liegt inmitten des Naturpark Westensee und grenzt unmittelbar an das Bruxer Holz, so dass Freiraumschutz und Erholungseignung ein besonderes Gewicht haben. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die nicht frei von anderweitigen Nutzungsansprüchen ist. Die Fläche liegt im Naturpark Westensee und unmittelbar am Bruxer Holz. Dem Freiraumschutz und der Erholungseignung in dem Raum sollte besonderes Gewicht beigemessen werden. Diese Potenzialfläche ist nicht für die Windenergienutzung geeignet.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1737	**Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021, Änderung Kapitel 4.5.1 Juni 2024)** Der in seinen Belangen berührte gemeinnützige Verein Watt und Mehr – Zukunftsforum Pellworm e.V nimmt hiermit Stellung zum Entwurf Anlage 1 zu $ 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land und dem	Die Stellungnahme enthält keine konkreten inhaltlich-fachlichen Hinweise, die einen Anlass zur Überprüfung der Ziele der Raumordnung böten, die auf Pellworm zum Ausschluss der Windenergienutzung führen. Sie kann daher nur zur Kenntnis genommen werden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Entwurf Anlage 2 zu $ 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig- Holstein: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land. Seit gut 20 Jahren engagieren sich die Energie AG Pellworm und der Verein Watt und Mehr für Klimaschutz und die Nutzung regenerativer Energien auf Pellworm. Gemeinsam mit der Gemeinde Pellworm und externen Gutachter wurde der Masterplan 2020 sowie dessen Fortschreibung bis zum Jahr 2030 erarbeitet. Ziel des Masterplan ist die CO2-neutrale Energieversorgung der Insel Pellworm in allen Sektoren. Diese Arbeiten wurden unter anderem mit dem 1. Preis der Energieolympiade Schleswig-Holstein ausgezeichnet. Ohne eine Bestandsicherung sowie ein zukünftiges Repowering des vorhandenen Bürgerwindparks sowie einen weiteren Ausbau der Nutzung von Windenergien ist das Erreichen der in den Masterplänen gesetzten Zielen nicht zu erreichen. Sollte ein Repowering des bestehenden Windparks zukünftig nicht möglich sein, führt dies absurderweise zu einer Situation, in der ausgerechnet eine Insel mitten im Nationalpark Wattenmeer ab 2030 im Wärmebereich wieder vorwiegend auf fossile Brennstoffe zurückgreifen müsste. Bei einer prognostizierten Steigerung des Energiebedarfs aus regenerativen Quellen für die kommen Jahre (für den Zeitraum von 2021 bis 2030 wird bundesweit von einer Steigerung von 560 TWh auf 750 TWh) wären für die Versorgung der Insel ohne eine Erweiterung des bisherigen Windparks zudem mindestens 2 weitere Seekabel vom Festland erforderlich. Den Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Pellworm wurde bei Unterzeichnung des Vertrags zur Teilnahme am Biosphärenreservat Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer zugesichert, dass die Insel Pellworm als Entwicklungszone in der Biosphäre alle Möglichkeiten zur nachhaltigen Weiterentwicklung offenständen. Der Erhalt und Ausbau der Windenergienutzung auf Pellworm ist ein essentieller und zwingend erforderlicher Bestandteil dieser Weiterentwicklung. Auch die Insel- und Halligkonferenz fordert mit Blick auf die Wärmewende Möglichkeiten für eine erweiterte Nutzung regenerativer Energien (Windkraft und Photovoltaik). Für eine weitere erfolgreiche Umsetzung der in den Masterplänen gesetzten Ziele fordert der Verein, dass die gemachten Versprechungen bzgl. der Entwicklungszone Insel Pellworm eingehalten werden und eine konsequente langfristige Nutzung sowie ein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	entsprechender Ausbau von Windenergie möglich ist. Für den Verein Watt und Mehr Zukunftsforum Pellworm [redacted] 1. Vorsitzender	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2385	Sehr geehrte Damen und Herren, im Anhang sende ich Ihnen meine ´Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024´. Ich bitte um schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Vielen Dank im Voraus, mit freundlichen Grüßen [redacted] Brief-Nr. 3 Betreff: Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Durch das aktuelle Vorgehen der Landesregierung die Potentialflächen für Windkraftanlagen mit Hilfe abgeschwächter Kriterien zu erweitern verliere ich Akzeptanz und Vertrauen zu den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden. ○ Eine so kurzfristig angesetzte Möglichkeit zur Stellungnahme (9.9.2024) während der Sommerferienzeit lässt ein koordiniertes Handeln der kommunalen Vertretungen und der direkt im Lebensraum betroffenen Bevölkerung keinen zeitlichen Rahmen, um angemessen zu reagieren. Darum fordere ich eine weitere Frist von mindesten 3 Monaten zur Stimmabgabe. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2504	Moin Moin In diesen Bereich ist eine Fläche, angrenzend zum Bürgerwindpark Neuengörs-Weede eingezeichnet, es wäre schön wenn der Bürgerpark hiermit erweitert werden kann, Wertschöpfung für die ganze Region! Ferner ist hier eine sehr große Akzeptanz in der Bevölkerung, da die Landeigentümer jedes Jahr 30. 0000 Euro für soziale Belange spenden! Ferner würden die Windkraftanlagen von den Orten Neuengörs,Mielsdorf und Weede wenig war genommen! Also positiver könnte eine Zusatzfläche eigentlich nicht sein! Freundliche Grüße	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1732	Bitte berücksichtigen Sie in den Zielen und Grundsätzen folgende Inhalte, ergänzt durch das angehängte Bild. Diese haben Auswirkungen auf alle Potenzialflächen im Gemeindegebiet von Westensee. Dies sind PR2_RDE_080, PR2_RDE_084, PR2_RDE_164 und PR2_RDE_095. Artenschutzrechtliche Kurzstellungnahme zur Windkraftplanung auf der Fläche Westensee/ Gut Bossee Zu der im Jahr 2024 erneut in die Regionalplanung des Landes Schleswig-Holstein aufgenommenen Windkraft-Potenzialfläche entlang der Eichenallee Westensee entstehen erhebliche Konflikte mit dem Artenschutz, speziell dem Schutz streng geschützter Großvogelarten wie Seeadler und Rotmilan. Auch andere Artengruppen, z.B. Fledermäuse, sind durch den Bau von WEA in diesem Gebiet stark gefährdet. Vor etwa 10 Jahren wurden die Potenzialflächen zu beiden Seiten der Eichenallee zwischen Westensee und Felder Holz intensiv untersucht, um Daten über Flugbewegungen von Großvögeln zu erhalten. Dazu sind etwa 100 Stunden Flugbewegungen aufgezeichnet und zusätzlich Horststandorte relevanter Arten kartiert worden. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sind in Karten- und Textform der Naturschutzbehörde (damals Herr [redacted]) und dem damaligen LLUR (Herrn [redacted]) zugekommen und die Daten haben maßgeblich zu der Ablehnung der Fläche als Windeignungsfläche beigetragen. In der Kürze der hier zur Verfügung stehenden Zeit war es leider nicht mehr möglich, die Karten, Tabellen und Texte aufzufinden. Bei den Behörden sollten diese aber noch vorliegen und können entsprechend angefordert werden. In Kürze sollen hier aber die wesentlichen Fakten geschildert werden: 1. Die Flächen zwischen Felder Holz und Gut Bosse, zu beiden Seiten der Eichenallee, haben eine sehr hohe Bedeutung als Jagd- und besonders Überfluggebiet des Seeadlerpaares von Diekendörn/Rümlandteich auf dem Weg vom Brutplatz zum Bossee und der Westenseer Bucht. Auf einer Karte wurden seinerzeit sämtliche Flugbewegungen dargestellt, um diesen Sachverhalt mit einer hohen Anzahl Überflüge zu verdeutlichen. Bei dem Adlerhorst in Diekendörn handelt es sich um einen jährlich	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.8, 4.9, 4.15 bis 4.20, 7.1.1, 7.1.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	genutzten Brutplatz, der bereits seit sehr langer Zeit genutzt wird. Der Bossee und der westliche Westensee zählen zu den regelmäßig und häufig aufgesuchten Nahrungsgebieten. Darüber hinaus nutzen zahlreiche weitere Seeadler, vor allem jüngere Vögel, das Westenseegebiet in hoher Frequenz. In den Wintermonaten können sich bis weit über 20 Adler hier aufhalten. 2. Im Felder Holz brüten jährlich Rotmilane, welche die Flächen entlang der Eichenallee ebenfalls in hohem Umfang als Nahrungsgebiet nutzen. Je nachdem, wo sich der Horst befindet (die Brutplätze wechseln teilweise von Jahr zu Jahr), liegt der Horst im 1.5 km Radius zu der Potenzialfläche. Durch den Mangel an günstigen Nahrungshabitaten (wenig Grünland, Saumstreifen, Brachen etc.) jagen v.a. die männlichen Vögel hier in einem sehr weiten Radius (festgestellt bis 5 km) um den Horst und sind damit besonders zur Aufzuchtzeit der Jungvögel stark gefährdet durch WEA. 3. An weiteren Großvogelarten im Betrachtungsraum sind Uhu, Wespenbussard, Kranich, Baumfalke und Mäusebussard relevant, da sie im Felder Holz, Bruxer Holz bzw. teilweise im Gutspark Bossee brüten, viele Arten in gleich mehreren Paaren an verschiedenen Standorten. Rohrweihen brüten in einigen Jahren in den Getreidefeldern (Bodenbruten). 4. In den Wintermonaten halten sich auf den Flächen zahlreiche Singschwäne (teilweise bis zu 300 Ex.), Zwergschwäne und nordische Gänse auf. 5. Als Vogelzugkorridor hat die Fläche ebenfalls einen hohen Stellenwert, da hier Wasservögel besonders im Herbst der Route Kieler Förde-Westensee-Eider folgen. So konnten hier bereits zahlreiche streng geschützte Arten wie Seeschwalben, Zwergmöwen, Brachvögel und andere Watvögel, viele Enten- und Gänsearten sowie Fischadler auf dem Durchzug beobachtet werden. 6. Entlang der Eichenallee gibt es zahlreiche Fledermäuse, da sie in den alten, höhlenreichen Bäumen viele Quartiere finden und entlang der Allee sehr günstige Nahrungsmöglichkeiten zu finden sind. Für eine aktuelle Verbreitungskarte der genannten Arten muss im Jahr 2025 eine Erfassung durchgeführt werden, da 2024 die Brutsaison bereits beendet ist. Auch wenn diese kurze Übersicht nur auf ältere Ergebnisse zurück greift, muss davon ausgegangen werden, das die Situation sich nicht wesentlich verändert hat.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Möglicherweise sind sogar neue Brutvogelarten hinzu gekommen oder auch die Ansiedlung eines weiteren Seeadlerpaares im Bereich Felder Holz/ Bruxer Holz ist jederzeit möglich.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2503	Sehr geehrte Damen und Herren, im Anhang als Worddatei meine Stellungnahme zum Gebiet Ahneby/Möllmark/Sterupgaard. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich erneut eine Stellungnahme zur Potenzialfläche in Ahneby/Möllmark/Sterupgaard abgeben. Daher möchten ich Sie für die o.g. Fläche, die uns besonders am Herzen liegt, sensibilisieren und Ihnen kurz darlegen, warum meiner Meinung nach hier weiterhin **keine** Potenzialfläche zur Windenergienutzung und daher zum Bau sogenannter Refernzanlagen (200 Meter Gesamthöhe) ausgewiesen werden sollte. Da sich durch den Bau solcher Anlagen in diesem Gebiet, insbesondere aus deren Dimension (Höhe, Rotordurchmesser) und aus den Standorten, erhebliche Auswirkungen auf bestimmte Ziele der Raumordnung (Schutz von Natur und Landschaft, Erholung und Fremdenverkehr) ergeben. Das Gebiet gehört zur Gemeinde Ahneby. Betroffen sind weiter Anwohner der Orte Sterup, Sterupgaard, Sörupmühle und Sörup. Die Gemeindevertreter der Gemeinde Ahneby haben sich bereits Anfang 2016 für einen Bau von WKA ausgesprochen. Eine Bürgerbefragung in der Gemeinde fand auch damals nicht statt. Die direkten Anwohner wurden erst auf gezieltes Nachfragen über den geplanten Bau informiert.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich gehe auf folgenden Punkte ein: 1. Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung, 2. Umzingelungswirkung, Riegelbildung 3. Charakteristische Landschaftsräume 4 Vogelschutz und Artenschutz **1. Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung, /Kernbereiche für Tourismus und/ oder Erholung.** Das Gebiet ist Teil der sogenannten Möllmark und dient der Bevölkerung Sörup, Sörupmühle, Ahneby und Sterup als Naherholungsgebiet. Die Straßen und Wege der Möllmarker Schweiz dienen zum Spazierengehen, als Joggingstrecken, als Reitwege und sind Teil verschiedener Radwanderempfehlungen (z.B. Auf Wasserscheiden Tour, http://www.sh-tourismus.de/de/auf-wasserscheidentour). Im Winter wird der Hang am Silkmooserweg zum Rodeln benutzt (Nördlicher Teil des Planungsgebietes). Im Osten der Potenzialfläche kurz vor Sterupgaard liegt nach der Liste der Kulturdenkmäler in Schleswig-Holstein mit der Objekt ID 19120 der Hof Ahnebygaard, dieser ist mit Wohnhaus und Scheune ein Kulturdenkmal. Durch den Bau von WKA im Planungsgebiet würden der Erholungswert die Ansicht des Kulturdenkmals und der touristische Wert erheblich negativ beeinflusst. **2. Umzingelungswirkung, Riegelbildung** Mit dem Bau von Raumbedeutenden WKA, Referenzanlagen von einer Mindesthöhe 200 m im Planungsbereich Ahneby PR1_SLF_049, würden durch die enorme Größe der Anlagen, die ohnehin schon sehr gut sichtbaren 9 WkA´s aus Sörup Barg optisch deutlich näher rücken (Siehe Fotomontage). Im Vorranggebiet Rügge PR1_SLF_056 würden zusätzlich auch Referenzanlagen entstehen. Daher wird unserer Meinung nach im Zusammenhang mit dem Planungsfeld im Bereich Rügge, der ungefähr 800 Meter zum Ortskern Ahneby liegt, in Verbindung mit den bereits bestehenden Anlagen Sörup Barg, Mohrkirchteich und dem Planungsgebiet	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Osterholm/Atzbül für Sterupgaard und Ahneby Dorfstraße eine Umzingelungswirkung eintreten. Diese würde nicht eintreten wenn das o.g. Planungsgebiet Ahneby PR_SLF_049 weiterhin als Potenzialfläche abgelehnt bleibt. [Karte auf S. 3] [Bild auf S. 4] **3. Charakteristischen Landschaftsräumen** Mitte März 2016 wurde das Gutachten des Planungsbüros Umweltplan veröffentlicht. Nach dem Gutachten lautet die Definition wie folgt: “*Mit den charakteristischen Landschaftsräumen werden Teile der Kulturlandschaft ausgewiesen, die sich durch ihre unverwechselbare Eigenart in besonderer Weise von der umgebenden Landschaft abheben, weil in ihnen bestimmte naturraumtypische naturbedingte und / oder kulturbedingte Merkmale der Landschaft in einer besonderen Ausprägung, Vielfalt oder Dominanz vorkommen*.“ Nach der **Dokumentation der Kernbereiche charakteristischer Landschaftsräumen Seite 39 und 40** liegt das Planungsgebiet PR1_SLF_049 genau im hohen ausgeprägten (hellgrünen) Bereich für charakteristische Landschaftsräume (Siehe Bild 3). [Bild auf S. 5] Der Landschaftsraum der Möllmark und somit auch der Planungsbereich ist erkennbar durch die Eiszeit geprägt. Er ist dem Naturraum Östliches Hügelland, Angeln mit Moränen der Weichsel-Eiszeit zuzuordnen. Der Bereich ist stark durch eine historisch gewachsene, engmaschige Knicklandschaft mit relativ kleinen Ackerflächen geprägt. Er wird im Halbkreis von Ost über Süd nach Westen von mehreren kleineren Waldgebieten begrenzt (siehe Bild 4). Das Planungsgebiet liegt überwiegend bei ungefähr 55 Meter über Meereshöhe und wird im Norden durch das Tal der Lippingau begrenzt (Siehe Bild 5). Im Westlichen Teil der Möllmark befinden sich mehreren Biotope, die von der Stiftung Kulturland in Verbindung mit dem Land SH zum Schutz von Amphibien und Brutvögeln	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wie dem „Neuntöter“, angelegt wurden. [Karte auf S. 6] Die Möllmark und damit der Planungsbereich hat eine mittlere bis hohe Bedeutung für das Landschaftsbild, da hier die naturraumtypische Eigenart noch in vielen Teilbereichen weitgehend erhalten ist. Dadurch, dass geplante Anlagen im Verhältnis zur Umgebung zwischen 20m und 10m höher liegen, wirken diese erheblich größer als sie sind (siehe Bild 5). Durch den Bau von Referenzanlagen oder größeren Anlagen würde der Charakter dieser Kulturlandschaft unserer Meinung nach erheblich **negativ** beeinflusst. Daher halten wir das Gebiet PR1_SLF_049 weiterhin für den Bau von WKA als **ungeeignet**. [Höhenkarte auf S. 7] **4 Vogelschutz und Artenschutz** Durch die oben beschriebene Lage des Planungsgebietes Ahneby/Möllmark/Sterupgaard ergibt sich daraus eine große Bedeutung für die in diesem Gebiet lebenden Vogelarten. In den in Bild 4 gekennzeichneten Wäldern brütet seit Jahren ein Bussard-Paar welches im Planungsgebiet sein Jagdrevier hat. Nach Information der Naturschutzbehörde Kreisverwaltung leben mehrere Schleiereulen im Planungsbereich und den umliegenden Waldgebieten. Im Nördlichen Teil des Bereiches leben Kiebitze und andere Wiesenvögel. Da die naturraumtypische Eigenart des Planungsbereiches noch in vielen Teilbereichen weitgehend erhalten ist leben in den dortigen Feldhecken viele Brutvogelarten und Fledermäuse. Das Gebäude 400 Meter südlich des Bereiches (Westerstr. [redacted]) ist als fledermausfreundliches Gebäude ausgezeichnet worden. Jedes Jahr im Mai befindet sich dort eine Fledermauskinderstube mit zum Teil über 50 Fledermäusen. Der Planungsbereich wird jedes Jahr von größeren Schwärmen von Wildgänsen überflogen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fazit Die Planungsfläche Ahneby/Möllmark/Sterupgaard dem Gemeindegebiet Ahneby gehört zu den charakteristischen Landschaften in Schleswig-Holstein und hat durch ihre besondere Lage im Zentrum dreier Ortschaften (Sörup, Ahneby und Sterup) eine Bedeutung für den Tourismus und den Naherholungswert der dort lebenden Bevölkerung. Weiter wird sie eingegrenzt durch mehrere Waldgebiete und stellt daher einen besonderen Lebensraum für Verschiedene Raubvogel- und Brutvogelarten da. Sie ist Überflugzone von Zugvögeln. Durch den Bau von Raumbedeutenden WKA, insbesondere aus deren Dimension und dem Standort der Anlagen (die Anlagen stehen zum Teil 20 Meter höher als umliegende Wohngebäuden), ergeben sich erheblich negative Auswirkungen für dieses Gebiet (Schutz von Natur und Landschaft, Erholung und Fremdenverkehr). **Daher halte ich die Planungsfläche Ahneby/Möllmark/Sterupgaard in der Möllmark auf dem Gemeindegebiet Ahneby für den Bau von WKA weiterhin für ungeeignet.** Vor allem weil sich in der Nähe geeignetere Planungsflächen befinden (Rügge und nördlich von Sörup) Ich bitte Sie daher sich Meiner Meinung anzuschließen und diese Fläche weiterhin aus der Planung für den Bau von WKA herauszunehmen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2384	Sehr geehrte Damen und Herren, im Anhang sende ich Ihnen meine "Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024". Ich bitte um schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Vielen Dank im Voraus,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4.1, 1.5.1, 2.2 bis 2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mit freundlichen Grüßen [redacted] Brief-Nr. 2 Betreff: Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. * Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der Bevölkerung im Außenbereich geringer bewertet als die im Siedlungsbereich. Eine Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m zu einzeln liegenden Wohngebäuden ist somit nicht begründet. o Schleswig-Holstein bemisst die notwendigen Abstände zur Wohnbebauung von Einzelgebäuden und Siedlungsbereich mit 400m bzw. 800m. In 8 von 16 Bundesländern werden größere Abstände eingehalten bzw. empfohlen: Bayern 2000m, Brandenburg 1000m, Hessen 1000m, Mecklenburg-Vorpommern 800m bzw. 1000m, Nordrhein-Westfalen 1000m, Rheinland-Pfalz 500m bzw. 1000m, Sachsen-Anhalt 1000m und Thüringen 600 bzw. 1000m. o Bei einem Abstand von 400 m zu Einzelgebäuden ist ein Wohnen, Leben und der Erhalt der Gesundheit neben oder gar zwischen zwei Windparks, bestückt mit modernen WKASs von 6 MW und einer jeweiligen Gesamthöhe von ca. 230m oder zukünftig auch mehr, nicht zumutbar. o Die negativen Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium erst mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe nicht mehr gegeben. o Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse zusätzlich. Die 3H/5H-Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA unabhängig von ihrer Höhe zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2602	**Brief-Nr. 4** **Betreff:** Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. • Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. dem Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der Windenergienutzung noch geringer Zu gewichten, ist aus demselben Grund zu streichen wie die geplante, weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Dies steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papier) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. • Die Landesregierung Schleswig-Holstein steht ein für Natur- und Artenschutz. Der Erhalt unserer wunderschönen und einmaligen Landschaft stand einmal ganz oben auf der Agenda. „Land der Horizonte“ und „der echte Norden“. Damit hat die Landesregierung Reklame gemacht. Wir haben ein Gut, das wir vielen Bundesländern voraus haben. Rückzug, Besinnung, Erholung...das ist hier möglich. Und viele Menschen nutzen diesen Raum eben genau dafür. Warum gelten die Schleswig-Holsteiner als das glücklichste Völkchen Deutschlands? Noch einmal in sich kehren und bedenken..., ob dieser politische Schnellschuss wirklich notwendig ist und wir das Mehr an Energie jetzt, zu diesem Zeitpunkt und an diesen Orten wirklich benötigen. • Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich unter Anderem auf die Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* und *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15, 3.16, 3.17, 3.18, 4.1, 4.5, 4.7, 4.9 und 4.20 sowie auf Ziffern 2.11, 6.1, 5.9 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz. • Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u.a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. • Der Schutzabstand von 200m zum Waldrand als Lebensraum und Brutgebiet für Greifvögel muss wieder eingeführt werden. • Landschaftsschutzgebiete und Naturparke sind über Jahrzehnte als Verbundachsen zur Erhöhung der Biodiversität geschaffen worden. Generationen engagierter Politiker haben sich dafür eingesetzt. Inzwischen sind Großvögel wie der Kranich bei uns wieder heimisch, nachdem sie über Jahrzehnte fast verschwunden waren. Die geplante Öffnung der genannten Naturräume für einen künftigen Ausbau der Windkraft auf den erweiterten Potentialflächen wird sich negativ auf die ungestörte Wanderung dieser Großvögel über die gerade zurück eroberte Landschaft und auf den Vogelzug insgesamt auswirken. • Wenn der Landesregierung Naturräume wie Landschaftsschutzgebiete und Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. • Die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände und Ausweisung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von Windpotentialflächen mitten in diesen Naturlandschaften steht der im Regionalplan (letzte Aktualisierung 12.2023) untermauerten Bedeutung massiv entgegen. Im Regionalplan sollen unsere Naturräume, wie Naturparks, Landschafts- und Naturschutzgebiete sowie deren Entwicklung im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit eines Lebens- und Erholungswertes für alle fortan weiter gefördert werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1734	**Stellungnahme der in der Gemeindevertretung Pellworm vertretenen** **Parteien** [redacted] *zum Entwurf einer Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema* *Windenergie an Land vom Juni 2024* <u>Die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie auf der Insel Pellworm ist nach dem vorliegenden Entwurf nicht möglich, da mehrere Grundsätze und Ziele dem entgegenstehen.</u> Seit gut 50 Jahren steht Pellworm für regenerative Energie, dass damalige Energiekonzept wird kontinuierlich weiterentwickelt, der daraus resultierende Masterplan 2030 hat zum Ziel eine CO2-neutrale Insel zu werden. Mit dem Masterplan und Energiekonzept 2030 hat sich die Gemeinde schwerpunktmäßig die Aufgabe gestellt, die Wärmewende auf Pellworm entscheidend voranzubringen. Hierfür ist die Windenergie die tragende Säule. Zudem trägt die bisher betriebene Nutzung von Windenergie auf Pellworm in erheblichem Maße zur Wertschöpfung auf der Insel bei. Des Weiteren ist die Windenergienutzung ein konstitutiver Baustein für die Energieversorgung Pellworms, die langfristig auf eine weitgehende Selbstversorgung mit Strom und Wärme für die Insulaner*innen und Betriebe ausgerichtet ist. Aus diesen Gründen fordern die Verfasser*innen dieser Stellungnahme, dass der Weiterbetrieb der	Die Stellungnahme enthält keine konkreten inhaltlich-fachlichen Hinweise, die einen Anlass zur Überprüfung der Ziele der Raumordnung böten, die auf Pellworm zum Ausschluss der Windenergienutzung führen. Sie kann daher nur zur Kenntnis genommen werden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bestehenden Pellwormer Windenergieanlagen über die derzeitige Nutzungsdauer hinaus zugesichert wird. Außerdem muss die Möglichkeit des Repowering der bestehenden Anlagen eingeräumt werden. Sollten sich in Zukunft doch Möglichkeiten ergeben, weitere Windenergieanlagen auf Pellworm zu bauen, werden sich die Verfasser*innen dieser Stellungnahme dafür einsetzen, die Errichtung und den Betrieb nur nach einer umfassenden Bürgerbeteiligung und durch einheimische Betreiber sowie unter Beteiligung der Gemeinde zuzulassen. Als Entwicklungszone im Biosphärenreservat nordfriesisches Wattenmeer ist Pellworm in hervorragender Weise geeignet, zu zeigen, wie die Nutzung regenerativer Energie gemeinsam mit Natur- und Umweltschutz gelingen kann, um den auf Pellworm lebenden und wirtschaftenden Menschen ein langfristiges „Überleben unter dem Meeresspiegel“ zu sichern. [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1736	Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, die Hallig- und Inselwelt des nordfriesischen Wattenmeeres stellt ein weltweit einmaliges Naturschtzgebiet dar und gehört zum Unesco Weltnaturerbe. Windanlagen mitten im Wattenmeer bzw auf der Insel Pellworm oder auf den Halligen gefährden wichtige Brutgebiete von Vögeln, die auf diese ungestörten Gebiete angewiesen sind. Mittlerweile brüten hier auch wieder Seeadler die sehr selten und scheu auf jegliche menschliche Störung reagieren. Es gibt auf dem Festland bereits ausgewiesene Vorranggebiete so dass der Ausschluss von Windenergie auf den nordfriesischen Inseln und Halligen und im Wattenmeer keinerlei Nachteile bedeutet und ich bitte daher diese Windenergieausschlussgebiete	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 4.1, 4.8 und 4.21 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	auf Pellworm den Halligen und den nordfriesischen Inseln mit dem Wattenmeer festzustellen und festzuschreiben. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1731	Sehr geehrte Damen und Herren, Durch die baulichen Anpassungen der neuen geplanten Windräder, Gesamthöhe 250m, müssen die Schutzabstände im gleichen Zuge angepasst werden. Bisherige Höhen 85m Gemeinden Brodersdorf/Laboe. Außerdem wird sich wahrscheinlich die Lärmentwicklung bei den neuen Anlagengrößen deutlich erhöhen (vor allem Nachts und überwiegend Westwinde). Über die optische Belastung inkl. Schattenwurf muss man nicht weiter eingehen, die ist bei der Größe selbsterklärend. Nachbesserung besteht auch bei der Höhenbegrenzung, die es in Zukunft ja nicht mehr geben soll. Artenschutz spielt anscheinend keine Rolle mehr da die Flächen im Landschaftsschutzgebiet liegen. Dafür müssen ein Verbot und Mindestabstände neu definiert werden. Im Kreis Plön (Kern) selbst sind keine potenzielle Flächen ausgewiesen. Da sind sicher viele Bereiche wo die Abstandsflächen leichter eingehalten werden können. Ob die Maßnahme fördernde für den Tourismus (Wohngebiete, Campingplätze, Marina Wendtorf) ist zu bezweifeln. Hinzu kommen noch die zusätzlichen Baumaßnahmen (Erschließungsstrassen, Wartungsflächen, die für die Größe auch riesige Autokrane etc. erfordert.. Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 1.5, 3.15, 3.17 und 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2597	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit teile ich Ihnen meine erheblichen Einwände und Bedenken gegen den 0.g.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich unter Anderem auf das Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel), 4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und*

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Entwurf einschließlich der dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben wie folgt mit: 1. Ich beantrage hiermit eine Verlängerung bzw. eine Neuauslage des o.g. Beteiligungsverfahrens, weil ein Beteiligungsverfahren über fast die gesamte Sommerferienzeit keine Möglichkeit für die Bürger für eine ausreichende Information und daraus folgende Stellungnahme ergibt. Bei den für die Menschen weitreichenden Auswirkungen durch die Änderungen der Maßstäbe zur Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) widerspricht das nun auslaufende Beteiligungsverfahren den Grundsätzen der Landesregierung, ihre Bürger durch Transparenz und Information an der Landespolitik teilhaben zu lassen. 2. Zur Erreichung der Ziele der Energiewende ist zunächst ein Repowering bestehender WEA anzustreben, dann auf den Ausbau der wesentlich effizienteren Photovoltaik prioritär auf Dachflächen bzw. an Gebäuden hinzuwirken und erst danach eine Neu-Ausweisung von Wind-Vorranggebieten auszuführen. Begründung: WEA haben weitaus größere Auswirkungen auf alle Schutzgüter. Diese Prioritäten könnten zusätzlich durch Umleitung der Subventionen auf die entsprechende Technologie und auch insbesondere auf die Speichertechnologie verfolgt werden. 3. Eine Aufweichung naturschutzrechtlicher Aspekte darf im neuen LEP nicht erfolgen. Bestehende Naturparke und Landschaftsschutzgbiete dürfen in ihren Funktionen durch neue WEA nicht beeinträchtigt werden. 4. Derzeit geltende Abwägungskritereien in Bezug auf alle Schutzgüter dürfen nicht zugunsten der Priorisierung der Windenergienutzung verringert werden. Denn diese Kriterien beruhen auf wissenschaftlich anerkannten Erkenntnissen und wurden von der Landesregierung selbst in Zielen und Grundsätzen formuliert. 5. Eine Konzentrationswirkung von WEA muss wegen der Schutzbedürftigkeit von Menschen und Tieren ausgeschlossen werden. Wo bereits eine Vorbelastung durch WEA besteht, darf kein Zubau erfolgen und erst recht nicht Abstände noch weiter verringert werden. Das Ziel der Landesregierung für möglichst gleichartige Lebensverhältnisse aller Bewohner muss beachtet werden. 6. Der Tourismus als bedeutender Wirtschaftszweig darf durch die zukünftige	*Freiraumschutz)* und *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 1.4, 1.6, 2.1, 2.2, 2.5, 2.11, 3.15, 3.17, 3.18, 4.1, 4.9 sowie auf die Ziffern 7.1.5, 7.2.2, 7.2.3, 7.2.6, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.12, 7.2.15, 7.3, 7.4 und 7.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergie-Nutzung nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Darum dürfen Kriterien betreffend Gesundheit, Wohlbefinden der Menschen sowie betreffend der Kulturlandschaft und des Landschaftsbildes nicht verschlechtert werden. 7. Die von der Landesregierung angestrebten Ertragsziele aus Windenergie über die Bundes-Vorgaben hinaus sind zu streichen. Sie führen zu unnötigen Beeinträchtigungen für alle Schutzgüter und würden in der Folge die Akzeptanz für Windenergienutzung verschlechtern und der Tourismusbranche schaden. 8. Im Erneuerbare Energien Gesetz von 2023 wird in $& 2 Satz 1 die Priorisierung von Erneuerbaren Energien - Anlagen u.a. damit begründet, dass sie "...der öffentlichen Gesundheit... dienen". Diese Aussage ist sachlich falsch. Es ist nicht begründbar, warum derartige Anlagen per se der öffentlichen Gesundheit dienen. Ihre Errichtung und ihr Betrieb verursachen vielfältige für die öffentliche Gesundheit negative Auswirkungen (z.B. Flächenverbrauch/Emissionen durch Herstellung, Transport, laufender Betrieb, Havarien und Entsorgung). Es ist nicht nachvollziehbar, warum einen Landesentwicklungsplanung aufgrund einer sachlich falschen Rechtsnorm erfolgt. 9. Der Ausbau von Erneuerbaren Energien (EE) — Anlagen in Schleswig-Holstein ist solange nicht prioritär zu planen, wie der Netzausbau in der BRD nicht funktioniert und die Steuerzahler für den kostspieligen Strom-Export und für die Entschädigung von abgeregelten Anlagen herangezogen werden. Insofern sollte auf die aktuelle Fortschreibung des LEP verzichtet werden. Alle nachstehend aufgeführten Einwendungen gelten nicht nur für die Anlage 3 zur LEPWindVO, sondern auch für den Entwurf des LEP selbst und für den dazu gehörenden Umweltbericht. 10. Anlage 3 zu $ 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Umweltbericht Kap. 5.1.1 S. 70, Schutzgut Menschen u.a.: Hier fehlt die Nennung der Umweltauswirkung Immisionen durch gesundheitsgefährdende Stoffe im laufenden Betrieb von WEA (Abrieb Rotorblätter) und im Fall von Havarien. Ihr Anteil an der gesamten Menge der Immissionen ist zwar gering, sie sind dennoch vorhanden. Dies trifft ebenso auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, Luft, Boden und Wasser zu.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	S.74 Referenzanlage Der LEP soll eine in die Zukunft gerichtete Planung sein. Insofern muss auch die Refrenzanlage eine dem zukünftigen Planungszeitraum entsprechenden Stand der Technik aufweisen und sie darf sich nicht allein auf in der Vergangenheit realisierte Anlagen stützen. Aktuell projektierte on shore-Anlagen liegen bei 250 und sogar bis zu 300 m Höhe und weisen Leistungen im Bereich 7 MW auf. S. 75 Abstände zu Einzelhäusern, Splittersiedlungen, Gewerbegebieten, Abstände zu Wohnbebauung/Siedlungen Abstände müssen immer auch den Rotor einbeziehen und auf einen Ausgangswert bezogen werden. Es ist nicht ersichtlich, ob es sich um die Referenzanlage handelt, um die Nabenhöhe oder die Rotorblattspitze. Auch hier wieder müssen Abstände auf zukünftig zu errichtende Anlage abzielen. Diese Abstände dürfen sich nicht allein auf die TA Lärm beziehen, die übrigens derzeit zu Ungunsten des Schutzgutes Menschen geändert wird. Hier sind alle weiteren möglichen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Menschen einzubeziehen. Insbesondere sind Schutzaspekte bei Havarien zu beachten. Havarien werden im gesamten Planungsgeschehen und bei der Projektierung nicht oder viel zu wenig berücksichtigt. An dieser Stelle ist auf das Bundes-Immissionsschutzgesetz BimSchG zu verweisen. Mindestabstände zu Wohnbebauung müssen insbesondere bei Feuer-Havarien mit dem BimSchG vereinbar sein. Betreiber von WEA müssen verpflichtet werden, Störungen und Havarien quantitativ und qualitativ an eine unabhängige Erfassungsstelle zu melden. Ein Gutachten der Ingenieur-Gruppe Veenker (2020) berechnet einen Mindestabstand für alle Schutzgüter von 995 m für WEA der Leistungsklasse 5 bei einer Nabenhöhe von 170 m. Diese Größenordnung ist mindestens auch im LEP einzuhalten, bzw. sind selbstverständlich noch größere Sicherheitsabstände bei zukünftig höheren WEA festzulegen. 2020 galt bei eine WEA-Höhe von 150 m ein einzuhaltender Abstand zu Wohnbebauung von 1000 m. Entsprechend müsste der Abstand einer 250 m hohen Anlage 1,6 km betragen. In Brandenburg wird in diesem Jahr die erste WEA mit über 300 m Höhe errichtet, der ensprechend zu fordernde Mindestabstand wäre hier bei 365 m 2,4 km. Im Fall von Havarien müssen Folgekosten den Betreibern auferlegt werden. Die öffentliche Hand (der Steuerzahler) darf nicht mit Folgekosten belastet werden. Das Schutzgut Menschen muss unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes (GG Art 3 (1)) bei einem Wohnort in Splittersiedlung oder Einzelhaus-Lage oder Gewerbegebieten die gleichen Schutzkriterien — sprich Mindestabstände — in Anspruch nehmen können wie bei Wohnorten in Siedlungen. Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15- fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der 2H-/15H-Regelung ist zu streichen. Im Gegenteil, sie muss in den Grundsätzen und Zielen für dieEinhaltungen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	eines Mindestabstandes zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. 5.1.3 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt Insbesondere im Vogelschutz setzt das Helgoländer Papier (2015) der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten wissenschaftlich anerkannte Mindestabstände zu Nistplätzen, Zugrouten, Schlafplätzen und Prüfabstände an, die auf jeden Fall in den LEP übernommen werden und als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt müssen. Insbesondere andere Tiere mit größerem Bewegungsradius, z.B. Fledermäuse, müssen in Bezug auf ihr Wanderungs- und Ruheverhalten mit nicht verschlechterten Mindestabständen zu WEA berücksichtigt werden. Die geplanten Verringerungen der Schutzkriterien und Mindestabstände bedeuten für mich und meine Familie eine sehr konkrete Wahrscheinlichkeit (projektierte WEA in der Nähe) der Verschlechterung unseres Lebenswertes und auch Erholungswertes. Deswegen fordere ich, die derzeit geltenden Vorgabn beizubehalten. Bitte bestätigen Sie mir schriftlich den Eingang meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, Unterschrift	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1730	Diese Stellungnahme habe ich als pdf-Dokument zusätzlich angehängt (Stellungnahme.pdf), da in ihr auch Bilder und Grafiken enthalten sind. **Ich erhebe erhebliche Bedenken gegen die Inhalte des vorgelegten Entwurfs und schlage die nachstehend ersichtlichen und begründeten Änderungen vor:** Gemäß Hintergrundinformationen zum „Entwurf des neuen LEP Windenergie“ sind die *„…voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, auf Flächen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie auf die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern“* betrachtet worden (siehe Seite 6, Absatz „Umweltprüfung“, https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/energie/windenergie-raeumliche-steuerung/Downloads/240611_Hintergrundinformationen.pdf?__blob=publicationFile&v=9, ist auch der Stellungnahme als Dokument angehängt:	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf den Planentwurf sowie auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 1.1, 1.4, 1.8, 2.1-2.5, 2.11, 3.3, 3.15-3.18, 4.1, 4.2, 4.5, 4.9, 4.20, 5.9, 6.1, 7.1.1, 7.1.3, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.12, 7.3 und 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	240611_Hintergrundinformationen.pdf). Allerdings findet das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind. - Als Ziel und Grundsatz muss gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe immer konform mit dem BImschG (Bundesimmissionsschutzgesetz) erteilt werden kann. In jedem Fall muss der **Unbedenklichkeitsabstand** zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung **von mindestens 920m** eingehalten werden (vgl. Veenker Gutachten (2020), Anlage A25: Abstand 995m abzgl. mindestens 75m Rotorblattlänge der Referenzanlage (Rotor-In) – vgl. https://www.veenkergmbh.de/wp-content/uploads/2021/04/Ga_A_R09_s.pdf, ist auch der Stellungnahme als Dokument angehängt: Veenker_Gutachten.pdf). - Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel, nach einem Brandereignis mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. - Für o.g. Ereignisse müssen die Haftung und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab festgelegt werden. - Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnenden und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet. 1. Im Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung wird unter „Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung bei Windkraftanlagen“ festgelegt:	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	*„Der Raum, in dem das **Landschaftsbild beeinträchtigt** wird, umfasst etwa eine Fläche mit dem Radius des 15-fachen der Anlagengesamthöhe“* (vgl. Gliederungs-Nr 2320.8 – Fassung vom 06.11.2023 - Punkt 1.3 „Stellenwert des betroffenen Landschaftsbildes“, Quelle: https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/VVSH-VVSH000009325). Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten **3H-/5H-Regelung** missachtet diese Erkenntnisse. Diese Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung mit mindestens 1000m **festgeschrieben bleiben bzw. werden**. Es ist zudem nicht nachvollziehbar, warum die derzeitige Abstandsregelung in Abhängigkeit von der Anlagenhöhe eine indirekte Höhenbestimmung darstellen soll. Anlagen unbeschränkter Höhe sind überall dort möglich, wo die entsprechenden Abstände zu Wohnbebauungen eingehalten werden. - Gerade durch die o.g. Abschaffung dieser Regel wird es sonst zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung kommen. Damit verbunden ist meine Sorge und die Gefahr, dass sich in der Folge viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden werden. 2. Wenn laut Landesplanung die Raumordnung auch dazu beitragen soll, dass die Menschen in den verschiedenen Teilräumen des Landes **gleichwertige Lebensverhältnisse** haben sollen, so ist dies zu berücksichtigen (Quelle: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/planen-bauen-wohnen/landesplanung). Nur so kann nach meiner Ansicht vor dem Hintergrund früherer Versprechungen der Politik und derzeit geltender Planungsgrundsätze ein **drohender Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Landesregierung** und die behördlichen Institutionen verhindert werden. Damit verbunden ist die Sorge und Gefahr, dass sich mit den derzeit geplanten Veränderungen in absehbarer Zeit viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden. 3. Aus den bereits genannten Akzeptanzgründen aber auch im Sinne der **Schutzbedürftigkeit der Anwohnerinnen und Anwohner** und Schaffung möglichst gleicher Lebensverhältnisse im Land ist das Kriterium der Vorbelastung und die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	kontraproduktiv. Es soll, wie von der Landesplanung generell angestrebt, eine Gleichverteilung erfolgen. Durch Windenergiegebiete oder Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gemeindegebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. 4. Weiterhin muss die Landesplanung in den Grundsätzen und Zielen darlegen, wie in Hinblick der Gefahren von **Kontamination durch schädliche Stoffe**, wie z.B. durch Verbundfaser-Partikel (teils toxisch, da asbestähnliche Eigenschaften) nach einem Brandereignis die Mindestabstände zur Wohnbebauung mit dem BImschG zu vereinbaren sind. Dies gilt auch für den normalen Betrieb der Windkraftanlagen, wenn die Rotorblätter durch Wind, Regen und Sand nach und nach erodieren. Siehe dazu auch https://www.bundestag.de/resource/blob/817020/27cf214cfbeaac330d3b731cbbd8610b/WD-8-077-20-pdf-data.pdf 5. In den Zielen und Grundsätzen muss für den Fall o.g. Havarien eine Klärung der **Übernahme der Folgekosten** (Sanierung, Rückbau, Investition in Feuerwehrausrüstung, Deponien, Haftungsverpflichtungen) für die betroffenen Gemeinden festgeschrieben werden. Rückbau- und Deponiefragen sind auch im Falle von Repoweringmaßnahmen festzuschreiben. Seit 2005 besteht für CFK- oder GFK-Kunststoffe ein Verbot, sie auf Mülldeponien zu vernichten. 6. In den Zielen und Grundsätzen sind zudem die **Mindestabstände zu EU-Vogelschutzgebieten** gemäß dem Helgoländer Papier (von 2015, als wissenschaftliche Grundlage) festzuschreiben: 10-fache Anlagenhöhe als Schutzabstand, aber mindestens 1200m. Bei einer geplanten Referenzanlagehöhe von 200m also mind. 2000m (vgl. https://www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/energie/erneuerbare-energien-energiewende/windenergie/06358.html). 7. Sämtliche **Mindestabstände zu den Horsten** windkraftsensibler Arten müssen als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt werden und zumindest den Schutzabständen gemäß Helgoländer Papier entsprechen. Die Prüfabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten gemäß Helgoländer Papier sind als Grundsätze der Raumordnung zu übernehmen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	8. Auch im Managementplan des Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein heißt es im Kapitel 4.1 Erhaltungs- und ggf. Wiederherstellungsziele ab Seite 27 für das Europäische Vogelschutzgebiet DE-1725-401 „NSG Ahrensee und nordöstlicher Westensee“, dass zum **Schutz der Großvogelarten** im Gebiet im Umfeld der Brut- und Rasthabitate Räume zu erhalten sind, die weitgehend frei von baulichen Anlagen sind, die Sichthindernisse oder Gefährdungen darstellen oder Störungen verursachen, wie z. B. durch Stromleitungen und Windkrafträder. Dies ist ebenfalls in den Zielen und Grundsätzen festzuschreiben. (vgl. https://umweltanwendungen.schleswig-holstein.de/Natura2000/pdf/mplan_inet_spa/1725-401/1725-401Mplan_Text.pdf 9. Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, **Abwägungskriterien** z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. dem Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge **zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten**, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante, weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Dies steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papier) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. 10. Es muss als Grundsatz festgeschrieben werden, dass eine **Anrechnung bestehender oder in den Gemeinden in Planung befindlicher PV-Freiflächenanlagen** auf die Flächenausweisung erfolgen, damit es zu keiner „Doppel- oder Mehrfachbelastung“ von Gemeinden kommt, die bereits einen entsprechenden Flächenbeitrag für die Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen leisten bzw. leisten wollen. Die Gemeinde Westensee hat sich unter Berücksichtigung der einzigartigen naturräumlichen Lage und zum Erhalt des Landschaftsbilds für eine Flächen-PV-Anlage entschieden, die derzeit das Bauleitplanverfahren durchläuft. Dies ist zu berücksichtigen. 11. Das Kriterium der Vorbelastung sowie das Ziel der Konzentration bzw. die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA ist zu streichen. Es soll möglichst eine Gleichverteilung angestrebt werden, um **möglichst gleiche Lebensverhältnisse** im Land zu schaffen. Durch Windenergiegebiete, Höchstspannungsfreileitungen oder PV-Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gebiete sollen nicht auch noch zusätzlich	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	belastet werden. 12. Auf die Änderung der bisherigen Höhen und anderer Parameter einer Referenzanlage ist zu verzichten. Wie im Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land ausgeführt, gibt es **keine gesetzliche Verpflichtung, eine Referenzanlage für die Planung und Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie heranzuziehen**. Nicht nur deshalb erscheint die geplante Festlegung auf eine Referenzanlage von 200m mit 150m-Rotordurchmesser allein mit der „Marktüblichkeit“ und der wirtschaftlichen Tragfähigkeit (siehe B zu 3 in der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP 2024 - erster Entwurf vom Juni 2024) zu begründen, nicht schlüssig, da auch 150m-hohe Anlagen nachweislich wirtschaftlich betrieben werden. Sie erbringen für Betreiber und Investoren aktuell Renditen, die deutlich über der Inflationsrate liegen. Auch aktuell werden immer noch Anlagen mit einer Gesamthöhe von 150 m genehmigt, was bei mangelnder Wirtschaftlichkeit sicher nicht der Fall wäre. 13. In den Grundsätzen und Zielen muss festgelegt werden, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungs-/Zuwegungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der **Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden** bzw. CO2-Senken im Allgemeinen im Sinne des „natürlichen“ Klimaschutzes Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz. 14. Dasselbe gilt für **Biotope und Biotopverbundachsen** als natürliche Lebensräume, u.a. von schützenswerten Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 300m. 15. In den Grundsätzen und Zielen muss festgeschrieben werden, dass die **Abstände zu Fauna-Flora-Habitat-Gebieten** und Umgebungsbereichen mindestens 300m betragen müssen. Solche Schutzgebiete sind wichtige Flächen für den Biotop- und Artenschutz. Sie dienen auch der Naherholung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und dem Tourismus. Für Fauna-Flora-Habitat-Schutzgebiete (FFH-Gebiete) besteht ein Verschlechterungsverbot (§ 33 Abs. 1 BNatSchG, Art. 6 Abs. 2 FFH-RL), das verbindlich einzuhalten ist. Darin wird ausgesagt, dass es weder zu einer Verschlechterung der Lebensräume, noch zu einer erheblichen Störung der maßgeblichen Arten kommen darf. 16. Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere **Naturparke**, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine **besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit** haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. 17. Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit meines Lebens- und Erholungswertes. 18. Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage ist meine Sorge, dass die **Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses** und der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken) durch zukünftig noch höhere Windkraftanlagen gefährdet oder weiter eingeschränkt wird. Entsprechende Stellungnahmen vom Luftfahrtamt der Bundeswehr (ist der Stellungnahme als Dokument angehängt: Stellungnahme Bundeswehr 2020.pdf) von 2020 sind bereits bei der Festlegung von Windvorrangflächen und im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Es ist zu prüfen inwieweit die im Gemeindegebiet Westensee liegenden Potenzialflächen in den Zuständigkeitsbereich Jagel/Hohn fallen. Ebenso ist zu prüfen, welche Flächen ganz oder teilweise im Interessengebiet der LV-Radaranlage Brekendorf liegen. Hier wird die maximale Bauhöhe für Windkraftanlagen üNN (über Normal Null) angegeben. Dies muss in beiden Fällen bereits in den Zielen und Grundsätzen festgeschrieben werden. 19. Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer **unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen**. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus – einem bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins. 20. In den Grundsätzen ist der **Schutz des Landschaftsbildes in Landschaftsschutzgebieten** festzuschreiben. Dem Schutzzweck der vorhandenen Landschaftsschutzgebiete muss in besonderem Maße Rechnung getragen werden. Dies gilt im vorliegenden Fall besonders für das Landschaftsschutzgebiet Westensee-Landschaft, das sich durch noch ungestörte Landschaften von hohem Erholungswert und nur selten wiederzufindender Naturschönheit auszeichnet. Die Gemeinde Westensee liegt vollumfänglich im Naturpark Westensee. Kern des Naturparks ist der Westensee, der unterschiedlichsten naturschutzfachlichen Schutzkategorien unterliegt (Natura 2000, NSG, LSG). Die Landschaft am Westensee ist Kernbereich der Erholung. Auch über die Grenzen des Kernbereichs hinaus hat der Raum für die Naherholung im Kieler Umland eine enorme Bedeutung. Das Aufstellen von Windenergieanlagen der sog. Referenzgröße (200 m) bringt erhebliche Auswirkungen – nicht nur im Nahbereich, sondern auch im Fernbereich mit sich. Zum Schutz von Landschaftsräumen mit einmaliger Charakteristik und besonderer Erholungseignung sollte auch in Zukunft eine starke Gewichtung des Freiraumschutzes erfolgen. Die nachfolgenden Bilder geben einen Eindruck (wenn auch fotografisch nur angenähert reproduzierbar) vom Landschaftsraum wieder: DIESER TEIL LÄSST SICH HIER NICHT DARSTELLEN, DA ER BILDER UND GRAFIKEN ENTHÄLT. SIEHE DAZU ANGEHÄNGTE STELLUNGNAHME.PDF. **Nachstehend wird unter Anwendung der Ziele und Grundsätze Stellung zu den veröffentlichten Potenzialflächen genommen:** **a. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_080**	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	· Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden Teile der Potenzialfläche überlagert. · Die Potenzialfläche liegt zentral im Naturpark Westensee, vollumfänglich im LSG Westenseelandschaft und gehört in Teilen zum Kernbereich Erholung. Die Fläche ist weiten Teilen durch Waldflächen umschlossen und grenzt direkt an die **höchste Erhebung Westensees, den Tüteberg**. · Innerhalb der Potenzialfläche liegt ein schützenswertes Geotop (Tunneltal, Tal der Fuhlenau / Mühlenau, Gut Westensee - Pohlsee - Brahmsee - Nortorf und Tal der Olendieksau), was auf die besondere Formation der Landschaft hinweist. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die erhebliche Überlagerungen mit anderweitigen Nutzungsansprüchen aufweist. Im Anschluss an die Potenzialfläche liegt das denkmalgeschützte Gut Deutsch Nienhof mit seinem weitläufigen Landschaftspark und dem gut erhaltenen Hofensemble. Die Fläche liegt weiter zentral im Naturpark Westensee, bildet praktisch das Herz, so dass die Belange des Landschaftsschutzes und der Erholung besonders stark gewichtet werden sollten. Aufgrund der erheblichen Fernwirkung (siehe auch Bild vom Bosseer Schoor über den Westensee Richtung Tüteberg) von Windkraftanlagen und damit der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Erholungsraumes ist diese Potenzialfläche nicht für die Windenergienutzung geeignet. **b. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_084** · Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer (OT Wrohe) werden Teile der Potenzialfläche auf Gebiet der Gemeinde Westensee überlagert. · Die Potenzialfläche liegt zentral im Naturpark Westensee, vollumfänglich im LSG	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Westenseelandschaft. Die Fläche ist fast vollständig durch Waldflächen umschlossen. · Innerhalb der Potenzialfläche liegen mehrere kleinere Waldflächen und Biotope größeren Umfangs. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die etliche Überlagerungen mit anderweitigen Nutzungsansprüchen aufweist. Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee, so dass die Belange des Landschaftsschutzes und der Erholung besonders stark gewichtet werden sollten. Aufgrund der erheblichen Fernwirkung von Windkraftanlagen und damit der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Erholungsraumes ist diese Potenzialfläche nicht für die Windenergienutzung geeignet. **c. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_095** · Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden Teile der Potenzialfläche überlagert. · Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee und grenzt unmittelbar an den Kernbereich für Erholung. Der östliche Teil liegt in weiten Teilen im Landschaftsschutzgebiet Westenseelandschaft. Im Norden grenzt das Felder Holz an, das Anlaufpunkt für Naherholungssuchende der Region ist. Die gut erhaltene Eichenallee mit ihren mächtigen alten Alleebäumen ist ein besonderes Beispiel für die Anlage naturnaher und landschaftsbildprägender historischer Wege. · Innerhalb des LSG liegen weitere Waldflächen und Biotope sowie ein schützenswertes Geotop (Tunneltal Westensee-Emkendorf), was auf die besondere Formation der Landschaft hinweist. · Im Bereich des Felder Holzes wurden Brutplätze des Rotmilan nachgewiesen. Der Abstandsbereich (1.500 m) reicht bis in den nördlichen Teil der Potenzialfläche hinein. · Im Südwesten der Potenzialfläche betreibt die Gemeinde Westensee seit 2022 ein Bauleitplanverfahren zur Ausweisung eines Sondergebiets für Freiflächenphotovoltaik. Eine Nutzung durch Windenergie wird damit für diese Fläche ausgeschlossen sein.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	· Es wird auf den im östlichen Bereich der Potenzialfläche mangelnden Abstand zu den raumordnerisch festgelegten Siedlungsbereichen der Siedlungsachse Kiel – Melsdorf – Felde (hier bezogen auf den LZO Felde) und dem sich darauf gründenden Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung hingewiesen (siehe Abbildung). Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die von anderweitigen Nutzungsansprüchen überlagert ist. Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee, so dass die Belange des Landschaftsschutzes und der Erholung besonders stark gewichtet werden sollten. Aufgrund der erheblichen Fernwirkung von Windkraftanlagen und damit der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Erholungsraumes ist diese Potenzialfläche nicht für die Windenergienutzung geeignet. **d. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_164** · Die Fläche weist nicht die geforderte Mindestgröße von 15 ha auf; die nächstgelegene Fläche ausreichender Größe liegt über 600 m weiter östlich (PR12_RDE 095); ein Zusammenhang der Flächen kann aufgrund der Entfernung nicht gesehen werden. · Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden große Teile der Potenzialfläche überlagert. · Die Fläche liegt inmitten des Naturpark Westensee und grenzt unmittelbar an das Bruxer Holz, so dass Freiraumschutz und Erholungseignung ein besonderes Gewicht haben. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die nicht frei von anderweitigen Nutzungsansprüchen ist. Die Fläche liegt im Naturpark Westensee und unmittelbar am Bruxer Holz. Dem Freiraumschutz und der Erholungseignung in dem Raum sollte besonderes Gewicht beigemessen werden. Diese Potenzialfläche ist nicht für die Windenergienutzung geeignet.	
Öffentlichkeit: Privatperson	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
ID: 1729	4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, Im o.g. Beteiligungsverfahren nehme ich wie folgt Stellung: Laut eines RA Gutachtens emittierenen **konventionelle WKA** jährlich bis zu 62 kg Mikroplastik auf einer Fläche von 785.000 m2 oder 78,5 ha in deren Umkreis. [redacted] [redacted] [redacted] Die Rechtlichen Bewertung dazu siehe anschließend. **Zur Emission und Immission von Mikropartikeln von der Oberfläche von Rotorblättern von Windanlagen im Lichte neuester wissenschaftlicher Untersuchungen (und des BBodSchG) und der dadurch unvermeidlichen signifikanten Kontamination des Standortes einer Windanlage und ihres Umfeldes.** **Gutachterliche Stellungnahme Im Auftrag von Bürgerinitiativen** **Erstellt durch:**[redacted] [redacted] **den 17.11.21** Zur Emission und Immission von Mikropartikeln von der Oberfläche von Rotorblättern von Windanlagen im Lichte neuester wissenschaftlicher Untersuchungen (und des BBodSchG) und der dadurch unvermeidlichen signifikanten Kontamination des Standortes einer Windanlage und ihres Umfeldes Gutachterliche Stellungnahme Im Auftrag von Bürgerinitiativen Erstellt durch: [redacted] den 17.11.21 Literatur/Quellen BT-Drucksache WD 8 – 3000-077/20 (08.12.20) Wissenschaftliche	Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die Ziffern 7.2.9 und 2.3.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dienste; Kurzinformation zu einem Einzelaspekt der Erosion von Rotorblättern von Windrädern. https://www.bundestag.de/resource/blob/817020/27cf214cfbeaac330d3b731cbbd86 Neue Energie 9/21 Seite 41 ff. Tröpchenweise Zermürbung Leading Edge erosion and pollution from wind turbine blades 5 th. Edition - 08.07.2021 by Asbjørn Solberg, Bård-Einar Rimereit and Jan Erik Weinbach “THE TURBINE GROUP” JULY 2021 Energies 2021,14,5974 „A Comprehensive Analysis…..“ published 20.09.21 https://www.mdpi.com/1996-1073/14/18/5974 Die Welt, 26.07.21 Wissen, Seite 20 – Wie Mikroplastik das Wachstum gefährlicher Pilze begünstigt „Scientific Reports“ | (2021) 11:13214 Microplastics accumulate fungal pathogens in terrestrial ecosystems By Gerasimos Gkoutselis1,5, Stephan Rohrbach2,5, Janno Harjes1 , Martin Obst3 , Andreas Brachmann4 , MarcusA. Horn2* & Gerhard Rambold1* https://www.nature.com/articles/s41598-021-92405-7.pdf **Zusammenfassung**: Es versteht sich angesichts der gesundheitlichen Gefahren, die generell von Mikropartikeln ausgehen, dass sie auch durch Mikropartikel von Windrotoren ausgehen, dass sowohl Anwohner in Eigentum und Gesundheit betroffen sind, wie auch Gebiete, in denen Nahrungsmittel angebaut werden und über jahrzehntelangen Betrieb eine signifikante kontinuierlich zunehmende Kontamination eintritt. Der Betrieb von Windanlagen aufgrund des natürlichen und unvermeidlichen Abriebs/Erosion von toxischen Mikropartikeln von Rotoroberflächen kann einer Genehmigung entgegen stehen, da die Gefahr von signifikanten Gesundheitsschäden durch solche durchaus toxischen und schädlichen Partikeleinträge unverhältnismäßig und unzumutbar ist, **Art 2, 20 a GG** und einen landwirtschaftlichen Betrieb in seiner Existenz gefährden kann, **Art 14 GG**. Dabei ist angesichts der großen Flächen heutiger Rotoren und eines üblichen durchschnittlichen aber unvermeidlichen Abriebs von Mikropartikeln und der Lebenszeit von Rotoren bereits von einer signifikanten Menge an Mikropartikeln auszugehen, die aufgrund ihrer Winzigkeit auch dann schon in die Hunderttausende wenn nicht Millionen Partikel reichen. Ein vorsorglicher Abstand von Windanlagen zu jedem Wohnhaus von 1000m ist auch und gerade aufgrund der Jahrzehnte unterlassenen Forschung und mithin fehlenden aber nun vorliegenden Forschungsergebnissen zwingend. Mikroplastik durch Windindustrieanlagen, Grundlagen Windanlagen werden nicht nur grösser und höher, sondern ihre Rotoren werden auch länger. Mikroplastik durch Windindustrieanlagen, Grundlagen Windanlagen werden nicht nur	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	größer und höher, sondern ihre Rotoren werden auch länger und haben eine insgesamt exponentiell gewachsene Gesamtoberfläche. Heute üblich gewordene Rotoren mit ca. 80m Länge haben eine Gesamtoberfläche von 250 bis 350qm. Eine Windanlage mit drei solcher Rotoren hat mithin eine Gesamtoberfläche von bis ca. 1000qm. Das ist ein signifikanter Sprung in der Rotorenoberfläche gegenüber früheren Anlagengenerationen. Aufgrund der Umwelteinflüsse wie UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel (insbesondere im Winterhalbjahr), Blitzeinschläge und großflächigen Insektenverklebungen an der Oberfläche im Sommer sind Rotorblätter von Windkraftanlagen anfällig für Erosion. Eine solche Erosion konkretisiert sich durch mehr oder weniger kontinuierliche Abnutzungen und Rissbildungen und ähnliche Verschleißerscheinungen an den Oberflächen. Diese erhöhen sich je höher heute Windanlagen errichtet werden. Denn die in den Höhen sehr viel stärkeren Wind erzeugen nicht nur in der 3. Potenz höhere Stromerträge sondern im entsprechenden Verhältnis auch durch die dort herrschenden aggressiveren Winde (die ja durch die Anlagenhöhe gesucht werden) auch höheren Verschleiß der Oberflächen. Hierdurch verschlechtern sich u.a. die aerodynamischen Eigenschaften der Flügel. Aus diesem Grund müssen die Rotoren regelmäßig gewartet, repariert und ggfs. ausgetauscht werden. Extremwetter und Unfälle Hinzu kommt eine Folge des Klimawandels: Extremwetterlagen werden heftiger. Gleichzeitig werden Windräder immer größer und bieten mehr Angriffsfläche. Wie gut sind sie für Hagel, Sturm und Schneemassen gewappnet? https://www.dw.com/de/halten-windr%C3%A4der-dem-raueren-wetter-stand/a59684025 In Höhe von 150m bis 265m ernten Windkraftanlagen deutlich mehr Windenergie - nicht nur, weil dies ein Vielfaches an Rotorfläche ermöglicht, sondern auch, weil die Winde in diesen Höhen wesentlich konstanter und kräftiger wehen. Das bedeutet aber auch, dass Turbinen und Türme ungleich größeren Kräften ausgesetzt sind, wenn ein Sturm aufzieht. Tatsächlich können Türme und Rotorblätter bei Unwettern bersten. Ende Oktober brachen in Süddeutschland während eines Herbststurms zwei Rotorblätter, eines davon fiel zu Boden. Immerhin gab es in diesem Herbst neben dem eher ungewöhnlichen Anlagenzusammenbruch von Haltern immerhin 5 Rotorunfälle die immer aufgrund des Materials der Rotoren Probleme aufwirft. Bei Sturm schalten sich Windräder automatisch ab und stellen die Rotoren so, dass sie dem Wind möglichst wenig Angriffsfläche bieten. Statistisch gesehen ist die Gefahr eines reinen Sturmschadens also recht klein. Öfter geraten Gondeln durch Blitzschlag in Brand. Eine einheitliche Erfassung solcher Schäden gibt es jedoch bisher nicht bzw gab es, wurde aber vor einigen Jahren auf Betreiben interessierter Dritter von Wikipedia gelöscht! So einfach geht das! Näheres hierzu ist dem Unterzeichner bekannt und kann	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	als finanzinteressengetriebener Lobbyismus bezeichnet werden. Wer wohl hat ein Interesse daran, dass solche Unfalldokumentationen nicht publik werden? Ähnlich trifft das auf das hier zu behandelnde Thema zu. „Der TÜV-Verband, die Dachorganisation der weltweit tätigen Gruppe von Prüf- und Zertifizierungsunternehmen, bemängelt das. Geschäftsführer Joachim Bühler geht von deutlich höheren Schadenzahlen aus: "Wir schätzen, dass deutschlandweit pro Jahr etwa 50 Schäden an Windenergieanlagen auftreten, die ein potenzielles Sicherheitsrisiko für Menschen und Umwelt darstellen. Eine bundeseinheitliche Statistik würde über die Risiken besseren Aufschluss geben." Und jedes Mal stehen die Gefahren des Materials im Mittelpunkt, auch für die Anwohner. Das Beispiel eines solchen Unfalls kann entnommen werden dem Bericht der neuen Westfälischen vom 09.03.18. http://www.nw.de/lokal/kreis_paderborn/borchen/22081172_Ursache-noch-unklarFluegel-von-Windrad-umgeknickt.html Dieser Unfall bestätigt und unterstreicht den bisherigen hiesigen Vortrag gleich mehrfach: 1. Die Unfallgefahr solcher Anlagen im Allgemeinen wie im besonderen als solche ist erheblich und für Anwohner im relevanten Umfeld unzumutbar. Wer möchte Jahrzehnte „unter“ einer solchen Anlage leben (müssen) die jederzeit durch einen solchen Unfall das Leben des Anwohners gefährden kann? 2. Neben einem Rotorblattunfall ist ebenfalls ein Ölschaden pp möglich 3. Beide Arten von Schäden können sowohl Anwohner wie auch betroffene Arten wie die Natur sehr nachteilig treffen. Neben der Boden- und Wasserverschmutzung können im aktuellen Unfall kleinste hochtoxische Teile (**Carbon, GFK/CFKWerkstoffe)** auch von (geschützten) Tieren aufgenommen werden und mindestens zu bleibenden Schäden führen, insoweit die landwirtschaftlichen Flächen nicht mehr nutzbar sind bzw. nicht mehr genutzt werden dürfen Inzwischen liegt ein ergänzender Unfall-Erhebungsbericht in obiger Sache vom 10.03.18 vor. Hiernach sind Trümmerteile in für Menschen gefährlichem Umfang und Zustand sogar über 800m weit entfernt gefunden worden und mithin geflogen. Siehe Link zum Bericht: http://gegenwind-borchen.de/windrad-havarie-neue-200m-windkraftanlage-in borchen-voellig-zerfetzt Das unterstreicht beeindruckend die hiesigen Ausführungen zur gefährlichen Nähe jedenfalls der nächst liegenden Anlagen zum Wohnhaus der Klägerin, zumal die verunfallte Windanlage eine zur beklagten Anlage(n) bauähnliche Anlage ist. Im vorliegenden Fall kommt die Gefährdung des gesamten landwirtschaftlichen Betriebes der Klägerin in Betracht. Denn der Betrieb mit ca. 30ha Nutzfläche fällt weit überwiegend in den Einzugsbereich zu den Windanlagen. Mithin muss der Kläger im Falle eines solchen naheliegenden Unfalls damit rechnen, dass	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	große Flächen seiner landwirtschaftlichen Nutzflächen betroffen sein würden und nicht mehr genutzt werden könnten und damit seine existentielle Grundlage gefährdet werden würde. Aufgrund des seit 2005 geltenden Verbots, große faserverstärkte Kunststoffbauteile zu deponieren und entsprechend der DeponieVO von 2009 dürfen diese Abfälle auch nicht thermisch verwertet werden. (DepV, § 7 vom 27.04.2009). Mithin ist völlig ungeklärt was mit Rotorblättern nach Ausserbetriebnahme passiert. Man kann sich nur wundern, dass ein derart gefährlicher Werkstoff in diesen Mengen von nun 30.000 Windanlagen und ihren 90.000 Rotorblättern verwendet wird ohne dass Behörden oder Gerichte das Problem zur Kenntnis nehmen. Hier braut sich eine Umweltgefährdung erheblichen Ausmaßes an. Beweis: 1. Ressourceneffizienz von Windenergieanlagen, August 2014, VDI ZRE Publikationen Kurzanlayse 9, 61 Seiten https://www.ressourcedeutschland.de/fileadmin/user_upload/downloads/kurzanalysen/2014-KurzanalyseVDI-ZRE-09-Ressourceneffizienz-Windenergieanlagen.pdf 2. Prof. Dr.-Ing Eckhard Weidner, Studie zur Circular Economy im Hinblick auf die chemische Industrie, Fraunhofer Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik Umsicht, Oberhausen, März 2017 insbesondere Seiten 47-72 (Analyse und Einfluss der Circular Economy für Rotorblätter von Windenergieanlagen), https://www.umsicht.fraunhofer.de/content/dam/umsicht/de/dokumente/publikationen/2017/zirkulaere-wirtschaft-fuer-chemische-industrie-kurzfassung.pdf Vor dem Hintergrund dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse kann es keinen Zweifel geben, dass die Anlagen nicht nur wegen ihrer Unfallgefährdung durch konkrete Gefahren für Leib und Leben zahlreicher in der Nähe lebender und arbeitender Menschen vor Ort der erteilten Genehmigung entgegen steht, sondern auch aufgrund der Toxizität der im Rotor verwendeten Materialien und anderweitigen Gefährlichkeit, da das eingesetzte Material nicht einmal auf eine Deponie verbracht werden darf. Im Falle eines Rotorblatt-Unfalls, insbesondere über einem Gebiet einer landwirtschaftlichen Nutzung kann wegen der Folgen eines Rotorblattunfalls durch den massiven Eintrag von Carbon/GFK/CFK-Material für einen solchen Betrieb dessen Existenz gefährden, da eine weitere landwirtschaftliche Nutzung dieser Flächen ausgeschlossen ist. Beispiel: Zu Folgen eines solchen Unfalls für betroffene Landwirte siehe Westfalen-Blatt vom 08.05.18, „Glasfasersplitter sorgen bei Bauern für Ratlosigkeit“, Trümmerflug bis 850m Insoweit der Abstand zu Wohnhäusern und des damit relevant gefährdeten Bereichs weit weniger als 1000m zur nächsten Windanlage beträgt, muss von einer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	relevanten Gefährdung ausgegangen werden. Wann aber ist eine Gefährdung als Restrisiko im Sinne der Rechtsprechung hinnehmbar und wo beginnt die Grenze bei diesen Riesenanlagen, ab wo liegt kein Restrisiko mehr vor? Die Sicht der Windindustrie und kritische Untersuchungen Die Neue Energie, Mitteilungsblatt des Bundesverband Windenergie beschreibt das Geschehen wie folgt: „An ihren Spitzen erreichen Rotorblätter hohe Geschwindigkeiten von bis zu 300kmh . Staubkörner wie Regentropfen wandeln sich dort zu winzigen Geschossen. Erst zeigen sich an der Oberfläche nur kleine Dellen. Doch nach wenigen Jahren sehen viele Vorderkanten der Rotorblätter wie abgenagt aus. Bleibt eine rechtzeitige Warnung aus, folgen Risse und Löcher, Feuchtigkeit dringt ein und schädigt den inneren Aufbau als Glasfasermaterialien. Selten ist eine solche Erosion der Vorderkanten nicht. Das Problem betrifft nahezu jedes Windrad, früher oder später, je nach Standort; Je staubiger und regenreicher, desto stärker die Verwitterung. Unsere Schätzung ist, dass ab zwei Jahren eine Reparatur bei On- und Offshore-Anlagen erforderlich sein kann, sagt Kulualp Tazefidan, Experte für Faserverbundtechnologie am Fraunhofer-Institut für Windenergiesysteme in Bremerhaven.“ Das Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) entwickelt derzeit ein Testverfahren, mittels dessen die Beständigkeit verschiedener Beschichtungsmethoden evaluiert werden kann. Siehe hierzu: https://www.windbranche.de/news/nachrichten/artikel-25242-fraunhofer-iwes-sagt-erosion-vonwindkraftanlagen-den-kampf-an https://www.iwes.fraunhofer.de/de/presse_medien/archiv-2017/regenerosion-an-rotorblaettern-effektiv-vorbeugen.html (Koordinator) Fraunhofer IZFP, FreiLacke, Jadewind, Nordex, Ocean Breeze, Senvion. Doch das ist Forschung und berührt heute in Betrieb befindliche Anlagen nicht. Denn selbst härtere Oberschichtenlacke und sonstige Schutzmechanismen können den Verschleiß nur verzögern oder vermindern, verursachen zudem selbst Mikropartikel. Aufhalten können sie ihn aufgrund der aggressiven Höhenwinde und des dort herrschenden Windes und Wetters nicht, erst recht nicht im Hinblick auf die übliche Lebenszeit der Rotoren von 20 bis 25 Jahren, soweit die Rotoren aufgrund des Verschleiß überhaupt eine solche Lebensspanne erreichen und nicht zwischendurch wegen übermäßigen Verschleiß ausgetauscht werden müssen. Auch betreibt z.B. das Fraunhofer-Institut einen Prüfstand zur Lebensdauerprüfung von Beschichtungssystemen für Rotorblätter.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	https://www.iwes.fraunhofer.de/de/forschungsprojekte/aktuelle-projekte/beleb.html. Als bislang offene Frage wird definiert, welcher Mechanismus im Detail zur Schädigung und zum Materialabtrag an Rotorblättern führt. Unstreitig ist allerdings die Erosion als solche und die Folgewirkungen der Erosion zum Nachteil der Umwelt Deshalb teilen die Hersteller die Daten nicht mit und gefährden dadurch die Umwelt und Gesundheit der Anwohner. Zugleich zeigen neue Forschungen die ganze Dramatik der Erosionen und Erosionsprozesse. Neue Energie schreibt dazu: „Erst kürzlich veröffentlichten Wissenschaftler der technischen Universität von Dänemark (DTU) eine Studie im Fachblatt „energies“, in der Sie das Erosionsrisiko von 15 Megawatt-Anlagen entlang der deutsch-dänischen Küste auf der Basis detaillierter Wetterdaten abgeschätzt haben. Ihr Ergebnis: Entlang der Nordseeküste halten die Vorderkanten der Rotorblätter etwa anderthalb bis drei Jahre der Belastung durch Regentropfen stand Im Ostseeraum kann sich die Haltbarkeit auf etwa vier Jahre verlängern.“ Die gesamte Studie findet sich: Energies 2021,14,5974 „A Comprehensive Analysis…..“ published 20.09.21 Konkreter wird die norwegische Studie „Leading Edge erosion ans pollution from wind turbine blades, 5.,Auflage 2021, Asbjör Solberg, Bard-Einar Rimnereit und Jan Erik Weinbach, July 2021 Durch eine Abschätzung der erodierten Mengen an Material durch die beschriebenen Effekte Sie kommt bei einer Windanlage mit einem 60m Rotorblatt und verschiedenen Wetterannahmen zu einem Massenverlust von 0,037% bis zu 0,199% pro Monat! In Küstennähe könne sich dieser Wert um bis zu 40% durch den aggressiven Salzgehalt in Luft und Wasser erhöhen. In der Summe und starken Regen vorausgesetzt müsse ein Mikroplastik-Abrieb von bis zu **62kg pro Windanlage pro Jahr** angenommen werden (Seite 3). Die Untersuchung bestätigt einerseits die Mikroplastik-Erosion von Rotoren per se, andererseits die Abhängigkeit der Mikroplastik-Einträge von der Höhe der Anlage, der Länge der Rotoren, des Oberflächenumfangs, den Windgeschwindigkeiten, den (Winter-)Wettersituationen usw. Das kann natürlich jedes Jahr anders ausfallen, ist also so volatil wie der Wind selbst. Doch an der Entstehung und Verteilung des Mikroplastik gibt es keinen Zweifel. Und je länger eine Anlage in Betrieb ist desto mehr reichert sich das Material in der Umgebung an. Dabei sind allerdings die heutigen Höhen der Anlagen mit bis zu 265m und mit nochmals anderen Belastungen durch die stärkeren Windgeschwindigkeiten usw, die auf die Oberflächen treffen nicht gesondert untersucht worden. Das macht umgekehrt deutlich, wie schnell die Rotoren an der Oberfläche durch solche Erosionen und Erosionsprozesse Mikropartikel in erheblichem Umfang verlieren und an die Umgebung abgeben. Die zuvor vorgestellten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Untersuchungen haben dazu die Mengen pro Jahr abgeschätzt die von den Oberflächen verloren gehen. Sie erreichen pro Rotorblatt schon nach wenigen Jahren über 100 Kilogramm, was konkret Millionen von Mikropartikel zur Folge haben kann. Bei drei Rotoren erhöhen sich diese Werte dementsprechend und bei mehreren Anlagen nochmals. Diese Mikropartikel werden durch den Wind im Umkreis von bis zu 1000m verteilt, da sie nur bei Wind und seinen Folgen vom Rotor abgelöst werden, und kontaminieren so den Boden kontinuierlich und additiv. Damit sind auch Prognosen über die zu erwartenden Mikropartikelemissionen über die Lebenszeit der Rotoren möglich, da grundsätzlich gut abschätzbarbar. Die Mengen sind beträchtlich wie die Untersuchungen belegen und stellen u.a. das BBodenSchG vor eine Herausforderung. Denn ggfls. müssen nach Jahrzehnten des Betriebs riesige Bodenflächen bei entsprechender Kontamination durch die Emissionen abgetragen werden. Das aber muss von Anfang an bedacht werden. Hinzu kommt die wachsende Sensibilität der Wissenschaft und des Gesetzgebers gegen solche unstreitig nachteiligen Umwelteinflüsse durch kommende Verschärfungen der gesetzlichen Regeln und Grenzwerten.. Besonders heikel dürfte das dort sein, wo die durch Mikropartikel-Eintrag betroffenen Flächen für die Lebensmittelproduktion genutzt werden. Ohne dies frühzeitig in den Verfahren zu untersuchen, abzuschätzen und, soweit überhaupt Genehmigungen erteilt werden können, in den Genehmigungen explizit zu regeln und z.B. Rückstellungen für „worst-case-Szenarien“ zu verpflichten Trotz dieser offensichtlichen wissenschaftlich belegten Fakten weigern sich Behörden Bodenuntersuchungen vorzunehmen oder Auflagen in den Genehmigungen zu definieren. Das ganze Thema wird seit Jahren tabuisiert, als ob es das nicht gäbe. Aber es ist existent und brennt unter den Nägeln, insbesondere angesichts des geplanten bundesweit flächendeckenden Zubaus mit solchen die Umwelt immer stärker belastenden Anlagen. Die UBA-Untersuchung Die Rotorblätter von Windkraftanlagen selbst bestehen aus einem Verbund aus Kunstharzen (Epoxid oder Polyesterharze) und Fasern (Glas- oder Carbonfasern). Diese diversen Materialien (Carbon, Glasfaserverstärkter Kunststoff GFK und Carbonfaserverstärkter Kunststoff CFK) werden in der Regel in einem auch für das UBA in seiner Studie kaum transparent zu machenden Weise in einem MATERIAL-Mix für die Außenhaut von Rotorblättern verwendet. Dabei wird für die heute immer größeren und längeren Rotorblätter aufgrund seiner Eigenschaften immer häufiger das allerdings problematischere eingesetzt. https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/entwicklung-eines-konzepts- Siehe dort insbesondere die Seiten 76-79 und 164, 169f. Diese Fasern können	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	krebsauslösend sein: DAS UBA führt in seiner Studie (2019 aaO, Seite 79) dazu aus: „Energetische Verwertung Die energetische Verwertung von Carbonfasern in Müllverbrennungsanlagen verläuft unvollständig (Pehlken 2015). Bei der Verbrennung von CFK (wie auch GFK) in einer MVA bleiben bis zu 60% des Materials als Asche zurück (Milchert 2017, 41), welche letztlich auf Deponien entsorgt werden müssen. Neben dieser Problematik ist die konventionelle energetische Verwertung von faserverstärktem Kunststoff insbesondere im Hinblick auf CFK mit weiteren Herausforderungen konfrontiert. Zum einen können durch CFK-Fasern technische Defekte an den Anlagen ausgelöst werden, insbesondere sind negative Auswirkungen auf elektrostatische Partikelabscheider durch CFK zu erwarten. Zum anderen wird vermutet, „dass Carbonfasern unter Sauerstoffeinfluss ab einer Temperatur von 650°C lungengängige Teilchen bilden, die nach Einatmung – ähnlich wie bei Asbestfasern – das Lungenkrebsrisiko erhöhen. (Ressource 2016). Festzuhalten ist also, dass die Hausmüllverbrennung für CFKAbfälle nicht geeignet sind (Bifa 2012).“ Zwischenergebnis: Daraus ergibt sich, dass sich durch Temperaturen von ca 650C lungengängliche Teilchen bilden, die krebsauslösend sein können. Aufgrund des nicht zufälligen Vergleichs mit Asbest dürfte dieses Risiko exponentiell hoch sein. Deshalb ist nach regelmäßig auftretenden Bränden von Windanlagen bzw Rotorblättern extreme Vorsicht im Umfeld geboten und die bekannten Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Die Gefährlichkeit von Mikropartikel im allgemeinen wie besonderen Dies zeigt allerdings nur die Folgen bei und nach einer thermischen Nutzung und sind auf die Mikropartikelemissionen von den Rotoroberflächen nur bedingt übertragbar. Erheblich größere Gefahren gehen deshalb und allerdings von durch natürliche und unvermeidliche Erosion sich ablösenden Mikropartikel aus, die in ähnlicher Weise aufgrund ihrer Winzigkeit lungengänglich sind und konkludent in gleicher Weise krebsauslösend sein können. Die Bedeutung dieser Thematik wird dadurch unterstrichen, dass dieses Mikroplastik sich unabhängig von der Lungengänglichkeit rund um Windanlagen verteilt und sich über die Lebenszeit einer Windanlage im Erdreich anreichert und dort das Grundwasser gefährden kann. Dass Mikropartikel inzwischen zu einem weltweiten Problem geworden sind und überall schon an der Quelle Abhilfe geschaffen werden muss ist erneut berichtet worden in FAZ 14.04.21 „Wie das Plastik um die Welt geht“ mit Verweis auf den neuesten Bericht in der „PNAS“ „Constraining the atmospheric limb of the plastic cycle“ https://www.pnas.org/search/microplastics%20content_type%3Ajournal?facet%5Bpublication-date%5D%5B0%5D=2021 Deshalb sei ein spezifischer Aspekt der Erosion das Freisetzen von Mikroplastik an den Rotorblättern. Laut Auskunft des IWES noch vor	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	zwei Jahren seien bislang kein https://www.ict.fraunhofer.de/content/dam/ict/de/documents/medien/ue/UE_klw_Poster_Recycling_von_Windkraftanlagen.pdf. 5 Siehe hierzu beispielsweise: https://www.hbm.com/de/4802/windenergie-fraunhofer/. Frage bekannt, ob und in welchem Umfang Mikroplastik freigesetzt wird. Dass das Material, welches sich durch Erosion löse, in der Umwelt lande, ließe sich allerdings nicht bestreiten. Das kann man nur als naiv bezeichnen, denn wie das UBA (aaO) ausführt sind die Gefahren des verwendeten Materials von Anfang an durch dessen Verwendung in anderen Industrien bekannt gewesen und die Erosion der Oberflächen wird seit vielen Jahren diskutiert. Das hat sich inzwischen geändert. Insbesondere (bei Offshore-Anlagen) würden die Blätter erst dann getauscht oder repariert, wenn es sich gar nicht mehr vermeiden ließe, d.h. der Erosionsschaden schon erheblich sei. Das offenbart immense Mengen an Mikropartikel die in die Umwelt eindringen und die Menschen gefährden. Zu den genauen Mengen gebe es aber keine systematischen Untersuchungen. Die neue Energie führt dazu aus: „Dazu braucht es nicht einmal größere Staubkörner, die mit Wucht auf die Rotorblätter auftreffen. Und die obere Schicht wird quasi abgefräst. Auch Regentropfen reichen dafür aus. Erst erzeugt der aufprallende Tropfen beim Zerplatzen einen kräftigen Druckstoß mit etwa 3600bar. Danach implodiert er und eine Schockwelle breitet sich durch die oberen Schichten des Rotorblatts aus. Diese Druckwellen pflanzen sich fort und schädigen das Material“ Das UBA und weitere Untersuchungen In der Kurzinformation des wiss Dienstes des Bundestags (aaO) wird dazu noch vor zwei Jahren (verharmlosend) wie folgt ausgeführt: „Als grobe Abschätzung geben die Wissenschaftler des IWES zu bedenken, dass ein Erosionsschaden grob vereinfacht den äußeren Teil eines Rotorblattes beträfe. Nehme man weiterhin zur Vereinfachung an, dass das Rotorblatt linear und nicht spitz zulaufe, komme man auf eine maximal betroffene Oberfläche von ca. 10 m2 . Würde man nach vier Jahren die komplette Beschichtung im betroffenen Bereich erodiert vorfinden, ergebe sich ein maximaler Materialabtrag von 1.395 t/a für alle rund 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland. Das sei als sehr grobe obere Abschätzung anzusehen, das heißt durch die vereinfachten Annahmen liegt der tatsächliche Wert mit hoher Wahrscheinlichkeit deutlich darunter. Im Vergleich dazu werden vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) jährliche Abriebwerte von Reifen mit 102.090 t/a und von Schuhsohlen mit 9.047 t/a angegeben.“ Diese Ausführungen haben mit der Realität nichts (mehr) zu tun, stellen eine nicht belastbare Vereinfachung dar und werden sachlich durch oben zitierte Untersuchungen widerlegt bzw eingeordnet. Und natürlich entstehen die Mikropartikel durch den Betrieb der Rotoren nur da wo Windanlagen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	stehen. Diese Standorte sollen sich aber in den nächsten Jahren verdreifachen, was weniger ambitioniert als beunruhigend ist, angesichts der Probleme mit Mikropartikeln und deren Folgen. So unterschlägt der wiss. Dienst, der sich selbst im Auftrag von MdB versteht und dessen „Wissenschaftlichkeit“ schon häufig angezweifelt wurde, dass der Reifenabrieb in Bodennähe entsteht und deshalb weitgehend auf die Straßen beschränkt bleibt. Bei der Emission von Mikropartikeln in 100m bis 265m Höhe von Windanlagen auf dem Land oder sogar in Schutzgebieten und in der Nähe zu Wohnhäusern und bei entsprechenden Winden über landwirtschaftlich genutzten Flächen entsteht ein ganz anderes großflächigeres und von der Toxizität signifikantere Gefährdung von Menschen und Umwelt Auch Verstärkungen an den Rotorblattvorderkanten helfen nur bedingt und werden von den Herstellern nicht preisgegeben (Neue Energie aaO S. 42) „Das Problem ist heute noch nicht gelöst“…“Es besteht immer noch sehr großer Forschungsbedarf in diesem Bereich“ (Neue Energie aaO). Aber eben nur im Sinne einer Verminderung der Schäden zwecks Verringerung der finanziellen Nachteile. Dass hingegen die Folgen der Erosion und Erosionsprozesse zu Millionen Mikropartikelemissionen führen und die Umwelt in gefährlichem Umfang kontaminieren und die Gesundheit der Anwohner gefährden ist unstreitig, wie die Untersuchungen und Schlussfolgerungen zeigen. Die „Neue Energie“ kommt zur Schlussfolgerung: „Grundsätzlich ist zwar gut vorstellbar, dass das ideale Material zum Schutz vor Erosion dereinst gefunden wird. Da es um Materialkombinationen geht und die Wirkmechanismen komplex sind, lässt sich dies allerdings nur schwer vorhersagen“…und solange keine neuen Werkstoffe für einen Erosionsschutz über die gesamte Laufzeit einer Windanlage verfügbar sind, bleibt den Anlagenbetreibern nur der Ausweg, den fortschreitenden Abnutzungserscheinungen rechtzeitig durch eine Reparaturentgegen zu wirken, eine Dienstleistung, die mittlerweile zahlreiche Wartungsspezialisten anbieten“ (Neue Energie aaO). Das wiederum lässt ohne jeden Zweifel den Schluss zu, dass der Anteil an Emissionen von Mikropartikel zunehmend wächst und eine signifikante Gefährdung der Umwelt und des Menschen über die gesamte Lebens- und Betriebszeit von Windanlagen durch eine Art Vergiftung darstellt, verstärkt um erhebliche Faktoren, je mehr Windanlagen in der jeweiligen Nähe von Menschen pp betrieben werden. Die Rotorblätter heute üblich gewordener Windindustrieanlagen der Generation 250m+ haben inzwischen Längen von über 100m Länge erreicht. Das sind die Anlagen der Zukunft. Aber auch die Breite heutiger Anlagen erreichen 3- 4 m. Die Rotorblätter laufen zwar in der Spitze spitz zu, aber nur in den letzten Metern sind sie so schmal, dass die Fläche geringer wird. Allerdings sind heutige Rotorblätter aufgrund ihrer Konstruktion mit großem Hohlkörper auf Basis von Balsaholz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	aus dem Regenwald, überwiegend aus Equador unter zum Teil zweifelhaften Umständen (Economist, 30.01.21 Seite 37ff, „A worrying windfall“), nicht plan sondern eher dreidimensional, also mit drei Seiten, ähnlich einem Flügel eines Flugzeugs mit Ober- und Unterfläche und dem dicken vorderen Wulst, der quasi dritten Seite, der nach hinten spitz zuläuft. Es kann deshalb vereinfacht auf Ober- und Unterfläche abgestellt werden, dass Rotoren mit heute üblicher Länge von 90m etwa 60m x 3m und 30 x 1m Fläche aufweisen. Und das (vereinfacht) jeweils für zwei Seiten. Das sind dann 150m2 x 2 = 300m2. Die tatsächliche Gesamtoberfläche liegt aus obigen Gründen höher. Da eine Windanlage drei Rotoren aufweist betragen die Flächen pro Windanlage bei solche Rotoren also auf Basis obigen Annahmen bei insgesamt etwa 900m2. Da die Oberflächen der Rotoren nicht plan, sondern aus aerodynamischen Gründen geschwungen gestaltet sind dürfte die Gesamtfläche noch höher sein. Dies ist ein Verhältnis von knapp 1:100 höherer Fläche als die 10m2 die vereinfacht vom IWES angenommen werden, und zeigt schon so frappierende Mängel bzw „Vereinfachungen“ der Überlegungen des „wissenschaftlichen Dienstes“ (aaO). Denn nicht nur die Vorderkante der Rotoren ist betroffen, sondern – wenn auch in geringerem Umfang, die Rotoroberfläche insgesamt, da die Rotoren in sich gedreht werden um dem Wind optimal ausgesetzt zu werden, wie auch Wind und Wetter nicht immer nur aus einer Richtung kommen, sondern durch vielfältige Verwirbelungen das Rotorblatt als Ganzes betroffen ist Es ist angesichts dieser Diskrepanz sachlich offensichtlich, dass die Verharmlosungen des wissenschaftlichen Dienstes selbst eher einem Lobbyismus im Parlament unter dem Deckmantel eines „wissenschaftlichen Dienstes“ sehr nahe kommt. Denn wenn man die Lebenszeit von 25 Jahren zugrunde legt ergibt sich bei 10.000 großen Anlagen mit je 100m langen Rotoren eine aus den Zahlen des wiss. Dienst abgeleitete Summe von theoretisch 5.000 Tonnen. (10.000 x 4(25) Jahre x 900m2 x 1,4t), natürlich als „worst-case“. Diese Menge wird sich hoffentlich nicht einstellen, weil natürlich nicht die gesamte Oberflächenbeschichtung als Mikropartikel erodiert. Es zeigt aber wie unterschiedlich eine Betroffenheit am Massstab heutiger Windanlagen bzw Rotoren, der Einbezug der gesamten Oberfläche über die Lebenszeit von 25 Jahren aussehen könnte. Aber schon sehr viel weniger Erosion und ggfls. weniger Flächen führen zu erheblichen Mengen von Mikropartikelemission und Kontamination des Bodens rund um Windanlagen. Die Wirbelschleppen hinter den Rotoren tun das ihrige zur Ausbreitung der Mikropartikel über ein Umfeld von mindestens (geschätzt) 1000m rund um Windanlagen. Entscheidend ist nun, dass diese Mikropartikel im Gegensatz zum verwendeten Beispiel des wissenschaftliches Dienstes toxisch und erhebliche Nachteile für den Menschen haben können, das UBA spricht bei	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	lungengänglichen Partikeln durch diese Rotoren von krebserregenden Eigenschaften (aaO) und beklagt die fehlende wissenschaftliche Forschung, weswegen von einer „wort-case-Gefahr“ durch dieses Material ausgegangen werden muss. Durch die Verteilung dieser Mikropartikel rund um eine Windanlage über den Lebenszeitraum von etwa 25 Jahren ergibt sich vor allem dann eine konkludente Gefahr durch die Mikropartikel-Kontamination für die umliegend wohnenden Menschen wie die Natur, wenn insbesondere landwirtschaftliche Betriebe Nahrungsmittel, also Obst oder Gemüse oder Getreide zum menschlichen Verzehr anbauen. Denn diese Mikropartikel sind im Umfeld einer Windanlage weder auffindbar noch wieder zu beseitigen, reichern sich vielmehr von Jahr zu Jahr an und erhöhen so die Gefahr die von ihnen ausgeht kontinuierlich. Sie verbleiben für immer im Boden und damit in unmittelbarer Nähe zu angebauten Lebensmittel, bzw. werde unvermeidlich Teil der Lebensmittel. Dabei dürfte ein Abstand bzw Einflussbereich von etwa 1000m hinlänglich relevant sein, damit durch den Wind der Eintrag solcher Mikropartikel in diesem Umfeld weniger signifikant stattfindet. Doch Wirbelschleppen können diese auch sehr viel weiter tragen, weswegen auch hier Forschungsbedarf existiert. Mikroplastik kann das Wachstum gefährlicher Pilze begünstigen und damit die Gesundheit von Anwohnern Wie eine Studie von der Universität Bayreuth und der Leibnitz Universität Hannover kürzlich in „Scientific Reports“ | (2021) 11:13214 Microplastics accumulate fungal pathogens in terrestrial ecosystems By GerasimosGkoutselis1,5, Stephan Rohrbach2,5, Janno Harjes1 , Martin Obst3 , Andreas Brachmann4 , MarcusA. Horn2* & Gerhard Rambold1* https://www.nature.com/articles/s41598-021-92405-7.pdf zeigte (zusammengefasst z.B. in Die Welt vom 26.07.21, Seite 20, „Wie Mikroplastik das Wachstum gefährlicher Pilze begünstigt“) können sich an winzigen Plastikpartikeln im Boden zahlreiche Pilze anhaften. Mikroplastik müsse als mögliche Quelle von Pilzinfektionen des Menschen in Betracht gezogen werden und seien womöglich bereits am weltweit beobachteten Anstieg von Pilzerkrankungen beteiligt. Auch dieser neue und zusätzliche Aspekt der vielfältigen Nachteile der massenhaften Mikropartikelemissionen durch die Rotorblattoberflächen machen Windanlagen für die Umwelt und die Gesundheit der im Umfeld lebenden Menschen signifikant gefährlich. Das gilt besonders und typischerweise für **Windanlagen in Agrarbereichen auf denen Lebensmittel angebaut werden**, **Insbesondere das Unterlassen von**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bodenuntersuchungen, der fehlenden/unterlassenen Prognose hierzu in Genehmigungsverfahren und fehlenden Regelungen in Genehmigungen stehen Genehmigungen von Windanlagen jedenfalls im Umfeld von mindestens 1000m zu Wohnhäusern und sensiblen Agrarbereichen (aaO) entgegen, da aufgrund der Höhe heutiger Anlagen der Wind wie auch die Bewegung der Rotoren diese Mikropartikel - sowie auch Lärm – in die Umgebung verteilt wird. Die kontinuierliche Anreicherung über die Lebenszeit der Anlage(n) lässt erhebliche Summen Mikropartikel im Näheren, aber letztlich auch weiteren Umfeld kausal und zwangsläufig erwarten. Ob angesichts dieser Erkenntnisse überhaupt noch Windanlagen genehmigungsfähig sind muss hier dahinstehen. Jedenfalls lässt diese Faktenlage befürchten dass Windanlagen durch ihre immer zahlreicheren und größeren Rotoroberflächen über die Betriebszeiten die Umwelt regelrecht mit unzähligen Mikropartikeln vergiften. BBodSchG Es liegt auf der Hand, dass die unweigerlich großen jedenfalls signifikanten Mengen an Mikropartikel nicht nur schädliche Bodenveränderungen hervorrufen, sondern auch Gewässerverunreinigungen, da die Partikel unweigerlich in den Boden dringen und Gewässerschichten erreichen die sie ebenso unvermeidlich verunreinigen, **§ 4 BBodenSchG**. Hiergegen ist Vorsorge durch Abwehr von Anfang an zu treffen, da solche Mikropartikel nicht mehr beseitigt werden können, wenn sie erst einmal in den Boden eingedrungen sind. Solche schädlichen Bodenverunreinigungen sind auch geeignet Gefahren erheblichen Umfangs für die Grundstückseigentümer im Umfeld der Anlagen, aber auch für die Allgemeinheit hervorzurufen, wenn z.B. auf den betroffenen Flächen Lebensmittel angebaut werden. Denn dann kann bei einer kontinuierlichen Anreicherung über Jahrzehnte der Boden relevante Schwellen der Kontamination überschreiten, die einen betroffenen landwirtschaftlichen Betrieb in **Art 14 GG** unmittelbar betreffen, d.h. das Eigentum und die Existenz am eingerichteten und ausgeübten Betrieb. Denn ab einer nicht ausschließbaren Überschreitung von Grenzwerten (die zudem erfahrungsgemäß über die Jahrzehnte verschärft werden können) könnte er gezwungen werden den Betrieb einzustellen oder den Boden auszutauschen usw. das könnte zugleich - je nach Betroffenheit seiner Ackerflächen – das Ende des Betriebs bedeuten. Gerade aufgrund solcher Konsequenzen ist eine Regelung von Anfang an zwingend, **soweit überhaupt eine Genehmigung in Betracht kommt**. Denn mit individuellen Betriebseinschränkungen kann dem wohl nur wenig entgegen getreten werden, immerhin durch Betriebseinschränkung ab einer Windgeschwindigkeit X, weil die Oberflächenerosion der Rotoren umso stärker ist, desto stärker der Wind und andere Wetterphänomene bei höheren Windgeschwindigkeiten auf die Rotoroberflächen einwirken. **Außerdem müsste ein strenges Monitoring der**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rotoroberflächen und regelmäßige Bodenuntersuchungen zur Auflage gemacht werden incl. Schadensersatzregeln usw. Mikroplastik ist im Übrigen ein inzwischen allgemein bekanntes wie beunruhigendes und bekämpftes Phänomen, dass z.B. zwecks Vermeidung bzw Verminderung zum Verbot verschiedener Plastikteile geführt hat (Strohhalme aus Plastik, Plastikgeschirr usw.) und noch führen wird bzw soll. Die EU hat hierbei einen systematischen Kampf gegen Mikroplastik angekündigt. Die Wissenschaft ist sich hierbei wohl einig, dass zwecks dringender Vermeidung der Anreicherung von Mikroplastik in der Umwelt mit seinen vielfältigen nachteiligen Folgen diese an den Quellen bzw. kausalen Ursachen angepackt und vermieden werden muss. **Gemäß § 4 BBodenSchG werden durch den Betrieb der Windanlagen kausal Mikropartikel in die Umgebung der jeweiligen Anlage gestreut und damit schädliche Bodenveränderungen hervorgerufen, die zur Gefahrenabwehr verpflichten und gegen die Grundstückseigentümer folglich gerichtliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen, falls die zuständige Behörde nicht ihren Vorsorgepflichten entspricht, § 7 BBodenSchG**. Dies hier umso mehr, da die unmittelbaren Grundstückseigentümer erhebliche Pachten (100.000,--Euro p.a. und mehr je nach Höhe, Leistungsstärke der Anlage und nutzbare Windgeschwindigkeiten vor Ort) für die Nutzung ihrer Grundstücke für die Windanlagen(fundamente) pp. erhalten und folglich gerade kein Interesse haben eine solche Gefahrenabwehr zu realisieren, sie vielmehr bestreiten. **Gerade deshalb hätte hier die Beklagte restriktiv prüfen und Regelungen treffen oder die Anlage ablehnen müssen. Gemäß § 9 BBodenSchG hätte die Beklagte für Vorkehrungen gegen eine Gefährdung durch Mikropartikel der Windanlagen sorgen müssen**, entweder durch umfassendes Monitoring **oder das Versagen der Genehmigung oder ggfls restriktive Betriebsauflagen aaO. Letzteres hätte hier zwingend erfolgen müssen, da rundum erhebliche Agrarflächen für die Produktion von Lebensmitteln betroffen sind und diese von der Klägerin bewirtschaftet werden** Das Material der Rotoren: Carbon /GFK/CFK Die in den Oberflächen heute üblicher Rotorblätter verwendeten Materialien Carbon /GFK/CFK sind synthetisch hergestellte Substanzen, die in der Natur nicht vorkommen. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie gleichzeitig wasserabweisend (hydrophob), fettabweisend (lipophob) und schmutzabweisend wirken. Aufgrund dieser besonderen Eigenschaften werden sie in vielen Industriebereichen eingesetzt. Verwendung finden sie etwa im Flugzeug- oder Pkw Bereich zwecks Gewichtsreduktion im militärischen Bereich und in der Windindustrie. Aufgrund ihrer hohen Stabilität werden die chemischen Verbindungen von Carbon/GFK/CFK durch die in der Umwelt üblichen Abbauprozesse praktisch nicht zerstört. Dementsprechend lassen sie sich auch dem Abwasser durch die in Kläranlagen gängigen Abbauverfahren,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die im Wesentlichen auf dem Einsatz von Mikroorganismen beruhen, nicht entziehen. Mittlerweile sind sie in wachsendem Umfang in der Umwelt nachweisbar. **Carbon/GFK/CFK sind für Menschen und Tiere toxisch und stehen im Verdacht, in hohen Dosen fortpflanzungsgefährdend und krebserregend zu sein** und werden mit Asbest gleich gesetzt.(UBA 2020). Ihre unmittelbare Wirkung im Körper ist noch wenig untersucht. Allerdings ist die Erregung von Krebs wohl unstreitig. Es herrscht natürlich Forschungsbedarf, wie bei allen solchen Stoffen. Allerdings erfolgt insbesondere bei militärischen Unfällen (Absturz von Fluggeräten mit Material-Anteilen von Carbon/GFK/CFK) die Beseitigung der mit Carbon/GFK/CFK belasteten Rückstände mit erheblichem Aufwand und nur unter Verwendung kompletter Ganzkörper-Schutzanzügen (PSA) für das eingesetzte Fachpersonal und durch Beseitigung der Erdoberfläche auf und in der sich Reste des Materials befinden oder befinden könnten) Ebenso reichen die Kenntnisse um gegenüber diesen Stoffen ein Deponieverbot festzulegen (§ 6 DepotG). Die besondere Gefährdung durch die Stoffe und ihre massenhaften Mikropartikel zeigt die Herstellung und spätere Zerlegung und Entsorgung. In beiden Fällen müssen die Menschen, die mit dem Material in Berührung kommen sich in Schutzanzügen bewegen zwecks notwendiger Vorbeugung vor der gesundheitlichen Gefährlichkeit des Materials. Es ist geradezu absurd, dass hingegen die Menschen in deren Nähe solche Windanlagen errichtet und über Jahrzehnte solchen gefährlichen Emissionen durch solche Partikel in signifikantem umfang ausgesetzt werden dies ungeschützt tun müssen bzw den gefährlichen Folgen dieser Stoffe ungeschützt ausgesetzt, darüber unwissend gehalten werden und die zuständigen Behörden nicht einmal eine Prognose oder Untersuchungen oder Monitoring zum Schutz der Anwohner einfordern, selbst wenn die Anlage nur wenige hundert Meter zu Wohnhäusern errichtet werden soll oder sogar unmittelbar neben Flächen zum Anbau von Lebensmitteln. Konsequenz und Folgen: Zunächst ist es höchst ärgerlich, dass hierzu seit Jahrzehnten fast keine Forschung stattfindet und keine zureichenden finanziellen Mittel für Forschung auf diesem Gebiet zur Verfügung gestellt werden, insbesondere im Hinblick auf die Folgenforschung. für die Gesundheit der Anwohner und Menschen. Da sich nun seit über 30 Jahren inzwischen bei fast 30.000 Anlagen 90.000 Rotoren im zum Teil unmittelbaren Umfeld von Menschen drehen sind weitere Untersuchungen auf das Ausstreuen von erodierenden Mikropartikel von den immer großflächigeren Oberflächen der Rotoren dringendst erforderlich. Denn das Belastungspotenzial erhöht sich täglich je länger die Anlagen laufen und je großflächiger die Rotoren werden und je stärker sie den heftigen Wettereinflüssen in immer größeren Höhen ausgesetzt sind. Aufgrund der inzwischen vorliegenden **konkreten**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Untersuchungsergebnisse ist das auch kein Diskurs mehr, sondern handfeste gesundheitliche Betroffenheit im Sinne von Art 2 Abs. 2 GG wie auch Art 14 GG. Und es ist wenig glaubwürdig sich über Mikropartikel am Himalaya, der Arktis und in den Weltmeeren zu beklagen, wo die immer zahlreicheren Off-shore Anlagen ihren Teil zur beunruhigenden Verschmutzung der Meere beitragen, aber an den Quellen nichts zu tun, auch wenn solche Quellen dann eben konsequent untersagt und verboten werden müssen. Insbesondere gibt es keinerlei Bodenuntersuchungen über den Eintrag von Mikropartikeln rund um solche Anlagen. Solange das so ist, ist besondere Vorsicht und ausreichender Abstand nicht nur zu beachten, sondern steht Standorten von Windanlagen näher **als 1000m oder 1500m zur Wohnbebauung** eindeutig entgegen. Das Wissen um diese gesundheitsschädlichen Emissionen ist wie die Nutzung des Materials in der Industrie wie auch seit 30 Jahren in Rotoren von Windanlagen jahrzehntealt und das vorsätzliche Unterlassen der Forschung hierzu und der Mangel an Kenntnissen der unstreitig grundsätzlich gesundheitsschädlichen Kontaminationen rechtfertigt erst Recht keine Genehmigung, jedenfalls keine unter Abständen von 1000m. Denn die Höhe der Anlagen und die Leichtigkeit der Mikropartikel lässt die Annahme der Verteilung durch den Wind von etwa 1000m rund um eine Windanlage als belastbare Annahme erscheinen. Insbesondere die neuen vorgelegten Untersuchungen unterstreichen mit ihren belastenden Ergebnissen diese Vorsorgepflichten. Es darf vor allem nach 30 Jahren Windrotoren und ihren tabuisierten externen Folgen keine weiteren Ausflüchte wegen angeblich noch „laufender Diskussionen“ geben, was wiederum Forschung verhindert, wie die Erkenntnis im „Interimsverfahren“ unterstreicht. Und im Gegensatz zur Verwendung des Materials in anderen Produkten ist es bei den Rotoren von Windanlagen die besondere Exposition in der Natur und in der Agrar-Landschaft die eine sonst ausgeschlossene Verteilung der Mikropartikel in die Umgebung und Natur zu deren Nachteil und Schädigung ermöglicht wie sonst nirgends. Aufgrund der inzwischen wissenschaftlich unstreitig erkannten Gefahren (FAZ, PNAS, Scientific Reports aaO) die grundsätzlich von Mikropartikeln ausgehen, ist deshalb der Betrieb solcher Anlagen auch unter diesem Gesichtspunkt im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung und –prognose usw. hinsichtlich aller örtlichen Belange zu untersuchen und steht dem Betrieb einer Windindustrieanlage insbesondere dann entgegen, wenn Anwohner in nur etwa 1000m Nähe wohnen oder auch im weiteren Umfeld etwa Lebensmittel (Gemüse. Obst, Getreide usw) zum menschlichen Verzehr angebaut werden. Schliesslich unterstreichen diese Überlegungen und Ergebnisse die Einhaltung eines pauschalen Mindest-Abstand aus gesundheitlicher Vorsorge von Windindustrieanlagen zu jedweden Anwohnern von 1000m, soweit überhaupt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Genehmigungen angesichts der Schwere der gesundheitlichen Gefahren vertretbar sein sollten. Mit freundlichem Gruß [redacted]	
Institution: Gemeinde Wennbüttel, Rechtsanwalt ID: M2596	Sehr geehrte Damen und Herren, unter Vorlage beigefügter Vollmacht zeige ich die Vertretung der Gemeinde Wennbüttel im Beteiligungsverfahren an. Anlage: Vollmacht – als Anl. 1 Zu dem oben genannten Landesentwicklungsprogramm und der öffentlichen Auslegung der Unterlagen nehme ich für meine Mandantschaft wie folgt Stellung. Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage kann aus den nachfolgenden Gründen eine Ausweisung von Windeignungsgebieten im Bereich der Gemeinde Wennbüttel nicht in Frage kommen. Grundsätzlich werden im Landesentwicklungsplan keine konkreten Flächen zur Nutzung der Windenergie ausgewiesen. Es werden aber die Rahmenbedingungen festgelegt, die dann im späteren Regionalplanverfahren die Kriterien darstellen, die zur Ausweisung der Vorrangflächen führen. **A. Grundsätzliches** Zum Planungsziel laut Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO), Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land gibt der Planer an: *In den Regionalplänen sollen bis Ende 2027 mindestens drei Prozent der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen werden. Regionale oder kommunale Teilflächenziele nach § 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 beziehungsweise Satz 2 des Gesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land (WindBG) sollen nicht festgelegt werden. Durch die*	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4.1, 4.16, 7.1.1 und 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Das Flächenziel von 3% ergibt sich daraus, dass SH die sog. Rotor-In-Planung verfolgt und die Flächen deshalb gemäß § 4 Abs. 3 WindBG nur anteilig angerechnet werden können. Die Hinweise zu den Besonderheiten in der Gemeinde Wennbüttel werden zur Kenntnis genommen. Ob Vorranggebiete in der Gemeinde Wennbüttel ausgewiesen werden, wird nicht im LEP Wind, sondern erst im Regionalplan Wind festgelegt - siehe auch Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie soll zudem eine installierte Leistung von 15 Gigawatt bis 2030 ermöglicht werden. Dabei soll der Ausbau der Windenergienutzung unter Berücksichtigung aller relevanten Belange des Kapitels 4.5.1 inklusive seiner Unterkapitel fortgesetzt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Landesplaner bis Ende 2027 mindestens 3 % der Schleswig-Holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie ausweisen will. Laut Anlage zu § 3 Abs. 1 WindBG sieht der Bundesgesetzgeber für Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2027 lediglich eine Ausweisung von 1,3 % der Landesfläche vor und bis zum Jahr 2032 insgesamt nur 2,0 %. Der Landesplaner nimmt damit in Kauf, dass sowohl die Bevölkerung als auch die Gemeinden aber auch der Natur- und Artenschutz sowie der Landschaftsschutz eine massive Mehrbelastung erfährt, die in dieser Form vom Bundesgesetzgeber nicht gefordert ist. Allein mit der sogenannten Rotor-in-Regelung ist dies nicht zu begründen. Die Vorgaben im Landesentwicklungsplan werden vom späteren Regionalplaner zu berücksichtigen sein. **B. Festlegung einer Referenzanlage** Der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen soll eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde gelegt werden. Diese Vorgabe im Landesentwicklungsplan ist bereits im jetzigen Zeitpunkt unrealistisch und berücksichtigt nicht die tatsächliche technische Entwicklung auf dem Markt. Schon jetzt sind Anlagen mit einer Gesamthöhe von 250 bis 280 m Standard. Im brandenburgischen Senftenberg wird derzeit eine Windkraftanlage mit einer Gesamthöhe von 365 m errichtet. Referenzanlagen haben sich an der technischen Weiterentwicklung zu orientieren. Der Landesentwicklungsplan besitzt in der Regel eine Laufzeit von mindestens 10-15 Jahren. Dementsprechend ist eine Anpassung der Referenzanlagen zu fordern. Dies ist	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	deshalb von Bedeutung, weil Windkraftanlagen mit größerer Höhe, größeren Radien der Flügel sowie höherer Leistung entsprechend höhere Immissionen für die Anwohner zur Folge haben. Des Weiteren sind die Schutzabstände entsprechend anzupassen. Legen die Regionalpläne die bereits jetzt zu niedrig angesetzten Referenzanlagen der Planung zugrunde, kommt dies zu enormer Mehrbelastung für Anwohner, Landschaft und Natur. Dies ist auch von Bedeutung für die weiteren Regelungen: Das Verbot von Bestimmungen zur Höhe der WEA gilt sowohl für Festlegungen in Regionalplänen als auch für Darstellungen und Festsetzungen in Bauleitplänen und in gemeindlichen Satzungen. Es verbietet sowohl Bestimmungen zur Mindest- als auch zur Maximalhöhe von WEA. Ebenso unzulässig sind indirekte Höhenbestimmungen, die Mindestabstände zur Wohnbebauung abhängig von der Höhe der WEA enthalten. Insbesondere Bauleitplanungen der Kommunen, die die auf Regionalplanebene getroffenen Flächenausweisung konkretisieren können, konnten bislang Bestimmungen zur Höhe treffen. Dies ist nunmehr aufgrund geänderter Rechtslage nicht mehr möglich. In diesem Zusammenhang ist auf den Umweltbericht zum LEP zu verweisen, der den Räumen zur Erholung des Menschen und dem Tourismus eine besondere Bedeutung für das menschliche Wohlbefinden und die menschliche Gesundheit zuweist: *Räume, die zur Erholung des Menschen und dem Tourismus dienen, haben eine besondere Bedeutung für das menschliche Wohlbefinden und die menschliche Gesundheit. Die Sicherung des Erholungswertes von Natur und Landschaft gehört zu den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Die innerhalb der Planungsräume zu berücksichtigenden Belange des Tourismus und der Erholung werden anhand der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung in Kapitel 4.7.1 Absatz 3 Landesentwicklungsplan (LEP) 2020 und der noch in den Regionalplänen zu konkretisierenden Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung sowie der regionalen Grünzüge der Ordnungsräume in den Regionalplänen betrachtet. Im Rahmen der Abwägung für die Vorranggebiete Windenergie soll neben den rechtskräftigen Regionalplänen auch die Kulisse der Regionalplanentwürfe zugrunde gelegt werden.* Vorgegeben sind aber in zu den Abstandskriterien zu Wohnhäusern im Innenbereich bzw. Außenbereich lediglich 800 m/1.000m bzw. 400 m.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Windkraftanlagen rücken massiv an die Wohnbebauung heran und führen zu enormer gesundheitlicher Belastung der Anwohner. **C. Bedeutung der Regelungen im Landesentwicklungsplan für die Gemeinde Wennbüttel** An dieser Stelle soll auf eine Übersichtskarte hingewiesen werden, die darstellt, dass auf dem Gebiet der Gemeinde Wennbüttel Windkraftanlagen nicht zu realisieren sind. Dies folgt insbesondere aus den jeweiligen Abständen zu den Ortschaften Wennbüttel und Bunsoh. Hinzu kommen Abstände zum Nord-Ostseekanal. Hinzu kommt das Gebiet für den Vogelzug entlang des Nord-Ostseekanals. [redacted] **D. Landschaftsschutzgebiet** Der Gesetzgeber bestimmt mit § 35 Abs. 1 BauGB, dass ein Vorhaben im Außenbereich nur zulässig ist, wenn insbesondere öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Wann eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vorliegt, definiert u. a. § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB. Bauvorhaben sind dann nicht zulässig, wenn das Vorhaben die natürliche Eigenart der Landschaft und ihren Erholungswert beeinträchtigt oder das Orts- und Landschaftsbild verunstaltet; § 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 5 BauGB. Durch die heute üblichen überdimensional hohen Anlagen wird die natürliche Eigenart der Landschaft im Bereich der streitgegenständlichen Fläche zerstört. Das jetzt überplante Gebiet liegt in einem Landschaftsschutzgebiet mit Waldbestand, respektive unmittelbar an Wald angrenzend. Das Gebiet wird von einer Au (Bornsbek) durchzogen in der reichlich Tierbestand zu finden ist. Die Wiesen im nord-östlichen Bereich sind extensiv genutzt. Im östlichen Teil des Gebietes grenzt es an einen Bereich mit besonders geschützten Feuchtgebieten. Gemäß § 26 BNatSchG handelt es sich bei Landschaftsschutzgebieten um Gebiete, in	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist • zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, einschließlich des Schutzes von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten, • wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit oder der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Landschaft oder • wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung. Dies erfolgt in Schleswig-Holstein entsprechend § 15 LNatSchG durch eigene Verordnungen der Unteren Naturschutzbehörden: *Die untere Naturschutzbehörde kann Gebiete im Sinne von § 26 Abs. 1 BNatSchG durch Verordnung zu Landschaftsschutzgebieten erklären.* Aus nicht nachvollziehbaren Gründen hat die Bundesregierung zugunsten der Windkraftanlagen Landschaftsschutzgebiete grundsätzlich für diesen Anlagentyp geöffnet. Bislang waren Bauten und Einrichtungen im Landschaftsschutzgebiet generell untersagt. Dieses Verbot war regelmäßig in den Landschaftsschutzgebietsverordnungen enthalten. Die Regierung setzt sich über diese sinnvollen Verbote hinweg und genehmigt den größtmöglichen Schaden, der in einem Landschaftsschutzgebiet eintreten kann, indem Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von 250-280 m genehmigt werden. Derzeit sind Windkraftanlagen mit einer Höhe von 380-400 m Gesamthöhe in Erprobung. Nachdem die Regierung auch gleichzeitig jegliche Höhenbeschränkungen untersagt hat, muss auch mit diesen Anlagen künftig gerechnet werden. Jeglicher Schutzcharakter wird damit konterkariert. Diese von der Bundesregierung geschaffene Ausnahmevorschrift ist weder fachlich noch rechtlich begründbar. Schutzgebiete werden generell aufgehoben, weil die Ausweisung der sogenannten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windeignungsgebiete durch die Bundesländer viele Monate bis Jahre dauern (in der Regel bis 2027). Schutzgebiete werden generell aufgehoben, damit die Ausweisungen schneller realisiert werden können. Damit schafft die Bundesregierung uneingeschränkten Raum für die Windkraft und ignoriert die Schutzvorschriften des § 35 Abs. 3 BauGB sowie die Schutzvorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes und des Landschaftsschutzgesetzes. Diese willkürliche Handlung soll dazu dienen, dass Windkraftanlagen selbst in hochgeschützte Bereiche vordringen können. Letztlich ist Art. 20a GG verletzt, der in Verantwortung für die künftigen Generationen, die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung schützt. Gerade die Schutzgebiete unterliegen dem besonderen Schutz des Staates und der Verfassung. Genau dies wird durch die „neuen Pakete“ ins Gegenteil verkehrt. Die Zulässigkeit von Windenergieanlagen auch in Landschaftsschutzgebieten bedeutet einen Verstoß gegen verschiedene internationale Rechtsnormen, zu denen sich die Bundesregierung verpflichtet hat: • Verstoß gegen Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9.6.2021: alle umweltschädlichen Industrietätigkeiten sowie der Ausbau der Infrastruktur in allen Kategorien von Schutzgebieten sollen verboten werden • Verstoß gegen UN-Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD – Deutschland ist Vertragspartei): Erhaltung, nachhaltige Nutzung und gerechte Aufteilung der Vorteile biologischer Vielfalt (genetische Vielfalt, Artenvielfalt, Vielfalt der Lebensräume) • Verstoß gegen EU-Biodiversitätsstrategie: Schutzgebiete wirksamer als bisher schützen, um den Verlust der Arten und Ökosysteme zu stoppen und umzukehren Auch das Landschaftsbild ist in diesem Bereich in hohem Maß betroffen. Aktuell hat der dithmarsche Kreistag anlässlich seiner Sitzung am 5.9.2024 den Bau von	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftanlagen in Landschaftsschutzgebieten abgelehnt. **E. Weitere Gründe des Ausschlusses der Potenzialfläche** Das Gebiet liegt zu weiten Teilen innerhalb der 1000m-Grenze der Randgebiete der Gemeinden Wennbüttel und Bunsoh (kein Außenbereich). Weiter liegt ein ca. 1 ha großer Bereich innerhalb des Gebietes, der der Gemeinde Wennbüttel gehört. Eine Zustimmung für eine Überbauung ist im Gemeinderat nicht mehrheitsfähig. Liegen von Anfang an unüberwindbare Hindernisse einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung vor, kommt eine Ausweisung als Windeignungsgebiet oder Vorranggebiet der Windkraftnutzung nicht in Betracht. An der östlichen Grenze des Ortes befindet sich ein Ferienhof, der lediglich ca. 500m vom potentiellen Windpark entfernt liegt. Dieser Hof ist als Erholungsort zu werten mit entsprechender Berücksichtigung nach der TA-Lärm. Dementsprechend sind zumindest die höchstzulässigen Immissionsrichtwerte nach der TA-Lärm Ziff. 6.1.f zu beachten. Dies gebietet einen weitaus höheren Abstand zu dieser Einrichtung als die 500m. **F. Nord-Ostseekanal** Der Nord-Ostsee-Kanal ist als Vogelzuggebiet ausgewiesen und ist ca. 500m vom geplanten Gebiet entfernt. Zu beachten ist die Ungenauigkeit des Kartenmaterials. Genaue Abstände sind kaum bestimmbar. Bei der Annahme, von der Kanalmitte aus gerechnet und bei 1000m Abstand, liegt der gesamte östliche Teil des Gebietes innerhalb des Zuggebiets. Zugvögel orientieren sich an dem Lauf von Flüssen und Kanälen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dies bestätigt insbesondere der Landesbund für Vogelschutz (LBV): Ein Navigationsgerät brauchen Zugvögel nicht. Sie orientieren sich optisch, nach gut sichtbaren Anhaltspunkten wie Flüssen und Gebirgen. Sie nutzen Lichtquellen wie Mond und Sonne. Sie besitzen einen inneren Kompass. Deshalb ist entlang dieser Flussläufe und Kanäle ein breiter Streifen als Schutzzone zu beachten. Unter Berücksichtigung der Eingangs vorgelegten Karte ist ein Bereich von ca. 1.000m um den Kanal als Ausschlussgebiet zu betrachten. Hinzu kommt, dass Zugvögel entlang der Flussläufe rasten. Diese Rastflächen sind ebenfalls zu untersuchen und in die Planung einzubeziehen. Ergebnis: Das Gebiet im Bereich Wennbüttel eignet sich nicht zur Windkraftnutzung. Zu Recht war dieses Gebiet bislang auch nicht in die Regionalplanung für Windkraftnutzung aufgenommen worden (Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum III Kapitel 5.7 -Windenergie an Land-). Weiterer Vortrag bleibt vorbehalten. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Rechtsanwalt	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2361	An das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein, -Landesplanungsbehörde, Referat IV 64 - Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel Sehr geehrte Verantwortliche Thema: Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans –	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2, 2.3, 2.5, 7.2.7, 7.2.9, 7.3.3, 7.3.4, 7.3.5, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 Ich möchte meine Bedenken wegen Gesundheitsrisiken anmelden, die ich bei Umsetzung ihrer Vorschläge im Entwurf befürchte. Risiko Gefahren durch Brände und durch Sturmschäden. Ich bin der Meinung, dass der Abstand von Windanlagen zu Häusern, Autobahnen, Strassen Wohngebäuden so gross bemessen sein muss, dass bei Schäden an der Anlage durch Blitzeinschläge, Stürmen oder Versagen der Technik die Gefahr für Mensch und Leben durch umherfliegende Trümmer von Rotoren und giftige Rauchgase nicht zu erwarten sind. Risiko Gefahren durch winzige Kunstoffpartikel aus dem Abrieb an Rotorflügeln, der durchschnittlich fast 50kg/Windanlage erreichen soll. Dieser ständige Abrieb verschlechtert die Bodengüte und Wassergüte und enthält starke Gesundheitsgefahren auch für den Menschen. Ich möchte, dass die Abstände der Windanlage zu Wohnhäuser so gross bemessen werden, dass durch diesen ständigen Strom von Plastikpartkeln keine Vernunreinigungen von Wasser und Boden und Gefahren für den Menschen ausgehen. Risiko Schallwellen in tiefen Frequenzen, die von den Flügeln der Windanlage abgegeben werden. Die Frage, ob diese in kurzen und längeren Zeitraum schädlich sind, sind noch nicht eindeutig geklärt. Deshalb fordere ich Sie auf in ihren Entwurf einzuarbeiten, dass die Abstände von Windanlagen zu Häusern so groß gewählt werden, dass Gesundheitsschäden durch diese Schallwellen ausgeschlossen sind. Risiko Naturschutz. Die neuen Abstandsregelungen scheinen mir an den Haaren herbeigezogen, weil sie den Empfehlungen fachlich kompetenter Naturschutzverbände entgegenstehen. Ich fordere sie auf, von Naturschutzverbänden wissenschaftlich begründete Abstandsregelungen in den Entwurf aufzunehmen, die dem notwendigen Vogelschutz nicht entgegenstehen. Ich bitte um Bestätigung, dass sie meine email erhalten haben. Freundlicher Gruß, [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2251	Sehr geehrte Damen und Herren Ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände zum Landesentwicklungsplan äußern ! Aus den bereits genannten Akzeptanzgründen aber auch im Sinne der Schutzbedürftigkeit der Anwohnerinnen und Anwohner und Schaffung möglichst gleicher Lebensverhältnisse im Land ist das Kriterium der Vorbelastung und die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA kontraproduktiv. Es soll, wie von der Landesplanung generell angestrebt, eine Gleichverteilung erfolgen. Durch Windenergiegebiete oder Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gemeindegebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden.Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz.Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u.a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m .Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit meines Lebens- und Erholungswertes.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.17.1, 3.18.1, 4.5, 4.9.1, 4.20, 5.9.1, 7.3.5, 7.4.1, 7.4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2337	Brief-Nr. 11 Betreff: Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. « Eine Festlegung der Abstände zu einzelnen Wohnhäusern auf 400m und zu Siedlungen auf 800m unabhängig von der Höhe künftig gebauter WKAs ist für die Bewohner unzumutbar und gefährdet ihre Gesundheit. o Lärm und Schattenwurf beeinträchtigen die betroffenen Liegenschaften. Auch Eiswurf ist relevant. o Bei Windenergieanlagen gibt es zwei Arten von Schattenwurf. Den statischen Schattenwurf, welcher durch statische Elemente wie den Turm oder die stehenden Rotorblätter entsteht, und den periodischen Schattenwurf durch die sich drehenden Rotorblätter. Dabei hat der periodische Schattenwurf grössere Bedeutung, er kann als Stressfaktor wirken und zu Herz-Kreislaufreaktionen führen. Im Rahmen von Gerichtsurteilen wurde diese Wirkung in Deutschland wiederholt bestätigt und festgelegt, dass der bewegte Schattenwurf ab einer Einheitsdauer von mehr als 30 Minuten pro Tag und insgesamt mehr als 8 Stunden pro Jahr unzumutbar und belästigend ist. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen (Signatur)	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2, 2.3, 2.5, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.5 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1726	Sehr geehrte Damen und Herren, Ich lebe seit nun ca. 2 Jahren auf Pellworm. Nach langer Krankheit ist die Nordseeinsel für mich ein neues Zuhause geworden. So sehr schätze ich mein Leben mitten in der Natur.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nun sind hier in Sichtweite meines Hauses Windräder in Plannung. Die Fläche die für diese genutzt werden soll erschreckt mich! Dort leben zahlreiche Vögel und es ist für diese Brut- und Rastgebiet. Es sind viele Säbelschnäbbler Paare zu beobachten, um nur eine der hier ansässigen Küstenvögel zunennen. Auch gehe ich davon aus, dass für uns Anwohner das Thema "Schlagschatten" belastend wird. Die Insel Pellworm ist schützenswerter Erholungsraum für Gäste und Anwohner. Auch den Tourismus werden die vielen auffälligen Windräder belasten. Schon bei Ankunft auf die Insel, Sicht auf die Windräder. Da wird Da wird der erhoffte erholsame Urlaub weniger nachhaltig und eine weitere Reise nach Pellworm gestrichen. Seit Jahren ist Pellworm Teil des Nationalpark Wattenmeer, ein wichtiger schützenswerter Lebensraum. Auch gehe ich davon aus, dass hier schon für den Bau der Windanlage die nötige Infrastrucktur fehlt und es einen massiven Eingriff in die Natur bedeuten würde diese zu schaffen. Ein weiterer bemerkensweter Punkt ist, dass an Tagen mit hohem Windaufkommen bzw. Sturm die gewonnene Energie der aktuell bestehenden Windanlagen nicht gespeichert, weitergeleitet also entsprechend genutzt werden kann. Ich bitte sie daher dringend Abstand von neuen Windanlagen auf Pellworm zu nehmen und Alternativen zu Küste zu suchen, in angemessenem Abstand zu Wohngebieten! Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2336	Brief-Nr. 10 Betreff: Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. °	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vernichtung von Altersvorsorge! Jeder Bürger, jede Bürgerin ist angehalten sich neben der gesetzlichen Rente auch noch eine private Altersvorsorge aufzubauen, gerade auch weil die gesetzliche Rentenversicherung in Zukunft überstrapaziert wird aufgrund der Babyboomer Jahrgänge. Die Landesregierung macht diese gerade kaputt. Mit der neuen Abstandsregelung, die einen Mindestabstand von 400m zu Einzelgebäuden und 800m zu Siedlungsbereichen festschreiben will, ohne diesen Abstand von der künftigen Höhe der neuen WEAs festzumachen, werden Immobilien in Nähe von einzelnen Windkraftanlagen und in Nähe zu ganzen Windparks nahezu unverkäuflich. (www.hevwinterthur.ch/ratgeber/einfluss-von-windenergieanlagen-auf-immobilienpreise/) o Wenn Windenergieanlagen in der Nähe zu Liegenschaften betrieben werden, können neben der Sichtbarkeit der Windturbinen auch Immissionen durch Lärm und Schattenwurf die betroffenen Liegenschaften beeinträchtigen. Auch Eiswurf ist relevant. Mehrere internationale Studien belegen, dass diese Immissionen einen Einfluss auf die Immobilienpreise haben und zu Wertminderungen bei Liegenschaften im näheren Umkreis der Windenergieanlage führen. Neben dem Abstand zur Liegenschaft beeinflussen auch die Höhe, Leistung und Lage der Windturbine das Ausmaß der Wertminderung bei den betroffenen Liegenschaften. o Eine vernachlässigbare Wirkung der WEA ist erst ab ca. 10km Entfernung gegeben! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen (Signatur)	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2243	Sehr geehrte Damen und Herren Zur geplanten Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 - möchte ich Bedenken wegen m.E. neuer und erheblicher Risiken anmelden, die sich aus dem Entwurf ergeben. Sie beziehen sich besonders a) auf die zunehmenden Höhen der Windkraftanlagen (im Folgenden mit „WA“ bezeichnet) und b) auf die im Vergleich zu früheren Regelungen verringerten Abstände künftiger WA zu	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.7, 7.2.9 und 7.3.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wohngebieten, Infrastruktur und schutzwürdigen Naturgebieten. Höhe und Abstand der WA sind aus folgenden Gründen zu bedenken und neu zu bewerten: Die Folgen von Havarien von WA, deren Eintreten mit ansteigender Zahl von Windkraftanlagen zweifelsfrei zunehmen wird, findet im Entwurf keine Berücksichtigung. Ich fordere Sie auf, sicherzustellen, dass in ihren Planungen der Abstand einer WA zu Wohngebäuden so bemessen sein wird, dass bei einer Havarie der Anlage als Folge von Blitzeinschlag, Sturm, technischem Versagen etc. eine Gefahr für Gesundheit und Leben der Anrainer durch umherfliegende Trümmerteile, dadurch ausgelöste Brände oder giftige Gasen und Rauchpartikel nach menschlichem Ermessen auszuschließen ist. Je höher die Anlage und je dichter sie an den Wohneinheiten ist, umso größer die Gefahr. Bei der Bewertung der gesundheitlichen Folgen von Infraschall durch die WA ist die Wissenschaft noch zu keiner eindeutigen Beurteilung gekommen, da für diesen Bereich Langzeitstudien noch ausstehen. Sollte sich also in einer Studie herausstellen, dass dauerhafter Infraschall gesundheitsgefährdend ist, wäre es fatal, die Abstände zu Wohngebieten nicht ausreichend bemessen zu haben. Neben dem gesundheitlichen Schaden für die Bürger wäre auch der wirtschaftliche Schaden mehr als nur unzumutbar. Unstrittig allerdings ist ein weiterer gesundheitlicher Aspekt: Es geht um die Langzeitfolgen des Abriebs von Kunststoffpartikeln an Kanzel und Rotoren. Dieser Abrieb hat eine „schleichende“ Akkumulation von Mikroplastik und damit eine stetig wachsende Belastung von Böden, Oberflächenwasser, Grundwasser und Leben besonders im Umfeld von WA zur Folge, denn Kohlefaser-verstärkte Kunststoffe werden bakteriell entweder gar nicht oder, wenn überhaupt, nur extrem langsam abgebaut. Nun sind die Gefahren von Mikroplastik auf Mensch und Umwelt aus Forschungsprojekten bereits zweifelsfrei erwiesen. All diese genannten Gründe zwingen meines Erachtens dringend dazu, sowohl die Höhe der Anlagen als auch deren Abstand zu den Wohngebieten neu zu bedenken und gegebenenfalls neu zu bewerten. Ich bitte um eine Bestätigung meiner e-mail und verbleibe	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichem Gruß [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1725	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich befürchte körperliche Beschwerden und ich möchte, dass eine Abstandregelung von mindestens 5H zur Wohnbebauung gilt • Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen (Riegelbildung). • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. • Ich bin daran interessiert, dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwischen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet ist. • Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. • Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z. B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete,Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. • Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter. (PFAS – Ewigkeitschemikalien) • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. • Ich möchte, dass überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten bleiben. • Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen)unbeeinträchtigt bleiben. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2335	Brief-Nr. 9 Betreff: Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.3, 7.2.4, 7.2.5, 7.2.6, der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. « Jede zusätzlich gebaute Windkraftanlage steigert zurzeit bei viel Wind nur die Spitzenleistung der Stromerzeugung. Diese kann bisher weder gespeichert noch, durch mangelhaften Trassenbau, abgeführt werden. Jedes weitere Windrad erhöht die Stromanschlussgebühr für den Stromkunden/Bürger. Eine Umkehr der Planung ist notwendig. Wir brauchen vorerst die Infrastruktur, bevor wir noch mehr Stromerzeugungsanlagen bauen. Erstrebenswert: Würde jeder Windkraftanlagenbetreiber dazu verpflichtet einen gleichbleibend hohen Strominput ins Netz zu liefern, wären alle Anlagenbetreiber gefragt über Stromspeicherung nachzudenken. Eine Vielzahl an Ideen könnte zusammenkommen, ein riesiges Brainstorming, sozusagen aus der Not geboren Geld zu verdienen. Stattdessen werden die Stromkunden wie eine Kuh gemolken und der Anlagenbetreiber braucht nur die Hand aufzuhalten. Er bekommt sein Stromgeld: Strom geliefert oder abgeregelt. Uns gehen viele Möglichkeiten verloren, diese Aufgabe bisher nicht auf vielen Schultern zu verteilen, ...das wäre mal wirklich zukunftsgerichtet und innovativ. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1724	Es bestehen schon so viele Windräder. es müssen nicht noch mehr die Landschaft verschandeln. Dass die Windräder nicht sinnvoll sind, wird ja auch nicht verraten. Die Herstellung einer Anlage kostet mehr, als es bringen kann und lohnt sich nur wegen der Ökoförderung. Es gibt natürliche Möglichkeiten, um Strom produzieren zu können, dies bislang nicht genutzt werden. Aus Lobby-Interessen. Stoppt den ganzen Wahnsinn!	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1, 7.2.5, 7.2.10 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2334	Brief-Nr. 8 Betreff: Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. ° Es steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung, dass z.B. die	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 2.2, 2.3, 2.5, 7.4.2, 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	mögliche Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101 einen unzureichenden Abstand zu festgelegten Siedlungsbereichen (hier der Siedlungsachse Kiel-Melsdorf-Felde) aufweist. Generell muss als Ziel und Grundsatz der Raumordnung definiert werden, dass zu festgelegten bzw. geplanten Siedlungsbereichen/-achsen ein Abstand von Vorrang- und Potenzialflächen von mindestens 1000m (800m + 200m Sicherheitspuffer) einzuhalten ist. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen (Signatur)	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1723	Ich möchte, daß die Natur erhalten bleibt und lehne jegliche Art von Windrädern und Photovoltaik ab. Ohne Natur können wir nicht leben. Wir müssen die Natur und die Menschen schützen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1722	Nein Danke. ich bin dagegen, dass noch mehr Grünflächen zugebaut werden. Statt dessen sollten Bäume gepflanzt werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.17.1, 3.18.1, 4.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1720	Auch wenn derzeit bekannt ist, dass der Umwelt- und Tierschutz keine Rolle mehr spielt, so ist es doch unsere menschliche Pflicht den Bau jedes weiteren Windrades zu verhindern. Auch die Zerstörung bzw. Versiegelung des Bodens und teilweise sogar die Abholzung von Bäumen sind ein weiterer negativer Schritt, den es unbedingt zu verhindern gilt. Die Auswirkungen auf den Menschen durch den Lärm solcher Anlagen ist sicherlich sehr unterschiedlich, aber dennoch nicht zu unterschätzen. Die konkreten Auswirkungen auf die Tiere ist dabei nicht bekannt. Abgesehen von dem massenhaften sterben von insekten und Vögeln. Insofern sollte diese Fortführung und auch Erweiterung der Zerstörung dringend Einhalt geboten werden. Die Möglichkeit der Stellungnahme scheint schon länger online zu sein, war aber dem normal sterblichen nicht bekannt. Aufgrund der Kürze der verbleibenden Zeit kann die Ausführung leider nur in Kurzform erfolgen. Darüber hinaus ist es bei solch unfassbar wichtigen Themen m.E. unbedingt erforderlich eine Volksabstimmung durchzuführen. Denn der Großteil der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.3, 7.2.14, 7.3.2, 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bevölkerung ist gegen eine weitere Umweltzerstörung, die durch einige wenige vorangebracht werden soll. Insofern bitte ich alle zu beachten, wir haben die Möglichkeit unsere artenvielfalt zu schützen, in dem wir jedem weiteren Bau von windrädern verbieten. Nur nach dem Abbau eines Windrades, kann an der identischen Fläche ein neues Windrad entstehen, da ist der Schaden schließlich bereits angerichtet. Darüber hinaus sollte es dringend geboten sein, hohen und unnötige Subventionen für ein solch schädliches unterfangen vollständig aufzuheben. Nur mit marktwirtschaftlichen Gegebenheiten kann ein Land vernünftig funktionieren. Vielen Dank und in der Hoffnung die Umweltzerstörung findet bald ein Ende.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1715	Sehr geehrte Damen und Herren! Hiermit möchte ich meine Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern.. Die angeführten Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Zunächst fordere ich eine Verlängerung der Abgabefrist auf mindestens 6 Monate, da ich das beschleunigte Verfahren der Räumlichkeitsprüfung ablehne. Denn ich möchte eine unzumutbare Riegelbildung von Orten (auch von Einzelgehöften!) gegen den Willen der Anwohner ausgeschlossen wissen. Deshalb fordere ich eine Beteiligung der Anwohner im Umkreis von 2000 m am Genehmigungsverfahren. Mein Anliegen ist die Abstandsregelung von mindestens 1500 m zu jeder Wohnbebauung, u.a. auch wegen einzukalkulierender Havarieunfälle. Um sowohl eine unnötige Kontamination landwirtschaftlich genutzter Flächen als auch die Zerstörung vorhandener Naturschutz- und Naherholungsgebiete zu vermeiden, sollten insgesamt Windkraftanlagen erst nach einer gesicherten Stromeinspeisung genehmigt werden können. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.11.1, 2.2, 2.3, 2.5, 4.2.1, 7.1.3, 7.1.5, 7.2.5, 7.3.8, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2333	Brief-Nr. 7 Betreff: Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. « Abschaffung der Gemeindeöffnungsklausel, da sie bis Abschluss der Regionalplanerstellung einem Wildwuchs neuer WKAs die Türen dort öffnet, wo es mit einem Ziel der Raumordnung sonst nicht vereinbar ist. Alle Stellungnahmen bezüglich der Kriterien zum Erhalt von schutzwürdigen Flächen, Artenschutz, Kulturgut und Wohlbefinden der Bevölkerung werden mit der Gemeindeöffnungsklausel mit einem Schlag außer Kraft gesetzt werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen (Signatur)	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.1.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2345	Teilfortschreibung des Kap. 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans - Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) Zu dem o.g. Entwurf möchte ich gern als auf Eiderstedt wohnende Biologin Stellung nehmen. Den weiteren Fortschritt der Energiewende halte ich für dringend erforderlich. Klimaschutz dient auch dem Naturschutz. Gleichzeitig muss die Energiewende schon aus Gründen der Rechtssicherheit naturverträglich gestaltet werden und in diesem Kontext Artenschutz- und Biodiversitätsziele beachten. Unter anderem hat Deutschland sich aus guten Gründen in vielfältiger Weise rechtlich zur Wiederherstellung und Förderung der Artenvielfalt verpflichtet. Beispielhaft nenne ich die EUVogelschutz- und	Die Stellungnahme wird als Zustimmung zu der Planung zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	FFH-Richtlinien, das Ramsar-Abkommen zum Schutz der Feuchtgebiete, das EUNatur-Restauration-Law, das Abkommen zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel (AEWA) und das Bundesnaturschutzgesetz. Ich begrüße daher sehr ausdrücklich die Festlegung im o.g. Entwurf, einerseits die Hauptachsen des internationalen Vogelzugs und andererseits die Schwerpunkte der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Brutpaar-Dichten von weiteren Windenergieanlagen (= WEA) freizuhalten. Diese Festlegung ist meines Erachtens wesentlich und rechtlich geboten, um den o.g. rechtlichen Verpflichtungen hinsichtlich der Vielfalt von Arten und Lebensräumen nachzukommen. Es ist daher sehr entscheidend, dass die betreffenden Festlegungen (S. 58 des vorgelegten Entwurfs) auch nach Ende des Beteiligungsverfahrens noch Bestand haben müssen: 1. In den Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung, charakterisiert durch eine sehr hohe Zugintensität, sind die Ausweisung von Wind–energiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen. Die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung sind in der Karte (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) festgelegt. 2. In Wiesenvogelbrutgebieten mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen. Die Wiesenvogelbrutgebiete mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind in der Karte (Anlage2 zu § 1 der LEPWindVO) festgelegt. Mein Fokus als Eiderstedterin liegt dabei auf der Halbinsel Eiderstedt, für die ich es für unabdingbar halte, sie komplett von weiteren (abgesehen von bereits vorhandenen) WEA freizuhalten. Das gilt auch für die ausgewiesenen Potentialflächen (siehe https://schleswigholstein.de/mm/downloads/MILIG/lepWind_teilfortschreibung_2024/Potentialflaechenkarte_20240607.pdf, aufgerufen am 28.08.2024) bei Witzwort, Uelvesbüll und in der Husumer Südermarsch. Begründung a) Vogelzug Die geografische Lage von Eiderstedt als in die Nordsee hineinreichende Halbinsel bewirkt starke Konzentrationen von Zug- und Rastvögeln. Wesentliche Zugwege sind der Heverstrom im Norden, die Eider im Süden als wichtigster Zugtrichter auf dem Heimzug und die Dünenkette am Westrand von Eiderstedt als Zugwegfortsetzung von Sylt über Amrum weiter Richtung Elbmündung. Die LAG der Vogelschutzwarten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	empfiehlt, überregional bedeutsame Zug-Konzentrationskorridorre von WEA freizuhalten (s. LAG VSW 2015). Die Zugintensitäten auf Eiderstedt gehören bei Gänsen, arktischen Limikolen und Drosseln zu den höchsten in Norddeutschland. Schwerpunkte u. a. bei St. Peter basieren auf der Leitlinienwirkung der Westküste der Halbinsel. Hier verläuft stark gebündelt insbesondere der Zug von Greifvögeln und Singvögeln auf der Route Sylt -> Amrum -> Eiderstedt. b) Anerkennung des schleswig-holsteinischen Wattenmeeres als Weltnaturerbe gefährdet Ich habe ernste Sorge, dass eine weitere Öffnung der Halbinsel Eiderstedt für Windkraft die Anerkennung des schleswig-holsteinischen Wattenmeeres als Weltnaturerbe in Gefahr bringen könnte und verweisen in diesem Zusammenhang auf die Resolution der UNESCO Welterbe Kommission vom 25.06.2024 in Neu Dehli, in der die Kommission u.a. auf Energieerzeugungsanlagen in Randgebieten des Wattenmeeres eingeht (siehe https://whc.unesco.org/en/soc/4629/%20Draft%20Decision:%2046%20COM%207B.51, aufgerufen am 01.08.2024). Im Einzelnen sei hier zitiert aus der "Analysis and Conclusion by World Heritage Centre and the Advisory Bodies in 2024": "As the property has no buffer zone, it is important to recall Paragraph 112 of the Operational Guidelines, which highlights that an effective management approach extends beyond the property to include its wider setting, as its management is related to its role in supporting the OUV of the property.“ "While it is important to recognise the necessity to accelerate renewable energy production, the increasing number of onshore and offshore energy facilities within the wider setting of the property is an issue of continuing concern." Außerdem zitiere ich aus der Draft Decision: 46 CM 7B.51: Acknowledges the importance and necessity to accelerate renewable energy production, nevertheless, notes with serious concern the increasing number of onshore and offshore energy facilities (e.g., wind) within the wider setting of the property, and requests moreover the States Parties to: Adopt a joint strategic and systematic approach to the planning and implementation of projects to connect offshore infrastructures with the mainland, with the aim of avoiding	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	negative impacts on the OUV of the property, Ensure that the planning and implementation of onshore energy facilities (e.g., wind) avoid negative impacts on migratory bird pathways and habitats; Die Halbinsel Eiderstedt zählt mit Sicherheit zu den oben genannten "wider settings" und hat zentrale Bedeutung für den Vogelzug, der wiederum als "außerordentlicher universeller Wert" eine wichtig Rolle spielt für die Anerkennung des Wattenmeeres als Weltnaturerbe. c) Wiesenvogelschutz Für Kiebitze, Uferschnepfen und Rotschenkel ist Eiderstedt eines der bedeutendsten Brutgebiete in Schleswig-Holstein (siehe z. B. https://www.wo-ist-greta.de/wo/hier-helfen-wir-greta/eiderstedt/ aufgerufen am 28.08.2024 oder HÖTKER et al. 2005). Literatur HÖTKER, H., H. KÖSTER & K.-M. THOMSEN (2005): Brutzeitbestände der Wiesenvögel in Eiderstedt und in der Eider-Treene-Sorge-Niederung/Schleswig-Holstein im Jahre 2001. Corax 20 (1), 1-16. LAG VSW (2014): Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten (Stand April 2015). Berichte zum Vogelschutz, 51, 15-42. Mit freundlichem Gruß, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1714	**<u>Stellungnahme „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024“</u>** ***Zusammenfassung:***	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen. Gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz ist Schleswig-Holstein verpflichtet einen prozentualen Anteil der Landesfläche (Flächenbeitragswert) nach Maßgabe des genannten Gesetzes auszuweisen. Aufgrund dieser gesetzlichen Verpflichtung steht

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Bürgerinitiative WindVernunft Kiel e.V. lehnt die „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024“ aufgrund der negativen Folgen eines inakzeptabel überzogenen Windkraftzubaus für die Bürger, die Tierwelt, Natur und Landschaft in Schleswig-Holstein ab. Wir fordern stattdessen die Umsetzung eines alternativen Ansatzes zur Erreichung der energiepolitischen Ziele des Landes - mit bereits heute umsetzbaren besseren regenerativen Lösungen. Die Windkraftplanung des Landes ist im gleichen Zug unter strenger Anwendung der teilweise wieder verschärften Ziele und Grundsätze der Raumordnung zu beschränken, auch da sie mit über 82% der Stromerzeugung gegenüber z.B. nur 8% durch Photovoltaik (Stand 2022) ihren Maximalbeitrag zur Energiewende in Schleswig-Holstein bereits weit überschritten hat. Entscheidend ist unter dem Strich, dass Schleswig-Holstein in einem ausgewogenen Strommix über verschiedene regenerative Lösungen dieselbe Menge Strom erzeugt, die vom Land jetzt mit Windkraft angestrebt wird. Und zwar in einer bürger- und umweltverträglichen Form. Entsprechende Gespräche mit dem Bund sind ggfs. zu führen. **1. Die Forderungen im Überblick:** Vor dem Hintergrund vorhandener und effizienterer regenerativer Energiealternativen und einer schon 2020 schwer umsetzbaren Windkraftplanung auf „nur“ 2% der Landesfläche ist der **weitere Windkraftzubau an Land auf zwei Punkte zu beschränken**: a. das Repowering auf bestehenden Flächen b. die Neuerstellung auf konfliktfreien Flächen Konfliktfrei in diesem Sinne sind Flächen ohne Einschränkung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung, sprich ohne Vorkommen harter Tabu- und Abwägungskriterien auf einer Potenzialfläche. Hierunter sind insbesondere **naturschutzrechtliche Aspekte** wie Landschaftsschutzgebiete, regionaler Grünzug, geschützte Talräume/Wasserrecht, Biotopverbundsystem, Geotop, Kompensationsflächen, Kleinstbiotope, Großvogelvorkommen (Milan, Seeadler, …) streng anzuwenden. Insbesondere bei Doppel- und Mehrfachüberschneidungen dieser Kriterien auf Potenzialflächen sind diese	die Flächenausweisung nicht zur Disposition. Im Rahmen der Flächenausweisung sollen bestehende Vorranggebiete Windenergie und vorhandenen Windparks vorrangig in die Flächenausweisung einbezogen werden, sofern die entsprechenden Ziele und Grundsätze berücksichtigt worden sind. Um den Flächenbeitragswert zu erreichen, sind auch neue Flächen einzubeziehen. Dabei wird die Konfliktträchtigkeit im Einzelfall der Abwägung unterzogen. Im Landesentwicklungsplan Windenergie ist daher eine Vielzahl an Zielen und Grundsätzen festgelegt, um sicherzustellen, dass die am besten geeigneten Flächen für die Vorranggebietsfestlegung herangezogen werden. Auf die allgemeine Synopse, insbesondere die Punkte 2.3.1, 7.1.5, 7.2.2, 7.3.7 wird verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von Windkraft freizuhalten. Viele Kommunen haben mit ihren Landschaftsschutzgebieten ein wichtiges Element zum Freiraumschutz etabliert. Wir erwarten, dass das Land dies respektiert. Windkraftzulassungskriterien wie z.B. Mindestabstände bei bedrohten Vogelarten müssen auf einer **wissenschaftlich fundierten Grundlage** wie dem „Neuen Helgoländer Papier“ der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW) basieren, das den neuesten Forschungsstand zur Gefährdung von Vögeln durch Windkraftanlagen berücksichtigt. Windkraftprojekte sind in der Umgebung anderer **baulicher Großprojekte** wie z.B. geplanter Neubausiedlungen, Autobahnausbau, Umspannwerke, etc. unzulässig, insbesondere in verdichteten Räumen. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass eine ausgewogene Siedlungspolitik in diesen Gebieten - ohne in Konkurrenz zur Energiegewinnung zu stehen - möglich bleiben muss. Es ist ein **variabler Mindestabstand für neue Windkraftanlagen zu Gemeinden und Städten** proportional zur Höhe installierter Windräder einzuführen. Die Formel dazu: Höhe der WKAs/150 x 1000m in Anlehnung an den vom Land 2020 festgelegten Mindestabstand von 1.000m bei 150m hohen WKA. Zu guter Letzt mahnen wir die **staatliche Fürsorgepflicht gegen Havarie-Risiken von WKAs** ein, deren Folgen im Brand- oder Zerstörungsfall höherer WKAs mehr Distanz zu menschlichen Ansiedlungen zwingend erfordern. Dieses vor dem Hintergrund, dass in den letzten Jahren in Deutschland über 420 Unfälle privat dokumentiert wurden und die Dunkelziffer mangels fehlender staatlicher Statistiken groß sein dürfte. Mit dem Bund ist wahrscheinlich über eine **alternative regenerative Vorgehensweise** zu verhandeln. Es bieten sich die *Windkraft auf See*, *Photovoltaik* inkl. *Agri-PV* sowie innereuropäische kommunale Energiepartnerschaften im Rahmen eines *EU-Supernetzes an*. Entscheidend ist die **verträgliche Erreichung** der gesteckten erneuerbaren Energieziele. In bürger- und umweltverträglicher Form. **2. Begründung** Mit steigender Höhe und Leistung von Windkraftanlagen durch technischen Fortschritt nimmt die Raumwirksamkeit bzw. Fernwirkung der Anlagen auf Menschen, Tiere, Natur und Landschaft auch zukünftig weiter zu. Dabei beschränkt sich der Flächenverbrauch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Windkraft in Schleswig-Holstein nicht nur auf die vom Land ausgewiesenen 7,2% der aktuellen Windkraft-Potenzialflächen, sondern betrifft bei Anwendung der landeseigenen Abstandsregeln[1] eine exponentiell deutlich höhere **Fläche von 80-90%** Schleswig-Holsteins – bei „nur“ 200 bis 250m hohen WKAs. Technisch möglich werden in den nächsten Jahren sogar Anlagen von über 300m Höhe, siehe die dieses Jahr noch fertiggestellte Pilotanlage von 365m in Schipkau/Brandenburg. 80-90% der Fläche Schleswig-Holsteins entspricht einem nahezu flächendeckendem Landschafts- und Naturverbrauch mit allen negativen Konsequenzen wie optischer und akustischer Belästigung sehr vieler Bürger, Tötungsrisiken bei Großvögeln und Insekten, Immobilienwertverlusten im Milliardenbereich im Land, Ausschluss einer Vielzahl notwendiger Siedlungsprojekte, großflächiger Verlust an Naherholungs- und Tourismusgebieten, Lebensraum usw. Andererseits produziert Schleswig-Holstein schon jetzt über 200% seines Eigenbedarfs an Strom selbst, überwiegend aus regenerativen Energien (vor allem der Windkraft an Land) und versorgt damit rechnerisch auch noch ganz Hamburg.[2] Ein kritischer Faktor in diesem Zusammenhang ist allerdings die hohe Abhängigkeit von der Windkraft an Land, die schon 2022 55% der gesamten regenerativen Stromerzeugung bzw. 93% des Stromverbrauchs in SH beisteuerte. Zum Vergleich: Photovoltaik kam auf gerade mal 8% in der Erzeugung. Eine ausgewogene Nutzung von Wind & Sonne als Hauptenergieträger in Schleswig-Holstein ist dies nicht ansatzweise. Im Gegenteil besteht hier grundsätzlich ein sehr großes Versorgungsrisiko, denn auch hier weht häufiger kein Wind. Dabei weist die Photovoltaik auch im sonnenschwächeren Schleswig-Holstein eine deutlich effizientere Stromerzeugung und einen deutlich geringeren Flächenverbrauch auf als die Windkraft an Land.[3] Hinzu kommt eine ähnlich positivere Energiebilanz der Windkraft auf See. Auch hier heraus leiten wir die Forderung einer **deutlich maßvolleren Windkraftplanung** des Landes mit **strenger Anwendung der z.T. wieder verschärften Schutzkriterien** („Ziele und Grundsätze der Raumordnung“) in der Flächenabwägung ab. **a. Das Kernproblem der aktuellen Windkraftplanung: Flächenverbrauch** Mit 80-90% wahrem Flächenverbrauch schießt die aktuelle Windkraftplanung des Landes weit über jedes vernünftige Maß hinaus. Es ist der falsche Weg, sich hier auf „nur 7,2%“ betroffene Landesfläche zurückzuziehen und die oben genannten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schutzkriterien massiv aufzuweichen, um diese Planung überhaupt umsetzen zu können. Dies macht auch eine aktuelle EU-Studie aus dem Juli deutlich: Hier hat die europäische Umweltbehörde festgestellt, dass Deutschland und damit auch Schleswig-Holstein ein Flächenproblem haben, das den Erfolg unserer Energiewende gefährdet. Deutschland müsste 4,4% der Bundesfläche für Wind & Solar freimachen, verfügt aber nur über 1,7%. Und davon wiederum stehen nur 0,7% für Windkraft an Land zur Verfügung.[4] 0,7%? Und Schleswig-Holstein plant ernsthaft mit zehnmal höheren 7,2%? Unser Land mag relativ gesehen mehr freie Flächen gehabt haben als andere Bundesländer, aber diese sind längst aufgebraucht. An den EU-Zahlen erkennt man die Übertriebenheit der aktuellen Windkraftplanung in einer unabhängigen Expertenbewertung. **b. Welche regenerativen Alternativen gibt es für Schleswig-Holstein?** Es gibt mehrere Alternativen, die wesentlich flächenschonender und effizienter sind: Die EU-Umweltbehörde macht in ihrer Studie zwei konkrete Vorschläge: Zum einen verweist sie auf das hohe und bei weitem noch nicht ausgeschöpfte Energiepotential der **Windkraft auf See**. Zum anderen schlägt sie ein solidarisches europäisches **Stromverbund-Supernetz** vor, in dem flächenarme Länder wie Deutschland auf vorhandene Wind- und PV-Flächen im Ausland ausweichen, z.B. in Spanien und Rumänien. Dort könnte viel günstiger Strom produziert werden, über den wir im Rahmen des Supernetzes verfügen könnten. Innereuropäische kommunale Energiepartnerschaften mit ausländischen Ausweichflächen wären hier ein sinnvoller Baustein. Wir selbst haben am Beispiel des neuen potenziellen Kiel-Flintbeker Windparks von Experten errechnen lassen, dass derselbe Stromertrag aus zehn modernen Windkraftanlagen bis zu 300m Höhe auch mit **Photovoltaikanlagen** bei nur gut 1/3 Flächenbedarf wie bei der Windkraft generiert werden kann. [5] Und es lassen sich noch eine Reihe weiterer Vorteile festhalten: PV erfordert dabei nur gut halb so viel Investitionskosten und verursacht keine nennenswerte Fernwirkung wie WKAs.[6] Die Anlagen sind zudem schnell und restlos wieder abbaubar. Auch Landwirte profitieren hier von drei- bis viermal höheren PV-Pachterlösen als landwirtschaftliche Erträge, wie z.B. beim Maisanbau.[7] Und, nicht zu unterschätzender Vorteil: Teilweise massive Immobilienwertverluste bis hin zu Totalverlust bei anrainenden Hausbesitzern treten bei	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	PV-Anlagen nicht auf. **c. Unsere Forderung an die Landesregierung: Überplanung** Anstatt den Großteil unseres Lebensraums in Schleswig-Holstein für über 300m hohe Windräder zu opfern, und dafür nur einen geringen Beitrag von unter 5% am gesamtdeutschen Energieverbrauch beizusteuern, sind mehrere Maßnahmen und Alternativen gleichermaßen umzusetzen, die im Sinne eines Alternativen-Mixes zu verstehen sind: **i. Windkraftzubau an Land:** Windkraft an Land hat bereits mit Abstand den höchsten Anteil an der Energieerzeugung in Schleswig-Holstein erreicht. Angesichts des absolut und relativ hohen Flächenverbrauchs und den daraus folgenden erheblichen Kollateralschäden ist der Windkraftzubau an Land ab hier grundsätzlich nur **auf Anlagen im Repowering und in konfliktfreien Flächen zu beschränken**. Konfliktfrei bedeutet hier ohne Belastung durch Ziele und Grundsätze der Raumordnung (bzw. Flächen ohne harte oder Abwägungskriterien) wie in der aktuellen Landesplanung vorgesehen. Im Minimum ist jede Fläche für Windkraft abzulehnen, die doppelt und mehrfach von folgenden Abwägungskriterien betroffen ist: Landschaftsschutzgebiet, regionaler Grünzug, geschützte Talräume/Wasserrecht, Biotopverbundsystem, Geotop, Kompensationsflächen, Kleinstbiotope, Siedlungsachsen, Großvogelvorkommen (Milan, Seeadler, …) Windkraftzulassungskriterien wie z.B. Mindestabstände bei bedrohten Vogelarten müssen auf einer **wissenschaftlich fundierten Grundlage** basieren. Windkraftprojekte sind in Regionen unzulässig, die bereits durch andere bauliche Großprojekte wie z.B. Neubausiedlungen, Autobahnausbau, Umspannwerke, … belastet werden. Es ist ein **variabler Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Gemeinden und Städten** proportional zur Höhe installierter Windräder einzuführen. Die Formel: Höhe der WKAs/150 x 1000m. **Naturschutzrechtliche Abstände** zu gefährdeten Tierarten sind auf dem Stand der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	letzten LEP 2021 einzufrieren. Angesichts der Wohnungsnot in Schleswig-Holstein haben **Siedlungsprojekte Vorrang vor Windkraft an Land.** **Tiefergehend sind insgesamt folgende Problemfelder aus den genannten Gründen zu nennen und vermeiden:** · **Aushebelung des Landschaftsschutzes** – Die Kompetenz für die Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten liegt auf der kommunalen Ebene der Kreise und kreisfreien Städte. Und dies zu Recht. Denn dort liegt das fachliche Knowhow für den konkreten Schutz der Landschaft und damit der großräumigen Sicherung von schützenswerter Landschaft. Dass der Bund diesen Schutz bei der Windplanung abschafft ist nicht nur aus Landschafts-schutzgründen abzulehnen, sondern auch rechtssystematisch höchst zweifelhaft, da das in den Planungsebenen verankerte Gegenstromprinzip nicht beachtet wird. Hier kann auch ein pauschaler Vorrang aller EEG-Anlagen nicht überzeugen, da doch ein konkreter Abwägungsprozess noch aussteht. Der Fortfall der Tabuzone Landschaftsschutzgebiet ist scharf zu kritisieren. Nun stehen die Flächen mit LSG später der Einzelfallabwägung zur Verfügung, die bei der Flächenauswahl für die Regionalpläne erfolgen soll. Wir erwarten, dass der Landschaftsschutz weiterhin streng mit einbezogen wird. Viele Kommunen haben mit ihren Landschaftsschutzgebieten ein wichtiges Element zum Freiraumschutz etabliert. Wir erwarten, dass das Land dies respektiert. Dies gilt insbesondere, wenn auch weitere landeseigene Abwägungskriterien gegen eine Windkraftnutzung auf den entsprechenden Potenzialflächen wirken, wie z.B.: Biotopverbund, Geotope, Biotope, Gewässertalräume etc. Eine Bündelung dieser Kriterien auf den entsprechenden Flächen verdeutlicht, dass eine Windkraftnutzung dort nicht vertretbar ist. · **Abwertung der Abstände zu Wohnhäusern und Siedlungen** – Der Bund sieht vor, dass 3H zukünftig nicht mehr gelten soll. Damit wird das bauplanungsrechtlich verankerte Rücksichtnahmegebot verletzt. · **Abschaffung von Höhenregelungen** – Durch die Freigabe jeglicher Höhenentwicklung fehlt es bei der Flächenabwägung an einer wesentlichen Größe. Eine Beurteilung der Flächenausnutzung ist vor dem Hintergrund immer höher werdenden Anlage nicht möglich.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	· **Aufgabe der Konzentrationswirkung** – Durch die Rechtsänderung und den Fortfall der Konzentrationswirkung ist eine abschließende Abwägung über die Auswirkung der Flächenauswahl schlichtweg nicht mehr möglich bzw. die Abwägung kann nur auf eine Vollauslastung der kompletten Potenzialfläche ausgerichtet sein. Bei der Beurteilung von Auswirkungen auf Mensch, Natur und weitere Schutzgüter ist daher immer auf dieses Maximalszenario abzustellen. · **Berücksichtigung des Instrumentes Regionaler Grünzug -** In hoch verdichteten Räumen z.B. um Städte sollte die Regionalplanung vom Instrument des Regionalen Grünzuges Gebrauch machen, um dem Freiraumschutz hier Vorrang einzuräumen. Ein Regionaler Grünzug widerspricht damit - gemäß landesplanerischer Kriterien - der Windkraftnutzung. Allein vor diesem Hintergrund kann dies nur eine Ablehnung entsprechender Potenzialflächen in diesem Bereich zur Folge haben. Die o. g. fachlichen Abwägungskriterien werden damit deutlich unterstützt. **Abschließend lässt sich sagen, dass die genannten Einschränkungen in keiner Weise der Energiewende entgegenstehen, da es angemessene und wesentlich verträglichere regenerative Alternativen in der Umsetzung gibt. Letztlich berücksichtigt dieser Ansatz auch noch andere wichtige Punkte und Risiken:** **Z.B. das allgemeine Versorgungsrisiko in Schleswig-Holstein, das durch die erhebliche Dominanz der Windkraft an der landesweiten Stromerzeugung entsteht.** Eine breitere Versorgungsbasis mit deutlich mehr Photovoltaik und Windkraft auf See ist hier erforderlich. Auch hier weht der Wind häufiger nicht. Das noch zu lösende Problem fehlender Stromleitungen und Speicher bleibt hiervon unberührt. Oder das völlig unterschätzte **Havarierisiko** von WKAs, die im Betrieb Feuer fangen und bei „kontrolliertem Abbrennen“ mit kilometerweiten Kunststoffpartikelfahnen die Umgebung verseuchen. WKAs knicken bei Sturm u.ä. um, schleudern ggf. Rotorflügel weithin in die Landschaft. Die Aufgabe der Höhenbegrenzung für bald über 300m hohe WKAs (wie in Schipkau noch in diesem Jahr) plus unverändert zu geringe Abstände zu menschlichen Siedlungen stellen für Anwohner insbesondere im ländlichen Raum ein unverantwortliches Risiko dar. Mittlerweile sind über 420 Vorfälle dieser Art in Deutschland über die letzten Jahre privat dokumentiert worden – bei hoher Dunkelziffer. Die Wahrscheinlichkeit entsprechender Vorfälle würde sich bei einer über 2% der Landesfläche hinausgehenden Windkraftplanung deutlich erhöhen.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ii. **Verstärkter und gelenkter Ausbau der Photovoltaik** Die durch den geplanten Windkraftausbau (7,2%) ab 2024 ergänzte Energieleistung von gut 80 TWh p.a. ist alternativ auch mit nur ca. 3% Fläche des Landes umsetzbar.[8] Bei deutlich geringeren Investitionskosten und allen bereits unter 2. bereits aufgezeigten Vorteilen der Photovoltaik. Zusätzlich ist die geförderte Nutzung freier ungenutzter Flächen auf z.B. Dächern öffentlicher und gewerblicher Liegenschaften, Parkplätzen und ähnlichen Optionen sinnvoll. Auch die Photovoltaik ist nicht frei von Kritik, verfügt gegenüber der Windkraft an Land aber über eine Reihe unschlagbarer Vorteile, die nicht zuletzt den öffentlichen Widerstand gegen die Energiewendepolitik in SH entscheidend positiv beeinflussen könnte. Insbesondere wenn auch die unter c. und d. aufgezeigten Alternativen im Sinne einer sinnvollen Diversifikation mit in die Planung einbezogen werden. Diese sind im Rahmen einer neuen Generalplanung einzubeziehen und lenken, analog zur Windkraftplanung, um Wildwuchs zu vermeiden. iii. **Verstärkter Ausbau der Windkraft Offshore** Der Anteil der Windkraft auf See ist zu erhöhen, da diese mit relativ wenig Seeflächenbedarf auf zwei bis dreimal mehr Energie wie Windkraft an Land zugreift, und gleichzeitig keine Landesflächen beansprucht. Das Fraunhofer-Institut hat schon vor Jahren berechnet, dass eine verhältnismäßig geringe Seefläche von max. 9% der Nordsee genügt, um den Großteil der Stromversorgung in D zu decken. iv. **Errichtung, Ausbau und Teilnahme am EU-Stromverbund-“Supernetz“** Nutzung reichlich vorhandener Flächen für PV und Windkraft zur kostengünstigeren und flächenschonenden Energieerzeugung mit anderen EU-Ländern. Entwicklung von Finanzierungs- und Energielieferverträgen im Rahmen grenzüberschreitender kommunaler Energiepartnerschaften. **d. Kosten / Aufwandsverhältnis und Energieziele des Landes** Die oben ausgeführten Alternativen des Einsatzes zeigen in vielerlei Hinsicht erhebliche Vorteile in der Erzeugung regenerativer Energie: Sie sind gerade im Mix stabiler, deutlich flächenschonender, günstiger, bürger- und naturgerechter. Und sie tragen damit zu einer wesentlich konfliktfreieren Erreichung der Energieziele des Landes bei. Bürger und Landwirte profitieren, die Windindustrie fokussiert sich mehr auf Windkraft Offshore und Exportchancen z.B. im Rahmen des angesprochenen Supernetzverbundes	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	innerhalb Europas. Die Politik kann sich mehr auf andere kritische Problemfelder wie die mangelnde Speicher- und Leitungsthematik konzentrieren. Ganz generell stehen hierbei aber Aufwand und Nutzen wieder in einem gesünderen Verhältnis zueinander. Mit Blick auf die Bundesforderungen stünde Schleswig-Holstein nach den bereits umgesetzten und mit 2% der Landesfläche zuletzt geplanten Zubaumaßnahmen ein selbstbewusstes alternatives Vorgehen mehr als zu. **Entscheidend ist, was - bürger- und umweltverträglich! - energietechnisch unter dem Strich rauskommt.** Wo ein Wille ist, ist ein Weg. Die Politik in Schleswig-Holstein muss erkennen, dass die vielen, auch gerne ungenannten Kollateralschäden dieser überzogenen Windkraftpolitik endlich berücksichtigt werden, insbesondere weil es Alternativen gibt! Der Vertrauensverlust in die Politik ist weit genug fortgeschritten. Lassen Sie uns unsere schöne schleswig-holsteinische Landschaft für unsere Kinder und Enkelkinder erhalten! Kiel, 7.9.2024 Der Vorstand BI WindVernunft Kiel e.V. i.V.: [redacted] Fussnoten: [1] Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein zur Belastung aus Windkraft vom 6.11.2023 unter §1.3: „***Der Raum, in dem das Landschaftsbild beeinträchtigt wird, umfasst etwa eine Fläche mit dem Radius des 15-fachen der Anlagengesamthöhe“.*** [2] Quelle: Statistik Nord [3] Siehe Rechenweg oben [4] Quelle: Focus; Joint Research Center EU-Umweltbehörde Juli 2024 [5] Quellen: Gasag 2023; IWB.ch; sens-energy.de; windenergy-expert; solaris24.de;	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fraunhofer Institut: Bei einem erwarteten Stromertrag pro Windrad von 13,2 Mio. kWh p.a. ergibt sich bei 10 Windrädern auf 186 ha ein zu ersetzender Gesamtertrag von 132 Mio. kWh p.a. Moderne PV-Anlagen produzieren auf nur 72 ha dieselbe Menge Strom: 72 x 2.000 kWh Leistung x 917 Volllaststunden = 132 Mio. kWh p.a. [6] PV: Preis pro ha ca. 0,5 MEUR x 72 ha = 36 MEUR // WKA (7,5 MW) 7.500 x 870 EUR = 6,5 MEUR x 10 = 65 MEUR [7] **Quellen: LL Hessen (Bsp. Maisanbau); landverpachten.de bis 5.000 EUR p.a. je ha* [8] Siehe Rechenweg oben	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1713	Anbei unsere Stellungnahme samt Anlagen.	Stellungnahme lag nicht bei.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2332	Betreff: Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. ° Die Landesregierung geht über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinaus und legt auch noch höhere Ertragsziele fest. Das führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus — einem bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins. ° Über 7 Prozent der Fläche Schleswig-Holsteins werden zurzeit als geeignete Windpotentialfläche ausgewiesen, das ist mehr als das Doppelte, was für Gesamtdeutschland (3 Prozent) durch den Bund festgelegt wurde. o Inder Gemeinde Westensee, mitten im Naturpark Westensee, liegt der Anteil ausgewiesener Windpotentialflächen bei 12,7 Prozent. Diese Flächen überlagern zudem Landschaftsschutzgebiete, die von menschlichen Einflüssen eigentlich weitgehend	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1.2, 1.5.1, 3.15.1, 3.18.1, 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausgenommen werden sollen und deren besonderer Schutz von Natur und Landschaft zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung des Naturhaushaltes erforderlich sind. o Der Grundsatz, dass in Landschaftsschutzgebieten die vorgefundene Eigentümlichkeit und Einmaligkeit der Landschaft erhalten werden soll ist mit dem Bau von WKAs ist nicht vereinbar. o Laut BfN hat die Landesregierung Schlesig-Holsteins lediglich 10,7 Prozent seiner Fläche als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen, alle anderen Bundesländer (außer Hessen) liegen mit bis zu 43 Prozent weit darüber. Ein Erhalt unserer Flächen zum Schutz unserer einmaligen Natur sollte oberste Priorität haben. (Quelle: Bundesamt für Naturschutz BfN) Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen (Signatur)	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1712	Der Kreis Dithmarschen ist mit einer derzeitigen Flächenauslastung von ca. 5% schon über ihrem Ausbauziel von 3,3% der Landesfläche für die Windkraft. Durch diese Vorbelastung sehe ich keinen Grund hier noch weitere Fläche freizugeben und Anlagen zu genehmigen. Insbesondere besteht daher absolut kein Grund in diesem schon so hoch belastetem Kreis auch noch über die Genehmigung von WKA in Landschaftsschutzgebieten nachzudenken. Wollen sie den Menschen auch noch die letzten Ruhe- und Erholungsmöglichkeiten nehmen. Selbst Wildtiere erhalten durch Beschilderung Ruhezonen, was sie aber durch den übermäßigen Bau von WKA ad absurdum führen. Sie gehen weiterhin von einer Reverenz Anlage von 200m und 5,5MW aus. Das ist Falsch, da heutige Anlagen mit bis zu 300m geplant und gebaut werden. Das ist nicht nur für Dithmarschen, sondern für ganz SH bei der flachen Landschaft ein unmöglicher Zustand. Die bisherigen Anlagen sind schon raumbeherrschend und aus weiter Ferne zu sehen. Von der Geräuschbelastung ganz abgesehen, wollen sie auch bei diesen Anlagen die gleichen Abstände belassen, wie bei den kleineren Anlagen. Das ist für die Anwohner nicht nur unerträgliche sondern durch die andauernde Beschallung und den Infraschall auch noch Gesundheitsschädlich.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1.2, 1.4.1, 3.17.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.5, 7.4.1, der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1711	Sehr geehrte Damen und Herren, als Gesellschafter der Planungsgesellschaft für den Bereich Windpotentialfläche	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	PR3_DIT_309 für die Gemeinden Epenwöhrden und Hemmingstedt beschäftige wir uns intensiv mit der Planung und damit auch mit den Naturschutzrechtlichen belangen sowie den in der Region hohen zukünftigen Bedarf an Erneuerbaren Energie für z.B. das im Bau befindlichen Batteriespeicherwerk und die für die Raffinerie Hemmingstedt geplante Wasserstoffanlage (Elektrolyseur). Einige Punkte sprechen für eine Ausweisung als Windeignungsgebiet • Wir planen die Errichtung von Anlagen mit Nabenhohen von 160-180m daraus ergibt sich eine fast unbelastete Höhe von ca. 80 Metern die unter dem Flügelrotor liegen. Diese Höhe minimiert das artenschutzrechtliche Konfliktrisiken deutlich. • In dem Gebiet des Wiesenvogel-Brutgebietes sind mehrere Stromleitungstrassen geplant bzw. schon im Planfeststellungsverfahren. Diese haben ebenfalls erhebliche Auswirkungen da hier in den Korridoren erhebliche Erdbewegungen stattfinden werden. • Volkswirtschaftlich wäre eine Anbindung an die geplanten Stromtrassen in dem Gebiet eine sinnvolle Sache da somit das Potenzial der Windkraftanlagen ins Stromnetz ausgeschöpft werden kann. Die auf Seite 77 bis 78 der Planbegründung aufgezählten Arten Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer stehen alle nicht auf der Brutvogel-Liste der windkraftsensiblen Arten im Bundesnaturschutzgesetz. Es ist in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehbar, weshalb Schutzgebiete für diese Arten festgelegt werden, die dann vor allem von Windenergieanlagen freizuhalten sind. • Die verwendete Flächenkulisse der Wiesenvogel-Brutgebiete weicht an vielen Stellen erheblich von der im "Wiesenvogelerlass" vom 25.03.2019 veröffentlichten Flächenkulisse ab, wie zum Beispiel auf Eiderstedt. Bitte Prüfen Sie die Windpotentialfläche PR3_DIT_309 erneut und nehmen Sie dies in den Regionalplan auf.	Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson	Liebes Land Schleswig-Holstein, hiermit möchte ich meine Bedenken und Einwände gegen die Fortschreibung des	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M2403	Landesentwicklungsplans und die Ausweisung bzw. Freigabe von Flächen für den Bau von Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein, insbesondere in dem auf der mit einem roten Viereck markierten Fläche auf der Karte, zum Ausdruck bringen (siehe vorherige Abbildungen). Zunächst möchte ich aber darum bitten, dass die Meinung, Einschätzung der Personen, die vom Ausbau persönlich profitieren, nicht relevant sein sollte. Es gibt mehrere Gründe, die gegen eine solche Maßnahme sprechen, und ich hoffe, dass diese in der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. **1. Umwelt- und Naturschutz** Die Errichtung von Windkraftanlagen in diesem Gebiet hat erhebliche negative Auswirkungen auf die lokale Flora und Fauna haben. Besonders betroffen wären geschützte Vogelarten und Fledermäuse, die durch die Rotorblätter der Windkraftanlagen getötet oder in ihrem Lebensraum gestört werden könnten. Diese nordöstliche Bereich der Gemeinde Rehhorst ist Heimat vieler bedrohter Arten, und deren Schutz höchste Priorität genießt. Zudem könnten die notwendigen Bauarbeiten die Bodenstruktur und das ökologische Gleichgewicht nachhaltig schädigen. Das Nutzen dieser Fläche wäre ein massiver Eingriff in die Natur und hätte schwerwiegende Folgen, da es die Hauptein- und Ausflugroute von Großvögeln ist, die auf der Fläche, die mit dem gelben Stern markiert ist, in Massen überwintern. Zu diesen Vögeln zählen unzählige Kraniche, Wildgänse und Schwäne. Darüber hinaus zählt der weinrot markierte Bereich zu einer Brutstätte des Rotmilans. Auf der Wiese, direkt nördlich angrenzend an die Fläche, die mit dem Stern markiert ist, konnten bei der ersten Grasernte dieses Jahr 11 Rotmilane beobachtet werden, wie sie dort auf Beutejagd gingen. Darüber hinaus sind viele weitere große Raubvögel hier beheimatet. Es ist der höchste Punkt im Kreis Stormarn und bietet aufgrund der südöstlich gelegenen Feuchtgebiete (Bachläufe und Seen) ideale Bedingungen für diese Tiere. Auch Störche und Graureiher sind hier regelmäßig zu beobachten und rasten teilweise direkt auf Gebäuden in der Ortschaft Pöhls (Gemeinde Rehhorst). Die Errichtung von Windkraftanlagen in solchen ökologisch sensiblen Gebieten stellt eine erhebliche Gefahr für diese Vogelarten dar, da es zu Kollisionen mit den Rotorblättern kommen kann. Der Verlust dieser Vögel könnte langfristig das ökologische Gleichgewicht stören und die Biodiversität der Region beeinträchtigen. Zusätzlich muss bei der Planung der notwendigen Zuwegungen zu den Windkraftanlagen berücksichtigt werden, dass die Umweltaspekte der betroffenen	Ziffern 2.4.1, 4.9, 4.14 bis 4.20, 6.2, 7.1.4, 7.2.6, 7.2.10, 7.2.14 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Flächen von den Planern bisher komplett ignoriert wurden. Dies betrifft nicht nur die markierte Fläche, sondern alle geplanten Anlagen in der Gemeinde. Die Errichtung dieser Zuwegungen würde weitere Eingriffe in sensible Naturgebiete nach sich ziehen, was zu zusätzlichen Schäden an der Flora und Fauna führen könnte. **Behinderung d er Sicht auf das UNESCO-Welterbe Hansestadt Lübeck (Altstadt mit ihren Kirchtürmen)** Da es sich an der Stelle, wo oben auf der Karte der gründe Doppelpfeil eingezeichnet ist, um den höchsten Punkt im Kreisgebiet handelt, hat man von dort eine freie Sicht auf das UNESCOWelterbe Hansestadt Lübeck. Dort ist die komplette Altstadt mit all ihren Türmen zu sehen. Besonders an Sylvester wird dieser Ort von den Einheimischen aufgesucht, um das Feuerwerk über der Lübecker Altstadt zu beobachten. **Wirtschaftliche Aspekte** Während die Förderung erneuerbarer Energien grundsätzlich begrüßenswert ist, sollte berücksichtigt werden, dass von der Errichtung der Windkraftanlagen wirtschaftlich hauptsächlich privilegierte Einzelpersonen, insbesondere Landeigentümer, profitieren würden. Die breite Bevölkerung und die Gemeinde Rehhorst hingegen hätten überwiegend mit den negativen Folgen zu kämpfen. Die Dorfentwicklungsplanungen der Gemeinde Rehhorst, insbesondere bezüglich neuer Baugebiete, würden erheblich behindert, da südlich von Rehhorst bereits ein Windpark entsteht, nordwestlich zwei Starkstromtrassen verlaufen und Windkraftanlagen stehen, östlich die Starkstromtrasse Nordlink entstehen wird und im Norden weitere Vorranggebiete in den Nachbargemeinden geplant sind. Diese Konzentration von Infrastrukturprojekten um die Gemeinde herum würde das Gebiet zunehmend unattraktiv für neue Einwohner und Investoren machen, was langfristig zu wirtschaftlichem Stillstand führen könnte. Die Ausgaben der Gemeinde Rehhorst sind in den letzten Jahren viel stärker gestiegen als die Einnahmen, obwohl die Gemeinde über Jahrzehnte sparsam gehaushaltet hat. Die erhöhten Ausgaben sind insbesondere auf gestiegene Kosten bei fremdbestimmten Investitionen zurückzuführen, wie der Instandhaltung von Straßen, Kanalisation, Feuerwehr, Kindergarten und Schule. Zudem entsteht durch die Errichtung von Windkraftanlagen in der Gemeinde Rehhorst eine Art passive Subvention für die Betreiber der Windkraftanlagen. Für die Wartung und Instandhaltung der Windkraftanlagen werden Schwerlastkräne über Gemeindestraßen rollen, deren Kosten über die Abgaben der Bevölkerung getragen werden müssen. Die Gemeinde Rehhorst	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	hat nur 750 Einwohner, aber aufgrund ihrer Fläche überproportional viele Straßenkilometer zu pflegen. Hinzu kommt die regelmäßige Instandsetzung von Sielen auf den Kreisstraßen, die ebenfalls zu Lasten der Bevölkerung geleistet werden müssen. Die Schwerlastkräne beschleunigen das Absacken dieser und erhöhen die Instandhaltungskosten erheblich. Darüber hinaus darf das Land Schleswig-Holstein nicht vorsätzlich dafür sorgen, dass eine Gemeinde sich nicht mehr selbst finanzieren kann. Die finanzielle Belastung der Gemeinde Rehhorst wird bereits jetzt durch fremdbestimmte Vorgaben (Landesgesetze) so stark getrieben, dass die Gemeinde in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet wird. Dies würde gegen die Prinzipien der kommunalen Selbstverwaltung und der finanziellen Eigenständigkeit verstoßen, die essenziell für die nachhaltige Entwicklung und den sozialen Frieden in den Gemeinden sind. Und die beschriebene Belastung ist in der Gemeinde Rehhorst gegenwärtig und absehbar sehr massiv. Mit den geplanten Vorhaben vom Land wird die Möglichkeit des Wachstums auf absehbare Zeit verschwinden. Bitte belegen Sie, dass die finanzielle Eigenständigkeit der Gemeinde Rehhorst auf Dauer sichergestellt ist und nicht schon durch bereits umgesetzte Energieprojekte massiv beschnitten worden sind. Der Nutzen der Windkraft ist für die Betreiber und die Landeigentümer enorm. Die Gemeinde, auf deren Gemeindefläche die kritische Infrastruktur errichtet wird, wird dadurch wirtschaftlich stranguliert. Die wirtschaftliche Belastung der Bewohner der Gemeinde und der Gemeinde an sich, die der Ausbau der thematisierten Infrastruktur mit sich bringt, findet aktuell keine oder nur eine geringe Berücksichtigung auf Seiten des Landes, der Landeigentümer und der Betreiber. Eine Bebauung mit Windkraftanlagen zwischen der Gemeinde Rehhorst und Feldhorst wäre begrüßenswert, wenn die finanzielle Eigenständigkeit der Gemeinde über die Laufzeit dieser Anlagen gesichert werden kann (allein durch die Einnahmen durch die Anlagen). Eine Bebauung zwischen Rehhorst und Zarpen würde hunderte Großvögel töten (Rotmilan, Kraniche, Schwäne, Graugänse), die genau auf den markierten Flächen überwintern. Zudem sprechen noch diverse weitere Aspekte dagegen. **Schlussfolgerung** Angesichts der aufgeführten Argumente fordere ich die Verantwortlichen auf, die Pläne für die Ausweisung, insbesondere der markierten Fläche des Vorranggebietes für Windkraftanlagen zu überdenken (besonders zwischen Rehhorst, Pöhls und Zarpen). Es	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ist von entscheidender Bedeutung, dass bei der Entscheidungsfindung sowohl ökologische als auch soziale und wirtschaftliche Aspekte umfassend berücksichtigt werden, um eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen, die sowohl den Bedürfnissen der Umwelt als auch der Bevölkerung gerecht wird. Dieses ist hier nicht erfolgt.	
Gruppe ID: G1710 Anzahl: 2 (IDs: 1709, 1710)	**Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplans Windenergie, veröffentlicht am 13.06.2024** Ein formaler und ausführlicher **öffentlicher Diskurs** über die **Klima- und Energiepolitik** einerseits sowie den Natur- und Landschaftsschutz andererseits hat nicht stattgefunden. Die Öffentlichkeit ist nicht umfassend, insbesondere auch über mögliche Alternativen, informiert worden. **Klimaveränderungen** sind eine natürliche Entwicklung, deren Auftreten und Auswirkungen nicht exakt voraus berechnet werden können. Der anthropogene Anteil ist vergleichsweise gering. Der Anteil Deutschlands an den Treibhausgasemissionen, die als (allein) verantwortlich gelten, ist sehr gering. Der Anteil des Landes Schleswig-Holstein liegt im quasi vernachlässigbaren Bereich. **Das Planwerk muss prozentuale Angaben zu den gegenwärtigen Anteilen und zu den zukünftigen Anteilen enthalten, um die Planungen(den Umweltvorteil) nicht zuletzt auch durch Laien bewerten zu können.** **Es ist vorrangig notwendig, auf mögliche Veränderungen zu reagieren. Ein Maßnahmenkatalog dazu fehlt. Die Planung ist insofern unverhältnismäßig.** **Den Art. 20a GG als Begründung für die Planung und den Bau von Energieanlagen oder auch Maismonokulturen und die zugehörige Infrastruktur heranzuziehen, stellt die Dinge auf den Kopf und verursacht schwerwiegende rechtsstaatliche Verwerfungen.** Das **Pariser Abkommen** wird als Begründung für die Planung genannt. Wenn allerdings wichtige nationale Vorschriften und Interessen oder andere Vereinbarungen dagegen sprechen, sind Abkommen nicht bzw. nicht vollständig einzuhalten. Eine transnationale Vereinbarung wäre z.B. die **Europäische Landschaftskonvention**. Die Nichtunterzeichnung kann wiederum kein ausschlaggebender Grund sein, diese Konvention nicht zu berücksichtigen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Landesregierung verfolgt die Absicht, die Windenergienutzung im Sinne der Energiewende, der klimaschutzpolitischen Perspektiven und der gesetzlichen Rahmenbedingungen, aber gleichermaßen auch unter Wahrung der Interessen der Bevölkerung und der Erhaltung von Natur und Landschaft voranzutreiben und zu steuern. Dafür wurden Ziele und Grundsätze entwickelt, um die Windenergie auch weiterhin landesweit zu steuern. Diese Ziele und Grundsätze bilden die Grundlage für die in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie. Damit kann sichergestellt werden, dass die Vorranggebiete landesweit nach einheitlichen Maßstäben ermittelt und auf die geeignetsten Flächen gelenkt werden. Im Übrigen wird insbesondere auf die Ziffern 1.1.2, 1.,2.1, 2.2.1, 2.3, 2.11.1, 3.15.1, 4.1, 4.2, 7.2 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Energieeinsparpotentiale sind weder durch Festlegung noch in der Ausführung ausgeschöpft worden (z.B. Geschwindigkeitsbegrenzungen im Bereich Straßenverkehr, Maut, Verbesserungen der Bahninfrastruktur, Verbesserung der Fahrradinfrastruktur, Wärmedämmmaßnahmen, Umstellung der Landwirtschaft, Regionalisierung, Stadt-, Fassaden-, Dachbegrünung, Entsiegelungen, Renaturierungen, Pestizidabgabe, Abschaffung des Dienstwagenprivilegs, Abgabe auf Inlandsflüge, drastische Reduzierung von Militärmanövern, drastische Reduzierung von Rüstungsausgaben, Einführung von Flugkontingenten, Reduzierung des Ressourcenverbrauchs insgesamt durch Wachstumsbeschränkungen - im Bereich Trinkwasserversorgung und Sand gibt es teilweise bereits Engpässe). **Es fehlen Angaben dazu, wie weitere Erhöhungen des Energieverbrauchs verhindert werden soll.** Gleiches gilt für die Nutzung von Kompensationspotentialen. Auch die Möglichkeiten des Wald-und Moorschutzes sowie die Potenziale der Wald- und Moorbildung werden unzureichend genutzt bzw. ausgewiesen, insofern ist die Planung ebenfalls unverhältnismäßig. Waldschutz und Waldbildung ist auch bezogen auf Kleinwälder (sog. Tiny-Wälder) gleichwertig anzuwenden. Zu berücksichtigen ist zudem, dass die notwendige und gewollte ökologische Landbewirtschaftung größere Flächen benötigt, wenn die Nahrungsmittelversorgung in bisherigem Umfang aufrechterhalten werden soll. Darüber hinaus sind Reserveflächen (z.B. Feuchtgebiete und Überschwemmungsgebiete) vorzuhalten. Diese Möglichkeiten und Erfordernisse werden in den Planunterlagen nicht erwähnt bzw. unzureichend behandelt. Es fehlen auch Querverweise zur vorliegenden Landesentwicklungsplanung. Langfristige Perspektiven werden nicht thematisiert. Die bundespolitische **Festlegung einheitlicher länderspezifischer Potentialflächen** ist **verfassungsrechtlich fragwürdig** und deshalb zu überprüfen. Es ist irreführend, in die pauschalen Flächenangaben besiedelte Flächen einzubeziehen. Ohne besiedelte Flächen ergeben sich ggf. stark abweichende erhöhte Belastungen der nicht besiedelten Flächen, insbesondere in den ländlichen Räumen. Dort erfolgt ohnehin bereits eine prinzipiell und tatsächlich erhöhte Belastung von Gebäuden und Siedlungen, insbesondere durch Windkraftanlagen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es wird argumentiert, bei Nichtausweisung eines bestimmten Flächenpotentials, würde die gesamte Fläche für WKA zur Verfügung stehen. Ein Nachweis liegt nicht vor. Eine solche Vorgehensweise wäre unverhältnismäßig und daher verfassungswidrig. Vorhandene Schutzbestimmungen könnten zudem ergänzt und nachgeschärft werden. Schließlich bedeutet eine Ausweisung nicht zwangsläufig, dass auf diesen Flächen gebaut wird, bzw. gebaut werden kann. Die am 17.06.2024 verabschiedete **Verordnung** der Europäischen Union über die **Wiederherstellung der Natur** wird nicht berücksichtigt. Die Planunterlagen sind auch deshalb unvollständig. **Landesentwicklungsplanungen und Regionalplanungen nur bezogen auf Windenergienutzung sind unzureichend**. Für eine objektive Beurteilung müssen Zusammenhänge und Konflikte mit anderen landesplanerischen Erfordernissen deutlich erkennbar sein (insbesondere der Erhaltung und Entwicklung der Biodiversität). Die diversen negativen Wirkungen von PV-Anlagen werden offenbar völlig vernachlässigt. Die bereits mit hohen Beträgen erfolgte **Vergütung von Phantomstrom** (nicht nutzbaren Strom) widerspricht vernünftigen Grundsätzen und ist unverhältnismäßig. Die Kosten tragen Bürger, die diesen Zustand nicht verursacht haben. Deshalb ist ein Moratorium zu veranlassen. Hinzu kommen hohe **Redispatchkosten**. Die Ableitung von Strom z.B. nach Süd- und Westdeutschland ist unwirtschaftlich. In Süd- und Westdeutschland kann volkswirtschaftlich deutlich günstiger erzeugter Strom aus den Nachbarländern der EU bezogen werden (europäischer Verbund). **Weitere Beschleunigungen** sind unverständlich und gehen auf Kosten der Beteiligung sowie der Sorgfalt. In der Vergangenheit sind immer wieder Beschleunigungen von Planungen und Vorhaben beschlossen worden. Die hohe Zahl von Beschleunigungsentscheidungen ist nicht nachvollziehbar und unverhältnismäßig, zudem führen immer wiederkehrende Beschleunigungsentscheidungen zu Unsicherheiten, widersprechen also dem Ziel, Planungssicherheit zu schaffen. **Planungssicherheit** muss für alle Bürger bzw. auch für Nicht-Investoren gelten. Sicherheit ist auch jetzt nicht gegeben. Zukünftige Beschleunigungsmaßnahmen und damit Einschränkungen der Bürgerbeteiligung sowie Nachteile z.B. für den Artenschutz werden nicht ausgeschlossen. Die Aarhus-Konvention ist nicht bürgerfreundlich umgesetzt worden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die vorgesehenen **Schutzabstände zu Gebäuden, Gebäudeensembles und Siedlungen, aber auch zu Schutzgebieten sowie potentiell schutzwürdigen Gebieten, Denkmalen und Verkehrswegen,** sind zu gering und nicht oder nicht ausreichend begründet. Bei Verkehrswegen ist beispielsweise die Verkehrssicherheit zu berücksichtigen, bei Bahnstrecken deren mögliche Erweiterung (Ausweichstellen, Zweigleisigkeit). An Bahnstrecken sind angemessene Abstände einzuhalten, auch um die Qualität der Bahnfahrten nicht zu beeinträchtigen. Das Bahnfahren soll angeblich aus Klimaschutzgründen attraktiver werden. Es ist nicht fachgerecht und damit unverhältnismäßig, die Höhe von Anlagen zu vernachlässigen. Die Wirkradien von Anlagen sind sehr viel größer als angenommen und werden nicht angemessen berücksichtigt. **Naturschutz und Windenergieanlagen** stehen in den vorliegenden Gesetzen und Planungen oft konträr zueinander. Natur und Landschaft werden zusätzlich beeinträchtigt und sogar zerstört. **Zusatzeinrichtungen wie Ersatzkraftwerke, Speicher, Umwandlungsstationen und Stromnetze** werden in den Planwerken praktisch nicht behandelt. Dir Vernachlässigung dieser Anlagen ist nicht fachgerecht. Um die Verhältnismäßigkeit der Planungen einschätzen zu können, sind Angaben bereits im Landesentwicklungsplan auch zu **den Emissionsminderungen im Vergleich** zu den Gesamtemissionen deutschlandweit und weltweit erforderlich. Dabei sind die bei der Herstellung, beim Bau und beim Abbau von Windkraftanalgen entstehenden **Emissionen** zu berücksichtigen. Darüber hinaus sind potentielle Emissionsminderungen durch CO2-Senken anzugeben. Ferner sind im Landesentwicklungsplan Angaben zum Umfang der **Bodenversiegelungen,** einschließlich Übertragungsstationen und -leitungen sowie Angaben zum Verbrauch von Rohstoffen mit Angabe der **Lieferketten und den Bedingungen der Gewinnung** der **erforderlichen Rohstoffe** erforderlich. Darüber hinaus sind Angaben zu den voraussichtlichen Tötungen bzw. Verlusten von Fledermäusen, Vögeln und Insekten notwendig. Schließlich sind Angaben zu den Immobilienverlusten, deren fehlender Kompensation, und zu Verlusten in bestimmten Branchen, wie der Naherholung und dem Tourismus, sowie der dort nicht kompensierbaren Verluste, erforderlich. Ebenso sind Angaben zu den Gewinnen von Investoren erforderlich, einschließlich voraussichtlicher Reboundeffekte. Auch Angaben zur Entsorgung von Anlagen und Fundamenten sowie möglicher Rekultivierungs- bzw. Renaturierungspotentiale sind für eine Beurteilung unverzichtbar. **Gesundheitliche Aspekte** sind mindestens gemäß WHO-Definition (also auch das	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wohlbefinden) und den einschlägigen aktualisierten Regelwerken zu berücksichtigen. Diese Regelwerke sind zu nennen. **Auswirkungen auf das Kleinklima** durch Windenergieanlagen sind ebenfalls zu berücksichtigen (Folgen der Abnahme von Windströmungen hinter den Anlagen). Laien sind aufgrund der zahlreichen, immer wieder geänderten oder ergänzten Gesetze und Fachplanungen sowie unzureichender **Aufklärung** überfordert. Von Bürgern, die zu Stellungnahmen fähig sind, wird entschädigungsloser Einsatz erwartet. Regierungsmitglieder, Parlamentarier und Planer tragen keine persönliche, finanzielle **Verantwortung.** **Naturschutzverbände können durch finanzielle Zuschüsse in ihrer Objektivität beeinflusst sein.** **Fachbehörden sind wegen personeller oder finanzieller Defizite teilweise überfordert**, wie die Untere Naturschutzbehörde (UNB) Nordfriesland (s.a. Urteil des OVG Schleswig vom 14.05.2020 (1KN 6/18). **Wissenschaftliche Arbeiten sind als Erkenntnisquellen zu nutzen** (s.u.). Beispiel: Helgoländer Papier, eine Nichtberücksichtigung führt zur Unverhältnismäßigkeit der Planung. Jede einzelne Anlage kann prinzipiell zur Vorbelastung von Landschaften führen und erleichtert deshalb in der Praxis potentiell die Zulassung weiterer Belastungen. Dies ist aus Gründen der Vernunft und rechtlich fragwürdig. Zur Beurteilung der **Gesamtplanung** und ihrer Auswirkungen auf Mensch und Umwelt sind auch der Bau, der Betrieb und die Lebensdauer sowie die Entsorgung von **(durchschnittlichen) Anlagen** und ihrer Komponenten nachvollziehbar darzustellen. **Die Qualität von freien Horizonten ist bereits der Windenergie geopfert worden.** Das Land Schleswig-Holstein hat deshalb die ehemalige Charakterisierung „Land der freien Horizonte“ aufgeben müssen. Allerdings sind größere Landschaftsteile auf gutachterlicher Basis als Charakteristische Landschaftsräume (CL) definiert worden. Auch diese Landschaften sind mit angemessenen Abständen von Windkraftanlagen freizuhalten. Die Entwicklung sollte nicht durch beschönigende Formulierungen kaschiert werden. Die Beeinträchtigungen der Landschaften durch WKA sind intensiver als die durch Strommasten, WKA verursachen durch die Flügelbewegungen eine unnatürliche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Unruhe in den Landschaften. Es ist von Beeinträchtigungen, abhängig von der Höhe der Anlagen und der Landschaftsstruktur, im Ausmaß von Wirkzonen (1500/3000 Meter) auszugehen.[1] Alle Belastungen sind zu addieren. Dies gilt auch für negative Auswirkungen auf den Tourismus. **Es sind bereits erhebliche Schäden in den Landschaften und in der Natur sowie bezogen auf die Qualität von Denkmalen und Immobilien, also auch im Bereich der Lebensqualität, aber auch in Bezug auf die Denkweise vieler Menschen, angerichtet worden. Rechte der Natur bleiben offensichtlich völlig unberücksichtigt.** **Zunächst müssen auf der Basis der vorliegenden Biodiversität- und Nachhaltigkeitsstrategien, der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur sowie notwendiger Expertisen Gewichtungen und Prioritäten sowie Wechselwirkungen zur Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen ermittelt und festgelegt werden. An diesem Prozess sind auch die Bürger umfassend zu beteiligen. Eine systematische Bezugnahme auf den Landesentwicklungplan 2021 findet nicht statt.** **Alle öffentlichen und privaten Einrichtungen sowie Gebietskörperschaften müssten, um Planungssicherheit zu erreichen und den Nachhaltigkeitszielen nachzukommen, zudem den derzeitigen und zukünftigen Rohstoff- und Energieverbrauch aufzeigen sowie Einsparziele festlegen (Ressourcenbilanzen und Naturhaushaltspläne).** **Die Privilegierung von Windenergie- und PV-Anlagen ist aufzuheben, da sie unverhältnismäßig und als nicht gerechtfertigt beurteilt werden muss.** **Länderspezifische Gegebenheiten sind unabhängig von bundespolitischen Vorgaben zu beschreiben und umfassend zu berücksichtigen. Gegebenenfalls sind die länderspezifischen Belange auf juristischem Weg durchzusetzen.** **Zur Teilfortschreibung, Anlage 1** Klima- und energiepolitische Vorgaben ohne umfassende Landschaftsanalysen sind nicht verhältnismäßig. Alle Abstandsangaben sind nicht ausreichend begründet. Sie sind offensichtlich so festgelegt worden, dass die gewünschten politischen Ziele erreicht	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	werden. Weshalb Anlagen bis 70 Meter Höhe nicht raumbedeutsam sind, ist nicht nachvollziehbar. Stromtransport nach Mittel- und Süddeutschland ist in höchstem Maße unwirtschaftlich und deshalb unsinnig, da dort genügend Strom aus Nachbarländern zur Verfügung steht. Um eine sichere Strombereitstellung zu erreichen, müssten auch noch extrem große und kostspielige Speicher geschaffen werden. Die Wirkung auf das Landschaftsbild bei größeren Anlagen mit größeren Abständen der Anordnung von kleineren Anlagen gleichzusetzen, ist nicht plausibel zu begründen. Zur Abschätzung der Wirkung von PV-Freiflächen in Kombination mit WEA fehlen Konzepte und Expertisen. **4.5.1.1 Siedlungsstruktur** Die vorgesehenen Abstände sind zu gering und nicht durch unabhängige Gutachten abgesichert. Nahezu alle Prüfhinweise sind als „Soll-Bestimmung“ formuliert und deshalb nicht verbindlich. Es darf keine Umfassung von Ortslagen zugelassen werden, da damit Orts- und Landschaftsbilder völlig zerstört werden. Das Land ist, wie unter B zu 1 G sogar formuliert wird, (noch) durch weite Sichtbeziehungen geprägt. Damit kommt es auch zur Beeinträchtigung der Lebensqualität der Bewohner sowie Besucher und damit auch zu wirtschaftlichen Einbußen, insbesondere touristischer Destinationen (B zu 7). Auch die Abstände zu Verkehrswegen sind deutlich zu gering. An Bahnstrecken kommt es zu erheblichen Sichtbehinderungen der Bahnreisenden und an Straßen zur erhöhten Gefährdung der Straßenbenutzer. Dies gilt insbesondere auch für Touristen. Es fehlen begründete Angaben zu Abständen zu Schutzgebieten, hier Landschaftsschutzgebieten (13 G). Auch die Abstände zu Deichen sind zu gering. Regionaldeiche sind oft Bestandteile historischer Kulturlandschaften, Seedeiche grenzen an der Westküste an den Nationalpark, das Biosphärenreservat, das UNESCO-Weltnaturerbe. Das Katinger Watt ist auch als ein besonderer Standort des Seeadlervorkommens zu charakterisieren. Eine begründete Breitenangabe des Küstenstreifens fehlt (9 Z). Abstandsangaben zu den gesetzlich geschützten Biotopen fehlen (5 Z). Es fehlen Angaben zur Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der Zielarten in Natura 2000-Gebieten und anderen Gebieten. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	kleinere Biotopflächen unterhalb von 5 Hektar nicht berücksichtigt werden (da sie zudem wichtige Trittsteinfunktionen erfüllen können). Es fehlen konkrete Angaben zur Erhöhung der Waldflächen (Flächen, Zeithorizonte). Wälder sind, abgesehen von ihrer Bedeutung für den Artenschutz, Kohlendioxidspeicher und Sauerstoffproduzenten. Außerdem können sie Rohstoffe liefern. Gleiches gilt für Knicks, insbesondere Doppelknicks, deren Bestand, wie der von Wäldern, Moor- und Feuchtgebietsflächen sowie Überschwemmungsflächen mit der Angabe von potentiellen Standorten und Zeithorizonten zu vergrößern ist (ggf. sind Querverweise anzugeben). Auch auf der Halbinsel Eiderstedt gibt es noch ein geringes Vorkommen von Trauerseeschwalben. Wiederansiedelungsversuche (auch anderer Avifauna) werden prinzipiell durch WEA gestört. Auflistungen bzw. Querverweise sind anzufügen. Im Rahmen des Vogelzuges kommt es auch zur Rast der Populationen im Bereich der Zugrouten, also auch zu Flügen in unterschiedlichen Höhen (B zu 15 Z ff.). Es ist nicht nachgewiesen, in welchem Ausmaß Scheuchwirkungen auftreten und wie viele Vogelopfer /Fledermausopfer trotzdem zu beklagen sind (B zu 16 G). Es werden auch große Mengen von Insekten durch WKA vernichtet (Angaben hierzu fehlen im Planwerk). Es müssten Untersuchungen zu den Wirkungen der Kompensation- und Ökokontoflächen vorgelegt werden. Ferner müssen die noch zur Verfügung stehenden Potentiale aufgezeigt werden. Zahlreiche charakteristische Kleingewässer (speziell auf Eiderstedt) sind deutlich kleiner als ein Hektar, trotzdem sind sie auch landschaftsprägend und ökologisch bedeutsam und deshalb durch Abstände mindestens wie größere Gewässer zu sichern. Die räumliche Häufung von Kleingewässern ist besonders zu berücksichtigen. Es müssen ausreichend Überschwemmungsgebiete definiert und ausgewiesen werden (B zu 3). Der Anhang ist unzureichend, da prinzipiell nur Gesetze, Verordnungen und Richtlinien aufgeführt werden. Es fehlen insbesondere Nachhaltigkeitsstrategien und wissenschaftliche Expertisen. Im Text fehlen die entsprechenden Hinweise.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zur Teilfortschreibung, Anlage 3, Umweltbericht Es wird darauf verwiesen, dass, s.o., zunächst die Gesamtplanung dargestellt werden muss, um eine objektive Einordnung der Planung Sachthema Wind vornehmen zu können. Die Angaben des Berichts sind überwiegend ohne konkrete Begründung und ohne konkrete Quellennachweise erfolgt. Zu 3.2.2: Die Darstellung der Schwerpunkteräume für Tourismus und Erholung ist unzureichend. Es fehlen Angaben zur Naherholung. Die gesamte Nordseeküste und größere Teile des Binnenlandes (insbesondere in oder in der Umgebung von Landschaftsschutz- und Naturschutzgebieten, in der Umgebung von Wäldern und Gewässern) dienen auch dem Tourismus und der Erholung, zudem zu Bildungszwecken (Beobachtungsstationen, Führungen usw.). Zu 3.3 ff.: Insbesondere bei FFH- und Vogelschutzgebieten ist auch ein Umgebungsschutz festzulegen. Die Halbinsel Eiderstedt ist wegen ihrer landschaftlichen Struktur und Lage (ragt in den Nationalpark hinein, verfügt über ein weitverzweigtes Grabensystem und ungewöhnlich viele Kleingewässer) sowie ihrer daraus resultierenden Bedeutung als Rastgebiet, insbesondere im Winterhalbjahr, und als Lebensraum für Großvögel potentielles Vogelschutzgebiet. Die Halligen und Teile der Inseln sind, wie im Niedersächsischen NP, in den Nationalpark einzubeziehen. Eine Begründung, weshalb dies nicht erfolgt, fehlt. Das Gebiet mit Bedeutung für den ostatlantischen Vogelzug ist großflächig durch Schutzgebiete zu sichern. Das bisherige Biotopsystem ist ein „Flickenteppich“ und muss massiv erweitert werden. (Hinweise auf den Artenschwund sind notwendig.) Bei der Angabe der Geotope fehlen die Nehrungen auf Eiderstedt. Die Angaben zu den Regionaldeichen auf Eiderstedt sind unzureichend. Es fehlen zudem Angaben zu den Warften und Angabe zu den Haubargen. Die Darstellung der Wasserflächen und Schutzstreifen auf Eiderstedt ist unzureichend. Die ehemaligen Bootsfahrten haben auch eine kulturhistorische Bedeutung. Zu 3.8 ff.: Die Angaben zu den Denkmalen und UNESCO-Welterbestätten sind zu differenzieren. (In St.Peter-Ording befindet sich der einzige Bahnhof auf Eiderstedt, der unter Denkmalschutz gestellt worden ist.) Eiderstedt ist auch wegen seiner zahlreichen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und denkmalgeschützten oder denkmalschutzwürdigen Kirchen historische Kulturlandschaft. Hervorzuheben sind insbesondere auch die historischen Getreidewindmühlen. Zu 5.: Die Schlussfolgerungen sind mit erheblichen Mängeln behaftet, da die planerischen Vorgaben nicht infrage gestellt werden und fundierte Begründungen fehlen. Die Abstandsregelungen sind entsprechend willkürlich. Bei den Schutzabständen zum Schutze von Arten werden fachliche Expertisen außer Acht gelassen. Gleiches gilt für Abstände zu Wäldern und Knicks. Ggf. sind Expertisen, auch beispielsweise zu Abständen zu Deichen und Verkehrswegen, in Auftrag zu geben, hier durch Beteiligung internationaler Experten. Zu 8.: Es ist anzugeben, welche in- und ausländischen Behörden und Nichtregierungsorganisationen am Scoping-Verfahren beteiligt worden sind. Zu 10.: Es ist anzugeben, welche Behörden oder Experten mit welchen Aufgaben betraut werden und in welchen Abständen die Öffentlichkeit über welche Angaben informiert wird. Die auf der Halbinsel Eiderstedt vorhandenen Windenergieanlagen beeinträchtigen die Schutzziele so erheblich, dass sie entfernt werden müssen. Zu 12.: Es werden als Quellenangaben ausschließlich Gesetze, Verordnungen sowie Richtlinien der EU und, bis auf zwei Ausnahmen, Veröffentlichungen der Bundes- und Landesregierung und nachgeordneter Einrichtungen bzw. Gremien genannt. Expertisen wie das „Helgoländer Papier“ oder die Fachpublikationen „ Die ostatlantische Vogelzugroute“, „Eiderstedt, Landschaften in Deutschland, Werte der deutschen Heimat“, „Historische Kulturlandschaften in Schleswig-Holstein“, „Europäische Landschaftskonvention“, „Natur und Naturzerstörung in der schleswig-holsteinischen Kunst“, sowie die EU-Verordnung über die „Wiederherstellung der Natur“ werden nicht genannt und offensichtlich nicht berücksichtig. Koalitionsvereinbarungen haben keinen Gesetzesrang. Eine Nachhaltigkeitsstrategie des Landes existiert offenbar nicht. Das Lieferkettengesetz und das Kreislaufwirtschaftsgesetz sowie Vorschriften zum Ausgleich von Eingriffen in die Natur werden nicht erwähnt. Es werden keinerlei Defizite oder Anpassungsbedarfe des geltenden Vorschriftenwerks genannt. Im Quellenverzeichnis fehlen Quellen mit Angaben zu internationalen Klimaschutzvereinbarungen und Energiesparzielen. Im Text findet keine ausreichend konkrete Bezugnahme auf diese	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Quellen statt. Die Durchführung der vorliegenden UVP ist mit Mängeln behaftet, da die zahlreichen Vorgaben der Planung eine ordnungsgemäße Prüfung und das Aufzeigen von Alternativen offenbar unmöglich machen und deshalb nicht durchgeführt worden sind. Erkenntnisquellen (Auswahl): Albert Panten, Haik Thomas Porada und Thomas Steensen im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde Leipzig und Sächsische Akademie der Wissenschaft zu Leipzig: Eiderstedt, Eine landeskundliche Bestandsaufnahme im Raum St. Peter-Ording, Garding, Tönning und Friedrichstadt, Reihe Landschaften in Deutschland, Werte der deutschen Heimat, Band 72, 2013 Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt: DLR-Studie zu Wechselwirkungen von Fluginsekten und Windparks, 2019 Kieler Stadt- und Schifffahrtsmuseum, Städtisches Museum Flensburg, Museum für Kunst- und Kulturgeschichte der Hansestadt Lübeck, Altonaer Museum in Hamburg, Norddeutsches Landesmuseum (Hrsg.): Natur und Naturzerstörung in der schleswig-holsteinischen Kunst der letzten 200 Jahre, 1985 Kommission der Europäischen Union: EU-Biodiversitätsstrategie für 2030, 2020 Länderarbeitsgemeinschaften der Vogelschutzwarten (LAG VSW): Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten (Überarbeitung 15. April 2015) Landschaftsverband Rheinland (LVR) (Hrsg.): Beiträge zur Landesentwicklung 60, Europäische Landschaftskonvention, 2007 Peter Prokosch (Hrsg.): Die Ostatlantische Vogelzugroute, 2024 Schleswig-Holsteinischer Heimatbund (Hrsg.): Historische Kulturlandschaften in Schleswig-Holstein, 1999 [redacted], *St.Peter-Ording, 07.09.2024*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[1] Holger Diedrich, Riepsdorf für Vernunftkraft-SH e.V.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1708	Ich befürchte körperlich Beschwerden und Belästigung durch Lärm Schattenwurf, Blinklichter, Infraschall, optische 'Erdrückung' und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von 5H zur Wohnbebauung (incl. Splittersiedlung) eigehalten wird. Ich möchte genügend Abstände zu Brutplätzen von Rotmilanen, wie im Helgoländer Papier dokumentiert. Havarien durch Brand in 400m Entfernung von Splittersiedlungen hätten verheerende Folgen für Anwohner und der Land.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2, 2.3, 2.5, 4.20, 7.2.7, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.4, 7.3.6, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1707	Ich befürchte körperlich Beschwerden und Belästigung durch Lärm Schattenwurf, Blinklichter, Infraschall, optische 'Erdrückung' und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von 5H zur Wohnbebauung (incl. Splittersiedlung) eigehalten wird. Ebenso möchte ich genug Abstand zu den Brutplätzen von Greifvögeln (Rotmilan, Bussard und Seeadler). Außerdem sollte eine Höhenbeschränkung vorgegeben werden, da man sonst keinen Einfluß beim Repowern hat. Die Gemeinden sollten nein sagen dürfen, wenn sie keine Windparks haben wollen und sollten dann nicht Angst haben müssen, von den Landbesitzern verklagt zu werden. Atomkraft wurde genauso gehypt, später war es nicht mehr gewollt und keiner wollte den Müll. Wann kann es nicht Pflicht werden zukünftig gebaute Immobilien mit Solar zwecks Selbstversorgung auszustatten. Hallen, überdachte Parkplätze, große Gebäude sind massenhaft vorhanden und ungebutze Flächen. Attraktivität schaffen, damit der Bürger sich auf seinem Dach selbst versorgen will und kein Vorgaukeln von Bürgerwindparks,	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	wo am Ende nur Landbesitzer und Projektleider verdienen. Ich bitte sie, das alles nochmal zu überdenken.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1705	Die Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_095 hieß im letzten Abwägungsprozess (2020) PR2_RDE_063. Damals ist die Potenzialfläche nicht als Vorranggebiet übernommen worden. Heute ist sie gleichermaßen ungeeignet. Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden Teile der Potenzialfläche überlagert. Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee und grenzt unmittelbar an den Kernbereich für Erholung. Der östliche Teil liegt in weiten Teilen im Landschaftsschutzgebiet Westenseelandschaft. Im Norden grenzt das Felder Holz an, das Anlaufpunkt für Naherholungssuchende der Region ist. Die gut erhaltene Eichenallee mit ihren mächtigen alten Alleebäumen ist ein besonderes Beispiel für die Anlage naturnaher und landschaftsbildprägender historischer Wege. Innerhalb des LSG liegen weitere Waldflächen und Biotope sowie ein schützenswertes Geotop (Tunneltal Westensee-Emkendorf), was auf die besondere Formation der Landschaft hinweist. Im Bereich des Felder Holzes wurden Brutplätze des Rotmilan nachgewiesen. Der Abstandsbereich (1.500 m) reicht bis in den nördlichen Teil der Potenzialfläche hinein. Im Südwesten der Potenzialfläche betreibt die Gemeinde Westensee seit 2022 ein Bauleitplanverfahren zur Ausweisung eines Sondergebiets für Freiflächenphotovoltaik. Eine Nutzung durch Windenergie wird damit für diese Fläche ausgeschlossen sein. Es wird auf den im östlichen Bereich der Potenzialfläche mangelnden Abstand zu den raumordnerisch festgelegten Siedlungsbereichen der Siedlungsachse Kiel – Melsdorf – Felde (hier bezogen auf den LZO Felde) und dem sich darauf gründenden Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung hingewiesen. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die von anderweitigen Nutzungsansprüchen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 2.3, 3.17, 3.18, 3.15 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	überlagert ist. Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee, so dass die Belange des Landschaftsschutzes und der Erholung besonders stark gewichtet werden sollten. Aufgrund der erheblichen Fernwirkung von Windkraftanlagen und damit der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Erholungsraumes ist diese Potenzialfläche nicht für die Windenergienutzung geeignet.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1704	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken zu den Planungen der Landesregierung zum Ausdruck geben: Die vorliegenden Kriterien der Landesregierung liegen im Widerspruch u.a. zu den Grundsätzen der Raumordnung: • Unzureichender Abstand zu festgelegten Siedlungsbereichen (s. auch Veenker Gutachten von 2020); min. 920 m. • Der Abstand zum Waldrand beträgt nur 30 m. Wir leben in einem Naturpark (Westensee). Ich erlebe täglich Reiher, Füchse, Adler, Falken, Störche, Dachse, Dammwild und mehr Wildtiere in den festgelegten und geplanten Potentialflächen der Gemeinde Westensee. ... Das kann doch nicht Ihr ernst sein. Ich lade die Regierung gerne ein, sich diese Gebiet mal für eine halbe Stunde auf einer Lichtung anzuschauen und nur mal die Anzahl der Wildtiere zu zählen. Durch die Lobby-Kriterien des Ministeriums töten Sie täglich Wildtiere im Naturpark Westensee. Ich mag gar nicht daran denken und es muss mal so drastisch formuliert werden. • Infraschall erhöht; durch die Bauwerke • Anlagenhöhe zu hoch (ein Irrsinn die 3H/5H Regelung abschaffen zu wollen). Wohin geht die Reise? Mein Vertrauensverlust in die Regierung und Politik ist jetzt schon Realität geworden. Lieben Gruß an Ihre Kinder.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 2.2, 4.7, 4.18, 7.3.3 und 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit:	**Stellungnahme der Interessengemeinschaft Brahmsee e.V mit Sitz in Neumünster**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: 1703	**Vorsitzender** [redacted] **An das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport von Schleswig-Holstein** **Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Erster Entwurf 2024** Sehr geehrte Damen und Herren, für die am Brahmsee gelegene Wochenendhaussiedlung in 24624 Warder ist von den Anliegern vor längerer Zeit die Interessengemeinschaft Brahmsee e.V. (IG) gebildet worden, die die Interessen der Mitglieder in Bezug auf den Brahmsee vertritt und sich für die Erhaltung des Brahmsees und seiner Umgebung als Erholungsgebiet einsetzt. Im Namen der Mitglieder nehmen wir zu der geplanten Fortschreibung des Landesentwicklungsplans zum Thema „Windenergie an Land“ wie folgt Stellung: **I. Allgemeine Auswirkungen** Sicherlich lassen sich die Umweltauswirkungen der geplanten Windkraftplanung genau und vollständig erst beurteilen, wenn auf einer zweiten Stufe die Vorranggebiete für Windkraftgebiete für die öffentliche Anhörung bekannt gemacht worden sind. So der Umweltbericht, S.3, in Anlage 3 des bekanntgemachten Entwurfs vom Juni 2024. Schon jetzt ist aber erkennbar, dass dieser Entwurf zu einer Überschreitung des vertretbaren Maßes für die Festlegung von Windkraftgebieten führen wird: Er soll nach dem Entwurf der LEPWindVO und dem Plantext Kapitel 4.5.1, 1 G, B zu 1, Windenergie an Land (Anlage 1), mindestens 3 % der Landesfläche einnehmen. Wegen der Fernwirkung der Windkraftanlagen und des Wegfalls der Höhenbeschränkung wird diese Planung zu einer Überprägung der Landschaft durch Windkraftanlagen und in weiten Teilen auch zur Verunstaltung der Landschaft.führen. Für die Anwohner in der Nachbarschaft von Windkraftgebieten kommt hinzu, dass sie immer stärkeren Beeinträchtigungen durch Windkraftgebiete ausgesetzt werden, obwohl von den bestehenden Vorranggebieten bereits jetzt große Belastungen, wie Geräusche und visuelle Belastungen, ausgehen.	Zu Lfd. 1. Es wird auf Ziffer 2.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Lfd. 2. Es wird auf Ziffer 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Lfd. 3. Die Siedlungsentwicklungen von Gemeinden werden bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie im Rahmen der Abwägung berücksichtigt. Zu Lfd. 4. Die potenzielle Umfassung von Ortslagen wird bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie im Rahmen der Abwägung berücksichtigt. Zu Lfd. 5. Es wird auf Ziffer 3.15.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Lfd. 6. Privilegierte Vorhaben im Außenbereich gemäß § 35 Absatz 1 BauGB bleiben von dem generellen Freihaltegebot unberührt. Insofern werden regionale Grünzüge nicht pauschal von einer Windenergienutzung ausgeschlossen. Damit soll eine Inanspruchnahme der Grünzüge im Rahmen der Einzelfallabwägung geprüft werden, in der Aspekte des Freiraumschutzes einbezogen werden. Zu Lfd. 7. Es wird auf die Ziffern 3.17 und 4.2.1 und der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Lfd. 8. Es wird auf Ziffer 4.7.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Lfd. 9. Es wird auf Ziffer 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Lfd. 10. Es wird auf Ziffer 3.18.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	II. Zusätzliche Belastungen durch Windkraftgebiete im Rahmen der sogenannten Gemeindeöffnungsklausel Die unter I. beschriebene negative Entwicklung wird noch verstärkt durch die sogenannte Gemeindeöffnungsklausel nach Maßgabe des § 345 e Abs. 5 BauGB, wonach die Gemeinden außerhalb der Vorranggebiete durch Bebauungspläne eigene Windkraftgebiete planen können. Die Innenministerin hat hierzu - nach einem Bericht in der SHZ über eine Informationsveranstaltung der Innenministerin und des Umweltministers am 13.06.2024 - erklärt, dass für Planungen der Gemeinden 4, 2 % der Landesfläche zur Verfügung stehen. Das Land werde diese Fläche definitiv nicht für Windkraftflächen ausweisen Aber Städte und Gemeinden hätten gute Chancen dort neue Windräder zu errichten. Dieser Hinweis macht deutlich, dass es infolge der Gemeindeöffnungsklausel zu einer nicht unerheblichen Anzahl von Windkraftgebieten auch außerhalb von Vorranggebieten kommen kann. Insoweit besteht die Gefahr, dass nach und nach die „Pufferfunktion“ des Außenbereichs verringert wird. Diese „Pufferfunktion“ sorgt bisher dafür, das Immissionen und visuelle Belastungen in der Nachbarschaft bestehender Windkraftgebiete durch den dazwischen liegenden Außenbereich abgemildert werden. Für die betroffenen Anwohner ist dabei von großer Bedeutung, dass nicht nur vorgeschriebene Abstände eingehalten werden, sondern der durch den nicht bebauten Außenbereich vermittelte Abstand möglichst groß ist.. Die vorgesehene Aufnahme von Leitlinien für die Gemeinden in das Landesplanungsgesetz (u.a. zu den Abständen) ist im Interesse einer Harmonisierung mit der Raumplanung zwar erforderlich, hier aber nicht hilfreich, weil sie der Entstehung von Windkraftgebieten der Gemeinden außerhalb von Vorranggebieten nicht entgegensteht. **III. Konsequenzen für weitere Regelungen zur Windkraftplanung, die in der Kompetenz des Landes stehen.** Es wird nicht verkannt, dass das vorgesehene Flächenziel für Windkraftanlagen von mindestens 3 % der Landesfläche und die Planungsmöglichkeiten für die Gemeinden durch die Gemeindeöffnungsklausel durch bundesrechtliche Vorgaben nach dem WindBG und BauGB veranlasst worden sind. Umso mehr kommt es darauf an, die hierdurch entstehenden Belastungen durch planungsrechtliche Vorgaben, die in der Zuständigkeit des Landes liegen, nicht zu erhöhen, sondern abzumildern. Dies soll durch die Umsetzung der nachstehenden Forderungen zu den lfd. Nrn. 1 bis 10 geschehen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Lfd. 1 Abstände zu Siedlungsbereichen mit Wohn – und/ Erholungsfunktion, Kapitel 4.5.5.1, 1 Z G Wegen des Wegfalls der Höhenbeschränkung und der Beschreibung einer Referenzanlage mit 200 m Höhe, sollte zu Siedlungsbereichen mit Wohn-und /oder Erholungsfunktion ausnahms -und vorbehaltlos ein Abstand bzw. Umgebungsbereich von von **mindestens 1000 m** eingehalten werden. **Lfd. Nr. 2 Abstände zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe, Kapitel 4.5.1.1, 2 Z, 3 G , 4 Z** Zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen im Außenbereich sollte ausnahms-und vorbehaltslos ein Abstand bzw. Umgebungsbereich von **mindestens 600 m** eingehalten werden. Wesentlicher Grund für die Erhöhung des Abstandes ist auch hier der Wegfall der Höhenbeschränkung. **Lfd. Nr. 3 Gegenseitige Beachtung von Abstandserfordernissen bei Siedlungsentwicklungen, Kapitel 4.5.5.1, 3 Z** Um künftige bauliche Entwicklungen der Gemeinden nicht zu behindern, sollten durch eine generelle und weiträumige Rücknahme von Potenzialflächen für Windkraft im Umgebungsbereich der Gemeinden Freiräume für eine weitere und ausreichende Siedlungsentwicklung geschaffen werden. **Lfd. Nr. 4 Umfassung von Ortslagen, Kapitel 4.5.1.1, 7 G** Das Gebot, unzumutbare Umfassungen von Ortslagen zu vermeiden, sollte im Plantext stärkere Beachtung finden: Dafür reicht der Hinweis auf eine Prüfung des Einzelfalles nicht aus. Es darf keine Ausnahme vom Umfassungsverbot geben. Den Gemeinden muss ein ausreichendes Landschaftsfenster zugestanden werden. Dies muss bereits im Plantext zum Ausdruck kommen. Der im Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie - Planung“ enthaltene Hinweis auf die geringere Gewichtung des Abwägungskriteriums „Umfassung von Ortslagen“ gegenüber der Windenergie sollte zurück genommen werden. **Lfd. Nr. 5 Gebiete mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung, Kapitel 4.5.1.2, 11 G** Die Be**reiche um den Brahmsee und Wardersee** in den Gemeinden Warder und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Langwedel und **um den Pohlsee und Lustsee i**n Langwedel sind nach ihrer Lage und Bedeutung ohne Zweifel Bereiche mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung. Im **Entwurf des Regionalplans für den Planungsraum II, Neuaufstellung 2023, s**ind die Bereiche um den Brahmsee als **„Kernbereiche für Erholung“** ausgewiesen. Die Ausweisung von neuen Windkraftflächen in der Nähe dieser Gebiete ist mit deren Eignung und Zweckbestimmung in keiner Weise vereinbar. Flächen für Windenergie sollten daher für weiträumige Bereiche ausgeschlossen werden .Dafür würden sich entsprechende Festsetzungen zum Naturpark Westensee eignen. Sie dazu unten zu 4.5.1.2, lfd. 10. Der Schutz der Gebiete mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung muss im übrigen im Plantext viel stärker verankert werden als die bisherige mehr oder unverbindliche Forderung nach ihrer Berücksichtigung. Hierdurch sollte eine klare Leitlinie für die Regionalplanung vorgegeben werden **Lfd. Nr.6 Regionale Grünzüge, Kapitel 4.5.1.2, 12 G** Der Plantext wird der in Kapitel 6.3.1 des LEP-SH beschriebenen Bedeutung der Regionalen Grünzüge für den Schutz der Landschaft nicht gerecht. Zumindest sollte die Funktion der Regionalen Grünzüge näher beschrieben und die ursprüngliche Gleichwertigkeit in der Abwägung gegenüber der Windenergienutzung wieder hergestellt werden. Der im Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie- Planung“ enthaltene Hinweis auf eine geringere Gewichtung bei der Abwägung gegenüber der Windenergienutzung sollte zurück genommen werden. **Lfd . Nr. 7 Kapitel 4.5.1.2 und 4.5.1.3** **13 G Landschaftsschutzgebiete2 Z Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche** **2 Z Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche** **3 Z Fauna-Flora-Habitatgebiete und Umgebungsbereiche** **Landschaftsschutzgebiete** Wegen Ihr wichtigen ökologischen Funktion als auch im Hinblick auf den Binnenlandtourismus sollten Landschaftsschutzgebiete grundsätzlich für die Ausweisung von Vorranggebieten ausgenommen werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche Der frühere Schutzstatus für diese Gebiete mit geschützten Umgebungsbereich von 200 m sollte wieder hergestellt werden. **FFH - Gebiete** Der geschützte Umgebungsbereiche für diese Gebiete sollte generell wieder 200 m betragen. **Lfd. Nr. 8 Wälder und Umgebungsbereiche, Kapitel 4.5.1.3, 6 Z** Der Schutzabstand **von 100 m** sollte auf alle Waldarten vorbehaltlos angewendet werden. **Lfd. 9 Kapitel Vogelschutz, 4.5.1.2, 7 Z bis 17 G** Entsprechend der Empfehlung des Nabu-SH sollten die bisherigen Schutzabstände wieder hergestellt werden. Dabei sind die Umgebungsbereiche um Seen im Abstand von **mindestens 1,5 km** von Windkraftanlagen freizuhalten. Ferner sind die **Verbindungsachsen** zwischen den Nistplätzen der Großvögel und deren Jagdgebieten, wie z.B. Seen, freizu halten. Entsprechendes sollte für **Äsungsflächen und Schlafplätze** von Gänsen und Kranichen gelten. **Lfd . Nr. 10 Naturparke, Kapitel 4.5.1.2 , 14 G** Die Gemeinden Warder und Langwedel liegen im Bereich des Naturparks Westensee. Die Errichtung von Windkraftanlagen gehört sicherlich nicht zu den Zielsetzungen dieses Naturparks. Andererseits trifft es zu, dass auf Naturparkflächen im Einzelfall auch Windenenergie - Flächen genehmigt wurden. Sie sollten aber auf jeden Fall dort ausgeschlossen werden, wo es sich um besonders typische, die Landschaft prägende Landschaftsteile handelt. Ein Ausschluss ist ferner dort geboten, wo es sich um den Schutz besonders schutzbedürftiger Landschaftsteile mit Erholungsfunktion handelt. In dem hier betrachteten Teil des **Naturparks Westensee** sind dies ohne Zweifel die Seen **Wardersee, Brahmsee, Lustsee und Pohlsee** und die sie umgebenden Landschaftsteile.(siehe auch lfd. Nr. 5). Die Errichtung von Windkraftanlagen in diesen Bereichen oder deren	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umgebungsbereich schädigen das Landschaftsbild erheblich und nachhaltig. Die Errichtung neuer Windkraftanlagen an den Seen ist zudem in keiner Weise vereinbar mit der Erholungsfunktion dieser Flächen und deren Bedeutung für den Tourismus. Wie zu lfd.Nr. 5 erwähnt, sind die Umgebungsbereiche des Brahmsees nach dem **Entwurf des Regionalplans für den Planungsraum II, Neuaufstellung 2023,** als **„Kernbereiche für Erholung“** ausgewiesen. Die Immissionen der Windkraftanlagen und die das Landschaftsbild schädigende weitreichende Sichtbarkeit der Anlagen würden eine Erholung unmöglich machen.Für den Naturpark Westensee sollte deshalb im Umgebungsbereich der genannten Seeflächen ein sehr weiträumiger Bereich festgesetzt werden, in dem Windkraftanlagen ausgeschlossen sind. Im Interesse des Vogelschutzes wird bereits für die Umgebungsbereiche von Seen gefordert, mindestens 1,5 km von Windkraftanlagen freizuhalten (siehe lfd. Nr. 9). Dieser Abstand reicht für den Schutz der Erholungsfunktion nicht aus, sondern muss erheblich größer bemessen werden. Entsprechende Festsetzungen sollten bereits im LEP belastbar verankert, so dass bereits vor der Regionalplanung die besondere Gewichtung des festzusetzenden Freihaltebereichs deutlich wird. Der im Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“ enthaltene Hinweis auf die im Rahmen der Abwägung geringere Gewichtung der Naturparke sollte zurück genommen werden. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1702	[redacted] [redacted] [redacted] An das Innenministerium Landesplanungsbehörde Referat 4 /64 ,Düsternbrookerweg 92	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen, insbesondere auf die Ziffern

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	24105 Kiel Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich eine Stellungnahme gegen die neuen Potenzialflächen von Windenergieanlagen in Dthmarschen und darüber hinaus einreichen. Begründung: Die Landschaft in Schleswig-Holstein und insbesondere in Dithmarschen ist schon genug mit Windenergieanlagen belastet und es sollten auf keinen Fall weitere Windenergieanlagen (WEA) hinzu kommen . Zahlreiche Tiere ,besoders Fledermäuse und Vögel (insbesondere Großvögel wie Raubvögel, aber auch Störche, Reiher, Wasser und Watvögel und andere Arten) sterben oder werden oftmals verletzt durch die Anlagen. Die Propellerflügel gehen oftmals soweit runter das auch tief fliegende Arten gefährdet sind (Sowohl Fledermäuse als auch Vögel) . Die Belastungen der Menschen werden immer größer durch die WEA. Die Gesundheit leidet jetzt schon bei vielen durch die vorhandenen WEA, dass Problem wird weiter steigen durch zusätzliche WEA. Es sollten auf gar keinen Fall WEA in Landschaftsschutgebiete aufgestellt werden , um den Menschen und Tieren nicht auch noch die letzten Erholungsgebiete zu nehmen. Der Kompromiss mit den WEA freien Landschaftsschutzgebieten in Dithmarschen sollte nicht beendet werden, damit die Menschen und unsere Fauna und Flora weiterhin Erholungsgebiete (auch in Dithmarschen) behalten. Im Amtsbereich Burg /St. Michaelisdonn hat sich der Weisstorch wieder gut vermehrt ,durch die geplanten WEA in Großenrade, Quickborn, Brickeln, Frestedt, Schafstedt und Umgebung ,Buchholz, Kuden und den anderen Gemeindeflächen ,würde dieser schöne Naturschutzerfolg durch die Gefährdung der Störche und vieler anderer Arten wieder kaputt gemacht. Deshalb fordere ich die weiteren Windenergieasusbaupläne zu beenden. Mit freundlichen Grüßen,	7.3 und 7.4. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 3.17 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1701	Ich erhebe erhebliche Bedenken und Einwände gegenüber den ausgearbeiteten Kriterien des Ministeriums. Wie kann es sein, dass die Bevölkerung und Bewohner der Gemeinden so irrtümlich und bewusst mit falschen Informationen versorgt werden. ... Ich bin so enttäuscht von der Landesregierung. Die Landesregierung hat die Pflicht die Bürger in der Energiewende mitzunehmen. Ich denke an die nächste Wahl. Ich nehme die aktuelle Regierung in die Haftunspflicht möglicher Folgekosten, wenn die geplanten Kriterien so umgesetzt werden. Die Energiewende ist grundsätzlich richtig, aber mit den Kriterien wird es langfristig zu einem erhöhten Schaden an der Allgemeinheit führen (u.a. Mikroplastik bzw. Carbonfaser-Partikel vom Abrieb der Rotorblätter --> Grundwasserbelastung unüberschaubar; Tier- und Wildschutz ade). Was ist mit der dem Wertverlust unseres Grundstückes, wenn die Abstandsflächen so angenommen bleiben? Die Gemeinden und Pächter verdienen durch die Verträge satt. Die Bevölkerung den Wertverlust (Rentenvorsorge, aufgebauter Vermögensverlust). Das macht uns mürbe. Wir schauen genau hin. Hochachtungsvoll.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson	Sehr geehrte Damen und Herren,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: 1700	ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Meine Frau und ich sind vor dreieinhalb Jahren in unser Haus in [redacted] gezogen, zu diesem Zeitpunkt wussten wir noch nichts von der Planung der Windkraftanlagen direkt vor unserer Haustür. Da wir bereits seit längerem Nachwuchs planten, stellten wir bereits einen Bauantrag zur Aufstockung unseres Bungalows zu einem Einfamilienhaus. Als wir von der Planung der Windparks erfuhren, legten wir den Umbau erst einmal auf Eis, da wir eine erhebliche Wertminderung unseres Hauses, in das wir viel zeit und Geld stecken wollten, befürchten. Aus diesem Grund möchte ich gleiche Abstandsregelungen für alle - egal ob Ortschaft, Splittersiedlung oder Einzelhaus. Ich fordere einen Mindestabstand von 5H zu Wohngebäuden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Ziffern 2.3.1 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1699	Die Windräder dürfen weg bleiben, weil es eine Pseudo-regenerative Energie ist und nur schadet und zu nichts nutze ist.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1698	**<u>Verorttung:</u>** **<u>Gemeinde Fehmarn; PR3_OHS_008 (Regionalplan Wind 2020)</u>** **<u>Stellungnahme</u>** **Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,** **zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2024**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	möchte ich folgendes anmerken: **Ich besitze Flächen auf denen ich gemeinsam mit anderen Eigentümernein Verbundkraftwerk errichten möchte. Wir haben genug Platz für Windräder, Solaranlagen und eine Anlage zur Herstellung von Wasserstoff. So können wie mehrere Ziele der Energiewende gleichzeitig erreichen.** **Wir arbeiten mit dem erfahrenen Projektentwickler [redacted] zusammen. Die Gemeinde Fehmarn unterstütz das Projekt.** **Der erzeugte Strom wird in Wasserstoff und Wärme umgewandelt und auf der Insel Fehmarn genutzt. Das hilft dem Verkehr , den Haushalten und Einrichtungen wie dem Meerwasserwellenbad "FehMare". Das Kraftwerk entlastet das Stromnetz und verhindert neue Stromkabel durch den Fehmarnsund, was die Natur schützt.** **Ab 2024 müssen Städte und Gemeinden es schaffen bis 2045 klimaneutral zu heizen. Unser Kraftwerk hilft dabei und macht das Inselnetz fit für die Zukunft.** **Leider werden unsere Flächen im aktuellen Entwurf des Landesentwicklungsplans nicht berücksichtigt. Wir bitten darum, das bei der Planung von künftigen Windenergie-Vorranggebieten zu ändern.** **Die Festlegung zum Vogelzug auf Fehmarn sind fragwürdig. Eswurden wohl keine aktuellen Daten genutzt. Auch im Osten der Insel sind Flächen ausgeschlossen, obwohl es dort keine Windräder gibt und der Boden schützenswert ist. In Burgstaaken wird entgegenstehend der Systematik der bestehende Windpark nicht von den Vogelzug-Regeln freigehalten. Das ist nicht einheitlich.** **Daher beantrage ich , die Regeln für das Gebiet zu ändern, damit unsere Flächen für Windenergie genutzt werden können.** **Mit freundlichen Grüßen** [redacted] [redacted] [redacted]	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1697	Sehr geehrte Damen und Herren, Hiermit nehme ich Stellung zum Thema der Windenergieplanung Schleswig-Holstein LEP-Teilfortschreibung Windenergie für die Potenzialflächen 06-2024“ im Hoheitsgebiet der Gemeinde 24790 Schülldorf. Bei der Ausweisung der Flächen im vorliegenden Entwurf wurden meines Erachtens folgende Punkte nicht ausreichend beachtet: • Dem neuen Abwägungskriterium "**Belastete Räume**" wird hier nicht ausreichend Rechnung getragen. Folgende Belastungen sind Schülldorfer und Oher Bürger bereits heute schon ausgesetzt: ◦ BAB 7 ca. 3,2 km ◦ BAB 210 ca. 2,3 km ◦ Bahnlinie Rendsburg - Neumünster ca. 2 km ◦ Bahnlinie Rendsburg - Kiel ca.2,3 km ◦ 2 x 380 KV-Leitung ◦ Mehrere Hochspannungsleitungen 110 KV und 220 KV ◦ 2 x Biogasanlagen ◦ erhebliche Erweiterung des vorhandenen Umspannwerkes und Erstellung neuer Umspannwerke zur Einspeisung von Wind und Solarenergie. ◦ privilegierte Flächen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen an den Autobahnen, sowie die bereits erbauten Photovoltaik-Freiflächenanlagen. ◦ Des Weiteren ist eine Umfassungswirkung und Riegelbildung durch die Planung der Flächen für die Windenergie um den Ortsteil Ohe an Hand des zugänglichen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kartenmaterials gegeben diese widerspricht den Vorgaben des Landes. • Darüber hinaus gibt es erheblichen Belastungen auf Grund des Neubaus der Rader Hochbrücke und der Erneuerung der Fahrbahnen auf der A7 und der A210. • Bereits jetzt ist ein hoher Prozentanteil (mehr als 55%) der Gesamtfläche der Gemeinde durch Anlagen überbaut hierzu zählen, die A7, A210, das Autobahnkreuz, Hoch-, und Höchstspannungsleitungen, 2gleisige Bahnstrecken, Privilegierte Flächen für Photovoltaikanlagen an den Autobahnen und zweigleisigen Schienenstrecken, Flächenausweisungen zum Bau von WKA, Biogasanlagen und die damit verbundenen Flächennutzungen, Hoch- und Höchstspannungsleitungen, sowie zukünftig der geplante Bau einer weiteren neuen 380 KV- Leitung. Diese Anlagen werden optisch und akustisch als sehr belastend wahrgenommen. Der regionale Naturraum als Erholungsmöglichkeit und als Lebensraum für Tiere, Pflanzen und Menschen wird immer stärker eingeschränkt, belastet, zurückgedrängt und letztendlich zerstört. • das Kriterium „Umzingelung und Riegelbildung", insbesondere für den Ortsteil Ohe, wurde im Planentwurf nicht beachtet, ist für uns Bürger jedoch wesentlich. • Ich gehe davon aus, dass der Grundstücksvermarktung des in Planung befindlichen Wohngebietes (ca. 170 WE) erheblich erschwert werden wird, da die Abstände mit 800 Metern zu WKA doch sehr gering sind. • Eine Wertminderung der Immobilien ist bei der jetzigen Planung gegeben, was jeder Hauseigentümer, je nach Ausmaß der Belastungen, in unterschiedlicher finanzieller Auswirkung spüren würde. D.h., insbesondere sind auch hiervon wieder die Bürger*innen des Ortsteils Ohe extrem betroffen. • Die Einflugschneisen für den Flugplatz Hohn verlaufen nach meinem Kenntnisstand über unser Gemeindegebiet. Zunehmend ist dies seit der veränderten Situation der Flugplätze Hohn zum NATO Stützpunkt und Jagel, akustisch zu spüren. Für die Bebauung mit Windkraftanlagen gilt eine von der Bundeswehr festgelegte	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Höhenbegrenzung von 200 Metern. Grund die Anflughöhe der Maschinen. • Einspeisepunkte- bzw. Speichermöglichkeiten fehlen schon heute für vorhandene und in Planung befindliche Anlagen auf dem Gemeindegebiet und in Schleswig-Holstein. Darüber hinaus wären folgende Naturschutzbelange, die bei der Flächenauswahl zum Bau von WKA betrachtet wurden, zu beachten und zu berücksichtigen. • Das Storchennest in Ohe, in dem es bereits Bruterfolge gab, die dem NABU bekannt sind. • Ein weiterer Horst in Burhorst • Dem NABU bekannte Brutgebiete von Kiebitzen auf der Wiesen zwischen Ohe und Schülldorf • Angrenzende Moore (Stadtmoor und Wildes Moor) mit geschützter Fauna und Flora • Seeadlerhorst, Weißstorch-Horste, Vogelschutzgebiete • FFH-Gebiet (Wehrau / Mühlenau / Linnbek) • Räumliche Konzentration von Klein- und Kleinstbiotopen (Wehrau, Mühlenau und Linnbek, etc.) • Nahrungsgebiete für Gänse, Singschwäne und andere Groß- und Wiesenvögel • Bedeutsame Flugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen • Gebiete mit besonderer Bedeutung für Großvögel • Verbundachsen des Schutzgebietes- und Biotopverbundsystems **Aus diesen Gründen lehne ich die Ausweisung der Flächen auf dem Gemeindegebiet Schülldorfs ab!** Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Gruppe ID: G1695 Anzahl: 2 (IDs: 1690, 1695)	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bezug nehmen auf die Windpotentialfläche zwischen Schlamersdorf – Sühlen – Seefeld im Kreis Stormarn. Ich wohne vom geplanten Windpark nur knapp über 400m entfernt, bei entsprechender Höhe der Sonne werde ich in Zukunft dann sogar Schattenschlag bei mir zu Hause haben. Ich und meine Nachbarn werden einen erheblichen Wertverlust unserer Immobilien hinnehmen müssen. Ich möchte mich gegen die Potentialfläche aussprechen und teile die Meinung anderer Einwohner, dass es bessere Potentialflächen gibt, bei denen die Entfernungen besser zur Wohnbebauung passen. Gleichzeitig möchte ich anmerken, dass wir bereits direkt durch den Bau der Überlandleitung durch die Tennet betroffen sind. Diese Leitung wird nur wenige 100m von meinem Grundstück entfernt errichtet. Anschließend soll dann noch das Nord Ost Link Erdkabel direkt an unseren Grundstücken vorbei laufen. Ich bin der Meinung, dass unsere Belastungsgrenze bereits überschritten wurde und nicht noch durch einen Windpark erdrückt werden sollte.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 3.14.1, 7.1.1, 7.2.11, 7.3.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1694	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 20221 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als diplomierte Biologin mit Erfahrung in Landwirtschaft und Botanik möchte ich meine wissenschaftlich fundierte ablehnende Haltung gegenüber der Errichtung von Windkraftanlagen im Raum Husby/Hürup im Kreis Schleswig-Flensburg darlegen. Neben den ökologischen Risiken sehe ich erhebliche Missstände in den demokratischen Prozessen und der ökonomischen Verteilung der Gewinne durch den Bau solcher	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.9, 5.1.1, 7.1.3, 7.1.4, 7.1.7, 7.2.1, 7.2.3, 7.2.5, 7.2.10, 7.2.11, 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anlagen. **1. Beeinträchtigung landwirtschaftlicher Flächen und biologischer Vielfalt:** Die Region um Hürup ist durch wertvolle landwirtschaftliche Flächen geprägt, die nicht nur der Nahrungsmittelproduktion, sondern auch dem Erhalt einer vielfältigen Flora und Fauna dienen. Der Bau von Windkraftanlagen führt zwangsläufig zur Flächenversiegelung und zur Fragmentierung von Lebensräumen. In agrarisch geprägten Landschaften beeinträchtigen diese Veränderungen die Bodenfruchtbarkeit und die natürlichen Lebensbedingungen für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, was langfristige Folgen für die Landwirtschaft und das ökologische Gleichgewicht hat. **2. Bedrohung für Vogel- und Fledermauspopulationen:** Die Region Angeln bietet vielen bedrohten Vogelarten und Fledermäusen wichtige Lebensräume. Windkraftanlagen stellen für diese Arten eine erhebliche Gefahr dar. Besonders Greifvögel und Zugvögel, die weite Flächen als Jagd- und Flugrouten nutzen, sowie Fledermäuse, die empfindlich auf die durch Rotoren verursachten Druckunterschiede reagieren, sind gefährdet. Diese Verluste an Biodiversität können das gesamte ökologische Gleichgewicht der Region destabilisieren. **3. Zerstörung natürlicher Lebensräume und Ökosystemdienste:** Windkraftanlagen beeinträchtigen wichtige Ökosystemdienste wie Wasserhaushalt, CO_2 -Speicherung und Bodenstruktur. Die Bauaktivitäten führen zu einer Verschlechterung der Bodengesundheit, was negative Auswirkungen auf landwirtschaftliche Erträge und die dort lebenden Tier- und Pflanzenarten hat. Langfristig schadet dies nicht nur der Umwelt, sondern auch der regionalen Landwirtschaft und damit der wirtschaftlichen Grundlage der Region. **4. Nachhaltigkeitsfragen und Energienutzung:** Trotz des starken Ausbaus der Windkraft in Schleswig-Holstein besteht weiterhin die Frage, ob zusätzliche Anlagen überhaupt nötig sind. Der produzierte Strom übersteigt bereits den Eigenbedarf des Landes. Zudem fehlt es an ausreichenden Speicherkapazitäten und Transportinfrastrukturen, um den erzeugten Strom effizient zu nutzen. Dies führt zu einer Verschwendung von Ressourcen und stellt die Nachhaltigkeit des weiteren Ausbaus infrage. **5. Missachtung demokratischer Prozesse:** Ein besonders schwerwiegender Punkt ist die Missachtung demokratischer Prozesse. Bereits im Jahr 2016 fand eine Bürgerbefragung in der Region statt, in der sich die Mehrheit der Bevölkerung klar	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gegen den Bau von Windkraftanlagen ausgesprochen hat. Die aktuelle Planung ignoriert dieses Ergebnis und untergräbt damit das Vertrauen der Bürger in die demokratischen Entscheidungsprozesse. Eine Missachtung der demokratischen Mitbestimmung führt zur Entfremdung der Bevölkerung von der Politik, was bereits heute in vielen Teilen Deutschlands beobachtet werden kann. **6. Ungerechte ökonomische Werteverteilung:** Während die Windkraftanlagen von großen Energiekonzernen errichtet und betrieben werden, profitieren die Anwohner kaum von den Erträgen. Im Gegenteil: Die umliegenden Gemeinden tragen die negativen Folgen wie den Wertverlust von Immobilien, den Verlust an Lebensqualität und die Beeinträchtigung der Landwirtschaft. Die Gewinne hingegen fließen größtenteils in die Taschen der Energiekonzerne, die die regionalen Ressourcen nutzen, ohne einen fairen ökonomischen Ausgleich zu bieten. Dies führt zu einer Ungleichverteilung von Kosten und Nutzen, die vor allem die ländliche Bevölkerung belastet. Es ist ungerecht, dass die Menschen, die direkt von den negativen Auswirkungen betroffen sind, wirtschaftlich kaum oder gar nicht davon profitieren. **7. Soziale Konflikte und Wertverlust:** Der Bau von Windkraftanlagen führt bereits jetzt zu sozialen Spannungen in den betroffenen Gemeinden. Der Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern verschärft sich, was das soziale Gefüge destabilisiert. Gleichzeitig sinkt der Wert von Immobilien in der Nähe der Windkraftanlagen deutlich, was die finanzielle Absicherung vieler Familien, insbesondere im Hinblick auf die Altersvorsorge, gefährdet. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Bau von Windkraftanlagen im Raum Husby/Hürup nicht nur ökologische und gesundheitliche Risiken birgt, sondern auch die demokratischen Entscheidungsprozesse missachtet und die ökonomischen Gewinne ungerecht verteilt. Ich appelliere an Sie, diese Pläne zu überdenken und sich im Interesse der Menschen, der Natur und der regionalen Wirtschaft für den Erhalt der ländlichen Lebensräume einzusetzen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1693	**Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan Wind** In Schleswig-Holstein wurde der Landesentwicklungsplan Wind (LEP Wind) aufgrund der Anweisung der Bundesregierung – so wird es zumindest von vielen empfunden – und nach diversen Gesetzesänderungen, z.B. des Bundesnaturschutzgesetzes, zur Stellungnahme ausgelegt. Entgegen dem Föderalismusgedanken werden von Seiten der Bundesregierung in Umgehung der Länderkompetenz(en) die Gemeinden und Kreise beauftragt, Entscheidungen zu treffen, die das Gesicht der Gemeinden über Jahrzehnte prägen werden. Fachliche Unterstützung wird jedoch nicht geboten. Die Gemeindevertretungen sind von dieser Situation überrascht worden und in der Konsequenz völlig überfordert. Ihnen wurde durch die oben genannten Gesetzesänderungen auch die Möglichkeit genommen, Höhenbeschränkungen der Windenergieanlagen (WEA) vorzunehmen. Es gibt also nur ein entweder – oder, wobei eine Entscheidung zugunsten einer WEA Bauhöhen von bis zu 250 Metern bedeutet. Die Mindestabstände zur Wohnbebauung sind nicht mehr – wie früher – abhängig von der Anlagenhöhe. Die Stellungnahmen müssen bis zum 09.09.2024 abgegeben werden. Diese Ausschlussfrist wurde erst kurz vor den Sommerferien kommuniziert, als die Sitzungskalender bereits geschlossen waren. Die Gemeindevertretungen haben somit nach den Ferien genau eine Woche „Zeit“, in Teil(fraktionen), Ausschüssen oder Gemeindevertretungen zu beraten und zu beschließen – ein Desaster! Bei den Produzenten und Betreibern von Windenergieanlagen (WEA) hingegen herrscht Goldgräberstimmung. Sie schwärmen wie die Heuschrecken aus, um sich auf den blau gekennzeichneten Flecken der Karte ihre Claims zu sichern. Eine objektive Information der Gemeindevertreter bleibt hinter den Verkaufsgesprächen zurück. Die Tatsache, dass das Land Schleswig-Holstein die bis Ende 2032 ausgewiesene Fläche von 2% der Landesfläche (bzw. Rotor-In 3,x%) bereits in einer Art vorauseilendem Gehorsam bereits bis Ende 2027 realisieren will, trägt nicht zur Entspannung bei. Dieser Zeitdruck wird insbesondere dadurch der Lächerlichkeit preisgegeben, als der Ausbau der Leitungsnetze bereits jetzt zurückhängt und	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zu Punkt 1. wird auf die Ziffern 7.3.2, 7.3.3, 7.3.1, 7.3.4 und 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 2. Es wird auf die Ziffern 7.2.1 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punk 3. Es wird auf die Ziffern 3.17.1, 4.16.1, 4.20.1 und 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 4. Die Ausführungen werden zur Kennntis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Speichermöglichkeiten nur in sehr eingeschränktem Umfang vorhanden sind. Gleichzeitig wächst der Druck auf Hauseigentümer, ihre Dächer mit PV-Anlagen zu versehen, sodass der Stromverbrauch der privaten Verbraucher sinkt und die Einspeisung in das öffentliche Netz so stark steigt, dass es Monate dauert, bis z.B. die Schleswig-Holstein Netz GmbH ihren potentiellen Einspeisekunden vollständige Vertragsunterlagen zur Verfügung stellt. Auf eine Beratung des Energieberaters eines Stadtwerkes warten wir seit anderthalb Jahren. Soviel zur Einleitung dieses handwerklich missglückten Vorgehens, das sogar bei langjährigen Kommunalpolitikern auf Unverständnis stößt. Damit wird Skepsis auch bei denjenigen Mitbürgern ausgelöst, die auf kommunaler Ebene freiwillig und selbstlos Verantwortung übernehmen. **1. Auswirkungen von Windenergieanlagen (WEA) auf die Gesundheit** 1. Wie oben beschrieben, werden WEA mit einer Höhe von bis zu 250 Meter projektiert. Einer der Anbieter von WEA, die Fa. Vestas aus Dänemark, gibt die Lautstärke ihres Spitzenmodells V172 mit 106,9 dB(A) an. Tag und Nacht. Diese Lautstärke entspricht etwa derjenigen eines Presslufthammers. Der maximale Lärmpegel darf laut Bundesimmissionsschutzgesetz (TA Lärm) in reinen Wohngebieten tagsüber 50 dB und nachts 35 dB nicht überschreiten. Selbst bei einer Entfernung von 1000 Metern wäre der Grenzwert tagsüber erreicht und nachts überschritten. Bei der TA Lärm handelt es sich um Höchstwerte, die jedoch bei der Zulassung nur berechnet, nicht gemessen werden. Eine spätere Kontrolle ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Hier besteht Nachholbedarf oder zumindest die Anwendung niedrigerer Grenzwerte im Antragsverfahren. 2. Infraschall: die Auswirkungen auf Gehör und Organe sind in den wenigen neutralen Studien umstritten. „Viel Wind, wenig Forschung“. Bevor weitere WEA in unmittelbarer Nähe zu Wohnbebauung zugelassen werden, müsste in Studien, die nicht durch die Windkraftindustrie finanziert werden, festgestellt werden, inwieweit Infraschall die Gesundheit beeinflusst. 3. Schattenwurf der Rotorblätter / Flackerlicht / Schlagschatten durch die Zimmer / Lichtreflexionen. Der Schattenwurf bedeutet eine Einschränkung der Lebensqualität bei Menschen und verändert die natürlichen Verhaltensmuster der Tiere. Lichtreflexionen führen bei Menschen zu psychischen und physischen Belastungen und stören die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Orientierung der Tiere und führen zu Habitatveränderungen. Daher sollte der Abstand zur Wohnbebauung möglichst groß sein. Die genehmigte Höchstdauer von Schlagschatten pro Wohneinheit ist zu kontrollieren. 4. Das rote Blinklicht zum Schutz des Luftverkehrs soll nach Aussagen eines WEA-Betreibers auch für bestehende Anlagen zum Jahreswechsel 2024/2025 nur bei Annäherung von Luftfahrzeugen eingeschaltet werden. Entspricht diese Mitteilung der tatsächlichen (Rechts-)lage? 5. Der umwelt- und Anwohner*innen-belastende Lärm während der Bauphase vom Beginn der Knickentfernung über den Straßenbau bis zur Fertigstellung einer WEA wird unseres Erachtens zu wenig thematisiert. Bei einer 250-Meter-WEA werden etwa 2.000 Transporte im Schwerlastverkehr geschätzt. 6. Zur elektrischen Isolation wird in WEA Schwefelhexafluorid (SF6) eingesetzt. Dabei handelt es sich um das stärkste bekannte Treibhausgas mit einer Lebensdauer von über 3000 Jahren. Die Belastung der Umwelt durch SF6 ist höher, als diejenige durch den gesamten deutschen Flugverkehr! In privaten Luftwärmepumpen wird laut Beschluss der EU-Kommission zukünftig kein PFAS (das ebenfalls als Treibhausgas gilt) zugelassen. Dort wird es durch das umweltneutrale Propan ersetzt. Vor der Genehmigung irgendeiner weiteren WEA muss sichergestellt sein, dass SF6 ebenfalls umweltneutral ersetzt wird. 7. Die Stromleitungen zur Einspeisung in das Stromnetz erzeugen, sofern oberirdisch, Elektrosmog, sofern die Leitungen unterirdisch verlegt werden sollen, werden weitere Baufahrzeuge erheblichen Lärm verursachen. Schwerlastverkehr zum Anschluss der Windkraftanlagen an das Stromnetz hat überdies weitere Umweltzerstörungen zur Folge. **2. Auswirkungen von Windkraftanlagen (WKA) auf die Wirtschaft** Auswirkungen auf die Wirtschaft der WEA-Gemeinden und der Umlandgemeinden gibt es sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht. 1. Die Eigentümer der benötigten Flächen müssen während der Bauphase und später während des Betriebes eine angemessene Entschädigung erhalten, auch als Ersatz für Ausfälle aus dem landwirtschaftlichen Betrieb. Auch nach Ende der Nutzung und dem Rückbau der Anlagen wird der Erdboden über Jahrzehnte mit dem Abrieb der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rotorblätter verseucht sein. Für den menschlichen Genuss oder als Tierfutter sind die Erzeugnisse nicht geeignet, höchstens zur Produktion von Biogas. 2. Während der Stromerzeugungsphase müssen die Gemeinden beteiligt werden. Bislang handelt es sich mit bis zu 0,2 Cent pro KWh um eine Kann-Vorschrift. 3. Bürgerwindanlagen sind Investorenanlagen vorzuziehen. Bedenken bestehen jedoch bei den hohen Investitionskosten. In einer Vorstellungsrunde (Propagandaveranstaltung?) eines Windparkbetreibers war von Kosten von ca. 9 Mio Euro je Windrad die Rede. Der Hersteller gibt die Kosten mit 12 Mio Euro an. Davon wären 10% durch die Bürger aufzubringen, der Rest als Hochrisikobeteiligung von Banken. Bei Zugrundelegung von 9 Mio Euro wären aus der 600-Seelen-Gemeinde von jedem Bürger (m/w/d) vom Säugling bis zum Greis bei projektierten 6 WEA 9.000,- EUR aufzubringen – realistisch? 4. Während der Bauphase werden deutsche Tiefbauunternehmer, Betonlieferanten und andere Handwerksbetriebe beschäftigt. Die Wiederherstellung der zerstörten Knicks wird sicher auch vor Ort ausgeschrieben. Wie beim Goldrausch in Amerika verdienen also eher die Händler, als die Schürfer. 5. Es ist mit einer Wertminderung der benachbarten Immobilien zu rechnen, je nach Entfernung und Menge an Störfaktoren, stärker oder schwächer. Veröffentlichungen in der Presse gehen von einem Wertverlust zwischen 10% und 30% aus. Eine Entschädigung ist bislang in keinem Fall vorgesehen oder durchsetzbar. 6. Auf Kosten der Investoren muss vor Baubeginn eine Bestandsaufnahme der Gebäude und Einfriedungen erfolgen. Schäden, die durch den Schwerlastverkehr entstehen, sind auf Kosten der Investoren zu beheben. 7. Auf Kosten der Investoren muss vor Baubeginn eine Bestandsaufnahme der Straßen und Wege einschließlich Kanalisation erfolgen. Schäden, die durch den Schwerlastverkehr entstehen, sind auf Kosten der Investoren zu beheben. 8. Umweltschäden z.B. durch austretendes Öl, sind auf Kosten der Investoren zu beheben. 9. Der Betrieb von WEA steht im krassen Widerspruch zu dem Wert Erholung. Weite Teile Schleswig-Holsteins sind jedoch Tourismusregion. Betroffen vor WEA wären unter anderem die Anbieter von Ferienwohnungen und Gästezimmern sowie Betreiber von	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Campingplätzen. Es wird Jahre dauern, diese Tourismusausfälle zu kompensieren. Aus „Ferien auf dem Bauernhof“ wird „Urlaub an der Baustelle“. 10. Derzeit herrscht in Schleswig-Holstein eine Überproduktion von Strom aus erneuerbaren Energien (PV und Windkraft) Schleswig-Holstein erzeugt etwa 170% der selbst verbrauchten Strommenge und kann damit z.B. Hamburg komplett mit versorgen! Diese Berechnung lässt außer Acht, dass noch deutlich mehr Strom erzeugt werden kann, wenn die Windräder auch bei Wind im Betrieb sind. Tatsächlich stehen Windräder bei Wind still, weil der Strom nicht benötigt wird oder weil Leitungskapazitäten fehlen. 11. Trifft es zu, dass zumindest Offshore immer noch und dauerhaft Windräder mangels Leitungsnetz mittels Dieselmotoren angetrieben werden, um Korrosion vorzubeugen? 12. Welche Maßnahmen plant das Land Schleswig-Holstein, den Netzausbau und die Speicherung voranzutreiben? Gibt es überhaupt Pläne, die im Zeitraum des LEP Wind, also bis Ende 2027, realisierbar den Netzausbau und/oder die Speicherung von Energie, z.B. als Wasserstoff, umzusetzen? 13. Im LEP sind verschiedene Gebiete im Bereich der Ostseeküste als Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung gekennzeichnet. Dort stehen die möglichen finanziellen Vorteile aus dem Betrieb von Windkraftanlagen in einem Missverhältnis zu den zu erwartenden Nachteilen. Die strukturellen Nachteile für die Ostseeküste bestehen darin, dass die Attraktivität des Küstenstreifens für Touristen und Naherholungssuchende ebenso sinkt wie für gewerbliche Unternehmen des Fremdenverkehrs. Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sind zum Schutz des Tourismus weiterhin von WEA freizuhalten. **3. Auswirkungen von Windenergieanlagen (WEA) auf die Natur** 1. Naturschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete und FFH-Gebiete sind auch nach der Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes weiterhin von WEA freizuhalten. Landschaftsschutzgebiete (LSG) haben jedoch ihren Schutzstatus bezüglich WEA verloren. Dies ist unserer Meinung nach nicht hinzunehmen. LSG sind weiterhin für WEA tabu. Das Land Schleswig-Holstein hat im Rahmen der Abwägung zwischen verschiedenen möglichen Flächen besonders die LSG zu schützen, zumal Schleswig-Holstein ohnehin an vorletzter Stelle der Bundesländer bei den LSG an Land liegt. 2. Um besetzte Horste von Seeadlern und Rotmilanen sollte ein Schutzradius von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mindestens 2 km berücksichtigt werden. Dichtezentren von Seeadlervorkommen sind von WEA freizuhalten. 3. Während der Bauphase müssen für den Transport von Material sowie der WEA selber Baustraßen geschaffen werden. Dazu ist häufig die Abholzung von Knicks erforderlich. Nach Ende der Lebensdauer der WEA (ca. 25 Jahre) wären die Neuanpflanzungen wiederum gefährdet. Es ist sicherzustellen, dass die Eingriffe in die natürlichen Lebensräume so gering wie möglich durchgeführt werden und weitgehend an derselben Stelle ausgeglichen werden. 4. Vogelzugstrecken sind von WEA freizuhalten. Entlang der gesamten Ostseeküste muss ein mindestens 3 km breiter Streifen, besser wären 5 km, von WEA verschont bleiben. 5. Gewässer sind vor Zuschüttung und Verunreinigungen z.B. durch Ölaustritt zu schützen. 6. Die Anlage der Stromleitungen zum Anschluss an das Leitungsnetz erfordern weitere bauliche Maßnahmen ober- oder unterirdisch mit entsprechender zusätzlicher Naturzerstörung, die an derselben Stelle auszugleichen ist. 7. Wake Effekt: Die Rotorbewegungen führen auf der Windseite zu einer Austrocknung der Böden, die angesaugte Feuchtigkeit wird über weite Entfernungen verteilt. Feuchtbiotope leiden besonders darunter. Im Rahmen der Abwägung sollten daher Gebiete mit Feuchtbiotopen von WEA gemieden werden. 8. Die WEA sind nach Beendigung ihrer Lebensdauer vollständig zu entfernen und weitestgehend zu recyceln. Dies umfasst auch die Fundamente. Die Rotorblätter werden derzeit bei Rückbau geschreddert und deponiert. Dieses gilt es zukünftig zu vermeiden. **4. Verwaltung / Rechtliches in Bezug auf Windenergieanlagen (WEA)** Als Beispiel für den Schutz von LSG zitieren wir aus der ***Kreisverordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Hagener Au von Probsteierhagen bis zur Einmündung in die Ostsee und Umgebung sowie die Ostseeküste zwischen Laboe und Stein"***	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	§ 4 Verbote ***(1)*** *In dem Landschaftsschutzgebiet sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern können oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere, wenn sie den Naturhaushalt schädigen, den Naturgenuss beeinträchtigen oder das Landschaftsbild verunstalten können.* *Insbesondere ist es verboten:* *1. Baugenehmigungspflichtige Anlagen auf baulich nicht genutzten Grundstücken zu errichten sowie Plätze aller Art, Straßen und andere Verkehrsflächen mit festem Belag anzulegen;* *2. **Windenergieanlagen zu errichten**, soweit sie als Nebenanlage nicht überwiegend der Eigenversorgung dienen;* *3. oberflächennahe Bodenschätze abzubauen oder andere Abgrabungen sowie Aufschüttungen, Auffüllungen, Auf- oder Abspülungen vorzunehmen, wenn die betroffene Bodenfläche größer als 1.000 qm ist oder die zu verbringende Menge mehr als 30 cbm beträgt;* *4. die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse durch Ausbau (Herstellung, Beseitigung oder wesentliche Umgestaltung) eines Gewässers oder seiner Ufer, Deich- und Dammbauten, Bauten des Küstenschutzes, Grundwasserabsenkungen oder Entwässerungen nachteilig im Sinne des Naturhaushaltes zu verändern;* *5. Wald und Feldgehölze abzuholzen und in eine andere Nutzungsart umzuwandeln;* *6. Gehölzbestände auf Geländekuppen und -höhen, Hängen sowie an Feld- und Wegrainen erheblich oder nachhaltig zu beeinträchtigen;* *7. prägende Geländeeinschnitte, Senken und Mulden zu verfüllen oder auf andere Art zu verändern sowie prägende Kuppen und Höhen oder Höhenzüge ganz oder teilweise zu verändern;* *8. Landschaftsbestandteile und Naturgebilde von ökologischer, geowissenschaftlicher oder kulturhistorischer Bedeutung zu beschädigen, zu verunstalten oder zu beseitigen;*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	9. Gewässer, Ufer und ihre Ufervegetation sowie Schwimmblatt- und Röhrichtbestände und sonstige Feuchtgebiete zu schädigen, nachteilig zu verändern oder zu beseitigen. In der Liste der Verbote ist der Bau von WEA unter Nummer 2 explizit genannt. Aber auch die Punkte 1, 3, 5 und 6 sind zumindest während der Bauphase zu beachten. Auch die baulichen Maßnahmen sind somit verboten. Diese vom Kreis Plön erlassene Verordnung kann nicht einfach übergangen werden. Selbst wenn Punkt 2 der Kreisverordnung durch Bundesgesetz für ungültig erklärt wird, sind die anderen Punkte der Kreisverordnung weiter zu beachten. Auch aus diesem Grund ist die Errichtung einer Industrieanlage, selbst wenn es sich um eine WEA handeln sollte, aus unserer Sicht in Landschaftsschutzgebieten unzulässig.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1692	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 20221 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, Mein Name ist [redacted] und ich möchte hiermit ausdrücklich meine ablehnende Stellungnahme gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Raum Husby/Hürup im Kreis Schleswig-Flensburg zum Ausdruck bringen. Die Pläne, weitere Windkraftanlagen in der Region zu errichten, stoßen bei mir auf großes Unverständnis und Besorgnis. Im Folgenden möchte ich meine Bedenken ausführlich darlegen: **1. Keine Notwendigkeit für zusätzlichen Windkraftausbau:** Schleswig-Holstein erzeugt bereits ein Vielfaches seines eigenen Strombedarfs durch Windkraft. Der Bau weiterer Anlagen in unberührten, ländlichen Gebieten ist nicht nur unnötig, sondern führt	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15.1, 7.1.3, 7.1.4, 7.2.1, 7.2.3, 7.2.5, 7.2.11, 7.3.1 bis 7.3.6 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	auch zu einer massiven Verschandelung der Landschaft. Angeln und Schwansen drohen, ebenso wie Nordfriesland und Dithmarschen, zu einem Industriegebiet voller Windkraftanlagen zu werden, was das natürliche Erscheinungsbild und den Charakter der Region zerstört. **2. Negative Auswirkungen auf die Lebensqualität und Gesundheit der Anwohner:** Die Errichtung von Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten beeinträchtigt das Wohlbefinden der Bewohner erheblich. Der konstante Lärm, der Schattenwurf und die visuelle Dominanz von bis zu 200 Meter hohen Windrädern mit 150 Meter breiten Rotoren führen zu einem drastischen Rückgang der Lebensqualität. Studien belegen, dass der ständige Lärm und die optische Belastung gesundheitsschädliche Auswirkungen haben können, die von Schlafstörungen bis hin zu Stress und anderen physischen und psychischen Beschwerden reichen. **3. Verlust von Naturlandschaften und Erholungsräumen:** Die unberührte Natur und die ländliche Idylle sind nicht nur für die Anwohner, sondern auch für Touristen von großer Bedeutung. Sie bieten einen Rückzugsort und sind ein wesentlicher Bestandteil der regionalen Identität. Der Ausbau der Windkraftanlagen würde diese Rückzugsräume zerstören und die Attraktivität der Region für Einwohner und Touristen gleichermaßen mindern. Auch der Lebensraum für Tiere und Pflanzen würde stark beeinträchtigt, was zu einem Verlust der biologischen Vielfalt führen kann. **4. Unklare ökonomische und ökologische Vorteile:** Trotz des massiven Ausbaus von Windkraftanlagen in den letzten Jahren kommt es immer noch zu Versorgungsengpässen, und es muss Strom aus dem Ausland zugekauft werden, oft aus Ländern, die ihre Energie durch Kernkraftwerke erzeugen. Dies wirft die Frage auf, ob der weitere Ausbau der Windkraft tatsächlich zur Versorgungssicherheit beiträgt oder ob nicht vielmehr alternative Ansätze zur Energieerzeugung und -speicherung gefördert werden sollten. Zudem ist der Bau von Windkraftanlagen kostspielig, und die Bürger tragen bereits jetzt die hohen Stromkosten sowie die zusätzlichen Kosten für den Transport und die Speicherung von Strom. Energie sollte dort erzeugt werden, wo sie gebraucht wird, um Verlust und Kosten durch die Übertragung zu minimieren und vor allem, um regionale Ungleichheiten zu vermeiden. In Schleswig-Holstein wird Energie gewonnen, um damit die wirtschaftliche Entwicklung im Süden Deutschlands weiter zu fördern. **5. Soziale Konflikte und Wertverlust:** Die Diskussion um den Bau von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftanlagen führt bereits jetzt zu sozialen Spannungen innerhalb der Gemeinden. Der Bau solcher Anlagen könnte zu einer weiteren Eskalation führen und den sozialen Frieden nachhaltig stören. Zudem ist nachgewiesen, dass Immobilien in der Nähe von Windkraftanlagen an Wert verlieren. Dies betrifft die finanzielle Sicherheit vieler Familien, die in die Region investiert haben und dort ihren Lebensmittelpunkt sehen. **6. Missachtung demokratischer Entscheidungsprozesse:** Bereits 2016 gab es eine Bürgerbefragung, in der sich die Mehrheit klar gegen die Errichtung von Windkraftanlagen in diesem Bereich ausgesprochen hat. Die Missachtung dieses Abstimmungsergebnisses stellt einen Bruch des Vertrauensverhältnisses zwischen Bürgern und Planungsbehörden dar und untergräbt das Gefühl der Mitbestimmung und Beteiligung. Abschließend möchte ich betonen, dass der Bau von Windkraftanlagen in der Nähe von Husby/Hürup nicht nur die Lebensqualität und Gesundheit der Anwohner gefährden würde, sondern auch zu einem langfristigen Verlust der Attraktivität der Region als Wohn- und Erholungsgebiet führen könnte. Ich appelliere daher dringend an Sie, diese Pläne zu überdenken und sich für den Erhalt der ländlichen, natürlichen und lebenswerten Umgebung einzusetzen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1689	[redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Bundesgesetzgeber schreibt mit dem Windenergieflächenbedarfsgesetz vor, dass in den Bundesländern ein Anteil der Landesfläche für die Nutzung von Windenergie verbindlich vorzusehen ist. Dem kommt das Land Schleswig-Holstein durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie nach. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellungnahme zu den geplanten Potentialflächen für Windkraft in den Gemeinden Stoltenberg, Höhndorf, Fragau-Pratjau bis zur Region Schönberg, Stakendorf, Krummbek. Der Landesentwicklungsplan hat mit der Gemeindeöffnungsklausel den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, Windflächen auch außerhalb der bestehenden Vorrangflächen zu planen. Daneben entwickeln sich Projekte mit weiteren Windpark Planungen, die Industrieparks mit bis zu 40 Anlagen in unseren Umgebung zum Ziel haben. Zunächst geplant sind natürlich erst nur eine bzw. fünf Anlagen; ich befürchte hier, dass es sich dabei „um den Fuß in der Tür“ handelt, mit dem dann bei Genehmigung weitere Anlagen leicht folgen können. Was bedeutet das für unsere Region rund um den Passader, Dobersdorfer und bis zum Selenter See; einer der Regionen im Kreis Plön, die noch einige alte Waldbestände, mit z.B. alten Buchen- und Erlenbeständen etc. vor- zuweisen hat. Hierzu aus dem Umweltbericht (Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO): 81% der SH-Landesflächen sind Vegetaionsflächen und nur 11% Wald-flächen!! Unsere Region um Schloss Salzau sowie seinen Gütern Ottenhof und Charlottenthal bis hinter die Gemeinde Fargau Pratjau zum Selenter See hin hat Waldflächen und diese gehören zu den 11% und gehören geschützt. Außerdem gibt die EU aus der „Die Vogelschutzrichtlinie der EU (79/409/EWG) (VschRL) vor: „… verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Erhaltung der wildlebenden Vogelarten...“ (Art. 1 und 2). Gem. Art.3 und Art. 4 (1) sind für die im Anhang 1 aufgeführten Arten besondere Schutzmaßnahmen hinsichtlich ihrer Lebensräume anzuwenden. Dazu erklären die Mitgliedstaaten die zahlen- und flächenmäßig geeignetsten Gebiete zu Schutzgebieten. (Special Protection Areas = SPAs), stellen in und außerhalb von Schutzge-bieten die Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensräume in ausreichender Vielfalt und ausreichender Flächengröße sicher und berichten der EU-Kommission über die Anwendung der Vorschriften (Art. 12) „ Quelle: Untersuchungen zu den verbreitet auftretenden Vogelarten des Anhangs I der EU-Vogelschutzrichtlinie in Schleswig-Holstein: Kranich, Mittelspecht, Rotmilan,	später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Die Landesregierung verfolgt dabei die Absicht, die Windenergienutzung im Sinne der Energiewende, der klimaschutzpolitischen Perspektiven und der gesetzlichen Rahmenbedingungen, aber gleichermaßen auch unter Wahrung der Interessen der Bevölkerung und der Erhaltung von Natur und Landschaft voranzutreiben und zu steuern. Dafür wurden Ziele und Grundsätze entwickelt, um die Windenergie auch weiterhin landesweit zu steuern. Diese Ziele und Grundsätze bilden die Grundlage für die in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie. Damit kann sichergestellt werden, dass die Vorranggebiete landesweit nach einheitlichen Maßstäben ermittelt und auf die geeignetsten Flächen gelenkt werden. Hinsichtlich des Denkmalschutzes wird auf Ziffer 6.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Im Übrigen wird insbesondere auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.11 und 7.2.10 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schwarzmilan, Zwergschnäpper. Bericht 2023 Auftraggeber: Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur (MEKUN) des Landes Schleswig-Holstein. Beispiel: Kranich: In den letzten Jahren hat sich die Population in unserer Region erheblich vergrößert. In Hohwacht sowie im „Ottenhofer Bruch“ befinden sich die Übernachtungsplätze. Und in unserer Region sind aufgrund des erhöhten Maisanbaus mehrfach größere Trupps der Kraniche an ihren Futterplätzen auf den Feldern zu sehen. Insbesonders im bereich Salzau, Ottenhof, Neu Sophienhof, Stoltenberg und Schlesen. Die letzten Winter waren sehr regenreich und warm, sodass auch begonnen wurde im Ottenhofer Bruch zu überwintern.Leider ist das Gebiet nicht zugänglich, da in Privatbesitzt. Die Gemeinde Hohwacht hat die Beobachtung der Kraniche in ihr Tourismusprojekt mit einbezogen und einen Beobachtungsturm und Wanderwege im Bereich des Sehlendorfer Binnensees ausgebaut. Die Vogelzuglinie der Kraniche würde durch den Bau von Windkraftanlagen in der geplanten Form (Größe und Höhe) und in dieser Region erheblich beeinträchtigen, wenn nicht gar zu Nichte machen. Ein weiteres Beispiel ist der Rotmilan, dessen Population ebenfalls als stark gefährdet angesehen werden kann. Siehe hierzu die Ausführungen in oben genanntem Bericht sowie die Ausführungen der Projektgruppe Rotmilan SH (www.projekt-rotmilan-sh.de) Die Potentialflächen in den Gemeinden Stoltenberg und Fargau-Pratjau liegen in einem Gebiet das alljährlich als Rast-, Balz- und Nistplatz für zahlreiche Vogelarten dient, u.a. Adler, Kraniche, Singschwäne, Graugänse, Kanadagänse, Graureiher und Schwalben. Die Vögel bewegen sich zwischen den umliegenden Seen (Selenter See, Passader See, Dobersdorfer See und der Ostseeküste). Im Frühjahr und Sommer sind beispielsweise die Seen und Teiche um Stoltenberg bis Sophienhof ein Anziehungspunkt für Graugänse und Kanadagänse. Diese Vögel werden in dieser Jahreszeit dort vom Seeadler als Nahrungsquelle bevorzugt. Die Flächen befinden sich also im Jagdrevier dieses Raubvogels. (siehe auch Dichtezentrum für Seeadler). Die Singschwäne rasten auch auf den umliegenden Flächen, welche den Potentialflächen zugerechnet werden. Die große Anzahl der Vögel ist ein weiteres Indiz für die besondere Wertigkeit dieser	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Flächen. Eine Bebauung der Potentialflächen würde diese Flächen wie eine „Wand“ abschirmen. Dies würde das Verhalten der Tiere voraussichtlich stark beeinträchtigen. Die besagten Rast-, Balz- und Brutplätze und Jagdreviere gingen für die Vögel somit verloren. Der Raum um den Passader See, Dobersdorfer See bis hin zum Selenter See muß – aus meiner Sicht - umbedingt frei von Windkraftanlagen bleiben. Unverständlich für mich ist das „Phänomen“, dass ausgewiesene Landschaftsschutzgebiete sowie die Richtlinien der EU anscheinend zunehmend weniger berücksichtigt werden. Das „Aufweichen“ bisheriger Ausschlußkriterien zum Bau der Windkraftanlagen scheint mir hier nicht alleine der notwendigen „Transformation“ hinsichtlich der notwendigen Energiegewinnung geschuldet. **Betreff: Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land4.5.1.5 Kultur und sonstige Sachgüter** Das Herrenhaus in Salzau ist Denkmalgeschützt und mit seiner Nähe zu den Seen, zur Küste sowie den Wäldern der Umgebung eine touristische Attraktion der Region. Zum Kulturdenkmal Salzau, dem ehemaligen Haupthof, gehörten die Höfe Sophienhof, Ottenhof und Charlottenthal, die heute eigenständige Siedlungen darstellen. Umbaumaßnahmen an allen Gebäuden nebst Nebenanlagen dürfen nur unter der Auflage der Wahrung der charakteristischen Aussenansichten sowie unter Aufsicht des Denkmalschutzes verändert werden. Es stellt sich mir hier die Frage, inwieweit die geplanten Windkraftanlagen den Ansprüchen / Auflagen des Denkmalschutzes entsprechen. Ein Windpark in der unmittelbaren Umgebung würde den kulturellen Wert dieser/unserer Gegend sabotieren. In der Vergangenheit bot das Herrenhaus Salzau Platz für denkwürdige Kulturveranstaltungen. Mittlerweile gelten die Probsteier Korntage als fester Bestandteil des Kulturangebotes der Probstei. Außerdem haben sich ebenso in den letzten fünf Jahren erfolgreich Kunst und Kultur mit den Probsteier KunstTagen etabliert. Viele Dörfer der Probstei nehmen an diesen Veranstaltungen teil und sehen es als Aufwertung hinsichtlich des Tourismus im „Hinterland“. Und das hauptsächlich vor dem Hintergrund unserer landschaftlich einmaligen unberührten Gegend. Eben dafür sollte auch Schloss Salzau und unsere Umgebung wieder bzw. weiterhin genutzt werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zwischen Sophienhof - Stoltenberg und Salzau - Fargau Pratjau liegen Potentialflächen, die bei einer Bebauung mit Windkraftanlagen den historischen Charme der Ortschaften zurückdrängen würde. Die Radwege würden durch die Industrieparks führen und würden damit den touristischen und einmaligen Wert unserer Region zerstören. Ich als Bürger habe diesen ländlichen Raum bewusst als meinen Lebensmittelpunkt gewählt. Viele junge Familien haben sich ebenfalls in allen Ortschaften neu angesiedelt, weil sie mit ihren Familien und Kindern bewusst in einer intakten Dorfgemeinschaft mit sozialem Miteinander und einem engen, unverfälschten Bezug zu einer natürlichen Umgebung leben wollen. Würden die Potentialflächen mit Windkraftindustrieanlagen bebaut werden, wäre die Faszination dieser einzigartigen, lebendigen Region zerstört. Unstrittig ist, dass beim Bau von Windkraftanlagen der Investor, der Grundbesitzer und die Gemeinden finanziell profitieren werden; der Anreiz der pekuniären Vorteile ist groß. Die Gemeinden hoffen auf große Einnahmen aus dem Bau der Windindustrie, um damit leere Kassen aufbessern zu können. Immobilienbesitzer können nicht mehr ohne weiteres ihre Immobilie veräußern, da der Wert nun anders anzusetzen sein wird. Hier befürchte ich eine „Immobilienpreisinflation“. Unstrittig ist wohl,dass der Einfluss der Windparks dabei die entscheidende Rolle spielt. Neben diesen genannten Argumenten „Kontra“ Windparks in der beschriebenen, geplanten Form, sollte das Thema des „“soziale Unfriedens“, ebenso berücksichtig werden. Ich meine hiermit folgendes „Phänomen“. Ich beschäftige mich mit der gesamten (regionalen) Windkraftanlagenplanung) erst seit kurzer Zeit. Obwohl nicht militant in meiner „Kontrahaltung“ erfahre ich Anfeindungen durch Landbesitzer, auf deren Grund Windkraftanlagen geplant sind. Daneben sehe ich eine „Spaltung“ in meiner dörflichen Gemeinschaft bezüglich der beschriebenen Thematik. Es verwundert mich nicht, ängstigen sich doch „Hausbesitzer“ bezüglich der vermuteten Immobilienpreisinflation“, während Mieter eher Vorteile sehen (Geld in der Gemeindekasse) , da sie bei zu großen Nachteilen nur umziehen brauchen. Ich als Bürger „zahle“: durch Verbau der Landschaft, Wegfall von naturnaher Umgebung, Lärmbelastung durch Windanlagen, Verschandelung der Landschaft durch hohe Anlagen, Rückgang des Tourismus damit Wegfall von Einkommensmöglichkeiten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(vgl. Bericht zum Tourismus des Kreises Plön Stand 2020, Neuauflage in 2024 in Arbeit) und die Minderung der Immobilienpreise durch die Belastung des Windparks. Ebenso scheint mir nicht bewertet die Umweltbelastung durch den Bau der Sockel der Windräder sowie der Windanlagen als solche mit umweltbe-lastenden Materialien. Die Umweltbelastung von ca. 500-600 Lastwagen, die pro Bau einer Anlage fahren werden. Dadurch die Zerstörung unserer Strassen etc. Ebenso die erhöhte Belastung unserer freiwilligen Feuerwehren zur Sicherstellung des Brandschutzes der Anlagen. Für mich stellt sich erneut die Frage, inwieweit es sich für unsere ländliche Umgebung mit kleinen dörflicher Struktur lohnt? Erlaubt sollte auch die Frage sein, wie kommt der produzierte Strom „in die Steckdose des Bürgers“? Stromleitungen / Trassen sind ein weiterer umweltbelastender /zerstörender Faktor, den es zu berücksichtigen gilt. **Energiewende ja, aber in vertretbarem Rahmen, an vertret-baren Orten, alle Bundesländer gleicher Beitrag, Ich lehnen die Ausweisung der Potential-flächen in der Region zwischen Passader See, Dobersdorfer See bis zum Selenter See kate-gorisch ab.** **Windkraftanlagen / Windparks sind als Industrieanlagen zu sehen, die mit mehreren Hundert Hektar nicht mit unserer landschaftlich einmaligen Umgebung, mit unserem sanften Tourismus sowie unseren ländlichen Infrastruktur zu vereinbaren sind. Ich bitte daher die Planungen zur Errichtung von Windkraftanlagen in den beschriebenen Regionen abzulehenen, bzw. nicht weiter voran zu treiben /umzusetzen** Mit freundliche Grüßen [redacted]	
Institution: Stadt Reinbek, Planung	Sehr geehrte Damen und Herren,	Bezüglich der Kritik an der Terminierung des Beteiligungsverfahrens wird auf Ziffer 7.1.5 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Bauordnung ID: 1688	wir bitten um Beachtung der angefügten Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag, [redacted] / FB Stadtentwicklung [eingefügt aus Anhang] **Stellungnahme Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan (LEP) „Windenergie an Land“ über BOB-SH** Sehr geehrte Damen und Herren, ich bedanke mich für die Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme. Anzumerken ist, dass eine Befassung der städtischen Gremien aufgrund der Terminierung in den Sommermonaten nicht möglich war. Es wird gebeten, bei zukünftigen Beteiligungsverfahren zu Raumordnungsplänen einen geeigneteren Zeitraum zu finden; dies insbesondere vor dem Hintergrund der im letzten Jahr verkürzten Beteiligungsfristen und dem Umstand, dass auch die Beteiligung zu dem aktuellen Entwurf des Regionalplanes auch in den Sommermonaten (2023) stattfand. Grundsätzlich begrüßt die Stadt Reinbek, dass die neuen Kriterien zur Ausweisung von Windenergieflächen sich weitestgehend an den Kriterien aus dem aktuellen Landesentwicklungsplan 2020 orientieren und diese weiterentwickeln. Durch eine Überprüfung und Änderung der Kriterien soll dem bundespolitischen Ziel, mehr Vorranggebiete auszuweisen, Rechnung getragen werden. Dieses Vorgehen ist grundsätzlich nachzuvollziehen. Aus Sicht der Stadt Reinbek ist allerdings der Grundsatz weder ausreichend belegt noch nachvollziehbar, dass die Flächenausweisungen Windenergie an Land in Schleswig-Holstein besonders ambitioniert verfolgt werden. „Mit dem WindBG hat der Bund ein neues Regime für die Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen (WEA) an Land erlassen. Danach sei Schleswig-Holstein verpflichtet, bis zum 31.12.2027 einen Flächenbeitragswert von 1,3 Prozent und bis zum 31.12.2032 von 2,0 Prozent seiner Landesfläche für Windenergienutzung zu erreichen. Der vorliegende Entwurf legt fest, dass der Flächenbeitragswert von 2,0 Prozent bereits bis Ende 2027 erreicht werden soll“. Das Land übernimmt dabei die grundsätzliche Annahme des WindBG, „dass auf den ausgewiesenen Flächen WEA auch dann zugelassen werden können, wenn die	Synopse verwiesen. Bezüglich der Kritik an den Konsequenzen einer Zielverfehlung: Die Konsequenz einer allgemeinen Privilegierung nach § 35, Absatz 1, Nummer 5 BauGB ergibt sich direkt aus dem auf Seite 5 des Planentwurfs zitierten § 249 Absatz 7 BauGB und ist insofern keine eigens definierte Regelung. Die zu erreichenden Flächenbeitragswert gemäß Anlage des WindBG basieren auf einer energiepolitischen Zielsetzung und entziehen sich somit ebenfalls einer anderslautenden Festlegung. Zur Frage der Raumbedeutsamkeit: Die Hinweise werden überprüft. Die Begründung für die Festlegung einer Untergrenze der Raumbedeutsamkeit von WEA wird konkretisiert. Bei der Frage der Raumbedeutsamkeit geht es allerdings vorrangig um die Frage einer dominanten Wirkung im Raum und nicht um die Betroffenheit einzelner Schutzbelange, die im Genehmigungsverfahren geklärt werden können. Zum 800 m Abstand zu Siedlungen: Hier liegt möglicherweise ein Missverständnis vor. In der Begründung des 800 m Abstandes werden zwar Einzelfälle thematisiert; jedoch nur, um im Ergebnis zu entscheiden, dass gleichwohl ein pauschaler Abstand von 800 m festgelegt wird. Die weiteren Grundsätze zur Prüfung der Abstände zu Siedlungsflächenausweisungen und geplanten Siedlungsentwicklungen kann nur im Einzelfall geprüft und abgewogen werden, weil es hier jeweils auf die bauplanungsrechtliche Einstufung und den Konkretisierungsgrad der Planung und den Abstimmungsstand mit der Landesplanung ankommt. Für die Bewertung von Umfassungssituationen ist eine pauschale Festlegung nicht sachgerecht, da es auch hier auf die jeweilige örtliche Situation, vor allem die Frage sichtverschattender Landschaftselemente und reale Sichtbarkeit

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rotorblätter über die Grenzen der ausgewiesenen Fläche hinausragen, der Anlagenmast also bis an die Grenze der Fläche heranrücken kann“ (vorliegender Entwurf, Zitat B zu 1, Seite 5). Einheitliche Kriterien zur Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) und –gebieten in Schleswig-Holstein sollen den Planungsträgern Sicherheit bezüglich der Anforderungen an die Errichtung von WEA und der Abwägung der Interessen von Mensch, Natur, Umwelt und Klima geben. Dies ist aus Sicht der Stadt Reinbek nur teilweise gegeben. Sie weist darauf hin, dass sie die Wahrung der genannten Interessen einschließlich der wirtschaftlichen Interessen und dem Interesse der Bevölkerung an dem Schutz des Siedlungsraumes vor Immissionen (Lärm) Rechnung tragen wird und demnach die weiteren Planungsschritte in dem laufenden Regionalplanverfahren aufmerksam verfolgen wird. Die in dem vorliegenden Entwurf vorgestellen Planungskriterien könnten die in dem dicht besiedelten Raum des Hamburger Randgebietes bestehenden Nutzungskonflikte weiter verschärfen und die Planungshoheit der Stadt einschränken. Die Stadt Reinbek gibt daher mit Bezug auf den Entwurf „Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) die folgende Stellungnahme ab: Begründung (B) zu 1, Seite 5 Durch die Ausweisung von drei Prozent der Landesfläche soll das Flächenziel für Schleswig-Holstein erreicht werden. Stadt Reinbek lehnt es ab, die vage und nicht begründete Formulierung „Im Falle einer Zielverfehlung des Flächenbeitragswertes“ würde es für das „gesamte Plangebiet“ bedeuten, dass die Privilegierung nach § 35 Absatz 1 Nummer 5 gelten würde. Durch das Nicht-Erreichen eines ambitionierten politischen Ziels - dass zudem allein über die Definition der Flächenziele keine energetische Leistung definiert – soll der Privilegierung im Außenbereich Vorschub geleistet werden. Stadt Reinbek fordert eine Überprüfung und Darlegung nach nachvollziehbaren Kriterien. B zu 2 Z, Seite 8 Die Auffassung ist nachvollziehbar, dass durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie dem Mangel an verfügbarer Fläche für den Ausbau der Windenergie an Land wirksam begegnet werden soll und sich die raumbedeutsame Windenergienutzung gegenüber anderen Nutzungen durchsetzen soll. Die Ausweisung von Vorranggebieten	aus der Siedlung heraus ankommt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergie soll den nach dem WindBG und dem Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG) favorisierten bedarfsgerechten Windenergieausbau ermöglichen. Stadt Reinbek weist darauf hin, dass die Definition der raumbedeutsamen WEA vage bleibt und die Raumbedeutsamkeit von Einzelanlagen mit fachlichen Quellenangaben belegt und entsprechend begründet werden sollten. Allzu pauschal wird „bei bis zu zwei Kleinwindenergieanlagen mit jeweils bis zu 30 Metern Gesamthöhe“ bzw. bei „Einzelanlagen bis zu einer Höhe von 70 Metern, die einem im Außenbereich privilegierten Betrieb gemäß § 35 Absatz 1 Nummern 1 bis 4 BauGB als Nebenanlagen“ generell von geringen Umwelt- und Raumauswirkungen“ ausgegangen. Für diese als nicht raumbedeutsam festgesetzten Anlagen sind nähere Bestimmungen für die Verträglichkeit mit dem Vorkommen unter Schutz stehender Arten (Vögel, Fledermäuse) und Vorsorgeabstände zu Siedlungsbereichen festzusetzen bzw. detailliert auf entsprechende Bestimmungen der entsprechenden Fachgesetze hinzuweisen. B zu 1 Z, Seite 24 In 1 Z wird ein Vorsorgeabstand von 800 m zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion (für raumwirksame Anlagen) festgelegt. Gleichzeitig wird unter Begründung B zu 1 Z unter Berücksichtigung des Immissionsschutzes die Möglichkeit eröffnet, diesen Abstand zu Wohngebieten zu unterschreiten. Da auch in den darauffolgenden Regelungen zur Konkretisierung von Zielen und Grundsätzen auf Einzelfallprüfungen verwiesen wird, schließt sich Stadt Reinbek der Auffassung des Kreises Stormarn an, dies als problematisch zu sehen, da keine klaren Prüfkriterien vorgesehen sind und sich somit bei der Auslegung des Kriteriums vor Ort Unklarheiten auftun können. Ziel sollte es sein – inbesondere bei der Anwendung der Gemeindeöffnungsklausel – dass keine aufwendigen Abstimmungsverfahren im Einzelfall mit der Landesplanungsbehörde zu führen sind. Auf folgende Regelungen wird in diesem Zusammenhang hingewiesen: 2 G, Seite 21 Gleichstellung von Siedlungsflächenausweisungen im Außenbereich gegenüber Flächennutzungsplandaarstellungen in oder an Ortslagen, Prüfung im Einzelfall 7 G, Seite 23 Begrenzung von WEA zur Umstellung von Ortslagen, Prüfung im Einzelfall. Dass um	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ortslagen herum kein dichter Ring von WEA entstehen sollte, ist sinnvoll. Hier stellt sich jedoch die Frage wie die „Zumutbarkeit“ definiert wird. B zu 4 G, Seite 30 Sicherstellung planmäßiger Siedlungsentwicklung, evtl. zusätzlicher Umgebungsbereiche zu WEA, Prüfung im Einzelfall. B zu 5, Seite 30 Konflikte zwischen informellen Planungen sowie laufenden Bauleitplan- und Satzungsverfahren gegenüber Festlegung eines Windenergiegebietes, Prüfung im Einzelfall. B zu 6, Seite 30 f. Ausweisung von Windenergiegebieten im Stadt- und Umlandbereich im ländlichen Raum, Abwägung im Einzelfall. Diese Vorgehensweise hätte für die Kommunen aufgrund des erforderlichen Austauschs mit der Landesplanungsbehörde einen großen Aufwand für Einzelfallprüfungen zur Folge, der durch eindeutige Vorgaben des Landesentwicklungsplans eigentlich vermieden werden sollte. Die bei Einzelfallprüfungen anzuwenden Kriterien sind nicht transparent. Die vage gehaltenen Formulierungen werden dem Anspruch eines LEP nicht gerecht. Voraussetzungen und Bedingungen werden nicht ausreichend präzise benannt und schlussendlich einer (drohenden) „Prüfung im Einzelfall“ überlassen. Die Stadt Reinbek fordert daher, bei der „Teilfortschreibung Windenenergie an Land“ die Kriterien für die ambitioniert angesetzten Flächenziele transparent zu benennen, eine praktikable Möglichkeit für eine Abwägung der Interessen von Mensch, Natur, Umwelt und Klima anhand zu geben und die Potentiale der Siedlungsentwicklung – gerade im Hamburger Randgebiet mit dem erheblichen Flächendruck – nicht durch „briefmarkengroße“ Windenergiepotentialflächen bzw. durch fachlich nicht eindeitig begründete, „nicht raumwirksame“ Windenergieanlagen einzuschränken. Mit freundlichen Grüßen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Im Auftrag [redacted]	
Gruppe ID: G1685 Anzahl: 2 (IDs: 1685, 1979)	Sehr geehrte Damen und Herren, Wir leben in der Gemeinde Großenrade in Dithmarschen. Dieses Gebiet liegt im Landschaftsschutzgebiet Kliffplateau. Der Kreis Dithmarschen hat eine Stellungnahme abgegeben, die aussagt, dass Landschaftsschutzgebiete nicht mit Windkraftanlagen bebaut werden sollen. Dithmarschen hat bereits rund 5% der Landesfläche für WKA bereit gestellt. Das Land hat das Ziel 3,3% verankert. Wenn die vorhandenen Flächen genutzt würden für Repowering, zerstören wir nicht weitere Natur und gefährden auch nicht den noch vorhandenen Windfrieden. Keine Windkraftanlagen in Landschutzgebiete!! Beste Grüße [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1684	Sehr geehrte Damen und Herren, die [redacted] GbR, ein Zusammenschluss allen voran aus Bürgern und Bürgerinnen der Gemeinden Gaushorn (PLZ: 25782) und Nordhastedt (PLZ: 25785) im Kreis Dithmarschen beabsichtigt die Umsetzung eines Windprojektes in den beiden zuvor genannten Standortgemeinden. Die Gesellschaft ist am 31.07.2023 gegründet worden und wird derzeit gerade in das zum 01.01.2024 geschaffene Register für „GbR-Strukturen“ eingetragen, um u.a. den Kauf einer Immobilie zwischen Nordhastedt und Gaushorn, im Zuge der beabsichtigten Entwidmung des Wohnhauses im Außenbereich, vollziehen zu können. Das beabsichtigte Windprojekt ist in beiden Gemeinden der Gemeindevertretung vorgestellt worden – hier stößt es jeweils auf Zustimmung. Zudem hat bereits in der Gemeinde Gaushorn eine Öffentlichkeitsveranstaltung stattgefunden, sodass sich die Bürger/-innen frühzeitig mit dem Thema des „Ausbaus der Windenergie“ in ihrem Nahbereich beschäftigen/befassen können. Der Zuspruch zur Verwirklichung bzw. zur Projektrealisierung ist hoch unter den	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Aus den Begründungen für die Festlegungen der jeweiligen Kriterien ist nachvollziehbar, weshalb konkrete Abstands- beziehungsweise Freihaltebereiche festgelegt werden sollen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet darüber hinaus Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Diese werden zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Einwohner/-innen der Gemeinden, da das Projekt sowohl als Chance für die Gemeinde(n) gesehen wird einen Beitrag zur Energiewende leisten zu können und zugleich sich finanziell für die bevorstehenden Investitionen der kommen Jahre bestmöglich aufzustellen. Neben der Zuwendung an die Kommune (§6 EEG) wird zumeist auch eine „Mitinvestitonsmöglichkeit“ bzw. Beteiligungsmöglichkeit für die Bürger/-innen eingefordert. Dem möchte die Gesellschaft gerne nachkommen, sodass eine forcierte Projektrealisierung betrieben wird und bereits umfangreiche Planungsarbeiten vollzogen als auch Kartierungen ausgelöst worden sind. Die Planungen der [redacted] GbR ([redacted]a GbR) und die Ergebnisse/Erkenntnisse der Kartierungen durch Ornithologen/Landschaftsplaner zur Ausarbeitung des Artenschutzfachbeitrages (AFB) und des Landschaftspflegerischen Begleitplans (LBP) decken sich mit den Vorgaben/Vorstellungen der Landesregierung/Landesplanung über die definierten Ziele und Grundsätze der Raumordnung im ersten Entwurf der LEP-Teilfortschreibung „Windenergie an Land“. Der Zuschnitt der sich aus den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung ergebenden „Windpotentialfläche“ zwischen Gaushorn und Nordhastedt ähnelt der gestarteten Planung unserer Gesellschaft im Jahr 2023 sehr. Unterschiede ergeben sich lediglich über folgende Punkte/Themen: 1. Die Planung der [redacted] GbR ist von einem verpflichtenden Abstand von 1.000m um Siedlungsbereiche mit Wohnfunktion (Innenbereiche) ausgegangen. Darauf wird es, nach aktuellen Erkenntnissen, in unserem beabsichtigten Projektbereich auch hinauslaufen, da keine Vorbelastungen durch bestehende WEA vorhanden sind. Lediglich eine 110-kV-Freileitung kreuzt das beabsichtigte Windgebiet und wird als Linienstruktur in die Planung eingeschlossen. 2. Der bisherige vorgesehene einzuhaltende Abstand zur Immobilie im Außenbereich (Anschrift: Nordhastedter Straße 21, 25782 Gaushorn), gelegen an der L147 zwischen Gaushorn und Nordhastedt wird durch eine verbindliche Anzeige der Aufgabe des Wohnrechtes zeitnah entfallen können. *(vertragliche Einigung des Kaufes der Immobilie durch die Gesellschaft wird der Landesplanung kurzfristig vorgelegt werden können)* Ansonsten gilt es lediglich im Bereich Nordhastedt noch den genauen Abschluss des Innenbereiches mit der Kreisbaubehörde des Kreises Dithmarschens abzustimmen, was	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	aber keinen Einfluss auf die aktuell bereits nahezu finale Planung der Gesellschaft hat. Aus Gesprächen mit Bürger/-innen und den Gesellschafter/-innen der [redacted] GbR kann berichtet werden, dass die derzeitigen aufgeführten Ziele und Grundsätze der Raumordnung im ersten Entwurf der LEP-Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ als gut gewählt betrachtet werden. Anregungen gibt es lediglich dahingehend von vornherein weniger „Windpotentialflächen“ entstehen zu lassen, indem zum Beispiel 1. Biotopschwerpunktbereiche, ggf. bis auf kleine Randstrukturen, kategorisch für den Ausbau der Windenergie ausgeschlossen werden. Dementsprechend könnten die Biotopschwerpunktbereiche vom Grundsatz zum Ziel gewandelt werden. 2. Wiesenvogelbrutgebiete gänzlich vom Ausbau der Windenergie freigehalten werden. Dementsprechend müssten auch „Wiesenvogelbrutgebiete mit hoher Siedlungsdichte“ als Ziel erfasst werden oder es müsste keine zusätzliche Unterteilung/Differenzierung zwischen „besonders hohen Siedlungsdichten“ oder „hohen Siedlungsdichten“ vollzogen werden. 3. 1.000m um Siedlungsbereich als Ziel definiert werden (die Vorgehensweise bzw. den gedanklichen Ansatz der hinter den 800m steckt *(Ausnahmemöglichkeiten für Vorbelastete Bereiche)* kann aber nachvollzogen werden). • Beispiel im Nahbereich der beabsichtigten Projektstrukturen: Großer Biotopschwerpunktbereich nördlich von Gaushorn, Bennewohld, Süderholm Auf lange Ausführungen hinsichtlich des zwingend erforderlichen Ausbaus der Erneuerbaren Energien, dem Nahbereich zu Heide (Holstein), wo in den kommenden Jahren ein Knotenpunkt der Netzinfrastruktur Norddeutschlands durch mehrere zusammenlaufende Stromtrassen [sowohl Freileitungen (u.a. 380-kV-Freileitung zwischen Heide (Hochwöhrden)) u. Pöschendorf) als auch erdverlegte Kabeltrassen (u.a. Nord-Ost-Link)] entstehen und ein immenser Strombedarf durch sich ansiedelnde Großindustrie benötigt wird, soll verzichtet werden. Abschließend kann seitens der [redacted] GbR, den vorstehenden Ausführungen bereits zu entnehmen, geäußert werden, dass der Entwurf der LEP-	

Einreichendendaten	**Stellungnahme**	**Begründung**
	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ in seiner vorliegenden Fassung bestätigt werden kann. Die getätigten Anregungen sollten aber dennoch einer Prüfung unterzogen werden. Bei Nachfragen oder Rückfragen zur Stellungnahme melden Sie sich gerne. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2466	Sehr geehrte Damen und Herren, anbei finden Sie unsere Stellungnahme zum Entwurf 2024 wie auch die damalige Stellungnahme von 2017. Gerne hätte ich die Dateien hochgeladen, das sieht für mich allerdings sehr verwirrend und unübersichtlich aus und ist für mich nicht klar. Daher alles als Mail. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted] [redacted] Stellungnahme zum Entwurf	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 6.1, 7.1.1 sowie auf die Ziffern 3.15, 4.1, 4.9, 5.10, 7.1.3, 7.2.5, 7.2.8, 7.2.12, 7.3 und 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorausschicken möchten wir, dass wir generell einen weiteren Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein ablehnen. Unser schönes Land wird durch die hohe Anzahl der WKA verschandelt und ist auf dem Weg zu einem einzigen Industriegebiet. Dabei werden weder die Belange der Anwohner noch die Tatsache berücksichtigt, dass ein Großteil des erzeugten Stromes nicht abgeführt werden kann. Landesplanerisches Ziel ist es, bis 2027 3,0 % der Landesfläche für Windenergie auszuweisen. Auch wenn aus z.B. naturschutzrechtlichen Gründen einzelnen Gemeinden überhaupt keine Vorrangflächen zugewiesen werden, kann dies nicht zur Folge haben, dass andere Gemeinden ein Vielfaches des Durchschnittswertes hinzunehmen haben. Die für die Gemeinde Beidenfleth ausgewiesenen Flächen nehmen über 13 % (!) des Gemeindegebietes in Anspruch. Dies ist ein Ausmaß, das unter dem Grundsatz der Gleichbehandlung nicht mehr gerechtfertigt ist. Mit diesem Aspekt der Ungleichbehandlung hat sich der Entwurf bisher nicht auseinandergesetzt – es droht ein Abwägungsdefizit. Der Planungsträger muss nicht nur darlegen, von welchen Erwägungen die positive Standortauswahl getragen wird, sondern auch deutlich machen, welche Gründe es rechtfertigen, den übrigen Planungsraum freizuhalten. (BVerwG 4 C 15.01 vom 17.12.2002). Dies erfolgt im vorliegenden Plan jedoch nicht. Da wir davon ausgehen, dass bei Ihren weiteren Überlegungen eine Fläche in Beidenfleth, die im Regionalplan von 2017 mit PR3_STE_076 als Potenzialfläche bezeichnet, mit eingezogen wird, geben wir als Anwohner für diese Fläche eine Stellungnahme ab. Die Fläche wird im Norden und Osten von der Straße Groß Kampen und im Westen von der Straße Klein Kampen begrenzt. In den Überlegungen für die Windkraftnutzung dieser Fläche werden in 2017 Stellungnahmen/Einsprüche von Anwohnern abgegeben. Die Stellungnahme der Eheleute [redacted], liegt diesem Schreiben beispielhaft bei. Die seinerzeit aufgeführten Fakten, die die Nutzung der Fläche für Windenergieanlagen ausschlossen, gelten unverändert auch in 2024. Veränderungen sind dahingehend eingetreten, dass zwei Objekte in der Straße [redacted] inzwischen ebenfalls wie die Objekte [redacted] unter Denkmalsschutz gestellt wurden. Den Argumentationen/Einsprüchen wurden 2017 gefolgt, wie in der nachstehend Abwägungsentscheidung aufgeführt, die Potenzialfläche PR3_STE_076 wurde nicht als Vorranggebiet übernommen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abwägungsentscheidung: „Die Abwägungsentscheidung nach Ende der ersten Anhörung gilt auch jetzt unverändert fort. Den Hinweisen aus der Stellungnahme des Kreises und einigen anderen Stellungnahmen aus der ersten Anhörung wurde gefolgt. Ausschlaggebend für die Streichung der Fläche war vor allem, dass nördlich angrenzend in der Störschleife Hodorf große Kompensationsflächenkomplexe für den Vogelschutz und Ökokonten der Stiftung Naturschutz und des WSA Hamburg liegen. Die Fläche würde in der direkten Zugrichtung vor diesen Flächen liegen und die geplanten Entwicklungsziele konterkarieren. Hinzu kommt die Lage im Umgebungsschutzbereich der denkmalgeschützten Höfe [redacted]. Aufgrund eines Urteils zu einer PV-Planung im Umkreis dieser Höfe, die versagt wurde, stellt die Untere Denkmalbehörde auch für WEA keine denkmalrechtliche Genehmigung in Aussicht. Entscheidend ist weiterhin, dass der Repowering-Bedarf in der Bezugsregion Amt Wilstermarsch und angrenzender Bereiche westlich von Itzehoe und Krempe geringer ausfällt als zunächst angenommen. Das Vorhalten von zwei Repowering-Flächen für diese Region ist nicht mehr erforderlich. In der vergleichenden Abwägung hat sich die Fläche STE_065, westlicher Teil gegenüber der Fläche STE_076 als deutlich konfliktärmer erwiesen. Auf die Abwägung zu dieser Fläche wird verwiesen. Die Fläche STE_076 bleibt daher wie im zweiten Entwurf gestrichen. Damit kommt es auch nicht zu einer unzumutbaren Umfassungssituation für Beidenfleth.“ Zu den in der Abwägungsentscheidung gemachten Ausführungen zum Denkmalschutz sollte die vollständige Stellungnahme der Unteren Denkmalschutzbehörde von 2017 herangezogen werden, sie lautet: „Die vorgesehene Repoweringfläche und abgelehnte Potenzialfläche liegen im denkmalrechtlichen Prüfradius der Kirche Beidenfleth und der Kulturdenkmale [redacted]. Für den denkmalrechtlichen Schutz der Umgebung der Höfe [redacted] liegt ein rechtskräftiges Urteil vom 18.06.2013 vor, das die Genehmigung der 5.Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Inhalt der Errichtung einer Photovoltaikanlage in der Sichtachse des Barghauses [redacted] versagte. Die festgestellte erhebliche Beeinträchtigung des Vorhabens lässt sich an dieser Stelle auf die geplante Repoweringfläche übertragen, da aufgrund der Lage (Nähe zu den Kulturdenkmalen), der Höhe der Windkraftanlagen und gegebenen Sichtverbindungen mit den Kulturdenkmalen von einer noch höheren Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes der denkmalgeschützten Hofanlagen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	auszugehen ist. Die Erteilung einer denkmalrechtlichen Genehmigung wird für diese Fläche nicht in Aussicht gestellt. Die Betroffenheit der Sichtachsen der Kirchen Beidenfleth und Wewelsfleth wurden noch nicht abschließend geprüft. Das Barghus [redacted] mit Göpelschauer von 1886 steht aufgrund seines guten Erhaltungszustandes exemplarisch für ein Barghus des ausgehenden 19.Jahrhunderts. Das Fachhallenhaus [redacted] ist von einem baumbestandenen Wassergraben umgeben. Zum geschützten Denkmalbestand gehören zudem das Kopfsteinpflaster und ein Backhaus. Die Kulturdenkmale wurden aufgrund ihres geschichtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen und die Kulturlandschaft prägenden Wertes in das Denkmalbuch eingetragen Die Hofanlagen sind Bestandteil einer hochwertigen und ungestörten Kulturlandschaft, sie liegen am Deich der spät eingedeichten Störschleife auf ebenem ackerfähigem Marschland. Die Besitzer der beiden Höfe sind sehr engagierte Denkmaleigentümer und haben mit ihren Investitionen einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt dieser Kulturgüter geleistet.“ Durch die nach 2017 unter Denkmalschutz in [redacted] und [redacted] gestellten Hofanlagen wird die Bedeutung der Region noch betont und gezeigt, wie wichtig der Denkmalschutz für unsere Kulturlandschaft ist. Es ist zwingend erforderlich die unter 4.5.1.5 des Plantextes gemachten Ausführungen einzuhalten. „Die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sind nach §4 Absatz 1 des Schleswig-Holsteinischen Denkmalschutzgesetz (DSchG SH) in die städtebauliche Entwicklung, Landespflege und Landesplanung einzubeziehen und bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen. Daher müssen sie auch bei der raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung Berücksichtigung finden. Dies gilt insbesondere aufgrund der großen Fernwirkung von WKA und der einhergehenden, potentiellen Beeinträchtigung der Umgebungsbereiche von Denkmälern. Die Veränderung der Umgebung eines unbeweglichen Kulturdenkmals bedarf dabei der Genehmigung der Unteren Denkmalschutzbehörde, wenn sie geeignet ist, dessen Eindruck wesentlich zu beeinträchtigen § 12 Absatz 1 Nummer 3 DSchG	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	SH).“ Unverständlich ist, dass wohl trotz der behördlichen Bewertungen eine erneute Befassung mit dieser Fläche in 2024/2025 erfolgen wird. Veränderungen auf der Fläche PR3_STE_076 nach 2017 Die Fläche, ehemals PR3_STE_076, wird in Osten und Norden durch die Straßen [redacted] und im Westen durch die Straße [redacted] begrenzt. Im Süden grenzt sie an die Ortschaft Beidenfleth. Es handelt sich hier um eine landwirtschaftliche Nutzfläche. Geteilt wird diese Fläche von einem von Nordwesten nach Südosten verlaufenden landwirtschaftlichen Wirtschaftsweg, dem [redacted]. Genutzt und befahren wird der Weg von Fußgängern, Radfahrern, landwirtschaftlichen Fahrzeugen und sonstigen Kraftfahrzeugen. Ein Großteil der landwirtschaftlichen Flächen wird beweidet. Innerhalb dieser Fläche von Ost nach West verläuft eine 1976 errichtete ETL (Erdgastransportleitung), deren nähere Ausführung uns nicht bekannt ist. Bedenkender ist, dass in 2023/2024 die ETL 180 von Brunsbüttel nach Hettlingen verlegt ist und bereits betrieben wird. Die Leitung ist auch für Wasserstoff ausgelegt. Verlegt ist diese Leitung mit einer Mindestbodenüberdeckung von 1,0m, an zwei „Schieberstationen“, am [redacted] und in [redacted] liegt sie offen. Nach dem Erläuterungsbericht zur ETL 180 ist ein Schutzstreifen parallel zur Leitung vorhanden. Eine Bemessung oder Sicherung der Leitung durch äußere Einflüsse von der Luftseite besteht allerdings nicht. Sicherlich ist solch eine Bemessung/Sicherung bei der aus 1976 gebauten Leitung nicht erfolgt. Wie allgemein bekannt, treten gelegentlich bei Windkraftanlagen (WKA) Havarien auf. Dies kann durch Mastbruch, Abwurf von Bauteilen wie Flügeln oder Maschinenhaus oder deren Teile erfolgen und zu Schäden im Umfeld führen. Selbst durch Eiswurf können starke Schäden ausgelöst werden. Von 2015 bis Mitte 2024 sind im Internet ca. 340 Havarien in Deutschland dokumentiert. Drei davon in in geringer Nähe der angesprochenen Fläche PR3_STE_076, zwei 2019 (im Abstand von nur 3 Wochen) und eine Havarie im August 2024. Bei einem Unglücksfall ist mit erheblichen Einwirkungen und Gefährdungen von Menschen, Umwelt und Sachschaden zu rechnen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wahrscheinlichkeitsaussagen von Havarien an WKA sind zweifelhaft, Grenzwerte gibt es nicht. Der Wirkungsradius von Havarien kann deutliche Ausdehnungen annehmen, viele Hundertmeter sind dokumentiert, und das bei WKA mit geringeren Höhen als in der jetzigen Planung 2024 angenommen. Der Bau von WKA auf Flächen wie hier gegeben, ist unverantwortlich, die Gefahren unvorhersehbar. Eine Sicherung der Fläche ist unrealistisch, die Auswirkungen auf die Natur nicht zu vertreten. In diesem Zusammenhang wird auf ein Urteil der Schleswig-Holsteinschen OVG zu dieser Problematik, Beschluss vom 20.06.2017, verwiesen. Unser Haus [redacted] befindet sich zwischen den beiden denkmalgeschützten Höfen [redacted] Auch wenn unser Haus nicht denkmalgeschützt ist, ist es doch das erste Mal gegen 1870 erwähnt. Aus einem feuchten und verbauten desolaten Zustand heraus haben wir es über Jahre saniert und aufwändig den regionalen Gegebenheiten entsprechend hergerichtet. Mit Reetdach, grün-weißen Fenstern, alten wiederverwendeten Steinen und Holzgiebeln, reiht es sich optisch gut in die oben genannten denkmalgeschützten Hofstellen in [redacted] wie auch [redacted] ein. Zwei weitere große denkmalgeschützte Höfe befinden sich südlich der Potenzialfläche in [redacted], zugehörig zur Gemeinde Dammfleth. Viele Jahre wurde Schleswig-Holstein als das „Land der Horizonte“ beworben, um mit regionalen Besonderheiten touristisch zu punkten und Menschen die Schönheit des Landes nahe zu bringen. Der Horizont ist nun in fast allen Regionen, in denen man tatsächlich bis zum Horizont schauen konnte, nicht mehr zu sehen. Nachts überall rot blinkende Windkraftanlagen, die trotz möglicher Radarwarnsysteme nicht damit ausgestattet sind. Eine sinnbefreite Masse an Windrädern bis zum Horizont. Sinnbefreit deshalb, da der erzeugte Strom zum großen Teil nicht abgeführt und genutzt werden kann. Es scheint, als hätte der Zimmermann das Dach vor dem Haus gebaut. Auf der Webseite des Amtes Wilstermarsch kann man lesen: „...die weite grüne Elbmarschenlandschaft mit den mächtigen Reetdachhöfen – das ist die Wilstermarsch in Schleswig-Holstein.“ Bezeichnenderweise sind auf keinem Werbebild die Windkraftanlagen zu sehen! Wir haben um die genannte Fläche nun sechs mächtige Höfe, die von der Einzigartigkeit zeugen und kulturelles Erbe der langen Geschichte des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landes die Vorzeigehöfe dann erhalten blieben! Die genannte Potenzialfläche PR_STE_076 ist, um das nochmals zu sagen, eine der wenigen Flächen, die noch einen offenen Blick auf Teile der ursprünglichen, historischen Kulturlandschaft Schleswig-Holsteins, konkret der Wilstermarsch mit der wieder aufgebauten Mühle in Beidenfleth, gibt. Diese Kulturlandschaft wird wesentlich geprägt durch ihre Weite und das „horizontale“ Landschaftsbild. Täglich sind viele Touristen hier mit dem Fahrrad unterwegs und genießen den Ausblick. Nach dem Raumordungsgesetz (ROG) sind „Kulturlandschaften sind zu erhalten und zu entwickeln“. Das weitere Aufstellen von Windkradftanlagen ist für uns ein eindeutiger Verstoß gegen § 2 Abs.2 Nr. 5 Satz 1 ROG. Die Fläche PR3_STE_076 ist außerdem eine Kiebitzbrutstätte, die Bestände der Kiebitze haben von 1980 bis 2016 um 93 Prozent abgenommen. Viele Vogelarten, beispielsweise seien Feldlerche, Schleiereulen, Waldohreulen, Störche sowie Fisch- und Silberreiher, genannt, sind auf diese Fläche zu Hause. Es ist auch ein Brutgebiet der Fledermäuse. Über die Stör kommt seit einigen Jahren regelmäßig ein Seeadlerpärchen und ist hier in diesem Gebiet auf Nahrungssuche. Energiewende muss sein, aber in Maßen, sinnvoll und mit gesundem Menschenverstand. Das ist hier unserer Meinung nach überhaupt nicht mehr gegeben. Mit der neuen Gasleitung und der kommenden CO^2-Leitung sind die Gefahren für eine Havarie unserer Meinung nach unkalkulierbar und deshalb sprechen wir uns ganz klar gegen WKA auf dieser Fläche aus. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2909	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.3, 1.5.1, 2.2 bis 2.5, 3.17.1, 4.9, 4.18 bis 4.20, 7.1.3, 7.2.8, 7.2.9, 7.2.12, 7.3.1 bis 7.3.5, 7.3.7 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Unsere Nachbargemeinde Gönnebek hat der Gemeinde Groß Kummerfeld 2 Windindustriegebiete mit insgesamt 12 180m hohen WKA (die Anlagen befinden sich im Bau) vor die Tür gesetzt, obwohl die Einwohner der Gemeinde Groß Kummerfeld sich im Jahr 2011 in einem Bürgerentscheid gegen den Bau von WKA auf ihrem Gemeindegebiet und dem angrenzenden Gebiet ausgesprochen hatten. Durch den Bau dieser 12 Anlagen wird ein zusammenhängendes Wiesengebiet zerstört, dieses gebiet war ein Rückzugsgebiet für geschützte Wiesenvögel, die auf der Roten Liste stehen. Es ist ein Skandal, dass eine Nachbargemeinde den Anwohnern unserer Gemeinde im Abstand von 540m-750m zur Wohnbebauung, Industrieanlagen errichten darf. Ich möchte nicht erleben, dass die Groß Kummerfelder Potenzialflächen auch eines Tages zu Vorrangsflächen werden. Da ich 8 Jahre Ortsnaturschutzbeauftragte für die Gemeinde Groß Kummerfeld war, weiß ich, wieviel Natur und Landschaft durch den Bau von WKA zerstört werden. Mir ist wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilane, Seeadler, Kraniche, Weißstörche, Mäusebussard, Kiebütze weiterhin in meiner Heimat brüten können und geschützt werden. Auch der Wiesenvögel- und Fledermausschutz ist sehr wichtig! Man sollte die Abstandsregelungen wieder einführen, die vor 2018 gültig waren. Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für Einzelhäuser und Splittersiedlungen gilt, wie von den Dörfern (1000m). Die 2H Regelung muss rückgängig gemacht werden, es sollte mindestens die 5H Regelung geben, (auch dies ist ein zu geringer Abstand zwischen WKA u. Wohnhäusern). Ich befürchte eine Kontamation der landwirtschaftl. Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigen und Atomluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS). Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Infraschall und Eiswurf. Ich fordere, dass die Hersteller von WKA, die Materialien, die gesundheitsschädlich sein können, offenlegen müssen, z.B. SF6 ..., gesundheitsschädliches Material darf nicht als Betriebsgeheimnis deklariert werden! Weitere Einwände u. Bedenken:	Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es ist dringend erforderlich, dass die Bundesregierung eineTÜV-Pflicht für WKA einführt! Es sollte eine umfassende UVP durch neutrale Gutachter, die von der Behörde bezahlt werden und nicht wie derzeit vom Investor bestellt und bezahlt werden und nicht wie derzeit vom Investor bestellt und bezahlt werden, Bedingung für eine Genehmigung für den Bau von WKA sein. Außerdem sind Anwohner von Wind- Industriegebieten nicht ausreichend geschützt vor gesundheitlichen Schäden durch die WKA. Es kann doch nicht, dass die immer höher werdenden Anlagen immer näher an die Wohnhäuser der Anwohner gebaut werden dürfen! 2H Bastände zur Wohnbebauung, vom Parlamennt im Dez. 2023 beschlossen, sind menschenverachtende Abstände und verstößt hiermit gegen den Menschenwürdeschütz (art. 1 Abs. 1 66). Wenn eine 180m hohe Anlage, bei einer 2H Abstandsregelung, im 360m Entfernung zum Wohnhaus der Anwohner gebaut werden darf, diese Anlage stellt nicht nur eine bedrägende Wirkung für die Menschen dar, sondern dieser Abstand bedeutet Lebensgefahr für die dort lebenden Menschen bei einem Brandfall. Ich bin der Meinung, da wir in Schleswig-Holstein für unser Land genügend Strom erzeugen, sollten wir für den Export von Strom unsere Landschaft nicht weiter durch den Bau von WKA zerstören, sondern die Landschaft für Mensch und Natur erhalten. Der Mensch braucht die Natur, die Natur den Menschen nicht! Icb bitte um eine schriftliche Bestätigung meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen,	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1683	Ich befürworte weitere Windkraft in Nordermeldorf und Epenwöhrden. Mfg	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2759	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich dies bezüglich anführen: • Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (z.B. Veenker, 2020). o Als Ziel und Grundsatz muss gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920m eingehalten wird. o Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefajren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel, nach einem Brandereignis mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. o Für o.g. Ereignisse müssen Haftungen und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab festgelegt werden. o Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnende und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet. • Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagemhöhe anzusetzten. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/5H-	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 2.1 bis 2.5, 3.15, 3.17, 3.18, 4.5, 5.9, 7.1.1, 7.1.3, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.12, 7.3.7, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Regelung missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. ○ Gerade durch die o.g. Abschaffung dieser Regel wird es sonst zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung. Damit verbunden ist meine Sorge und die Gefahr, dass sich in der Folge viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden werden. • Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. dem Denkmalschutz, Naturparke oder regionale Grünzüge zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante, weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Dies steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papeir) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. • Aus den bereits genannten Akzeptanzgründen aber auch im Sinne der Schutzbedürftigkeit der Anwohnerinnen und Anwohner und Schaffung möglichst gleicher Lebensverhältnisse im Land ist das Kriterium der Vorbelastung und die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA kontraproduktiv. Es soll, wie von der Landesplanung generell angestrebt, eine Gleichverteilung erfolgen. Durch Windenergiegebiete oder Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen "vorbelastete" Gemeindegebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. • Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanalagen oder deren Neben- und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken als natürlichen Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grunssatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u.a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. • Ich erinnere hier nur an neue das Helgoländer Papier dem die Umweltminister der Bundesländer zugestimmt haben. Aber die Windenergielobby leugnet eine Artenschutzproblematik. • Die Landesregierung hat in den vergangene Monaten die Rechte der Bürgerinnen und Bürger stark zurückgefahren. Ein Bürgerentscheid oder ein Bürgerbegehren auf den Weg zu bringen ist erheblich erschwert worden. Worden?Für mich ist damit die Demokratie zurückgefahren worden. • Hinzu kommt die Angst für mich und meine Familie vor der Zukunft. Was nützt eine Immobilie, für die ich lange gearbeitet und bezahlt habe, um im Rentenalter eine Sicherheit zu haben, wenn der Wertverlust durch Windkrafträder eintritt. • Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiet, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. • Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der naherholung und der Freizeitgestaltung und damit meines Lebens- und Erholungswertes. • Angesichts der weltpolitischen Entwicklung und der verteidigungspolitischen Lage ist meine Sorge, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutssamer Anlagen des NATO-Bündnisses und der Bundeswehr, z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken) durch zukünftig noch höhere Windkraftanlagen gefährdet	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	oder weiter eingeschränkt wird. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 sind bereits bei der Festlegung von Windvorrangflächen und im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Dies muss bereits in den Zielen und Grundsätzen festgeschrieben werden. • Dass die Landesregierungüber die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenden Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus - einem bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins. • Es steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung, dass z.B. die mögliche Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101 einen unzureichenden Abstand zu festgelegten Siedlungsbereichen (hier der Siedlungsachse Kiel-Melsdorf-Felde) aufweist. Generell muss als Ziel und Grundsatz der Raumordnung definiert werden, dass zu festgelegten bzw. geplanten Siedlungsbereichen/-achsen ein Abstand von Vorrang- und Potenzialflächen von mindestens 1000m (800m+200m Sicherheitspuffer) einzuhalten ist. • Wir in Schleswig-Holstein haben mit die meisten Windkrafträder und unsere Landesregierung möchte noch mehr, auf dem Rücken von einigen Bürgern! Gleichzeitig zahlen wir die höchsten Strompreise.Wo bleibt da die Gerechtigkeit in der Bundesrepublik, dafür sollte man sich einsetzen. Unsere Landesregierung sollte endlich an einer gerechten Verteilung der Lasten arbeiten und das bei den regelmäßigen Ministerpräsidententreffen ansprechen. Wir haben jetzt schon oft mehr Strom, wie wir selbst benötigen und zahlen wiederum viel Geld damit man uns den Strom abnimmt, für unseren Strom. Sinnvoll wäre Forschungsgelder in die Entwicklung von Stromspeichern zu investieren.Wernn die Landesregierung laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick behalten will, dann müssen die Folgenden aufgeführten Bedenken und Aspekte zwingend bei den Planungen als Ziele und Grundsätze berücksichtigt werden:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2465	Sehr geehrte Damen und Herren, anbei erhalten Sie meine Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, bezugnehmend auf die angehängte Stellungnahme von Herrn [redacted], möchte auch ich, [redacted], als Eigentümerin des Campingplatzes Neusteins, mich ausdrücklich gegen eine Windparkerrichtung aussprechen! Das touristische Geschehen auf und um den Campingplatz wird meiner Ansicht nach durch die Windkraftanlagen, insbesondere durch die Lärmbelästigung und die optische Beeinträchtigung der Landschaft, massiv gestört. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3.2, 7.3.6 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Keine Abteilung ID: 1681	Sehr geehrte Damen und Herren, die [redacted], als Tochtergesellschaft der [redacted] und der [redacted], ist als kommunaler Energieversorger, Projektentwickler und Betreiber von Windparks im Kreis Rendsburg-Eckernförde tätig. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurden Verträge mit Grundstückseigentümer abgeschlossen, um in der Gemeinde Emkendorf, Kreis Rendsburg-Eckernförde einen Windpark zu projektieren und nach Ausweisung als Vorranggebiet durch das Land Schleswig-Holstein zu realisieren. Die Trave EE begrüßt, auch im Namen der Grundstückseigentümer, die	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Berücksichtigung des Abwägungsbereiches PR2_RDE_069 in der Gemeinden Emkendorf im Kreis Rendsburg-Eckernförde in den zukünftigen Planungsvorhaben des Landes als Potenzialfläche. Die Abwägungsentscheidung im 3. Entwurf führte zur Ablehnung der Potenzialfläche. Die Entscheidung wurde wie folgt begründet: *„Die Potenzialfläche wird weiterhin nicht als Vorranggebiet übernommen. Sie liegt vollständig in einem potenziellen Beeinträchtigungsbereich im 3.000 m Radius um einen Seeadlerhorst außerhalb des Dichtezentrums. Zwar kann in Einzelfällen der Windenergienutzung in diesen Bereichen ein Vorrang eingeräumt werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass ein positives artenschutzfachliches Gutachten nach den Empfehlungen des LLUR / MELUND und abschließendem positiven schriftlichen Votum des LLUR vorliegt. Darüber hinaus muss das Gutachten auf Basis der Teilfortschreibung 2012 vor den OVG Entscheidungen vom 20. Januar 2015 beauftragt worden sein und die erste Kartierung muss bis spätestens zur Veröffentlichung des Planungserlasses vom 23.06.2015 im Amtsblatt begonnen und ohne Unterbrechung weiter durchgeführt worden sein. Diese Voraussetzungen sind hier nicht erfüllt sind. Auch kann eine Ausnahme nach § 45 BNatschG hier nicht in Aussicht gestellt werden. Damit liegen die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des potenziellen Beeinträchtigungsbereiches nicht vor.* Die [redacted] hat, um die natur- und artenschutzfachlichen Konflikte für diese Potenzialfläche bewerten zu können, die artenschutzfachliches Gutachten nach den Empfehlungen des Landes Schleswig-Holstein in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden in der beigefügten Stellungnahme dargestellt, so dass eine detaillierte Prüfung des Sachverhaltes durch die entsprechenden Behörden vorgenommen werden kann. Die Trave EE geht nach derzeitigem Stand davon aus, dass in diesem Bereich ein Vorrang für Windenergie durch die Landesplanung eingeräumt werden kann und möchte an dieser Stelle ergänzend folgende Punkte für die Ausweisung der Potenzialfläche als Vorranggebiet anführen: • Die bestehende Infrastruktur, insbesondere der Zuwegung und der Kabeltrasse, können für den Windparks genutzt werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Der Netzanschluss ist für den Windpark sichergestellt. • Der Windpark kann gemeinsam mit der Photovoltaikanlage entlang der BAB 7 gebaut und betrieben werden. Die [redacted] möchte, auch im Namen der vertretenen Grundstückseigentümer, mit dieser Stellungnahme die Ausweisung der Potenzialfläche als Vorranggebiet für Windenergie empfehlen. ->\n\n1 Veranlassung Am 29.12.2020 wurde die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes sowie die Teilaufstellung der Regionalpläne der Planungsräume I, II und III in Schleswig-Holstein (Sachthema Windenergie) veröffentlicht. In den Plänen werden Windvorranggebiete (WVG) dargestellt, in denen sich die Windkraftnutzung in Schleswig-Holstein zukünftig konzentrieren soll (MILIG-SH 2020a). Die Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I wurde am 22.03.2023 durch das Oberverwaltungsgericht Schleswig für ungültig erklärt. Die Beschwerde der Landesregierung SH gegen die Nichtzulassung der Revision wurde am 20.02.2024 vom Bundesverwaltungsgereicht zurückgewiesen. Dadurch wurde obiges Urteil rechtskräftig und im PR I (Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und Stadt Flensburg) entfallen die bis dahin ausgewiesenen WVG. Für die Ausweisung der Vorranggebiete wurden harte und weiche Tabukriterien angewendet, mit denen Flächen ausgeschlossen werden, die für die Windkraftnutzung grundsätzlich nicht oder nur im Ausnahmefall zur Verfügung stehen. Um in diesen Potenzialflächen zu einem Ausgleich zwischen verschiedenen Nutzungen zu gelangen, wurden weitere Kriterien festgelegt, die im Einzelfall gegeneinander abgewogen wurden. Mithilfe dieser Abwägungskriterien sollen die Flächen bestimmt werden, auf denen sich eine Windkraftnutzung zukünftig gegenüber anderen Nutzungen durchsetzen soll. Als Ergebnis wurden im Rahmen der Teilfortschreibung Datenblätter erstellt, in denen die Potenzialflächen beschrieben werden. Hierbei wird unterschieden, ob die Flächen übernommen, angepasst oder nicht übernommen werden. In einer Erläuterung werden die entsprechenden Gründe für diese Entscheidung seitens der Landesplanung aufgeführt. Im vorliegenden Fall handelt es sich um die abgelehnte Potenzialfläche PR2_RDE_069 (vgl. Abb. 1). Aufgrund der Lage des Vorhabengebietes (VG) vollständig innerhalb des potenziellen Beeinträchtigungsbereiches eines Seeadlerhorstes (vgl. Kap. 3) wurde es nicht als Windvorranggebiet ausgewiesen. Darüber hinaus hat die Landesregierung am 11. Juni	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2024 den Entwurf eines neuen Landesentwicklungsplans (LEP) Windenergie beschlossen (MIKWS 2024). In diesem sind 36 Ziele und 34 Grundsätze der Raumordnung definiert, die für die zukünftige Ausweisung von Windenergiegebieten bestimmend sind. Die GFN wurde mit der Überprüfung der Kriterien der Teilaufstellung des Regionalplans, Beschlussfassung 2020, sowie der Überprüfung der Ziele und Grundsätze des Entwurfs des LEP 6/2024 beauftragt. Ziel der Prüfung ist eine Einschätzung, zu welchen Punkten eine Stellungnahme an die Landesplanung als aussichtsreich erscheint, um eine Aufnahme des Vorhabengebiets als Vorranggebiet zur Nutzung von Windenergie in die Teilaufstellung des Regionalplans (Sachthema Windenergie) zu erreichen. 2 Lage und Übersicht über das Vorhabengebiet Das Vorhabengebiet (VG) liegt in den Gemeinden Emkendorf und Haßmoor im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Das VG weist eine Größe von etwa 42 ha auf. Es liegt außerhalb von WVG gem. Regionalplan 2020 ist aber Teil der Potenzialfläche PR2_RDE_087 gem. LEP-Entwurf 2024 (Abb. 1). Durch den nordwestlichen Teil verläuft die Wehrau. Ein Graben zweigt von der Wehrau südlich ab und verläuft zentral durch das Vorhabengebiet (Abb. 2). Insgesamt wird das Gebiet von einer entwässerten Moorlandschaft geprägt, die einer landwirtschaftlichen Nutzung unterliegt. Im Wesentlichen überwiegt Grünlandnutzung, im südwestlichen Bereich wird das VG ackerbaulich genutzt. Östlich befindet sich der Staatsforst Rendsburg mit dem angrenzenden Rümlandteich, westlich verläuft unmittelbar angrenzend die BAB 7, die von Freiflächen-Photovoltaikanlagen begleitet wird (Abb. 3). Daneben bzw. südlich dann kreuzend verläuft zudem eine Freileitung. Die Abb. 4 bis Abb. 6 zeigen eine Übersicht über das Vorhabengebiet. (Abbildungen) 3 Prüfung der Kriterien der Teilaufstellung des Regionalplans 3.1 Gegenstand der Prüfung Das Vorhabengebiet wurde bisher nicht als Windvorrang-Gebiet ausgewiesen, jedoch als Potenzialfläche von der Landesplanung geprüft. Insgesamt überlagert sich das Vorhabengebiet mit sieben Abwägungskriterien jedoch keinem weichen oder harten	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Tabukriterium (Abb. 7). Überlagernde Abwägungskriterien bilden die folgenden Kriterien: - Abstand von 800 bis 1.000 m um Siedlungsbereiche mit Wohn- und Erholungsfunktion - Straßenrechtliche Anbaubeschränkungszonen an Bundesautobahnen - Militärische Schutzbelange - Naturparke - Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwan außerhalb EU-VSchG - Potenzielle Beeinträchtigungsbereiche um GV-Horste - Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems Die genannten überlagernden Kriterien werden jeweils einzeln in den nachfolgenden Kapiteln in Bezug auf das Vorhabengebiet überprüft. Das Tötungsrisiko für GV (hier: Seeadler) ist gemäß § 45b BNatSchG zu bewerten. (Abbildungen) Mit dem militärischen Schutzbereich überlagert sich die Fläche großräumig, daher erfolgt keine kartographische Darstellung. 3.2 Abwägungskriterien 3.2.1 Abstand von 800 bis 1.000 m um Siedlungsbereiche mit Wohn- und Erholungsfunktion Das Vorhabengebiet überschneidet sich im südlichen Teil großflächig mit einer Abstandszone um Siedlungsbereiche (siehe Abb. 7). In einer Entfernung von 810 m südwestlich des Vorhabengebietes beginnt die Ortslage Bokelholm (Ortsteil der Gemeinde Emkendorf). Da die der Ortslage am nächsten liegenden Bereiche innerhalb des VG bereits mit PV-Freiflächenanlagen bebaut sind, beträgt der minimale mögliche Abstand zwischen einer WEA und der Ortslage mindestens 850 m. Der Abstand von 800 bis 1000 m um Siedlungsbereiche mit Wohn- und Erholungsleistung hat zum Ziel bislang unbebaute Räume um Siedlungen von einer Windkraftnutzung freizuhalten (MILIG-SH 2020a). Südwestlich des Vorhabengebiets verläuft die BAB 7, die das Vorhabengebiet	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von der Siedlung Bokelholm trennt. Durch die Autobahn ist der Raum bereits visuell und in Form von Geräuschimmissionen vorbelastet. Gemäß Abwägungsentscheidung zum Regionalplan 2020 (MILIG-SH 2020b) wurde für den Ortsteil Bokelholm der Gemeinde Emkendorf der erweiterte Schutzbereich von 200 m ergänzt. Begründet wurde dies damit, dass in dem Bereich dem Freihalteinteresse ein höheres Gewicht eingeräumt wurde. Der Bundesgesetzgeber hat mit der Einführung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) die Bundesländer zur Ausweisung von sogenannten Windenergiegebieten verpflichtet. Für Schleswig-Holstein ergibt sich daraus die Verpflichtung, insgesamt 2 Prozent der Landesfläche bis Ende 2032 für Windenergie (nach der Rotor-Out-Vorgabe) auszuweisen, davon 1,3 Prozent als Zwischenziel bis Ende 2027. Mit der von Schleswig-Holstein angewandten Rotor-In-Planung sind anhand eines Umrechnungsfaktors des WindBG nach derzeitiger Schätzung 3,1 bis 3,3 Prozent der Landesfläche als Windenergiegebiete auszuweisen, um die bundesrechtliche Verpflichtung zu erfüllen (MIKWS 2024). Dadurch hat sich der Druck auf die 800-1000 m Abstände um Siedlungsbereiche seit der Teilfortschreibung des Regionalplans 2020 verstärkt. Um das Ziel der etwa 3 Prozent der Landesfläche zu erreichen, kann dem Abwägungskriterium des 800-1000 m Abstands um Siedlungsbereiche in Zukunft kein höheres Gewicht eingeräumt werden. Der Mindestabstand von 800 m um Siedlungsbereiche wird beim geplanten Vorhaben weiterhin eingehalten. 3.2.2 Straßenrechtliche Anbaubeschränkungszonen an Bundesautobahnen Das Vorhabengebiet überschneit sich im Südwesten entlang der A7 auf einem rd. 60 m breiten Streifen mit einer Anbaubeschränkungszone an einer Bundesautobahn (Abb. 7). In dieser Zone bedürfen bei Bundesautobahnen Baugenehmigungen oder nach anderen Vorschriften notwendige Genehmigungen der Zustimmung der obersten Landesstraßenbaubehörde. Nach dem planerischen Willen ist dieser Bereich nur von WEA freizuhalten, wenn in diesem Abstand die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigt werden kann (MILIG-SH 2020a). Die Anbaubeschränkungszone innerhalb des VG ist aktuell vollständig mit PV-Anlagen bebaut (Abb. 3), sodass eine Windkraftplanung dort aktuell nicht möglich ist und dieses Kriterium durch Windkraft somit nicht betroffen ist. Darüber hinaus kann eine Beeinträchtigung der Sicherheit des Verkehrs mit einem fallspezifischen Gefährdungsgutachten ausgeschlossen werden. 3.2.3 Militärische Schutzbelange	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Das Vorhabengebiet befindet sich vollständig innerhalb eines Bereichs militärischer Schutzbelange. Da sich mehr als 75 % des Vorhabengebietes innerhalb der Flächen militärischer Belange befinden, ist das Konfliktrisiko gemäß gesamträumlichen Plankonzept (MILIG-SH 2020a) als hoch einzustufen. Im Einzelfall kann es folglich zu Bauverboten für WEA, gestaffelten Abständen zu militärischen Anlagen oder zu Höhenbeschränkungen kommen. Eine Entscheidung wird im Rahmen einer Einzelfallprüfung durch das Luftfahrtamt der Bundeswehr herbeigeführt. Die nächstgelegenen Bestands-WEA befinden sich in der Gemeinde Bokel in einer Entfernung von 4,3 km südwestlich des VG. Sie weisen Gesamthöhen zwischen 180 und 200 m auf. Hinderungen lagen für diese Anlagen nicht vor. Eine Erweiterung des WVG und die Errichtung weiterer WEA im räumlichen Zusammenhang scheint somit in Hinblick auf militärische Schutzbelange nicht grundsätzlich ausgeschlossen zu sein. 3.2.4 Naturparke Das Vorhabengebiet befindet sich vollständig innerhalb des Naturparks Westensee (Abb. 8). Der Naturpark hat zum Ziel die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu sichern sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu erhalten. In den ausgewiesen Naturparks ist die windenergetische Nutzung nicht vorgesehen, jedoch erscheint es einzelfallbezogen möglich, dass außerhalb von Kernzonen oder Teilbereichen, die nicht mit anderen Tabuzonen überlagert sind, Gebiete für die Windenergienutzung ausgewiesen werden können (MILIG-SH 2020a). Innerhalb des Naturparks wurden im Rahmen der Teilfortschreibung des Regionalplans zum Sachthema Wind im Jahr 2020 mehrere Windvorranggebiete ausgeschrieben, was dafürspricht, dass Windkraft in dem Gebiet grundsätzlich möglich ist. Der Naturpark überlappt sich im Bereich des Vorhabengebiets weder mit weiteren Schutzgebieten noch mit Bereichen mit besonderer Bedeutung für die Erholung und/oder den Tourismus. Zudem bestehen durch die südwestlich angrenzende BAB 7 sowie bestehende PV-Anlagen bereits Vorbelastungen, welche die „Eigenart und Schönheit der Landschaft“ des Naturparks in der Umgebung des Vorhabens überprägen. Innerhalb des Naturparks befinden sich südlich in Randlage bereits Bestands-WEA innerhalb des WVG PR2_RDE_130 mit Gesamthöhen bis 200 m, ebenfalls nahe der BAB 7 gelegen. Somit ist durch eine Umsetzung des Vorhabens nicht von erheblichen Beeinträchtigungen der Ziele des Naturparks auszugehen. 3.2.5 Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwan außerhalb EUVSchG	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Das Vorhabengebiet überschneidet sich im Nordwesten auf einer Fläche von rd. 2 ha mit einem Nahrungsgebiet für Gänse und Singschwan außerhalb von EU-VSchG (Abb. 7). Da sich die Bestände der nordischen Gänse und des Singschwans in den letzten Jahren positiv entwickelt haben, handelt es sich bei diesen Gebieten lediglich um ein Abwägungskriterium (MILIG-SH 2020a). Das Nahrungsgebiet erstreckt sich innerhalb des Vorhabengebietes nördlich der Wehrau, wobei es sich um Wirtschaftsgrünland handelt. Nördlich des Vorhabengebiets erstrecken sich weiträumig Flächen mit mindestens gleichwertiger Habitatausstattung, wodurch für die Vögel in räumlicher Nähe das Nahrungshabitat erhalten bleibt. Das Nahrungsgebiet ist auch nur randlich minimal betroffen, durch eine geeignete Standortplanung kann der Bereich somit ausgenommen werden. Sollte in das Gebiet hineingebaut werden besteht zudem die Möglichkeit im Rahmen einer Rastvogelerfassung das tatsächliche Vorkommen von Rastvögeln in diesem Bereich zu ermitteln und wenn nötig ggf. Maßnahmen umzusetzen. 3.2.6 Potenzielle Beeinträchtigungsbereiche um GV-Horste Das Vorhabengebiet befindet sich gem. der Kriterien aus dem Regionalplan 2020 innerhalb des potenziellen Beeinträchtigungsbereichs (3.000 m) um einen Seeadlerhorst (Abb. 8). Der Horst liegt im Waldstück nordöstlich des Vorhabens in einer Entfernung von rd. 890 m. Die bewertungsrelevanten Abstände wurden mit der Novellierung des BNatSchG (4. BNatSchGÄndG) überarbeitet. Der Seeadler weist demnach einen Nahbereich bis 500 m Entfernung zum Horst auf, einen zentralen Prüfbereich bis 2.000 m und einen erweiterten Prüfbereich bis 5.000 m auf. Das Vorhabengebiet liegt somit im zentralen Prüfbereich des Seeadlerbrutpaares. Gem. § 45 b Abs. 2 BNatSchG ist das Tötungsrisiko in diesem Bereich i.d.R. signifikant erhöht, es sei denn es kann auf Grundlage einer Habitatpotenzialanalyse (HPA) oder Raumnutzungsanalyse (RNA) widerlegt werden. Eine HPA für das betroffene Seeadlerbrutpaar ist dem Anhang zu entnehmen (vgl. Kap. 7). Diese kommt im Ergebnis dazu, dass das Tötungs- und Verletzungsrisiko für den Seeadler im VG signifikant erhöht ist. Es müssen bei Umsetzung eines Windkraftvorhabens in der Fläche dementsprechend Maßnahmen für den Seeadler ergriffen werden. 3.2.7 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems Das Konfliktrisiko wird gemäß des gesamträumlichen Plankonzepts (MILIG-SH 2020a) für Flächen, die sich mit mehr als 50 % ihrer Gesamtfläche innerhalb einer Verbundachse von überregionaler oder regionaler Bedeutung befinden, als hoch	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	eingestuft. Ein mittleres Risiko besteht bei Fläche, die sich mit weniger als 50 % ihrer Gesamtfläche innerhalb solcher Verbundachse befinden. Nur Flächen außerhalb einer Verbundachse weisen ein geringes Konfliktpotenzial auf. Im Nordwesten verläuft eine unbenannte Biotopverbundachse durch das Vorhabengebiet (Abb. 7). Für diese liegen keine durch das Landesamt für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein benannten Entwicklungs- oder Erhaltungsziele vor (LANU-SH 2004). Die Achse ist an den Uferstreifen der Wehrau gebunden, weshalb davon auszugehen ist, dass die Ziele eng an den Gewässerverlauf gebunden sind. Es ist anzunehmen, dass die Verbundsachse entlang der Wehrau eine Leit- und Verbundfunktion insbesondere für an Gewässer gebundener Arten (z.B. Fische, Insekten, Amphibien, Pflanzengesellschaften feuchter Standorte) darstellt. In der Regel sind diese Arten gegenüber dem Betrieb von WEA als unempfindlich einzustufen, sofern es zu keinen direkten Eingriffen in deren Lebensräume kommt. Demnach ist der Gewässerlauf inklusive Randstreifen zu erhalten, um die Verbundfunktion der Wehrau nicht zu beeinträchtigen. Es ist damit zu rechnen, dass es zu Veränderungen des Wasserstands und des Flusslaufs sowie zur Vernässung der umliegenden Grünlandflächen mit Gehölzentwicklung kommen kann. Eine entsprechende Wahl der Anlagenstandorte, ihrer Anlagenanteile sowie dazugehörigen Zuwegungen im konkreten Genehmigungsverfahren kann Konflikte mit den Erhaltungszielen des Biotopverbundsystems ausschließen oder zumindest verringern. Für das Vorhabengebiet liegt demnach ein mittleres Konfliktrisiko vor. Es ist im jeweiligen Einzelfall zu prüfen, ob die Errichtung von WEA mit den Zielen des Biotopverbundsystems vereinbar ist. 4 Prüfung der Ziele und Grundsätze des LEP-Entwurfs 2024 4.1 Gegenstand der Prüfung Das Vorhabengebiet liegt innerhalb der Kulisse der Potenzialflächen (vgl. Abb. 1). Jedoch liegt eine Überlagerung mit den folgenden Grundsätzen vor: - 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion - Abstände zu bestehenden Infrastrukturen des Straßenverkehrs - Naturparke - Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- Brutplätze windkraftsensibler Großvögel - Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems - Talräume an natürlichen Gewässern und an erheblich veränderten Wasserkörpern Die genannten Grundsätze (vgl. Abb. 9 und Abb. 10) werden jeweils einzeln in den nachfolgenden Kapiteln in Bezug auf das Vorhabengebiet überprüft. (Abbildungen) 4.2 Grundsätze der Raumordnung Als Grundsätze (zuvor Abwägungskriterien) werden die Kriterien ausgewiesen, die die genannten Voraussetzungen für Ziele der Raumordnung nicht erfüllen (MIKWS 2024). Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG sind Grundsätze der Raumordnung „Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen“. Im Gegensatz zu den Zielen besteht demnach für diese Grundsätze keine grundlegende Verbindlichkeit. Mittels der Grundsätze kann die Auswahl von Windenergiegebieten aus den neuen Potenzialflächen (LEP-Entwurf 2024) erfolgen 4.2.1 800 bis 1000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Ein Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Meter um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, soll von Windenergienutzungen freigehalten werden, sofern noch keine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht (MIKWS 2024) (Abb. 11). Die Darstellungen in Bezug auf den wachsenden Druck auf Umgebungsbereiche von Siedlungsbereichen aus Kapitel 3.2.1 haben weiterhin Bestand. Zudem ist die Umgebung des VG bereits durch die angrenzende A7 und bestehende PV-Anlagen vorbelastet, was die Fläche für eine Nutzung durch Windenergie nicht grundsätzlich ausschließt. (Abbildung)	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4.2.2 Abstände zu bestehenden Infrastrukturen des Straßenverkehrs Planungen ohne verbindliche Festlegung der Linie, sollen bei der Ausweisung von Windenergiegebieten mit dem im Bundesverkehrswegeplan festgelegten Korridor berücksichtigt werden (MIKWS 2024) (Abb. 12). Da die Abstandszone zur Autobahn innerhalb des VG bereits mit PV-Anlagen bebaut ist, kommt diese für die Windkraftnutzung aktuell nicht in Frage und das Kriterium ist für das geplante Vorhaben nicht weiter von Relevanz. Darüber hinaus kann eine Beeinträchtigung der Sicherheit des Verkehrs mit einem fallspezifischen Gefährdungsgutachten ausgeschlossen werden. (Abbildung) 4.2.3 Naturpark Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden (MIKWS 2024). Die Darstellungen in Bezug auf den Naturpark Westensee sind dem Kap. 3.2.4 zu entnehmen. Durch eine Umsetzung des geplanten Vorhabens ist nicht von erheblichen Beeinträchtigungen der Ziele des Naturparks auszugehen. (Abbildung) 4.2.4 Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in Nahrungsgebieten für Gänse (ohne Graugänse und Neozoen) und Singschwäne außerhalb von EU-VSG sollen die Anforderungen des Artenschutzes berücksichtigt werden (MIKWS 2024) (Abb. 14). Die Darstellungen in Bezug auf das Nahrungsgebiet sind Kapitel 3.2.5 zu entnehmen. Es bestehen somit verschiedene Möglichkeiten den Konflikt zu vermeiden oder zumindest zu vermindern, ggf. müssen Maßnahmen ergriffen werden. (Abbildung)	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	4.2.5 Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvogelarten (Abb. 15) soll in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. In der Abwägung soll geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist, wenn in dem jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden beziehungsweise eine Genehmigung nach dem BImSchG hierfür vorliegt (MIKWS 2024). Es wird hierbei auf die Ausführungen in Kap. 3.2.6 bzw. in der HPA im Anhang verwiesen. (Abbildungen) 4.2.6 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope Gemäß der Begründung zu diesem Grundsatz ist die Vereinbarkeit bzw. der wesentlichen Behinderung von der Errichtung von WEA und der Verwirklichung der Ziele des Schutzgebiets- und Verbundsystems in der Abwägung im Einzelfall zu überprüfen (MIKWS 2024). Die Darstellungen in Kapitel 3.2.7 hinsichtlich des Biotopverbundsystems behalten weiterhin Bestand. Darin konnten erhebliche Beeinträchtigungen auf die Verbundfunktion der Achse ausgeschlossen werden. Im Rahmen der Planung kann zudem eine bau- und betriebsbedingte Beeinträchtigung der Verbundachse minimiert werden. (Abbildung) 4.2.7 Talräume an natürlichen Gewässern und an erheblich veränderten Wasserkörpern Die Schutzbelange sind gemäß der europäischen Wasserrahmenrichtlinie bzw. dem Wasserhaushaltsgesetz bei der Ausweisung von Windenergiegebieten zu berücksichtigen (MIKWS 2024). Mit Talräumen sind Flächen für Verbesserungsmaßnahmen entlang von natürlichen Gewässern und erheblich veränderten Wasserkörpern (HMWB = Heavily Modified Water Bodies) erfasst. Diese Flächen sind natürlicherweise durch eine regelmäßige Vernässung, eine natürliche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Laufentwicklung der Gewässer und/oder eine auentypische Gehölzentwicklung gekennzeichnet (MIKWS 2024). Der betroffene Talraum der Wehrau wurde rd. 60 m beidseitig des Gewässers abgegrenzt (Abb. 17). Bei einer planerischen Berücksichtigung der standortspezifischen Ausprägung des Talraums kann der Gewässerschutz mit der Windkraftnutzung vereinbar sein. Im konkreten Genehmigungsverfahren können, falls erforderlich, die Standorte der WEA entsprechend den Anforderungen für den Gewässerschutz angepasst werden. Mit in Kraft treten der Notfallverordnung (EU-Verordnung 2022/2577) zur Festlegung eines Rahmens für einen beschleunigten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien, wurde der „Talraumerlass“ bis auf weiteres aufgehoben, sodass eine Bebauung von Talräumen nicht mehr grundsätzlich auszuschließen ist. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ist die zuständige Wasserbehörde zu beteiligen. Ausnahmen sind nur bei einer Zustimmung durch die Wasserbehörde möglich. (Abbildung) 5 Fazit Das Vorhabengebiet überlagert sich mit den Abwägungskriterien „Abstand von 800 bis 1.000 m um Siedlungsbereiche mit Wohn- und Erholungsfunktion“, „Straßenrechtliche Anbaubeschränkungszonen an Bundesautobahnen“, „Militärische Schutzbelange“, „Naturparke“, „Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwan außerhalb EU-VSchG“, „Potenzielle Beeinträchtigungsbereiche um GV-Horste“ und „Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“. Diese Kriterien werden im LEP-Entwurf 2024 als Grundsätze unter den Bezeichnungen „800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion“, „Abstände zu bestehenden Infrastrukturen des Straßenverkehrs“, „Naturparke“, „Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten“, „Brutplätze windkraftsensibler Großvögel“, „Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems“ und „Talräume an natürlichen Gewässern und an erheblich veränderten Wasserkörpern“ geführt. Eine Ausweisung einer Kulisse für militärische Schutzbelange erfolgte aufgrund von Verschlusssache nicht. Es ist aber wahrscheinlich, dass das Vorhaben weiterhin innerhalb der Kulisse liegt. Auffällig ist eine mehrfache Überlagerung mit Abwägungskriterien bzw. Grundsätzen im nordwestlichen Bereich des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorhabengebietes, durch den die Wehrau fließt. Eine Bebauung dieses Bereiches ist mit einem hohem Konfliktrisiko verbunden und sollte möglichst freigehalten werden. Durch eine konkrete Standortplanung im Genehmigungsverfahren können die Überlagerungen mit den meisten Kriterien bzw. Grundsätzen vermieden und Beeinträchtigung der Entwicklungsziele des BVS ausgeschlossen werden. Obwohl das gesamte Vorhabengebiet durch den Naturpark Westensee überlagert wird, ist das Konfliktrisiko mit dem Kriterium bzw. Grundsatz als gering zu bewerten, da sich in dem Vorhabengebiet keine Kernzonen oder Schutzgebiete befinden. Hinsichtlich der militärischen Schutzbelange kann es zu Höhenbeschränkungen sowie zu Auflagen in der Anlagenkonstellation kommen. Eine Machbarkeit ist nur nach Abstimmung mit dem Luftfahrtamt der Bundeswehr abschätzbar, da die nähere Umgebung aktuell frei von Windkraftanlagen als vertikales Hindernis ist. Darüber hinaus liegt das VG innerhalb des zentralen Prüfbereichs des Seeadlerbrutpaares am Rümlandteich. Die HPA kam zum Ergebnis, dass für das gesamte VG von einem signifikant erhöhten Tötungs- und Verletzungsrisiko auszugehen ist. Es müssen bei Umsetzung eines Windkraftvorhabens in der Fläche dementsprechend Maßnahmen für den Seeadler ergriffen werden, um das Kollisionsrisiko herabzusetzen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1682	Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein – Landesplanungsbehörde, Referat IV 64 – Düsternbrooker Weg 92 24105 Kiel Hamburg, 6. September 2024 **1. Entwurf der Teilfortschreibung zum Thema "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (Juni 2024) – Stellungnahme der [redacted] bezüglich der**	Zum Denkmalschutz: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Zu den militärischen Schutzbelangen: Ausschlaggebend für die Planerstellung sind die zum Zeitpunkt der Beschlussfassung des jeweiligen Raumordnungsplanes vorliegenden Erkenntnisse. Insofern können Entscheidungen nur auf Grundlage dieser Erkenntnisse gestützt werden. Zu Landschaftsschutzgebieten und Naturparken: Die Inanspruchnahme der Landschaftsschutzgebiete wird im Einzelfall geprüft. Planungsziel ist die Erreichung der Flächenbeitragswerte sowie der Anforderungen aus dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein. Gleichwohl gilt es, alle für die Raumordnungsebene relevanten

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kriterien zur Ausweisung von Windenergiepotenzialflächen Sehr geehrte Damen und Herren, zuerst möchten wir Ihnen für Ihre Arbeit für einen geregelten Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein danken. Durch die aktuelle Auslegung der Kriterien des LEPs sind unsere Projekte direkt betroffen und wir wünschen uns diesbezüglich Klarheit, um Problemen in der zukünftigen Planung vorzubeugen. Im Folgenden nehmen wir Stellung zu verschiedenen Kriterien in Bezug auf eine zukünftige Aufstellung der Regionalpläne in den einzelnen Planungsräumen. <u>Denkmalschutz</u> Wir begrüßen eine gelockerte Auslegung des Denkmalschutzes in einer Einzelfallprüfung. Wir möchten hier allerdings betonen, dass dem Ausbau der Windenergie auf Bundesebene Vorrang eingeräumt wurde und dies in einer Aufstellung der Regionalpläne zu berücksichtigen ist. Insbesondere stehen bestimmte Arten von Denkmälern einer Windenergieplanung nicht im Wege. Hier können einfache Maßnahmen ausreichen, um denkmalgeschützte Höfe, Gärten, Kirchen, Stadtbilder oder Gutshäuser (Thema Sichtachse) zu schützen. Eine solche Sichtachse lässt sich vorab visualisieren und es lassen sich sinnvolle Konzepte entwickeln, um einen Ausbau der Windenergie mit dem Denkmalschutz in Einklang zu bringen. Aufgrund dessen ist eine Ausweisung von Windenergiegebieten in einer möglichen Sichtachse zu befürworten, wie im LEP beschrieben: *„Die denkmalrechtliche und denkmalfachliche Beurteilung der potenziellen Beeinträchtigung der Umgebungsbereiche von Denkmälern durch raumbedeutsame WEA hängt in allen Fällen stark von der örtlichen Situation des Einzelfalles ab. Abstandsradien oder Freihaltesektoren wären daher als pauschale Ausschlussbereiche nicht sachgerecht.“* <u>Militärische Schutzbelange</u> Wir möchten darauf hinweisen, dass sich Belange der Bundeswehr im Laufe der Jahre verändern können. So erleben wir in Rückmeldungen der Bundeswehr zu Anfragen auf die Belange einer Windpotenzialfläche immer wieder, dass sich Stellungnahmen innerhalb weniger Jahre stark unterscheiden. Daher möchten wir an dieser Stelle darauf hinweisen, dass eine Aussage der Bundeswehr aus der Vergangenheit auch in aktuell ausgewiesenen Wind-Vorranggebieten erneuert werden muss, da zum Teil ausgewiesene Wind-Vorranggebiete nicht mit WEA bebaut werden können aufgrund von	Schutzbelange zu ermitteln und abzuwägen. Zu Avifauna/ Großvögel: Es wird auf Ziffer 4.20.1 der Allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Siedlungsabstände: Änderungsbedarfe zu Siedlungsbereichen sollten unter Nennung konkreter Angaben vorgetragen werden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Belangen der Bundeswehr. Da bereits ausgewiesene Windvorranggebiete zum Ausschluss benachbarter Windpotenzialflächen führen können, muss dieser Sachverhalt aktualisiert und berücksichtigt werden. Dies kann verhindern, dass Vorranggebiete ungenutzt bleiben oder geeignete benachbarte Potenzialflächen nicht ausgewiesen werden. Beides steht dem Ausbau der Erneuerbaren Energien entgegen. Besonders bei Flächenausweisungen im selben Landschaftsschutzgebiet, Grünzug oder Naturpark könnte so dem Schutzzweck entsprochen werden und gleichzeitig der Ausbau der Windenergie vorangetrieben werden. <u>Landschaftsschutzgebiete</u> Wir begrüßen die Aufnahme von Landschaftsschutzgebieten als Kriterium in der Einzelfallabwägung. Hierdurch wird einer Überlastung einzelner Regionen vorgebeugt und eine Windenergieplanung in landwirtschaftlich intensiv genutzten Flächen innerhalb LSG ermöglicht. Bei der Abwägung des Schutzzweckes eines LSG sehen wir einige Herausforderungen, da in der Definition der Verordnungen der Landschaftsschutzgebiete explizit darauf hingewiesen wird, dass Windenergieanlagen in solchen keinen Platz finden sollen. Entsprechend ist hier eine Einzelfallentscheidung nach den Verboten aus den Verordnungen einem Ausbau der Windenergie nicht förderlich, obwohl der Schutzzweck unter Umständen nicht von den WEA negiert oder beeinflusst wird. Aufgrund dessen schlagen wir vor, eine generelle Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergie innerhalb LSG zu ermöglichen. *„LSG sowie in Aufstellung befindliche und einstweilig sichergestellte LSG unterliegen damit einer Abwägung im Einzelfall hinsichtlich der Frage, ob und in welchem Umfang dort Flächen für die Windenergienutzung ausgewiesen werden können.“* Wie hier im LEP beschrieben besteht dann die Möglichkeit landwirtschaftlich intensiv genutzte Flächen im LSG nutzen zu können. Ebenfalls kann der Zuschnitt des Landschaftsschutzgebietes an das Vorranggebiet für die Windenergie Flächenzuschnitt nachträglich angepasst werden, sollte die Fläche im Randbereich liegen, um auf zusammenhängenden Ackerlandschaften eine Konzentration der lokalen Stromerzeugung zu gewährleisten. Da in den meisten Fällen der Schutzzweck der Landschaftsschutzgebiete jedoch ohnehin mit der Windenergie vereinbar wäre, würde auch die generelle Vereinbarkeit beider Belange hier ein sinnvoller Ansatz, welcher eine politisch wünschenswerte Haltung repräsentieren würde. Die Folgen der drohenden Klimakrise wird den Landschaftsschutzgebieten und deren Schutzgütern in jedem Fall jetzt bereits enormen Schaden zufügen. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien sollten wir gemeinsam	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	das Bestreben haben, diesen verheerenden Folgen entgegenzuwirken. Naturparke Aufgrund der hohen Dichte an Naturparken in Schleswig-Holstein ist von einer Aufnahme in die Einzelfallabwägung abzusehen. Die Einzelfallabwägung für jede Potenzialfläche im Zuge der kommenden Auslegung wird, wie bei Ihnen üblich, eine fachliche Entscheidung aufgrund der vorliegenden Belange vornehmen. Diese halten wir für den sachlich-sinnvolleren Ansatz, als große Regionen vorab auszuschließen. Die Einzelfallentscheidungen, die am Rande solcher Gebiete in der Vergangenheit für die Ausweisung zu einem Windvorranggebiet geführt haben, bestätigen dieses Vorgehen in seiner Sinnhaftigkeit. Das großräumige Ausschließen von Windvorranggebieten durch grundsätzliche Verbotszonen anhand des Naturpark-Kriterium sorgt auch für eine verstärkte Ungleichheit in der Verteilung der Windvorranggebiete auf Landesebene. Insbesondere strukturschwächere Regionen und Kommunen, welche in diesen Naturparks liegen, bleiben somit die wirtschaftlichen Vorteile von Windenergienutzung vorenthalten. . Avifauna/Großvögel In Bezug auf avifaunistische Prüfabstände wurde von den Vorgaben der Bundesregierung abgewichen und diese sogar noch vergrößert. Wir regen an, die bundeseinheitlichen Vorgaben in Bezug auf avifaunistische Belange stringent zu nutzen, um dem geforderten Ausbau der Windenergie gerecht zu werden. Eine fachliche Begründung der Änderung hinzu größeren Abständen konnten wir leider nicht feststellen. Die deutlichen Abweichungen gegenüber den Bundesvorgaben sind wenig nachvollziehbar. In Ihrer Teilfortschreibung in „B zu 17“ werden so z.B. der Seeadler und Schwarzstorch in derselben Abstandskategorie von 2000m gewertet. Der Bund hat nicht nur in der Vergangenheit diese einzuhaltenden Abstände aufgrund der Vogelart unterschiedlich gewertet, sondern mittlerweile auch den Schwarzstorch als bei uns heimisch-invasive Art erkannt und somit eine fachliche Unterscheidung in der Bewertung dieser Arten vorgenommen. Ihr Ansatz in der LEP-Teilfortschreibung in Bezug auf die Ruhestätte und Fortentwicklung des Schwarzstorchs, gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 2 Nummer 3 BNatSchG, ist mit der Kategorisierung des Schwarzstorchs als nicht mehr „kollisionsgefährdete Brutvogelart“ auf Bundesebene nicht vereinbar. Auch in Bezug auf den Seeadler erkennen wir Widersprüche der fachlichen Bewertung von Ihrer Seite gegenüber der Bundesebene, da diese den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	„zentralen Prüfbereich“ auf 2000m angesetzt hat, in welchem der Vorhabenträger durch Schutzmaßnahmen oder Analysen die Möglichkeit hat, ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko zu vermindern. Durch einen vorgelagerten Ausschluss der von Ihnen festgelegten 2000m dieser Gebiete, entfällt die Möglichkeit zur Analyse oder Findung von Schutzmaßnahmen frühzeitig. Dies ist bedauerlich, da uns als Vorhabenträger die Möglichkeit zu einer sachlichen Bewertung genommen würde. <u>Siedlungsabstände</u> Einen wesentlichen Hinweis zu den Abstandsregularien gemäß Ihres Plantextes möchten wir ebenfalls anfügen. Ihre Vorgaben die Siedlungen im Innen- und Außenbereich mit entsprechenden Abständen zu bemessen ist richtig und nachvollziehbar. Scheinbar hat sich im Rahmen der Kartenerstellung zu der „Karte Potenzialfläche Windenergie SH“ ein fehlerhaftes Vorgehen in diesen Abstandsmessungen und Siedlungsbewertungen eingeschlichen. Uns ist vermehrt aufgefallen, dass manche Siedlungen (die bestätigt bewohnt sind) gänzlich unbeachtet in Bezug auf Abstände geblieben sind, während hingegen an anderer Stelle, Hütten und Unterstände (welche nicht als Siedlung zählen) als Siedlung bemessen wurden. Wir appellieren daran, dies nochmal im Detail zu prüfen, sodass der kommende Entwurf hier die von Ihnen gewollte Rechtmäßigkeit erhalten kann. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1229	Sehr geehrte Damen und Herren, bitte finden sie anbei meine Stellungnahmen zum Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land für den Kreis Steinburg, Gemeinde Fitzbek. Beste Grüße	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Darüber hinaus wird auch auf die Ziffern 2.11.1, 7.2.7 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] [redacted] [eingefügt aus Anhang 1:] **Betreff** **Neuaufstellung des Regionalplans zum Thema Windenergie, 4. Beteiligungsverfahren Juni 2024 – August 2024** Sehr geehrte Damen und Herren, ich nehme Bezug auf den 4. Entwurf der Neuaufstellung des Regionalplans zur Ausweisung von Windenergievorrangflächen. Der Regionalplan als Planungsinstrument der Raumordnung soll die nachhaltige Ordnung, Entwicklung und Sicherung von größeren Gebietseinheiten ermöglichen. **Ziel ist, die optimale Nutzung des Lebensraumes unter Ausgleich aller Interessen zu gewährleisten. Darum ist es Aufgabe der Raumplanung, eine gesellschaftlich getragene Energiewende mit dem Recht auf gesunde Wohnverhältnisse sowie dem Erhalt ungestörter Natur- und Kulturlandschaften für die nachfolgende Generation in Einklang zu bringen.** Dieses Ziel sehe ich durch die am 24.06.2024 veröffentlichte Planung zu Windenergiepotentialflächen als nicht mehr erreichbar an. In der Umgebung von Fitzbek herum befinden sich bereits drei Windparks - Brokstedt-Willenscharen, PR3_STE_082 - Hardebek-Hasenkrug, PR3_SEG_079 - Brokstedt/Störkathen, PR3_STE_059 mit derzeit 37 Windkraftanlagen (WKA). Hinzu kommen die weiteren Planungsgebiete - Fitzbek,nördlich PR3_STE_086, Planungsgebiet - Hardebek, PR3_SEG_063, Planungsgebiet Ich fordere daher auf der **Windenergiepotentialfläche**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- **Fitzbek-Willenscharen PR3_STE_086** **keine weiteren Windenergieanlagen (WEA) zu errichten.** - **Fitzbek-Willenscharen PR3_STE_086** **Umzingelung / Riegelwirkung auf die Gemeinde Brokstedt** Die Fläche Fitzbek-Willenscharen PR3_STE_086 in Verbindung mit der Fläche PR3_SEG_063 würde einen nicht unerheblichen Anteil an der Umzingelung / Riegelwirkung der Gemeinde Brokstedt haben**.** Vom Bau weitere WEA auf der Fläche ist daher Abstand zu nehmen, vor diesem Hintergrund wäre die Errichtung von weiteren WEA auf dieser Fläche als Abwägungsfehler zu betrachten. Eine nochmals verstärkte Riegelwirkung kreisförmig um Brokstedt herum entsteht. In der Gesamtbetrachtung würde die Umzingelung im Verbund nahezu 360 Grad betragen. Aus diesem Grund ist auf die Aufstellung von WEA in diesem Gebiet zu verzichten. Datenblatt: Auszug aus Google-Earth mit Windpotentialflächen um Brokstedt [Karte im Anhang S. 2] - **Fitzbek-Willenscharen PR3_STE_086** **Gefahr durch Brand** **Direkte Nähe zum Waldgebiet Klinten** Risikoanalyse / Risikominimierung / Brandgefahren / Löschwasserbevorratung Für evtl. geplante WEA ist eine umfangreiche Risikoanalyse durchzuführen mit dem Ziel der Risikominimierung, Bestimmung von Brandlasten und Brandgefahren sowie einer notwendigen Löschwasserbevorratung. WEA brennen selten. Falls es doch geschieht, wird es für Immobilien oder Waldflächen in der Umgebung gefährlich, denn an exponierten Standorten fehlt es meist an Löschwasser. Feuerwehren können im Einzelfall ein Reservoir einfordern. Bei einem Brand können, ja nach Windstärke und Windrichtung, bis zu 1000m	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Entfernung Glasfaserteile (Mineralfasern) am Boden verstreut sein. Mit Hilfe einer Wärmebildkamera muss dann das Gebiet per Helikopter und Drohne weiträumig auf Glutnester abgesucht werden. Die Schadenssumme kann dabei bis in die Millionenhöhe gehen. Aufgrund des geringen Abstandes zu bewohnten Gebieten ist eine Risikoanalyse hier zwingend vorzusehen und eine Risikoversicherung seitens möglicher WEA-Betreiber vorzuhalten. Die Gemeinden Sarlhusen, Klein-Sarlhusen, und Willenscharen wären unmittelbar betroffen. Die Folgen eines Brandes auf das angrenzende Waldgebiet KLINTEN mit seinen Funktionen für Natur und Umwelt sind unvorhersehbar. Selbst mit einer Risikoversicherung könnte ein möglicher Schaden an der Umwelt nicht ausgeglichen werden, die Waldfläche wäre für Generationen nicht nutzbar. Brände können insbesondere in der Gondel, im Turm und in der Umspannstation entstehen. Typische Ursachen sind Blitzschlag, Fehler in elektrischen Einrichtungen, Funkenflug durch Überlastung mechanischer Bremsen sowie feuergefährliches Arbeiten im Rahmen von Wartungs- und Reparaturarbeiten. Brennbare Komponenten sind Elektrokabel, Getriebe-, Transformator- und Hydrauliköle, das Maschinenhaus selbst wie auch die meist aus glasfaserverstärktem Kunststoff gefertigten Rotorblätter. Windanlagenbetreiber müssen per Gesetz kein Löschwasser bereithalten. Grundsätzlich ist das Vorhalten von Löschmitteln Aufgabe der Gemeinden, wie auch das Aufstellen, Ausrüsten und Unterhalten einer Feuerwehr - geregelt in den Feuerwehrgesetzen der Bundesländer. Doch wo die Zumutbarkeit bzw. Leistungsfähigkeit einer Kommune endet, kann sie im Zuge der Baugenehmigung z.B. das Bereitstellen dezentraler Löschwasserreserven fordern. Denn ein öffentliches Netz mit Hydranten ist weit entfernt von den exponierten Standorten einer WEA, Löschwasserteiche lassen sich nur schwer oder im Wald schlecht realisieren und Tanklöschfahrzeuge, falls bei der Feuerwehr vorhanden, sind nicht für jedes Gelände geeignet. Die Kreisbehörde sollte bei der Prüfung festlegen, dass im Außenbereich die Eigentümer einer WEA für die ausreichende Bereitstellung geeigneter Löschmittel verantwortlich sind. Empfehlenswert ist es, dass Anlagenbetreiber den vorbeugenden Brandschutz und das Anlegen von Löschwasservorräten vorab mit ihrer Versicherung klären. Geeignet wären an entlegenen Standorten unterirdische Behälter aus Stahlbeton gemäß DIN 14230 gebaut und mit Trink- oder Regenwasser gefüllt. In DIN 14230:2012-09 „Unterirdische Löschwasserbehälter“ sind Anforderungen an künstlich angelegte überdeckte Löschwasser-Vorratsräume mit	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Löschwasserentnahmestelle festgelegt. Außerdem wurden neben den Anforderungen zur Form und zur Auslegung der Löschwasserbehälter auch Regelungen zur Löschwasserentnahmestelle getroffen. Diese Norm wurde vom Arbeitsausschuss „Anlagen zur Löschwasserversorgung einschließlich Wandhydranten“ (NA 031-03-05 AA) des Normenausschusses Feuerwehrwesen (FNFW) im DIN erarbeitet. In Deutschland waren Ende 2015 fast 26.000 Windenergieanlagen in Betrieb. Laut Angaben des Bundesverbandes Windenergie e.V. ist es in den Jahren zuvor an sechs (2012), sieben (2013) bzw. vier (2014) WEA zu einem Brand gekommen; hierbei konnte ein Übergreifen der Feuer auf die Umgebung stets verhindert werden. Nach Informationen der Bundesinitiative Vernunftkraft e. V. sind in den darauf folgenden Jahren drei (2015), acht (2016), vier (2017), neun (2018) WEA in Brand geraten. - **Fitzbek-Willenscharen PR3_STE_086** **Gesundheitsgefahren** Im Grundgesetz, Artikel 2, wird jedem Bürger die körperliche Unversehrtheit garantiert. Die Gesundheit ist unser höchstes Gut. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass die WKA nicht hörbaren tieffrequenten Schall verursachen. Mögliche Auswirkungen dieses sogenannten Infraschalls sind: Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Migräne, Ohrendruck, Tinnitus, Schwindelgefühle, Ruhelosigkeit, unscharfes Sehen, schnelle Herzfrequenz, Konzentrationsmangel, Gedächtnisprobleme, Übelkeit, Reizbarkeit, Angstzustände (aus: http://umweltmessung.com/wp-content/uploads/2015/06/Machen-Windkraftanlagenkrank. pdf). Die folgenden drei Abschnitte Emittierter Schall von Windkraftanlagen, Messverfahren und Messwertanalyse, die Wechselwirkung zwischen Körper- und Luftschall sind aus dem Script von Artinger/Johannsen/Müller, Hagen/Töpperwien, 2016. **Emittierter Schall von Windkraftanlagen:** Die rechtlichen Grundlagen für die Genehmigung und den Betrieb von WKA entsprechen nicht mehr dem Stand des Wissens und der Technik. • Nach TA Lärm (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm) soll die Berechnung der Immissionspegel in Oktaven, in der Regel für die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mittenfrequenzen 63 bis 4000 Hz erfolgen. Ein großer Teil der Schallleistung von WKA wird aber im tieffrequenten Bereich emittiert (0,1 – 10 Hz). Diese Schallleistungen der WKA bleiben unberücksichtigt. • Tieffrequenter Schall unter 10 Hz wird nach den derzeitigen Richtlinien nicht gemessen, aber gerade im Bereich 0,1 bis 8 Hz treten beim Betrieb von WKA hier charakteristische Frequenzen auf. • Der Schalldruckpegel des tieffrequenten Schalls unter 125 Hz wird in der derzeitig üblichen A-Bewertung unterschätzt.Neue Erkenntnisse im In- und Ausland sind bei den bisherigen Veröffentlichungen staatlicher Stellen und bei den behördlichen Entscheidungen in Deutschland nicht eingeflossen. • Tieffrequenter Schall wird bei den Gefahrenabwägungen nicht berücksichtigt. Gerade dieser tieffrequente Schall hat nach neuesten Erkenntnissen erhebliche Auswirkung auf die Gesundheit. Die andauernde Einwirkung auf den Menschen stört und schädigt die Gesundheit der Betroffenen, insbesondere während der für die Erholung unabdingbaren, nächtlichen Schlafphase.Heutige Windkraftanlagen sind mit jenen der Anfänge aus den 1990er / 2000er Jahren (Windpark Brokstedt/Willenscharen und Quarnstedt/Störkathen) technisch und akustisch nicht mehr zu vergleichen. Wurden damals Anlagen vorwiegend im norddeutschen Flachland gebaut, die ca. 80m bis 100m hoch waren und über Leistungen von 0,5kW bis 2MW verfügten, werden heute Anlagen mit deutlich über 250m Höhe bei Leistungen bis 10 MW errichtet. Technische Normen aus den Anfängen der Windenergie sind mittlerweile nach einhelliger Meinung namhafter Experten überholt, da sie weder die veränderten technischen Randbedingungen noch die resultierende gesundheitliche Belastung der Anwohner hinreichend berücksichtigen. **Messverfahren und Messwertanalyse:** Die derzeit noch gültigen, jedoch nach einhelliger Fachmeinung technisch überholten Vorschriften fokussieren sich primär auf die Bewertung von deutlich hörbarem Lärm (TA-Lärm von 1998 und DIN 45680 Stand 1997 sowie im Entwurfsstand von 2013). Diese Betrachtungsweise wird den akustischen Randbedingungen von großen Windkraftanlagen nicht gerecht, da weder Infraschall unter 10 Hz noch schmalbandige tonale Spitzen gemessen bzw. berücksichtigt werden. Körperschall findet überhaupt keine Beachtung. Genau diese Faktoren sind jedoch diejenigen mit gesundheitlicher	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Relevanz. • Von Windkraftanlagen wird zweifelsfrei Infraschall und tieffrequenter Schall mit sehr speziellen Frequenzmustern emittiert, der sich von dem sonstigen Infraschall und tieffrequenten Schall (z.B. Wind, Kraftfahrzeuge, LKW, Traktoren der Lohnunternehmer und der Güterzüge und Personenzüge der Deutschen Bahn) in seiner spektralen Zusammensetzung und Wirkdauer erheblich unterscheidet.Dies gilt insbesondere für die neuen Anlagen der 2 bis 7,6 Megawatt Klasse (150 bis deutlich über 200 Meter hoch). • Große Windkraftanlagen emittieren Frequenzen bis 0,1 Hz herab (Wellenlänge 3.400 m), welche bei den bisher angewendeten Normen, Mess- und Auswertemethoden unterdrückt oder gar nicht erfasst werden. Die durchweg festgeschriebene Terz- bzw. Oktav-Analyse mittelt zudem einzelne Frequenzspitzen weg. • Tonale Spitzen der Einzelfrequenzen werden bei der heute üblichen Praxis der Mittelwertbildung in Terz-,Oktav-Spektren weggemittelt. In einer hochauflösenden Fourieranalyse sind diese Spitzen deutlich zu erkennen und heben sich um mehr als 10 dB vom allgemeinen Geräusch ab. Diese tonalen Anteile (Frequenzspitzen) im Schallspektrum wirken dabei störender und schädlicher als breitbandiges Rauschen. • Die Wechselwirkungen zwischen Körper- und Luftschall sind in den heutigen Normen nicht berücksichtigt. • Das für die Schallausbreitung benutzte Prognoseverfahren nach DIN 9613-2, welches nur für Anlagen bis zu einer Höhe von 30 Metern zu zuverlässigen Aussagen führt, ist für heutige, große Windkraftanlagen nicht mehr geeignet. Die Schallausbreitung wird dadurch fehlerhaft berechnet, die tatsächlichen Schallimmissionswerte sind, speziell in Mitwindrichtung, signifikant höher als die berechneten Werte. Die Unzulänglichkeiten wurden 2015 nochmals bestätigt durch Untersuchungen von Engelen, Ahaus und Piorr. • Der zur Erstellung von Schallprognosen anhand DIN 9613-2 und TA-Lärm herangezogene Außen-Schallpegel ignoriert die Hauptbelastung von Betroffenen. Tieffrequenter Schall dringt auf Grund seiner großen Wellenlänge nahezu ungehindert in die Innenräume und kann dort durch Schallreflexionen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Überlagerungen sogar örtlich zu verstärkten Schalldruckwerten führen. Im Raum auftretende, unterschiedlich starke Brummgeräusche, Schwebungen und Schwingungen sind die Folge. Nur den Außen-Schallpegel zu bewerten ist folglich nicht ausreichend. Die in den Erlassen der einzelnen Bundesländer pauschal festgelegten **Abstände zu Einzelhäusern und zur Wohnbebauung** sind für heutige, große Windkraftanlagen bei weitem zu gering. Die tieffrequenten Anteile in der Schallemission von WKA werden nicht berücksichtigt. In Folge dessen führen die Schallemissionen der Windkraftanlagen anfangs zu massiver Belästigung und bei längerer Einwirkzeit zu gesundheitlichen Langzeitschäden bei einem signifikanten Anteil der Anwohner (ca. 20 bis 30%). Der derzeitige rechtliche Rahmen für die Genehmigung und den Betrieb von Windkraftanlagen ist in keiner Weise ausreichend, den nach Grundgesetz (GG) Artikel 2 garantierten Schutz der Gesundheit zu gewährleisten. - **Fitzbek-Willenscharen PR3_STE_086** **Naturräume** Das betreffende Gebiet mit Wegebeker Au, Mühlenteich und Mühlenbach weist wie Bünzener und Buckener Au, die Bramau/Hudau, stellenweise Ohlau und Schirnau mit seinen wechselnden Standortverhältnissen eine hohe Vielfalt unterschiedlicher Lebensräume auf. Die Wegebeker Au mündet in die Stör, das bedeutendste Fließgewässer des Kreises Steinburg und eine Verbundachse von landesweiter Bedeutung. Der breite Talraum weist mit seinen wechselnden Standortverhältnissen eine hohe Vielfalt unterschiedlicher Lebensräume auf. Neben der überwiegenden Grünlandnutzung kommen kleine Moorsenken und auf nährstoffarmen Standorten am Talrand Heideflächen vor. Die ausgewiesene Potentialfläche grenzt unmittelbar an der Wegebek und damit im Einzugsgebiet der Stör. [Karte: Nr. 058 FFH-Gebiet „Mittlere Stör, Bramau und Bünzau“ (DE-2024-391)] Im gesamten Gewässersystem gibt es wenige Abschnitte mit intakter Unterwasservegetation, da fast alle Fließgewässerbereiche begradigt und vertieft wurden. Abschnittsweise wurden Gewässerläufe, wie die Buckener Au, in den letzten Jahren jedoch naturnah gestaltet. Naturnaher Gewässerabschnitte mit Vorkommen flutender Vegetation (3260) befinden sich noch an der Schirnau und der Ohlau in Bad Bramstedt. Aufgrund der Fließdynamik haben sich im gesamten Störsystem,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	insbesondere im Bereich der Gewässersohle, geeignete Lebensräume für die Neunaugenarten entwickelt. Neben Meer-, Fluss- und Bachneunauge (Petromyzon marinus, Lampetra fluviatilis und L. planeri) kommt die Fischart Rapfen (Aspius aspius) vor. Die Laichareale und Aufwuchsgebiete von Fluss- und Meerneunauge liegen auf den Kiesbänken von Bramau, Ohlau, Schirnau, Bünzener Au und Buckener Au. Der begradigte Lauf der Stör selbst erfüllt die Funktion der Wanderstrecke und dient zumindest abschnittsweise auch zum Aufwachsen der Jungtiere. Das Gebiet schließt unmittelbar an das FFGebiet„Schleswig-holsteinisches Elbästuar“ an, zu dem der tidebeeinflusste Abschnitt der Stör gehört. Die besondere Bedeutung als Lebensraum für Neunaugenund Fischarten ist zu erhalten. Die Fließgewässer sind zum Teil noch naturnah beziehungsweise wurden in der jüngeren Vergangenheit naturnah rückgebaut. Von übergreifender Bedeutung ist daher die Erhaltung von naturnahen Fließgewässerzuständen. Hierzu zählt insbesondere die Erhaltung -unverbauter, unbegradigter oder sonst wenig veränderter oder regenerierter Fließgewässerabschnitte ohne Ufer- und Sohlenbefestigung, Stauwerke, Wasserausleitungen oder ähnliches, -der natürlichen Fließgewässerdynamik, -von weitgehend natürlichen Sedimentations- und Strömungsverhältnissen, -barrierefreier Wanderstrecken zwischen Meer und Flussoberläufen, -von Kontaktlebensräumen wie offenen Seitengewässern, Quellen, Bruch- und Auwäldern, Röhrichten, Seggenriedern, Hochstaudenfluren, Streu- und Nasswiesenund der funktionalen Zusammenhänge. Aufgrund der räumlichen Nähe der Potentialfläche zum Gewässer können betriebsbedingte Auswirkungen in Form von Grundwasserabsenkungen beziehungsweise daraus resultierende Wasserstandsenkungen nicht ausgeschlossen werden. Daher sind erhebliche Beeinträchtigungen im Gebiet potenziell möglich. Auch für die im Überlagerungsbereich nachgewiesenen Zielarten Bach- und Meerneunauge können Wasserstandsenkungen infolge von Grundwasserabsenkungen erhebliche Beeinträchtigungen verursachen. Im Zuge des Betriebs können negative Grundwasserveränderungen vorkommen und nicht immer verhindert werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der Schutz- und Erhaltungsziele des Gebiets können nicht ausgeschlossen werden. Aufgrund der Nähe zu grundwassersensiblen Lebewesen sollten die Auswirkungen des Baus von WEA auf diese empfindliche Region	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	berücksichtigt und der Bau von WEA nicht realisiert werden. [redacted] [redacted] [eingefügt aus Anhang 2:] **Betreff** **Neuaufstellung des Regionalplans zum Thema Windenergie,** **4. Beteiligungsverfahren Juni 2024 – August 2024** Sehr geehrte Damen und Herren, ich nehme Bezug auf den 4. Entwurf der Neuaufstellung des Regionalplans zur Ausweisung von Windenergievorrangflächen. Der Regionalplan als Planungsinstrument der Raumordnung soll die nachhaltige Ordnung, Entwicklung und Sicherung von größeren Gebietseinheiten ermöglichen. **Ziel ist, die optimale Nutzung des Lebensraumes unter Ausgleich aller Interessen zu gewährleisten. Darum ist es Aufgabe der Raumplanung, eine gesellschaftlich getragene Energiewende mit dem Recht auf gesunde Wohnverhältnisse sowie dem Erhalt ungestörter Natur- und Kulturlandschaften für die nachfolgende Generation in Einklang zu bringen.** Dieses Ziel sehe ich durch die am 24.06.2024 veröffentlichte Planung zu Windenergiepotentialflächen als nicht mehr erreichbar an. Um Brokstedt herum befinden sich bereits drei Windparks, - Brokstedt-Willenscharen, - Hardebek-Hasenkrug, - Quarnstedt/Störkathen mit derzeit 37 Windkraftanlagen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich fordere daher auf der **Windenergiepotentialfläche** - **Fitzbek – Rothensande PR3_STE_076** **keine weiteren Windenergieanlagen (WEA) zu errichten.** **Umzingelung / Riegelwirkung Gemeinde Brokstedt** Es besteht die Einschätzung, dass durch die Aufstellung von WEA auf Fitzbek – Rothensande PR3_STE_076 eine nochmals verstärkte Riegelwirkung kreisförmig um Brokstedt herum entsteht. In der Gesamtbetrachtung würde die Umzingelung im Verbund fast 360 Grad betragen. Allein schon aus diesem Grund ist auf die Aufstellung von WEA in diesem Gebiet zu verzichten. Datenblatt: Auszug aus Google-Earth mit Windpotentialflächen um Brokstedt [Karte im Anhang Seite 2] - **Fitzbek – Rothensande PR3_STE_076** **Gefahr durch Brand** Risikoanalyse / Risikominimierung / Brandgefahren / Löschwasserbevorratung Für evtl. geplante WEA ist eine umfangreiche Risikoanalyse durchzuführen mit dem Ziel der Risikominimierung, Bestimmung von Brandlasten und Brandgefahren sowie einer notwendigen Löschwasserbevorratung. WEA brennen selten. Falls es doch geschieht, wird es für Immobilien oder Waldflächen in der Umgebung gefährlich, denn an exponierten Standorten fehlt es meist an Löschwasser. Feuerwehren können im Einzelfall ein Reservoir einfordern. Bei einem Brand können, ja nach Windstärke und Windrichtung, bis zu 1000m Entfernung Glasfaserteile (Mineralfasern) am Boden verstreut sein. Mit Hilfe einer Wärmebildkamera muss dann das Gebiet per Helikopter und Drohne weiträumig auf Glutnester abgesucht werden. Die Schadenssumme kann dabei bis in Millionenhöhe gehen. Aufgrund des geringen Abstandes zu bewohnten Gebieten ist eine Risikoanalyse hier zwingend vorzusehen und eine Risikoversicherung seitens möglicher WEA-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Betreiber vorzuhalten. Brände können insbesondere in der Gondel, im Turm und in der Umspannstation entstehen. Typische Ursachen sind Blitzschlag, Fehler in elektrischen Einrichtungen, Funkenflug durch Überlastung mechanischer Bremsen sowie feuergefährliches Arbeiten im Rahmen von Wartungs- und Reparaturarbeiten. BrennbareKomponenten sind Elektrokabel, Getriebe-, Transformator- und Hydrauliköle, das Maschinenhaus selbst wie auch die meist aus glasfaserverstärktem Kunststoff gefertigten Rotorblätter. Windanlagenbetreiber müssen per Gesetz kein Löschwasser bereithalten. Grundsätzlich ist das Vorhalten von Löschmitteln Aufgabe der Gemeinden, wie auch das Aufstellen, Ausrüsten und Unterhalten einer Feuerwehr - geregelt in den Feuerwehrgesetzen der Bundesländer. Doch wo die Zumutbarkeit bzw. Leistungsfähigkeit einer Kommune endet, kann sie im Zuge der Baugenehmigung z.B. das Bereitstellen dezentraler Löschwasserreserven fordern. Denn ein öffentliches Netz mit Hydranten ist weit entfernt von den exponierten Standorten einer WEA, Löschwasserteiche lassen sich nur schwer oder im Wald schlecht realisieren und Tanklöschfahrzeuge, falls bei der Feuerwehr vorhanden, sind nicht für jedes Gelände geeignet. Die Kreisbehörde sollte bei der Prüfung festlegen, dass im Außenbereich die Eigentümer einer WEA für die ausreichende Bereitstellung geeigneter Löschmittel verantwortlich sind. Empfehlenswert ist es, dass Anlagenbetreiber den vorbeugenden Brandschutz und das Anlegen von Löschwasservorräten vorab mit ihrer Versicherung klären. Geeignet wären an entlegenen Standorten unterirdische Behälter aus Stahlbeton gemäß DIN 14230 gebaut und mit Trink- oder Regenwasser gefüllt. In DIN 14230:2012-09 „Unterirdische Löschwasserbehälter“ sind Anforderungen an künstlich angelegte überdeckte Löschwasser-Vorratsräume mit Löschwasserentnahmestelle festgelegt. Außerdem wurden neben den Anforderungen zur Form und zur Auslegung der Löschwasserbehälter auch Regelungen zur Löschwasserentnahmestelle getroffen. Diese Norm wurde vom Arbeitsausschuss „Anlagen zur Löschwasserversorgung einschließlich Wandhydranten“ (NA 031-03-05 AA) des Normenausschusses Feuerwehrwesen (FNFW) im DIN erarbeitet. In Deutschland waren Ende 2015 fast 26.000 Windenergieanlagen in Betrieb. Laut Angaben des Bundesverbandes Windenergie e.V. ist es in den Jahren zuvor an sechs (2012), sieben (2013) bzw. vier (2014) WEA zu einem Brand gekommen; hierbei konnte ein Übergreifen der Feuer auf die Umgebung stets verhindert werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nach Informationen der Bundesinitiative Vernunftkraft e. V. sind in den darauf folgenden Jahren drei (2015), acht (2016), vier (2017), neun (2018) WEA in Brand geraten. - **Fitzbek – Rothensande PR3_STE_076** **Alte Fitzbeker Mülldeponie** Die Windpotentialfläche befindet sich in unmittelbarer Nähe zur **alten Fitzbeker Mülldeponie,** bzw. schliesst diese mit ein, die bis in die 70-er Jahre genutzt wurde. Dort abgelagert sind Gebindereste mit Spritzmitteln aus der Landwirtschaft, Autoteile bis hin zu Autowracks sowie Flüssigkeiten aus der Verwendung in Fahrzeugen, landwirtschaftlicher Müll, Flüssigkeitsgebinde mit Pflanzenschutzmitteln, teilweise sogar noch gefüllt, Siedlungsmüll jeglicher Art, Elektroschrott jeglicher Art (*siehe dazu auch Beitrag SHZ vom 03.04.2024 Mülldeponie aus den 1960er Jahren in Tolk gefunden*). Bei der Anwendung der Mülldeponie wurde keine Abdichtung gegen den unteren Boden mit einer isolierenden Schicht durchgeführt. Die Verhältnisse aus Tolk sind mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die Mülldeponie Fitzbek zu übertragen. Das Gesamtvolumen beträgt schätzungsweise ca. 52.000m3. Berechnung dazu siehe weiter unten. Bevor mit Planungen und Bau von WEA im Potentialgebiet begonnen wird, müssen von sachkundiger Stelle Stellungnahmen eingeholt werden, die eine Unbedenklichkeit zu diesem Sachverhalt bescheinigen. Der Betreiber möglicher WEA hat mit Baubeginn eine Risikoversicherung abzuschließen, die alle möglichen Gefahren aus Bau und Betrieb von WEA auf der Potentialfläche abdeckt. Durch den Aufbau von Fundamenten für WEA wird die Bodenstruktur in erheblichem Maße beeinflusst. Ein sich verändernder Austrag an Schadstoffen kann durch die kaskadierende Wirkung von WEA-Fundamenten nicht ausgeschlossen werden. Mit dem Bau möglicher WEA ist ein entstehender Austrag an Schadstoffen aus dieser Deponie in ein Überwachungsprogramm einzubinden, zu analysieren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. **Diese Fläche ist bereits bei der Planung des Kreises Steinburg im Jahr 2009 in der Kurzfassung der TöB wie folgt einegstuft:** 1.24 *Fitzbek*. 32,220. Fläche liegt innerhalb des NP-Aukrug. Südliche Fläche schließt die ehemalige *Mülldeponie* mit ein. Diese ca. 5,8 ha große Fläche ist nicht für den Ausbau der Windenergie geeignet. Ergänzung des Stellungnehmers: Bei 52000m2 Fläche und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einer Höhe von ca. 1m ergibt sich ein Volumen von 52000m3 zu entsorgender Sondermüll sollten auf der Potentialfläche WEA gebaut werden. - **Fitzbek – Rothensande PR3_STE_076** **Gefährdung menschlichen Lebens** Von einem Teil teil der Bevölkerung Fitzbeks wird die Fläche **Fitzbek – Rothensande PR3_STE_076** als Naherholung genutzt. Sollten sich, verursacht durch welche Gründe auch immer, WEA-Teile, speziell Eiswurf oder Flügel von den WEA lösen, so entstehen Gefährdungen menschlichen Lebens durch herabfallende Teile, bisher schon geschehen am 30.09.2019, Wriedel, Niedersachsen: Rotorblatt im Windpark abgebrochen. In dem Fall der Flügelablösung und Zerstörung wird die Umgebung durch Glasfaserstäube belastet. Dies ist für die Bewohner der Gemeinde Fitzbek extrem gefährlich. Mit Hauptwindrichtung Südwesten werden die Stäube unmittelbar in die angrenzende Gemeinde getragen. Deren Flächen werden auf unbestimmte Zeit belastet und nicht benutzbar. Eine UVP zu diesem Thema ist unbedingt auszuführen. Ein Betreiber möglicher WEA ist zu verpflichten, eine Risikoversicherung für diesen Fall vorzuhalten. Schon aus diesen Gründen ist auf die Ausweisung des Gebietes als Vorranggebiet bzw. den Bau von WEA weiterhin zu verzichten. - **Fitzbek – Rothensande PR3_STE_076** **Gesundheitsgefahren** Im Grundgesetz, Artikel 2, wird jedem Bürger die körperliche Unversehrtheit garantiert. Die Gesundheit ist unser höchstes Gut. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass die WKA nicht hörbaren tieffrequenten Schall verursachen. Mögliche Auswirkungen dieses sogenannten Infraschalls sind: Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Migräne, Ohrendruck, Tinnitus, Schwindelgefühle, Ruhelosigkeit, unscharfes Sehen, schnelle Herzfrequenz, Konzentrationsmangel, Gedächtnisprobleme, Übelkeit, Reizbarkeit, Angstzustände (aus: http://umweltmessung.com/wp-content/uploads/2015/06/Machen-Windkraftanlagenkrank. pdf). Die folgenden drei Abschnitte Emittierter Schall von Windkraftanlagen, Messverfahren und Messwertanalyse, die Wechselwirkung zwischen Körper- und Luftschall sind aus dem Script von Artinger/Johannsen/Müller, Hagen/Töpperwien, 2016. **Emittierter Schall von Windkraftanlagen:**	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Die rechtlichen Grundlagen für die Genehmigung und den Betrieb von WKA entsprechen nicht mehr dem Stand des Wissens und der Technik. • Nach TA Lärm (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm) soll die Berechnung der Immissionspegel in Oktaven, in der Regel für die Mittenfrequenzen 63 bis 4000 Hz erfolgen. Ein großer Teil der Schallleistung von WKA wird aber im tieffrequenten Bereich emittiert (0,1 – 10 Hz). Diese Schallleistungen der WKA bleiben unberücksichtigt. • Tieffrequenter Schall unter 10 Hz wird nach den derzeitigen Richtlinien nicht gemessen, aber gerade im Bereich 0,1 bis 8 Hz treten beim Betrieb von WKA hier charakteristische Frequenzen auf. • Der Schalldruckpegel des tieffrequenten Schalls unter 125 Hz wird in der derzeitig üblichen A-Bewertung unterschätzt.Neue Erkenntnisse im In- und Ausland sind bei den bisherigen Veröffentlichungen staatlicher Stellen und bei den behördlichen Entscheidungen in Deutschland nicht eingeflossen. • Tieffrequenter Schall wird bei den Gefahrenabwägungen nicht berücksichtigt. Gerade dieser tieffrequente Schall hat nach neuesten Erkenntnissen erhebliche Auswirkung auf die Gesundheit. Die andauernde Einwirkung auf den Menschen stört und schädigt die Gesundheit der Betroffenen, insbesondere während der für die Erholung unabdingbaren, nächtlichen Schlafphase.Heutige Windkraftanlagen sind mit jenen der Anfänge aus den 1990er / 2000er Jahren (Windpark Brokstedt/Willenscharen und Quarnstedt/Störkathen) technisch und akustisch nicht mehr zu vergleichen. Wurden damals Anlagen vorwiegend im norddeutschen Flachland gebaut, die ca. 80m bis 100m hoch waren und über Leistungen von 0,5kW bis 2MW verfügten, werden heute Anlagen mit deutlich über 250m Höhe bei Leistungen bis 10 MW errichtet. Technische Normen aus den Anfängen der Windenergie sind mittlerweile nach einhelliger Meinung namhafter Experten überholt, da sie weder die veränderten technischen Randbedingungen noch die resultierende gesundheitliche Belastung der Anwohner hinreichend berücksichtigen. **Messverfahren und Messwertanalyse:** Die derzeit noch gültigen, jedoch nach einhelliger Fachmeinung technisch überholten Vorschriften fokussieren sich primär auf die Bewertung von deutlich hörbarem Lärm (TA-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Lärm von 1998 und DIN 45680 Stand 1997 sowie im Entwurfsstand von 2013). Diese Betrachtungsweise wird den akustischen Randbedingungen von großen Windkraftanlagen nicht gerecht, da weder Infraschall unter 10 Hz noch schmalbandige tonale Spitzen gemessen bzw. berücksichtigt werden. Körperschall findet überhaupt keine Beachtung. Genau diese Faktoren sind jedoch diejenigen mit gesundheitlicher Relevanz. • Von Windkraftanlagen wird zweifelsfrei Infraschall und tieffrequenter Schall mit sehr speziellen Frequenzmustern emittiert, der sich von dem sonstigen Infraschall und tieffrequenten Schall (z.B. Wind, Kraftfahrzeuge, LKW, Traktoren der Lohnunternehmer und der Güterzüge und Personenzüge der Deutschen Bahn) in seiner spektralen Zusammensetzung und Wirkdauer erheblich unterscheidet.Dies gilt insbesondere für die neuen Anlagen der 2 bis 7,6 Megawatt Klasse (150 bis deutlich über 200 Meter hoch). • Große Windkraftanlagen emittieren Frequenzen bis 0,1 Hz herab (Wellenlänge 3.400 m), welche bei den bisher angewendeten Normen, Mess- und Auswertemethoden unterdrückt oder gar nicht erfasst werden. Die durchweg festgeschriebene Terz- bzw. Oktav-Analyse mittelt zudem einzelne Frequenzspitzen weg. • Tonale Spitzen der Einzelfrequenzen werden bei der heute üblichen Praxis der Mittelwertbildung in Terz-,Oktav-Spektren weggemittelt. In einer hochauflösenden Fourieranalyse sind diese Spitzen deutlich zu erkennen und heben sich um mehr als 10 dB vom allgemeinen Geräusch ab. Diese tonalen Anteile (Frequenzspitzen) im Schallspektrum wirken dabei störender und schädlicher als breitbandiges Rauschen. • Die Wechselwirkungen zwischen Körper- und Luftschall sind in den heutigen Normen nicht berücksichtigt. • Das für die Schallausbreitung benutzte Prognoseverfahren nach DIN 9613-2, welches nur für Anlagen bis zu einer Höhe von 30 Metern zu zuverlässigen Aussagen führt, ist für heutige, große Windkraftanlagen nicht mehr geeignet. Die Schallausbreitung wird dadurch fehlerhaft berechnet, die tatsächlichen Schallimmissionswerte sind, speziell in Mitwindrichtung, signifikant höher als die berechneten Werte. Die Unzulänglichkeiten wurden 2015 nochmals	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bestätigt durch Untersuchungen von Engelen, Ahaus und Piorr. • Der zur Erstellung von Schallprognosen anhand DIN 9613-2 und TA-Lärm herangezogene Außen-Schallpegel ignoriert die Hauptbelastung von Betroffenen.Tieffrequenter Schall dringt auf Grund seiner großen Wellenlänge nahezu ungehindert in die Innenräume und kann dort durch Schallreflexionen und Überlagerungen sogar örtlich zu verstärkten Schalldruckwerten führen. Im Raum auftretende, unterschiedlich starke Brummgeräusche, Schwebungen und Schwingungen sind die Folge. Nur den Außen-Schallpegel zu bewerten ist folglichnicht ausreichend.Die in den Erlassen der einzelnen Bundesländer pauschal festgelegten **Abstände zu Einzelhäusern und zur Wohnbebauung** sind für heutige, große Windkraftanlagen bei weitem zu gering. Die tieffrequenten Anteile in der Schallemission von WKA werden nicht berücksichtigt. In Folge dessen führen die Schallemissionen der Windkraftanlagen anfangs zu massiver Belästigung und bei längerer Einwirkzeit zu gesundheitlichen Langzeitschäden bei einem signifikanten Anteil der Anwohner (ca. 20 bis 30%).Der derzeitige rechtliche Rahmen für die Genehmigung und den Betrieb von Windkraftanlagen ist in keiner Weise ausreichend, den nach Grundgesetz (GG) Artikel 2 garantierten Schutz der Gesundheit zu gewährleisten. [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1680	**BETEILIGUNG Landesentwicklungsplanung – Teilfortschreibung Windenergie an Land** **Hier: Vorranggebiet PR3_OHS_057 (Hutzfeld, Hassendorf in der Gemeinde Bosau)** Sehr geehrte Damen und Herren, In der obigen Angelegenheit habe ich mich als Befürworter der Windenergie näher mit	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	den Abständen zu den Wohnhäusern in der Gemarkung Brackrade und Majenfelde befasst. Dabei habe ich mir Kartenmaterial beschafft oder eingesehen, mit historischen Gegebenheiten abgeglichen und die aktuellen Flurstücksbezeichnungen in dem ALKIS-Programm eingesehen. Im Detail geht es um die Abstände zu den Wohnhäusern auf den folgenden Flurstücken: Tedrahnshöhe Gemarkung Brackrade, Flur [redacted], Flurstück [redacted] Brackrader Ziegelei Gemarkung Brackrade, Flur [redacted], Flurstück [redacted] Majenfelder Landstraße Gemarkung Majenfelde, Flur [redacted], Flurstück [redacted] Die in Rede stehenden Grundstücke 1 und 2 entlang der Gemeindestraße zwischen Tedrahnshöhe und Brackrade und die Wohngebäude auf dem Grundstück 3 befinden sich im Außenbereich nach § 30 und 34 BauGB. Im F-Plan wird für diese Parzellen eine landwirtschaftliche Nutzung ausgewiesen. Anhand der Kriterien zur Ermittlung geeigneter Flächen für die Ausweisung von Gebieten zur Nutzung der Windenergie des Runderlasses des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig – Holstein vom 19.12.2023 ist zu Splittersiedlungen und Einzelhäuser nach § 35 BauGB ein Abstandspuffer von 400 m einzuhalten. Diese Kriterien treffen auf die oben benannten Flurstücke zu, sodass diese entsprechend planungsrechtlich zu beurteilen und auszuweisen sind. Die Potenzialfläche für die Windenergienutzung gemäß des Regionalplans für den Planungsraum 3 vom 31. Dezember 2020 (Regionalplan 2020) umfasste bereits ackerbaulich genutzte Flächen nördlich und südlich der Gemeindestraße „Hans-Heinrich-Sievert-Straße“ zwischen der L 176 und der Ortschaft Liensfeld sowie nördlich der L 176. In Bezug auf die Abstände zu Seeadlerbrutplätzen gibt nunmehr der oben benannte Runderlass einen Suchbereich von 2.000 m und nicht wie vormals vorgesehen 3.000 m vor. Die empfohlenen Abstände zu Seeadlerbrutplätzen werden nach den jetzt Geltung beanspruchenden Vorgaben vollumfänglich eingehalten. Somit sind die Flächen aus dem ursprünglichen Potenzialgebiet nun als Vorranggebiet für die Windenergienutzung zu bewerten und entsprechend auszuweisen. Die Freihaltung von Naturparken wurde bereits im letzten Regionalplan aufgehoben, um die energiepolitischen Zielsetzungen der Landesregierung zu erreichen. In dem bereits als Vorranggebiet ausgewiesenen Gebiet sind bereits zwei Windenergieanlagen in	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Betrieb und mit dem Bau von zwei weiteren Anlagen wird in Kürze begonnen werden. Auch vor diesem Hintergrund ist eine Ausweisung der Potenzialfläche als Vorranggebiet sinnvoll, um eine Bündelung von Windenergieanlagen auf einzelne Gebiete weiter voranzutreiben. Bitte überprüfen Sie meine Anmerkungen und Erläuterungen, sodass das Vorranggebiet um die in Rede stehenden Flächen entsprechend vergrößert werden kann. Bitte informieren Sie mich zu gegebener Zeit über das Ergebnis Ihrer Überlegungen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Institution: Blanke Meier Evers Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB, Keine Abteilung ID: 1679	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegend übersenden wir Ihnen unsere Stellungnahme mit der Bitte um Beachtung. Mit freundlichen Grüßen Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land" des Landesent-wicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - 1. Entwurf Juni 2024; [redacted] Unser Zeichen: [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, wir nehmen für unsere Mandantin, die [redacted] zur Teilortschreibung zum Thema „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Erster Entwurf Juni 2024 wie folgend Stellung: I. Betroffenheit Seit 1990 werden auf den Flächen, in der Gemeinde Brunsbüttel, Kreis Dith- marschen südlich vom Elbdeich und nördlich von der Hauptverkehrsachse 85 zwischen Marne und Brunsbüttel Windenergieanlagen im Windpark Brunsbüttel West betrieben. Die ab 1990	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Eine fehlerhafte Abwägung bei der Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs als Ziel der Raumordnung ist nicht erkennbar. Die Landesplanung hat sich bewusst dafür entschieden, die Hauptachsen aus den genannten Gründen freizuhalten und nicht der Einzelentscheidung auf der Zulassungsebene zu überlassen. Dasselbe gilt für das Ausschlusskriterium Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche. Bezüglich der weiteren Punkte aus der Stellungnahme wird im Übrigen auf die allgemeine Synopse und hier insbesondere auf Ziffer 2.2, 2.5, 4.16, 7.14 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bis 1995 errichteten Anlagen wurden durch unsere Mandantin 2010/2011 durch leistungsstärkere und neue Windenergieanlagen vom Typ Enercon E-82 mit einer Nennleistung von 36 MW ersetzt und seitdem im Windpark Brunsbüttel West betrieben. Im Landesentwicklungsplan 2010 wurde die Fläche als Eignungsflä-che für Windenergienutzung ausgewiesen. Nachdem ein Forschungsvorhaben „Progress" zu der Fläche DIT *110 eingeholt wurde, wurde die Potenzialfläche PR3* DIT _ 112 in der Regionalplanung nicht mehr als Eignungsgebiet ausgewiesen. Entsprechend des Entwurfs zur Teilfortschreibung liegen die achtzehn Windenergieanlagen unse-rer Mandantin nunmehr auf der für Windenergieanlagen ausgeschlossenen Fläche. Die Fläche besteht überwiegend aus Ackerland, teilweise sind naturnahe Flächen, Grünland und Gehölze ge-geben. Ferner wird die Fläche durch den Flächennutzungsplan der Stadt Brunsbüttel in der aktuel-len Fassung vom 2. Februar 2024 als Fläche zur Errichtung von Windenergieanlagen ausgewie-sen. Dreizehn Windenergieanlagen unserer Mandantin liegen auf der Fläche, die wegen den er-klärten Zielen „Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung" (Kapitel 4.5.1.3. 15 Z) und „Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche" (Kapitel 4.5.1.3. 1 Z) ausgeschlossen werden. Darüber hinaus liegen acht Windenergieanlagen unserer Mandantin auf Flächen, die für Windenergie wegen den Abstandskriterien zur Wohnbebauung ausgeschlos-sen werden. Von den acht Windenergieanlagen liegen drei in dem Geltungsbereich des Kriteriums ,,800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion" (Kapitel 4.5.1.1. Z 1) und fünf Windenergieanlagen in dem Geltungsbereich des Kriteriums „400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich" (Kapitel 4.5.1.1.1 2Z). II. Ausschlusskriterium Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeu-tung Eine Abwägung der Interessen ist nicht erkennbar; jedenfalls unvollständig. Eine Interessenabwä-gung die sich an den Maßstäben des § 7 Abs. 2 ROG messen lässt, kommt zu dem Ergebnis, dass das Ausschlusskriterium „Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges" abwägungsfehlerhaft wä-re. Insbesondere wurden die örtlichen Gegebenheiten unzureichend ermittelt und die Interessen an der Nutzung der Windenergie fehlgewichtet. 1. AbwägungsmaßstabBei der Aufstellung der Raumordnungspläne sind die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	öffentlichen und privaten Belange, so-weit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinan-der und untereinander abzuwägen, § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG. Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung (Z 15) werden nach dem Entwurf als Ziel der Raum-ordnung im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG statuiert. Ziele der Raumordnung sind verbindli-che Vorgaben zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums, die vom Träger der Raumordnung abschließend in textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumord-nungsplänen abgewogen werden müssen, § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG. Abzuwägen sind alle priva-ten Belange, die „nach Lage der Dinge" in die Abwägung „eingestellt werden" müssen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.11.1979 - 4 N 1. 78, VerwRspr 1980, 678 (683)). Das notwendige Ab-wägungsmaterial ist in seiner Tendenz eher weit als eng; dennoch kann der Plangeber nicht ,,alles" berücksichtigen müssen (BVerwG, Beschl. v. 09.11.1979 - 4 N 1. 78, VerwRspr 1980, 678 (684)). Geringwertige, nicht schutzwürdige und nicht erkennbare Belange kann der Plangeber in seiner Abwägungsentscheidung unberücksichtigt lassen (BVerwG, Beschl. v. 9. 11. 1979 -4 N 1.78, VerwRspr 1980, 678 (685)). Desto konkreter raumordnungsrechtliche Festlegungen sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind (OVG Münster, Urt. v. 16.02.2024-22 D 150/22.AK, BeckRS 2024, 5777, Rz. 218). Wenn auf der nachfolgen-den Planungs- oder Zulassungsebene kleinteilige private Belange nicht mehr zu prüfen sind, müssen diese bei der Abwägung berücksichtigt werden. Wenn hingegen auf der nächsten Planungs- oder Zulassungsebene ein Beurteilungsspielraum verbleibt, die nachgeordneten Planungs- oder Zulassungsbehörden also einen Abwägungsspielraum behalten, brauchen kleinteilige private Interessen in der übergeordneten Ebene nicht abgewogen werden (vgl. BVerwG, Beschl. v. 10.02.2016-4 BN 37.15, BeckRS 2016, 43617, Rz. 9; Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 1. Aufl. 2010, § 7 Rz. 33).Indem der Landesentwicklungsplan die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs zum Ziel der Raumordnung erklärt, wird den nächstgeordneten Planungs- und Zulassungsbehörden jedwede Abwägungsmöglichkeit genommen. Die Festlegung als Ziel hat zur Folge, dass kei-ne Windenergieanlage im Geltungsbereich des Kriteriums genehmigt werden kann, weil ein Verstoß gegen die Ziele der Raumordnung vorläge, § 35 Abs. 3 Satz 2 BauGB. Da den Planungs- und Zulassungsbehörden kein	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Abwägungsspielraum bleibt und im Verhältnis zur Flä-che des Landes erhebliche Flächenteile ausgeschlossen werden, müsste sich die Abwägung durch die Landesplanungsbehörde kleinteilig und detailliert mit den betroffenen Interessen, insbesondere dem Interesse der Windenergieanlagenbetreiber und mit dem Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien auseinandergesetzt haben. 2. fehlende Abwägung im EntwurfDie Begründung zum Ziel der Raumordnung „Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung" umfasst acht Sätze und erwähnt weder das Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien noch die Interessen von Betreibern; insbesondere die der Bestands-betreiber, wie unserer Mandantin. Es liegt praktisch auf der Hand, dass diese Ausführungen nicht den dargestellten Maßgaben für die Abwägung entsprechen. In der Begründung wird lediglich darauf verwiesen, dass das Ausschlusskriterium dem von Windenergieanlagen aus-gehendem erhöhten Kollisions- und Tötungsrisiko Rechnung tragen soll. Wegen des verdich-teten Vogelzuges seien die Hauptflugachsen von Windenergieanlagen freizuhalten, um die artenschutzrechtlichen Verpflichtungen zum Schutze und zur Erhaltung der Arten dauerhaft zu gewährleisten.Obwohl nur eine kurze und oberflächliche Begründung erfolgt, die schon nach ihrem Umfang dem Prüfmaßstab nicht gerecht wird, ist diese zudem inhaltlich fehlerhaft. Die Einhaltung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbotes kann kein Ziel der Raumordnung auf Landesebene sein. Vielmehr ist dieses im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu thema-tisieren (vgl. VG Gera, Urt. v. 24.06.2021 - VG 5 K 978/20 GE, BeckRS 2021, 61155,Rz. 238). Die Einhaltung des Tötungsverbotstatbestandes wird durch Regelungen zur Errich-tung und zum Betrieb der Anlage sichergestellt (z.B.: Bauzeitenfenster, Abschaltzeiten) und ist einzelfallbezogen unter Beachtung der konkreten Gegebenheiten vor Ort zu prüfen. Gera-de bei dem von unserer Mandantin beabsichtigen Repowering wird verkannt, dass die Ge-nehmigungsbehörde im Änderungsverfahren für das Repowering bei der artenschutzrechtli-chen Prüfung die Auswirkungen der zu ersetzenden Bestandsanlage als Vorbelastung zu be-rücksichtigen hat, § 45 Abs. 2 Satz 2 BNatSchG. Der Wegfall der von der Altanlage verur-sachten Belastung sind bei der artenschutzrechtlichen Beurteilung als Entlastungsfaktor zu berücksichtigen (vgl. Gellermann, in: Landmann/Rohmer, Umweltrecht, Stand: März 2023,§ 45c BlmSchG Rz. 5). Dabei sind insbesondere die Anzahl, die Höhe, die Rotorfläche, derRotordurchgang, die planungsrechtliche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zuordnung der Bestandsanlagen, die Lage der Brut-plätze kollisionsgefährdeter Arten, die Berücksichtigung der Belange des Artenschutzes zum Zeitpunkt der Genehmigung und die durchgeführten Schutzmaßnahmen einzubeziehen,§ 45c Abs. 2 Satz 3 BlmSchG. Als übergeordnete Planungsbehörde kann die Landespla-nungsbehörde diese einzelfallbezogene Prüfung nicht durch pauschale Vorgaben ersetzen. Verkannt wird ferner, dass mit der in § 45c Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 BNatSchG genannten pla-nungsrechtlichen Zuordnung der Anlage zum Ausdruck gebracht wird, dass bei der Prüfung zu berücksichtigen ist, ob die Anlage im Zeitpunkt der Genehmigung in einer Konzentrations-zone, einem Vorranggebiet oder Ähnliches errichtet wurde (Bundestagsdrucksacke 20/2354, S. 29). Für unseren Mandantin ist zwingend zu berücksichtigen, dass sich die achtzehn von ihr errichteten Windenergieanlagen im Zeitpunkt der Genehmigung in einem sowohl durch die Regionalplanung als auch im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Eignungsgebiet der Gemeinde Brunsbüttel befanden. Die Anzahl der Einzelfallkriterien zeigt umso deutlicher, dass die Prüfung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbotes als Einzelfallprüfung im Ge-nehmigungsverfahren in die Kernkompetenz der Genehmigungsbehörden fällt.Bei der für unsere Mandantin relevante Fläche, zeigt sich ein deutlicher Wertungswider-spruch, wenn die Fläche für ein Repowering ausgeschlossen wird, um ein signifikant erhöh-tes Tötungsrisiko durch Windenergieanlagen auszuschließen und gleichzeitig die Mehrheit der Zugvögel durch die Landesverordnung über jagdbare Tierarten und über die Jagdzeiten (nachfolgend: JagdZV SH 2019) zur Jagd freigegeben werden. Insofern stellt sich die Frage, inwiefern der Ausschluss der Fläche wirklich von der Motivation getragen wird, die Vögel vor Verletzungen und Tötungen zu schützen. Die Weißwangengans macht 61 Prozent des re-gistrierten Gesamtzugaufkommens aus und ist ausschlaggebend für die Einordnung als Hauptachse des überregionalen Vogelzuges (vgl. GFN, Erläuterungsbericht - Ergebnisse und Bewertung der Zug- und Rastvogel Erfassung, S. 11, den wir alsAnlage 1beifügen). Nach der dominierenden Weißwangengans sind 23 Prozent der registrierten Zug-vögel Graugänse (vgl. GFN, Erläuterungsbericht - Ergebnisse und Bewertung der Zug- und Rastvogel Erfassung, S. 11). Die Weißwangengans darf in Schleswig-Holstein von Oktober bis Ende Februar bejagt werden, die Graugans sogar von Mitte Juli bis Ende Januar§ 2 Abs. 1 JagdZV SH 2019). Vögel zur Jagd freizugeben und gleichzeitig regenerative Energien auszuschließen, um ein von Windenergieanlagen ausgehendes	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Tötungsrisiko für diese Arten auszuschließen, ist schwer nachvollziehbar.Die Landesplanungsbehörde hat keine Planungskompetenz über Regelungen zur Errichtung und zum Betrieb einer konkreten Anlage. Ein bedeutender Vogelzugkorridor kann „im Einzel-fall" der Zulassung von Windenergieanlagen entgegenstehen (OVG Koblenz, Urt. v. 28.10.2009 - 1 A 102000/09-, juris). Das schließt jede Pauschalisierung aus. Der Konflikt kann jedenfalls durch Auflagen gelöst werden (OVG Saarlouis, Urt. v. 07.03.2024 -2 C 253/22, juris Rz. 55 ff.) oder er besteht gar nicht, weil es konkret keine Kollisionsgefahr im Zugweg - trotz der Lage innerhalb - gibt (vgl. OVG Koblenz, Urt. v. 31.10.2019 -1 A 11643/17, juris Rz 38). Eine abwägungsgerechte Ermittlung des Konflikts liegt nicht vor und ist mit den Mitteln und aus der Position der Landesplanung auch nicht sachgerecht auf-zuklären. Das alles zeigt mittelbar, dass es nicht Aufgabe des Landesentwicklungsplans ist, landesweit solche negativen Ausschlussflächen - ohne konkrete Sachbasis zu setzen. 3. Sachgerechte AbwägungEine sachgerechte Abwägung, die den Anforderungen des§ 7 Abs. 2 Satz 1 ROG genügt, kommt zu dem Ergebnis, dass Windenergieanlagen auf der Landesebene nicht ausge-schlossen werden können aufgrund des Kriteriums „Hauptachsen des überregionalen Vogel-zugs mit besonderer Bedeutung". Bei jeder auf den weiteren Ausbau der Nutzung erneuerba-rer Energien gerichtete Maßnahme soll bei der Schutzgüterabwägung der Ausbau erneuer-barer Energien als überragendes und höchstrangiges öffentliches Interesse Vorrang haben, vgl. Art. 20a GG (OVG Greifswald, Urt. v. 07.02.2023, 5 K 171/22 OVG. KlimR 2023, 120, Rz. 157 ff.). Der Ausbau und die Nutzung von Windkraft leisten einen faktisch unverzichtba-ren Beitrag zu der verfassungsrechtlich durch Art. 20a GG und durch grundrechtliche Schutzpflichten gebotenen Bekämpfung des Klimawandels und unterstützt zugleich die Si-cherung der Energieversorgung, die derzeit besonders gefährdet ist (BVerfG, Beschl. v. 27.09.2022- 1 BvR 2661/21 - NVwZ 2022, 1890, 1899). Insbesondere das herausgehobene Interesse am Repowering ist in der Abwägung einzubeziehen. Das Repowering dient dazu im Sinne der gesellschaftlich geforderten Energiewende, die Nutzung regenerativer Energie-quellen effektiver umzusetzen und zu fördern und somit die Produktion von Treibhausgasen erheblich zu reduzieren (VG Leipzig, Beschl. v. 26.04.2017 - 1 L 1117/16, BeckRS 2017, 122017, Rz. 105). Eine Steigerung der Kapazität und Effizienz ist für das Gelingen der Energiewende von tragender Bedeutung (vgl. Hendrischke, Bewältigung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	naturschutzrechtlicher Konflikte beim Ausbau erneuerbarer Energien, NVwZ 2023, 965 (970)). Werden Anlagen nicht repowert müssen, um ausreichend regenerative Energie zu erzeugen, Windenergiean-lagen an anderen Standorten errichtet werden. Im Vergleich zur Errichtung eines neuen Windparks an einem anderen Standort sind die Umweltbelastungen bei einem Repowering stark vermindert. Für die Beibehaltung der Nutzungsmöglichkeit durch ein Repowering strei-tet, die vorhandene Infrastruktur, insbesondere die vorhandene Einspeisemöglichkeit für den in den Anlagen erzeugten Strom.Bei der Abwägung ist zudem zu berücksichtigen, dass der Ausbau erneuerbarer Energien vorrangig der Erhaltung unserer Lebensgrundlagen dient. Gerade Windenergieanlagen för-dern den Artenschutz, indem sie die fossile Energiegewinnung ersetzen. Die durch die fossile Energiegewinnung verursachten Treibhausgase tragen zur Erderwärmung bei, welche Hauptauslöser für das Artensterben ist. Die Errichtung von Windenergieanlagen fördert das legitime Ziel des Artenschutzes. 4. Defizitäre ErmittlungenAuch die Ermittlungstiefe ist davon abhängig, wie konkret das Kriterium ist und wie groß die betroffenen Flächen sind. Desto konkreter die raumordnungsrechtlichen Festlegungen und desto größer die betroffenen Flächen sind, umso höher sind die Anforderungen an die Ermitt-lungstiefe (OVG Münster, Urt. v. 16.02.2024- 22 D 150/22.AK, BeckRS 2024, 5777, Rz. 218). Das Kriterium ist konkret, hat für die nachgeordneten Behörden einen abschließenden Charakter und betrifft erhebliche Flächen Schleswig-Holsteins. Der pauschale Hinweis, dass der Vogelzug „nachweisbar" Landschaftsstrukturen folgt und sich hier verdichtet, ist evident unzulänglich. Insbesondere für die Flächen, auf denen die Windenergieanlagen der [redacted] liegen, ist nicht nachgewiesen, dass der Vogelzug ein solches Aus-maß angenommen hat, dass das Gebiet eine Hauptachse des Vogelzuges mit besonderer Bedeutung ist. Vielmehr zeigt das von der Mandantin eingeholte Gutachten, dass selbst in den untersuchtem Frühjahrs- und Herbstzugzeitraum weit überwiegend (90 % der untersuch-ten Tage), kein oder nur schwacher Vogelzug feststellbar ist (GFN, Erläuterungsbericht - Er-gebnisse und Bewertung der Zug- und Rastvogel Erfassung, S. 29). Nur an einem Tag wurde ein starker Vogelzug festgestellt, der mit 530 Vögeln pro Stunde an der unteren Grenze für die Einordnung als stark liegt, denn ein Vogelzug ist bei 500-1000 Vögeln pro Stunde als stark einzuordnen (GFN, Erläuterungsbericht - Ergebnisse und Bewertung der Zug-	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	und Rastvogel Erfassung, Tabelle auf S. 29).Sofern nachgewiesen werden konnte, dass die Flächen an vereinzelten Tagen, insbesondere nach Sonnenaufgang und vor Sonnenuntergang vom starken Vogelzug betroffen sind und zudem auch windkraftsensible Vogelarten betroffen werden, können die Windenergieanlagen entsprechend abgeschaltet werden. Nur weil in wenigen Zeiträumen, Abschaltungen erfor-derlich sein könnten, um die Einhaltung des Tötungsverbotstatbestandes zu gewährleisten, können die Flächen nicht insgesamt dauerhaft und abschließend ausgeschlossen werden. Würde man das Argument ausreichen lassen, um die Fläche für Windenergienutzung auszu-schließen, hätte das zur Folge, dass keine Flächen mehr für die Windenergienutzung geeig-net wären, denn es gibt praktisch keine Flächen, auf denen ein Windpark errichtet und be-trieben werden kann, ohne dass einschränkende Vorgaben zum Schutz der Arten und der Umwelt erforderlich sind. Dass der Betrieb der Anlagen möglich ist, ohne ein von den Wind-energieanlagen ausgehendes signifikant erhöhtes Tötungsrisiko zeigt sich nicht zuletzt in dem Umstand, dass die Anlagen genehmigt wurden und seitdem konfliktfrei betrieben wer-den. Dieses „Monitoring" zeigt die Verträglichkeit der Fläche des Windparks mit dem Vogel-zug.III. Ausschlusskriterium Europäische Vogelschutzgebiete und UmgebungsbereicheDer Entwurf erklärt zum Ziel der Raumordnung, innerhalb und im Umgebungsbereich von 1.000 Metern von Europäischen Vogelschutzgebieten (EU-VSG) die Ausweisung von Windenergiegebie-ten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen auszuschließen (Kapitel 4.5.1.3. 1 Z). Ferner wird statuiert, dass von dem Ausschlusskriterium Umgebungsbereiche, Ausweisungen von Windenergiegebieten um Standorte von Windenergieanlagen ausgeschlossen werden, wenn sie die den Zielen der Raumordnung des Kapitels 4.5.1. entsprechen und sofern eine FFH-Verträglichkeitsprüfung bestätigt, dass erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des EU-VSG ausgeschlossen werden. 1. VogelschutzgebieteDa das Ausschlusskriterium als Ziel der Raumordnung statuiert wird, sind die oben ausge-führten Maßstäbe zur Abwägung und Ermittlung zu beachten. In der Begründung zum Aus-schlusskriterium wird ausgeführt, dass Windenergievorhaben in den Gebieten zu einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit unzulässig seien, da windkraftsensible Vögel erheblich beeinträch-tigt würden. Abgesehen davon, dass die Begründung und die Ermittlung offensichtlich unzu-reichend sind, ist kein Regelungsbedürfnis	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	erkennbar, wenn - wie die Planungsbehörde be-gründet - die Vorhaben ohnehin unzulässig seien sollen. 2. Umgebungsbereiche von VogelschutzgebietenEs wird ausgeführt, dass nach vorliegenden Erkenntnissen, Störungen verstärkt im Nahbe-reich bis zu 1.000 Metern um Vogelschutzgebiete herum auftreten, da diese als Nahrungs-habitate und Austauschflächen genutzt werden. Zunächst bleibt offen, wieso der Nahbereich konkret eine Fläche von 1.000 Metern umfasst. Es wird nicht begründet oder nachgewiesen, dass Vögel, die Flächen tatsächlich bis zu 1.000 Meter als Nahrungshabitate oder als Aus-tauschfläche nutzen. Zweifel aufkommen lässt auch, dass nicht zwischen den Flugrouten für die Nahrungssuche und den Austauschflügen differenziert wird. Unverständlich ist, warum anzunehmen ist, dass Vögel zwangsläufig für die Nahrungssuche und für Austauschflüge exakt dieselbe Flugdistanz - nämlich 1.000 Meter - zurücklegen. Es ist ohnehin ohne Erläu-terungen und Ermittlungen nicht nachvollziehbar, weshalb umliegende Flächen für Wind-energieanlagen ausgeschlossen werden. Vielmehr liegt die Vermutung nah, dass die an-grenzenden Flächen gerade keine herausgehobene Bedeutung mehr für den Artenschutz von Vögeln haben, da sie gerade nicht ausgewiesen wurden.Vogelschutzgebiete werden zur Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensstätten und Le-bensräume geschaffen, Art. 3 Vogelschutzrichtlinie (RL 2009/147/EG). Die Mitgliedsstaaten sind demnach verpflichtet, die für die Erhaltung der geschützten Vogelarten zahlen- und flä-chenmäßig geeignetsten Gebiete zu Schutzgebieten zu erklären, Art 4 Abs. 1 Satz 3 Vogel-schutzrichtlinie (RL 2009/147/EG). Als geeignete Gebiete zum Schutz von Zugvögeln kom-men nur solche Flächen in Betracht, die von Zugvögeln zur Nahrungssuche, als Flugroute oder zur Rast verwendet werden. Insofern ist davon auszugehen, dass bei der Ausweisung als Vogelschutzgebiete Nahrungshabitate und Austauschflächen bereits als entscheidendes Kriterium berücksichtigt wurden. Die Behauptung, die angrenzenden nicht ausgewiesenen Flächen werden von den Zugvögeln als Nahrungshabitat oder als Austauschfläche genutzt, kann nur dann berücksichtigt werden, wenn der Wahrheitsgehalt der Behauptung durch Er-mittlungen nachgewiesen wurde. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Ermittlun-gen nicht pauschal das Flugverhalten von Vögeln betrachten können. Die pauschale Be-hauptung, dass Vögel die Flächen im Umfeld nutzen, ist evident unzureichend, wenn nicht zwischen windkraftsensiblen und windkraftunsensiblen Arten unterschieden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wird. Dem steht nicht entgegen, dass für Großvogelarten Beispiele aufgezählt werden.Darüber hinaus ist es widersprüchlich einerseits Umgehungsbereiche als abschließendes Ausschlusskriterium festzulegen, da die Bereiche zwingend erforderlich seien für den Schutz der Zugvögel und andererseits gleichzeitig eine Ausnahme zuzulassen für Bestandswind-energieanlagen in ausgewiesenen Windenergiegebieten. Gerade vor dem Hintergrund des Repowering ist nicht ersichtlich, warum zwischen Bestandswindenergieanlagen innerhalb und außerhalb von Windenergieflächen differenziert wird. Mit Blick auf die Begründung ver-bietet sich eine Differenzierung zwischen den Anlagen. Insofern heißt es, im Bereich von Be-standswindenergieanlagen liege die Vermutung nahe, dass eine Vereinbarkeit der Windener-gienutzung mit den Schutzzielen der EU-VSG gegeben sein könne.Die Vermutung, dass Bestandswindenergieanlagen nicht gegen die Schutzziele der EU-VSG verstoßen, greift gleichermaßen für Bestandswindenergieanlagen außerhalb von Windener-giegebieten, da auch für diese Anlagen anzunehmen ist, dass die immissionsschutzrechtliche Genehmigung nicht erteilt worden wäre, wenn die Erteilung gegen die europäische Vogel-schutzrichtlinie verstößt. Hier wird deutlich, dass für die Umgehungsbereiche eine Einzelfall-abwägung für die konkreten Standorte im jeweiligen Genehmigungsverfahren durchzuführen ist und eine pauschale Annahme nicht zielführend für den Vogelschutz ist. IV. Ausschlusskriterien Abstandsregelungen zur Wohnbebauung Der Entwurf statuiert als Ziel der Raumordnung, einen 800 Meter Umgebungsbereich um Sied-lungs- mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion und einen 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe als Ausschlusskriterium für die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen. 1. 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsgebiete mit Wohn- und/oder Erholungs-funktionDas Ausschlusskriterium zum Umgebungsbereich um Siedlungsgebiete mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion soll als Vorsorgeabstand mit Pufferfunktion fungieren. Weiter wird in der Begründung ausgeführt, dass der Abstand vor Immissionen und visuellen Beeinträchtigungen schützen soll und Entwicklungsräume für Wohnbauflächen gesichert werden sollen.Die Regelung verstößt gegen den Geltungsvorrang des Bundesrechtes gegenüber dem Lan-desrecht aus Art. 31 GG. Die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesplanungsbehörde hat keine Kompetenz Bodenflächen für die Errichtung von Windenergieanlagen aufgrund pauschaler Abstandsregelungen auszu-schließen. Der Bund hat die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für das Bodenrecht, Art. 74Abs. 1 Nr. 18 GG und das Recht der Energiewirtschaft, Art. 74Abs. 1 Nr. 11 GG. Im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebund haben die Länder die Befugnis zur Gesetzge-bung nur solange und soweit der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit keinen Ge-brauch gemacht hat, Art. 7 4 Abs. 1 GG. Im BauGB hat der Bundesgesetzgeber abschließen-de Regelungen zum Bodenrecht erlassen (vgl. Söfker, in:Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, Stand: Januar 2024, § 249 Rz. 162). In der sogenannten Länderöffnungsklausel, die in § 249 Abs. 9 BauGB statuiert ist, ermächtigt der Bundesgesetzgeber die Länder, unter bestimmten Voraussetzungen unter Zugrundelegung von Abständen zwischen den Windenergieanlagen und Wohnnutzungen die Anwendbarkeit des § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB über die im Außenbereich privilegierten Wind-energieanlagen durch Landesgesetze auszuschließen (vgl. Söfker, in:Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, Stand: Januar 2024, § 249 Rz.161). Es findet die in § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB vorgesehene Privilegierung von Windenergie-anlagen im Außenbereich nur Anwendung, wenn diese Vorhaben einen Mindestabstand von 1.000 m zu zulässigerweise errichteten Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen (§ 30 BauGB) oder innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile (§ 34 BauGB) einhalten.Erstens ist die Regelung im Landesentwicklungsplan schon deshalb offensichtlich rechtswid-rig, da der Landesentwicklungsplan kein Landesgesetz, sondern eine Rechtsverordnung ist.Zweitens überschreitet die Regelung auch inhaltlich die eingeräumte Ermächtigung. Nach§ 249 Abs. 9 BauGB können Länder bestimmen, dass § 35 Abs. 1 Nr. 5, also die Privilegie-rung von Windenergieanlagen, nur Anwendung findet, wenn sie bestimmte Mindestabstände zu den im Landesgesetz bezeichneten zulässigen baulichen Nutzungen zu Wohnzwecken einhalten. Die Landesgesetze können keine Regelungen treffen, die etwas anderes als die Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB modifizieren. Für Windenergieanlagen, die bspw. nach § 35 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 im Außenbereich privilegiert zulässig sind, hat der - nicht einmal - Landesgesetzgeber keine Gesetzgebungskompetenz, um abweichende Rege-lungen zu erlassen (vgl. Söfker, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, Stand: Januar 2024, §	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	249 Rz. 166). Durch den im Entwurf geplanten Nutzungsausschluss, wird jedoch die Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen insgesamt verhindert. Der pauschale Ausschluss aufgrund von Abstandsregelungen ist inhaltlich nicht von der über-tragenen Landesgesetzgebungskompetenz erfasst. Die Systematik zeigt, dass das Land al-lein Abstände zur Wohnnutzung durch Landesgesetz festlegen kann, dass schließt eine Re-gelung in Zielen der Raumordnung aus. Zudem besteht kein Regelungsbedürfnis für die Ein-haltung von Immissionsrichtwerten und die Sicherung, dass von Anlagen keine erdrückende Wirkung ausgeht, da diese Fragen zum Prüfumfang des Genehmigungsverfahrens - im Ein-zelfall - gehört. 2. 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbe-reichDas Ausschlusskriterium 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersied-lungen im Außenbereich soll ausweislich der Begründung sicherstellen, dass auch im Au-ßenbereich die Lärmrichtwerte in Anlehnung an die für Dorf- und Mischgebiete nach Nummer 6.1. lit. d TA-Lärm von 60 dB(A) tagsüber und 45 dB(A) nachts eingehalten werden können.Zunächst ist auch hier darauf hinzuweisen, dass die Regelung gegen den Geltungsvorrang des Bundesrechts verstößt. Darüber hinaus ist auch kein Regelungsbedürfnis zu erkennen, da die Einhaltung der Immissionsrichtwerte und die Prüfung, ob vom Vorhaben eine erdrü-ckende Wirkung ausgeht, zum Prüfungsumfang des Genehmigungsverfahrens gehört. Die Immissionsrichtwerte nach Nr. 6.1. lit. d TA-Lärm konkretisieren den Schutzanspruch inner-halb von Kerngebieten, Dorfgebieten und Mischgebieten; nicht für Einzelhäuser und Splitter-siedlungen. Im Vergleich Wohnhäusern in Kerngebieten, Dorfgebieten und Mischgebieten sind Einzelhäuser und Splittersiedlungen weniger schutzwürdig. Mit Blick auf die herabge-setzte Schutzwürdigkeit und das überragende öffentliche Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien ist die Festlegung des Ausschlusskriteriums jedenfalls zu erläutern. Ferner bleibt bei der Regelung auch der fortschreitende technische Fortschritt unberücksichtigt. Der tech-nische Fortschritt führt dazu, dass die von den Anlagen ausgehenden Schallimmissionen immer weiter reduziert werden können. Um dieser fortlaufenden Entwicklung Rechnung zu tragen, ist die Einhaltung der Schallimmissionsrichtwerte im konkreten Genehmigungsverfah-ren zu prüfen und nicht aufgrund eines statischen Landesentwicklungsplans.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	V. Planungshoheit der Gemeinde Die Stadt Brunsbüttel äußert in der öffentlichen Beschlussvorlage vom 03.09.2024 ihren Pla-nungswillen, dass die Fläche PR3_DIT_ 112 als Vorrangfläche ausgewiesen wird, um ein Repowering des Windparks unserer Mandantin auf der Fläche zu ermöglichen. Ihren Planungswil-len begründet die Stadt Brunsbüttel damit, dass das ornithologische Gutachten unserer Mandantin die Unbedenklichkeit der Fläche bescheinigt; die notwendige Infrastruktur und die Akzeptanz der Bürger für den Bestandswindpark vorhanden ist und mit der gesellschaftlichen Verpflichtung zur Energiewende und Bereitstellung von Grünem Strom. Nicht zuletzt würde der Ausschluss der Flä-chen, für die Stadt Brunsbüttel bedeuten, dass ihr im großen Umfang Gewerbesteuern entgehen. Dementsprechend hat die Stadt Brunsbüttel in ihrem Flächennutzungsplan die Flächen, auf denen die Windenergieanlagen unserer Mandantin liegen als Flächen zur Errichtung und Ausweisung von Windenergieanlagen ausgewiesen. Sofern sich die Landesplanungsbehörde über den Willen der Stadt hinwegsetzen will, wäre dies zumindest erläuterungsbedürftig. VI. Fazit Jedes der vier Ausschlusskriterien, welche die Flächen unserer Mandantin für die Windenergienut-zung ausschließen, halten einer rechtlichen Überprüfung nicht stand. Die Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Erster Entwurf verkennt insbesondere den Abwägungsmaßstab und die erforderliche Ermittlungstiefe. Besonders schwerwiegend ist darüber hinaus, dass die Planungskompetenz weit überschritten wird. Die rechtswidrigen Regelungen sind aus dem Entwurf zu streichen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1678	**Bitte an die richtige Stelle weiterleiten!** **Stellungnahme zu** **Teilfortschreibung zum Thema "Windenergie an Land" des Landentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung 2021-Erster Entwurf Juni 2024** Gaushorn, den 06.09.2024 Sehr geehrte Damen und Herren,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 3.17, 7.2.1 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mit Erstaunen und Enttäuschung habe ich gelesen, daß in Zukunft auch in Gaushorn, Welmbüttel und Schrum und somit in Landschaftsschutzgebieten Winkrafträder gebaut werden sollen. Dies kann und darf einfach nicht wahr sein. Die Politik kann doch die Menschen und die Natur, die sie zur Erholung braucht, nicht einfach außer acht lassen bzw. zerstören. Menschen und ihre Bedürfnisse müssen doch an erster Stelle stehen und Politiker sollten dies wirklich nicht vergessen und bedenken. Wenn weiter Windmühlen wirklich nötig sind, könnte man diese doch in das Vorland stellen, wo keine Menschen wohnen und nicht beeinträchtigt und krank gemacht werden können. Auch wäre doch wohl nötigenfalls eine Offshore-Variante vernünftiger und richtiger. Dithmarschen hat doch wohl mehr als genug Windkraftanlagen. Dies ist die Meinung der allermeisten Bürger. [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1676	Moin, als engagierte Energiebürgerin der Nordseeinsel Pellworm- nicht an Windparks oder Biomasse beteiligt- fordere ich eine weitere Planungssicherheit für unsere vorhanden Windmühlen und evtl. einen moderaten weiteren Ausbau der Windkraft auf unserer Insel. Durch die Nutzung regenerativer Energien auf unserer Insel wird der Verbrauch an Strom auch bei uns ansteigen, da nutzen auch die besten Einsparungen nichts, der Rebound-Effekt ist wesentlich höher. Außerdem wird das Wirtschaften auf unserer Insel besonders im landwirtschaftlichen Bereich-die Kernwirtschaft unserer Insel- durch Hitchcock ähnliche Zustände- immer schwieriger. Der Anteil der wirtschaften Bevölkerung sinkt, der Zuzug von Rentner oder Personen, die ihren Unterhalt nicht auf der Insel verdienen, wird immer größer. Mit 77Jahren könnte ich sagen: "nach mir die Sintflut", aber so denke ich nicht. Aber unsere Landesregierung?? MIt freundlichen Grüßen [redacted] Mich würde mal interessieren, ob **ein Mensch** die abgegeben Stellungnahmen liest????? Die Gemeindevertretung war vor langen Jahre mal mit einer Unterschriften-Aktion der Pellwormer Bürger in KIel. Bevor wir dort angekommen waren, war die	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.6, 7.2.10, 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Alle Stellungnahmen werden im Rahmen der Bearbeitung von Menschen gelesen. Mit freundlichen Grüßen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Pressemitteilung schon raus.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2715	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung ‚Windenerie im Land' des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein 2021- Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, Ich möchte in meiner persönlichen Stellungnahme gegen die o.g. Ausbau - Pläne und die neuesten Änderungen des LEP Windenergie folgendes aufgreifen, um Ihnen meine Bedenken, ja meine Ablehnung mitzuteilen: - die Kontamination des Bodens und der Schutzgüter durch Erosion an Windkraftanlagen-Rotoren während des regulären Betriebs: Das z.b. im Expoidharz der Rotoren eingebundene Bisphenol-A und PFAS (ewiges Gift!) wird im Zuge des Abriebs mit jedem Mikropartikel gelöst und verteilt sich in Form von metaboliten Produkte in der Umgebung. Die Folge ist eine sukzessiv schleichende Vergiftung unserer aller Lebensgrundlagen. Nebenbei: die Oberflächenerosion ist ja bekannt, denn es werden dementsprechend schon länger abgenutzte' Rotoren repariert. - Havarien werden nicht (warum nicht?) systematisch erfasst, ehrenamtlich zusammengetragene Dokumentationen sprechen von durchschnittlich 90 Fällen pro Jahr. Die Gefahrenlage mag ich mir nicht vorstellen, jetzt nicht und auch nicht bei immer größeren Anlagen und geringeren Abständen. - Re-Powering und Recycling: es gibt keine Konzepte, stattdessen aber ein Deponierungsverbot für Rotoren. Was also passiert mit den anfallenden toxischen Materialien inklusive 400-500 L Hydrauliköl pro Anlage? Ungeklärt? - Infraschall: eine nicht untersuchte und anerkannte Gesundheitsbeeinträchtigung und Gefährdung, denn die Verwaltungsvorschrift Bundes-Immissionsschutzgesetz TA Lärm kennt angeblich keinen Infraschall. Mit den Folgen leben aber schon sehr viele Menschen in der Nähe von Anlagen. - Wirbelschleppen hinter den Windrädern reichen bis zu 10 km. Unter anderem dadurch ist ein klimaverändernder Effekt nicht auszuschließen. Folgen unbekannt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.1.1, 7.2.1, 7.2.9, 7.2.11, 7.2.13, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- Folgen: gravierende volkswirtschaftliche Schäden an Besitz und Allgemeinvermögen der Bevölkerung durch die schon angesprochene Kontaminierung, Gefährdung und Schädigung der Gesundheit sowie massive Wertverluste in Grund, Boden und Immobilien. Alles jetzt schon zu sehen. Noch einmal zusammengefasst: Sanierungs-, Rückbau-, Naturschutz-, Katastrophen- und Vermögensschutz- Aspekte, alles ungeklärt! Zu gegebener Zeit werden Sie Verantwortung für die mangelnde Aufklärung der Bevölkerung und auch der Kommunalpolitiker übernehmen müssen und vor allem die Haftung für die immensen Schäden! Daher fordere ich ein sofortiges Planungs-Stop! Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bitte bestätigen sie mir den Erhalt meines Schreibens bis zum 16. September 2024	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2870	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Erhaltung unseres Landschaftsschutzgebietes -„- des Biotopsystems der [redacted] und Trave Verlust unseres Trinkwassers durch die Fundamente die für immer in dem Boden verbleiben!! Infraschall, Blinklichter, Lärm, Schattenwurf Verlust der Rettungshubschrauber Route von Sieblin über Krems II!	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.8, 3.17.1, 4.5, 7.1.5, 7.2.14, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.4, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Brandausbreitung bei Havarie Abstandsregelung auf mind. 1500m Abgabefrist auf 6 Monate verlängern Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Institution: Kreis Dithmarschen, Fachdienst Bau, Naturschutz und Regionalentwicklung **ID: M2460**	Sehr geehrte Damen und Herren, der Wirtschaftsausschuss des Kreises Dithmarschen hat in seiner Sitzung am 05.09.2024 die im Anhang beigefügte Stellungnahme zum ersten Entwurf der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 mehrheitlich beschlossen. Diese Stellungnahme übersende ich Ihnen fristgemäß. Sie steht jedoch unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Kreistages in seiner Sitzung am 08.10.2024. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted] **<u>Zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land – Grundsätze und Ziele der Raumordnung</u>** **-> Nummer 1 G: Verfolgtes Planungsziel** Die in Aussicht genommenen Pläne der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zum Thema „Windenergie an Land“ (LEP Windenergie) und das Planungsziel, bis Ende 2027 mindestens drei Prozent der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie auszuweisen, werden zur Kenntnis genommen. Grundsätzlich wird der Ausbau der erneuerbaren Energien begrüßt. Die Windenergie ist im Rahmen der Energiewende ein grundlegender Baustein auf dem Weg zur	Bezüglich des Beitrags des Kreises zur Windenergienutzung und der Übernahme von Vorranggebieten aus der vorherigen Planung: Die Landesplanungsbehörde ist bestrebt, die Belastung durch eine Windenergienutzung soweit möglich räumlich zu verteilen und somit einzelne Teilräume des Landes nicht über Gebühr zu in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig eignen sich bestimmte Bereiche des Landes beispielsweise aufgrund ihrer naturräumlichen Ausstattung oder der vorhandenen Siedlungsstrukturen besonders für eine Windenergienutzung, weshalb es bei der angewandten, analogen Anwendung der festgelegten Kriterien zu einer Ballung in diesen Gebieten kommen kann. Im Rahmen der Regionalplanung soll bei Flächenabwägungen gleichwohl sichergestellt werden, dass keine (weitere) Überlastung von Räumen stattfindet. Die Regionalplanung beinhaltet auch die langfristige Perspektive, dass WEA an heute nicht mehr geeigneten Stellen, die kein Vorranggebiet werden können, absehbar zurückgebaut werden, so dass auf diese Weise eine Entlastung der Landschaft erfolgt. Zur künftigen Siedlungs- und Gewerbeentwicklung und der Freihaltung des "Energiewende-Clusters": Die Landesplanungsbehörde bezieht gemeindliche Siedlungs- und Gewerbeentwicklungsplanungen mit in die Abwägung ein. Hierbei kommt es vor allem auf den Grad der Konkretisierung der Planungsüberlegungen an sowie die Vereinbarkeit mit Zielen

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Klimaneutralität. In Dithmarschen stellt sie zudem einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Der Kreis Dithmarschen ist sich seiner Standortbedingungen und der damit verbundenen Verpflichtung zur Errichtung von Anlagen und zur Erzeugung erneuerbarer Energien sehr be-wusst. Gleichzeitig muss eine Ausweisung weiterer Vorranggebiet eine möglichst breite Ak-zeptanz in der Bevölkerung erhalten. Vor diesem Hintergrund weist der Kreis Dithmarschen darauf hin, dass nach der letzten Re-gionalplanfortschreibung 4,4 Prozent der Kreisfläche als Vorranggebiete Windenergie aus-gewiesen waren. Darüber hinaus befanden sich ca. ein Drittel der zu dem Zeitpunkt in Dith-marschen befindlichen Windenergieanlagen (WEA) außerhalb dieser Gebietskulisse. Der Kreis Dithmarschen hat also in der Vergangenheit bereits überdurchschnittlich zum Errei-chen des Landesziels beigetragen. In künftigen Planungen muss dem bisherigen Gebiets-beitrag Rechnung getragen werden. Im Kreis Dithmarschen, wo der Ausbau von Windkraftanlagen weit fortgeschritten ist, muss die Ausweisung weiterer Windenergievorranggebiete aus Sicht des Kreises Dithmarschen also in einem verträglichen Maß erfolgen. **-> Nummer 2 G: Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Re-gionalplanung Windenergie an Land** Die Übernahme von Vorranggebieten Windenergie und Vorranggebieten Repowering der Teilfortschreibung der Regionalpläne Windenergie an Land von 2020 in die neue Vorrang-gebietskulisse wird begrüßt und als notwendig erachtet. Aus Sicht des Kreises Dithmarschen sollte sich die Ausweisung von Flächen vor allem dorthin konzentrieren, wo bereits Windkraft-anlagen in der Vergangenheit errichtet worden sind und auf Akzeptanz treffen. Das ist auch sinnvoll vor dem Hintergrund, dass für bestehende Windkraftanlagen eine entsprechende (Netz-)Infrastruktur vorhanden ist. Dies gilt insbesondere für Flächen, die in der jetzt noch gültigen Regionalplanung enthalten sind. Dort, wo bereits in der Vergangenheit Kriterien einer Ausweisung als Vorranggebiet entgegengestanden haben, erscheint hingegen ein Rückbau zur Ordnung der Landschaft notwendig. Gleichwohl ist immer zu berücksichtigen, dass Deutschland und Schleswig-Holstein klimaneutral werden wollen und bestehende Windkraftanlagen einen Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung leisten. **<u>Zu Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur</u>**	der Raumordnung zur Siedlungs- und Gewerbeentwicklung. Der kombinierten Nutzung von Windenergie und anderen Nutzungen wie PV, Stromspeicherung oder Wasserstoffproduktion sind innerhalb von Vorranggebieten enge Grenzen gesetzt, weil der Vorrang der Windenergie sich jederzeit gegen andere Nutzungen durchsetzen muss. Eine Öffnung für Kombinutzungen müsste mit einer Änderung des WindBG einhergehen, indem auch solche Flächen für den Flächenbeitragswert anrechenbar wären. Der Hinweis zum 1.000 m-Abstand bei noch nicht vorbelasteten Flächen wird zur Kenntnis genommen. In der Regel soll so wie vom Kreis angeregt verfahren werden. Zur Forderung, in Landschaftsschutzgebieten, Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und Erholung keine Vorranggebiete auszuweisen wird auf die Ziffern 3.15.1 und 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zum Thema Umfassung wird auf Ziffer 2.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu den in der Stellungnahme aufgeführten Kriterien des Arten- und Naturschutzes wird auf die folgenden Ziffern der allgemeinen Synopse verwiesen: Abstand zu Naturschutz- und FFH-Gebieten: 4.2.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope: 4.5.1 Wiesenvogelbrutgebiete: 4.18.1 und 4.19.1; es erfolgte eine Anpassung der Formulierung von Ziel und Grundsatz sowie der Begründungen. Brutplätze windkraftsensibler Großvögel: 4.20.1. Es erfolgte eine Anpassung an Anlage 1 zu § 45b BNatSchG Kompensations- und Ökokontoflächen: 5.10.1. Es wird davon ausgegangen, dass es auch Maßnahmenflächen geben kann, deren Entwicklungsziele mit der Windenergienutzung vereinbar

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	-> Nummer 1 G: 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Für diese Art der Siedlungsbereiche, die noch nicht durch Windenergienutzung vorbelastet sind, ist ein Abstand von 1.000 Metern, nicht 800 Metern, festzulegen. Die Abstände zur Wohnbebauung stellen aus Sicht des Kreises Dithmarschen einen ganz besonders wichtigen Baustein zum Erhalt der Akzeptanz von Windkraft in der Bevölkerung dar. **-> Nummern 3 Z und 5 G: Gegenseitige Beachtung von Abstandserfordernissen von Siedlungsentwicklungen und Windenergienutzung sowie Umgebungsbereiche um geplante Siedlungsentwicklungen und Standorte für Gewerbegebiete an Landesent-wicklungsachsen** Gerade im Zusammenhang durch die Standortgunst „Verfügbarkeit erneuerbarer Ener-gien“ ausgelösten großflächigen Industrie- und Gewerbeansiedlungen entsteht ein Bedarf an weitergehender Siedlungsentwicklung für Wohnen und Gewerbe, der sich auch in den Raumordnungsplänen des Landes wiederfinden muss. Bereits die Kriterien des LEP für die Windenergieplanung müssen diese Aspekte hinreichend berücksichtigen. Auf keinen Fall dürfen die kommunalen Planungsperspektiven durch „absehbare“ Raumkonkurrenzen ein-geschränkt werden. Dabei ist zu beachten, dass die Kommunen zum aktuellen Zeitpunkt häufig noch keine Bauleitplanungen zur Bewältigung der zukünftig entstehenden Bedarfe auf den Weg gebracht haben. Insbesondere in der Region Heide wird es diese dynamischen Siedlungsentwicklungen ge-ben. Die in der Vereinbarung der Stadt-Umland-Kooperation zu den Grundlagen der An-siedlung von industriellen Großvorhaben im „Energiewende-Cluster“ der Region Heide dar-gestellten Potentialflächen für die wohnbauliche und gewerbliche Entwicklung sowie auch für die Freiraumgestaltung müssen auf der Grundlage der Kriterien des LEP hinreichend Be-rücksichtigung in der anschließenden Regionalplanung finden (siehe auch unten zu Absatz 6). Die Zielsetzung des ersten klimaneutralen Industrielandes Schleswig-Holstein erfordert auf-grund der damit verbundenen räumlichen Dimension sowohl eine landesweite wie auch eine individuell standortbezogene Neubewertung der Rauminanspruchnahme zunächst auf der Ebene des LEP. In diesem Kontext muss über die Kriterien des LEP u. a. der Konflikt zwischen bereits bestehenden Windvorranggebieten und erforderlichen Gebieten für die Errichtung von flächenintensiver Energieinfrastruktur mit	sind. Um diese Abwägung vollziehen zu können, bleibt es beim Grundsatz der Raumordnung. Die Hinweise der unteren Denkmalschutzbehörde werden zur Kenntnis genommen und fließen in die Abwägung zu den konkreten Vorrangflächen auf Ebene der Regionalplanung ein.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einhergehender Gewerbe-/Indust-rieentwicklung gelöst werden (Beispiel Heide-West). Insofern müssen aus Sicht des Kreises Dithmarschen auch Lösungen für die rechtliche Zuläs-sigkeit kombinierter Nutzungen von Flächen gefunden werden. Grundsätzlich sollte die kom-binierte Flächennutzung von Windkraftanlagen mit Industrie, Freiflächen-Photovoltaik, Was-serstoffproduktion, Stromspeicherung sowie Stromverteilung zulässig sein. Deshalb sind die Möglichkeiten aus § 13b Abs. 2 Landesplanungsgesetz (LaplaG) erweitert fortzuschreiben. **-> Nummer 4 Z und G: Siedlungsachsen, besondere Siedlungsräume, Baugebietsgren-zen, baulich zusammenhängende Siedlungsgebiete sowie Entwicklungs- und Entlas-tungsorte** Für den Kreis Dithmarschen erscheint möglich, dass in Teilen eine deutliche Überprägung der Landschaft erfolgt und die bisherigen Freihaltebereiche nicht aufrechterhalten werden. In der Vergangenheit ist es gelungen, in der Marsch einen beachtenswerten Teil frei von Windenergie zu halten und damit die charakteristische und naturraumtypische Weite und Offenheit der Landschaft zumindest in Teilen erlebbar zu halten (Beispiel: Bereich östlich des Speicherkooges Dithmarschen, nördlich und südlich von Meldorf). Der Aspekt der land-schaftlichen Freihaltebereiche sollte zum Wohle strukturgebenden Raumordnung im LEP an dieser oder einer anderen geeigneten Stelle als Kriterium aufgenommen werden. Im Kreis Dithmarschen ist im Zusammenhang mit der durch den Bund geregelten Freigabe der Landschaftsschutzgebiete auf eine Ausweisung dieser Gebiete zur Erfüllung des landes-weiten Flächenbeitrags zu verzichten. Aufgrund des zu erwartenden Eingriffs in Schutzgüter wie den Arten- und Naturschutz, insbesondere für Gebiete mit dem Charakter des Schutzes von Wiesenbrutvögeln, sowie der Überprägung der Landschaft lehnt der Kreis Dithmarschen den Eingriff in Landschaftsschutzgebiete ab. Aus Sicht des Kreises Dithmarschen würde die Errichtung von Windenergieanlagen in Land-schaftsschutzgebieten einen Eingriff in den Natur- und Landschaftsschutz darstellen, der we-der erforderlich noch angemessen ist, da der Kreis Dithmarschen schon jetzt einen über-durchschnittlichen Beitrag zur Erfüllung des landesweiten Flächenbeitrags leistet. Dies gilt es zu berücksichtigen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	-> Nummer 6 G: Stadt- und Umlandbereiche sowie Verdichtungsräume Die in der Vereinbarung der Stadt-Umland-Kooperation zu den Grundlagen der Ansiedlung von industriellen Großvorhaben im „Energiewende-Cluster“ der Region Heide dargestellten zukünftigen räumlichen Funktionen müssen in den Kriterien als Ziele der Raumordnung ab-gebildet sein. Die zukünftige Entwicklung des Stadt- und Umlandbereiches darf nicht durch die Verortung von Windvorranggebieten eingeschränkt werden. Dies gilt insbesondere für die Potentialflächen für die wohnbauliche und gewerbliche Entwicklung sowie auch für die Freiraumgestaltung, die auf der Grundlage der Kriterien des LEP hinreichend Berücksichti-gung in der anschließenden Regionalplanung finden müssen. **-> Nummer 7 G: Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung** Die Begrifflichkeiten „unzumutbare“, „soll“, „in unmittelbarer räumlicher Nähe“ und „im Ein-zelfall“ sind als Kriterium des LEP nicht geeignet, der folgenden Konkretisierung in der Regi-onalplanung einen hinreichenden Rahmen zu setzen. Die Beurteilung einer Umzingelungs- bzw. Umfassungssituation von Ortslagen muss nachvollziehbar, z. B. metrisch oder in Grad-zahlen, erfolgen. **<u>Zu Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz</u>** **-> Nummer 11 G: Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und Erholung** Diese Gebiete müssen von einer Windenergienutzung freigehalten werden. Hier ist das Kri-terium als Ziel der Raumordnung darzustellen. **-> Nummer 13 G: Landschaftsschutzgebiete** Der Kreis Dithmarschen nimmt die durch eine Rechtsänderung des Bundes (Wind-an-Land-Gesetz) erfolgte grundsätzliche Öffnung der Landschaftsschutzgebiete für eine Einbezie-hung in die Flächenkulisse zum Ausbau der Windenergienutzung – auch angesichts des be-reits vom Kreis Dithmarschen geleisteten überdurchschnittlichen Flächenbeitrags zur Wind-energienutzung - kritisch zur Kenntnis. Einen Rückgriff auf Landschaftsschutzgebiete lehnt der Kreis Dithmarschen ab. Das Land Schleswig-Holstein wird mit Nachdruck dazu aufgefor-dert, von einem Rückgriff auf Landschaftsschutzgebiete zur Erfüllung des landesweiten Flä-chenbeitrags für die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergienutzung abzusehen. **<u>Untere Naturschutzbehörde</u>** <u>Grundsätzliches</u> Der Kreis Dithmarschen steht derzeit vor Entwicklungen, die auch für die Natur und die Land-schaft deutliche Veränderungen bedeuten. Neben der Ansiedlung der Batteriefabrik von Northvolt und damit weitreichenden, räumlich relevanten Folgen wie z. B. Wohnungsbau, weitere Gewerbe- und Industrieansiedlungen, haben weitere Projekte als Folge der Ener-gietransformation (z. B. Wasserstofferzeugung, Energiespeicherung), die Energieerzeugung (z. B. PV-Freiflächenanlagen) selbst und die Verteilung und Weiterleitung der Energie z. T. hohe Flächenansprüche. Es ist daher umso bedeutender, dass eine Steuerung raumbedeutsamer Vorhaben erfolgt und die Belange von Natur- und Artenschutz frühzeitig und hinreichend berücksichtigt wer-den. Aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde ist positiv anzumerken, dass wesentliche Natur- und Artenschutzbelange berücksichtigt werden und durch die Festlegung als Ziele der Raumordnung der Abwägung entzogen werden. Besonders hervorzuheben ist dies für die bedeutenden Brut-, Nahrungs-, Rast- und Zuggebiete von Vögeln, die nun als Ziele der Raumordnung von der Windenergie freigehalten werden. Nicht in Gänze nachvollzogen werden kann jedoch bei einzelnen Kriterien die Verringe-rung von Abständen bzw. eine geänderte flächenhafte Abgrenzung gegenüber den bis-herigen Abgrenzungen. Äußerst kritisch zu werten ist, dass das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem nicht eben-falls als Ziel der Raumordnung festgelegt wird. Über Jahrzehnte ist es durch die Raum- und Landschaftsplanung gelungen, das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem in Schleswig-Holstein weitestgehend frei von Bauvorhaben und technischer Infrastruktur zuhalten. Nicht alle Bestandteile des Biotopverbundes sind durch ausgewiesene Schutzgebiete überlagert und daher über weitere Ziele der Raumordnung hinreichend gesichert. Es ist zu befürchten, dass durch die Gemeindeöffnungsklausel und den Zugang zur Abwägung wichtige Teile des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für eine langfristige Aufwertung und weitere Vernetzung von Lebensräumen entfallen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Im Folgenden erfolgen nähere Ausführungen zu einzelnen Grundsätzen und Zielen der Raumordnung des Natur-, Arten- und Landschaftsschutzes. **Zu Kapitel 4.5.1.3** <u>Nummer 1 Z – Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche</u> Es wird begrüßt, dass die Errichtung von raumbedeutenden Windenergieanlagen sowohl innerhalb der Schutzgebiete, als auch in dem Umgebungsbereich von 1.000 m ausgeschlos-sen ist. <u>Nummern 2 Z und 3 Z Naturschutz- und FFH-Gebiete und Umgebungsbereiche</u> Die Reduzierung der einzuhaltenden Abstände von 200 m auf 100 m zu Naturschutz- und FFH-Gebieten wird kritisch gesehen. <u>Nummer 5 G – Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Bio-topverbundsystems, Kleinstbiotope</u> Vor dem Hintergrund der Gemeindeöffnungsklausel und bereits bekannter Planungen wird es besonders kritisch gesehen, dass die Schwerpunktbereiche und Verbundachsen nicht als Ziel der Raumordnung definiert werden. Das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem des Landes Schleswig-Holstein, das neben ausgewiesenen Schutzgebieten weitere Flächen für die Entwicklung von Natur und Land-schaft planerisch sichert und insbesondere der notwendigen Vernetzung von Lebensräu-men dient, findet seit langem Einzug in die Raumordnung. Der Biotopverbund wird in Schles-wig-Holstein bereits seit den 1990er Jahren in Fachbeiträgen erarbeitet und seit 1999 im Landschaftsprogramm dargestellt. Zur Umsetzung und Stärkung des Schutzgebiets- und Bi-otopverbundsystems wurden bereits seit langer Zeit Kompensationsmaßnahmen vorrangig innerhalb des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems umgesetzt. Die Ökokonto-VO ho-noriert ebenfalls durch gezielte Ökopunkte-Zuschläge die Einrichtung von Ökokonten inner-halb des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems. Bisher hat die räumliche Steuerung der Windenergie zu einen weitestgehend natur- und landschaftsverträglichen Ausbau der Windenergie geführt, der das Schutzgebiets- und Bio-topverbundsystem berücksichtigt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Im Zusammenhang mit dem Klimaschutz erlangt auch der biologische Klimaschutz an Be-deutung. Dabei kommt vor allem der Renaturierung bzw. Wiedervernässung von Mooren eine besondere Bedeutung zu. Auch das Land Schleswig-Holstein weist dem biologischen Klimaschutz Bedeutung zu (z. B. Drucksache 19/2326) und fördert entsprechend Maßnah-men/Projekte. Ein Teil der Schwerpunktbereiche des Biotopverbundes zeichnen sich durch Moorflächen aus. Neben der baubedingten Freisetzung von CO2 wird durch Windenergieanlagen und die Erschließung (Wege, Leitungen) die Wiedervernässung erschwert bzw. verhindert. Auf Grund der hohen Bedeutung von Moorflächen hinsichtlich des biologischen Klimaschutzes sollten Moorflächen jedoch frei von jeglicher Bebauung gehalten werden. Neben der Klimakrise ist das Artensterben eine weitere Krise mit großen Herausforderungen, deren Bewältigung längst nicht angemessen im Fokus des allgemeinen Bewusstseins steht. Im Rahmen der Biodiversitätsstrategie des Landes (Kurs Natur 2030 – Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Schleswig-Holstein) ist die Entwicklung einer Grün-Blauen-Infrastruktur vorgesehen, wozu u. a. Moore und das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem gehören. Als übergeordnete Ziele sollen 30 % der marinen und terrestrischen Landesfläche Bestandteil einer funktional-wirksamen Grün-Blauen Infrastruktur sein sowie 15 % der Landflächen als funktional-wirksames Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem hergestellt und dauerhaft gesichert werden. Zudem ist das 15 %-Ziel für den Biotopverbund in § 12 LNatSchG veran-kert. Vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen Entwicklungen und Herausforderungen im Kreisgebiet wird aus Sicht der UNB umso mehr Augenmerk auf den Schutz und die Ent-wicklung der bisher weitestgehend von technischen Anlagen und Infrastrukturen sowie Be-bauung freien Landschaftsräume des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems und der Niedermoore zu legen sein. Es sollte das Ziel sein, die notwendigen natur- und artenschutz-rechtlichen Kompensationsmaßnahmen der Eingriffe aus der Windenergie aber auch an-derer Infrastrukturprojekte gezielt in das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem zu lenken. Die Aussagen zu den gesetzlich geschützten Biotopen in der Begründung (B zu 5 Z) hinsicht-lich des Ausschlusses der Befreiung nach § 67 BNatSchG sind nicht verständlich. Daraus ließe sich ablesen, dass – mit Ausnahme von Knicks und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kleingewässern – alle nach § 30 BNatSchG geschützten Biotope als Ziel gelten müssten und auf Ebene der konkreten Pla-nung auch grundsätzlich keine Befreiung nach § 67 BNatSchG zum Tragen kommt. Nummer 15 Z und G - Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Flächenabgrenzung der Hauptachsen des über-regionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung tlws. von der bisherigen Abgrenzung im Regionalplan unterscheidet. Die fachlichen Hintergründe sind der UNB nicht bekannt. Nummer 16 Z und G – Wiesenvogel-Brutgebiete Kritisch gewertet wird die getroffene Unterscheidung in besonders hohe und hohe Sied-lungsdichten. Darüber hinaus wird bemängelt, dass nicht die gesamte Wiesenvogelkulisse des Landschaftsrahmenplans / Dauergrünlanderhaltungsgesetzes als Ziel festgelegt wird. Bei einer von der bisherigen Einschätzungen abweichenden Übernahme muss auch immer die Konsequenz für anderweitige raumbedeutsame Planungen, wie z. B. Photovoltaik mit bedacht werden. Nummer 17 G – Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Die genannten Abstandsradien zu den Brutplätzen werden z. K. genommen. Kritisch zu wer-ten ist die einzelfallbezogene Möglichkeit Unterschreitung der Abstandsradien für die Arten Rotmilan und Weißstorch. Hier stellt sich die Frage, auf welcher Planungsebene diese Einzel-fallprüfung zum Tragen kommen soll und wie dort die Konfliktbewältigung konkret erfolgen kann. **Zu Kapitel 4.5.1.4** Nummer 7 G – Kompensations- und Ökokontoflächen Kompensations- und Ökokontoflächen sollten als Ziel der Raumordnung definiert werden und nicht der Abwägung überlassen werden. Neben zu erwartenden potentiellen arten-schutzrechtlichen Konflikten sind Eingriffe in tlws. über längere Zeit naturnah entwickelter Flächen nicht vertretbar. Eine Genehmigung durch die zuständige Naturschutzbehörde nach § 9 Abs. 2 LNatSchG zur Beseitigung von Kompensationsflächen wird in der Regel nicht erteilt werden. Die Erschließungsflächen von Windparks nehmen z.T. eine nicht unerhebliche Fläche in Anspruch, und bei	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	höherwertigen Biotopen wird zudem zusätzlicher Kompensati-onsbedarf generiert. Eine Verlagerung der Fragestellung auf nachfolgende Verfahrensebenen ist kritisch zu wer-ten. Aus fachlicher Sicht sind zudem die Kompensations- und Ökokontoflächen im Kapitel 4.5.1.3 einzuordnen. **Weitere Fachbehörden des Kreises Dithmarschen** Seitens der weiteren Fachbehörden des Kreises Dithmarschen (untere Denkmalschutzbe-hörde, Straßenverkehrsbehörde, untere Wasserbehörde, untere Bodenschutzbehörde, Brandschutzdienststelle) werden keine Bedenken vorgetragen. Die untere Denkmalschutzbehörde hat folgende ergänzende Hinweise eingebracht: In dem betroffenen Gebiet und in der Umgebung befinden sich zahlreiche Bau- und Kultur-denkmäler, archäologische Denkmäler sowie archäologische Denkmal- und Interessenge-biete. Gemäß Kapitel 4.5.1.5 Nummer 1 G sollen die Belange des Denkmalschutzes berücksichtigt werden. In der Begründung B zu 1 soll die Ausweisung von Windenergiegebieten einzelfall-bezogen mit dem Landesamt für Denkmalpflege und dem Archäologischen Landesamt abgestimmt werden. Im Regionalplan wird darauf hingewiesen, dass der Planungsraum über bedeutende Kultur- und Baudenkmale verfügt. Für den Meldorfer Dom wurden im Jahr 2016 städtebaulich bedeutende Blickbeziehungen erfasst und bewertet. Belange des Denkmalschutzes sind bei Errichtung von Windenergie-anlagen innerhalb dieser Sichtschneisen signifikant betroffen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2869	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.3, 7.2.1, 7.2.12, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich halte diese Energiepolitik für übertrieben und unangemessen. Trotz vieler Windkrafträder sind unsere Strompreise höher als in ganz Europa. Landschaften werden durch immer höher werdende Windkraftanlagen verschandelt, die keinen erkennbaren Nutzen für uns bringen. Von den Gefahren, die durch Havarien ausgelöst werden können, ganz zu schweigen. Diese Berücksichtigung der Gesundheit von Mensch und Tier fehlt mir. Wie arrogant wird uns die Lage erklärt und ohne Rücksicht auf die Anliegen der Bevölkerung durchgeführt. Statt auf dem Land sollte man Windparks stadtnah ansiedeln, z.B. im Grunewald oder auf dem Gebäude des Reichstags. Ob das Begeisterung auslösen würde? Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2457	Stellungnahme von [redacted] Betr.: Teilfortschreibung “Windenergie an Land” des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 - Entwurf Juni 2024 - Plantext Kapitel 4.5.1 Zu dem o.a. Entwurf und der ausgewiesenen Potenzialfläche [redacted] nehmen wir Stellung: **1. Raumordnungsgesetz** Aufgabe der Raumordnung ist es, „unterschiedliche Anforderungen an den Raum aufeinander abzustimmen und die auf der jeweiligen Planungsebene auftretenden	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Konflikte auszugleichen“ (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 ROG). Diese Anforderungen werden vom vorliegenden Entwurf mindestens in Teilen nicht erfüllt, vielmehr verstößt er hinsichtlich der Fläche [redacted] aus folgenden Gründen gegen die Grundsätze der Raumordnung: − In der Bundesrepublik sind ausgeglichene wirtschaftliche und ökologische Verhältnisse anzustreben (§ 2 Abs.2 Nr. 1 ROG). Ausgeglichene Verhältnisse werden nicht erreicht, wenn einzelne Teilräume überproportional mit Windenergieanlagen belastet werden. Dies führt nämlich einerseits zu Ungleichgewichten in den wirtschaftlichen Verhältnissen zwischen den Gemeinden mit und ohne Vorrangflächen für Windenergie und andererseits zu Ungleichgewichten in den ökologischen Verhältnissen: Gemeinden mit großen/vielen Vorrangflächen werden übermäßig im Landschaftsbild beeinträchtigt, während Gemeinden ohne Vorrangflächen solchen Beeinträchtigungen nicht ausgesetzt sind. − Die ausgeglichenen Verhältnisse sind insbesondere dann nicht gegeben, wenn einzelne Gemeinden überproportional hohe Anteile des Gemeindegebietes für Vorrangflächen zur Verfügung stellen sollen. Landesplanerisches Ziel ist es, bis 2027 3,0 % der Landesfläche für Windenergie auszuweisen. Auch wenn aus z.B. naturschutzrechtlichen Gründen einzelnen Gemeinden überhaupt keine Vorrangflächen zugewiesen werden, kann dies nicht zur Folge haben, dass andere Gemeinden ein Vielfaches des Durchschnittswertes hinzunehmen haben. Die für die Gemeinde Beidenfleth ausgewiesenen Flächen nehmen über 13 % (!) des Gemeindegebietes in Anspruch. Dies ist ein Ausmaß, das unter dem Grundsatz der Gleichbehandlung nicht mehr gerechtfertigt ist. Mit diesem Aspekt der Ungleichbehandlung hat sich der Entwurf bisher nicht auseinandergesetzt – es droht ein Abwägungsdefizit. Der Planungsträger muss nicht nur darlegen, von welchen Erwägungen die positive Standort-auswahl getragen wird, sondern auch deutlich machen, welche Gründe es rechtfertigen, den übrigen Planungsraum freizuhalten. (BVerwG 4 C 15.01 vom 17.12.2002). Dies erfolgt im vorliegenden Plan jedoch nicht. Im Plangebiet gibt es eine Reihe von Flächen (siehe Potenzialflächen), die noch weniger Einschränkungen unterliegen als die Fläche [redacted] und dennoch nicht als Vorranggebiete ausgewiesen werden. Eine solche Ungleichbehandlung ist nicht hinnehmbar. − Im strukturschwachen Raum der Wilstermarsch findet die nach § 2 Abs.2 Nr. 4 ROG geforderte Verbesserung der Entwicklungschancen nicht statt. Windenergieanlagen schaffen vor Ort weder Arbeitsplätze noch in der Regel Wirtschaftskraft, sondern sie	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	beeinflussen durch die mit den Windenergieanlagen verbundenen Beeinträchtigungen die Entwicklungschancen negativ hinsichtlich Siedlungsentwicklung und Tourismus und verstärken somit noch die negativen Auswirkungen der Demografie. − Die Wilstermarsch ist eine historische Kulturlandschaft (und aus diesem Grund gegenwärtig Gegenstand eines Forschungsvorhabens unter Federführung der Uni Hannover unter dem Stichwort „Regiobranding“). Diese Kulturlandschaft wird wesentlich geprägt durch ihre Weite und das „horizontale“ Landschaftsbild. Das Aufstellen von Windkraftanlagen zerstört in Teilen der Wilstermarsch diese Merkmale bereits jetzt – durch Ausweisung weiterer Vorrangflächen wird diese Zerstörung fortgesetzt. Dies ist ein eindeutiger Verstoß gegen § 2 Abs.2 Nr. 5 Satz 1 ROG: „Kulturlandschaften sind zu erhalten und zu entwickeln“. **2. Planungserfordernis** Bereits für die bestehenden Windkraftanlagen gibt es keine ausreichende Netzinfrastruktur zur Abnahme des Windkraftstroms. In Schleswig-Holstein werden aktuell Jahr für Jahr mehrere hundert Millionen Euro für „Wegwerfstrom“ bezahlt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob eine Planung trotz der politischen Willens überhaupt zulässig ist (Plannotwendigkeit? Planrechtfertigung?), wenn das Planungsziel, nämlich die Bereitstellung weiteren Windstroms, nicht erreicht werden kann, weil weder die Infrastruktur noch die Stromspeicherkapazitäten auf absehbare Zeit eine Abnahme des Stroms zu wesentlichen Teilen sicherstellen. **3. Sicherheitsbedenken** Die Fläche [redacted] wird in Osten und Norden durch die Straßen Groß Kampen (K12) und im Westen durch die Straße Klein Kampen (K49) begrenzt. Im Süden grenzt sie an die Straßen Hochfelde (Fockendorf) und Deichreihe mit der Ortschaft Beidenfleth. Es handelt sich hier um eine landwirtschaftliche Nutzfläche. Geteilt wird diese Fläche von einem von Nordwesten nach Südosten verlaufenden landwirtschaftlichen Wirtschaftsweg, dem Kamper Weg. Genutzt und befahren wird der Weg von Fußgängern, Radfahrern, landwirtschaftlichen Fahrzeugen und sonstigen Kraftfahrzeugen. Ein Großteil der landwirtschaftlichen Flächen wird beweidet. Innerhalb dieser Fläche verläuft von Ost nach West eine 1976 errichtete Erdgastransportleitung (ETL), deren nähere Ausführung uns nicht bekannt ist. Noch entscheidender ist aber, dass in 2023/2024 die neue ETL 180 von Brunsbüttel nach Hettlingen verlegt worden ist und bereits betrieben wird. Diese Leitung ist für den Wasserstofftransport ausgelegt und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	soll zukünftig auch genau dafür verwendet werden. Verlegt ist diese neue Leitung nur mit einer Mindestbodenüberdeckung von 1,0 Meter, an den zwei „Schieberstationen“, am Kamper Weg und in Klein Kampen liegt sie offen. Nach dem Erläuterungsbericht zur ETL 180 ist ein Schutzstreifen parallel zur Leitung vorhanden. Eine Bemessung oder Sicherung dieser Leitung durch äußere Einflüsse von der Luftseite besteht allerdings nicht. Vermutlich ist solch eine Bemessung/Sicherung auch bei der 1976 gebauten Leitung nicht erfolgt. Wie unzweifelhaft bekannt, treten bei Windkraftanlagen (WKA) gelegentlich Havarien auf. Dies kann durch Mastbruch, Abwurf von Bauteilen wie Flügeln oder Maschinenhaus und/oder deren Teile erfolgen und zu Schäden im Umfeld führen. Selbst durch Eiswurf können erhebliche Schäden ausgelöst werden. Nach unserer Internetrecherche sind allein von 2015 bis Mitte 2024 über 340 Havarien in Zusammenhang mit WKA in Deutschland dokumentiert. So haben sich z.B. auch mehrere Havarien in der Nähe der Fläche [redacted] ereignet, zwei davon in 2019 (im Abstand von nur 3 Wochen) und eine weitere Havarie unlängst im August 2024. Bei einem Unglücksfall auf der Fläche [redacted] ist nicht zuletzt, sondern im besonderen Maße in Zusammenhang mit der 1976 errichteten ETL und im noch entscheidender durch die (zukünftig) Wasserstoff führende ETL 180 mit erheblichen Auswirkungen und Gefährdungen von Menschen, Umwelt und Sachschaden zu rechnen. Wahrscheinlichkeitsaussagen von Havarien an WKA sind zweifelhaft, Grenzwerte gibt es nicht. Der Wirkungsradius von Havarien kann deutliche Ausdehnungen annehmen, viele Hundertmeter sind dokumentiert, und das bei WKA mit geringeren Höhen als in der jetzigen Planung 2024 angenommen. Der Bau von WKA auf der Fläche, wie hier gegeben, ist verantwortungslos, die Gefahren unvorhersehbar. Eine nachträgliche Sicherung der Fläche bzw. der Leitungen ist als unrealistisch anzusehen, die Auswirkungen auf Natur und Mensch nicht zu vertreten. In diesem Zusammenhang wird auf ein Urteil der Schleswig-Holsteinschen OVG zu dieser Problematik, Beschluss vom 20.06.2017, verwiesen. Aus den genannten Gründen ist die Fläche [redacted] als Vorrangfläche zu streichen. **4. Denkmalschutz**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Fläche [redacted] ist allein schon aus denkmalschutzrechtlichen Gründen unzulässig. Ein Urteil des Verwaltungsgerichts Schleswig (2 A 226/11 vom 14.05.2013) hat am Rande dieser Fläche eine Photovoltaik-Freiflächenanlage mit einer Höhe von 2,25 m über Geländeoberfläche für denkmalrechtlich nicht genehmigungsfähig erklärt, weil sie wesentliche Sichtachsen des Kulturdenkmals Groß Kampen 18 beeinträchtigen würde. Diese Begründung muss umso mehr gelten, wenn in der Nähe dieses Kulturdenkmals und weiterer Kulturdenkmale eines oder mehrere mindestens 200 m hohe Windkraftanlagen aufgestellt werden sollen. Eine Planung, die der Vollzugsfähigkeit entbehrt, weil ihr Hindernisse rechtlicher Art entgegenstehen, ist nichtig (so das BVerwG im Urteil vom 12.08.1999, 4 CN 4/98, zu einem Bauleitplan). Auch der Einwand der Klägerin, dass es keinen Grundsatz gibt, wonach im Rahmen der Abwägung denkmalrechtlicher Belange der Vorzug gegenüber Wertungen des EEG zukomme, überzeugte das Verwaltungsgericht Schleswig seinerzeit nicht. Nach §7 Abs.1 Satz 1 Nr. 3 DSchG bedürfen die Errichtung von Anlagen in unmittelbarer Umgebung, innerhalb wesentlicher Sichtachsen und in der unmittelbaren Umgebung weiterer wertbestimmender Merkmale eines eingetragenen Kulturdenkmals, die eine Gefahr für den Denkmalwert bedeuten, der Genehmigung der unteren Denkmalschutzbehörde. Der mögliche Bau von einem oder mehreren WKA auf der o.a. Fläche würde in der Tat eben diese erhebliche Beeinträchtigung der Denkmalwerte der Kulturdenkmäler Groß Kampen 18 und 20 bedeuten. Eine erhebliche Beeinträchtigung liegt dann vor, wenn die jeweils besondere Wirkung des eingetragenen unbeweglichen Kulturdenkmals, die es als Kunstwerk, als Zeugnis der Geschichte, als städtebauliche Anlage oder als die Kulturlandschaft prägendes Objekt hat, übertönt, verdrängt oder geschmälert wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei vielen eingetragenen unbeweglichen Kulturdenkmälern ein gewisser Freiraum zum originären Bestand dazu gehört. Sie brauchen den Lebensraum, in dem sie hineinkonzipiert oder in dem sie geschichtlich verwurzelt sind, um zur Geltung zu kommen, um erlebbar und aussagekräftig sein zu können (vgl. OVG Schleswig, Urteil v. 22.9.2003 - 1 LB 64/03). Das Gehöft Groß Kampen 18 gehört zu den wenigen verbliebenen typischen Anlagen dieser Art in der Wilstermarsch, dem aufgrund seines nahezu unveränderten Zustandes eine besondere Bedeutung zukommt. Des weiteren ist zu bedenken, dass die Höfe Groß Kampen 18 u. 20 grundsätzlich wichtige Elemente der hochwertigen, weitestgehend ungestörten, unbelasteten Kulturlandschaft sind und mit erheblichem Engagement und finanziellem Aufwand der Eigentümer, sowie mit öffentlichen Mitteln saniert und Instand gehalten werden. Die Objekte befinden sich innerhalb einer noch intakten typischen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Marschlandschaft an der Störschleife, und stellen dementsprechend einen besonderen und unwiederbringlichen Wert da. Hinzu kommen nun noch 2 weitere denkmalgeschützte Höfe in direkter Angrenzung zu der geplanten WKA Fläche, nämlich die Höfe in Klein Kampen 2 und Klein Kampen 7, die jeweils einen gesonderten Einspruch vornehmen werden. Zu guter Letzt sei noch auf 2 weitere denkmalgeschützte Höfe in direkter südlicher Angrenzung an die Fläche [redacted] verwiesen: [redacted], zugehörig zur Gemeinde Dammfleth. So würde die hier beschriebene WKA Potentialfläche von einem eindrucksvollen und unwiederbringlichen Ensemble von insgesamt 6 denkmalgeschützten Höfen, die prägend für die Kulturlandschaft der Wilstermarsch sind, quasi umzingelt. Auch das Baudenkmal der Kirche un Beidenfleth, rund 1500 m von der Fläche [redacted] entfernt, entfaltet einen Umgebungsschutz, der zu einer denkmalrechtlichen Unzulässigkeit von WKA führt. Das VG Schleswig hat in seinen Urteilen vom 01.02.2007 (12 A 136/06) und 16.11.2004 (2 A 198/02) die denkmalrechtliche Unzulässigkeit von WKA in der Nähe von Kirchen (2.800 m bzw. 1650 m entfernt) festgestellt. Allein schon aus Gründen der Denkmalpflege ist die Fläche [redacted] nicht als Vorrangfläche für Windenergie geeignet. **5. Charakteristischer Landschaftsraum & Landschaftsbild** Das Gutachten zum charakteristischen Landschaftsraum wird ohne Prüfung als Kriterium für den Umweltbericht übernommen. In den Datenblättern der Abwägungsbereiche /Vorranggebiete findet keine Auseinandersetzung mit der Frage statt, ob die Abgrenzung des jeweiligen Bereiches auf dieser kleinmaßstäblichen Ebenen richtig vorgenommen wurde. Dies stellt einen Abwägungsmangel dar. Der charakteristische Landschaftsraum wird zu kleinräumig begrenzt. Die typische und prägende Entwässerungsstruktur der Marsch ist auch über die im Gutachten nicht nachvollziehbaren Grenzen des Landschaftsraumes vorhanden und wirksam. Die Grenze dieses charakteristischen Landschaftsraumes muss bis zum ebenfalls landschafts-charakteristischen Deich an der Stör ausgedehnt werden. In der Landesentwicklungsstrategie SH heißt es: „Die charakteristische Landschaft in	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Schleswig-Holstein ist zu erhalten, denn sie bietet enormes Identifikationspotenzial für Bürgerinnen und Bürger und macht den Charme unseres Landes aus.“ Die geplante Fülle von WKA würde den charakteristischen Landschaftsraum der Wilstermarsch nachhaltig negativ beeinträchtigen. Der notwendige Erhalt des charakteristischen Landschaftsraums steht der Ausweisung der Fläche [redacted] entgegen. Auch das Merkmal „Landschaftsbild“ findet im Umweltbericht zu wenig Berücksichtigung. Es wird negiert, dass WKA auch außerhalb der charakteristischen Landschaftsräume das Landschaftsbild regelmäßig negativ beeinträchtigen. Nicht ohne Grund werden bei dem Bau einer WKA für den Eingriff in das Landschaftsbild Ausgleichsmaßnahmen fällig. Die untere Naturschutzbehörde warnt im übrigen vor eingriffsrelevanten Veränderungen des Landschaftsbildes. Aufgrund fehlender Reliefenergie und eines landschaftstypisch geringen Anteils an gliedernden Landschaftselementen sind selbst Bauwerke geringer Höhe weithin sichtbar und landschaftsbildverändernd. Das Merkmal „Landschaftsbild“ ist bei der Ausweisung von Vorrangflächen stärker zu gewichten. **6. Artenschutz** Die Vorrangfläche [redacted] liegt in der unmittelbaren Nähe der Stör, die Bestandteil des FFH-Gebietes [redacted] Schleswig-Holsteinisches Elbästuars und angrenzende Flächen ist. Wenn auch dieser Teil des FFH-Gebietes nicht vom Vogelschutzgebiet ([redacted]1 Unterelbe bis Wedel) überlagert wird, stellt es eine Hauptachse des überregionalen Vogelzuges dar. Im Landschaftsrahmenplan wird die Stör daher als Schwerpunktbereich für den Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems benannt. Das Kampritt sowie der Hauptentwässerungsgraben nördlich des Kamper Weges sind als Verbundachsen bezeichnet. Der Plangeber hält die Freihaltung dieser Bereiche „..aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes für gerechtfertigt.“ Trotzdem wird das in den Abwägungskriterien nicht berücksichtigt („geringes Konfliktrisiko“). Die Abwägung ist daher fehlerhaft. Neben Brutvogelarten wie Schleier- und Waldohreule, Turmfalke, Bussard, Saat- und Rabenkrähen, Dohlen, Fasanen und Rebhuhn und weiteren Arten werden im Sommer auch regelmäßig Kiebitze, die in großen Bereichen dieser Fläche brüten und Lerchen beobachtet. Der Kuckuck ist im Sommerhalbjahr stetig auf/über der Fläche [redacted] anzutreffen. In den letzten Jahren sind regelmäßig auch Wiesenweihen auf/über der Fläche zu beobachten. Graureiher und Silberreiher, Störche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und ein Seeadler finden sich regelmäßig, Uhus in Abständen zur Nahrungssuche ein. Grün- und Buntspechte sind vorhanden, wie weit sie sich in die Fläche begeben, entzieht sich meiner Kenntnis. In beiden Gebieten rasten bzw. fressen in den Wintermonaten regelmäßig große Schwärme (sehr viel mehr als 2000, bei gelegentlichen Zählungen kamen wir auf bis zu 6000 Exemplare Nonnengänse) verschiedener Gänsearten sowie Schwäne. Diese Vorkommnisse beobachten wir seit unserem Zuzug nach Beidenfleth, Groß Kampen, in 2008. Im gesamträumlichen Planungskonzept des Landes SH wird die „vollständige Streichung von Bereichen, die als Hauptachsen des überregionalen Vogelflugs bekannt sind und aufgrund des Vogelzugs in niedrigen Höhen ein hohes Konfliktrisiko aufweisen…“ angekündigt - dennoch wird das Kriterium für beide Bereiche nicht umgesetzt. Das daraus resultierende Konfliktrisiko im Hinblick auf eine Windenergienutzung wird als hoch angesehen. Entsprechend des Integrierten Bewirtschaftungsplanes (IBP) Elbästuar HH/SH (Managementplan für das FFH-Gebiet) liegt darüber hinaus die Vorrangfläche [redacted] im Suchraum für Wiesenentwicklung. Diese Flächen sollen für Limikolenarten (Kiebitz, Uferschnepfe und Bekassine) entwickelt werden, da in Teilen der Vogelschutzgebiete der Reproduktionserfolg zur Aufrechterhaltung der Populationen langfristig nicht mehr als gesichert angesehen wird. In Deutschland hat der Bestand von Kiebitzen zwischen 1990 und 2013 um 80 Prozent abgenommen. Die Fläche [redacted] ist eine Kiebitzbrutstätte Ein hohes Konfliktpotential wird - bei beiden Vorrangflächen - in Bezug auf die Bedeutung für Fledermausarten gesehen: die Hofanlagen sowohl in Beidenfleth-Uhrendorf als auch in Klei/Groß Kampen sind nachweislich Sommerquartier bzw. Wochenstube verschiedener Fledermausarten, die die linearen Strukturen entlang der Gräben und Wasserläufe zur Nahrungssuche nutzen. Hohe Individuenverluste durch Rotorschlag sind daher wahrscheinlich, wobei die Zahl der an Windenergieanlagen verunglückenden Fledermäuse je nach Art, Jahreszeit, Wetterbedingungen und den spezifischen Landschaftsgegebenheiten schwanken kann (vgl. „Arbeitshilfe zur Berücksichtigung des Fledermausschutzes bei der Genehmigung von Windenergieanlagen (WEA) in Thüringen“, Thüringer Landesamt für Umwelt und Geologie, 2015). Aus Gründen des Artenschutzes ist die Fläche [redacted] u nicht als	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorrangfläche für Windenergie geeignet. **7. Bedrängende Wirkung** Für Teile des Gemeindegebietes Beidenfleth, wie z.B. Hochfeld und Neumühlen, die bereits durch Windparks in den Gemeinden Beidenfleth und Dammfleth beeinträchtigt werden, droht beim Bau weiterer Windkraftanlagen eine regelrechte Umzingelung. Aufgrund der Vielzahl von WKA entsteht eine bedrängende Wirkung, die nicht hinnehmbar ist, aber offensichtlich bei der Ausweisung der Vorrangflächen außer Acht gelassen wurde. **8. Abstandsflächen** Die aktuell definierten Abstandsflächen (400 m zu Einzelhäusern, 800 m zu Siedlungsbereichen) sind zu gering, um die negativen Auswirkungen von WKA (Schallemissionen, Schattenschlag, Ultraschall, Lichtemissionen / Befeuerung) angemessen zu berücksichtigen. Der Abstand sollte mindestens den 10-fachen Wert der Höhe der WKA betragen. Wenn bei diesen Abständen das von der Landesregierung gesetzte Ausbauziel nicht erreicht werden kann, dann ist das Land zu klein oder das Ziel zu hoch angesetzt. Der Schutz der Bevölkerung und der Landschaft ist vorrangig. **9. Zu geringe Berücksichtigung des Faktors „Mensch“** Umweltberichte zum geplanten Ausbau “Windenergie an Land” geht auf eine Vielzahl von Faktoren der Auswirkungen der Windkraftnutzung auf die Umwelt ein. WKA sind in der Nähe zu einer nicht unerheblichen Anzahl von Tierarten nicht zulässig und Vorranggebiete werden nicht ausgewiesen, weil sie den Vogelzug stören. Warum gilt dieser hohe Schutzanspruch nicht in gleichem Maße für den „Faktor Mensch“? Die in direkter Nähe zu den Vorranggebieten bzw. den WKA lebenden Menschen sind den Beeinträchtigungen durch WKA in vielfältiger Hinsicht ausgesetzt. Dabei geht es nicht nur um die Emissionen der WKA, sondern auch um die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und damit des Lebensumfeldes der Menschen. Hinzu kommen wirtschaftliche Nachteile, weil die Nähe zu den WKA dazu führt, dass Häuser an Wert verlieren oder der Ertragswert (Miete) gemindert wird. Im Gegensatz zu Eingriffen in die Natur findet hier aber kein Ausgleich statt. Stattdessen führen die Energiewirtschaftsgesetze sogar noch dazu, dass die Schleswig-Holsteiner aufgrund ihrer hohen Anzahl von Windkraftanlagen höhere Strompreise zahlen müssen, als	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bewohner anderer Bundesländern mit weniger WKA. „Nach dem Regionalplan soll angestrebt werden, Windkraftanlagen möglichst in Einklang mit dem mehrheitlich zum Ausdruck gebrachten örtlichen Bürgerwillen zu bringen. Das Schleswig-Holsteinische Oberverwaltungsgericht hat in seinen Urteilen zur Unwirksamkeit der Regionalpläne für die Planungsräume I und III vom 20.01.2015 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass „die Ergebnisse von schlichten Mehrheitsentscheidungen einer Gemeindevertretung oder eines Bürgerentscheids keine maßgeblichen Belange für eine durch Abwägung gesteuerte Planung sind.“ Da das Abwägungserfordernis Ausfluss des Rechtsstaatsgebots gemäß Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz (GG) sei, müssten alle planerischen Festsetzungen auf nachvollziehbaren sachlichen Gründen beruhen. Die von mir vorstehend aufgeführten Argumente basieren auf nachvollziehbaren sachlichen Gründen. Beachtet werden sollte auch der örtliche Wille der Bevölkerung. Im Juni 2016 ist in Beidenfleth ein Bürgerbegehren zum Ausbau der Windenergie im Gemeindegebiet durchgeführt worden. Bei einer Wahlbeteiligung von fast 50 % haben sich 2/3 der Bürger gegen einen Windkraftausbau auf Beidenflether Gebiet ausgesprochen. Dieses Ergebnis ist zustande gekommen, weil die Bürger sich schon von den bestehenden WKA bedrängt fühlen. **10. Abschlussbemerkung** Wir gehen davon aus, dass es sich bei der Ausweisung der Fläche [redacted] für die zusätzliche Nutzung für WKA in Beidenfleth, dann zusammen mit der bestehenden und schon genutzten Fläche von Summe 182,6 ha, d. h. 13,4 % der Gemeindefläche, schlichtweg um einen Fehler handeln muss. Wenn es doch so gemeint sein sollte, dann würde das gesamte Ortsbild von WKA umzingelt und zerstört, Baudenkmäler signifikant beeinträchtigt und große zusammenhängende Marschflächen mit Grünland und Pflugland in unmittelbarer Ortskernnähe in Industrielandschaften umgewandelt werden. Dieser einmalige, in großen Teilen noch unberührte Landschafts- und Kulturraum und damit auch das Erbe der Wilstermarsch und des Gebietes an der Störschleife wäre für die nachfolgenden Generationen unwiederbringlich zerstört. Gänzlich unberücksichtigt ist zudem die Gefährdung durch mögliche WKA Havarien, in Bezug auf die “alte” Erdgasleitung von 1976 und noch viel entscheidender durch die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	neue in 2024 entstandene (zukünftig) Wasserstoff führende ETL 180. Die reichhaltigen Vogelwelten und Brutgebiete auf diesen Flächen würden irreparabel verdrängt. [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1673	Sehr geehrte Damen und Herren, wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 18.07.2024 und danken Ihnen für die Beteiligung am Verfahren „Aufstellung eines Teilprogramms für die Windenergienutzung für den Landkreis Hildesheim“. Unsere Prüfung hat folgenden Konflikt ergeben: Das Erdkabel-Projekt DC 42 SuedWestLink befindet sich aktuelle in der Erstellung der Unterlagen nach § 19 NABEG. Zusätzlich zur Planung eines Trassenverlaufs sind wir auch auf der Suche nach möglichen Konverterstandorten und eine Fläche für eine DC-Schaltanlage in einem Umkreis von 10 km um das Umspannwerk Sahms-Nord im Kreis Herzogtum Lauenburg. Hierfür haben wir aktuell auf Basis vorliegender Kriterien mehrere konfliktarme Suchbereiche abgegrenzt, die nun weiter untersucht werden. Für annähernd alle unserer ermittelten Suchbereiche bestehen jedoch Konflikte mit den Entwurfsflächen des LEP SH. Die Lage unseres Untersuchungsraums (UR) können Sie der beigefügten PDF-Karte entnehmen. Sofern kein Upload Button vorhanden ist, kommen Sie bitte auf mich zu. Aus den vorgenannten Gründen müssen wir der Planung leider widersprechen. Eine ausführliche Begründung befindet sich derzeit in Bearbeitung. Wir sind bemüht diese zeitnah zu finalisieren und würden Ihnen diese bis zum 27.09.2024 zukommen lassen. Insoweit bitten wir um eine entsprechende Verlängerung der Begründungsfrist. Gleichzeitig bitten wir um weitere Beteiligung am Verfahren. Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Landesplanungsbehörde befindet sich mit den Netzbetreibern im Austausch, so dass die Belange im Rahmen der Aufstellung der Regionalpläne in der Abwägung berücksichtigt werden können.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	im Auftrag von 50Hertz Transmission GmbH Naturschutz und Genehmigung [redacted] 50Hertz Transmission GmbH Heidestraße 2 • 10557 Berlin	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1671	Stellungnahme zu den geplanten Potentialflächen für Windkraft in den Gemeinden Stoltenberg, Höhndorf, Fragau-Pratjau bis zur Region Schönberg, Stakendorf, Krummbek. Der Landesentwicklungsplan hat mit der Gemeindeöffnungsklausel den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, Windflächen auch außerhalb der bestehenden Vorrangflächen zu planen. Daneben sprießen Projekte mit weiteren Windpark Planungen aus dem Boden, die Industrieparks mit bis zu 40 Anlagen in unseren Umgebung im Visier haben. Zunächst geplant sind natürlich erst nur eine bzw. fünf Anlagen. Was bedeutet das für unsere Region rund um den Passader, Dobersdorfer und bis zum Selenter See. Eine der Regionen im Kreis Plön, die noch einige alte Waldbestände, mit z.B.: alten Buchen- und Erlenbeständen etc. vorzuweisen hat: dazu aus dem Umweltbericht (Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO) 81% der SH-Landesflächen sind Vegetaionsflächen und nur 11% Waldflächen !! Unsere Region um Schloss Salzau sowie seinen Gütern Ottenhof und Charlottenthal bis hinter die Gemeinde Fargau Pratjau zum Selenter See hin hat Waldflächen und diese gehören zu den 11% und gehören geschützt. Außerdem geben aus der EU: „Die Vogelschutzrichtlinie der EU (79/409/EWG) (VSchRL) verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Art. 1 und 2). Gem. Art. 3 und Art. 4 (1) sind für die im Anhang 1 aufge-	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	führten Arten besondere Schutzmaßnahmen hinsichtlich ihrer Lebensräume anzuwenden. Dazu erklären die Mitgliedstaaten die zahlen- und flächenmäßig geeignetsten Gebiete zu Schutzgebieten (Special Protection Areas = SPAs), stellen in und außerhalb von Schutzgebieten die Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensräume in ausreichender Vielfalt und ausreichender Flächengröße sicher und berichten der EU-Kommission über die Anwendung der Vorschriften (Art. 12) „ Habitate und Lebensweisen der gefährdeten Vogelarten siehe: Quelle: Untersuchungen zu den verbreitet auftretenden Vogelarten des Anhangs I der EU-Vogelschutzrichtlinie in Schleswig-Holstein: Kranich, Mittelspecht, Rotmilan, Schwarzmilan, Zwergschnäpper. Bericht 2023 Auftraggeber: Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur (MEKUN) des Landes Schleswig-Holstein. Beispiel: Kranich: In den letzten Jahren hat sich die Population in unserer Region erheblich vergrößert. In Hohwacht sowie im „Ottenhofer Bruch“ befinden sich die Übernachtungsplätze. Und in unserer Region sind aufgrund des erhöhten Maisanbaus mehrfach größere Trupps der Kraniche an ihren Futterplätzen auf den Feldern zu sehen . Die letzten Winter waren sehr regenreich und warm, sodass auch begonnen wurde im Ottenhofer Bruch zu überwintern.Leider ist das Gebiet nicht zugänglich, da in Privatbesitzt. Die Gemeinde Hohwacht hat die Beobachtung der Kraniche in ihr Tourismusprojekt mit einbezogen und Beobachtungsturm und Wanderwege ausgebaut. Die Vogelzuglinie der Kraniche würde durch den Bau von Windkraftanlagen in der geplanten Form (Größe und Höhe) und in dieser Region erheblich beeinträchtigen, wenn	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nicht gar zu Nichte machen. Ein weiteres Beispiel ist der Rotmilan, dessen Population ebenfalls als stark gefährdet angesehen werden kann. Siehe hierzu die Ausführungen in oben genanntem Bericht sowie die Ausführungen der Projektgruppe Rotmilan SH (www.projekt-rotmilan-sh.de) Die Potentialflächen in den Gemeinden Stoltenberg und Fargau-Pratjau liegen in einem Gebiet das alljährlich als Rast-, Balz- und Nistplatz für zahlreiche Vogelarten dient, u.a. Adler, Kraniche, Singschwäne, Graugänse, Kanadagänse, Graureiher und Schwalben. Die Vögel bewegen sich zwischen den umliegenden Seen (Selenter See, Passader See, Dobersdorfer See und der Ostseeküste). Im Frühjahr und Sommer sind beispielsweise die een und Teiche um Stoltenberg bis Sophienhof ein Anziehungspunkt für Graugänse und Kanadagänse. Diese Vögel werden in dieser Jahreszeit dort vom Seeadler als Nahrungsquelle bevorzugt. Die Flächen befinden sich also im Jagdrevier dieses Raubvogels. (siehe auch Dichtezentrum für Seeadler) .Die Singschwäne rasten auch auf den umliegenden Flächen, welche den Potentialflächen zugerechnet werden. Die große Anzahl der Vögel ist ein weiteres Indiz für die große Wertigkeit der Flächen. Eine Bebauung der Potentialflächen würde diese Flächen wie eine „Wand“ abschirmen. Dies würde das Verhalten der Tiere voraussichtlich stark beeinträchtigen. Die besagten Rast-, Balz- und Brutplätze und Jagdreviere gingen für die Vögel somit verloren. Der Raum um den Passader See, Dobersdorfer See bis hin zum Selenter See sollte möglichst frei von Windkraftanlagen bleiben. Eine dringende Frage: Warum werden auf einmal Landschaftsschutzgebiete sowie die Richtlinien der EU nicht mehr berücksichtigt ? Betreff: Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land4.5.1.5 Kultur und sonstige Sachgüter Das Herrenhaus in Salzau ist Denkmalgeschützt und mit seiner Nähe zu den Seen, zur Küste sowie den Wäldern der Umgebung eine touristische Attraktion der Region. Zum Kulturdenkmal Salzau, dem ehemaligen Haupthof, gehörten die Höfe Sophienhof, Ottenhof und Charlottenthal, die heute eigenständige Siedlungen darstellen. Umbaumaßnahmen an allen Gebäuden nebst Nebenanlagen dürfen nur unter der Auflage der Wahrung der charakteristischen Aussenansichten sowie unter Aufsicht des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Denkmalschutzes verändert werden. Ein Windpark in der unmittelbaren Umgebung würde den kulturellen Wert dieser/unserer Gegend sabotieren. In der Vergangenheit bot das Herrenhaus Salzau Platz für denkwürdige Kulturveranstaltungen. Mittlerweile gelten die Probsteier Korntage als fester Bestandteil des Kulturangebotes der Probstei. Außerdem haben sich ebenso in den letzten fünf Jahren erfolgreich Kunst und Kultur mit den Probsteier KunstTagen etabliert. Viele Dörfer der Probstei nehmen an diesen Veranstaltungen teil und sehen es als Aufwertung hinsichtlich des Tourismus im „Hinterland“. Und das hauptsächlich vor dem Hintergrund unserer landschaftlich einmaligen unberührten Gegend. Eben dafür sollte auch Schloss Salzau und unsere Umgebung wieder bzw. weiterhin genutzt werden. Zwischen Sophienhof - Stoltenberg und Salzau - Fargau Pratjau liegen Potentialflächen, die bei einer Bebauung mit Windkraftanlagen den historischen Charme der Ortschaften zurückdrängen würde. Die Radwege würden durch die Industrieparks führen und würden damit den touristischen und einmaligen Wert unserer Region zerstören. Wir Bürger haben diesen ländlichen Raum bewusst als Lebensmittelpunkt gewählt. Viele junge Familien haben sich in allen Ortschaften neu angesiedelt, weil sie mit ihren Familien und Kindern bewusst in einer intakten Dorfgemeinschaft mit sozialem Miteinander und einem engen unverfälschten Bezug zu einer natürlichen Umgebung leben wollen. Würden die Potentialflächen mit Windkraftindustrieanlagen bebaut werden, wäre die Faszination dieser einzigartigen lebendigen Region zerstört. Beim Bau von Windkraftanlagen profitiert der Investor, der Grundbesitzer und die Gemeinden; der Anreiz der pekuniären Vorteile ist groß. Die Gemeinden hoffen auf große Einnahmen aus dem Bau der Windindustrie, um damit leere Kassen aufbessern zu können. Immobilienbesitzer können nicht mehr ohne weiteres ihre Immobilie veräußern, da der Wert nun anders anzusetzen sein wird. Dass der Einfluss der Windparks dabei eine Rolle spielt, ist stark zu vermuten. Der soziale Unfrieden, der aus diesem Ungleichgewicht entsteht, wird nicht spurlos an Allen vorbeigehen. Die Bürger zahlen: durch Verbau der Landschaft, Wegfall von naturnaher Umgebung, Lärmbelastung durch Windanlagen, Verschandelung der Landschaft durch hohe	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anlagen, Rückgang des Tourismus damit Wegfall von Einkommensmöglichkeiten (vgl. Bericht zum Tourismus des Kreises Plön Stand 2020, Neuauflage in 2024 in Arbeit), die Minderung der Immobilienpreise durch die Belastung des Windparks zunächst außer Acht gelassen. Ebenso haben wir nicht bewertet die Umweltbelastung durch den Bau der Sockel der Windräder sowie der Windanlagen als solche, mit umweltbelastenden Materialien, die Umweltbelastung von ca. 500-600 Lastwagen, die pro Bau einer Anlage fahren werden. Dadurch die Zerstörung unserer Strassen etc. Die erhöhte Belastung unserer freiwilligen Feuerwehren zur Sicherstellung des Brandschutzes der Anlagen. Lohnt das alles in unserer Umgebung mit kleinen dörflichen Strukturen ? Energiewende ja, aber in vertretbarem Rahmen, an vertretbaren Orten, alle Bundesländer gleicher Beitrag, Wir lehnen die Ausweisung für Potentialflächen in der Region zwischen Passader See, Dobersdorfer See bis zum Selenter See ab. Windparks und damit Industrieanlagen mit mehreren Hundert Hektar vereinbaren sich nicht mit unserer landschaftlich einmaligen Umgebung, mit unserem sanften Tourismus sowie wie unseren ländlichen Infrastruktur.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2455	Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Westensee stellte gestern in ihrer Gemeinderatsversammlung die vom Land SH ausgewählten, potenziellen Flächen für Windenergieanlagen im Naturpark Westensee vor. Auf der Startseite der https://nationale-naturlandschaften.de/gebiete/naturpark-westensee heißt es zum Naturpark Westensee: ***Naturpark Westensee*** *In der mit seinen sanften Hügeln besonders anmutigen holsteinischen Landschaft liegt im Städtedreieck Kiel, Rendsburg und Neumünster der Naturpark Westensee. Inmitten dieser herrlichen Natur, in einer typisch holsteinischen Knicklandschaft, findet man plätschernde Bäche und Flüsse, ruhige Seen, erfrischende Wälder, grüne Wiesen und überschaubare Felder. Das kleinteilige Landschaftsmosaik ist ideal für individuelle Erlebnisse.*	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.17.1, 3.18.1, 7.2.9, 7.2.10, 7.2.12, 7.2.13, 7.3.4, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Der Naturpark Westensee ist Naherholungsgebiet für die Menschen aus den Städten Rendsburg, Eckernförde, Neumünster, Kiel. Kurzum, für eine Million Menschen aus Städten, die sich von ihrer täglichen Arbeit ausruhen möchten. Diese Menschen suchen an den Feierabenden und an den Wochenenden neben uns Einwohnern der Gemeinden im Naturpark Erholung. Die Umgestaltung des Naturparks Westensee zu einem Wind- und Solarpark würde den Charakter des Naturparks komplett ausradieren In den Naturpark kommen momentan eine Million Menschen das ganze Jahr lang, um die Wälder und Alleen aus 30m hohen und 2m dicke Eichenriesen zu bestaunen, die geschützt sind. Sie bestaunen die unverbaute hügelige Eiszeitlandschaft, die einen besänftigenden Eindruck und besonderen Erholungswert aussendet. Wir haben neben den Küsten keinen schöneren Rückzugsort im Land für die erholungsuchenden Menschen. Ich fordere Sie als Mediziner auf, den Naturpark Westensee nicht als Planfläche für Industrieprojekte wie Windkraftanlagen auszuweisen. Auf meinem Arbeitsweg nach [redacted] sehe ich, wie eine Landschaft aussehen kann, die von der Windindustrie verändert wurde. In diesen – ja, für die Energiegewinnung notwendigen - Windparkdschungel begibt sich niemand freiwillig, um sich zu erholen. Ich sehe in meiner Spezialsprechstunde in [redacted] und [redacted] stressgeplagte Menschen, die mit den Zähnen knirschen und pressen, weil sie der Alltag zermalmt. Wir brauchen die Naturparkflächen des Landes dringend für die Erholung der Menschen. Ein Spaziergang zwischen Windkraftanlagen hat keine Anziehungskraft für Stressgeplagte. Ein Spaziergang über eine *sanft hügelige und besonders anmutende holsteinische Landschaft*, wie es im Zitat oben heißt, hilft einer Million Menschen unseres Landes, die nötige Erholung für ihre Arbeitskraft Woche für Woche zu finden. Wir brauchen die Naturparkflächen aber auch für die geschützten und ungeschützten Tierarten. Gerade die seltenen und geschützten Tierarten wie Seeadler, Fledermäuse, Schwärme von Zugvögeln etc. haben zwischen Windkraftanlagen keinen Lebensraum mehr. Diese seltenen Tierarten zu beobachten, bringt die Menschen heraus aus ihrem Alltag und gibt ihnen Erholung und Freude. Auch die Sterne bei Nacht am	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Naturparkhimmel zu beobachten statt von blinkenden, roten Lichtern von Windindustrieanlagen bedrängt zu werden, hilft kranken und gestressten Menschen neue Kraft zu sammeln. Es ist ein falsches Signal, wenn geldgierige Landbesitzer und Windparkentwickler die Gemeinden und Einwohner im Naturpark Westensee zu übertölpeln versuchen, die industriell besten Plätze in einem der letzten unzerstörten Stücken nacheiszeitlicher holsteinischer Landschaft für wirtschaftliche Zwecke herzugeben und dazu Methoden verwenden, die man juristisch als Korruptionsversuch benennt. Ich behaupte das nicht einfach so, sondern ich weiß es und es gibt Belege. Die Presse würde sich die Hände reiben. Ich bitte Sie, sich Bilder vom Naturpark Westensee wie das, welches ich unten aus der oben zitierten Seite mitsende, anzuschauen und zu entscheiden, ob dieses Herzstück holsteinischer Landschaft für eine hoch subventionierte und sehr kontrovers diskutierte Energiegewinnungsform zerstört werden soll. Von den 140kg Sondermüll, die von jeder Windkraftanlage Jahr für Jahr als Abrieb auf die Felder rieseln, will ich gar nicht sprechen. Mir geht es hier in erster Linie um die Gesunderhaltung der Menschen unserer Region an ungestörten Rückzugsorten. Ich schließe meine Stellungnahme mit einem Dank für Ihr Gehör und für Ihre besondere Aufmerksamkeit, die Sie den Menschen unseres Landes entgegenbringen, wenn Sie die Naturparks von Industrie, zu der auch die Energiegewinnung jeder Art gehört verschonen. Mit freundlichem Gruß, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2394	[redacted] Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Holstein – Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Stellungnahme zum Entwurf Vorausschicken möchten wir, dass wir generell einen weiteren Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein ablehnen. Unser schönes Land wird durch die hohe Anzahl der WKA verschandelt und ist auf dem Weg zu einem einzigen Industriegebiet. Da wir davon ausgehen, dass bei Ihren weiteren Überlegungen eine Fläche in Beidenfleth, die im Regionalplan von 2017 mit PR3_STE_076 als Potenzialfläche bezeichnet, mit eingezogen wird, geben wir als Anwohner für diese Fläche eine Stellungnahme ab. Die Fläche wird im Norden und Osten von der Straße Groß Kampen und im Westen von der Straße Klein Kampen begrenzt. In den Überlegungen für die Windkraftnutzung dieser Fläche werden in 2017 Stellungnahmen/Einsprüche von Anwohnern abgegeben. Die Stellungnahme der Eheleute [redacted] Groß Kampen [redacted] liegt diesem Schreiben beispielhaft bei. Die seinerzeit aufgeführten Fakten, die die Nutzung der Fläche für Windenergieanlagen ausschlossen, gelten unverändert auch in 2024. Veränderungen sind dahingehend eingetreten, dass zwei Objekte in der Straße Klein Kampen [redacted] inzwischen ebenfalls wie die Objekte Groß Kampen [redacted] unter Denkmalsschutz gestellt wurden. Den Argumentationen/Einsprüchen wurden 2017 gefolgt, wie in der nachstehend Abwägungsentscheidung aufgeführt, die Potenzialfläche PR3_STE_076 wurde nicht als Vorranggebiet übernommen. Abwägungsentscheidung: „Die Abwägungsentscheidung nach Ende der ersten Anhörung gilt auch jetzt unverändert fort. Den Hinweisen aus der Stellungnahme des Kreises und einigen anderen Stellungnahmen aus der ersten Anhörung wurde gefolgt. Ausschlaggebend für die Streichung der Fläche war vor allem, dass nördlich angrenzend in der Störschleife Hodorf große Kompensationsflächenkomplexe für den Vogelschutz und Ökokonten der Stiftung Naturschutz und des WSA Hamburg liegen. Die Fläche würde in der direkten Zugrichtung vor diesen Flächen liegen und die geplanten Entwicklungsziele konterkarieren. Hinzu kommt die Lage im Umgebungsschutzbereich der denkmalgeschützten Höfe Groß Kampen [redacted]. Aufgrund eines Urteils zu einer PV-Planung im Umkreis dieser Höfe, die versagt wurde, stellt die Untere Denkmalbehörde auch für WEA keine denkmalrechtliche Genehmigung in Aussicht. Entscheidend ist weiterhin, dass der Repowering-Bedarf in der Bezugsregion Amt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wilstermarsch und angrenzender Bereiche westlich von Itzehoe und Krempe geringer ausfällt als zunächst angenommen. Das Vorhalten von zwei Repowering-Flächen für diese Region ist nicht mehr erforderlich. In der vergleichenden Abwägung hat sich die Fläche STE_065, westlicher Teil gegenüber der Fläche STE_076 als deutlich konfliktärmer erwiesen. Auf die Abwägung zu dieser Fläche wird verwiesen. Die Fläche STE_076 bleibt daher wie im zweiten Entwurf gestrichen. Damit kommt es auch nicht zu einer unzumutbaren Umfassungssituation für Beidenfleth.“ Zu den in der Abwägungsentscheidung gemachten Ausführungen zum Denkmalschutz sollte die vollständige Stellungnahme der Unteren Denkmalschutzbehörde von 2017 herangezogen werden, sie lautet: „Die vorgesehene Repoweringfläche und abgelehnte Potenzialfläche liegen im denkmalrechtlichen Prüfradius der Kirche Beidenfleth und der Kulturdenkmale Groß Kampen [redacted]. Für den denkmalrechtlichen Schutz der Umgebung der Höfe Groß Kampen [redacted] liegt ein rechtskräftiges Urteil vom 18.06.2013 vor, das die Genehmigung der 5.Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Inhalt der Errichtung einer Photovoltaikanlage in der Sichtachse des Barghauses Großkampen[redacted] versagte. Die festgestellte erhebliche Beeinträchtigung des Vorhabens lässt sich an dieser Stelle auf die geplante Repoweringfläche übertragen, da aufgrund der Lage (Nähe zu den Kulturdenkmalen), der Höhe der Windkraftanlagen und gegebenen Sichtverbindungen mit den Kulturdenkmalen von einer noch höheren Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes der denkmalgeschützten Hofanlagen auszugehen ist. Die Erteilung einer denkmalrechtlichen Genehmigung wird für diese Fläche nicht in Aussicht gestellt. Die Betroffenheit der Sichtachsen der Kirchen Beidenfleth und Wewelsfleth wurden noch nicht abschließend geprüft. Das Barghus Groß Kampen [redacted] mit Göpelschauer von 1886 steht aufgrund seines guten Erhaltungszustandes exemplarisch für ein Barghus des ausgehenden 19.Jahrhunderts. Das Fachhallenhaus Groß Kampen [redacted] ist von einem baumbestandenen Wassergraben umgeben. Zum geschützten Denkmalbestand gehören zudem das Kopfsteinpflaster und ein Backhaus. Die Kulturdenkmale wurden aufgrund ihres geschichtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen und die Kulturlandschaft prägenden Wertes in das Denkmalbuch eingetragen Die Hofanlagen sind Bestandteil einer hochwertigen und ungestörten Kulturlandschaft, sie liegen am Deich der spät eingedeichten Störschleife auf ebenem ackerfähigem Marschland. Die Besitzer der beiden Höfe sind sehr engagierte Denkmaleigentümer und haben mit ihren Investitionen einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt dieser Kulturgüter geleistet.“ Durch die nach 2017 unter Denkmalschutz in Klein Kampen [redacted] und Klein Kampen [redacted] gestellten Hofanlagen wird die Bedeutung der Region noch betont und gezeigt, wie wichtig der Denkmalschutz für	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unsere Kulturlandschaft ist. Es ist zwingend erforderlich die unter 4.5.1.5 des Plantextes gemachten Ausführungen einzuhalten. „Die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sind nach §4 Absatz 1 des schleswigholsteinschen Denkmalschutzgesetz (DSchG SH) in die städtebauliche Entwicklung, Landespflege und Landesplanung einzubeziehen und bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen. Daher müssen sie auch bei der raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung Berücksichtigung finden. Dies gilt insbesondere aufgrund der großen Fernwirkung von WKA und der einhergehenden, potentiellen Beeinträchtigung der Umgebungsbereiche von Denkmälern. Die Veränderung der Umgebung eines unbeweglichen Kulturdenkmals bedarf dabei der Genehmigung der Unteren Denkmalschutzbehörde, wenn sie geeignet ist, dessen Eindruck wesentlich zu beeinträchtigen § 12 Absatz 1 Nummer 3 DSchG SH).“ Unverständlich ist, dass wohl trotz der behördlichen Bewertungen eine erneute Befassung mit dieser Fläche in 2024/2025 erfolgen wird. Veränderungen auf der Fläche PR3_STE_076 nach 2017 Die Fläche, ehemals PR3_STE_076, wird in Osten und Norden durch die Straßen Groß Kampen (K12) und im Westen durch die Straße Klein Kampen (K49) begrenzt. Im Süden grenzt sie an die Ortschaft Beidenfleth. Es handelt sich hier um eine landwirtschaftliche Nutzfläche. Geteilt wird diese Fläche von einem von Nordwesten nach Südosten verlaufenden landwirtschaftlichen Wirtschaftsweg, dem Kamper Weg. Genutzt und befahren wird der Weg von Fußgängern, Radfahrern, landwirtschaftlichen Fahrzeugen und sonstigen Kraftfahrzeugen. Ein Großteil der landwirtschaftlichen Flächen wird beweidet. Innerhalb dieser Fläche von Ost nach West verläuft eine 1976 errichtete ETL (Erdgastransportleitung), deren nähere Ausführung uns nicht bekannt ist. Bedenkender ist, dass in 2023/2024 die ETL 180 von Brunsbüttel nach Hettlingen verlegt ist und bereits betrieben wird. Die Leitung ist auch für Wasserstoff ausgelegt. Verlegt ist diese Leitung mit einer Mindestbodenüberdeckung von 1,0m, an zwei „Schieberstationen“, am Kamper Weg und in Klein Kampen liegt sie offen. Nach dem Erläuterungsbericht zur ETL 180 ist ein Schutzstreifen parallel zur Leitung vorhanden. Eine Bemessung oder Sicherung der Leitung durch äußere Einflüsse von der Luftseite besteht allerdings nicht. Sicherlich ist solch eine Bemessung/Sicherung bei der aus 1976 gebauten Leitung nicht erfolgt. Wie allgemein bekannt, treten gelegentlich bei Windkraftanlagen (WKA) Havarien auf. Dies kann durch Mastbruch, Abwurf von Bauteilen wie Flügeln oder Maschinenhaus oder deren Teile erfolgen und zu Schäden im Umfeld führen. Selbst durch Eiswurf können starke Schäden ausgelöst werden. Von 2015 bis Mitte 2024 sind im Internet ca. 340 Havarien in Deutschland dokumentiert. Drei davon in in geringer Nähe der angesprochenen Fläche PR3_STE_076, zwei 2019 (im	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstand von nur 3 Wochen) und eine Havarie im August 2024. Bei einem Unglücksfall ist mit erheblichen Einwirkungen und Gefährdungen von Menschen, Umwelt und Sachschaden zu rechnen. Wahrscheinlichkeitsaussagen von Havarien an WKA sind zweifelhaft, Grenzwerte gibt es nicht. Der Wirkungsradius von Havarien kann deutliche Ausdehnungen annehmen, viele Hundertmeter sind dokumentiert, und das bei WKA mit geringeren Höhen als in der jetzigen Planung 2024 angenommen. Der Bau von WKA auf Flächen wie hier gegeben, ist unverantwortlich, die Gefahren unvorhersehbar. Eine Sicherung der Fläche ist unrealistisch, die Auswirkungen auf die Natur nicht zu vertreten. In diesem Zusammenhang wird auf ein Urteil der Schleswig-Holsteinschen OVG zu dieser Problematik, Beschluss vom 20.06.2017, verwiesen. Beidenfleth, den 06.09.2024 [redacted]	
Institution: NABU Elmshorn ID: M2454	Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans "Windenergie an Land " nehmen wir wie folgt Stellung: 1. Der bisherige Ausbauzustand durch Windanlagen im Land Schleswig-Holstein ruft bei uns erhebliche Bedenken hervor. Große Teilflächen in unserem Land - besonders in den Kreisen Nordfriesland, Dithmarschen und Steinburg -sind bereits vollgestellt mit Anlagen, die schon vielfach die Horizonte dominieren und gefährliche, oftmals tödliche Hindernisse für natürliche Flugobjekte wie Vögel und Fledermäuse darstellen. Diese Flächen dürften sich für Erholungszwecke eher immer weniger eignen, obwohl große Teile der Bevölkerung Schleswig-Holsteins vom Tourismus leben und mit unberührter Natur und Landschaft werben. Vor allem sind die immer zahlreicheren Windenergieanlagen jedoch auch geeignet, die Schutzgebietskulissen für den Natur- und Landschaftsschutz immer mehr einzuengen und zu entwerten.	Die Stellungnahme ist in einigen Punkten eine Grundsatzkritik am bundesgesetzlich vorgegebenen Ausbau der Windenergie und kritisiert die ungleiche Verteilung der Gewinne Und Belastungen bei WEA. Sie wird diesbezüglich zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.10 und 7.2.12. der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Hauptkritikpunkte beziehen sich auf den nach Auffassung der Einwender unzureichenden Vogel- und Fledermausschutz. Hierzu wird auf die Ziffer 4.16.1 und 4.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Ziffer 4 der allgemeinen Synopse enthält darüber hinaus weitere Erläuterungen zur Berücksichtigung von Artenschutzkriterien.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Befürworter einer derartigen Entwicklung dürften in erster Linie in den Reihen der kapitalinteressierten Investorengesellschaften und einzelner Mitglieder sog. Bürgerwindparks zu suchen sein. Das Interesse an Klima-und Naturschutz ist hier erfahrungsgemäß eher weniger ausgeprägt. Dagegen werden unserem Empfinden nach Unmut, Skepsis und Widerstand gegen die ausufernde Inanspruchnahme von Landschaft für die raumgreifenden Industriebauwerke der Windenergiebetreiber in großen Bevölkerungskreisen immer deutlicher. 2.In nahezu allen Planunterlagen vermissen wir in erheblichem Umfang die Berücksichtigung der Tatsache, dass wildlebende Vögel und Fledermäuse im Normalfall höchst mobile Lebewesen mit unterschiedlich ausgeprägten Raumansprüchen sind.Besonders deutlich wird dies bei der vielfachen Nichtberücksichtigung bekannter Vogelfluglinien in unserem Land. Diese sind aufgrund jahrzehntelanger Untersuchungen einschlägig belegt und wissenschaftlich vielfach dokumentiert. So ist z.B. auch die Fehmarn-Belt- Vogelfluglinie, die von Osten das Land in südwestliche Richtung durchquert, dabei u.a. die Flussläufe von Krückau, Pinnau und Wedeler Au als geografische Orientierungslinien nutzt und in den Holsteiner Elbmarschen an die Elbe stößt, in entsprechenden Karten der Landesämter immer enthalten gewesen. Aus uns nicht bekannten Gründen ist gerade diese landesweit bedeutende Trasse seit 2019 in den Karten der Landesplanung nicht mehr enthalten. Der seit Jahrtausenden ausgerichtete Vogelzug über unserem Land hat sich jedoch nicht geändert. Auch die Zahlen der in großen Mengen durchziehenden Vögel haben sich den entsprechenden Beobachtungen und Dokumentationen von Fachleuten keineswegs verringert. Diese sind u.a. den einschlägigen Veröffentlichungen der Ornithologischen Arbeitsgemeinschaft S-H und HH zu entnehmen. 3. Wir möchten eigentlich nicht annehmen, dass die plötzliche Nichtberücksichtigung einer der bedeutendsten Vogelzugtrassen in unserem Land bewusst erfolgt ist, um die Errichtung von Windkraftanlagen in diesen Zugkorridoren für die Investoren zu erleichtern. Dies liefe dem Demokratieempfinden der Bürger sicherlich deutlich entgegen und würde dem Misstrauen gegen den Politikbetrieb im Lande unweigerlich Vorschub leisten. 4. Gerade die Errichtung von sechs Windkraftanlagen in der Uetersener Marsch ist durch den Wegfall der bedeutenden Vogelzugtrasse Fehmarn-Belt daher offenbar	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	deutlich erleichtert worden. Der derzeit geplante Neubau von vier erheblich größeren Anlagen, die noch weit höher in den Luftraum ragen und eine äußerst gefährliche Barriere für die Vogelzugschwärme darstellen, dürfte ebenfalls auf diese Planungslücke zurückzuführen sein. Unsere Verantwortung gegenüber dem Artenschutz und unseren Mitgeschöpfen müsste es demnach verbieten, derartige Anlagen in höchstsensiblen Zugräumen aufzustellen. Gerade in den windreichen Zugzeiten im Herbst und Frühjahr, bei Sturm, Regen oder Nebel dürften die Verlustzahlen über Schlagopfer an den Rotorblättern erheblich sein. Immerhin hat der amtierende Umwweltminister des Landes S-H - Herr Tobias Goldschmidt - öffentlich bekundet, die sensiblen Zugtrassen in unserem Lande von Windkraftanlagen freizuhalten. 5. Wir weisen weiterhin darauf hin, dass neben dem Vogelzug ebenfalls die lokal existierenden Arten in den betreffenden Landschaftsräumen Berücksichtigung finden müssen. Dazu seien beispielhaft der Unterelberaum und die Holsteiner Elbmarschen aufzuführen. Neben den durch die Hamburgnähe bedingten hohen Bevölkerungszahlen und ihrem berechtigten Erholungsanspruch im großstadtnahen Umfeld, der dichten Verkehrsinfrastruktur sowie der intensiven Flächeninanspruchnahme gibt es demgegenüber noch eine ganze Reihe von Erholungsflächen und abgeschiedenen Naturräumen mit einem absolut schutzwürdigen Arteninventar. Genannt seien hier lediglich Greifvogelarten wie Rotmilan, Rohrweihe, Uhu und Seeadler, aber auch Kranich und Weißstorch, um nur die auffälligsten Arten zu nennen. Diese halten sich nahezu ganzjährig im Gebiet auf, brüten dort und wurden bereits mehrfach Opfer der schon bestehenden Anlagen. Hinzuweisen ist dazu auf die weltweit bedrohte Art Zwergschwan, deren winterliche Rastbestände gerade im Norden des Kreises Pinneberg und im Süden des Kreises Steinburg seit Jahren zunehmen und den letzten Zählungen zufolge weit über 1200 Individuen umfassen. Kaum Berücksichtigung fanden zudem die Vorkommen der Fledermäuse, die in den Sommermonaten u.a. auch in den Elbmarschen jagen. Dabei können sie durch das sog. Barotrauma vermehrt Opfer der Windrotoren werden. Dies in besonderem Maße während der Zugzeit für die unerfahrenen Jungtiere. 6. Seit dem 24.06.d.J. existiert zudem eine Karte Ihres Hauses, in der mit blauer Farbe	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Örtlichkeiten in unseren Landschaftsräumen markiert wurden. Diese sollen sich Ihren Ausführungen nach möglicherweise als Standorte für weitere Windkraftanlagen eignen. Dazu ist aufgrund unserer örtlichen Kenntnislage darauf hinzuweisen, dass nahezu alle diese Markierungen in Räumen liegen, die landschaftliche Besonderheiten, ökologisch wertvolle Landschaftsteile (u.a. Moore) und Rückzugsräume besonders sensibler und schützenswerter Arten (s.o.) beherbergen. Diese Räume nunmehr mit Industriebauwerken in der vorgesehenen Form zu bestücken, widerspricht eindeutig den bisherigen Anstrengungen, die Regierung, Behörden, Verwaltung und ehrenamtlicher Naturschutz zum Schutz dieser Räume und zum Erhalt der dort ansässigen Flora und Fauna in den vergangenen Jahren unternommen haben. Diese Planungen demonstrieren somit einen deutlichen und unmissverständlichen Affront gegen den Naturschutz im Lande und gegen alle bsiherigen Bemühungen und Erfolge der letzten Jahrzehnte. Eine umweltfreundliche Energieerzeugung - auch mit der Nutzung des Windes - lässt sich heute technisch wesentlich umweltfreundlicher erzeugen. Die derzeitigen Planungen Ihres Hauses bevorteilen dabei einseitig die ausschließlich an der garantierten Einspeisevergütung interessierten Investorengruppen, die mit der konventionellen Form der Flügeltechnik arbeiten. Diese werden dem Klimaschutz kaum Vorteile bringen, erfordern dafür jedoch einen in unseren Augen absolut unangemessenen Preis vom Landschaft-, Natur-und Artenschutz - von unserer gesamten lebenden Umwelt. Dies halten wir für absolut unangemessen. Abschließend ist nochmals zu betonen, dass die derzeitige Planung für Windenergie in unserem Lande nicht nur bei uns auf deutliche Skepsis und erheblichen Widerstand stößt. Die hier gemachten Ausführungen mögen dies zumindest ansatzweise begründen. Mit freundlichen Grüßen [redacted], Vors. NABU Elmshorn	
Institution: Gemeine Bargum ID: M2453	**Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024), hier: Stellungnahme der Gemeinde Bargum**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.18.1 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben den o.g. Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) 2024 zur Kenntnis genommen und bitten um Aufnahme einer zusätzlichen Potentialfläche. Die Potentialfläche befindet sich nordwestlich der Ortslage (westlich der Bahnlinie Westerland – Hamburg). Die nachfolgende Karte Nr. 1 stellt den Planungsbereich dar. **Verfahren** Der Bundesgesetzgeber hat mit der Einführung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) die Bundesländer zur Ausweisung von sogenannten Windenergiegebieten verpflichtet. Für Schleswig-Holstein ergibt sich daraus die Verpflichtung, insgesamt 2 Prozent der Landesfläche bis Ende 2032 für Windenergie (nach der Rotor-Out-Vorgabe) auszuweisen, davon 1,3 Prozent als Zwischenziel bis Ende 2027. Mit der von Schleswig-Holstein angewandten Rotor-In-Planung sind anhand eines Umrechnungsfaktors des WindBG nach derzeitiger Schätzung 3,1 bis 3,3 Prozent der Landesfläche als Windenergiegebiete auszuweisen, um die bundesrechtliche Verpflichtung zu erfüllen. Dies wird später durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie realisiert. **Ausschlussgrund** Als Hauptausschlussgrund gegen die Nichtausweisung des Planungsbereiches wird das Ziel der Raumordnung 16 Z angeführt: **Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten** In Wiesenvogelbrutgebieten mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen. Die Wiesenvogelbrutgebiete mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind in der Karte (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) festgelegt. In der Karte 2 sind die betroffenen Bereiche im Umfeld des Planungsbereiches dargestellt. Zu Beginn der Planungen war das Gebiet aufgrund der Wiesenvogel Brutgebiete nicht als Ausschlussgebiet dargestellt. Fachgutachter bewerteten diese Fläche als vereinbar mit der Windkraftnutzung. (Abbildung)	Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wir verweisen auf WEA innerhalb der jetzt ausgewiesenen Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten. Es werden aktuell WEA im Testfeld in der Südermarsch bei Husum betrieben. Darüber hinaus liegt ein positiver BImSchG-Vorbescheid für eine WEA im Bereich Langenhorn vor. Dieser Bereich ist in der Karte 2 ebenfalls als WiesenvogelBrutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten dargestellt und somit nicht zugänglich für eine WEA-Nutzung. Aus dem o.g. Grund lehnen wir die Ausweisung eines Wiesenvogel-Brutgebiet in unserem Planungsbereich ab und fordern einen stringenten Ansatz bei der Planung und eine Überarbeitung der Kriterien. (Abbildung) Die Gemeinde Bargum hat aufgrund ihrer Lage nahe der Soholmer Au und der Nähe zu naturschutzfachlich sensiblen Bereichen bisher keine Anlagen zum Betrieb Erneuerbarer Energien bekommen. Aus Sicht der Nachhaltigkeit stellt dies einen Nachteil gegenüber benachbarten Gemeinden dar. Aus finanzieller Sicht bedeutet die Nichtausweisung von Windvorranggebieten in der Gemeinde Bargum einen erheblichen Nachteil in finanzieller Hinsicht. Die Gemeinde muss auf Gewerbesteuern verzichten, auf eine in Aussicht gestellt Abgabe nach § 6 EEG (kommunale Teilhabe) und auf Ausschüttungen an Gesellschafterinnen und Gesellschafter in der Bevölkerung. Die Gemeinde Bargum bittet um Berücksichtigung der Planungsfläche nordwestlich der Ortslage. Als Gründe sind die o.g. Gleichbehandlung aus fachlicher Sicht sowie die Belange der Wertschöpfung in der Region und der Nachhaltigkeit der Strom- und Wärmeversorgung im Bereich der Gemeinde Bargum anzuführen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] Bürgermeister	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1669	Ich befürworte den Ausbau der Windenerge Nutzung in Schleswig-Holstein und der gesamten Bundesrepublik. Die Windenergie stellt eine umweltschonenende, effiziente	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Technologie dar. Allerdings muss die Errichtung der Windkraftanlagen, der daraus entstehende Schaden und die damit verbundenen Kosten für Natur, Mensch und Umwelt sorgfältig geprüft und rücksichtsvoll erfolgen – und gleichmäßig verteilt werden. Auch wünsche ich mir transparente gut gesteuerte Planung und Vorgänge. Die Möglichkeit der Beteiligung der BürgerInnen durch eine Stellungnahme stellt eine Beteiligungsform dar. Danke! Denn gegen die wirtschaftlichen Interessen durch Investoren finanzierte Unternehmungen vorzugehen, stellt ein großes Hindernis dar. Von der Ausweitung der Flächennutzung für Windkraftanlagen im Naturpark Westensee ist meiner Meinung nach abzusehen, denn hier handelt es sich um Gebiete, die der vorrangigen Sicherung der biologischen Vielfalt oder dem Schutz naturnaher oder kulturhistorischer Landschaften dienen. Die besondere Topographie der Landschaft und die geologische eiszeitliche Entstehungsgeschichte hat für eine besondere Landschaft und die dazugehörigen Biotope gesorgt. Fledermäuse, Brutgebiete und Durchzugsgebiete von Vögel und Reviere von Seeadlern konnten hier entstehen. Weiterhin kommt dieser Landschaft, die große nicht besiedelte Areale aufweist, ein besonderer Erholungsfaktor auch für den Menschen zu. Die fortschreitende Klimakatastrophe, die Hitzewellen und sintflutartige Regenfälle schon jetzt in weiten Teilen sogar Deutschlands mit sich bringt, muss entweder durch vernünftige Strategien vermindert oder eingedämmt werden. Da dass nicht in ausreichend schnellem Maße passiert, werden größere Gebiete wie der Natupark Westensee als grüne, kühle, feuchte Zufllucht, Erholung und Ausgleichsflächen auch für den Menschen selbst immer wichtiger.Wenn wir derzeit noch bestehende, funktionierende, wertvolle Areale nun für die kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen der Investoren aufgeben, haben wir auf die nächsten Jahrzehnte weitere Wüste erzeugt. Das ist nicht in unserem Interesse und darum bitten wir von der Ausweitung der Flächennutzung in den Naturpark Westensee hinein abzusehen. Ausserdem sehe ich nicht, dass im Naturpark Westensee und in der Gemeinde Westensee sachgerecht abgewogen und in Zusammenarbeit mit Natur-und Umweltverbänden gemeinsam über Ausschlussgebiete und eventuell zu nutzende Gebiete entschieden wird. Hier stehen ausschließlich unternehmerischen Interessen im Vordergrund. Ich schließe mich insofern den Forderungen des BUND an. Dessen Kernforderungen	Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	lauten: 1. Für die Windenergie sind landesweit höchstens 2% der Fläche als Vorranggebiete auszuweisen. 2. Naturschutzvorranggebiete wie Nationalparke, Naturschutzgebiete, Natura 2000-Flächen, Landschaftsschutzgebiete und Charakteristische Landschaftsräume sind auszunehmen. 3. Die "Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten" ("Helgoländer Papier") der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW) sind verbindlich einzuhalten. 4. Ergänzend zum Vogelschutz und der Berücksichtigung von Zugrouten bei Vögeln müssen Flugkorridore von Fledermäusen nach neuesten Erkenntnissen der Fledermaus-Forschung freigehalten werden. 5. Zur Ermittlung der Wind-Vorrangflächen steht mit einem Abstand von 400 m zu Einzelhäusern und 800 m zu Siedlungen ein ausreichend großer Suchraum zur Verfügung. Der tatsächliche Abstand der Windenergieanlage, der im Genehmigungsverfahren nach BImSchG und TA Lärm festgelegt wird, muss nach den aktuellsten wissenschaftlichen Erkenntnissen, auch unter gesundheitlichen Aspekten, erfolgen. 6. Der BUND SH fordert eine bedarfsgesteuerte Hinderniskennzeichnung, um das Landschaftsbild zu entlasten und mögliche Einflüsse auf das Verhalten von Zugvögeln zu vermeiden. Eine Strahlenbelastung für Mensch und Natur durch die Bedarfssteuerung soll vermieden werden. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1668	Ich befürworte den Ausbau der Windenerge Nutzung in Schleswig-Holstein und der gesamten Bundesrepublik. Die Windenergie stellt eine umweltschonenende, effiziente Technologie dar.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Allerdings muss die Errichtung der Windkraftanlagen, der daraus entstehende Schaden und die damit verbundenen Kosten für Natur, Mensch und Umwelt sorgfältig geprüft und rücksichtsvoll erfolgen – und gleichmäßig verteilt werden. Auch wünsche ich mir transparente gut gesteuerte Planung und Vorgänge. Die Möglichkeit der Beteiligung der BürgerInnen durch eine Stellungnahme stellt eine Beteiligungsform dar. Danke! Denn gegen die wirtschaftlichen Interessen durch Investoren finanzierte Unternehmungen vorzugehen, stellt ein großes Hindernis dar. Von der Ausweitung der Flächennutzung für Windkraftanlagen im Naturpark Westensee ist meiner Meinung nach abzusehen, denn hier handelt es sich um Gebiete, die der vorrangigen Sicherung der biologischen Vielfalt oder dem Schutz naturnaher oder kulturhistorischer Landschaften dienen. Die besondere Topographie der Landschaft und die geologische eiszeitliche Entstehungsgeschichte hat für eine besondere Landschaft und die dazugehörigen Biotope gesorgt. Fledermäuse, Brutgebiete und Durchzugsgebiete von Vögel und Reviere von Seeadlern konnten hier entstehen. Weiterhin kommt dieser Landschaft, die große nicht besiedelte Areale aufweist, ein besonderer Erholungsfaktor auch für den Menschen zu. Die fortschreitende Klimakatastrophe, die Hitzewellen und sintflutartige Regenfälle schon jetzt in weiten Teilen sogar Deutschlands mit sich bringt, muss entweder durch vernünftige Strategien vermindert oder eingedänmmt werden. Da dass nicht in ausreichend schnellem Maße passiert, werden größere Gebiete wie der Natupark Westensee als grüne, kühle, feuchte Zufllucht, Erholung und Ausgleichsflächen auch für den Menschen selbst immer wichtiger.Wenn wir derzeit noch bestehende, funktionierende, wertvolle Areale nun für die kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen der Investoren aufgeben, haben wir auf die nächsten Jahrzehnte weitere Wüste erzeugt. Das ist nicht in unserem Interesse und darum bitten wir von der Ausweitung der Flächennutzung in den Naturpark Westensee hinein abzusehen. Ausserdem sehe ich nicht, dass im Naturpark Westensee und in der Gemeinde Westensee sachgerecht abgewogen und in Zusammenarbeit mit Natur-und Umweltverbänden gemeinsam über Ausschlussgebiete und eventuell zu nutzende Gebiete entschieden wird. Hier stehen ausschließlich unternehmerischen Interessen im Vordergrund. Ich schließe mich insofern den Forderungen des BUND an. Dessen Kernforderungen lauten:	Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1. Für die Windenergie sind landesweit höchstens 2% der Fläche als Vorranggebiete auszuweisen. 2. Naturschutzvorranggebiete wie Nationalparke, Naturschutzgebiete, Natura 2000-Flächen, Landschaftsschutzgebiete und Charakteristische Landschaftsräume sind auszunehmen. 3. Die "Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten" ("Helgoländer Papier") der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW) sind verbindlich einzuhalten. 4. Ergänzend zum Vogelschutz und der Berücksichtigung von Zugrouten bei Vögeln müssen Flugkorridore von Fledermäusen nach neuesten Erkenntnissen der Fledermaus-Forschung freigehalten werden. 5. Zur Ermittlung der Wind-Vorrangflächen steht mit einem Abstand von 400 m zu Einzelhäusern und 800 m zu Siedlungen ein ausreichend großer Suchraum zur Verfügung. Der tatsächliche Abstand der Windenergieanlage, der im Genehmigungsverfahren nach BImSchG und TA Lärm festgelegt wird, muss nach den aktuellsten wissenschaftlichen Erkenntnissen, auch unter gesundheitlichen Aspekten, erfolgen. 6. Der BUND SH fordert eine bedarfsgesteuerte Hinderniskennzeichnung, um das Landschaftsbild zu entlasten und mögliche Einflüsse auf das Verhalten von Zugvögeln zu vermeiden. Eine Strahlenbelastung für Mensch und Natur durch die Bedarfssteuerung soll vermieden werden. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2609	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein- Fortschreibung 2021-Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)	Die Stellungnahme wird als Zustimmung zum Plan zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde 25776 St. Annen im Kreis Dithmarschen begrüße ich Ihre Entscheidung, die Hauptachse des europäischen Vogelzuges in der Eider-Sorge-Treene-Niederung von einer Bebauung mit Windkraftanlagen freizuhalten. Das Gemeindegebiet von St. Annen mit den Nachbargemeinden Kleve, Schlichting, Lehe, Lunden, Krempel und Fedderingen ist das Brutgebiet vieler artengeschützter Vögel (FFH-Gebiet Lundener Niederung), dieser einmalige Landschaftscharakter in Schleswig-Holstein mit seinem Biotopverbundsystem und der Avifauna gilt es zu erhalten. Diese Gebietskulisse mit schützenswerten Feuchtgebieten, Seeadlerhorste, Wiesenvögelbrutgebieten, brütende Rotmilane, sowie einer überproportional hohen Fledermauspopulation ist aus naturschutzfachlicher Sicht frei zu halten vom Windkraftausbau. Eine Akzeptanz der Bürger für den Windkraftausbau gibt es in Sankt Annen nicht! Mit freundlichem Gruß	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1665	Sehr geehrte Damen und Herren, wir, die Firma [redacted], sind ein Projektierer für Erneuerbaren Energien und planen Windparks in Schleswig-Holstein. Im Zuge der Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 und der auf dieser Grundlage anstehenden Regionalplanung nehmen wir zu folgender Potentialfläche für die Windenergienutzung Stellung: **Potentialfläche PR3_STE_032:** Die Potentialfläche PR3_STE_032 bei Beidenfleth, in der Gemeinde Beidenfleth eignet sich als Vorranggebiet für die Windenergienutzung. Unter der Berücksichtigung des 1.000 m Siedungsabstands sowie der „Rotor-innerhalb“-Vorgabe verbleibt eine ausreichend große Fläche für die Windenergienutzung von über 80 ha. Die Potentialfäche weist lediglich im östlichen Bereich eine Überlagerung mit dem Grundsatz “Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung“ auf. Bei der Ausweisung der Potentialfläche PR3_STE_032 als Vorranggebiet für Windenergienutzung verbleibt ein mehr als 1 km breiter Korridor für den im Grundsatz Vogelzug verorteten Gebiet, der von Windenergieanlagen frei bleibt. Einem etwaigen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	artenschutzrechtlichen Restrisiko kann durch Vermeidungsmaßnahmen auf Genehmigungsebene begegnet werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass räumlich direkt nordwestlich angrenzend zur Potentialfläche PR3_STE_032 bereits Bestands-Windenergieanlagen sind und deren Fläche im Regionalplan von 2020 als Vorranggebiet für die Windenergienutzung PR3_STE_072 ausgewiesen wurde. Dieses Vorranggebiet und die Bestandsanlagen überlagern sich im östlichen Bereich ebenfalls mit dem Grundsatz “Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung“. Abschließend weist die Potentialfläche PR3_STE_032 keine weiteren Überlagerungen mit Grundsätzen der Raumordnung gemäß dem LEP-Entwurf auf. Wir bitten daher um Ausweisung der Potentialfläche PR3_STE_032 als Vorranggebiet für die Windenergienutzung. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1664	Sehr geehrte Damen und Herren, wir, die Firma [redacted], sind ein Projektierer für Erneuerbaren Energien und planen Windparks in Schleswig-Holstein. Im Zuge der Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 und der auf dieser Grundlage anstehenden Regionalplanung nehmen wir zu folgende Potentialfläche für die Windenergienutzung Stellung: **Potentialfläche PR3_LAU_029**: die Potentialfläche PR3_LAU_029 bei Gudow, in den Gemeinden Lehmrade und Gudow, eignet sich als Vorranggebiet für die Windenergienutzung. Unter der Berücksichtigung des Waldabstands von 30 m, des 1.000 m Siedungsabstands, des nördlich liegendem Biotop (Bannauer-Kehrsener Moor) sowie der „Rotor-innerhalb“-Vorgabe verbleibt eine ausreichend große Fläche für die Windenergienutzung von über 90 ha. Die Hauptablehnungsgründe im Regionalplan 2020 (Rotmilan und 1.000 m Siedlungsabstand) stellen mit dem aktuellen Zuschnitt der Potentialfläche kein Hindernis mehr für die Windenergie dar. Zudem gilt auch hier, dass	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bei den Abstandsradien um den Rotmilanhorst die aktuellen Vorgaben des BNatSchG und die auf Genehmigungsebene verfügbaren effektiven Vermeidungsmaßnahmen zu berücksichtigen sind. Der nördliche Teil der Fläche wird vom Biotopverbundsystem und dem Randbereich des 3.000 m Umkreises von Schlafgewässer von Kranichen überlagert. Aufgrund der in diesem Landschaftsraum geringen Vorbelastung durch Windenergieanlagen sehen wir im Randbereich des 3.000 m Umkreises keine Gefährdung für die Kraniche und deren potentiellen Einflugschneisen zum Schlafgewässer Oldenburger See. Die Fläche liegt vollständig im Naturpark Lauenburgische Seen. Durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung der Potentialfläche kann hier von keiner wesentlichen Beeinträchtigung des Naturparks durch die Windenergienutzung ausgegangen werden. Wir bitten daher um Ausweisung der Potentialfläche PR3_LAU_029 als Vorranggebiet für die Windenergienutzung. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1663	Sehr geehrte Damen und Herren, wir, die Firma [redacted], sind ein Projektierer für Erneuerbaren Energien und planen Windparks in Schleswig-Holstein. Im Zuge der Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 und der auf dieser Grundlage anstehenden Regionalplanung nehmen wir zu folgenden Potentialflächen für die Windenergienutzung Stellung: **Potentialfläche PR3_SEG_061:** Die Potentialfläche PR3_SEG_061 bei Bimöhlen in der Gemeinde Großenaspe eignet sich als Vorranggebiet für die Windenergienutzung. Unter der Berücksichtigung des Waldabstands von 30 m, des 1.000 m Siedungsabstands sowie der “Rotor-innerhalb”-Vorgabe verbleibt eine über 130 ha große Fläche für die Windenergie. Durch die Lage in der Nähe zur A7 und den Windenergieanlagen westlich der A7 bei Wiemersdorf und Großenaspe besteht bereits eine infrastrukturelle Prägung des Gebiets. Im Gegensatz zu den südlich von Bimöhlen gelegenen Potentialflächen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffer 4.14.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	weist die Potentialfläche PR3_SEG_061 keine Überschneidungen mit den Abstandsradien von Groß- und Greifvogelhorsten auf. Folglich ist die Potentialfläche PR3_SEG_061 bzgl. einer Bewertung der Umfassungswirkung von Ortslagen vorrangig bei der Ausweisung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung zu berücksichtigen. Der Überlagerung des östlichen Bereichs mit dem Umkreis von Schlafgewässern der Kraniche kann auf Genehmigungsebene durch Erfassung und Bewertung der Flugbewegungen sowie einer Habitatpotentialanalyse und ggf. erforderlicher artenschutzrechtlicher Vermeidungsmaßnahmen begegnet werden. Wir bitten daher die Potentialfläche PR3_SEG_061 als Vorranggebiet für Windenergienutzung auszuweisen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted] [redacted]	
Institution: Blanke Meier Evers Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB, Keine Abteilung ID: 1659	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegend übersenden wir Ihnen unsere Stellungnahme mit der Bitte um Beachtung. Mit freundlichen Grüßen Sehr geehrte Damen und Herren, wir vertreten die rechtlichen Interessen der Windpark [redacted], vertreten durch den einzelvertretungsberechtigten Geschäftsführer [redacted] sowie die [redacted], vertreten durch ihre stellvertretende Bürgermeisterin Frau [redacted]. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 — 1. Entwurf Juni 2024, erlauben wir uns namens und im Auftrag unserer Mandantinnen folgende Stellungnahme	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Eine Verhinderungsplanung liegt nicht vor. Gegenstand des Entwurfs eine die Positivausweisung von Vorranggebieten für Windenergie auf mehr als 3% der Landesfläche gemäß den bundesgesetzlichen Vorgaben des WindBG. Durch den Plan werden im Gegensatz zur bisherigen Windplanung keine Flächen ausgeschlossen. Eine fehlerhafte Abwägung bei der Festlegung der Wiesenvogel-Brutgebiete als Ziel der Raumordnung ist nicht erkennbar. Die Landesplanung hat sich bewusst dafür entschieden, die Gebiete aus den genannten Gründen freizuhalten und nicht der Einzelentscheidung auf der Zulassungsebene zu überlassen. Bezüglich der weiteren Punkte aus der Stellungnahme wird im Übrigen auf die allgemeine Synopse und hier insbesondere auf Ziffer 4.18, 4.19 und 7.14 verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	in tatsächlicher (I.) und rechtlicher (1l.) Hinsicht: Die Gemeinde Langenhorn hat auf Grundlage eines entsprechenden Aufstellungsbeschlusses am 13.12.2023 einen Flächennutzungsplanentwurf zwecks Ermöglichung der Windenergienutzung entwickelt. Mit der 21. Änderung des Flächennutzungsplans möchte die Gemeinde die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windenergieanlagen im Bereich des westlichen Langenhorner Alten Kooges schaffen. Der räumliche Geltungsbereich der 21. Änderung des Flächennuzungsplans zur Windenergienutzung erstreckt sich über zwei Teilbereiche im Alten Langenhorner Koog und hat eine Gesamtgröße von etwa 214 ha. S. 5, Anlage 1. Die Gemeinde reagiert hiermit auf veränderte rechtliche, technische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen und greift nunmehr die Planung aus dem Jahre 2015 wieder auf. Der als Anlage 1 beigefügte Planbegründungsentwurf befindet sich derzeit in der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange. Die Windpark [redacted] plant die Entwicklung und den Betrieb von Windenergieanlagen auf den relevanten durch den Flächennutzungsplan ausgewiesen Flächen. Die Regelungen des aktuellen Planentwurfs würden bei ihrem Inkrafttreten die geplante Ausweisung der 21. Änderung des Flächennutzungsplans kategorisch und endgültig ausschließen. Grund ist, dass die relevanten Teilflächen zum größten Teil von der geplanten Darstellung „Wiesenvogel Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten“ ausweislich der Anlage 2 zu 8 1 LEPWindVO und dem entsprechenden Planungsziel 16 betroffen wären. Diesbezüglich heißt es auf Seite 58, Kapitel 4.5.1 des Plantextes: „In Wiesenvogel-Brutgebieten mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind die Ausweisungen von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen. Die Wiesenvogel-Brutgebiete mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind in der Karte (Anlage 2 zu $ 1 LEPWindVO) festgelegt.“ Dementsprechend hat das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport nach Information über die 21. Änderung des Flächennutzungsplans mit Schreiben vom	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	29. August 2024 mitgeteilt, dass zwar derzeit aufgrund des Entwurfsstandes des Landesentwicklungsplanes dem Entwurf der 21. Änderung des Flächennutzungsplans keine Ziele der Raumordnung entgegenstehen. Nichtdestrotz könnte sich aufgrund des Verfahrensfortgangs noch ein entsprechender Änderungsbedarf für die gemeindliche Planung ergeben, so dass die Planung aufgrund der Anpassungspflicht nach 8 1 Abs. 4 BauGB entsprechend zu überdenken sei. II. Insgesamt ist zu konstatieren, dass ein Landesentwicklungsplan (LEP) auf Grundlage der aktuellen Planunterlagen einen unverhältnismäßigen Eingriff in die gemeindliche Planungshoheit darstellt (1.). Zudem werden die Planunterlagen den Anforderungen eines Abwägungsgebots auch zulasten unserer Mandantin nicht ansatzweise gerecht (2.). Grundsätzlich ist das Konzept des LEP eine unzulässige Verhinderungsplanung, denn es geht nicht um die Steuerung und Konzentration von Standorten der Windenergienutzung, sondern es werden allein negative Kriterien als Ziele der Raumordnung bestimmt. Es geht nur um eine Verhinderung der Windenergienutzung, positive Festlegung von Flächen für die Windenergie enthält der Plan nicht, das ist unzulässig (Gierke/Blessing, in: Brügelmann BauGB, Losebls. Stand: März 2018, 8 1 Rz. 331). Zudem wäre selbst und sogar eine konzentrierende Planung nach $ 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB durch Ziele der Raumordnung zeitlich nach dem 1. Februar 2023 ausgeschlossen, vgl. $ 245e Abs.1 Satz 1 BauGB. Das zeigt, dass die mit dem LEP verbundene Absicht des weiträumigen Ausschlusses der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein — erst recht — unzulässig ist. Im Einzelnen: **1. Unverhältnismäßiger Eingriff in die kommunale Planungshoheit** Auf Grundlage der aktuellen Planunterlagen würde der Landesentwicklungsplan (LEP) einen unverhältnismäßigen Eingriff in die durch Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz und Artikel 54 Abs. 1 der Landesverfassung Schleswig-Holstein geschützte kommunale Planungshoheit und Selbstverwaltung darstellen. Durch Raumordnung und Landesplanung kann in die gemeindliche Planungshoheit eingegriffen werden, wobei zur Rechtfertigung überörtliche Interessen in	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	verhältnismäßiger Weise verfolgt werden müssen (Bundesverwaltungsgericht, Beschluss vom 20.08.1992 — 4 NB 20/91, juris). Jede überörtliche Planung muss zwangsläufig zu einem gewissen Grad die Planungshoheit der betroffenen Gemeinden einschränken (Landesverfassungsgericht Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 15.12.1989 — VerfGH 5/88, juris). Nach dem Bundesverwaltungsgericht besteht gegenüber nicht gemeindlichen Planungen auf eigenem eine wehrfähige Rechtsposition der Gemeinde, wenn die Planung „nachhaltig eine hinreichend bestimmte Planung der Gemeinde stört oder wegen seiner Großräumigkeit wesentliche Teile des Gemeindegebiets einer durchsetzbaren gemeindlichen Planung entzieht oder erheblich gemeindliche Einrichtungen beeinträchtigt‘ (Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 27.03.1992 — 7 C 18/91, Juris Rz. 20). Nach dem Bundesverwaltungsgericht darf eine überörtliche Planung im Ergebnis nicht dazu führen, dass der Gemeinde für wesentliche Teile ihres Gebietes eine durchsetzbare Planung unmöglich gemacht wird (Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 11.04.1986, — 4 C 51/83, Juris). Als Selbstgestaltungsrecht wird das aus der Selbstverwaltungsgarantie abgeleitete Abwehrrecht der Gemeinde bezeichnet, wenn die Gemeinde durch Maßnahmen betroffen wird, die das Ortsbild entscheidend prägen und hierdurch nachhaltig auf das Gemeindegebiet und die Entwicklung der Gemeinde einwirken (Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 15.12.2006 — 7 C 1.06, juris). Gemessen daran stellt das im Rahmen der Planunterlagen festgelegte Ziel der Raumordnung in Form der Festlegung der Wiesenvogelbrutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten einen unverhältnismäßigen Eingriff in die kommunale Planungshoheit und Selbstverwaltung der Gemeinde Langenhorn dar. Grund ist erstens, dass die Festlegung als Ziel der Raumordnung wesentliche Teile des Gemeindegebietes betreffen. Zweitens ist aufgrund der Festlegung als Ziel der Raumordnung auch endgültig ausgeschlossen, dass auf den betroffenen Flächen durch einen Bauleitplan die erstmalige Errichtung und Nutzung von Windenergieanlagen ermöglicht werden kann. Da es sich bei der in der Aufstellung befindlichen 21. Änderung des Flächennutzungsplans nicht um eine Planung handelt, die von dem in 8 245e Abs. 1 Satz 2 BauGB genannten Zeitpunkt ein Windenergiegebiet gemäß $ 2 Nr. 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes ausweist, kann die Gemeinde Langenhorn auch von der Gemeindeöffnungsklausel nach 8 245e Abs. 5 Satz 1 BauGB keinen Gebrauch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	machen. Dementsprechend wäre sie endgültig an das raumplanerische Ziel gebunden mit der Folge, dass der aktuelle Flächennutzungsplanentwurf gegen den Landesentwicklungsplan auf Grundlage der aktuellen Planunterlagen verstoßen würde und dementsprechend erwartungsgemäß auch nicht nach 8& 6 Abs. 1 BauGB genehmigt werden würde. Der aktuelle Planentwurf würde die aktuellen Planungsabsichten der Gemeinde als Ausdruck ihrer Planungshoheit sowohl in räumlicher als auch inhaltlicher Hinsicht substantiell und endgültig ausschließen. Somit kann festgehalten werden, dass der LEP auf Grundlage der aktuellen Planunterlagen wegen seiner Großräumigkeit und seinen Inhalten wesentliche Teile des Gemeindegebiets einer durchsetzbaren gemeindlichen Planung und vor allem den aktuellen Planungsabsichten entzieht. Der Gemeinde Langenhorn wird für wesentliche Teile ihres Gemeindegebiets eine durchsetzbare Planung ohne Einschränkung unmöglich gemacht. Dies ist angesichts der Bedeutung von Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz und den Anforderungen des Verhältnismäßigkeitsprinzips nicht mehr rechtmäßig. **2.Abwägungsfehlerhafte Festlegung der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziel der Raumordnung** ei der Aufstellung der Raumordnungspläne sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen, $ 7 Abs. 2 Satz 1 ROG. Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums, die vom Träger der Raumordnung abschließend in textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen abgewogen werden müssen, $ 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG. Abzuwägen sind alle privaten Belange, die „nach Lage der Dinge“ in die Abwägung eingestellt werden müssen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.11.1979 — 4 N 1.78, VerwRspr 1980, 678 (683)). Das notwendige Abwägungsmaterial ist in seiner Tendenz eher weit als eng; dennoch kann der Plangeber nicht „alles“ berücksichtigen müssen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.11.1979 — 4 N 1.78, VerwRspr 1980, 678 (684)). Geringwertige, nicht schutzwürdige und nicht erkennbare Belange kann der Plangeber in seiner Abwägungsentscheidung unberücksichtigt lassen (BVerwG, Beschl. v. 9. 11. 1979 — 4 N 1.78, VerwRspr 1980, 678 (685)). Desto konkreter raumordnungs-rechtliche Festlegungen sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind (OVG	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Münster, Urt. v. 16.02.2024 — 22 D 150/22.AK, BeckRS 2024, 5777, Rz. 218). Festlegungen mit Zielqualitäten müssen nach 8 3 Abs. 1 Nr. 2 abschließend abgewogen sein. Zwar muss die raumordnerische Abwägung regelmäßig keine erschöpfende Abwägung sein. Das Gebot der planerischen Konfliktbewältigung verlangt aber u.a., lösbare Konflikte nicht in nachfolgende Planungsstufen hineinzutragen (Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 8& 7 Rz. 41). Soweit jedoch Ziele der Raumordnung abschließend entschieden werden, muss dem eine umfassende Abwägung im Sinne der Ermittlung und Bewertung der bewirkten öffentlichen und privaten Belange vorausgegangen sein. Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an der Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind (Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 8 7 Rz. 42 m.w.N.). Indem der Landesentwicklungsplan Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten zum Ziel der Raumordnung erklärt, wird den nächstgeordneten Planungs- und Zulassungsbehörden jedwede Abwägungsmöglichkeit genommen. Die Festlegung als Ziel hat insbesondere zur Folge, dass keine Windenergieanlage im Geltungsbereich des Kriteriums genehmigt werden kann, weil ein Verstoß gegen die Ziele der Raumordnung vorläge, $ 35 Abs. 3 Satz 2 BauGB. Da den Planungs- und Zulassungsbehörden kein Abwägungsspielraum bleibt und im Verhältnis zur Fläche des Landes erhebliche Flächenteile ausgeschlossen werden, müsste sich die Abwägung durch die Landesplanungsbehörde kleinteilig und detailliert mit den betroffenen Belangen, insbesondere mit den verschiedenen privaten wie öffentlichen Belangen im Zusammenhang mit der Windenergie auseinandersetzen. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich die Festlegung von Wiesenvogel-Brutgebieten mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziel der Raumordnung durch eine Vielzahl von Abwägungsfehlern auf Grundlage der Planunterlagen aus a)Abwägungsdefizite Zunächst einmal ist festzustellen, dass die öffentlichen wie auch privaten Belange im Zusammenhang mit der Windenergienutzung in den betroffenen Gebieten als relevante Belange nach $ 2 Abs. 2 Nr. 1, Nr. 3 und Nr. 4 ROG sowie die Planungshoheit der Gemeinden ihren Weg nicht in die Abwägung gefunden haben bzw. nicht als Grundlage der Abwägung ermittelt worden sind. So werden insbesondere die betroffenen privaten Belange in Bezug auf die Errichtung und Nutzung von Windenergieanlagen und die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Versorgung mit regenerativen Energien und die kommunale Planungshoheit der betroffenen Gemeinden im Zusammenhang mit der Festlegung mit keinem Wort auf S. 77 bis 78 des Plantextes erwähnt. Es wird lediglich erwähnt, dass die in den betroffenen Gebieten vorhandenen Bestandswindenergieanlagen nur noch Bestandsschutz genießen. Eine Abwägung mit den entsprechend betroffenen Belangen in Bezug auf die Windenergie findet aber nicht statt, sodass ein Abwägungsdefizit festzustellen ist. Auf S. 77 bis 78 des Plantextes heisst es hinsichtlich der betroffenen Teilgebiete, die von Wiesenvögeln besiedelt werden, dass die „fachlichen Schwellenwerte“ für die Kernarten Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer erreicht und überschritten seien. Darüber hinaus findet man allerdings keine Ausführungen zu den einzelnen Arten, ihrem Siedlungsverhalten im konkreten Bereich und ihrer konkret-individuellen Betroffenheiten durch (bestimme Arten von) WEAs. Auch Ausführungen zu etwaigen Schutz- oder Minderungsmaßnahmen, die eine Windenergienutzung In diesen Bereich für die jeweiligen Arten vertretbar machen könnte, sucht man vergeblich. b)Abwägungsfehleinschätzung Doch selbst wenn die relevanten öffentlichen und privaten Belange im Zusammenhang mit der Windenergie ihren Weg in die Abwägung gefunden hätte, würde sich das Ergebnis der Abwägung durch eine Abwägungsfehleinschätzung auszeichnen. Grund ist, dass das Gewicht insbesondere des öffentlichen Belangs der Errichtung und des Betriebs von Windenergieanlagen bereits abstrakt falsch eingeschätzt worden ist. So bewertet 8 2 Satz 1 EEG die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen als überragendes Öffentliches Interesse. Dieses Optimierungsgebot wäre bei einer entsprechenden Abwägung nicht berücksichtigt worden, sodass selbst eine unterstellte Abwägung abwägungsfehlerhaft wäre. c)Abwägungsdisproportionalität Selbst wenn man annehmen würde, dass nicht nur die öffentlichen und privaten Belange im Zusammenhang mit der Windenergieerzeugung und die kommunale Planungshoheit ausreichend der Abwägung zugeführt worden sind, keine planfremden Ziele und Belange herangezogen und auch 8 2 Satz 1 EEG im Rahmen der Abwägung ausreichend Rechnung getragen worden wäre, wäre das Abwägungsergebnis aufgrund einer Abwägungsdisproportionalität abwägungsfehlerhaft. Denn das Abwägungsergebnis hat zwischen den verschiedenen Belangen keinen angemessenen Ausgleich hergestellt und würde gegen das Übermaßverbot verstoßen. Grund ist, dass	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	das formulierte Ziel eine Windenergienutzung in den betroffenen Flächen kategorisch und endgültig ausschließt. Diesbezüglich heißt es auf S. 77 bis 78 der Planbegründung: „Aufgrund seiner Lage hat Schleswig-Holstein national eine besondere Bedeutung für Wiesenvogelschutz. Einhergehend mit dem Landschaftswandel besteht seit den letzten Jahrzehnten ein Rückgang der Wiesenvogelpopulationen. Zum Schutz der Wiesenvögel sind Brutgebiete mit besonders hoher Siedlungsdichte bei einer Ausweisung von Windenergiegebieten ausgenommen. Diese Teilgebiete weisen Siedlungsdichten auf, die die fachlichen Schwellenwerte für die Kernarten (Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer) erreichen oder überschreiten. Sie sind von sehr hoher Bedeutung für den Wiesenvogelschutz. Diese Gebiete sind daher von der WEA freizuhalten.“ Ausweislich der Begründung sind vom Rückgang der Wiesenvogelpopulationen verschiedene Vogelarten nicht zuletzt der Kiebitz, die Uferschnepfe, der Große Brachvogel und Austernfischer betroffen. Allerdings wird sich an keiner Stelle der Planbegründung mit der konkret-individuellen Betroffenheit bzw. Sensibilität der einzelnen Wiesenvögel im Zusammenhang mit bestimmten Arten von WEAs auseinandergesetzt (s. zuvor lit. a)). Es ist allerdings davon auszugehen, dass unterschiedliche Wiesenvogelarten in unterschiedlicher Weise von bestimmten Arten und Standorten von Windenergiekraftanlagen individuell betroffen sind. Eine derart erforderliche differenzierende Betrachtung und Abwägung finden allerdings nicht statt. Vielmehr ist Ergebnis der Abwägung lediglich, dass die betroffenen Gebiete kategorisch von Windenergieanlagen freizuhalten sind. Ergebnis einer entsprechend erforderlichen vertieften Abwägung könnte aber sein, dass nur bestimmte Gebiete in Bezug auf bestimmte Arten im Hinblick auf bestimmte Windenergieanlagentypen freizuhalten sind. Nicht zuletzt 8& 2 Satz 1 EEG verlangt eine entsprechende differenzierte Betrachtung und Abwägung. Indem allerdings kategorisch sämtliche Wiesenvogelpopulationen der Nutzung durch Windenergieanlagen gegenübergestellt werden, wird die Abwägung diesem erforderlichen Abwägungsmaßstab nicht ansatzweise gerecht. Insofern wird auch kein angemessener Ausgleich zwischen den widerstreitenden Belangen hergestellt. Vor dem dargestellten Hintergrund gehen wir davon aus, dass die Planunterlagen entsprechend überarbeitet werden. Mit freundlichen Grüßen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Henning Bunte LL.B.) -Rechtsanwalt- pro absente: (Dr. Anreas Hinsch) -Rechtsanwalt- (Planungsinformationen)	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1662	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehmen wir Bezug auf den ersten Entwurf des Landesentwicklungsplanes und die sich daraus ergebenden Ziele und Grundsätze des Landes. Insbesondere geht es um das Gebiet der ehemaligen Potenzialfläche PR2_RDE_307 in den Gemeinden Rodenbek, Rumohr und Schierensee, nördlich des Rumohr Holzes. Wir sprechen uns hiermit für die Ausweisung dieser Fläche als Windvorrangfläche aus und möchten mit dem beigefügten Gutachten der Firma [redacted] die artenschutzfachliche und landschaftsplanerische Eignung dieses Gebietes stärken. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	_____ [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1661	**Stellungnahme zur Aufnahme des Potentialgebietes „PR3_OHS_071“ (Ahrensbök/Schwochel, Gemarkung Böbs, Flur [redacted] und [redacted] sowie Gemarkung Schwochel Flur [redacted] und [redacted])** Sehr geehrte Damen und Herren, erfreut haben wir, [redacted], die Entscheidung des Planungsverbandes zur Kenntnis genommen, das Potentialgebiet „PR3_OHS_071“ (Ahrensbök/Schwochel Gemarkung Böbs, Flur [redacted] und [redacted] sowie Gemarkung Schwochel Flur [redacted] und [redacted]) in dem Entwurf aufzunehmen. Denn auf Flurstücken dieses Potentialgebietes planen wir die Umsetzung eines Windprojekts. Dafür konnten wir im Bereich dieses Gebietes bereits langfristige Nutzungsverträge abschließen. Bei Bedarf erhalten Sie gerne konkretere Angaben zu den gesicherten Flurstücken und zum Sicherungsumfang. Wie üblich bei einer solchen Projektentwicklung stehen uns auch	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffer 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Landesplanung ist bestrebt, Vorranggebiete auszuweisen, auf denen WEA möglichst effizient, also mit möglichst vielen Volllaststunden pro Jahr betrieben werden können. In der Abwägung auf Regionalplanebene werden also Flächen mit geringen zu erwartenden Abschaltzeiten solchen mit wahrscheinlich häufigeren Abschaltzeiten vorgezogen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dingliche Rechte zu. Auch spricht für diese Standortwahl, dass artenschutzrechtliche Belange nicht [mehr] entgegenstehen. Für ein Repowering-Projekt in den Vorranggebieten „PR3_OHS_068“ und „PR3_OHS_069“ in Ahrensbök haben wir Kartierungen durchführen lassen. Für das angrenzende Potentialgebiet „PR3_OHS_071“ (Ahrensbök/Schwochel Gemarkung Böbs, Flur [redacted] und [redacted] sowie Gemarkung Schwochel Flur [redacted] und [redacted]) wurde bereits eine Kartierung für die nächste Kartiersaison beauftragt. Für das Repowering-Projekt ergaben sich folgende potenzielle artenschutzrechtliche Konflikte, die allesamt durch geeignete und verhältnismäßige Minderungsmaßnahmen hinreichend gesenkt wurden. Das Projekt wurde mit diesen Maßnahmen erfolgreich genehmigt. Im Folgenden zeigen wir die Konflikte und Maßnahmen aus dem Repowering-Projekt auf und unsere Einschätzung auf die Auswirkung auf das Erweiterungsgebiet: Seeadler: Zwei Seeadlerhorste befanden sich im erweiterten Prüfbereich des Repoweringvorhabens. Ein mögliches Tötungs- und Verletzungsrisiko des Seeadlers wegen ggf. erhöhter Aufenthaltswahrscheinlichkeit auf der Basis von Raumnutzungserfassungen konnte durch geeignete Minderungsmaßnahmen hinreichend gemindert werden. Das Potentialgebiet „PR3 OHS 071“ befindet sich lediglich im erweiterten Prüfbereich eines der vormals kartierten Seeadlerhorste und weist damit ein voraussichtlich geringeres Konfliktpotential im Hinblick auf den Seeadler auf. Rotmilan: Der nordöstlich des Potentialgebietes befindliche Rotmilanhorst lag für das Repoweringvorhaben teilweise im Nahbereich (zwei von fünf Anlagen). Dennoch konnte der artenschutzrechtliche Konflikt durch eine geeignete Minderungsmaßnahme und Zahlungen ins Artenhilfsprogramm gelöst werden. Für das Vorhaben in der Potentialfläche ist er weniger kritisch, da er nur noch im zentralen Prüfbereich zu drei der geplanten vier WEA-Standorte innerhalb des Potentialgebietes liegt. Nach Stand der erfolgten Kartierungen gibt es in der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Potentialfläche „PR3_OHS_071“ weniger Konfliktpotential. Mit der nun beauftragten Kartierung wird dazu eine aktuelle Datenlage vorliegen. Weißstorch: Überdies befindet sich anhand der letzten Kartierungen ein Weißstorchhorst außerhalb des erweiterten Prüfbereichs der Potentialfläche. Auch hier war der potenzielle artenschutzrechtliche Konflikt für das Repoweringvorhaben größer als für die Potenzialfläche im Süden, konnte jedoch ebenfalls hinreichend durch Zahlungen ins Artenhilfsprogramm gemindert werden. Dies alles unterstützt Ihre Entscheidung noch einmal ausdrücklich, das Gebiet „PR3_OHS_071“ (Ahrensbök/Schwochel Gemarkung Böbs, Flur [redacted] und [redacted] sowie Gemarkung Schwochel Flur [redacted] und [redacted]) als Potentialfläche in den Entwurf aufzunehmen. Wir bedanken uns für die erneute Prüfung durch den Planungsverband und die Aufnahme des Gebietes in den Planungsentwurf. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson	Sehr geehrte Damen und Herren, wir, die Firma [redacted], sind ein Projektierer für Erneuerbaren Energien und	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: 1660	planen Windparks in Schleswig-Holstein. Im Zuge der Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 und der auf dieser Grundlage anstehenden Regionalplanung nehmen wir zu folgenden Potentialflächen für die Windenergienutzung Stellung: **Potentialfläche PR3_OHS_037**: Die Potentialfläche PR3_OHS_037 bei Kleinmeinsdorf in den Gemeinden Bösdorf und Bosau, eignet sich als Vorranggebiet für die Windenergienutzung. Unter der Berücksichtigung des 1.000 m Siedlungsabstands und der “Rotor-innerhalb”-Vorgabe verbleibt eine Fläche von über 90 ha. Die Lage der Potentialfläche im Naturpark “Holsteinische Schweiz” ist mit der Windenergienutzung vereinbar. Zum einen wird die Potentialfläche zum Großteil ackerbaulich genutzt. Zum anderen ist im Regionalplan von 2020 bereits eine Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung in diesem Bereich des Naturparks erfolgt. Die Windenergienutzung stellt folglich keine wesentliche Beeinträchtigung für die Funktion des Naturparks dar. Im Osten der Potentialfläche liegen ca. 4 Hektar im Landschaftsschutzgebiet “Holsteinische Schweiz”. Diese randliche Überschneidung der potentiellen Windenergienutzung mit dem LSG ist somit als verträglich einzustufen. Das im südlichen Bereich verlaufende Biotopverbundsystem entlang der Majenfelder Au für die Windenergie nicht hinderlich. Es ist davon auszugehen, dass die weiteren Ausläufer dieses Biotopverbundsystems in den ackerbaulich genutzten Bereich durch die Windenergie nicht wesentlich beeinflusst werden. Zusätzlich können die Kleinstbiotope und der Kernbereich des Biotopverbundsystems durch ein ausgewogenes Windparklayout auf der Ebene der Genehmigungsplanung Berücksichtigung finden. Die Potentialfläche liegt nicht mehr im potenziellen Beeinträchtigungsbereich um Seeadlerhorste außerhalb des Dichtezentrums. Die Potentialfläche befindet sich im Randbereich der Stadt- und Umlandverdichtungsräume Plön, Bad Malente-Gremsmühlen und Eutin. Diesen Verdichtungsräumen bleibt somit auch nach der Ausweisung der Potentialfläche als Vorranggebiet für Windenergienutzung ausreichend Raum. Dementsprechend ist der Windenergienutzung im Zuge des überragenden öffentlichen Interesses gemäß § 2 EEG die vorrangige Nutzungsmöglichkeit einzuräumen ist. Wir bitten daher die Potentialfläche PR3_OHS_037 als Vorranggebiet für Windenergienutzung auszuweisen. **Potentialfläche PR3_OHS_029:** Die Potentialfläche PR3_OHS_029 bei Wöbs, in den Gemeinde Seedorf und Bosau, eignet sich als Vorranggebiet für die Windenergienutzung. Unter der Berücksichtigung des Waldabstands von 30 m, des 1.000 m Siedungsabstands sowie der “Rotor-innerhalb”-Vorgabe verbleibt eine über 100	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ha große Fläche für die Windenergie. Die Potentialfläche liegt innerhalb des Naturparks Holsteinische Schweiz. Die Lage der Potentialfläche im Naturpark “Holsteinische Schweiz” ist mit der Windenergienutzung vereinbar. Zum einen wird die Potentialfläche zum Großteil ackerbaulich genutzt. Zum anderen ist im Regionalplan von 2020 bereits eine Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung in diesem Bereich des Naturparks erfolgt. Die Windenergienutzung stellt folglich keine wesentliche Beeinträchtigung für die Funktion des Naturparks dar. Insbesondere der nördliche Teil der Fläche wird von keinen weiteren Grundsätzen der Planung überlagert. Im Südosten existiert bereits eine raumbedeutsame Nutzung durch eine Hochspannungsfreileitung. Das Biotopverbundsystem entlang der Liethmoorau durchquert die Potentialfläche mittig von Ost nach West und im südlichen Randbereich. Der südliche Bereich kann durch bestehende Infrastruktur und der Hochspannungsleitung ohnehin nur begrenz durch Windenergieanlagenstandorte genutzt werden, weshalb das Biotopverbundsystem von der Windenergie nicht wesentlich beeinflusst wird. Zusätzlich kann durch sorgfältige Standortplanung der Windenergieanlagen das Biotopverbundsystem entlang der Liethmoorau im Rahmen des Genehmigungsverfahren ausreichend berücksichtigt werden. Insgesamt sehen wir in dieser Potentialfläche keine wesentliche Beeinträchtigung durch die Windenergienutzung und bitten, die Potentialfläche “PR3_OHS_029” als Vorranggebiet für die Windenergienutzung auszuzuweisen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted] [redacted]	
Institution: Landesjagdverband Schleswig-Holstein e.V. ID: M2446	Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land möchten wir, [redacted], unsere Stellungnahme zu den Planungen einreichen. Die Fortführung des Kapitels 4.5.1, einschließlich der Anlagen 1 bis 3 – Plantext, Karte und Umweltbericht – betrifft wesentliche Aspekte unserer Umwelt- und Naturschutzbelange.	Zur Beantwortung wird auf die Ziffer 4.13.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die "Ausweisung der Konfliktbereiche zum Thema „Windenergie an Land“ in Bezug auf den Rotwildwegeplan für Schleswig-Holstein" des Landesjagdverbandes kann bei der Abwägung zur Ausweisung der Vorranggebiete auf Ebene der Regionalpläne herangezogen werden. Eine weitergehende pauschale Freihaltung über die Brückenköpfe und einen zentralen Korridor hinaus (so wie in der LEP-Karte dargestellt) wird nicht für

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Unsere Analyse zeigt, dass die Planungen zur Windenergie landesweit 103 Konfliktbereiche identifiziert haben, in denen die Fernwechsel, die als zentrale Wanderkorridore des Rotwildes fungieren, direkt betroffen sind. Zudem wurden bei der Verschneidung der erweiterten Wanderkorridore insgesamt 1.223 Konfliktpunkte ermittelt. Diese Konfliktbereiche werden kartografisch im Kontext der sieben Rotwildcluster im Land dargestellt. Die große Anzahl der identifizierten Konfliktbereiche weist darauf hin, dass die geplanten Windkraftvorhaben die bereits stark eingeschränkten Wanderbewegungen des Rotwildes weiter zum Erliegen bringen könnten. Dies würde die Lebensgrundlage des Rotwildes erheblich gefährden und könnte gegen Artikel 20a des Grundgesetzes sowie die §§ 1 und 21 des Bundesnaturschutzgesetzes verstoßen. Wir bitten daher um eine gründliche Prüfung unserer Stellungnahme, die wir diesem Schreiben als Anlage beifügen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Interessen des Naturschutzes und der Jagd im weiteren Planungsprozess angemessen berücksichtigt werden. Für Rückfragen oder eine vertiefende Diskussion stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wir danken Ihnen im Voraus für Ihre Aufmerksamkeit und die Berücksichtigung unserer Einwände. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted] [redacted] Anlagen: Stellungnahme zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Windenergie an Land	erforderlich gehalten. Ggf. können Maßnahmen zur Konfliktminimierung auf Ebene der Genehmigung festgelegt werden.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1658	Sehr geehrte Damen und Herren, wir, die Firma [redacted], sind ein Projektierer für Erneuerbaren Energien und planen Windparks in Schleswig-Holstein. Im Zuge der Teilfortschreibung Windenergie an	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 und der auf dieser Grundlage anstehenden Regionalplanung nehmen wir zu folgender Potentialfläche für die Windenergienutzung Stellung: **2. Potentialfläche PR3_STO_037:** Die Potentialfläche PR3_STO_037 in den Gemeinden Neversdorf, Leezen, Groß Niendorf und Travenbrück eignet sich als Vorranggebiet für die Windenergienutzung. Zunächst ist festzuhalten, dass innerhalb der Potentialfläche bereits zwei Vorranggebiete für die Windenergienutzung PR3_SEG_057 und PR3_STO_004 rechtskräftig ausgewiesen und mit insgesamt sechs Windenergieanlagen bebaut sind. Zudem läuft durch die Potentialfläche eine Hochspannungsfreileitung. Somit ist festzustellen, dass das in den südöstlichen Bereich der Potentialfläche hineinragende Landschaftsschutzgebiet (LSG) kein Hinderungsgrund für die Windenergienutzung darstellt. Zum einen weist das LSG in diesem Bereich durch die Hochspannungsleitung und die angrenzenden Windenergieanlagen bereits eine raumbedeutsame Nutzung auf und zum anderen überschneidet sich die Potentialfläche nur mit dem westlichen Randbereichs des LSGs, der ackerbaulich genutzt wird. Die Windenergienutzung stellt dort folglich keinen Eingriff in besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von LSGs dar. Diese Bewertung gilt äquivalent zur Lage der Regionalen Grünzüge. Auch der Grünzug wird nur im Randbereich vom südlichen Teil der Potentialfläche überlagert, wo bereits die bestehenden Windkraftanlagen und die Hochspannungsfreileitung sind. Daher ist durch die Ausweisung der Potentialfläche als Vorranggebiet für Windenergienutzung keine nennenswerte Beeinträchtigung der Funktionen des Grünzugs zu erwarten. Die innerhalb der Potentialfläche liegenden Kleinstbiotope sind im Wesentlichen Wälder, bei denen unter Berücksichtigung des 30 m – Waldabstands keine Beeinträchtigung durch die Windenergienutzung zu erwarten ist. Der nördliche Bereich wird von den Abstandspuffern um zwei Groß- und Greifvogelhorste überlagert. Ausgehend von den angelegten Abstandsradien schlussfolgern wir, dass das Land SH hier zwei vermeintliche Rotmilan- und Seeadlerhorste gepuffert hat. Die vom Land SH zugrunde gelegte Datenbasis scheint hier jedoch enicht aktuell zu sein. Zum einen wurde im Regionalplan von 2020 festgehalten, dass die damalige Potentialfläche nicht mehr innerhalb des potenziellen Beeinträchtigungsbereichs um einen Seeadlerhorst liegt. Zum anderen konnte durch den von uns beauftragten Gutachter in diesem Sommer 2024 weder östlich noch westlich des in der Gemeinde Neversdorf befindlichen Teils der Potentialfläche ein besetzter Rotmilan- oder Seeadlerhorst ermittelt werden. Ohnehin ist der gewählte Abstandspuffer von 1.500 m um einen Rotmilanhorst artenschutzrechtlich nicht begründet, da gemäß Anlage 1 BNatSchG außerhalb des zentralen Prüfbereichs	Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von 1.200 m um den Horst i.d.R. kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko zu erwarten ist. Unabhängig von der fehlerhaften Datenerfassung ist allgemein festzuhalten, dass sowohl für den Rotmilan als auch Seeadler anerkannte und effektive artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen wie z.B. Antikollisionssysteme verfügbar sind, die eine artenschutzkonforme Windenergienutzung auch innerhalb des zentralen Prüfbereichs um die Horststandorte gewährleisten. Selbst bei Berücksichtig der fehlerhaften Datenbasis des Landes für den Rotmilanhorst, führe die aufgrund der Bestandsanlagen durchzuführende Einzelfallprüfung gemäß LEP dazu, dass ein 1.000 m – Radius um den vermeintlichen Horststandort ausreichend ist. Für den Seeadler kann zudem eine Habitatpotentialanalyse die Regelannahme für den zentralen Prüfbereich widerlegen. Folglich ist insbesondere der in den Gemeinden Neversdorf und Leezen liegende Teil der Potentialfläche PR3_STO_037 als Vorranggebiet für die Windenergienutzung auszuweisen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted] [redacted]	
Institution: Gemeinde Süderau, via Amt Krempermarsch , Bauamt ID: M1657	Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Süderau gibt zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein folgende Stellungnahme ab: Die Gemeinde Süderau wird auf dem Flurstück 65/7 Flur 9 ein neues Feuerwehrhaus und ein Gemeindehaus errichten. Zusätzlich plant die Gemeinde eine Dorferweiterung. Das ist nur auf den Flurstücken 65/7 östlich vom Ortskern der Gemeinde möglich. Um das Vorhaben umzusetzen, benötigt die Gemeinde einen Streifen von ca. 80 Meter Breite östlich des Dorfes. Zudem verläuft ca. 1.000 Meter vom Ortskern entfernt die neue 800 Gasleitung der Gasuni. Bei einer evtl. Planung von Windkraftanlagen auf den Potenzialflächen in der Gemeinde Süderau soll der Abstand so geplant werden, dass die Gemeinde die genannten	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bauvorhaben durchführen kann. Anliegend übersende ich Ihnen den Beschlussauszug der Gemeindevertretung vom 27.08.2024. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted] Amt Krempermarsch Der Amtsvorsteher Bauamt Tel.-Nr. [redacted] Fax-Nr. [redacted] [redacted] [redacted] [redacted] [redacted] [redacted] [Beschlussauzug] _BESCHLUSSAUSZUG der Sitzung der Gemeindevertretung Süderau vom 27.08.2024 zu 6. Beratung und Beschlussfassung über eine Stellungnahme der Gemeinde Süderau zur Landesplanung Teilfortschreibung Windenergie	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorlage: VO/5272/24 Protokoll: Mit der Teilfortschreibung soll das Kapitel 4.5.1 des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 zum Thema Windenergie an Land neu gefasst werden. Der Landesentwicklungsplan legt die landesweit geltenden Ziele und Grundsätze für die Windenergienutzung an Land fest. Wesentlicher Anlass für die Teilfortschreibung ist die Verpflichtung der Bundesländer aus dem Windenergieflächenbedarfsgesetz, die dort festgesetzten Flächenziele fristgemäß zu erreichen. Es sollen die grundlegenden Rahmenbedingungen für die Festlegung von Windenergiegebieten geschaffen werden. Zudem sollen die Klimaschutzschutzziele des Landes Schleswig-Holstein aus dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz erreicht werden. Mit der Teilfortschreibung sollen die Ziele und Grundsätze - der Raumordnung. hinsichtlich der raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung an Land neu festgelegt werden. Mit den Zielen werden u.a. Bereiche festgelegt, in denen eine Windenergienutzung an Land ausgeschlossen wird. Außerhalb der Bereiche sollen in den Regionalplänen Vorranggebiete für Windenergie unter Berücksichtigung der im Kapite] 4.5.1 festgelegten Grundsätze ausgewiesen werden. Die Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen wird in eigenständigen Verfahren erfolgen und ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land. Der Verordnungsentwurf mit allen Anlagen wird auf der Online-Beteiligungsplattform BOB-SH mit der Internetadresse www.bolapla-sh.de bereitgestellt. Der Bürgermeister erläutert die geplanten Vorhaben der Gemeinde: Die Gemeinde Süderau wird auf dem Flurstück 65/7 Flur 9 ein neues Feuerwehrhaus _und ein Gemeindehaus 'errichten. Zusätzlich plant die Gemeinde eine Dorferweiterung. Das ist nur auf den Flurstücken 65/7 östlich vom Ortkern der Gemeinde möglich. Um das Vorhaben umzusetzen, benötigt die Gemeinde einen Streifen von ca. 80 Meter Breite östlich des Dorfes. Zudem verläuft ca. 1.000 Meter vom Ortskern entfernt die neue 800 Gasleitung der Gasuni. Zu der Dorferweiterung wird über die Breite des benötigten Streifens diskutiert. Da zum jetzigen Planungsstand noch keine konkrete Breite notwendig ist, wird die Breite von 80 Metern belassen. Tenor der Landesplanung ist, nach Möglichkeit im Einvernehmen mit den Gemeinden ohne Konflikte möglichst	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	große Flächen auszuweisen. **<u>Beschluss</u>**: Die Gemeindevertretung beschließt eine Stellungnahme zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein abzugeben. Bei einer evtl. Planung von Windkraftanlagen auf den Potenzialflächen in der Gemeinde Süderau soll der Abstand so geplant werden, dass die Gemeinde die genannten Bauvorhaben durchführen kann. [redacted] [redacted] [redacted] [redacted] Der Auszug entspricht dem Inhalt der Beratung. Krempe, 6. September 2024 Amt Krempermarsch Der Amtsvorsteher	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1656	Sehr geehrte Damen und Herren, wir, die Firma [redacted], sind ein Projektierer für Erneuerbaren Energien und planen Windparks in Schleswig-Holstein. Im Zuge der Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 und der auf dieser Grundlage anstehenden Regionalplanung nehmen wir zu folgender Potentialflächen für die Windenergienutzung Stellung: **1. Potentialfläche PR2_RDE_143:** Die Potentialfläche PR2_RDE_143 bei Sönderby, in der Gemeinde Rieseby und Kosel, eignet sich als Vorranggebiet für die Windenergienutzung. Unter der Berücksichtigung des Waldabstands von 30 m, des	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1.000 m-Siedungsabstands, des nördlich verlaufenden Biotopverbundsystems, der südlich und östlich angrenzenden Kleinstbiotope und des nordöstlich heranragenden Vorbehaltsgebiets Rohstoffsicherung sowie der „Rotor-innerhalb“-Vorgabe verbleibt eine ausreichend große Fläche für die Windenergienutzung von über 30 ha. Die Potentialfläche befindet sich im Randbereich des Naturparks Schlei, sodass hier von keiner wesentlichen Beeinträchtigung des Naturparks durch die Windenergienutzung auszugehen ist und folglich ist der Windenergienutzung im Zuge des überragenden öffentlichen Interesses gemäß § 2 EEG die vorrangige Nutzungsmöglichkeit einzuräumen. Wir bitten daher die Potentialfläche PR2_RDE_143 als Vorranggebiet für Windenergienutzung auszuweisen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted] [redacted]	
Institution: 50Hertz Transmission GmbH ID: M2445	Sehr geehrte Damen und Herren, anhängig erhalten Sie unsere Stellungnahme zum Planverfahren. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte unter Angabe der Vorgangsnummer, welche im Anschreiben angeben ist, an unser Postfach [redacted]. Bitte antworten Sie nicht auf den Absender dieser E-Mail. Hinweis: Im Sinne einer papiersparenden Arbeitsweise genügt der [redacted] die Beteiligung in elektronischer Form per Datenträger oder Download-Link. Das Anschreiben inkl. Unterlagen können Sie uns auch gern digital an unser Postfach [redacted] übersenden. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der LEP Windenergie legt die Rahmenbedingungen für die auf Regionalplanebene auszuweisenden Vorranggebiete Windenergie fest. U. a. werden Ausschlussbereiche definiert, innerhalb derer keine Windenergienutzung stattfinden soll. Damit wird der weit überwiegende Teil der Landesfläche von einer solchen Nutzung ausgeschlossen. Die verbleibenden sogenannten Potenzialflächen stellen dann jene Bereiche dar, innerhalb derer im Rahmen der Einzelfallbetrachtung zwischen den gesetzlich zu erreichenden Zielen im Hinblick auf den Windkraftausbau und den jeweiligen Schutzbelangen abzuwägen ist. Dies ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Insofern können die vorgebrachten Hinweise nur zur Kenntnis genommen werden. Unabhängig davon steht die Landesplanungsbehörde im

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, über die Veröffentlichung im Amtsblatt für Schleswig-Holstein 2024, Ausgabe 17. Juni 2024, Seite 980 sind wir auf das Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Wind-energie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 aufmerksam geworden. Leider wurden wir nicht offiziell als Träger öffentlicher Belange am Verfahren beteiligt. Wir bitten Sie, uns auf Ihre TÖB-Liste zu nehmen und uns zukünftig an Vorhaben der Landesplanung zu beteiligen. [redacted] ist in der Online-Beteiligungsplattform BOB-SH angemeldet (Onlinedienst Landesplanung freigeschaltet), erhält darüber jedoch bis-lang keine Beteiligung. Zum Beteiligungsverfahren: Folgende Unterlagen lagen uns zur Einsichtnahme vor: • Entwurf der Landesverordnung, • Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land, • Karte Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land, • Umweltbericht • Geodaten zu den Zielen. [redacted] betreibt im Planungsgebiet des Landesentwicklungsplanes 380-kV-Freileitun-gen sowie 380-kV-Umspannwerke. Für die nachrichtliche Übernahme der Leitungsverläufe und Umspannwerke in den Kartenteil des Regionalplanes können digitale Daten unter [redacted] abgefordert werden. Bitte geben Sie dazu unsere Registriernum-mer [redacted], das gewünschte Dateiformat und Koordinatenreferenz-system an. Allgemein zu unseren Bestandsanlagen: Es ist ein Freileitungsbereich von 50 m (Anhaltswert) beidseitig der Trassenachse zu beachten, für den Bau-, Nutzungs- und Höhenbeschränkungen bestehen. Innerhalb des Freileitungsbereiches befindet sich der Freileitungsschutzstreifen von ca.	unmittelbaren Austausch mit den jeweiligen Netzbetreibern, um die Netzinfrastruktur und insbesondere den Netzausbau in Einklang mit dem Ausbau der Windenergienutzung zu bringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	35 m (beidseitig der Trassenachse) bei 380-kV-Freileitungen, für den in den entsprechenden Grundbüchern beschränkte persönliche Dienstbarkeiten eingetragen sind. Daraus begründet sich das grundsätzliche Bauverbot im Freileitungsschutzstreifen. Dies gilt auch für Bepflanzungen mit Bäumen und Sträuchern. Zum Kapitel 4.5.1 „Windenergie an Land“: Für die Einordnung von Windkraftanlagen im Bereich von Freileitungen, verweisen wir auf die Einhaltung der Abstandsregelungen nach der DIN EN 50341-2-4. Es ist durch Ergänzungen im Textteil des Regionalplanes sicherzustellen, dass der erfor-derliche Mindestabstand gemäß DIN EN 50341-2-4, zu unseren Freileitungen einge-halten wird. Diese Regelung ist bereits in der Teilfortschreibung im Grundsatz G10 und dessen Begründung B zu 10 auf den Seiten 35 bzw. 48 im Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraum-schutz aufgeführt. Noch nicht festgesetzt sind Abstände zu schutzwürdigen Objekten (bspw. Umspannwerken, Kabelabschnittstationen etc.), die wir bitten, zusätzlich in den Textteil des Landesentwicklungsplanes aufzunehmen: Entsprechend der Muster-Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (MVV TB), Ausgabe 2020/1 des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) gilt ein Mindestabstand von 1,5 x (Rotordurchmesser + Nabenhöhe) der Windenergieanlage als ausreichender Abstand zu gefährdeten Objekten (z.B. Umspannwerk). Wird dieser Mindestabstand unterschritten ist das standortspezifische Risiko durch Eisabwurf bzw. Eisabfall und Bauteilversagen der WEA im Rahmen der Genehmigung einer Windenergieanlage gutachterlich zu prüfen, wenn Verkehrswege, Betriebsgelände und/oder Objekte der kritischen Infrastruktur potenziell gefährdet sind. Voraussetzung für die Bewertung sind Aussagen zur technischen Ausrüstung der WEA (u.a. Condi-tion Monitoring- und Eiserkennungssystem zur Überwachung des technischen Zu-standes), welche dazu beitragen das Restrisiko soweit technisch möglich zu senken. Für die Umspannwerke sind Ausbauperspektiven vorzuhalten (Erweiterung des UW insbesondere für die EE-bedingte Aufnahme der Rückspeisung aus dem VNB-Netz durch weitere 380/110-kV-Transformatoren), eine direkte Annäherung der Windeignungsgebiete ist auch vor dem Hintergrund des Erreichens der klimapolitischen Ziele nicht zu empfehlen. Die sich daraus ergebenden Mindestabstände führen zu einer Verringerung der tat-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sächlich nutzbaren Fläche für Windenergieanlagen. Durch 50Hertz erfolgt im Rahmen der Erstellung des Netzentwicklungsplans Strom (NEP) unter anderem eine regionale Prognose des Zubaus von Windenergieanlagen Onshore. Hierzu ist eine Bereitstellung der im Landesentwicklungsplan festgelegten und neu vorgeschlagenen Eignungsgebiete für Windenergieanlagen in einem Format, das es uns erlaubt, die Daten mit einem Geoinformationssystem weiterzuverarbeiten, notwendig. Wir bitten um Übergabe dieser Daten sobald die Windeignungsgebiete fi-nal festgelegt worden sind. Zu den Planungen der [redacted] im Geltungsbereich: Im Geltungsbereich des Regionalplans wird die [redacted], insbesondere in Folge der zunehmenden Einspeiseleistung durch Erneuerbare Energien, in ihrer Regelzone die horizontale Übertragungskapazität weiter erhöhen müssen, um die gesetzlichen An-forderungen zu erfüllen. Diese bedarfsgerechte Erhöhung der Übertragungskapazität erfolgt sowohl durch Optimierung und Verstärkung bestehender Anlagen als auch durch den Neubau von Anlagen (NOVA-Prinzip: Netz-Optimierung vor Verstärkung vor Ausbau). Zu unserer 380-kV-Leitung [redacted] – Freileitung in Pla-nung Für das Vorhaben 51 relevant sind die Festlegungen mit Bezug zur vorhabenspezifi-schen Planung. Dabei ist lediglich der Grundsatz 10 G „Bestehende und geplante Inf-rastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes“ relevant, welcher bei der Aus-weisung von Vorranggebieten Windenergie durch die Regionalplanung zu berück-sichtigen ist. Daraus ergeben sich jedoch erstmal seitens des Vorhabens 51 keine Bedenken. Der Umweltbericht zur LEP-Teilfortschreibung bezieht sich auf die Daten des Regio-nalplan-Entwurfes 2023. Diese Datenquellen wurden der Strategischen Umweltprü-fung (SUP) im Vorhaben 51 zugrunde gelegt. Zu unserem NordOstLink (DC 31, 32) - Kabelanlage in Planung Das Projekt NordOstLink besteht aus mehreren Leitungsprojekten, welche im Bun-desbedarfsplangesetz in der Anlage 1 unter den Nummern 81, 81a - f festgestellt sind. Für diese Projekte wurde bereits der Antrag auf Planfeststellungsbeschluss nach § 19	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	NABEG durch [redacted] am 28.06.2024 gestellt und die Vollständigkeit wurde durch die Bundesnetzagentur am 29.07.2024 erklärt. Die vorliegende Planung der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ SH weist mehrere potenzielle Vorranggebiete Windenergie aus, welche den beantragen Trassenvorschlag des NOL tangieren. Des Weiteren werden im Suchraum Groß Niendorf – Leezen potenzielle Vorranggebiete Windenergie im näheren Suchradius einer erforderlichen Kabelabschnittsstation (KAS) ausgewiesen (siehe anliegende Karte). Es wird daher gebeten, diese Bereiche bei der Ausweisung potenzieller Vorranggebiete Windenergie zu beachten und zukünftig nicht in die Teilfortschreibung aufzunehmen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass Stromtrassen integraler Bestandteil und notwendige Voraussetzung des Windenergieausbaus sind und im überragenden öffentlichen Interesse stehen. Zu unserem LanWin3 - Kabelanlage in Planung Die [redacted] plant basierend auf ihrer gesetzlichen Verpflichtung aus dem § 17d Abs. 1 Satz 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) in Kooperation mit der [redacted] aktuell das Offshore-Netzanbindungssystem (ONAS) „LanWin3“ (NOR-11-1) im Bereich der deutschen Nordsee mit der Anlandung in der Gemeinde Büsum im Kreis Dithmarschen. Vom Anlandepunkt soll die landseitige Trasse als Erdkabelsys-tem bis zum Netzverknüpfungspunkt (NVP) im Suchraum Heide geführt werden. Die Festlegung des landseitigen NVP erfolgte im Flächenentwicklungsplan (FEP) 2023 sowie im zweiten Entwurf des Netzentwicklungsplans (NEP) 2037/2045 (2023), wel-cher am 01.03.2024 durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) bestätigt wurde. Die vo-raussichtliche Inbetriebnahme des Netzanbindungssystems „LanWin3“ soll im Jahr 2032 erfolgen. Gegenwärtig bereitet die [redacted] die entsprechenden Genehmigungsverfahren vor, in deren Rahmen die konkrete Trassenführung festge-legt wird. Die Planfeststellungsverfahren für den see- und landseitigen Trassenab-schnitt sollen im Jahr 2026 beginnen. Bei der geplanten Ausweisung von potenziellen Vorranggebieten für die Windenergie im Rahmen der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ Schleswig-Holstein liegen z.T. Überschneidungen mit dem landseitigen Korridor zur Trassenfindung für das Pro-jekt „LanWin3“ (Teilabschnitt Landtrasse) vor. Zur Lokalisierung des Bereiches der Überschneidung übermitteln wir Ihnen diesen Korridor als Shape-Datei im Anhang dieses Schreibens und bitten Sie, diese Flächen aus der Teilfortschreibung herauszu-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nehmen. Da es sich bei dem geplanten Offshore-Netzanbindungssystem um ein Vorhaben des überragenden öffentlichen Interesses handelt, das zudem der öffentlichen Sicherheit dient (vgl. § 1 Abs. 3 des Windenergie-auf-See-Gesetzes - WindSeeG) und der zuständige Übertragungsnetzbetreiber der gesetzlichen Verpflichtung zur Errichtung und zum Betrieb des Systems unterliegt, wird seitens der [redacted] um die Berücksichtigung dieses Vorhabens bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen gebe-ten. Zu unserem gemeinsamen Präferenzraum DC42 und DC42plus - Kabelanlage in Planung Die [redacted] plant im Zuge der Energie-wende zur Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtung der Sicherung eines langfristig an-gelegten leistungsfähigen und zuverlässigen Betriebs von Energieversorgungsnetzen iSd § 1 Abs. 2 S. 1 EnWG als zuständiger Übertragungsnetzbetreiber die teilweise Umsetzung der folgenden Höchstspannungsgleichstromerdkabelverbindungen: • Vorhaben DC42 – SüdWestLink (Suchraum [redacted] • Vorhaben DC42+ – SüdWestLink+ (Suchraum [redacted] Während Gleichstromverbindungen bislang als reine Punkt-Zu-Punktverbindungen geplant wurden, soll mit innovativer Technik aus dem OstWestLink (DC40/40+), zusammen mit den Vorhaben NordWestLink (DC41) und SüdWestLink (DC42/42+), das vermaschte Gleichstromnetz „StromNetz DC“ entstehen. Die daran beteiligten Übertragungsnetzbetreiber sind [redacted] Die Vorhaben sind Teil des 2. Entwurf des Netzwicklungsplans 2023-2037/2045 und wurden am 16.11.2023 durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) im Rahmen des Umweltberichtes zum BBPlG veröffentlicht und zur Konsultation gestellt. Am 1.3.2024 bestätigte die BNetzA den 2. Entwurf des Netzentwicklungsplans 2023-2037/2045 und damit auch zuvor genannten Vorhaben. Die Vorhaben werden anschließend in das BBPlG aufgenommen. Mit Erlass des Bundesbedarfsplans durch den Bundesgesetzgeber wird für die darin enthaltenen Vorhaben die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt. Die Feststellungen sind für die ÜNB	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sowie für die Planfeststellung und die Plangenehmigung nach den §§ 43 bis 43d und §§ 18 bis 24 NABEG verbindlich, § 12e Abs. 4 EnWG. Für die Realisierung der Vorhaben wird ein neues, eigenständiges Planungs- und Genehmigungsverfahren (nach dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz - NABEG) durchgeführt. Die Errichtung und der Betrieb sowie die Änderung von Stromleitungen, die in den Anwendungsbereich des NABEG fallen, einschließlich der für den Betrieb notwendigen Anlagen, liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromversorgung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, soll der beschleunigte Ausbau dieser Stromleitungen und Anlagen als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführende Schutzgüterabwägung eingebracht werden, § 1 Abs. 2 S. 1 und 2 NABEG. Mit dem Umweltbericht zum NEP wurden nun erstmalig auch der Präferenzraum für das Vorhaben DC42/DC42+ veröffentlicht und zur Konsultation gestellt, für deren Realisierung in Teilbereichen die 50Hertz ausweislich des Projektsteckbriefes im NEP Vorhabenträgerin ist. Gemäß des durch die BNetzA veröffentlichten Präferenzraumes muss das Vorhaben DC 42/42+ jedoch innerhalb des ausgewiesenen Präferenzraumes errichtet werden. Weitergehende Informationen (sowie Karten unseres Trassenkorridornetzentwurfs inkl. Shape-Dateien) erhalten Sie auf unserer Projektwebsite: [redacted] Zurzeit ermittelt 50Hertz innerhalb des ausgewiesenen Präferenzraumes einen ersten groben Trassenverlauf und wird diesen voraussichtlich im Herbst 2024 im Rahmen des Antrages auf Planfeststellungsverfahren (§19 Antrag) bei der Bundesnetzagentur einreichen. Wir bitten daher um Berücksichtigung unseres Präferenzraumes im Verfahren. Zu-dem bitten wir darum, Ihre Planungen in einem digitalen Format (vorzugsweise als .shp) übersendet zu bekommen, sodass wir diese in unserer Trassenfindung berück-sichtigen können. Planungen der 50Hertz in Schleswig-Holstein basierend auf dem NEP2037/2045 (2023): Leitungsprojekte • Verstärkung der 380-kV-Leitung Hamburg/Nord – Hamburg/Ost und Errich-tung einer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	380-kV-Leitung Hamburg/Ost – Sahms/Nord. Diese Projekte wer-den als P84 M367 bzw. 368mod im Netzentwicklungsplan 2037/2045 (2023) geführt. • Verstärkung der 380-kV-Leitung Güstrow - Wessin - Görries - Suchraum Klein Rogahn - Sahms/Nord – Krümmel und Errichtung einer weiteren 380-kV-Leitung Sahms/Nord - Suchraum Klein Rogahn – Güstrow. Diese Projekte werden als P223 M462a bzw. M224a im Netzentwicklungsplan 2037/2045 (2023) geführt. • Errichtung einer HGÜ-Verbindung Suchraum Heide – Suchraum Klein Rogahn. Dieses Projekt wird als DC31 im Netzentwicklungsplan 2037/2045 (2023) geführt. • Errichtung einer HGÜ-Verbindung Suchraum Pöschendorf – Suchraum Klein Rogahn. Dieses Projekt wird als DC32 im Netzentwicklungsplan 2037/2045 (2023) geführt. • Errichtung einer HGÜ-Verbindung Sahms/Nord – südlicher Landkreis Böblin-gen. Dieses Projekt wird als DC42 im Netzentwicklungsplan 2037/2045 (2023) geführt. • Errichtung einer HGÜ-Verbindung Sahms/Nord – Trennfeld. Dieses Projekt wird als DC42plus im Netzentwicklungsplan 2037/2045 (2023) geführt. Offshoreprojekte • Anbindung eines Offshore-Windparks in der Nordsee im Gebiet N-11 (Zone 3) an den Netzverknüpfungspunkt im Suchraum Heide. Dieses Projekt wird als NOR-11-1 im Netzentwicklungsplan 2037/2045 (2023) geführt. • Anbindung eines Offshore-Windparks in der Nordsee im Gebiet N-12 (Zone 3) an den Netzverknüpfungspunkt im Suchraum Pöschendorf. Dieses Projekt wird als NOR-12-3 im Netzentwicklungsplan 2037/2045 (2023) geführt. • Anbindung eines Offshore-Windparks in der Nordsee im Gebiet N-12 (Zone 3) an den Netzverknüpfungspunkt im Suchraum Pöschendorf. Dieses Projekt wird als NOR-12-3 im Netzentwicklungsplan 2037/2045 (2023) geführt. • Anbindung von Offshore-Windparks (OWP) in der Nordsee an den Netzver-knüpfungspunkt Sahms/Nord. Dieses Projekt wird als NOR-x-3 im Netzent-wicklungsplan 2037/2045 (2023) geführt. • Anbindung von Offshore-Windparks (OWP) in der Nordsee an den Netzver-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	knüpfungspunkt Sahms/Nord. Dieses Projekt wird als NOR-x-9 im Netzentwicklungsplan 2037/2045 (2023) geführt. • Anbindung von Offshore-Windparks (OWP) in der Nordsee an den Netzverknüpfungspunkt im Suchraum Brunsbüttel. Dieses Projekt wird als NOR-x-12 im Netzentwicklungsplan 2037/2045 (2023) geführt. Punktmaßnahmen (nur Neubaustandorte, Maßnahmen an bestehenden Standorten werden nicht erwähnt) • Die Errichtung von 380-kV-Schaltanlagen ist als P364 im Netzentwicklungs-plan 2037/2045 (2023) geführt. Darunter fallen folgende Neubau-Schaltanla-gen in der relevanten Region: − Schaltanlage Sahms/Nord für den Anschluss der 50Hertz Projekte P84 M368mod, NORx-3, NOR-x-9, DC42 und DC42plus − Umspannwerk HH/Nordost als Verknüpfungspunkt zum Verteilnetzbetrei-ber Stromnetz Hamburg Fazit: Wir bitten um Beachtung der o. g. Abstandsforderungen bei der Ausweisung neuer Windeignungsgebiete. Konflikte in den nachfolgenden Genehmigungsverfahren zur Errichtung von EE-Anlagen führen sonst zur Verzögerung/Verhinderung des notwendigen 380-kV-Netzausbau durch 50Hertz, welcher zur Aufnahme der Einspeisungen aus EE-Anlagen (Wind und PV) und damit dem Erreichen der klimapolitischen Ziele zwingend erforderlich ist. Um perspektivisch den Ersatz bestehender 220-kV-Leitungen durch einen 380-kV-Freileitungsneubau im bestehenden Trassenraum realisieren zu können, ist ein Trassenkorridor rechts und links der bestehenden Trassenachse freizuhalten. Nach unse-ren bisherigen Erfahrungen sollte der Freihaltebereich grundsätzlich 1 km rechts und 1 km links, mindestens jedoch jeweils 250 m von der bestehenden Trassenachse be-tragen. Nur so können auch Freiheitsgrade gegenüber Anforderungen Dritter, z. B. Abstände zu Wohnbebauungen etc. gewährleistet werden. Freundliche Grüße	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] Anlagen: - Übersichtskarte KAS_Suchräume - Trassenkorridor LanWin3 als shapefile [redacted]	
Institution: Gemeinde Dagebüll, via Amt Südtondern, Bauordnung, Planung u. Liegenschaften **ID: M1655**	Stellungnahme zum LEP-Entwurf „Windenergie“ 6/2024 Prüfung der Ziele der Raumordnung Ortschaft Dagebüll 02.09.2024 Auftraggeber: Gemeinde Dagebüll Uhtlande Weg 3 25899 Dagebüll [redacted]	Die Gemeinde bittet um Anpassung der Karte im Hinblick auf das Kriterium "Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet" und bittet um Herausnahme der bebauten Ortslage zuzüglich eines randlichen Puffers, da diese Flächen de facto nicht als Nahrungs- und Rastgebiet geeignet sind. Die Argumentation ist nachvollziehbar. Die Karte wird an dieser Stelle angepasst. Allerdings bleiben nicht bebaute Randbereiche innerhalb des Schutzstreifens, der jedoch keine pauschale Ausschlusswirkung für andere bauliche Entwicklungen außer Windenergie darstellt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Inhalt 1 Veranlassung ..... 0 2 Prüfung der Ziele und Grundsätze des LEP-Entwurfs 2024 ..... 1 2.1 Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel (9 Z) ..... 3 2.2 Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung (15 Z) ..... 3 Abbildungsverzeichnis Abbildung 1: Lage des Gemeindegebiets von Dagebüll ..... 1 Abbildung 2: Überlagernde Ziele und Grundsätze aus dem LEP-Entwurf 2024 ..... 2 Alle Abbildungen ohne Quellenangaben sind eigene Darstellungen . 1 Veranlassung Am 11. Juni 2024 hat die Landesregierung den Entwurf eines neuen Landesentwicklungsplans (LEP) Windenergie beschlossen (MIKWS 2024). In diesem sind Ziele und Grundsätze der Raumordnung definiert, aus denen sich die Potenzialflächen für die zukünftige Ausweisung von Windenergiegebieten in den Regionalplänen ableiten. Die Darstellung der gemeindeeigenen Potenzialflächen ist jedoch nicht Gegenstand der Stellungnahme. Die Gemeinde hält je-doch die räumliche Abgrenzung der Ausschlussgebiete für die Windenergie teilweise für fehlerhaft. Zudem stehen die Darstellungen möglicherweise mit derzeit laufenden und künftigen Planungen der Gemeinde in Konflikt, wenngleich sich im LEP-Entwurf explizit auf den Ausschluss von Windenergie bezogen wird.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit dieser Stellungnahme soll die Landesplanung daher auf eine möglicherweise fehlerhafte Darstellung im Gemeindegebiet Dagebüll hingewiesen werden. Die GFN wurde mit der Überprüfung der Kriterien der Ziele und Grundsätze des Entwurfs des LEP „Windenergie“ 6/2024 beauftragt. [Abbildung 1: Lage des Gemeindegebiets von Dagebüll] 2 Prüfung der Ziele und Grundsätze des LEP-Entwurfs 2024 Als Ziele der Raumordnung festgelegte Bereiche sind als Ausschlussbereiche (zuvor harte und weiche Tabukriterien) für die Windenergie festgesetzt (MIKWS 2024). Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG sind Ziele der Raumordnung als „verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums“ definiert. Daraus ergibt sich eine Verbindlichkeit sowohl für Behörden als auch für Kommunen. Die Ortslage Dagebüll überlagert sich mit den Kriterien „Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel“ (9Z) und der „Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung“ (15 Z). Zudem wurde der Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung (11G) Richtung Osten erweitert, was die Gemeinde begrüßt, da dies der gegenwärtigen Entwicklung der Gemeinde entspricht. Folgende Abbildung zeigt die Überlagerung der Ziele der Raumordnung mit der Ortslage Dagebüll und seinen Randgebieten. [Abbildung 2: Überlagernde Ziele und Grundsätze aus dem LEP-Entwurf 2024] 2.1 Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel (9 Z) Im Entwurf des LEP (MIKWS 2024) wird folgendes festgelegt: *Entlang von Küstenstreifen an der Nordsee und auf Fehmarn mit herausragender Bedeutung als Nahrungs- und Rastgebiet außerhalb von EU-VSG sowie auf der Insel*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Helgoland sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausge-schlossen. Der Küstenstreifen ist in der Karte (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) festgelegt. Ohne Zweifel hat der Küstenstreifen eine herausragende Bedeutung als Nahrungs- und Rast-gebiet für Vögel. Das gilt jedoch nicht für bebaute Bereiche. Die Bereiche stehen als Nahrungs- und Rastgebiete nicht mehr zur Verfügung. Daher sollte die Bebauung Dagebülls aus der Darstellung herausgenommen werden. Dies gilt streng genommen auch für Randbereiche, da Rastvögel grundsätzlich einen Meideabstand zu Vertikalstrukturen, wie Häuser, einhalten. Zudem ist in der Gemeinde Dagebüll die Ansiedlung einer Reha-Kinderklinik geplant. Diese soll im Randbereich der Ortschaft Dagebüll entstehen. Eine Standort-Alternativenprüfung kam zu dem Ergebnis, dass zwei Flächen zwischen der L9 und der L191 hierfür in Frage kommen. Die Landesplanung signalisierte bereits dieses Projekt im Gemeindegebiet von Dagebüll zu unterstützen. Wenngleich sich der Ausschluss bei dem genannten Gebiet auf die Windenenergie bezieht, stünde mit Erlangen der Rechtskraft der LEP Teilfortschreibung „Windenergie“ möglicherweise ein raumordnerischer Belang der Planung entgegen. Selbes gilt für die in Aufstellung befindlichen Regionalpläne. Die Gemeinde bittet daher um Prüfung, ob auch der Randbereich der Ortslage Dagebüll aus der Kulisse herausgenommen werden kann, um eine Entwicklung des Siedlungsbereichs zu ermöglichen und die Ortschaft zukunftsfähig gestalten zu können. Denn nach wie vor ist Dagebüll als Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung eingestuft und hat als Naherholungsort eine herausragende Bedeutung für die Wirtschaft in der Region. Die Ansiedlung der Reha-Klinik mit weiteren Angeboten sowohl für Touristen als auch Anwohner trägt maßgeblich zu dieser zukunftsfähigen Entwicklung bei. Sofern eine Herausnahme der Planungsflächen (auch maßstabsbedingt) nicht möglich ist, sollte zumindest eine Ausnahme von den Zielen der Raumordnung in Aussicht gestellt werden. Darüber hinaus wird darauf verwiesen, dass bei jedweder Planung im Gemeindegebiet der Artenschutz Berücksichtigung findet und insbesondere zum Schutz der Avifauna bereits eine Bauleitplanung vorbereitet wird. 2.2 Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung (15 Z) Im Entwurf des LEP wird folgendes festgelegt:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	In den Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung, charakterisiert durch eine sehr hohe Zugintensität, sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen. Die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung sind in der Karte (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) festgelegt. Entgegen der besonderen Rast- und Nahrungsflächen im Küstenstreifen kann an dieser Stelle kein Konflikt mit nicht höhenwirksamen Gebäuden erkannt werden. Es wird daher davon aus-gegangen, dass eine Errichtung mehrstöckiger Gebäude mit dem Belang vereinbar ist.	
Institution: WES Impuls GmbH **ID: M2605**	Stellungnahme Windpotenzialfläche im Bereich der Gemeinde Eggstedt Darstellung des Planungsvorhabens Einleitung Die [redacted] plant in Kooperation mit dem Bürgerwindpark Eggstedt/Süderhastedt und den ansässigen Landbesitzern die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb der Gemeindegrenzen der Gemeinde Eggstedt. Das Gebiet wurde von der Landesplanung als Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024) ausgewiesen. Wir sehen die Ausweisung dieser Fläche darüber hinaus als Windvorrangfläche im neuen Regionalplan Wind mit Hinblick auf den Entwurf des neuen LEP, als prädestiniert an. Begründung Gemäß der zum 31.12.2020 formal abgeschlossenen Teilfortschreibung der Regionalplanung des Landes Schleswig-Holstein wurde die Windpotentialfläche PR3_DIT_082 in den ersten drei Entwürfen der Regionalplanung als Windpotentialfläche geführt und abschließend negativ beschieden. Im vierten und letzten Entwurf der Regionalplanung wurde die Potentialfläche nicht mehr	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen, namentlich auf den Wunsch einer konkreten Flächenausweisung. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	berücksichtigt. Die negative Ausweisung als Windvorrangfläche erfolgte, laut Bewertung der Abwägungskriterien im Detail, der Beschreibung der betroffenen raumordnerischen und umweltfachlichen Abwägungsmerkmale und der Abwägungsentscheidung, hauptsächlich aufgrund eines Schutzgutbereich von 500m um bedeutsame archäologische Kulturdenkmale. Aufgrund der Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024 hat die WES-Impuls GmbH als Fachplaner das Gebiet mit Hilfe der Anlage 1 (Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land) und der Anlage 3 (Umweltbericht) zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) erneut betrachtet und keine Gründe gefunden, die gegen eine Ausweisung als Windvorranggebiet sprechen würden. Die Gründe der vorherigen negativen Ausweisungen werden im Ersten Entwurf des Landesentwicklungsplans so reduziert, dass sie für das Gebiet keine wesentlichen Rollen mehr spielen. Gerade da bereits bei der Begründung im 3. Entwurf des Regionalplans explizit keine Überlagerung mit einem Kriterium hoher Priorität festgestellt wurde. Die neuen Abstandsregelungen zu Nutzwäldern vergrößern die Potenzialfläche zudem erheblich, so dass mindestens zwei moderne Windenergieanlagen (Rotordurchmesser 150m und Gesamthöhe 200m) planerisch möglich wären. Der Abstand zum Innenbereich von Eggstedt sollte bei 800m belassen werden, da die Gemeinde bereits durch Windenergieanlagen vorbelastet ist (vgl. MaStR). Räumliche Eingrenzung Die Windpotentialfläche PR3_DIT_082 befindet sich nördlich der Gemeinde Eggstedt, südlich der Kreisstraße K24, westlich befindet sich die Windvorrangfläche PR3_DIT_083 mit dem Bürgerwindpark Eggstedt/Süderhastedt. Die Fläche wird überwiegend ackerbaulich genutzt, besteht aber auch aus Grünland. Es sind am Rande kleine Gehölzflächen vorhanden und Gebäude werden nicht überlagert.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Berücksichtigung der gemeindlichen Belange Es soll, bei einer Änderung der Potenzialfläche zu einer Vorrangfläche, gemeinsam mit der Gemeinde Eggstedt, dem Bürgerwindpark Eggstedt/Süderhastedt, den Landbesitzern und dem Projektierer ([redacted]) ein Beteiligungsund Betriebsmodell entwickelt werden, das allen betroffenen Parteien gerecht wird. Die Möglichkeit einer Bürgerbeteiligung ist fester Bestandteil dieses Modells und wird die Belange der Einwohner der Gemeinde Eggstedt berücksichtigen. Mit sämtlichen Landbesitzern innerhalb der Potenzialfläche wurde im Vorfeld bereits ein gemeinsames Projekt entwickelt, so dass eine bestmögliche windenergetische Nutzung bei Ausweisung zum Windvorranggebiet möglich ist. Vorhabenbeschreibung Innerhalb des Projektes sollen im oben genannten Bereich mehrere Anlagen der Multi-Megawatt Leistungsklasse entstehen. Es sind mindestens 2 Anlagen geplant mit einer Nennleistung von mindestens 14.400 kW. Die geplante Windparkkonfiguration wird pro Jahr 30-40 Millionen kWh Strom produzieren. Zu betrachtende, projektbeschreibende Themen Naturschutz Die Betrachtung des aktuellen Entwurfes des Landesentwicklungsplans zeigt keine hohen Konflikte mit belangen des Naturschutzes auf. Im 3. Entwurf des Regionalplans Wind wurde bereits für die Flächen in allen Punkten des Schutzbereich Tiere und Pflanzen / Gebiets- und Artenschutz ein geringes Konfliktrisiko festgestellt. Weitere Punkte könnten im Zuge einer avifaunistischen Prüfung, bei Ausweisung des Gebietes als Windvorrangfläche abgeprüft werden. Netzanschluss Die Einbindung der geplanten Windenergieanlagen in das öffentliche Stromnetz bzw. in das Hoch- oder Höchstspannungsnetz erfolgt über eines der örtlich vorhandenen Umspannwerke in den Gemeinden Barlt und St.Michaelisdonn, in der Gemeinde Frestedt oder in der Gemeinde Quickborn und ist damit Kosten- und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ressourceneffizient, da ein Großteil der benötigten Infrastruktur vorhanden ist. Gerade durch die Zusammenarbeit und Nähe zum Bürgerwindpark Eggstedt/Sü- derhastedt kann schon vorhandene Infrastruktur höchst effizient genutzt werden. Erschließungsmaßnahmen Die Erschließung der geplanten Windenergieanlagen wird laut aktueller Vorplanung über die vorhandene Infrastruktur der öffentlichen Bundes-, Landes und Kreisstraßen sowie über einige Gemeindewege erfolgen. Hier sind keine Probleme zu erwarten.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2859	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Mit der geplanten Neuregelung von Vorranggebieten sowie Abstandsregelungen zu Wohnbebauung jeglicher Art wird die Schutzbedürftigkeit nicht nur einzelner Personen, sondern ganzer Dörfer, Gemeinden, sogar Regionen massiv missachtet. Dies bezieht sich auch auf Flora, Fauna und Habitat. Solange die vorhandenen Windparks / der dadurch produzierte Strom nicht ansatzweisen gespeichert oder weitergeleitet werden kann, sollte man vorrangig an dieser Problemlösung arbeiten. Wir sind bereits jetzt von 3 Windparks umzingelt. Das langt uns. Wohnen auf dem Land verliert damit auch die letzten positiven Aspekte. Es gibt keinen vernünftigen öffentlichen Nahverkehr, weite und teure Arbeitswege sind schon erschwerend genug. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.3, 2.2, 2.3, 2.5, 7.2.5, 7.2.3, 7.2.6 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1654	Hiermit möchte ich Stellung nehmen zu den Plänen bezüglich der Windenergierplanung. Ich befürchte eine Wertminderung meiner Immobilien, einen Teil des Gutes wird auch zur Übernachtung von Touristen genutzt, die werden keinen Lust haben, die Erholung im Schatten der Windräder zu suchen. Wir haben hier einen Storch dessen Leben durch die Windmühlen massiv in Gefahr ist. Auch für die anderen Großvögel , Rotmilan, Bussarde, Gänse, Eulen Kormorane und Kraniche, Die Zugvögel nutzen die Grünlandflächen zur Rast auf ihrem Zug ins Sommer oder Winterquartier. Da wir einen eigene Wasserversorgung haben, muss ich befürchten, dass das Grundwasser durch die Fundamente belastet wird. Ich befürchte eine Vernichtung unserer heimatlichen Strukturen und Flächen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15.1, 4.17, 4.20, 7.2.11, 7.2.14, 7.3.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: WES Impuls GmbH ID: M2604	Stellungnahme Windpotenzialfläche im Bereich der Gemeinden St. Michaelisdonn und Gudendorf Darstellung des Planungsvorhabens Einleitung Die [redacted] plant in Kooperation mit den ansässigen Landbesitzern die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb der Gemeindegrenzen der Gemeinden St. Michaelisdonn und Gudendorf. Das Gebiet wurde von der Landesplanung als Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024) ausgewiesen (s. Anhang 2). Wir sehen die Ausweisung dieser Fläche darüber hinaus als Windvorrangfläche im neuen Regionalplan Wind mit Hinblick auf den Entwurf des neuen LEP, als prädestiniert an. Begründung Die Gesamtfläche kann in drei einzelne Flächen untergliedert werden. Im südlichen Abschnitt („Hopen"), begrenzt durch den Flugplatz St. Michaelisdonn im Süden und der L 140 im Norden, sind lediglich die Hügelgräber ein zu betrachtendes Kriterium des	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen, namentlich auf den Wunsch einer konkreten Flächenausweisung. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	neuen Landesentwicklungsplans. Da aber hier keine touristische Erschließung oder dergleichen erfolgt ist, sollte dies kein Ausschlusskriterium für die Windenergienutzung sein, wenn die Baumaßnahmen bei einer Errichtung von Windenergieanlagen die Kulturdenkmäler nicht tangieren. Ein weiteres begrenzendes Kriterium ist der Flugplatz in St. Michaelisdonn, südlich der Potenzialfläche. Durch die zwei vorhandenen Flugplatzrunden wird die Potenzi- alfläche deutlich verkleinert. Wir denken, dass der Abstand zur nördlichen Runde für Segelflieger verringert werden kann. Eine Anfrage diesbezüglich liegt dem zuständigen Landes-Lufahrtministerium beim LBV-SH vor und befindet sich in Bearbeitung. Im mittleren Abschnitt („Hindorf"), begrenzt durch die L 140 im Süden und die Gemeindegrenze zur Gemeinde Gudendorf im Norden, gibt es bis auf zwei Brunnen zur Wassergewinnung keine relevanten Kriterien im Hinblick auf den Landesentwicklungsplan. Bei den Brunnen wird in der Planung der vorgeschriebene Abstand eingehalten. Im nördlichen Abschnitt („Gudendorf"), begrenzt durch die Gemeindegrenze nach St. Michaelisdonn im Süden und die Gemeindegrenze nach Windbergen im Norden, sind lediglich die dort vorhandenen Hügelgräber ein zu betrachtendes Kriterium des neuen Landesentwicklungsplans. Da aber keine touristische Erschließung oder dergleichen vorliegt, sollte dies kein Ausschlusskriterium für die Windenergienutzung sein, wenn die Baumaßnahmen bei einer Errichtung von Windenergieanlagen die Kulturdenkmäler nicht tangieren. Eine archäologische Baubegleitung ist in diesen Fällen, aus unserer Sicht, ausreichend. Der Abstand zum Innenbereich der Gemeinden St. Michaelisdonn und Gudendorf sollte bei 800m belassen werden, da die Gemeinden bereits durch Windenergieanlagen vorbelastet sind (vgl. MaStR). Räumliche Eingrenzung Die Windpotentialfläche befindet sich nördlich des Flugplatzes in St. Michaelis- donn, südlich der Gemeinden Windbergen und Frestedt. In westlicher Richtung von der Windpotenzialfläche liegt die Gemeinde St. Michaelisdonn, sowie östlich die Gemeinde Quickborn (s. Anhang 2). Die Fläche wird überwiegend ackerbaulich genutzt, besteht aber auch aus Grünland. Es	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sind am Rande kleine Gehölzflächen vorhanden. Gebäude werden nicht überlagert. Berücksichtigung der gemeindlichen Belange Es soll, bei einer Änderung der Potenzialfläche zu einer Vorrangfläche, gemeinsam mit der Gemeinde St. Michaelisdonn, der Gemeinde Gudendorf, den Landbesitzern und dem Projektierer ([redacted]) ein Beteiligungs- und Betriebsmodell entwickelt werden, das allen betroffenen Parteien gerecht wird. Die Möglichkeit einer Bürgerbeteiligung ist fester Bestandteil dieses Modells und wird die Belange der Einwohner der Gemeinden St. Michaelisdonn und Gudendorf berücksichtigen. Mit sämtlichen Landbesitzern innerhalb der Potenzialfläche wurde im Vorfeld bereits ein gemeinsames Projekt entwickelt, so dass eine bestmögliche windenergetische Nutzung bei Ausweisung zum Windvorranggebiet möglich ist. Vorhabenbeschreibung Innerhalb des Projektes sollen im oben genannten Bereich mehrere Anlagen der Multi-Megawatt Leistungsklasse entstehen. Es sind mindestens 10 Anlagen geplant mit einer Nennleistung von mindestens 72.200 kW. Die geplante Windparkkonfiguration wird pro Jahr 170-200 Millionen kWh Strom produzieren. Zu betrachtende, projektbeschreibende Themen Naturschutz Die Betrachtung des aktuellen Entwurfes des Landesentwicklungsplans zeigt keine hohen Konflikte mit belangen des Naturschutzes auf. Weitere Punkte könnten im Zuge einer avifaunistischen Prüfung, bei Ausweisung des Gebietes als Windvorrangfläche abgeprüft werden. Netzanschluss Die Einbindung der geplanten Windenergieanlagen in das öffentliche Stromnetz bzw. in das Hoch- oder Höchstspannungsnetz erfolgt über eines der örtlich vorhandenen Umspannwerke in den Gemeinden Barlt und St.Michaelisdonn, in der Gemeinde Frestedt oder in der Gemeinde Quickborn und ist damit Kosten- und Ressourceneffizient, da ein Großteil der benötigten Infrastruktur vorhanden ist.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erschließungsmaßnahmen Die Erschließung der geplanten Windenergieanlagen wird laut aktueller Vorplanung über die vorhandene Infrastruktur der öffentlichen Bundes-, Landes und Kreisstraßen sowie über einige Gemeindewege erfolgen. Hier sind keine Probleme zu erwarten.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2858	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Windkraftanlagen sind weder sauber noch sichere Energieversorger. Wind und Wetter schmirgeln die Oberfläche der Rotorblätter, so daß feine Partikel des Giftes PFAS verstreut werden. Sie sind im Wasser und auf dem Land zu finden. Es gibt schon Warnungen vom Landesuntersuchungsamt Rheinland-Pfalz, Lebr von Wildschweinen zu verzehren. Sogar Vermarktung und Weiterverarbeitung sind untersagt. Grund sind gesundheitliche Risiken. >> Untersuchung des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität << Ganz zu schweigen vom Massenmord an Vögeln, welche bestialisch geschreddert werden. Schluß mit Vergiftung des Bodens, Schluß mit Tiermord. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.1.1, 7.2.1, 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2705	BETEILIGUNG Landesentwicklungsplanung - Teilfortschreibung Windenergie an Land Hier: Vorranggebiet PR3_OHS_057 (Hutzfeld, Hassendorf in der Gemeinde Bosau) Sehr geehrte Damen und Herren,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 und die Ziffern 1.3, 2.2 bis 2.5, 3.18.1, 4.20 der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	In der obigen Angelegenheit habe ich mich als Befürworter der Windenergie näher mit den Abständen zu den Wohnhäusern in der Gemarkung Brackrade und Majenfelde befasst. Dabei habe ich mir Kartenmaterial beschafft oder eingesehen, mit historischen Gegebenheiten abgeglichen und die aktuellen Flurstücksbezeichnungen in dem ALKIS-Programm eingesehen. Im Detail geht es um die Abstände zu den Wohnhäusern auf den folgenden Flurstücken: 1. Tedrahnshöhe Gemarkung Brackrade, [redacted] 2. Brackrader Ziegelei Gemarkung Brackrade, [redacted] 3. Majenfelder Landstraße Gemarkung Majenfelde, [redacted] Die in Rede stehenden Grundstücke 1 und 2 entlang der Gemeindestraße zwischen Tedrahnshöhe und Brackrade und die Wohngebäude auf dem Grundstück 3 befinden sich im Außenbereich nach § 30 und 34 BauGB. Im F-Plan wird für diese Parzellen eine landwirtschaftliche Nutzung ausgewiesen. Anhand der Kriterien zur Ermittlung geeigneter Flächen für die Ausweisung von Gebieten zur Nutzung der Windenergie des Runderlasses des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig - Holstein vom 19.12.2023 ist zu Splittersiedlungen und Einzelhäuser nach § 35 BauGB ein Abstandspuffer von 400 m einzuhalten. Diese Kriterien treffen auf die oben benannten Flurstücke zu, sodass diese entsprechend planungsrechtlich zu beurteilen und auszuweisen sind. Die Potenzialfläche für die Windenergienutzung gemäß des Regionalplans für den Planungsraum 3 vom 31. Dezember 2020 (Regionalplan 2020) umfasste bereits ackerbaulich genutzte Flächen nördlich und südlich der Gemeindestraße „[redacted]Straße" zwischen der L 176 und der Ortschaft Liensfeld sowie nördlich der L 176. In Bezug auf die Abstände zu Seeadlerbrutplätzen gibt nunmehr der oben benannte Runderlass einen Suchbereich von 2.000 m und nicht wie vormals vorgesehen 3.000 m vor. Die empfohlenen Abstände zu Seeadlerbrutplätzen werden nach den jetzt Geltung beanspruchenden Vorgaben vollumfänglich eingehalten. Somit sind die Flächen aus dem ursprünglichen Potenzialgebiet nun als Vorranggebiet für die Windenergienutzung zu bewerten und entsprechend auszuweisen. Die Freihaltung von Naturparken wurde bereits im letzten Regionalplan aufgehoben, um	allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die energiepolitischen Zielsetzungen der Landesregierung zu erreichen. In dem bereits als Vorranggebiet ausgewiesenen Gebiet sind bereits zwei Windenergieanlagen in Betrieb und mit dem Bau von zwei weiteren Anlagen wird in Kürze begonnen werden. Auch vor diesem Hintergrund ist eine Ausweisung der Potenzialfläche als Vorranggebiet sinnvoll, um eine Bündelung von Windenergieanlagen auf einzelne Gebiete weiter voranzutreiben. Bitte überprüfen Sie meine Anmerkungen und Erläuterungen, sodass das Vorranggebiet um die in Rede stehenden Flächen entsprechend vergrößert werden kann. Bitte informieren Sie mich zu gegebener Zeit über das Ergebnis Ihrer Überlegungen. Mit freundlichen Grüßen,	
Institution: iTerra Wind GmbH & Co. KG, Geschäftsführung ID: M2383	Sehr geehrter Herr Stapelfeldt, anbei eine letzte Stellungnahme zum LEP mit der Bitte um Berücksichtigung. Vielen Dank! Freundliche Grüße und ein schönes Wochenende **Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes des Landes Schleswig-Holstein** **zu 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz** **Wiesenvogel-Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten** **<u>I. Sachverhalt</u>** In dem neuen Entwurf des Landesentwicklungsplan (LEP) ist die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung von raumbedeutsamen Windkraftanlagen in Wiesenvogelbrutgebieten mit einer besonders hohen Siedlungsdichte ausgeschlossen. Die Wiesenvogelbrutgebiete mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind in der Anlage 2 zu 8 1 der LEPWindVO festgelegt (siehe 16 Z der Anlage 1 zu 8 1 der LEPWindVO: Plantest Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land, 4.5.1.3 Gebiets- und	Mit dem LEP Wind werden aus naturschutzfachlichen Gründen und im Einklang mit einer gesamträumlichen Steuerung der Windenergie Festlegungen getroffen. Die Errichtung von Windenergieanlagen wirkt sich durch die Veränderung des Lebensraums, durch den Scheucheffekt und durch ein hohes Kollisionsrisiko negativ auf Wiesenvögel aus. Schleswig-Holstein hat bundesweit eine herausragende Bedeutung für Wiesenvögel. Im besonderen Fokus stehen die Wiesenlimikolen Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer. Aufgrund der speziellen Habitatansprüche spielen Flächen mit noch vorhandenen Wiesenvogelvorkommen eine besondere Rolle beim Schutz der Arten. Innerhalb der Flächen, die grundsätzlich für Wiesenvögel geeignet sind, wird die Bedeutung einzelner Gebiete mit der Siedlungsdichte/Anzahl der Brutpaare der oben genannten Arten seit Mitte der 2000er Jahre im Rahmen eines Wiesenvogelmonitorings erfasst. Die Wiesenvogelkulisse wird im regelmäßigen Abstand anhand aktueller Daten überprüft und angepasst. Details zu den fachlichen Grundlagen der Abgrenzung der Gebiete können bei der Fachbehörde (MEKUN /

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Artenschutz). Die Ausweisung der Brutgebiete wird damit begründet, dass das Land Schleswig-Holstein aufgrund seiner nationalen Lage eine besondere Bedeutung für den Wiesenvogelschutz hat und mit dem Ausweis von Gebieten mit einer besonders hohen Siedlungsdichte der Kernvogelarten (Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer) der Rückgang der Wiesenvogelpopulation entgegengewirkt werden soll. **II. Antrag/Vorschlag** **Um Planungs- und Rechtssicherheit für die neuen Windenergiegebiete zu erlangen,** **schlagen wir vor bestimmte Rohpotenzialflächen in Wiesenvogelbrutgebieten mit einer** **besonders hohen Siedlungsdichte in den ersten Entwurf für die neuen Windenergiegebiete** **zu übernehmen und ggf. mit gewissen Einschränkungen oder vorbehalten zu ergänzen.** **III. Begründung** Hintergrund des Vorschlages ist, dass einige Rohpotenzialflächen in Wiesenvogelbrutgebieten mit einer besonders hohen Siedlungsdichte keine bzw. nur eine untergeordnete Schutzwirkung aufweisen, um den Rückgang der Wiesenvogelpopulation entgegenzuwirken. Wie wir unten ausführen, halten wir gezielte Schutzmaßnahmen wie die Schaffung von Ausgleichsflächen in einigen Bereichen des Brutgebietes bzw. die Erweiterung der Brutgebiete für sinnvoller. Um die Nachvollziehbarkeit unser Bedenken besser darstellen zu können, möchten wir dies an einer praktischen Beispielfläche, die uns gut bekannt ist, erläutern. Konkret geht es um die abgelehnte Potenzialfläche PR1_NFL_306 (MILI SH 2020). Die Potenzialfläche PR1_NFL_306 mit 46ha befindet sich ca. 1,5km nordöstlich von Witzwort im Riesbüllkoog. Der Riesbüllkoog wird in alle Richtungen durch Deiche (meist mit Straßen) begrenzt. Entlang der Deiche sind Höfe und einzelne Wohnhäuser zu finden. Im Osten grenzt die Potenzialfläche genau an die Eisenbahnline sowie die B5	LfU) erfragt werden. Die Kulisse der von einer Windenergienutzung pauschal ausgeschlossenen Wiesenvogelbrutgebiete ist angepasst worden. Änderungen ergeben sich aus der Anlage 2 (Karte) zum LEP Windenergie. Darüber hinaus wird auf Ziffer 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Bundestraße). Im Norden befindet sich eine Tankstelle, die zu einem Autohof erweitert werden soll. Wie Sie der nachfolgenden Karte entnehmen können, wird die Potenzialfläche ausschließlich landwirtschaftlich genutzt. Dabei überwiegt der Anteil des Ackerbaus innerhalb der Potenzialfläche. [Karte im Anhang] Im Riesbüllkoog wurden in der Vergangenheit 3 der 4 Kernvogelarten festgestellt. Darunter waren der Austernfischer, Kiebitz und die Uferschnepfe. **Austernfischer** brüten zum großen Teil im Bereich des Wattenmeeres sowie vereinzelt auch im Binnenland. Im Jahr 2024 konnten 9 **Brutverdachte** von Austernfischer Reviere im Umland der Potenzialfläche festgestellt werden. Ein **Verdacht** befand sich innerhalb der Potenzialfläche. Konkrete Brutnachweise konnten nicht festgestellt werden. Im Umland und innerhalb der Potenzialfläche konnten im Jahr 2024 insgesamt 32 Brutverdachte von **Kiebitz**-Reviere festgestellt werden. Hiervon lagen 7 Verdachte innerhalb der Potenzialfläche. Etwas ein Drittel der Revierverdachte konnten im gesamten Untersuchungsbereich innerhalb von Grünland festgestellt werden, was für eine gute Qualität der Grünlandflächen spricht. Die wichtigsten Lebensräume in Schleswig-Holstein sind Feuchtwiesen mit hohen Wasserständen (KOOP & BRENDT 2014). Kiebitze brüten regelmäßig auch innerhalb von Ackerschlägen, vor allem wenn Grünland in der Umgebung ist, jedoch ist der Bruterfolg dort in der Regel unterdurchschnittlich gering (KOOIKER & Bickow 1997). Ackerflächen stellen im Gegensatz zu Grünland keine dauerhaft gesicherten Bruthabitate dar, da sich auf Grund von jährlichen wechselnder landwirtschaftlicher Nutzung Reviere verschieben oder zeitweise verschwinden können, so dass Bestände hier stark schwanken können und **die Siedlungsdichte gering** sind. Zur Sicherung der Bestände sind daher insbesondere Grünländer von Bedeutung. Die **Uferschnepfe** besiedelt aktuell nur noch die westlichen Landesteile von Schleswig-Holstein, vor allem die Grünlandgebiete auf Föhr, Sylt und Pellworm, die Halbinsel Eiderstedt, die Naturschutzköge, sowie die Flussniederungen von Eider, Treene, Sorge, Elbe und der Miele. Sie bevorzugt ausgedehnte offene Grünlandgebiete mit hohem Grundwasserstand und somit stocherfähigen Böden. Dort beansprucht sie möglichst strukturreiche und extensive genutzte Wiesen mit unterschiedlichen Höhen und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Deckungsgraden nebeneinander (KOOP & BERNDT 2014). Im Jahr 2024 wurde lediglich ein Verdachtsfall eines Uferschnepfen-Revier etwas 80m südlich der Potenzialfläche in einem Grünland festgestellt. [Karte im Anhang] Zu dem hohen Ackerbauanteil in der Potenzialfläche kommt noch eine Bündelungs- sowie Umzingelungswirkung durch Besiedlung und der angrenzenden Infrastruktur hinzu. Insbesondere der Ausbau der B5, die geplante Erweiterung der Bahnstrecken mit Oberleitungen sowie der geplante Netzausbau führt bereits heute zur Einschränkung des Brutgebietes. **IV. Fazit** Es liegen keine öffentlichen Schwellenwerte für die Ausweisung von Wiesenvogelbrutgebieten (abw30, Z26) vor, sodass nicht anhand definierter Kriterien eindeutig beurteilt werden kann, ob die vorkommenden Wiesenvogelbrut-Dichten den Status als Wiesenvogelbrutgebiet bestätigen. Das Artenspektrum im Riesbüllkoog ist mit 6 Zielarten grundsätzlich als Schutzgebiet für Wiesenbrutvögel geeignet, wobei die Kernvogelarten nicht übermäßig vorhanden sind. Des Weiteren kommt hinzu, dass die überwiegenden landwirtschaftlichen Ackerflächen in der Potenzialfläche von den Vogelarten eher gemieden werden, da diese nicht als dauerhaft gesicherte Bruthabitate für Wiesenbrüter geeignet sind. Lediglich der Verdacht auf eine übermäßige Anzahl von Revieren der **Feldlerche** in dem kartierten Gebiet konnte festgestellt werden. Die Reviere verteilen sich gleichmäßig über das Untersuchungsgebiet. Jedoch zeigt sich, dass Bereiche entlang der Bundestraße B5, der Bahnlinie sowie Ackerflächen gemieden werden. [Karte im Anhang] Durch den weiteren Ausbau der direkt angrenzenden Infrastruktur muss mit einem weiteren Rückgang der Feldlerche sowie der anderen Zielvogelarten gerechnet werden (**Bündelungswirkung von Infrastruktur**). Darüber hinaus können Vogelarten mit Kollisionsgefahr fast gänzlich ausgeschlossen werden. Des Weiteren ist nicht bekannt, dass durch die Errichtung der Windkraftanlagen die Wiesenvogelbrutgebiete wesentlich beeinträchtig werden. Der Einfluss der Landwirtschaft sowie der Infrastrukturmaßnahmen ist hingegen nachweisbar und heute	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	schon zu erkennen. Zu dem liegt der Riesbüllkoog am östlichen Rand des Wiesenvogel-Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Ein nicht unerheblicher Teil ist bereits durch die Landwirtschaft und Infrastrukturmaßnahmen vorbelastet. Es wäre daher sinnvoller eine Errichtung von Windkraftanlagen in diesen Teilen des Brutgebietes zuzulassen und dafür andere Flächen mit einer geringeren Vorbelastung mitaufzunehmen oder weiterzuentwickeln. Die Vorbelastung der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten können von der landwirtschaftlichen Intensität, Infrastruktur sowie auch von den verschiedenen Vogelarten unterschiedlich strukturiert sein und sollten daher aus Gründen der Rechtssicherheit die Errichtung von Windkraftanlagen nicht von vornherein ausschließen. Viel mehr wäre eine genaue Prüfung des jeweiligen Gebietes zielführender. Das Instrument einer FFH-Verträglichkeitsprüfung ist ein gutes und ausreichendes Werkzeug zur Ermittlung der Beeinträchtigungen durch Windkraft und könnte somit zum rechtsicheren Ausweis von neuen Windenergiegebieten auch in Wiesenvogel-Brutgebieten mit besonders hohen Siedlungsdichten führen. Unter Einsatz der nachstehenden Maßnahmen ließe sich sogar die Erweiterung des Wiesenvogel-Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten bewirken und somit auch den Rückgang der Wiesenvogelpopulation verhindern: - Positives Ergebnis einer FFH-Verträglichkeitsprüfung - Auflagen zur Umwidmung von Ackerland zu Grünland in den Wiesenvogel-Brutgebieten mit besonders hoher Siedlungsdichte - Schaffung von Ausgleichsflächen - Gleichbehandlung gegenüber bestehenden Windkraftanlagen innerhalb des Wiesenvogel-Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten - Regelmäßige Kartierung der Wiesenvogelpopulation, um die Auswirkungen der Windkraft zukünftig besser einschätzen zu können. Sollte unserem o. g. Bekehren nicht nachgekommen werden, bitten wir die Ablehnung der Rohpotenzialflächen in Wiesenvogelbrutgebieten mit einer besonders hohen Siedlungsdichte rechtssicher zu begründen, um für alle Beteiligten Planungs- und Rechtssicherheit zu erreichen und einen schnellen und effizienten Ausbau der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erneuerbaren zu gewährleisten. Mit freundlichen Grüßen Hans-Christian Acktun	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2857	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergiegewinnung ausgeschlossen werden. • Es bereitet mir Sorgen, dass die landwirtschaftlich genutzten Flächen (Produktion von Lebensmitteln) durch den Mikroplastikabrieb der Rotorblätter kontaminiert werden, ebenso wie das Trinkwasser verschmutzt würde. • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität und Gefährdung der Gesundheit durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ausdrücklich ab. • Ich beantrage eine Fristverlängerung für die Abgabe der Stellungnahmen auf 6	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 4.20, 4.2, 4.5, 7.2.9, 7.3 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Monate (Urlaubszeit) Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Institution: getproject GmbH & Co. KG **ID: M2442**	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchten wir zum Verfahren ‚Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024’ Stellung beziehen. Unsere Stellungnahme und zugehörige Karten finden Sie im Anhang. Wir bitten um eine kurze Bestätigung, dass unsere Stellungnahme fristgerecht bei Ihnen eingegangen ist. Vielen Dank. Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, die Firma getproject GmbH & Co. KG ist u. a. Projektierer und Betreiber von Windenergieanlagen mit Sitz in Kiel. Wir planen auf der Fläche [redacted] südlich von Gnissau die Errichtung von drei Windenergieanlagen. Die Fläche ist durch die aktuelle Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Sachthema „Windenergie an Land" erneut als Potenzialfläche ausgewiesen. Hierauf bezugnehmend möchten wir uns für die Übernahme als Vorranggebiet dieser Potenzialfläche in den Gemeinden Ahrensbök und Pronstorf aussprechen. Die Flächenkulisse wurde im vorangegangenen RROP-Verfahren bereits geprüft und	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Abständen um Großvogelbrutplätze wird auf Ziffer 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Landesplanung ist bestrebt, Vorranggebiete auszuweisen, auf denen WEA möglichst effizient, also mit möglichst vielen Volllaststunden pro Jahr betrieben werden können. In der Abwägung auf Regionalplanebene werden also Flächen mit geringen zu erwartenden Abschaltzeiten solchen mit wahrscheinlich häufigeren Abschaltzeiten vorgezogen. Um hier eine Abwägung zu treffen, sind größere Radien um Brutplätze auch aus Gründen des vorsorgenden Artenschutzes sachgerecht.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ihre Ausweisung ist aufgrund zu geringer Flächengröße final zum Erliegen gekommen. Durch die Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans wurden neue Kriterien und Restriktionen für die Planung herangezogen. Der Siedlungsabstand von 800 m zu Gnissau, stellt daher nun kein zur Abweisung der Fläche führendes Kriterium mehr dar. Der Abwägungsentscheidung im entsprechenden Datenblatt zum 4. Entwurfs des Regionalplans konnten wir ebenfalls entnehmen, dass ein „neuer" Rotmilanhorst „in direkter Nachbarschaft" bestätigt wurde und die gesamte Fläche damals aufgrund der Habitateignung und der regelmäßigen Bruten durch den Rotmilan an verschiedenen Horsten in den vergangenen Jahren nicht als Vorranggebiet ausgewiesen wurde. Die wechselnden Vorkommen des Rotmilans in den östlichen und südlichen Waldgebieten liegen heute außerhalb des festgeschriebenen Nahbereichs von 500 m nach BNatSchG (Anlage 1 zu § 45b Absatz 1 bis 5, Abschnitt 1). Nach Bewertung des Bundesgesetzgebers soll damit eine Genehmigung für die Windenergienutzung in den verbleibenden Potenzialflächen außerhalb des Nahbereichs in der Regel möglich sein. Im Widerspruch dazu sieht die Landesplanung im Plantext unter Kapitel 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz, 17G als Grundsatz der Raumordnung vor, dass in den Regionalplänen keine Windenergiegebiete in einem Umkreis von 1.500 m um Brutplätze des Rotmilans ausgewiesen werden sollen. Dies ist aus mehreren Gründen bedenklich und nicht nachvollziehbar: 1. Das vom Plantext in 17G und der Begründung vorgesehene Vorgehen passt nicht zur Konzeption des Artenschutzrechts. Dieses setzt eine Einzelfallprüfung zum Zeitpunkt der Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung auf Grundlage belastbarer, aktueller Kartierungsergebnisse voraus. Denn Bezugspunkt ist dabei immer das tatsächlich zu schützende Individuum und sein tatsächliches Tötungsrisiko. Die von der Genehmigungsbehörde vorzunehmende Prüfung zeichnet der Bundesgesetzgeberin § 45b BNatSchG vor. Dem LEP-Entwurf schwebt allerdings, soweit erkennbar, vor, dass bereits bei der Flächenausweisung auf Ebene der Regionalplanung an bestehende Brutplätze angeknüpft werden soll. Die Regionalplanung erfolgt aber für einen Zeitraum von fünfzehn Jahren (§ 5 Abs. 1 LaplaG). Sie vermag also die Dynamik des Verhaltens eines geschützten Individuums nicht nachzuvollziehen. Brutplatzwechsel könnten nicht abgebildet bzw. angemessen berücksichtigt werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2. Es bleibt auch völlig unklar, woher die Kartierungsergebnisse stammen, auf die die Regionalplanung Bezug nehmen soll. 3. Jedenfalls stellen die im LEP-Entwurf vorgesehenen Radien eine Verdreifachung des im BNatSchG (Anlage 1 zu § 45b Absatz 1 bis 5, Abschnitt 1) festgeschriebenen Nahbereichs für den Rotmilan dar.Dieser kann zwar durch eine Einzelfallprüfung auf 1.000 m herabgesetzt werden, stellt aber weiterhin eine starke Ausweitung des vom Bund gesetzlich festgeschriebenen Nahbereichs dar. Der Planungsträger stellt sich damit gegen die Wertung des Bundesnaturschutzgesetzes. 4. Darüber hinaus gibt eine solche Einzelfallprüfung aus planungstechnischer Sicht keine Sicherheit auf die Realisierbarkeit von Windenergie in der Fläche und führt zu einer Entschleunigung des Genehmigungsprozesses. Beides steht dem übergeordneten Ziel der Bundesregierung „straffere, schnellere und rechtssichere Verfahren für den Ausbau der Windenergie" mit bundeseinheitlichen Standards zu schaffen entgegen. Wir widersprechen dem und fordern die Abkehr von einer Anknüpfung an konkrete Brutstandorte auf Ebene der Regionalplanung und jedenfalls die Einhaltung des im BNatSchG (Anlage 1 zu § 45b Absatz 1 bis 5, Abschnitt 1) festgeschriebenen Nahbereichs von 500 m. Zur Einhaltung des Tötungsverbots von kollisionsgefährdeten Vogelarten kommen bereits auf existierenden Windparkflächen wirkungsvolle Maßnahmen, wie die manuelle Abschaltung zu bestimmten Zeiten (z. B. der Mahd) oder die kontrollierte Abschaltung der Anlagen durch Antikollisionssysteme (AKS) zur Anwendung. Die Entwicklung von AKS ist in den letzten Jahren so weit vorangeschritten, dass WEA an Land inzwischen zum Schutz von Rotmilan und Seeadler mit AKS als fachlich anerkannte Schutzmaßnahme betrieben werden können. Dadurch können artenschutzrechtliche Konflikte vermieden, Vögel geschützt und durch die Erzeugung grünen Stroms Klimaschutz gewährleistet werden. Das Land Schleswig-Holstein ist bei der Entwicklung von planungsrechtlichen Vorgaben zum Einsatz von AKS absoluter Vorreiter und sollte auch zukünftig daran festhalten den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie den Artenschutz auf Grundlage des heutigen Know-hows im Gleichklang voranzubringen. Alle übrigen Kriterien, die für die Teilfortschreibung des LEPs zur Windenergie an Land herangezogen wurden, stehen in keiner Konfrontation mit der o. g. Flächenkulisse,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sodass die Eignung der Potenzialfläche [redacted] für Windenergie als begründet anzunehmen ist. Basierend auf den oben genannten Gründen und vor dem Hintergrund, dass gemäß § 2 EEG die Windenergie als „überragendes öffentliches Interesse" eingestuft wurde, „der öffentlichen Sicherheit diene" sowie der aktuellen gesetzlichen Bestimmungen, die zusätzliche Flächen für die Windenergiegewinnung in Schleswig-Holstein erfordern, möchten wir Sie eindringlich bitten, die Flächenkulisse in der finalen Planung für den Planungsraum III zu berücksichtigen. Diese Fläche bietet ein erhebliches Potenzial für mehrere moderne Windenergieanlagen. Die Wiederaufnahme dieser Fläche in den Planungsprozess würde somit die nachhaltige Nutzung erneuerbarer Energien in dieser Region stark fördern. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] Anlagen: - Flächenkulisse [redacted] - wP Gnissau Standortkarte - Rotmilan	
Institution: Ebert Erneuerbare Energien Wind GmbH & Co. KG, Projektentwicklung & -management ID: M2440	Sehr geehrte Damen und Herren, im Anhang dieser Mail erhalten Sie unsere Stellungnahme zum LEP 2024. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Projektentwicklung & -management	Die Stellungnahme bezieht sich auf das Ziel zur Freihaltung von Wiesenvogelbrutgebieten. Hierzu wird auf die allgemeine Synopse, Ziffer 4.18.1 verwiesen. Zusätzlich nimmt die Stellungnahme auf eine konkrete Potenzialfläche Bezug. Hierzu wird auf Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Betreff: Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan 2024 Schleswig-Holstein Sehr geehrte Damen und Herren, Der vorliegende Entwurf des Landesentwicklungsplans 2024 für Schleswig-Holstein enthält wichtige Festlegungen zur räumlichen Entwicklung des Landes, insbesondere im Bereich der Windenergienutzung. Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass der Plan ambitionierte Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien setzt und dabei versucht, verschiedene Belange wie Naturschutz, Siedlungsentwicklung und Infrastruktur zu berücksichtigen. Kritisch zu sehen ist jedoch die pauschale Festlegung von Ausschlussflächen für Windenergie in Wiesenvogelbrutgebieten mit besonders hoher Siedlungsdichte (Kapitel 4.5.1.3, Absatz 16 Z). Hier wird ein vermeintlicher Gegensatz zwischen Windenergienutzung und Wiesenvogelschutz konstruiert, der in dieser Form nicht haltbar ist: 1. Moderne Windenergieanlagen haben nur einen geringen Flächenbedarf. Der direkte Lebensraumverlust für Wiesenvögel durch die Anlagen selbst ist minimal. 2. Studien zeigen, dass viele Wiesenvogel-Arten sich schnell an Windenergieanlagen gewöhnen und diese nicht meiden. Eine Verdrängungswirkung tritt oft nur kurzzeitig während der Bauphase auf. 3. Der größte Gefährdungsfaktor für Wiesenvögel ist die intensive landwirtschaftliche Nutzung. Windenergieanlagen können hier sogar positive Effekte haben, wenn im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen extensiv genutzte Wiesenflächen angelegt werden. 4. Durch eine sorgfältige Standortwahl und angepasste Betriebszeiten lassen sich Konflikte mit Wiesenvögeln weitgehend vermeiden. Pauschale Ausschlüsse sind nicht zielführend. 5. Die Windenergie leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Gerade Wiesenvögel sind durch den Klimawandel und den damit verbundenen Lebensraumverlust stark gefährdet. Klimaschutz ist also aktiver Wiesenvogelschutz. Statt eines pauschalen Ausschlusses sollte der LEP daher eine Einzelfallprüfung für Windenergieanlagen in Wiesenvogelbrutgebieten vorsehen. Dabei können	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	artenschutzrechtliche Belange angemessen berücksichtigt und gleichzeitig die Potenziale für die Windenergienutzung ausgeschöpft werden. Nur so lässt sich eine ausgewogene Abwägung zwischen Klimaschutz und Artenschutz erreichen. Insgesamt sollte der LEP stärker die Synergien zwischen Windenergie und Naturschutz in den Blick nehmen. Mit intelligenten Konzepten lassen sich beide Ziele vereinbaren und sogar gegenseitig stärken. Eine differenzierte Betrachtung ist hier zielführender als pauschale Verbote. Im Konkreten betrachten wir hier die ehemalige Potenzialfläche [redacted] (LEP Wind 2020). Das überlagernde Wiesenvogel-Brutgebiet umfasst eine Fläche von ca. 2134 ha. Das Potenzialgebiet umfasst, nach Berücksichtigung des Siedlungsabstandes von 1.000m, noch eine Fläche von ca. 215 ha, also ca. 10 % des Schutzgebietes. Beim Bau moderner Windenergieanlagen werden ca. 4.600 m² pro Anlage versiegelt (Zuwegung, Fundament und Kranstellfläche). Im genannten Gebiet sind bis zu 10 Windenergieanlagen denkbar, was zu einer Versiegelung von 4,6 ha führt. Dies entspricht 0,2 % des Schutzgebietes. Bei einer solch geringen Flächeninanspruchnahme ist nicht davon auszugehen, dass der Schutzzweck des Gebietes wesentlich beeinträchtigt wird. Die verbleibenden 99,8 % des Schutzgebietes bieten weiterhin ausreichend Raum für den Schutz der Wiesenvögel. Zudem können gezielte Ausgleichsmaßnahmen im Umfeld der Windenergieanlagen die Habitatqualität für Wiesenvögel sogar verbessern. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Projektentwicklung & -management	
Institution: ARGE NETZ GmbH & Co. KG, Kommunikation & Landespolitik ID: M2500	Sehr geehrte Frau Dr. Sütterlin-Waack, sehr geehrte Frau Dr. Koll, sehr geehrter Herr Hilker, sehr geehrte Damen und Herren, die [redacted] nimmt die Möglichkeit wahr, den ersten Entwurf zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Eine Unvereinbarkeit mit dem Grundsatz der Spezialität ist nicht erkennbar. § 245e Abs. 1 BauGB hält die Ausschlusswirkung des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB von Bestandsplanungen übergangsweise aufrecht. Die bisher in einem Plangebiet gültigen Bestimmungen für die Zulässigkeit von Windenergievorhaben finden weiter Anwendung , um den

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schleswig-Holstein zur Fortschreibung 2021 (LEPWindVO) zu kommentieren. Unsere Stellungnahme finden Sie daher im Anhang. Über eine Rückmeldung würden wir uns freuen und bedanken uns im Voraus für eine Berücksichtigung. Die Unternehmensgruppe [redacted] bündelt die Kraft von 420 regionalen Betreibergesellschaften mit 4.500 MW installierter Leistung aus Erneuerbaren Energien Anlagen und realisiert für deren Gemeinschaft energiewirtschaftliche Projekte. Folglich besteht für die gesamte Unternehmensgruppe ein hoher Bedarf, sich mit den Vorschlägen der LEPWindVO eindringlich zu befassen. Bei Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Vorwort aus Sicht der Betreiber von EE-Anlagen Die [redacted] nimmt die Möglichkeit wahr, den ersten Entwurf zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zur Fortschreibung 2021 (LEPWindVO) zu kommentieren. Die Unternehmensgruppe ARGE NETZ bündelt die Kraft von 420 regionalen Betreibergesellschaften mit 4.500 MW installierter Leistung aus Erneuerbaren Energien Anlagen und realisiert für deren Gemeinschaft energiewirtschaftliche Projekte. Dieser Stellungnahme liegt eine juristische Analyse zugrunde, die eine grundsätzliche Unvereinbarkeit der LEP-Pläne mit dem Grundsatz der Spezialität und mit den Grundsätzen der Raumordnung annimmt. Dass die LEP-Pläne mit dem Raumordnungsrecht vereinbar sind, ist aus Sicht der [redacted] unerlässlich, um die zukünftige Windenergieplanung rechtssicher aufzustellen. Da wir eine zeitnahe Klärung dieser wichtigen Grundsatzfrage annehmen, richten wir den Fokus unserer Stellungnahme im Weiteren auch auf die Bewertung einzelner Kriterien. Schleswig-Holstein hat im Ausbau der Windenergie bemerkenswerte Fortschritte gemacht und sich zu einem der führenden Bundesländer in diesem Bereich entwickelt.	Planungsträgern eine ungestörte Neuplanung nach den Vorgaben des WindBG zu ermöglichen und einen geordneten Übergang auf die neue Rechtslage sicherzustellen. Fortgeltung der Regionalpläne Windenergie gemäß § 245e BauGB sehen wir als unproblematisch an. Dass der Regionalplan zum Sachthema Wind bei der Aufstellung des neuen LEP nicht gänzlich berücksichtigt wird, liegt in der Natur der Sache und entspricht der Logik des § 245e BauGB sowie des WindBG. Vielmehr werden sich die neuen Regionalpläne Wind aus dem neuen LEP entwickeln und dessen Festlegungen berücksichtigen. Hinsichtlich der pauschalen Kritik an sämtlichen Abstandsflächenregelungen wird auf die verschiedenen Ziffern in der allgemeinen Synopse verwiesen. In Bezug auf den 800 m Umgebungsbereich um Siedlungsgebiete wird einerseits auf die Begründung verwiesen. Darüber hinaus steht dem Land hier eine Gesetzgebungskompetenz zu: Unter dem Gesichtspunkt der Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Bodenrecht und der sich daraus ergebenden grundsätzlich abschließenden Regelung des Bodenrechts im BauGB und seiner Rechtsverordnungen eröffnet jedoch § 249 Abs. 3 den Ländern die Möglichkeit, innerhalb der dort bezeichneten Voraussetzungen (Grenzen) materiell-rechtliche Regelungen zur Zulässigkeit von Windenergieanlagen im Außenbereich nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 zu treffen („Länderöffnungsklausel“). Die in § 249 Abs. 3 bezeichneten Voraussetzungen haben die Bedeutung, die Gesetzgebungskompetenz der Länder in dem dadurch bestimmten Rahmen zuzulassen und zugleich zu beschränken. Im Übrigen obliegt es dem jeweiligen Land, eigenverantwortlich darüber zu entscheiden, ob und inwieweit es von der nach § 249 Abs. 9 eingeräumten Gesetzgebungsbefugnis Gebrauch macht

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	8.593 Megawatt installierte Windenergieleistung positionieren das Bundesland im oberen Bereich des deutschlandweiten Ausbaus. Um den Eingriff in Landschaft und Umwelt so gering wie möglich zu halten, sollten wir (entsprechend der Ziele des Koalitionsvertrages) alle Möglichkeiten zum Repowering vollumfänglich nutzen. Dies bietet gleich mehrere Vorteile: das Landschaftsbild wirkt aufgeräumter, bereits vorhandene Infrastrukturen werden genutzt, geringere Rotordrehzahlen und technologische Innovationen minimieren die Umweltbelastung. Durch die vorliegenden Pläne der LEPWindVO jedoch wird den landes- wie bundespolitischen Repoweringzielen ein Bärendienst erwiesen: Nach eigenen Berechnungen stünden gemäß der Pläne zur LEPWindVO über 1.500 Megawatt (MW) an installierter Leistung außerhalb von Potenzialflächen (siehe Seite 7). In der Folge geht erhebliches Repoweringpotenzial verloren; gut akzeptierte Standorte mit bereits eingetretenem Gewöhnungseffekt für Mensch und Umwelt, ebenso wichtige Wertschöpfungseffekte für betroffene Standortgemeinden. Bereits errichtete Infrastrukturen blieben im schlimmsten Fall ungenutzt. Die Bewertungen sind als grundsätzliche Stellungnahme zu den relevanten Themenkomplexen zu verstehen, unabhängig davon, dass deren zu restriktive Anwendung im LEP-Entwurf in Teilen als rechtswidrig eingeschätzt wird. Als positiv angesehen wird etwa, dass Landschaftsschutzgebiete entsprechend Bundesgesetz nicht mehr pauschal von Windenergieanlagen freizuhalten sind. Auch all jene avifaunistischen Abstandsvorgaben, die sich am artenschutzrechtlichen Konsens orientieren und eine geringere Vorgabe als vormals üblich vorsehen, tragen wir mit. Zu begrüßen ist ebenso das Verbot von Höhenbeschränkungen mit dem Ziel, den Flächenbeitragswert zu erreichen. Gleichwohl sehen wir den Bedarf, das Verbot auch nach Erreichen des Flächenbeitragswertes aufrecht zu erhalten. Weitere eher kritische Auseinandersetzungen führt die [redacted] im vorliegenden Dokument ab Seite 9 auf. Hierzu zählen unter anderem die beibehaltene Rotor-In- Planung, das Beschneiden der Repoweringpotenziale, militärische Belange und Abstände zu Drehfunkfeuer sowie die fehlende raumordnerische Abwägung von privaten Belangen bei den Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs. Der Windenergie einen angemessenen Raum zu ermöglichen, dient nicht nur dem Erreichen der Klimaschutzziele, sondern auch der wirtschaftlichen Stärkung unserer Regionen. So profitieren etwa die Standortgemeinden von Gewerbesteuereinnahmen in Millionenhöhe, allein an der Westküste von über 40 Millionen Euro (siehe Abbildung 1, Seite 8). Diese zusätzlichen Mittel ermöglichen Investitionen in lokale Infrastruktur,	(Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger/Söfker, 155. EL August 2024, BauGB § 249 Rn. 162, beck-online). Abwägungsfehler sind insbesondere bei den Wiesenvogel-Brutgebieten nicht vorliegend. Hinsichtlich der Wiesenvogel-Brutgebiete wird auf die Ziffer 4.18 der allgemeinen Synopse und auf die Begründung zum Plan verwiesen. Ihren Ausführungen zu Abwägungsfehlern wird hier nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bildung und soziale Projekte, wodurch die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig verbessert wird. Über 12 Prozent der relevanten Einwohnerinnen und Einwohner von Standortgemeinden der [redacted] profitieren zudem von einer direkten Beteiligung an Windenergieanlagen (siehe Abbildung 2, Seite 8). Diese Einkünfte stärken die lokale Kaufkraft der Regionen. Es liegt also an uns, ob wir den Firmen und Kommunen unseres Bundeslandes diese Möglichkeiten einräumen wollen. Dafür müssen wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien jedoch zuvorderst nicht als „Goldgräberstimmung“ für den Einzelnen verstehen, sondern als „Ernteglück“ für die Allgemeinheit. [redacted] [redacted] Grundsatzfrage zur Rechtswirksamkeit LEPWindVO Die [redacted] bittet um Berücksichtigung der juristischen Stellungnahme der [redacted] zur Bewertung der Rechtswirksamkeit der LEPWindVO (siehe Anhang, ab Seite 40). Die juristische Bewertung kommt zu folgendem Ergebnis: Die durch die Ziele der Raumordnung des LEP vorgenommene Negativsteuerung führt zu einem unzulässigen Konflikt mit der nach § 245e Abs. 1 BauGB weiterhin geltenden und nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB spezielleren Regionalplanung 2020. Denn die Ziele der Raumordnung des LEP würden nunmehr zusätzlich die fortgeltenden Konzentrationswirkungen der Regionalpläne (§ 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB) flankieren. Das Setzen von flankierenden Zielen der Raumordnung im LEP, neben den bestehenden speziellen, konzentrierenden Regelungen der Regionalpläne ist daher als unrechtmäßig zu erachten. Der LEP-Entwurf verletzt den Vorrang des Fachrechts • Es ist anerkannt, dass die Raumordnungsplanung, nicht in fachrechtliche Entscheidungen eingreifen oder sie modifizieren darf. Die Raumordnungsplanung darf kurzum keine „Superplanung“ darstellen, die für alle denkbaren Lebens- und Rechtsbereiche verbindliche Regelungen durch Ziele der Raumordnung setzt. • Der LEP-Entwurf enthält jedoch mit seinen zahlreichen Negativkriterien eine Reihe von	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Festlegungen, die bestehende fachrechtliche Regelungen überlagern bzw. modifizieren. Zu nennen sind: • Immissionsschutzrechtliche begründete Regelungen zum Abstand zu Wohnnutzungen, die bereits durch das vorrangige Immissionsschutz- oder Bauplanungsrecht bestimmt sind; Abstände aus luftverkehrsrechtlichen Gründen; Sämtliche Kriterien, die sich mit Arten- und Habitatschutz beschäftigen; Straßenrechtliche Anbaubeschränkungszonen oder denkmalrechtlich notwendige Abstände, die fachrechtlich durch den Umgebungsschutz geregelt sind. Defizitäre Schlussabwägung hinsichtlich der festgelegten Ziele der Raumordnung • Gemäß § 7 Abs. 2 ROG müssen öffentliche und private Belange, soweit sie erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abgewogen werden. • Festlegungen mit Zielqualität müssen gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG abschließend abgewogen werden. • Es ist allgemein anerkannt, dass die Anforderungen an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte mit Blick auf das durch den Planungsträger zu beschaffende Abwägungsmaterial umso höher sind, je konkreter die raumordnerischen Festlegungen sind. • Der Planungsträger verfolgt mit dem LEP den Ansatz einer gesamträumlichen Planung mittels Ausschlusskriterien. Denn allein durch die mittels Ziele der Raumordnung festgelegten Umgebungsbereiche um Siedlungsgebiete, zu Europäischen Vogelschutzgebieten und den Hauptsachen des überregionalen Vogelzugs mit hoher Bedeutung, schließt er weite Teile der Landesfläche von der Windenergieplanung aus. • Dies führt dazu, dass hohe Anforderungen an die Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte der betroffenen Belange bestehen. • Diesen Anforderungen wird der Planungsträger nicht gerecht, da er private Belange kaum in seine Abwägung einbezieht. Dazu gehören insbesondere die Interessen der Anlagenbetreiber. Mithin besteht keine hinreichende Abwägungsgrundlage. • Hinzukommt, dass der Planungsträger öffentliche Belange abwägungsfehlerhaft gewichtet, indem er den mit dem WindBG und dem EEG verfolgten Zielen des Bundesgesetzgebers nicht Rechnung trägt. Der Bundesgesetzgeber hat mit den jüngsten gesetzlichen Änderungen einen Paradigmenwechsel vollzogen und sich von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einer rein auf Negativkriterien basierenden Planung abgewandt. Das neue Planungssystem sieht nunmehr eine reine Positivplanung vor. Dieses Ziel konterkariert der LEP-Entwurf indem er eine gesamträumliche Planung anhand von Negativkriterien vorsieht. • Darüber hinaus widerspricht es der bundesgesetzgeberischen Intention, die Möglichkeit des Repowerings einzuschränken. Dies tut der Planträger, in dem er einerseits weitreichende Ausschlusskriterien als Ziele und Grundzüge der Raumordnung festlegt und somit das Repowering über § 245e Abs. 3 BauGB („Grundzüge der Planung“) einschränkt. Andererseits dadurch, dass er mit § 13b LapLaG eine Regelung schafft, die die Spielräume für das Repowering wiederum an die im LEP festgelegten, umfassenden Ziele der Raumordnung rückkoppelt. Hinweis: Die ausführliche juristische Bewertung wurde im Rahmen der Anhörung als Anhang eingereicht. Wir bitten um Berücksichtigung der dargelegten juristischen Grundsatzfragen. [redacted] **Kommentierung zum Kriterienkatalog (Langfassung)** **Grundsätze und Ziele der Raumordnung 1 G Verfolgtes Planungsziel (Seite 2)** Bewertung: Eine Landesplanung zur Windenergie an Land darf keine Ausschlussflächen durch Negativziele der Raumordnung festlegen, da dies den planerischen Grundsätzen der Positivplanung und der Vermeidung einer Verhinderungsplanung widerspricht. Gemäß den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und der Rechtsprechung muss die Raumplanung Positivziele verfolgen, indem sie aktiv geeignete Flächen für die Windenergienutzung ausweist, anstatt primär auf den Ausschluss bestimmter Flächen abzuzielen. Die Vermeidung der Verhinderungsplanung ist dabei ein zentraler Aspekt: Wenn durch Negativziele oder Ausschlussflächen die Nutzung der Windenergie stark eingeschränkt oder verhindert wird, könnte dies als rechtswidrig gelten. Zudem würde der Grundsatz der Abwägung zwischen den Interessen der Energiewende und anderen öffentlichen sowie privaten Belangen verletzt. Die Windenergie ist im Außenbereich gemäß § 35 Baugesetzbuch (BauGB) privilegiert, was bedeutet, dass sie in geeigneten Bereichen Vorrang haben muss. Die Abwägung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	muss daher sicherstellen, dass ausreichende Flächen für die Windenergie bereitgestellt werden, während andere Interessen wie der Umwelt- und Anwohnerschutz berücksichtigt werden. Eine reine Ausschlussplanung, ohne die Ausweisung geeigneter Flächen, würde dem Planungsziel widersprechen, die Energiewende aktiv zu fördern und den Ausbau Erneuerbarer Energien zu ermöglichen, und könnte rechtlich als unverhältnismäßig eingestuft werden. Die im Auftrag der [redacted] erstellte juristische Expertise durch Blanke Meier Evers Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB kommt entsprechend zu der Schlussfolgerung: „Mithin ist das Setzen von flankierenden Zielen der Raumordnung im LEP, neben den bestehenden speziellen, konzentrierenden Regelungen der Regionalplänen als unrechtmäßig zu erachten.“ 2. **4Z - Verbot von Höhenbeschränkungen** Textpassage: „In Regional- und Bauleitplänen dürfen keine Bestimmungen zur Höhe von raumbedeutsamen WEA getroffen werden.“ Bewertung: Wir begrüßen die Aufhebung von Höhenbeschränkungen von Windenergieanlagen zur Erreichung der Flächenbeitragswerte des Bundeslandes Schleswig-Holstein im Zuge des WindBG, aber auch darüber hinaus. Da die Flächenbeitragswerte bis zum 31. Dezember 2027 bzw. bis zum 31. Dezember 2032 auszuweisen sind, sollte das Verbot von Höhenbeschränkungen auch unabhängig vom Erreichen der jeweiligen Flächenbeitragswerte Bestand haben. Hintergrund: Die Aufhebung von Höhenbeschränkungen für Windenergieanlagen ist aus mehreren wissenschaftlichen und praktischen Gründen von erheblichem Vorteil. Höhere Windenergieanlagen nutzen stärkere und konstantere Windgeschwindigkeiten in größeren Höhen, was zu einer signifikanten Steigerung der Produktion führt. Durch die erhöhte Effizienz wird auch der Flächenbedarf für die gleiche Menge an erzeugter Energie reduziert, was eine bessere Flächennutzung ermöglicht und den ökologischen Fußabdruck der Windenergie verringert. Zudem fördert die Aufhebung von Höhenbeschränkungen technologische Innovationen und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Windenergiebranche, indem sie den Einsatz moderner, leistungsfähigerer Anlagen erlaubt. 3. **5Z - Rotor-innerhalb-Planung** Textpassage: „Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten ist zu bestimmen, dass die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rotorblätter von WEA vollständig innerhalb dieser Windenergiegebiete liegen.“ Bewertung: Es mag Gründe geben, auf eine Rotor-In-Planung abzustellen, gleichwohl sie das Flächenpotenzial erheblich beschneidet (siehe Seite 16). Allen voran bietet die Rotorblattspitze als Bezugseinheit die größtmögliche Rechtssicherheit bei Einhaltung von Abständen zu Siedlungen und anderen sensiblen Bereichen. Im wissenschaftlichen Kontext allerdings überwiegen die Vorteile einer Rotor-Out-Planung, weshalb sie in den folgenden Bundesländern Anwendung findet bzw. zur Anwendung kommen soll: Hessen, Niedersachsen, Mecklenburg- Vorpommern, Saarland, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden- Württemberg, Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Berlin und Bremen. Im Wesentlichen bietet die Rotor-Out-Planung den Vorteil einer effizienteren Nutzung der verfügbaren Flächen. Durch die flexible Platzierung der Rotorblätter können mehr Anlagen auf einer Fläche installiert werden, was zur Maximierung der Energieerzeugung führt. Dies bedeutet im Umkehrschluss auch, dass zur Erreichung der energiepolitischen Ausbauziele des Bundeslandes insgesamt weniger Fläche benötigt würde, wie es im Entwurf zum Landesentwicklungsplan auch unter B zu 6 mit dem Ziel der Konzentrationswirkung adressiert ist. Hintergrund: Wir verstehen, dass das Innenministerium des Landes mit der Rotor-In-Planung insbesondere die maßgeblichen Lärmimmissionen an den Rotorblattspitzen zu kontrollieren versucht. Durch die hohen Geschwindigkeiten entstehen an den äußeren Enden der Rotorblätter aerodynamische Geräusche. Diese Lärmquellen lassen sich jedoch durch technologische Anpassungen signifikant reduzieren. Moderne Windenergieanlagen sind so konzipiert, dass sie durch spezielle Blattdesigns und Lärmschutzbeschichtungen die Geräusche an den Blattspitzen minimieren. Zudem wird die Lärmemission durch fortschrittliche Steuerungssysteme optimiert, die die Betriebsparameter dynamisch an die Umgebungsbedingungen anpassen. Dass der Schutz von Anwohnerinnen und Anwohnern gewahrt bleibt, stellt der Ordnungsrahmen der TA Lärm sicher, deren Richtwerte auch bei der Rotor-Out-Planung maßgeblich sind. Ebenso wichtig ist zu beachten, dass die optisch bedrängende Wirkung von Windenergieanlagen von der Frontalansicht auf die Turmmitte herrührt, und weniger von den Rotorblattspitzen. Die visuelle Wahrnehmung wird durch die Präsenz des Turms und den großen Rotorkreis dominiert, unabhängig davon, ob die Rotorblätter leicht über die Planungsgrenzen hinausragen oder nicht.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dieser visuelle Effekt wird auch als „Foreshortening“ oder „Verkürzung“ bezeichnet. Dabei handelt es sich um ein Phänomen der perspektivischen Verzerrung, bei dem die Tiefe eines Objekts aufgrund der Entfernung oder des Betrachtungswinkels optisch verkürzt erscheint. Bei Windenergieanlagen führt dieser Effekt dazu, dass Betrachter aus der Ferne die Höhe der Anlage besser einschätzen können als die Tiefe. Die Rotorblätter, die sich auf den Betrachter zu- oder wegdrehen, erscheinen kürzer und weniger prominent, wodurch es schwierig wird, deren genaue Ausrichtung und Länge einzuschätzen. Auch die visuelle Wahrnehmung der Gesamthöhe einer Windenergieanlage wird durch eine Rotor-Out Planung nicht wesentlich negativ beeinflusst. Beispielhaft werden folgende Annahmen getroffen, entsprechend dem Durchschnitt der im ersten Halbjahr 2024 in Schleswig-Holstein errichteten Windenergieanlagen: Eine Windenergieanlage mit 178 Metern Gesamthöhe und einem Rotordurchmesser von 141 Metern bzw. Rotorblattlänge von 70,5 Metern wird im Zuge einer Rotor-In Planung errichtet, wobei die Rotorblattspitze an die Gebietsgrenze heranreicht. Bei einer Entfernung von 1.000 Metern erscheint die scheinbare Höhe dieser Anlage auf einem 1 Meter langem Lineal etwa 17,8 cm hoch. Bei einer Rotor-Out Planung, bei der die Turmmitte am Rande der Gebietsgrenze errichtet wird, erschiene dieselbe Anlage 16,63 cm hoch (siehe Abbildung 4, Seite 16). Diese minimalen Unterschiede in der scheinbaren Höhe verdeutlichen, dass Rotor-Out die visuelle Wahrnehmung der Anlage nur geringfügig beeinflusst. Zusätzlich wird die optische Wahrnehmung von Windenergieanlagen durch weitere Faktoren beeinflusst, darunter die lokale Topografie und Vegetation. Der Abstand spielt zwar eine entscheidende Rolle, topografische Merkmale wie Hügel und Täler sowie Vegetationsstrukturen wie Bäume und Wälder können die Sichtbarkeit der Anlagen aber weiter reduzieren. Daher haben nicht alle Anwohnerinnen und Anwohner eine direkte Sicht auf die Windenergieanlagen, was die individuelle Wahrnehmung und mögliche optische Belastung stark variieren lässt. [redacted] 4. **B zu 1 Flächenbeitragswert (Seite 5)** Textpassage: „In Schleswig-Holstein soll der Flächenbeitragswert von 2,0 Prozent bereits bis Ende 2027 erreicht werden.“	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bewertung: Die Erreichung der durch den Bundesgesetzgeber formulierten Flächenbeitragswerte durch das Verbot von Höhenbeschränkungen dient nicht nur der Einhaltung der Rechtskonformität. Der mit dem Flächenbeitragszielen einhergehende Verzicht auf Höhenbeschränkungen maximiert zudem die Flächenpotenziale und ermöglicht dadurch eine effizientere Landnutzung. Da höhere Windenergieanlagen in der Lage sind, stärkere und konstantere Winde zu nutzen, steigert dies die Energieausbeute pro Fläche erheblich, wodurch mehr Flächen für andere Nutzungen – maßgeblich Naturschutz – verfügbar blieben. Die Höhenbeschränkungen sollten daher folgerichtig auch nach Erreichen des Flächenbeitragswertes verboten werden. Das Erreichen des Flächenbeitragswertes geht jedoch auch mit einer wichtigen Einschränkung des langfristigen Planungsrechtes einher: Infolge von §§ 249 Abs. 1 u. 2, 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB greift die Privilegierung für Windenergievorhaben im Außenbereich nur noch bis zum Erreichen des Flächenbeitragswertes bzw. eines einschlägigen Teilflächenziels nach WindBG. Mit dem Erreichen des Flächenbeitragswertes ist eine Entprivilegierung der Windenergie im Außenbereich vorgesehen. Der Wegfall der Privilegierung von Windenergieanlagen im Außenbereich nach Erreichen des Flächenbeitragswertes hat sowohl Vor- als auch Nachteile. Einerseits könnte dies zu einer besseren Steuerung und Konzentration von Windenergieprojekten führen, was die Akzeptanz und Planungssicherheit erhöht. Andererseits könnte der Ausbau der Erneuerbaren Energien deutlich verlangsamt werden. Ohne die Privilegierung im Außenbereich müssen Windenergieprojekte umfangreichere Genehmigungsverfahren durchlaufen, was zu Verzögerungen im Ausbau und erhöhten Projektkosten führen kann. Die Entscheidung, ob und wann die Privilegierung aufgehoben werden sollte, muss daher sorgfältig abgewogen werden, um eine Balance zwischen den verschiedenen Interessen und Zielen zu finden. Wie der Arbeitshilfe zum Vollzug des Gesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land (sog. Wind-an-Land-Gesetz) vom Juli 2023 zu entnehmen ist, bedeutet dies darüber hinaus, „dass nicht mehr die Ausschlusswirkung konstitutiv durch Planung herbeigeführt werden muss, sondern die Planung nur positiv definiert, auf welchen Flächen Windenergievorhaben privilegiert verwirklicht werden können.“ Bei der Umstellung von Negativplanung auf Positivplanung spielt der Bestandsschutz eine zentrale Rolle, um die Rechte derjenigen zu wahren, die unter den bis dato geltenden Planungsregelungen Investitionen getätigt oder Genehmigungen erhalten haben werden. Mit sehr langfristigem Blick weist die ARGE NETZ daher schon heute auf den dringend gebotenen Bestandsschutz hin, so dass in	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zukunft rechtmäßig genehmigte Windenergieanlagen durch eine möglicherweise neue Positivplanung nicht nachträglich beeinträchtigt oder in ihrer Nutzung eingeschränkt werden dürfen. 5. **B zu 2 G - Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land (Seite 11)** Textpassage: „Auf die Ausweisung von Vorranggebieten Repowering soll fortan verzichtet werden. Weder das WindBG noch die §§ 245e und 249 BauGB geben vor, dass im Rahmen von Raumordnungsplänen besondere Flächen für das Repowering von WEA auszuweisen sind.“ Bewertung: Repowering ist für das Bundesland Schleswig- Holstein von hoher Bedeutung, insbesondere, da das Land bereits stark mit Windenergieanlagen erschlossen ist. Grundsätzlich ist es richtig, dass keine Sonderflächen für Repowering mehr ausgewiesen werden sollen, da sie den Zweck „Repowering in Bestandsgebieten“ ohnehin nicht erfüllt haben und zudem mögliche Flächen für Neuvorhaben blockiert wurden. Durch die grundsätzliche Positivplanung ist es nach Bundesrecht zudem auch möglich, Repowering außerhalb von ausgewiesenen Flächen durchzuführen. Dies sollte die LEPWindVO grundsätzlich ermöglichen. Nach eigenen Berechnungen befinden sich aktuell 1.502 MW installierte Leistung außerhalb der vorgesehenen Windenergiegebiete. Damit gehen ein erhebliches Repowering-Potenzial sowie wirtschaftliche Wertschöpfung, direkte Beteiligung und Gewöhnungseffekte sowie bereits errichtete Infrastruktur wissentlich verloren. Dabei liegen die Vorteile des Repowerings auf der Hand: Es führt zu einer konzentrierteren Flächennutzung und reduziert die Zersiedelung der Landschaft durch viele kleine Anlagen mit positiven Effekten für Anwohner- und Artenschutz. [redacted] Die zugrundeliegende juristische Bewertung2 kommt sogar zu dem Ergebnis, dass eine Diskrepanz zwischen der Intention des Bundesgesetzgebers und der nunmehr durch den LEP-Entwurf eingeschlagenen Umsetzung bestünde. „Dies zeigt sich, erstens, daran, dass zwar grundsätzlich auch in Schleswig-Holstein die bundesgesetzlichen Vorschriften zum Repowering Anwendung finden, jedoch werden die darin enthaltenen Möglichkeiten durch den LEP-Entwurf dahingehenden beschränkt, als dass dieser das Repowering allein auf die Potentialflächen beschränkt, die nach der Festlegung von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausschlusskriterien als Ziele und Grundzüge der Raumordnung durch den Planungsträger übrigbleiben. […] Hinzukommt, zweitens, dass der Planungsträger zu ignorieren scheint, dass das Land Schleswig-Holstein die Möglichkeit des Repowerings nach §§ 245e, 249 BauGB unlängst auch durch den Erlass von § 13b LaplaG weitergehend eingeschränkt hat und wiederum an die ‚Beachtung der im Landesentwicklungsplan für Windenergie an Land festgelegten Ziele der Raumordnung‘ gebunden hat (§ 13b Abs. 1 Nr. 2 LaplaG). Insofern sind die Spielräume des Repowerings für Altanlagenbetreiber auch deshalb deutlich geringer, als der Planträger im LEP-Entwurf zu suggerieren versucht. Insgesamt ist deshalb zu konstatieren, dass der Planträger den eindeutigen Willen des Bundesgesetzgebers, den dieser durch die gesetzlichen Neuerungen im WindBG getroffen hat, zu ignorieren versucht und diesen Zielen innerhalb seiner LEPPlanung nicht ausreichend Gewicht verleiht. Der Bundesgesetzgeber wollte gerade das Repowering zugunsten der ‚überragende Bedeutung der erneuerbaren Energien insbesondere auch für die Versorgungssicherheit‘ erleichtern (vgl. BT-Drucksache 20/2355, Seite 32). Diese Zielsetzung gewichtet der LEP-Planungsträger nicht hinreichend, indem er die eigens durch den Bundesgesetzgeber geschaffenen zusätzlichen Möglichkeiten des Repowerings wiederum an seine eigenen, einschränkenden Ziele und Grundzüge der Planung bindet. 6. **B zu 3 - Festlegung einer Referenzanlage (Seite 11ff)** Textpassage: „Planungsgrundlage soll eine Referenz-WEA von 200 Metern Gesamthöhe mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern und 5,3 Megawatt Nennleistung sein.“ Bewertung: Wir begrüßen, dass die Referenzanlage bereits erhöhte Parameter aufweist. Die Parameter der Referenzanlage spiegeln aus Sicht der ARGE NETZ die heutigen technischen Standards wider, lassen jedoch wenig Raum für weitere technische Entwicklungsmöglichkeiten. Mit 178 Metern lag die im Jahr 2023 in Schleswig-Holstein durchschnittlich errichtete Windenergieanlage 11 Prozent unter der referierten Gesamthöhe und mit einem Rotordurchmesser von 141 Metern 6 Prozent unter dem referierten Rotordurchmesser.3 Mit Blick auf die jüngsten technologischen Entwicklungen dürfte dieser Spielraum aber schon in Kürze eingeholt sein. Hintergrund ist, dass im Bundesland Schleswig-Holstein aufgrund ihres Alters und aufgrund zuvor geltender Höhenbeschränkungen zwar die kleinsten Windenergieanlagen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	deutschlandweit stehen, die technologische Anpassung in Schleswig-Holstein aber schnelle Erhöhungen mit sich bringt. War es vormals noch üblich, Anlagentypen nach dem geplanten Standort im Binnenland bzw. in Küstennähe zu unterscheiden, gleichen sich die Parameter der Anlagenkonfiguration zusehends an, so dass auch in Küstennähe vermehrt höhere Anlagen mit größeren Rotorblattlängen errichtet werden. Durch diese reduziert sich jedoch die Bebauungsmöglichkeit der gegebenen Vorranggebiete. In der Folge sollten die künftigen Ausschlusskriterien nicht zu rigide formuliert sein, um die Flächenpotenziale nicht unnötig zu beschränken. Hintergrund: Deutschlandweit nahm die durchschnittliche Gesamthöhe in den Jahren 2020 bis 2024 (erstes Halbjahr) um elf Prozent zu (von 196 Meter auf 218 Meter), in Schleswig-Holstein um 12 Prozent (von 159 Meter auf 178 Meter).2 Noch deutlicher wird die Entwicklung im Bereich der Rotorblattlänge – die entscheidende Kenngröße bei der Rotor-In-Planung. Hier nahm der Rotordurchmesser im Landesdurchschnitt um 20 Prozent zu (von 117 Metern auf 141 Meter), in den vergangenen zehn Jahren sogar um 43 Prozent.4 Im Bundesdurchschnitt nahm der Rotordurchmesser ebenfalls um 20 Prozent zu (von 122 Meter auf 149 Meter). Wir empfehlen, diese Entwicklung bei der Festlegung der Referenzanlage zu berücksichtigen. Für die Rotor-In-Planung ist insbesondere die Rotorblattlänge entscheidend, da sie die tatsächliche Fläche bestimmt, die die Windenergieanlage während ihres Betriebs abdeckt. Die Gesamthöhe der Anlage, die die Nabenhöhe plus die Rotorblattlänge umfasst, ist zwar insbesondere für militärische Belange von Bedeutung, hat aber keine direkte Relevanz für die Einhaltung der geografischen Grenzen des Vorranggebietes. Fortschritte in der Materialwissenschaft ermöglichen die Konstruktion leichterer und dennoch stabilerer Rotorblätter, die größere Durchmesser erlauben. Es ist daher wahrscheinlich, dass auch in Schleswig- Holstein künftig Windenergieanlagen mit einem Rotordurchmesser von über 150 Metern errichtet werden, insbesondere im Rahmen von Repowering-Projekten. [redacted] 7. **1Z, 1G und 2Z - Umgebungsbereiche um/von Siedlungsbereichen (Seite 20)** Textpassage: „Der Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsbereiche liegen, soll von Windenergiegebieten freigehalten werden, sofern noch keine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht.“ Bewertung: Ein starres Ausschlusskriterium für Siedlungsabstände bei Windenergieanlagen widerspricht aus Sicht der ARGE NETZ der Notwendigkeit einer flexiblen und kontextsensiblen Planung, die technologische Fortschritte wie regionale Unterschiede gleichermaßen berücksichtigt. Grundsätzlich zu hinterfragen sein dürfte, ob eine juristische Kompetenz des Trägers der Raumordnungsplanung besteht, Mindestabstände zu Wohnnutzungen festzusetzen.5 Eine Festlegung als Ziel der Raumordnung scheidet aus. Die siedlungsstrukturellen Gegebenheiten in den einzelnen Gebieten Schleswig-Holsteins variieren stark, und zwar nicht nur zwischen urbanen und ländlichen Gebieten, sondern insbesondere auch innerhalb der ländlichen Gebiete. Insbesondere bei Streusiedlungen können sich feste Abstandsflächen spreizen, was die nutzbare Fläche für den Bau von Windenergieanlagen reduziert. Dank technischer Innovationen wie geräuscharme Rotorblätter, adaptive Betriebsmodi und Abschaltautomatiken sind Betreiberinnen und Betreiber in der Lage, Lärmemissionen moderner Windenergieanlagen gezielt zu minimieren und auf kritische Bedingungen wie geringe Windgeschwindigkeit oder Nachtzeiten zu reagieren. In dünn besiedelten, ländlichen Gebieten könnten geringere Abstände daher akzeptabel sein, da die potenzielle Belastung durch Lärm oder Sichtbeeinträchtigungen niedriger ist als in dicht besiedelten Regionen. Ein starres Ausschlusskriterium könnte hier unnötig restriktiv wirken und verfügbare Flächen ungenutzt lassen. Anstatt strikte Abstandsgrenzen zu setzen, sollte eine flexible Planung unter Einbeziehung von Bürgerbeteiligung und Standortanpassungen verfolgt werden, um den Ausbau der Windenergie voranzutreiben und gleichzeitig die Akzeptanz in der Bevölkerung zu fördern. 8. **B zu 2Z - Windenergieanlagen in Industriegebieten (Seite 27)** Textpassage: „In Industriegebieten nach § 9 BauNVO und sonstigen Sondergebieten nach § 11 BauNVO können WEA bauplanungsrechtlich zulässig sein, insofern bedarf es hier keines Umgebungsschutzes.“ Bewertung: Die Errichtung von Windenergieanlagen in Industriegebieten kann eine sinnvolle Ergänzung zur Nutzung von Industrieflächen darstellen, da Industriegebiete oft ausreichend – teilweise brach liegende – Fläche sowie eine natürliche Nähe zu bestehenden Infrastruktur- und Versorgungsnetzen bieten. Da Industriegebiete in der Regel bereits intensiv genutzte Flächen darstellen, sind die ökologischen Eingriffe durch	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die Errichtung von WEA oft geringer als in unberührten Landschaften. Insbesondere brachliegende oder ungenutzte Flächen bieten die Möglichkeit zur integrativen Planung, um eine mögliche Flächenkonkurrenz zur weiteren Industrieansiedlung zu minimieren. In dem 2023 vorgelegten „Modernisierungspaket für Klimaschutz und Planungsbeschleunigung“ des Bundes-Koalitionsausschuss schlägt der Bund zudem vor, eine „flächenspezifische Außenbereichsprivilegierung für bestimmte, besonders geeignete Flächen“ einzuführen.“6 Unter anderem sollten auf diesen Flächen Windenergieanlagen für die direkte Belieferung der benachbarten Unternehmen errichtet werden können und der Eigenverbrauch ermöglicht werden. Als besonders geeignet erscheinen nicht nur Industrie- sowie (ein Großteil der) Gewerbegebiete als solche, sondern auch der angrenzende Außenbereich. Wenn durch Windenergievorhaben die Direktbelieferung von Firmen im Industrie- bzw. Gewerbegebiet gesichert und nachweislich primär als solche erfolgen kann, sollten umliegende Bebauungszonen im angrenzenden Außenbereich mit einer entsprechenden Privilegierung einhergehen. Hintergrund: Eine Studie des Fraunhofer-Instituts für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik (IEE) hat das Potenzial für die Nutzung von Windenergieanlagen in Industriegebieten in Schleswig-Holstein untersucht. Dabei wurde erhoben, dass durch die Nutzung von Industriegebieten signifikant mehr Flächen für Windenergie nutzbar gemacht werden können.7 Bei einer vollständigen Öffnung der Industriegebiete für die Windenergienutzung erhöhten sich die Flächenpotenziale um 0,06 Prozent der Landesfläche, bzw. um 8,9 km². Der Großteil dieser Fläche ist auf Gebiete zurückzuführen, die an Industriegebiete grenzen. Während ein Wegfallen der Mindestabstände zu Industriegebieten ein Potenzial von 0,05 Prozent der Landesfläche freigeben würden, entfallen weitere 0,01 Prozent der Landesfläche auf Potenzialflächen innerhalb der Industriegebiete. 9. **Grundsätze und Ziele der Raumordnung 1Z - Militärische Bereiche** Textpassage: „Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in militärischen Bereichen sind ausgeschlossen. Militärische Bereiche sind Anlagen und Einrichtungen der Bundeswehr und der verbündeten Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere Standort- und Truppenübungsplätze.“ Bewertung: Militärische Bereiche dienen der nationalen Sicherheit und sind daher vom Abwägungsvorrang durch § 2 EEG ausgenommen. Hierin besteht für die ARGE NETZ	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	kein Zweifel. Während jedoch die Errichtung von Windenergieanlagen in militärischen Bereichen ausgeschlossen ist, sollte die Errichtung unter oder in unmittelbarer Nähe zu Übungsplätzen zu prüfen bleiben. Denn Übungsplätze für Bodentruppen, Artillerie, Flugzeuge oder Drohnen haben unterschiedliche Anforderungen an den Umgebungsschutz. In unmittelbarer Nähe zu Übungsgebieten scheint eine sachgerechte Einzelfallprüfung mit interessengerechter Abwägung notwendig. Geringfügige Anpassungen an militärische Belange könnten Potentiale für viele Megawatt an Windenergieleistung schaffen. Hintergrund: Generelle allgemeingültige Aussagen über das Störpotenzial einzelner WEA bzw. eines Windparks können nicht getroffen werden, sondern sind grundsätzlich im Rahmen der Einzelfallbetrachtung durch die Fachdienststelle zu treffen.8 Nach einer internen Auswertung kommt der Bundesverband Wind Energie (BWE) zu dem Urteil, dass bei Windenergievorhaben in, unterhalb oder in unmittelbarer Nähe von Übungsgebieten die ablehnenden Bescheide häufig nicht nachvollziehbar seien: „Es drängt sich der Eindruck auf, dass es sich häufig um ‚Vorratsentscheidungen‘ handelt, oder es werden Belange angeführt, die nicht mehr gegeben sind.“9 Seiner Forderung nach sachgerechten Einzelfallprüfungen mit interessengerechter Abwägung in unmittelbarer Nähe zu Übungsgebieten schließen wir uns an. 10. **4G - Abstände zu bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Straßenverkehrs** Textpassage: „Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs sowie die Abstandserfordernisse zu Straßenverkehrswegen berücksichtigt werden.“ Bewertung: Grundsätzlich ist die Errichtung von Windenergieanlagen und Solarparks an Verkehrswegen zu begrüßen, da die dortigen Flächen bereits durch teilweise viel befahrene Verkehrswege vorbelastet sind. Gleichzeitig ist es üblich, dass Behörden im Interesse der Verkehrssicherheit höhere Abstände einfordern als straßenrechtlich vorgesehen, insbesondere wenn dies durch die örtlichen Gegebenheiten oder spezifische Sicherheitsbedenken zu begründen versucht wird. 11. **13 G - Landschaftsschutzgebiete** Textpassage: „Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden.“ Bewertung: Wir begrüßen, wenn Landschaftsschutzgebiete – entsprechend dem bundespolitischen Willen – nicht mehr pauschal von Windkraftanlagen freigehalten werden. So gilt seit dem 1. Februar 2023 der neue § 26 Abs. 3 BNatSchG, welcher die Voraussetzungen für die Zulassung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten beschreibt. 12. **B zu 1G - Weitere militärische Belange (Seite 38f)** Textpassage: „Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten soll geprüft werden, ob und in welchem Umfang diese militärischen Schutzbelange die Nutzung des Windenergiegebietes beeinträchtigen.“ Bewertung: Wir begrüßen, wenn militärische Belange einer Windenergienutzung nicht pauschal entgegenstehen. Werden Windenergievorhaben aus militärischen Gründen abgelehnt, liegt dies zumeist an drei Hemmnisgründen, wie die Fachagentur Wind und Solar in Zusammenarbeit mit dem BWE ermittelt hat: 1. Hubschraubertiefflugkorridore, 2. Radar-führungsmindesthöhe und 3. Luftverteidigungsradare. Diese drei Hemmnisgründe machen derzeit rund zwei Drittel der blockierten 4.800 Megawatt deutschlandweit aus. Die Zahlen zeigen den hohen Handlungsbedarf auf. Mindestens die Sicherheits-mindesthöhe kann zu Bauhöhenbeschränkungen führen, die unter Umständen den wirtschaftlichen Betrieb einer Windenergieanlage unmöglich machen.10 Denn Windenergieanlagen sind darauf ausgelegt, in bestimmten Höhen zu operieren, wo sie maximal effizient arbeiten. Eine Begrenzung der Höhe jedoch kann die Energieerzeugung senken, was die Wirtschaftlichkeit des Projekts bis hin zur Unwirtschaftlichkeit beeinträchtigen kann. Wir schließen uns daher dem BWE in seiner politischen Argumentation an, dass Hubschraubertiefflugstrecken verlegt werden könnten, wo möglich, um die Privilegierung von Windenergieanlagen im Außenbereich gewährleisten zu können. Und damit moderne und leistungsfähige Windenergieanlagen in der Umgebung von Militärflugplätzen errichtet werden können, ist erneut zu prüfen, ob die Mindestführhöhen grundsätzlich angepasst werden können.11 Militärische Belange als Ablehnungsgrund für Windenergievorhaben führt auch der Bericht des Bund-Länder-Kooperationsausschusses auf. Für das Bundesland Schleswig-Holstein hat das zuständige Umweltministerium zuletzt eine Zunahme gemeldet. [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wenngleich sie im unteren Feld der Ablehnungsgründe rangieren, nehmen die Fälle, Genehmigungsverfahren aufgrund militärischer Belange abzulehnen, zu. Die Rückmeldungen aus Schleswig-Holstein können daher auch so verstanden werden, dass im Jahr 2020 in den von Flugsicherung und Radaranlagen betroffenen Gebieten oft erst gar keine Anträge (mehr) gestellt wurden. In den vorherigen Jahren war der Anteil hier wesentlich höher. Die Angabe für das Jahr 2020 bedeutet insofern nicht, dass Radaranlagen keinen Ablehnungsgrund darstellen. 13. **B zu 4G - Anbaubeschränkungszonen (Seite 41f)** Textpassage: „Wenn nur der Rotor einer Windenergieanlage in die Anbaubeschränkungszone hineinragt, sind die oben genannten Behörden lediglich zu beteiligen.“ Bewertung: Wir begrüßen, dass der Landesgesetzgeber die Verfahrenserleichterung für Windenergievorhaben innerhalb der Anbaubeschränkungszonen gemäß Bundesfernstraßengesetz übernommen hat. Folgerichtig erfolgt lediglich eine Beteiligung der zuständigen Straßenbaubehörde im Verfahren für Windenergieanlagen, deren Rotorblätter in die Anbaubeschränkungszone hineinragen. Da weiterhin Nachweise von Vorkehrungen gegen Kipp- oder Bruchgefahr der WEA, Eisabschaltungen und Anforderungen zu Wartungsintervallen festgesetzt werden können, bleibt abzuwarten, inwieweit diese Vorgabe wirklich zu einer Erleichterung im Genehmigungsverfahren führt.12 Das Zustimmungserfordernis des § 9 Abs. 2 FStrG besteht jedoch weiterhin fort, wenn sich der Turm der WEA innerhalb der Anbaubeschränkungszone befindet. Für diese Fälle hat der Bundesgesetzgeber eine Zustimmungsfiktion eingeführt, die auf Landesebene Berücksichtigung finden muss. Demnach gilt die Zustimmung als erteilt, wenn diese nicht innerhalb von zwei Monaten verweigert wird. Auch hinsichtlich der straßenrechtlichen Anbaubeschränkungszonen scheidet eine Festlegung als Ziel der Raumordnung aus. 14. **B zu 6 - Drehfunkfeuer (Seite 44f)** Textpassage: „Trotz der im ICAO EUR Doc 015 geforderten eingehenden Bewertung des Einzelfalls innerhalb der Kernzone ist davon auszugehen, dass in diesem Bereich WEA grundsätzlich nicht genehmigungsfähig sind und daher eine Windenergienutzung ausgeschlossen ist. Der Plangeber hält es daher für sachgerecht, bei Anlagen der Flugsicherung keine Einzelfallprüfung vorzunehmen oder erforderlich werden zu lassen, die für die Flugsicherung und die Vorhabenträger für WEA jeweils erhebliche rechtliche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Unsicherheiten bedeuten würde.“ Bewertung: Die Zahl der durch Drehfunkfeuer als nicht genehmigungsfähig geltenden Windenergieprojekte ist deutschlandweit deutlich zurückgegangen. Als Grund hierfür ist zu nennen, dass die Deutsche Flugsicherung ihre Berechnungsformel zur Bewertung des Störeinflusses von Windenergieanlagen auf Drehfunkfeuer verändert hat. War es vormals üblich, dass die luftverkehrsrechtliche Zustimmung zum Bau von Windenergieanlagen aus Gründen der Hindernisfreiheit regelmäßig verweigert wurde, sind mittlerweile deutlich mehr Projekte aus Sicht des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung als genehmigungsfähig bewertet worden. Genau genommen hat sich die Zahl der blockierten Windenergieprojekte in den vergangenen fünf Jahren sogar halbiert. In Genehmigungsverfahren spielt weitgehend nur noch der einfache Schutzbereich im Umkreis von bis zu 10 Kilometer um die Doppler-Navigationsanlagen eine Rolle. Hintergrund: In dem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderten Projekt WERAN plus haben die Physikalisch- Technische Bundesanstalt (PTB) und ihre Projektpartner die Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Doppler-Drehfunkfeuer (DVOR) untersucht.14 Dazu wurden drohnenbasierte Vor-Ort- Messungen an DVOR und numerische Vollwellensimulationen durchgeführt. Auf dieser Grundlage wurde die von der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH entwickelte Berechnungsformel in Zusammenarbeit mit der PTB weiterentwickelt und verbessert. Dies trägt bekanntermaßen zu einer besseren Verfügbarkeit von Flächen bei. 15. **3Z - Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche** Textpassage: „In Fauna-Flora-Habitat-Gebieten (FFH-Gebiete) in Schleswig-Holstein sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen.“ Bewertung: In Konsistenz zu der bisherigen Ausführung hinsichtlich der Ziele der Raumordnung scheidet eine Festlegung als Ziel der Raumordnung aus. Sämtliche Kriterien, die sich mit Arten- oder Habitatschutz beschäftigen, haben eine fachrechtliche Ableitung. 16. **15Z - Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung (Seite 58)** Textpassage: „In den Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bedeutung, charakterisiert durch eine sehr hohe Zugintensität, sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen.“ Bewertung: Hinsichtlich der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs verweist die ARGE NETZ erneut auf die beigefügte juristische Analyse. Dieser zu entnehmen ist die folgende raumordnerische Bewertung: „Bei der Aufstellung der Raumordnungspläne sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen, § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG. Abzuwägen sind alle privaten Belange, die „nach Lage der Dinge“ in die Abwägung eingestellt werden müssen. Zwar muss die raumordnerische Abwägung regelmäßig keine erschöpfende Abwägung sein. […] Das Gebot der planerischen Konfliktbewältigung verlangt aber u. a., lösbare Konflikte nicht in nachfolgende Planungsstufen hineinzutragen. Die gesamträumliche Negativplanung wird durch den Planungsträger auch bei den Umgebungsbereichen um Europäische Vogelschutzgebiete sowie die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung forciert. Allein durch die drei genannten Ziele der Raumordnung wird faktisch eine gesamträumliche Negativsteuerung vorgenommen, die die Planung für nachfolgende Planträger vollständig vordeterminiert. Der rein rahmensetzende Charakter der Raumplanung wird hierin deutlich überspannt und die örtlichen Planungskompetenzen der Gemeinden damit obsolet.“15 Auch bezüglich privater Belange erscheint die Ermittlung des Abwägungsmaterials defizitär. „Denn auch hier handelt es sich um konkrete Vorgaben an nachgeordnete Behörden, die diesen gegenüber einen abschließenden Charakter haben. Insofern sind auch hier nach dem obigen Maßstab hohe Anforderungen an die Ermittlungstiefe zu stellen. Der pauschale Hinweis, dass der Vogelzug ‚nachweisbar´ Landschaftsstrukturen folgt und sich hier verdichtet, ist evident unzulänglich.“ 17. **16 Z - Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten (Seite 58)** Textpassage: „In Wiesenvogelbrutgebieten mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen.“ Bewertung: Für die ARGE NETZ ist unbestritten, dass der Schutz seltener Wiesenvögel angesichts rückläufiger Brutpaarzahlen in Deutschland von hoher Bedeutung ist. Mit	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Blick in die jüngere wissenschaftliche Literatur scheinen insbesondere bodennahe Bedrohungsarten den Bestand der hiesigen Wiesenvögel zu reduzieren. Im Beltringharder Koog etwa gingen Gelegeverluste der Austernfischer in den Vorjahren auf Prädationsereignisse oder die Aufgabe von Gelegen zurück – und das trotz ergriffener Schutzmaßnahmen.16 Säugetiere wie der Rotfuchs spielen dabei die Hauptrolle als Nesträuber. Dabei ist der Bestandsrückgang offenkundig auf einen zu geringen Bruterfolg im Gebiet zurückzuführen. Unter Rücksichtnahme der artenschutzfachlichen Betrachtung der Bestandsrückgänge kritisiert die ARGE NETZ, dass sich die Planbegründung an keiner Stelle mit der konkret-individuellen Betroffenheit bzw. Sensibilität der einzelnen Wiesenvögel auseinandersetzt. Eine dringend erforderliche differenzierende Betrachtung findet nicht statt. Auch aus raumplanerischer Sicht ist die Planbegründung nicht kohärent, wie die beigefügte juristische Bewertung17 im Auftrag der ARGE NETZ ergeben hat: „Indem der Landesentwicklungsplan Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten zum Ziel der Raumordnung erklärt, wird den nächstgeordneten Planungs- und Zulassungsbehörden jedwede Abwägungsmöglichkeit genommen. Die Festlegung als Ziel hat insbesondere zur Folge, dass keine Windenergieanlage im Geltungsbereich des Kriteriums genehmigt werden kann, weil ein Verstoß gegen die Ziele der Raumordnung vorläge, § 35 Abs. 3 Satz 2 BauGB. Da den Planungs- und Zulassungsbehörden kein Abwägungsspielraum bleibt und im Verhältnis zur Fläche des Bundeslandes erhebliche Flächenteile ausgeschlossen werden, müsste sich die Abwägung durch die Landesplanungsbehörde kleinteilig und detailliert mit den betroffenen Belangen, insbesondere mit den verschiedenen privaten wie öffentlichen Belangen im Zusammenhang mit der Windenergie auseinandersetzen.“ 18. **16G - Wiesenvogel-Brutgebiete mit hohen Siedlungsdichten (Seite 59)** Textpassage: „Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in Wiesenvogelbrutgebieten mit hohen Siedlungsdichten außerhalb der nach 16 Z ausgeschlossenen Bereiche sollen die Anforderungen des Artenschutzes berücksichtigt werden.“ Bewertung: Fast alle Wiesenvogelarten in Schleswig-Holstein zeigten in den letzten Jahrzehnten mehr oder weniger deutliche Bestandsrückgänge.18 Als Gründe zu nennen sind die Zerstörung der Lebensräume (Entwässerung und Ausbleiben von Überflutungen zunehmende Gehölzaufwuchs in den Grünlandgebieten), Verluste von Gelegen durch Raubsäugern (vor allem Füchse). Priorität für den Erhalt der Bestände dieser bedrohten Arten erhalten an die Landwirtschaft angepasste Schutzkonzepte. Ausnahmen bei den	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Bestandsrückgängen zeigen lediglich der Große Brachvogel und der überwiegend in den Außendeichs gelegenen Salzwiesen vorkommende Rotschenkel. Um dem Bestandsschutz Rechnung zu tragen, haben sich bei der Windenergieplanung mehrere Maßnahmen etabliert, die eine Nutzung der Windenergie in Wiesenvogelgebieten rechtfertigen kann: Eine sorgfältige Planung und Standortwahl der Windenergieanlagen, temporäre Abschaltungen der Windenergieanlagen während der Hauptflugzeiten oder der Brutzeit, kontinuierliches Monitoring der Vogelpopulationen und weitere Forschung zur genauen Erfassung der Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Wiesenvögel, um die Schutzmaßnahmen weiter zu optimieren. In der Folge begrüßen wir, wenn eine Nutzung der Windenergie in Wiesenvogelbrutgebieten erfolgen kann, wo es begründbar erscheint. 19. **17 G - Brutplätze windkraftsensitiver Großvögel (Seite 59)** Textpassage: „Um Brutplätze der nachfolgend genannten windkraftsensiblen Großvögel soll im angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden: − Seeadler: 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen), − Schwarzstorch: 2.000 Meter.“ Bewertung: Die Reduzierung der Abstandsvorgaben zu potenziellen Beeinträchtigungsbereichen im Horstumfeld von Seeadler und Schwarzstorch von 3.000 Meter auf 2.000 Meter trägt unserer Ansicht nach dem laufenden Diskurs Rechnung. Das Helgoländer Papier der Länderarbeitsgemeinschaften der Vogelschutzwarten mit seiner vormaligen Empfehlung von 3.000 Metern Abstand gilt auch in Artenschutzfachkreisen als wenig praktikabel. So habe es „in der Praxis nicht zu einer einheitlichen und eindeutigen Handhabung geführt hat und [wäre] ohnehin an den neuesten Stand der Erkenntnis anzupassen“.19 Dieser Position hatte sich im Jahr 2023 auch der Bundesverband des NABU angeschlossen. Allerdings bestehen bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen oftmals Unterschiede zwischen den avifaunistischen Vorgaben für die Ausweisung von Vorranggebieten und den tatsächlichen Anforderungen, die im Genehmigungsbescheid festgelegt werden. Wir erkennen an, dass Genehmigungsbehörden einen gewissen Ermessensspielraum benötigen, um auf spezifische lokale Gegebenheiten des Einzelfalls und aktuelle Erkenntnisse reagieren zu können. Doch um sicherzustellen, dass Genehmigungsbehörden nicht grundlegend von den festgelegten Planungs- und Schutzvorgaben abweichen, werben wir dafür, die Vorgaben im Landesentwicklungsplan so zu formulieren, dass sie eine ausgewogene und wissenschaftlich fundierte	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Berücksichtigung aller relevanten Interessen gewährleisten. Dabei sind sowohl die Erfordernisse des Klimaschutzes und der Energiewende als auch die Belange des Natur- und Artenschutzes gleichrangig zu berücksichtigen. Formulierungen, die die Windenergie als alleinige Ursache für die Aufgabe von Brutplätzen benennen, könnten dazu führen, dass Genehmigungsbehörden unter Umständen grundlegend von den festgelegten Planungs- und Schutzvorgaben abweichen Hintergrund: Es ist erfreulich, dass sich die Zahl der Brutpaare von Schwarzstörchen in Deutschland zuletzt positiv entwickelt hat: Mit 800 bis 900 Brutpaaren in Deutschland kategorisiert der NABU den Schwarzstorch als „nicht gefährdet“.20 Die staatliche Vogelschutzwarte des Landesamt für Umwelt in Brandenburg dokumentiert für den Schwarzstorch bis zum Jahr 2023 bisher fünf Schlagopfer an Windenergieanlagen in Deutschland und dies in den waldreichen Bundesländern Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen.21 Beim Seeadler wird das Kollisionsrisiko zwar höher eingeschätzt,22 doch auch hier zeigt der Bestandstrend (Langzeittrend aus 36 Jahren) eine positive Entwicklung von 766 Prozent.23 Mit seinen 850 Brutpaaren gilt der Seeadler in Deutschland nach Angaben des NABU aufgrund intensiver Schutzmaßnahmen ebenfalls als „nicht gefährdet“.24 Selbstverständlich kann diese Kategorisierung nicht bedeuten, dass der Artenschutz an Priorität verliert. 20. **18 G - Nordfriesische Inseln (Tourismus) (Seite 59)** Textpassage: „Auf den nordfriesischen Inseln soll aufgrund der hohen Bedeutung für den Vogelschutz und für den Tourismus in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden.“ Bewertung: In Anerkennung der besonderen landschaftlichen Kulisse der nordfriesischen Inseln ist ein erhöhtes Schutzinteresse nachzuempfinden. Der Teilfortschreibung ist an mehreren Stellen zu entnehmen, dass der Landesgesetzgeber um einen negativen Einfluss auf den Tourismus fürchte, gleichwohl die wissenschaftliche Studienlage mehrheitlich belegen konnte, dass Windenergieanlagen die Wahrnehmung von Touristinnen und Touristen kaum beeinflussen. Eine Untersuchung des Instituts für Tourismusund Bäderforschung in Nordeuropa (NIT) aus dem Jahr 201425 ergab, dass 80 Prozent der befragten Urlauberinnen und Urlauber in Norddeutschland Windkraftanlagen nicht als störend empfanden und ihre Urlaubsentscheidung nicht davon abhängig machten. Nur eine Person von 100 Gästen würde einen Urlaubsort wegen eines Windparks in der Nähe meiden. Im Gegensatz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dazu sind Einheimische oft stärker besorgt über die potenziellen negativen Auswirkungen auf den Tourismus, da ihr Heimatbezug sie sensibler für Veränderungen in der Landschaft und mögliche wirtschaftliche Auswirkungen macht. Dass die Ergebnisse auch mit wachsenden Ausbauzahlen keine wesentlichen Änderungen erfahren, lässt sich auch anhand jüngerer Studien und Untersuchungen belegen. Der österreichische Windenergieverband IG Windkraft fasst in seinem Hintergrundpapier „Windkraft und Tourismus“ vom August 2022 die Studienergebnisse aus drei Dutzend internationalen Erhebungen zusammen. Als Fazit heißt es dort: „Die internationalen Studien und Umfragen zeigen, dass Windräder von der großen Mehrheit der Tourist*innen nicht als Störfaktor empfunden werden, sondern in Regionen auch als Touristenmagnete wirken können. Windräder stellen kaum eine Entscheidungsgrundlage dar, ob eine Region besucht wird oder nicht.“26 Nicht zuletzt betont die ARGE NETZ auch den hohen Wert des Repowerings für Tourismus und Artenschutz gleichermaßen. Repowering von Bestandsanlagen auf den nordfriesischen Inseln sollte nicht durch die LEPWindVO ausgeschlossen werden. 21. **B zu 8 - Wintermassenquartiere von Fledermäusen (Seite 70)** Textpassage: „Deshalb ist der Umgebungsbereich dieser Quartiere in einem Radius von 3.000 Metern von der Ausweisung von Windenergiegebieten […] freizuhalten.“ Bewertung: Es empfiehlt sich in der Regel größere Abstände zu Wintermassenquartieren als zu anderen Fledermausquartieren einzuhalten, um die empfindlichen Populationen während ihrer Überwinterung nicht zu stören. Gleichzeitig erinnern wir daran, dass der Fledermausschutz an Windenergieanlagen durch technologische Innovationen wie akustische Detektionssysteme und Thermalkameras verbessert werden konnte, die Fledermausaktivität in Echtzeit überwachen und die Anlagen bei hoher Aktivität abschalten. Zudem tragen fortschrittliche Betriebsalgorithmen dazu bei, die Kollisionsrisiken erheblich zu senken. Abschaltzeiten aufgrund von Fledermausaktivität sollten den Energieertrag jedoch nicht übermäßig strapazieren. Um die Balance zwischen Naturschutz und Wirtschaftlichkeit zu wahren, ist es entscheidend, gezielt zwischen optimierten Abschaltsystemen, Ultraschall-Abschreckungen und bioakustischen Monitoringsystemen zu wählen, um unnötige Abschaltungen zu minimieren.Der Einsatz dieser Technologien sollte möglichst kosteneffizient gestaltet werden, um den Ausbau nicht durch zusätzliche Kosten oder längere Genehmigungsverfahren zu verzögern.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	22. **B zu 17 - Brutplätze windkraftsensibler Vogelarten (Seite 79f)** Textpassage: „Dabei soll auch geprüft werden, ob das erhöhte Tötungsrisiko der betroffenen Individuen hingenommen werden kann, wenn ansonsten durch dieses Freihaltekriterium und weitereAusschluss- und Abwägungskriterien des Natur- und Artenschutzes ein guter Erhaltungszustand der Population gewährleistet werden kann.“ Bewertung: Wir begrüßen, wenn in der Betrachtung der Schutzgüter die Perspektive auf den Populationsschutz erhöht wird. Eine ausschließliche Fokussierung auf den Schutz einzelner Individuen führt in der Praxis oft zu kurzfristigen Lösungen, dienicht die komplexen Wechselwirkungen innerhalb von Ökosystemen berücksichtigen, welche für die Gesundheit und Stabilität der Populationen entscheidend sind. Der Populationsschutz hingegen bietet eine ganzheitliche Perspektive, indem er die kumulativen Effekte von Habitatverlust, Fragmentierung und anderen anthropogenen Einflüssen bewertet und adressiert. Unstrittig ist zudem, dass der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen zwar als Prädiktor für mögliche Kollisionen, nicht aber als einzige Verlustursache maßgeblich sind. In der Folge sollten Maßnahmen das Verhältnismäßigkeitsprinzip beachten. 23. Übermäßig hohe Auflagen können wirtschaftlich untragbar sein und die Umsetzung von Projekten behindern. Hintergrund: Der Nachweis eines stabilen Erhaltungszustands der potenziell betroffenen Populationen kann den Genehmigungsaufwand an den Windenergiestandorten entscheidend reduzieren. „Die Vorstellung, hochmobile Tiere im Rahmen ordnungsrechtlicher Verwaltungsprozesse vor einer standortfesten Windenergieanlage wirksam schützen zu können, stößt dabei regelmäßig an natürliche Grenzen. Viele Vor-Ort- Maßnahmen laufen schon kurz nach der Erteilung einer Genehmigung ins Leere, weil Individuen aus dem Gebiet weggezogen oder aber andere Individuen hinzugezogen sind, weil Nistplätze verlassen und neu besetzt werden oder Nahrungshabitate verschwinden oder hinzukommen.“27 Textpassage: „Schwarzstörche weisen ein ausgeprägtes Meideverhalten gegenüber WEA auf, so dass bei geringeren Abständen die Gefahr der Brutplatz-Aufgabe besteht.“ Bewertung: Unbestritten besitzen Windenergieanlagen ein Störpotential für Großvögel;	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	für Schwarzstorchbrutpaare wird dieses derzeit auf 19 Prozent der aktuellen Schwarzstorchlebensräume geschätzt.28 Tritt eine Lebensraumentwertung auf, sind jedoch mehrere Faktoren als ursächlich in die Bewertung einzubeziehen. So können etwa „Wasserstand und Nahrungsverfügbarkeit […] die Nutzung von Hauptnahrungsgebieten erheblich beeinflussen und damit zu einer Verlagerung von Hauptflugkorridoren führen“.29 Auch ist bekannt, dass die Zunahme menschlicher Störungen (etwa durch Rodung und Abholzung, Entwässerung von Feuchtgebieten, forstwirtschaftliche Maßnahmen in der Nähe der Horste etc.) sowie schlechte Nahrungsverfügbarkeit (etwa aufgrund starker Regenfälle oder langfristiger klimatischer Veränderungen) im Umfeld der Horststandorte zur einer Verlagerung der Brutplätze führen kann. Da die Raumordnungsplanung keine „Superplanung“ darstellen sollte, empfehlen wir einseitige oder überhöhte Aussagen zum Störpotential in der Planbegründung zu vermeiden. [redacted]	
Gruppe ID: G1652 Anzahl: 2 (IDs: 1652, M2451)	Sehr geehrte Damen und Herren, Als Planungsunternehmen im Bereich erneuerbare Energien möchten wir, die [redacted], unser Interesse bekunden, gemeinsam mit Ihnen die Potenziale der Windenergie in Schleswig-Holstein im Rahmen der Teilfortschreibung des „Landesentwicklungsplans Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ zu nutzen. Mit unserem Fokus auf insbesondere der Windenergie, sind wir bundesweit in Regionalbüros in Osnabrück, Potsdam, Kassel, Regensburg und Erfurt sowie unserem Hauptsitz in Dresden vertreten. Zu Beginn möchten wir betonen, dass wir die Festlegung konkreter Ziele und Grundsätze durch die Landesplanung zur rechtssicheren Erstellung der Regionalpläne begrüßen. Wir halten die festgelegten Ziele grundsätzlich für sinnvoll, sehen jedoch Möglichkeiten, die Potenzialflächen effizienter zu nutzen. Im Folgenden möchten wir Optionen aufzeigen, um den Ausbau der Windenergie wirkungsvoll zu gestalten. Dabei beziehen wir uns insbesondere auf die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs, die UNESCO-Weltkulturstätte Haithabu sowie die Brückenköpfe und Querungshilfen. **<u>Gebiets- und Artenschutz: 15 Z Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit</u>**	Zu den Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs: Aufgrund seiner Lage zwischen Nord- und Ostsee hat Schleswig-Holstein eine internationale Bedeutung für den Vogelzug, sodass in Schleswig-Holstein seit der Mitte des 20. Jahrhunderts der aktive, sichtbare Vogelzug an verschiedenen Orten regelmäßig durch ehrenamtliche Ornithologinnen und Ornithologen erfasst wird (siehe: Ornithologische Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein | Monitoring Vogelzug). Dort sind auch die jährlichen Projektberichte zu Vogelzuguntersuchungen 2005 bis 2023 verlinkt. Die Kenntnisse sind in landesweiten und regionalen Darstellungen des Vogelzuges eingeflossen. Mit dem LEP Wind werden aus naturschutzfachlichen Gründen und im Einklang mit einer gesamträumlichen Steuerung der Windenergie Festlegungen getroffen. Mit der Berücksichtigung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs als Ziel und Grundsatz der Raumordnung wird die Erfüllung der Verpflichtungen zum Schutz und zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit dieser Hauptachsen dauerhaft gewährleistet. An der Abgrenzung des Zielbereiches

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	<u>besonderer Bedeutung</u> Es ist, auch aus unserer Sicht, unbestritten, dass der Schutz von Vögeln und deren Lebensräumen von höchster Bedeutung ist. Dennoch plädieren wir für einen ausgewogeneren Ansatz bei der Festlegung von Zielen und Grundsätzen sowie der daraus resultierenden Potenzialflächen. Die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs sind wichtige Bereiche für den Schutz von Flora und Fauna. Dabei sollte jedoch ein Gleichgewicht zwischen Naturschutz und dem Ausbau der Windenergie gewahrt bleiben. Wir unterstützen die Festlegung, dass Windenergie mit den Anforderungen des Artenschutzes vereinbar sein kann, wenn sie innerhalb der Hauptachsen des Vogelzugs mit Bedeutung und außerhalb der Bereiche mit sehr hoher Zugintensität liegt. Aus unserer Sicht ist es jedoch fraglich sowie kaum nachzuvollziehen, inwiefern der Pufferbereich von bis zu 1.000 m um die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit sehr hoher Zugintensität bestimmt wurde sowie welche Abwägungskriterien dem zugrunde liegen. Neben der Tatsache der unzulänglichen Nachvollziehbarkeit der Datengrundlage, möchten wir darauf hinweisen, dass es zahlreiche Ansätze zur Minimierung von Konflikten mit dem Vogelschutz gibt – auch in den besonderes schützenswerten Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung. Dazu gehören unter anderem: 1. Standortanalysen: Durch präzise Standortanalysen können potenzielle Konflikte frühzeitig identifiziert und geeignete Maßnahmen zur Vermeidung oder Minderung ergriffen werden. 2. Adaptive Betriebsführung: Adaptive Betriebsstrategien helfen, den Betrieb von Windenergieanlagen während kritischer Zugzeiten anzupassen und das Risiko für Zugvögel zu minimieren. 3. Monitoring-Programme: Langfristige Monitoring-Programme ermöglichen ein besseres Verständnis der Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Vogelpopulationen und erlauben gegebenenfalls Anpassungen. Dass diese Maßnahmen durchaus sinnvoll sind, zeigen Beispiele in welchen die Windenergienutzung in Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit hohem Konfliktrisiko sowie einem Wiesenvogelbrutgebiet mit hoher Bedeutung als vereinbart angesehen werden konnte (vgl. Regionalplan Planungsraum I Kap. 5.8 (Windenergie an	wird nach erneuter Prüfung festgehalten. Zum Umgebungsbereich von 1.000 m um EU-Vogelschutzgebiete: Bei fast allen EU-Vogelschutzgebieten sind die in den Erhaltungszielen genannten Vogelarten auch auf die Nutzung des Umgebungsbereiches v. a. als Nahrungshabitate angewiesen. Zu weiteren Einzelheiten wird auf die Ausführungen in der Begründung zum Landesentwicklungsplans Windenergie verwiesen. Nach vorliegenden Erkenntnissen treten die vorstehend beschriebenen Störungen verstärkt in diesem Nahbereich bis 1.000 m um Vogelschutzgebiete herum auf. Auch wenn im Einzelfall gutachterlich belegt werden kann, dass bestimmte Arten durch einen geringeren Abstand nicht beeinträchtigt werden, so ist es doch Wille des Plangebers, hier dem vorsorgenden Artenschutz ein höheres Gewicht einzuräumen. Zu den Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten: Die geringere Gewichtung des Kriteriums ist umgesetzt worden, da große, flächenhafte Bereiche der Migrationskorridore nicht mehr als Kriterium (auch nicht als Grundsatz, also Abwägungskriterium) aufgeführt werden. Nach dem ROG können prinzipiell Korridore freigehalten werden, soweit dies zur Sicherung der Tierwelt - hier Rothirsch als Leitart - erforderlich ist. Es besteht in Bezug auf die Raumnutzung und das Wanderverhalten von Wildtieren bei Vorhandensein von Windenergieanlagen noch Forschungsbedarf. Insofern sollen die wenigen gutachterlich ermittelten Einzugsbereiche vorsorglich von einer Windenergienutzung freigehalten werden. Auch im Nahbereich der geplanten Grünbrücke über die geplante A21 soll vorsorglich eine Störung durch WEA vermieden werden, um die Wirksamkeit der Maßnahme nicht zu gefährden. Dies ist ein wichtiger Bestandteil im Planfeststellungsverfahren. Ergänzend wird auf Ziffer 4.13.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Land) (2020)). In diesem Fall wurde eine Lösung gefunden, um artenschutzrechtliche Konflikte in Bezug auf die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs (Wasservogelzug) zu vermeiden. Die Windenergieanlagen können abgeschaltet werden, und zwar in den Zeiträumen vom 15. bis 31. Mai sowie vom 15. Juni bis 30. September, jeweils von einer Stunde vor Sonnenuntergang bis eine Stunde nach Sonnenaufgang. Auf Grundlage dieser bereits als positiv erwiesenen Maßnahmen, plädieren wir mit Nachdruck zum einen um eine Präzisierung der Datenbasis. Außerdem sollten die Pufferbereiche um die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung spezifiziert und auf 500 Meter verringert werden. In stark frequentierten Abschnitten, in denen viele ziehende Vögel zu beobachten sind, ist ein großer Schutzabstand sinnvoll. In weniger genutzten Bereichen sollte die Pufferzone hingegen verkleinert werden, was die potenzielle Fläche für den Ausbau der Windenergie und erneuerbaren Energien vergrößert. **<u>Gebiets- und Artenschutz: 12 Z Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten</u>** Der Austausch von Populationen wandernder Arten ist ein entscheidender Faktor für die Stabilität und genetische Vielfalt der Tierbestände und folglich auch berechtigterweise in 12 Z „Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten“ aufgegriffen. Ein zentrales Argument des Entwurfs des Landesentwicklungsplans für die Schaffung von Brücken zur Förderung des Austauschs von Populationen und wandernden Arten basiert auf den Erkenntnissen des Gutachtens des MELUR 20091 sowie auf bislang unveröffentlichten Ausarbeitungen aus den Jahren 2016 und 2018. Nach aktuellem Kenntnisstand ist jedoch zu hinterfragen, ob diese Gutachten eine hinreichend fachliche und rechtliche Grundlage bieten, um im Rahmen der Einzelabwägung potenzielle Flächen vollständig auszuschließen. Das Gutachten des MELUR selbst weist darauf hin, dass „Die Rotwildverbreitung […] großräumig von der variierenden Habitatqualität, der Siedlungsstruktur sowie vor allem auch der lokalen Störungsintensität bestimmt [wird] und unterliegt so einer vergleichsweise starken Dynamik. Einige Teilbereiche werden trotz ihrer grundsätzlichen Eignung nur selten von Rotwild aufgesucht. Auch innerhalb	Zu der UNESCO-Welterbestätte Archäologische Grenzkomplex Haithabu und Danewerk: Die exemplarische Einzelfallprüfung in der Studie Lüth der Stellungnahme ist, anders als behauptet, tatsächlich eher ein guter Beleg für die Richtigkeit der grundlegenden Annahmen der Studie von 2017. Die Visualisierung in der Studie Lüth belegt die Wirkmächtigkeit der Anlagen in ca. 2,9 km Entfernung von einem bedeutenden Teil des Denkmals. Ein Betrachter, der sich auf dem Wikinger-Friesen-Weg entlang des Denkmals bewegt und dieses dabei im Blick hat, würde stark durch sie vom Denkmal abgelenkt. Gleiches gilt für einen Betrachter, der von Norden her kommend über den Wall und dann durch die Walllücke am Mölhornweg auf den Windpark blickt. Die Maßstäblichkeit des Denkmals in der Landschaft ginge verloren, es würde technisch stark überprägt und die historische Verbindung zur Lage am Rand der Rheider Au Niederung würde übertönt. Der methodische Fehler in der Studie Lüth offenbart sich beim Vergleich der in der Studie gewählten Blickpunkte mit der oben vorgeschlagenen Sicht. In der Studie wurde etwa BP 04 südlich des Walls offenbar so gewählt, dass Denkmal und Windpark nicht zusammen gesehen werden können. BP 03 zeigt zwar durchaus, dass die WEA in Blickrichtung entlang des Denkmals liegen. Hier wurde der Blickpunkt jedoch in so ausreichender Entfernung gewählt, dass die Beeinträchtigung entsprechend geringer ist. Ein weiterer Blickpunkt näher an den Anlagen wäre dabei unbedingt angezeigt gewesen. Die oben aufgeführten Möglichkeiten entlang des Wikinger-Friesen-Weges am Haupt- und Krummwall oder nördlich des Walls am Mölhornweg wurden nicht gewählt und damit die wesentliche Sichtachsen entlang des Denkmals zur Beurteilung des Windparks ausgelassen. Die Studie wird daher ihrem Anspruch, dass Wahl der Sichtpunkte eine mögliche Maximalbelastung dokumentieren soll, nicht gerecht. Auch die Vorbelastung durch Stromleitungen an der genannten Stelle des Krummwalls besteht zwar, reicht aber als Argument nicht aus, zusätzliche, noch erheblichere Beeinträchtigungen zu

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	der drei genannten Schwerpunkträume existieren Haupteinstände, deren Nutzung saisonal variieren kann.“2. Diese Feststellungen legen zunächst nahe, dass eine differenzierte Betrachtung der Habitatnutzung durch das Rotwild erforderlich ist, um fundierte Entscheidungen über die Schaffung von Querungshilfen zu treffen. Wir möchten auf die Unlogik eines potenziellen Ausschlusses bestimmter Flächen hinweisen, da dieser auf der Annahme beruht, dass die Untersagung von Windenergieanlagen eine Abschirmung vor unkalkulierbaren Störeinflüssen bieten würde (Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO). Diese Argumentation ist nicht nachvollziehbar, insbesondere im Hinblick auf die umfassenden Infrastrukturprojekte, wie den Bau der Autobahn 20. Das, noch nicht beschlossene Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt 5 der A20 (L 114 bis westlich der A7), das seit 2015 ruht, soll voraussichtlich im Jahr 2024 beantragt werden. Der Planfeststellungsbeschluss wird für das Jahr 2026 erwartet, während das Ende der Ausbauarbeiten für Mitte der 2030er Jahre geplant ist. Es ist nicht schlüssig, warum Potenzialflächen (insbesondere PR3_STE_071) aufgrund eines Infrastrukturprojekts reduziert werden, das sich nicht im Antragsverfahren befindet. Realistisch betrachtet wird der Bau eines Windparks deutlich vor der Fertigstellung der A20 beginnen und abgeschlossen sein. Daher wird, anders als dargestellt, nicht der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen, sondern vielmehr die Baustelle der A20 ein Meidungsverhalten beim Rotwild hervorrufen. Darüber hinaus zeigen aktuelle Studien, dass Windenergieanlagen keine negativen Auswirkungen auf das Rotwild haben3. Während der Bau- und Errichtungsphase kann es zu temporären Störungen kommen, es ist jedoch belegt, dass Rothirsche auch in Schleswig-Holstein bestehende Windparks durchqueren45. Besonders deutlich wird dies, durch die angehängte Stellungnahme von Dr. jur. Jörg Niedersberg, in welcher deutlich darauf verwiesen wird, dass Rothirsche sehr wohl durch bestehende Windparks migrieren. Revierinhaber, deren Jagdrevier eine Windparkfläche in Wiemersdorf umfasst, berichten von Sichtungen von Rotwild, Trittsiegeln direkt unter den Windenergieanlagen sowie Abschüssen von einem weiblichen Tier und einem Kalb in 400 m und 1.000 m Entfernung zum Windpark. Nach den Angaben kommt Rotwild als Wechselwild vor, aber es durchwanderten auch Rothirsche zur Brunftzeit den Windpark, wodurch folglich eine	rechtfertigen. Vorbelastungen an anderer Stelle, wie etwa Straßen, stellen für die Bewertung der weithin und von verschiedenen Stellen aus sichtbaren WEA ebenfalls kein relevantes Kriterium dar, von einer Ausschlusszone gänzlich abzusehen. Die Studie von Lüth, die der Stellungnahme beigefügt ist, kann daher aufgrund mangelhaft gewählter Blickpunkte nicht widerlegen, dass ein pauschaler Ausschluss von Windkraft innerhalb des Ausschlussbereiches sachgerecht ist.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Meidung von WEA durch wandernde Hirsche (Pionier-Individuen) in diesem Fall nicht zu beobachten ist. Darüber hinaus wandern Rothirsche nach Nordfriesland aus der großen Population Jütlands (Dänemark) ein und es existieren kleine Rudel im Beltringharder Koog sowie anderen Teilen Nordfrieslands, welche Tiere eben nur erreichen konnten, indem sie Landschaftsteile mit flächendeckenden Windparks durchwandert haben. Bestätigt wird die Vereinbarkeit von Rotwild und Windenergie durch Ergebnisse einer Studie, die sich mit der Raumnutzung von Rotwild in einem bestehenden Windpark (Betriebsphase) in Österreich beschäftigt. Dort wechselte das Rotwild zwischen zwei Einstandsflächen, wobei sich an den günstigsten Wechselstellen Windenergieanlagen befanden. Abgesehen vom unmittelbaren Nahbereich der WEA von 30 m konnte kein Meideverhalten festgestellt werden. Die WEA wurden vom Rotwild weitgehend in deren Lebensraum integriert und offenbar nicht als Bedrohung wahrgenommen. Es konnte in Anlagennähe fast ausschließlich ruhiges Zugverhalten der Tiere registriert werden. Großräumige Kartierungen der Rotwildbewegungen deuten nicht auf Ausweichbewegungen hin; trotz des Windparks ziehen die Tiere auf den kürzesten, ruhigsten und deckungsreichsten Routen zwischen ihren Einstandsflächen6. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sowohl lokale als auch internationale Studien darauf hindeuten, dass Rothirsche Windenergieanlagen nicht als Bedrohung wahrnehmen und diese erfolgreich in ihre Wanderbewegungen integrieren. Somit plädieren wir mit Nachdruck dafür eine Vereinbarkeit von Windenergie, Infrastrukturprojekten und Grünbrücken anzustreben und die Eckpunkte der Windenergie-Planung im Land Schleswig-Holstein (19.12.2023): ‚Abwägungskriterien wie [...] Migrationskorridore zu den Grünbrücken [...] werden zugunsten der Windenergienutzung geringer gewichtet.‘“ auch in die Realität umzusetzen. **<u>Kultur und sonstige Sachgüter: 3 Z UNESCO-Welterbestätte Archäologische Grenzkomplex Haithabu und Danewerk</u>** Im Rahmen einer exemplarischen Einzelfallprüfung an einem Windpark in der Gemeinde Dörpstedt konnte ein pauschaler, sachgerechter „Ausschluss innerhalb der als Sichtachsen auf die UNSESCO-Welterbestätte Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Danewerk“ nicht festgestellt werden. Die geplanten WEA, etwa 2,2 km südlich des westlichen Abschnitts des Danewerks mit dem Abschnitt Krummwall, werden sich nicht erheblich negativ auf die UNESCO Weltkulturerbestätte Haithabu/Danewerk auswirken.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass das Denkmal im Bereich des Krummwalles durch technische Strukturen vorbelastet ist oder sich nur geringfügig in der Landschaft deutlich abzeichnet. Lediglich im Bereich von Kurburg ist mit einer erhöhten Beeinträchtigung durch die Anlagen zu rechnen. Detaillierte Informationen entnehmen Sie bitte dem beigefügten denkmalfachlichen Gutachten „Abwägung Potenzialfläche Dörpstedt - Untersuchung nach § 12 (1) DSchG SH UNESCO Weltkulturerbe Haithabu/Danewerk Abschnitt Krummwall Umgebungsschutz und Denkmalverträglichkeit“, verfasst von [redacted] (siehe Anlage). Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] Anlagen: - Anlage 1: „Windpark Weddelbrook – Stellungnahme Landesentwicklungsplan (LEP) Schleswig-Holstein - Anlage 2: „Abwägung Potenzialfläche Dörpstedt - Untersuchung nach § 12 (1) DSchG SH UNESCO Weltkulturerbe Haithabu/Danewerk Abschnitt Krummwall Umgebungsschutz und Denkmalverträglichkeit“	
Institution: Gemeinde Alveslohe, Bauen ID: M2439	Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, beigefügt übersende ich Ihnen die o.g. Stellungnahme zur Kenntnis und weiteren Verwendung. Ich bitte um Übersendung einer Eingangsbestätigung. Für Fragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted] Der Landesentwicklungsplan (LEP) 2021 soll im Kapitel 4.5.1 geändert werden. Hierbei handelt es sich um das Thema „Windenergie an Land“. Am 31. Dezember 2020 ist die Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum III zum Thema Windenergie an Land in Kraft getreten. Für das Gebiet der Gemeinde Alveslohe wurden im vorangegangenen Verfahren drei Potenzialflächen näher untersucht. Es handelt sich hierbei um die Flächen Nr. PR3_SEG_062, PR3_SEG_328 und PR3_SEG_061. Im Verlauf des Verfahrens und im weiteren Abwägungsprozess sind diese Flächen seitens des Landes jedoch nicht als Vorrangfläche ausgewiesen worden. Die Gemeindevertretung Alveslohe hat hinsichtlich der Fläche PR3_SEG_062 bereits am 05.06.2012 den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 25 für das Gebiet „Römer“ sowie für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gefasst. Ziel der Planung ist die Ausweisung von Flächen für Windenergie. Daher begrüßt die Gemeinde Alveslohe das Bundesgesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land und die damit verbundenen neuen Vorgaben für die Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen, die eine Ausweisung eines Windenergiegebietes im o.g. Bereich evtl, wieder möglich macht. Im Detail wird seitens der Gemeinde Alveslohe zu den folgenden Grundsätzen und Zielen der Teilfortschreibung Stellung genommen: **1. Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung** Windenergie an Land Für die Gemeinde Alveslohe ist mindestens die Fläche PR3_SEG_062, die es aus dem aktuell gültigen Regionalplan von der Potentialfläche nicht zum Vorranggebiet geschafft hat, anhand der neuen Kriterien erneut zu überprüfen. Der vom Land erarbeitete Flächenplan stellt diese und andere auf Gemeindegebiet liegenden Flächen als mögliche Potenzialfläche dar, die nach Anwendung der nunmehr aktualisierten Ausschlusskriterien für die Ausweisung eines Vorranggebietes im anstehenden Verfahren zur Fortschreibung der Regionalpläne	Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	„Wind“ in Frage käme. **2. Mindestgröße von Windenergiegebieten** Die Zielsetzung wird seitens der Gemeinde Alveslohe begrüßt, da die o.g. Fläche eine Größe von ca. 22 ha aufweist. **3. Solar-Freiflächen** Eine Mehrfachnutzung sowie Bündelung von Flächen für die Ausweisung von Solar- und Windenergie ist ebenfalls positiv zu bewerten. Hierdurch wird auch dem Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden sowie einer Schonung des Landschaftsbildes des Außenbereichs Rechnung getragen. **4. Umgebungsbereiche um Siedlungsbereiche und Splittersiedlungen im Außenbereich** Die Abstandsregelungen zu Siedlungsbereichen in Innen- und Außenbereichen sind grundsätzlich zu begrüßen. Eine weitergehende Reduzierung dieser Abstände wird seitens der Gemeinde Alveslohe jedoch nicht befürwortet. Im LEP 2021 wurden Regelungen zur Bemessung der Abstände zu schutzwürdigen Nutzungen und betroffenen Schutzgütern getroffen. Bei der Planung von Windenergieanlagen innerhalb der Vorranggebiete, mussten die Anlagen immer vollständig einschließlich Rotor innerhalb der Fläche liegen. Eine Erläuterung sollte auch in der aktuell angedachten Regelung enthalten sein. Abschließend spricht sich die Gemeinde Alveslohe aus den folgenden Gründen für eine Ausweisung der Fläche PR3_SEG_062 als Vorranggebiet aus: • die Fläche wurde durch die Gemeinde in früheren Beteiligungsverfahren für geeignet befunden, • hierzu sind - wie bereits eingangs erwähnt - Aufstellungsbeschlüsse für die Durchführung von Bauleitplanverfahren gefasst worden, • Die Lage der Fläche ist bereits durch die angrenzende BAB 7, die bestehende 380 kVLeitung sowie einen 200 m Privilegierungsstreifen entlang der BAB 7 für PVFreiflächenanlagen vorbelastet, so dass hier mit einer Vorrangfläche eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sinnvolle Bündelung erfolgen kann, • durch die bestehende 380 kV-Leitung sind infrastrukturelle Voraussetzungen für eine Einspeisung bereits gegeben, • durch die Nähe zum Gewerbegebiet Henstedt-Ulzburg und weiterer Ansiedlungen ergeben sich Synergieeffekte für eine klimaneutrale Energieversorgung. Abschließend sei erwähnt, dass es für Kommunen wie Alveslohe immer schwerer wird, Steuereinnahmen aus z.B. Gewerbeansiedlungen zu generieren. Aus regionalplanerischer Sicht werden hier einschränkende Vorgaben gemacht, so dass die Gemeinde nur Gewerbe für den örtlichen Bedarf (Verweis auf die Stellungnahme der Gemeinde zum Entwurf des Regionalplanes für den PR III vom 08.11.2023) ansiedeln darf. Um jedoch den erforderlichen Ausbau der gemeindlichen Infrastruktur (Schule, Kita, Feuerwehr, Straßen etc.) finanziell weiterhin gewährleisten zu können, bedarf es höherer gemeindlicher Einnahmen, unter anderem auch durch die Gewerbesteuer. Einnahmen, die sich aus der Ansiedlung von WKA ergeben sind daher für die Gemeinde von größter Wichtigkeit. Die Gemeinde Alveslohe beantragt daher die Aufnahme mindestens der Potenzialfläche PR3_SEG_062 in das noch anstehende Verfahren zur Fortschreibung der Regionalpläne „Windenergie an Land“. Auch hierzu wird auf die Stellungnahme der Gemeinde zum Entwurf des Regionalplanes für den PR III vom 08.11.2023 verwiesen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Blanke Meier Evers Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB, Keine	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegend überreichen wir Ihnen unsere Stellungnahme mit der Bitte um Beachtung. Mit freundlichen Grüßen Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Abteilung **ID: 1638**	Schleswig-Holstein — Fortschreibung 2021 —1. Entwurf Juni 2024 [redacted] Unser Zeichen: [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, für unsere Mandantin, die [redacted] nehmen wir im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Entwurf zur Teilfortschreibung des Landentwicklungsplans Schleswig-Holsteins zum Thema Windenergie an Land wie folgt Stellung: **I. Betroffenheit** Unsere Mandantin beabsichtigt auf der Fläche PR3_DIT_413 Windenergieanlagen zu errichten und zu betreiben. Die Fläche PR3_DIT_413 besteht aus einer großen und einer kleineren Teilfläche und umfasst insgesamt 203,3 ha. Die größere Teilfläche liegt vollständig auf dem Gebiet der Gemeinde Buchholz, die kleinere Teilfläche in der Gemeinde Burg im Kreis Dithmarschen. Da sich insbesondere die größere der beiden Teilflächen unter naturschutzfachlichen Gesichtspunkten für die Errichtung von Windenergieanlagen eignet, plant unsere Mandantin auf dieser Fläche Windenergieanlagen zu errichten und zu betreiben. Diese größere Fläche grenzt mit einem Abstand von ca. 200 Metern an den Nord-Ostsee-Kanal und mit einem Abstand von ca. 300 Metern an den Kudensee. Der Kudensee und seine direkte Umgebung sind Naturschutzgebiet, FFH-Gebiet und Europäisches Vogelschutzgebiet. Entsprechend des Entwurfs zur Teilfortschreibung liegt diese Fläche auf einer für die Ausweisung von Windenergiegebieten und Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen ausgeschlossenen Fläche. Die Fläche wird aufgrund der Ziele der Raumordnung „Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung“ (Kap. 4.5.1.3. Z15) und „Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche“ (Kap. 4.5.1.3. Z1) nicht nur für die Ausweisung von Windenergiegebieten, sondern auch insgesamt für die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen ausgeschlossen. Die Fläche PR3_DIT_413 liegt fast vollständig innerhalb der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs. Zudem liegt die Fläche 300 Meter neben einem Europäischen Vogelschutzgebiet und fällt somit in das Ausschlussschlusskriterium „Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche“, wonach der Umgebungsbereich von 1.000 Meter um Europäische Vogelschutzgebiete ausgeschlossen wird. Herauszuheben ist, dass sich die Fläche aufgrund ihrer Lage nicht nur aus	Eine fehlerhafte Abwägung bei der Festlegung des Ziels der Freihaltung europäischer Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche ist nicht erkennbar. Die Landesplanung hat sich bewusst dafür entschieden, die Gebiete aus den genannten Gründen freizuhalten und nicht der Einzelentscheidung auf der Zulassungsebene zu überlassen. Es wird auf Ziffer 4.1 der allgemeinen Synopse und auf die Begründung zu diesem Ziel verwiesen. Eine fehlerhafte Abwägung bei der Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs als Ziel der Raumordnung ist nicht erkennbar. Die Landesplanung hat sich bewusst dafür entschieden, die Hauptachsen aus den genannten Gründen freizuhalten und nicht der Einzelentscheidung auf der Zulassungsebene zu überlassen. Bezüglich der weiteren Punkte aus der Stellungnahme wird im Übrigen auf die allgemeine Synopse und hier insbesondere auf Ziffer 4.1, 4.16 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	naturschutzfachlichen Gründen für die Nutzung von Windenergie besonders eignet, sondern auch weil die Anlagen an dem Standort landschaftsbildverträglich errichtet und betrieben werden können. Zudem gibt es durch die direkte Nähe zur Industrie einen gesteigerten Strombedarf in der Umgebung, der durch eine Direktleitung bedient werden könnte und somit die Industrie mit regenerativer Energie versorgen kann. Nicht zuletzt eignet sich die Fläche auch aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Sie bietet Chancen für eine lokale Wertschöpfung in einer landwirtschaftlich weniger ertragreichen Gegend und ermöglicht Landwirten als Energiewirte zusätzliche Umsätze zu generieren. Im Folgenden wird dargestellt, weshalb die Fläche PR3_DIT_413 nicht rechtmäßig durch die Ziele der Raumordnung „Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs“ und „Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereich“ im Landesentwicklungsplan für die Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen ausgeschlossen werden kann. **II. Ausschlusskriterium Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung** Eine Abwägung der Interessen ist nicht erkennbar; jedenfalls unvollständig. Eine Interessenabwägung die sich an den Maßstäben des $ 7 Abs. 2 ROG messen lässt, kommt zu dem Ergebnis, dass das Ausschlusskriterium „Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges“ abwägungsfehlerhaft wäre. Insbesondere wurden die örtlichen Gegebenheiten unzureichend ermittelt und die Interessen an der Nutzung der Windenergie fehlgewichtet. 1. Abwägungsmaßstab Bei der Aufstellung der Raumordnungspläne sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen, 8 7 Abs. 2 Satz 1 ROG. Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung (Z 15) werden nach dem Entwurf als Ziel der Raumordnung im Sinne des 8 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG statuiert. Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums, die vom Träger der Raumordnung abschließend in textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen abgewogen werden müssen, $& 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG. Abzuwägen sind alle privaten Belange, die „nach Lage der Dinge“ in die Abwägung „eingestellt werden“ müssen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.11.1979 — 4 N 1.78, VerwRspr 1980, 678 (683)). Das notwendige Abwägungsmaterial ist in seiner	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Tendenz eher weit als eng; dennoch kann der Plangeber nicht „alles“ berücksichtigen müssen (BVerwG, Beschl. v. 09.11.1979 — 4 N 1.78, VerwRspr 1980, 678 (684)). Geringwertige, nicht schutzwürdige und nicht erkennbare Belange kann der Plangeber in seiner Abwägungsentscheidung unberücksichtigt lassen (BVerwG, Beschl. v. 9. 11. 1979 — 4 N 1.78, VerwRspr 1980, 678 (685)). Desto konkreter raumordnungsrechtliche Festlegungen sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind (OVG Münster, Urt. v. 16.02.2024 — 22 D 150/22.AK, BeckRS 2024, 5777, Rz. 218). Wenn auf der nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebene kleinteilige private Belange nicht mehr zu prüfen sind, müssen diese bei der Abwägung berücksichtigt werden. Wenn hingegen auf der nächsten Planungs- oder Zulassungsebene ein Beurteilungsspielraum verbleibt, die nachgeordneten Planungs- oder Zulassungsbehörden also einen Abwägungsspielraum behalten, brauchen kleinteilige private Interessen in der übergeordneten Ebene nicht abgewogen werden (vgl. BVerwG, Beschl. v. 10.02.2016 — 4 BN 37.15, BeckRS 2016, 43617, Rz. 9; Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 1. Aufl. 2010, 8& 7 Rz. 33). Indem der Landesentwicklungsplan die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs zum Ziel der Raumordnung erklärt, wird den nächstgeordneten Planungs- und Zulassungsbehörden jedwede Abwägungsmöglichkeit genommen. Die Festlegung als Ziel hat zur Folge, dass keine Windenergieanlage im Geltungsbereich des Kriteriums genehmigt werden kann, weil ein Verstoß gegen die Ziele der Raumordnung vorläge, $ 35 Abs. 3 Satz 2 BauGB. Da den Planungs- und Zulassungsbehörden kein Abwägungsspielraum bleibt und im Verhältnis zur Fläche des Landes erhebliche Flächenteile ausgeschlossen werden, müsste sich die Abwägung durch die Landesplanungsbehörde kleinteilig und detailliert mit den betroffenen Interessen, insbesondere dem Interesse der Windenergieanlagenbetreiber und mit dem Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien auseinandergesetzt haben. 2. Fehlende Abwägung im Entwurf Die Begründung zum Ziel der Raumordnung „Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung“ umfasst acht Sätze und erwähnt weder das Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien noch die Interessen von Betreibern. Es liegt praktisch auf der Hand, dass diese Ausführungen nicht den dargestellten Maßgaben für die Abwägung entsprechen. In der Begründung wird lediglich darauf verwiesen, dass das Ausschlusskriterium dem von Windenergieanlagen ausgehendem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erhöhten Kollisions- und Tötungsrisiko Rechnung tragen soll. Wegen des verdichteten Vogelzuges seien die Hauptflugachsen von Windenergieanlagen freizuhalten, um die artenschutzrechtlichen Verpflichtungen zum Schutze und zur Erhaltung der Arten dauerhaft zu gewährleisten. Obwohl nur eine kurze und oberflächliche Begründung erfolgt, die schon nach ihrem Umfang dem Prüfmaßstab nicht gerecht wird, ist diese zudem inhaltlich fehlerhaft. Die Einhaltung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbotes kann kein Ziel der Raumordnung auf Landesebene sein. Vielmehr ist dieses im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu thematisieren (vgl. VG Gera, Urt. v. 24.06.2021 - VG 5 K 978/20 GE, BeckRS 2021, 61155, Rz. 238). Die Einhaltung des Tötungsverbotstatbestandes wird durch Regelungen zur Errichtung und zum Betrieb der Anlage sichergestellt (z.B.: Bauzeitenfenster, Abschaltzeiten) und ist einzelfallbezogen unter Beachtung der konkreten Gegebenheiten vor Ort zu prüfen. Die Landesplanungsbehörde hat keine Planungskompetenz über Regelungen zur Errichtung und zum Betrieb einer konkreten Anlage. Nur im Genehmigungsverfahren lässt sich ermitteln, ob das Tötungsverbot verletzt wird. Ein bedeutender Vogelzugkorridor kann „im Einzelfall“ der Zulassung von Windenergieanlagen entgegenstehen (OVG Koblenz, Urt. v. 28.10.2009 — 1 A 102000/09-, juris). Das schließt jede Pauschalisierung aus. Der Konflikt kann jedenfalls durch Auflagen gelöst werden (OVG Saarlouis, Urt. v. 07.03.2024 — 2 C 253/22, juris Rz. 55 ff.) oder er besteht gar nicht, weil es konkret keine Kollisionsgefahr im Zugweg - trotz der Lage innerhalb — gibt (vgl. OVG Koblenz, Urt. v. 31.10.2019 — 1 A 11643/17, juris Rz 38). Eine abwägungsgerechte Ermittlung des Konflikts liegt nicht vor und ist mit den Mitteln und aus der Position der Landesplanung auch nicht sachgerecht aufzuklären. Das alles zeigt mittelbar, dass es nicht Aufgabe des Landesentwicklungsplans ist, landesweit solche negativen Ausschlussflächen — ohne konkrete Sachbasis zu setzen. 3. Sachgerechte Abwägung Eine sachgerechte Abwägung, die den Anforderungen des 8 7 Abs. 2 Satz 1 ROG genügt, kommt zu dem Ergebnis, dass Windenergieanlagen auf der Landesebene nicht ausgeschlossen werden können aufgrund des Kriteriums „Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung“. Bei jeder auf den weiteren Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien gerichtete Maßnahme soll bei der Schutzgüterabwägung der Ausbau erneuerbarer Energien als überragendes und höchstrangiges öffentliches Interesse Vorrang haben, vgl. Art. 20a GG (OVG Greifswald,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Urt. v. 07.02.2023, 5 K 171/22 OVG. KlimR 2023, 120, Rz. 157 ff.). Der Ausbau und die Nutzung von Windkraft leisten einen faktisch unverzichtbaren Beitrag zu der verfassungsrechtlich durch Art. 20a GG und durch grundrechtliche Schutzpflichten gebotenen Bekämpfung des Klimawandels und unterstützt zugleich die Sicherung der Energieversorgung, die derzeit besonders gefährdet ist (BVerfG, Beschl. v. 27.09.2022 — 1 BvR 2661/21 — NVwZ 2022, 1890, 1899). Bei der Abwägung ist zudem zu berücksichtigen, dass der Ausbau erneuerbarer Energien vorrangig der Erhaltung unserer Lebensgrundlagen dient. Gerade Windenergieanlagen fördern den Artenschutz, indem sie die fossile Energiegewinnung ersetzen. Die durch die fossile Energiegewinnung verursachten Treibhausgase tragen zur Erderwärmung bei, welche Hauptauslöser für das Artensterben ist. Die Errichtung von Windenergieanlagen fördert das legitime Ziel des Artenschutzes. 4. Defizitäre Ermittlungen Auch die Ermittlungstiefe ist davon abhängig, wie konkret das Kriterium ist und wie groß die betroffenen Flächen sind. Desto konkreter die raumordnungsrechtlichen Festlegungen und desto größer die betroffenen Flächen sind, umso höher sind die Anforderungen an die Ermittlungstiefe (OVG Münster, Urt. v. 16.02.2024 — 22 D 150/22.AK, BeckRS 2024, 5777, Rz. 218). Das Kriterium ist konkret, hat für die nachgeordneten Behörden einen abschließenden Charakter und betrifft erhebliche Flächen Schleswig-Holsteins. Der pauschale Hinweis, dass der Vogelzug „nachweisbar“ Landschaftsstrukturen folgt und sich hier verdichtet, ist evident unzulänglich. Jedenfalls für die von unserer Mandantin relevante Teilfläche wurde nicht nachgewiesen, dass die Fläche eine Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung ist und dass windkraftsensible Vögel die Fläche so hoch frequentiert queren, dass Schutzmaßnahmen nicht ausreichen, um ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko auszuschließen. Vielmehr kommt die für die Fläche eingeholte Konfliktpotentialanalyse von Bioplan — Hammerich, Hinsch & Partner Biologen & Geographen PartG vom 15. April 2024 (nachfolgend: Konfliktpotenzialanalyse), die wir als Anlage 1 beifügen, zu dem Ergebnis, dass durch ein potenzielles Vorhaben auf der größeren Teilfläche, Fisch-, Schrei- und Steinadler, Kornweihe, Rot- und Schwarzmilan, Wespenbussard, Baum- und Wanderfalke, Schwarzstorch, Uhu und Sumpfohreule nicht betroffen werden. Für den Seeadler, den Weißstorch, den Kranich und eventuell auch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rohr- und Wiesenweihen werden Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen empfohlen. Nur weil in bestimmten Zeiträumen, Schutzmaßnahmen und Vermeidungsmaßnahmen wie Abschaltungen und Monitoring erforderlich sein könnten, um die Einhaltung des Tötungsverbotstatbestandes zu gewährleisten, können die Flächen nicht insgesamt dauerhaft und abschließend ausgeschlossen werden. Würde man das Argument ausreichen lassen, um die Fläche für Windenergienutzung auszuschließen, hätte das zur Folge, dass keine Flächen mehr für die Windenergienutzung geeignet wären, denn es gibt praktisch keine Flächen, auf denen ein Windpark errichtet und betrieben werden kann, ohne dass einschränkende Vorgaben zum Schutz der Arten und der Umwelt erforderlich sind. **III. Ausschlusskriterium Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche** Der Entwurf erklärt zum Ziel der Raumordnung, innerhalb und im Umgebungsbereich von 1.000 Metern von Europäischen Vogelschutzgebieten (EU-VSG) die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen auszuschließen (Kapitel 4.5.1.3. 1 Z). Ferner wird statuiert, dass von dem Ausschlusskriterium Umgebungsbereiche, Ausweisungen von Windenergiegebieten um Standorte von Windenergieanlagen ausgeschlossen werden, wenn sie die den Zielen der Raumordnung des Kapitels 4.5.1. entsprechen und sofern eine FFH-Verträglichkeitsprüfung bestätigt, dass erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des EU-VSG ausgeschlossen werden. Die Teilfläche, die potentiell von unserer Mandantin zur Windenergiegewinnung genutzt wird, liegt mit einem Abstand von 300 Metern zum Europäischen Vogelschutzgebiet und somit im durch das Kriterium für die Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen ausgeschlossenen Umgebungsbereich. Da das Ausschlusskriterium als Ziel der Raumordnung statuiert wird, sind die oben ausgeführten Maßstäbe zur Abwägung und Ermittlung zu beachten. In der Begründung zum Ausschlusskriterium wird ausgeführt, dass nach vorliegenden Erkenntnissen, Störungen verstärkt im Nahbereich bis zu 1.000 Metern um Vogelschutzgebiete herum auftreten, da diese als Nahrungshabitate und Austauschflächen genutzt werden. Abgesehen davon, dass die Begründung und die Ermittlung offensichtlich unzureichend sind, bleibt offen, wieso der Nahbereich konkret eine Fläche von 1.000 Metern umfasst. Es wird nicht begründet oder nachgewiesen, dass Vögel, die Flächen tatsächlich bis zu 1.000 Meter als Nahrungshabitate oder als Austauschfläche nutzen. Zweifel aufkommen lässt auch, dass nicht zwischen den Flugrouten für die Nahrungssuche und den Austauschflügen differenziert wird.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Unverständlich ist, warum anzunehmen ist, dass Vögel zwangsläufig für die Nahrungssuche und für Austauschflüge exakt dieselbe Flugdistanz — nämlich 1.000 Meter — zurücklegen. Es ist ohnehin ohne Erläuterungen und Ermittlungen nicht nachvollziehbar, weshalb umliegende Flächen für Windenergieanlagen ausgeschlossen werden. Vielmehr liegt die Vermutung nah, dass die angrenzenden Flächen gerade keine herausgehobene Bedeutung mehr für den Artenschutz von Vögeln haben, da sie gerade nicht ausgewiesen wurden. Vogelschutzgebiete werden zur Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensstätten und Lebensräume geschaffen, Art. 3 Vogelschutzrichtlinie (RL 2009/147/EG). Die Mitgliedsstaaten sind demnach verpflichtet, die für die Erhaltung der geschützten Vogelarten zahlen- und flächenmäßig geeignetsten Gebiete zu Schutzgebieten zu erklären, Art 4 Abs. 1 Satz 3 Vogelschutzrichtlinie (RL 2009/147/EG). Als geeignete Gebiete zum Schutz von Zugvögeln kommen nur solche Flächen in Betracht, die von Zugvögeln zur Nahrungssuche, als Flugroute oder zur Rast verwendet werden. Insofern ist davon auszugehen, dass bei der Ausweisung als Vogelschutzgebiet Nahrungshabitate und Austauschflächen bereits als entscheidendes Kriterium berücksichtigt wurden. Die Behauptung, die angrenzenden nicht ausgewiesenen Flächen werden von den Zugvögeln als Nahrungshabitat oder als Austauschfläche genutzt, kann nur dann berücksichtigt werden, wenn der Wahrheitsgehalt der Behauptung durch Ermittlungen nachgewiesen wurde. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Ermittlungen nicht pauschal das Flugverhalten von Vögeln betrachten können. Die pauschale Behauptung, dass Vögel die Flächen im Umfeld nutzen, ist evident unzureichend, wenn nicht zwischen windkraftsensiblen und windkraftunsensiblen Arten unterschieden wird. In der Begründung zum Ausschlusskriterium Umgebungsbereich heißt es, dass Großvogelarten wie Seeadler, Rotmilan und Schwarzstorch auf die Umgebungsbereiche als Nahrungshabitate angewiesen seien und deshalb mit Windenergieanlagen kollidieren können. Gerade diese aufgezählten Großvogelarten, die durch das Ausschlusskriterium Umgebungsbereich geschützt werden sollen, werden auf der für unsere Mandantin relevanten Teilfläche nicht betroffen. Nach der eingeholten Konfliktpotentialanalyse konnten in Dithmarschen in den Jahren 2018 bis 2023 nur zwei Bruten des Rotmilans dokumentiert wurden. In dem für den Teilbereich zu betrachtenden Rechercheradius konnte kein Rotmilan dokumentiert werden (Konfliktpotentialanalyse, S. 16). Auch der Schwarzstorch wird durch das potentielle Vorhaben nicht betroffen. Entsprechend der Potentialanalyse ist nach der Datenabfrage	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	beim Landesamt für Umwelt kein Horst des Schwarzstorchs im Betrachtungsraum bekannt (Konfliktpotentialanalyse, S. 26). Im Ergebnis gibt es auf der Teilfläche keine Rotmilane und Schwarzstorche. Wenn es die schützenswerten Großvögel auf der Teilfläche nicht gibt, müssen die Flächen nicht zu ihrem Schutz von Windenergieanlagen freigehalten werden. Ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko für den Rotmilan und den Schwarzstorch anzunehmen, ist hier abwegig. Nur der Seeadler wird von dem Vorhaben betroffen. Ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko kann für den Seeadler jedoch durch ein Antikollisionssystem oder eine Phänologie bedingte Abschaltung gewährleistet werden (Konfliktpotentialanalyse, S. 8). Darüber hinaus kann es schon vom Ansatz her nicht überzeugen, einerseits Umgehungsbereiche als abschließendes Ausschlusskriterium festzulegen, da die Bereiche zwingend erforderlich seien für den Schutz der Zugvögel und andererseits gleichzeitig eine Ausnahme zuzulassen für Bestandswindenergieanlagen in ausgewiesenen Windenergiegebieten. Mit Blick auf die Begründung verbietet sich eine Differenzierung zwischen den Anlagen. Insofern heißt es, im Bereich von Bestandswindenergieanlagen liege die Vermutung nahe, dass eine Vereinbarkeit der Windenergienutzung mit den Schutzzielen der EU-VSG gegeben sein könne. Die Vermutung, dass Bestandswindenergieanlagen nicht gegen die Schutzziele der EU-VSG verstoßen, greift gleichermaßen für Bestandswindenergieanlagen außerhalb von Windenergiegebieten, da auch für diese Anlagen anzunehmen ist, dass die immissionsschutzrechtliche Genehmigung nicht erteilt worden wäre, wenn die Erteilung gegen die europäische Vogelschutzrichtlinie verstößt. Hier wird deutlich, dass für die Umgehungsbereiche eine Einzelfallabwägung für die konkreten Standorte im jeweiligen Genehmigungsverfahren durchzuführen ist und eine pauschale Annahme nicht zielführend für den Vogelschutz ist. **VI. Fazit** Beide Ausschlusskriterien, welche die Flächen unserer Mandantin für die Windenergienutzung ausschließen, halten einer rechtlichen Überprüfung nicht stand. Die Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein — Erster Entwurf verkennt insbesondere den Abwägungsmaßstab und die erforderliche Ermittlungstiefe. Besonders schwerwiegend ist darüber hinaus, dass die Planungskompetenz weit überschritten wird. Mit freundlichen Grüßen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] -Rechtsanwalt- [redacted] -Rechtsanwältin-	
Institution: Grenzstrom Bürgerwind GmbH & Co. KG **ID: M2767**	Stellungnahme zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land Sehr geehrte Damen und Herren, mit Entsetzen und Verwunderung mussten wir bei der Kenntnisnahme des LEP feststellen, dass unsere Windeignungsflächen im aktuellen LEP nicht mehr als Windeignungsflächen ausgewiesen sind. Das bedeutet für den Grenzstrom Bürgerwindpark, dass die 252 Gesellschafter in großer Sorge sind und sich fragen, wie lange noch Windenergieanlagen auf dem Gebiet der Gemeinde Ellhöft und der Gemeinde Westre direkt an der dänischen Grenze betrieben werden können?! Im Jahr 2020 wurden von der [redacted] GmbH & Co. KG fünf WEA mit einer installierten Gesamtleistung von 17,1 MW in Betrieb genommen. Im Jahr 2023 wurde eine weitere WEA in der Gemeinde Struxbüll und im April 2024 eine weitere WEA im beschriebenen Gebiet BImSchG genehmigt. Weitere 8 WEA befinden sich im BlmSchG-Verfahren. Die Anträge hierfür wurden im April 2024 beim LfU in Flensburg eingereicht. Für diese 8 Anlagen erwarten wir die Baugenehmigung Ende 2024. Die gesamte Vorplanung wurde innerhalb einer ausgewiesenen Windvorrangfläche durchgeführt. Da der LEP nun einen Abstand von 1000 m zu Europäischen Vogelschutzgebieten (EU-VSG) vorsieht, werden die genannten Anlagen alle auf nicht ausgewiesenen Flächen stehen. Gegen diese Nichtausweisung erheben wir Widerspruch und fordern die Aufnahme der genannten Flächen in den LEP. Ein Abstand von bisher 300 m zu EU-VSG kann akzeptiert werden. Wir haben große Sorge, dass wir nur noch Bestandsanlagen betreiben und neu geplante Anlagen im BlmSchG-Verfahren keine Genehmigung erhalten! Wir weisen darauf hin, dass in der Vergangenheit im Rahmen verschiedener BlmSchG-Antragsverfahren mehrere ornithologische Gutachten erstellt wurden. Alle kamen zu dem Ergebnis, dass die Errichtung von Windenergieanlagen südlich des dänischen Schutzgebietes keine negativen Auswirkungen auf das Schutzgebiet haben wird. Gerne stellen wir Ihnen diese	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfs. Gemäß dem Ziel *Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche* bestehen potenzielle Ausnahmebereiche, die in der Karte des Entwurfs des Landesentwicklungsplans Windenergie an Land festgelegt sind. Dazu gehört auch der Bereich auf dem Gebiet der Gemeinden Ellhöft und Westre, innerhalb derer sich WEA befinden. Insofern ist die Ausweisung eines Vorranggebietes dort nicht pauschal ausgeschlossen. Gleichwohl müssen die im Ziel genannten Voraussetzungen erfüllt sein. Diese sind im Rahmen der Vorranggebietsausweisung auf Regionalplanebene zu prüfen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gutachten zur Verfügung. Aufgrund dieser Gutachten und der 25-jährigen Erfahrung mit dem Betrieb von Windkraftanlagen im südlichen Bereich des Schutzgebietes, bitten wir um Ausweisung und Übernahme der bisherigen Windvorrangfläche in den jetzt zur Diskussion stehenden Landesentwicklungsplan. Darüber hinaus haben wir vor einigen Monaten Flächen bei der Landesplanung eingereicht, die aus unserer Sicht als Windeignungsgebiete geeignet wären. Diese Vorschläge wurden im LEP weitestgehend berücksichtigt. Wir bitten um endgültige Ausweisung. Darüber hinaus haben wir angeregt, die kleinen Bauernwälder mit einzubeziehen, da auch diese Flächen schon mehrfach untersucht wurden. Im Namen von 252 Bürgern und Gesellschaftern: Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anlagen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1650	[redacted] [redacted] [redacted] **Bürgerbeteiligung Landesregierung SH Planung Windenergienutzung** **Betreff: Ostholstein und Segeberg** **Abwägungsbereich für die Windenergienutzung PR3_OHS_061 und PR3_SEG_007** (Die Nummern stammen aus dem Regionalplan 3, die neue Karte enthält keine sichtbaren Nummern) Wir betreiben eine anerkannte zertifizierte Ökologische Landwirtschaft und auf unserem Land ist ein hohes Aufkommen von selten gewordenen Vögeln, die dort zum Teil ihre Brutgebiete haben und dort auf Nahrungssuche gehen, wie Seeadler, Rotmilan, Kornweihe, Bekassine, Kiebitze, Brachvogel, Europ. Wachtel, Waldschnepfe, Kraniche und viele andere Arten, die es zu schützen gilt und auf der roten Liste stehen. Außerdem befinden sich auf dem Land die Rastplätze von Bläßgänsen und Singschwänen und	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 und die Ziffern 3.18.1, 4.8, 4.9, 4.14 bis 4.20, 7.1.3 bis 7.3.3, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schwärme von Vögeln suchen Nahrung auf dem Weg in ihre Überwinterungsquartiere. Zusätzlich fliegen Zwergfledermäuse und der Große Abendsegler (Fledermäuse) in reichlicher Anzahl über unser Land. 2021 wurde die Fläche PR3_OHS_061 genau aus diesem Grund rausgenommen, Naturpark Bosau mit der hügeligen Landschaft und den vielen Knicks! Die Seeadler wurden über viele Jahre gehegt. Jetzt scheint es unerheblich zu sein, dass viele dieser zu schützenden Vogelarten getötet werden würden durch die Windräder. 2022 stand in dem Abwägungsbereich f.d. Windernergienutzung: Mit der Ausweisung von Teilen der Fläche OHS_057 und OHS_059 ist bereits die Grenze der Belastung des Naturparks mit WEA in dieser Region erreicht. Und in dem Abwägungsbereich f.d. Windernergienutzung **PR3_SEG_007** stand zu lesen: Potenzielle Beeinträchtigungsbereiche in 3 km Radius um Seeadlerhorste ausserhalb des Dichtungszentrums/um Schwarzstorchhorste. Ausserdem stand für beide Fläschen (**PR3_OHS_061 und PR3_SEG_007) :** Riegelbildung mit weiteren Potenzialflächen für östlich des Sees brütende Seeadler, für den Vogelzug Richtung Lübecker Bucht zum Rastplatz Großer Plöner See, für aufsteigende Greifvögel (Aufwindsituation), Lage im Kernbereich des Naturparks, Zerstörung Blickbeziehung vom Plöner Schloss. Umzingelungswirkung für Brackrade und Hutzfeld. Fläche hat aus naturschutzfachlicher Sicht ein hohes Konfliktpotential. Wir sind nicht bereit, ein Teil unseres Landes zur Verfügung zu stellen, wie es im neuen Plan ersichtlich zu sein scheint. Ausserdem wissen wir um die gesundheitlichen Schäden durch Infraschall! Erschöpfung, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Atemnot, Depressionen, Rhythmusstörungen, Übelkeit, Tinnitus, Schwindel, Ohrenschmerzen, Seh- und Hörstörungen und etliche andere. Mit freundlichen Grüssen [redacted]	
Institution: Planungsbüro	Sehr geehrte Damen und Herren,	Zu Punkt 1. Der Forderung wird nicht gefolgt. In den durch Ziele der Raumordnung ausgeschlossenen Bereichen sollen WEA

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Brandes, Planungsbüro Brandes ID: 1649	als Anlage unsere Stellungnahme mit der Bitte um Berücksichtigung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Schleswig-Holstein Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 Kreis Ostholstein Stadt Fehmarn Windpark „Presen“ Potenzialfläche PR3_OHS_005 Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr [redacted], im Auftrag und Namen der Windparkgesellschaft Windpark [redacted] nehmen wir zum LEP „Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplanes SchleswigHolstein – Fortschreibung 2021“ wie folgt Stellung: 1. Als Betreiber von derzeitig 15 WEA vom Typ E 70 / 100m Gesamthöhe westlich von Ortsteil Presen auf der Insel Fehmarn begrüßen wir den Grundsatz 2 G „Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land“ im Kapitel 4.5.1 „Windenergie an Land“.	nicht zulässig sein. Zu Punkt 2. Verdichteter Vogelzug ist auch auf Fehmarn und an der West- und Ostküste Wagriens zu beobachten. Dieser als „Vogelfluglinie“ bezeichnete Vogelzugkorridor bildet die kürzeste Verbindung über Landflächen zwischen Mitteleuropa und Skandinavien und wird sowohl auf dem Heimzug nach Nordosten im Frühjahr als auch auf dem Wegzug im Sommer und Herbst nach Südwesten von vielen Vögeln genutzt. Insbesondere Greifvögel (Wespenbussard, Fischadler, Rotmilan, Mäusebussard, Sperber, Weihen), die als Segelflieger auf Auftrieb und daher Landflächen angewiesen sind, nutzen diesen Weg, da zwischen den dänischen Inseln und Fehmarn/Wagrien nur vergleichsweise schmale Wasserflächen liegen (Fehmarnsund, Fehmarnbelt). Auch weitere Landvogelarten wie Tauben, Drosseln und Finken nutzen diesen direkten Weg von bzw. nach Skandinavien. Auf Fehmarn gibt es bereits einige Bestandswindparks und ausgewiesene Vorranggebiete. Um die besondere Bedeutung dieses Zugwegs raumplanerisch zu berücksichtigen, sind alle Küstenbereiche sowie die WEA-freien Korridore zwischen den vorhandenen Vorranggebieten auf Fehmarn als Ziel der Raumordnung festgelegt, in denen kein Ausbau der Windenergie erfolgen darf. Die Erhaltung der noch verbliebenen binnenländischen Freiräume Fehmarns ist aufgrund der extrem hohen Vogelzugdichte zwingend erforderlich, um die Funktionsfähigkeit dieser international bedeutsamen Hauptachse des überregionalen Vogelzugs erhalten zu können. Bestandswindparks auf Fehmarn in konfliktträchtigen Bereichen nahe der Nordostküste (Klingenberg und Presen/Marienleuchte, in denen es nachweislich zu Greifvogel-Schlagopfern kommt), wurden bereits im Rahmen der Regionalplanung 2020 nicht als Vorranggebiet ausgewiesen und diese Bereiche werden auch weiterhin ausgeschlossen (als Ziel der Raumordnung), sodass die WEA Bestandsschutz haben, aber ein Ersatz der Anlagen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Im Zusammenhang mit der Begründung zum o. g. Grundsatz nehmen wir zur Kenntnis, dass ein Repowering unserer Anlagen nach § 249 Abs.3 BauGB und §16 b Abs. 1 und 2 BImSchG privilegiert zulässig sind. Nicht nachvollziehbar ist hingegen im Zusammenhang der o. g. Aussage das Ziel Z5 „Rotorinnerhalb-Planung“ bzw. der Hinweis auf raumbedeutsame WEA außerhalb von Windenergiegebieten auf die Kapitel 4.5.1.1, 4.5.1.2, 4.5.1.3, 4.5.1.4 und 4.5.1.5. Das Ziel konterkariert die Vorgaben des Bundes, welches ein Repowering von Bestandsanlagen unter folgenden Rahmenbedingungen explizit ermöglichen soll: • Die neue Anlage innerhalb von 24 Monaten nach dem Rückbau der Bestandsanlage errichtet wird und • Der Abstand zwischen der Bestandsanlage und der neuen Anlage höchstens das Zweifache der Gesamthöhe der neuen Anlage beträgt. Der vorliegende Entwurf des LEP reduziert die Repoweringsmöglichkeiten von Bestandsanlagen auf ein Minimum bzw. auf Flächen, die als Vorranggebiete hätten ausgewiesen werden können, aber nicht ausgewiesen worden sind, weil das Flächenziel von 3 % bereits erreicht worden ist (sehr unwahrscheinlich). Intention des vorliegenden Entwurfes des LEP ist hinsichtlich der Repoweringsmöglichkeiten nach § 249 Abs.3 BauGB und §16 b Abs. 1 und 2 BImSchG anscheinend Bundesrecht außer Kraft zu setzen bzw. auszuhöhlen. <u>Forderung</u> Streichung Absatzes 2 in Kapitel 4.5.1 „Windenergie an Land“ / 5 Z / „Werden raumbedeutsame WEA außerhalb von Windenergiegebieten errichtet, ist für Abstandserfordernisse der Kapitel 4.5.1.1, 4.5.1.2, 4.5.1.3, 4.5.1.4 und 4.5.1.5 die Rotorblattspitze maßgeblich“. In diesem Zusammenhang wird auf Anlage 1 verwiesen bzw. auf die Änderung des Baugesetzbuches, in dem der unbestimmte Begriff der „Grundzüge der Planung“ ersatzlos gestrichen werden soll. 2. Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung (15 Z) und Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit Bedeutung (15 G) Kapitel 4.5.1.3 Der	ausgeschlossen wird. Zu Punkt 3. Die Forderung wird in Abstimmung mit den zuständigen Dienststellen geprüft.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	WP Presen mit 15 WEA vom Typ E 70 / 100m Gesamthöhe befindet sich zum überwiegenden Teil innerhalb der Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung (15 Z). In der Begründung zu 15 Z heißt es: „Die Hauptzugachsen, deren besondere Bedeutung durch verschiedenen Untersuchungen des Vogelzuges in Schleswig-Holstein belegt ist, müssen daher zum Schutz der wandernden Vogelarten von einer Ausweisung von Windenergieanlagen freigehalten werden. Wichtige Zugachsen sind (…) Teile von Fehmarn (…)“. In der Begründung zu 15 G heißt es: „… aufgrund der verfügbaren Datenlage auch Bereiche von Bedeutung (…) identifizieren“. Die Insel Fehmarn gehört zu den am intensivsten avifaunistisch untersuchten Räumen in Deutschland. Auf der Insel Fehmarn wurden zum WP Mitte (südöstlich von Dänschendorf); Nordwest/Bürgerwindpark (südlich von Westermarkelsdorf) und Klingenberg (östlich von Klausdorf) - u. a. Radaruntersuchungen durchgeführt. Die vorhandene Datenlage ist vollkommen unzureichend und ungeeignet, um eine genaue Abgrenzung zwischen den Kriterien „Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung“ (15 Z) und „Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit Bedeutung“ (15 G) vornehmen zu können. Sie vorgenommene Abgrenzung ist auch veraltet bzw. berücksichtigt nicht die aktuellen Daten, da sie aus der Regionalplanung von 2020 stammt. Forderung Ergänzung der Umweltberichtes hinsichtlich der der Abgrenzung zu Grunde gelegten Daten. Keine Differenzierung mehr in Hauptachsen mit „besonderer Bedeutung“ und „mit Bedeutung“ bzw. Zusammenführung der beiden Kriterien zu einem Kriterium analog zur Karte 8 im Umweltbericht (Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges (15G). 3. Weitere militärische Bereiche (1 G) Kapitel 4.5.1.2 Die Datenlange der Landesplanung ist hinsichtlich des Kriteriums „Weitere militärische Bereiche (1 G) Kapitel 4.5.1.2“ nicht nachvollziehbar / keine Dateien „Verschlusssache“. Dieses ist hinsichtlich der Bautenschutzbereiche nicht nachvollziehbar, da diese u. a. öffentlich bekannt gemacht werden. Wir möchten Sie freundlich darauf hinweisen, dass der überwiegende Teil vom WP Presen sich jetzt außerhalb des Bautenschutzbereiches befindet. Forderung Zur Verfügungstellung der veröffentlichten Daten u. a. der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Bautenschutzbereiche. Vielen Dank für Ihre Bemühungen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anlagen • Anlage 1 A20240806-kabinettbeschluss-wind-an-land-und-solarenergie-energiespeicheranlagen • Anlage 2.1 Anschreiben IM Referat IV 63 • Anlage 2.2 Schutzbereichsanordnung Lageplan • Anlage 2.3 Lageplan WP Presen und Schutzbereichsanordnung • Anlage 2.4 Schutzbereichsanordnung	
Institution: Planungsbüro Brandes, Planungsbüro Brandes ID: 1648	Sehr geehrte Damen und Herren, als Anlage unsere Stellungnahme mit der Bitte um Berücksichtigung. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Kritik an Ziffer 4.5.1 Abs. 5 Z (Rotor-Innerhalb-Planung) wird zur Kenntnis genommen. Die Auffassung, dass dieses Ziel die Regelungen des Bundes zum Repowering (§ 249 Abs. 3 BauGB) und zur erdrückenden Wirkung (§ 249 Abs. 10 BauGB) konterkariert, wird nicht geteilt. § 249 Abs. 3 BauGB nimmt Bezug auf § 16 b BImSchG. Dort heißt es in Abs. 1 "Zustimmungserfordernisse nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften bleiben unberührt." Ziele der Raumordnung sind also auch bei Repowering-Vorhaben i.S. dieser Regelungen des Bundes zu beachten. § 248 Abs. 10 BauGB stellt eine Legaldefinition dar, er "verbietet" jedoch keine weitergehenden Abstandsvorgaben z.B. in Form von Zielen der Raumordnung. Verdichteter Vogelzug ist auch auf Fehmarn und an der West- und Ostküste Wagriens zu beobachten. Dieser als „Vogelfluglinie“ bezeichnete Vogelzugkorridor bildet die kürzeste Verbindung über Landflächen zwischen Mitteleuropa und Skandinavien und wird sowohl auf dem Heimzug nach

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] [redacted] Schleswig-Holstein Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 Kreis Ostholstein Stadt Fehmarn Windpark „Klingenberg“ Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr [redacted], im Auftrag und Namen der Windparkgesellschaft Windpark [redacted] nehmen wir zum LEP „Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021“ wie folgt Stellung: 1. Als Betreiber von 12 WEA vom Typ E 70 / 100m Gesamthöhe östlich von Ortsteil Klingenberg auf der Insel Fehmarn begrüßen wir den Grundsatz 2 G „Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land“ im Kapitel 4.5.1 „Windenergie an Land“. Im Zusammenhang mit der Begründung zum o. g. Grundsatz nehmen wir zur Kenntnis, dass ein Repowering unserer Anlagen nach § 249 Abs.3 BauGB und §16 b Abs. 1 und 2 BImSchG privilegiert zulässig ist. Nicht nachvollziehbar ist hingegen im Zusammenhang der o. g. Aussage das Ziel Z5 „Rotorinnerhalb-Planung“ bzw. der Hinweis auf raumbedeutsame WEA außerhalb von Windenergiegebieten auf die Kapitel 4.5.1.1, 4.5.1.2, 4.5.1.3, 4.5.1.4 und 4.5.1.5. Das Ziel konterkariert die Vorgaben des Bundes, welches ein Repowering von Bestandsanlagen unter folgenden Rahmenbedingungen explizit ermöglichen soll: • Die neue Anlage innerhalb von 24 Monaten nach dem Rückbau der Bestandsanlage errichtet wird und • Der Abstand zwischen der Bestandsanlage und der neuen Anlage höchstens das Zweifache der Gesamthöhe der neuen Anlage beträgt.	Nordosten im Frühjahr als auch auf dem Wegzug im Sommer und Herbst nach Südwesten von vielen Vögeln genutzt. Insbesondere Greifvögel (Wespenbussard, Fischadler, Rotmilan, Mäusebussard, Sperber, Weihen), die als Segelflieger auf Auftrieb und daher Landflächen angewiesen sind, nutzen diesen Weg, da zwischen den dänischen Inseln und Fehmarn/Wagrien nur vergleichsweise schmale Wasserflächen liegen (Fehmarnsund, Fehmarnbelt). Auch weitere Landvogelarten wie Tauben, Drosseln und Finken nutzen diesen direkten Weg von bzw. nach Skandinavien. Auf Fehmarn gibt es bereits einige Bestandswindparks und ausgewiesene Vorranggebiete. Um die besondere Bedeutung dieses Zugwegs raumplanerisch zu berücksichtigen, sind alle Küstenbereiche sowie die WEA-freien Korridore zwischen den vorhandenen Vorranggebieten auf Fehmarn als Ziel der Raumordnung festgelegt, in denen kein Ausbau der Windenergie erfolgen darf. Die Erhaltung der noch verbliebenen binnenländischen Freiräume Fehmarns ist aufgrund der extrem hohen Vogelzugdichte zwingend erforderlich, um die Funktionsfähigkeit dieser international bedeutsamen Hauptachse des überregionalen Vogelzugs erhalten zu können. Bestandswindparks auf Fehmarn in konfliktträchtigen Bereichen nahe der Nordostküste (Klingenberg und Presen/Marienleuchte, in denen es nachweislich zu Greifvogel-Schlagopfern kommt), wurden bereits im Rahmen der Regionalplanung 2020 nicht als Vorranggebiet ausgewiesen und diese Bereiche werden auch weiterhin ausgeschlossen (als Ziel der Raumordnung), sodass die WEA Bestandsschutz haben, aber ein Ersatz der Anlagen ausgeschlossen wird.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Der vorliegende Entwurf des LEP reduziert die Repoweringsmöglichkeiten von Bestandsanlagen auf ein Minimum bzw. auf Flächen, die als Vorranggebiete hätten ausgewiesen werden können, aber nicht ausgewiesen worden sind, weil das Flächenziel von 3 % bereits erreicht worden ist (sehr unwahrscheinlich). Intention des vorliegenden Entwurfes des LEP ist hinsichtlich der Repoweringsmöglichkeiten nach § 249 Abs.3 BauGB und §16 b Abs. 1 und 2 BImSchG anscheinend Bundesrecht außer Kraft zu setzen bzw. auszuhöhlen. Forderung Streichung Absatzes 2 in Kapitel 4.5.1 „Windenergie an Land“ / 5 Z / „Werden raumbedeutsame WEA außerhalb von Windenergiegebieten errichtet, ist für Abstandserfordernisse der Kapitel 4.5.1.1, 4.5.1.2, 4.5.1.3, 4.5.1.4 und 4.5.1.5 die Rotorblattspitze maßgeblich“. In diesem Zusammenhang wird auf Anlage 1 verwiesen bzw. auf die Änderung des Baugesetzbuches, in dem der unbestimmte Begriff der „Grundzüge der Planung“ ersatzlos gestrichen werden soll. 2. Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung (15 Z) und Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit Bedeutung (15 G) Kapitel 4.5.1.3 Der WP Klingenberg mit 12 WEA vom Typ E 70 / 100m Gesamthöhe befindet sich innerhalb der Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung (15 Z). Der Abstand zur Küste beträgt ca. 1.200m. In der Begründung zu 15 Z heißt es: „Die Hauptzugachsen, deren besondere Bedeutung durch verschiedenen Untersuchungen des Vogelzuges in Schleswig-Holstein belegt ist, müssen daher zum Schutz der wandernden Vogelarten von einer Ausweisung von Windenergieanlagen freigehalten werden. Wichtige Zugachsen sind (…) Teile von Fehmarn (…)“. In der Begründung zu 15 G heißt es: „… aufgrund der verfügbaren Datenlage auch Bereiche von Bedeutung (…) identifizieren“. Die Insel Fehmarn gehört zu den am intensivsten avifaunistisch untersuchten Räumen in Deutschland. Zum WP Klingenberg wurden – analog zum WP Mitte (südöstlich von Dänschendorf) und Nordwest/Bürgerwindpark (südlich von Westermarkelsdorf) - u. a. Radaruntersuchungen durchgeführt. Die vorhandene Datenlage ist vollkommen unzureichend und ungeeignet, um eine genaue Abgrenzung zwischen den Kriterien „Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung“ (15 Z) und „Hauptachse des überregionalen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vogelzuges mit Bedeutung“ (15 G) vornehmen zu können. Die vorgenommene Abgrenzung ist auch veraltet bzw. berücksichtigt nicht die aktuellen Daten, da sie aus der Regionalplanung von 2020 stammt. Forderung Ergänzung der Umweltberichtes hinsichtlich der der Abgrenzung zu Grunde gelegten Daten. Keine Differenzierung mehr in Hauptachsen mit „besonderer Bedeutung“ und „mit Bedeutung“ bzw. Zusammenführung der beiden Kriterien zu einem Kriterium analog zur Karte 8 im Umweltbericht (Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges (15G). Vielen Dank für Ihre Bemühungen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anlagen • Anlage 1 A20240806-kabinettbeschluss-wind-an-land-und-solarenergie-energiespeicheranlagen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1647	Sehr geehrte Landesplanung, hiermit nehme ich Stellung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Sachthema Windenergie – und hier exemplarisch zur Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101. Diese Potenzialfläche berührt unsre 4 Dörfer, die Gemeinden Achterwehr, Melsdorf, Ottendorf und Quarnbek und ihre Ortskernentwicklungspläne unmittelbar. In meinen 6 Abschnitten lege ich dar, warum die Positivplanung des OEK für unsre 4 Gemeinden eine alles überragende Bedeutung hat. Ich verweise auf die Konzepte und ihre Bedeutung im landesplanerischen Raum auch im Hinblick auf die Achse Kiel - Rendsburg. Diese untermauere ich durch Vorgeben der Landesplanung und des Landesverfassungsgerichtes Schleswig-Holsteins. Ich berufe mich des Weiteren auf das politische Versprechen des Landes zur verlässlichen Planungssicherheit. Nur so können wir das Vertrauen vor Ort und der Mitbürgerinnen und Mitbürgerhalten oder zurückgewinnen. [redacted] ***<u>Das ist der Auszug. Denn vollständigen Text entnehmen Sie bitte der Anlage:</u>***	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Eingabe zur Windkraftplanung - Final .pdf (255 KB) ***1. Positivplanung für Unsre 4 Gemeinden Achterwehr, Melsdorf Ottendorf und Quarnbek und ihre Ortentwicklungspläne.*** Es sind die 4 Gemeinden Achterwehr, Melsdorf Ottendorf und Quarnbek die durch ihre Ortwicklungspläne ihren Primäraufgaben wahrnehmen. In allen 4 Gemeinden wurden für diese Herausfordernden Aufgaben in Fachausschüssen sowie extra Lenkungs Gruppen Konzepte erstellt und werden dort auch ständig evaluiert. Unsre 4 Dorfgemeinden Achterwehr, Melsdorf Ottendorf und Quarnbek sind attraktive Wohnorte, Arbeitsstätten und Erholungsräume. Diese Attraktivität der ländlichen Räume soll erhalten und weiterentwickelt werden. Unsre 4 Gemeinden Achterwehr, Melsdorf, Ottendorf und Quarnbek stehen vor großen Herausforderungen: Gebäudeleerstand, Digitalisierung, Tragfähigkeit der Infrastruktur, Änderungen der Wohnbedarfe (z.B. seniorengerecht, Singlehaushalte). Das Land Schleswig-Holstein unterstützt seine Dörfer und Städte im Rahmen der Förderung der Ortskernentwicklung, diese Herausforderungen zu meistern. Ziel unserer 4 Gemeinden ist lebendige Ortskerne zu erhalten, zeitgemäßes Leben und Wohnen zu ermöglichen, eine wohnortnahe Versorgung zu sichern und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Im Bereich der Ortskernentwicklung haben wir insbesondere investitionsbezogene Vorhaben zur Erhaltung, Gestaltung und Entwicklung unser ländlich geprägter Orte, z.B. dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtungen, Umnutzung ländlicher Bausubstanz sowie Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen gefördert. Grundlage für die Förderung sind Ortskernentwicklungskonzepte von unsren Gemeinden. Diese Konzepte sollen die Auswirkungen des demographischen Wandels untersuchen, eine Erhebung des Innenentwicklungspotenzials bzw. Ansätze zur Verminderung der Flächeninanspruchnahme beinhalten. Das erreichen wir auch durch unsre Ortsabrundungen. Dabei berufen wir uns auf die Landesplanerischen Vorgaben zur Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme, insbesondere sind dies: Grundsatz der Raumordnung, bis 2030 die tägliche Flächenneuinanspruchnahme in Schleswig-Holstein durch Siedlungs- und Verkehrsflächen entsprechend der landespolitischen Flächensparzielsetzung auf unter 1,3 Hektar pro Tag zu senken (Kapitel 3.9 Absatz 3G), Vorrang der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung mit einer Nachweispflicht von ausgeschöpften Flächenpotenzialen, bevor neue nicht erschlossene Bauflächen ausgewiesen werden (Kapitel 3.9 Absatz 4Z) und Grundsätze zur Verringerung der Neuinanspruchnahme von Grund und Boden (Kapitel 3.9 Absatz 5G). Maßnahmen im Rahmen der ländlichen Entwicklung Im Rahmen der Förderung von investiven	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Maßnahmen der Dorfentwicklung mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ist das Flächensparen ein wesentliches Projektauswahlkriterium. Bei der Beantragung von Einzelmaßnahmen auf Basis eines Ortskernentwicklungskonzeptes müssen die Innenentwicklungspotenziale dargestellt werden. Darüber hinaus sind die Umnutzung von ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden und die Umnutzung dörflicher Bausubstanz als Einzelmaßnahme ebenso förderfähig, wie der Abriss oder Teilabriss von Bausubstanz im Innenbereich, die Entsiegelung brach gefallener Flächen sowie die Entsorgung der dabei anfallenden Abrissmaterialien. Ziel des Ortsentwicklungskonzeptes (OEK) ist es, handlungsorientierte Lösungsansätze für eine positive Zukunft der Gemeinde darzustellen. Die Bearbeitungsspanne des OEK geht dabei von der Bestands- und Situationsanalyse über das Aufzeigen der Entwicklungsmöglichkeiten bis hin zum Ausarbeiten von Umsetzungs- / Maßnahmenvorschlägen, einschließlich konkreter Handlungsanweisungen für unsre 4 Gemeinden. Die Bestands- und Situationsanalyse unsrer 4 Gemeinden Achterwehr, Melsdorf Ottendorf und Quarnbek hat Aufzeigt das sehr unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten bis hin zum Ausarbeiten von Umsetzungs- / Maßnahmenvorschlägen einschließlich konkreter Handlungsanweisungen für die Gemeinden vorhanden sind. Ich selbst [redacted] hatte die Leitung und war ihr Sprecher in der Gemeinde Quarnbek die Lenkungsgruppe Orts-Entwicklungs-Konzept (OEK). Daher ist die Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101 ein Faktor der bei weiterer Ausweitung zum Problem für unsre 4 Gemeinden wird. Wie ein Roter Faden zieht sich gemeinsam hindurch die unmittelbare Verbindung der 4 Gemeinden Achterwehr, Melsdorf Ottendorf und Quarnbek untereinander. Dieses Miteinander gilt es zu stärken aufgrund der vielfältigen Herausforderungen. 2. Quarnbek und ihre Ortentwicklungspläne Die derzeit im Ortsentwicklungskonzept dargestellten Erweiterungsflächen wirken sich auch auf die südlich von Strohbrück gelegene Fläche aus. Darüber hinaus bilden die Flächen südlich des Ziegelhofer Wege auf Sicht gesehen eine Abrundung des Ortsteiles Strohbrück der als Zentraler Ortsteil der Gemeinde Quarnbek gilt. Eine Ressourcenschonende Innen Raumentwicklung ist hier anzustreben. Hier ist von der Gemeinde Quarnbek der Lückenschluss Ziegelhofer Weg Haus Nr. 9 zu Haus Nr. 2 durch Änderung des F-Planes zuschließen. Eine Ausweisung einer Potenzialfläche südlich von Strohbrück würde diese Entwicklung verhindern und ist damit auch im landesplanerischen Interesse abzulehnen. Die Gemeinde Quarnbek beabsichtigt in	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umsetzung des Ortsentwicklungskonzeptes (OEK) in Teilen eine Bebauung des jetzigen Dorfkerns Strohbrück zu ermöglichen. Die Flächennutzungsplandarstellung erstreckt sich aber auch auf bereits bebaute Bereiche entlang des der L194 und des Ziegelhofer Weges 1-33. Nach erfolgter Änderung des Flächennutzungsplans können sich darauf jeweils bei Bedarf (hier gibt es einen Entwicklungstau seit 2009 Baugebiet Sledenbarg) Bebauungspläne entwickeln. Die Lenkungsgruppe Orts-Entwicklungs-Konzept (OEK) die unter der Leitung ihres Sprechers [redacted] steht hat verschiede Schwerpunkt aufgezeigt. Ein Schwerpunkt den Sie versucht ist die Trinkwasserversorgung auf zukunftsfähige Beine zu stellen. Eingeladen waren die Brunnenbesitzer und die Trinkwasserversorger der Gemeinde, der Amtskämmerer Marco Carstensen und Vertreter der Wasser-Schifffahrts-Direktion Kiel (WSD). Die WSD-Vertreter berichteten über die Kanalausbausituation und über die anlässlich des NOK-Oststreckenausbaus notwendigen Probebohrungen in der Ortslage Strohbrück, die evtl. eine Relevanz für die im OT Strohbrück vorhandenen Trinkwasserbrunnen haben. Dieser Existenzielle Herausforderung für gemeinde Quarnbek stellen wir uns. 3. Das Urteil des LVerfG 1/18, Urteil vom 24. September 2021 LVerfG 1/18, Urteil vom 24. September 2021, Leitsätze Ich ziehe das Urteil vom LVerfG 1/18, Urteil vom 24. September 2021 deshalb heran, weil es ganz klar das Mitsprachfachrecht der Gemeinden bei der Landesplanung verneint. Auch wenn sich jetzt Bundes und Landesrecht noch einseitiger zugunsten des Bundes und Landesplanung verschoben haben, so ist doch das Recht der Mitbestimmung der Gemeinden nicht gänzlich verschwunden und daher nehme ich Bezug auf das Urteil, weil es exemplarisch das Spannungsfeld Land -zur Kommune beleuchtet. Zum Urteil: Übergeordnetes Ziel der Landesplanung sei es zuletzt gewesen, der Windkraft mit Hilfe von Regionalplänen in substanzieller Weise Raum zu schaffen. Mit 1,5% der Landesfläche erfolge dies in weitaus stärkerem Maße, als es die Gerichte in anderen Bundesländern für ausreichend anerkannt hätten. Im Fall eines Überangebotes an geeigneten Flächen sei es daher gerechtfertigt, Gebiete wegen entgegenstehenden Gemeindewillens nicht für die Windenergienutzung vorzusehen. Wenn es der Rechtsrahmen ermögliche, einen sehr viel geringeren Teil der Landesfläche als 1,5% für die Windenergienutzung vorzusehen oder nach § 249 Abs. 3 Satz 3 BauGB weitreichende Abstandsflächen festzulegen, so sei es erst recht ein zulässiges Planungskonzept, der Windenergienutzung insgesamt deutlich mehr Raum zu geben, dabei jedoch dem entgegenstehenden Willen einzelner Kommunen Rechnung zu tragen. Das übergeordnete Ziel, der Energiewende zum Erfolg zu verhelfen und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	damit die nachhaltige Energieversorgung des Landes zu sichern, rechtfertige und es, auch fachlich gut geeignete Flächen zur Windenergienutzung zu verwerfen, wo eine solche Nutzung vor Ort abgelehnt werde. Die damit verbundene Beschränkung von Eigentumsrechten und die daraus folgende Ungleichbehandlung der Eigentümer von Grundstücken in Gemeinden mit und ohne Zustimmung zur Windenergie seien sachlich gerechtfertigt. Würde die Windenergienutzung ohne Rücksichtnahme auf den regional unterschiedlichen Bürgerwillen entwickelt, drohte der Widerstand gegen die Energiewende insgesamt so groß zu werden, dass sie beeinträchtigt oder gar zum Stillstand gebracht werden könnte. Den gesamten Außenbereich einzelner Gemeinden zur Ausschlussfläche zu erklären, sei auch kein Indiz für eine unzulässige Verhinderungsplanung. Vielmehr diene die damit erreichte Sicherung der Akzeptanz dem Ziel der Windenergieentwicklung letztlich besser als eine Auswahl von Flächen ohne Rücksicht auf den Bürgerwillen. Windenergienutzung ohne Rücksichtnahme auf den regional unterschiedlichen Bürgerwillen entwickelt, drohte der Widerstand gegen die Energiewende insgesamt so groß zu werden, dass sie beeinträchtigt oder gar zum Stillstand gebracht werden könnte. Den gesamten Außenbereich einzelner Gemeinden zur Ausschlussfläche zu erklären, sei auch kein Indiz für eine unzulässige Verhinderungsplanung. Vielmehr diene die damit erreichte Sicherung der Akzeptanz dem Ziel der Windenergieentwicklung letztlich besser als eine Auswahl von Flächen ohne Rücksicht auf den Bürgerwillen. Den Anforderungen an ein schlüssiges gesamträumliches Planungskonzept, das den allgemeinen Anforderungen des planungsrechtlichen Abwägungsgebots gerecht werde und für die Windenergienutzung im Plangebiet in substanzieller Weise Raum schaffe, könne auch unter Ausklammerung nicht akzeptierter Gebiete genügt werden. Die Ausklammerung nicht akzeptierter Gebiete stelle eine tragfähige Abwägungsentscheidung dar, die auf gesetzgeberischer Ebene getroffen werden solle, um die Akzeptanz der Energiewende zu erhalten und damit eine umweltverträgliche Energieversorgung sicherzustellen. Die Vereinbarkeit des Gesetzes mit den Art. 14, 20 GG ergebe sich bereits daraus, dass die Privilegierung von Windkraftanlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB neueren Datums sei und auf die Nutzung von Flächen im Außenbereich für Windkraftanlagen zuvor – im Einklang mit dem Grundgesetz – kein Anspruch bestanden habe. Kein Eigentümer habe einen Anspruch darauf, sein Eigentum gerade der gewinnbringendsten Nutzung zuzuführen. Besonderen Härtefällen werde dadurch Rechnung getragen, dass die Ausschlusswirkung des § 35 Abs. 3 Satz 3	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	BauGB nur im Regelfall zur Anwendung kommen solle. 4. Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein. Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein. Der echte Norden. Fortschreibung 2021 Langfristig soll im Land eine Flächenkreislaufwirtschaft dazu führen, dass das Verhältnis von Siedlungs- und Verkehrsflächen im Bezug zu Freiflächen sowie land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen gleichbleibt. Dies bedeutet, dass langfristig keine Landwirtschafts- und Naturflächen neu für Siedlungs- und Verkehrsflächen in Anspruch genommen werden sollen. Dieses entspricht dem UN Nachhaltigkeitsziel (SDG) 15.3 und dem europäischen Flächensparziel, das im „Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa“ festgeschrieben ist. Versiegelte Flächen, die nicht mehr genutzt werden, sollten möglichst entsiegelt und in den Flächenkreislauf zurückgeführt werden. Als zentraler Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklungspolitik für Schleswig-Holstein trägt eine flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklung dazu bei, mögliche Konkurrenzen zwischen den Gemeinden mit daraus unter Umständen resultierenden steigenden Infrastrukturfolgekosten und wachsenden wirtschaftlichen Belastungen für die Gemeinden und deren Einwohnerinnen und Einwohner zu vermeiden. Sie ist als Chance einer Entwicklung und nicht als Hemmnis zu sehen. Eine nachhaltige Flächennutzung soll unter der Berücksichtigung von drei wesentlichen Strategien verfolgt werden: □ Vermeidung (Aktiver Flächenschutz und flächensparendes Bauen), □ Mobilisierung (Aktivierung von Baulücken und Innenentwicklungspotenzialen, □ Entsiegelung im Bestand) und Revitalisierung (Revitalisierung beziehungsweise Rekultivierung von Brachflächen und Stadtumbau). □ Um die Flächensparzielsetzung bis 2030 stufenweise zu erreichen, werden unter Einbeziehung bestehender Instrumente und Maßnahmen neue Maßnahmen für ein nachhaltiges Flächenmanagementsystem entwickelt, das insbesondere die Kommunen bei der Umsetzung der Flächensparzielsetzung unterstützen soll. Das Land will durch Förderungen konkrete Anreize setzen, damit kommunale Entwicklungen möglichst ohne eine Flächenneuinanspruchnahme verwirklicht werden. Ebenso soll eine verbesserte Kommunikation dazu beitragen, vor Ort für eine Reduzierung des Flächenverbrauches zu sensibilisieren und zu motivieren.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	□ Eine Zersiedelung der Landschaft soll verhindert werden, um den Außenbereich zu schützen und die Inanspruchnahme neuer Flächen zu reduzieren. Unter Zersiedelung wird sowohl ungeordnete oder unzusammenhängende Bebauung verstanden als auch Bebauung, die durch ihren Umfang und ihre Lage die freie Landschaft und das Ortsbild nachteilig beeinflusst. Neue Baugebiete sollen daher möglichst in Anbindung an bestehende Siedlungseinheiten und in Form von Ortsabrundungen ausgewiesen werden. 5. Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 5.1.2 Menschen und menschliche Gesundheit Bei planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen, die nicht an die Siedlungsflächen angrenzen und die gemäß § 35 BauGB eingestuft sind, soll geprüft werden, ob im Einzelfall ein einem Siedlungsbereich vergleichbarer Abstand zugrunde gelegt werden kann. − Es soll geprüft werden, ob geplante Siedlungsentwicklungen von Gemeinden und Städten mit einer Windenergienutzung vereinbar sind. − Es soll geprüft werden, ob die Erfordernisse der Stadt- und Umlandbereiche in ländlichen Räumen sowie der Verdichtungsräume in den Ordnungsräumen Hamburg, Lübeck und Kiel mit einer Windenergienutzung vereinbar sind. − Eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WEA soll vermieden werden. Dafür sollen geprüft werden, ob Umfang und Anzahl von Vorranggebieten Windenergie in unmittelbarer räumlicher Nähe zu Ortslagen im Einzelfall begrenzt werden müssen. 6. Das Politische Versprechen: Der Quarnbeker Windfrieden. Es haben sich Menschen zusammengefunden die nicht noch einmal in einen neuen Windkampf hineingezogen werden wollen. Sie gehörten bei dem ersten Windkampf 2021/2022 unterschiedlichen Lagern an und kennen nur zugut was passiert. Daher haben sie sich zusammengefunden und appellieren den Windfrieden einzuhalten. <u>Der Quarnbeker Windfrieden.</u> Durch Bürgerentscheid am 13. März 2022 in der Gemeinde Quarnbek wurde ein eindeutiges Ergebnis zugunsten des Versprechens der letztmaligen Belastung durch weitere Windräder eingegangen. Vorausgegangen waren, heftigste, teilweise tagtäglich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schlagabtäusche über 12 Monate in Gremien und medial im Fernsehen (ZDF-Mittagsmagazin, NDR SH Magazin, im Radio, in den Zeitungen, und in umfangreichen, Kampagnen, die auch zu gegenseitigen Anzeigen führten. Verschiedene Behörden waren involviert. Dann kam der Bürgerentscheid und mit ihm die Befriedung. Der Quarnbeker Windfrieden wurde ausgerufen, durch unseren damaligen Bürgermeister [redacted] und den Antragsteller des Bürgerentscheides [redacted]. Bezeugt durch die Bürger der Gemeinde Quarnbek und unsren damaligen Bauausschussvorsitzenden [redacted]. Er wurde verkündet und man reichte sich die Hand. Und so wurde er auch in den letzten 2 Jahren aktiv gelebt. Ein Wiederaufflammen würde die Dorfgemeinschaft sprengen und Politik endgültig unglaubwürdig machen und extreme Kräfte von beiden Rändern hervorbringen. Dieses gilt es unter allen Umständen zu vermeiden. Denn die Bevölkerung hier vor Ort ist betroffen. Doch jetzt scharen mit Beginn der Teilfortschreibung zur erneuerten Windkraftplanung wieder diese paar einzelnen Akteure mit den Hufen, diese Randakteure wollen wieder ihr Spiel spielen. □ Nein zu neuen Forderungen von mehr Windrädern. Die 6 Windräder sind genug. Nein, [redacted]. □ Nein zu Aktivisten, die aus sichererer Entfernung versuchen Öl ins Feuer zu gießen unter dem Deckmantel der Bürgermitsprache. Nein, [redacted]. Wir aber, die, die diesen Kampf auf beiden Seiten aktiv geführt haben, sagen Nein, wir wollen den Quarnbeker Windfrieden behalten. Die Bürger und wir Veteranen von beiden Seiten dieses ersten Kampfes haben genug. Wir lassen uns nicht von diesen Leuten für ihre Spielchen missbrauchen. Eine Dreiviertelmehrheit der Bürger will keinen neuen Kampf. Der Quarnbeker Windfrieden steht. Der Quarnbeker Windfrieden steht. Ihr / Euer [redacted] 7. Quellen: > Das OEK ist eine informelle Planung. Die dortigen Aussagen insbes. Zur Siedlungsentwicklung sind als „sonstige städtebauliche Planung“ i.S.d. BauGB § 1 Abs.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	6 Nr. 11 zu verstehen Baugesetzbuch *) (BauGB) § 1 (6) Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen: Nr. 11 die Ergebnisse eines von der Gemeinde beschlossenen städtebaulichen Entwicklungskonzeptes oder einer von ihr beschlossenen sonstigen städtebaulichen Planung, Aufgabe, Begriff und Grundsätze der Bauleitplanung. Dementsprechend werden OEK-Aussagen z.B. zu Innenentwicklungspotentialen oder Siedlungserweiterungsflächen regelmäßig zur Standortbegründung von Plangebieten herangezogen Für Vorranggebiete Repowering konnten davon im Planungsraum ca. 252 ha gesichert werden. Sonderregelungen für die Windkraftnutzung sind, abgesehen von einem Hinweis auf mögliche Höhenbeschränkungen im Genehmigungsverfahren im Bereich der DWD-Wetterradarstation Boostedt, nicht vorgesehen. Der Planungsraum II zeichnet sich dadurch aus, dass hier zwei Oberzentren (Kiel, Neumünster) mit ihrem Ordnungs-/ Verdichtungsraum bzw. ihrem Stadt-Umland-Bereich sowie zwei Mittelzentren (Eckernförde, Rendsburg) sowie ein Unterzentrum mit Teilfunktion eines Mittelzentrums (Plön) mit dem dazugehörigen Umlandbereich liegen. Die Gemeinde Quarnbek liegt im Ordnungsraum der Landeshauptstadt Kiel. Die Ortslage Strohbrück sowie die Ortsteile Flemhude, Quarnbek, Ziegelhof, Landwehr Rajensdorf Stampe Dorotheenthal liegen innerhalb der Siedlungsachse Kiel-Quarnbek. Zudem ist Quarnbek überregionaler durch den Nord-Ostsee Kanal in seiner Ausdehnung eingeschränkt und wird in den kommenden Jahren durch den Ausbau des Kanals stark belastet. Hier trotzdem Wohn und Mischgebiete anzubieten muss Vorrang haben. Damit hat die Gemeinde Quarnbek eine besondere Verantwortung hinsichtlich der bedarfsgerechten Ausweisung von Siedlungsflächen. Sonst wird man der Fürsorgenden Planung nicht gerecht. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101 Die Kommunen im Land stehen vor der Herausforderung, zukunfts- und bedarfsgerechten Wohnraum zu entwickeln. Hierbei gilt es, Handlungsspielräume auszuloten sowie kommunale Zielsetzungen im Kontext von Wohnungsbaupolitik und Städtebau in den Blick zu nehmen und durchzusetzen. Hierzu liegen die folgenden Handlungsleitfäden vor. Sie sollen zuvorderst an Verwaltungen und Selbstverwaltungen im ganzen Land adressiert sein. Die Handlungsleitfäden sind das Ergebnis eines kollaborativ angelegten Arbeitsprozesses, der vom Städteverband Schleswig-Holstein beauftragt, vom Land Schleswig-Holstein gefördert und von der Technischen Hochschule Lübeck in enger Abstimmung mit den Partnerinnen und Partnern des Forums Stadt & Land.SH koordiniert wurde. Die Handlungsleitfäden sind in drei Broschüren untergliedert: Während der erste Handlungsleitfaden die übergeordnete strategische Ausrichtung sowie Vorgänge in der Planungs- und Prozesskultur beleuchtet, werden im zweiten Handlungsleitfaden konkretere Instrumente zur	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Flächenmobilisierung vorgestellt. Der dritte Handlungsleitfaden stellt Instrumente zur Qualifizierung von Wohnbauflächen sowie Möglichkeiten zur Sicherung kommunaler Entwicklungsziele dar. Zu den zentralen Herausforderungen in Kommunen zählt heute die quantitativ ausreichende Schaffung von preisgünstigem und qualitativ zufriedenstellendem Wohnraum. Zur Erweiterung der eigenen Handlungsspielräume ist auf Ebene des Planungsrechts, aber auch der kommunalen Boden- und Liegenschaftspolitik Kreativität in der Anwendung der zur Verfügung stehenden Instrumentarien und generell ein hohes Maß von Aktivität gefragt. Den Flächenansprüchen stehen neue Ansprüche an die Wohngebäude selbst gegenüber. Die zunehmende Zahl älterer Menschen erhöht den Bedarf an kleineren und barrierefreien Wohnungen sowie betreutem Wohnen. Kleinere Wohnungen werden aber ebenso für jüngere Singles, Wochenendpendlerinnen und -pendler und andere Lebensentwürfe, die nicht auf einen dauerhaften Wohnort beschränkt sind, benötigt. Starterwohnungen und bezahlbare Wohnungen für junge Familien mit weniger Einkommen jenseits des Einfamilienhauses fehlen vor allem in kleineren Städten und Gemeinden. Auch eine stärkere Multifunktionalität der Grundrisse und eine Ausdifferenzierung zwischen preisbewusstem und reduziertem Wohnen einerseits und hohen Ansprüchen an Ausstattung und Service andererseits sind zu erwartende Trends. Schließlich lösen auch die Digitalisierung und die damit einhergehenden Möglichkeiten der Haustechnik neue Anforderungen an das Wohnen und Bauen im Neubau wie im Bestand aus.	
Institution: Planungsbüro Brandes, Planungsbüro Brandes ID: 1642	sehr geehrte Damen und Herren, anliegend finden Sie unsere Stellungname im Namen der [redacted] zum Entwurf des LEP. Wir bitten um die Beachtung der Stellungname und der beiliegenden FFH-Verträglichkeitsprüfung. Vielen Dank mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schleswig-Holstein Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 Kreis Ostholstein Gemeinde Riepsdorf Windpark Koselau II Sehr geehrte Damen und Herren, im Auftrag und Namen der Windparkgesellschaft [redacted] nehmen wir zum LEP „Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021“ wie folgt Stellung: Die Betreibergesellschaft [redacted] arbeitet daran den bestehenden Windpark Koselau (4x E70) um drei weitere Windenergieanlagen zu ergänzen. Entsprechend begrüßt den Grundsatz 2 G „Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land“ im Kapitel 4.5.1 „Windenergie an Land“. Und die Tatsache, dass zumindest das bestehende Vorranggebiet PR3-OHS-037 der Regionalplanung von 2020 in nahezu identischer Form als Potenzialfläche PR3-OHS-066 dargestellt wurde. 1. Die Windparkgesellschaft begrüßt die Möglichkeit von „Ausnahmebereichen um Standorte von WEA innerhalb des Umgebungsbereiches von 1000m zu EU-VSG“ (1 Z (2)) grundsätzlich. Nicht nachvollziehbar ist jedoch, warum diese Ausnahmeregelung nur bei Bestandsanlagen innerhalb der 1.000m zum Vogelschutzgebiet greifen soll. Im Zuge der Zielsetzung einer Konzentrationswirkung für Windenergieanlagen zu erreichen, ist es sinnvoll auch die Erweiterung von Bestandsparks in den Ausnahmebereich in Betracht zu ziehen. Die artenschutzrechtliche Vertretbarkeit ist in jedem Fall durch die durchzuführende FFH-Verträglichkeitsprüfung gegeben. Zumal auch für an Windparks angrenzende Flächen eine Vorbelastung durch die Bestandsparks besteht. Die Windparkgesellschaft hat im Zuge der Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum III – Sachthema Windenergie (2020) zum Vorranggebiet PR3_OHS_037 eine FFH-Verträglichkeitsprüfung der Firma [redacted] erstellen lassen, die dieser Stellungnahme beiliegt. Diese bescheinigt, dass der Raum zwischen 1000-800m für keine der potenziell betroffenen Arten eine erhebliche Beeinträchtigung des Erhaltungszustandes Die Flächen zwischen Koselau und Quaal kommen aus Sicht der Windparkgesellschaft als Ausnahmebereich in Frage. Sie grenzen unmittelbar an einen bestehenden Windpark an, erfüllen die übrigen Ziele der Raumordnung des Kapitels	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4.5.1 und bewirken keine erhebliche Beeinträchtigung der Erhaltungsziele des EU-VSG – durch eine FFH-Verträglichkeitsprüfung nachgewiesen -. Sie erfüllen damit aus Sicht der Windparkgesellschaft die Voraussetzungen zur Ausweisung als Vorranggebiet im Rahmen des Regionalplanungsverfahren. Forderung Die Windparkgesellschaft fordert „Ausnahmebereichen um Standorte von WEA innerhalb des Umgebungsbereiches von 1000m zu EU-VSG“ (1 Z (2)) auch für Arrondierungsflächen im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang zu Bestandswindparks anzuwenden. Die Flächen weisen ebenso eine Vorbelastung auf und sind genau so durch eine FFH-Verträglichkeitsprüfung zu prüfen. Vielen Dank für Ihre Bemühungen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anlagen • Anlage 1 Vorranggebiet PR3_OHS_037 Koselau, Gemeinde Riepsdorf, Kreis Ostholstein - „Ausnahmebereichen um Standorte von WEA innerhalb des Umgebungsbereiches von 1000m zu EU-VSG“ (1 Z (2))	
Institution: Planungsbüro Brandes, Planungsbüro Brandes ID: 1645	sehr geehrte Damen und Herren, anliegend finden Sie unsere Stellungname im Namen der Bürgerwindpark [redacted] und der [redacted] zum Entwurf des LEP. Wir bitten um die Beachtung der Stellungname und der beiliegende Anlage. Vielen Dank mit freundlichen Grüßen [redacted]	Zur Forderung nach Streichung des Absatzes 2 in Kapitel 4.5.1, 5 Z („Werden raumbedeutsame WEA außerhalb von Windenergiegebieten errichtet, ist für Abstandserfordernisse der Kapitel 4.5.1.1, 4.5.1.2, 4.5.1.3, 4.5.1.4 und 4.5.1.5 die Rotorblattspitze maßgeblich“): Der Forderung wird nicht gefolgt. Die Auffassung, dass mit der Regelung § 249 Abs. 3 BauGB und § 16b BImSchG unterlaufen werden, wird nicht geteilt. § 249 Abs. 3 BauGB stellt lediglich klar, dass Repowering-Anlagen auch nach Erreichen des Flächenbeitragswertes noch nach § 35 Abs. 1 BauGB privilegiert sind. § 16b Abs. 1 BImSchG stellt klar, dass die Erleichterungen sich auf das zu prüfende Delta der Mehrbeeinträchtigung durch die neue WEA beziehen und dass Zustimmungserfordernisse nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften unberührt bleiben. Damit sind auch Ziele der Raumordnung gemeint. Der Gesetzesentwurf zur Streichung der Anforderung "Grundzüge

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schleswig-Holstein Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 Kreis Ostholstein Stadt Fehmarn Windparks „Bürgerwindpark Westfehmarn“ und „Windpark Fehmarn Nordwest“ Sehr geehrte Damen und Herren, im Auftrag und Namen der Windparkgesellschaften Bürgerwindpark [redacted] und Windpark [redacted] nehmen wir zum LEP „Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021“ wie folgt Stellung: Als Betreiber von 21 WEA mit 100m Gesamthöhe zwischen Westermarkelsdorf und Schlagsdorf auf der Insel Fehmarn begrüßen wir den Grundsatz 2 G „Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land“ im Kapitel 4.5.1 „Windenergie an Land“. Und die Tatsache, dass das bestehende Vorranggebiet PR3-OHS-420 der Regionalplanung von 2020 in nahezu identischer Form als Potenzialfläche PR3-OHS-007 dargestellt wurde. 1. Im Zusammenhang mit der Begründung zum Grundsatz 2 G „Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land“ im Kapitel 4.5.1 nehmen wir zur Kenntnis, dass ein Repowering unserer Anlagen nach § 249 Abs.3 BauGB und §16 b Abs. 1 und 2 BImSchG privilegiert zulässig ist. Nicht nachvollziehbar ist hingegen im Zusammenhang der o. g. Aussage das Ziel Z5 „Rotorinnerhalb-Planung“ bzw. der Hinweis auf raumbedeutsame WEA außerhalb von Windenergiegebieten auf die Kapitel 4.5.1.1, 4.5.1.2, 4.5.1.3, 4.5.1.4 und 4.5.1.5. Das Ziel konterkariert die Vorgaben des Bundes, welches ein Repowing von Bestandsanlagen unter folgenden Rahmenbedingungen explizit ermöglichen soll: • die neue Anlage innerhalb von 24 Monaten nach dem Rückbau der Bestandsanlage errichtet wird und • der Abstand zwischen der Bestandsanlage und der neuen Anlage höchstens das Zweifache der Gesamthöhe der neuen Anlage beträgt.	der Planung dürfen nicht berührt sein" aus §245e Abs. 3 BauGB ist nicht weiter verfolgt worden. Es existiert also nach wie vor eine Rechtsgrundlage, die in Schleswig-Holstein in den Planungsräumen II und III das Repowering auf die ausgewiesenen Vorranggebiete beschränkt. Zur Forderung die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges insgesamt zum Grundsatz zu erklären oder sie zumindest nicht über bestehende Windparks als Ausschlusskriterium zu führen: Der Forderung wird nicht gefolgt. In der Windenergie-Regionalplanung 2020 waren die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges bereits ein wichtiges Abwägungskriterium, was zur Begrenzung des Vorranggebietes südlich von Westermarkelsdorf geführt hat. Zusätzlich wurde im Rahmen der FFH-Vorprüfung dem Umgebungsbereich des EU-Vogelschutzgebietes eine hohe Konfliktträchtigkeit attestiert, so dass auch dies zur teilweisen Nicht-Übernahme des Bestands-Windparks in ein Vorranggebiet geführt hat. Die Hochstufung des Vogelzugkorridors zum Ziel der Raumordnung / Ausschlussbereich erfolgte aufgrund der gut belegten Zugintensitäten und aus Gründen des vorsorgenden Artenschutzes; denn mit den zukünftig zu erwartenden WEA-Höhen (auch hier im Falle eines Repowerings) wären die relvanten Zughöhen noch stärker betroffen, so dass sich der Konflikt verschärfen würde. Zur Möglichkeit von „Ausnahmebereichen um Standorte von WEA innerhalb des Umgebungsbereiches von 1000m zu EU-VSG“: Die Hinweise auf eine bereits vorliegende FFH-Verträglichkeitsprüfung werden zur Kenntnis genommen. Die Prüfung und Abwägung im Rahmend er Ausnahmeoption erfolgt auf Ebene der Regionalplanung. Der Hinweis auf die ggf. zu korrigierende Abgrenzung des Innenbereiches von Westermarkelsdorf wird geprüft. Die

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Der vorliegende Entwurf des LEP reduziert die Repoweringsmöglichkeiten von Bestandsanlagen auf ein Minimum bzw. auf Flächen, die als Vorranggebiete hätten ausgewiesen werden können, aber nicht ausgewiesen worden sind, weil das Flächenziel von 3 % bereits erreicht worden ist (sehr unwahrscheinlich). Intention des vorliegenden Entwurfes des LEP ist hinsichtlich der Repoweringsmöglichkeiten nach § 249 Abs.3 BauGB und §16 b Abs. 1 und 2 BImSchG anscheinend Bundesrecht außer Kraft zu setzen bzw. auszuhöhlen. Forderung Streichung Absatzes 2 in Kapitel 4.5.1 „Windenergie an Land“ / 5 Z / „Werden raumbedeutsame WEA außerhalb von Windenergiegebieten errichtet, ist für Abstandserfordernisse der Kapitel 4.5.1.1, 4.5.1.2, 4.5.1.3, 4.5.1.4 und 4.5.1.5 die Rotorblattspitze maßgeblich“. In diesem Zusammenhang wird auf Anlage 1 verwiesen bzw. auf die Änderung des Baugesetzbuches, in dem der unbestimmte Begriff der „Grundzüge der Planung“ ersatzlos gestrichen werden soll. 2. Die Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung (15 Z) und Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit Bedeutung (15 G) Kapitel 4.5.1.3 Die Windparks Bürgerwindpark Westfehmarn und Windpark Fehmarn Nordwest mit insgesamt 21 WEA mit einer Gesamthöhe von 100m befindet sich teilweise innerhalb der Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung (15 Z). Der Abstand zur Küste beträgt ca. 1.000m. In der Begründung zu 15 Z heißt es: „Die Hauptzugachsen, deren besondere Bedeutung durch verschiedenen Untersuchungen des Vogelzuges in Schleswig-Holstein belegt ist, müssen daher zum Schutz der wandernden Vogelarten von einer Ausweisung von Windenergieanlagen freigehalten werden. Wichtige Zugachsen sind (…) Teile von Fehmarn (…)“. In der Begründung zu 15 G heißt es: „… aufgrund der verfügbaren Datenlage auch Bereiche von Bedeutung (…) identifizieren“. Die Insel Fehmarn gehört zu den am intensivsten avifaunistisch untersuchten Räumen in Deutschland. Zu den Windparks Bürgerwindpark Westfehmarn und Windpark Fehmarn Nordwest wurden – analog zum WP Mitte (südöstlich von Dänschendorf) Radaruntersuchungen durchgeführt. Die Bestandsanlagen werden ohne besondere Konflikte mit dem der Avifauna betrieben. Die dargestellte „Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung“ (15 Z) scheint völlig willkürlich teilweise bestehende Windparks zu überstreichen und an anderen Orten Flächen auszusparen, die lediglich in der Zukunft für Windkraft vorgesehen sind. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der westliche Teil des Bürgerwindparks Westfehmarn, ebenso wie den Bestandswindparks Presen	Datengrundlage wird, soweit erforderlich, angepasst. Zur Forderung, den Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel vom Ziel zum Grundsatz der Raumordnung zu machen: Das Ziel der Raumordnung wird beibehalten. Die genaue Abgrenzung des Bereiches erfolgte hinsichtlich der Breite kartographisch auf Basis von bekannten Flächenbeschaffenheiten, Artvorkommen und dokumentierten Wechselbeziehungen. Vorbelastete Bereich wie der Bestands-Windpark Westermarkelsdorf wurden ausgespart. Insgesamt ist der Bereich für ein Ziel der Raumordnung ausreichend begründet und räumlich hinreichend konkret bestimmbar / abgegrenzt.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	und Klingenberg (im Nordosten von Fehmarn) eine besondere Bedeutung für den überregionalen Vogelzug beigemessen wird. Hierbei handelt es sich um langjährige Bestandsparks (1990/2000), die die für Fehmarn typischen Anlagen des Typs E-66 und E-70 mit einer Höhe von 100m aufweisen. Die Flächen des Windparks sind entsprechend vorbelastet und stellen auch heute keine geeigneten Flugkorridore oder Nahrungshabitate für Avifauna dar. Entsprechend ist eine Einordnung in die Kategorie „besondere Bedeutung“ nicht haltbar. Dies gilt für die Potenzialflächen des Regionalplans von 2022 westlich und östlich der bestehenden Windparks. Gleichzeitig sind entlang der Straße E47 und im Osten der Insel große Flächen ausgespart, in denen keine Hindernisse für Zugvögel erkennbar sind. Die vorhandene Datenlage ist vollkommen unzureichend und ungeeignet, um eine genaue Abgrenzung zwischen den Kriterien „Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung“ (15 Z) und „Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit Bedeutung“ (15 G) vornehmen zu können. Die vorgenommene Abgrenzung ist veraltet bzw. berücksichtigt nicht die aktuellen Daten, da sie aus der Regionalplanung von 2020 stammt. Forderung Ergänzung der Umweltberichtes hinsichtlich der der Abgrenzung zu Grunde gelegten Daten. Keine Differenzierung mehr in Hauptachsen mit „besonderer Bedeutung“ und „mit Bedeutung“ bzw. Zusammenführung der beiden Kriterien zu einem Kriterium analog zur Karte 8 im Umweltbericht (Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges (15G). 3. Die Windparkgesellschaften Bürgerwindpark Westfehmarn und Windpark Fehmarn Nordwest begrüßen die Möglichkeit von „Ausnahmebereichen um Standorte von WEA innerhalb des Umgebungsbereiches von 1000m zu EU-VSG“ (1 Z (2)). Die Windparkgesellschaften haben im Zuge der Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum III – Sachthema Windenergie (2020) zum Vorranggebiet PR3_OHS_420 eine FFH-Verträglichkeitsprüfung der Firma [redacted] als Anlage zur Stellungnahme eingereicht, die der Landesplanung entsprechend vorliegt. Die Ausnahmebereiche westlich und nordöstlich der Potenzialfläche PR3-OHS-007 erfüllen die übrigen Ziele der Raumordnung des Kapitels 4.5.1 und bewirken keine erhebliche Beeinträchtigung der Erhaltungsziele des EU-VSG – durch eine FFH-Verträglichkeitsprüfung nachgewiesen -. Sie erfüllen damit die Voraussetzungen zur Ausweisung als Vorranggebiet im Rahmen des Regionalplanungsverfahren.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vor diesem Hintergrund ist auch der Themenpunkt 2. („Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung“) besonders zu betrachten. Diese – wie dargelegt willkürliche – Abgrenzung stellt in beiden Ausnahmebereichen das begrenzende Ziel des Landes dar. Es ist insbesondere im westlichen Ausnahmebereich, der einheitlich mit denselben Windenergieanlagen bebaut ist, nicht nachvollziehbar, warum einige Teile der bebauten Fläche eine „besondere Bedeutung“ für die Hauptachsen des Vogelzugs darstellen sollen. Forderung Die Windparkgesellschaften fordern die Anpassung der Hauptachsen für den Vogelzug mit „besonderer Bedeutung“ und die Freihaltung der gesamten Fläche des Bestandswindparks dieses Ziels. In diesem Zuge sollte der westliche Ausnahmebereich entsprechend erweitert werden, bis er auf die dann angrenzenden Zielabgrenzungen des LEP-Entwurfs trifft. 4. Die Potenzialfläche PR3-OHS-007 und der westlich angrenzende „Ausnahmebereichen um Standorte von WEA innerhalb des Umgebungsbereiches von 1000m zu EU-VSG“ (1 Z (2)) werden im Norden durch Ziel 1 „800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion“ begrenzt. Bei dem Siedlungsbereich handelt es sich um Westermarkelsdorf. Der südliche Rand des Siedlungsbereichs von Westermarkelsdorf ergibt sich aus dem Flächennutzungsplan der Stadt Fehmarn (Stand 2013), sowie der 33. Änderung des Flächennutzungsplans (Stand 2019) und dem darauf aufbauenden B-Plan Nr. 146 (Stand 2019). In allen drei Fällen stellt die Straße den südlichen Siedlungsrand dar. Bei der Nachmessung der von Ihnen bereitgestellten Shape-Dateien entstand jedoch der Eindruck, dass die südlich der Straße gelegene Scheune ebenfalls als Teil der Siedlungsfläche berücksichtigt worden ist. Das berücksichtigte Gebäude ist ein landwirtschaftliches Gebäude ohne Wohn- oder Erholungsfunktion und befindet sich im Außenbereich. Es ist kein Teil des Siedlungskörpers von Westermarkelsdorf. Forderung Wir bitten Sie Ihren Datenbestand der Siedlungsräume zu überprüfen und an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Fehmarn anzupassen. Wir gehen davon aus, dass die Siedlungsgrenze von Westermarkelsdorf in der kommenden Regionalplanung der kommunalen Bauleitplanung der Stadt Fehmarn entsprechen und sich die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einzuhaltenden 800m Abstand entsprechend verschieben. 5. Das Ziel 4.5.1.3 9Z „Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel“ basiert auf derselben Flächenkulisse zu der die Windparks Bürgerwindpark Westfehmarn und Windpark Fehmarn Nordwest im Rahmen der Regionalplanung bereits 2016 Stellung genommen haben. Die Abgrenzung ist weiterhin auf Basis einer unzureichenden Datenlage erfolgt, die damals bereits aktuelle Untersuchungen nicht berücksichtigt hat. Die unreflektierte Übernahme der Gebietskulisse in die neue Fassung des Landesentwicklungsplans verdeutlicht, dass einer sich immer verändernden avifaunistischen Bestandssituation weiterhin keine Beachtung geschenkt wird. Diese Gebietsabgrenzung basiert weiterhin nicht auf einer faktenbasierten, wissenschaftlich belegbaren Grundlage, oder einer mit den Kommunen und Betroffenen abgestimmten und damit demokratisch legitimierten Gebietsabgrenzung. Insbesondere die Verschiebung der Grenzlinie des Küstenstreifen ins Landesinnere auf den unmittelbar an die Windparks angrenzenden Flächen (Südwestlich und Östlich) ist nicht begründbar. Diese Flächen grenzen an den bestandswindpark an und unterliegen somit einer höheren Vorbelastungen als Ackerflächen, die weiter südlich oder östlich liegen. <u>Forderung</u> Der „Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel“ sollte im Landesentwicklungsplan als Grundsatz berücksichtigt werden. So können die grundsätzlich berechtigten Interessen der Avifauna entlang der Küsten berücksichtigt werden und trotzdem auf eine sich stetig verändernde Bestandssituation reagiert werden. Vielen Dank für Ihre Bemühungen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anlagen • Anlage 1 A20240806-kabinettbeschluss-wind-an-land-und-solarenergie-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	energiespeicheranlagen	
Gruppe ID: G1646 Anzahl: 2 (IDs: 1646, 2108)	Sehr geehrte Damen und Herren, als Anlage erhalten Sie unsere Stellungnahmen zur Potenzialfläche PR3_SEG_088. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Schleswig-Holstein Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 Kreis Segeberg Gemeinden Schmalensee, Belau, Stocksee Windpark „SBS“ Potenzialfläche PR3_SEG_088 Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr [redacted], im Auftrag und Namen der Windparkgesellschaft Windpark [redacted] projektieren wir	Zur Forderung, die Abstände der Umgebungsbereiche zu Rotmilan-Brutplätzen auf 1.200m statt 1.500m anzupassen oder die Begründung, warum von den Abständen nach dem BNatSchG abgewichen werden soll, zu ergänzen wird auf die allgemeine Synopse Ziffer 4.20.1 verwiesen. Wie auf Regionalplanebene im Einzelfall abgewogen wird, muss auf Ebene des LEP nicht abschließend vorab geregelt werden. Die Hinweise zum Aktualisierungsbedarf der Rotmilanbrutplätze werden geprüft. Die Datengrundlage wird soweit erforderlich angepasst. Der Hinweis zum geplanten Zielabweichungsantrag der Gemeinde Stocksee wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	derzeitig in der Potenzialfläche PR3_SEG_088 / Teilbereich nördlich der K 57 bis zu 9 WEA und nehmen zum LEP „Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021“ wie folgt Stellung: 1. Brutplätze windkraftsensibler Großvögel (17 G) Kapitel 4.5.1.3 Der Grundsatz 17 4.5.1.3 im Kapitel zu den Brutplätzen windkraftsensiblen Großvögel berührt die Potenzialfläche PR3_SEG_088 / Teilbereich nördlich der K 57 (s. Anlage 1) in den Gemeinden Schmalensee, Belau, Stocksee. Der Entwurf des LEP sieht vor, dass die Umgebungsbereiche zu windkraftsensiblen Großvögeln in der Regel von Windenergiegebieten freizuhalten sind. Der Umgebungsbereich ist für den Rotmilan auf 1.500m definiert. Einzelfallbezogen kann eine Reduzierung des Umgebungsbereichs auf einen engeren Bereich von 1.000m erfolgen, wenn die potenziellen Artenschutzkonflikte auf der Genehmigungsebene bewältigt werden können. In der Begründung zu G 17 oder im Umweltbericht wird nicht bzw. unzureichend aufgeführt, warum in Schleswig-Holstein der Umgebungsbereich zu Rotmilan-Brutplätzen auf 1.500 m definiert wird, während im Bundesnaturschutzgesetz der zentrale Prüfbereich mit 1.200 m definiert worden ist. <u>Forderung</u> Anpassung des Umgebungsbereiches zu Rotmilan-Brutplätzen auf 1.200m statt 1.500m oder Ergänzung der Begründung, warum von den Abständen nach dem BNatSchG abgewichen werden soll. Klarere Darstellung, unter welchen Voraussetzungen im Rahmen der „einzelfallbezogene Prüfung“ der Umgebungsbereich auf 1.000m zu Rotmilan-Brutplätzen reduziert werden kann. Z. B Potenzialfläche nicht zwischen Brutplatz und Nahrungshabitat, besondere Ausstattung der Landschaft, Anzahl der Rotmilanbrutplätze im räumlichen und funktionalen Zusammenhang zur Potenzialfläche, Umfang und Qualität der Grünlandflächen….). 2. Darstellung der Großvogelvorkommen in Einzellage sowie des Dichtezentrums für Seeadlervorkommen in Schleswig-Holstein Karte 9 im Umweltbericht. Für die nachfolgende Teilfortschreibung der Regionalpläne, müsste die Datenlage zumindest zu den Rotmilan-Brutplätzen aktualisiert werden, wenn auf dieser Basis und G17 im Kapitel 4.5.1.3 eine Abgrenzung von Vorranggebieten vorgenommen werden soll. Wir bitten um	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Korrektur Ihrer Datenlage hinsichtlich des Rotmilanbrutplatzes in der Waldfläche Karkhop (s. Nr. 2 in der Anlage 1). Der Rotmilan hat seinen Standort gewechselt und brütet jetzt in der kleinen Waldfläche nördlich der Potenzialfläche PR3_SEG_088 (s. Nr. 1 in der Anlage 1). Unser Vorhaben wird fachlich begleitet durch Dr. Hinsch / Bioplan. Die Brutplätze wurden in 2024 erneut kontrolliert. Gemäß Anlage 2.1 und 2.2 befindet sich in der Waldfläche Karkhop (s. Plan 1) kein Brutplatz vom Rotmilan mehr, der in der Regionalplanung zu berücksichtigen wäre. 3. Hinweis Die Gemeinde Stocksee wird gemäß Beschlussvorlage vom 22.08.2024 auf Basis von § 245 e Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) einen Zielabweichungsantrag für Windenergieanlagen an Land für den Teilbereich der Potenzialfläche PR3_SEG_088 nördlich der Waldfläche Karkhop im Gemeindegebiet von Stocksee stellen. Vielen Dank für Ihre Bemühungen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anlagen • Anlage 1 WP_Schmalensee_Belau_Stocksee_Lageplan • Anlage 2.1 WP_Schmalensee_Belau_Stocksee_Datenrecherche_BNatschG_2024_2024-07-10_EMB • Anlage 2.2 WP_Schmalensee_Belau_Stocksee_Horste_2023_2024-07-18_EMB	
Institution: NOTUS energy Nordwest GmbH & Co. KG **ID: M2429**	Sehr geehrte Damen und Herren, als Anlage erhalten Sie unsere Stellungnahme zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans 2024, Gebietsvorschlag „WP ZARPEN“. Mit freundlichen Grüßen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 1.3, 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] Teamassistenz [redacted] [redacted] [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind ein Unternehmen, das sich mit der Planung, Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen (WEA) befasst. Neben unserem Hauptsitz im brandenburgischen Potsdam unterhalten wir auch ein Büro im holsteinischen Itzehoe. Wir begrüßen die Möglichkeit uns an der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes beteiligen zu können und hoffen, Sie hiermit in Ihrer weiteren Planungstätigkeit unterstützen zu können. Konkret möchten wir die Potenzialfläche “Zarpen” für eine Ausweisung im weiteren Verfahren dringend empfehlen. Diese Potenzialfläche ist südlich der Gemeinde Heilshoop und nordöstlich der Gemeinde Zarpen gelegen. Es handelt sich hierbei um Flächen, welche nach hiesiger Kenntnis intensiv landwirtschaftlich genutzt werden. Somit stellt eine windenergetische Nutzung eine sinnvolle Ergänzung zur bisherigen Nutzung dar. Das fragliche Gebiet war bereits in früheren Planungsverfahren als Potentialfläche PR3_STO_002 für eine Ausweisung vorgesehen, wobei es letztendlich nur zu einem kleineren Teil der Fläche zur Ausweisung gekommen ist. Gründe, welche aktuell einer Ausweisung entgegenstehen könnten, sind nicht ersichtlich. Wir möchten auch darauf aufmerksam machen, dass die örtlichen Landeigentümer einer Nutzung ihrer Flächen für windenergetische Zwecke bereits zugestimmt haben. Unter Berücksichtigung dieser Zustimmung wurden durch uns bereits erhebliche Planungsaktivitäten vorgenommen und hierbei nicht unerhebliche Investitionen in das Vorhaben getätigt. Als Ergebnis unserer weit fortgeschrittenen Planung ist die zeitnahe Einreichung eines Genehmigungsantrages geplant.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted] -Geschäftsführer- Anlage: Lageplan der Potentialfläche WP Zarpen	
Institution: NOTUS energy Nordwest GmbH & Co. KG **ID: M2427**	Sehr geehrte Damen und Herren, als Anlage erhalten Sie unsere Stellungnahme zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans 2024, Gebietsvorschlag „WP AHNEBY“. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Teamassistenz [redacted] [redacted] [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind ein Unternehmen, das sich mit der Planung, Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen (WEA) befasst. Neben unserem Hauptsitz im brandenburgischen Potsdam unterhalten wir auch ein Büro im holsteinischen Itzehoe. Wir begrüßen die Möglichkeit uns an der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes beteiligen zu können und hoffen, Sie hiermit in Ihrer weiteren Planungstätigkeit unterstützen zu können.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 1.3, 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Konkret möchten wir die Potenzialfläche “Ahneby” für eine Ausweisung im weiteren Verfahren dringend empfehlen. Diese Potenzialfläche ist südlich der Gemeinde Sterup und nordwestlich der Gemeinde Ahneby gelegen. Es handelt sich hierbei um Flächen, welche nach hiesiger Kenntnis intensiv landwirtschaftlich genutzt werden. Somit stellt eine windenergetische Nutzung eine sinnvolle Ergänzung zur bisherigen Nutzung dar. Das fragliche Gebiet war bereits in früheren Planungsverfahren als Potentialfläche PR1_SLF_049 für eine Ausweisung vorgesehen, wobei es letztendlich zu keiner Ausweisung gekommen ist. Gründe, welche aktuell einer Ausweisung entgegenstehen könnten, sind nicht ersichtlich. Wir möchten auch darauf aufmerksam machen, dass die örtlichen Landeigentümer einer Nutzung ihrer Flächen für windenergetische Zwecke bereits zugestimmt haben. Unter Berücksichtigung dieser Zustimmung wurden durch uns bereits erhebliche Planungsaktivitäten vorgenommen und hierbei nicht unerhebliche Investitionen in das Vorhaben getätigt. Als Ergebnis unserer weit fortgeschrittenen Planung ist die zeitnahe Einreichung eines Genehmigungsantrages geplant. Mit freundlichen Grüßen [redacted] -Geschäftsführer-	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1641	Ich bin gegen den Ausbau von Windenergie, denn es schadet der Umwelt. Es beeinflusst das Mikroklima erheblich, weiterhin wird in den Windrädern klimaschädliches Gas verbaut (Schwefel -Hexaflurid)das entweicht und ewig lange in der Umwelt verbleibt. Was ist mit der Entsorgung der Anlagen? Sie sind nicht recycelbar. Weiterhin gibt es gesundheitliche Schäden durch den Infraschall und Schattenwurf dann haben wir das Insektensterben und dazu kommt noch der Vogelschlag. Vielen Dank das ich mich hier frei gegen Windkrafträder aussprechen konnte.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.9, 7.2.13, 7.2.14, 7.3.1, 7.3.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: NOTUS	Sehr geehrte Damen und Herren, als Anlage erhalten Sie unsere Stellungnahme zur Teilfortschreibung des	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zu Punkt 1. Auftrag an die Regionalplanung ist es, einen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
energy Nordwest GmbH & Co. KG **ID: M2426**	Landesentwicklungsplans 2024. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Teamassistenz [redacted] [redacted] [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind ein Unternehmen, das sich mit der Planung, Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen (WEA) befasst. Neben unserem Hauptsitz im brandenburgischen Potsdam unterhalten wir auch ein Büro im holsteinischen Itzehoe. Wir begrüßen die Möglichkeit uns an der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes beteiligen zu können und hoffen, sie hiermit in Ihrer weiteren Planungstätigkeit unterstützen zu können. Wir bitten die nachfolgenden Anregungen zur Anlage 1 zu 8& 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) im weiteren Verfahren zu berücksichtigen. **1. Zu Kapitel 4.5.1 - 1 G verfolgtes Planungsziel** Durch noch zu erstellende Regionalpläne sollen bis Ende 2027 mindestens 3 Prozent der Landesfläche als Vorranggebiet Windenergie ausgewiesen werden. Somit ist beabsichtigt, den für 2032 vorgesehenen Flächenbeitragswert bereits im Jahr 2027 zu erreichen. Ausweislich der Anlage zum WindBG beträgt die im Land Schleswig-Holstein auszuweisende Fläche 2 Prozent der Landesfläche. Dieser Zielsetzung zu Grunde liegt eine sogenannte Rotorout- Planung, d. h. die Rotoren einer WEA dürfen die Grenzen der jeweils ausgewiesenen Gebiete überschreiten. Im Rahmen einer Rotor-in-Planung bedarf es der Ausweisung eines höhere Flächenanteils, da bei einer solchen Planung ein Teil der ausgewiesenen Fläche nur in einem verringerten Maße berücksichtigt werden kann und somit der Windkraft tatsächlich weniger Fläche zur Verfügung stehen	bestimmten Anteil der Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie auszuweisen. Durch die Ausweisung von mindestens drei Prozent der Landesfläche soll das Flächenziel für Schleswig-Holstein aus der Anlage des WindBG erreicht werden. Damit soll sichergestellt werden, dass der gesetzliche Auftrag erreicht werden kann. Zu Punkt 2. Diesbezüglich wird auf Ziffer 1.4.1 der Allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 3. Die Bedenken, bei der Festsetzung von Abständen zu Einzelhäusern und Siedlungsbereichen könne es sich um eine möglicherweise unzulässige Ausschlussplanung handeln, werden nicht geteilt. Die Festlegung der Abstände erfolgt im Rahmen eines planerischen Ermessens zur Ermittlung von Vorranggebieten. Dabei besteht neben den genannten Ausschlussbereichen ein zusätzlicher Abwägungsbereich zwischen 800m und 1.000m um Siedlungsbereiche, der nur bei der Windenergiegebietsausweisung zu berücksichtigen ist. Hier ist im Rahmen der Einzelfallprüfung zu ermitteln, welcher Abstand zur Anwendung kommen soll. Für WEA außerhalb von Windenergiegebieten gilt der entsprechende Abstand des Ziels. Eine Unvereinbarkeit mit § 7 Absatz 3 ROG und § 249 Absatz 9 BauGB wird daher nicht gesehen, da weder Vorranggebiete mit einer Ausschlusswirkung festgelegt werden sollen noch eine landesgesetzliche Regelung zu einem Mindestabstand getroffen wird. Zu Punkt 4. Gemäß Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein ist die Umwandlung von Wald zu Zwecken der Windenergienutzung unzulässig. Insofern stehen Wälder für die Windenergienutzung nicht zur Verfügung. Zu Punkt 5. Ziel der Planung sind zum einen die Erreichung der gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerten, zum anderen der Energieziele aus dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein unter Beachtung der Raumfunktionen,

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	würde. Diesem Umstand trägt der vorliegende Entwurf Rechnung, indem als Zielwert nicht nur 2 sondern 3 Prozent der Landesfläche ausgewiesen werden sollen. Es steht jedoch zu befürchten, dass mit der Ausweisung von 3 Prozent der Landesfläche die Flächenbeitragswerte nicht erreicht werden. Diese Befürchtung ergibt sich aus den Eckpunkten der neuen Windenergie-Planung Ihres Hauses. Dieser Publikation ist zu entnehmen, dass perspektivisch 3,1 bis 3,3 Prozent der Landesfläche als Vorrangfläche ausgewiesen werden müssen, um die erforderlichen Flächenbeitragswerte zu erreichen. Bei den Flächenbeitragswerten des WindBG handelt es sich um Mindestflächen, wobei eine überschießende Ausweisung zulässig, eine Unterschreitung jedoch unzulässig ist. Eine Unterschreitung der Bereitstellung dieser Mindestflächen hat zur Folge, dass die Windkraft auf den übrigen Flächen weiterhin die Privilegierung des $& 35 Abs. 1 BauGB genießt. Es sollte daher unter Berücksichtigung der Berechnung gem. & 4 Abs. 3 WindBG darauf geachtet werden, auch ausreichende Flächen zur Ausweisung zu bringen. **2. Zu Kapitel 4.5.1 - 3 G Festlegung einer Referenzanlage** Die Festlegung einer Referenzanlage ist grundsätzlich zu begrüßen. Es sollte jedoch berücksichtigt werden, dass die regelmäßig beabsichtigte Wirkdauer einer regionalplanerischen Festlegung mindestens 10 Jahre, häufig sogar noch länger betragen soll. Hierbei erscheint die in Ansatz gebrachte Referenzanlage, mit einer Gesamthöhe von 200 m, als zu gering angesetzt. Wie sich dem Marktstammdatenregister entnehmen lässt, erreicht bereits derzeit eine Vielzahl der neu in Betrieb genommenen Anlagen eine Gesamthöhe, welche die Höhe der Referenzanlage deutlich überschreiten. So bewegen sich die Gesamthöhen der aktuellen Planungen in einem Bereich von ca. 230 bis 250 m Gesamthöhe. So stellt die in Ansatz gebrachte Referenzanlage bereits derzeit keine aktuelle Anlage mehr dar. Unter Berücksichtigung einer fortschreitenden Entwicklung ist mit höheren Gesamthöhen zu rechnen. Im Ergebnis bleibt somit zu befürchten, dass die derzeitige Planung bereits kurzfristig den tatsächlichen Planungsgegebenheiten nicht mehr gerecht wird. Hierfür sprechen auch die Daten des Marktstammdatenregisters. Ausweislich des Marktstammdatenregisters wurden im Jahr 2023 insgesamt 143 Genehmigungen für WEA in Schleswig- Holstein registriert. Hiervon haben 118 eine Gesamthöhe von 199 bis 250 m. Somit haben mehr als 4/5 von den im Jahr 2023 registrierten Anlagen bereits eine Gesamthöhe, welche der Gesamthöhe der Referenzanlage entspricht bzw. diese sogar überschreitet. Unter Berücksichtigung der Vorlaufzeit bis zur Inbetriebnahme einer WEA, mit erforderlichen Untersuchungen, Planung und Genehmigungsverfahren dürfte	insbesondere des Schutzes von Natur und Landschaft.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	es sich bei diesen Anlagen überwiegend um solche handeln, welche in den Jahren 2020 bis 2021 projektiert worden sind. Die Gesamthöhe derzeit geplanter Anlagen bewegt sich überwiegend in den Bereichen um 250 m, also erheblich über der, der Referenzanlage zu Grunde gelegten Gesamthöhe. Es wird insofern angeregt, der Referenzanlage Werte zu Grunde zu legen, welche den derzeitigen tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen. **3. Kapitel 4.5.1 - 5 Z Rotor-innerhalb-Planung** Der regionalplanerische Ansatz verfolgt eine Rotor-innerhalb-Ausweisung. Der Rotor einer WEA muss somit innerhalb des Windenergiegebietes belegen sein. Darüber hinaus werden für WEA, welche außerhalb von Windenergiegebieten errichtet werden sollen zusätzliche Abstandskriterien normiert, In dieser Festsetzung kann eine versteckte und unzulässige Ausschlussplanung gesehen werden. Diese Regelung bezieht sich nämlich nicht auf die Festlegung von Kriterien im Rahmen der Ausweisung von Windenergiegebieten, sondern geht darüber hinaus. Mit dieser Regelung werden Mindestabstände zu einzelnen Strukturen wie Siedlungsbereiche, mit bestimmten Funktionen für das Einzelgenehmigungsverfahren normiert. Gem. &8 249 Abs. 9 BauGB können die Länder durch Landesgesetz Mindestabstände von WEA zu baulichen Nutzungen mit Wohnnutzung festlegen. Durch die hiesige Regelung sollen solche Mindestabstände innerhalb einer Verordnung normiert werden. Es fehlt somit bereits an der gem. 8 249 Abs. 9 BauGB erforderlichen Festlegung in Gesetzesform. Darüber hinaus führt diese Festlegung teilweise auch zu unzulässigen Mindestabständen. So ist nach Kapitel 4.5.1.1. von WEA ein Abstand von 1.000 m zum Innenbereich bzw. planverfestigten Siedlungsflächen einzuhalten. Ausweislich des 8 249 Abs. 9 BauGB darf der Mindestabstand höchstens 1.000 m vom Mastmittelpunkt bis zur baulichen Nutzung betragen. Hier wird ein Mindestabstand von 1.000 m zur jeweiligen Siedlungsfläche angesetzt. Dies geht über die Ermächtigung des 8 249 Abs. 9 BauGB hinaus, da somit regelmäßig eine Vergrößerung des Abstandes zur maßgeblichen Wohnbebauung manifestiert wird. Der Bereich der Siedlungsfläche geht regelmäßig über den Bereich der jeweiligen baulichen Nutzung hinaus und führt somit zu einer Vergrößerung des Abstandes zwischen WEA und Bebauung. Auch wird vorliegend der Abstand nach der hiesigen Festlegung von der Rotorblattspitze anstelle der Mastfußmitte ermittelt. Hierdurch wird eine weitere unzulässige Erhöhung des Mindestabstandes bewirkt. Gleiches gilt hinsichtlich der Festlegung „2 Z 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe“. Auch hier wird ein Mindestabstand von WEA zu Einzelhäusern und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Splittersiedlungen eingeführt, welcher nicht den Vorgaben des 8 249 Abs. 9 BauGB entspricht. Eine solche Festlegung stellt nach hiesiger Ansicht eine unzulässige Umgehung der Regelung des 8 249 Abs. 9 BauGB dar und könnte die Rechtssicherheit der gesamten Teilfortschreibung beeinflussen. Grundsätzlich ist es zwar zulässig, entsprechende Mindestabstände im Rahmen der Regionalplanung für die Festlegung von Windenergiegebieten anzusetzen. Unzulässig ist jedoch in diesem Zusammenhang einen Mindestabstand auch für WEA anzusetzen, welche außerhalb dieser Windenergiegebiete errichtet werden sollen. **4. Kapitel 4.5.1.3 - 6 Z Wälder und Umgebungsbereiche** Ausweislich dieser Festlegung soll die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA auf Waldflächen von mindestens einem Hektar und in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig sein. Gleiches gilt für Naturwälder und einem Umgebungsbereich von 100 m. Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass Wälder erhalten bleiben sollen. Hierbei sollte jedoch eine Differenzierung erfolgen. Die einheimischen Wälder und ihre Bewirtschaftung sehen sich erheblichen Herausforderungen gegenüber. So bedarf es zur Etablierung von strukturierten, leistungsfähigen und stabilen Mischwäldern, welche erforderlich sind, um den Herausforderungen des Klimawandels gewachsen zu sein, des Einsatzes umfangreicher finanzieller und personeller Ressourcen. In diesem Zusammenhang sollte geprüft werden, ob Waldflächen, welche bereits in einem erheblichen Maße geschädigt sind und keine stabile Waldkultur mehr darstellen, für Zwecke der Windkraft zur Verfügung gestellt werden können. Hierdurch besteht, neben den positiven Effekten zur CO2-Reduktion, auch die Möglichkeit, mit den generierten Einnahmen die Finanzierung des Waldumbaus zu unterstützen. Des Weiteren sei darauf hingewiesen, dass im Rahmen der regionalplanerischen Steuerung zwar Kriterien für die Ausweisung von Windenergiegebieten erfolgen kann. Festlegungen dahingehend, dass die Errichtung von raumbedeutsamen WEA in bestimmten Bereichen unzulässig sei, stellt jedoch eine Negativplanung dar. Solch eine Negativplanung ist gem. & 7 Abs. 3 Satz 3 ROG zwar grundsätzlich möglich, für Windkraftplanung jedoch gem. $ 7 Abs. 3 Satz 3 Satz 6 ROG ausgeschlossen. Vielmehr tritt im Zusammenhang mit der ausreichenden Ausweisung von Windenergiegebieten die gesetzliche Folge der Entprivilegierung ein. Zur Vermeidung von Wiederholungen sei darauf hingewiesen, dass die obigen Ausführungen hinsichtlich der Unzulässigkeit einer Ausschlussfestsetzung auch für die übrigen Kriterien, wie z. B. 8 Z bis 12 Z ebenfalls gelten. Eine solche Festlegung ist zur Erreichung des hiermit verbundenen Ziels auf Ebene der Regionalplanung auch nicht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erforderlich. Die jeweils relevanten Aspekte werden im Rahmen des jeweiligen Einzelgenehmigungsverfahrens einer intensiven und umfangreichen Prüfung unterzogen. Im Rahmen des LEP können keine Ausschlussgebiete für Windenergieanlagen festgelegt werden bzw. Vorgaben für die Regionalplanung gemacht werden, aus denen sich im konkreten Regionalplan eine solche Ausschlusswirkung ergibt. Eine allenfalls mittelbare Ausschlusswirkung kann sich zulässigerweise lediglich daraus ergeben, dass an dem konkreten Standort eine regionalplanerische Raumnutzung normiert ist, welche mit der Nutzung durch Windkraft nicht vereinbar ist. Im Übrigen kann ein tatsächlicher Ausschluss der Windenergienutzung nur auf tatsächlichen oder rechtlichen Unzulässigkeiten beruhen. **5. Avifaunistische Aspekte** Im derzeitigen Entwurf werden Ausschlussgebiete aus avifaunistischen Aspekten festgelegt. So wird zur Begründung u. a. ein erhöhtes Kollisionsrisiko von Goldregenpfeifer (Kapitel 4.5.1.3, B zu 9), Zwergschwänen (Kapitel 4.5.1.3, B zu 10), Trauer- und Lachseeschwalbe (Kapitel 4.5.1.3, B zu 11) sowie Kranichen (Kapitel 4.5.1.3, B zu 13). Diese Darstellung widerspricht der gesetzlichen Festlegung in $& 45b BNatSchG. Ausweislich dieser Regelung ist ein Kollisionsrisiko für die in Anlage 1 des BNatSchG benannten Vogelarten gegeben. Für übrige Arten ist die Vorlage eines Kollisionsrisikos regelmäßig zu verneinen. Aus diesen Gründen verbietet sich auch der Ausschluss von Gebieten auf der Grundlage einer angenommenen Kollisionsgefährdung jedenfalls in Bezug auf Brutplätze von Arten, welche nicht in der Anlage 1 zum BNatSchG enthalten sind. Gegen die angenommene Kollisionsgefährdung spricht auch die Erfassung der Staatlichen Vogelwarte Brandenburg. Ausweislich dieser Erfassung (Stand 09.08.2023) wurden für den Goldregenpfeifer in Schleswig-Holstein insgesamt 12 Schlagopfer gemeldet. Die Meldungen beziehen sich sämtlichst auf einen Zeitraum von 2004 bis 2009. Es ist somit davon auszugehen, dass es hier Anlagen betrifft, bei denen ein erheblich geringerer Abstand zwischen unterem Rotordurchlauf und Boden bestand. Bei den derzeit aktuellen Anlagen beträgt der Abstand zwischen unterem Rotordurchlauf und Boden regelmäßig mehr als 70 m. Somit dürfte, wie sich auch aus der Erfassung der Staatlichen Vogelwarte ablesen lässt, eine Kollisionsgefährdung ausgeschlossen sein. Gleiches dürfte für die Arten Zwergschwan und Lachseeschwalbe (deutschlandweit kein Kollisionsopfer) sowie die Trauerseeschwalbe (deutschlandweit/Schleswig-Holstein ein Kollisionsopfer) und Kranich (deutschlandweit/Schleswig-Holstein 30 / 1 Kollisionsopfer) gelten. Im Ergebnis wird angeregt, die Planungskriterien so auszugestalten, dass der Windkraft ausreichende Flächen zur Verfügung gestellt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden. Der Fokus sollte nicht darauf gerichtet sein, ausschließlich die Flächenziele des WindBG zu erfüllen. Vielmehr ist es geboten, in Zusammenarbeit mit Kommunen, Anwohnern und Projektentwicklern bestehende Interessen in Einklang zu bringen und möglichst umfangreich Flächen auszuweisen. Ein gesteigerter Ausbau der Windenergie ist nicht nur ein wesentlicher Baustein in der erforderlichen Transformation der Energieversorgung in Richtung einer umweltverträglichen, kosteneffizienten und autarken Energieversorgung. Vielmehr bietet ein solcher Ausbau auch erhebliche Potentiale zur kommunalen Wertschöpfung und wirtschaftlichen Entwicklung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] -Geschäftsführer-	
Institution: Brock Müller Ziegenbein Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, Keine Abteilung ID: 1640	Amt Eidertal (Gemeinde Flintbek) wg. LEP Wind Stellungnahme Teilfortschreibung Wind Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Flintbek hat mich gebeten, für sie eine Stellungnahme im Rahmen der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans abzugeben. Vollmacht liegt an. Der vorliegende Entwurf der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ berücksichtigt aus Sicht der Gemeinde nicht ausreichend alle geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes, die zur Umsetzung der Energiewende erforderlich sind. So sieht der Entwurf in Ziffer 4.5.1.2 Abs. 10 folgenden Grundsatz vor: Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten soll der Schutz der bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes Berücksichtigung finden. In der Begründung zu Abs. 10 heißt es, dass sich die Abstände von WEA zu Hochspannungsfreileitungen nach den Empfehlungen der Bundesnetzagentur richten. Sonstige Infrastrukturen werden in der Begründung nicht genannt. Dies lässt den Schluss zu, dass mit Ziffer 4.5.1.2 Abs. 10 lediglich die leitungsgebundenen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Eine Berücksichtigung noch nicht genehmigter Projekte und Suchräume der TenneT als Ziel der Raumordnung und damit ein pauschaler Ausschluss vieler Flächen für die Windenergie wird vom Plangeber abgelehnt. Eine Berücksichtigung von bestehenden und geplanten Infrastrukturen der Stromnetze soll auf Regionalplanebene erfolgen. Die Landesplanung wird sich insoweit mit den Netzbetreibern abstimmen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Infrastrukturen erfasst sind. Das Kriterium in Ziffer 4.5.1.2 Abs. 10 ist um folgende Punkte zu ergänzen bzw. abzuändern: 1. Geplante EEG-Infrastrukturen Es reicht nicht aus, wenn der LEP allein die bestehenden und geplanten Freileitungen berücksichtigt. Vielmehr sind auch sonstige Infrastrukturen, die notwendig für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende sind, zu beachten. Dies betrifft insbesondere die notwendigen EEG-Infrastrukturen der Netzbetreiber, namentlich der TenneT, insbesondere den 380-kV-Leitungen und den dafür erforderlichen Umspannwerken. So plant die TenneT bei Kiel ein Umspannwerk neu zu errichten. Dieses wird eine Mindestgröße von 30 ha haben. Ausreichender Platz für derart große Umspannwerke bestehen im Raum Kiel kaum noch. Die TenneT hat lediglich zwei Suchräume ermitteln können, die geeignet sind, um die Umspannwerke zu errichten. Die aktuelle Planung nebst den Suchräumen der TenneT ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht: (Abbildung) Die Suchräume sind die beiden lilafarbene Kreise. Aus der Präsentation der TenneT ergibt sich, dass aus Gründen der Netzstabilität zur Umsetzung der Energiewende und zur Reduzierung zusätzlicher Kosten die Umspannwerke unumgänglich sind. Nähere Informationen finden sich auf der Projektseite unter www.tennet.eu/de/projekte/audorf-goehl sowie dem von der Bundesnetzagentur bereits genehmigten Netzentwicklungsplan Strom 2037/2045 (2023), abrufbar unter https://www.netzentwicklungsplan.de/sites/default/files/2024-04/NEP_2037_2045_V2023_Anhang_2E_Aktualisierung_April_2024.pdf. Im letzteren heißt es dazu auf Seite 529: Netzplanerische Begründung Aufgrund des prognostizierten starken Anstiegs erneuerbarer Energien im östlichen Teil Schleswig-Holsteins sind die bestehende 110-kV-Netzstruktur und die vorhandenen Transformatoren nicht mehr ausreichend, um die Energie abtransportieren zu können. Die Ertüchtigung der 110-kV-Netzstruktur ist aufgrund der erwarteten Prognose nicht mehr bedarfsgerecht und nicht zukunftsorientiert. Die vorhandene 220-kV-Struktur zwischen Audorf/Süd und Kiel/West sowie Kiel/Süd ist aus Altersgründen zu ertüchtigen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Aufgrund der 220-kV-Struktur dieses Netzausläufers im Raum Kiel ist es nicht möglich, Wartungsarbeiten vorzunehmen ohne die Stromversorgung der Stadtwerke Kiel und des umliegenden 110-kV-Netzes der SH-Netz zu gefährden. Um zukünftig sowohl den Stadtwerken Kiel als auch der SH-Netz eine sichere Stromversorgung zu gewährleisten, muss der Ringschluss über eine 380-kV-Doppelleitung von Audorf/Süd über Kiel/neu nach Göhl/West zum Anschluss an die Ostküstenleitung (TTG-P72) errichtet werden Aus Sicht der Gemeinde ist es daher unumgänglich, dass die geplanten Infrastrukturen der TenneT nicht durch die Errichtung einzelner Windkraftanlagen verhindert wird. Die 380-kV-Leitungen und die dafür notwendigen Umspannwerke müssen Vorrang gegenüber der Errichtung einzelner Windkraftanlagen haben. Dies sollte im LEP Berücksichtigung finden. 2. Ziel statt Grundsatz Aus Sicht der Gemeinde Flintbek ist es darüber hinaus erforderlich, dass die Projekte der TenneT nicht nur einen Grundsatz im Sinne des § 2 ROG darstellen. Grundsätze sind nach § 4 Abs. 1 Satz 1 ROG nur in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen. Sie sind damit lediglich ein Abwägungsbelang, der durch sonstige Abwägungskriterien weggewogen werden kann. Dieses wird den „nachgelagerten“ EEG-Infrastrukturen nicht gerecht. Bereits jetzt ist die Ableitung der von Windkraftanlagen erzeugten Stroms nur eingeschränkt möglich. Die geplanten Trassenkorridore und geplanten nicht-leitungsgebundenen Infrastrukturen der TenneT dürfen daher nicht nur Abwägungsbelang sein, sondern sollten ein Ziel der Raumordnung sein. Ziele der Raumordnung sind nach § 4 Abs. 1 Satz 1 ROG (zwingend) zu beachten. Jedenfalls für die stationären Infrastrukturen wie den Umspannwerken ist der Planung dieser Werke zwingend der Vorrang einzuräumen. 3. Vorschlag Die Gemeinde Flintbek schlägt daher vor, Ziffer 4.1.5.2 Abs. 10 wie folgt zu fassen : 10 Z Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ist ausgeschlossen auf Flächen mit bestehenden und geplanten leitungsgebundenen und nicht-leitungsgebundenen Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes. 10a G	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Weitere Belange bestehender und geplanter Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sind zum Schutz der bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes ausreichende Abstände zu berücksichtigen. Mit dieser Klarstellung wird sichergestellt, dass die bestehenden und geplanten Infrastrukturen der Hoch- und Höchstspannungsnetze stets zu beachten sind (Abs. 10 als Ziel) und nur die notwendigen Abstände ein Abwägungsbelang darstellen (Abs. 10a als Grundsatz). Die bisherige Begründung zu Abs. 10 zeigt, dass der Entwurf schon mit dem jetzigen Textteil dies verfolgte, die textlichen Vorgaben bilden dies bisher aber nicht ab. So stellt Abs. 10 nicht nur den Abstand, sondern auch die Lage der Infrastruktur insgesamt zur Disposition einer Abwägung. Im Rahmen der Begründung wäre festzuhalten, dass die Planungen der TenneT, einschließlich der Suchräume für Leitungen und Umspannwerke vorgehen und diese Suchräume bzw. verfestigten Planungen daher von der weiteren Ausweisung von Windenergieflächen ausgeschlossen sind. Die Gemeinde Flintbek wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Anregung im Rahmen der Fortschreibung des Entwurfs berücksichtigen würden. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Bürger-Energiepark Odderade GmbH & Co. KG, Rechtsanwalt ID: M2423	Sehr geehrte Damen und Herren, Sie erhalten unsere Stellungnahme zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig- Holstein im Anhang. Wir bitten um eine Bestätigung über deren Erhalt. Beste Grüße in den echten Norden! [redacted] Rechtsanwältin Partnerin	Mit dem LEP Wind werden aus naturschutzfachlichen Gründen und im Einklang mit einer gesamträumlichen Steuerung der Windenergie Festlegungen getroffen. Es besteht eine Verpflichtung zum Schutz der Wiesenvögel in Schleswig-Holstein, die sich aus europarechtlichen Regelungen (Vogelschutzrichtlinie, EU-Biodiversitätsstrategie) ergibt. Um dieser Verpflichtung nachkommen zu können, ist es erforderlich, Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten zu erhalten und Beeinträchtigungen durch Windenergieanlagen auszuschließen. Die fachliche Herleitung und Begründung der Gebiete ist im Detail nicht Gegenstand des LEP, kann aber auf

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, namens und in Vollmacht der Bürger-Energiepark [redacted] nehmen wir im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung des LEP (2024) Stellung. Vollmacht wird anwaltlich versichert. Unsere Mandantin plant die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen im Bereich der Windenergie-Potenzialfläche [redacted]. **I. Ausgangspunkt** Die Landesregierung hat dem Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein im Juni 2024 zugestimmt; derzeit befindet sich der Entwurf in der Offenlage. In diesem Rahmen wird das folgende Ziel 16 festgelegt: *„In Wiesenvogelbrutgebieten mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen. Die Wiesenvogelbrutgebiete mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind in der Karte (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) festgelegt.“* Dem Ziel 16 folgt der Grundsatz 16: *„Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten in Wiesenvogelbrutgebieten mit hohen Siedlungsdichten außerhalb der nach 16 Z ausgeschlossenen Bereiche sollen die Anforderungen des Artenschutzes berücksichtigt werden.“* Zur Begründung des Z 16 führt der Plangeber aus, dass diese Teilgebiete Siedlungsdichten aufweisen würden, die die fachlichen Schwellenwerte für die Kernarten (Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer) erreichen oder überschreiten. Diese Gebiete seien für die Ausweisung von Windenergiegebieten nicht geeignet, weil eine sehr hohe Bedeutung für den Wiesenvogelschutz bestehe. Bestands-WEA, die sich in solchen Bereichen befänden, würden lediglich noch Bestandsschutz genießen. Einige dieser Bereiche seien mit weiteren Ausschlusskriterien belegt. Nach dem Rückbau dieser Bestand-WEA hätten die Flächen ein großes Entwicklungspotential, um die Siedlungsdichte der Wiesenvögel wieder zu	Anfrage vorgelegt werden. Ein weiterer Kritikpunkt der Stellungnahme scheint davon auszugehen, dass mit dem LEP weiterhin eine Konzentrations- bzw. Ausschlussplanung erfolgen soll. Das ist jedoch nicht der Fall und gemäß § 249 Abs. 1 BauGB auch nicht mehr zulässig. Eine reine Positivplanung unterliegt aber anderen Anforderungen als bisherigen Konzentrationsplanungen, die sich an der Anforderung messen lassen mussten, der Windenergie substanziell Raum zu verschaffen. Diese Anforderung wurde ersetzt durch die verbindlich zu erreichenden Flächenbeitragswerte gemäß WindBG. Solange eine Positivplanung auf diese Zielerreichung ausgerichtet ist, besteht ein planerisches Ermessen bei der Auswahl der dafür erforderlichen Vorranggebiete. Mit einer nach Abzug der Ziele der Raumordnung verbleibenden Potenzialfläche von über 7 % der Landesfläche ist dokumentiert, dass die Flächenbeitragswerte auf Ebene der Regionalplanung erreichbar sein werden. Solange dies der Fall ist, spielt § 2 EEG zumindest auf der Planungsebene zur Festlegung von Ausschlusskriterien als Ziele der Raumordnung nur eine nachrangige Rolle.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erhöhen. Zur Begründung des G 16 führt der Plangeber aus, dass in diesen Teilgebieten zwar eine hohe regionale Bedeutung für den Wiesenvogelschutz bestehe, doch dort auch Bereiche lägen, in denen keine weiteren Ausschlusskriterien eine Rolle spielten. Damit könne eine weitergehende Nutzung für die Windenergie erfolgen und die Scheuchwirkung bliebe dort erhalten. Im Einzelfall könne eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit dem Schutz der Wiesenvögel vereinbar sein. **II. Rechtliche Würdigung** Die im hiesigen Fall relevante Windenergie-Potenzialfläche PR3_DIT_310 - Odderade/Sarzbüttel befindet sich in einem solchen Bereich mit besonders hoher Siedlungsdichte. Dies gibt Anlass, die Ziel- und Grundsatzfestlegung auf den Prüfstand zu stellen. Nach hiesigem Dafürhalten sind die Unterscheidung und Abstufung planungsrechtlich nicht nachvollziehbar begründet und begründbar. Im Einzelnen: Der Plangeber trifft unzulässigerweise eine Unterscheidung zwischen gleichen Sachverhalten. Das *Ziel* begründet er damit, dass Bestands-WEA, deren Umgebung nur in Teilen (!) mit weiteren Ausschlusskriterien belegt sind, ihre Scheuchwirkung nach Rückbau „aufgeben“ sollten. Der *Grundsatz* wird damit begründet, dass Bestands-WEA, deren Umgebung ebenfalls nur in Teilen (!) mit weiteren Ausschlusskriterien belegt sind, ihre Scheuchwirkung auch nach Ersatz der Bestands- WEA weiter behalten sollten. **Einzig sinnvoll ist es jedoch, im generellen keine Unterscheidung dieser Ausgangslagen zu treffen, sondern dicht besiedelte Wiesenvogel-Brutgebiete einheitlich als Grundsatz und damit der Abwägung im Einzelfall zugänglich einzustufen, denn** ***„je stringenter die Rechtsfolgen einer Festlegung sind, desto höher sind die Anforderungen an ihr rechtmäßiges Zustandekommen.“ (Spannowsky/Runkel/Goppel/ Runkel, 2. Aufl. 2018, ROG § 7 Rn. 37)*** Die in den jeweiligen Begründungen genannten übrigen Ausschlusskriterien werden bereits an anderer Stelle der Planung „abgearbeitet“. Eine Doppelung ist hier nicht schlüssig, weil es stets eine **Frage des Einzelfalls** ist, ob	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ein Wiesenvogel- Brutgebiet mit der windenergetischen Nutzung vereinbar ist oder nicht. Dies sollte und muss dem jeweiligen Genehmigungsverfahren überlassen bleiben, in dem weiterhin eine umfassende artenschutzrechtliche Prüfung erfolgt. Auch für den Fall, dass sich kein Bestand im relevanten Bereich befindet, ist eine Windenergieplanung im Grundsatz möglich. Auf eine Zielfestlegung 16, die sich hier nach einem sog. **fachlichen** Ziel, mithin dem Artenschutz, richtet, ist ein besonderes Augenmerk in der Begründung zu legen: Der Plangeber ist hier in der Pflicht, eigene Erwägungen zu treffen und nicht lediglich eine Gebietseinstufung zu übernehmen, ohne diese fachlich hinreichend zu begründen (Spannowsky/Runkel/Goppel/Runkel, 2. Aufl. 2018, ROG § 7 Rn. 40ff.). An dieser Stelle unterlässt der Plangeber jedoch eine schlüssige Begründung. Es bleibt unklar, weshalb jene Gebiete, die durch das Z 16 für die Windenergie ausgeschlossen werden, in der Tat die Chance habe, die Siedlungsdichte der Wiesenvögel wieder zu erhöhen. Der Plangeber geht hierbei lediglich davon aus, untermauert dies jedoch nicht – obgleich er dazu verpflichtet ist (s. o.). In der Sache selbst ist es gegenüber einem absoluten Ausschluss dieser Gebiete vorzugswürdig und deutlich chancenreicher, wenn die Erhöhung der Siedlungsdichte im Einzelfall betrachtet und gesteuert wird. Der Plangeber verzichtet in seinen Erwägungen darauf, darzulegen, was geschieht, wenn eine Erhöhung der Dichte *nicht* erfolgt. Bloße Vermutungen erfüllen nicht die Anforderungen an eine ausgewogene Ermittlung von Ausschlussgebieten. Die Erwägungen des Plangebers erfüllen deshalb nicht die Anforderungen an eine *Ziel*festlegung. Deshalb ist es nur sinnvoll und im Sinne des Schutzes der Wiesenvögel gar geboten, jeweils im Einzelfall Maßnahmen zu bestimmen, um eine Erhöhung – auch an anderer, lukrativer Stelle – zu ermöglichen. Hier seien insbesondere Ansiedlungsprojekte im Rahmen von Agrar-Umweltmaßnahmen sowie FCS- und CEF-Maßnahmen erwähnt. Diese haben sich im Rahmen des besonderen Artenschutzes bei Eingriffen unstreitig bewährt. Die Möglichkeiten direkt vor Ort – ganz losgelöst von einer Landesplanung in einem Maßstab von 1:300.000 (!) – sind zahlreich und werden von den jeweiligen Naturschutzbehörden deutlich besser erkannt, gekannt und gesteuert, als auf Landesebene. Die Chancen, dass durch die konkrete Steuerung und Planung einer Maßnahme, die Siedlungsdichte den Bestand wahrt und sich durch sinnvolle	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Maßnahmen ggf. an anderer Stelle etabliert, sind unstreitig höher als die Vermutung, dass sich bereits bestehende Ansiedlungen weiter verdichten. Der Plangeber hat bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen schließlich öffentliche und private Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen, § 7 Abs. 2 S. 1 ROG. Im Rahmen der Abwägung der Interessen ist den Erneuerbaren Energien überdies ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Das ergibt sich aus § 2 EEG. Der EEG-Gesetzgeber hat klar formuliert, wie er sich das Verhältnis der neuen Abwägungsdirektive des § 2 EEG zum Fachrecht - mithin auch zum Raumordnungsrecht – vorstellt: Nach seiner Gesetzesbegründung (BR-Drs. 162/22, 177) muss dem Vorrang erneuerbarer Energien im bauplanungsrechtlichen Außenbereich bei der Schutzgüterabwägung besonders Rechnung getragen werden. § 2 EEG betont die besondere Bedeutung der Erneuerbaren Energien und regelt, dass die Errichtung und der Betrieb der Anlagen im „überragenden öffentlichen Interesse“ liegen und der „öffentlichen Sicherheit dienen“. Bis zur Treibhausgasneutralität sind die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführende Schutzgüterabwägung einzubringen. Das gilt insbesondere auch im planungsrechtlichen Außenbereich des § 35 BauGB. Dort ist dem Vorrang der Erneuerbaren Energien bei der „Schutzgüterabwägung“ besonders Rechnung getragen werden. In der Gesetzesbegründung heißt es: „…Öffentliche Interessen können in diesem Fall den erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebots nur dann entgegenstehen, wenn sie mit einem dem Art. 20 a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind oder einen gleichwertigen Rang besitzen.“ (BR-Drs. 162/22, 177) „§ 2 S. 2 EEG ist dabei als sogenannte Sollbestimmung dahingehend zu verstehen, dass sich in den einzelnen Schutzgüterabwägungen – ausdrücklich ist im Gesetzgebungsverfahren auch der Bereich des Denkmalschutzes genannt (vgl. Gesetzentwurf der Bundesregierung, BT-Drs. 20/1630, 158) – ein regelmäßiges Übergewicht der Erneuerbaren Energien in dem Sinne ergibt, dass das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen sowie das öffentliche Sicherheitsinteresse nur in atypischen Ausnahmefällen überwunden werden kann, die fachlich anhand der besonderen Umstände der jeweiligen Situation zu begründen wären [...].“ (OVG Greifswald, Urteil vom 07.02.2023 – 5 K 171/22 OVG, BeckRS 2023, 2396	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rn. 135) Im Rahmen der Schutzgüterabwägung müssen sich die Erneuerbaren auch in der Zusammenschau mit Wiesenvogel-Brutgebieten durchsetzen, weil es sich hierbei aus den o. g. Gründen eben nicht um *Ausschluss*flächen handelt. Konzepte zur Bewältigung des vermeintlichen Konfliktes und sogar zur Sicherung und Verbesserung des Erhaltungszustandes sind im jeweiligen Einzelfall möglich. Das Ermöglichen der Windenergienutzung auch in Gebieten mit einer besonders hohen Siedlungsdichte bedeutet schließlich auch, dass die Wiesenvogel-Brutplätze nicht sich selbst überlassen werden - mit eben offenem Ausgang der Erhaltung des Bestandes -, sondern durch die Bereitschaft von Vorhabenträgern im jeweiligen Genehmigungsverfahren Maßnahmen zu ermöglichen, die sonst nicht möglich oder gar gedacht werden würden. Mithin ist festzuhalten, dass die Zielfestlegung 16 nicht den Anforderungen eines raumordnerischen Ziels im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG genügt. **Stattdessen ist zumindest eine „Herabstufung“ als Grundsatz der Raumordnung erforderlich.** Mit freundlichen Grüßen [redacted] Rechtsanwältin	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1639	**Stellungnahme als Landeigentümer zur Übernahme einer Potenzialfläche als Vorrangfläche für Windenergienutzung einer zukünftigen Teilfortschreibung des Regionalplanes, Sachthema: Windenergie – hier: Potenzialfläche PR3_DIT_069 in der Gemeinde Nordermeldorf** Hiermit nehme ich Bezug auf den am 30.12.2020 in Kraft getretenen Regionalplan und die dort nicht als Vorrangfläche übernommene Potenzialfläche „PR3_DIT_069“ in der Gemeinde Nordermeldorf und bringen meine Stellungnahme in das Beteiligungsverfahren zur Fortschreibung der Regionalplanung ein. Mit dieser Stellungnahme wird beabsichtigt die ehemals nicht berücksichtigte Potenzialfläche	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 und die Ziffern 1.3, 6.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	PR3_DIT_069 als Vorranggebiet einzubringen. **Ausgangslage/Zielsetzung:** Als betroffener Landeigentümer plane ich zusammen mit allen weiteren Landeigentümern vor Ort ein Windvorhaben innerhalb des Planungsraumes PR3_DIT_069. Bei der Flächenkulisse handelt es sich konkret um die nicht als Vorranggebiet ausgewiesene Potenzialfläche im Nordermeldorfer Christianskoog. Die konkrete Flächenabgrenzung des damaligen RROP 2020 entnehmen Sie bitte der nachfolgenden, graphischen Abbildung: **Abgelehnte Potenzialfläche PR3_DIT_069** Wir Landeigentümer wollen für die Einbringung der abgelehnten Potenzialfläche zur Ausweisung als Vorranggebiet werben und bringen diese als Vorschlag für die anstehende Teilfortschreibung der Regionalplanung, Sachthema Wind, ein. Grundsätzlich haben sich seit dem RROP 2020 die Gewichtung des Ausbaus der Windenergie und der Belange des Denkmalschutzes geändert. In Verbindung mit der Notwendigkeit des Windenergieausbaus und dem überragenden öffentlichen Interesse erscheint die hier beworbene Ausweisung als Vorranggebiet als überaus geeignet. Die aus der Abwägungsentscheidung des RROP hervorgehenden bejahende Gründe wie die hervorragende Akzeptanz vor Ort und die geringen Konfliktrisiken zu den relevanten Belangen sprechen weiterhin für die Fläche. Auf die vorgebrachten Gründe gegen eine Ausweisung soll im Folgenden im Detail eingegangen werden: Bewertung der Abwägungskriterien Konfliktrisiko im Detail Abwägung laut Landesplanung: Freihaltebereich in der Dithmarscher Marsch Unsere Entgegnung: Da die in der Abwägungsentscheidung benannten Flächen DIT_067, DIT_068 und DIT_071 trotz der Lage in der Dithmarscher Marsch als Vorranggebiete ausgewiesen wurden, wäre eine Nicht- ausweisung unverhältnismäßig. Auch dürfte das Ziel der Freihaltung im Hinblick auf den stark gestiegenen Bedarf am Windenergieausbau in Zukunft geringer gewichtet werden, da ein Zuwachs der Windenergie unausweichlich ist.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Insofern sollten die Belange des Windenergieausbaus hier überwiegen. Abwägung laut Landesplanung: Denkmalschutz Unsere Entgegnung: Generell soll das überragende öffentliche Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien die Belange des Denkmalschutzes regelmäßig überwiegen. Dazu kommt, dass Denkmalschutz zukünftig noch geringer gewichtet werden soll. Insofern sollte dieses Kriterium einer vollständigen Ausweisung als Vorranggebiet nicht im Wege stehen. Fazit: Wir Landeigentümer bewerben die Aufnahme der Potenzialfläche PR3_DIT_069 als Windvorranggebiet und bringen diese nochmals ausdrücklich ein. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1637	Betreff: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (LEP) (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, im Namen der [redacted] bedanken wir uns für die Gelegenheit, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021, Stellung nehmen zu können. Der Entwurf enthält wesentliche Inhalte, aus denen Vorgaben für die Regionalplanung entstehen und deren Umsetzung unserer Einschätzung nach sehr negative Auswirkungen auf die Flächenausweisung haben wird. Diese Punkte widersprechen teilweise gesetzlichen Vorgaben im Hinblick auf Prüfbelange oder	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zu 1.) Der Grundsatz ist überprüft und die Begründung überarbeitet worden. Zu 2.) Eine pauschale Freihaltung erfolgt nicht. Auf Ebene der Regionalplanung wird dieser Belange im Rahmen der Abwägung berücksichtigt. Zu 3.) Siehe Punkt 2.). Zu 4.) Siehe Punkt 2.). Zu 5.) und 6.) Es wird auf die Ziffern 4.1.1 und 4.2.1 der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Regelungen zum Umgang mit Gebietsschutz nach Bundesnaturschutzgesetz. Weiterhin sind einige Vorgaben unklar formuliert, weshalb wir um konkrete Definitionen der zu prüfenden Sachverhalte bitten. Die nachfolgende Auflistung bildet die chronologische Abhandlung im Entwurf ab; der Einfachheit halber nutzen wir die angegeben Seitenzahlen für Fundstellen. 1.) S. 31, B zu 7 G Unzumutbare Umstellung von Ortslagen Der Belang der optischen Bedrängnis ist im Zuge der Ausweisung von Windvorranggebieten zu prüfen. Wir bitten um eindeutige Definition des Begriffs “unzumutbar”. 2.) S. 35, 11 G, S. 48 B zu 11 G Windenergie und Tourismus Es gibt bereits umfassende Untersuchungen über große Akzeptanz von WEA in der Bevölkerung. Naherholung findet häufig in stark anthropogen überprägter Landschaft statt. U. a. stellt die Einbindung der Bevölkerung durch Informationstafeln o. ä. in Windparks eine touristische Aufwertung dar, in dem Wander- oder Radwege eingebunden werden. Eine Freihaltung von touristisch genutzten Bereichen sollte daher keine Vorgabe für den Ausschluss von WEA sein. 3.) S. 49, B zu 12 G Regionale Grünzüge Regionale Grünzüge sollen u. a. dem Belang des Klimaschutzes dienen – das tun Maßnahmen der erneuerbaren Energien ebenfalls. Die Flächenbeanspruchung von WEA ist gering; über das Ausgleichserfordernis gemäß Bundesnaturschutzgesetz wird dem Belang des Eingriffs Rechnung getragen, so dass eine Vereinbarkeit in aller Regel gegeben ist und somit ein Flächenausschluss nicht erforderlich ist. 4.) S. 49, B zu 13 G WEA in LSGs Landschaftsschutzgebiete stehen durch Änderung des BNatSchG in 2022 uneingeschränkt zur Verfügung, wenn das Vorhaben dem Schutzzweck nicht widerspricht. Dieser beschreibt regelmäßig Belange der Naherholung und des Landschaftsschutzes, so dass eine Realisierung von WEA ohne Beeinträchtigung dieses Schutzzwecks möglich ist. Auf Veränderungsverbote sollte daher verzichtet werden.	allgemeinen Synopse verwiesen. Zu 7.) Kenntnisnahme Zu 8.) An dem Ziel wird festgehalten. Zu 9.) An dem Ziel wird festgehalten. Zu 10.) Siehe untenstehende Ausführungen. Zu 11.) An dem Grundsatz wird festgehalten. Zu 12.) Es wird auf Ziffer 4.15.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu 13.) und 14.) Auf Ziffer 4.20 der allgemeinen Synopse wird hingewiesen. Zu den Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten: Im Zusammenhang mit laufenden oder geplanten Infrastrukturprojekten (Ausbau und/ oder Neubau der Autobahnen A 7, A 20, A 21) verfolgt die Landesregierung ein Konzept von Querungshilfen (insbesondere Grünbrücken) mit dem Ziel, den Austausch von Populationen wandernder Arten zu verbessern bzw. erstmalig zu ermöglichen. Der Rothirsch als Leitart dient dabei insbesondere zur Ermittlung von Risiken für weitere Arten. Dieses gewählte Vorgehen ist naturschutz- und planungsrechtlich geboten. Für den Rothirsch ist eine gewisse Empfindlichkeit gegenüber neu errichteten WEA gutachterlich nachgewiesen. Sie führt insbesondere im näheren Umgebungsbereich der Grünbrücken, in dem sich die Migrationsbewegungen zunehmend kumulieren, zu einem erhöhten Konfliktrisiko in Form eines Meideverhaltens. Ausweisungen von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind innerhalb der Brückenköpfe und der prioritären Korridore daher ausgeschlossen. In den übrigen Zonen der gutachterlich ermittelten Migrationskorridore ist die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	5.) 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz Die Forderung eines pauschalen Ausschlusses von Pufferflächen um ausgewiesene Schutzgebiete halten wir für nicht zulässig. Die Betroffenheit richtet sich nach dem speziellen Schutzzweck und der Zielartenvorgabe in der Gebietsschutzverordnung. Eine Prüfung auf tatsächliche Betroffenheit durch das Vorkommen von windenergiesensiblen Arten sollte daher vorab erfolgen. Wir bitten um Relativierung und Vermeidung eines großflächigen Pauschalausschlusses. Verzicht auf Abstand zu weiteren Schutzgebieten: Durch die Vorgaben der Rotor-Innen-Planung wird ein baulicher Abstand zu Gebietsgrenzen eingehalten. Zusätzliche Pufferflächen sind nicht erforderlich. Weiterhin kann die Kollisionsgefahr durch Abschaltalgorithmen ausreichend vermieden werden. 6.) S. 53 ff., 3 Z Flora-Fauna-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche Ausschluss von WEA durch Umgebungsschutz zu Gebieten für den Fledermausschutz ist fachlich nicht geboten Fledermäuse sind nicht störempfindlich. Über den nach §44 (1) BNatSchG erforderlichen Schutz von Fortpflanzungsquartieren und Ruhestätten ist die Beeinträchtigung von Strukturen ausgeschlossen. Ein hauptsächliches Risiko kann durch Kollisionsgefahr bestehen, wenn der Bereich der Rotoren bejagt wird. Dieses Verhalten zeigen überwiegend die nicht strukturgebundenen Arten, die nicht in den Gebieten leben, sondern zu bestimmten Jahreszeiten migrieren. In den Gebietssteckbriefen von mehr als der Hälfte der aufgeführten FFH-Gebiete wird lediglich ein Erhaltungsziel für die Teichfledermaus als vorkommende Art aufgeführt. Diese jedoch gehört nicht zu den kollisionsgefährdeten Arten, da sie nur in geringen Höhen jagt. Wir bitten daher um Streichung des Punktes 3 Z. 7.) S. 55, 5 G Gesetzlich geschützte Biotope Auch hier ist zu prüfen, ob der jeweilige Schutzzweck durch WEA beeinträchtigt wird. 8.) S. 56, 8 Z Wintermassenquartiere	Barrierewirkung durch neue WEA nicht so dominant, dass hier die Windenergienutzung von vorneherein ausgeschlossen werden muss. Die Kumulation der Wanderbewegungen im engen Umkreis der Grünbrücken, in denen die Tiere durch Zäune entlang der Autobahn darauf hingeführt werden, rechtfertigt die Freihaltung dieses Bereiches aus Vorsorgegründen. Abschließend sei darauf hingewiesen, dass große, flächenhafte Bereiche der Migrationskorridore nicht mehr als Kriterium (auch nicht als Grundsatz, also Abwägungskriterium) aufgeführt werden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ein großräumiger pauschaler Ausschluss um Quartierstrukturen ist zu vermeiden. Stattdessen sollten die Haupteinflugschneisen definiert werden. 9.) S. 57, 11 Z Schutz von Einflugschneisen zu Brutkolonien von Trauer- und Lachseeschwalben Über Definition und Freihaltung von Einflugschneisen kann dem Schutz Rechnung getragen werden. 10.) S. 57, 12 Z Ausschluss der Umgebung von Querungshilfen Da diese Hilfen ausschließlich von bodengebunden agierenden Arten genutzt werden, besteht kein Konflikt mit WEA (siehe unten) 11.) S. 57, 13 G Schlafgewässer von Kranichen mit überregionaler Bedeutung Zur Vermeidung von pauschalem Ausschluss geeigneter Flächen sind die Einflugschneisen zu definieren. 12.) S. 58, 14 G Freihaltung von Nahrungsgebieten für Gänse und Singschwäne Der Gesetzgeber sieht über § 44 (1) BNatSchG den Schutz vor Zerstörung von essenziellen nahrungsgebieten vor. Gelegentliche Nutzung von Flächen wird nicht als essenziell definiert. Hierzu sollte eine Klarstellung erfolgen. 13.) S. 58 16 Z Mit Inkrafttreten von § 45 b BNatSchG wurde die Betroffenheit von kollisionsgefährdeten Brutvogelarten definiert. Somit kann dem Brutvogelschutz durch geeignete Schutzmaßnahmen begegnet werden. Zusätzlicher Ausschluss erfordert die Einsetzung von Gebietsschutzmaßnahmen wie Ausweisung von Vogelschutzgebieten, wenn der Schutzzweck höher angesetzt werden soll als Bau und Betrieb von WEA. 14.) S. 59 17 G Vorgaben widersprechen § 45b BNatSchG Für die windenergiesensiblen Brutvogelarten sind die in Anlage 1, Abschnitt1 und Abschnitt 2 aufgeführten Prüfbereiche zu Fortpflanzungsstätten abschließend geregelt. Wir empfehlen, auf weitergehende Regelungen zugunsten der Flächenverfügbarkeit zu verzichten. Die Anwendung von § 44(1) sowie von § 45 b BNatSchG sind bei allen Vorhaben obligatorisch. Weitergehende Einschränkungen widersprechen der grundsätzlichen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Vorgaben aus dem BNatSchG. Wir bitten um ausschließlichen Bezug auf die Novelle zum BNatSchG. Schutz von Dichtezentren Über Schutz und Freihaltung von Schwerpunktlebensräumen wird dem Populationsschutz Rechnung getragen. Für die Realisierung von WEA-Vorhaben außerhalb dieser Strukturen ist die Anwendung der Prüfbereiche gemäß § 45b vollumfänglich ausreichend. Beispielhaft möchten wir näher auf den Belang der Rotwildquerungskorridore eingehen. Aus Bundesländern mit hohem Wildbestand ist keinerlei Meidung von Waldflächen mit Windenergie bekannt. Es besteht daher keine Beeinträchtigung durch WEA. Hinzu kommt, dass der angesprochene Lebensraumverlust marginal ist und über Ausgleichsmaßnahme entfallende Biotopstrukturen kompensiert werden. Unsere Prüfung dieses Ausschlusskriteriums erläutern wir wie folgt: 1. **Ergebnis** 2. **Problemstellung** 3. **Würdigung** 4. **Zusammenfassung** Die in Kriterium 2.4.1.3 Ziffer 12 auf Seite 57 und in der dazugehörigen Begründung auf Seite 74 angesprochenen Querungshilfen und damit verbundenen Korridore stellen keine abwägungsrelevanten Belange i. S. d. § 7 Abs. 2 ROG dar und dürfen daher nicht als Ziele und Grundsätze für die räumliche Entwicklung des Landes ausgewiesen werden. Prognosen sind rechtlich daraufhin zu überprüfen, ob der zugrunde gelegte Sachverhalt zutreffend ermittelt und eine geeignete Methode zugrunde gelegt worden ist (BVerfG, Beschluss vom 2. Juni 2008 – Aktenzeichen 1 BvR 349/04 u.a., NVwZ 2008, 1229, 1231). Der Belang des Querungskorridors in der Gestalt, wie ihn der Entwurf des LEP vorsieht, genügt nicht den Voraussetzungen der Rechtsprechung und kann somit kein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	abwägungsrelevanter Belang sein. In der Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz Ziffer 12 auf Seite 57 werden Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten als Kriterium angeführt. Dort heißt es: *„Im Bereich der unmittelbaren Brückenköpfe und prioritären Zuleitungskorridore von Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten über Bundesautobahnen sind **die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen**. Die unmittelbaren Brückenköpfe und prioritären Zuleitungskorridore sind in der Karte (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) festgelegt.“* Weitergehende Ausführungen, u.a. mit folgender Argumentation, die den Ausschluss der Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung von raumbedeutsamen WEA innerhalb der Brückenköpfe und der prioritären Korridore darlegen sollen, erfolgen im Kapitel B zu 12 auf Seite 74: 1. *„Zur Stabilisierung des Bestandes ist ein genetischer Austausch zwischen den einzelnen Vorkommen, wie sie durch das MELUR 2009 veröffentlichten Gutachten (Meißner, M. (2009): Der Rothirsch in Schleswig-Holstein: Lebensraumsituation, Lebensraumverbund und Management.) beschrieben werden, von elementarer Bedeutung.“* 2. *„Darüber hinaus sollen die Querungshilfen dazu dienen, Hauptachsen des Biotopverbundsystems, die durch den Bau oder den Ausbau von Bundesautobahnen zerschnitten werden, zu erhalten.“* 3. *„Weitere bereits bestehende oder geplante Querungshilfen sollen in ihrer Funktion nicht durch eine Windenergienutzung gefährdet werden.“* 4. *„Für den Rothirsch ist eine gewisse Empfindlichkeit gegenüber neu errichteten WEA gutachterlich **nachgewiesen**. Sie führt insbesondere im näheren Umgebungsbereich der Grünbrücken, in dem sich die Migrationsbewegungen zunehmend kumulieren, zu einem erhöhten Konfliktrisiko in Form eines Meidevehaltens.“*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	5. ***„Ausweisungen von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind innerhalb der Brückenköpfe und der prioritären Korridore, die in der Karte (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) dargestellt sind, nicht mit den Funktionen der Grünbrücken vereinbar und deshalb ausgeschlossen.“*** Gemäß § 8 Absatz 1 Landesplanungsgesetz Schleswig-Holstein enthält der Landesentwicklungsplan auf der Grundlage von § 1 Absatz 3 ROG und §§ 7 und 13 ROG die Ziele und Grundsätze der Raumordnung, die für das ganze Land einschließlich des Küstenmeeres oder für die räumliche Beziehung der Landesteile untereinander von Bedeutung sind. Die in Kriterium 2.4.1.3 Ziffer 12 auf Seite 57 und in der dazugehörigen Begründung auf Seite 74 angesprochenen Querungshilfen und damit verbundenen Korridore stellen keine abwägungsrelevanten Belange i. S. d. § 7 Abs. 2 ROG dar und dürfen daher nicht in das Planungskonzept einfließen. Die EnBW verkennt in diesem Zusammenhang nicht, dass die Ermittlung eines solchen Belanges stets mit Wertungen, Zielen und Prognosen verbunden ist. Dies entbindet den Plangeber freilich nicht davon, bei der Ermittlung namentlich von auf Prognosen beruhenden Abwägungsbelangen in nachvollziehbarer und wissenschaftlich fundierter Weise vorzugehen. Prognosen sind nämlich rechtlich daraufhin zu überprüfen, ob der zugrunde gelegte Sachverhalt zutreffend ermittelt und eine geeignete Methode zugrunde gelegt worden ist. (BVerfG, Beschluss vom 2. Juni 2008 – Aktenzeichen 1 BvR 349/04 u.a., NVwZ 2008, 1229, 1231). Es muss nachvollziehbar dargelegt sein, auf welchen Tatsachen und wissenschaftlichen Erkenntnissen sie beruht (vgl. BVerfGE 88, 40 [60] = NVwZ 1993, 666). An einer sachgerechten und vertretbaren Prognose fehlt es, wenn diese auf „gegriffenen” Ansätzen beruht, obwohl ex ante betrachtet Möglichkeiten besserer Informationsgewinnung bestanden hätten (vgl. BVerfG, NVwZ 2007, 1405). Der Plangeber ist daher gehalten, nachvollziehbar darzulegen, auf welchen Tatsachen und wissenschaftlichen Erkenntnissen die von ihm angestellten Prognosen beruht (Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 2. Auflage 2018,§ 7, Rn. 36). Soweit sich der Plangeber auf den Standpunkt stellt, das Konzept der Querungs-hilfen sei zentraler Bestandteil, um die Belange von Natur und Landschaft im Straßenbau berücksichtigen (Seite 74 des LEP-Entwurfs), fehlt es hierfür an einer tragfähigen Begründung. Zum einen folgt die Notwendigkeit der Schaffung von Querungshilfen nicht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	maßgeblich aus der Errichtung und dem Betrieb von WEA, sondern dem Bau der A 20 und dem Ausbau der A 7. Wenn der Plangeber anstrebt, den genetischen Austausch zwischen den in Schleswig-Holstein lebenden Rothirsch-Populationen zu fördern und eine Zerschneidung entsprechender Hauptachsen durch den Bau der A 20 fürchtet, wäre dieser Belang möglicherweise im Rahmen der Planfeststellungsbeschlüsse der genannten Infrastrukturmaßnahmen zu berücksichtigen gewesen, nicht aber in den Verfahren zur Errichtung und zum Betrieb von Windenergieanlagen. Jedoch erscheint auch die dem Abwägungsmerkmal zugrundeliegende Annahme, die Empfindlichkeit des Rothirschs gegenüber neu errichteten WEA sei gutachterlich nachgewiesen, als nicht belastbar. Soweit hierzu auf die Gutachten des Sachverständigen Meißner aus den Jahren 2009, 2016 und 2018 Bezug genommen wird, ist dies fehlerhaft, weil der Sachverhalt unvollständig ermittelt wurde und andere Sachverständigengutachten hierzu unberücksichtigt blieben, namentlich das „Wildbiologische[s] Gutachten zum geplanten Windpark bei Fredesdorf RP3_SEG_054, Arbeitsgruppe Wildbiologie und Wildtiermanagement Technischen Universität München, PD Dr. habil. Andreas König, Juni 2017“ vom 26. Juni 2017, die „Gutachterliche Stellungnahme zur Teilfortschreibung der Regionalpläne SH, Abwägungskriterium ‚Querungshilfe und damit verbundene Korridore‘, BioConsult SH GmbH & Co. KG, Juni 2017“, das Wildbiologisches Gutachten zum geplanten Windpark bei Föhrden-Barl, Andreas König, Mai 2016, die Gutachterliche Stellungnahme zum Windpark Föhrden-Barl zum Abwägungskriterium „Querungshilfen und damit verbundene Korridore“ Verbindung Rotwild-Vorkommen Schierenwald zum Hasselbusch über die geplante A 20 Trasse einschließlich Trittstein-Planung, BioConsult SH GmbH & Co. KG, Mai 2016, (es ist uns nicht Möglich im Beteiligungsportal Anlagen hochzuladen, gerne übersenden wir Ihnen die Gutachten auf Anfrage zu) welche methodische Schwächen der Gutachten Meißner aufzeigen. Darüber hinaus berücksichtigt das Gutachten Meißner die aktuelle fachwissenschaftliche Literatur nicht, weswegen es als methodisch nicht belastbar angesehen werden muss. Die Ergebnisse sind auch deswegen nicht nachvollziehbar dargelegt, da die wissenschaftlichen Kenntnisse, die Grundlage der Prognose waren, lediglich erwähnt und nicht begründet wurden. Dabei bestehen in Hinblick auf die die Behauptung die Empfindlichkeit des Rothirsches gegenüber neu errichteten WEA sei nachgewiesen. Da dies der entscheidende	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausgangspunkt für die Abwägungsrelevanz ist, trifft den Planungsträger eine erhöhte Begründungslast, welcher er vorliegend nicht genügt. Dies gilt in gleicher Weise für die Behauptung, bereits bestehende oder geplante Querungshilfen könnten in ihrer Funktion durch WEA gefährdet werden. Die Planung baut darauf *„auf, dass in einem durch die Straßenbaumaßnahmen völlig neu strukturierten Bereich das Rotwild die gebotenen Querungshilfen nutzt und sich räumlich umorientiert. Sich neu orientierende Rothirsche bedürfen der Abschirmung vor unkalkulierbaren Störeinflüssen“.* Auch hier bestehen erhebliche Zweifel an der zutreffenden Sachverhaltsermittlung, so fehlt eine Tatsachengrundlage dafür, dass das Rotwild tatsächlich in einem nicht unerheblichen Umfang die Querungshilfen benutzt. Insbesondere, weil laut Gesamtkonzept die Einzelpopulationen in Schleswig-Holstein relativ klein sind und weitgehend isoliert voneinander bestehen. Darüber hinaus leidet die dem Kriterium zugrunde liegende Prognose aber auch an einer unvollständigen Sachverhaltsermittlung. Der Plangeber geht nämlich von relativ kleinen Populationen des Rothirschs im gesamten Land aus. Dies steht in unmittelbarem Widerspruch zum Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Natur, Umwelt und Digitalisierung vom 26. September 2019, durch welchen die unteren Jagdbehörden der Landkreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Dithmarschen und Rendsburg-Eckernförde sowie die kreisfreie Stadt Flensburg gebeten wurden, Rotwild – einschließlich der Hirsche der Klassen I und II – ohne zahlenmäßige Begrenzung innerhalb der festgelegten Jagdzeiten freizugeben. Begründet wird dies mit der Einwanderung von Rotwild aus Dänemark. In diesem Zusammenhang ist davon auszugehen, dass der Nord- Ostsee-Kanal für das aus Dänemark einwanderte Rotwild eine nur im Einzelfall zu überwindende räumliche Barriere darstellt. Hieraus ergibt sich, dass bei der Lagebeurteilung hinsichtlich des Rotwilds grundsätzlich zwischen den Gebieten nördlich und jenen südlich des Nord-Ostsee-Kanals zu unterscheiden wäre. Soweit nördlich des Kanals ausweislich des erwähnten Erlasses offensichtlich ein durch Bejagung zu reduzierender Überhang an Rotwild festzustellen ist, stellt sich nicht nur die Frage, ob es angesichts der festgestellten Konfliktträchtigkeit dieses Lebensraums für Rotwild wünschenswert ist, diesen Befund auch auf die südlich gelegenen Landkreise zu erstrecken, sondern auch, ob die These des Plangebers der WEA-Empfindlichkeit des Rothirschs angesichts der in	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	den vom Zuzug besonders betroffenen nordwestlichen Landkreisen besonders hohen Anlagenkonzentration ohne Weiteres aufrechterhalten werden kann. Prognosen sind rechtlich daraufhin zu überprüfen, ob der zugrunde gelegte Sachverhalt zutreffend ermittelt und eine geeignete Methode zugrunde gelegt worden ist (BVerfG, Beschluss vom 2. Juni 2008 – Aktenzeichen 1 BvR 349/04 u.a., NVwZ 2008, 1229, 1231). Dies ist hier nicht der Fall. Damit genügt der Belang des Querungskorridors in der Gestalt, wie ihn der Entwurf des LEP vorsieht, nicht den Voraussetzungen der Rechtsprechung und kann somit kein abwägungsrelevanter Belang sei. Aus diesem Anlass wurden von uns und unserem Partner vier Gutachten beauftragt, deren Ergebnisse im weiteren Abwägungsprozess unbedingt einbezogen/beachtet werden sollten. Leider können wir im Beteiligungsportal keine Anlagen hochladen, sodass wir diese Gutachten gerne gesondert einreichen würden und bitten hierzu um Mitteilung einer Stelle: • Wildbiologische[s] Gutachten zum geplanten Windpark bei Fredesdorf RP3_SEG_054, Arbeitsgruppe Wildbiologie und Wildtiermanagement Technischen Universität München, PD Dr. habil. Andreas König, Juni 2017“ • Gutachterliche Stellungnahme zur Teilfortschreibung der Regionalpläne SH, Abwägungskriterium ‚Querungshilfe und damit verbundene Korridore‘, BioConsult SH GmbH; Co. KG, Juni 2017“ • Wildbiologisches Gutachten zum geplanten Windpark bei Föhrden-Barl, Andreas König, Mai 2016, • Gutachterliche Stellungnahme zum Windpark Föhrden-Barl zum Abwägungskriterium „Querungshilfen und damit verbundene Korridore“ Verbindung Rotwild-Vorkommen Schierenwald zum Hasselbusch über die geplante A 20 Trasse einschließlich Trittstein-Planung, BioConsult SH GmbH; Co. KG, Mai 2016 Mit freundlichen Grüßen [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Institution: Gemeinde Schönwalde am Bungsberg ID: M2422	Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Schönwalde am Bungsberg hat den Klimaschutz und die hierfür notwendige Energiewende als wichtiges Ziel erkannt und möchte den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern. Die Windenergie in Schleswig-Holstein leistet einen wichtigen Beitrag zur klimaneutralen Energieversorgung von Deutschland. Dazu möchte die Gemeinde Schönwalde a. B. auch zukünftig ihren Beitrag leisten. **<u>Bestandsgebiete</u>** Die geltende Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum III Kapitel 5.7 (Windenergie an Land) von 2020 weist in der Gemeinde Schönwalde a. B. zwei Vorranggebiete aus. Die Vorranggebiete PR3-OHS-047 und 049 sind durch Bestandwindparks bebaut und liegen in der Potentialflächenkulisse des Entwurfs des Landesentwicklungsplans. Die Gemeinde Schönwalde a. B. geht davon aus, dass die Bestandswindparks auf Grundlage des Grundsatzes 4.5.1 2G „Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land“ (LEP Entwurf S. 3) in der Regionalplanung erneut als Vorranggebiete ausgewiesen werden. Da der Entwurf des Landesentwicklungsplans eine Konzentrationswirkung beabsichtigt (vgl. LEPEntwurf S. 16), geht die Gemeinde Schönwalde a. B. davon aus, dass mögliche Arrondierungsflächen zu den Bestandsgebieten gegenüber neuausgewiesenen Gebieten in der Regionalplanung bevorzugt ausgewiesen werden. **<u>Windkraftsensible Großvögel</u>** Der Grundsatz 17 zu den Brutplätzen windkraftsensiblen Großvögeln berührt zahlreiche Potenzialflächen in der Gemeinde Schönwalde a. B. Die Gemeinde Schönwalde a. B. kann nicht nachvollziehen, wie die in Kapitel 4.5.1.3 „Gebiets- und Artenschutz“ / Grundsatz 17 „Brutplätze windkraftsensibler Großvögel“ aufgeführten Umgebungsbereiche um die Brutplätze begründet werden. Der Entwurf des LEP sieht vor, dass die Umgebungsbereiche zu windkraftsensiblen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Kritik an den Umgebungsbereichen um windkraftsensible Großvogelbrutplätze wird auf die Ziffer 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Großvögeln in der Regel von Windenergiegebieten freizuhalten sind. Der Umgebungsbereich ist für die zwei in der Gemeinde Schönwalde a. B. relevanten Großvogelarten Seeadler und Rotmilan auf 2000 m bzw. 1.500 m zum Rotmilan definiert. Für den Rotmilan kann einzelfallbezogen eine Reduzierung des Umgebungsbereichs auf einen engeren Bereich von 1.000 m erfolgen, wenn in dem jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden. Eine Reduzierung für den Seeadler ist nicht möglich. Das Bundesnaturschutzgesetz regelt in Anlage 1 Abschnitt 1 die Bereiche zur Prüfung bei kollisionsgefährdeten Brutvogelarten in Deutschland. Nach dem BNatSchG bestehen zu den zwei in der Gemeinde betroffenen Großvogelarten folgende Abstände: Seeadler - Nahbereich: 500 m - Zentraler Prüfbereich 2.000 m Rotmilan - Nahbereich 500 m - Zentraler Prüfbereich 1.200 m Diese Bereiche werden von $ 45b Abs. 2 und 3 BNatSchG aufgegriffen. Innerhalb des festgelegten Nahbereichs ist das Tötungs- und Verletzungsrisiko signifikant erhöht. Innerhalb des zentralen Prüfbereichs ist das Tötungs- und Verletzungsrisiko ebenfalls signifikant erhöht, soweit dieses nicht durch eine Habitatspotenzialanalyse oder eine Raumnutzungsanalyse widerlegt werden kann. Die Risikoerhöhung kann in diesem Fall durch Antikollisionssysteme, Abschaltungen oder Ausweichnahrungshabitate hinreichend gemindert werden. In der Begründung zu 4.5.1.3 17G wird für den Seeadler explizit auf die Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG verwiesen, um den Umgebungsbereich von 2000 m zu begründen. Die aus 845b Abs. 3 BNatSchG folgenden Erkenntnisse (im zentralen Prüfbereich ist durch Kartierung und Maßnahmen das Risiko hinreichend minimierbar) werden jedoch nicht berücksichtigt. Die Abweichung des Umgebungsbereichs zum Rotmilan (1.500 m) im Entwurf des LEP zum zentralen Prüfbereich nach BNatSchG (1.200 m) wird nicht begründet. Der Bundesgesetzgebung folgend sollten der Umgebungsbereich für den Rotmilan auf 1.200 m reduziert werden oder der Umweltbericht um eine entsprechende Begründung ergänzt werden, warum die Rotmilane in SH einen größeren Schutzabstand benötigen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Schwerpunktraum für die Rotmilanverbreitung erstreckt sich über mehrere Bundesländer. Zudem sollte die einzelfallbezogene Freihaltung eines engeren Bereichs — analog zu 8 45b Abs. 3 BNatSchG - auch für den Seeadler ermöglicht werden und auf die vom BNatSchG festgelegten Nahbereiche reduziert werden (Seeadler 500 m, Rotmilan 500 m). Zumal die vom BNatSchG vorgesehene Umsetzungshürde, dass potenzielle Artenschutzkonflikte untersucht und bewältigt werden müssen, bereits im Entwurf des LEP angelegt ist. Die Reduzierung des Abstandsradius zum Rotmilanbrutplatz auf 1.000 m nur bei Gebieten, in denen bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden, ist hinsichtlich des Artenschutzrechtes, fachlich nicht begründbar. Wenn 1.000 m als Schutzabstand zu Bestandsanlagen ausreichend ist, dann ist er auch für noch nicht realisierte WEA ausreichend. Es stehen dieselben Möglichkeiten für eine Minimierung des Artenschutzkonflikts zur Verfügung. Im Umweltbericht fehlen die zeitlichen Angaben und eine Bewertung der Brutplätze zu den in den Geodaten dargestellten Brutplätzen. Da eine Berücksichtigung der windkraftsensiblen Großvögel grundsätzlich notwendig ist, bitten wir bei der Gebietsausweisung durch den Regionalplan die Datengrundlage der Großvögel kritisch zu hinterfragen und nur nachweislich aktuelle Neststandorte zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass der Gemeinde letztmalig eine Nutzung des Rotmilanbrutplatz im Jahr 2022 bekannt ist und die Lebensstättenfunktion für Rotmilanbrutplätze lediglich für das Jahr der Brut und zwei weitere Jahre besteht. **<u>Windkraftsensible Großvögel und Regionalplanung</u>** Hinsichtlich des Rotmilans ist es außerdem mehr als fraglich, ob es einen planerischen Sinn ergibt, diese Art in dieser Form in den Katalog der relevanten Brutvögel im Grundsatz 17 überhaupt mit aufzunehmen. Der Rotmilan wird im Gegensatz zum Seeadler in Schleswig-Holstein nicht umfassend beobachtet. Entsprechend handelt es sich bei den kartierten Nestern immer um Einzelstandorte, für die ebenfalls nur für einzelne Jahre Daten vorliegen. Ein unbesetzter Brutplatz vom Rotmilan gilt bereits nach 2 Jahren in Folge nicht mehr als Brutplatz. Da der Rotmilan nicht standorttreu ist, daher den Brutplatz regelmäßig wechselt und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nicht flächendeckend kartiert wird, ergibt sich eine lückenhafte und sich ständig verändernde Flächenkulisse. Diese ist nicht als Grundlage für eine langfristige, bindende Planung wie die Regionalplanung geeignet. Die Regionalplanung hat einen Zielhorizont von 25 Jahren und kann die zahlreichen, kleinteiligen Veränderungen der Rotmilanbrutplätze nicht adäquat abbilden. **<u>Weitere Vorranggebiete</u>** Die Gemeinde hat eine Bewertung der Potenzialflächen des Entwurfes des LEP im Gemeindegebiet durch das Planungsbüro Brandes vornehmen lassen und im Rahmen des Bau-, Wege- und Umweltausschusses am 06.08.2024 und 04.09.2024 über mögliche weitere Flächen für Windenergie und die Möglichkeit der Gemeindeöffnungsklausel beraten. Die Gemeinde Schönwalde a. B. würde eine weitere Ausweisung eines Vorranggebiets in der Gemeinde begrüßen und ist grundsätzlich gewillt, die Gemeindeöffnungsklausel zu nutzen. Konkret diskutiert wurden im Ausschuss die Potenzialflächen PR3-OHS-071, 115 und 063. Aber auch die weiteren Potenzialflächen der Gemeinde wurden positiv hervorgehoben: Dabei sind im Zusammenhang mit den geforderten Änderungen an der Berücksichtigung der windkraftsensiblen Großvögel (s.o.) insbesondere die Potenzialflächen PR3-OHS-069, 071, 118, 067, 058, 051 zu nennen. Die Gemeinde möchte zudem auch explizit die gemeindeübergreifenden Gebiete PR3-OHS-006, 069, 061, 119, 071, 067, 054, 050, 110 hervorheben. Die Gemeinde Schönwalde a. B. steht auch einem gemeindeübergreifenden Vorranggebiet positiv gegenüber. Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme möchten wir uns im Voraus bedanken. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift] [redacted] Bürgermeister	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2489	Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Gemeindevertreterin der Gemeinde 25719 Busenwurth wird hiermit folgende Stellungnahme zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 (Entwurf Juni 2024)abgegeben: Generell stehen in Dithmarschen bereits überproportional viele Windkraftanlagen, sodass der Kreis Dithmarschen bereits in der Vergangenheit überdurchschnittlich viel zum Erreichen des Landesziels beigetragen hat. Eine Akzeptanz in der Bevölkerung ist hier nicht mehr gegeben, da eine deutliche Überprägung der Landschaft durch Windkraftanlagen -vor allem in der Marsch - bereits besteht. Viele dieser kleinen älteren Anlagen werden voraussichtlich in naher Zukunft durch neue größere Anlagen ersetzt (Repowering), sodass allein hierdurch schon eine Mehrleistung aber auch eine weitere enorme Einschränkung des Landschaftsbildes zu erwarten ist. Es wäre zielführend, die charakteristische und naturraumtypische Weite und Offenheit der Landschaft zu erhalten. Gerade in der Nähe der Meldorfer Bucht / Speicherkoog Dithmarschen sowie rund um die Stadt Meldorf. Bereits 2016 wurden für den Meldorfer Dom (Kultur- und Baudenkmal) städtebaulich bedeutende Blickbeziehungen erfasst und bewertet. Auch für den Tourismus in der Region sind solche Punkte bedeutend. Das Gemeindegebiet in Busenwurth grenzt westlich direkt an die Nordsee. Hier rasten und leben viele Zugvögel und eine große Anzahl an geschützten Arten wie z.B. Seeadler, Wanderfalken, Kiebitze, Fledermäuse (direkte Nähe zum Schutzgebiet Meldorfer Bucht/ Speicherkoog Dithmarschen). Östlich befindet sich das Vogelschutzgebiet in Windbergen. Durch den Bau von Windkraftanlagen würde eine Barriere für den Vogelflug entstehen. Im Bereich der Potentialflächen in dieser Gemeinde befindet sich ein Biotop -welches stark von Wildtieren und Wildvögeln frequentiert wird. Sehr bedenklich ist hier auch, dass südlich - bis nach Marne - bereits sehr viele Windkraftanlagen stehen (Einkesselung!).	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 3.15, 4.1, 4.5, 4.9, 4.10, 4.20, 7.1.3, 7.2.6, 7.2.12, 7.2.13 und 7.2.14 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Gemeinde Busenwurth hat bereits ihren Beitrag zur Energiewende geleistet, da sich im Gemeindegebiet ein ca. 20 ha. großer Sotarpark befindet. Auch eine Windkraftanlage befindet sich auf Gemeindegebiet (diese gehört zum Windpark in der südlichen Nachbargemeinde Barlt). Ein Gebiet in der Potentialfläche ist bereits als Ausgleichsfläche/Rastfläche für Zugvögel in der Gemeindesatzung für den hier bestehenden Solarpark deklariert. Es widerspricht sich, hier nun Windkraftanlagen hinbauen zu wollen. Generell ist zu beobachten, dass die Windkraftanlagen in den Nachbargemeinden (bzw. generell in den Gebieten mit starkem Windkraftausbau) regelmäßig/täglich bewusst abgeriegelt werden (die Mühlen „stehen“!). Es erscheint sinnvoll erst einmal in Stromleitungen und vor allem in Speichermöglichkeiten zu investieren, damit eine Grundlastfähigkeit gegeben ist (dieses ist mit „Flatterstrom“ durch Windkraftantagen oder Solarfreiflächenanlagen nicht möglich!). Auch an nachfolgende Generationen sollte hier vorausschauend gedacht werden, da z.B. die Fundamente der Windkraftanlagen nicht vollständig zurückgebaut werden und als Ewigkeitslasten für künftige Generationen erhalten bleiben. Auch die Entsorgung der Rotorblätter ist bisher ungelöst. Eine Akzeptanz für den weiteren Windkraftausbau und auch für den Ausbau von Solarfreiflächen gibt es in Busenwurth nicht. Hochachtungsvoll	
Institution: Gemeinde Kasseedorf ID: M2421	Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Kasseedorf gibt zu dem Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes die folgende Stellungnahme ab: • Es wird darauf hingewiesen, dass der Ortsteil Bergfeld einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil darstellt. Es handelt sich somit um einen Innenbereich nach 8 34 BauGB. Daraus ergibt sich, dass gem. LEP, Kap. 4.5.1.1, 1 Z (Seite 20), ein Umgebungsbereich von 800 m einzuhalten ist.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.5.1 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Hinweise zu den Abgrenzungen von Ortslagen werden geprüft. Die Datengrundlage wird ggf. angepasst Die Grenzen des NATURA 2000-Gebietes werden überprüft.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Bei dem Ortsteil Vinzier handelt es sich ebenfalls um einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil. Demnach ist auch hier ein Umgebungsbereich von 800 m zwingend einzuhalten (s.0.). • Die Gemeinde weist darauf hin, dass dem Ortsteil Freudenholm ebenfalls ein Umgebungsbereich von 800 m zugestanden werden muss. Der Ortsteil Freudenholm ist hinsichtlich der Bevölkerungszahl mit dem Ortsteil Bergfeld vergleichbar. Im Sinne der Gleichbehandlung der Bürger hält die Gemeinde es für angemessen, den Ortsteil Freudenholm wie einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil (= Innenbereich) zu behandeln.Die Gemeinde vertritt den Standpunkt, dass die Einwohner, die im Außenbereich leben, einen Anspruch auf eine angemessene Wohnqualität haben. Dies gilt insbesondere für Spiittersiedlungen im Außenbereich, in denen bereits eine Wohnbebauung von einigem Gewicht vorhanden ist. Personen, die in einer Spiittersiedlung im Außenbereich leben, müssen Einflüsse, die sich durch die Landwirtschaft ergeben, hinnehmen. In einer Nähe von 400 m zu einer Windkraftanlage zu wohnen, wird für die Bewohner zu einer erheblichen Verschlechterung der Wohnqualität auf dem Grundstück führen. Die Aufenthaltsqualität im Garten oder auf der Terrasse wird stark beeinträchtigt werden. Diese Beeinträchtigung kann von den betroffenen Personen als so schwerwiegend empfunden werden, dass sie sich gezwungen sehen, ihr Grundstück aufzugeben. Bei einem möglichen Verkauf des Grundstücks werden die Eigentümer dann dahingehend bestraft werden, dass die Nähe des Windparks bzw. der am nächsten stehenden Windkraftanlage einen erheblichen Preisabschlag für die Immobilie zur Folge haben wird. Das bedeutet, dass die Eigentümer einen beträchtlichen finanziellen Verlust erleiden werden.Die Akzeptanz für den Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein kann bei den Bürgern nur dann erreicht werden, wenn die Belastungen und Einschränkungen zumutbar sind. Die vorgesehene Regelung ist für die Menschen, die innerhalb einer Spiittersiedlung im Außenbereich leben, unverhältnismäßig und unzumutbar. • Des Weiteren wird mit Blick auf die — nach Anwendung der Ausschlusskriterien verbleibende — Potenzialfläche südwestlich von Bergfeld, östlich von Sagau und nördlich von Stendorf, angezweifelt, ob die Grenzen und die 100 m betragenden, zusätzlichen Abstandsflächen des Natura2000-Gebietes hinreichende Beachtung erfahren haben. Es wird eindringlich darum gebeten, im weiteren Planungsprozess eine dahingehende Überprüfung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vorzunehmen. • Der Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans und die sich unter Beachtung der Ziele der Raumordnung ergebende Potentialfläche südwestlich von Bergfeld, östlich von Sagau und nördlich von Stendorf, werden mit Ausnahme der oben gemachten Hinweise und Einwände begrüßt. Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme möchten wir uns im Voraus bedanken. Mit freundlichen Grüßen gez. [redacted] Bürgermeister	
Institution: Gemeinde Borsfleth, Bauen **ID: M2420**	Sehr geehrte Damen und Herren, fristgerecht übersende ich Ihnen die Stellungnahme der Gemeinde Borsfleth vorab per Mail. Ich werde Ihnen diese auch postalisch für Ihre Unterlagen zusenden. Bei Rückfragen melden Sie sich gern bei meiner Kollegin [redacted]. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der o.g. Beteiligung gibt die Gemeinde Borsfleth folgende Stellungnahme ab: Für die Flächen am Borsflether Wisch sollte in den Regionalplänen ein Windenergievorranggebiet ausgewiesen werden. Die Flächen sind nicht mit Ausschlusskriterien nach der Anlage 2 zu §1 LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land belegt. Die Flächen könnten als Erweiterung der bereits bestehenden Anlagen in der Gemeinde Bahrenfleth genutzt werden. Interesse wurde	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.3, 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bereits durch einen Vorhabenträger bekundet. In der Karte Potenzialflächen Windenergie SH mit Stand Juni 2024 sind die genannten Flächen bereits als Potentzialflächen hinterlegt. Als nächster Schritt sollte nun die Aufnahme der Flächen in den Regionalplan Windenergier erfolgen. Bei Rückfragen melden Sie sich gern. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bürgermeister [Karten s. Anhang S: 2-3]	
Institution: Keine Angabe ID: M2367	**Die Stellungnahme wurde in das Verfahren „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ LEP SH – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 - nach dem 09.09.2024 eingegangene Stellungnahmen“ verschoben.**	
Institution: Amt Achterwehr, Bauverwaltungs- und Ordnungsamt ID: 1636	Die Gemeinde Krummwisch nimmt wie folgt zum o.a. Entwurf Stellung: **Die Gemeinde erhebt erhebliche Bedenken gegen die Inhalte des vorgelegten Entwurfs und schlägt die nachstehend ersichtlichen und begründeten Änderungen vor:** Gemäß Hintergrundinformationen zum „Entwurf des neuen LEP Windenergie“ sind die *„…voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, auf Flächen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie auf die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern“* betrachtet worden (siehe Seite 6 „Umweltprüfung“ in: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/energie/windenergie-raeumliche-steuerung/Downloads/240611_Hintergrundinformationen.pdf?__blob=publicationFile&v=9). Allerdings findet u.a. das Thema Havarien und Brände von Windkraftanlagen (WKA) in den neuen Grundsätzen und Zielen gar keine Berücksichtigung. Dabei steigt mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern der Anlagen die Gefahr von Havarien und Bränden. Die sich aus entsprechenden Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabstände zu Schutzgütern (wie Wohnhäuser) sind daher neben	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen. Zu den Punkten 1., 2. und 3. wird auf die allgemeine Synopse, Punkte 2.3.2, 7.3.7 und 7.2.9, verwiesen. Zu Punkt 4. Diese Forderungen können nicht auf Ebene der Raumordnung festgelegt werden. Zu Punkt 5. Mit dem in Kapitel 4.5.1.3 festgelegten Ziel 1 besteht bereits ein hinreichender Umgebungsschutz um Vogelschutzgebiete. Ein darüber hinaus pauschaler Ausschluss wird für nicht erforderlich gehalten. Zu Punkt 6. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 4.20.1, wird verwiesen. Zu Punkt 7. Gesetzlicher Auftrag ist, einen bestimmten Anteil der Landesfläche in Form von Windenergiegebieten zur Verfügung zu stellen. Für die Regionalplanebene sind dies Vorranggebiete. Diesen Gebieten ist immanent, dass sich die Windenergie dort durchsetzt und keine anderen raumbedeutsamen Nutzungen

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	weiteren, im Folgenden aufgeführten Aspekten zwingend zu berücksichtigen: 1. Als Ziele und Grundsätze muss gelten, dass der Mindestabstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe immer konform mit dem BImschG (Bundesimmissionsschutzgesetz) erteilt werden kann. In jedem Fall muss der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920 m betragen (vgl. Veenker Gutachten (2020), Anlage A25: Abstand 995m abzgl. mindestens 75m Rotorblattlänge der Referenzanlage (Rotor-In) – vgl. https://www.veenkergmbh.de/wp-content/uploads/2021/04/Ga_A_R09_s.pdf). 2. Es muss in den Zielen und Grundsätzen die bisherige 3H-/5H-Regelung für den Abstand zum Turm der WKAs sowie eines 1000m-Abstandes der Vorrangflächen zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben bzw. werden. Im Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung wird unter „Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung bei Windkraftanlagen“ festgelegt: *„Der Raum, in dem das Landschaftsbild beeinträchtigt wird, umfasst etwa eine Fläche mit dem Radius des 15-fachen der Anlagengesamthöhe“* (vgl. Gliederungs-Nr 2320.8 – Fassung vom 06.11.2023 - Punkt 1.3 „Stellenwert des betroffenen Landschaftsbildes“). Nicht nur hier wird somit eine Abhängigkeit zwischen der Anlagenhöhe und den Auswirkungen auf die nähere Umgebung festgestellt (Quelle: https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/VVSH-VVSH000009325). Wenn laut Landesplanung die Raumordnung auch dazu beitragen soll, dass die Menschen in den verschiedenen Teilräumen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse haben sollen (Quelle: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/planen-bauen-wohnen/landesplanung), ist dies zu berücksichtigen. Nur so kann nach Ansicht der Gemeinde vor dem Hintergrund früherer Versprechungen der Politik und derzeit geltender Planungsgrundsätze ein drohender Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Landesregierung und die behördlichen Institutionen verhindert werden. Damit verbunden ist die Sorge und Gefahr, dass sich	entgegenstehen. Insofern können andere Nutzungen dort grundsätzlich nicht erfolgen. Eine Errichtung von Solarfreiflächenanlagen kann nur im Einzelfall möglich sein. Eine Anrechenbarkeit von Solarfreiflächenanlagen kann aufgrund der anderen Nutzungsart nicht erfolgen. Zu Punkt 8. An der Zielsetzung, die Windenergienutzung zu konzentrieren, um einer flächendeckenden Bebauung mit Windenergieanlagen entgegenzuwirken, wird weiterhin festgehalten. Zu Punkt 9. Die der Planung zugrunde gelegte Referenzanlage steht der Errichtung anderer Anlagen nicht entgegen. Die Einhaltung von Schallimmissionsrichtwerten wird im Genehmigungsverfahren sichergestellt. Zu Punkt 10. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 5.9.1, wird verwiesen. Zu Punkt 11. Die Belange der Bundeswehr werden im Rahmen der Vorranggebietsausweisung berücksichtigt. Zu Punkt 12. Landschaftsschutzgebiete werden im Rahmen der Vorranggebietsausweisung berücksichtigt. Zu Punkt 13. Die Hinweise / Argumente beziehen sich auf die Regionalplanebene. Diesbezüglich wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mit den derzeit geplanten Veränderungen in absehbarer Zeit viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden. Es ist zudem nicht nachvollziehbar, warum die derzeitige Abstandsregelung in Abhängigkeit von der Anlagenhöhe eine indirekte Höhenbestimmung darstellen soll. Anlagen unbeschränkter Höhe sind überall dort möglich, wo die entsprechenden Abstände zu Wohnbebauungen eingehalten werden. 3. Weiterhin muss die Landesplanung in den Grundsätzen und Zielen darlegen, wie in Hinblick der Gefahren von Kontamination durch schädliche Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel nach einem Brandereignis die Mindestabstände zur Wohnbebauung mit dem BImschG zu vereinbaren sind. 4. In den Zielen und Grundsätzen muss für den Fall o.g. Havarien eine Klärung der Übernahme der Folgekosten (Sanierung, Rückbau; Investition in Feuerwehrausrüstung, Deponien, Haftungsverpflichtungen) für die betroffenen Gemeinden festgeschrieben werden. 5. In den Zielen und Grundsätzen sind zudem die Mindestabstände zu EU-Vogelschutzgebieten gemäß dem Helgoländer Papier (von 2015, als wissenschaftliche Grundlage) festzuschreiben: 10-fache Anlagenhöhe als Schutzabstand, aber mindestens 1200m Bei einer geplanten Referenzanlagehöhe von 200m also mind. 2000m (vgl. https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/wind/170206-nabu-abstandsempfehlungen.pdf). 6. Sämtliche Mindestabstände zu den Horsten windkraftsensibler Arten müssen als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt werden und zumindest den Schutzabständen gemäß Helgoländer Papier entsprechen. Die Prüfabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten gemäß Helgoländer Papier sind als Grundsätze der Raumordnung zu übernehmen. 7. Es muss als Grundsatz festgeschrieben werden, dass eine Anrechnung bestehender oder in den Gemeinden in Planung befindlicher PV-Freiflächenanlagen auf die Flächenausweisung erfolgen, damit es zu keiner „Doppel- oder Mehrfachbelastung“ von Gemeinden kommt, die bereits einen entsprechenden Flächenbeitrag für die Stromproduktion aus erneuerbaren	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Energiequellen leisten bzw. leisten wollen. 8. Das Kriterium der Vorbelastung sowie das Ziel der Konzentration bzw. die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA ist zu streichen. Es soll möglichst eine Gleichverteilung angestrebt werden, um möglichst gleiche Lebensverhältnisse im Land zu schaffen.Durch Windenergiegebiete, Höchstspannungsfreileitungen oder PV-Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. 9. Auf die Änderung der bisherigen Höhen und anderer Parameter einer Referenzanlage ist zu verzichten. Gleichzeitig ist als Ziel und Grundsatz festzuschreiben, dass Berechnungsmethode der Schallimmissionen auf der Grundlage des Prognoseverfahrens des VDI, wie von der Bund-Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) beschlossen, anzuwenden ist.Wie im Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land ausgeführt, gibt es keine gesetzliche Verpflichtung, eine Referenzanlage für die Planung und Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie heranzuziehen. Nicht nur deshalb erscheint die geplante Festlegung auf eine Referenzanlage von 200m mit 150m-Rotordurchmesser allein mit der „Marktüblichkeit“ und der wirtschaftlichen Tragfähigkeit (siehe B zu 3 in der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP 2024 - erster Entwurf vom Juni 2024) zu begründen, nicht schlüssig, da auch 150m-hohe Anlagen nachweislich wirtschaftlich betrieben werden. Sie erbringen für Betreiber und Investoren aktuell Renditen, die deutlich über der Inflationsrate liegen. Auch aktuell werden immer noch Anlagen mit einer Gesamthöhe von 150 m genehmigt, was bei mangelnder Wirtschaftlichkeit sicher nicht der Fall wäre.Wie bekannt ist, sind die bisherigen Berechnungsmethoden der TA Lärm als Maßstab für die Bewertung der Immissionen nicht geeignet, um die tatsächlichen Schallimmissionen korrekt zu berechnen. 10. In den Grundsätzen und Zielen muss festgelegt werden, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungs-/Zuwegungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken im Allgemeinen im Sinne des	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	„natürlichen“ Klimaschutzes Vorrang gewährt werden.Biotope und Biotopverbundachsen sind natürliche Lebensräume u.a. von schützenswerten Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. 11. Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage muss in den Grundsätzen sichergestellt werden, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses - sowie der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken, Flughäfen etc.) nicht durch zukünftige Windkraftanlagen und -gebiete gefährdet oder eingeschränkt werden. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 zu damals geplanten Vorranggebieten sind in der Regionalplanung bei der Festlegung von Windvorrangflächen sowie im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. 12. In den Grundsätzen ist der Schutz des Landschaftsbildes in Landschaftsschutzgebieten festzuschreiben. Dem Schutzzweck der vorhandenen Landschaftsschutzgebiete muss in besonderem Maße Rechnung getragen werden. Dies gilt im vorliegenden Fall besonders für das Landschaftsschutzgebiet Westensee-Landschaft, das sich durch noch ungestörte Landschaften von hohem Erholungswert und nur selten wiederzufindender Naturschönheit auszeichnet. 13. **Nachstehend wird unter Anwendung der Ziele und Grundsätze des Entwurfs des LEP Stellung zu den veröffentlichten Potenzialflächen genommen.** **a. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_ 102** Diese Fläche liegt in der Nähe des NSG „Überschwemmungswiesen Jägerslust“ und den als Winterquartier für Fledermäuse bekannten Bunkern in Jägerslust und im Bereich des Munitionszerlegungsbetriebs Groß Nordsee mit seinen dort vorhandenen alten Bunkerstrukturen. Es handelt sich um ein FFH-Gebiet • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	bestehenden Ortslage Krummwisch sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden Teile der Potenzialfläche überlagert. • Bei Erhöhung des Abstandspuffers reduziert sich die Fläche soweit, dass die Mindestgröße von 15 ha unterschritten wird. Aufgrund der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Artenschutzes und mit der Unterschreitung der Mindestgröße bei Anwendung des erweiterten Siedlungsabstands ist diese Potenzialfläche **nicht für die Windenergienutzung geeignet**. Die Originalstellungnahme ist als PDF-Datei angefügt. **c. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE 105** Den Zielen und Grundsätzen entsprechend soll der Bereich um den Nord-Ostsee-Kanal als Hauptzugachse für den überregionalen Vogelzug von besonderer Bedeutung in einem Abstand von 1000 m freigehalten werden. Hierin einbezogen ist auch der Flemhuder See mit seinen Aufschüttungs- und Verlandungsflächen. Unberücksichtigt bleibt aber der alte Eiderkanal, der westlich des Ortsteils Klein Königsförde der Gemeinde Krummwisch in unmittelbarer Nähe des NOK beginnt und dann bis kurz vor dem Hof Steinwehr ebenfalls kurz vom NOK endet (hier sogar mit Feuchtgebieten). Auch dieser Bereich nimmt aufgrund seiner naturnahen Ausprägung und der geringen Nutzung durch den Menschen am Vogelzug von besonderer Bedeutung teil. Unter Anwendung der Ziele und Grundsätze des LEP sollte dieser Bereich auch entsprechend dargestellt werden. Es handelt sich beim alten Eiderkanal weiter um ein technisches Denkmal, das weit über die Grenzen von Schleswig-Holstein hinaus von besonderer Bedeutung ist. Die Potenzialfläche ist aufgrund der dargelegten besonderen Bedeutungen **nicht für eine Windenergienutzung geeignet.**	
Institution: Gemeinde Grube,	Sehr geehrte Damen und Herren,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Planung und Bauen **ID: M2419**	anbei übersende ich Ihnen die Stellungnahme zum o. g. Verfahren. Mit freundlichem Gruß Im Auftrag [redacted] Planung und Bauen Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Grube möchte hiermit Ihre positive Einstellung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema „Windenergie an Land“ zum Ausdruck bringen. Diese Fortschreibung ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um die Energiewende in Deutschland voranzutreiben und die Klimaziele zu erreichen. Die Gemeinde Grube sieht in der Windenergie eine bedeutende Chance, um die Energiewende aktiv mitzugestalten und einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, Die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans bietet die Möglichkeit, die Nutzung erneuerbarer Energien in unserer Region weiter auszubauen und dabei gleichzeitig die ökologischen und Ökonomischen Potenziale der Windkraft zu nutzen. Wir sind überzeugt, dass die gezielte Planung und Ausweisung von Windkraftstandorten nicht nur zur Reduzierung von CO2-Emissionen beiträgt, sondern auch die lokale Wirtschaft stärkt. Die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Windenergiebranche und die Förderung regionaler Unternehmen sind für uns von großer Bedeutung. Zudem kann die Windkraft dazu beitragen, die Energieversorgung in unserer Gemeinde nachhaltig und zukunftssicher zu gestalten. Insgesamt sind wir überzeugt, dass die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema „Windenergie an Land“ ein entscheidender Schritt ist, um die Energiewende erfolgreich zu gestalten. Die Gemeinde Grube unterstützt die Initiative und hofft auf eine zügige Umsetzung der geplanten Maßnahmen. Mit freundlichem Gruß	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2366	**Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich dies bezüglich anführen: Wenn die Landesregierung laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick behalten will, dann müssen die im Folgenden aufgeführten Bedenken und Aspekte zwingend bei den Planungen als Ziele und Grundsätze berücksichtigt werden: • Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten (z.B. Veenker, 2020) ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind. • Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel nach einem Brandereignis mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. • Für Havarien bzw. Brandereignisse müssen Haftung und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab festgelegt werden. • Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet wird als für im Siedlungsbereich Wohnende und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1, 2.11, 3.15, 3.16, 3.17, 3.18, 4.1, 4.5, 5.9, 6.1, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.12, 7.3 und 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse und auch die der Menschen. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. • Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. dem Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante, weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich des Artenschutzes. Dies steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papier) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. • Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz. • Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u.a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. • Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung des Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das menschliche Wohlbefinden und die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	menschliche Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Gemeinde Bargfeld-Stegen ID: M2418	Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) erhalten Sie anbei fristgerecht die Stellungnahme der amtsangehörigen Gemeinde Bargfeld-Stegen mit der Bitte um Kenntnisnahme und zur weiteren Verwendung im Planverfahren. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted] Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, die kommunalpolitischen Gremien der Gemeinde Bargfeld- Stegen haben sich mit dem o.g. Beteiligungsverfahren bzw. der Teilfortschreibung des LEP „Windenergie an Land“ befasst und beschlossen, hierzu eine Stellungnahme abzugeben. In der angefügten Karte sind die einzelnen Plangebiete nummeriert und insofern lassen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sich die textlichen Stellungnahmen den entsprechenden Gebieten zuordnen. Von der Gemeinde Bargfeld- Stegen wird insofern zur Teilforstschreibung des LEP „Windenergie an Land“ folgende Stellungnahme abgegeben: Die Gemeinde Bargfeld-Stegen unterstützt grundsätzlich die Bemühungen, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Allerdings darf dies nicht zum Verlust oder der Einschränkung von Lebensräumen oder ihrer charakteristischen Merkmale, Qualitätsminderung wichtiger Erholungsgebiete, der Attraktivitätsreduktion kulturell-historischer Anlagen oder einer Zerstörung von für Menschen und Gemeinde identifikationsstiftenden Merkmale und Besonderheiten führen. Zur Festlegung sogenannter Windenergiegebiete im Bereich der Gemeinde Bargfeld-Stegen nehmen wir deshalb wie folgt Stellung (s. beiliegende Karte): Planungsgebiet 1: keine Stellungnahme Planungsgebiet 2: Die Gemeinde lehnt das Planungsgebiet ab. Das ausgewiesene Planungsgebiet 2 liegt in direkter Nachbarschaft zum Jersbeker Forst. Dieses Waldgebiet ist nicht nur intensiv genutztes Naherholungsgebiet sondern umfasst auch einen Begräbniswald. Gleichzeitig ist der Wald Lebensraum für seltene Greife (Rotmilan, Uhu) und „Trittstein“ im Rotwild-Vernetzungsnetz SH und essentiell für die Wanderhirsche vom Duvenstedter Brook und der Segeberger Heide (vgl. auch Rotwildmanagement 22 – 25). Die ausgewiesene Fläche selbst stellt für die waldlebende Fauna ein wichtiges Nahrungspotential dar und ist wegen der extensiven Nutzung der Fläche wichtiges Habitat für Pflanzen. Die örtliche Infrastruktur (Wegenetz) ist ein einfaches Feldwegsystem mit z.T. engen Kurven, das für schwerere Fahrzeuge/Transporte ungeeignet ist. Die Gemeinde unterstützt eine Wegeertüchtigung/Neuanlage von Zufahrtswegen nicht. Planungsgebiet 3: keine Stellungnahme	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungsgebiet 4: Die Gemeinde lehnt das Planungsgebiet ab. Die beiden Teilgebiete des Planungsgebiets 4 liegen in den letzten intakten Feuchtwiesen der Alsterniederung, die seit jeher und auch heute eine hohe Bedeutung für Flora und Fauna haben und seit dem Mittelalter Landschaft, Kultur und Menschen geprägt haben. Zwischen den Teilgebieten befindet sich die archäologisch, historisch wie kulturell wertvolle Burgstelle Stegen. Die Feuchtwiesen sind lebensnotwendige Nahrungsgebiete für die vielen Storchenbrutpaare in Bargfeld-Stegen (Storchendorf Stormarn), die zwar Großteils außerhalb des 500m-Radius (ist Wilhelmshöhe besetzt, liegt ein Horst dichter als 500m) dem Charaktervogel des Ortes wie Schleswig-Holsteins. Daneben suchen Vögel der Feuchtgebiete wie Kiebitz, Graureiher, Kranich, Bekassinen und Uferschnepfen regelmäßig hier ihre Nahrung. Als Rastgebiet verschiedener Zugvogelarten (Gänse, Bakassinen) sind die Feuchtwiesen und das angrenzende Nienwohlder Moor ebenso von besonderer Bedeutung. Gleichzeitig liegen die betroffenen Flächen im Rothirsch-Wanderkorridor (s. oben). Kopfweiden, Feuchtwiesen und die sich schlängelnden Wasserarme der Alster bilden mit der Burgstelle Stegen im Zentrum den letzten Rest dieser ursprünglichen und identifikations-stiftenden Landschaft und illustrieren auch für unsere Nachkommen das Zusammenspiel von Landschaft und Kultur. Die Gemeinde Bargfeld-Stegen hat in den letzten Jahren die Burgstelle archäologisch auswerten lassen, das Gelände für Besucher ertüchtigt, Wasserläufe renaturiert, Flächen aus der intensiven Bewirtschaftung genommen, um ein Naherholungsgebiet hoher Qualität zu schaffen, das pädagogisch wichtig ist und auch für gemeindliche Veranstaltungen Bedeutung erlangt hat. Jedwede Veränderung dieses Landschaftsabschnitts durch Windkraftanlagen und Zufahrtswege mindert die Qualität des Ortes und damit die Besuchsfrequenz. Wie für Planungsgebiet 2 gilt auch hier, dass die örtliche Infrastruktur (Wegenetz) ein einfaches Feldwegsystem mit z.T. engen Kurven ist, das für schwerere Fahrzeuge/Transporte ungeeignet ist. Die Gemeinde unterstützt eine Wegeertüchtigung/Neuanlage von Zufahrtswegen nicht. Ich bitte darum, diese Stellungnahme der Gemeinde Bargfeld- Stegen im weiteren	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Verfahren zu berücksichtigen und verbleibe mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1635	Die Verteilung von Windrädern nach dem ‚Giesskannenprinzip‘ ist aus landschaftsplanerischer Sicht ungünstig. Landschaftsbereiche, welche weitgehend von anthropogenen Einflüssen unbelastet sind, müssen im Hinblick auf eine mittel-bis langfristige Entwicklungsmöglichkeit für Natur und Erholung von Windrädern freigehalten werden. Dazu gehören die ausgewiesenen Naturparke und deren unmittelbare Umgebung. Beispielsweise wurde vor etwas über zehn Jahren im Auftrage des Kreises Rendsburg/Eckernförde ein Gutachten für die Ausweitung des Naturparkes Westensee und oberes Eidertal erstellt. Diese potentielle Erweiterung umfasst grob gesagt das Dreieck zwischen den Städten Kiel, Neumünster und Rendsburg. Es müssen aus Gründen der Erholungsfunktion und des Naturschutzes in Schl.-Holstein zur Wahrung des typischen Landschaftsbildes solche noch intakten Bereich erhalten bleiben. Ohne auf die zahlreichen objektiven und subjektiven Argumente für oder gegen Windkraftanlagen einzugehen, appelliere ich einfach an den gesunden Menschenverstand der zuständigen Planungsinstitutionen. Wir dürfen nicht das gesamte Bundesland Schleswig-Holstein für die Gewinnung von regenerativer Energie preisgeben; dies würde dem Bundesland auch wirtschaftlichen Schaden zufügen (z.B. bei Immobilien). Wenn die Meinung sehr großer Bevölkerungsteile unberücksichtigt bleibt, wird dies im Wahlverhalten irgendwann in absehbarer Zeit zu politischen Verwerfungen führen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1.2, 3.17.1, 3.18.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson	Sehr geehrte Damen und Herren	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M2365	Zur geplanten … Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 … habe ich Einblick in Ihren Entwurf nehmen dürfen. In diesem Zusammenhang möchte ich hiermit Bedenken gegen m.E. neue und erhebliche Risiken anmelden. Sie beziehen sich besonders a) auf die zunehmenden Höhen der Windkraftanlagen (im Folgenden mit „WA“ bezeichnet) und b) auf die im Vergleich zu früheren Regelungen verringerten Abstände künftiger WA zu Wohngebieten, Infrastruktur und schutzwürdigen Naturgebieten. Abgesehen von den heute noch nicht absehbaren negativen Folgen ihres Entwurfs für die Ökosysteme befürchte ich negative Folgen für Leben und Gesundheit meiner Wenigkeit und meiner Mitbürger, die die Folgen tragen müssen. Ich fordere sie daher auf, zu den nachfolgend beschriebenen Themenpunkten und Risiken Stellung zu nehmen. Zugleich fordere ich Sie auf, geeignete Vorkehrungen in Form von Vorgaben und Regelungen im Landesentwicklungsplan hinsichtlich des Baus und der Positionierung von WA zu treffen, die eine Beeinträchtigung oder auch nur Gefährdung von Leben und Gesundheit insbesondere von Anrainern von Vorranggebieten für den WA-Ausbau nach menschlichem Ermessen ausschließen oder zumindest stark zu minimieren. Ich möchte hier 3 Themen kurz ausführen: 1. Die Folgen von Havarien von WA, deren Eintreten mit ansteigender Zahl von Windkraftanlagen zweifelsfrei zunehmen wird, findet im Entwurf keine Berücksichtigung. Ich fordere Sie auf, sicherzustellen, dass in ihren Planungen der Abstand einer WA zu Wohngebäuden so bemessen sein wird, dass bei einer Havarie der Anlage als Folge von Blitzeinschlag, Sturm, technischem Versagen etc. eine Gefahr für Leib und Leben der Anrainer durch umherfliegende Trümmerteile, dadurch ausgelöste Brände oder giftige Gasen und Rauchpartikel nach menschlichem Ermessen auszuschließen ist. 2. Ich bin beunruhigt über die Langzeitfolgen des Abriebs von Kunststoffpartikeln an Kanzel und Rotoren. Dieser Abrieb hat eine „schleichende“ Akkumulation von Mikroplastik und damit eine stetig wachsende Belastung von Böden, Oberflächenwasser, Grundwasser und Leben besonders im Umfeld von WA	Ziffern 2.1 bis 2.5, 7.2.7, 7.2.9 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zur Folge, denn Kohlefaser-verstärkte Kunststoffe werden bakteriell entweder gar nicht oder, wenn überhaupt, nur extrem langsam abgebaut. Nun sind die Gefahren von Mikroplastik auf Mensch und Umwelt aus Forschungsprojekten zweifelsfrei erwiesen. Ich fordere Sie deshalb auf, den Abrieb von Kunststoffen aus WA mit seinen Folgen für Mensch und Umwelt detailliert und kritisch zu bewerten und daraus Lösungsansätze zu entwickeln, die geeignet sind, die Beeinträchtigung unserer aller Leben durch den stetigen Strom von Mikroplastik aus WA zu minimieren. 3. Bewertungen der Folgen von Infraschall durch das Bundesamt für Umwelt gehen (über die Jahre und nach meiner Kenntnis) nicht davon aus, dass von WA emittierter Infraschall zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führt. Zugleich werden letztere in Einzelfällen aber nicht ausgeschlossen, und es werden Langzeitstudien gefordert, um mögliche Langzeitfolgen der Infraschallemissionen aus WA einzuschätzen. Es ist also offensichtlich, dass selbst Experten hier unsicher sind. In Anbetracht dieser Unwägbarkeiten sollte man m.E. lieber Vorsicht walten lassen, weil es um Gesundheit geht. Bis zum Vorliegen der Ergebnisse von Langzeituntersuchungen sollten die Abstände von WA zu Wohneinheiten deshalb nicht verringert, sondern so groß bemessen werden, dass Infraschall-Beeinträchtigungen von Anrainern nicht auch noch provoziert werden. Weil mit abnehmendem Abstand von WA zu Wohngebieten die unmittelbare Infraschall-Belastung der Bewohner zunehmen wird, fordere ich Sie auf, die im Entwurf geplante Verringerung der Abstände von WA zu Wohngebieten zu revidieren, bis die Resultate der geforderten Langzeituntersuchungen vorliegen und von Experten ergebnisoffen bewertet sind. Einen zum Ernst der Lage eher unpassenden, humorigen Lösungsansatz bitte ich nicht in Erwägung zu ziehen: Die Wohngebäude müssen weichen Bitte bestätigen Sie mir den Erhalt der E-Mail – herzlichen Dank. Mit freundlichem Gruß [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Institution: Osterhof Detlef Regenerative Energien GmbH & Co. KG ID: M2417	Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung, möchten ich im Namen der [redacted] auf den Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land Bezug nehmen. Insbesondere möchten wir hier auf die Fläche in und um das Windvorranggebiet PR3_OHS_001 auf der Insel Fehmarn eingehen. Aus unserer Sicht sprechen keinerlei Punkte gegen die Ausweisung dieser Fläche gemäß der dem Landesentwicklungsplan Entwurf zugehörigen Potenzialflächenkarte. Es werden in diesem Bereich keine Ziele und Grundsätze des Landes berührt, weshalb einer Ausweisung der Fläche zur Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen auch aus unserer Sicht nichts entgegensteht. Für Rückfragen stehen wir gerne jederzeit zur Verfügung. Mit Besten Grüßen, [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 1.3, 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Gemeinde Büchen, Bauamt ID: 1591	**Stellungnahme Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Juni 2024 Stellungnahme der Gemeinde Witzeeze** Sehr geehrte Damen und Herren, Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gibt die Gemeinde Witzeeze folgende Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein ab. **Hintergrund**: Das Land Schleswig-Holstein hat im Juni2024 die neuen Entwürfe zur Landesverordnung aus der Fortschreibung 2021 zum Thema Windenergie an Land	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die geforderte Umstufung von Zielen in Grundsätze bei den Abstandsvorgaben zur Wohnbebauung wird nicht gefolgt. Es ist eine planerische Grundsatzentscheidung, diesen Bereichen einen angemessenen Freiraumschutz zu gewähren, der nicht unterschritten werden soll.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	veröffentlicht. **Stellungnahme der Gemeinde Witzeeze** Grundsätzlich begrüßt die Gemeinde Witzeeze den Ausbau der Windenergie an Land und steht dem Entwurf zum Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land sehr positiv gegenüber. Die Gemeinde ist sich der Verantwortung der Kommunen im Bereich der Energiewende bewusst und möchte einen aktiven Beitrag dazu leisten. Die Gemeinde Witzeeze ist Teil des Amts Büchen, für das ein integriertes Klimaschutzkonzept vorliegt, von welchem auch in der Gemeinde Witzeeze bereits mehrere Maßnahmen erfolgreich umgesetzt wurden oder sich in der Planung befinden. Die Gemeinde Witzeeze ist somit bereits aktiv im Klimaschutz und möchte auch zukünftig weitere Maßnahmen realisieren. Hierzu gehört auch die Nutzung von kommunalen und privaten Flächen für die Erzeugung regenerativer Energie, auch aus Windkraft im Binnenland. Daher spricht sich die Gemeinde Witzeeze in dieser Stellungnahme dafür aus, den in der Karte rot dargestellten Teilbereich der Potenzialfläche PR3_LAU_007 als Vorranggebiet für Windkraft auszuweisen (siehe beigefügte Karte). Für die Ausweisung dieser Potenzialfläche als Vorranggebiet spricht, dass es sich um eine logische Erweiterung des Bestandswindparks bei Wangelau handelt, wodurch eine ressourcenschonende Erschließung gesichert wäre sowie vorhandene Synergien genutzt werden könnten. Die Ausweisung der kleineren Potenzialfläche (PR3_LAU_013) als Vorranggebiet hingegen hält die Gemeinde Witzeeze für nicht zielführend aufgrund der geringen Größe der Potenzialfläche. Die Fläche ist einzeln gelegen und abgegrenzt und damit für eine ressourceneffiziente Erschließung nicht geeignet. Des Weiteren spricht aus Sicht der Gemeinde Witzeeze gegen diese Fläche, dass diese im Bereich zwischen 800-1.000 m entfernt vom aktuellen Siedlungsgebiet liegt und damit ggf. die zukünftige Entwicklung der Gemeinde einschränkt. Zudem spricht sich die Gemeinde ohnehin für einen Abstand von 1.000 m von ihrem Gemeindegebiet aus. Weiterhin liegt die Fläche zwischen verschiedenen Biotopen und würde diese Biotopachse zerschneiden (siehe hierzu auch die Kartenansicht). Damit hätte die Ausweisung dieser Fläche einen negativen Einfluss auf den Naturraum. Zudem besteht die Gefahr der Umzingelung des Witzeezer Siedlungsgebiets, wenn sowohl die Flächen im Westen als auch die Flächen im Norden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	als Vorranggebiete ausgewiesen werden würden. Auch aus diesem Grund lehnt die Gemeinde diese Potenzialfläche ab. Ebenso spricht sich die Gemeinde Witzeeze aus folgenden Gründen gegen die Ausweisung des nicht rot dargestellten Bereichs der Potenzialfläche PR3_LAU_007 aus. Sollte diese Fläche für Windkraft genutzt werden, so erhöht sich die oben bereits genannte Gefahr der Umzingelung des Gemeindegebiets. Weiterhin würde auch dieser Teil der Fläche zu einer Zerschneidung der Biotopachse führen. Und auch bei dieser Potenzialfläche ist ein größerer Anteil innerhalb des 800-1.000 m- Radius um das geschlossene Siedlungsgebiet, welches die Gemeinde bittet, als Abstand einzuhalten. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Witzeeze hat bereits einen positiven Beschluss gefasst, so dass der politische Wille zur Ausweisung des in der Karte rot gekennzeichneten Teilgebietes von PR3_LAU_007 als Vorranggebiet für Windkraft in der Gemeinde gesichert vorliegt. Zu der Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur bittet die Gemeinde Witzeeze eine Umstufung der Ziele 1, 2 und 3 in Grundsätze 1,2 und 3 vorzunehmen. Denn generell sollen durch die Ausweisung der Vorranggebiete für Windkraft keine Einschränkungen in der zukünftigen Siedlungsentwicklungen der Gemeinde Witzeeze ausgelöst werden. Auch die Entwicklungspotenziale sollten daher bei der Auswahl der Flächen für die Vorranggebiete Berücksichtigung finden. Ich bitte darum, diese Stellungnahme bei der Ausweisung von Flächen für Ihre weiteren Planungen zu berücksichtigen.	
Institution: Gemeinde Büchen, Bauamt ID: 1595	**Stellungnahme Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Entwurf Juni 2024 Stellungnahme der Gemeinden Besenthal und Gudow** Sehr geehrte Damen und Herren, Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens geben die Gemeinden Besenthal und Gudow folgende Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land des	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Bezüglich der Forderung, die Ziele 1, 2 und 3 aus Kapitel 4.5.1.1 in Grundsätze zu überführen, sei darauf hingewiesen, dass damit kein pauschaler Abstand mehr bestehen würde und gleichzeitig die Windenergienutzung innerhalb eines

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein ab. **Hintergrund**: Das Land Schleswig-Holstein hat im Juni2024 die neuen Entwürfe zur Landesverordnung aus der Fortschreibung 2021 zum Thema Windenergie an Land veröffentlicht. **Stellungnahme der Gemeinden Besenthal und Gudow** Grundsätzlich begrüßen die Gemeinden Besenthal und Gudow den Ausbau der Windenergie an Land und stehen dem Entwurf zum Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land sehr positiv gegenüber. Die Gemeinden sind sich der Verantwortung der Kommunen im Bereich der Energiewende bewusst und möchten einen aktiven Beitrag dazu leisten. Die Gemeinden sind Teil des Amts Büchen, für das ein integriertes Klimaschutzkonzept vorliegt, von welchem auch in den Gemeinden Besenthal und Gudow bereits Maßnahmen erfolgreich umgesetzt wurden oder sich in der Planung befinden. Die Gemeinden Besenthal und Gudow sind somit bereits aktiv im Klimaschutz und möchten auch zukünftig weitere Maßnahmen realisieren. Hierzu gehört auch die Nutzung von kommunalen und privaten Flächen für die Erzeugung regenerativer Energie, auch aus Windkraft im Binnenland. Daher sprechen sich die Gemeinden Besenthal und Gudow in dieser Stellungnahme dafür aus, den als Potenzialfläche gekennzeichneten Bereich (PR3_LAU_026) als Vorranggebiete für Windkraft auszuweisen (siehe beigefügte Karte). Die Ausweisung der kleineren Potenzialfläche (PR3_LAU_089) auf dem Gebiet der Gemeinde Besenthal als Vorranggebiet hingegen halten wir für nicht zielführend aufgrund der geringen Größe der Potenzialfläche. Die Fläche ist einzeln gelegen und abgegrenzt und damit für eine ressourceneffiziente Erschließung nicht geeignet. Die Potenzialfläche grenzt zudem an den Sarnekower See, der ein geschütztes Biotop darstellt. Ebenso erfolgt durch das Gebiet eine Trennung vom Hellbach und eine Durchschneidung der großräumigen Naturschutzfläche. Die Potenzialfläche PR3_LAU_089 ist umgeben von einem durchgängigen FFH-Gebiet und dessen Umgebung und hätte daher unserer Einschätzung nach einen negativen Einfluss auf den Naturraum. Für uns überwiegen hier die Negativkriterien, so dass wir uns gegen eine Nutzung der Fläche für Windkraft aussprechen.	Vorranggebietes durch heranrückende Bebauung beeinträchtigt werden könnte. Da Siedlungsentwicklungen von Gemeinden im Rahmen der Vorranggebietsausweisung berücksichtigt werden können, bedarf es aus Sicht der Landesplanungsbehörde keiner Änderung.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zu der Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur bitten die Gemeinden Besenthal und Gudow eine Umstufung der Ziele 1, 2 und 3 in Grundsätze 1,2 und 3 vorzunehmen. Denn generell sollen durch die Ausweisung der Vorranggebiete für Windkraft keine Einschränkungen in der zukünftigen Siedlungsentwicklungen der Gemeinden ausgelöst werden. Auch die Entwicklungspotenziale sollten daher bei der Auswahl der Flächen für die Vorranggebiete Berücksichtigung finden. Wir bitten darum, diese Stellungnahme bei der Ausweisung von Flächen für Ihre weiteren Planungen zu berücksichtigen.	
Institution: Gemeinde Büchen, Bauamt ID: 1610	**Stellungnahme Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Entwurf Juni 2024 Stellungnahme der Gemeinde Müssen** Sehr geehrte Damen und Herren, Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gibt die Gemeinde Müssen folgende Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein ab. **Hintergrund**: Das Land Schleswig-Holstein hat im Juni2024 die neuen Entwürfe zur Landesverordnung aus der Fortschreibung 2021 zum Thema Windenergie an Land veröffentlicht. **Positive Stellungnahme der Gemeinde Müssen** Grundsätzlich begrüßt die Gemeinde Müssen den Ausbau der Windenergie an Land und steht dem Entwurf zum Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land sehr positiv gegenüber. Die Gemeinde Müssen ist sich der Verantwortung der Kommunen im Bereich der Energiewende bewusst und möchte einen aktiven Beitrag dazu leisten. Die Gemeinde ist Teil des Amts Büchen, für das ein integriertes Klimaschutzkonzept vorliegt, von	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.3, 7.1.4 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die geforderte Umstufung von Zielen in Grundsätze bei den Abstandsvorgaben zur Wohnbebauung wird nicht gefolgt. Es ist eine planerische Grundsatzentscheidung, diesen Bereichen einen angemessenen Freiraumschutz zu gewähren, der nicht unterschritten werden soll.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	welchem auch in der Gemeinde Müssen bereits viele Maßnahmen erfolgreich umgesetzt wurden. Die Gemeinde Müssen ist somit bereits aktiv im Klimaschutz und möchte auch zukünftig weitere Maßnahmen realisieren. Hierzu gehört auch die Nutzung von kommunalen und privaten Flächen für die Erzeugung regenerativer Energie, auch aus Windkraft im Binnenland. Daher spricht sich die Gemeinde Müssen in dieser Stellungnahme dafür aus, die als Potenzialflächen gekennzeichneten Bereiche im Gemeindegebiet der Gemeinde Müssen (PR3_LAU_019 und PR3_LAU_018) als Vorranggebiete für Windkraft auszuweisen (siehe beigefügte Karte). Die Gemeindevertretung der Gemeinde Müssen hat hierzu bereits einen positiven Beschluss gefasst, so dass der politische Wille zur Ausweisung der beiden Gebiete als Vorranggebiete für Windkraft in der Gemeinde gesichert vorliegt. Zu der Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur bittet die Gemeinde Müssen eine Umstufung der Ziele 1, 2 und 3 in Grundsätze 1,2 und 3 vorzunehmen. Denn generell sollen durch die Ausweisung der Vorranggebiete für Windkraft keine Einschränkungen in der zukünftigen Siedlungsentwicklungen der Gemeinde Müssen ausgelöst werden. Auch die Entwicklungspotenziale sollten daher bei der Auswahl der Flächen für die Vorranggebiete Berücksichtigung finden. Ich bitte darum, diese positive Stellungnahme bei der Ausweisung von Flächen für Ihre weiteren Planungen zu berücksichtigen.	
Institution: Gemeinde Büchen, Bauamt ID: 1632	**Stellungnahme Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Entwurf Juni 2024 Stellungnahme der Gemeinde Büchen** Sehr geehrte Damen und Herren, Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gibt die Gemeinde Büchen folgende Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein ab. **Hintergrund**: Das Land Schleswig-Holstein hat im Juni2024 die neuen Entwürfe zur	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.3, 7.1.4 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die geforderte Umstufung von Zielen in Grundsätze bei den Abstandsvorgaben zur Wohnbebauung wird nicht gefolgt. Es ist eine planerische Grundsatzentscheidung, diesen Bereichen einen angemessenen Freiraumschutz zu gewähren, der nicht unterschritten werden soll.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Landesverordnung aus der Fortschreibung 2021 zum Thema Windenergie an Land veröffentlicht. Zu der Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur bittet die Gemeinde Büchen eine Umstufung der Ziele 1, 2 und 3 in Grundsätze 1,2 und 3 vorzunehmen. Denn generell sollen durch die Ausweisung der Vorranggebiete für Windkraft keine Einschränkungen in der zukünftigen Siedlungsentwicklungen der Gemeinde Büchen ausgelöst werden. Auch die Entwicklungspotenziale sollten daher bei der Auswahl der Flächen für die Vorranggebiete Berücksichtigung finden. Ich bitte darum, diese Stellungnahme bei der Ausweisung von Flächen für Ihre weiteren Planungen zu berücksichtigen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1634	**Stellungnahme als Landeigentümer zur Übernahme einer Potenzialfläche als Vorrangfläche für Windenergienutzung einer zukünftigen Teilfortschreibung des Regionalplanes, Sachthema: Windenergie – hier: Potenzialfläche PR3_DIT_069 in der Gemeinde Nordermeldorf** Hiermit nehme ich Bezug auf den am 30.12.2020 in Kraft getretenen Regionalplan und die dort nicht als Vorrangfläche übernommene Potenzialfläche „PR3_DIT_069“ in der Gemeinde Nordermeldorf und bringen meine Stellungnahme in das Beteiligungsverfahren zur Fortschreibung der Regionalplanung ein. Mit dieser Stellungnahme wird beabsichtigt die ehemals nicht berücksichtigte Potenzialfläche PR3_DIT_069 als Vorranggebiet einzubringen. **<u>Ausgangslage/Zielsetzung:</u>** Als betroffener Landeigentümer plane ich zusammen mit allen weiteren Landeigentümern vor Ort ein Windvorhaben innerhalb des Planungsraumes PR3_DIT_069. Bei der Flächenkulisse handelt es sich konkret um die nicht als Vorranggebiet ausgewiesene Potenzialfläche im Nordermeldorfer Christianskoog. Die konkrete Flächenabgrenzung des damaligen RROP 2020 entnehmen Sie bitte der nachfolgenden, graphischen Abbildung: *Abgelehnte Potenzialfläche PR3_DIT_069*	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffer 6.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wir Landeigentümer wollen für die Einbringung der abgelehnten Potenzialfläche zur Ausweisung als Vorranggebiet werben und bringen diese als Vorschlag für die anstehende Teilfortschreibung der Regionalplanung, Sachthema Wind, ein. Grundsätzlich haben sich seit dem RROP 2020 die Gewichtung des Ausbaus der Windenergie und der Belange des Denkmalschutzes geändert. In Verbindung mit der Notwendigkeit des Windenergieausbaus und dem überragenden öffentlichen Interesse erscheint die hier beworbene Ausweisung als Vorranggebiet als überaus geeignet. Die aus der Abwägungsentscheidung des RROP hervorgehenden bejahende Gründe wie die hervorragende Akzeptanz vor Ort und die geringen Konfliktrisiken zu den relevanten Belangen sprechen weiterhin für die Fläche. Auf die vorgebrachten Gründe gegen eine Ausweisung soll im Folgenden im Detail eingegangen werden: **<u>Bewertung der Abwägungskriterien Konfliktrisiko im Detail</u>** Abwägung laut Landesplanung: *Freihaltebereich in der Dithmarscher Marsch* Unsere Entgegnung: Da die in der Abwägungsentscheidung benannten Flächen DIT_067, DIT_068 und DIT_071 trotz der Lage in der Dithmarscher Marsch als Vorranggebiete ausgewiesen wurden, wäre eine Nichtausweisung unverhältnismäßig. Auch dürfte das Ziel der Freihaltung im Hinblick auf den stark gestiegenen Bedarf am Windenergieausbau in Zukunft geringer gewichtet werden, da ein Zuwachs der Windenergie unausweichlich ist. Insofern sollten die Belange des Windenergieausbaus hier überwiegen. Abwägung laut Landesplanung: *Denkmalschutz* Unsere Entgegnung: Generell soll das überragende öffentliche Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien die Belange des Denkmalschutzes regelmäßig überwiegen. Dazu kommt, dass Denkmalschutz zukünftig noch geringer gewichtet werden soll. Insofern sollte dieses Kriterium einer vollständigen Ausweisung als Vorranggebiet nicht im Wege stehen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fazit: Wir Landeigentümer bewerben die Aufnahme der Potenzialfläche PR3_DIT_069 als Windvorranggebiet und bringen diese nochmals ausdrücklich ein. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Stadt Lauenburg/Elbe - Amt Lütau **ID: M2364**	**Stellungnahme der Gemeinde Lütau zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024** Die Gemeinde Lütau nimmt die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) Schleswig- Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024, zur Kenntnis. Der Entwurf des Landesentwicklungsplanes (LEP-E) verfolgt das nachvollziehbare Ziel, die Vorgaben des Gesetzes zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (WindBG) nicht nur sicher zu erreichen, sondern aus eigener klima- und energiepolitischer Verantwortung überzuerfüllen. Der vorliegende Entwurf will dies allerdings auf Kosten der Gemeinden erreichen, indem er die bauleitplanerische Konkretisierung der übergeordneten Windenergieplanung weitgehend ausschließt. Ein solches Vorgehen ist durch das WindBG nicht vorgegeben. Vielmehr können nach dessen Konzeption selbstverständlich auch Abstände und Höhenbegrenzungen vorgesehen werden; lediglich nicht für diejenigen Gebiete, die zur Erreichung des Mindestziels beitragen sollen. Damit, dass die Landesregierung eine ortsangepasste Windenergieplanung auf der kommunalen Ebene ausschließt, eröffnet sie eine Fehlerhaftigkeit in zwei Richtungen: entweder muss auf die Gebiete, die eine Anpassung benötigen, insgesamt verzichtet werden, sodass auch deren potentieller Beitrag zur Energiewenden ausgeschlossen wird, oder – was wohl derzeit beabsichtigt sein dürfte – auch solche Gebiete werden unter den Prämissen des LEP-E in die Regionalplanung übernommen, die sich dann als unverhältnismäßig und willkürlich darstellen wird, was nach entsprechenden gerichtlichen Feststellungen einen weiteren Planungsprozess erfordert und erheblichen Zeitverzug für die Erreichung der Klimaziele bedeutet.	Zur Priorisierung der bisherigen Vorranggebiete im Zusammenhang mit der Referenzanlage: Richtig ist die Annahme aus der Stellungnahme, dass die bevorzugte Weiterführung bestehender Gebiete vor allem in Relation zu gänzlich neu auszuweisenden Gebieten geprüft wird. Die Landesplanung geht aufgrund vorliegender Erfahrungen mit WEA in der Größenordnung der neuen Referenzanlage davon aus, dass die Errichtung solcher Anlagen in der Regel innerhalb der bereits bestehenden Vorranggebiete möglich sein wird. Zum Verbot von Höhenbeschränkungen in kommunalen Bauleitplänen: Das Land setzt hier lediglich Vorgaben aus dem Bundesrecht, namentlichdem WindBG um. Danach können nur Flächen für den zu erreichenden Flächenbeitragswert angerechnet werden, die keine Höhenbestimmungen beinhalten. Um sicherzustellen, das dies auf die Vorranggebiete zutrifft, wird das entsprechende Ziel formuliert. Kritik am WindBG ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Zu den Siedlungsabständen: Hier liegen bereits Erfahrungen vor, dass größere WEA mit diesen Abstandsvorgaben vereinbar sind. Der Tatbestand der erdrückenden Wirkung ist mittlerweile im § 249 Abs. 10 BauGB normiert auf das Zweifache der Anlagenhöhe. Gemessen daran können die Abstände nach wie vor als angemessen gelten. Eine Vergrößerung der Abstände würde im Übrigen sehr schnell zu einer deutlichen Reduktion der Potenzialfläche führen. Bei

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Priorisierung der bisherigen Vorranggebiete Der aktuelle LEP-E geht als Grundsatz der Raumordnung davon aus, dass als Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen „bevorzugt die Vorranggebiete Windenergie und Vorranggebiete Repowering der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land von 2020 [...] übernommen werden“, Ziffer 4.5.1 Nr. 2 G LEP-E. Eine solche Vorgabe entbindet von einer Abwägung jeder einzelnen Vorranggebietsfestlegung nicht und kann konkrete Ermittlungs- und Prüfungspflichten nicht ersetzen. Insbesondere natur- und artenschutzrelevante tatsächliche Entwicklungen seit dem Abschluss der Planung 2020, aber auch andere raumbedeutsame Entwicklungen, können bei heutiger Bewertung dazu führen, dass ein seinerzeit zur Vorrangnutzung geeignetes Gebiet heute als ganz oder teilweise ungeeignet zu charakterisieren ist. Eine grundsätzliche Neuprüfung ist im Hinblick auf die zu erwartende Höhe der Anlagen erforderlich. Nach Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E ist der Vorranggebietsausweisung als sogenannte Referenzanlage eine solche mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde zu legen. Vor diesem Hintergrund werden auch die potentiellen Auswirkungen des Gebiets bestimmt. Die Referenzanlage der Planung 2020 ist hingegen eine Referenzanlage von 150 Metern Gesamthöhe mit einer Nabenhöhe von 100 Metern, einem Rotordurchmesser von 100 Metern und 3,2 MW Leistung, Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, Eckpunkte der neuen Windenergieplanung, Dezember 2023, S. 5. Die Gebiete sollen also grundsätzlich Anlagen von einer jedenfalls um 25% größeren Höhe und einer etwa 65 % höheren Leistung aufnehmen, wobei auch mit der Referenzanlage ausdrücklich keine Höhenbegrenzung verbunden sein soll, sodass auch größere Anlagen in den Gebieten grundsätzlich zu verwirklichen sein sollen, Begründung zu Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E. Zu einer Eignung für derartige Anlagen treffen die bisherigen Vorranggebietsfestlegungen keine Aussage. Sie ist im Zuge der Teilfortschreibung der Regionalpläne erstmalig und jeweils im Einzelfall zu prüfen. Auf welcher Grundlage der LEP-E trotzdem davon ausgeht, „dass WEA mit einem größeren Rotordurchmesser als 150 Metern dennoch entsprechenden Raum auf einem weitüberwiegenden Teil der Vorranggebiete Windenergie finden können“, Begründung zu Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E, erklärt sich nicht. Ebenso ist nicht erkennbar, was im Zusammenhang hiermit heißen soll, die alten Gebiete seien „bevorzugt“ wieder auszuweisen. Dies kann sich nur auf	gleichzeitiger Wahrung von Kriterien des Arten-, Natur- und Landschaftsschutzes wäre die Erreichung des Flächenbeitragswertes nicht mehr möglich. Die Stellungnahme beinhaltet darüber hinaus Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene, namentlich auf einzelne Flächen beziehen. Die Stellungnahme wird diesbezüglich zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fälle beziehen, in denen eine Auswahl zwischen einem bisherigen und einem neuen Gebiet getroffen werden soll. Für sämtliche andere Belange hat der Hinweis – wie dargestellt – keine inhaltliche Aussagekraft. **Zum Wegfall der Höhenbegrenzungsmöglichkeit** Der Wegfall der Möglichkeit, in den gemeindlichen Planungen Höhenbegrenzungen vorzunehmen, stellt einen erheblichen Eingriff in Art. 28 Abs. 2 GG dar. Die bisherigen Feinsteuerungsmöglichkeiten der Gemeinden entfallen vollständig, sodass diese auf die Steuerung der Windkraft in ihrem Gemeindegebiet keinen Einfluss mehr nehmen können. Dies nimmt den Gemeinden die Möglichkeit, ihre Ortschaften vor negativen Einflüssen durch Windparks zu schützen. Das Genehmigungsregime nach § 6 BImSchG leistet insoweit nur einen Minimalschutz. Es stellt die Einhaltung des immissionsschutzrechtlichen Schutzgrundsatzes im Hinblick auf das Niveau zulässiger Schallimmissionen und Schattenwürfe sicher und überprüft die Vereinbarkeit mit sonstigen öffentlichen Vorschriften, die Gemeinden durch Ihre Bauleitplanung bislang allerdings gerade selber schaffen konnten. Ein gemeindlicher Schutz des Landschaftsbildes, besonderer touristischer Funktionen oder historischer Stadtansichten entfällt. Auch insoweit wird der Maßstab – zugunsten der Windenergie – auf strikte rechtliche Grenzen zurückgefahren, wie sie dann nur noch in § 13 Abs. 2 DSchG SH bestehen. Zwar sollen nach Ziffer 4.5.1.5 G LEP-E bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Belange des Denkmalschutzes berücksichtigt werden. Dies ist aber schon keine Verpflichtung („soll“). Zudem wird eine ebensolche Berücksichtigung der kommunalen Planungsebene untersagt. Mit § 4 Abs. 1 DSchG SH setzt sich der LEP insoweit in unmittelbaren Widerspruch. Dort heißt es ausdrücklich: „Die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sowie die Anforderungen des europäischen Rechts und der in Deutschland ratifizierten internationalen und europäischen Übereinkommen zum Schutz des materiellen kulturellen Erbes sind in die städtebauliche Entwicklung, Landespflege und Landesplanung einzubeziehen und bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen.“ Die Schaffung eines Ausgleichs zwischen der Windenergienutzung und dem Denkmalschutz – der regelmäßig durch die Vergrößerung von Abständen und durch Höhenbegrenzungen erreicht wird – soll auf der regionalplanerischen Ebene unterbleiben und wird auch den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeinden für die bauleitplanerische Ebene untersagt. Die Konfliktverlagerung auf die Genehmigungsebene ist unzulässig und berücksichtigt die Interessen der Gemeinden an dem Schutz ihre eigenen Orts- oder Landschaftsbildes nicht. Auch soweit „in der späteren notwendigen Einzelfallprüfung von Vorranggebieten Windenergie Landschaftsschutzgebiete, Naturparke und regionale Grünzüge berücksichtigt werden“ sollen, Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, S. 72, wird den Kommunen untersagt, hierfür die nach ihrer eigenen Planungspolitik erforderlichen Festsetzungen zu treffen. Soweit für zahlreiche bisherige Vorranggebiete, schon jetzt – auf der Basis der „alten“ Referenzanlage – davon ausgegangen wird, dass es aufgrund von Belangen des Denkmalschutzes im Genehmigungsverfahren zu Höhenbeschränkungen kommen kann, vgl. Ziffer 5.7.3 LEPTeilfortschreibung 2020 für den Planungsraum III, fragt sich zusätzlich, inwieweit die betroffenen Gebiete, wenn dies schon gegenüber der bisherigen weit niedrigeren Referenzhöhe einer Anlage angenommen wurde, überhaupt zur Leistung eines Beitrags im Sinne des WindBG in der Lage sind und/oder aufgrund der Risiken im Genehmigungsverfahren von Investoren nachgefragt werden. Solche Gebiete trotz der erkannten Konflikte zur formalen Erfüllung des Ausweisungsziels mit unbegrenzter Anlagenhöhe auszuweisen wäre nicht zuletzt ein Etikettenschwindel, der das Planungskonzept insgesamt beschädigt und daher unterlassen werden sollte. Jene Planungen können nach dem derzeitigen Entwurf des LEP mit dem Wegfall der Höhenbegrenzung nicht mehr fortgeführt werden. Es wird damit durch die Zielfestlegung eine „hinreichend konkrete und verfestigte eigene Planung der Gemeinde nachhaltig gestört“, was einen Eingriff in die Planungshoheit darstellt (vgl. OVG Schleswig, Urteil vom 7. Juni 2023 – 5 KN 35/21 –, Rn. 56, juris m. w. N), der aus den in dieser Stellungnahme genannten Gründen auch unverhältnismäßig ist. Die Vorgaben des Landesentwicklungsplans müssen infolge des grundlegenden Systemwechsels zum Schutz dieser konkreten Planung Stichtage in der Zukunft enthalten, bis zu denen im Verfahren befindliche Planungen jedenfalls im Wege der Zielabweichung zugelassen werden oder Zielabweichungsverfahren für bestehende Bauleitpläne nachträglich durchzuführen sind. **Zu den Abstandsvorgaben,** Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 und Nr. 2 LEP-E Mit den als Zielen der Raumordnung formulierten Abstandsvorgaben von 800 m um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 Z) und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	400 m um Einzelhäuser, Splittersiedlungen und Gewerbe (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 2 Z) übernimmt der LEP-E in etwa diejenigen Abstände, die die bisherige Teilfortschreibung als weiche Tabuzonen vorsah und die von der bisherigen Regionalplanung eingehalten wurden, Textteil des Regionalplans für den Planungsraum III in Schleswig-Holstein Kapitel 5.7 (Windenergie an Land) v. 29. Dezember 2020; Begründung zu 5.7.1 (1) bis (3). Mit der Beibehaltung der Mindestabstandswerte bei gleichzeitiger Vergrößerung der Anlagen ist eine erheblich veränderte Belastungslage verbunden. Hierzu äußert sich der LEP-E nicht. Auch zeigt § 249 Abs. 9 BauGB, dass eine Vergrößerung der Abstände auf bis zu 1.000 m bundesrechtlich für angemessen gehalten wird, soweit das Mengenziel weiterhin erfüllt wird. Vor diesem Hintergrund sollte den Gemeinden gestattet werden – soweit nicht schon auf der landes- und regionalplanerischen Ebene größere Abstände vorgesehen werden, aus kommunalen Erwägungen heraus die Gebietsfestlegungen zu modifizieren. Dem siedlungsnahen Freiraumschutz kommt ein erhebliches Gewicht zu, das der LEP-E nicht ausreichend beachtet. Ortsangepasste Modifikationen können zudemnur auf der Ebene der kommunalen Planung geleistet werden. Auf etwaige Siedlungsbesonderheiten einzugehen, entspricht nicht der Ebene der Landes- oder Regionalplanung. Eine Notwendigkeit gemeindlicher Einflussnahme zum Schutz der eigenen Bevölkerung besteht erst recht im Falle einer Umfassung des Gemeindegebiets durch Windenergiegebiete. Eine solche „soll“ nach Ziffer 4.5.1.1 Nr. 7 G LEP-E zwar unterbleiben, wird aber landesplanerisch nicht ausgeschlossen und ist für die Gebiete LAU_067 (Vorranggebiet-Basedow/Lütau) und LAU_063 (Potenzialfläche-Wangelau/Witzeeze), für die investorenseitig wohl ein Zusammenlegungswunsch besteht, auch konkret zu befürchten. **Zusammenfassung** Die Vorgaben des LEP für die Regionalplanung schaffen Konflikte, die weder von ihr selbst, noch auf der Ebene der Regionalplanung gelöst werden. Zugleich wird den Gemeinden jegliche eigene Einflussmöglichkeit zum Schutz ihrer Ortschaften genommen. Die Planung ist daher abzulehnen. Die Ausweisung des Gebietes LAU_067 (Basedow/Lütau) als Vorranggebiet muss in Anbetracht der Unmöglichkeit einer planerischen Höhenbegrenzung oder der Gebietsbegrenzung auf kommunaler Ebene insgesamt unterbleiben. Gleiches dürfte aus Gründen des Denkmalschutzes und aufgrund anderer schon bisher erkannter Konflikte	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	für weitere bisherige Vorranggebiete gelten. Die Landesentwicklungsplanung muss diese Konsequenz, selbst dann, wenn sie nicht als feststehend, sondern nur als ernsthafte in Betracht kommende Möglichkeit aufzufassen sein sollte, in ihre eigenen Vorgaben ebenfalls einbeziehen, was sie bislang nicht tut. Eine abschließende Abwägung des Für und Wider des Wegfalls der Höhenbegrenzung hat daher auch für die Ebene der Landesentwicklungsplanung nicht ausreichend stattgefunden. Ein wirksames Ziel der Raumordnung wird mit dem Wegfall der Höhenfestsetzung insoweit nicht begründet. Auch vor dem Hintergrund der gegenüber der tatsächlich angestrebten Ausweisung etwa doppelt so hohen Potenzialfläche, ist weder akzeptabel noch abwägungsgerecht, die Belange der Gemeinden aus dem Planungsprozess auszunehmen und ihnen jegliche planerischen Spielräume zu nehmen. Eine rechtlich zu ihren Lasten wirkende Situationsgebundenheit der Gemeinden besteht vor diesem Hintergrund und aufgrund der als gleichermaßen gut angenommenen Windhöffigkeit im gesamten Landesgebiet nur eingeschränkt.	
Institution: Stadt Lauenburg - Amt Lütau, Stadtentwicklungsamt ID: 1633	**<u>Stellungnahme der Gemeinde Lütau zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024</u>** Die Gemeinde Lütau nimmt die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024, zur Kenntnis. Der Entwurf des Landesentwicklungsplanes (LEP-E) verfolgt das nachvollziehbare Ziel, die Vorgaben des Gesetzes zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (WindBG) nicht nur sicher zu erreichen, sondern aus eigener klima- und energiepolitischer Verantwortung überzuerfüllen. Der vorliegende Entwurf will dies allerdings auf Kosten der Gemeinden erreichen, indem er die bauleitplanerische Konkretisierung der übergeordneten Windenergieplanung weitgehend ausschließt. Ein solches Vorgehen ist durch das WindBG nicht vorgegeben. Vielmehr können nach dessen Konzeption selbstverständlich auch Abstände und Höhenbegrenzungen vorgesehen werden; lediglich nicht für diejenigen Gebiete, die zur Erreichung des Mindestziels beitragen sollen. Damit, dass die Landesregierung eine ortsangepasste Windenergieplanung auf der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel), 4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* und *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 1.2, 1.5, 2.2 bis 2.5, 2.11, 6.1, 7.1.1 sowie 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	kommunalen Ebene ausschließt, eröffnet sie eine Fehlerhaftigkeit in zwei Richtungen: entweder muss auf die Gebiete, die eine Anpassung benötigen, insgesamt verzichtet werden, sodass auch deren potentieller Beitrag zur Energiewenden ausgeschlossen wird, oder – was wohl derzeit beabsichtigt sein dürfte – auch solche Gebiete werden unter den Prämissen des LEP-E in die Regionalplanung übernommen, die sich dann als unverhältnismäßig und willkürlich darstellen wird, was nach entsprechenden gerichtlichen Feststellungen einen weiteren Planungsprozess erfordert und erheblichen Zeitverzug für die Erreichung der Klimaziele bedeutet. **Priorisierung der bisherigen Vorranggebiete** Der aktuelle LEP-E geht als Grundsatz der Raumordnung davon aus, dass als Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen „bevorzugt die Vorranggebiete Windenergie und Vorranggebiete Repowering der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land von 2020 [...] übernommen werden“, Ziffer 4.5.1 Nr. 2 G LEP-E. Eine solche Vorgabe entbindet von einer Abwägung jeder einzelnen Vorranggebietsfestlegung nicht und kann konkrete Ermittlungs- und Prüfungspflichten nicht ersetzen. Insbesondere natur- und artenschutzrelevante tatsächliche Entwicklungen seit dem Abschluss der Planung 2020, aber auch andere raumbedeutsame Entwicklungen, können bei heutiger Bewertung dazu führen, dass ein seinerzeit zur Vorrangnutzung geeignetes Gebiet heute als ganz oder teilweise ungeeignet zu charakterisieren ist. Eine grundsätzliche Neuprüfung ist im Hinblick auf die zu erwartende Höhe der Anlagen erforderlich. Nach Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E ist der Vorranggebietsausweisung als sogenannte Referenzanlage eine solche mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde zu legen. Vor diesem Hintergrund werden auch die potentiellen Auswirkungen des Gebiets bestimmt. Die Referenzanlage der Planung 2020 ist hingegen eine Referenzanlage von 150 Metern Gesamthöhe mit einer Nabenhöhe von 100 Metern, einem Rotordurchmesser von 100 Metern und 3,2 MW Leistung, Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, Eckpunkte der neuen Windenergieplanung, Dezember 2023, S. 5.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Gebiete sollen also grundsätzlich Anlagen von einer jedenfalls um 25% größeren Höhe und einer etwa 65 % höheren Leistung aufnehmen, wobei auch mit der Referenzanlage ausdrücklich keine Höhenbegrenzung verbunden sein soll, sodass auch größere Anlagen in den Gebieten grundsätzlich zu verwirklichen sein sollen, Begründung zu Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E. Zu einer Eignung für derartige Anlagen treffen die bisherigen Vorranggebietsfestlegungen keine Aussage. Sie ist im Zuge der Teilfortschreibung der Regionalpläne erstmalig und jeweils im Einzelfall zu prüfen. Auf welcher Grundlage der LEP-E trotzdem davon ausgeht, „dass WEA mit einem größeren Rotordurchmesser als 150 Metern dennoch entsprechenden Raum auf einem weitüberwiegenden Teil der Vorranggebiete Windenergie finden können“, Begründung zu Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E, erklärt sich nicht. Ebenso ist nicht erkennbar, was im Zusammenhang hiermit heißen soll, die alten Gebiete seien „bevorzugt“ wieder auszuweisen. Dies kann sich nur auf Fälle beziehen, in denen eine Auswahl zwischen einem bisherigen und einem neuen Gebiet getroffen werden soll. Für sämtliche andere Belange hat der Hinweis – wie dargestellt – keine inhaltliche Aussagekraft. **Zum Wegfall der Höhenbegrenzungsmöglichkeit** Der Wegfall der Möglichkeit, in den gemeindlichen Planungen Höhenbegrenzungen vorzunehmen, stellt einen erheblichen Eingriff in Art. 28 Abs. 2 GG dar. Die bisherigen Feinsteuerungsmöglichkeiten der Gemeinden entfallen vollständig, sodass diese auf die Steuerung der Windkraft in ihrem Gemeindegebiet keinen Einfluss mehr nehmen können. Dies nimmt den Gemeinden die Möglichkeit, ihre Ortschaften vor negativen Einflüssen durch Windparks zu schützen. Das Genehmigungsregime nach § 6 BImSchG leistet insoweit nur einen Minimalschutz. Es stellt die Einhaltung des immissionsschutzrechtlichen Schutzgrundsatzes im Hinblick auf das Niveau zulässiger Schallimmissionen und Schattenwürfe sicher und überprüft die Vereinbarkeit mit sonstigen öffentlichen Vorschriften, die Gemeinden durch Ihre Bauleitplanung bislang allerdings gerade selber schaffen konnten. Ein gemeindlicher Schutz des Landschaftsbildes, besonderer touristischer Funktionen oder historischer Stadtansichten entfällt. Auch insoweit wird der Maßstab – zugunsten der Windenergie – auf strikte rechtliche Grenzen zurückgefahren, wie sie dann nur noch in § 13 Abs. 2 DSchG SH	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	bestehen. Zwar sollen nach Ziffer 4.5.1.5 G LEP-E bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Belange des Denkmalschutzes berücksichtigt werden. Dies ist aber schon keine Verpflichtung („soll“). Zudem wird eine ebensolche Berücksichtigung der kommunalen Planungsebene untersagt. Mit § 4 Abs. 1 DSchG SH setzt sich der LEP insoweit in unmittelbaren Widerspruch. Dort heißt es ausdrücklich: „Die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sowie die Anforderungen des europäischen Rechts und der in Deutschland ratifizierten internationalen und europäischen Übereinkommen zum Schutz des materiellen kulturellen Erbes sind in die städtebauliche Entwicklung, Landespflege und Landesplanung einzubeziehen und bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen.“ Die Schaffung eines Ausgleichs zwischen der Windenergienutzung und dem Denkmalschutz – der regelmäßig durch die Vergrößerung von Abständen und durch Höhenbegrenzungen erreicht wird – soll auf der regionalplanerischen Ebene unterbleiben und wird auch den Gemeinden für die bauleitplanerische Ebene untersagt. Die Konfliktverlagerung auf die Genehmigungsebene ist unzulässig und berücksichtigt die Interessen der Gemeinden an dem Schutz ihre eigenen Orts- oder Landschaftsbildes nicht. Auch soweit „in der späteren notwendigen Einzelfallprüfung von Vorranggebieten Windenergie Landschaftsschutzgebiete, Naturparke und regionale Grünzüge berücksichtigt werden“ sollen, Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, S. 72, wird den Kommunen untersagt, hierfür die nach ihrer eigenen Planungspolitik erforderlichen Festsetzungen zu treffen. Soweit für zahlreiche bisherige Vorranggebiete, schon jetzt – auf der Basis der „alten“ Referenzanlage – davon ausgegangen wird, dass es aufgrund von Belangen des Denkmalschutzes im Genehmigungsverfahren zu Höhenbeschränkungen kommen kann, vgl. Ziffer 5.7.3 LEP-Teilfortschreibung 2020 für den Planungsraum III, fragt sich zusätzlich, inwieweit die betroffenen Gebiete, wenn dies schon gegenüber der bisherigen weit niedrigeren Referenzhöhe einer Anlage angenommen wurde, überhaupt zur Leistung eines Beitrags im Sinne des WindBG in der Lage sind und/oder aufgrund der Risiken im Genehmigungsverfahren von Investoren nachgefragt werden. Solche Gebiete trotz der erkannten Konflikte zur formalen Erfüllung des Ausweisungsziels mit unbegrenzter Anlagenhöhe auszuweisen wäre nicht zuletzt ein Etikettenschwindel, der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	das Planungskonzept insgesamt beschädigt und daher unterlassen werden sollte. Jene Planungen können nach dem derzeitigen Entwurf des LEP mit dem Wegfall der Höhenbegrenzung nicht mehr fortgeführt werden. Es wird damit durch die Zielfestlegung eine „hinreichend konkrete und verfestigte eigene Planung der Gemeinde nachhaltig gestört“, was einen Eingriff in die Planungshoheit darstellt (vgl. OVG Schleswig, Urteil vom 7. Juni 2023 – 5 KN 35/21 –, Rn. 56, juris m. w. N), der aus den in dieser Stellungnahme genannten Gründen auch unverhältnismäßig ist. Die Vorgaben des Landesentwicklungsplans müssen infolge des grundlegenden Systemwechsels zum Schutz dieser konkreten Planung Stichtage in der Zukunft enthalten, bis zu denen im Verfahren befindliche Planungen jedenfalls im Wege der Zielabweichung zugelassen werden oder Zielabweichungsverfahren für bestehende Bauleitpläne nachträglich durchzuführen sind. **Zu den Abstandsvorgaben**, Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 und Nr. 2 LEP-E Mit den als Zielen der Raumordnung formulierten Abstandsvorgaben von 800 m um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 Z) und 400 m um Einzelhäuser, Splittersiedlungen und Gewerbe (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 2 Z) übernimmt der LEP-E in etwa diejenigen Abstände, die die bisherige Teilfortschreibung als weiche Tabuzonen vorsah und die von der bisherigen Regionalplanung eingehalten wurden, Textteil des Regionalplans für den Planungsraum III in Schleswig-Holstein Kapitel 5.7 (Windenergie an Land) v. 29. Dezember 2020; Begründung zu 5.7.1 (1) bis (3). Mit der Beibehaltung der Mindestabstandswerte bei gleichzeitiger Vergrößerung der Anlagen ist eine erheblich veränderte Belastungslage verbunden. Hierzu äußert sich der LEP-E nicht. Auch zeigt § 249 Abs. 9 BauGB, dass eine Vergrößerung der Abstände auf bis zu 1.000 m bundesrechtlich für angemessen gehalten wird, soweit das Mengenziel weiterhin erfüllt wird. Vor diesem Hintergrund sollte den Gemeinden gestattet werden – soweit nicht schon auf der landes- und regionalplanerischen Ebene größere Abstände vorgesehen werden, aus kommunalen Erwägungen heraus die Gebietsfestlegungen zu modifizieren. Dem siedlungsnahen Freiraumschutz kommt ein erhebliches Gewicht zu, das der LEP-E nicht ausreichend beachtet. Ortsangepasste Modifikationen können zudem nur auf der Ebene der kommunalen Planung geleistet werden. Auf etwaige	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsbesonderheiten einzugehen, entspricht nicht der Ebene der Landes- oder Regionalplanung. Eine Notwendigkeit gemeindlicher Einflussnahme zum Schutz der eigenen Bevölkerung besteht erst recht im Falle einer Umfassung des Gemeindegebiets durch Windenergiegebiete. Eine solche „soll“ nach Ziffer 4.5.1.1 Nr. 7 G LEP-E zwar unterbleiben, wird aber landesplanerisch nicht ausgeschlossen und ist für die Gebiete LAU_067 (Vorranggebiet-Basedow/Lütau) und LAU_063 (Potenzialfläche-Wangelau/Witzeeze), für die investorenseitig wohl ein Zusammenlegungswunsch besteht, auch konkret zu befürchten. **Zusammenfassung** Die Vorgaben des LEP für die Regionalplanung schaffen Konflikte, die weder von ihr selbst, noch auf der Ebene der Regionalplanung gelöst werden. Zugleich wird den Gemeinden jegliche eigene Einflussmöglichkeit zum Schutz ihrer Ortschaften genommen. Die Planung ist daher abzulehnen. Die Ausweisung des Gebietes LAU_067 (Basedow/Lütau) als Vorranggebiet muss in Anbetracht der Unmöglichkeit einer planerischen Höhenbegrenzung oder der Gebietsbegrenzung auf kommunaler Ebene insgesamt unterbleiben. Gleiches dürfte aus Gründen des Denkmalschutzes und aufgrund anderer schon bisher erkannter Konflikte für weitere bisherige Vorranggebiete gelten. Die Landesentwicklungsplanung muss diese Konsequenz, selbst dann, wenn sie nicht als feststehend, sondern nur als ernsthafte in Betracht kommende Möglichkeit aufzufassen sein sollte, in ihre eigenen Vorgaben ebenfalls einbeziehen, was sie bislang nicht tut. Eine abschließende Abwägung des Für und Wider des Wegfalls der Höhenbegrenzung hat daher auch für die Ebene der Landesentwicklungsplanung nicht ausreichend stattgefunden. Ein wirksames Ziel der Raumordnung wird mit dem Wegfall der Höhenfestsetzung insoweit nicht begründet. Auch vor dem Hintergrund der gegenüber der tatsächlich angestrebten Ausweisung etwa doppelt so hohen Potenzialfläche, ist weder akzeptabel noch abwägungsgerecht, die Belange der Gemeinden aus dem Planungsprozess auszunehmen und ihnen jegliche planerischen Spielräume zu nehmen. Eine rechtlich zu ihren Lasten wirkende	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Situationsgebundenheit der Gemeinden besteht vor diesem Hintergrund und aufgrund der als gleichermaßen gut angenommenen Windhöffigkeit im gesamten Landesgebiet nur eingeschränkt.	
Institution: Tourismus-Zentrale St. Peter-Ording / Lokale Tourismusorganisation St. Peter-Ording Halbinsel Eiderstedt, Keine Abteilung ID: 1630	Die Tourismus-Zentrale St. Peter-Ording als geschäftsführende Instanz der Lokalen Tourismusorganisation St. Peter-Ording / Halbinsel Eiderstedt begrüßt den aktuellen Sachstand der Landesentwicklungsplanung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Tourismus-Zentrale St. Peter-Ording / Lokale Tourismusorganisation St. Peter-Ording Halbinsel Eiderstedt, Keine Abteilung ID: 1631	Die Tourismus-Zentrale St. Peter-Ording als geschäftsführende Instanz der Lokalen Tourismusorganisation St. Peter-Ording / Halbinsel Eiderstedt begrüßt den aktuellen Sachstand der Landesentwicklungsplanung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1629	Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung, möchten ich im Namen der [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] auf den Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land Bezug nehmen. Insbesondere möchten wir hier auf die Fläche in und um das Windvorranggebiet [redacted] eingehen. Aus unserer Sicht sprechen keinerlei Punkte gegen die Ausweisung dieser Fläche gemäß der dem Landesentwicklungsplan Entwurf zugehörigen Potenzialflächenkarte. Es werden in diesem Bereich keine Ziele und Grundsätze des Landes berührt, weshalb einer Ausweisung der Fläche zur Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen auch aus unserer Sicht nichts entgegensteht. Für Rückfragen stehen wir gerne jederzeit zur Verfügung. Mit Besten Grüßen, [redacted]	Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1628	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehmen wir Bezug auf den ersten Entwurf des Landesentwicklungsplanes und die sich daraus ergebenden Ziele und Grundsätze des Landes. Insbesondere geht es um das Gebiet der ehemaligen Potenzialfläche [redacted] in der Gemeinde [redacted], südlich des [redacted]. Vor der Veröffentlichung des ersten Entwurfes des Landesentwicklungsplanes haben wir uns bereits für die erneute Ausweisung dieser Fläche ausgesprochen und die Kriterien, die seinerzeit dazu geführt haben, die Fläche nicht als Windvorrangfläche zu berücksichtigen, erneut gutachterlich untersuchen lassen. Die damals wesentlichen Kriterien waren:	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffer 4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abw07 Regionale Grünzüge und Ordnungsräume Abw20 Naturparke Abw21 Charakteristischer Landschaftsraum Abw26 300-1200m Umgebungsbereich Vogelschutzgebiet Abw29 Potentielle Beeinträchtigungsbreiche Großvögel Abw34 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems Insbesondere abw26 wird in der beigefügten Stellungnahme von [redacted] näher behandelt, da alleinig dieses Kriterium zur Nichtausweisung einer Windpotenzialfläche im Rahmen des ersten Entwurfes des Landesentwicklungsplanes geführt hat. Jedoch führt [redacted] nach gutachterlicher Betrachtung der Fläche wie folgt aus: “Es wurde gezeigt, dass durch eine Planung von WEA auch innerhalb dieses Bereichs den genannten Erhaltungszielen nichts entgegensteht und keine der genannten innerhalb des Schutzgebietes besonders zu schützenden Arten durch die Errichtung und den Betrieb von WEA innerhalb der abgelehnten Potentialfläche beeinträchtigt wird, sofern ein Mindestabstand der konkreten WEA-Planung von 1km zu potenziellen Habitaten der Rohrdommel und von 500m zu potenziellen Habitaten der Rohrweihe eingehalten wird. Der Mindestabstand von 300m zum VSG sollte darüber hinaus ebenfalls nicht unterschritten werden.“ Unter Berücksichtigung dieses Sachverhaltes sprechen wir uns hiermit dafür aus, trotz des zugrunde gelegten Mindestabstands von 1000m zu VSG, die beschriebene Fläche als Windvorranggebiet auszuweisen. Zudem verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom [redacted] per Mail durch Herrn [redacted] und den darin enthaltenen Anlagen, die nach wie vor als gültig zu betrachten sind. Für Rückfragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung. Mit Besten Grüßen, [redacted] [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Institution: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein_KG	Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land Sehr geehrte Damen und Herren, wir von der BUND Kreisgruppe Pinneberg begrüßen die Möglichkeit der Beteiligung an dem Entwurf zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans „Windenergie an	Die Kritik an den steigenden Pachtpreisen für Flächen, die Für WEA oder PV genutzt werden, mag berechtigt sein; die Landesplanung hat hier über den LEP aber keine Einflußnahmemöglichkeit.. Die angesprochene hohe Flächenkonkurrenz im Kreis Pinneberg führt bereits dazu, dass dort mit Abstand die wenigsten Potenzialflächen auftauchen und absehbar wohl auch wenige Vorranggebiete ausgewiesen

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
Pinneberg ID: M2415	Land“ und nehmen gerne wie folgt Stellung. Wir beziehen uns auch auf die Gesamtstellungnahme des BUND-Landesverbandes Schleswig-Holstein und teilen dessen Aussagen vollumfänglich. In der folgenden Stellungnahme gehen wir im Weiteren auf Punkte ein, die sich auf den Kreis Pinneberg beziehen. Windenergie ist ein wichtiger Baustein für die energetische Transformation, auch in Schleswig-Holstein. Doch die Erreichung der klimapolitischen Ziele des Landes dürfen nicht einseitig zu Lasten der Natur gehen. Das gilt besonders im Kreis Pinneberg, dem am dichtesten besiedelter Kreis im Land. Hier stehen zu den Flächenbedarfe aufgrund des hohen Siedlungsdrucks, auch durch Migrationsströme aus Hamburg, die Flächen für die Infrastruktur (Soziales, Verkehr, Energie), die Landwirtschaft, den Gartenbau, für Tourismus und Erholung und den Flächen für die Natur in besonders ausgeprägter Konkurrenz, oft zu Lasten des Natur- und Landschaftsschutzes. So gibt es im Kreis Pinneberg kaum noch unzerschnittene Räume. Die Schutzgebietskulissen entsprechen leider kaum dem tatsächlichen Raumbedarf für Fauna und Flora, notwendige Biotopverbundsysteme sind nicht im geplanten und notwendigen Maße ausgebaut. Die Akzeptanz für Windenergie und Photovoltaik-Freiflächenanlagen zur Stromerzeugung ist aufgrund der Flächenkonkurrenz bereits jetzt extrem niedrig. Aufgrund des Drucks auf die Flächen durch die Energiewirtschaft dreht sich bereits die Preisspirale sehr stark. Pachtverträge werden einseitig gekündigt oder nicht mehr verlängert - die Energiewirtschaft bietet lukrativere Verträge an. Zwischen 3.000 – 4.000 Euro pro Hektar für PV oder WEA-Anlagen statt 400 – 800 Euro für Grünland oder Ackerbauflächen stehen in einem Missverhältnis. Oder die Pachten können schlichtweg nicht bezahlt werden, was besonders Kleinbauern zu Aufgabe zwingt. Flächen für Ausgleichs- und Naturschutzmaßnahmen können im Kreis Pinneberg kaum noch erworben werden. Die Flächenpreise steigen unverhältnismäßig, Neben den Tabukriterien für neue Windkraftanlagen, den Naturschutzflächen, müssen dennoch weiterhin die Landschaftsschutzgebiete gezählt werden. Aus naturschutzfachlicher Sicht dürfen diese nicht für Windenergieanlagen freigegeben werden. Hier im Kreis Pinneberg erfüllen sie ausnahmslos die Funktion als Naherholungsgebiet und als Schutz- und Lebensraum vieler Tierarten! Entwurf Anlage 2 zu §_1_LEPWindenergie_Land Vogelfluglinie In der Darstellung der Vogelfluglinien fehlen die Darstellungen der Vogelfluglinie „Ostwind“, „Westwind“ und „Baltischer Zugweg“.	werden. Darüber hinaus werden in der Stellungnahme verschiedene Einzelaspekte aufgeführt, die den regionalen Vogelschutz im Kreis Pinneberg betreffen (Bedeutung der Elbmarschen und der Breitenburger Niederung für den Artenschutz, Flächen für den Schutzgebiets- und Biotopverbund). Diese Kriterien können bei der Einzelabwägung der Potenzialflächen auf Ebene der Regionalplanung vertiefend geprüft und einbezogen werden. Aufgrund der geografischen Lage von Schleswig-Holstein gibt es im ganzen Land Vogelzug. Vielfach handelt es sich um den sogenannten Breitfrontenzug von Singvögeln, der nachts in großer Höhe stattfindet, sodass er im Rahmen von Windenergieplanungen keine Berücksichtigung findet. Die räumliche Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs geben daher nicht die gesamte biologische Dimension des Vogelzuges wieder, sondern konzentrieren sich auf die nach aktuellem Kenntnisstand potenziell besonders konfliktträchtigen Bereiche. Nicht alle Vogelzugwege sind als Konfliktbereiche im Rahmen der Windkraftplanung anzusehen oder lassen sich im Raum abgrenzen. Andere Bereiche, die durch Breitfrontenzug geprägt sind und/oder in denen Vogelzug auf breiterer Front und vielfach in Höhen stattfindet, die durch die Windenergienutzung nicht betroffen sind, wurden nicht bei dem Vogelzugkriterium berücksichtigt. Die gewählten Abstandsradien zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel stellen einen Kompromiss zwischen dem vorbeugenden Artenschutz und dem gesetzlich vorgegebenen Ausbau der Windenergie an Land dar. Darüber hinaus können für den Individuenschutz Maßnahmen auf Genehmigungsebene festgelegt werden.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	(Abbildung) Es ist für uns absolut unverständlich, wie die Vogelfluglinien aus den einschlägigen Plänen des Landes Schleswig-Holsteins, wie dem Landschaftsrahmenplan oder dem Regionalplan „verschwunden“ sind. Bis zum Jahr 2019 waren sie noch gültig, ohne eines jeglichen und gesicherten Nachweises auf ein verändertes Zugvogelverhaltens fehlen die Vogelfluglinienkarten jetzt als Basis für alle künftigen Planungen. Doch der Vogelflug mit seinen Wanderkorridoren hat sich nicht geändert. Im Gegenteil, basierend auf der Besenderung und Dokumentation der Zwergschwäne durch das Michael-Otto-Institut lässt sich deutlich ablesen, wie zum Beispiel die Zwergschwäne ziehen: (Abbildung) Gerade die Vogelfluglinie „Ostwind“ hat Auswirkungen auf die Schutzräume für die Zugvögel, die in der Elbmarsch rasten und auf Nahrungssuche gehen. Die folgende Karte zeigt mehrere Zugvogellinien in der Elbmarsch auf: (Abbildung) Müssen Zugvögel Umwege fliegen, bedeutet das für sie ein erhöhter Stressfaktor, der wiederum zu geminderten Bruterfolgen führen kann. Zudem benötigen die Vögel große Fettreserven für ihre Flüge in die Brutgebiete, diese Reserven können durch ständige Störungen und das Umfliegen von Hindernissen nicht ausreichend angelegt werden. Es gibt Hinweise und Daten, welche die gesamte Haseldorfer und Seestermüher Elbmarsch als Gebiet mit sehr hoher Vogelflugintensität dokumentieren. Die gesamte Elbmarsch ist ein Raum mit überdurchschnittlich hoher Vogelzugaktivität (Hörschelmann 1988). Die Auswertung zum Kollisionsrisiko wurde mit Daten von Bernshausen (2017) und Jödicke (2018) in Bezug auf Hochspannungs-Freileitungen und dem Windpark Uetersen ausgewertet (Verfasser N.N.). Weiter wird in Bezug auf den Vogelzug ausgeführt, dass zwar Konzentrationspunkte des flächenhaften Zugs (bei Tageslicht) bekannt sind, diese aber nicht die hohe Vogelzugintensität in der gesamten Elbmarsch widerlegt. Radaruntersuchungen zur Erfassung der Vogelflug- und Vogelzugaktivität in der gesamten Elbmarsch liegen nicht vor. Es wird konstatiert, dass insbesondere zum nächtlichen Vogelflug- bzw. Vogelzug Daten fehlen. Viele Vogelarten fliegen tagsüber. Während der Wanderschaft zu ihren Winterquartieren im Herbst und zurück zu ihren Nistplätzen im Frühjahr wechselt ihr Verhaltensmuster	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	jedoch: Zusätzlich zu ihren Aktivitäten am Tag fliegen sie nachts weite Strecken. Die Datenlage stützt sich auf Sichtbeobachtungen und Zählungen. Systematische Daten zur Flughöhe bei verschiedensten Licht- und Witterungsbedingungen fehlen weitgehend, vor allem nachts. Raumnutzungskartierungen für Windanlagen liefern nur Kurzzeiteindrücke für einzelne Arten. Sie können das Kollisionsrisiko nicht realistisch wiedergeben, da sie durch Beobachtung bei Sicht und Tageslicht die Bedingungen mit hohem Unfallrisiko und viele nachts fliegende Arten gar nicht erfassen können. **Es gibt also umfangreiche Datendefizite!** In der Geest finden unserer Kenntnis nach keine Vogelzugzählungen statt. Ohne eine gesicherte Datenbasis kann es aus naturschutzfachlicher Sicht auch keine aussagefähige Bewertung geben. **Potenzialflächenkarte für Windenergiegebiete** Die Potenzialflächenkarte weist kleinräumig Windenergiegebiete aus, die zum Teil im Widerspruch mit Aussagen aus dem Landschaftsrahmenplan und Regionalplan stehen. Hier einige exemplarische Beispiele: **Potenzialflächen Elbmarsch** Die Windkraftanlagen werden höher und der Durchmesser der von Rotoren überstreiften Fläche größer. Daher kommen Vogelschwärme künftig noch stärker in Konflikt mit den Potenzialflächen für weitere Windenergieanlagen, speziell in der Haseldorfer und Seestermüher Marsch. Für tausende Kraniche (OASH 2015 12.561 Individuen), Gänse und einer der bedeutendsten Graureiherkolonie Schleswig-Holsteins mit über 200 Brutpaaren in der Gemeinde Haseldorf bedeuten diese Planungen eine erhebliche Reduzierung ihrer bereits jetzt bedrohten Lebensbereiche. In der Marsch sind auch abseits der FFH- und Vogelschutzgebiete zunehmende Populationen an Weißstörchen sowie Seeadler und anderer Greifvogelarten in der Nähe geplanter oder bestehender WKA bzw. den dargestellten Potenzialflächen zu verzeichnen. Nicht nur für diese, sondern für alle dort vorkommenden Vogelarten werden die vorgeschlagenen, aus unserer Sicht ungeregelten Windkraftstandorte, künftig zu einer Gefahrenquelle. **Breitenburger Niederung, Offensether Moor** Ein besonderer Fall ist die Breitenburger Niederung, die sich seit mehreren Jahren für	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	den Zwergschwan als Rast- und Überwinterungsgebiet etabliert hat. Die Fläche, die unter DaNord als international bedeutsames Nahrungsgebiet, Schlafplatz und (Abbildung) Flugkorridor für den Zwergschwan gekennzeichnet wird, entspricht in ihrer Ausdehnung nicht der tatsächlichen Größe der von Zwergschwänen genutzten Flächen. Dieses Areal wird auch in signifikant hoher Anzahl von Bläßgänsen, Saatgänsen, Weißwangengänsen und Kranichen regelmäßig aufgesucht. Wir verweisen hier ausdrücklich auf den Absatz in der Gesamtstellungnahme zu den Zwergschwänen, sowie der Stellungnahme der BUND-Kreisgruppe Segeberg und der dort detaillierten Darstellung zu der Problematik der Flächenausweisung und die für den Niederungsbereich bedeutsame Stellung des Gebietes für die gesamte Zwergschwanpopulation in Europa. Gemäß Artikel 12 EU Birds Directive Report Germany Bewick´s Swan findet sich unter 6.3 folgende Maßnahme: "Erhaltung störungsarmer Grünlandgebiete (regionales Tabukriterium bei der Planung von Windkraftanlagen)“. Diese Kriterien schließen für die gesamte Breitenburger Niederung die Eignung für Windkraftanlagen aus. Im vergangenen Winter 2023/24 gab es in keinem anderen Gebiet in Schleswig-Holstein so viele Zwergschwäne wie in der Breitenburger Niederung - im Durchschnitt 25 % der Gesamtzahlen (s. Darstellung auf der folgenden Seite): (Abbildung) **Flächen zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems versus Potenzialflächen im Kreis Pinneberg** Im Kreis Pinneberg sind Flächen zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems nummeriert. Die laufenden Nummern von 53- 78 sind mit den Windenergieeignungsflächen abzugleichen. (Abbildung) **Folgende Flächen für den Aufbau des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems**	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	stehen im Konflikt mit den geplanten Potenzialflächen: **Potenzialfläche Heede** Nördlich von Heede ist ein Gebiet ausgewiesen mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems sowie gemäß dem Regionalplan als regionaler Grünzug und als Vorranggebiet für Naturschutz. Zudem gelten die Heeder Tannen als ein Erholungsgebiet. Dennoch wird der Bereich als Eignungsfläche für WEA definiert. Wie sehen diesen Bereich aus den vorgenannten Gründen als Potentialfläche für ungeeignet an. **Potenzialfläche Bullenkuhlen / Bevern** Im Bereich der Stadt Barmstedt hat sich in den letzten Jahren eine stabile Weißstorchpopulation gebildet. Speziell im Raum zwischen der Stadt und der Gemeinden Bullenkuhlen ist der Anblick von bis zu 18 Weißstörche (sic) gleichzeitig keine Seltenheit. Regelmäßig sind Überflüge zu beobachten. Daher sehen wir auch die geplante Standortwahl im Bereich Bullenkuhlen / Bevern sehr kritisch. **Potenzialfläche Bokelsess** Im Bereich des Bokelsesser Moores hat sich ein Brutgebiet für den Kranich entwickelt. Damit dieser Bestand in seinem Erhalt und seiner Entwicklung nicht gestört wird, ist die Potenzialfläche hier zu entfernen (siehe auch Abstandskriterien für Windkraftanlagen). **Potenzialfläche im Bereich Seester / Krückau** Auch an der Krückau kommen Vogelschwärme und Individuen mit der geplanten Potenzialfläche Höhe Seester in einen Konflikt parallel zum Uferbereich. Flüsse sind Leitlinien und Nahrungsflächen für Zugvögel und Fledermäuse und müssen breitflächig zum Gewässer von Windkraftanlagen freigehalten werden. Das Erfordernis eines Abstands von der WEA von mind. 3.000 m zum Uferbereich schließt auch eine Erweiterung des Windparks Raa-Besenbek aus. Weitere Flächen zum Aufbau zum eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems stehen im Konflikt mit den geeigneten Potenzialflächen: Die Flächen Südwestlich von Quickborn, nördlich des „NSG-Himmelmoor“, südlich des NSG „Holmer Sandberge“ alle Flächen im Bereich der Haseldorfer Marsch, südlich von Elmshorn im Bereich des Liether Moores sowie des Geotops „Liether Kalkgrube“.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstandskriterien für Windkraftanlagen zu Vogellebensräume und Brutplätze Die Abstandskriterien für WEA zu Vogellebensräumen und den Brutplätzen sind zu gering definiert. Die Länderarbeitsgemeinschaft der Staatlichen Vogelschutzwarten in Deutschland LAG VSW empfiehlt in ihrer Veröffentlichung folgendes: Übersicht über fachlich empfohlene Abstände von Windenergieanlagen (WEA) zu bedeutenden Vogellebensräumen. Angegeben werden Mindestabstände bzw. Prüfbereiche (in Klammern) um die entsprechenden Räume: Europäische Vogelschutzgebiete (SPA) mit WEA-sensiblen Arten im Schutzzweck: • 10-fache Anlagenhöhe, mind. jedoch 1.200 m Alle Schutzgebietskategorien nach nationalem Naturschutzrecht mit WEAsensiblen Arten im Schutzzweck bzw. in den Erhaltungszielen: • 10-fache Anlagenhöhe, mind. jedoch 1.200 m Feuchtgebiete internationaler Bedeutung entsprechend Ramsar-Konvention mit Wasservogelarten als wesentlichem Schutzgut: • 10-fache Anlagenhöhe, mind. jedoch 1.200 m Gastvogellebensräume internationaler, nationaler und landesweiter Bedeutung (Rast- und Nahrungsflächen; z. B. von Kranichen, Schwänen, Gänsen, Kiebitzen, Gold- und Mornellregenpfeifern sowie anderen Wat- und Schwimmvögeln): • 10-fache Anlagenhöhe, mind. jedoch 1.200 m Regelmäßig genutzte Schlafplätze: Kranich, Schwäne, Gänse (mit Ausnahme der Neozoen) jeweils ab 1 %-Kriterium nach Wahl & Heinicke (2013) sowie • Greifvögel/Falken und Sumpfohreule • Kranich: 3.000 m (6.000 m) • Schwäne, Gänse (mit Ausnahme der • Neozoen): 1.000 m (3.000 m) • Greifvögel/Falken* & Sumpfohreule: • m (3.000 m) Hauptflugkorridore zwischen Schlaf- und Nahrungsplätzen bei Kranichen, Schwänen, Gänsen (mit Ausnahme der Neozoen) und Greifvögeln • Freihalten Überregional bedeutsame Zugkonzentrationskorridore • Freihalten Gewässer oder Gewässerkomplexe >10 ha mit mindestens regionaler Bedeutung für brütende und rastende Wasservögel	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• 10-fache Anlagenhöhe, mind. 1.200 m Flächen mit Brutnachweisen müssen differenzierter betrachtet werden. Jungvögel haben ein anderes Flugverhalten und sind durch die rotierenden Windflügel nochmals gefährdeter als die Altvögel. **Fledermäuse** Das gleiche Szenario gilt auch für Fledermäuse. Die vorhandenen Populationen haben im Kreis Pinneberg oft nur noch geringe Freiflächen zur Jagd. Die intensiven Bautätigkeiten im Kreis und die daraus resultierende Verdrängung reduziert die Jagdgebiete. Wenn in den wenigen Freiflächen weitere Anlagen entstehen sollen, befürchten wir, dass Fledermausarten in ihrem Bestand einbrechen werden. Mit freundlichen Grüßen [redacted] f. d. Kreisgruppe Pinneberg im BUND SH	
Institution: Amt Achterwehr, Bauverwaltungs- und Ordnungsamt ID: 1627	Die Gemeinde Westensee nimmt wie folgt zum o.a. Entwurf Stellung: Die Gemeinde Westensee steht dem Ausbau der erneuerbaren Energien grundsätzlich positiv gegenüber, da sie in Bezug auf die Gemeindefinanzen die grundsätzliche Positionierung gegen Windkraft als falsche Weichenstellung für die Zukunft der Gemeinde sieht. Sie wünscht sich aber einen Ausbau der erneuerbaren Energien nur unter Beteiligung der Gemeinde und lehnt eine Planung ohne Beteiligung der Gemeindevertretung ab. Insbesondere mit Blick auf die Anlagenhöhe und nächtliche Lärmgrenzwerte. Der Wert des in Westensee ausgewiesenen LSG ist einzigartig in Schleswig-Holstein und hat über den Landschaftsschutz hinaus einen hohen Wert als Naherholungsgebiet und ist für die Gemeinde identitätsstiftend. Dieser Wert muss im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger erhalten werden. Das in Schleswig-Holstein besondere ortsprägende Landschaftsbild des Westensees mit dem dahinterliegenden Tüteberg und der damit einhergehenden Hügellandschaft, dem angrenzenden Bossee und den Feuchtwiesen, sieht die Gemeindevertretung als besonders schützenwertes Landschaftsbild an. Die Gemeinde fordert, dass diese Flächen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes unbedingt von der Windparkplanung ausgeschlossen werden müssen. Potenzialflächen können daher nur außerhalb des Orts- und Landschaftsbild prägenden Landschaftsschutzgebietes liegen und sind im Amtsgebiet	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen. Zu den Punkten 1., 2. und 3. wird auf die allgemeine Synopse, Punkte 2.3.2, 7.3.7 und 7.2.9, verwiesen. Zu Punkt 4. Diese Forderungen können nicht auf Ebene der Raumordnung festgelegt werden. Zu Punkt 5. Mit dem in Kapitel 4.5.1.3 festgelegten Ziel 1 besteht bereits ein hinreichender Umgebungsschutz um Vogelschutzgebiete. Ein darüber hinaus pauschaler Ausschluss wird für nicht erforderlich gehalten. Zu Punkt 6. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 4.20.1, wird verwiesen. Zu Punkt 7. Gesetzlicher Auftrag ist, einen bestimmten Anteil der Landesfläche in Form von Windenergiegebieten zur Verfügung zu stellen. Für die Regionalplanebene sind dies Vorranggebiete. Diesen Gebieten ist immanent, dass sich die Windenergie dort

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ausreichend vorhanden, um die mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien verbundenen gesamtgesellschaftlichen Ziele zu erreichen. Gemäß Hintergrundinformationen zum „Entwurf des neuen LEP Windenergie“ sind die *„…voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, auf Flächen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie auf die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern“* betrachtet worden (siehe Seite 6 „Umweltprüfung“ in: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/energie/windenergie-raeumliche-steuerung/Downloads/240611_Hintergrundinformationen.pdf?__blob=publicationFile&v=9). Allerdings findet u.a. das Thema Havarien und Brände von Windkraftanlagen (WKA) in den neuen Grundsätzen und Zielen gar keine Berücksichtigung. Dabei steigt mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern der Anlagen die Gefahr von Havarien und Bränden. Die sich aus entsprechenden Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabstände zu Schutzgütern (wie Wohnhäuser) sind daher neben weiteren, im Folgenden aufgeführten Aspekten zwingend zu berücksichtigen: 1. Als Ziele und Grundsätze muss gelten, dass der Mindestabstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe immer konform mit dem BImschG (Bundesimmissionsschutzgesetz) erteilt werden kann. In jedem Fall muss der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920 m betragen (vgl. Veenker Gutachten (2020), Anlage A25: Abstand 995m abzgl. mindestens 75m Rotorblattlänge der Referenzanlage (Rotor-In) – vgl. https://www.veenkergmbh.de/wp-content/uploads/2021/04/Ga_A_R09_s.pdf), sofern kein gesonderter Ausgleich mit den in diesem Radius befindlichen Bürgerinnen und Bürgern getroffen wurde. Wohnhäuser innerhalb der 920m um eine Windkraftanlage sollten eine angemessene Pacht pro bewohntem Grundstück und Jahr erhalten. Ein Wohnhaus in diesem Radius hat mindestens den gleichen Anspruch wie eine direkt an die Windkraftanlage angrenzende 5.000 m² große Fläche (1/2 ha). 2. Es muss in den Zielen und Grundsätzen die bisherige 3H-/5H-Regelung für den Abstand zum Turm der WKAs sowie eines 1000m-Abstandes der	durchsetzt und keine anderen raumbedeutsamen Nutzungen entgegenstehen. Insofern können andere Nutzungen dort grundsätzlich nicht erfolgen. Eine Errichtung von Solarfreiflächenanlagen kann nur im Einzelfall möglich sein. Eine Anrechenbarkeit von Solarfreiflächenanlagen kann aufgrund der anderen Nutzungsart nicht erfolgen. Zu Punkt 8. An der Zielsetzung, die Windenergienutzung zu konzentrieren, um einer flächendeckenden Bebauung mit Windenergieanlagen entgegenzuwirken, wird weiterhin festgehalten. Zu Punkt 9. Die der Planung zugrunde gelegte Referenzanlage steht der Errichtung anderer Anlagen nicht entgegen. Zu Punkt 10. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 5.9.1, wird verwiesen. Zu Punkt 11. Die Belange der Bundeswehr werden im Rahmen der Vorranggebietsausweisung berücksichtigt. Zu Punkt 12. Landschaftsschutzgebiete werden im Rahmen der Vorranggebietsausweisung berücksichtigt. Zu Punkt 13. Die Hinweise / Argumente beziehen sich auf die Regionalplanebene. Diesbezüglich wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Vorrangflächen zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben bzw. werden. Im Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung wird unter „Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung bei Windkraftanlagen“ festgelegt: *„Der Raum, in dem das Landschaftsbild beeinträchtigt wird, umfasst etwa eine Fläche mit dem Radius des 15-fachen der Anlagengesamthöhe“* (vgl. Gliederungs-Nr 2320.8 – Fassung vom 06.11.2023 - Punkt 1.3 „Stellenwert des betroffenen Landschaftsbildes“). Nicht nur hier wird somit eine Abhängigkeit zwischen der Anlagenhöhe und den Auswirkungen auf die nähere Umgebung festgestellt (Quelle: https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/VVSH-VVSH000009325). Wenn laut Landesplanung die Raumordnung auch dazu beitragen soll, dass die Menschen in den verschiedenen Teilräumen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse haben sollen (Quelle: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/planen-bauen-wohnen/landesplanung), ist dies zu berücksichtigen. Nur so kann nach Ansicht der Gemeinde vor dem Hintergrund früherer Versprechungen der Politik und derzeit geltender Planungsgrundsätze ein drohender Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Landesregierung und die behördlichen Institutionen verhindert werden. Damit verbunden ist die Sorge und Gefahr, dass sich mit den derzeit geplanten Veränderungen in absehbarer Zeit viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden. Es ist zudem nicht nachvollziehbar, warum die derzeitige Abstandsregelung in Abhängigkeit von der Anlagenhöhe eine indirekte Höhenbestimmung darstellen soll. Anlagen unbeschränkter Höhe sind überall dort möglich, wo die entsprechenden Abstände zu Wohnbebauungen eingehalten werden. 3. Weiterhin muss die Landesplanung in den Grundsätzen und Zielen darlegen, wie in Hinblick der Gefahren von Kontamination durch schädliche Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel nach einem Brandereignis die Mindestabstände zur Wohnbebauung mit dem BImschG zu vereinbaren sind. 4. In den Zielen und Grundsätzen muss für den Fall o.g. Havarien eine Klärung der Übernahme der Folgekosten (Sanierung, Rückbau; Investition in Feuerwehrausrüstung, Deponien, Haftungsverpflichtungen) für die betroffenen Gemeinden festgeschrieben werden.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	5. In den Zielen und Grundsätzen sind zudem die Mindestabstände zu EU-Vogelschutzgebieten gemäß dem Helgoländer Papier (von 2015, als wissenschaftliche Grundlage) festzuschreiben: 10-fache Anlagenhöhe als Schutzabstand, aber mindestens 1200m Bei einer geplanten Referenzanlagehöhe von 200m also mind. 2000m (vgl. https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/wind/170206-nabu-abstandsempfehlungen.pdf). 6. Sämtliche Mindestabstände zu den Horsten windkraftsensibler Arten müssen als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt werden und zumindest den Schutzabständen gemäß Helgoländer Papier entsprechen. Die Prüfabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten gemäß Helgoländer Papier sind als Grundsätze der Raumordnung zu übernehmen. 7. Es muss als Grundsatz festgeschrieben werden, dass eine Anrechnung bestehender oder in den Gemeinden in Planung befindlicher PV-Freiflächenanlagen auf die Flächenausweisung erfolgen, damit es zu keiner „Doppel- oder Mehrfachbelastung“ von Gemeinden kommt, die bereits einen entsprechenden Flächenbeitrag für die Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen leisten bzw. leisten wollen. Die Gemeinde Westensee hat sich unter Berücksichtigung der einzigartigen naturräumlichen Lage und zum Erhalt des Landschaftsbilds für eine Flächen-PV-Anlage entschieden, die derzeit das Bauleitplanverfahren durchläuft.. Dies ist zu berücksichtigen. 8. Das Kriterium der Vorbelastung sowie das Ziel der Konzentration bzw. die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA ist zu streichen. Es soll möglichst eine Gleichverteilung angestrebt werden, um möglichst gleiche Lebensverhältnisse im Land zu schaffen. Durch Windenergiegebiete, Höchstspannungsfreileitungen oder PV-Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. 9. Auf die Änderung der bisherigen Höhen und anderer Parameter einer Referenzanlage ist zu verzichten. Wie im Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land ausgeführt, gibt es keine gesetzliche Verpflichtung, eine Referenzanlage für die Planung und Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie heranzuziehen. Nicht nur deshalb erscheint die geplante Festlegung auf eine	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Referenzanlage von 200m mit 150m-Rotordurchmesser allein mit der „Marktüblichkeit“ und der wirtschaftlichen Tragfähigkeit (siehe B zu 3 in der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP 2024 - erster Entwurf vom Juni 2024) zu begründen, nicht schlüssig, da auch 150m-hohe Anlagen nachweislich wirtschaftlich betrieben werden. Sie erbringen für Betreiber und Investoren aktuell Renditen, die deutlich über der Inflationsrate liegen. Auch aktuell werden immer noch Anlagen mit einer Gesamthöhe von 150 m genehmigt, was bei mangelnder Wirtschaftlichkeit sicher nicht der Fall wäre. 10. In den Grundsätzen und Zielen muss festgelegt werden, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungs-/Zuwegungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken im Allgemeinen im Sinne des „natürlichen“ Klimaschutzes Vorrang gewährt werden. Biotope und Biotopverbundachsen sind natürliche Lebensräume u.a. von schützenswerten Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. 11. Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage muss in den Grundsätzen sichergestellt werden, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses - sowie der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken, Flughäfen etc.) nicht durch zukünftige Windkraftanlagen und -gebiete gefährdet oder eingeschränkt werden. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 zu damals geplanten Vorranggebieten sind in der Regionalplanung bei der Festlegung von Windvorrangflächen sowie im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. 12. In den Grundsätzen ist der Schutz des Landschaftsbildes in Landschaftsschutzgebieten festzuschreiben. Dem Schutzzweck der vorhandenen Landschaftsschutzgebiete muss in besonderem Maße Rechnung getragen werden. Dies gilt im vorliegenden Fall besonders für das	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsschutzgebiet Westensee-Landschaft, das sich durch noch ungestörte Landschaften von hohem Erholungswert und nur selten wiederzufindender Naturschönheit auszeichnet. Die Gemeinde Westensee liegt vollumfänglich im Naturpark Westensee. Kern des Naturparks ist der Westensee, der unterschiedlichsten naturschutzfachlichen Schutzkategorien unterliegt (Natura 2000, NSG, LSG). Die Landschaft am Westensee ist Kernbereich der Erholung. Auch über die Grenzen des Kernbereichs hinaus hat der Raum für die Naherholung im Kieler Umland eine enorme Bedeutung. Das Aufstellen von Windenergieanlagen der sog. Referenzgröße (200 m) bringt erhebliche Auswirkungen – nicht nur im Nahbereich, sondern auch im Fernbereich mit sich. Zum Schutz von Landschaftsräumen mit einmaliger Charakteristik und besonderer Erholungseignung sollte auch in Zukunft eine starke Gewichtung des Freiraumschutzes erfolgen. Hinweis: Die hier eigentlich vorhandenen Bilder vom Landschaftsraum bitte ich der als PDF-Datei anliegenden Originalstellungnahme zu entnehmen! 13. **Nachstehend wird unter Anwendung der Ziele und Grundsätze Stellung zu den veröffentlichten Potenzialflächen genommen:** **a. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_080** • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden Teile der Potenzialfläche überlagert. • Die Potenzialfläche liegt zentral im Naturpark Westensee, vollumfänglich im LSG Westenseelandschaft und gehört in Teilen zum Kernbereich Erholung. Die Fläche ist weiten Teilen durch Waldflächen umschlossen und grenzt direkt an die **höchste Erhebung Westensees, den Tüteberg**. • Innerhalb der Potenzialfläche liegt ein schützenswertes Geotop (Tunneltal Tal der Fuhlenau / Mühlenau, Gut Westensee - Pohlsee - Brahmsee - Nortorf und Tal der Olendieksau), was auf die besondere Formation der Landschaft hinweist.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die erhebliche Überlagerungen mit anderweitigen Nutzungsansprüchen aufweist. Im Anschluss an die Potenzialfläche liegt das denkmalgeschützte Gut Deutsch Nienhof mit seinem weitläufigen Landschaftspark und dem gut erhaltenen Hofensemble. Die Fläche liegt weiter zentral im Naturpark Westensee, bildet praktisch das Herz, so dass die Belange des Landschaftsschutzes und der Erholung besonders stark gewichtet werden sollten. Aufgrund der erheblichen Fernwirkung (siehe auch Bild vom Bosseer Schoor über den Westensee Richtung Tüteberg) von Windkraftanlagen und damit der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Erholungsraumes ist diese Potenzialfläche **nicht für die Windenergienutzung geeignet.** **b. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_084** • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer (OT Wrohe) werden Teile der Potenzialfläche auf Gebiet der Gemeinde Westensee überlagert. • Die Potenzialfläche liegt zentral im Naturpark Westensee, vollumfänglich im LSG Westenseelandschaft. Die Fläche ist fast vollständig durch Waldflächen umschlossen. • Innerhalb der Potenzialfläche liegen mehrere kleinere Waldflächen und Biotope größeren Umfangs. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die etliche Überlagerungen mit anderweitigen Nutzungsansprüchen aufweist. Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee, so dass die Belange des Landschaftsschutzes und der Erholung besonders stark gewichtet werden sollten. Aufgrund der erheblichen Fernwirkung von Windkraftanlagen und damit der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Erholungsraumes ist diese Potenzialfläche **nicht für die Windenergienutzung geeignet.** **c. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_095** • Die Gemeindevertretung spricht sich für die Ausweisung des Gebiets unter	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausschluss des östlichen LSG aus. Aufgrund des besonderen Schutzwertes des LSG und der besonders ortsprägenden Blickachse entlang des Bosseer Schoor muss das Gebiet entlang des Bossees aus dem ausgewiesenen Gebiet entfernt werden. • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden Teile der Potenzialfläche überlagert. • Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee und grenzt unmittelbar an den Kernbereich für Erholung. Der östliche Teil liegt in weiten Teilen im Landschaftsschutzgebiet Westenseelandschaft. Im Norden grenzt das Felder Holz an, das Anlaufpunkt für Naherholungssuchende der Region ist. Die gut erhaltene Eichenallee mit ihren mächtigen alten Alleebäumen ist ein besonderes Beispiel für die Anlage naturnaher und landschaftsbildprägender historischer Wege. • Innerhalb des LSG liegen weitere Waldflächen und Biotope sowie ein schützenswertes Geotop (Tunneltal Westensee-Emkendorf), was auf die besondere Formation der Landschaft hinweist. • Im Bereich des Felder Holzes wurden Brutplätze des Rotmilan nachgewiesen. Der Abstandsbereich (1.500 m) reicht bis in den nördlichen Teil der Potenzialfläche hinein. • Im Südwesten der Potenzialfläche betreibt die Gemeinde Westensee seit 2022 ein Bauleitplanverfahren zur Ausweisung eines Sondergebiets für Freiflächenphotovoltaik. Eine Nutzung durch Windenergie wird damit für diese Fläche ausgeschlossen sein. • Es wird auf den im östlichen Bereich der Potenzialfläche mangelnden Abstand zu den raumordnerisch festgelegten Siedlungsbereichen der Siedlungsachse Kiel – Melsdorf –Felde (hier bezogen auf den LZO Felde) und dem sich darauf gründenden Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung hingewiesen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	(siehe Abbildung). Die hier angesprochene Abbildung bitte ich der Originalstellungnahme, die als Anhang beigefügt ist, zu entnehmen. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die von anderweitigen Nutzungsansprüchen überlagert ist. Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee, so dass die Belange des Landschaftsschutzes und der Erholung besonders stark gewichtet werden sollten. Aufgrund der erheblichen Fernwirkung von Windkraftanlagen und damit der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Erholungsraumes ist diese Potenzialfläche für die Windenergienutzung geeignet unter Ausschluss des östlichen LSG. **d. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_164** • Die Fläche weist nicht die geforderte Mindestgröße von 15 ha auf; die nächstgelegene Fläche ausreichender Größe liegt über 600 m weiter östlich (PR12_RDE 095); ein Zusammenhang der Flächen kann aufgrund der Entfernung nicht gesehen werden. • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden große Teile der Potenzialfläche überlagert. • Die Fläche liegt inmitten des Naturpark Westensee und grenzt unmittelbar an das Bruxer Holz, so dass Freiraumschutz und Erholungseignung ein besonderes Gewicht haben. • Die Gemeinde spricht sich trotz der genannten Punkte für die Ausweisung des Gebietes **Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_164** aus. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die nicht frei von anderweitigen Nutzungsansprüchen ist. Die Fläche liegt im Naturpark Westensee und unmittelbar am Bruxer Holz. Dem Freiraumschutz und der Erholungseignung in dem Raum sollte besonderes Gewicht beigemessen werden.	

Einreichendendaten	**Stellungnahme**	**Begründung**
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1626	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehmen wir zum Vorranggebiet PR2_RDE_067 im neuen Entwurf des Windenergie Regionalplan, Planungsraum II, wie folgt Stellung. Wir begrüßen und stimmen der Ausweisung des Vorranggebiets PR2_RDE_067 ausdrücklich zu. Wir, die „[redacted]“, haben als Entwickler und Betreiber von Windenergieanlagen bereits mehrere Flurstücke innerhalb des Vorranggebiets schuldrechtlich gesichert zum Bau von Windenergieanlagen. Vor diesem Hintergrund haben wir auch bereits im Jahr 2018 durch das Gutachterbüro „[redacted] aus 24113 Molfsee mit der Kartierung der Avifauna und Fledermäuse beauftragt. Die Ergebnisse der Avifauna (Horstkartierung und Raumnutzungsanalysen von WEA-sensiblen Groß- und Greifvogelarten) wurden im Dezember 2018 bereits mit dem Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) besprochen und liegen diesem vor. Darüber hinaus führen wir zur Verifizierung der bisher erfassten Daten aus 2018 fortlaufende Kartierung durch. Im bisherigen Ergebnis der Kartierungen lassen sich keine Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG herleiten, die nicht durch geeignete fachlich anerkannte Vermeidungsmaßnahmen vermieden werden können. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Landesverband Erneuerbare Energien Schleswig-Holstein e.V. ID: M2484	Sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024, der wir gerne nachkommen. Unsere Stellungnahme finden Sie angefügt. Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Zur Forderung, das Repowering nach § 245e Abs. 3 BauGB zu ermöglichen: Die Landesplanungsbehörde bleibt bei ihrer bisherigen Rechtsauffassung und sieht die Grundzüge der Planung berührt, solange das Repowering-Konzept der noch rechtskräftigen Regionalpläne Gültigkeit hat. Zur Forderung, das Repowering nach 249 Abs. 3 BauGB nicht durch Ziele der Raumordnung einzuschränken: Die Landesplanungsbehörde hält am bisherigen Konzept fest und sieht darin ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Windenergienutzung innerhalb des neuen durch das WindBG und begleitend das BauGB vorgegebenen Rechtsrahmen.Zur

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, bedanken uns für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024, der wir gerne nachkommen. Ihre Fragen beantworten wir gerne. Zudem stehen BWE SH und LEE SH jederzeit zur Verfügung, um bei der weiteren politischen Diskussion aktiv und lösungsorientiert mitzuwirken. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Geschäftsführer **1 Einleitung** Durch das Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) ist Schleswig- Holstein verpflichtet, bis Ende 2027 für die Windenergie 1,3 Prozent der Landesfläche auszuweisen und zwei Prozent bis Ende 2032. Jedoch benötigt Schleswig-Holstein aufgrund der vorgesehenen Rotor-In-Regelung insgesamt mehr als drei Prozent Landesfläche, um die vom Bund vorgegebenen zwei Prozent anrechenbare Fläche für den Ausbau der Windenergie zur Verfügung zu stellen und den durch Rotor-In verringerten Flächenertrag zu kompensieren. Mit dem vorliegenden Entwurf der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans (LEP) legt die Landesregierung die Kriterien für die künftigen Vorranggebiete Wind in den Regionalplänen fest. Vorab ist ausdrücklich zu begrüßen, dass die Landesregierung die bisherige sogenannte 3H/5H-Regelung nicht mehr anwendet und abschafft. Diese Regelung schränkte die XNutzbarkeit der ausgewiesenen Flächen ein und moderne Windenergieanlagen (WEA) konnten nur begrenzt wirtschaftlich genutzt werden. Sehr kritisch sehen wir das Vorhaben der Landesregierung, die auf den bisherigen harten und weichen Tabukriterien beruhenden Ausschlusskriterien zu Zielen und Grundsätzen der	Forderung harte und weiche Tabukriterien nicht zu Zielen der Raumordnung zu machen: Die Landesplanungsbehörde teilt die vorgebrachten rechtlichen Bedenken nicht und hält an dem Konzept fest. Um auch innerhalb des neuen Rechtsregimes des WindBG noch ein Mindestmaß an Steuerung der Windenergie zu erreichen, ist dies aus Sicht der Landesregierung der gangbarste Weg. Die Einschränkung des Repowerings außerhalb von Vorranggebieten betrifft zum ganz überwiegenden Teil Standorte, die im unmittelbaren Umkreis nicht mehr durch moderne WEA in der Größe der Referenzanlage ersetzt werden können. Eine "Bereinigung" des Landschaftsbildes durch den mittelfristigen Rückbau der WEA ist erklärtes Planungsziel. Zur Frage der Ausnutzbarkeit von Flächen: Die Landesplanungsbehörde stellt den Vorrang für die Windenergienutzung innerhalb der Gebiete soweit sicher wie es auf der Ebene der Landes-und Regionalplanung maßstabsbedingt möglich ist. Das schließt nicht aus, dass es im Einzelgenehmigungsverfahren noch zu Einschränkungen kommen kann. Die Landesplanung kann nur mit den Informationen arbeiten, die ihr zur Verfügung gestellt werden. Aus der Ausweisung eines Vorranggebietes folgt nicht, dass entgegenstehende Belange, die erst auf der Genehmigungsebene erkennbar werden, unbeachtlich bleiben können. Dies gilt z.B. für Höhenbegrenzungen. Die Landesplanung versucht jedoch, solche Einschränkungen durch sorgfältige Auswahl der Vorranggebiete weitgehend zu vermeiden. Zur Rotor-In-Planung: Hierzu wird auf Ziffer 1.6.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Dem Hinweis, dass für Rotor In nicht nutzbare Flächenteile nicht mit ausgewiesen werden sollen, wird gefolgt. Flächen werden entsprechend dem Rotorradius der Referenz-WEA abgerundet. Zum Thema Kleinstflächen wird auf Ziffer 1.7.1 der allgemeinen

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Raumordnung zu erklären. Diese Konstruktion wird nach unserer Auffassung misslingen. Wir haben zu diesem Thema ein Rechtsgutachten der Kanzlei Blanke Meier Evers, Hamburg vom 15. Dezember 2023 erstellen lassen.' Daraus ergibt sich, dass aufgrund der Kompetenz, der Spezialität *fachrechtlicher* Regelungen und aus Abwägungsgesichtspunkten eine solche Konstruktion scheitern wird. Auch inhaltlich lehnen wir diese starke Begrenzung ab. Dadurch wird eine starre Regelungskulisse geschaffen, die pauschal Flächen ausschließt, die im Einzelfall nach gutachterlicher Einschätzung doch für die Windenergie geeignet wären. Dieses Vorhaben wirkt sich zusätzlich einschränkend auf das Repowering von Anlagen außerhalb von Vorranggebieten und auf die Nutzung der Gemeindeöffnungsklausel aus, da der LEP eine Nutzung dieser vom Bund gegebenen Möglichkeiten allein auf die verbleibenden Potenzialflächen beschränkt. Die Zubauzahlen im ersten Halbjahr 2024 haben die Bedeutung des Repowerings verdeutlicht.* Daher appellieren wir dringend dafür, dass Bestandsanlagen außerhalb der ausgewiesenen Flächenkulisse die Möglichkeit zum Repowering gemäß 88 249 Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB), 8249 Absatz2 in Verbindung mit &8 35 Absatz 2 BauGB und &8 245e Abs. 3 BauGB haben, wenn eine realistische Aussicht auf eine Genehmigung nach Bundes- Immissionsschutzgesetz (BlmSchG) besteht. Von einem kategorischen Ausschluss und einer Begrenzung auf die Potenzialflächen ist aus unserer Sicht unbedingt abzusehen. Gleiches gilt für die Einschränkung der Gemeindeöffnungsklausel auf die Potenzialflächen. Die Gemeinden kennen die Gegebenheiten vor Ort am besten. Zudem gibt es in Schleswig-Holstein einige Gemeinden,die weitere Windvorhaben auf ihrem Gebiet umsetzen möchten, bei denen im Zuge der Landesplanung jedoch keine Vorranggebiete ausgewiesen werden. Gerade diese Anlagen würden mit gemeindlichem Willen gebaut. **2 Überblick über die Verbände-Forderungen** Schleswig-Holstein hat sich zum Ziel gesetzt, die landeseigenen politischen Ziele und die Vorgaben des Bundes durch eine Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und eine anschließende neue Regionalplanung zu erreichen. Im aktuell vorliegenden Entwurf sehen wir Punkte, die den Ausbau der Windenergie hemmen und dazu führen könnten, dass die gesetzten Ziele nicht erreicht werden. Auf die jeweiligen Punkte gehen wir im Folgenden ein. Nach Ansicht von BWE SH und LEE SH sind insbesondere die folgenden Aspekte wichtig (prioritäre Forderungen sind hervorgehoben):	Synopse verwiesen. Der Forderung, dörfliche Wohngebiete als Splittersiedlungen zu werten und sie mit 400 m Abstand zu schützen, wird nicht gefolgt. Es bleibt bei der bauplanungsrechtlichen Unterscheidung nach Innen und Außenbereich, weil damit auch der unterschiedliche Schutzanspruch gegenüber Außenbereichsnutzungen verknüpft ist. zum Abstand von 1.000 m zu Siedlungen: der Grundsatz und die Begründung wurden für eine bessere Klarstellung angepasst. Sollte der bei manchen Flächen hinzukommende Streifen zwischen 800 m und 1.000 m nicht kurzfristig bebaubar sein, wäre dies kein Hinderungsgrund zur Ausweisung. Eine zeitlich gestaffelte Nutzung der Vorranggebiete ist ohnehin sinnvoller, als ein zu schneller Ausbau, bei der Netzausbau nicht mithalten kann. Zum Abstand zu Gewerbegebieten: Der Forderung nach Streichung des 400 m Abstandes wird nicht gefolgt. Gewerbegebiete sollen ohne Einschränkungen für Betriebsansiedlungen nutzbar sein. WEA können bei zu großer Nähe aufgrund erforderlicher Sicherheitsabstände und arbeitsschutzrechtlicher Anforderungen dafür sorgen, dass Teile eines Gewerbegebietes nicht für andere Betriebe nutzbar sind. Deshalb wird ein vorsorglicher Abstand von 400 m für angemessen gehalten. Der Plantext zum Thema Umfassung wird wie in der Stellungnahme angeregt angepasst. Zu Militärischen Bereichen: Die Landesplanung entscheidet Einzelfall bezogen auf Ebene der Regionalplanung, ob ein Risiko der Nichtnutzbarkeit einer Fläche besteht. Dazu greift sie auf die vorliegenden Stellungnahmen der Fachbehörden und Fachdienststellen zurück. Die Bundeswehr kann nicht von der Landesplanungsbehörde gezwungen werden, verbindlichere

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	• Bisherige Ausschlusskriterien nicht als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festschreiben • Repowering außerhalb ausgewiesener Flächen gemäß Bundesvorgaben ermöglichen • Bebaubarkeit der ausgewiesenen Flächen sicherstellen • Vorrang der Windenergie muss sich in Vorranggebieten durchsetzen • S2EEG in Abwägungsentscheidungen beachten • Abstandsvorgaben gemäß Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) anwenden **3 4.5.1 Grundsätze und Ziele der Raumordnung** **3.1 1G Verfolgtes Planziel** Wir begrüßen ausdrücklich, dass Schleswig-Holstein seinen gemäß WindBG vorgeschriebenen Flächenbeitragswert für 2032 schon bis Ende 2027 ausweisen will. Damit legt das Land einen wichtigen Grundstein für die angestrebte Klimaneutralität bis 2040 und gibt der Branche mehr Planungssicherheit. Ziel der Landesregierung sollte es jedoch weiterhin sein, die neue Flächenkulisse bereits vor 2027 fertigzustellen. Um den künftigen Strombedarf vor dem Hintergrund einer voranschreitenden Elektrifizierung aller Sektoren zu decken, ist eine Mindesteinspeisung von 35 Terawattstunden anzustreben, da der Strombedarf perspektivisch weiter steigen wird. **3.2 2Z Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie für raumbedeutsame Windenergieanlagen an Land** Das Ausbauziel von 15 Gigawatt installierte Leistung bzw. 30-35 Terawattstunden Einspeisung bis 2030 sollte dringend landesplanerisch hinterlegt werden, indem ausreichend tatsächlich bebaubare - sprich wirtschaftlich nutzbare - Flächen für die Windenergie ausgewiesen werden. Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass der Plantext davon ausgeht und festschreibt, dass sich die raumbedeutsame Windenergienutzung	Stellungnahmen abzugeben. Es kann im Einzelfall auf Risikoabschätzungen hinauslaufen, auf die entsprechend hingewiesen wird. Der angeregten Verkürzung der Abstände zu Straßenbauplanungen wird nicht gefolgt. Für den späteren Baustellenbetrieb ist die gewählte Korridorbreite erforderlich. Zu Platzrunden um Flugplätze: Hier erfolgte genau das, was die Einwender bei der Bundeswehr fordern: Die Genehmigungsfähigkeit wird von der Fachbehörde in den als Ziel ausgeschlossenen Bereichen nicht in Aussicht gestellt. Um keine Flächen mit unzumutbaren Beschränkungen oder nachträglichen Verboten auszuweisen, bleibt es beim Ziel und damit Ausschluss. Zur Wetterradarstation Boostedt: Der Verweis auf das Behördengutachten bleibt bestehen. Es dient zur Begründung des Ziels. Damit ist keine Aussage verbunden, inwieweit das Gutachten noch bei Genehmigungsverfahren im Umkreis jenseits der 5 km herangezogen wird. Der Hinweis zu Schutzstreifen entlang von Landesschutz- und Regionaldeichen wird auf Ebene der Regionalplanung geprüft. Es bleibt bei der Einstufung der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie der Kernbereiche für Tourismus und / oder Erholung als Grundsatz der Raumordnung. In Kombination mit anderen Grundsätzen des Freiraumschutzes soll dieser Aspekt in die Konfliktrisikobewertung einfließen. Zu regionalen Grünzügen, Landschaftsschutzgebieten und Naturparken erfolgt die individuelle Abwägung auf Ebene der Regionalplanung. In einigen Punkten scheint die Stellungnahme davon auszugehen, dass mit dem LEP weiterhin eine Konzentrations-

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	„LiInnerhalb dieser Vorranggebiete [...] gegenüber anderen Nutzungen [durchsetzt] [und] [a]ndere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen [werden], soweit diese mit der vorrangigen Funktion oder MNutzung der raumbedeutsamen Windenergie an Land nicht vereinbar sind.“ Trotzdem kommt es in der Praxis vor, dass ausgewiesene Vorranggebiete wegen entgegenstehender Belange nicht oder nicht vollständig bebaut werden können. Solche Belange sind beispielsweise derDenkmalschutz, Windflächen in räumlicher Nähe zu militärisch genutzten Gebieten, zu Flugplätzen sowie einzuhaltende Abstände zu überplanten Strukturen wie Straßen, Autobahnen, Stromleitungen oder Deichen. Auch kommt es in der Praxis vor, dass erst im Genehmigungsverfahren Einwendungen von den betroffenen Trägern öffentlicher Belange (TÖB) gemacht werden, obwohl diese schon während der Planausweisung hätten geltend gemacht werden können. Dies betrifft beispielsweise Forderungen nach Höhenbeschränkungen auf ausgewiesenen Flächen, die die wirtschaftliche Nutzbarkeit sowie die möglichen Anlagenkonfigurationen und damit die Bebaubarkeit mit modernen Windenergieanlagen einschränken oder gar vollständig verhindern. Vorrang muss Vorrang bedeuten, insbesondere auch vor dem Hintergrund des überragenden öffentlichen Interesses an Bau und Betrieb von < erneuerbare Energien-Anlagen gemäß dem Abwägungsvorrang nach & 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Ein Hinweis hierauf ist im Plantext einzufügen. Aus unserer Sicht es ist absolut notwendig, dass Träger öffentlicher Belange bereits in ihren Stellungnahmen während des Flächenausweisungsverfahrens auf Beschränkungen hinweisen. Im laufenden Genehmigungsverfahren dürfen keine weiteren Beschränkungen mehr gefordert werden, die schon vor Ausweisung der Flächen bekannt waren. Andernfalls können Investitions- und _ Planungssicherheit sowie ein wirtschaftlicher Betrieb für Projektierer trotz einer Ausweisung als Vorranggebiete nicht mehr gegeben sein. Eine entsprechende Vorgabe gibt sich auch die Landesplanung im Plantext selbst: „[...] die Landesplanungsbehörde [muss] bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie deren Geeignetheit für die Nutzung von WEA anhand einer Referenzanlage prüfen und zudem sicherstellen [...], dass die auf Landesebene gesetzlich festgelegten Energieerzeugungsziele (siehe B zu 1) erreicht werden können."* Bei der aktuellen Flächenkulisse ist es jedoch so, dass lineare Strukturen wie Stromleitungen überplant wurden und die Flächen in der Praxis nur eingeschränkt bebaubar sind. Dieses Vorgehen hat die Landesregierung auch in den Eckpunkten der neuen Planung angekündigt.* Laut Plantext gelten beispielsweise Stromleitungen als	bzw. Ausschlussplanung erfolgen soll. Das ist jedoch nicht der Fall und gemäß § 249 Abs. 1 BauGB auch nicht mehr zulässig. Eine reine Positivplanung unterliegt aber anderen Anforderungen als bisherigen Konzentrationsplanungen, die sich an der Anforderung messen lassen mussten, der Windenergie substanziell Raum zu verschaffen. Diese Anforderung wurde ersetzt durch die verbindlich zu erreichenden Flächenbeitragswerte gemäß WindBG. Solange eine Positivplanung auf diese Zielerreichung ausgerichtet ist, besteht ein planerisches Ermessen bei der Auswahl der dafür erforderlichen Vorranggebiete. Mit einer nach Abzug der Ziele der Raumordnung verbleibenden Potenzialfläche von über 7 % der Landesfläche ist dokumentiert, dass die Flächenbeitragswerte auf Ebene der Regionalplanung erreichbar sein werden. Solange dies der Fall ist, spielt § 2 EEG zumindest auf der Planungsebene zur Festlegung von Ausschlusskriterien als Ziele der Raumordnung nur eine nachrangige Rolle. Zu EU-Vogelschutzgebieten und Abständen dazu: Durch Windkraftanlagen ergeben sich Störungen die in das EU-Vogelschutzgebiet hineinwirken können. Zudem können sich im Nahbereich (bis 1000 m) Barrierewirkungen durch WEA ergeben. Diesen Aspekten wird mit dem Umgebungsbereich Rechnung getragen. Naturschutzfachlich ist es deshalb gerechtfertigt auf der gesamträumlichen Planungsebene aus Gründen der Vorsoge einen Umgebungsbereich von WEA freizuhalten. Außerhalb dieses Umgebungsbereich wird im Sinne der FFH-Verträglichkeit von keiner erheblichen Beeinträchtigung ausgegangen.Die Betrachtung der Umgebungsbereiche um Europäische Vogelschutzgebiete (EU-VSG) erfolgt zweigeteilt und trägt somit den planerischen Entwicklungen über die Zeit (Bestandsanlagen) und den neuen Anforderungen beim Ausbau der Windenergie durch höhere Flächenbeitragswerte (Ausweisung von mehr Flächen unter Berücksichtigung unbelasteter Räume) Rechnung. Grundsätzlich muss aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse davon ausgegangen werden, dass Umgebungsbereiche von

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erdkabel oder Freileitungen als „grundsätzlich vereinbar mit der Windenergienutzung“, da sich „[d]eren Verlauf [...] in der Regel innergebietlich an die Standorte der WEA anpassen [kann] und [...] die Ausnutzbarkeit der Vorranggebiete nicht [beeinträchtigt]".® Dies gilt nur für Flächen, auf denen weder ein Wind- noch ein Netzvorhaben stehen oder geplant sind. In der Praxis ist es hingegen vielfach so, dass Flächen ausgewiesen werden, auf denen bereits Stromtrassen stehen oder die beplant sind. In letzterem Fall ist fraglich, ob bestehende Planungen der Netzbetreiber aufgrund eines voraussichtlich künftigen Windvorranggebietes geändert werden. Auf Vorrangflächen mit bereits bestehender Netzinfrastruktur ist keine vollständige Bebauung der Fläche möglich, da auch hier je nach Ausstattung der Stromtrassen gewisse Abstände einzuhalten sind. Wir empfehlen dringend, solche Flächen unbedingt auszuschneiden und dies auch im Plantext zum LEP festzuschreiben. Durch eine Ausweisung wird künstlich Fläche erzeugt, die de facto nicht bebaubar und wirtschaftlich nutzbar ist. Dies gilt es zu vermeiden, wenn nicht nur das Flächenziel, sondern das Einspeiseziel erreicht werden soll. Wünschenswert ist zudem eine Ergänzung des Plantextes, dass der nötige Ausbau der erneuerbaren Energien nicht stocken darf, weil der Netzausbau in den Süden nicht Schritt gehalten hat. Obwohl Schleswig-Holstein beim Ausbau der Netze weit vorne liegt und Abregelungen stetig sinken, besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf beim Netzausbau, der in den Süden perspektivisch nicht so schnell voranschreiten wird wie der Ausbau der erneuerbaren Energien im Norden. Dies darf keinesfalls zulasten der Erneuerbaren gehen und Einfluss auf die Ausweisung von Flächen für die Windenergie haben. **3.3 2 G Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land** Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass Vorranggebiete aus der vorherigen Regionalplanung übernommen werden sollen. Bei der Übernahme von Vorranggebieten sollte von der Landesplanung jedoch genau geprüft werden, welche Flächen der bisherigen Regionalplanung bebaubar waren und welche zwar ausgewiesen, aber nur eingeschränkt oder gar nicht mit modernen WEA nutzbar waren und was die Gründe dafür waren. Wir verweisen auf unsere Anmerkungen in 4.5.1. zur Ausweisung von Vorranggebieten unter 2 Z und zu Höhenbegrenzungen unter 4 Z. Gemäß Plantext sollen die "Vorranggebiete der Regionalpläne 2020 und außerhalb	1.000 m um EU-VSG verstärkt von den zu schützenden maßgeblichen Bestandteilen des Natura 2000-Gebiets, also bestimmten Vogelarten, genutzt werden. Damit zählen diese Bereiche zu den sensiblen Gebieten, in denen keine Ausweisung von Vorranggebieten erfolgen sollte. Weiterhin wird durch den die Freihaltung des 1000m-Umgebungsbereiches vermieden, dass die Störwirkung von WEA in die Schutzgebiete hineinwirken und zu einer erheblichen Beeinträchtigung des jeweiligen Gebietes führen. Eine generelle Freihaltung der Umgebungsbereiche ergibt sich zudem aus der Annahme, dass durch die Ausweisung von mehr Fläche für Windenergie zur Erfüllung der höheren Beitragswerte gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz die Natur insgesamt stärker belastet wird. Größere unbelastete Flächen und Gebiete mit einer besonderen Bedeutung für den Naturschutz erhalten so eine höhere Relevanz. An Standorten, wo bereits Anlagen bestehen und die nicht von weiteren Zielen überlagert werden, werden „berechtigte Interessen der Altanlagenbetreiber und der Öffentlichkeit an der Weiternutzung der vorhandenen Infrastruktur“ in die Überlegung mit eingestellt. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Freihaltung bisher unbelasteter Räume Vorrang hat – oder umgekehrt, belastete Räume im Zweifelsfall bestehen bleiben sollten, um einen umweltverträglichen Ausbau der Windenergie gemäß § 1 EEG gewährleisten zu können. Zu FFH-Gebieten und zugehörigen Abständen: Der erhöhte Abstand zu Gebieten, die dem Fledermausschutz dienen wird beibehalten. Es sollen nach Möglichkeit Flächen ausgewiesen werden, auf denen möglichst viele Vollaststunden möglich sind. In der Nähe von Fledermausschutzgebieten werden regelmäßig Abschaltungen erforderlich sein. Ein pauschaler Schutzabstand ist angemessen, zumal ausreichend konfliktärmere Flächen vorhanden sind. Zum Biotopverbund und zu Querungshilfen: Durch die Formulierung eines Grundsatzes wird das Anliegen

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dieser bestehende WEA [...] bevorzugt in die Regionalpläne als Vorranggebiete Windenergie übernommen werden, sofern sie den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung entsprechen."" Hier schränkt die neue Systematik des LEP mit dem Hinweis auf die Ziele und Grundsätze der Raumordnung erneut zu stark ein und verhindert eine gebotene Einzelfallbetrachtung. Wenn die Flächen den bisherigen fachlichen Kriterien entsprochen haben, Infrastruktur insbesondere auch für Netze vorhanden ist und die Anwohner:innen an die Anlagen gewöhnt sind, sollten planerische Gründe ein Repowering nicht unmöglich machen.8 Wir begrüßen ausdrücklich, dass auf die Ausweisung von Vorranggebieten Repowering künftig verzichtet wird. Zudem empfehlen wir dringend, im Plantext klarzustellen, dass die bisher ausgewiesenen Vorranggebiete Repowering als Vorranggebiet übernommen werden. Bei den weiteren Aussagen zum Repowering im Plantext sehen wir jedoch deutliche Abweichungen zwischen der Intention des Bundesgesetzgebers und der schleswig-holsteinischen Umsetzung. Wir stimmen zu, dass „die Bundesnormen [...] dem berechtigten Interesse der Altanlagenbetreiber an einem dauerhaften Weiterbetrieb der WEA in anderer Form Rechnung [tragen]“. Gemeint sind, wie im Plantext nachzulesen, die &8 249 Absatz 3 BauGB sowie &6 249 Absatz 2 in Verbindung mit 8 35 Absatz 2 BauGB, darüber hinaus aber auch 68245e Abs.3 BauGB. Letzterer regelt, dass Repowering-Vorhaben bis zum Erreichen des maßgeblichen Flächenbeitragswerts bzw. bis zum Ablauf des 31. Dezember 2027 eine Ausschlusswirkung grundsätzlich nicht entgegengehalten werden kann, es sei denn, die Grundzüge der Planung stehen entgegen. Diese Regelung findet jedoch - nach Ansicht der Landesplanungsbehörde - keine Anwendung in Schleswig-Holstein. Die bisherigen „Vorranggebiete Repowering“ werden von der Landesplanung als Grundzüge der Planung benannt, die berührt wären, wenn außerhalb der ausgewiesenen Flächen repowert würde.10 Daher ist diese vom Bundesgesetzgeber geschaffene Möglichkeit in Schleswig-Holstein bislang nicht nutzbar. Eine ähnlich drastisch eingeschränkte Anwendung sehen wir durch den LEP-Entwurf bei &8 249 Absatz 3 BauGB sowie 8 249 Absatz 2 in Verbindung mit 8 35 Absatz 2 BauGB, die ein Repowering außerhalb der Vorranggebiete bis zum 31. Dezember 2030 ermöglichen. Diese Möglichkeiten zum Repowering bestehen, wären durch die Festlegung der Ausschlusskriterien als Ziele und Grundsätze der Raumordnung aber allein auf den verbleibenden Potenzialflächen möglich. Dabei kommt dem Repowering	aus der Stellungnahme umgesetzt, Einzelfall bezogene Entscheidungen zu treffen. Die Ausführungen zu Wäldern werden zur Kenntnis genommen. Zum folgenden Aspekten wird auf die jeweiligen Ziffern der allgemeinen Synopse verwiesen: Seeadler-Dichtezentrum: 4.8.1 Wintermassequartieren für Fledermäuse: 4.9.1 Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel: 4.10.1 Internationale bedeutsame Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen: 4.11.1. Dies gilt sinngemäß auch für die Kolonien von Trauer- und Lachseeschwalben und Umgebungsbereichen. Querungshilfen: 4.13.1 Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges: 4.16.1 Wiesenvogelbrutgebiete: 4.18.1 Brutplätze windkraftsensibler Großvögel: 4.20.1 Nordfriesische Inseln: 4.21.1 Zu Wasserschutzgebieten: Schutzzone I ist gesetzlich ausgeschlossen. Die pauschale Freihaltung von Schutzzone II wird beibehalten. Es ist Wille des Plangebers, hier dem vorsorgenden Trinkwasserschutz ein höheres Gewicht als der Windenergienutzung beizumessen. Die Ausführungen zu Vorbehaltsgebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe werden zur Kenntnis genommen. Genauere Prüfungen erfolgen auf Ebene der Regionalplanung. Zum Denkmalschutz: Siehe Ausführungen zu § 2 EEG weiter oben.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und der damit einhergehenden Modernisierung des Anlagenbestands angesichts des benötigten Zubaus der Windenergie an Land eine wichtige Rolle zu. Das verdeutlichen auch die Zubau- und Genehmigungszahlen für das erste Halbjahr 2024.11 Die Verbände appellieren dringend an die Landesregierung, die Bundesvorgaben in Schleswig-Holstein anzuwenden und vom Vorhaben abzusehen, die bisherigen Kriterien zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung zu erklären. Die Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag festgelegt zu prüfen, „welche landesrechtlichen und bundesrechtlichen Vorgaben angepasst werden müssen, um das Repowering auch auf solchen Flächen zu ermöglichen, die nach Fertigstellung der Regionalplanung Wind aus der Gebietskulisse herausgefallen sind, jedoch in der Bevölkerung vor Ort eine hohe Akzeptanz ausweisen, ohne die Gültigkeit der Pläne im Sinne der größtmöglichen Planungssicherheit für den Ausbau der Windenergie zu gefährden. Soweit rechtlich möglich, wollen wir [die Landesregierung, A.d.R.] aufgezeigte Möglichkeiten anschließend nutzen.“? Diese Festlegung aus dem Koalitionsvertrag sollte die Landesregierung dringend umsetzen. **3.4 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen** Direkte und indirekte Höhenbeschränkungen in Festlegungen in Regionalplänen sowie Darstellungen und Festsetzungen in Bauleitplänen und in gemeindlichen Satzungen auszuschließen, ist angesichts der Anrechenbarkeit der Fläche gemäß WindBG und einer optimalen Bebaubarkeit der ausgewiesenen Flächen sehr zu begrüßen. Wir verweisen an dieser Stelle auf unsere Ausführungen zu 4.5.1. 2 Z „Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie für raumbedeutsame Windenergieanlagen an Land" und heben hervor, dass nachträgliche Höhenbeschränkungen in Genehmigungsverfahren unbedingt zu vermeiden sind. Es sollte im Vorwege von der Landesplanung sichergestellt werden, dass TÖB bereits in ihren Stellungnahmen während des Flächenausweisungsverfahrens auf Beschränkungen hinweisen und es nicht zu plötzlichen Nachforderungen während der Genehmigungsverfahren kommt. Dies betrifft beispielsweise nachträgliche Höhenbeschränkungen rund um Flugplätze und auf Flächen mit militärischen Belangen. Mögliche Höhenbeschränkungen sind den TÖB insbesondere in diesen Fällen meist schon während der Planausweisung bekannt. Forderungen nach nicht umsetzbaren Höhenbegrenzungen während des Genehmigungsverfahrens können dazu führen, dass Projekte gehemmt und wirtschaftlich belastet werden. Investitions- und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungssicherheit für Projektierer sind damit trotz einer Ausweisung als Vorranggebiete nur eingeschränkt gegeben. Zudem gefährdet dies auch das Erreichen der energiepolitischen Ziele, die sich das Land gesetzt hat und für die es eine Referenzanlage zugrunde legt. **3.5 5 Z Rotor-innerhalb-Planung** Grundsätzlich sprechen sich BWE SH und LEE SH weiterhin für eine Rotor-Außerhalb-Planung aus. Eine solche Planung ist in der Praxis aus verschiedenen Gründen vorteilhaft: So ist der Flächenertrag höher und es eröffnet den Projektierern mehr Spielraum bei der Parkkonstellation. Der technische Fortschritt führt auch in Schleswig-Holstein zu höheren WEA mit längeren Rotorblättern. Aufgrund der Rotor-In-Regelung müssen diese weiter in die ausgewiesenen Flächen einrücken, wodurch ein Teil der Fläche unbebaubar ist. Schleswig-Holstein hat sich entschieden, bei einer Rotor-In-Planung zu bleiben. Diese Entscheidung steht den Ländern gemäß Bundesgesetzgeber frei. Ausschlaggebend muss das Erreichen der energiepolitischen Ziele sein. In der Begründung zu 5 Z weist der Plantext darauf hin, dass die Rotor-innerhalb-Planung "gewährleistet, dass durch die WEA einzuhaltende Abstände nicht dadurch unterschritten werden, dass seitens des Vorhabenträgers die WEA innerhalb des Windenergiegebietes so platziert wird, dass der Rotor aus der Fläche herausragt."13 Einschlägige Fachgesetze wie die Vorgaben des Bundesimmissionsschutzrechts, zum Beispiel zu Schallemissionen und Schattenwurf, sowie das baurechtliche Rücksichtnahmegebot sorgen ohnehin für die Einhaltung aller GrenzwerteA.us unserer Sicht es ist dringend notwendig, dies im Plantext klarzustellen. Beim Zuschnitt der späteren Vorranggebiete im Rahmen der Aufstellung der Regionalpläne sind die Auswirkungen der Rotor-In- Regelung auf die Bebauung und Flächennutzbarkeit unbedingt zu beachten. So sind wegen der Pufferung nach innen kleine Flächen und Zipfel an größeren Vorranggebieten nur begrenzt oder gar nicht mit modernen Windenergieanlagen nutzbar. Die Ausweisung solcher Flächen sollte vermieden werden. Denn auch, wenn der Flächenbeitragswert nach WindBG damit erreicht werden kann, appellieren wir an die Landesregierung, den vornehmlichen Fokus auf das Erreichen der eigenen energie- und klimapolitischen Ziele zu richten. **3.6 6 Z Mindestgröße von Windenergiegebieten** Die Erhöhung von 400 auf 600m ist positiv zu bewerten. Wir merken an, dass auch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nachbarflächen in 800m oder 1.000m Abstand optisch zusammenhängend wirken würden und so einen Netzverknüpfungspunkt gemeinsam nutzen könnten. Grundsätzlich sollten für den Bau von Windenergieanlagen bei optimaler Eignung des Standorts und Einhaltung aller Grenzwerte auch Kleinstflächen unter 20ha zugelassen sein. So nimmt sich die Landesregierung im Koalitionsvertrag vor „Flächen, die aufgrund von Artenschutz, Denkmalschutz oder ihrer Größe im Prozess der Erarbeitung des Regionalplans herausgefallen sind, neu [zu] bewerten und gegebenenfalls [auszuweisen].“* Eine strikte Bindung der gemeindlichen Bauleitplanung an eine Mindestgröße für Windenergiegebiete fehlt aus unserer Sicht die Berechtigung. Bei der aktuellen Regionalplanung wurden Flächen beschnitten oder gar nicht ausgewiesen, wenn sie an einer Stelle zu schmal waren. Als Folge haben einige Flächen damit nicht mehr der vorgegebenen Mindestgröße entsprochen. So wurden beispielsweise Flächen getrennt, wenn sie an einer Stelle schmaler als 100m waren. Aufgrund dessen gingen einige Standorte verloren, die in der Praxis hätten bebaut werden können. Auch, wenn ein Vorranggebiet wegen eines zu schmalen Streifens zerschnitten wird, sollte der kleinere Teil - sofern er mit mindestens einer modernen WEA bebaut werden kann - der nächsten größeren Fläche angerechnet werden. **4 4.5.1.1 Siedlungsstruktur** **4.1 1Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Der Plantext legt fest, dass alle Baugebiete gemäß Baunutzungsverordnung (BauNVO), die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen und planungsrechtlich gemäß 830 BauGB oder 8 34 BauGB zu beurteilen sind, gegenüber im Außenbereich gelegenen Gebäuden mit Wohnfunktion einen weitergehenden Schutzstatus genießen. Dazu trage die Landesplanung mit dem Abstand von 800m Umgebungsbereich bel. Seit Juni 2021 existiert eine neue Kategorie in der BauNVO: Die sogenannten dörflichen Wohngebiete. Wir empfehlen dringend, dass die Landesplanung diese Gebiete als Splittersiedlung mit einem entsprechenden Umgebungsbereich ansieht. Zudem appellieren wir dringend dafür, dass vereinzelte Bestandsanlagen außerhalb der ausgewiesenen Flächenkulisse die Möglichkeit zum Repowering gemäß der genannten 86 249 Absatz 3BauGB, 8249Absatz2 in Verbindung mit 8 35 Absatz 2 BauGB und 6& 245e Abs. 3 BauGB haben, wenn sie eine realistische Aussicht auf eine Genehmigung nach Bundes- Immissionsschutzgesetz haben. Wie bereits ausgeführt, raten wir	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dringend von einem kategorischen Ausschluss und einer Begrenzung auf die Potenzialflächen ab. Ein Repowering gemäß Bundesvorgaben muss möglich sein. **4.2 1G 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Im aktuell gültigen Plankonzept wird bei den Abständen zur Siedlungsbebauung zwischen bereits der Windenergienutzung zugeführten Flächen und bislang unbebauten Bereichen differenziert. So gilt bei Bestandsflächen ein Siedlungsabstand von 800m, der bei neuen, unbebauten Flächen um einen unbebauten Schutzbereich von 200m erweitert wird. Der Plantext der Fortschreibung 2024 gibt keine Hinweise darauf, ob und wie diese Regelung bei der Neuausweisung angewendet wird. Es wird lediglich festgelegt, dass der 4.5.1.1. „1 Z entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden [kann], so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“'> Für eine Regelung angelehnt an die Planung 2020 spricht, dass vorhandene Windvorranggebiete um bis zu 200m vergrößert werden könnten. Aufgrund des bestehenden Anlagenbestands und der überwiegenden Bebauung oder zumindest Beplanung der aktuell ausgewiesenen Flächen besteht jedoch die reale Gefahr, dass durch eine ähnliche Lösung im LEP 2024 Flächen generiert werden, die erst nach einem Repowering der zuletzt zugebauten Anlagen in ca. 20 Jahren bebaubar sind. Damit ließe sich gegebenenfalls zwar die Flächenvorgabe gemäß WindBG erreichen, nicht aber die energiepolitischen Ziele zwischen 2030 und 2040. Wir empfehlen daher dringend ausgehend von den energiepolitischen Zielen für 2030 zu prognostizieren, wie viel zusätzliche Standorte durch eine Reduzierung des Umgebungsbereichs tatsächlich in naher Zukunft bebaut werden könnten. Zudem ist der im Plantext enthaltene Hinweis auf eine Vorbelastung zu konkretisieren. **4.3 3 Z Gegenseitige Beachtung von Abstandserfordernissen von Siedlungsentwicklungen und Windenergienutzung** Gemäß Plantext ist bei "Bauleitplanungen mit gewerblicher Nutzung (Gewerbegebiete, Sondergebiete mit gewerblicher Nutzung) [...] ein Umgebungsbereich von 400 Metern zu Windenergiegebieten einzuhalten.""16 In anderen Bundesländern wird Windenergie innerhalb von Gewerbeflächen zugelassen, somit wären Direktbelieferungen auch möglich. Pauschal eine Ausnahme zu formulieren, entspricht nicht dem dezentralen Gedanken der erneuerbaren Energien. Neben der prioritären Flächenbereitstellung für	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die Windenergie im Außenbereich geht es auch im Kleineren darum, potenzielle Flächen gut nutzbar zu machen. Damit wird auch eine direkte Stromnutzung vor Ort gefördert. Konfliktfreie Gewerbegebiete und andere Sondergebiete sowie die bessere Nutzung der Industriegebiete für WEA sollten ermöglicht werden. **4.4 6 G Stadt- und Umlandbereiche sowie Verdichtungsräume** Der diesem Grundsatz zugrundeliegende Bewertungsmaßstab ist unklar und sollte im Plantext konkretisiert werden. **4.5 7 G Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung** Das Gesamträumliche Plankonzept aus dem Dezember 2020 erläutert detailliert ein Bewertungsverfahren, das als Beurteilungsgrundlage für die Einzelfallprüfung dient. Ein solches fehlt im aktuellen Entwurf der Fortschreibung 2024. Damit bleibt unklar, was maximal erlaubt sein soll und welche Kriterien gegen eine Windenergienutzung sprechen. Wir regen daher an, den Plantext 2024 entsprechend anzupassen oder zumindest einen Verweis auf ein Öffentlich zugaängliches Dokument zu geben, welches das zugrundliegende Bewertungsverfahren und die Maßstäbe erläutert. Ebenso empfehlen wir beim Begriff der „unmittelbaren räumlichen Nähe zu Ortslagen“ konkret zu definieren, in welchem Abstand geprüft wird. **5 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** **5.1 1Z Militärische Bereiche und 1 G Weitere militärische Belange** Gemäß Plantext können weitere militärische Belange „dazu führen, dass im Einzelfall Bauverbote für WEA bestehen, es aber auch zu gestaffelten Abständen zu militärischen Anlagen oder zu Höhenbeschränkungen [kommen kann], die einen wirtschaftlichen Betrieb unmöglich machen [...]. [Diese] Bereiche, für die entsprechende Beschränkungen oder Verbote gelten, werden von den Dienststellen der Bundeswehr benannt.“” Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Bedeutung «einer funktionierenden Landesverteidigung in der Gesellschaft erneut in den Fokus gerückt. Die Verbände erkennen die Belange der Landesund Bündnisverteidigung voll an. Aus unserer Sicht ist es absolut notwendig, auf Ebene der Landesplanung genau zu prüfen, ob eine Fläche ausgewiesen wird, da Einschränkungen einen wirtschaftlichen Betrieb verhindern könnten.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Eine Umfrage des BWE aus 2024 zeigt, dass in den Jahren 2020-2024 in Schleswig-Holstein 48 WEA mit einer avisierten Gesamtleistung von 257 Megawatt (MW) von militärischen Belangen betroffen waren. Das größte Hindernis waren dabei Mindestabstände zu Sichtflugstrecken (109 MW) und „andere militärische Belange“ (72 MW). Von vergleichsweise dgeringerer Relevanz waren Radarführungsmindesthöhen (i.e. Höhenbeschränkungen) mit 57 MW sowie Luftverteidigungsradare mit 19 MW _ betroffener Gesamtleistung. Lediglich 18 MW wurden nach einer Einigung zwischen Bundeswehr und Projektierer genehmigt. Vor dem Genehmigungsprozess verworfen wurden 14 MW an Projektleistung, die von „anderen militärischen Belangen“ betroffen waren sowie alle Projekte (57 MW), die sich von Höhenbeschränkungen konfrontiert sahen. Im Genehmigungsprozess wurden 128 MW verzögert, 40 MW verhindert und 71 MW verworfen. Dass Projekte im Genehmigungsverfahren verworfen oder verhindert werden, obwohl sie auf einer ausgewiesenen Windvorrangfläche geplant sind, gilt es unbedingt zu verhindern. Es sollte von der Landesplanung dringend bei Ausweisung der Gebiete sichergestellt werden, dass die Bundeswehr bereits in ihren Stellungnahmen während des Flächenausweisungsverfahrens auf Beschränkungen hinweist. In diesem Fall sind geeignetere Flächen an anderer Stelle zu identifizieren und auszuweisen. Militärische Liegenschaften, die stillgelegt sind und bei denen die Konversionsfläche nicht anderweitig überplant ist, sind bei sonstiger Eignung für die Windenergie freizuhalten. **5.2 4 Z Verkehrsinfrastrukturplanungen und Umgebungsbereiche** Wir regen eine Reduzierung des Umgebungsbereichs auf 150m bei Straßenbauplanungen im Linienbestimmungsverfahren sowie linienbestimmten Straßenbauplanungen an. Aufgrund der sonstigen, bereits bestehenden Infrastruktur und Bebauung ist fraglich, ob Verkehrsinfrastrukturplanungen in einem solchen Ausmaß verschoben werden können, dass ein größerer Umgebungsbereich um den geplanten Korridor freizuhalten ist. **5.3 5 Z Platzrunden um Flugplätze und 5 G An- und Abflugbereiche sowie Hindernisbegrenzungsflächen von Flugplätzen** Wir empfehlen, das Kriterium als Grundsatz der Raumordnung zu klassifizieren. In seiner Entscheidung vom 01.03.2018 urteilte das OVG Münster, dass WEA	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	luftverkehrsrechtlich auch zulässig sein können, wenn der Abstand zu einer Platzrunde eines Flugplatzes geringer ist als in der NfL1I92/13 („Gemeinsame Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb“) festgelegt. Allein der Sicherheitsmindestabstand gemäß SERA.5005 von 150m für alle Flugphasen sei verbindlich, pauschale Bauverbote ließen sich nicht entnehmen. Die in der NfL I 92/13 vorgeschriebene Einzelfallprüfung hat gemäß Plantext stattgefunden. Dennoch ergeben sich in der Praxis möglicherweise Konstellationen, in denen eine Vorrangfläche bis zur realen Platzrunde (ohne zusätzlichen Umgebungsbereich) mit einer modernen WEA bebaubar und das Projekt BIIlmSchG-fähig wäre. Durch die Festlegung pauschaler Abstände als Ziel der Raumordnung werden gegebenenfalls zulässige Standorte nicht ausgewiesen und es wird einem BIImSchG-Genehmigungsverfahren vorgegriffen. **5.4 7 Z Umkreis um die Radarstation Boostedt** Gemäß Plantext entspricht ein Schutzbereich von fünf Kilometern um die Radarstation dem aktuellen Stand der Technik. Bei neuen Erkenntnissen ist gegebenenfalls auch innerhalb des 5 km Radius über die Zulässigkeit von WEA neu zu entscheiden. Hier lässt jedoch die Festlegung als Ziel der Raumordnung keinen Spielraum. Den Verweis im Plantext auf das „Behördengutachten Windkraftanlagen im Einwirkbereich des Wetterradars“ der hydro & meteo GmbH (2021) empfehlen wir dringend zu streichen. Das Behördengutachten hat sich aufgrund des technischen Fortschritts auf Seiten des Deutschen Wetterdienstes überholt und wird in der Genehmigungspraxis nicht mehr angewandt. Ein Bezug darauf im LEP sollte deshalb unterbleiben. Derzeitige Grundlage für die Genehmigung von WEA im Umkreis von Wetterradaren sind die Grundzüge der Vereinbarungen zwischen Bundesverkehrsministerium und Bundeswirtschaftsministerium vom 5. April 2022. **5.5 9 Z Schutzstreifen entlang von Landesschutz und Regionaldeichen** Bei der aktuellen Flächenausweisung gibt es Beispiele, in denen die Deichlinien nicht mit den richtigen Schutzabständen angegeben sind. Dadurch wurden mehr Flächen ausgewiesen als tatsächlich bebaubar sind. Deichlinien sollten in der nächsten Planung mit entsprechenden Abständen berücksichtigt werden, um nicht künstlich Flächen für die Windenergie zu generieren, die faktisch aber unbebaubar sind (besonders Planungsraum | betroffen). Die fachliche Grundlage für unterschiedliche Schutzabstände	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ist dabei nicht immer ersichtlich. **5.6 10 G Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes** Gemäß Plantext soll bei der Ausweisung von Windenergiegebieten der Schutz der bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes Berücksichtigung finden. „Es soll eine Bewertung im Einzelfall erfolgen, ob sich bei einer Überlagerung mit Windenergiegebieten eine wesentliche Einschränkung der Windenergienutzung ergeben.“® Wir begrüßen, dass keine allgemeingültigen Abstände festgelegt werden sollen. Dennoch sind die Bewertungsmaßstäbe detaillierter zu benennen, da in der aktuellen Planung Stromnetze in Vorranggebieten komplett überplant wurden und in der Praxis je nach Ausstattung der Stromtrassen nur beschränkt bebaubar waren. Abstände regelt das Fachrecht, eine Regelung der Raumordnung ist nicht notwendig. **5.7 11 G Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung** Diverse Untersuchungen und die Erfahrungen des Tourismus- und Energiewendelands Schleswig-Holstein zeigen, dass diese beiden Bereiche miteinander kompatibel sind und die Windenergie sogar positive Effekte auf Besucherzahlen und Übernachtungen haben kann.20 Eine Studie des Instituts für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa (NIT) zeigt auf, dass das Fernbleiben oder die Wahl des Reiseziels stärker durch andere Faktoren beeinflusst werden, beispielsweise Freundlichkeit der Urlaubsanbieter, Qualität der Unterkunft, Preise und Angebotsvielfalt vor Ort.21 Weitere Faktoren sind Rad-, Reit- und Wanderwegen, der öffentliche Verkehr sowie kulinarische und kulturelle Erholungsangebote. Vielmehr könnten Ferienorte von einem Imagegewinn durch die Windenergie vor Ort profitieren, insbesondere beim nachhaltigen Tourismus. Wir empfehlen daher, zumindest die Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung auszunehmen und allein die Schwerpunkträume im LEP als Grundsatz festzulegen und damit der Abwägung zu öffnen. **5.8 12 G Regionale Grünzüge, 13 G Landschaftsschutzgebiete und 14 G Naturparke** Gemäß Plantext darf in regionalen Grünzügen planmäßig nicht gesiedelt werden. Zulässig sind lediglich solche Vorhaben, die mit den Funktionen dieser Gebiete	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vereinbar sind oder im überwiegenden öffentlichen Interesse stehen. Aufgrund von 82 EEG sind Bau und Betrieb der Erneuerbaren als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung einzubringen, da sie im üÜüberragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. In Abwägungsentscheidungen sollte nach &8 2 EEG regelmäßig zugunsten der _ Erneuerbaren entschieden werden. Ein entsprechender Hinweis ist im Plantext aufzunehmen. Ähnliches gilt für Landschaftsschutzgebiete und Naturparke, deren besondere Funktion durchaus mit der Windenergie vereinbar ist. Andernfalls kann die Ausweisung von Grünzügen und Landschaftsschutzgebieten schlimmstenfalls dazu genutzt werden, EE-Projekte zu verhindern und dadurch die Erreichung der gesetzten Ziele zu gefährden. Ein tragender Grundstein für die künftige nachhaltige Wärme- und Stromversorgung werden Solar-, Wind- und Biomasseprojekte sein. Durch den zunehmenden Bedarf müssen die Erneuerbaren konsequent ausgebaut werden. Ziel muss es sein, die Kommunen zu befähigen, ihren Grünstrom und ihre nachhaltige Wärme dezentral vor Ort zu erzeugen. **6 4,5.1.3 Gebiets- und Artenschutz** **6.1 1Z Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche** Die Verbände unterstützen die Ausweisung von speziellen Gebieten für den Natur- und Artenschutz ausdrücklich. Klima- und Artenschutz sind zwei Seiten einer Medaille, ohne erneuerbare Energien sind Klima- und Artenschutz langfristig nicht erreichbar. Durch eine nachhaltige, naturverträgliche und klimaneutrale Energieversorgung in Deutschland leistet die Branche einen starken Beitrag für den Klimaschutz und die biologische Vielfalt. Ein größtmöglicher Konsens der Umwelt- und MWirtschaftsverbände bei der Flächenplanung ist gewünscht, um den Landesentwicklungsplan und die darauf aufbauenden Regionalpläne langfristig und rechtssicher festzulegen. Es gibt keinen Bedarf für die Regelung, denn der Konflikt lässt sich anhand der Vorgaben des Naturschutzrechts klären. Daher sprechen wir uns zumindest für eine Umklassifizierung auf einen Grundsatz der Raumordnung aus. Entsprechen die Flächen den Zielen der Raumordnung und bestätigt eine FFH-Verträglichkeitsprüfung, dass erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des FEUVogelschutzgebietes	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausgeschlossen werden, können WEA auch in einer geringeren Entfernung als 1.000m Abstand zum Vogelschutzgebiet errichtet werden. Zudem werden in anderen Bundesländern auch Umgebungsbereiche von weniger als 1.000m zugelassen. Eine fachliche Begründung für den bindenden Freihalteabstand ist nicht ersichtlich und eine tragfähige Begründung ist zudem wegen der unterschiedlichen Schutzziele der EU-Vogelschutzgebiete und des betroffenen Naturraums auch nicht möglich (es ist eine „nähere Befassung mit der konkreten Situation“ erforderlich?). Jedenfalls *ein* Repowering muss im Umgebungsbereich des EU-Vogelschutzgebiets möglich sein. Zusätzlich bedarf es einer Klarstellung, ob die Ausnahmebereiche um Standorte von WEA innerhalb des Umgebungsbereiches von 1.000m um EU-Vogelschutzgebiete im ersten Entwurf der Regionalpläne ausgewiesen werden.” Der LEP und die Potenzialflächenkarte bilden dies aktuell nicht ab. **6.2 3 Z Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche** Gemäß Plantext wird bei „FFH-Gebieten, deren Erhaltungsziele Fledermäuse umfassen, [...] ein Umgebungsbereich von 200 Metern als Ausschlussbereich festgelegt, da die Fledermausarten die näheren Umgebungsbereiche der Schutzgebiete für die Nahrungssuche nutzen und hier [von] einer besonderen Kollisionsgefahr mit WEA [ausgegangen wird].““ Es gibt keinen Bedarf für die Regelung, denn der Konflikt lässt sich anhand der Vorgaben des Naturschutzrechts klären. Der BWE zeigt im Positionspapier „Praxisvorschläge zum Umgang mit Fledermäusen bei Windenergievorhaben“ auf, wie durch pauschale Abschaltungen das Tötungsrisiko von Fledermäusen unter die Signifikanzschwelle gesenkt werden kann.” Demnach soll für alle neu zu genehmigenden Onshore-WEA in Deutschland das Prinzip der vorsorglichen Schutzmaßnahme angewendet werden: Pauschale Abschaltalgorithmen führen bei den drei gleichzeitig auftretenden Faktoren • Windgeschwindigkeiten von weniger als 6m/s, • Temperaturen über 10 Grad Celsius und • kein Niederschlag zu einer Abschaltung der WEA im Zeitraum von April bis Oktober von Sonnenuntergang	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bis Sonnenaufgang. Mit dem beschriebenen Vorgehen kann sichergestellt werden, dass zum _ einen artenschutzfachliche Belange gegenüber nach Anlage IV der FFHRichtlinie geschützte Fledermausarten im Sinne der Vermeidung des Eintretens des betriebsbedingten Tötungs- und Verletzungsverbots nach &8 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG in angemessener Weise berücksichtigt werden. Zum anderen würde diese Regelung maßgeblich zur Vereinfachungund Standardisierung sowie zur _ Rechtssicherheit der artenschutzrechtlichen Betrachtung von Fledermäusen in Genehmigungsverfahren für WEA und damit zur Verfahrensbeschleunigung beitragen. Unter diesen Umständen sehen wir einen wirtschaftlichen und naturverträglichen Betrieb von WEA auch im Umgebungsbereich zu FFH-Gebieten als möglich an. Ein nachträgliches Gondelmonitoring kann vom Vorhabenträger auf freiwilliger Basis zur Reduzierung des _ standortbezogenen Abschaltalgorithmus vorgenommen werden. **6.3 5G Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope** Wir sehen die Einzelbetrachtung der Biotopverbünde kritisch. Das Verbundsystem stellt aktuell lediglich ein Cluster unzusammenhängender Flächen dar, innerhalb dessen ein Austausch von Individuen und Arten kaum möglich ist. Teilweise handelt es sich zudem um Gebiete, die vor sehr langer Zeit kartiert wurden, die nicht konsistent sind und deren Abgrenzungen an Gemeindegrenzen enden oder parallel zu Straßen verlaufen. Es handelt sich dabei um eine sehr theoretische Betrachtung mit schlimmstenfalls veralteten Daten. Es ist stattdessen einzelfallabhängig zu prüfen, welche Arten und Schutzgüter jeweils betroffen sind, gegebenenfalls wird ein Mikro-Sighting nötig. Ziel sollte es sein, ein iInterterritorales Verbundsystem zu schaffen, das auf Langfristigkeit angelegt ist und realistisch zur Biodiversität und gegen das Artensterben beiträgt. Wünschenswert ist ein gutes Ineinandergreifen der unterschiedlichen Planungen hinsichtlich Infrastruktur, beispielsweise zu Leitungen, Straßenbau und Windenergiegebieten. Die betroffenen Schutzgüter benötigen Transparenz untereinander. Wir regen daher an, alle Biotopverbünde in einer Karte darzustellen und diese bei Infrastrukturprojekten, wie WEA-Planungen, zu beachten. Das Konzept der Querungshilfen benötigt dringend eine fachlich fundierte Neuausrichtung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Freiflächen-PV und Windvorhaben	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	sich auf Flächen gut ergänzen können. **6.4 6 Z Wälder und Umgebungsbereiche** Wir begrüßen, dass der Umgebungsbereich von Wäldern auf 30m reduziert wird. In Schleswig-Holstein gibt es zahlreiche kleine Waldparzellen, die jedoch aufgrund eines fehlenden tatsächlichen Waldcharakters nicht als Wald klassifiziert werden können. Dabei handelt es sich vielfach um kleine, an landwirtschaftlichen Betrieben gepflanzte Bauernwälder und einzelne Baumansammlungen. Diese stellen ausdrücklich keinen Wald dar und müssen insofern bei der Ausweisung von Windvorranggebieten unberücksichtigt bleiben. Zudem gilt es dringend zwischen naturnahen Wäldern und Forsten mit Monokulturen (Beispiel Weihnachtsbaumplantagen) zu unterscheiden. Letztere sind in anderen Bundesländern für den Bau von WEA mit entsprechender Modellierung geöffnet worden. Auch hier empfehlen wir dringend, dass die betroffenen TÖB ihre Auflagen und möglichen Aufforstungsvorhaben schon frühzeitig auf Planungsebene kommunizieren. **6.5 7 Z Dichtezentrum für Seeadlervorkommen** Es gibt keinen Bedarf für die Regelung, denn der Konflikt lässt sich anhand der Vorgaben des Naturschutzrechts klären. Wir empfehlen daher dringend zumindest eine Festlegung als Grundsatz der Raumordnung. Durch avifaunistische Gutachten, die eine Horstaufgabe nachweisen, oder auf Grundlage aktuellerer Daten muss es möglich sein, auch zum Beispiel durch technische Schutzmaßnahmen Windenergie in diesen Flächen zu realisieren. Die Festlegung als Ziel der Raumordnung verhindert diese Möglichkeit. **6.6 8 Z Wintermassenquartiere für Fledermäuse und Umgebungsbereiche** Wir sprechen uns für eine Umklassifizierung auf einen Grundsatz der Raumordnung aus. Zur grundsätzlichen Eignung eines Gebiets für die Windenergienutzung kann eine fachgutachterliche Habitatpotenzialeinschätzung (HPE) durchgeführt werden. Diese muss standardisiert werden, um rechtssicher nachzuweisen, dass die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang erhalten bleibt. Der BWE erarbeitet einen Vorschlag für Leitplanken zur Prüfung des Vorhandenseins der angesprochenen essenziellen Strukturen, deren Wegfall in Einzelfällen zum Verlust der ökologischen Funktion von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten führt. Eine bundesweite Vereinheitlichung dieser zusätzlich zur direkten Zerstörung von Quartieren	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zu untersuchenden potenziellen Beeinträchtigung kann mit einer fachgutachterlichen HPE erfolgen, in welcher der Eingriffsbereich mit dem Umgebungsgebiet im Radius von 1,5 km anhand einer GIS-Analyse verglichen wird. Beeinträchtigungen in Zeiten mit hoher Fledermausaktivität sind durch die oben genannten, vom BWE vorgeschlagenen pauschalen Abschaltungen abgedeckt. **6.7 9 Z Küstenstreifen als Nahrungs - und Rastgebiet für Vögel** Es gibt keinen Bedarf für die Regelung, denn der Konflikt lässt sich anhand der Vorgaben des Naturschutzrechts klären. Wir sprechen uns daher zumindest für eine Umklassifizierung auf einen Grundsatz der Raumordnung aus. Die fachliche Begründung und Abgrenzung der Küstenstreifen erscheint teilweise unklar, beispielsweise wenn das Ende der Küstenstreifen mit Verwaltungsgrenzen übereinander passt. Von starren Abstandsregelungen kann abgewichen werden, wenn Küstenstreifen ausreichend avifaunistisch monitort wurden, sodass eine sehr gute Datenlage vorliegt. In Bereichen, in denen die Gutachten keine Beeinträchtigungen nachgewiesen haben, dürfen keine Flächeneinschränkungen erfolgen. Jedenfalls ein Repowering von Bestandsanlagen muss möglich sein. **6.8 10 Z International bedeutsame Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen** Es gibt keinen Bedarf für die Regelung, denn der Konflikt lässt sich anhand der Vorgaben des Naturschutzrechts klären. Wir sprechen uns für eine Umklassifizierung auf einen Grundsatz der Raumordnung aus. Da Zwergschwäne nicht auf der Liste der kollisionsgefährdeten Brutvogelarten gemäß BNatSchG stehen, lehnen wir das Ziel derRaumordnung als pauschalen Ausschlussgrund ab. Vielmehr ist außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten (EU-VSG) im Rahmen einer Habitatpotenzialanalyse einzelfallbezogen zu prüfen, ob eine Flächenausweisung möglich ist oder nicht. **6.9 11 Z Kolonien von Trauer- und Lachseeschwalben und Umgebungsbereiche** Wir verweisen auf unsere Ausführungen zu 4.5.1.3 10 Z „International bedeutsame Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen“. **6.10 12Z Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten** Die Verbände unterstützen den Erhalt der genetischen Vielfalt. Jedoch sehen wir die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	fachliche Grundlage zur Ausweisung des Kriteriums kritisch: Das Kriterium basiert auf einem pixelbasierten Simulationsprogramm, die Ergebnisse wurden jedoch nicht in der Realität validiert und an die Gegebenheiten vor Ort angepasst. Dies führt dazu, dass beispielsweise Rotwildzug direkt auf der Autobahn stattgefunden haben soll. Dagegen dgibt es _ mehrere wissenschaftliche Ausarbeitungen, die belegen, dass der Rotwildzug durch Windenergieanlagen nicht beeinträchtigt wird. **6.11 15 Z Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung** Wir sind uns der Bedeutung Schleswig-Holsteins für den überregionalen Vogelzug bewusst. Durch die Einordnung als Ziel der Raumordnung besteht auch in Zukunft keine Müöglichkeit, technologischen Weiterentwicklungen Rechnung zu tragen, die es sehr wohl ermöglichen könnten, auch in diesen Gebieten natur- und artenschutzverträglich Flächen auszuweisen und zu bebauen. Deswegen sprechen wir uns für eine Umklassifizierung zu einem Grundsatz der Raumordnung aus. **6.12 15 G Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung** In Anlehnung an 15 Z empfehlen wir, die Anwendung auf die tatsächliche Breite des Nord-Ostsee-Kanals zu reduzieren und die Windenergie nicht pauschal auszuschließen. **6.1316 G Wiesenvogel-Brutgebiete mit hohen Siedlungsdichten** Es fehlt eine Konkretisierung des Begriffs der „Anforderungen des Artenschutzes“ im Umweltbericht. Der Plantext zählt auch Flächen mit Bestands-WEA zu den Brutgebieten mit hohen Siedlungsdichten. Perspektivisch bestehe eine weitere Nutzbarkeit der Flächen für die Windenergie, sofern diese nicht mit anderen Ausschlusskriterien belegt sind. Da in diesen Gebieten bereits WEA stehen und der Plantext von einer zukünftig nicht besonders hohen Siedlungsdichte ausgeht, ist nicht ersichtlich, warum diese Gebiete nur im Einzelfall für die Windenergie zur Verfügung stehen sollen. Zumal Wiesenvögel gemäß BNatSchG nicht kollisionsgefährdet sind. **6.14 17G Brutplätze windkraftsensibler Großvögel** Wir kritisieren, dass bei diesem Kriterium von den bundeseinheitlichen Abstandsregelungen und der Artaufzählung (Schwarzstorch) gemäß BNatSchG abgewichen wird. Wir fordern die Einhaltung der im BNatSchG in Anlage 1(zu & 45b	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Absatz 1 bis 5) genannten Abstände und abschließenden Artaufzählung. Ein Grundsatz im LEP darf nicht dazu führen, dass Gutachter:innen unterschiedliche fachgutachterliche Anforderungen in Schleswig- Holstein berücksichtigen müssen. **6.15 18 G Nordfriesische Inseln** Ebenso wie andere Gemeinden ab einer festgelegten Größe sind auch die nordfriesischen Inseln zur Aufstellung eigener Wärmekonzepte verpflichtet. Ein tragender Grundstein für die künftige nachhaltige Wärme- und Stromversorgung werden Solar-, Wind- und Biomasseprojekte sein. Durch den zunehmenden Bedarf sind die Erneuerbaren konsequent ausgebaut werden. Ziel muss es sein, die Kommunen zu befähigen, ihren Grünstrom und ihre nachhaltige Wärme dezentral vor Ort zu - erzeugen. Die Voraussetzungen für eine verbrauchernahe Erzeugung auf den nordfriesischen Inseln sind aufgrund der begrenzten Fläche gleichwohl schwieriger als in Gemeinden auf dem Festland. Wir weisen dringend darauf hin, landesplanerisch genau zwischen Tourismus und Erholung sowie Ausbau und Betrieb der Erneuerbaren abzuwägen. Ein weiterer, zukünftiger Zubau mindestens auf den jetzigen Bestandsflächen sollte möglich bleiben. **7 4.,5.1.4 Boden und Wasser** **7.1 2Z Zonenlund II von Wasserschutzgebieten** Es gibt grundsätzlich keinen Bedarf für die Regelung, denn der Konflikt lässt sich anhand der Vorgaben des Wasserrechts klären. In anderen Bundesländern, wie beispielsweise Niedersachsen, ist es gängige Praxis, dass Windenergieanlagen in Wasserschutzgebieten der Zone II gebaut werden. Dies ist möglich u.a. durch Flachfundamente, hydrogeologische Gutachten und Verwendung bestimmter Materialien beim Bau. Schleswig-Holstein sollte daher Wasserschutzgebiete der Zone II für die Windenergie öffnen und insbesondere nicht als Ziel der Raumordnung festlegen. **7.2 5G Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe** Eine gesicherte, heimische Rohstoffversorgung ist sehr zu begrüßen, daher ist auch eine vorausschauende Sicherung von Rohstoffreserven in Vorbehaltsgebieten sinnvoll. Wir regen an, im Textteil festzuhalten, dass die gleichrangigen Belange Rohstoffsicherung und Windenergie sich auf einer Fläche nicht kategorisch ausschließen. An dieser Stelle ist auch auf das überragende Öffentliche Interesse bei	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bau und Betrieb der Erneuerbaren gemäß &8 2 EEG hinzuweisen. Ähnlich wie in ehemaligen Kohleabbaugebieten sollten zudem ausgebeutete und stillgelegte Flächen für die Windenergie zur Verfügung stehen, wenn die Konversionsfläche nicht anderweitig überplant ist. Es ist nicht ausreichend dargelegt, was mit ausgekiesten Flächen oder Flächen, die sich als wirtschaftlich nicht realisierbar gezeigt haben, geschehen soll. Eine Nachnutzung durch WEA ist dann problemlos möglich. **7.3 7 G Kompensations- und Ökokontoflächen** Vorhandene Ökoflächen sollten aufgewertet werden und es ist nachzuweisen, dass sie ihre Schutzfunktion auch erfüllen. Zu berücksichtigen ist, dass Ökoflächen in einen Biotopverbund einfließen. Ferner regen wir an, Flächen für die Kompensation zu bündeln, z.B. in Bezug auf Knickanpflanzungen. **8 4.5.1.5 Kultur und sonstige Sachgüter** **8.1 1G Belange des Denkmalschutzes** Nach &8 2 EEG ist die Windenergie als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung einzubringen.%“ Der Bundesgesetzgeber nennt in der Gesetzesbegründung explizit auch den Denkmalschutz. Wir regen einen entsprechenden Hinweis im Plantext an. **8.2 2 Z UNESCO-Welterbestätte Hansestadt Lübeck** Der UNESCO-Welterbestatus der Hansestadt Lübeck ist zu erhalten. Zu prüfen ist aber, ob der Sichtachsenplan und die darin enthaltenen Festlegungen noch aktuell sind. **8.3 36 Sichtkorridore um die UNESCOWelterbestätte Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Danewerk** Die Beziehung des Denkmals und seiner Umgebung, wie es die Umgebung prägt und insbesondere die optischen Bezüge zwischen Denkmal und Umgebung sind im Einzelfall zu beurteilen. Das überragende öffentliche Interesse an Ausbau und Betrieb der erneuerbaren Energien ist dabei zu berücksichtigen.	
Institution: VSB Neue Energien	Betreff: Stellungnahme im Zuge der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024	Zu den Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs: Aufgrund seiner Lage zwischen Nord- und Ostsee hat Schleswig-Holstein eine internationale Bedeutung für den

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Deutschland GmbH, Regionalbüro Osnabrück ID: M2832	Sehr geehrte Damen und Herren, Als Planungsunternehmen im Bereich erneuerbare Energien möchten wir, die [redacted], unser Interesse bekunden, gemeinsam mit Ihnen die Potenziale der Windenergie in Schleswig-Holstein im Rahmen der Teilfortschreibung des „Landesentwicklungsplans Teilfortschreibung zum Thema, „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ zu nutzen. Mit unserem Fokus auf insbesondere der Windenergie, sind wir bundesweit in Regionalbüros in Osnabrück, Potsdam, Kassel, Regensburg und Erfurt sowie unserem Hauptsitz in Dresden vertreten. Zu Beginn möchten wir betonen, dass wir die Festlegung konkreter Ziele und Grundsätze durch die Landesplanung zur rechtssicheren Erstellung der Regionalpläne begrüßen. Wir halten die festgelegten Ziele grundsätzlich für sinnvoll, sehen jedoch Möglichkeiten, die Potenzialflächen effizienter zu nutzen. Im Folgenden möchten wir Optionen aufzeigen, um den Ausbau der Windenergie wirkungsvoll zu gestalten. Dabei beziehen wir uns insbesondere auf die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs, die UNESCO-Weltkulturstätte Haithabu sowie die Brückenköpfe und Querungshilfen. Gebiets- und Artenschutz: 15 Z Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung Es ist, auch aus unserer Sicht, unbestritten, dass der Schutz von Vögeln und deren Lebensräume von höchster Bedeutung ist. Dennoch plädieren wir für einen ausgewogenen Ansatz bei der Festlegung von Zielen und Grundsätzen sowie der daraus resultierenden Potenzialflächen. Die Hauptachsen das überregionalen Vogelzug sind wichtige Bereiche für den Schutz von Flora und Fauna. Dabei sollte jedoch ein Gleichgewicht zwischen Naturschutz und dem Ausbau der Windenergie gewahrt bleiben. Wir unterstützen die Festlegung, dass Windenergie mit den Anforderungen des Artenschutzes vereinbar sein kann, wenn sie innerhalb der Hauptachsen des Vogelzugs mit Bedeutung außerhalb der Bereiche mit sehr hoher Zugintensität liegt. Aus unserer Sicht ist es jedoch fraglich sowie kaum nachzuvollziehen, inwiefern der Pufferbereich schon bis zu 1.000 m um die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit sehr hoher Zugintensität bestimmt wurde sowie welche Abwägungskriterien dem zugrunde liegen. Neben der Tatsache der unzulänglichen Nachvollziehbarkeit der Datengrundlage, möchten wir darauf hinweisen, dass es zahlreiche Ansätze zu Minimierung von Konflikten mit dem Vogelschutz gibt – auch in den besonders	Vogelzug, sodass in Schleswig-Holstein seit der Mitte des 20. Jahrhunderts der aktive, sichtbare Vogelzug an verschiedenen Orten regelmäßig durch ehrenamtliche Ornithologinnen und Ornithologen erfasst wird (siehe: Ornithologische Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein | Monitoring Vogelzug). Dort sind auch die jährlichen Projektberichte zu Vogelzuguntersuchungen 2005 bis 2023 verlinkt. Die Kenntnisse sind in landesweiten und regionalen Darstellungen des Vogelzuges eingeflossen. Mit dem LEP Wind werden aus naturschutzfachlichen Gründen und im Einklang mit einer gesamträumlichen Steuerung der Windenergie Festlegungen getroffen. Mit der Berücksichtigung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs als Ziel und Grundsatz der Raumordnung wird die Erfüllung der Verpflichtungen zum Schutz und zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit dieser Hauptachsen dauerhaft gewährleistet. An der Abgrenzung des Zielbereiches wird nach erneuter Prüfung festgehalten. Zu den Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten: Die geringere Gewichtung des Kriteriums ist umgesetzt worden, da große, flächenhafte Bereiche der Migrationskorridore nicht mehr als Kriterium (auch nicht als Grundsatz, also Abwägungskriterium) aufgeführt werden. Nach dem ROG können prinzipiell Korridore freigehalten werden, soweit dies zur Sicherung der Tierwelt - hier Rothirsch als Leitart - erforderlich ist. Es besteht in Bezug auf die Raumnutzung und das Wanderverhalten von Wildtieren bei Vorhandensein von Windenergieanlagen noch Forschungsbedarf. Insofern sollen die wenigen gutachterlich ermittelten Einzugsbereiche vorsorglich von einer Windenergienutzung freigehalten werden. Ergänzend wird auf Ziffer 4.13.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu der UNESCO-Welterbestätte Archäologische Grenzkomplex Haithabu und Danewerk:

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	schützenswerten Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung. Dazu gehören unter anderem: 1. Standortanalysen: Durch präzise Standortanalysen können potenzielle Konflikte frühzeitig identifiziert und geeignete Maßnahmen zur Vermeidung oder Minderung ergriffen werden. 2. Adaptive Betriebsführung: Adaptive Betriebsstrategien helfen, den Betrieb von Windenergieanlagen während kritischer Zugzeiten anzupassen und das Risiko für Zugvögel zu minimieren. 3. Monitoring-Programme: langfristige Monitoring-Programme ermöglichen ein besseres Verständnis der Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Vogelpopulation und erlauben gegebenenfalls Anpassungen. Dass diese Maßnahmen durchaus sinnvoll sind, zeigen Beispiele in welchen die Windenergienutzung im Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit hohem Konfliktrisiko sowie einem Wiesenvogelbrutgebiet mit hoher Bedeutung als vereinbart angesehen werden konnte (vgl. Regionalplan Planungsraum I Kap. 5.8 (Windenergie an Land) (2020)). In diesem Fall wurde eine Lösung gefunden, um artenschutzrechtliche Konflikte in Bezug auf die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs (Wasservogelzug) zu vermeiden. Die Windenergieanlagen können abgeschaltet werden, und zwar in den Zeiträumen vom 15. bis 31. Mai sowie vom 15. Juni bis 30. September, jeweils von einer Stunde vor Sonnenuntergang bis eine Stunde nach Sonnenaufgang. Auf Grundlage dieser bereits als positiv erwiesen Maßnahmen, plädieren wir mit Nachdruck zum einen um eine Präzisierung der Datenbasis. Außerdem sollten die Pufferbereiche um die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besondere Bedeutung spezifiziert und auf 500 Meter verringert werden. In stark frequentierten Abschnitten, in denen viele ziehende Vögel zu beobachten sind, ist ein großer Schmutzabstand sinnvoll. In weniger genutzten Bereichen sollte die Pufferzone hingegen verkleinert werden, was die potenzielle Fläche für den Ausbau der Windenergie in der erneuerbaren Energien vergrößert. Gebiets- und Artenschutz: 12 Z Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen und wandernden Arten	Die exemplarische Einzelfallprüfung in der Studie Lüth der Stellungnahme ist, anders als behauptet, tatsächlich eher ein guter Beleg für die Richtigkeit der grundlegenden Annahmen der Studie von 2017. Die Visualisierung in der Studie Lüth belegt die Wirkmächtigkeit der Anlagen in ca. 2,9 km Entfernung von einem bedeutenden Teil des Denkmals. Ein Betrachter, der sich auf dem Wikinger-Friesen-Weg entlang des Denkmals bewegt und dieses dabei im Blick hat, würde stark durch sie vom Denkmal abgelenkt. Gleiches gilt für einen Betrachter, der von Norden her kommend über den Wall und dann durch die Walllücke am Mölhornweg auf den Windpark blickt. Die Maßstäblichkeit des Denkmals in der Landschaft ginge verloren, es würde technisch stark überprägt und die historische Verbindung zur Lage am Rand der Rheider Au Niederung würde übertönt. Der methodische Fehler in der Studie Lüth offenbart sich beim Vergleich der in der Studie gewählten Blickpunkte mit der oben vorgeschlagenen Sicht. In der Studie wurde etwa BP 04 südlich des Walls offenbar so gewählt, dass Denkmal und Windpark nicht zusammen gesehen werden können. BP 03 zeigt zwar durchaus, dass die WEA in Blickrichtung entlang des Denkmals liegen. Hier wurde der Blickpunkt jedoch in so ausreichender Entfernung gewählt, dass die Beeinträchtigung entsprechend geringer ist. Ein weiterer Blickpunkt näher an den Anlagen wäre dabei unbedingt angezeigt gewesen. Die oben aufgeführten Möglichkeiten entlang des Wikinger-Friesen-Weges am Haupt- und Krummwall oder nördlich des Walls am Mölhornweg wurden nicht gewählt und damit die wesentliche Sichtachsen entlang des Denkmals zur Beurteilung des Windparks ausgelassen. Die Studie wird daher ihrem Anspruch, dass Wahl der Sichtpunkte eine mögliche Maximalbelastung dokumentieren soll, nicht gerecht. Auch die Vorbelastung durch Stromleitungen an der genannten Stelle des Krummwalls besteht zwar, reicht aber als Argument nicht aus, zusätzliche, noch erheblichere Beeinträchtigungen zu rechtfertigen. Vorbelastungen an anderer Stelle, wie etwa

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Austausch von Populationen wandernder ist ein entscheidender Faktor für die Stabilität und genetische Vielfalt der Tierbestände und folglich auch berechtigterweise in 12 Z „Querungshilfen zum Austausch zwischen Population wandernder Arten“ aufgegriffen. Ein zentrales Argument des Entwurfs des Landesentwicklungsplans für die Schaffung von Brücken zur Förderung des Austausches von Population und wandernder Arten basiert auf den Erkenntnissen des Gutachtens des MELUR 2009 sowie auf bislang unveröffentlichten Ausarbeitungen aus den Jahren 2016 und 2018. Nach aktuellem Kenntnisstand ist jedoch zu hinterfragen, ob diese Gutachten eine hinreichend fachliche und rechtliche Grundlage bieten, um im Rahmen der Einzelabwägung potenzielle Flächen vollständig auszuschließen. Das Gutachten des MELUR selbst weist darauf hin, dass „Die Rotwildverbreitung […] großräumig von der variierenden Habitatqualität, der Siedlungsstruktur sowie vor allem auch der lokalen Störungsintensität bestimmt [wird] und unterliegt so einer vergleichsweise starken Dynamik. Einige Teilbereiche werden trotz ihrer grundsätzlichen Eignung nur selten von Rotwild aufgesucht. Auch innerhalb der drei genannten Schwerpunkträume existieren Haupteinstände, deren Nutzung saisonal variieren kann.“. Diese Feststellungen legen zunächst nahe, dass eine differenzierte Betrachtung der Habitatnutzung durch das Rotwild erforderlich ist, um fundierte Entscheidungen über die Schaffung von Querungshilfen zu treffen. Wir möchten auf die Unlogik eines potenziellen Ausschlusses bestimmter Flächen hinweisen, da dieser auf der Annahme beruht, dass die Untersagung von Windenergieanlagen eine Abschirmung vor unkalkulierbaren Störeinflüssen bieten würde (Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO). Diese Argumentation ist nicht nachvollziehbar, insbesondere im Hinblick auf die umfassenden Infrastrukturprojekte, wie den Bau der Autobahn 20. Das, noch nicht beschlossene Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt 5 der A20 (L 114 bis westlich der A7), das seit 2015 ruht, soll voraussichtlich im Jahr 2024 beantragt werden. Der Planfeststellungsbeschluss wird für das Jahr 2026 erwartet, während das Ende der Ausbauarbeiten für Mitte der 2030er Jahre geplant ist. Es ist nicht schlüssig, warum Potenzialflächen (insbesondere PR3 *STE*071) aufgrund eines Infrastrukturprojekts reduziert werden, das sich nicht im Antragsverfahren befindet.	Straßen, stellen für die Bewertung der weithin und von verschiedenen Stellen aus sichtbaren WEA ebenfalls kein relevantes Kriterium dar, von einer Ausschlusszone gänzlich abzusehen. Die Studie von Lüth, die der Stellungnahme beigefügt ist, kann daher aufgrund mangelhaft gewählter Blickpunkte nicht widerlegen, dass ein pauschaler Ausschluss von Windkraft innerhalb des Ausschlussbereiches sachgerecht ist.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Realistisch betrachtet wird der Bau eines Windparks deutlich vor der Fertigstellung der A20 beginnen und abgeschlossen sein. Daher wird, anders als dargestellt, nicht der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen, sondern vielmehr die Baustelle der A20 ein Meidungsverhalten beim Rotwild hervorrufen. Darüber hinaus zeigen aktuelle Studien, das Windenergieanlagen keine negativen Auswirkungen auf das Rotwild haben. Während der Bau- und Errichtungsphase kann es zu temporären Störungen kommen, es ist jedoch belegt, dass Rothirsche auch in Schleswig-Holstein bestehende Windparks durchqueren. Besonders deutlich wird dies, durch die angehängte Stellungnahme von Dr. jur. Jörg Niedersberg, in welcher deutlich darauf verwiesen wird, dass Rothirsche sehr wohl durch bestehende Windparks migrieren. Revierinhaber, deren Jagdrevier eine Windparkfläche in Wiemersdorf umfasst, berichten von Sichtungen von Rotwild, Trittsiegeln direkt unter den Windenergieanlagen sowie Abschüssen von einem weiblichen Tier und einem Kalb in 400 m und 1.000 m Entfernung zum Windpark. Nach den Angaben kommt Rotwild als Wechselwild vor, aber es durchwanderten auch Rothirsche zur Brunftzeit den Windpark, wodurch folglich eine Meidung von WEA durch wandernde Hirsche (Pionier-Individuen) in diesem Fall nicht zu beobachten ist. Darüber hinaus wandern Rothirsche nach Nordfriesland aus der großen Population Jütlands (Dänemark) ein und es existieren kleine Rudel im Beltringharder Koog sowie anderen Teilen Nordfriesland, welche Tiere eben nur erreichen konnten, indem sie Landschaftsteile mit flächendeckenden Windparks durchwandert haben. Bestätigt wird die Vereinbarkeit von Rotwild und Windenergie durch Ergebnisse einer Studie, die sich mit der Raumnutzung von Rotwild in einem bestehenden Windpark (Betriebsphase) in Österreich beschäftigt. Dort wechselte das Rotwild zwischen zwei Einstandsflächen, wobei sich an den günstigsten Wechselstellen Windenergieanlagen befanden. Abgesehen vom unmittelbaren Nahbereich der WEA von 30 m konnte kein Meideverhalten festgestellt werden. Die WEA wurden vom Rotwild weitgehend in ihren Lebensraum integriert und offenbar nicht als Bedrohung wahrgenommen. Es konnte in Anlagennähe fast ausschließlich ruhiges Zugverhalten der Tiere registriert werden. Großräumige Kartierungen der Rotwildbewegungen deuten nicht auf Ausweichbewegungen hin; trotz des Windparks ziehen die Tiere auf den kürzesten, ruhigsten und deckungsreichsten Routen zwischen ihren Einstandsflächen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sowohl lokale als auch internationale	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Studien darauf hindeuten, dass Rothirsche Windenergieanlagen nicht als Bedrohung wahrnehmen und diese erfolgreich in ihre Wanderbewegungen integrieren. Somit plädieren wir mit Nachdruck dafür eine Vereinbarkeit von Windenergie, Infrastrukturprojekten und Grünbrücken anzustreben und die Eckpunkte der Windenergie-Planung im Land Schleswig-Holstein (19.12.2023): ‚Abwägungskriterien wie […] Migrationskorridore zu den Grünbrücken […] werden zugunsten der Windenergienutzung geringer gewichtet.‘“ auch in die Realität umzusetzen. Kultur und sonstige Sachgüter: 3Z UNESCO-Welterbestätte Archäologische Grenzkomplex Haithabu und Danewerk Im Rahmen einer exemplarischen Einzelfallprüfung an einem Windpark in der Gemeinde Dörpstedt konnte ein pauschaler, sachgerechter „Ausschluss innerhalb der als Sichtachsen auf die UNESCO-Welterbestätte Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Danewerk“ nicht festgestellt werden. Die geplante WEA, etwa 2,2 km südlich des westlichen Abschnitts des Danewerks mit dem Abschnitt Krumwall, werden sich nicht erheblich negativ auf die UNESCO Weltkulturerbestätte Haithabu/Danewerk auswirken. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass das Denkmal im Bereich des Krumwalles durch technische Strukturen vorbelastet ist oder sich nur geringfügig in der Landschaft deutlich abzeichnet. Lediglich im Bereich von Kurburg ist mit einer erhöhten Beeinträchtigung durch die Anlagen zu rechnen. Detaillierte Informationen entnehmen Sie bitte dem beigefügten denkmalfachlichen Gutachten „Abwägung, Potenzialfläche Dörpstedt – Untersuchung nach § 12 (1) DSchG SH UNESCO Weltkulturerbe Haithabu/Danewerk Abschnitt Krummwall Umgebungsschutz und Denkmalverträglichkeit“, verfasst von Dr. Philipp Lüth (siehe Anlage). Mit freundlichen Grüßen [redacted] [Signaturen] [Quellen und das Fachgutachten liegen dem Ministerium vor]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Institution: Gemeinde Trittau, FB Bau und Projektmanagement ID: 1623	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegend erhalten Sie die Stellungnahme der Gemeine Lütjensee mit der Bitte um Berücksichtigung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] **Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - erster Entwurf Juni 2024** **hier: Stellungnahme der Gemeinde Lütjensee** Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Lütjensee nimmt den Entwurf aus Juni 2024 zur Teilfortschreibung Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans zur Kenntnis. Grundsätzlich begrüßt die Gemeinde Lütjensee das Inkrafttreten des Bundesgesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land und der damit verbundenen raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung durch die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes sowie die Neuaufstellung der Regionalpläne zumSachthema Windenergie an Land in Schleswig-Holstein. Das Land Schleswig-Holstein ist bereits jetzt eines der Bundesländer, die einen großen Beitrag zur Windenergie leisten. Umso wichtiger ist eine die Bevölkerung sowie Tier- und Umwelt schützende Planung und Ausweisung entsprechender Kriterien für die weitere Ausweisung von Windenergiegebieten. Aufgrund der geplanten Positivplanung gibt es keine harten, mittleren und weichen Tabukriterien mehr. Zu den zukünftigen Auswahlkriterien zum Flächenausschluss möchte die Gemeinde wie folgt Stellung beziehen: Nr. 4.5.1-4Z Die Aufhebung von Höhenbegrenzungen von Windkraftanlagen sind für das Landschaftsbild als auch für den Schutz der Bevölkerung nicht zuträglich. Die	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird insbesondere auf die Ziffern 1.5.1, 2.3.1,2.5.1, 4.20.1 sowie 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gesamthöhe von zulässigen Anlagen sollte eine Höhe von 220 Metern nicht überschreiten und im LEP als maßgebliches Kriterium festgelegt werden. Nr. 4.5.1.-5Z Die Rotor-Inn-Planung soll weiterhin präferiert werden. Nr. 4.5.1.1-1Z Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind nur in einem Umgebungsbereich von 400 Metern um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich ausgeschlossen. Hierbei wird jedoch außer Acht gelassen, dass im gleichen Zuge die Höhenbegrenzung aufgehoben wird. Die bedrängende Wirkung als auch Lärm- und Verschattungsauswirkungen werden damit nicht mehr beachtet, obwohl die Anlagen deutlich höher werden können als in den alten Planungen. Mit dem geplanten Aussetzen der 3-H/ 5-H Regelung wird der Abstandspuffer zu Wohngebäuden nicht mehr mit der realen Höhe der Windanlagen in Korrelation gesetzt und hat damit eine unmittelbare Auswirkung auf Anwohnende und/oder Gewerbetreibende im Außenbereich. Dies gilt ebenfalls im unbeplanten Innenbereich nach $ 34 BauGB als auch in überplanten Gebieten gem. $ 30 BauGB, wo die Abstandspuffer auf 800 Meter festgesetzt werden. Die Gemeinde Lütjensee regt an, die Abstände für den Innenbereich auf 1.000 Meter zu erweitern, um den Schutz der Bevölkerung weiterhin zu erhalten und Belastungen zu minimieren. Nr. 4.5.1.1.-2Z Insbesondere im Außenbereich könnten die Windkraftanalagen unabhängig ihrer Höhe sehr nah an die besiedelten Siedlungsgebiete oder Einzelhäuser heranrutschen. Dem Schutz der dort lebenden Bevölkerung wird damit nur unzureichend Rechnung getragen. Der Abstand von pauschal 400 Meter zu jeglichen Windkraftanlagen, unabhängig ihrer Gesamthöhe, zu Siedlungsbereichen ist zu gering. Insbesondere bei großen Windkraftanlagen mit größerem Rotordurchmesser ist mit höheren Lärmbelastungen zu rechnen als bei kleineren Anlagen. Ausgehend von der ehemaligen 3-H-Regelung sollte der Abstand der Anlagen zu Siedlungen und Einzelhäusern mindesten 525 Meter betragen. Der Abstand ergibt sich 3-fachen Höhe der Anlage abzgl. des halben Rotordurchmessers. Zugrundeliegend sind als Ausgangswert die heute deutlich höheren Anlagen von bis zu 250 Metern. Schleswig-Holstein hat für die Referenzanlage eine Höhe von 200 Meter und einen Rotordurchmesser von 150 Meter gewählt. Dies würde in	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Analogie zu bisher zu einem Abstand von rund 600 Meter führen (abzüglich des halben Rotordurchmessers). Aus den vorgenannten Gründen sollte die Anlagenhöhe bei der Ausweisung der Gebiete und der Bemessung der Abstände zu bewohnten Gebieten weiterhin eine maßgebliche Rolle spielen. Außerdem muss die optisch bedrängende Wirkung mehr Beachtung finden im Rahmen der Kriterienfestlegung im LEP. Zudem muss im weiteren Verfahren und auch in der Neuaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land verhindert werden, dass eine Umzingelung von Siedlungen und Außenbereichsgebieten mit Splittersiedlungen oder Einzelhäusern entstehen kann. Nr. 4.5.1.3-17G Bei der Festlegung der Abstände zu Brutstätten von Windkraftsensiblen Großvögeln sind je nach Vogelart unterschiedliche Radien festgelegt worden. Fraglich ist der geringere Abstand zu Brutstätten des Weißstorches und des Rotmilans, obwohl diese ebenfalls besonders schützenswert sind. Eine Erhöhung der Abstände auf ebenfalls 2.000 Meter hält die Gemeinde Lütjensee für angemessen. Darüber hinaus wird angemerkt, dass die Auswahl des Auslegezeitraums kurz vor und über den gesamten Zeitraum der Sommerferien des Landes Schleswig-Holstein keine gute Voraussetzung für eine Beteiligung ist. Die letzten Gremien tagen in den Wochen vor den Ferien, sodass eine Auseinandersetzung mit den Inhalten und Themen des neuen Entwurfes sowohl für die Verwaltung als auch die Politik kaum möglich war, einige Gremien haben zu Beginn der Auslegung des LEP's bereits getagt. Über die Ferien tagen insbesondere in den Kommunen keine kommunalen Gremien, eine Beschlussfassung zum Inhalt bleibt somit vielen Gemeinden verwehrt. Aufgrund der Sommerpause und der Abwesenheit der Mitglieder ist auch die Einberufung einer Sondersitzung zu diesem Thema nicht zielführend. Insofern wäre es in Anbetracht einer demokratischen Beteiligung hilfreich gewesen, den Antrag der SHGT mit Verlängerung des Auslegezeitraums bis Ende September statt zu geben. Unter Anbetracht dieser Problemstellung wird diese Stellungnahme ohne den Gremienbeschluss fristgerecht eingereicht. Der Beschluss dazu wird auf der nachfolgenden Sitzung der Gemeindevertretung 08.10.2024 nachgeholt und geht Ihnen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	dann ebenfalls zu. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrage [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1624	Sehr geehrte Damen und Herren, Ich lehne einen Windpark in der Gemeinde Westensee ab. Vor 22 Jahren bin ich nach Westensee gezogen, weil ich diese einzigartige Naturlandschaft liebe. Sie dient mir, als auch vielen Besuchern als ein wundervolles Erholungsgebiet. Die Landschaft in und um Westensee ist unbedingt schützenswert. Zudem wird sie von Greifvögeln wie dem Seeadler, Rotmilan und wahrscheinlich auch vom Schwarzstorch als Brutgebiet genutzt. Das sind unwiederbringliche Schätze, die wir zu schützen haben. Es geht hierbei nicht nur um einzelne Vogelarten, sondern auch um wichtige Glieder eines globalen Ökosystems. Zudem kann es doch nicht sein, dass Schleswig Holstein einen Ausverkauf seiner Kulturlandschaft tätigt, während der Freistaat Bayern den seinen schützt. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2831	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.12, 1.5, 7.3, 4.1, 4.2, 4.9, 7.2.1 und 2.1 der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Die Verunstaltung der Landschaft und damit die Lebensqualität der Landesbewohner ist schon jetzt bei den Anlagen begrenzter Höhe sehr erheblich. Sie wächst bedeutend mit der unbegrenzten Höhe. 2. Entsprechend verstärken sich Lärm- und Schattenwirkung (rotierende Flügel) bei der Verminderung der Abstände von bewohnten Gebäuden. 3. Die Beeinträchtigung der Natur (Vögel und Fledermäuse werden „gehäckselt“, Insekten massenhaft getötet) ist in dem geplanten Umfang nicht akzeptabel. 4. In Anbetracht der nahezu wirkungslosen Folgen für das „Weltklima“, die die vorhandenen und geplanten Maßnahmen deutschen „Klimaschutzmaßnahmen“ haben, sind die verursachten Nachteile absolut unverhältnismäßig. 5. Nicht zu vertreten ist auch, daß die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich wohnenden Menschen geringer bewertet werden als die der Ortsbewohner (geringerer Mindestabstand) Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2829	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1, 7.2.9, 7.2.5, 7.3 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für ALLE Menschen gilt, egal ob Stadt, Dorf, Splittersiedlungen oder Einzelhäuser (mindestens 1500m). Denn auch nur so ist im Havariefall, z.B. Brand abgesichert, dass Wohngebäude kein Schaden nehmen. Ich fordere, das WKA erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann! Ich befürchte körperliche Beschwerden und Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, optische Erdrückung. Ich fordere bitte eine Beteiligung der direkten Anwohner im Umkreis von 2500m am Genehmigungsverfahren. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2827	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich befürchte Störung der Flugrouten des Bundesheers und der Luftrettung. Diese Routen sind freizuhalten! Ich bin der Meinungung, dass das derzeitig gültige Verfahren zu einer Verspargelung der Landschaft führt. Ich möchte, dass die geschützten Vogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Uhu, Wespenbussard, Schwäne, in meiner Heimat weiterhin brüten. Überlebenswichtige	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 2.2, 2.3, 2.5, 3.3.1, 3.8.1, 3.18.1, 4.2.1, 4.20, 7.1.5, 7.2.5, 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen sind freizuhalten. Mir ist es wichtig, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete / Naturparkflächen nicht zerstört werden. Ich bitte darum, dass Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sicher ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann (KEIN Phantomstrom!) Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für ALLE Menschen gelten (mind. 1500m / 5H zur Wohnbebauung!) Ich hoffe von Herzen, dass die geäußerten Bedenken auf Verständnis treffen. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2731	Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, eine Familie macht sich große Sorgen um die Zukunft in Dithmarschen. Es kann u. darf nicht sein, dass z.B. im und um [redacted] alles zugepflastert wird mit WKA´s. Genug ist Genug! [redacted] Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land Ein Ausbauziel von 15 Gigawatt soll bis 2030 erreicht werden. 3241 Windkraftanlagen (WKA) onshore in SH, sie produzieren 8,5 Gigawatt. Von diesen WKA sind die meisten 150m hoch, Nennleistung 2000 kW . Alle neu genehmigten WKA werden mindestens	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 2.2-2.5, 2.11, 3.17, 4.1, 4.7, 4.9, 4.16, 5.9, 5.10, 7.1.3, 7.2.1, 7.2.2, 7.2.12, 7.3 und 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	200m hoch sein, Nennleistung 5500 kW. Würden alle WKA repowert werden, dann bräuchte SH keine neuen WKA. Da auf jeder Windeignungsfläche nun repowert werden darf, wird es ohnedies über kurz oder lang so kommen. Der Ausbau von PV-FFA oder sonstiger EE wird im Kontext des Klimaschutzzieles von SH nicht berücksichtigt, das ist unverhältnismäßig. Die Landesplanung hat im Jan. 2024 die geplante Windkraftkulisse für SH vorgestellt. Zu Beginn 9 % des Landes sollen bis 2027 - zur Zeit sind es noch 7,2% - in Windvorrangflächen umgewandelt werden. Das Land selbst behält sich 3 % als Beitrag zuzüglich der vom Grünen Bundeswirtschaftsminister Habeck geforderten Flächenausweisung vor, während darüber hinaus bis zu 6 % der Landesfläche den Gemeinden zwecks möglicher Zielabweichungsverfahren bis zum Jahr 2027 offenstehen soll. Damit werden die Flächenforderungen bis 2030 aus der Bundesgesetzgebung um das Dreifache übertroffen. Das Land SH setzt ohne Wenn und Aber WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land) um. Es liegt im überragenden Interesse, es steht über allem, man könnte denken: „Denn sie wissen nicht was sie tun ...". Das Interesse von Mensch und Natur wird buchstäblich mit den Füßen getreten, wenn man sie die Potentialflächenkarte genau anschaut, denn wäre der Ausbau der Windenergie an Land, sofern es so kommt, wie gewünscht, menschenverachtend! Das Ziel von Klimaschutz ist der Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen (Flora und Fauna). Aus diesem Grund müssen die Belange von Menschen, Natur- und Umweltschutz beim Ausbau der Windenergie berücksichtigt werden. Ohne Akzeptanz der Menschen im Land kommt das gesamte Projekt Energiewende - Green Deal -Große Transformation, nicht nur ins Stocken, es kommt zur Stillstand. Es müssen auch Räume der Ruhe und Erholung für Natur, Mensch und Landschaft in Schleswig-Holstein erhalten werden und frei bleiben von technischen Großinstallationen. Erhalten Sie einzigartige Kulturlandschaften, dazu gehören auch die kleinteiligen Knicklandschaften, zum Schutz von Natur, Klima und Biodiversität, und lassen Sie den Wäldern ihren Raum. Schon 2016 und in den Folgejahren wurde darauf hingewiesen, dass in überdurchschnittlich belasteten Landkreisen wie Nordfriesland, Dithmarschen, Ostholstein und Steinburg ist nicht mehr viel Windenergieausbau möglich ist. Aber nein, Vorbelastung findet keine Berücksichtigung, Abstände zu Wohnbebauung werden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einfach kassiert. Das Land SH hält sich auch einfach nicht an Abstandsvorgaben der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelwarten, es hält sich auch nicht an viel zitierte Helgoländer Papier und an die eigenen Empfehlungen zur Berücksichtigung tierökologischer Belange bei der Windenergieplanung der Vergangenheit möchte man sich auch nicht mehr halten. Die einzigartigen charakteristischen Landschaftsräume in Schleswig-Holstein sind außerordentlich und unbedingt zu schützen, sie erklären sie einfach für nicht mehr vorhanden. Um Mensch, Natur, Landschaft und Tiere effektiv zu schützen, ist aber nicht nur der Bau von Windenergieanlagen im Wald, sondern auch die Umzingelung von Wäldern zu verbieten. Sie wollen aufforsten, sie wollen Waldneubildung, wo soll das denn noch passieren, sie werden am Ende des Tages keine Flächen mehr haben, auf denen das machbar wäre. Es scheint auch vollkommen außeracht gelassen zu werden, wo es denn in SH noch Flächen Kompensationsflächen für den Ausbau der zukünftigen Windkraft geben soll, von der Flächenversiegelung will ich gar nicht erst reden, hat da SH nicht auch ein Ziel zur Minimierung? In diesem Zusammenhang fragt man sich natürlich auch, wo denn wohl die 30% Renaturierung stattfinden soll, auch ein Ziel dieses Bundeslandes SH und eine EU-Vorgabe. Zitat von Reinhold Messner: „Alternative Energiegewinnung ist unsinnig, wenn sie genau das zerstört, was man eigentlich durch sie bewahren will!“ Eine zulässige Umzingelung von Dörfern und Siedlungen, das ist ein Riesenfehler, der hier begangen wird. Es ist eine Fehlentwicklung in der Planung, es müssen unbedingt alle bestehenden und vorhandenen Schutzgebiete mit entsprechenden Pufferzonen von Windenergie freihalten werden. Der Schutz von Rast-, Brut- und Ruhestätten von Vögeln und Fledermäusen ist unabdingbar. Die generelle Umweltverträglichkeitsprüfung bei allen Vorhaben der erneuerbaren Energien muss zum Projekt erfolgen und darf nicht als Generalvollmacht und vollkommen unspezifisch im Vorwege genommen oder erteilt werden. Im Außenbereich müssen Vorranggebiete 400 Meter Abstand zur Wohnbebauung halten, zu Dörfern und Städten 800 bzw. 1.000 Meter. Die sogenannte 3H/5H-Regelung entfällt (das neue Anlagen nur dann genehmigt werden, wenn sie einen Abstand von ihrer dreifachen Höhe zu alleinstehenden Wohnhäusern (3H) und ihrer fünffachen Höhe zu Wohnsiedlungen (5H) haben). Mit den neuen Eckpunkten zur Windenergieplanung gilt diese Regelung dann nicht mehr. Größere Anlagen dürfen dann in einem Abstand	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von 400 Metern gebaut werden. Die Abstände zur Wohnbebauung werden damit stark verringert, die optische Bedrängung wird eklatant sein und der hörbare Schall wird dem letzten Menschen den Schlaf rauben. Wir hatten in Schleswig-Holstein Windfrieden, was nicht mit Akzeptanz zu verwechseln ist. Damit wird nun Schluss sein, die Menschen werden das heranrücken der WKA und die Bebauung von vollkommen unbelasteten Gebieten, den Landschaftsschutzgebieten mit WKA nicht akzeptieren, die Politik macht hier einen riesen Fehler. Akzeptanz, Ruhe und Frieden sind nicht käuflich! Der Ausbau der Windkraft geht zu Lasten des Artenschutzes und des Landschaftsschutzes, unbelastete Naturräume, Landschaftsräume, Wälder, Knicklandschaften, Moore sind eigenständiger Klimaschutz, wenn es denn dann darum geht, warum lässt man ihnen nicht ihren Raum, warum muss alles zerstört werden. Zum Beispiel der Kreis Dithmarschen hat eine Vorbelastung von fast 5% der Fläche, es wird einfach verfügt, dass Vorbelastungen nicht mehr berücksichtigt werden sollen. Das ist vollkommen unverhältnismäßig. Der Konflikt um Windkraft ist hier nicht neu, sondern zieht sich schon seit Jahren. Er verdeutlicht, wie Interessen beim Landschaftsschutz diejenigen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien aufeinanderprallen und welche Folgen das für Genehmigungsverfahren hat. Vieles ist hier in Bewegung, nicht zuletzt in Dithmarschen. Währenddessen haben in SH bis Ende August 2024 Projektierer/Betreiber schon nach 400 Flächen angefragt und das ist nur das was so halb öffentlich bekannt ist. Seien wir doch einmal ganz objektiv und schauen uns den Vergleich einmal mit Sinn und Verstand an, hier am Beispiel von Dithmarschen. Es ist festzustellen, dass sich die Potentialflächen 2024 mit den Abwägungsflachen 2016 zu über 90% decken und es ist weiterhin klar und deutlich sichtbar dass noch erhebliche Erweiterungen und neue Flächen hinzugekommen sind. Den Bürgern wird’ nun erzählt, es sein ja alles noch gar nicht abgewogen und es sollen ja nur 3-3,3% werden Zum einen hat Dithmarschen schon fast 5% und zum anderen, sind für diesen Kreis in der Summe 10% im Potential. Tatsächlich ist es so, dass die Flächen aus 2016 lange endabgewogen waren, hinzu kommt - 2024, dass die Abstände zur Wohnbebauung, die arten- und naturschutzrechtlichen Belange zu Gunsten des Windkraftausbaus verändert wurden und LSG's bebaut werden können. Das heißt und so wird es landesseitig auf diversen Veranstaltungen bereits kommuniziert- Die Flachen sind bereits weitestgehend in Sack und Tüten, es gibt kaum oder keine Flächen die frei sind von Planern, von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Begehrlichkeiten! Was man den Bürgern sagt, oder versucht unterzujubeln das nennt man bei uns „ Tünkram" - MOIN ! Abwägungsbereiche 2016 - Dithmarschen Vergleich - Potentialflächen 2024 - siehe unten und Anhang, hochgeladen und am Ende dieser Stellungnahme. Die beschlossene Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Diese legt fest, dass Erneuerbare Energien im überragenden öffentlichen Interesse" liegen. Bei einer Abwägung hat der Ausbau also Vorrang. Es wäre schwierig oder fast nicht machbar, hier ein Gegenargument zu finden welches von derselben oder höherer Wertigkeit ist. Jedoch liegt eine intakte und gut funktionierende Natur, die selber Klimaschutz ist, ebenso im überragenden öffentlichen Interesse Der Schutz der Biodiversität, ein Erfolg im Kampf des Artensterbens, die Aufforstung und die Wiedervernässung der Moore, der Erhalt kleiner Wälder, der Erhalt der Landschaftsschutzgebiete (LSG) und vieles mehr, es wird alles übergangen, der Eingriff in die Natur ist derart eklatant und vollkommen unnötig. Vogelzugruten sind seit Jahren nicht überprüft und/oder neu kartiert worden d'es6 haben sich durch den Windkraftausbau und die „Ruhezonen" der LSG der letzten Jahre sehr stark verändert. Die EEG-Novelle und die Klimapolitik der Ampelkoalition ist ein Großangriff auf den klassischen Naturschutz und es erschließt sich mir nicht ansatzweise, wie ein grüner Minister das überhaupt zulassen kann, wie der Bundesrat dieses Landes dem WindBG ohne Wenn und Aber zustimmen konnte und das Land SH, bzw. die Politik das einfach so hinnimmt. Geopferte Landschaften für eine ideologische Energiepolitik ohne Sinn und Verstand, an der am Ende des Tages zur Klimaneutralität nur eine Zahl steht, nicht mehr und nicht weniger, mit dem grünen Blackout, der hier sehenden Auges herbeigeführt wird, ist gar nichts gewonnen, ganz im egenteil. Keine freien Horizonte mehr, keine Charakteristischen Landschaftsräume (CL) mehr durch die Hohe der Referenzanlagen von 200m und morgen sind sie schon 250m hoch nehmen sie der Landschaft jede Ruhe, die Beeinträchtigung wird eklatant sein, weit sichtbar in jeder Ecke in jeder Gegend. Das Ausmaß der Wirkzonen über 1500m und 3000m wird für die Menschen in SH zu einer unaussprechlichen optischen Belastung werden. Das Recht auf Lebensraum Naherholungsraum, dass Recht der Natur und der Arten scheint in Gänze verwirkt zu sein. Kein Vormarsch ist so schwer wie der Weg zurück zur Vernunft	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Berthold Brecht Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Seien wir doch einmal ganz objektiv und schauen uns den Vergleich einmal mit Sinn und Verstand an hier Dithmarschen Es ist festzustellen dass sich die Potentialflächen 2024 mit den Abwägungsflächen 2016 zu über 90% decken und es ist weiterhin klar und deutlich sichtbar dass noch erhebliche Erweiterungen und neue Flächen hinzugekommen sind Den Bürgern wird nun erzählt es sein ja alles noch gar nicht abgewogen und es sollen ja nur 3-3 3% werden Zum einen hat Dithmarschen schon fast 5% und zum anderen sind für diesen Kreis in der Summe 10% im Potential Tatsächlich ist es so dass die Flächen aus 2016 lange endabgewogen waren hinzu kommt - 2024 dass die Abstände zur Wohnbebauung die arten- und naturschrechtlichen Belange zu gunsten des Windkraftausbaus verändert wurden und LSG's bebaut werden können Das heißt und so wird es landesseitig auf diversen Veranstaltungen bereits kommnumziert Die Flachen sind bereits weitesgehend in Sack und Tüten es gibt kaum oder keine Flächen die frei sind von Planern von Begehrlichkeiten! Was man den Bürgern sagt oder versucht unterzujubeln das nennt man bei uns Tünkram - MOIN! (Abbildung)	
Institution: Gemeinde Trittau, FB Bau und Projektmanagement ID: 1611	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegend erhalten Sie die Stellungnahme der Gemeinde Hamfelde, Stormarn mit der Bitte um Berücksichtigung. Die Stellungnahme wurde in der Gemeindevertretung am 03.09.2024 beschlossen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [eingefügt aus Anhang] **Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - erster Entwurf Juni 2024**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird insbesondere auf die Ziffern 1.5.1, 2.3.1,2.5.1, 4.20.1 sowie 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	hier: Stellungnahme der Gemeinde Hamfelde Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Hamfelde nimmt den Entwurf aus Juni 2024 zur Teilfortschreibung Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans zur Kenntnis. Grundsätzlich begrüßt die Gemeinde Hamfelde das Inkrafttreten des Bundesgesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land und der damit verbundenen raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung durch die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes sowie die Neuaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land in Schleswig-Holstein. Das Land Schleswig-Holstein ist bereits jetzt eines der Bundesländer, die einen großen Beitrag zur Windenergie leisten. Umso wichtiger ist eine die Bevölkerung sowie Tier- und Umwelt schützende Planung und Ausweisung entsprechender Kriterien für die weitere Ausweisung von Windenergiegebieten. Aufgrund der geplanten Positivplanung gibt es keine harten, mittleren und weichen Tabukriterien mehr. Zu den zukünftigen Auswahlkriterien zum Flächenausschluss möchte die Gemeinde wie folgt Stellung beziehen: Nr. 4.5.1-4Z Die Aufhebung von Höhenbegrenzungen von Windkraftanlagen sind für das Landschaftsbild als auch für den Schutz der Bevölkerung nicht zuträglich. Die Gesamthöhe von zulässigen Anlagen sollte eine Höhe von 220 Metern nicht überschreiten und im LEP als maßgebliches Kriterium festgelegt werden. Nr. 4.5.1.-5Z Die Rotor-Inn-Planung soll weiterhin präferiert werden. Nr. 4.5.1.1-1Z Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind nur in einem Umgebungsbereich von 400 Metern um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich ausgeschlossen. Hierbei wird jedoch außer Acht gelassen, dass im gleichen Zuge die Höhenbegrenzung aufgehoben wird. Die bedrängende Wirkung als auch Lärm- und Verschattungsauswirkungen werden damit	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nicht mehr beachtet, obwohl die Anlagen deutlich höher werden können als in den alten Planungen. Mit dem geplanten Aussetzen der 3-H/ 5-H Regelung wird der Abstandspuffer zu Wohngebäuden nicht mehr mit der realen Höhe der Windanlagen in Korrelation gesetzt und hat damit eine unmittelbare Auswirkung auf Anwohnende und/oder Gewerbetreibende im Außenbereich. Dies gilt ebenfalls im unbeplanten Innenbereich nach $ 34 BauGB als auch in überplanten Gebieten gem. $ 30 BauGB, wo die Abstandspuffer auf 800 Meter festgesetzt werden. Die Gemeinde Hamfelde regt an, die Abstände für den Innenbereich auf 1.000 Meter zu erweitern, um den Schutz der Bevölkerung weiterhin zu erhalten und Belastungen zu minimieren. Nr. 4.5.1.1.-2Z Insbesondere im Außenbereich könnten die Windkraftanalagen unabhängig ihrer Höhe sehr nah an die besiedelten Siedlungsgebiete oder Einzelhäuser heranrutschen. Dem Schutz der dort lebenden Bevölkerung wird damit nur unzureichend Rechnung getragen. Der Abstand von pauschal 400 Meter zu jeglichen Windkraftanlagen, unabhängig ihrer Gesamthöhe, zu Siedlungsbereichen ist zu gering. Insbesondere bei großen Windkraftanlagen mit größerem Rotordurchmesser ist mit höheren Lärmbelastungen zu rechnen als bei kleineren Anlagen. Ausgehend von der ehemaligen 3-H-Regelung sollte der Abstand der Anlagen zu Siedlungen und Einzelhäusern mindesten 525 Meter betragen. Der Abstand ergibt sich 3-fachen Höhe der Anlage abzgl. des halben Rotordurchmessers. Zugrundeliegend sind als Ausgangswert die heute deutlich höheren Anlagen von bis zu 250 Metern. Schleswig-Holstein hat für die Referenzanlage eine Höhe von 200 Meter und einen Rotordurchmesser von 150 Meter gewählt. Dies würde in Analogie zu bisher zu einem Abstand von rund 600 Meter führen (abzüglich des halben Rotordurchmessers). Aus den vorgenannten Gründen sollte die Anlagenhöhe bei der Ausweisung der Gebiete und der Bemessung der Abstände zu bewohnten Gebieten weiterhin eine maßgebliche Rolle spielen. Außerdem muss die optisch bedrängende Wirkung mehr Beachtung finden im Rahmen der Kriterienfestlegung im LEP. Zudem muss im weiteren Verfahren und auch in der Neuaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land verhindert werden, dass eine Umzingelung von Siedlungen und Außenbereichsgebieten mit Splittersiedlungen oder Einzelhäusern entstehen kann.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nr. 4.5.1.3-17G Bei der Festlegung der Abstände zu Brutstätten von Windkraftsensiblen Großvögeln sind je nach Vogelart unterschiedliche Radien festgelegt worden. Fraglich ist der geringere Abstand zu Brutstätten des Weißstorches und des Rotmilans, obwohl diese ebenfalls besonders schützenswert sind. Eine Erhöhung der Abstände auf ebenfalls 2.000 Meter hält die Gemeinde Hamfelde für angemessen. Außerdem sind auch die Flächen des Naturschutzgebietes Bille als auch das Naturschutzgebiet Hahnheide (FFH-Gebiet) Brutstätten des Rotmilans sowie des Weißstorchs. Die Abstände müssten auch hier bei der Erhebung beachtet werden, die Gemeinde regt an, hier die entsprechenden Schutzgebiete auszuweisen. Darüber hinaus wird angemerkt, dass die Auswahl des Auslegezeitraums kurz vor und über den gesamten Zeitraum der Sommerferien des Landes Schleswig-Holstein keine gute Voraussetzung für eine Beteiligung ist. Die letzten Gremien tagen in den Wochen vor den Ferien, sodass eine Auseinandersetzung mit den Inhalten und Themen des neuen Entwurfes sowohl für die Verwaltung als auch die Politik kaum möglich war, einige Gremien haben zu Beginn der Auslegung des LEP's bereits getagt. Über die Ferien tagen insbesondere in den Kommunen keine kommunalen Gremien, eine Beschlussfassung zum Inhalt bleibt somit vielen Gemeinden verwehrt. Aufgrund der Sommerpause und der Abwesenheit der Mitglieder ist auch die Einberufung einer Sondersitzung zu diesem Thema nicht zielführend. Insofern wäre es in Anbetracht einer demokratischen Beteiligung hilfreich gewesen, den Antrag der SHGT mit Verlängerung des Auslegezeitraums bis Ende September statt zu geben. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Hamfelde am 03.09.2024 hat mit Mehrheitsbeschluss diese Stellungnahme verabschiedet. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrage [redacted]	
Institution: Gemeinde Ahrenshöft	Sehr geehrte Damen und Herren, mit diesem Schreiben übersenden wir Ihnen eine Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gemäß § 5 Abs. 6 LaplaG i.V.m. § 9 Abs. 2 ROG zur im Betreff	zu 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion: Dem Wunsch nach Streichung des Grundsatzes wird nicht

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M2477	genannten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Windenergie an Land. Im gemeinsamen Interesse einer bestmöglichen Ausschöpfung der Potentiale der Windenergie an Land und einer konstruktiven Weiterentwicklung der entsprechenden Raumplanung bitten wir um Berücksichtigung der in der anhängenden Stellungnahme aufgeführten Punkte. Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung Die Gemeinde Ahrenshöft Sehr geehrte Damen und Herren, Die Gemeinde Ahrenshöft begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Die bundesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere die Verpflichtung zur Flächenzielerreichung gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG), aber auch die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgelegte Zielsetzung, 15 Gigawatt installierte Leistung zu erreichen, werten wir positiv als Chancen, die sich für unser Bundesland ergeben. Gerne möchten wir mit dieser Stellungnahme den Planungsprozess und die Gestaltung der künftigen Gebietskulisse konstruktiv unterstützen und unsere spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Hiervon versprechen wir uns einen Mehrwert für die Erreichung des gemeinsamen Ziels des weiteren Ausbaus der Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein. Unter Beachtung der nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG vorzunehmenden Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenso wie bei der späteren Festlegung der neuen Vorranggebiete zur Windenergienutzung unter Heranziehung von § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 6 i.V.m. § 27 Abs. 4 ROG, § 249 Abs. 5 und 6 BauGB vorzunehmen ist, bitten wir daher nachdrücklich um die Berücksichtigung folgender Aspekte: **1 Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 (6} - 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von**	gefolgt. Angesichts der Höhenentwicklung der WEA soll den siedlungsnahen Freiraumschutz bei noch unbelasteten Flächen ein höheres Gewicht eingeräumt werden. Die Beeinträchtigung wird dabei weitgehend unabhängig von der jeweiligen Stellung des Rotors im Wind gesehen. Die Hinweise zur besseren Abstimmung der Formulierung des Grundsatzes und der korrespondierenden Begründung, auch zum Begriff „Wohn- und Erholungsfunktion“ werden berücksichtigt. Es erfolgt eine klarstellende Überarbeitung[TU(1] . Die detaillierten Ausführungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich werden zur Kenntnis genommen. Auch die Hinweise auf Abstände zu planverfestigten Siedlungsausweisungen sind im Hinblick auf eine Klarstellung in der Begründung geprüft worden. zu Schwerpunktbereichen und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems und Kleinstbiotopen: Gesetzlich geschützte Biotope unter 5 ha in Alleinlage bleiben auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt, sind jedoch auf den nachfolgenden Ebenen zu beachten. Führt eine Konzentration solcher Biotope jedoch zu größeren Ausschlussbereichen, soll geprüft werden, ob diese Bereiche mit einer Vorranggebietsausweisung vereinbar sind. Diese Prüfung trägt auch dazu bei, dass für die Windenergie nicht nur ein rechnerischer Flächenteil bereitgestellt wird, der den bundesgesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern auch ein weitgehend nutzbarer Flächenteil. Linienhafte Biotope sollen auf Ebene der Raumordnung unberücksichtigt bleiben. An dem Grundsatz wird weiterhin festgehalten.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 sieht als Grundsatz der Raumordnung einen von Windenergiegebieten freizuhaltenden Abstand von 800 bis 1.000 Metern (erweiterter Umgebungsbereich) um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, vor. Als Abwägungskriterium gilt, dass, wenn eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, hiervon abgewichen werden kann. **1.1 Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Meter nicht erforderlich** Es ist zunächst nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Abstände zu Siedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich mit einem 800 m- und 400 m-Abstand unverändert beibehalten werden (vgl. auch OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 42/21 —, Juris Rn. 61 ff.), was Akzeptanz in der Bevölkerung schafft. Demgegenüber ist die Erstreckung auf einen erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern als Grundsatz der Raumordnung noch dazu mit der geltenden Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)) sowie der faktisch strikten Anwendung nicht nachvollziehbar und schränkt das Erreichen des Flächenziels unnötig ein. Dabei ist zu beachten, dass Wirkungen durch WEA für Anwohner v.a. beim zur Siedlung hin waagrecht stehenden Rotor entstehen, weil dann der gesamte Rotordurchmesser wahrnehmbar ist. Mit der vorgesehenen Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern (Kapitel 4.5.1 Absatz 3 (6)) befindet sich der Turmmittelpunkt der baulichen Anlage jedenfalls weitere 75 Meter von der Grenze des Vorranggebiets Windenergie und damit mindestens 875 Meter von der Siedlung entfernt. Erst in diesem Abstand treten diese Wirkungen des waagrecht stehenden Rotors auf. Der mit dem Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 verfolgten Intention, im Umfeld von Siedlungsbereichen zum Landschaftsschutz unbebaute Flächen als Ausgleich zu der Siedlungsbebauung vorzuhalten (vgl. B zu 1 6), wird insoweit bereits durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)) Rechnung getragen. **1.2 Berücksichtigung der Vorbelastung durch eine Windenergienutzung** Begrüßt wird die Regelung, wonach bei einer Vorbelastung durch eine Windenergienutzung in der Abwägung der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 überwunden werden soll. Das ist gut nachvollziehbar, weil das Ziel der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Freihaltung nicht mehr erreichbar ist und – wie bereits im vormaligen gesamträumlichen Plankonzept (letzter Stand: 29. Dezember 2020; damals Abwägungskriterium Ziff. 2.5.2.1) zutreffend ausgeführt wurde – vorhandene Infrastruktur (z.B. bestehende Netzanbindung, Zufahrtsstraßen) mitgenutzt werden sollen und auch WEA in einem Abstand von mehr als 1.000 Metern in diesen Raum hineinwirken können. Widersprüchlich ist allerdings, dass nach der Begründung B zu 1 G ausgeführt wird: „Um dem Schutz des Landschaftsbildes in der Umgebung von Siedlungsbereichen durch die Freihaltung bislang unbebauter Räume in besonderem Maße Rechnung zu tragen, kann der entsprechende Umgebungsbereich im Einzelfall durch einen zusätzlichen Schutzbereich von 200 Metern ergänzt werden, so dass ein unbebauter Umgebungsbereich von insgesamt 1.000 Metern bestehen kann.“ (Unterstreichung nur hier) Insofern wird explizit von einem Einzelfall gesprochen, in dem der erweiterte Umgebungsbereich zusätzlich freigehalten werden soll. Das ist zu begrüßen und entspricht auch einer Einordnung dieses Grundsatzes der Raumordnung auch vor dem Hintergrund der Abwägungsdirektive des § 2 Satz 2 EEG 2023. Demgegenüber sieht der formulierte Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 aber umgekehrt zu dessen Begründung nur den Einzelfall vor, dass eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht, um den erweiterten Umgebungsbereich nicht freizuhalten. Diese Herangehensweise verkehrt den Grundsatz der Raumordnung in ein Ziel der Raumordnung mit Ausnahme (§ 6 Abs. 1 ROG) und ist zu korrigieren, um eine ergebnisoffene Abwägung zu ermöglichen. Auch angesichts der faktischen Freihaltung von fast 900 Metern zum Siedlungsbereich durch die Rotor-innerhalb-Planung (Kapitel 4.5.1 Absatz 5 (Z)), dem erheblichen Interesse der effektiven Nutzung von Infrastruktur sowie Bündelung der Windenergie und dem dringenden Erfordernis der Erreichung des Flächenbeitragswerts sollte der Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 – wenn er nicht schon ganz aufgegeben wird – nur noch zurückhaltend Geltung haben, jedoch nicht bei bereits vorhandenen bzw. unmittelbar vor Umsetzung befindlichen, umfangreichen Windparks im Abstand von knapp 1.000 Metern zu den Siedlungen. Schließlich bleibt es in diesem Kontext vage und unbestimmt, wann überhaupt „eine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht“. Es ist zu befürchten, dass die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesplanungsbehörde dies sehr eng auslegt und die Lage von bereits errichteten WEA im erweiterten Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern fordert. Dies berücksichtigt dann aber nicht, dass Windenergie-Vorhaben einen längeren Planungsvorlauf haben, sodass – auch in Harmonisierung mit Kapitel 4.5.1 Absatz 2 (6) – Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land jedenfalls auch bereits aktuell in Siedlungsnähe festgelegte Vorranggebiete für Windenergienutzung einzubeziehen sind und nicht allein errichtete WEA. **1.3 Klarstellung bezüglich Wohn- und/ oder Erholungsfunktion** Auch wenn sich das aus dem systematischen Kontext ergeben mag, so fehlt zur Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 die Bezugnahme darauf, dass solche darin genannten Bereiche jeweils eine Wohn- und/ oder Erholungsfunktion haben müssen (vgl. Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 [Z]). **1.4 Erfordernis der Klarstellung von Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen** Problematisch ist weiterhin, dass es an einer hinreichenden Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe fehlt, weshalb sie als Vorgaben für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen noch ungeeignet sind: 1) Uneindeutig oder jedenfalls klarzustellen ist, dass die Abstandsmessung für den (erweiterten) Umgebungsbereich an der Grenze des durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets (§ 30 BauGB) oder an der Grenze des Innenbereichs (§ 34 BauGB) ansetzt: Es besteht dahingehend ein Unterschied, dass die Grenze eines festgesetzten Baugebiets – unter Berücksichtigung von Baulinien und Baugrenzen (§ 23 Abs. 1 und 2 BauNVO) – durch den jeweiligen Bebauungsplan bestimmt ist und teils auch unbebaute Flächen einbezieht. Demgegenüber endet der Innenbereich an der Gebäudegrenze und regelmäßig nicht erst an sich anschließende Gartenbereiche, Scheunen o.ä. Zudem wird ganz erheblich sein, den Innenbereich nach § 34 BauGB und eine Außenbereichslage, die kein Ortsteil darstellt, zu unterscheiden. Die Landesplanungsbehörde wird dies bei der Festlegung der Windenergiegebiete zu berücksichtigen haben, weshalb wir nachfolgend die relevanten planungsrechtlichen Überlegungen wiedergeben.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abgrenzung Innenbereich nach ³ 34 Abs. 1 BauGB und Außenbereichslage: Es liegt immer dann eine Außenbereichslage vor, wenn es an einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil im Sinne des § 34 Abs. 1 BauGB fehlt. Ein Ortsteil ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (st. Rspr. BVerwG, 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Für das gewisse Gewicht ist ein Vergleich mit der Siedlungsstruktur innerhalb der Gemeinde vorzunehmen. Nach dem BVerwG dürften sechs Gebäude die untere Grenze eines Ortsteils darstellen, eine Ansammlung von vier Wohngebäuden regelmäßig nicht die Ortsteileigenschaft besitzen (BVerwG, 19.04.1994 - 4 B 77/94 -, juris; Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 14). Zudem entspricht der ständigen Rechtsprechung des BVerwG, dass „Baulichkeiten, die nur vorübergehend genutzt zu werden pflegen, unabhängig davon, ob sie landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Scheunen oder Ställe), Freizeitzwecken (z.B. Wochenendhäuser, Gartenhäuser) oder sonstigen Zwecken dienen, für sich allein genommen in aller Regel keine Bauten sind, die einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil bilden können. [Das Gericht] hat sich hierbei maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass derartige Anlagen nur eine der Hauptnutzung dienende Hilfsfunktion aufweisen und mithin in einem weiteren Sinne „Nebenanlagen“ zur landwirtschaftlichen, (klein-)gärtnerischen oder sonstigen Hauptnutzung sind und deshalb für sich genommen nichts zu einer organischen Siedlungsstruktur beitragen können.“ (BVerwG, 30.06.2015 - 4 C 5/14 -, Juris Rn. 20 m.w.N.). Ob die zusätzlich erforderliche organische Siedlungsstruktur vorliegt, bedarf einer städtebaulich-wertenden Beurteilung, die die Systemzusammenhänge insbesondere zum Außenbereich berücksichtigen muss. Unerheblich sind die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung, dass die Bebauung einem bestimmten Ordnungsbild entspricht, eine bestimmte städtebauliche Ordnung verkörpert oder als eine städtebauliche Einheit in Erscheinung tritt, ebenso ob sie sich in die Gliederung der Baugebiete nach der BauNVO einfügen lässt (Söfker/Hellriegel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 153. EL Januar 2024, § 34 Rn. 15 m.w.N.). Entscheidend ist, ob das betreffende Grundstück selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bildet, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnimmt. Diese Frage wird nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Wertung und Bewertung des im Einzelfall gegebenen konkreten Sachverhalts entschieden, bei der die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere vorhandene bauliche Anlagen und topographische Geländehindernisse, Erhebungen oder Einschnitte zu berücksichtigen sind (st. Rspr. BVerwG, 18.06.1997 - 4 B 238/96 -, Juris Rn. 4). In der obergerichtlichen Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass ein Ortsteil im Sinne des § 34 BauGB nicht bei einer bandartigen Bebauung vorliegt, die sich eher als in die Landschaft eingestreute Straßenrandbebauung darstellt (Niedersächsisches OVG, 08.02.2018 - 12 ME 7/18 -, Juris Rn. 24 ff.; 11.05.1990 - 1L 242/89 -, juris Rn. 5). Der Landesplanungsbehörde dürfte in diesem Zusammenhang bestens auch die Zusammenfassung der Rechtsprechung durch das OVG Schleswig-Holstein u.a. zur organischen Siedlungsstruktur bekannt sein, welche besondere Berücksichtigung finden muss (vgl. OVG Schleswig-Holstein, 07.06.2023 - 5 KN 35/21 -, Juris Rn. 45 ff.). 2) Eine Klarstellung ist notwendig, welche Gebiete „Wohn- und/oder Erholungsfunktion“ haben: In der Begründung B zu 1 Z (vgl. vorstehende Ausführung zur Klarstellung der Anwendung auch beim Grundsatz der Raumordnung) wird auf Baugebiete gemäß BauNVO, die Wohn- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen, Bezug genommen. Dies kann aber im Einzelfall umstritten sein, sodass konkret auf die Art der baulichen Nutzung (Baugebiete) nach §§ 82 ff. BauNVO verwiesen werden sollte. So können etwa auch Kerngebiete nach § 7 BauNVO in Einzelfällen dem Wohnen dienen. Zu befürchten ist auch – was aber unklar bleibt und nicht transparent ist – dass selbst Sondergebiete nach § 10 BauNVO darunterfallen sollen. Einen über 800 Meter weitergehenden Umgebungsschutz auch für solche Sondergebiete, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen, sondern nur dem sporadischen Aufenthalt dienen, ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Weiter findet sich in der Begründung B zu 1 Z die Andeutung, dass möglicherweise auch sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO gemeint sein könnten, wenn ausgeführt wird „unter anderem Kindertagesstätten, Schulen oder ähnliche Einrichtungen“. Während für Kindertagesstätten und Schulen das noch nachvollziehbar ist, besteht eine große und damit nicht nachvollziehbare Offenheit mit den Begriffen „unter anderem“ und „ähnliche Einrichtungen“. Auch insoweit bedarf es einer Konkretisierung, um Nachvollziehbarkeit sicherzustellen. **1.5 Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siediungsbereiche liegen“ nicht erforderlich** Die Erweiterung auf „planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	an Siedlungsbereiche liegen” ist für den erweiterten Umgebungsbereich unklar sowie unbegründet: Laut der Begründung B zu 1Z werden unter „planerisch verfestigten Siedlungsflächenausweisungen [...] wirksame Flächennutzungsplandarstellungen gefasst, die in oder an Ortslagen liegen, innerhalb derer jedoch noch keine Siedlungstätigkeit vollzogen worden ist” verstanden, was ebenfalls für „in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen dargestellte Sondergebietsausweisungen mit Erholungsnutzungen / besonders schützenswerten Nutzungen” gelte. Hintergrund sei, dass solche Planungen bereits mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt seien, den Zielen der Raumordnung entsprechen und nicht durch eine Festlegung von Windenergiegebieten beschränkt oder verhindert werden sollen. Während dies für das Ziel der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 gerade noch vertretbar erscheint, weil aus Gründen des Immissionsschutzes sowie des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots ein Heranrücken solcher zukünftigen Siedlungstätigkeiten z.B. bei genehmigten WEA im 800-Meter-Umgebungsbereich möglicherweise unzulässig werden könnte, besteht ein solches Freihaltungsinteresse für den erweiterten Siedlungsbereich von 800 bis 1.000 Metern nicht. Es findet sich deshalb auch gar keine Begründung dazu in B zu 1 G. Dieser erweiterte Siedlungsbereich wird nur vorsorglich vorgesehen und kann auch unterschritten werden. In einer Abwägung mit der Windenergienutzung kann sich aber eine lediglich nur geplante, hinsichtlich der tatsächlichen oder auch zeitlichen Umsetzung noch völlige offene Planung nicht durchsetzen. Es bestehen auch Zweifel daran, ob – gerade auch vor dem Hintergrund alter Flächennutzungspläne – solche planverfestigten Siedlungsflächenausweisungen tatsächlich immer mit der Landesplanungsbehörde abgestimmt waren und den aktuellen rechtlichen Voraussetzungen (Vorrang der Innenverdichtung) entsprechen. **1.6 Ergebnis & Praxisbeispiel** Es bedarf einer Korrektur des Grundsatzes der Raumordnung Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1, jedenfalls dringend einer verbindlichen Konkretisierung (ggf. in der Begründung), um wirksame, nachprüfbare und sinnvolle Vorgaben für die Regionalpläne aufzustellen. Im Hinblick auf das Praxisbeispiel der Potenzialfläche PR1_NFL_024 [PR1_NFL_413) ergibt sich durch die Erweiterung des 200-Meter-Siedlungsabstands um die Ortschaften Spinkebüll (nördlich) und Kragelund (östlich) ein erhebliches Konfliktpotenzial. Dieses würde dazu führen, dass eine effiziente Planung mit modernen WEA im Sinne der Referenzanlage in Schleswig-Holstein nicht mehr möglich wäre und demzufolge die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Chance, den Flächenbeitragswert zu erreichen, erheblich reduziert wird. **2 Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 6 - Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotopen** **2.1 Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems** Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1} soll für die in den Landschaftsrahmenplänen das Landes Schleswig-Holstein dargestellten Schwerpunktbereiche und wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten mit der Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar Ist. Nach der Begründung B zu 5 G zu [1] wird auf die Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein sowie die darin benannten Entwicklungsziele für die Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems für die Abwägung verwiesen. Dabei ergeben sich die Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gemäß 8 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung aus einer Überlagerung der Biotopverbundräume des 1999 veröffentlichten mit den Darstellungen der Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein. Dabei sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes nur die landesweiten Schwerpunkträume, die auch in Raumordnungsplänen entsprechend dargestellt sind und damit eine raumordnerische Bedeutung erhalten haben, von WEA freigehalten werden. Die regionalen Schwerpunktbereiche seien zu allgemein und räumlich unpräzise, sodass die Abwägung anhand einer pauschalen Risikoabschätzung erfolgen solle, die sich auf die Flächenüberlagerung von Potenzialgebieten mit den Schwerpunktbereichen von regionaler Bedeutung bezieht. Als Prämisse gelte, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des regionalen Biotopverbundes vereinbar sel. Die Entwicklungsziele für die wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems würden auch In den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein benannt werden, wobei WEA In Verbundachsen eher mit den Schutzzielen vereinbar sein könnten. Im Einzelfall solle geprüft werden, ob die Verwirklichung der fachlichen Ziele des Schutzgeblets- und Biotopverbundsystems durch Ausweisung von Windenergiegebieten wesentlich	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	behindert werde. Insofern sollen zentrale Überlegung des bisherigen gesamträumlichen Plankonzepts (letzter Stand: 2%. Dezember 2020; dart Ziff. 2.5.2.33 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems gem. 8 21 BNatSch6; Ziff. 2.5.2.34 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems] weiterhin über Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) gelten. Die Herangehensweise zur Herleitung des Biotopverbundsystems gemäß 8 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung durch Überlagerung verschiedener Programme und Pläne, u.a. dem Landschaftsprogramm bereits von 1999 fehlt eine hinreichende Transparenz und Aktualität, um damit pauschal die Festlegung von Windenergiegebieten auszuschließen. So sind im Landesentwicklungsplan Biotopverbundachsen auf Landesebene als Grundsatz der Raumordnung dargestellt (Kapitel 6.2.2 Abs. 1 6]. Des Weiteren sieht Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund [Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Nach & 21 Abs. 4 BNatSchG hat eine rechtliche Sicherung durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des 8 20 Abs. 2 BNatSch6, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen zu erfolgen, um überhaupt als Biotopverbundsystem naturschutzrechtliche Geltung gemäß 8 21 BNatSchG zu erhalten. Vorliegend erfolgte dies durch die Darstellung im Landesentwicklungsplan und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in den Regionalplänen, also durch eine planungsrechtliche Festlegung. Allein der Umstand einer planungsrechtlichen Festlegung führt noch nicht dazu, dass überhaupt ein Biotopverbundsystem nach 8 21 BNatSch6G vorliegt. Der Biotopverbund dient nach 8 21 Abs. 1 BNatSchG der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Der Biotopverbund besteht dabei nach 8 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Kernflächen sind Flächen, die nach Ausstattung und Größe die dauerhafte Sicherung der Populationen sowie Wiederbesiedelung geeigneter Habitate ermöglicht (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 4. Auflage 2024, 8 21 Rn. 6).	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Verbindungsflächen sind diejenigen Flächen, die als Trittsteinbiotope zwischen Kernflächen räumlich vermitteln und so den Austausch zwischen den Populationen sowie Wiederbesiedlungen geeigneter Habitate ermöglichen {Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSch6G, 4, Auflage 2024, 8 21 Rn. 6]. Demgegenüber sind die aus flächenhaften, punkt- und linienförmigen Landschaftsbestandteilen, wie Gehölzen, Feldrainen, einzelnen Bäumen, Tümpeln, Teichen und Bächen bestehenden Verbindungselemente vor allem für die Wanderung von Arten bedeutsam (Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSch6, 4. Auflage 2024, 8 21 Rn. 6]. Es besteht gemäß 8 21 Abs. 3 BNatSch6G ein Kanon an tauglichen Flächen, wobei als zusätzliche Voraussetzung eine Eignung dafür bestehen muss, das Ziel nach 8 21 Abs. 1 Satz 1 zu erreichen. Entscheidend für die Tauglichkeit der Flächen ist dabei, dass sie bestimmten naturschutzfachlichen Qualitätsanforderungen gerecht werden und diese Qualität auch tatsächlich aufweisen [Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSch6G, 34. Auflage 2024, 8 21 Rn. 8). Dabei ist zu beachten, dass nicht jede beliebige Fläche für den Biotopverbund geeignet Ist, da eine zusammenhanglose Ansammlung von Schutzgebieten noch kein die erforderlichen Austauschbeziehungen gewährleistendes in sich kohärentes Verbundsystem bildet. Zudem müssen die Flächen entsprechend rechtlich gesichert werden. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Gebiete für den Biotopverbund (Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft Berücksichtigung finden, im Rahmen der Abwägung aber dann die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen im Verhältnis zur Windenergienutzung gesetzt wird. Dabei besteht nicht zwingend ein Widerspruch zwischen diesen Belangen, etwa wenn der Biotopverbund Austauschbeziehungen von Fischen und Amphibien entlang von Bächen sichern soll, Windenergieanlagen dies aber schon gar nicht beeinträchtigen. Faktisch erhebt die Landesplanungsbehörde das Biotopverbundsystems gemäß 8 21 BNatSchG mit landesweiter Bedeutung zum Ziel der Raumordnung [„sollen aus Vorsorgeerwägungen des Arten- und Biotopschutzes von WEA freigehalten werden”, B zu 5 G zu (1)), was aber mangels Bestimmtheit und abschließender Abgewogenheit nicht möglich ist. Die vorstehend zitierte Begründung B zu 5 6 zu (1) verdeutlicht aber den Abwägungsausfall, sodass gar kein Grundsatz der Raumordnung in Bezug auf Biotopverbundsysteme mit landesweiter Bedeutung besteht, jedenfalls auch in diesem Bereich Windenergiegebiete zugelassen werden können. Verbundachsen von überregionaler Bedeutung sowie solche von regionaler Bedeutung, sofern sie auf der Regionalplanebene darstellbar sind, sollen im Einzelfall berücksichtigt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden. Kapitel 6.2.2 Abs. 2 Z sieht als Ziel der Raumordnung u.a. vor, dass Gebiete für den Biotopverbund [Schwerpunkträume und Verbundachsen) in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen sind. Dies erfolgte nach Ziffer 5,3 Abs, 1 der bisherigen Regionalpläne, wo u.a. „Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen]” als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft festgelegt wurden. Die Landesplanungsbehörde darf zur Vermeidung von Widersprüchen zu den weiterhin geltenden Regionalplänen im Rahmen von Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 6 (1) keine „Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems” über die Festlegungen im Regionalplan hinaus der Ausweisung von Windenergiegebieten entgegenhalten, die so nach Ziffer 5.3 Abs. 1 des Regionalplans gar nicht festgelegt ist. Wenn man also die Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft der Regionalpläne als maßgebliches Argument heranziehen wollte, wie die Landesplanungsplanungsbehörde dies anderweitig ebenfalls gemacht hat, so hat dies Auswirkungen auf die Abwägungsentscheidung. Soweit auf die Landschaftsrahmenpläne Bezug genommen wird, so Ist das abwägungsfehlerhaft. So gilt nach 8 10 Abs. 1 Satz 2 BNatSch6G, dass bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne die Ziele der Raumardnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Die insoweit rechtswirksamen Regionalpläne sehen oft einen abweichenden Zuschnitt des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vor, was in den Landschaftsrahmenplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen ist. Zudem würden 8 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BNatSch6G in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn im Rahmen der Fortschreibung eines Regionalplans zur Festlegung von Windenergiegebieten als Vorranggebiete (Ziele der Raumordnung) durch eine einfache Änderung des Landschaftsrahmenplans neue Grundlagen für Abwägungskriterien geschaffen werden könnten und daraufhin Flächen ausgeschlossen würden. Im Übrigen bestehen teilweise erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend, überhaupt einen Biotopverbund anzunehmen. Der Biotopverbund besteht nach 8 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Ob solche der Qualität nach immer vorliegen, wäre im Einzelfall zu prüfen. Ganz unabhängig davon ist festzustellen, dass die Landesplanungsplanungsbehörde	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ihrem selbst aufgestellten Grundsatz der Raumordnung Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1] nur gerecht wird, wenn eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird, die sich mit den fachlichen Zielen des Biotopverbundsystems auseinandersetzt und die In der Abwägungsentscheidung widergegeben wird. Nur so wäre dies nachvollziehbar und überprüfbar. Insoweit wird die Begründung B zu 5 6 zu (1) am Ende befürwortet, wonach dies geplant ist. Wenn die Landesplanungsplanungsbehörde entsprechend dem Sinn und Zweck der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter (vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, juris Rn. 9} eine solch detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des ganz erheblichen Aufwands nicht vornehmen möchte, so könnte die naturschutzrechtliche Vereinbarkeit auf der nachfolgenden Verfahrensebene geprüft werden, was besser geeignet und sachnäher ist, Im Ergebnis wird die Landesplanungsbehörde ersucht, Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (1) dahingehend anzupassen, dass die abwägungsrelevanten Aspekte zum Biotopverbundsystem allein auf die in den Regionalplänen differenzierend als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegten Gebiete zurückgeführt wird sowie die konkrete Ausgestaltung der Biotopflächen im Rahmen der Abwägung dann geprüft wird, insbesondere wie bedeutsam die Flächen sind und ob ein Widerspruch zwischen den konkreten Belangen überhaupt besteht. **2.2 Kleinstbiotope** Zudem sollen gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 6 [2) bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum beieinanderliegen, dahingehend geprüft werden, ob aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z verbleibt, mithin 15 Hektar bzw. räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Dies wird damit begründet [B zu 5 G zu [2]), dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht nach Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 Z für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, allerdings in der entsprechenden Kumulation mehrere Kleinbiotope auf engem Raum aufgrund der Biotopdichte Im	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Einzelfall keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von WEA verbleibe. Diese Begründung unterliegt der naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung, Kleinstbiotope stünden der Errichtung von WEA entgegen und insofern könnte ein ausgewiesenes Windenergiegebiet bei entsprechender Kumulation nicht ausgenutzt werden. Zum einen kann nach 8 30 Abs. 3 BNatSchG I.V.m. 8 21 Abs. 3 LNatSch6G eine Ausnahme für stehende Binnengewässer Im Sinne des 8 30 Abs, 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks werden vielfach solche Kleinstbiotope darstellen. Zum anderen kann nach 867 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Gerade aufgrund der Wertung des 8 2 EEG 2023 ist das jeweillige Ermessen auf Null reduziert und die Voraussetzungen liegen vor, sodass über Ausnahmen und Befreiungen Kleinstbiotope selbst bei hoher Biotopdichte nicht zur maßgeblichen Beschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen werden. Hinzu kommt, dass nach 8 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG u.a. jede Allee und Jjeder Knick als entsprechendes Kleinstbiotop einzustufen sein wird und gerade eine Vielzahl an Knicks natürlicherweise Windenergiegebliete durchziehen. Dabei ist die flächige Abgrenzung eines Knicks oftmals streitig, weshalb die Landesplanungsbehörde eine solche Prüfung auf Ebene der Regionalplanung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung mit weiträumiger Sichtweise und Rahmencharakter [vgl. BVerwG, 13.03.2003 - 4 C 4/02 -, Juris Rn. 33; 10.02.2016 - 4 BN 37/15 -, Jjuris Rn. 9) nicht einbeziehen und Kapitel 4,5.1.3 Absatz 5 G (2) aufheben sollte, **2.3 Praxisbeispiel** Im vorliegenden Schwerpunktbereich des Biotopverbundsystems handelt es sich um das Gebiet Nr. 496 „Geestrand nordöstlich Ahrenshöft”. Der Schutzzweck dieses Schwerpunktbereichs umfasst im Wesentlichen die Moore im Übergangsbereich der Naturräume Marsch und Hohe Geest, Während dieser Schutzzweck für den südlichen Teil der Wind-Potenzialfläche PR1_NFL_024 [PR1_NFL_413) zutrifft, befindet sich der nördliche Teil lediglich im Randbereich des Vorbehaltsgebiets Natur und Landschaft., Der nördliche Teil wird zudem für Ackernutzung verwendet. Da diese Nutzung nicht mit dem eigentlichen Schutzzweck vereinbar ist, sollte die Unterschutzstellung des nördlichen Teilbereichs der Wind-Potenzialfläche kritisch hinterfragt werden. Sofern keine Grundlage für den Schutzzweck gegeben ist, sollte klargestellt werden, dass die Errichtung von Windenergieanlagen im nördlichen Teil der Wind-Potenzialfläche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	PR1_NFL_024 ermöglicht werden kann. Gleiches gilt für die Im Gemeindegebiet gelegenen Teilbereiche der Potenzialfläche PR1_NFL_027, die ebenfalls ein Konfliktpotenzial mit dem genannten Biotopverbundsystem aufweisen, jedoch dem Schutzzweck nicht gerecht werden. Darüber hinaus iIst zu berücksichtigen, dass in beiden Potenzialflächen PR1_NFL_024 und 027 mehrere Kleinstbiotope aufzufinden sind. In Bezug auf Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G {2) ist bei der Ausweisung von Windenergiegebieten zu prüfen, ob Flächen, auf denen mehrere Kleinstbiotope auf engem Raum liegen, aufgrund der vorhandenen Biotopdichte die Mindestgröße gemäß Kapitel 4.5.1 Absatz 6 Z erreichen - das heißt, 15 Hektar oder räumlich zusammenhängende Flächen von jeweils mindestens fünf Hektar. Diese Regelung beruht auf der Annahme, dass kleinere Biotopflächen von unter fünf Hektar nicht für die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen sind, jedoch im Fall einer Kumulation mehrerer Kleinstbiotope auf engem Raum möglicherweise keine ausreichende Restfläche für die Errichtung von Windenergieanlagen verbleibt. Diese Argumentation geht jedoch von einer naturschutzrechtlichen Fehleinschätzung aus: Kleinstbiotope stellen nicht zwangsläufig ein Hindernis für die Errichtung von Windenergieanlagen dar. Insbesondere nach 8 30 Abs. 3 BNatSch6G in Verbindung mit 8 21 Abs. 3 LNatSchG6 können Ausnahmen für stehende Binnengewässer und Knicks zugelassen werden. Gerade Knicks, die oft Kleinstbiotope darstellen, können von diesen Regelungen profitieren. Zudem kann gemäß 8 67 Abs. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt werden. Unter Berücksichtigung der Wertung des 8 2 EEG 2023 ist das Ermessen hierbei auf Null reduziert, sodass die Voraussetzungen vorliegen, umAusnahmen und Befreiungen für Kleinstbiotope zu gewähren. Selbst bei hoher Biotopdichte werden diese daher nicht zu einer maßgeblichen Einschränkung der Ausnutzung von Windenergiegebieten führen. Ein weiterer Aspekt betrifft 8 21 Abs. 1 Satz 1 LNatSchG, wonach jede Allee und jeder Knick als Kleinstbiotop eingestuft wird. Insbesondere Knicks sind in Windenergiegebieten häufig anzutreffen. Da die Abgrenzung eines Knicks oft umstritten ist, sollte die Landesplanungsbehörde bei der Regionalplanung auf eine übergeordnete, weiträumige Sichtweise zurückgreifen. Kapitel 4.5.1.3 Absatz 5 G (2] sollte entsprechend aufgehoben werden, um eine umfassendere und praxisorientierte Planung zu ermöglichen. Wir freuen uns, mit unserem Beitrag das bedeutsame Vorhaben der zukünftigen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Steuerung der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein sowie des Erreichens der Klimaneutralität unterstützen zu können. Bei Nachfragen können Sie sich gerne unter den in diesem Schreiben genannten Kontaktdaten melden. Mit freundlichen Grüßen Gemeinde Ahrenshöft	
Institution: Gemeinde Westre **ID: M2730**	Stellungnahme zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land Sehr geehrte Ministerin Dr. Sütterling-Waack, sehr geehrte Damen und Herren der Landesplanung, die Gemeinde Westre legt Widerspruch gegen den jetzigen Entwurfsstand des Landesentwicklungsplans ein. Gleichzeitig beantragt die Gemeinde Westre, die Erweiterung der Windvorrangflächen nach Süden und Osten. Der aktuelle Entwurf des Landesentwicklungsplans SH hat für unsere Bürgerwindparks zur Konsequenz, dass die Gesellschafter, knapp 400 Personen aus den Gemeinden Westre und Ellhöft, kaum Betreiberzukunft haben und damit ein bestehendes Zentrum der Erneuerbaren Energien ausgebremst wird! Auf dem Gebiet der Gemeinde Westre würden sich dann nur noch 3 Bestandsanlagen befinden. Dabei handelt es sich um drei große 6 MW Senvion-Anlagen. Es ist für unsere Bürger unverständlich, dass die bisherige Windvorrangfläche nicht im Entwurf des LEP aufgenommen wurde. In den Jahren 2007 und 2009 wurden die Flächen im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens von der Landesplanung genehmigt. Das geschah damals in enger Abstimmung mit dem damaligen Landrat [redacted] Nordfriesland. Die Firma [redacted], deren Gesellschafter größtenteils Bürger aus den Gemeinden Westre und Ellhöft sind, war seinerzeit bereit ein Testfeld für die Firma [redacted], damals noch Repower, zu errichten. Für die Gesellschafter bedeutete dies, dass sie Betreiber von Prototypen waren. In der Gemarkung Westre, südlich der dänischen Grenze mit 300 m Mindestabstand zum Vogelschutzgebiet, hat die Firma [redacted] dann 2009 drei 6,2 MW-Anlagen errichtet.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfs. Gemäß dem Ziel *Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche* bestehen potenzielle Ausnahmebereiche, die in der Karte des Entwurfs des Landesentwicklungsplans Windenergie an Land festgelegt sind. Dazu gehört auch der Bereich auf dem Gebiet der Gemeinden Ellhöft und Westre, innerhalb derer sich WEA befinden. Insofern ist die Ausweisung eines Vorranggebietes dort nicht pauschal ausgeschlossen. Gleichwohl müssen die im Ziel genannten Voraussetzungen erfüllt sein. Diese sind im Rahmen der Vorranggebietsausweisung auf Regionalplanebene zu prüfen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erst vor wenigen Monaten wurde die Betriebsgenehmigung um 10 Jahre verlängert. Von den insgesamt 7 WEA der [redacted], mit einer installierten Gesamtleistung von 28 MW, befinden sich nur noch zwei Siemens-Anlagen in einer blauen Fläche des LEP-Entwurfs. Die anderen fünf WEA fielen der neuen Abstandsregelung des EU.VSG zum Opfer, die von bisher 300 m auf 1000 m erweitert wurde. Ein solches EU-VSG befindet sich unmittelbar nördlich der Windvorrangfläche auf dänischem Staatsgebiet. Die Betreiber und auch wir als Gemeindevertreter haben nun große Sorge, dass nur noch bestehende Anlagen betrieben und in Zukunft kein Repowering mehr durchgeführt werden kann. Wir beantragen, die Aufnahme der bisherigen Standortflächen in den LEP. Es handelt sich um die bisherige Windvorrangfläche, gerne wie an anderer Stelle vorgeschlagen, begradigt um die ausgeklammerten Bauernwäldchen. Als Gemeinde können wir den bisherigen Abstand von 300 m zum EU-VSG akzeptieren. Zusätzlich beantragen wir, die Aufnahme der parallel von der Grenzstrom [redacted] vorgeschlagenen Erweiterungsflächen im Süden und Osten der bisherigen Windvorrangflächen. Diese Flächen sind im Entwurf des LEP teilweise blau aufgenommen. Das begrüßen wir als Gemeinde Westre sehr. Wir weisen darauf hin, dass in der Vergangenheit im Rahmen verschiedener BlmSchG-Antragsverfahren mehrere ornithologische Gutachten erstellt wurden. Alle kamen zu dem Ergebnis, dass die Errichtung von Windenergieanlagen südlich des dänischen Schutzgebietes keine negativen Auswirkungen auf das Schutzgebiet haben. Warum sollte das jetzt anders sein? Aufgrund dieser Gutachten und der 25-jährigen Erfahrung mit dem Betrieb von Windkraftanlagen im südlichen Bereich des Schutzgebietes bitten wir um Ausweisung und Übernahme der bisherigen Windvorrangfläche in den jetzt zur Diskussion stehenden Landesentwicklungsplan. Im Namen der Gemeinde Westre und im Interesse der Bürger dieser Region: Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bürgermeister der Gemeinde Westre	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1619	Im Bereich Blangenmoor/Averlak sollte auf einen weiteren Ausbau der Windkraftanlagen verzichtet werden. Dieser Bereich sollte, auch aufgrund des nahe gelegenen Industrieparks und des Kanals, der Natur belassen bleiben, zahlreiche Vögel- und Wildtiere haben hier ein ruhiges Habitat gefunden.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2355	[redacted] Sehr geehrte Herren, hiermit möchte ich den Wiederspruch zum Regionalplan einreichen. Ich gehe davon aus das der Einspruch frist und formgerecht ist. Über eine Bestätigung unserer Stellungnahme würde ich mich sehr freuen. Bei Rückfragen kommen Sie gerne auf mich zu und ich hoffe auf eine Berücksichtigung bei der Ausweisung neuer Windeignungsgebiete. schöne Grüße, [redacted] [Anhang:] Schleswig- Holstein / Kreis Nordfriesland Fortschreibung der Regionalpläne – Planungsraum 1 Potenzialfläche PR1 NFL 304 (alter Regionalplan) Revision der Abwägung Begründung Die Potenzialfläche liegt im östlichem Teil Eiderstedts und südlich Husum. Da im westlichem Eiderstedts ein großes FFH Gebiet vorhanden ist und in dieser	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Region viele Flächen von den Landwirten im Vertrags - Naturschutz bewirtschaftet werden ist dem Naturschutz in diesem Landesteil schon genüge getan. Es muss den Eiderstedtern auch die Möglichkeit gegeben werden eine gewisse Wertschöpfung vor Ort zu erzielen. Zumal die geplante Batteriefabrik in unmittelbarer Nähe liegt. Da mir [redacted] vom Kieler Umweltministerium Aussenstelle Flintbeck in einem tel. Gespräch mitteilte das er in der Region südlich Husum mit alten Daten gearbeitet hat und die Flächen die in den letzten Jahren im Obbenskoog umgebrochen wurden nicht berücksichtigt sind, ist hier wohl eine falsche Bewertung vorgenommen worden. Als Bürger des Kreises Nordfriesland und Kommunalpolitiker der Gemeinde [redacted] denke ich dass es an der Zeit ist einen gesetzeskonformen und nicht angreifbaren Regionalplan zu erstellen. Da die angehängte Umweltkarte nicht mehr zu ändern ist, sollte man die alte Potenzialfläche PR1 NFL 304 ausweisen da wir mit dem angehängtem Gutachten untermauert haben das die Ausweisung möglich ist. In unmittelbarer nähe zum Obbenskoog sind in folgenden Gemeinden Windparks vorhanden: UELVESBÜLL , OLDENSWORT , SIMONSBERG , SÜDERMARSCH Ferner kreutzt eine Hochspannungsleitung diagonal von nordost nach südwest den Obbenskoog.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2820	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird • Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5, 7.2.5, 7.2.12, 2.11, 5.4, 4.2, 4.20, 7.2.9, 7.3, 7.2.11, 7.2.7 und 2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Ich fordere, dass Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann (Vermeidung von Phantomstrom) • Ich befürchte Störung der Flugrouten der Luftrettung und des Bundesheeres. Diese Routen sind freizuhalten ! • Ich bin der Meinung, dass das derzeitig gültige Verfahren zu einer Verspargelung der Landschaft führen • Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen (Riegelbildung) • Ich lehne die Absenkung des Grundwasserspiegels zum Bau von Windkraftanlagen strikt ab, da in der Nähe befindliche Grundwasserseen mit der dazugehörigen Fauna und Flora erheblich beeinträchtigt werden • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete/ Naturflächen nicht zerstört werden, damit dieser einzigartige Naherholungsraum erhalten bleibt. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B Rotmilan, Seeadler, Uhu, Wespenbussard, Schwäne in meiner Heimat weiterhin brüten. Überlebenswichtige Flugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen sind freizuhalten. • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS - Ewigkeitschemikalien) • Ich fordere eine Beteiligung der direkten Anwohner im Umkreis von 2500 m am Genehmigungsverfahren • Ich befürchte körperliche Beschwerden und Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Blinklichter (Befeuerung), Infraschall, optische „Erdrückung" und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von min 1500 m zur Wohnbebauung gilt • Ich habe Angst, dass meine Immobilie an Wert verliert und ich möchte, dass eine Abstandsregelung vom min 1500 m zur Wohnbebauung gilt • Ich fordere, dass ein Havariefall (z.B. Brand, technischer Defekt/Rotorbruch ect) Durch ausreichende Abstände von min 1500 Metern zu Wohnbebauung abgesichert wird	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für alle Menschen gilt, egal ob Stadt, Dorf, Splittersiedlungen oder Einzelhäuser (min 1500 m) Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	
Institution: Gemeinde Ellhöft, Bürgermeister ID: M2690	**Stellungnahme zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land** Sehr geehrte Ministerin Dr. Sütterling-Waack, sehr geehrte Damen und Herren der Landesplanung, **die Gemeinde Ellhöft legt Widerspruch gegen den jetzigen Entwurfsstand des LEP, Landesentwicklungsplan ein.** Der aktuelle Entwurf des Landesentwicklungsplans SH hat für unsere Bürgerwindparks zur Konsequenz, dass die Gesellschafter, knapp 400 Personen aus den Gemeinden Ellhöft und Westre, fast nur noch Bestandsanlagen betreiben. Die bisherige Windvorrangfläche wurde nicht im LEP übernommen. Das ist für die Bürger unverständlich, weil hier in Ellhöft schon 1995 ein Bürgerwindpark gegründet wurde. Im Jahr 2000 konnten 51 Gesellschafter aus der Region die Inbetriebnahme von 6 AN Bonus-Anlagen feiern. Da die Akzeptanz der Bürger gegenüber Windenergieanlagen nach Errichtung der 100 m hohen Anlagen noch angestiegen ist, konnten die Akteure vor Ort weitere Projekte planen. Im Jahr 2007 haben wir in Abstimmung mit dem damaligen Landrat [redacted] Kreis Nordfriesland, im Rahmen eines Repowerings und Zielabweichungsverfahrens 4 Siemens-Anlagen mit je 2,3 MW errichtet. Im Gegenzug sammelten wir 32 WEA im Kreis Nordfriesland ein, die vor Jahren außerhalb von Windeignungsgebieten errichtet worden waren. Die Betreiber dieser Anlagen sollten im Windpark [redacted] eine Betreiberzukunft finden, sofern sie ihre - in der Regel - Einzelanlage abbauen würden. Im Gegenzug durften wir 2007 die 4 Siemens-Anlagen an der dänischen Grenze in der Gemarkung Ellhöft errichten. Außerdem durften wir ein Testfeld für die Firma [redacted] errichten. Wir waren bereit, Prototypen zu errichten, da die Firma dringend einen Teststandort für ihre Onshore-	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfs. Gemäß dem Ziel *Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche* bestehen potenzielle Ausnahmebereiche, die in der Karte des Entwurfs des Landesentwicklungsplans Windenergie an Land festgelegt sind. Dazu gehört auch der Bereich auf dem Gebiet der Gemeinden Ellhöft und Westre, innerhalb derer sich WEA befinden. Insofern ist die Ausweisung eines Vorranggebietes dort nicht pauschal ausgeschlossen. Gleichwohl müssen die im Ziel genannten Voraussetzungen erfüllt sein. Diese sind im Rahmen der Vorranggebietsausweisung auf Regionalplanebene zu prüfen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anlagen in SH suchte. In der Gemeinde Westre, südlich der dänischen Grenze, hat die Firma [redacted] dann 2009 drei 6,2 MW-Anlagen errichtet. Erst vor wenigen Monaten wurde die Betriebsgenehmigung um 10 Jahre verlängert. Von den insgesamt 7 WEA der [redacted] GmbH&Co.KG mit einer installierten Gesamtleistung von 28 MW befinden sich nur noch 2 Siemens-Anlagen in einer blauen Fläche des LEP-Entwurfs. Die anderen 5 WEA fielen der neuen Abstandsregelung zu EU.VSG zum Opfer, die von bisher 300 m auf 1000 m erweitert wurde. Ein solches EU-VSG befindet sich unmittelbar nördlich der Windvorrangfläche auf dänischem Staatsgebiet. Wir haben nun große Sorge, dass wir nur noch bestehende Anlagen betreiben und in Zukunft kein Repowering mehr durchführen können. **Wir beantragen die Aufnahme der bisherigen Standortflächen in den LEP. Es handelt sich um die bisherige Windvorrangfläche, gerne wie an anderer Stelle vorgeschlagen, begradigt um die ausgeklammerten Bauernwäldchen. Als Gemeinde können wir den bisherigen Abstand von 300 m zu EU-VSG akzeptieren.** Wir haben nun große Sorge, dass wir nur noch bestehende Anlagen betreiben und in Zukunft kein Repowering mehr durchführen können. Wir beantragen die Aufnahme der bisherigen Standortflächen in den LEP. Es handelt sich um die bisherige Windvorrangfläche, gerne wie an anderer Stelle vorgeschlagen, begradigt um die ausgeklammerten Bauernwäldchen. Als Gemeinde können wir den bisherigen Abstand von 300 m zu EU-VSG akzeptieren. Im Namen der Gemeinde Ellhöft und im Interesse der Bürger dieser Region: Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bürgermeister der Gemeinde Ellhöft	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1616	Bezug zu Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.3, 7.2.11, 3.15 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellungnahme zur Errichtung von Windkraftanlagen in 24217 Krummbek, Ratjendorf, Schleswig-Holstein Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der geplanten Errichtung von Windkraftanlagen in einem Umkreis von 400 Metern Entfernung von der Splittersiedlung in 24217 Krummbek, Ratjendorf, möchten wir unsere tiefgreifenden Bedenken und unseren entschiedenen Widerstand zum Ausdruck bringen. Die neuesten Studien zu Emissionen und Belastungen, wie Mikroplastik, Schattenwurf, Lärm, Tourismus sowie der Wertverlust des Eigentums, zeigen eindeutig die gravierenden negativen Auswirkungen solcher Projekte auf unsere Gemeinde und zukünftige Generationen. **1. Emissionen und Mikroplastik** Es ist inakzeptabel, dass Windkraftanlagen während ihres Betriebs Mikroplastikpartikel freisetzen, die unsere Umwelt und Gesundheit gefährden. Diese unsichtbare Bedrohung kann nicht ignoriert werden. Mikroplastikpartikel können in die Luft, den Boden und das Wasser gelangen und somit in die Nahrungskette eindringen. Studien haben gezeigt, dass Mikroplastik im menschlichen Körper Entzündungen, Zellschäden und hormonelle Störungen verursachen kann. Wir fordern strikte Maßnahmen zur Vermeidung dieser Emissionen und den Einsatz umweltfreundlicher Materialien. **2. Schattenwurf** Der Schattenwurf von Windkraftanlagen stellt eine erhebliche Beeinträchtigung für die Anwohner dar. Der sogenannte “Disko-Effekt” durch rotierende Rotorblätter verursacht nachweislich gesundheitliche Probleme wie Kopfschmerzen und Schlafstörungen. Es ist unverantwortlich, diese Risiken zu ignorieren. Die Positionierung der Anlagen muss so geplant werden, dass der Schattenwurf auf bewohnte Gebiete vollständig vermieden wird. **3. Lärmbelastung** Die von Windkraftanlagen erzeugte Lärmbelastung, sowohl hörbar als auch niederfrequent, ist eine unzumutbare Belastung für die Anwohner. Langfristige Lärmbelastung führt zu ernsthaften gesundheitlichen Problemen wie Stress, Bluthochdruck und Schlafstörungen. Wir fordern strenge Lärmschutzmaßnahmen und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	regelmäßige Lärmmessungen, um die Einhaltung der Grenzwerte sicherzustellen. **4. Auswirkungen auf den Tourismus** Die Region um Krummbek und Ratjendorf ist für ihre landschaftliche Schönheit bekannt und zieht viele Touristen an. Die Errichtung von Windkraftanlagen würde das Landschaftsbild erheblich verschandeln und den Tourismus nachhaltig schädigen. Es ist unverantwortlich, die wirtschaftliche Grundlage unserer Region zu gefährden und die Lebensgrundlage vieler Menschen zu zerstören. Touristen kommen hierher, um die unberührte Natur und die Ruhe zu genießen. Windkraftanlagen würden diese Attraktivität unwiederbringlich zerstören. Wir fordern eine sorgfältige Abwägung zwischen der Förderung erneuerbarer Energien und dem Erhalt der touristischen Attraktivität. Es ist nicht hinnehmbar, dass kurzfristige wirtschaftliche Interessen über das langfristige Wohl unserer Region gestellt werden. **5. Wertverlust des Eigentums** Die Nähe zu Windkraftanlagen führt nachweislich zu einem erheblichen Wertverlust von Immobilien. Dies stellt eine unzumutbare finanzielle Belastung für die Anwohner dar. Es ist inakzeptabel, dass die betroffenen Bürger für die Folgen dieser Projekte aufkommen sollen. Wir fordern angemessene Entschädigungsmechanismen, um den potenziellen Wertverlust der betroffenen Immobilien auszugleichen. **6. Auswirkungen auf zukünftige Generationen** Die Errichtung von Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten wird nicht nur die aktuelle Lebensqualität beeinträchtigen, sondern auch zukünftige Generationen davon abhalten, in dieser Region zu leben und zu prosperieren. Unsere Kinder und Enkelkinder verdienen es, in einer gesunden und lebenswerten Umgebung aufzuwachsen. Es ist unverantwortlich, ihnen diese Möglichkeit zu nehmen und sie mit den langfristigen negativen Folgen dieser Projekte zu belasten. **Fazit** Wir unterstützen grundsätzlich die Nutzung erneuerbarer Energien und die Errichtung von Windkraftanlagen. Allerdings dürfen die oben genannten Bedenken und Belastungen nicht ignoriert werden. Es ist unsere Pflicht, die Lebensqualität der Anwohner zu schützen und die Umweltbelastungen zu minimieren. Wir fordern daher	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	eine sofortige Überprüfung und Anpassung der geplanten Projekte. Mit entschiedenen Grüßen, Da es bereits zu Störungen des sozialen Friedens bis hin zu Gewaltandrohungen seitens der Profiteure solcher Projekte gekommen ist, muss ich leider anonym bleiben.	
Gruppe ID: GM2729 Anzahl: 2 (IDs: M2376, M2729)	Entwurf Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (Juni 2024) Stellungnahme der Stiftung Seebüll Ada und Emil Nolde Sehr geehrte Damen und Herren, zu dem oben genannten Entwurf darf ich Ihnen für die Stiftung Seebüll Ada und Emil Nolde, Seebüll 31, 25927 Neukirchen, die nachfolgende Stellungnahme übermitteln. 1. Bedeutung des denkmalgeschützten Gesamtkunstwerks Seebüll Das historische Wohn- und Atelierhaus Seebüll des Künstlers Emil Nolde (1867 - 1956), errichtet nach seinen eigenen Entwürfen (1927 - 1937) nebst Künstlergarten mit Gartenhaus und Mausoleum des Künstlers und seiner Frau Ada ist als Sachgesamtheit (Gesamtkunstwerk) anerkanntes Kulturdenkmal des Landes Schleswig-Holstein, verzeichnet unter Nummer 40040 der Denkmalliste von Nordfriesland, Gemeinde Neukirchen. In der Begründung zur Einstufung als Kulturdenkmal wurde festgestellt, dass dieses einmalige Ensemble geschichtlich, wissenschaftlich, künstlerisch und die Kulturlandschaft prägend ist. In beispielloser Weitsicht hatten Ada und Emil Nolde in testamentarischen Verfügungen vom 8. April 1934 und 16. April 1946 bestimmt, dass das Haus Seebüll nach ihrem Ableben ein Museum werden und als deren Träger eine Stiftung zu errichten ist. Im Vorwort der letzteren Verfügung schrieb Emil Nolde: „ ... in unserem kleinen Gewese in ländlicher, einfacher Natur (sollen) die Menschen unserer engeren Heimat einerseits, u. andererseits - bildlich gesprochen - der suchende, geistige Wanderer aus allen Landen, eine bescheidene, besondere Stätte finden, wo ihm etwas Glück u. künstlerisch-geistige Erholung gegeben wird."	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nachdem Emil Nolde am 13. April 1956 im 89. Lebensjahr verstorben war, erlangte die Stiftung Seebüll Ada und Emil Nolde bereits zwei Monate später am 12. Juni 1956 ihre Rechtsfähigkeit und am 25. April 1957 eröffnete die erste Jahresausstellung in Seebüll. Seitdem ist das Haus Seebüll mit einem festen Bestand an Gemälden, Aquarellen, Zeichnungen und Graphik der Öffentlichkeit zugänglich. Die Stiftung Seebüll Ada und Emil Nolde dürfte nicht nur die bedeutendste deutsche Künstlerstiftung sein, auch im internationalen Maßstab zählt sie zu den wichtigsten Künstlerstiftungen überhaupt und genießt weltweite Beachtung. Die Stiftung ist auch ein wissenschaftliches Forschungszentrum zu Leben und Werk des Künstlers und des deutschen Expressionismus. Mehrere zehntausend Besucher aus nah und fern empfängt das Nolde Museum jedes Jahr, die die Magie des einzigartigen Ortes Seebüll erleben und Werke von Emil Nolde, einem der wichtigsten Künstler des 20. Jahrhunderts, besichtigen möchten. In Seebüll bilden das künstlerische Werk von Emil Nolde, das von ihm geschaffene Wohn- und Atelierhaus und die nordfriesische Landschaft eine Einheit. 2, Berücksichtigung von Seebüll als international bedeutendes Kulturdenkmal Es war die Schönheit der flachen Marschlandschaft, die Emil Nolde faszinierte und zu vielen Bildern angeregt hat. Die Stiftung Seebüll Ada und Emil Nolde möchte daher die wegen ihrer Ursprünglichkeit von Emil Nolde so geliebte Landschaft um Seebüll mit ihrem natürlichen Charakter bewahren. Daher hat unsere Stiftung zu dem Grundbesitz, den Emil Nolde hinterlassen hat, in früheren Jahrzehnten kontinuierlich weiteres Gelände um Seebüll und seinen Garten mit den benachbarten historischen Reetdachhöfen Seebüll und Hülltoft erworben, um dieses einzigartige Gesamtkunstwerk Seebüll, eine Kulturlandschaft, die in der Öffentlichkeit wie selbstverständlich als „Nolde-Landschaft" wahrgenommen wird, zu erhalten. Dieses Gesamtgefüge von Natur und Kunst, eine harmonische und sensible Einheit mit ihren Blickbeziehungen von dem historischen Wohn- und Atelierhaus von Emil Nolde auf der Warft Seebüll als auch aus der Marschlandschaft hin zu diesem Ort darf nicht durch Windkraftanlagen beeinträchtigt werden. Bei diesem einmaligen Ensemble Seebüll mit dem früheren Wohn- und Atelierhaus von Emil Nolde handelt es sich nicht um eine UNESCO-Welterbestätte. Indessen besteht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	durchaus das Potenzial, einen entsprechenden Antrag auf Anerkennung zu erwägen. Unabhängig davon ist das Nolde Haus nebst seiner unmittelbaren Umgebung ein Kulturdenkmal höchsten Ranges mit internationaler Bedeutung. Folglich sollte ihm bei der Landesentwicklungsplanung für Windenergie ein ähnlich hoher Stellenwert eingeräumt werden, wie es bei den UNESCO-Weltkulturerbestätten der Fall ist. Es ist unabdingbar, dass der weitere Umgebungsbereich dieses Kulturdenkmals von Windkraftanlagen freibleibt. Das öffentliche Interesse an der unveränderten Wahrnehmung des Kulturdenkmals Seebüll, zu dem eine Einheit bildend seine nähere Umgebung gehört, überwiegt hier deutlich gegenüber dem Interesse an der Errichtung von Windkraftanlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien. 3-. Unser Antrag Demzufolge wird gebeten, in dieser weitgehend noch ursprünglichen Marschlandschaft um Seebüll, also der Wiedingharde und insbesondere im Bereich des Gotteskooges, keine Windkraftanlagen zuzulassen. Angesichts der örtlichen Lage von Seebüll innerhalb einer weiten flachen Marschlandschaft würden Windkraftanlagen aufgrund ihrer Fernwirkung eine empfindliche Beeinträchtigung darstellen und wichtige Blickbeziehungen von Seebüll in die umgebende Natur und in Richtung Seebüll aus der Umgebung zerstören. Angesichts seiner Einzigartigkeit ist es in diesem Einzelfall zwingend, das Kulturdenkmal in einem untrennbaren Zusammenhand zur umgebenden Kulturlandschaft zu betrachten. Die Kunst von Emil Nolde war und ist ohne diese Landschaft, in der der berühmte Maler lebte und arbeitete, nicht denkbar. Angesichts der nationalen wie internationalen Bedeutung seines künstlerischen Schaffens ist es daher nicht zu vertreten, im Gebiet des Gotteskooges, gemeinhin als Nolde-Land bekannt, welches die wesentliche Quelle seines künstlerischen Schaffens bildete, Windkraftanlagen zu errichten. Viele zehntausende von Besuchern genießen die Kunst von Emil Nolde und die hiesige weite Marschlandschaft im Kontext. Die im ersten Abschnitt zitierte Intention von Emil Nolde, Menschen aus der engeren Heimat wie auch aus allen Landen eine bescheidene, besondere Stätte mit seinen Kunstwerken in ländlicher, einfacher Natur zu bieten, würde gänzlich konterkariert, sofern derart schwerwiegende Eingriffe in die Kulturlandschaft des Gotteskooges	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erfolgen würden, wie es mit der Errichtung von Windkraftanlagen der Fall wäre. Unsere Einwendungen beziehen sich auf das Landschaftsdreieck, welches westlich durch die Bahnstrecke Niebüll-Klanxbüll in Richtung Sylt, östlich durch die Bahnstrecke Niebüll-Tondern und im Norden durch die deutsch-dänische Grenze eingegrenzt ist. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Seebüll Ada und Emil Nolde	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2689	Betr.: Beteiligungsverfahren zum Entwurf der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holsteins vom 17.06.2024 UNTERSAGUNG Im Abwägungsbereich für die Windenergienutzung PR3 DIT 417 bin ich Eigentümer eines Flurstücks. Hiermit untersage ich ausdrücklich die Überplanung meines Grundstücks! Außerdem werde ich keine Grenzbebauung dulden! Desweiteren verbiete ich die Aufnahme meiner Fläche in einen Flächenpool. [redacted] am 4.September 2024	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Amt Hürup, Bauamt ID: 1614	**Stellungnahme der Gemeindevertretung Ausacker zur Prüfung der Potenzialflächenkulisse Windenergie zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes 2021** Grundsätzlich stimmt die GV Ausacker der Stellungnahme der Gemeinde Hürup inhaltlich zu und bekennt sich prinzipiell zu der notwendigen und politisch gewollten Energiewende hin zu den Erneuerbaren. Die Nachbargemeinden Hürup und Großsolt sind als Standortgemeinden in der Planung	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	aufgeführt, jedoch ist Ausacker als angrenzende Gemeinde von potentiellen Nachteilen stärker betroffen. Wir beziehen uns hier also auf die Potenzialflächen östlich von Hürup sowie die in Großsolt / OT Kollerup, welches im Gebiet eines schützenwerten Geotop liegt. · Insbesondere das Abwägungskriterium zur Abstandshaltung zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen spielt bei uns eine besondere Rolle, da diese sich vorwiegend in östlicher (Hürup) und nordöstlicher (Kollerup) Richtung der möglichen Potentialfläche befinden und somit in der vorwiegenden Windrichtung liegen. · Die Anwesenheit und die dokumentierte Brutstätte der Weißstörche, sowie die Anwesenheit des Rotmilan in der Gemeinde Ausacker müssen ornithologisch untersucht werden. · Auch die Abstandregelung zur Biotopverbundachse „Kielstau“ betrifft uns besonders und hier bitten wir um besonderes Augenmerk. · Im gesamten Bereich ist ein sehr ausgeprägter charakteristischer Landschaftsraum vorhanden und allein deshalb, zur Erhaltung dieses, von Windkraft freizuhalten. In unserer Gemeinde gibt es von vielen besorgten Einwohnern grundsätzliche Vorbehalte gegenüber Windenergie, allgemein und speziell gegen den Ausbau direkt an der Gemeindegrenze. Insbesondere die Furcht vor Lärm, Infraschall, Schattenwurf und Abrieb als Gefahr für landwirtschaftlichen Nutzflächen sind häufig angeführte Argumente. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die überwiegend westlichen Winde, sowie die tief stehende Abendsonne einen enormen Einfluss auf die östlich und südlich gelegenen Häuser unserer Gemeinde Ausacker haben werden. Eine differenzierte Betrachtung und Abwägung dieser Faktoren ist daher essenziell, um die Balance zwischen der Förderung erneuerbarer Energien und dem Schutz der Anwohnerinteressen zu gewährleisten. Die Landesplanung und alle beteiligten Entscheidungsebenen sollten bei ihren Abwägungen daran denken, die Ängste der Bürger, sowie ihre Stellungnahmen ernsthaft zu prüfen und getroffenen Entscheidungen bestmöglich und rechtzeitig in der	Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bevölkerung offen darzulegen. Ausacker, den 3. September 2024	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1615	Sehr geehrte Damen und Herren! Dithmarschen und Nordfriesland haben das Soll mehr als erfüllt! Wir leben auch vom Tourismus und dürfen das Land zwischen den Meeren nicht mehr verschandeln! Der freie weite Blick über die schöne Landschaft, die Ruhe; das macht Schleswig-Holstein doch aus! Ich wünsche Ihnen eine gute Entscheidung. Nehmen Sie bitte Rücksicht auf die Bürger!!! Wir sind kein Industrieland! Mit freundlichem Gruß [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15.1, 7.1.3, 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1613	Guten Tag, wir bitten um Erweiterung der vorgesehenen Eignungsfläche östlich der Gemeinde Kisdorf ([redacted], nördlich des Ortsteils [redacted] der Gemeinde Henstedt-Ulzburg um die sich in unserem Eigentum befindliche Fläche [redacted] der Gemeinde Kisdorf, da keine Kriterien gegen eine Eignungsfläche sprechen. Ggf. unter Einbezug der dazwischen liegenden Fläche.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Gemeinde Trittau, FB Bau und Projektmanagement ID: 1606	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegend erhalten Sie die Stellungnahme der Gemeinde Witzhave mit der Bitte um Berücksichtigung. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird insbesondere auf die Ziffern 1.5.1, 2.3.1, 2.5.1, 4.20.1 sowie 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen. Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, dass der Aspekt der Umfassung im Rahmen der Vorranggebietsausweisung auf Ebene der Regionalplanung im Einzelfall geprüft wird. Ebenso werden die regionalen Grünzüge sowie die Landschaftsschutzgebiete im Hinblick auf die Inanspruchnahme für eine Windenergienutzung einzelfallbezogen in die Abwägung

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[eingefügt aus Anhang] **Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - erster Entwurf Juni 2024** **hier: Stellungnahme der Gemeinde Witzhave** Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Witzhave nimmt den Entwurf aus Juni 2024 zur Teilfortschreibung Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans zur Kenntnis. Grundsätzlich begrüßt die Gemeinde Witzhave das Inkrafttreten des Bundesgesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land und der damit verbundenen raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung durch die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes sowie die Neuaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land in Schleswig-Holstein. Das Land Schleswig-Holstein ist bereits jetzt eines der Bundesländer, die einen großen Beitrag zur Windenergie leisten. Umso wichtiger ist eine die Bevölkerung sowie Tier- und Umwelt schützende Planung und Ausweisung entsprechender Kriterien für die weitere Ausweisung von Windenergiegebieten. Aufgrund der geplanten Positivplanung gibt es keine harten, mittleren und weichen Tabukriterien mehr. Zu den zukünftigen Auswahlkriterien zum Flächenausschluss möchte die Gemeinde wie folgt Stellung beziehen: Nr. 4.5.1-4Z Die Aufhebung von Höhenbegrenzungen von Windkraftanlagen sind für das Landschaftsbild als auch für den Schutz der Bevölkerung nicht zuträglich. Die Gesamthöhe von zulässigen Anlagen sollte eine Höhe von 220 Metern nicht überschreiten und im LEP als maßgebliches Kriterium festgelegt werden. Nr. 4.5.1.-5Z	eingestellt. Eine Vorabgewichtung soll jedoch nicht erfolgen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Die Rotor-Inn-Planung soll weiterhin präferiert werden. Nr. 4.5.1.1-1Z Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind nur in einem Umgebungsbereich von 400 Metern um Einzelhäuser und Splittersiediungen im Außenbereich ausgeschlossen. Hierbei wird jedoch außer Acht gelassen, dass im gleichen Zuge die Höhenbegrenzung aufgehoben wird. Die bedrängende Wirkung als auch Lärm- und Verschattungsauswirkungen werden damit nicht mehr beachtet, obwohl die Anlagen deutlich höher werden können als in den alten Planungen. Mit dem geplanten Aussetzen der 3-H/ 5-H Regelung wird der Abstandspuffer zu Wohngebäuden nicht mehr mit der realen Höhe der Windanlagen in Korrelation gesetzt und hat damit eine unmittelbare Auswirkung auf Anwohnende und/oder Gewerbetreibende im Außenbereich. Dies gilt ebenfalls im unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB als auch in überplanten Gebieten gem. § 30 BauGB, wo die Abstandspuffer auf 800 Meter festgesetzt werden. Die Gemeinde Witzhave regt an, die Abstände für den Innenbereich auf 1.000 Meter zu erweitern, um den Schutz der Bevölkerung weiterhin zu erhalten und Belastungen zu minimieren. Nr. 4.5.1.1.-2Z Insbesondere im Außenbereich könnten die Windkraftanalagen unabhängig ihrer Höhe sehr nah an die besiedelten Siedlungsgebiete oder Einzelhäuser heranrutschen. Dem Schutz der dort lebenden Bevölkerung wird damit nur unzureichend Rechnung getragen. Der Abstand von pauschal 400 Meter zu jeglichen Windkraftanlagen, unabhängig ihrer Gesamthöhe, zu Siedlungsbereichen ist zu gering. Insbesondere bei großen Windkraftanlagen mit größerem Rotordurchmesser ist mit höheren Lärmbelastungen zu rechnen als bei kleineren Anlagen. Ausgehend von der ehemaligen 3-H-Regelung sollte der Abstand der Anlagen zu Siedlungen und Einzelhäusern mindesten 525 Meter betragen. Der Abstand ergibt sich 3-fachen Höhe der Anlage abzgl. des halben Rotordurchmessers. Zugrundeliegend sind als Ausgangswert die heute deutlich höheren Anlagen von bis zu 250 Metern. Schleswig-Holstein hat für die Referenzanlage eine Höhe von 200 Meter und einen Rotordurchmesser von 150 Meter gewählt. Dies würde in Analogie zu bisher zu einem Abstand von rund 600 Meter führen (abzüglich des halben Rotordurchmessers). Aus den vorgenannten Gründen sollte die Anlagenhöhe bei der Ausweisung der Gebiete und der Bemessung der Abstände zu bewohnten Gebieten weiterhin eine maßgebliche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rolle spielen. Außerdem muss die optisch bedrängende Wirkung mehr Beachtung finden im Rahmen der Kriterienfestlegung im LEP. Zudem muss im weiteren Verfahren und auch in der Neuaufstellung der Regionalpläne zumSachthema Windenergie an Land verhindert werden, dass eine Umzingelung von Siedlungen und Außenbereichsgebieten mit Splittersiedlungen oder Einzelhäusern entstehen kann. Nr. 4.5.1.2- 12G Die Formulierung sollte wie folgt geändert werden: Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen die Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge mit hoher Priorität berücksichtigt werden. Nr. 4.5.1.2.-13G Die Formulierung sollte wie folgt geändert werden: Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten im hoher Priorität berücksichtigt werden. Nr. 4.5.1.3-17G Bei der Festlegung der Abstände zu Brutstätten von Windkraftsensiblen Großvögeln sind je nach Vogelart unterschiedliche Radien festgelegt worden. Fraglich ist der geringere Abstand zu Brutstätten des Weißstorches und des Rotmilans, obwohl diese ebenfalls besonders schützenswert sind. Eine Erhöhung der Abstände auf ebenfalls 2.000 Meter hält die Gemeinde Witzhave für angemessen. Darüber hinaus wird angemerkt, dass die Auswahl des Auslegezeitraums kurz vor und über den gesamten Zeitraum der Sommerferien des Landes Schleswig-Holstein keine gute Voraussetzung für eine Beteiligung ist. Die letzten Gremien tagen in den Wochen vor den Ferien, sodass eine Auseinandersetzung mit den Inhalten und Themen des neuen Entwurfes sowohl für die Verwaltung als auch die Politik kaum möglich war, einige Gremien haben zu Beginn derAuslegung des LEP's bereits getagt. Über die Ferien tagen insbesondere in den Kommunen keine kommunalen Gremien, eine Beschlussfassung zum Inhalt bleibt somit vielen Gemeinden verwehrt. Aufgrund der Sommerpause und der Abwesenheit der Mitglieder ist auch die Einberufung einer Sondersitzung zu diesem Thema nicht zielführend. Insofern wäre es in Anbetracht einer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	demokratischen Beteiligung hilfreich gewesen, den Antrag der SHGT mit Verlängerung des Auslegezeitraums bis Ende September statt zu geben. Unter Anbetracht dieser Problemstellung wird diese Stellungnahme ohne den Gremienbeschlusses fristgerecht eingereicht. Der Beschluss dazu wird auf der nachfolgenden Sitzung der Gemeindevertretung nachgeholt und geht Ihnen dann ebenfalls zu. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bürgermeister	
Gruppe ID: GM2851 Anzahl: 2 (IDs: 1653, M2851)	**Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf 2024 des Landesentwicklungsplanes (LEP) des Landes Schleswig-Holstein** zur Windenergie-Potenzialfläche PR3_DIT_413 (mit Schwerpunkt Buchholzermoor) Grundlage: Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 Datum der Erstellung und Einreichung: 06.09.2024 A. Positive Aspekte der Fläche 1) Für den Kreis Dithmarschen gewichtig: keine Einschränkung potenzieller Wohn- oder Gewerbegebiete durch Windenergie-Vorranggebiet 2) Großflächige Landschaftsschutzgebiete in Dithmarschen, entstanden u.a. aus Abwehr gegen Windenergie: betrifft nicht Buchholzermoor 3) Besonders landschaftsbildverträglich; nur von wenigen Anwohnern einsehbar 4) Möglichkeit, Vögel per Erkennungssystem (Beispiel: IdentiFlight) zu identifizieren und WEA bedarfsgerecht abzuschalten 5) Zweifel daran, ob ein behördenseitig festgelegter pauschaler Vogelflug-Korridor mit je 1 km Abstand zu jeder Seite des Nord-Ostsee-Kanals (NOK) hier pauschal gelten kann;	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen. Zu den Ausführungen bezüglich des Vogelzugs: Der Nord-Ostsee-Kanal quert als Wasserstraße Schleswig-Holstein von der Ostsee zur Unterelbe und erstreckt sich in seiner südlichen Hälfte genau in der bevorzugten Zugrichtung von Nordost nach Südwest. Die markante Wasserlinie des Kanals wird daher von Wasservögeln, Möwen und Seeschwalben als Leitlinie genutzt. Der Kanal bildet in seinem Westteil auch die Verlängerung des Zugweges von der Eckernförder Bucht über den Wittensee nach Südwesten, sowie die Verbindung von der Kieler Förde zur Eider-Treene-Sorge Niederung. Für Zugvögel, die Schleswig-Holstein queren, sind Siedlungsräume keine Barrieren und

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gründe: NOK kurz vor dem Ende (Elbmündung), NOK verläuft durch ein Chemie-Industriegebiet (Entfernung: 3 km), Barriere durch Hochbrücke (Entfernung: 2,5 km) 6) Hinsichtlich der Natur weniger wertvoll als auf manchen Plänen dargestellt, da hierin teilweise nicht berücksichtigt wurde, dass ein beträchtlicher Anteil der Moorflächen durch Baumaßnahmen des NOK mit Sand überspült wurde und als Ackerfläche dient 7) Vorbelastung durch Schifffahrtstraße Nord-Ostsee-Kanal 8) Zukünftige Vorbelastung durch geplante Hochspannungs-Gleichstrom-(HGÜ-)Trassen, die mit massivem Bodeneingriff durch den Netzbetreiber Amprion verlegt werden ("Korridor B", Vohaben 48, Heide/West-Polsum) 9) Vorbelastung durch Windparks auf der gegenüberliegenden Seite des NOK 10) Industrienähe; potenzielle Stromabnehmer; Direktleitung zu Stromabnehmern prinzipiell möglich 11) Wenn/falls die Höchstspannungsnetze in SH (bald) ausgelastet sind und der Neubau z.B. 7-15 Jahre dauern wird, könnte es sich um eines der wenigen Projekte handeln, die trotzdem "gehen" 12) Kombination mit Wasserstoffproduktion denkbar (in der Industrie in Brunsbüttel wird Wasserstoff benötigt; Pipeline zur Raffinerie Heide vorhanden) 13) Umwandlung überschüssiger Energie (weil zu bestimmten Zeiten ansonsten wertlos) in Wärme in Brunsbüttel möglich (Nahwärmenetze in Wohngebieten) 14) Chance der lokalen (auch kommunalen) Wertschöpfung in einer kargen und landwirtschaftlich wenig ertragreichen Gegend 15) Landwirte können zusätzlich Energiewirte werden; Besonderheit: obwohl der Ortsteil Buchholzermoor aus lediglich einem Straßenzug besteht, sind hier fünf landwirtschaftliche Vollerwerbs-Betriebe angesiedelt B. Stellungnahme zu Aspekten der Raumordnung Einleitung Die Buchholzermoor Wind GbR ist ein Zusammenschluss von Landeigentümern bzw.	werden überflogen. Aufgrund der Bedeutung als Leitlinie des Vogelzuges und der niedrigen Flughöhen wird der im Rahmen des Vogelzuges genutzte Uferstreifen entlang des Nord-Ostsee-Kanals als Bereich mit besonderer Bedeutung (Ziel) behandelt, in dem kein Ausbau der Windenergie erfolgt. Bezüglich des Ziels 1 Z des Kapitel 4.5.1.3 wird auf Ziffer 4.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anwohnern, welche ihren Beitrag zur Resilienz der deutschen Wirtschaft, zur Unabhängigkeit der Energieversorgung sowie zum Klimaschutz leisten möchte. Wir begrüßen die Absicht der Landesplanung, weitere Flächen zum Ausbau der Windenergie an Land auszuweisen und freuen uns über die zügige Veröffentlichung des Landesentwicklungsplanes (LEP) mit dem Teilplan Windenergie, zu welchem wir wie folgt Stellung nehmen. Leider wurde die damalige Potenzialfläche PR3_DIT_413 nicht im Regionalplan 2020 als Windenergie-Vorrangfläche übernommen. Zudem findet sich diese Fläche nicht im LEP-Entwurf 2024 wieder. Dieses hat mehrere Gründe, welche wir mit dieser Stellungnahme aufgreifen möchten, teilweise im Sinne eines Korrektives. Eine wesentliche Ursache hierfür ist vermutlich, dass sich die Realität vor Ort nicht hinreichend in offiziellen Plänen und Kartierungen niedergeschlagen hat. Dieses betrifft vor allem die Tatsache, dass die Landwirtschaft der Gemeinde Buchholz im Laufe der Jahrzehnte in das Gebiet (den Ortsteil) Buchholzermoor gedrängt wurde, u.a. weil man hier statt Moor einen beträchtlichen Teil an Ackerflächen vorfindet, die durch Spülmaßnahmen am NOK entstanden sind (durch Vertiefungen und Verbreiterungen des NOK). Anstrengungen seitens der Gemeinde und der Amtsverwaltung, diese Realität anzuerkennen und entsprechend zu kartieren, wurden nicht zufriedenstellend umgesetzt (Beispiele: Landschaftsplan, Regionalplanung Wind 2004/2005, schon damals begründete Zweifel an dem 1.000 m-Abstand und an den angeblichen Brutgebieten trotz intensiver Beackerung). Diesbezüglich ergibt sich nun die Chance, dieses Dilemma aufzulösen. Folgende Ziele der Raumordnung sind betroffen in diesem Gebiet: 1) Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche, hier 1.000 m Abstand zum FFH-Gebiet 2021-301, aber auch zum Naturschutzgebiet „Kudensee und Umgebung“ 2) Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung entlang des Nord-Ostsee-Kanals mit einer Breite von 2.000 m Folgende Grundsätze der Raumordnung überlagern sich auf der Fläche: a) Richtfunktrasse, welche parallel zum Nord-Ostsee-Kanal verläuft b) Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und/oder Erholung c) Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems d) Kleinstbiotope an der Gemeindegrenze Buchholz und am Nord-Ostsee-Kanal e) Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten f) Brutplätze windkraftsensibler Großvögel a. Seeadlerhorst im Naturschutzgebiet Kudensee b. Rotmilan (hier nicht zutreffend) g) Talräume an natürlichen Gewässern und an erheblich veränderten Wasserkörpern durch den Nord-Ostsee-Kanal in 2.000 m Breite und an der Burger Au in 200 m Breite Zu den o.g. Zielen der Raumordnung nehmen wir wie folgt Stellung: 1) Ein pauschaler Abstand von 1.000 m von FFH-Gebieten für Windenergie ist in allen anderen Bundesländern offensichtlich nicht zu finden. In anderen, vergleichbaren Fällen werden Abstände von 100 m bis 200 m vorgegeben, die nachvollziehbarer erscheinen. 2) Der Nord-Ostsee-Kanal (NOK), ein künstliches und zu industriellen Zwecken geschaffenes Gewässer, könnte Zugvögeln vermutlich als markante Landmarke und Orientierung dienen. Diese Linie des NOK wird jedoch ebenfalls militärisch durch Hubschrauber als auch zweckgebunden durch die Schifffahrt genutzt. Die pauschale Festlegung eines freizuhaltenden Bereiches in einer Breite von 1.000 m zu jeder Seite erscheint jedoch zumindest im Bereich Buchholzermoor sowie im weiteren Verlauf südlich bis zur Elbmündung zu breit. Dieses begründen wir damit, dass sich in einer Entfernung von lediglich 2,5 km die Brunsbütteler Hochbrücke als Barriere quer zum NOK befindet sowie in 3 km Entfernung das Chemie-Industrie-Gebiet Brunsbüttel beginnt, welches sich zu beiden Seiten des NOK erstreckt und in 8 km Entfernung an der Elbmündung endet, wobei die Elbmündung gleichzeitig das Ende des NOK darstellt. Zu den o.g. Grundsätzen der Raumordnung nehmen wir wie folgt Stellung: a) Eine Beplanung mit Windenergieanlagen würde die Richtfunktrasse nicht stören. Die Rotoren und WEA-Mittelpunkte würden außerhalb dieser liegen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	b) Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung bestehen hier primär durch den Rad- und Wanderweg entlang des Nord-Ostsee-Kanals (NOK). Eine Störung würde durch die Windenergieanlagen nicht entstehen, eher eine Abwechslung entlang des Weges im Gegensatz zum Chemiepark Brunsbüttel. Windenergieanlagen sind hier ein gewohntes Bild: Auf der gegenüberliegenden (östlichen) Seite des Nord-Ostsee-Kanals stehen und drehen bereits seit Jahrzehnten Windenergieanlagen. c) Die Potenzialfläche besteht zu einem wesentlichen Teil aus Ackerflächen, die durch Überspülung mit Erdaushub aus dem NOK entstanden sind und nicht etwa überwiegend um Grünzüge, wie das Luftbild eventuell vermuten lassen könnte. Anwohner, die viele Jahre lang in der Gemeindevertretung tätig waren, bemängeln, dass sich diese Tatsache immer noch nicht hinreichend in wesentlichen offiziellen Plänen niedergeschlagen hat (s.o. in der Einleitung, Seite 3). d) Die Kleinstbiotope stehen nicht im Konflikt zur Nutzung von Windenergieanlagen. Solche Bereiche können von den Rotoren freigehalten werden. e) Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten liegen über der gesamten Fläche. Hierbei handelt es sich aber um Flächen, welche ackerbaulich oder weidewirtschaftlich genutzt werden, dies erkennt man u.a. an den Strukturen im Luftbild sowie deren Zuwegungen. Außerdem ist es nicht einleuchtend, warum dieser Bereich sich nur zwischen der Burger Au und dem Nord-Ostsee-Kanal erstrecken sollte, nicht jedoch über die Burger Au hinaus. Im Allgemeinen besteht kein Widerspruch zwischen der Windenergienutzung und Nahrungsgebieten für Gänse. Diese gehören nicht zu den kollisionsgefährdeten Brutvogelarten laut BNatSchG. Durch die Potenzialfläche würde mehr als die Hälfte dieses Bereiches erhalten bleiben. f) Brutplätze windkraftsensibler Großvögel, in diesem Falle des Seeadlers, überschneiden sich leicht mit der Potenzialfläche. Hier wäre anhand einer Raumnutzungsanalyse zu prüfen, ob der Bereich der Potenzialfläche überhaupt vom Seeadler genutzt wird. Die Potenzialfläche überlagert sich nur an deren Rand mit den entsprechenden Radien. Der Seeadlerhorst wäre rund 1,5 km von der nächstgelegenen WEA entfernt, hier gilt der zentrale Prüfbereich nach BNatSchG. Brutstätten des Rotmilanes sind hier und in der näheren Umgebung nicht zu finden, im Übrigen gibt es in Dithmarschen nur zwei Brutstätten (2018-2023 ermittelt; LfU). g) Die Talräume an natürlichen Gewässern und an erheblich veränderten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wasserkörpern, zum einen dargestellt durch den Nord-Ostsee-Kanal mit 2.000 m Breite und der Burger Au mit 200 m Breite würden die Potenzialfläche stark eingrenzen. Der große Abstand zum Nord-Ostsee-Kanal (1.000 m) ist nach unserer Ansicht nicht nachzuvollziehen. Zudem ist der Nord-Ostsee-Kanal kein natürliches Gewässer und auch kein erheblich veränderter Wasserkörper. Es ist ein künstlich geschaffener Kanal, der Nord- und Ostsee verbindet. Die Breite von 200 m an der Burger Au erscheint im Vergleich dazu nachvollziehbar. Aus den o.g. Gründen bitten wir um intensive Prüfung unserer Stellungnahme (Eingabe) zum LEP-Entwurf und sehen einer regionalplanerischen Ausweisung einer entsprechenden Windvorrangfläche entgegen. Buchholzermoor, 06.09.2024 Verfasser: [redacted], unter Mitwirkung von [redacted] für diese Stellungnahme: [redacted] Anlagen: • Datenblatt zur Windenergie-Potenzialfläche PR3_DIT_413 • Plan: Ziele der Raumordnung (A2) • Plan: Grundzüge der Raumordnung (A2	
Institution: Gemeinde Jersbek, Amt Bargteheide-Land, Der Amtsvorsteher, Fachbereich Bauen & Umwelt	Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024 Stellungnahme der Gemeinde Jersbek Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, die Gemeindevertretung der Gemeinde Jersbek hat sich mit dem o.g. Beteiligungs-verfahren bzw. der Teilfortschreibung des LEP „Windenergie an Land“ befasst und in	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird insbesondere auf die Ziffern 1.5.1, 2.3.1 und 1.7.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M1607	ihrer Sitzung am 03.09.2024 beschlossen, hierzu eine Stellungnahme abzugeben. Von der Gemeinde Jersbek werden gegen die zur Forstschreibung des LEP vorgesehenen Änderung folgende Einwände erhoben: Abstandsräume allgemein Die Reduzierung der Abstände von WKA auf 800 m zum Innenbereich bzw. 400 m im Außenbereich widerspricht bisher nicht widerlegten medizinischen Studien, dass damit durch Lärm und Schattenwurf gesundheitliche Beeinträchtigungen nochmals und unbegründet verstärkt provoziert werden. Die von einer Referenzanlage mit 200 m Höhe ausgehenden Annahmen sind willkürlich und stehen im Widerspruch zur schon heute vorherrschenden Anlagenbauten die über 200 m Höhe hinausgehen. Das Entstehen noch höherer Bauwerke steht zweifelsfrei bereits bevor. Sachgerecht soll es daher bei einer Höhenregulierung von 5 mal Bauwerkshöhe, mindestens aber 1.000 m Abstand bleiben. Abstandsflächen zu Einzelfällen Gefestigte Anforderungen des Denkmalschutzgesetzes werden durch Sicht- und Lärmwahrnehmungen wie durch Schattenwurf noch weitgehender als bisher verletzt. Ein sachgerechter Interessenausgleich ist zu wahren und erfordert für Anlagen des Denkmalschutzes gleichermaßen eine Abstandsfläche von 5 mal Bauwerkshöhe mindestens aber 1.000 m. Das gilt auch für Freisportanlagen, Erholungsräume und Biotopflächen. Diese Anlagen würden ihre Nutzungseigenschaften bzw. ihre Funktionsbedeutungen verlieren. Lärm- und Schattenwurf verhindern bzw. beeinträchtigen die Bedingungen zur Durchführung unbeeinflusster sportlicher Wettkämpfe. Der gesellschaftliche Wert der ausgewiesenen Erholungsräume verliert seine nachhaltige Bedeutung. Die Abweichung von der Berücksichtigung von Biotopflächen ab 3 ha auf künftig 5 ha widerspricht dem Schutzanspruch des zu erhaltenden Naturraumes und Artenschutzes. Flächenbemessung der Eignungsflächen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die beabsichtigte rein rechnerische Ermittlung des Flächenbedarfs als Grundlage zur Darstellung von Eignungsflächen widerspricht den selbstgesetzten Zielen, die Ansiedlung von Anlagen gezielt steuern zu wollen. Die Flächen ab einer Größe von 5 ha, die nicht im Zusammenhang liegen, methodisch dann jedoch den Eignungsbedarf von 15 ha darstellen sollen konterkarieren den selbstgestellten Ansatz, die Eignungsplanung steuern zu wollen. Die Folge kann zu einer Umzingelung von Gemeindegebieten und zu einer ausufernden Standortplatzierung führen. Ich bitte darum, diese Stellungnahme der Gemeinde Jersbek im weiteren Verfahren zu berücksichtigen und verbleibe mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2407	**Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig- Holstein zum Thema Windenergie an Land - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** Sehr geehrte Damen und Herren, zu vorbezeichnetem Entwurf nehme ich Stellung wie folgt: Landschaftsschutzgebiete Die Errichtung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten sollte nur im äußersten Ausnahmefall zulässig sein. Auch wenn § 26 Abs. 3 BNatSchG Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten gerade nicht grundsätzlich verbietet, sollte in Schleswig-Holstein der Landschafts- und Artenschutz höher gewichtet werden, da speziell aufgrund der flachen Landschaftsstruktur die jeweils errichteten Windenergieanlagen in einem viel stärken Ausmaße sichtbar sind und damit stören bzw. für Mensch und Natur einen erheblich verstärkten und störenden Eingriff darstellen, als dies vom Bundesgesetzgeber berücksichtigt wurde. Regionale Gewichtung als Abwägungskriterium	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* und *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.17, 6.1 und 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die regional bereits installierte Nennleistung an Windenergieanlagen und auch die tatsächlich vorhandene Netzkapazität sollten Berücksichtigung finden, in eklatanten Fällen durch Ausweisung entsprechender Ausschlussgebiete, in jedem Fall aber als grundsätzlich zu berücksichtigende Abwägungskriterien. Gerade der Landkreis Dithmarschen ist aufgrund der bereits jetzt in erheblich störendem Ausmaß errichteten Windenergieanlagen überproportional stark belastet. Es sollten daher die bislang noch unbelasteten zusammenhängenden Gebiete in Dithmarschen von der Errichtung neuer Windenergieanlagen generell ausgenommen werden, insbesondere die Bereiche der bislang noch nicht direkt gestörten Landschaftsschutzgebiete, um die noch verbliebenen unbelasteten Flächen für Mensch und Natur zu bewahren. Ferner ist die Netzkapazität an der Westküste aktuell bereits ausgereizt und führt bei Errichtung weiterer Windenergieanlagen zu Netzausbaumaßnahmen, welche ihrerseits störende Eingriffe in die Landschaft darstellen. Teils sollen für Netzausbaumaßnahmen sogar bestehende Windenergieanlagen abgebaut und dafür neue Ersatzstandorte genehmigt werden, wodurch weitreichende Störungen für Mensch und Natur an bislang noch nicht unmittelbar belasteten Standorten erst entstehen würden (sh. Wöhrden / Windbergen). Denkmalschutz Belange des Denkmalschutzes sollten in jeder Hinsicht vorrangige Berücksichtigung bei der Ausweisung von Vorrangflächen finden. Der Denkmalschutz bezieht sich auf in der Regel jahrhundertealte, gesellschaftliche Errungenschaften, welchen durch den verliehenen Denkmalschutz gerade die besondere Schutzund Erhaltungswürdigkeit für die gegenwärtige und künftige Gesellschaft aktiv zugesprochen wurde. Bei der Errichtung von Windenergieanlagen handelt es sich demgegenüber um eine zeitgenössische Erscheinung verbunden mit intensiven Störungen und Belastungen für die auch weitere Umgebung des jeweiligen Standorts. Insofern sollten die maßgeblichen Regelungen im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung im wahrsten Sinne des Wortes „mit Weitblick“ gestaltet werden, um die schützenswerten Denkmäler möglichst unbeeinträchtigt durch die zeitgenössischen Windenergieanlagen für künftige Generationen zu bewahren. Einengung des Handlungsspielraums für Gemeinden Der künftig verbleibende Handlungsspielraum für Gemeinden zur Ausweisung von Windenergiegebieten außerhalb der in den Regionalplänen ausgewiesenen Vorranggebiete durch Zielabweichungsverfahren, sollte durch die möglichst weitgehende Ausweitung der Gebiete für mit der Windenergie an Land unvereinbare	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nutzungen bzw. Funktionen faktisch möglichst weitgehend eingeschränkt werden. Anderenfalls ist zu befürchten, dass auf kommunaler Ebene, ausgehend von den bestehenden persönlichen Verbindungen und Einflussnahmen sowie der jeweils vorwiegend unmittelbar ortsbezogenen Betrachtung, verstärkt Planungen vorrangig im Partikularinteresse erfolgen werden. Freundliche Grüße	
Institution: Gemeinde Trittau, FD 2/4 ID: 1599	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegend die Stellungnahme der Gemeinde Trittau mit der Bitte um Berücksichtigung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [eingefügt aus Anhang] **Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - erster Entwurf Juni 2024** **hier: Stellungnahme der Gemeinde Trittau** Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Trittau nimmt den Entwurf aus Juni 2024 zur Teilfortschreibung Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans zur Kenntnis. Grundsätzlich begrüßt die Gemeinde Trittau das Inkrafttreten des Bundesgesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land und der damit verbundenen raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung durch die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes sowie die Neuaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land in Schleswig-Holstein. Das Land Schleswig-Holstein ist bereits jetzt eines der Bundesländer, die einen großen Beitrag zur Windenergie leisten. Umso wichtiger ist eine die Bevölkerung sowie Tier- und Umwelt schützende Planung und Ausweisung entsprechender Kriterien für die weitere Ausweisung von Windenergiegebieten.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel), 4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* und *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 2.3.1, 2.4.1, 2.5.1, 4.20.1 sowie 7.1.5 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Aufgrund der geplanten Positivplanung gibt es keine harten, mittleren und weichen Tabukriterien mehr. Zu den zukünftigen Auswahlkriterien zum Flächenausschluss möchte die Gemeinde wie folgt Stellung beziehen: Nr. 4.5.1-4 Z Die Aufhebung von Höhenbegrenzungen von Windkraftanlagen sind für das Landschaftsbild als auch für den Schutz der Bevölkerung nicht zuträglich. Die Gesamthöhe von zulässigen Anlagen sollte eine Höhe von 220 Metern nicht überschreiten und im LEP als maßgebliches Kriterium festgelegt werden. Nr. 4.5.1.-5 Z Die Rotor-Inn-Planung soll weiterhin präferiert werden. Nr. 4.5.1.1-1 Z Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind nur in einem Umgebungsbereich von 400 Metern um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich ausgeschlossen. Hierbei wird jedoch außer Acht gelassen, dass im gleichen Zuge die Höhenbegrenzung aufgehoben wird. Die bedrängende Wirkung als auch Lärm- und Verschattungsauswirkungen werden damit nicht mehr beachtet, obwohl die Anlagen deutlich höher werden können als in den alten Planungen. Mit dem geplanten Aussetzen der 3-H/ 5-H Regelung wird der Abstandspuffer zu Wohngebäuden nicht mehr mit der realen Höhe der Windanlagen in Korrelation gesetzt und hat damit eine unmittelbare Auswirkung auf Anwohnende und/oder Gewerbetreibende im Außenbereich. Dies gilt ebenfalls im unbeplanten Innenbereich nach $ 34 BauGB als auch in überplanten Gebieten gem. $ 30 BauGB, wo die Abstandspuffer auf 800 Meter festgesetzt werden. Die Gemeinde Trittau regt an, die Abstände für den Innenbereich auf 1.000 Meter zu erweitern, umden Schutz der Bevölkerung weiterhin zu erhalten und Belastungen zu minimieren. Nr. 4.5.1.1.-2 Z Insbesondere im Außenbereich könnten die Windkraftanalagen unabhängig ihrer Höhe sehr nah an die besiedelten Siedlungsgebiete oder Einzelhäuser heranrutschen. Dem Schutz der dort lebenden Bevölkerung wird damit nur unzureichend Rechnung getragen. Der Abstand von pauschal 400 Meter zu jeglichen Windkraftanlagen, unabhängig ihrer Gesamthöhe, zu Siedlungsbereichen ist zu gering. Insbesondere bei großen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftanlagen mit größerem Rotordurchmesser ist mit höheren Lärmbelastungen zu rechnen als bei kleineren Anlagen. Ausgehend von der ehemaligen 3-H-Regelung sollte der Abstand der Anlagen zu Siedlungen und Einzelhäusern mindesten 525 Meter betragen. Der Abstand ergibt sich 3-fachen Höhe der Anlage abzgl. des halben Rotordurchmessers. Zugrundeliegend sind als Ausgangswert die heute deutlich höheren Anlagen von bis zu 250 Metern. Schleswig-Holstein hat für die Referenzanlage eine Höhe von 200 Meter und einen Rotordurchmesser von 150 Meter gewählt. Dies würde in Analogie zu bisher zu einem Abstand von rund 600 Meter führen (abzüglich des halben Rotordurchmessers). Aus den vorgenannten Gründen sollte die Anlagenhöhe bei der Ausweisung der Gebiete und der Bemessung der Abstände zu bewohnten Gebieten weiterhin eine maßgebliche Rolle spielen. Außerdem muss die optisch bedrängende Wirkung mehr Beachtung finden im Rahmen der Kriterienfestlegung im LEP. Zudem muss im weiteren Verfahren und auch in der Neuaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land verhindert werden, dass eine Umzingelung von Siedlungen und Außenbereichsgebieten mit Splittersiedlungen oder Einzelhäusern entstehen kann. Nr. 4.5.1.3 - 17 G Bei der Festlegung der Abstände zu Brutstätten von Windkraftsensiblen Großvögeln sind je nach Vogelart unterschiedliche Radien festgelegt worden. Fraglich ist der geringere Abstand zu Brutstätten des Weißstorches und des Rotmilans, obwohl diese ebenfalls besonders schützenswert sind. Eine Erhöhung der Abstände auf ebenfalls 2.000 Meter hält die Gemeinde Trittau für angemessen. Darüber hinaus wird angemerkt, dass die Auswahl des Auslegezeitraums kurz vor und über den gesamten Zeitraum der Sommerferien des Landes Schleswig-Holstein keine gute Voraussetzung für eine Beteiligung ist. Die letzten Gremien tagen in den Wochen vor den Ferien, sodass eine Auseinandersetzung mit den Inhalten und Themen des neuen Entwurfes sowohl für die Verwaltung als auch die Politik kaum möglich war, einige Gremien haben zu Beginn der Auslegung des LEP's bereits getagt. Über die Ferien tagen insbesondere in den Kommunen keine kommunalen Gremien, eine Beschlussfassung zum Inhalt bleibt somit vielen Gemeinden verwehrt. Aufgrund der Sommerpause und der Abwesenheit der Mitglieder ist auch die Einberufung einer Sondersitzung zu diesem Thema nicht zielführend. Insofern wäre es in Anbetracht einer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	demokratischen Beteiligung hilfreich gewesen, den Antrag der SHGT mit Verlängerung des Auslegezeitraums bis Ende September statt zu geben. Unter Anbetracht dieser Problemstellung wird diese Stellungnahme ohne den Gremienbeschluss fristgerecht eingereicht. Der Beschluss dazu wird auf der nachfolgenden Sitzung des Planungsausschusses am 26.09.2024 nachgeholt und geht Ihnen dann ebenfalls zu. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bürgermeister	
Institution: Gemeinde Trittau, FB Bau und Projektmanagement ID: 1602	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegend erhalten Sie die Stellungnahme der Gemeinde Rausdorf mit der Bitte um Berücksichtigung. Die Stellungnahme wurde auf der Gemeindevertretung am 05.09.2024 mehrheitlich beschlossen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [eingefügt aus Anhang] **Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - erster Entwurf Juni 2024** **hier: Stellungnahme der Gemeinde Rausdorf** Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Rausdorf nimmt den Entwurf aus Juni 2024 zur Teilfortschreibung Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans zur Kenntnis. Grundsätzlich begrüßt die Gemeinde Rausdorf das Inkrafttreten des Bundesgesetzes	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel), 4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* und *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 2.3.1, 2.4.1, 2.5.1, 4.20.1 sowie 7.1.5 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land und der damit verbundenen raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung durch die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes sowie die Neuaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land in Schleswig-Holstein. Das Land Schleswig-Holstein ist bereits jetzt eines der Bundesländer, die einen großen Beitrag zur Windenergie leisten. Umso wichtiger ist eine die Bevölkerung sowie Tier- und Umwelt schützende Planung und Ausweisung entsprechender Kriterien für die weitere Ausweisung von Windenergiegebieten. Aufgrund der geplanten Positivplanung gibt es keine harten, mittleren und weichen Tabukriterien mehr. Zu den zukünftigen Auswahlkriterien zum Flächenausschluss möchte die Gemeinde wie folgt Stellung beziehen: Nr. 4.5.1-4Z Die Aufhebung von Höhenbegrenzungen von Windkraftanlagen sind für das Landschaftsbild als auch für den Schutz der Bevölkerung nicht zuträglich. Die Gesamthöhe von zulässigen Anlagen sollte eine Höhe von 220 Metern nicht überschreiten und im LEP als maßgebliches Kriterium festgelegt werden. Nr. 4.5.1.-5Z Die Rotor-Inn-Planung soll weiterhin präferiert werden. Nr. 4.5.1.1-1Z Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind nur in einem Umgebungsbereich von 400 Metern um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich ausgeschlossen. Hierbei wird jedoch außer Acht gelassen, dass im gleichen Zuge die Höhenbegrenzung aufgehoben wird. Die bedrängende Wirkung als auch Lärm- und Verschattungsauswirkungen werden damit nicht mehr beachtet, obwohl die Anlagen deutlich höher werden können als in den alten Planungen. Mit dem geplanten Aussetzen der 3-H/ 5-H Regelung wird der Abstandspuffer zu Wohngebäuden nicht mehr mit der realen Höhe der Windanlagen in Korrelation gesetzt und hat damit eine unmittelbare Auswirkung auf Anwohnende und/oder Gewerbetreibende im Außenbereich. Dies gilt ebenfalls im unbeplanten Innenbereich nach $ 34 BauGB als auch in überplanten Gebieten gem. $ 30 BauGB, wo die Abstandspuffer auf 800 Meter festgesetzt werden. Die Gemeinde Rausdorf regt an,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die Abstände für den Innenbereich auf 1.000 Meter zu erweitern, um den Schutz der Bevölkerung weiterhin zu erhalten und Belastungen zu minimieren. Nr. 4.5.1.1.-2Z Insbesondere im Außenbereich könnten die Windkraftanalagen unabhängig ihrer Höhe sehr nah an die besiedelten Siedlungsgebiete oder Einzelhäuser heranrutschen. Dem Schutz der dort lebenden Bevölkerung wird damit nur unzureichend Rechnung getragen. Der Abstand von pauschal 400 Meter zu jeglichen Windkraftanlagen, unabhängig ihrer Gesamthöhe, zu Siedlungsbereichen ist zu gering. Insbesondere bei großen Windkraftanlagen mit größerem Rotordurchmesser ist mit höheren Lärmbelastungen zu rechnen als bei kleineren Anlagen. Ausgehend von der ehemaligen 3-H-Regelung sollte der Abstand der Anlagen zu Siedlungen und Einzelhäusern mindesten 525 Meter betragen. Der Abstand ergibt sich 3-fachen Höhe der Anlage abzgl. des halben Rotordurchmessers. Zugrundeliegend sind als Ausgangswert die heute deutlich höheren Anlagen von bis zu 250 Metern. Schleswig-Holstein hat für die Referenzanlage eine Höhe von 200 Meter und einen Rotordurchmesser von 150 Meter gewählt. Dies würde in Analogie zu bisher zu einem Abstand von rund 600 Meter führen (abzüglich des halben Rotordurchmessers). Aus den vorgenannten Gründen sollte die Anlagenhöhe bei der Ausweisung der Gebiete und der Bemessung der Abstände zu bewohnten Gebieten weiterhin eine maßgebliche Rolle spielen. Außerdem muss die optisch bedrängende Wirkung mehr Beachtung finden im Rahmen der Kriterienfestlegung im LEP. Zudem muss im weiteren Verfahren und auch in der Neuaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land verhindert werden, dass eine Umzingelung von Siedlungen und Außenbereichsgebieten mit Splittersiedlungen oder Einzelhäusern entstehen kann. Nr. 4.5.1.3-17G Bei der Festlegung der Abstände zu Brutstätten von Windkraftsensiblen Großvögeln sind je nach Vogelart unterschiedliche Radien festgelegt worden. Fraglich ist der geringere Abstand zu Brutstätten des Weißstorches und des Rotmilans, obwohl diese ebenfalls besonders schützenswert sind. Eine Erhöhung der Abstände auf ebenfalls 2.000 Meter hält die Gemeinde Rausdorf für angemessen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Darüber hinaus wird angemerkt, dass die Auswahl des Auslegezeitraums kurz vor und über den gesamten Zeitraum der Sommerferien des Landes Schleswig-Holstein keine gute Voraussetzung für eine Beteiligung ist. Die letzten Gremien tagen in den Wochen vor den Ferien, sodass eine Auseinandersetzung mit den Inhalten und Themen des neuen Entwurfes sowohl für die Verwaltung als auch die Politik kaum möglich war, einige Gremien haben zu Beginn der Auslegung des LEP's bereits getagt. Über die Ferien tagen insbesondere in den Kommunen keine kommunalen Gremien, eine Beschlussfassung zum Inhalt bleibt somit vielen Gemeinden verwehrt. Aufgrund der Sommerpause und der Abwesenheit der Mitglieder ist auch die Einberufung einer Sondersitzung zu diesem Thema nicht zielführend. Insofern wäre es in Anbetracht einer demokratischen Beteiligung hilfreich gewesen, den Antrag der SHGT mit Verlängerung des Auslegezeitraums bis Ende September statt zu geben. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bürgermeisterin	
Institution: Gemeinde Blunk ID: M2331	Stellungnahme Gemeinde Blunk zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, durch den weiteren Zubau wird die zukunftsorientierte Planung der Gemeinde nicht mehr gesichert sein. Weitere Ausweisung von Neubaugebieten und die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde werden durch die neue raumordnerische Steuerung der Windenergienutzung eingeschränkt und abgelehnt. Hierzu nehmen wir wie folgt Stellung: Die Vorgabe, dass Gemeinden bei zusätzlicher Ausweisung von Windenergiegebieten keine Bestimmungen zu Höhenbegrenzungen von Windkraftanlagen treffen sollen, schränkt die kommunale Planungshoheit in nicht akzeptabler Weise ein und ist entsprechend zu streichen. Im vorgeschlagenen Gesetzestext bleibt völlig unklar, wie die Abstimmung einer	Die Gemeinde äußert Kritik an den gesetzlichen Regelungen zur Gemeindeöffnungsklausel, die aber nicht Gegenstand dieses Verfahrens sind. Diesbezüglich kann die Stellungnahme nur zur Kenntnis genommen werden. Hinsichtlich der weiteren angesprochenen Punkte wird die Stellungnahme zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4.1, 1.5.1 und 4.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die geforderte tiefere artenschutzrechtliche Prüfung auf Ebene des LEP ist nicht sachgerecht. Erst mit Identifizierung der konkret geplanten Vorranggebiete ist dies sinnvoll möglich.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeinde bei Ausweisung eines Windenergiegebietes mit den benachbarten Gemeinden konkret auszusehen hat. Dieser unbestimmte Rechtsbegriff der „Abstimmung“ ist unbedingt klarer zu fassen. Abstimmung könnte ja bedeuten, dass die Nachbargemeinden über das Gebiet lediglich informiert werden müssen, was aber im BauGB ohnehin vorgeschrieben ist. Um unnötige Konflikte und Rechtsstreitigkeiten zwischen den Gemeinden zu vermeiden sind wir der Auffassung, dass die Nachbargemeinden bei solchen Windenergiegebieten außerhalb der Regionalplanung zwingend qualifiziert zustimmen müssten. Das kann durch Beschluss von Gemeindevertretungen oder zuständigen Ausschüssen geschehen. Eine alleinige Zustimmung durch eine Amtsverwaltung oder lediglich die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister darf hierzu nicht ausreichend sein. Im Gesetzentwurf wird näher ausgeführt, dass der Strom "überwiegend" von einem Verbraucher in 10 km Umkreis oder "überwiegend" für ein kommunales Wärmenetz verbraucht werden soll. "Überwiegend" muss mit einer konkreten Zahl hinterlegt werden, z.B. zu über 80%, ansonsten wäre diese Regelung zu unbestimmt. Außerdem muss nicht nur die Planung für das stromab-nehmende Gewerbe- oder Industriegebiet konkret und planungsrechtlich gesichert, auch das Nahwärmeprojekt muss fertig sein, ansonsten besteht die Gefahr, dass ein Wärmekonzept auf - 2 – dem Papier nur vorgeschoben ist. Es muss im Gesetz klar geregelt werden, dass die WKA bei nicht Zustandekommen des Abnahmeprojektes keine Einspeisevergütung erhalten dürfen. Das Land legt für seine Planung die Annahme einer Referenzanlage (200 m Gesamthöhe, 150 m Rotordurchmesser, 5,5 MW Leistung) zu Grunde. Diese Referenzanlage soll die derzeitige Realität abbilden. Tatsache ist, dass bereits heute Anlagen von 250 m Gesamthöhe mit Rotordurchmessern von über 160 m sowie einer ausgewiesenen Leistung von 7,2 MW projektiert werden. Es ist unrealistisch davon auszugehen, dass der Trend bis zum Abschluss der Regionalplanung 2027 wieder zu kleineren Anlagen gehen wird. Die Größe der Referenzanlage muss zwingend diese Realität abbilden. Der vorliegende Plan muss daher aufgrund einer Annahme von mindestens 250 m hohen Anlagen erstellt werden. Sämtliche Kriterien sind dementsprechend neu zu bewerten. Der Entwurf des LEP sieht als Ziel der Raumordnung eine Mindestgröße von 15 ha für die Eignung als Windvorrangfläche vor. Die Landesplanung begründet diese Mindestgröße damit, dass auf 15 ha mindestens 2 Wind-kraftanlagen Platz finden und durch die Bebauung mit mindestens zwei Anlagen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die Konzentrationswirkung der Planung erhalten bleibt. Die Landesplanung legt nicht schlüssig dar, mit welchen Berechnungen sie diese Begründung unterlegt hat. Es ist bei der zukünftigen Entwicklung der Dimensionen der Windkraftanlagen (Ziel der Raumplanung ist explizit, dass es keine Höhenbegrenzung bei den Anlagen geben darf) davon auszugehen, dass eine Größe von 15 ha nicht für zwei Anlagen ausreicht. Damit ist das Ziel der Raumplanung (Konzentrationswirkung) hinfällig. Um eine sinnvolle Konzentrationswirkung gemäß dem eigenen Anspruch zu erzielen, ist eine Mindestgröße der Fläche von 30 ha notwendig. Die Gemeinde Blunk bemängelt den hohen Abstraktionsgrad der Umweltprüfung im LEP, die zu unscharfen Aussagen über mögliche Umweltauswirkungen führt. Die Verantwortung für die Prüfung der FFH-Verträglichkeit, in dem Gemeindegebiet liegt das FFH-Gebiet Tarbeker Moor, und den Schutz von Natura 2000-Gebieten wird auf nachgelagerte Planungsebenen verlagert, was zu einer verspäteten Identifikation potenzieller Konflikte führen könnte. Es wird gefordert, dass artenschutzrechtliche Vorgaben bereits in den frühen Planungsphasen umfassend berücksichtigt werden, um irreversible Schäden zu vermeiden. Zudem hat die Gemeindevertretung Blunk beschlossen, von der Gemeindeöffnungsklausel kein Gebrauch zu machen. Wir sind der Meinung, dass durch diese Klausel der Ausbau unkontrolliert ausufern und eine nachfolgende Regionalplanung völlig wirkungslos und obsolet werden würde. Durch die zahlreichen weiteren Flächen durch die Gemeindeöffnungsklausel wird es am Ende weit mehr als der geplante 3 % Anteil der Landesfläche geben, was nicht im Sinne einer geordneten Planung sein kann. Die Gemeinde Blunk lehnt die weitere Ausweisung von Vorrang und Potenzialflächen in dem Gemeindegebiet von Blunk ab., Gez. [redacted] [redacted]	
Institution: UKA Projektentwicklung GmbH & Co. KG, EXP ID: 1597	Sehr geehrte Damen und Herren, die Unternehmensgruppe [redacted] – [redacted] entwickelt seit vielen Jahren im Norden Deutschlands, insbesondere auch in Schleswig-Holstein, Projekte für die Nutzung von Wind- und Solarenergie. Das 1999 gegründete Unternehmen ist mit rund 67 ans Netz gebrachten Energieparks und einer internationalen Projektpipeline von vierzehn Gigawatt einer der führenden	Zu § 2 EEG: Über die Regionalplanung muss nachgewiesen werden, dass der Flächenbeitragswert gemäß WindBG erreicht wird. Im Rahmen der dafür erforderlichen Positivplanung hat die Landesplanung Ermessensfreiheiten, um ausreichend Flächen auszuweisen, solange dies nach einheitlich angewendeten Kriterien erfolgt. In diesem Zusammenhang wird auf § 249 Abs. 6

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	deutschen Entwickler. Da wir an einer sozial- und umweltgerechten Energiewende interessiert sind, freuen wir uns im Rahmen der ersten Beteiligungsstufe zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein mit diesem Schreiben Stellung nehmen zu können. Wir bitten das Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung unsere Argumentation und Herangehensweise entsprechend aufzunehmen bzw. abzuwägen. Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung. 1. Allgemeiner Teil Für die Erreichung der deutschen Energie- und Klimaziele spielt der Ausbau der Windenergie an Land eine tragende Rolle. Um diesem gerecht zu werden, wurde den erneuerbaren Energien im novellierten Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2023) ein überragendes öffentliches Interesse zugeschrieben (§ 2 EEG). Darüber hinaus dienen Erneuerbare Energien der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Durch den Einfluss der regenerativen Energien als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung bis zur nahezu treibhausgasneutralen Stromerzeugung im Bundesgebiet muss ihre besondere Bedeutung angemessen berücksichtigt werden (vgl. § 2 EEG). Dies bedeutet konkret, dass erneuerbare Energien im Rahmen von Abwägungsentscheidungen nur in Ausnahmefällen überwunden werden können. Werden die Belange der erneuerbaren Energien in der Abwägung nicht oder nicht ordnungsgemäß berücksichtigt, handelt es sich um einen Abwägungsfehler des Planungsträgers und einer damit einhergehenden Angreifbarkeit. Zur Erreichung der gesetzlichen Flächenbeitragswerte von 1,3 Prozent bis 31.12.2027 und 2,0 Prozent bis zum 31.12.2032 begrüßen wir daher ausdrücklich die zeitnahe Konkretisierung der Bundesgesetzgebung. Der Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land, Kapitel 4.5.1 schafft mit der vergrößerten Potentialflächenkulisse die Grundlage für eine künftige Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie und geht mit gutem Beispiel voran. Wir möchten die Gelegenheit nutzen unsere Bedenken zu äußern und bezüglich ausgewählter Kriterien Stellung zu beziehen.	BauGB verwiesen. Zur Karte mit den Grundsätzen und zur Potenzialflächenkarte: Sie sind nicht Bestandteil der Planunterlagen, weil sie regelmäßigen Anpassugen der Datengrundlagen unterliegen. Ein mit Inkrafttreten des Planes "eingefrorener" Datenbestand ist nur für die wenig veränderbaren Ziele der Raumordnung sinnvoll; würde aber ansonsten der Planung die notwendige Flexibilität nehmen. Zum Abstand von 1.000 m zu EU-Vogelschutzgebieten wird auf Ziffer 4.1.1 verwiesen. Die FFH-Verträglichkeitsprüfungen für mögliche Ausnahmen führt die Landesplanung selber im Zuge der Regionalplanaufstellung durch. Das berechtigte Interesse an Eigentümerdaten innerhalb des 1.000 m Abstandes um die Gebiete ist daher nicht gegeben. Zu Querungshilfen wird auf Ziffer 4.13.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Großvogelbrutplätzen wird auf Ziffer 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Befürchtung, dass die eigentlich nutzbare Potenzialfläche durch dieses Kriterium deutlich verkleinert wird, wird nicht geteilt. Die Landesplanung hat begleitend zur Festlegung der Ziele und Grundsätze immer wieder geprüft, ob die angestrebte Zielgröße an Vorranggebieten erreichbar ist. Wir sehen keine Gefahr, dass dies nicht gelingen kann. Zu Abständen zu Straßen: Die in der Stellungnahme angeführten gesetzlichen Freihalteabstände sind in die Planungsüberlegungen zur Formulierung eines Grundsatzes eingeflossen. Die Freihalteabstände sind geringer als der ohnehin einzuhaltende Abstand zwischen WEA. Von daher sehen wir keine maßgebliche Einschränkung der Vorranggebiete. Umgekehrt würde ein Herausrechnen der gesetzlichen Abstandsvorgaben die Potenzialfläche künstlich verkleinern, weil es sich hier um

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wir halten das tatsächlich nutzbare Potential, trotz der auf den ersten Blick ausreichend erscheinenden Flächenkulisse, für deutlich geringer als angestrebt. Gleichzeitig möchten wir aufzeigen, durch welche Stellschrauben dieser möglichen Fehlentwicklung vorgebeugt werden kann. Als bedauerlich betrachten wir hierüber hinaus, dass die Karte mit den Grundsätzen der Raumordnung aus dem Landesentwicklungsplan sowie die Potentialflächenkarte kein Teil der Abwägung sind und diese nur für informelle Zwecke veröffentlicht wurden. Dies ist unserer Meinung nach nicht nachvollziehbar und nicht zielführend, da es sich um die kartographische Darstellung der im Entwurf veröffentlichten Geodaten handelt. 1.1 Natur- und Artenschutz Um möglichst konfliktfreie Flächen für Windenergie auszuweisen, ist es verständlich, dass ausgewählte Kriterien im Bereich des Natur- und Artenschutzes auf die Ebene der Ziele der Raumordnung verlagert werden oder mit Puffern versehen sind. Hinsichtlich des Kriteriums Z13 „Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche“ (Kapitel 4.5.1.3) ist die Anpassung allerdings schwer nachvollziehbar. Durch die Änderungen im Vergleich zum „Gesamträumlichen Plankonzept zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes (LEP) 2010 (Kapitel 3.5.2) sowie zur Teilaufstellung der Regionalpläne für den Planungsraum I (Kapitel 5.8), den Planungsraum II (Kapitel 5.7) und den Planungsraum III (Kapitel 5.7) in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) vom 29.12.2020“ kommt es zu einem großflächigen Ausschluss von potenziell geeigneten Windenergiegebieten. Bisher wurde ein Abstand von 300 Metern zu Europäischen Vogelschutzgebieten (EU-VSG) als Ausschlusskriterium angewandt. In Zukunft sollen jedoch 1.000 Meter als Abstand angenommen werden, um die Raumordnungsziele zu erreichen. Es wird Ausnahmen in diesem 1.000 Meter Puffer geben, insbesondere im Randbereich. Dies gilt jedoch nur für bestehende Anlagen, die den Zielen der Raumordnung entsprechen oder Anlagen im Genehmigungsverfahren, für welche bereits die notwendige FFH-Verträglichkeitsprüfung vorliegt durch die erheblichen Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des EU-VSG ausgeschlossen werden können. Flächen innerhalb dieses 1.000 Meter Puffers ohne Belange, die noch nicht geprüft wurden, werden vorsorglich ausgeschlossen, obwohl diese grundsätzlich für Windenergie geeignet sein können. Die Landesplanung Schleswig-Holsteins versäumt es, das Potential für eine verbesserte Auswahl der Flächen für Windenergie auszuschöpfen, obwohl in Gebieten mit einem Konfliktpotential zwischen Artenschutz und Windenergie Maßnahmen ergriffen werden können, um einen naturverträglichen	Belange handelt, die unterhalb der Maßstabsebene der Landes- und Regionalplanung geprüft werden können.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausbau der Windenergie zu ermöglichen. Der 1.000 Meter Puffer sorgt in der Erschließung von Windvorhaben für Schwierigkeiten, da es aktuell gängige Praxis der Katasterämter ist, nur für offizielle Potentialflächen personenbezogene Daten aus dem amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem herauszugeben. Dadurch ist eine Ansprache der Flächeneigentümer und die vertragliche Sicherung der Fläche schwierig bis unmöglich. Diese Sicherung ist jedoch zwingend erforderlich. Ohne Zustimmung der Eigentümer sind keine naturschutzfachlichen Gutachten möglich, welche eine Ausnahme von den 1.000 Metern um die EU-VSG erlauben würde. Dies bedeutet in der Umsetzung voraussichtlich einen faktischen Ausschluss aller Flächen innerhalb dieses Puffers trotz Ausnahmeregelung. Die angenommenen 1.000 Meter Puffer um EU-VSG sind zudem nicht nur 700 Meter höher als bisher, sie liegen auch 500 Meter über den durchschnittlichen Abständen zu EU-VSG im Gegensatz zu den Planungsregionen in den Nachbarbundesländern Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Im „Überblick – Abstandsvorgaben und -empfehlungen zur Ausweisung von Windenergiegebieten in den Ländern“ (vgl. https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/Planung/FA_Wind_Abstandsempfehlungen.pdf) wird ersichtlich, dass bis auf die Ausnahme in Bayern, in den Bundesländern keine Abstände oder nur im Einzelfall Abstände zu EU VSG definiert werden. Die Fachagentur für Windenergie an Land schreibt weiterhin in „Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten - Gutachterliche Stellungnahme zur rechtlichen Bedeutung des Helgoländer Papiers der Länderarbeitsgemeinschaft der Staatlichen Vogelschutzwarten“ (LAG VSW 2015), dass „[…] die Errichtung von WEA (in EU-VSG) nicht zwingend unzulässig (ist), sondern nur dann, wenn erhebliche Beeinträchtigungen des Gebiets in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen verursacht werden können. Selbst wenn die Umsetzung der Vorgaben der FFH und der Vogelschutzrichtlinie durch die nach nationalem Naturschutzrecht strengste Schutzgebietskategorie des Naturschutzgebiets nach § 23 BNatSchG erfolgt, ist eine Anlagenzulassung unter Wahrung restriktiver Voraussetzungen nicht ausgeschlossen“ (siehe S. 31, https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/FA-Wind_Rechtsgutachten_Abstandsempfehlungen_11-2015.pdf). Eine Erhöhung des Abstandes ist unverhältnismäßig und gegenläufig zur Entwicklung der Gesetzgebung der letzten Jahre. Insbesondere da der Wortlaut der Begründung	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	größtenteils aus dem Gesamträumlichen Plankonzept zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes (LEP) 2010 übernommen wurde, nun aber zu deutlich höheren Abständen führt. Anstatt eines generellen 1.000 Meter Puffers ist die Berücksichtigung des Schutzzwecks durch eine angepasste Regelung erstrebenswert. Da nicht alle EU-VSG kollisionsgefährdete oder störungssensible Arten beherbergen, stehen sie nur im Einzelfall einer Windenergienutzung entgegen. Demzufolge ist jedes EU-VSG im Einzelfall auf Zulassungsebene einer Verträglichkeitsprüfung zu unterziehen. Der generelle Ausschluss von Windenergie in EU-VSG ohne eine solche Prüfung verstößt gegen das Diskriminierungsverbot und den Gleichheitssatz nach europäischem Recht (vgl. Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof). Bezüglich Beeinträchtigungen von EU-VSG durch Infrastrukturen hat das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil vom 05.07.2022 – VberwG 4 A 13.20 beschlossen, dass artspezifisch zu prüfen ist, ob eine Höchstspannungsfreileitung ein Vogelschutzgebiet im Sinne von § 34 Abs. 2 BNatSchG erheblich beeinträchtigen kann (im Anschluss an BVerwG, Urteil vom 21. Januar 2016 - 4 A 5.14 - BVerwGE 154, 73 Ls. 3). Diese Prüfung kann erfolgen, indem die vorhabentypspezifische Mortalitätsgefährdung der einzelnen Vogelart und das jeweilige konstellationsspezifische Risiko betrachtet werden (vgl. https://www.bverwg.de/050722U4A13.20.0). Das Verwaltungsgericht Köln bestätigt außerdem im Beschluss 14 L 387/22 vom 19.01.2023, dass EU-VSG nicht automatisch ein Ausschlusskriterium für Windparks seien, da der Bau dieser Anlagen im überragenden öffentlichen Interesse steht und diesem Interesse eine höhere Priorität zukommt (vgl. https://www.justiz.nrw.de/nrwe/ovgs/vg_koeln/j2023/14_L_387_22_Beschluss_20230119.html) Dass sich Windenergie im 1.000 Meter Abstandsradius durchsetzt, zeigt nicht nur der Ausnahmebereich des Plangebers, welcher in der Karte zum Entwurf in Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO veröffentlicht wurde, sondern auch die aktuell 18 rechtskräftige Vorranggebiete Wind, die innerhalb des 1.000 Meter Puffers um die EU-VSG liegen und mit derzeit 210 Windkraftanlagen bebaut sind. Eine Reduktion der Puffer um EU-VSG um 500 Meter würde einen verfügbaren Flächengewinn von 9.402 Hektar bedeuten. Bei einem kompletten Wegfall des Puffers beträgt der zusätzliche Flächengewinn nochmals weitere 1.871 Hektar. Hier sind bereits alle Kriterien, die in Anlage 1 zu § 1 LEPWindVO Plantext Kapitel 4.5.1 veröffentlicht sind, berücksichtigt worden.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Ein Abstand von 500 Meter um EU-VSG, der mit den Nachbarbundesländern vergleichbar ist und sich mit dem freizuhaltenden Nahbereich um gefährdete Großvögelarten aus § 45b BNatschG Anlage 1 deckt, würde bereits eine deutlich größere Potentialflächenkulisse ermöglichen und damit eine bessere Grundlage für die Auswahl künftiger Wind-Vorranggebiete darstellen. Somit kann das mögliche Potential maximiert und Rechtsicherheit, sowie der Artenschutz weiterhin gewahrt werden. Aus den oben genannten Gründen halten wir den angesetzten 1000 Meter Abstandspuffer in Kombination mit einer möglichen Ausnahmeregelung für nicht ziehführend und lehnen diese ab. Stattdessen fordern wir, dass der anzusetzende Puffer um EU-VSG komplett gestrichen wird und eine projektspezifische Einzelfallprüfung stattfindet. Alternativ schlagen wir als Kompromiss einen Puffer von insgesamt 500 Meter vor, welcher ausreichend ist, um dem Schutzzweck der EU-VSG gerecht zu werden und gleichzeitig die Interessen der Windenergie stärker zu berücksichtigen. Auch die Puffer um Querungshilfen zum Austausch von Populationen wandernder Arten (v. a. Rotwild), welche bislang auf der Abwägungsebene angesiedelt waren und nun als Ziel der Raumordnung (Z24) verankert werden sollen sind nicht nachvollziehbar. Eine Studie der Tierärztlichen Hochschule Hannover hat die Auswirkungen von Windparks auf Landsäugetiere wissenschaftlich untersucht. Darin konnte keine grundsätzliche Meidung der Windparks festgestellt werden, auch nicht des Nahbereichs der WEA. Zudem traten Gewöhnungseffekte ein, da WEA eine kalkulierbare Störquelle darstellen (vgl. https://www.tiho-hannover.de/itaw/forschung/projekte-terrestrisch/abgeschlossene-projekte/vor-2015-abgeschlossene-projekte-terrestrisch/windkraftanlagen). Eine weitere Studie zu Rotwild konnte aufzeigen, dass diese Windkraftanlagen in den Lebensraum integriert haben und beim Wechsel wenig berücksichtigt wurden. Ein Meideverhalten konnte dort lediglich im unmittelbaren Nahbereich (30 m) der Anlagen festgestellt werden (vgl. https://netzwerkumwelt.at/wp-content/uploads/2017/07/Rotwild_Friedel_Frey-Roos_2015_Forschungsbericht.pdf). Daher rufen wir dazu auf, den Puffer um die Querungshilfen komplett zu streichen und auf Genehmigungsebene zu verlagern, da die Abstände bei der Standortplanung berücksichtigt werden können. Weiterhin lässt die Formulierung der Einstufung des Grundsatzes der Raumordnung 17G „Brutplätze windkraftsensibler Großvögel“ (Kapitel 4.5.1.3) Interpretationsspielraum für den Komplettausschluss der Flächen auf nachgelagerten Planungsebenen. Wir	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	möchten vor dieser möglichen Fehlentwicklung warnen. Gemäß Punkt 17G soll im angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden, jedoch handelt es sich nicht um ein Ausschlusskriterium, sondern ein auf Abwägungsebene zu prüfender Belang. Die Möglichkeit, den Ausbau der Windenergie durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen in Einklang mit dem Artenschutz zu bringen, wird hierbei außer Acht gelassen und verstärkt den Eindruck, dass avifaunistische Belange nicht auf regionalplanerischer Ebene Einzug erhalten, sondern dem Genehmigungsverfahren nach BImSchG überlassen werden sollten. In Gebieten, bei denen ein Konfliktrisiko zwischen Artenschutz und der Windenergie verbleibt, können Maßnahmen ergriffen werden, um einen naturverträglichen Windenergieausbau zu ermöglichen. Dies unterstreicht die EU-Notfall-Verordnung (Verordnung EU 2022/2577), die seit Ende 2022 den beschleunigten Ausbau der Windenergie ermöglichen soll und zur Wahrung des Artenschutzes Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen oder - falls diese nicht möglich sind - Ausgleichsmaßnahmen auf Grundlage vorhandener Daten vorsieht (vgl. Verordnung EU 2022/2577 Abs. 6). Die Beschleunigung u.a. der Genehmigungsverfahren verdeutlicht dabei die Relevanz und Dringlichkeit des schnellen Ausbaus der erneuerbaren Energien und die Möglichkeit, diesen naturverträglich zu gestalten. Ergänzend dazu ist die seit Januar 2023 in Kraft getretene Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatschG) zu erwähnen, welche die Artenschutzrechtliche Ausnahmeprüfung und die Alternativenprüfung vereinfacht und Genehmigungen beschleunigen soll. Brutplätze sind nicht statisch, sondern unterliegen aufgrund komplexer Habitat- und Raumansprüche sowie natürlichen Ereignissen (u. a. Sturmereignisse, Dürren) stetigen Veränderungen. Diese für Jahre im LEP zu sichern, ist aus fachlicher Sicht nicht nachvollziehbar. Insbesondere bei der Art des Rotmilans als wenig brutplatztreue Art, dessen Wiederbesetzungsrate gering ist, ist eine Betrachtung auf Landesplanungsebene nicht verständlich. Weiterhin übersteigt der Vorsorgeabstand von 1.000 m für den Weißstorch als Kulturfolger sowie weiterer brutplatztreue Arten wie dem Seeadler den Nahbereich nach § 45b Anlage 1 BNatschG bei weitem. Anstatt dessen empfehlen wir den Vorsorgeabstand mit den Abständen der Nahbereiche nach Bundesgesetzgebung zu harmonisieren und somit dem Willen des Gesetzgebers in geeigneter Weise folge zu tragen. Aktuell orientieren sich die angegebenen Abstände am zentralen Prüfbereich und sind damit deutlich großzügiger gewählt, als sinnvoll und stellen somit eine unnötige Überregulierung dar.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Laut § 45b Absatz 2 BNatschG besteht ein signifikant erhöhtes Tötungs- und Verletzungsrisiko im Nahbereich. Beim zentralen Prüfbereich nach § 45b Absatz 3 bestehen Anhaltspunkte für ein erhöhtes Risiko nur dort, wo dieses nicht auf Grundlage einer Habitatpotential- oder Raumnutzungsanalyse widerlegt wird oder nicht durch Schutzmaßnahmen, Abschaltungen und Ausweichhabitate verringert werden kann. D. h. auf Genehmigungsebenen hat der Vorhabenträger diverse Möglichkeiten und Spielräume, um über entsprechende Maßnahmen eine Risikominimierung vorzunehmen. Folglich ist nach Bundesgesetzgebung der zentrale Prüfbereich kein Ausschlusskriterium. Windpotentialflächen bereits auf Abwägungsebene auszuschließen, welche sich als Vorranggebiete für die Windenergie (VRG Wind) eignen würden, verringert die Auswahl der Flächen zum Erreichen der gesetzlichen Beitragswerte und vermindert damit die Flexibilität der Planträger. Von 113.000 Hektar Potentialflächenkulisse sind 27.361 Hektar von dem Abwägungskriterium 17G „Brutplätze windkraftsensibler Großvögel“ betroffen. Das sind ca. 24 % der Potentialflächenkulisse. D. h. in einem Viertel der Potentialflächenkulisse soll es laut Begründung keine Ausweisung von Windenergieflächen geben, es sei denn in den Gebieten existieren bereits raumbedeutsame WEA oder Genehmigungen nach BImSchG. Beide Bedingungen kommen jedoch in aller Regel nur in bereits ausgewiesenen Vorranggebieten zum Tragen. In einer vom 17G Kriterium betroffenen Potentialfläche wird eine Ausweisung als VRG Wind behindert und im schlimmsten Fall kaum möglich sein. Somit verkleinert sich das tatsächlich nutzbare Potential. Die sich vom Bundesgesetz unterscheidenden Abstände erschweren die hinreichende Ausweisung von Flächen, und damit das Erreichen des Flächenziels aufgrund großflächiger Ausschlüsse. Die von uns geforderte Vereinheitlichung und Übernahme der Abstände aus dem Bundesnaturschutzgesetz gleichwohl würde bürokratische Hürden abbauen und wäre im Sinne des Gesetzgebers, um die Energiewende zügig voranzutreiben. 1.2 <u>Infrastruktur</u> Die Anpassung vieler Kriterien hinsichtlich infrastruktureller Belange, um aufgrund der angestrebten Rotor-Inside-Regelung mindestens 3 % der Landesfläche für die Windenergie zur Verfügung zu stellen, wird von uns mit großer Freude gesehen. Der Einordnung des Abstandes zu Infrastrukturen des Straßenverkehrs (G05) als	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Grundsatz der Raumordnung (Kapitel 4.5.1.2) anstatt wie bisher als Ziel der Raumordnung, stellen wir uns hierbei nicht entgegen, möchten jedoch einige Bedenken äußern. Die so entstandene Potentialflächenkulisse ist künstlich vergrößert, da nach den in dem Zusammenhang veröffentlichten Geodaten zur Anlage 2 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (Kapitel 4.5.1) 2.716 Hektar der Potentialflächenkulisse in Bereichen liegen, die aufgrund der bestehenden Infrastruktur (Bundesautobahn/-straßen/Landes-/Kreisstraßen und dessen Anbauverbotszone) faktisch nicht genehmigungsfähig und damit auch nicht bebaubar sind. Wie der Begründung B zu 4G (S. 41) zu entnehmen ist, verbietet § 9 Abs. 1 Nr. 1 FStrG (vgl. Bundesstraßenverkehrsgesetz: https://www.gesetze-im-internet.de/fstrg/__9.html) Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 40 Metern bei Bundesautobahnen und bis zu 20 Metern bei Bundesstraßen, jeweils gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn. Die Fachagentur für Wind schreibt in ihrem „Überblick – Abstandsvorgaben und -empfehlungen zur Ausweisung von Windenergiegebieten in den Ländern“ (vgl. https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/Planung/FA_Wind_Abstandsempfehlungen.pdf), dass 40 Meter zu Bundesautobahnen und 20 Meter zu Bundesstraßen anzunehmen sind. Bei einer regionalplanerischen Ausweisung von Flächen innerhalb des Abstandspuffers kann keine Genehmigung von Windenergieanlagen gewährleistet werden, da es zwar eine Ausnahmemöglichkeit nach § 9 Absatz 8 FStrG und § 29 Absatz 3 StrWG gibt, diese jedoch nur im Einzelfall möglich sind. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich die Windenergie in diesem Bereich regelmäßig durchsetzen wird. Die gesetzlichen Anbauverbotszonen lediglich als Grundsatz und nicht als Ziel zu verankern, vergrößert die Potentialflächenkulisse somit künstlich. Die tatsächlich bebaubare Fläche aus der die VRG Wind ausgewählt werden können ist somit deutlich kleiner, da sie nur teilweise bebaut werden kann. Dadurch verringert sich die potenziell zur Verfügung stehende Fläche, aus der die 3 % zur Erreichung der Flächenbeitragswerte ausgewählt werden können, da die unbebaubaren Flächenanteile nicht auf das Gesamtflächenziel angerechnet werden dürfen, da dies eine vorsätzliche Verfälschung der, durch das WindBG festgesetzten Vorgaben zum Ausbau der Windenergie bedeuten würde. Laut Arbeitshilfe Wind-an-Land “muss [die Fläche] also vorrangig für die Windenergie an Land ausgewiesen sein und muss andere Funktionen und Nutzungen ausschließen, soweit diese mit der vorrangigen Windenergienutzung nicht vereinbar sind, vgl. § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG.” (vgl. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/A/arbeitshilfe-wind-an-land-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=8). Wir weisen darauf hin dies bereits frühzeitig in die Betrachtung mit einzubeziehen und die die Potentialflächenkulisse deshalb vorsorglich zu vergrößern. Hierfür empfehlen wir die Anpassungen wie die Verringerung der Avifaunaabstände und die Streichung des Puffers für Querungshilfen. Insbesondere die Verringerung der Abstände zu EU-VSG und eine Anpassung sowie geringere Gewichtung der Brutvogelabstände in der Abwägung stellen eine Erleichterung für die Zielerreichung des Landes Schleswig-Holstein dar und vergrößern zugleich den Ermessensspielraum nachgelagerter Planungen. 1.3 Schlussfolgerungen Die oben genannten Punkte beachtend ist das tatsächliche Potential, welches für die Ausweisung der VRG Wind herangezogen werden kann, deutlich kleiner als die angestrebten 7,2 % der Landesfläche. Das erschwert die Auswahl geeigneter Potentialflächen für das 3 % Ziel des Landes Schleswig-Holstein. Aus langjähriger Praxiserfahrung empfehlen wir einen möglichst großen Puffer für das Ziel des Bundesgesetzgebers anzustreben. Dies dient dazu, die rechtliche Anfechtbarkeit zu minimieren und dem weiteren Planungsprozess die größtmögliche Flexibilität bei der Ausweisung geeigneter Flächen zu ermöglichen. Dies verhindert nicht nur unnötige Planungsschleifen, sondern schafft zudem Akzeptanz und Sicherheit für Projektplaner und die Bevölkerung. Je kleiner der auswählbare Flächenpool, desto größer die Gefahr, durch Genehmigungshindernisse die Flächenbeitragswerte zu verfehlen. Planungsunsicherheit und die Privilegierung von Windenergie im Außenbereich bei Nicht-Erreichen der Flächenziele würden für die Akzeptanz der Energiewende und letztendlich für die betroffenen Anwohner weitreichende Folgen haben. Wir fordern daher den Kriterienkatalog erneut intensiv zu reevaluieren und Anpassungen vorzunehmen, um durch eine größere Potentialflächenkulisse die geplanten Flächenbeitragswerte zielsicher erreichen zu können. Unsere konkreten Forderungen sind: - Der Wegfall oder zumindest die Reduzierung des Puffers um EU-VSG auf 500 Meter	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	- Übernahme der Nahbereichsabstände zu Brutvogelhorsten aus dem Bundesnaturschutzgesetz - Die Streichung der Querungshilfen als Ziel der Raumordnung, da es sich hierbei um ein mit der Windenergie vereinbares Kriterium handelt - Berücksichtigung, dass nicht bebaubare Flächen innerhalb von Infrastrukturkorridoren nicht für die Erreichung der Flächenbeitragswerte angerechnet werden dürfen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1600	Sehr geehrte Damen und Herren, anbei meine Stellungnahme zu den neuesten Ausbauplänen mit weiteren Windkraftanlagen in Dithmarschen: **Zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land – Grundsätze und Ziele der Raumordnung** **Nummer 1 G: Verfolgtes Planungsziel** Die in Aussicht genommenen Pläne der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zum Thema „Windenergie an Land“ (LEP Windenergie) und das Planungsziel, bis Ende 2027 mindestens drei Prozent der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie auszuweisen, lehne ich als unzumutbar ab. Grundsätzlich wird der Ausbau der erneuerbaren Energien begrüßt und das haben viele Bürger mit privaten und ungeförderten Investitionen vorangetrieben. Die Windenergie ist im Rahmen der Energiewende in Dithmarschen hat die Gemeinden in wenige Gewinner und viele Verlierer geteilt. Die Akzeptanz der Bevölkerung dieser weiteren verschärften Maßnahmen ist nicht mehr da. Der Kreis Dithmarschen hat nach der letzten Regionalplanfortschreibung 4,4 Prozent der Kreisfläche als Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen waren. Der Kreis Dithmarschen hat also in der Vergangenheit bereits überdurchschnittlich zum Erreichen des Landesziels beigetragen und dem muss in künftigen Planungen Rechnung getragen werden. **Im Kreis Dithmarschen, wo der Ausbau von Windkraftanlagen weit fortgeschritten ist, muss die Ausweisung weiterer Windenergievorranggebiete gestoppt werden.** **Nummer 2 G: Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land** Diese Übernahme von Vorranggebieten wird	Zu Nummer 1 G: Verfolgtes Planungsziel Es werden landesweit einheitliche Kriterien angewendet. Aufgrund der unterschiedlichen Siedlungsdichte und naturräumlichen Ausstattung ist die Windenergienutzung nicht landesweit gleich verteilt. Zu Nummer 2 G: Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land Die Weiterführung bereits bestehender Windparks stellt in aller Regel einen geringeren Eingriff dar als zusätzlich neue, bisher unbebaute Flächen in Anspruch zu nehmen, schon allein deshalb, weil die bestehende Infrastruktur weitergenutzt werden kann. Deshalb genießt die Erhaltung bestehender Vorranggebiete hohe Priorität. Zu Nummer 3 G Festlegung einer Referenzanlage Hierzu wird auf Ziffer 1.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen Zu 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen Hierzu wird auf Ziffer 1.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Ablehnung jeglicher WEA außerhalb von Vorranggebieten Hierzu kann das Land keine abschließende Regelung treffen, weil zukünftig eine Ausschlussplanung vom Bundesgesetzgeber nicht mehr zugelassen wird (§ 249 Abs. 1 BauGB) Zur Forderung eines Abstandes von 1.000 m zu allen Wohnhäusern wird auf Ziffer 2.3.1 und 2.5.1 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	aus den in Nummer 1 G genannten Gründen abgelehnt**.** Der Kreis Dithmarschen hat sein Soll erfüllt und darf nicht zusätzliche belastet werden. Darüber hinaus bedeutet Repowering einen verstärkten Eingriff in das Landschaftsbild, da repowerte Windkraftanlagen höher sind und größere Rotoren haben. Wodurch ebenfalls die hörbare und nichthörbare Schallbelastung für Mensch und Natur steigt. Existierende Windkraftanlagen sind nicht automatisch akzeptierte Anlagen. Wir Bürger können sie einfach nicht verhindern. Windkraftanlagen, die in der Vergangenheit errichtet worden sind und wo bereits in der Vergangenheit Kriterien einer Ausweisung als Vorranggebiet entgegengestanden haben, müssen zur Ordnung der Landschaft zurückgebaut werden. **Zu Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur** **Nummer 1 G: 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Für alle Siedlungsbereiche, auch für die vereinzelten Häuser im Aussenbereich, die noch nicht durch Windenergienutzung vorbelastet sind, sind ein Abstand von 1.000 Metern, nicht 800 Metern, festzulegen. Das ist nicht nur vor der schleichenden Aufweichung der Abstandsregelungen durch immer höherer WKAs absolut notwendig, sondern auch um wenigstens die Tolerierung von Windkraft in der Bevölkerung zu erreichen. Bayern kann das anscheinend. In SH sind die Menschen weniger schützenswert? Es kann darüber hinaus nicht nachvollzogen werden, warum bei einzelnen Kriterien die Verringerung von Abständen bzw. geänderte flächenhafte Abgrenzung gegenüber den bisherigen vorgesehen werden. **Nummer 3 G Festlegung einer Referenzanlage** Der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen soll eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde gelegt werden. Mit diesen Erhöhungen der Gesamthöhe und der Rotordurchmesser von WKAs sind neue landschaftsverändernde und belastungserhöhende Referenzen eingeführt worden. Abstandsregelungen zu Wohnhäusern und anderen Abgrenzungen (Wald, Biotope, etc.) sind **nicht** gleichzeitig erhöht worden. Untersuchungen der Auswirkungen auf Mensch und Tier sind **nicht** erfolgt. **Diese Veränderung der Planungs-Grundsätze ohne gleichzeitige Anpassung an die erhöhten Belastungen lehne ich aus Schutzgründen ab. Ich**	Synopse verwiesen. Zur Forderung, die Landschaftsschutzgebiete von WEA freizuhalten wird auf Ziffer 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zum Thema Umfassung wird auf Ziffer 3.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Forderung, Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und Erholung von WEA als Ziel der Raumordnung freizuhalten, wird auf Ziffer 3.15.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	halte sie darüber hinaus für rechtlich anfechtbar. **4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen** In Regional- und Bauleitplänen sollen keine Bestimmungen zur Höhe von raum bedeutsamen WEA getroffen werden. Es ist völlig unverständlich warum diese Öffnungsklausel pauschal vorgesehen werden soll. Sie ist nicht inhaltlich begründet und stellt eine pauschale Festlegung dar, die den demokratischen Prozess zur Abwägung eingrenzt. Aus den genannten Gründen lehne ich das vorgesehene Verbot ab. **Nummer 4 Z und G: Siedlungsachsen, besondere Siedlungsräume, Baugebietsgrenzen, baulich zusammenhängende Siedlungsgebiete sowie Entwicklungs- und Entlastungsorte** Der Aspekt der landschaftlichen Freihaltebereiche sollte zum Wohle strukturgebenden Raumordnung im LEP an dieser oder einer anderen geeigneten Stelle als Kriterium aufgenommen werden. **In der Geest darf keine Freigabe der Landschaftsschutzgebiete für Windkraftanlagen erfolgen.** Besonders im Bereich Krumstedt , Süderhastedt und Eggstedt ist bereits eine deutliche Überprägung der Landschaft durch neuerrichtete und repowerte Windkraftanlagen erfolgt. Die neuen blauen Flächen verstärken die Riegelbildung und die Umzingelung besonders von Krumstedt. **Nummer 5 Z Rotor-innerhalb-Planung** Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten ist zu bestimmen, dass die Rotorblätter von WEA vollständig innerhalb dieser Windenergiegebiete liegen. Werden raumbedeutsame WEA außerhalb von Windenergiegebieten errichtet, ist für Abstandserfordernisse der Kapitel 4.5.1.1, 4.5.1.2, 4.5.1.3, 4.5.1.4 und 4.5.1.5 die Rotorblattspitze maßgeblich. **Aus den nachfolgenden Gründen lehne ich jegliche Errichtung von WEA außerhalb von Windenergiegebieten ab.** Wir Bürger in Dithmarschen sind durch mehr als ein Jahrzehnt der Regionalplan-Windenergie-Abwägungen gegangen und verlangen Verlässlichkeit von Politik und Verwaltungen. Öffnungsklauseln, die die Bürgerbeteiligung aushebeln, lehne ich ab.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nummer 6 Z Mindestgröße von Windenergiegebieten Die Vorranggebiete Windenergie und Windenergiegebiete außerhalb der Vorranggebiete Windenergie müssen eine Mindestgröße von 15 Hektar aufweisen. Dabei können mehrere räumlich zusammenhängende Flächen, die jeweils mindestens fünf Hektar umfassen und zusammen die Mindestgröße von 15 Hektar erreichen, berücksichtigt werden. Ein räumlicher Zusammenhang ist dann gegeben, wenn die Entfernung der Außengrenzen einzelner Flächen zueinander weniger als 600 Meter beträgt. **Aus den nachfolgenden Gründen lehne ich jegliche Errichtung von WEA außerhalb von Windenergiegebieten ab.** Wir Bürger in Dithmarschen sind durch mehr als ein Jahrzehnt der Regionalplan-Windenergie-Abwägungen gegangen und verlangen Verlässlichkeit von Politik und Verwaltungen. Regelungen, die die Bürgerbeteiligung aushebeln, lehne ich ab. **Nummer 7 G: Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung** Wie wir Bürger von Krumstedt, Eggstedt und Süderhastedt bereits live erleben können, sind Begrifflichkeiten wie „unzumutbare“, „soll“, „in unmittelbarer räumlicher Nähe“ und „im Einzelfall“ als Kriterium in einem LEP völlig ungeeignet, um einen konkreten und hinreichenden Rahmen zu setzen. Die Beurteilung einer Umzingelungs- bzw. Umfassungssituation von Ortslagen muss nachvollziehbar sein und der Schutz von Mensch, Tier und Natur muss die oberste Priorität und Vorrangigkeit erhalten. **Zu Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** **Nummer 11 G: Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und Erholung** Gebiete, die der Erholung der Bürger dienen müssen von einer Windenergienutzung freigehalten werden. Die einzigen bisher von Windkraftanlagen freien Erholungsräume um Krumstedt, auch die Felder und Wälder Richtung Bargenstedt sind in den neuen blauen Planungsflächen vorgesehen. Es ist ein Kriterium als Ziel der Raumordnung darzustellen. **Nummer 13 G: Landschaftsschutzgebiete** Die **Rechtsänderung des Bundes (Wind-**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	an-Land Gesetz) vorgesehene grundsätzliche Öffnung der Landschaftsschutzgebiete für eine Einbeziehung in die Flächenkulisse zum Ausbau der Windenergienutzung lehne ich ohne jede Einschränkung ab. Landschaftsschutzgebiete dienen der Erhaltung und Entwicklung oder Wiederherstellung der Natur. Beeinträchtigungen des Naturhaushalts sollen beseitigt und die Leistungs- und Funktionsfähigkeit wiederhergestellt werden. Die Verordnungen untersagen bestimmte Handlungen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere das Landschaftsbild oder den Naturgenuss beeinträchtigen. 100 oder 200m hohe WKAs zerstören das Landschaftsbild so außerordentlich, dass dies kilometerweit sichtbar sind. Der Charakter eines geschützten Gebietes, würde durch WKA (mit Zuwegung und Peripherie evtl. auch Umspannwerke) zerstört werden. Durch die Naturraumausstattung, das Landschaftsbild und der kulturhistorischen Bedeutung haben LSG’s insgesamt einen hohen Wert für das Landschaftserleben und die Erholung. Die charakteristische Landschaft aus kleinteiligen Knicklandschaften, kleinen Biotopen auf Koppeln und Wiesen, prägen speziell die Landschaft in Krumstedt und Umgebenung. In diese Regionen gehören keine Windkraftanlagen. Die Erhaltung der Historischen Kulturlandschaften mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern gehört daher gemäß § 1 Absatz 4 Nummer 1 BNatSchG zu den Zielen des Naturschutzes. Ebenso gehört die Erhaltung Historisch gewachsener Kulturlandschaften zu den Grundsätzen der Raumordnung (§ 2 Absatz 2 Nummer 5 ROG). Landschaftsschutzgebiete (LSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen nach § 26 Abs. 1 BNatSchG "ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist, wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung." Die artenschutzrechtlichen Kriterien wurden für die Neufassung des Regionalplan Wind schon erheblich zu Gunsten der Windkraft herunter gebrochen, lassen sie Flora und Fauna wenigstens in den LSG’s geschützt. Es müssen auch Räume der Ruhe und Erholung für Natur, Mensch und Landschaft in Schleswig-Holstein erhalten werden und frei bleiben von technischen Großinstallationen. Erhalten Sie einzigartige Kulturlandschaften zum Schutz von Natur, Klima und Biodiversität, lassen Sie den Wäldern ihren Raum, auch angesichts des bereits vom Kreis Dithmarschen geleisteten überdurchschnittlichen Flächenbeitrags zur Windenergienutzung. Meine Forderung, **weisen Sie bei der Neuaufstellung Regionalplan Wind, die Landschaftsschutzgebiete wieder als Tabuflächen für Windkraft aus!** **Mit freundlichen Grüßen,**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Institution: Amt Burg-St. Michaelisdonn, Keine Abteilung ID: 1598	Südlich der L139 befindet sich die Kiesgrube der Fa. Lucht schon in einer erheblich größeren Dimension wie in den Karten dargestellt. Für die Rohstoffsicherung hält die Gemeinde Kuden den südlichen Teil der L139 als vorrangig wichtig. Für eine Nutzung im Moorgebiet werden die technischen und physikalischen Rahmbedingungen nicht gegeben sein. Weiterhin muss die besondere „Kliffkante“ aus dem Landschaftsschutzgebiet berücksichtigt werden, welche als Tabuzone für Windkraft gelten sollte. Der besondere Schutzzweck für die „Zone Kliffkante“ ist der Erhalt und der Schutz des für diesen Naturraum typischen Reliefs im Umgebungsbereich der besonders charakteristischen bereits geschützten Kliffkante. In den Gemeinden Buchholz und Kuden gibt es bereits die Bestrebungen der Ausweisung von Windflächen im nördlichen Teil der L139. Über die Gemeindeöffnungsklausel sollten hier Windkraftanlagen enstehen. Mittlerweile sind die Flächen bereits im Entwurf des LEP mit eingebunden. Eine Ausweisung in diesem Bereich wirkt sich auf die Vorgaben des Bundes positiv aus.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1596	Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeindevertretung der Gemeinde Kükels, Kreis Segeberg, hat sich in ihrer Sitzung am 05.09.2024 mit dem Thema der Windenergie befasst und befürwortet mehrheitlich die Errichtung eines **Bürger**windparks. Ich bitte um Kenntnisnahme und ggfs. weitere Veranlassung. Mit freundlichem Gruß [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1594	Als Bürger möchte ich einen Beitrag zur CO2 Reduzierung beitragen. Eine Versiegelung mit PV-Freiflächen sehe ich kritisch. Täglich werden schon aus anderen Gründen Flächen versiegelt. Die der Landwirtschaft verloren gehen. Windenergie liefert auch im	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Winter ausreichend Strom, um den Energiebedarf zu decken. Der Flächenverbrauch ist bei der Windenergie wesentlich geringer. Erzeugte Leistung pro verbrauchter Fläche. Die Akzeptanz der lokalen Bevölkerung durch Bürgerwindparks fördern, damit alle an der Klimawende teilhaben können. Die Einnahmemöglichkeiten der Kommunen in strukturarmen Regionen zu fördern. Geeignete Flächen nicht künstlich durch überzogene Auflagen zu reduzieren, wie zum Beispiel Denkmalschutz, Landschaftsschutzgebiete, benachbarte FFH-Gebiete, Natura 2000-Gebiete. Vorhandene Infrastruktur nutzen. Umspannwerke, Hochspannungsleitungen.	Ziffern 1.8 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1593	Wir haben nicht ohne Grund ein Naturschutzgebiet in Westensee. Dort sollten keine Bauarbeiten stattfinden, die nicht notwendig sind. Es gibt sicherlich genug Plätze, an denen man Windkraft ausbauen kann und sollte. Der Naturpark Westensee gehört nicht dazu.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.17.1, 3.18.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung ID: M2467	**Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie)** Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB; Abstimmung der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB Ihr Schreiben vom 13.06.2024 Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Beteiligung im Rahmen der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Windenergie. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zu den aufgeführten Unterlagen keine grundsätzlichen Bedenken, möchte jedoch auf folgende Punkte aufmerksam machen: Die FHH begrüßt, dass bei der Festlegung von Windenergiegebieten darauf geachtet werden soll, dass Ballungsräume ausgespart werden, um spätere luftverkehrstechnische Konflikte zu vermeiden. Dies sollte auch in den späteren Phasen der konkreten Festlegung von Flächen sämtliche relevanten Belange angemessen berücksichtigt werden. Unter Hinzuziehung der Karte „Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024) weisen wir jedoch auf drei Potentialflächen hin. Einmal liegen im Dreieck zwischen Norderstedt, Quickborn und Rellingen zwei größere Potentialflächen. Besonders die süd-östliche	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie führt nicht zu einer Änderung des Planentwurfs. Belange der Flugsicherheit werden durch Ziele und Grundsätze der Raumordnung berücksichtigt. Insofern wird diesem Aspekt hinreichend Rechnung getragen. Die vorgetragenen Hinweise zu Potenzialflächen sind auf Ebene der Regionalplanung zu bewerten. Daher sollten diese Aspekte in das entsprechende Beteiligungsverfahren zum Regionalplan für den Planungsraum III, Sachthema Windenergie an Land, eingebracht werden. Bezüglich der Hinweise zu den Binnenwasserstraßen bleibt festzuhalten, dass die Raumordnung Flächen für die Windenergienutzung sichert. Einfluss auf Auswirkungen durch die Errichtung bzw. Wartung von Windenergieanlagen sind dem Zuständigkeitsbereich der Raumordnung entzogen. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass die genannten Auswirkungen nur kurzfristige Einschränkungen der Nutzbarkeit von Binnenwasserstraßen nach sich ziehen würden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dieser Flächen (entlang der A7) befindet sich sehr nah am Flughafen Hamburg. Über die Piste 15/33 in Richtung Norderstedt wird ein großer Teil der Flugbewegungen, gerade auch bei Nacht, abgewickelt. Dabei befinden sich sowohl startende, als auch landende Flugzeuge für längere Zeit in einer verhältnismäßig geringen Flughöhe. Auch kann es in dem Gebiet zu Warteschleifen kommen. Ein massiver Ausbau der Bereiche mit modernen Windenergieanlagen könnte mit Sicherheitsbelangen des Flugbetriebs in Konflikt geraten, wenn Hindernisfreiflächen durchdrungen werden. Wir bitten darum, diese Flächen nicht primär zu verfolgen und zu notieren, dass hier Belange der Luftverkehrssicherheit zu berücksichtigen sind. Eine weitere Fläche liegt zwischen Havighorst und Reinbek. Nicht weit von dieser Fläche entfernt befindet sich das Segelfluggelände Boberg. Segelflugzeuge bewegen sich – anders als motorgetriebene Flugzeuge – in einer eher niedrigen Höhe und sind vollständig von Wind und Thermik abhängig. Ein Windpark in der Nähe des Segelfluggeländes wäre sowohl aus Hindernissicht, als auch ggf. mit Blick auf Luftverwirbelungen gefährlich. Es wäre vorzuziehen, wenn die Fläche nicht weiterverfolgt würde. Ferner bitten wir darum, dass die Sicherstellung der störungsfreien Abläufe auf den Binnenwasserstraßen bei der Planung weiterhin bedacht werden. Binnenschifffahrt kann von der Windenergieplanung in Schleswig-Holstein betroffen sein, etwa wenn es bei der Errichtung oder Wartung zu Behinderungen oder Sperrungen von Binnenwasserstraßen käme. Dies wäre für die Logistik von Hamburger Unternehmen relevant. Wir bitten darum, sicherzustellen, dass diese Aspekte bei der Planung berücksichtigt werden und – falls dies nicht ohnehin schon geschehen ist – dafür Sorge zu tragen, dass derartige Einschränkungen bei der Realisierung von Standorten vermieden werden. Mit freundlichen Grüßen Gez. [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1592	Vor gut 20 Jahren sind wir bewusst wegen der herrlichen Natur nach Westensee gezogen. Wir lehnen daher die Einbeziehung der gesamten Region in die Bebauungsplanung ab.[redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1590	Die aktuelle Windkraftplanung des Landes überschreitet den maßvollen Umgang mit unserem Lebensraum, unserer Natur und Landschaft in Schleswig-Holstein in inakzeptabler Weise. Vor dem Hintergrund vorhandener und effizienterer regenerativer	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.4, 1.1, 3.16, 3.17, 4.5, 5.9, 5.10, 4.20, 4.1, 7.3.7, 7.2.7,

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Energiealternativen und einer schon 2020 schwer umsetzbaren Windkraftplanung auf „nur“ 2% der Landesfläche ist der weitere Windkraftzubau an Land auf zwei Punkte zu beschränken: 1. das Repowering auf bestehenden Flächen 2. die Neuerstellung auf konfliktfreien Flächen. Konfliktfrei in diesem Sinne sind Flächen ohne Einschränkung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung, sprich ohne Existenz harter Tabu- und Abwägungskriterien auf den Potenzialflächen. Hierunter sind insbesondere naturschutzrechtliche Aspekte wie Landschaftsschutzgebiete, regionaler Grünzug, geschützte Talräume/Wasserrecht, Biotopverbundsystem, Geotop, Kompensationsflächen, Kleinstbiotope, Großvogelvorkommen (Milan, Seeadler, …) abzuwägen. Insbesondere bei Doppel- und Mehrfachüberschneidungen dieser Kriterien auf Potenzialflächen sind diese von Windkraft freizuhalten. Viele Kommunen haben mit ihren Landschaftsschutzgebieten ein wichtiges Element zum Freiraumschutz etabliert. Ich erwarte, dass das Land dies respektiert. Windkraftzulassungskriterien wie z.B. Mindestabstände bei bedrohten Vogelarten müssen auf einer wissenschaftlich fundierten Grundlage wie dem „Neuen Helgoländer Papier“ der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW) basieren, das den neuesten Forschungsstand zur Gefährdung von Vögeln durch Windkraftanlagen berücksichtigt. Windkraftprojekte sind in der Umgebung anderer baulicher Großprojekte wie z.B. geplanter Neubausiedlungen, Autobahnausbau, Umspannwerke, etc. unzulässig, insbesondere in verdichteten Räumen. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass eine ausgewogene Siedlungspolitik in diesen Gebieten - ohne in Konkurrenz zur Energiegewinnung zu stehen - möglich bleiben muss. Es ist ein variabler Mindestabstand für neue Windkraftanlagen zu Gemeinden und Städten proportional zur Höhe installierter Windräder einzuführen. Die Formel dazu: Höhe der WKAs/150 x 1000m in Anlehnung an den vom Land 2020 festgelegten Mindestabstand von 1.000m bei 150m hohen WKA. Zu guter Letzt mahne ich die staatliche Fürsorgepflicht gegen Havarie-Risiken von WKAs ein, deren Folgen im Brand- oder Zerstörungsfall höherer WKAs mehr Distanz zu menschlichen Ansiedlungen zwingend erfordern - dies vor dem Hintergrund, dass in den letzten Jahren in Deutschland über 420 Unfälle privat dokumentiert wurden. Mit dem Bund ist ggf. über eine alternative regenerative Vorgehensweise zu verhandeln. Es	7.3.9 und 7.2.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	bieten sich die Windkraft auf See, Photovoltaik inkl. Agri-PV sowie innereuropäische kommunale Energiepartnerschaften im Rahmen eines EU-Supernetzes an. Entscheidend ist die verträgliche Erreichung der gesteckten erneuerbaren Energieziel. Insgesamt fühle ich mich schlecht informiert!	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1589	DIESE Windkrafttechnologie ist in Wirklichkeit ein ökologisches Desaster. Allein der Betonsockel verbraucht bei der Herstellung des Zements mehr CO2, als durch die Abgasfreie Erzeugung von Strom gegenüber Kohlekraft jemals eingespart werden kann. Die fehlende Wiederverwendbarkeit, die zu geringe Haltbarkeit, die ökologisch kritischen Kühlmittel,.... die Liste ist endlos. Weiterhin ist die Schleswig-Holsteinische Landschaft ohnehin schon derartig verspargelt, daß der Erholungswert und Tourismuswert deutlich reduziert ist. Daß DIESE Form der Energiewende funkitonieren würde ist Augenwischerei. Nicht mal eine zuverlässige Grundlast im Stromnetz kann über diese Technologie erreicht werden. Es geht wieder mal nur um die Wirtschaftsinteressen Einzelner zu Lasten von Mutter Erde und allen Lebewesen darauf. Es gibt keine Pflanzen oder Tiere, geschweige denn Menschen, die von diesen Windmühlen profitieren könnten. Kurz: ich bin komplett gegen jeglichen weiteren Ausbau von Windkraft und Solar. Raumenergie / Tesla-Türme / kalte Fusion sind Technologien, die z.T. seit Jahrzehnten zur Verfügung stehen, aber von den Lobbys verhindert wurden. Da liegen deutlich bessere Lösungen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1, 7.2.12, 3.15, 7.2.5 und 7.2.10 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1588	Ein Ausbauziel von 15 Gigawatt soll bis 2030 erreicht werden. 3241 Windkraftanlagen (WKA) stehen onshore in S-H, sie produzieren 8,5 Gigawatt. Von diesen WKA sind die meisten 150m hoch, Nennleistung 2000 kW. Alle neu-genehmigten WKA werden mindestens 200m hoch sein, Nennleistung 5500 kW. Würden alle vorhandenen WKA repowert werden, dann bräuchte S-H keine neuen WKA und keine neuen Flächen. Da auf jeder Windeignungsfläche nun repowert werden darf, wird es ohnedies über kurz oder lang so kommen. Der Ausbau von PV-FFA oder sonstiger EE wird im Kontext des Klimaschutzzieles von SH nicht berücksichtigt, das ist unverhältnismäßig. Zur Zeit sind es 7,2% der Fläche, die in Windvorrangflächen umgewandelt werden	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 1.1, zudem auf Ziffern 7.2.2, 7.2.1, 7.2.12, 4.7, 2.3, 2.5, 6.1, 7.2.11 und 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sollen. Das Land selbst behält sich 3 % als Beitrag zuzüglich der vom Grünen Bundeswirtschaftsminister Habeck geforderten Flächenausweisung vor, während darüber hinaus bis zu 6 % der Landesfläche den Gemeinden zwecks möglicher Zielabweichungsverfahren bis zum Jahr 2027 offenstehen soll. Damit werden die Flächenforderungen bis 2030 aus der Bundesgesetzgebung um das Dreifache übertroffen. Das Land S-H setzt ohne Wenn und Aber WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land) um. Es liegt im überragenden Interesse, es steht anscheinend über Allem. Das Interesse von Mensch und Natur wird hier mit den Füßen getreten. Die Potentialflächenkarte ist menschenverachtend! Es müssen Räume der Ruhe und Erholung für Natur, Mensch und Landschaft in S-H erhalten bleiben und frei bleiben von technischen Großinstallationen. Erhalten Sie einzigartige Kulturlandschaften, dazu gehören auch die kleinteiligen Knicklandschaften, zum Schutz von Natur, Klima und Biodiversität. Und lassen Sie den Wäldern ihren Raum. Nein, pflanzen sie sogar neue Bäume und Wälder! Das ist Klimaschutz. Die Vorbelastung findet keine Berücksichtigung im neuen Regionalplanentwurf. Die Abstände zur Wohnbebauung werden einfach weiter verringert. Ich bin Anwohnerin an dem neuen Vorranggebiet östlich der [redacted],, südwestlich von Averlak. Dies Gebiet eignet sich auch wunderbar als Ausgleichsfläche für noch zu bauende PV Anlagen. Auf der Fläche brüten seltene Wiesenvögel und die Zugvögel ruhen sich dort aus. Die Störche brüten hier seit Jahren und ziehen ihre Jungen groß. Die Vögel könnten getötet werden. Wir haben hier jede Menge Fledermäuse und Eulen! Das Gras der Flächen ist Nahrung für unsere Rinder und Pferde. Wovon sollen wir die Tiere ernähren, wenn alles zu gebaut wird?! Außerdem wurden hier 2016 archäologische Funde entdeckt, darum wurde das Gebiet schon zu der Zeit heraus genommen. 400 m Abstand sind viel zu wenig. Wir haben hier im Haus Schattenschlag von den Wind to Gas-Anlagen, die 2 km entfernt stehen. Wenn die neuen Anlagen höher sind und noch so viel dichter dran stehen, wird das Leben hier unerträglich. Und die Häuser	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	sind nicht mehr verkäuflich. Unsere Altersversorgung ist nichts mehr wert. Die Stadt Brunsbüttel hat sich bereits gegen das Gebiet - bzw die Bebauung durch WKA - entschlossen. Dafür sind wir Anwohner sehr dankbar. Bitte schließen sie sich der Entscheidung an. Vielen Dank [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1587	Sehr geehrte Damen und Herren, Durch das Wiesenvogel-Brutgebiet in der Mieleniederung verlaufen derzeit zwei Planungen von Hochspannungsgleichstromkabeltrassen "NordOstLink" zwischen Heide und Rogahn und der "Korridor B" zwischen Heide und Hamm. Das Leitungsbauvorhaben "NordOstLink" befindet sich bereits im Planfeststellungsverfahren. In den veröffentlichten Unterlagen finden sich auch Dokumente zur Raum- und Umweltverträglichkeit, die jedoch in keiner Weise auf das zu querende "Wiesenvogelbrutgebiet" eingehen. Die konkrete Abgrenzung des Wiesenvogel-Brutgebietes ist nicht nachvollziehbar. Beispielweise gehört das Rüsdorfer Moor naturräumlich ebenfalls zur Mieleniederung und weist einen mindestens genau so großen Bestand an Wiesenvögeln auf, wird jedoch nicht als Wiesenvogel-Brutgebiet festgesetzt. - Die verwendete Flächenkulisse der Wiesenvogel-Brutgebiete weicht an vielen Stellen erheblich von der im "Wiesenvogelerlass" vom 25.03.2019 veröffentlichten Flächenkulisse ab, wie zum Beispiel auf Eiderstedt. Bitte berücksichtigen Sie die Punkte MFG [redacted]	Stn. MEKUN abwarten Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.18, 4.19 der allgemeinen Synopse verwiesen, wozu ergänzend ausgeführt wird: Die Wiesenvogelkulisse wird in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erfassungsdaten angepasst, sodass Flächen herausfallen und neue Flächen aufgenommen werden können. Hierdurch ist es zu Anpassungen gegenüber der im Wiesenvogelerlass 2019 veröffentlichten Kulisse gekommen. Die Mieleniederung erfüllt auch weiterhin die Kriterien zur Ausweisung als Brutgebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten. Die Planfeststellungsunterlagen der hier beschriebenen Vorhaben zum Leitungsnetzausbau sind nicht Bestandteil des ausgelegten Entwurfes „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024“ und finden somit keine Beachtung in der Raumordnung für Windenergie. Im Übrigen gehen von Stromleitungen geringere Scheuchwirkungen aus als von WEA mit sich drehenden Rotoren.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1586	Kapitel 9 des Umweltberichtes: In der Umweltprüfung des Regionalplanes für den Amtsbereich Achterwehr mit den Gemeinden Bredenbek, Krummwisch, Felde, Westensee, Quarnbek, Achterwehr, Ottendorf, sowie Melsdorf wäre zu prüfen, ob dem gesamten Amtsbereich nicht der Vorrang zur Entwicklung des Schutzes des Menschen, sowie der menschlichen Gesundheit, dem Gebiets- und Artenschutz, sowie der Erholung und des Tourismus mit einer Erweiterung des Naturparkes Westensee, sowie Hüttener Berge bzw. einem Zusammenschluss der zwei Naturparke und der weiteren Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten, ggf. noch FFH-Gebieten, sowie gesetzlich zu schützenden Biotopen, als aber auch gesetzlich zu schützenden Kulturdenkmälern und einer ökologischen/extensiven Land-/Forst- und Pferdewirtschaft mit ggf. einer Erweiterung der Forstflächen vor der Ausweisung weiterer Vorrangflächen aus den bisherige Potenzialflächen im LEP von Juni 2024 gewährt wird. Ein starkes Argument das dafür spricht ist, dass durch das gesamte Gebiet mit seiner direkten Lage am Nord-Ostsee-Kanal, sowie dem FFH-Gebiet „Obere Eider incl. Seen“ und dem sich darin befindlichen EU - VSG, einschließlich dem NSG „Ahrensee und nordöstlicher Westensee“ (und in dem Naturpark Hüttener Berge das FFH-Gebiet „Wälder der Hüttener Berge“) eine der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges (Nord-Ostsee-Kanal mit Umgebungsbereichen) befindet, der auch Auswirkungen auf die umliegenden Gemeinden, wie z.B. der Gemeinde Bredenbek mit insgesamt 130 gesichteten Vogelarten (2020-2023) hat. Falls dazu weitere Informationen im Rahmen des Umweltprüfungsverfahren für den Regional- und Bauleitplan notwendig sind, dann besteht die Möglichkeit einer Kontaktaufnahme zu meiner Person (email Adresse), falls bis dahin noch keine wissenschaftliche Publikation zu dem Thema in einer international anerkannten wissenschaftlichen Fachzeitschrift im Open Access Format mit Kontaktdaten erschienen ist. Darüber hinaus befinden sich am Westensee, den Hüttener Berge, sowie dem Nord-Ostsee-Kanal Kernbereiche des Tourismus und/oder der Erholung, sowie in dem Amtsbereich Achterwehr regionale Grünzüge, Seeadler-/Rotmilan-/Weisstorchhorste, Schwerpunktbereiche und wichtige Kernbereiche des Biotopverbundsystems, Geotoppotenzialflächen, sowie diverse gesetzlich geschützte Kulturdenkmäler, aber auch NSG, Landschaftsschutzgebiete, sowie gesetzlich geschützte Biotope. Im alten Ölbunker in Jägerlust/Felde befindet sich ein Winterquartier für Fledermäuse. Darüber hinaus grenzt das Gebiet direkt an die Stadt Kiel und ist damit	In der Stellungnahme wird die Ausweisung von Vorranggebieten im Amtsbereich Achterwehr grundsätzlich kritisiert. Es werden zahleiche Argumente aufgeführt, die aus Sicht des Einwenders / der Einwenderin gegen die Ausweisung von Vorranggebieten in diesem Bereich sprechen. Die aufgeführten Kriterien sind allesamt Gegenstand des Prüf- und Auswahlprozesses bei der Flächenfindung. Diese erfolgt aber erst auf Ebene der Regionalplanung. Ergänzend wird auf Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zum Thema Bürgerbefragung / Bürgerwille wird auf Ziffer 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	das primäre Erholungsgebiet für das Oberzentrum. Das alles sind Kriterien, die eher für einen Schwerpunktbereich Mensch, menschliche Gesundheit, Gebiets- und Artenschutz, sowie Erholung und/oder Tourismus, als für einen Schwerpunkt in der Erzeugung von Windenergie sprechen. Im Einzelfall, was dann ja im Rahmen der Bauleitpläne noch einmal zu prüfen ist, liegen die in dem LEP von Juni 2024 bereits als Potenzialflächen ausgewiesenen Flächen im Fall der Gemeinde Bredenbek zu nah an einem größeren Waldstück, sowie Einzelhäusern (Brandgefahr im Fall eines Unfalles, wenn der Abstand nicht mind. 1,5 km beträgt) und auf Ackerflächen, die als Nahrungs-/Durchzugs-/Rast-/Brutflächen von Kranich, Limikolen, Gänse, Rotmilan, Seeadler, Kiebitz und ggf. noch Weißstorch in Frage kommen. Die zweite Potenzialfläche grenzt an den Ölbunker in Jägerslust, einem Winterquartier für Fledermäuse. Für eine weitere Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen des LEP, des Regionalplanes, sowie der Bauleitpläne wäre es effektiver eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe mit der Erstellung einer repräsentativen Umfrage unter den Bürgern des Landes SH, der einzelnen Amtsbereiche, sowie Gemeinden zu dem Thema zu beauftragen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1583	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, Im o.g. Beteiligungsverfahren nehme ich wie folgt Stellung: Bereits 2016 haben sich die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden Hürup und Ausacker mit der Planung für Windenergie auseinandergesetzt. Insbesondere die Fläche PR1 SLF 083 östlich von Hürup entlang der K90 stand damals im Fokus. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung beider Gemeinden lehnte 2016 den Bau von Windkraftanlagen auf dieser Fläche ab. Die zu erwartende Beeinträchtigung für Mensch, Tier und Natur wurde als zu groß erkannt. Als problematisch wurde weiter erkannt, dass die allgemeine Bevölkerung von der Stromerzeugung gar nicht unmittelbar profitiert hätte – durch einen günstigen Strompreis zum Beispiel. An dieser Sachlage hat sich bis 2024 nichts geändert. Die betroffenen Bürgerinnen und	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird insbesondere auf die Ziffern 1.4.1, 1.5, 2.5.1, 7.1.1, 7.1.3, 7.2.1, 7.2.9 und 7.2.10 der allgemeinen Synopse verwiesen. Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, dass Schleswig-Holstein gemäß bundesgesetzlicher Regelung verpflichtet ist, einen bestimmten Anteil der Landesfläche für die Windenergienutzung zu sichern. Damit stehen grundsätzlich weder das Planungsvorhaben noch der Flächenumfang zur Disposition.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bürger sind entsetzt darüber, dass die Fläche PR1 SLF 083 im aktuellen Planungsverfahren wieder auftaucht. Der demokratische Prozess, der damals zu der Entscheidung führte, wird einfach ignoriert. Für eine demokratisch legitimierte Volksvertretung und ihre ausführenden Behörden muss zwingend der Souverän maßgebend und handlungsleitend sein. So muss auch ein Vertrauensschutz gelten. Ich fordere Sie als Planungsbehörde daher auf, die oben bezeichnete Fläche aus der weiteren Planung erneut herauszunehmen. Im Übrigen verweise ich auf das aktuelle Gutachten des Planungsbüros [redacted] vom 23.07.2024, das im Auftrag des Amtes Hürup erneut erstellt wurde. Außerdem verweise ich auf die über 800 Unterschriften, die im Rahmen einer erneuten Bürgerinitiative gesammelt und Ihnen als Nachgang zur Stellungnahme des Amtes Hürup zugesandt wurden. Die aus meiner persönlichen Sicht wesentlichsten Kritikpunkte an der Potentialflächenplanung, bzw. der Planung eines forcierten Windenergieausbaus in SH, stelle ich hier zusammen: • Die Abstände der Potentialfläche zu der Wohnbebauung sind mit 400 m, bzw. 800/ 1000 m zu gering, um eine Beeinträchtigung und gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung auszuschließen. Im Verhältnis zur Größe der Referenzanlage und erst recht zu der zukünftig zu erwartenden Größe von Windkraftanlagen (365 m oder mehr?) kann man die festgelegten Abstände nur als lächerlich bezeichnen – sie haben aus meiner Sicht keine Schutzfunktion, die diese Bezeichnung verdienen würde. • Die Fläche liegt äußerst ungünstig in westlicher Richtung von Ausacker, bzw. in östlicher Richtung von Hürup. Der Schattenwurf würde bei tiefstehender Morgensonne den östlichen Ortsrand von Hürup erreichen, bei tiefstehender Abendsonne den westlichen Ortsrand von Ausacker, hier extrem betreffend die Häuser im Außenbereich. Es handelt sich bei diesen Häusern um eine fast durchgängige Bebauung der westlichen Ausfallstrasse von Ausacker. Die Bewohner nehmen diesen Strassenzug im Grunde als zum Kerndorf gehörig wahr und erwarten einen entsprechenden Abstand zu Windenergieflächen zu ihrem Schutz. Die Belastung durch Schallimmissionen, sowie durch mit dem Wind übertragene gesundheitsgefährdende Stoffe (Abrieb der Rotorblätter, Rauch bei einem möglichen Brand) wird aufgrund der überwiegend vorherrschenden Westwinde wird für Ausacker und der Ostwinde für Hürup zu	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einer Gefahrenquelle werden. • Was die Menschen erbittert, ist die Tatsache, dass die Allgemeinheit in SH die Windenergie subventionieren muss, auch die Überproduktion von Windstrom! Während alle betroffenen Menschen unter den Nachteilen leiden, geht der finanzielle Nutzen (auch bei einem sog. Bürgerwindpark) an wenige Investoren, die häufig nicht einmal im Wirkungsbereich des Windparks wohnen. Den wirklichen Nutzen streichen aber die Banken und Geldgeber ein, die an Krediten in Millionenhöhe verdienen, sowie die Industrien, die die Windräder bauen. Wer kann noch daran glauben, dass es um die Versorgung der Bevölkerung mit günstigem Strom geht? • Darüber hinaus geht es mir vor allem auch darum, den sozialen Frieden in den Gemeinden zu erhalten. Der soziale Frieden wird tiefgreifend gestört, wenn der Ausbau der Windenergie rücksichtslos gegen die Belange der Lebensqualität und der Gesundheit der Menschen durchgesetzt wird. Das ist genauso ungerecht wie die Absicht, mit einer gigantischen Überproduktion von Windstrom in Schleswig-Holstein die anderen Länder zu versorgen. Ob dieses Ansinnen überhaupt eines Tages technisch und wirtschaftlich umsetzbar sein wird, ist derzeit gar nicht absehbar. Was aber überdeutlich zu erkennen ist (www.agora-energiewende.de) – eine Versorgung mit Strom ausschließlich aus sog. erneuerbaren Energiequellen erscheint eher als irregeleitete Phantasie, denn als rationale Planung. • Ergänzend zu meiner Stellungnahme zu der Potentialfläche PR1 SLF 083 möchte ich noch einige Gedankenanstöße zum Thema Windenergie geben: In Schleswig – Holstein wird bereits ein Vielfaches des eigenen Strombedarfs mit Windrädern erzeugt - trotzdem will die (Landes-)Regierung viele weitere Flächen mit Windkraftanlagen zustellen lassen. Angeln und Schwansen werden dann so aussehen wie Nordfriesland und Dithmarschen heute schon. **Die Nordseeküste, wie sie einmal war, gibt es nicht mehr – jetzt ist die Küste ein riesiges Windkraftanlagen-Industriegebiet geworden. Viele Menschen leiden darunter, wer kann zieht weg.** Mir sind persönlich Menschen bekannt, die nach Angeln gezogen sind, um dem massiven störenden Einfluss von Windparks zu entgehen. Diese Menschen werden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	demselben Stress jetzt erneut ausgesetzt! Angeln ist ein dicht besiedelter Landstrich mit sehr vielen einzeln liegenden Gehöften und Wohnhäusern. Nicht zuletzt deshalb verteilen sich viele kleine potentielle Flächen für den Windkraftausbau über das ganze Land. Die auf der Karte scheinbar geringen Größen der Flächen bedeuten in der dreidimensionalen Realität, dass jedes Windrad mit 200 m Höhe und 150 m Rotorbreite in ganz Angeln zu sehen sein wird, so dass das ganze Land mit Windrädern überzogen sein wird. Der Lebensraum der Menschen wird dann nicht mehr eine Naturlandschaft sein, sondern eine Industriebrache voller Maschinen. Die riesigen Windkraftanlagen werden zum überwältigenden Störfaktor für Mensch und Natur. Alle umliegenden Dörfer werden beeinträchtigt sein. Die Lebensqualität wird massiv herabgesetzt und die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen werden durch permanent wirkende Störfaktoren beschädigt. *Ich habe durch eine breite Recherche versucht, auf die folgenden Fragen Antworten zu finden:* **Werden zusätzlich zu den bereits aufgestellten über 3000 Windkraftanlagen in SH wirklich weitere tausende gebraucht?** **Ist es überhaupt möglich, den Strombedarf vollständig aus erneuerbarer Energie (im Wesentlichen Wind und Sonne) zu decken?** **Machen noch mehr Windräder die Stromversorgung sicherer?** **Können nach den bereits abgeschalteten Kernkraftwerken auch die Kohle- und Gaskraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden?** Seit immer mehr Windräder in SH aufgestellt wurden, wird auch über den **Abtransport** überschüssigen Stroms, sowie über die notwendige **Speicherung** geredet. Die Transportwege stehen bis heute nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung. Es ist fraglich, ob der Bau neuer Leitungen in der erforderlichen Größenordnung überhaupt technisch, wirtschaftlich und faktisch durchführbar sein wird. Speichermöglichkeiten in der erforderlichen Größenordnung, um die Volatilität von Wind und Sonne zu kompensieren, existieren bis heute nicht und werden voraussichtlich auch nie existieren. **Daher ergibt sich die Frage: kann auch bei Dunkelflaute die Versorgung allein aus erneuerbaren Energien sichergestellt werden?** **Wurden bzw. werden die Folge-Gefahren, sowie die Folge-Kosten für Mensch und**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umwelt und Natur bei der Planung des Windenergie-Ausbaus berücksichtigt? Folge-Gefahren sind: **1.** der **Abrieb von den Rotorblättern** und infolgedessen die Verseuchung der Böden mit nicht abbaubaren Stoffen **2.** das in den Schaltanlagen verwendete Sicherheitsgas, **Schwefelhexafluorid**. Je mehr Anlagen aufgestellt werden, umso mehr davon gelangt unweigerlich in die Atmosphäre, denn eine absolute Dichtigkeit der Schaltanlagen kann es nicht geben, ganz abgesehen von menschlichen Fehlern und Havarien. Schwefelhexafluorid ist in der Atmosphäre ein echter Schadstoff, während CO^2 das Leben auf der Erde erst ermöglicht! Die unvermeidlichen Verluste von SF6 aus zigtausenden Windkraftanlagen könnten in der Atmosphäre so schädlich wirken, dass die behauptete Einsparung von CO^2 durch Windkraft in keinem Verhältnis dazu stünde, womit die scheinbare technische Lösung eines Problems (Strom aus Wind, um CO^2 zu reduzieren) sich als schlimmer erweisen könnte als das Problem selbst. **3.** Die **Havariegefahr** bei WKA wird bislang nicht berücksichtigt. Es gibt keine Regelung, wer bei Umweltverseuchung durch austretende Stoffe bei einer Havarie für die Schäden aufkommt. **4.** Ich konnte keine Klärung finden, welche Auswirkungen es auf **die Böden und das Grundwasser** hat, wenn Hunderttausende Tonnen Beton verteilt über das ganze Land in die Böden eingebracht werden. **5.** Ich konnte auch keine Klärung finden, wie eine umweltverträgliche und bezahlbare **Entsorgung des anfallenden Sondermülls** nach Abbau der WKA sichergestellt wird. Deutschland importiert ständig Strom aus dem Ausland (www.agora-energiewende.de). **Ist zu erwarten, dass Deutschland von den teuren Stromimporten durch mehr Windräder unabhängig werden kann?** **Ist die deutsche sogenannte Energiewende überhaupt wirtschaftlich vertretbar, bzw. der Bevölkerung zumutbar?** **Kann durch die inzwischen verabschiedeten gesetzlichen Maßnahmen ein menschlicher Einfluss auf die Wetterverhältnisse dergestalt ausgeübt werden,**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dass das Wetter den menschlichen Bedürfnissen besser entspricht? (Dies ist der Versuch einer Operationalisierung des inhaltslosen Begriffs „Klimaschutz“) **Hat diese Wetterbeeinflussung durch den Menschen dann auch einen positiven Einfluss auf die Tier- und Pflanzenwelt und auf die gesamte Natur?** **Die Antwort auf alle diese Fragen lautet nach meiner Erkenntnis in allen Fällen: NEIN !** Sie als Planungsbehörde sollten bitte bedenken, dass Nordfriesland und Dithmarschen schon extrem viele Windräder und große Windparkflächen haben. Vielleicht würde ein weiterer Ausbau dieser Flächen von der Bevölkerung akzeptiert werden? Auf jeden Fall muss es angesichts des Ausmaßes der Windkraftindustrialisierung in SH Rückzugsräume für die Menschen geben, die nicht unter Windrädern leben können, vergleichbar wie es Rückzugsräume für bedrohte Tierarten gibt. Das ist mein Vorschlag – die Landstriche an der Ostseeküste, vor allem Angeln, bis auf Weiteres vom Ausbau der Windenergie frei zu halten – bis sich erwiesen hat, ob die deutsche Energiewende zukunftsfähig, oder doch nur eine Illusion ist. Das ist mein dringender Appell an Sie als Planungsbehörde. Dokument: Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land Datei: Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema "Windenergie an Land" Text mit Bezug auf o.g. Dokument **Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (Windenergieflächenbedarfsgesetz - WindBG)** **§ 1 Ziel des Gesetzes** (1) Ziel dieses Gesetzes ist es, im Interesse des Klima- und Umweltschutzes die Transformation zu einer nachhaltigen und treibhausgasneutralen Stromversorgung, die vollständig auf erneuerbaren Energien beruht, durch den beschleunigten Ausbau der Windenergie an Land zu fördern. *Klimaschutz – ein nicht definierbarer Begriff – der Begriff Klima ist ein Konstrukt zur*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Beschreibung von unterschiedlichen Wetterverhältnissen auf der Erde. Was soll das sein, der Schutz eines Konstrukts zur Beschreibung von unterschiedlichen Wetterverhältnissen auf der Erde? Das Kunstwort Klimaschutz bietet keinerlei Begründung oder Erklärung für das o.g. Gesetz. Das Gleiche gilt für das Wort „treibhausgasneutral“, dem keine nachvollziehbaren, logischen Inhalte zugrunde liegen. *Die Transformation der Stromversorgung dahingehend, dass sie vollständig auf erneuerbaren Energien beruhen soll, ist eine Theorie, die alle täglich sich darstellenden Fakten der Stromversorgung ignoriert (www.agora-energiewende.de siehe agorameter) (siehe Daten zum Redispatch) (siehe www.netzampel.energy). Die Behauptung, dass diese Transformation durch den beschleunigten Ausbau der Windenergie an Land gefördert werden könnte, erscheint bei näherer Betrachtung schlichtweg als Unsinn.* **4.5.1 Windenergie an Land** **Grundsätze und Ziele der Raumordnung** **1 G Verfolgtes Planungsziel** mindestens drei Prozent der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie *Dies ist eine Setzung, die nicht mehr hinterfragt werden darf. Wenn es aber unter Aspekten des Schutzes von Mensch, Tier, Natur und Umwelt nicht sinnvoll ist, 3 % der Landesfläche für Windkraftanlagen zu verbrauchen, muss diese Setzung in Frage gestellt und ggf. revidiert werden.* Durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie soll zudem eine installierte Leistung von 15 Gigawatt bis 2030 ermöglicht werden. *Was bedeutet das? Die sog. Referenzanlage hat eine Nennleistung von etwa 5 Megawatt. Um 15 Gigawatt Nennleistung zu erreichen benötigt man also 3.000 Anlagen. SH hat derzeit bereits mehr als 3.000 Anlagen, die sukzessive durch Repowering auf die o.g. Nennleistung gebracht werden können. Wieso bedarf es noch eines beschleunigten weiteren Ausbaus?* Begründung: Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, perspektivisch 15 Gigawatt installierte Leistung durch Windenergie an Land bis 2030 zu erreichen. Damit soll die Grundlage für eine jährliche Energieerzeugung von 30 bis 35 Terawattstunden pro Jahr	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	bis 2030 sichergestellt werden *Rein rechnerisch könnten 3.000 WKA mit 5 MW Nennleistung pro Jahr 30 Terawattstunden Strom erzeugen, wenn sie 2000 Stunden im Jahr ihre volle Leistung bringen. Das ist aber ein bloßes Rechenexempel, das mit der tatsächlichen Stromversorgung nichts zu tun hat. Tatsächlich muss der Strom in dem Augenblick erzeugt werden, in dem er gebraucht wird. Da der Wind nicht gesteuert werden kann, besteht die wirkliche Notwendigkeit darin, steuerbaren Strom aus steuerbaren konventionellen Kraftwerken vorzuhalten. Der weitere Ausbau der Windenergie ist dafür definitiv keine Lösung. (Übrigens auch der Ausbau der PV nicht, denn Strom aus Sonne steht nun mal nur tagsüber zur Verfügung.)* **3 G Festlegung einer Referenzanlage** Der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen soll eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde gelegt werden. Begründung: dass die ausgewiesene Fläche für eine wirtschaftliche Windenergienutzung geeignet sein muss. dass die auf Landesebene gesetzlich festgelegten Energieerzeugungsziele (siehe B zu 1) erreicht werden können. *Hier steht offensichtlich ausschließlich das oben beschriebene Rechenexempel der Strommenge, die man gerne erzeugt haben möchte, dahinter – reine Theorie. Die Auswirkungen des Landschaftsverbrauchs, bzw. der Landschaftszerstörung und der Zerstörung des Lebensraums durch eine solche flächendeckende Industrialisierung werden ignoriert.* *Eine nachvollziehbare Begründung fehlt. Wo ist eine vollständige Kosten- Nutzen Analyse für diese Planungen? In die Kosten-Nutzen Analyse müssten auch Aufwände für Transformatorstationen und Leitungen einbezogen werden, sowie die Aspekte des Ressourcenverbrauchs für den Bau der WKA, der Giftigkeit und Umweltschädlichkeit der verbauten Materialien, der Havariegefahr und daraus resultierender Beschädigung der menschlichen Gesundheit und der Umwelt/ Natur, sowie die langfristige Auswirkung der Zerstörung der natürlichen Bodenschichtung/ Wasserflüsse im Boden durch die Masse*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	an Betonfundamenten. Nicht zuletzt wird Boden (natürliches Bodenleben) durch die notwendigen befestigten Zufahrtswege und Umgebungen der WKA zerstört. **4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen** In Regional- und Bauleitplänen dürfen keine Bestimmungen zur Höhe von raum–bedeutsamen WEA getroffen werden. Begründung: Das Verbot von Bestimmungen zur Höhe der WEA gilt sowohl für Festlegungen in Regionalplänen als auch für Darstellungen und Festsetzungen in Bauleitplänen und in gemeindlichen Satzungen. Es verbietet sowohl Bestimmungen zur Mindest- als auch zur Maximalhöhe von WEA. Ebenso unzulässig sind indirekte Höhenbe–stimmungen, die Mindestabstände zur Wohnbebauung abhängig von der Höhe der WEA enthalten. *Widerspruch: mit der Referenzanlage ist eine Mindesthöhe festgelegt worden!* *Um rechnerisch zu einer Bestimmung von Mindestabständen zu kommen, ist es zwingend, die Höhe der WKA zu berücksichtigen (vgl. Veenker Gutachten). Mindestabstände dienen dem Schutz, z.B. vor umherfliegenden Teilen etc. Die bereits absehbare Entwicklung neuer WKA führt dazu, dass bei gleichbleibenden Abständen die WKA immer höher / größer werden und damit der schädigende Einfluss z.B. auf Wohnbebauung oder Vogelflug den festgelegten Abstand schnell übersteigt.* *Hier werden ausnahmslos die Interessen der WKA Industrie und der Betreiber berücksichtigt. Die Interessen der Menschen, die diese neue, flächendeckende Industrialisierung ertragen müssen, werden vollkommen ignoriert; der Naturschutz mit Füßen getreten.* **2 Z 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe** Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind in einem Umgebungsbereich von 400 Metern um Einzelhäuser und Splittersiedlungen sowie innerhalb dieser im Außenbereich ausgeschlossen. Begründung: Die Inanspruchnahme des Außenbereichs ist auf außenbereichstypische Nutzungen wie Windenergienutzung und auf Freiraumschutz ausgelegt. Wohnnutzung und deren Schutzbedürftigkeit im Außenbereich ist demnach geringer zu bewerten. Der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umgebungsbereich von 400 Metern um Wohngebäude im Außenbereich zu den Windenergiegebieten sichert, dass auch im Außenbereich die Lärmrichtwerte in Anlehnung an die für Dorf- und Mischgebiete nach Nummer 6.1 Buchstabe d der TA Lärm von 60 dB(A) tagsüber und 45 dB(A) nachts für den Außenbereich eingehalten werden können. Moderne WEA verfügen über schalloptimierte Betriebsmodi, sodass erfahrungsgemäß die Einhaltung der nächtlichen Immissionsrichtwerte über die schalloptimierte Betriebsweise sichergestellt werden kann, gleichfalls auch ein wirtschaftlicher Betrieb der Anlagen möglich ist und die Windenergiegebiete zweckmäßig der Windenergienutzung zur Verfügung stehen. *Windenergienutzung ist – jedenfalls bisher – keine außenbereichstypische Nutzung. Vielmehr handelt es sich um einen schwerwiegenden Eingriff in den Lebensraum der Menschen, die im sog. Außenbereich wohnen. Aus der Tatsache, dass diese Menschen z.B. durch die Entwicklung der industriellen Landwirtschaft ohnehin schon in erheblichem Maße belastet sind durch Luftverschmutzung (Gülle, Staub), Lärm und Giftstoffe (Spritzmittel etc.), abzuleiten, dass sie nun in Bezug auf Windenergieanlagen weniger schutzbedürftig sind als Menschen, die im Innenbereich wohnen, das bedeutet eine Entwürdigung und Entrechtung.* *Hier muss zwingend ein wahrhaftiger Interessenausgleich zwischen Nutznießern und Geschädigten des Windenergieausbaus erfolgen, auch wenn dies dazu führt, dass der Abstand der WKA zu Wohnhäusern für alle gleich ausfällt und dies Konsequenzen für den gewünschten flächendeckenden Ausbau hat. Die Rechte der Menschen dürfen auf keinen Fall den Gewinninteressen Weniger geopfert werden, schon gar nicht, indem diese Gewinninteressen hinter der Erzählung von einer drohenden Klimakatastrophe, oder irgendeiner anderen angeblich drohenden Katastrophe, versteckt werden.*	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2778	Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes des Landes Schleswig-Holstein Hier zum Punkt 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung Die Berücksichtigung von Vogelzuggebieten bei der Planung von Windkraftanlagen stellt eine Herausforderung dar. Während der Schutz wandernder Vogelarten von entscheidender Bedeutung ist, erfordert die Energiewende eine effiziente Nutzung aller	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.16.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Landesregierung hat ein Interesse daran, Vorranggebie8te auszuweisen, auf denen WEA möglichst effizient und mit möglichst wenig Abschaltzeiten zu betreiben. Bereiche, in denen aus Artenschutzgründen umfangreich Abschaltzeiten zu erwarten sind, werden daher von vornherein auch aus Vorsorgegründen des Artenschutzes ausgeschlossen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	potenziellen Flächen, einschließlich solcher in sensiblen Zugkorridoren. Ein pauschaler Ausschluss dieser Flächen von der Windkraftnutzung, wie im aktuellen Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) vorgesehen, vernachlässigt die technologischen Möglichkeiten, die es heute gibt, um eine Balance zwischen Vogelschutz und erneuerbarer Energieerzeugung zu schaffen. Moderne Technologien zur Vermeidung von Vogelkollisionen haben sich in den letzten Jahren erheblich weiterentwickelt. Systeme, die auf Radar- und Kameratechnologie basieren, können herannahende Vögel frühzeitig erkennen und die Windkraftanlagen bei Annäherung rechtzeitig abschalten. Diese automatisierten Abschaltsysteme ermöglichen eine signifikante Reduzierung des Kollisionsrisikos und haben bereits in verschiedenen Projekten ihre Wirksamkeit bewiesen. Solche Technologien bieten eine praktikable Lösung, um den Betrieb von Windkraftanlagen in Vogelzuggebieten zu ermöglichen, ohne die wandernden Vogelarten zu gefährden. Ein weiterer Ansatz ist die Anpassung der Betriebszeiten der Windkraftanlagen in Phasen intensiven Vogelzugs. Der Vogelzug folgt in der Regel saisonalen Mustern, die gut erforscht und vorhersehbar sind. In kritischen Zeiträumen, in denen das Zugaufkommen besonders hoch ist, können Windkraftanlagen gezielt abgeschaltet werden. Diese gezielte Steuerung sorgt dafür, dass der Betrieb der Anlagen überwiegend außerhalb der gefährlichen Phasen stattfindet, was den Einfluss auf den Vogelzug erheblich verringert, ohne die Effizienz der Energieerzeugung zu stark zu beeinträchtigen. Zusätzlich sollten standortspezifische Monitoring-Programme etabliert werden, um die Flugrouten und Zugintensitäten der Vögel in betroffenen Gebieten genau zu erfassen. Solche Programme ermöglichen es, standortspezifische Lösungen zu entwickeln und gezielt auf die Besonderheiten der jeweiligen Vogelzugroute einzugehen. Das Monitoring kann darüberhinaus dazu beitragen, dynamische Betriebsstrategien zu verfeinern und sicherzustellen, dass Schutzmaßnahmen nur dann aktiviert werden, wenn sie wirklich notwendig sind. Unser Antrag: Statt sensiblen Vogelzuggebieten generell die Windkraftnutzung zu verwehren, sollten diese modernen Technologien und flexiblen Betriebsmodelle genutzt werden, um einen sinnvollen Kompromiss zwischen Naturschutz und Energieerzeugung zu finden. Der pauschale Ausschluss solcher Flächen gefährdet nicht nur den Fortschritt der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Energiewende, sondern verkennt auch die Möglichkeiten, die technische Innovationen bieten, um den Schutz der Vogelarten effektiv sicherzustellen. Die sorgfältige Integration dieser Maßnahmen in die Planungsprozesse ermöglicht es, wertvolle Flächen für die Windenergieerzeugung zu erhalten und gleichzeitig den hohen Anforderungen des Artenschutzes gerecht zu werden. Mit freundlichem Gruß [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1581	**Stellungnahme zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land** Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis zu 250 m haben einen immensen Einfluss auf das Landschaftsbild. Die Gemeinde Lutterbek ist, wie das gesamte Amt Probstei touristisch geprägt. Der Tourismus ist ein sehr bedeutender Wirtschaftsfaktor, das gilt insbesondere für alle Gemeinden, die nördlich der Bundesstraße 502 und in unmittelbarer Nähe zur Ostsee liegen. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen in diesem Bereich wird zu einem unvermeidlichen Zielkonflikt zwischen Tourismus und Windenergie führen. Touristen nutzen die vielen Spurplattenwege sowie unbefestigten Wege in der freien Landschaft als Rad- und Wanderwege. Die gute Fernsicht wird häufig als Fotomotiv genutzt. Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis 250 m haben eine so große Fernwirkung, dass sie noch aus vielen Kilometern deutlich erkennbar und somit negativ wahrnehmbar sind. Die freie Landschaft geht bei einem solchen Anblick der Windenergieanlagen völlig unter. Der Landesentwicklungsplan führt selbst aus, dass bei	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die Kapitel 2.2.1, 3.9, 3.17.1, 4.8.1, 4.20.1, 5.1.1, 6.1.1, 7.2.5, 7.2.6, 7.2.11, 7.2.12 und 7.3.1 bis 7.3.4 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Ausweisung von Windenergiegebieten die Erfordernisse der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung berücksichtigt werden **müssen.** Die Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek liegen gemäß dem Landesentwicklungsplan im Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung, es ist auch das landesplanerische Ziel, den Tourismus in diesen Gebieten zu fördern. Der Konflikt zwischen Windenergieanlagen und intensiver touristischer Nutzung kann so nah an der Ostsee nicht gelöst werden. Hier muss der Tourismus die Priorität haben, da ansonsten definitiv mitzurechnen ist, dass die Einnahmen aus dem Tourismus entfallen werden. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie wird der Abstand von der Windenergieanlage bis zur Siedlungsfläche auf 800 m festgeschrieben, die **tatsächliche** Höhe der Windenergieanlagen spielt dabei keine Rolle mehr. Die heutigen geplanten Windenergieanlagen haben Höhen von bis zu 250m - bestehende Anlagen weisen Höhen um die 72m auf-; wobei zurzeit sich in der Nachbargemeinde Brodersdorf drei Anlagen mit einer Höhe von jeweils 250 m in Planung befinden. Die Beeinträchtigungen, die von diesen Anlagen ausgehen, betreffen nicht nur die Wohngebäude, dessen Mindestabstand eingehalten wird, sondern auch die Wohngebäude, die in einem Abstand von weit über 800 m liegen. Bei den Beeinträchtigungen geht es nicht nur um Lärm, der von den Anlagen ausgeht, sondern auch um Schattenwurf (**250m Höhe =1700m Schattenwurf)**, den die Rotorblätter verursachen sowie vom Infraschall ganz zu schweigen und insbesondere auch um das Landschaftsbild in einer sehr attraktiven Naturlandschaft eines	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsschutzgebietes, das auch touristisch sehr stark genutzt wird. Windenergieanlagen in einer Höhe von 250 m führen in diesem Gebiet nicht nur zu den zuvor genannten Beeinträchtigungen, sie werden auch einen ganz erheblichen Wertverlust der Wohnbaugrundstücke nach sich ziehen. Diese Wertverluste treten nicht nur in den Randbereichen der Gemeinde mit den geringsten Abständen zu den Windenergieanlagen ein, sie werden sich über das gesamte Gemeindegebiet erstrecken, da die Windenergieanlagen mit 250 m Höhe eine sehr große Dominanz haben und somit von jedem Wohnbaugrundstück in Lutterbek erdrückend wahrgenommen werden. Allein aus Gründen der Lärmbelastung sowie der Belastung durch den Schattenwurf sollten Windenergieanlagen grundsätzlich einen Mindestabstand zu Wohnbauflächen von 1.000 m haben. Darüber hinaus sollte der Abstand um weitere 1.000 m erweitert werden, um die Wertverluste der Wohnbaugrundstücke in erträglichen Grenzen zu halten. Weiter soll gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land der Denkmalschutz bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. In der Gemeinde Laboe befindet sich das Marine-Ehrenmal mit seinem Turm und einer Höhe von 72 m Höhe. Das Marine-Ehrenmal ist eine Gedenkstätte für die auf den Meeren gebliebenen Seeleute aller Nationen und ein Mahnmal für eine friedliche Seefahrt auf freien Meeren. Das Marine-Ehrenmal ist weltweit bekannt, es prägt den Ort und die gesamte Umgebung und zieht Touristen aus der ganzen Welt an, es gilt als Wahrzeichen der Kieler Förde und steht unter Denkmalschutz. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen mit 200m bis 250 m Höhe lässt das Marine-Ehrenmal insbesondere mit Sicht von der B 502 völlig verblassen. Die Windenergieanlagen wären weit mehr als doppelt so hoch wie das Marine Ehrenmal, es würde nicht mehr wahrgenommen werden. Selbst von der Wasserseite aus würden die Windkraftanlagen gegenüber dem Marine-Ehrenmal dominieren, weil sie mehr als drei Mal so hoch sind, wie das Marine-Ehrenmal. Aus denkmalpflegerischer Sicht sollte das Marine-Ehrenmal einen Umgebungsschutz von mindestens 10 Km haben. Das Gebiet nördlich der Bundesstraße 502 sollte auch aus diesem Grunde frei von Windenergieanlagen bleiben. Nordwestlich der Gemeinde Lutterbek im Bereich der Hagener Au befindet sich ein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Seeadlerhorst. In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist hierzu ausgesagt, dass innerhalb der in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein dargestellten Dichtezentren für Seeadlervorkommen die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen ausgeschlossen ist. Der Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II weist im nördlichen Gemeindegebiet der Gemeinde Lutterbek ein Seeadlerdichtezentrum aus, der vorhandene Seeadlerhorst befindet sich jedoch im nordöstlichen Bereich der Gemeinde Brodersdorf und damit um ein paar Meter außerhalb des im Landschaftsrahmenplan dargestellten Seeadlerdichtezentrums. Hier sollte der Landschaftsrahmenplan an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst und das Gebiet entsprechend erweitert werden, um den Schutz von Seeadlern auch gewährleisten zu können. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes können dann auch keineWindkraftanlagen in dem Bereich nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek entstehen. In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist weiterhin aufgeführt, dass um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll. Bezogen auf den Seeadler sind hier 2.000 m aufgeführt. In der Abwägung kann jedoch geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist, wenn in dem Abstandsradius bereits raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet wurden. In der Gemeinde Laboe stehen zwei Windenergieanlagen mit einer Höhe von unter 100 m, eine Anlage hat eine Entfernung von ca. 1 Km zum Adlerhorst, die andere Anlage hat eine Entfernung von 1,5 Km zum Adlerhorst. Nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek wird ein Windpark mit drei Anlagen in einer Höhe von jeweils 250 m geplant. Der Seeadlerhorst befindet sich etwa 800 m von der ersten geplanten Windkraftanlage entfernt. Bei diesen Dimensionen mit drei Windkraftanlagen und einer Höhe von 250 m kann davon ausgegangen werden, dass eine unmittelbare Gefahr für den Seeadler besteht. Zum Schutz der Seeadler sollte der Radius um einen Seeadlerhorst grundsätzlich 2.000 m betragen, eine Prüfung und Abwägung sollte	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	innerhalb dieses Radius nicht möglich sein. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten berücksichtigt werden. Das Landschaftsschutzgebiet „Hagener Au von Probsteierhagen bis zur Einmündung in die Ostsee und Umgebung sowie die Ostseeküste zwischen Laboe und Stein“ verläuft nördlich der B 502 zwischen den Ortslagen Brodersdorf und Lutterbek bis zur Ostsee. Inmitten des Landschaftsschutzgebietes verläuft die Hagener Au mit den sehr schützenswerten Gewässerrandstreifen. Das Gebiet wird von vielen Tier- und besonders auch Vogelarten zur Nahrungssuche wie auch als Rastplatz genutzt. Das gilt im Besonderen während des allgemeinen Vogelzuges. Die Tierwelt würde schon durch den allgemeinen Betrieb der Windenergieanlagen empfindlich gestört, wenn Wartungsarbeiten oder der Austausch von Ersatzteilen erforderlich wird und die Wege wieder mit Schwerlastverkehr befahren werden müssen, ist die Störung für die Tierwelt um ein Vielfaches höher. Es handelt sich in diesem Landschaftsschutzgebiet um einen besonders hochwertigen Naturraum, der besonders geschützt und somit auch von Windenergieanlagen freigehalten werden sollte. Windenergieanlagen werden in Schleswig-Holstein immer häufiger abgeschaltet, weil der produzierte Strom nicht mehr vom Stromnetz aufgenommen werden kann. Bis die Infrastruktur ausgebaut und das Leitungsnetz ertüchtigt ist, wird es noch viele Jahre dauern. Windenergieanlagen sollten eigentlich erst dann gebaut werden, wenn es auch möglich ist, den produzierten Strom **dauerhaft** weiterzuleiten. Leider hat sich die Politik in diesem Fall offensichtlich anders entschieden und die **Betreiber der Windenergieanlagen bekommen den produzierten Strom entlohnt, auch wenn er gar nicht in das Netz eingespeist werden kann**. Das kostet den Stromabnehmer viele Milliarden Euro.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Neue Windenergieanlagen dürfen erst wieder zugelassen werden, wenn auch sichergestellt ist, dass der produzierte Strom in das Stromnetz eingeleitet werden kann. Dabei sollten Windenergieanlagen möglichst nahe an Umspannwerke oder bereits ertüchtigte Stromleitungen herangebaut werden. Die Verlegung neuer und zusätzlicher Erdkabel ist nicht nur sehr kostenintensiv, sondern auch von den Bodenverhältnissen her naturschutzfachlich äußerst problematisch. Auch aus diesem Grund sollten nördlich der B 502 keine Windenergieanlagen geplant und gebaut werden. Ein weiteres Problem für Windenergieanlagen nördlich der B 502, nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek ist die bauliche Infrastruktur. Die Spurplattenwege sowie die unbefestigten Wege, die genutzt werden müssen, um Windenergieanlagen überhaupt bauen zu können, sind für den Schwerlastverkehr nicht ausgelegt. Sie müssten also ausgebaut werden, was zu einer weiteren nicht gewollten Versiegelung im Außenbereich und hier sogar im Landschaftsschutzgebiet führt. Ein Rückbau dieser Wegeflächen kann erst nach Ablauf der Gesamtlaufzeit der Windenergieanlagen erfolgen, weil aus Wartungsgründen und für den Ersatzteilaustausch immer wieder Schwerlastverkehr auf diesen Wegen erfolgen muss. Auch aus diesem Grunde sollten nördlich der B 502 keine Windenergieanlagen zugelassen werden. Weiterhin ist im Bereich Brodersdorf/Lutterbek die Einflugschneise des Flughafens Holtenau. Als Anwohner in diesem Bereich erscheint es mehr als fraglich die geplanten Windenergieanlagen mit einer Höhe von 250m dort zu erreichten. Es ist zu beobachten, das Flugzeuge in der geplanten Standortfläche in geringer Höhe den Flughafen anfliegen. Die von den Windenergieanlagen in der Dunkelheit betriebene ständige der Sicherheit dienende Flugbefeuerung weithin sichtbar machen und die Anwohner nur abgedunkelt schlafen können ist ein weiterer Aspekt, welcher für die betroffenen Anwohner mit bewertet werden musss.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	In der Hoffnung auf Berücksichtigung der Punkte meiner Stellungnahme MfG Dipl.-Ing. [redacted] bauaufsichtlich anerkannter Sachverständiger	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1580	**Stellungnahme zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land** Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis zu 250 m haben einen immensen Einfluss auf das Landschaftsbild. Die Gemeinde Lutterbek ist, wie das gesamte Amt Probstei touristisch geprägt. Der Tourismus ist ein sehr bedeutender Wirtschaftsfaktor, das gilt insbesondere für alle Gemeinden, die nördlich der Bundesstraße 502 und in unmittelbarer Nähe zur Ostsee liegen. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen in diesem Bereich wird zu einem unvermeidlichen Zielkonflikt zwischen Tourismus und Windenergie führen. Touristen nutzen die vielen Spurplattenwege sowie unbefestigten Wege in der freien Landschaft als Rad- und Wanderwege. Die gute Fernsicht wird häufig als Fotomotiv genutzt. Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis 250 m haben eine so große Fernwirkung, dass sie noch aus vielen Kilometern deutlich erkennbar und somit negativ wahrnehmbar sind. Die freie Landschaft geht bei einem solchen Anblick der Windenergieanlagen völlig unter. Der Landesentwicklungsplan führt selbst aus, dass bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Erfordernisse der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung berücksichtigt werden **müssen.** Die Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek liegen gemäß dem Landesentwicklungsplan im Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung, es ist auch das landesplanerische Ziel, den Tourismus in diesen Gebieten zu fördern. Der Konflikt zwischen Windenergieanlagen und intensiver touristischer Nutzung kann so nah an der Ostsee nicht gelöst werden. Hier muss der Tourismus die Priorität haben, da ansonsten definitiv mitzurechnen ist, dass die Einnahmen aus dem Tourismus entfallen werden. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie wird der Abstand von der Windenergieanlage bis zur Siedlungsfläche auf 800 m festgeschrieben, die **tatsächliche** Höhe der Windenergieanlagen spielt dabei keine	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Zu den vorgetragenen Aspekten wird auf die jeweiligen Ziffern der allgemeinen Synopse verwiesen: Tourismus und Landschaftsbild: 3.15.1, 7.2.12 Abstände zur Bebauung: 2.3.1 Lärm, Infraschall, Schattenwurf: 7.3.1 - 7.3.3 Wertverlust Immobilien: 7.2.11 Denkmalschutz: 6.1.1 Seeadlerdichtezentrum: 4.8.1 Umgebungsbereiche um Großvogelbrutplätze: 4.20.1 Landschaftsschutzgebiete: 3.17.1 Netzausbau, Abschaltregelungen: 7.2.5, 7.2.6 Weitere Aspekte beziehen sich auf die Bewertung konkreter Potenzialflächen. Diese Bewertung erfolgt erst auf Ebene der Regionalplanung. Insofern wird die Stellungnahme hierzu nur zur Kenntnis genommen. Die genannten Belange werden auf Regionalplanebene geprüft.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rolle mehr. Die heutigen geplanten Windenergieanlagen haben Höhen von bis zu 250m - bestehende Anlagen weisen Höhen um die 72m auf-; wobei zurzeit sich in der Nachbargemeinde Brodersdorf drei Anlagen mit einer Höhe von jeweils 250 m in Planung befinden. Die Beeinträchtigungen, die von diesen Anlagen ausgehen, betreffen nicht nur die Wohngebäude, dessen Mindestabstand eingehalten wird, sondern auch die Wohngebäude, die in einem Abstand von weit über 800 m liegen. Bei den Beeinträchtigungen geht es nicht nur um Lärm, der von den Anlagen ausgeht, sondern auch um Schattenwurf (**250m Höhe =1700m Schattenwurf)**, den die Rotorblätter verursachen sowie vom Infraschall ganz zu schweigen und insbesondere auch um das Landschaftsbild in einer sehr attraktiven Naturlandschaft eines Landschaftsschutzgebietes, das auch touristisch sehr stark genutzt wird. Windenergieanlagen in einer Höhe von 250 m führen in diesem Gebiet nicht nur zu den zuvor genannten Beeinträchtigungen, sie werden auch einen ganz erheblichen Wertverlust der Wohnbaugrundstücke nach sich ziehen. Diese Wertverluste treten nicht nur in den Randbereichen der Gemeinde mit den geringsten Abständen zu den Windenergieanlagen ein, sie werden sich über das gesamte Gemeindegebiet erstrecken, da die Windenergieanlagen mit 250 m Höhe eine sehr große Dominanz haben und somit von jedem Wohnbaugrundstück in Lutterbek erdrückend wahrgenommen werden. Allein aus Gründen der Lärmbelastung sowie der Belastung durch den Schattenwurf sollten Windenergieanlagen grundsätzlich einen Mindestabstand zu Wohnbauflächen von 1.000 m haben. Darüber hinaus sollte der Abstand um weitere 1.000 m erweitert werden, um die Wertverluste der Wohnbaugrundstücke in erträglichen Grenzen zu halten. Weiter soll gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land der Denkmalschutz bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. In der Gemeinde Laboe befindet sich das Marine-Ehrenmal mit seinem Turm und einer Höhe von 72 m Höhe. Das Marine-Ehrenmal ist eine Gedenkstätte für die auf den Meeren gebliebenen Seeleute aller Nationen und ein Mahnmal für eine friedliche Seefahrt auf freien Meeren. Das Marine-Ehrenmal ist weltweit bekannt, es prägt den Ort und die gesamte Umgebung und zieht Touristen aus der ganzen Welt an, es gilt als Wahrzeichen der Kieler Förde und steht unter Denkmalschutz. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen mit 200m bis 250 m Höhe lässt das Marine-Ehrenmal insbesondere mit Sicht von der B 502 völlig	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	verblassen. Die Windenergieanlagen wären weit mehr als doppelt so hoch wie das Marine Ehrenmal, es würde nicht mehr wahrgenommen werden. Selbst von der Wasserseite aus würden die Windkraftanlagen gegenüber dem Marine-Ehrenmal dominieren, weil sie mehr als drei Mal so hoch sind, wie das Marine-Ehrenmal. Aus denkmalpflegerischer Sicht sollte das Marine-Ehrenmal einen Umgebungsschutz von mindestens 10 Km haben. Das Gebiet nördlich der Bundesstraße 502 sollte auch aus diesem Grunde frei von Windenergieanlagen bleiben. Nordwestlich der Gemeinde Lutterbek im Bereich der Hagener Au befindet sich ein Seeadlerhorst. In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist hierzu ausgesagt, dass innerhalb der in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein dargestellten Dichtezentren für Seeadlervorkommen die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen ausgeschlossen ist. Der Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II weist im nördlichen Gemeindegebiet der Gemeinde Lutterbek ein Seeadlerdichtezentrum aus, der vorhandene Seeadlerhorst befindet sich jedoch im nordöstlichen Bereich der Gemeinde Brodersdorf und damit um ein paar Meter außerhalb des im Landschaftsrahmenplan dargestellten Seeadlerdichtezentrums. Hier sollte der Landschaftsrahmenplan an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst und das Gebiet entsprechend erweitert werden, um den Schutz von Seeadlern auch gewährleisten zu können. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes können dann auch keine Windkraftanlagen in dem Bereich nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek entstehen. In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist weiterhin aufgeführt, dass um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll. Bezogen auf den Seeadler sind hier 2.000 m aufgeführt. In der Abwägung kann jedoch geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist, wenn in dem Abstandsradius bereits raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet wurden. In der Gemeinde Laboe stehen zwei Windenergieanlagen mit einer Höhe von unter 100 m, eine Anlage hat eine Entfernung von ca. 1 Km zum Adlerhorst, die andere Anlage hat eine Entfernung von 1,5 Km zum Adlerhorst. Nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek wird ein Windpark mit	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	drei Anlagen in einer Höhe von jeweils 250 m geplant. Der Seeadlerhorst befindet sich etwa 800 m von der ersten geplanten Windkraftanlage entfernt. Bei diesen Dimensionen mit drei Windkraftanlagen und einer Höhe von 250 m kann davon ausgegangen werden, dass eine unmittelbare Gefahr für den Seeadler besteht. Zum Schutz der Seeadler sollte der Radius um einen Seeadlerhorst grundsätzlich 2.000 m betragen, eine Prüfung und Abwägung sollte innerhalb dieses Radius nicht möglich sein. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten berücksichtigt werden. Das Landschaftsschutzgebiet „Hagener Au von Probsteierhagen bis zur Einmündung in die Ostsee und Umgebung sowie die Ostseeküste zwischen Laboe und Stein“ verläuft nördlich der B 502 zwischen den Ortslagen Brodersdorf und Lutterbek bis zur Ostsee. Inmitten des Landschaftsschutzgebietes verläuft die Hagener Au mit den sehr schützenswerten Gewässerrandstreifen. Das Gebiet wird von vielen Tier- und besonders auch Vogelarten zur Nahrungssuche wie auch als Rastplatz genutzt. Das gilt im Besonderen während des allgemeinen Vogelzuges. Die Tierwelt würde schon durch den allgemeinen Betrieb der Windenergieanlagen empfindlich gestört, wenn Wartungsarbeiten oder der Austausch von Ersatzteilen erforderlich wird und die Wege wieder mit Schwerlastverkehr befahren werden müssen, ist die Störung für die Tierwelt um ein Vielfaches höher. Es handelt sich in diesem Landschaftsschutzgebiet um einen besonders hochwertigen Naturraum, der besonders geschützt und somit auch von Windenergieanlagen freigehalten werden sollte. Windenergieanlagen werden in Schleswig-Holstein immer häufiger abgeschaltet, weil der produzierte Strom nicht mehr vom Stromnetz aufgenommen werden kann. Bis die Infrastruktur ausgebaut und das Leitungsnetz ertüchtigt ist, wird es noch viele Jahre dauern. Windenergieanlagen sollten eigentlich erst dann gebaut werden, wenn es auch möglich ist, den produzierten Strom **dauerhaft** weiterzuleiten. Leider hat sich die Politik in diesem Fall offensichtlich anders entschieden und die **Betreiber der Windenergieanlagen bekommen den produzierten Strom entlohnt, auch wenn er gar nicht in das Netz eingespeist werden kann**. Das kostet den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stromabnehmer viele Milliarden Euro. Neue Windenergieanlagen dürfen erst wieder zugelassen werden, wenn auch sichergestellt ist, dass der produzierte Strom in das Stromnetz eingeleitet werden kann. Dabei sollten Windenergieanlagen möglichst nahe an Umspannwerke oder bereits ertüchtigte Stromleitungen herangebaut werden. Die Verlegung neuer und zusätzlicher Erdkabel ist nicht nur sehr kostenintensiv, sondern auch von den Bodenverhältnissen her naturschutzfachlich äußerst problematisch. Auch aus diesem Grund sollten nördlich der B 502 keine Windenergieanlagen geplant und gebaut werden. Ein weiteres Problem für Windenergieanlagen nördlich der B 502, nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek ist die bauliche Infrastruktur. Die Spurplattenwege sowie die unbefestigten Wege, die genutzt werden müssen, um Windenergieanlagen überhaupt bauen zu können, sind für den Schwerlastverkehr nicht ausgelegt. Sie müssten also ausgebaut werden, was zu einer weiteren nicht gewollten Versiegelung im Außenbereich und hier sogar im Landschaftsschutzgebiet führt. Ein Rückbau dieser Wegeflächen kann erst nach Ablauf der Gesamtlaufzeit der Windenergieanlagen erfolgen, weil aus Wartungsgründen und für den Ersatzteilaustausch immer wieder Schwerlastverkehr auf diesen Wegen erfolgen muss. Auch aus diesem Grunde sollten nördlich der B 502 keine Windenergieanlagen zugelassen werden. Weiterhin ist im Bereich Brodersdorf/Lutterbek die Einflugschneise des Flughafens Holtenau. Als Anwohner in diesem Bereich erscheint es mehr als fraglich die geplanten Windenergieanlagen mit einer Höhe von 250m dort zu erreichten. Es ist zu beobachten, das Flugzeuge in der geplanten Standortfläche in geringer Höhe den Flughafen anfliegen. Die von den Windenergieanlagen in der Dunkelheit betriebene ständige der Sicherheit dienende Flugbefeuerung weithin sichtbar machen und die Anwohner nur abgedunkelt schlafen können ist ein weiterer Aspekt, welcher für die betroffenen Anwohner mit bewertet werden musss. In der Hoffnung auf Berücksichtigung der Punkte meiner Stellungnahme MfG	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] bauaufsichtlich anerkannter Sachverständiger	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1579	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land sowie den dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich diebezgl. anführen: Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (z.B. Veenker, 2020). • Als Ziel und Grundsatz muss gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920m eingehalten wird. • Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel, nach einem Brandereignis mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. • Für o.g. Ereignisse müssen Haftung und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab festgelegt werden. • Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnende und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1 bis 2.5, 7.2.7, 7.2.9 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1578	**Stellungnahme gegen die geplanten Potentialflächen für Windkraftanlagen in der Gemeinde Fargau-Pratjau** Wir sind eine Familie mit vier Kindern und bewohnen seit 7 Jahren eine eigene Immobilie in der Gemeinde Fargau-Pratjau OT Sophienhof. Meine Frau und ich sind Angestellte und investieren ein Großteil unseres Einkommens in das gemeinsame Haus. In den letzten Jahren sind einige junge Familien nach Sophienhof in die Gemeinde Fargau - Pratjau gezogen und haben viel Mühe und Geld in die teilweise historischen Gebäude investiert und diese liebevoll restauriert. Die Einwohner haben sich bewusst für dieses Landleben in Ruhe und in der Natur entschieden. Wir mussten nun mit bedauern feststellen, dass der Ortsteil Sophienhof und Neu-Sophienhof von Potentialflächen für Windkraftanlagen umkreist ist. Diese Potentialflächen würden Platz für mehrere Windkraftanlagen, (ca. 5 – 9 Stck.) der neusten Generation bieten, die unfassbare 280 m hoch sind und nur 400 m vom Ort platziert würden, da Sophienhof als s.g. Splittersiedlung gilt. Dazu könnten die bereits vorh. Windkraftanlagen im nördlichen Ratjendorf auf eine Höhe von 280 m erhöht werden. Sophienhof wäre eingekesselt von riesigen permanent rotierenden Kraftwerken in 400 m Entfernung. Würden diese Potentialflächen freigegeben und somit der Bau von Windkraftanlagen erlaubt werden, hätte das katastrophale Auswirkungen auf die Gemeinde und deren Bewohner und nicht zuletzt der umliegenden Natur. Der Gemeinderat hat sich klar gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen ausgesprochen. Der Bau von WKA hätte die Verletzung von Nachbarschaftsrechten von 26 Familien nur im OT Sophienhof, wie Lärm, Schattenschlag und eine bedrängende Wirkung zu Folge. Dazu kämen die Familien aus dem Ortsteil Neu-Sophienhof und Legbank. Unsere Gemeinde wäre nahezu von allen Himmelsrichtungen von 280 m Anlagen umgeben, was diesen ruhigen Ort zu einem Mittelpunkt eines Industriegebietes macht. Da viele Anwohner ihr ganzes Geld in ihre Immobilie investiert haben, diese jedoch nach dem Bau der WKA Riesen nahezu unverkäuflich, da wertlos sind, werden ganze Familien finanziell ruiniert. Fargau- Pratjau gehört zum Naturrefugium Selenter See. Wir beobachten jeden Tag Seeadler, Rotmilane, Kraniche, Gänse und Fledermäuse direkt über den Dächern. Neu-	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1, zudem auf Ziffern 2.5, 1.5, 7.1.3, 7.2.11, 4.8, 3.15 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sophienhof und Sophienhof sollten demnach mit zum Seeadlerdichtezentrum gehören. Zudem müsste juristisch geprüft werden, ob Sophienhof überhaupt eine Splittersiedlung ist, da es sich vielmehr um eine typische Wohnsiedlung handelt und daher der Mindestabstand von 400 m auf 800 m erhöht werden müsste, da hier wie gesagt 26 Familien mit ca. 66 Einwohnern leben. Ich selbst bin in der Tourismusbranche vor Ort tätig und weiß um die Besonderheit unserer Region zwischen Ostsee und den großen Seen Selenter See. Unser Alleinstellungsmerkmal ist die schöne Landschaft mit den tollen Radwegen in der Natur und die Ruhe, deswegen kommen die Menschen aus ganz Deutschland zu uns. Die Einwohner unserer Gemeinde und des Kreises wurden nicht ausreichend über die Pläne zum Ausbau der WKA informiert und aus Gesprächen im Bekanntenkreis wird klar, dass kaum jemand eine 280 m hohe Windkraftanlage als Nachbarn haben möchte. Der Unmut ist jetzt bereits stark spürbar.Windkraftanlagen dürfen nicht um jeden Preis und nicht zu Lasten der Gesundheit von Mensch und Tier gebaut werden Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1577	Sehr geehrte Entscheider-innen Ich wohne zwar in Hamburg, aber in unmittelbarer Nähe zu Schleswig-Holstein. Seit einigen Jahren verbringe ich meine Urlaube in Dithmarschen und Nordfriesland. Ich bin jedesmal etwas mehr entsetzt, wieviel Windkraftanlagen hier entstanden sind. Jetzt soll auch noch in Landschutzgebieten WKA gebaut werden. Ich bin der Meinung : es langt. Meinen nächsten Urlaub, dessen Planung jetzt beginnt, mache ich evtl. in Bayern, Überdenken Sie bitte Ihre Planungen. Ich weiß, das ich nicht der einzige bin, der solche Überlegungen anstellt. S-H soll doch wohl Toristenland bleiben ?!?! Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1576	Sehr geehrte Damen und Herren, Ich bin dankbar, dass die politisch Verantwortlichen in Schleswig-Holstein vorausschauend die Ernergieversorgung absichern wollen. Die Bürgerbeteiligung empfinde ich als praktisch gelebte Demokratie, sie ist uneingeschränkt vorbildlich für unser Land. Demokratie lebt davon, dass es unterschiedliche Meinungen zur Lösung eines Sachverhaltes gibt. Der Bundes- und Landesregierung Schleswig-Holstein ist es bisher gelungen, eine im Zuge des Ukrainekrieges drohende Energieknappheit abzuwenden. Damit wir auch in Zukunft eine Energieversorgung jederzeit sicherstellen können, ist der weitere Ausbau von Windenergieanlagen in Schleswig-Holstein notwendig. Belange des Naturschutzes und die Beeinträchtigungen von Bürgerinnen und Bürgern durch die Abstandsregelungen wird ausreichend Rechnung getragen. Schließlich wollen wir doch hier in in den nächsten Jahren keine Bayerischen Verhältnisse haben. Keine Höhenbegrenzung festzulegen ist eine vernünftige Absicherung für die Zukunft. Schließlich sollten wir uns heute keine Fesseln anlegen, die wir im Bedarfsfall erst durch langwierige Verwaltungsgerichtsverfahren rückgängig machen müssten. Mein Wunsch ist es, dass die Landesregierung den eingeschlagenen Weg konsequent weiter verfolgt. In diesem Sinne: „Gute Sache! Weitermachen! (Franz Müntefering)	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Institution: Gemeinde Hitzhusen, Amt Bad Bramstedt-Land Der Amtsvorsteher, Fachbereichsleitung Fachbereich Planung & Verwaltung ID: M1575	Stellungnahme der Gemeinde Hitzhusen zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1, Windenergie Landesentwicklungsplans-Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) Sehr geehrter Herr Hilker, namens und im Auftrag der Gemeinde Hitzhusen nehme ich zu o. g. Teilfortschreibung wie folgt Stellung: Die Gemeinde Hitzhusen zeigt Verständnis dafür, dass zur Erreichung der Energie- und Klimaziele weitere Potentialflächen für die Windenergie gesucht und ausgewiesen werden sollen. Ob dies nun zwangläufig in Schleswig-Holstein in diesem Maße erfolgen muss, ist sicherlich diskutabel. Die Gemeinde Hitzhusen lehnt die Ausweisung weiterer Potentialflächen/Vorranggebiete auf ihrem Gemeindegebiet aus Naturschutzgründen entschieden ab. In der Gemeinde Hitzhusen befindet sich eine der größtem Weißstorchpopulationen Norddeutschlands. Durch die Errichtung weiterer WEA im Gemeindegebiet wäre der Bestand dramatisch gefährdet. Bereits heute wird das Gemeindegebiet Hitzhusen von WEA "umzingelt". Bestehende Anlagen in den Nachbargemeinden Weddelbrook und Wiemersdorf sowie geplante WEA auf dem Gemeindegebiet von Föhrden-Barl und Weddelbrook begrenzen das Jagdgebiet nicht nur der Störche. Auch für die große Anzahl an Greifvögel, welches gutachterlich bereits festgestellt wurde, würde der Lebensraum eingegrenzt. Die Gemeinde Hitzhusen wäre dankbar, wenn im Entwurf des LEP keine weiteren Potential-/Vorrangflächen Windenergie für das Gemeindegebiet ausgewiesen werden. Weiterhin bittet die Gemeinde Hitzhusen darum, aufgrund der kurzen Bearbeitungszeit während der Sommerpause, ggf. ihre Stellungnahme zu einem späteren Zeitpunkt zu spezifizieren und mit weiteren Argumenten zu untermauern. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen, ‚namentlich auf den Wunsch, keine weiteren Vorrangflächen im Gemeindegebiet auszuweisen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Potenzielle Konflikte mit der Storchenpopulation werden auf Ebene der Regionalplanung geprüft.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- Bürgermeisterin -	
Institution: Stadt Lauenburg - Amt Lütau, Stadtentwicklungsamt ID: 1574	**Stellungnahme Gemeinde Lanze** **Stellungnahme der Gemeinde Lanze zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024** Die Gemeinde Lanze nimmt die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024, zur Kenntnis. Die Gemeinde Lanze geht davon aus, dass durch die Teilfortschreibung des LEP keine Einschränkungen der ökonomischen und ökologischen Entwicklung sowie der Gesamtentwicklung gegeben sind. Der Wegfall der Möglichkeit, in den gemeindlichen Planungen Höhenbegrenzungen vorzunehmen, stellt einen erheblichen Eingriff in Art. 28 Abs. 2 GG dar. Die bisherigen Feinsteuerungsmöglichkeiten der Gemeinden entfallen vollständig, sodass diese auf die Steuerung der Windkraft in ihrem Gemeindegebiet keinen Einfluss mehr nehmen können. Die hoheitlichen Rechte der Gemeinde Lanze wären somit stark eingeschränkt. Dies nimmt den Gemeinden die Möglichkeit ihre Ortschaften vor negativen Einflüssen durch Windparks zu schützen. Die Gemeinde Lanze hält den Wegfall der Höhenbegrenzung für nicht akzeptabel. Die Gemeinde Lanze fordert, dass die Belange von Bürgerinnen und Bürger bei den Planungen zur Windenergie ausreichend berücksichtigt werden. Die Gemeinde erwartet, dass Beeinträchtigungen und Belästigungen durch die Windenergieanlagen von der Bevölkerung abgewandt werden und die bestehende Lebensqualität erhalten bleibt. Des Weiteren beabsichtigt die Gemeinde Lanze den Beitrag zur Energiewende eher durch Solarenergie zu leisten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1 und 7.3.6 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Gruppe ID: GM1573 Anzahl: 2 (IDs: M1573,	Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) hier: Stellungnahme im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens gem.	Die Ausführungen der unteren Wasserbehörde, der unteren Naturschutzbehörde und des Denkmalschutzes werden zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
M2386)	Raumordnungsgesetz Sehr geehrter Herr [redacted], nach Anhörung der im Hause zu beteiligenden Ämter nehme ich für den Kreis Steinburg als Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Stellung. Es werden folgende Anregungen und Hinweise aus folgenden Fachabteilungen abgegeben: Kreisentwicklung [redacted] Grundsätzliches zum Verfahren Die zur Abgabe einer Stellungnahme gesetzte Frist (sowohl Zeitraum, als auch Dauer) stellt sich aus Sicht einer unteren Landesbehörde angesichts der Fülle an Aufgaben äußerst kritisch dar. Ich bitte dies als Anregung für weitere Verfahren zu berücksichtigen. Vor Einreichung der Stellungnahme ist zudem eine Befassung der politischen Gremien des Kreistages erforderlich. Da hierfür nicht immer Sondersitzungen veranlasst werden können, erschwert die enge Fristsetzung die interne Abstimmung einer politisch getragenen Stellungnahme. Parallel zum o. g. Verfahren wurde eine nicht offiziell den Beteiligungsunter-lagen zugehörige Karte „Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024)“ veröffentlich und hat zu Irritationen geführt: https://schleswig-holstein.de/mm/downloads/MILIG/lepWind_teilfortschreibung_2024/Potenti-alflaechenkarte_20240607.pdf In der Folge kam es in der kommunalen Ebene häufig zu der Annahme, dass alle in der Potenzialkarte dargestellten Flächen als Vorranggebiete für Windenergie ausgewiesen werden. Es fehlt eine deutliche kartographische Unterscheidung bzw. Abgrenzung	Zum Punkt „Grundsätzliches zum Verfahren“: Die Beteiligungsfristen richten sich nach dem Raumordnungsgesetz. Darüber hinaus wird der Entwurf eines Raumordnungsplanes unverzüglich nach Entscheidung der Landesregierung im Internet bereitgestellt, so dass bereits vor dem eigentlichen Beteiligungszeitraum die Planunterlagen einsehbar sind. Bezüglich der veröffentlichten Potenzialflächenkarte sei darauf hingewiesen, dass dort explizit erläutert wird, dass es sich bei den Potenzialflächen nicht um Vorranggebiete handelt, da diese erst in den zu erstellenden Regionalplänen ausgewiesen werden. Die Ausführungen zum Thema Straßenbau werden zur Kenntnis genommen, sind jedoch für die Raumordnungsebene nicht von Bedeutung. Regelungen zu den vorgebrachten Aspekten können nicht auf dieser Ebene erfolgen. Zum Punkt Vorranggebiete Windenergie und Solar-Freiflächenplanung: Nach hiesiger Auffassung ist § 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 BauGB eine Ermächtigungsgrundlage, um eine Solar-Freiflächennutzung innerhalb eines Vorranggebietes Windenergie zu regeln. Voraussetzung ist, dass ein besonderer Fall gegeben ist. Dies liegt bereits dann vor, wenn die Festsetzung erforderlich ist. Einer „außergewöhnlichen städtebaulichen Situation“ bedarf es nicht, da dies der gesetzgeberischen Intention einer Flexibilisierung zu wenig Raum ließe. Die Erforderlichkeit einer solchen Festsetzung im Bauleitplan wird darin gesehen, dass auf der Fläche gleichzeitig eine Windenergie- und Solar-Freiflächennutzung umgesetzt werden soll, ohne dass die Solar-Freiflächennutzung die Windenergie langfristig verdrängen kann. Zudem dürfte die Regelung nach dem Sinn und Zweck des Abs. 2 auch der hinreichenden Bestimmbarkeit genügen. Es

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zwischen derzeit gültigen Vorranggebieten und Potenzialgebieten. Prüferfordernis Doppelnutzung von Flächen für WEA und PV-FFA Nach wie vor scheint eine integrierte Raumplanung für Windenergieanlagen und PV-Freiflächenanlagen in Zeiten großer Flächenkonkurrenzen und der Zielsetzung, den Flächenverbrauch zu reduzieren, angebracht. Da hierzu im betreffenden Abschnitt nur wenige verbindliche Aussagen getroffen werden, sollte an dieser Stelle unbedingt eine Konkretisierung erfolgen. Ich verweise dazu auf den Abschnitt mit den Hinweisen aus der unteren Bauaufsicht weiter unten in dieser Stellungnahme. Straßenbau [redacted] Gegen das o. g. Vorhaben bestehen aus Sicht des Trägers der Straßenbaulast folgende Be-denken: Die öffentlichen Belange, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, Sichtverhältnisse, Ausbauabsichten und Straßenbaugestaltung sind insofern berührt, als dass sich im Kreis Steinburg zahlreiche gewichtsbeschränkte Kreisstraßen und angegliederte gewichtsbeschränkte Brückenbauwerke bzw. Durchlässe befinden (insbesondere im Bereich der Marschgebiete). Dies ist bei der Konkretisierung der Flächen zu berücksichtigen. Sachverhalt Der Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land legt die Ziele und Grundsätze für die raumordnerische Steuerung der Windenergienutzung fest und enthält die jeweilige Begründung zu den Zielen und Grundsätzen. Mit den Zielen werden Bereiche festgelegt, innerhalb derer eine Windenergienutzung ausgeschlossen wird. Außerhalb der Zielbereiche sollen auf Ebene der Regionalplanung Vorranggebiete Windenergie insbesondere unter Berücksichtigung der in Kapitel 4.5.1 festgelegten Grundsätze ausgewiesen werden. Die Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie erfolgt in eigenständigen Verfahren und ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans	kommt darauf an, die maßgeblichen Umstände für die Betroffenen und die sonstigen an der Planung Interessierten eindeutig erkennbar festzulegen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021. Darüber hinaus gelten die Ziele und Grundsätze für Bauleitplanungen der Gemeinden. Für die spätere Errichtung der Windkraftanlagen sind Gestattungsverträge für Zufahrten, Querungen/Längsverlegungen von Leitungsanlagen, Flächeninanspruchnahmen, Sondernutzungen und Ertüchtigungen zu schließen. Die zur Verfügung gestellten Unterlagen reichen für eine Konkretisierung dieser Verträge nicht aus. Die entsprechenden Verträge sollen daher im Nachgang geschlossen werden. Kreisstraßen und begleitende Bauwerke, wie Brücken und Durchlässe Sollten gewichtsbeschränkte Kreisstraßen und Brückenbauwerke z.B. für Transporte der Windkraftanlagenkomponenten genutzt werden, sind entsprechende öffentlich-rechtliche Verträge bzgl. einer Nutzung über den Gemeingebrauch hinaus zu schließen. Die vertraglichen Regelungen können u.a. beinhalten, dass ein Beweissicherungsverfahren durchzuführen ist und evtl. Ertüchtigungen mit vorausgehenden Statik-Berechnungen von Brückenbauwerken vorzunehmen sind. Zufahrten Zufahrten zur Kreisstraße gelten außerhalb einer nach § 4 Abs. 2 StrWG festgesetzten Orts-durchfahrt (OD) als Sondernutzung und sind beim Straßenbaulastträger rechtzeitig zu beantragen. Sollten Zufahrten vorgesehen sein, müssen diese entsprechend beantragt werden und sie sind entsprechend der Anforderung an Kreisstraßen herzustellen und zu unterhalten (siehe Anlage). Querungen Nötige Querungen z.B. von Stromleitungen zur Anbindung ins Netz sollen im Bohr- / Pressverfahren erstellt werden mit einer Mindestverlegetiefe von 1,20 m. Die einzelnen Querungen sollen per Gestattungen und entsprechenden Nutzungsblättern gewährt werden. Es gelten entsprechende technischen Bestimmungen und weiteren Auflagen (siehe Anlage). Flächeninanspruchnahme Für eventuelle Flächeninanspruchnahmen sind Nutzungsverträge unter Angabe der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	jeweils betroffenen Flurstücksbezeichnungen und genutzter Fläche abzuschließen. Begründung: Die öffentlichen Belange Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, Sichtverhältnisse, Ausbauabsichten und Straßenbaugestaltung sind berührt. Außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurch-fahrt dürfen Hochbauten jeder Art an Kreisstraßen in einer Entfernung bis zu 15 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten, für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn, nicht errichtet werden (§ 29 Abs. 1 StrWG). Der Träger der Straßenbaulast kann unbeschadet sonstiger Baubeschränkungen Ausnahmen von dem Anbauverbot zulassen, wenn es im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung vom Anbauverbot mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist oder wenn Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern. Ausnahmen können mit Bedingungen und Auflagen versehen wer-den (§ 29 Abs. 3 StrWG). Bauliche Anlagen und die dem Verkehr dienenden nicht überbauten Flächen von bebauten Grundstücken müssen verkehrssicher sein. Die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs darf durch bauliche Anlagen oder deren Nutzung nicht gefährdet werden (§17 LBO S-H). Zufahrten zu Landesstraßen und Kreisstraßen gelten außerhalb einer nach § 4 Abs. 2 StrWG festgesetzten Ortsdurchfahrt als Sondernutzung. Der Träger der Straßenbaulast kann von der Erlaubnisnehmerin oder dem Erlaubnisnehmer alle Maßnahmen verlangen, die wegen der örtlichen Lage, der Art und Ausgestaltung der Zufahrt oder aus Gründen der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs erforderlich sind. Die Änderung einer Zufahrt bedarf ebenfalls der Erlaubnis nach § 21 Abs. 1 StrWG. Eine Änderung liegt auch vor, wenn die Zufahrt gegenüber dem bisherigen Zustand einem wesentlich größeren oder andersartigen Verkehr dienen soll (§ 24 Abs. 1-3 StrWG). Das Bauvorhaben liegt außerhalb der z. Z. festgesetzten Ortsdurchfahrt (§ 4 StrWG). Die Zufahrt zur Kreisstraße ist somit eine Sondernutzung (§ 24 StrWG). Denkmalschutz [redacted]	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] Denkmalrechtliche Belange wurden bei dem Vorhaben berücksichtigt. Siehe hierzu die Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land; 4.5.1.5 Kultur und sonstige Sachgüter. Daher bestehen keine Bedenken. Das Archäologische Landesamt in Schleswig und das Landesamt für Denkmalpflege in Kiel sind separat zu beteiligen. Bauaufsicht [redacted] In der Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 (Seite 18) heißt es: Der Vorrang der Windenergie ist im Rahmen der Solar-Freiflächenplanung verbindlich zu regeln. Eine solche Regelung kann auf der bauleitplanerischen Ebene mit entsprechenden Festsetzungen im Bebauungsplan umgesetzt werden, so dass eine Solar-Freiflächennutzung nur bis zu dem Zeitpunkt der Genehmigung von WEA zulässig ist. Es ist sicherzustellen, dass der Vorhabenträger der Solar-Freiflächenanlage die Solar-Freiflächenanlagen in erforderlichem Umfang zurückbaut oder den Rückbau duldet, soweit dies räumlich und zeitlich für die Errichtung, den Betrieb oder das Repowering eines raumbedeutsamen Windenergievorhabens erforderlich ist. Hiervon betroffen dürfte nur ein Teil der SolarFreiflächenanlagen sein. Diese Ver-pflichtung muss sowohl für den Fall bestehen, dass noch keine WEA auf der Fläche errichtet worden ist, als auch für den Fall, dass die Fläche bereits mit WEA bebaut ist. Denn durch die Verpflichtung werden spätere Standortänderungen der WEA zum Beispiel durch ein Repowering bereits einer Lösung zugeführt. Zu dieser beabsichtigen Zielsetzung im LEP wird um Konkretisierung gebeten. Im vorstehenden Text heißt es unter anderem „Eine solche Regelung kann auf der bauleitplanerischen Ebene mit entsprechenden Festsetzungen im Bebauungsplan umgesetzt werden“. Hier stellt sich die Frage nach der zur Verfügung stehenden Ermächtigungsgrundlage. In Betracht kommt § 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB, worin es heißt: Im Bebauungsplan kann in besonderen Fällen festgesetzt werden, dass bestimmte der in ihm festgesetzten baulichen und sonstigen Nutzungen und Anlagen nur … bis zum	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Eintritt bestimmter Umstände zulässig … sind. Die Folgenutzung soll festgesetzt werden. In Bebauungsplänen kann also eine auflösend bedingte Zulässigkeit aufgenommen werden, wonach die Festsetzung der Zulässigkeit von PV-Anlagen nur für einen bestimmten Zeitraum oder nur bis zum Eintritt bestimmter Umstände (z.B. Repowering von WEA) gilt. Die erste Tatbestandsvoraussetzung der vorgenannten Norm sieht eine Anwendung derselben nur „in besonderen Fällen“ vor. Hiermit ist eine besondere Planungssituation gemeint. § 9 Abs. 2 BauGB will also in Abweichung vom allgemeinen Grundsatz des Zulässigkeitsrechts, wie er in § 30 BauGB seinen Ausdruck findet, eine …nach dem Eintritt von Bedingungen gestufte Verwirklichung der in ihm vorgesehenen Nutzungen ermöglichen. Darin liegen die „besonderen Fälle“, die § 9 Abs. 2 BauGB voraussetzt, und sie haben ihre städtebauliche Rechtfertigung in den planerischen Vorstellungen der Gemeinde im Sinne des § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB und der sich aus den weiteren Grundsätzen der Bauleitplanung und insbesondere aus dem Abwägungsgebot ergebenden Begründung und Rechtfertigung für die durch Festsetzungen zu bestimmende, gestufte Verwirklichung der im Bebauungsplan vorgesehenen Nutzungen (s. Söfker im Kommentar Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Band I, zu § 9 Lfg. 141, Rd.-Nr.: 240q). Die beabsichtigte Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes soll die Vorrangstellung von WEA gegenüber PV-Analgen manifestieren. Bekanntlich sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen (§ 1 Abs. 4 BauGB) und damit dem Abwägungsprozess der Kommunen nicht zugänglich. Es ist somit zu fragen, inwieweit der „besondere Fall“ nach § 9 Abs. 2 BauGB vorliegt, wenn es infolge der fehlenden Steuerungsmöglichkeit der Kommunen keine besondere Planungssituation geben kann. Damit scheint der § 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB keine Ermächtigungsgrundlage für die Kommunen darzustellen, um die angestrebte Bevorzugung von WEA (rechtssicher) in den Bebauungsplänen festlegen zu können. Darüber hinaus gilt: Die Aufstellung von Satzungen als örtliche Rechtsnorm unterliegt nach § 67 LVwG festen Maß-gaben. § 67 Abs. 2 LVwG konkretisiert das Erfordernis der inhaltlichen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bestimmtheit von Satzungen. Dementsprechend ist der Satzungsgeber, also die Gemeinde, in besonderem Maße für die Schaffung eines lesbaren, ortsbezogenen Rechtes verantwortlich. Das wiederum bedeutet, dass eine Satzung als allgemein verbindliche Rechtsnorm den zu regelnden Tatbestand und seine rechtliche Bedeutung selbst inhaltlich derart bestimmt festlegen muss, dass die gewollten Regelungen oder Festsetzungen von den Normadressaten verstanden und von den Verwaltungsbehörden und Gerichten ohne Willkür angewendet werden können (s. Friedersen/ Stadelmann im Kommentar Landesverwaltungsgesetz Schleswig-Holstein, 2.2020, S. 202 w). Die inhaltliche Bestimmtheit umfasst nach hiesiger Auffassung auch eine voraussichtliche zeitliche und dimensionale Perspektive. Die ggf. nur anzunehmende Inanspruchnahme für WEA von Flächen, die zuvor für eine PV-Nutzung zur Verfügung standen, ist wohl in wenigen Fällen so konkret, dass das Ob, Wann und das Ausmaß eines etwaigen Rückbaus von PV-Anlagen im Zeitpunkt der Bebauungsplanaufstellung bekannt ist. Insoweit könnte auch hinsichtlich der allgemeinen Anforderungen (Bestimmtheit) an Satzungen Rechtsmängel/-fehler entstehen. Dies steht ggf. im Weiteren in Verbindung mit anderen Rechtsfolgen, etwa bzgl. den Entschädigungsansprüchen nach § 44 BauGB. Nach hiesiger Interpretation fehlt es an einer (bauleitplanerischen) Ermächtigungsgrundlage, um den WEA den PV-Anlagen die gewünschte Vorrangigkeit einräumen zu können, wie sie z.B. in § 246 Abs. 8 BauGB zur Anwendung des § 9 Abs. 2 BauGB für das Vorrangverhältnis von WEA untereinander eingeführt wurde. Den Kommunen bleibt daher voraussichtlich nur der Weg, die landesplanerische Zielsetzung über Verträge abzusichern. Dabei sind sie gut beraten, auch den etwaig tatsächlich erforderlichen Rückbau von PV-Anlagen im Vollzug zu sichern. Dies setzt neben Eingriffsrechten in das (PV-)Eigentum auch die finanzielle Absicherung des Rückbaus – etwa über Bürgschaften – voraus. Es wird um eine rechtliche Bewertung/Einordnung der obigen Ausführungen gebeten. Im Ergebnis wird angeregt, konkret zu benennen wie bzw. mit welchen planerischen Instrumenten die Kommunen ausgestattet sind oder werden, um das geplante Ziel einer Vorrangstellung der WEA vor PV-Anlagen möglichst rechtssicher in Bebauungsplanverfahren berücksichtigen zu können.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Untere Wasserbehörde [redacted] Von Seiten der Wasserbehörde können bei diesem Planungsstand keine konkreten Punkte benannt werden. Deshalb wurde keine Stellungnahme abgegeben. Untere Naturschutzbehörde [redacted] Seitens der unteren Naturschutzbehörde bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen den vorgelegten Entwurf. Die häufig abstrakte und teils vage Formulierung von Grundregeln ist dem Anspruch der Allgemeingültigkeit und der Funktion des LEP Windenergie geschuldet. Wenn in der Folge in der Teilfortschreibung des Regionalplans für den Planungsraum III, Kapitel 5.7 (Windenergie an Land) konkrete Vorranggebiete benannt werden, wird die UNB eine ausführliche Stellungnahme erarbeiten, in der die jeweils vor Ort herrschenden Bedingungen gezielt berücksichtigt werden müssen. Das aus der Teilfortschreibung des Regionalplans und des LEP Wind resultierende Ergebnis, den aktuellen Status quo Schleswig-Holsteins hinsichtlich der Konzentration von Windkraft er-halten zu können und die Zielabweichungsverfahren damit einzuschränken, wird begrüßt. Dies gilt auch für die Anerkennung des Drucks der erneuerbaren Energien auf freie Flächen und die daran gebundene Auseinandersetzung mit der Doppelnutzung von Windkraft und Solarenergie in Wind-Vorranggebieten. Freundliche Grüße i.A. [redacted]	
Institution: Stadt Lauenburg -	**<u>Stellungnahme der Gemeinde Krukow zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ –</u>**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel), 4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.2 (Militärische Belange,*

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Amt Lütau, Stadtentwicklungsamt ID: 1572	**<u>Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024</u>** Die Gemeinde Krukow nimmt die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024, zur Kenntnis. Der Entwurf des Landesentwicklungsplanes (LEP-E) verfolgt das nachvollziehbare Ziel, die Vorgaben des Gesetzes zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (WindBG) nicht nur sicher zu erreichen, sondern aus eigener klima- und energiepolitischer Verantwortung überzuerfüllen. Der vorliegende Entwurf will dies allerdings auf Kosten der Gemeinden erreichen, indem er die bauleitplanerische Konkretisierung der übergeordneten Windenergieplanung weitgehend ausschließt. Ein solches Vorgehen ist durch das WindBG nicht vorgegeben. Vielmehr können nach dessen Konzeption selbstverständlich auch Abstände und Höhenbegrenzungen vorgesehen werden; lediglich nicht für diejenigen Gebiete, die zur Erreichung des Mindestziels beitragen sollen. Damit, dass die Landesregierung eine ortsangepasste Windenergieplanung auf der kommunalen Ebene ausschließt, eröffnet sie eine Fehlerhaftigkeit in zwei Richtungen: entweder muss auf die Gebiete, die eine Anpassung benötigen, insgesamt verzichtet werden, sodass auch deren potentieller Beitrag zur Energiewenden ausgeschlossen wird, oder – was wohl derzeit beabsichtigt sein dürfte – auch solche Gebiete werden unter den Prämissen des LEP-E in die Regionalplanung übernommen, die sich dann als unverhältnismäßig und willkürlich darstellen wird, was nach entsprechenden gerichtlichen Feststellungen einen weiteren Planungsprozess erfordert und erheblichen Zeitverzug für die Erreichung der Klimaziele bedeutet. **Priorisierung der bisherigen Vorranggebiete** Der aktuelle LEP-E geht als Grundsatz der Raumordnung davon aus, dass als Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen „bevorzugt die Vorranggebiete Windenergie und Vorranggebiete Repowering der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land von 2020 [...] übernommen werden“, Ziffer 4.5.1 Nr. 2 G LEP-E. Eine solche Vorgabe entbindet von einer Abwägung jeder einzelnen	*Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* und *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 1.2, 1.5, 2.2 bis 2.5, 6.1, 7.1.1, 7.1.4, 7.2.12, 7.3.1 und 7.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorranggebietsfestlegung nicht und kann konkrete Ermittlungs- und Prüfungspflichten nicht ersetzen. Insbesondere natur- und artenschutzrelevante tatsächliche Entwicklungen seit dem Abschluss der Planung 2020, aber auch andere raumbedeutsame Entwicklungen, können bei heutiger Bewertung dazu führen, dass ein seinerzeit zur Vorrangnutzung geeignetes Gebiet heute als ganz oder teilweise ungeeignet zu charakterisieren ist. Eine grundsätzliche Neuprüfung ist im Hinblick auf die zu erwartende Höhe der Anlagen erforderlich. Nach Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E ist der Vorranggebietsausweisung als sogenannte Referenzanlage eine solche mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde zu legen. Vor diesem Hintergrund werden auch die potentiellen Auswirkungen des Gebiets bestimmt. Die Referenzanlage der Planung 2020 ist hingegen eine Referenzanlage von 150 Metern Gesamthöhe mit einer Nabenhöhe von 100 Metern, einem Rotordurchmesser von 100 Metern und 3,2 MW Leistung, Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, Eckpunkte der neuen Windenergieplanung, Dezember 2023, S. 5. Die Gebiete sollen also grundsätzlich Anlagen von einer jedenfalls um 25% größeren Höhe und einer etwa 65 % höheren Leistung aufnehmen, wobei auch mit der Referenzanlage ausdrücklich keine Höhenbegrenzung verbunden sein soll, sodass auch größere Anlagen in den Gebieten grundsätzlich zu verwirklichen sein sollen, Begründung zu Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E. Zu einer Eignung für derartige Anlagen treffen die bisherigen Vorranggebietsfestlegungen keine Aussage. Sie ist im Zuge der Teilfortschreibung der Regionalpläne erstmalig und jeweils im Einzelfall zu prüfen. Auf welcher Grundlage der LEP-E trotzdem davon ausgeht, „dass WEA mit einem größeren Rotordurchmesser als 150 Metern dennoch entsprechenden Raum auf einem weitüberwiegenden Teil der Vorranggebiete Windenergie finden können“, Begründung zu Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E, erklärt sich nicht. Ebenso ist nicht erkennbar, was im Zusammenhang hiermit heißen soll, die alten Gebiete seien „bevorzugt“ wieder auszuweisen. Dies kann sich nur auf Fälle beziehen, in denen eine Auswahl zwischen einem bisherigen und einem neuen Gebiet getroffen werden soll. Für sämtliche andere Belange hat der Hinweis – wie dargestellt – keine inhaltliche Aussagekraft.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Zum Wegfall der Höhenbegrenzungsmöglichkeit Der Wegfall der Möglichkeit, in den gemeindlichen Planungen Höhenbegrenzungen vorzunehmen, stellt einen erheblichen Eingriff in Art. 28 Abs. 2 GG dar. Die bisherigen Feinsteuerungsmöglichkeiten der Gemeinden entfallen vollständig, sodass diese auf die Steuerung der Windkraft in ihrem Gemeindegebiet keinen Einfluss mehr nehmen können. Dies nimmt den Gemeinden die Möglichkeit, ihre Ortschaften vor negativen Einflüssen durch Windparks zu schützen. Das Genehmigungsregime nach § 6 BImSchG leistet insoweit nur einen Minimalschutz. Es stellt die Einhaltung des immissionsschutzrechtlichen Schutzgrundsatzes im Hinblick auf das Niveau zulässiger Schallimmissionen und Schattenwürfe sicher und überprüft die Vereinbarkeit mit sonstigen öffentlichen Vorschriften, die Gemeinden durch Ihre Bauleitplanung bislang allerdings gerade selber schaffen konnten. Ein gemeindlicher Schutz des Landschaftsbildes, besonderer touristischer Funktionen oder historischer Stadtansichten entfällt. Auch insoweit wird der Maßstab – zugunsten der Windenergie – auf strikte rechtliche Grenzen zurückgefahren, wie sie dann nur noch in § 13 Abs. 2 DSchG SH bestehen. Zwar sollen nach Ziffer 4.5.1.5 G LEP-E bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Belange des Denkmalschutzes berücksichtigt werden. Dies ist aber schon keine Verpflichtung („soll“). Zudem wird eine ebensolche Berücksichtigung der kommunalen Planungsebene untersagt. Mit § 4 Abs. 1 DSchG SH setzt sich der LEP insoweit in unmittelbaren Widerspruch. Dort heißt es ausdrücklich: „Die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sowie die Anforderungen des europäischen Rechts und der in Deutschland ratifizierten internationalen und europäischen Übereinkommen zum Schutz des materiellen kulturellen Erbes sind in die städtebauliche Entwicklung, Landespflege und Landesplanung einzubeziehen und bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen.“ Die Schaffung eines Ausgleichs zwischen der Windenergienutzung und dem Denkmalschutz – der regelmäßig durch die Vergrößerung von Abständen und durch Höhenbegrenzungen erreicht wird – soll auf der regionalplanerischen Ebene unterbleiben und wird auch den Gemeinden für die bauleitplanerische Ebene untersagt. Die Konfliktverlagerung auf die Genehmigungsebene ist unzulässig und berücksichtigt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die Interessen der Gemeinden an dem Schutz ihre eigenen Orts- oder Landschaftsbildes nicht. Auch soweit „in der späteren notwendigen Einzelfallprüfung von Vorranggebieten Windenergie Landschaftsschutzgebiete, Naturparke und regionale Grünzüge berücksichtigt werden“ sollen, Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, S. 72, wird den Kommunen untersagt, hierfür die nach ihrer eigenen Planungspolitik erforderlichen Festsetzungen zu treffen. Soweit für zahlreiche bisherige Vorranggebiete, schon jetzt – auf der Basis der „alten“ Referenzanlage – davon ausgegangen wird, dass es aufgrund von Belangen des Denkmalschutzes im Genehmigungsverfahren zu Höhenbeschränkungen kommen kann, vgl. Ziffer 5.7.3 LEP-Teilfortschreibung 2020 für den Planungsraum III, fragt sich zusätzlich, inwieweit die betroffenen Gebiete, wenn dies schon gegenüber der bisherigen weit niedrigeren Referenzhöhe einer Anlage angenommen wurde, überhaupt zur Leistung eines Beitrags im Sinne des WindBG in der Lage sind und/oder aufgrund der Risiken im Genehmigungsverfahren von Investoren nachgefragt werden. Solche Gebiete trotz der erkannten Konflikte zur formalen Erfüllung des Ausweisungsziels mit unbegrenzter Anlagenhöhe auszuweisen wäre nicht zuletzt ein Etikettenschwindel, der das Planungskonzept insgesamt beschädigt und daher unterlassen werden sollte. Jene Planungen können nach dem derzeitigen Entwurf des LEP mit dem Wegfall der Höhenbegrenzung nicht mehr fortgeführt werden. Es wird damit durch die Zielfestlegung eine „hinreichend konkrete und verfestigte eigene Planung der Gemeinde nachhaltig gestört“, was einen Eingriff in die Planungshoheit darstellt (vgl. OVG Schleswig, Urteil vom 7. Juni 2023 – 5 KN 35/21 –, Rn. 56, juris m. w. N), der aus den in dieser Stellungnahme genannten Gründen auch unverhältnismäßig ist. Die Vorgaben des Landesentwicklungsplans müssen infolge des grundlegenden Systemwechsels zum Schutz dieser konkreten Planung Stichtage in der Zukunft enthalten, bis zu denen im Verfahren befindliche Planungen jedenfalls im Wege der Zielabweichung zugelassen werden oder Zielabweichungsverfahren für bestehende Bauleitpläne nachträglich durchzuführen sind. **Zu den Abstandsvorgaben**, Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 und Nr. 2 LEP-E Mit den als Zielen der Raumordnung formulierten Abstandsvorgaben von 800 m um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 Z) und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	400 m um Einzelhäuser, Splittersiedlungen und Gewerbe (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 2 Z) übernimmt der LEP-E in etwa diejenigen Abstände, die die bisherige Teilfortschreibung als weiche Tabuzonen vorsah und die von der bisherigen Regionalplanung eingehalten wurden, Textteil des Regionalplans für den Planungsraum III in Schleswig-Holstein Kapitel 5.7 (Windenergie an Land) v. 29. Dezember 2020; Begründung zu 5.7.1 (1) bis (3). Mit der Beibehaltung der Mindestabstandswerte bei gleichzeitiger Vergrößerung der Anlagen ist eine erheblich veränderte Belastungslage verbunden. Hierzu äußert sich der LEP-E nicht. Auch zeigt § 249 Abs. 9 BauGB, dass eine Vergrößerung der Abstände auf bis zu 1.000 m bundesrechtlich für angemessen gehalten wird, soweit das Mengenziel weiterhin erfüllt wird. Vor diesem Hintergrund sollte den Gemeinden gestattet werden – soweit nicht schon auf der landes- und regionalplanerischen Ebene größere Abstände vorgesehen werden, aus kommunalen Erwägungen heraus die Gebietsfestlegungen zu modifizieren. Dem siedlungsnahen Freiraumschutz kommt ein erhebliches Gewicht zu, das der LEP-E nicht ausreichend beachtet. Ortsangepasste Modifikationen können zudem nur auf der Ebene der kommunalen Planung geleistet werden. Auf etwaige Siedlungsbesonderheiten einzugehen, entspricht nicht der Ebene der Landes- oder Regionalplanung. Eine Notwendigkeit gemeindlicher Einflussnahme zum Schutz der eigenen Bevölkerung besteht erst recht im Falle einer Umfassung des Gemeindegebiets durch Windenergiegebiete. Eine solche „soll“ nach Ziffer 4.5.1.1 Nr. 7 G LEP-E zwar unterbleiben, wird aber landesplanerisch nicht ausgeschlossen und ist für die Gebiete LAU_067 (Vorranggebiet-Basedow/Lütau) und LAU_063 (Potenzialfläche-Wangelau/Witzeeze), für die investorenseitig wohl ein Zusammenlegungswunsch besteht, auch konkret zu befürchten. **Zusammenfassung** Die Vorgaben des LEP für die Regionalplanung schaffen Konflikte, die weder von ihr selbst, noch auf der Ebene der Regionalplanung gelöst werden. Zugleich wird den Gemeinden jegliche eigene Einflussmöglichkeit zum Schutz ihrer Ortschaften genommen. Die Planung ist daher abzulehnen. Die Ausweisung des Gebietes LAU_067 (Basedow/Lütau) als Vorranggebiet muss in	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anbetracht der Unmöglichkeit einer planerischen Höhenbegrenzung oder der Gebietsbegrenzung auf kommunaler Ebene insgesamt unterbleiben. Gleiches dürfte aus Gründen des Denkmalschutzes und aufgrund anderer schon bisher erkannter Konflikte für weitere bisherige Vorranggebiete gelten. Die Landesentwicklungsplanung muss diese Konsequenz, selbst dann, wenn sie nicht als feststehend, sondern nur als ernsthafte in Betracht kommende Möglichkeit aufzufassen sein sollte, in ihre eigenen Vorgaben ebenfalls einbeziehen, was sie bislang nicht tut. Eine abschließende Abwägung des Für und Wider des Wegfalls der Höhenbegrenzung hat daher auch für die Ebene der Landesentwicklungsplanung nicht ausreichend stattgefunden. Ein wirksames Ziel der Raumordnung wird mit dem Wegfall der Höhenfestsetzung insoweit nicht begründet. Auch vor dem Hintergrund der gegenüber der tatsächlich angestrebten Ausweisung etwa doppelt so hohen Potenzialfläche, ist weder akzeptabel noch abwägungsgerecht, die Belange der Gemeinden aus dem Planungsprozess auszunehmen und ihnen jegliche planerischen Spielräume zu nehmen. Eine rechtlich zu ihren Lasten wirkende Situationsgebundenheit der Gemeinden besteht vor diesem Hintergrund und aufgrund der als gleichermaßen gut angenommenen Windhöffigkeit im gesamten Landesgebiet nur eingeschränkt.	
Institution: Stadt Lauenburg - Amt Lütau, Stadtentwicklungsamt ID: 1571	**Stellungnahme Gemeinde Juliusburg** Die Gemeinde Juliusburg nimmt die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) SchleswigHolstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024, zur Kenntnis. Die Gemeinde Juliusburg leistet durch den geplanten Solarpark im Norden sowie im Süden der Gemeinde bereits einen erheblichen Beitrag zur Energiewende. Daher fordert die Gemeinde Juliusburg, dass die Gebiete westlich sowie östlich der Gemeinde von Windenergieanlagen freigehalten werden, um eine optisch bedrängende Wirkung zu vermeiden und unzumutbare Beeinträchtigungen durch eine Umfassungswirkung (Umzingelung) auszuschließen. Die Gemeinde Juliusburg geht davon aus, dass durch die Teilfortschreibung des LEP keine Einschränkungen der ökonomischen und ökologischen Entwicklung sowie der Gesamtentwicklung der Gemeinde gegeben ist und keine zusätzlichen Beeinträchtigungen und Belästigungen durch weitere Anlagen zur Energieerzeugung für die Bevölkerung entstehen und somit die bestehende	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf den Planentwurf sowie auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 1.5, 2.11, 7.2.12, 7.3.7 und 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Lebensqualität erhalten bleibt. Der Wegfall der Möglichkeit, in den gemeindlichen Planungen Höhenbegrenzungen vorzunehmen, stellt einen erheblichen Eingriff in Art. 28 Abs. 2 GG dar. Die bisherigen Feinsteuerungsmöglichkeiten der Gemeinden entfallen vollständig, sodass diese auf die Steuerung der Windkraft in ihrem Gemeindegebiet keinen Einfluss mehr nehmen können. Dies nimmt den Gemeinden die Möglichkeit ihre Ortschaften vor negativen Einflüssen durch Windparks zu schützen. Die Gemeinde Juliusburg hält den Wegfall der Höhenbegrenzung für nicht akzeptabel. Gleiches gilt für den Wegfall der 3H/5H Regelung. Aus der Sicht der Gemeinde Juliusburg muss ein Verhältnis von der Höhe von Windenergieanlagen zum Abstand zu Wohngebäuden zu jederzeit berücksichtigt werden. Auch vor dem Hintergrund der gegenüber der tatsächlich angestrebten Ausweisung etwa doppelt so hohen Potenzialfläche, ist weder akzeptabel noch abwägungsgerecht, die Belange der Gemeinden aus dem Planungsprozess auszunehmen und ihnen jegliche planerischen Spielräume zu nehmen. Eine rechtlich zu ihren Lasten wirkende Situationsgebundenheit der Gemeinden besteht vor diesem Hintergrund und aufgrund der als gleichermaßen gut angenommenen Windhöffigkeit im gesamten Landesgebiet nur eingeschränkt. Die Gemeinde Juliusburg fordert, dass die Belange von Bürgerinnen und Bürger bei den Planungen zur Windenergie ausreichend berücksichtigt werden.	
Institution: Gemeinde Trittau, FD 2/4 ID: 1564	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegend die Stellungnahme der Gemeinde Großensee mit der Bitte um Berücksichtigung. Mit freundlichen Grüßen [redacted] **Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein -Fortschreibung 2021 -erster Entwurf Juni 2024 hier: Stellungnahme der Gemeinde**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel), 4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* und *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 2.3.1, 2.4.1, 2.5.1, 4.20.1 sowie 7.1.5 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Großensee nimmt den Entwurf aus Juni 2024 zur Teilfortschreibung Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans zur Kenntnis. Grundsätzlich begrüßt die Gemeinde Großensee das Inkrafttreten des Bundesgesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land und der damit verbundenen raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung durch die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes sowie die Neuaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land in Schleswig-Holstein. Das Land Schleswig-Holstein ist bereits jetzt eines der Bundesländer, die einen großen Beitrag zur Windenergie leisten. Umso wichtiger ist eine die Bevölkerung sowie Tier- und Umwelt schützende Planung und Ausweisung entsprechender Kriterien für die weitere Ausweisung von Windenergiegebieten. Aufgrund der geplanten Positivplanung gibt es keine harten, mittleren und weichen Tabukriterien mehr. Zu den zukünftigen Auswahlkriterien zum Flächenausschluss möchte die Gemeinde wie folgt Stellung beziehen: Nr. 45.1-4Z Die Aufhebung von Höhenbegrenzungen von Windkraftanlagen sind für das Landschaftsbild als auch für den Schutz der Bevölkerung nicht zuträglich. Die Gesamthöhe von zulässigen Anlagen sollte eine Höhe von 220 Metern nicht überschreiten und im LEP als maßgebliches Kriterium festgelegt werden. Nr. 4.5.1.-5Z Die Rotor-Inn-Planung soll weiterhin präferiert werden. Nr. 4.5.1.1-12Z Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind nur in einem Umgebungsbereich von 400 Metern um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich ausgeschlossen. Hierbei wird jedoch außer Acht gelassen, dass im gleichen Zuge die Höhenbegrenzung aufgehoben wird. Die bedrängende Wirkung als auch Lärm- und Verschattungsauswirkungen werden damit nicht mehr beachtet, obwohl die Anlagen deutlich höher werden können als in den alten Planungen. Mit dem geplanten Aussetzen der 3-H/ 5-H Regelung wird der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstandspuffer zu Wohngebäuden nicht mehr mit der realen Höhe der Windanlagen in Korrelation gesetzt und hat damit eine unmittelbare Auswirkung auf Anwohnende und/oder Gewerbetreibende im Außenbereich. Dies gilt ebenfalls im unbeplanten Innenbereich nach $ 34 BauGB als auch in überplanten Gebieten gem. 5 30 BauGB, wo die Abstandspuffer auf 800 Meter festgesetzt werden. Die Gemeinde Großensee regt an, die Abstände für den Innenbereich auf 1.000 Meter zu erweitern, um den Schutz der Bevölkerung weiterhin zu erhalten und Belastungen zu minimieren. Nr. 4.5.1.1.-2Z Insbesondere im Außenbereich könnten die Windkraftanalagen unabhängig ihrer Höhe sehr nah an die besiedelten Siedlungsgebiete oder Einzelhäuser heranrutschen. Dem Schutz der dort lebenden Bevölkerung wird damit nur unzureichend Rechnung getragen. Der Abstand von pauschal 400 Meter zu jeglichen Windkraftanlagen, unabhängig ihrer Gesamthöhe, zu Siedlungsbereichen ist zu gering. Insbesondere bei großen Windkraftanlagen mit größerem Rotordurchmesser ist mit höheren Lärmbelastungen zu rechnen als bei kleineren Anlagen. Ausgehend von der ehemaligen 3-H-Regelung sollte der Abstand der Anlagen zu Siedlungen und Einzelhäusern mindesten 525 Meter betragen. Der Abstand ergibt sich 3-fachen Höhe der Anlage abzgl. des halben Rotordurchmessers. Zugrundeliegend sind als Ausgangswert die heute deutlich höheren Anlagen von bis zu 250 Metern. Schleswig-Holstein hat für die Referenzanlage eine Höhe von 200 Meter und einen Rotordurchmesser von 150 Meter gewählt. Dies würde in Analogie zu bisher zu einem Abstand von rund 600 Meter führen (abzüglich des halben Rotordurchmessers). Aus den vorgenannten Gründen sollte die Anlagenhöhe bei der Ausweisung der Gebiete und der Bemessung der Abstände zu bewohnten Gebieten weiterhin eine maßgebliche Rolle spielen. Außerdem muss die optisch bedrängende Wirkung mehr Beachtung finden im Rahmen der Kriterienfestlegung im LEP. Zudem muss im weiteren Verfahren und auch in der Neuaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land verhindert werden, dass eine Umzingelung von Siedlungen und Außenbereichsgebieten mit Splittersiedlungen oder Einzelhäusern entstehen kann. Nr. 4.5.1.3- 17G Bei der Festlegung der Abstände zu Brutstätten von Windkraftsensiblen Großvögeln sind je nach Vogelart unterschiedliche Radien festgelegt worden. Fraglich ist der geringere Abstand zu Brutstätten des Weißstorches und des Rotmilans, obwohl diese	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ebenfalls besonders schützenswert sind. Eine Erhöhung der Abstände auf ebenfalls 2.000 Meter hält die Gemeinde Großensee für angemessen. Darüber hinaus wird angemerkt, dass die Auswahl des Auslegezeitraums kurz vor und über den gesamten Zeitraum der Sommerferien des Landes Schleswig-Holstein keine gute Voraussetzung für eine Beteiligung ist. Die letzten Gremien tagen in den Wochen vor den Ferien, sodass eine Auseinandersetzung mit den Inhalten und Themen des neuen Entwurfes sowohl für die Verwaltung als auch die Politik kaum möglich war, einige Gremien haben zu Beginn der Auslegung des LEP's bereits getagt. Über die Ferien tagen insbesondere in den Kommunen keine kommunalen Gremien, eine Beschlussfassung zum Inhalt bleibt somit vielen Gemeinden verwehrt. Aufgrund der Sommerpause und der Abwesenheit der Mitglieder ist auch die Einberufung einer Sondersitzung zu diesem Thema nicht zielführend. Insofern wäre es in Anbetracht einer demokratischen Beteiligung hilfreich gewesen, den Antrag der SHGT mit Verlängerung des Auslegezeitraums bis Ende September statt zu geben. Unter Anbetracht dieser Problemstellung wird diese Stellungnahme ohne den Gremienbeschluss fristgerecht eingereicht. Der Beschluss dazu wird auf der nachfolgenden Sitzung des Planungs- und Bauausschusses am 12.09.2024 nachgeholt und geht Ihnen dann ebenfalls zu. mit freundlichen Grüßen [redacted] Bürgermeister	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1570	Stellungnahme Landesentwicklungsplan „Windkraft an Land” Windkraftanlage in Brodersdorf Sehr geehrte Damen und Herren, da wir zu den direkt Betroffenen gehören nehmen wir Bezug auf die Planung der Windkraftanlage in Brodersdorf. Wir hoffen dass Sie unseren Anmerkungen, die die betroffenen Bürger von Brodersdorf teilen, berücksichtigen und adaptieren. • AbstandsflächenIn den Gemeinden Stein und Brodersdorf sind Windkraftanlagen in einer Höhe von 250 m geplant. In den kommenden Jahren	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz), 4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 2.2-2.5, 3.17, 7.2.5, 7.3, 7.2.11, 7.2.13, 7.2.9, 3.15, 4.3, 4.20, 4.1 und 4.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wird sich die Höhe auf 320 m entwickeln. In Opposition zu der Windkraftanlage in Brodersdorf/Laboe liegt die Höhe bei 85 Metern. Bei dieser rasanten Ausbreitung, müssten doch die Mindestabstände selbstverständlich vergrößert werden. Laut Ihren Aussagen gehen Sie von eine Gesamthöhe von 200 Metern aus. Dieses ist bereits überholt und entspricht leider nicht den Tatsachen. Zulässig sind in reinen Wohngebieten nachts 35 bB(A) zulässig und in Kleinsiedlungsbereichen 40 dB(A). Diese Messwerte werden zukünftig deutlich überschritten. Ein größerer Abstand (950 m bzw. 1500 m) ist zwingend geboten. Die Anwohner des Windparks in Groß Buchwald sind ebenfalls betroffen und können den dauerhaften Lärm, trotz 1.500 Metern Entfernung, bestätigen. In Brodersdorf und Stein können ausreichende Abstände nicht in Grundzügen eingehalten werden. Da wir hauptsächlich Westwind haben, verstärkt sich die Lärmbelastung extrem, auch ist der Schattenwurf dieser Anlagen bedeutend größer und länger. • Fehlende Flächen im Kreis PlönIm Kreis Plön sind keine Potentialflächen ausgewiesen und Windkraftanlagen dürfen nicht in Landschaftsschutzgebieten und auch nicht in einem 5 km breiten Streifen von der Ostseeküste aufgestellt werden. Es gibt ausgewiesenen Flächen bei denen die vorgeschriebene Entfernung leichter eingehalten werden kann als in Stein oder Brodersdorf. • StromnetzIn Schleswig-Holstein besteht zurzeit ein Überschuss von Strom aus erneuerbaren Energien (Photovoltaik- und Windkraftanlagen). Schleswig-Holstein erzeugt ca. 170% der selbst verbrauchten Stroaommenge und könnte beispielsweise die Hansestadt Hamburg komplett versorgen. Bei der Windkraftanlage in Brodersdorf ist bisher kein Speicher geplant. Die Berechnungen der Einnahmen der Gemeinde sowie der Rendite für die Investoren, müsste auf stillstehende Windkraftanlagen angepasst werden. • GesundheitDer Infraschall ist für alle Lebewesen gesundheitsgefährdend. Die Tiere die hier im Landschaftsschutzgebiet leben, verändern hierdurch ihr natürliches Verhalten und durch die Lichtreflexion verlieren die Tiere an Orientierung. Bei uns Menschen besteht eine Einschränkung der Lebensqualität, dadurch entsteht zusätzlich eine psychische Belastung. Durch den täglichen Betrieb der Anlage sind Auswirkungen auf unsere Körper wissenschaftlich belegt!	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• WirtschaftDurch die Entfernung und Menge der Störfaktoren ist mit einer Wertminderung der benachbarten Immobilien zu rechen.Laut RWI (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung), 2007-2015: Die Angebotspreise von knapp drei Millionen Verkaufsangeboten in Deutschland auf dem Online-Portal Immoscout24 wurden ausgewertet. Einfamilienhäuser verlieren durchschnittlich 7,1 % an Wert, wenn ein Abstand von bis zu einem Kilometer davon Windenergieanlagen errichtet werden. Am stärksten betroffen sind alte Häuser in ländlichen Gebieten. Hier kann der Wertverlust 30 % betragen bis hin zur Unverkäuflichkeit. • Material der WindkraftanlageDie Rotorblätter bestehen aus Harzen, Kunststoffen und Glasfasern und werden nicht recycelt sondern geschreddert und auf Deponien entsorgt. Zusätzlich werden dadurch Fasern mit asbestähnlicher Struktur freigesetzt. Zur Herstellung wird die Ewigkeitschemikalie PFAS (Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) verwendet. Diese Mikroplastik bleibt 3200 Jahre in der Atmosphäre und gilt nachgewiesen als krebserregend. • TourismusIm Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein ist in der Fortschreibung das Mündungsgebiet der Hagener Au als Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung gekennzeichnet. Die Campingplätze in Stein und Neu-Stein müssen mit einer außerordentlichen Lärmbelästigung rechnen, zumal ein Wohnwagen über keine Geräuschdämmung verfügt. Das deutschlandweit bekannte „Ehrenmal Laboe" wird unbedeutend und klein erscheinen und die Windkraftanlagen würden das Landschaftsbild neu bestimmen. • NaturAuf die Landschaftsschutzgebiete wird bedauerlicherweise keine Rücksicht genommen und der Stellenwert wird dadurch deutlich reduziert. Brodersdorf und die umliegenden Orte sind Naherholungsgebiete und die Hagener Au ist ein Flora-Fauna-Habitat (FFH). Das Seeadier Paar hat an der Hagenauer Au sein Zuhause und auch der Rotmilan ist dort heimisch geworden. Für diese Tiere besteht die große Gefahr in die Rotorblätter zu geraten, da die Mindestabstände zwischen WKA und Horsten von Vögeln verringert wurde. Zudem leben dort weitere heimische Tiere wie Rehwild, Hasen etc. Die Schutzbedürftigen Tiere sind von unsere Fürsorge abhängig! FFH sind Lebensräume von Pflanzen und Tieren, die nach EU-Recht geschützt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sein sollten. Unserer Auffassung nach ist es absolut verantwortungslos, die Tiere und unsere Natur in solch einer Gefahr zu bringen. Zusätzlich befinden sich hier Ruhezonen für Schwäne, Gänse und Libellen. Während der Bauphase müssen für den Transport von Materialien der Windkraftanlagen, Baustraßen geschaffen werden. Dazu ist Abholzung von Knicks erforderlich. Nach Ende der Lebensdauer der WKA (ca. 25 Jahre) wären die Neupflanzungen erneut gefährdet. Wir hoffen, dass Sie unsere Anmerkungen und Sorgen verstehen und nachvollziehen können. Brodersdorf und Stein sind keine Potentialflächen und wir bitten Sie, diese Flächen aus den möglichen Standorten herauszunehmen. Der Erhalt und die Fürsorgepflicht für Tiere und Natur, auch für unsere zukünftigen Generationen, sollte im Vordergrund stehen. Vielen Dank im Voraus für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2721	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich dies bezüglich anführen: Wenn die Landesregierung laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick behalten will, dann müssen die im Folgenden aufgeführten Bedenken und Aspekte zwingend bei den Planungen als Ziele und Grundsätze berücksichtigt werden 1. Um mehr Zeit für eine fundierte Stellungnahme zu haben, bitte ich darum, dass die Abgabefrist um 3 Monate verlängert wird. 2. Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.1.5, 7.3.7 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. 3. Gerade durch die o.g. Abschaffung dieser Regel wird es sonst zu einem weiteren Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung. Damit verbunden ist meine Sorge und die Gefahr, dass sich in der Folge viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1568	Stellungnahme zu den Potenzialflächen für Windenergie im Bereich der Gemeinen MÖHNSEN, Basthorst und Havekost 1. allgemeine Bemerkungen:Durch die unmittelbar an der Gemeinde Möhnsen vorbeiführende BAB 24, ist die Gemeinde bereits über das erträgliche Maß hinaus mit Lärm belastet.Der Lärmschutzwall an der A24 ist im Laufe der Jahre abgesackt, was eine deutliche Zunahme des Straßenlärms mit sich brachte. Dies hat die Gemeinde in der zum Lärmaktionsplan durchgeführten Anhörung bereits deutlich gemacht. (Dies wird von der Autobahn GmbH bestritten) 2. Die von der Fa. 50Hertz geplante Stromtrasse mit 380 KV wird aus heutiger Sicht in relativer Nähe der Gemeinde Möhnsen errichtet werden. Hierdurch entstehen zumindest optisch weitere Belastungen. 3. Eine an der A24 geplante ca. 50ha große Photovoltaikanlage, wird, sofern die Planungen umgesetzt werden, weitere Belastungen bringen. 4. Belange des NaturschutzesDie in den Infoveranstaltungen zum Thema genannten Windenergieanlagen (Max. Höhe des Rotors 250m) widersprechen m.E. den bisherigenAbsichten des Naturschutzes zutiefst. Möhnsen liegt zwischen dem Sachsenwald (FFH-Gebiet) und dem NSG Lanken. Hier haben Großvögel, Seeadler und Schwarzstörche, ihre Lebensräume. Im NSG Lanken habe ich mehrfach Seeadler gesichtet. Schwarzstörche wurden durch verschiedene Personen mehrfach gesichtet. Die Annahme eines Horstes im	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1, zudem auf Ziffern 7.3.2, 7.2.12, 4.2, 4.3, 4.8 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bereich des NSG Lanken liegt sehr nahe. Ein Video einer Sichtung eines Schwarzstorches an der Potenzialfläche zwischen Möhnsen und dem NSG Lanken liegt vor und kann bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.Weitere Großvögel wie roter Milan, Falken und Kraniche sollen nicht unerwähnt bleiben.Eine Umsetzung der Planung würde nur unter erheblichen Beeinträchtigungen der Natur umsetzbar sein.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1569	Stellungnahme Landesentwicklungsplan „Windkraft an Land” Windkraftanlage in Brodersdorf Sehr geehrte Damen und Herren, da wir zu den direkt Betroffenen gehören nehmen wir Bezug auf die Planung der Windkraftanlage in Brodersdorf. Wir hoffen dass Sie unseren Anmerkungen, die die betroffenen Bürger von Brodersdorf teilen, berücksichtigen und adaptieren. • AbstandsflächenIn den Gemeinden Stein und Brodersdorf sind Windkraftanlagen in einer Höhe von 250 m geplant. In den kommenden Jahren wird sich die Höhe auf 320 m entwickeln. In Opposition zu der Windkraftanlage in Brodersdorf/Laboe liegt die Höhe bei 85 Metern. Bei dieser rasanten Ausbreitung, müssten doch die Mindestabstände selbstverständlich vergrößert werden. Laut Ihren Aussagen gehen Sie von eine Gesamthöhe von 200 Metern aus. Dieses ist bereits überholt und entspricht leider nicht den Tatsachen. Zulässig sind in reinen Wohngebieten nachts 35 bB(A) zulässig und in Kleinsiedlungsbereichen 40 dB(A). Diese Messwerte werden zukünftig deutlich überschritten. Ein größerer Abstand (950 m bzw. 1500 m) ist zwingend geboten. Die Anwohner des Windparks in Groß Buchwald sind ebenfalls betroffen und können den dauerhaften Lärm, trotz 1.500 Metern Entfernung, bestätigen. In Brodersdorf und Stein können ausreichende Abstände nicht in Grundzügen eingehalten werden. Da wir hauptsächlich Westwind haben, verstärkt sich die Lärmbelastung extrem, auch ist der Schattenwurf dieser Anlagen bedeutend größer und länger. • Fehlende Flächen im Kreis PlönIm Kreis Plön sind keine Potentialflächen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz), 4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 2.2-2.5, 3.17, 7.2.5, 7.3, 7.2.11, 7.2.13, 7.2.9, 3.15, 4.3, 4.20, 4.1 und 4.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ausgewiesen und Windkraftanlagen dürfen nicht in Landschaftsschutzgebieten und auch nicht in einem 5 km breiten Streifen von der Ostseeküste aufgestellt werden. Es gibt ausgewiesenen Flächen bei denen die vorgeschriebene Entfernung leichter eingehalten werden kann als in Stein oder Brodersdorf. • StromnetzIn Schleswig-Holstein besteht zurzeit ein Überschuss von Strom aus erneuerbaren Energien (Photovoltaik- und Windkraftanlagen). Schleswig-Holstein erzeugt ca. 170% der selbst verbrauchten Stroaommenge und könnte beispielsweise die Hansestadt Hamburg komplett versorgen. Bei der Windkraftanlage in Brodersdorf ist bisher kein Speicher geplant. Die Berechnungen der Einnahmen der Gemeinde sowie der Rendite für die Investoren, müsste auf stillstehende Windkraftanlagen angepasst werden. • GesundheitDer Infraschall ist für alle Lebewesen gesundheitsgefährdend. Die Tiere die hier im Landschaftsschutzgebiet leben, verändern hierdurch ihr natürliches Verhalten und durch die Lichtreflexion verlieren die Tiere an Orientierung. Bei uns Menschen besteht eine Einschränkung der Lebensqualität, dadurch entsteht zusätzlich eine psychische Belastung. Durch den täglichen Betrieb der Anlage sind Auswirkungen auf unsere Körper wissenschaftlich belegt! • WirtschaftDurch die Entfernung und Menge der Störfaktoren ist mit einer Wertminderung der benachbarten Immobilien zu rechen. Laut RWI (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung), 2007-2015: Die Angebotspreise von knapp drei Millionen Verkaufsangeboten in Deutschland auf dem Online-Portal Immoscout24 wurden ausgewertet. Einfamilienhäuser verlieren durchschnittlich 7,1 % an Wert, wenn ein Abstand von bis zu einem Kilometer davon Windenergieanlagen errichtet werden. Am stärksten betroffen sind alte Häuser in ländlichen Gebieten. Hier kann der Wertverlust 30 % betragen bis hin zur Unverkäuflichkeit. • Material der WindkraftanlageDie Rotorblätter bestehen aus Harzen, Kunststoffen und Glasfasern und werden nicht recycelt sondern geschreddert und auf Deponien entsorgt. Zusätzlich werden dadurch Fasern mit asbestähnlicher Struktur freigesetzt. Zur Herstellung wird die Ewigkeitschemikalie PFAS (Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) verwendet. Diese Mikroplastik bleibt 3200 Jahre in der Atmosphäre und gilt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nachgewiesen als krebserregend. • Tourismus und DenkmalschutzIm Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein ist in der Fortschreibung das Mündungsgebiet der Hagener Au als Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung gekennzeichnet. Die Campingplätze in Stein und Neu-Stein müssen mit einer außerordentlichen Lärmbelästigung rechnen, zumal ein Wohnwagen über keine Geräuschdämmung verfügt. Das deutschlandweit bekannte „Ehrenmal Laboe" wird unbedeutend und klein erscheinen und die Windkraftanlagen würden das Landschaftsbild neu bestimmen. • NaturAuf die Landschaftsschutzgebiete wird bedauerlicherweise keine Rücksicht genommen und der Stellenwert wird dadurch deutlich reduziert. Brodersdorf und die umliegenden Orte sind Naherholungsgebiete und die Hagener Au ist ein Flora-Fauna-Habitat (FFH). Das Seeadier Paar hat an der Hagenauer Au sein Zuhause und auch der Rotmilan ist dort heimisch geworden. Für diese Tiere besteht die große Gefahr in die Rotorblätter zu geraten, da die Mindestabstände zwischen WKA und Horsten von Vögeln verringert wurde. Zudem leben dort weitere heimische Tiere wie Rehwild, Hasen etc. Die Schutzbedürftigen Tiere sind von unsere Fürsorge abhängig! FFH sind Lebensräume von Pflanzen und Tieren, die nach EU-Recht geschützt sein sollten. Unserer Auffassung nach ist es absolut verantwortungslos, die Tiere und unsere Natur in solch einer Gefahr zu bringen. Zusätzlich befinden sich hier Ruhezonen für Schwäne, Gänse und Libellen. Während der Bauphase müssen für den Transport von Materialien der Windkraftanlagen, Baustraßen geschaffen werden. Dazu ist Abholzung von Knicks erforderlich. Nach Ende der Lebensdauer der WKA (ca. 25 Jahre) wären die Neupflanzungen erneut gefährdet. Wir hoffen, dass Sie unsere Anmerkungen und Sorgen verstehen und nachvollziehen können. Brodersdorf und Stein sind keine Potentialflächen und wir bitten Sie, diese Flächen aus den möglichen Standorten herauszunehmen. Der Erhalt und die Fürsorgepflicht für Tiere und Natur, auch für unsere zukünftigen Generationen, sollte im Vordergrund stehen. Vielen Dank im Voraus für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Gruppe ID: GM1563 Anzahl: 5 (IDs: M1450, M1563, M1565, M1566, M1567)	STELLUNGNAHME Landesentwicklungsplan „Windkraft an Land“ Sehr geehrte Damen und Herren, aufgrund direkter Betroffenheit habe ich mich mit diesem Thema auseinandersetzen müssen. Daher möchte ich meine Anmerkungen zu dem vorliegenden Entwurf an Sie übermitteln und hoffe, dass diese eine Berücksichtigung finden können. Hierbei sind mir diverse Punkte aufgefallen, die einer Anpassung bedürfen. Im Weiteren möchte ich zum Teil anhand dieser direkten Projektierung meine Anmerkungen und Wünsche anbringen. Diese Wünsche teilen insbesondere auch die betroffenen Bürger aus Brodersdorf!!! 1. AbstandsflächenDie sog. Schutzabstände bleiben unverändert und tragen der baulichen Entwicklung der neuen Generationen von WEA keine Rechnung. Sie sind aus einer zeit, in der die WEA lediglich eine Höhe von ca. 100 m hatten. In der Gemeinde Brodersdorf und auch der Gemeinde Stein sind WEA in einer Gesamthöhe von 250 m geplant. Die bisherigen WEA in Brodersdorf/Laboe haben eine Höhe von etwa 85m. Es ist doch wohl selbstverständlich, dass bei derart krassen Entwicklungen auch die Mindestabstände vergrößert werden müssen. Zudem ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahren die Gesamthöhe derartiger Anlagen auf 320 m anwachsen wird. Sie gehen in Ihren Eckpunkten von einer Gesamthöhe 200m aus. Dies ist nach meinen Erkenntnissen bereits überholt durch die tatsächlichen Gegebenheiten. In reinen Wohngebieten sind nachts lediglich 35 dB(A) zulässig und in Kleinsiedlungsgebieten 40 dB(A). Anhand mir vorgelegten Messdaten (Gutachten) werden bei diesen Anlagegrößen die Messwerte deutlichst überschritten. Es wird anhand der Messungen festgestellt, dass ein Abstand von > 1.500 m bzw. > 950 m erforderlich sind. Dies deckt sich auch mit Aussagen der Anwohner des Windparks Groß Buchwald, deren Anlagen etwa 200 m hoch sind. Hier wird auch in 1500m Entfernung noch deutlich Lärm empfunden und gemessen. In meinem speziellen Fall in Brodersdorf und Stein können derartige Abstände nicht ansatzweise eingehalten werden.Keine Betrachtung Ihrerseits erfährt die	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 1.4, 7.3, 2.2 bis 2.5, 3.17, 4.3, 4.1, 7.4, 1.1, 3.15, 7.2.6 und 7.2.14 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Himmelsrichtung des Standorts zu den betroffenen Siedlungen. Es ist schon ein Unterschied, ob die Anlage im Westen einer Siedlung aufgestellt wird oder z.B. im Norden. Durch die hauptsächlichen Westwinde verstärkt sich die Geräuschbelastung zunehmend.Ganz zu schweigen von der optischen Belastung derart riesiger Anlagen. Gegen Anlagen einer Höhe bis zu 125 m bestehen unsererseits gar keine Bedenken. Der Schattenwurf dieser geplanten Anlagen ist ebenfalls deutlich größer/länger. Sie weisen ausdrücklich darauf hin, dass es keine Höhenbegrenzungen geben soll. Daher müssen Sie hier nachbessern. 2. 3H-/5H-Regelung muss erhalten bleiben Nur so kann man doch einen ausreichenden Abstand darstellen und einen Lärmschutz erreichen und der anstehenden Höhenzuwächse der Anlagen Rechnung tragen. 3. Landschafts- und ArtenschutzDer Stellenwert dieser schutzwürdigen Dinge wird Ihrerseits deutlich reduziert. Es wird keine Rücksicht mehr auf Landschaftsschutzgebiete mehr genommen.[eingefügte Karte]Anhand des Beispiels Brodersdorf kann man sehr gut erkennen, zu welchen ungewollten Ergebnissen dies führen kann. Der gesamte Bereich der Potentialfläche liegt im Landschaftsschutzgebiet. Es grenzt direkt an dem FFH Gebiet der Hagener Au an. Somit ergibt sich eine unmittelbare Auswirkung auf dieses wichtige, unter Schutz gestellte Naturschutzgebiet. In diesem FFH Gebiet ist inzwischen ein Seeadler-Paar heimisch geworden (mit Bruterfolg). Weiterhin beherbergt es einen Rotmilan und die Wiesenweihe. Dazu kommen noch die üblichen tierischen Bewohner eines solchen Gebietes (Rehwild, Wildschweine, Hasen, Fasanen etc.) Für diesen Schutzwürdigen Bereich sind überhaupt keine Abstände geregelt. Das kann meines Erachtens nicht sein, da hier eine unmittelbare Gefahr für die Tierwelt ausgeht. Im Zweifel kann die Rotorfläche der WEA direkt an die Grenze des FFH Gebietes ragen und hat somit eine direkte Auswirkung. Neben dem Vogelschlag dann aber auch eine Belastung durch Lärm und Schattenwurf.Ich fordere daher ein Verbot des direkten Angrenzens einer Windfläche an einem FFHGebiet. Auch hier müssen Mindestabstände definiert werden.Konkret fordere ich Sie auch auf die Potentialflächen im Bereich Brodersdorf und Stein aus eben diesen Gründen zu streichen. 4. Kategorisierung von PotentialflächenAnhand Ihrer Karten ist ganz eindeutig zu	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erkennen, dass es ausgewiesene Flächen gibt, die als Standort sehr gut geeignet sind und andere (wie zB Brodersdorf) wiederum nicht. Es wäre doch sinnvoll, diese Flächen entsprechend der entstehenden Belastung für Mensch und Tier zu gliedern und entsprechend auch eine Reihenfolge zur Erreichung Ihrer Ziele darzustellen. 5. Fehlende Flächen im Kreis PlönAuffällig ist, dass im Kernbereich des Kreises Plön keine Potentialflächen ausgewiesen werden. Dies ist für mich unverständlich, da dort die Abstandsflächen zum Teil viel leichter eingehalten werden können als in Brodersdorf und Stein. 6. Tatsächliche WindkraftflächeSie weisen mit Ihren Potentialflächen von etwa 7,2 % der Landesfläche deutlich mehr Gebiete aus, als erforderlich wären. Zudem findet es überhaupt keine Berücksichtigung, dass neben diesen konkreten Flächen auch große angrenzende Flächen belastet werden. Unter Berücksichtigung einer Fernwirkung der einzelnen Gebiete auf die direkte Umgebung mit ca. 2.000 m ergibt sich ein erheblich anderes Bild:[eingefügte Karte]Auch hier kann man wiederum sehr schön erkennen, dass im Kreis Plön eine sehr ungewöhnliche Verteilung gegeben ist. Die Zuwegungen und bestehende Solarparks fehlen hier noch gänzlich. 7. VogelzugIm Bereich Brodersdorf/Stein ist der Vogelzug der Singschwäne nicht berücksichtigt. Zudem überfliegen große Komoranschwärne dieses Gebiet auf dem Weg zur Ostsee. 8. DenkmalschutzTrotz der direkten Nähe zum Laboer Ehrenmal werden diese Potentialflächen ausgewiesen. Das Denkmal wird somit optisch untergehen. Egal aus welcher Richtung man schaut, so werden in erster Linie die WEA ins Auge fallen. 9. TourismusDie Potentialflächen Brodersdorf und Stein werden in unmittelbarer Sichtachse von der Ostsee (Kreuzfahrschiffe, Color Line etc.) aufzustellen sein und auch direkt in der Nähe der Campingplätze von Stein und Neu-Stein. Auch hier ist sodann mit einer erheblichen Lärmbelästigung zu rechnen, zumal Wohnwagen etc keine gleichwertige Geräuschdämmung wir Häuser aufweisen. 10. Anbindung an das StromnetzAuch hier sollte es im Moment die Bedingung sein, dass eine einfache und nahe Anbindung an die erforderlichen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stromtrassen möglich ist. Im Falle Brodersdorf sind es ca 2,5 km Luftlinie quer durch das Dorf und unter der B 502 durch. Für den Standort Stein sind es noch einmal deutlich größere Entfernungen und dann auch durch das FFH Gebiet Hagener Au. Dies kann so doch nicht gewollt sein. 11. Größe des WindparksAuch müssten vorrangig Flächen die erste Priorität haben, wenn dort möglichst eine große Zahl von Windräder Platz finden. Im Falle Brodersdorf wären es 3 WEA und in Stein maximal 1-2 WEA. Trotzdem müssen Erschließungsstraßen gebaut werden, egal wie viele WEA errichtet werden. In diesen beiden Gebieten würden auch die Erschließungsstraßen durch die Landschaftsschutzgebiete gehen. Dabei müssen diverse Knicks durchbrochen werden. Dieses stellt einen massiven Eingriff, welcher in der Vergangenheit immer als No-Go bezeichnet wurde. Wenn man dieses nun doch tolerieren möchte, so muss sich dieser Eingriff dann auch „lohnen“. Ich hoffe, dass Sie meine Anmerkungen nachvollziehen können. Nach meinem Verständnis wird lediglich gefordert, Flächen für Windkraftanlagen von 3,2% der Landesfläche auszuweisen. Es versteht sich von selbst, dass dann nur die geeigneten Standorte aufgenommen werden dürfen. Dies sind aber in keinem Fall die Potentialflächen 24235 Brodersdorf und 24235 Stein. Bitte nehmen Sie diese Flächen aus den möglichen Standorten heraus. Vielen Dank für Ihr Verständnis und das Einarbeiten dieser Anmerkungen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1562	Hallo ……., ich bin gegen die Windräder , wir haben in der Umgebung Seeadler, die könnten bei der Höhe und den Lärm den die Windräder verursachen, massiv gestört werden . Mit freundlichen Gruß	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.8.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1561	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich dies bezüglich anführen: - Es ist eine Beibehaltung der 3H / 5H - Regelung zwingend erforderlich, um UNS, die Bürger* für die Energiewende weiter zu gewinnen. - Es ist keine Regelung zwischen den geplanten Windkraftanlagen und PV-Freiflächen-Vorhaben in der LEP beschrieben oder ersichtlich. WARUM nicht? - Warum wird von der Landesregierung / Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnende und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet. -Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit meines Lebens- und Erholungswertes. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3.7, 1.8, 2.1 und 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1558	Sehr geehrte Damen und Herren, als Grundeigentümer in der Potenzialfläche PR2_PLO_006 möchte ich meine Bedenken zur aktuellen Regelung des Schutzradius um das Hügelgrab in der Gemeinde Stoltenberg äußern. Der derzeit festgelegte Schutzradius von 500 Metern für das Hügelgrab erscheint mir als unverhältnismäßig groß. Selbst für bewohnte Siedlungen im Außenbereich ist aktuell ein Abstand von 400 Metern zu Windkraftanlagen vorgesehen. Das Hügelgrab wird meiner Einschätzung nach aus archäologischer Sicht durch den Ausbau erneuerbarer Energien nicht unnötig beeinträchtigt. Auch die touristische Bedeutung des Hügelgrabs ist	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 6.1.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	aufgrund der überschaubaren Besucherzahlen wohl eher als gering einzuschätzen und könne nicht als Grund dienen, den Ausbau von erneuerbaren Energien unnötig zu erschweren. Meiner Auffassung nach wäre eine Anpassung des Schutzradius auf 300 Meter ausreichend, um den archäologischen Wert des Hügelgrabs zu bewahren und damit gleichzeitig die Abstandsregelungen zu bewohnten Gebieten in ein angemessenes Verhältnis zu setzen. Ich hoffe, dass meine Stellungnahme Berücksichtigung findet und die Regelungen entsprechend angepasst werden. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1556	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Insbesondere die folgenden Einwände halte ich für wichtig: • Für Siedlungsbereiche und Siedlungen im Außenbereich sollten die gleichen Mindestabstände gelten. Für Wohnhäuser im Außenbereich sollten mind. 800 m Abstand eingehalten werden. • Eine Umfassung, auch Riegelbildung um Ortschaften, auch um Siedlungen im Außenbereich, muss ausgeschlossen werden. • Die vom Bund vorgeschriebenen Fristen zur Erreichung der Flächenbeitragswerte sollen nicht verkürzt werden. • Im vom Bund vorgeschriebenen Flächenbeitragswert von 2,0% für 2032 müssen alle im Rahmen der Gemeindeöffnungsklausel beantragten Flächen berücksichtigt werden. Der vorgeschriebene Flächenbeitragswert von 2,0% sollte auch in Zukunft keinesfalls um mehr als 20% überschritten werden, auch nicht durch Vorhaben nach §35 Absatz 1 Nummer 5 BauGB. Ein max. nicht zu überschreitender Flächenbeitragswert sollte festgelegt werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1, 2.11, 7.1.4, 7.2.5, 7.2.2, 4.1, 4.7 und 4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Der Windkraftzubau muss in Abstimmung mit dem bundesweiten Netzausbau und der Errichtung entsprechender Speichermöglichkeiten erfolgen. • Eine Koordination mit dem Zubau von PV-Freiflächenanlagen ist DRINGEND erforderlich. Bereits für dieses Jahr rechnet die Bundesregierung mit Kosten von 19 Mrd. Euro, um die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben für EEG-Strom zu bezahlen. • Die Installation von Vogelschutzsystemen (AKS) muss für WEA Pflicht werden. • Abstände zum Wald müssen wie bisher mind. 100 m betragen, nicht nur wegen des Vogelschutzes, auch aus Brandschutzgründen. • Der Schutz für geschützte Vogelarten muss weiterhin ein wichtiges Ausschlusskriterium bleiben. Neben Nistplätzen müssen auch bekannte Flugrouten, auch für die Jagd der Vögel, berücksichtigt werden. Die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren, müssen weiterhin gelten. • Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen müssen von WEA freigehalten werden. Mit freundlichem Gruß, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1555	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024 **S T E L L U N G N A H M E** Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehmen wir im Namen der Mitglieder des gemeinnützigen Vereins [redacted], fristgerecht zum Landesentwicklungsplan Stellung.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die Ziffern 1.4, 3.17.1, 4.1.1, 4.2.1, 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zur Thematik "Helgoländer Papier": Die vorgeschlagenen Abstände zur Großvogelhorsten gemäß des Helgoländer Papiers wurden in modifizierter Form in das Bundesnaturschutzgesetz übernommen und schlagen sich in

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] **Einleitung** Die Naturschutzgemeinschaft [redacted] ist ein regional verwurzelter Naturschutzverein, der sich vorrangig um die Vernetzung des Lebensraums der Blunkerbach Niederung mit den angrenzenden Landschaftsteilen und Migrationskorridoren befasst. Dabei konnten in den letzten Jahren wertvolle Erkenntnisse durch Kartierungen und Gutachten gewonnen werden. Ebenso konnten wir uns weiter erfolgreich vernetzen und sind Mitglied im Landesnaturschutzverband SH geworden. Wir kooperieren sehr eng mit der Ornithologischen Arbeitsgemeinschaft (OAG-SH) und dem Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL). Wir setzen gemeinsam mit vor Ort befindlichen Akteuren (UNB, DVL, Landwirte, Jäger, Gemeindevertreter, …) Artenschutzprojekte um. Aktuell ist die Blunkerbach Niederung als ein förderfähiges Projekt des Landesnaturschutzverbandes ausgewählt worden. Wir befinden uns gerade inmitten der Projektphase, deren Zwischenschritte eng mit dem Ministerium abgeklärt werden. Wir bekennen uns selbstverständlich zum Klimaschutz, aber fordern einen naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien. Durch den landespolitisch entstandenen Anstieg der benötigten Fläche von 2% auf 3% der Landesfläche kommt es erneut zu Konflikten zwischen dem Arten- und Klimaschutz. Der Ausbau der erneuerbaren Energien spielt eine entscheidende Rolle im Kampf gegen den Klimawandel und die Reduzierung von Treibhausgasemissionen. Allerdings führt dieser notwendige Wandel zu erheblichen neuen Konflikten die zu einem erheblichen Abbau	den Angaben zum Nahbereich sowie dem zentralen und erweiterten Prüfbereichen gemäß Anlage 1 BNatSchG nieder. Den Planungen berücksichtigen die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Dies gilt insbesondere, da die Ausschlussbereiche um Großvogelhorste entsprechend des Nahbereichs nach BNatSchG als Ziel der Raumordnung von einer Windenergienutzung ausgenommen werden. Zur Thematik "Internationaler Vogelzug": Die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs werden sowohl über ein Ziel als auch über einen Grundsatz hinreichend berücksichtigt. Während innerhalb des Zielbereiches eine Windenergienutzung ausgeschlossen ist, erfolgt innerhalb des Grundsatzes eine Einzelfallprüfung auf Ebene der Regionalplanung. Es ist daher Aufgabe der Regionalplanung, im Rahmen der Abwägung diesen Belang zu berücksichtigen und in die Findung von Vorranggebieten Windenergie einfließen zu lassen. Zur Thematik "Vogelzugachse Lübecker Bucht – Neumünster": Aufgrund der geografischen Lage von Schleswig-Holstein gibt es im ganzen Land Vogelzug. Vielfach handelt es sich um den sogenannten Breitfrontenzug von Singvögeln, der nachts in großer Höhe stattfindet, sodass er im Rahmen von Windenergieplanungen keine Berücksichtigung findet. Die räumliche Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs geben daher nicht die gesamte biologische Dimension des Vogelzuges wieder, sondern konzentrieren sich auf die nach aktuellem Kenntnisstand potenziell besonders konfliktträchtigen Bereiche. Nicht alle Vogelzugwege sind als Konfliktbereiche im Rahmen der Windkraftplanung anzusehen oder lassen sich im Raum abgrenzen. Andere Bereiche, die durch Breitfrontenzug geprägt sind und/oder in denen Vogelzug auf breiterer Front und vielfach in Höhen stattfindet, die durch die Windenergienutzung nicht betroffen sind, wurden nicht bei dem Vogelzugkriterium berücksichtigt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des Artenschutzes geführt haben. Windkraftanlagen beispielsweise können Vogel- und Fledermauspopulationen gefährden, wenn sie in oder nahe an ihren Lebensräumen errichtet werden. Auch der Bau von Solaranlagen und die Nutzung von Biomasse können zu Veränderungen in der Landnutzung führen, die wertvolle Ökosysteme beeinträchtigen und den Lebensraum seltener Arten bedrohen. Die Europäische Union hat Deutschland bereits mehrfach wegen Verstößen gegen den Artenschutz und insbesondere den Vogelschutz gerügt. Diese Kritik bezieht sich vor allem auf unzureichende Maßnahmen zur Erhaltung gefährdeter Vogelarten und dem Erhalt ihrer Lebensräume. Deutschland wird vorgeworfen, die Vorgaben der EU-Vogelschutzrichtlinie nicht hinlänglich umgesetzt und dadurch den Schutz seltener und gefährdeter Vogelarten gefährdet zu haben. Insbesondere im Kontext des Ausbaus erneuerbarer Energien - wie der Windkraft - sieht auch die EU, Defizite in der Berücksichtigung von Artenschutzbelangen. Trotz der dringenden Notwendigkeit, erneuerbare Energien auszubauen, fordert die EU, dass dieser Ausbau nicht auf Kosten des Artenschutzes erfolgen darf. Die Rügen der EU verdeutlichen die Notwendigkeit, dass Deutschland stärkere Anstrengungen unternehmen muss, um den Schutz der Vogelwelt und anderer gefährdeter Arten zu gewährleisten, während gleichzeitig die Energiewende vorangetrieben wird. Für uns unakzeptabel sind die Änderungen im Bundesnaturschutzgesetz (BNatschG), die zu einem deutlichen Abschmelzen des Artenschutzes führen. Diese Handschrift lässt sich im aktuellen LEP leider am Beispiel der Gewichtung des Artenschutzes deutlich erkennen. Unserer Ansicht nach lässt sich dies auch an fehlerhaften und unvollständigen Karten (z.B. mangelhafte Berücksichtigung relevanter Vogelzugwege durch Schleswig-Holstein) erkennen. Die Aufhebung des strikten Tötungsverbotes im BNatSchG hat in der Fachwelt für erhebliche Diskussionen gesorgt. Diese Änderung betrifft insbesondere den Umgang mit geschützten Arten im Kontext von Infrastrukturprojekten, wie dem Ausbau erneuerbarer Energien. Das Bundesnaturschutzgesetz legt in § 44 fest, dass es grundsätzlich verboten ist, wildlebende Tiere zu töten oder ihre Lebensstätten zu zerstören. Dieses Verbot schützt unter anderem Vogelarten, Fledermäuse und andere Tiere, die durch menschliche Aktivitäten gefährdet werden könnten. In der Praxis führt dieses Verbot jedoch häufig zu Konflikten, besonders bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen, wo die Gefahr besteht, dass Vögel und Fledermäuse durch die Rotoren getötet werden. Im	Zur Thematik "Fehlerhafte Wiesenvogelschutzgebiete": Die ökologische Bedeutung der Blunkerbach-Niederung für die Wiesensingvögel ist bekannt. Die Abgrenzung der Wiesenvogelkulisse beruht auf den Brutvorkommen der Arten Kiebitz, Austernfischer, Großer Brachvogel und Uferschnepfe. Für diese Arten hat die Blunkerbach-Niederung keine Bedeutung als Brutgebiet (mehr), sodass die Flächen nicht Teil der Wiesenvogelkulisse sind. Zur Thematik "Eingriffe sind nicht nur punktuell": Die Aussagen werden zur Kenntnis genommen. Auf Ebene der Raumordnung werden die auf der jeweiligen Planungsebene erkennbaren Belange, sofern sie für diese Ebene von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abgewogen. Zur Thematik "Abstände zu Brutstandorten": Das Fazit zu der Kritik an den Abständen zu Brutstandorten wird nicht geteilt. Zum einen legt der Landesentwicklungsplan Windenergie an Land lediglich die Rahmenbedingungen für die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie fest. Die tatsächliche Festlegung der Gebiete erfolgt jedoch erst im Rahmen der Regionalplanung. Zum anderen erfolgt im Rahmen der Abwägung, wie dargelegt, die tatsächliche Beurteilung einzelner Flächen. Darüber hinaus werden im Rahmen des jeweiligen Genehmigungsverfahrens zusätzlich einzelne Aspekte geprüft. Damit ist sichergestellt, dass die Schutzaspekte hinreichend gewürdigt werden. Die Festlegung spezifischer Schutzmaßnahmen ist hingegen nicht Aufgabe der Raumordnung und erfolgt, sofern notwendig, auf Ebene von Genehmigungsverfahren sowie im Rahmen kommunaler Bauleitplanungen. Zur Thematik "Natura 2000", "FFH-Gebiete" und "EU-Vogelschutzgebiete": Der Landesentwicklungsplan Windenergie an Land legt lediglich die Rahmenbedingungen für die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie fest. Die tatsächliche Festlegung

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zuge der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes wurde das strikte Tötungsverbot im Jahr 2022 in bestimmten Fällen gelockert. Diese Änderung erlaubt es nun unter bestimmten Voraussetzungen, geschützte Arten zu töten oder zu verletzen, wenn dies für übergeordnete öffentliche Interessen notwendig erscheint, beispielsweise für den Ausbau erneuerbaren Energien. Die Lockerung des Verbots ist an Auflagen geknüpft. So müssen Alternativen geprüft und mögliche negative Auswirkungen auf die betroffenen Arten minimiert werden. Zudem müssen Kompensationsmaßnahmen ergriffen werden, um den Verlust von Lebensräumen auszugleichen. Diese politische Änderung der Schwerpunktsetzung ist für uns jedoch nicht annehmbar, da der Artenschutz zugunsten wirtschaftlicher Interessen und des schnellen Ausbaus erneuerbarer Energien grundsätzlich geschwächt wird. Wir befürchten, dass dieser Zustand langfristig negative Auswirkungen auf die Arten und die Biodiversität insgesamt haben wird. **Der Zielkonflikt zwischen dem Ausbau der erneuerbaren Energien und dem Artenschutz verdeutlicht die Notwendigkeit einer sorgfältigen Planung und Abwägung. Es ist essenziell, dass der Ausbau so gestaltet wird, dass er die natürlichen Lebensräume ernstzunehmend schont und gleichzeitig die Energiewende vorantreibt. Nur durch eine integrative Herangehensweise können wir die Anforderungen des Klimaschutzes mit denen des Artenschutzes in Einklang bringen und langfristig sowohl die Biodiversität als auch eine nachhaltige Energieversorgung sichern.** **Grundsätzlich meinen wir eine unzureichende Würdigung der EU-Vogelschutzrichtlinie und eine Herabsetzung des Biotop- und Artenschutzes insgesamt zu erkennen. Das ist für uns nicht akzeptabel.** Wenn der Plan die EU-Vogelschutzrichtlinie missachtet wird, könnte dies gegen Artikel 20a des Grundgesetzes verstoßen, der den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung vorsieht. Im Text des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holsteins ist zudem nicht explizit ersichtlich, auf welcher Grundlage die Abstände zu Vogelhorsten definiert wurden. Hier scheinen sich eher wirtschaftspolitische Maßstäbe durchgesetzt zu haben. Die Festlegung solcher Abstände sollte jedoch unter Berücksichtigung unabhängiger wissenschaftlicher Studien, naturschutzrechtlicher Vorgaben und dem Fachstandard (der Länderarbeitsgemeinschaft der staatlichen Vogelschutzwarten) erfolgen,	der Gebiete erfolgt jedoch erst im Rahmen der Regionalplanung. Insofern kann auch erst auf Ebene der Regionalplanung mit Bestimmtheit die Betroffenheit einzelner FFH-Gebiete und EU-Vogelschutzgebiete geprüft werden. Hierzu sind die Festlegungen des Landesentwicklungsplans zu abstrakt und bedürfen darüber hinaus der konkretisierten Anwendung im Zuge der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie. Der Plangeber geht nicht davon aus, dass die kritisierte Verlagerung der Verantwortung zu Schäden an Schutzgebieten führt, da weiterhin vertiefte Verträglichkeitsprüfungen durchzuführen sind, bevor Bautätigkeiten vollzogen werden. In diesem Zuge werden auch konkrete Maßnahmen zum Schutz erarbeitet. Die Ausnahmeregelung für FFH-Gebiete mit WEA-Bestand stellt sicher, dass dem berechtigten Interesse der Altanlagenbetreiber an einem Weiterbetrieb der Anlagen und der Nutzung bestehender Infrastrukturen Rechnung getragen und gleichzeitig eine übermäßige Beeinträchtigung der betreffenden Schutzgebiete über das derzeitige Maß hinaus vermieden wird. Insofern wird hier kein Anlass für eine Modifizierung der Planfestlegungen gesehen. Zur Thematik "Probleme/Schwierigkeiten": Die Aussagen zum Umweltbericht werden zur Kenntnis genommen. Die Prüftiefe des Umweltberichts entspricht derjenigen Erforderlichkeit, die für diese Planungsebene besteht. Dabei kann die Kritik am Abstraktionsgrad des Landesentwicklungsplans nicht entkräftet werden; im Gegenteil ist die Abstraktionsebene ein wesentlicher Bestandteil des Plan als "Grundlagenwerk" für die weiteren Planungen auf Regionalplanebene. Insofern liegt die bedingte Aussagefähigkeit zu den Auswirkungen einzelner Kriterien in der groben Maßstäblichkeit des Landesentwicklungsplan begründet und resultiert nicht in Änderungsbedarfen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	insbesondere dann, wenn es um den Schutz gefährdeter Vogelarten geht. Diese Abstände sollen das Risiko minimieren, dass Windkraftanlagen negative Auswirkungen auf Brutvögel und deren Lebensräume haben. Das Fehlen eines derartigen fachlichen Bezugsrahmens kann als ein Hinweis darauf gelesen werden, dass die aktuellen Abstandsvorgaben nicht hinreichend belegt und gerechtfertigt sind und daher juristisch, insbesondere im Hinblick auf die Einhaltung der EU-Vogelschutzrichtlinie, angreifbar sind. **Fehlender Bezug zum „Helgoländer Papier“** Im vorliegenden Entwurf des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holsteins wird beklagenswerterweise nicht explizit auf das "Helgoländer Papier" Bezug genommen. Dieses wichtige Dokument, das 2007 von deutschen Fachbehörden (den Vogelschutzwarten der Länder) erarbeitet wurde, enthält wesentliche Empfehlungen zum Schutz von Vögeln vor den Auswirkungen von Windenergieanlagen, einschließlich spezifischer Abstandsempfehlungen zu Brutplätzen gefährdeter Vogelarten. Das Fehlen einer klaren Referenz zum Helgoländer Papier wirft Fragen hinsichtlich der wissenschaftlichen Fundierung der im Entwurf festgelegten Abstände zu Vogelhorsten auf. Es ist für uns von entscheidender Bedeutung, dass derartige Schutzmaßnahmen auf etablierten und wissenschaftlich belegten Standards basieren.Eine ernstzunehmende Berücksichtigung des Helgoländer Papiers könnte dazu beitragen, die Effektivität und Rechtskonformität der geplanten Regelungen zu erhöhen. **Daher fordern wir das Helgoländer Papier anzuerkennen und als Grundlage der Abstände zu Brutstätten windkraftsensibler Arten in den Landesentwicklungsplan mit aufzunehmen. Dabei sollen die nach Helgoländer Papier ausgewiesenen Mindestanstände die Errichtung von Windkraftanlagen sicher ausschließen und die Prüfbereiche als Prüfkriterien dienen.** **Internationaler Vogelzug** Der internationale Vogelzug ist eines der faszinierendsten und ökologisch bedeutsamsten Naturphänomene der Welt. Jedes Jahr legen Millionen von Vögeln beeindruckende Distanzen zurück, um zwischen ihren Brut- und Überwinterungsgebieten zu pendeln. Dieser saisonale Massenflug erstreckt sich zumeist über tausende Kilometer, und umfasst eine Vielzahl von Vogelarten, die aus ganz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unterschiedlichen Regionen der Erde stammen. Die Bedeutung des Vogelzugs reicht weit über das reine Naturphänomen hinaus! Ökologisch gesehen spielen Zugvögel eine entscheidende Rolle im globalen Gleichgewicht. Sie tragen zur Verbreitung von Pflanzenarten bei, indem sie Samen über große Entfernungen transportieren. Auch bei der Kontrolle von Insektenpopulationen sind Zugvögel von zentraler Bedeutung, da viele von ihnen Insekten fressen, die unreduziert, in den jeweiligen Ökosystemen zu Problemen führen können. Der Vogelzug hat zudem kulturelle und wissenschaftliche Bedeutung. Seit Jahrtausenden haben Menschen den Vogelzug beobachtet und er wird in vielen Kulturen als Symbol für den Wechsel der Jahreszeiten und den Kreislauf des Lebens verehrt. Wissenschaftlich bieten Zugvögel wertvolle Daten für das Verständnis von Klimawandel, Habitatveränderungen und anderen globalen Umweltprozessen. Ihre Routen und das Timing ihrer Wanderungen sind oft präzise an jahreszeitliche Bedingungen angepasst, und Veränderungen in diesen Mustern können frühe Indikatoren für größere ökologische Verschiebungen sein. **Lebensraumzerstörung insbesondere durch WKA und andere menschengemachte Einflüsse bedrohen die Zugrouten und Rastplätze vieler Arten inzwischen in bedrohlicher Weise. Schutzmaßnahmen, wie die fortgesetzte Einrichtung von Schutzgebieten und internationale Abkommen zum Schutz von Zugvögeln, sind daher von entscheidender Bedeutung, um das Fortbestehen dieses globalen Phänomens auch bei uns in Schleswig-Holstein zu sichern. Die Dichte und Häufigkeit der „Windparks“ insbesondere auf den internationalen Zugrouten haben einen aus Artenschutzperspektive unakzeptable Umfang eingenommen und dürfen aus unserer Perspektive keinesfalls weiter ausgebaut werden.** **Fehlerhafte Darstellung der Karte 8 – „Darstellung der Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Vogelschutz in Schleswig-Holstein“** Die unvollständige Darstellung einer Vogelzugroute von der Lübecker Bucht zur Elbe ist problematisch, insbesondere wenn es um den Schutz und das Verständnis der ökologischen Zusammenhänge geht. Diese Route ist für viele Zugvögel eine wichtige Verbindung zwischen Brut- und Rastplätzen, und eine lückenhafte Darstellung kann zu Missverständnissen und falschen Annahmen führen. Eine unvollständige Karte oder fachlich falsche Beschreibung kann dazu führen, dass wichtige Zwischenstopps oder Rastplätze übersehen werden (wie z.B. der Wardersee oder die Blunkerbach-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Niederung), die für verschiedenste Vögel essenziell sind, um Energie für den weiteren Flug zu sammeln. Diese Orte können dann nicht ausreichend geschützt werden, was langfristig zu einem Verlust wichtiger Lebensräume führen wird. Weiterhin könnte eine solche Lücke in der Darstellung auch die Entscheidungsträger in die Irre führen. Ein vollständiges Bild ist notwendig, um die Bedeutung der gesamten Zugrouten in Ost-West wie auch in Nord-Süd-Richtung zu verstehen und die potenziellen Gefahren, denen die Vögel ausgesetzt sind, zu identifizieren. Ohne diese präzisen Informationen könnten zentral wichtige Schutzmaßnahmen vernachlässigt und die Freihaltung von Zugkorridoren falsch priorisiert werden. **Zusammenfassend ist die unvollständige Darstellung einer Vogelzugroute nicht nur eine verpasste Gelegenheit, die ökologische Bedeutung dieses Phänomens vollständig zu erfassen, sondern birgt das Risiko, dass wesentliche Schutzmaßnahmen unterbleiben. Es ist daher entscheidend, dass solche Routen in ihrer Gesamtheit genau dokumentiert und in die Öffentlichkeit kommuniziert werden.** **Daher fordern wir die Zugroute Lübecker Bucht -> Anschluss südlich Neumünster mit aufzunehmen und die gesamte Ost-West Passage in Schleswig Holstein deutlich breiter zu veranschlagen.** **Wiesenvogelschutzgebiet, o.g. Karte lückenhaft** Die Blunkerbach-Niederung hat in den letzten Jahren Anerkennung in der Fachwelt, als ein wertvolles Wiesenvogelbrutgebiet in Schleswig-Holstein gefunden. Mit ihrer weitläufigen Landschaft aus feuchten Wiesen und extensiv genutzten Grünlandflächen bietet die Niederung ideale Bedingungen für eine Vielzahl von bedrohten Wiesenvogelarten. Die Bedeutung dieses Gebiets wird durch eine fachliche Untersuchungen untermauert: In den letzten Jahren wurden hier rund 10.000 Eintragungen bei ornitho.de und ein ornithologisches Brutvogelgutachten erstellt, die die herausragende ökologische Bedeutung der Blunkerbach-Niederung eindrucksvoll belegen. Diese Studien haben gezeigt, dass die Blunkerbach-Niederung ebenfalls eine entscheidende Rolle für den Erhalt von Wiesenvögeln in Schleswig-Holstein spielt, die in vielen anderen Teilen Deutschlands aufgrund von Lebensraumverlust und intensiver Landwirtschaft stark zurückgegangen sind. Rote Liste -Arten wie das Braunkehlchen,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wiesenpieper und Feldlerche finden in der Niederung wichtige Nahrungsquellen und Brutplätze. Die Kombination aus relativ ungestörten Brutflächen und einem reichhaltigen Nahrungsangebot macht die Blunkerbach-Niederung zu einem unverzichtbaren Rückzugsort für diese im Rückgang befindlichen Vogelarten. Die hohe Anzahl an durchgeführten Kartierungen und das fachliche Gutachten (Brutvögel der Blunkerbach-Niederung/Koop,B.,2019) bestätigt nicht nur die ökologische Bedeutung der Blunkerbach-Niederung, sondern hebt auch die Notwendigkeit hervor, dieses Gebiet langfristig zu schützen, zu erhalten und zu entwickeln. Durch die fortlaufende Dokumentation der Brutvögel und ihrer Bestände wurde und wird weiterhin eine solide Datengrundlage geschaffen, die für den Naturschutz und die Planung von Schutzmaßnahmen unerlässlich ist. **Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die Blunkerbach-Niederung ein ornithologisch wertvolles Gebiet von überregionaler Bedeutung ist. Die fortlaufenden Kartierungen und das fachliche Gutachten unterstreichen die Notwendigkeit dieses bis vor wenigen Jahren noch unbekannte Wiesenvogelbrutgebiet durch gezielte Schutzmaßnahmen zu bewahren und weiter zu fördern**. **Eingriffe sind nicht nur punktuell** Auf Seite 72 ist zu lesen, Zitat: *„Bei WEA handelt es sich um punktuelle Eingriffe, deren nachteilige Auswirkungen auf den überwiegenden Teil der Umweltschutzgüter räumlich eng begrenzt sind. Weit–reichende Auswirkungen beschränken sich zumeist auf die Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und von Kulturdenkmalen. Dabei ist die räumliche Reichweite der Wirkung im Wesentlichen verknüpft mit der Höhe der Anlagen.“* Die Errichtung von bis zu 250 Meter hohen Windkraftanlagen stellt keinen punktuellen Eingriff in die Landschaft dar, sondern hat weitreichende Auswirkungen auf das gesamte Umfeld. Diese Höhe entspricht ungefähr einem 80-stöckigen Gebäude und verändert die Landschaft nicht nur optisch, sondern auch ökologisch und gesellschaftlich in erheblichem Maße. Erstens wirkt sich die Errichtung solcher Windkraftanlagen auf das Landschaftsbild aus. Durch ihre enorme Höhe sind die Windräder aus großer Entfernung sichtbar und prägen das Erscheinungsbild einer Region maßgeblich. Sie verändern die Wahrnehmung von	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Natur- und Kulturlandschaft, was insbesondere in ländlichen oder touristisch geprägten Gebieten wirkungsvolle Folgen für das Landschaftserleben, das durch Naturerfahrungen geprägte individuelle Wohlgefühl und den Landschaftscharakter der gesamten Region hat. Zweitens haben Windkraftanlagen dieser enormen Größe erhebliche ökologische Auswirkungen. Der Bau erfordert umfangreiche Eingriffe in den Boden und die Vegetation, da Fundamente, Zufahrtswege und Stromleitungen geschaffen werden müssen. Diese Bauarbeiten können zu langfristigen Veränderungen der Bodenstruktur, Wasserhaushalte und lokalen Ökosysteme führen. Insbesondere kann es zu Beeinträchtigungen der Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten kommen, die durch die Veränderungen in ihrem natürlichen Umfeld bedroht werden. Darüber hinaus wirken Windkraftanlagen auch in der Luft, insbesondere auf Vögel und Fledermäuse, die durch die Rotorblätter gefährdet sind. Ihre Errichtung in Gebieten mit hoher Biodiversität kann somit erheblich zum Rückgang gefährdeter Arten beitragen. Schließlich sind auch die gesellschaftlichen Auswirkungen nicht zu unterschätzen. Windkraftanlagen dieser Größe können zu Lärm- und Schattenwurfproblemen für Anwohner führen und das soziale Gefüge einer Gemeinde ernstlich beeinflussen. Diskussionen um die Standortwahl, mögliche Wertminderungen von Immobilien und die allgemeine Akzeptanz solcher Projekte können soziale Spannungen erzeugen und das Gemeinschaftsleben der Gemeinden sehr belasten. **Insgesamt zeigt sich, dass die Errichtung von bis zu 250 Meter hohen Windkraftanlagen weit mehr als ein punktueller Eingriff ist. Es handelt sich um großflächige, langfristige Veränderungen, die in ökologischer, landschaftlicher und sozialer Hinsicht tiefgreifende Auswirkungen in der Region haben. Daher müssen solche Projekte mit größter Sorgfalt geplant und unter Berücksichtigung aller relevanten Umwelt- und Sozialfaktoren und unter ernstzunehmender Beteiligung der Menschen vor Ort durchgeführt werden.** **Zugrunde gelegte „Referenzanlage“ deutlich zu klein** Die aktuellen Entwicklungen in der Windkrafttechnologie zeigen, dass die Dimensionen moderner Windkraftanlagen kontinuierlich zunehmen, um den steigenden Anforderungen an Energieeffizienz und Ertrag gerecht zu werden. Während in der Vergangenheit Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von 200 Metern und einem	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Rotordurchmesser von 150 Metern als Standard galten, werden diese Dimensionen heute oft nicht mehr als ausreichend angesehen. Moderne Windkraftanlagen, die derzeit entwickelt und installiert werden, erreichen Gesamthöhen von 250 Metern oder mehr und haben Rotordurchmesser von über 160 Metern. Diese größeren Anlagen können deutlich mehr Energie erzeugen, da sie in höhere Luftschichten vordringen, wo stärkere und konstantere Winde wehen. Außerdem ermöglichen die größeren Rotoren eine größere Ausnutzung der Windenergie, was zu einer signifikanten Steigerung des Stromertrags führt. Eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern und einem Rotordurchmesser von 150 Metern erscheint daher im Kontext der aktuellen technologischen Entwicklungen als veraltet und deutlich zu klein veranschlagt. **Negative Auswirkungen großer Windkraftanlagen im Vergleich zu kleinen** Größere Windkraftanlagen können, trotz ihrer Effizienz, deutlich mehr negative Auswirkungen haben als kleinere. **1. Landschaftsbild und ästhetische Beeinträchtigungen:** Große Windkraftanlagen sind wesentlich höher und imposanter als kleinere. Sie können bis zu 200 Meter hoch sein, was sie weithin sichtbar macht. Dies führt zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, insbesondere in ländlichen oder touristisch attraktiven Regionen. Die visuelle Dominanz großer Anlagen kann das ästhetische Empfinden der Bevölkerung beeinträchtigen und zu einer Entwertung der betroffenen Landschaften führen. **2. Geräuschbelastung:** Große Windkraftanlagen erzeugen durch ihre größeren Rotoren und höheren Turbinenkapazitäten deutlich mehr Lärm als kleinere Anlagen. Der von den Rotorblättern verursachte Schall und das tieffrequente Brummen können in einem größeren Umkreis wahrgenommen werden, was die Lebensqualität der Anwohner beeinträchtigen kann. Insbesondere das Phänomen des Infraschalls, das bei großen Windkraftanlagen stärker ausgeprägt ist, wird oft als störend empfunden und kann bei einigen Menschen gesundheitliche Probleme hervorrufen. **3. Auswirkungen auf die Tierwelt:** Große Windkraftanlagen stellen eine größere Gefahr für Vögel und Fledermäuse dar. Die großen Rotorblätter haben eine höhere Rotationsgeschwindigkeit an den Spitzen, was das Kollisionsrisiko für fliegende Tiere	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erhöht. Besonders gefährdet sind seltene und geschützte Arten, die durch die Errichtung solcher Anlagen erheblich beeinträchtigt werden können. Kleinere Anlagen haben dagegen meist eine geringere Rotationsgeschwindigkeit und sind aufgrund ihrer niedrigeren Höhe für viele Vogelarten weniger gefährlich. **4. Flächenbedarf und Umweltzerstörung:** Die Errichtung großer Windkraftanlagen erfordert mehr Platz und umfangreichere infrastrukturelle Maßnahmen als kleinere Anlagen. Dazu gehört auch der Bau breiterer Zufahrtswege und stabiler Fundamente, was zu einer stärkeren Zerstörung von Naturflächen führt. Dies kann zu einer Fragmentierung von Lebensräumen und einer Verringerung der biologischen Vielfalt in den betroffenen Gebieten führen. **Fazit:** Obwohl große Windkraftanlagen effizienter Energie produzieren können, sind ihre negativen Auswirkungen in vielen Fällen deutlich schwerwiegender als die von kleineren Anlagen. Vom ästhetischen Eingriff in die Landschaft über höhere Lärmbelastungen und Gefahren für die Tierwelt sind die Nachteile oft erheblich. Daher sollte der Ausbau der Windenergie stets unter Berücksichtigung der Größe und des Standorts der Anlagen geplant werden, um die negativen Auswirkungen auf ein Minimum zu reduzieren. **Schutzgebiete (S.80)** Zitat: „*Die Beeinträchtigung von EU-VSG wird darüber hinaus auch dadurch vermieden, dass in einem Umgebungsbereich von 1.000 Metern Vorranggebiete Windenergie nur ausnahmsweise ausgewiesen werden können, wenn die Bereiche bereits mit WEA bebaut sind und nach Durchführung von FFH-Verträglichkeitsprüfungen erhebliche Beeinträchtigungen auf das jeweilige EU-VSG ausgeschlossen werden können.“* Der vorgenannte Text enthält mehrere kritikwürdige Punkte, die in der Praxis problematisch sind: 1. **Unklare Definition des Umgebungsbereichs**: Der Text spricht von einem Umgebungsbereich von 1.000 Metern, innerhalb dessen Vorranggebiete für Windenergie nur unter bestimmten Bedingungen ausgewiesen werden können. Diese Distanz könnte jedoch in vielen Fällen nicht ausreichend sein, um die Beeinträchtigung von EU-Vogelschutzgebieten (EU-VSG) effektiv zu verhindern. Vögel, insbesondere großräumig wandernde Arten, können über größere Entfernungen hinweg gestört werden. Eine pauschale Festlegung auf 1.000 Meter würde also zu kurz greifen und den Schutz der betroffenen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vogelarten nicht gewährleisten. 2. **Ausnahmeregelung bei bereits bestehenden Anlagen**: Der Text erlaubt die Ausweisung von Vorranggebieten innerhalb dieses 1.000-Meter-Radius, wenn der Bereich bereits mit Windenergieanlagen (WEA) bebaut ist. Diese Regelung ignoriert jedoch die kumulativen Effekte, die eine zusätzliche Bebauung auf die Vögel und ihre Lebensräume haben könnte. Bestehende Anlagen bedeuten nicht zwangsläufig, dass weitere Anlagen keine zusätzlichen negativen Auswirkungen haben. Jede neue Anlage könnte das Risiko für Kollisionen erhöhen oder das Verhalten der Vögel weiter beeinflussen. 3. **Verlass auf FFH-Verträglichkeitsprüfungen**: Während die Durchführung von FFH-Verträglichkeitsprüfungen grundsätzlich eine sinnvolle Maßnahme ist, um erhebliche Beeinträchtigungen auszuschließen, ist die Aussage, dass diese Prüfungen in jedem Fall ausreichenden Schutz bieten, problematisch. Verträglichkeitsprüfungen basieren auf Modellierungen und Annahmen, die in der Praxis nicht immer die komplexen Wechselwirkungen in einem Ökosystem vollständig abbilden können. Zudem können politische oder wirtschaftliche Interessen die Strenge und Unabhängigkeit solcher Prüfungen beeinflussen. 4. **Risiko des schleichenden Bedeutungsverlusts von Schutzgebieten**: Die Möglichkeit, unter bestimmten Bedingungen Ausnahmen zuzulassen, könnte langfristig dazu führen, dass der Schutzstatus von EU-Vogelschutzgebieten ausgehöhlt wird. Wenn immer wieder Ausnahmen gemacht werden, verliert der Schutzbereich seine eigentliche Funktion, nämlich als Pufferzone für die Erhaltung gefährdeter Arten zu dienen. **Zusammengefasst sollte der Text hinsichtlich der Schutzwirkung von EU-Vogelschutzgebieten kritischer betrachtet werden. Insbesondere die pauschale Festlegung von Abständen und die Ausnahmeregelungen sollten sorgfältig überprüft und restriktiver gestaltet werden, um sicherzustellen, dass der Schutzstatus dieser wichtigen Lebensräume nicht untergraben wird.** **Landschaft** Zitat: *„Zusätzlich soll geprüft werden, ob eine Windenergienutzung mit dem Natur-, Freiraum- und Landschaftsschutz innerhalb von LSG vereinbar ist.“*	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Die vorgeschlagene Prüfung, ob eine Windenergienutzung mit dem Natur-, Freiraum- und Landschaftsschutz innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) vereinbar ist, wirft mehrere gravierende Bedenken auf, die eine Kritik erforderlich machen: 1. **Grundsätzliche Inkompatibilität mit Landschaftsschutzgebieten**: Landschaftsschutzgebiete werden ausgewiesen, um den natürlichen Charakter und die landschaftliche Schönheit eines Gebietes zu bewahren. Die Einführung von Windkraftanlagen in diesen Gebieten steht im direkten Widerspruch zu diesem Schutzstatus. Windkraftanlagen sind großflächige industrielle Strukturen, die das Landschaftsbild erheblich verändern und die naturräumliche Unversehrtheit beeinträchtigen können. Eine solche Prüfung könnte die grundsätzliche Bedeutung von LSG untergraben und zu einer Verwässerung ihres Schutzstatus führen. 2. **Risiko der Zweckentfremdung von Schutzgebieten**: Die Möglichkeit, Windkraftanlagen in Landschaftsschutzgebieten zuzulassen, könnte dazu führen, dass diese Gebiete zunehmend für industrielle Zwecke genutzt werden. Dies wäre eine gefährliche Präzedenzentscheidung, die den eigentlichen Zweck der LSG – den Schutz von Natur und Landschaft – aushöhlt. Die Landschaftsschutzgebiete könnten zu einer Art "Verhandlungsmasse" werden, bei der der Schutzgedanke zugunsten wirtschaftlicher Interessen zunehmend in den Hintergrund tritt. 3. **Konflikt mit dem Natur- und Artenschutz**: Landschaftsschutzgebiete dienen auch dem Schutz von Lebensräumen für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, die oft auf ungestörte und weitgehend intakte Umgebungen angewiesen sind. Der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen bringt erhebliche Eingriffe in diese Lebensräume mit sich, darunter Bodenversiegelung, Lärm, und Schlagschatten. Zudem stellt die Gefahr von Vogel- und Fledermauskollisionen eine ernsthafte Bedrohung für die Tierwelt dar. Eine bloße Prüfung der Vereinbarkeit ohne Berücksichtigung der kumulativen und langfristigen Auswirkungen auf das Ökosystem ist völlig unzureichend. 4. **Verwässerung des Freiraum- und Landschaftsschutzes**: Der Schutz von Freiräumen und Landschaften ist von zentraler Bedeutung, nicht nur für den Erhalt der natürlichen Vielfalt, sondern auch für das kulturelle Erbe und das Erholungsbedürfnis der Bevölkerung. Windkraftanlagen in LSG würden die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsqualität erheblich beeinträchtigen und könnten die Erholungsfunktion dieser Gebiete für die Bevölkerung stark einschränken. Diese Veränderung widerspricht dem grundlegenden Ziel des Landschaftsschutzes, das natürliche und kulturelle Erbe zu bewahren und zugänglich zu halten. 5. **Gefahr einer gefährlichen Präzedenzwirkung**: Eine solche Prüfung könnte als Präzedenzfall dienen, der die Tür für weitere Eingriffe in Schutzgebiete öffnet. Einmal eingeführte Windkraftanlagen in LSG könnten als Argument genutzt werden, um auch in anderen, möglicherweise noch sensibleren Gebieten ähnliche Projekte zu realisieren. Dies könnte einen Dominoeffekt auslösen, der den Schutz von Natur- und Landschaftsräumen in ganz Deutschland erheblich schwächt. **Zusammenfassend stellt die Idee, die Vereinbarkeit von Windkraftanlagen mit dem Schutz von Natur-, Freiraum- und Landschaftsschutz innerhalb von Landschaftsschutzgebieten zu prüfen, einen eklatanten Widerspruch zum eigentlichen Zweck dieser Schutzgebiete dar. Eine solche Prüfung gefährdet die integrale Bedeutung und den langfristigen Schutz dieser Gebiete und öffnet die Tür für Eingriffe in wertvolle und geschützte Landschaften. Der Schutzstatus von Landschaftsschutzgebieten darf nicht durch wirtschaftliche Interessen ausgehöhlt werden, sondern muss konsequent und ohne Ausnahmen gewahrt bleiben**. **Abstände zu Brutstandorten (S.80)** **Zitat:** *Vögel und Fledermäuse, als den Luftraum und teils sehr weiträumige Gebiete nutzende Tiergruppen, gelten als besonders anfällig gegen für Auswirkungen der Windenergienutzung. Um die Wirkungen durch WEA auf diese Tiergruppen so gering wie möglich zu halten, sollen bei der Auswahl von Standorten für die Vorranggebiete Windenergie zahlreiche Ausschlusskriterien als Ziele der Raumordnung berücksichtigt werden, welche eine Windenergienutzung vollständig ausschließen. So werden nachteilige Auswirkungen für Artenschutz weitestgehend vermieden. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Kriterien zum Biotopschutz, zum Schutz des Waldes sowie zu den naturschutz–fachlichen Schutzgebieten. Die Ziele und Grundsätze der Raumordnung beinhalten spezifische artenschutzbezogene Kriterien, insoweit der Schutz über andere Kriterien nicht als ausreichend angesehen wurde. Etwaige darüber*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	hinaus auftretende Konflikte können sachgerecht auf der Genehmigungsebene gelöst werden. Ergänzend zu den Schutzgebieten soll die Windenergienutzung in folgenden Lebensräumen und Funktionszusammenhängen sowie Pufferflächen ausgeschlossen werden: *-Dichtezentrum für Seeadlervorkommen;* *-Umgebungsbereich der Wintermassenquartiere für Fledermäuse mit in einem Radius von 3.000 Metern;* *-Küstenstreifen an der Nordsee und auf Fehmarn mit herausragender Bedeutung als Nahrungs- und Rastgebiet außerhalb von EU-VSG sowie auf der Insel Helgoland;* *-international bedeutsame Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen, die außerhalb von EU-VSG liegen;* *-Kolonien von Trauerseeschwalben einschließlich eines Abstands von 1.000 Metern und Lachseeschwalben-Kolonie bei Neufeld einschließlich eines Abstands von 3.000 Metern;* *-Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit sehr hoher Zugintensität;* *-Wiesenvogelbrutgebiete mit besonders hoher Siedlungsdichte.* *Ob eine Windenergienutzung mit den Anforderungen des Artenschutzes bei den im Regionalplan auszuweisenden Vorrangflächen vereinbar ist, soll dann anhand der nachfolgend genannten Grundsätze der Raumordnung geprüft werden:* *-Nahrungsgebiete für Gänse (ohne Graugänse und Neozoen) und Singschwäne außerhalb von EU-VSG;* *-innerhalb der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit Bedeutung* *-die außerhalb der Bereiche mit sehr hoher Zugintensität liegen;* *-Wiesenvogelbrutgebiete mit hoher Siedlungsdichte;* *-Umkreis von 3.000 Metern um landesweit bedeutsame Schlafgewässer der Kraniche;* *-um Brutplätze der nachfolgend genannten windkraftsensiblen Großvögel:* *-Seeadler: 2.000 Meter (Einzelhorste außerhalb des Dichtezentrums für*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Seeadlervorkommen), *-Schwarzstorch: 2.000 Meter,* *-Weißstorch: 1.000 Meter,* *-Rotmilan: 1.500 Meter.* *In der Abwägung soll geprüft werden, ob im Einzelfall eine Windenergienutzung möglich ist, wenn in dem jeweiligen Abstandsradius bereits raumbedeutsame WEA errichtet wurden. Bei Weißstorch und Rotmilan kann darüber hinaus einzel– und fallbezogen geprüft werden, ob die Freihaltung eines engeren Bereiches von 1.000 Metern um Rotmilan- und 750 Metern um Weißstorchhorste ausreichend ist. Eine Inanspruchnahme auf die genannten Bereiche soll im Zuge der Prüfung der Potenzialfläche deutlich minimiert werden.“* **Unsere Kritik** Der vorliegende Text zur Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen (WEA) in Bezug auf den Schutz von Vögeln und Fledermäusen weist mehrere kritische Schwachstellen auf, die das zugrunde liegende Schutzkonzept erheblich schwächen und potenziell zu negativen Auswirkungen auf die betroffenen Tierarten führen können. **1. Unklare und inkonsequente Schutzmaßnahmen** Der Text führt zwar zahlreiche Ausschlusskriterien und Schutzabstände auf, jedoch bleibt unklar, wie konsequent diese Kriterien tatsächlich angewendet werden. Die Erwähnung, dass im Einzelfall geprüft werden kann, ob eine Windenergienutzung möglich ist, wenn bereits raumbedeutsame WEA existieren, unterminiert die strikten Schutzvorgaben. Diese „Einzelfallprüfung“ birgt das Risiko, dass wirtschaftliche Interessen den Naturschutz überwiegen, wodurch der Schutz von Vögeln und Fledermäusen verwässert würde. **2. Kompromissbereitschaft zulasten des Artenschutzes** Der Text schlägt vor, in bestimmten Fällen engere Schutzabstände für Rotmilan und Weißstorch zu prüfen. Dies deutet darauf hin, dass der Schutz dieser windkraftsensiblen Arten möglicherweise aus wirtschaftlichen Gründen abgeschwächt wird. Diese Flexibilität könnte dazu führen, dass die Effektivität der Schutzmaßnahmen deutlich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	eingeschränkt wird, insbesondere wenn die Prüfungsergebnisse zugunsten einer Windenergienutzung ausfallen. **3. Mangel an spezifischen Schutzmaßnahmen für gefährdete Arten** Obwohl der Text Schutzmaßnahmen für einige spezifische Arten vorsieht, fehlen detaillierte Regelungen für andere gefährdete oder schutzbedürftige Arten. Ein umfassender Artenschutz erfordert spezifische Maßnahmen für alle betroffenen Arten, nicht nur für prominente Arten wie Seeadler oder Rotmilan. Die fehlende Erwähnung anderer sensibler Arten kann dazu führen, dass deren Schutz vernachlässigt wird. **4. Unzureichende Berücksichtigung kumulativer Effekte** Der Text konzentriert sich auf Einzelmaßnahmen und spezifische Abstände, berücksichtigt jedoch nicht ausreichend die kumulativen Effekte mehrerer Windenergieanlagen innerhalb eines Gebiets. Diese kumulativen Auswirkungen könnten weitaus größere Gefahren für Vogel- und Fledermauspopulationen darstellen, als die Betrachtung einzelner Anlagen vermuten lässt. Eine umfassende ökologische Bewertung, die auch diese Effekte einbezieht, ist unerlässlich, wird hier jedoch nicht hinreichend berücksichtigt. **5. Vage Formulierungen und Interpretationsspielraum** Die Formulierungen des Textes lassen zu viel Interpretationsspielraum, insbesondere bei der „Prüfung im Einzelfall“ und der Möglichkeit, Schutzabstände zu reduzieren. Solche vagen Regelungen können in der Praxis dazu führen, dass Schutzvorgaben gelockert und den spezifischen Gegebenheiten angepasst werden, was das Risiko für betroffene Arten erhöht. **6. Gefahr der langfristigen Beeinträchtigung von Schutzgebieten** Die Möglichkeit, Windkraftnutzung in potenziell schützenswerten Bereichen nach Einzelfallprüfung zuzulassen, könnte langfristig zur Degradierung dieser Gebiete führen. Selbst wenn die negativen Auswirkungen auf den Artenschutz minimiert werden sollen, kann die sukzessive Inanspruchnahme von Schutzgebieten zu einer schleichenden Verschlechterung des Lebensraumes für gefährdete Arten führen. **Fazit**	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Der Text enthält zahlreiche potenzielle Schlupflöcher, die den Schutz von Vögeln und Fledermäusen nicht ausreichend gewährleisten. Die vorgeschlagenen Ausnahmeregelungen und flexiblen Schutzabstände schwächen den Naturschutz zugunsten wirtschaftlicher Interessen. Für einen wirksamen Schutz der betroffenen Tierarten wären klarere, strengere und umfassendere Regelungen erforderlich, die keine Ausnahmen zulassen und die kumulativen Effekte von Windenergieanlagen besser berücksichtigen. **Vermeidung von Beeinträchtigungen des Netzes „Natura 2000“ (S.90)** *Zitat: „Soweit ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder ein EU-VSG in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, ist nach § 7 Absatz 6 ROG bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen eine FFH-Verträglichkeitsprüfung nach § 34 BNatSchG durchzuführen. Die Prüfung bezieht sich nicht nur auf Festlegungen innerhalb dieser Schutzgebiete, sondern auch auf Festlegungen, die von außerhalb in die Schutz–gebiete hineinwirken können. Beispielsweise können durch die Festlegung der Vorranggebiete Windenergie im Umfeld von EU-VSG Flugwege der geschützten Vögel von und zu dem Gebiet beeinträchtigt werden.* *Über den LEP Windenergie werden keine Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen. Das bedeutet, dass der LEP Windenergie selbst keine räumliche Konkretisierung zum Ausbau der Windenergie in Form einer zeichnerischen Darstellung enthält. Damit ist auch eine raumbezogene Prüfung der vom LEP Windenergie potenziell ausgehenden Beeinträchtigungen des Netzes Natura 2000 nicht möglich. Es ist jedoch zu prüfen, welchen Einfluss die im LEP Windenergie formulierten Ziele und Grundsätze der Raumordnung zum Ausbau der Windenergienutzung auf das Netz Natura 2000 haben. Eine weitergehende vertiefende Prüfung der FFH-Verträglichkeit bleibt den nachfolgenden Planungsebenen der Regionalplanung und Bauleitplanung und dem Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG vorbehalten.* *Kapitel 4.5.1 Absatz 1 G (1) des LEP Windenergie zielt auf den seitens der Landesregierung geplanten weiteren Ausbau der Windenergie ab. Betont wird jedoch, dass der Ausbau unter Berücksichtigung aller Belange, so auch der Belange des Natur- und Artenschutzes erfolgen soll. Ähnlich verhält es sich mit Kapitel 4.5.1 Absatz 1 G (2) des LEP Windenergie, mit dem die Landesregierung auf einen weiteren Ausbau der Windenergie innerhalb des schleswig-holsteinischen Küstenmeers verzichtet. Dieser*	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Verzicht wird nicht zuletzt mit dem erforderlichen Schutz von FFH-Gebieten und EU-VSG begründet. Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht 5 Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung des Plans - Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen 91 *In den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung, die zuvor in Kapitel 5.1.3.1 erläutert wurden, werden die Schutzansprüche des Netzes Natura 2000 abgebildet.“* **Unsere Kritik** Der vorliegende Text zur Vermeidung von Beeinträchtigungen des Natura2000-Netzwerks im Zusammenhang mit der Windkraftplanung enthält mehrere problematische Aspekte, die einer kritischen Betrachtung bedürfen: **1. Unzureichende räumliche Konkretisierung** Der Text weist darauf hin, dass über den Landesentwicklungsplan (LEP) Windenergie keine Vorranggebiete für Windenergie ausgewiesen werden. Dies führt zu einem grundlegenden Problem: Ohne eine konkrete räumliche Festlegung bleibt eine systematische und präzise Bewertung der Auswirkungen auf Natura 2000-Gebiete unvollständig. Die fehlende Konkretisierung führt dazu, dass potenzielle Risiken für diese Schutzgebiete nicht angemessen identifiziert und vermieden werden können, was den eigentlichen Schutzgedanken von Natura 2000 untergräbt. **2. Verlagerung der Verantwortung** Die Verantwortung für eine vertiefende FFH-Verträglichkeitsprüfung wird auf nachgelagerte Planungsebenen (Regionalplanung und Bauleitplanung) sowie auf das Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) verlagert. Diese Vorgehensweise birgt das Risiko, dass potenzielle Konflikte mit Natura 2000-Gebieten erst spät im Planungsprozess erkannt werden, wenn möglicherweise bereits irreversible Schäden entstanden sind oder hohe Investitionen getätigt wurden. Eine frühzeitige und umfassende Prüfung im Rahmen des LEP wäre notwendig, um solche Risiken von vornherein zu minimieren. **3. Unscharfe Formulierungen zum Natur- und Artenschutz** Der Text betont zwar, dass der Ausbau der Windenergie unter Berücksichtigung aller Belange, einschließlich des Natur- und Artenschutzes, erfolgen soll. Diese Formulierung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bleibt jedoch vage und lässt zu großen Interpretationsspielraum. Es fehlt an konkreten, verbindlichen Schutzmaßnahmen und klaren Kriterien, die sicherstellen, dass die Belange des Natura 2000-Netzwerks tatsächlich Priorität haben. Ohne solche klaren Vorgaben besteht die Gefahr, dass der Schutz von Natura 2000-Gebieten in der Praxis zugunsten des Windenergieausbaus verwässert wird. **4. Inkonsistenz zwischen Schutzansprüchen und praktischer Umsetzung** Obwohl der Schutz von Natura2000-Gebieten und EU-Vogelschutzgebieten (EU-VSG) im LEP betont wird, ist unklar, wie dieser Schutz in der Praxis umgesetzt wird, insbesondere da keine räumliche Konkretisierung erfolgt. Die theoretische Berücksichtigung der Schutzansprüche reicht nicht aus, wenn sie nicht mit klaren und verbindlichen räumlichen und regulatorischen Vorgaben untermauert wird, die eine tatsächliche Vermeidung von Beeinträchtigungen sicherstellen. **5. Risiko der unzureichenden Berücksichtigung von Flugwegen** Der Text erwähnt, dass die Festlegung von Vorranggebieten im Umfeld von EU-VSG die Flugwege geschützter Vögel beeinträchtigen könnte. Ohne eine räumlich detaillierte Planung und ohne spezifische Schutzkorridore besteht das Risiko, dass diese wichtigen Flugrouten nicht hinreichend berücksichtigt werden, was zu erheblichen negativen Auswirkungen auf die Vogelpopulationen führen könnte. Eine systematische Berücksichtigung und Ausweisung von Flugkorridoren in den Planungen wäre daher unerlässlich. **Fazit** Der Ansatz, die potenziellen Beeinträchtigungen des Natura 2000-Netzwerks erst in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsschritten zu prüfen, ist unzureichend und risikobehaftet. Die fehlende räumliche Konkretisierung und die vagen Formulierungen zum Schutz von Natur- und Artenschutzbelangen im LEP-Windenergie gefährden die Integrität der Natura 2000-Gebiete. Es bedarf einer frühzeitigen, umfassenden und verbindlichen Berücksichtigung der Schutzansprüche, um sicherzustellen, dass das Natura 2000-System nicht durch den Ausbau der Windenergie beeinträchtigt wird. **Betroffenheit von Fauna-Flora-Habitat-Gebieten (S.91)** *Zitat: „Gemäß Kapitel 4.5.1.3 Absatz 3 Z des LEP Windenergie sind FFH-Gebiete nebst Umgebungsbereich von 100 Meter beziehungsweise 200 Meter bei Erhaltungszielen*	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	zum Schutz von Fledermäusen von einer Windenergienutzung ausgeschlossen. Die Errichtung von WEA außerhalb dieses Umgebungsbereiches führt in der Regel zu keiner erheblichen Beeinträchtigung eines FFH-Gebiets. Eine weitergehende FFH-Prüfung nach § 34 BNatSchG für einzelne Vorranggebiete Windenergie kann daher hier unterbleiben.“ Der vorliegende Text, der sich auf die Ausnahmeregelung für FFH-Gebiete und deren Umgebungsbereich im Zusammenhang mit der Windenergienutzung bezieht, weist mehrere problematische Aspekte auf, die zu einer unzureichenden Berücksichtigung des Naturschutzes führen können. **1. Unzureichende Schutzabstände** Die im Text genannten Schutzabstände von 100 bzw. 200 Metern um FFH-Gebiete, insbesondere bei Erhaltungszielen zum Schutz von Fledermäusen, sind zu knapp bemessen. Fledermäuse nutzen oft größere Umgebungsbereiche für ihre Nahrungssuche und Wanderungen, sodass ein Ausschluss der Windenergienutzung nur innerhalb dieser engen Abstände das Risiko birgt, dass die Tiere durch Lärm, Licht und Kollisionen existentiell beeinträchtigt werden. Wissenschaftliche Studien legen nahe, dass größere Pufferzonen notwendig sind, um die Lebensräume von Fledermäusen wirksam zu schützen. Die Begrenzung auf so geringe Abstände könnte daher den Schutz dieser Arten unterminieren. **2. Verallgemeinernde Annahmen über die Auswirkungen** Der Text behauptet, dass die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) außerhalb des festgelegten Umgebungsbereichs in der Regel zu keiner erheblichen Beeinträchtigung eines FFH-Gebiets führt. Diese Verallgemeinerung ignoriert jedoch die spezifischen ökologischen Bedingungen und die unterschiedlichen Empfindlichkeiten der jeweiligen Lebensräume und Arten. Jede FFH-Fläche hat individuelle Schutzziele, die durch verschiedene Faktoren beeinflusst werden können, weshalb eine pauschale Aussage über die Unbedenklichkeit von WEA außerhalb dieser engen Abstände nicht gerechtfertigt ist. **3. Verzicht auf weitergehende FFH-Prüfungen** Der Verzicht auf weitergehende FFH-Verträglichkeitsprüfungen nach § 34 BNatSchG für einzelne Vorranggebiete wird damit begründet, dass durch die Einhaltung der genannten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schutzabstände angeblich keine erheblichen Beeinträchtigungen entstehen. Diese pauschale Annahme könnte jedoch dazu führen, dass potenzielle Risiken für Flora und Fauna in den betroffenen FFH-Gebieten nicht erkannt werden. Die FFH-Prüfung ist ein zentrales Instrument, um sicherzustellen, dass der Schutz der Gebiete und ihrer Erhaltungsziele tatsächlich gewährleistet ist. Das Aussetzen dieser Prüfungen könnte bedeutsame negative Folgen haben, insbesondere in Fällen, in denen besondere ökologische Herausforderungen oder kumulative Effekte nicht ausreichend berücksichtigt werden. **4. Fehlende Berücksichtigung kumulativer Effekte** Der Text berücksichtigt nicht, dass auch Windenergieanlagen, die sich außerhalb der engen Umgebungsbereiche von FFH-Gebieten befinden, in ihrer Gesamtheit kumulative Auswirkungen haben können. Wenn mehrere WEA in relativer Nähe zu einem FFH-Gebiet errichtet werden, können die kombinierten Auswirkungen dennoch erhebliche Beeinträchtigungen für das Gebiet und seine Schutzziele verursachen. Eine sorgfältige Prüfung, die diese kumulativen Effekte einbezieht, ist daher unerlässlich, wird aber durch die vorgesehene Regelung ausgeschlossen. **5. Gefährdung des langfristigen Schutzes von FFH-Gebieten** Durch die Einschränkung der FFH-Prüfung auf Fälle innerhalb des engen Umgebungsbereichs und die pauschale Annahme der Unbedenklichkeit von Projekten außerhalb dieses Bereichs, wird der langfristige Schutz der FFH-Gebiete nicht ausreichend gewährleistet. Diese Herangehensweise könnte zu einer schleichenden Degradierung der Lebensräume führen, insbesondere wenn langfristige Veränderungen in der Umgebung und die Anpassung der Arten nicht angemessen berücksichtigt werden **Fazit** **Der Text zur Ausnahmeregelung für FFH-Gebiete im Zusammenhang mit der Windenergienutzung stellt insgesamt eine Schwächung des Naturschutzes dar. Die engen Schutzabstände, die pauschalen Annahmen über die Auswirkungen von WEA und der Verzicht auf weitergehende FFH-Prüfungen gefährden die Erhaltungsziele der betroffenen Gebiete. Um den Schutz der FFH-Gebiete tatsächlich zu gewährleisten, sind umfassendere Schutzmaßnahmen und eine strengere Prüfung erforderlich, die die spezifischen ökologischen Gegebenheiten**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und die potenziellen kumulativen Effekte ernstzunehmend berücksichtigen. **Betroffenheit von EU-Vogelschutzgebieten (S.91-92)** Zitat: „*Der Schutz der EU-VSG wird in Kapitel 4.5.1.3 Absatz 1 Z des LEP-Windenergie sowie über den Umgang mit den weiteren Kriterien zum Vogelschutz ebenfalls bereits weitestgehend gesichert. EU-VSG nebst Umgebungsbereich von 1.000 Metern sind für die Windenergienutzung ausgeschlossen. Der Umgang mit weiteren Vogelschutz-Kriterien (beispielhaft zu nennen sind hier Kapitel 4.5.1.3 Absatz 7 Z und Absatz 10 Z des LEP-Windenergie) führt ebenfalls zu einer Vermeidung von Beeinträchtigungen innerhalb sowie außerhalb der EU-VSG, wenn das jeweilige Vorkommen mit den Erhaltungszielen übereinstimmt und sich die Bereiche überlappen.* *Im Umkreis um Brutplätze ausgewählter Großvogelarten (Seeadler, Weißstorch, Schwarzstorch und Rotmilan) soll der vorsorgende Artenschutz regelmäßig höher gewichtet werden als das Interesse an einer Windenergienutzung. Es werden die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs in Bereichen mit sehr hoher Flugintensität von der Windenergienutzung ausgeschlossen. In den nicht ausgeschlossenen Bereichen in den Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs in einem Korridor von Schleswig bis zur Husumer Bucht, im Bereich der Stör und in Teilbereichen von Fehmarn soll im Rahmen der Abwägung geprüft werden, ob die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie möglich ist. Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht 5 Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung des Plans - Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen 92* *Zu prüfen ist, ob erhebliche Beeinträchtigungen in einem Umgebungsbereich bis 1.000 Meter um EU-VSG, in denen windkraftsensible Vogelarten Bestandteil der Erhaltungsziele sind und soweit ausnahmsweise Vorranggebiete innerhalb dieses Umgebungsbereichs ausgewiesen werden, bestehen. Auf der Ebene der Regionalplanung sind daher nur für diese Fälle FFH-Verträglichkeitsprüfungen durchzuführen.* *Unter Berücksichtigung der aus Gründen des Artenschutzes im LEP-Windenergie vorgesehenen Abstandsbereiche können außerhalb des Umgebungsbereiches von bis 1.000 Meter Konfliktfälle allenfalls im Einzelfall auftreten und in der Regel durch geeignete Maßnahmen, die später auf der Ebene der Regionalplanung zu benennen und im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens umzu–setzen sind, ausgeschlossen werden. Somit ist in diesen Fällen anzunehmen, dass sich*	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die Windenergie dort durchsetzen kann.“ **Unsere Kritik** Der vorliegende Text zur Betroffenheit von EU-Vogelschutzgebieten (EU-VSG) im Zusammenhang mit der Windenergienutzung zeigt erhebliche Schwächen und bedarf einer kritischen Betrachtung: **1. Unzureichende Schutzabstände** Der Schutzabstand von 1.000 Metern um EU-Vogelschutzgebiete wird als ausreichender Puffer angesehen, um Beeinträchtigungen durch Windenergieanlagen (WEA) zu vermeiden. Dieser Abstand ist jedoch oft zu gering, um die tatsächlichen Lebensräume und Flugkorridore vieler Vogelarten, insbesondere von Großvögeln, wirksam zu schützen. Studien haben gezeigt, dass WEA auch weit über diese Abstände hinaus negative Auswirkungen auf Brut- und Rastgebiete sowie auf die Zugrouten von Vögeln haben können. Die pauschale Festlegung eines 1.000-Meter-Radius ohne Berücksichtigung der spezifischen ökologischen Bedingungen und der unterschiedlichen Anforderungen der betroffenen Vogelarten stellt daher ein erhebliches Risiko dar. **2. Unklare Abwägung bei Hauptachsen des Vogelzugs** Der Text sieht vor, dass die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs in Bereichen mit sehr hoher Flugintensität von der Windenergienutzung ausgeschlossen werden. Gleichzeitig wird jedoch angemerkt, dass in anderen Bereichen dieser Hauptachsen im Rahmen einer Abwägung geprüft werden soll, ob Vorranggebiete für Windenergie ausgewiesen werden können. Diese Abwägung ist problematisch, da die genauen Kriterien für diese Entscheidung unklar bleiben. Die potenziell gravierenden Auswirkungen auf den Vogelzug, der ein integraler Bestandteil des Überlebens vieler Vogelarten ist, könnten dadurch unzureichend berücksichtigt werden. Eine klare Priorisierung des Vogelschutzes ohne Spielraum für Ausnahmen wäre hier erforderlich. **3. Verlagerung der Schutzverantwortung auf nachgelagerte Planungsebenen** Die Verantwortung für den Schutz der EU-Vogelschutzgebiete wird weitgehend auf die Regionalplanung und das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren verlagert. Diese Vorgehensweise birgt die Gefahr, dass potenzielle Konflikte erst spät erkannt und nicht ausreichend berücksichtigt werden. Insbesondere bei so sensiblen Themen wie dem Vogelschutz ist eine frühzeitige und umfassende Prüfung notwendig,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	um sicherzustellen, dass Schutzmaßnahmen effektiv sind und nicht nur im Nachhinein versucht wird, negative Auswirkungen zu minimieren. **4. Vage Formulierungen zur Konfliktbewältigung** Der Text suggeriert, dass Konfliktfälle, die außerhalb des 1.000-Meter-Umgebungsbereichs auftreten könnten, durch geeignete Maßnahmen gelöst werden können. Diese Annahme ist jedoch sehr optimistisch und berücksichtigt nicht die Komplexität der ökologischen Wechselwirkungen und die Tatsache, dass einmal errichtete Windenergieanlagen schwer rückgängig zu machende Auswirkungen auf die Vogelpopulationen haben können. Die vagen Formulierungen lassen Raum für Interpretationen und könnten dazu führen, dass Schutzmaßnahmen unzureichend umgesetzt werden. **5. Potenzielle Vernachlässigung kumulativer Effekte** Der Text geht nicht auf die kumulativen Effekte ein, die entstehen, wenn mehrere Windenergieanlagen in der Nähe von EU-Vogelschutzgebieten errichtet werden. Solche kumulativen Effekte können zu einer erheblichen Belastung der Vogelpopulationen führen, auch wenn jede einzelne Anlage für sich genommen keine unmittelbare erhebliche Beeinträchtigung darstellt. Eine detaillierte Bewertung dieser kumulativen Auswirkungen wäre notwendig, um den Schutz der Vogelarten tatsächlich zu gewährleisten. **Fazit** Der Text zur Betroffenheit von EU-Vogelschutzgebieten im Zusammenhang mit der Windenergienutzung enthält zahlreiche kritische Punkte, die den wirksamen Schutz der betroffenen Vogelarten und ihrer Lebensräume gefährden könnten. Insbesondere die unzureichenden Schutzabstände, die unklare Abwägung bei den Hauptachsen des Vogelzugs und die Verlagerung der Schutzverantwortung auf nachgelagerte Planungsebenen stellen ernsthafte Schwächen dar. Eine deutlichere Priorisierung des Vogelschutzes und eine sorgfältigere Prüfung der Auswirkungen von Windenergieanlagen auf die Vogelpopulationen sind notwendig, um den Anforderungen des Naturschutzes glaubhaft gerecht zu werden. **Probleme/Schwierigkeiten (S.100)** Zitat: *“Eine Beurteilung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen kann im Zuge der*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umweltprüfung zum LEP Windenergie daher nur als raumunspezifische Trendeinschätzung erfolgen. Aussagen, ob die Umsetzung der im LEP-Windenergie formulierten Ziele und Grundsätze der Raumordnung voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben kann, sind dabei nicht immer möglich. *Analog zu den inhaltlichen Festlegungen des LEP-Windenergie bleibt auch die Umweltprüfung auf einem hohen Abstraktionsgrad. Dadurch bleiben die Aussagen der Auswirkungsprognosen notwendigerweise unscharf. Eine Prüfung der Umweltauswirkungen kann in diesen Fällen jedoch auf den nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen, die eine Konkretisierung der landesplanerischen Ziele und Grundsätze der Raumordnung vornehmen. Dies gilt insbesondere für die Teilaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land.“* **Unsere Kritik:** Der Text weist auf mehrere Schwächen hin, die in der Durchführung der Umweltprüfung zum Landesentwicklungsplan (LEP) für Windenergie bestehen. Die Kritikpunkte lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1. **Hoher Abstraktionsgrad**: Der Text gibt an, dass sowohl die inhaltlichen Festlegungen des LEP-Windenergie als auch die Umweltprüfung selbst auf einem hohen Abstraktionsgrad bleiben. Dies führt zu einer Unschärfe in den Auswirkungsprognosen. Eine solche Vorgehensweise steht im Widerspruch zu den Anforderungen einer präzisen Umweltprüfung, die normalerweise eine detaillierte und spezifische Bewertung von Umweltauswirkungen verlangt. 2. **Mangelnde Aussagekraft**: Der Text räumt ein, dass Aussagen über die möglichen erheblichen Umweltauswirkungen der im LEP-Windenergie formulierten Ziele und Grundsätze nicht immer möglich sind. Dies ist problematisch, da der Hauptzweck einer Umweltprüfung darin besteht, solche potenziellen Auswirkungen zu identifizieren und zu bewerten. Ein Mangel an spezifischen Aussagen untergräbt die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit der Umweltprüfung. 3. **Delegierung der Verantwortung**: Der Text legt nahe, dass die Umweltprüfung auf nachgeordnete Planungs- und Genehmigungsebenen verschoben wird, insbesondere auf die Teilaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land. Diese Delegierung könnte als Ausweichen vor der Verantwortung verstanden werden, eine umfassende und fundierte Umweltprüfung auf der Ebene des LEP selbst durchzuführen. Eine solche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verschiebung könnte dazu führen, dass potenzielle Umweltauswirkungen erst in einem späteren Stadium berücksichtigt werden, wenn bereits weitreichende planerische Entscheidungen getroffen wurden. 4. **Unzureichende Berücksichtigung der Umweltauswirkungen**: Die unscharfen und abstrakten Aussagen in der Umweltprüfung könnten dazu führen, dass relevante Umweltauswirkungen nicht hinreichend berücksichtigt oder vorhergesehen werden. Dies könnte langfristig zu unerwünschten ökologischen und sozialen Konsequenzen führen, die vermeidbar gewesen wären, wenn eine genauere Prüfung auf der LEP-Ebene erfolgt wäre. Zusammengefasst ist der Text insofern deutlich zu kritisieren, als dass er eine Umweltprüfung beschreibt, die in ihrer derzeitigen Form nicht den notwendigen Anforderungen an Präzision, Aussagekraft und Verantwortung gerecht wird. Es besteht die Gefahr, dass potenzielle Umweltauswirkungen zu spät und nur unzureichend in den nachfolgenden Planungsphasen berücksichtigt werden. **Schlussbemerkung** Die Verlagerung der Verantwortung für die Einhaltung der artenschutzrechtlichen Bestimmungen auf nachrangige Planungsebenen ist ein gravierendes Defizit, das nicht nur die Rechts- und Planungssicherheit unterminiert, sondern auch den effektiven Schutz bedrohter Arten gefährdet. **Dieses grundlegende Defizit zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Entwurf des LEP.** Die Entscheidung, artenschutzrechtliche Kriterien erst in späteren Planungsphasen verbindlich zu prüfen, führt zu einer verspäteten Identifikation potenzieller Konflikte. Dies birgt das Risiko, dass erforderliche Schutzmaßnahmen nicht rechtzeitig umgesetzt werden, was im schlimmsten Falle zu irreversiblen Schäden für die betroffenen Arten und deren Lebensräume führen kann. Die frühzeitige und umfassende Berücksichtigung von Artenschutzanforderungen auf den vorgelagerten Planungsebenen ist unabdingbar, um sicherzustellen, dass Windenergieprojekte im Einklang mit den rechtlichen und ökologischen Schutzvorgaben entwickelt werden. Die mangelhafte Integration dieser Anforderungen im LEP zeigt eine grundlegende Schwäche im Planungsansatz und stellt eine ernsthafte Bedrohung für die rechtlichen und ökologischen Schutzmaßnahmen dar. Es ist daher unerlässlich, die Planungsstrategie zu überdenken und sicherzustellen, dass artenschutzrechtliche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorgaben von Anfang an, integraler Bestandteil der Planung sind, um den umfassenden Schutz der betroffenen Arten und deren Lebensräume effektiv zu gewährleisten. [redacted] 1.Vorsitzender [redacted] 2.Vorsitzender	
Institution: Stadt Heide, Städteplanung ID: M1677	Stellungnahme Stadt Heide Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungslans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Stellungnahme der Stadt Heide Sehr geehrte Damen und Herren, angesichts des oben genannten Vorhabens, wurde die Stadt Heide mit Mail vom 13.06.2024 entsprechend informiert und zur Abgabe einer Stellungnahme gebeten. Die Anmerkungen beziehen sich auf folgende Inhalte, welche die Stadt Heide mit folgenden Anregungen und Hinweisen in der Stellungnahme vorbringt. (Verfahren | Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 | BOB-SH Landesplanung (bolapla-sh.de) - Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land - Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land - Entwurf Anlage 3 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt nur die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Sie werden jedoch für die Abwägungsentscheidungen für den ersten Entwurf des Wind-Regionalplanes mit herangezogen. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise falls erforderlich erneut einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Umweltbericht - Geodaten im Zusammenhang mit der Teilfortschreibung In der verwaltungsseitig erarbeiteten Stellungnahme (Anlage 1) werden die noch unverbindlichen Potenzialflächen des Landes den öffentlichen Belangen der Stadt Heide gegenübergestellt. Unter Berücksichtigung der öffentlichen Belange des Wohnens, der Umwelt und der Vorgaben des Landes weitere Flächen für die Windenergie auszuweisen, sind für die Stadt Heide die zwei Potenzialgebiete „Rüsdorfer Moor“ und „Bennewohld“ für eine Windenergienutzung relevant. Die zukünftige Schaffung von neuem Wohnraum und die Vereinbarkeit mit der Umwelt sind die zentralen Belange, welche anhand der Potenzialflächen abgewogen und in der Stellungnahme untersucht wurden. Untersucht wurde die Potenzialfläche auf Abstände zu gegenwärtiger und zukünftiger Bebauung. Zudem sind die Untersuchungsgebiete für die städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen „Süderholm“ und „Heide-Südwest“, sowie das Stadt-Umland-Konzept (SUK), die Grundlage für die Vereinbarkeit der vorgelegten Potenzialflächen mit dem Heider Stadtgebiet. Ergänzend wurde das Stadtgebiet auf die städtebauliche Entwicklung, sowie der Bestandsbebauungen hin überprüft. Hierfür wurden die beiden potenziellen Vorranggebiete „Rüsdorfer Moor“ und „Bennewohld“ mithilfe eines geographischen Informationssystems analysiert und dargestellt. Weitere Details sind der Anlage 1 zu entnehmen. Die Ratsversammlung hat in ihrer Sitzung vom 23.05.2009 im Rahmen der damaligen Teilfortschreibung des Regionalplanes IV Windenergie beschlossen, keine Eignungsgebiete für Windenergie im Stadtgebiet Heide zu melden. Aufgrund der Ziele, welche die Landesregierung verfolgt, sollte der o.g. Beschluss aufgehoben werden. Betroffenes Stadtgebiet der Heide (grün), mit den neuen Potenzialflächen für die Windenergienutzung (gelb/schwarz schraffiert): [Abbildung] 1. Gegenwärtige Abstandslage zur bestehenden Bebauung im Außenbereich und zur Wohnbebauung im Stadtgebiet	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[Abb. Gegenwärtige Abstandslage zur bestehenden Bebauung im Außenbereich und zur Wohnbebauung Stadtgebiet.] ➢Die Potenzialflächen bzw. die zukünftigen Vorrangflächen müssen um gesundes Wohnen/Arbeiten zu gewährleisten einen Abstand von 400 m zum Außenbereich und min. 800 m zum Innenbereich (bzw. Siedlungsbereich) einhalten. ➢Der Stellungnahme des Kreises zu diesem Thema folgend, würde die Stadt Heide es ebenfalls begrüßen einen Abstand von 1000 m zum Innenbereich (Siedlungsbereich) einzuhalten, um eine erdrückende Wirkung durch Windenergieanlagen entgegen zu wirken. 2. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen nach §165 BauGB der Stadt Heide „Süderholm“ und Heide „Süd-West“ im Zusammenhang mit den Potenzialflächen Wind SH (siehe Amtliche Bekanntmachung und Einleitungsbeschlüsse)➢Die zukünftigen städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen nach §165 BauGB Heide „Süderholm“ und Heide „Süd-West“ sind auf der folgenden Darstellung abgebildet.➢Nachstehend sind für die entsprechenden Gebiete Puffer mit den wichtigsten Abstandsmetern abgebildet, welcher den Abstand zu den im Außenbereich und Innenbereich befindlichen Vorranggebieten „Potenzialfläche Wind SH“ zeigt. [Abb. Städtebauliche Entwicklungsgebiete der Stadt Heide „Süderholm“ und Heide „Süd-West“ im Zusammenhang mit Potenzialflächen Wind SH.] ➢Bei einem Abstandspuffer von 800 m um die städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nach §165 BauGB der Stadt Heide in Kombination mit den zukünftigen Vorrangflächen Wind SH sieht die Stadt erhebliche Bedenken! ➢Der zwingend notwendige Abstand von 800 m wird zu diesem Bereich nicht eingehalten. Dadurch ist mit einer erdrückenden Wirkung durch Windenergieanlagen auf das zukünftige Siedlungsgebiet auszugehen bzw. von einer Einschränkung der möglichen Entwicklung der Stadt Heide. ➢Die Stadt Heide bittet zwingend um eine Anpassung der Potenzial-/Vorranggebieten. [Abb. 800 Meter Umgebungsbereich der neuen Entwicklungsbereiche Heide	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	„Süderholm“ und Heide „Süd-West“.] [Abb. 400 Meter Umgebungsbereich des neuen Entwicklungsbereiches „Heide-Süderholm“.] ➢Der Vollständigkeit halber wird darauf hingewiesen, dass zwischen der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme „Heide-Süderholm“ und der Fläche für Windenergienutzung der 400 m Abstand nicht eingehalten wird. Bei einer Anpassung bezüglich des 800 m Puffers ist dieser Hinweis obsolet. 3. Überlappung Darstellung zwischen der Potenzialfläche und einem zukünftigen Gewerbegebiet (Potenzialfläche bereits im SUK ausgewiesen) ➢Die Überprüfung der Potenzialfläche für die Windenergienutzung hat folgende Überschneidung ergeben, welche mitberücksichtigt werden muss. Die Stadt Heide hält einen Abstand von 400 m zu Gewerbeflächen für zwingend erforderlich, um gesundes Arbeiten zu gewährleisten und bittet um Anpassung der Potenzialflächen/Vorrangflächen. [Abb. Überlappende Darstellung zwischen der potenziellen SUK Fläche Gewerbe 2023 und der Potenzialfläche Wind SH.] 4. Vereinbarkeit zwischen den zukünftigen Vorrangflächen und den Ausgleich-Ökokontenflächen der Stadt Heide (Abschnitt Rüsdorfer Moor und Bennewohld) ➢Die Ökokonten und Ausgleichsflächen der Stadt Heide, die in dem vorgesehenen Potenzialgebiet vorhanden sind, müssen bei der Ausweisung mitberücksichtigt werden. Diese Gebiete haben eine wichtige Funktion für Natur, Landschaft und Umwelt. Hier ist immer eine Einzelfallprüfung notwendig, ob die ökologischen Ziele dieser Bereiche durch die Ausweisung von Potenzialflächen/Vorrangflächen für die Windenergie noch erreicht werden können. ➢Die Stadt Heide bittet ggf. um Anpassung der Potenzialflächen/Vorrangflächen für die Windnutzung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[Abb. Darstellung zwischen Potenzialfläche Wind SH und den Ausgleichs-/Ökokontenflächen der Stadt Heide „Abschnitt Rüsdorfer Moor“.] [Abb. Weitere Darstellung zwischen der Ausgleichs- /Ökokontenflächen und der Potenzialfläche Wind SH „Rüsdorfer Moor“] Ausgleichsflächen/Ökokonten der Stadt Heide vs. Potenzialflächen im Bereich um Bennewohld [Abbildung] 5. Landschaftsschutzgebiete im süd- östlichen Bereich von Heide [Abbildung] 5. Landschaftsschutzgebiete im süd-östlichen Bereich von Heide ➢Bei der weiteren Planung von zukünftigen Vorranggebieten müssen die bestehenden Landschaftsschutzgebiete der Stadt Heide und dessen Ziele berücksichtigt werden. Wie auf der Darstellung zu sehen ist, überlappen sich die derzeitigen Landschaftsschutzgebiete mit den zukünftigen Vorrangflächen. Hier muss eine Überprüfung stattfinden, ob die Ziele der Landschaftsschutzgebiete durch die Ausweisung von Potenzialflächen bzw. Vorrangflächen noch eingehalten werden können.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2716	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Der Anblick der Karte „Potentialflächen für Windkraftanlagen“ ist sehr erschreckend und	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.1, 4.2, 4.14, 4.15 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen, zudem auf Ziffern 3.15, 7.2.9 und 7.2.12.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erfüllt mich mit großer Sorge. Bereitsjetzt stehen und entstehen überall Windkraftanlagen. Diese stellen in meinen Augen jetzt schon einen schweren Eingriff in die Natur und die Umwelt dar. Ich denke, der Mensch hat keinesfalls das Recht, ohne Rücksicht auf Verluste in die Natur, in die Lebensräume von Tieren und Pflanzen so einzugreifen, so dass diese zu Schaden kommen. Meiner Meinung nach ist es vielmehr so, dass der Mensch ein große Verantwortung für die Natur hat und verpflichtet ist, für deren Schutz und Bewahrung zu sorgen. 1. Die Windkraftanlagen (WKA) sind eine große Gefahr für kleine und große Vogelarten. Mir ist es sehr wichtig, dass Großvogelarten wie Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, Großer Brachvogel usw., die zudem zum größten Teil unter Naturschutz stehen, weiterhin ungestört und gefahrlos leben und brüten können. Die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren, müssen unbedingt bestehen bleiben. In unserer unmittelbaren Umgebung (Bereich Sarau/Glasau/Neuglasau/NSG Heidmoor) kommen diese Vogelarten tatsächlich vor, dennoch sind in diesem Einzugsbereich (Kiekbusch) Windkraftanlagen geplant. Mir geht es jedoch nicht nur um unsere unmittelbare Umgebung, sondern um Schutz und Erhalt der Natur in ganz Schleswig-Holstein. Auch für kleinere Vogelarten und gerade auch für Zugvögel sind die Windkraftanlagen eine tödliche Gefahr. 2. Ich möchte unbedingt, dass überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlaf- und Nahrungsplätzen von Gänsen, Schwänen, Kranichen freigehalten werden. 3. Es ist für Mensch und Tier notwendig, die besonderen Landschaftsräume (Knicks, Wälder, Seen), die Landschafts- und Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotope usw. zu erhalten und vor Schaden zu bewahren. All diese Naturräume dienen zudem der Erholung und sind letztendlich auch für den Tourismus sehr wichtig. 4. Erwiesenermaßen kommt es beim Betrieb von Windkraftanlagen zum Abrieb der Beschichtung der Rotorblätter. Diese Partikel gefährden die Wasser- und die Bodenqualität und werden sich früher oder später in den Nahrungsmitteln wiederfinden - mit unbekannten Folgen. Auch, wenn ich nicht glaube, dass mein Schreiben irgendeine Wirkung haben wird, möchte ich Sie trotzdem inständig darum bitten, unsere Natur zu schützen und zu bewahren und nicht zu zerstören. Bitte handeln Sie zugunsten der Natur.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1675	Betreff: Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplans Windenergie vom 11.06.2024 Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit geben wir unsere Stellungnahme ab zum Entwurf des Landesentwicklungsplans Windenergi nund melden Flächen im Potenzialgebiet an, auf denen wir bereits Windenergieanlagen mit Landeigentümern und Kommunen planen. **Vorhabenträger**: Die [redacted] [redacted] und ihre Partner sind erfahrene Projektierer im Bereich Erneuerbare Energien. Wir entwickeln nachhaltige Energieprojekte in Zusammenarbeit mit Grundstückseigentümern, Kommunen und Partnern. Unser Leistungsspektrum umfasst die Flächenanalyse, Abstimmung mit Behörden und die Beantragung aller Genehmigungen bis zur Errichtung und Inbetriebnahme der Anlagen. **Aktuelle Projekte und Potenzialflächen:** Durch Änderungen des Landesentwicklungsplans liegen einige unserer Photovoltaik-Freiflächenanlagen nun in Windpotenzialgebieten. Wir prüfen in Zusammenarbeit mit Landeigentümern und Kommunen nun die Möglichkeit der Errichtung von Windenergieanlagen oder einer kombinierten Nutzung von Wind- und Solarenergie, um den Energieertrag pro Hektar zu maximieren. Genehmigungsvoraussetzungen und Schutzgüter: Wir haben die Flächen auf ihre Eignung für Windenergie geprüft und eine Weißflächenanalyse durchgeführt. Dabei wurden aktuelle Planungsrestriktionen in Schleswig-Holstein berücksichtigt, wie Abstände zu Wohnbebauung, Abstände zu	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schutzgebieten Wasserschutz, Infrastruktur und Windhöffigkeit. Schnelle Umsetzung durch fortgeschrittene Zusammenarbeit: Einige Projekte sind weit fortgeschritten, da wir bereits seit mehreren Jahren mit Landeigentümern und Kommunen intensiv an der Planung und Umsetzung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen arbeiten, die wir nun ggf. auch mit Windenergieanlagen kombinieren möchten. Dies ermöglicht eine zügige Umsetzung, sobald die planungsrechtlichen Grundlagen gegeben sind. Sicherung der Flächen als Windvorranggebiete: Rechts- und Planungssicherheit sind für uns entscheidend. Die Flächen sind detailliert untersucht und für Windparks geeignet. Eine Ausweisung als Windvorranggebiet würde die Realisierungswahrscheinlichkeit erhöhen und die regionale Wertschöpfung stärken. Wir bitten um Unterstützung, diese Flächen als Windvorranggebiete festzulegen. Detaillierte Projektskizzen und Kartenmaterial sind im Anhang. Für Rückfragen oder Gespräche stehen wir gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] Anlagen: • Projektsteckbrief [redacted] • Projektsteckbrief [redacted] • Projektsteckbrief [redacted] • Projektsteckbrief [redacted] • Projektsteckbrief [redacted] • Projektsteckbrief [redacted] • KMZ-Datei mit relevanten Flächen: „[redacted]“	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1551	*In Nordermeldorf sind nach meiner Einschätzung immer noch Flächen frei, die Ideal zur Windenergiegewinnung geeignet sind. In den letzten Jahren sind hier zwei Projekte mit Beteiligung des Bürgerwindparks "Nordermeldorf Wind" umgesetzt worden. In der Nordermeldorfer Bevölkerung gibt es einen breiten Rückhalt der Windenergie gegenüber.* *Auch der Gemeinderat steht neuen Projekten aufgeschlossen gegenüber. Natürlich immer, wenn die gesamte Bevölkerung teilhaben kann. daher würden ich mich sehr freuen, wenn die Eignungsflächen in Nordermeldorf ausgeweitet werden.*	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2713	Betreff: Stellungsnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung ‚Windernergie an Land’ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf. Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen unserer Lebensqualität. Die Stromtrassen aus den Hauptwinderzeugungsgebieten im Norden Richtung Süden sind noch (lange) nicht im erforderlichen Maße nutzbar, somit besteht eigentlich kein Handlungsbedarf für dieses doch sehr kurzfristige Verfahren um die Windkraft in unserem Land zu forcieren. Eine wohldurchdachte Zukunftsplanung sollte nicht unter Zeitdruck gemacht werden. So besteht die Gefahr, dass nicht revidierbare Entscheidungen erfolgen mit evtl, sich dann später zeigenden Folgewirkungen für uns Menschen aber auch der gesamten Natur und damit dem Entgegenwirken des Klimawandels kontraproduktiv zu sein. Der Naturschutz muß oberste Priorität behalten bzw. bekommen, eine Reduzierung zugunsten der Windenergienutzung darf nicht zugelassen werden, damit müssen Landschaftsschutzgebiete tabu bleiben! Anwohner dürfen nicht zusätzlich durch Veränderungen der bisher festgeschriebenen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.1, 3.17, 7.2.9, 7.2.7 und 7.2.13 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bauhöhen und Mindestabstände belastet werden. Re-Powering älterer Anlagen darf nur zu den ursprünglich genehmigten Bauvorschriften durchgeführt werden. Die Belastung der Anwohner aber auch der weiteren Lebewesen durch direkten Schall aber auch dem Infraschall muß stärker berücksichtigt werden. Was man nicht hört oder per Vorschrift laut TA-Lärm bis heute nicht erfassen kann, darf nicht unberücksichtigt bleiben, dazu gibt es genügend Untersuchungen, die diese Belastungen erklären. Es gibt Hinweise / Studien, die festgestellt haben, dass bereits im Normalbetrieb der Windkraftanlagen erheblicher Abrieb gefährlicher Stoffe erfolgt, der sich noch deutlich bei größeren Anlagen erhöht. Bei Havarien, die garnicht so selten Vorkommen, werden Giftstoffe unkontrolliert freigesetzt, feste Bauteile weggeschleudert und damit die Anwohner und die Feuerwehrkräfte gefährdet. Die Entsorgung der Bauteile nach einer Havarie, aber auch der Rückbau der Anlagen ohne negative Auswirkungen für uns Menschen und der Natur muß vorab geregelt werden. Für negative Auswirkungen beim Betrieb, z.B. durch die Kontamination der Böden im größeren Umkreis der Anlagen muß der Betreiber der Anlagen und der Grundstücksbesitzer die volle Haftung übernehmen, es dürfen keine Kosten für die Allgemeinheit entstehen. Es gibt leider noch weitere Aspekte, die in Ruhe abgewägt werden sollten, bevor der Landesentwicklungsplan/ Teilfortschreibung ‚Windenergie im Land' umgesetzt wird - so bitte nicht. Um die Fehler der letzten Jahre / Jahrzehnte bezüglich Naturzerstörung / Klimaveränderung nicht weiter zu führen muß zukünftig ein ganzheitliches und vernünftiges Wirken Vorrang haben. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bitte bestätigen Sie den Erhalt meines Schreibens bis zum 9.9.2024.	
Institution: Gemeinde Galmsbüll, Bürgermeister ID: M1674	Moin, die Gemeindevertretung möchte den bestehenden F-Plan ändern. Zusätzliche neue Gebiete sollen ausgewiesen werden. Dies soll in der Beteiligungsplattform BOB-SH berücksichtigt werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Landesentwicklungsplan Windenergie an Land regelt die Rahmenbedingungen für die Festlegung von Windenergiegebieten. Die konkrete Ausweisung der entsprechenden Gebiete erfolgt erst auf Ebene der Regionalplanung. Es wird auf Ziffer 7.1.1 der Allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Das Gebiet Süderster Weg wurde mit den Einwohnern besprochen und findet Zustimmung. Hier soll ein Bürgerwindpark entstehen. Freundliche Grüße [redacted]	Synopse Wird verwiesen.
Institution: Kreis Pinneberg, Team 40 Regionalplanung und Europa ID: 1549	Der Kreis Pinneberg begrüßt grundsätzlich das Bestreben der Landesverwaltung die Windenergienutzung in Schleswig-Holstein raumordnerisch zu steuern. Die Windenergie soll und muss ein wesentlicher Baustein sein, um die Minderungsziele der Treibhausgasemissionen in Schleswig-Holstein zu erreichen. Schleswig-Holstein will bis 2040 erstes treibhausgasneutrales Industrieland werden. Dieses Ziel soll im Energiewende- und Klimaschutzgesetz (EWKG), das aktuell novelliert wird, festgeschrieben werden. Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass das Ziel der Landesregierung, durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie eine installierte Leistung von 15 Gigawatt bis 2030 zu erreichen, sehr ambitioniert erscheint. Für die Akzeptanz - und damit den Erfolg – dieser immensen Transformation, ist eine klare und transparente Darstellung der Regelungen für den zukünftigen Ausbau notwendig. Der Natur- und Artenschutz muss auf hohem Niveau gewährleistet bleiben. **<u>Vorbemerkungen zum Verfahren und zur Kommunikation</u>** Um eine fundierte und politische getragene Stellungnahme der Kommunen zu	Zur Kritik an der Fristsetzung wird auf die allgemeine Synopse, Ziffer7.1.5 verwiesen. Die Kritik an der Veröffentlichung der Potenzialflächenkarten kann nachvollzogen werden. Die Landesplanung ist allerdings der Auffassung, dass die Vorteile der Veröffentlichung überwiegen, weil wir so auch bereits frühzeitig Hinweise zu einzelnen Flächen bekommen, die sonst erst im Anhörungsverfahren zu den Regionalplänen kommen würden. Zum Vorrang der Windenergie vor Solarfreiflächenanlagen Hierzu gibt der Solarerlass des Landes die gewünschten detaillierteren Ausführungen. Zur Formulierung „Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge berücksichtigt werden“ Hier geht es um Einzelabwägungen, die auf Ebene der Regionalplanung zu treffen sind. Die Einzelanforderungen können hier nicht abstrakt vorformuliert werden. Jeder Fall ist

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ermöglichen, wird gebeten, bei zukünftigen Beteiligungsverfahren zu Raumordnungsplänen einen geeigneteren Zeitraum zu wählen, insbesondere vor dem Hintergrund der im letzten Jahr verkürzten Beteiligungsfristen. Das Ziel zügige Verfahren zu ermöglichen, darf nicht zu Lasten einer qualifizierten inhaltlich, fachlichen und politischen Auseinandersetzung gehen. In diesem Zusammenhang möchten wir Feedback zur Wirkung der Veröffentlichung der Karte „Potentialfläche Windenergie SH“ anbringen. Die Karte gehört zwar nicht zu den Unterlagen des förmlichen Beteiligungsverfahrens, wird aber in diesem Zusammenhang kommuniziert. Wir sehen durchaus den Vorteil einer Visualisierung der komplexen Thematik für den Laien, allerdings lösen solche Darstellungen auch viele Irritationen und zum Teil auch eine Goldgräberstimmung auf kommunaler Ebene aus, die teilweise schwierig wieder einzufangen sind. Wir möchten daher darum bitten, künftig die Kommunikation besser auf das sehr sensible Thema abzustimmen. **<u>Allgemeine Anmerkungen zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land</u>** Der LEP formuliert Ziele und Grundsätze für die Landesentwicklung und setzt den Rahmen für die Regionalpläne und die Bauleitplanung. Eine Offenheit und gewisse Unschärfe liegt daher in der Natur der Sache. Dennoch bedarf es aus unserer Sicht verschiedener Konkretisierungen und klarer Begriffsbestimmungen sowie eindeutiger Prüf- und Entscheidungskriterien, um einen hinreichenden Rahmen für die folgenden Ebenen zu gewährleisten. Beispiele hierfür sind: der Vorrang der Windenergie vor Solar-Freiflächenanlagen *(Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land - Grundsätze und Ziele der Raumordnung; 7 Z Solar-Freiflächen (Seite 4) und B zu 7 (Seite 17 - 19)* Der Vorrang der Windenergie vor Solar-Freiflächenanlagen soll auf der bauleitplanerischen Ebene mit entsprechenden Festsetzungen im Bebauungsplan umgesetzt werden. Die Landesplanung sollte hier konkret benennen wie bzw. mit welchen planerischen Instrumenten die Kommunen ausgestattet sind oder werden, um das geplante Ziel einer Vorrangstellung der WEA vor PV-Anlagen möglichst rechtssicher in Bebauungsplanverfahren berücksichtigen zu können. Umfassung von Ortslagen durch WEA *(Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur; 7 G Umfassung von Ortslagen durch die*	gesondert zu prüfen. Zu 2 Z Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie für raumbedeutsame Windenergieanlagen an Land Bisher konnte keine massenhafte und unkoordinierte Errichtung von Klein-WEA im Außenbereich festgestellt werden und ist auch nicht absehbar, Insofern besteht hier kein weitergehender Regelungsbedarf. Zu 6 Z Mindestgröße von Windenergiegebieten Ob mehrere kleine Teilflächen ein Vorranggebiet bilden können wird in der Einzelabwägung auf Regionalplanebene entschieden. Die in der Stellungnahme angeführten Prüfaspekte werden einbezogen. Zu 3 G Festlegung einer Referenzanlagen im Zusammenhang mit 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen Hierzu wird auf Ziffer 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen. zu 11 G Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und Erholung Hierzu wird auf Ziffer 3.15.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu 12 G Regionale Grünzüge Hierzu wird auf Ziffer 3.16.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu 13 G Landschaftsschutzgebiete Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Einzelabwägung auf Regionalplanebene berücksichtigt. Zu 2 Z Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche Hierzu wird auf Ziffer 4.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. 5 Z und G Gesetzlich geschützte Biotope Der Schutz von Biotopen kleiner als 5 ha entzieht sich der Ebene der Regionalplanung. Hier kann eine angemessene

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergienutzung (S. 23)) Die Begrifflichkeiten „unzumutbare“, „soll“, „in unmittelbarer räumlicher Nähe“ und „im Einzelfall“ sind als Kriterium des LEP nicht geeignet, der folgenden Konkretisierung in der Regionalplanung einen hinreichenden Rahmen zu setzen. Die Beurteilung einer Umzingelungs- bzw. Umfassungssituation von Ortslagen muss nachvollziehbar, z. B. metrisch oder in Gradzahlen, erfolgen. Formulierung „Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge berücksichtigt werden“ *(Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz; 12 G Regionale Grünzüge (Seite 35) und B zu 12 (Seite 74 f.))* Die Formulierung, es sollen „Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge berücksichtigt werden“, wird als zu unbestimmt bewertet. Es fehlen Kriterien zur Bewertung der Auswirkungen einer WEA auf die verschiedenen Funktionen auf deren Basis eine Abwägung erfolgen kann. Neben der Reduzierung der Steuerungswirkung sind damit nicht unerhebliche zusätzliche Abstimmungsprozesse in den Gemeinden und mit der Landesplanungsbehörde verbunden, die durch eindeutige Regelegungen vermieden bzw. reduziert werden könnten. Zielabweichungsverfahren sollten die Ausnahme sein und nicht ein genereller Lösungsansatz für Raumnutzungskonflikte. **<u>Anmerkungen zu einzelnen Grundsätzen und Zielen</u>** **4.5.1 Windenergie an Land** 2 Z Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie für raumbedeutsame Windenergieanlagen an Land Durch die allgemein gehaltene Formulierung, ohne Flächen- oder Abstandsbegrenzung, besteht aus naturschutzfachlicher Sicht die erhöhte Gefahr, dass zahlreiche unkoordinierte Kleinanlagen im Außenbereich entstehen könnten. Konfliktpotentiale könnten auch durch die Privilegierung der Agri-PV-Anlagen entstehen.	Berücksichtigung auf der Genehmigungsebene erfolgen. Kleinstbiotope haben in der Regel keine besondere Vernetzungsfunktion, so dass pauschale Pufferzonen hier nicht sachgerecht wären. Größere vernetzte Biotopstrukturen wie z.B. auch Knicks werden in der Abwägung berücksichtigt. Zu 7 G Kompensations- und Ökokontoflächen Die ökologischen Funktionen von Kompensations- und Ökokontoflächen sollen dauerhaft gesichert werden. Bei sehr kleinteiligen Flächen kann dies auf Genehmigungsebene gewährleistet werden. Größere Flächen werden bereits im Rahmen der Regionalplanung bei der Vorrangflächenausweisung berücksichtigt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	6 Z Mindestgröße von Windenergiegebieten Durch die Stückelung und „Aussparung“ von Schutzgebieten könnten die negativen Effekte von Windenergieanlagen (WEA) noch stärker über die beanspruchten Flächen hinausgehen. Beispielsweise könnten durch die Zuwegung u.a. BE-Flächen, Artenschutz, Moorschutz, Landschaftsbild, Erholungsfunktion stark gefährdet sein, sollte diese Regelung, hinsichtlich einer definierten Mindestgröße umgesetzt werden. Die Errichtung von WEA könnte zur Fragmentierung von Lebensräumen führen, was negative Auswirkungen auf wandernde Tierarten und die ökologische Vernetzung von Biotopen zur Folge haben könnte. Der Plantext sollte daher Maßnahmen zur Vermeidung oder Minimierung solcher Fragmentierungen enthalten, wie z.B. durch die Festlegung von Pufferzonen oder die Verwendung von existierenden Infrastrukturkorridoren. Die landschaftsökologische Verträglichkeit von WEA sollte sorgfältig geprüft werden. Formulierungsvorschlag: *„Ein räumlicher Zusammenhang ist dann gegeben, wenn die Entfernung der Außengrenzen einzelner Flächen zueinander weniger als 200 Meter beträgt.“* 3 G Festlegung einer Referenzanlagen im Zusammenhang mit 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen Diese Regelungen sind aus naturschutzfachlicher Sicht sehr kritisch zu bewerten. Durch diese Regelungen könnten verschieden hohe WEAs auf einer Fläche errichtet werden und damit zu einer weiteren Heterogenität beim „technischen“ Landschaftsbild führen. Auch die Errichtung, Zuwegung etc. solch einer Maximalanlage wird die räumliche Umgebung stärker beeinträchtigen als kleinere/standardisierte Anlagen. Das Land Schleswig-Holstein zeichnet sich durch seine offene und weitgehend unberührte Landschaft aus, die durch den Bau von WEA beeinträchtigt werden könnte. Eine landschaftsverträgliche Planung sollte die visuelle Beeinträchtigung minimieren und sicherstellen, so dass WEA harmonisch in die Landschaft integriert werden könnten. **4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	11 G Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereich für Torismus und Erholung Aus naturschutzfachlicher Sicht sehr kritisch zu bewerten, da die Prüfung einzelfallbezogen erfolgen soll. Die UNB Pinneberg stimmt mit der Einschätzung der UNB Dithmarschen überein, dass diese Gebiete von einer Windenergienutzung freigehalten werden müssten. Hier ist das Kriterium als Ziel der Raumordnung darzustellen. Eine Verlagerung der Fragestellung auf nachfolgende Verfahrensebenen ist kritisch zu werten. 12 G Regionale Grünzüge Aus naturschutzfachlicher Sicht sehr kritisch zu bewerten, da die Prüfung einzelfallbezogen erfolgen soll. Die UNB Pinneberg stimmt mit der Einschätzung der UNB Dithmarschen überein, dass diese Gebiete von einer Windenergienutzung freigehalten werden müssten. Hier ist das Kriterium als Ziel der Raumordnung darzustellen. Eine Verlagerung der Fragestellung auf nachfolgende Verfahrensebenen wäre ebenfalls kritisch zu werten. 13 G Landschaftsschutzgebiete Aus naturschutzfachlicher Sicht ist eine Abwägung im Einzelfall als kritisch zu bewerten. Es könnte die Gefahr bestehen, dass der Schutzzweck der ausgewiesenen Landschaftsschutzgebiete in so gut wie allen Fällen erheblich gefährdet werden würde. Angesichts der hohen Bevölkerungsdichte und der landesweit höchsten Einwohnerzahl im Kreis Pinneberg sowie dem gestiegenen Bedürfnis nach Erholung (siehe Corona Pandemie), bewertet die UNB Pinneberg die geplante Ausweisung von Windenergiegebieten in LSGs als sehr kritisch. Der Rückgriff auf Landschaftsschutzgebiete zur Erfüllung des landesweiten Flächenbeitrags für die Windenergienutzung sollte soweit wie möglich vermieden werden. **4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz** 2 Z Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche In diesen Bereichen ist die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen. Jedoch werden die nicht-raumbedeutsamen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	WEA nicht genannt. Aus naturschutzfachlicher Sicht ist der Abstand von 100m als sehr kritisch zu bewerten. Des Weiteren wird auf S.20 dieses Plantextes verwiesen: „Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind in einem Umgebungsbereich von 400 Metern um Einzelhäuser und Splittersiedlungen sowie innerhalb dieser im Außenbereich ausgeschlossen (S.20).“ Das Schutzgut Mensch kann nahezu gleichgesetzt werden mit dem Schutzgut Flora und Fauna, daher sollte ebenfalls von einer 400 m - Pufferzone ausgegangen werden. Nicht zuletzt durch die Aufnahme des Art. 20a in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, stellt sich der Gesetzgeber bereits dieser Verantwortung. 5 Z Gesetzlich geschützte Biotope Aus naturschutzfachlicher Sicht sehr kritisch zu bewerten, da es sehr wertvolle Biotope mit einer Größe < 5 ha gibt, ferner das keinerlei Puffer um diese Biotope vorgesehen sind. Durch diese Planung könnte der Zerschneidung des Biotopverbundes weiter Vorschub geleistet werden. Gerade die kulturhistorische, ökologische sowie naturschutzfachliche Bedeutung von Knicks (als „National-Biotope“ Schleswig-Holsteins“) wird nicht berücksichtigt. 5 G Gesetzlich geschützte Biotope Die UNB Pinneberg schließt sich voll und ganz der Stellungnahme des Kreises Dithmarschen in Hinsicht auf die einzelnen Kriterien der Verringerung von Abständen bzw. einer geänderten flächenhaften Abgrenzung gegenüber den bisherigen Abgrenzungen sowie der äußerst kritischen Wertung, dass das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem nicht ebenfalls als Ziel der Raumordnung festgelegt wird, an. **4.5.1.4 Boden und Wasser** 7 G Kompensations- und Ökokontoflächen Aus naturschutzfachlicher Sicht wäre diese Formulierung als sehr kritisch zu bewerten. Unstrittig müsste sein, dass die Errichtung von WEA als Eingriffe gem. § 8 LNatSchG zu bewerten sind. Ferner dürfte unstrittig sein, dass Eingriffe in Kompensations- und Ökokontoflächen nach derzeitiger Rechtslage nicht möglich sein dürften, da diese gegen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die einschlägigen Bestimmungen des BNatSchG (§ 15) und des LNatSchG (§ 16) verstoßen dürften, die den dauerhaften Erhalt der durch diese Flächen gesicherten ökologischen Funktionen gewährleisten sollen. Eine Verlagerung der Fragestellung auf nachfolgende Verfahrensebenen wäre ebenfalls kritisch zu werten.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1670	Betreff: Ausweisung einer Teilfläche des Gebietes PR3_SEG_047 (ehemals PR3_SEG_034) als Windvorranggebiet in der Gemeinde Strukdorf, Kreis Segeberg Sehr geehrte Damen und Herren, mit dieser Stellungnahme plädieren wir für die Ausweisung der betrachteten Potenzialfläche PR3_SEG_047 aus dem 1. Entwurf des LEP 2024 als Windvorranggebiet. Die vorgeschlagene Fläche erstreckt sich über 46,48 Hektar im östlichen Teil der Potenzialfläche PR3_SEG_047 und bietet hervorragende Bedingungen für die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA). Eine Karte der betrachteten Fläche erhalten Sie anbei (s. Analge 1). **Begründung** 1. **Gesetzliche Grundlagen und öffentliches Interesse**: Der Ausbau erneuerbarer Energien liegt gemäß § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit. Dieses Prinzip gilt für jede einzelne Anlage zur Erzeugung erneuerbarer Energien und ist als vorrangiger Belang zu berücksichtigen. 2. **Umwelt- und Artenschutz**: Die artenschutzrechtliche Stellungnahme für die Fläche PR3_SEG_047, erstellt von [redacted] (s. Anlage 2), zeigt auf, dass trotz der Nähe zu Schutzgebieten (wie dem Naturschutzgebiet Geschendorfer Moor und dem FFH-Gebiet „Wald bei Söhren“) durch geeignete Maßnahmen potenzielle Konflikte minimiert werden können. Eine umfassende Datenrecherche zur Avifauna und anderen artenschutzrechtlich relevanten Tierarten unterstützt diese Einschätzung: <u>Seeadler</u> Die Untersuchungen ergaben, dass die zu erwartenden Flugbewegungen des Seeadlers außerhalb der potenziellen Kollisionszone der geplanten Windenergieanlagen liegen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Durch die strategische Platzierung der WEA (außerhalb des Nahbereichs nach §45b BNatschG Absatz 2) kann das Kollisionsrisiko für den Seeadler minimiert werden. <u>Rotmilan</u> Der Rotmilan wurde ebenfalls im Untersuchungsgebiet erfasst. Hierbei zeigten die Flugroutenanalysen, dass das Hauptfluggebiet des Rotmilans nicht direkt über der geplanten Fläche liegt. 3. **Lokale Gegebenheiten und Infrastruktur**: Die Lage der Fläche im Naturraum Ahrensböker Endmoränengebiet innerhalb des Ostholsteinischen Hügellandes bietet aufgrund der topographischen und klimatischen Verhältnisse ideale Bedingungen für Windenergie. Die vorhandene Infrastruktur, einschließlich der Nähe zur Bundesautobahn A20, erleichtert den Transport und die Anbindung der WEA 4. **Potenzial zur Erreichung von Klimazielen und ökonomischer Stabilität in der Gemeinde Strukdorf**: Die Ausweisung der Fläche als Windvorranggebiet trägt maßgeblich zur Energiewende bei. Durch die Nutzung dieser Potenzialfläche kann ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der Klimaziele und zur Reduktion der CO_2 -Emissionen geleistet werden. Zudem stärkt dies die lokale Wertschöpfung. Die Mehreinnahmen, die der Gemeinde Strukdorf durch die Errichtung und den Betrieb des Windparks zugutekommen, ermöglichen eine Aufwertung des Haushalts, was von Seiten der Gemeindevertretung als dringend erforderlich angesehen wird. **Schlussfolgerung** Wie die oben aufgeführten Punkte aufzeigen, ist die Ausweisung der Fläche PR3_SEG_047 als Windvorranggebiet sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll. Die umfassende artenschutzrechtliche Bewertung und die strategische Lage der Fläche unterstützen diese Position. Wir bitten daher die Landesplanung, diese Stellungnahme positiv zu berücksichtigen und die notwendigen Schritte zur Ausweisung der Fläche als Windvorranggebiet einzuleiten. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Projektentwicklung & -management	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1667	Stellungnahme zur Ausweisung der Fläche PR2_RDE_122 bei Altenholz als Windvorranggebiet Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der aktuellen Planungen zur Ausweisung von Windvorranggebieten möchte ich hiermit die Argumente für die Berücksichtigung der Fläche PR2_RDE_122 (1. Entwurf LEP 2024) in der Gemeinde Altenholz vorbringen. Diese Stellungnahme basiert auf der positiven Haltung der Gemeinde Altenholz sowie einer umfassenden Bewertung der relevanten Faktoren. 1. **Potenzial der Fläche für die Windenergienutzung**: Die Fläche PR2_RDE_122 umfasst insgesamt 68,07 Hektar und wird, nach Anpassung der Fläche auf die Referenzanlage, aus zwei Teilgebieten bestehen, die derzeit ackerbaulich genutzt werden. Die Nutzung dieser Fläche für Windenergie ist insbesondere im Hinblick auf die Windhöffigkeit von großer Bedeutung. 2. **Abwägung der Konfliktrisiken in der Abwägung 2020**: Im Zuge der Abwägung der Kriterien wurden verschiedene Konfliktrisiken analysiert. Dabei zeigte sich, dass die meisten Bereiche nur ein geringes Konfliktrisiko aufweisen: a. **Siedlungsstruktur und -entwicklung**: Ein Konfliktrisiko besteht lediglich in Bezug auf Abstandsbereiche von 800m bis 1.000m um Siedlungsbereiche und Stadt- und Umlandbereiche. Nach Rücksprache mit der Gemeinde Altenholz ist diese nicht bestrebt die Wohnbaufläche in Richtung des Potenzialgebietes zu erweitern und begrüßt die Bebauung des 800-1000m Streifens. b. **Infrastruktur**: Hier liegt lediglich in Bezug auf Flächen mit militärischen Belangen ein Konfliktrisiko vor. Dieses beschränkt sich jedoch auf eine Bauhöhenbegrenzung von 248m üNN bedingt durch die Kursführungsmindesthöhe der Flugplätze ETNS – SCHLESWIG und ETNH HOHN und kann mit der passenden Anlagengröße ausgeräumt werden. In Bezug auf mögliche Belange des	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Verkehrslandeplatzes Holtenau EDHK (§12 LuftVG) befinden sich die geplanten Anlagenhöhen in Prüfung. 3. **Regionale Bedeutung und ökologischer Ausgleich:** Die Fläche liegt im Verdichtungsraum um das Oberzentrum Kiel und am Rande eines regionalen Grünzugs. Es wird argumentiert, dass diese Grünzüge als Ausgleich zu hochverdichteten Räumen dienen sollen. Jedoch ist anzumerken, dass moderne Windenergieanlagen durch ihre geringen Bodenflächenbedarfe und ihre Integration in bestehende Landschaftsstrukturen diese Freiraumfunktionen nicht wesentlich beeinträchtigen. Im Gegenteil, durch die Bereitstellung erneuerbarer Energie wird ein wertvoller Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und zum Klimaschutz geleistet. 4. **Schutz der Rotmilane am Waldrand**: Ein wichtiger Aspekt bei der Planung von Windenergieanlagen ist der Schutz der lokalen Vogelpopulationen. Insbesondere die beiden bekannten Rotmilanhorste fanden besondere Beachtung in der vorliegenden Planung. Gemäß Bundesnaturschutzgesetz (BNatschG) müssen bei der Planung und Errichtung von Windenergieanlagen spezielle Abstände zu Brutplätzen gefährdeter Vogelarten eingehalten werden, um deren Sicherheit und Lebensraum zu gewährleisten. Diese Abstandsregelungen berücksichtigen die spezifischen Bedürfnisse der Rotmilane und stellen sicher, dass ihre Population durch die Windenergieanlagen nicht gefährdet wird. Die geplante Anlagenkonfiguration trägt dem BNatschG Rechnung und steht somit nicht im Konflikt mit den artenschutzrechtlichen Belangen der Rotmilane. 5. **Unterstützung durch die Gemeinde Altenholz**: Die Gemeinde Altenholz steht dem Vorhaben äußerst positiv gegenüber und möchte die Fläche gegebenenfalls per Gemeindeöffnungsklausel ausweisen. Diese lokale Unterstützung ist ein entscheidender Faktor, der die Akzeptanz und die Umsetzung des Projekts maßgeblich fördert. Die Gemeinde sieht in der Ausweisung der Fläche als Windvorranggebiet eine Chance zur nachhaltigen Entwicklung und zur Stärkung der regionalen Wertschöpfung. **Fazit** Die genannten Aspekte zeigen, dass die Ausweisung der Fläche PR2_RDE_122 als Windvorranggebiet sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll ist. Die potenziellen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Konflikte sind durch gezielte Planungsmaßnahmen zu bewältigen, und die Unterstützung durch die Gemeinde Altenholz verstärkt die positive Gesamtbewertung. Wir bitten daher die Landesplanung, die Fläche als Windvorranggebiet auszuweisen und somit einen wichtigen Beitrag zur Energiewende und zur nachhaltigen Regionalentwicklung zu leisten. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] Projektmanagement & -entwicklung	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1548	Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin gegen einen weiteren Ausbau der Windkraftanlagen an Land und das sind meine persönlichen Gründe: 1. **Geräuschkulisse**: Ich lebe auf dem Land, da mich die Geräusche von Industrie und Stadt stören. Um mich von meiner Arbeit ausreichend erholen zu können, brauche ich eine ruhige Umgebung. Ich sehe akute Gefährdung meiner Gesundheit, wenn ich dauerhaft durch die Windkraftanlagen beschallt werde. 2. **Immobilienpreis**: Wir sind Besitzer eines Einfamilienhauses in Fiefbegen. Dies ist unter anderem auch eine Investition fürs Alter. Sollten die Windkraftanlagen vergrößert oder gar neue gebaut werden, sinkt automatisch der Wert unserer Immobilie. Das kann ich will ich nicht in Kauf nehmen. Auch ein Wiederverkauf unserer Immobilie ist somit ohne finanziellen Schaden nicht möglich. 3. Ich arbeite in der **Tourismus Branche**. Die Gäste berichten, dass sie aufgrund der Natur und der Ruhe bei uns Urlaub machen. Sollte eines der beiden Faktoren nicht mehr gegeben sein, werden weniger Touristen bei uns in der Region ihren Erholungsurlaub verbringen wollen. Dies bedeutet für viele private Anbieter von Ferienwohnungen und der Gastronomie erhebliche Einbußen. 4. **Naturschutz**: Seit kurzer Zeit haben sich nach langen Bemühungen bei uns Adler angesiedelt. Diese erfolgreiche Ansiedlung bringt man durch die Windkraftanlagen in Gefahr. Von den Zugvögeln und allen anderen Vogelarten	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3.2, 7.2.11, 3.15, 4.1 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ganz zu Schweigen. Bei Fragen dazu bin ich jederzeit erreichbar. Mit freundlichen Grüßen	
Institution: Kreis Plön, Kreisplanung ID: 1547	Folgende Stellungnahme wurde in der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Bauen, Abfallwirtschaft und Umwelt und für Wirtschaft, Energie und Tourismus am 3. September 2024 beschlossen: Der Kreis Plön informiert die Landesplanung darüber, dass der vorliegende Entwurf dazu geeignet ist, erhebliche Konflikte mit den strategischen Entwicklungszielen des Kreises Plön zu verursachen. Auch unter Berücksichtigung des geringen Handlungsspielraums gegenüber den bundesrechtlichen Anforderungen an die Windplanung wird das Land darum gebeten, regionale Entwicklungsbelange besser zu berücksichtigen. Für den Kreis Plön werden diese Belange wie folgt mitgeteilt: Die beiden Aspekte „ökologischer Landschaftsschutz“ und „Schutz der Kulturlandschaft“ sind die durch die Planung am deutlichsten negativ berührten Interessen des Kreises Plön. Denn beide Aspekte sind Grundlage oder gar Voraussetzung für die Funktionen des Kreises Plön als · attraktiver Wohnstandort · Tourismusregion · hochwertiger Freiraum. Vor dieser Interessenlage ist zu fordern, dass - die Freihaltung von Freiräumen im förmlichen Landschaftsschutz im Rahmen von Flächenabwägungen erkennbaren Vorrang haben soll gegenüber anderen Freiräumen. - das ungestörte Bild der regionaltypischen, historisch gewachsenen Kulturlandschaft, insbesondere im Zusammenhang mit weithin wirkenden Denkmalen, erkennbaren	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15.1, 3.17.1, 6.1, 7.1.3 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen. Der Kreis Plön hat aufgrund seiner naturräumlichen Ausstattung nur einen geringen Flächenanteil an der landesweiten Potenzialfläche. Im Vergleich zu anderen Landesteilen kann hier nicht von einer dominanten Wirkung im Landschaftsbild ausgegangen werden, so dass eine deutliche Beeinträchtigung von Tourismus, Naherholung und Lebensqualität im Kreisgebiet nicht zu erwarten ist.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Vorrang erhalten soll gegenüber anderen Belangen bei der Flächenermittlung. Das besondere Gewicht der o.g. Aspekte soll im Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land erkennbar formuliert werden. Die derzeitige Fassung der Grundsätze zu den Themen Landschaftsschutzgebiete, Erhalt und Pflege der Kulturlandschaft, Denkmalpflege ist nicht ausreichend für die auskömmliche raumordnerische Steuerung der Windenergienutzung. Es bestehen wenig verbindliche Soll-Formulierungen, die die besondere Bedeutung dieser Aspekte für die strategischen Entwicklungsziele des Kreises Plön nicht ausreichend widerspiegeln. Deshalb ist eine verpflichtende Priorisierung im Planungsvorgang erforderlich. Der Kreis Plön lehnt die Errichtung von Windkraftanlagen in allen Landschaftsschutzgebieten des Kreises Plön ab. Der LEP stellt an keiner Stelle lokale oder regionale Strategische Entwicklungsziele für andere Rauminteressen in den Mittelpunkt der Betrachtung. Es wird gefordert, dass der LEP aktiv einen Interessenausgleich zwischen dem Anliegen der Energiewende und den Raumfunktionen Tourismus und Wohnen sucht. Insbesondere soll das dann geschehen, wenn dafür lokale oder regionale Konzepte oder strategische Ziele bestehen, wie die strategischen Zielen des Kreises Plön. Im Kreis Plön sind der gewerblicher Tourismus und die Erholungsfunktionen für die Oberzentren Kiel und Hamburg so wesentliche Wirtschaftsfaktoren, dass aus dem LEP-Entwurf ein erheblicher Zielkonflikt ablesbar ist. Die durch die Planung drohenden Einschränkungen durch Windkraft sind nicht mit dem Anliegen der Energiewende zu rechtfertigen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Kreisgebiet derzeit erhebliche Flächen für die Photovoltaik entstehen und dadurch ein substantieller Beitrag zur Energiewende geleistet wird. Daher werden Potentialflächen für Windkraft in den Amtsgebieten Probstei und Selent/Schlesen in dieser Dimension abgelehnt. Das Land wird ausdrücklich dazu aufgefordert, einen tragfähigen Interessenausgleich zu formulieren, wie ihn der jetzt vorgestellte Entwurf noch nicht enthält. Das Land wird darüber hinaus aufgefordert, das Thema Bürgerwindparks stärker zu fördern und konstruktiv zu begleiten. Die Begründung der vorgenannten Stellungnahme findet sich in der Vorlage 92/24 im Bürgerinformationssystem des Kreises. Die "Strategischen Handlungsfelder des Kreises	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Plön" sind online unter www.kreis-ploen abrufbar.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2862	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: - Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. - Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. - Ich fordere, dass Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann. - Ich befürchte Störung der Flugrouten der Luftrettung und des Bundesheers. - Ich bin der Meinung, dass das derzeitig gültige Verfahren zu einer Verspargelung der Landschaft führt. - Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen - Ich lehne die Absenkung des Grundwasserspiegels zum Bau von Windkraftanlagen strikt ab, da in der Nähe befindliche Grundwasserseen mit der dazugehörigen Fauna und Flora erheblich beeinträchtigt werden. - Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit dieser einzigartige Naherholungsraum erhalten bleibt. Mir ist es wichtig, dass geschützte Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Uhu, Wespenbussard, Schwäne in meiner Heimat weiterhin brüten. Überlebenswichtige Vogelflugkorridore zw. Schlafplätzen und Nahrungsflächen sind freizuhalten. - Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5, 7.2.5, 7.2.12, 2.11, 5.4, 4.2, 4.20, 7.2.9, 7.1.7, 7.3, 7.2.7 und 2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). - Ich fordere eine Beteiligung der direkten Anwohner im Umkreis von 2500m am Genehmigungsverfahren. - Ich befürchte körperliche Beschwerden und Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Blinklichter, (Befeuerung), Infraschall, optische „Erdrückung“ und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von 5 H zu Wohnbebauung gilt. - Ich fordere, dass ein Havariefall wie (Brand, technischer Defekt, Rotorbruch etc) durch ausreichende Abstände von min. 1500m zu Wohnbebauung abgesichert wird. - Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für alle Menschen gilt, egal ob Stadt, Dorf, Splittersiedlung oder Einzelhäuser (mindestens 1500m) Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2922	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Es fehlt mir die fachliche Begründung für die Abstandsregelungen z.B. 3 H oder 5 H, bei gleichzeitiger Vergrößerung der Anlagen - Widerspruch in der Sache? Das Helgoländer Papier zum Vogelschutz - Abstand zum Horst - wird nicht erklärt (Artenschutz) Beunruhigung der Wildtier - Fluchttiere - wird deutlich beeinträchtigt. Unruhe für alle	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3.7, 4.1, 7.2.1, 7.2.13 und 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Tierarten durch Lärm- und Bewegungsaktivitäten Entsorgung bei Repowering, Umweltschutz, Abrieb ist wie hoch bei den größeren Anlagen. Wie weit ist die Speicherkapazität z. Zt, da wir keine Lösung für Stromspitzen, warum werden die Anlagen abgeschaltet und gleichzeitig neue errichtet - Widerspruch!? Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1546	**Stellungnahme** **der Ornithologische Arbeitsgemeinschaft für Schleswig-Holstein und Hamburg (OAGSH) im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Sachthema Windenergie, Entwurf Juni 2024** Die OAGSH nimmt wie folgt Stellung zur erneuten Auslegung und beschränkt sich hier auf Vogelschutzbelange: Schleswig-Holstein hat eine international herausragende Bedeutung für zahlreiche Vogelarten, die hier brüten, rasten, durchziehen oder überwintern. Als Landbrücke zwischen Skandinavien und Mitteleuropa sowie zwischen Nord- und Ostsee wird Schleswig-Holstein zwei Mal im Jahr auf dem Hin- und Wegzug von vielen Millionen Vögeln gequert, darunter von zahlreichen Großvögeln, Greifvögel und anderen Arten mit geringer Reproduktion und entsprechend hoher Anfälligkeit für eine Erhöhung der Mortalität. Zentrale Bedeutung haben für viele Arten das Wattenmeer mit den angrenzenden Kögen sowie die An- und Abflugwege zum Wattenmeer über Eider und Husumer Bucht. Einige global gefährdete Arten rasten und überwintern in Schleswig-Holstein in international bedeutenden Beständen, wie der Zwergschwan (zeitweise 30–50% der nordwest-europäischen Population!). Andere Arten haben national bedeutsame Brutbestände im Lande wie beispielsweise verschiedene Wiesenvogelarten, Seeadler oder Lachseeschwalbe.	Zu den Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs: Aufgrund der geografischen Lage von Schleswig-Holstein gibt es im ganzen Land Vogelzug. Vielfach handelt es sich um den sogenannten Breitfrontenzug von Singvögeln, der nachts in großer Höhe stattfindet, sodass er im Rahmen von Windenergieplanungen keine Berücksichtigung findet. Die räumliche Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs geben daher nicht die gesamte biologische Dimension des Vogelzuges wieder, sondern konzentrieren sich auf die nach aktuellem Kenntnisstand potenziell besonders konfliktträchtigen Bereiche. Nicht alle Vogelzugwege sind als Konfliktbereiche im Rahmen der Windkraftplanung anzusehen oder lassen sich im Raum abgrenzen. Andere Bereiche, die durch Breitfrontenzug geprägt sind und/oder in denen Vogelzug auf breiterer Front und vielfach in Höhen stattfindet, die durch die Windenergienutzung nicht betroffen sind, wurden nicht bei dem Vogelzugkriterium berücksichtigt. Zu EU-Vogelschutzgebieten und Umgebungsbereichen: Ein Puffer von 1.000 m als Umgebungsbereich um EU-

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergieanlagen (WEA) haben weitreichenden Einfluss auf viele Vogelarten, sei es durch Kollisions-, Barriere- und Scheuchwirkung oder negative Lebensraumveränderungen im Umfeld der WEA (z.B. durch Erschließung und Entwässerung von Flächen zum Bau von Zuwegungen). Im Rahmen der Regionalplanung hat daher die richtige Standortwahl für die Vorranggebiete eine zentrale Bedeutung, um naturschutzfachliche und artenschutzrechtliche Konflikte zu vermeiden. Die zukünftigen Vorranggebiete für Windenergienutzung werden im Rahmen des Regionalplanungsverfahrens anhand von landesweit einheitlich definierten harten bzw. weichen Tabukriterien und Abwägungskriterien ausgewählt. Vor dem Hintergrund der oben skizzierten herausragenden Bedeutung Schleswig-Holsteins für diverse Vogelarten ist für einen naturverträglichen Ausbau der Windenenergienutzung die Berücksichtigung von ornithologischen Kriterien im Rahmen der Regionalplanung zwingend geboten. Die OAGSH, als der ornithologische Fachverband Schleswig-Holsteins begrüßt, dass der Windkraftausbau in Schleswig-Holstein durch die Landesplanung im Rahmen der Regionalplanung mit landesweit einheitlichen Kriterien gesteuert werden soll. nimmt zur Kenntnis, dass das Land an bundesgesetzliche Vorgaben zu Art und Umfang des Ausbaus gebunden ist. erkennt daher an, dass im neuen Entwurf zum gesamträumlichen Plankonzept der Landesplanung weiterhin eine Reihe von naturschutzfachlichen und speziell ornithologischen Kriterien (u. a. EU-Vogelschutzgebiete, Dichtezentrum Seeadler, Potenzielle Beeinträchtigungsbereiche Großvögel, Nahrungsgebiete, Flugkorridore und Schlafplätze des Zwergschwans, Umgebungsbereiche um Trauer- und Lachseeschwalbenkolonien sowie um Kranichschlafplätze, Küstenstreifen Nordseeküste und einige Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges (Schlei – Nordsee, Eiderstedt sowie wichtige Wiesenvogelbrutgebiete) berücksichtigt werden. weist aber darauf hin, dass der Aspekt „überregionaler Vogelzug“ weiterhin zu wenig Beachtung erfährt. Insbesondere wird der international wichtigste Zugweg, die „Vogelfluglinie“ über Fehmarn nach Ostholstein nicht im erforderlichen Umfang freigehalten. Die Planzugerfassungen der OAGSH belegen alljährlich Zugbewegungen von Greifvögeln, Störchen und Kraniche in einer Größenordnung von 20.000 Ind., die das Flaschenhalskriterium für Important Bird Areas erfüllen. Im LEP-Entwurf auf S. 7 wird ja bereits auf die Bedeutung des Fehmarnzugwegs und die Vorbelastung durch	Vogelschutzgebiete wird von den Naturschutzbehörden als fachlich ausreichend angesehen, um Störungen und Barrierewirkungen auszuschließen. Zu Wiesenvogelbrutgebieten: Mit dem LEP Wind werden aus naturschutzfachlichen Gründen und im Einklang mit einer gesamträumlichen Steuerung der Windenergie Festlegungen getroffen. Weitergehende Ausführungen zu „Anforderungen des Artenschutzes“ werden im Genehmigungsverfahren konkretisiert, je nach betroffenem Grundsatz. Die Zweistufigkeit in Ziel und Grundsatz wurde bewusst gewählt, um Flächen mit geringeren Siedlungsdichten und einer Vorbelastung durch Windenergieanlagen einer Einzelfallprüfung zu unterziehen, ob dort die Windenergienutzung fortgesetzt werden kann. Auf die Begründung zum LEP Wind wird ergänzend verwiesen. Bezüglich der Abstände um Horste windkraftsensibler Großvogelarten wird auf Ziffer 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen. Darüber hinaus wird auf die Ziffern 1.5.1, 4.2.1, 4.7.1 und 4.14.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	weitere Windparks hingewiesen. Der Vogelzug im Binnenland findet bislang keine Berücksichtigung. Es ist davon auszugehen, dass das Zuggeschehen im Binnenland unterschätzt wird. Neben den Küstenlinien und dem Nord-Ostsee-Kanal spielen auch die Elbe und kleinere Fließgewässer eine Rolle als Zugkorridor und zahlreiche Binnenseen und deren Umland haben eine wichtige Funktion als Rastgebiet teilweise nationaler bis internationaler Bedeutung. Die OAGSH fordert daher eine kritischere Prüfung des Zug- und Rastgeschehens sowie die Einhaltung eines Mindestabstands von WEA um Gewässer von mehr als 10 ha Größe. kritisiert daher auch, dass der ansonsten planerisch vorgesehene Abstand von Potentialflächen zu EU-Vogelschutzgebieten von 1.000 m nicht grundsätzlich ausreichend ist, insbesondere auch nicht zum Nationalpark Wattenmeer. Besonders kritisch ist zu sehen, dass die 1.000 m im Westen von Fehmarn sogar deutlich unterschritten werden. Gerade der Küstenstreifen von Westermarkelsdorf Richtung Flügge muss in einer Breite von mindestens 2.000 m vollständig frei von Hindernissen im Luftraum bleiben. Die Anwendung der Ausnahme unter 4.5.1.3, dass von diesem Abstand abgewichen werden kann, wenn eine FFH-VP gezeigt hat, dass erhebliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden können, trifft hier nicht zu: Auf Fehmarn sind Windkraftanlagen bereits ab Ende der 1980er Jahre ohne Prüfung von Naturschutzbelangen errichtet worden, so dass eine solche FFH-Verträglichkeitsprüfung ohne Windkraftanlagen gar nicht erfolgen konnte und der (Sing)vogelzug entlang der Küste gar kein Betrachtungsgegenstand war, sondern nur die Rastvorkommen und Ortsbeziehungen von Großvögeln wie das Fehmarner Seeadlerpaar. Die Unterschreitung des Abstandes zu EU-Vogelschutzgebieten hier dient also alleine der Aufrechterhaltung eines ungeeigneten Windkraftstandortes auf Fehmarn. Zu berücksichtigen ist auch, dass einige Vogelschutzgebiete im Land ausschließlich oder teilweise Waldflächen, nicht jedoch das angrenzende und als Nahrungsbiotop genutzte Offenland umfassen. Dies betrifft zum Beispiel die EU-Vogelschutzgebiete Sachsenwald, Hahnheide, Wälder in Lauenburg, Teilbereiche des Schaalsee-Gebietes. Um die windkraftsensiblen Greif- und Großvogelarten zu schützen, ist daher auch die Freihaltung der Umgebungsbereiche um die Brutplätze sicherzustellen. Um alle Vogelschutzgebiete muss daher ein Mindestabstand von 1.500 m eingehalten werden, um Vogelschutzgebiete mit Vorkommen des Seeadlers oder bedeutenden Rastvorkommen von Gänsen oder Schwänen in Anlehnung an LANU (2008) sogar ein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mindestabstand von 3.000 m. bemängelt, dass auch im neuen Entwurf Abstände zu oder zu Wäldern (30m) oder zu Naturschutzgebieten (100m) zu gering bleiben. Im sehr waldarmen Land Schleswig-Holstein haben die wenigen Wäldern eine herausragende Bedeutung für den Natur- und Artenschutz und beherbergen Vorkommen windkraftsensibler Vogel- (und Fledermaus)arten. Besonders Waldränder haben eine wichtige Funktion im Ökosystem. Zu Wäldern muss generell ein Mindestabstand von 100 m eingehalten werden. Naturschutzgebiete haben eine herausragende Funktion im Naturschutz, weshalb es gilt, negative Auswirkungen auf diese Gebiete zu vermeiden. Deshalb muss zu Naturschutzgebieten ein Mindestabstand von 1.000 m eingehalten werden. Die OAGSH kritisiert insbesondere, dass Abstände zu Horsten (Weißstorch, Rotmilan, 17 G, S. 59) zu gering gefasst werden und bei Rotmilan und Weißstorch nicht mehr der gesamte potenzielle Beeinträchtigungsbereich mit hoher Abwägungspriorität gewertet wird und stattdessen zahlreiche Ausnahmen möglich sind und geringere Abstände zu windkraftsensiblen Arten somit ein Abwägungskriterium darstellen: danach können neue Vorranggebiete in den äußeren potentiellen Beeinträchtigungsbereich um Rotmilanhorste hinein, sodass zukünftig WEA nur noch 1 km von Rotmilanhorsten und 750 m von Weißstorchhorsten entfernt errichtet werden können – und dies trotz deutlich strengerer fachlicher Empfehlung der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (Helgoländer Papier). Zum Schutz der windkraftsensiblen Großvogelarten fordert die OAGSH eine konsequente Einhaltung der fachlich im Helgoländer Papier zusammengestellten Mindestabstände zu Brutplätzen: 3.000 m zu Seeadler und Schwarzstorch, 1.500 m zu Rotmilan, 1.000 m zu Fischadler, Schwarzmilan, Wiesenweihe, Rohrweihe und anderen sensiblen Groß- und Greifvogelarten. Der Schutz von Kranich-Schlafgewässern ist noch nicht ausreichend und einheitlich geregelt. Die OAGSH empfiehlt um alle regelmäßig besetzten Kranich-Schlafgewässer einen Abstand von 3.000 m einzuhalten. begrüßt, dass Wiesenvogelhabitate von der WEA-Planung ausgeschlossen werden. Jedoch sind die Kriterien zu konkretisieren und Abstandskriterien zu definieren. Um Wiesenvogelhabitate ausreichend schützen zu können, muss auch der Umkreis von 1.000 m um die Wiesenvogelbruthabitate von WEA frei bleiben. Ansonsten führt der regelmäßige Anfall von Kadavern verunglückter Vögel zur ständigen Präsenz von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Füchsen und anderen Säugetieren in den Wiesenvogelgebieten. kritisiert ferner, dass im Rahmen der Regionalplanung keine Höhenbegrenzung mehr möglich ist. Dies folgt zwar unmittelbar der Vorgabe durch den Bundesgesetzgeber, doch wäre bei einem Flächenpotential von > 7% der Landesfläche genügend Spielraum vorhanden, an besonders kritischen Standorten eine Höhenbegrenzung zu belassen, ohne das für Schleswig-Holstein vorgesehene Ausbauziel zu gefährden. Als Beispiel sei die Zughöhenverteilung ziehender Greifvögel auf Fehmarn dargestellt: von 32.472 hinsichtlich der Zughöhe geschätzten oder gemessenen Greifvögel zogen (bis 2023) 22.000, also 68%, in den Zughöhenklassen 32 bis 256 m (im Diagramm rot), was grob dem vom Rotor überstrichenen Höhenband der aktuellen Referenzanlage entspricht. (Entsprechende Auswertungen aus dem projekt Vogelzug über Schleswiog-Holstein können zur Verfügung gestellt werden). Die immer höheren Anlagen mit ebenfalls steigendem Rotordurchmesser greifen somit stärker in den Lufttraum ein (Vogelzug, Großvögel) als alle bisherigen Anlagen, wodurch das Kollisionsrisiko z.B. auch für nachts ziehende Vögel weiter zunehmen wird, zumal die großen Zugwege nur unzureichend freigehalten werden bzw. weitere Riegelbildungen/Verstärkungen erfolgen (Fehmarn > Wagrien; Neustädter Bucht Richtung Nordsee). Zusätzlich wird auch mit einer Verringerung des unteren Rotordurchgangs auf kleiner als 30 m geplant. Damit entsteht ein neues Gefährdungspotenzial für Vogelarten, die aufgrund ihres Flugverhaltens in geringerer Höhe bisher weniger stark im Fokus standen. Die Weihenarten Rohrweihe, Kornweihe und Wiesenweihe, aber auch Eulen, Wiesenvogelarten und Feldvögel wie die Feldlerche werden damit einem höheren Kollisionsrisiko ausgesetzt. Durch die politisch gewollte Beibehaltung des Abstandes zu Siedlungen bleiben in einem dicht besiedelten Land wie Schleswig-Holstein nur noch wenige Bereiche für Windkraftnutzung übrig. Dies sind oft abgelegene Flächen zwischen Wäldern oder Grünlandniederungen, somit oft die letzten Rückzugsgebiete für viele Arten in der ansonsten ausgeräumten und landwirtschaftlich intensiv genutzten Agrarlandschaft. Bereits im 3. Entwurf sind im Zuge der Aufweichung des Rotmilankriteriums bereits solche naturschutzfachlich wertvollen Flächen als Vorranggebiete aufgenommen worden. **Die OAGSH fordert daher die Landesplanung auf, aus dem rechnerisch hohen Flächenpotential solche aus Naturschutzsicht besonders kritischen Standorte**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ersatzlos zu streichen, insbesondere auf den international bedeutsamen Zugwegen wie über Fehmarn-Wagrien. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Avifaunistische Leitung	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2921	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Kontamination durch Abrieb der Rotorblätter verdirbt vermutlich die Böden • charakteristische Landschaft der holsteinischen Schweiz geht verloren Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.9, 7.2.12 und 7.3.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1545	Ich bin gegen die Errichtung von Windkraftanlagen um Basthorst und Umgebung (Möhnsen, Dahmker). Sie geht zu Lasten von Natur und Mensch. Wir befinden uns hier in einem Vogelzuggebiet (z.B. Kraniche). Es ist für mich unverständlich, dass in diesem Zusammenhang der Natur- und Artenschutz eingeschränkt werden soll. Wer profitiert von der Errichtung von Windkraftanlagen? Doch nur die Landwirte, die Land zur Verfügung stellen. Bei den anderen Grundstückseigentümern verlieren die Grundstücke an Wert.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen, insbesondere auf Ziffern 7.4.1, 7.2.10 und 7.2.11. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
		wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1544	Sehr geehrte Damen und Herren, die Geschäftsführung der Bürgerwindpark Brebek GmbH & Co. KG begrüßt, dass die Landesplanung im Entwurf des LEP weitere Flächen als blaue Flächen im Raum, Karlum, Ladelund und Bramstedtlund ausgewiesen hat. Wir bitten darum, dass diese Flächen dann auch endgültig als Windeignungsflächen Rechtskraft erlangen, so dass wir als Bürgerwindpark Brebek noch einige weitere Windenergieanlagen in diesem Raum errichten können. Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist vorhanden und auch Natur und Umweltschutz werden nicht über Gebühr belastet. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Geschäftsführung der Bürgerwindpark Brebek GmbH & Co. KG	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1543	**Stellungnahme zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land** Sehr geehrte Ministerin [redacted], sehr geehrte Damen und Herren der Landesplanung, **die Gemeinde Westre legt Widerspruch gegen den jetzigen Entwurfsstand des Landesentwicklungsplans ein. Gleichzeitig beantragt die Gemeinde Westre, die Erweiterung der Windvorrangflächen nach Süden und Osten.** Der aktuelle Entwurf des Landesentwicklungsplans SH hat für unsere Bürgerwindparks zur Konsequenz, dass die Gesellschafter, knapp 400 Personen aus den Gemeinden Westre und Ellhöft, kaum Betreiberzukunft haben und damit ein bestehendes Zentrum der Erneuerbaren Energien ausgebremst wird! Auf dem Gebiet der Gemeinde Westre würden sich dann nur noch 3 Bestandsanlagen befinden. Dabei handelt es sich um drei große 6 MW Senvion-Anlagen. Es ist für unsere Bürger unverständlich, dass die bisherige Windvorrangfläche nicht im Entwurf des LEP aufgenommen wurde. In den Jahren 2007 und 2009 wurden die Flächen im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens von der Landesplanung genehmigt. Das geschah damals in	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfs. Gemäß dem Ziel *Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche* bestehen potenzielle Ausnahmebereiche, die in der Karte des Entwurfs des Landesentwicklungsplans Windenergie an Land festgelegt sind. Dazu gehört auch der Bereich auf dem Gebiet der Gemeinden Ellhöft und Westre, innerhalb derer sich WEA befinden. Insofern ist die Ausweisung eines Vorranggebietes dort nicht pauschal ausgeschlossen. Gleichwohl müssen die im Ziel genannten Voraussetzungen erfüllt sein. Diese sind im Rahmen der Vorranggebietsausweisung auf Regionalplanebene zu prüfen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	enger Abstimmung mit dem damaligen Landrat [redacted], Kreis Nordfriesland. Die Firma [redacted], deren Gesellschafter größtenteils Bürger aus den Gemeinden Westre und Ellhöft sind, war seinerzeit bereit ein Testfeld für die Firma SENVION, damals noch Repower, zu errichten. Für die Gesellschafter bedeutete dies, dass sie Betreiber von Prototypen waren. In der Gemarkung Westre, südlich der dänischen Grenze mit 300 m Mindestabstand zum Vogelschutzgebiet, hat die Firma [redacted] dann 2009 drei 6,2 MW-Anlagen errichtet. Erst vor wenigen Monaten wurde die Betriebsgenehmigung um 10 Jahre verlängert. Von den insgesamt 7 WEA der [redacted], mit einer installierten Gesamtleistung von 28 MW, befinden sich nur noch zwei Siemens-Anlagen in einer blauen Fläche des LEP-Entwurfs. Die anderen fünf WEA fielen der neuen Abstandsregelung des EU.VSG zum Opfer, die von bisher 300 m auf 1000 m erweitert wurde. Ein solches EU-VSG befindet sich unmittelbar nördlich der Windvorrangfläche auf dänischem Staatsgebiet. Die Betreiber und auch wir als Gemeindevertreter haben nun große Sorge, dass nur noch bestehende Anlagen betrieben und in Zukunft kein Repowering mehr durchgeführt werden kann. **Wir beantragen, die Aufnahme der bisherigen Standortflächen in den LEP. Es handelt sich um die bisherige Windvorrangfläche, gerne wie an anderer Stelle vorgeschlagen, begradigt um die ausgeklammerten Bauernwäldchen. Als Gemeinde können wir den bisherigen Abstand von 300 m zum EU-VSG akzeptieren. Zusätzlich beantragen wir, die Aufnahme der parallel von der [redacted] vorgeschlagenen Erweiterungsflächen im Süden und Osten der bisherigen Windvorrangflächen. Diese Flächen sind im Entwurf des LEP teilweise blau aufgenommen. Das begrüßen wir als Gemeinde Westre sehr.** Wir weisen darauf hin, dass in der Vergangenheit im Rahmen verschiedener BImSchG-Antragsverfahren mehrere ornithologische Gutachten erstellt wurden. Alle kamen zu dem Ergebnis, dass die Errichtung von Windenergieanlagen südlich des dänischen Schutzgebietes keine negativen Auswirkungen auf das Schutzgebiet haben. Warum sollte das jetzt anders sein? Aufgrund dieser Gutachten und der 25-jährigen Erfahrung mit dem Betrieb von Windkraftanlagen im südlichen Bereich des Schutzgebietes bitten wir um Ausweisung und Übernahme der bisherigen Windvorrangfläche in den jetzt zur	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Diskussion stehenden Landesentwicklungsplan. Im Namen der Gemeinde Westre und im Interesse der Bürger dieser Region: Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bürgermeister der Gemeinde Westre	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1541	**Stellungnahme zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land** Sehr geehrte Ministerin Dr. [redacted], sehr geehrte Damen und Herren der Landesplanung, **die Gemeinde Ellhöft legt Widerspruch gegen den jetzigen Entwurfsstand des LEP, Landesentwicklungsplan ein.** Der aktuelle Entwurf des Landesentwicklungsplans SH hat für unsere Bürgerwindparks zur Konsequenz, dass die Gesellschafter, knapp 400 Personen aus den Gemeinden Ellhöft und Westre, fast nur noch Bestandsanlagen betreiben. Die bisherige Windvorrangfläche wurde nicht im LEP übernommen. Das ist für die Bürger unverständlich, weil hier in Ellhöft schon 1995 ein Bürgerwindpark gegründet wurde. Im Jahr 2000 konnten 51 Gesellschafter aus der Region die Inbetriebnahme von 6 AN Bonus-Anlagen feiern. Da die Akzeptanz der Bürger gegenüber Windenergieanlagen nach Errichtung der 100 m hohen Anlagen noch angestiegen ist, konnten die Akteure vor Ort weitere Projekte planen. Im Jahr 2007 haben wir in Abstimmung mit dem damaligen Landrat [redacted], Kreis Nordfriesland, im Rahmen eines Repowerings und Zielabweichungsverfahrens 4 Siemens-Anlagen mit je 2,3 MW errichtet. Im Gegenzug sammelten wir 32 WEA im Kreis Nordfriesland ein, die vor Jahren außerhalb von Windeignungsgebieten errichtet worden waren. Die Betreiber dieser Anlagen sollten im Windpark [redacted] eine Betreiberzukunft finden, sofern sie ihre - in der Regel - Einzelanlage abbauen würden. Im Gegenzug durften wir 2007 die 4 Siemens-Anlagen an der dänischen Grenze in der Gemarkung Ellhöft errichten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfs. Gemäß dem Ziel *Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche* bestehen potenzielle Ausnahmebereiche, die in der Karte des Entwurfs des Landesentwicklungsplans Windenergie an Land festgelegt sind. Dazu gehört auch der Bereich auf dem Gebiet der Gemeinden Ellhöft und Westre, innerhalb derer sich WEA befinden. Insofern ist die Ausweisung eines Vorranggebietes dort nicht pauschal ausgeschlossen. Gleichwohl müssen die im Ziel genannten Voraussetzungen erfüllt sein. Diese sind im Rahmen der Vorranggebietsausweisung auf Regionalplanebene zu prüfen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Außerdem durften wir ein Testfeld für die Firma REpower errichten. Wir waren bereit, Prototypen zu errichten, da die Firma dringend einen Teststandort für ihre Onshore-Anlagen in SH suchte. In der Gemeinde Westre, südlich der dänischen Grenze, hat die Firma REpower dann 2009 drei 6,2 MW-Anlagen errichtet. Erst vor wenigen Monaten wurde die Betriebsgenehmigung um 10 Jahre verlängert. Von den insgesamt 7 WEA der [redacted] mit einer installierten Gesamtleistung von 28 MW befinden sich nur noch 2 Siemens-Anlagen in einer blauen Fläche des LEP-Entwurfs. Die anderen 5 WEA fielen der neuen Abstandsregelung zu EU.VSG zum Opfer, die von bisher 300 m auf 1000 m erweitert wurde. Ein solches EU-VSG befindet sich unmittelbar nördlich der Windvorrangfläche auf dänischem Staatsgebiet. Wir haben nun große Sorge, dass wir nur noch bestehende Anlagen betreiben und in Zukunft kein Repowering mehr durchführen können. **Wir beantragen die Aufnahme der bisherigen Standortflächen in den LEP. Es handelt sich um die bisherige Windvorrangfläche, gerne wie an anderer Stelle vorgeschlagen, begradigt um die ausgeklammerten Bauernwäldchen. Als Gemeinde können wir den bisherigen Abstand von 300 m zu EU-VSG akzeptieren.** Wir weisen darauf hin, dass in der Vergangenheit im Rahmen verschiedener BImSchG-Antragsverfahren mehrere ornithologische Gutachten erstellt wurden. Alle kamen zu dem Ergebnis, dass die Errichtung von Windenergieanlagen südlich des dänischen Schutzgebietes keine negativen Auswirkungen auf das Schutzgebiet haben wird. Warum sollte das jetzt anders sein? Aufgrund dieser Gutachten und der 25-jährigen Erfahrung mit dem Betrieb von Windkraftanlagen im südlichen Bereich des Schutzgebietes bitten wir um Ausweisung und Übernahme der bisherigen Windvorrangfläche in den jetzt zur Diskussion stehenden Landesentwicklungsplan. Im Namen der Gemeinde Ellhöft und im Interesse der Bürger dieser Region: Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bürgermeister der Gemeinde Ellhöft	
Öffentlichkeit:	Ich bin gegen die Errichtung von Windkraftanlagen in Basthorst,Möhnsen und Dahmker.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise /

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: 1540	Begründung: Das Land SH hat schon ausreichend Windkraftanlagen aufgestellt,mehr als andere Bundesländer. In Basthorst und Umgebung sind wir durch die Autobahn,den geplanten Solarpark schon genug belastet. Wir leben in einer einzigartigen Natur,die Kranichkolonien wären Geschichte. Desweiteren ist ein Umspannwerk in Tramm geplant,weitere Leitungen sind schon wieder in unserem Bereich geplant. Die Errichtung weiterer Windkraftanlagen würden unsere Gegend zu sehr belasten,auch wenn die Landwirte in diesem Bereich gerne die zusätzlichen Verdienstmöglichkeiten wahrnehmen würden. Unsere Immobilien würden an Wert verlieren,während die Landwirte sich keine finanziellen Sorgen mehr machen müssten. Es kann nicht sein,dass unsere Natur unwiederbringlich zerstört würde,da wir im Zuge der Energiewende schon einige Belastungen schultern. Ich bin dafür,dass die Belastungen gerechter auf das gesamte Bundesgebiet verteilt werden und Schleswig Holstein als Musterschüler den Zauber und die Schönheit dieses Landes über die Maßen zerstört. Basthorst und Dahmker sind auch Naherholungsgebiete der Hamburger und darüber hinaus.Ich finde dass der geplante Solarpark und die Hochspannungsleitungen dieses Naherholungsgebiet vielleicht noch gerade eben erhalten weitere Windkraftanlagen zerstören es jedoch.	Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 4.14, 7.2.10, 7.2.11, 4.2, 3.14, 3.15 und 1.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Grenzstrom Vindtved GmbH & Co. KG, Keine Abteilung ID: 1539	**Stellungnahme zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land** Sehr geehrte Damen und Herren, der aktuelle Entwurf des Landesentwicklungsplans SH hat für unseren Bürgerwindpark zur Konsequenz, dass die 195 Gesellschafter fast nur noch Bestandsanlagen betreiben. Die bisherige Windvorrangfläche wurde nicht übernommen. **Hiergegen legen wir Widerspruch ein.** Im Jahr 2007 haben wir in Abstimmung mit dem damaligen Landrat [redacted], Kreis Nordfriesland, im Rahmen eines Repowerings und Zielabweichungs-verfahrens 4 Siemens-Anlagen mit je 2,3 MW errichtet. Wir sammelten 32 WEA im Kreis Nordfriesland, die vor Jahren außerhalb von Windeignungsgebieten errichtet worden waren. Die Betreiber dieser Anlagen sollten im Windpark [redacted] eine Betreiberzukunft finden, sofern sie ihre - in der Regel - Einzelanlage abbauen würden. Im Gegenzug durften wir 2007 die 4 Siemens-Anlagen an der dänischen Grenze errichten. Außerdem durften wir ein Testfeld	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Gemäß dem Ziel *Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche* bestehen Ausnahmebereiche, die in der Karte des Entwurfs des Landesentwicklungsplans Windenergie an Land festgelegt sind. Dazu gehört auch der Bereich auf dem Gebiet der Gemeinden Ellhöft und Westre, innerhalb dessen sich WEA befinden. Insofern ist die Ausweisung eines Vorranggebietes dort nicht pauschal ausgeschlossen. Gleichwohl müssen die im Ziel genannten Voraussetzungen erfüllt sein. Diese sind im Rahmen der Vorranggebietsausweisung auf Regionalplanebene zu prüfen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	für die Firma Repower errichten. Wir waren bereit, Prototypen zu errichten, da die Firma dringend einen Teststandort für ihre Onshore-Anlagen in SH suchte. In der Gemeinde Westre, südlich der dänischen Grenze, hat die Firma REpower dann 2009 drei 6,2 MW-Anlagen errichtet. Erst vor wenigen Monaten wurde die Betriebsgenehmigung um 10 Jahre verlängert. Von den insgesamt 7 WEA mit einer installierten Gesamtleistung von 28 MW befinden sich nur noch 2 Siemens-Anlagen in einer blauen Fläche des LEP-Entwurfs. Die anderen 5 WEA fielen der neuen Abstandsregelung zu EU.VSG zum Opfer, die von bisher 300 m auf 1000 m erweitert wurde. Ein solches EU-VSG befindet sich unmittelbar nördlich der Windvorrangfläche auf dänischem Staatsgebiet. Wir haben nun große Sorge, dass wir nur noch bestehende Anlagen betreiben und in Zukunft kein Repowering mehr durchführen können. **Wir beantragen die Aufnahme der genannten Flächen in den LEP. Es handelt sich um die bisherige Windvorrangfläche, begradigt um die ausgeklammerten Bauernwäldchen. Wir können einen Abstand von 300 m zu EU-VSG wie bisher akzeptieren.** Wir weisen darauf hin, dass in der Vergangenheit im Rahmen verschiedener BImSchG-Antragsverfahren mehrere ornithologische Gutachten erstellt wurden. Alle kamen zu dem Ergebnis, dass die Errichtung von Windenergieanlagen südlich des dänischen Schutzgebietes keine negativen Auswirkungen auf das Schutzgebiet haben wird. Gerne stellen wir Ihnen diese Gutachten zur Verfügung. Aufgrund dieser Gutachten und der 25-jährigen Erfahrung mit dem Betrieb von Windkraftanlagen im südlichen Bereich des Schutzgebietes bitten wir um Ausweisung und Übernahme der bisherigen Windvorrangfläche in den jetzt zur Diskussion stehenden Landesentwicklungsplan. Außerdem würden wir es begrüßen, dass die aus dieser Region eingebrachten Vorschläge zur Erweiterung der geeigneten Windflächen ausgewiesen werden. Im Namen von 195 Bürgern, Gesellschaftern: Mit freundlichen Grüßen [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	<u>Anlagen:</u> 1. Bisherige Windvorrangfläche 2. Entwurf Juni 24 Landesentwicklungsplan 3. Übersichtsplan 4. Stellungnahme GFN zum LEP-Entwurf - Vorranggebiet NFL_003 5. Stellungnahme GFN zur Natura 2000 Verträglichkeitsprüfung	
Institution: Grenzstrom Bürgerwind GmbH & Co. KG, Keine Abteilung ID: 1538	**Stellungnahme zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land** Sehr geehrte Damen und Herren, mit Entsetzen und Verwunderung mussten wir bei der Kenntnisnahme des LEP feststellen, dass unsere Windeignungsflächen im aktuellen LEP nicht mehr als Windeignungsflächen ausgewiesen sind. Das bedeutet für den Grenzstrom Bürgerwindpark, dass die 252 Gesellschafter in großer Sorge sind und sich fragen, wie lange noch Windenergieanlagen auf dem Gebiet der Gemeinde Ellhöft und der Gemeinde Westre direkt an der dänischen Grenze betrieben werden können?! Im Jahr 2020 wurden von der [redacted] fünf WEA mit einer installierten Gesamtleistung von 17,1 MW in Betrieb genommen. Im Jahr 2023 wurde eine weitere WEA in der Gemeinde Struxbüll und im April 2024 eine weitere WEA im beschriebenen Gebiet BImSchG genehmigt. Weitere 8 WEA befinden sich im BImSchG-Verfahren. Die Anträge hierfür wurden im April 2024 beim LfU in Flensburg eingereicht. Für diese 8 Anlagen erwarten wir die Baugenehmigung Ende 2024. Die gesamte Vorplanung wurde innerhalb einer ausgewiesenen Windvorrangfläche durchgeführt. Da der LEP nun einen Abstand von 1000 m zu Europäischen Vogelschutzgebieten (EU-VSG) vorsieht, werden die genannten Anlagen alle auf nicht ausgewiesenen Flächen stehen. **Gegen diese Nichtausweisung erheben wir Widerspruch und fordern die Aufnahme der genannten Flächen in den LEP. Ein Abstand von bisher 300 m zu EU-VSG kann akzeptiert werden.** Wir haben große Sorge, dass wir nur noch Bestandsanlagen betreiben und neu geplante Anlagen im BImSchG-Verfahren keine Genehmigung erhalten! Wir weisen darauf hin,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Gemäß dem Ziel *Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche* bestehen Ausnahmebereiche, die in der Karte des Entwurfs des Landesentwicklungsplans Windenergie an Land festgelegt sind. Dazu gehört auch der Bereich auf dem Gebiet der Gemeinden Ellhöft und Westre, innerhalb dessen sich WEA befinden. Insofern ist die Ausweisung eines Vorranggebietes dort nicht pauschal ausgeschlossen. Gleichwohl müssen die im Ziel genannten Voraussetzungen erfüllt sein. Diese sind im Rahmen der Vorranggebietsausweisung auf Regionalplanebene zu prüfen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dass in der Vergangenheit im Rahmen verschiedener BImSchG-Antragsverfahren mehrere ornithologische Gutachten erstellt wurden. Alle kamen zu dem Ergebnis, dass die Errichtung von Windenergieanlagen südlich des dänischen Schutzgebietes keine negativen Auswirkungen auf das Schutzgebiet haben wird. Gerne stellen wir Ihnen diese Gutachten zur Verfügung. Aufgrund dieser Gutachten und der 25-jährigen Erfahrung mit dem Betrieb von Windkraftanlagen im südlichen Bereich des Schutzgebietes, bitten wir um Ausweisung und Übernahme der bisherigen Windvorrangfläche in den jetzt zur Diskussion stehenden Landesentwicklungsplan. Darüber hinaus haben wir vor einigen Monaten Flächen bei der Landesplanung eingereicht, die aus unserer Sicht als Windeignungsgebiete geeignet wären. Diese Vorschläge wurden im LEP weitestgehend berücksichtigt. Wir bitten um endgültige Ausweisung. Darüber hinaus haben wir angeregt, die kleinen Bauernwälder mit einzubeziehen, da auch diese Flächen schon mehrfach untersucht wurden. Im Namen von 252 Bürgern und Gesellschaftern: Mit freundlichen Grüßen [redacted] Geschäftsführer der [redacted] **<u>Anlagen:</u>** 1. Bisherige Windvorrangfläche 2. Entwurf Juni 24 Landesentwicklungsplan 3. Übersichtsplan 4. Stellungnahme GFN zum LEP-Entwurf - Vorranggebiet NFL_003 5. Stellungnahme GFN zur Natura 2000 Verträglichkeitsprüfung	
Öffentlichkeit:	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: M2856	**an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H.), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgenommen bleiben. • Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. • Ich möchte, dass ein Havariefall wie z.B. Brandentwicklung, technischer Defekt durch ausreichende Abstände von mindestens 1500m zu Wohnhäusern abgesichert wird. • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung, Verunreinigung der Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). • Ich befürchte eine erhebliche Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung und gesundheitliche Störungen durch Infraschall.	nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15, 4.2, 3.18, 4.3, 4.5, 3.17, 7.2.7, 7.2.9, 7.3 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ab. • Ich beantrage eine Verlängerung der Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2933	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Die Abgabefrist 9.9.2024 ist zu kurz, da wir Bürger erst vor kurzem informiert wurden. Gestern bei der Gemeindevertreter-Sitzung Westensee (5.9.24) wurde der Bürgermeister und die CDU/SPD-Fraktion von der Fraktion "Lebendiges Dorf" genügt. Siehe Protokoll Amt Achterwehr". Bitte Abgabefrist um 3 Monate verlängern. 2. Es wurde bei der Gemeinde-Sitzung (5.9..24) auch davon gesprochen, daß "Zuwendungen" von dem Ausführenden Unternehmen (Windkraft) an "Lebendiges Dorf" in Betracht stünde, sollte Wohlwollen zu dem Projekt (?) gezeigt werden. Bitte auch solche Praktiken abstellen!! Summe! Informationspflicht u. Korruption!! 3. Es werden viele Themen nicht berücksichtigt,a) Havarien u Brandereignisse (Veenker 2020)b) Carbon-Faser-Partikel, Kontamination, was ist damit? 4. Anlagenhöhen, hier gibt keine Verbindlichen zusagen, was ist mit der 3 H/5 H-Regelung?	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5, 7.1.3, 7.2.7, 7.2.9, 7.3.7, 4.1, 6.1 und 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	5. Nicht zuletzt Ortslage, Denkmalschutz, Historische Bedeutung des Naturparks (hier Westensee), Artenschutz! Zugvögel, Brutvögel, Fischotter (Helgoländer Papier etc.).?? 6. Westensee wählte bisher sehr stark Grüne/CDU/SPD. Die Bevölkerung ist sehr verunsichert, ob diese Parteien noch richtig sind. Bitte kein BSW-Effekt erzielen!! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2855	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Die Abschaffung der Höhenbegrenzung von Windkraftanlagen halte ich für äußerst bedenklich!! Außerdem wird der Abstand zu Wohngebieten und Einzelhäusern nicht abhängig von der Höhe der Windkraftanlage gemacht. Das ist doch völlig unlogisch! Eine höhere Windkraftanlage muß auch grundsätzlich einen größeren Abstand zu Wohngebieten und Einzelhäusern halten. • Windkraftanlagen sollten mindestens, unabhängig von der Höhe, einen Abstand von 1000m zu Wohngebieten und Einzelhäusern einhalten. Je nach Höhe der Windkraftanlage sollte der Abstand zusätzlich noch erhöht werden. • Windkraftanlagen dürfen den Lebensraum des Menschen und der Tiere nicht eingrenzen und beeinträchtigen! Eine zu dichte Bebauung mit Windkraftanlagen, wie zum Beispiel in Dithmarschen, ist eingrenzend und	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3.7, 1.5, 2.2-2.6, 3.17, 4.2, 7.2.12 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	beeinträchtigend. • Landschaftsschutzgebiete sollten eine Tabuzone für Windkraftanlagen darstellen!! Oder soll aus dem „Naturpark Westensee“ ein „Windpark Westensee“ werden?! • Ebenfalls kann ich es nicht für gut heißen, wenn jetzt plötzlich der Artenschutz und Umweltschutz zur Nebensache wird. Windkraftanlagen sind an sich ja eine gute Sache, aber bitte in Maßen und nicht in Massen!! • Damit wird wieder ein Stück unserer Natur zerstört. Gerade hier in Westensee haben wir so schöne Landschaften ohne Lärm und viel Bebauung. Es ist eine kalte Landschaft, noch von der Eiszeit geformt und die soll einfach so mit zig Windkraftanlagen zerstört werden?! Wie wurden unsere Kinder später darüber denken? Hat daran mal jemand gedacht?! • Diese Aufweichung der Kriterien für Windkraft, ist doch wieder mal ein Schnellschuss unserer Regierung! Erst nachdenken und dann… Gerne möchte ich die Grünen, aber wenn das dabei heraus kommt. Wem kann ich meine Stimme bei der nächsten Wahl noch anvertrauen?! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1537	Sehr geehrte Damen und Herren, folgende Punkte sprechen aus meiner Sicht gegen die geplante Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes: • Lediglich 800 Meter Abstand zu Wohngebieten und nur 400 Meter Abstand zu Einzelgebäuden / Gehöften im Außenbereich – die bisherigen Abstände sind gerade noch zumutbar • Nichtberücksichtigung der gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch die geringen Abstände und die Belastung durch Infraschall sowie Schlagschatten	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1, 7.3, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.11 und 7.2.15 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Nichtberücksichtigung von Havarien zur Definition von Abständen der WA zu Gebäuden und Infrastruktur • Nichtberücksichtigung von Emissionen durch „Mikroplastik“ durch den wetterbedingten Abrieb der Rotorblätter • Nichtberücksichtigung des Werteverfalls der Immobilien im Umkreis der WA • Steigende Strompreise in SH, da der Netzausbau weiter hinterherhinken wird, gleichzeitig aber erheblich mehr Strom produziert wird aufgrund der deutlichen Zunahme an Anzahl und gestiegenen Höhen der WA Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1536	Moin, die Gemeindevertretung möchte den bestehenden F-Plan ändern. Zusätzliche neue Gebiete in Galmsbüll sollen ausgewiesen werden. Dies soll in der Beteiligungsplattform BOB-SH berücksichtigt werden. Das Gebiet Süderster Weg wurde mit den Einwohnern besprochen und findet Zustimmung. Hier soll ein Bürgerwindpark entstehen Freundliche Grüße [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2854	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 4.2, 3.18, 7.2.11 und 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	**Stellungnahme**	**Begründung**
	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich befürchte körperliche Beschwerden und Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Blinklichter, Infraschall, optische Erdrückung und möchte, dass eine Abstandsregelung von 5 H zu Wohnbebauung gilt. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete / Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit dieser einzigartige Naherholungsraum erhalten bleibt. • Ich habe Angst, dass meine Immobilie an Wert verliert => Abstandsregel v 5 H!!! • Ich fordere, das WKA erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann. • Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2380	Sehr geehrte Damen und Herren, im Anhang eine Stellungnahme zum LEP Entwurf Brodersdorf und Stein. Mit freundlichem Gruß [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich unter anderem auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel), 4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz), 4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* und *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* sowie auf die Regionalplanebene beziehen. Hierzu wird auf die Ziffern 1.4; 2.2 und 2.3; 3.15.1; 4.2.1; 6.1; 7.2; 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Forderung, eine lokale Zugroute der Singschwäne und

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	im Anhang eine Stellungnahme zum LEP-Entwurf Brodersdorf und Stein. Mit freundlichem Gruß [redacted] STELLUNGNAHME Landesentwicklungsplan „Windkraft an Land“ Sehr geehrte Damen und Herren, aufgrund direkter Betroffenheit habe ich mich mit diesem Thema auseinandersetzen müssen. Daher möchte ich meine Anmerkungen zu dem vorliegenden Entwurf an Sie übermitteln und hoffe, dass diese eine Berücksichtigung finden können. Hintergrund ist zur Zeit auch, dass mein elterlicher Bauernhof in 24235 Stein, Hohenstein durch ein Windparkprojekt in 24235 Brodersdorf sowie einer weiteren Planung in 24235 Stein direkt betroffen ist. Hierbei sind mir diverse Punkte aufgefallen, die einer Anpassung bedürfen. Im Weiteren möchte ich zum Teil anhand dieser direkten Projektierung meine Anmerkungen und Wünsche anbringen. Diese Wünsche teilen insbesondere auch die betroffenen Bürger aus Brodersdorf!!! 1. Abstandsflächen Die sog. Schutzabstände bleiben unverändert und tragen der baulichen Entwicklung der neuen Generationen von WEA keine Rechnung. Sie sind aus einer zeit, in der die WEA lediglich eine Höhe von ca. 100 m hatten. In der Gemeinde Brodersdorf und auch der Gemeinde Stein sind WEA in einer Gesamthöhe von 250 m geplant. Die bisherigen WEA in Brodersdorf/Laboe haben eine Höhe von etwa 85m. Es ist doch wohl selbstverständlich, dass bei derart krassen Entwicklungen auch die Mindestabstände vergrößert werden müssen. Zudem ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahren die Gesamthöhe derartiger Anlagen auf 320 m anwachsen wird. Sie gehen in Ihren Eckpunkten von einer Gesamthöhe 200m aus. Dies ist nach meinen Erkenntnissen bereits überholt durch die	Kormorane freizuhalten, wird nicht gefolgt. Die Prüfung und Abwägung hierzu erfolgt auf Regionalplanebene. Eine pauschale Freihaltung ist nicht erforderlich, weil es sich hier um einen Vogelzug von deutlich untergeordneter Bedeutung gegenüber den Hauptzugwegen handelt. Die gewünschte Kategorisierung der Potenzialflächen nach Konfliktrisiko ist nicht Gegenstand des LEP. Dies erfolgt auf Ebene der Regionalplanung im Zuge der konkreten Flächenausweisung.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	tatsächlichen Gegebenheiten. In reinen Wohngebieten sind nachts lediglich 35 dB(A) zulässig und in Kleinsiedlungsgebieten 40 dB(A). Anhand mir vorgelegten Messdaten (Gutachten) werden bei diesen Anlagegrößen die Messwerte deutlichst überschritten. Es wird anhand der Messungen festgestellt, dass ein Abstand von > 1.500 m bzw. > 950 m erforderlich sind. Dies deckt sich auch mit Aussagen der Anwohner des Windparks Groß Buchwald, deren Anlagen etwa 200 m hoch sind. Hier wird auch in 1500m Entfernung noch deutlich Lärm empfunden und gemessen. In meinem speziellen Fall in Brodersdorf und Stein können derartige Abstände nicht ansatzweise eingehalten werden. Keine Betrachtung Ihrerseits erfährt die Himmelsrichtung des Standorts zu den betroffenen Siedlungen. Es ist schon ein Unterschied, ob die Anlage im Westen einer Siedlung aufgestellt wird oder z.B. im Norden. Durch die hauptsächlichen Westwinde verstärkt sich die Geräuschbelastung zunehmend. Ganz zu schweigen von der optischen Belastung derart riesiger Anlagen. Gegen Anlagen einer Höhe bis zu 125 m bestehen unsererseits gar keine Bedenken. Der Schattenwurf dieser geplanten Anlagen ist ebenfalls deutlich größer/länger. Sie weisen ausdrücklich darauf hin, dass es keine Höhenbegrenzungen geben soll. Daher müssen Sie hier nachbessern. 2. 3H-/5H-Regelung muss erhalten bleiben Nur so kann man doch einen ausreichenden Abstand darstellen und einen Lärmschutz erreichen und der anstehenden Höhenzuwächse der Anlagen Rechnung tragen. 3. Landschafts- und Artenschutz Der Stellenwert dieser schutzwürdigen Dinge wird Ihrerseits deutlich reduziert. Es wird keine Rücksicht mehr auf Landschaftsschutzgebiete mehr genommen. [Karte s. Anhang] Anhand des Beispiels Brodersdorf kann man sehr gut erkennen, zu welchen ungewollten Ergebnissen dies führen kann. Der gesamte Bereich der Potentialfläche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	liegt im Landschaftsschutzgebiet. Es grenzt direkt an dem FFH Gebiet der Hagener Au an. Somit ergibt sich eine unmittelbare Auswirkung auf dieses wichtige, unter Schutz gestellte Naturschutzgebiet. In diesem FFH Gebiet ist inzwischen ein Seeadler-Paar heimisch geworden (mit Bruterfolg). Weiterhin beherbergt es einen Rotmilan und die Wiesenweihe. Dazu kommen noch die üblichen tierischen Bewohner eines solchen Gebietes (Rehwild, Wildschweine, Hasen, Fasanen etc.) Für diesen Schutzwürdigen Bereich sind überhaupt keine Abstände geregelt. Das kann meines Erachtens nicht sein, da hier eine unmittelbare Gefahr für die Tierwelt ausgeht. Im Zweifel kann die Rotorfläche der WEA direkt an die Grenze des FFH Gebietes ragen und hat somit eine direkte Auswirkung. Neben dem Vogelschlag dann aber auch eine Belastung durch Lärm und Schattenwurf. Ich fordere daher ein Verbot des direkten Angrenzens einer Windfläche an einem FFH-Gebiet. Auch hier müssen Mindestabstände definiert werden. Konkret fordere ich Sie auch auf die Potentialflächen im Bereich Brodersdorf und Stein aus eben diesen Gründen zu streichen. 4. Kategorisierung von Potentialflächen Anhand Ihrer Karten ist ganz eindeutig zu erkennen, dass es ausgewiesene Flächen gibt, die als Standort sehr gut geeignet sind und andere (wie zB Brodersdorf) wiederum nicht. Es wäre doch sinnvoll, diese Flächen entsprechend der entstehenden Belastung für Mensch und Tier zu gliedern und entsprechend auch eine Reihenfolge zur Erreichung Ihrer Ziele darzustellen. 5. Fehlende Flächen im Kreis Plön Auffällig ist, dass im Kernbereich des Kreises Plön keine Potentialflächen ausgewiesen werden. Dies ist für mich unverständlich, da dort die Abstandsflächen zum Teil viel leichter eingehalten werden können als in Brodersdorf und Stein. 6. Tatsächliche Windkraftfläche Sie weisen mit Ihren Potentialflächen von etwa 7,2 % der Landesfläche deutlich mehr Gebiete aus, als erforderlich wären. Zudem findet es überhaupt keine Berücksichtigung, dass neben diesen konkreten Flächen auch große angrenzende Flächen belastet werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Unter Berücksichtigung einer Fernwirkung der einzelnen Gebiete auf die direkte Umgebung mit ca. 2.000 m ergibt sich ein erheblich anderes Bild: [s. Anhang] Auch hier kann man wiederum sehr schön erkennen, dass im Kreis Plön eine sehr ungewöhnliche Verteilung gegeben ist. Die Zuwegungen und bestehende Solarparks fehlen hier noch gänzlich. 7. Vogelzug Im Bereich Brodersdorf/Stein ist der Vogelzug der Singschwäne nicht berücksichtigt. Zudem überfliegen große Komoranschwärne dieses Gebiet auf dem Weg zur Ostsee. 8. Denkmalschutz Trotz der direkten Nähe zum Laboer Ehrenmal werden diese Potentialflächen ausgewiesen. Das Denkmal wird somit optisch untergehen. Egal aus welcher Richtung man schaut, so werden in erster Linie die WEA ins Auge fallen. 9. Tourismus Die Potentialflächen Brodersdorf und Stein werden in unmittelbarer Sichtachse von der Ostsee (Kreuzfahrschiffe, Color Line etc.) aufzustellen sein und auch direkt in der Nähe der Campingplätze von Stein und Neu-Stein. Auch hier ist sodann mit einer erheblichen Lärmbelästigung zu rechnen, zumal Wohnwagen etc keine gleichwertige Geräuschdämmung wir Häuser aufweisen. 10. Anbindung an das Stromnetz Auch hier sollte es im Moment die Bedingung sein, dass eine einfache und nahe Anbindung an die erforderlichen Stromtrassen möglich ist. Im Falle Brodersdorf sind es ca 2,5 km Luftlinie quer durch das Dorf und unter der B 502 durch. Für den Standort Stein sind es noch einmal deutlich größere Entfernungen und dann auch durch das FFH Gebiet Hagener Au. Dies kann so doch nicht gewollt sein. 11. Größe des Windparks Auch müssten vorrangig Flächen die erste Priorität haben, wenn dort möglichst eine große Zahl von Windräder Platz finden. Im Falle Brodersdorf wären es 3 WEA und in Stein maximal 1-2 WEA. Trotzdem müssen Erschließungsstraßen gebaut werden, egal	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wie viele WEA errichtet werden. In diesen beiden Gebieten würden auch die Erschließungsstraßen durch die Landschaftsschutzgebiete gehen. Dabei müssen diverse Knicks durchbrochen werden. Dieses stellt einen massiven Eingriff, welcher in der Vergangenheit immer als No-Go bezeichnet wurde. Wenn man dieses nun doch tolerieren möchte, so muss sich dieser Eingriff dann auch „lohnen“. Ich hoffe, dass Sie meine Anmerkungen nachvollziehen können. Nach meinem Verständnis wird lediglich gefordert, Flächen für Windkraftanlagen von 3,2% der Landesfläche auszuweisen. Es versteht sich von selbst, dass dann nur die geeigneten Standorte aufgenommen werden dürfen. Dies sind aber in keinem Fall die Potentialflächen 24235 Brodersdorf und 24235 Stein. Bitte nehmen Sie diese Flächen aus den möglichen Standorten heraus. Vielen Dank für Ihr Verständnis und das Einarbeiten dieser Anmerkungen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Amt Schafflund Der Amtsvorsteher, Bau- und Serviceabteilung **ID: M1651**	Betrifft: Allgemeine Stellungname zum LEP Sehr geehrte Damen und Herren, Die Gemeinde Hörup möchte im Zuge der Neuaufstellung des LEP noch einmal ausdrücklich auf die Problematik ihrer Einschränkungen bezüglich ihrer allgemeinen, durch Schallimmissionen durch Windenergieanlagen beeinträchtigten Wohnsituation und der hierdurch eingeschränkter Entwicklungsmöglichkeiten hinweisen. Erste Vorabberechnung durch [redacted] von (07.2024) ergeben für den Bereich der Aktuellen F-Planänderung von Hörup einen Schallwert von bis zu 46 dB(A). Dieser Lärmpegel wirkt sich sehr schädigend auf jegliche städtebauliche Entwicklung des Ortes aus. Hinweis auf laufende F- und B-Planänderungen im Gemeindegebiet! Die Gemeinde bittet die Landesplanung bei der Neuaufstellung des Regionalplans „Windenergie an Land“ die Windenergiegebiete entsprechend des oben genannten Hinweises zu berücksichtigen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3.2, 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2379	Sehr geehrte Damen und Herren, Ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich diesbezüglich anführen: - Das Thema Havarien und Brandereignisse von (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Durchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten ‚geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern, Autobahnen) einzuhalten sind(z.B. Veenker, 2020) Als Ziel und Grundsatz muss gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, daß für die Genehmigungen Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangflächen und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920 m eingehalten wird. - Hat sich die Landesregierung bei der Vielzahl der WK Gedanken gemacht wie diese nach Ablauf recycelt werden müssen. Es treten eine große Anzahl von Giftstoffen auf. -Der Betrieb von WK verursacht durch Abrieb der Rotorblätter einen hohen Umwelt Schaden durch Partikel die in den Boden und Grundwasser dringen. Wurden da schon Gutachten der Landesregierung erstellt und dieser bei der Aufstellung von WK berücksichtigt ? - Landbesitzer erhalten eine sehr hohe Pacht für die Aufstellung von WK (bis zu € 200.000, - pro Anlage-) sollen sie ja haben. Was ist aber mit dem Wohnhaus eines Bürgers der in unmittelbarer Nähe einer WK gebaut hat und einen erheblichen Wertverlust erleidet ? Ich habe seinerzeit die Grüne Partei wegen des Umweltschutzes gewählt. Nach meinem Eindruck wurde der in den letzten Jahre komplett außer Acht gelassen. WK ist wichtig für die Energiewende, sollte aber step by step mit dem Ausbau der Netze geschehen . Nach meinem Eindruck sind bei Wind der WK oft 50% abgeschaltet. In den nächsten Jahren wird es Alternativen zur WK geben. Darum bitte nichts überstürzen und unser schönes Urlaub Land SH verschandeln. Auch andere Bundesländer sollten sich an der Energiewende beteiligen und WK aufstellen. Ich denke	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die Ziffern 7.2.4, 7.2.5, 7.2.6, 7.2.9, 7.2.10, 7.2.11, 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nur an Bayern :) Zum Schluss : Die Bundesregierung hatte seinerzeit ein Gesetz für Bio Gas erlassen. Die meisten sind Agragasanlagen die ohne Subventionen nich mehr wirtschaftlich arbeiten.Schäden durch exzessive Landwirtschaft wurden dabei nicht berücksichtigt. Ich habe das Gefühl das ähnliches mit der WK passiert. Die Grünen werden sicherlich demnächst aus den Parlamenten verschwinden und können dann nicht mehr zur Verantwortung gezogen werten. Das sollte geändert werden, Politiker müssen für ihr falschen Entscheidungen haftbar gemacht werden. Ich bitte um Bestätigung und Antwort meiner Mail. Mit freundlichen Grüßen Von meinem iPad gesendet [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2885	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete-Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleibe. Mir ist wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. der Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Grau- und Silberreiher in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2, 3.18, 4.20, 4.3, 3.17, 4.5, 7.3, 7.2.9 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gültig waren. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von Windkraftenergienutzung ausgeschlossen bleiben. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurden, muss weiterentwickelt werden und geschützt werden. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Lärmbelästigung und Blinklichter. Ich möchte, dass überlebenswichtige Vogelflugkorride zwischen Schlafplätzen und Nahrungsfläche von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten werden. Ich befürchte eine Kontamination von landwirtshcaftlich genutzten Flächen durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS - Ewigkeitschemikalen). Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen,	
Institution: Gemeinde Krukow, via Stadt Lauenburg/Elbe - Amt Lütau, Stadtentwicklung und Ordnung Planung und Bauberatung	**<u>Stellungnahme der Gemeinde Krukow zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024</u>** Die Gemeinde Krukow nimmt die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024, zur Kenntnis. Der Entwurf des Landesentwicklungsplanes (LEP-E) verfolgt das nachvollziehbare Ziel, die Vorgaben des Gesetzes zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (WindBG) nicht nur sicher zu erreichen, sondern aus eigener klima- und energiepolitischer Verantwortung überzuerfüllen. Der vorliegende Entwurf will dies allerdings auf Kosten der Gemeinden erreichen, indem er die	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel), 4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* und *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 1.2, 1.5, 2.2 bis 2.5, 2.11, 6.1, 7.1.1 sowie 7.1.4 und 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M1644	bauleitplanerische Konkretisierung der übergeordneten Windenergieplanung weitgehend ausschließt. Ein solches Vorgehen ist durch das WindBG nicht vorgegeben. Vielmehr können nach dessen Konzeption selbstverständlich auch Abstände und Höhenbegrenzungen vorgesehen werden; lediglich nicht für diejenigen Gebiete, die zur Erreichung des Mindestziels beitragen sollen. Damit, dass die Landesregierung eine ortsangepasste Windenergieplanung auf der kommunalen Ebene ausschließt, eröffnet sie eine Fehlerhaftigkeit in zwei Richtungen: entweder muss auf die Gebiete, die eine Anpassung benötigen, insgesamt verzichtet werden, sodass auch deren potentieller Beitrag zur Energiewenden ausgeschlossen wird, oder – was wohl derzeit beabsichtigt sein dürfte – auch solche Gebiete werden unter den Prämissen des LEP-E in die Regionalplanung übernommen, die sich dann als unverhältnismäßig und willkürlich darstellen wird, was nach entsprechenden gerichtlichen Feststellungen einen weiteren Planungsprozess erfordert und erheblichen Zeitverzug für die Erreichung der Klimaziele bedeutet. **Priorisierung der bisherigen Vorranggebiete** Der aktuelle LEP-E geht als Grundsatz der Raumordnung davon aus, dass als Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen „bevorzugt die Vorranggebiete Windenergie und Vorranggebiete Repowering der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land von 2020 [...] übernommen werden“, Ziffer 4.5.1 Nr. 2 G LEP-E. Eine solche Vorgabe entbindet von einer Abwägung jeder einzelnen Vorranggebietsfestlegung nicht und kann konkrete Ermittlungs- und Prüfungspflichten nicht ersetzen. Insbesondere natur- und artenschutzrelevante tatsächliche Entwicklungen seit dem Abschluss der Planung 2020, aber auch andere raumbedeutsame Entwicklungen, können bei heutiger Bewertung dazu führen, dass ein seinerzeit zur Vorrangnutzung geeignetes Gebiet heute als ganz oder teilweise ungeeignet zu charakterisieren ist. Eine grundsätzliche Neuprüfung ist im Hinblick auf die zu erwartende Höhe der Anlagen erforderlich. Nach Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E ist der Vorranggebietsausweisung als sogenannte Referenzanlage eine solche mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde zu legen. Vor diesem Hintergrund werden auch die potentiellen Auswirkungen des Gebiets bestimmt. Die Referenzanlage der Planung 2020 ist hingegen eine Referenzanlage von 150 Metern Gesamthöhe mit einer Nabenhöhe von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	100 Metern, einem Rotordurchmesser von 100 Metern und 3,2 MW Leistung, Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, Eckpunkte der neuen Windenergieplanung, Dezember 2023, S. 5. Die Gebiete sollen also grundsätzlich Anlagen von einer jedenfalls um 25% größeren Höhe und einer etwa 65 % höheren Leistung aufnehmen, wobei auch mit der Referenzanlage ausdrücklich keine Höhenbegrenzung verbunden sein soll, sodass auch größere Anlagen in den Gebieten grundsätzlich zu verwirklichen sein sollen, Begründung zu Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E. Zu einer Eignung für derartige Anlagen treffen die bisherigen Vorranggebietsfestlegungen keine Aussage. Sie ist im Zuge der Teilfortschreibung der Regionalpläne erstmalig und jeweils im Einzelfall zu prüfen. Auf welcher Grundlage der LEP-E trotzdem davon ausgeht, „dass WEA mit einem größeren Rotordurchmesser als 150 Metern dennoch entsprechenden Raum auf einem weitüberwiegenden Teil der Vorranggebiete Windenergie finden können“, Begründung zu Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E, erklärt sich nicht. Ebenso ist nicht erkennbar, was im Zusammenhang hiermit heißen soll, die alten Gebiete seien „bevorzugt“ wieder auszuweisen. Dies kann sich nur auf Fälle beziehen, in denen eine Auswahl zwischen einem bisherigen und einem neuen Gebiet getroffen werden soll. Für sämtliche andere Belange hat der Hinweis – wie dargestellt – keine inhaltliche Aussagekraft. **Zum Wegfall der Höhenbegrenzungsmöglichkeit** Der Wegfall der Möglichkeit, in den gemeindlichen Planungen Höhenbegrenzungen vorzunehmen, stellt einen erheblichen Eingriff in Art. 28 Abs. 2 GG dar. Die bisherigen Feinsteuerungsmöglichkeiten der Gemeinden entfallen vollständig, sodass diese auf die Steuerung der Windkraft in ihrem Gemeindegebiet keinen Einfluss mehr nehmen können. Dies nimmt den Gemeinden die Möglichkeit, ihre Ortschaften vor negativen Einflüssen durch Windparks zu schützen. Das Genehmigungsregime nach § 6 BImSchG leistet insoweit nur einen Minimalschutz. Es stellt die Einhaltung des immissionsschutzrechtlichen Schutzgrundsatzes im Hinblick auf das Niveau zulässiger Schallimmissionen und Schattenwürfe sicher und überprüft die Vereinbarkeit mit sonstigen öffentlichen Vorschriften, die Gemeinden durch Ihre Bauleitplanung bislang allerdings gerade selber schaffen konnten. Ein gemeindlicher Schutz des Landschaftsbildes, besonderer touristischer Funktionen oder historischer Stadtansichten entfällt. Auch insoweit wird der Maßstab – zugunsten der Windenergie – auf strikte	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	rechtliche Grenzen zurückgefahren, wie sie dann nur noch in § 13 Abs. 2 DSchG SH bestehen. Zwar sollen nach Ziffer 4.5.1.5 G LEP-E bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Belange des Denkmalschutzes berücksichtigt werden. Dies ist aber schon keine Verpflichtung („soll“). Zudem wird eine ebensolche Berücksichtigung der kommunalen Planungsebene untersagt. Mit § 4 Abs. 1 DSchG SH setzt sich der LEP insoweit in unmittelbaren Widerspruch. Dort heißt es ausdrücklich: „Die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sowie die Anforderungen des europäischen Rechts und der in Deutschland ratifizierten internationalen und europäischen Übereinkommen zum Schutz des materiellen kulturellen Erbes sind in die städtebauliche Entwicklung, Landespflege und Landesplanung einzubeziehen und bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen.“ Die Schaffung eines Ausgleichs zwischen der Windenergienutzung und dem Denkmalschutz – der regelmäßig durch die Vergrößerung von Abständen und durch Höhenbegrenzungen erreicht wird – soll auf der regionalplanerischen Ebene unterbleiben und wird auch den Gemeinden für die bauleitplanerische Ebene untersagt. Die Konfliktverlagerung auf die Genehmigungsebene ist unzulässig und berücksichtigt die Interessen der Gemeinden an dem Schutz ihre eigenen Orts- oder Landschaftsbildes nicht. Auch soweit „in der späteren notwendigen Einzelfallprüfung von Vorranggebieten Windenergie Landschaftsschutzgebiete, Naturparke und regionale Grünzüge berücksichtigt werden“ sollen, Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, S. 72, wird den Kommunen untersagt, hierfür die nach ihrer eigenen Planungspolitik erforderlichen Festsetzungen zu treffen. Soweit für zahlreiche bisherige Vorranggebiete, schon jetzt – auf der Basis der „alten“ Referenzanlage – davon ausgegangen wird, dass es aufgrund von Belangen des Denkmalschutzes im Genehmigungsverfahren zu Höhenbeschränkungen kommen kann, vgl. Ziffer 5.7.3 LEPTeilfortschreibung 2020 für den Planungsraum III, fragt sich zusätzlich, inwieweit die betroffenen Gebiete, wenn dies schon gegenüber der bisherigen weit niedrigeren Referenzhöhe einer Anlage angenommen wurde, überhaupt zur Leistung eines Beitrags im Sinne des WindBG in der Lage sind und/oder aufgrund der Risiken im Genehmigungsverfahren von Investoren nachgefragt werden. Solche Gebiete trotz der erkannten Konflikte zur formalen Erfüllung des Ausweisungsziels mit unbegrenzter Anlagenhöhe auszuweisen wäre nicht zuletzt ein Etikettenschwindel, der	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	das Planungskonzept insgesamt beschädigt und daher unterlassen werden sollte. Jene Planungen können nach dem derzeitigen Entwurf des LEP mit dem Wegfall der Höhenbegrenzung nicht mehr fortgeführt werden. Es wird damit durch die Zielfestlegung eine „hinreichend konkrete und verfestigte eigene Planung der Gemeinde nachhaltig gestört“, was einen Eingriff in die Planungshoheit darstellt (vgl. OVG Schleswig, Urteil vom 7. Juni 2023 – 5 KN 35/21 –, Rn. 56, juris m. w. N), der aus den in dieser Stellungnahme genannten Gründen auch unverhältnismäßig ist. Die Vorgaben des Landesentwicklungsplans müssen infolge des grundlegenden Systemwechsels zum Schutz dieser konkreten Planung Stichtage in der Zukunft enthalten, bis zu denen im Verfahren befindliche Planungen jedenfalls im Wege der Zielabweichung zugelassen werden oder Zielabweichungsverfahren für bestehende Bauleitpläne nachträglich durchzuführen sind. **Zu den Abstandsvorgaben**, Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 und Nr. 2 LEP-E Mit den als Zielen der Raumordnung formulierten Abstandsvorgaben von 800 m um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 Z) und 400 m um Einzelhäuser, Splittersiedlungen und Gewerbe (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 2 Z) übernimmt der LEP-E in etwa diejenigen Abstände, die die bisherige Teilfortschreibung als weiche Tabuzonen vorsah und die von der bisherigen Regionalplanung eingehalten wurden, Textteil des Regionalplans für den Planungsraum III in Schleswig-Holstein Kapitel 5.7 (Windenergie an Land) v. 29. Dezember 2020; Begründung zu 5.7.1 (1) bis (3). Mit der Beibehaltung der Mindestabstandswerte bei gleichzeitiger Vergrößerung der Anlagen ist eine erheblich veränderte Belastungslage verbunden. Hierzu äußert sich der LEP-E nicht. Auch zeigt § 249 Abs. 9 BauGB, dass eine Vergrößerung der Abstände auf bis zu 1.000 m bundesrechtlich für angemessen gehalten wird, soweit das Mengenziel weiterhin erfüllt wird. Vor diesem Hintergrund sollte den Gemeinden gestattet werden – soweit nicht schon auf der landes- und regionalplanerischen Ebene größere Abstände vorgesehen werden, aus kommunalen Erwägungen heraus die Gebietsfestlegungen zu modifizieren. Dem siedlungsnahen Freiraumschutz kommt ein erhebliches Gewicht zu, das der LEP-E nicht ausreichend beachtet. Ortsangepasste Modifikationen können zudem nur auf der Ebene der kommunalen Planung geleistet werden. Auf etwaige Siedlungsbesonderheiten einzugehen, entspricht nicht der Ebene der Landes- oder Regionalplanung. Eine Notwendigkeit gemeindlicher Einflussnahme zum Schutz der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	eigenen Bevölkerung besteht erst recht im Falle einer Umfassung des Gemeindegebiets durch Windenergiegebiete. Eine solche „soll“ nach Ziffer 4.5.1.1 Nr. 7 G LEP-E zwar unterbleiben, wird aber landesplanerisch nicht ausgeschlossen und ist für die Gebiete LAU_067 (Vorranggebiet-Basedow/Lütau) und LAU_063 (Potenzialfläche-Wangelau/Witzeeze), für die investorenseitig wohl ein Zusammenlegungswunsch besteht, auch konkret zu befürchten. **Zusammenfassung** Die Vorgaben des LEP für die Regionalplanung schaffen Konflikte, die weder von ihr selbst, noch auf der Ebene der Regionalplanung gelöst werden. Zugleich wird den Gemeinden jegliche eigene Einflussmöglichkeit zum Schutz ihrer Ortschaften genommen. Die Planung ist daher abzulehnen. Die Ausweisung des Gebietes LAU_067 (Basedow/Lütau) als Vorranggebiet muss in Anbetracht der Unmöglichkeit einer planerischen Höhenbegrenzung oder der Gebietsbegrenzung auf kommunaler Ebene insgesamt unterbleiben. Gleiches dürfte aus Gründen des Denkmalschutzes und aufgrund anderer schon bisher erkannter Konflikte für weitere bisherige Vorranggebiete gelten. Die Landesentwicklungsplanung muss diese Konsequenz, selbst dann, wenn sie nicht als feststehend, sondern nur als ernsthafte in Betracht kommende Möglichkeit aufzufassen sein sollte, in ihre eigenen Vorgaben ebenfalls einbeziehen, was sie bislang nicht tut. Eine abschließende Abwägung des Für und Wider des Wegfalls der Höhenbegrenzung hat daher auch für die Ebene der Landesentwicklungsplanung nicht ausreichend stattgefunden. Ein wirksames Ziel der Raumordnung wird mit dem Wegfall der Höhenfestsetzung insoweit nicht begründet. Auch vor dem Hintergrund der gegenüber der tatsächlich angestrebten Ausweisung etwa doppelt so hohen Potenzialfläche, ist weder akzeptabel noch abwägungsgerecht, die Belange der Gemeinden aus dem Planungsprozess auszunehmen und ihnen jegliche planerischen Spielräume zu nehmen. Eine rechtlich zu ihren Lasten wirkende Situationsgebundenheit der Gemeinden besteht vor diesem Hintergrund und aufgrund der als gleichermaßen gut angenommenen Windhöffigkeit im gesamten Landesgebiet nur eingeschränkt.	
Institution: Gemeinde	**Stellungnahme der Gemeinde Krukow zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ –**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel),*

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Krukow, via Stadt Lauenburg/Elbe - Amt Lütau, Stadtentwicklung und Ordnung Planung und Bauberatung ID: M1643	**Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024** Die Gemeinde Krukow nimmt die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) Schleswig- Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024, zur Kenntnis. Der Entwurf des Landesentwicklungsplanes (LEP-E) verfolgt das nachvollziehbare Ziel, die Vorgaben des Gesetzes zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (WindBG) nicht nur sicher zu erreichen, sondern aus eigener klima- und energiepolitischer Verantwortung überzuerfüllen. Der vorliegende Entwurf will dies allerdings auf Kosten der Gemeinden erreichen, indem er die bauleitplanerische Konkretisierung der übergeordneten Windenergieplanung weitgehend ausschließt. Ein solches Vorgehen ist durch das WindBG nicht vorgegeben. Vielmehr können nach dessen Konzeption selbstverständlich auch Abstände und Höhenbegrenzungen vorgesehen werden; lediglich nicht für diejenigen Gebiete, die zur Erreichung des Mindestziels beitragen sollen. Damit, dass die Landesregierung eine ortsangepasste Windenergieplanung auf der kommunalen Ebene ausschließt, eröffnet sie eine Fehlerhaftigkeit in zwei Richtungen: entweder muss auf die Gebiete, die eine Anpassung benötigen, insgesamt verzichtet werden, sodass auch deren potentieller Beitrag zur Energiewenden ausgeschlossen wird, oder – was wohl derzeit beabsichtigt sein dürfte – auch solche Gebiete werden unter den Prämissen des LEP-E in die Regionalplanung übernommen, die sich dann als unverhältnismäßig und willkürlich darstellen wird, was nach entsprechenden gerichtlichen Feststellungen einen weiteren Planungsprozess erfordert und erheblichen Zeitverzug für die Erreichung der Klimaziele bedeutet. **Priorisierung der bisherigen Vorranggebiete** Der aktuelle LEP-E geht als Grundsatz der Raumordnung davon aus, dass als Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen „bevorzugt die Vorranggebiete Windenergie und Vorranggebiete Repowering der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land von 2020 [...] übernommen werden“, Ziffer 4.5.1 Nr. 2 G LEP-E. Eine solche Vorgabe entbindet von einer Abwägung jeder einzelnen Vorranggebietsfestlegung nicht und kann konkrete Ermittlungs- und Prüfungspflichten nicht ersetzen. Insbesondere natur- und artenschutzrelevante tatsächliche Entwicklungen seit dem Abschluss der Planung 2020, aber auch andere raumbedeutsame Entwicklungen, können bei heutiger Bewertung dazu führen, dass ein	*4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* und *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 1.2, 1.5, 2.2 bis 2.5, 6.1, 7.1.1, 7.1.4, 7.2.12, 7.3.1 und 7.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	seinerzeit zur Vorrangnutzung geeignetes Gebiet heute als ganz oder teilweise ungeeignet zu charakterisieren ist. Eine grundsätzliche Neuprüfung ist im Hinblick auf die zu erwartende Höhe der Anlagen erforderlich. Nach Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E ist der Vorranggebietsausweisung als sogenannte Referenzanlage eine solche mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde zu legen. Vor diesem Hintergrund werden auch die potentiellen Auswirkungen des Gebiets bestimmt. Die Referenzanlage der Planung 2020 ist hingegen eine Referenzanlage von 150 Metern Gesamthöhe mit einer Nabenhöhe von 100 Metern, einem Rotordurchmesser von 100 Metern und 3,2 MW Leistung, Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, Eckpunkte der neuen Windenergieplanung, Dezember 2023, S. 5. Die Gebiete sollen also grundsätzlich Anlagen von einer jedenfalls um 25% größeren Höhe und einer etwa 65 % höheren Leistung aufnehmen, wobei auch mit der Referenzanlage ausdrücklich keine Höhenbegrenzung verbunden sein soll, sodass auch größere Anlagen in den Gebieten grundsätzlich zu verwirklichen sein sollen, Begründung zu Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E. Zu einer Eignung für derartige Anlagen treffen die bisherigen Vorranggebietsfestlegungen keine Aussage. Sie ist im Zuge der Teilfortschreibung der Regionalpläne erstmalig und jeweils im Einzelfall zu prüfen. Auf welcher Grundlage der LEP-E trotzdem davon ausgeht, „dass WEA mit einem größeren Rotordurchmesser als 150 Metern dennoch entsprechenden Raum auf einem weitüberwiegenden Teil der Vorranggebiete Windenergie finden können“, Begründung zu Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E, erklärt sich nicht. Ebenso ist nicht erkennbar, was im Zusammenhang hiermit heißen soll, die alten Gebiete seien „bevorzugt“ wieder auszuweisen. Dies kann sich nur auf Fälle beziehen, in denen eine Auswahl zwischen einem bisherigen und einem neuen Gebiet getroffen werden soll. Für sämtliche andere Belange hat der Hinweis – wie dargestellt – keine inhaltliche Aussagekraft. **Zum Wegfall der Höhenbegrenzungsmöglichkeit** Der Wegfall der Möglichkeit, in den gemeindlichen Planungen Höhenbegrenzungen vorzunehmen, stellt einen erheblichen Eingriff in Art. 28 Abs. 2 GG dar. Die bisherigen Feinsteuerungsmöglichkeiten der Gemeinden entfallen vollständig, sodass diese auf die Steuerung der Windkraft in ihrem Gemeindegebiet keinen Einfluss mehr nehmen können.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dies nimmt den Gemeinden die Möglichkeit, ihre Ortschaften vor negativen Einflüssen durch Windparks zu schützen. Das Genehmigungsregime nach § 6 BImSchG leistet insoweit nur einen Minimalschutz. Es stellt die Einhaltung des immissionsschutzrechtlichen Schutzgrundsatzes im Hinblick auf das Niveau zulässiger Schallimmissionen und Schattenwürfe sicher und überprüft die Vereinbarkeit mit sonstigen öffentlichen Vorschriften, die Gemeinden durch Ihre Bauleitplanung bislang allerdings gerade selber schaffen konnten. Ein gemeindlicher Schutz des Landschaftsbildes, besonderer touristischer Funktionen oder historischer Stadtansichten entfällt. Auch insoweit wird der Maßstab – zugunsten der Windenergie – auf strikte rechtliche Grenzen zurückgefahren, wie sie dann nur noch in § 13 Abs. 2 DSchG SH bestehen. Zwar sollen nach Ziffer 4.5.1.5 G LEP-E bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Belange des Denkmalschutzes berücksichtigt werden. Dies ist aber schon keine Verpflichtung („soll“). Zudem wird eine ebensolche Berücksichtigung der kommunalen Planungsebene untersagt. Mit § 4 Abs. 1 DSchG SH setzt sich der LEP insoweit in unmittelbaren Widerspruch. Dort heißt es ausdrücklich: „Die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sowie die Anforderungen des europäischen Rechts und der in Deutschland ratifizierten internationalen und europäischen Übereinkommen zum Schutz des materiellen kulturellen Erbes sind in die städtebauliche Entwicklung, Landespflege und Landesplanung einzubeziehen und bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen.“ Die Schaffung eines Ausgleichs zwischen der Windenergienutzung und dem Denkmalschutz – der regelmäßig durch die Vergrößerung von Abständen und durch Höhenbegrenzungen erreicht wird – soll auf der regionalplanerischen Ebene unterbleiben und wird auch den Gemeinden für die bauleitplanerische Ebene untersagt. Die Konfliktverlagerung auf die Genehmigungsebene ist unzulässig und berücksichtigt die Interessen der Gemeinden an dem Schutz ihre eigenen Orts- oder Landschaftsbildes nicht. Auch soweit „in der späteren notwendigen Einzelfallprüfung von Vorranggebieten Windenergie Landschaftsschutzgebiete, Naturparke und regionale Grünzüge berücksichtigt werden“ sollen, Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, S. 72, wird den Kommunen untersagt, hierfür die nach ihrer eigenen Planungspolitik erforderlichen Festsetzungen zu treffen. Soweit für zahlreiche bisherige Vorranggebiete, schon jetzt – auf der Basis der „alten“	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Referenzanlage – davon ausgegangen wird, dass es aufgrund von Belangen des Denkmalschutzes im Genehmigungsverfahren zu Höhenbeschränkungen kommen kann, vgl. Ziffer 5.7.3 LEPTeilfortschreibung 2020 für den Planungsraum III, fragt sich zusätzlich, inwieweit die betroffenen Gebiete, wenn dies schon gegenüber der bisherigen weit niedrigeren Referenzhöhe einer Anlage angenommen wurde, überhaupt zur Leistung eines Beitrags im Sinne des WindBG in der Lage sind und/oder aufgrund der Risiken im Genehmigungsverfahren von Investoren nachgefragt werden. Solche Gebiete trotz der erkannten Konflikte zur formalen Erfüllung des Ausweisungsziels mit unbegrenzter Anlagenhöhe auszuweisen wäre nicht zuletzt ein Etikettenschwindel, der das Planungskonzept insgesamt beschädigt und daher unterlassen werden sollte. Jene Planungen können nach dem derzeitigen Entwurf des LEP mit dem Wegfall der Höhenbegrenzung nicht mehr fortgeführt werden. Es wird damit durch die Zielfestlegung eine „hinreichend konkrete und verfestigte eigene Planung der Gemeinde nachhaltig gestört“, was einen Eingriff in die Planungshoheit darstellt (vgl. OVG Schleswig, Urteil vom 7. Juni 2023 – 5 KN 35/21 –, Rn. 56, juris m. w. N), der aus den in dieser Stellungnahme genannten Gründen auch unverhältnismäßig ist. Die Vorgaben des Landesentwicklungsplans müssen infolge des grundlegenden Systemwechsels zum Schutz dieser konkreten Planung Stichtage in der Zukunft enthalten, bis zu denen im Verfahren befindliche Planungen jedenfalls im Wege der Zielabweichung zugelassen werden oder Zielabweichungsverfahren für bestehende Bauleitpläne nachträglich durchzuführen sind. **Zu den Abstandsvorgaben**, Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 und Nr. 2 LEP-E Mit den als Zielen der Raumordnung formulierten Abstandsvorgaben von 800 m um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 Z) und 400 m um Einzelhäuser, Splittersiedlungen und Gewerbe (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 2 Z) übernimmt der LEP-E in etwa diejenigen Abstände, die die bisherige Teilfortschreibung als weiche Tabuzonen vorsah und die von der bisherigen Regionalplanung eingehalten wurden, Textteil des Regionalplans für den Planungsraum III in Schleswig-Holstein Kapitel 5.7 (Windenergie an Land) v. 29. Dezember 2020; Begründung zu 5.7.1 (1) bis (3). Mit der Beibehaltung der Mindestabstandswerte bei gleichzeitiger Vergrößerung der Anlagen ist eine erheblich veränderte Belastungslage verbunden. Hierzu äußert sich der LEP-E nicht. Auch zeigt § 249 Abs. 9 BauGB, dass eine Vergrößerung der Abstände auf	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	bis zu 1.000 m bundesrechtlich für angemessen gehalten wird, soweit das Mengenziel weiterhin erfüllt wird. Vor diesem Hintergrund sollte den Gemeinden gestattet werden – soweit nicht schon auf der landes- und regionalplanerischen Ebene größere Abstände vorgesehen werden, aus kommunalen Erwägungen heraus die Gebietsfestlegungen zu modifizieren. Dem siedlungsnahen Freiraumschutz kommt ein erhebliches Gewicht zu, das der LEP-E nicht ausreichend beachtet. Ortsangepasste Modifikationen können zudem nur auf der Ebene der kommunalen Planung geleistet werden. Auf etwaige Siedlungsbesonderheiten einzugehen, entspricht nicht der Ebene der Landes- oder Regionalplanung. Eine Notwendigkeit gemeindlicher Einflussnahme zum Schutz der eigenen Bevölkerung besteht erst recht im Falle einer Umfassung des Gemeindegebiets durch Windenergiegebiete. Eine solche „soll“ nach Ziffer 4.5.1.1 Nr. 7 G LEP-E zwar unterbleiben, wird aber landesplanerisch nicht ausgeschlossen und ist für die Gebiete LAU_067 (Vorranggebiet-Basedow/Lütau) und LAU_063 (Potenzialfläche-Wangelau/Witzeeze), für die investorenseitig wohl ein Zusammenlegungswunsch besteht, auch konkret zu befürchten. **Zusammenfassung** Die Vorgaben des LEP für die Regionalplanung schaffen Konflikte, die weder von ihr selbst, noch auf der Ebene der Regionalplanung gelöst werden. Zugleich wird den Gemeinden jegliche eigene Einflussmöglichkeit zum Schutz ihrer Ortschaften genommen. Die Planung ist daher abzulehnen. Die Ausweisung des Gebietes LAU_067 (Basedow/Lütau) als Vorranggebiet muss in Anbetracht der Unmöglichkeit einer planerischen Höhenbegrenzung oder der Gebietsbegrenzung auf kommunaler Ebene insgesamt unterbleiben. Gleiches dürfte aus Gründen des Denkmalschutzes und aufgrund anderer schon bisher erkannter Konflikte für weitere bisherige Vorranggebiete gelten. Die Landesentwicklungsplanung muss diese Konsequenz, selbst dann, wenn sie nicht als feststehend, sondern nur als ernsthafte in Betracht kommende Möglichkeit aufzufassen sein sollte, in ihre eigenen Vorgaben ebenfalls einbeziehen, was sie bislang nicht tut. Eine abschließende Abwägung des Für undWider des Wegfalls der Höhenbegrenzung hat daher auch für die Ebene der Landesentwicklungsplanung nicht ausreichend stattgefunden. Ein wirksames Ziel der Raumordnung wird mit dem Wegfall der Höhenfestsetzung insoweit nicht begründet.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Auch vor dem Hintergrund der gegenüber der tatsächlich angestrebten Ausweisung etwa doppelt so hohen Potenzialfläche, ist weder akzeptabel noch abwägungsgerecht, die Belange der Gemeinden aus dem Planungsprozess auszunehmen und ihnen jegliche planerischen Spielräume zu nehmen. Eine rechtlich zu ihren Lasten wirkende Situationsgebundenheit der Gemeinden besteht vor diesem Hintergrund und aufgrund der als gleichermaßen gut angenommenen Windhöffigkeit im gesamten Landesgebiet nur eingeschränkt.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2375	Sehr geehrte Damen und Herren, Ich bin dankbar, dass die politisch Verantwortlichen in Schleswig-Holstein vorausschauend die Ernergieversorgung absichern wollen. Die Bürgerbeteiligung empfinde ich als praktisch gelebte Demokratie, sie ist uneingeschränkt vorbildlich für unser Land. Demokratie lebt davon, dass es unterschiedliche Meinungen zur Lösung eines Sachverhaltes gibt. Der Bundes- und Landesregierung Schleswig-Holstein ist es bisher gelungen, eine im Zuge des Ukrainekrieges drohende Energieknappheit abzuwenden. Damit wir auch in Zukunft eine Energieversorgung jederzeit sicherstellen können, ist der weitere Ausbau von Windenergieanlagen in Schleswig-Holstein notwendig. Belange des Naturschutzes und die Beeinträchtigungen von Bürgerinnen und Bürgern durch die Abstandsregelungen wird ausreichend Rechnung getragen. Schließlich wollen wir doch hier in in den nächsten Jahren keine Bayerischen Verhältnisse haben. Keine Höhenbegrenzung festzulegen ist eine vernünftige Absicherung für die Zukunft. Schließlich sollten wir uns heute keine Fesseln anlegen, die wir im Bedarfsfall erst durch langwierige Verwaltungsgerichtsverfahren rückgängig machen müssten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mein Wunsch ist es, dass die Landesregierung den eingeschlagenen Weg konsequent weiter verfolgt. In diesem Sinne: „Gute Sache! Weitermachen! (Franz Müntefering) [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2492	Stellungnahme zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ Ich werde keine fachbezogene Stellungnahme schreiben. Das habe ich wiederholt getan! Sie bekommen genügend andere. Mir ist es wichtig. Ihnen die Situation aus Sicht eines Bürgers aus einem kleinen Dorf mitzuteilen. Im Kreis Dithmarschen werden bereits 4,4% der Fläche durch unterschiedliche Systeme für die Energiewende genutzt. Leider kann der täglich erzeugte Strom wegen fehlender Speichermöglichkeiten (wie es Ihnen längst bekannt sein dürfte) nicht immer abgenommen werden. Da fragt sich mancher Bürger, warum trotz häufiger Abriegelungen weiter gebaut wird. Unsere kleine Gemeinde Süderdorf hat längst ihren Anteil zur Energiewende beigetragen. In 3 Bürgerbegehren haben sich die Bürger GEGEN weitere WKA und PV-FFA ausgesprochen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.3 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Protokolle sind beim Amt Eider (Dithmarschen) einzusehen und nachzulesen. Eine derzeitige Meinungsabfrage zeigt die gleiche Stimmungslage wie zuvor beim Bürgerbegehren. Ich bitte Sie sehr, Meinungen, Stimmungen und bereits vorhandene weitere Spaltungen, besonders in den kleinen Dörfern, in Ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Auch zu diesem Thema möchte ich gern den wunderbar gesprochenen Satz unseres Bundespräsidenten Steinmeier zitieren. Er sagte folgende Worte: Wer die Demokratie unterwandert, ist der Diktatur nicht mehr fern. Ich wünsche sehr, dass Sie sich als Sachbearbeiter diese Worte zu eigen machen und vor allen Dingen im Sinne des Volkes handeln und entscheiden. Mit freundlichen Grüßen	
Gruppe ID: G1535 Anzahl: 2 (IDs: 1535, M1672)	Sehr geehrte Damen und Herren, im Anhang sende ich Ihnen die Stellungnahme der Gemeinde Steinburg zur aktuell laufenden und oben genannten Landesplanung. Die Gemeinde Steinburg hat auf Ihrem Planungsausschuss am 27.08.2024 über die angehängte Stellungnahme beraten und sie beschlossen. Die Stellungnahme habe ich Ihnen außerdem per E-Mail gesandt. Ich bitte Sie um eine Eingangsbestätigung und stehe Ihnen für Fragen gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted] Amt Bad Oldesloe-Land Bauabteilung Louise-Zietz-Str. 4	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zu den Punkten C.) 1.), 2.), 3.) und 5.): Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Die konkrete Anwendung der Grundsätze erfolgt erst im Zuge der Abwägung der einzelnen Potenzialflächen. Insofern können die Ausführungen der Gemeinde nur zur Kenntnis genommen werden. Zu Punkt C.) 4.): Es wird auf Ziffer 4.5.2 der allgemeinen Synopse verwiesen. Abschließend wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	23843 Bad Oldesloe [redacted] Öffnungszeiten: Mo., Di., Do. und Fr. 08:00 Uhr – 12:00 Uhr und Do. 14:00 Uhr – 17:30 Uhr (Mi. geschlossen) Inhalt A.) Hintergrund B.) Übersicht zu den gemeindlich relevanten Grundsätzen des LEP und zu den Abwägungsbelangen mit Bezug zur Anlage 1 und 3 zu § 1 der LEPWindVO am Beispiel der Gemeinde Steinburg. C.) Anwendungshinweise zu Grundsätzen des LEP und Abwägungsforderungen mit Begründung in Hinblick auf Abwägungsbelange am Beispiel der Gemeinde Steinburg A.) Hintergrund Mit dieser Stellungnahme beteiligt sich die Gemeinde Steinburg (Kreis Stormarn) am öffentlichen Beteiligungsverfahren zur „Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021“, welches derzeit vom 25. Juni bis zum 9. September 2024 läuft. Die Gemeinde hat in ihrer Gemeindevertretersitzung vom 01. Juli 2024 entschieden zur Fortschreibung der Teilregionalpläne die landesweit gültigen Plangrundsätze für sich zu evaluieren und gemeindliche Abwägungsbelange an Hand der örtlich bestimmten/bestimmbaren Sachverhalte zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des (gemeindlichen) Raumes zu artikulieren und hiermit frühzeitig in den Planprozess einzuwirken. Da einzelne Potentialflächen nach Vorgabe des Plangebers derzeit nicht Gegenstand der Öffentlichkeitsbeteiligung sind, werden o.g. Sachverhalte für gemeindliche Gesamt-Regionen dargestellt. Hieraus ergeben sich teilweise sowohl raumordnerische	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Implikationen als auch konkrete Anwendungshinweise der Planungsgrundsätze und Abwägungsbelange vor Ort sowie landesweit, sofern an betreffenden Stellen vergleichbare Sachverhalte vorliegen mögen. Da mehrere pauschale Plangrundsätze und Abwägungsbelange seitens der Landesplanungsbehörde für den weiteren Prozess der Erstellung von Windenergiegebieten zudem detaillierte ortsspezifische Sachverhalte/-kenntnis verlangen, um überhaupt Wirkung im weiteren Planprozess entfalten zu können, sollen die erforderlichen Informationen/Hintergründe mit einer bewertenden Argumentation in dieser Stellungnahme frühzeitig übermittelt und im weiteren Planprozess übergeordnet berücksichtigt werden. Gemeinde Steinburg - Status quo: Auf dem Steinburger Gemeindegebiet befinden sich derzeit keine Windenergievorranggebiete aus der Teilaufstellung der Regionalpläne Wind aus dem Jahr 2020. Im nordöstlichen Steinburger Gemeindegebiet befinden sich insgesamt 4 raumbedeutsame Windkraftanlagen. B.) Übersicht zu den gemeindlich relevanten Grundsätzen des LEP und zu den Abwägungsbelangen mit Bezug zur Anlage 1 und 3 zu § 1 der LEPWindVO am Beispiel der Gemeinde Steinburg. 1.) „Freihaltung von 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion“. Hier: Ländlicher Zentralort – künftige Siedlungsentwicklungen, Synergieeffekte. Resp. Anlage 1 + 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht: □ Anlage 1, Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur □ Anlage 3, Kapitel 3.2.1: Siedlungsstruktur: […] Zentrale Orte. […] Schutz vor Beeinträchtigungen durch Nutzung der Windenergie an Land. […] besondere Aufmerksamkeit gegenüber zukünftiger Entwicklung der Gemeinden und Städte. □ Anlage 3, Kapitel 5.1.2: […] 1.000 Meter um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, sollen von Windenergienutzungen freigehalten werden, sofern noch keine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	2.) „Landschaftsschutzgebiete sowie Denkmalschutz in der Gemeinde Steinburg“. Resp. Anlage 1 + 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht: □ Anlage 1, Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz □ Anlage 3, Kapitel 3.7.1.1: Landschaftsschutzgebiete. Bewahrung von Naturlandschaften und bedeutsamen Kulturlandschaftsbereichen. □ Anlage 3, Kapitel 3.8: Kultur und sonstige Sachgüter: schützenswerte Kulturlandschaft und landschaftsprägende Elemente, historische Kulturlandschaften und Landschaftsteile von besonderer, charakteristischer Eigenart. □ Anlage 3, 5.1.7.1 Teilaspekt Kulturgüter: […] Denkmalschutz. 3.) „Freiraum- und Landschaftsschutz: spezifischer Landschafts- und Naturhaushalt. Hier: Anwendungshinweise zu funktionalen Wirkungsgefügen mit sachlicher Begründung und wissenschaftlicher Evidenz. Resp. Anlage 1 + 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht: □ Anlage 1, Anlage 1, Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz □ Anlage 3, Kapitel 3.3.6: Biotopenverbund: inkl. […] Trittsteinbiotope und Korridore, die migrierenden Arten als Leitstrukturen dienen und die auf die bereits bestehenden und noch geplanten Grünbrücken hinführen. □ Anlage 3, Kapitel 3.5.2: Wasserflächen, Schutzstreifen und Talräume. □ Anlage 3, Kapitel 3.5.3: Gewässer-/Grundwasserschutz □ Anlage 3, Kapitel 3.8: Kultur und sonstige Sachgüter: Kultur und sonstige Sachgüter: schützenswerte Kulturlandschaft und landschaftsprägende Elemente, historische Kulturlandschaften und Landschaftsteile von besonderer, charakteristischer Eigenart. □ Anlage 3, Kapitel 3.9: Wechselwirkungen mit funktionalen und strukturellen Beziehungen innerhalb von Schutzgütern oder zwischen den Schutzgütern, welche auf Grund einer von den Planfestlegungen ausgehenden möglichen Umweltwirkung von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	entscheidungserheblicher Bedeutung sind. „Umwelt als funktionales Wirkungsgefüge“. Anlage 3, Kapitel 5.1.3.3 Teilaspekt Biotopschutz und Biotopverbund […] zusätzl. Kompensationsflächen u. Ökokonten. 4.) „Klimasensitive Böden“ – Vermeidung weiterer Bodenverdichtungen an sensiblen Stellen. Resp. Anlage 1 + 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht: Anlage 3, Kapitel 3.8: […] schützenswerte Kulturlandschaft und landschaftsprägende Elemente, historische Kulturlandschaften und Landschaftsteile von besonderer, charakteristischer Eigenart. Anlage 3, Kapitel 3.9: Wechselwirkungen mit funktionalen und strukturellen Beziehungen innerhalb von Schutzgütern oder zwischen den Schutzgütern, welche auf Grund einer von den Planfestlegungen ausgehenden möglichen Umweltwirkung von entscheidungserheblicher Bedeutung sind. „Umwelt als funktionales Wirkungsgefüge“. 5.) „Artenschutz“ – avifaunistische Schutzbelange in einem funktionalen Wirkungsgefüge a priori berücksichtigen: Resp. Anlage 1 + 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht: Anlage 1, 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz + Anlage 3, Kapitel 5.1.3.2 Teilaspekt Artenschutz. C.) Anwendungshinweise zu Grundsätzen des LEP und Abwägungsforderungen mit Begründung in Hinblick auf Abwägungsbelange am Beispiel der Gemeinde Steinburg 1.) „Freihaltung von 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion“: Ländlicher Zentralort – künftige Siedlungsentwicklungen der Gemeinde. Die Gemeinde hebt hervor, dass das Innenministerium Schleswig-Holstein die Bedeutung der Gemeinde Steinburg im ländlichen Raum hochgestuft hat, indem es die Gemeinde Steinburg seit dem Herbst 2019 als ländlichen Zentralort im Zentralörtlichen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	System führt (Drucksache19/1504). Das Innenministerium hält hierzu fest, dass „Zentraler Ort“ im eigentlichen Sinne der Ortsteil Mollhagen ist (siehe Abb. 1). Dieser ist somit nicht nur Einwohnerschwerpunkt, sondern auch wichtiger Entwicklungsschwerpunkt für Wohnen, Gewerbe und Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Deshalb steht bereits zum heutige Zeitpunkt planerisch verfestigt im Fokus des kommunalen Ortsentwicklungskonzeptes der Ortsteil Mollhagen mit dem Ziel als ländlicher Zentralort im Ordnungsraum um Hamburg außerdem einen zusätzlichen „Entwicklungsschwerpunkt im Achsenzwischenraum“ zu schaffen. Den „Zentralen Orten“ werden zur Erfüllung Ihrer Funktionen wichtige Aufgaben zur Schaffung von Standortvoraussetzungen für eine dynamische Wirtschafts- und Arbeitsplatzentwicklung zugewiesen, unter anderem durch die weitere Ausweisung von Flächen für Wohn-, Gewerbe- und Industriegebiete. Anwendungshinweise zum Grundsatz sowie Abwägungsforderung: Zentralorte sollten ebenso wie Städte in einem mindestens 1000 Meter messenden Umgebungsbereich von Windenergienutzung freigehalten werden. Die Gemeinde Steinburg weist in diesem Zusammenhang nachdrücklich darauf hin, dass um den ländlichen Zentralort mind. ein 1.000 Meter Radius um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB sowie nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB von Windenergievorranggebieten freigehalten werden solle, sofern an der jeweils betreffenden Stelle noch keine aktuelle Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Begründung: Die Gemeinde Steinburg begründet die Haltung, dass in der Umgebung (mind. 1000 m Radius) zwischen den Ortschaften Mollhagen und Lasbek-Dorf sowie zwischen Mollhagen und Eichede/Sprenge nach wie vor keine Vorranggebiete zur Windenergienutzung auf Steinburger Gemeindegebiet ausgewiesen werden sollten damit, dass andernfalls die Entwicklung als ländlicher Zentralort durch Windenergienutzung empfindlich beeinträchtigt oder gar gänzlich verhindert werden würde. Die für die Windenergienutzung mangelhafte Eignung des ländlichen Zentralortes wird zudem durch die im Vergleich zu vielen anderen Gemeinden in Schleswig-Holstein besonders hohe Dichte geschlossener Siedlungen in dieser Region untermauert. Der Ortsteil Mollhagen zeichnet sich insbesondere durch seine räumliche Nähe (jeweils ca. 2 km) zu den übrigen Ortsteilen der Gemeinde (Eichede/Sprenge)	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sowie zu Ortsteilen anderer Gemeinden (Lasbek-Dorf/Todendorf) aus. Dadurch können Synergieeffekte für die Siedlungsentwicklung genutzt werden, die indes durch die Abriegelungswirkung von Windkraftanlagen konterkariert würden. Hauptentwicklungsachsen des Ortsteils Mollhagen führen u.a. Richtung Norden sowie Nordwesten und Nordosten.Würden in diesen Bereichen Vorranggebiete für Windenergienutzung ausgewiesen, wäre die Aufgabe des Ortsteils Mollhagen als zusätzlicher „Entwicklungsschwerpunkt im Achsenzwischenraum“ zu fungieren erheblich beeinträchtigt oder sogar ausgeschlossen. 2.) „Landschaftsschutzgebiete sowie Denkmalschutz“: Die Gemeinde Steinburg nimmt zur Kenntnis, dass Landschaftsschutzgebiete (LSG) nicht mehr generell als (weiche) Tabukriterien für die Ausweisung von Vorranggebieten geführt werden und dass als Vorranggebiete für Windenergie in den Regionalplänen bevorzugt die Windenergievorranggebiete der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land von 2020 sowie weitere, außerhalb dieser Gebiete stehende raumbedeutsame Windkraftanlagen (WEA) übernommen werden sollen. Die ortsspezifische Situation für die Gemeinde Steinburg stellt sich diesbezüglich derzeit wie folgt dar: - Im Norden der Gemeinde Steinburg befindet sich auf dem Lasbeker Gemeindegebiet mit PR3_LAU_006 ein Windenergievorranggebiet aus der Teilaufstellungen der Regionalpläne Wind aus 2020. - Auf dem Steinburger Gemeindegebiet befinden sich keine Windenergievorranggebiet aus der Teilaufstellungen der Regionalpläne Wind aus 2020. - Im nordöstlichen Steinburger Gemeindegebiet, östlich von Eichede, sowie in der östlich angrenzenden Gemeinde Schiphorst befinden sich insgesamt 8 bzw. je vier pro Gemeinde, raumbedeutsame Windkraftanlagen (siehe Abb. 2 + 3). - Der Ortsteil Eichede wird großflächig vom LSG „Eichede“ umgeben (siehe Abb. 2), welches per „Kreisverordnung zum Schutz von Landesteilen der Gemeinde Eichede vom 31.1.1973“ (Nr. 62-OD-52„Eichede“) vom Kreis Stormarn unter Schutz gestellt worden war. (Hinweis: 1973 war der heutige Steinburger Gemeindeteil Eichede noch eine selbstständige Gemeinde.)Die Landschaftsschutzgebietsverordnung von „Eichede“ lässt nicht ausdrücklich den Bau von WEA zu. Die LSG-Verordnung „Eichede“ bestimmt ausdrücklich in § 3 Abs. 2 lit. a) der Verordnung, dass die Errichtung von baulichen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anlagen genehmigungspflichtig ist. Dass trotz der Landschaftsschutzgebietsverordnung Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Gemeinde Steinburg gebaut wurden, beruht nicht auf einer Ausnahmegenehmigung nach § 61 LNatschG sondern auf Grund des Bebauungsplanes Nr. 17 der Gemeinde Steinburg. Die begründenden Spezifikationen der Schutzgebietsverordnungen finden sich in der Kreisverordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemeinde Eichede vom 31. Januar 1973, in der Kreisverordnung mit 1. Änderung vom 02. April 2001, in der Kreisverordnung mit 2. Änderung vom 27. Juni 2003, in der Kreisverordnung mit 3. Änderung vom 05. Dezember 2007 und der Kreisverordnung mit 4. Änderung vom 21. September 2016. Grundlegende Zielsetzungen für die Ausweisung des LSG „Eichede“ waren seinerzeit: - Die Sicherung und Entwicklung von Freiflächen die das Orts- oder Landschaftsbild prägen. - Der Erhalt historischer Kulturlandschaften (u.a. offene Grünlandbereiche mit Niederungscharakter, Brachen, Feldgehölze, (Doppel-)Knicks/Redder, Waldflächen und Geländesenken wie z.B. südöstlich von Eichede: vgl. Landschaftsplan Steinburg). - Die Sicherstellung von Räumen, die eine Gliederungsfunktion zwischen Siedlungsbereichen übernehmen. - Die Bewahrung des Landschaftsbildes und der Sicherstellung der Erholungsfunktion. - Im regional übergreifenden Zusammenspiel dienen die Landschaftsschutzgebiete „Eichede“, „Lasbek-Dorf“ (09.12.1974), „Lasbek-Gut“ (09.12.1974), „Tremsbüttel“ (16.03.2016), „Rümpel“ (29.10.2008) und „Fischbeker Mühlengrund“ (29.10.2008) zudem dem Schutz des regionalen Gewässernetzes mit assoziierter Natur (u.a. Süderbesteverlauf!). Anwendungshinweise zum Grundsatz sowie Abwägungsforderung: □ Hochwertige Teilräume von Landschaftsschutzgebieten ergeben sich u.a. aus den ortsspezifischen, landschaftsplanerischen Zielsetzungen wie sie z.B. im Landschaftsplan für die Gemeinde Steinburg bestimmt wurden. Im Hinblick auf diese grundlegenden Begründungen und Zielvorgaben des Landschaftsschutzgebietes „Eichede“ ist eine sehr kritische Bewertung z.B. dieses großflächigen LSG und von anderen LSG mit vergleichbarer Zielsetzung bzw. im räumlichen Zusammenhang in der weiteren	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abwägung a priori mandatorisch. Begründung: LSG unterliegen weiterhin einer Abwägung im Einzelfall hinsichtlich der Frage, ob und in welchem Umfang dort Flächen für die Windenergienutzung ausgewiesen werden können. Für die Abwägungsentscheidung solle nach Maßgabe der Landesplanung die Begründung in der jeweiligen Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden (siehe auch Punkt 3. „Abwägungsbelange zum gemeindespezifischen Landschafts-/Naturhaushalt!“). Der gemeindliche Landschaftsplan sieht in Synergie mit dem LSG für den Landschaftsraum rund um die Ortschaft Eichede die Anreicherung mit Landschaftselementen vor (u.a. Knickneuanlagen, Ausbau von Saumbiotopen, die Sicherung und Entwicklung der Nebenverbundachse entlang von Gewässern). Bauliche Maßnahmen, welche im Falle von WKA mit raumbedeutsamer Zerschneidung, Barrierewirkung und Bodenverdichtung einhergehen, würden diesen Zielsetzungen des LSG in großen Teilen entgegenstehen und müssen für jeden Teilraum des LSG gesondert bewertet werden. Schutz und Optimierung der dort vorhandenen Kleingewässer sind insbesondere deswegen von Bedeutung, weil diese gerade im nördlichen Gemeindeteil neben den Knicks ortsspezifisch wertvolle Biotope in der Landschaft darstellen und wichtige Funktionen hinsichtlich der Biotopenvernetzung („Trittsteinbiotope“) und als Lebensraum sowohl für Pflanzen als auch für Amphibien und Insekten haben, was bereits durch faunistische Untersuchungen gezeigt wurde (Landschaftsplan Steinburg, faunistische Untersuchung von Dipl. Biol. Stefan Wriedt). Der dazwischenliegende Raum sollte somit kritisch als Ausschlusskriterium für die Windenergienutzung in die Abwägung einfließen.Prägend für den Landschaftsraum ist zudem insbesondere der Ort Eichede, welcher auf der zweithöchsten Geländeerhebung des Kreises Stormarn liegt und welcher mit seiner Sachgesamtheit „Kirche Eichede“, weiteren drei denkmalgeschützten Objekten in der Nähe des Linden-umstandenen Dorfangers und weiteren historischen Gebäuden über ein bedeutsames Ortsbild (Ensemble) verfügt und weithin sichtbar ist. Das historische Dorfensemble wurde von der Gemeinde als Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB zur Erhaltung baulicher Anlagen auf Grund seiner städtebaulichen Gestalt bereits in den 1990er Jahren festgelegt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anwendungshinweis zum Grundsatz sowie Abwägungsforderung: Dem denkmalschutzrechtlichen Aspekt „bedeutsames Ortsbild/Ensemble (Eichede)“ ist bei einer etwaigen Vorrangflächenplanung ebenso Rechnung zu tragen.3.) „Freiraum- und Landschaftsschutz“. Hier: spezifischer Landschafts- und Naturhaushalt mit Leitbild für gemeindliche Teilräume nach Landschaftsplan. Grundsätzliche Anwendungshinweise zu funktionalen Wirkungsgefügen mit sachlicher Begründung und wissenschaftlicher Evidenz. Die Gemeinde Steinburg weist im regionalen Vergleich ihres Naturhaushalts ortsspezifische Besonderheiten mit teilweise lokal reichhaltiger ökologischer Ausstattung auf. Sie liegt im Naturraum Ostholsteinisches Hügel- und Seenland im Bereich des Stormarner Endmoränengebietes. Durch die Gemeinde verläuft die Wasserscheide zwischen Nord- und Ostsee. Während das Oberflächenwasser aus dem nördlichen Teil der Gemeinde über den Viehbach, die Süderbeste und die Trave in die Ostsee fließt, entwässert der Süden zum einen über den Gölmbach – Hunnau – Alster – Elbe, zum anderen über den Mühlenbach – Bille – Elbe in die Nordsee. Naturnahe Gewässerabschnitte i.e.L. von Viehbach und Süderbeste übernehmen lokal wichtige Vernetzungsfunktion und sind teilweise überregional in Biotopenverbundachsen eingegliedert (siehe Abb. 4). Zudem stellen naturnahe Bachläufe in Zeiten von Starkregenereignissen und zunehmender Bodenverdichtung in Zusammenspiel mit den örtlichen „klimasensitiven Böden“ wichtige und weiter stetig an Bedeutung gewinnende Retentionsräume dar (vgl. auch Abb. 3 + 4 + 5), Übersichtskarte zu klimasensitiven Böden in der Gemeinde Steinburg). Besondere Bedeutung für die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des lokalen Naturhaushaltes muss neben den naturnahen Bachläufen/Kleingewässern und dem Dauergrünland auch insbesondere den Waldflächen als ökologische Schnittstellen zum Offenland und dem angrenzenden Grünland in der Gemeinde Steinburg beigemessen werden. Der Waldanteil liegt in der Gemeinde Steinburg mit ca. 9% unterhalb des kreisweiten Waldanteils. Im Langzeitverlauf ist auch der Grünlandanteil in der Gemeinde zurückgegangen und es erfolgte eine bedeutsame Ausdünnung des Knicknetzes. Die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bedeutung des nachhaltigen Schutzes dieses Naturhaushaltes und der Biozönose in seiner natürlichen Eigenart sowie die Sicherung und Entwicklung solch wertvoller Landschaftsbereiche erscheinen somit in der heutigen Zeit wichtiger denn je und sind übergeordnete Ziele des gemeindlichen Landschaftsplanes. Zielsetzungen und Leitbild für gemeindliche Teilräume in Steinburg (nach Landschaftsplan Steinburg): - Sicherstellung von Grünland- und Niedermoorbereichen. - Schutz der Niederungslandschaft mit Förderung extensiver Grünlandnutzung. - Naturnahe Gestaltung und respektive Umbau von Fließgewässern in diesen Bereichen. - Erhalt/Optimierung der bestehende Knicks und Kleingewässer. - Optimierung vorhandener Waldstrukturen. - Weiterentwicklung ökologisch wertvoller Gebiete unter Einbeziehung des Biotopenverbundes. - Schutz der Lebensstätten und –räume sowie nachhaltige Erhaltung und Entwicklung der Naturgüter mit ihrer Eigenart und Regenerationsfähigkeit in einem vielfältig gestalteten Areal zwischen Viehbach und Süderbeste (nordwestlich von Mollhagen), welches durch ein intaktes Knicknetz (Redder) sowie Laubwaldflächen und Niedermoorflächen unterschiedliche Lebensräume für Fauna und Flora enthält. [aus: Landschaftsplan Gemeinde Steinburg Schleswig-Holsteinische Landgesellschaft mbH, Fachbereich Landschafts- und Umweltplanung, Kiel]. Anwendungshinweise zu Grundsätzen sowie Abwägungsforderungen: □ Eine Vorrangflächenplanung im Bereich von mesophilem (Dauer-)Grünland und Niedermoorflächen sowie Ausgleichsflächen/Ökokonten ist zu vermeiden (siehe Abb. 3). Im Falle der Gemeinde Steinburg unterstreicht v.a. im Nordwesten Mollhagens das Mosaik aus naturnahen alten Laubwäldern mit dazwischenliegenden feucht/nass geprägten Standorten mesophilen Dauergründlands und Niedermoorflächen die besondere Schutzwürdigkeit solcher Gebiete als ökologisch-funktionelles Synzytium. In dieser Form ist es in der Gemeinde zudem einmalig (Landschaftsplan Steinburg). Eine etwaige Windenergievorrangflächenplanung in jenem Areal wäre nicht mit der hohen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Schutzbedürftigkeit und dem nachhaltigen Erhalt dieser Naturgüter vereinbar. Die allgemeinen Abstandskriterien zu Wäldern (30 – 100 m) führen in der vor Ort vorliegenden spezifischen, kleinräumigen Kombination von Wald und interponierten mesophilem Grünland/Niedermoor auch zu keiner Auflösung eines Nutzungs-Konflikts mit WEA, da die naturnahen Wälder zusammen mit dem offenen Grünland eine funktionelle Gesamtheit darstellen (= funktionales Wirkungsgefüge!). Begründung: Im Norden Mollhagens liegen mehrere naturnahe, alte Laubwälder, welche auf Grund ihrer isolierten Lage in der sonst überwiegend offenen Agrarlandschaft der Gemeinde in dieser Region eine besonders wertvolle ökologische Schnittstelle zum Offenland einnehmen (siehe Abb. 3). Ein Blick auf eine historische Karte vom Ende des 19.Jahrhunderts offenbart, dass bereits die seinerzeit vor mehr als 100 Jahren bestehenden Wälder auch heute noch einer Waldnutzung unterliegen. Insofern handelt es sich bei den relevanten Waldstücken um alte Waldgesellschaften, welche somit landschaftsökologisch eine hohe Wertigkeit besitzen und als sehr naturnahe Laubwälder eingestuft werden müssen (Landschaftsplan Gemeinde Steinburg). Alte, naturnahe Laubwälder stehen zunehmend im Fokus der europäischen und nationalen Waldpolitik und sind sehr selten [Sabatini et al. 2018]. Sie haben eine besondere Bedeutung für den Schutz der biologischen Vielfalt und sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, so dass berechtigterweise ein Schwerpunkt des Biodiversitätsschutzes auf ihnen ruht. [Wissenschaftlicher Beirat Waldpolitik (WBW) beim BMEL (Hrsg.) (2023), Berlin, 29]. Die in Abb. 3 aufgezeigten alten Laubwälder in der Gemeinde Steinburg weisen auf Grund ihres Strukturreichtums und ihrer Habitatkontinuität eine hohe lebensraumtypische Vielfalt an heimischen Waldarten und vor allem an Vögeln und Fledermäusen auf. Sie dienen innerhalb der Gemeinde als „Hotspots“ der biologischen Vielfalt. Die in der Umgebung oder dazwischenliegende Feld-/Wiesenflur und insbesondere das Dauergrünland dienen waldansässigen Vogelarten zudem als Haupt-Nahrungssuchgebiete in der Gemeinde und müssen folglich gerade bei windkraftsensiblen Arten von der Windenergienutzung ausgespart werden. Darüber hinaus sind die feuchten Grünlandflächen/Niedermoore (siehe Abb. 3), ebenfalls die bevorzugten Nahrungssuchareale („Schwerpunktareale“) der in den Nachbarortschaften Lasbek-Dorf und Mollhagen ansässigen Weißstörche. Die lokale	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Weißstorchpopulation fliegt diese Grünlandflächen regelmäßig an und würde durch WEA ebenso wie die anderen dort beheimateten Großvögel eine Barrierewirkung erfahren und einem erhöhtem Tötungsrisiko unterliegen. Bei dem dort lokalisierten Grünland handelt es sich auch um mesophiles Grünland (Dauergrünland, siehe Abb. 3 + 6). Dieser Grünlandtyp ist artenreicher als z.B. Intensivgrünland und enthält neben unterschiedlichen Gräserarten auch verschieden Kräuter. Vornehmlich und hiermit deutlich seltener ist er auf eben solchen Niedermoorstandorten in der Gemeinde zu finden (Landschaftsplan Gemeinde Steinburg). Teile des mesophilen Grünlandes entlang des Bachlaufes der Süderbeste stellen zudem Binsen- und seggenreichen Naßwiesen (§ 15 a LNatSchG) dar. Diese artenreichen Naßwiesen repräsentieren den Vegetationstyp, welcher bei den ursprünglichen Standortverhältnissen in den Niederungen dominant gewesen sein dürfte. Der floristische Artenreichtum dieses Grünlands bewirkt auch eine faunistische Vielfalt, da er für viele Tierarten einen heute selten gewordenen Lebensraum darstellt. Ökologische Wertigkeit und Seltenheit dieses Biotoptyps müssen daher einen besonderen Schutz solcher Fläche bedingen, welcher wiederum die Windenergienutzung auf dieser und landesweit vergleichbarer Flächen mit solch funktionalen Wirkungsgefügen ausschließt! Nordwestlich von Mollhagen findet sich des Weiteren eine Konzentration der örtlichen Fließgewässer/Bachläufe mit Süderbeste und Viehbach: Viehbach und Süderbeste sind als überwiegend bzw. fast durchgehend offene Gewässer besonders hervorzuheben (siehe Abb. 3 + 4). Beide sind durch die naturnahen Verläufe als regional bedeutende Vernetzungselemente einzustufen. Der Viehbach verläuft von Eichede aus, wo er im Bereich der Ortslage verrohrt ist, zunächst in gerader Linienführung Richtung Südwesten durch landwirtschaftliche Nutzflächen. Südlich von Mollhagen ist der Verlauf dann mäandrierend. Nordwestlich von Mollhagen verläuft der Viehbach im Wasserschongebiet sowie in Teilen im Kernbereich des charakteristischen Landschaftsraumes. Die Süderbeste bildet zusammen mit derNorderbeste und der Beste eine Biotopverbundachse. Die Landschaftsschutzgebiete Eichede, Lasbek-Dorf (09.12.1974), Lasbek-Gut (09.12.1974), Tremsbüttel (16.03.2016), Rümpel (29.10.2008) und Fischbeker Mühlengrund (29.10.2008) dienen dem Schutz der Natur und dem Erhalt des Landschaftsbildes u.a. des Süderbesteverlaufs. Abb. 4 zeigt das bestehende Gewässernetz der Gemeinde. Anwendungshinweise zu Grundsätzen sowie Abwägungsforderung: □ Die Gemeinde weist auf das strukturreiche Areal im Nordwesten Mollhagens mit den	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	alten Laubwaldbeständen und dazwischenliegendem Grünland als dringlich abzuwägendes Ausschlusskriterium für die Windenergienutzung hin. Das Grünland per se ist auf Grund seiner Seltenheit und ökologischen Funktion in der Gemeinde schutzbedürftig. Hier finden sich zudem Binsen- und seggenreiche Naßwiesen (§ 15 a LNatSchG). Darüber hinaus werden Flächen eben dort auch als gemeindliche Ausgleichsfläche sowie als Ökokonto geführt (siehe Abb. 3). Die geringe Größe der naturschutzfachlich wertvollen Waldbestände in diesem Areal stellt zudem nach etablierter Expertenmeinung und wissenschaftlicher Evidenz keinen abwertenden Qualitätsmaßstab von Schutzgebieten dar, da heutzutage gerade nach dem „Hotspotansatz“ [Meyer et al. 2015] verfahren wird und die gegebene Schutzfläche auf mehrere, kleine Gebiete mit alten, naturnahen Waldbeständen verteilt werden sollte, statt sie auf eine große Fläche zu konzentrieren, die wiederum oftmals überwiegend naturschutzfachlich geringer wertige Bestände enthält. Zudem ist die geschützte Biodiversität insgesamt bei einer Verteilung auf mehrere kleinere statt einer großen Fläche erwiesenermaßen höher [Fahrig 2020]. „Umwelt als funktionales Wirkungsgefüge“. Diese wissenschaftliche Evidenz sollte in den Plangrundsätzen stärker gewichtet werden. Zusammenfassend wird das Areal zwischen Viehbach und Süderbeste nordwestlich von Mollhagen (siehe Abb. 3) landschaftsplanerisch als besonders wertvolles Areal geführt, da dort eine räumliche Akkumulation von Kleinbiotopen, die Konzentration des natürlichen Fließgewässernetzes in der Gemeinde (einschließlich eines Quellgebietes), Naßwiesen und Niedermoorflächen vorhanden sind. Von besonderer Bedeutung für Naturschutz und Landschaftspflege sind ebenfalls die in diesem Areal befindlichen historischen Redder (Doppelknicks) (vgl. Abb. 3), bei denen sich die ökologisch positiven Eigenschaften der Knicks noch weiter verstärken. So findet man z.B. bei Reddern eine weitaus höhere Brutvogeldichte als bei einfachen Knicks [Puchstein et al. 1980]. Dieses intakte Netz von Reddern ist einzigartig im gesamten nördlichen Gemeindegebiet. Überschneidung mit einem Trinkwassergewinnungsgebiet sowie einem Trinkwasserschongebiet sind des Weiteren zu nennen. Als mögliche Gefährdungen des dortigen Grundwassers wären z.B. zu nennen: - Flächenversiegelungen und damit die Unterbindung der Grundwasserneubildung. Hier sind v.a. bereits bodenverdichtete Areale im nordwestlichen Gemeindegebiet zu nennen. - Freilegung des Grundwasserkörpers z.B. durch bauliche Maßnahmen (WEA-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fundamente) und damit die direkte Beeinflussung der Grundwasserqualität. - Schadstoffeinträge durch Versickerungen und Auswaschungen. 4.) „Klimasensitive Böden“ – Vermeidung weiterer Bodenverdichtungen an sensiblen Stellen. In der Landschaftsrahmenplan-Fortschreibung wurden klimasensitive Böden als neue Kategorie eingeführt. Hierbei handelt es sich z.B. um Moorböden und Gewässerniederungen. Auch in der Gemeinde Steinburg befinden sich solch hochwertige ökologische Flächen (siehe Abb. 5). Sie befinden sich in der Gemeinde Steinburg schwerpunktmäßig im Niederungsbereich der Süderbeste (nordwestlich von Mollhagen), des Viehbachs (südlich von Eichede) und eines Fließgewässers südlich von Sprenge. Diese Gebiete sind auf Grund ihrer natürlichen Ausstattung und Landschaftsstruktur prädestiniert zur weiteren Förderung der Torf- und Humusbildung (Umsetzung Moorschutz-und Auenprogramm), zur naturnahen Waldbewirtschaftung, zur Stabilisierung der hydrologischen Verhältnisse, zur Fließgewässerrenaturierungen und Fortentwicklung von Dauergrünland. Hinweis zu Erweiterung der Grundsätze (LEP): □ Klimasensitive Böden sollten als Abwägungsbelang in den Plangrundsätzen und im Umweltbericht separat aufgeführt werden. Klimasensitive Böden und unmittelbar angrenzende Bereiche sollten aus den vorgenannten Gründen in der Gemeinde Steinburg (siehe Abb. 5) ebenfalls nicht als Vorranggebiet für Windenergie ausgewiesen werden. 5.) „Artenschutz“ – avifaunistische Schutzbelange - in einem funktionalen Wirkungsgefüge a priori berücksichtigen. Auf Grund der naturräumlichen Gliederung und strukturreichen Landschaft sind eine Vielzahl von schutzbedürftigen Vogelarten in der Gemeinde Steinburg beheimatet. In der Gemeinde Steinburg konnten zuletzt 76 Vogelarten nachgewiesen werden (vgl. Landschaftsplan Gemeinde Steinburg). Unter anderen sind in der Gemeinde Steinburg folgende Arten (teilweise gefährdet) nachgewiesen: Weißstorch, Rotmilan, Wespenbussard, Seeadler (regelmäßig angeflogenes Nahrungssuchgebiet), Sperber, Habicht, Baumfalke, Kiebitz, Kraniche. Regelmäßig stellen Teile des Gemeindegebiets für Kraniche ein Überwinterungsquartier und im Sommer Rast- und Ruheplätze auf den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Feuchtwiesen und Niedermooren dar. Das (mesophile) Dauergrünland im Nordwesten Mollhagens mit seinen Feuchtwiesen und die offene Agrarlandschaft im LSG Eichede stellen zudem seit mehreren Jahren die schwerpunktmäßigen angeflogenen Nahrungs- und Jagdhabitate von Rotmilanen, Weißstörchen, Kranichen undKiebitzen dar und beinhalten somit ein hohes, ortsspezifisches Konfliktpotential (siehe Abb. 6). Teilweise ist hierbei von lokalen Dichtezentren der Populationen auszugehen. Entsprechende Nachweise/Daten wurden an die Landesplanungsbehörde im Rahmen der kommunalen Beteiligung Teilfortschreibung des Landschaftsrahmenplanes übermittelt.Anwendungshinweise zu Grundsätzen sowie Abwägungsforderung: Neben pauschalen Schutzradien um die jeweiligen Horststandorte sollten auch schwerpunktmäßig genutzte und auf Grund der strukturellen Gliederung langjährig etablierte Nahrungs-/Jagdhabitate a.G. des Konfliktpotentials bei der Ausweisung von Windenergiegebieten schon a priori und nicht erst bei der Umweltverträglichkeitsprüfung Berücksichtigung finden. In der Gemeinde Steinburg sind dies z.B. das (mesophile) Dauergrünland im Nordwesten Mollhagens mit seinen Feuchtwiesen und die offene Agrarlandschaft im LSG Eichede. Insbesondere aus den letztmaligen Anhörungen zu den Teilfortschreibungen Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein wurden der Landesplanungsbehörde mehrere Brutplätze windkraftsensibler Großvögel (Rotmilane, Weißstörche, Seeadler) mit Bedeutung für Potentialflächen auf dem Steinburger Gemeindegebiet mitgeteilt. Diese sollten auch weiterhin bei der Auswahl von Standorten für die Vorranggebiete Windenergie Berücksichtigung finden. Referenzen: Raumordnungsbericht Zentralörtliches System 2024, Drucksache 20/2053 vom 23. April 2024. Raumordnungsbericht Zentralörtlichen System (Drucksache19/1504). Landschaftsplan Steinburg, Schleswig-Holsteinische Landgesellschaft mbH, Fachbereich Landschafts- und Umweltplanung, Kiel. KREISARCHIV STORMARN (letzter Zugriff: 22. Juli 2024). Geodateninformationssystem (GIS), Amt Bad Oldesloe-Land (letzter Zugriff: 27. Juni 2024).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	□ GeoBasis-DE/LVerm SH (letzter Zugriff: 20. Juni 2024). □ Karte Potenzialfläche Windenergie SH (letzte Aktualisierung: 13.06.2024). □ Geodatenportal Stormarn (letzter Zugriff: 24. Juli 2024). □ Geoportal Metropolregion Hamburg (letzter Zugriff: 24. Juli 2024). □ Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021. Erster Entwurf Juni 2024. - Anlage 3 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Umweltbericht. - Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land. ● Kreisverordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemeinde Eichede vom 31. Januar 1973 - 1. Änderung vom 02. April 2001 - 2. Änderung vom 27. Juni 2003 - 3. Änderung vom 05. Dezember 2007 - 4. Änderung vom 21. September 2016 □ Landesverordnung über den Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 (LEP-VO 2021) □ ArcGis esri, HERE, Garmin, Informationssystem zur Regionalplanung. □ Denkmaldatenbank Schleswig-Holstein (Stand 02/2024) □ Übersicht der von der unteren Naturschutzbehörde nach der Ökokontoverordnung (Kreis Stormarn). □ Wissenschaftlicher Beirat Waldpolitik beim BMEL (Hrsg.) (2023): Zum Umgang mit alten, naturnahen Laubwäldern in Deutschland im Spannungsfeld zwischen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Biodiversitätsschutz, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. Berlin, 29 S. Sabatini FM, Burrascano S, Keeton WS et al. (2018) Where are Europe’s last primary forests? Diversity and Distributions 24: 1426–1439. PUCHSTEIN, K. (1980): Zur Vogelwelt der schleswig-holsteinischen Knicklandschaft mit einer ornitho-ökologischen Bewertung der Knickstrukturen. Corax 8: 62-106. Meyer P, Lorenz K, Engel F, Spellmann H, Boele-Keimer C (2015) Wälder mit natürlicher Entwicklung und Hotspots der Biodiversität - Elemente einer systematischen Schutzgebietsplanung am Beispiel Niedersachsen. Naturschutz und Landschaftsplanung 47(8/9): 275–282. Fahrig L (2020) Why do several small patches hold more species than few large patches? Global Ecology and Biogeography 29: 615-628. HÄNEL, K. (2006): Habitatverbundsysteme auf überörtlicher Ebene. HABITAT-NET - ein vektorbasierter GIS-Algorithmus als Planungshilfe. - Naturschutz und Landschaftsplanung, Heft 8: 237-244. LANU (Landesamt für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein) (2008): Empfehlungen zur Berücksichtigung tierökologischer Belange bei Windenergieplanungen in Schleswig-Holstein. DigitalerAtlasNord, GeoBasis-DE/LVermGeo SH, BKG (letzter Zugriff: 09. August 2024) Die vorliegende Stellungnahme und Zusammenfassung der abwägungsrelevanten Sachverhalte wurde in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Gemeinde Steinburg am 27.08.2024 gebilligt. Der Bau- und Planungsausschuss wurde zuvor in der letzten Gemeindevertretersitzung vom 01. Juli 2024 ermächtigt und beauftragt diese Stellungnahme im Namen der Gemeinde Steinburg (Kreis Stormarn) zu verfassen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1534	**Stellungnahme zum LEP Entwurf Teilfortschreibung „Windenergie an Land“, Stand Juni 2024** **Abwägungsbereich für die Potentialfläche: „Tiebensee West“** Wir begrüßen die Aufnahme einer Potentialfläche mit ca. 129 ha Größe für die	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergienutzung südlich der Ortschaft Neuenkirchen (PLZ: 25792). Wir befürworten ausdrücklich, die Aufnahme der Fläche für die Errichtung von Windenergieanlagen. Der Zuschnitt des Potentialgebietes bedarf keiner weiteren Anpassung. Die Abstände zur umliegenden Wohnbebauung wurden alle korrekt herangezogen. Ein Lageplan mit der zu prüfenden Anpassung der Potentialfläche ist dieser Stellungnahme als Anlage beigefügt. Abschließen möchten wir noch unterstreichen, dass keine Belange gemäß Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021Erster Entwurf Juni 2024 entgegen der Ausweisung vorgenannter Fläche steht. Selbs Punkt 7 G des LEP (Entwurf 2024) stellt nahezu keine mehr Belastung in Form eine Umzingelungswirkung da. In südlicher Sichtachst der Ortslage Neuenkirchen befindet sich bereits ein Bestandwindpark welcher in Sichtachst zu der beschrieben Fläche stehet.	
Institution: Amt Kreis Segeberg, Kreisplanung, Regional-Management, Klimaschutz ID: M2761	Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (LEP Windenergie) Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 1. Beteiligung Sehr geehrte Damen und Herren, folgende Stellungnahme der Verwaltung als Träger öffentlicher Belange wird fristgerecht als „vorläufig" zur Kenntnis gegeben, verbunden mit dem Hinweis, dass die Beschlussfassung des Kreistages erst am 10.10.2024 erfolgen wird. Nach Anhörung meiner Fachabteilungen im Hause nehme ich als Träger öffentlicher Belange zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (LEP Windenergie) wie folgt Stellung. **Tiefbau**	Der Anregung nach Festlegung regionaler Teilflächenziele wird gefolgt. Der Plan wird entsprechend ergänzt bzw. geändert. Zur Doppelnutzung Windenergie und PV: Die gewünschte Möglichkeit der Doppelnutzung von Vorrangflächen für WEA, gekoppelt mit PV-Anlagen wird in der Begründung zu Ziffer 4.5.1 Abs. 7 aufgegriffen. Hier wird aufgezeigt wie dies bauleiplanerisch ermöglicht werden kann. Die angeregte Änderung einer Formulierung in Ziffer 4.5.1.3 Abs. 7 wird gemäß dem Vorschlag der Unteren Naturschutzbehörde übernommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Keine Stellungnahme. **Untere Bauaufsichtsbehörde** Keine Stellungnahme. **Vorbeugender Brandschutz** Keine Stellungnahme. **Kreisplanung** zum Text, Kap. 4.5.1, Abs. 1 Der Verzicht auf die Festlegung regionaler Teilflächenziele nach § 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 beziehungsweise Satz 2 WindBG wird kritisch gesehen. Mit diesem Verzicht ist die Erreichung des vorgegebenen Flächenbeitragswertes und die damit verbundene Rechtsfolge des § 249 Abs. 2 BauGB (Entprivilegierung der WKA außerhalb ausgewiesener Windenergiegebiete) davon abhängig, dass für alle drei Planungsräume bis Ende 2027 wirksame Regionalpläne vorliegen. Gelingt dies - aus welchen Gründen auch immer - nicht oder wird z.B. nur einer dieser drei Regionalpläne erfolgreich rechtlich angefochten, wird der Flächenbeitragswert nicht erreicht mit der Folge, dass für das gesamte Land die Entprivilegierung der WKA nicht eintritt und die Steuerungswirkung entfällt, wenn nicht innerhalb eines Jahres eine Fehlerheilung erfolgt (§ 4 Abs. 2 WindBG). Der Verzicht auf die Festlegung regionaler Teilflächenziele führt somit zu einer vermeidbaren landesweiten Schicksalsgemeinschaft aller Planungsräume. Dies sollte noch einmal überdacht werden. Es wäre im Unterschied zur heutigen Rechtslage eine neue und aus hiesiger Sicht nicht erstrebenswerte Rechtsfolge, wenn unter etwaigen Planungsfehlern in einem Planungsraum auch die anderen Planungsräume zu leiden hätten. zum Text, Kap. 4.5.1, Abs. 7 Die Zielformulierung räumt im Falle einer konkurrierenden Nutzungsabsicht für dieselbe Fläche durch PV-Anlagen der Windenergienutzung den Vorrang ein. Dies ist vor dem Hintergrund der zu erreichenden Flächenbeitragswerte zwar grundsätzlich auch nachvollziehbar, vordem Hintergrund der zunehmenden Flächenknappheit aber problematisch. Vermisst wird in diesem Zusammenhang die Möglichkeit der Doppelnutzung. So ist z.B. durchaus denkbar, dass Teilflächen eines ausgewiesenen Windenergiegebietes auch für eine Nutzung durch PV-Anlagen geeignet sein können (vgl. Rechtsgutachten des MWIKE NRW, Mai 2024).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	https://www.wirtschaft.nrw/system/files ... BbKyamIc2A zum Text, Kap. 4.5.3, Abs. 7 Das in dem Klammerzusatz verwendete Wort "nachrangig" kann den Eindruck vermitteln, dass das hier formulierte Ziel der Raumordnung in den genannten räumlichen Bereichen eine geringere, eben nachrangige Qualität hat. Die Begründung vermittelt diesen Eindruck dagegen nicht. Daher sollte hier eine sprachliche Angleichung vorgenommen werden. Statt"... und nachrangig in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Ostholstein sowie der Landeshauptstadt Kiel" sollte es "...und in Teilen der Kreise Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Ostholstein sowie der Landeshauptstadt Kiel" heißen. **Untere Denkmalschutzbehörde** Keine Anregungen. **Untere Naturschutzbehörde** Zum Text 4.5.1.3, 7 Z: Das Adjektiv "nachrangig" im Klammertext könnte so ausgelegt werden, dass in den Seeadler-Dichtezentren der Kreise RD-ECK, SE und OH sowie Kiel die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA eben nicht ausgeschlossen ist. Der Begründung (B zu 7) ist jedoch klar zu entnehmen, dass der Ausschluss nach 7 Z für das gesamte Seeadler-Dichtezentrum gelten soll. Um das oben angeführte Missverständnis auszuschließen, schlage ich folgende Formulierung vor: "Innerhalb des in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein dargestellten Dichtezentrums für Seeadlervorkommen (im Kreis Plön und in Teilen der Kreise Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Ostholstein sowie der Landeshauptstadt Kiel) ..." **Wasser - Boden - Abfall** SG Abwasser	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Keine Stellungnahme. SG Gewässerschutz Keine Anregungen. SG Bodenschutz Keine Bedenken, Hinweise oder Anregungen aus Sicht des Bodenschutzes. SG Grundwasserschutz Keine Anregungen oder grundsätzlichen Bedenken gegen die Planungen aus Sicht des Grundwasserschutzes. SG Abfall Keine Stellungnahme. SG Geothermie Keine Stellungnahme. Umweltbezogener Gesundheitsschutz Keine Stellungnahme. Sozialplanung Keine Stellungnahme. Verkehrsbehörde Keine Stellungnahme. Im Aufträge gez. [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1532	Sehr geehrte Damen und Herren, hier meine Stellungnahme zur Ausweisung von Planungsflächen zum Bau von Windkraftanlagen in der Gemeinde 24975 Hürup. Ich beziehe mich auf das Gutachten und den Bürgerentscheid von 2016 und das erweiterte Gutachten 2024 der Gemeinde Hürup. Schon damals 2016 war ich bei der Bürgerinitiative Gegenwind Hürup tätig. Ich spreche mich deutlich gegen Windenergie in der Gemeinde Hürup aus und fordere Sie auf die Flächen erneut zu streichen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 7.2.12, 7.2.11, 5.7, 7.3, 4.20, 7.2.9, 7.2.5, 2.11, 7.1.3, 7.2.7, 7.2.1 und 7.2.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Besonders nehme ich Bezug auf die Fläche östlich des Ortes an der K90 gelegen. Ich sehe von meinem Balkon aus bereits die Windkraftanlagen von Barg in Sörup. Diese Anlagen sind deutlich kleiner als die von der Bundesregierung geplanten Anlagen von 200 m Narbenhöhe und trotzdem beeinträchtigen sie jetzt schon das Landschaftsbild. Die ausgewiesene Fläche östlich von Hürup liegt genau in meinem Blickfeld. Eine bzw mehrere WKA´s mit der Höhe von 200m Narbenhöhe würde mich und meine Familie direkt beeinflussen. Beweggründe: -Unser Grundstück verliert an Wert mindestens 30% -wir sind betroffen von dem Eingriff in unser Landschaftsbild (geschützte Moränenlandschaft seit Eiszeit) -besondere Vorkommen Ton -Schallbelästigung -Infraschallbelästigung -Schattenschlag -Eingriff in die Natur,Naturschutz ,Vogelschutz bes. Fläche Ausacker Rotmilan -Abrieb von Giftstoffen (GFK,GFC,Bisphenol A und weitere Umweltgifte) der WKA Flügel bei Beschädigung duch z.B. Starkregen und Hagel Gefährdung der Wildtiere und Haustiere,sowie Nutztiere ,Verseuchung der Böden -keine Trassen zum Abtransport des Stromes vor Ort,bei Bau zusätzliche Belastung von Elektrosmog	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	-Umzingelung des Dorfes bei dem jetzigen Stand der ausgewiesenen Flächen 6.6.2024 -soziale Gemeinschaft und Frieden des Ortes und der Gemeinde bedroht -90 WKA´s sind 2023 in Deutschland abgebrannt, ein brennendes WKA setzt soviel FCKW frei, wie alle Flugzeuge Deutschlands in einem Jahr !!! -bei Windflaute keine Stromerzeugung,teurer Strom aus dem Ausland muss importiert werden -keine Stromspeichermöglichkeit... Mir ist bewußt,dass Sie als ausführende Behörde nur bedingt Einfluß haben auf die von der Bundesregierung geänderten Gesetze zur Ausweisung von Flächen für WKA´s, ich bitte Sie jedoch inständig sich für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gemeinde einzusetzen. Vielen Dank für Ihre Bemühungen! Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2416	Stellungnahme Landesentwicklungsplan „Windkraft an Land” Windkraftanlage in Brodersdorf Sehr geehrte Damen und Herren, da wir zu den direkt Betroffenen gehören nehmen wir Bezug auf die Planung der Windkraftanlage in Brodersdorf. Wir hoffen dass Sie unseren Anmerkungen, die die betroffenen Bürger von Brodersdorf teilen, berücksichtigen und adaptieren. • AbstandsflächenIn den Gemeinden Stein und Brodersdorf sind Windkraftanlagen in einer Höhe von 250 m geplant. In den kommenden Jahren wird sich die Höhe auf 320 m entwickeln. In Opposition zu der Windkraftanlage in Brodersdorf/Laboe liegt die Höhe bei 85 Metern. Bei dieser rasanten	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz), 4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 2.2-2.5, 3.17, 7.2.5, 7.3, 7.2.11, 7.2.13, 7.2.9, 3.15, 4.3, 4.20, 4.1 und 4.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Ausbreitung, müssten doch die Mindestabstände selbstverständlich vergrößert werden. Laut Ihren Aussagen gehen Sie von eine Gesamthöhe von 200 Metern aus. Dieses ist bereits überholt und entspricht leider nicht den Tatsachen. Zulässig sind in reinen Wohngebieten nachts 35 bB(A) zulässig und in Kleinsiedlungsbereichen 40 dB(A). Diese Messwerte werden zukünftig deutlich überschritten. Ein größerer Abstand (950 m bzw. 1500 m) ist zwingend geboten. Die Anwohner des Windparks in Groß Buchwald sind ebenfalls betroffen und können den dauerhaften Lärm, trotz 1.500 Metern Entfernung, bestätigen. In Brodersdorf und Stein können ausreichende Abstände nicht in Grundzügen eingehalten werden. Da wir hauptsächlich Westwind haben, verstärkt sich die Lärmbelastung extrem, auch ist der Schattenwurf dieser Anlagen bedeutend größer und länger. • Fehlende Flächen im Kreis PlönIm Kreis Plön sind keine Potentialflächen ausgewiesen und Windkraftanlagen dürfen nicht in Landschaftsschutzgebieten und auch nicht in einem 5 km breiten Streifen von der Ostseeküste aufgestellt werden. Es gibt ausgewiesenen Flächen bei denen die vorgeschriebene Entfernung leichter eingehalten werden kann als in Stein oder Brodersdorf. • StromnetzIn Schleswig-Holstein besteht zurzeit ein Überschuss von Strom aus erneuerbaren Energien (Photovoltaik- und Windkraftanlagen). Schleswig-Holstein erzeugt ca. 170% der selbst verbrauchten Stroaommenge und könnte beispielsweise die Hansestadt Hamburg komplett versorgen. Bei der Windkraftanlage in Brodersdorf ist bisher kein Speicher geplant. Die Berechnungen der Einnahmen der Gemeinde sowie der Rendite für die Investoren, müsste auf stillstehende Windkraftanlagen angepasst werden. • GesundheitDer Infraschall ist für alle Lebewesen gesundheitsgefährdend. Die Tiere die hier im Landschaftsschutzgebiet leben, verändern hierdurch ihr natürliches Verhalten und durch die Lichtreflexion verlieren die Tiere an Orientierung. Bei uns Menschen besteht eine Einschränkung der Lebensqualität, dadurch entsteht zusätzlich eine psychische Belastung. Durch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	den täglichen Betrieb der Anlage sind Auswirkungen auf unsere Körper wissenschaftlich belegt! • WirtschaftDurch die Entfernung und Menge der Störfaktoren ist mit einer Wertminderung der benachbarten Immobilien zu rechen. Laut RWI (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung), 2007-2015: Die Angebotspreise von knapp drei Millionen Verkaufsangeboten in Deutschland aufdem Online-Portal Immoscout24 wurden ausgewertet. Einfamilienhäuser verlierendurchschnittlich 7,1 % an Wert, wenn ein Abstand von bis zu einem Kilometer davon Windenergieanlagen errichtet werden. Am stärksten betroffen sind alte Häuser in ländlichen Gebieten. Hier kann der Wertverlust 30 % betragen bis hin zur Unverkäuflichkeit. • Material der WindkraftanlageDie Rotorblätter bestehen aus Harzen, Kunststoffen und Glasfasern und werden nicht recycelt sondern geschreddert und auf Deponien entsorgt. Zusätzlich werden dadurch Fasern mit asbestähnlicher Struktur freigesetzt. Zur Herstellung wird die Ewigkeitschemikalie PFAS (Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) verwendet. Diese Mikroplastik bleibt 3200 Jahre in der Atmosphäre und gilt nachgewiesen als krebserregend. • TourismusTourismus und DenkmalschutzIm Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein ist in der Fortschreibung das Mündungsgebiet der Hagener Au als Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung gekennzeichnet. Die Campingplätze in Stein und Neu-Stein müssen mit einer außerordentlichen Lärmbelästigung rechnen, zumal ein Wohnwagen über keine Geräuschdämmung verfügt. Das deutschlandweit bekannte „Ehrenmal Laboe" wird unbedeutend und klein erscheinen und die Windkraftanlagen würden das Landschaftsbild neu bestimmen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• NaturAuf die Landschaftsschutzgebiete wird bedauerlicherweise keine Rücksicht genommen und der Stellenwert wird dadurch deutlich reduziert. Brodersdorf und die umliegenden Orte sind Naherholungsgebiete und die Hagener Au ist ein Flora-Fauna-Habitat (FFH). Das Seeadier Paar hat an der Hagenauer Au sein Zuhause und auch der Rotmilan ist dort heimisch geworden. Für diese Tiere besteht die große Gefahr in die Rotorblätter zu geraten, da die Mindestabstände zwischen WKA und Horsten von Vögeln verringert wurde. Zudem leben dort weitere heimische Tiere wie Rehwild, Hasen etc. Die Schutzbedürftigen Tiere sind von unsere Fürsorge abhängig! FFH sind Lebensräume von Pflanzen und Tieren, die nach EU-Recht geschützt sein sollten. Unserer Auffassung nach ist es absolut verantwortungslos, die Tiere und unsere Natur in solch einer Gefahr zu bringen. Zusätzlich befinden sich hier Ruhezonen für Schwäne, Gänse und Libellen. Während der Bauphase müssen für den Transport von Materialien der Windkraftanlagen, Baustraßen geschaffen werden. Dazu ist Abholzung von Knicks erforderlich. Nach Ende der Lebensdauer der WKA (ca. 25 Jahre) wären die Neupflanzungen erneut gefährdet. Wir hoffen, dass Sie unsere Anmerkungen und Sorgen verstehen und nachvollziehen können. Brodersdorf und Stein sind keine Potentialflächen und wir bitten Sie, diese Flächen aus den möglichen Standorten herauszunehmen. Der Erhalt und die Fürsorgepflicht für Tiere und Natur, auch für unsere zukünftigen Generationen, sollte im Vordergrund stehen. Vielen Dank im Voraus für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2931	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 2.1, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.1, 7.2.8, 7.2.12, 7.1.1, 4.1 4.5,

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Von Windeneergieanlagen (WKA) gehen bei zu geringen Abständen zwischen WKA u. Wohnbebauung gesundheitliche Gefahren aus. Bei dem 2. Z. möglichen menschenverachtenden Abständen 2x Höhe!!! Wie auch 3x Höhe im Außenbereich sind Anwohner höchsten gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt. • Vorsorgen des Immissionsschutz sollte für alle Bürger gleich gelten (Recht auf körperliche Unversehrtheit + Recht auf Gleichbehandlung nach dem GG PA. 2. • Mindestens 1000m Abstand sollten für Innen- und Außenbereich gleichermaßen gelten (besser 10x Höhe Abstand wie in Bayern geltend) • Ich möchte, dass im Havariefall wie z.B. Brandausbreitung, technischer Defekt durch ausreichende Abstände von mindestens 1500m abgesichert wird. • Es besteht höchste Lebensgefahr für Anwohner bei jedem Gewitter, da die WKA die höchsten techn. Anlagen sind mit 200m u. höher. Mit der Gefahr des Blitzeinschlags, des Brandes der WKA u. des Herausschleudern brennender, giftiger Kunststoffteile in die Umgebung mit Gefährdung von Menschen, Tieren u. Natur. • Große Gesundheitsgefährdung besteht durch die gesundheitsgefährdenden Stoffe in den verbrannten Teilen z.B. CFK, Bisphenol A, PFAS, Neodyn für die es zukünftig eine Offenlegungsfrist geben sollte für Hersteller + Betreiber von WKA, damit Bevölkerung gewarnt ist (z.B. Feuerwehrleute bei d. Brandbekämpfung) • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftl. genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, -Trinkwasserverunreinigung (zusätzlich zur Gefährdung durch die Fundamente von WKA im Boden) und Verunreinigung der Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS • Bei dem Gefährdungspotential von WKA sollte ein TÜV-Pflicht längst gesetzlich	4.20, 4.14 und 4.15 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vorgeschrieben sein - man fragt, weshalb es nicht bereits vorgeschrieben ist • Ich befürchte gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Eiswurf, Lärm[redacted] + durch Infraschall sowie Abbau der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Umzingelung durch WKA • Ich halte den Schutz unzuschrittener, landschaftlicher Freiräume für sehr wichtig bezüglich des Landschafts- und Artenschutzes sowie für die Erhaltung der menschl. Gesundheit + für die Naherholungsfunktion in der Region PR3_SEG_302 - das Tal wird bereits zerstört durch 12 WKA im Bau • Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Es sollten ohne umfängliche UVP u. neutrale Gutachten keine weiteren WKA genehmigt werden • Die Gebiete mit dem größten zusammenhängenden Grünlandgebieten wie Gebiet PR3_SEG_302 sind Gebiete, die Brutplätze, Nahrungsfläche u. Flugkorridor von Bedeutung für schützenswerte Vogelarten sind u. nicht weiter zerstört werden sollten. • Der überregionale Vogelzug in dieser Region wurde bisher bei der Ausweisung von Windenergieflächen nicht berücksichtigt. Jedes Jahr im Frühjahr + Herbst überqueren wichtige Vogelzuge dieses Gebiet -> hier droht massiver Vogelschlag! Untersuchungen der Vogelrouten, des Vogelzuges u des Zugvogelverhaltens durch e. unabhängigen Sachverständigen sind hier dringend erforderlich. • Ich halte es für bedeutsam, dass Biotopverbundachsen der o.g. Region zu erhalten u zu schützen. Die hier beheimateten Großvogelarten (geschützte Arten) wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, weiter großer Brachvogel, Graureiher, Weißstörche wie auch die geschützten Wiesenvögen wie z.B. [redacted], Lerchen,... sollten hier weiter brüten können + geschützt werden -> es sollten sie Abstandsregelungen gelten wie vor 2018. • Überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Kranichen, Schwänen sollten freigehalten werden.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	• Da Schleswig-Holstein bereits für den Norden Deutschlands u der [redacted] Strom produziert - so viel - dass der produzierte Strom gar nicht von den Leitungen aufgenommen werden kann, sollte auf die Zerstörung weiterer Natur, die unser aller Lebensgrundlage ist, verzichtet werden und keine weiteren Vorranggebiete für Windkraft ausgewiesen werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2482	**Betr.: Beteiligungsverfahren zum Entwurf der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein vom 17.06.2024** **Stellungnahme dazu:** - Unser Wohnort ist bereits jetzt massiv mit Windkraftanlagen belastet. Durch die Ausweisung neuer Flächen werden wir von WKA total eingekesselt. - Die bereits vorhandene Lärmbelastung (tiefes Dauerbrummen) nimmt dadurch in hohem Maße zu. Erschwerend kommt hinzu, dass durch Aussetzen des Bundesimmissionsschutzgesetzes (Gasmangellage) der Lärm beliebig gesteigert wird.Das Hochdrehen der WKA wird auch außerhalb der gesetzlichen Fristen ohne Genehmigung durchgeführt (Beweis Handyvideo). - Wir werden von der Planungsbehörde vorsätzlich hinters Licht geführt: Die Baugebiete stehen schon lange fest, die Öffentlichkeitsbeteiligung ist eine Farce. Beweis: Die Windmüller kaufen bereits jetzt Häuser außerhalb von Potenzialflächen (Auenbüttel, Vettenbüttel), um durch deren Abriß Platz für neue WKA zu schaffen. - Die der Bevölkerung zur Verfügung gestellten Karten sind kleinformatig und damit ungenau für uns. Im Gegensatz dazu besitzen die WKA-Planer flurstückgenaue Karten (Norla Rendsburg). - Bei der manuellen Feldarbeit werden wir durch den Schlagschatten in sehr belastender Weise irritiert, sodass man die betreffenden Feldstücke am liebsten, meiden würde. Wir	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Auf die Ziffer 7.1.1 der Allgemeinen Synopse wird verwiesen. Darüber hinaus wird insbesondere auf die Ziffern 2.5, 2.11, 4.1, 7.1.3, 7.1.6, 7.2.1, 7.2.5, 7.2.9 und 7.3 der Allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sind gezwungen stundenlang im 400m-Sicherheitsradius zu arbeiten. Diese Problematik haben wir beim LLUR Itzehoe moniert und gefordert, während unserer Feldarbeitszeiten die WKA abzustellen, um uns und unsere - Mitarbeiter wie gesetzlich vorgeschrieben zu schützen, (wie z.B. im Windpark - Rethwisch der Fa. [redacted]).. Daraufhin wurden wir von Fr. [redacted] belehrt: „der Mensch im Außenbereich genießt keinerlei Schutzstatus“. - Die Rotation der gigantischen Windräder erzeugt in der Landschaft eine immense Unruhe, der man sich nicht entziehen kann. Da die Rotation teilweise ohne Stromerzeugung läuft (Trudelbetrieb bis 2,5 m/Sek.) bzw. durch Einsatz von „schwarzem Strom“, erfolgt die Belastung der arbeitenden Bevölkerung ohne wirtschaftlichen Grund. Unser Vorschlag ist: Bitte stoppen Sie die Drehung während dieser Zeiten, ohne wirtschaftlichen Schaden für die Windmüller. - Die Belastung unserer Felder durch Microplastikabrieb der Rotorblätter (ca. 100 kg/a) sowie die Beaufschlagung durch Ewigkeitschemikalien wird uns Landwirten von der Windindustrie aufgezwungen (Untersuchungen im amtlichen Auftrag von Wildschweinlebern in Windparks in Baden-Würtemberg). - Abschaltung der Rotlichbefeuerung (BNK), vorgeschrieben seit 2020, wird nicht durchgeführt. - 0,2 ct/kWh Akzeptanzprämie Auszahlung an die betroffenen Gemeinden wird nicht durchgeführt. - Antikollisionsschutzsystem für gefährdete Vogelarten wird aus Kostengründen auch nicht durchgeführt (Lachseeschwalbe PR3 DIT 109). - Die Termine für öffentliche Beteiligungsverfahren für konkrete WKA-Projekte werden nur im Internet und nicht mehr in der örtlichen Presse bekannt gemacht, im Zusammenhang mit der auf 14 Tage verkürzten Beteiligungsfrist wird die betroffene Landbevölkerung von dem von der EU vorgeschriebenen Verfahren faktisch ausgeschlossen. - Der 10-km-Schutzradius um die großen Städte Schleswig-Holsteins ist abzuschaffen, um dort Flächen für neue WKAzu schaffen. Es gibt kein Argument der Stadtbevölkerung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	diese „fortschrittliche“ Technik vorzuenthalten. - Ministerpräsident Günther hatte zur Landtagswahl 2017 der Landbevölkerung 1000m Abstand zur Wohnbebauung im Außenbereich versprochen. Gerade auch aufgrund dieses Versprechens erreichte er in den von Windkraftanlagen besonders betroffenen Landesteilen an der Westküste einen hohen Stimmenanteil. Auch dieses Versprechen wurde gebrochen. - Der Wunschtraum der regierenden Politiker von der „Akzeptanz der Windkraft - Windfrieden“ - wird durch den hohen Anteil der AFD-Stimmen in ganz Dithmarschen bei den letzten Wahlen eindeutig widerlegt. - Im Gegensatz zu den Politikern in Kiel halten unsere Kommunalpolitiker es nicht einmal mehr für notwendig auf die sog. Klimaschutzfunktion von WKA hinzuweisen. Der Bürgervorsteher der Stadt Brunsbüttel [redacted] [redacted] weist nur noch auf die Gewerbesteuereinnahmen durch die neu zu errichtenden Windkraftanlagen hin, auf die die Stadt Brunsbüttel dringend angewiesen sei. - Thema finanzielle Bürgerbeteiligung an Windparks: Windpark [redacted]/Stadt Brunsbüttel, „unerlaubtes Koppelgeschäft“. WP [redacted] Nord: Deckelung der Bürgerbeteiligung auf 500.000 € bei einem 42 Mio. € Projekt. Deswegen fordern wir: keine weitere Ausweisung von Windkraftflächen in Dithmarschen! Es reicht! Wir haben unseren Beitrag zur Energiewende geleistet!	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1625	Sehr geehrte damen und Herren, ich wünsche mir keine Politik die durch Lobbisten gesteuert wird! Und schon gar nicht im Bereich Energie.Ich finde es sehr beunruhigend, dass die Energieversorgung in privatwirtschaftlichen Händen ist, und nicht in Komunaler Hand. Warum kann nicht vom Amt ein Windpark errichtet und betrieben werden? Ich wünsche mir eine dezentrale Energieversorgung. In Schleswig-Holstein stehen mehr Windenergieanlagen als in sonst einem deutschen Bundesland, und trotzdem müssen wir hier immer noch die höchsten Strompreise bezahlen. Das ist ein Unding! Noch immer stehen viele Anlagen abgeregelt herum weil der Netzausbau und der Speicherbau nicht nicht mit dem Anlagenzubau synchron laufen. Über ein Jahrzehnt ist	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2, 7.1.3, 7.1.4, 7.2.5 und 7.2.15 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	inzwischen vergangen ohne, dass sich daran etwas geändert hat, sehr traurig. Statt dessen hat man uns Bürgern sämtliches Mitspracherecht über den Bau von Windenergieanlagen in unseren Gemeinden genommen. Aber mit unseren Steuergeldern wird weiter munter diese Branche subventioniert. Das hat nichts mit realer Wirtschaftlichkeit zu tun. Und da wundern Sie sich über Politikverdrossenheit in der Bevölkerung? Also zusammengefasst: Bitte kehren Sie um zu mehr Menschlichkeit und geben Sie den Bürgern ihr Mitspracherecht in Form von Bürgerbegehren zurück! Übernehmen Sie verantwortung, in dem Sie dafür sorgen, dass alle Windenergieanlagen in Schleswig- Holstein in komunale Hand kommmen! Senken Sie die Strompreise für alle sozial schwachen Menschen! Sorgen Sie mit unseren Steuergeldern dafür, dass Netz und Speicherkapazität ausgebaut werden! Bewahren Sie Natur- und Landschaftsschutzgebiete vor dem Bau von Windenergieanlagen! Bewahren Sie landwirtschaftliche Flächen für die Nahrungsmittelproduktion! Erinnern Sie sich bitte an Ihren Amtseid: "So wahr mir Gott helfe!" Er wird Ihnen helfen, wenn Sie seiner Liebe in Ihrem Herzen Raum geben! Ich wünsche Ihnen Mut und Kraft umzukehren, und neue Wege zu beschreiten! [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1622	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung “Windenenergie im Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein 2021- erster Entwurf 2024	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.10m 7.2.1, 7.2.12, 7.3, 7.2.9 und 4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, Aus Liebe zu unserem wunderschönen Schleswig Holstein und zum Naturpark Westensee, in dem ich lebe, beziehe ich Stellung: Es soll also der Weisheit letzter Schluss sein, unser schönes Land mit Windmühlen zuzustellen? Wo ist unser gesunder Menschenverstand geblieben, macht die Gier nach Geld blind und dumm? Wer möchte dann noch hier leben? Schon die bestehenden Windmühlen sind ein Albtraum und müssten alle rückgebaut werden, das ist keine fortschrittliche Technologie, das ist Selbstzerstörung! Allem voran belastet ihr Anblick die Psyche, ebenso der Schall und Infraschall, die giftigen Abriebpartikel belasten Böden und Grundwasser, die gesamte Anlage ist in Produktion, Aufbau, Betrieb und Entsorgung wahrscheinlich energieaufwendiger, als ihr Gewinn; die tiefe Gründung bewirkt einen Direkteintrag von Glyphosat und allen anderen landwirtschaftlichen Chemikalien in die Grundwasserleiter! Es müssten große Schutzzonen um jede Windmühle ausgewiesen werden, um dies zu verhindern. Die Vögel werden grausamst getötet und verstümmelt! Das Kleinklima wird beeinträchtigt, es besteht Havariegefahr, die Endlagerung der kaputten Anlagen ist ungelöst. Kurz, eine Windmühle ist ein sehr primitives Produkt! Wollen wir allen Ernstes unseren Kindern ein hässliches verseuchtes Land voller Windmühlen, Solarparks und Gewerbegebiete hinterlassen? Wozu war dann unser Leben überhaupt gut? Wir zerstören ihre Lebensgrundlagen in fast nur zwei Generationen, wie es von den Indianern prophezeit wurde: ....erst wenn der letzte Baum gerodet ist... werden sie merken das man Geld nicht essen kann! Mit freundlichen Grüßen, [redacted] Bitte bestätigen sie mir den Erhalt meines Schreibens bis zum 16. September 2024	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1621	**Stellungnahme zu der Potenzialfläche PR1_SLF_050 aus dem 1. Entwurf der Teilfortschreibung zum Thema "Windenergie an Land'" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (Juni 2024)** Sehr geehrte Damen und Herren, [redacted] Fläche PR1_SLF_050 in den Gemeinden Oersberg und Stoltebüll möchten wir unsere volle Unterstützung für die Ausweisung dieser Fläche als Potenzialfläche für Windenergie im Rahmen des Landesentwicklungsplans zum Ausdruck bringen. Die Nutzung der Windenergie bietet unserer Region eine wertvolle Gelegenheit, nicht nur zur nachhaltigen Energieerzeugung beizutragen, sondern auch signifikante wirtschaftliche Vorteile für die Gemeinden und ihre Bewohner zu realisieren. Die geplante Gemeindeabgabe in Höhe von 0,2 ct/kWh würde substanzielle zusätzliche Einnahmen für die Gemeinden generieren, die für wichtige lokale Projekte eingesetzt werden könnten. Dies könnte die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen, Bildungseinrichtungen oder sozialen Programmen in einer strukturschwachen Region ermöglichen und somit die Lebensqualität vor Ort erheblich steigern, Darüber hinaus sichern die garantierten Pachtzahlungen aus den Windkraftanlagen den Fortbestand mehrerer Familienbetriebe in der Region. Zusätzlichen Einnahmen sind für viele landwirtschaftliche Betriebe und andere lokale Unternehmen von entscheidender Bedeutung, um wirtschaftlich stabil zu bleiben und langfristig erfolgreich zu wirtschaften. Für uns als Flächeneigentümer bedeutet dies eine zuverlässige Einkommensquelle, die uns hilft, unsere Betriebe zukunftssicher zu machen und in unsere Heimatregion zu investieren. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Möglichkeit, mit den Einnahmen aus der Windenergie den Erhalt des historischen Gebäudebestands Gut Geltings sicherzustellen. Die Gutsverwaltung Gelting, die sieben denkmalgeschützte Gebäude — darunter das Schloss Gelting — und ebenso den denkmalgeschützten Schlosspark verwaltet, würde durch die Einnahmen aus den Windkraftanlagen in die Lage versetzt, notwendige Restaurations-, Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchzuführen. Diese Maßnahmen sind unerlässlich, um den langfristigen Erhalt der historischen Bausubstanz und die Pflege der Kulturlandschaft sicherzustellen. Ohne diese zusätzlichen finanziellen Mittel droht der schleichende Verfall der Denkmäler, was letztlich eine viel größere Beeinträchtigung für das Landschaftsbild und das kulturelle	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erbe darstellen würde als die Errichtung von Windkraftanlagen. Auch für die Anwohner in der näheren Umgebung der geplanten Windkraftanlagen ergeben sich Vorteile. Durch die Beteiligung an der Wertschöpfung können lokale Unternehmen, wie Bauunternehmen, Handwerksbetriebe und Dienstleister, wirtschaftlich profitieren. Dies schafft Arbeitsplätze vor Ort und stärkt die regionale Wirtschaft insgesamt. Zusammenfassend möchten wir betonen, dass die Ausweisung der Fläche PR1_SLF_050 als Potenzialfläche für Windkraft einen umfassenden positiven Einfluss auf unsere Region haben wird. Neben der Förderung einer nachhaltigen Energieerzeugung trägt sie wesentlich zur wirtschaftlichen Stabilität und Entwicklung der Gemeinden und Familienbetriebe bei. Wir bitten Sie daher, diese Fläche in den Landesentwicklungsplan aufzunehmen und die vielfältigen Vorteile, die sich daraus für die Region ergeben, in Ihre Entscheidung einfließen zu lassen. Bitte teilen Sie uns das Ergebnis der Abwägung mit. Mit besten Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2732	Stellungnahme Wir verstehen, dass sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt hat, für die Nutzung der Windenergie weitere Flächen auszuweisen. Jedoch empfinden wir die zusätzlichen Eingriffe in Schutzbelange und die Änderungen des Kriterienkatalogs als besorgniserregend. Wir sind der Meinung, dass die beschriebene Fläche zwischen Karlshof, Langenhagen, Neutestorf und Testorf und aus den Windenergie-Potenzialflächen gestrichen und von der Windenergienutzung ausgeschossen werden muss! Landschaftsschutzgebiet Karlshof liegt im Kreis Ostholstein in der Holsteinischen Schweiz, in einem Landschaftsschutzgebiet ein Areal mit besonderer Natur; in einem Erholungsgebiet mit	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	hohem Stellungswert. Urlauber kommen zu uns um die Natur zu geniessen. Diese Natur ist wunderschön, besonders und einzigartig und mit ihrer Artenvielfalt absolut schützenswert. Landschaftsschutzgebiete: Bungsberg mit Vorland LSG Nr. 27; Das Landschaftsschutzgebiet nach § 26 Bundesnaturschutzgesetz ist ein Umsetzungsinstrument, das für eine großräumige Sicherung von Natur und Landschaft besonders geeignet ist. Die Gebiete werden durch die Kreise und kreisfreien Städte durch Verordnung ausgewiesen. (...) (Quelle: Internetseite Kreis OH ; Kartenportal Kreis OH) (Quelle: Schl.-H. Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung - Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum III, Erläuterungen) Der Naturpark Holsteinische Schweiz liegt im östlichen Schleswig-Holstein, unter anderem in der Urlaubsregion Holsteinische Schweiz. Er ist der größte der insgesamt sechs Naturparke in Schleswig- Holstein. Der Naturpark umfaßt im Westen weiträumig den Grüßen Plöner See und im Osten das Bungsbergqebiet. ^ter Naturpark gehört erdgeschichtlich zum ostholsteinischen Hügelland. Der Bungsberg, ein Nunatak, ist mit seinen 168m eine Besonderheit. (Nunatak :Begriff ist aus der Inuit-Sprache abgeleitet, bedeutet so viel wie „Einsamer Berg") Vom Aussichtsturm des Bungsbergs hat man nicht nur eine herrliche Aussicht über den Naturpark, sondern auch bis zur Hohwachter Bucht, nach Fehmarn und zur nahe gelegenen Lübecker Bucht. (Quelle: Wikipoedia, Auszug aus dem Jahrbuch für Heimatkunde, Naturpark Holsteinische Schweiz) Die Schutzintensität eines Landschaftsschutzgebietes liegt schwerpunktmäßig auf der Bewahrung des Landschaftsbildes und der Sicherstellung der Erholungsfunktion.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es können aber auch Maßnahmen zur Erhaltung, Wiederherstellung oder Entwicklung des Naturhaushaltes durch die Naturschutzbehörden verordnet werden. So können Landschaftsschutzgebiete im Zusammenhang mit dem Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem wichtige Funktionen wahrnehmen. Darüber hinaus können sie je nach Erfordernis auf der Grundlage der landschaftlichen Situation folgende Funktionen und Aufgaben erfüllen ■ historische und Traditionelle Kulturlandschaften erhalten, ■ Charakteristische Ausschnitte von Kulturlandschaften und besondere geologische und geomorphologische Landschaftsformen sichern, ■ Landschaften oder Landschaftsteile mit besonderer Eigenart und Strukturvielfalt bewahren, ■ Räume, die eine Gliederungsfunktion zwischen Siedlungsbereichen übernehmen sowie innerstädtische oder stadtnahe Freiflächen, die das Orts- und Landschaftsbild prägen, sichern und entwickeln. (Quelle:Auszug Kreis Ostholstein, www.kreis-oh.de) Wir bitten Sie um die Bewahrung des Landschaftsbildes und der Kulturlandschaft und um die Sicherstellung der Erholfunktion.!! Wir bitten Sie, die Flächen zwischen Karlshof und Neutestorf aus den Potenzialflächen zu streichen!! Seltene Vogelarten Die Region in der Karlshof liegt, ist eine Region, in der viele Vogelarten verkommen. Aus der Vergangenheit haben wir gelernt, wie wichtig der Artenschutz ist und dass viele Tiere unwiederbringlich durch menschliche (Bau-) Maßnahmen stark dezimiert und schließlich ausgerottet werden. In unserer Umgebung (und auf den uns umzingelden ausgewiesen Potenzialflächen) gibt es eine besondere Artenvielfalt und ein erhöhtes Vorkommen schützenswerter	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vogelarten. Es wurden Potentialflächen in einer Gegend ausgewiesen, in der u.a. auch kollisionsgefährdete Brutvogelarten mit besonderer Planungrelevanz (Falke, Adler, Milan, Uhu, Weihe) verkommen. (Quelle: Standardisierter Bewertungsrahmen zur Ermittlung einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos im Hinblick auf Brutvogelarten an Windenergieanlagen (WEA) an Land - Signifikanzrahmen) Umweltministerkonferenz am 11. Dezember 2019/2020 Tabelle 1 : Liste kollisionsgefährdeter Brutvogelarten mit besonderer Planungsrelevanz. U.a. sind alle heimischen europäischen Vogelarten besonders geschützte Arten, einige Vogelarten sind darüber hinaus auch streng geschützte Arten. Viele Vogelarten, auch die der Bodenbrüter, verschwinden, da dort wo gemäht wird, die Brut zerstört wird. Insektizide und Herbizide werden durch die Nahrung aufgenommen oder verfüttert, oft werden auch die Nester direkt mit Gift bespritzt. Wenn nun auch noch die Moore als Lebensraum verschwinden und Feuchtwiesen gestört oder zerstört werden, wird weiterer Lebensraum für viele Arten verschwinden. Es werden Vögel des Jahres gewählt, um darauf aufmerksam zu machen, dass Wiesen, Felder, Moore, Brachland, Streuwiesen und Knicks zu erhalten und zu schützen sind , weil sie notwendige Flächen zum Erhalt vieler Vogelarten sind. Um Störwirkungen auf Brutplätze auszuschließen, sind Schutzbereiche um Brutplätze und Brutkolonien einzuhalten, die von Windenergieanlagen freigehalten werden sollten. Als weitere Schutzmaßnahmen sollten wichtige Nahrungsflächen und dorthin führende Flugrouten in einem artspezifisch festgeiegten Umkreis freigehalten werden. Die Wiesenflächen zwischen Testorferfelde und Mönchneversdorf sind für viele Vögel ein Bruthabitat und eine wichtige Nahrungsquelle. Das Vorkommen geschützter Vogelarten auf den Flächen zwischen Karlshof und Neutestorf kann nicht durch das zeitliche Abstellen der Anlagen hergeführt werden, sondern nur dadurch, dass in diesen Flächen keine Anlagen gebaut werden!!	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Ausbau der Windkraft sollte naturverträglich erfolgen! Wir befürchten, das das Tötungsrisiko der hier vorkommenden Arten erhöht wird. Viele Studien beweisen, dass Vogelschlag an WKA für manche Arten nicht nur lebens- sondern auch bestandsgefährdend ist. Wir denken, dass es durch die neue Flächenplanung einen Konflikt zwischen Artenschutz und Windenergie gibt. Die Auswahl der Potenzialflächen zwischen Neutestorf, Testorf und Karlshof muss überdacht werden! Wir möchten auf bedeutende Wanderwege der Vögel und traditionelle Flugwege und bedeutende Vorkommen hinweisen! Schleswig-Holstein hat aufgrund seiner geographischen Lage zwischen Nord- und Mitteleuropa einerseits und zwischen Ostsee und Nordsee andererseits eine Schlüsselstellung im Mitteleuropäischen Vogelzug. (Dipl. Biol. [redacted], Nov.2002 Der Vogelzug über Schl.-H., Gutachten im Auftrag des Landesamtes für Natur und Umwelt Schl.-H.) Unweit der ausgewiesenen Flächen befinden sich Seeadlerbrutplätze, Rotmilanhorste und Kranichplätze. Seeadler, Milan, Falke und Kranich und viele weitere Vogelarten müssen geschützt werden. Der Seeadler zieht hier regelmäßig seine Kreise, er ist u.a. zwischen Karlshof, Neutesorf und Testorf zu sehen. Nach Mäusebussard und Rotmilan ist der Seeadler die dritthäufigste an WEA verunglückte Greifvogelart! (Quelle: Faunistisches Fachguachtel Vögel und Fledermäuse- Dipl.Biol. N. [redacted]) Jede Tötung von Exemplaren besonders geschützter Arten ist verboten (§ 44 Abs.1	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nummer 1 BNatSchG) ^id es ist auch verboten, Fortpflanzungs- und Ruhestätten (Lebensstätten) zu beschädigen oder zu zerstören! Der Milan ist hier regelmäßig zu beobachten, seine Brutplätze befinden sich unweit von Karlshof. Wir sehen und beobachten den Rotmilan regelmäßig. An manchen Tagen können wir einen „Trupp" von Tieren sehen. Der Rotmilan ist die Vogelart, die am häufigsten als Kollisionsopfer unter Windenergieanlagen gefunden wurde. Das ist besonders beunruhigend, weil Deutschland etwa die Hälfte des Weltbestandes des Rotmilans beherbergt (60%) und damit eine besondere Verantwortung für die Erhaltung und den Schutz dieser Art hat. (Quelle: Faunistisches Fachguachtel Vögel und Fledermäuse- Dipl.Biol. N. [redacted]) Durch hohe Schlagopferzahlen und landesweit sinkende Bestandszahlen hat der Ausbau von Windkraft auch eine zunehmende Relevanz für den Bussard. (Quelle: Faunistisches Fachguachtel Vögel und Fledermäuse- Dipl.Biol. N. [redacted]) Der zwar nicht als schützenswerte Art in den Listen zu finden ist, hier aber vermehrt zu sehen ist. qem.§33 Abs.1 Bundesnaturschutzqesetz sind alle Veränderungen und Störungen,die zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Natura 2000 Gebietes in seinen Erhaltungszielen oder Schutzwerk maßgeblichen Bestandteilen führen können, unzulässig. »Natura 2000: EU- weites Netz von Schutzgebieten zur Erhaltung gefährdeter oder typischer Lebensräume und Arten. Es setzt sich zusammen aus den Schutzgebieten der Vogelschutz-Richtlinie (Richtlinie 2009/147/EG) und den Schutzgebieten der Fauna-Flora-Habitat (FEH) Richtlinie (Richtlinie 92/43/ EWG). Schon oft gab es (nachweislich) gezielte Serien von Tötungen von Vögeln,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Greifvogelverfolgung findet tatsächlich immer wieder statt, umso mehr sollten wir uns alle (mehr) für geschützte Brutplätze einsetzen! Da die Kornweihe im Flugverhalten Ähnlichkeit mit dem Falken hat wenn sie schnell flattert, können wir nicht genau sagen, ob wir an manchen Tagen nicht eine Weihe sehen, wir können es nicht ausschliessen. Es könnte hier einen Konflikt geben zwischen Artenschutz und Flächenplanung. Wir sehen oft Kraniche sind zwischen Neutestorf und Mönchneversdorf. Der Kranich ist besonders auf wasserreiche Feuchtgebiete angewiesen, denn nur dort findet eine Kranichfamilie Schutz vor Feinden und reichlich Nahrung. Fledermäuse Und auch wenn die Fledermäuse aus dem Kriterienkatalog gestrichen wurden, weil ihr Vorkommen vielleicht lästig war, so gibt es sie hier doch und es sind nicht wenige! Fledermausquartiere sind in Meischenstorf und in Mönchneversdorf. In Deutschland leben 24 heimische Arten von Fledermäusen. All diese Fledermäuse stehen unter Naturschutz bzw. Artenschutz. (Quelle: bussqeldkataloq.org.- Fortpflanzungs- oder Ruhestätte einer Fledermaus) Fledermäuse sind für das Ökosystem wichtig, weil sie helfen, Schädlinge zu reduzieren. Zahlreiche Fledermausarten benötigen auf ihren Hunderte Kilometerweiten Wanderungen zwischen Sommer- und Winterquartier sichere Rast- und Nahrungsplätze. Jährlich sterben von zu 200.000 Tiere durch die Windanlagen. (Quelle: ardalpha. de / Gefahr für Fledermäuse) Windkraftanlagen sind Todesfällen. Bei fliegendem Getier führen sie zum Massensterben! Fledermäuse und Vögel, die in diese Anlagen geraten, überleben das nicht. Dass ihnen jährlich über hunderttausend zum Opfer fallen, ist gesichertes Wissen! Fledermäuse können in der Nähe von Windrädern selbst dann sterben, wenn sie von den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rotorblättern gar nicht getroffen werden! Ein europaweites Abkommen zur Erhaltung der heimischen Fledermauspopulationen (Agreement on the Conservation of Populations of European Bats), besteht schon seit über SOJahren.ü (seit 1991) EUROBATS hat den Fledermausschutz stetig vorangebracht. Mittlerweile haben sich 37 Staaten dazu verpflichtet, die 51 in Europa heimischen Arten zu schützen. (UNEP/EUROBATS - Sekretariat des Abkommens zur Erhaltung der europäischen Fledermauspopulation) Innerhalb der Europäischen Union ist das entscheidende Schutzinstrument für Fledermäuse die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH), die in ihrem Anhang IV alle Arten der Fledermäuse als "streng zu schützende Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse" aufführt. In Deutschland ist es durch das Bundesnaturschutzgesetz grundsätzlich verboten, die Tiere zu töten, zu stören oder auch ihre Quartiere zu zerstören. In unserer Umgebung (und auf den uns umzingelden ausgewiesen Potenzialflächen) gibt es eine nachweislich besondere Artenvielfalt und Vorkommen verschiedenster geschützter Arten. Die Holsteinische Schweiz und das Bungsberggebiet sind u.a. auch Schwerpunktbereich der Rotbauchunken- und Laubfrosch Verbreitung. So hat zB die Schrobach Stiftung nahe Testorf eine Baumaßnahme durchgeführt, um eine mehrere Hektar große Niedermoorsenke wiederzuvernässen, um einen naturnahen Wasserhaushalt wiederherzustellen. Es entsteht ein Lebensraum für an feuchte Bedingungen angepasste Tier- und Pflanzenarten. Der Wirkungsbereich der Schrobach-Stiftung erstreckt sich auf das Bundesland	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schleswig-Holstein. Mit derzeit 3000 Hektar gesicherter Fläche ist sie die größte private Naturschutz-Stiftung im Land. Diese Maßnahme dient der Biotoppflege. Das Ziel von Biotoppflege besteht in der Erhaltung von Lebensräumen und dem Schutz der darin ^jrkommenden Tier- und Pflanzenarten. (Quelle: Standardisierter Bewertungsrahmen zur Ermittlung einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos im Hinblick auf Brutvogelarten an Windenergieanlagen (WEA) an Land - Signifikanzrahmen) Umweltministerkonferenz am 11. Dezember 2019/2020 Tabelle 1 :Liste kollisionsgefährdeter Brutvogelarten mit besonderer Planungsrelevanz. (Quelle: schrobach-stiftung.de) Landschaft, Kultur und sonstige Sachgüter Karlshof liegt im Kernbereich eines charakteristischen Landschaftsraumes mit zahlreichen Kulturdenkmälern; diese Gegend hier und um den Bungsberg gilt als Natur- und Kulturlandschaft. Die eingetragenen Potenzialflächen liegen an landschaftlich exponierten Stellen, da sie sehr hoch liegen. Bei einer Anlagehöhe von 180m wäre schon eine Gesamthöhe von über 300m üNN gegeben! Bei einer Anlage von 250m schon eine Gesamthöhe von über 370m üNN gegeben! Die Anlagen würden selbst den Gipfel des Bungbergs - die höchste Erhebung in SH (167,4m ÜNN) ^im bis zu ca. 150m oder mehr überragen, und damit das Landschaftsbild extrem weiträumig beeinträchtigen!! Dies würde eine erhebliche, langfristige, wesensfremde und großflächige Beeinträchtigung des charakteristischen Landschaftsbildes und der Erholunqseiqnunq der Landschaft bedeuten. Das charakteristische Landschaftsbild würde mutwillig zerstört werden!	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Bungsberg ist die eiszeitlich entstandene höchste Erhebung Schleswig-Holsteins. Aufgrund seiner Höhe von 167 Metern wurde er von der letzten Eiszeit umflossen und daher nicht durch Gletscher abgetragen und überformt wie die umgebenden Flächen (Vorland). Diese sind geprägt durch besonders markante Moränenlandschaften, ein Merkmal der landschaftlichen Charakteristik. Die ringförmig umschließenden Moränenwälle beinhalten in alle Himmelsrichtungen abfließende Bäche, die teilweise in tief eingeschnittenen Kerbtälern verlaufen. >> Endmoränenlandschaft mit landschaftlich markanten Höhen mit höchster Erhebung Schleswig-Holsteins (Bungsberg mit 167,4m ü NN, Nunatak) sowie tief eingeschnittene Bachschluchten. (Bungsberg-Gebiet) (Quelle: Katalog der Merkmale der landschaftlichen Charakteristik, Anhang 9.5.,Komponente Relief/Morphologie Hier ist eine Natur- und Kulturlandschaft von besonderer Vielfalt, Eigenart und Schönheit entstanden. Wir wohnen in einer Region mit charakteristischem Landschaftsbild, in der wir auch zahlreiche Kulturdenkmäler und und sonstige Sachgüter finden. Landschaftsbild und Kulturdenkmäler sind Schutzqüter, die bei Planungen von Vorrangflächen und im Genehmigungsverfahren als öffentlicher Belang zu berücksichtigen sind. Kulturdenkmäler und Schutzgüter Christuskirche Hansühn (Liste der Denkmäler OH Nr. 3073,21230-21233, 29301) Die evangelische Kirche wurde ursprünglich im 3. Jahrhundert erbaut. Im Jahre 1896 wurde die Kirche durch eine neuromanisch-neugotische Kirche ersetzt. Die Christuskirche mit Ausstattung, Pastorat, Kirchhof, Lindenkranz, Feldsteinwall, Kirchhofspforte und historische Grabmale sind eingetragene Kulturdenkmäler. Für die Hansühner Christuskirche sollte ein Abstandsradius von 5km eingehalten werden, da es sich hier um eingetragenes und weit sichtbares Kulturdenkmal handelt!	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bei diesem denkmalgeschützten Bauwerk möchten wir deutlich auf die besonders exponierte Lage hinweisen und auf seine Funktion als weithin sichtbare Landmarke! Diese würde durch die geplanten wesentlich höheren Windmühlen bedeutungslos werden. Das Gut Testorf (Liste der Denkmäler OH Nr. 1006,1333,1334,1358,973,975,976,978,979, und 27422 Das Gut Testorf mit Parkanlage und Barockgarten und Inspektorenhaus. Die Gutsanlage mit Herrenhaus, Torhaus und Nebengebäuden ist ein typisches Beispiel der Gutsarchitektur Schleswig- Holsteins des 18. Jahrhunderts. Das Inspektorenhaus, Testorf ^s Gut Meischenstorf (Liste der Denkmäler OH Nr. 12323, 12324,29192-29199) Herrenhaus, Gutspark, Holzbrücken östlich und westlich, Gartentor, Teich mit Insel, Lindenrondell, ehern. Nutzgartenund Burggrabenrest sind eingetragenen Kulturdenkmäler Ergänzung aus dem Katalog der Merkmale der landschaftlichen Charakterisitik: >> hohe Alleendichte besonders in den Naturräumen Holsteinische Schweiz, Bungsberggebiet, (Quelle: Katalog der Merkmale der landschaftlichen Charakteristik, Anhang 9.5.; Komponente Relief /Morphologie) » Bachschluchten der Bungsbergregion (Quelle: Katalog der Merkmale der landschaftlichen Charakteristik, Anhang 9.5.; Komponente Gewässer) » Bungsberggebiet: ges. Naturraum ist Schwerpunkt der Rotmilan- und SeeadlerVerbreitung (Quelle: Katalog der Merkmale der landschaftlichen Charakteristik, Anhang 9.5.; Komponente Vegetation, Ausprägung)	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	» Holst. Schweiz und Bungsberggebiet als Schwerpunkt-bereich der Rotbauchunken- und LaubfroschVerbreitung, (Quelle: Katalog der Merkmale der landschaftlichen Charakteristik, Anhang 9.5.; Komponente Gewässer) (Quelle: Katalog der Merkmale der landschaftlichen Charakteristik, (Quelle: Schl.-H. Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung - Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum III) Hügelgräber in unmittelbarer Umgebung der benannten Abwägungsflächen für Windenergie der Gemeinde Wangels befinden sich zahlreiche Bodendenkmäler. Um diese Bodendenkmäler müssen nach dem Schutzradien eingehalten werden! Großsteinqrab Hansühn I, südlich von Hansühn GooqleEarth: 54° 14' 56,66" N. 10° 44' 51,04" O Großsteinqrab Hansühn II, nördlich von Hansühn GooqleEarth: 54° 15' 39,76" N. 10° 45' 38,11" O Großsteinqrab Neu-Testorf I 0ooqleEarth: 54° 141 46,50" N. 10° 44' 53,78" O Großsteinqrab Neu-Testorf II, südlich von Hansühn, GooqleEarth: 54° 14' 43,41" N, 10° 44' 53,54" O und weitere (Quelle: steinzeuqen.de) Wir alle brauchen die Natur zur Erholung. Sie ist unsere Ressource. Sie darf nicht mutwillig zerstört werden. Sie muss geschützt und erhalten werden! Kimaschutz geht nicht ohne Naturschutz.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Naturschutz geht nicht ohne Artenschutz. Artenschutz geht nicht ohne Lebensräume! Nur intakte Ökosysteme versorgen uns nachhaltig mit natürlichen Ressourcen. Nur gesunde Böden und die Vielfalt der Tiere, die die Pflanzen bestäuben können, sichert uns die Nahrung. Ohne Naturschutz gibt es keinen Klimaschutz und wer Klimaschutz ohne Naturschutz durchführen will ist scheinheilig. Wir verstehen, dass sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt hat, für die Nutzung der Windenergie weitere Flächen auszuweisen, aber bitte nicht um jeden Preis! Die Natur wächst nicht nach. Die ausgewiesenen Potenzialflächen in unserem Gebiet zeigen keine naturverträgliche Standortwahl, die Rücksicht nimmt auf Arten und ihre Lebenssräume. Der Bereich zwischen Neutestorf und Karlshof muss aus der Planung gestrichen werden! Wir sind alle für Klimaschutz, der notwendige weitere Ausbau der Windenergie in Deutschland sollte jedoch nicht durch eine Aufweichung des Artenschutzrechts erreicht werden. Wir sind nicht gegen Windenergie. Wir sind aber gegen Windenergie um jeden Preis. Es gibt ein Renaturierungsgesetz, dieses verpflichtet alle EU-Mitgliedsstaaten, den Bestand von Bestäubern, natürlichen Ressourcen, sauberer Luft und sauberem Wasser zu sichern. Unsere Region hat bereits einen ausreichenden Beitrag zur Energiewende erbracht und sollte als Ausschlussfläche für WKA nicht weiter belastet werden, damit sie erhalten bleibt!!	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wir hoffen sehr, dass unsere Region nicht weiter zerstört wird. Wir bitten Sie um Ihren Einsatz für Arten und Naturschutz. Wir fürchten nicht nur die optische Zerstörung dieser wunderbaren Naturlandschaft mit ihren Wäldern. Wir fürchten Geräuschimmision, Schallimmision, optische Einschränkung und Schattenschlag. Abstandsflächen Erst ein Abstand von mind. 2000m bietet eine größere (aber nicht absolute) Sicherheit vor emissionsbedingten Gesundheitsschäden. Zu geringe Abstandsflächen der Windkraftanlagen zu Wohnhäusern wirken sich negativ auf Gesundheit und Lebensqualität aus! Durch Windkraftanlagen kommt es zu: - Lärmbelastung durch Rotorflügel-, Antriebs und Windgeräusche - Schlagschattenbildungen, - gesundheitlichen Störungen und Gesundheitsschäden durch Infraschall. In Studien von Umweltmedizinern wurden Lebensbedingungen in der Nachbarschaft von Windanlagen untersucht. Gesundheitliche Störungen sind: Schlafstörung, Anspannung, Konzentrationsmangel und Kopfschmerzen, Tinnitus, Schwindelgefühl und Übelkeit, unscharfes Sehen, schneller Herzschlag, Reizbarkeit, Angstzustände, innere Unruhe und Aggressivität. Die Turbinen erzeugen Schwingungen unterhalb der Hörbarkeitsgrenze, die das artgerechte Verhalten der Tiere schwer beeinträchtigen können und auch die Gesundheit von Menschen belasten können. In der Neurologie versteht man unter WTS nachweisbare neurologisch-physiologische Symptome, die von Infraschall und niederfrequentem Schall der Windkraft-Anlagen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	verursacht werden. Viele Studien belegen eindeutig, dass Ängste und Sorgen der Bürger berechtigt sind! In anderen Bundesländern und Ländern gelten bereits größere Abstände, um die Gesundheit der Anwohner zu schützen. 10H Schon oft haben Bürgerinitiativen eine Vorsorgepflicht bei der Ausweisung der Flächen für den Ausbau von WKA gefordert und eine Abstandsflächenregelung von 10H (zehnfache Gesamthöhe der WKA)als ^j^artes Ausschusskriterium gefordert. 3H/5H Da durch die Abstandsflächenregelung, die nutzbare Fläche zu sehr eingeschränkt wird, wurde nun sogar die Abstandsflächenregelung 3H/ 5H der (fünffache Gesamthöhe der Anlage als Abstand zu Wohngebäuden im Innenbereich und zu Wohngebäuden im Außenbereich die dreifache Gesamthöhe) gestrichen !! Das finden wir besorgniserregend. aber: Da durch den Wegfall des 3H/5H Kriteriums die ausgewiesenen Flächen besser bebaut werden können, wird die Flächeneffizienz erhöht. Jedoch: Wenn die Fächeneffizienz erhöht wird, kann und sollte die Flächenauswahl auf konfliktarme Standorte begrenzt werden!! Wieso werden Flächen mit charakteristischem Landschaftsbild, Seeadler und Milanvorkommen, Flächen mit Moor und Wald ausgewiesen ??? Die Natur ist unsere Ressource und es müssen unberührte Bereiche erhalten bleiben!	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es muss einen Schutzbereich geben um den Wald und um das Moor! Die ausgewiesenen Flächen rund um Karlshof gehören nicht in die Potenzialfläche für Windenergie!! Sie müssen aus der Planung gestrichen werden! Es muss Rücksicht auf die Gesundheit der Menschen, auf die Tiere und die Pflanzen und die Biologische Vielfalt, die Kulturgüter und die Sachgüter Rücksicht genommen werden!!! Die Flächenauswahl sollte auf konfliktarme Standorte begrenzt werden!! Klimaschutz funktioniert nicht ohne Naturschutz und Artenschutz !! Der Bau von Windkraftanlagen ist eine Belastung für die Umwelt!! Das wissen wir alle! Die Auswirkungen auf die Umwelt und die Menschen, auf die Tiere und die Pflanzen und auf unsere Landschaft sind für die Zukunft nicht zu überblicken. Auf unabsehbare Zeit müssen die Bürger / Anwohner - und auch die nachfolgenden Generationen - mit |fen Auswirkungen politischer Entscheidungen zur Windkraft leben. Bitte nehmen Sie wahr, dass die Akzeptanz der Bürger schwindet, nehmen Sie Rücksicht, auf die Bürger, die Natur, auf unseren Lebensraum und den Landschaftsschutz. Wir bitten Sie aus Sorge um unsere Gesundheit, um unsere Wohn- und Lebensqualität, um den Natur und Artenschutz und um unser Landschaftsbild unsere vorgebrachten Argumente zu überprüfen und zu berücksichtigen. Wir hoffen sehr, dass unsere Stellungnahme einen Beitrag dazu leisten kann, dass die Planung der Potenzialflächen überdacht wird. [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1620	Stellungnahme zu der Windenergie-Vorrangfläche PR1 SLF 083 östlich von Hürup, westlich von Ausacker gelegen Viele Bürger, die in der Umgebung der geplanten Potentialfläche wohnen, sind extrem besorgt und entsetzt darüber, dass diese Fläche wieder in der Flächenplanung auftaucht. Diese Fläche war aus der Planung entfernt worden, nachdem 2016 aufgrund massiven Protests aus der Bevölkerung ein Fachgutachten zur Eignung der Fläche erstellt worden war und in den Gemeinden Hürup und Ausacker Abstimmungen stattgefunden hatten. Die Abstimmungen hatten gezeigt, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung sich gegen den Bau von Windkraftanlagen in so geringem Abstand zu den Wohngebieten aussprach. Das Amt Hürup hat aktuell erneut ein Gutachten erstellen lassen und dieses bereits an die Planungsbehörde geleitet. Eine Bürgerinitiative hat wiederum – wie bereits 2016 – eine Bürgerbefragung initiiert mit einem erneut sehr aussagekräftigen Ergebnis: über 800 Bürgerinnen und Bürger haben mit ihrer Unterschrift bestätigt, dass sie 200 m hohe Windkraftanlagen auf der oben genannten Fläche als Zerstörung der Lebensqualität in ihrer Wohnumgebung wahrnehmen und daher ablehnen. Die gescannten Unterschriftenlisten wurden der Planungsbehörde im Nachgang zur Stellungnahme des Amtes zugesandt. Ich fordere Sie als verantwortliche Planungsbehörde auf, die Fläche PR1 SLF 083 aus der Planung der Vorrangflächen zu entfernen. Der Schutz der Bevölkerung, wie auch die Wahrung des sozialen Friedens in unseren Gemeinden, sollte mehr Gewicht haben als der allzu sehr forcierte Ausbau der Windenergie. Insbesondere die folgenden, wichtigsten Bedenken mache ich geltend. Die Aufzählung ist nur exemplarisch, keinesfalls erschöpfend: 1. Die Abstände zur Wohnbebauung sind zu klein, vor allem zu Wohngebäuden im sog. Außenbereich der Ortschaften. Die ständig wachsende Größe der Windkraftanlagen darf nicht unterschlagen werden, sondern muss ins Verhältnis zum Abstand gesetzt werden. Außerdem stellt es eine Mißachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes dar, im Außenbereich den Abstand von Windenergieflächen zu Wohnhäusern zu halbieren. 2. Für mich sind die möglichen gesundheitsschädigenden Auswirkungen von Windrädern eine Tatsache. Ich habe das am eigenen Leib erfahren und kenne mehrere Menschen persönlich, die in die hiesige Umgebung gezogen sind, um der Belastung durch sogenannte Windparks zu entkommen. Für die bereits	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	belasteten und geschädigten Menschen ist es unerträglich, was die Regierung mit der Planung zum Ausbau der Windenergie beabsichtigt. Ich vermisse außerdem eine unabhängige Forschung zu den Auswirkungen von hörbarem und nicht hörbarem Schall auf den Menschen. Mit der Festsetzung von Immissionswerten in Dezibel ist es nicht getan, denn die Menschen sind keine geeichten technischen Meßgeräte, die alle gleich reagieren, sondern individuell wahrnehmende Personen. 3. Der Schutz der Umwelt und der Natur wird aus meiner Sicht im laufenden Planungsverfahren immer mehr zum Lippenbekenntnis. Die Lebensräume der Bewohner des Luftraums werden – nicht nur für bedrohte Arten – immer weiter eingeschränkt bis sie irgendwann gar nicht mehr existieren werden, wenn das ganze Land mit Windrädern überzogen sein wird. 4. Im Planungsverfahren wird die Gefahr von Havarien, z.B. Bränden der Windkraftanlagen überhaupt nicht behandelt. Es fehlt jegliche Beurteilung des möglichen Ausmaßes der Schäden und wer dafür aufkommt. Die fragliche Fläche PR1 SLF 083 liegt diesbezüglich äußerst ungünstig in Richtung der überwiegend vorherrschenden Westwinde (für Ausacker) und Ostwinde (für Hürup). 5. Die Absicht der Regierung, mit einer gigantischen Überproduktion von Windstrom in Schleswig-Holstein die anderen Länder zu versorgen, halte ich für äußerst fragwürdig. Es sieht nicht so aus, dass der erforderliche Netzausbau bis 2030 auch nur annähernd realisiert werden kann. Meiner Meinung nach sollte zuerst das Netz ausgebaut werden, bevor noch mehr Windräder aufgestellt werden.Gefährdung der Gesundheit, Gefährdung der Lebensqualität, Störung oder Zerstörung der Lebensumwelt durch Industrialisierung, Teilenteignung durch Wertverlust von Immobilien – das und mehr widerspricht grundgesetzlich verbrieften Rechten, denen nicht zuletzt auch Sie als Ausführende dieses Planungsverfahrens verpflichtet sind. Daran möchte ich Sie mit dieser Stellungnahme erinnern. Falls Ihnen die nicht erschöpfende Behandlung der Thematik nicht ausreichen sollte, bin ich gerne zu einer weiteren Kommunikation bereit. Über eine Eingangsbestätigung meiner E-Mail, sowie eine Rückmeldung von Ihnen bzgl. der Bearbeitung meiner Stellungnahme würde ich mich freuen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Institution: Kreis Stormarn, FD 52 Planung und Verkehr ID: 1531	**Stellungnahme des Kreises Stormarn zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (LEP) zum Thema „Windenergie an Land“– Erster LEP-Entwurf Juni 2024** Um die vom Bund vorgegebenen Flächenziele für die Windenergienutzung zu erreichen, muss das Land Schleswig-Holstein seine Flächen für Windenergie von zwei Prozent auf drei Prozent seiner Landesfläche ausweiten und die Leistung aus Windenergie bis 2030 auf 15 Gigawatt erhöhen. Bevor in den Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land die Vorranggebiete ausgewiesen werden können, werden mit den Änderungen des Landesentwicklungsplans die Rahmenbedingungen und Kriterien für die Ausweisung der Vorranggebiete in Form von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung festgelegt. Die Vorranggebiete selbst werden erst in den Teilaufstellungen der Regionalpläne Windenergie an Land in anschließenden eigenständigen Verfahren ausgewiesen. Der Kreis Stormarn bedankt sich für die Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme. Aufgrund der terminlichen Lage des Beteiligungszeitraumes in den Sommermonaten war die gesetzlich vorgesehene Behandlung der Kreisstellungnahme durch den Stormarner Kreistag (gem. § 23 Satz 1 Nr. 4 KrO) vor Einreichung nicht möglich. Diese wird Ende September 2024 nachgeholt. Es wird gebeten, bei zukünftigen Beteiligungsverfahren zu Raumordnungsplänen einen geeigneteren Zeitraum zu finden, insbesondere vor dem Hintergrund der im letzten Jahr verkürzten Beteiligungsfristen. Ggf. könnte auch geprüft werden, ob die Kreisordnung mit Hinblick auf die gekürzten Beteiligungsfristen geändert werden sollte. **<u>Stellungnahme Kreisplanung</u>**: Der Kreis Stormarn begrüßt die Pläne für den Ausbau der Windenergie an Land in Schleswig-Holstein als einen wichtigen Schritt für den Klimaschutz und die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Positiv zu bewerten ist, dass die ehemaligen Vorranggebiete (inklusive Repowering) der Regionalpläne 2020 und bereits bestehende Windenergieanlagen (WEA), nach Prüfung, bevorzugt als Vorranggebiete in die neuen Pläne übernommen werden sollen. Eine entsprechende Netzanbindung ist hier bereits teilweise vorhanden oder in Planung und	Beim Verständnis der Begründung zu Ziffer 4.5.1.1 Abs. 1 liegt ein Missverständnis vor. Es ist nicht beabsichtigt, den 800 m-Abstand im Einzelfall zu unterschreiten, wenn es immissionsschutzrechtlich zulässig wäre. Der Plangeber hat bewusst einen vorsorgenden pauschalen Abstand gewählt, der in aller Regel größer als die immissionsschutzrechtlich erforderlichen Abstände ist. Dem Wunsch nach klaren Abwägungsdirektiven bei den in der Stellungnahme angesprochenen Grundsätzen der Raumordnung kann nicht entsprochen werden. Die jeweils zu bewertenden Einzelfälle können nicht in Gänze abstrakt vorgedacht werden. Die Abwägung erfolgt auf Ebene der Regionalplanung bzw. im Falle der Gemeindeöffnungsklausel in der gemeindlichen Bauleitplanung. zu regionalen Grünzügen: Der Grundsatz wurde textlich überarbeitet, wodurch der Abwägungsspielraum deutlicher wird. Gleichwohl müssen hier Einzelfall bezogene Entscheidungen getroffen werden, die nicht abstrakt schematisch vorgegeben werden können. Die Ausführungen der Unteren Naturschutzbehörde, die im wesentlichen den Planentwurf unterstützen, werden zur Kenntnis genommen. Die Landsplanung sieht keinen Widerspruch darin, die historischen Kulturlandschaften im Umweltbericht zu erwähnen, ohne sie in einem Grundsatz der Raumordnung zu thematisieren. Sie unterliegen nicht dem Denkmalschutz im engeren Sinne, sind gleichzeitig aber über andere Grundsätze zum Freiraumschutz mit erfasst.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die Interessen von Altanlagenbetreibern werden so gesichert. Außerdem wird begrüßt, dass die neuen Kriterien zur Ausweisung von Windenergieflächen sich weitestgehend an den etablierten Kriterien aus dem aktuellen Landesentwicklungsplan 2020 orientieren und diese weiterentwickeln. Durch eine behutsame Überprüfung und Änderung der Kriterien soll dem bundespolitischen Ziel, mehr Vorranggebiete auszuweisen, Rechnung getragen werden. Der Kreis Stormarn kann diese Vorgehen grundsätzlich nachvollziehen. Einheitliche Kriterien zur Errichtung von WEA und -gebieten in Schleswig-Holstein sollen den Planungsträgern Sicherheit bezüglich der Anforderungen an die Errichtung von WEA und der Abwägung der Interessen von Mensch, Natur, Umwelt und Klima geben. Dies ist aus hiesiger Sicht nur teilweise gegeben. Folgende detailliertere Ausführungen beziehen sich auf den Entwurf „Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“ **Zu Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur Grundsätze und Ziele der Raumordnung:** B zu 1 Z, S. 24f.: In 1 Z wird ein Vorsorgeabstand von 800 m zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion festgelegt. Gleichzeitig wird unter Begründung B zu 1 Z unter Berücksichtigung des Immissionsschutzes die Möglichkeit eröffnet, den Abstand von 800 m zu Wohngebäuden zu unterschreiten. Auch in den darauffolgenden Regelungen wird zur Konkretisierung von Zielen und Grundsätzen auf Einzelfallprüfungen verwiesen. Dies wird aus Sicht des Kreises problematisch gesehen, da keine klaren Prüfkriterien vorgesehen sind und sich somit bei der Auslegung vor Ort Unklarheiten auftun können. Ziel sollte es sein – insbesondere bei der Anwendung der Gemeindeöffnungsklausel – dass keine aufwendigen Abstimmungsverfahren im Einzelfall mit der Landesplanungsbehörde zu führen sind. Auf folgende Regelungen wird in diesem Zusammenhang verwiesen: 2 G, S. 21: Gleichstellung von Siedlungsflächenausweisungen im Außenbereich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gegenüber Flächennutzungsplandarstellungen in oder an Ortslagen, Prüfung im Einzelfall 7 G, S. 23: Begrenzung von WEA zur Umstellung von Ortslagen, Prüfung im Einzelfall. Dass um Ortslagen herum kein dichter Ring von WEA entstehen sollte, ist sinnvoll. Hier stellt sich jedoch die Frage wie „unzumutbar“ definiert wird, handelt es sich hierbei doch um subjektives Empfinden. B zu 4 G, S. 30: Sicherstellung planmäßiger Siedlungsentwicklung, evtl. zusätzlicher Umgebungsbereich zu WEA, Prüfung im Einzelfall B zu 5, S. 30: Konflikte zwischen informellen Planungen sowie laufenden Bauleitplan- und Satzungsverfahren gegenüber Festlegung eines Windenergiegebietes, Prüfung im Einzelfall B zu 6, S. 30f.: Ausweisung von Windenergiegebieten im Stadt- und Umlandbereich im ländlichen Raum, Abwägung im Einzelfall In allen oben aufgeführten Zielen, Grundsätzen und Begründungen werden die auf Ebene des Landesentwicklungsplans im Plantext festgelegten Kriterien und der damit verbundene Anspruch, eine räumliche Steuerung zu gewährleisten, aufgeweicht, wenn Einzelfallprüfungen durchgeführt werden müssen. Diese Vorgehensweise hätte für die Kommunen aufgrund des erforderlichen intensiven Austauschs mit der Landesplanungsbehörde einen großen Aufwand zur Folge, der durch eindeutige Vorgaben eigentlich vermieden werden sollte. **Zu 12 G Regionale Grünzüge, S. 35** Die Formulierung, es sollen „Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge berücksichtigt werden“, wird als zu unbestimmt bewertet.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dies trifft auch auf die dazugehörige Begründung zu (S. 48f.). Es soll im Einzelfall geprüft werden, ob die Schutzziele regionaler Grünzüge mit einer Windenergienutzung vereinbar sind (S.49). Jedoch sind auf kommunaler Ebene die Funktionen und Schutzziele der regionalen Grünzüge in den Regionalplänen lokal nicht immer eindeutig feststellbar. Außerdem sind im Einzelfall Auswirkungen von WEA auf die Funktion, wie bspw. Gewässerschutz, Klimaverbesserung oder Erholung nicht immer pauschal ermittelbar. Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, dass außerhalb von den Siedlungsachsen im regionalplan, in denen ebenfalls keine WEA errichtet werden dürfen, die meisten Außenbereichsflächen im Kreis Stormarn innerhalb von regionalen Grünzügen liegen (insbesondere nach Entwurf Neuaufstellung 2023). Die Einschränkung von Windkraft in regionalen Grünzügen durch diesen Grundsatz darf nicht dazu führen, dass der Kreis Stormarn weitestgehend von dieser Art der Energieerzeugung ausgeschlossen wird. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass ebenso Photovoltaikflächen in diesen Bereichen bereits ausgeschlossen sind (außer privilegierte Anlagen entlang von Autobahnen und Bahntrassen). Nach hiesiger Einschätzung besteht die Notwendigkeit, dass erneuerbare Energien auch dort erzeugt werden können, wo die Siedlungs- und Gewerbeschwerpunkte in Schleswig-Holstein liegen, insbesondere im Hamburger Randbereich. **Fazit:** Die genaue Definition von Zielen und Grundsätzen ist auch im Rahmen der Gemeindeöffnungsklausel nötig, so dass es Kommunen ermöglicht wird, ihre Planungen ohne zusätzliche Abstimmungsprozesse mit der Landesplanungsbehörde und vor Beginn des förmlichen Zielabweichungsverfahrens zu beginnen. **<u>Stellungnahme Untere Naturschutzbehörde</u>**: Die nachfolgende Stellungnahme bezieht sich auf die Belange von Natur und Landschaft. Gegenüber den rechtskräftigen Regionalplänen sind folgende artenschutzrechtlich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	relevante Planänderungen zu beobachten: Der Umgebungsschutz von Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten wurde zurückgenommen. Für NSG wird der Umgebungsschutz von 200m auf 100m reduziert. Für FFH-Gebiete, deren Erhaltungsziele den Fledermausschutz umfassen, bleibt der Umgebungsschutz bei 200m, für alle anderen FFH-Gebiete wird er auf 100m reduziert. Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche von 3.000m, die zuvor ausgeschlossen waren, unterliegen nunmehr der Einzelabwägung. Im Umgebungsbereich der Brutplätze windkraftsensibler Großvögel (Seeadler, Schwarzstorch, Weißstorch und Rotmilan) unterliegt die Errichtung von WEA nach wie vor der Abwägung. Die Umgebungsbereiche für die Arten Seeadler und Schwarzstorch wurden von zuvor 3.000m auf 2.000m zurückgenommen. In den Empfehlungen zur Berücksichtigung tierökologischer Belange bei Windenergieplanungen ist der potentielle Beeinträchtigungsbereich für beide Arten mit 3.000m angegeben. Diese Standards sind weiterhin zu berücksichtigen. Die Erweiterung des Umgebungsbereiches von EU-Vogelschutzgebieten von zuvor 300m auf nunmehr 1.000m, darin die Errichtung von WEA ausgeschlossen ist, wird grundsätzlich begrüßt. Vorsorglich sei noch einmal darauf hingewiesen, dass unabhängig von festgelegten Schutzgebieten und Umgebungsbereichen unterschiedlicher Ausdehnung, in denen die Errichtung von WEA ausgeschlossen ist, der Artenschutz im Rahmen des Genehmigungsverfahrens, d.h. vor Umsetzung von Planungen und Errichtung von WEA stets zu berücksichtigen ist. Ausdrücklich begrüßt wird die Einordnung von Flächen der unmittelbaren Brückenköpfe und wichtige Zuleitungskorridore von Querungshilfen zur Vernetzung der Wildtierpopulationen sowie ein erweiterter Abstand zu Naturwaldflächen als Ausschlusskriterien. Ferner wird es ausdrücklich begrüßt, dass die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung sowie die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten differenziert betrachtet und als Ausschlusskriterien bewertet werden. Die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit hohen Siedlungsdichten bleiben Abwägungskriterium.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Darüber hinaus ist es nicht nachvollziehbar, dass die Historischen Kulturlandschaften (Knicklandschaften und Beet- und Grüppengebiet, Kriterien des Landschaftsrahmenplans) in den Unterlagen unberücksichtigt bleiben. Lt. Umweltbericht Kap. 3.8 werden u.a. die historisch gewachsenen Kulturlandschaften, auch die Baudenkmale sowie die archäologischen Denkmale insgesamt als Kulturgüter erfasst. „Unter Kulturgütern werden vornehmlich geschützte oder schützenswerte Kultur-, Bau- oder archäologische Denkmale, landschaftsprägende Elemente, historische Kulturlandschaften und Landschaftsteile von besonderer, charakteristischer Eigenart verstanden.“ Das bildet sich bedauerlicherweise nicht in dem Plantext ab. Die Unterlagen sind daher widersprüchlich. In Kap. 4.5.1.5 Kultur und sonstige Sachgüter fehlen die Historischen Kulturlandschaften und sind als Kriterium zu ergänzen.	
Gruppe ID: GM2807 Anzahl: 2 (IDs: M1618, M2807)	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung ‚Windenerie im Land‘ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein 2021- Erster Entwurf Juni 2024 Quarnbek, 4.September 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, Ich möchte in meiner persönlichen Stellungnahme gegen die o.g. Ausbau - Pläne und die neuesten Änderungen des LEP Windenergie folgendes aufgreifen, um Ihnen meine Bedenken, ja meine Ablehnung mitzuteilen: - die Kontamination des Bodens und der Schutzgüter durch Erosion an Windkraftanlagen-Rotoren während des regulären Betriebs: Das z.b. im Expoidharz der Rotoren eingebundene Bisphenol-A und PFAS (ewiges Gift!) wird im Zuge des Abriebs mit jedem Mikropartikel gelöst und verteilt sich in Form von metaboliten Produkte in der Umgebung. Die Folge ist eine sukzessiv schleichende Vergiftung unserer aller Lebensgrundlagen. Nebenbei: die Oberflächenerosion ist ja bekannt, denn es werden dementsprechend schon länger ‚abgenutzte‘ Rotoren repariert. - Havarien werden nicht (warum nicht?) systematisch erfasst, ehrenamtlich zusammengetragene Dokumentationen sprechen von durchschnittlich 90 Fällen pro	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.1.1, 7.2.9, 7.2.11, 7.2.13, 7.2.14, 7.3.3, 7.3.5, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Jahr. Die Gefahrenlage mag ich mir nicht vorstellen, jetzt nicht und auch nicht bei immer größeren Anlagen und geringeren Abständen. - Re-Powering und Recycling: es gibt keine Konzepte, stattdessen aber ein Deponierungsverbot für Rotoren. Was also passiert mit den anfallenden toxischen Materialien inklusive 400-500 L Hydrauliköl pro Anlage? Ungeklärt? - Infraschall: eine nicht untersuchte und anerkannte Gesundheitsbeeinträchtigung und Gefährdung, denn die Verwaltungsvorschrift Bundes-Immissionsschutzgesetz TA Lärm kennt angeblich keinen Infraschall. Mit den Folgen leben aber schon sehr viele Menschen in der Nähe von Anlagen. - Wirbelschleppen hinter den Windrädern reichen bis zu 10 km. Unter anderem dadurch ist ein klimaverändernder Effekt nicht auszuschließen. Folgen unbekannt. - Folgen: gravierende volkswirtschaftliche Schäden an Besitz und Allgemeinvermögen der Bevölkerung durch die schon angesprochene Kontaminierung, Gefährdung und Schädigung der Gesundheit sowie massive Wertverluste in Grund, Boden und Immobilien. Alles jetzt schon zu sehen. Noch einmal zusammengefasst: Sanierungs-, Rückbau-, Naturschutz-, Katastrophen- und Vermögensschutz- Aspekte, alles ungeklärt! Zu gegebener Zeit werden Sie Verantwortung für die mangelnde Aufklärung der Bevölkerung und auch der Kommunalpolitiker übernehmen müssen und vor allem die Haftung für die immensen Schäden! Daher fordere ich ein sofortiges Planungs-Stop! Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bitte bestätigen sie mir den Erhalt meines Schreibens bis zum 16. September 2024	
Öffentlichkeit: Privatperson	**Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungspuns Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 -- Änderung**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M2686	**Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Beteiligungsverfahren vom 25. Juni 2024 -09. September 2024 Gebietsvorschlag „WP Zarpen"** Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin Grundstückseigentümer im Geltungsbereich des in der Teilfortschreibung befindlichen Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land". Mein Grundbesitz befindet sich innerhalb eines Gebietes, welches im Rahmen des Entwurfes des Landesentwicklungsplans als Potenzialfläche dargestellt wurde. Die Fläche war bereits als Potenzialfläche PR3_STO_002 im Zuge der letzten Entwürfe der Regionalplanung 2020 berücksichtigt. In dieser Eigenschaft begrüße ich ausdrücklich die vorgesehene Rahmenplanung für die tatsächliche Gebietsausweisung durch die Regionalplanung und möchte meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass das benannte Gebiet, inklusive meines Grundbesitzes auch tatsächlich als Windenergiegebiet ausgewiesen wird. Mit freundlichen Grüßen [redacted] (Abbildung)	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2684	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklingsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich meine Bedenken, meine Einwände und meinen Einspruch gegen die Errichtung von Windkraftanlagen WKA im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung im Raum Nehms, Blunk, Schlamersdorf u.a. mitteilen. Mit den folgenden Punkten in Kurzform möchte ich meine Einwände gegenüber darlegen und verdeutlichen: 1) WKA machen krank (durch Lärm, Schlagschatten, Eiswurf, Infraschall, Vibrationen u.a.) Es darf nicht sein, dass von politischer Seite wissentlich Gesundheitsschäden der betroffenen Bevölkerung in Kauf grenommen werden. 2) WKA entwerten Immobilien, Grund und Boden und zerstören	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 7.3, 7.2.8, 7.2.11, 3.17, 6.1, 7.2.12, 3.15, 4.20, 4.9, 7.2.15, 7.2.9 und 7.2.13 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsschutzgebiete Meine historisches Reetdachkate gegenüber dem denkmalgeschützten Gut Muggesfelde wird in Sichtweite von WKA entwertet. Bei einer Höhe der WKA von bis zu 250 m muss der Abstand das 10-fache betragen, also 2500 m (siehe Abstände in Bayern) Es darf nicht sein, dass die angrenzenden Landschaftsschutzgebiete mit Natur- und Baudenkmalen durch Industrieanlagen wie Windkrafträder Schaden nehmen und zerstört werden. 3) WKA ruinieren die gewachsene Natur- und Kulturlandschaft und schaden dem Tourismus, sie töten außerdem Klein - und Großvögel und Fledermäuse. Es darf nicht sein, dass Landschaftsschutz, Denkmalschutz, sowie Großvögelschutz und Pflanzenschutz für Investoren von WKA offensichtlich nicht gelten und auch nicht so angewendet werden wie für die normale Bevölkerung. 4) WKA treiben die Strompreise in die Höhe, sind rechnerisch unrentabel und deshalb überflüssig. Die Rotorblätter sind giftig (aus Glasfaser/Duoplast) und nicht recycelbar. Außerdem stellt die Erosion der Rotorblätter ein großes Umweltproblem dar (die Fasern bestehen aus GFK,CFK, BisphenolA usw. - krebserregende Stoffe !) 5) WKA beinhalten Umweltgifte (SF6 - das stärkste aller Treibhausgase) und sind „Klimakiller“. 6) WKA bringen Streit und Zwist in die Bevölkerung und ins ganze Land. Ich bitte um Rückmeldung zu meiner Stellungnahme ! [redacted] 30.08.2024 [redacted]	
Gruppe ID: G1529 Anzahl: 2 (IDs: 1529, 1530)	Stellungnahme zu TF-LEP Wind 2024 4.5.1.2. u.a. Tourismus 11G Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	12G Regionale Grünzüge Das Dosenmoor ist ein Naherholungsgebiet für die EinwohnerInnen Neumünsters und des Amtes Bordesholm. Für den aufstrebenden Naturtourismus ist es das Highlight. Es bietet die Möglichkeit Flora und Fauna einer für Norddeutschland typischen Landschaftsform im Wandel der Jahreszeiten zu erleben. Nach der Renaturierung eines früheren Torfabbaugebietes haben sich viele Tier- und Pflanzenarten wieder angesiedelt. Durch die Umzingelung von vier möglichen Gebieten für Windkraft wird es in seinem Bestand und Weiterentwicklung behindert und entwertet. Die bereits bestehenden Windparks bei Loop und Schönbek können erweitert werden. Möglich sind auch Windparks auf den Potentialflächen bei Bordesholm, Wattenbek sowie bei Negenharrie. Besonders kritisch zu beurteilen ist ein schmales Potentialgebiet zwischen dem Staatsforst Neumünster Wattenbek und Bordesholm im Westen sowie dem Gebiet Staatsforst Neumünster Fiefharrie – Hös im Osten. Das Dosenmoor muss in seinem Fortbestand und seiner Entwicklung gesichert werden und nicht durch vier Windparks bedroht werden. Es braucht ausreichende Pufferzonen. 4.5.1.3. Gebiets- und Artenschutz 3Z Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche 6Z Wälder und Umgebungsbereiche 12Z Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten 13G Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche 16Z Wiesenvogel-Brutgebiete mit hohen Siedlungsdichten 17G Brutplätze windkraftsensibler Großvögel G Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Biotopverbundsystems, Kleinbiotope Die oben aufgeführten Unterpunkte der Kapitel 4.5.1.2. und 4.5.1.3. treffen alle auf das FFH-Gebiet Dosenmoor zu. Es ist möglich, dass dieses besonders zu schützende Moor von vier Windparks umzingelt werden wird. Die bereits bestehenden Windparks bei Loop und Schönbek können erweitert werden. Möglich sind auch Windparks auf den Potentialflächen bei Bordesholm, Wattenbek sowie bei Negenharrie. **Besonders kritisch zu beurteilen ist ein schmales Potentialgebiet zwischen dem Staatsforst Neumünster Wattenbek und Bordesholm im Westen sowie dem Gebiet Staatsforst Neumünster Fiefharrie – Hös im Osten. Das Gebiet ist Einflugschneise für windkraftsensible Großvögel. Schon 2011 hat die Umweltbehörde Neumünster dieses Gebiet als völlig ungeeignet für Windkraft bezeichnet. Dieses Gebiet darf kein Potentialgebiet für Windkraft sein und muss aus den Karten entfernt werden. Das FFH-Gebiet Dosenmoor unterliegt dem Verschlechterungsverbot! Der Europäische Gerichtshof weist in seinen Urteilen auf die laufende Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zum Schutz der FFH-Gebiete hin.** Das Dosenmoor ist Schlafgewässer für Kraniche, deshalb ist ein Abstand von 3 km zu Potentialgebieten für Windparks einzuhalten! (s. Vorranggebiete bei Wattenbek und Negenharrie) Das Dosenmoor und die Einflugschneise sind Schwerpunkträume des Biotopverbundes. Im Herbst dient es als Sammelplatz für etwa 200 Kraniche. Es werden Wiesenvögel wie Bekassine, Brachvogel, Kiebitz und andere beobachtet. Durch Vernässung des Moores wird der Klimaschutz vorangetrieben. Das Dosenmoor dient als Jagdrevier für sieben Fledermausarten, Rotmilan, Seeadler, Uhu, Kolkrabe u.a. (NaBu 2016 Managementplan für das Dosenmoor). Das Dosenmoor muss in seinem Fortbestand und seiner Entwicklung gesichert werden und nicht durch vier Windparks bedroht werden. Es braucht ausreichende Pufferzonen. Nördlich des Dosenmoores und südlich von Bordesholm befindet sich derzeit noch der einzige unverbaute Bereich/Schneise, die eine großräumige Vernetzung von Wildtieren	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und anderen wandernden Tierarten ermöglicht. Dabei handelt es sich um einen Wanderkorridor zwischen A7 und A21. Da bereits durch den großen Solarpark südlich von Bordesholm eine Beeinträchtigung entstanden ist, würde ein zusätzlicher Windpark eine Raumvermeidung auslösen und damit den einzig unverbauten Bereich zunichte machen und Lebensräume trennen, was einen negativen Einfluss auf den Populationsaustausch hat.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1528	Ich bin gegen den weiteren Ausbau der Windkraftanlagen. [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1527	Stellungnahme zu TF-LEP Wind 2024 4.5.1.2. u.a. Tourismus 11G Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung 12G Regionale Grünzüge Das Dosenmoor ist ein Naherholungsgebiet für die EinwohnerInnen Neumünsters und des Amtes Bordesholm. Für den aufstrebenden Naturtourismus ist es das Highlight. Es bietet die Möglichkeit Flora und Fauna einer für Norddeutschland typischen Landschaftsform im Wandel der Jahreszeiten zu erleben. Nach der Renaturierung eines früheren Torfabbaugebietes haben sich viele Tier- und Pflanzenarten wieder angesiedelt. Durch die Umzingelung von vier möglichen Gebieten für Windkraft wird es in seinem Bestand und Weiterentwicklung behindert und entwertet. Die bereits bestehenden Windparks bei Loop und Schönbek können erweitert werden. Möglich sind auch Windparks auf den Potentialflächen bei Bordesholm, Wattenbek sowie bei Negenharrie. Besonders kritisch zu beurteilen ist ein schmales Potentialgebiet zwischen dem Staatsforst Neumünster Wattenbek und Bordesholm im Westen sowie dem Gebiet Staatsforst Neumünster Fiefharrie – Hös im Osten. Das Dosenmoor muss in seinem Fortbestand und seiner Entwicklung gesichert werden und nicht durch vier Windparks bedroht werden. Es braucht ausreichende Pufferzonen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 3.15, 3.16, 4.3, 4.5, 4.13, 4.14, 4.16 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4.5.1.3. Gebiets- und Artenschutz 3Z Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche 6Z Wälder und Umgebungsbereiche 12Z Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten 13G Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche 16Z Wiesenvogel-Brutgebiete mit hohen Siedlungsdichten 17G Brutplätze windkraftsensibler Großvögel G Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, Kleinbiotope Die oben aufgeführten Unterpunkte der Kapitel 4.5.1.2. und 4.5.1.3. treffen alle auf das FFH-Gebiet Dosenmoor zu. Es ist möglich, dass dieses besonders zu schützende Moor von vier Windparks umzingelt werden wird. Die bereits bestehenden Windparks bei Loop und Schönbek können erweitert werden. Möglich sind auch Windparks auf den Potentialflächen bei Bordesholm, Wattenbek sowie bei Negenharrie. **Besonders kritisch zu beurteilen ist ein schmales Potentialgebiet zwischen dem Staatsforst Neumünster Wattenbek und Bordesholm im Westen sowie dem Gebiet Staatsforst Neumünster Fiefharrie – Hös im Osten. Das Gebiet ist Einflugschneise für windkraftsensible Großvögel. Schon 2011 hat die Umweltbehörde Neumünster dieses Gebiet als völlig ungeeignet für Windkraft bezeichnet. Dieses Gebiet darf kein Potentialgebiet für Windkraft sein und muss aus den Karten entfernt werden. Das FFH-Gebiet Dosenmoor unterliegt dem Verschlechterungsverbot! Der Europäische Gerichtshof weist in seinen Urteilen auf die laufende Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zum Schutz der FFH-Gebiete hin.** Das Dosenmoor ist Schlafgewässer für Kraniche, deshalb ist ein Abstand von 3 km zu Potentialgebieten für Windparks einzuhalten! (s. Vorranggebiete bei Wattenbek und Negenharrie) Das Dosenmoor und die Einflugschneise sind Schwerpunkträume des Biotopverbundes. Im Herbst dient es als Sammelplatz für etwa 200 Kraniche. Es werden Wiesenvögel wie Bekassine, Brachvogel, Kiebitz und andere beobachtet. Durch Vernässung des Moores wird der Klimaschutz vorangetrieben. Das Dosenmoor dient als Jagdrevier für sieben Fledermausarten, Rotmilan, Seeadler, Uhu, Kolkrabe u.a. (NaBu 2016 Managementplan	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	für das Dosenmoor). Das Dosenmoor muss in seinem Fortbestand und seiner Entwicklung gesichert werden und nicht durch vier Windparks bedroht werden. Es braucht ausreichende Pufferzonen. Nördlich des Dosenmoores und südlich von Bordesholm befindet sich derzeit noch der einzige unverbaute Bereich/Schneise, die eine großräumige Vernetzung von Wildtieren und anderen wandernden Tierarten ermöglicht. Dabei handelt es sich um einen Wanderkorridor zwischen A7 und A21. Da bereits durch den großen Solarpark südlich von Bordesholm eine Beeinträchtigung entstanden ist, würde ein zusätzlicher Windpark eine Raumvermeidung auslösen und damit den einzig unverbauten Bereich zunichte machen und Lebensräume trennen, was einen negativen Einfluss auf den Populationsaustausch hat.	
Institution: Gemeinde Lanze, via Stadt Lauenburg/Elbe - Amt Lütau, Stadtentwicklung und Ordnung Planung und Bauberatung ID: M1608	**Stellungnahme Gemeinde Lanze** **Stellungnahme der Gemeinde Lanze zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024** Die Gemeinde Lanze nimmt die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024, zur Kenntnis. Die Gemeinde Lanze geht davon aus, dass durch die Teilfortschreibung des LEP keine Einschränkungen der ökonomischen und ökologischen Entwicklung sowie der Gesamtentwicklung gegeben sind. Der Wegfall der Möglichkeit, in den gemeindlichen Planungen Höhenbegrenzungen vorzunehmen, stellt einen erheblichen Eingriff in Art. 28 Abs. 2 GG dar. Die bisherigen Feinsteuerungsmöglichkeiten der Gemeinden entfallen vollständig, sodass diese auf die Steuerung der Windkraft in ihrem Gemeindegebiet keinen Einfluss mehr nehmen können. Die hoheitlichen Rechte der Gemeinde Lanze wären somit stark eingeschränkt. Dies nimmt den Gemeinden die Möglichkeit ihre Ortschaften vor negativen Einflüssen durch Windparks zu schützen. Die Gemeinde Lanze hält den Wegfall der Höhenbegrenzung für nicht akzeptabel. Die Gemeinde Lanze fordert, dass die Belange von Bürgerinnen und Bürger bei den	Zum Verbot von Höhenbegrenzungen in kommunalen Bauleitplanungen wird auf Ziffer 1.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Grundsätzlich ist die Windenergie-Planung des Landes darauf angelegt, einen angemessenen und gerechten Ausgleich zwischen allen Interessen und Schutzbelangen herzustellen. Allerdings geht der bundesgesetzlich vorgegebene Ausbau der Windenergie unvermeidbar mit Veränderungen in der Landschaft und damit vielfach auch im unmittelbaren Wohnumfeld einher, die unvermeidbar sind.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungen zur Windenergie ausreichend berücksichtigt werden. Die Gemeinde erwartet, dass Beeinträchtigungen und Belästigungen durch die Windenergieanlagen von der Bevölkerung abgewandt werden und die bestehende Lebensqualität erhalten bleibt. Des Weiteren beabsichtigt die Gemeinde Lanze den Beitrag zur Energiewende eher durch Solarenergie zu leisten.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1604	Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürgerin der Gemeinde Westensee, Ortsteil Deutsch-Nienhof, erhielt ich vor einigen Tagen eine Einladung zu einer Informationsveranstaltung über den Stand der Planung von PV- und Windenergieanlagen im Amt Achterwehr. Mit großem Erstaunen musste ich in einer Karte zum o.g. Entwurf zur Kenntnis nehmen, dass zum Ortsteil und Gut Deutsch-Nienhof, welches unter Denkmalschutz steht: Deutsche Stiftung Denkmalschutz - Gut Deutsch-Nienhof - Westensee [Link: https://www.denkmalschutz.de/denkmal/gut-deutsch-nienhof.html], Potentialflächen für Windenergieanlagen **mit einem Abstand von nur 400m** eingetragen sind. Ich kann nur vermuten, dass es sich hier um einen Irrtum handelt. Nach meinem Kenntnisstand ist eine solche Nähe von Windrädern unbekannter Höhe weder zu gewachsenen Ortsteilen noch zu unter Denkmalschutz stehenden historischen, aber lebendigen und genutzten Herrenhäusern samt Ensemble vorgesehen oder sinnvoll. Die erfolgreiche und vielversprechende Nutzung Deutsch-Nienhofs als historischer Publikumsmagnet zum Genießen und Entspannen dürfte sich mit dem eingetragenen 400m-Abstand wohl auch als ziemlich kontraproduktiv erweisen: WILLKOMMEN AUF GUT DEUTSCH-NIENHOF - deutsch-nienhofs Webseite! [Link: https://www.denkmalschutz.de/denkmal/gut-deutsch-nienhof.html] Ein ausführliches Beispiel eines Gutachtens zum Umgang mit Denkmälern findet sich z.B. hier: 5.Abstandsempfehlungen-zu-Denkmaelern.pdf [Link: https://www.willebadessen.de/de-wAssets/docs/buergerservice/Bauen-und-Wohnen/5.Abstandsempfehlungen-zu-	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Denkmaelern.pdf] Selbst wenn man die Tatsache, dass es sich bei Deutsch-Nienhof um ein schützenswertes, unter Denkmalschutz stehendes Areal handelt, ignorieren wollte: Auch mit der geplanten Abschaffung der bisherigen Mindestabstandsregelung 5H/3H, die den Abstand noch von der Höhe der Windräder abhängig macht(e), dürfte für Deutsch-Nienhof als Ortsteil und Wohngebiet hier wohl ein Mindestabstand von 800m gelten. Somit dürften mehrere der in der bisherigen LEP-Fortschreibung eingezeichneten Areale für Windräder wohl nicht in Frage kommen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1526	• Generell stellen WKA eine dezentrale Energieerzeugung her, welche gerade im Bezug auf den Ukraine Konflikt eine entsprechende Versorgungssicherheit darstellt und Netzausfälle ggf. lokal abgefangen werden können. • Eine Energieerzeugung mit extrem geringen CO2 Emmisionen, wie es bei WKA der Fall ist, ist von großem Vorteil • Der Kreis Herzogtum Lauenburg bietet sich aufgrund seiner Nähe zu Hamburg und damit sehr guten Netzeinspeisemöglichkeiten prädestiniert an und ist ein guter kompromiss zwischen "Netznähe und Windausbeute" • wichtig sollte dabei die Beteiligungsmöglichkeit der Bürger sein und eine angemessene Entlohnung an die Komunen, gerade hier wäre eine Erhöhung auf 0,5ct/kWh wünschenswert, da ggf. Folge bzw. Spätschäden durch die Schwerlasttransporte beim Aufbau in der Regel in langjärigen kostenintensiven Prozessen enden. • Potenzielle Einnahmen für die Kommune durch Pachten oder Steuern fördern die Gemeinden und tragen zu einer langfristigen Nachhaltigkeitsstrategie für die Region und Gemeinde bei. und erhöht auch die Akzeptanz in de Bevölkerung - diese stellen ggf. eine Kompensation dar um Abwanderungen durch WKA Anlagen aufzufangen, da die Gemeinden mit finanziellen Mitteln ggf. besser Kinderbetreung und weitere Vorteile für die Einwohner anbieten	Die Stellungnahme enthält Anregungen zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	können.	
Institution: Amt Schlei-Ostsee, Bauen und Umwelt ID: 1192	Aufgrund der durch die Planungsbehörde verkürzten Fristen ist eine abschließende Beratung der Angelegenheiten in den gemeindlichen Gremien nicht möglich gewesen. In Abstimmung mit den amtsangehörigen Gemeinden des Amtes Schlei-Ostsee (mit Ausnahme der Gemeinde Brodersby) wurde sich darauf verständigt, auf die Abgabe einer eigenständigen Stellungnahme zu verzichten. Es wird sich der Stellungnahme des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetags angeschlossen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Amt Schlei-Ostsee, Bauen und Umwelt ID: 1193	Die Gemeinde Brodersby reicht die als Anlage beigefügte Stellungnahme zum Verfahren ein: Stellungnahme „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024“ Zusammenfassung Die Gemeinde Brodersby lehnt die „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024“ ab. Die dort geäußerten Vorstellungen widersprechen einer ökonomischen und nachhaltigen Gestaltung eines grundlasttauglichen Energiesystems. Die nahezu ungehemmte Ausweisung weiterer Windvorrangflächen und die damit verbundenen Errichtung zusätzlicher Windräder führt zu einem Überangebot an Erzeugungskapazitäten ohne synchronen Ausbau der notwendigen Transportnetze. Daraus resultieren tendenziell höhere Stillstandszeiten, wenn die angebotene Leistung nicht abgenommen werden kann und damit eine zusätzliche Zahlungsverpflichtung für diese Ausfallzeiten entsteht. Eine nachhaltige Kostensenkung des Strompreises ist mit diesen Maßnahmen nicht zu erreichen. Die vorgestellten Flächenausweisungen verletzen die von der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung selbst aufgestellten Grundsätze einer landschaftsverträglichen Entwicklung. Der „echte Norden“ wird mit dieser Ausweitung an Flächen zu einer Industriebrache degradiert. Die dabei von der Landesregierung praktizierte Verharmlosung führt dazu, dass statt angekündigter 7,2 % tatsächlich 82% der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Mit dem Windenergieflächenbedarfsgesetz hat der Bund ein neues Regime für die Planung und Genehmigung von WEA an Land erlassen. Danach ist Schleswig-Holstein verpflichtet, bis zum 31.12.2027 einen Flächenbeitragswert von 1,3 Prozent und bis zum 31.12.2032 einen Flächenbeitragswert von 2,0 Prozent seiner Landesfläche für Windenergienutzung zu erreichen. In Schleswig-Holstein soll der Flächenbeitragswert von 2,0 Prozent bereits bis Ende 2027 erreicht werden. Diese Flächenbeitragswerte werden vom WindBG unter der Annahme festgelegt, dass auf den ausgewiesenen Flächen WEA auch dann zugelassen werden können, wenn die Rotorblätter über die Grenzen der ausgewiesenen Fläche hinausragen, der Anlagenmast also bis an die Grenze der Fläche heranrücken kann (Rotor-Out-Planung). Der gesetzliche Flächenbeitragswert von zwei Prozent entspricht nach der vom WindBG vorgegebenen Umrechnungsmethode etwa drei Prozent der Rotor-innerhalb-Planung. Insofern stehen weder der Planungsauftrag noch der Planungsumfang zur Disposition.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesfläche (15 x H der Referenzanlage mit 200 m Höhe) raumwirksam in Anspruch genommen und damit geschädigt werden. Die vordergründige Argumentation der Einhaltung 2 immissionsschutzrechtlicher Aspekte wird durch die zu erwartende optische Verspargelung der Landschaftskulisse zunichte gemacht. Mit der völlig überdimensionierten Flächenausweisung und damit verbundenen Kapazitätsausweitung verbindet die Landesregierung Schleswig-Holstein die Hoffnung, Exportland für billigen Windstrom zu werden. Die dafür notwendigen Investitionen in weitverzweigte Netze und Schaltanlagen werden zwar zunächst privat getragen, können aber in den tendenziell steigenden Stillstandszeiten lediglich über Subventionen aus Steuergeldern „wirtschaftlich“ betrieben werden. Gleichwohl wird der überschüssige Strom an der europäischen Strombörse verramscht, wie die Export- und Importsalden jetzt schon darlegen. Es ist perspektivisch nicht mit einer seit Jahrzehnten versprochenen Verbilligung des Strompreises zu rechnen. Dass die EEG-Umlage mittlerweile vom Bund übernommen wurde, ist lediglich der Erkenntnis geschuldet, eine sich nicht den ürsprünglichen Versprechen der Politik entwickelnde Kostenkomponente der Erneuerbaren aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit zu nehmen. Letztendlich wird auch diese EEG-Umlage vom Steuerzahler finanziert. Auch der Bundesrechnungshof weist seit Jahren auf gewaltige Defizite in der Planung und Überwachung des Energiewendeprozesses hin, da wesentliche Ziele wie Umweltauswirkungen und Bezahlbarkeit nicht oder nicht mehr im Fokus stehen. Überdies wird durch schwammige und unspezifizierte Wortwahl und regelmäßige Gestattung von Ausnahmetatbeständen der zunächst hochgepriesene Natur- und Artenschutz systematisch unterwandert. So ist eine spätere Kontrolle der Einhaltung von Schutzanforderungen bereits wegen der unpräzisen Semantik dieser Teilfortschreibung nicht möglich und ganz offenbar auch beabsichtigt. 3 Im Einzelnen A) Mit Urteil des OVG-Schleswig vom 22.3.2023 wurde der Regionalplan des Planungsraums 1 (PR 1) für ungültig erklärt. Da die Landesregierung auch in der Revision scheiterte, gilt seither der § 35 BauGB, der durch die Privilegierung für Windkraftanlagen eine fast ungehemmte Ausbreitung im Außenbereich zulässt, sofern	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Eigentümer ihren Boden dafür zur Verfügung stellen. Weitere harte Tabukriterien sind lediglich immissionsoder naturschutzrechtliche Belange. Um dem zu erwartenden Wildwuchs einigermaßen zu begegnen und zu einem geordneten Verfahren zurück zu kehren, entschloß sich die Landesregierung zu der vorliegenden Teilfortschreibung entlang des Landesentwicklungsplans (LEP). Man werde „vertieft“ prüfen, um „Eingriffe in Landschaft und Natur“ zu regulieren, lauten die immer wieder vorgebrachten Begründungen, um den Schein der Besorgtheit aufrecht zu erhalten. Ein ganz offensichtlich weiterer Beweggrund ist die vom grünen Koalitionspartner heftig favorisierte und begrüßte Ausweitung der mit Windkraft bebaubaren Flächen über das seinerzeit in der Poyry-Studie von 2014 errechnete Ziel von 1,65 % der Landesfläche. Es wurde seinerzeit als ausreichend für das Erreichen der Energiewende erachtet und auch so der Öffentlichkeit verkauft. Dieses Ziel wurde mit min. 10 GW und max. 15,9 GW erzeugbarer Leistung für 2023 in Schleswig-Holstein prognostiziert, wobei damals mit Anlagenhöhen von etwa 120 m und Anlagenleistungen von 3 MW gerechnet wurde. Die heutige Referenzanlage in der vorgelegten Teilfortschreibung basiert auf 200 m Anlagenhöhe und 5,3 MW Leistung, was mindestens einer Verdopplung wenn nicht gar einer Verdreifachung der erzeugbaren elektrischen Arbeit pro Anlage entspricht. Die max. Höhe wird dabei ausdrücklich nicht begrenzt (s. Entwurf, Seite 14) 4 Im ersten Entwurf der Teilfortschreibung vom Juni 2024 wird nun statt der schon üppig ausgefallenen ursprünglichen 2 % der Landesfläche ein Ziel von „mindestens 3 % bis 2027“ ausgerufen, also eine Erweiterung um 50 %!!! Im ersten Entwurf der Teilfortschreibung heißt es weiterhin (Zitat): Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, perspektivisch 15 Gigawatt installierte Leistung durch Windenergie an Land bis 2030 zu erreichen. Damit soll die Grundlage für eine jährliche Energieerzeugung von 30 bis 35 Terawattstunden pro Jahr bis 2030 sichergestellt werden (vergleiche Koalitionsvertrag für die 20. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages (2022-2027) zwischen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (Landesverband Schleswig-Holstein) und Bündnis 90/Die Grünen (Landesverband Schleswig-Holstein), Seite 155). Per 27.6.2024 wurden lt. Landesregierung mit 3606 WKA insgesamt 10,9 GW Leistung erreicht. Das entspricht bei jährlichen 2000 h Volllaststunden einer elektrischen Arbeit von 22 TWh. Allein mit dieser Strommenge wird der Stromverbrauch in Schleswig-Holstein (15,2	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	TWh) bereits zu 144 % gedeckt. Rechnet man noch die Anteile aus Photovoltaik, Offshore-Windkraft und Biogas hinzu, so sind bereits 2022 etwa 29,8 TWh aus Erneuerbaren erzeugt worden. Das entspricht etwa 200 % des Stromverbrauchs in Schleswig-Holstein und entspricht bereits dem Minimalziel der Landesregierung für das Jahr 2030. 5 Es besteht daher keinerlei technische Veranlassung, in dieser „Teilfortschreibung“ eine Ausweitung an verfügbaren Flächen für den Ausbau von Windkraft zu fordern, geschweige denn zu planen. Dringend erforderlich wäre ein erneutes Moratorium, um den zu erwartenden Wildwuchs zu verhindern und die schon im Koalitionsvertrag 2017 der Vorgängerregierung von CDU, Grünen und FDP versprochene Synchronisation von Erzeugungs- und Transportkapazitäten endlich umzusetzen! Es entbehrt im Übrigen jedweder Logik, über den gegenwärtigen Bedarf hinaus Erzeugungskapazitäten zu planen und zu installieren bzw. Flächen dafür auszuweisen, wenn einerseits die Netze und Schaltanlagen in absehbarer Zeit nicht zur Verfügung stehen und damit nur zusätzliche EinsMan-Maßnahmen generiert werden. Da diese wiederum zu höheren EEG-Umlagen führen, die aus Steuergeldern finanziert werden, entfernt sich die Landesregierung immer weiter von bezahlbaren Energiekosten. Der Bundesrechnungshof rügte bereits in seinem Bericht nach § 99 BHO vom 30.3.2021 zur Umsetzung der Energiewende im Hinblick auf die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit der Stromversorgung (Zitat): Der Ausbau erneuerbarer Energien ist für eine treibhausgasneutrale Energieversorgung von herausragender Bedeutung. Gleichzeitig ist er mit negativen Umweltwirkungen verbunden. Knappe Flächen und Ressourcen werden in Anspruch genommen, die biologische Vielfalt wird beeinträchtigt. Die Bundesregierung kann nicht garantieren, dass die Energiewende die Umwelt so wenig wie möglich belastet. Denn für viele Umweltfolgen der Energiewende liegen keine oder nur unzureichende Daten vor. 6 Die Bundesregierung muss die Systemkosten der Energiewende anders als bisher klar benennen. Außerdem muss sie endlich definieren, was sie unter einer bezahlbaren Stromversorgung versteht. Den Zeitplan für den Zubau von Backup-Kraftwerken wird das BMWK voraussichtlich nicht einhalten können. Im Bericht des Bundesrechnungshofs vom 7.3.2024 wird festgestellt (Zitat): Dieser Bericht zeigt auf,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dass die Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Energiewende ungenügend sind und deshalb gravierende Risiken für jedes dieser energiepolitischen Ziele bergen: Verzug beim Ausbau der erneuerbaren Energien, der notwendigen gesicherten, steuerbaren Kraftwerksleistungen sowie der Stromnetze gehören hierzu ebenso wie hohe Strompreise und Wissenslücken hinsichtlich der Umweltwirkungen der Transformation. Zugleich fehlt der Bundesregierung seit dem Aussetzen des Monitoring-Prozesses „Energie der Zukunft“ ein Instrument, um Wechselwirkungen zwischen den energiepolitischen Zielen zu erfassen. Mit ihrem Vorgehen läuft die Bundesregierung Gefahr, dass mögliche Konflikte zwischen den energiepolitischen Zielen ungelöst bleiben und die Energiewende scheitert. 7 Beispielhaft ist die fehlende Synchronisation zwischen Ist- und Planzustand der Übertragungsnetze im obigen Bild deutlich ersichtlich. Diese Feststellungen gelten gleichermaßen auch für das Bundesland Schleswig-Holstein! Ein weiteres Beispiel: lt. EEG 2023 sind im Bund bis 2040 ca. 400 GW aus PV, 160 GW aus Wind-Onshore und 70 GW aus Wind-Offshore, in Summe: 630 GW intermittierende Leistung am Netz. Die Spitzenbelastung pro Tag in Deutschland liegt bei ca. 80 – 100 GW. Bei guten Sonnen- und Windverhältnissen müssten also etwa 500 GW abgeregelt, falls alle Speicher bereits voll sind und europäische Nachbarländer keinen Bedarf haben! Schon heute kann der aus Erneuerbaren erzeugte Strom zu Spitzenzeiten an der Strombörse nur zu Preisen um die Null Cent/kWh abgesetzt werden. Die Ausgleichszahlungen an die Erzeuger belasten die deutschen Stromverbraucher seit Jahren mit stetig wachsenden Milliardenbeträgen. Diese Art der Energiewende ist nur lebensfähig durch dauernde Subventionierung und bietet keinerlei Aussicht auf bezahlbare Strompreise. 8 Bei einer solchen Faktenlage ist die angebliche Notwendigkeit einer sogenannten „Teilfortschreibung“ eine Verhöhnung der Einwohnerschaft Schleswig-Holsteins und eklatante Mißachtung und finanzielle Schädigung der Mehrheit der Bevölkerung dieses Bundeslandes, um einer ideologisch geprägten Minderheit zu gefallen. Aufgrund dieser aktuellen Situation lehnt der Gemeinderat Brodersby die Ausweisung weiterer Windvorrangflächen im und in unmittelbarer Nachbarschaft des Gemeindegebiets ab. B) In einem Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein vom 6.11.2023 wird unter §1.3 ausgeführt (Zitat): Der Raum, in dem das Landschaftsbild beeinträchtigt wird, umfasst etwa eine Fläche mit dem Radius des 15-fachen der Anlagengesamthöhe. Und weiter wird für die optische Einwirkung einer WKA auf die umliegende Landschaft festgestellt (Zitat): Hohe Bedeutung für das Landschaftsbild Bereiche, die weitgehend der naturraumtypischen Eigenart entsprechen und frei sind von störenden Objekten. Wenn schon der Landesregierung auffällt, dass in Regionen ohne „störende Objekte“ das Aufstellen von 200 m hohen Industrieanlagen (WKA) eine Fläche vom 15-fachen dieser 9 200 m, also im Umkreis von 3000 m, das Landschaftsbild „beeinträchtigt“, sollte sie auch der Bevölkerung nicht vorspielen, es seien lediglich 7,2 % der Landesfläche betroffen. Tatsächlich werden nach dem Erlass 82 % (!!!) der Landesfläche nicht nur beeinträchtigt, sondern in eine Industrielandschaft verschandelt, (s. Abb 2). Von keinem Punkt der Landschaftskulisse im nördlichen, östlichen, westlichen und südlichen Teil Schleswig-Holsteins wäre noch ein freier Blick möglich, ohne mehrere dieser ins Auge stechenden Spargel mit rotierenden Propellern und nächtlicher Blink- Befeuerung sehen zu müssen. Ein eindrückliches Beispiel einer solchen Lanschaftsverschandelung liefert z.B. bereits das Gebiet um Leipzig entlang der Autobahn A9, wo man sich ein Bild machen kann, wie Schleswig-Holstein nach den Intentionen dieser Landesregierung aussehen wird (s. Abb. 3). 10 Abb. 3 Die an das Gemeindegebiet Brodersby angrenzenden und teilweise auf Gemeindegebiet liegenden Vorrangflächen PR1_SLF_046, PR1_SLF_119, PR1_SLF_045 und PR2_SLF_151 mit insgesamt 238,86 ha in Richtung Kappeln, Weidefeld und Dörphof sind wegen der ebenen Landschaftskulisse weithin einsehbar. Die touristische Nutzung der Gegend durch das nahegelegene Olpenitz an der Schleimündung, Schönhagener Strand und Damp sind unmittelbar betroffen und werden ihren Charakter als industriefreie Zone verlieren. Unmittelbare Folge werden Herabstufungen der touristischen Beliebtheitswerte sein, da gerade in Schönhagen Gästebefragungen die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	„unverspargelte Landschaft“ als eine der Hauptanziehungspunkte des Feriengebiets hervorheben. Der Gemeinderat Brodersby empfiehlt der Landesregierung stattdessen, über eine technologieoffene Revision der Energiewende nachzudenken. Wir lehnen großflächige Landschaftszerstörung durch Stromerzeugung mit tausenden grundlast – un - tauglichen Anlagen niedriger Effiziens, die in naher Zukunft durch bisher nicht vorhandene und nur mit weiteren Subventionen finanzierbare Gasturbinenkraftwerke unterstützt werden müssen, um überhaupt eine unterbrechungsfreie Versorgung Deutschlands sicher zu stellen, ab. Wir lehnen milliardenschwere Investitionen in zunehmend teilausgelastete 11 Anlagen, deren „wirtschaftlicher“ Betrieb nur durch einen unverhältnismäßigen Anstieg an Subventionen aus Steuergeld aufrecht erhalten werden kann, ab. Es muss wieder das Prinzip gelten, dass sich die Energiewende technisch und marktwirtschaftlich durchsetzt und nicht durch dauerhafte Subventionen aus Steuergeldern mühsam über die Runden geschleppt wird. Eine vorhandene CO2-freie Alternative wird aus ideologischen Gründen abgelehnt, gleichwohl werden notwendige Strom-Importe zur Netzstabilisierung aus europäischen Kernkraftwerken akzeptiert. Funktionierende Technik wird abgeschaltet, bevor etwas Neues vollumfänglich seine Tauglichkeit beweist und muss dann mit geächteten Kohlekraftwerken vor dem Black-Out gerettet werden. Ist das verantwortungvolle Politik? Die Landesregierung Schleswig-Holstein darf ein von ihr selbst verursachtes juristisches Eigentor nicht durch ein noch größeres Chaos der Öffnung aller Schleusen für eine Scheinlösung bereiten. Beenden Sie diesen Irrweg, bei dem Aufwand und Ertrag auch nach mehrjährigen Feststellungen des Bundesrechnungshofs seit langem aus dem Ruder gelaufen sind!	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1603	**Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024** **- Stellungnahme zur Teilfortschreibung -**	Die Stellungnahme positioniert sich grundsätzlich positiv zum Entwurf des LEP Windenergie, was zur Kenntnis genommen wird. Sie beinhaltet darüber hinaus Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau [redacted], In dem Beteiligungsverfahren für den ersten Entwurf möchten wir eine positive Stellungnahme für den Ausbau von Windenergie in unseren Gemeinden abgeben. Wir sind grundsätzlich für die Ausweisung von Windenergieflächen im Landesinneren, sofern diese den vorgeschlagenen Kriterien entsprechen. Über die Ausweisung von Windenergieflächen und den Betrieb von Windparks haben wir uns, wie viele Bürger, in den letzten Jahren immer wieder informieren können, es sind zahlreiche Artikel zum Thema erschienen. Es sind einige Windparks in der entfernteren Nachbarschaft entstanden, deren positive Entwicklung und Betrieb wir verfolgen können. Auch unsere Region ist als Windstandort gut geeignet, leider mussten wir auf der Karte in den vorangehenden Beteiligungsverfahren feststellen, dass in der Region östlich von Heide und auf der Hohen Geest stets nur unwesentliche Neuausweisungen für Windparks vorgenommen und große Potentialflächen nicht berücksichtigt wurden. Nach Einsicht und Prüfung der veröffentlichten Unterlagen für die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) stellt sich dies nun anders dar, was wir sehr begrüßen. Dies betrifft auch Potentialflächen in unserem Umfeld, in dem Gebiet zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt gelegen. Aus den nachfolgenden Gründen bitten wir um Aufnahme der Fläche zwischen den geschilderten Orten als Vorrangfläche für Windenergie. Grundlage sind die im aktuellen Beteiligungsverfahren veröffentlichten Kriterien als Ziele und Grundsätze der Landesentwicklungsplans. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung: **Fachliche Argumente/Kriterienkatalog, standortbezogen** Bei den nachfolgenden Argumenten und Einwendungen beziehen wir uns auf eine Rohpotenzialfläche, die in der Karte *Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie* aus Juni 2024 abgebildet ist. (Sie ist nicht Bestandteil der veröffentlichen Beteiligungsdokumenten.) Für den Standort zwischen den Orten Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide Tellingstedt, Landkreis Dithmarschen, wird in der veröffentlichten Potenzialflächenkarte	allgemeinen Synopse verwiesen. Zu militärischen Belangen: Richtfunktrassen werden bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie im Einzelfall bewertet; sie führen nicht zu einem pauschalen Ausschluss von Vorranggebieten Windenergie. Die Festlegung von Höhenbegrenzungen auf Ebene der Regional- und Bauleitplanung ist ausgeschlossen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	eine mögliche Windvorrangfläche abgebildet. Die abgebildete Fläche stellt das Projektgebiet „Bürgerwindpark Schrum-Wembüttel“ dar und liegt in einem stark windhöffigen Raum in den zuvor genannten Gemeinden. Das betrachtete Gebiet wird von verschiedenen Seiten durch einzuhaltende Abstände zur Einzelwohnhäusern sowie im Osten und Westen durch Wohnbebauung der Gemeinden Immenstedt und Schrum im Westen im Außenbereich begrenzt. Das Gebiet wurde von uns als regional ausgerichtete Planungsgemeinschaft seit vielen Jahren überplant. Es wurde aufgrund von Landschaftsschutzgebietsausweisungen im vorangehenden Regionalplanverfahren nicht weiter betrachtet, abgewogen und ausgewiesen. Wir beschäftigen uns seit Jahren intensiv mit Gebiet. [Auszug Karte: *Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie*] Für das in Frage kommende Gebiet wurden Untersuchungen und Planungen in der Zwischenzeit ausgeführt, auch sind durch die anderen Beteiligungsverfahren (Landesentwicklungsplan) viele Informationen zu den Umweltbelangen veröffentlicht worden. Die beschriebene, weiträumige Fläche liegt auf der Hohen Geest, ist sehr wenig bewaldet und wird bereits intensiv zur Landwirtschaft mit Ackerbau und Grünland genutzt. Die für einen Windpark erforderlichen Abstände zu Ortschaften können eingehalten werden. Zu den einzelnen Kriterien: 1. **Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern** 2. **Beeinträchtigung Großvögel** 3. **Waldabstand** 4. **Landschaftsschutzgebiete** 5. **Militärische Belange** 6. **Schwerpunktbereich Tourismus und Erholung** 7. **Gewässerschutz**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	8. **Schutz- und Biotopverbunde** 1. **Abstände zu Siedlungsflächen und Einzelhäusern- Ziel**Das mögliche Windeignungsgebiet ist so groß, dass die geplanten Abstandsforderungen eingehalten werden können. Die Beibehaltung der Rotorin-Planweise schafft zusätzlich genügend Abstand. Dieser wird zumeist häufig auch durch die erforderlichen Abstände aufgrund der Belastungen durch Schall und Schattenwurf übertroffen. In der Regel führen die Vorgaben für die Einhaltung der Emissionen zu noch zu größeren Abständen. Auch dies ist Bestandteil des eigentlichen Genehmigungsverfahrens und dort zu prüfen. Nach wie vor ist eine ausreichende Potentialfläche auf der Fläche vorhanden. 2. **Beeinträchtigung Großvögel- Grundsatz**Um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln soll im angegebenen Umgebungsbereich in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden. Hier möchten wir darauf hinweisen, dass weiter differenziert werden sollte bei der Festlegung von Tabuzonen um Horste von Großvögeln. Gerade durch Entwicklung und Einsatz neuer Techniken (ProTecBird) und Schaffung von Lenkungsflächen sollten bei bestandsreichen Arten, beispielsweise wie Storche und Rotmilan durch geeignete Maßnahmenkonzepte Artenschutzkonflikte zu bewältigen sein. Die Großvögel können so erfolgreich geschützt werden. Der großräumige Ausschluss von Potenzialflächen um Horste sollte daher auf die Ebene der Einzelfallbetrachtung verlagert werden und nicht von vorneherein zum Ausschluss einer Fläche für Windstandorte führen. Der Ausschluss von besonders sensiblen Flächen mit großflächig vorkommenden besonders schützenwerten Arten hingegen ist für uns in Ordnung. 3. **Waldabstand**Der vorgeschlagene, einzuhaltende Abstand zu Waldflächen von 30 m ist für uns in Ordnung. Zu den vorhandenen Flächen kann für die Planfläche genügend Abstand gewahrt werden. 4. **Landschaftsschutzgebiete**Die neue Gewichtung dieses Kriteriums möchten wir ausdrücklich befürworten. Es ist Bürgern zuzumuten, auf Windenergieanlage zu schauen. 5. **Militärische Belange- Ziel**Auch dieser Belange sollten auf Ebene der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden. Beispielsweise lineare militärische Richtfunktrassen können bei der Planung eines Gebiets mit Windstandorten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Berücksichtigung finden. Die in dem Gebiet liegende Richtfunktrasse quert die Fläche, beeinflusst die mögliche Standortplanung jedoch kaum. Sie führt nur zu einer minimalen Einschränkung der Eignungsfläche. 6. **Tourismus und Erholung- Ziel und Grundsatz**Grundlegend weisen wir darauf hin, dass die Tatbestandsmerkmale „Erholung" und „Tourismus” durchaus verschieden und damit _Uunterschiedliche Abwägungsbelange sind. Es sollten nur Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung (wenn überhaupt) von dem Ausbau der Erneuerbaren ausgenommen werden, Kernbereiche oder Vorbehaltsgebiete hingegen nicht. Bei Umfragen bei Touristen werden Windenergieanlagen regelmäßig als regionsprägend und positiv bewertet.Die Erholung ist ein öffentlicher Belang, der gemäß 8 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und damit auch bei den Regionalplänen zu berücksichtigen ist; das gleiche gilt für den Tourismus als Wirtschaftsfaktor($ 1 Abs. 6 Nr. 8 lit. a BauGB). Der „Erholung" im Sinne des 8 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB dienen neben Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen auch Frei- und Grünflächen, während der Tourismus zu den Belangen der „Wirtschaft" gehört. Der „Erholung" dienen die hier streitgegenständlichen Bereiche nicht, zumal laut Textteil des Regionalplanentwurfs diese Kernbereiche für Erholung in guter Zuordnung zu den Ober- und Mittelzentren als Naherholungsgebiete liegen sollen, während die einzig größere Ortschaft in der Nähe, nämlich Tellingstedt, bei der Landesplanung nur als Unterzentrum geführt wird. Tourismus als wirtschaftlich relevanter Faktor findet kaum statt.Auch sollte diese Darstellung als Vorbehaltsgebiet nicht von vornherein dazu führen, dass die betroffenen Flächen von einer Nutzung zur regenerativen Stromproduktion ausgeschlossen werden. 7. **Talräume an Gewässern**Das Gebiet wird durch die Fließgewässer durchzogen. Die einzuhaltenden Abstände können in der Standortplanung berücksichtigt werden. Die Einschränkungen sind nicht so gravierend, dass das Gebiet sich erheblich vermindern würde. 8. **Schutz- und Biotopverbunde**In gesetzlich geschützten, flächenhaften, unmittelbar räumlich zusammenhängenden Biotopen mit einer Größe von insgesamt mindestens fünf Hektar soll die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen werden. Diese Gewichtung befürworten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wir.**Schwerpunktbereich Schutzgebiet und Biotopverbund**Dieses Kriterium wird im BiImSchG-Verfahren untersucht und bewertet. Biotopschwerpunktbereiche in vergleichbaren Größenverhältnisse, sollten wie zusammenhängende gesetzlich geschützte Biotope kategorisch für den Ausbau der Windenergie ausgeschlossen werden. Randbereiche sowie Biotopverbundachsen sollten dabei einer Abwägung zugänglich sein. Dementsprechend können Biotopschwerpunktbereiche ab 5 Hektar vom Grundsatz zum Ziel gewandelt werden. **Weitere Punkte/ Argumente** **Verfahren** Wir begrüßen grundsätzlich das geplante Verfahren, die Kriterien zur Ausweisung von Windeignungsflächen im Landesentwicklungsplan gesetzlich zu verankern. Gleichzeitig werden die Kriterien neu gewichtet und bewertet. Auch folgt das Land Schleswig-Holstein zum einen den neuen Anforderungen des geänderten Bundesrechts und schafft zum anderen die notwendigen Rahmenbedingungen für Klimaschutz, Energiewende und dringend benötigtem Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Festsetzung von bestimmten Kriterien als Ziele, die der Abwägung nicht zugänglich sind und als Grundsätze, die in der Einzelfallbetrachtung abgewogen werden können, schafft einen einheitlichen Verfahrensrahmen für verschiedene Ausweisungsverfahren. Durch die Beibehaltung der Rotorin-Lesart werden die politischen und verträglichen Ziele der Landesregierung, genügend Abstand zu Wohnbereichen, weiterverfolgt. Auch der Wegfall von der bislang geltenden Ausschlusswirkung kann im Einzelfall sinnvolle Ausweisung von Windeignungsflächen in bestimmten Lagen ermöglichen. Die neue Positivplanung ermöglicht, große, stark windhöffige Gebiete im Landesinneren, die bislang vor allem durch Landschaftsschutzgebietsausweisungen keine Berücksichtigung fanden, für die erneuerbare Stromproduktion zu erschließen. Flächen, die zum Teil wesentlich besser geeignet sind, zum Beispiel aufgrund ihrer größeren Entfernungen von Siedlungen und Häusern als an der Küste, werden im laufenden Verfahren nun aufgenommen. Die ungleichmäßige Verteilung und eindeutige Bevorzugung der Küstenregion stellen ein soziales Gefälle für die Gemeinden und Bevölkerung dar. Die Wertschöpfung darf aber nicht weiter so ungerecht verteilt sein.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Insgesamt unterstützen wir daher das vorgesehen Verfahren, die Grundsatzbeschlüsse der Landesregierung zur Windenergieplanung vom Dezember 2023 auf Ebene des Landesentwicklungsplans umzusetzen. **Klimaschutzziele** Aus Gründen der Klima- und Energiepreiskrisen ist weiterer Flächenbedarf eindeutig ersichtlich. Dies definiert den an sich vorhandenen Ermessensspielraum neu. Wir befürworten den Ausbau von Erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, auch in unserer Gemeinde, da wir die Energiewende und Grüne Energie gut finden. Sie stärkt die Wertschöpfung des Ländlichen Raums und birgt längst nicht die Gefahren von Atomkraft. Der Bedarf von klimaneutraler Energie wird sich gerade an der Westküste mit den Standorten wie Brunsbüttel und Heide enorm durch Transformation der Industrieversorgung, Mobilität und private Haushalt massiv steigern. Auch können zukünftig die verschiedenen geplanten Stromleitungen den erzeugten Strom Offshore und Onshore wegführen. Schleswig-Holstein erhält eine historische Chance, seine Wirtschaftlichkeit zu steigern. **Zusammenfassung** In der Zusammenfassung ermöglichen die aktuellen Abwägungskriterien große neue Windvorrangflächen in unserer Region. Auch in den anfangs genannten Orten ist eine Potentialfläche für den Windenergieausbau möglich. Die Kriterien und der Zuspruch in der Bevölkerung lassen einen Wegfall des Gebiets nicht zu. **Wir befürworten daher** • **die Verfahrensweise der Verankerung der Kriterien zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung im Landesentwicklungsplan und** • **bitten um die Aufnahme des Gebiets zwischen den Ortschaften Welmbüttel, Schrum, Immenstedt und Weide-Tellingstedt als Vorranggebietsfläche für Windenergie im zukünftigen Regionalplan Sachthema Wind.** Mit freundlichen Grüßen,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Institution: Cimbergy GmbH & Co. KG, Planung und Projektierung ID: M2683	**Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein -Fortschreibung 2021, Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** Die in ihren Belangen berührten Bürger*innen der Gemeinde Pellworm nehmen hiermit Stellung zum Entwurf Anlage 1zu §1der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO): Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land und dem Entwurf Anlage 2zu §1der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land. Neben den nachvollziehbar schutzwürdigen Belangen, von denen die Gemeinde Pellworm, wie die meisten Gemeinden in Schleswig-Holstein, betroffen ist und die Teilbereiche der Insel für die Windkraftnutzung ausschließen, ist die Insel Pellworm insbesondere ganzflächig oder fast ganzflächig von folgenden Grundsätzen und Zielen betroffen: Grundsätze • Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung • Nordfriesische Inseln • Nahrungsgebiet für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten Ziele • Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche • Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hoher Siedlungsdichte • Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel Die Gemeinde Pellworm sieht sich durch die aktuellen Grundsätze und Ziele des Raumordnungsplanes, die eine Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie verhindern, in ihrer nachhaltigen Energiepolitik erheblich eingeschränkt. Wir fordern	Die Ziele der Raumordnung, die auf Pellworm Anwendung finden, werden beibehalten. Ein Repowering auf der Insel ginge mit deutlich größeren und höheren WEA einher, wodurch stärkere Beeinträchtigungen als bisher ausgelöst werden würden. Die langfristige Freihaltung der Insel von großen WEA der Multimegawatt-Klasse ist angesichts des hohen artenschutzrechtlichen Konfliktpotenziales gerechtfertigt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	daher eine Anpassung der räumlichen Abgrenzungen oder die Einführung einer Ausnahmeregelung, die es ermöglicht, raumbedeutsame Windenergieanlagen auf der Insel weiterhin zu betreiben und auszubauen. Seit über 50 Jahren steht Pellworm für regenerative Energie. Das damals entwickelte Energiekonzept wird kontinuierlich weiterentwickelt und findet seine Fortsetzung im Masterplan 2030, dessen Ziel es ist, Pellworm zu einer C02-neutralen Insel zu machen. Im Rahmen dieses Masterplans hat sich die Gemeinde die Aufgabe gestellt, die Wärmewende auf der Insel entscheidend voranzubringen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die langfristige Nutzung der bestehenden Windenergieanlagen sowie ein weiterer Ausbau der Windenergie unverzichtbar. Ohne diese Erweiterung wäre die C02-neutrale Energieversorgung in allen Sektoren -Energie, Mobilität und Wärme -auf Pellworm, einer Insel, die besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen ist, zum Scheitern verurteilt. Die Windenergie trägt wesentlich zur lokalen Wertschöpfung bei und wird auf Pellworm von Bürger*innen mit einer starken Gemeinwohlorientierung betrieben. Sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Energieversorgung der Insel und unterstützt die angestrebte weitgehende Selbstversorgung der Bevölkerung und der ortsansässigen Betriebe mit Strom und Wärme. Pellworm ist als Entwicklungszone im Biosphärenreservat nordfriesisches Wattenmeer in einzigartiger Weise dafür prädestiniert, zu demonstrieren, wie die Nutzung regenerativer Energien im Einklang mit Natur- und Umweltschutz gelingen kann. Die Insel bietet dank ihrer abgeschlossenen Insellage ideale Bedingungen, um als Modellregion für eine erfolgreiche Energiewende zu dienen. Auf diese Weise kann Pellworm einen qualitativ hochwertigen Beitrag zur Energiewende in Deutschland leisten und das langfristige „Überleben unter dem Meeresspiegel" für die auf der Insel lebenden und wirtschaftenden Menschen sichern. Aus diesen Gründen fordern wir, dass der Weiterbetrieb der bestehenden Windkraftanlagen über die derzeitige Nutzungsdauer hinaus gewährleistet wird. Außerdem muss die Möglichkeit zur Erneuerung der Anlagen eingeräumt werden, ebenso wie die geplante Erweiterung durch lokale Investoren - sowohl an Land als auch im Nearshore-Bereich (kein Off-Shore). Im Zusammenspiel mit einheimischen Investoren, Bürgerbeteiligungen und der Gemeinde wird die Erweiterung und das in Zukunft notwendige Repowering erfolgreich umgesetzt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wir bitten die Landesregierung um politischen Rückhalt und aktive Unterstützung bei der Verwirklichung dieser Ziele. Im Gegenzug sichern wir unsere volle Kooperation mit der Landesplanung und allen beteiligten Akteuren zu. Mit freundlichen Grüßen, die Geschäftsführer folgender Firmen: [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1525	Guten Morgen! Ich möchte mich als Bürger ausdrücklich gegen eine Potenzialfläche für Windkraft nahe der [redacted] aussprechen. Wie als Statement von der Stadt Brunsbüttel abgegeben, wird diese Fläche dringend als Ausgleichsfläche für den geplanten Solarpark gebraucht. Dieser entsteht in direkter Nähe, nur einige Meter entfernt von der potentiellen Fläche für Windenergie. Wir Bürger sind in großer Sorge um unseren Tierbestand. In ca 500 m Entfernung zu dieser potentiellen Fläche liegt das Gebiet der Graureiher Kolonie. Ebenso brütet in diesem Gebiet die Wiesenweihe. Die Größte Sorge wäre allerdings unser hofeigenes Storchennest. Hier haben wir die letzten 4 Jahre erfolgreich Brut durchgebracht. Würde die Fläche für Windenergie genutzt werden, würden die geplanten Windmühlen in ca 400 m Entfernung stehen. Auch für den brütenden Seeadler wären die Windmühlen eine große Bedrohung. Dieser brütet seid Jahren im Naturschutzgebiet Kudensee, keine 2.000 m entfernt und kreist hier des Öfteren zur Nahrungssuche über unsere Weiden, dort wo künftig die	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 4.20, 4.8 und 4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftanlagen stehen würden wenn man sich für die potentielle Fläche entscheiden würde. Wir Anwohner sind in großer Sorge um unseren Tierbestand. Wo sollen die Tiere, auch Rehe, künftig Nahrung finden wenn alles verbaut wird? Brunsbüttel hat sein „Soll“ an regenerativen Energien in Form von Windmühlen bereits erreicht. Wir hoffen auf eine Entscheidung zum Wohle der Natur. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1524	Ich erwarte, dass die abgabefrist der Stellungnahmen verlängert werden. Ich befürchte dass unsere Umwelt noch mehr leiden wird. Ich fordere sie auf, mehr Gutachten zum Thema Umwelt einzuholen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Gemeinde Bohmstedt , Bürgermeisterin ID: M1601	Sehr geehrte Damen und Herren, für die Gemeinde Bohmstedt gebe ich hiermit folgende Stellungnahme ab: Die Gemeinde begrüßt, dass zumindest ein Teil der mit WEA bebauten Fläche Windvorranggebiet bleibt. Andererseits würde die Gemeinde es noch mehr begrüßen, wenn das Windvorranggebiet wieder auf die alte Fläche ausgeweitet wird. Der bestehende Windpark ist als Bürgerwindpark breitestmöglich akzeptiert, wird als keinesfalls störend empfunden und sollte bei einem anstehenden Repowering in ähnlicher Größenordnung bestehen bleiben können.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	In diesem Zusammenhang der Hinweis auf weitere Potenzialflächen im Osten des Bohmstedter Gemeindegebietes (zwischen Haaks und Drelsdorfer Forst): Die Gemeinde befürwortet ausdrücklich die Ausweisung dieser Fläche für Windenergie gem. Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 24). Probleme mit Beeinträchtigungen der Anwohner, mit der Naherholung, mit der gemeindlichen Entwicklung oder mit konkurrierenden Nutzungen werden nicht gesehen. Die guten Erfahrungen aus der Vergangenheit mit dem Bürgerwindpark-Model sollen hier fortgesetzt werden und erste Schritte sind seitens der Gemeinde schon vorgenommen worden. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bürgermeisterin	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2727	Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Beteiligungsverfahren vom 25. Juni 2024 - 09. September 2024 Gebietsvorschlag „WP Zarpen" Sehr geehrte Damen und Herren, im Zuge der Hofüberschreibung meines Vaters, [redacted], auf mich, werde ich Grundstückseigentümer im Geltungsbereich des in der Teilfortschreibung befindlichen Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land". Der Grundbesitz befindet sich innerhalb eines Gebietes, welches im Rahmen des Entwurfes des Landesentwicklungsplans als Potenzialfläche dargestellt wurde. Die Fläche war bereits als Potenzialfläche PR3_STO_002 im Zuge der letzten Entwürfe der Regionalplanung 2020 berücksichtigt. In dieser Eigenschaft begrüße ich ausdrücklich die vorgesehene Rahmenplanung für die tatsächliche Gebietsausweisung durch die Regionalplanung und möchte meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass das benannte Gebiet, inklusive meines	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Grundbesitzes auch tatsächlich als Windenergiegebiet ausgewiesen wird. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2726	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich dies bezüglich anführen: Wenn die Landesregierung laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick behalten will, dann müssen die im Folgenden aufgeführten Bedenken und Aspekte zwingend bei den Planungen als Ziele und Grundsätze berücksichtigt werden 1. Um mehr Zeit für eine fundierte Stellungnahme zu haben, bitte ich darum, dass die Abgabefrist um 3 Monate verlängert wird. 2. Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (z.B. Veenker, 2020). 3. Ais Ziel und Grundsatz muss gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920m eingehalten wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2, 2.3, 2.4, 2.5, 7.1.3, 7.1.5, 7.2.7 und 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2725	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich dies bezüglich anführen: Wenn die Landesregierung laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick behalten will, dann müssen die im Folgenden aufgeführten Bedenken und Aspekte zwingend bei den Planungen als Ziele und Grundsätze berücksichtigt werden 1. Um mehr Zeit für eine fundierte Stellungnahme zu haben, bitte ich darum, dass die Abgabefrist um 3 Monate verlängert wird. 2. Derzeit werden EEG Anlagen in Schleswig -Holstein abgeriegelt, wenn mehr Strom produziert wird, als abgenommen werden kann. Die Kosten dafür werden auf die Verbraucher umgelegt. Wir haben derzeit mehr Strom aus EEG Anlagen, als benötigt wird, wir haben als Kunden dadurch die höchsten Stromkosten und die Landschaft wird mit EEG Anlagern zugestellt. Als Bürger sehe ich daher in erster Linie Nachteile, sollten in der nächsten Zeit noch weitere Anlagen gebaut werden. Bis die nötigen Netzkapazitäten geschaffen sind, soll m. E. von einem weiteren Ausbau abgesehen werden. 3. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5 und 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit:	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: M2724	„Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich dies bezüglich anführen: Wenn die Landesregierung laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick behalten will, dann müssen die im Folgenden aufgeführten Bedenken und Aspekte zwingend bei den Planungen als Ziele und Grundsätze berücksichtigt werden 1. Um mehr Zeit für eine fundierte Stellungnahme zu haben, bitte ich darum, dass die Abgabefrist um 3 Monate verlängert wird. 2. In §2 EEG 2023 steht: Der Betrieb und die Errichtung von Anlagen und ihren Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Durch die geringen Abstände zu Wohngebäuden im Landesentwurf stehen dessen Ziele im Widerspruch zum Bundesgesetz und sind entsprechend anzupassen. Ich sehe meine Gesundheit und Sicherheit dadurch gefährdet. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Dieser Teil der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 2.3.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2723	Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.3 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ich dies bezüglich anführen: Wenn die Landesregierung laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick behalten will, dann müssen die im Folgenden aufgeführten Bedenken und Aspekte zwingend bei den Planungen als Ziele und Grundsätze berücksichtigt werden 1. Um mehr Zeit für eine fundierte Stellungnahme zu haben, bitte ich darum, dass die Abgabefrist um 3 Monate verlängert wird. 2. Der Plan der Bundesregierung sieht vor, 2 Prozent der Landesfläche für Windkraftgebiete auszuweisen. Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung hat dies auf 3 Prozent erweitert. Die aktuelle Planung ermöglicht jetzt den Bau von Anlagen auf bis zu 7 Prozent der Landesfläche, sollte diese so wie im Entwurf umgesetzt werden. Ich sehe mich als Bürger mit einer Salamitaktik konfrontiert und fühle mich nicht ernst genommen. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme.	
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1522	Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein möchten wir uns zu einer Potentialfläche in der Gemeinde Bornholt im Landkreis Rendsburg-Eckernförde äußern. Insbesondere möchten wir die Auswirkungen der festgesetzten Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung auf diese Fläche thematisieren. Die besagte Potentialfläche, die für die geplante Erweiterung des Windparks Beldorf vorgesehen ist, wird durch die Festlegung dieser Vogelzugachse erheblich eingeschränkt. Der Vogelzugkorridor, der mit einer Breite von 2 Kilometern entlang des Nord-Ostsee-Kanals verläuft, reduziert die Möglichkeiten zur Erweiterung des Windparks auf ein Minimum und gefährdet somit die Rentabilität und das Potenzial des Projekts erheblich. Die Festlegung der Hauptachse des Vogelzugs entlang des Nord-Ostsee-Kanals erscheint in ihrer jetzigen Form als willkürlich. Auffällig ist, dass der Vogelzugkorridor dem Kanalverlauf auch in stark besiedelten und industriell genutzten Bereichen wie Brunsbüttel, Rendsburg und Kiel folgt. Diese Gebiete sind geprägt von städtischer und	Der Nord-Ostsee-Kanal quert als Wasserstraße Schleswig-Holstein von der Ostsee zur Unterelbe und erstreckt sich in seiner südlichen Hälfte genau in der bevorzugten Zugrichtung von Nordost nach Südwest. Die markante Wasserlinie des Kanals wird daher von Wasservögeln, Möwen und Seeschwalben als Leitlinie genutzt. Der Kanal bildet in seinem Westteil auch die Verlängerung des Zugweges von der Eckernförder Bucht über den Wittensee nach Südwesten, sowie die Verbindung von der Kieler Förde zur Eider-Treene-Sorge Niederung. Für Zugvögel, die Schleswig-Holstein queren, sind Siedlungsräume keine Barrieren und werden überflogen. Aufgrund der Bedeutung als Leitlinie des Vogelzuges und der niedrigen Flughöhen wird der im Rahmen des Vogelzuges genutzte Uferstreifen entlang des Nord-Ostsee-Kanals als Bereiche mit besonderer Bedeutung (Ziel) behandelt, in denen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	industrieller Infrastruktur, was die Frage aufwirft, ob die Korridorfestlegung tatsächlich artenschutzfachlich fundiert ist oder eher pauschal und ohne detaillierte Berücksichtigung der Gegebenheiten vorgenommen wurde. Im Abschnitt der Potentialfläche in Bornholt wird der Nord-Ostsee-Kanal zusätzlich von zwei Hochbrücken und einer bestehenden Hochspannungsleitung überquert. Darüber hinaus plant die Tennet derzeit die Errichtung einer 380-kV-Höchstspannungsleitung, die ebenfalls über den Kanal verlaufen und somit den Vogelzugkorridor kreuzen würde. In den öffentlich zugänglichen Unterlagen zu diesem Vorhaben findet sich jedoch keine Erwähnung des Vogelzugkorridors als Raumwiderstandskategorie, was darauf hindeutet, dass der Korridor in der Planung der Höchstspannungsleitung offenbar keine Rolle spielt. Wenn die geplante Höchstspannungsleitung aufgrund des Schiffsverkehrs in diesem Bereich des Kanals sehr hoch errichtet werden muss, ist davon auszugehen, dass diese Trasse ebenfalls Auswirkungen auf den Vogelzug haben könnte. Dass dies in den Planungsunterlagen der Tennet nicht berücksichtigt wurde, verstärkt den Verdacht, dass der Vogelzugkorridor in Bezug auf die Windenergieplanung eine vorgeschobene Argumentation darstellt, die eher dazu dient, Projekte wie die geplante Erweiterung des Windparks Beldorf zu behindern. Wir fordern daher eine Überprüfung der Festlegung dieses Vogelzugkorridors. Die aktuellen Einschränkungen erscheinen uns unzureichend begründet, insbesondere angesichts der Tatsache, dass andere große Infrastrukturprojekte im selben Bereich ohne entsprechende Raumwiderstandskategorien geplant und umgesetzt werden. Eine differenzierte und wissenschaftlich fundierte Abwägung ist notwendig, um sowohl den Schutz der Vogelzugrouten als auch die dringend benötigte Entwicklung erneuerbarer Energien im Einklang mit den Klimaschutzzielen voranzutreiben.	kein Ausbau der Windenergie erfolgt. Das Vorhandensein von Hindernissen entlang dieses Zugweges kann kein Argument sein, um die Bedeutung in Frage zu Stellen und den Vogelzug durch weitere Hindernisse in Form von WEA noch weiter zu stören.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1521	**Stellungnahme für das Windpark Projekt Westerfeld** **Einleitung** Im Zuge der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes 2010 und der Teilaufstellung der Regionalpläne in Schleswig-Holstein (Sachthema Windenergie) wurden die Potenzialfläche PR1_SLF_048 nicht als Vorranggebiete für Windkraftanlagen ausgewiesen. Wir möchten die Gründe darlegen, warum diese	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Flächen sich besonders gut für Windkraftanlagen eignen und warum wir es begrüßen würden, wenn die Flächen in den Regionalplan aufgenommen werden. **Eignung der Flächen für Windkraftanlagen** 1. **Verfügbarkeit der Nutzungsverträge und Planungen** a. Die Windpark [redacted] UG hat bereits die notwendigen Nutzungsverträge abgeschlossen, sodass die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Bau und Betrieb der Windkraftanlagen gegeben sind. Dies unterstreicht die Bereitschaft und das Engagement der Flächeneigentümer und Projektentwickler zur Nutzung dieser Flächen für Windenergie. 2. **Flächennutzung und Lage** a. **PR1_SLF_048**: Diese Potenzialfläche liegt in der Gemeinde Handewitt, die das Vorhaben sehr positiv begleitet. Sie liegt außerhalb von Vorranggebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und wird derzeit intensiv landwirtschaftlich genutzt. Diese Fläche bietet daher ein hohes Potenzial für die Nutzung von Windenergie, ohne wesentliche Konflikte mit anderen Nutzungen zu verursachen. 3. **Umwelt- und Naturschutz** a. **PR1_SLF_048** - Die Fläche steht im Einklang mit den Zielen des Biotopverbundsystems. Durch eine angepasste Standortplanung können Konflikte vermieden werden. Zudem können durch die Anwendung von Abschaltvorgaben potenzielle Konflikte mit dem Fledermausschutz minimiert werden. Die Fläche weist kein wesentliche Beeinträchtigung für geschützte Arten auf. 4. **Stadt- und Umlandbereich** a. **PR1_SLF_048**: Diese Potenzialfläche befindet sich am Rand des Stadt- und Umlandbereichs von Flensburg und beeinträchtigt keine wesentlichen Kernfunktionen dieser Bereiche. Vergleichbare Flächen innerhalb von Stadt- und Umlandbereichen wurden bereits als Vorranggebiete für Windkraft ausgewiesen, was die Möglichkeit einer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	positiven Abwägungsentscheidung für PR1_SLF_048 unterstützt. **Fazit** Die Potenzialfläche PR1_SLF_048 bietet ideale Voraussetzungen für die Nutzung von Windenergie und ist ausdrücklich von der Gemeinde Handewitt gewollt!. Die notwendigen Rahmenbedingungen, wie Nutzungsverträge und Planungen, sind gegeben. Umwelt- und naturschutzrechtliche Belange können durch geeignete Maßnahmen berücksichtigt werden. Die touristische Nutzung und Erholungsfunktion der Region werden nicht beeinträchtigt. Zudem steht die Windkraftnutzung nicht im Widerspruch zu den Entwicklungszielen des Stadt- und Umlandbereichs. Aus diesen Gründen ersuchen wir die Landesplanung, die Potenzialflächen PR1_SLF_048 in den Regionalplan als Vorranggebiet für die Windenergienutzung aufzunehmen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1520	**Stellungnahme für das Windpark Projekt Jerrisbek** **Einleitung** Im Zuge der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes 2010 und der Teilaufstellung der Regionalpläne in Schleswig-Holstein (Sachthema Windenergie) wurden die Potenzialflächen PR1_SLF_038 und PR1_SLF_054 nicht als Vorranggebiete für Windkraftanlagen ausgewiesen. Wir möchten die Gründe darlegen, warum diese Flächen sich besonders gut für Windkraftanlagen eignen und warum wir es begrüßen würden, wenn die Flächen in den Regionalplan aufgenommen werden.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Eignung der Flächen für Windkraftanlagen 1. **Verfügbarkeit der Nutzungsverträge und Planungen** a. Die Windpark [redacted] UG hat bereits die notwendigen Nutzungsverträge abgeschlossen, sodass die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Bau und Betrieb der Windkraftanlagen gegeben sind. Dies unterstreicht die Bereitschaft und das Engagement der Flächeneigentümer und Projektentwickler zur Nutzung dieser Flächen für Windenergie. 2. **Flächennutzung und Lage** a. **PR1_SLF_038**: Diese Potenzialfläche erstreckt sich über 74,5 ha im Süden der Gemeinde Handewitt. Sie liegt außerhalb von Vorranggebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und wird derzeit intensiv landwirtschaftlich genutzt. Diese Fläche bietet daher ein hohes Potenzial für die Nutzung von Windenergie, ohne wesentliche Konflikte mit anderen Nutzungen zu verursachen (17_137_WP_Jerrisbek_170…). b. **PR1_SLF_054**: Die Potenzialfläche PR1_SLF_054 erstreckt sich über die Gemeinden Handewitt, Wanderup und Oeversee mit einer Gesamtfläche von 32,9 ha. Diese Fläche liegt ebenfalls außerhalb von Gebieten mit besonderer Bedeutung für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und bietet somit ebenfalls ein hohes Potenzial für die Windenergienutzung(17_137_WP_Jerrisbek_170…) (SKM_C30824062811410). 3. **Umwelt- und Naturschutz** a. **PR1_SLF_038** und **PR1_SLF_054**: Beide Flächen stehen im Einklang mit den Zielen des Biotopverbundsystems. Durch eine angepasste Standortplanung können Konflikte vermieden werden. Zudem können durch die Anwendung von Abschaltvorgaben potenzielle Konflikte mit dem Fledermausschutz minimiert werden. Beide Flächen weisen keine wesentlichen Beeinträchtigungen für geschützte Arten auf (17_137_WP_Jerrisbek_170…)(SKM_C30824062811410).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4. **Tourismus und Erholung** a. Die Windkraftnutzung steht dem Nachnutzungskonzept der Kiesabbauflächen der Gemeinden Handewitt und Wanderup nicht entgegen. Die geplanten Windkraftanlagen halten einen ausreichenden Abstand zu bestehenden und geplanten Erholungsbereichen, wie den Badeseen und Rundwegen, ein. Die touristische Nutzung und Erholungsfunktion des Gebiets werden somit nicht beeinträchtigt(17_137_WP_Jerrisbek_170…). 5. **Stadt- und Umlandbereich** a. **PR1_SLF_038**: Diese Potenzialfläche befindet sich am Rand des Stadt- und Umlandbereichs von Flensburg und beeinträchtigt keine wesentlichen Kernfunktionen dieser Bereiche. Vergleichbare Flächen innerhalb von Stadt- und Umlandbereichen wurden bereits als Vorranggebiete für Windkraft ausgewiesen, was die Möglichkeit einer positiven Abwägungsentscheidung für PR1_SLF_038 unterstützt (17_137_WP_Jerrisbek_170…). b. **PR1_SLF_054**: Diese Fläche liegt ebenfalls außerhalb der direkt betroffenen Bereiche und bietet genügend Abstand zu den geplanten Gewerbeentwicklungen, sodass keine wesentlichen Nutzungskonflikte zu erwarten sind(17_137_WP_Jerrisbek_170…) (SKM_C30824062811410). **Fazit** Die Potenzialflächen PR1_SLF_038 und PR1_SLF_054 bieten ideale Voraussetzungen für die Nutzung von Windenergie. Die notwendigen Rahmenbedingungen, wie Nutzungsverträge und Planungen, sind gegeben. Umwelt- und naturschutzrechtliche Belange können durch geeignete Maßnahmen berücksichtigt werden. Die touristische Nutzung und Erholungsfunktion der Region werden nicht beeinträchtigt. Zudem steht die Windkraftnutzung nicht im Widerspruch zu den Entwicklungszielen des Stadt- und Umlandbereichs. Aus diesen Gründen ersuchen wir die Landesplanung, die Potenzialflächen PR1_SLF_038 und PR1_SLF_054 in den Regionalplan als Vorranggebiete für die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergienutzung aufzunehmen. **Die Unterstützung der Gemeinde für dieses Vorhaben haben wir ausnahmslos (Positivschreiben liegt uns vor).** Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1519	Die Stellungnahme betrifft das Gebiet der **Gemeinde Kasseedorf in Ostholstein**, und zwar die **Potenzialfläche** zwischen den Ortsteilen **Stendorf, Sagau, Freudenholm und Bergfeld**. Insbesondere drei Schutzkriterien kollidieren mit der Potenzialfläche auf dem Gebiet der Gemeinde Kasseedorf: 1) Abstand zur Wohnbebauung 2) Natur- und Artenschutz 3) Tourismus und Erholung **Zu 1) Abstand zur Wohnbebauung** Der Bereich östlich von Freudenholm wird den Kriterien der Landesplanung (4.5.1.1 Siedlungsstruktur) nicht gerecht, da die Ortschaft Bergfeld nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Bergfeld ist **Innenbereich gemäß BauGB (siehe Karte in Anlage)** und hier gilt deshalb ein Abstand zur Wohnbebauung von 800 bis 1000 Meter (1 Z und 1 G). Nach B zu 1 G kann der Abstand von 800 Metern auf 1000 Meter erweitert werden, wenn dies durch den „Schutz des Landschaftsbildes“ begründet ist. Im vorliegenden Fall liegt hierfür eine besonders starke Begründung vor, da hier sowohl das Geotop	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bungsbergmassiv (s.u.) als auch die Nutzung von Bergfeld für Tourismus und Erholung durch Ferienwohnungen (s.u.) direkt betroffen sind. **Zu 2) Natur- und Artenschutz** 2.1) Naturschutz Die Potenzialfläche auf dem Gebiet der Gemeinde Kasseedorf liegt im „Naturpark Holsteinische Schweiz“ (4.5.1.2, 14 G und B zu 14). Eine Ausweisung dieser Flächen für Windanlagen wäre im vorliegenden Fall nicht vereinbar mit dem Charakter und der Zielsetzung der Naturparke. Die Bungsberg-Region wird gewöhnlich als schützenswerte „Endmoränenlandschaft mit landschaftlich markanten Höhen mit höchster Erhebung Schleswig-Holsteins (Bungsberg mit 167,4 m ü NN, Nunatak) sowie tief eingeschnittene Bachschluchten“ beschrieben. Bereits im Landschaftsprogramm Schleswig-Holstein von 1999 wurden eben diese Stauchmoränen Bungsberg als seltenes und besonders schutzbedürftiges Geotop ausgewiesen, und zwar wegen ihres hohen landschaftsprägenden Wertes, ihrer tiefen Bachschluchten, der Seltenheit in Schleswig-Holstein und der Tatsache, dass es sich um die höchste Erhebung in Schleswig-Holstein handelt. Im aktuellen Landwirtschafts- und Umweltatlas wird die Bungsberg-Region als Geotop-Potenzialgebiet ausgewiesen. **(Siehe zwei beschriftete Fotos in der Anlage)** 2.2) Artenschutz Für die Potenzialfläche für Windenergie südlich und südwestlich von Bergfeld in der Gemeinde Kasseedorf besteht ein Zielkonflikt zwischen Windenergie und Artenschutz (4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz). Die Potenzialfläche ist durch die Natura 2000 Gebiete DE 1830-391 "Obere Schwentine“ und DE 1828-392 „Seen des mittleren Schwentinesystems“ mit seinen naturschutzfachlich besonders wertvollen Bächen und Wäldern umschlossen. Diese unterliegen als Gebiete gemeinschaftlicher Bedeutung einem Verschlechterungsverbot. Gemäß § 33 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz sind alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Natura 2000 Gebietes in seinen Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bestandteilen führen können, unzulässig. Das o.g. Verschlechterungsverbot beinhaltet die Erhaltungsmaßnahmen. Hierzu gehören die Sicherung und der Verbund der Lebensräume und der Austausch der Arten zwischen den benannten FFH- Gebieten. Für diese Gebiete seien beispielhaft die Fledermäuse für den Lebensraumtyp 9130 Waldmeisterbuchenwald, die Rotbauchunke für den Lebensraumtyp *91E0 Auenwälder und die seltenen Vogelarten (Seeadler, Rohrweihe, Kranich, Waldwasserläufer, Weißstorch, Schwarzstorch, Uhu und Grauammer) für die Lebensraumtypen 3150 Natürliche eutrophe Seen und 3260 Flüsse der planaren bis montanen Stufe mit ihren Kontaktlebensräumen, genannt. Die oben genannte Potenzialfläche für Windenergie liegt in einem Vorkommensgebiet dieser besonders geschützten und/oder seltenen Arten. Den Vorkommensgebieten (Balzgebiete, Nahrungshabitate, Schlafplätze, Sommer/ Winterquartieren) kommt über den Brutplätzen, Wochenstuben, Laichplätzen hinaus eine besondere Bedeutung zu. Ein Freihalten von Korridoren ist für den Erhalt und die Entwicklung zu einem günstigen Erhaltungszustand unerlässlich. Damit kommt der artenschutzrechtlichen Einordnung und Bewertung (§ 44 Abs. 1 BNatSchG) eine besondere Bedeutung in der Vorplanung und Abwägung zu. So sind schon zu erwartende artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände bei der Vorplanung besonders zu gewichten. Eine Schädigung und Störungen, die als Folge einer Planung vorhergesehen werden konnten, also wissentlich in Kauf genommen wurden, sind verboten (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG). Unter dem Gesichtspunkt des Vorsorgeprinzips sollten daher die Habitatstruktur, örtlich konkrete Kenntnisse und schon vorhandene Kartierungen in den Abwägungsprozess einfließen. Das Habitatschutzrecht wurde durch den EuGH mit den Urteilen vom 14.01.2016 zur Waldschlösschenbrücke (Rs.C-399/14) und zu Bulgarien (Windenergie) vom 14.01.2016 (Rs.C-141/14) erheblich verschärft. 2.2.1) Fledermäuse Als Kriterium für den weiteren Abwägungsprozess sind die existierenden drei Fledermauskastenreviere südlich der Potenzialfläche in der Gemeinde Kasseedorf zu berücksichtigen. Diese wurden vom NABU Eutin festgestellt: Ochsenhals, Gut Stendorf - Kleine Wildkoppel und Schöttelngehege.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Für Fledermäuse stellen Windenergieanlagen ein erhebliches Tötungsrisiko durch den Schlag von Rotorblättern oder durch Barotrauma dar. Somit kommt Hinweisen auf vorhandene Fledermauspopulationen ein großes Gewicht zu. Sie sind Teil des Lebensraumtyp 9130 Waldmeisterbuchenwald und unterliegen somit dem Verschlechterungsverbot und den Erhaltungsmaßnahmen. 2.2.2) Rotbauchunke Im Landschaftsplan der Gemeinde Kasseedorf sind Artnachweise der Rotbauchunke von Sagau, über Freudenholm bis nach Bergfeld dokumentiert. Es ist als ein Schwerpunktgebiet für den Rotbauchunkenschutz ausgewiesen. Darüber hinaus sind Vorkommen im Bereich der Voßberghufe und der Stendorfer Wiesenniederungen bekannt. Die Rotbauchunke ist nach der FFH-Richtlinie (Anhang II und IV) streng geschützt. Sie legt während der Wanderung zwischen Winterquartier und Laichgewässer Entfernungen von mehr als 1 Kilometer zurück und ist im Sommerlebensraum vergleichsweise mobil. Sie nutzt dabei nicht nur Überschwemmungsflächen, Weiden und Wiesen, sondern auch Ackerflächen. Jede Zerschneidung kann durch den Ausbau von Straßen, Baustraßen und dem Bau der Windenergieanlagen und der damit verbundenen zusätzlichen Entwässerung (Verlust temporärer Überschwemmungsflächen in dem besonders kupierten Gelände) eine signifikante und nachhaltige Gefährdung oder Verlust der Population zur Folge haben. 2.2.3) Seeadler, Rotmilan, weitere Großvögel Folgende streng geschützte Vogelarten Seeadler, Rotmilan, Rohrweihe, Kranich nutzen die benannte Potenzialfläche für Windenergie regelmäßig (Vorkommensgebiet). Die starke Frequentierung ergibt sich durch die Lage der Brutplätze zur Lage der Nahrungshabitate (4.5.1.3: B zu 1 Z). Die Nahrungshabitate sind zum einem die Gewässer Seen, Teiche und Kleingewässer und zum anderen die Weiden- und Wiesenflächen. Sowohl die Gewässer als auch die Grünländereien verteilen sich ringförmig um die Potenzialfläche für Windenergie. Darüber hinaus wird die Potenzialfläche für Windenergie durch Weißstorch, Schwarzstorch, Uhu, Waldwasserläufer und Grauammer als Vorkommensgebiet genutzt. So sind als größere Gewässer der Stendorfer See, der Sagauer See, der Ukleisee, die Teiche südlich von Bergfeld, Stubbenteich in der Südkoppel und der Eschenteich genannt. Für das Grünland sind vorrangig die großen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zusammenhängenden Weiden und Wiesen von mehr als 10 Hektar genannt, wie die Stendorfer Niederung, die Weiden um Freudenholm, die Weiden östlich und südöstlich von Bergfeld und um die Voßberghufe. Im weiteren Verbund sind auch das Naturschutzgebiet Kasseedorfer Teiche und die Weide- und Gewässerflächen Bekmissen zu berücksichtigen. Beleg: https://www.naturpark-holsteinische-schweiz.de/naturparktier-2021-seeadler **Zu 3) Tourismus und Erholung** Wie der Verband deutscher Naturparke bereits 2011 in seinem Positionspapier „Energiewende im Einklang mit Natur und Landwirtschaft“ beschreibt, muss die Energiewende im Einklang mit den Zielen „Schutz von Natur und Landschaft“, „Erhalt der biologischen Vielfalt“ sowie „naturnahe Erholung und nachhaltiger Tourismus“ erfolgen. Weiterhin wird dargestellt, dass Naturparke unverwechselbare Landschaften sind, die aufgrund von Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft besonders der Erholung dienen. Daher ist in Naturparken besonders darauf zu achten, dass das charakteristische Landschaftsbild, die Erholungseignung der Landschaft und die Arten- und Biotopvielfalt nicht durch die Errichtung von Windenergieanlagen beeinträchtigt werden (4.5.1.3: B zu 4). Die Potenzialfläche der Gemeinde Kasseedorf liegt an einer landschaftlich exponierten Stelle, da sie mit 71-107 m ü NN für schleswig-holsteinische Verhältnisse sehr hoch liegt. Bei einer Anlagenhöhe von 200 m wäre somit eine Gesamthöhe von teilweise über 300 m ü NN gegeben. Die Anlagen würden selbst den Gipfel des Bungsbergs – der höchsten Erhebung in SH mit 167,4 m ü NN – um bis zu 140 m überragen, und damit das Landschaftsbild extrem weiträumig beeinträchtigen (4.5.1.4 Boden und Wasser: B zu 6). Dies beträfe weite Teile der Kreise Ostholstein und Plön und insbesondere auch die Umgebung des Ballungsraums Kreisstadt Eutin. Es würde eine erhebliche, langfristige und großflächige Beeinträchtigung des charakteristischen Landschaftsbildes und der Erholungseignung der Landschaft darstellen, weshalb die Potenzialfläche auf dem Gebiet der Gemeinde Kasseedorf auch aus diesem Grund nicht als Vorrangfläche für Windenergieanlagen geeignet ist.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1518	Guten Tag, ich spreche mich GEGEN einen Aufbau der Windkraftanlagen im Bereich Heidmühlen -	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Radesforde aus. Mit meinem Pferd stehe ich seit Jahren in Heidmühlen und finde es nicht gut, das die Windräder nicht mit passendem Abstand zu den außerhalb liegenden Höfen geplant wird! Das heimische Paradies wird damit zu einem weiteren Industrie Punkt gemacht und stört auch die idyllische Optik! Mit freundlichen Grüßen [redacted]	7.3.6 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1517	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich dies bezüglich anführen: • Um mehr Zeit für eine fundierte Stellungnahme zu haben, bitte ich darum, dass die Abgabefrist um 3 Monate verlängert wird • Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. dem Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund ebenso zu streichen wie die geplante, weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Dies steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papier) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. • Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben.- Gerade durch die o.g. Abschaffung dieser Regel wird es sonst zu einem weiteren Akzeptanz-	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5, 2.11, 6.1, 3.18, 3.17, 3.16, 4.1, 7.3.7, 5.9, 4.5, 3.15 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Vertrauensverlust der Bevölkerung kommen. Damit verbunden ist meine Sorge und die Gefahr, dass sich in der Folge viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden werden. • Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz. • Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u.a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. • Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die derErholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutungfür das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart undSchönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diesekomplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu denParkgrenzen einzuhalten. • Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich undmeine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und derFreizeitgestaltung und damit meines Lebens- und Erholungswertes. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1516	Erneuter Ausweis von Eignungsflächen auf dem Gemeindegebiet Heidmühlen. Der besondere Schutz von Großvögeln unter Berücksichtigung der Abstände zu Horsten dürfte Windenergieflächen in diesem Gebiet nicht zulassen. Es gibt Weissstorch, Schwarzstorch,Seeadler und Rotmilanvorkommen in geringerer Entfernung, als angegeben. Beim letzten Entwurf wurde explizit ein Rotmilanhorst zerstört! Das muss bei erneuter Untersuchung und Kartierung verhindert werden!	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich enthält die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Dieser Teil der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.10.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1515	Um die vom Wirtschaftsministerium in Berlin ausgerufenen Klimaziele erreichen zu können, soll das Land ca. 3,3% der der Landesflächen als Vorrangfläche für Windenergie ausweisen. In meiner Heimat Dithmarschen wird das geforderte Soll seit Jahren massiv übererfüllt, nun sieht die Planungsbehörde sogar noch Windkraftpotenzial auf fast 10% der Kreisfläche!!! Gemäß der Argumentation des Bundesverbandes Windenergie " *nur 10%, d.h. 90% bleiben doch frei*".... die Bürger sollten sich nicht so anstellen – als direkt betroffene Anwohnerin fehlen mir die Worte! Noch vor ein paar Jahren hätte ich es nicht für möglich gehalten, dass meine Heimat für eine völlig unsinnige und sehr riskante Energiepolitik einfach so geopfert werden kann. Sogar der EON-Chef Birnbaum (ein Fachmann!) zweifelt am Gelingen der Energiewende. Es geht bei dem Ausbau der Windenergie allein ums Geldverdienen, seit Jahren ein großes Umverteilen von unten nach oben. Einige wenige verdienen unverhältnismäßig viel Geld auf Kosten der Stromendverbraucher. Das Klima "retten" wir damit nachweislich nicht. Mittlerweile planen große Teile der deutschen Industrie, vor allem wegen der unsicheren (!) und teuren Energieversorgung ins Ausland abzuwandern oder geraten hier zunehmend in wirtschaftliche Probleme und müssen dann mit Steuergeldern aufgepäppelt werden. Auf der anderen Seite steigt mit dem massiven Ausbau von Wind und Solar auch die "Produktion" von Wegwerfstrom, dessen Entsorgung den Stromkunden ebenfalls teuer zu stehen kommt- ein Wahnsinn. Wie soll bloß die Zukunft für die Industrienation Deutschland aussehen? Das Ausland betrachtet uns als	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie die Ziffern 1.1, 3.15, 3.17, 7.1.6, 7.2.1, 7.2.10, 7.2.11, 7.2.15 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	abschreckendes Beispiel und verfolgt mit (wenigstens) Argwohn, wie die Industrienation Deutschland sich selbst zerlegt. Wieso folgt denn ansonsten kein anderes Land unserem "guten" Beispiel? Ich nutze hier zwar die Möglichkeit, eine Stellungnahme *zum Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des LEP zum Thema Windenergie an Land* abzugeben, sehe in diesem aufwendigen Verfahren aber lediglich eine "Pseudo-Veranstaltung". Hinter den Kulissen wird den unersättlichen Begierden der mächtigen Windkraftlobby nach und nach stattgegeben werden. Das zeigen unsere Erfahrungen hier vor Ort und mir fehlt der Glaube, dass sich daran etwas ändern sollte.... leider. Die gerade erst mit viel Mühe, Steuergeldern (!) und aus wirklich guten Gründen erfolgte Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten in SH darf doch nicht so schnell schon wieder ad adsurdum geführt werden! Und es geht dabei nicht um "den ungestörten Blick aus dem Wohnzimmerfenster" (eine Äußerung unseres Energiewendeministers, die bei den Anwohnern von Windparks zurecht für große Empörung sorgt!). Die Belastung durch Infraschall wird zwar offiziell nicht thematisiert – wir Anwohner haben jedoch berechtigte Angst vor den gesundheitsschädlichen Auswirkungen, die es (von unabhängigen Fachleuten nachgewiesen!) tatsächlich gibt. Ein Umzug in unbelastete Gebiete ist vielen Menschen angesichts des massiven Wertverlustes (wegen der WKA in der Nähe) ihrer Immobilien schier nicht möglich. Wer möchte denn schon freiwillig auf einem Grundstück in der Nähe eines Windparks leben?! – schon jetzt umgeben von ausgedehnten Maisanbauflächen/-wüsten und demnächst noch flankiert von großflächigen Photovoltaik-Freiflächenanlagen, die allesamt mit dazu beitragen, dass meine Heimat weiter zerstört wird... **Dithmarschen hat sein Soll zum Gelingen der Energiewende längst übererfüllt!** **Dieser Aspekt muss einfach stärker gewürdigt werden – GENUG IST GENUG !!!** Auch wenn wir hier nur relativ wenig (besonders schützenswerten) Wald haben, so sind doch auch **unsere** Natur, die Landschaften und Lebensräume für Flora und Fauna unbedingt schützenswert! Nicht zuletzt deshalb kommen alljährlich viele Erholung suchende Touristen zu uns ins Land und stellen damit ebenfalls einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor für Dithmarschen dar. ***Es darf keinen weiteren Windkraftausbau in Dithmarschen geben!!!***	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1514	**Zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land – Grundsätze und Ziele der Raumordnung** **Nummer 1 G: Verfolgtes Planungsziel** Die in Aussicht genommenen Pläne der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zum Thema „Windenergie an Land“ (LEP Windenergie) und das Planungsziel, bis Ende 2027 mindestens drei Prozent der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie auszuweisen, lehne ich als unzumutbar ab. Grundsätzlich wird der Ausbau der erneuerbaren Energien begrüßt und das haben viele Bürger mit privaten und ungeförderten Investitionen vorangetrieben. Die Windenergie ist im Rahmen der Energiewende in Dithmarschen hat die Gemeinden in wenige Gewinner und viele Verlierer geteilt. Die Akzeptanz der Bevölkerung dieser weiteren verschärften Maßnahmen ist nicht mehr da. Der Kreis Dithmarschen hat nach der letzten Regionalplanfortschreibung 4,4 Prozent der Kreisfläche als Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen waren. Der Kreis Dithmarschen hat also in der Vergangenheit bereits überdurchschnittlich zum Erreichen des Landesziels beigetragen und dem muss in künftigen Planungen Rechnung getragen werden. **Im Kreis Dithmarschen, wo der Ausbau von Windkraftanlagen weit fortgeschritten ist, muss die Ausweisung weiterer Windenergievorranggebiete gestoppt werden.** **Nummer 2 G: Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land** Diese Übernahme von Vorranggebieten wird aus den in Nummer 1 G genannten Gründen abgelehnt**.** Der Kreis Dithmarschen hat sein Soll erfüllt und darf nicht zusätzliche belastet werden. Darüber hinaus bedeutet Repowering einen verstärkten Eingriff in das Landschaftsbild, da repowerte Windkraftanlagen höher sind und größere Rotoren haben. Wodurch ebenfalls die hörbare und nichthörbare Schallbelastung für Mensch und Natur steigt. Existierende Windkraftanlagen sind nicht automatisch akzeptierte Anlagen. Wir Bürger können sie einfach nicht verhindern. Windkraftanlagen, die in der Vergangenheit errichtet worden sind und wo bereits in der Vergangenheit Kriterien einer Ausweisung als Vorranggebiet entgegengestanden haben, müssen zur Ordnung der Landschaft zurückgebaut werden.	Zu Nummer 1 G: Verfolgtes Planungsziel Es werden landesweit einheitliche Kriterien angewendet. Aufgrund der unterschiedlichen Siedlungsdichte und naturräumlichen Ausstattung ist die Windenergienutzung nicht landesweit gleich verteilt. Zu Nummer 2 G: Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land Die Weiterführung bereits bestehender Windparks stellt in aller Regel einen geringeren Eingriff dar als zusätzlich neue, bisher unbebaute Flächen in Anspruch zu nehmen, schon allein deshalb, weil die bestehende Infrastruktur weitergenutzt werden kann. Deshalb genießt die Erhaltung bestehender Vorranggebiete hohe Priorität. Nummer 3 G Festlegung einer Referenzanlage Hierzu wird auf Ziffer 1.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen Hierzu wird auf Ziffer 1.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Ablehnung jeglicher WEA außerhalb von Vorranggebieten Hierzu kann das Land keine abschließende Regelung treffen, weil zukünftig eine Ausschlussplanung vom Bundesgesetzgeber nicht mehr zugelassen wird (§ 249 Abs. 1 BauGB) Zur Forderung eines Abstandes von 1.000 m zu allen Wohnhäusern wird auf Ziffer 2.3.1 und 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Forderung, die Landschaftsschutzgebiete von WEA freizuhalten wird auf Ziffer 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zum Thema Umfassung wird auf Ziffer 3.11.1 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zu Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur **Nummer 1 G: 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Für alle Siedlungsbereiche, auch für die vereinzelten Häuser im Aussenbereich, die noch nicht durch Windenergienutzung vorbelastet sind, sind ein Abstand von 1.000 Metern, nicht 800 Metern, festzulegen. Das ist nicht nur vor der schleichenden Aufweichung der Abstandsregelungen durch immer höherer WKAs absolut notwendig, sondern auch um wenigstens die Tolerierung von Windkraft in der Bevölkerung zu erreichen. Bayern kann das anscheinend. In SH sind die Menschen weniger schützenswert? Es kann darüber hinaus nicht nachvollzogen werden, warum bei einzelnen Kriterien die Verringerung von Abständen bzw. geänderte flächenhafte Abgrenzung gegenüber den bisherigen vorgesehen werden. **Nummer 3 G Festlegung einer Referenzanlage** Der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen soll eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde gelegt werden. Mit diesen Erhöhungen der Gesamthöhe und der Rotordurchmesser von WKAs sind neue landschaftsverändernde und belastungserhöhende Referenzen eingeführt worden. Abstandsregelungen zu Wohnhäusern und anderen Abgrenzungen (Wald, Biotope, etc.) sind **nicht**gleichzeitig erhöht worden. Untersuchungen der Auswirkungen auf Mensch und Tier sind **nicht** erfolgt. **Diese Veränderung der Planungs-Grundsätze ohne gleichzeitige Anpassung an die erhöhten Belastungen lehne ich aus Schutzgründen ab. Ich halte sie darüber hinaus für rechtlich anfechtbar.** **4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen** In Regional- und Bauleitplänen sollen keine Bestimmungen zur Höhe von raum bedeutsamen WEA getroffen werden. Es ist völlig unverständlich warum diese Öffnungsklausel pauschal vorgesehen werden soll. Sie ist nicht inhaltlich begründet und stellt eine pauschale Festlegung dar, die den demokratischen Prozess zur Abwägung eingrenzt. Aus den genannten Gründen lehne ich das vorgesehene Verbot ab.	Synopse verwiesen. Zur Forderung, Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und Erholung von WEA als Ziel der Raumordnung freizuhalten, wird auf Ziffer 3.15.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Nummer 4 Z und G: Siedlungsachsen, besondere Siedlungsräume, Baugebietsgrenzen, baulich zusammenhängende Siedlungsgebiete sowie Entwicklungs- und Entlastungsorte Der Aspekt der landschaftlichen Freihaltebereiche sollte zum Wohle strukturgebenden Raumordnung im LEP an dieser oder einer anderen geeigneten Stelle als Kriterium aufgenommen werden. **In der Geest darf keine Freigabe der Landschaftsschutzgebiete für Windkraftanlagen erfolgen.** Besonders im Bereich Krumstedt , Süderhastedt und Eggstedt ist bereits eine deutliche Überprägung der Landschaft durch neuerrichtete und repowerte Windkraftanlagen erfolgt. Die neuen blauen Flächen verstärken die Riegelbildung und die Umzingelung besonders von Krumstedt. **Nummer 5 Z Rotor-innerhalb-Planung** Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten ist zu bestimmen, dass die Rotorblätter von WEA vollständig innerhalb dieser Windenergiegebiete liegen. Werden raumbedeutsame WEA außerhalb von Windenergiegebieten errichtet, ist für Abstandserfordernisse der Kapitel 4.5.1.1, 4.5.1.2, 4.5.1.3, 4.5.1.4 und 4.5.1.5 die Rotorblattspitze maßgeblich. **Aus den nachfolgenden Gründen lehne ich jegliche Errichtung von WEA außerhalb von Windenergiegebieten ab.** Wir Bürger in Dithmarschen sind durch mehr als ein Jahrzehnt der Regionalplan-Windenergie-Abwägungen gegangen und verlangen Verlässlichkeit von Politik und Verwaltungen. Öffnungsklauseln, die die Bürgerbeteiligung aushebeln, lehne ich ab. **Nummer 6 Z Mindestgröße von Windenergiegebieten** Die Vorranggebiete Windenergie und Windenergiegebiete außerhalb der Vorranggebiete Windenergie müssen eine Mindestgröße von 15 Hektar aufweisen. Dabei können mehrere räumlich zusammenhängende Flächen, die jeweils mindestens fünf Hektar umfassen und zusammen die Mindestgröße von 15 Hektar erreichen, berücksichtigt werden. Ein räumlicher Zusammenhang ist dann gegeben, wenn die Entfernung der Außengrenzen einzelner Flächen zueinander weniger als 600 Meter beträgt. **Aus den nachfolgenden Gründen lehne ich jegliche Errichtung von WEA außerhalb von Windenergiegebieten ab.** Wir Bürger in Dithmarschen sind durch mehr als ein Jahrzehnt der Regionalplan-Windenergie-Abwägungen gegangen und verlangen Verlässlichkeit von Politik und Verwaltungen. Regelungen, die die Bürgerbeteiligung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	aushebeln, lehne ich ab. **Nummer 7 G: Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung** Wie wir Bürger von Krumstedt, Eggstedt und Süderhastedt bereits live erleben können, sind Begrifflichkeiten wie „unzumutbare“, „soll“, „in unmittelbarer räumlicher Nähe“ und „im Einzelfall“ als Kriterium in einem LEP völlig ungeeignet, um einen konkreten und hinreichenden Rahmen zu setzen. Die Beurteilung einer Umzingelungs- bzw. Umfassungssituation von Ortslagen muss nachvollziehbar sein und der Schutz von Mensch, Tier und Natur muss die oberste Priorität und Vorrangigkeit erhalten. **Zu Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz** **Nummer 11 G: Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und Erholung** Gebiete, die der Erholung der Bürger dienen müssen von einer Windenergienutzung freigehalten werden. Die einzigen bisher von Windkraftanlagen freien Erholungsräume um Krumstedt, auch die Felder und Wälder Richtung Bargenstedt sind in den neuen blauen Planungsflächen vorgesehen. Es ist ein Kriterium als Ziel der Raumordnung darzustellen. **Nummer 13 G: Landschaftsschutzgebiete** Die **Rechtsänderung des Bundes (Wind-an-Land Gesetz) vorgesehene grundsätzliche Öffnung der Landschaftsschutzgebiete für eine Einbeziehung in die Flächenkulisse zum Ausbau der Windenergienutzung lehne ich ohne jede Einschränkung ab**. Landschaftsschutzgebiete dienen der Erhaltung und Entwicklung oder Wiederherstellung der Natur. Beeinträchtigungen des Naturhaushalts sollen beseitigt und die Leistungs- und Funktionsfähigkeit wiederhergestellt werden. Die Verordnungen untersagen bestimmte Handlungen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere das Landschaftsbild oder den Naturgenuss beeinträchtigen. 100 oder 200m hohe WKAs zerstören das Landschaftsbild so außerordentlich, dass dies kilometerweit sichtbar sind. Der Charakter eines geschützten Gebietes, würde durch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	WKA (mit Zuwegung und Peripherie evtl. auch Umspannwerke) zerstört werden. Durch die Naturraumausstattung, das Landschaftsbild und der kulturhistorischen Bedeutung haben LSG’s insgesamt einen hohen Wert für das Landschaftserleben und die Erholung. Die charakteristische Landschaft aus kleinteiligen Knicklandschaften, kleinen Biotopen auf Koppeln und Wiesen, prägen speziell die Landschaft in Krumstedt und Umgebenung. In diese Regionen gehören keine Windkraftanlagen. Die Erhaltung der Historischen Kulturlandschaften mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern gehört daher gemäß § 1 Absatz 4 Nummer 1 BNatSchG zu den Zielen des Naturschutzes. Ebenso gehört die Erhaltung Historisch gewachsener Kulturlandschaften zu den Grundsätzen der Raumordnung (§ 2 Absatz 2 Nummer 5 ROG). Landschaftsschutzgebiete (LSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen nach § 26 Abs. 1 BNatSchG "ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist, wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung." Die artenschutzrechtlichen Kriterien wurden für die Neufassung des Regionalplan Wind schon erheblich zu Gunsten der Windkraft herunter gebrochen, lassen sie Flora und Fauna wenigstens in den LSG’s geschützt. Es müssen auch Räume der Ruhe und Erholung für Natur, Mensch und Landschaft in Schleswig-Holstein erhalten werden und frei bleiben von technischen Großinstallationen. Erhalten Sie einzigartige Kulturlandschaften zum Schutz von Natur, Klima und Biodiversität, lassen Sie den Wäldern ihren Raum, auch angesichts des bereits vom Kreis Dithmarschen geleisteten überdurchschnittlichen Flächenbeitrags zur Windenergienutzung. Meine Forderung, **weisen Sie bei der Neuaufstellung Regionalplan Wind, die Landschaftsschutzgebiete wieder als Tabuflächen für Windkraft aus!**	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1513	[redacted] **Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024** 1. In unmittelbarer Nähe zu unserer Liegenschaft befindet sich das Vorranggebiet R2_RDE_040 – Windenergie Regionalplan II. In meiner Stellungnahme zum 2. Entwurf hatte ich seinerzeit die dort planerisch	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zu den Punkten 1., 2. 3. und 4.: Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu den Punkten 5., 6. und 7.: Es wird insbesondere auf die Ziffern 2.5, 7.3.3 und 7.2.10 der allgemeinen Synopse

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vorgenommene Verkleinerung der Eignungsfläche als Vorranggebiet für die Windenergienutzung. Vor allem deshalb, da der Abstand der potentiellen Windkraftanlagen zu unserer Liegenschaft so vergrößert wird. Ebenfalls begrüßt habe ich den neuen Abstand zu Wohnsiedlungen von 1.000 Metern, bemängelt hatte ich hingegen immer noch geltenden Mindestabstand von 400 Metern zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen. 2. Verwundert und enttäuscht musste ich aus dem aktuellen 3. Entwurf dann zur Kenntnis nehmen, dass das Vorranggebiet vergrößert wurde. Somit ist zwar ein Mindestabstand von 1000 Metern zur geschlossenen Wohnbebauung Neuwittenbeks vorgesehen, allerdings musste ich feststellen, dass sich durch das geänderte und vergrößerte Vorranggebiet der Abstand von den potentiellen Windkraftanlagen zu unserer Liegenschaft verringert wird. Ich wünsche aus diesen Gründen nach wie vor eine Korrektur des Vorranggebietes auf den Stand des 2. Entwurfes. 3. In der Abwägungsentscheidung zum 2. Entwurf wurde seinerzeit darauf hingewiesen, dass der östlich der Verbindungsstraße liegende Flächenteil nicht mehr als Vorranggebiet übernommen wird. Als Begründung wurde hier die planfestgestellte Fläche genannt, die den Aushub des Bodenmaterials, bedingt durch die Verbreiterung der Oststrecke des Nord-Ostsee-Kanals, aufnehmen soll. Wörtlich heißt es hier „ *Die Fläche ist bereits planfestgestellt, so dass eine Windenergienutzung auf diesem Flächenteil ausgeschlossen ist*“. In der Abwägungsentscheidung zum jetzigen 3. Entwurf wird angegeben, dass „*ab 2026 eine erste Nachnutzung auf einer Teilfläche erfolgen kann. Weitere Abschnitte werden dann in den folgenden Jahren nutzbar sein“.* Dem widerspreche ich energisch, da dies zunächst ein Widerspruch der beiden Abwägungsentscheidungen in sich ist. Darüber hinaus würden WKA dann in einem unverhältnismäßigen Abstand zu unserer Liegenschaft errichtet werden. 4. In Bezug auf Punkt 2+ 3 fordere ich, dass die gesamte Fläche südöstlich der Verbindungsstraße zwischen dem Gut Warleberg und der Warleberger Mühle zukünftig sowohl aus der Potentialfläche als auch aus dem Vorranggebiet für Windenergienutzung entfernt wird. 5. Der zur Zeit geltende unterschiedliche Mindestabstand von 400 Metern zu Einzelhäusern und 1000 Metern zu Wohnsiedlungen führt nach wie vor zu einer 2-Klassen-Gesellschaft. Deshalb fordere ich einen einheitlichen Abstand von mindestens	verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1000 Metern zu den Anlagen. Gerade vor dem Hintergrund, dass zukünftig deutlich höhere Anlagen errichtet werden sollen. Für die betroffenen Einwohner in den Außenbereichen befürchte ich betriebsbedingte Geräuschbelastungen, wie etwa den Infraschall. Diese betriebsbedingten Geräuschbelastungen können zu Gesundheitsproblemen, Schlafstörungen oder generelles Unwohlsein führen. Infraschall ist für Mensch und Tier schädlich, Infraschall wird nicht von jedem Menschen als Belastung empfunden. Ob ein betroffener Anwohner ihn als Belastung empfindet, zeigt sich erst nach der Inbetriebnahme der Anlage/n. Dann ist es jedoch zu spät, denn im Vorwege kann die mögliche Belastung nicht getestet werden. Das Umweltbundesamt (UBA) räumt in einer Studie ebenfalls ein, dass Windkraft unter bestimmten Voraussetzungen durchaus krank machen kann. Ich fordere für den Fall der persönlichen Betroffenheit, auch bei größeren Abständen, eine Abschaltung bei bestimmten Windrichtungen und generell eine Nachtabschaltung. 6. Der Begründung, Bewohner in ländlichen Gebieten genießen ohnehin schon gewisse Privilegien und Wohnortvorteile gegenüber den städtischen Bewohnern, wird widersprochen. Natürlich haben städtische Bewohner oder Einwohner in geschlossenen Siedlungen ihre speziellen Belastungen, wie Autoverkehre, Industrie oder wenig Begleitgrün. Aber Bewohner in Außenbereichen haben hingegen keine gut ausgestaltete Infrastruktur, wie etwa ÖPNV, Straßenbeleuchtung oder Nahversorgung. Dafür werden die Bewohner in den sog. Außenbereichen über Gebühr belastet, wie etwa in unserem Fall durch die intensive Landwirtschaft und/oder priviligierten landwirtschaftlichen Bauvorhaben. In der unmittelbaren Nachbarschaft zur Eignungsfläche befinden sich Stallungen für die Hähnchenmast mit entsprechender Belastung durch die Abluft bei bestimmten Windrichtungen. In kurzer Entfernung befindet sich zudem eine Agrargasanlage, die wiederum einen starken Ernte- und Verbringungsverkehr über die Straßen generiert. In der Agrargasanlage und über verschiedene Solaranlagen werden bereits in der Gemeinde Neuwittenbek 200 % des eigenen Energiebedarfs aus regenerativen Energien erzeugt. Fast ausschließlich in den Außenbereichen, auch hier entsteht der Eindruck einer 2-Klassen-Gesellschaft. Die Eignungsfläche für die WKA befindet sich in der Nähe zu einer Fläche, auf der im Zuge der Verbreiterung der Oststrecke des Nord-Ostsee-Kanals (NOK) Bodenaushub verbracht werden soll. Insgesamt werden direkt auf der „Fläche Warleberg Zentral“ 4 Millionen Kubikmeter Boden in den kommenden Jahren verbracht. Die Menge entspricht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ca. 400.00 LKW-Ladungen. Das bedeutet in den kommenden Jahren ca. 800.000 LKW-Transporte. Weitere Belastungen sind für die Einwohner Neuwittenbeks, auch in den Außenbezirken, durch den Schiffsverkehr und die Verwendung von Schweröl für deren Antrieb im Nord-Ostsee-Kanal (NOK) gegeben. 7. Ich bekenne mich voll und ganz zu dem politischen Prozess der Energiewende.Aber das muss auf eine Art geschehen, die niemanden zum Opfer macht, weder Menschen noch Tiere oder unsere Umwelt. Vor allem ist eine gerechte Verteilung der Lasten dieser Energiewende erforderlich. Neben dem finanziellen Aspekt gehören dazu auch Lösungsansätze, welchen Beitrag die Ballungszentren leisten können. Denn schließlich sind deren Einwohner Nutznießer der erneuerbaren Energien, allerdings ohne dass ihr unmittelbares Lebensumfeld durch deren Erzeugung beeinträchtigt wird. In der laufenden Diskussion vermisse ich zudem vollständig ein Nachdenken über Energiesparen, denn der Energiehunger hält unvermittelt an. Ein Ansatz wäre hier u.a. verbindliche Verpflichtungen zur Stromeinsparung beispielsweise bei der nächtlichen Beleuchtung, auch bei Fassaden- und Reklamebeleuchtungen. Darüber hinaus auch bei der Tagesbeleuchtung wie in Einkaufszentren und Geschäfte und natürlich auch in öffentlichen Gebäuden. Hier sind verbindliche Verpflichtungen, etwa durch die Baugesetzgebung, zur Stromeinsparung erforderlich. 8. Fazit: Ein maßvoller Ausbau der Windkraft mit größeren und einheitlichen Mindestabständen sowie eine generelle Senkung des Energieverbrauchs wären zu begrüßen, da so Mensch sowie Flora und Fauna nicht über Gebühr belastet werden. Die jetzigen Überlegungen, deutlich mehr Fläche in Schleswig-Holstein für die Windkraftnutzung vorzuhalten, widersprechen dem deutlich. Warleberg, Gemeinde Neuwittenbek,der 04.09.2024 [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1512	Betreff: Stellungnahme zu den geplanten Potenzialflächen für Windkraft in der Gemeinde Fargau-Pratjau und umliegenden Regionen. Die geplanten Windkraftanlagen in meiner Heimat, der Gemeinde Fargau-Pratjau, sowie	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	in den benachbarten Regionen Schönberg, Stakendorf und Krummbek, stellen eine massive Bedrohung für unsere Lebensgrundlage dar. Als jemand, der auf den Tourismus und die Wertstabilität meiner Immobilie angewiesen ist, sehe ich die geplanten Anlagen als existenzgefährdend an. Der Schattenwurf, die Geräuschbelästigung und die gigantischen Pfeiler dieser Anlagen würden den natürlichen Charme unserer Region zerstören, der für viele Urlauber ein entscheidender Grund ist, ihre Ferien hier zu verbringen.Die Errichtung der Windkraftanlagen würde nicht nur den Tourismus schädigen, sondern auch den Wert meiner Immobilie erheblich mindern. Viele Menschen haben hier in der Region ihre Ersparnisse in Immobilien investiert, um sich ein Zuhause in einer ruhigen, naturnahen Umgebung zu schaffen. Diese Entscheidung beruhte auf der Annahme, dass die Region weiterhin ihren ländlichen Charakter bewahren würde. Die geplanten Windparks würden jedoch nicht nur den Wert dieser Immobilien reduzieren, sondern auch den sozialen Zusammenhalt in unserer Gemeinde bedrohen. Viele junge Familien haben sich bewusst für ein Leben hier entschieden, um ihren Kindern ein ungestörtes Aufwachsen in einer intakten Gemeinschaft zu ermöglichen.Darüber hinaus wären die Potenzialflächen für die Windkraftanlagen auch ein massiver Eingriff in das ökologische Gleichgewicht unserer Region. Zahlreiche Vogelarten, darunter geschützte Arten wie Singschwäne und Graugänse, nutzen diese Flächen als Rast-, Balz- und Brutplätze. Eine Bebauung würde diese wertvollen Lebensräume zerstören.Als betroffener Bürger fordere ich daher die Verantwortlichen auf, die Ausweisung dieser Flächen als Vorranggebiete für Windkraft nochmals gründlich zu überdenken. Unsere Gemeinde sollte weiterhin als attraktiver, naturnaher Tourismusstandort bestehen bleiben, ohne von derartigen Industrieprojekten verschandelt zu werden.	Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 3.15, 7.2.11, 7.2.12, 7.3, 7.1.3 und 4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1511	**<u>Stellungnahme</u>** **<u>zum Thema Windenergie des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein</u>** **Schützenswerte Geotope** Der Landesentwicklungsplan sieht vor, dass durch den Bau von Windkraftanlagen schützenswerte Geotope nicht beeinträchtigt werden sollen. Dieser Schutzgedanke sollte auf die Geotop-Potenzialflächen und die charakteristischen Landschaftsräume	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.9, 1.4, 7.3.7, 7.1.1, 3.18, 4.5, 4.2, 3.17, 4.1 und 4.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erweitert werden. **Abstandsregelung** Der Landesentwicklungsplan sieht vor, dass eine Begrenzung der Höhe von Windkraftanlagen ausgeschlossen ist. Dem widersprechen wir auf's Schärfste. Der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen soll eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern und einem Rotordurchmesser von 150 Metern zugrunde gelegt werden. Windkraftanlagen werden jedoch immer höher, um eine „Windernte“ in den konstanteren und ertragreicheren Höhenwinden zu ermöglichen. Es ist daher nicht abzusehen, was dies für die Anwohner bedeutet. So soll zum Beispiel mit Geldern des Bundesforschungsministeriums in Sachsen der Prototyp einer 380 Meter hohen Windkraftanlage gebaut werden. Vor diesem Hintergrund regen wir die Rückkehr zur 3H-/5H-Regelung an. **Stärkere Gewichtung des Naturschutzes** Der Landesentwicklungsplan beinhaltet ausführliche Regelungen zum Gebiets- und Artenschutz und benennt Gebiete, in denen die Ausweisung von Vorranggebieten für die Windkraftnutzung ausgeschlossen oder abgewogen werden soll. Diese Regelung sollte nicht nur gelten, wenn sich ein Vorranggebiet innerhalb einer schützenswerten Fläche befindet, sondern auch, wenn es an eine oder sogar an mehrere schützenswerte Flächen angrenzt. Was das Gebiet der Gemeinde Grauel betrifft : Die hier von der Landesplanung identifizierte Potenzialfläche befindet sich nicht in einem Ausschlussgebiet. Das Gemeindegebiet befindet sich jedoch in einem Naturpark, gehört zu einem Biotopverbundsystem und zu einer großen Geotop-Potenzialfläche und befindet sich ferner in unmittelbarer Nähe zu einem Naturschutzgebiet, zu Landschaftsschutzgebieten, zu EU-Vogelschutzgebieten, zu Natura 2000 Gebieten und zu FFH-Gebieten. **Aus all diesen Gründen sind wir gegen die Ausweisung einer Fläche für**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergie im Südwesten der Gemeinde Grauel	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1510	Guten Tag, zum Thema Windenergie am Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein möchte ich folgendes anmerken: • Schleswig-Holstein ist mit seinr Lage zwischen den Meeren ein bedeutender Ort für den Vogelzug. Doch Rast- und Brutplätze werden immer weniger. Gerade von einer Regierung mit Grüner Mitwirkung hatte/ hätte ich mir mehr Rücksichtsnahme auf den Umweltschutz gewünscht. Stattdessen wird schon seit Jahren im Namen des Klimaschutzes unsere schöne Landschaft mit Maisäckern für Biogas und mit Windkraft- und Solaranlagen zugepflastert. Damit verlieren die wildlebenden Tiere immer mehr Lebensraum. Jetzt sollen auch Natur- und Landschaftsschutzgebiete nicht mehr von Windkraftanlagen verschont bleiben. Dabei wird der Ökostrom größtenteils gar nicht in Schleswig-Holstein verbraucht. • Nachweise, dass von Windkraftanlagen keine negativen Auswirkungen für die Tierwelt ausgehen, sind bisher ausgeblieben. Dabei sind die meisten im Netz zugänglichen Studien von Energieunternehmen in Auftrag gegeben worden. • Zwar sollen moderne Anlagen feststellen können, ob Vögel vorbeifliegen, und sich dann abschalten. Aber gilt das auch für ziehende Singvögel oder nur für große Greifvögel? • Einzelne Gebiete in Dithmarschen und Nordfriesland nicht weit vom ökologisch bedeutsamen Wattenmeer entfernt, aber auch Gebiete im Innenland sind bereits jetzt mit Windkraftanlagen zugebaut. Dort rasten, wie ich durch langjährige Beobachtung feststellen konnte, keine Gänse und Schwäne mehr. In windenergieanlagenfreien Gebieten klagen die Bauern dagegen zunehmend über die Fraßschäden. Inzwischen wurde sogar erlaubt, rastende Wildgänse zu töten. Diese werden somit indirekt Opfer der grünen Klimapolitik. • Dieser für Vogelfreunde sehr bedauerliche Zustand wird durch die neuen Pläne noch verschlimmert werden. Auf der Karte (Anlage 2) ist deutlich zu erkennen, dass den Zugvögeln nur noch sehr enge Zugkorridore und wenige Rastplätze	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet unter Anderem Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)*, *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes und auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15, 3.17, 4.1, 4.2, 4.9, 4.16, 7.1.1 sowie Ziffern 7.2.1, 7.2.2, 7.2.12, 7.3 und 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	verblieben. • Auch wenn nur 5% der durchfliegenden Insekten durch Windkraftanlagen getötet werden (https://www.lbv.de/naturschutz/standpunkte/insektensterben/insektensterben-und-windkraft/), ist dies angesichts des bedrohlichen Insektensterbens der vergangenen Jahre immer noch zuviel. Durch immer höhere Anlagen wird die Gefahr größer. Zudem geht durch den Bau der Anlagen weiterer Lebensraum verloren. • Besonders gefährdet sind Fledermäuse. Sind deren Lebensräume in die Planungen mit einbezogen? • Die Studie *Mögliche gesundheitliche Effekte von Windenergieanlagen* (https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1968/publikationen/161128_uba_position_windenergiegesundheit.pdf) des Umweltbundesamt von 2016 nennt einen Abstand von 700 m, in dem Infraschall nicht mehr störend wahrgenommen werde. Nach den neuen Richtlinie soll der Abstand zu zu einzeln stehenden Wohn- und Gewerbegebäuden aber nur noch 400 m betragen. Gleichzeitig soll es keine Größenbegrenzung mehr geben, so dass Schattenschlag und das hörbare Rauschen einen weiteren Umkreis betreffen. Das passt irgendwie nicht zusammen. Sind Windkraftanlagen weniger störend geworden oder ist der (schleswig-holsteinische) Mensch weniger schützenswert? • Zu Z 7: Solaranlagen verbrauchen zwar auch Raum, verursachen nicht soviele Todesfälle bei Vögeln, Fledermäusen und Insekten und sind auch weniger störend für das Landschaftsbild. Es ist daher nicht nachvollziehbar, weshalb Windenergieanlagen bevorteilt werden sollen. Zusammenfassend: Es kann nicht im Sinne einer klimafreundlichen Politik sein, natürliche Lebensräume zu zerstören. Natürlich ist die Energiewende notwendig, aber dafür müssten auch andere Wege beschritten werden. So könnte auf die ohnehin nervigen interaktiven Anzeigetafeln verzichtet werden. Mit weniger Nachtbeleuchtung und weniger Streaming ließe sich viel Energie einsparen. Die Politik könnte Vorgaben für die Größe und den Energieverbrauch von Fahrzeugen machen, den Flug- und Kreuzfahrttourismus beschränken. Politiker*innen könnten mit guten Vorbild	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	vorausgehen, weniger herumreisen und ihre übergroßen Büros und Sitzungsräume weniger heizen oder gleich in Wohnungen umbauen lassen. Klimaschutz darf auf Kosten des Umweltschutzes stattfinden!!!! Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2720	[redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, im o.g. Beteiligungsverfahren nehme ich wie folgt Stellung: ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich/gärtnerisch genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Microplastikabrieb der Rotorblätter(PFAS-Ewigkeitschemikalien) ich befürchte eine Kontamination des Grundwassers durch Gefahrstoffe wie Getriebeöl, Kühlflüssigkeit und Hydrauliköl der WKA's die bei einem Unfall ins Erdreich eindringen können ich fordere eine ergebnisoffenen und unabhängige Forschung zum Thema: -Auswirkungen der Windenergie- ich befürchte , dass durch die Nutzung der Windenergie die Temperaturen unnötig ansteigen. Die nächtliche Lufttemperatur als auch die Bodentemperatur und die Luftfeuchtigkeit werden in die Höhe getrieben ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete/Naturflächen nicht zerstört werden, damit unser einzigartiger Naturerholungsraum in Schleswig-Holstein erhalten bleibt. ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.9, 4.2, 3.18, 2.11, 7.3, 7.2.11, 7.2.1, 7.2.3, 7.2.5, 7.2.15 und 7.2.14 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ich befürchte körperliche Beschwerden In meiner unmittelbaren Nähe befinden sich 6 Windkraftanlagen. Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Blinklichter, Infraschall, optische „Erdrückung" muss ich bereits ertragen. Die Menschen leiden! der Wertverlust meiner Immobilien (Alterssicherung) ist real. ich lehne die massive Vernichtung von volkswirtschaftlichem Kapital ab. Die sogenannte deutsche Energiewende ist wirtschaftlich nicht vertretbar. Machen noch mehr Windräder die Stromversorgung sicherer? -NEIN- Die notwendigen Speichermöglichkeiten existieren bis heute nicht! Stromleitungen/Transportwege stehen bis heute nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung! Windkraftanlagen sind unzuverlässige Stromerzeuger, die unsere Energieversorgung gefährden, Stromkosten in die Höhe treiben für Bürger und Industrie sowie unsere Umwelt und Heimat schädigen! Fakt ist: Windindustrieanlagen sind in verschiedener Hinsicht umweltschädlich. Ihre Produktion ist energie- und materialintensiv, sie verbrauchen Flächen, sie verdichten und versiegeln Böden, sie gefährden und verdrängen die Fauna. Dem Klima nützen sie unterm Strich nicht. Ich bitte dringlichst um Berücksichtigung und verbleibe mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1560	Hallo, ich finde es haarsträubend, dass noch so viele Windräder gebaut werden sollen. Die Kontaminierung der Umgebung mit giftigen Abrieben, die Lärmbelästigung usw. Und alles, was dazugehört. Und viele Windräder stehen häufig still, da die Leitung und Speicherung nicht ausreichend ist.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.4, 7.2.5, 7.2.6, 7.2.9, 7.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stillstehende Windräder kosten uns BürgerInnen zusätzlich Geld. Es sollte lieber darüber nachgedacht werden, wie wir Energie sparen können anstatt immer mehr und mehr und mehr zu produzieren. Freundliche Grüße [redacted] Gesendet mit der mobilen Mail App	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1559	Betreff: Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. • Die Vernichtung von Altersvorsorge. Jeder Bürger, jede Bürgerin ist angehalten sich neben der Rente auch noch eine private Altersvorsorge aufzubauen. Die Landesregierung macht diese gerade kaputt. Mit der neuen Abstandsregelung, die einen Mindestabstand von 400m zu Einzelgebäuden im Außenbereich und 800m zu Siedlungsbereichen festschreiben will und zwar für WKAs ohne Höhenbegrenzung und ohne diesen Abstand von der künftigen Höhe der neuen WEAs festzumachen, werden Immobilien in Nähe von einzelnen Windkraftanlagen und in Nähe zu ganzen Windparks insbesondere im Außenbereich nahezu unverkäuflich. (www.hev-winterthur.ch/ratgeber/einfluss-von-windenergieanlagen-auf-immobilienpreise/) [Graph eingefügt] • Wenn Windenergieanlagen in der Nähe zu Liegenschaften betrieben werden liegt die Sichtbarkeit d.h. die Wahrnehmung der Anlage bis 1000m im Bereich von 70 Prozent.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.11, 7.2.12 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Neben der Sichtbarkeit der Windturbinen können auch Immissionen durch Lärm und Schattenwurf die betroffenen Liegenschaften beeinträchtigen. Auch Eiswurf ist relevant. Mehrere internationale Studien belegen, dass diese Immissionen einen Einfluss auf die Immobilienpreise haben und zu Wertminderungen bei Liegenschaften im näheren Umkreis der Windenergieanlage führen. • Neben dem Abstand zur Liegenschaft beeinflussen auch die Höhe, Leistung und Lage der Windturbine das Ausmaß der Wertminderung bei den betroffenen Liegenschaften. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1509	Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein möchten wir uns zur Potentialfläche in der Gemeinde Barlt im Landkreis Dithmarschen äußern. Diese Fläche, die durch die Aufgabe einer Wohnnutzung am Süderhafenweg in Barlt entstehen könnte, wird erheblich durch den festgesetzten Umgebungsbereich von 1.000 Metern um europäische Vogelschutzgebiete eingeschränkt. Diese Festsetzung verhindert die geplante Erweiterung des Windparks Barlt-West, was aus unserer Sicht nicht angemessen ist. Ein für die Planung der Windenergieanlagen in Auftrag gegebenes artenschutzrechtliches Gutachten kommt zu dem eindeutigen Ergebnis, dass die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb der Potentialfläche keine artenschutzrechtlichen Konflikte verursachen würde. Dies zeigt, dass die Festsetzung des 1.000-Meter-Schutzbereichs in diesem Fall keine fachliche Grundlage besitzt, sondern vielmehr die Realisierung eines bedeutenden Windenergievorhabens blockiert. Besonders zu hinterfragen ist der Schutzbereich um den angrenzenden Bundeswehrkoog, der sich im Besitz der Bundeswehr befindet. In diesem Gebiet werden Waffen wie Geschosse, Raketen und Torpedos erprobt, was bereits auf eine außergewöhnliche Nutzung hindeutet. Es erscheint fraglich, ob ein Vogelschutzgebiet in	Die Betrachtung der Umgebungsbereiche um Europäische Vogelschutzgebiete (EU-VSG) erfolgt zweigeteilt und trägt somit den planerischen Entwicklungen über die Zeit (Bestandsanlagen) und den neuen Anforderungen beim Ausbau der Windenergie durch höhere Flächenbeitragswerte (Ausweisung von mehr Flächen unter Berücksichtigung unbelasteter Räume) Rechnung. Grundsätzlich muss aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse davon ausgegangen werden, dass Umgebungsbereiche von 1.000 m um EU-VSG verstärkt von den zu schützenden maßgeblichen Bestandteilen des Natura 2000-Gebiets, also bestimmten Vogelarten, genutzt werden. Damit zählen diese Bereiche zu den sensiblen Gebieten, in denen keine Ausweisung von Vorranggebieten erfolgen sollte. Weiterhin wird durch den die Freihaltung des 1000m-Umgebungsbereiches vermieden, dass die Störwirkung von WEA in die Schutzgebiete hinein wirken und zu einer erheblichen Beeinträchtigung des jeweiligen Gebietes führen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	einem militärisch genutzten Gebiet tatsächlich den gleichen strengen Schutzbedarf haben sollte wie in anderen Bereichen. Zudem ist festzustellen, dass bestehende Windparks in Friedrichskoog aus dem 1.000-Meter-Schutzbereich um das Vogelschutzgebiet ausgespart wurden. Diese Ausnahme zeigt, dass es möglich ist, pragmatische Lösungen zu finden, bei denen Windenergieprojekte auch in der Nähe von Vogelschutzgebieten realisiert werden können. Die dortige Ausnahmebestimmung erlaubt sogar den Neubau von Windenergieanlagen nach dem Ende der Betriebszeit der bestehenden Anlagen. Diese Praxis belegt, dass die Festsetzung des Schutzbereichs um das Vogelschutzgebiet offenbar flexibel gehandhabt wird und nicht zwingend zu pauschalen Ausschlüssen führen muss. Daher plädieren wir für eine Überprüfung der festgelegten Schutzgebietsgrenzen im Bereich der Potentialfläche Barlt. Die geplante Erweiterung des Windparks Barlt-West stellt eine wichtige Maßnahme zur Förderung der Windenergie in Schleswig-Holstein dar und sollte nicht durch unverhältnismäßige Einschränkungen behindert werden. Angesichts der vorliegenden artenschutzrechtlichen Gutachten und der Ausnahmeregelungen in vergleichbaren Gebieten fordern wir eine sachgerechte Anpassung der Schutzgebietsgrenzen, um die Nutzung dieser wichtigen Potentialfläche zu ermöglichen.	Eine generelle Freihaltung der Umgebungsbereiche ergibt sich zudem aus der Annahme, dass durch die Ausweisung von mehr Fläche für Windenergie zur Erfüllung der höheren Beitragswerte gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz die Natur insgesamt stärker belastet wird. Größere unbelastete Flächen und Gebiete mit einer besonderen Bedeutung für den Naturschutz erhalten so eine höhere Relevanz. An Standorten, wo bereits Anlagen bestehen und die nicht von weiteren Zielen überlagert werden, werden „berechtigte Interessen der Altanlagenbetreiber und der Öffentlichkeit an der Weiternutzung der vorhandenen Infrastruktur“ in die Überlegung miteingestellt. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Freihaltung bisher unbelasteter Räume Vorrang hat – oder umgekehrt, belastete Räume im Zweifelsfall bestehen bleiben sollten, um einen umweltverträglichen Ausbau der Windenergie gemäß § 1 EEG gewährleisten zu können.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1557	Sehr geehrte Damen und Herren, Als Bürgermeister der Gemeinde Bühnsdorf möchte ich eine Stellungnahme zum LEP-Windenergie an Land - abgeben. 1. Bühnsdorf ist mit einer Teilfläche an der Potenzialfläche PR3-SEG-042 beteiligt. Die Gemeindevertretung verfolgt mit besonderem Interesse eine Aufnahme der Potenzialfläche zu einer Vorrangfläche nördlich und südlich der L84,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	um für die Gemeinde die Realisierung von Windkraftanlagen zu ermöglichen. 2. Eine Einwohnerversammlung hat sich mit diesem Thema befaßt und die Einwohner haben sich einstimmig für den Ausbau vom WKA im Gemeidegebiet ausgesprochen. 3. Die Eigentümer der ensprechenden Flächen stehen dem Vorhaben ebenfalls positiv gegenüber. 4. Anforderungen des Artenschutzes laßen sich mit modernen Erkennungseinrichtungen beantworten. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2866	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Naturschutzgebiete dürfen nicht zerstört werden	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2, 7.3.1, 7.2.9, 7.3.6, 7.1.7, 7.2.13, 7.2.5 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Naherholungsgebiete im ländlichen Raum sind mehr als wichtig • Belästigung durch Lärm ist auch unter 45 db gesundheitsgefährdend und somit zu vermeiden -> Nachtabschaltung! • Abrieb an Rotorblättern gefährdet meine Gesundheit da Mikropartikel eingeatmet werden • Ich empfinde die großen Anlagen über 200m als erdrückend (Abstand min. 5 H) • Direkten Anwohnern müssen mehr Rechte eingeräumt werden • Flugrouten der Luftrettung müssen frei bleiben! • Keine Genehmigung von WEA solange Rotorblätter nicht recyclet werden können • Keine Genehmigung von WEA solange das Stromnetz nicht ausreichend ausgebildet ist • Großvogelarten wie Rotmilan, Seeadler, Uhu, Singschwäne sind nach derzeit gültigen Gesetzen nicht ausreichend geschützt – Anpassung dringend nötig! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Institution: Gemeinde Ellerau, Bürgermeister ID: M1554	Betr: Stellungnahme zu Windpotenzialflächen, hier: zwischen Ellerau, Alveslohe und Bilsen Sehr geehrte Damen und Herren, der Ellerauer Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat in seiner Sitzung am 21. August 2024 über den Landesentwicklungsplan (LEP) beraten und beschlossen, dass die Gemeinde Ellerau keine Einwände gegen die ausgewiesene Potenzialfläche zwischen Ellerau im Süden, Alveslohe im Norden und Bilsen im Westen hat. Gleichzeitig würden wir es begrüßen, wenn diese Fläche weiterhin als Potenzialfläche vorgesehen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wird. Bisherige Rückmeldungen aus der Bevölkerung stimmen dieser Meinung ausnahmslos zu. Gemeinsam mit den Bürgermeistern der Gemeinde Alveslohe, [redacted], und dem Bürgermeister aus Bilsen, [redacted], habe ich mich zu diesem Thema ausgetauscht und alle drei Gemeinden haben keine Einwände und würden die weitere Ausweisung als Potenzialfläche befürworten. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bürgermeister Gemeinde Ellerau [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1508	Sehr geehrte Damen und Herren Mit der Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum 1 zum Thema Windenergie an Land vom 31.12.2020 wurden Vorranggebiete mit Ausschlusswirkung für die Windenergie ausgewiesen. Die Potentialfläche PR1_SLF_073 wurde nicht als Vorranggebiet übernommen Mit der Änderung des §245e des Baugesetzbuches hat der Bundesgesetzgeber den Kommunen die Möglichkeit eingeräumt, Windenergiegebiete auch außerhalb von Vorranggebieten mittels eines Zielabweichungsverfahren zu planen. Parallel strebt die Landesregierung an, mit der aktuell in Aufstellung befindlichen Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes und der Regionalpläne jeweils beschränkt auf das Sachthema Windenergie, diese Planungen mit der Gemeindeöffnungsklausel nach §245e BauGB in Einklang zu bringen Vor diesem Hintergrund plant die Gemeinde zusammen mit den Landeigentümern und den Bürgern frühzeitig, die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der o.g. Potentialfläche zu schaffen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Bereich des geplanten Windparks liegt im Gebiet der Gemeinde Struxdorf und ist planungsrechtlich im Flächennutzungsplan als Flächen für die Landwirtschaft dargestellt. Einen Bebauungsplan gibt es in dem Bereich nicht. Wir und die Gemeinde Struxdorf beschäftigen uns seit längerer Zeit mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Bereits zum 1. Entwurf des jetzigen Regionalplanes hat die Gemeinde Struxdorf im Jahr 2017 eine Stellungnahme zur damaligen Potentialfläche abgegeben und sich bereits eindeutig zum Windpark positioniert. Im 2. Entwurf wurde die Potentialfläche vergrößert dargestellt. Unabhängig vom seinerzeitigen Verfahrensstand und der Aussicht auf Übernahme der Fläche in den Regionalplan sind wir zusammen mit der Gemeinde und den Bürgern in die konkrete Planung eingestiegen. Mit der aktuellen Entwicklung zum Ausbau der erneuerbaren Energie und der damit verbundenen zusätzlichen Ausweisung von Windenergieflächen haben wir die Planung wiederaufgenommen. Die Gemeinde als auch die Bürger wurden in einer sehr gut besuchten Informationsveranstaltung frühzeitig über die Planung informiert. Die Resonanz der Bürger und auch der Gemeinde zeigt deutlich und uneingeschränkt die Akzeptanz und Unterstützung bei der Realisierung des Vorhabens Bürgerwindpark Arup-Boholz Wind. Mit freundlichen Grüssen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1553	Stellungnahme Landesentwicklungsplan „Windkraft an Land“ Hier: Windkraftanlage Brodersdorf Sehr geehrte Dämen und Herren, ich nehme Bezug auf die Planung der Windkraftanlage in Brodersdorf und bin über dieses Vorhabe zutiefst erschüttert. [redacted] wäre ich direkt betroffen und möchte hier einige Punkte darstellen, die einer Anpassung bedürfen und hoffe, dass diese Berücksichtigung finden werden.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hier nun möchte ich Anmerkungen und Wünsche einbringen, die auch die betroffenen Bürger von Brodersdorf teilen. Natur Auf die Landschaftschutzgebiete wird bedauerlicherweise keine Rücksicht mehr genommen und der Stellenwert deutlich reduziert. Brodersdorf und die umliegenden Orte sind Naherholungsgebiete und die Hagener Au ist ein Flora-Fauna-Habitat, FFH Sind Lebensräume von Tieren und Pflanzen, die nach EU-Recht geschützt sind. Möglicherweise leben an der Hagener Au Fischotter, die als potentiell gefährdet gelten. Der Seeadler hat an der Hagener Au sein Horst. Auch der Rotmilan hat dort sein zu Hause. Für diese besteht die Gefahr in die Rotorblätter zu geraten, da die Mindestabstände zwischen Windkraftanlagen und Horsten van Großvögeln verringert wurden. Auch leben dort weitere heimische Tiere wie Hase, Rehwild, Wildschweine und viele mehr. Schutzbedürftige Tiere die von den menschlichen Machenschaften und Fürsorge abhängig sind. Meines Erachtens ist es verantwortungslos, die Tiere und die Natur in eine derartige Gefahr zu bringen. Auch befinden sich hier Ruhezonen für Singschwäne und Gänse und ein großes Vorkommen von Groß- und Kleinlibellen, Große Kormoranschwärme überfliegen dieses Gebiet auf dem Weg zur Ostsee. Während der Bauphase müssen für den Transport von Material sowie der WKA Baustraßen geschaffen werden. Dazu ist Abholzung von Knicks erforderlich. Nach Ende der Lebensdauer der WKA (ca, 25 Jahre) wären die Neupflanzungen erneut gefährdet. Tourismus und Denkmalschutz Im Landesentwicklungsplan S-H ist in der Fortschreibung das Mündungsgebiet der Hagener Au als Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung gekennzeichnet. Die in Stein und Neu-Stein befindlichen Campingplätze müssen mit einer enormen Lärmbelästigung rechnen, zumal ein Wohnwagen über keine Geräuschdämmung verfügt. Die Windkraftanlagen würden das Landschaftsbild bestimmen und das deutschlandweit bekannte „Ehrenmal Laboe” unbedeutend und klein erscheinen lassen.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Stromnetz In Schleswig-Holstein herrscht derzeit eine Überproduktion von Strom aus erneuerbaren Energien (PV und Windkraft). S-H erzeugt etwa 170 % der selbst verbrauchten Strommenge und könnte damit z.B. Hamburg komplett versorgen. Bei der WKA Brodersdorf ist bislang kein Speicher geplant. Die Berechnungen der gemeindlichen Einnahmen sowie der Rendite für die Investoren müsste auf stillstehende WKA angepasst werden, Abstandsflächen In den Gemeinden Brodersdorf und auch Stein sind WKA in einer Höhe von 250 m geplant. In den nächsten Jahren wird mit einer Entwicklung von 320 m gerechnet!! Im Gegensatz dazu beträgt die Höhe der WKA in Brodersdorf/Laboe 85 m. Es müssen doch selbstverständlich bei einer so enormen Entwicklung auch die Mindestabstände vergrößert werden. Sie gehen von einer Gesamthöhe von 200 m aus. Dieses ist meines Erachtens bereits überholt und entspricht nicht den Tatsachen. Zulässig sind in reinen Wohngebieten nachts 35 bB(A) zulässig und in Kleinsiedlungenbereichen 40 dB(A). Meines Wissens werden die Messwerte deutlich überschritten. Ein größerer Abstand (1500 m bzw. 950 m) ist zwingend erforderlich. Vor ein paar Tagen habe ich mir den Windpark Gross Buchwald angesehen und mit Anwohner gesprochen, die den deutlichen Lärm auch in einer Entfernung von über 1000 m bestätigen. Von der furchtbaren Optik dieser riesigen Anlagen ganz zu schweigen. In Brodersdarf und Stein können solche Abstände. nicht ansatzweise eingehalten werden. Da der Wind hauptsächlich aus Westen kommt, verstärkt sich die Lärmbelastung erheblich, auch ist der Schattenwurf dieser Anlagen erheblich größer und länger. Fehlende Flächen im Kreis Plön Potentialflächen sind im Kreis Plön nicht ausgewiesen und WKA dürfen nicht in Landschaftschutzgebieten und auch nicht in einem 5 km breiten Streifen von der Ostseeküste errichtet werden. Es gibt ausgewiesenen Flächen bei denen die Abstände zum Teil viel leichter	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	eingehalten werden können als in Brodersdorf oder Stein. Material der Windkraftanlage Die Rotorblätter bestehen aus Kunststofffasern, Harzen, Kunststoffen und Glasfasern. Die Rotorblätter werden nicht recycelt. Sie werden zerschreddert und auf Deponien entsorgt und es werden Fasern mit asbestähnlicher Struktur freigesetzt. Zur Herstellung wird die Ewigkeitschemikalie PFAS (Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) verwendet. Diese Mikroplastik bleibt 3200 Jahre in der Atmosphäre und gilt als krebserregend. Wirtschaft: Es ist mit einer Wertminderung der benachbarten Immobilien zu rechnen, je nach Entfernung und Menge der Störfaktoren, stärker oder schwächer, Laut RWI= Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, 2007-2015: Die Angebotspreise von knapp drei Millionen Verkaufsangeboten in Deutschland auf dem Online-Portal Immoscout24 wurden ausgewertet. Einfamilienhäuser verlieren durchschnittlich 7,1 % an Wert, wenn ein Abstand von bis zu einem Kilometer davon Windenergieanlagen errichtet werden. Am stärksten betroffen sind alte Häuser in ländlichen Gebieten. Hier kann der Wertverlust 30 % betragen bis hin zur Unverkäuflichkeit.. Gesundheit: Der Infraschall ist gesundheitsgefährdend für Mensch und Tier.Die natürlichen Verhaltensmuster der Tiere, die hier im Landschaftschutzgebiet leben, verändern sich, bei den Menschen hier besteht eine Einschränkung der Lebensqualität. Folgen der Lichtreflexionen sind Orientierungslosigkeit der Tiere und psychische Belastungen bei uns Menschen. Die Auswirkungen auf unseren Körper durch den täglichen Betrieb der Anlage sind wissenschaftlich belegt. Ich hoffe, dass Sie meine Sorgen sowie meine Anmerkungen nachvollziehen können und dass der Erhalt und die Fürsorgepflicht für Tiere und Natur, auch für unsere zukünftigen Generationen, im Vordergrund stehen und wir uns dieser Verpflichtung und Verantwortung bewusst sind. Brodersdorf und Stein sind keine Potentialflächen und ich bitte Sie, diese Flächen aus	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	den möglichen Standorten herauszunehmen., Für Ihr Verständnis und Ihre Zeit danke ich Ihnen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2278	**Betreff: Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung** **„Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein –** **Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024** Mit Entsetzen habe ich heute bei einer Veranstaltung erfahren, was der Entwurf 2024 vorsieht; was Sie so vor haben. Zum Einen verkaufen wir überschüssigen Strom an andere Länder und zahlen noch oben drauf, damit die ihn abnehmen. Wir, der Staat subventionieren - w i r B ü r g e r zahlen! Weil wir zuviel produzieren und keiner den Strom zu der Zeit braucht. Die Gemeinde und dessen Einwohner werden in keiner Form beteiligt indem diese Bürger; Gemeinden z.B. günstigeren Strom erhalten. Im Gegenteil, wir zahlen die ganze Zeche in Form von "Leitungsgebühren". Auch die anderen Bundesländer lachen sich schlapp über uns Norddeutsche. Und zum Anderen möchten Sie immer noch mehr von diesen Windenergiemonstern in die Region stellen. Herr Lindner schafft die EEG Förderung für PV-Anlagen zum 1.1.25 ab und PV private Anbieter mit überschüssigem Eigenbedarf müssen bei negativem Kurs noch Strafe zahlen. Alles nur, damit Geld weiterhin die Welt regiert- Sie sind so korrupt, wie in vielen Staaten, die auch ihr Volk ausnehmen. Möchte gern einmal wissen, wie viele Politiker in der Nähe von Windkraftanlagen wohnen! Das unsere Immobilie enorm an Wert verloren hat, weil so ein Monster hier steht, ist ihnen egal! Das wir unter den Windkraftflügeln leiden; Sonne, Schatten, Sonne, Schatten,Sonne ... ist ihnen doch auch völlig egal! Zudem habe ich erfahren, dass so eine Anlage durchaus bis zu 140 kg krankmachende Glasfasern und anderes verliert, welche vermutlich schon in unserem Garten liegen. Krank machende Stoffe, die keiner einatmen sollte. Hierfür mache ich Sie schon heute als Behörde verantwortlich. Sollten Krankheiten dementsprechend auftreten, sehe ich Sie als Ministerium in der Verantwortung!! Die Entsorgung in Deutschland ist sogar	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 7.2.9, 7.2.11 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	verboten! Machen Sie es wie immer? Loch graben, Flügel rein und Erde rauf, vergessen?? Wer entschädigt uns??? Nun sollen die Dinger noch dichter ans Haus; und noch höher. Sorry, sind Sie krank? Müssen wir Sie einweisen lassen??? --- Ihr Herr Harbeck hat in der Energiekrise meine [redacted] jährige Mutter mit 1007,-€ Rente mit Hilfe von EON (Gaspreis pro Monat 790,-€, Strom 185,-€) mehr oder weniger Zwangsenteignet. Wir musten das Haus verkaufen. Ich habe ihm angedroht sich nicht in meiner Nähe aufzuhalten. Das wird auch so bleiben! Ich hab von dem [redacted] nicht einmal eine Meldung /Mittteilung erhalten. [redacted] Ich freue mich schon auf die nächste Wahl. Da kann ich mein Kreuz dort machen, wo es hin gehört. Einen korupten Kanzler mit Gedächnisproblemen, einen Finanzminister, der sogar die E-Autofahrer verarscht und mittendrin den Investitionszuschuss streicht brauchen wir nicht. Und Sie Herrn Harback, Betrüger am deutschen Volk, schon gar nicht!! Sie brauchen meine IP Adresse nicht scannen, Sie brauchen meine Adresse nicht erst lange raus suchen.# Meine Daten: [redacted] Im Gegensatz zu ihren korupten Politiktern habe ich nichts zu verbergen. DEUTSCHLAND WACHT AUF PS: Schicken Sie mir bitte nicht den Harbeck! [redacted] Weil mein Versprechen gilt! mit freundlichem Gruß [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1507	4.5.1 Windenergie an Land Ziele und Grundsätze der Raumordnung Vielleicht sollte der Bundesgesetzgeber den unter B 7 erwähnten para 2 EEG dahingehend ändern, dass der Solarenergie auf privaten und öffentlichen Gebäuden/Dächern entsprechend dem Grundsatz den Flächenverbrauch auf das notwendige Maß, sowie Umfang zum Erreichen des nationalen, sowie internationalen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich unter Anderem auf die Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz), 4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* und *4.5.1.4 (Boden und Wasser)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Energiebedarfs zu reduzieren, Vorrang in der Planung gewährt wird und dass dazu auch eine Pacht der Dachflächen durch den Energiebetreiber mit einer jährlichen Ausgleichszahlung an den Eigentümer, sowie die öffentlichen Stellen, ebenso, wie eine Reduzierung des Strompreises für die Verbraucher möglich wird. 4.5.1.1 Siedlungsstruktur etc. Zum Schutz der Bevölkerung, der Natur- und Landschaft, als aber auch der Erholung, sowie des Tourismus sollten die Abstände der WEA zu 4.5.1.1 Siedlungstruktur 1 Z Umgebungsbereich um Siedlungsbereich mit Wohn-/Erholungsfunktion von 800 m und 2 Z Einzelhäuser von 400 m, zu 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz 1 Z EU-VSG und Umgebungsbereich von 1000m, 2 Z NSG und Umgebungsbereich von 100m, 3 Z FFH-Gebiete und Umgebungsbereich von 100m, 5 Z gesetzlich geschützte Biotope und Umgebungsbereich von 0m, 6 Z Wälder und Umgebungsbereich von 30m bzw. 100m, 7 Z Dichtezentren von Seeadlern und Umgebungsbereich von 0m, 10 Z International bedeutsame Nahrungsgebiete, Schlafplätze und Flugkorridore von Zwergschwänen und Umgebungsbereich von 0m, 14 G Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU - VSG und Umgebungsbereich von 0m, 15 Z Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung G Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung und Umgebungsbereich von 0m, 16 Z Wiesenvogelbrutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten G Wiesenvogelbrutgebiete mit hohen Siedlungsdichten und Umgebungsbereich von 0m auf mindestens 1,5 km alleine schon aufgrund der nicht zu vernachlässigenden Unfall-/Brand-/Kollisionsgefahr der Anlagen, aber auch des Lärms, des Abriebs, der Störung durch Wartung, sowie Beeinträchtigung des Landschaftsbildes erweitert werden. Anlagen sollten, wie in Finnland, mit automatisierten Abschalteinrichtungen bei Annährung bedrohter Vogelarten, insbesondere in der Nähe zu den überregionalen Hauptachsen des Vogelzug von besonderer Bedeutung und Bedeutung, etc. auf Kosten des Windkraftbetreibers ausgestattet werden. 4.5.1.4 Boden und Gewässer Der Abrieb von den Anlagen, sowie dessen Eintrag in Boden und Gewässer als Mikroplastik sollte weiter mit dem Ziel der Entwicklung von schadstoffreduzierenden Lösungen erforscht und anschließend an den WEA und deren Umgebungsbereichen auch angewendet werden, ebenso, wie das Recycling, aber auch der	Ziffern 2.3, 2.5, 3.15, 4.1, 4.2, 4.3, 4.5, 4.7, 4.8, 4.11, 4.15, 4.16, 4.19, 5.10 sowie auf die Ziffern 7.2.2, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.10, 7.2.12 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gesundheitsschädigenden Infraschall der Anlagen. Es sollte noch ein ausreichendes Potential für zukünftige Ökokonten- und Kompensationsflächen, einschließlich von Flächen, die der Umwandlung in ökologische/extensive Landwirtschaft, der Erholung, sowie des Tourismus dienen, berücksichtigt werden, so dass auch wirklich nur der Bedarf an Flächen als Vorrangflächen ausgewiesen und auch genehmigt wird, der zum Erreichen des Flächenbeitragwertes nach WindBG notwendig ist und alle darüber hinausgehenden sonstigen Beantragungen durch die Gemeinden zu Gunsten anderer Nutzungsfunktionen, insbesondere aber zum Schutz der Bevölkerung, der Natur- und Landschaft, der Kultur und sonstiger Sachgüter, sowie für die Entscheidungsfreiheit nachfolgender Generationen nach Art. 20a des GG hinten an gestellt werden, d.h. Bestrebungen der Gemeinden zur wirtschaftlichen Gewinnmaximierung durch die Erzeugung von Strom über die Vorrangflächen hinaus sollten vom Staat zum Schutz unserer Umwelt nicht unbedingt gefördert werden.	
Gruppe ID: G1506 Anzahl: 3 (IDs: 1503, 1505, 1506)	4.5.1.2. u.a. Tourismus 11G Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung 12G Regionale Grünzüge Das Dosenmoor ist ein Naherholungsgebiet für die EinwohnerInnen Neumünsters und des Amtes Bordesholm. Für den aufstrebenden Naturtourismus ist es das Highlight. Es bietet die Möglichkeit Flora und Fauna einer für Norddeutschland typischen Landschaftsform im Wandel der Jahreszeiten zu erleben. Nach der Renaturierung eines früheren Torfabbaugebietes haben sich viele Tier- und Pflanzenarten wieder angesiedelt. Durch die Umzingelung von vier möglichen Gebieten für Windkraft wird es in seinem Bestand und Weiterentwicklung behindert und entwertet. Die bereits bestehenden Windparks bei Loop und Schönbek können erweitert werden. Möglich sind auch Windparks auf den Potentialflächen bei Bordesholm, Wattenbek sowie bei Negenharrie. Besonders kritisch zu beurteilen ist ein schmales Potentialgebiet zwischen dem Staatsforst Neumünster Wattenbek und Bordesholm im Westen sowie dem Gebiet Staatsforst Neumünster Fiefharrie – Hös im Osten. Das Dosenmoor muss in seinem Fortbestand und seiner Entwicklung gesichert werden	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 3.15, 3.16, 5.9, 4.3, 4.7, 4.13, 4.14, 4.18, 4.20 und 4.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und nicht durch vier Windparks bedroht werden. Es braucht ausreichende Pufferzonen. 4.5.1.3. Gebiets- und Artenschutz 3Z Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche 6Z Wälder und Umgebungsbereiche 12Z Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten 13G Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche 16Z Wiesenvogel-Brutgebiete mit hohen Siedlungsdichten 17G Brutplätze windkraftsensibler Großvögel G Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, Kleinbiotope Die oben aufgeführten Unterpunkte der Kapitel 4.5.1.2. und 4.5.1.3. treffen alle auf das FFH-Gebiet Dosenmoor zu. Es ist möglich, dass dieses besonders zu schützende Moor von vier Windparks umzingelt werden wird. Die bereits bestehenden Windparks bei Loop und Schönbek können erweitert werden. Möglich sind auch Windparks auf den Potentialflächen bei Bordesholm, Wattenbek sowie bei Negenharrie. **Besonders kritisch zu beurteilen ist ein schmales Potentialgebiet zwischen dem Staatsforst Neumünster Wattenbek und Bordesholm im Westen sowie dem Gebiet Staatsforst Neumünster Fiefharrie – Hös im Osten. Das Gebiet ist Einflugschneise für windkraftsensible Großvögel. Schon 2011 hat die Umweltbehörde Neumünster dieses Gebiet als völlig ungeeignet für Windkraft bezeichnet. Dieses Gebiet darf kein Potentialgebiet für Windkraft sein und muss aus den Karten entfernt werden. Das FFH-Gebiet Dosenmoor unterliegt dem Verschlechterungsverbot! Der Europäische Gerichtshof weist in seinen Urteilen auf die laufende Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zum Schutz der FFH-Gebiete hin.** Das Dosenmoor ist Schlafgewässer für Kraniche, deshalb ist ein Abstand von 3 km zu Potentialgebieten für Windparks einzuhalten! (s. Vorranggebiete bei Wattenbek und Negenharrie)	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Das Dosenmoor und die Einflugschneise sind Schwerpunkträume des Biotopverbundes. Im Herbst dient es als Sammelplatz für etwa 200 Kraniche. Es werden Wiesenvögel wie Bekassine, Brachvogel, Kiebitz und andere beobachtet. Durch Vernässung des Moores wird der Klimaschutz vorangetrieben. Das Dosenmoor dient als Jagdrevier für sieben Fledermausarten, Rotmilan, Seeadler, Uhu, Kolkrabe u.a. (NaBu 2016 Managementplan für das Dosenmoor). Das Dosenmoor muss in seinem Fortbestand und seiner Entwicklung gesichert werden und nicht durch vier Windparks bedroht werden. Es braucht ausreichende Pufferzonen. Nördlich des Dosenmoores und südlich von Bordesholm befindet sich derzeit noch der einzige unverbaute Bereich/Schneise, die eine großräumige Vernetzung von Wildtieren und anderen wandernden Tierarten ermöglicht. Dabei handelt es sich um einen Wanderkorridor zwischen A7 und A21. Da bereits durch den großen Solarpark südlich von Bordesholm eine Beeinträchtigung entstanden ist, würde ein zusätzlicher Windpark eine Raumvermeidung auslösen und damit den einzig unverbauten Bereich zunichte machen und Lebensräume trennen, was einen negativen Einfluss auf den Populationsaustausch hat.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1504	Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein möchten wir uns zur Potentialfläche in der Gemeinde Kuden im Landkreis Dithmarschen äußern. Die Potentialfläche PR3_DIT_018 wird im westlichen Bereich erheblich durch einen festgesetzten Umgebungsbereich von 850 Metern um die Platzrunde des Flugplatzes Hopen eingeschränkt. Diese Einschränkung wirkt sich negativ auf die von uns geplante Nutzung der Fläche für Windenergie aus, insbesondere auf den westlichen Bereich der Potentialfläche in der Gemeinde Kuden. Wir halten die Freihaltung eines Umgebungsbereichs von 850 Metern für überzogen, insbesondere in Anbetracht der rechtlichen und fachlichen Grundlagen, die die Verhältnismäßigkeit solcher Abstände infrage stellen. In ähnlichen Fällen wurde auf die Richtlinien des Bundesverkehrsministeriums hingewiesen, die in der NfL I 92/13 Abstände von 400 bzw. 850 Metern zu Platzrunden definieren. Diese Richtlinien sind jedoch keine verbindlichen Bauvorschriften, sondern als Soll-Vorgaben zu verstehen, die	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Innerhalb der Platzrunden erfolgt eine Beurteilung über die Gefährdungslage im Einzelfall durch die zuständigen Behörden. Dieser Aspekt wird auch in der Entscheidung des OVG Münster herausgestellt. Die Landesluftfahrtbehörde hat alle im Land festgesetzten Platzrunden einschließlich der erforderlichen Mindestabstände ziviler Flugplätze im Einzelfall geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung konnten keine Bereiche identifiziert werden, innerhalb derer eine Zustimmung in Aussicht gestellt werden würde. Insofern steht die Entscheidung des OVG Münster der Festlegung eines Ziels der Raumordnung hier nicht entgegen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	im Einzelfall überprüft werden müssen. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat in einer richtungsweisenden Entscheidung vom 01.03.2018 klargestellt, dass Windenergieanlagen auch dann luftverkehrsrechtlich zulässig sein können, wenn sie die Abstände zur Platzrunde gemäß NfL I 92/13 unterschreiten. Das Gericht betont, dass diese Abstände nicht als generalisierende Bauverbote verstanden werden dürfen, sondern lediglich Richtlinien darstellen, die im Einzelfall abgewogen werden müssen. Verbindlich ist lediglich der Mindestabstand von 150 Metern gemäß SERA.5005 für alle Flugphasen. Zudem zeigt die gerichtliche Entscheidung, dass weitergehende Abstandsforderungen nicht durch wissenschaftliche Untersuchungen hinreichend begründet sind. Die oft zitierten Studien zur Nachlaufturbulenz, wie die der FH Aachen, weisen wissenschaftliche Mängel auf und sind allenfalls für Hängegleiter bei sehr geringen Abständen relevant. Liegen Windenergieanlagen hingegen mindestens zwei Rotordurchmesser von der Platzrunde entfernt, besteht nach Auffassung des OVG Münster keine nennenswerte Gefahr für die Flugsicherheit. Vor diesem Hintergrund sehen wir die festgesetzten Abstände zum Flugplatz Hopen als unangemessen an und plädieren dafür, diese Abstandsregelungen im Hinblick auf die Windenergieplanung in Kuden zu überprüfen. Die generelle Anwendung der 850-Meter-Regel auf Windenergieprojekte scheint in diesem Fall nicht gerechtfertigt und verhindert eine sinnvolle Nutzung der Potentialfläche zur Förderung erneuerbarer Energien. Wir bitten daher um eine Einzelfallprüfung und Anpassung der Abstände, um die Errichtung von Windenergieanlagen auf der Potentialfläche in Kuden zu ermöglichen, ohne die Flugsicherheit zu gefährden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2814	**Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Erster Entwurf Juni 2024** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit erhebliche Bedenken und Einwände gegen den o.g. Entwurf sowie die dazugehörigen Anlagen und Begleitschreiben äußern. Die folgenden Punkte möchte ich dies bezüglich anführen:	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 2.1 bis 2.5, 3.15, 3.17, 3.18, 7.1.3, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.12, 7.3.7 und 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wenn die Landesregierung laut Koalitionsvertrag immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick behalten will, dann müssen die im Folgenden aufgeführten Bedenken und Aspekte zwingend bei den Planungen als Ziele und Grundsätze berücksichtigt werden: Das Thema Havarien und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) findet in den neuen Grundsätzen und Zielen keine Berücksichtigung. Dabei steigen mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachtenableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (z.B. Veenker, 2020). Als Ziel und Grundsatz muss gelten, dass der Abstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920m eingehalten wird. Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel, nach einem Brandereignis mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. Für Havarien bzw. Brandereignisse müssen Haftung und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab festgelegt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich Wohnenden geringer bewertet als die der im Siedlungsbereich Wohnende und damit die Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m begründet. Die Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe anzusetzen. Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse. Die o.g. Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. Wenn der Landesregierung Landschaftsschutzgebiete, insbesondere Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. Ich befürchte durch die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände für mich und meine Familie massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit meines Lebens- und Erholungswertes. Dass die Landesregierung über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinausgehend auch noch höhere Ertragsziele festlegen will, führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus – einem bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2920	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Die Abstandsregelungen zu allen Behausungen müssen den Größen u. Höhen angepasst werden. Neue Anlagen erst gebaut werden wenn Netze und Speicher die Erzeugten Mengen auch verwerten bzw. transportieren können, kein Abregeln mehr nötig ist, ich bezahle keinen "Phantomstrom". Außerdem müssen Naturschutzgebiete geschützt werden, ebenso Vogelarten, die schon geschützt wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3.7, 7.2.3, 7.2.5, 4.2 und 4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Institution: Amt Achterwehr, Bauverwaltungs- und Ordnungsamt ID: 1502	Die Gemeinde **Quarnbek** nimmt wie folgt zum o.a. Entwurf Stellung: **Die Gemeinde erhebt erhebliche Bedenken gegen die Inhalte des vorgelegten Entwurfs und schlägt die nachstehend ersichtlichen und begründeten Änderungen vor:** Gemäß Hintergrundinformationen zum „Entwurf des neuen LEP Windenergie“ sind die *„…voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, auf Flächen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie auf die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern“* betrachtet worden (siehe Seite 6 „Umweltprüfung“ in: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/energie/windenergie-raeumlichesteuerung/Downloads/240611_Hintergrundinformationen.pdf?__blob=publicationFile&v=9). Allerdings findet u.a. das Thema Havarien und Brände von Windkraftanlagen (WKA) in den neuen Grundsätzen und Zielen gar keine Berücksichtigung. Dabei steigt mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern der Anlagen die Gefahr von Havarien und Bränden. Die sich aus entsprechenden Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabstände zu Schutzgütern (wie Wohnhäuser) sind daher neben weiteren, im Folgenden aufgeführten Aspekten zwingend zu berücksichtigen:1. Als Ziel und Grundsatz muss gelten, dass der Mindestabstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe immer konform mit dem BImschG (Bundesimmissionsschutzgesetz) erteilt werden kann. In jedem Fall muss der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920 m betragen (vgl. Veenker Gutachten (2020), Anlage A25: Abstand 995m abzgl. mindestens 75m Rotorblattlänge der Referenzanlage (Rotor-In) – vgl. https://www.veenkergmbh.de/wp-content/uploads/2021/04/Ga_A_R09_s.pdf). 2. Es muss in den Grundsätzen die bisherige 3H-/5H-Regelung für den Abstand	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen. Zu den Punkten 1., 2. und 3. wird auf die allgemeine Synopse, Punkte 2.3.2, 7.3.7 und 7.2.9, verwiesen. Zu Punkt 4. Diese Forderungen können nicht auf Ebene der Raumordnung festgelegt werden. Zu Punkt 5. Mit dem in Kapitel 4.5.1.3 festgelegten Ziel 1 besteht bereits ein hinreichender Umgebungsschutz um Vogelschutzgebiete. Ein darüber hinaus pauschaler Ausschluss wird für nicht erforderlich gehalten. Zu Punkt 6. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 4.20.1, wird verwiesen. Zu Punkt 7. Gesetzlicher Auftrag ist, einen bestimmten Anteil der Landesfläche in Form von Windenergiegebieten zur Verfügung zu stellen. Für die Regionalplanebene sind dies Vorranggebiete. Diesen Gebieten ist immanent, dass sich die Windenergie dort durchsetzt und keine anderen raumbedeutsamen Nutzungen entgegenstehen. Insofern können andere Nutzungen dort grundsätzlich nicht erfolgen. Eine Errichtung von Solarfreiflächenanlagen kann nur im Einzelfall möglich sein. Eine Anrechenbarkeit von Solarfreiflächenanlagen kann aufgrund der anderen Nutzungsart nicht erfolgen. Zu Punkt 8. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 5.9.1, wird verwiesen. Zu Punkt 9. Diesbezüglich wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zum Turm der WKAs sowie eines 1000m-Abstandes der Vorrangflächen zur Wohnbebauung im Innen- und im Außenbereich festgeschrieben bleiben bzw. werden. Im Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung wird unter „Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung bei Windkraftanlagen“ festgelegt: *„Der Raum, in dem das Landschaftsbild beeinträchtigt wird, umfasst etwa eine Fläche mit dem Radius des 15-fachen der Anlagengesamthöhe“* (vgl. Gliederungs-Nr 2320.8 – Fassung vom 06.11.2023 - Punkt 1.3 „Stellenwert des betroffenen Landschaftsbildes“). Nicht nur hier wird somit eine Abhängigkeit zwischen der Anlagenhöhe und den Auswirkungen auf die nähere Umgebung festgestellt (Quelle: https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/VVSH-VVSH000009325). Wenn laut Landesplanung die Raumordnung auch dazu beitragen soll, dass die Menschen in den verschiedenen Teilräumen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse haben sollen (Quelle: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/planen-bauen-wohnen/landesplanung), ist dies zu berücksichtigen. Nur so kann nach Ansicht der Gemeinde vor dem Hintergrund früherer Versprechungen der Politik und derzeit geltender Planungsgrundsätze ein drohender Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Landesregierung und die behördlichen Institutionen verhindert werden. Damit verbunden ist die Sorge und Gefahr, dass sich mit den derzeit geplanten Veränderungen in absehbarer Zeit viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden. Es ist zudem nicht nachvollziehbar, warum die derzeitige Abstandsregelung in Abhängigkeit von der Anlagenhöhe eine indirekte Höhenbestimmung darstellen soll. Anlagen unbeschränkter Höhe sind überall dort möglich, wo die entsprechenden Abstände zu Wohnbebauungen eingehalten werden. 3. Weiterhin muss die Landesplanung in den Grundsätzen und Zielen darlegen, wie in Hinblick der Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel nach einem Brandereignis die Mindestabstände zur Wohnbebauung mit dem BImschG zu vereinbaren sind.	Zu Punkt 10. Die Belange der Bundeswehr werden im Rahmen der Vorranggebietsausweisung berücksichtigt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4. In den Grundsätzen muss für den Fall o.g. Havarien eine Klärung der Übernahme der Folgekosten (Sanierung, Rückbau; Investition in Feuerwehrausrüstung, Deponien, Haftungsverpflichtungen) für die betroffenen Gemeinden festgeschrieben werden. 5. In den Grundsätzen und Zielen sind zudem die Mindestabstände zu EU-Vogelschutzgebieten gemäß dem Helgoländer Papier (von 2015, als wissenschaftliche Grundlage) festzuschreiben: 10-fache Anlagenhöhe als Schutzabstand, aber mindestens 1200m Bei einer geplanten Referenzanlagehöhe von 200m also mind. 2000m (vgl. https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/wind/170206-nabu-abstandsempfehlungen.pdf). 6. Sämtliche Mindestabstände zu den Horsten windkraftsensibler Arten müssen als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt werden und zumindest den Schutzabständen gemäß Helgoländer Papier entsprechen. Die Prüfabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten gemäß Helgoländer Papier sind als Grundsätze der Raumordnung zu übernehmen. Bei der Prüfung im Genehmigungsverfahren sind kumulative Effekte, die durch Windparks mit mehr als drei Windkraftanlagen entstehen und die tatsächliche Höhe der Windkraftanlagen zu berücksichtigen. 7. Es muss als Grundsatz festgeschrieben werden, dass eine Anrechnung bestehender oder in den Gemeinden in Planung befindlicher Freiflächenanlagen auf die Flächenausweisung erfolgen, damit es zu keiner „Doppel- oder Mehrfachbelastung“ von Gemeinden kommt, die bereits einen entsprechenden Flächenbeitrag für die Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen leisten bzw. leisten wollen. Die Gemeinde Quarnbek liegt selbst mit großen Teilen des Gemeindegebiets im 200/500 m Abstand zur A 210 und wird hier mit Flächen-PV-Anlagen belastet. Dies ist zu berücksichtigen. 8. In den Grundsätzen und Zielen muss festgelegt werden, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erschließungs-/Zuwegungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken im **Allgemeinen im** Sinne des „natürlichen“ Klimaschutzes Vorrang gewährt werden. Biotope und Biotopverbundachsen sind natürliche Lebensräume u.a. von schützenswerten Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. 9. Auf den mangelnden Abstand der veröffentlichten Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101 zu den raumordnerisch festgelegten Siedlungsbereichen der Siedlungsachse Kiel – **Melsdorf** –Felde und dem sich darauf gründenden Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung wird hingewiesen **Die Potenzialfläche ist entsprechend anzupassen. Die vollständige Stellungnahme ist als PDF-Datei nebst Anlage, aus der der anzupassende Umfang hervorgeht, dieser Stellungnahme angefügt.** 10. Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage muss in den Grundsätzen sichergestellt werden, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses- sowie der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken, Flughäfen etc.) nicht durch zukünftige Windkraftanlagen und -gebiete gefährdet oder eingeschränkt werden. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 zu damals geplanten Vorranggebieten sind in der Regionalplanung bei der Festlegung von Windvorrangflächen sowie im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Für das Gebiet von Quarnbek und benachbarte Gemeinden sei in dem Kontext auf die Bedeutung der Luftverteidigungsradaranlage Brekendorf in der Stellungnahme der Bundeswehr von März 2020 verwiesen.	
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn,	Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein möchten wir uns zur Potentialfläche in der Gemeinde Schafstedt äußern. Nach sorgfältiger Prüfung möchten wir festhalten, dass die Abgrenzung der Potentialfläche	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Keine Abteilung ID: 1501	korrekt erfolgt ist. Die Gemeinde Schafstedt plant, diese Potentialfläche als Windenergiegebiet im Rahmen der Gemeindeöffnungsklausel über die 18. Änderung des Flächennutzungsplans auszuweisen, siehe anliegender Planentwurf. Diese Vorgehensweise begrüßen wir ausdrücklich, da sie im Einklang mit den Festlegungen des aktuellen Entwurfs des Landesentwicklungsplans steht. Die Harmonie zwischen den Planungen der Gemeinde und den landesplanerischen Vorgaben stellt sicher, dass die Potenziale der Windenergie effizient genutzt werden können, um die Energiewende weiter voranzutreiben. Wir möchten die Landesplanungsbehörde daher darum bitten, die Planungen der Gemeinde Schafstedt im Rahmen des kommenden ersten Regionalplanentwurfs ebenfalls zu berücksichtigen. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um die rechtlichen und planerischen Grundlagen für die zügige Umsetzung der Windenergieprojekte in der Region zu schaffen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2794	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich befürchte körperliche Beschwerden und ich möchte dass eine Abstandsregelung von mind. 5 H zu Wohnbebauung gilt, derem bei einer plötzlichen Vollbremsung der Anlage ein Flügel abreissen kann und das ist eine große Gefährdung für alle Anwohner. Ich habe Angst dass meine Immobilie an Wert verliert und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von mind. 5 H zur Wohnbebauung gilt. Mir ist auch, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.8, 7.2.11, 4.2, 4.14, 4.15, 2.11, 7.1.1 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Ich möchte, dass die überlebenswichtigen Vogelflugkorridore zwischen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten werden. Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen (Riegelbildung). Ich bin daran interessiert dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwichen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet ist. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2890	Stellungnahme zum Betelligungsverfahren zur Teilfortschreibung „ Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich möchte, dass die gleichen Abstandsregelungen für alle Menschen mit 1500m gilt. Dieser Abstand allein ist notwendig, sollte es zu einer Havarie kommen. Dieser Abstand ist notwendig um Gut + Leben zu schützen. Deshalb ist es notwendig alle .. im Umkreis von 2500 m am Genehmigungsverfahren zu	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich unter Anderem auf die Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* und *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1-2.5, 4.2, 4.20 sowie 7.1.7 und 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	beteiligen. Für mich ist es nicht nachvollziehbar, dass Natur- und Umweltschutz keine schützenswerten Güter mehr sind. Ich fordere, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete nicht zerstört werden, damit Naherholungsraum erhalten wird und Großvogelarten weiterhin Gebiete zum brühten haben. Flugkorridore für Vögel sind freizuhalten. Außerdem fordere ich, dass Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2853	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete / Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit dieser einzigartige Naherholungsraum erhalten bleibt. Ich habe Angst, dass meine Immobilie an Wert verliert (Abstandsregel). Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.18, 4.2 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit:	Es fehlt die gesamte Karte für das Land SH zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land mit	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: 1500	den bereits eingetragenen Potenzialflächen, den bereits bestehenden Vorrangflächen, den bereits errichteten WEA, den genehmigten WEA, sowie den Angaben über die Anzahl der WEA, sowie deren Leistung bzw. die Möglichkeit diese Kartenangaben mit den anderen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung, d.h. den Angaben in den Unterkapiteln 4.5.1.1 Siedlungsstruktur, 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz, 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz, 4.5.1.4 Boden und Wasser und 4.5.1.5 Kultur und sonstige Sachgüter auf einer interaktiven Karte zu kombinieren. Die Karte ist wichtig, um Bestrebungen der Gemeinden sonstige Vorhaben außerhalb der Vorrangflächen auf der Grundlage des BauGB zu beantragen zu vermeiden. Die Vorrangflächen sollen bis 2027 mindestens 3% der SH Landesfläche bzw. 15 GigaWatt bis 2030 umfassen, alles was darüber hinaus geht wäre demnach zum Nachteil der Ziele und Grundsätze in den entsprechenden obigen Unterkapiteln.	nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 7.1.1 und 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2793	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich bedauere die Umwandlung unseres Landes in eine nahezu flächendeckende Agrar- und Energieindustriegebiet und plädiere für eine Teilabdeckung des Energiebedarfs durch Atomkraftwerke. Die Entwertung von Landschafts- und Naturschutzgebieten enttäuscht. Sie sind ungestört zu lassen und ein Grenzabstand von 2000m zu wahren. Sie sind als Erlebniswelt sowie für Ökologie und Artenschutz unentbehrlich. Zeitgleiche Investitionen in Tourismus werden sonst konterkariert. Die forcierte Ausweisung von Potentialflächen beschleunigt die Produktion von überschüssiger Energie oder deren sinnroidrige Drosselung. Vorrangig notwendig wären Leistungsnetze und Batteriespeicher. Derzeit kann man beobachten, daß in sog. Windparken mehr als die Hälfte der Rotoren abgeschaltet ist. Auch dafür wird der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1, 7.2.2, 7.2.5, 7.2.10, 7.2.11, 7.2.12, 3.15 und 4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Betreiber bezahlt. Landbesitzer entscheiden, ob eine Windkraftanlage errichtet wird oder nicht. Ihre Zustimmung hängt von außerordentlich hohen Entgelten ab und belastet die Stromkunden, während Anlieger Anlieger sich mit der Beeinträchtigung ihres Lebensumfeldes und ggf. Wertverlusten ihrer Immobilie entschädigungslos abzufinden haben. Eine sozialgerechte Lastenteilung sieht anders aus. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2792	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird! 2. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. 3. Ich fordere, dass Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann (Vermeidung von Phantomstrom). 4. Ich möchte dass die vorhandenen Naturschutzebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit dieser einzigartige Naherholungsraum erhalten bleibt. 5. Mir ist es wichtig, dass geschützte Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Uhu, Wespenbussard, Schwäne, weiterhin brüten. Überlebenswichtige Vogelflugkorridore zw. Schlafplätzen und Nahrungsflächen sind freizuhalten! 6. Ich fordere eine Beteiligung der direkten Anwohner im Umkreis von 2500m am	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5, 7.1.8, 7.2.5, 4.2, 3.18, 4.20, 7.1.7, 7.2.7 und 2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Genehmigungsverfahren. 7. Ich fordere, dass ein Havariefall (z.B. Brand, Rotorbruch ua) durch ausreichende Abstände von mindestens 1500m zu Wohnbebauung abgesichert ist. 8. Für alle Menschen sollen die gleichen Abstandsregelungen gelten, egal ob Stadt, Dorf, Splittersiedlung o. Einzelhaus -> mindestens 1500m Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1499	Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes des Landes Schleswig-Holstein 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz Europaische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche Gegenuber der bisherigen Regelung wird im Entwurf des LEP der schiitzenswerte Bereich um die 46 Vogelschutzgebiete in SH und Danemark von 300 m auf 1.000 m erhoht. Bei den Vogelschutzgebieten handelt es sich um Gebiete mit herausragender Bedeutung fur den Vogelschutz. Da die Besiedlung der einzelnen Gebiete sowohl von der Intensitat wie auch von den verschiedenen Vogelarten unterschiedlich ist, ist das Instrument einer FFHVertraglichkeitsprifung ein gutes und ausreichendes Werkzeug zur Ermittiung der Beeintrachtigungen durch Windkraft. Die Erweiterung des schitzenswerten Bereichs von | 300 m auf 1.000 m schlief3t beispielhaft ca. weitere 506 ha eines Vogelschutzgebietes von 1.000 m Durchmesser von jeglicher Windkraftnutzung aus. Unter Einsatz der nachstehenden Malinahmen liel3e sich die geplante Erhéhung des Schutzstreifens vermeiden. e Positives Ergebnis einer FFH-Vertraglichkeitsprifung e Einsatz von Vogelerkennungssystemen e Bei Bedarf Vergramungsmaflinahmen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	e Gleichbehandlung gegentber bestehenden Windkraftanlagen innerhalb des Schutzstreifens zu EU-Vogelschutzgebieten, dies sind die Ausnahmebereiche um Standorte von bestehenden WEA innerhalb des Umgebungsbereichs von 1.000 m um EU-VSG (Kapitel 4.5.1.3, rote Flachen, Anlage 2 zu §1 LEPWindVO) Unser Antrag: Um Planungssicherheit zu erlangen und die neuen Regionalplane rechtssicher zu gestalten, beantragen wir die Beibehaltung des derzeit geltenden Schutzstreifens von 300 m um EU-Vogelschutzgebiete. Mit freundlichem Gruß [redacted]	
Institution: Kreis Herzogtum Lauenburg, Regionalentwicklung und Verkehrsinfrastruktur ID: M1498	**Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie)** **hier: Beteiligungsverfahren gem. § 5 Abs. 6 Landesplanungsgesetz (La-plaG) i.V.m. § 9 Abs. 2 Raumordnungsgesetz (ROG)** Mit Schreiben vom 13.06.2024 wurde auf das eingeleitete Beteiligungsverfahren hingewiesen. Aus Sicht des Kreises Herzogtum Lauenburg bitte ich um Berücksichtigung folgender Anregungen und Hinweise. Fachdienst Verwaltung, Steuerung und Liegenschaften ([redacted]) Den Entwurf zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) habe ich hinsichtlich der möglichen Betroffenheit des Kreises Herzogtum Lauenburg als	Der Kreis informiert über Flächen im Eigentum des Kreises, die ganz überwiegend Zwecken des Naturschutzes und der Kompensation, aber auch der Landwirtschaft dienen. Der Hinweis, dass vielfach keine Vereinbarkeit mit der Windenergienutzung gegeben sei und diese ansonsten im Einzelfall geprüft werden müsse wird zur Kenntnis genommen. Die Prüfung erfolgt auf Ebene der Regionalplanung. Auch der Hinweis auf eine schädliche Bodenveränderung auf einer Fläche in Geesthacht wird zur Kenntnis genommen und auf Regionalplanebene geprüft. Grundsätzliche Anmerkungen: Die Windenergieplanung ist um einen gerechten Ausgleich aller Schutzgüter bemüht, um gleichzeitig aber energiepolitische Zielsetzungen des Landes und die Flächenbeitragswerte des WindBG zu erreichen. Eine deutliche Vergrößerung der Siedlungsabstände oder der Abstände zu Schutzgebieten würde z.B. die Potenzialfläche so stark reduzieren, dass diese

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Grundstückseigentümer durchgesehen und die Unterlagen geprüft. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass der Kreis eigentumsmäßig mit folgenden Flächen von der o. a. Teilfortschreibung betroffen sein wird: [Tabelle zu bestimmten Flächen im Anhang] Die in der vorgenannten Tabelle aufgeführten Flächen, die der Umsetzung von Ausgleichsverpflichtungen (Dritter) oder eigener dienen, sollten ob ihres Rechtsstatus nicht überplant werden. Bei den Flächen, die den Zwecken des Naturschutzes dienen, wäre im Einzelfall zu prüfen, ob eine mögliche Inanspruchnahme der Fläche, oder auch nur von Teilen dieser, für die Errichtung von Windenergieanlagen der zielgerichteten Entwicklung der Flächen widersprechen würde. Die Einzelfallprüfung hat seitens der unteren Naturschutzbehörde (FD Naturschutz) zu erfolgen. Hinsichtlich der Flächen, die zur landwirtschaftlichen Nutzung an Dritte verpachtet sind, insbesondere die in den Gemeinden Hollenbek, Niendorf/St. und Steinhorst gelegenen kreiseigenen Domänenflächen, wäre mit den jeweiligen Pächtern die mögliche Inanspruchnahme von Teilen des Pachtgegenstandes zu erörtern (Zumutbarkeit; Ausgleich des Flächenverlustes respektive Zahlung einer Entschädigung). Fachdienst Abfall und Bodenschutz ([redacted]) Gegen das Vorhaben bestehen zum jetzigen Kenntnisstand Bedenken am folgenden Standort: **Gemeinde Geesthacht, Gemarkung Besenhorst, Flur 7, Flurstück 60** Für das Grundstück besteht aufgrund seiner historischen und aktuellen gewerblichen Nutzung seit ca. 1974 als Asphaltfabrik und Betonwerk mit LKW-Waschplatz der Verdacht auf eine **schädliche Bodenveränderung**. **Hinweise**: Sollten am Standort im Rahmen baulicher Maßnahmen Eingriffe in den Boden stattfinden, ist der Fachdienst Abfall und Bodenschutz darüber zu unterrichten. Es ist zu klären, ob eine sachverständige Untersuchungsstelle für Altlasten und Bodenschutz	Zielerreichung in Frage steht. Wir streben darüber hinaus an, gemeindliche Flächenplanungen der Gemeindeöffnungsklausel in die Regionalplanung zu übernehmen. Die zukünftige Planung von Windgebieten darf nach dem Willen des Bundesgesetzgebers nicht mehr als Ausschluss- bzw. Konzentrationsplanung erfolgen. Insofern bestehen grundsätzlich immer Möglichkeiten für zusätzliche kommunale Planungen. Über den LEP oder die Regionalplanung kann dies nur gesteuert aber nicht gänzlich verhindert werden. Zum Thema Vogelzug: Aufgrund der geografischen Lage von Schleswig-Holstein gibt es im ganzen Land Vogelzug. Vielfach handelt es sich um den sogenannten Breitfrontenzug von Singvögeln, der nachts in großer Höhe stattfindet, sodass er im Rahmen von Windenergieplanungen keine Berücksichtigung findet. Die räumliche Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs geben daher nicht die gesamte biologische Dimension des Vogelzuges wieder, sondern konzentrieren sich auf die nach aktuellem Kenntnisstand potenziell besonders konfliktträchtigen Bereiche. Nicht alle Vogelzugwege sind als Konfliktbereiche im Rahmen der Windkraftplanung anzusehen oder lassen sich im Raum abgrenzen. Andere Bereiche, die durch Breitfrontenzug geprägt sind und/oder in denen Vogelzug auf breiterer Front und vielfach in Höhen stattfindet, die durch die Windenergienutzung nicht betroffen sind, wurden nicht bei dem Vogelzugkriterium berücksichtigt. Zur geforderten Freihaltung von Biotopverbundstrukturen wird auf Ziffer 4.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Kompensations- und Ökokontoflächen innerhalb der Biotopverbundstrukturen werden über einen eigenen Grundsatz der Raumordnung geprüft. eine generelle Unvereinbarkeit mit der Windenergienutzung, die ein Ziel der Raumordnung rechtfertigen würde, ist aus Sicht der Landesplanung nicht

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	hinzuzuziehen wäre. Werden während der Ausführung der Baumaßnahme wider alle Erwartungen Boden- oder Gewässerverunreinigungen festgestellt, ist umgehend der Kreis Herzogtum Lauenburg, Der Landrat, Fachdienst Abfall und Bodenschutz, Barlachstraße 2 in 23909 Ratzeburg, darüber zu unterrichten. Fachdienst Naturschutz ([redacted]) Kapitel 4.5.1 Grundsätzlich zur Windenergieplanung Durch die Formulierung der Ziele im LEP Teilfortschreibung Wind wird gegenüber den bisherigen Planvorgaben für Windkraft allein die Abstandsfläche zu naturschutzfachlich wertvollen Bereichen wie z.B. Schutzgebieten, Wäldern und Großvogelhorsten verringert, an den Abständen zu Siedlungen jedoch festgehalten. Ein Ausbau der Windkraft, der überwiegend zu Lasten des Naturhaushalts geht, wird aus naturschutzfachlicher Sicht kritisch gesehen. Seitens der UNB bestehen erhebliche Bedenken, dass durch den durch die Teilfortschreibung des LEPs angestoßenen Ausbau der Windenergie in Schleswig Holstein Vögel sowie Fledermäuse in erheblichem Maße getötet werden und es bei besonders schlaggefährdeten Arten sowie Arten mit geringer Verbreitung oder solchen, welche bereits in ihrem Bestand bedroht sind (RL), in Schleswig Holstein trotz der im LEP angestrebten Schutzmaßnahmen zu einem teils bestandsbedrohenden Rückgang der Populationen kommt, da die fachlich erforderlichen Abstände zu Horsten, Schutzgebieten, Wiesenvogelbrutgebieten, Wäldern, Gewässern, Nahrungsgebieten und Zugkorridoren nicht eingehalten werden. Gleichwohl ist der UNB bewusst, dass die rechtlichen Voraussetzungen für den Ausbau der Windenergie bereits u. a. durch die Änderung des Baugesetzbuches und des Bundesnaturschutzgesetzes geschaffen worden sind. Daher begrüßt die UNB auch, dass das Land die Anwendung der Gemeindeöffnungsklausel bereits auf die sich aus dem LEP ergebenden Potenzialflächen (Ziele) durch § 13b Landesplanungsgesetz beschränkt. Aus naturschutzfachlicher Sicht werden bei den derzeitigen Fortschreibungen der Raumordnungspläne gemäß § 5 Abs. 1 LaplaG die Belange des Naturschutzes vor dem	gegeben. Zur Forderung nach zusätzlichen Sicherheitsabständen zu Wiesenvogelbrutgebieten: Der Schutz der Gebiete selbst wird als ausreichend erachtet. Das Konfliktrisiko außerhalb der Gebiete wird als deutlich geringer angesehen und kann in der Regel durch Maßnahmen auf ein vertretbares Maß reduziert werden. Die empfohlenen Abstände von 1.000 m zu Gewässern und 300 m zu Vorranggebieten des Rohstoffabbaus werden nicht übernommen. Es wird auf die oben bereits thematisierte Ausgewogenheit zwischen dem Erreichen energiepolitischer Ziele, rechtlicher Vorgaben und einem gerechten Interessenausgleich aller Schutzgüter verwiesen. Artenschutzkonflikte können hier auf Genehmigungsebene gelöst werden. Die Abwägung bei Vorbehaltsgebieten für den Rohstoffabbau muss auf Ebene des LEP nicht abschließend erläutert werden. Dies erfolgt erst im Rahmen der Regionalplanaufstellung bei der konkreten Flächenfestlegung. Darüber hinaus wird zu folgenden Themen ebenfalls auf die allgemeine Synopse verwiesen: Naturschutz- und FFH-Gebiete: Ziffer 4.2.1 Wälder: Ziffer 4.7.1 Wintermassenquartiere für Fledermäuse und Umgebungsbereiche: Ziffer4.9.1 Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche: Ziffer 4.14.1 Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten: Ziffer 4.15.1 Brutplätze windkraftsensibler Großvögel: Ziffer 4.20.1 Stellungnahmefrist: Ziffer 7.1.5 Zu den Anmerkungen aus dem Bereich Städtebau und Planungsrecht: Die Landesplanungsbehörde hält sie Hinweise zur

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Hintergrund eines anhaltenden schlechten Erhaltungszustandes vieler Lebensräume und Arten und fortschreitendem Verlust der Biodiversität nicht ausreichend berücksichtigt. Über die rechtlich gesicherten Schutzgebiete (Natura 2000 und NSG) hinaus, bedürfte es der Ausweisung zusätzlicher Vorranggebiete für Naturschutz kombiniert mit der Freihaltung der selbigen, um die Defizite zukünftig zu bewältigen. Dem Ausbau der erneuerbaren Energien darf aus fachlicher Sicht kein überwiegender Vorrang, wie es durch § 2 EEG geschieht, eingeräumt werden. Fachlich ist eine Vermeidung und Minimierung, z.B. durch die Standortwahl einer WKA, einem Ausgleich oder Ersatz, auch durch Zahlungen, immer vorzuziehen. In Bezug auf den Ausbau der Windenergie bleiben Fragen zum weiteren Verfahrensablauf ungeklärt. Beispielweise hat sich das Land nicht dazu geäußert, wie eine Regulation des Ausbaus deutlich über den im Windenergiebedarfsgesetz vorgeschriebenen Flächenbeitragswert von 2,0 % (Rotor out; Rotor in ca. 3,1-3,3 %) für Schleswig-Holstein stattfindet. Die Befürchtung besteht hier, dass durch Parallelplanungen in Vorranggebieten und Zielabweichungsverfahren mittels Bauleitplanung ein deutlicher Überausbau stattfinden könnte und es so in einem nicht erforderlichen Umfang zu einer Belastung für den Naturhaushalt kommt. Des Weiteren besteht die Frage, was passiert, wenn sich Gebiete auf Ebene des Regionalplans als ungeeignet für die Ausweisung eines Vorranggebietes ergeben. Bleiben diese weiterhin der Gemeindeöffnungsklausel zugänglich? Kapitel 4.5.1.3 <u>Grundsätzliches zum Artenschutz</u> Aus naturschutzfachlicher Sicht werden sowohl der Anlagentyp, die Datengrundlage der Avifauna im Kreis Herzogtum Lauenburg als auch die Abstandsflächen zu Großvogelhorsten und naturschutzfachlich wertvollen Bereichen wie Schutzgebieten und Wäldern unzureichend beachtet. Im Einzelnen: Die Abmessungen der modernen Anlagentypen haben sich sowohl in ihrer Gesamthöhe als auch in ihrem Rotordurchmesser und damit dem Abstand der unteren Rotorspitze zum Boden im Vergleich zu der Standardanlage, die bisher Grundlage der Abschätzung artenschutzrechtlicher Konflikte war, deutlich verändert. Die neuen Anlagen sind regelmäßig 220-250 m hoch mit einem unteren Rotordurchgang von 30 m zum Boden. Die Standardanlage hingegen betrug 150 m mit einem unteren Rotordurchgang von 60-	veröffentlichten Potenzialflächenkarte für wichtig, weil sie frühzeitig in den Regionalplanentwurf einfließen können. Eine noch deutlichere Unterscheidung zwischen formalen Bestandteilen des LEP und zusätzlicher Informationen ist nicht erforderlich. Die Kritik, dass die Planungsebene des LEP zu unkonkret sei kann nur zur Kenntnis genommen werden. Sie ist durch die Logik des mehrstufigen Planungssystems bedingt. Auf Ebene der Regionalplanung können auch ohne Ermächtigung im LEP regionsspezifische Ziele und Grundsätze festgelegt werden. Der Flächenbeitragswert wird erst durch die Regionalpläne erreicht. Zur Eindämmung der Rechtsfolgen bei Nichterreichen werden noch Teilflächenziele für jede Planungsregion festgelegt. Die Beschränkungen von gemeindlichen Siedlungsentwicklungen greifen schon bei Festlegung der Vorranggebiete und gelten von deren Außengrenzen aus. Ein Klarstellung ist hierzu nicht erforderlich. Die Begründung zum Grundsatz "Regionale Grünzüge" wurde angepasst. Soll-Formulierungen sind charakteristisch für Grundsätze der Raumordnung. Die konkrete Ausgestaltung der Abwägung erfolgt auf Ebene der Regionalplanung.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	70 m über dem Boden. Damit ist zu erwarten, dass ein wesentlich größeres Artenspektrum sowohl bei den Vögeln als auch bei den Fledermäusen schlaggefährdet ist. Damit ist die vorliegende Einschätzung zum Artenschutz (alleinige Betrachtung der schlaggefährdeten Großvögel nach § 45 b BNatSchG i. V. m. Anlage 1) grundsätzlich nicht ausreichend. Die Datengrundlage zur Erfassung der Avifauna ist zwingend um Daten einer landesweiten Ornitho-Abfrage zu erweitern. Zugvögel im Innenland (Kreis Herzogtum Lauenburg) sind regelmäßig in offiziellen Datensätzen untererfasst, vielmehr beziehen sich regelmäßige Kartierungen des Landes im Herzogtum Lauenburg nur auf die Vogelschutzgebiete. Gleichermaßen sind auch Horste von schlaggefährdeten Großvögeln (z.B. Rotmilan) nicht flächendeckend erfasst. 1 Z Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche Die Annahme, dass durch einen Umgebungsbereich von 1.000 m alle erheblichen Beeinträchtigungen auf EU-Vogelschutzgebiete ausgeschlossen werden können, ist fachlich nicht haltbar, da die potenziellen Beeinträchtigungsbereiche („Helgoländer Papier“ (Fachkonvention der Vogelschutzwarten)) von Rotmilan, Schwarzstorch und Seeadler deutlich mehr als 1.000 m betragen. Zumindest muss zu allen geeigneten Habitaten der potenzielle Beeinträchtigungsbereich freigehalten werden. Die Betroffenheit von Windpotenzialflächen im Rahmen der FFH-Verträglichkeitsprüfungen ist entsprechend zu überprüfen. So ist z.B. beim Rotmilan als ausgesprochenem Waldrandbrüter als Schutzziel ein Umgebungsbereich von 1.500 m entsprechend freizuhalten. Nur dann können die Schutzgebiete auf ihrer Gesamtfläche sichere Habitate bieten. Begründet ist diese Notwendigkeit mit dem von Art zu Art unterschiedlich ausgeprägten Wechsel von Bruthabitaten innerhalb der Schutzgebiete und vor allem mit den häufig als ungünstig bewerteten Erhaltungszuständen der einzelnen Zielarten und der damit verbundenen Verpflichtung, einen günstigen Erhaltungszustand herzustellen. Dies kann nur damit erreicht werden, dass die Voraussetzungen für die Ansiedlung weiterer Brutpaare geschaffen werden, die dann nicht direkt einem erhöhten Tötungsrisiko ausgesetzt sind. Der pauschale Verzicht auf eine Verträglichkeitsprüfung bei Einhaltung eines 1.000 m Abstandes ist rechtlich gemäß § 34 BNatSchG nicht zulässig und fachlich nicht vertretbar, da sich die Verträglichkeit aus der Prüfung der konkreten Erhaltungsziele des Vogelschutzgebiets ergibt. Die Bewertung der Erheblichkeit erfolgt anhand der fachlich anerkannten artspezifischen Ansprüche und anhand der konkreten Wirkfaktoren des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Projektes. 2 Z und 3 Z NSG und FFH Es wird begrüßt, dass ein verbindlicher Abstand von 100 m zu Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten eingehalten werden muss. Nach fachlicher Einschätzung ist unabhängig vom Schutzziel grundsätzlich ein Abstand von 1.000 m zu NSG und FFH-Gebieten (auch einstweilig sichergestellte und geplante Naturschutzgebiete und Gebiete, die die Voraussetzung für die Unterschutzstellung erfüllen) einzuhalten. Fachlich können diese Gebiete mit Vogelschutzgebieten gleichwertig sein. Der pauschale Verzicht auf eine Verträglichkeitsprüfung bei Einhaltung eines 100 m bzw. 200 m Abstandes ist rechtlich gemäß § 34 BNatSCHG nicht zulässig und fachlich nicht vertretbar, da sich die Verträglichkeit aus der Prüfung der konkreten Erhaltungsziele des FFH-Gebiets ergibt. 5 G Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbund-systems, Kleinstbiotope Gemäß § 21 Abs. 1 BNatSchG dient der Biotopverbund der dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten und -Gemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Er dient der Verbesserung des Zusammenhanges des Netzes Natura 2000 (FFH- und Vogelschutzgebiete). Um den Biotopverbund von 15 % (vgl. § 20 BNatSchG und § 12 LNatSchG) dauerhaft zu gewährleisten, sind gemäß § 21 Absatz 4 BNatSchG die erforderlichen Kernflächen, die Verbindungsflächen und die Verbindungselemente durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Absatz 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen rechtlich zu sichern. Dem ist das Land Schleswig-Holstein bisher nicht in ausreichendem Umfang nachgekommen, sodass diesem beim Ausbau der Windenergie auf allen Planungsebenen Rechnung getragen werden muss. Daher begrüßt die UNB grundsätzlich die Aufnahme des Biotopverbundsystems aus den Landschaftsrahmenplänen zumindest als Grundsatz der Raumordnung, fachlich ist jedoch eine Aufnahme als Ziel der Raumordnung erforderlich sowie ein	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Umgebungsschutz von 200 m, um wandernden Vögeln, Fledermäusen und Großsäugern (u.a. Rotwild). ausreichend störungsfreie Räume zu bieten. Ich bitte die Aufnahme eines Ziels zu überprüfen. In der Begründung, erster Absatz, wird darauf hingewiesen, dass in der Abwägung zu prüfen ist, inwieweit die Errichtung von WEA mit der Verwirklichung der **fachlichen** Ziele des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar sein kann. In den weiteren Absätzen der Begründung erfolgt eine pauschale Vorwegnahme der Abwägung zugunsten der Windenergiegebiete ohne die fachlichen Ziele zu berücksichtigen. Im Einzelnen wird sich hier auf die regionalen Schwerpunktbereiche und die wichtigen Verbundachsen der Landschaftsrahmenpläne bezogen. Für die regionalen Schwerpunktbereiche wird darauf verwiesen, dass eine Abwägung anhand einzelner Entwicklungsziele auf Ebene des Regionalplans aufgrund des Prüfaufwands nicht möglich erscheint und daher eine pauschale Risikoabschätzung aufgrund der Flächenüberlagerung der Gebiete erfolgt, und die Windenergiegebiete „in vielen Fällen“ mit dem Biotopverbund vereinbar sein werden. Weitergehend werden wichtige Verbundachsen gegenüber den Schwerpunktbereichen als nachrangig bezeichnet und Windkraft daher eher mit den Zielen des Biotopverbunds vereinbar. Verbundachsen sind rechtlich an keiner Stelle (weder im BNatSchG noch LNatSchG, Landschaftsprogramm, Landschaftsrahmenplan) gegenüber den Schwerpunkträumen schlechter gestellt. Vielmehr haben diese eine besondere Funktion bei der Vernetzung von Populationen und sollen eine ähnliche Standort- und Biotopvielfalt wie die Schwerpunktbereiche aufweisen. Daher wurden in der Vergangenheit die Ausgleichsflächen, Ersatzmaßnahmen und Ökokonten in den Schwerpunkt- und den Verbundachsen konzentriert, sodass hier wertvolle Biotop- und Lebensraumkomplexe entstanden sind, die nun pauschal zugunsten der Windenergie abgewogen werden. Diese Abwägung widerspricht der in § 21 Abs. BNatSchG festgelegten Zielsetzung des Biotopverbunds der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung von Biotopen und Lebensräumen. Ich bitte daher, die Begründung zu überprüfen und die Abwägung auf der fachlichen Ebene den nachgelagerten Planungsebenen zu belassen. Auch die Einschränkung auf „wichtige“ Verbundachsen im Grundsatz sowie auf „landesweite“ Schwerpunkträume in der Begründung stehen den in § 21 Abs. 1 BNatSchG vorgesehenen Zielen entgegen. Die Kategorisierung der Schwerpunkträume	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Verbundachsen kann allenfalls dazu dienen, auf welcher Planungsebene (landesweit, regional, örtlich) diese bereits berücksichtigt werden, nicht jedoch zum Ausschluss von nicht-„wichtigen“-Verbundachsen und nicht-„landesweiten“-Schwerpunkträumen für nachgelagerte Planungsebenen herangezogen werden. Sprich auf der Ebene des Regionalplans müssen auch regionale Schwerpunktbereiche und regionale Verbundachsen betrachtet werden. Ich bitte den Grundsatz und die Begründung dahingehend richtig zu stellen. 6 Z Wälder und Umgebungsbereiche Waldränder zeigen regelmäßig die höchste Dichte an Brutplätzen verschiedenster Arten und Individuenanzahl. Gleichzeitig finden sich am Waldrand die höchsten Aktivitätszahlen von Fledermäusen im Hinblick auf Jagdhabitate als auch auf Quartierstrukturen. Dies ist auch in § 24 LWaldG verankert. Deshalb wird fachlich ein Abstand von nur 30 m als deutlich zu gering eingeschätzt. Fachlich ist ein deutlich größerer Abstandpuffer zum Waldrand erforderlich. Siehe hierzu auch „Empfehlungen zur Berücksichtigung tierökologischer Belange bei Windenergieplanungen in Schleswig-Holstein“ (2008, LANU). Ich bitte zu prüfen, ob durch Formulierung eines Grundsatzes im Umgebungsbereich von 30 bis 100 m Abstand zum Waldrand diesen fachlichen Ansprüchen in der Abwägung auf den nachgelagerten Planungsebenen Rechnung getragen werden kann. Unter den Naturwäldern sind auch die Naturwälder des Zweckverbands Schaalseelandschaft, des WWF sowie der Kreisforsten Herzogtum Lauenburg zu berücksichtigen. Hiesige Naturwälder sind den Naturwäldern gemäß § 14 Abs. 2 LWaldG gleichwertig. 8 Z Wintermassenquartiere für Fledermäuse und Umgebungsbereiche Nicht nur zu den Wintermassenquartieren (> 1.000 Individuen), sondern auch zu den Winterquartieren (> 100 Individuen) ist ein verbindlicher Abstand einzuführen. Dieser sollte mindestens 1.000 m betragen. Dies wird in den nach wie vor gültigen „Empfehlungen zur Berücksichtigung tierökologischer Belange bei Windenergieplanungen in Schleswig-Holstein“ (2008, LANU) dargelegt. 13 G Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Begriff landesweit bedeutsam wird hier nicht definiert. Hier wird davon ausgegangen, dass es sich um den 2 %-Schwellenwert handelt, der in Schleswig-Holstein regelmäßig bei der Bewertung von Rastbeständen von Wasser- und Watvögeln angesetzt wird. Da es sich beim Kranich nicht um eine Art mit landesweiter Verbreitung handelt, ist es fachlich nicht nachvollziehbar, dass der oben genannte Schwellenwert eingeführt werden soll. Auch „kleinere Schlafgewässer“ können von überregionaler Bedeutung und damit schutzbedürftig sein. Deshalb ist auf die Bewertung in den „Empfehlungen zur Berücksichtigung tierökologischer Belange bei Windenergieplanungen in Schleswig-Holstein“ (2008, LANU) zurückzugreifen und wichtige Schlafgewässer mit mehr als 10 rastenden Tieren sind mit einem entsprechenden Schutzabstand von 3.000 m freizuhalten. Zur Information: Im Kreis Herzogtum Lauenburg sind folgende Kranich-Schlafgewässer bekannt: Oldenburger See, Wehrensteich, Duvenseer Moor, Pantener Moorweiher, Hellmoor und Schaalsee. Insbesondere vor dem Hintergrund der Trockenzeiten in den vergangenen Jahren ist von einem Rückgang des Schlafplatzangebots auszugehen. <u>14 G Nahrungsgebiet für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogelschutzgebieten</u> Im Binnenland gibt es traditionelle Rastansammlungen von Gänsen und Schwänen auf Acker- und Grünlandflächen, die allerdings in ihrer Größenordnung häufig nicht mit dem zahlenmäßigen Aufkommen an den Küsten vergleichbar sind und die 2 % Grenze möglicherweise nicht erreichen. Diese Rastvorkommen haben regelmäßig einen festen Bezug zu Vogelschutzgebieten (z.B. Schaalseegebiet), wo sie auch als Schutzziel gelistet sind. Es bestehen erkennbare Flugkorridore zwischen Vogelschutzgebiet und Rastflächen. Vor diesem Hintergrund ist es dringend erforderlich, regelmäßig genutzte Rastflächen und die genutzten Korridore von vertikalen Strukturen freizuhalten. In diesem Zusammenhang ist auch der Frage nachzugehen, ob die landesseitig bekannten bzw. erhobenen Daten für alle Bereiche von gleicher Qualität sind oder ob die Erfassungen im Binnenland nur nachrangig betrieben werden konnten und damit die Nahrungsgebiete und Flugkorridore hinreichend bekannt sind und im Planungsprozess ohne weitere Erfassung durch den Antragsteller Berücksichtigung finden können. Die Begründung lässt offen anhand welcher Kriterien der Einzelfall, in dem eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ausweisung von Windenergiegebieten in Nahrungsgebieten möglich erscheint, hergeleitet wird und welche Kriterien regelmäßig zum Ausschluss führen. 15 Z und G Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs Auch hier ist wieder die Frage zu stellen, ob für das Binnenland ausreichend Daten erhoben werden konnten, um qualitative und quantitative Vergleiche z. B. mit den Küstenregionen ziehen zu können. Nach hiesiger Kenntnislage ist dies nicht der Fall und es liegen vergleichsweise wenige Daten vor. Die Definition der Hauptachsen ist unklar. Nach fachlicher Einschätzung sind dies im Kreis Herzogtum Lauenburg mindestens die Elbe und der Elbe-Lübeck-Kanal/ Stecknitz-Delvenau-Niederung. Der Vogelzug folgt nachweisbar Landschaftsstrukturen wie z. B. Küsten- und Fließgewässersystemen und verdichtet sich hier. Der Elbe-Lübeck-Kanal/ Stecknitz-Delvenau-Niederung erfährt aus fachlicher Sicht keinen aussprechenden Schutz als Zugvogelroute. Diese ist mindestens als eine Hauptachse von Bedeutung. Insbesondere die Ausweisung von Windenergiegebieten in der Schleife des Kanals bei Güster wird als äußerst kritisch betrachtet, da diese wahrscheinlich als Abkürzung des Flugweges genutzt wird. 16 Z und G Wiesenvogelbrutgebiete Die Definition der Gebiete mit besonders hohen und hohen Siedlungsdichten wird nicht dargelegt. Ich bitte hier um Ergänzung. Der Verzicht von Abstandsflächen zu Wiesenvogelbrutgebieten von besonders hoher Bedeutung ist fachlich nicht haltbar. Am Duvenseer Moor grenzt unmittelbar ein Potenzialgebiet im Nordwesten an und lockt Vögel großräumig zur Nahrungssuche an. Neben der Nutzung durch Wiesenvögel als Brutgebiet nutzen Großvögel der Umgebung das Gebiet zur Nahrungssuche (Kranich, Rotmilan, Seeadler und Weißstorch). Aus fachlicher Sicht ist daher als Ziel der Raumordnung, wie bei den Vogelschutzgebieten, ein verbindlicher Abstand von 1.000 m zu den Wiesenvogelbrutgebieten einzuführen. 17 G Brutplätze windkraftsensibler Großvögel	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Die bekannten Horste mit ihren potentiellen Beeinträchtigungsbereichen müssen bei den Ausschlussflächen (als Ziel der Raumordnung) Berücksichtigung finden. Die Einstufung dieses Kriteriums als Grundsatz ist naturschutzfachlich nicht zu vertreten. Bei den genannten Arten handelt es sich um streng geschützte, hochgradig kollisionsgefährdete Roteliste-Arten. Die Sicherung der Brutbestände war in der Vergangenheit z. T. nur mit erheblichem Aufwand möglich. Zwingend sind die entsprechenden Abstände der Helgoländer Liste zu berücksichtigen (3.000 m Seeadler/Schwarzstorch, 1.000 m Weißstorch, 1.500 m Rotmilan). Eine weitere Reduzierung auf 1.000 m für den Rotmilan und 750 m für den Weißstorch ist fachlich nicht zu rechtfertigen und die Begründung lässt offen, anhand welcher Kriterien der Einzelfall gerechtfertigt werden kann. Seitens der UNB besteht die Befürchtung, dass ohne konkrete Kriterien der „Einzelfall“ als Regel herangezogen wird. Es wird daher um Rücknahme des reduzierten Abstandes gebeten. Der Abstand zu Brutplätzen ist derzeit ohnehin nur ein Grundsatz der Raumordnung und unterliegt somit schon der Abwägung. Darüber hinaus existieren weitere planungsrelevante Arten. Als solche Einzelfälle könnten zum Beispiel die Brutvorkommen von Fischadler und Schwarzmilan im Kreis Herzogtum Lauenburg, die mit einzelnen oder wenigen Brutpaaren in S.-H. vorkommen, eingeordnet werden. Da es nach hiesiger Kenntnis keine flächendeckende Erfassung für Rotmilanhorste gibt, ist zu befürchten, dass eine ganze Reihe von Horsten unberücksichtigt bleibt. Avifaunistische Erfassungen im Kreis Herzogtum Lauenburg, insbesondere im Rahmen von Windpark-Planungen, haben in der Regel immer zu Rotmilan-Nachweisen geführt und dabei ältere Nachweise bestätigt oder in Einzelfällen ganz neue Brutansiedlungen erfasst. Kapitel 4.5.1.4 <u>1 Z Gewässer erster und zweiter Ordnung sowie Seen und Teiche ab einem Hektar inklusive Gewässerschutzstreifen</u> Neben dem Ausschluss von Wasserflächen sollte für Gewässer- und Gewässerkomplexe größer 10 ha ein Abstandspuffer von 1.000 m als Grundsatz aufgenommen werden. Diese Gewässer sind in der Regel bedeutende Rast- und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Brutgebiete für Wasservögel, insbesondere auch für den Seeadler. 5 Z Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe Diese Flächen müssen mit einem Abstandspuffer von 300 m benannt werden, da sie hoch attraktive Flächen für Rotmilan, Uhu und Uferschwalbe darstellen und eine Überlagerung mit WEA ein erhebliches Konfliktpotential entfaltet. Daher ist auch die Errichtung in abgeschlossenen Abbaugebieten problematisch. Darüber hinaus sind die Flächen nach Abschluss des Abbaus in der Regel über die Genehmigung als naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen gesichert. 5 G Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe In Bezug auf die Abwägung zwischen Windkraft und den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ist unklar, an welcher Stelle die Abwägung konkret vorgenommen werden soll. Die Vorbehaltsgebiete sollen die Zugänglichkeit zu oberflächennahen Rohstoffen in hoher Qualität langfristig sichern, während der Ausbau der Windkraft kurz- bis mittelfristig geschieht. Daher ist von einer Abwägung im Zuge der Ausweisung von Vorranggebieten und im Zuge der Anwendung der Gemeindeöffnungsklausel auszugehen. Ich bitte daher darzulegen, anhand welcher Kriterien die Belange gegeneinander abgewogen werden können. 7 G Kompensations- und Ökokontoflächen Ausgleichsflächen, Ökokonten und auch die vom Kreis mit Ersatzzahlungen angekauften Flächen konzentrieren sich innerhalb der Kulisse des Biotopverbundsystems (Schwerpunktbereiche und Verbundachsen). Ausgleichs-, Ersatzflächen und Ökokonten sind Flächen mit Zweckbindung für den Naturschutz. Alle Flächen unterliegen, sofern das Ziel nicht die natürliche Sukzession ist, einer dauerhaften extensiven Pflege. Das Entwicklungsziel umfasst dabei einen konkreten Biotoptyp. Ziel der Flächenentwicklung ist dabei jedoch nicht allein die Entstehung des festgelegten Zielbiotops, sondern immer auch aller mit diesem Typ assoziierten Arten- und Lebensgemeinschaften (multifunktionaler Ausgleich). Durch die extensive Bewirtschaftung umfassen die genannten Flächen stets Arten- und Lebensgemeinschaften, die in unserer heutigen Kulturlandschaft nur noch wenig Lebensraum zur Verfügung haben und somit oft selten sind (oftmals Arten der Roten	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Liste). Es ist daher auf allen Ausgleichs-, Ersatz- und Ökokontoflächen von einer Beeinträchtigung durch die Ausweisung eines Windenergiegebiets auszugehen, da dieser Lebensraum und Nahrungsfläche für Fledermäuse und Vögel ist, die bei einem unteren Rotordurchgang von 30 m überwiegend schlaggefährdet sind. Bereits durch eine sorgfältige Standortwahl muss dafür gesorgt werden, dass der Ausbau der Windenergieerzeugung zu keiner weiteren Gefährdung ohnehin schon bedrohter Vogel- und Fledermausarten führt. Daher dürfen Ausgleichs- und Ersatzflächen und Ökokonten nicht für Windenergiegebiete in Anspruch genommen werden. Sollte im Einzelfall die Inanspruchnahme nicht ausgeschlossen werden können, ist ein Ersatz der Kompensationsfläche erforderlich. In Flächenkomplexen mit Ausgleichs-, Ersatzflächen und Ökokonten schließen sich Windenergiegebiete aus. Sobald eine Abbuchung von Ökokonten erfolgt ist, befindet sich hier der Ersatz für einen Eingriff in Natur und Landschaft. Ökokonten sind durch eine Genehmigung der UNB für den Naturschutz gesichert. Besteht eine Genehmigung, ist das Herauslösen von Teilflächen aus dem Ökokonto gemäß § 3 Abs. 1 der Ökokontoverordnung nur möglich bis zur in § 2 Absatz 3 Nummer 2 genannten Mindestgröße und soweit keine Inanspruchnahme der Punkte erfolgt ist. Der formulierte Grundsatz zielt derzeit nicht auf die Funktion der Kompensations- und Ökokonten als Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft, einschließlich Artenschutz, ab, sondern allein der „räumliche Bedarf“ soll berücksichtigt werden. Hier wird nicht zwischen bestehenden Ausgleichsflächen/Ökokonten und dem künftigen Raumbedarf unterschieden. Ich bitte daher, den Grundsatz zu überprüfen und neben dem räumlichen Bedarf auch die Funktion der Kompensationsflächen, nämlich einen Eingriff in Natur- und Landschaft zu kompensieren, in den Grundsatz und seine Begründung aufzunehmen. <u>Städtebau und Planungsrecht</u> Die Zielsetzung des LEP zur Windenergie an Land zur Vermeidung eines ungeordneten Wildwuchses wird positiv begleitet. Hinweise zum Entwurf:	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	• Mit der Veröffentlichung der Karte zu den Potentialflächen ist trotz des eindeutigen Hinweises, dass der Plan nicht Bestandteil der Planung ist, der Fokus auf diese Karte gefallen, wohingegen die Kriterien, um deren Bewertung es eigentlich ging, nicht entsprechend gewürdigt wurden. Ich bitte zu prüfen, ob in folgenden Verfahrensschritten noch deutlicher und auch für Laien verständlich auf diesen formalen Unterschied eigegangen werden kann. • Die Bearbeitungszeit zur Abgabe einer Stellungnahme liegt ungünstig in der Ferienzeit und fällt damit auch in die sitzungsfreien Zeiten der politischen Gremien. Dies ist zukünftig bei der Wahl der Bearbeitungszeiten zu berücksichtigen. Bei allem Verständnis für planungsbeschleunigende Methoden muss eine qualifizierte Auseinandersetzung mit der vorgelegten Planung für eine fachlich einwandfreie Stellungnahme möglich sein. Die Pflicht zur politischen Befassung mit den Stellungnahmen der Kreise ist in den Kreisordnungen verankert. Auch hierfür sind entsprechende Zeiträume einzuplanen. • Der Planungsebene entsprechend bleiben die Formulierungen im LEP unkonkret und lassen bei den „Grundsätzen“ viele Fragen offen. In der täglichen Arbeit zeigt sich, dass der Umgang mit Grundsätzen der Raumordnung bisweilen schwierig ist und fachliche Belange nicht selten das Nachsehen haben. Im weiteren Planungsprozess werden in den Regionalplänen die Vorgaben aus dem LEP umgesetzt und konkretisiert. Dabei rücken die tatsächlich vorzufindenden örtlichen Rahmenbedingungen in den Fokus. Die Berücksichtigung örtlicher Belange kommt mit den landesweit festgelegten Zielen und Grundsätzen oft an Grenzen. Da der LEP Bindungswirkung für die nachfolgenden Ebenen der gesamträumlichen Planungen entfaltet, sind auch die Regionalpläne an die Vorgaben aus dem LEP gebunden. Es ist daher aus hiesiger Sicht geboten, der Regionalplanung bereits im LEP Befugnisse einzuräumen, die eine spezifische Berücksichtigung örtlicher Belange bei der Entwicklung von Grundsätzen und Zielen im Zuge der Regionalpläne einfordert. Nur so kann eine sachgerechte Schutzgüterabwägung vor Ort mit den dort konkurrierenden Belangen erfolgen. • Ich bitte um Klarstellung, welche Rechtsfolge für den Fall entsteht, wenn die aus dem LEP entwickelten Regionalpläne nicht gleichzeitig fertiggestellt werden oder juristisch angefochten werden. Gilt der Flächenbeitragswert über	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	den LEP als erbracht, mit den damit verbundenen rechtlichen Wirkungen, oder sind die einzelnen Regionalpläne zur Erfüllung des landesweit festgelegten Flächenbeitragswertes maßgeblich? Im letzten Fall würden einzelne Regionalpläne über eine landesweit wirkende Gesetzgebung entscheiden. Hierzu würden erhebliche Bedenken bestehen. • Unter dem Punkt 4.5.1.1 Siedlungsstruktur werden die Rahmenbedingungen zum Verhältnis von Windenergie und bestehenden sowie geplanten Siedlungsstrukturen in Zielen und Grundsätzen gefasst. Hier muss ein deutlicher Auftrag an die folgenden Regionalpläne implementiert werden, dass die im LEP noch offenen Formulierungen in den Regionalplänen so konkret gefasst werden müssen, dass keine weiteren Handreichungen zur Auslegung von Zielen und Grundsätzen erforderlich sind. Gemeinden brauchen Planungssicherheit und sichere Spielräume zur Umsetzung der an örtlichen Maßstäben entwickelten Planungsziele. Gemeinden müssen ihre Planungsziele auch zukünftig überdenken, ändern oder neu entwickeln dürfen. Ob Vorrangflächen dazu dienen sollten gemeindliche Planungen zu beschränken oder ob dies erst mit der tatsächlichen Nutzung der Vorrangflächen eintreten sollte, bitte ich zu prüfen. • Das in Kapitel 4.5.1.1als 4 Z festgelegte Verbot für die Entstehung von Windparks, beispielsweise in Siedlungsachsen, ist zwar nachvollziehbar, wird aber der Tatsache nicht gerecht, dass dort wo verdichtet und mit Vorrang gewohnt und gearbeitet werden soll auch der Energiebedarf entsprechend hoch ist. Der Energieverbrauch wird dort gebündelt, die Energiegewinnung und ihr Transport an die „Verbrauchsstellen“ aber in ländliche Bereiche mit landschaftlichen Qualitäten und ökologischen Funktionen verlagert. Ich bitte zu prüfen, ob den ländlichen Gebieten und insbesondere bestehenden Schutzgebieten vor diesem Hintergrund hinreichend Ziele und Grundsätze der Raumordnung zum Schutz dieser Gebiete zur Verfügung stehen. Außerdem bitte ich zu prüfen, ob eine Art Öffnungsklausel für beispielsweise Siedlungsachsen denkbar ist, wenn auf örtlicher Ebene nachgewiesen werden kann, dass die zugedachte Funktion zur Siedlungs- und Gewerbeentwicklung durch Windenergieanlagen nicht behindert wird. • Die in Kapitel 4.5.1.2 als Grundsätze gefassten Vorgaben zu Regionalen Grünzügen, Landschaftsschutzgebieten und Naturparken stellen im	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wesentlichen auf die Berücksichtigung der Funktionen der jeweiligen Naturräume ab. Dabei wird auf das Wort „soll“ abgestellt. Die Parameter aufgrund derer die genannten Elemente ihre Bedeutung erreichten sind bei ernstgemeinter Prüfung der Funktionsfähigkeit nicht verhandelbar. Es stellt sich insofern die Frage, was mit der gewählten Formulierung erreicht werden soll. In der Begründung zu G 12 Regionale Grünzüge wird außerdem mit einem „oder“ festgelegt, dass selbst wenn im Lichte der Funktionswahrung der Bau von Windenergieanlagen ausgeschlossen wäre auch noch das überwiegende öffentliche Interesse überwunden werden müsste. Hier wird es stets zu unbefriedigenden und nicht einheitlichen Entscheidungen kommen. Ich bitte zu prüfen, ob statt eines „oders“ ein „und“ zielführender sein könnte. Zumindest könnte damit die Erhaltung der Funktionsfähigkeit besser gesichert werden. • Auch unter dem Punkt 4.5.1.3 findet sich die unkonkrete Formulierung von „soll“ an verschiedenen Stellen in den Grundsätzen wieder. Im Weiteren Verfahren und der Konkretisierung in den Regionalplänen ist darauf zu achten, dass Formulierungen gewählt werden, die ein eindeutiges Vorgehen ermöglichen ohne weitere Handreichungen zur Auslegung zu benötigen. Beispielsweise: Wie sieht denn eine Prüfung aus, die darlegt, dass die Verwirklichung eines Windenergiegebietes den fachlichen Zielen eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems nicht widerspricht? Welche Abwägungskriterien werden mit welcher Wertigkeit anzusetzen sein? Die Festlegung raumordnerischer Ziele und Grundsätze zur Sicherung fachlicher Belange führen nicht automatisch zum Ausschluss von Flächen, wohl aber zu einem sorgsamen Umgang mit fachlichen Belangen. Daher wird ein hoher Grad an Konkretisierung in den Regionalplänen gefordert, für die der LEP bereits jetzt die Befugnisse dazu für die Ebene der Regionalplanung formulieren muss. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag gez. [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2497	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.6.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde 25779 Kleve in Dithmarschen begrüße ich Ihre Entscheidung, die Hauptachsen des europäischen Vogelzuges von einer weiteren Bebauung mit Windkraftanlagen freizuhalten, wie es in Ihrer derzeitigen Potentialflächenkarte dargestellt ist. Sie ist fachlich^ begründet und naturschutzrechtlich geboten. Die Gemeinde Kleve liegt, ebenso wie die Gemeinden Lehe, Lunden, St. Annen, Schlichting, Feddenngen sowie, inr unteren Verlauf eideraufwärts, die Gemeinden Hennstedt, Bergewöhrden, Delve, Glüsing und Hollingstedt in ebendieser Hauptachse des Vogelzuges. Sie ist schon heute nicht frei von Beeinträchtigung, so durch die im Bereich Hennstedt bestehenden Windkraftanlagen Die negativen Auswirkungen dieser Anlagen auf das Verhalten der Zugvögel sind vor Ort deutlich zu beobachten. Quer zu dieser Achse verlaufen mehrere Zugrichtungen des regionalen Vogelzuges , die im täglichen Rhythmus von diversen Wiesen- und Watvögeln wie Bekassyne, Großer Brachvogel u.a genutzt werden. Nicht nachvollziehbar ist in diesem Kontext die im Entwurf für das Gebiet südöstlich von Hollingstedt dargestellte Potentialfläche. Der Vogelzug ist ein dynamischer Prozess, er folgt keinen starren Regeln und braucht daher mehr barrierefreien Raum. Insbesondere eideraufwärts ist dies geboten und die Potentialflächen südöstlich von Hollingstedt sowie im Bereich des bestehenden Windparks in der Gemeinde Hennstedt sind aus der Teilfortschreibung auszunehmen. Anderenfalls halte ich eine gerichtliche Überprüfung der Planung für angezeigt. Außerdem ist für das Gebiet der Gemeinde Kleve und seiner erwähnten Nachbargemeinden eine außerordentliche Siedlurlgsdichte von Wiesenvögeln festzustellen, die hier auch ihre Brutgebiete haben. Im Gebiet der Gemeinde Kleve befindet sich ein Seeadlerhorst. Eine Freihaltung dieser Gebiete von der Bebauung mit Windkraftanlagen ist aus naturschutzrechtlicher Sicht - dem Schutz der Wiesen vogel-Brutgebiete - ebenfalls dringend notwendig. Hier wird der Entwurf zur Teilfortschreibung	Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffer 4.16 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	den Naturschutzerfordernissen gerecht.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1497	[G] Stadt- und Umlandbereiche sowie Verdichtungsräume Wir wünschen eine detailliertere Auseinandersetzung mit diesem Grundsatz. Worin unterscheiden sich die Erfordernisse der Stadt- und Umlandbereiche sowie der Verdichtungsräume und welche konkrete Bedeutung hat dies für die Ausweisung von Windenergiegebieten. [G] Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung In der bisherigen Vorgehensweise waren Gradzahlen bei der Umfassung von Ortslagen als Kriterium angegeben. Nach der aktuellen Erläuterung im LEP mangelt es an Objektivierbarkeit des Kriteriums. Die eindeutige rechtssichere Anwendung des Kriteriums zur Umfassung von Ortslagen kann bezweifelt werden. [G] Weitere militärische Belange Die Kommunikation militärischer Belange war in der Vergangenheit oft sehr intransparent. In Niedersachsen führten Überprüfungen durch die Bundeswehr zu erheblichen Lockerungen rund um militärische Flächen. Deshalb fordern wir auch in Schleswig-Holstein eine gründliche Überprüfung und Neubewertung der aktuellen Nutzung militärischer Flächen, insbesondere im Hinblick auf Höhenbeschränkungen und Tiefflugbiete für Hubschrauber. [G] Korridore von Richtfunkstrecken Wir fordern eine gründliche Überprüfung, ob die mitgeteilten Richtfunkstrecken der Behörden noch aktuell sind. Dieser Aspekt hat in der Vergangenheit zu erheblichen Verzögerungen geführt. Einzelfallprüfungen zeigten in der Vergangenheit, dass das Vorhandensein einer Richtfunkstrecke nicht pauschal durch WEA gestört werden. Geeignete Potenzialflächen sollten nicht pauschal aufgrund des Vorhandenseins von Richtfunkstrecken ausgeschlossen werden. Einzelfallprüfungen sollten möglich sein.	Zu Stadt- und Umlandbereichen erfolgt die konkrete Prüfung und Abwägung des Kriteriums auf Ebene der Regionalpläne Zur Umfassung von Ortslagen erfolgte eine Ergänzung, die beschreibt, wie das Konfliktrisiko bei diesem Kriterium bewertet werden soll. Bei militärischen Belangen ist die Landesplanungsbehörde auf die Zuarbeit der zuständigen Bundeswehr-Dienstellen angewiesen. Eine eigene Überprüfung der geltend gemachten Schutzerfordernisse kann der Plangeber nicht vornehmen. Richtfunktrassen sollen, wie es die Begründung zum Grundsatz auch sagt, nicht pauschal ausgeschlossen werden. Zu den Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie keiner Kernbereiche für Tourismus und Erholung wird auf Ziffer 3.15.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu den Belangen des Denkmalschutzes wird auf Ziffer 6.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Wäldern und Umgebungsbereichen: Der Ausschluss von Wäldern ist im LWaldG normiert und kann durch den Plan nicht geändert werden. Die Unterscheidung in Naturwälder und sonstige Wälder kommt dem Wunsch der Stellungnahme aber entgegen. Zum Seeadlerdichtezentrum und zu Umgebungsbereichen von Großvogelbrutplätzen: Bei Einzelhorsten erfolgt eine Anpassung an die Anlage 1 zu § 45b BNatSchG. Beim Seeadlerdichtezentrum bleibt es bei größeren Abständen. Hierzu wird auf Ziffer 4.8.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Schlafgewässern von Kranichen und Umgebungsbereiche

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[G] Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung Aus unserer Sicht stehen Tourismus und Windenergie in keinem Widerspruch zueinander. Daher bedarf es keiner Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie keiner Kernbereiche für Tourismus und Erholung. Dies bestätigt eine Veröffentlichung der IG Windkraft Österreich, wonach Studien in Deutschland aus den letzten 20 Jahren immer wieder zeigen, dass Windparks keine negativen Auswirkungen auf den Tourismus haben. (IG Windkraft, Windkraft und Tourismus, Hintergrundpapier, August 2022. S.15ff.). [G] Belange des Denkmalschutzes Wir verweisen auf den §2 EEG: "Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden." Die Belange des Denkmalschutzes dürfen nicht dazu führen, dass ansonsten geeignete Potenzialgebiete pauschal ausgeschlossen werden. Belange des Denkmalschutzes sollten lediglich in Ausnahmefällen und in Einzelfallprüfungen berücksichtigt werden. [Z] Wälder und Umgebungsbereiche Wir möchten darauf hinweisen, dass bei diesem Thema klar zwischen Forst und Wald unterschieden wird. Dadurch wird die Betrachtung der einzelnen Flächen erleichtert. Forstflächen mit Monokultur sind im Hinblick auf die Biodiversität weniger wertvoll, wie naturbelassene Wälder und sollten daher für die Nutzung von Windenergieanlagen leichter zur Verfügung gestellt werden können. [Z] Dichtezentrum für Seeadlervorkommen Wir fordern die Bereiche zur Prüfung bei kollisionsgefährdeten Brutvogelarten aus der	werden auch weiterhin aus Gründen des vorsorgenden Artenschutzes mit einem Umgebungsbereich versehen. Innerhalb dieses Bereiches wird im Einzelfall anhand der dem LfU vorliegenden Daten zu Flugbewegungen und einer durch das LfU vorgenommenen Habitatpotenzialanalyse geprüft inwieweit eine Freihaltung erforderlich ist. Dieses Vorgehen hält der Plangeber für sachgerecht. Zu den Wiesenvogelbrutgebieten wird auf Ziffer 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen. Details zu den fachlichen Grundlagen der Abgrenzung der Gebiete können bei der Fachbehörde (MEKUN / LfU) erfragt werden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anlage 1 des BNatSchG als Grundlage für die Umgebungsbereiche zu verwenden. Außerdem plädieren wir dafür, dass neue Techniken nicht pauschal ausgeschlossen werden, sondern einer gründlichen Betrachtung unterliegen. Beispiel: Der Windpark Timmaspe verwendet bereits auf Grundlage des neu geschaffenen Prüfrahmens Antikollisionssysteme. Diese können zum Schutz von Arten wie dem Rotmilan oder dem Seeadler eingesetzt werden. https://www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/E/eingriffsregelung/nfl12_Eingriffsregelung_01_natur_03_windkraft?nn=549a8fa0-66c0-4da0-9f19-70e4be245eac [G] Schlafgewässer von Kranichen und Umgebungsbereiche Der Kranich ist im LEP-Entwurf aufgeführt, obwohl Schleswig-Holstein keine Region mit globaler Bedeutung für die Population des Kranichs darstellt. Wir fordern die Anwendung des BNatschG, in der Schlafgewässer und Umgebungsbereiche von Kranichen nicht weiter berücksichtigt werden und damit die Streichung des Umgebungsbereichs von 3.000 m aus dem LEP-Entwurf. Die Prüfung sollte auf Genehmigungsebene als Einzelfallentscheidung getroffen werden. [Z] Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten Wir fordern eine sorgfältige Erläuterung der Definition des Ziels "… mit besonders hohen Siedlungsdichten" und des Grundsatzes "… mit hohen Siedlungsdichten". Die erwähnten Schwellenwerte in der Begründung des LEP sind nicht öffentlich bekannt und daher hinsichtlich ihrer Aktualität und Richtigkeit kaum einzuordnen oder zu bewerten. Wir fordern hier Transparenz. Darüber hinaus merken wir an, dass es sich bei den Beschreibungen "besonders hohen" oder "hohen" um unbestimmte Rechtsbegriffe handelt. Somit ist eine rechtssichere Anwendung dieses Kriteriums im LEP in Bezug auf die Errichtung von WEA aber auch im Hinblick auf landwirtschaftliche Nutzung der Flächen nicht gegeben. [G] Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Wir fordern die Bereiche zur Prüfung bei kollisionsgefährdeten Brutvogelarten aus der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anlage 1 des BNatSchG als Grundlage für die Umgebungsbereiche zu verwenden. Im Entwurf des LEP liegt der zentrale Prüfbereich des Rotmilans bei 1.500 m während der zentrale Prüfbereich im BNatschG bei 1.200 m liegt. Der Schwarzstorch ist im LEP-Entwurf aufgeführt, obwohl Schleswig-Holstein keine Region mit globaler Bedeutung für die Population des Schwarzstorchs darstellt. In Anlehnung an das BNatschG, in dem der Schwarzstorch nicht weiter berücksichtigt wird, fordern wir den Umgebungsbereich von 2.000 m aus dem LEP-Entwurf zu streichen. Grundsätzlich sollte der zentrale Prüfbereich der kollisionsgefährdeten Brutvogelarten aus dem BNatschG Anwendung finden. Abweichende Prüfbereiche sollten im Rahmen der Genehmigungsebene im Einzelfall geprüft werden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2495	Stellungnahme Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, ich spreche mit gegen einen weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in unserer Gemeinde sowie im Kreis Dithmarschen aus. Unsere Gemeinde hat bereits einen 12 MW (20 ha) großen PV-Park und trägt somit bereits zur Energiewende bei. Der PV-Park hat eine größere Fläche wie die der Ortskern selbst. Ein weiterer PV-Park wurde aufgrund eines Bürgerentscheids vor 2 Jahren nicht gebaut. Auf den Flächen östlich der B5 (Nähe Tennet-Leitung) brüten jedes Jahr Kiebitze sowie Austernfischer. Weiter Richtung Wolfenbüttel befindet sich ein Biotop, welches ein wichtiger Bestandteil der Flora und Fauna auf dieser Fläche ist. Ebenso ist dies die Heimat vieler Greifvögel, insbesondere des Seeadlers. Mit unseren Flächen tragen wir Verantwortung für den Erhalt von seltenen/gefährdeten Arten. Naturschutz sollte an erster Stelle stehen. Zudem leistet das Land SH bereits einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Energiewende bei und zudem haben wir den teuersten Strom in Deutschland. Irgendwie	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie 7.2.1, 7.1.3, 4.1, 4.5, 4.8, 7.2.10 und 7.2.15 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	passt das alles nicht zusammen. Aufgrund dessen findet ein weiterer Windkraftausbau bei mir keine Akzeptanz. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1495	Sehr geehrte Damen und Herren, es darf nicht sein, dass die komplette Fläche in und um Tellingstedt/Immenstedt/Welmbüttel mit WKA´s zugebaut wird. Hier leben Menschen, Tiere, Störche, Kraninche, Schleiereulen usw. Das Maß hier ist voll ! Überall in Deutschland weht der Wind – warum muss man unsere Natur hier zerstören. Wir haben hier bereits den Eider-Windpark mit 12 WKA s – dass muss reichen. Gleichzeitig kann und darf es nicht sein, dass die Anlage so dicht an die Häuser gebaut werden. Mein Vater hat den Hof von seinem Vater übernommen und lebt jetzt bereits 89 Jahre hier – [redacted] Er kann nicht mehr verpflanzt werden. Jetzt sollen die Anlagen bis 400 m ans Haus gebaut werden. Das darf nicht sein. Wir haben schon Schlafprobleme und Kopfschmerzen ! Jetzt ist Schluß Bitte denken Sie nicht nur an das Geld sondern auch an Menschen und Tiere !	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	LG [redacted] [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1493	23847 Gemeinde Rethwisch - markierte Potenzialfläche Guten Tag, AAA) Ihre aufgegebene Karte ist leider nicht genau genug. Bei dem versuch ordentlich heranzuzoomen wird die Karte unscharf, und es ist nicht möglich ins Detail zu gehen bzw ordenlich zu prüfen. BBB) ich lehne die markierte Potenzialfläche und/oder Re-Powering auf dem markierten Gebiet ab. Sie liegt teilweise in einem Landschaftsschutzgebiet lt LRP + ist eine Nebenverbundachse der landesweiten Biotopverbund- und Schutzgebietsplanung Zudem sehe ich die Zukunft für eine wachsenden Gemeinde durch die Planung der Windenergie als gefährdet an, Gesetzliche Mindestanforderungen (zb Abstand) sind dann für die Planung der Zukunft der Gemeinde nicht mehr einzuhalten, zudem wird die Gemeine Unattraktiv und Grundstückwerte sinken, durch noch Grössere, noch näher platzierten Windkraftanlagen. CCC) Solange es kein Gesetz gibt zur Entsorgung für SF6 kann ich diese Anlagen nicht tolerieren Ich finde es gut, dass Sie planen, jedoch sollten erst einmal alle anderen Bundesländer nachziehen, wir in SH stehen ganz weit oben.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 3.17, 4.5, 2.4, 7.2.12, 7.2.11, 7.2.9 und 7.2.13 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Leider sehe ich keinerlei Bemühungen der Bundesländer im südlichen Raum. Das finde ich nicht gut. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1489	Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Ihre aktuellen Planungen insgesamt sehr. Persönlich möchte ich folgende Ergänzungen vornehmen: <u>Befürwortung der Fläche Teichgraben, ehemalige Potenzialfläche „PR3_LAU_011“:</u> Die oben genannte Fläche auf der Gemarkung Düchelsdorf, Sierksrade, Göldenitz ist gut bebaubar und sollte daher bei den weiteren Planungen weiter Beachtung finden. Es gibt mehrere Unternehmen, die dort bauen würden, die Eigentümer sind positiv und möchten in die Umsetzung gehen. Es ist also eine fortgeschrittene Fläche für die tatsächliche Umsetzung von Windenergie. Es ist auch geplant eine Bürgerbeteiligung an den WKA zu ermöglichen in erheblichem Umfang und mit den Unternehmen auch über lokale Wärmeplanung zu sprechen. Die Nachbargemeinde Klinkrade möchte mit Windkraft ihr bestehendes Nahwärmenetz betreiben, was absolut lobenswert ist. In dem Dreieck Sierksrade, Düchelsdorf, Klinkrade könnte man also mit einem Porjekt viele Ziele erreichen. Die anliegenden Gemeinden sind absolut knapp im Haushalt, die EEG Vergütung für Windenergie in die Gemeindehaushalte würde uns sehr helfen. Auch Wärmekonzepte wurden hier noch nicht erstellt, sodass die lokale Verfügbarkeit von günstigerem Strom zur Energiewende beitragen kann. Für Sierksrade möchte ich darum bitten, die Sichtachse vom Unesco Welterbe Lübeck noch einmal zu prüfen. Nach meinem Ermessen ist diese bereits durch andere Bauwerke gestört und nicht so streng auszulegen. Insgesamt denke ich, dass das Ziel der Landesregierung, dass „in den Vorranggebieten Windenergienutzung Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen hat“, endlich umgesetzt werden sollte. Unser Teichgraben (PR3_LAU_011) würde sich hierfür relativ konfliktfrei eignen, die Mindestgröße von 15 ha erfüllen und einen bedeutenden Beitrag zur Erfüllung des Flächenbedarfs für Windenergie leisten. Die bereits geplanten 380kV	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Leitungen der Umgebung ermöglichen auch einen sinnvollen Abtransport der Energie. Ich bin also positiv für dieses Projekt, bitte um Prüfung der Sichtachse und weitere Genehmigung. Freundliche Grüße [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1488	Sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. • Durch das aktuelle Vorgehen der Landesregierung die Potentialflächen für Windkraftanlagen mit Hilfe abgeschwächter Kriterien zu erweitern verliere ich Akzeptanz und Vertrauen zu den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden. • Eine so kurzfristig angesetzte Möglichkeit zur Stellungnahme (9.9.2024) während der Sommerferienzeit lässt ein koordiniertes Handeln der kommunalen Vertretungen und der direkt im Lebensraum betroffenen Bevölkerung keinen zeitlichen Rahmen, um angemessen zu reagieren. Darum fordere ich eine weitere Frist von mindesten 3 Monaten zur Stimmabgabe. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.4.1 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1487	**Betreff: Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** [redacted] Sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen der Landeregierung Schleswig-Holsteins,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1 bis 2.5, 5.4, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.13 und 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. • Havarien (z.B. Rotorblattabwurf) und Brandereignisse von Windkraftanlagen (WKA) werden in den Grundsätzen und Leitlinien bisher gar nicht beachtet. Mit künftig steigender Anzahl der WKA, höheren Anlagen und längeren Rotorblättern wachsen auch diese Gefahren. Die jetzt geplanten, geänderten Kriterien stehen im Widerspruch zu den aus Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabständen, die zu Schutzgütern (wie Wohnhäusern) einzuhalten sind (z.B. Veenker, 2020). • Daher sollte in jedem Fall der Abstand zu jeglicher Wohnbebauung (egal ob Einzelbebauung oder Siedlung) so gewählt werden, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe auch zukünftig mindestens der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920m eingehalten wird. • Die Landesplanung muss in ihren Grundsätzen und Zielen darlegen, wie die Gefahren von Kontamination durch gesundheitsgefährdende Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel, nach einem Brandereignis mit den geplanten Mindestabständen in Hinblick auf die Erhaltung der Gesundheit der Menschen sowie von Pflanzen, Tieren und Böden zu vereinbaren sind. Die Emissionen sind nicht örtlich zu begrenzen, vielmehr bestimmt die Wetterlage die Art und Weite der Ausbreitung. Diese Tatsache bleibt bei allen bisherigen Abstandsdiskussionen hinsichtlich angrenzender Wohnbebauung oder Sperrradius der Feuerwehr unberücksichtigt. • Für Havarien bzw. Brandereignisse müssen Haftung und die Übernahme möglicher Folgekosten im Sinne der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger vorab vertraglich festgelegt und garantiert werden. • Für den Fall des endgültigen Abbaus der WKA bzw. auch des Repowering müssen Haftung und Übernahme der Kosten und Deponierung der Altlasten vertraglich festgelegt und garantiert werden. • Ein Rückbau einer WKA verlangt auch die Rückführung der genutzten Fläche / des genutzten Raumes in den ursprünglichen Zustand. Das beinhaltet auch die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bodenplatte, ein Verbleib der Bodenplatte im Boden ist keine Option. • Der Abrieb der in den Rotorblättern von WKA verarbeiteten Kunststoffe wird in den Grundsätzen und Leitlinien bisher gar nicht beachtet. Mit künftig steigender Anzahl der WKA, höheren Anlagen und längeren Rotorblättern wachsen auch diese Gefahren. Kleinstpartikel verteilen sich mit dem Wind über Land und tragen zur Kontamination der Böden und Gewässer bei, belasten Mensch, Fauna und Flora. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1485	**Bürgerwindpark Hennstedt** Sehr geehrte Damen und Herren, die Firmen [redacted] und die [redacted] geben zum 1. Entwurf des LEP folgende Stellungnahme ab: Die Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes (LEP) sieht im südöstlichen Gemeindegebiet von Hennstedt (Dithmarschen) eine Potenzialfläche für Windenergieanlage vor. Diese Flächenausweisung wird von den o. a. Firmen ausdrücklich begrüßt. **Sachverhalt und Begründung:** Die derzeitige Wärmeversorgung der Gem. Hennstedt von rd. 250 Haushalten incl. aller öffentlichen Gebäuden, mit 5,2 MW Anschlusswert, in der Gemeinde Hennstedt wird durch die Fa. [redacted] aus Dinslaken sichergestellt. Wärmeerzeuger und Biogaslieferant für Satelliten BHKW Anlagen der Fa. [redacted] ist die Biogasanlage an der K 48 südl. von Hennstedt in Richtung Linden. Vor dem Hintergrund, dass Ende 2025 durch Wegfall der EEG- Förderung die Biogasanlage keine Wärme und kein Biogas mehr	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	liefern wird, planen die Fa. [redacted] und die energieintensive Produktionsstätte der [redacted] als Ersatz den Bau einer Großwärmepumpe. Um entsprechende Fördermittel abzugreifen und um die Anlage wirtschaftlich zu betreiben, ist geplant, über einen Strom-Direktanschluss an die Wärmepumpenanlage im Nahbereich CO^2-neutral erzeugten Windstrom zu nutzen. Durch dieses Erzeugungskonzept kann langfristig wirtschaftlich regenerative Wärme für die Bürger der Gemeinde Hennstedt gewährleistet werden [redacted]	
Institution: Amt Eiderstedt, FB Bauen und Entwicklung Team Bauleitplanung & Bauordnung ID: M1484	Stellungnahme der Gemeinde Oldenswort zum 1. Entwurf Landesentwicklungsplan Wind 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, im Namen der Gemeindevertretung Oldenswort möchten wir uns zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein bezüglich der Windenergie an Land äußern, insbesondere in Bezug auf die ausgewiesene Potentialfläche in unserer Gemeinde. Wir begrüßen ausdrücklich die Anpassung des Wiesenvogelbrutgebiets zugunsten der Potentialfläche in Oldenswort. Die ursprünglich geplante Ausweisung hätte die gesamte Potentialfläche beeinträchtigt, während nunmehr nur der östliche Bereich betroffen ist. Diese Anpassung ermöglicht es uns, die Windenergieprojekte in unserer Region zukunftsweisend voranzutreiben. Um die Potentialfläche jedoch optimal nutzen zu können, schlagen wir vor, das Wiesenvogelbrutgebiet im östlichen Bereich der Potentialfläche um etwa 250 Meter weiter östlich entlang der Gemeindegrenze zwischen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Anpassung der Wiesenvogelkulisse erfolgte aufgrund der Ergebnisse des Wiesenvogelmonitorings, das für die Flächen des bestehenden Windparks nur noch geringe Dichten der Wiesenvögel festgestellt hat, sodass diese Flächen aus der Kulisse entlassen werden mussten. Die östlich angrenzenden Flächen waren jedoch noch besiedelt, sodass sie in der Kulisse geblieben sind. Auch Ackerflächen werden von Wiesenvögeln genutzt (insbesondere vom Kiebitz) und können daher Teil der Wiesenvogelkulisse sein.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Oldenswort und Witzwort zu verschieben. Derzeit verläuft die Grenze des Wiesenvogelbrutgebiets entlang des Gemeindewegs "Norderweg". Eine Verschiebung dieser Grenze würde es der Gemeinde Oldenswort ermöglichen, die Potentialfläche vollständig auszuschöpfen und den Flächennutzungsplan entsprechend anzupassen, ohne durch das Wiesenvogelbrutgebiet eingeschränkt zu werden. Aus fachlicher Sicht ist diese Verschiebung sinnvoll, da die betroffenen östlichen Flächen in der Gemeinde Oldenswort überwiegend aus Ackerland bestehen. Erst hinter der Gemeindegrenze, im Bereich von Witzwort, schließen sich großflächige Dauergrünlandflächen an, die für die Wiesenvogelbrut möglicherweise eine größere Bedeutung haben. Die Verschiebung der Abgrenzung um etwa 250 Meter nach Osten würde den Artenschutz nicht wesentlich beeinträchtigen und gleichzeitig die Nutzung der Potentialfläche in Oldenswort erheblich verbessern. Diese Maßnahme wäre ein bedeutender Schritt zur Förderung nachhaltiger Energieerzeugung und würde die Bestrebungen der Gemeinde Oldenswort unterstützen, die Potentialfläche für Windenergie durch die Anpassung des Flächennutzungsplans optimal zu nutzen. Wir bitten daher um eine erneute Prüfung und Anpassung der Abgrenzung des Wiesenvogelbrutgebiets im östlichen Bereich der Potentialfläche in Oldenswort. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bürgermeister	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1483	Betreff: Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Westensee, 03.09.2024 Sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. • Die Landesregierung geht über die eigentliche Flächenvorgabe der Bundesregierung hinaus und legt auch noch höhere Ertragsziele fest. Das führt zu einer unangemessenen Vergrößerung der Anlagenhöhen oder unnötigen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.4.1, 3.15, 7.1.1, 3.17 und 3.18 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Flächenausweisungen. Beides hat zusätzliche Beeinträchtigungen und Belastungen des Landschaftsbildes, von Menschen, Tieren und Natur sowie der Erholungsfunktion zur Folge. Das wiederum hätte auch negative Auswirkungen auf den Tourismus – einem bedeutenden Wirtschaftszweig Schleswig-Holsteins. • Über 7 Prozent der Fläche Schleswig-Holsteins werden zurzeit als geeignete Windpotentialfläche ausgewiesen, das ist mehr als das Doppelte, was für Gesamtdeutschland (3 Prozent) durch den Bund festgelegt wurde. • In der Gemeinde Westensee, mitten im Naturpark Westensee, liegt der Anteil ausgewiesener Windpotentialflächen bei 12,7 Prozent. Diese Flächen überlagern zudem Landschaftsschutzgebiete, die von menschlichen Einflüssen eigentlich weitgehend ausgenommen werden sollen und deren besonderer Schutz von Natur und Landschaft zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung des Naturhaushaltes erforderlich ist. • Der Grundsatz, dass in Landschaftsschutzgebieten die vorgefundene Eigentümlichkeit und Einmaligkeit der Landschaft erhalten werden soll ist mit dem Bau von WKAs ist nicht vereinbar. • Laut BfN hat die Landesregierung Schlesig-Holsteins lediglich 10,7 Prozent seiner Fläche als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen, alle anderen Bundesländer (außer Hessen) liegen mit bis zu 43 Prozent weit darüber. Ein Erhalt unserer Flächen zum Schutz unserer einmaligen Natur sollte oberste Priorität haben. (Quelle: Bundesamt für Naturschutz BfN) Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1482	Sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	**Stellungnahme**	**Begründung**
	Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. • Es steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung, dass z.B. die mögliche Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101 einen unzureichenden Abstand zu festgelegten Siedlungsbereichen (hier der Siedlungsachse Kiel–Melsdorf–Felde) aufweist. Generell muss als Ziel und Grundsatz der Raumordnung definiert werden, dass zu festgelegten bzw. geplanten Siedlungsbereichen/-achsen ein Abstand von Vorrang- und Potenzialflächen von mindestens 1000m (800m + 200m Sicherheitspuffer) einzuhalten ist. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Außerdem enthält die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Dieser Teil der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.3.1, 2.5.1 und 2.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1481	Sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. • Abschaffung der Gemeindeöffnungsklausel, da sie bis Abschluss der Regionalplanerstellung einem Wildwuchs neuer WKAs die Türen dort öffnet, wo es mit einem Ziel der Raumordnung sonst nicht vereinbar ist. Alle Stellungnahmen bezüglich der Kriterien zum Erhalt von schutzwürdigen Flächen, Artenschutz, Kulturgut und Wohlbefinden der Bevölkerung werden mit der Gemeindeöffnungsklausel mit einem Schlag außer Kraft gesetzt werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die sogenannte Gemeindeöffnungsklausel ist durch den Landesgesetzgeber normiert worden. Damit wird eine Windenergienutzung auf die Potenzialfläche gelenkt. Voraussetzung ist jedoch, dass die Gemeinde die Entscheidung für eine Bauleitplanung trifft.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1480	Sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. • Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage ist meine Sorge, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses und der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken) durch zukünftig noch höhere Windkraftanlagen gefährdet oder weiter eingeschränkt wird. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 sind bereits bei der Festlegung von Windvorrangflächen und im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Dies muss bereits in den Zielen und Grundsätzen festgeschrieben werden. • Ich bin nur Laie, kann mir aber durchaus vorstellen, dass im Sichtschatten einer WKA auch auf dem Radarschirm eine größere Fläche nicht eingesehen werden kann. Ganze Windparks, die zudem auch noch in Sichtrichtung hintereinander liegen, machen den Betrachter „blind“, da sich die Sichtschatten überlagern. • Stellungnahmen der Bundeswehr sollten zu diesem Thema dringend eingeholt und auch mit höchster Priorität berücksichtigt werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 3.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1479	Betreff: Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Westensee, 01.09.2024	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.18.1, 3.17, 4.5, 4.6, 5.9.1 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. • Die im Eckpunktepapier genannte Absicht, Abwägungskriterien z.B. zur Umfassung von Ortslagen oder bzgl. Migrationskorridore zu Grünbrücken, bzgl. dem Denkmalschutz, Naturparke oder regionaler Grünzüge zugunsten der Windenergienutzung noch geringer zu gewichten, ist aus demselben Grund zu streichen wie die geplante, weitere Reduzierung der Prüfabstände im Bereich Artenschutz. Dies steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen (Helgoländer Papier) und den von der Landesplanung selbst genannten Zielen und Grundsätzen im Bereich Artenschutz. • Die Landesregierung Schleswig-Holstein steht ein für Natur- und Artenschutz. Der Erhalt unserer wunderschönen und einmaligen Landschaft stand einmal ganz oben auf der Agenda. „Land der Horizonte“ und „der echte Norden“. Damit hat die Landesregierung Reklame gemacht. Wir haben ein Gut, das wir vielen Bundesländern voraus haben. Rückzug, Besinnung, Erholung…das ist hier möglich. Und viele Menschen nutzen diesen Raum eben genau dafür. Warum gelten die Schleswig-Holsteiner als das glücklichste Völkchen Deutschlands? Noch einmal in sich kehren und bedenken…, ob dieser politische Schnellschuss wirklich notwendig ist und wir das Mehr an Energie jetzt, zu diesem Zeitpunkt und an diesen Orten wirklich benötigen. • Bereits in den Zielen und Grundsätzen ist festzuschreiben, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken als natürlicher Klimaschutz Vorrang gewährt werden. Eine Missachtung dieses Grundsatzes stünde im Widerspruch zu den von der Bundes- und Landesregierung ausgerufenen Zielen zum Moor- und Klimaschutz. • Dasselbe gilt für Biotope und Biotopverbundachsen als natürliche Lebensräume, u.a. für schützenswerte Reptilien und Insekten und damit auch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. • Der Schutzabstand von 200m zum Waldrand als Lebensraum und Brutgebiet für Greifvögel muss wieder eingeführt werden. • Landschaftsschutzgebiete und Naturparke sind über Jahrzehnte als Verbundachsen zur Erhöhung der Biodiversität geschaffen worden. Generationen engagierter Politiker haben sich dafür eingesetzt. Inzwischen sind Großvögel wie der Kranich bei uns wieder heimisch, nachdem sie über Jahrzehnte fast verschwunden waren. Die geplante Öffnung der genannten Naturräume für einen künftigen Ausbau der Windkraft auf den erweiterten Potentialflächen wird sich negativ auf die ungestörte Wanderung dieser Großvögel über die gerade zurück eroberte Landschaft und auf den Vogelzug insgesamt auswirken. • Wenn der Landesregierung Naturräume wie Landschaftsschutzgebiete und Naturparke, die der Erholung der Menschen und dem Tourismus dienen und damit eine besondere Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit haben, sowie zum Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft beitragen, wirklich wichtig sind, dann sind diese komplett von Windkraftanlagen freizuhalten und entsprechende Schutzabstände zu den Parkgrenzen einzuhalten. • Die Verringerung der Schutzkriterien und Mindestabstände und Ausweisung von Windpotentialflächen mitten in diesen Naturlandschaften steht der im Regionalplan (letzte Aktualisierung 12.2023) untermauerten Bedeutung massiv entgegen. Im Regionalplan sollen unsere Naturräume, wie Naturparks, Landschafts- und Naturschutzgebiete sowie deren Entwicklung im Bereich der Naherholung und der Freizeitgestaltung und damit eines Lebens- und Erholungswertes für alle fortan weiter gefördert werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme Mit freundlichen Grüßen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1478	Sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. • Jede zusätzlich gebaute Windkraftanlage steigert zurzeit bei viel Wind nur die Spitzenleistung der Stromerzeugung. Diese kann bisher weder gespeichert noch, durch mangelhaften Trassenbau, abgeführt werden. Jedes weitere Windrad erhöht die Stromanschlussgebühr für den Stromkunden/Bürger. Eine Umkehr der Planung ist notwendig. Wir brauchen vorerst die Infrastruktur, bevor wir noch mehr Stromerzeugungsanlagen bauen. Und hier eine Idee zum Schluss Würde jeder Windkraftanlagenbetreiber dazu genötigt einen gleichbleibend hohen Strominput ins Netz zu liefern, wären alle Anlagenbetreiber gefragt über Stromspeicherung nachzudenken. Eine Vielzahl an Ideen könnte zusammenkommen, ein riesiges Brainstorming, sozusagen aus der Not geboren Geld zu verdienen. Stattdessen werden die Stromkunden wie eine Kuh gemolken und der Anlagenbetreiber braucht nur die Hand aufzuhalten. Er bekommt sein Stromgeld: Strom geliefert oder abgeregelt. Uns gehen viele Möglichkeiten verloren, diese Aufgabe bisher nicht auf vielen Schultern zu verteilen, …das wäre mal wirklich zukunftsgerichtet und innovativ. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.5, 7.2.3, 7.2.15 und 7.2.10 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1477	[redacted] [redacted] [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1 bis 2.5 und 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein -Landesplanungsbehörde, Referat IV 64- Düsternbrooker Weg 92 24105 Kiel Betreff: Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 [redacted], 30.08.2024 Sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen der Landeregierung Schleswig-Holsteins, ich möchte hiermit Stellung nehmen zur Teilfortschreibung des LEP und reiche meine Stellungnahme fristgerecht zum 09.09.2024 ein. • Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesplanung die Schutzbedürftigkeit der Bevölkerung im Außenbereich geringer bewertet als die im Siedlungsbereich. Eine Festlegung eines geringeren Mindestabstandes von 400m zu einzeln liegenden Wohngebäuden ist somit nicht begründet. • Schleswig-Holstein bemisst die notwendigen Abstände zur Wohnbebauung von Einzelgebäuden und Siedlungsbereich mit 400m bzw. 800m. In 8 von 16 Bundesländern werden größere Abstände eingehalten bzw. empfohlen: Bayern 2000m, Brandenburg 1000m, Hessen 1000m, Mecklenburg-Vorpommern 800m bzw. 1000m, Nordrhein-Westfalen 1000m, Rheinland-Pfalz 500m bzw. 1000m, Sachsen-Anhalt 1000m und Thüringen 600 bzw. 1000m. • Bei einem Abstand von 400 m zu Einzelgebäuden ist ein Wohnen, Leben und der Erhalt der Gesundheit neben oder gar zwischen zwei Windparks, bestückt mit modernen WKAs von 6 MW und einer jeweiligen Gesamthöhe von ca. 230m oder zukünftig auch mehr, nicht zumutbar.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	• Die negativen Auswirkungen der Anlagenhöhe auf die nähere Umgebung ist laut Umweltministerium erst mit dem 15-fachen der Anlagenhöhe nicht mehr gegeben. • Die geplante Abschaffung der anlagenhöhenabhängigen, sogenannten 3H-/5H-Regelung missachtet diese Erkenntnisse zusätzlich. Die 3H/5H-Regelung muss in den Grundsätzen und Zielen für die Einhaltung des Mindestabstandes einer einzelnen WKA unabhängig von ihrer Höhe zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1476	Sehr geehrte Damen und Herren, ich halte die vom Land SH angewandten Kriterien bei der Auswahl von zukünftig möglichen Windeignungsgebieten für sehr geeignet aus folgenden Gründen: Es werden Flächen ausgewählt, die bereits durch vorhandene Infrastrukturen vorbelastet sind (in Bezug auf Landschaftsbild , Beeinträchtigung von Natur und Umwelt). Vogelzuggebiete werden bei der Auswahl ebenfalls berücksichtigt bzw. außen vor gelassen. Außerdem werden Flächen ausgewiesen, die in räumlicher Verbindung zu bereits bestehenden priviligierten oder über B- Plan erstellte PV-Freiflächenanlagen, sowie geplanten oder ebenfalls ausgewiesenen Windenergie-eingnungs/ Potenzialflächen stehen. Dieses ermöglicht zukünftig eine Sektorenkopplung zwischen den erneuerbaren Energien und ermöglicht die Nutzung von bereits bestehender Infrastruktur zur Abführung der erzeugten Energie. Die Nähe zu übergeordneten Großzentren mit angesiedelten Gewerbe und Industrieanlagen und damit verbundenen großen Abnehmern (z. B. Stadtwerke in Großstädten wie die Landeshauptstadt Kiel) eröffnet die Möglichkeit, einer dezentralen,	Die Stellungnahme enthält Anregungen zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	stabilen, umweltfreundlichen Energieversorgung unabhängig von fossilen Brennstoffen und großen Energieversorgern zur Verfügung zu stellen. Durch eine Umstellung der zukünftigen Energieversorgung ohne fossile Brennstoffe kann der Strombedarf für die in Wohngebiete betriebenen Wärmepumpen . E-Ladestationen etc. effektiv und dezentral zur Verfügung gestellt werden. Kommunen erhalten dadurch die Möglichkeit die von der Politik geforderten dezentralen Wämenetze zu verwirklichen. Die vorgesehenen Abstände zur Wohnbebauung und zu Einzelhäusern sowie zu Siedlungsstrukturen halte ich in der vorgesehen Form für sehr geeignet . Der Schutz der Bürger ist dadurch auf jeden Fall gewährleistet und wird im Genehmigungsverfahren individuell bewertet. Bei der Auswahl der zukünftigen Windenergie-Eignungsflächen ist es nachvollziehbar und sehr zielführend intensiv genutzte, großräumige Ackerflächen im Außenbereich vorrangig auszuwählen, um eine Beeinträchtigung von Mensch und Natur zu minimieren. Es können in den Bereichen Kabel zur Abführung der Enegie verlegt werden, ohne daß die Bürger/innen in ihrem nahen Wohnumfeld belastet werden müssen. Die Nähe zu bereits vorhandenen Energieerzeugungsanlagen aus erneuerbaren Energien (Wind und Solar, Biogas) sollte noch stärker gewichtet werden, um später eine Sektorenkopplung zu ermöglichen und Infrastruktur besser / effizienter nutzen zu können.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2826	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Mein Mann und ich sind vor dreienhalb Jahren in unser Haus in [redacted] gezogen, zu diesem Zeitpunkt wussten wir noch nichts von der Planung der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 7.2.11, 2.1 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftanlagen direkt vor unserer Haustür. Da wir bereits seit längerem Nachwuchs planten, stellten wir bereits einen Bauantrag zur Aufstockung unseres Bungalows zu einem Einfamilienhaus. Als wir von der Planung der Windparks erfuhren, legten wir den Umbau erst einmal auf Eis, da wir eine erhebliche Wertverminderung unseres Hauses, in das wir viel Zeit und Geld stecken wollten, befürchten. Aus diesem Grund möchte ich gleiche Abstandsregelungen für alle – egal ob Ortschaft, Splittersiedlung oder Einzelhaus. Ich fordere einen Mindestabstand von 5 H zu Wohngebäuden, ebenso fordere ich, dass die Abgabefrist für Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1475	Im Namen der Gemeinde Friedrichsgabekoog möchten wir die folgende Stellungnahme an Sie weiterleiten: Sehr geehrte Damen und Herren, mit diesem Schreiben möchte die Gemeinde Friedrichsgabekoog ihre Bedenken und Anregungen zur aktuellen Positivliste für Windenergievorrangflächen innerhalb der Gemeinde Friedrichsgabekoog äußern. Es ist bedauerlich, dass aufgrund der Flugplatzrunde nahezu keine Potenzialflächen ausgewiesen werden konnten. Dies führt zu einer unzureichenden Nutzung erneuerbarer Energien in unserer Region und steht im Widerspruch zu den Zielen der Energiewende. Es sollte geprüft werden, ob eine Verlegung der Platzrunde (Flugplatz Heide-Büsum) in Absprache mit anderen betroffenen Gemeinden und der Luftfahrtbehörde Schleswig-Holstein möglich ist. Eine alternative Lösung könnte die Ausweisung von Flächen im Sommerkoog sein. Hierdurch könnte die neue Bio-Frosterei direkt mit Windstrom versorgt werden. Diese Verbindung zwischen erneuerbarer Energieerzeugung und nachhaltiger Lebensmittelverarbeitung würde nicht nur ökologische Vorteile bringen, sondern auch wirtschaftliche Impulse für die Region setzen. Zusätzlich könnte die Bio-Frosterei als zentraler Punkt für die Bereitstellung von Wärme	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung des Planentwurfs. Auf Ebene des Landesentwicklungsplanes Sachthema Windenergie werden Windenergiegebiete und raumbedeutsame Windenergieanlagen innerhalb Platzrunden um Flugplätze einschließlich bestimmter Abstandsbereiche ausgeschlossen. Die Festlegung der Platzrunden erfolgt durch die zuständigen Luftfahrtbehörden. Eine Änderung kann lediglich durch die Luftfahrtbehörde erfolgen, nicht jedoch durch die Raumordnung. Bezüglich der weiter genannten Aspekte wird auf die Ziffern 4.1.1 und 4.10.1 der allgemeinen Synopse hingewiesen. Darüber hinaus beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dienen. Durch die Nutzung von Abwärme und die Wärme aus hier produzierten Windstrom könnten wir ein Wärmenetz aufbauen, welches die Haushalte in Wesselburener-Deichhausen, Reinsbüttel und Friedrichsgabekoog versorgen würde. Dies würde nicht nur den CO2-Ausstoß reduzieren, sondern auch den negativen Einfluss auf die Umwelt durch den Bau neuer Windkraftanlagen verringern. Der dauerhafte Einsatz von Heizöl und Erdgas zur Beheizung unserer Häuser ist nicht nachhaltig und sollte durch umweltfreundliche Alternativen ersetzt werden. Die Versorgung von energieintensiven Betrieben mit Strom und die Versorgung von Haushalten mit Wärme wird in der Gemeindeöffnungsklausel als Vorgabe genannt. Dies würde hier erfüllt werden. Der Sommerkoog liegt im 3 km Küstenstreifen und im 1000m Abstand zum Vogelschutzgebiet. Es wäre zu prüfen, ob der Küstenstreifen teilweise auf 2km reduziert werden könnte. Im vorherigen LEP gab es ein Bereich von 300m-1200m, welcher als Abwägungskriterium hinterlegt war. Dies sollte beibehalten werden, da es Antikollisionssyteme gibt, die die Windkraftanlagen bei Annäherung der Vögel abschalten. Die Gemeinde hat eine Gemeindeversammlung, bei der jeder Einwohner mit abstimmen kann. Bei der letzten Abstimmung zur Ausweisung von gewünschten Windenergievorrangflächen in der Gemeinde gab es eine hohe Zustimmung von 80 %. Dies zeigt, dass ein Großteil der Einwohner die Notwendigkeit und den Nutzen von Windkraftanlagen erkennt, insbesondere im Hinblick auf die nachhaltige Energieversorgung und dem Umweltschutz. Wir appellieren an die Entscheidungsträger, diese Aspekte bei der Planung zukünftiger Windenergievorrangflächen zu berücksichtigen und eine umfassende Einzelfallprüfung anzustoßen. Nur so können wir gemeinsam eine nachhaltige Energiezukunft für unsere Gemeinde gestalten. Folgende Anlagen werden beigefügt: • Karte Sommerkoog von der gewünschten Fläche (gelber Kreis = ca. 2km Abstand zur Küste, orange umrandet = gewünschte Potenzialfläche) • Vorschlag zur Verlegung der Flugplatzrunde (rote Linie= für Start und Ladung, orange = aktuelle Platzrunde, braun= mögliche Platzrunde)	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen Gemeinde Friedrichsgabekoog	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1474	Stellungnahme Wind für Gemeinde Ecklak Ich bin in der Gemeindevertretung Ecklak und hier auch in Bau und Wegeausschuss. In der letzten nicht Öffentlichen Sitzung von 13.8.2024 wurde konkret über das weitere vorgehen diskutiert.Die Gemeide wird hierzu auf der nächsten Sitzung am 23.10.24 ihre Stellungnahme abgeben. Ich teile hier die Meinung von der Mehrheit im Gemeinderat das durch die Bauleitplanug der Gemeinde im Oktober neu Aufgestellten Flächennutzungsplan das Windgebiet an der Winterbahn[PR3,Ste 060] die gesamte Potenziealfläche ausweisen möchten und hier in Vorwege über die Gemeindeöffungsklausel die Fläche für Ropowerin durch größere zu erhalten.Dazu soll der bestehende Städtebaurechtliche Vertag mit den Flächeneigentümer und den Windparksbetreibern aufgehoben weden. Dadurch würde auch der zur Zeit auf der Fläche liegende auifaunistische Schutzstatus enfallen.Somit sehe ich kein Begründung die Fläche 066 nicht im vollem umfang auszuweisen.Die zweite Fläche in der Gemeinde ist die PR3 Ste 054 auch hierzu gibt es von der Gemeinde und deren Bürgen eine Klare Stellungnahme. Die Gemeinde lehnt diese Fläche ab ,da es bereits eine Bürgerbefagung über diese Fläche gab mit den Ausgang das die mehrheit der Ecklaker Bürger hier keinen Windpark möchten. Die Gemeinde wird diese Fläche nicht mit Wind im Flächennutzungsplan vorsehen und auch nicht bei der Gemeindeöffungskausel weil auf den Gemeindegebiet enstehender Solarpark in dei Potenzialfläche hereinrakt und im Östlichen Teil der Potenziealfläche die Wilsterau und eingeschützdes Biotop sind.Die Potenzialflächen 066 und 067 in Ecklak sind meines wissens nicht Bebauungsfähig. Mit freundlichen gruß [redacted] [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Projektgruppe SEEADLERSCHUTZ	**Stellungnahme zum Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) zum Thema 'Windenergie an Land'**	Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen sind in der Nähe von Horststandorten windkraftsensibler Großvogelarten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die festgelegten freizuhaltenden Umgebungsbereiche stellen einen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Schleswig-Holstein e.V. **ID: M2688**	**1. Allgemeine Anmerkungen** Kernaufgabe der Projektgruppe Seeadlerschutz Schleswig-Holstein e.V. sind dem Verbandsnamen entsprechend Schutz und Monitoring des Seeadlerpopulation Schleswig-Holsteins. Außerdem betreut und begleitet sie Projekte zu weiteren hauptsächlich in Wäldern brütenden Großvogelarten wie Schwarzstorch, Rotmilan und Mäusebussard. Alle diese Arten gelten als besonders windkraftsensibel, d.h. sie können aufgrund fehlenden bzw. wenig ausgeprägten Meidungsverhaltens gegenüber den Rotoren der Windenergieanlagen (WEA) leicht tödlichen Kollisionen zum Opfer fallen. Diese Gefahr ist hauptsächlich dann gegeben, wenn WEA in näherer Umgebung zu den Brutplätzen errichtet worden sind. Da diese Großvogelarten eine relativ geringe Fortpflanzungsrate haben, lassen sich in der Population anhaltend hohe Verluste kaum kompensieren, zumal wenn noch weitere zivilisationsbedingte Todesursachen und Faktoren wie anthropogene Störungen am Brutplatz oder Verluste an Nahrungshabitaten negativ auf den Bestand einwirken. Da sich diese Konfliktsituation im Zuge des Windenergieausbaus bereits vor geraumer Zeit abzeichnete, hat die Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW) 'Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten' anhand umfangreicher wissenschaftlicher Erkenntnisse zusammengestellt, dabei auch Mindestabstände zu den Brutplätzen bestimmter als besonders windkraftsensibel geltenden Arten definiert. In der bisherigen Fassung der raumplanerischen Vorgaben zur Windenergie (WE) hat die Landesregierung versucht, diesen artenschutzfachlichen und -rechtlichen Ansprüchen nachzukommen. Da der Bundesgesetzgeber die Länder verpflichtet hat, einen Anteil von zwei Prozent der Landesfläche für WE auszuweisen (was für Schleswig-Holstein eine Zunahme der WE-Gebiete um gut 50 Prozent bedeutet), und zudem mit einer Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes die Artenschutzbelange gegenüber dem WE-Ausbau erheblich abgeschwächt hat, ist der Spielraum der Landesregierung bei der Berücksichtigung von Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes erheblich geringer geworden, was sich deutlich in den dazu im LEP-Entwurf vorgestellten Kriterien widerspiegelt. Dennoch muss bei der WE-Planung zwingend das artenschutzrechtliche Tötungsverbot	Vorsorgeansatz zur Gewährleistung der artenschutzrechtlichen Vorschriften auf Ebene der räumlichen Gesamtplanung dar. Folglich ist der absolute Ausschluss von Windenergieanlagen in dem Umgebungsbereichen mittels eines Zieles der Raumordnung fachlich und rechtlich nicht geboten. Der Seeadler und seine Brutplätze wird über das Ziel der Raumordnung „Seeadler-Dichtezentrum“ (Ausschluss) und über den Grundsatz der Raumordnung „Brutplätze windkraftsensibler Großvögel“ (Abwägung) bei der Ermittlung von Windvorranggebieten in der Regionalplanung berücksichtigt. Der Umgebungsbereich um Brutplätze des Rotmilans wird an die Anlage 1 zu § 45b BNatSchG auf 1.200 m angepasst. Im Rahmen der Abwägung kann einzelfallbezogen geprüft werden, ob die Inanspruchnahme des Bereiches zwischen 500 m und 1.200 m um Rotmilanbrutplätze ausreichend ist, sofern dabei potenzielle Artenschutzkonflikte bewältigt werden können. Abwägungsgründe können bestehende, genehmigte oder im Genehmigungsverfahren befindliche WEA sein, wo im Zuge der Zulassung mögliche Artenschutzkonflikte gemäß gültiger Rechtslage bewältigt wurden. Die jeweils erforderlichen artenschutzfachlichen Gutachten werden nach den Vorgaben der zuständigen Naturschutzbehörde erstellt und von dieser geprüft. Auf dieser Basis erfolgen die weiteren artenschutzrechtlichen Entscheidungen. Schleswig-Holstein liegt am Nordwestrand des sehr großen Verbreitungsgebietes des Schwarzmilans. Die Art brütet mit wenigen Paaren vor allem im Südosten des Landes und hat erst in den letzten Jahren etwas im Bestand zugenommen. In der bundesweiten Kollisionsopferdatenbank der Vogelschutzwarte Brandenburg sind deutlich weniger Schwarzmilane als Rotmilane aufgeführt. Die explizite Aufnahme des Schwarzmilans in 17 G ist aus Sicht der zuständigen Naturschutzbehörden nicht erforderlich. Im Einzelfall kann auf der Zulassungsebene einem

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des § 44 BNatSchG sowie der EU-Vogelschutzrichtlinie beachtet werden. Zudem darf sich der Erhaltungszustand der Populationen der betroffenen Arten durch den WE-Ausbau nicht verschlechtern. Eine diesen Ansprüchen auch rechtlich genügende Lösung muss nach Auffassung der Projektgruppe deswegen weiterhin vorrangig im Verzicht auf problematische Standorte gemäß den Abstandsempfehlungen der LAG VSW bestehen. Eine denkbare Alternative wäre der wirkungsvolle Einsatz von Antikollisionssystemen; dem steht jedoch die tatsächliche Wirksamkeit der Anlagen und die bundesrechtlich viel zu eng definierte Zumutbarkeitsschwelle für entsprechend notwendige Abschaltzeiten entgegen. Vor diesem Hintergrund möchte die Projektgruppe Seeadlerschutz zum vorliegenden Entwurf des LEP Stellung beziehen. Sie beschränkt sich dabei auf die Aspekte des LEP, die sich direkt oder unmittelbar auf die Arten Seeadler, Rotmilan, Schwarzstorch und Mäusebussard beziehen. **2. Anmerkungen zu einzelnen, den Großvogelschutz betreffenden Zielen (Z) und Grundsätzen (G) des LEP sowie den zugehörigen Begründungen (B)** Die Anmerkungen beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf den Anhang 1, Kapitel 4.5.1.3, Gebiets- und Artenschutz. **2.1 Brutplätze windkraftsensibler Großvogelarten (17 G, B zu 17)** Unter 17 G werden die von WE-Gebieten zu den Brutplätzen von Seeadler, Rotmilan sowie Schwarz- und Weißstorch grundsätzlich einzuhaltenden Abstände angeführt. Die Proiektgruppe empfiehlt eindringlich, die hier angeführten Abstandswerte nicht als 'Grundsätze' (G), die bei der Festlegung von WE-Gebieten z.B. mittels zweifelhafter Habitatpotenzialanalyse relativ einfach unterschritten werden können, sondern als weitgehend abweichungsfeste 'Ziele' (Z) zu kategorisieren. Für die Projektgruppe Seeadlerschutz sind folgende Arten von besonderer Bedeutung: **2.1.1 Seeadler** Die Reduzierung des Mindestabstands von bislang 3.000 m auf 2.000 m hält die Projektgruppe für äußerst problematisch. Selbst in gewässerreichen Regionen fliegen Seeadler, durch unsere Beobachtung belegt, von ihren Brutplätzen sehr häufig über	potentiellen artenschutzfachlichen Konflikt begegnet werden. Der Mäusebussard ist in Schleswig-Holstein weit verbreitet. Er gilt nach §45b BNatSchG nicht als kollisionsgefährdete Art. Der Schutz der Art wird in ausreichendem Maße über eine Vielzahl anderer Ziele und Grundsätze der Raumordnung berücksichtigt. An der Differenzierung der Abstände zu Naturwäldern und sonstigen Wäldern wird festgehalten. Dies wird dem unterschiedlichen artenschutzrechtlichen Konfliktpotenzial gerecht. Darüber hinausbestehende potenzielle Konflikte können durch Maßnahmen gelöst werden. Die empfohlenen Abstände von 1.000 m zu Gewässern und werden nicht übernommen. Es wird auf die oben bereits thematisierte Ausgewogenheit zwischen dem Erreichen energiepolitischer Ziele, rechtlicher Vorgaben und einem gerechten Interessenausgleich aller Schutzgüter verwiesen. Artenschutzkonflikte können hier auf Genehmigungsebene gelöst werden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2.000 m entfernt liegende Gebiete zur Nahrungssuche an (Struwe-Juhl in Stubbe & Stubbe 2000). Die Abstandsverringerung um ein Drittel widerspricht eklatant den Abstandsempfehlungen der LAG VSW. Die zur Zeit positive Bestandsentwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Seeadler nach wie vor zu den stark durch „Voqelschlaq“ an WEA gefährdeten Arten zählt. Dabei ist zu bedenken, dass zahlreiche der bereits planungsrechtlich festgestellten WE-Vorranggebiete noch nicht mit WEA bebaut worden sind und über die zukünftige WE-Planung noch ein erheblich größeres Kontingent an WEA vorgesehen ist, das auch bisher von WE freigehaltene Räume wie Landschaftsschutzgebiete belasten wird. Hinzu werden noch etliche über die Gemeindeöffnungsklausel und damit unabhängig vom LEP ausgewiesene WE-Gebiete kommen. Zudem weisen die modernen WEA deutlich größere Rotoren auf, die bis in über 250 m Höhe reichen, wodurch im Vergleich zu den älteren Modellen größere Flächen im Luftraum und damit erheblich mehr Flugraum der Vögel bestrichen werden. Das führt insgesamt zu einer gravierend höheren Dichte an Rotorfläche und damit zu einem stark gesteigerten Gefahrenpotenzial. **2.1.2 Rotmilan** Die LAG VSW hat in der Fortschreibung ihrer Abstandsempfehlungen ihre Angabe zum Mindestabstand von 1.000 m auf 1.500 m erhöht. Grundlage für die Korrektur bildeten u. a. Telemetrieuntersuchungen um mehrere Brutplätze, die einen im Gegensatz zu früheren Annahmen deutlich weiteren Aktionsraum v. a. zur Zeit der Jungenaufzucht ergaben. Deshalb begrüßt die Projektgruppe das grundsätzliche Beibehalten des 1.500 m-Abstands, sieht jedoch die explizit eingeräumte Möglichkeit zu dessen Reduzierung auf Basis von jeweils beizubringenden Artenschutzgutachten kritisch. Diese Gutachten sollen sich nach Vorgabe des Bundes künftig auf eine Habitatpotenzialanalyse beschränken können, d.h. sie müssen nicht mehr die real erfolgenden Flugstrecken und damit die tatsächliche Raumnutzung wiedergeben. Das lässt die Ergebnisse gerade bei einer bei der Nahrungssuche derart agilen Art wie dem Rotmilan weit ins Spekulative rücken. Überdies werden die Gutachten im Auftrag der Investoren erstellt, was zu erheblichen Zweifeln an der Objektivität Anlass gibt. Rotmilane sind sehr flugaktive Vögel und gelten deswegen als stark durch „Vogelschlag“ an WEA gefährdet. Modellierungen der Universität Bielefeld, veröffentlicht im Abschlussbericht des F&E-Projekts PROGRESS (Grünkorn, T. et al., 2016) zum	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kollisionsrisiko von Greifvögeln durch Windkraftanlagen, bestätigen dies. Zwar ist der schleswig-holsteinische Brutbestand des Rotmilans angestiegen, doch muss auch für diese Art bedacht werden, dass mit dem vorgesehenen Ausbau der WE das Gefährdungspotenzial im Vergleich zum derzeitigen Stand um ein Vielfaches erhöht werden wird (siehe auch Anmerkungen unter 2.1.1 zum Seeadler). Die Projektqruppe empfiehlt, in die Gruppe der im Abschnitt 17 G als windkraftsensibel angeführten Vögel auch den Schwarzmilan aufzunehmen, hier analog zum Rotmilan. Der Schwarzmilan wird in der Roten Liste der Brutvögel Schleswig-Holsteins (2021) als stark gefährdet geführt und tritt in den letzten Jahren vermehrt als Brutvogel in Schleswig-Holstein auf. **2.1.3 Schwarzstorch** Der Brutbestand des Schwarzstorchs bewegt sich in Schleswig-Holstein im einstelligen Bereich, ist also äußerst gering. Die Art ist nach der Roten Liste der Brutvögel Schleswig-Holsteins (2021) vom Aussterben bedroht. Auch in den Mittelgebirgen, seinen deutschen Hauptverbreitungsgebieten, ist der Bestand wieder rückläufig. Es ist somit in keiner Weise nachvollziehbar, dass der Schwarzstorch nicht in den Anhang 1 zu § 45 b BNatSchG (Liste des Bundes der als windkraftsensibel eingestuften Vogelarten) aufgenommen worden ist. Die Projektgruppe wertet es als positiv, dass im LEP nach wie vor ein Mindestabstand vorgesehen wird. Dieser ist mit nur 2.000 m allerdings deutlich zu eng gefasst. Da es sich nur um wenige Brutplätze handelt, sollte es für die WE-Planung kein Problem sein, den Mindestabstand wieder auf 3.000 m anzuheben. **2.1.4 Mäusebussard** Der Mäusebussard ist durch sämtliche der bzgl. WE-Nutzung aufgestellten artenschutzfachlichen Raster gefallen, obgleich er durch WEA hochgradig gefährdet ist (PROGRESS, s.o). Auch im vorliegenden LEP-Entwurf findet sich dazu keine Zeile. Aufgrund des relativ häufigen Wechsels des Brutplätze, deren breiten Verteilung im Land und des Fehlens einer landesweiten Kartierung dürfte eine raumplanerische Festsetzung einzuhaltender Mindestabstände zwar nur schwer umsetzbar sein. Jedoch unterliegt der Mäusebussard wie andere Vögel auch dem grundsätzlichen Tötungsverbot gern. § 44 BNatSchG. Deutlich schwerwiegendere Schutzverpflichtungen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ergeben sich allerdings aus dem Gebot der EU-Vogelschutzrichtlinie zur Wahrung eines günstigen Erhaltungszustands, zumal dieser für Schleswig-Holstein bereits jetzt durch einen erheblichen Bestandsrückgang gefährdet sein dürfte. Angesichts dieser Situation regt die Projektgruppe an, zumindest die Ausweisung von größeren Bereichen ohne WEA wie z.B. die ETS-Region, aber auch in Gebieten wie dem Kreis Hzgt. Lauenburg mit einer hohen Konzentration auch anderer WE gefährdeter Arten zugleich mit Schutzüberlegungen für den Mäusebussard zu planen. Helfen könnte zudem ein grundsätzlich erheblich größerer Waldabstand als vorgesehen (siehe 2.3). **2.2 Dichtezentrum für Seeadlervorkommen (7 Z, B zu 7)** Die Projektgruppe begrüßt die Entscheidung, das Seeadlerdichtezentrum weiterhin als WE-freien Raum abweichungsfest auszuweisen, außerordentlich. Das Dichtezentrum dient zugleich dem Schutz von Rotmilanen, Mäuse- und Wespenbussarden, Baumfalken und anderen Großvögeln, die neben dem Seeadler in dem umrissenen Gebiet in verhältnismäßig hoher Dichte verkommen. Bei der Festlegung des Dichtezentrums ist bisher ein kleiner Bereich im Norden des Kreises Plön, namentlich die Probstei, ausgespart worden. Dieser Raum ist seit mindestens 2017 von Seeadlern besiedelt und sollte deswegen in das Dichtezentrum integriert werden. Außerdem schlägt die Projektgruppe die Einrichtung eines weiteren Seeadlerdichtezentrums im Kreis Herzogtum Lauenburg vor, deckungsgleich mit dem Bereich des Naturparks Lauenburgische Seen. Dort liegt ein weiterer, für den Populationserhalt nicht nur des Seeadlers, sondern auch für Rotmilane, Weißstörche, Kraniche usw. wichtiger Konzentrationspunkt an Brut- und Nahrungsgebieten. **Die Dichtezentren sollten im LEP als Anhang 2 (Karte) dargestellt werden.** **2.3 Wälder und Umgebungsbereiche (6 Z, B zu 6)** Wälder stellen die mit Abstand bedeutendste Brutplatzkulisse für die meisten vom WEA-Ausbau betroffenen Greifvogelarten dar, also auch für Seeadler und Rotmilan. Die Nahrung suchen die meisten der im Wald brütenden Greifvögel zwar im Offenland, durchfliegen dabei aber die vor dem Wald gelegenen Flächen, so dass dort v. a. zur Brutzeit reger Flugbetrieb herrscht. Abgesehen davon wird das Waldumfeld von vielen Insekten jagenden Fledermäusen und Kleinvögeln stark frequentiert. Angesichts dessen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ist es unverantwortlich, den Mindestabstand von WEA zu Wäldern grundsätzlich von vorher 100 m auf nun lediglich 30 m zu verkürzen. WEA, zumal sie mittlerweile mit riesigen Rotoren ausgestattet werden, würden dort einen regelrechten Tötungsriegel' bilden. - Aus Sicht des Großvoqelschutzes sollte der Abstand mindestens 200 m betragen. **2.4 Gewässer erster und zweiter Ordnung sowie Seen und Teiche ab einem Hektar (Kapitel 4.5.1.4, 1 Z, B zu 1)** Gewässer sind für die Seeadler die weitaus wichtigsten Nahrungsgebiete, ähnliches gilt für Rohrweihen. Auch Rot- und v. a. Schwarzmilane fliegen häufig Gewässer an, Fischadler ausschließlich. Baumfalken jagen über dem Uferbereich oft nach Großlibellen und Kleinvögeln. Der hier als Abstand angegebene gesetzliche Uferschutzstreifen ist mit seinen 50 m viel zu schmal, um gravierende Verluste unter den, die Gewässer anfliegenden Vögel, zu verhindern. Zu größeren Gewässern ab ca. 10 ha sollte deshalb ein Mindestabstand von 1.200 m vorgegeben werden. **2.5 Europäische Vogelschutzgebiete** Die Erweiterung des Umgebungsschutzes mit einer Abstandsvorgabe von 1.000 m wird begrüßt, auch wenn sie nicht ganz der Empfehlung von 1.200 m der LAG VSW entspricht. Die meisten der EU-Vogelschutzgebiete sind von Gewässern und / oder Wäldern als Vogellebensräume geprägt und werden deshalb von Seeadlern, Milanen und anderen WE-gefährdeten Arten regelmäßig frequentiert, für die der Anflug gefahrlos möglich bleiben muss. **2.6 Anmerkungen zu Antikollisionssystemen** Abschließend möchte die Projektgruppe kurz auf die zur Zeit aufgrund des in Schleswig-Holstein entwickelten Prüfrahmens besonders hervorgehobenen und auch im LEP erwähnten Antikollisionssysteme (AKS) eingehen. Diese gelten gewissermaßen als 'Hoffnungsträger' zur Lösung von Konflikten zwischen Artenschutz und WE-Nutzung. AKS könnte bei richtigem Einsatz und einer Programmierung nicht nur, wie zur Zeit, auf anfliegende Rotmilane, sondern auch auf andere Greifvögel sowie Störche Kollisionen mit WEA weitgehend verhindern. Unverständlicherweise steht dem jedoch die bundesrechtliche Festlegung einer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zumutbarkeitsschwelle von nur sechs Prozent für die beim Anfliegen eines Vogels der Zielart erforderlichen Abschaltzeiten entgegen. Dieses geringe Kontingent an Abschaltzeit würde bei einem AKS-Einsatz an problematischen Standorten, so wie vorgesehen bei Unterschreitung der Brutplatzabstände, bereits zu Beginn der Brutzeit ausgeschöpft sein. Aufgrund dieser widersinnigen Rahmenbedinqunq warnt die Projektqruppe hiervor überzogenen Erwartungen. **Wir bitten das Innenministerium um stärkere Berücksichtigung der hiervon uns aufgeführten Artenschutzbelange.** Gezeichnet, für den Großvogelschutz in Schleswig-Holstein [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2930	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich wohne im Außenbereich des Naturschutzparks Westensee und bin höchst besorgt über die Planungen der Landesregierung, die bisherigen Kriterien f. den Bau von Windkraftanlagen aufzuheben. • Es ist nicht nachzuvollziehen, daß die Landesregierung die Schutzbedürftigkeit der im Außenbereich stehenden Häuser geringer bewertet als die der Häuser im Siedlungsbereich. • Die in Gutachten nachgewiesenen Gefahren durch Infraschall, Schagschatten werden nicht beachtet. • Der Vogel- und Artenschutz wird komplett ausgehebelt. • Ich befürchte, für mich u. meine Familie durch die Verringerung der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1, 7.3, 4.1, 7.2.11, 7.2.10, 7.2.13, 7.2.7, 7.2.5, 7.1.3 und 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schutzkriterien und Mindestabstände massive Einschränkungen im Bereich der Naherholung, der Gesungheit und letztendlich durch einen hohen Verlust des Immobilienwertes. Während die Landbesitzer hohe Prämien für die Aufstellung von Windrädern erhalten, bekommt der benachteiligte Anwohner nichts. Sorgen bereitet mir auch die künftige Entsorgung der WKA! • Die, die profitieren müssen auch für Investitionskosten und Entsorgung zur Rechenschaft gezogen werden. • Es hat sich bereits gezeigt, daß in Brand geratene WKAs extrem hohe Schadstoffe hinterlassen (Carbonfaserpartikel) und Feuerwehren mit diesen Brandereignissen überfordert sind. • Schlussendlich verzögert sich der Netzausbau und insbesondere die Menschen in SH tragen die finanzielle Hauptlast für Strom der nicht abgenommen, aber an die WK- Unternehmen gezahlt wird. • Es ist ein demokratisches Trauerspiel. die Bedürfnisse der Anwohner von WKAs zu mißachten. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1473	**Gemeinde Friedrichsgabekoog** Sehr geehrte Damen und Herren, mit diesem Schreiben möchte ich meine Bedenken und Anregungen zur aktuellen Positivliste für Windenergievorrangflächen in der Gemeinde Friedrichsgabekoog äußern. Es ist bedauerlich, dass aufgrund der Flugplatzrunde nahezu keine Potenzialflächen ausgewiesen werden konnten. Dies führt zu einer unzureichenden Nutzung erneuerbarer Energien in unserer Region und steht im Widerspruch zu den Zielen der Energiewende. Es sollte geprüft werden, ob eine Verlegung der Platzrunde (Flugplatz Heide-Büsum) in Absprache mit anderen betroffenen Gemeinden und der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zuständig für die Festlegung der Platzrunden ist die Landesluftfahrtbehörde. Seitens der Raumordnung können die entsprechenden Festlegungen nur beachtet, aber nicht verändert werden. Voraussetzung für die Anwendung der Gemeindeöffnungsklausel ist u. a., dass die Gemeinde eine entsprechende Bauleitplanung unter Beachtung der Ziele der Raumordnung beginnt. Damit wird die Möglichkeit der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Luftfahrtbehörde Schleswig-Holstein möglich ist. Eine alternative Lösung könnte die Ausweisung von Flächen im Sommerkoog sein. Hierdurch könnte die neue Bio-Frosterei direkt mit Windstrom versorgt werden. Diese Verbindung zwischen erneuerbarer Energieerzeugung und nachhaltiger Lebensmittelverarbeitung würde nicht nur ökologische Vorteile bringen, sondern auch wirtschaftliche Impulse für die Region setzen. Zusätzlich könnte die Bio-Frosterei als zentraler Punkt für die Bereitstellung von Wärme dienen. Durch die Nutzung von Abwärme und die Wärme aus hier produzierten Windstrom könnten wir ein Wärmenetz aufbauen, welches die Haushalte in Wesselburener-Deichhausen, Reinsbüttel und Friedrichsgabekoog versorgen würde. Dies würde nicht nur den CO2-Ausstoß reduzieren, sondern auch den negativen Einfluss auf die Umwelt durch den Bau neuer Windkraftanlagen verringern. Der dauerhafte Einsatz von Heizöl und Erdgas zur Beheizung unserer Häuser ist nicht nachhaltig und sollte durch umweltfreundliche Alternativen ersetzt werden. Die Versorgung von energieintensiven Betrieben mit Strom und die Versorgung von Haushalten mit Wärme wird in der Gemeindeöffnungsklausel als Vorgabe genannt. Dies würde hier erfüllt werden. Der Sommerkoog liegt im 3 km Küstenstreifen und im 1000m Abstand zum Vogelschutzgebiet. Es wäre zu prüfen, ob der Küstenstreifen teilweise auf 2km reduziert werden könnte. Im vorherigen LEP gab es ein Bereich von 300m-1200m, welcher als Abwägungskriterium hinterlegt war. Dies sollte beibehalten werden, da es Antikollisionssyteme gibt, die die Windkraftanlagen bei Annäherung der Vögel abschalten. Die Gemeinde hat eine Gemeindeversammlung, bei der jeder Einwohner mit abstimmen kann. Bei der letzten Abstimmung zur Ausweisung von gewünschten Windenergievorrangflächen in der Gemeinde gab es eine hohe Zustimmung von 80 %. Dies zeigt, dass ein Großteil der Einwohner die Notwendigkeit und den Nutzen von Windkraftanlagen erkennt, insbesondere im Hinblick auf die nachhaltige Energieversorgung und dem Umweltschutz. Ich appelliere an die Entscheidungsträger, diese Aspekte bei der Planung zukünftiger Windenergievorrangflächen zu berücksichtigen und eine umfassende Einzelfallprüfung anzustoßen. Nur so können wir gemeinsam eine nachhaltige Energiezukunft für unsere	Ausweisung von Windenergiegebieten auf die Potenzialfläche reduziert. Sichergestellt werden soll weiterhin eine raumordnerische Steuerung und Konzentration der Windenergienutzung.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeinde gestalten. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1472	Antrag auf Änderung des Art. 1, para 2, Abs. 1 des Entwurfes der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans SH zum Thema Windenergie an Land vom XX.XX.20XX. Vorschlag der Änderung/Ergänzung: Die Öffentlichkeit bzw. die Bürger sind durch einen Vertreter der Gemeinde mit einem öffentlichen Aushang in der Gemeinde über die Frist der Öffentlichkeitsbeteiligung, sowie ihr Recht der Einsichtnahme in die Unterlagen und der Abgabe einer Stellungnahme, als aber auch den dazu notwendigen Kontaktdaten (Ministerium, Webseite, email Adresse) VOR dem Beginn der Frist zu informieren und nicht erst kurzfristig sieben Tage vor dem Ende der Frist und dann nur über einen Aushang über eine 1, 5 Std. Informationsveranstaltung in den Nachbargemeinden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Beteiligungsmöglichkeiten zu Entwürfen von Raumordnungsplänen werden im Amtsblatt für Schleswig-Holstein bekannt gegeben. Dieses ist im Internet abrufbar. Darüber hinaus stehen auf den Seiten der Landesplanungsbehörde ebenfalls Informationen zu den Beteiligungsmöglichkeiten zur Verfügung.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2552	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehrgeehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde Barlt/ Busenwurth im Kreis Dithmarschen spreche ich mich gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in unserer	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeinde sowie im Kreis Dithmarschen aus. Eine Akzeptanz für den weiteren Windkraftausbau gibt es in Dithmarschen nicht. Mit freundlichen Grüßen	
Gruppe ID: GM1470 Anzahl: 2 (IDs: M1470, M1471)	Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürgerin der Gemeinde Kleve, Dithmarschen, und Bewohnerin der Eiderniederung begrüße ich Ihre Entscheidung, die Hauptachsen des europäischen Vogelzuges von einer weiteren Bebauung mit Windkraftanlagen freizuhalten. Sie ist fachlich begründet und naturschutzrechtlich geboten. Die Gemeinde Kleve liegt, ebenso wie die Gemeinden Lehe, Lunden, St. Annen, Schlichting, Fedderingen sowie, im weiteren Verlauf eideraufwärts, die Gemeinden Hennstedt, Bergewöhrden, Delve, Glüsing und Hollingstedt in ebendieser Hauptachse des Vogelzuges. Sie ist schon heute nicht frei von Beeinträchtigung, so durch die im Bereich Hennstedt bestehenden Windkraftanlagen. Die negativen Auswirkungen dieser Anlagen auf das Verhalten der Zugvögel sind vor Ort deutlich zu beobachten. Die Brücken der Brocklandsau, das Schöpfwerk zur Eider und die Schleuse Nordfeld beherbergen eine nennenswerte Fledermauspopulation, zu der auch die Wasserfledermaus und der Kleine Abendsegler gehören. Hochrechnungen gehen davon aus, dass bis zu 200.000 Tiere jährlich an deutschen Windenergieanlagen verunglücken. Da Fledermäuse nur eine sehr geringe Fort-pflanzungsrate haben, wirken sich Verluste unmittelbar auf die Heimatpopulationen aus. Dies hat Auswirkungen auf die jeweiligen Ökosysteme, in denen Fledermäuse eine regulierende Funktion einnehmen. Gemäß § 20f (1) Nr. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes ist es verboten, Fledermäusen nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten. Darüber hinaus sind die Brut-,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.8, 4.9, 4.16 bis 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wohn- und Zufluchtstätten der besonders geschützten Tiere gegen Entnahme, Beschädigung und Zerstörung geschützt. Desweiteren sind im Nordfelder Koog Seeadler und Schreiadler, eine stabile Graureiher Population und diverse Bruthöhlen von Schleiereulen und Steinkauzen über einen konstanten Zeitraum von mehreren Jahren zu beobachten. Sämtliche in Europa vorkommenden Greifvogel- und Eulenarten unterliegen sowohl dem Schutz des Bundesnaturschutzgesetzes als auch der EU-Artenschutz-verordnung. Angesichts dieser Gegebenheiten halte ich es für dringend geboten, die kartographische Zuordnung zu korrigieren und den Nordfelder Koog in die Regionen mit einer herausragenden Bedeutung für die Wiesenvogel-Population aufzunehmen und ihn außerdem als Jagdrevier für diverse Großvögel einzuordnen. Dies ist insbesondere deshalb wichtig, weil der Energiehunger Deutschlands in Zukunft mit ziemlicher Sicherheit weitere Runden der Regionalplanung nötig machen wird. Die im Entwurf für das Gebiet südöstlich von Hollingstedt dargestellte Potentialfläche ist in diesem Kontext gleichfalls nicht nachvollziehbar. Für das Gebiet der Gemeinde Kleve und seiner erwähnten Nachbargemeinden ist eine außer-ordentliche Siedlungsdichte von Wiesenvögeln festzustellen, die hier auch ihre Brutgebiete haben. Im Gebiet der Gemeinde Kleve befindet sich ein Seeadlerhorst. Eine Freihaltung dieser Gebiete von der Bebauung mit Windkraftanlagen ist gemäß dem Bundesnaturschutzgesetzes und der EU-Artenschutzverordnung geboten. Der Vogelzug ist ein dynamischer Prozess, er folgt keinen starren Regeln und benötigt mehr barrierefreien Raum. Insbesondere eideraufwärts ist dies geboten und die Potentialflächen südöstlich von Hollingstedt sowie im Bereich des bestehenden Windparks in der Gemeinde Hennstedt sind aus der Teilfortschreibung auszunehmen. Anderenfalls halte ich eine gerichtliche Überprüfung der Planung für angezeigt. Mit freundlichen Grüßen (Signatur)	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2548	**Betrifft:** **Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 {Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde 25721 Eggstedt im Kreis Dithmarschen spreche ich mich gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in unserer Gemeinde sowie im Kreis Dithmarschen aus. Eine Akzeptanz für den weiteren Windkraftausbau gibt es in Dithmarschen nicht. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2547	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde 25712 Großenrade Kreis Dithmarschen spreche ich mich gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in unserer Gemeinde sowie im Kreis Dithmarschen aus. Eine Akzeptanz für den weiteren Windkraftausbau gibt es in Dithmarschen nicht. Mit freundlichen Grüßen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1469	Fazit: Aufgrund nachstehender Argumente, lehe ich die Errichtung von Windkraftanlagen in einer Höhe von 200 m bis zu 250 m in Küstengebieten ab! Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis zu 250 m haben einen immensen Einfluss auf das Landschaftsbild. Die Gemeinde Lutterbek ist, wie das gesamte Amt Probstei, touristisch geprägt. Der Tourismus ist ein sehr bedeutender Wirtschaftsfaktor, das gilt insbesondere fur alle Gemeinden, die nördlich der B 502 und damit in	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unmittelbarer Nähe zur Ostsee liegen. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen in diesem Bereich wird zu einem Zielkonflikt zwischen Tourismus und Winden- ergie fuhren. Die Touristen nutzen die vielen Spurplattenwege sowie unbefestigten Wege in der freien Landschaft als Rad- und Wanderwege. Häufig wird eine gute Fernsicht auch als Fotomotiv genutzt. Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis 250 m haben eine so große Fernwirkung, dass sie noch aus vielen Kilometern um sie herum deutlich erkennbar und damit negativ wahrnehmbar sind. Die freie Landschaft geht bei einem solchen Anblick der Windenergieanlagen völlig unter. Der Landesentwicklungsplan fuhrt selbst aus, dass bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Erfordernisse der Schwerpunkträume fur Tourismus und Erholung berucksichtigt werden mussen. Die Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek liegen gemäß dem Landesentwicklungsplan im Schwer- punktraum fur Tourismus und Erholung, es ist auch das landesplanerische Ziel, den Tourismus in diesen Gebieten zu fördern. Der Konflikt zwischen Windenergieanlagen und intensiver touristischer Nutzung kann so nah an der Ostsee nicht gelöst werden. Hier muss der Tourismus die Priorität haben mit der Konsequenz, dass Windenergieanlagen unzulässig sind. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie wird der Ab- stand von der Windenergieanlage bis zur Siedlungsfläche auf 800 m festgeschrieben, die tatsäch- liche Höhe der Windenergieanlagen spielt dabei keine Rolle mehr. Die heutigen Windenergieanlagen haben Höhen zwischen 200 m und 250 m, wobei in der Nachbargemeinde Brodersdorf drei Anlagen mit einer Höhe von jeweils 250 m geplant werden. Die Beeinträchtigungen, die von diesen Anlagen ausgehen, betreffen nicht nur die Wohngebäude, dessen Mindestabstand eingehalten wird, sondern auch die Wohngebäude, die in einem Abstand weit uber 800 m liegen. Bei den Beeinträchtigungen geht es nicht nur um Lärm, der von den Anlagen ausgeht, sondern auch um Schattenwurf, den die Rotorblätter verursachen und insbesondere auch um das Landschaftsbild in einer sehr attraktiven Naturlandschaft eines Landschaftsschutzgebietes, das auch touristisch sehr stark genutzt wird. Windenergieanlagen in einer Höhe von 250 m fuhren in diesem Gebiet nicht nur zu den zuvor genannten Beeinträchtigungen, sie werden auch einen ganz erheblichen Wertverlust der Wohnbaugrundstucke nach sich ziehen. Diese Wertverluste treten nicht nur in den Randbereichen der Gemeinde mit den geringsten Abständen zu den Windenergieanlagen ein, sie werden sich uber das gesamte Gemeindegebiet erstrecken, weil die Windenergieanlagen mit 250 m Höhe eine sehr große Dominanz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	haben und somit von jedem Wohnbaugrundstuck in Lutterbek erdruckend wahrgenommen werden. Allein aus Grunden der Lärmbelastung sowie der Belastung durch den Schattenwurf sollten Windenergieanlagen grundsätzlich einen Mindestabstand zu Wohnbauflächen von 1.000 m haben. Daruber hinaus sollte der Abstand um weitere 1.000 m erweitert werden, um die Wertverluste der Wohnbaugrundstucke in erträglichen Grenzen zu halten. Weiter soll gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land der Denkmalschutz bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berucksichtigt werden. In der Gemeinde Laboe befindet sich das Marine-Ehrenmal mit seinem Turm von 72 m Höhe. Das Marine-Ehrenmal ist eine Gedenkstätte fur die auf den Meeren gebliebenen Seeleute aller Nationen und ein Mahnmal fur eine friedliche Seefahrt auf freien Meeren. Das Marine-Ehrenmal ist weltweit bekannt, es prägt den Ort und die gesamte Umgebung und zieht Touristen aus der ganzen Welt an, es gilt als Wahrzeichen der Kieler Förde und steht unter Denkmalschutz. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen mit 200 m bis 250 m Höhe lässt das Marine-Ehrenmal insbesondere mit Sicht von der B 502 völlig verblassen. Die Windenergieanlagen wären weit mehr als doppelt so hoch wie das Marine Ehrenmal, es wurde nicht mehr wahrgenommen werden. Selbst von der Wasserseite aus wurden die Windkraftanlagen gegenuber dem Marine-Ehrenmal dominieren, weil sie mehr als drei Mal so hoch sind, wie das Marine-Ehrenmal. Aus denkmalpflegerischer Sicht sollte das Marine- Ehrenmal einen Umgebungsschutz von mindestens 10 Km haben. Das Gebiet nördlich der B 502 sollte auch aus diesem Grunde frei von Windenergieanlagen bleiben. Nordwestlich der Gemeinde Lutterbek im Bereich der Hagener Au befindet sich ein Seeadler- horst. In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist hierzu ausgesagt, dass innerhalb der in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein dargestellten Dichtezentren fur Seeadlervorkommen die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbe- deutsamer Windenergieanlagen ausgeschlossen ist. Der Landschaftsrahmenplan fur den Pla- nungsraum II weist im nördlichen Gemeindegebiet der Gemeinde Lutterbek ein Seeadlerdichtezen- trum aus, der vorhandene Seeadlerhorst befindet sich jedoch im nordöstlichen Bereich der Gemeinde Brodersdorf und damit um ein paar Meter außerhalb des im Landschaftsrahmenplan dargestellten Seeadlerdichtezentrums. Hier sollte der Landschaftsrahmenplan an die tatsächlichen Gegeben- heiten angepasst und das Gebiet entsprechend erweitert werden, um den Schutz von Seeadlern auch gewährleisten zu können.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes können dann auch keine Windkraftanla- gen in dem Bereich nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek entstehen. In der Fortschrei- bung des Landesentwicklungsplanes ist weiterhin aufgefuhrt, dass um Brutplätze von windkraft- sensiblen Großvögeln keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll. Bezogen auf den Seeadler sind hier 2.000 m aufgefuhrt. In der Abwägung kann jedoch gepruft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist, wenn in dem Abstandsradius bereits raumbedeut- same Windenergieanlagen errichtet wurden. In der Gemeinde Laboe stehen zwei Windenergieanla- gen mit einer Höhe von unter 100 m, eine Anlage hat eine Entfernung von ca. 1 Km zum Adlerhorst, die andere Anlage hat eine Entfernung von 1,5 Km zum Adlerhorst. Nördlich der Gemeinden Broder- sdorf und Lutterbek wird ein Windpark mit drei Anlagen in einer Höhe von jeweils 250 m geplant. Der Seeadlerhorst befindet sich etwa 800 m von der ersten geplanten Windkraftanlage entfernt. Bei diesen Dimensionen mit drei Windkraftanlagen und einer Höhe von 250 m kann davon ausgegangen werden, dass eine unmittelbare Gefahr fur den Seeadler besteht. Zum Schutz der Seeadler sollte der Radius um einen Seeadlerhorst grundsätzlich 2.000 m betragen, eine Prufung und Abwägung sollte innerhalb dieses Radius nicht möglich sein. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes sollen besonders hochwertige natur- räumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten beruck- sichtigt werden. Das Landschaftsschutzgebiet „Hagener Au von Probsteierhagen bis zur Ein- mundung in die Ostsee und Umgebung sowie die Ostseekuste zwischen Laboe und Stein“ verläuft nördlich der B 502 zwischen den Ortslagen Brodersdorf und Lutterbek bis zur Ostsee. Inmitten des Landschaftsschutzgebietes verläuft die Hagener Au mit den sehr schutzenswerten Gewässerrand- streifen. Das Gebiet wird von vielen Tier- und besonders auch Vogelarten zur Nahrungssuche wie auch als Rastplatz genutzt. Das gilt im Besonderen während des allgemeinen Vogelzuges. Die Tierwelt wurde schon durch den allgemeinen Betrieb der Windenergieanlagen empfindlich gestört, wenn Wartungsarbeiten oder der Austausch von Ersatzteilen erforderlich wird und die Wege wieder mit Schwerlastverkehr befahren werden mussen, ist die Störung fur die Tierwelt um ein Vielfaches höher. Es handelt sich in diesem Landschaftsschutzgebiet um einen besonders hochwertigen Natur- raum, der besonders geschutzt und somit auch von Windenergieanlagen freigehalten werden sollte. Windenergieanlagen mussen zumindest in Schleswig-Holstein immer häufiger abgeschaltet werden, weil der produzierte Strom nicht mehr vom Stromnetz aufgenommen werden kann. Bis Umspan- nwerke ausgebaut und Leitungen ertuchtigt sind, wird es noch viele Jahre dauern. Windenergiean- lagen sollten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	eigentlich erst dann gebaut werden, wenn es auch möglich ist, den produzierten Strom dauerhaft abzunehmen und weiterzuleiten. Die Politik hat sich in diesem Fall offensichtlich anders entschieden und die Betreiber der Windenergieanlagen bekommen den produzierten Strom bezahlt, auch wenn er gar nicht in das Netz eingespeist werden kann. Das kostet den Stromzahler viele Milliarden Euro. Neue Windenergieanlagen sollten erst wieder zugelassen werden, wenn auch sichergestellt ist, dass der produzierte Strom in das Stromnetz eingeleitet werden kann. Dabei soll- ten Windenergieanlagen möglichst nahe an Umspannwerke oder bereits ertuchtigte Stromleitungen herangebaut werden. Die Verlegung neuer und zusätzlicher Erdkabel ist nicht nur sehr kostenin- tensiv, sondern auch von den Bodenverhältnissen her naturschutzfachlich äußerst problematisch. Auch aus diesem Grunde sollten nördlich der B 502 keine Windenergieanlagen geplant und gebaut werden. Ein weiteres Problem fur Windenergieanlagen nördlich der B 502, nördlich der Gemeinden Broder- sdorf und Lutterbek ist die Infrastruktur. Die Spurplattenwege sowie die unbefestigten Wege, die genutzt werden mussen, um Windenergieanlagen uberhaupt bauen zu können, sind fur den Schwer- lastverkehr nicht ausgelegt. Sie mussten also ausgebaut werden, was zu einer weiteren nicht gewoll- ten Versiegelung im Außenbereich und hier sogar im Landschaftsschutzgebiet fuhrt. Ein Ruckbau dieser Wegeflächen kann erst nach Ablauf der Gesamtlaufzeit der Windenergieanlagen erfolgen, weil aus Wartungsgrunden und fur den Ersatzteilaustausch immer wieder Schwerlastverkehr auf diesen Wegen erfolgen muss. Auch aus diesem Grunde sollten nördlich der B 502 keine Windenergieanla- gen zugelassen werden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2542	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde Kronprinzenkoog im Kreis Dithmarschen spreche ich mich gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in unserer Gemeinde sowie im Kreis	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dithmarschen aus. Eine Akzeptanz für den weiteren Windkraftausbau gibt es in Dithmarschen nicht. Mit freundlichen Grüßen	
Institution: Amt Großer Plöner See, Bauamt ID: M1467	Sehr geehrte Damen und Herren, Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 regt die Ge-meinde Dersau an, auf ihrem Gemeindegebiet Windenergie Eignungsflächen auszuweisen. Es ist uns bewusst, dass die Gemeinde innerhalb des Seeadlerdichtezentrums liegt und somit nach dem jetzigen Entwurf keine Eignungsflächen ausgewiesen werden dürfen. Allerdings möchten wir darauf hinweisen, dass moderne Antikollisionssysteme (AKS) mittler-weile in der Lage sind, den Schutz der Seeadler- und Rotmilan Populationen sicherzustellen. Diese Systeme schalten bekannterweise Windkraftanlagen automatisch ab, sobald die zuvor genannten Greifvögel im Anflug identifiziert werden. Antikollisionssysteme werden im § 45 b Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) als eine der möglichen Schutzmaßnahmen genannt, mit denen Kollisionsrisiken von Vögeln an Windener-gieanlagen vermieden, bzw. gesenkt werden können. Darüber hinaus wurden die Abstandsflächen zu den Horsten für den Rotmilan auf 1.500 m und dem Seeadler auf 2.000 m reduziert. Nach Kenntnis der Gemeinde befinden sich keine Horste im Radius um mögliche Windenergie-anlagen im Gemeindegebiet. Aus diesem Grund halten wir die Ausweisung von Windenergie – Eignungsflächen auf dem Ge-meindegebiet für durchaus realisierbar. Bei der weiteren Beurteilung bitten wir Sie zu berücksichtigen, dass Dersau in der Vergangen-heit schon einmal über Windeignungsflächen verfügte. Nach positivem Beschluss der GV vom 08. Nov. 2011 zu Windenergie Eignungsflächen haben Landeigentümer mit der WKN AG Husum einen Vorvertrag über Windenergie	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 Hinsichtlich der Ausführungen zum Seeadlerdichtezentrum wird auf Ziffer 4.8.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Eignungsflächen abgeschlossen. Leider wurden mit Bekanntgabe der damaligen Regionalpläne im Amtsblatt SH vom 17.12.2012 diese von der Gemeinde und der Bevölkerung gewünschten Flächen nicht berücksichtigt. Zudem möchten wir darauf hinweisen, dass im benachbarten Bereich Stocksee / Schmalensee derzeit weitere Windenergieanlagen geplant sind. Diese Fläche grenzt unmittelbar an das Gemeindegebiet Dersau und befindet sich ebenfalls im Randbereich des Seeadlerdichtezentrums. Die jetzige Gemeindevertretung und die Grundstückseigentümer sprechen sich gemeinsam für die Ausweisung von Windeignungsflächen auch unter Bürgerbeteiligung aus und streben eine partnerschaftliche Projektierung an und bitten mit Nachdruck Windenergie Eignungsflächen auf dem Dersauer Gemeindegebiet auszuweisen. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2642	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig -Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, Im o.g.Beteiligungsverfahren nehme ich wie folgt Stellung : Als Bürgerin Schleswig- Holsteins habe ich mich in dieser Angelegenheit ,im Internet und durch Informationsveranstaltungen,informiert und habe versucht mir ein eigenes Meinungsbild zu verschaffen. Ich habe festgestellt, dass Befürworter und Gegner des geplanten Ausbaues von Windenergieanlagen , ihre konträren Ansichten vertreten und es mir, als Laien zu diesem Thema,so nicht möglich ist,mir ein auf Tatsachen beruhendes Urteil zu bilden. Dennoch möchte ich Ihnen hier einfach meine Wünsche, Fragen , Gedanken zu diesem Thema mitteilen:	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.12, 7.2.2 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	1. Landschaftsbild: Die Veränderung des Selben ist erheblich und ich sehe in dem weiteren Ausbau der Stromversorgung durch Windkraftanlagen,wie durch Ihre Planungen vorgesehen, einen weiteren, massiven Eingriff in die schöne Landschaft Schleswig Holsteins ,insbesondere Angeln. 2. Stromversorgung durch weiteren Ausbau der Stromerzeugung durch WEA. : nach meinem Verständnis bestreitet dieser prozentual nur einen sehr geringen Anteil des Strombedarfes in Deutschland. Gibt es Alternativen zu den WEA, die erlauben das Landschaftsbild in zu erhalten ? 3. Gesundheit für Erde,Mensch und Tier : Ich habe die Information, dass durch die Reibung des Windes ein Abrieb der Rotorblätter entsteht,der sich auf die umliegenden Böden verteilt und diese verseucht: Für die Landwirtschaft und als Weideland wären diese Flächen meines Erachtens dann nicht mehr nutzbar. Und wie wirkt sich der verursachte Fluglärm auf die darunterweidenden Tiere aus? Menschen die in der Nähe von WEA wohnen , leiden unter Schlafstörungen und deren Folgeerkrankungen auf Grund des Geräuschpegel, auch wenn der vorgeschriebene Mindestabstand gewahrt ist. Selbst davon betroffen ,möchte ich bemerken , dass es immer mehr Menschen,vor allem Kinder mit hoher Sensibilität gibt, die mehr darunter mehr zu leiden haben als andere. Ich hoffe, dass Sie meine Vorbehalte gegenüber dem weiteren Ausbau der Windenergie in Ihre weitere, fachkundige Planungen und Entscheidung mit einbeziehen und berücksichtigen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1466	Sehr geehrte Damen und Herren des Teams Landesplanung, hier oben an der dänischen Grenze, speziell Gemeinde Ellhöft und Gemeinde Westre, sind die Bürger Betreiber von Windkraftanlagen. Der erste Bürgerwindpark wurde 1995 gegründet und sechs Anlagen gingen im Jahr 2000 ans Netz. Im Laufe der Zeit kamen weitere WEA und ein Solarpark dazu. Die Region hat eine Akzeptanz von 99% gegenüber Wind- und Solaranlagen. 4 Windparkfirmen, eine Solarparkfirma, die Energie	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfs. Gemäß dem Ziel *Europäische Vogelschutzgebiete und Umgebungsbereiche* bestehen potenzielle Ausnahmebereiche, die in der Karte des Entwurfs des Landesentwicklungsplans Windenergie an Land festgelegt sind. Dazu gehört auch der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des Nordens mit dem Wasserstoffprojekt Haurup und die Umspannwerkl [redacted] haben ihren Sitz in Ellhöft. Zusätzlich wurde im Jahr 2022 die Grenzland Bürgerenergie Genossenschaft, jetzt mit 2055 Mitglieder, in Ellhöft gegründet. Solar- und Wasserstofferzeugung wird hier aufgebaut. Völlig unverständlich ist jetzt der Wegfall der Windvorrangfläche, bzw. die Nichtausweisung dieser Fläche in blau im Entwurf Landesentwicklungsplan. Begründet wird dieses mit neuen Abstandsregeln zum Vogelschutzgebiet auf dänischer Seite in Norden. In den letzten Jahren haben zahlreiche Gutachten bewiesen, dass die Errichtung der WEA keinen negativen Einfluss auf den Bestand des Vogelschutzgebietes ausüben werden. Als einer von drei Geschäftsführern der genannten Firmen beantrage ich die Aufnahme der bisherigen Windvorrangflächen einschließlich einiger Erweiterungsmöglichkeiten, in den Landesentwicklungsplan. Die Landesplanung möge die Flächen bisherigen Flächen alle blau darstellen und den Bestand, die Erweiterung und Repowering in der Region auch für die Zukunft gewährleisten. Vielen Dank Es grüßt herzlich [redacted]	Bereich auf dem Gebiet der Gemeinden Ellhöft und Westre, innerhalb derer sich WEA befinden. Insofern ist die Ausweisung eines Vorranggebietes dort nicht pauschal ausgeschlossen. Gleichwohl müssen die im Ziel genannten Voraussetzungen erfüllt sein. Diese sind im Rahmen der Vorranggebietsausweisung auf Regionalplanebene zu prüfen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2641	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Naturschutz-, Vogelschutz-, Landschaftsschutzgebiete, Nationalparks müssen für Windkraftanlagen tabu bleiben. 2. Desaströse Auswirkungen auf Fauna, Flora, Gesundheit und Lebensqualität 3. Heimatlandschaft, Naturschönheiten und Ruhe werden zerstört 4. Lebensräume, Wälder, bedrohte Greifvögel, Fledermäuse und Wildtiere bis hin zu zahlreichen Insekten werden stark dezimiert oder ausgerottet	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.1, 4.2, 3.17, 3.18, 7.3, 7.2.12, 4.20, 4.9, 7.2.1, 7.2.7 und 7.2.13 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	5. Störung der Nachtlandschaft und ihres Friedens durch permanent oder temporäre Blinklichter 6. Verlust von Heimat und nächtliche Stille 7. Optische Bedrängung und Belästigung durch Schlagschatten und hörbaren Lärm 8. Herstellung erfordert enormen Rohstoffbedarf - Seltene Erden sind unerlässlich, Stromnetze benötigen größere Mengen an Kupfer, Aluminium und Lithium 9. Brandbekämpfung in der Höhe ist unmöglich 10. Dadurch entstehende Flugasche ist gesundheitsgefährdend 11. Entsorgung und Recycling der Anlagen - ungelöst Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1465	**BETEILIGUNG Landesentwicklungsplanung – Teilfortschreibung Windenergie an Land** **Hier: Vorranggebiet PR3_OHS_057 (Hutzfeld, Hassendorf in der Gemeinde Bosau)** Sehr geehrte Damen und Herren, zur Vermeidung von Irritationen möchte ich vorab klarstellen, dass Sie meine Stellungnahme sowohl postalisch als auch digital erhalten, um sicherzugehen, dass diese Stellungnahme auf dem Postweg Sie nicht rechtzeitig erreicht. In der obigen Angelegenheit habe ich mich als Befürworter der Windenergie näher mit den Abständen zu den Wohnhäusern in der Gemarkung Brackrade und Majenfelde befasst. Dabei habe ich mir Kartenmaterial beschafft oder eingesehen, mit historischen Gegebenheiten abgeglichen und die aktuellen Flurstücksbezeichnungen in dem ALKIS-Programm eingesehen. Im Detail geht es um die Abstände zu den Wohnhäusern auf den folgenden Flurstücken:	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Tedrahnshöhe Gemarkung Brackrade [redacted] Brackrader Ziegelei Gemarkung Brackrade [redacted] Majenfelder Landstraße Gemarkung Majenfelde [redacted] Die in Rede stehenden Grundstücke 1 und 2 entlang der Gemeindestraße zwischen [redacted] und die Wohngebäude auf dem Grundstück 3 befinden sich im Außenbereich nach § 30 und 34 BauGB. Im F-Plan wird für diese Parzellen eine landwirtschaftliche Nutzung ausgewiesen. Anhand der Kriterien zur Ermittlung geeigneter Flächen für die Ausweisung von Gebieten zur Nutzung der Windenergie des Runderlasses des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig – Holstein vom 19.12.2023 ist zu Splittersiedlungen und Einzelhäuser nach § 35 BauGB ein Abstandspuffer von 400 m einzuhalten. Diese Kriterien treffen auf die oben benannten Flurstücke zu, sodass diese entsprechend planungsrechtlich zu beurteilen und auszuweisen sind. Die Potenzialfläche für die Windenergienutzung gemäß des Regionalplans für den Planungsraum 3 vom 31. Dezember 2020 (Regionalplan 2020) umfasste bereits ackerbaulich genutzte Flächen nördlich und südlich der Gemeindestraße „Hans-Heinrich-Sievert-Straße“ zwischen der L 176 und der Ortschaft Liensfeld sowie nördlich der L 176. In Bezug auf die Abstände zu Seeadlerbrutplätzen gibt nunmehr der oben benannte Runderlass einen Suchbereich von 2.000 m und nicht wie vormals vorgesehen 3.000 m vor. Die empfohlenen Abstände zu Seeadlerbrutplätzen werden nach den jetzt Geltung beanspruchenden Vorgaben vollumfänglich eingehalten. Somit sind die Flächen aus dem ursprünglichen Potenzialgebiet nun als Vorranggebiet für die Windenergienutzung zu bewerten und entsprechend auszuweisen. Die Freihaltung von Naturparken wurde bereits im letzten Regionalplan aufgehoben, um die energiepolitischen Zielsetzungen der Landesregierung zu erreichen. In dem bereits als Vorranggebiet ausgewiesenen Gebiet sind bereits zwei Windenergieanlagen in Betrieb und mit dem Bau von zwei weiteren Anlagen wird in Kürze begonnen werden. Auch vor diesem Hintergrund ist eine Ausweisung der Potenzialfläche als Vorranggebiet sinnvoll, um eine Bündelung von Windenergieanlagen auf einzelne Gebiete weiter	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	voranzutreiben. Bitte überprüfen Sie meine Anmerkungen und Erläuterungen, sodass das Vorranggebiet um die in Rede stehenden Flächen entsprechend vergrößert werden kann. Bitte informieren Sie mich zu gegebener Zeit über das Ergebnis Ihrer Überlegungen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1464	Guten Tag, ich werde im Verbund mit anderen Windkraftgegnern Proben der Böden entnehmen und notariell beurkunden und versiegeln lassen. Sollte die irren Pläne der Regierung und Windkraftanlagenbetreiber umgesetzt werden, werden wir diese Proben nach einigen Jahren mit aktuellen Proben vergleichen. Wird dann eine Belastung festgestellt, die heute nicht bestand, zum Beispiel mit PAFS-Chemikalien, werden wir klagen, sowohl gegen das Ministerium als auch gegen die Betreiber. Keine Wind- und Solarkraft in Schleswig-Holstein. Keine "intelligenten Netze", die uns mit Smarten Geräten jederzeit kontrollieren können und an und ausschalten, wie es der Regierung beliebt. Keine Zerstörung der Natur und der Gewässer und der Erde mehr mit dieser verrückten "grünen" Politik. Schluss damit!	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.5, 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1463	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mir eine Vorbemerkung erlauben. Als ehrenamtlich tätige Gemeinderätin setze ich mich für die Belange unserer Gemeinde ein und bin mir meiner Verantwortung beim Thema Energiewende und Windkraft bewusst. Die komplexen Inhalte des Landesentwicklungsplans und des Umweltberichts mit einer Vielzahl von rechtlichen, politischen, technischen, baulichen und ökologischen Aspekten können jedoch von mir kaum noch erfasst, geprüft und bewertet werden, weder als Privatperson noch als Ehrenamtlerin. Die Landesregierung überfordert die Menschen, die am Ende den baulichen Eingriff in ihre Umgebung und in die Natur (er)tragen müssen, völlig. Und ich möchte anmerken, dass ich als Gemeinderätin sehr verärgert darüber bin, dass die Landesregierung eine	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich unter Anderem auf die Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* und *4.5.1.4 (Boden und Wasser)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.11, 3.18, 5.9, 7.1.3, 7.1.4, 7.1.5, 7.2.7, 7.3 und 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellungnahme unserer Gemeinde regelrecht verhindert hat, indem sie die kurze Frist für eine Stellungnahme in die sitzungsfreie Zeit der Sommermonate gelegt hat. Mit diesem Verhalten mag die Landesregierung vielleicht Widerspruch minimieren und politische Ziele mit der Brechstange durchsetzen, die Landesregierung verliert jedoch das Vertrauen der Ehrenamtler und der Bevölkerung. Welche Auswirkungen Vertrauensverlust und Unzufriedenheit der Menschen haben können, dürften die Wahlen am vergangenen Wochenende gezeigt haben. Am Ende gefährden nicht die Bürgerinnen und Bürger sondern die Politikerinnen und Politiker mit solchen Verhaltensweisen die Energiewende. Das Thema Windkraft birgt auf kommunaler Ebene durch ein Aufeinandertreffen verschiedener Interessen ein großes Konfliktpotenzial. Befürworter und Kritiker der Ausbaupläne wollen gehört und ernst genommen werden, wirtschaftliche Interessen der Landbesitzer und Windparkbetreiber treffen auf Ängste und Skepsis von Bewohnerinnen und Bewohnern. In diesem Spannungsfeld müssen wir Gemeinderäte unserer ehrenamtlichen Arbeit nachkommen und sorgen uns um den sozialen Frieden in unserer Gemeinde. Und ich kann Ihnen berichten, dass bei Ausweisung der in unserer Gemeinde identifizierten Potenzialflächen als Vorrangflächen kaum noch jemand bereit sein wird, sich bei der nächsten Kommunalwahl als Gemeinderätin oder Gemeinderat zur Wahl zur stellen. Wir müssen uns bereits schon ehrenamtlich mit dem von der Landesregierung angeordneten kommunalen Wärmeplänen befassen, die Errichtung eines Windparks würde ich nicht auch noch kommunalpolitisch begleiten wollen. **Stellungnahme:** **Stärkere Gewichtung der Betrachtung der individuellen Belastung einer Gemeinde** Bei der Ausweisung von Vorrangflächen soll laut Landesentwicklungsplan die Umzingelung von Gemeinden mit Windkraftanlagen vermieden werden. Es wird angeregt, den Begriff der Umzingelung nicht allein auf Windkraftanlagen zu beschränken, sondern auf alle Gewerbeflächen auszudehnen. Am Beispiel unserer kleinen Gemeinde lässt sich hierzu folgendes Beispiel geben: Nördlich grenzt an das Gemeindegebiet ein großes Gewerbegebiet an, eine weitere Gewerbefläche befindet sich im Südwesten. Die Errichtung eines Windparks auf der den Süden, Südosten und Südwesten umfassenden Potenzialfläche hätte für die Gemeinde eine Umzingelung mit	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gewerblich genutzten Flächen zu Folge. **Schützenswerte Geotope** Der Landesentwicklungsplan sieht vor, dass durch den Bau von Windkraftanlagen schützenswerte Geotope nicht beeinträchtigt werden sollen. Ich rege an, diesen Schutzgedanken auf die Geotop-Potenzialflächen und die charakteristischen Landschaftsräume zu erweitern. Unsere Gemeinde befindet sich mitten im Naturpark Aukrug mit einer einzigartigen Landschaftsform. Bereits jetzt ist der Naturpark bzw. das Autal in der Ferne von Windkraftanlagen umzingelt. Es käme einer Zerstörung dieses charakteristischen Landschaftsraums gleich, in der Kernzone des Naturparks Vorrangflächen für Windenergie auszuweisen. **Abstandsregelung** Der Landesentwicklungsplan sieht vor, dass eine Begrenzung der Höhe von Windkraftanlagen ausgeschlossen ist. Der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen soll eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern und einem Rotordurchmesser von 150 Metern zugrunde gelegt werden. Diese Angaben halte ich für unseriös. Man hat den Bewohnern unserer Gemeinde bereits mitgeteilt, dass bei Ausweisung von Vorrangflächen im Autal mindestens 250m hohe Anlagen gebaut werden. Ich nehme wahr, dass die hier wohnenden Menschen bei derart hohen Anlagen ihre Zustimmung zu den Plänen der Landesregierung verweigern, die Menschen haben berechtigte Angst, von diesen Anlagen bei derart geringen Abständen optisch erdrückt zu werden. **Stärkere Gewichtung des Naturschutzes** Der Landesentwicklungsplan beinhaltet ausführliche Regelungen zum Gebiets- und Artenschutz und benennt Gebiete, in denen die Ausweisung von Vorranggebieten für die Windkraftnutzung ausgeschlossen oder abgewogen werden soll. Es wird angeregt, eine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abwägung nicht nur vorzuschreiben, wenn sich ein Vorranggebiet innerhalb einer schützenswerten Fläche befindet, sondern auch, wenn es an eine oder sogar an mehrere schützenswerte Flächen angrenzt. Beispielhaft ist für einen solchen Fall ist das Gebiet der Gemeinde Grauel: Die hier von der Landesplanung identifizierte Potenzialfläche befindet sich nicht in einem Ausschlussgebiet. Das Gemeindegebiet befindet sich jedoch in einem Naturpark, gehört zu einem Biotopverbundsystem und zu einer großen Geotop-Potenzialfläche und sie befindet sich ferner in unmittelbarer Nähe zu einem Naturschutzgebiet, zu Landschaftsschutzgebieten, zu EU-Vogelschutzgebieten, zu Natura 2000 Gebieten und zu FFH-Gebieten. **Umweltschäden im Havariefall und infrastrukturelle Folgekosten im Bereich Brandschutz** In den Planungsunterlagen wird ausführlich zu verschiedenen Schutz- und Sachgütern Stellung genommen, es finden sich jedoch keine Informationen zu möglichen Folgen, die auf die Gemeinden zukommen können, zum Beispiel, weil die Aufgaben des Brandschutzes komplexer werden (personelle und technische Ausrüstung der Gemeindefeuerwehr sowie Fortbildungskosten). Erst kürzlich hat der Brand einer Windkraftanlage im Nachbardorf gezeigt, dass die ehrenamtlichen Ortsfeuerwehren mit solchen Bränden überfordert sind. Ferner wird in den Planungsunterlagen immer nur auf die Beeinträchtigung durch den Bau und den Betrieb einer Windkraftanlage Bezug genommen, es fehlen aber Ausführungen zu möglichen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt im Havariefall (Zum Beispiel Boden- und Gewässerverschmutzung durch austretende Betriebsstoffe, Verbreitung giftiger Partikel in der Luft im Brandfall).	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1462	**Zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land – Grundsätze und Ziele der Raumordnung** **Nummer 1 G: Verfolgtes Planungsziel** Die in Aussicht genommenen Pläne der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zum Thema „Windenergie an Land“ (LEP Windenergie) und das Planungsziel, bis Ende 2027 mindestens drei Prozent der	Zu Nummer 1 G: Verfolgtes Planungsziel Es werden landesweit einheitliche Kriterien angewendet. Aufgrund der unterschiedlichen Siedlungsdichte und naturräumlichen Ausstattung ist die Windenergienutzung nicht

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie auszuweisen, lehne ich als unzumutbar ab. Grundsätzlich wird der Ausbau der erneuerbaren Energien begrüßt und das haben viele Bürger mit privaten und ungeförderten Investitionen vorangetrieben. Die Windenergie im Rahmen der Energiewende in Dithmarschen hat die Gemeinden in wenige Gewinner und viele Verlierer geteilt. Die Akzeptanz der Bevölkerung dieser weiteren verschärften Maßnahmen ist nicht mehr da. Der Kreis Dithmarschen hat nach der letzten Regionalplanfortschreibung 4,4 Prozent der Kreisfläche als Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen. Der Kreis Dithmarschen hat also in der Vergangenheit bereits überdurchschnittlich zum Erreichen des Landesziels beigetragen und dem muss in künftigen Planungen Rechnung getragen werden. **Im Kreis Dithmarschen, wo der Ausbau von Windkraftanlagen weit fortgeschritten ist, muss die Ausweisung weiterer Windenergievorranggebiete gestoppt werden.** **Nummer 2 G: Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land .Übernahme wird von Nummer 1 G genannten Gründen abgelehnt.** Der Kreis Ditmarschen hat sein Soll erfüllt und soll nicht zusätzliche belastet werden. Darüber hinaus bedeutet Repowering einen verstärkten Eingriff in das Landschaftsbild, da repowerte Windkraftanlagen höher sind und größere Rotoren haben. Wodurch ebenfalls die hörbare und die Ultraschallbelastung für Mensch und Natur steigt. Existierende Windkraftanlagen sind nicht automatisch akzeptierte Anlagen. Wir Bürger können sie einfach nicht verhindern. Windkraftanlagen, die in der Vergangenheit errichtet worden sind und wo bereits in der Vergangenheit Kriterien einer Ausweisung als Vorranggebiet entgegengestanden haben, müssen zur Ordnung der Landschaft zurückgebaut werden. **Zu Kapitel 4.5.1.1 Siedlungsstruktur** **Nummer 1 G: 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion** Für alle Siedlungsbereiche, auch für die vereinzelten Häuser im Aussenbereich, die noch nicht durch Windenergienutzung vorbelastet sind, sind ein Abstand von 1.000 Metern, nicht 800 Metern, festzulegen. Das ist nicht nur vor der schleichenden Aufweichung der Abstandsregelungen durch immer höherer WKAs absolut notwendig, sondern auch um wenigstens die Tolerierung von Windkraft in der Bevölkerung zu erreichen. Bayern kann das anscheinend. In SH sind	landesweit gleich verteilt. Zu Nummer 2 G: Übernahme von Vorranggebieten Windenergie aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land Die Weiterführung bereits bestehender Windparks stellt in aller Regel einen geringeren Eingriff dar als zusätzlich neue, bisher unbebaute Flächen in Anspruch zu nehmen, schon allein deshalb, weil die bestehende Infrastruktur weitergenutzt werden kann. Deshalb genießt die Erhaltung bestehender Vorranggebiete hohe Priorität. Nummer 3 G Festlegung einer Referenzanlage Hierzu wird auf Ziffer 1.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen Zu 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen Hierzu wird auf Ziffer 1.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Ablehnung jeglicher WEA außerhalb von Vorranggebieten: Hierzu kann das Land keine abschließende Regelung treffen, weil zukünftig eine Ausschlussplanung vom Bundesgesetzgeber nicht mehr zugelassen wird (§ 249 Abs. 1 BauGB) Zur Forderung eines Abstandes von 1.000 m zu allen Wohnhäusern wird auf Ziffer 2.3.1 und 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Forderung, die Landschaftsschutzgebiete von WEA freizuhalten wird auf Ziffer 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zum Thema Umfassung wird auf Ziffer 3.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Forderung, Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und Erholung von WEA als Ziel der Raumordnung freizuhalten, wird auf Ziffer 3.15.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die Menschen weniger schützenswert? Es kann darüber hinaus nicht nachvollzogen werden, warum bei einzelnen Kriterien die Verringerung von Abständen bzw. geänderte flächenhafte Abgrenzung gegenüber den bisherigen vorgesehen werden. **Nummer 3 G Festlegung einer Referenzanlage** Der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen soll eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde gelegt werden. Mit diesen Erhöhungen der Gesamthöhe und der Rotordurchmesser von WKAs sind neue landschaftsverändernde und belastungserhöhende Referenzen eingeführt worden. Abstandsregelungen zu Wohnhäusern und anderen Abgrenzungen (Wald, Biotope, etc.) sind **nicht** gleichzeitig erhöht worden. Untersuchungen der Auswirkungen auf Mensch und Tier sind **nicht** erfolgt. **Diese Veränderung der Planungs-Grundsätze ohne gleichzeitige Anpassung an die erhöhten Belastungen lehne ich aus Schutzgründen ab. Ich halte sie darüber hinaus für rechtlich anfechtbar.** **4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen** In Regional- und Bauleitplänen sollen keine Bestimmungen zur Höhe von raum bedeutsamen WEA getroffen werden. Es ist völlig unverständlich warum diese Öffnungsklausel pauschal vorgesehen werden soll. Sie ist nicht inhaltlich begründet und stellt eine pauschale Festlegung dar, die den demokratischen Prozess zur Abwägung eingrenzt. Aus den genannten Gründen lehne ich das vorgesehene Verbot ab. **Nummer 4 Z und G: Siedlungsachsen, besondere Siedlungsräume, Baugebietsgrenzen, baulich zusammenhängende Siedlungsgebiete sowie Entwicklungs- und Entlastungsorte** Der Aspekt der landschaftlichen Freihaltebereiche sollte zum Wohle strukturgebenden Raumordnung im LEP an dieser oder einer anderen geeigneten Stelle als Kriterium aufgenommen werden. **In der Geest darf keine Freigabe der Landschaftsschutzgebiete für Windkraftanlagen erfolgen.** Besonders im Bereich Krumstedt , Süderhastedt und Eggstedt ist bereits eine deutliche Überprägung der Landschaft durch neuerrichtete und repowerte Windkraftanlagen erfolgt. Die neuen blauen Flächen verstärken die Riegelbildung und die Umzingelung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	besonders von Krumstedt. **Aus den nachfolgenden Gründen lehne ich jegliche Errichtung von WEA außerhalb von Windenergiegebieten ab.** Wir Bürger in Dithmarschen sind durch mehr als ein Jahrzehnt der Regionalplan-Windenergie-Abwägungen gegangen und verlangen Verlässlichkeit von Politik und Verwaltungen. Öffnungsklauseln, die die Bürgerbeteiligung aushebeln, lehne ich ab. **Nummer 6 Z Mindestgröße von Windenergiegebieten** Die Vorranggebiete Windenergie und Windenergiegebiete außerhalb der Vorranggebiete Windenergie müssen eine Mindestgröße von 15 Hektar aufweisen. Dabei können mehrere räumlich zusammenhängende Flächen, die jeweils mindestens fünf Hektar umfassen und zusammen die Mindestgröße von 15 Hektar erreichen, berücksichtigt werden. Ein räumlicher Zusammenhang ist dann gegeben, wenn die Entfernung der Außengrenzen einzelner Flächen zueinander weniger als 600 Meter beträgt. **Aus den nachfolgenden Gründen lehne ich jegliche Errichtung von WEA außerhalb von Windenergiegebieten ab.** Wir Bürger in Dithmarschen sind durch mehr als ein Jahrzehnt der Regionalplan-Windenergie-Abwägungen gegangen und verlangen Verlässlichkeit von Politik und Verwaltungen. Regelungen, die die Bürgerbeteiligung aushebeln, lehne ich ab. **Nummer 7 G: Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung** Wie wir Bürger von [redacted] und [redacted] bereits live erleben können, sind Begrifflichkeiten wie „unzumutbare“, „soll“, „in unmittelbarer räumlicher Nähe“ und „im Einzelfall“ als Kriterium in einem LEP völlig ungeeignet, um einen konkreten und hinreichenden Rahmen zu setzen. Die Beurteilung einer Umzingelungs- bzw. Umfassungssituation von Ortslagen muss nachvollziehbar sein und der Schutz von Mensch, Tier und Natur muss die oberste Priorität und Vorrangigkeit erhalten. **Zu Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Freiraumschutz **Nummer 11 G: Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und Erholung** Gebiete, die der Erholung der Bürger dienen müssen von einer Windenergienutzung freigehalten werden. Die einzigen bisher von Windkraftanlagen freien Erholungsräume um Krumstedt, auch die Felder und Wälder Richtung Bargenstedt sind in den neuen blauen Planungsflächen vorgesehen. Es ist ein Kriterium als Ziel der Raumordnung darzustellen. **Nummer 13 G: Landschaftsschutzgebiete** Die **Rechtsänderung des Bundes (Wind-an-Land Gesetz) vorgesehene grundsätzliche Öffnung der Landschaftsschutzgebiete für eine Einbeziehung in die Flächenkulisse zum Ausbau der Windenergienutzung lehne ich ohne jede Einschränkung ab**. Landschaftsschutzgebiete dienen der Erhaltung und Entwicklung oder Wiederherstellung der Natur. Beeinträchtigungen des Naturhaushalts sollen beseitigt und die Leistungs- und Funktionsfähigkeit wiederhergestellt werden. Die Verordnungen untersagen bestimmte Handlungen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere das Landschaftsbild oder den Naturgenuss beeinträchtigen. 100 oder 200m hohe WKAs zerstören das Landschaftsbild so außerordentlich, dass dies kilometerweit sichtbar sind. Der Charakter eines geschützten Gebietes, würde durch WKA (mit Zuwegung und Peripherie evtl. auch Umspannwerke) zerstört werden. Durch die Naturraumausstattung, das Landschaftsbild und der kulturhistorischen Bedeutung haben LSG’s insgesamt einen hohen Wert für das Landschaftserleben und die Erholung. Die charakteristische Landschaft aus kleinteiligen Knicklandschaften, kleinen Biotopen auf Koppeln und Wiesen, prägen speziell die Landschaft in Krumstedt und Umgebenung. In diese Regionen gehören keine Windkraftanlagen. Die Erhaltung der Historischen Kulturlandschaften mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern gehört daher gemäß § 1 Absatz 4 Nummer 1 BNatSchG zu den Zielen des Naturschutzes. Ebenso gehört die Erhaltung Historisch gewachsener Kulturlandschaften zu den Grundsätzen der Raumordnung (§ 2 Absatz 2 Nummer 5 ROG). Landschaftsschutzgebiete (LSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen nach § 26 Abs. 1 BNatSchG "ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist, wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung." Die artenschutzrechtlichen Kriterien wurden für die Neufassung des Regionalplan Wind	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	schon erheblich zu Gunsten der Windkraft herunter gebrochen, lassen sie Flora und Fauna wenigstens in den LSG’s geschützt. Es müssen auch Räume der Ruhe und Erholung für Natur, Mensch und Landschaft in Schleswig-Holstein erhalten werden und frei bleiben von technischen Großinstallationen. Erhalten Sie einzigartige Kulturlandschaften zum Schutz von Natur, Klima und Biodiversität, lassen Sie den Wäldern ihren Raum, auch angesichts des bereits vom Kreis Dithmarschen geleisteten überdurchschnittlichen Flächenbeitrags zur Windenergienutzung. Meine Forderung, **weisen Sie bei der Neuaufstellung Regionalplan Wind, die Landschaftsschutzgebiete wieder als Tabuflächen für Windkraft aus!**	
Gruppe ID: G1461 Anzahl: 3 (IDs: 1459, 1460, 1461)	**Stellungnahme:** **Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land** Ein Ausbauziel von 15 Gigawatt soll bis 2030 erreicht werden. 3241 Windkraftanlagen (WKA) onshore in SH, sie produzieren 8,5 Gigawatt. Von diesen WKA sind die meisten 150m hoch, Nennleistung 2000 kW . Alle neu genehmigten WKA werden mindestens 200m hoch sein, Nennleistung 5500 kW. Würden alle WKA repowert werden, dann bräuchte SH keine neuen WKA. Da auf jeder Windeignungsfläche nun repowert werden darf, wird es ohnedies über kurz oder lang so kommen. Der Ausbau von PV-FFA oder sonstiger EE wird im Kontext des Klimaschutzzieles von SH nicht berücksichtigt, das ist unverhältnismäßig. Die Landesplanung hat im Jan. 2024 die geplante Windkraftkulisse für SH vorgestellt. Zu Beginn 9 % des Landes sollen bis 2027 - zur Zeit sind es noch 7,2% - in Windvorrangflächen umgewandelt werden. Das Land selbst behält sich 3 % als Beitrag zuzüglich der vom Grünen Bundeswirtschaftsminister Habeck geforderten Flächenausweisung vor, während darüber hinaus bis zu 6 % der Landesfläche den Gemeinden zwecks möglicher Zielabweichungsverfahren bis zum Jahr 2027 offenstehen soll. Damit werden die Flächenforderungen bis 2030 aus der Bundesgesetzgebung um das Dreifache übertroffen. Das Land SH setzt ohne Wenn und Aber WindBG (Gesetz zur Festlegung von	Ein Teil der Kritik der Stellungnahme richtet sich gegen die Vorgaben aus dem WindBG. Das Bundesgesetz ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens; die Anmerkungen können nur zur Kenntnis genommen werden. Auch die Kritik an den Beschleunigungsgebieten richtet sich gegen EU-Recht und nationales Recht, welches in diesem Verfahren nicht beeinflusst werden kann. Zu den folgenden Argumenten aus der Stellungnahme wird auf die jeweiligen Ziffern der allgemeinen Synopse verwiesen: Belastung, sinkende Lebensqualität: 7.3.5 Wälder: 4.7.1 Großvogelbrutplätze: 4.20.1 Umfassung: 2.11.1; zur Konfliktrisikoabschätzung wird eine GIS-basierte Prüfung durchgeführt. Die Begründung wurde entsprechend ergänzt. Kritik am Anhörungsverfahren: 7.1.5; 7.1.6 Zur Befürchtung, dass es in Schleswig-Holstein absehbar nicht mehr genug Ausgleichs- und Naturschutzflächen geben könnte: Die Sorge wird nicht geteilt. Nach Kenntnis der Landesregierung sind ausreichend große Ausgleichsflächenpools und Ökokonten vorhanden. Sie werden mit besonderem Gewicht in der Abwägung berücksichtigt.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land) um. Es liegt im überragenden Interesse, es steht über allem, man könnte denken: „Denn sie wissen nicht was sie tun …“. Das Interesse von Mensch und Natur wird buchstäblich mit den Füßen getreten, wenn man sie die Potentialflächenkarte genau anschaut, denn wäre der Ausbau der Windenergie an Land, sofern es so kommt, wie gewünscht, menschenverachtend! Das Ziel von Klimaschutz ist der Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen (Flora und Fauna). Aus diesem Grund müssen die Belange von Menschen, Natur- und Umweltschutz beim Ausbau der Windenergie berücksichtigt werden. Ohne Akzeptanz der Menschen im Land kommt das gesamte Projekt Energiewende – Green Deal – Große Transformation, nicht nur ins Stocken, es kommt zur Stillstand. Es müssen auch Räume der Ruhe und Erholung für Natur, Mensch und Landschaft in Schleswig-Holstein erhalten werden und frei bleiben von technischen Großinstallationen. Erhalten Sie einzigartige Kulturlandschaften, dazu gehören auch die kleinteiligen Knicklandschaften, zum Schutz von Natur, Klima und Biodiversität, und lassen Sie den Wäldern ihren Raum. Schon 2016 und in den Folgejahren wurde darauf hingewiesen, dass in überdurchschnittlich belasteten Landkreisen wie Nordfriesland, Dithmarschen, Ostholstein und Steinburg ist nicht mehr viel Windenergieausbau möglich ist. Aber nein, Vorbelastung findet keine Berücksichtigung, Abstände zu Wohnbebauung werden einfach kassiert. Das Land SH hält sich auch einfach nicht an Abstandsvorgaben der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelwarten, es hält sich auch nicht an viel zitierte Helgoländer Papier und an die eigenen Empfehlungen zur Berücksichtigung tierökologischer Belange bei der Windenergieplanung der Vergangenheit möchte man sich auch nicht mehr halten. Die einzigartigen charakteristischen Landschaftsräume in Schleswig-Holstein sind außerordentlich und unbedingt zu schützen, sie erklären sie einfach für nicht mehr vorhanden. Um Mensch, Natur, Landschaft und Tiere effektiv zu schützen, ist aber nicht nur der Bau von Windenergieanlagen im Wald, sondern auch die Umzingelung von Wäldern zu verbieten. Sie wollen aufforsten, sie wollen Waldneubildung, wo soll das denn noch passieren, sie werden am Ende des Tages keine Flächen mehr haben, auf denen das machbar wäre. Es scheint auch vollkommen außeracht gelassen zu werden,	Die Annahme, dass alle Potenzialflächen, die schon privatrechtlich gesichert sind, bebaut werden ist falsch. Die Landesplanung wählt aus der Gesamt-Potenzialfläche gut 3 % der Landesfläche aus. Darüber hinaus werden bestenfalls in Einzelfällen noch zusätzliche Flächen durch gemeindliche Planung geschaffen. Hierfür sind planungsrechtlich deutlich höhere Hürden gesetzt. Eine reine Positivplanung wie sie jetzt erfolgen wird unterliegt anderen Anforderungen als bisherige Konzentrationsplanungen, die sich an der Anforderung messen lassen mussten, der Windenergie substanziell Raum zu verschaffen. Diese Anforderung wurde ersetzt durch die verbindlich zu erreichenden Flächenbeitragswerte gemäß WindBG. Solange eine Positivplanung auf diese Zielerreichung ausgerichtet ist, besteht ein planerisches Ermessen bei der Auswahl der dafür erforderlichen Vorranggebiete. Mit einer nach Abzug der Ziele der Raumordnung verbleibenden Potenzialfläche von über 7 % der Landesfläche ist dokumentiert, dass die Flächenbeitragswerte auf Ebene der Regionalplanung erreichbar sein werden. Solange dies der Fall ist, spielt § 2 EEG zumindest auf der Planungsebene zur Festlegung von Ausschlusskriterien als Ziele der Raumordnung nur eine nachrangige Rolle.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wo es denn in SH noch Flächen Kompensationsflächen für den Ausbau der zukünftigen Windkraft geben soll, von der Flächenversiegelung will ich gar nicht erst reden, hat da SH nicht auch ein Ziel zur Minimierung? In diesem Zusammenhang fragt man sich natürlich auch, wo denn wohl die 30% Renaturierung stattfinden soll, auch ein Ziel dieses Bundeslandes SH und eine EU-Vorgabe. Zitat von Reinhold Messner: **„Alternative Energiegewinnung ist unsinnig, wenn sie genau das zerstört, was man eigentlich durch sie bewahren will!“** Eine zulässige Umzingelung von Dörfern und Siedlungen, das ist ein Riesenfehler, der hier begangen wird. Es ist eine Fehlentwicklung in der Planung, es müssen unbedingt alle bestehenden und vorhandenen Schutzgebiete mit entsprechenden Pufferzonen von Windenergie freihalten werden. Der Schutz von Rast-, Brut- und Ruhestätten von Vögeln und Fledermäusen ist unabdingbar. Die generelle Umweltverträglichkeitsprüfung bei allen Vorhaben der erneuerbaren Energien muss zum Projekt erfolgen und darf nicht als Generalvollmacht und vollkommen unspezifisch im Vorwege genommen oder erteilt werden. Im Außenbereich müssen Vorranggebiete 400 Meter Abstand zur Wohnbebauung halten, zu Dörfern und Städten 800 bzw. 1.000 Meter. Die sogenannte 3H/5H-Regelung entfällt (das neue Anlagen nur dann genehmigt werden, wenn sie einen Abstand von ihrer dreifachen Höhe zu alleinstehenden Wohnhäusern (3H) und ihrer fünffachen Höhe zu Wohnsiedlungen (5H) haben). Mit den neuen Eckpunkten zur Windenergieplanung gilt diese Regelung dann nicht mehr. Größere Anlagen dürfen dann in einem Abstand von 400 Metern gebaut werden. Die Abstände zur Wohnbebauung werden damit stark verringert, die optische Bedrängung wird eklatant sein und der hörbare Schall wird dem letzten Menschen den Schlaf rauben. Wir hatten in Schleswig-Holstein Windfrieden, was nicht mit Akzeptanz zu verwechseln ist. Damit wird nun Schluss sein, die Menschen werden das heranrücken der WKA und die Bebauung von vollkommen unbelasteten Gebieten, den Landschaftsschutzgebieten mit WKA nicht akzeptieren, die Politik macht hier einen riesen Fehler. Akzeptanz, Ruhe und Frieden sind nicht käuflich! Der Ausbau der Windkraft geht zu Lasten des Artenschutzes und des Landschaftsschutzes, unbelastete Naturräume, Landschaftsräume, Wälder,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Knicklandschaften, Moore sind eigenständiger Klimaschutz, wenn es denn dann darum geht, warum lässt man ihnen nicht ihren Raum, warum muss alles zerstört werden. Zum Beispiel der Kreis Dithmarschen hat eine Vorbelastung von fast 5% der Fläche, es wird einfach verfügt, dass Vorbelastungen nicht mehr berücksichtigt werden sollen. Das ist vollkommen unverhältnismäßig. Der Konflikt um Windkraft ist hier nicht neu, sondern zieht sich schon seit Jahren. Er verdeutlicht, wie Interessen beim Landschaftsschutz diejenigen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien aufeinanderprallen und welche Folgen das für Genehmigungsverfahren hat. Vieles ist hier in Bewegung, nicht zuletzt in Dithmarschen. Währenddessen haben in SH bis Ende August 2024 Projektierer/Betreiber schon nach 400 Flächen angefragt und das ist nur das was so halb öffentlich bekannt ist. Seien wir doch einmal ganz objektiv und schauen uns den Vergleich einmal mit Sinn und Verstand an, hier am Beispiel von Dithmarschen. Es ist festzustellen, dass sich die Potentialflächen 2024 mit den Abwägungsflächen 2016 zu über 90% decken und es ist weiterhin klar und deutlich sichtbar, dass noch erhebliche Erweiterungen und neue Flächen hinzugekommen sind. Den Bürgern wird nun erzählt, es sein ja alles noch gar nicht abgewogen und es sollen ja nur 3-3,3% werden. Zum einen hat Dithmarschen schon fast 5% und zum anderen, sind für diesen Kreis in der Summe 10% im Potential. Tatsächlich ist es so, dass die Flächen aus 2016 lange endabgewogen waren, hinzu kommt - 2024, dass die Abstände zur Wohnbebauung, die arten- und naturschutzrechtlichen Belange zu Gunsten des Windkraftausbaus verändert wurden und LSG‘s bebaut werden können. Das heißt und so wird es landesseitig auf diversen Veranstaltungen bereits kommuniziert: Die Flächen sind bereits weitestgehend in Sack und Tüten, es gibt kaum oder keine Flächen, die frei sind von Planern, von Begehrlichkeiten! Was man den Bürgern sagt, oder versucht unterzujubeln, das nennt man bei uns „ Tünkram“ - MOIN ! Abwägungsbereiche 2016 - Dithmarschen Vergleich – Potentialflächen 2024 – siehe unten und Anhang, hochgeladen und am Ende dieser Stellungnahme. Die beschlossene Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Diese legt fest, dass Erneuerbare Energien im "überragenden öffentlichen Interesse" liegen. Bei einer Abwägung hat der Ausbau also Vorrang. Es wäre schwierig oder fast nicht machbar, hier ein Gegenargument zu finden, welches von derselben oder höherer Wertigkeit ist. Jedoch liegt eine intakte und gut funktionierende Natur, die selber Klimaschutz ist, ebenso im überragenden öffentlichen Interesse. Der Schutz der Biodiversität, ein Erfolg	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	im Kampf des Artensterbens, die Aufforstung und die Wiedervernässung der Moore, der Erhalt kleiner Wälder, der Erhalt der Landschaftsschutzgebiete (LSG) und vieles mehr, es wird alles übergangen, der Eingriff in die Natur ist derart eklatant und vollkommen unnötig. Vogelzugruten sind seit Jahren nicht überprüft und/oder neu kartiert worden, diese haben sich durch den Windkraftausbau und die „Ruhezonen“ der LSG der letzten Jahre sehr stark verändert. Die EEG-Novelle und die Klimapolitik der Ampelkoalition ist ein Großangriff auf den klassischen Naturschutz und es erschließt sich mir nicht ansatzweise, wie ein grüner Minister das überhaupt zulassen kann, wie der Bundesrat dieses Landes dem WindBG ohne Wenn und Aber zustimmen konnte und das Land SH, bzw. die Politik das einfach so hinnimmt. Geopferte Landschaften für eine ideologische Energiepolitik ohne Sinn und Verstand, an der am Ende des Tages zur Klimaneutralität nur eine Zahl steht, nicht mehr und nicht weniger, mit dem grünen Blackout, der hier sehenden Auges herbeigeführt wird, ist gar nichts gewonnen, ganz im Gegenteil. Keine freien Horizonte mehr, keine Charakteristischen Landschaftsräume (CL) mehr, durch die Höhe der Referenzanlagen von 200m und morgen sind sie schon 250m hoch nehmen sie der Landschaft jede Ruhe, die Beeinträchtigung wird eklatant sein, weit sichtbar in jeder Ecke, in jeder Gegend. Das Ausmaß der Wirkzonen über 1500m und 3000m wird für die Menschen in SH zu einer unaussprechlichen optischen Belastung werden. Das Recht auf Lebensraum, Naherholungsraum, dass Recht der Natur und der Arten scheint in Gänze verwirkt zu sein. ***Kein Vormarsch ist so schwer wie der Weg zurück zur Vernunft.*** *Berthold Brecht* **Es geht uns alle an**, ob wir ein Stück **Heimat**, ein Stück Landschaft retten können - stehen wir zusammen und sagen wir der Politik, bis hierhin und nicht weiter, **genug ist genug**. **Die politische Quittung kommt zur nächste Bundestagswahl am 28. September 2025 und zur nächsten Landtagswahl im Frühjahr 2027 in Schleswig-Holstein. Die Menschen gehen nicht mehr mit, keinen Schritt weiter für diese ideologische, alles zerstörende Energiewende, die nun fast alle freien Räume mit technischen Industrieanlagen WKA (oder PV-FFA) bestückt.** **Menschen werden fluchtartig Gegenden verlassen – den ländlichen Raum, es**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	beginnt bereits. **Sie denken, sehr gut, dann haben wir noch mehr Platz für WKA? - ein politischer Riesenfehler!** **Es geht nicht um irgendeinen Ausblick aus irgendeinem Wohnzimmerfenster, es geht um echte Wertschätzung und Erhalt von Lebensräumen!** Der Streit wird weitergehen. Es werden weitere regionale Konflikte hinzukommen, denn in den nächsten Jahren sollen bundesweit deutlich mehr Flächen für die Windkraft ausgewiesen werde. Haben sie sich eigentlich einmal überlegt, wie es mit dem Tourismus, seinem Ausbau und seiner Verbesserung weitergehen soll, es wird bald niemand mehr nach Schleswig-Holstein kommen wollen, insbesondere die ländlichen Räume werden gemieden werden. <u>Zum demokratischen Verständnis, der Möglichkeit der Teilhabe und der Information an, von und mit den Bürgern, Menschen dieses Landes:</u> Das Beteiligungsverfahren zum Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land wurde am 25.06.2024 eröffnet. Es ist möglich bis zum 09.09.2024 eine Stellungnahme abzugeben – nur kaum jemand weiß davon, geschweige denn ist in der Lage eine zu verfassen, weil Grundlagen und Informationen fehlen. Warum ist das so: Weil es tatsächlich kaum Informationen gibt. Weil die meisten Menschen davon gar nicht wissen. Weil die meisten Menschen, wenn sie es zu wissen bekommen, fachlich gar nicht in der Lage sind, sich zur Sache adäquat zu äußern. Weil die Terminachse in die politische Sommerpause gelegt wurde, das gilt auch für Kommunen. Weil es kaum Informationsveranstaltungen gibt, nur vereinzelt und dann auch nur für Kommunen. Es ist festzustellen, dass Kommunen mangels Zeit und/oder Sitzungsterminen in der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sommerpause, auch weil es trotz Forderung keine Fristverlängerung gibt/gab, an dem Thema, an der Sache an der öffentlichen Beteiligung nicht teilgenommen haben. Aber Zeit für Veranstaltungen von und für potentielle Planer/Betreiber, Überzeugungsreferenten e.t.c. die scheint dann teilweise doch vorhanden zu sein. Nachfrage zur Sache, Land SH und Ämter: E-Mail vom 26.06.2024 Sehr geehrte Damen und Herren, wie werden die Bürger informiert: zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans SH - Fortschreibung 2021 (Entwurf Juni 2024) mit der Antwort vom Amt … - siehe unten – damit kann kein Bürger dieses Landes zufrieden sein, oder etwas anfangen und die Bürger dieses Landes wissen von nichts Werden die Ämter, die Bürgermeister oder die Gemeindevertretungen informiert? Geben diese dies an die Bürger weiter? v.m.f.g. [redacted] Antwort vom Amt, vom 26.06.2024 bezüglich Ihrer Fragestellung im Telefonat von vorhin, wie werden die Bürger informiert, übersende ich Ihnen die beigefügte Bekanntmachung des Landes Schleswig-Holstein. Daraus können Sie entnehmen, dass jede Person eine Stellungnahme auf der entsprechenden Internetseite einreichen kann. Im Anhang war das Amtsblatt SH Antwort vom 02.07.2024 Land SH vielen Dank für Ihre Email vom 26.06.2024, mit der Sie nachfragen, wie Bürger über das Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Windenergie informiert werden. Ich bin gebeten worden, Ihnen zu antworten. Bei der amtlichen Bekanntmachung handelt es sich um eine gesetzlich geregelte	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mindestanforderung, die sicherstellen soll, dass Bürgerinnen und Bürger sowie alle Träger öffentlicher Belange sich über anstehende Planverfahren (wie auch über andere öffentliche Angelegenheiten) informieren können. Darüber hinaus hat die Landesplanung aber auf vielen weiteren Kanälen die Öffentlichkeit informiert: - durch eine Pressemitteilung und eine Pressekonferenz: daraus resultierte eine Medienberichterstattung, u.a. im Schleswig-Holstein-Magazin des NDR; - durch die Onlineplattform BOB-SH und die Internetseite schleswig-holstein.de; - durch Rundmails an alle Kommunen; - durch Rundmails an die betroffenen Träger öffentlicher Belange innerhalb und außerhalb Schleswig-Holsteins; - durch Information des Landtages; - durch Information der Regierung Dänemarks und der dänischen Nachbarkommunen. Es ist der Landesregierung allerdings nicht möglich, alle Bürgerinnen und Bürger des Landes unmittelbar zu informieren. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Seitens des Landes, denke ich, wurde soweit alles erforderliche getan um eine Möglichkeit der allgemeinen Informationsgrundlage zu schaffen, aber dann hakt es gewaltig. durch Rundmails an alle Kommunen – es ist klar, dass die Kommunen informiert worden sind, nur die Kommunen haben dazu keine Gemeindevertretersitzungen abgehalten, oder ihre Bürger informiert, die Kommunen haben sich mit dem Thema kaum auseinandergesetzt und kaum Stellungnahmen abgegeben und die Kommunen, Bürgermeister, Gemeindevertreter sind damit auch teilweise total überfordert – es ist festzustellen, dass es in sehr vielen Kommunen und Ämtern keinerlei Informationen oder Veröffentlichungen in der Sache zur Teilhabemöglichkeit für die Bürger, Menschen dieses Landes gab. Das ist sehr undemokratisch, natürlich sagt das Land, das ist nicht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unsere Aufgabe, das Amt sagt, das Land hat ja über das Amtsblatt SH informiert – was ja natürlich die wenigsten Bürger, Menschen sehen, kennen oder lesen. Die Kommune sagt, wir hatten politische Sommerpause und so schiebt sich jeder den Schuh wechselweise zu und keine übernimmt Verantwortung. Kurz vor Toresschluss, am 09.09.2024 ist Ultimo, werden Gemeinden bzw. Bürgermeister dann vom Amt angeschrieben, ob sie wohl noch eine Stellungnahme abgeben wollen, das kann doch nur ein Witz sein oder, vor allem ohne Informationen und Einbeziehung der Öffentlichkeit und/oder Beschlüsse. Oder es gibt noch ganz fix eine Sondersitzung unter Druck, weil da evtl. etwas dann doch Dringendes übersehen wurde. Man glaubt es kaum, aber das ist dann so wohl gängige Praxis. Ein formaler öffentlicher Diskurs über die Klima- und Energiepolitik einerseits sowie den Natur- und Landschaftsschutz andererseits hat nicht stattgefunden. Das ist als starker Mangel in der Sache und dem grundsätzlichen demokratischen Prozess als nicht dienlich zu bewerten. Stellungnahme zum Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land 2024 wurde für und durch die Bürgerinitiative BIND-SH erstellt. Erstellt und eingereicht im Sept. 2024 von [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1458	Ich bin gegen einen Ausbau im Segeberger Forst und Umgebung zum Schutz der Natur und der Tierwelt .	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2719	**Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich unter Anderem auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes und die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	hier: Potentialflächen in den Gemeinden (Gräuel, Meezen und Poyenberg) Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit spreche ich mich ausdrücklich gegen die Errichtung und den Betrieb der geplanten Windkraftanlagen aus. Bei der Abwägung sind sowohl öffentliche als auch private Belange zu berücksichtigen. Ich erwäge nachstehende Einwendungen gegen das oben genannte Projekt: Windkrafträder produzieren außer Energie auch Infraschall. Es gibt mittlerweile bereits ausreichend Forschungsergebnisse, in denen eingeschätzt wird, dass bei einer dauerhaften tieffrequenten Geräuscheinwirkung auf den menschlichen Körper mit gesundheitlichen Folgen zu rechnen ist. Infraschall ist auch noch in 10 Kilometern Entfernung messbar. Die geplante Errichtung der WKA würde unweigerlich zur Wertminderung von Immobilien führen. Immobilien sind zusätzlich eine Wertanlage zur Altersvorsorge, die vielen Betroffenen versagt würde. Die Gefahr in Altersarmut zu fallen, würde enorm steigen. Windindustrieanlagen sind eine große Gefahr für Vögel, die die Geschwindigkeit der Rotoren nicht einschätzen können. Geschützte Arten werden so unweigerlich Opfer der Windkraftanlagen, sodass ihr Fortbestand gefährdet wird. Im Niederungsgebiet der Bückender Au, welches sich im Tal zwischen Gräuel, Meezen und Poyenberg befindet, herrscht ein hohes Großvogelvorkommen, sodass Seeadler, Milan oder auch Kranich durch die Errichtung der Windkraftanlage stark gefährdet wären. Es handelt sich hier also eindeutig um ein schützenswertes Gebiet, welches frei von Industrie bleiben sollte. Für die dort lebenden Schwäne, Kiebitze und Brachvögel würde ein Nahrungshabitat wegfallen. Auch würde ein Brutgebiet massiv gestört, wenn nicht sogar zerstört werden. Im direkten Umfeld der Potentialflächen befinden sich Fischteiche und Waldgebiete. Diese werden von Schwarzstorch, Mäusebussard, Rotmilan, Uhu und Seeadler überflogen und dienen zum Teil als Brutstätte. Eine Errichtung eines Windkraftparks ist in diesem Gebiet also ganz offensichtlich ungeeignet, wenn man der Natur die nötige Ausgleichsfläche lassen will. Gemäß EU-Beschluss muss das Land auf 20% aller Landes- und Meeresflächen	Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.1, 4.2, 4.20, 7.1.1 sowie die Ziffern 2.11, 5.9, 7.2.11, 7.2.15 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Maßnahmen treffen, um das Ökosystem zu stärken. Bei der Errichtung neuer WKA's in dem geplanten Gebiet wäre die einmalige Möglichkeit verbaut, eine dauerhafte Vernetzung von Naturschutzflächen zu ermöglichen. Bereits vorhandene Industrieflächen in unmittelbarer Nähe von Gräuel würde die Bewohner durch Windkraftanlagen nur zusätzlich belasten. Eine Umzingelung von Industrie und die damit einhergehende Belastung ist für die Bürger unzumutbar. Sämtliche Potentialflächen, die zwischen Gräuel, Meezen und Poyenberg liegen, werden von einer Geotop-Fläche abgedeckt. Dieser Punkt darf bei der Planung nicht vergessen werden, sondern muss zwingend mit bedacht werden. Dass dort eine WKA nicht sinnvoll ist, muss jedem, der sich mit dem Gebiet einmal beschäftigt hat, klar sein. Hinzu kommt, dass über 3200 GW abgeregelter Strom in Schleswig-Holstein unzumutbar ist. Die dadurch aufkommenden Kosten sind immens. Auch diese müssen von den Bürgern getragen werden. Im Entwurf des LEP ist eine Reduzierung der Abstände zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel vorgenommen worden. Dieses steht im Widerspruch zu dem neuen „ Helgoländer Papier", welches die Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten gemeinsam erarbeitet und verabschiedet haben. Dies ist so nicht zulässig, da es einer Streichung langjähriger, wissenschaftlicher Erkenntnisse bedeutet. Derzeitige Anlagen werden mit einer Höhe von mindestens 250 Metern bis 350 Metern geplant. Dies entspricht nicht der Grundlage Ihres Entwurfes, wo ein Referenzanlage mit einer Höhe von 200 Metern angenommen wird. Aus diesem Grund entspricht Ihr Entwurf nicht dem aktuellen Stand der Technik und sollte komplett neu überarbeitet werden. Da die Gemeinde Gräuel im nördlichen Gemeindegebiet schon sehr stark durch das Industriegebiet Böternhöfen, der Gemeinde Hohenwestedt, beeinträchtigt wird, soll die Bevölkerung dieser kleinen Gemeinde auf der südlichen Seite zusätzlich noch durch Windindustrieanlagen belastet werden. Der damit verbundene Lärm, Gestank und Verunreinigung mit Plastikmüll ist genug Umweltbelastung und kann eine Weitere durch Windkraftanlagen nicht gutheißen. Es gibt viele Gemeinden, die einen Ausbau der Windenergie befürworten. Diese Gemeinden sollten bei der Planung und Durchführung berücksichtigt werden. Abschließend kann gesagt werden, dass ein Ausbau der Windenergie in dem oben	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	genannten Bereich nicht sinnvoll ist. Folgende Punkte sprechen dagegen: -Gesundheitsschäden durch Infraschall -Wertminderung von Immobilien -Gefahr der Altersarmut -Fortbestand geschützter Vogelarten -Nahrungshabitat von dort lebenden Vögeln -Störung von Brutgebieten -Vernetzung von Naturschutzflächen würde verbaut werden -Einfriedung von Industrie der umliegenden Gemeinde Gräuel -Geotop wird zerstört - Hoch aufkommende Kosten für die Bürger durch abgeregelten Strom allein in - Schleswig-Holstein -"Helgoländer Papier“ wird nicht eingehalten Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1457	Sehr geehrte Damen und Herren, meine Stellungnahme zum Thema Windenergieplanung Schleswig-Holstein LEP-Teilfortschreibung Windenergie für die Potenzialflächen 06-2024“ im Hoheitsgebiet der Gemeinde 24790 Schülldorf. Bei der Ausweisung der Fläche im vorliegenden Entwurf wurden unseres Erachtens	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	folgende Kriterien nicht beachtet: Umwelt: • Wir haben mehrfach Zwergschwäne auf den Flächen und angrenzenden Flächen beobachtet. • Wir haben mehrfach Kraniche auf den geplanten Vorrangflächen und den angrenzenden Flächen bei der Nahrungssuche beobachtet. Die Schlafgewässer der Kraniche befinden sich im angrenzenden "Wilden Moor" und "Stadtmoor". Der Abstand zu den Schlafgewässern und den Windkraftanlagen ist unseres Erachtens zu gering und eine Störung der Kraniche wird höchstwahrscheinlich die Folge sein. • Auf den Wiesen in diesem Gebiet haben wir im Frühjahr und Sommer regelmäßig Kiebitze bei der Nahrungssuche gesehen. Weiterhin nehmen wir an, dass auch Paare Brutversuche unternommen haben. Die Standorte und Sichtungen sind dem NABU bekannt. • Bei dem Entwurf wurde der Weißstorchhorst im Bereich Buhrhorst und in Schülldorf, OT Ohe nicht berücksichtigt, insbesondere beim Horst in Ohe konnten Bruterfolge nachgewiesen werden. • Zudem gibt es meines Wissens nach (bitte prüfen), im Bereich rund um den Rümlandteich, mehrere Seeadlerhorste. Dieser wird sich gestört fühlen oder den Rotorblättern zum Opfer fallen. • Auch dem neuen Abwägungskriterium "Belastete Räume" wird nicht Rechnung getragen. Folgenden Belastungen sind wir Schülldorfer Bürger des Ortsteil Ohe bereits ausgesetzt: o BAB 7 o BAB 210 o Bahnlinie Rendsburg - Neumünster o Bahnlinie Rendsburg - Kiel	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	○ 2 x 380 KV-Leitung ○ 2 x Biogasanlagen ○ erhebliche Erweiterung des vorhandenen Umspannwerk ○ die privilegierten Fläche für Photovoltaik-Freiflächenanlagen sowie die bereits erbauten Photovoltaik-Freiflächenanlagen. ○ Des Weiteren ist eine Umfassungswirkung und Riegelbildung durch die Planung der Flächen für die Windenergieplanung um den Ortsteil Ohe an Hand des zugänglichen Kartenmaterials gegeben und widerspricht den Vorgaben des Landes. • Weiterhin gibt es bereits jetzt erheblichen Belastungen auf Grund des Neubaus der Rader Hochbrücke. • Zur Ausweisung von der Fläche wurde für die Berechnung für die Abstände zur Wohnbebauung eine Referenzanlagen mit einer Höhe von 150 m zu Grunde gelegt. Dies entspricht nicht der Realität, wie Ihnen bekannt sein dürfte, sind bereits für die Fläche PR2_RDE_067 die Errichtung von Windenergieanlagen mit Höhen von 175 m Nabenhöhe beantragt. Bei diesen Höhen werden die angedachten Mindestabstände deutlich unterschritten. Wir erwarten, dass Ausweisungen von Vorrangflächen an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden und für Ohe sozial verträgliche und lebenswürdige Flächenausweisung stattfindet. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1456	Sehr geehrte Damen und Herren, ich verstehe absolut nicht die unlogische Sichtweise von Minister Goldschmidt, wenn er sagt, es wäre falsch, den Bau der neuen Windenergieanlagen so lange zurückzustellen,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2 bis 2.5, 7.2.5, 7.2.6, 7.2.8, 7.2.11, 7.3.1 bis 7.3.5 der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bis die Leitungs-Infrastruktur fertiggestellt ist. Was würde es denn bedeuten, wenn er sich durchsetzt? Es würde genau das gleiche passieren, was ich schon seit Jahren bei den bisherigen Anlagen beobachte, nur noch etwas heftiger wegen der dann noch größeren abzuleitenden Energiemenge! Selbst bei gutem Wind stehen die Windräder still, weil der Strom nicht abgenommen werden kann! Ein Schelm, wer dabei Böses denkt, denn die Investoren der fertiggestellten Anlagen werden darauf bestehen, auch den sog. Phantomstrom bezahlt zu bekommen. Dreimal darf man dann raten, wer für diese unsinnigen Kosten aufkommen muss! Ich persönlich bin über die Unvernunft eines zuständigen Ministers derart verärgert, dass ich ihn und seine Partei keinesfall ein weiteres Mal wählen würde! Die FDP war nie meine bevorzugte Partei, aber was ihr Fraktionschef Christopher Vogt dazu sagt, ist genau auch meine Meinung und die vieler Hüruper Bürger, mit denen ich gesprochen habe.(LesenSie dazu den Beitrag von Frank Jung, Seite 5 im FlensburgerTageblatt von Freitag, dem 23. August 2024). Völlig seltsam kommt mir auch die Vorstellung der Bundes-, wie auch der Landesregierung bezüglich der Abstände zum Ortsbereich bzw. zum Außenbereich vor.. Obwohl schon die vorgeschriebenen 800 m zu 400 m unverständlich sind, denn mit welchem Recht mutet man den Menschen im Außenbereich mehr Ungemach zu, als denen in den Orten? Das Problem ist ja noch größer! Denn kaum jemand kennt den Zusammenhang zwischen Abstand und Lautstärke. Die Schallenergie verändert sich nämlich quadratisch zum Abstand vom schallerzeugenden Objekt! Das bedeutet, dass die Lautstärke beim 400 m Abstand nicht zweimal, sondern viermal größer ist als bei 800 m! Die vorgeschriebenen Abstandsregeln sind also eine unglaubliche Zumutung für die Bewohner der Außenbereiche! Zu beachten ist ja auch unbedingt der durch das Vorhandensein von Windrädern	allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	besonders im Außenbereich eintretende Wertverlust der Immobilie. Glauben Sie wirklich, dass dieser Wertverlust kompensiert wird? In Dänemark schafft man das ja offesichtlich. Darauf angesprochen werden Sie sagen, dass das dänische System nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragen werden kann. Warum eigentlich nicht? Viele Menschen fürchten sich auch vor gesundheitlichen Problemen durch Infraschall, Schattenwurf der drehenden Windräder, oder Eisschlag im Winter aus großer Höhe. Diese Menschen sollte man aber nicht einfach ignorieren, denn auch die Verfasser der infrage kommenden Gesetze und die dahinter stehenden Politiker haben kein ausreichendes Wissen über die Auswirkung dieses technischen Großversuchs. Mit freundlichem Gruß [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2718	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich habe Bedenken, dass der Verlust der Artenvielfalt, insbesondere durch den von Windkraftanlagen verursachten Verlust von Vögeln und von Insekten weiter Fahrt aufnimmt. Ich erwarte, dass die Landesregierung ihre Verantwortung für den Schutz bereits heute	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.1, 4.8, 7.1.1, 4.5, 4.20, 7.2.9, 7.3, 7.2.11 und 7.2.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	stark gefährdeter Vogelarten,_mit Blick auf die nachfolgenden Generationen, ernst nimmt und über die wirtschaftlichen Interessen jeglicher in den Windausbau involvierter Profiteure stellt. Ich befurchte, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. Ich erwarte, dass die Lebensraumkorridore zwischen Tarbeker Moor, Hamdorfer Binnendune und Kiebitzholm störungsfrei erhalten bleiben. Ich mochte, dass Großvogelarten wie Rotmilan, Seeadler, Storch, Kranich, Graureiher, Schwan und grofSer Brachvogel weiterhkhier unter Schutzstatus brüten können. Ich mochte die Abstandsregelungen zu Brutplatzen von 2018 wieder aktiviert wissen. Ich mochte, dass das Biotopverbundsystem in unserer Region, dass in jahrelanger Aufbauarbeit unter anderem auch mit Landesmitteln geschaffen wurde, auch in Zukunft weiterentwickelt und geschützt wird. Ich befurchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flachen zur Prtiuktion von Lebensmitteln sowie Verunreinigung von Trinkwasser und Atemluft durch Abrieb von Mikroplastik der Rotorblatter. Ich befurchte eine Einschränkung der Lebensqualität für Mensch und Tier in dieser Region. Ich befurchte einen Wertverlust meiner Immobilie und mochte, dass eine Abstandsregelung von mindestens 5h zur Wohnbebauung gilt. Abschlief3end wünsche ich mir, dass mehr Kapital und Energie in die Suche nach Alternativen zu riesigen Windkraftanlagen investiert wird, denn diese sind in meinen Augen nicht alternativlos.	
Institution: Amt Achterwehr, Bauverwaltungs- und Ordnungsamt	Die Gemeinde **Melsdorf** nimmt wie folgt zum o.a. Entwurf Stellung: **Die Gemeinde erhebt erhebliche Bedenken gegen die Inhalte des vorgelegten Entwurfs und schlägt die nachstehend ersichtlichen und begründeten Änderungen vor:** Gemäß Hintergrundinformationen zum „Entwurf des neuen LEP Windenergie“ sind die	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen. Zu den Punkten 1., 2. und 3. wird auf die allgemeine Synopse, Punkte 2.3.2, 7.3.7 und 7.2.9, verwiesen. Zu Punkt 4. Diese Forderungen können nicht auf Ebene der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: 1455	*„…voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, auf Flächen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie auf die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern“* betrachtet worden (siehe Seite 6 „Umweltprüfung“ in: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/energie/windenergie-raeumliche-steuerung/Downloads/240611_Hintergrundinformationen.pdf?__blob=publicationFile&v=9). Allerdings findet u.a. das Thema Havarien und Brände von Windkraftanlagen (WKA) in den neuen Grundsätzen und Zielen gar keine Berücksichtigung. Dabei steigt mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern der Anlagen die Gefahr von Havarien und Bränden. Die sich aus entsprechenden Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabstände zu Schutzgütern (wie Wohnhäuser) sind daher neben weiteren, im Folgenden aufgeführten Aspekten zwingend zu berücksichtigen: 1. Als Grundsatz muss gelten, dass der Mindestabstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe immer konform mit dem BImschG (Bundesimmissionsschutzgesetz) erteilt werden kann. In jedem Fall muss der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920 m betragen (vgl. Veenker Gutachten (2020), Anlage A25: Abstand 995m abzgl. mindestens 75m Rotorblattlänge der Referenzanlage (Rotor-In) – vgl. https://www.veenkergmbh.de/wp-content/uploads/2021/04/Ga_A_R09_s.pdf). 2. Es muss in den Grundsätzen die bisherige 3H-/5H-Regelung für den Abstand zum Turm der WKAs sowie eines 1000m-Abstandes der Vorrangflächen zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben bzw. werden. Im Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung wird unter „Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung bei Windkraftanlagen“ festgelegt: *„Der Raum, in dem das Landschaftsbild beeinträchtigt wird, umfasst etwa eine Fläche*	Raumordnung festgelegt werden. Zu Punkt 5. Mit dem in Kapitel 4.5.1.3 festgelegten Ziel 1 besteht bereits ein hinreichender Umgebungsschutz um Vogelschutzgebiete. Ein darüber hinaus pauschaler Ausschluss wird für nicht erforderlich gehalten. Zu Punkt 6. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 4.20.1, wird verwiesen. Zu Punkt 7. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Zu Punkt 8. Gesetzlicher Auftrag ist, einen bestimmten Anteil der Landesfläche in Form von Windenergiegebieten zur Verfügung zu stellen. Für die Regionalplanebene sind dies Vorranggebiete. Diesen Gebieten ist immanent, dass sich die Windenergie dort durchsetzt und keine anderen raumbedeutsamen Nutzungen entgegenstehen. Insofern können andere Nutzungen dort grundsätzlich nicht erfolgen. Eine Errichtung von Solarfreiflächenanlagen kann nur im Einzelfall möglich sein. Eine Anrechenbarkeit von Solarfreiflächenanlagen kann aufgrund der anderen Nutzungsart nicht erfolgen. Zu Punkt 9. Die der Planung zugrunde gelegte Referenzanlage steht der Errichtung anderer Anlagen nicht entgegen. Die Einhaltung von Schallimmissionsrichtwerten wird im Genehmigungsverfahren sichergestellt. Zu Punkt 10. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 5.9.1, wird verwiesen. Zu Punkt 11. Die Belange der Bundeswehr werden im Rahmen der Vorranggebietsausweisung berücksichtigt. Zu Punkt 12. Die Hinweise / Argumente beziehen sich auf die Regionalplanebene. Diesbezüglich wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mit dem Radius des 15-fachen der Anlagengesamthöhe“ (vgl. Gliederungs-Nr 2320.8 – Fassung vom 06.11.2023 - Punkt 1.3 „Stellenwert des betroffenen Landschaftsbildes“). Nicht nur hier wird somit eine Abhängigkeit zwischen der Anlagenhöhe und den Auswirkungen auf die nähere Umgebung festgestellt (Quelle: https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/VVSH-VVSH000009325). Wenn laut Landesplanung die Raumordnung auch dazu beitragen soll, dass die Menschen in den verschiedenen Teilräumen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse haben sollen (Quelle: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/planen-bauen-wohnen/landesplanung), ist dies zu berücksichtigen. Nur so kann nach Ansicht der Gemeinde vor dem Hintergrund früherer Versprechungen der Politik und derzeit geltender Planungsgrundsätze ein drohender Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Landesregierung und die behördlichen Institutionen verhindert werden. Damit verbunden ist die Sorge und Gefahr, dass sich mit den derzeit geplanten Veränderungen in absehbarer Zeit viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden. Es ist zudem nicht nachvollziehbar, warum die derzeitige Abstandsregelung in Abhängigkeit von der Anlagenhöhe eine indirekte Höhenbestimmung darstellen soll. Anlagen unbeschränkter Höhe sind überall dort möglich, wo die entsprechenden Abstände zu Wohnbebauungen eingehalten werden. 3. Weiterhin muss die Landesplanung in den Grundsätzen und Zielen darlegen, wie in Hinblick der Gefahren von Kontamination durch Carbonfaser-Partikel nach einem Brandereignis die Mindestabstände zur Wohnbebauung mit dem BImschG zu vereinbaren sind. 4. In den Grundsätzen muss für den Fall o.g. Havarien eine Klärung der Übernahme der Folgekosten (Sanierung, Rückbau; Investition in Feuerwehrausrüstung, Deponien, Haftungsverpflichtungen) für die betroffenen Gemeinden festgeschrieben werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	5. In den Grundsätzen sind zudem die Mindestabstände zu EU-Vogelschutzgebieten gemäß dem Helgoländer Papier (von 2015, als wissenschaftliche Grundlage) festzuschreiben: 10-fache Anlagenhöhe als Schutzabstand, aber mindestens 1200m Bei einer geplanten Referenzanlagehöhe von 200m also mind. 2000m (vgl. https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/wind/170206-nabu-abstandsempfehlungen.pdf). 6. Sämtliche Mindestabstände zu den Horsten windkraftsensibler Arten müssen als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt werden und zumindest den Schutzabständen gemäß Helgoländer Papier entsprechen. Die Prüfabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten gemäß Helgoländer Papier sind als Grundsätze der Raumordnung zu übernehmen. 7. Bei der Prüfung im Genehmigungsverfahren sind kumulative Effekte und die tatsächliche Höhe der Windkraftanlagen zu berücksichtigen. 8. Es muss als Grundsatz festgeschrieben werden, dass eine Anrechnung bestehender oder in den Gemeinden in Planung befindlicher Freiflächenanlagen auf die Flächenausweisung erfolgen, damit es zu keiner „Doppel- oder Mehrfachbelastung“ von Gemeinden kommt, die bereits einen entsprechenden Flächenbeitrag für die Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen leisten bzw. leisten wollen. Die Gemeinde Melsdorf liegt selbst mit großen Teilen des Gemeindegebiets im 200/500 m Abstand zur A 210 und wird hier mit Flächen-PV-Anlagen belastet. Dies ist zu berücksichtigen. 9. Auf die Änderung der bisherigen Höhen und anderer Parameter einer Referenzanlage ist zu verzichten.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Wie im Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land ausgeführt, gibt es keine gesetzliche Verpflichtung, eine Referenzanlage für die Planung und Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie heranzuziehen. Nicht nur deshalb erscheint die geplante Festlegung auf eine Referenzanlage von 200m mit 150m-Rotordurchmesser allein mit der „Marktüblichkeit“ und der wirtschaftlichen Tragfähigkeit (siehe B zu 3 in der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP 2024 - erster Entwurf vom Juni 2024) zu begründen, nicht schlüssig, da auch 150m-hohe Anlagen nachweislich wirtschaftlich betrieben werden. Sie erbringen für Betreiber und Investoren aktuell Renditen, die deutlich über der Inflationsrate liegen. Auch aktuell werden immer noch Anlagen mit einer Gesamthöhe von 150 m genehmigt, was bei mangelnder Wirtschaftlichkeit sicher nicht der Fall wäre. 10. In den Grundsätzen und Zielen muss festgelegt werden, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungs-/Zuwegungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken im Allgemeinen im Sinne des „natürlichen“ Klimaschutzes Vorrang gewährt werden. Biotope und Biotopverbundachsen sind natürliche Lebensräume u.a. von schützenswerten Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. 11. Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage muss in den Grundsätzen sichergestellt werden, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses - sowie der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken, Flughäfen etc.) nicht durch zukünftige Windkraftanlagen und -gebiete gefährdet oder eingeschränkt werden. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 zu damals geplanten Vorranggebieten sind in der Regionalplanung bei der Festlegung von Windvorrangflächen sowie im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	12. Auf den mangelnden Abstand der veröffentlichten Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101 zu den raumordnerisch festgelegten Siedlungsbereichen der Siedlungsachse Kiel – Melsdorf –Felde und dem sich darauf gründenden Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung wird hingewiesen (siehe Anlage). Nachfolgend wird aufgezeigt, inwiefern die einzelnen im Gemeindegebiet liegenden Potenzialflächen durch die Grundsätze der Raumordnung betroffen sind und eine mögliche Windenergienutzung zu den auf diese Flächen einwirkenden konkurrierenden Nutzungen in Beziehung gesetzt., d.h. auch, die auf den jeweiligen Flächen zu beachtenden abwägungsrelevanten Belange gewichtet: Die Gemeinde Melsdorf liegt im Ordnungsraum der Landeshauptstadt Kiel. Die Ortslage Melsdorf sowie die beiden Gewerbegebiete (Rotenhof, Ihlberg) liegen innerhalb der Siedlungsachse Kiel-Melsdorf. Zudem ist Melsdorf überregionaler Standort für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen. Damit hat die Gemeinde Melsdorf eine besondere Verantwortung hinsichtlich der bedarfsgerechten Ausweisung von Siedlungsflächen. **Nachstehend wird unter Anwendung der Ziele und Grundsätze Stellung zu den veröffentlichten Potenzialflächen genommen (die Potenzialfläche ist entsprechend anzupassen):** **<u>Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_101</u>** Im westlichen Teil der Potenzialfläche ist durch den Regionalplan – Wind ein Vorranggebiet für Windenergie (Gemeinde Quarnbek) ausgewiesen. Im Vorranggebiet stehen südlich der K3 bereits drei Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von 150 m. Weitere drei Windenergieanlagen sollen nördlich der K 3 errichtet werden. Östlich des Vorranggebiets verläuft eine Freileitung mit Höchstspannung (220 kv). Die Ortslage Melsdorf liegt innerhalb der Siedlungsachse Kiel-Mettenhof–Melsdorf– Achterwehr–Felde. Auch zu den Siedlungsachsen soll der Umgebungsbereich von 800 m eingehalten werden, um die zukünftige Siedlungsentwicklung nicht einzuschränken.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Melsdorfer Au und der Kählenwald gehören dem landesweiten Biotopverbundsystem an. In direkter Nachbarschaft zur Landeshauptstadt Kiel dient insbesondere der Wald der Naherholung und dem Freiraumschutz sollte rundherum ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Durch den vorhandenen Windpark an der K3 und die weiteren Planungen im Vorranggebiet sind erhebliche Vorprägungen des Raumes gegeben. Dennoch ist den anderweitigen Flächenansprüchen im Ordnungsraum **erhebliche Bedeutung beizumessen. Die Ortslage Melsdorf liegt auf der Siedlungsachse Kiel-Melsdorf-Felde und ist damit Siedlungsschwerpunkt**. So heißt es in der Neuaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum II (Entwurf 2023): „Im Ordnungsraum Kiel ist auch weiterhin von einer im Vergleich zu anderen Teilräumen höheren Nachfrage nach Wohn- und Gewerbeflächen auszugehen. Verbunden mit der schwerpunktmäßigen Entwicklung auf den Siedlungsachsen steht die Aufforderung an die zugeordneten Gemeinden, dieser Zielsetzung im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit nachzukommen und eine vorausschauende Flächenvorsorge zu betreiben.“ Um dem Siedlungsschwerpunkt Melsdorf auch in Zukunft eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung zu ermöglichen, **muss der erforderliche Umgebungsbereich von 800 m zu den Grenzen der Siedlungsachse zwingend eingehalten werden (Siehe Anlage)**. Die vollständige Stellungnahme ist als PDF-Datei einschl. der Anlage mit den einzuhaltenden Abstandsflächen beigefügt.	
Institution: Amt Achterwehr, Bauverwaltungs- und Ordnungsamt ID: 1454	Die Gemeinde **Felde** nimmt wie folgt zum o.a. Entwurf Stellung: **Die Gemeinde erhebt erhebliche Bedenken gegen die Inhalte des vorgelegten Entwurfs und schlägt die nachstehend ersichtlichen und begründeten Änderungen vor:** Gemäß Hintergrundinformationen zum „Entwurf des neuen LEP Windenergie“ sind die	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen. Zu den Punkten 1., 2. und 3. wird auf die allgemeine Synopse, Punkte 2.3.2, 7.3.7 und 7.2.9, verwiesen. Zu Punkt 4. Diese Forderungen können nicht auf Ebene der Raumordnung festgelegt werden. Zu Punkt 5. Mit dem in Kapitel 4.5.1.3 festgelegten Ziel 1 besteht bereits ein hinreichender Umgebungsschutz um

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	„…voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, auf Flächen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie auf die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern“ betrachtet worden (siehe Seite 6 „Umweltprüfung“ in: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/energie/windenergie-raeumliche-steuerung/Downloads/240611_Hintergrundinformationen.pdf?__blob=publicationFile&v=9). Allerdings findet u.a. das Thema Havarien und Brände von Windkraftanlagen (WKA) in den neuen Grundsätzen und Zielen gar keine Berücksichtigung. Dabei steigt mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern der Anlagen die Gefahr von Havarien und Bränden. Die sich aus entsprechenden Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabstände zu Schutzgütern (wie Wohnhäuser) sind daher neben weiteren, im Folgenden aufgeführten Aspekten zwingend zu berücksichtigen: **1.** Als Ziele und Grundsätze muss u.a. gelten, dass der Mindestabstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe immer konform mit dem BImschG (Bundesimmissionsschutzgesetz) erteilt werden kann. In jedem Fall muss der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920 m betragen (vgl. Veenker Gutachten (2020), Anlage A25: Abstand 995m abzgl. mindestens 75m Rotorblattlänge der Referenzanlage (Rotor-In) – vgl. https://www.veenkergmbh.de/wp-content/uploads/2021/04/Ga_A_R09_s.pdf).	Vogelschutzgebiete. Ein darüber hinaus pauschaler Ausschluss wird für nicht erforderlich gehalten. Zu Punkt 6. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 4.20.1, wird verwiesen. Zu Punkt 7. Gesetzlicher Auftrag ist, einen bestimmten Anteil der Landesfläche in Form von Windenergiegebieten zur Verfügung zu stellen. Für die Regionalplanebene sind dies Vorranggebiete. Diesen Gebieten ist immanent, dass sich die Windenergie dort durchsetzt und keine anderen raumbedeutsamen Nutzungen entgegenstehen. Insofern können andere Nutzungen dort grundsätzlich nicht erfolgen. Eine Errichtung von Solarfreiflächenanlagen kann nur im Einzelfall möglich sein. Eine Anrechenbarkeit von Solarfreiflächenanlagen kann aufgrund der anderen Nutzungsart nicht erfolgen. Zu Punkt 8. An der Zielsetzung, die Windenergienutzung zu konzentrieren, um einer flächendeckenden Bebauung mit Windenergieanlagen entgegenzuwirken, wird weiterhin festgehalten. Zu Punkt 9. Die der Planung zugrunde gelegte Referenzanlage steht der Errichtung anderer Anlagen nicht entgegen. Zu Punkt 10. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 5.9.1, wird verwiesen. Zu Punkt 11. Landschaftsschutzgebiete werden im Rahmen der Vorranggebietsausweisung berücksichtigt. Zu Punkt 12. Die Belange der Bundeswehr werden im Rahmen der Vorranggebietsausweisung berücksichtigt. Zu Punkt 13. Die Hinweise / Argumente beziehen sich auf die Regionalplanebene. Diesbezüglich wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	2. Es muss in den Zielen und Grundsätzen die bisherige 3H-/5H-Regelung für den Abstand zum Turm der WKAs sowie eines 1000m-Abstandes der Vorrangflächen zur Wohnbebauung festgeschrieben bleiben bzw. werden. Im Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung wird unter „Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung bei Windkraftanlagen“ festgelegt: *„Der Raum, in dem das Landschaftsbild beeinträchtigt wird, umfasst etwa eine Fläche mit dem Radius des 15-fachen der Anlagengesamthöhe“* (vgl. Gliederungs-Nr 2320.8 – Fassung vom 06.11.2023 - Punkt 1.3 „Stellenwert des betroffenen Landschaftsbildes“). Nicht nur hier wird somit eine Abhängigkeit zwischen der Anlagenhöhe und den Auswirkungen auf die nähere Umgebung festgestellt (Quelle: https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/VVSH-VVSH000009325). Wenn laut Landesplanung die Raumordnung auch dazu beitragen soll, dass die Menschen in den verschiedenen Teilräumen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse haben sollen (Quelle: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/planen-bauen-wohnen/landesplanung), ist dies zu berücksichtigen. Nur so kann nach Ansicht der Gemeinde vor dem Hintergrund früherer Versprechungen der Politik und derzeit geltender Planungsgrundsätze ein drohender Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Landesregierung und die behördlichen Institutionen verhindert werden. Damit verbunden ist die Sorge und Gefahr, dass sich mit den derzeit geplanten Veränderungen in absehbarer Zeit viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden. Es ist zudem nicht nachvollziehbar, warum die derzeitige Abstandsregelung in Abhängigkeit von der Anlagenhöhe eine indirekte Höhenbestimmung darstellen soll.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anlagen unbeschränkter Höhe sind überall dort möglich, wo die entsprechenden Abständen zu Wohnbebauungen eingehalten werden. **3.** Weiterhin muss die Landesplanung in den Grundsätzen und Zielen darlegen, wie in Hinblick der Gefahren von Kontamination durch schädliche Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel nach einem Brandereignis die Mindestabstände zur Wohnbebauung mit dem BImschG zu vereinbaren sind. **4.** In den Zielen und Grundsätzen muss für den Fall o.g. Havarien eine Klärung der Übernahme der Folgekosten (Sanierung, Rückbau; Investition in Feuerwehrausrüstung, Deponien, Haftungsverpflichtungen) für die betroffenen Gemeinden festgeschrieben werden. **5.** In den Zielen und Grundsätzen sind zudem die Mindestabstände zu EU-Vogelschutzgebieten gemäß dem Helgoländer Papier (von 2015, als wissenschaftliche	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Grundlage) festzuschreiben: 10-fache Anlagenhöhe als Schutzabstand, aber mindestens 1200m Bei einer geplanten Referenzanlagehöhe von 200m also mind. 2000m (vgl. https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/wind/170206-nabu-abstandsempfehlungen.pdf). **6.** Sämtliche Mindestabstände zu den Horsten windkraftsensibler Arten müssen als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt werden und zumindest den Schutzabständen gemäß Helgoländer Papier entsprechen. Die Prüfabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten gemäß Helgoländer Papier sind als Grundsätze der Raumordnung zu übernehmen. **7.** Es muss als Grundsatz festgeschrieben werden, dass eine Anrechnung bestehender oder in den Gemeinden in Planung befindlicher PV-Freiflächenanlagen auf die Flächenausweisung erfolgen, damit es zu keiner „Doppel- oder Mehrfachbelastung“ von Gemeinden kommt, die bereits einen entsprechenden Flächenbeitrag für die Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen leisten bzw. leisten wollen. Die Gemeinde Felde liegt selbst mit großen Teilen des Gemeindegebiets im 200/500 m Abstand zur A 210 und wird hier mit Flächen-PV-Anlagen belastet. Dies ist zu berücksichtigen.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	8. Das Kriterium der Vorbelastung sowie das Ziel der Konzentration bzw. die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA ist zu streichen. Es soll möglichst eine Gleichverteilung angestrebt werden, um möglichst gleiche Lebensverhältnisse im Land zu schaffen. Durch Windenergiegebiete, Höchstspannungsfreileitungen oder PV-Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. **9.** Auf die Änderung der bisherigen Höhen und anderer Parameter einer Referenzanlage ist zu verzichten. Wie im Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land ausgeführt, gibt es keine gesetzliche Verpflichtung, eine Referenzanlage für die Planung und Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie heranzuziehen. Nicht nur deshalb erscheint die geplante	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Festlegung auf eine Referenzanlage von 200m mit 150m-Rotordurchmesser allein mit der „Marktüblichkeit“ und der wirtschaftlichen Tragfähigkeit (siehe B zu 3 in der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP 2024 - erster Entwurf vom Juni 2024) zu begründen, nicht schlüssig, da auch 150m-hohe Anlagen nachweislich wirtschaftlich betrieben werden. Sie erbringen für Betreiber und Investoren aktuell Renditen, die deutlich über der Inflationsrate liegen. Auch aktuell werden immer noch Anlagen mit einer Gesamthöhe von 150 m genehmigt, was bei mangelnder Wirtschaftlichkeit sicher nicht der Fall wäre. **10.** In den Grundsätzen und Zielen muss festgelegt werden, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungs-/Zuwegungsanlagen beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken im Allgemeinen im Sinne des „natürlichen“ Klimaschutzes Vorrang gewährt werden. Biotope und Biotopverbundachsen sind natürliche Lebensräume u.a. von schützenswerten Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. **11.** In den Grundsätzen ist der Schutz des Landschaftsbildes in Landschaftsschutzgebieten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	festzuschreiben. Dem Schutzzweck der vorhandenen Landschaftsschutzgebiete muss in besonderem Maße Rechnung getragen werden. Dies gilt im vorliegenden Fall besonders für das Landschaftsschutzgebiet Westensee-Landschaft, das sich durch noch ungestörte Landschaften von hohem Erholungswert und nur selten wiederzufindender Naturschönheit auszeichnet. **12.** Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage muss in den Grundsätzen sichergestellt werden, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses - sowie der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken, Flughäfen etc.) nicht durch zukünftige Windkraftanlagen und -gebiete gefährdet oder eingeschränkt werden. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 zu damals geplanten Vorranggebieten sind in der Regionalplanung bei der Festlegung von Windvorrangflächen sowie im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. **13.** **Nachstehend wird unter Anwendung der Ziele und Grundsätze Stellung zu den veröffentlichten Potenzialflächen genommen (die Potenzialflächen sind entsprechend anzupassen):** Konkret bezogen auf die Nr. PR2_RDE_98 und 166 wird auf den mangelnden Abstand der veröffentlichten Potenzialfläche zu den raumordnerisch festgelegten Siedlungsbereichen der Siedlungsachse Kiel – Melsdorf –Felde und dem sich darauf gründenden Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung wird hingewiesen (siehe Abbildung Nr. 2).	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Die Potenzialflächen sind aus folgenden Gründen nicht mit den raumordnerischen Vorgaben vereinbar: **a.** Die Gemeinde ist LZO und hat sich weiter zu entwickeln. Die weitere Entwicklung Feldes ist im Ortsentwicklungskonzept dargestellt. (s. Ausarbeitung Büro GRZwo). Das OEK ist jedoch nicht für 25 Jahre aufgestellt, weitere Entwicklungsflächen sieht die Gemeinde Richtung Westen (Ortsteil Ranzel) im Bereich nördlich Schusterredder und westlich Quitschenredder. Eine Ausweisung einer Vorrangfläche zwischen Felde und Ranzel würde diese Weiterentwicklung verhindern und kann landesplanerisch nicht von Interesse sein. Die Landesplanung selbst hat in dem Regionalplan ebenfalls diese Siedlungsentwicklung als Siedlungsachse festgelegt. **b.** Für Ranzel ist für den westlichen Teil ein Abstand der Windenergieanlagen von 800 Metern einzuhalten. Für den westlichen Teil Ranzels besteht eine Innenbereichssatzung nach § 34 BauGB. Laut Urteil des VG Schleswig vom 07.07.1995 Az: 8 A 302/95 gilt dieser Bereich als Ortsteil. **c.** Für Jägerslust gilt die Außenbereichssatzung für die planverfestigte Siedlungsflächenausweisung (zu Gunsten Wohnzwecken dienender Vorhaben). Auch hier ist der Abstand zu WEA von 800 Metern einzuhalten. **d.**	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Grundsätzlich ist für die Fläche zwischen Felde und Ranzel ein Abstand zu WEA von 1000 Metern einzuhalten. Eine Vorbelastung durch Windenergieanlagen besteht nicht. **e.** Der Abstand zum raumordnerisch festgelegten Siedlungsbereich erstreckt sich auch auf die Potenzialfläche PR2 RDE 095 und reduziert diese entsprechend. **f.** Die Potenzialfläche PR2 RDE 167 ist ebenfalls durch die Abstandsflächen betroffen, wird reduziert und unterschreitet dadurch die Mindestgröße von 15 ha. **Hinweis: Die vollständige Stellungnahme nebst der Anlage mit den notwendigen Abstandsflächen können der anliegenden PDF-Datei entnommen werden.**	
Institution: Amt	**Die Gemeinde Bredenbek erhebt erhebliche Bedenken gegen die Inhalte des vorgelegten Entwurfs und schlägt die nachstehend ersichtlichen und begründeten**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
Achterwehr, Bauverwaltungs- und Ordnungsamt ID: 1452	**Änderungen vor:** Gemäß Hintergrundinformationen zum „Entwurf des neuen LEP Windenergie“ sind die *„…voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, auf Flächen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie auf die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern“* betrachtet worden (siehe Seite 6 „Umweltprüfung“ in: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/energie/windenergie-raeumliche-steuerung/Downloads/240611_Hintergrundinformationen.pdf?__blob=publicationFile&v=9). Allerdings findet u.a. das Thema Havarien und Brände von Windkraftanlagen (WKA) in den neuen Grundsätzen und Zielen gar keine Berücksichtigung. Dabei steigt mit der wachsenden Zahl und höheren Rotordurchmessern der Anlagen die Gefahr von Havarien und Bränden. Die sich aus entsprechenden Gutachten ableitbaren Unbedenklichkeitsabstände zu Schutzgütern (wie Wohnhäuser) sind daher neben weiteren, im Folgenden aufgeführten Aspekten zwingend zu berücksichtigen: **1.** Als Ziele und Grundsätze muss gelten, dass der Mindestabstand zur Wohnbebauung so gewählt wird, dass die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe immer konform mit dem BImschG (Bundesimmissionsschutzgesetz) erteilt werden kann. In jedem Fall muss der Unbedenklichkeitsabstand zwischen Vorrangfläche und jeglicher Wohnbebauung von mindestens 920 m betragen (vgl. Veenker Gutachten (2020), Anlage A25: Abstand 995m abzgl. mindestens 75m Rotorblattlänge der Referenzanlage (Rotor-In) – vgl. https://www.veenkergmbh.de/wp-content/uploads/2021/04/Ga_A_R09_s.pdf). **2.** Es muss in den Zielen und Grundsätzen die bisherige 3H-/5H-Regelung für den Abstand zum Turm der WKAs sowie eines 1000m-Abstandes der Vorrangflächen zur	Zu den Punkten 1., 2. und 3. wird auf die allgemeine Synopse, Punkte 2.3.2, 7.3.7 und 7.2.9, verwiesen. Zu Punkt 4. Diese Forderungen können nicht auf Ebene der Raumordnung festgelegt werden. Zu Punkt 5. Mit dem in Kapitel 4.5.1.3 festgelegten Ziel 1 besteht bereits ein hinreichender Umgebungsschutz um Vogelschutzgebiete. Ein darüber hinaus pauschaler Ausschluss wird für nicht erforderlich gehalten. Zu Punkt 6. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 4.20.1, wird verwiesen. Zu Punkt 7. Gesetzlicher Auftrag ist, einen bestimmten Anteil der Landesfläche in Form von Windenergiegebieten zur Verfügung zu stellen. Für die Regionalplanebene sind dies Vorranggebiete. Diesen Gebieten ist immanent, dass sich die Windenergie dort durchsetzt und keine anderen raumbedeutsamen Nutzungen entgegenstehen. Insofern können andere Nutzungen dort grundsätzlich nicht erfolgen. Eine Errichtung von Solarfreiflächenanlagen kann nur im Einzelfall möglich sein. Eine Anrechenbarkeit von Solarfreiflächenanlagen kann aufgrund der anderen Nutzungsart nicht erfolgen. Zu Punkt 8. An der Zielsetzung, die Windenergienutzung zu konzentrieren, um einer flächendeckenden Bebauung mit Windenergieanlagen entgegenzuwirken, wird weiterhin festgehalten. Zu Punkt 9. Die der Planung zugrunde gelegte Referenzanlage steht der Errichtung anderer Anlagen nicht entgegen. Die Einhaltung der Schallimmissionsrichtwerte wird im Rahmen des Genehmigungsverfahrens sichergestellt. Zu Punkt 10. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 5.9.1, wird verwiesen. Zu Punkt 11. Die Belange der Bundeswehr werden im Rahmen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wohnbebauung festgeschrieben bleiben bzw. werden. Im Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung wird unter „Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung bei Windkraftanlagen“ festgelegt: *„Der Raum, in dem das Landschaftsbild beeinträchtigt wird, umfasst etwa eine Fläche mit dem Radius des 15-fachen der Anlagengesamthöhe“* (vgl. Gliederungs-Nr 2320.8 – Fassung vom 06.11.2023 - Punkt 1.3 „Stellenwert des betroffenen Landschaftsbildes“). Nicht nur hier wird somit eine Abhängigkeit zwischen der Anlagenhöhe und den Auswirkungen auf die nähere Umgebung festgestellt (Quelle: https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/VVSH-VVSH000009325). Wenn laut Landesplanung die Raumordnung auch dazu beitragen soll, dass die Menschen in den verschiedenen Teilräumen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse haben sollen (Quelle: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/planen-bauen-wohnen/landesplanung), ist dies zu berücksichtigen. Nur so kann nach Ansicht der Gemeinde vor dem Hintergrund früherer Versprechungen der Politik und derzeit geltender Planungsgrundsätze ein drohender Akzeptanz- und Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Landesregierung und die behördlichen Institutionen verhindert werden. Damit verbunden ist die Sorge und Gefahr, dass sich mit den derzeit geplanten Veränderungen in absehbarer Zeit viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von den politischen Verantwortlichen und zuständigen Behörden abwenden. Es ist zudem nicht nachvollziehbar, warum die derzeitige Abstandsregelung in Abhängigkeit von der Anlagenhöhe eine indirekte Höhenbestimmung darstellen soll. Anlagen unbeschränkter Höhe sind überall dort möglich, wo die entsprechenden Abstände zu Wohnbebauungen eingehalten werden. **3.** Weiterhin muss die Landesplanung in den Grundsätzen und Zielen darlegen, wie in Hinblick der Gefahren von Kontamination durch schädliche Stoffe, wie z.B. Carbonfaser-Partikel nach einem Brandereignis die Mindestabstände zur Wohnbebauung mit dem BImschG zu vereinbaren sind.	der Vorranggebietsausweisung berücksichtigt. Zu Punkt 12. Landschaftsschutzgebiete werden im Rahmen der Vorranggebietsausweisung berücksichtigt. Darüber werden Hinweise / Argumente vorgetragen, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Diesbezüglich wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4. In den Zielen und Grundsätzen muss für den Fall o.g. Havarien eine Klärung der Übernahme der Folgekosten (Sanierung, Rückbau; Investition in Feuerwehrausrüstung, Deponien, Haftungsverpflichtungen) für die betroffenen Gemeinden festgeschrieben werden. **5.** In den Zielen und Grundsätzen sind zudem die Mindestabstände zu EU-Vogelschutzgebieten gemäß dem Helgoländer Papier (von 2015, als wissenschaftliche Grundlage) festzuschreiben: 10-fache Anlagenhöhe als Schutzabstand, aber mindestens 1200m Bei einer geplanten Referenzanlagehöhe von 200m also mind. 2000m (vgl. https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/wind/170206-nabu-abstandsempfehlungen.pdf). **6.** Sämtliche Mindestabstände zu den Horsten windkraftsensibler Arten müssen als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt werden und zumindest den Schutzabständen gemäß Helgoländer Papier entsprechen. Die Prüfabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten gemäß Helgoländer Papier sind als Grundsätze der Raumordnung zu übernehmen. **7.** Es muss als Grundsatz festgeschrieben werden, dass eine Anrechnung bestehender oder in den Gemeinden in Planung befindlicher PV-Freiflächenanlagen auf die Flächenausweisung erfolgen, damit es zu keiner „Doppel- oder Mehrfachbelastung“ von Gemeinden kommt, die bereits einen entsprechenden Flächenbeitrag für die Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen leisten bzw. leisten wollen. Die Gemeinde Bredenbek hat sich unter Berücksichtigung der einzigartigen naturräumlichen Lage und zum Erhalt des Landschaftsbilds für eine Flächen-PV-Anlage entschieden, die derzeit das Bauleitplanverfahren durchläuft. Dies ist zu berücksichtigen. **8.**	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Das Kriterium der Vorbelastung sowie das Ziel der Konzentration bzw. die Erzielung einer Konzentrationswirkung von WKA ist zu streichen. Es soll möglichst eine Gleichverteilung angestrebt werden, um möglichst gleiche Lebensverhältnisse im Land zu schaffen. Durch Windenergiegebiete, Höchstspannungsfreileitungen oder PV-Freiflächenanlagen und deren Nebenanlagen „vorbelastete“ Gebiete sollen nicht auch noch zusätzlich belastet werden. **9.** Auf die Änderung der bisherigen Höhen und anderer Parameter einer Referenzanlage ist zu verzichten. Gleichzeitig ist als Ziel und Grundsatz festzuschreiben, dass Berechnungsmethode der Schallimmissionen auf der Grundlage des Prognoseverfahrens des VDI, wie von der Bund-Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) beschlossen anzuwenden ist. Wie im Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land ausgeführt, gibt es keine gesetzliche Verpflichtung, eine Referenzanlage für die Planung und Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie heranzuziehen. Nicht nur deshalb erscheint die geplante Festlegung auf eine Referenzanlage von 200m mit 150m-Rotordurchmesser allein mit der „Marktüblichkeit“ und der wirtschaftlichen Tragfähigkeit (siehe B zu 3 in der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP 2024 - erster Entwurf vom Juni 2024) zu begründen, nicht schlüssig, da auch 150m-hohe Anlagen nachweislich wirtschaftlich betrieben werden. Sie erbringen für Betreiber und Investoren aktuell Renditen, die deutlich über der Inflationsrate liegen. Auch aktuell werden immer noch Anlagen mit einer Gesamthöhe von 150 m genehmigt, was bei mangelnder Wirtschaftlichkeit sicher nicht der Fall wäre. Wie bekannt ist, sind die bisherigen Berechnungsmethoden der TA Lärm als Maßstab für die Bewertung der Immissionen nicht geeignet, um die tatsächlichen Schallimmissionen korrekt zu berechnen. **10.** In den Grundsätzen und Zielen muss festgelegt werden, dass klimasensitive Böden, wie Moorkörper, degenerierte oder intakte Moorflächen sowie Marschland nicht durch Windkraftanlagen oder deren Neben- und Erschließungs-/Zuwegungsanlagen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	beeinträchtigt, geschädigt oder beseitigt werden. Generell muss der Erhaltung oder Wiedervernässung von CO2-speicherfähigen Böden bzw. CO2-Senken im Allgemeinen im Sinne des „natürlichen“ Klimaschutzes Vorrang gewährt werden. Biotope und Biotopverbundachsen sind natürliche Lebensräume u.a. von schützenswerten Reptilien und Insekten und damit auch Jagdreviere für Fledermäuse und windkraftsensible Vogelarten und Tiere. Daher ist in den Grundsätzen ein auch von der Anlagenhöhe abhängiger Schutzabstand einzuhalten, mindestens jedoch 200m. **11.** Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und der verteidigungspolitischen Lage muss in den Grundsätzen sichergestellt werden, dass die Einsatz- und Funktionsfähigkeit verteidigungsbedeutsamer Anlagen des NATO-Bündnisses - sowie der Bundeswehr, (z.B. Radarstationen zur Luftraumüberwachung, Richtfunkstrecken, Flughäfen etc.) nicht durch zukünftige Windkraftanlagen und -gebiete gefährdet oder eingeschränkt werden. Entsprechende Stellungnahmen der Bundeswehr von 2020 zu damals geplanten Vorranggebieten sind in der Regionalplanung bei der Festlegung von Windvorrangflächen sowie im Einzelfall in Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. **12.** In den Grundsätzen ist der Schutz des Landschaftsbildes in Landschaftsschutzgebieten festzuschreiben. Dem Schutzzweck der vorhandenen Landschaftsschutzgebiete muss in besonderem Maße Rechnung getragen werden. Dies gilt im vorliegenden Fall besonders für das Landschaftsschutzgebiet Westensee-Landschaft, das sich durch noch ungestörte Landschaften von hohem Erholungswert und nur selten wiederzufindender Naturschönheit auszeichnet. Die Gemeinde Bredenbek liegt vollumfänglich im Naturpark Westensee. Kern des Naturparks ist der Westensee, der unterschiedlichsten naturschutzfachlichen Schutzkategorien unterliegt (Natura 2000, NSG, LSG). Die Landschaft am Westensee ist Kernbereich der Erholung. Auch über die Grenzen des Kernbereichs hinaus hat der Raum für die Naherholung im Kieler Umland eine enorme Bedeutung. Das Aufstellen von Windenergieanlagen der sog. Referenzgröße (200 m) bringt erhebliche Auswirkungen – nicht nur im Nahbereich, sondern auch im Fernbereich mit sich. Zum Schutz von Landschaftsräumen mit einmaliger Charakteristik und besonderer	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Erholungseignung sollte auch in Zukunft eine starke Gewichtung des Freiraumschutzes erfolgen. **Beispiel: Blick über die gegliederte und ungestörte Ackerlandschaft zwischen dem Felder Holz und dem Gut Bossee (Naturpark Westensee) :** **Nachstehend wird unter Anwendung der Ziele und Grundsätze Stellung zu den veröffentlichten Potenzialflächen genommen (die Potenzialflächen sind entsprechend anzupassen):** **a. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_ 102** Diese Fläche lieget in der Nähe des NSG „Überschwemmungswiesen Jägerslust“ und den als Winterquartier für Fledermäuse bekannten Bunkern in Jägerslust und im Bereich des Munitionszerlegungsbetriebs Groß Nordsee mit seinen dort vorhandenen alten Bunkerstrukturen. • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von der bestehenden Ortslage Krummwisch sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden Teile der Potenzialfläche überlagert. • Bei Erhöhung des Abstandspuffers reduziert sich die Fläche soweit, dass die Mindestgröße von 15 ha unterschritten wird. Aufgrund der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Artenschutzes und mit der Unterschreitung der Mindestgröße bei Anwendung des erweiterten Siedlungsabstands ist diese Potenzialfläche nicht für die Windenergienutzung geeignet. **b. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE_095** • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	den erweiterten Abstandspuffer werden Teile der Potenzialfläche überlagert. • Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee und grenzt unmittelbar an den Kernbereich für Erholung. Der östliche Teil liegt in weiten Teilen im Landschafts-schutzgebiet Westenseelandschaft. Im Norden grenzt das Felder Holz an, das Anlaufpunkt für Naherholungssuchende der Region ist. Die gut erhaltene Eichenallee mit ihren mächtigen alten Alleebäumen ist ein besonderes Beispiel für die Anlage naturnaher und landschaftsbildprägender historischer Wege. • Innerhalb des LSG liegen weitere Waldflächen und Biotope sowie ein schützenswertes Geotop (Tunneltal Westensee-Emkendorf), was auf die besondere Formation der Landschaft hinweist. • Im Bereich des Felder Holzes wurden Brutplätze des Rotmilan nachgewiesen. Der Abstandsbereich (1.500 m) reicht bis in den nördlichen Teil der Potenzialfläche hinein. • Im Südwesten der Potenzialfläche betreibt die Gemeinde Westensee seit 2022 ein Bauleitplanverfahren zur Ausweisung eines Sondergebiets für Freiflächenphotovoltaik. Eine Nutzung durch Windenergie wird damit für diese Fläche ausgeschlossen sein. • Es wird auf den im östlichen Bereich der Potenzialfläche mangelnden Abstand zu den raumordnerisch festgelegten Siedlungsbereichen der Siedlungsachse Kiel – Melsdorf –Felde (hier bezogen auf den LZO Felde) und dem sich darauf gründenden Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung hingewiesen (siehe Abbildung). Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die von anderweitigen Nutzungsansprüchen überlagert ist. Die Fläche liegt zentral im Naturpark Westensee, so dass die Belange des Landschaftsschutzes und der Erholung alleine aufgrund der hervorragenden landschaftliche Schönheit in diesem Bereich besonders stark gewichtet werden sollten. Aufgrund der erheblichen Fernwirkung von Windkraftanlagen und damit der zu erwartenden starken Beeinträchtigungen des Erholungsraumes ist diese Potenzialfläche nicht für die Windenergienutzung geeignet.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	c. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE 105 Den Zielen und Grundsätzen entsprechend soll der Bereich um den Nord-Ostsee-Kanal als Hauptzugachse für den überregionalen Vogelzug von besonderer Bedeutung in einem Abstand von 1000 m freigehalten werden. Hierin einbezogen ist auch der Flemhuder See mit seinen Aufschüttungs- und Verlandungsflächen. Unberücksichtigt bleibt aber der alte Eiderkanal, der westlich des Ortsteils Klein Königsförde der Gemeinde Krummwisch in unmittelbarer Nähe des NOK beginnt und dann bis kurz vor dem Hof Steinwehr ebenfalls kurz vom NOK endet (hier sogar mit Feuchtgebieten). Auch dieser Bereich nimmt aufgrund seiner naturnahen Ausprägung und der geringen Nutzung durch den Menschen am Vogelzug vom besonderer Bedeutung teil. Unter Anwendung der Ziele und Grundsätze des LEP sollte dieser Bereich auch entsprechend dargestellt werden. Es handelt sich weiter um ein technisches Denkmal, das weit über die Grenzen von Schleswig-Holstein hinaus von besonderer Bedeutung ist. Die Potenzialfläche ist aufgrund der dargelegten besonderen Bedeutungen nicht für eine Windenergienutzung geeignet. **d. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE 096** • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und zur bestehenden Ortslage Hassmoor sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1.000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden Teile der Potenzialfläche östlich des Bruxer Holzes überlagert. **e. Potenzialfläche Nr. PR2_RDE 097** Die Gemeinde weist darauf hin, dass es sich bei der Ortslage Kronsburg-Glinde nach eigener Ansicht um **einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil handelt, mindestens ist aber von einer verfestigten Siedlungssituation** auszugehen, so dass hier der erweiterte Siedlungsabstand von 800 m zu Grunde zu legen ist Die vollständige Stellungnahme einschließlich der Anlage ist als PDF-Datei beigefügt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hier wird besonders auf die nicht korrekt übernommenen Siedlungsabstände verwiesen.	
Gruppe ID: GM1453 Anzahl: 2 (IDs: M1453, M2728)	Beteiligungsverfahren Teilfortschreibung „Windenergie an Land“, Fortschreibung des LEP 2021, Erster Entwurf Juni 2024 Stellungnahme der Gemeinde 21526 Hohenhorn Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Hohenhorn gibt folgende Stellungnahme ab, wobei wegen der Kürze der Frist eine vertiefte Behandlung durch die gemeindlichen Gremien noch nicht erfolgen konnte, und sich diese Stellungnahme auf die Potenzialflächen und sich danach aufdrängende Problemkreise und Fragestellungen beschränken muss: Da den Gemeinden die Möglichkeit genommen werden soll, auf Genehmigungsprozesse Einfluss zu nehmen, muss die Landesplanung anstelle der Gemeinden insbesondere zu den Schutzgütern Wohnen und Erholung, sowie Natur- und Artenschutz ausreichend konkret Vorgaben liefern. Hieran fehlt es im Entwurf bislang, gar zu viel bleibt dem Genehmigungsverfahren nur des Landes vorbehalten. Dann aber wird Art. 28 GG und damit das kommunale Selbstgestaltungsrecht berührt. Im Einzelnen: 1. Potenzialfläche Für die Gemeinde Hohenhorn stellt sich die Frage, warum diese Potenzialfläche rund um den Mastbruch angedacht wurde. Hier gibt es ein bestätigtes Uhu-Vorkommen und Rotmilan- sowie andere Großvogel- Horste. Bislang gibt es keine Schutzvorkehrungen, die nachtaktive Vögel wie den Uhu vor den Gefahren einer Windkraftanlage schützen könnten. Soweit hier bekannt, beträgt der Jagdradius von Uhus 1 km und mehr. Ferner wäre vorab genau zu untersuchen, inwieweit der Mastbruch und die umliegenden Gehölze sehr bedeutende Fledermaus-Lebensräume, und die umliegenden Felder Jagdhabitate sind. Die naturfachlichen Untersuchungen 2005-2011 im Vorfeld der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. zu den Punkten 1. und 2.: Die Potenzialfläche ergibt sich aus der Beachtung der Ziele der Raumordnung. Die Einzelhorste windkraftsensibler Großvogelarten werden im Rahmen der Abwägung berücksichtigt. Zudem gilt, dass die konkrete Vorranggebietsfestlegung erst im Rahmen der Regionalplanung erfolgt. zu Punkt 3.: Die Einhaltung der Richtwerte von Immissionen wird im konkreten Genehmigungsverfahren sichergestellt. zu Punkt 4.: Mit der Festlegung von Vorranggebieten kommt das Land der gesetzlichen Verpflichtung aus dem Windenergieflächenbedarfsgesetz nach. Dort ist normiert, dass das Land einen bestimmten Anteil der Landesfläche für die Windenergienutzung zur Verfügung stellen muss. Innerhalb der Vorranggebiete kann eine Gemeinde durch eine Bauleitplanung bedingt Einfluss nehmen, außerhalb der Vorranggebiete obliegt ihr die vollständige Steuerungsmöglichkeit. Auf Ebene der Raumordnung können weitergehende Ausgleichsmaßnahmen nicht festgelegt werden.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Planungen zur Ortsumgehung Geesthacht legen dies sehr nahe. Fledermäuse sind durch Windkraftanlagen ebenfalls besonders gefährdet. 2. Die weiterführende, sich uns stellende Frage, warum Flächen südlich der Ortschaft Hohenhorn und südlich der jetzt vorgesehenen Potenzialfläche offenbar gar nicht angedacht wurden, kann nicht mit einem Suchkorridor für eine künftige A 21 beantwortet werden. Dort besteht mit der 380-kV-Freileitung bereits eine gewisse Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Der Abstand von 800 m (Ortschaft Hohenhorn, Worth sowie Ortsteil Fahrendorf der Gemeinde Kröppelshagen-Fahrendorf, und Wohnsiedlungen in Geesthacht) bzw 400 m (Gewerbegebiet Nord der Stadt Geesthacht) schließt diese Flächen nicht von vornherein aus. 3. Abstandsregelung } Auf der Potenzialflächenkarte wurden Mindestabstände von 800 bzw. 400 m zugrunde gelegt. Dabei soll der Abstand zu Siedlungsbereichen in noch nicht vorbelasteten Bereichen jedoch 800-1.000 m betragen. Da zugleich die Höhe einer Referenzanlage um 50 auf gesamt 200 m erhöht wurde mit einem Rotordurchmesser von 150 m, und die Anlagenhöhe künftig gar nicht mehr begrenzt ist, erhöht sich die Emmissionswirkung auf die Wohnbevölkerung sehr erheblich. Sie wird mittel- bzw. langfristig — über die Nutzungsdauer der demnächst errichteten Anlagen hinaus — mit der Festlegung von Gebieten in Plänen auch unübersehbar, da tendenziell die Anlagen künftig eher noch höher werden dürften. Daher sollten konkrete, maximal zulässige Emmissionen in der Wirkung auf Wohnbereiche in der Fortschreibung des LEP geregelt werden. Dies erhöht auch die Akzeptanz in der breiten Bevölkerung deutlich, denn Schallimmissionen und Schlagschatten stören z. B. die Wohnqualität, die Gesundheit und die Erholungswirkung weiter Teile der Feldmark erheblich. Hohenhorn ist nicht vorbelastet, wenn als „Vorbelastung“ Windenergieanlagen gemeint sind. Es wäre zu konkretisieren, was als Vorbelastung zu gelten hat. Unklar ist bislang auch, inwieweit der Erreichung einer Mindestgröße von 15 ha für eine Fläche bei der Festlegung des konkreten Abstandes zwischen 800 und 1.000 m als Abwägungsbelang Gewicht zukommen soll. 4. Die ländlichen Gemeinden sollen und müssen mit ihrem Gemeindegebiet den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Energiebedarf auch der Städte, und auch der Industrie, klimaneutral decken. Weder die Städte, noch Industrie und Gewerbe bringen für den eigenen Bedarf die erforderlichen Flächen auf. Deshalb muss das Land bei raumordnerischen Vorgaben an die Kommunen mehr als bislang im LEP-E in den Blick nehmen, dass mit den Nachteilen auch ausreichende Vorteile für die ländlichen Gemeinden verbunden sein müssen. Immerhin stellen die ländlichen Gemeinden zusätzlich ja auch noch Flächen für Freiflächensolaranlagen, für Stromtrassen, für riesige Umspannwerke. Alles zusammen genommen, verlieren weite Teile der ländlich geprägten Räume den bisherigen Landschaftscharakter. Die ländlichen Gemeinden sind viel eher bereit, die Energiewende so entscheidend mitzutragen, wenn über Vergütungsregelungen hinaus den Gemeinden grundsätzlich immer das Recht eröffnet wird, Eigenbedarfe kostengünstig zu decken und Nutzen aus Windenergieanlagen auch vor Ort zu ziehen. Den Gemeinden sollte auch das Recht zustehen, Bürgerenergie-Anlagen planerisch vorzugeben. All dies sieht der Entwurf bislang ohne Begründung nicht vor. Die Gemeinden haben ihren Beitrag auch zur Wärmewende vor Ort zu leisten und brauchen u.a. dafür Energieträger. Ohne die Verankerung von Rechten der Gemeinden, hier Vorgaben an Investoren zu machen, besteht auch zusätzlich das Problem, dass verschiedene Investoren mit den verschiedenen Privateigentümern der Potenzialflächen Vorverträge schließen. Fehlen diese Rechte und planerischen Mitgestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden, dann verletzt die Ausweisung jeder Fläche durch das Land, die das Mindestziel des WindPG überschreitet, auch unter diesem Aspekt das kommunale Selbstbestimmungsrecht und das Willkürverbot. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bürgermeisterin	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1446	Sehr geehrte Damen und Herren, hier meine Stellungnahme zur der Landesplanung im Thema Windkraft. Ich wohne in [redacted] und [redacted]. In Ihre Ausweisung von Potenzialflächen gibt es Flächen zwischen der Dörfern Bergrade, Kühsen und Niendorf und zwischen Bergrade, Duvensee und Klinkrade. Abgesehen davon, dass die Abstände zur Wohnbebauung völlig	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2 bis 2.5, 4.14, 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unzureichend sind, gibt es in diesem Gebiet schützendwerte Tierbestände wie Rotmilan, Weissstörche und auch Kranichstehplätze. Darüber hinaus gibt es in unmittelbarer Nähe das Duvensee Moor das für seine Vielzahl an Vogelarten bekannt ist. Dies muss unbedingt in Ihre Planung mit einfliessen. Es darf nicht sein, dass Windkraftanlagen um jeden Preis gebaut werden, ohne die Natur, die Tieren und auch den Menschen vor Ort zu betrachten. Ich lehne Ihre Planung in dem Bereich der Gemeinde Duvensee ab.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2502	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein- Fortschreibung 2021-Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde 25776 St. Annen im Kreis Dithmarschen begrüße ich Ihre Entscheidung, die Hauptachse des europäischen Vogelzuges in der Eider-Sorge-Treene-Niederung von einer Bebauung mit Windkraftanlagen freizuhalten. Das Gemeindegebiet von St. Annen mit den Nachbargemeinden Kleve, Schlichting, Lehe, Lunden, Krempel und Fedderingen ist das Brutgebiet vieler artengeschützter Vögel (FFH-Gebiet Lundener Niederung), dieser einmalige Landschaftscharakter in Schleswig-Holstein mit seinem Biotopverbundsystem und der Avifauna gilt es zu erhalten. Diese Gebietskulisse mit schützenswerten Feuchtgebieten, Seeadlerhorste, Wiesenvögelbrutgebieten, brütende Rotmilane, sowie einer überproportional hohen Fledermauspopulation ist aus naturschutzfachlicher Sicht frei zu halten vom Windkraftausbau. Eine Akzeptanz der Bürger für den Windkraftausbau gibt es in Sankt Annen nicht!	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 4.3, 4.5, 4.8, 4.16, 4.18, 4.20 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson	Betrifft:	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M2498	Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde 25719 Busenwurth im Kreis Dithmarschen spreche ich mich gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in unserer Gemeinde sowie im Kreis Dithmarschen aus. Das Gemeindegebiet in Busenwurth grenzt westlich direkt an die Nordsee. Hier rasten viele Zugvögel und eine große Anzahl an geschützten Arten. Im Gemeindegebiet werden neben den Zugvögeln, Seeadler und Wanderfalken regelmäßig gesichtet. Auch Fledermäuse sind zu beobachten. Das Wanderfalkenpaar brütet schon jahrelang im Gemeindegebiet, genau dort wo nun Potentialflächen ausgewiesen werden. Östlich befindet sich das Vogelschutzgebiet in Windbergen. Durch den Bau von Windkraftanlagen würde eine Barriere für den Vogelflug entstehen. Sehr bedenklich ist hier auch, dass südlich - bis nach Marne - bereits überdurchschnittlich viele Windkraftanlagen stehen. Die Gemeinde Busenwurth hat bereits seinen Beitrag zur Energiewende geliefert, da sich im Gemeindegebäet ein ca. 20 ha. großer Solarpark befindet. Auch eine Windkraftanlage befindet sich auf Gemeindegebiet (diese gehört zum Windpark in der südlichen Nachbargemeinde Barlt). Eine Akzeptanz für den weiteren Windkraftausbau und auch für den Ausbau von Solarfreiflächen gibt es in Busenwurth nicht. Mitfreundlichen Grüßen	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 4.17, 4.1 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1390	Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein möchten wir zum vorliegenden Entwurf Stellung nehmen. Wir begrüßen das Bekenntnis zu einem verstärkten Ausbau der Erzeugungskapazitäten für Windenergie im Landesentwicklungsplan. Insbesondere die ambitionierten	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4.1, 2.3.1, 4.2.1, 4.7.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. In einem waldarmen Bundesland wie Schleswig-Holstein werden andere Definitionen für besonders schützenswerte Wälder herangezogen. Die Kombinutzung Solar und Windenergie in Vorranggebieten für

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Flächenziele für Windkraft sind als vorbildlich hervorzuheben. Die Energiewende in Schleswig-Holstein bringen wir als Projektierer von Wind- und PV-Kraftwerken mit den Gemeinden und Bürgern voran – partnerschaftlich und auf Augenhöhe. Nachfolgend möchten wir auf einige Punkte hinweisen, bei denen im Hinblick auf den Ausbau der Windenergie Verbesserungspotenzial besteht. • Zu der Festlegung einer Referenzanlage in Abschnitt 3 G merken wir an, dass der Stand der Technik inzwischen einer Gesamthöhe von 250 m und einer Nennleistung von 6,5-7 MW entspricht. • Bezüglich der festgesetzten Abstände von Windkraftanlagen zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion in Abschnitt 1 G möchten wir anregen, den Mindestabstand auf 800 Meter festzusetzen, da dieser Abstand ausreicht, um etwaige Beeinträchtigungen für Anwohner auszuschließen bzw. auf ein zumutbares Maß zu reduzieren. • Der Ausschluss von Windkraftanlagen in FFH-Gebieten ist eine zu pauschale Eingrenzung. Je nach Art des Schutzzwecks eines FFH-Gebiets kann eine Nutzung von Windkraft damit in Einklang stehen. Deswegen sollte dies im Einzelfall geprüft werden. • Den Pufferbereich von 100 Metern um FFH-Gebiete in Abschnitt 3 Z erachten wir für unnötig und regen an, diesen zu streichen. • Bezüglich der Bestimmungen zu Wäldern und deren Umgebungsbereichen in Abschnitt 6 Z regen wir an, den Ausschluss von Windenergie nur auf Waldflächen mit bestimmter Güte zu beziehen. Orientiert an Regelungen in anderen Bundesländern bietet sich als Definition ausgenommener Waldgebiete an: Flächen mit mindestens 10 Hektar, Laubmischwald, und mindestens 120 Jahre alt. • Bei der Regelung zu Solar-Freiflächenanlagen in Abschnitt 7 Z sprechen wir uns aus für eine Regelung im LEP, die kombinierte Standorte für Wind- und PV-Energie erleichtert, sodass im Falle von kollidierenden Planungen die Vorhaben leichter zusammengeführt werden können. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung	Windenergie hat ihre Grenzen dann, wenn der Vorrang der Windenergie nicht mehr gewährleistet werden kann. Gemäß WindBG sind nur Vorranggebiete als Windgebiete anrechenbar. Die auszuweisenden Flächen sollen vol für das Flächenziel anrechenbar bleiben.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	unserer Vorschläge.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2789	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte körperliche Beschwerden. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich möchte dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen)unbeeinträchtigt bleiben. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). Ich möchte dass die vorhandenen Naturschutzebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Ich bin daran interessiert dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwichen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet ist. Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. Ich habe Angst dass meine Immobilie an Wert verliert und ich möchte, dass keine Windkraftanlage in der Nähe oder Umfeld erstellt wird. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.11, 7.2.12, 7.2.9, 3.15, 3.17, 3.18, 4.2, 4.3, 7.1.1, 4.8, 4.5 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich möchte, dass die Natur und der freie Blick in die Natur sowie die Schönheit der Natur erhalten bleiben und nicht durch Windkraftanlagen zerstört wird. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden und Windkraftanlage in diesen Bereichen gar nicht errichtet werden dürfen. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2788	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Vorbemerkung: Wir haben in Schleswig-Holstein genug Windkraftanlagen. Es gibt auch andere Bundesländer! 1. Ich lehne die Absenkung des Grundwasserspiegels zum Bau von Windkraftanlagen strikt ab da in der Nähe befindliche Grundwasserseen mit der da zugehörigen Fauna	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 7.2.9, 7.3 und 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Flora erheblich beeinträchtigt werden. 2. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). 3. Ich fordere bzw. möchte, dass die gleiche Abstandsregeling für alle Menschen gilt, egal ob Stadt, Land, Dorf, Splittersiedlung oder Einzelhäuser (mindestens 1500m) 4. Ich befürchte körperliche Beschwerden und Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Blinklichter, Infraschall und möchte, dass eine Abstandsregelung von 5 H zu Wohnbebauung gilt. 5. Ich fordere, das WKA erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann (Vermeidung von Phantomstrom). 6. Zudem lehne ich die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2787	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Als erstes fordere ich eine Verlängerung der Abgabefrit der Stellungnahmen auf 6 Monate. In S-H stehen schon sehr viele WKA. Die Veränderung des Genehmigungsverfahren führt m.E. nach zu einer Verspargelung der Landschaft und ich möchte eine	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5, 2.11, 4.1, 7.2.12 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unzumutbare Umfassung um Orten ausgeschlossen wissen. Außerdem ist mir wichtig, dass geschützte Vogelarten wie Seeadler, Wespenbussard, Uhu etc. weiterhin in meiner Heimat ungestört brüten können. Flugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen sind frei zu halten. Anwohner, die in direkter Umgebung der geplanten Anlagen wohnen (2500m) sollten unbedingt am Genehmigungsverfahren beteiligt werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2786	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Zunächst fordere ich eine Verlängerung der Abgabefrist auf 6 Monate. Hier in S-H stehen schon sehr viele ungenutzte WKA. Daher fordere ich, daß neue Anlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sicher gestellt werden kann, dass der Strom auch eingespeist werden kann. (Vermeidung von Phantomstrom). Zudem ist mir wichtig, dass Naturschutzgebiete/Naturflächen nicht zerstört werden. Besonders geschützte Vogelarten wie Seeadler, Wespenbussard, Uhu etc. sollen weiterhin brüten können. Hierzu müssen die Flugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen frei bleiben. Zum Schutz der direkten Anwohner fordere ich eine direkte Beteiligung am	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.3, 7.2.5, 3.18, 4.2 und 4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Genehmigumgsverfahren. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2785	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen (Riegelbildung). Ich fordere eine Beteiligung der direkten Anwohner im Umkreis von 2500m am Genehmigungsverfahren. Ich fordere, dass ein Havariefall wie (z.B. Brand, technischer Defekt/Rotorbruch etc) durch ausreichende Abstände von mindestens 1500m zu Wohnbebauung abgesichert wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1, 2.11, 7.1.3 und 7.2.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2496	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde 25779 Kleve in Dithmarschen begrüße ich Ihre Entscheidung, die Hauptachsen des europäischen Vogelzuges von einer weiteren Bebauung mit Windkraftanlagen freizuhalten, wie es in Ihrer derzeitigen Potentialflächenkarte dargestellt ist. Sie ist fachlich begründet und naturschutzrechtlich geboten. Die Gemeinde Kleve liegt, ebenso wie die Gemeinden Lehe, Lunden, St. Annen, Schlichting, Fedderingen sowie, im weiteren Verlauf eideraufwärts, die Gemeinden Hennstedt, Bergewöhrden, Delve, Glüsing und Hollingstedt in ebendieser Hauptachse des Vogelzuges. Sie ist schon heute nicht frei von Beeinträchtigung, so durch die im Bereich Hennstedt bestehenden Windkraftanlagen. Die negativen Auswirkungen dieser Anlagen auf das Verhalten der Zugvögel sind vor Ort deutlich zu beobachten. Quer zu dieser Achse verlaufen mehrere Zugrichtungen des regionalen Vogelzuges , die im täglichen Rhythmus vontliversen Wiesen- und Watvögeln wie Bekassine, Großer Brachvogel u.a. genutzt werden. Nicht nachvollziehbar ist in diesem Kontext die im Entwurf für das Gebiet südöstlich von Hollingstedt dargestellte Potentialfläche. Der Vogelzug ist ein dynamischer Prozess, er folgt keinen starren Regeln und braucht daher mehr barrierefreien Raum. Insbesondere eideraufwärts ist dies geboten und'die Potentialflächen südöstlich von Hollingstedt sowie im Bereich des bestehenden Windparks in der Gemeinde Hennstedt sind aus der Teilfortschreibung auszunehmen. Anderenfalls halte ich eine gerichtliche Überprüfung der Planung für angezeigt. Außerdem ist für das Gebiet der Gemeinde Kleve und seiner erwähnten Nachbargemeinden eine außerordentliche Siedlungsdichte von Wiesenvögeln festzustellen, die hier auch ihre Brutgebiete haben. Im Gebiet der Gemeinde Kleve befindet sich ein Seeadlerhorst. Eine Freihaltung dieser Gebiete von der Bebauung mit Windkraftanlagen ist aus naturschutzrechtlicher Sicht - dem Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete - ebenfalls dringend notwendig. Hier wird der Entwurf zur Teilfortschreibung den Naturschutzerfordernissen gerecht.	wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.16.1, 4.18.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Institution: Cimbergy GmbH & Co. KG für: Energiepark Raa-Besenbek Verwaltungsgesellschaft mbH, Planung und Projektierung ID: M2845	Stellungnahme zur „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024“ – hier betreffend: Raa-Besenbek - Kriterium Wiesenvogel-Brutgebiet mit besonders hoher Siedlungsdichte Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehmen wir Stellung zur geplanten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land und möchten das Kriterium "Wiesenvogelbrutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten" in Raa-Besenbek als Ziel der Raumordnung kritisch hinterfragen auf Basis vorliegender Ergebnisse einer kürzlich durchgeführten Brutvogelkartierungen in der Potenzialfläche. Die Kartierergebnisse sind dieser Stellungnahme als Anlage beigefügt. Die Festlegung schränkt die Genehmigungsfähigkeit von Windenergieanlagen im betroffenen Gebiet ein und verhindert ein geplantes Windenergievorhaben in der im RROP 2020 ausgewiesenen Potenzialfläche PR3_PIN_301 in der Gemeinde Raa-Besenbek. Die Energiepark [redacted] plant als Vorhabenträger ein Windvorhaben innerhalb des Planungsraumes PR3_PIN_301. Bei der Flächenkulisse handelt es sich konkret um die im RROP 2020 ausgewiesene Potenzialfläche nördlich der Dorfstraße in Raa-Besenbek. Das Windvorhaben wurde dem Gemeinderat in Raa-Besenbek im November 2023 vorgestellt. Stand heute sieht die aktuelle Planung Windenergieanlagen mindestens vom Typ Nordex N163 mit 7.000 kWp Leistung auf 200m Gesamthöhe vor. Die Gemeinde Raa-Besenbek ist sehr daran interessiert den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein auf ihrem Gemeindegebiet weiter zu fördern und unterstützt das geplante Windvorhaben in der nördlichen Potenzialfläche. Aufgrund dieser positiven Resonanz hat der Vorhabenträger eine Untersuchung der Wiesenvögel Anfang 2024 beauftragt, da die Potenzialfläche von einer Wiesenvogelbrutgebietskulisse überlagert wird. In diesem Frühjahr 2024 wurde in der Potenzialfläche PR3_PIN_301 inkl. 500 m Radius eine Brutvogelkartierung durchgeführt, da für das Wiesenvogelbrutgebiet in Raa-Besenbek keine ornithologische Datengrundlage existiert (Anmerkung: Datenabfrage beim LfU wurde im Februar 2024 durchgeführt). Die Kartierergebnisse zeigen, dass die im Wiesenvogelerlass aufgeführten Kernarten Kiebitz, Uferschnepfe und Großer Brachvogel entweder gar nicht oder nur in sehr geringer Anzahl im betrachteten Gebiet nachgewiesen wurden. Die Feldlerche konnte hingegen sehr häufig nachgewiesen	Nach den vorliegenden Daten aus dem landesweiten Wiesenvogelmonitoring weist der Bereich des Königsmoores bei Raa-Besenbek das letzte größere Brutvorkommen des Großen Brachvogels im südwestlichen Schleswig-Holstein auf. Darüber hinaus kommen hier auch weitere der Kernarten wie Kiebitze als Brutvögel vor.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden. In der Regel erfordert die Feldlerche aber keine spezifischen Schutzgebietsausweisungen, da sie weit verbreitet und anpassungsfähig ist. Insgesamt erreicht das Brutvogelvorkommen in dem betrachteten Gebiet in Raa-Besenbek nicht das Niveau, das eine Ausweisung als Wiesenvogelbrutgebiet rechtfertigen würde. Bitte überprüfen Sie anhand der vorliegenden artenschutzfachlichen Kartierergebnisse die Klassifizierung des Wiesenvogelbrutgebietes als Gebiet mit besonders hohen Siedlungsdichten in Raa-Besenbek und passen Sie die Flächenkulisse an. Aus fachlicher Sicht sehen wir für das geplante Windenergievorhaben in Raa-Besenbek kein hohes Konfliktpotenzial in Bezug auf das Wiesenvogelbrutgebiet, da keine besonderen windkraftsensiblen Arten nachgewiesen werden konnten. Die Anforderungen des Artenschutzes können im weiteren Projektverlauf berücksichtigt werden. Daher bringen wir diese Potenzialfläche als Vorrangfläche für die Windenergie ausdrücklich für die Fortschreibung des Regionalplans ein um das geplante Windvorhaben in Raa-Besenbek zu realisieren. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Kreis Ostholstein ID: M1496	Sehr geehrte Damen und Herren, zu den Planungen wurden nachstehende Fachbehörden des Kreises beteiligt: • Bauleitplanung • Boden,- Grundwasser- und Gewässerschutz • Abfall • Naturschutz • Bauordnung einschließlich Brandschutz • Straßenverkehr • Regionale Planung Nachfolgend aufgeführte Fachdienste bitten um Berücksichtigung ihrer Belange:	Zu Punkt 4.5.1 Abs. 1 G: Der Anregung wird gefolgt. Es werden regionale Teilflächenziele festgesetzt. Zu Punkt 4.5.1 Abs. 7 Z: Die konkreten Instrumente werden im Rahmen der jeweiligen Bauleitplanung geprüft und mit der Gemeinde abgestimmt. Eine Festlegung auf Ebene der Raumordnungsplanung ist aus hiesiger Sicht nicht angezeigt. Zu Punkt 4.5.1.1 Abs. 7 G: Die Beurteilung der Umfassungssituation ist immer einzelfallabhängig. Die Beurteilung erfolgt im Rahmen der Vorranggebietsausweisung. Eine Vorfestlegung auf Ebene des Landesentwicklungsplanes ist nicht angezeigt. Zu Punkt 4.5.1.2: Der Grundsatz zu den regionalen Grünzügen ist überarbeitet worden. Zu der grundsätzlichen Kritik an den Abwägungsbelangen: Den Grundsätzen ist immanent, dass sie Räume für Einzelfallbetrachtung schaffen. Diese sollen in

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Regionale Planung Zu Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land 1 G Verfolgtes Planungsziel (1) – Verzicht auf Festlegung regionaler Teilflächenziele: Der Verzicht auf die Festlegung regionaler Teilflächenziele nach WindBG wird kritisch gesehen. Mit diesem Verzicht ist die Erreichung des vorgegebenen Flächenbeitragswertes für Schleswig-Holstein und die damit verbundene Entprivilegierung der WKA außerhalb ausgewiesener Windenergiegebiete davon abhängig, ob es gelingt für alle drei Planungsräume bis Ende 2027 rechtskräftige Regionalpläne vorzulegen. Gelingt dies nicht oder nur in einzelnen Planungsräumen wird der Flächenbeitragswert nicht erreicht. Damit würde die Entprivilegierung der WKA für das gesamte Land nicht erfolgen und die Steue-rungswirkung entfallen, sofern dieser „Fehler“ nicht innerhalb eines Jahres geheilt wird (gemäß WindBG). Der Verzicht auf die Festlegung regionaler Teilflächenziele würde in diesem Fall für alle drei Planungsräume eine unerwünschte Problematik mit sich bringen, auch wenn ggf. nur in einem Teilraum der Regionalplan nicht rechtzeitig fertiggestellt werden kann. Dieser Aspekt sollte daher nochmals einer Abwägung unterzogen werden. Weitere Hinweise zu Kapitel 4.5.1 Der LEP-Entwurf „Windenergie an Land“ enthält an verschiedenen Stellen unscharfe For-mulierungen, die eine eindeutige Beurteilung und sachliche Abwägung erschweren. Diese Formulierungen sollten soweit konkretisiert werden, dass die Kommunen einen klaren Orientierungsrahmen erhalten. Hierzu seien folgende Beispiele genannt: • Kapitel 4.5.1 – Grundsätze und Ziele der Raumordnung, 7 Z Solar-Freiflächen und B zu 7 (Seite 4 und Seite 17-19): Das Ziel dient der Ermöglichung und Förderung der Mehrfachnutzung und Bündelung von Flächen für die Nutzung von Wind- und Sonnenenergie. Der Vorrang der Windenergie vor Freiflächen-Solaranlagen soll dabei auf bauleitplanerischer Ebene mit entsprechenden Festsetzungen im Bebauungsplan umgesetzt werden. Allerdings wird nicht ausgeführt, welche planerischen Instrumente die Kommunen hier konkret einsetzen sollen/können, um dieses Ziel einer Vorrangstellung der WEA gegenüber PV-Anlagen rechtssicher in B-Plan-Verfahren berücksichtigen zu können. Die Landesplanung sollte hier möglichst konkret die Instrumente benennen, die im Sinne ei-nes	Abhängigkeit des jeweiligen Grundsatzes ermöglicht werden. An dieser grundsätzlichen Vorgehensweise soll festgehalten werden. Zum Gewässerschutz: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen, betreffen aber grundsätzlich nicht die Ebene der Raumordnung, sondern sind im jeweiligen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu klären. Zum Naturschutz: Die regionalen Grünzüge werden weiterhin als Abwägungsbelang berücksichtigt, da WEA explizit von den Verboten ausgenommen sind. Zu den Abständen zu Wäldern wird auf Ziffer 4.7.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu den Abständen um Großvogelhorste: Der Grundsatz ist in Anlehnung an die Regelungen des BNatSchG überarbeitet worden. Zu den Kompensations- und Ökokontoflächen: Die Inanspruchnahme wird weiterhin im Einzelfall geprüft. Nicht alle diese Flächenarten stehen einer Windenergienutzung pauschal entgegen. Die Ausführungen zum Straßenverkehr werden zur Kenntnis genommen. Eine Abstimmung mit dem LBV-SH ist erfolgt. Erforderliche Abstände sind grundsätzlich im Genehmigungsverfahren zu klären.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	rechtssicheren Planverfahrens zur Anwendung kommen sollen/können. • Kapitel 4.5.1.1 – Siedlungsstruktur, 7 G Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung (S. 23): Im LEP-Entwurf heißt es „Eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WEA soll vermieden werden. Dafür soll geprüft werden, ob Umfang und Anzahl von Wind-energiegebieten in unmittelbarer räumlicher Nähe zu Ortslagen im Einzelfall begrenzt werden müssen“. Diese Formulierungen bieten einigen Interpretationsspielraum und sind keine eindeutig anwendbaren Kriterien. Welcher Grad der Umfassung „unzumut-bar“ ist, sollte daher konkretisiert und quantifiziert werden. Auch muss die Vermei-dung einer Umfassung von Ortslagen mehr Verbindlichkeit erhalten, indem „soll“ durch „ist zu vermeiden“ ersetzt wird. Darüber hinaus erfordert auch die Bezeichnung „unmittelbare räumliche Nähe“ eine Konkretisierung durch eine quantifizierte Entfer-nungsangabe, da ansonsten Planungen auf der Basis subjektiver Einschätzungen vo-rangetrieben würden. Zudem ist auch die Bezeichnung „im Einzelfall“ problematisch, weil eine Umfassung von Ortslagen grundsätzlich vermieden werden muss und daher eine entsprechende Prüfung in jedem Fall erfolgen müsste. • Kapitel 4.5.1.2 – Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Frei-raumschutz 12 G Regionale Grünzüge:Dass bei Ausweisung von Windenergiegebieten die „Anforderungen an die Funktio-nen der regionalen Grünzüge berücksichtigt…“ werden sollen ist eine Formulierung, die in der Praxis zum Teil nur mit Schwierigkeiten anwendbar sein dürfte. Weil die Anforderungen an die regionalen Grünzüge (gemäß Kap. 6.3 des LEP) sehr viel-schichtig sind, müsste dieser Grundsatz in Teilen konkretisiert werden, damit er als Abwägungsargument greifen kann. Dies gilt vor allem für Funktionen wie „Schutz der Landschaft vor einer großräumigen Zersiedlung“ oder „Klimaverbesserung und Luft-hygiene“, bei denen nicht auf Anhieb erkennbar ist, ob WKA diese Funktion tatsäch-lich beeinträchtigen oder nicht. Des Weiteren sollte geprüft werden, ob die Vielzahl der Verweise auf Einzelfallprüfungen bzw. Einzelfallentscheidungen und die Gemeindeöffnungsklausel wirklich zielführend ist. Aus Sicht des Kreises Ostholstein führt dies eher zur Verunsicherung und schwächt die Steuerungsfunktion und klare Rahmensetzung des LEP. Jeder Hinweis auf eine mögliche Einzelfallprüfung lädt gewissermaßen dazu ein, das Abstimmungsgespräch mit der Lan-desplanungsbehörde zu suchen und die „Spielräume“ zu nutzen, die damit angedeutet werden. Dies sollte nach Möglichkeit vermieden werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gewässerschutz Falls Überwegungen über Gewässer oder Anlagen am Gewässer im Zuge der geplanten Maß-nahmen notwendig sein sollten, so ist deren Ausführung im Zuge im Vorwege abzustimmen. Hier ist vorrangig die Durchgängigkeit des Gewässers zu gewährleisten. So ist beispielsweise bei Durchlässen eine durchgängige Substratsohle von mindestens 20 cm Stärke einzuhalten. Der lichte Durchmesser eines Durchlasses sollte das Verhältnis von 1: 10 zur Durchlasslänge nicht unterschreiten. Insgesamt sollte versucht werden, die Längen von Durchlässen zu minimieren (ev. durch ent-sprechende Streckenführung). Falls durch die Baumaßnahme Verbandsgewässer tangiert werden sollten, sind Abstände von mindestens 6 m beidseitig der Böschungsoberkante von Verbandsgewässern bzw. 6 m beid-seitig der Rohrachse bei verrohrten Gewässern und Rohrleitungen lt. Satzung der Wasser- und Bodenverbände einzuhalten. Falls sich im Maßnahmenbereich Kleingewässer befinden, so darf dieses nicht durch die vorge-sehenen Baumaßnahmen beeinträchtigt werden. Es sollte ein Abstand von fünf Metern von den Ufern vorgesehen werden. Aus Sicht der Wasserbehörde ist es insbesondere wünschenswert, wenn aufgrund der vorge-sehenen Planung erforderliche Ausgleichsmaßnahmen im Bereich der Umsetzung der Europä-ischen Wasserrahmenrichtlinie vorgenommen werden. Dies kann vordringlich durch Flächen-bereitstellung an entsprechenden Gewässern, Herstellung der Durchgängigkeit von Fließge-wässern sowie durch naturnahe Baumaßnahmen erreicht werden. Grundsätzlich sollten Baumaßnahmen an Gewässern möglichst naturnah erfolgen. Hierzu sind folgende Grundsätze zu beachten: 1. Dem Gewässer möglichst viel Raum (großzügige Uferrandstreifen) zur weiteren eigen-dynamischen Entwicklung. 2. Wechselseitige Bermen vorsehen/zulassen. 3. Unterschiedliche Tiefenvarianzen vorsehen/zulassen.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	4. Ggf. geeignetes Substrat und Störsteine einbringen. Die zu beachtenden Verbandsanlagen sind bei den entsprechenden Wasser- und Bodenver-bänden bzw. beim zuständigen Verwaltungsverband WBV OH zu erfragen. Sofern Durchlässe/Masten oder andere Anlagen in oder an oberirdischen Gewässern errichtet werden, bitte ich folgende Auflagen zu beachten: 1. Durch die Maßnahme dürfen An-, Ober- bzw. Unterlieger nicht geschädigt werden. 2. Nach Beendigung der Bauarbeiten sind die Gewässer wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. 3. Während der Baumaßnahme dürfen keine Stoffe in die Gewässer gelangen. 4. Das Abflussprofil der Gewässer darf durch die Anlagen nicht eingeengt werden. Bei Umlegungen von Gewässern II. Ordnung sind folgende Auflagen zu beachten: 1. Der Ausbau ist nach den anerkannten Regeln der Technik und der Wasserwirtschaft fach-gerecht auszuführen. 2. An-, Ober- und Unterlieger dürfen durch diese Maßnahme nicht geschädigt werden. 3. Alle vorhandenen Dränagen, sonstige Anschlüsse bzw. Einleitungen in das vorhandene Gewässersystem sind an den neuen Gewässerverlauf ordnungsgemäß anzuschließen. Verunreinigungen von Boden und Gewässern durch wassergefährdende Stoffe während der Bauphase sind mir unverzüglich anzuzeigen. Umgestaltungen von Gewässern (z.B. Gewässerverlegungen) oder Errichten von Anlagen an Gewässern (z.B. Durchlässe) bedürfen einer wasserrechtlichen Genehmigung. Niederschlagswasser Für versiegelte Verkehrsflächen (Fahrgassen, Stellplätze) ist eine Regenwasserklärung vorzu-sehen. Die Hinweise des Merkblatts 153 „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Regenwas-ser“ der DWA (Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V.) und das Arbeitsblatt DWA-A 138 für die Versickerung von Niederschlagswasser sind zu beachten. Weiterhin ist das DWA-Arbeitsblatt 102 Teil 1 und 2 anzuwenden, welches letztlich das Merk-blatt 153 für die Einleitung von Niederschlagswasser in oberirdische Gewässer ersetzt hat. Falls es durch die Planung zu einer erhöhten Versiegelung und damit zu einer erhöhten Menge abzuleitendes Oberflächenwasser kommt, ist Folgendes zu beachten. Bereits im Vorwege ist die Notwendigkeit einer Rückhaltung (DWA-Arbeitsblatt A 117 und Lo-kale Überprüfung gem. den Wasserrechtlichen Anforderungen zum Umgang mit Regenwasser in Schleswig-Holstein, Teil 1 Mengenbewirtschaftung (A-RW 1)) zu überprüfen und die Mach-barkeit von Lösungen entsprechend in der Begründung darzulegen. Die entsprechende Fläche für eine notwendige Behandlungsanlage und/oder Rückhaltung sollte planungsrechtlich gesichert werden. Die Frage der hydraulischen Leistungsfähigkeit des Verbandsvorfluters bzw. die notwendige Rückhaltung ist mit dem jeweils zuständigen Wasser- und Bodenverband im Vorwege einver-nehmlich zu klären. Naturschutz Kapitel 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Frei-raumschutz 12 G Regionale Grünzüge, S. 35 Um den langfristigen Schutz unbesiedelter Freiräume und ihrer Funktionen zu sichern, müsste die „soll“-Formulierung hier durch verbindliche „ist“-Formulierung ersetzt werden. Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sind die Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge zu berücksichtigen. Kapitel 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	5 Z, G (2), S. 55 Korrektur: Der Verweis auf Absatz 6 Z ist nicht korrekt. An dieser Stelle soll auf Absatz 5 Z verwiesen werden. 6 Z, Wälder und Umgebungsbereiche, S. 55 ff. Die meisten (Natur-)Wälder dienen als Lebensraum für diverse Fledermausarten. Um die Kollisionsgefahr für Fledermäuse zu minimieren, wäre ein Abstand von 200 m notwendig (Harmonisierung mit 3 Z, B zu 3). 14 G, Nahrungsgebiete für Gänse und Singschwäne außerhalb von EU-Vogel-schutzgebieten, S. 58 Es ist zu bedenken, dass die Ausweisung der Windenergiegebiete in diesen Nahrungsge-bieten zur Verkleinerung dieser führen würde. Die Nichtverfügbarkeit der Flächen in ge-wohnten Gebieten wird mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass diese Vögel sich andere Nahrungsgebiete/-Flächen suchen. Dies könnte zu erheblichen Konflikten mit der Landwirtschaft führen (vgl. B zu 1 Z (2), Satz 3). 17 G, Brutplätze windkraftsensibler Großvögel, S. 59 B zu 17, S. 79 Es ist unklar auf welcher fachlichen Grundlage die verkleinerten Schutzradien um die Brutplätze von Weißstorch und Rotmilan fußen. Da die zentralen Prüfbereiche für diese Arten laut Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG 1200 m (Rotmilan) und 1000 m (Weißstorch) betragen, ist auch die Verkleinerung der Schutzradien nur bis zu dieser Größe zulässig. Ein ausreichender Kollisionsschutz ist bei kleineren Abständen nicht gegeben, dadurch werden artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG ausgelöst. B zu 5 G, S 68 Im Einzelfall könnten die WEA auch in wichtigen Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems errichtet werden. Dies ist im jeweiligen Einzelfall zu prüfen. Dabei sollte die Ausweisung von Windenergiegebieten mit den Schutz- und Entwicklungszielen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems vereinbar sein. Eine Behinderung dieser Ziele würde die Funktion des Schutzgebiets- und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Biotopverbundsystems beeinträchtigen und ist durch die Prüfung auszuschließen. Der Zusatz „beziehungsweise diese wesentlich behindert“ ist zu streichen, da es einen Widerspruch zur Aussage in 5 G darstellt. Kapitel 4.5.1.4 Boden und Wasser 7 G Kompensations- und Ökokontoflächen, S. 84 B zu 7, S. 94 Eine Überlagerung der Kompensations- und Ökokontoflächen durch Windenergiegebiete ist auszuschließen. Die Errichtung von WEA stellt einen Eingriff in Natur und Landschaft nach § 14 BNatSchG dar. Aus der Kommentierung des BNatSchG geht hervor, dass die Kompensa-tionsmaßnahmen nur auf einer ganz bestimmten Fläche ihren Zweck erfüllen können. Dazu kommt, dass die Wirkung der Kompensationsmaßnahmen so lange anhalten muss wie der Eingriff als Ursache der auszugleichenden Beeinträchtigungen besteht. Es ist darüber hinaus unstrittig, dass durch die Eingriffe auf Kompensationsflächen Entwick-lungsziele dieser nicht erreicht werden können oder zumindest erheblich beeinträchtigt werden. Daraus folgt, dass die Ausweisung der Windenergiegebiete und die Errichtung der WEA grundsätzlich dem Zweck und den Entwicklungszielen naturschutzrechtlicher Ausgleichs-flächen und anerkannter Ökokonto-Flächen widerspricht. Es ist zu bedenken, dass die Auflösung bestehender Ökokonten, die bereits als Kompen-sation für mehrere Vorhaben dienen, zu einem unverhältnismäßigen bürokratischen Auf-wand führen würde. Zusätzlich wird auch in der Begründung zu 7 aufgeführt, dass die Ausgleichsflächen nicht durch neue Eingriffe gefährdet werden sollen. Dieser Grundsatz gilt auch für die Öko-konto-Flächen. Dadurch widerspricht die Ausweisung der Windenergiegebiete auf Aus-gleichs- und Ökokontoflächen auch der im LEP aufgeführten Begründung. Straßenverkehr Zur oben genannten Planung nehme ich als Träger der Straßenbaulast für die an das	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Pla-nungsgebiet angrenzende Kreisstraßen wie folgt Stellung: Der Kreis Ostholstein hat die Betreuung der Kreisstraßen, Kreisradwege und Kreisbrücken 1999 auf den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein, Niederlassung Lübeck, übertragen und wirkt lediglich begleitend als Straßenbaulastträger mit. Daher ist ebenfalls eine Stellungnahme des LBV Schleswig-Holstein einzuholen, sofern nicht bereits geschehen. Aus Gründen der Verkehrssicherheit wird im Rahmen dieser Beteiligung darauf hingewie-sen, dass zu betroffenen Kreisstraßen Mindestabstände der Windkrafträder von 400 m einzuhalten sind. Sollte durch geeignete technische Maßnahmen die Gefahr des Eiswurfes ausgeschlossen werden können, ist als Mindestabstand die Höhe der Windkraftnabe zzgl. des Rotordurchmessers der Windkraftanlagen maßgebend. Ich weise darauf hin, dass Zufahrten zu Kreisstraßen außerhalb der Ortsdurchfahrt eine Sondernutzung darstellen und einer Sondernutzungserlaubnis bedürfen. Nähere Aus-künfte erteilt der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein, Standort Lübeck, Jerusalemsberg 9, 23568 Lübeck. Vorbehaltlich der Äußerung des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr Schleswig-Hol-stein zur vorgenannten Planung bestehen seitens des Fachdienstes 6.65 keine grund-sätzlichen Bedenken. Allgemeines 1. Es wird darauf hingewiesen, dass je eine Durchschrift dieses Schreibens an das Ministe-rium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, Abteilung Landesplanung und ländliche Räume sowie an die Abteilung Bauen und Wohnen (Städtebau und Ortsplanung, Städte-baurecht) gelangt. 2. Um Übersendung des Abwägungsergebnisses wird gebeten, wenn möglich per E-Mail an [redacted]. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Diese Stellungnahme ist maschinell erstellt und deshalb ohne Unterschrift gültig. Die Datei kann im „pdf- Format“ als Belegexemplar ausgedruckt werden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2269	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich bin gegen den Bau von Windkraftanlagen, weil sie das Grundwasser und die Lebensqualität beeinträchtigen können. Die großen Fundamente der Anlagen reichen tief in den Boden und könnten das Grundwasser verschmutzen oder verändern. Das ist besonders gefährlich, weil sauberes Trinkwasser für uns alle wichtig ist. Außerdem werfen die Rotoren der Windkraftanlagen Schatten, der sich ständig bewegt. Dieser sogenannte "Schattenwurf" kann für Anwohner störend sein, besonders wenn die Anlagen in der Nähe von Häusern stehen. Insgesamt überwiegen für mich diese Nachteile, daher lehne ich den Bau von Windkraftanlagen ab. Ich lehne den Bau von Windkraftanlagen ab, weil sie nicht immer ausreichend Abstand zu Wohngebieten haben und dadurch die Lebensqualität der Menschen beeinträchtigen können. Außerdem beeinträchtigen sie die Natur und können Lebensräume von Tieren stören. Auch landwirtschaftliche Flächen werden durch Windkraftanlagen eingeschränkt, was die landwirtschaftliche Nutzung erschwert. Ich bin gegen den Bau von Windkraftanlagen, wenn sie keine ausreichende Anbindung an das Stromnetz haben. Ohne diese Anbindung kann der erzeugte Strom nicht effizient genutzt werden und geht verloren. Das macht den Bau solcher Anlagen sinnlos und verschwendet Ressourcen. Wenn der Strom nicht ins Netz eingespeist werden kann, profitieren weder die Umwelt noch die Menschen davon. Deshalb lehne ich Windkraftprojekte ohne sichere Netzanbindung ab. Es ist auch ein hoher Aufwand diese WKAs anzubinden an die Stromversorgung. Es müssen dafür noch viele weitere Aspekte bedacht werden, die Umspannwerke, große Trafostationen die eventuell zur Geräuschbelästigung führen, etc. Die Bauarbeiten bei der Errichtung, eventuelle Abholzung der geschützten Knickanlagen, Boden befestigen,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 7.3, 7.2.1, 7.2.5, 7.2.14 und 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	um mit den Transportmitteln durchzukommen usw. Aus diesen Gründen bin ich gegen den Bau von Windkraftanlagen in der Region Kreis Segeberg -Blunk -Groß Rönnau Es sollte weiterhin ein ordentlicher Kriterienkatalog erstellt werden, der weiterhin eine wahrheitsgetreue Beurteilung der Flächen zulässt und dem Bewohner und Anwohner des Landes Schleswig-Holsteins die Möglichkeit gibt anhand vor ordentlichen Kriterien Stellung zu beziehen. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen,	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2268	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2021 zum Thema „Windenergie an Land" stellt einen wichtigen Schritt in der Umsetzung der Energiewende dar. Diese Maßnahme zielt darauf ab, den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen und die Klimaziele des Landes zu erreichen. Hierbei sollen neue Vorranggebiete für Windenergieanlagen ausgewiesen und bestehende Regelungen angepasst werden. Im Folgenden wird eine kritische Auseinandersetzung mit den wesentlichen Aspekten dieser Fortschreibung vorgenommen. Herausforderungen und Kritikpunkte 1 Landschafts- und Naturschutz: Ein zentrales Anliegen bleibt der Schutz von Landschaft und Natur. Der Ausbau der Windenergie darf nicht zu Lasten ökologisch sensibler Gebiete erfolgen. Es ist essentiell, dass bei der Ausweisung neuer Vorranggebiete strenge Umweltprüfungen durchgeführt und ökologische Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen werden. 2 Akzeptanz in der Bevölkerung: Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist ein entscheidender Faktor für den Erfolg der Windenergieprojekte. Transparenz und	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.3, 7.1.3, 7.2.4 bis 7.2.6, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Planung und Umsetzung sind unerlässlich. Es müssen Mechanismen geschaffen werden, die sicherstellen, dass die betroffenen Gemeinden und Anwohner frühzeitig informiert und einbezogen werden. 3 Abstandsregelungen und Gesundheit: Die Einhaltung angemessener Abstandsregelungen zu Wohngebieten ist wichtig, um mögliche gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen und Schattenwurf zu minimieren. Hierbei sollten wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungen aus bestehenden Anlagen berücksichtigt werden. 4 Infrastruktur und Netzausbau: Der Ausbau der Windenergie erfordert auch eine entsprechende Infrastruktur. Der Netzausbau muss parallel vorangetrieben werden, um die erzeugte Energie effizient und verlustarm zu transportieren. Hier besteht weiterhin Handlungsbedarf, um Engpässe im Stromnetz zu vermeiden. Die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2021 zur „Windenergie an Land" ist ein notwendiger und begrüßenswerter Schritt zur Erreichung der Klimaziele und zur Förderung einer nachhaltigen Energieversorgung. Es ist jedoch von großer Bedeutung, dass bei der Umsetzung die Belange von Natur und Umwelt, die Akzeptanz in der Bevölkerung sowie die gesundheitlichen Aspekte berücksichtigt werden. Ein integrativer Ansatz, der alle relevanten Akteure einbezieht, kann dazu beitragen, die Potenziale der Windenergie voll auszuschöpfen und gleichzeitig mögliche Konflikte zu minimieren. Die derzeitige Politische Haltung zu diesem Thema berücksichtigt leider nur die Akteure die Profit daraus ziehen, die Kriterien sollen soweit reduziert werden um die Erreichung von Zahlen zu gewährleisten das entspricht nicht dem Plan die Welt zu einem besseren Ort zu machen. In Deutschland soll die derzeitige Meinung Betroffener durch neue Auslegungen von Kriterien lahmgelegt werden. Wie soll man Stellung beziehen, wenn man keine Punkte mehr findet die dem Schutz von Mensch und Natur dienen. Ausweichsflächen für Rotmilane gibt es ja schon. Einem Vogel ein anderes Futtergebiet anzubieten und zu hoffen das er dem folgt, wobei er frei ist, ist doch Irrsinn. Das nächste wird die Umsiedlung von Anwohnern ach nein ich vergaß das Individuum Mensch zählt nicht mehr, dem wird nichts mehr angeboten nicht mal mehr die Grundlage anhand von Kriterien Stellung zu beziehen. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen,	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1385	Ich bin absolut gegen einen weiteren Ausbau von Windkraft in gesamt Schleswig-Holstein, insbesondere aber im Kreis Segeberg. Allein der Abrieb einer Windkraftanlage, die auf jährlich ca 100 Kilogramm Mikroplastik mit Ewigkeitschemikalien angesetzt wird und die in unser Wasser, unseren Boden und unsere Lebewesen eindringen, kann nicht im Sinne der Nachhaltigkeit sein. Die neueste ZDF Reportage zum Thema Windkraft liefert noch mehr Argumente gegen diese Form der Energiegewinnung und eine Versorgunssicherheit unter 10% der Anlagen an Land hilft uns nicht wirklich, Energie sicher und nachhaltig zur Verfügung zu stellen. Studien zu Fehlgeburtenraten in Wildtierherden, Tötung von Wildvögeln und Insekten, Einfluss des Infraschalls und Versiegelung des Bodens sprechen eine deutliche Sprache, dass Windkraft mitnichten nachhaltig oder "Öko" ist. Ökonomisch eventuell, weil sich einige wenige daran und an den Folgen bereichern werden, aber ökologisch sinnvoll auf keinen Fall. Es gibt andere, grünere, ökologisch sinnvollere Arten der Energiegewinnung, wie Wasserstoff oder auch Kernreaktoren, die durch den "Müll" der Kernspaltungreaktoren betrieben werden. Vermutlich hätten wir genug Atommüll, um nachhaltig eine ganze Weile Energie zu erzeugen und diese Wege sollten beschritten werden, bevor wir unser schönes Schleswig-Holstein mit diesen todbringenden Anlagen verschandeln.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.1, 7.2.9, 7.2.10 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2267	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Bedrohung des Landschaftsbildes und der touristischen Attraktivität: Schleswig-Holstein ist bekannt für seine einmalige Landschaft, die von weiten Feldern, Wäldern und Küsten geprägt ist. Der massive Ausbau der Windenergie könnte diese Landschaft erheblich verändern und verschandeln. Windkraftanlagen sind dominante Bauwerke, die das natürliche Erscheinungsbild drastisch beeinflussen. Dies könnte nicht nur die Lebensqualität der Anwohner beeinträchtigen, sondern auch den wichtigen Tourismussektor, der von der natürlichen Schönheit des Landes lebt, negativ beeinflussen. Eine nachhaltige	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.12, 3.15, 4.1, 4.20, 4.9, 7.3, 7.2.1 und 7.2.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Energiepolitik sollte darauf achten, das Landschaftsbild zu bewahren. 2. Risiken für Flora und Fauna: Der Ausbau der Windkraft stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Biodiversität dar. Die Rotoren der Windkraftanlagen sind eine Gefahr für viele Vogelarten, insbesondere für Greifvögel, die in Schleswig-Holstein heimisch sind. Darüber hinaus leiden auch Fledermäuse, deren Bestände bereits unter Druck stehen, unter den Windkraftanlagen. Die Ausweisung neuer Flächen muss daher unter Berücksichtigung von Naturschutzgebieten und den Lebensräumen gefährdeter Arten erfolgen, um irreversible Schäden zu vermeiden. 3. Gesundheitsbedenken durch Schall und Schattenwurf: Die gesundheitlichen Auswirkungen von Windkraftanlagen, insbesondere durch den erzeugten Lärm und den sogenannten Infraschall, sind nicht hinreichend erforscht, aber besorgniserregend. Anwohner berichten von Schlafstörungen, Kopfschmerzen und anderen gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Der Schattenwurf der Rotoren kann ebenfalls zu Stress und Unwohlsein führen. Diese potenziellen Gesundheitsrisiken erfordern eine besonders vorsichtige Abwägung bei der Festlegung von Mindestabständen zu Wohngebieten, um die Bevölkerung angemessen zu schützen. 4. Wirtschaftliche Nachhaltigkeit und Abhängigkeit von Subventionen: Obwohl Windenergie eine zentrale Rolle im Rahmen der Energiewende spielt, ist sie wirtschaftlich oft nur durch erhebliche Subventionen tragfähig. Diese finanzielle Unterstützung belastet die öffentlichen Haushalte und könnte in andere, effizientere und möglicherweise weniger umstrittene Energietechnologien investiert werden. Zudem ist die Windenergie stark wetterabhängig, was zu Schwankungen in der Energieversorgung führt und die Notwendigkeit von teuren Backup-Systemen erhöht. Dies wirft Fragen zur langfristigen Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit des massiven Ausbaus der Windkraft auf. Schlussfolgerung: Die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zur Windenergie an Land sollte unter Berücksichtigung der oben genannten Punkte kritisch überprüft werden. Es ist wichtig, dass der Ausbau der Windenergie nicht auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung, der Naturlandschaften und der Biodiversität erfolgt. Ein ausgewogenes Konzept, das alternative Energieträger berücksichtigt und die soziale Akzeptanz sichert, sollte in den Mittelpunkt der Planungen gestellt werden. Nur	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	so kann eine nachhaltige und zukunftsfähige Energiepolitik im Einklang mit den Interessen und Bedürfnissen der Menschen in Schleswig-Holstein entwickelt werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Institution: Kreis Segeberg ID: M1491	Sehr geehrte Damen und Herren, folgende Stellungnahme der Verwaltung als Träger öffentlicher Belange wird fristgerecht als „vorläufig“ zur Kenntnis gegeben, verbunden mit dem Hinweis, dass die Beschlussfassung des Kreistages erst am 10.10.2024 erfolgen wird. Nach Anhörung meiner Fachabteilungen im Hause nehme ich als Träger öffentlicher Belange zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (LEP Windenergie) wie folgt Stellung. **Tiefbau** Keine Stellungnahme. **Untere Bauaufsichtsbehörde** Keine Stellungnahme. **Vorbeugender Brandschutz** Keine Stellungnahme. **Kreisplanung** zum Text, Kap. 4.5.1, Abs. 1 Der Verzicht auf die Festlegung regionaler Teilflächenziele nach § 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 beziehungsweise Satz 2 WindBG wird kritisch gesehen. Mit diesem Verzicht ist die Erreichung des vorgegebenen Flächenbeitragswertes und die damit verbundene Rechtsfolge des § 249 Abs. 2 BauGB (Entprivilegierung der WKA außerhalb ausgewiesener Windenergiegebiete) davon abhängig, dass für alle drei Planungsräume bis Ende 2027 wirksame Regionalpläne vorliegen. Gelingt dies - aus welchen Gründen	Der Anregung nach Festlegung regionaler Teilflächenziele wird gefolgt. Der Plan wird entsprechend ergänzt bzw. geändert. Zur Doppelnutzung Windenergie und PV: Die gewünschte Möglichkeit der Doppelnutzung von Vorrangflächen für WEA, gekoppelt mit PV-Anlagen wird in der Begründung zu Ziffer 4.5.1 Abs. 7 aufgegriffen. Hier wird aufgezeigt wie dies bauleiplanerisch ermöglicht werden kann. Die angeregte Änderung einer Formulierung in Ziffer 4.5.1.3 Abs. 7 wird gemäß dem Vorschlag der Unteren Naturschutzbehörde übernommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	auch immer - nicht oder wird z.B. nur einer dieser drei Regionalpläne erfolgreich rechtlich angefochten, wird der Flächenbeitragswert nicht erreicht mit der Folge, dass für das gesamte Land die Entprivilegierung der WKA nicht eintritt und die Steuerungswirkung entfällt, wenn nicht innerhalb eines Jahres eine Fehlerheilung erfolgt (§ 4 Abs. 2 WindBG). Der Verzicht auf die Festlegung regionaler Teilflächenziele führt somit zu einer vermeidbaren landesweiten Schicksalsgemeinschaft aller Planungsräume. Dies sollte noch einmal überdacht werden. Es wäre im Unterschied zur heutigen Rechtslage eine neue und aus hiesiger Sicht nicht erstrebenswerte Rechtsfolge, wenn unter etwaigen Planungsfehlern in einem Planungsraum auch die anderen Planungsräume zu leiden hätten. zum Text, Kap. 4.5.1, Abs. 7 Die Zielformulierung räumt im Falle einer konkurrierenden Nutzungsabsicht für dieselbe Fläche durch PV-Anlagen der Windenergienutzung den Vorrang ein. Dies ist vor dem Hintergrund der zu erreichenden Flächenbeitragswerte zwar grundsätzlich auch nachvollziehbar, vor dem Hintergrund der zunehmenden Flächenknappheit aber problematisch. Vermisst wird in diesem Zusammenhang die Möglichkeit der Doppelnutzung. So ist z.B. durchaus denkbar, dass Teilflächen eines ausgewiesenen Windenergiegebietes auch für eine Nutzung durch PV-Anlagen geeignet sein können (vgl. Rechtsgutachten des MWIKE NRW, Mai 2024). https://www.wirt-schaft.nrw/system/files ... BbKyamIc2A zum Text, Kap. 4.5.3, Abs. 7 Das in dem Klammerzusatz verwendete Wort "nachrangig" kann den Eindruck vermitteln, dass das hier formulierte Ziel der Raumordnung in den genannten räumlichen Bereichen eine geringere, eben nachrangige Qualität hat. Die Begründung vermittelt diesen Eindruck dagegen nicht. Daher sollte hier eine sprachliche Angleichung vorgenommen werden. Statt "... und nachrangig in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Ostholstein sowie der Landeshauptstadt Kiel" sollte es "...und in Teilen der Kreise Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Ostholstein sowie der Landeshauptstadt Kiel" heißen. **Untere Denkmalschutzbehörde** Keine Anregungen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Untere Naturschutzbehörde Zum Text 4.5.1.3, 7 Z: Das Adjektiv "nachrangig" im Klammertext könnte so ausgelegt werden, dass in den Seeadler-Dichtezentren der Kreise RD-ECK, SE und OH so-wie Kiel die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA eben nicht ausgeschlossen ist. Der Begründung (B zu 7) ist jedoch klar zu entnehmen, dass der Ausschluss nach 7 Z für das gesamte Seeadler-Dichtezent-rum gelten soll. Um das oben angeführte Missverständnis auszuschließen, schlage ich folgende Formulierung vor: "Innerhalb des in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein dargestellten Dichtezentrums für Seeadlervorkommen (im Kreis Plön und in Teilen der Kreise Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Ostholstein sowie der Landeshauptstadt Kiel) ..." **Wasser – Boden – Abfall** **SG Abwasser** Keine Stellungnahme. **SG Gewässerschutz** Keine Anregungen. **SG Bodenschutz** Keine Bedenken, Hinweise oder Anregungen aus Sicht des Bodenschutzes. **SG Grundwasserschutz** Keine Anregungen oder grundsätzlichen Bedenken gegen die Planungen aus Sicht des Grundwasserschutzes. **SG Abfall** Keine Stellungnahme. **SG Geothermie** Keine Stellungnahme.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Umweltbezogener Gesundheitsschutz Keine Stellungnahme. **Sozialplanung** Keine Stellungnahme. **Verkehrsbehörde** Keine Stellungnahme. Im Auftrage gez. [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2264	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich bin gegen den Bau von Windkraftanlagen, wenn sie keine ausreichende Anbindung an das Stromnetz haben. Ohne diese Anbindung kann der erzeugte Strom nicht effizient genutzt werden und geht verloren. Das macht den Bau solcher Anlagen sinnlos und verschwendet Ressourcen. Wenn der Strom nicht ins Netz eingespeist werden kann, profitieren weder die Umwelt noch die Menschen davon. Deshalb lehne ich Windkraftprojekte ohne sichere Netzanbindung ab. Ich lehne den Bau von Windkraftanlagen ab, weil sie nicht immer ausreichend Abstand zu Wohngebieten haben und dadurch die Lebensqualität der Menschen beeinträchtigen können. Außerdem beeinträchtigen sie die Natur und können Lebensräume von Tieren stören. Auch landwirtschaftliche Flächen werden durch Windkraftanlagen eingeschränkt, was die landwirtschaftliche Nutzung erschwert. Aus diesen Gründen bin ich gegen den Bau von Windkraftanlagen in unserer Region. Es ist auch ein hoher Aufwand diese WKAs anzubinden an die Stromversorgung. Es	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1, 2.2-2.5, 7.2.14 und 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	müssen dafür noch viele weitere Aspekte bedacht werden, die Umspannwerke, große Trafostationen die eventuell zur Geräuschbelästigung führen, etc. Die Bauarbeiten bei der Errichtung, eventuelle Abholzung der geschützten Knickanlagen, Boden befestigen, um mit den Transportmitteln durchzukommen usw. Es sollte weiterhin ein ordentlicher Kriterienkatalog erstellt werden, der weiterhin eine wahrheitsgetreue Beurteilung der Flächen zulässt und dem Bewohner und Anwohner des Landes Schleswig-Holsteins die Möglichkeit gibt anhand vor ordentlichen Kriterien Stellung zu beziehen. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2263	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich lehne den Bau von Windkraftanlagen ab, weil sie nicht immer ausreichend Abstand zu Wohngebieten haben und dadurch die Lebensqualität der Menschen beeinträchtigen können. Außerdem beeinträchtigen sie die Natur und können Lebensräume von Tieren stören. Auch landwirtschaftliche Flächen werden durch Windkraftanlagen eingeschränkt, was die landwirtschaftliche Nutzung erschwert. Aus diesen Gründen bin ich gegen den Bau von Windkraftanlagen in unserer Region. Es ist auch ein hoher Aufwand diese WKAs anzubinden an die Stromversorgung. Es müssen dafür noch viele weitere Aspekte bedacht werden, die Umspannwerke, große Trafostationen die eventuell zur Geräuschbelästigung führen, etc. Die Bauarbeiten bei der Errichtung, eventuelle Abholzung der geschützten Knickanlagen, Boden befestigen, um mit den Transportmitteln durchzukommen usw. Es sollte weiterhin ein ordentlicher Kriterienkatalog erstellt werden, der weiterhin eine wahrheitsgetreue Beurteilung der Flächen zulässt und dem Bewohner und Anwohner des Landes Schleswig-Holsteins die Möglichkeit gibt anhand vor ordentlichen Kriterien	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.12, 7.2.1, 7.2.5 und 7.2.14 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellung zu beziehen. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1381	**Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein – Schwerpunkt Windenergie an Land** **Der** Ausbau der Windenergie führt zu erheblichen Gefahren für Vogel- und Fledermauspopulationen. Insbesondere Windkraftanlagen (WKA) in oder nahe an Lebensräumen gefährden diese Arten. Es wird darauf hingewiesen, dass Deutschland bereits mehrfach von der EU wegen Verstößen gegen den Artenschutz gerügt wurde. Ich kritisiere die Lockerung des strikten Tötungsverbots im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und die unzureichende Umsetzung der EU-Vogelschutzrichtlinie. Ebenso bemängle ich die fehlerhafte Darstellung von Vogelzugrouten und die Vernachlässigung des "Helgoländer Papiers", das wesentliche Empfehlungen zum Schutz von Vögeln enthält. Ich fordere, dass die Mindestabstände, die im Helgoländer Papier festgelegt sind, im LEP berücksichtigt werden. Das Helgoländer Papier ist die einzige wissenschaftlich anerkannte Grundlage. Ein besonderes Augenmerk lege ich auf die Blunkerbach-Niederung, die als bedeutendes Brutgebiet für Wiesenvögel gilt. Durch wissenschaftliche Untersuchungen wurde die ökologische Bedeutung dieses Gebiets bestätigt, weshalb ich fordere, dieses Gebiet langfristig zu schützen und zu entwickeln. Dies wurde nicht mit aufgenommen. Zudem kritisiere ich, dass die Errichtung von Windkraftanlagen in Landschaftsschutzgebieten (LSG) geprüft werden soll, was aus meiner Sicht zu einer Zweckentfremdung dieser Schutzgebiete führen könnte. Ich bemängele den hohen Abstraktionsgrad der Umweltprüfung im LEP, die zu unscharfen Aussagen über mögliche Umweltauswirkungen führt. Die Verantwortung für die Prüfung der FFH-Verträglichkeit und den Schutz von Natura 2000-Gebieten wird auf nachgelagerte Planungsebenen verlagert, was zu einer verspäteten Identifikation potenzieller Konflikte führen könnte. **Es wird gefordert, dass artenschutzrechtliche**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.1, 4.9, 4.18, 4.3 sowie auf Ziffern 3.17 und 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorgaben bereits in den frühen Planungsphasen umfassend berücksichtigt werden, um irreversible Schäden zu vermeiden. Abschließend möchte ich betonen, dass der Entwurf des LEP gravierende Defizite im Bereich des Artenschutzes aufweist. Die Verlagerung der Verantwortung für artenschutzrechtliche Prüfungen auf spätere Planungsphasen unterminiert die Rechts- und Planungssicherheit und gefährdet den effektiven Schutz gefährdeter Arten. Ich fordere eine grundlegende Überarbeitung der Planungsstrategie, um sicherzustellen, dass der Ausbau der Windenergie im Einklang mit den ökologischen und rechtlichen Schutzvorgaben erfolgt.	
Institution: Gemeinde Grömitz, Planung und Bauen **ID: M1376**	Grömitz - Beteiligung zur Landesplanung Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ der Gemeinde Grömitz 2024; Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens Az.: 10386-2024/bla Sehr geehrte Damen und Herren, nachfolgend erhalten Sie die Stellungnahme der Gemeinde Grömitz. Empfehlung einer Stellungnahme: Es wird die Beibehaltung der jetzigen Form des „Vorranggebietes Windenergie “PR3_OHS_052 & PR3_OHS_050 im geltenden Regionalplan des Planungsraums III – Ost eingefordert, um die Entwicklungsfähigkeit der von der Gemeinde festgestellten und vom Land SH zugestimmten „baulich zusammenhängenden Siedlungsgebiete“ der Gemeinde Grömitz in Grömitz nicht zu beeinträchtigen. Die Gemeinde muss der landesplanerisch abgestimmte Vertrauensschutz zwecks Umsetzung der von ihrer begonnenen gegebenen städtebaulichen Entwicklung gegeben bleiben. Begründung Im Rahmen der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 werden die Grundsätze und Ziele der Raumordnung in Bezug an die Abstandsflächen zu Wohn- und/oder Erholungsgebieten	Der Stellungnahme wird gefolgt, sie führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfs. Die Potenzialflächenkarte, auf die in der Stellungnahme Bezug genommen wird, ist nicht Bestandteil der Planunterlagen. Gleichwohl ist der Hinweis der Gemeinde nachvollziehbar, so dass die Potenzialfläche entsprechend angepasst wird. Dies beruht jedoch auf einer irrtümlich falschen Abgrenzung der zugrunde liegenden Daten. Daher bleibt das zugrunde liegende Ziel diesbezüglich unverändert. Die Potenzialfläche trifft keine Aussage über Vorranggebiete Windenergie, da diese erst im Rahmen laufenden Teilaufstellungen der Regionalpläne, Windenergie an Land, festgelegt werden. Erst dort erfolgt die konkrete Abgrenzung der Gebiete, daher wird die Gemeine gebeten, sich bei Bedarf im Rahmen der Beteiligungsverfahren zu den o. g. Regionalplänen im Hinblick auf ihre Belange zu äußern.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	so angepasst, dass gemäß der allgemein zugänglichen „Rohpotentialkarte 2024“ das Windenergiegebiet PR3_OHS_052 & PR3_OHS_050 wieder bis an die Ortslage Grömitz reicht (siehe Bild 1)[Anhang]. Die Gemeinde hat für das Windenergiegebiet PR3_OHS_052 & PR3_OHS_050 den Bebauungsplan Nr. 95 und seine 18. Änderung des Flächennutzungsplanes aufgestellt (siehe Bild 2) [Anhang]. Die Planungen sind so konzipiert worden, dass die Ortslage Grömitz im Nordwesten sich baulich weiterentwickeln kann. Diese geplante „Ortsentwicklung“ ist dem Land im Rahmen der Aufstellung des Regionalplanes III mitgeteilt bzw. präsentiert worden und der Landesplanung somit bekannt (siehe Bild 3) [Anhang]. Auf dieser Grundlage wurde nachfolgend die 34. Änderung des Flächennutzungsplanes aufgestellt, die zwischenzeitlich wirksam geworden ist (siehe Bild 4) [Anhang]. Der Bebauungsplan Nr. 86.1 ist zurzeit in der Aufstellung (siehe ebenfalls Bild 4). Alle Gutachten sind beauftragt worden und sind in ihrer Erstellung. Auch wurde die architektonische Planung für die Feuerwehr eingeleitet. Im Rahmen der Aufstellung der vorher 4 genannten Bauleitplanungen hat sich die Gemeinde sehr intensiv damit auseinandergesetzt, ob die Planung des Windparks neben dem geplanten Urbanen Gebiet nach § 6a Baunutzungsverordnung (BauNVO) lärmschutztechnisch möglich ist. Im Rahmen der Aufstellung des Windparks wurde ein Schallgutachten erstellt. Das Schallgutachtens „DNV- GL Nr. 10161218- A- 5A“ ist vom Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Technischer Umweltschutz, Regionaldezernat Mitte, LLUR 754, dahingehend geprüft worden, ob dieses für die Weiterplanung des Bebauungsplan Nr. 86.1 genutzt werden kann bzw. ob durch den Windpark immissionstechnisch bedingte Nutzungseinschränkungen im Plangebiet zu erwarten sind. Das LLUR teilte in seiner Mail vom 05.01.2021 mit, dass keine Einschränkungen im MU-Gebiet zu erwarten sind [Anhang]. Es liegt im Interesse der Gemeinde Grömitz, dass auf diesen Vertrauensschutz aufgebaut werden kann und keine neuen Planungsoptionen entstehen, die diese schlüssige – und abgestimmte - städtebauliche Gesamtplanung in Frage stellen. Daher sind in alle Planinhalten bzw. Karten des Landes auch die Bauleitplanungen und städtebaulichen Konzepte zwingend zu beachten, um keine neuen Begehrlichkeiten	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	auszulösen. Es wird darum bereits schon die Rohpotentialkarte, die offiziell kein Bestandteil des Planverfahrens ist, gemäß dem Bild 6 dahin zu korrigieren, dass die im Bild 6 gelb gekennzeichnet Fläche zur Weißfläche wird [Bild 6 Anhang]. Mit freundlichem Gruß Im Auftrag: [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2737	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Zunächst möchte ich mich beschweren über die viel zu kurze Abgabefrist. Diese liegt dann auch noch in der Urlaubszeit. Das geht mal garnicht! Der Landesentwicklungsplan ist leider in vielen Punkten zu unkonkret und verlagert viele Fragestellungen auf die Planungsebene. Insbesondere Fragen zum Artenschutz wird ausgewichen und auf die Planungsebene verwiesen. Des Weiteren wird das Helgoländer Papier nicht berücksichtigt. Abstandsregelungen sind ohne wissenschaftliche Grundlage entstanden. Auch und insbesondere Abstände zu Wohnhäusern sind viel zu gering und berücksichtigen keinen Havariefall!! Auch ist völlig unklar wie mit dem Artenschutz ausserhalb der Schutzgebiete umgegangen werden soll, und das obwohl Deutschland bereits eine Rüge kassiert hat.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5, 4.2, 4.1, 4.20, 2.2-2.5 und 7.2.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Daher fordere ich die o.g. Punkte nachzubessern. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1366	Sehr geehrte Damen und Herren, mit dem angefügten Schreiben möchten wir unsere Position zu den derzeit vorgeschlagenen Potenzialflächen in der Gemeinde Großharrie im Landkreis Plön darlegen. [eingefügt aus Anhang] **Stellungnahme zu den vorgeschlagenen Potenzialflächen in Großharrie** Sehr geehrte Damen und Herren, mit diesem Schreiben möchten wir unsere Position zu den derzeit vorgeschlagenen Potenzialflächen in der Gemeinde Großharrie im Landkreis Plön darlegen. Wir, die Unterzeichner dieser Stellungnahme und Einwohner von Großharrie, begrüßen die mögliche Ausweisung der betreffenden Fläche ausdrücklich. Die Fläche wurde bereits im Regionalplan Planungsraum II unter der Bezeichnung „PR2_PLO_302“ als Potenzialfläche berücksichtigt (siehe Abb. 1). In den vergangenen Jahren wurde der Windenergie jedoch weniger Bedeutung beigemessen und die Fläche wurde nicht als Vorranggebiet ausgewiesen. Abb. 1: Kartenausschnitt PR2_PLO_302 (Quelle: 2018 Datenblätter Potenzialfläche „PLO PR2“ S.2)] Mit der Veröffentlichung der angepassten Flächenzuschnitte im Juni 2024 hat das Land Schleswig-Holstein das Potenzial der Fläche erneut bestätigt. Die ehemals abgelehnte Fläche erscheint wieder als Potenzialfläche für Windenergie im Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Windenergie (siehe Abb. 2).	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abb. 2: Zuschnitt Potenzialflächenkarte Stand Juni 2024 – (Quelle: LEP Entwurf 21)] Unter Berücksichtigung von Ausschlussfaktoren berührt die Fläche voraussichtlich keine Ziele der Raumordnung und könnte daher eine geeignete Option für die Windenergienutzung in den neu aufgestellten Regionalplänen darstellen. Die mittlerweile vorhandene Technik zum Schutz für Großvögel bietet die Möglichkeit, Umwelt- und Naturschutz gleichermaßen zu berücksichtigen. Wir, die Eigentümer, befinden uns aktuell in der finalen Phase der Auswahl eines geeigneten Projektierers und befürworten die Entwicklung dieser Fläche ausdrücklich. Nach der Auswahl des Projektierers werden im Laufe des nächsten Jahres die notwendigen Gutachten eingeleitet, um die Vereinbarkeit mit den Grundsätzen der Raumordnung zu prüfen. Wir sind bereit, unsere Flächen für das Projekt zur Verfügung zu stellen und somit einen aktiven Beitrag zur Energiewende zu leisten. Für uns steht außer Frage, dass erneuerbare Energien unverzichtbar sind, um das Klima zu schützen und den Klimawandel zu bekämpfen. Die Ziele des UN-Klimaschutzabkommens können nur erreicht werden, wenn alle Akteure gemeinsam handeln. Wir möchten die Landesregierung und insbesondere die Regionalbehörde darin bestärken, die Fläche in Großharrie für die Windkraftnutzung mit einem Abstand zum Ort von 800 m freizugeben. Unsere Gemeinde wird nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich von den Einnahmen der Windenergieanlagen profitieren, Großharrie ist Flächeneigentümer im Potentialgebiet und der Projektierer wird voraussichtlich in wenigen Jahren Gewinne erzielen, was neben den 0,2 Cent/kWh EEG-Zuwendungen zu erhöhten Gewerbesteuereinnahmen für unsere Gemeinde führen wird. Besonders für kleinere Ortschaften wie Großharrie ist die Windkraft eine wertvolle Möglichkeit, die Gemeindekasse zu stärken und die Attraktivität des Ortes zu steigern. Die Windkraft kann hier ein entscheidender Baustein für eine lebenswerte regionale und überregionale Zukunft sein. Mit freundlichen Grüßen, die Landeigentümer Großharrie, September 2024	
Institution:	Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise /

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
BWP Bargum GmbH & Co. KG , Mönkebüller Weg 14 25842 Bargum ID: M1363	Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein — Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024), hier: Stellungnahme der [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, [redacted] Wir legen Widerspruch gegen den Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) 2024 ein. Seit 2023 plant die [redacted] nordwestlich der Ortslage einen Bürgerwindpark (westlich der Bahnlinie Westerland — Hamburg). Die nachfolgende Karte Nr. 1 stellt den Planungsbereich dar. Verfahren Der Bundesgesetzgeber hat mit der Einführung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) die Bundesländer zur Ausweisung von sogenannten Windenergiegebieten verpflichtet. Für Schleswig-Holstein ergibt sich daraus die Verpflichtung, insgesamt 2 Prozent der Landesfläche bis Ende 2032 für Windenergie (nach der Rotor-Out-Vorgabe) auszuweisen, davon 1,3 Prozent als Zwischenziel bis Ende 2027. Mit der von Schleswig-Holstein angewandten Rotor-In-Planung sind anhand eines Umrechnungsfaktors des WindBG nach derzeitiger Schätzung 3,1 bis 3,3 Prozent der Landesfläche als Windenergiegebiete auszuweisen, um die bundesrechtliche Verpflichtung zu erfüllen. Dies wird später durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie realisiert. Ausschlussgrund Als Hauptausschlussgrund gegen die Nichtausweisung des Planungsbereiches wird das Ziel der Raumordnung 16 Z angeführt: Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten In Wiesenvogelbrutgebieten mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind die Ausweisung von *Windenergiegebieten und die Errichtung*raumbedeutsamer WEA_ ausgeschlossen. Die Wiesenvogelbrutgebiete mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind in der Karte (Anlage 2zu $ 1 der LEPWindVO) festgelegt. In der Karte 2 sind die betroffenen Bereiche im Umfeld des Planungsbereiches dargestellt. Zu Beginn der Planungen war das Gebiet aufgrund der Wiesenvogel Brutgebiete nicht als Ausschlussgebiet dargestellt. Fachgutachter bewerteten diese Fläche als vereinbar mit der	Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie der allgemeinen Synopse verwiesen. Zum Thema Wiesenvogelbrutgebiete wird auf auf Ziffern 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftnutzung. Wir verweisen auf WEA innerhalb der jetzt ausgewiesenen Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten. Es werden aktuell WEA im Testfeld in der Südermarsch bei Husum betrieben. Darüber hinaus liegt ein positiver BImSchG-Vorbescheid für eine WEA im Bereich Langenhorn vor. Dieser Bereich ist in der Karte 2 ebenfalls als Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten dargestellt und somit nicht zugänglich für eine WEA-Nutzung. Aus dem 0.g. Grund lehnen wir die Ausweisung in unserem Planungsbereich ab und fordern einen stringenten Ansatz bei der Planung und eine Überarbeitung der Kriterien. Die Planungen werden betrieben von der [redacted] Diese Gesellschaft hat alle relevanten Flächen unter Vertrag, so dass einer harmonischen Nutzung dies nicht entgegensteht. Die Gemeinde Bargum unterstützt das Vorgehen, da die Betreibergesellschaft als Bürgerwindpark firmiert und sich den Grundsätzen gemäß Leitfaden Bürgerwindpark 2024 verpflichtet hat. Die Gemeinde Bargum hat aufgrund ihrer Lage nahe der Soholmer Au und der Nähe zu naturschutzfachlich sensiblen Bereichen bisher keine Anlagen zum Betrieb Erneuerbarer Energien bekommen. Aus Sicht der Nachhaltigkeit stellt dies einen Nachteil gegenüber benachbarten Gemeinden dar. Die [redacted] hat der Gemeinde Bargum die Lieferung von Strom für ein gemeindliches Wärmekonzept angeboten. Aus finanzieller Sicht bedeutet die Nichtausweisung von Windvorranggebieten in der Gemeinde Bargum einen erheblichen Nachteil in finanzieller Hinsicht. Die Gemeinde muss auf Gewerbesteuern verzichten, auf eine in Aussicht gestellt Abgabe nach 8& 6 EEG (kommunale Teilhabe) -und auf Ausschüttungen an Gesellschafterinnen und Gesellschafter in der Bevölkerung. Wir, die [redacted], bitten um Berücksichtigung der Planungsfläche nordwestlich der Ortslage. Als Gründe sind die o.g. Gleichbehandlung aus fachlicher Sicht sowie die Belange der Wertschöpfung in der Region und der Nachhaltigkeit der Strom- und Wärmeversorgung im Bereich der Gemeinde Bargum anzuführen. Mit freundlichen Grüßen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1360	**Betreff: Stellungnahme zur Potentialfläche** [redacted] Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser landwirtschaftlicher Betrieb die [redacted] ist Flächeninhaber in der Potentialfläche [redacted] für Wind im Gebiet Neusophienhof. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein möchten wir uns zu dem folgenden Aspekt äußern, die für das Potentialgebiet aus unserer Sicht zu beachten sind: **Die Abstandregelung für Brutstätten des Rotmilans** Aktuell gilt in Schleswig-Holstein ein Abstand von 1.500 m zwischen Windenergieanlagen und den Brutstätten des Rotmilans. Dies geht über den nationalen Standard auf Bundesebene von 1.200 m hinaus. Der Ansatz auf Bundesebene wurde nach unserem Kenntnisstand auf Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen festgelegt. Deswegen halten wir die Abweichung auf Landesebene von unnötig restriktiv für die Bewertung des Gebietes und möchten als Kriterium uns ganz klar für 1.200 m aussprechen. In bestimmten Einzelfällen kann eine detaillierte Untersuchung möglicher Konflikte im Artenschutz dazu führen, dass der Schutzabstand rund um die Brutstätten des Rotmilans auf 1.000 Meter verkürzt wird (Quelle: Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land (bolapla-sh.de), S. 59). Es ist jedoch unklar, in welchem Umfang eine solche Reduktion tatsächlich in der Praxis innerhalb des gesamten Landes Schleswig-Holstein umgesetzt werden wird. Diese Unsicherheit besteht, da es zahlreiche Faktoren gibt, die die Entscheidung zur Reduzierung beeinflussen können, und es bleibt fraglich, wie häufig diese Maßnahme tatsächlich Anwendung finden wird. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie genau eine solche Untersuchung	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die Ziffern 4.20 und 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Hinsichtlich des Abstandes zu Rotmilanbrutplätzen wird der Stellungnahme gefolgt. Der Abstand wird an die Anlage 1 zu § 45b BNatSchG angepasst.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der potenziellen Artenschutzkonflikte ablaufen soll. Welche Kriterien werden herangezogen, welche Instanzen sind beteiligt, und wie wird sichergestellt, dass die Artenschutzbelange umfassend berücksichtigt werden? Wir fordern die Einhaltung des bundeseinheitlichen Schutzabstand von 1.200 Metern für den Rotmilan, um ein klares und einheitliches Maß festzuhalten, mit dem die Planungssicherheit eines Windgebiets gewährleistet werden kann, ohne den Großvogelschutz zu beeinträchtigen. Bei weiteren Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung. Als Ansprechpartner bei uns steht Ihnen [redacted] zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2830	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Schleswig-Holstein hat schon genug Windräder, die Strom produzieren, der aber nichtweitergeleitet wird. Daher fordere ich, dass WKA erst genehmigt werden sollten, wenn der Strom auch eingespeist werden kann (Vermeidung von Phantomstrom) Außerdem ist mir wichtig, daß geschützte Vogelarten, wie Rotmilan, Seeadler, Uhu etc weiterhin in meiner Heimat brüten und überlebenswichtige Vogelflugkorridore zw.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1, 7.2.5, 4.1, 4.20 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schlafplätzen und Nahrungsflächen frei bleiben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme sollte um 6 Monate verlängert werden. Die Energiewende sollte mit Bedacht und Vernunft vollzogen werden. Hierzu passt folgendes Zitat eines weisen Mannes: „Erst fallen die Vögel vom Himmel, dann wird der Mensch merken, dass man Geld nicht essen kann.“ Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1352	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Vor vielen Jahren (1997) habe ich für das Nationalparkamt Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer den „Umweltatlas Wattenmeer“ mit herausgegeben. Als Biologin sind mir seit dieser Zeit das Wattenmeer und der Vogelzug ein großes Anliegen. Seit über 20 Jahren lebe ich nun schon auf Eiderstedt und beobachte mit Sorge die Entwicklungen in der Natur. Gerade die Vogelwelt verändert sich zusehends. Der Druck durch immer intensivere Landwirtschaft, viele Mahten, Düngung etc. reduziert die dünnen Bestände der Wiesenvögel zusehends. Eine weitere Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen sehe ich daher sehr kritisch. Was eine größere Menge von WKA auf Eiderstedt und im „Grünen Band“ bis an die Ostseeküste für den ostatlantischen Vogelzug bedeuten würde, mag ich mir gar nicht	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es sollen keine Änderungen am LEP im Bezug auf die Ziele und Grundsätze für den Bereich Halbinsel Eiderstedt erfolgen. Der Umfang der Potenzialfläche ist erforderlich, um noch einen echten Abwägungsprozess durchführen zu können. Bei deutlich weniger Fläche wäre dies nicht mehr möglich, da dann der überwiegende Teil der Potenzialfläche schon zwingend übernommen werden müsste, um den Zielwert von etwa 3 % der Landesfläche zu erreichen. Im Bereich Oldenswort sollen die Bestands-Vorranggebiete fortgeführt werden, um möglichst wenig Neuausweisungen vornehmen zu müssen. Die durch die Bestands-WEA ausgelöste Scheuchwirkung führt dazu, dass dort die Voraussetzungen für eine Aufnahme in die Wiesenvogelbrutgebietskulisse nicht vorliegen, da die WEA perspektivisch weiterbetrieben und repowert werden sollen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausmalen. Ich bin der Ansicht, wir sollten dies auch nicht ausprobieren, es könnte irreversibel sein. Als Geschäftsführerin und Museumsleiterin des Historischen Kaufmannsladens Haus Peters in Tetenbüll beschäftige ich mich natürlich auch mit der Kulturlandschaft Eiderstedt. Im letzten Jahr haben wir im Rahmen unserer Haubargausstellung einige Vorträge angeboten, die u. a. die Fragen der WKA und deren Einfluss auf die Kulturlandschaft behandelten. Diese bäuerliche Kulturlandschaft, die gerade in Eiderstedt so augenfällig ist, mit ihren noch über 40 Haubargen, den 18 gerade in Sanierung befindlichen Kirchen, den vielen Bodendenkmälern und denkmalgeschützten Häusern, würde massiv unter einer Windkraft-Industrie leiden. Einzelne Anlagen, zur Betreibung von Schöpfwerken o. ä. wären ja durchaus denkbar, auch Windmühlen hat es hier früher gegeben. Es ist eine Frage der Größe und der Menge. Ich begrüße den Entwurf des LEP-Wind ausdrücklich und schließe mich der Forderung vieler Eiderstedter an: Ich bitte darum, den Entwurf des neuen LEP-Wind im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung für die ostatlantische Vogelzugroute und die Wiesenvögel-Brutgebiete (in Text und Karte) keinesfalls zu verändern, Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen und die Notwendigkeit für das Ausmaß von 7,2 % der geplanten Landesfläche für WEA zu überprüfen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2687	Meine Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ Des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, Die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung halte ich nicht für ausgewogen und bürgerfreundlich. Das Verfahren	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2 bis 2.5, 3.17.1, 3.18.1, 4.20, 6.1.3, 7.1.3. 7.1.6, 7.2.1, 7.2.10, 7.2.11, 7.2.14, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.4, 7.3.5, 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	widerspricht meiner Meinung nach nicht der Förderung von Transparenz und Vertrauen in die öffentliche Verwaltung. Als Bürger dieses Landes habe ich das Recht in Entscheidungsprozesse der Planungsbehörden eingebunden zu werden. Dieses Recht nehme ich wahr, indem ich Ihnen meine Sorgen und Zweifel mitteile. Nicht die Nutzung der Windenergie ist der Gegenstand meiner Bedenken. Ich halte die Planung für sozial unausgewogen und ungerecht. Während die Besitzer von landwirtschaftlichen Flächen ihre Grundstücke für Windenergieprojekte zur Verfügung stellen können und damit Pachteinnahmen in erheblichem Umfang erwarten können, werden Eigentümer von Wohnhäusern, insbesondere, wenn diese im Außenbereich liegen, durch die Errichtung von Windkraftanlagen, quasi „enteignet“, da diese Immobilien erheblich an Wert verlieren. Wenn ökologische und ökonomische Vorteile dermaßen ungleich verteilt werden, führt dies zwangsläufig zu einer undemokratischen Disparität. Die Abstandsregung zur Wohnbebauung sollte mindestens 5H betragen und zwar auch für Einzelhäuser und Splittersiedlungen (>1.500m). Darüber hinaus habe ich größte Befürchtungen, dass wir unseren Trinkwasserbrunnen nicht mehr nutzen können, wenn durch die Fundamente der Windkraftanlagen der Grundwasserspiegel sinkt und die Qualität des Trinkwassers beeinträchtigt wird. Außerdem befürchte ich eine Beeinträchtigung der Gesundheit (gesunder Schlaf, subjektives Wohlbefinden usw) durch Lärm, Schlagschatten und blinkende Lichter in der Nacht. Ich halte es außerdem für sehr wichtig, dass die bestehenden Naturschutzgebiete und Naturparkflächen, in denen seltene und geschützte Vogelarten, wie Seeadler, Störche, Rotmilan und andere ihre Horste und Nester haben, durch Windkraftanlagen nicht gefährdet werden. Ich möchte auch, dass die für unsere Region charakteristische Knicklandschaft und der gesamte über Kultur- und Landschaftsraum erhalten bleibt. Wenn Windkraftanlagen in zuvor abgelehnten Potenzialflächen, die wieder zu Vorrangflächen erklärt werden sollen, errichtet werden, würde dies einen erheblichen Eingriff in den Naturraum darstellen. Mit freundlichen Grüßen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1347	Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis zu 250 m haben einen immensen Einfluss auf das Landschaftsbild. Die Gemeinde Lutterbek ist, wie das gesamte Amt Probstei, touristisch geprägt. Der Tourismus ist ein sehr bedeutender Wirtschaftsfaktor, das gilt insbesondere für alle Gemeinden, die nördlich der B 502 und damit in unmittelbarer Nähe zur Ostsee liegen. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen in diesem Bereich wird zu einem Zielkonflikt zwischen Tourismus und Windenergie führen. Die Touristen nutzen die vielen Spurplattenwege sowie unbefestigten Wege in der freien Landschaft als Rad- und Wanderwege. Häufig wird eine gute Fernsicht auch als Fotomotiv genutzt. Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis 250 m haben eine so große Fernwirkung, dass sie noch aus vielen Kilometern um sie herum deutlich erkennbar und damit negativ wahrnehmbar sind. Die freie Landschaft geht bei einem solchen Anblick der Windenergieanlagen völlig unter. Der Landesentwicklungsplan führt selbst aus, dass bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Erfordernisse der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung berücksichtigt werden müssen. Die Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek liegen gemäß dem Landesentwicklungsplan im Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung, es ist auch das landesplanerische Ziel, den Tourismus in diesen Gebieten zu fördern. Der Konflikt zwischen Windenergieanlagen und intensiver touristischer Nutzung kann so nah an der Ostsee nicht gelöst werden. Hier muss der Tourismus die Priorität haben mit der Konsequenz, dass Windenergieanlagen unzulässig sind. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie wird der Abstand von der Windenergieanlage bis zur Siedlungsfläche auf 800 m festgeschrieben, die tatsächliche Höhe der Windenergieanlagen spielt dabei keine Rolle mehr. Die heutigen Windenergieanlagen haben Höhen zwischen 200 m und 250 m, wobei in der Nachbargemeinde Brodersdorf drei Anlagen mit einer Höhe von jeweils 250 m geplant werden. Die Beeinträchtigungen, die von diesen Anlagen ausgehen, betreffen nicht nur die Wohngebäude, dessen Mindestabstand eingehalten wird, sondern auch die Wohngebäude, die in einem Abstand weit über 800 m liegen. Bei den Beeinträchtigungen geht es nicht nur um Lärm, der von den Anlagen ausgeht, sondern auch um Schattenwurf, den die Rotorblätter verursachen und insbesondere auch um das Landschaftsbild in einer sehr attraktiven Naturlandschaft eines	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4.1, 1.5.1, 2.2 bis 2.5, 3.15.1, 3.17.1, 4.8, 4.20, 5.1.1, 6.1, 7.2.5, 7.3.1, 7.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsschutzgebietes, das auch touristisch sehr stark genutzt wird. Windenergieanlagen in einer Höhe von 250 m führen in diesem Gebiet nicht nur zu den zuvor genannten Beeinträchtigungen, sie werden auch einen ganz erheblichen Wertverlust der Wohnbaugrundstücke nach sich ziehen. Diese Wertverluste treten nicht nur in den Randbereichen der Gemeinde mit den geringsten Abständen zu den Windenergieanlagen ein, sie werden sich über das gesamte Gemeindegebiet erstrecken, weil die Windenergieanlagen mit 250 m Höhe eine sehr große Dominanz haben und somit von jedem Wohnbaugrundstück in Lutterbek erdrückend wahrgenommen werden. Allein aus Gründen der Lärmbelastung sowie der Belastung durch den Schattenwurf sollten Windenergieanlagen grundsätzlich einen Mindestabstand zu Wohnbauflächen von 1.000 m haben. Darüber hinaus sollte der Abstand um weitere 1.000 m erweitert werden, um die Wertverluste der Wohnbaugrundstücke in erträglichen Grenzen zu halten. Weiter soll gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land der Denkmalschutz bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. In der Gemeinde Laboe befindet sich das Marine-Ehrenmal mit seinem Turm von 72 m Höhe. Das Marine-Ehrenmal ist eine Gedenkstätte für die auf den Meeren gebliebenen Seeleute aller Nationen und ein Mahnmal für eine friedliche Seefahrt auf freien Meeren. Das Marine-Ehrenmal ist weltweit bekannt, es prägt den Ort und die gesamte Umgebung und zieht Touristen aus der ganzen Welt an, es gilt als Wahrzeichen der Kieler Förde und steht unter Denkmalschutz. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen mit 200 m bis 250 m Höhe lässt das Marine-Ehrenmal insbesondere mit Sicht von der B 502 völlig verblassen. Die Windenergieanlagen wären weit mehr als doppelt so hoch wie das Marine Ehrenmal, es würde nicht mehr wahrgenommen werden. Selbst von der Wasserseite aus würden die Windkraftanlagen gegenüber dem Marine-Ehrenmal dominieren, weil sie mehr als drei Mal so hoch sind, wie das Marine-Ehrenmal. Aus denkmalpflegerischer Sicht sollte das Marine-Ehrenmal einen Umgebungsschutz von mindestens 10 Km haben. Das Gebiet nördlich der B 502 sollte auch aus diesem Grunde frei von Windenergieanlagen bleiben. Nordwestlich der Gemeinde Lutterbek im Bereich der Hagener Au befindet sich ein Seeadlerhorst. In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist hierzu ausgesagt, dass innerhalb der in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein dargestellten Dichtezentren für Seeadlervorkommen die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen ausgeschlossen ist. Der Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II weist im	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nördlichen Gemeindegebiet der Gemeinde Lutterbek ein Seeadlerdichtezentrum aus, der vorhandene Seeadlerhorst befindet sich jedoch im nordöstlichen Bereich der Gemeinde Brodersdorf und damit um ein paar Meter außerhalb des im Landschaftsrahmenplan dargestellten Seeadlerdichtezentrums. Hier sollte der Landschaftsrahmenplan an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst und das Gebiet entsprechend erweitert werden, um den Schutz von Seeadlern auch gewährleisten zu können. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes können dann auch keine Windkraftanlagen in dem Bereich nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek entstehen. In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist weiterhin aufgeführt, dass um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll. Bezogen auf den Seeadler sind hier 2.000 m aufgeführt. In der Abwägung kann jedoch geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist, wenn in dem Abstandsradius bereits raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet wurden. In der Gemeinde Laboe stehen zwei Windenergieanlagen mit einer Höhe von unter 100 m, eine Anlage hat eine Entfernung von ca. 1 Km zum Adlerhorst, die andere Anlage hat eine Entfernung von 1,5 Km zum Adlerhorst. Nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek wird ein Windpark mit drei Anlagen in einer Höhe von jeweils 250 m geplant. Der Seeadlerhorst befindet sich etwa 800 m von der ersten geplanten Windkraftanlage entfernt. Bei diesen Dimensionen mit drei Windkraftanlagen und einer Höhe von 250 m kann davon ausgegangen werden, dass eine unmittelbare Gefahr für den Seeadler besteht. Zum Schutz der Seeadler sollte der Radius um einen Seeadlerhorst grundsätzlich 2.000 m betragen, eine Prüfung und Abwägung sollte innerhalb dieses Radius nicht möglich sein. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten berücksichtigt werden. Das Landschaftsschutzgebiet „Hagener Au von Probsteierhagen bis zur Einmündung in die Ostsee und Umgebung sowie die Ostseeküste zwischen Laboe und Stein“ verläuft nördlich der B 502 zwischen den Ortslagen Brodersdorf und Lutterbek bis zur Ostsee. Inmitten des Landschaftsschutzgebietes verläuft die Hagener Au mit den sehr schützenswerten Gewässerrandstreifen. Das Gebiet wird von vielen Tier- und besonders auch Vogelarten zur Nahrungssuche wie auch als Rastplatz genutzt. Das gilt im Besonderen während des allgemeinen Vogelzuges. Die Tierwelt würde schon durch den allgemeinen Betrieb der Windenergieanlagen empfindlich gestört, wenn Wartungsarbeiten oder der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Austausch von Ersatzteilen erforderlich wird und die Wege wieder mit Schwerlastverkehr befahren werden müssen, ist die Störung für die Tierwelt um ein Vielfaches höher. Es handelt sich in diesem Landschaftsschutzgebiet um einen besonders hochwertigen Naturraum, der besonders geschützt und somit auch von Windenergieanlagen freigehalten werden sollte. Windenergieanlagen müssen zumindest in Schleswig-Holstein immer häufiger abgeschaltet werden, weil der produzierte Strom nicht mehr vom Stromnetz aufgenommen werden kann. Bis Umspannwerke ausgebaut und Leitungen ertüchtigt sind, wird es noch viele Jahre dauern. Windenergieanlagen sollten eigentlich erst dann gebaut werden, wenn es auch möglich ist, den produzierten Strom dauerhaft abzunehmen und weiterzuleiten. Die Politik hat sich in diesem Fall offensichtlich anders entschieden und die Betreiber der Windenergieanlagen bekommen den produzierten Strom bezahlt, auch wenn er gar nicht in das Netz eingespeist werden kann. Das kostet den Stromzahler viele Milliarden Euro. Neue Windenergieanlagen sollten erst wieder zugelassen werden, wenn auch sichergestellt ist, dass der produzierte Strom in das Stromnetz eingeleitet werden kann. Dabei sollten Windenergieanlagen möglichst nahe an Umspannwerke oder bereits ertüchtigte Stromleitungen herangebaut werden. Die Verlegung neuer und zusätzlicher Erdkabel ist nicht nur sehr kostenintensiv, sondern auch von den Bodenverhältnissen her naturschutzfachlich äußerst problematisch. Auch aus diesem Grunde sollten nördlich der B 502 keine Windenergieanlagen geplant und gebaut werden. Ein weiteres Problem für Windenergieanlagen nördlich der B 502, nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek ist die Infrastruktur. Die Spurplattenwege sowie die unbefestigten Wege, die genutzt werden müssen, um Windenergieanlagen überhaupt bauen zu können, sind für den Schwerlastverkehr nicht ausgelegt. Sie müssten also ausgebaut werden, was zu einer weiteren nicht gewollten Versiegelung im Außenbereich und hier sogar im Landschaftsschutzgebiet führt. Ein Rückbau dieser Wegeflächen kann erst nach Ablauf der Gesamtlaufzeit der Windenergieanlagen erfolgen, weil aus Wartungsgründen und für den Ersatzteilaustausch immer wieder Schwerlastverkehr auf diesen Wegen erfolgen muss. Auch aus diesem Grunde sollten nördlich der B 502 keine Windenergieanlagen zugelassen werden. **Fazit: Aufgrund vorstehender Argumente, lehe ich die Errichtung von Windkraftanlagen in solchen Dimensionen in Küstengebieten ab!**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1339	Die Stellungnahmen finden Sie im Anhang [Folgendes eingefügt aus Anhang] **Stellungnahme im Rahmen der Beratungen zum Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein Regionalplanung Windkraft** **Vorbemerkung** Am 13.06.2024 hat die Landesregierung die Kriterien für die neue Wind-Regionalplanung veröffentlicht. Die Beteiligung der Öffentlichkeit startet ab dem 25. Juni 2024 und dauert bis zum 09.Sept. 2024. (Siehe Schleswig-Holstein plant. Reden Sie mit! https://bolapla-sh.de/). Die [redacted] gibt die hier zusammengestellte Stellungnahme ab. gez. [redacted] gez. [redacted] Erster Vorsitzender zweite Vorsitzende gez. [redacted] Fraktionsvorsitzender **Zusammenfassung Stellungnahme zur Regionalplanung Windkraft** 1. Es sind bereits genug Wind- und Photovoltaikanlagen installiert. Ohne ausreichend Stromnetze und Speicher führt der weitere Ausbau der Windkraft nur zu höheren Kosten, zu unsicherer Stromversorgung und zur Beeinträchtigung der Umwelt, Natur und Landschaft. 2. Optisch bedrängende Wirkung besser berücksichtigen.Der Mindestabstand der Potenzialfläche zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen soll statt 400 Meter mindestens 525 Meter betragen. 3. Abstand zu Wohn-, Erholungs- und überplanten Innenbereichen erhöhen.Der Mindestabstand zu Wohn- und Erholungsbereichen soll statt 800 Meter	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich unter Anderem auf die Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur), 4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* und *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffern 2.2 bis 2.5, 2.11, 4.1, 6.1 sowie 7.2.1, 7.2.3, 7.2.6, 7.2.12, 7.2.15 und 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mindestens 1000 Meter betragen.Der Mindestabstand zu überplanten Innenbereichen soll statt 1000 Meter mindestens 2000 Meter betragen 4. Gefahr von Havarien berücksichtigen. 5. Umzingelung verhindern. 6. Im LEP sollen die größeren Abstände des Helgoländer Papiers von 2007 bzw. die größeren Abstände aus neuesten Erkenntnissen gelten. Z.B. soll für den Rotmilan der vergrößerte Abstand von 1500 Meter gelten. 7. Bezüglich Denkmalschutzes sind anscheinend nur die Sichtachsen der UNESCO-Welterbestätte Hansestadt Lübeck berücksichtigt. Es sollten auch die Sichtachsen anderer Denkmäler aufgenommen werden. Weitere Details und Hinweise können dem nachfolgenden Sachverhalt entnommen werden. **Sachverhalt und Hinweise für die Stellungnahme zur Regionalplanung Windkraft** 1. **Es sind bereits genug Wind- und Photovoltaikanlagen installiert.a) Grundsätzliche Versorgungsproblematik**In Deutschland sind insgesamt rund 30.000 Windkraftanlagen mit einer installierten Leistung von über 70 GW in Betrieb. Sie haben im Schnitt der letzten Jahre etwa 130 TWh pro Jahr elektrische Energie erzeugt. Mit Abschluss des Jahres 2023 wurden in Schleswig-Holstein 3.169 Windenergieanlagen (WEA) mit einer Leistung von 8,37 GW betrieben. Noch nicht eingerechnet sind 383 Anlagen mit einer Leistung von 1,96 GW, die Stand 2023 genehmigt, aber noch nicht betrieben werden. Schleswig-Holstein ist also bereits überproportional mit Windkraftanlagen belastet.Da Windkraft- und auch Photovoltaikanlagen sehr schwankend einspeisen, mussten im letzten Jahr deutschlandweit etwa 10 TWh Strom abgeregelt werden. Der Strom durfte also erst gar nicht erzeugt werden. Gemäß den gesetzlichen Regelungen ist dieser Strom von der Allgemeinheit trotzdem zu bezahlen. Andererseits fehlt Energie, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Der weitere Ausbau der Windkraft verschärft das Problem der Volatilität.Diese Situation führt regelmäßig zu negativen Strompreisen, die sich beim Verbraucher als Kosten niederschlagen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Andererseits müssen wir Strom zu hohen Kosten importieren. Insgesamt führt dies zu den höchsten Strompreisen weltweit und zur Deindustrialisierung Deutschlands.**b) Aktuelles Versorgungsbeispiel**Das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE zeigt auf ihrer Internetseite die öffentliche Nettostromerzeugung. Nachfolgend ist die 34. Kalenderwoche [Diagramm: Öffentliche Nettostromerzeugung in Deutschland in Woche 34 2024]dargestellt. Regelmäßig übersteigt die Erzeugung den Wert der Last. Der überschüssige Strom ist im Ausland zu entsorgen oder abzuregeln. Stundenweise könnten wir die Last zu 100 % allein aus EEG-Anlagen decken. 2. **Optisch bedrängende Wirkung besser berücksichtigen**In der Vergangenheit ist man davon ausgegangen, dass bei einem Abstand, welcher der dreifachen Höhe der Anlage entspricht, die optisch bedrängende Wirkung vernachlässigt werden kann (3-H-Regel). Bei der damaligen Standard-Anlage mit einer Höhe von 150 Meter käme man auf einen Abstand von 450 Meter. Davon hat man den halben Rotordurchmesser abgezogen, so dass für die Potenzialflächen ein Mindestabstand zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen von 400 Meter entstand.Die heutigen Anlagen bauen wesentlicher höher. Üblich sind bereits Anlagen mit eine Höhe von 250 Meter und einem Rotordurchmesser von 165 Meter. Enercon baut im nordrhein-westfälischen Borchen-Etteln (Kreis Paderborn) gerade eine Anlage mit einem Rotordurchmesser von 175 Meter. Schleswig-Holstein hat für die Referenzanlage eine Höhe von 200 Meter und einen Rotordurchmesser von 150 Meter gewählt. Dies würde in Analogie zu bisher zu einem Abstand von rund 600 Meter führen (abzüglich halber Rotordurchmesser). Daraus leitet sich die nachfolgende Forderung ab.**Der Mindestabstand der Potenzialfläche zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen soll statt 400 Meter mindestens 525 Meter betragen.** 3. **Abstand zu Wohn-, Erholungs- und überplanten Innenbereichen erhöhen**Nach derzeitigem Planungsstand soll der Mindestabstand der Potenzialfläche von Wohn- und Erholungsbereichen 800 Meter betragen. Der Abstand zu überplanten Innenbereichen soll 1000 Meter betragen. Das ist zu gering. **Der Mindestabstand zu Wohn- und Erholungsbereichen soll statt 800 Meter mindestens 1000 Meter betragen.Zu überplanten Innenbereichen soll der Abstand statt 1000 Meter mindestens 2000 Meter**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	betragen. 4. **Gefahr von Havarien berücksichtigen**Beispiele von Unfällen und abgebrochenen Rotorblättern belegen, dass weitreichende Auswirkungen im Umfeld eines Windrads zu berücksichtigen sind. Beispielsweise können Landwirte in Alfstedt und Rotenburg ihre Felder nicht mehr normal bewirtschaften. Diese Fläche beträfe bei uns auch Dörfer, Häuser und Gärten. Allein deshalb sind die Abstände zu den Häusern zu vergrößern.https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/Erneut-Rotorblatt-im-Windpark- Alfstedt-abgerissen,windrad968.htmlhttps://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hallo_niedersachsen/Rotenburg-Abgerissene-Windrad- Rotorblaetter-sorgen-fuer-Unmut,hallonds77924.html 5. **Umzingelung verhindern**Bei der Regionalplanung ist zu beachten, dass Ortslagen nicht in unzumutbarer Weise von Windenergieanlagen umstellt werden.Die derzeitige Regelung ist nicht ausreichend genug, um Umzingelung zu verhindern. Die Städte und Gemeinden sollten mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten erhalten. 6. **Besondere Schutzgebiete und Vogelzug besser berücksichtigen**Die derzeitige Planungspraxis für Windkraftanlagen gefährdet seltene Vogelarten.Im „Helgoländer Papier“ der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW) sind 2007 Abstände zu Windkraftanlagen festgelegt worden. Diese wurden zwischenzeitlich verringert.Aufgrund neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse gibt es Empfehlungen, einige dieser Abstandsempfehlungen zu vergrößern. Beispielsweise empfiehlt man beim Rotmilan, den Mindestabstand von 1000 Meter auf 1500 Meter zu vergrößern. Die Windenergie- Lobby verhindert allerdings einen besseren Schutz der gefährdeten Vogelarten.**Im LEP sollen die größeren Abstände des Helgoländer Papiers von 2007 bzw. die größeren Abstände aus neuesten Erkenntnissen gelten. Für den Rotmilan soll der vergrößerte Abstand von 1500 Meter gelten.**In gesetzlich geschützten, flächenhaften, unmittelbar räumlich zusammenhängenden Biotopen mit einer Größe von insgesamt mindestens fünf Hektar sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen.**Der Wert sollte auf drei**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hektar gesenkt werden. 7. **Denkmalschutz verbessern**Bezüglich des Denkmalschutzes sind anscheinend nur die Sichtachsen der UNESCO Welterbestätte Hansestadt Lübeck berücksichtigt.Es sollten auch die Sichtachsen andere Denkmäler aufgenommen werden, für Bargteheide z.B. das Gut Jersbek mit dem Barockgarten.	
Gruppe ID: G1338 Anzahl: 7 (IDs: 1155, 1338, 1523, 1582, 1691, 1804, 1853)	**Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1** **Stellungnahme** 1. Ich wende mich gegen die Möglichkeit der Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) in Landschaftsschutzgebieten, indem man diese geschützten Naturräume vom weichen Tabu in die Abwägung verlagert. 2. Ich spreche mich dagegen aus, dass „Gebiete mit besonderer Eignung für Erholung und Tourismus“ für WEA freigegeben werden sollen. 3. Ebenso wende ich mich dagegen, dass der Abstand von WEA zu Naturschutzgebieten/FFH-Gebieten lediglich 100m bzw. 200m (wenn Fledermäuse nachgewiesen sind) betragen soll. 4. Ich spreche mich gegen die Referenzhöhe von WEA von 200m Gesamthöhe aus, die Grundlage der zukünftigen Windenergie-Regionalplanung sein soll. Es sollte dagegen eine Begrenzung der Höhe eines Windrades ausgesprochen werden, damit nicht Windparks mit „Mega-Windädern“ entstehen, die inzwischen 300m hoch sind. **Begründung:** **Zu 1.:** Der neue LEP-Wind und die Raumordnungspläne sollen dazu beitragen, *„... die Klimaschutzziele des Landes aus dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein (EWKG SH) zu erreichen*“ (Anlage 1 zu § 1 Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im LEP Wind VO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich unter Anderem auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel)*, *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)*, *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes und auf die Regionalplanung beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4, 1.5, 3.15, 3.17, 4.2, 4.3, 4.5, 4.8, 4.20 sowie auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.12, 7.2.14 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	an Land, S. 5). Dazu sollen durch die Windenergieplanung Treibhausgasemissionen gemindert werden, damit die globale Durchschnittstemperatur gesenkt wird. Es ist nachgewiesen, dass intakte Ökosysteme riesige Mengen an CO2 speichern und damit die Erderwärmung abdämpfen können: Bekannt sind Wälder, Moore und Auenlandschaften, die in Landschaftsschutzgebieten und FFH-Gebieten bewahrt, geschützt und gepflegt werden (Beispiel: Leschs Kosmos, „Terra X“-Sendung am 13.08.2024) Ein aktuelles Beispiel aus der WEA-Planung für die Gemeinde Brodersdorf/Kreis Plön: Im seit 2017 bestehenden Landschaftsschutzgebiet „Hagener Au“ plant ein Investor („Bürgerenergie“) drei 250m hohe WEA. Obwohl die Fläche ein Naherholungsgebiet mit einem beliebten Rundwanderweg abseits von den Stränden darstellt, hat die Gemeindevertretung Brodersdorf im April 2024 ein Zielabweichungsverfahren beim Land Schleswig-Holstein beantragt. Nordöstlich davon liegt der Biotopverbund und das FFH-Gebiet 1627-321 „Hagener Au“, und südöstlich davon begrenzt der Vertragsnaturschutz Wald im FFH-Gebiet 1627-321 die Windenergiefläche. Bei dem erwähnten FFH-Gebiet handelt es sich um eine Auenlandschaft und ein naturnahes Fließgewässer sowie um einen kleinen Schutzwald. Die WEA ist zurzeit ohne den geforderten Abstand zum FFH-Gebiet geplant. Vor etwa zwei Jahren ist ein Seeadler in das Landschaftsschutzgebiet umgezogen, um offensichtlich ungestört zu sein. Seit dem Frühjahr 2024 sitzen zwei junge Seeadler in seinem Horst. Rotmilane kreisen regelmäßig über das Gebiet, in dem die drei 250m hohen Windräder stehen sollen, und sind dort seit vielen Jahren ansässig. Im „Umweltbericht“ (Anlage 3 zu § 1der LEPWindVO, S. 81/82), wird der Seeadler als „windkraftsensibler“ Großvogel bezeichnet, für den ein Abstand von 2.000m gefordert wird (Einzelhorst außerhalb des Dichtezentrums für Seeadler). Im Umweltbericht wird ebenso auf S. 91 darauf hingewiesen, dass „im Umkreis um Brutplätze ausgewählter Großvogelarten ... der vorsorgende Artenschutz regelmäßig höher gewichtet werden soll als die Interessen an einer Windenergienutzung.“ Die geplante Aufweichung der Tabukriterien hat dazu geführt, dass die Planungen des Investors für die WEA kaum Rücksicht auf den Adlerhorst oder die Rotmilane nehmen. Die Abstände sind zu knapp bemessen oder werden unterschritten, in der Hoffnung,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dass die Planungen in der Einzelfallprüfung akzeptiert werden. **Zu 2.:** Das Landschaftsschutzgebiet „Hagener Au“ liegt außerdem in einem „Gebiet mit besonderer Erholungseignung.“ (Quelle: Dienstleistungszentrum des Bundes für Geoinformation und Geodäsie, Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes S-H, INGRID vom 21.04.2024, 14:12). Der Kreis Plön sprach sich 2018 in diesem Zusammenhang gegen die Darstellung von Potential- oder Vorrangflächen in diesem Raum aus und verwies auf den Freihaltebereich von 3.000m entlang der Küstenlinie. In der Stellungnahme des Kreises Plön aus dem Jahre 2018 heißt es: *„Im Bereich der Ostseeküste im Kreisgebiet Plön stehen die möglichen Vorteile der Errichtung von Windkraftanlagen in einem Missverhältnis zu den zu erwartenden Nachteilen. Die strukturellen Nachteile für den Kreis bestehen darin, dass die Attraktivität des Küstenstreifens für Touristen und Naherholungssuchende ebenso sinkt wie für gewerbliche Unternehmen des Fremdenverkehrs. Windräder werden mittlerweile als Industrialisierung der Landschaft empfunden und stehen touristischen Nutzungen entgegen. Zudem droht ein Verlust der Attraktivität des nördlichen Kreisgebietes für Menschen, die bewusst einen Wohnstandort in der Nähe des Naturraums Küste suchen.“* (Quelle: Anlage zur Vorlage 128/18 - Beschlussvorschlag Stand 9.10.2018 Seite 1 von 17 Stellungnahme des Kreises Plön _ zum 2. Entwurf im Verfahren zur Teilaufstellung des Regionalplans II - Sachthema Wind im Verfahrensschritt der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 5 Abs. 5 Landesplanungsgesetz (LaPlaG) und § 10 Raumordnungsgesetz (ROG)) Ebenso findet sich in der aktuellen „Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“ auf S. 35 unter der Überschrift „Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung“ folgende Aussage: *„Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen die Erfordernisse der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie der Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung berücksichtigt werden.“* Es ist irritierend, dass in der Karte „Potenzialflächen für Windenergiegebiete in SH“ genau das Landschaftsschutzgebiet „Hagener Au“ in Brodersdorf im „Gebiet mit besonderer Erholungsneigung“ als mögliche Fläche für WEA blau eingezeichnet ist.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mehrere Schutzgüter sprechen dagegen, trotzdem liegt der Gemeinde Brodersdorf ein Antrag von Investoren vor, und dem Ministerium ist der Antrag offensichtlich bekannt. **Zu 3.** Generell sollte der Abstand der WEA zu Naturschutzgebieten/FFH-Gebieten aus o. g. Gründen deutlich höher sein. **Zu 4.** Die Investoren argumentieren, dass die höheren Windräder der neuen Generation wirtschaftlicher sind. Die von „Mega-Windrädern“ ausgehen Umweltfolgen /-schäden sind wenig erforscht und versprechen aufgrund der Erfahrungen mit niedrigen Anlagen nichts Gutes. Die Angabe einer Referenzhöhe von 200m in einem (ehemaligen) Landschaftsschutzgebiet widerspricht allen Schutzmaßnahmen für Menschen, Tiere, Pflanzen und Umwelt, die in den letzten Jahrzehnten erarbeitet und mühselig umgesetzt worden sind. MEGA-Windräder können außerdem zu einer „Verunstaltung“ eines (Landschaftsschutz-) Gebietes führen. Im „Umweltbericht“ zum LEP Windenergie wird die Gefahr der „groben Verunstaltung des Landschaftsbildes“ auf Seite 72 als Problem genannt, das man jedoch in der Einzelfallprüfung korrigieren kann: *„...in der später notwendigen Einzelfallprüfung von Vorranggebieten Windenergie (sollen) Landschaftsschutzgebiete, Naturparke und regionale Grünzüge berücksichtigt werden. Dadurch können erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen im Sinne einer groben Verunstaltung der Landschaft durch WEA auch bei einem allgemeinen, aber gesetzlich verpflichtenden Verzicht auf eine Höhenbegrenzung deutlich reduziert werden.“* (Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, S. 72) Die Bewertung der Gefahr einer groben Verunstaltung des Landschaftsbildes sollte generell eine Vorgabe und nicht nur im Rahmen einer Einzelprüfung relevant sein. Der Bau und Erhalt einer WEA geht mit monatelangem Schwerlastverkehr (Geruchs-, Schmutz- und Lärmbelästigung !!!) mit über 1.000 Bewegungen pro Windrad einher. Unbefestigte Wege und Spurplattenwege in einem besonders hochwertigen Naturraum müssen auf ca. 5m verbreitert und asphaltiert werden. Wertvolle Knicks (gesetzlich	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	geschützte Biotope) werden gerodet, so dass man sie nicht mehr aufbauen kann. Die Zufahrtswege führen über kleine Straßen in den Dörfern dicht an den Wohnhäusern vorbei (siehe Brodersdorf). Die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger, die im LEP Windenergie Erwähnung findet, ist vor Ort zurzeit nicht gegeben, da die ersten Anträge von WEA-Investoren („Bürgerenergie“) nicht überzeugen konnten. Da helfen auch keine finanziellen Anreize und angebotenen Ausgleichsmaßnahmen, wie Reitwege oder Basketballkörbe, die die Gemeinde erhalten soll. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine Windplanung im Sinne des LEP Windenergie in Landschaftsschutzgebieten mit den Anforderungen des Landschafts- und Naturschutzes, der Umwelt, der Erholung, des Tourismus und der Denkmalpflege sowie mit der Lebenssituation, den Bedürfnissen und der Gesundheit der Menschen (im Kreis Plön) nicht vereinbar ist.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1322	Ich lehne jeglichen weiteren Zubau von Pv und Windkraft ab .	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1468	S.g.D.+.H, anbei unsere Stellungnahme gegen die Windenergie-Potentialfläche in Barsbek- 1. Es macht keinen Sinn weitere Windräder zu erstellen, solange der Abtransport des Stromes wegen der fehlenden Leitungen in den Süden nicht möglich ist.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.5, 7.2.15, 7.3, 7.2.11, 4.1, 4.9, 7.2.14, 7.2.9, 7.2.13 und 4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2. Jedes weitere Windrad erhöht für uns in SH die Strompreise, weil die Netzentgelte nur in SH anfallen und berechnet werden. Solange keine Verrechnung über ganz Deutschland erfolgt, sollten keine weiteren Windräder erstellt werden. 3. Windräder in der jetzt geplante Größe beeinträchtigen Bewohner in der Nähe durch dauerhafte Geräusche, Verschattung und Disco-Effekt 4. Der Wert unserer Gebäude und Immobilien sinkt in der Nähe der Windrädern um bis zu 30% 5. Die Vogel- und Fledermaus Bestände werden zerstört weil die Tiere Windrädern dieser Größe nicht ausweichen können, sie sehen sie einfach nicht und werden geschreddert. Darunter Adler, Kraniche und Milane 6. Der Boden wird durch die bis zu 8m tiefen Fundamente dauerhaft zerstört, ebenso durch die Zufahrt der schweren Fahrzeuge mit den Windrad-Teilen dauerhaft verdichtet 7. Die Abtragungen von den Rotoren verschmutzen die Umwelt mit Plastik und PFAS 8. Die Entsorgung der Windräder nach dem Ende der Laufzeit ist nicht geregelt, die Kunststoff-Flügel verrotten auf Deponien und verschmutzen weiterhin die Umwelt 9. Die Fundamente der Windräder werden nach dem Ende der Laufzeit nicht entfernt sondern verbleiben im Boden 10. Naturschutzgebiete werden unwiederbringlich zerstört da die Windräder ja auch in Naturschutzgebieten gebaut werden 11. Der ständige Luftstrom der Rotoren trocknet das Land um die Windkraftanlagen zusätzlich aus Als [redacted] gegen die Ausweisung weiterer Flächen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	für Windräder und gegen die Errichtung weiterer Windkraftanlagen, besonders der projektierten Anlagen in Barsbek-Passade [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2546	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde Nindorf, 25704 im Kreis Dithmarschen spreche ich mich gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in unserer Gemeinde sowie im Kreis Dithmarschen aus. Eine Akzeptanz für den weiteren Windkraftausbau gibt es in Dithmarschen nicht. Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2543	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung 2021 - Änderung	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde 25719 Barlt im Kreis Dithmarschen spreche ich mich gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in unserer Gemeinde sowie im Kreis Dithmarschen aus. Eine Akzeptanz für den weiteren Windkraftausbau gibt es in Dithmarschen nicht. Mit freundlichen Grüßen	Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2722	Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 hier: Potentialflächen in den Gemeinden (Grauel, Meezen und Poyenberg) Sehr geehrte Damen und Herren, in meiner Stellungnahme zum o.g. LEP möchte ich die Chance nutzen meinen Unmut und mein Unverständnis mitzuteilen, da die Landeregierung mit diesem neuerlichen Entwurf mal wieder viele wissenschaftliche Erkenntnisse übergeht und einfach neue Regeln aufstellt. In Ihrer jetzigen Teilfortschreibung sind leider wieder alle Flächen enthalten, die bereits im vorherigen Verfahren aufgrund vielfältiger Gründe sich zu Recht als ungeeignet erwiesen. Als Beispiel sei das Niederungsgebiet der Buckener Au genannt, welches sich im Tal zwischen Gräuel, Meezen und Poyenberg befindet. Im gesamten Tal herrscht ein hohes Großvogelaufkommen, insbesondere Seeadler, sodass es hier sich eindeutig um ein schützenswertes Gebiet handelt, welches frei bleiben sollte von Industrieanlagen wie Windkraftanlagen. Zusätzlich handelt es sich hierbei um einen charakteristischen Landschaftsraum, den es zu erhalten gilt. Hier darf es zu keiner Industrialisierung dieser Flächen durch Windkraftanlagen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich enthält die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 1.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Weiterhin werden in der Stellungnahme Hinweise / Argumente genannt, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 2.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Außerdem beinhaltet die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffern 4.5.1 und 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Ein weiterer Teil der eingereichten Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.4 (Boden und Wasser)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	kommen. Folgende Gründe sprechen grundsätzlich gegen den o.g. Landesentwicklungsplan: 1. vernetzte Naturschutzflächen Mit dem Niederungsgebiet der Buckener Au, welches sich als tiefliegendes Gebiet zwischen den Gemeinden Meezen, Grauel, Silzen und Poyenberg befindet, haben wir hier eine ganz besondere Fläche, auf der eine große Artenvielfalt vorherrscht. Ob es die dort lebenden Schwäne, Kiebitze und große Brachvögel sind oder als Nahrungshabitat für Großvögel wie z.B. Schwarzstorch, Seeadler, Uhu, Rotmilan und Mäusebussard, nutzen diese das Niederungsgebiet nicht nur als Nahrungshabitat, sondern vernetzen mit Ihren zahlreichen Überflügen folgende Gebiete miteinander: Fischteiche und Waldgebiet Waldhütten - Fischteiche Gräuel - Waldgebiet Jahrsdorfer Balken (Ochsenweg) - FFH Gebiet Schierenwald - Poyenberger Kamp (renaturierte Kiesgruben) In diesen Gebieten gibt es einige Brutnachweise der o.a. Vogelarten, sodass es hier zwangsläufig zu einem Tötungsdelikt kommen würde, sofern die Potentialflächen im Niederungsgebiet der Buckener Au als Vorrangfläche für Windenergie ausgewiesen werden würden. 2. Brutvorkommen Weißstörche In Meezen und Gräuel befinden sich zwei überaus langjährige und erfolgreiche Ansiedelungen von Weißstörchen. Beide Horste befinden sich in unmittelbarer Nähe zu den Potentialflächen zwischen Meezen und Grauel. Das ganze Jahr über werden sämtliche Grünflächen und vernässte Bereiche von den Weißstörchen als Nahrungshabitat genutzt. Auch Fremdstörche finden sich immer wieder auf den Flächen ein, um hier Nahrung und Flüssigkeit aufzunehmen. Zeitweise kann man hier 10-20 Weißstörche gleichzeitig beobachten. 3. fehlende Naturschutzgebiete gern. EU-Vorgabe Gern. EU-Beschluss muss das Land auf 20 % aller Landes- und Meeresflächen Maßnahmen treffen, um das Ökosystem zu stärken. Hierzu gilt es insbesondere Flächen mit einander zu vernetzen, (siehe auch Artikel aus shz Landeszeitung vom 03.07.24 „neue Zeitrechnung für mehr Artenschutz“ - https://www.shz.de/deutschland-	5.9 der allgemeinen Synopse verwiesen. Schließlich wird auf die Ziffer 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	welt/schleswiQ-holstein/artikel/nature-restoration-law-diese-folqen-hat-es-in-schleswia-holstein-47312790) Gemäß folgendem Kartenausschnitt aus „Digitaler Atlas Nord“ kann man gut erkennen, dass die Fläche des Naturparks Aukrug in dieser Region die letzte Möglichkeit ist einen Korridor für die Natur zu erhalten, um eine Nord-Süd-Vernetzung zu gewährleisten. Überall im Randbereich sind schon Windkraftanlagen errichtet, jedoch NICHT im erwähnten Korridorbereich der Naturparkfläche (siehe rote Markierung). Bei einer Errichtung von neuen Windkraftanlagen genau in diesem Bereich wäre die einmalige Möglichkeit verbaut hier eine dauerhafte Vernetzung von Naturschutzflächen zu ermöglichen. (Abbildung) 3. Umzingelung einzelner Gemeinden Durch den erheblichen Zubau von Windkraftanlagen werden viele Gemeinden eine gewisse Umzingelung erfahren, was es zu verhindern gilt. Als Beispiel sei die Gemeinde Gräuel genannt. Hier wird die Gemeinde aufgrund seiner geographischen Lage aktuell und in naher Zukunft eine erhebliche Mehrbelastungen in puncto Lärm, Verkehr, Geruch und Versiegelung erfahren, als es jetzt schon ist. Im Bereich Hohenwestedt Böternhöfen ist kurz- und mittelfristig eine Vergrößerung des vorh. Industriegebietes geplant. Da sich dieses Gebiet nördlich und nordwestlich von Gräuel befindet, wird hier bei der bevorzugten Windrichtung Nordwest entstehender Lärm und möglicherweise Geruchsbelästigung das Dorf zusätzlich belasten. Die bereits vorhandenen Industrieflächen zeigen schon heute, dass umherfliegender Müll und starke Geruchsbelästigungen von keiner Behörde bzw. Eigentümer ernst genommen werden und die Bürger damit allein gelassen werden. Ein Teil der neu geplanten Flächen werden ebenfalls vom gleichen Eigentümer bebaut, sodass hier mit einer weiteren, zusätzlichen Belastungen für die Bürger zu rechnen ist. Im südwestlichen Bereich befindet sich das Asphaltwerk VAM, welches durch seinen Lieferverkehr zu einer hohen Verkehrsbelastung in der Region führt. Ferner ist durch die Lichtanlagen auf dem Betriebsgelände ebenfalls eine nicht unerhebliche Belastung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	durch Lichtsmog wahrzunehmen. In dem Kartenausschnitt der Potentialflächen ist mit 1 das Industriegebiet Böternhöfen zu erkennen, welches in naher Zukunft weiter in Richtung Westen wachsen wird. Mit 2 ist das Asphaltwerk VAM markiert. In Summe würde sich zusammen mit den Potentialflächen eine großflächige Umzingelung der Gemeinde Grauel ergeben, die so für alle Bürger eine unzumutbare Beeinträchtigung darstellen würde. (Abbildung) 4. Geotope (Abbildung) Diese Karte gern. Kapitel 4.5.1 soll nicht zur Planung für „Windenergie an Land“ herangezogen werden. Dies halte ich für einen großen Fehler, da hierin große Flächen für schützenswerte Geotope enthalten sind, die nicht berücksichtigt werden sollen. Zusätzlich wurde das gesamte Gebiet des FFH-Gebiets Schierenwald nicht berücksichtigt. Hier sollte man nicht auf Kosten der Windenergieplanung plötzlich alle Grundsätze über den Haufen schmeißen und diesen schützenswerten Bereich verkleinern bzw. ganz vergessen. Sämtliche Potentialflächen, die zwischen Grauel, Meezen und Poyenberg liegen, werden von der großen Geotop-Fläche abgedeckt, sodass es hier zwangsläufig zu einem Widerspruch kommen muss. 5. Phantomstrom: Diese Graphik sagt alles!! Über 3.200 GW !!! abgeregelter Strom nur in Schleswig-Holstein grenzt schon an kriminelle Naivität. Solange sich dieser Zustand nicht ändert, muss es der Landesregierung verboten sein auch nur noch ein zusätzliches Windrad aufzustellen. Die Bürger müssen nicht nur die Windräder ertragen, sondern auch noch die Kosten für diesen Wahnsinn zahlen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Abbildung) 6. Reduzierung der Abstandsregeln von Großvögeln Im Entwurf des LEP ist auf Kosten des Artenschutzes eine erhebliche Reduzierung der Abstände zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel vorgenommen worden. Dies widerspricht dem „Neuen Helgoländer Papier“, welches die Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten gemeinsam erarbeitet und verabschiedet haben. Dies entspricht einer Streichung langjähriger, wissenschaftlicher Erkenntnisse, was so nicht zulässig ist. 7. Grundlage Ihres Entwurfs Als Grundlage Ihres Entwurfs liegt eine Referenzanlage zu Grunde, die eine Anlagenhöhe von 200 m hat. Dies soll den Stand der Technik widerspiegeln. Jedoch werden jetzt schon und erst recht in Zukunft Anlagen mit einer Höhe von mind. 250 m errichtet. Als Beispiel soll auch hier Gräuel genannt werden, wo der Gemeindevertretung bereits diese Anlagenhöhe vorgestellt wurde. Größere Anlagen sind in Planung und sollen 350 m erreichen. Somit entbehrt Ihr Entwurf jeglicher Realität und muss somit komplett verworfen und überarbeitet werden. Fazit: Vor über 20 Jahren sind wir bewußt in diese Region gezogen, um für uns und unsere Kinder eine naturnahe und ruhige Zukunft gestalten zu können, fernab der großen Städte und Industrien. Nachdem nun das Industriegebiet Böternhöfen der Gemeinde Hohenwestedt nördlich von Gräuel immer größer wird und uns mit Lärm, Gestank und Verunreinigung mit Plastikmüll immer dichter kommt und uns als Gemeinde belastet, wollen Sie nun auch auf der südlichen Seite mit überflüssigen Windindustrieanlagen die Natur, die Landschaft und die Menschen in dieser kleinen Gemeinde über Maß belasten. Sämtliche Gemeinden, die der Windenergie positiv gegenüber stehen und einen Ausbau befürworten, sollten bevorzugt den Zuschlag für Vorrangflächen erhalten und hier berücksichtigt werden. Hier könnte man z.B. auf die Gemeindeöffnungsklausel als Hilfsmittel zurückgreifen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Jedoch sollten die Gemeinden, die Ihr Gebiet für schützenswert erachten und eher ablehnend dem LEP gegenüberstehen, hier keine Berücksichtigung finden. Wr wünschen uns von der Landesregierung einen echten Masterplan, der nicht nur der Windenergie-Lobby möglichst viele Aufträge verschafft, sondern die vor Ort produzierte Energie möglichst vollumfänglich nutzbar macht und weder verschenkt noch abgestellt werden muss. Vorher darf es keinen weiteren Ausbau bei der Windenergie geben. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2281	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Eine Stellungnahme zu Windkraftanlagen im Kontext von Havarien (Unfällen und technischen Störungen) erfordert eine detaillierte Auseinandersetzung mit den potenziellen Risiken, den Ursachen und den notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung und Bewältigung solcher Ereignisse. Havarien bei Windkraftanlagen sind selten, können aber erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt, die Anwohner und die Infrastruktur haben. ### 1. **Havarierisiken bei Windkraftanlagen** - **Mechanische Ausfälle**: Havarien können durch mechanische Ausfälle wie den Bruch von Rotorblättern, Turmschäden oder Getriebeprobleme verursacht werden. Solche Vorfälle können durch Materialermüdung, Produktionsfehler oder extreme Wetterbedingungen (z.B. starke Stürme) ausgelöst werden. - **Brände**: Windkraftanlagen können in seltenen Fällen Feuer fangen, meist infolge von elektrischen Defekten oder durch Blitzschlag. Brände in großer Höhe sind schwer zu löschen und können eine erhebliche Gefahr für umliegende Gebiete darstellen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.7, 7.2.1, 7.2.8 und 7.1.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- **Eiswurf**: In kalten Regionen besteht das Risiko, dass sich Eis auf den Rotorblättern bildet und bei deren Rotation abgeworfen wird. Dies kann eine Gefahr für Menschen, Tiere und Gebäude in der Nähe darstellen. ### 2. ^Sicherheitsmaßnahmen und Prävention** - **Technische Standards**: Moderne Windkraftanlagen müssen hohen technischen Standards entsprechen, um die Wahrscheinlichkeit von Havarien zu minimieren. Dies umfasst die Verwendung hochwertiger Materialien, regelmäßige Wartungen und Inspektionen sowie die Implementierung von Überwachungssystemen, die potenzielle Probleme frühzeitig erkennen. - **Notabschaltsysteme**: Windkraftanlagen sind in der Regel mit automatischen Notabschaltsystemen ausgestattet, die bei ungewöhnlichen Betriebsbedingungen (z.B. Überdrehzahlen, Vibrationen, Überhitzung) die Anlage automatisch stoppen, um größere Schäden zu verhindern. - **Blitzschutz und Brandschutz**: Um das Risiko von Bränden zu minimieren, sind Windkraftanlagen mit Blitzschutzsystemen und Brandschutzvorrichtungen ausgestattet. Regelmäßige Wartung und Inspektion dieser Systeme sind entscheidend für ihre Wirksamkeit. ### 3. **Reaktion auf Havarien** - **Notfallpläne**: Für den Fall einer Havarie müssen detaillierte Notfallpläne vorhanden sein. Diese sollten Maßnahmen zur sofortigen Schadensbegrenzung, Evakuierungspläne für betroffene Gebiete und Kommunikationsstrategien mit der Öffentlichkeit umfassen. - **Risikokommunikation**: Es ist wichtig, dass die Betreiber der Windkraftanlagen transparent über potenzielle Risiken und die getroffenen Sicherheitsvorkehrungen informieren. Anwohner und lokale Behörden sollten über die Notfallpläne und die vorgesehenen Maßnahmen im Fall einer Havarie informiert sein. - ^Schadensersatz und Haftung**: Im Falle einer Havarie müssen klare Regelungen zur Haftung und zum Schadensersatz bestehen. Betreiber von Windkraftanlagen sind in der Regel verpflichtet, ausreichende Versicherungen abzuschließen, um die Kosten von Havarien und den daraus resultierenden Schäden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	abzudecken. ###4. **Standortwahl und Abstandsregelungen** - **Abstände zu Wohngebieten und Infrastrukturen**: Bei der Planung von Windkraftanlagen sollten Sicherheitsabstände zu Wohngebieten, Straßen, Stromleitungen und anderen wichtigen Infrastrukturen eingehalten werden. Diese Abstände verringern das Risiko, dass bei einer Havarie Menschen oder wichtige Anlagen gefährdet werden. - **Risikoanalyse bei der Standortwahl**: Eine gründliche Risikoanalyse im Vorfeld der Standortwahl kann potenzielle Gefahren erkennen und dazu beitragen, Standorte zu wählen, die ein geringeres Havarie Risiko aufweisen und im Falle eines Schadens keine Belastung für Anwohner darstellt. Ein gebrochenes Rotorblatt hat eine Reichweite im Flug von 955 m(Frauenhofer Institut) das sollte in die Abstandberechnungen von Siedlungsflächen eingebracht werden. ### 5. **Regelmäßige Überwachung und Instandhaltung** - ^Kontinuierliches Monitoring**: Moderne Windkraftanlagen sind oft mit Sensoren ausgestattet, die den Zustand der Anlage in Echtzeit überwachen. Solche Systeme können frühzeitig auf Verschleiß oder technische Probleme hinweisen, sodass präventive Maßnahmen ergriffen werden können. - **Regelmäßige Inspektionen und Wartungen**: Die Durchführung regelmäßiger Inspektionen und Wartungen ist entscheidend, um das Risiko von Havarien zu minimieren. Dabei sollten besonders belastete Komponenten wie Rotorblätter, Getriebe und die Turmstruktur sorgfältig geprüft werden. ### 6. **Beteiligung der Öffentlichkeit** - **Transparenz und Information**: Anwohner und Interessengruppen sollten regelmäßig über den Betrieb, die Sicherheitsmaßnahmen und die Vorkehrungen zur Vermeidung von Havarien informiert werden. Dies kann dazu beitragen, das Vertrauen in die Windkraftprojekte zu stärken und Ängste zu mindern. - **Feedback-Mechanismen**: Es sollte ein Mechanismus vorhanden sein, durch den Anwohner Bedenken oder Beobachtungen bezüglich der Sicherheit der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftanlagen melden können. Diese Rückmeldungen sollten ernst genommen und gegebenenfalls untersucht werden. ### Fazit: Havarien bei Windkraftanlagen sind zwar derzeit selten, aber potenziell schwerwiegend. Daher ist es entscheidend, dass bei der Planung, dem Bau und dem Betrieb von Windkraftanlagen umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden. Regelmäßige Wartungen, klare Notfallpläne und eine transparente Kommunikation mit der Öffentlichkeit sind unerlässlich, um das Vertrauen in Windkraftprojekte zu erhalten und gleichzeitig die Risiken für Mensch und Umwelt so gering wie möglich zu halten. Durch den starken Zuwachs an WKAs in naher Zukunft werden auch die Havarien bei WKAs ansteigen. Es sollte auch betrachtet werden wer welche Kosten davon trägt. Wie lange muss der „Erbauer der WKAs" die Wartungen etc. durchführen und übernehmen. Wie läuft das bei möglichen Pleiten. Bei Havarie Schäden ist ein kontaminierter Boden zu erwarten, wer trägt die Kosten für Reinigung und Schadenersatzzahlungen an Bauern bzw. Anwohner. Es ist viel Raum um aus diesen Punkten, Kriterien für den neuen Kriterienkatalog zu bilden. Wir sollten weiter das Ganze im Auge haben. Die Rettung der Erde, die Rettung des Klimas und das sollte über einen Weg erfolgen der nicht mehr Schaden anrichtet. Es sollte weiterhin ein ordentlicher Kriterienkatalog erstellt werden, der eine wahrheitsgetreue Beurteilung der Flächen zulässt und dem Bewohner und Anwohner des Landes Schleswig-Holsteins die Möglichkeit gibt Anhand von ordentlichen Kriterien ,Stellung zu beziehen. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen,	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2640	Sehr geehrte Damen und Herren, Ich habe starke Bedenken gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung. Meine Einwände betreffen vor allem folgende Punkte:	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.12, 4.2, 4.5, 4.20, 7.3, 5.4, 7.2.11 und 2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich befürchte, dass unsere Kulturlandschaft durch noch mehr Windkraftanlagen in einem Umfang beeinträchtigt wird, der einer Vernichtung der vorhandenen Natur- und Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen gleichkommen würde. Ich möchte, dass die vorhandenen Schutzgebiete für die ökologische und ökonomische Entwicklung des Fremdenverkehrs erhalten bleiben. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ferner habe ich Bedenken, dass die Brutplätze der geschützten Seeadler, Rotmilane und anderer Großvogelarten durch die riesigen Anlagen ungeschützt werden und der bestehende Schutz der Großvögel damit unwirksam wird. Nicht zuletzt geht es mir auch um den Erhalt meiner - und aller anderen Betroffenen - Gesundheit. Ich befürchte dass die Qualität des Trinkwassers aus unserem Brunnen durch Absenkung des Grundwasserspiegels für die Fundamente der Windkraftanlagen vermindert wird. Darüber hinaus Befürchte ich, dass Schattenwurf, Ultraschall, Lichtverschmutzung den erholsamen Schlaf beeinträchtigt. Ich befürchte dass ich durch die Riesenwindräder gesundheitlichen Schaden nehme. Außerdem bin ich überzeugt, dass meine Immobilie im Außenbereich erheblich an Wert verliert, während die Landbesitzer erhebliche Profite einstreichen können. Ich halte dies für sozial unausgewogen und befürchte dass der soziale Frieden in der Dorfgemeinschaft gefährdet wird. Ich erwarte, dass aus diesem und den zuvor genannten Gründen die gleiche Abstandsregelung für Einzelhäuser und Splittersiedlungen gilt.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1318	Es ist pure Willkür, den Planungabschnitt zwischen Weseby und Ausacker nach Votum 2016 wieder in die Planung aufzunehmen und zeigt den sittlichen Verfall der politischen Akteure. Ich spreche mich gegen jegliche weiteren Windkraftanlagen aus, weil diese das Landschaftsbild verschandeln, ökologisch eine Katastrophe sind, über die Baumaterialien die Unterdrückung in der 3. Welt fördern und die verbliebene Lebensqualität auf dem Lande zerstören. Ergänzend sind die gesundheitlichen Effekte zu nennen, welche zutiefst gegen diese Technologie sprechen. Diese Energietechnologie ist reines Lobby-Pampern und hat mit Fortschritt oder	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Ökologie rein gar nichts zu tun. Noch besser wäre es, die bestehenden Anlagen abzureißen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1317	Hiermit nehme ich Stellungzum Regionalplan Wind .In der Gemeinde Ecklak gibt es vier Windeignungsflächen PR3,Ste 054 liegt im Nordosten der Gemeinde .Einen Teil der Fläche ca.18 ha hat die Gemeinde für einen Solarpark der durch ein Bürgerbegehren zustande gekommen ist belegt .In diesen Gebiet befindet sich auch ein geschütztes Biotop .Die Planungsräume 066 und 067 sind zu klein oder liegen in einen Boitop.DerPlanungsraum PR3,Ste,060 auf den schon 3 WKA stehen wird in der Gemeinde positiv gesehen .Auch die Gemeindevertretung hat durch die Beschlüsse auf ein Repowering einer Anlage ein Positives Votum Abgegeben und beabsichtigt die gesamte Potenzialfäche durch die Gemeindeöfnungsklausel ein Repowering zu größeren Anlagen zu schaffen .Hier ist eine Ausweisung der gesamten Potenzialfläche zielführend.Der zur Zeit noch bestehende avifaunistische Schutzstaus ist durch ein nicht Rechtssichen Städtebaulichen Vertrag abgeleitet der bereits gekündigt ist und auch nicht mehr von der Gemeinde gewollt .Somit gibt es aus meiner Sicht keinen Grund 060 nicht im vollen Umfang auszuweisen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1316	Sehr geehrte Damen und Herren, als Einwohnerin der Insel Pellworm ([redacted]) möchte ich zu dem o. a. Verordnungsentwurf Stellung nehmen, und zwar vor folgendem Hintergrund: Der Gemeinde Pellworm liegt der Projektantrag einer in Gründung befindlichen „Pellwormer Windenergie-Gesellschaft“ vor. Ziel des Antrages ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, um neue Windkraftanlagen auf der Insel am Tiefwasseranleger und in der Mitte des Süderkoogs errichten zu können. Dazu möchte ich als Bewohnerin der Insel meine Bedenken vortragen. Die Insel ist eingebettet in den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer. Viele Küstenvögel leben und brüten auf der Insel; zudem ist die Insel ein wichtiger Rastpunkt für vieler Zugvögel. Da die Bestände vieler Vogelarten (u.a. Kiebitz, Säbelschnäbler, Austernfischer, Rotschenkel) seit Jahren rückläufig sind, sollten meiner Ansicht nach keine weiteren Windkraftanlagen auf Pellworm aufgestellt werden,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	besonders nicht im Bereich der Pütten und des Deichs, was allerdings dann der Fall wäre. Auch denke ich, dass die Fledermauspopulation ebenso geschützte werden sollte – auch wenn es sich dabei nicht um große Kolonien handelt. Neben dem Vogelschutz ist auch nicht zu vergessen, dass es sich um eine beliebte Ferieninsel handelt, deren Gäste den weiten Blick über das Land und die Ruhe lieben. Wenn die Windmühlen an den geplanten Orten errichtet werden, dann wäre es in der Nähe des Zentrums und die Windmühlen wären eine massive Störung im Landschaftsbild. Als weiteren Punkt, den es zu bedenken gibt, möchte ich darauf verweisen, dass die Insel Biosphären Reservat ist (und „Sterneninsel“) und weitere Windkraftanlagen passen nicht zu diesem Konzept. Pellworm ist als Vorranggebiet nicht vorgesehen in der Landesplanung. Aus guten Gründen! Weitere Windkraftanlagen auf der Insel sollten nicht zugelassen werden! Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1315	Keine weiteren Flächen für Windenergie frei geben. Hört endlich auf mit eurem Irrsinn.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1314	Ich frage mich, wie sinnvoll die neue Planung der Windkraftgebiete in Schleswig-Holstein ist. Es werden derzeit diverse neue Gebiete für Windkraftanlagen ausgewiesen und geprüft. In Dithmarschen gibt es ja bereits 5 % der Fläche, die mit Windkraftanlagen bebaut sind. Diese Windkraftanlagen kommen ja doch in die Jahre und werden dann mit leistungsstärkeren und höheren Windkraftanlagen ersetzt (Repowering). Wie sind diese zusätzlichen Gigawatt in der jetzigen Planung berücksichtigt? Ich möchte eine detaillierte Berechnung sehen, die genau aufzeigt, was die derzeitigen Windkraftanlagen zur Zeit leisten und eine Hochrechnung, was diese in der Zukunft	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffer 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	leisten werden. Dann möchte ich eine zweite Berechnung sehen, was die neu geplanten Windkraftanlagen leisten sollen. Abschließend möchte ich sehen, wie diese Berechnungen zusammengeführt werden. Durch das Repowering wird die derzeitige Fläche mit Windkraftanlagen erweitert, da diese höher sind als die alten. Dadurch wird mehr Fläche benötigt. Ich möchte eine genaue Berechnung sehen, wie diese Repowering in dem Windflächenplan berücksichtigt werden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1313	Ich frage mich, wie objektiv die Mitarbeiter in den Ministerien sind. 3,3 % der Fläche sollen mit Windkraftanlagen überzogen werden. In Dithmarschen stehen bereits auf 5 % der Fläche Windkraftanlagen. Wenn man durch Dithmarschen fährt, insbesondere Richtung Nordsee hat man subjektiv aber den Eindruck, dass bereits mind. 20 % der Flächen mit Windkraftanlagen bebaut sind. Ich bin in Dithmarschen aufgewachsen. Das Besondere an dieser Landschaft ist dieser weite Blick. Man konnte früher das Auge schweifen lassen über diese unbebaute Landschaft. Hier hat man Ruhe und Frieden gefunden. Leider ist dieses Gefühl schon jetzt zerstört worden Man fühlt sich eher an eine Industrielandschaft erinnert. Dithmarschen hat mit 5 % der Flächen mit Windkraftanlagen das Ziel bereits übererfüllt und darf nicht weiter mit Windkraftanlagen bebaut werden. Ich fordere die Mitarbeiter der Ministerien auf, dieses Argument auch entsprechend in ihrer Planung zu berücksichtigen. GENUG IST GENUG	Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1312	Ich frage mich, was in den Mitarbeitern der Ministerien so vorgeht. Die Mitarbeiter werden gut bezahlt, aber sie haben auch ein Gewissen und sollten über einen gesunden Menschenverstand und analytisches Denkvermögen verfügen. Wahrscheinlich wohnen sie nicht in der Nähe von einer Windkraftanlage. Daher ist es für sie leicht, die Planung	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.3 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der neuen Gebiete zu erstellen. Alle Gegenargumente zählen dann nicht mehr. Es geht sogar soweit, die betroffenen Menschen mit dem Argument zu konfrontieren, dass der Blick von dem eigenen Wohnhaus auf eine Windkraftanlage zu ertragen sein soll, da höhere Ziele erfüllt werden müssen. Sämtliche gesundheitlichen Risiken werden verschwiegen. Die Mitarbeiter in den Ministerien nehmen diese gesundheitlichen Risiken der Bewohner dieses Landes in Kauf. Außerdem treiben sie die Spaltung der Bewohner dieses Landes voran. Windfrieden gibt es hier in diesem Land nicht mehr! Aber die Mitarbeiter in den Ministerien werden sich am Ende ihres Lebens vor Gott zu verantworten haben. Es wird auf sie zurückfallen, dass sie nicht im Sinne der Menschen und der Natur gehandelt haben.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1311	Ich frage mich, wie die Mitarbeiter in den Ministerien ihre eigene Planung verantworten können. Es gibt Ziele von der Bundesvorgabe, aber das Land Schleswig-Holstein will diese Ziele sogar vorzeitig erfüllen: 2 % sollen bereits 2027 statt in 2032 erfüllt sein. Es gibt hierfür absolut keinen triftigen Grund. Es sind bereits die Ziele der Bundesregierung in Frage zu stellen. Schon heute stehen diverse Windkraftanlagen still, obwohl genügend Wind weht. Da langjährige Verträge mit den Windkraftbetreibern bestehen, werden diese auch erfüllt, wenn kein Wind weht. Es sind bisher mind. 10 Mrd. Euro in 2024 an die Windkraftbetreiber geplant zu zahlen. Ich habe Betriebswirtschaft studiert. Unter Wirtschaftlichkeitsberechnungen ist dies nicht zu rechtfertigen. Das Geld zahlt der Steuerzahler. Aber es ist ja so einfach, fremdes Geld auszugeben. Ein kleines Unternehmen kann sich solche Fehlentscheidungen nicht leisten. Leider gibt es hier keinen Lerneffekt in den Ministerien. Stattdessen werden in naher Zukunft noch diverse weitere Windkraftanlagen geplant. Für diese Anlagen steht heute schon fest, dass der erzeugte Strom keine Verwendung finden wird. Es gibt derzeit keine Batteriespeicher noch Stromtrassen in den Süden. Warum wird nicht erst daran gearbeitet, den jetzt erzeugt Strom auch zu verwenden. Das bedeutet, dass Schritt 1 (Erweiterung Windkraftanlagen) immer weiter durchgeführt wird und Schritt 2 (Speicher und Trassen) nicht in die Umsetzung kommt. Welch ein Irrsinn, Ressourcenverschwendung und Zerstörung unserer Natur, der Tiere und der Gesundheit der Menschen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.4.1, 7.2.6, 7.2.10 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1309	Ich bin gegen die Windkrafträder in Heidmühlen. Außerdem sind in diesen Bereichen ,Seeadler,Störche und weiter Vogelarten die vom	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	aussterben bedroht sind .	
Gruppe ID: G1306 Anzahl: 2 (IDs: 1139, 1306)	Sehr geehrte Damen und Herren, bitte finden sie im Anhang meine Stellungnahmen zum Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land für die Potentialflächen PR3_STE_059 Brokstedt Kiebitzflehr PR3_SEG_063 Brokstedt Lüdwigshöhe. Beste Grüße [redacted] [redacted] [redacted] Betreff Neuaufstellung des Regionalplans zum Thema Windenergie, 4. Beteiligungsverfahren Juni 2024 – August 2024, PR3_SEG_063 Brokstedt Ludwigshöhe Sehr geehrte Damen und Herren, ich nehme Bezug auf den 4. Entwurf der Neuaufstellung des Regionalplans zur Ausweisung von Windenergievorrangflächen. Der Regionalplan als Planungsinstrument der Raumordnung soll die nachhaltige Ordnung, Entwicklung und Sicherung von größeren Gebietseinheiten ermöglichen. Ziel ist, die optimale Nutzung des Lebensraumes unter Ausgleich aller Interessen zu gewährleisten. Darum ist es Aufgabe der Raumplanung, eine gesellschaftlich getragene Energiewende mit dem Recht auf gesunde Wohnverhältnisse sowie dem Erhalt ungestörter Natur- und Kulturlandschaften für die nachfolgende Generation in Einklang zu bringen. Dieses Ziel sehe ich durch die am 24.06.2024 veröffentlichte Planung zu Windenergiepotentialflächen als nicht mehr erreichbar an. Um Brokstedt herum befinden	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	sich bereits drei Windparks, - Brokstedt-Willenscharen, PR3_STE_082 - Hardebek-Hasenkrug, PR3_SEG_079 - Hardebek, PR3_SEG_063, Planungsgebiet - Brokstedt/Störkathen, PR3_STE_059 - Fitzbek,nördlich PR3_STE_086, Planungsgebiet mit derzeit 37 Windkraftanlagen (WKA) sowie 2 weitere Planungsgebiete. Ich fordere daher in der Windenergiepotentialfläche - PR3_SEG_063 Teil Brokstedt Ludwigshöhe keine weiteren Windenergieanlagen (WEA) zu errichten. - PR3_SEG_063 Teil Brokstedt Ludwigshöhe Interferenzen / Umzingelung / Riegelwirkung Der Abstand der WEA zum Bereich der Gemeinde Brokstedt (Drosselweg, Kiebitzflehr, u.a.) von ca.1500 m führt zu erheblichen Belastungen durch Schallimmissionen. Dies ist zu berücksichtigen, sollte es zu einer erneuten Diskussion um die Errichtung weiterer WEA auf dieser Fläche kommen. Studien zeigen, dass die TA-Lärm im Hinblick auf die Schallimmissionsprognose bei Windenergieanlagen überholt ist und nicht den heutigen Stand von Wissenschaft und Technik repräsentiert. Vor diesem Hintergrund wäre die Errichtung von weiteren WEA auf dieser Fläche als Abwägungsfehler zu betrachten. Schallinterferenzen jeglicher Wellenlängen bei dem Betrieb von WEA sind mit ihren Auswirkungen auf Mensch und Umwelt nicht eindeutig erforscht. Es besteht die Einschätzung, dass durch die Aufstellung von WEA auf PR3_SEG_063 Teil Brokstedt Ludwigshöhe und den Flächen von PR3_STE_086, PR3_STE_082 sowie PR3_STE_059 eine Riegelwirkung kreisförmig um Brokstedt herum entsteht. In der Gesamtbetrachtung würde die Umzingelung im Verbund nahezu 360 Grad betragen. Allein schon aus diesem Grund ist auf die Aufstellung von WEA in diesem Gebiet zu verzichten. Datenblatt: Auszug aus Google-Earth mit Windpotentialflächen um Brokstedt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Abbildung) - PR3_SEG_063 Teil Brokstedt Ludwigshöhe Trinkwassergefährdung Die ausgewiesene Windpotentialfläche PR3_SEG_063 Teil Brokstedt Ludwigshöhe hat sehr große Überschneidungsflächen mit dem Wassereinzugsgebiet des Wasserwerks (WW Wasserwerk) Brokstedt. Die Aufstellung weiterer WEA führt unmittelbar zu einer Konfliktsituation mit dem Wassereinzugsgebiet. Das ausgewiesene Trinkwassergewinnungsgebiet steht im Konflikt mit der Windpotentialfläche. Bild: Das WW Brokstedt im Einfluss durch WEA Gelb umrandet das Wassereinzugsgebiet des WW Brokstedt (Abbildung) Das Wassereinzugsgebiet ist damit einer erheblichen Gefährdung ausgesetzt, ist aber aufgrund der regionalen Versorgung mit Trinkwasser besonders schützenswert. Das Wassereinzugsgebiet ist damit einer erheblichen Gefährdung ausgesetzt, ist aber aufgrund der regionalen Versorgung mit Trinkwasser besonders schützenswert. Oberflächennahes Grundwasser (8 – 10m Tiefe) liefert den weitaus größten Anteil unseres Trinkwassers, so auch hier. Grundwasser ist deshalb besonders als Trinkwassergrundlage geeignet, weil die Niederschläge auf ihrem langen Weg durch die verschiedenen Erd- und Gesteinsschichten auf natürliche Weise gefiltert und die natürlichen Reservoire durch die Bodenüberdeckung vor Oberflächenverschmutzung i.d.R. bestmöglich geschützt werden. Bereits eine Kernbohrung birgt in sich jedoch die konkrete Gefahr, dass (isolierende) Bodenschichten durchstoßen und irreparabel hydraulisch kurzgeschlossen werden, wodurch bislang getrennte Grundwasserströme kaskadieren können und so eine systemschädliche Drainagewirkung entfalten, womit die Filtrationsschichten ihrer Aufgabe nicht mehr gerecht werden können. Aus Untersuchungen der Technischen Hochschule Aachen geht hervor, dass Beton ausgelaugt wird und Schwermetalle (u.a. Blei, Vanadium und Chrom), die im Beton enthalten sind, in die Umgebung gelangen. Für die Gehalte an Schwermetallen im Baubeton existieren nicht einmal verbindliche Grenzwerte. Durch den Kontakt zwischen Beton und dem (häufig sauren) Boden werden mit dem versickernden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Oberflächenwasser insbesondere Arsen, Zink, Chrom (Chromat VI), Cadmium, Quecksilber und Vanadium in tiefere und mithin besonders sensible Schichten ausgeschwemmt. Siehe hierzu auch: Einfluss der Chromatreduzierung auf das Auslaugverhalten von Beton, A. Vollpracht, W. Brameshuber. Diese Stoffe sind im Grundwasser nicht nützlich. Gerade aus bereits abgebundenen Betonfundamenten von WEA diffundieren gefährliche Schadstoffe permanent in den Boden. Minderungsmaßnahmen greifen hier nicht, da derzeit verfügbare Beton-Abdichtungen, z. B. Kunststoffe auf Acrylamidbasis oder Silikon, selbst wiederum hochgiftig sind. Beim Institut für Bauforschung in Aachen hat man durch Zugabe von Eisen(II)-sulfat oder Zinn(II)-sulfat die Überführung von Chromat VI in die - weniger gut in Wasser lösliche - Oxidationsstufe Chromat III erforscht. Allenfalls im noch nicht verfestigten Zustand des Betons waren gewisse Verbesserungen wahrnehmbar, während beim Festbeton sogar eine signifikante Zunahme der Kontaminierung verzeichnet werden musste. Das bedeutet, die Freisetzung von Chromat VI aus Festbeton wird von einer Chromatreduktion nicht beeinflusst! Dabei ist Chrom, wie oben bereits aufgezählt, nur einer der zahlreichen Schadstoffe, die aus den ausgehärteten Betonfundamenten sukzessive über Jahre hinweg ausgelaugt werden. Die Schwermetallabgabe von Beton wurde daher in den vergangenen Jahren verstärkt erforscht. Siehe dazu auch Umweltverträglichkeit von Beton - Einflüsse auf die Freisetzung von Spurenelementen im Auslaugversuch, Johannes Pfingsten, Düsseldorf, Anya Vollpracht, Aachen, Gerhard Spanka, Jörg Rickert, Düsseldorf. Betone sind - durch den Herstellungsprozess bedingt (Mitverbrennung von Sonderabfällen in den Zementöfen, u.a. auch WEA-Flügel aus Carbonfasern) - gelegentlich sogar noch bedeutend stärker mit Schwermetallen belastet, als ihre Ausgangsstoffe. Neben alldem wird das Grundwasser beim Bau von Windrädern auf Flächen aber auch durch mittelbare Effekte für lange Zeit sehr wesentlich beeinträchtigt. Unbedingt zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die Bodenverdichtung infolge der umfangreichen Bauarbeiten im Zuge des Baus von Windparks. Als Nebenwirkung entsteht durch die sog. Nitrifikation eine Nitratproblematik, die im Extremfall - durch chemische Reduktion - das gesundheitsschädliche Nitrit erzeugt. Dazu als Negativbeispiele: Ulrichstein (Vogelsberg; LKr. Gießen), da wurden gemeindliche Trinkwasserbrunnen durch Windradfundamente unwiederbringlich(!) vergiftet. (Gießener Allgemeine v. 10.09.2015) In Waldbrunn (Westerwald) musste die Feuerwehr im Februar 2017 das weitere Versickern einer immensen Lache von Öl verhindern, die im Zuge der dortigen Bauarbeiten entstanden und durch das befasste Bohrunternehmen einfach sich selbst überlassen worden war. Selbst sog. "Bio-Öl" fügt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	den im betroffenen Quellsumpf vorkommenden Mikroorganismen irreparablen Schaden zu. Für viele im Wasser lebende Tiere sind bereits geringste Mengen toxisch. In der Gemarkung Fürfeld, PLZ 55546 (bei Bad Kreuznach) werden seit 2013 und 2014, damit seit dem Bau des dortigen Windparks, plötzlich deutlich erhöhte Mengen von Blei und Vanadium im Grundwasser registriert. Der unschätzbare Wert reinen Trinkwassers ist durch keine, auch noch so hohe Ausgleichszahlung an eine Gemeinde oder an sonst wen aufzuwiegen. Anmerkung Für den Windpark wird Beton in der Größenordnung 3500t/WEA benötigt, damit je nach Anzahl WEA zwischen 17.500t (5 WEA) und 24.500t (7 WEA) verarbeitet. Die zu erwartende Chromatmenge bewegt sich damit auf der Fläche in der Größenordnung von mehreren Kilogramm. Dies stellt ein nicht vertretbares Risiko gegenüber den betroffenen Menschen der Region Amt Kellinghusen und darüber hinaus für den Kreis Steinburg dar. Die erforderliche Tiefgründung benötigt zusätzlich ca. vierzig bis sechzig 15 - 30 Meter lange Betonpfeiler, die in den Boden gerammt hydraulische Schichten kurzschließen. Aus diesen Gründen ist auf den Bau weiterer WEA in diesem Teilabschnitt zu verzichten. Grundsätzlich die Forderung: 1. Keine WEA in Wasserschutzgebieten oder in unmittelbarer Nähe zu Wassereinzugsgebieten. Keine WEA in die Fassungsbereiche von Quellen und Brunnen und nicht in die Kategorie III, III A – mindestens 500 Tage und III B – 2.500-3.500 Tage Fließzeit des Grundwassers vom äußeren Rand der Schutzzone bis zur Fassung. 2. Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) sind in jeglicher Form von Wasserschutzgebieten und Wassereinzugsgebieten sowie in deren Fassungsbereichen und auch in Grundwasser-Vorbehaltsgebieten durch zwingende wasserrechtliche Genehmigungsverfahren zu ergänzen. 3. Generelle Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)-Pflicht für Windenergieanlagenprojekte in sensiblen Gebieten (Wassereinzugsgebieten) konsequent bereits ab der ersten Anlage. Am 12. Dezember 2023 ist die neue Trinkwassereinzugsgebieteverordnung in Kraft getreten, mit der Wasserversorger und Behörden zu einem Risikomanagement der Einzugsgebiete von Entnahmestellen für die Trinkwassergewinnung verpflichtet werden. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) hat hierzu eine Pressemitteilung veröffentlicht. Alle betroffenen Wasserversorger haben nun bis zum 12. November 2025 Zeit für folgende Aufgaben:	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Bestimmung und Beschreibung des Einzugsgebietes einer Wassergewinnungsanlage • Gefährdungsanalyse und Risikoabschätzung • Festlegung eines Untersuchungsprogramms für Grund-, Oberflächen- und/oder Rohwasser mit den gemäß der identifizierten Gefährdungen überwachungsrelevanten Parametern • Zusammenfassung der zu diesem Untersuchungsprogramm bereits vorliegenden Untersuchungsergebnisse sowie • Übermittlung einer Dokumentation all dieser Aktivitäten an die zuständigen Behörden in elektronischer Form Betroffen sind alle Betreiber von Wassergewinnungsanlagen, aus denen im Durchschnitt pro Tag mindestens 10 m³ Wasser entnommen oder mit der mindestens 50 Personen versorgt werden. Die zuständigen Behörden müssen dann auf Basis der vorgelegten Dokumentation bis zum 12. Mai 2027 Maßnahmen zur Verhinderung und Beherrschung der vom Betreiber identifizierten und priorisierten Risiken festlegen. Wasserschutzgebiete werden überwiegend zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung festgesetzt. Als öffentliche Wasserversorgung wird die der Allgemeinheit dienende Wasserversorgung bezeichnet, die eine Aufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge ist (§ 50 Abs. 1 WHG, Wasserhaushaltsgesetz). Das Grundwasservorkommen muss dabei schutzbedürftig, schutzwürdig und schutzfähig sein. Eine Schutzbedürftigkeit liegt vor, wenn es wahrscheinlich ist, dass das Grundwasservorkommen ohne Schutzanforderungen in seiner Eignung als Trinkwasser beeinträchtigt wird. Dies trifft insbesondere zu, wenn sich das Grundwasservorkommen in der Nähe von dicht besiedelten Gebieten, Industrie, Bergbau, Verkehrsanlagen oder Bereichen mit landwirtschaftlicher Nutzung befindet. Das Vorkommen ist schutzwürdig, wenn das Grundwasser als Trinkwasser geeignet ist (einwandfreie Beschaffenheit), das Grundwasserdargebot ausreichend ist und die Trinkwasseraufbereitung weitgehend auf natürliche Weise erfolgt. Die Schutzfähigkeit bezeichnet die langfristige Gewährleistung der Schutzwürdigkeit durch die aufgestellten Verbote, jedoch ohne eine unverhältnismäßige Beschränkung der Rechte Dritter. Daher muss abgewogen werden, ob die möglichen Schutzbestimmungen geeignet sind, das Schutzziel zu erreichen oder ob das Schutzziel mit vertretbarem Aufwand auch auf anderen Wegen sichergestellt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden kann. Da das Grundwasser durch eine Vielzahl von Stoffen, Anlagen und Handlungen beeinträchtigt werden kann, gibt es für die verschiedenen Schutzzonen unterschiedliche Verbote, Auflagen und Nutzungsbeschränkungen. Die nachfolgend aufgeführten Grundwassergefährdungspotentiale sind dabei je nach Entfernung, Fließzeit des Grundwassers zur Trinkwassergewinnungsanlage, bodenkundlichen und hydrogeologischen Verhältnissen unterschiedlich zu bewerten und den einzelnen Schutzzonen zuzuordnen: physikalische Beeinträchtigungen, künstliche radioaktive Stoffe, chemische Beeinträchtigungen, Nitrat, Sulfat, Chlorid, Schwermetallverbindungen, nicht oder schwer abbaubare organische Stoffe, PAK, BTEX, HKW (z.B. PCB, PCP, Dioxine), LHKW, PBSM, Dünger, Mineralöle, sonstige anorganische Stoffe (z.B. Arsen-, Aluminiumverbindungen), Tenside u.ä., biologische Beeinträchtigungen; Abfall, Abwasser, Klärschlamm, Eintrag von Luftschadstoffen in Boden und Gewässer, sekundäre Prozesse während der Sicker- und Fließvorgänge. (Abbildung) Bereits mit der Vorlage von Grundstücknutzungsverträgen werden zu erbringende Leistungen des Rückbaus von WKA nicht eingehalten. Durchzuführende Rückbauten werden auf eine Tiefe von 2m begrenzt, die restlich verbauten Materialien sollen bewusst im Boden verbleiben. Die gesetzliche Regelung für Altfundamente findet sich in § 35 des Baugesetzbuches, Absatz 5: Die nach den Absätzen 1 bis 4 zulässigen Vorhaben sind in einer flächensparenden, die Bodenversiegelung auf das notwendige Maß begrenzenden und den Außenbereich schonenden Weise auszuführen. Für Vorhaben nach Absatz 1 Nr. 2 bis 6 ist als weitere Zulässigkeitsvoraussetzung eine Verpflichtungserklärung abzugeben, das Vorhaben nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung zurückzubauen und Bodenversiegelungen zu beseitigen. Dies bedeutet einen vollständigen Rückbau der Fundamente. Kosten und Durchführung solcher Rückbauten sind z. Zt. technisch und kommerziell nicht geklärt. In Heute ausgeführten Verträgen wird der Rückbau bis 2m Tiefe vertraglich geregelt, für die restlichen Kosten müssen später die Landbesitzer aufkommen (ca. 6,5% der Bausumme einer WKA). Ein vollständiger Rückbau ist einzufordern und zu überprüfen. Damit wird eindeutig gegen die Wasserrahmenrichtlinie verstoßen: es gilt ein Verschlechterungsverbot für Oberflächen- und Grundwasser. Allein schon aus diesem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Grund ist auf die Aufstellung von WEA in diesem Gebiet zu verzichten. - PR3_SEG_063 Teil Brokstedt Ludwigshöhe Gefahr durch Brand Risikoanalyse / Risikominimierung / Brandgefahren / Löschwasserbevorratung Für evtl. geplante WEA ist eine umfangreiche Risikoanalyse durchzuführen mit dem Ziel der Risikominimierung, Bestimmung von Brandlasten und Brandgefahren sowie einer notwendigen Löschwasserbevorratung. WEA brennen selten. Falls es doch geschieht, wird es für Immobilien oder Waldflächen in der Umgebung gefährlich, denn an exponierten Standorten fehlt es meist an Löschwasser. Feuerwehren können im Einzelfall ein Reservoir einfordern. Bei einem Brand können, ja nach Windstärke und Windrichtung bis zu 1000m Entfernung Glasfaserteile (Mineralfasern) am Boden verstreut sein. Mit Hilfe einer Wärmebildkamera muss dann das Gebiet per Helikopter und Drohne weiträumig auf Glutnester abgesucht werden. Die Schadenssumme kann dabei bis in Millionenhöhe gehen. Aufgrund des geringen Abstandes zu bewohnten Gebieten ist eine Risikoanalyse hier zwingend vorzusehen und eine Risikoversicherung seitens möglicher WEA-Betreiber vorzuhalten. Brände können insbesondere in der Gondel, im Turm und in der Umspannstation entstehen. Typische Ursachen sind Blitzschlag, Fehler in elektrischen Einrichtungen, Funkenflug durch Überlastung mechanischer Bremsen sowie feuergefährliches Arbeiten im Rahmen von Wartungs- und Reparaturarbeiten. Brennbare Komponenten sind Elektrokabel, Getriebe-, Transformator- und Hydrauliköle, das - Maschinenhaus selbst wie auch die meist aus glasfaserverstärktem Kunststoff gefertigten Rotorblätter. Windanlagenbetreiber müssen per Gesetz kein Löschwasser bereithalten. Grundsätzlich ist das Vorhalten von Löschmitteln Aufgabe der Gemeinden, wie auch das Aufstellen, Ausrüsten und Unterhalten einer Feuerwehr - geregelt in den Feuerwehrgesetzen der Bundesländer. Doch wo die Zumutbarkeit bzw. Leistungsfähigkeit einer Kommune endet, kann sie im Zuge der Baugenehmigung z. B. das Bereitstellen dezentraler Löschwasserreserven fordern. Denn ein öffentliches Netz mit Hydranten ist weit entfernt von den exponierten Standorten einer WEA, Löschwasserteiche lassen sich oft nur schwer oder im Wald schlecht realisieren und Tanklöschfahrzeuge, falls bei der Feuerwehr vorhanden, sind nicht für jedes Gelände geeignet. Die Kreisbehörde sollte bei der Prüfung festlegen, dass im Außenbereich die Eigentümer einer WEA für die ausreichende Bereitstellung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	geeigneter Löschmittel verantwortlich sind. Empfehlenswert ist, dass Anlagenbetreiber den vorbeugenden Brandschutz und das Anlegen von Löschwasservorräten vorab mit ihrer Versicherung klären. Geeignet wären an entlegenen Standorten unterirdische Behälter aus Stahlbeton gemäß DIN 14230 gebaut und mit Trink- oder Regenwasser gefüllt. In DIN 14230:2012-09 „Unterirdische Löschwasserbehälter“ sind Anforderungen an künstlich angelegte überdeckte Löschwasser-Vorratsräume mit Löschwasserentnahmestelle festgelegt. Außerdem wurden neben den Anforderungen zur Form und zur Auslegung der Löschwasserbehälter auch Regelungen zur Löschwasserentnahmestelle getroffen. Diese Norm wurde vom Arbeitsausschuss „Anlagen zur Löschwasserversorgung einschließlich Wandhydranten“ (NA 031-03-05 AA) des Normenausschusses Feuerwehrwesen (FNFW) im DIN erarbeitet. In Deutschland waren Ende 2015 fast 26.000 Windenergieanlagen in Betrieb. Laut Angaben des Bundesverbandes Windenergie e.V. ist es in den Jahren zuvor an sechs (2012), sieben (2013) bzw. vier (2014) WEA zu einem Brand gekommen; hierbei konnte ein Übergreifen der Feuer auf die Umgebung stets verhindert werden. Nach Informationen der Bundesinitiative Vernunftkraft e. V. sind in den darauf folgenden Jahren drei (2015), acht (2016), vier (2017), neun (2018) WEA in Brand geraten. Entstehungsbrände können sich auf das Maschinenhaus sowie auf die Rotorblätter ausbreiten und zu einem Totalschaden führen. Besonders die Gemeinden Hasenkrug und Armstedt liegen in der Hauptwindrichtung und könnten im Brandfall stark kontaminiert werden. Risikoabschätzung und Risikoversicherung müssen beim Betrieb von möglichen WEA durchgeführt bzw. vorgehalten werden. - PR3_SEG_063 Teil Brokstedt Ludwigshöhe Gefährdung menschlichen Lebens Von einem Großteil der Bevölkerung Brokstedts wird die Fläche PR3_SEG_063 Teil Brokstedt Ludwigshöh als Naherholung genutzt. Sollten sich, verursacht durch welche Gründe auch immer, WEA Teile, speziell Eiswurf oder Flügel von den WEA lösen, so entstehen Gefährdungen menschlichen Lebens durch herabfallende Teile, bisher schon geschehen am 30.09.2019, Wriedel, Niedersachsen: Rotorblatt im Windpark abgebrochen. In dem Fall der Flügelablösung und Zerstörung wird die Umgebung durch Glasfaserstäube belastet. Dies ist für die Bewohner aller umliegenden Gemeinden wie Brokstedt, Hasenkrug, Armstedt, sowie Hardebek extrem gefährlich. Mit Hauptwindrichtung Südwesten werden die Stäube unmittelbar in die angrenzenden Gemeinden getragen. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zu diesem Thema ist	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unbedingt auszuführen. Der Betreiber möglicher WEA ist dazu zu verpflichten, eine Risikoversicherung für den Fall vorzuhalten Aus diesen Gründen ist auf den weiteren Bau von WEA auf diesen Gebieten zu verzichten. - PR3_SEG_063 Teil Brokstedt Ludwigshöhe Nähe zum Naturpark Aukrug Der Naturpark Aukrug ist ein 380 Quadratkilometer großer Naturpark im Zentrum des Bundeslandes Schleswig-Holstein im Landesteil Holstein (Kreise Rendsburg-Eckernförde und Steinburg). Die naturnahen Wälder mit den für den Naturpark typischen Quellen, Fließgewässern und Teichen bieten Lebensräume für viele bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Im Aukrug beheimatet sind u. a. der Schwarzstorch, der Uhu, viele Arten von Fledermäusen, der Rotmilan, die Knoblauchkröte und der Bergmolch. Für Schleswig-Holstein einzigartig sind auch die wildgewachsenen Arnikawiesen. Die ausgewiesenen Flächen sind von Wäldern, den Landschaftsschutzgebieten Joachimsquelle und Boxberg, dem Hennstedter Holz, dem Schierenwald sowie zahlreichen Gewässern und Quellen umgeben. Sehr nahe – in nur 600 Metern Entfernung – liegt das EU–Vogelschutzgebiet Schieren-Wald. Aus Veröffentlichungen des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) geht hervor, dass das gesamte Gebiet eine besondere Bedeutung für Fledermäuse, Greif– und Großvögel hat. Der Naturpark Aukrug wurde im Sinne des Welt–Dachverbandes Bird Life International als „Important Bird Area“ eingestuft. Laut Landes-Umweltbericht besteht für das Tal der Buckener Au ein artenschutzrechtlicher Vorbehalt und eine Prüferfordernis für neun (!) in der Region lebende, nach dem BNatSchG § 7 Abs. 2 streng geschützte und somit planungsrelevante Tier- und (Groß)-Vogelarten. Es handelt sich um den Seeadler, Rotmilan, Schwarzstorch, zwei Weißstorchpaare, 9 Fledermausarten, Uhu, Großen Brachvogel, Kiebitz und Graugans mit ihren Brut-, Rast-, Nahrungshabitaten, Flugkorridoren und Rückzugsräumen. Auch Kraniche sind vor Ort. (Abbildung) Die ausgewiesenen Potentialflächen liegen im kürzesten Abstand ca. 3000m zum Naturpark. Von einer Verbindung zwischen Naturpark und Potentialfläche ist grundsätzlich auszugehen. Mit dem Bau von WKA auf den ausgewiesenen Potentialflächen würde auch in den Naturpark eingegriffen, die vorkommenden Vögel und Fledermäuse in diesem geschützten Gebiet sind aufgrund kurzer Distanz zwischen Naturpark und ausgewiesenen Potentialflächen in Gefahr. Die Erholungswirkung des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Naturparks Aukrug für Einwohner und Touristen, insbesondere als Naherholungsgebiet durch die Nähe zu Hamburg, würde durch den Bau der WKA stark beeinträchtigt. - PR3_SEG_063 Teil Brokstedt Ludwigshöhe Gemeinde Brokstedt Geplante Siedlungsentwicklung der Gemeinde Brokstedt Im Rahmen der gemeindlichen Entwicklung stünden Erweiterungen des Baugebietes Suhrenbrooksweg in Konflikt mit möglichen WEA auf der Potentialfläche. Schon der dann geringe Abstand von ca. 800 - 900m ist als kritisch anzusehen. Dies betrifft sowohl die visuelle Wahrnehmung geplanter WKA als auch deren SchallImmissionen, die dann in der Größenordnung 75 - 80dB im Neubaugebiet betragen können. Beeinflussung der Gesundheit Im Grundgesetz Artikel 2 wird jedem Bürger die körperliche Unversehrtheit garantiert. Die Gesundheit ist unser höchstes Gut. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass die WKA nicht hörbaren tieffrequenten Schall verursachen. Mögliche Auswirkungen dieses sogenannten Infraschalls sind: Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Migräne, Ohrendruck, Tinnitus, Schwindelgefühle, Ruhelosigkeit, unscharfes Sehen, schnelle Herzfrequenz, Konzentrationsmangel, Gedächtnisprobleme, Übelkeit, Reizbarkeit, Angstzustände (aus: http://umweltmessung.com/wpcontent/uploads/2015/06/Machen-Windkraftanlagen-krank.pdf). Die folgenden drei Abschnitte „Emittierter Schall von Windkraftanlagen“, „Messverfahren und Messwertanalyse“, „Die Wechselwirkung zwischen Körper- und Luftschall“ sind aus dem Script von Artinger/Johannsen/Müller zum Hagen/Töpperwien, 2016. Emittierter Schall von Windkraftanlagen Die rechtlichen Grundlagen für die Genehmigung und den Betrieb von WKA entsprechen nicht mehr dem Stand des Wissens und der Technik. • Nach TA Lärm (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm) soll die Berechnung der Immissionspegel in Oktaven, in der Regel für die Mittenfrequenzen 63 bis 4000 Hz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erfolgen. Ein großer Teil der Schallleistung von WKA wird aber im tieffrequenten Bereich emittiert (0,1 – 10 Hz). Diese Schallleistungen der WKA bleiben unberücksichtigt. • Tieffrequenter Schall unter 10 Hz wird nach den derzeitigen Richtlinien nicht gemessen, aber gerade im Bereich 0,1 bis 8 Hz treten beim Betrieb von WKA hier charakteristische Frequenzen auf. • Der Schalldruckpegel des tieffrequenten Schalls unter 125 Hz wird in der derzeitig üblichen A-Bewertung unterschätzt. Neue Erkenntnisse im In- und Ausland sind bei den bisherigen Veröffentlichungen staatlicher Stellen und bei den behördlichen Entscheidungen in Deutschland nicht eingeflossen. • Tieffrequenter Schall wird bei den Gefahrenabwägungen nicht berücksichtigt. Gerade dieser tieffrequente Schall hat nach neuesten Erkenntnissen erhebliche Auswirkung auf die Gesundheit. Die andauernde Einwirkung auf den Menschen stört und schädigt die Gesundheit der Betroffenen, insbesondere während der für die Erholung unabdingbaren, nächtlichen Schlafphase. Heutige Windkraftanlagen sind mit jenen der Anfänge aus den 1990er / 2000er Jahren (Windpark Brokstedt/Willenscharen und Quarnstedt/Störkathen) technisch und akustisch nicht mehr zu vergleichen. Wurden damals Anlagen vorwiegend im norddeutschen Flachland gebaut, die ca. 80m bis 100m hoch waren und über Leistungen von 0,5MW bis 2MW verfügten, werden heute Anlagen mit deutlich über 200m Höhe bei Leistungen bis 7,6 MW errichtet (aktuelle E-126 Enercon WKA). Technische Normen aus den Anfängen der Windenergie sind mittlerweile nach einhelliger Meinung namhafter Experten überholt, da sie weder die veränderten technischen Randbedingungen noch die resultierende gesundheitliche Belastung der Anwohner hinreichend berücksichtigen. Messverfahren und Messwertanalyse Die derzeit noch gültigen, jedoch nach einhelliger Fachmeinung technisch überholten Vorschriften fokussieren sich primär auf die Bewertung von deutlich hörbarem Lärm (TA-Lärm von 1998 und DIN 45680 Stand 1997 sowie im Entwurfsstand von 2013). Diese Betrachtungsweise wird den akustischen Randbedingungen von großen Windkraftanlagen nicht gerecht, da weder Infraschall unter 10 Hz noch schmalbandige tonale Spitzen gemessen bzw. berücksichtigt werden. Körperschall findet überhaupt keine Beachtung. Genau diese Faktoren sind jedoch diejenigen mit gesundheitlicher	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Relevanz. • Von Windkraftanlagen wird zweifelsfrei Infraschall und tieffrequenter Schall mit sehr speziellen Frequenzmustern emittiert, der sich von dem sonstigen Infraschall und tieffrequenten Schall (z.B. Wind, Kraftfahrzeuge, Lkw, Traktoren der Lohnunternehmer, Güterzüge und Personenzüge der Deutschen Bahn) in seiner spektralen Zusammensetzung und Wirkdauer erheblich unterscheidet. Dies gilt insbesondere für die neuen Anlagen der 2 bis 7,6 Megawatt Klasse (150 bis deutlich über 200 Meter hoch). • Große Windkraftanlagen emittieren Frequenzen bis 0,1 Hz herab (Wellenlänge 3.400 m), welche bei den bisher angewendeten Normen, Mess- und Auswertemethoden unterdrückt oder gar nicht erfasst werden. Die durchweg festgeschriebene Terz- bzw. Oktav-Analyse mittelt zudem einzelne Frequenzspitzen weg. • Tonale Spitzen der Einzelfrequenzen werden bei der heute üblichen Praxis der Mittelwertbildung in Terz-/Oktav-Spektren weggemittelt. In einer hochauflösenden Fourieranalyse sind diese Spitzen deutlich zu erkennen und heben sich um mehr als 10 dB vom allgemeinen Geräusch ab. Diese tonalen Anteile (Frequenzspitzen) im Schallspektrum wirken dabei störender und schädlicher als breitbandiges Rauschen. •Die Wechselwirkungen zwischen Körper- und Luftschall sind in den heutigen Normen nicht berücksichtigt. • Das für die Schallausbreitung benutzte Prognoseverfahren nach DIN 9613-2, welches nur für Anlagen bis zu einer Höhe von 30 Meter zu zuverlässigen Aussagen führt, ist für heutige, große Windkraftanlagen nicht mehr geeignet. Die Schallausbreitung wird dadurch fehlerhaft berechnet, die tatsächlichen Schallimmissionswerte sind, speziell in Mitwindrichtung, signifikant höher als die berechneten Werte. Die Unzulänglichkeiten wurden 2015 nochmals bestätigt durch Untersuchungen von Engelen, Ahaus und Piorr. • Der zur Erstellung von Schallprognosen anhand DIN 9613-2 und TA-Lärm herangezogene Außen-Schallpegel ignoriert die Hauptbelastung von Betroffenen. Tieffrequenter Schall dringt auf Grund seiner großen Wellenlänge nahezu ungehindert in die Innenräume und kann dort durch Schallreflexionen und Überlagerungen sogar örtlich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zu verstärkten Schalldruckwerten führen. Im Raum auftretende, unterschiedlich starke Brummgeräusche, Schwebungen und Schwingungen sind die Folge. Nur den Außen-Schallpegel zu bewerten ist folglich nicht ausreichend. Die in den Erlassen der einzelnen Bundesländer pauschal festgelegten Abstände zu Einzelhäusern und zur Wohnbebauung sind für heutige, große Windkraftanlagen bei weitem zu gering. Die tieffrequenten Anteile in der Schallemission von WKA werden nicht berücksichtigt. In Folge dessen führen die Schallemissionen der Windkraftanlagen anfangs zu massiver Belästigung und bei längerer Einwirkzeit zu gesundheitlichen Langzeitschäden bei einem signifikanten Anteil der Anwohner (ca. 20 bis 30%). Der derzeitige rechtliche Rahmen für die Genehmigung und den Betrieb von Windkraftanlagen ist in keiner Weise ausreichend, den nach GG Art 2 garantierten Schutz der Gesundheit zu gewährleisten. Bürgerinitiative Brokstedt Wind auf Distanz [redacted] Betreff Neuaufstellung des Regionalplans zum Thema Windenergie, 4. Beteiligungsverfahren Juni 2024 – August 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, ich nehme Bezug auf den 4. Entwurf der Neuaufstellung des Regionalplans zur Ausweisung von Windenergievorrangflächen. Der Regionalplan als Planungsinstrument der Raumordnung soll die nachhaltige Ordnung, Entwicklung und Sicherung von größeren Gebietseinheiten ermöglichen. Ziel ist, die optimale Nutzung des Lebensraumes unter Ausgleich aller Interessen zu gewährleisten. Darum ist es Aufgabe der Raumplanung, eine gesellschaftlich getragene Energiewende mit dem Recht auf gesunde Wohnverhältnisse sowie dem Erhalt ungestörter Natur- und Kulturlandschaften für die nachfolgende Generation in Einklang zu bringen. Dieses Ziel sehe ich durch die am 24.06.2024 veröffentlichte Planung zu Windenergiepotentialflächen als nicht mehr erreichbar an. Um Brokstedt herum befinden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sich bereits drei Windparks, - Brokstedt-Willenscharen, PR3_STE_082 - Hardebek-Hasenkrug, PR3_SEG_079 - Hardebek, PR3_SEG_063, Planungsgebiet - Brokstedt/Störkathen, PR3_STE_059 - Fitzbek,nördlich PR3_STE_086, Planungsgebiet mit derzeit 37 Windkraftanlagen (WKA) sowie 2 weitere Planungsgebiete. Ich fordere daher auf der Windenergiepotentialfläche - Borstel-Brokstedt PR3_STE_059 keine weiteren Windenergieanlagen (WEA) zu errichten. - Borstel-Brokstedt PR3_STE_059 Umzingelung / Riegelwirkung Der zum Innenbereich der Gemeinde Brokstedt (Drosselweg, Kiebitzflehr, u.a.) sehr geringe Abstand von 1000 m wird nicht eingehalten. Dies ist zu berücksichtigen, sollte es zu einer erneuten Diskussion um die Errichtung weiterer WEA auf dieser Fläche kommen. Studien zeigen, dass die TA-Lärm im Hinblick auf die Schallimmissionsprognose bei Windenergieanlagen überholt ist und nicht den heutigen Stand von Wissenschaft und Technik repräsentiert. Vor diesem Hintergrund wäre die Errichtung von weiteren WEA auf dieser Fläche als Abwägungsfehler zu betrachten. Es besteht die Einschätzung, dass durch die Aufstellung von WEA auf dieser und der Fläche von PR3_SEG_063 sowie PR3_STE_082 und PR3_STE_086 eine nochmals verstärkte Riegelwirkung kreisförmig um Brokstedt herum entsteht. In der Gesamtbetrachtung würde die Umzingelung im Verbund nahezu 360 Grad betragen. Allein schon aus diesem Grund ist auf die Aufstellung von WEA in diesem Gebiet zu verzichten.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Datenblatt: Auszug aus Google-Earth mit Windpotentialflächen um Brokstedt (Abbildung) - Borstel-Brokstedt PR3_STE_059 Trinkwassergefährdung Die ausgewiesene Windpotentialfläche PR3_STE_059 Borstel-Brokstedt hat Überschneidungsflächen mit dem Wassereinzugsgebiet des Wasserwerks Brokstedt (Wasserwerk WW). Die Aufstellung weiterer WEA führt unmittelbar zu einer Konfliktsituation mit dem Wassereinzugsgebiet. Das ausgewiesene Trinkwassergewinnungsgebiet wäre einer erheblichen Gefährdung ausgesetzt. Bild: Das WW Brokstedt im Einfluss durch WEA Gelb umrandet das Wassereinzugsgebiet des WW Brokstedt (Abbildung) Windpotentialfläche Borstel-Brokstedt PR3_STE_059 und Wassereinzugsgebiet grenzen unmittelbar aneinander bzw. habe Überschneidungsflächen. An der dichtesten Stelle beträgt der Abstand Wasserwerk Potentialfläche lediglich 600m. Das Wassereinzugsgebiet ist damit einer erheblichen Gefährdung ausgesetzt, ist aber aufgrund der regionalen Versorgung mit Trinkwasser besonders schützenswert. Oberflächennahes Grundwasser (8 - 10 m Tiefe) liefert den weitaus größten Anteil unseres Trinkwassers, so auch hier. Grundwasser ist deshalb besonders als Trinkwassergrundlage geeignet, weil die Niederschläge auf ihrem langen Weg durch die verschiedenen Erd- und Gesteinsschichten auf natürliche Weise gefiltert und die natürlichen Reservoire durch die Bodenüberdeckung vor Oberflächenverschmutzung i.d.R. bestmöglich geschützt werden. Bereits eine Kernbohrung birgt in sich jedoch die konkrete Gefahr, dass (isolierende) Bodenschichten durchstoßen und irreparabel hydraulisch kurzgeschlossen werden, wodurch bislang getrennte Grundwasserströme kaskadieren können und so eine systemschädliche Drainagewirkung entfalten, womit die Filtrationsschichten ihrer Aufgabe nicht mehr gerecht werden können. Aus Untersuchungen der Technischen Hochschule Aachen geht hervor, dass Beton ausgelaugt wird und Schwermetalle (u.a. Blei, Vanadium und Chrom), die im Beton	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	enthalten sind, in die Umgebung gelangen. Für die Gehalte an Schwermetallen im Baubeton existieren nicht einmal verbindliche Grenzwerte. Durch den Kontakt zwischen Beton und dem (häufig sauren) Boden werden mit dem versickernden Oberflächenwasser insbesondere Arsen, Zink, Chrom (Chromat VI), Cadmium, Quecksilber und Vanadium in tiefere und mithin besonders sensible Schichten ausgeschwemmt. Siehe hierzu auch: Einfluss der Chromatreduzierung auf das Auslaugverhalten von Beton, A. Vollpracht, W. Brameshuber. Diese Stoffe sind im Grundwasser nicht nützlich. Gerade aus bereits abgebundenen Betonfundamenten von WEA diffundieren gefährliche Schadstoffe permanent in den Boden. Minderungsmaßnahmen greifen hier nicht, da derzeit verfügbare Beton-Abdichtungen, z. B. Kunststoffe auf Acrylamidbasis oder Silikon, selbst wiederum hochgiftig sind. Beim Institut für Bauforschung in Aachen hat man durch Zugabe von Eisen(II)-sulfat oder Zinn(II)-sulfat die Überführung von Chromat VI in die - weniger gut in Wasser lösliche - Oxidationsstufe Chromat III erforscht. Allenfalls im noch nicht verfestigten Zustand des Betons waren gewisse Verbesserungen wahrnehmbar, während beim Festbeton sogar eine signifikante Zunahme der Kontaminierung verzeichnet werden musste. Das bedeutet, die Freisetzung von Chromat VI aus Festbeton wird von einer Chromatreduktion nicht beeinflusst! Dabei ist Chrom, wie oben bereits aufgezählt, nur einer der zahlreichen Schadstoffe, die aus den ausgehärteten Betonfundamenten sukzessive über Jahre hinweg ausgelaugt werden. Die Schwermetallabgabe von Beton wurde daher in den vergangenen Jahren verstärkt erforscht. Siehe dazu auch Umweltverträglichkeit von Beton - Einflüsse auf die Freisetzung von Spurenelementen im Auslaugversuch, Johannes Pfingsten, Düsseldorf, Anya Vollpracht, Aachen, Gerhard Spanka, Jörg Rickert, Düsseldorf. Betone sind - durch den Herstellungsprozess bedingt (Mitverbrennung von Sonderabfällen in den Zementöfen, u.a. auch WEA-Flügel aus Carbonfasern) - gelegentlich sogar noch bedeutend stärker mit Schwermetallen belastet, als ihre Ausgangsstoffe. Neben alldem wird das Grundwasser beim Bau von Windrädern auf Flächen aber auch durch mittelbare Effekte für lange Zeit sehr wesentlich beeinträchtigt. Unbedingt zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die Bodenverdichtung infolge der umfangreichen Bauarbeiten im Zuge des Baus von Windparks. Als Nebenwirkung entsteht durch die sog. Nitrifikation eine Nitratproblematik, die im Extremfall - durch chemische Reduktion - das gesundheitsschädliche Nitrit erzeugt. Dazu als Negativbeispiele: Ulrichstein (Vogelsberg; LKr. Gießen), da wurden gemeindliche Trinkwasserbrunnen durch Windradfundamente unwiederbringlich(!) vergiftet. (Gießener Allgemeine v. 10.09.2015) In Waldbrunn (Westerwald) musste die Feuerwehr im Februar 2017 das weitere Versickern einer immensen Lache von Öl	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	verhindern, die im Zuge der dortigen Bauarbeiten entstanden und durch das befasste Bohrunternehmen einfach sich selbst überlassen worden war. Selbst sog. "Bio-Öl" fügt den im betroffenen Quellsumpf vorkommenden Mikroorganismen irreparablen Schaden zu. Für viele im Wasser lebende Tiere sind bereits geringste Mengen toxisch. In der Gemarkung Fürfeld, PLZ 55546 (bei Bad Kreuznach) werden seit 2013 und 2014, damit seit dem Bau des dortigen Windparks, plötzlich deutlich erhöhte Mengen von Blei und Vanadium im Grundwasser registriert. Der unschätzbare Wert reinen Trinkwassers ist durch keine, auch noch so hohe Ausgleichszahlung an eine Gemeinde oder an sonst wen aufzuwiegen. Anmerkung Für den Windpark wird Beton in der Größenordnung 3500t/WEA benötigt, damit je nach Anzahl WEA zwischen 17.500t (5 WEA) und 24.500t (7 WEA) verarbeitet. Die zu erwartende Chromatmenge bewegt sich damit auf der Fläche in der Größenordnung von mehreren Kilogramm. Dies stellt ein nicht vertretbares Risiko gegenüber den betroffenen Menschen der Region Amt Kellinghusen und darüber hinaus für den Kreis Steinburg dar. Die erforderliche Tiefgründung benötigt zusätzlich ca. vierzig bis sechzig 15 - 30 Meter lange Betonpfeiler, die in den Boden gerammt hydraulische Schichten kurzschließen. Aus diesen Gründen ist auf den Bau weiterer WEA zu verzichten. Daher die Forderung: 1. Keine WEA in Wasserschutzgebieten oder in unmittelbarer Nähe zu Wassereinzugsgebieten. Keine WEA in die Fassungsbereiche von Quellen und Brunnen und nicht in die Kategorie III, III A – mindestens 500 Tage und III B – 2.500-3.500 Tage Fließzeit des Grundwassers vom äußeren Rand der Schutzzone bis zur Fassung. 2. Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) sind in jeglicher Form von Wasserschutzgebieten und Wassereinzugsgebieten sowie in deren Fassungsbereichen und auch in Grundwasser-Vorbehaltsgebieten durch zwingende wasserrechtliche Genehmigungsverfahren zu ergänzen. 3. Generelle Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)-Pflicht für Windenergieanlagenprojekte in sensiblen Gebieten (Wassereinzugsgebieten) konsequent bereits ab der ersten Anlage. Durch Bodenverdichtung im Zuge der Errichtung und Unterhaltung der Windenergieanlagen (WEA), Wegebau mit der nötigen Belastbarkeit für den Transport der Bauteile und Verrohrung von Bachabschnitten wird der Wasserhaushalt gestört. Am 12. Dezember 2023 ist die neue Trinkwassereinzugsgebieteverordnung in Kraft getreten, mit der Wasserversorger und Behörden zu einem Risikomanagement der Einzugsgebiete von Entnahmestellen für die Trinkwassergewinnung verpflichtet werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) hat hierzu eine Pressemitteilung veröffentlicht. Alle betroffenen Wasserversorger haben nun bis zum 12. November 2025 Zeit für folgende Aufgaben: • Bestimmung und Beschreibung des Einzugsgebietes einer Wassergewinnungsanlage • Gefährdungsanalyse und Risikoabschätzung • Festlegung eines Untersuchungsprogramms für Grund-, Oberflächen- und/oder Rohwasser mit den gemäß der identifizierten Gefährdungen überwachungsrelevanten Parametern • Zusammenfassung der zu diesem Untersuchungsprogramm bereits vorliegenden Untersuchungsergebnisse sowie • Übermittlung einer Dokumentation all dieser Aktivitäten an die zuständigen Behörden in elektronischer Form Betroffen sind alle Betreiber von Wassergewinnungsanlagen, aus denen im Durchschnitt pro Tag mindestens 10 m³ Wasser entnommen oder mit der mindestens 50 Personen versorgt werden. Die zuständigen Behörden müssen dann auf Basis der vorgelegten Dokumentation bis zum 12. Mai 2027 Maßnahmen zur Verhinderung und Beherrschung der vom Betreiber identifizierten und priorisierten Risiken festlegen. Wasserschutzgebiete werden überwiegend zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung festgesetzt. Als öffentliche Wasserversorgung wird die der Allgemeinheit dienende Wasserversorgung bezeichnet, die eine Aufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge ist (§ 50 Abs. 1 WHG, Wasserhaushaltsgesetz). Das Grundwasservorkommen muss dabei schutzbedürftig, schutzwürdig und schutzfähig sein. Eine Schutzbedürftigkeit liegt vor, wenn es wahrscheinlich ist, dass das Grundwasservorkommen ohne Schutzanforderungen in seiner Eignung als Trinkwasser beeinträchtigt wird. Dies trifft insbesondere zu, wenn sich das Grundwasservorkommen in der Nähe von dicht besiedelten Gebieten, Industrie, Bergbau, Verkehrsanlagen oder Bereichen mit landwirtschaftlicher Nutzung befindet. Das Vorkommen ist schutzwürdig, wenn das Grundwasser als Trinkwasser geeignet ist (einwandfreie Beschaffenheit), das Grundwasserdargebot ausreichend ist und die Trinkwasseraufbereitung weitgehend auf	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	natürliche Weise erfolgt. Die Schutzfähigkeit bezeichnet die langfristige Gewährleistung der Schutzwürdigkeit durch die aufgestellten Verbote, jedoch ohne eine unverhältnismäßige Beschränkung der Rechte Dritter. Daher muss abgewogen werden, ob die möglichen Schutzbestimmungen geeignet sind, das Schutzziel zu erreichen oder ob das Schutzziel mit vertretbarem Aufwand auch auf anderen Wegen sichergestellt werden kann. Da das Grundwasser durch eine Vielzahl von Stoffen, Anlagen und Handlungen beeinträchtigt werden kann, gibt es für die verschiedenen Schutzzonen unterschiedliche Verbote, Auflagen und Nutzungsbeschränkungen. Die nachfolgend aufgeführten Grundwassergefährdungspotentiale sind dabei je nach Entfernung, Fließzeit des Grundwassers zur Trinkwassergewinnungsanlage, bodenkundlichen und hydrogeologischen Verhältnissen unterschiedlich zu bewerten und den einzelnen Schutzzonen zuzuordnen: physikalische Beeinträchtigungen, künstliche radioaktive Stoffe, chemische Beeinträchtigungen, Nitrat, Sulfat, Chlorid, Schwermetallverbindungen, nicht oder schwer abbaubare organische Stoffe, PAK, BTEX, HKW (z.B. PCB, PCP, Dioxine), LHKW, PBSM, Dünger, Mineralöle, sonstige anorganische Stoffe (z.B. Arsen-, Aluminiumverbindungen), Tenside u.ä., biologische Beeinträchtigungen; Abfall, Abwasser, Klärschlamm, Eintrag von Luftschadstoffen in Boden und Gewässer, sekundäre Prozesse während der Sicker- und Fließvorgänge. - Borstel-Brokstedt PR3_STE_059 Gefahr durch Brand Risikoanalyse / Risikominimierung / Brandgefahren / Löschwasserbevorratung Für evtl. geplante WEA ist eine umfangreiche Risikoanalyse durchzuführen mit dem Ziel der Risikominimierung, Bestimmung von Brandlasten und Brandgefahren sowie einer notwendigen Löschwasserbevorratung. WEA brennen selten. Falls es doch geschieht, wird es für Immobilien oder Waldflächen in der Umgebung gefährlich, denn an exponierten Standorten fehlt es meist an Löschwasser. Feuerwehren können im Einzelfall ein Reservoir einfordern. Bei einem Brand können, ja nach Windstärke und Windrichtung, bis zu 1000m Entfernung Glasfaserteile (Mineralfasern) am Boden verstreut sein. Mit Hilfe einer Wärmebildkamera muss dann das Gebiet per Helikopter und Drohne weiträumig auf Glutnester abgesucht werden. Die Schadenssumme kann dabei bis in Millionenhöhe gehen. Aufgrund des geringen Abstandes zu bewohnten Gebieten ist eine Risikoanalyse hier zwingend vorzusehen und eine Risikoversicherung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	seitens möglicher WEA-Betreiber vorzuhalten. Brände können insbesondere in der Gondel, im Turm und in der Umspannstation entstehen. Typische Ursachen sind Blitzschlag, Fehler in elektrischen Einrichtungen, Funkenflug durch Überlastung mechanischer Bremsen sowie feuergefährliches Arbeiten im Rahmen von Wartungs- und Reparaturarbeiten. Brennbare Komponenten sind Elektrokabel, Getriebe-, Transformator- und Hydrauliköle, das Maschinenhaus selbst wie auch die meist aus glasfaserverstärktem Kunststoff gefertigten Rotorblätter. Windanlagenbetreiber müssen per Gesetz kein Löschwasser bereithalten. Grundsätzlich ist das Vorhalten von Löschmitteln Aufgabe der Gemeinden, wie auch das Aufstellen, Ausrüsten und Unterhalten einer Feuerwehr - geregelt in den Feuerwehrgesetzen der Bundesländer. Doch wo die Zumutbarkeit bzw. Leistungsfähigkeit einer Kommune endet, kann sie im Zuge der Baugenehmigung z.B. das Bereitstellen dezentraler Löschwasserreserven fordern. Denn ein öffentliches Netz mit Hydranten ist weit entfernt von den exponierten Standorten einer WEA, Löschwasserteiche lassen sich nur schwer oder im Wald schlecht realisieren und Tanklöschfahrzeuge, falls bei der Feuerwehr vorhanden, sind nicht für jedes Gelände geeignet. Die Kreisbehörde sollte bei der Prüfung festlegen, dass im Außenbereich die Eigentümer einer WEA für die ausreichende Bereitstellung geeigneter Löschmittel verantwortlich sind. Empfehlenswert ist es, dass Anlagenbetreiber den vorbeugenden Brandschutz und das Anlegen von Löschwasservorräten vorab mit ihrer Versicherung klären. Geeignet wären an entlegenen Standorten unterirdische Behälter aus Stahlbeton gemäß DIN 14230 gebaut und mit Trink- oder Regenwasser gefüllt. In DIN 14230:2012-09 „Unterirdische Löschwasserbehälter“ sind Anforderungen an künstlich angelegte überdeckte Löschwasser-Vorratsräume mit Löschwasserentnahmestelle festgelegt. Außerdem wurden neben den Anforderungen zur Form und zur Auslegung der Löschwasserbehälter auch Regelungen zur Löschwasserentnahmestelle getroffen. Diese Norm wurde vom Arbeitsausschuss „Anlagen zur Löschwasserversorgung einschließlich Wandhydranten“ (NA 031-03-05 AA) des Normenausschusses Feuerwehrwesen (FNFW) im DIN erarbeitet. In Deutschland waren Ende 2015 fast 26.000 Windenergieanlagen in Betrieb. Laut Angaben des Bundesverbandes Windenergie e.V. ist es in den Jahren zuvor an sechs (2012), sieben (2013) bzw. vier (2014) WEA zu einem Brand gekommen; hierbei konnte ein Übergreifen der Feuer auf die Umgebung stets verhindert werden. Nach Informationen der Bundesinitiative Vernunftkraft e. V. sind in den darauf folgenden Jahren drei (2015), acht (2016), vier (2017), neun (2018) WEA in Brand geraten.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- Borstel-Brokstedt PR3_STE_059 Nähe zur alten Brokstedter Mülldeponie Die Windpotentialfläche befindet sich in unmittelbarer Nähe zur alten Brokstedter Mülldeponie, die bis in die 70-er Jahre genutzt wurde. Dort abgelagert sind Gebindereste mit Spritzmitteln aus der Landwirtschaft, Autoteile bis hin zu Autowracks sowie Flüssigkeiten aus der Verwendung in Fahrzeugen, landwirtschaftlicher Müll, Flüssigkeitsgebinde mit Pflanzenschutzmitteln, teilweise sogar noch gefüllt, Siedlungsmüll jeglicher Art, Elektroschrott jeglicher Art (siehe dazu auch Beitrag SHZ vom 03.04.2024 Mülldeponie aus den 1960er Jahren in Tolk gefunden). Bei der Anwendung der Mülldeponie wurde keine Abdichtung gegen den unteren Boden mit einer isolierenden Schicht durchgeführt. Die Verhältnisse aus Tolk sind mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die Mülldeponie Brokstedt zu übertragen. Das Gesamtvolumen beträgt schätzungsweise ca. 15.000m3 . Bevor mit Planungen und Bau von WEA im angrenzenden Potentialgebiet begonnen wird, müssen von sachkundiger Stelle Stellungnahmen eingeholt werden, die eine Unbedenklichkeit zu diesem Sachverhalt bescheinigen. Wasserproben nahe der Mülldeponie förderten dunkles, belastetes Wasser zu Tage. Sollte sich aufgrund von Bauaktivitäten zu WEA eine Vermischung dieses Wassers mit dem Trinkwasser des Wasserwerkes Brokstedt einstellen, wäre die Trinkwassergewinnung des Wasserwerkes Brokstedt stark gefährdet. Der Betreiber möglicher WEA hat mit Baubeginn eine Risikoversicherung abzuschließen, die alle möglichen Gefahren aus Bau und Betrieb von WEA auf die Mülldeponie abdeckt. Durch den Aufbau von Fundamenten für WEA wird die Bodenstruktur in erheblichem Maße beeinflusst. Ein sich verändernder Austrag an Schadstoffen kann durch die kaskadierende Wirkung von WEA-Fundamenten nicht ausgeschlossen werden. Mit dem Bau möglicher WEA ist ein entstehender Austrag an Schadstoffen aus dieser Deponie in ein Überwachungsprogramm einzubinden, zu analysieren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. - Borstel-Brokstedt PR3_STE_059 Ersatzfläche Lebensraum für den vom Aussterben bedrohten bzw. stark gefährdeten Wachtelkönig. Die Art gilt als streng geschützt nach Anhang I EG-Vogelschutzrichtlinie Mit Veröffentlichung der 2. Landesentwicklungsplanung (LEP) zur Windenergie (04.09.2018) sowie auch mit Veröffentlichung der 3. LEP zur Windenergie (19.12.2019) wurde die Fläche PR3_STE_043 Borstel-Brokstedt als Windpotentialfläche ausgewiesen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und nicht als Vorranggebiet übernommen. Damit wurde ein Faktum erstellt, dass Sicherheit und Beständigkeit ausstrahlte. In der nun vorliegenden Planung ist dieses Faktum nicht mehr berücksichtigt. Dies bedeutet zum jetzigen Zeitpunkt im Fall der Übernahme der Fläche PR3_STE_043 Borstel-Brokstedt aus der Planung zur 3. LEP als Vorranggebiet eine Umwidmung. Die Realisierung aus dem Factum der 2-maligen Nichtausweisung als Vorranggebiet lässt den Schluss zu, dass dieser Zustand als fest anzusehen war und Betroffene aus dem Bau eines Windparks keine Gründe realisieren, sich an öffentlichen Stellungnahmen zu beteiligen. Es wäre angebracht, die Gültigkeit einer Umwidmung juristischen Prüfungen zu unterziehen. Schon aus diesem Grund ist auf den Bau weiterer WEA im Gebiet PR3_STE_059 zu verzichten. - Borstel-Brokstedt PR3_STE_059 Gefährdung menschlichen Lebens Von einem Großteil der Bevölkerung Brokstedts wird das an der Fläche PR3_STE_059 Borstel-Brokstedt grenzende Gebiet Kibitzflehr als Naherholung genutzt. Sollten sich, verursacht durch welche Gründe auch immer, WEA-Teile, speziell Eiswurf oder Flügel von den WEA lösen, so entstehen Gefährdungen menschlichen Lebens durch herabfallende Teile, bisher schon geschehen am 30.09.2019, Wriedel, Niedersachsen: Rotorblatt im Windpark abgebrochen. In dem Fall der Flügelablösung und Zerstörung wird die Umgebung durch Glasfaserstäube belastet. Dies ist für die Bewohner aller umliegenden Gemeinden wie Brokstedt, Willenscharen und Hasenkrug extrem gefährlich. Mit Hauptwindrichtung Südwesten werden die Stäube unmittelbar in die angrenzenden Gemeinden getragen. Deren Flächen werden auf unbestimmte Zeit belastet und nicht benutzbar. Eine UVP zu diesem Thema ist unbedingt auszuführen. Ein Betreiber möglicher WEA ist zu verpflichten, eine Risikoversicherung für diesen Fall vorzuhalten. Schon aus diesen Gründen ist auf die Ausweisung des Gebietes als Vorranggebiet bzw. den Bau von WEA weiterhin zu verzichten. - Borstel-Brokstedt PR3_STE_059 Gesundheitsgefahren Im Grundgesetz, Artikel 2, wird jedem Bürger die körperliche Unversehrtheit garantiert.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Gesundheit ist unser höchstes Gut. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass die WKA nicht hörbaren tieffrequenten Schall verursachen. Mögliche Auswirkungen dieses sogenannten Infraschalls sind: Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Migräne, Ohrendruck, Tinnitus, Schwindelgefühle, Ruhelosigkeit, unscharfes Sehen, schnelle Herzfrequenz, Konzentrationsmangel, Gedächtnisprobleme, Übelkeit, Reizbarkeit, Angstzustände (aus: http://umweltmessung.com/wp-content/uploads/2015/06/Machen-Windkraftanlagenkrank.pdf). Die folgenden drei Abschnitte Emittierter Schall von Windkraftanlagen, Messverfahren und Messwertanalyse, die Wechselwirkung zwischen Körper- und Luftschall sind aus dem Script von Artinger/Johannsen/Müller, Hagen/Töpperwien, 2016. Emittierter Schall von Windkraftanlagen: Die rechtlichen Grundlagen für die Genehmigung und den Betrieb von WKA entsprechen nicht mehr dem Stand des Wissens und der Technik. • Nach TA Lärm (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm) soll die Berechnung der Immissionspegel in Oktaven, in der Regel für die Mittenfrequenzen 63 bis 4000 Hz erfolgen. Ein großer Teil der Schallleistung von WKA wird aber im tieffrequenten Bereich emittiert (0,1 – 10 Hz). Diese Schallleistungen der WKA bleiben unberücksichtigt. • Tieffrequenter Schall unter 10 Hz wird nach den derzeitigen Richtlinien nicht gemessen, aber gerade im Bereich 0,1 bis 8 Hz treten beim Betrieb von WKA hier charakteristische Frequenzen auf. • Der Schalldruckpegel des tieffrequenten Schalls unter 125 Hz wird in der derzeitig üblichen A-Bewertung unterschätzt. Neue Erkenntnisse im In- und Ausland sind bei den bisherigen Veröffentlichungen staatlicher Stellen und bei den behördlichen Entscheidungen in Deutschland nicht eingeflossen. • Tieffrequenter Schall wird bei den Gefahrenabwägungen nicht berücksichtigt. Gerade dieser tieffrequente Schall hat nach neuesten Erkenntnissen erhebliche Auswirkung auf die Gesundheit. Die andauernde Einwirkung auf den Menschen stört und schädigt die Gesundheit der Betroffenen, insbesondere während der für die Erholung unabdingbaren, nächtlichen Schlafphase. Heutige Windkraftanlagen sind mit jenen der Anfänge aus den 1990er / 2000er Jahren (Windpark Brokstedt/Willenscharen und Quarnstedt/Störkathen) technisch und akustisch nicht mehr zu vergleichen. Wurden damals Anlagen vorwiegend im norddeutschen Flachland gebaut, die ca. 80m bis 100m hoch waren und über Leistungen von 0,5kW bis 2MW verfügten, werden heute Anlagen mit deutlich über 250m Höhe bei Leistungen bis 10 MW errichtet. Technische Normen aus den Anfängen der Windenergie sind mittlerweile nach einhelliger Meinung namhafter Experten überholt, da sie weder die veränderten technischen Randbedingungen noch die resultierende gesundheitliche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Belastung der Anwohner hinreichend berücksichtigen. Messverfahren und Messwertanalyse: Die derzeit noch gültigen, jedoch nach einhelliger Fachmeinung technisch überholten Vorschriften fokussieren sich primär auf die Bewertung von deutlich hörbarem Lärm (TA-Lärm von 1998 und DIN 45680 Stand 1997 sowie im Entwurfsstand von 2013). Diese Betrachtungsweise wird den akustischen Randbedingungen von großen Windkraftanlagen nicht gerecht, da weder Infraschall unter 10 Hz noch schmalbandige tonale Spitzen gemessen bzw. berücksichtigt werden. Körperschall findet überhaupt keine Beachtung. Genau diese Faktoren sind jedoch diejenigen mit gesundheitlicher Relevanz. • Von Windkraftanlagen wird zweifelsfrei Infraschall und tieffrequenter Schall mit sehr speziellen Frequenzmustern emittiert, der sich von dem sonstigen Infraschall und tieffrequenten Schall (z.B. Wind, Kraftfahrzeuge, LKW, Traktoren der Lohnunternehmer und der Güterzüge und Personenzüge der Deutschen Bahn) in seiner spektralen Zusammensetzung und Wirkdauer erheblich unterscheidet. Dies gilt insbesondere für die neuen Anlagen der 2 bis 7,6 Megawatt Klasse (150 bis deutlich über 200 Meter hoch). • Große Windkraftanlagen emittieren Frequenzen bis 0,1 Hz herab (Wellenlänge 3.400 m), welche bei den bisher angewendeten Normen, Mess- und Auswertemethoden unterdrückt oder gar nicht erfasst werden. Die durchweg festgeschriebene Terz- bzw. Oktav-Analyse mittelt zudem einzelne Frequenzspitzen weg. • Tonale Spitzen der Einzelfrequenzen werden bei der heute üblichen Praxis der Mittelwertbildung in Terz-,Oktav-Spektren weggemittelt. In einer hochauflösenden Fourieranalyse sind diese Spitzen deutlich zu erkennen und heben sich um mehr als 10 dB vom allgemeinen Geräusch ab. Diese tonalen Anteile (Frequenzspitzen) im Schallspektrum wirken dabei störender und schädlicher als breitbandiges Rauschen. • Die Wechselwirkungen zwischen Körper- und Luftschall sind in den heutigen Normen nicht berücksichtigt. • Das für die Schallausbreitung benutzte Prognoseverfahren nach DIN 9613-2, welches nur für Anlagen bis zu einer Höhe von 30 Metern zu zuverlässigen Aussagen führt, ist für heutige, große Windkraftanlagen nicht mehr geeignet. Die Schallausbreitung wird dadurch fehlerhaft berechnet, die tatsächlichen Schallimmissionswerte sind, speziell in Mitwindrichtung, signifikant höher als die berechneten Werte. Die Unzulänglichkeiten wurden 2015 nochmals bestätigt durch Untersuchungen von Engelen, Ahaus und Piorr. • Der zur Erstellung von Schallprognosen anhand DIN 9613-2 und TA-Lärm herangezogene Außen-Schallpegel ignoriert die Hauptbelastung von Betroffenen. Tieffrequenter Schall dringt auf Grund seiner großen Wellenlänge nahezu ungehindert in die Innenräume und kann dort durch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schallreflexionen und Überlagerungen sogar örtlich zu verstärkten Schalldruckwerten führen. Im Raum auftretende, unterschiedlich starke Brummgeräusche, Schwebungen und Schwingungen sind die Folge. Nur den Außen-Schallpegel zu bewerten ist folglich nicht ausreichend. Die in den Erlassen der einzelnen Bundesländer pauschal festgelegten Abständen zu Einzelhäusern und zur Wohnbebauung sind für heutige, große Windkraftanlagen bei weitem zu gering. Die tieffrequenten Anteile in der Schallemission von WKA werden nicht berücksichtigt. In Folge dessen führen die Schallemissionen der Windkraftanlagen anfangs zu massiver Belästigung und bei längerer Einwirkzeit zu gesundheitlichen Langzeitschäden bei einem signifikanten Anteil der Anwohner (ca. 20 bis 30%). Der derzeitige rechtliche Rahmen für die Genehmigung und den Betrieb von Windkraftanlagen ist in keiner Weise ausreichend, den nach Grundgesetz (GG) Artikel 2 garantierten Schutz der Gesundheit zu gewährleisten. Bürgerinitiative Brokstedt Wind auf Distanz [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1307	Sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte Ihnen mal eben klar machen wie der Hase läuft. Auf der Pariser Klimakonferenz wurde beschlossen das Klima weit weniger als 2 Grad Celsius steigen zu lassen, Alle fielen sich dramatisch in die Arme und feierten es extrem sich auf solch ein ehrenhaftes Ziel verständigt zu haben. Nur leider gibt es infolge dieses Beschlusses weder verpflichtende Maßnahmen, die die beteiligten durchzusetzen hätten, noch Sanktionen für irgendjemanden, der nicht dazu beiträgt dieses wunderbare Ziel zu erreichen und einfach weiter ohne Ende CO2 in die Atmosphäre pumpt. Natürlich muss Deutschland offenbar wie so oft als ganz ein tolles Beispiel voranschreiten und der Welt zeigen, was für tolle Menschen wir im Umgang mit unserer Natur, unseren Mitmenschen, der gesamten Welt sowie unserer vermeintlich	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	höchstgradig gefährdeten Zukunft sind. Weltuntergang wegen zwei Grad Erderwärmung? Nicht mit uns! Ich hatte persönlich Jahre lang den Fernseher ausgelassen und als ich ihn dann aus Langeweile einmal spontan einschaltete und in den Nachrichten von der Klimakonferenz hörte, die Champagnerkorken knallen sah und es hieß: Das Klima soll nicht um mehr als 1,5 Grad steigen! Juhu! - ja, da schoss mir Glatt das Malzbier aus dem Mund. Es war einfach so grotesk zu sehen, dass dies als ein derart riesengroßes lebensbedrohliches Problem aufgespielt wird. Es ging mir nicht in den Kopf, dass dies die Probleme sind, die die Leute von heute so haben. Als gäbe es rein gar nichts drängenderes. Ich finde das geradezu armselig. Nun fragen wir uns, was treibt diese Leute die allesamt jubeln und feiern, zu diesem Jubel und Fefeiere eines gemeinschaftlich festgelegten Ziels, an dessen erreichen die selbigen nichteinmal im Traum daran denken etwas beizutragen. Ist es vielleicht gar nicht der Umweltschutz der sie beschäftigt, sondern etwas anderes? Ist es vielleicht der Gedanke, dass wir dem Besteuern selbst der Atemluft der Menschen auf diesem Planeten ein Stück näher gekommen sind? Nun wollen Sie Windkrafträder bauen und ich unterstelle direkt mal Profitgier und Eigennutz unter dem Deckmantel des Umweltschutzes. Ich bin enttäuscht, dass wir uns der Illusion hingeben sollen, dass der Erwärmung des Planeten mit so einem Tropfen in einem Ozean geholfen werden könne. Wie gebildete Menschen wissen müsste die gesamte Menschheit von heute auf morgen wieder wie Neandertaler leben, wenn wir die Erwärmung um 2!!! Grad stoppen wollen. Sind Sie dazu bereit? Ich für mein Tel wäre es, wenn Sie und der Rest der Menschheit es auch sind. Wenn es mir auch ziemlich sinnfrei erscheint denn diese zwei!!! Grad, mit denen können wir auch auf eine Million andere Wege fertig werden. Ich frage mich, warum nicht auf jeder freien Fläche Bäume gepflanzt werden. Diese	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nehmen doch bekanntlich CO2 auf und geben O2 ab. Ist aus einem solchen Projekt womöglich nicht derselbe Milliardenprofit zu erwarten? Worum geht es hier wirklich? Um Geld oder um unseren Planeten und die Menschheit? Ich denke die Antwort ist Ihnen vollkommen klar und dennoch werben Sie mit Ihrer ach-so-tollen Weltenretter - Propaganda unter Menschen die tatsächlich so blöd sind diesen Mist zu glauben. Das nenne ich Täuschung und ich unterstelle Ihnen, dass Sie dies bewusst tun, um ein dickes Geschäft abzuwickeln. Wer das nicht durchschaut hat - mein Beileid. Abenteuerlich finde ich auch, wie die Strompreise mit dem Projekt Windkraft steigen und fallen, je nachdem wie viel Strom produziert wurde. Aber nie sinken Sie so, dass es für den Verbraucher angenehm werden könnte, den grüner Weltenretterstrom hat schließlich einen Wert, der weit über allem liegt, was bisher für Strom gezahlt werden musste, Das einfache Volk sieht es ein: unserem Planeten geht es so schlecht, wir zahlen GERNE mehr wenn wir ihn damit retten können. So gehirngewaschen ist der Verbraucher schon durch die ganze Propaganda und Panikmache. Der grüne Strom müsste doch billiger sein. Kein Atommüll, kein CO2 Ausstoß usw. usf. So würde das ganze Sinn ergeben und der Verbraucher gern grünen Strom beziehen und die Windkraft befürworten. Aber was ich sehe ist ein gigantisches Geschäft unter falschen Annahmen und vorgetäuschten Begebenheiten das auf dem Rücken der Verbraucher und zu deren - nicht nur finanziellem Nachteil abgewickelt wird. Und was wenn kein Wind weht? Importieren wir dann Strom aus Frankreichs Atomkraftwerken und machen damit die Franzosen reich? Aber wieso haben die Atomkraftwerke und wir nicht, die Konferenz war doch bei denen? Und kostet der uns dann 70ct die kWh, weil noch ein Nutznießer dazwischen sitzt, der sich denkt, was ein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Volk von Idioten doch die Deutschen sind? Ich wäre gar nicht so abgeneigt, wenn es wirklich der Bevölkerung dienen würde und wir wieder Strompreise unter 20ct die kWh bekämen, wenn wir die FALSCHE Ökoschiene mitfahren. Aber der einzige dem dieses nicht zielführende Riesengeschäft nützt der sitzt irgendwo im 6 Sterne Hotel im Whirlpool und lacht sich einen ab über so viele Doofe auf der Welt. Daher kann ich nur sagen, dass ich Ihre Ideen und Pläne strikt ablehne und noch lieber neben ein Atomkraftwerk in Frankreich ziehe, als mir dieses Elend weiter mitanzusehen. Beginnen Sie doch mal etwas kurzfristig Nutzvolles für die Bevölkerung zu tun, anstatt zu reiche Menschen noch reicher zu machen, als wären Sie ein Volk von Sklaven. Die Bevölkerung wird es Ihnen danken. Freundliche Grüße, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1305	Ich Bitte um eine Abstandsregelung von 5H zu Wohnbebauung, denn ich befürchte bei geringerem Abstand körperliche Beschwerden und Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Licht, Infraschall. Weiterhin fordere ich einen ausreichenden Abstand von mindestens 1500m zu Wohnbebauung, so dass im Havariefall (z.B. Brand, technischer Defekt, Rotorbruch u. ä.) keine Schäden an Gebäuden zu befürchten sind. Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für a l l e Menschen gilt, ganz gleich, ob Stadt, Dorf, Splittersiedlungen oder Einzelhäuser , mindestens 1500m!!! Menschen in Randgebieten, einsam gelegenen Wohngebäuden **sind nicht weniger** schützenswert! Ich lehne eine Absenkung des Grundwasserspiegels zum Bau von Windanlagen strikt ab, da in der Nähe befindliche Grundwasserseen mit der dazugehörigen Flora und Fauna eeinträchtigt werden. Auch fordere ich, dass Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.7, 2.1, 5.4, 7.2.5 und 7.2.13 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	sichergestellt ist, dass Strom auch eingespeist werden kann. Rotoren sollten aus wiederverwendbaren oder recyclebaren Materialien hergestellt werden, damit keine Sondermüll Last für unsere nächsten Generationen entsteht.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1304	Sehr geehrte Vertreter des Landes Schleswig-Holsteins. Ich bin gegen den Ausbau weiterer Windkraftanlagen in SH. Solange die Bürger unseres Landes keinen eigenen Nutzen und Gewinn des Ausbaues haben, sehe ich mit den negativen Folgen für Natur, Mensch und Tier Zuviele Nachteile. SH sollte sich erstmal dafür einsetzen, das wir als grösster Erzeuger Nachhaltigtiger Energie auch einen Nutzen haben. Strom sollte besonders für Wärmepumpen und Elektro Autos, sowie den kleineren Betrieben günstig, wenn nicht sogar in Überschuss Zeiten bereit gestellt werden. Im Moment verdienen nur Investoren und andere Bundesländer an unserem Ausbau. Also ein absolutes Nein für den Ausbau weiterer Windenergie. Mit Freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.10 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1303	Sehr geehrter Herr [redacted], sehr geehrte Damen und Herren, unsere Stellungnahme bezieht sich auf die Potenzialfläche SL – R1 – 056. Sie ist nach Osten in Richtung Rügge mit einem Abstand zur Siedlung mit 800m in der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Potenzialkarte dargestellt. Laut Bauamt Kreis Schleswig- Flensburg ist ganz Rügge baurechtlich Außenbereich. Der Entwurf zur Novellierung des LEP differenziert zwischen Flächen mit und ohne Altlast. Nach meiner laienhaften Rechtsauffassung entspricht das nicht dem Gleichheitsgrundsatz. Eine WEA ist lediglich temporär vorhanden und dürfte meiner Meinung nach in einer Raumordnungs-planung daher nicht von Belang sein, da hier nur dauerhaft vorhandene Kriterien abgewogen werden sollten. Eine WEA wäre dann ein“Platzhalter“. Nach heutigem Stand stellt sich die Situation für die Potenzialfläche Rügge/Sterup folgendermaßen dar: In der nördlichen Hälfte der Potenzialfläche werden 2 Referenzanlagen über die gemeindliche Bauleitplanung erwirkt. Somit würde die südliche Hälfte der Potenzialfläche durch die entstandene Altlast im Nachgang mit 800 m projektiert werden können. Aber auch die nördliche Hälfte wäre dann im zweiten Schritt mit 800 m zu überplanen. Womöglich hätten dann eigentlich 3 WEA platziert werden können. Eine energiewirtschaftlich optimale Auslastung ist dann aber nicht mehr umsetzbar. Wäre es in diesem Fall nicht sinnvoller gleich die gesamte Fläche als Windvorrangfläche auszuweisen, um A die politisch gewollte Konzentrationswirkung zu verbessern und B dem Verhältnis Flächenverbrauch/Energieeffizienz Rechnung zu tragen? MfG [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1302	Sehr geehrte Damen und Herren! Zum am 18.06.24 veröffentlichen Regionalplan möchte ich gern Stellung nehmen; es geht hier um einen Teil in Dithmarschen PLZ 25727/25712 Die Fläche zwischen den Gemeinden Süderhastedt und Hochdonn sollte in dem Bereich rechts der L 327 ebenfalls als Wiesenvogelbrutgebiet ausgewiesen werden. Begründung:	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene, namentlich auf eine konkrete Fläche beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu den vorgebrachten Argumenten wird auf die Ziffern 4.18.1, 4.5.1, 4.7 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Das etwa 50ha große Waldgebiet „Stracksche Tannen“, eines der wenigen in Süderdithmarschen, dient Wild, Vögeln und auch den Menschen aus der unmittelbaren Nachbarschaft der Erholung und ist ein schützenswertes Gebiet. Direkt im Anschluss an diesen Wald in Richtung Hochdonn rechts der L 327 befindet sich ein Biotop, welches etwa 250x250 Meter groß ist und darüber hinaus durch einen unberührten Bachlauf, dem Löwenbach, in diesem Bereich vernässt ist. In dem Bereich existieren weitere Biotope auf durchweg nassen Wiesen, insbesondere um das bereits eingetragene Biotop, welches ursprünglich eine Kiesgrube war. Dort können rundherum die Flächen nicht bewirtschaftet werden aufgrund der Nässe. Glücklicherweise konnten sich auf diese Weise Feuchtwiesen bilden, ein für Wiesenvögel hervorragendes Brutgebiet. Der Löwenbach fließt dort entlang und mündet in den Helmschen Bach. Es leben im angrenzenden Waldstück Bussarde und Rotmilane, Feldlerche und Kiebitze brüten hier. Wir werden im Frühling, also sobald Brutzeit ist, ein Vogelgutachten erstellen lassen. In der Kiesgrube am Niemoorsdamm nisten unzählige Ufer- und auch Sandschwalben. Am Niemoorsdamm entlang i R Norden gibt es eine weitere nicht zu bewirtschaftende Fläche, die aufgrund ihrer Beschaffenheit von der Stiftung Naturschutz zur Schafhaltung genutzt wird., der Löwenbach fließt dort entlang. Insgesamt gibt es 5 Kleinbiotope, die jedoch durch Feuchtwiesen miteinander eine schützenswerte Fläche ergeben>; dazu gehört auch die Waldfläche. Die Gesamtfläche, für die ich dringend um Schutz bitte, befindet sich quasi im Dreieck L 327 von Süderhastedt kommend auf der rechten Seite zwischen dem Kleinrader Weg, der L 327 wie beschrieben und der Hochdonner Straße. Sie sind herzlich eingeladen, sich dieses Naturparadies anzuschauen, das frei bleiben muss von Störungen, insbesondere dem Bau von Windkraftanlagen, um hier der Tier- und Vogelwelt weiterhin Raum zu geben und Brutgebiete nicht zu zerstören. Ich denke, es gibt in dieser Region bereits eine erhebliche Anzahl von Windkraftanlagen. Wenn die bereits bestehenden repowert werden, erreichen wir das Ziel ebenso, ohne weiteren Raum in Dithmarschen zu zerstören. Dithmarschen hat bereits einen großen Anteil an Windenergie, mehr als 5% leisten die Dithmarscher hier und man sollte den Windfrieden nicht zerstören. Beste Grüße aus Krumstedt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1301	Sehr geehrte Damen und Herren, grundsätzlich habe ich nichts gegen Windkraft, auch nicht vor der eigenen Haustür. Es ist nur so, dass es mir sehr suspekt vorkommt, dass im gesamten Kreis Plön keine Flächen in Frage kommen, aus im Umfeld und in der Gemeinde Fargau-Pratjau. Wer sich andere Kreise anschaut, stellt fest, das im ganzen Kreis hier und dort potentielle Flächen sich ergeben. Außer im Kreis Plön. Dort gibt es 3-5 Flächen geballt in einer Region. Der Rest vom Kreis fällt faktisch unter dem Tisch. Daher stellt sich die Frage, welches Kriterium wir hier nicht haben, welches bei Anderen zum Ausschluss geführt hat. Für die Flächen in besagter Gemeinde gibt es seitens der Flächeneigentümer seid Jahren Interessenbekundungen Windkraftanlagen zu errichten. Es wurde auch schon ein Unternehmen gefunden, welches das Projekt umsetzten möchte. Hier wird nun der Eindruck erweckt, dass es Einflüsse auf die Potentialflächenvergabe gab. Ich bitte hier auch um Stellungnahme und eine Prüfung des gesamten Sachverhalts. Mit freundlichen Grüßen. [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2675	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergienutzung ausgeschlossen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2, 4.5, 4.20, 7.3 und 7.2.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität und Gefährdung der Gesundheit durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich möchte, dass eine Abstandsregelung von mind. 5 H zur Wohnbebauung gilt, damit meine Immobilie nicht an Wert verliert. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2672	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 4.20, 4.2, 7.2.9, 7.3 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen der Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergienutzung ausgeschlossen werden. • Es bereitet mir Sorgen, dass die landwirtschaftlich genutzten Flächen (Produktion von Lebensmitteln) durch den Mikroplastikabrieb der Rotorblätter kontaminiert werden, ebenso wie das Trinkwasser verunreinigt würde. • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität und Gefährdung der Gesundheit durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ausdrücklich ab. • Ich beantrage eine Fristverlängerung für die Abgabe der Stellungnahmen auf 6 Monate (Urlaubszeit) Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2717	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich muss meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen:	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1, 4.1, 4.9, 7.2.9, 7.2.13, 3.15, 7.2.7, 7.2.11, 7.3 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- Größere Windkrafträder, um die es geht, verwirbeln untere und höhere Luftschichten. Dies trägt zur Austrocknung des Bodens und zur Veränderung des Mikroklimas bei, nämlich zu einer Erwärmung, die ja angeblich durch die sog. regenerativen Energien gerade verhindert werden soll. Ein flächendeckendendes Aufstellen von Windrädern erhöht daher auch in größerem Radius die Umgebungstemperatur. - Windkrafträder erschlagen Fledermäuse und Vögel, darunter bedrohte und geschützte Arten. Flugruten von (Zug-)vögeln sind daher zwingend von Windrädern freizuhalten. - Durch die Abnutzung der riesigen Flügelflächen entstehen Mikropartikel, Mikroplastik, die nie wieder aus der Natur entfernt werden können: PFAS, Ewigkeitsschemikalien. Diese schädigen Menschen sowie Tiere und verseuchen den Boden, machen ihn für die Gewinnung gesunder Lebensmittel für immer unbrauchbar. Dieser Fakt - die Oberflächen nutzen sich ab!, was passiert mit den Mikropartikeln? - muss dringend weiter erforscht werden, BEVOR ein weiterer Ausbau stattfindet. - Windräder sind nicht recycelbar. Wertvolle Rohstoffe wie z. B. Balsaholz, die aus Rodung von unseren grünen Lungen, den tropischen Regenwäldern gewonnen wird, sind für immer verloren und ganze Landstriche werden nach Rückbau als Mülldeponie missbraucht. - Auch der sehr energieaufwändige ca. 101 schwere Betonsockel wird nicht zurückgebaut und führt dadurch zu sehr zu schweren, irreversiblen Veränderungen der Natur, deren Folgen unabsehbar sind. Z. B. wird eine Beeinträchtigung des Grundwassers diskutiert. - Die Herstellung sowie der Transport, Aufbau und Wartung sowie der mangelhafte Rückbau eines Windrades sind höchst aufwändig und dadurch ist Windkraft ineffektiv. Eine kontroverse wissenschaftliche Diskussion über Schaden / Nutzen wird in den Massenmedien regelmäßig abgewürgt bzw. totgeschwiegen, ist aber dringend erforderlich. - Wo es doch um einen „Klimaschutz“ geht: Wie kann man es verantworten, für ein Windrad auch nur einen Baum zu fällen oder Naturschutzgebiete mit diesen großen Bauwerken zu zerstören!? Naturschutzgebiete müssen weiter geschützt werden. - Wir brauchen verlässliche Energiequellen: Bei Flaute bzw. Sturm nützen 10 Wndrader so wenig wie 1.000. Daher fordere ich dringend Verhandlungen mit Russland zur	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wederaufnahme der Belieferung mit Gas durch die noch bestehende Leitung Nordstream I. Selbst während des kalten Krieges waren wir uns nicht zu schade, Gas von der UdSSR zu beziehen, die stets zuverlässig ihre Verträge eingehalten hat. Der aktuelle Boykott schadet in erster Linie Deutschland, das bisher der Motor der EU war und erheblich zur Finanzierung dieser beigetragen hat. Das wird in Zukunft nicht mehr möglich sein, wenn wir so weiter machen. Unsere schöne Schleswig-Holsteinische Landschaft zieht jedes Jahr Tausende Touristen an. Ich befürchte, die Attraktivität unserer Region wird unter einem weiteren Ausbau von Wndrädern massiv leiden. -Da schon mehrere Wndräder in Brand geraten sind, ist ein Abstand von mindestens 2000 m zu jeglicher Bebauung sicherzustellen. Nicht nur der Brand selbst, sondern auch die beim Brand austretenden Schadstoffe stellen eine erhebliche Gefährdung von Menschen und Tiere dar. Zudem sinkt der Wert von Haus und Grund, wenn in der Umgebung Windräder stehen. - Der durch die Windräder verursachte Lärm und Infraschall bedeutet Stress für Mensch, Tier und Pflanze. Bewegte Schatten, Blinklichter, Eiswurf beeinträchtigen Menschen und Tiere. Auch diese Fakten sind viel zu wenig erforscht und müssen VOR einem weiteren Ausbau unbedingt erforscht werden. Stress ist ein wesentlicher Krankheitsfaktor. Auch aus diesem Grund ist ein Abstand von 2000 m zu jeglicher Bebauung sicherzustellen. -Da noch sehr viele ungeklärte - u. a. die oben aufgeführten - Gefahren viel zu wenig wissenschaftlich erforscht sind, lehne ich eine beschleunigte Raumberträglichkeitsprüfung entschieden ab und fordere eine Abgabefrist von Stellungnahmen von mindestens 6 Monaten. Sonst kann keine wirkliche demokratische Diskussion und Entscheidung stattfinden. Wie oben erwähnt, wenn wir so dringend - verlässliche - Energie benötigen: Sorgen Sie dafür, dass der noch intakte Strang von Nordstream I unverzüglich wieder eingeschaltet wird! Dieser Boykott ist ein Verbrechen gegen das deutsche und gegen das europäische Volk und hat überhaupt keine Auswirkung auf das Klima oder auf Russlands Haushalt. Im Gegenteil, sie können ihr Gas nun noch teurer verkaufen. Abnehmer gibt es genügend. Jeder, der rechnen kann, kann Ihnen die Irrelevanz des C02 Ausstoßes durch Gas auf den C02 Gehalt in der Atmosphäre vorrechnen. Sollten Sie für einzelne Punkte nicht „zuständig“ sein, so leiten Sie mein Schreiben bitte an die zuständige Behörde weiter bzw. geben mir an, wen ich dazu ansprechen kann.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Freundliche Grüße	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1280	Stellungnahme Wir verstehen, dass sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt hat, für die Nutzung der Windenergie weitere Flächen auszuweisen. Jedoch empfinden wir die zusätzlichen Eingriffe in Schutzbelange und die Änderungen des Kriterienkatalogs als besorgniserregend. Wir sind der Meinung, dass die beschriebene Fläche zwischen Karlshof, Langenhagen, Neutestorf und Testorf und aus den Windenergie-Potenzialflächen gestrichen und von der Windenergienutzung ausgeschossen werden muss! Landschaftsschutzgebiet Karlshof liegt im Kreis Ostholstein in der Holsteinischen Schweiz, in einem Landschaftsschutzgebiet, ein Areal mit besonderer Natur; in einem Erholungsgebiet mit hohem Stellungswert. Urlauber kommen zu uns um die Natur zu geniessen. Diese Natur ist wunderschön, besonders und einzigartig und mit ihrer Artenvielfalt absolut schützenswert. >> Landschaftsschutzgebiete: Bungsberg mit Vorland LSG Nr. 27; Das Landschaftsschutzgebiet nach § 26 Bundesnaturschutzgesetz ist ein Umsetzungsinstrument, das für eine großräumige Sicherung von Natur und Landschaft besonders geeignet ist. Die Gebiete werden durch die Kreise und kreisfreien Städte durch Verordnung ausgewiesen. (…) Der Naturpark Holsteinische Schweiz liegt im östlichen Schleswig-Holstein, unter anderem in der Urlaubsregion Holsteinische Schweiz. Er ist der größte der insgesamt sechs Naturparke in Schleswig- Holstein. Der Naturpark umfaßt im Westen weiträumig den Grüßen Plöner See und im Osten das Bungsberggebiet. Der Naturpark gehört erdgeschichtlich zum ostholsteinischen Hügelland. Der Bungsberg, ein Nunatak, ist mit seinen 168m eine Besonderheit. (Nunatak :Begriff ist aus der Inuit-Sprache abgeleitet, bedeutet so viel wie „Einsamer Berg“) Vom Aussichtsturm des Bungsbergs hat man nicht nur eine herrliche Aussicht über den Naturpark, sondern auch bis zur Hohwachter Bucht, nach Fehmarn und zur nahe gelegenen Lübecker Bucht. Die Schutzintensität eines Landschaftsschutzgebietes liegt schwerpunktmäßig auf der Bewahrung des Landschaftsbildes und der Sicherstellung der Erholungsfunktion. Es können aber auch Maßnahmen zur Erhaltung, Wiederherstellung oder Entwicklung des Naturhaushaltes durch die Naturschutzbehörden verordnet werden. So können Landschaftsschutzgebiete im Zusammenhang mit dem Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem wichtige Funktionen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen. Darüber hinaus wird auf die allgemeine Synopse, inbesondere die Ziffern 2.3.1 und 7.3.7 hingewiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wahrnehmen. Wir bitten Sie um die Bewahrung des Landschaftsbildes und der Kulturlandschaft und um die Sicherstellung der Erholfunktion.!! Wir bitten Sie, die Flächen zwischen Karlshof und Neutestorf aus den Potenzialflächen zu streichen!! Seltene Vogelarten Die Region in der Karlshof liegt, ist eine Region, in der viele Vogelarten vorkommen. Aus der Vergangenheit haben wir gelernt, wie wichtig der Artenschutz ist und dass viele Tiere unwiederbringlich durch menschliche (Bau-) Maßnahmen stark dezimiert und schließlich ausgerottet werden. In unserer Umgebung (und auf den uns umzingelden ausgewiesen Potenzialflächen) gibt es eine besondere Artenvielfalt und ein erhöhtes Vorkommen schützenswerter Vogelarten. Es wurden Potentialflächen in einer Gegend ausgewiesen, in der u.a. auch kollisionsgefährdete Brutvogelarten mit besonderer Planungrelevanz (Falke, Adler, Milan, Uhu, Weihe) vorkommen. U.a. sind alle heimischen europäischen Vogelarten besonders geschützte Arten, einige Vogelarten sind darüber hinaus auch streng geschützte Arten. Viele Vogelarten, auch die der Bodenbrüter, verschwinden, da dort wo gemäht wird, die Brut zerstört wird. Insektizide und Herbizide werden durch die Nahrung aufgenommen oder verfüttert, oft werden auch die Nester direkt mit Gift bespritzt. Wenn nun auch noch die Moore als Lebensraum verschwinden und Feuchtwiesen gestört oder zerstört werden, wird weiterer Lebensraum für viele Arten verschwinden. Es werden Vögel des Jahres gewählt, um darauf aufmerksam zu machen, dass Wiesen, Felder, Moore, Brachland, Streuwiesen und Knicks zu erhalten und zu schützen sind , weil sie notwendige Flächen zum Erhalt vieler Vogelarten sind. Um Störwirkungen auf Brutplätze auszuschließen, sind Schutzbereiche um Brutplätze und Brutkolonien einzuhalten, die von Windenergieanlagen freigehalten werden sollten. Als weitere Schutzmaßnahmen sollten wichtige Nahrungsflächen und dorthin führende Flugrouten in einem artspezifisch festgelegten Umkreis freigehalten werden. Unweit der ausgewiesenen Flächen befinden sich Seeadlerbrutplätze, Rotmilanhorste und Kranichplätze. Seeadler, Milan, Falke und Kranich und viele weitere Vogelarten müssen geschützt werden. Der Seeadler zieht hier regelmäßig seine Kreise, er ist u.a. zwischen Karlshof, Neutesorf und Testorf zu sehen. Nach Mäusebussard und Rotmilan ist der Seeadler die dritthäufigste an WEA verunglückte Greifvogelart!BNatSchG) und es ist auch verboten, Fortpflanzungs- und Ruhestätten (Lebensstätten) zu beschädigen oder zu zerstören! Der Milan ist hier regelmäßig zu beobachten, seine Brutplätze befinden sich unweit von Karlshof. Wir sehen und beobachten den Rotmilan regelmäßig. An manchen Tagen können wir einen „Trupp“ von Tieren sehen. Der Rotmilan ist die Vogelart, die am	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	häufigsten als Kollisionsopfer unter Windenergieanlagen gefunden wurde. Das ist besonders beunruhigend, weil Deutschland etwa die Hälfte des Weltbestandes des Rotmilans beherbergt (60%) und damit eine besondere Verantwortung für die Erhaltung und den Schutz dieser Art hat.Durch hohe Schlagopferzahlen und landesweit sinkende Bestandszahlen hat der Ausbau von Windkraft auch eine zunehmende Relevanz für den Bussard.Der zwar nicht als schützenswerte Art in den Listen zu finden ist, hier aber vermehrt zu sehen ist. Fledermäuse sind für das Ökosystem wichtig, weil sie helfen, Schädlinge zu reduzieren. Zahlreiche Fledermausarten benötigen auf ihren Hunderte Kilometer weiten Wanderungen zwischen Sommer- und Winterquartier sichere Rast- und Nahrungsplätze. Jährlich sterben von zu 200.000 Tiere durch die Windanlagen. Windkraftanlagen sind Todesfallen. Bei fliegendem Getier führen sie zum Massensterben! Fledermäuse und Vögel, die in diese Anlagen geraten, überleben das nicht. Dass ihnen jährlich über hunderttausend zum Opfer fallen, ist gesichertes Wissen! Fledermäuse können in der Nähe von Windrädern selbst dann sterben, wenn sie von den Rotorblättern gar nicht getroffen werden! Ein europaweites Abkommen zur Erhaltung der heimischen Fledermauspopulationen (Agreement on the Conservation of Populations of European Bats), besteht schon seit über 30Jahren.!! (seit 1991) EUROBATS hat den Fledermausschutz stetig vorangebracht. Mittlerweile haben sich 37 Staaten dazu verpflichtet, die 51 in Europa heimischen Arten zu schützen. (UNEP/EUROBATS - Sekretariat des Abkommens zur Erhaltung der europäischen Fledermauspopulation) Innerhalb der Europäischen Union ist das entscheidende Schutzinstrument für Fledermäuse die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH), die in ihrem Anhang IV alle Arten der Fledermäuse als "streng zu schützende Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse" aufführt. In Deutschland ist es durch das Bundesnaturschutzgesetz grundsätzlich verboten, die Tiere zu töten, zu stören oder auch ihre Quartiere zu zerstören. Karlshof liegt im Kernbereich eines charakteristischen Landschaftsraumes mit zahlreichen Kulturdenkmälern; diese Gegend hier und um den Bungsberg gilt als Natur- und Kulturlandschaft. Die eingetragenen Potenzialflächen liegen an landschaftlich exponierten Stellen, da sie sehr hoch liegen. Bei einer Anlagehöhe von 180m wäre schon eine Gesamthöhe von über 300m üNN gegeben! Bei einer Anlage von 250m schon eine Gesamthöhe von über 370m üNN gegeben! Die Anlagen würden selbst den Gipfel des Bungbergs - die höchste Erhebung in SH (167,4m üNN) - um bis zu ca. 150m oder mehr überragen, und damit das Landschaftsbild extrem weiträumig beeinträchtigen !! Dies würde eine erhebliche, langfristige, wesensfremde und großflächige Beeinträchtigung des charakteristischen Landschaftsbildes und der Erholungseignung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Landschaft bedeuten. Das charakteristische Landschaftsbild würde mutwillig zerstört werden! Der Bungsberg ist die eiszeitlich entstandene höchste Erhebung Schleswig-Holsteins. Aufgrund seiner Höhe von 167 Metern wurde er von der letzten Eiszeit umflossen und daher nicht durch Gletscher abgetragen und überformt wie die umgebenden Flächen (Vorland). Diese sind geprägt durch besonders markante Moränenlandschaften, ein Merkmal der landschaftlichen Charakteristik. Die ringförmig umschließenden Moränenwälle beinhalten in alle Himmelsrichtungen abfließende Bäche, die teilweise in tief eingeschnittenen Kerbtälern verlaufen. >> Endmoränenlandschaft mit landschaftlich markanten Höhen mit höchster Erhebung Schleswig-Holsteins (Bungsberg mit 167,4m ü NN, Nunatak) sowie tief eingeschnittene Bachschluchten. (Bungsberg-Gebiet)Hier ist eine Natur- und Kulturlandschaft von besonderer Vielfalt, Eigenart und Schönheit entstanden. Wir wohnen in einer Region mit charakteristischem Landschaftsbild, in der wir auch zahlreiche Kulturdenkmäler und und sonstige Sachgüter finden. Landschaftsbild und Kulturdenkmäler sind Schutzgüter, die bei Planungen von Vorrangflächen und im Genehmigungsverfahren als öffentlicher Belang zu berücksichtigen sind.Kulturdenkmäler und Schutzgüter Christuskirche Hansühn (Liste der Denkmäler OH Nr. 3073,21230-21233, 29301) Die evangelische Kirche wurde ursprünglich im 3. Jahrhundert erbaut. Im Jahre 1896 wurde die Kirche durch eine neuromanisch-neugotische Kirche ersetzt. Die Christuskirche mit Ausstattung, Pastorat, Kirchhof, Lindenkranz, Feldsteinwall, Kirchhofspforte und historische Grabmale sind eingetragene Kulturdenkmäler. Für die Hansühner Christuskirche sollte ein Abstandsradius von 5km eingehalten werden, da es sich hier um eingetragenes und weit sichtbares Kulturdenkmal handelt! Bei diesem denkmalgeschützten Bauwerk möchten wir deutlich auf die besonders exponierte Lage hinweisen und auf seine Funktion als weithin sichtbare Landmarke! Diese würde durch die geplanten wesentlich höheren Windmühlen bedeutungslos werden.Das Gut Testorf (Liste der Denkmäler OH Nr. 1006,1333,1334,1358,973,975,976,978,979, und 27422 Das Gut Testorf mit Parkanlage und Barockgarten und Inspektorenhaus. Die Gutsanlage mit Herrenhaus, Torhaus und Nebengebäuden ist ein typisches Beispiel der Gutsarchitektur Schleswig- Holsteins des 18. Jahrhunderts.Das Inspektorenhaus , Testorf das Gut Meischenstorf (Liste der Denkmäler OH Nr. 12323, 12324, 29192-29199) Herrenhaus, Gutspark, Holzbrücken östlich und westlich, Gartentor, Teich mit Insel, Lindenrondell, ehem. Nutzgartenund Burggrabenrest sind eingetragenen KulturdenkmälerErgänzung aus dem Katalog der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Merkmale der landschaftlichen Charakterisitik: >> hohe Alleendichte besonders in den Naturräumen Holsteinische Schweiz, Bungsberggebiet, (Quelle: Katalog der Merkmale der landschaftlichen Charakteristik, Anhang 9.5.; Komponente Relief /Morphologie) >> Bachschluchten der Bungsbergregion (Quelle: Katalog der Merkmale der landschaftlichen Charakteristik, Anhang 9.5.; Komponente Gewässer) >> Bungsberggebiet: ges. Naturraum ist Schwerpunkt der Rotmilan- und SeeadlerVerbreitung (Quelle: Katalog der Merkmale der landschaftlichen Charakteristik, Anhang 9.5.; Komponente Vegetation, Ausprägung) >> Holst. Schweiz und Bungsberggebiet als Schwerpunkt-bereich der Rotbauchunken- und LaubfroschVerbreitung, (Quelle: Katalog der Merkmale der landschaftlichen Charakteristik, Anhang 9.5.; Komponente Gewässer)Hügelgräber in unmittelbarer Umgebung der benannten Abwägungsflächen für Windenergie der Gemeinde Wangels befinden sich zahlreiche Bodendenkmäler. Um diese Bodendenkmäler müssen nach dem Schutzradien eingehalten werden!Wir alle brauchen die Natur zur Erholung. Sie ist unsere Ressource. Sie darf nicht mutwillig zerstört werden. Sie muss geschützt und erhalten werden! Kimaschutz geht nicht ohne Naturschutz. Naturschutz geht nicht ohne Artenschutz. Artenschutz geht nicht ohne Lebensräume! Nur intakte Ökosysteme versorgen uns nachhaltig mit natürlichen Ressourcen. Nur gesunde Böden und die Vielfalt der Tiere, die die Pflanzen bestäuben können, sichert uns die Nahrung. Ohne Naturschutz gibt es keinen Klimaschutz und wer Klimaschutz ohne Naturschutz durchführen will ist scheinheilig. Wir verstehen, dass sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt hat, für die Nutzung der Windenergie weitere Flächen auszuweisen, aber bitte nicht um jeden Preis! Die Natur wächst nicht nach. Die ausgewiesenen Potenzialflächen in unserem Gebiet zeigen keine naturverträgliche Standortwahl, die Rücksicht nimmt auf Arten und ihre Lebenssräume. Der Bereich zwischen Neutestorf und Karlshof muss aus der Planung gestrichen werden! Wir sind alle für Klimaschutz, der notwendige weitere Ausbau der Windenergie in Deutschland sollte jedoch nicht durch eine Aufweichung des Artenschutzrechts erreicht werden. Wir sind nicht gegen Windenergie. Wir sind aber gegen Windenergie um jeden Preis. Es gibt ein Renaturierungsgesetz, dieses verpflichtet alle EU-Mitgliedsstaaten, den Bestand von Bestäubern, natürlichen Ressourcen, sauberer Luft und sauberem Wasser zu sichern. Unsere Region hat bereits einen ausreichenden Beitrag zur Energiewende erbracht und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sollte als Ausschlussfläche für WKA nicht weiter belastet werden, damit sie erhalten bleibt!! Wir hoffen sehr, dass unsere Region nicht weiter zerstört wird. Wir bitten Sie um Ihren Einsatz für Arten und Naturschutz. Wir fürchten nicht nur die optische Zerstörung dieser wunderbaren Naturlandschaft mit ihren Wäldern. Wir fürchten Geräuschimmision, Schallimmision, optische Einschränkung und Schattenschlag.Abstandsflächen Erst ein Abstand von mind. 2000m bietet eine größere (aber nicht absolute) Sicherheit vor emissionsbedingten Gesundheitsschäden. Zu geringe Abstandsflächen der Windkraftanlagen zu Wohnhäusern wirken sich negativ auf Gesundheit und Lebensqualität aus! Durch Windkraftanlagen kommt es zu: - Lärmbelastung durch Rotorflügel - , Antriebs und Windgeräusche - Schlagschattenbildungen, - gesundheitlichen Störungen und Gesundheitsschäden durch Infraschall. In Studien von Umweltmedizinern wurden Lebensbedingungen in der Nachbarschaft von Windanlagen untersucht. Gesundheitliche Störungen sind: Schlafstörung, Anspannung, Konzentrationsmangel und Kopfschmerzen, Tinnitus, Schwindelgefühl und Übelkeit, unscharfes Sehen, schneller Herzschlag, Reizbarkeit, Angstzustände, innere Unruhe und Aggressivität. Die Turbinen erzeugen Schwingungen unterhalb der Hörbarkeitsgrenze, die das artgerechte Verhalten der Tiere schwer beeinträchtigen können und auch die Gesundheit von Menschen belasten können. In der Neurologie versteht man unter WTS nachweisbare neurologisch-physiologische Symptome, die von Infraschall und niederfrequentem Schall der Windkraft-Anlagen verursacht werden. Viele Studien belegen eindeutig, dass Ängste und Sorgen der Bürger berechtigt sind! In anderen Bundesländern und Ländern gelten bereits größere Abstände, um die Gesundheit der Anwohner zu schützen. 10H Schon oft haben Bürgerinitiativen eine Vorsorgepflicht bei der Ausweisung der Flächen für den Ausbau von WKA gefordert und eine Abstandsflächenregelung von 10H (zehnfache Gesamthöhe der WKA)als hartes Ausschusskriterium gefordert. 3H/5H Da durch die Abstandsflächenregelung, die nutzbare Fläche zu sehr eingeschränkt wird, wurde nun sogar die Abstandsflächenregelung 3H/ 5H der (fünffache Gesamthöhe der Anlage als Abstand zu Wohngebäuden im Innenbereich und zu Wohngebäuden im Außenbereich die dreifache Gesamthöhe) gestrichen !! Das finden wir besorgniserregend. aber: Da durch den Wegfall des 3H/5H Kriteriums die ausgewiesenen Flächen besser bebaut werden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	können, wird die Flächeneffizienz erhöht. Jedoch: Wenn die Fächeneffizienz erhöht wird, kann und sollte die Flächenauswahl auf konfliktarme Standorte begrenzt werden!! Wieso werden Flächen mit charakteristischem Landschaftsbild, Seeadler und Milanvorkommen, Flächen mit Moor und Wald ausgewiesen ??? Die Natur ist unsere Ressource und es müssen unberührte Bereiche erhalten bleiben! Es muss einen Schutzbereich geben um den Wald und um das Moor! Die ausgewiesenen Flächen rund um Karlshof gehören nicht in die Potenzialfläche für Windenergie!! Sie müssen aus der Planung gestrichen werden! Es muss Rücksicht auf die Gesundheit der Menschen, auf die Tiere und die Pflanzen und die Biologische Vielfalt, die Kulturgüter und die Sachgüter Rücksicht genommen werden!!! Die Flächenauswahl sollte auf konfliktarme Standorte begrenzt werden!! Klimaschutz funktioniert nicht ohne Naturschutz und Artenschutz !! Der Bau von Windkraftanlagen ist eine Belastung für die Umwelt!! Das wissen wir alle! Die Auswirkungen auf die Umwelt und die Menschen, auf die Tiere und die Pflanzen und auf unsere Landschaft sind für die Zukunft nicht zu überblicken. Auf unabsehbare Zeit müssen die Bürger / Anwohner - und auch die nachfolgenden Generationen - mit den Auswirkungen politischer Entscheidungen zur Windkraft leben. Bitte nehmen Sie wahr, dass die Akzeptanz der Bürger schwindet, nehmen Sie Rücksicht, auf die Bürger, die Natur, auf unseren Lebensraum und den Landschaftsschutz. Wir bitten Sie aus Sorge um unsere Gesundheit, um unsere Wohn- und Lebensqualität, um den Natur und Artenschutz und um unser Landschaftsbild unsere vorgebrachten Argumente zu überprüfen und zu berücksichtigen. Wir hoffen sehr, dass unsere Stellungnahme einen Beitrag dazu leisten kann, dass die Planung der Potenzialflächen überdacht wird. [redacted] Wangels, Juli 2024 [redacted], Wangels	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2903	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen:	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 5.4, 3.15, 4.20, 4.2, 7.2.9 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich befürchte körperliche und psychische Beschwerden und möchte, dass eine Abstandsregelung von mindestens 5 H zur Wohnbebauung gilt. Ich habe Bedenken, das die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der WKA gefährdet würd. Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (LEP-SH), dies steht im Widerspruch zu den geplanten WKA. Mir ist wichtig, dass alle geschützten Großvogelarten in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden Die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete erhalten bleiben und die WKA Bebauung ausgeschlossen werden. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverschmutzung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien Ich möchte das Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen unbeeinträchtigt bleiben. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeit ab. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1271	Sehr geehrte Damen und Herren! Zum am 18.06.24 veröffentlichen Regionalplan möchte ich gern Stellung nehmen. Die Fläche zwischen den Gemeinden Süderhastedt und Hochdonn sollte in dem Bereich wie in Karte 0 mit * gekennzeichnet ebenfalls als Wiesenvogelbrutgebiet ausgewiesen werden. Begründung: Das Waldgebiet „Stracksche Tannen“ (Karte 3), eines der wenigen in	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Bislang ist der Bereich nicht als Brutgebiet von Wiesenvögeln in überdurchschnittlichen Dichten bekannt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Süderdithmarschen, dient Wild, Vögeln und auch den Menschen aus der unmittelbaren Nachbarschaft der Erholung und ist ein schützenswertes Gebiet. Direkt im Anschluss an diesen Wald in Richtung Hochdonn rechts der L 327 befindet sich ein Biotop, welches etwa 200x200 / 250x250 Meter groß ist und darüber hinaus durch einen unberührten Bachverlauf in diesem Bereich vernässt ist. Siehe Karte 4. Karte 1 zeigt Ihnen unter a) und b) und auch c) je Biotope auf einer insgesamt nassen Wiese. Insbesondere um das Biotop B herum sind Flächen nicht zu bewirtschaften aufgrund der Nässe; so konnten sich Feuchtwiesen bilden, ein für Wiesenvögel hervorragendes Brutgebiet. Der Löwenbach fließt dort entlang und mündet in den Helmschen Bach. Es leben im angrenzenden Waldstück Bussarde und Rotmilane, Feldlerche und Kiebitze brüten hier. Wir werden im Frühling, also sobald Brutzeit ist, ein Vogelgutachten erstellen lassen. Auf dieser Karte finden Sie unter d) die Kiesgrube, in deren Wand unzählige Ufer- und auch Sandschwalben nisten. (siehe auch Karte 2) Die Karte 5 zeigt das insgesamt betreffende Gebiet, das unbedingt frei bleiben muss von Störungen, insbesondere dem Bau von Windkraftanlagen, um hier der Tier- und Vogelwelt weiterhin Raum zu geben und Brutgebiete nicht zu zerstören. Ich hoffe, dass die Karten Ihnen verdeutlichen, wie wichtig es ist, die bisher erfreulicherweise bereits eingetragene Schutzzone ein wenig in Richtung Hochdonn zu erweitern. Beste Grüße aus Krumstedt [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1270	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich zur Errichtung weiterer möglicher WKA in unserer Region Stellung beziehen. Die Region Angeln im Kreis SL ist aktuell schon stark durch die Aufstellung etlicher WKA gezeichnet. Kein schönes Bild. Es gilt dabei häufig das nimby-Prinzip. Alle finden saubere Energie gut. Die WKA will aber niemand in seiner Umgebung haben. Aus gutem Grund. Die Belastung durch Schlagschatten und Infraschall ist nachgwiesen und	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 7.2.12, 7.3, 7.2.11 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	in hohem Maße belastend. Dazu kommt ein immenser Wertverlust der betroffenen Immobilien in den Gemeinden. Andere Regionen in Deutschland ernten günstige Stromtarife, während bei uns die Landschaft gepeinigt wird. Es reicht! Ich lehne jegliche Neuaufstellung von WKA in unserer Region ab. Die Exzessive Nutzung gerade in Dithmarschen und Nordfriesland sind extreme Negativbeispiele, wie Politik GEGEN die Bevölkerung gemacht wird. Gerade in diesen Zeiten erwarte ich eine den Menschenb zugewannte und empathische Herangehensweise. Es ist absurd, zu lesen, dass neue WKA 200 Meter hoch sein. Sollte es dazu kommen, werden viele Menschen die Region verlassen, bzw. das Ganze politisch mit einer anderen Stimmabgabe quittieren. Meine Forderung ist daher, keine WKA mehr in Angeln neu aufstellen. Nicht in Hürup, die eh schon seit 2016 in einem demokratischen Prozess ausgeplant wurden, und auch nicht in anderen Teilen Angelns. Sollte es zu weiteren WKA kommen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, würde ich das bei den kommenden Wahl berücksichtigen und auf Lange Sicht nachdenken, ob unser schönes Schleswig-Holstein noch der richtige Ort zum Leben ist. Mit freundlichen Grüßen Eine Familie der Region Mittelangeln	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1269	Sehr geehrte Damen und Herren! Zum am 18.06.24 veröffentlichen Regionalplan möchte ich gern Stellung nehmen. Die Fläche zwischen den Gemeinden Süderhastedt und Hochdonn sollte in dem Bereich wie in Karte 0 mit * gekennzeichnet ebenfalls als Wiesenvogelbrutgebiet ausgewiesen werden. Begründung: Das Waldgebiet „Stracksche Tannen“ (Karte 3), eines der wenigen in Süderdithmarschen, dient Wild, Vögeln und auch den Menschen aus der unmittelbaren	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene, namentlich auf eine konkrete Fläche beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu den vorgebrachten Argumenten wird auf die Ziffern 4.18.1, 4.5.1, 4.7 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nachbarschaft der Erholung und ist ein schützenswertes Gebiet. Direkt im Anschluss an diesen Wald in Richtung Hochdonn rechts der L 327 befindet sich ein Biotop, welches etwa 200x200 / 250x250 Meter groß ist und darüber hinaus durch einen unberührten Bachverlauf in diesem Bereich vernässt ist. Siehe Karte 4. Karte 1 zeigt Ihnen unter a) und b) und auch c) je Biotope auf einer insgesamt nassen Wiese. Insbesondere um das Biotop B herum sind Flächen nicht zu bewirtschaften aufgrund der Nässe; so konnten sich Feuchtwiesen bilden, ein für Wiesenvögel hervorragendes Brutgebiet. Der Löwenbach fließt dort entlang und mündet in den Helmschen Bach. Es leben im angrenzenden Waldstück Bussarde und Rotmilane, Feldlerche und Kiebitze brüten hier. Wir werden im Frühling, also sobald Brutzeit ist, ein Vogelgutachten erstellen lassen. Auf dieser Karte finden Sie unter d) die Kiesgrube, in deren Wand unzählige Ufer- und auch Sandschwalben nisten. (siehe auch Karte 2) Die Karte 5 zeigt das insgesamt betreffende Gebiet, das unbedingt frei bleiben muss von Störungen, insbesondere dem Bau von Windkraftanlagen, um hier der Tier- und Vogelwelt weiterhin Raum zu geben und Brutgebiete nicht zu zerstören. Ich hoffe, dass die Karten Ihnen verdeutlichen, wie wichtig es ist, die bisher erfreulicherweise bereits eingetragene Schutzzone ein wenig in Richtung Hochdonn zu erweitern. Beste Grüße aus [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1267	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde 25779 Kleve in Dithmarschen begrüße ich Ihre Entscheidung, die Hauptachsen des europäischen Vogelzuges von einer weiteren Bebauung mit	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 und Ziffer 4.14 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftanlagen freizuhalten. Sie ist fachlich begründet und naturschutzrechtlich geboten. Die Gemeinde Kleve liegt, ebenso wie die Gemeinden Lehe, Lunden, St. Annen, Schlichting, Fedderingen sowie, im weiteren Verlauf eideraufwärts, die Gemeinden Hennstedt, Bergewöhrden, Delve, Glüsing und Hollingstedt in der Hauptachse des Vogelzuges. Sie ist schon heute nicht frei von Beeinträchtigung . Insbesondere durch die im Bereich nördlich von Hennstedt gebauten Windkraftanlagen und die wesentlich höhere Hochspannungsleitung im Bereich Kleve sind bereits starke Veränderungen auf das Verhalten der Zugvögel vor Ort zu beobachten. So kommt es zu Ve rschiebungen der Rast -, Fraß- und Schlafplätze innerhalb der Region, die auch auf die restliche Fauna und Flora der Region Einfluss haben. Während bereits negative Auswirkungen von Projekten trotz positivem Umweltverträglichkeitsgutachten beobachtet werden können, werden die verbleibenden Flächen um so wichtiger für den Naturschutz. Diese dynamische Entwicklung bedingt ein kontinuierliches Monitoring und eine Reevaluierung der Gebiete bezüglich der Bedeutung für den Naturschutz. Wenn Zielabweichungsverfah ren für Potentialflächen ermöglicht werden sollen, dann sollten diese strengsten Kriterien unterliegen, d.h. unter anderem auf aktuellen Gutachten basieren, und im Zweifel eher restriktiv beurteilt werden. Daher beantrage ich die Potentialflächen südöstlich von Hollingstedt sowie im Bereich des bestehenden Windparks in der Gemeinde Hennstedt aus der Teilfortschreibung auszunehmen, da es keine aktuellen, aussagekräftigen Gutachten zur Umweltverträglichkeit gibt. Anderenfalls halte ich eine gerichtliche Überprüfung der Planung für angezeigt. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit:	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: M2080	des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Mir ist wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie der Rotmilan, Seeadler, Kraniche usw. weiterhin geschützt werden. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete und Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die gesamte Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Sehr wichtig: Solange der durch WKA erzeugte Strom nicht Komplett weitergeleitet oder gespeichert werden kann dürfen Keine neuen Anlagen gebaut werden!!! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted]	nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.3, 7.2.5, 7.2.8, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.4 und 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutzes* des Planentwurfs beziehen. Es wird auf die Ziffern 4.2.1 und 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2897	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentvvicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich befürchte körperliche Beschwerden und möchte, dass eine Abstandsregelung von mindestens 5h zur Wohnbebauung gilt • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqaulität und dauerhafte Verfügbarkeit	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 5.4, 4.8, 4.2, 7.2.7, 7.2.8, 7.2.9, 7.2.11 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. • Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFh-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor-und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. • Ich möchte, dass ein Havariefall wie z.B. Brandausbreitung, technischer Defekt durch ausreichende Abstände von mindestens 1500 Neter zu Wohnhäusern abgesichert wird. • Ich befürchte eine Kontamination der landschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atomluft durch Mikroplastik der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitsschemikalien). Ich frage mich, ob ein Bioanbau sei es im eigenen Garten, sowie bei den "Biobauern" mit Ihrem Hofflächen überhaupt noch möglich ist. • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall • Ich habe Angst, dass meine Immobilie an Wert verliert und ich möchte dazu eine Abstandsregelung von mindestens 5H zur Wohnbebauung. • Wer übernimmt die Folgekosten: Sanierung, Rückbau, Investitionen für Feuerwehr, Deponien, Haftung für die betroffenen Gemeinden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen,	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1258	Auch nach fünf Jahren sind wir immer noch gegen Windkraft-Anlagen in und um Heidmühlen . Für uns macht es keinen Sinn, immer mehr Windräder in die Erde zu bringen, obwohl es mehr Sinn machen würde, endlich genug Speichermöglichkeiten zu schaffen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 7.2.1, 7.2.5, 4.20 und 5.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und die Leitungen zu bauen, damit der Strom dahin kommt, wo er gebraucht wird, und in Gegenden, die nicht bereit sind, auch Windräder zu bauen, z.B. in Bayern. Es macht absolut keinen Sinn, immer mehr Windräder zu bauen, und dann die Hälfte nicht laufen zu lassen, weil der Strom weder vernünftig gespeichert noch weiter transportiert werden kann. Wir leben hier in einem Naherholungsgebiet des Segeberger Forst mit viel Wild und auch vielen schützenswerten Vogelarten, wie dem Rotmilan, Seeadler, Störche und Fledermäuse. Gerade die Grünen in der Regierung sollten sich fragen, ob sie sich nicht selbst widersprechen. Die Windräder sind zu hoch und viel zu dicht an Siedlungen, außerdem werden sie den Boden verändern, indem sie ihn schneller erwärmen und den Boden auch schneller austrocknen. Außerdem ist der Grundwasserspiegel in Gefahr und auch die Qualität des Wassers. Es wäre vielleicht auch sinnvoller, die Solarparks weiter auszubauen, denn diese haben durchaus Vorteile. Daher ein absolutes NEIN zu weiteren Windrädern im Segeberger Forst.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2861	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Das Kommunen durch die „Öffnungsklausel“ zusätzliche Flächen für Windräder konzipieren können, bereitet mir große Sorge, sollte das Land diese Pläne verwirklichen kommt es zu einem „Großwindpark“ in Schleswig-Holstein. Es sollte unbedingt auf die richtige Standortwahl zur Windkraftbebauung geachtet	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.4, 4.20 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden, ansonsten geht es zu Lasten von Mensch und Natur. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kranich, Zugschwäne usw. in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Aus diesem Grund möchte ich die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Zusätzlich müssen überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen sind freigehalten werden. Ich lehne die neuen Rechtsbestimmungen ab und fordere eine Verlängerung der Abgabefrist der Stellungnahmen! Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2860	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Unsere Familie hat letztes Jahr erfahren, dass unser landwirtschaftlicher Betrieb von min. 12 Windkraftanlagen aus mehreren Himmelsrichtungen eingekreist werden soll. Die Anlagen sollen eine Höhe von 250m haben und teilweise nur 500m von unserem Wohnhaus entfernt stehen. Bei 200m Anlagen nur 400m. Die tägliche Arbeit auf unserem Hof ermöglicht es uns nur höchstens 5 Tage im Jahr in den Urlaub zu fahren. Jedoch bei diesem geringen Abstand und somit optischer Erdrückung und dazu noch erlaubten 43 db Lärm zu Wohngebieten, wird eine Erholung wohl kaum möglich sein! Aus diesem Grund fordere ich, dass die gleiche Abstandsregelung min. 1000m zu Wohnhäusern für alle Menschen gilt, egal ob Stadt, Dorf, Splittersiedlungen oder Einzelgehöfte!!	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Dieser Teil der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1.3 und 2.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2745	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich bin daran interessiert dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen zwischen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet ist. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ich möchte, das überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten werden. [Unterschrift]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.5, 7.1.1, 4.14 und 4.15 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2795	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich fordere, dass Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 2.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Außerdem wird auf die Ziffern 7.1.8 und 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann. - Vermeidung von Phantomstrom - Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen - Riegelbildung Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2940	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich befürchte körperliche Beschwerden durch visuelle und akustische Emissionen und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von mindestens 5x die Höhe der Anlage zur Wohnbebauung gilt. Ich befürchte sonst einen Preisverfall meiner Immobilie für den Fall das wir verkaufen müssen. Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (siehe Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Die Weiterentwicklung der Region sehe ich somit stark gefährdet. Ich möchte, dass die typischen, schleswig-holsteinischen, Landschaftsräume, mit Knicks und Seen, unbeeinträchtigt erhalten bleiben. Auch habe ich Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.11, 3.15, 7.2.12, 5.4, 4.20, 7.2.9 und 7.2.13 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	durch die dauerhaft im Erdreich verbleibenden Fundamente gefährdet wird. Ich möchte nicht, dass sich die hier wieder angesiedelten Greifvögel wie Seeadler und Rotmilan gestört fühlen, ihre Horste auflösen und somit die Population wieder abnimmt. Es gelten noch weitere 12 Vogelarten als besonders von Windkraftanlagen gefährdet. Diese zu vertreiben wäre ein frevel an der Natur. Außerdem befürchte ich eine Kontamination der Landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter die nach der Lebensdauer als Sondermüll entsorgt werden müssen. Wir sind schon belastet durch die direkte Nähe eines Blockheizkraftwerkes mitten im Dorf. Lufthöhe 100m. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Cimbergy GmbH & Co. KG, Projektmanagement ID: M2846	Stellungnahme der Cimbergy GmbH & Co. KG zur Übernahme einer Potenzialfläche als Vorrangfläche für Windenergienutzung– hier: Potenzialfläche PR2_RDE_002 – Gemeinden Dörphof und Thumby, Kreis Rendsburg-Eckernförde Sehr geehrter Herr [redacted], hiermit nehmen wir Bezug auf den am 30.12.2020 in Kraft getretenen Regionalplan und hierin die unberücksichtigte Potenzialfläche „PR2_RDE_002“ in den Gemeinden Dörphof und Thumby und bringen unsere Stellungnahme in das Beteiligungsverfahren zur Fortschreibung der Regionalplanung ein. Mit dieser Stellungnahme wird beabsichtigt die Potenzialfläche PR2_RDE_002 als Vorranggebiet für die Teilfortschreibung des Regionalplans – Fachgebiet Windenergie im Planungsraum II einzubringen. <u>Ausgangslage/Zielsetzung:</u> Wir sind seitens der [redacted] beauftragtes Planungsbüro zur Projektierung und Planung eines Windparks innerhalb der Potenzialfläche PR2_RDE_002. Bei der Flächenkulisse handelt es sich konkret um das im verabschiedeten RROP 2020 ausgewiesene Potenzialgebiet westlich von Damp,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nördlich Vogelsang-Grünholz in den Gemeinden Dörphof und Thumby. (Abbildung) Die konkrete Flächenabgrenzung, welche wir hiermit einbringen möchten, entnehmen Sie bitte der nachfolgenden, graphischen Abbildung. (Abbildung) Wir haben bei dieser Flächenabgrenzung Rücksicht auf das Abwägungskriterium 1.1 genommen und den Abstandsbereich zu benachbarten Siedlungsbereichen bereits auf 1.000m gepuffert. Ebenfalls haben wir auf die Ziele und Grundsätze des im Entwurf befindlichen Landesentwicklungsplanes, z.B. in Hinblick auf die Berücksichtigung einer Referenzanlage mit einem Rotordurchmesser von 150m für die Darstellung der Flächenkulisse, Rücksicht genommen. Weiterhin kann festgehalten, dass das Wohnhaus in Kummerholz 1 laut [redacted] schon heute keine Wohnnutzung mehr beherbergt. Demnach haben wir auch den 400m Puffer um die dieses Wohnhaus als Flächenerweiterung an die Potenzialfläche bis zur Bundesstraße 203 (östlich B203) hinzugefügt. Weiterhin wurde uns seitens der [redacted] mitgeteilt, dass das Gutshaus Grüntal 1 leer steht. Nachfolgend gehen wir lediglich in Kurzform auf die einzelnen Abwägungskriterien ein, die diesen Teil der Potenzialfläche mit einem hohen oder mittleren Konfliktrisiko betreffen. <u>Bewertung der Abwägungskriterien im Detail</u> <u>Abwägungskriterien mit hohem Konfliktrisiko</u> 1.1 Abstandsbereich 800m bis 1.000m um Siedlungsbereiche Wir haben bereits in Abb. 2 eine Pufferung von 1.000m um die nächstgelegenen Siedlungen vorgenommen, so dass dieses Kriterium für den einzubringenden Flächenvorschlag hinfällig ist 1.4 – Umfassung von Siedlungsflächen Eine Riegelbildung muss sich nach sachlichen Kriterien richten. Diese wurden durch die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Landesplanung zum RROP 2020 über eine detaillierte Umfassungswirkung in Grad (<125 gering, <197 mittel) anhand der 15- fachen Gesamthöhe als Radius um die betroffenen Gemeinden dargestellt. Nach diesem sachlichen Kriterium kann festgehalten werden, dass lediglich für die Ortschaft Dörphof ein mittleres Konfliktpotenzial bestünde (126 Grad Umfassungswirkung). Hierbei wurde bereits die 15-fache Gesamthöhe einer Referenzanlage berücksichtigt, also 3.000m. Bei Anwendung von 2.250m gemäß dem Regionalplan 2020 wäre gar keine Gemeinde von diesem Kriterium betroffen. Im Vergleich zu vielen anderen Gemeinden, insbesondere auf dem Geestrücken und der Westküste lässt sich keine erhöhte Umzingelung feststellen. (siehe hierzu auch Anlage 2) 2.1.2 – Flächen mit militärischen Belangen Dem militärischen Belang der Bundeswehr wird Rechnung getragen, indem ein technisches System verbaut wird, welches der Bundeswehr den uneingeschränkten Zugriff zur Stillsetzung der Windkraftanlagen im Bedarfsfall (Radarschutz) einräumt. <u>Abwägungskriterien mit mittlerem Konfliktrisiko</u> 2.2.3 - Naturparke Ein Naturpark laut Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land und hier Unterkapital 4.5.1.2 ist gem. § 16 Absatz 1 LNatSchG in Schleswig-Holstein definiert als „…großräumige Gebiete, die zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzung für die Erholung eignen.“ Und weiter heißt es: „Gleichwohl ist es möglich, dass in Teilbereichen eine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden kann, ohne die genannten Funktionen der Naturparke wesentlich zu beeinträchtigen“. Der hier betroffene Teil des Naturparks Schlei liegt im äußersten Südosten. Eine Betroffenheit mit einem Naturschutzgebiet oder Landschaftsschutzgebiet ist nicht betroffen. Eine benachbarte Windpotenzialfläche im Norden wurde als Vorranggebiet ausgewiesen, obwohl diese räumlich näher an der Schlei zu verorten ist. Es stellt sich zudem insgesamt die Frage, ob ein Naturpark, der auf Gemeindeebene abgegrenzt wurde – je nachdem, ob die damals zur Abstimmung aufgeforderten Gemeinden um die Schleiregion den Naturpark befürworteten oder nicht – eine räumlich, saubere Abgrenzung insgesamt für die eingangs erwähnten Funktionen eines Naturparks darstellt. So hat die Gemeinde Thumby bis heute sein Gemeindegebiet nicht als Naturpark Schlei ausgewiesen, obwohl	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	es unmittelbar an die Schlei grenzt, die ja Grundlage für die Ausweisung des Naturparks gewesen ist. Währenddessen hat die Gemeinde Dörphof ihr Gemeindegebiet als Naturpark ausgewiesen, obwohl es räumlich nicht direkt an die Schlei grenzt. Eine räumlich zusammenhängende Funktion lässt sich alleine auf Basis dieses Beispiels nicht erkennen. Wir stellen auf Basis der vorgenannten Argumentation das Kriterium des Naturparks insgesamt für eine sachliche Abwägung infrage und insbesondere aufgrund der Lage der Windpotenzialfläche innerhalb des Naturparks sowie der Tatsache, dass ein nördlich gelegener Windpark seinerzeit als Vorranggebiet ausgewiesen wurde. 5.3 – 800m um (grundsätzlich raumwirksame) gesetzlich geschützte Kulturdenkmale Unter Berücksichtigung des Kriteriums 1.1 (1.000m Puffer) sind keine gesetzlich geschützten Kulturdenkmäler betroffen. Obwohl keine weiteren Abwägungskriterien mit einem mittleren oder hohen Konfliktrisiko betroffen waren, wurde in der Abwägungsentscheidung insbesondere der Denkmalschutz für den Ausschluss der Potenzialfläche zur Ausweisung als Vorranggebiet angeführt. Dies scheint insofern verwunderlich, als dass die dort aufgeführten, denkmalschutzrechtlichen Bedenken kein Abwägungskriterium betreffen und somit mutmaßlich unabhängig der sonst üblichen Abarbeitung an den Abwägungskriterien nur aufgrund von Bedenken des Landesamtes für Denkmalpflege der Ausschluss der Potenzialfläche als Vorranggebiet begründet wurde. Die Ebene der Regionalplanung ist aus unserer Sicht – zumindest bei Anwendung der seinerzeit eingeführten Abwägungskriterien – jedoch nicht der abwägungsseitig richtige Ort gewesen, um bereits hier einen Ausschluss zu begründen. Vielmehr hätte diese Abwägung auf Ebene der Zulassung im BImSchG-Verfahren mit dem Landesamt für Denkmalpflege stattfinden müssen, da erst zu diesem Zeitpunkt eine konkrete Windkraftplanung und somit eine konkrete Betroffenheit der hier in Rede stehenden Güter bewertet werden konnte. Da seit Inkrafttreten des Regionalplans vom 30.12.2020 den Erneuerbaren Energien das höchste öffentliche Interesse im Erneuerbare Energien Gesetz zugesprochen wurde, ist nunmehr davon auszugehen, dass das Interesse an Erneuerbare Energien in der Regel dem Interesse an der unveränderten Erhaltung eines Kulturdenkmals überwiegt. Im Entwurf zur Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land wird auch klargestellt, dass ein pauschaler Abstandspuffer zwischen Kulturdenkmal und Windkraftanlage nicht zielführend wäre, sondern im Einzelfall entschieden werden muss. Hier heißt es: „Die denkmalrechtliche und denkmalfachliche Beurteilung der potenziellen Beeinträchtigung der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umgebungsbereiche von Denkmälern durch raumbedeutsame WEA hängt in allen Fällen stark von der örtlichen Situation des Einzelfalles ab. Abstandsradien oder Freihaltesektoren wären daher als pauschale Ausschlussbereiche nicht sachgerecht. Die Ausweisung von Windenergiegebieten soll aus diesem Grund einzelfallbezogen mit dem Landesamt für Denkmalpflege und dem Archäologischen Landesamt sowie dem Fachbereich Archäologie und Denkmalpflege der Hansestadt Lübeck angestimmt werden.“ Daher untermauert diese Einzelfallbezogenheit die Notwendigkeit einer Klärung auf Ebene der Zulassung im BImSchG-Verfahren. Fazit: In Bezug auf die Potenzialfläche Dörphof und Thumby westlich von Damp sehen wir kein hohes Konfliktpotential in Bezug auf die aufgestellten Abwägungskriterien und bringen diese hiermit als mögliches Vorranggebiet explizit ein. Diese Sichtweise verstärkt sich insbesondere noch einmal, da dem Denkmalschutz beim jetzt in Aufstellung befindlichen Regionalplan vermutlich eine geringere Rolle als im Regionalplan 2020 beigemessen wird, da die Erneuerbaren Energien nunmehr im Erneuerbare Energien Gesetz das höchste öffentliche Interesse inne haben. Anlage 1: Vorschlag für ein Windvorranggebiet Anlage 2: Darstellung der Umfassungswirkung Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Gruppe ID: G1243 Anzahl: 2 (IDs: 1243, 1244)	KLIMA RETTEN JA, ABER NICHT VOR MEINER HAUSTÜR Nein, so einfach ist das nicht. Dieses Schreiben bezieht sich auf das Naturschutzgebiet Gotteskoogsee. Als Hausbesitzer im Plangebiet des Windparks Neukirchen bin ich sehr direkt betroffen, aber auch das Gebiet in Humptrup oder Aventoft ist so nah. Da spielt es keine Rolle ob die nächste Anlage im Mindestabstand steht oder dreimal so weit entfernt. Pech für mich also. Ich darf da auch keine Rücksicht erwarten. Was mich aber total enttäuscht ist die Tatsache das auch auf ein Naturschutzgebiet	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 4.2, 7.2.1, 7.2.12, 7.2.14, 7.3, 7.2.9, 7.2.10 und 4.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	keine Rücksicht mehr genommen wird. Tiere haben bekanntlich ein sehr viel feineres Gehör wie der Mensch und nicht die Möglichkeit die Musik lauter zu stellen. Sie werden sich ruhigere Orte suchen wollen, aber nicht mehr finden. Geboren an Rande Humptrups und die ersten Lebensjahre mit Blick in den Koog und seinem weiten Himmel haben mich davon Träumen lassen dort zu wohnen. Als der Gotteskoogsee und die um ihn liegenden kleineren Seen aufwendig renaturiert wurden habe ich das Projekt auf langen Spaziergängen interessiert verfolgt. Damals schien mir der Aufwand etwas zu übertrieben. Es war doch so schon ein Ort der Ruhe mit viel Wild, Vögeln und einem klaren Sternenhimmel. Erst mit der Industrialisierung der Landwirtschaft und dem Windkraftausbau wurde mir klar dass es solche Gebiete braucht, mehr davon und größer. Ist auch gut für Klima "retten"! Aber das möchten die grünen Retter lieber mit gigantischen Industrieanlagen, produziert in China (die haben kein Klima), transportiert um die halbe Welt und mit Diesel betriebenen Großmaschienen auf 20 m tiefe Gründungen montiert. Dazu kommen mehrere Kilometer an breiten und stark befestigen Transportwegen, Montage-und Demontageplatz sowie Stellplatz für den Kran. An jeder Anlage. Das kann man alles als versiegelte Fläche betrachten. Bei den in den letzten Jahren oft heftigen Niederschlägen, diesen Sommer z. B., wird noch weniger Wasser versickern. Ist das Ganze dann unter viel Getöse und sicher auch Erschütterungen gebaut muß der Gotteskoog mit den Folgen der Emissionen leben: Geräusche, Schattenwurf, Nachtbefeuerung. Der Schattenwurf, darf angeblich nur 30 Minuten am Tag auf ein Wohnhaus fallen (pro Anlage??), fällt aber auch auf die Felder, Gräben und Biotope. Und da wird sicher keine zeitliche Beschränkung gelten. ich kann mir vorstellen daß ein schnell huschender Schatten bei Tieren den Fluchtinstinkt triggert, alle paar Sekunden. Das führt sicherlich zur Verödung des Fluchtinstinktes.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Nachtbefeuerung soll eigentlich gar nicht mehr zu sehen sein. Grund ist eine Erkennung des Transpondersignals anfliegender Flugzeuge. Ich weiß nicht ob hierzu eine Empfangsantenne reicht oder ob man ein Rundumradar braucht. Wenn Letzteres der Fall ist, dann hoffentlich nicht auf jeder Anlage. Wir sind ohnehin schon zu viel Elektrosmog ausgesetzt, Mobilfunk, GPS-Sender, Flug-Radar. Die meisten Leute wissen wahrscheinlich nicht das so etwas zu Zellveränderungen führt. Und dann ist da noch der Verschleiß der Anlagen. Die Oberflächen der Rotorblätter werden sicherlich wie jeder Kunststoff im Freien langsam zersetzt. Bei den hohen Geschwindigkeiten der Rotoren werden diese Feinstaubpartikel bestimmt besonders effizient in der Luft verteilt. Nicht nur Menschen atmen das dann ein, auch Tiere und auch die im Naturschutzgebiet. Und ist dann so ein Windpark in Betrieb dauert es gar nicht so lange bis man ein Repowering plant. Mit noch größeren Anlagen und noch weniger Abstand. Eine Dauerbaustelle für Jahrzehnte. Und dann ist man wahrscheinlich schon so weit in die "Klimarettung" verbissen daß man die Dinger ins Wattenmeer baut. Richtig traurig finde ich auch das der Kreis Nordfriesland, der dieses Gebiet zur windkraftfreien Zone erklärt hat, so etwas nicht auf rechtssichere Füße stellen kann. Da hat sich die Verwaltung damals sicherlich Gedanken gemacht warum dieses Gebiet schützenswert ist. Nun knicken sie vor profitgierigen Windmüllern ein. Ich hoffe, daß irgendwie dieses Gebiet, so wie es ist, erhalten bleibt, für die Natur, die Vogelschwärme und die Menschen. Hier fahren viele Leute für einen Spaziergang hin, mit oder ohne Hund. Und die Touristen können hier auch sehen wie Nordfriesland einmal aussah. Einen, der sonst immer als Argument herhalten muß, habe ich noch gar nicht erwähnt: den Seeadler. Habe gerade einen gesehen, Freitag 30.8., wie er über diesem Gebiet seine Kreise zog. Als auf einer ersten Infoveranstaltung das Thema auf dieses Tier kam habe Alle gelacht. Ach ja, der Vortrag begann mit dem Satz: "Wir sind hier, weil wir Geld verdienen wollen."	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2784	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Es ist wichtig die Natur und den Erholungsraum für die einheimische Bevölkerung, deren Kinder und Kindeskinder sowie für den Tourismus intakt zu halten um Abwanderung und somit auch finanzielle Einbußen abzuwenden. 2. Wichtig das geschützte Großvogelarten weiterhin hier ihren Lebensraum und ihre Brutmöglichkeiten haben. 3. Ich habe Angst das meine und die Gesundheit der Mitbürger durch Mikroplastikabrieb, Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall dauerhaft beeinträchtigt wird. Eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen ist auch nicht auszuschließen. Weiterhin werden Immobilien, auch die meinige, an Wert verlieren die ja als Altersabsicherung gedacht sind. 4. Das Biotopverbundsystem, Moor- und Niederungsflächen, Landschaftsschutzgebiete sie sehr wichtig für unser Klima sind, müssen erhalten, ausgebaut und geschützt werden. 5. Der Weitblick in unsere Landschaftsräume wie Knicklandschaft und Seen muß erhalten bleiben. 6. Wenn Windkraftanlagen dann nur punktuell und nicht verstreut in die gesamte Landschaft und im Havariefall, wie z.B. Brandausbreitung, in ausreichenden Abständen zu Wohnhäusern mit einem mindest Abstand von 1500 Metern.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.8, 7.2.9, 7.2.11, 7.2.12, 7.3, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.4, 7.3.5, 7.3.8 und 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich enthält die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Weiterhin werden in der eingereichten Stellungnahme Hinweise / Argumente genannt, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Außerdem beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 4.5 und 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Schließlich enthält de eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.4 (Boden und Wasser)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 5.9.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1242	Sehr geehrte Damen und Herren, nach dem Entwurf des neuen Landesentwicklungsplanes Windenergie vom 11.Juni 2024, sind im Bereich 25764 Oesterwurth u.a. folgende Potenzialflächen enthalten : Östlich der Kreisstraße 59 (Ortsteil Jarrenwisch) und Westlich der Kreisstraße 59 (Ortsteil Jarrenwisch). Ich bitte Sie - auch im Hinblick auf die Beeinträchtigung des Blickes auf die Kirche Wesselburen - auf diese Poenzialflächen zu verzichten. Teilen Sie mir bitte Ihre Entscheidung mit. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1241	Windenergie ist in vielerlei Hinsicht umstritten. Zum einen liefern sie keine verlässliche Energie. Zum anderen ist der durch sie erzeugte Strom schwer zu speichern und die vorhandenen Leitungen zum Weitertransport bei weitem nicht ausreichend. Dies beutetet, dass enorm viele Kosten entstehen bei einem extrem geringen Mehrwert für die Region. Der Kosten-Nutzen-Faktor dürfte unter Berücksichtigung verschiedener Faktoren negativ ausfallen. Ich bin weder bereit die finanziellen Kosten dafür zu tragen, noch die enormen Kosten, die die Lebensqualität in meinem Wohnumfeld betrifft. Es ist	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1, 7.2.5, 7.3 und 4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	inzwischen bekannt, dass die Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die Gesundheit der Anwohner bedenklich sind. Genauso ist bekannt, dass der Artenschutz darunter leidet und die Auswirkungen auf das Klima offenbar ebenfalls nicht einstimmig positiv bestätigt sind, da der Einfluss aufs Mikroklima, Flora und Fauna je nach Standort mitunter enorm sein kann und die Folgen davon kaum abzuschätzen. Ich bin der festen Überzeugung, dass es das Beste für das Klima und die Natur ist, sie möglichst unberührt zu lassen und allen Anwohnern ein gesundes und störfreies Wohnumfeld zu ermöglichen. Daher bin ich entschieden dagegen, die Windenergie weiter auszubauen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2915	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans SH - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der WKA gefährdet wird. • Ich habe Bedenken, daß die Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. Die geschützten Großvogelarten müssen auch weiterhin gefahrlos hier brüten können. • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen, eine Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter, welcher Ewigkeitschemikalien (FPAS) enthält. • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. • Ich befürchte einen weiteren Anstieg der Strompreise durch die Produktion von weiterem Strommüll und den notwendigen Bau von Back-up-Kraftwerken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 4.8, 4.20, 7.2.8, 7.2.9, 7.3, 7.2.15, 7.2.5 und 7.2.13 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Es ist eine weitere Destabilisierung des Stromnetzes zu befürchten. • Die Frage des Rückbaus und der Entsorgung der WKA nach Beendigung der Laufzeit ist nicht geklärt. Wer trägt die Kosten? Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab und fordere, daß die Abgabefrist der Stellungnahme auf 6 Monate verlängert wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2252	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich meine Bedenken gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Landesplanung äußern. Während erneuerbare Energien zweifellos eine wichtige Rolle bei der Reduktion von C02-Emissionen spielen, gibt es gegen die Errichtung weiterer Windkraftanlagen ernsthafte Bedenken für Mensch und Umwelt. • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, meines Gartens, meines Trinkwassers und der Atemluft durch den Mikroplastikabrieb der Rotorblätter. Zahlreiche PFAS-Chemikalien werden von der EU bereits verboten. Nicht nachvollziehbar ist, dass Windkraftanlagen davon nicht betroffen sind. Hier wird die erneuerbare Energiegewinnung über die intakte Flora, Fauna und über die Gesundheit der Menschen gestellt. • Des Weiteren besteht auch beim Bau der Windräder, egal ob Bohrpfahlgründung oder gigantische Stahlbeton-Fundamente, die Gefahr der Trinkwasserverunreinigung auf Grund der Durchstoßung der geologischen Trennschichten. • Ich möchte, dass ein Havariefall, wie z.B. Brand einer Windkraftanlage, ausreichend Abstand von mindestens 1500 m zu Wohnhäusern, auch im Außenbereich, abgesichert wird.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.9, 7.2.14, 7.2.7, 4.5, 7.3.3, 4.2, 4.20 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Die Biotopverbundsysteme, die in jahrelanger Arbeit geschaffen wurden, müssen weiterentwickelt und geschützt werden. • Auch das Thema Infraschall und tieffrequentierter Schall beängstigt mich zunehmend, da die Anlagengröße ins Unermessliche geht! Deshalb sind größeren Abstände zur Wohnbebauung, auch zu Splittersiedlungen erforderlich. • Nach wie vor müssen die Naturschutzgebiete, die kleinteiligen Knickstruktur mit ihrem hohen ökologischen Wert, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs einschließlich der Rast- und Nahrungshabitate, der Lebensraum z.T. geschützter Großvögel, wie Seeadler, Rotmilane und Störche von Windkraftanlagen freigehalten und geschützt werden. Sämtliche Mindestabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten müssen als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt werden und zumindest den Schutzabständen gemäß Helgoländer Papier (2015) entsprechen. • Ich fordere eine schlüssige Gesamtplanung, die auch Freiflächen PV-Anlagen, Freileitungen (Hoch- und Höchstspannungsleitungen), Umspannwerke, Transformatoren und Speicheranlagen beinhaltet. Die derzeitige Planungslosigkeit ist unhaltbar! Ich bitte um schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1239	hiermit möchte ich mich gegen das Vorhaben : neue Windkraftanlagen auf Pellworm (zwischen Süderkoogweg und Leuchtturm und/oder am Tiefwasseranleger) ausprechen. die Insel Pellworm steht für Ruhe und Erholung. Die geplante Anlage würde genau an der touristisch beliebtesten Stelle stehen, wo auch alle Tagestouristen längs kämen und der frequentierteste Strand/Deichabschnitt ist. Das Fotoobjekt Weite Landschaft mit Kühen und im Hintergrund Leuchtturm wäre Vergangenheit. Ich habe meinen Erstwohnsitz in der [redacted] und betreibe dort auch eine Ferienwohnung, die meine Fixkosten einigermaßen abdeckt und für mich deshalb (rente 800€) meine Existenz sichert. Ich sehe meiner Buchungslage bei Windkraft (Schlagschatten und Geräusch) mit Sorge entgegen und bin ggf gezwungen, mein	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 3.15, 7.2.11, 7.3, 4.1 und 6.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Eigentum zu verkaufen, wenn die Belästiging (nicht nur optisch) zu stark ist. Desweiteren hat die Insel viel unternommen, um eine besondere Stellung in Sachen Natur und Umwelt zu erreichen : Biosphäre, Sterneninsel, abgesehen von der Lage: Unseco Weltnaturerbe, Vogelschutzgebiet (Rast Zugvögel, Brutstätte vieler Vogelarten, Schutz des Seeadlers...). Was soll das? Da haben doch Windräder keinen Platz und widersprechen all diesen Auszeichnungen. Außerdem ist die Insel aufgrund Ihrer besonderen Lage (1m unterm Meerespiegel) bekannt als "Badewanne". Sollten einmal ergiebige Regentage sein, wei sie sich vielerorts häufen, käme die Insel mit ihrer Entwässerungsanlage möglicherweise an ihre Grenzen. Ich erinnere mich , wie auf der anderen Seite des Leuchtturms , nur wenige hundert Meter entfernt, alles unter Wasser stand und der THW kommen musste, um Wasser abzupumpen.. Weniger Sickerungsfläche wäre da sicher kontraproduktiv. kurzum: ich bin entschieden gegen den geplanten Ausbau von. neuen Windkraftanlagen auf Pellworm	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1238	Stellungnahme der [redacted] zu den Potentialflächen östlich Wangels, südlich Farves, westlich des bestehenden Windparks Farve Die im Entwurf ausgewiesenen Potentialflächen sind besonders für die Errichtung von Windkraftanlagen geeignet. Im Text werden die Flächen als "Charlottenhof" bezeichnet. Eine Ausweisung einer Vorrangfläche „Charlottenhof“ steht mit der Ausweisung von PV-Flächen in der Gemeinde Wangels im Einklang, da in diesem Bereich keine PV-Flächen geplant sind. **Abwägungskriterien**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	• Die Potentialfläche „Charlottenhof“ befindet sich: o …nach dem Bundesnaturschutzgesetz nur im erweiterten Prüfbereich von einer kollisionsgefährdeten Brutvogelart bzw. im erweiterten Prüfbereich von einem Nest (Seeadler, 5.000 m). Der Nahbereich (500m) oder der zentrale Prüfbereich (2.000m) ist nicht betroffen. Weitere Nester kollisionsgefährdeten Brutvogelart sind nicht bekannt. Der nächstgelegene Rotmilanbrutplatz befand sich im Ehlerstorfer Wald, dessen Horstbaum durch einen Sturm aber zerstört worden ist. • …nur teilweise in der äußerste nördliche Randzone des LSG „Bungsberg mit Vorland“ . Der Bungsberg ist mehr als 7 km Luftlinie entfernt. Die Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten sind durch die Ergänzung des § 26 BNatSchG ab Feb. 2023 und unter bestimmten Voraussetzungen zulässig. Die betroffenen Bereiche befinden sich außerhalb des Bungsbergreliefs. • …im archäologischen Interessensgebiet. Archäologische Denkmäler wie Hügelgräber u. ä. mit einem Schutzabstand kommen im räumlichen Zusammenhang aber nicht vor. • …innerhalb der 5-km-Zone um bedeutsame Stadtsilhouetten oder Ortsbilder und innerhalb der 2-km-Zone um gesetzlich geschützte Kulturdenkmale in Höhenlagen oder bedeutende Einzellage. Bei der Bewertung ist aber zu berücksichtigen, dass das Gut Farve und das Gut Charlottenhof durch Großgrünstrukturen und Waldflächen vollständig eingegrünt sind und Sichtbeziehungen zur Vorrangfläche „Charlottenhof“ nicht vorhanden sind. Im Rahmen der Aufstellung des B-Planes Nr. 18 wurde eine denkmalschutzrechtliche Prüfung vorgenommen (Ergebnis: Vorhaben ist mit dem Belangen des Denkmalschutzes vereinbar). • …außerhalb des visuellen räumlichen Zusammenhanges zum OT Grammdorf, da die potentiellen Windkraftanlagen weitgehend durch die Waldflächen sichtverschattet sind und die städtebauliche Zäsur zum nächstgelegenen Vorranggebiet PR3_OHS_033 nicht verändert wird (Abwägungskriterium: Umfassung von Siedlungsflächen, Riegel) • …außerhalb von Flächen mit einer räumlichen Konzentration von Klein- und	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Kleinstbiotopen. Im räumlichen Zusammenhang zur Vorrangfläche „Charlottenhof“ kommen ausschließlich Waldflächen vor. Die Flächen im Bereich der Vorrangflächen werden intensiv ackerbaulich bewirtschaftet. • analog zu den Vorrangflächen PR3_OHS_025, 027 und 029 nur im weiteren Schutzbereich von charakteristischen Landschaftsräumen und damit außerhalb des Kernbereiches.…außerhalb von wasserwirtschaftlich relevanten Talräumen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2738	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Die Lebensraumkorridore zwischen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne müssung störungsfrei erhaltzen werden und dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen etc. nicht zerstört, sondern geschützt werden. Die vorhandenen Seeadler dürfen nicht gefährdet werden, gleiches gilt für für die geschützten Brutvogelarten, wie Rotmilan, Kranich, Graureiher und Brachvogel etc. Das Biotopverbundsystem muss ausgebaut und geschützt werden. Die Vogelflugkorridore müssen freigehalten werden. Ich befürchte, wenn die Abstandsregelung von 5H unterschritten wird, dass ich mit körperlichen Beschwerden durch Infraschall, Schattenwurf, Lärmbelästigung und Blinklichter leben muss. Gleichzeitig wird meine Immobilie an Wert verlieren. Ich lehne außerdem die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.5, 7.1.1, 4.2, 4.8, 4.20, 4.1, 7.3 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Gruppe ID: GM1361 Anzahl: 7 (IDs: M1337, M1354, M1361, M1365, M1367, M1403, M1439)	**Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Mit der Festlegung der Ziele 15 Z und 16 Z kann das Bundesland Schleswig-Holstein der EU-Kommission sehr gut entgegen kommen und den Nachweis für Maßnahmen zum Schutz der Vögel belegen. Ferner kann Schleswig-Holstein mit dem Entwurf des LEP „Wind an Land“ das Begehren des Zentrums des UNESCO-Welterbes in Paris vom Juni 2024, eine gute, wohlbegründete Stellungnahme zum Erhalt des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer abzugeben, weitgehend erfüllen. Dieses wurde u.a. mit der Begründung zum Schutz des ostatlantischen Vogelzuges errichtet. Schleswig-Holstein kommt dem Schutz der überregionalen Vogelzugroute sowie der Wiesenvogel-Brutgebiete mit den Zielen 15 Z und 16 Z vorbildlich nach. Wir leben in einer Zeit vieler Krisen. Zwei davon sind die Zwillinge Klimakrise und Krise der Artenvielfalt (Biodiversität). Die Klimakrise bedroht unsere Lebensqualität, die Krise der Artenvielfalt unsere Lebensgrundlagen. Für beide müssen gute Lösungen gefunden werden, für beide braucht es geeignete Räume: Räume für erneuerbare Energien und	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1.2, 1.8, 3.15.1, 3.17.1, 4.4, 4.16 bis 4.20, 6.1.3, 7.1.1, 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Räume für den Schutz der Biodiversität, welche hier in Schleswig-Holstein zum Schutz unzähliger Vogelarten des ostatlantischen Vogelzuges und der Wiesenvögel unverzichtbar sind. Nur mit intakten Ökosystemen und Biodiversität lassen sich unsere Lebensgrundlagen langfristig sichern. Deshalb muss der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist darum entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Das muss die Flächen um Oldenswort einschließen. In der „Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“1 sind Flächen in Oldenswort „weiß“ dargestellt. Bedeutet dies, dass sie keinen Schutzraum für den Vogelzug und die Wiesenvogel-Brutgebiete bilden? In der „Negativkarte“ dazu „Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024)“ sind alte und neue Potenzialflächen in Oldenswort ausgewiesen. Mit den Potenzialflächen nördlich und südlich der Kreisstraße wird ein fachlich unbegründeter Keil in die überregionale Vogelzugroute geschlagen und verengt den ohnehin schmalen Korridor für den Zug von Millionen von Vögeln und verlässt an dieser Stelle den Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete. Für Zug- und Wiesenvögel sind derartige, menschengemachte Grenzen außerdem völlig irrelevant. Dies wird gestützt durch die Karte Nr. 8 im Umweltbericht, S. 39. Außerdem wurde bereits im Datenblatt PR1_NFL_309 zum LEP Wind von 2020 festgelegt: „Die durch die Kreisstraße K20 abgeteilte Fläche im Südwesten liegt in der Hauptachse des überregionalen Vogelzugs. Dieser Teilbereich wird auch aus diesem Grund nicht als Vorranggebiet übernommen.“ Was hat sich daran bis heute geändert, dass die Ausweisung als Potenzialfläche begründet? Der nördliche Teil wurde seinerzeit ohnehin nur mit dem Hinweis auf die bestehenden WEA als Vorrangfläche ausgewiesen. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von WEA frei zu halten: Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. In der Landschaft Eiderstedt haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kulturlandschaftselemente erhalten und sind heute noch „lesbar“. Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenseege, eine Vielzahl historischer Gebäude wie Haubarge und die 18 Kirchen etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und scharen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die naturnahe, nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen durch diesen Hauptwirtschaftsfaktor der Region sichert. Auch die Einwohner stehen mehrheitlich hinter den Zielen des LEP-Wind-Entwurfes. In einer von der Gemeindevertretung Tating initiierten Einwohnerbefragung am 9.6.2024 haben 63 % der Einwohner gegen neue WEA und gegen die Sicherung der bestehenden Anlagen in Tating votiert. Dieses Ergebnis kann man nach allen Äußerungen und Verlautbarungen durchaus auf ganz Eiderstedt übertragen. Nach meinem Verständnis kann Klimaschutz nur dann gelingen, wenn er im Einklang mit Natur, Menschen und der Landschaft steht. Deshalb sollte abschließend noch einmal intensiv geprüft werden, ob eine WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein von der Natur, den Landschaften und den Menschen insgesamt getragen und bewältigt wird. Dazu erlaubt der Entwurf des LEP zukünftig auch den Bau von WEA in bisher freigehaltenen Landschaftsschutzgebieten wie z.B. im Landschaftsschutzgebiet Gotteskoog. Landschaftsschutzgebiete müssen als Bausteine der Lebensraumerhaltung und des Lebensraumverbundes wieder aus der Kulisse der Windeignungsgebiete genommen werden. Ich weise auf zwei Karten hin, aus denen ersichtlich wird, dass sich unser Land in Bezug auf die Umgebungswirkung von Windkraftanlagen zu einem riesigen Windpark entwickelt. Die beiden Karten zeigen je nach Wirkungsgrad der unterschiedlichen Enqernungen die flächendeckenden, räumlichen Auswirkungen von WEA. Dagegen würde Schleswig-Holstein mit der ursprünglich geplanten, bereits riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Hinzu kommen außerdem ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die in der Landschaft oder auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen errichtet werden, anstatt auf bereits versiegelten Flächen (vgl. Gutachten des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fraunhofer Instituts im Auftrage des Landes Schl.-Holst. vom 16.02.2022). Werden die Landschaften Schleswig-Holsteins nunmehr eine einzige große Energie-Industrielandschaft? Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf des neuen LEP-Wind im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung für die ostatlantische Vogelzugroute und die Wiesenvögel-Brutgebiete (in Text und Karte) keinesfalls zu verändern, Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen und die Notwendigkeit für das Ausmaß von 7,2 % der geplanten Landesbäche für WEA zu überprüfen sowie die Freigabe von Landschaftsschutzgebieten zurückzunehmen. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1357	**Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021** **--Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** **Stellungnahme zu Wiesenvogelbrutgebiete, Gemeinde Windbergen, Kreis Dithmarschen** **Aufnahme von Flächen in die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans, Entwurf 2024** Sehr geehrte Damen und Herren, die [redacted] ist von der [redacted] mit der Planung und Projektierung eines Windparks im Projektgebiet Windbergen beauftragt. Das Projektgebiet liegt schwerpunktmäßig im nördlichen Bereich der Gemeinde Windbergen und weist eine Fläche von ca. 178 ha auf. Es ist am westlichen Rand der Hohen Geest verortet und durch eine Niederung geprägt. Das Vorhabengebiet liegt innerhalb der Gebietskulisse „Wiesenvogel-Brutgebiete“, welches ein Abwägungskriterium des aktuellen Regionalplans zum Sachthema Windenergie darstellt. Das Plangebiet war in früheren Veröffentlichungen des Landes noch als Potentialfläche für Windenergie dargestellt. In der im Juni 2024 vom Land	Mit dem LEP Wind werden aus naturschutzfachlichen Gründen und im Einklang mit einer gesamträumlichen Steuerung der Windenergie Festlegungen getroffen. Die Errichtung von Windenergieanlagen wirkt sich durch die Veränderung des Lebensraums, durch den Scheucheffekt und durch ein hohes Kollisionsrisiko negativ auf Wiesenvögel aus. Schleswig-Holstein hat bundesweit eine herausragende Bedeutung für Wiesenvögel. Im besonderen Fokus stehen die Wiesenlimikolen Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer. Aufgrund der speziellen Habitatansprüche spielen Flächen mit noch vorhandenen Wiesenvogelvorkommen eine besondere Rolle beim Schutz der Arten. Innerhalb der Flächen, die grundsätzlich für Wiesenvögel geeignet sind, wird die Bedeutung einzelner Gebiete mit der Siedlungsdichte/Anzahl der Brutpaare der oben genannten Arten seit Mitte der 2000er Jahre im Rahmen eines Wiesenvogelmonitorings erfasst. Die Wiesenvogelkulisse wird im regelmäßigen Abstand anhand aktueller Daten überprüft und angepasst. Das eingereichte Gutachten wurde geprüft. Zur Einstufung als

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	herausgegebenen Kulisse für Potentialflächen für Windenergie ist sie nicht mehr enthalten. Nach dem sich im Beteiligungsverfahren befindlichen 1. Entwurf der Fortschreibung des LEP zum Thema „Windenergie an Land“ sollen Wiesenvogel-Brutgebiete mit einer besonders hohen Siedlungsdichte als Ziel der Raumordnung (15 Z) besonders geschützt werden. Konkret erfolgt dieses durch eine Darstellung in der Karte gem. Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO. Für Wiesenvogel-Brutgebiete mit einer mittleren oder hohen Bedeutung soll hingegen der Wiesenvogelschutz als Grundsatz der Raumordnung (15 G) zur Anwendung kommen und damit einer Abwägung zugänglich sein. Aufgrund der Lage des Projektgebiets innerhalb der Kulisse als Wiesenvogel-Brutgebiet hat die [redacted] von dem Umweltplanungsbüro [redacted] eine Kartierung u. a. der wertgebenden Wiesenvögel durchführen lassen. Die Kartierung wurde gemäß den Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands (Südbeck et al. 2005) in Form einer Revierkartierung im artspezifischen Erfassungszeitraum der Zielarten an 6 Erfassungsterminen mit insgesamt 18 Begehungen von März 2024 bis Juni 2024 durchgeführt. Die Gutachter kommen im Bericht zur Brutvogelkartierung vom 27.08.2024 zu der Bewertung, dass dem Untersuchungsgebiet insgesamt eine **mittlere Bedeutung als Brutgebiet für Wiesenvögel** und eine **mittlere Bedeutung als Brutvogellebensraum** beizumessen ist. Auf die weitergehenden Darstellungen im beigefügten Bericht wird verwiesen. Aufgrund der Erfassungsdaten und der abschließenden Bewertung ist festzustellen, dass **a) der Wiesenvogelschutz für das Projektgebiet nicht als Ziel der Raumordnung sondern als Grundsatz der Raumordnung (15 G) vorzusehen ist und** **b) das Projektgebiet aus der Karte gem. Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO, die sich ausschließlich auf Wiesenvogel-Brutgebiete mit einer besonders hohen Siedlungsdichte bezieht, herauszunehmen und wieder als Potentialfläche für**	Wiesenvogelbrutgebiet muss mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllt sein: mindestens 14 Kiebitzpaare oder Austernfischerpaare und eine Dichte von mind. 0,35 Paaren/10 ha, mindestens 2 Uferschnepfenpaare, mindestens 2 Brachvogelpaare. Aus den Untersuchungsergebnissen ergibt sich, dass dies der Fall ist. Insofern bleibt es bei der Einstufung der Fläche als Wiesenvogelbrutgebiet.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergie darzustellen ist. Nach erfolgter positiver Abstimmung mit der Gemeinde Windbergen bitten um Aufnahme des Projektgebietes in die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans, Entwurf 2024. Eine Übersichtskarte sowie den Bericht zur Brutvogelkartierung vom 27.08.2024 haben wir im Anhang beigefügt. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1237	Für Gemarkung 24576 Mönkloh, Kreis Segeberg: Das Rotwild ist die prägende Art für Mönkloh und den angrenzenden Forst Hasselbusch; der Rothirsch ist sogar Teil des Gemeindewappens. Die als Querungshilfe markierte Fläche zwischen Mönkloh und Hingstheide ist daher absolut gerechtfertigt. Im Übrigen bin ich für eine Gesamtstrategie: Wenn die A 20 tatsächlich gebaut worden ist, sollte dann eine Gesamtlösung gefunden werden für die mögliche Ansiedlung von erneuerbaren Energie-Anlagen entlang der Trasse. Man sollte sich jetzt nicht in Einzelgenehmigungen verlieren.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.13.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2808	Stellungnahme zur Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land insbesondere zu den Eignungsflächen in Schmalensee/Belau/Stocksee/Damsdorf vormals Windenergieeignungsfläche 306 Sehr geehrte Damen und Herren, seit über über zehn Jahren begleite ich die Planungen zum Thema Windenergie. Von [redacted] war ich 2. Bürgermeister der Gemeinde Schmalensee. Da der 1. Bürgermeister der Gemeinde Schmalensee, [redacted], sich in der o.g. Angelegenheit für befangen erklärt hatte, führte ich dazu die Geschäfte der Gemeinde. In diesem Zeitraum sind fünf WKA in Schmalensee / Damsdorf in der Höhe ab 193 Metern gebaut worden. Zwei weitere Anlagen sind genehmigt und werden demnächst errichtet: (Abbildung)	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.4.1, 1.5.1, 2.2 bis 2.5, 3.15.1, 3.18.1, 4.7.1, 4.9, 4.16 bis 4.20, 7.2.1, 7.2.10, 7.2.12, 7.3.2, 7.3.4, 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Anwohner [redacted] aber auch der [redacted] berichten, dass bei entsprechenden Windverhältnissen Lärmbelästigungen und Lichtverschmutzung in der Nacht ständig zu beklagen sind. Die Geschichte der Planungen und Errichtungen ist eine Geschichte der Verwirrungen und Falschaussagen. Die Firma [redacted] als Investor und Betreiber einiger der auf der Windenergieeignungsfläche 306 errichteten WKA hatte sich 2015 für eine einheitliche, gemeinsame Vorgehensweise und von „einem Windpark/einem Projekt“ und maximalen Anlagenhöhen von 150 m in allen Gemeinden ausgesprochen. Andere Projektierer waren im Sinne eines Flächensplittings dazu übergegangen, Teilplanungen vorzunehmen. Dabei sind die Anlagenhöhen auf 193 Meter und mehr erweitert worden. All dies geschah unbenommen der in der Gemeinde Schmalensee durch den Bürgerentscheid festgelegten Einschränkungen (Anlagenhöhe max. 100 Meter, Abstände größer als 800 zum Ort bzw. 400 m in den Außenbereichen). 2017 habe ich bei der Landtagswahl die CDU gewählt, weil sie sich z.B. bei der Abstandsfrage von WKA moderater aufstellte als die SPD. Die schwarzgrüne Landesregierung brach jedoch sämtliche Versprechen vor der Wahl nach der Wahl: Bürgerentscheide zu Planungen sind nicht mehr möglich und die Eignungsflächen wurden radikal ausgeweitet. Deshalb habe ich mich aus der Kommunalpolitik zurückgezogen. Als Bürger Schmalensees bin ich mit meinem Wohnhaus NICHT von den Planungen betroffen: Ich werde keine Anlage sehen oder hören. Ich spreche also nicht pro domo. Ich schreibe als 2. stellvertr. Vorsitzender von https:[redacted] und als 1. Vorsitzender von https[redacted] und nicht als Privatmann. Holsteins Herz möchte das Leben in unserer ländlichen Region attraktiver und zukunftsfähiger gestalten. Ich fürchte, dass die maximale Überplanung des Gebietes mit 20 WKA die Wertschöpfung in unserer Region wesentlich zerstört. Diese Auffassung vertritt offenbar auch der Bürgermeister [redacted]: „Wir brauchen Windkraft, aber nicht 20 Anlagen.“ (LN vom 4.8.24). Als Vorsitzender des Touristenvereins Holsteinseen e.V. erscheint es mir unverhältnismäßig, dass weite Gebiete des Naturparks Holsteinische Schweiz KEINE Eignungsgebiete sein sollen, während unsere Region mit 27 Windrädern unbegrenzter Höhe zugestellt werden sollen: (Abbildung)	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Touristisch ist das Gebiet unseres Vereins damit nachhaltig beschädigt, obwohl auch unsere Mitgliedsgemeinden Stocksee, Schmalensee und Bornhöved Mitglieder im Naturpark Holsteinische Schweiz sind. Hochgradig widersprüchlich ist zudem, dass z.B. im Bereich Stocksee/Nehmten/Dersau, der Abend-Sichtachse des WKA-Feldes mit Kreis-, Landes und EU-Mitteln, ein attraktives Radfahr-, Wander- und Reitwegenetz projektiert ist. Die Karte zeigt, dass die Flächen in Schmalensee/Belau/Stocksee/Damsdorf nicht zwingend erforderlich sind, um die Planziele der Landesregierung zu erfüllen, sondern willkürlich gesetzt sind, denn ich kann in den windkraftfreien Bereichen viele geeignete Flächen finden, für die es kaum Begründungen für ihre Aussparung gibt. Im Artikel 14 GG heißt es: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Dass der Nutzen der WKA vor allem ein fiskalischer ist, steht außer Frage. Das dieser Nutzen fast ausschließlich den Landeigentümern zugute kommt, ist ein Systemmangel. Dass ein Mitglied der Regierungsfraktion im Landtag Hauptnutznießer der Planungen ist, hat mehr als ein Geschmäckle, besonders auch deshalb, weil es Mitgliedern der Landesregierung mit der Landesverfassung untersagt ist, Gewerbe zu betreiben. Dass nun die Planungen der regierenden Parteien zum finanziellen Nutzen von Landtagsabgeordneten beitragen, halte ich mindestens für grenzwertig. Für Landtagsabgeordnete sollten mindestens Grundsätze zur Vorteilsnahme gelten wie für Beamte. Dass die Gemeinden von den Betreibern mit Almosen wie neuen Feuerwehrfahrzeugen o.ä. bedacht werden sollen, ist mehr als fragwürdig. Dass mindestens zwanzig Prozent der Wähler die Seriosität der demokratischen Parteien anzweifeln, mag auch mit unterstellten oder tatsächlichen Begehrlichkeiten Zusammenhängen, die sie Politikern nachsagen. So können Politiker jedenfalls das Vertrauen der Bürger nicht zu zurück gewinnen! Wie mir berichtet wird, sind auch im Bereich des Greifvogelschutzes viele Kriterien zum Nachteil der Avifauna dahingehend geändert wurden, dass mehr Platz für WEA's entsteht. Ehrenamtliche und hauptberufliche Ornithologen laufen offenbar dagegen Sturm, doch sie empfinden das Verhalten der Landesregierung zu ihren Einwänden als Betonwand, gegen die sie laufen. Die verwirbelte Luft der Rotorblätter von Windrädern und die dadurch entstehenden Luftdruckveränderungen führen z.B. bei Fledermäusen zum Zerreißen der inneren Organe der Tiere. Unsere feingliederige Knicklandschaft bietet einer großen Zahl von Fledermäusen Quartier. Der Artikel in den LN vom 14.8.2024 berichtet, dass der Bürgerwille der Gemeinden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rendswühren und Groß Kummerfeld durch den langen Atem der Betreiberfirma [redacted] gebrochen worden sei, obwohl der Bürgermeister der Gemeinde Rendswühren, [redacted], weiterhin den Bürgerwillen wichtiger erachtet als finanziellen Ausgleich für die Gemeinden. Juristen bezeichnen diese Strategie des Mürbemachens von Bürgern als Beendigungsdynamik. Juristisch und moralisch ist es eine Nebenpflicht der Öffentlichen Hand, den Bürgerwillen zu beachten. Gegen diese Pflicht hat die Landesregierung grob verstoßen, da Mitglieder der Regierungsfraktion zu Profiteuren der Planungen werden: (Abbildung) Meine Hauptbedenken gegenüber den derzeitigen Planungen folgen jedoch den Gedanken des „Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum des Landes Schleswig-Holstein 2007-2013“ des Thünen-Instituts für Ländliche Räume im Auftrag des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission vom Dezember 2016. Dabei konzentriere ich mich auf folgende zentrale Aspekte der Zukunft von ARBEIT und WIRTSCHAFT: Von den 20 umsatzstärksten Unternehmen in Schlewig-Holtein sind allein zwei wertschöpfend: An fünfter Stelle stehen die Thyssenkrupp Marine Systems GmbH Kiel, ein Weltmarktführer im U-Bootbau mit über 5000 Mitarbeitern, und das Drägerwerk in Lübeck ebenfalls mit 5000 Mitarbeitern auf Platz 6. Das sind zwei von zwanzig Unternehmen. Die Klein- und Mittelstädte haben dagegen derzeit mit Schließungen von Unternehmen zu kämpfen: • Der Zulieferer Atoliv schließt den Standort Elmshorn 2023 mit 500 Mitarbeitern. • Grundfos will 2026 in Wahlstedt seine Produktion für 500 Beschäftigte einstellen. Neben dem Maschinenbau ist die Lebensmittelindustrie die wichtigste Branche der verarbeitenden Industrie. Diese Branche ist jedoch in Schleswig-Holstein sehr rar. Selbst in kleinen Orten wie Bomhöved fehlen bereits im Handwerk die Fachkräfte: Zum 30.9.2024 schließt z.B. die Bäckerei Renner, da ein Bäckergeselle nicht zu finden ist. Brötchen gibt es künftig nur noch bei Aldi, Lidl oder Günther. Bäckereifachverkäuferinnen werden arbeitslos. Vor Monaten wurde die Gärtnerei Hennings in Belau Vierhusen wegen Fachkräftemangels geschlossen. Die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vollzeitbetriebe in der Landwirtschaft reduzierten sich in unserer Region in den letzten 20 Jahren um 90 %! Insgesamt entwickelte sich die Wirtschaftskraft Schleswig-Holsteins zwischen 2000 und 2011 deutlich schwächer als im bundesdeutschen Durchschnitt: Das jährliche Wachstum der realen BWS lag bei 1,6 % per annum und damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (2,1 %). 2022 betrug die Bruttowertschöpfung der Wirtschaft in SH 102 009 Mio. insgesamt und 16 400 Mio.Euro im produzierenden Gewerbe. Nur Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg haben prozentual einen geringeren Anteil des produzierenden Gewerbes. Sie können diese Schwäche jedoch besser kompensieren als Schleswig-Holstein. Im langjährigen Verlauf (2000 bis 2011) hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland um durchschnittlich 2 %-Punkte abgenommen. In Schleswig-Holstein betrug der durchschnittliche Rückgang dagegen nur 1,2 %-Punkte. Das heißt, im Vergleich zum Bundesdurchschnitt hat sich der Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein weniger positiv entwickelt. Die Windindustrie ist kein Treiber auf dem Arbeitsmarkt. Arbeitskräfte bevorzugen Wirtschaftszentren. Fruchtbare Flachländer in der gemäßigten Zone wie unserer sind Ungunsträume. Trotz der Lage in der Nähe der Ostsee und der Holsteinischen Schweiz ist unsere Region für Arbeitskräfte ein Ungunstraum. Gebiete mit bedeutenden Rohstoffvorkommen sind Gunsträume. Bedeutende Wirtschaftszentren liegen in Gunsträumen. Zum naturräumlichen Potenzial einer Region zählen die geografische Lage (z. B. geografisch isoliert), die Umweltsituation (Umweltqualität, Landschaftsbild, Naherholung und Verspargelung der Landschaft) und das Rohstoffvorkommen. Eine gute überregionale Erreichbarkeit, eine attraktive Landschaft sowie Rohstoffvorkommen wirken positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung (vgl. Roos, M. (2002): Ökonomische Agglomerationstheorien - Neue Ökonomische Geographie im Kontext. Köln.) Das naturräumliche Potenzial einer Region sowie dessen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung sind im Zeitverlauf relativ konstant. Die Wirtschaftsstruktur einer Region besitzt eine hohe zeitliche Persistenz und kann anhand der Beschäftigten- und Wertschöpfungsanteile der einzelnen Wirtschaftszweige beschrieben werden. Je größer der Anteil von Sektoren mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten ist (z. B. Unternehmensbezogenen Dienstleistungen), umso positiver verläuft die wirtschaftliche Entwicklung der Region insgesamt. Ich habe mit Start-Ups wie https://fahrengold.com/ gesprochen, die Geschmack daran finden könnten, sich z.B. in Trappenkamp	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	anzusiedeln. Das wäre ein guter Weg. Allein deren Mitarbeiterrekrutierung gelingt derzeit in Berlin, dem jetzigen Sitz der Firma, besser. Fahrengold ist ein Metall verarbeitendes Unternehmen. Die regionale wirtschaftliche Entwicklung verläuft unterdurchschnittlich, wenn wachstumsschwache Branchen wie das Baugewerbe und der Primärsektor in einer Region stark vertreten sind. (Blume, L. und Sack, D. (2008): Patterns of social Capital in West German regions. European Urban and Regional Studies 15, H. 3, S. 229-248). Dies gilt in gleicher Weise für die Entwicklung der Arbeitsplätze in einer Region (Kubis, A., Titze, M. und Ragnitz, J. (2007): Spillover effects of spatial growth poles - a reconsiliation of conflicting policy targets? IWH-Diskussionspapiere, H. 8. Halle. Internetseite Institut für Wirtschaftsforschung Halle: http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/8-07.pdf). Das ist das Grundproblem unserer Region. Weitere WKA sind Treiber dieser Problematik. Diese negativen Effekte der Überplanung der Eignungsfläche für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region werden von der Landesplanung nicht berücksichtigt. Unser Landrat [redacted] beklagte auf einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftlich interessierter Kreise Trappenkamp ARGE im Frühjahr 2024 den Weggang von Berufsschulklassen aus dem BBZ Segeberg. Damit würde die Berufliche Bildung weiter geschwächt. Immer mehr junge Menschen studieren oder verlassen unsere Region in Richtung der Wirtschaftszentren in Hamburg oder Niedersachsen ohne einen Beruf mit einem allgemein bildenden Abschluss. Wir versuchen mit Holsteins Herz dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Die Förderung von AktivRegionen sollte die Entstehung einer institutionellen Basis für eine eigenständige Regionalentwicklung unterstützen. Nachhaltige Wirkungen des LEADER-Ansatzes auf die Regionalentwicklung sind bisher auch aus meiner Sicht als geschäftsführender Vorstand von Holstein Herz e.V. praktisch nicht messbar (siehe auch Diller, C., Nischwitz, G. und Kreuz, B. (2014): Förderung von Regionalen Netzwerken: Messbare Effekte für die Regionalentwicklung. Raumforschung und Raumordnung, H. 72, S. 415-426). Mit Holsteinseen e.V. bemühe ich mich um die Stärkung einer weiteren Säule der wirtschaftlichen Entwicklung des ländlichen Raumes. Doch unsere Region wird mit einer gewärtigen Kieskuhle in Belau, einem zwölf Meter hohen Müllberg in Damsdorf, gegen den die Gemeinde erfolglos streitet, und einer industriellen Windproduktion im gesamten Raum keine touristische Zukunft haben. Die Landesplanung berücksichtigt nicht die potenzierende Wirkung dieser	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftseingriffe, die den Bewohnern in ihrer Summe nicht bewusst ist. Die Förderung des Fremdenverkehrs zielt darauf ab, den ländlichen Tourismus als regionalen Wirtschaftsfaktor zu stärken. Gefördert wurden vor allem öffentliche Investitionen in kleine Infrastruktureinrichtungen (Wege,Badestellen etc.). Grundsätzlich ist von geringen und positiven, überwiegend indirekten, Wirkungen der Tourismusförderung auszugehen, da der Tourismus in Schleswig-Holstein ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist (vgl.Bathke, M., Bergschmidt, A., Franz, K., Dickel, R., Eberhardt, W., Ebers, H., Fährmann, B., Forstner, B., Grajewski, R., Horlitz, T., Moser, A., Peter, H., Pollermann, K., Pufahl, A., Reiter, K., Roggendorf, W., Sander, A., Schwarz, G., Fengler, B. und Lilje, A. (2016): Ex-post-Bewertung des Zukunftsprogramms Ländlicher Raum (ZPLR)). Zum Schluss noch eine Anmerkung zu der Anlagenhöhe: Mitten im Wald von Schipkau (Oberspreewald-Lausitz) wird aktuell die größte Windkraftanlage der Welt entstehen. Sie wird bis zum Mittelpunkt des Rotors (Nabe) 300 Meter hoch sein, bis zur Rotorblattspitze 365 Meter - und noch in diesem Jahr in Betrieb gehen, sagte die künftige Betreiberfirma Gicon am 15.8.24 im rbb. Sie ist fast groß wie der Berliner Fernsehturm. Heute erklärten die Betreiber im D-Radio, dass bald Tausende solcher Windräder überall in Deutschland Strom produzieren werden. Rein rechtlich könnte auch jetzt schon eine solche Anlage in Schmalensee geplant werden. Dazu stelle ich eine (rhethorische) Frage: Ist das - rein theoretisch - möglich ? Da sie rhethorisch gemeint ist, beantworte ich sie auch gleich selbst: JA - ES IST MÖGLICH! Merken Sie, dass Ihre Kriterien nicht die Druckerschwärze taugen, die nötig ist, sie zu veröffentlichen?! Ohne Höhenbegrenzung ist das Tor zur Hölle statt der Weg zu einer angemessenen Landschaftsplanung geöffnet! Mein Fazit ist: Das Vorhalten einer adäquaten ländlichen Infrastruktur ist die Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung und kommt der gesamten ländlichen Bevölkerung zugute und ist eine originäre Aufgabe der öffentlichen Hand. Die Vorgaben der EU-Kommission für die Erstellung der Entwicklungsprogramme stellen das Land Schleswig-Holstein vor die Aufgabe, die eigenen Förderziele mit denen der EU zu verbinden und in einem konsistenten Programmplanungsdokument darstellen zu müssen. Dies gelingt Schleswig-Holstein mit der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	insbesondere zu den Eignungsflächen in Schmalensee/Belau/Stocksee/Damsdorf - zumindest bezogen die Ziele Wirtschaftswachstum und Beschäftigung - nur bedingt. Über Ihre Antwort auf meine Stellungnahme würde ich mich im Interesse der Gemeinden und der durch mich vertretenen Vereine freuen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1235	Sehr geehrte Damen und Herren, Wie ich den neuen Entwurf der Landesplanung für Windkraft in SH gesehen habe traf mich ja der Schlag. Allen Anschein nach haben wir eine Landesregierung die Schleswig Holstein in einen Windpark verwandeln möchte. Mittlerweile habe ich und auch viele anderen Bürger kein Verständnis mehr dafür. Das schärfste ist ja das man keine Stellungnahme mehr für bestimmte Gebiete abgeben kann. Bei uns in der Gegend PLZ 23813 wird fast jede verfügbare Fläche für geeignet erklärt. Ich weiß nicht wer auf die Idee gekommen ist. Hier vor Ort leben zahlreiche Großvögel die im diesen Bereich ihr Revier haben. Darunter gehören mehrere Rotmilane, Kraniche, Falken, Eulen, Bussarde, Uhu’s die alle nachgewiesen sind. Rund um diese Flächen sind Biotope die berücksichtigt werden müssen. Die Kraniche haben hier ihren Lebensraum. Denn sie Fliegen täglich zwischen Groß Rönnau und Tarbeker Moor hin und her. Des weiteren leben die Kraniche auf den Feuchtwiesen an der Brandsau bzw. Blunkerbach und natürlich dem Biotop Richtung Hamdorf. Mitten durch die Fläche geht ein Biotopverbundsystem. Ausgleichsflächen grenzen an. Außerdem grenzen zahlreiche Landschaftsschutzgebiete in der Nähe. Zuwegungen müssen angefertigt werden die einen großen Verlust von Altbäumen und der Knicklandschaft bedeuten würden. Jeder Hof in der Gegend hat Fledermäuse. Werden diese berücksichtigt? Ach ja Fledermäuse werden auch nicht mehr berücksichtigt. Was ist mit dem Seeadler? Mittlerweile wird er ja auch in anderen Landsteilen umgebracht wo Windkraftanlagen hin sollen. Der Seeadler ist hier zu Hause. Der macht seine Balztänze hier und ist mittlerweile regelmäßig rund um Blunk zu sehen. Blunk hat Störche die hier Futter suchen. Erklären Sie mal den Blunkern es gibt kein Storchenpaar mehr weil ein Storch vom Flügel erschlagen worden ist. Wir gehören zum Naturpark Schleswig Holsteinische Schweiz. Tourismus! Ein Gasthof in Blunk hat sein	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 4.20, 4.5, 4.14, 3.17, 4.9, 4.8, 3.15, 7.2.1, 4.2, 7.3, 7.2.11, 7.2.5, 7.2.15 und 2.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hotel ausgebaut. Die Gäste sehen jetzt eine schöne Naturbelassene Gegend. Deswegen kommen die Urlauber hier her. Später würden die Windmühlen direkt davor stehen.. Es ist eine sehr schöne Gegend hier mit vielen Tieren die es wo anders nicht gibt. Deswegen auch die ganzen Biotope und das Biotopverbundsystem. Naturschutzgebiete rundherum. Dieses Gebiet bzw. Landschaft ist einzigartig das es zu schützen gilt. Deswegen muss das Gebiet weiterhin abgelehnt bleiben. Rotmilan Eulen Uhu und Kraniche die sind ja nicht hier um in die Flügel der Anlagen zu kommen. Das ist kein Naturschutz .Die Windkraftanlagen würden auch zu dicht an den Einzelhöfen und Blunk stehen.Die Abstandsregelung von Windkraftanlagen in Schleswig Holstein ist ein Witz. Was nützt das beste Naturschutzgebiet oder Verbundsystem wenn gleich nebenan ein Windpark steht und alles kaputt macht.Was auch völlig unverständlich ist das die Radien von den Vogelhorsten verkleinert wurden. Ich frage mich ob die Vögel das auch wissen. Unser Storchenpaar flieg im Umkreis von mindestens 4 Kilometern um den Horst. Selbst der Seeadler lässt sich hier in der Gemeinde Blunk blicken obwohl sein Horst weiter weg ist. Desweiten ist da noch der Infraschall, Lärm und Schattenwurf. Die Auswirkungen sind noch umstritten aber offenbar gibt es doch gewaltige Beeinträchtigungen für Mensch und Tier. Und dann ist da ja noch der Wertverlust der Immobilien. Und das alles nur weil eine Grüne! Landesregierung mit Gewalt die Flächen unbedingt mit Industrieanlagen voll pflastern will. Das ist unverständlich und wir Bürger haben da auch kein Verständnis mehr dafür. Es geht nur noch ums Geld. Was ist mit dem Strom? Die Netze nehmen den gar nicht mehr auf. Ob der Strom abgenommen werden kann oder nicht. Die Strompreise steigen und steigen. Viele Windkraftanlagen stehen still im Land weil der Strom der produziert werden soll gar nicht ins Netz mehr abgegeben werden kann. Das sehen wir hier Tag täglich. Das sagt alles aus. Wir brauchen keine Windkraftanlagen mehr. Was wir brauchen ist der Netzausbau und die Stromspeicherung!! Ich bin nicht wirklich gegen Windkraft, aber es muss alles im Rahmen bleiben. Und hier bei uns rund um Blunk, Daldorf, Nehms und weiter Richtung Plön und Eutin ist die Holsteinische Schweiz. Und hier leben eben Großvögel. Hier sind Knicklandschaften und Alleen. Hier ist ein Haupt Vogelzugkorridor (Blunkerbach Niederung). Das ist alles bekannt!! Hier ist auch die Urlaubsregion!! Hier gehören keine 280m hohen Windräder hin. Und mit der engen Bebauung hindert man auch zahlreiche Dörfer weiter zu wachsen. Das hat das Land Schleswig-Holstein auch erkannt und die Fläche aus der Planung	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	rausgenommen. Jetzt geht alles von vorne los...Was soll das? Die Flächen waren aus guten Grund abgelehnt. Deshalb müssen die Flächne auch abgelehnt bleiben und die Investoren und Windfirmen müssen das auch mal akzeptieren. Das kann doch nicht ewig so weiter gehen. Wir die Bürger hier in Blunk und Umgebung werden auf unsere Landschaft aufpassen.Was noch ist. wir haben hier riesige Kiesabbaugebiete. Und die breiten sich immer mehr aus. Rundherum sind schon Windparks in der Ferne zu sehen. Das ist genug. Es ist kein Klima und Umweltschutz, das ist Natur- u. Umweltzerstörung!	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1234	Ich spreche mich ausdrücklich gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen aus. SH erzeugt bereits ein Vielfaches an Windenergie. Es ist bekannt, dass es bei der Speicherung und Weiterleitung überschüssigen Stroms bereits Probleme gibt. Dies löst das Stromproblem insbesondere zu Zeiten, in denen eine Windkraftanlage kein Strom erzeugen kann, keinesfalls, sondern erzeugt lediglich enorme Kosten für die Bürger, die bereits jetzt in SH unter sehr hohen Energiekosten leiden müssen. Windkraftanlagen sind nicht nur in ihrer Effizienz (ohne ausreichende Leitungen und Speichermöglichkeiten) sehr umstritten, sondern auch in ihrem Nutzen bezüglich Klimaschutz, Artenschutz und Unbedenklichkeit für den Menschen. Sie stellen nicht nur Störfaktoren, sondern auch eine Gefahr für verschiedene Tierarten, die Natur und den Menschen dar. Daher erwarte ich, dass genau diese Faktoren sorgfältig überprüft werden und der weitere Ausbau gestoppt wird.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1233	**Abwägungsbereich für die Potenzialfläche: „Oesterwurth Süd** Wir begrüßen die Aufnahme einer Potentialfläche für die Windenergienutzung in den Gemeinden Oesterwurth und Norderwöhrden, südlich der Landesstraße L 154 und nördlich des Norderkanals, westlich der Kreisstraße K52 und östlich der Straße Wehren. Hierzu möchten wir folgt Stellung beziehen: Wir befürworten ausdrücklich, die Aufnahme der Fläche für die Errichtung von Windenergieanlagen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bei der Prüfung des Zuschnitts des Potenzialgebietes ist aufgefallen, dass die Abgrenzung der Potenzialfläche an einer Stelle noch eine Ungenauigkeit aufweist. Nordwestlich der Potenzialfläche wurde ein etwa 800m großer Abstand von einem Gebäude in Jarreswisch – südlich der Landesstraße L154 – angenommen. Die Bauaufsicht des Kreises (nach Rücksprache am 30.08.2024 mit Herrn [redacted]) bewertet die bewohnten Ortsteile Jarrenwisch als auch Haferwisch als Splittersiedlung im Außenbereich. Bauvorhaben werden auf der Grundlage von §35 BauGB bewertet. Durch die veränderte Bewertung der Bebauung des Kreises Dithmarschen, verlagert sich die Potenzialfläche nun weiter in Richtung Nordwesten, in Richtung der L154 zum Ortsteil Jarreswisch. Die Potenzialfläche beläuft sich nun auf ca. 122 ha. Ein Lageplan mit der zu prüfenden Anpassung der Potenzialfläche ist dieser Stellungnahme als Anlage beigefügt. Wir möchten bitten, den Zuschnitt des Potenzialgebiets zu prüfen und entsprechend anzupassen.	
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1232	**Abwägungsbereich für die Potenzialfläche: „Oesterwurth Nord“** Wir begrüßen die Aufnahme einer Potentialfläche für die Windenergienutzung in der Gemeinde Oesterwurth, zwischen den Ortsteilen Jarrenwisch und Haferwisch, südlich der Kreisstraße K60 sowie nördlich der Bahnlinie Heide - Büsum. Hierzu möchten wir folgt Stellung beziehen: Wir befürworten ausdrücklich, die Aufnahme der Fläche für die Errichtung von Windenergieanlagen. Bei der Prüfung des Zuschnitts des Potenzialgebietes ist aufgefallen, dass die Abgrenzung der Potenzialfläche an einer Stelle noch eine Ungenauigkeit aufweist. Südwestlich der Potenzialfläche wurde ein etwa 800m großer Abstand von einem Gebäude in Jarreswisch – zwischen der Straße Kreisstraße K59, der Bahnlinie und der Landesstraße L154 – angenommen. Die Bebauung, entlang der Straße Jarrenwisch, stellt keinen baulichen Zusammenhang dar. Die Bauaufsicht des Kreises (nach Rücksprache am 30.08.2024 mit Herrn [redacted]) bewertet diesen Bereich als	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Splittersiedlung im Außenbereich. Bebauungspläne oder ähnliches sind dort nicht vorhanden. Bauvorhaben werden auf der Grundlage von §35 BauGB bewertet. Durch die veränderte Bewertung der Bebauung des Kreises Dithmarschen, verlagert sich die Potenzialfläche nun weiter in Richtung Südwesten, zur Bahnlinie Heide – Büsum. Die Potenzialfläche beläuft sich nun auf ca. 83 ha. Ein Lageplan mit der zu prüfenden Anpassung der Potenzialfläche ist dieser Stellungnahme als Anlage beigefügt. Wir möchten bitten, den Zuschnitt der Potenzialfläche zu prüfen und entsprechend anzupassen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2554	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde 25770 Hemmingstedt im Kreis Dithmarschen spreche ich mich gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in unserer Gemeinde sowie im Kreis Dithmarschen aus. Eine Akzeptanz für den weiteren Windkraftausbau gibt es in Dithmarschen nicht. Mit freundlichen Grüßen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2541	Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße ausdrücklich die Entscheidung der Landesbehörde, die Eiderniederung zum Schutz ihrer Wiesenvögel und des internationalen Vogelzugs frei von Windkraftanlagen zu halten. Nicht einverstanden bin ich mit einer Ausweitung des Hennstedter Bürgerwindparks in die Eiderniederung hinein. Sie verbietet sich aus einer Vielzahl von Gründen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	1. Die Lage: Die neue Potentialfläche liegt am Fuße des Geestrückens zwischen den Gemarkungen Hennstedt und Hollingstedt und ragt weit in einen Moor- und Feuchtwiesengürtel hinein, der von der Alten Sorge Schleife bis zum Schlichtinger Moor mit dem Mötjensee reicht. Eine Zerschneidung dieses Verbundsystems durch den geplanten WEA-Keil bei Hollingstedt würde hier ein mögliches Biotop-Verbundsystem für immer zerstören. (Rot: Moor- und Biotop-Verbund. Blau: Geplante Erweiterung des Windparks.) 2. Der internationale Vogelzug: Eine Ausweitung des Windkraftgebiets in die Eiderniederung hinein würde die Fläche für den internationalen Vogelzug, der dem Flusslauf der Eider folgt, so weit verengen, dass Kollisionen und Vermeidungsstrategien der Vögel nicht mehr ausgeschlossen sind und die Gefahr eines Implodierens des gesamten Vogelzugs besteht. 3. Die neue Potentialfläche umfasst Teile des Hollingstedter Moors und grenzt direkt an das Landschaftsschutzgebiet „Hennstedter Moor“. Diese Moore mit ihren Feuchtwiesen, Schilfflächen, Wassergräben und Erlen-, Birken und Weidengehölzen beherbergen eine ganze Reihe gefährdeter und sehr gefährdeter Vogelarten. Dazu gehören u.a. der Große Brachvogel, die Sumpfohreule, die Bekassine, die Wiesenweihe, die Rohrweihe, der Kranich, der Schwarze Milan, der Kiebitz, der Goldregenpfeifer, die Feldlärche. Sogar 4. Neben dem internationalen Vogelzug ist in der Eiderniederung auch ein regionaler Vogelzug existent. Dabei fliegen Gänse, Ente und Watvögel morgens von ihren Schlafplätzen am Mötjensee zu den Fressgebieten in den Feuchtwiesen der Eiderniederung. Abends bewegt sich der Zug wieder zurück zu den Schlafquartieren. Dieser regionale Vogelzug folgt weniger dem Flusslauf der Eider als vielmehr dem Geestrücken am südlichen Rand der Eiderniederung. Eine Ausweitung der Potentialfläche in Hollingstedt würde diesen regionalen Vogelzug abriegeln mit katastrophalen Folgen für die gesamte Vogelwelt. Ganz besonders problematisch wäre dabei ein mögliches WEA westlich von Pferdekrug unmittelbarer neben dem Hennstedter Moor. Aus all diesen Gründen wäre eine Ausweitung des Windkraftgebiets Hennstedt/Hollingstedt eine Katastrophe für die Avifauna der Eiderniederung. Hinzukommt, dass eine Ausweisung der Potentialfläche in Hollingstedt den gesamten	Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kriterienkatalog der Regionalplanung in sich inkonsistent und damit angreifbar machen würde. Wir appellieren deshalb an die Landesplanungsbehörde, dieses Gebiet trotz seiner Nähe zu einem bereits bestehenden Windpark dauerhaft von der Liste der Potentialflächen zu streichen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1231	In Schleswig – Holstein wird bereits ein Vielfaches des eigenen Strombedarfs mit Windrädern erzeugt - trotzdem will die (Landes-)Regierung viele unberührte Flächen mit weiteren Windkraftanlagen zustellen lassen. Angeln und Schwansen werden dann so aussehen wie Nordfriesland und Dithmarschen heute schon. Die Nordseeküste, wie sie einmal war, gibt es nicht mehr – jetzt ist die Küste ein riesiges Windkraftanlagen-Industriegebiet geworden. Viele Menschen leiden darunter, wer kann zieht weg. Einige Menschen sind z.B. nach Angeln gezogen, nur, um demselben Stress jetzt erneut ausgesetzt zu werden! In Angeln verteilen sich die potentiellen Flächen für den Windkraftausbau über das ganze Land. Die auf der Karte scheinbar geringen Größen der Flächen bedeuten in der dreidimensionalen Realität, dass jedes Windrad mit 200 m Höhe und 150 m Rotorbreite in ganz Angeln zu sehen sein wird, so dass das ganze Land mit Windrädern überzogen sein wird. Der Lebensraum der Menschen wird dann nicht mehr eine Naturlandschaft sein, sondern eine Industriebrache voller Maschinen. Die riesigen Windkraftanlagen werden zum überwältigenden Störfaktor für Mensch und Natur. Alle umliegenden Dörfer werden beeinträchtigt sein. Die Lebensqualität wird massiv herabgesetzt und die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen werden durch permanent wirkende Störfaktoren beschädigt. Ich habe durch eine breite Recherche versucht, auf die folgenden Fragen Antworten zu finden: Werden diese tausende Windkraftanlagen wirklich gebraucht? Ist es überhaupt möglich, den Strombedarf vollständig aus erneuerbarer Energie (im Wesentlichen Wind und Sonne) zu decken? Machen noch mehr Windräder die Stromversorgung sicherer? Können nach den bereits abgeschalteten Kernkraftwerken auch die Kohle- und Gaskraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden? Seit das erste Windrad in SH aufgestellt wurde, wird auch über den Abtransport	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 7.2.1, 7.2.12, 7.3, 7.2.5 und 7.2.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	überschüssigen Stroms, sowie über die notwendige Speicherung geredet. Die Transportwege stehen bis heute nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung. Außerdem bezahlen die Bürger Schleswig-Holsteins, die ohnehin unter den höchsten Stromkosten leiden, auch noch die Transportleitungen. Die notwendigen Speichermöglichkeiten existieren bis heute nicht. Ist zu erwarten, dass eine ausreichende Stromspeicherung umgesetzt werden kann, die auch bei Dunkelflaute die Versorgung sicherstellt? Trotz des Ausbaus der Wind- und Solarenergie in den letzten Jahren gibt es immer wieder Versorgungsengpässe, bei denen Strom aus dem Ausland zugekauft werden muss. Ist zu erwarten, dass Deutschland von den teuren Stromimporten durch mehr Windräder unabhängig werden kann? Ist es ökologisch und ideologisch überhaupt vertretbar, Strom aus Ländern zu importieren, die diesen mit Kernkraftwerken erzeugen? Ist die deutsche sogenannte Energiewende wirtschaftlich vertretbar? Kann durch die inzwischen verabschiedeten gesetzlichen Maßnahmen ein menschlicher Einfluss auf die Wetterverhältnisse dergestalt ausgeübt werden, dass das Wetter den menschlichen Bedürfnissen besser entspricht? Hat diese Wetterbeeinflussung durch den Menschen dann auch einen positiven Einfluss auf die Tier- und Pflanzenwelt und auf die gesamte Natur? Die Antwort auf alle diese Fragen lautet nach meiner Erkenntnis in allen Fällen: **NEIN !** Sie als Planungsbehörde sollten bitte bedenken, dass Nordfriesland und Dithmarschen schon extrem viele Windräder haben. Sollte es nicht auch für die Menschen Rückzugsräume geben, so wie für seltene Tierarten? Die Antwort auf diese Frage sollte nach meinem Dafürhalten JA ! lauten. Bitte denken Sie um und erhalten Sie für die Menschen in Schleswig–Holstein und die Urlaubsgäste, die hierher kommen wollen, den noch verbliebenen Rückzugsraum. Für Angeln und Schwansen muss die geplante Ausweitung der Industrie für Wind- und Solarenergie gestoppt werden. Das ist mein dringender Appell an Sie als	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungsbehörde. Ich bin gegen den ausufernden Ausbau von Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1230	Ich bin gegen die neuen Windpläne!!! Es ist der reine Wahnsinn, wie unser Land zugepflastert wird, und das nur, weil sich Menschen bereichern wollen und können. Natur und Landschaft, die Menschen, deren Gesundheit aufs Spiel gesetzt wird, sind hier völlig egal. Stur irgendwelche irrigen Ziele verfolgen, verbohrt und unüberlegt- das ist eine Form von Politik, die ich nicht nachvollziehen kann. Haben Sie eigentlich mal Ideale gehabt, so in Richtung Allgemeinwohl gedacht? Alles über Bord geworfen, nach ein paar Jahren Politik? Oder kann man direkt die Augen verschließen vor Fakten? Woanders wird der Bau weiterer Windanlagen komplett gestoppt! Grund: die Belastung für den Menschen zu hoch! Und in Deutschland??? -DAS vermissen die Menschen hier, dass sich die Regierung WIRKLICH um sie kümmert, mit VERNUNFT. Jetzt könnte man sich ein Beispiel nehmen und EINSICHT zeigen. Zuviel ist zuviel!	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.10 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1228	Guten Tag, wir sind die Bürgerinitiative "Dialog Windkraft Stuvenborn" im Kreis Segeberg. Unser Dorf ist aktuell umkreist von einer großen Potentialfläche (PR3 SEG 047) und wir möchten uns bereits jetzt an der Teilfortschreibung Windenergie des Landesentwicklungsplanes beteiligen. Es gibt offensichtliche Kriterien aus den Bereichen Umwelt- und Artenschutz, die schon in der letzten Runde zu "Fläche mit hohe Konfliktpotential" geführt haben (Grünzug, Verbundachse Biotope, Großvogelflug, Gewässer wie die Auen, hoher Grundwasserspiegel etc.). Außerdem gelten Teile die Fläche als Ausgleichsfläche für den Bau der A 20, bzw. als Fläche für eine Parkplatzanlage. Zusätzlich zu diesen offensichtlichen Kriterien möchten wir einbringen, dass wir die Lebensqualität im Dorf erhalten und unsere Natur nicht in eine Industrielandschaft verwandeln möchten. Die Argumente sind - neben dem Naturschutz - bekannt: Klar hörbarer Lärm, Beeinträchtigung des Landschaftsbildes (permanente Bewegung) oder deutliche Wertminderung der Immobilienpreise. Wir initiieren in unserem Dorf einen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 3.16, 4.5, 4.20, 5.4, 3.7, 7.2.12, 7.3, 7.2.11, 7.1.3 und 7.2.10 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	demokratischen Dialog, da so ein massiver Eingriff in die Natur auch politisch gesteuert werden muss und nicht einfach dem freien Markt überlassen werden kann, nur weil einige, wenige Landbesitzer_innen mit einer WK Anlage viel Geld verdienen. Wir bitten Sie, bei der Umwandlung von Potential- in Vorrangflächen auch diese gesellschaftliche Dimension als zentral zu bewerten. Wir sind bereits "Opfer" von einem Windpark (aktuell zwei Anlagen, eine dritte wird gebaut), der in Sievershütten ca. 2 km von unserem Dort entfernt gebaut wurde - ohne Bürger_inneninformation. Mehr ist nicht zumutbar! Es gibt Flächen in SH (beispielsweise entlang der Autobahnen), die erst bebaut werden können, oder WK Anlagen können in zentralen Windparks zusammengefasst werden, bevor die Lebensqualität für uns alle, die in den kleinen, schönen Dörfern wohnen, so massiv beeinträchtigt wird.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1227	Sehr geehrte Damen und Herren, ich nehme Bezug auf die Potentialfläche zwischen Schlamerdorf und Sühlen im Kreis Stormarn. Die beiden Ortsteile sind bereits sehr vom Ausbau der Versorgungsnetze betroffen. Unter anderem Durch die neue Hochspannungsleitung und in Zukunft den Bau des Nord-Ost Link Erdkabels, dass weite Teile der Natur zerstören wird. Zumindest waren wir bisher von Windkraftanlagen verschont geblieben. Ich spreche mich also vehement gegen diesen Windpark aus! Folgende Gründe möchte ich dazu nennen: • Die Ortsentwicklung von Schlamersdorf wird erheblich eingeschränkt, da eine neue Wohnbebauung unmöglich gemacht wird. • Die Sicht wird bereits durch die beiden Hochspannungsleitungen beeinträchtigt, dazu kommt der Bau des Erdkabels direkt durch dieses Gebiet und damit ist die Grenze des Erträglichen erreicht. • Naturdenkmäler wie ein Hühnengrab in direkter Nähe. • Das FFH Gebiet Trave • Erhebliche Einschränkungen für den Rotmilan	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 2.4, 7.2.12, 6.1, 4.3, 4.20 und 7.3.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• In Richtung Seefeld sind einige Aussiedlungen, die erheblichen Schattenschlag bekommen werden, da diese zum Teil nur 400 m vom Park entfernt liegen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1225	Stellungnahme zu den Potentialflächen Wind in Flehderwurth/Groven in Dithmarschen. Sehr geehrte Damen und Herren, als Vermieterin des Ferienhauses [redacted] nehme ich mit diesem Schreiben Stellung, um mich gegen die Potentialflächen in Flehderwurth/Groven auszusprechen. Als Partnerin des Nationalpark Wattenmeer fungiere ich als Botschafterin für unsere Weltkulturerbestätte und für den Naturschutz. Ich vermiete ein Ferienhaus auf einem naturnahen Grundstück, und vermittle meinen Gästen neben vielen anderen auch die Notwendigkeit erneuerbarer Energien. Ich denke, dass ich das gerade mit der Lage des Ferienhauses an einem großen Windeignungsgebiet gut hinbekomme, denn meine Gäste sind überrascht von den Windgeräuschen der großen Anlagen, betrachten sie aber mit Interesse und haben viele Fragen. Auch „Phantomstrom“ wird vermehrt diskutiert, aber bisher habe ich mich immer für die Erneuerbaren eingesetzt . Sollten allerdings die neuen Potenzialflächen in Flehderwurth/Groven zugelassen werden, würde mein Ferienhaus von WKA eingekreist werden. Durch diese (ich dachte immer unzulässige) Ringbildung, dürfte die Vermietung an Feriengäste unwirtschaftlich, und meine Rolle als Vermittlerin unmöglich werden. Das Gebiet hinter meinem Haus, das bisher durch den 3 KM Schutzradius eines Adlerhorstes im FFH Gebiet Mötjenpolder geschützt war, stünde jetzt als Potentialfläche zur Verfügung. Die seit Jahren in der Lundener Niederung brütenden Adler und andere Greifvögel wie Bussarde und Weihen jagen aber trotzdem auf den Flächen hinter meinem Haus und das Tötungsrisiko für die Vögel wird ja nicht geringer, wenn sich der Kriterienkatalog ändert. Meine Gäste kommen aus ganz Deutschland, um den Vogelzug hautnah zu erleben. Ich empfehle Besuche im Vogelschutzgebiet am Eidervorland in Nesserdeich. Dort und auf der Oldensworter Seite gibt es zigtausende Gänse, die zwischen dem Mötjenpolder im	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	FFH Gebiet Lundener Niederung und der Eider hin und her ziehen. Selbst der Schelladler nutzt das Gebiet am Mötjenoplder als Rastgebiet, ihnen allen würden die Mühlen den Weg versperren. Im Karolienkoog wurde wegen des Schutzgebiet-Status die vorhandene Hochspannungsleitung in die Eider gelegt, um den ziehenden Vögeln nicht gefährlich zu werden. Wenn ihnen jetzt ein paar Kilometer weiter, auf dem Weg in ihr Rastgebiet, ein Windpark den Weg versperrt, käme das ja einem Schildbürgerstreich gleich! Es ist nicht nachvollziehbar, wenn in Dithmarschen die letzten solcher schönen Naturräume in der Marsch geopfert werden. Wir haben in Dithmarschen einen genügend großen Beitrag zur Windenergie geleistet, wie an den vielen Mühlen zu erkennen ist. Im Moment sind diverse Photovoltaik Freiflächenanlagen im Bau oder in der Planung. Wir sollten aufpassen, dass das Gleichgewicht zwischen den Erneuerbaren und einer intakten Landschaft ausgewogen bleibt. Der Tourismus ist ein nicht unerheblicher Wirtschaftszweig. Unsere Gäste beleben die Geschäfte und die Gastronomie und das Land Schleswig-Holstein erfährt durch sie große Wertschätzung. Dazu müssen wir den Gästen aber auch eine schöne Landschaft mit intakter Flora und Fauna bieten. Wenn zwischen dem Eidervorland Nesserdeich/Oldensworth (FFH Gebiet) und dem FFH Gebiet Mötjenpolder (Lundener Niederung) ein Eignungsgebiet für Windenergieanlagen ausgewiesen wird, ist das unverantwortlich, ich sprechen mich hiermit dagegen aus. Mit freundlichen Grüße Nationalparkpartnerin [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2680	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen:	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15, 4.2, 4.5, 7.2.7, 7.2.9 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H.), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. • Ich möchte dass die vorhandenen Naturschutzebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergienutzung ausgenommen bleiben. • Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. • Ich möchte dass eine Havariefall wie z.B. Brandentwicklung, technischer Defekt durch ausreichende Abstände von mindestens 1500m zu Wohnhäusern abgesichert wird. • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln/Trinkwasserverunreinigung, Verunreinigung der Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ab. • Ich beantrage eine Verlängerung der Abgabefrist auf 6 Monate. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson	Sehr geehrte Damen und Herren,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: 1223	mit Erschrecken musste ich feststellen, dass das Land erneut plant in unsere schöne unangetastete Natur Windkrafträder stellen zu wollen. Darum möchte ich hiermit meinen Unmut diesbezüglich kundgeben. Es macht in meinen Augen keinen Sinn weitere Windkrafträder aufzustellen und vor allem nicht noch größere und noch dichter an Wohnhäuser, da man die gesundheitlichen Risiken gar nicht abschätzen kann! Hinzu kommt, dass wir derzeit schon mehr Strom aus erneuerbaren Energien gewinnen, wie wir in SH überhaupt verbrauchen! Also wofür noch mehr davon? Die schöne Natur und Artenvielfalt durch riesige Betonfundamente und Mikroplastik verseuchen??? Derzeit ist die Natur rings um Heidmühlen unangetastet und das soll auch so bleiben! Wir haben hier eine hohe Vielfalt an verschiedensten Vögeln unter anderem den Milan. All das möchte ich der nächsten Generation und auch gerne der danach folgenden Generation zeigen und entdecken lassen! Also bitte lasst der Natur ihren Raum und plant vielleicht lieber sowieso schon versiegelte Flächen zu nutzen! Warum nicht große Parkplätze mit Dächern aus Photovoltaik überdachen und den Strom direkt dort nutzen bzw. dort einspeisen? Dort wo große Parkplätze sind, wird mit Sicherheit auch die Energie benötigt, aber nicht in unserer kleinen Gemeinde Heidmühlen bzw. den umliegenden Gemeinden! Wir haben hier keine großen Abnehmer, also totaler Schwachsinn hier Windkrafträder bauen zu wollen!!	Ziffern 7.2.1, 7.2.2, 7.2.5, 7.3, 7.2.9, 4.1 und 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2673	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H.), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15, 4.2, 4.5, 7.2.7, 7.2.9, 7.3 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Ich möchte dass die vorhandenen Naturschutzebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergienutzung ausgenommen bleiben. • Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit erschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. • Ich möchte dass eine Havariefall wie z.B. Brandentwicklung, technischer Defekt durch ausreichende Abstände von mindestens 1500m zu Wohnhäusern abgesichert wird. • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln/Trinkwasserverunreinigung, Verunreinigung der Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). • Ich befürchte eine erhebliche Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung und gesundheitliche Störungen durch Infraschall. • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ab. • Ich beantrage eine Verlängerung der Abgabefrist auf 6 Monate. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2908	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.11, 5.4, 4.8, 3.15, 7.3 und 7.2.8 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich habe Angst, dass meine Immobilie an Wert verliert und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von mindestens 5 H zur Wohnbebauung gilt. Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. Ich befürchte Störung der Flugrouten des Bundesheers und der Luftrettung. Diese Routen sind freizuhalten. Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H.), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen! Eine weitere Entwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet! Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall! Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1284	Sehr geehrte Damen und Herren, als Einwohner der Insel Pellworm [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfs.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] möchte ich zu dem o. a. Verordnungsentwurf Stellung nehmen, und zwar vor folgendem Hintergrund: Der Gemeinde Pellworm liegt der Projektantrag einer in Gründung befindlichen „Pellwormer Windenergie-Gesellschaft“ vor. Ziel des Antrages ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, um neue Windkraftanlagen auf der Insel am Tiefwasseranleger und in der Mitte des Süderkoogs errichten zu können. Am 16. Mai 2024 hat die Gemeindevertretung daraufhin beschlossen, die Möglichkeiten auszuloten, um im Rahmen der sog. Gemeindeöffnungsklausel nach dem Bundesbaugesetz weitere Windenergieanlagen auf Pellworm im Einvernehmen mit der Inselbevölkerung zu errichten. Auch die derzeit ungeregelte Rechtslage in Folge eines nicht rechtsgültigen Regionalplans für Windenergie biete dafür Chancen. Weil aber die Insel Pellworm in einem Küstenstreifen mit herausragender Bedeutung als Nahrungs- und Rastgebiet für Zugvögel liegt, sie zudem ein wichtiges Wiesenvogel-Brutgebiet darstellt, wird schon im Verordnungsentwurf zum Landesentwicklungsplan für Windkraft (LEP Windenergie) eindeutig festgelegt, dass Vorranggebiete für Windenergie vordringlich nur auf dem schleswig-holsteinischen Festland ausgewiesen werden. Eine Ausweisung im Küstenmeer der Nord- und Ostsee soll unterbleiben. Es ist daher wichtig, dass dies unverzüglich und verbindlich durch den LEP Windenergie rechtlich festgeschrieben wird. Doch reicht es nicht, auf der Insel Pellworm - sowie auch den anderen Inseln und Halligen – auf die Ausweisung von Vorranggebieten zu verzichten. Ziel muss es außerdem sein, dass die im LEP Windenergie formulierten Aspekte des Arten- und Naturschutzes sowie auch des Landschaftsbildes nicht durch Planungen und Vorhaben wie das eingangs genannte auf anderen Ebenen konterkariert werden. Darum ist es wichtig, dass in den LEP Windenergie noch generelle und eindeutige Vorgaben und Regelungen für die Regionalplanung/Raumordnung aufgenommen werden, die ein Umgehen der Entwicklungsziele der Landesplanungsbehörde bezüglich Windenergie durch kommunale Bauleitplanung verhindern. Insbesondere muss darin festgeschrieben werden, dass Regionalpläne die Aussage enthalten müssen, wonach kommunale Flächennutzungs- und Bebauungspläne, die das Errichten von Windkraftanlagen in einem für den Artenschutz wichtigen Gebiet, wie zB dem Süderkoog auf Pellworm, zum Ziel haben, nicht genehmigungsfähig sind.	Ziele der Raumordnung sind verbindliche Festlegungen, die im Rahmen der Bauleitplanung zu beachten sind. Eine Abweichung hiervon kann daher seitens einer Gemeinde nicht erfolgen, es sei denn, im Rahmen eines gesonderten Verfahrens (Zielabweichungsverfahren) wird dies im Einzelfall ermöglicht. Eine weitergehender Ausschluss als die Festlegung eines Ziels der Raumordnung ist auf dieser Ebene nicht möglich.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Als Bürger der Insel Pellworm ist es mir sehr wichtig, zu betonen, dass ich den Ausbau der Windkraft für den Ausstieg aus der Verstromung von Kohle und Gas etc. für unumgänglich halte. Jedoch würde mit dem LEP Windenergie das vorgegebene Ziel, dafür 3% der Landesfläche von Schleswig-Holstein als Vorranggebiet auszuweisen, bereits entsprochen. Es dürfte darum energiepolitisch nicht notwendig sein, dass Kommunen weitere Windkraftanlagen da errichten, wo sie schutzbedürftigen Interessen entgegenstehen. Im Übrigen scheinen die „Pellwormer Windenergie-Gesellschaft“ bzw. die Gemeinde mit ihrer Planung vorwiegend finanzielle Interessen – höheres Steueraufkommen generieren, Rendite für die Gesellschafter, Grundstückspacht für die benötigten Grundstücke – zu verfolgen. Dass ein weiterer Windpark zu dem bereits bestehenden auch aus energiepolitischer Sicht notwendig oder vorteilhaft ist (mehr Strom für kommunale Wärmeversorgung, Elektromobilität), dürfte nur ein vorgeschobenes Argument sein. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie meine Anregungen und Bedenken als besorgter Pellwormer Einwohner berücksichtigen und bitte im Übrigen, den Eingang zu bestätigen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1283	Sehr geehrte Damen und Herren Hiermit möchte ich mein Wohlwollen zur Windenergie in der Gemeinde Bühnsdorf bekunden. Aufgrund der breiten Zustimmung in der Bevölkerung und des Gemeinderates sowie der Flächeneigentümer steht der Windenergie nichts im Wege. So kann die Gemeinde Bühnsdorf ihren Beitrag zu erneuerbaren Energie beitragen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson	Stellungnahme **Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M2905	**an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Verunreinigung der Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). • Eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall ist zu befürchten • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergienutzung ausgeschlossen werden. • Ein Havariefall wie z.B. Brandausbreitung, technischer Defekt muss durch ausreichende Abstände von Wohngebäuden (mind. 1500m) abgesichert sein. • Mir ist wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich entschieden ab. • Ich beantrage eine Verlängerung der Abgabefrist für die Stellungnahmen auf 6 Monate, aufgrund der Urlaubszeit.	Ziffern 7.2.9, 7.3, 7.2.8, 4.2, 7.2.7, 4.20, 7.2.12 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1279	Sehr geehrte Damen und Herren, Stellungnahme: Windenergie-Ausbau der Potenzialfläche PR3-SEG-042 Ein großer Teil der Bürger in unserer Gemeinde stehen einem Ausbau auf der Potenzialfläche. Die Gemeindevertretung steht geschloßen hinter einem Ausbau. Auch Bürger in unmittelbarer nähe der Fläche befürworten einen Ausbau. Unsere kleine Gemeinde hätte durch den Ausbau eine Einnahmemöglichkeit. Reduzierung von CO2-Emission und ein Beitrag zur Erhaltung der Umwelt ist mir sehr wichtig und somit befürworte ich einen Ausbau auf der o.g. Fläche. [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1278	Stellungnahme Wir sind Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Rehhorst/ Amt Nordstormarn. In der Gemeinde Rehhorst gibt es zwischen den Ortsteilen Willendorf und Rehhorst ein Altanlagengebiet (5 WKA) mit entsprechender Infrastruktur und Netzanbindung. Im Regionalplan SH 2020 wurden die Flächen PR3_STO_003 und PR3_SEG_042 als Repowering- bzw. Vorrangflächen ausgewiesen und sind seitdem von Landeigentümern	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Investoren in Planung. Die im 1. Entwurf 2024 der Fortschreibung des LEP SH 2021 aufgezeigten neuen Potenzialflächen wurden am 22.08.2024 auf einer Einwohnerversammlung der Gemeinde Rehhorst von der Investorengruppe UKA als Projekt „Windpark Feldhorst-Rehhorst“mit 9 WKA vorgestellt. Diese Anlagen würden in Verbindung mit PR3_STO_003 und PR3_SEG_042 einen 3,5 km langen Riegel in N-S Richtung parallel zur Ausdehnung des Straßendorfes Rehhorst mit ca. 20 WKA und einer projizierten neuen Anlagenhöhe von 266 m bilden. Das Kapitel 4.5.1.1 im 1. Entwurf des neuen LEP SH Windenergie an Land definiert Einschränkungen für WKA: „Eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WKA soll vermieden werden“. (7 G- S.23) Die Begründung zu 7 erläutert, dass verhindert werden soll, „dass Ortslagen in unzumutbarer Weise von WEA umstellt werden, um...einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität des Schutzgutes Mensch... entgegenzuwirken.“(S.31) Auch die östlich an das Gemeindegebiet anschließende Potenzialfläche, die von Landeigentümern als Projekt „Windpark Rehhorst-Zarpen“ mit ca. 5-6 WKA vorgestellt wurde, entspricht in Verbindung mit den o.g. Projekten auf der Westseite von Rehhorst nicht den Anforderungen des LEP SH. Wir bitten das Problem der Umfassung und Riegelbildung bei der Festsetzung der möglichen Flächen für WKA in Bezug auf Rehhorst im zukünftigen Landesentwicklungsplan zu berücksichtigen. Anwohnerinnen und Anwohner [redacted] Im Namen der o.g. Anwohnerinnen und Anwohner:	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 2.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] Rehhorst, den 01.09.2024	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1272	[EXTERN] Windenergie Bühnsdorf (Potenzialfläche PR3-SEG-042) Hallo zusammen, hiermit bestätige ich, dass der Ausbau der Windenergie in unserer Gemeinde Bühnsdorf (Potenzialfläche PR3-SEG-042) bei der Mehrheit der Bürger auf große Akzeptanz trifft. Nach einigen Gesprächen konnte der Gemeinderat Zustimmung entnehmen und auch wir unterstützen das Vorhaben intensiv. Mit freundlichen Grüßen [redacted] I. A. Gemeinderat Bühnsdorf	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1221	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchten wir unsere Bedenken gegen den Bau von Windkrafträdern in der Gemeinde 24598 Heidmühlen mitteilen. Heidmühlen ist eine Region, mit unberührter Natur und Ruhe. Der Bau von Windkrafträdern würde das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen, denn dieser erfordert große Flächen, sowohl für die Türme selbst als auch für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen wie Zugangswege und Leitungen. Diese Flächenversiegelung beeinträchtigt die natürliche Umwelt und führt zu einer Zersiedelung der Landschaft.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 7.2.12, 7.2.14, 4.1, 4.9, 7.2.5 und 7.2.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Natürliche Lebensräume werden zerschnitten, und landwirtschaftlich genutzte Flächen gehen verloren. Ebenfalls führt der Bau von Windkrafträdern und der dazugehörigen Infrastruktur zu einer erheblichen Bodenversiegelung. Dies kann den natürlichen Wasserhaushalt stören, Erosion begünstigen und die Vegetation schädigen. Die Region Heidmühlen bestehenMoorgebiete. Windkrafträder stellen zudem eine erhebliche Gefahr für die Tierwelt dar, insbesondere für Vögel und Fledermäuse. Die Rotorblätter können Vögel, die in ihrer Flugbahn liegen, töten. In Heidmühlen sind mehrere geschützte Vogelarten hemisch wie Greifvögel, Weißstörche und Kraniche. Fledermäuse können durch den Luftdruck in der Nähe der Rotoren sterben. Zudem werden Lebensräume von Wildtieren durch den Bau und Betrieb der Anlagen gestört oder zerstört, was langfristige Folgen für die Biodiversität haben kann. Viele Menschen kommen zur Erholungin unsere Region, da sie eher unberührte und ruhige Landschaften suchen, die hier zurzeit noch gegeben ist. Die Nutzung von Windkraft ist wetterabhängig und daher unstetig. Hinzu kommen hohe Kosten von Netzausbau und die Speicherung der erzeugten Energie. Es gibt alternative Möglichkeiten, erneuerbare Energien zu nutzen, die weniger invasiv und umwelschädlich sind wie z. B. Photovoltaik auf bereits genutzten Flächen oder Solarenergie. Windkraft ist eine wichtige Energiequelle, doch der Schutz von Natur, Tierwelt und Erholungsgebieten sollte Priorität haben. Es ist daher notwendig, den Ausbau von Windkraftanlagen sorgfältig abzuwägen und alternative, umweltfreundliche Energiequellen stärker zu fördern..Wir bitten daher um eine sorgfältige Prüfung alternativer Energiekonzepte. Natur ist ein wertvolles Gut, das es zu schützen gilt. Mit freundlichen Grüßen Bürger aus Heidmühlen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2790	**Windenergie / Vogelschutz usw.**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.10, 6.1, 3.15 und 7.2.12 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, Hier meine Stellungnahme: Ich danke aber zunächst im Voraus, dass Sie unsere Angst und Befürchten langsam verstehen und in Ihren Entscheidungen berücksichtigt haben! Meine Vorfahren haben mit Schubkarre, Pferdewagen, Spaten und Lederstiefeln diese Halbinsel geschaffen. Auf jeden Fall bin auch ich für Umwelt und Vogelschutz. Aber durch die von Investoren geplanten Windanlagen droht Gefahr. Das beste Marschland wird verdichtet und geschädigt für ewig. Auf Eiderstedt gibt es bekanntlich 18 wunderschöne Kirchen und noch etliche Hauberge, Rethdachkaten und schmucke Dörfer. Wo gibt es diese Landschaft noch. Stellen Sie sich vor, alles wird durch Windanlagen einiger Investoren eingerahmt! Touristen und nur auch nicht mit Fahrrädern durchs Land fahren oder gar nicht erst kommen. Vom Deich aus kann man 300 bis 400 Windräder in Dithmarschen zählen. Dann hinterm Sperrwerk ein Anblick, der einen fast erschlägt. Man nennt das WINDPARK, aber ein Park sieht anders aus! Hier fragt man sich. Warum soll die kleine Halbinsel ein „Industrieland“ werden? Warum muß alles kaputt gemacht werden? Ich bin 82 Jahre alt. Vielleicht lang werden Sie sich über meine Ausführungen, vielleicht regen sie auch zum Nachdenken an! Mit besten Grüßen, [redacted]	Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2014	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.8, 7.2.11, 7.2.12, 7.3.1, 7.3.2 und 7.3.3 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer

Einreichendendaten	**Stellungnahme**	**Begründung**
	Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. • Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Kulturlandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. • Ich habe Angst, dass meine Immobilie an Wert verliert und möchte, dass eine Abstandsregelung von mindestens 5H zur Wohnbebauung gilt. • Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Rotmilane der umliegenden Haine gefährdet werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Außerdem enthält die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 2.3.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1220	GutenTag, ohne Speicher und Leitungen macht diese Aufrüstung der Windenergie wenig Sinn für mich. Ich wünschte erst würde die Infrastrucktur fertig gestellt. Das ganze Land mit Windrädern und Solarparks zuzustellen ist grausam. Grausam ist auch der Tier u. Pflanzenwelt diese Gläche zunehmen! Ebenso finde ich die Versiegelung der Flächen schlimm, denn auch die Zufahrtswege werden versiegelt. Die Wildstrecken werden durchbrochen, die Vogelwelt lebt gefährlich. Uns Menschen wird der freie Blick genommen. Uns Landbevölkerung wird viel zugemutet, was auch sehr ungerecht ist. Uns werden Windräder, Solarparks, Autobahnen, Wölfe vor die Nase gesetzt und wir sollen damit leben. Wie sollen wir glücklich und zufrieden sein(und das macht das Leben aus) damit? Egal mit wem ich spreche, alle sind unzufrieden mit der Entwicklung auch der Windenergie. Andere Bundesländer müssen die Energiewende mittragen! Dann zahlen wir auch noch den höchsten Stromanteil. Das ist alles unfair. Und wieso ist die Pacht dafür dermaßen übertrieben hoch? Da kann kein Bauer der etwas pachten möchte um seinen Hof zu erhalten mithalten. Ich bin gegen die Aufrüstung der Windkraft/ Solarfelder. Ich möchte auch das der Abstand zu den Häusern vergrößert wird. Der Wertverlust ist unfair und gemein. Niemand wird ein Haus kaufen neben einem Windkraftwerk.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.5, 7.2.12, 4.2, 4.1, 7.2.1, 7.2.15, 7.2.10 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Gruppe ID: G1218 Anzahl: 2 (IDs: 1218, 1219)	**<u>Einwendungen / Widerspruch</u>** Sehr geehrte Damen und Herren, zu der von Ihnen geplanten Potenzialfläche in der Gemeinde Travenbrück im Kreis Stormarn Ortsteil Schlamersdorf / Sühlen habe ich nachfolgende Einwände. <u>Fläche zwischen Schlamersdorf und Sühlen:</u> • hier befindet sich eine Hochspannungsleitung Freileitung 380KV im Bau, die schon vorhandene Freileitung 220KV steht ca.200m entfernt • die geplante Trasse NordOstLink (DC31) verläuft genau durch die geplante Fläche • es befindet sich in der Fläche ein Hünengrab • die in Nord-Ost direkt angrenzenden Wohnhäuser 23843 Bad Oldesloe [redacted] u. folgende werden Schattenschlag bekommen • aufgrund der geringen Distanz des Ortsteil Schlamersdorf werden die Anwohner am Ortsrand erheblich durch Sicht des Landschaftsbildes beeinträchtigt Zu der von Ihnen geplanten Potenzialfläche der Stadt Bad Oldesloe / Altfresenburg habe ich nachfolgende Einwände. <u>Fläche Altfresenburg (zwischen Schlamersdorf und Bad Oldesloe):</u> • die im Süden direkt angrenzenden Wohnhäuser Altfresenburgs werden erheblich in Sicht, Lärm und Schattenwurf beeinträchtigt • aufgrund der geringen Distanz des Ortsteil Schlamersdorf (nordlich) kann es hier zu Schattenwurf kommen • angrenzend an die Fläche befindet sich der Fluss Pulverbek mit Wäldern	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	welche Nistplätze für diverse Vogelarten bietet Ich hoffe auf eine wohlwollende Prüfung und auf Berücksichtigung das die Bürger der genannten Ortsteile aufgrund der NordOstLink Trasse und der Hochspannung-Freilandleitung sowieso eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes haben. Mit Freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2008	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte körperliche Beschwerden und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von mindestens 5H zur Wohnbebauung gilt. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2822	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: - Großvogelarten wie Rotmilan, Uhu, Seeadler, Bussard, Schwäne in meiner Heimat	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2, 4.20, 3.17, 7.2.11 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	weiter brüten! Überlebenswichtige Flugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen sind freizuhalten. - Ich habe Angst, dass meine Immobilie an Wert verliert und ich fordere eine Mindest Abstandshöhe von 5 H zur jeglichen Wohnbebauung gilt. - Ich möchte nicht, daß Windkraftanlagen in Naturschutzgebieten und Naturflächen gebaut werden. - Ich befürchte körperliche Beschwerden und Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Infraschall, optische Erdrückung Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2821	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: - Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete und Naturparkflächen nicht zerstörtwerden und der Naherholungsraum erhalten bleibt. - Ich befürchte körperliche Beschwerden und Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Blinklichter, Infraschall, optische Erdrückung und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von 5 H zu Wohnbebauung gilt. - Ich möchte keine Verspargelung der Landschaft. - Ich befürchte eine Kontamination der umliegenden Landwirtschaftsflächen durch	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2, 3.18 ,7.2.12, 7.3 sowie 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Mikroplastikabrieb der Rotorblätter Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2819	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen. 2. Ich möchte, daß die vorhandenen Naturschutzebiete nicht zerstört werden! 3. Ich möchte, daß die gleiche Abstandsregelung für ALLE Menschen gilt, egal ob Stadt, Dorf, Splittersiedlung oder Einzelhäuser (1500m) 4. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2, 2.1 sowie 2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1987	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.11, 4.20, 7.2.7 sowie 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich möchte, dass ein mindest Abstand zur Wohnbebauung v. 5H gilt. • Ich möchte, dass im Havariefall, wie z.B. Brandausbreitung, technischer Defekt durch ausreichende Abstände von mind. 1500 Meter zu Wohnhäusern abgesichert wird. • Ich befürchte Störung der Flugrouten der Luftrettung und des Bundesheers. Diese Routen sind freizuhalten. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von orten ausgeschlossen wissen. (Riegelbildung) Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1971	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte, dass es zu körperlichen Beschwerden kommen kann und dass eine Abstandsregelung von mind. 5H zur Wohnbebauung gilt. Außerdem sollte verstärkt Rücksicht auf die Umwelt genommen werden. Es dürfen keine Naturschutzgebiete oder Naturparks auf kosten von Windkrafträdern, zerstört werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.18, 5.4, 4.2 sowie 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Auch habe ich bedenken, dass es zur nachhaltigen Beeinträchtigung der Trinkwasserqualität, durch die Fundamente gefährdet ist. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1967	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfurtschreihung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte eine Kontamination d. landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasser verunreinigung und Atemluft durch Mikroplastik abrieb der Rotorblätter Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität u. dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4 und 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1217	Moinmoin, ich bin ausdrücklich gegen einen Bau von Windkraftanlagen, vor allem in der heutzutage vorgeschriebenen Höhe, im Raum Husby/Hürup, da dies direkten Einfluss auf mein Wohlbefinden und meine Gesundheit und die meiner Familie hätte.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit:	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: M2678	**an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergienutzung ausgeschlossen werden. • Es bereitet mir Sorgen, dass die landwirtschaftlich genutzten Flächen (Produktion von Lebensmitteln) durch den Mikroplastikabrieb der Rotorblätter kontaminiert werden, ebenso wie das Trinkwasser verschmutzt würde. • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität und Gefährdung der Gesundheit durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung und Infraschall. • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ausdrücklich ab. • Ich beantrage eine Fristverlängerung für die Abgabe der Stellungnahmen auf 6 Monate (Urlaubszeit) Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 4.20, 4.2, 3.17, 4.3, 4.5, 7.3, 7.1.5 und 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2876	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Uns ist wichtig, daß die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Wir möchten die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren! 2. Wir möchten, daß überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Störchen, Schwänen, Gänsen u Kranichen freigehalten bleiben! 3. Wir möchten, daß die vorhandenen Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moorund Niederungsflächen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.14, 4.15 und 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme enthält außerdem Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffern 3.17.1 und 3.18.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.4 (Boden und Wasser)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 5.9.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1282	**Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** **hier: Stellungnahme** Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es sollen keine Änderungen am LEP im Bezug auf die Ziele und Grundsätze für den Bereich Halbinsel Eiderstedt erfolgen. Im Bereich Oldenswort sollen die Bestands-Vorranggebiete fortgeführt werden, um möglichst wenig Neuausweisungen vornehmen zu müssen. Die durch die Bestands-WEA ausgelöste Scheuchwirkung führt dazu, dass dort die Voraussetzungen für eine Aufnahme in die Wiesenvogelbrutgebietskulisse nicht

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Mit der Festlegung der Ziele 15 Z und 16 Z kann das Bundesland Schleswig-Holstein der EU-Kommission sehr gut entgegen kommen und den Nachweis für Maßnahmen zum Schutz der Vögel belegen. Ferner kann Schleswig-Holstein mit dem Entwurf des LEP „Wind an Land“ das Begehren des Zentrums des UNESCO-Welterbes in Paris vom Juni 2024, eine gute, wohlbegründete Stellungnahme zum Erhalt des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer abzugeben, weitgehend erfüllen. Dieses wurde u.a. mit der Begründung zum Schutz des ostatlantischen Vogelzuges errichtet. Schleswig-Holstein kommt dem Schutz der überregionalen Vogelzugroute sowie der Wiesenvogel-Brutgebiete mit den Zielen 15 Z und 16 Z vorbildlich nach. Wir leben in einer Zeit vieler Krisen. Zwei davon sind die Zwillinge Klimakrise und Krise der Artenvielfalt (Biodiversität). Die Klimakrise bedroht unsere Lebensqualität, die Krise der Artenvielfalt unsere Lebensgrundlagen. Für beide müssen gute Lösungen gefunden werden, für beide braucht es geeignete Räume: Räume für erneuerbare Energien und Räume für den Schutz der Biodiversität, welche hier in Schleswig-Holstein zum Schutz unzähliger Vogelarten des ostatlantischen Vogelzuges und der Wiesenvögel unverzichtbar sind. Nur mit intakten Ökosystemen und Biodiversität lassen sich unsere Lebensgrundlagen langfristig sichern. Deshalb muss der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als **Ziele** der Raumordnung auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist darum entscheidend, dass es bei der **Formulierung** im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an	vorliegen, da die WEA perspektivisch weiterbetrieben und repowert werden sollen. Ob weitere Potenzialflächen in diesem Bereich als Vorranggebiete übernommen werden, wird auf Ebene der Regionalplanung entschieden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) **bleibt**. Das muss die Flächen um Oldenswort einschließen. In der „Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“1 sind Flächen in Oldenswort „weiß“ dargestellt. Bedeutet dies, dass sie keinen Schutzraum für den Vogelzug und die Wiesenvogel-Brutgebiete bilden? In der „Negativkarte“ dazu „Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024)“2 sind alte und neue Potenzialflächen in Oldenswort ausgewiesen. Mit den Potenzialflächen nördlich und südlich der Kreisstraße wird ein fachlich unbegründeter Keil in die überregionale Vogelzugroute geschlagen und verengt den ohnehin schmalen Korridor für den Zug von Millionen von Vögeln und verlässt an dieser Stelle den Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete. Für Zug- und Wiesenvögel sind derartige, menschengemachte Grenzen außerdem völlig irrelevant. Dies wird gestützt durch die Karte Nr. 8 im Umweltbericht, S. 39. Außerdem wurde bereits im Datenblatt PR1_NFL_309 zum LEP Wind von 2020 festgelegt: „Die durch die Kreisstraße K20 abgeteilte Fläche im Südwesten liegt in der Hauptachse des überregionalen Vogelzugs. Dieser Teilbereich wird auch aus diesem Grund nicht als Vorranggebiet übernommen.“ Was hat sich daran bis heute geändert, dass die Ausweisung als Potenzialfläche begründet? Der nördliche Teil wurde seinerzeit ohnehin nur mit dem Hinweis auf die bestehenden WEA als Vorrangfläche ausgewiesen. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von WEA frei zu halten: Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. In der Landschaft Eiderstedt haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente erhalten und sind heute noch „lesbar“. Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege, eine Vielzahl historischer Gebäude wie Haubarge und die 18 Kirchen etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die naturnahe, nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen durch diesen Hauptwirtschaftsfaktor der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Region sichert. Auch die Einwohner stehen mehrheitlich hinter den Zielen des LEP-Wind-Entwurfes. In einer von der Gemeindevertretung Tating initiierten Einwohnerbefragung am 9.6.2024 haben 63 % der Einwohner gegen neue WEA und gegen die Sicherung der bestehenden Anlagen in Tating votiert. Dieses Ergebnis kann man nach allen Äußerungen und Verlautbarungen durchaus auf ganz Eiderstedt übertragen. Nach meinem Verständnis kann Klimaschutz nur dann gelingen, wenn er im Einklang mit Natur, Menschen und der Landschaft steht. Deshalb sollte abschließend noch einmal intensiv geprüft werden, ob eine WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein von der Natur, den Landschaften und den Menschen insgesamt getragen und bewältigt wird. Dazu erlaubt der Entwurf des LEP zukünftig auch den Bau von WEA in bisher freigehaltenen Landschaftsschutzgebieten wie z.B. im Landschaftsschutzgebiet Gotteskoog. Landschaftschutzgebiete müssen als Bausteine der Lebensraumerhaltung und des Lebensraumverbundes wieder aus der Kulisse der Windeignungsgebiete genommen werden. Ich weise auf zwei Karten hin3, aus denen ersichtlich wird, dass sich unser Land in Bezug auf die Umgebungswirkung von Windkraftanlagen zu einem riesigen Windpark entwickelt. Die beiden Karten zeigen je nach Wirkungsgrad der unterschiedlichen Entfernungen die flächendeckenden, räumlichen Auswirkungen von WEA. Dagegen würde Schleswig-Holstein mit der ursprünglich geplanten, bereits riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Hinzu kommen außerdem ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die in der Landschaft oder auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen errichtet werden, anstatt auf bereits versiegelten Flächen (vgl. Gutachten des Fraunhofer Instituts im Auftrage des Landes Schl.-Holst. vom 16.02.2022). Werden die Landschaften Schleswig-Holsteins nunmehr eine einzige große Energie-Industrielandschaft? **Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf des neuen LEP-Wind im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung für die ostatlantische Vogelzugroute und die Wiesenvögel-Brutgebiete (in Text und Karte) keinesfalls zu verändern, Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen und die Notwendigkeit für das Ausmaß von 7,2 % der geplanten Landesfläche für WEA zu überprüfen sowie die Freigabe von**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsschutzgebieten zurückzunehmen. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1281		Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es sollen keine Änderungen am LEP im Bezug auf die Ziele und Grundsätze für den Bereich Halbinsel Eiderstedt erfolgen. Im Bereich Oldenswort sollen die Bestands-Vorranggebiete fortgeführt werden, um möglichst wenig Neuausweisungen vornehmen zu müssen. Die durch die Bestands-WEA ausgelöste Scheuchwirkung führt dazu, dass dort die Voraussetzungen für eine Aufnahme in die Wiesenvogelbrutgebietskulisse nicht vorliegen, da die WEA perspektivisch weiterbetrieben und repowert werden sollen. Ob weitere Potenzialflächen in diesem Bereich als Vorranggebiete übernommen werden, wird auf Ebene der Regionalplanung entschieden.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2935	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H.), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2, 4.3, 4.5, 3.17, 3.15, 7.2.12, 7.2.10, 7.2.1 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gefährdet. Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. Ich möchte es nicht hinnehmen das die Windenergie so durch gejadt wird ohne genug Zeit für die Einwirkung auf die Natur und die Menschen zu berücksichtigen. Ich möchte nicht das so viele Windräder hingestellt werden nur damit man den Strom ins Ausland zu verkaufen damit ein paar daran groß verdienen und die Bevölkerung darunter leiden muss. Es stehen so viele Windräder in der Landschaft rein die mit Diesel angetrieben werden damit sie nicht kaputt stehen, aber Strom produzieren sie nicht. Aber der Betreiber bekommt viel Geld für den Strom. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2934	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H.), dies steht im Widerspruch zu den	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15, 3.17, 3.18, 4.2, 4.3, 4.5, 4.20, 7.1.5 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgenommen bleiben. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. • Ich befürchte eine Einschränkung von Lebensqualität und eine Gesundheitsgefährdung durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich entschieden ab. • Für die Abgabefrist der Stellungnahmen bitte ich um Fristverlängerung auf 6 Monate, auch aufgrund der Ferienzeit! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2746	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.11, 4.5, 7.2.12, 4.15, 7.3 und 7.2.8 der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich habe dazu bedenken im Bezug auf die Natur und Lebewesen wie Kühe, Vögel, Pferde und viele mehr. Ich möchte dass die charakteristischen Landschaftsräume wie Knicklandschaft und Seen unbeeinträchtigt bleiben. Ich fordere, das überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten bleiben. Ich habe bedenken um die Verbundachse zwichen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm. Ich bin der Meinung die Natur und somit auch die Lebewesen müssen geschützt werden und ohne einschränkungen leben dürfen. Außerdem habe ich Angst, dass meine Immobilie an Wert verliert und ich möchte, dass es eine Abstandsregelung von mindestens 5H zur Wohnbebauung gilt. Ich befürchte Störung der Flugrouten des Bundesheers und der Luftrettung. Wie Sie anhand meiner Argumente bestimmt entnehmen können bin Ich gegen die Errichtung von Windkraftanlagen. Insbesondere geht es mir um die Natur, die Lebewesen, die Sichteinschränkung und die Erhaltung von alledem. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M2774	**2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich fordere, das WKA erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann (Vermeidung von Phantomstrom). • Ich befürchte körperliche Beschwerden und Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Blinklichter, Infraschall und möchte eine Abstandsregelung zur Wohnbebauung von 5 H. • Ich lehne die Absenkung des Grundwasserspiegels strikt ab, da in der Nähe befindliche Grundwasserseen mit der dazugehörigen Fauna und Flora erheblich beeinträchtigt werden. • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung, und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). • Da das Problem der Entsorgung ausgedienter Windräder mit den dazugehörigen giftigen Chemikalien überhaupt nicht geklärt ist, fordere ich ein sofortigen Stop beim Bau neuer Windkraftanlagen. Die Windkraftanlagen, die wir in Schleswig-Holstein schon haben, sollten erstmal ausreichen, um genügend Strom zu produzieren. Photovoltaik-Anlagen auf Groß-Gebäuden zu installieren sollte meiner Meinung nach Priorität haben. Man sollte bei der Problematik der Windkrafträder maßvoll und achtsam bei der weiteren Bebauung vorgehen. Das scheint mir zur Zeit nicht gegeben. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	Ziffern 7.2.5, 7.3, 5.4, 7.2.9 und 7.2.13 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2773	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: die vorhandenen Gebiete Tarbeker Moor sollen erhalten werden Vogelarten Rotmilan, Seeadler, Kraniche sollen einen störungsfreiem Lebensraum haben Das Biotopsystem muß geschützt werden Keine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklicht, Lärmbelästigung Die Anlagen mit fast 300 Meter Höhe sind sehr beeinträchtigen und viel zu dicht an Wohnraum vorgesehen. Das betroffene Gebiet ist Naherholungsgebiet und soll erhalten werden. Die Knicklandschaft soll erhalten bleiben Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 4.20, 4.5, 7.3, 2.3 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2844	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.9, 7.3, 4.20, 4.2, 4.5, 7.2.11, 7.2.12, 3.15 sowie 3.18

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Wir machen uns Sorgen um unsere Gesundheit und der unserer Kinder, ob durch eine evtl. Trinkwasserverunreinigung oder Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter. Wir befürchten eine Einschränkung unserer jetzigen Lebensqualität durch Schattenwurf, Lärmbelästigung, Blinklichter und Infraschall. Desweiteren ist es uns wichtig, dass geschützte Großvogelarten, wie z.B. der Rotmilan, Kraniche, Schwäne und Seeadler in unserer Heimat weiterhin brüten und geschützt werden. Die vorhandenen Naturschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen und Biotopverbundachsen sollen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Wir möchten, dass eine Abstandsregelung von mindestens 5 H zur Wohnbebauung gilt; aus Angst, dass unsere Immobilie an Wert verliert! Wir möchten unsere vorhandenen Naturparkflächen nicht zerstören lassen, sie sollen für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Unsere Heimat und die umliegende Natur liegt uns am Herzen und soll nicht durch unansehnliche Windkraftanlagen zerstört werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1216	Ich bin gegen einen Ausbau im Segeberger Forst und dem Umland zum Schutz der Natur und der Tierwelt.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit:	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: M2949	**an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich betreibe hier einen landwirtschaftlichen Betrieb - meine Existenz und die meiner Kinder!! Bin kein [Wort nicht lesbar] einer solchen Anlage, sondern fürchte um meine Gesundheit, sowie der Gesundheit meiner Milchkühe. Des weiteren verstehe ich nicht, weshalb [Wort nicht lesbar] der Bau dieser Anlagen über Lebensqualität und neuerdings über den Naturschutz gestellt werden, zumal wir doch eine rot/grüne Regierung haben, ein Widerspruch in sich. Es gibt doch [Wort nicht lesbar] um solch eine Anlage produktiv zu betreiben!!! Wir wären von 4 Anlagen im Abstand von 400-600 metern umzingelt, eine normale Lebensqualität ist somit nicht mehr gegeben!!! Wertverlust unseres Betriebs wäre die Folge. In durch ihre Pläne unsere Existenz - die [Wort nicht lesbar] aufs Spiel emmpfinde ich als Respektlos und demütigend. Die Ampel setzt ihre Politik der Willkür und Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Bürger die Krone auf, dagegen wehre ich mich [Wort nicht lesbar]! mit freundlichen Grüßen [redacted] Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1, 7.2.11 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2914	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.7, 4.14, 4.15, 7.2.12, 7.2.13, 3.15, 7.2.15, 7.2.5, 7.2.10, 2.1, 5.4, 4.2, 4.5, 4.20 und 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Gesundheitliche Schäden für Anwohner • Im Brandfall, Havariefall, technischer Defekt ausreichende Abstände von mindestens 1500 Metern zu Wohnhäuser • Abrieb auf unsere Landschaft - Garten landen • Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab • Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. • Überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen, Kranichen freigehalten bleiben • Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume Knicklandschaft (2 dichteste in SH) und Seen unbeeinträchtigt bleiben. • Alte Rotorblätter-Sondermüll, wo wird es entsorgt. • Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H.), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. • Wir haben den höchsten Strompreis in SH, jedoch nicht genügend Leitungen um ihn zum Verbrauch zu leiten • Warum werden nicht zuerst die Leitungen gen Süden zu den Verbrauchern gebaut, unverständlich. • Es gibt Geld für Anlagen auch wenn sie nicht Strom produzieren, eine Gelddruckmaschine für die Betreiber • Einige wenige z.B. Landbesitzer verdienen viel Geld, andere müssen unter den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bedingungen leiden, Windschlag, Ultraschall usw • Ich befürchte körperliche Beschwerden und möchte, dass eine Abstandsregelung von mindestens 5 H zur Wohnbebauung gilt. • Ich habe Angst, dass meine Immobilie an Wert verliert und ich möchte, dass ein Abstandsregelung von mindestens 5 H zur Wohnbebauung gilt. • Ich fordere, dass die gleiche Abstandsregelung für Einzelhäuser und Splittersiedlungen gilt (mind. 800m) • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet sind. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. • Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. • Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler, Rotmilane und unsere Störche die umliegenden Horste und der Weg zu den Feldern z.B. in Groß Rönnau gefährdet werden. • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M2238	im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z. B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Bachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden: Ich möchte die Abstandsregelung zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Desweitern habe ich Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. Ich möchte, dass überlebenswichtige Voqelfluqkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten bleiben. Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete - Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleibt. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [Unterschrift]	Ziffern 4.20, 4.14, 4.15, 3.15 und 4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2236	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. Ich befürchte Störung der Flugrouten des Bundesheers und der Luftrettung. Diese Routen sind freizuhalten. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z. B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 4.20 und 4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	vor 2018 gültig waren. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete - Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1215	Zum Beteiligungsverfahren über die geänderten Kriterien zur aktuellen Windkraftplanung in Schleswig-Holstein gebe ich folgende Stellungnahme ab. Die Aufweichung der Naturschutzkriterien wäre für unsere Region katastrophal. Es gab vor Jahren Bestrebungen der damaligen Landesregierung unter Herrn Albig und Herrn Habeck, die Region „Duvenseer Moor“ als staatliches Naturschutzgebiet auszuweisen. Dagegen regte sich in unserem landwirtschaftlich geprägten Umfeld massiver Widerstand, weil die ortansässigen Landwirte massive Einschränkungen ihrer Arbeit befürchteten. Als Alternative zum staatlich auferlegten Naturschutz wurde der Verein „Dvenseer Moor e.V.“ gegründet, dessen Vorstand aus Mitgliedern der Anrainergemeinden des Moores besteht. Dieses Vorgehen wurde vom damaligen Umweltminister des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Robert Habeck, auf einer Versammlung vor Ort in Duvensee persönlich abgesegnet. Inzwischen hat sich die private Initiative des Vereins mehr als bewährt. Es hat sich eine Artenvielfalt entwickelt, die ihresgleichen sucht. Viele Vogelarten sind inzwischen wieder heimisch geworden. Tausende Tiere nutzen das Moor als Rastplatz auf ihrem Vogelzug. Der regionale Energieversorger „Vereinigte Stadtwerke“ bietet einen Sondertarif an. Die Einnahmen daraus fließen an die Vereinskasse. Der Verein ist mehrfach ausgezeichnet und prämiert worden. Das höchste Lob kam jedoch von Herrn Ministerpräsident Daniel Günther, der bei seinem Besuch in Duvensee die Vereinsarbeit als Leuchtturm (wörtlich) für private Initiativen zum Naturschutz pries.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Diese ganze Arbeit wird nun dadurch gefährdet, dass in einem Abstand von 1500 Metern zum Duvenseer Moor Potentialflächen durch die Landesplanung ausgewiesen werden. Es treten Betreiberfirmen auf den Plan, die mit Angeboten unanständig hoher Pachtzahlungen an die Landeigentümer herantreten, um dort über 200 Meter hohe WKA zu errichten. Diese schließen bereits eifrig Vorverträge ab, obwohl noch keine endgültige Planung vorliegt. Bezeichnenderweise sind diese auch Mitglieder des Vereinsvorstands. Daraus ist erkennbar, wie durch diese Landespolitik sämtliche Vorsätze über Bord geworfen werden. Leute, die sich bisher pressewirksam für ihr Engagement im Naturschutz ablichten ließen, vergessen jegliche Moral und geben sich der Gier nach Einnahmen in Millionenhöhe hin. Ich bin davon überzeugt, dass es landesweit zu ähnlichen Situationen kommt. Daher ergeht ein dringender Appell, die Kriterien der Windkraftplanung mindestens auf dem derzeit noch gültigen Stand zu belassen. Für unsere Region gilt: Sämtliche Bemühungen für den Erhalt unserer Natur und Umwelt wären zunichte gemacht. Die Aussagen unseres Ministerpräsidenten und des amtierendem Bundeswirtschaftsministers wären reine Worthülsen und ein glatter Vertrauensbruch. [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2232	Sehr geehrte Damen und Herren, Ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte soll meine Einwände verdeutlichen: Die in der Landesplanung ausgewiesene Flächen im Bereich Blunk, Krems II, Groß	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rönnau, Damsdorf sowie Schmalensee, gehören zu meinem direkten Lebensbereich und würden mein tägliches Leben direkt und maßgeblich beeinträchtigen, wenn dort wie geplant neue Windkraftanlagen beziehungsweise Windparks entstehen würden. Schon heute sind die fünf Windkraftanlagen in Damsdorf von meinem Grund und Boden gut sichtbar und beeinträchtigen das Landschaftsbild beträchtlichen Maß. Durch den Bau zusätzlicher WKA's sehe ich nicht nur die Beeinträchtigung von Natur in Landschaft, ich befürchte auch gesundheitliche Belastungen für Mensch und Tier in der näheren Umgebung. Dies mache ich unter anderem an der dänischen Studie über die Schädlichkeit von Infraschall auf die menschliche und Tiergesundheit fest,auch wurde durch das Land Baden- Württemberg eine Warnung von dem Verzehr von Wildschweinleber ausgegeben da diese mit den Abrieb der Rotorblätter der WKA’s verseucht sein könnte. Die gesundheitlichen Risken sind also nicht von der Hand zu weisen! Auch töten Windkraftanlagen, nachweislich massenweise Insekten, die zum einen dringend gebraucht werden für unsere Nahrungsmittelerzeugung wegen der Bestäubung der Nutzpflanzen und auch als Nahrung dienen für unsere Vögel, die übrigens auch vermehrt durch diese Anlagen getötet werden. Weiterhin sind gerade hier im Bereich dieser Gemeinden auf Fledermäuse betroffen. Bezugnehmend auf die Schleswig-Holsteinische Wirtschaft, ist Schleswig-Holstein ein Bundesland dass seine Einnahmen zu einem Großteil aus dem Tourismus erzielt. Bei Ausbau der Windkraftanlagen besteht die Gefahr, dass der Tourismus zusammenbricht da keiner normaler Mensch, seine Freizeit und Urlaub in der Nähe dieser gesundheitsgefährdenden unästhetischen Anlagen verbringen möchte. Das würde Arbeitsplätze abbauen, dadurch die Bevölkerung durch Abwanderung verkleinern und Steuereinnahmen schmälern. Alles was in den letzten Jahren durch harte Arbeit der Bevölkerung erfolgreich aufgebaut wurde, würde hiermit innerhalb weniger Jahre vernichtet werden. Die Wertschöpfung durch den Bau dieser Anlagen würden meines Erachtens im Vergleich zum Bestehenden gegen null gehen, wenn nicht sogar ein Minusgeschäft für das Land werden. Am Ende werden die Investoren viel Geld verdienen, dieses Geld im Ausland investieren um ihre Gewinne zu maximieren, da dies durch die gegenwärtige Energiepolitik in Deutschland nicht mehr möglich ist. Letztendlich werden die erhofften, zusätzlichen Steuereinnahmen dafür verwendet werden müssen, die Bevölkerung zu unterstützen, da diese mit ihrem Erwerb ihre Lebenshaltungskosten nicht mehr bestreiten kann.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Durch den Bau dieser Anlagen wird auch Immobilienbesitz nachweislich entwertet und somit die Bevölkerung zusätzlich belastet ohne ein Mehrwert zu erhalten. Zusätzlich ist da noch der Aspekt der Entsorgung nach dem Betriebsleben von circa 25 Jahren dieser Windkraftanlagen. Bis heute gibt es keine wirtschaftlichen Möglichkeiten, diese aus Verbundwerkstoffen bestehenden Anlagen sicher zu entsorgen. Der gigantische Müllberg der hier entsteht, sowie der, ich nenne es mal Bauschutt der Fundamente, wird die Gesellschaft auch Steuerzahler und Wähler genannt, in Zukunft gewaltige Summen kosten, die in keiner Relation zu der C02 Einsparung und Wirtschaftlichkeit besagter Anlagen steht. Alleine der zu verwendende Beton für die Fundamente erzeugt einen CG2 Ausstoß der erst nach Jahren durch die angebliche C02-Ersparnis der Anlage wieder egalisiert wird, von den Rückbaukosten ganz zu schweigen. Nun möchte ich zu den Aspekten der öffentlichen Sicherheit kommen. Keine der betroffenen Gemeinden ist in der Lage eine Havariefalls, diese mit adäquaten technischen Mitteln zu bekämpfen und der Bevölkerung zur Hilfe zu kommen. Die Höhe dieser geplanten Anlagen macht dies unmöglich. Im Falle einer solchen Havarie wären Mensch und Tier den Umwelt-und gesundheitlichen Belastungen schutzlos ausgeliefert. Für den Fall, dass in Zukunft solche Mittel zur Verfügung ständen, müssten diese Gemeinden gemäß der Brandschutzverordnung des Landes solche anschaffen und bezahlen. Dies würde wieder zulasten des Steuerzahlers geschehen. Wenn Sie meinen Argumenten folgen wollen, ist der Ausbau dieser Anlagen hier in Schleswig- Holstein im ökologischen und ökonomischen Sinne falsch und ich möchte Sie bitten, den weiteren Ausbau dieser Anlagen hier in unserem noch schönen Schleswig-Holstein auf ein Minimum zu beschränken. Ich persönlich werde in Zukunft keine Partei mehr wählen, die dieses mehr als fragwürdige Projekt unterstützt oder vorantreibt! mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson	Moin Ich bin gegen den weiteren Ausbau. Den Gemeinden wird jegliche touristische	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	**Stellungnahme**	**Begründung**
ID: 1214	Weiterentwicklung, sowie allg. Entwicklung genommen, da kein Bauland erschlossen werden wird, wird immer abgelehnt.. Der Siedlungsabstand wird verringert. Die gesundheitlichen Belastungen der Bewohner wird erheblich erhöht:Lärmbeslästigung bereits jetzt nachts 62db, weiter zu nennen die Belastungen durch Körperschall und Intraschall. Es erfolgt eine komplette Umzngelung um die Gemeinde Schmedeswurth. Mit jeder Windmühle erhöht sich der Strompreis, finanziert durch Subventionen und unseren Steuergeldern. Grüße	Ziffern 3.15, 2.4, 2.11 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1213	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit erkläre ich ausdrücklich, dass ich mich durch die Errichtung und den Betrieb der geplanten Windkraftanlagen in der Gemarkung Heidmühlen, persönlich betroffen fühle. Ich erhebe nachstehende Einwendungen gegen das o.g. Projekt. • Angst vor Lärm und Zunahme der Lärmbelästigung • Angst vor Schall und Infraschall und den daraus entsprechenden Gesundheitsbeeinträchtigungen • Angst vor dem Wertverlust der Häuser und Grundstücke • Angst vor Verlust der Lebensqualität • Angst vor dem Verlust des Erholungswertes • Angst vor der Zerstörung des Landschaftsbildes • Angst vor Zerstörung unserer Kulturlandschaft • Die Befürchtung, dass Flora und Fauna erhebliche Schäden erleiden • Die Befürchtung, dass gefährdete Arten wie Rotmilan sowie andere Vogelarten und Säugetiere Schaden erleiden	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.11, 7.2.12, 3.15, 4.3 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Die Befürchtung von negativen Auswirkungen auf den Tourismus • Ich befürchte erhebliche Sichtbelästigung Aus den genannten Gründen lehne ich die Errichtung der Windkraftanlagen in der Gemarkung Heidmühlen ab. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2676	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich befürchte eine erhebliche Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Lärmbelästigung, Eiswurf, Infraschall und Blinklichter & Nachts rot Verdunkelung der Fenster nötig, kein schlafen bei geöffnetem Fenster mehr möglich. • Ich befürchte körperliche Beschwerden und ich möchte dass eine Abstandsregelung von mind. 5 H zu Wohnbebauung gilt. • Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für Einzelhäuser und Splittersiedlungen gilt (mind. 800m) • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.8, 2.1, 5.4, 7.1.1, 2.11, 4.1, 7.2.12, 7.2.5, 4.5, 4.2, 7.2.9, 4.20, 7.2.13, 7.2.1 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. • Ich bin daran interessiert dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwichen Torbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet ist. • Ich möchte eine Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen (Riegelbildung). • Ich möchte überlebenswichtige Vogelflugkorridore frei gehalten bleiben. • Ich möchte dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. • Da keine Netzstruktur vorhanden entsteht weitere Zerstörung von Natur und somit Lebensraum von Tier u. Mensch • Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterhin entwickelt und geschützt werden. • Kontaminierung durch Abrieb der Rotorenblätter ca. 180kg jährlich, der Acker und Umgebung (PFAS-Ewigkeitschemikalien) zwangsläufig Lebensmittel, Trinkwasserverschmutzung und der Atemluft. • Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergienutzung ausgeschlossen werden. • Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler und Rotmilane der umliegenden Horste gefährdet werden. • Der Rückbau einer Windkraftanlage ist nicht gesetzlich geregelt wie kann es sein. Es entsteht ein Entsorgungsproblem, Sondermüll, Recycling viel zu Energieaufwendig und somit teuer, was dann auf den Verbraucher umgelegt wird. Die Investoren nicht mehr Ansprechpartner, verdienen nur daran. • Rohstoffe zum Bau von WKA müssen aus anderen Ländern bezogen werden,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	es entsteht wieder eine Abhängigkeit. Transport z.B. China, umweltbelastung CO2? • Ich habe Angst! um den Wertverlust meiner Immobilie, möchte dass eine Abstandsregelung von mindestens 5 H zur Wohnbebauung gilt. • Es hat den Anschein, dass eine Quote erfüllt werden muss, ohne Rücksicht auf nachhaltige Schädigung von Mensch, Tier und Umwelt • Augenwischerei: Umwelt wird verseucht/Ewigkeitschemikalien Viel Geld auf perfide Weise verdient auf Kosten von Mensch und Ökosystem Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2877	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: - Ich befürchte körperliche Beschwerden und möchte, dass eine Abstandsregelung von mindestens 5 H zu Wohnbebauung gilt. - Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. - Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. - Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 5.4, 4.8, 4.2, 7.2.7, 7.2.9 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. - Ich möchte, dass ein Havariefall wie z.B. Brandentwicklung, technischer Defekt durch ausreichende Abstände von mindestens 1500m zu Wohnhäusern abgesichert wird. - Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). Ich frage mich, ob ein Bioanbau – sei es im eigenen Garten sowie bei den „Biobauern“ mit Ihren Hofläden überhaupt noch möglich ist? - Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. - Ich habe Angst, dass meine Immobilie an Wert verliert und ich möchte dazu eine Abstandsregelung von mindestens 5 H zur Wohnbebauung Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1212	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Im Folgenden möchte ich meine Argumente darlegen. • Im Kreis Segeberg, insbesondere in den Gemeinden Schlamersdorf, Nehms, Blunk und Tensfeld, befinden sich zahlreiche Seen, Feucht- und Moorgebiete, die landschaftlich geschützt sind. Diese Gebiete sind von entscheidender Bedeutung für Flora, Fauna, Forschung sowie Tourismus und Erholung und	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.11, 3.15, 4.2, 4.1, 7.1.5, 4.5, 7.2.11 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	müssen in ihrer Gesamtheit bewahrt werden. Einige dieser Gebiete sind einzigartig und würden durch Windkraftanlagen nachhaltig beeinträchtigt. Vorhandene Naturschutzgebiete und Naturparkflächen dürfen in keiner Weise durch Windkraftanlagen gefährdet werden. • Insbesondere in den Segeberger Gemeinden befinden sich einige der wichtigsten Vogelflugkorridore Nordeuropas. Nachweislich existieren hier Schlafplätze und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen. In der Region um Bad Segeberg befinden sich zudem bedeutende Brutgebiete von Seeadlern, Rotmilanen, Kranichen sowie weiteren geschützten Tierarten. Die neuen Abstandsregelungen zu Brutgebieten müssen überdacht werden, da in Vogelflugrouten keine Windkraftanlagen entstehen dürfen. • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ist hinsichtlich des Landschafts-, Arten- und ländlichen Raumschutzes, insbesondere der Ackerbaukultur, des Tourismus sowie der ländlichen Bevölkerung, absolut nicht nachvollziehbar und sollte gestoppt werden. • Die Fristen für die Stellungnahmen sind zudem viel zu kurz bemessen und sollten um mindestens 8 Monate verlängert werden. Das Ausmaß der Planung ist gewaltig und die Bevölkerung wurde nicht ausreichend informiert. • Die Errichtung von Windkraftanlagen beeinträchtigt die Lebensqualität der Anwohner, die in unmittelbarer Nähe solcher Anlagen leben. Zudem könnten durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall weitere unzumutbare Belästigungen entstehen. • Ich lege großen Wert darauf, dass der störungsfreie Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwischen Tarbeker Moor, Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm sowie die Achse Segeberger See, Ihlsee, Wardersee, Blunker See, Nehmser See, Stocksee und Plöner See gewährleistet bleibt. Diese und weitere Seen liegen im Naturverbund und müssen geschützt werden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Die Planungen auf einer derart großen Fläche benachteiligen Schleswig-Holstein massiv gegenüber anderen Bundesländern und internationalen Standards. Die Lebensgrundlage und Ausrichtung auf Tourismus und Landwirtschaft sind gefährdet und könnten den Standort Schleswig-Holstein nachhaltig beeinträchtigen. • Auch der zu erwartende Rückgang der Immobilienpreise führt zu erheblichen Problemen. Zum einen verringert sich dadurch das Vermögen der Eigentümer, was besonders für ältere Menschen, die auf den Wert ihrer Immobilie als Teil ihrer Altersvorsorge angewiesen sind, schwerwiegende finanzielle Folgen haben kann. Zum anderen kann der Wertverlust von Immobilien die Attraktivität der betroffenen Regionen für Neubürger und Investoren erheblich mindern, was langfristig zu einer Abwanderung von Einwohnern und einem Rückgang der regionalen Wirtschaftskraft führen könnte. Zudem kann dies zu einer geringeren kommunalen Steuerkraft führen, wodurch wichtige öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturprojekte gefährdet werden. Dies alles verstärkt die negativen Auswirkungen auf das soziale Gefüge und die wirtschaftliche Stabilität der betroffenen Gemeinden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2674	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.20, 3.15, 5.4, 7.3, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.12 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Zum einen ist es mir wichtig dass in meiner Heimat die geschützten Großvogelarten, z.B. Seeadler und Schwäne weiterhin brüten können. Deshalb möchte ich dass die Abstandsregelungen zu Brutplätzen die vor 2018 noch gültig waren, nun trotzdem in Kraft gesetzt werden. Des weiteren ist das betroffene Gebiet ein Entwicklugsraum für Tourismus & Erholung. (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H.). Die Pläne für Windkraftanlagen stehen dazu jedoch im Widerspruch. Außerdem habe ich bedenken um die Trinkwasserqualität sowie durchgängige Verfügbarkeit besagten Trinkwassers, aufgrund der Fundamente der Windkraftanlagen. Auch befürchte ich körperliche beschwerden und möchte daher dass mindestens 5H Abstand zu Wohnbebauungen bleibt. Ein weiterer Grund für diesen Abstand ist die Vermeidung von Havariefall wie zb Brandausbreitung, technischer Defekt und anderen. Zum weiteren befürchte ich eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln. Aus dem selben Grund befürchte ich auch Trinkwasserverunreinigung sowie Kontamination von der Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter. Dies ist auch der Grund warum ich bedenken um Lebensmittelqualität der hier angebauten Feldfrüchte befürchte. Auch befürchte ich Einschränkungen der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter sowie Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Dies könnte auch den Wert der Immobilien senken. Außerdem möchte ich dass die Großvogelarten ihre überlebenswichtigen Flugräume behalten können indem diese Bereiche nicht mit Windkraftanlagen besetzt werden. Zu guter letzt möchte ich ihnen mitteilen dass ich es für wichtig halte die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1292	Genereller Einwand gegen die Regionalplanung SH aus aktueller Situation hoher wissenschaftlicher Evidenz für eine schwerwiegende Gesundheitsgefährdung für Mensch und Tier durch chronisch impulsive Einwirkung von Tieffrequenzen auf lebende Organismen Begründung: Zum Einfluss von tieffrequentem Infraschall und Vibration auf lebende Organismen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.9 und 7.3.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted], freie Wissenschaftlerin, Wissenschaftsautorin, Fachärztin Grundlagen zur Feindurchblutung Den 28.07.2024 Zwei wissenschaftliche Publikationen (1) 2023 und (2) 2024 haben die in letzten Jahren in der wissenschaftlichen Forschung dazugewonnenen Erkenntnisse zur Steuerung lebenswichtiger Funktionen unseres feinen Kapillarnetzes- auch Mikrozirkulation- erarbeitet. Lebenswichtige Steuerungsfunktionen gehen von Endothelzellen aus, die als Gefäßinnenwandzellen alle Gefäße umschließen. Sie sind im Wesentlichen eine Art Schaltstelle für den Austausch von Nährstoffen und Sauerstoff, Salzen und Flüssigkeiten sowie Rücknahme von Abfallproduktion. Seit spätestens 2021 ist bekannt, dass bestimmte Rezeptoren (Sinneswahrnehmer) auf der Hautebene, aber auch speziell auf den Endothelzellen und damit in allen Organen und Geweben, existieren, die sowohl Schall als auch Vibration aufnehmen (Medizin-Nobelpreisfür die Entschlüsselung der PIEZO-1 und -2- Kanäle 2021). Damit gelang der Nachweis, dass alle Organismen nicht nur mit den Ohren hören, sondern Kräfte und Schall mit dem gesamten Körper aufnehmen Diese Kanäle sind bei allen mehrzelligen Organismen vorhanden, also auch bei Krebstieren und Insekten, Amphibien, Reptilien, Fischen, Vögel und Walen, als auch allen anderen Säugetierarten. Eine ganze Reihe lebenswichtiger Funktionen von Organismen wird nach heutigem wissenschaftlichem Stand durch die Übertragung von physikalischen Kräften auf die Gefäßwandzellen des Kapillarnetzes (Endothelzellen) und ihren Mechano-Sensoren (das sind Druck-Rezeptoren), gesteuert. Zu diesen Funktionen gehören als wichtigste die Stickstoffmonoxid-Ausschüttung, die Regulierung des Blutdrucks, die Gefäßneubildung, die Embryonalentwicklung, das Wachstum, die Regulierung von Entzündungen in Richtung Heilung (das Gegenteil ist chronische Entzündung und Krebs), Immunreaktionen und Gerinnung. Jeder Organismus kann einerseits auf die feinen Kräfte in den Kapillaren und andererseits auf äußere Kräfte wie Schwerkraft, Druck und Schwellung in Sekundenbruchteilen reagieren, was eine überlebensnotwendige Fähigkeit aller Organismen darstellt (Beispiel Flug der Insekten, Tänze der Bienen, Orientierung im Raum). Autoreguliert finden diese Aufgaben z.B. in den Kapillaren des Erwachsenen auf einer Fläche von 7000 m2 statt. Die Voraussetzung für eine optimale Erfüllung dieser Aufgaben ist die Intaktheit des gesamten Organs Endothelium (Gesamtheit aller Endothelzellen). Der Blutstrom in den Kapillaren ist normalerweise gleichförmig und nicht turbulent, entsprechend der Kleinheit einer Kapillare. Eine Übersicht über die aktuellen Erkenntnisse zu Mikrozirkulation und Endothelzellen: Link: https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-662-66516-9 Die Auseinandersetzung von Tieffrequenzen und Vibration technischer Anlagen mit Organismen Aussagen mit hoher Evidenz Kurzzeitige tieffrequente Ereignisse kommen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	auch im natürlichen Umfeld vor (z.B. Erdbeben). Die Mikrozirkulation hat eine unmittelbare Erholungsmöglichkeit. Zunehmend tieferfrequente, impulsive Einwirkung auf lebende Organismen wie bei großen Windkraftanlagen, aber auch im verminderten Umfang bei Biogasanlagen, Blockheizkraftwerken und Wärmepumpen, führen zu erkennbaren Störungen der Feindurchblutung mit Energie- und Nahrungsdefizit. Die Reichweite von so gut wie nicht dämmbaren Tieffrequenzen ist sehr weit (z.B. eines heutigen Windparks mit 60 Anlagen bis etwa 100 Kilometer). Das viskoelastische Gewebe von Organismen eignet sich zur Weiterleitung der Schallwellen, auch auf das Kapillarsystem. Die Folgen sind nicht nur zunehmender mechanischer Stress in den Kapillaren, sondern auch zunehmender oxidativer Stress. Grund: Findet die NO-(Stickstoffmonoxid) Ausschüttung nicht bedarfsgerecht statt und wird durch Fehlinformationen überlagert, verliert NO seine antioxidativen Eigenschaften. Mechanischer Stress und oxidativer Stress sind die Voraussetzungen für ein „krankes“ Endothelium. Das bedeutet eine zunehmende Gefährlichkeit der Emissionen mit sinkender Frequenz, da Endothelzellen nachgewiesenermaßen sehr tiefe Frequenzen bevorzugt passieren lassen. Der dabei vorhandene Schalldruck scheint eine untergeordnete Rolle zu spielen. Hier besteht eine offenbare Unverträglichkeit mit den Funktionen lebender Organismen. Die erste Publikation hat die möglichen Folgen der Auseinandersetzung erstmals in (1) 6/23 dargestellt. Die zweite Publikation (2) 06/24 zum Thema basiert im Wesentlichen auf der ersten (1) und erweitert gezielt wichtige Aspekte zum Thema, so z.B.: 1) die möglichen Auswirkungen auf den N0-Stoffwechsel [19,20,22] mit starkem Anstieg von oxidativem und oszillatorischem Stress 2) die Rolle des Organs Endothelium als zentrales Organ für die inflammatorische Entwicklung als Grundlage z.B. einer Arteriosklerose [2,22] oder auch Blutdruckerkrankung 3) die hervorragende Bedeutung von PIEZO-Kanälen [49] für zahlreiche Funktionen von Organsimen 4) die damit verbundene Gefährdung aller lebenden Organismen im Sinne einer Bedrohung der Biodiversität zu Lande und im Wasser Wie Sie dem entsprechenden Kapitel 5 aus dem Buch (2) entnehmen können, wurde eine open review Politik von mehreren öffentlich benannten hochrangigen Wissenschaftlern durchgeführt. In den nachzulesenden Reviews ist sowohl die Wissenschaftlichkeit, die umfassende Bedeutung für die wissenschaftliche Gemeinschaft und die Güte der verwandten Quellen, attestiert. Auszug: Peer-Review History: This chapter was reviewed by following the Advanced Open Peer Review policy. This chapter was thoroughly checked to prevent plagiarism. As per editorial policy, a minimum of two peer-reviewers reviewed the manuscript. After review and revision of the manuscript, the Book Editor approved the manuscript for final publication. Peer review comments, comments of the	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	editor(s), etc. are available here: https://peerreviewarchive.com/review-history/727 Damit liegt eine hohe Evidenz für das hohe Schädigungspotential von Tieffrequenzen mit einem hohen Beschleunigungsprofil bei chronischer Einwirkung vor. Eine Einordnung von Tieffrequenzen diesbezüglich fällt bisher vollständig, Innenraummessungen ebenso. Die Einordnung der akustischen Hörschwelle als Wirkschwelle für Tieffrequenzen Die Aufnahme von Schall und Vibration über verschiedene Mechano-sensoren, deren wichtigstes Mitglied die PIEZO-Kanäle sind, ist allgemein anerkannter internationaler Wissenschaftsstand. Da der aktuelle Wissenschaftsstand zur endothelialen Kraft-Übertragung (Mechano-Transduktion) eine der wesentlichen Grundlagen der dargestellten Arbeiten (1) und (2) darstellt, finden sich hierzu valide wissenschaftliche Quellen. Eine akustische Wahrnehmungsschwelle kann deshalb keine Wirkschwelle für Tieffrequenzen sein! In der Konsequenz ist ein weiteres Festhalten einer akustischen Wahrnehmungsschwelle rechtlich nicht mehr möglich und sollte unmittelbar Anlass zum Handeln sein. Studienlage und Beobachtungen der jüngeren Zeit: 1.Die Studie (3) zeigt eine nicht erklärbare überdurchschnittliche Zunahme an kardiovaskulären Erkrankungen auf dem Land gegenüber den Städten. 2.In Papenteich, Niedersachsen, wird jetzt ein Anstieg an Leukämieerkrankungen zwischen 2016 und 2021 beobachtet, der aufgrund seiner statistischen Relevanz zu Untersuchungen durch das Landratsamt geführt hat. Nach den Folgerungen aus den peer- review Studien (1) und (2) sind erhöhte Inzidenzen von Krebserkrankungen über die Schädigung der Endothelfunktionen durch den Umweltfaktor tieffrequente chronisch impulsive Schallimmission in sich schlüssig, ebenso wie das erhöhte Auftreten von kardiovaskulären Erkrankungen. (Emissionen von als karzinogen einzustufendem Mikroplastikabbrieb von WKA könnten überadditiv wirken). Link: https://www.focus.de/gesundheit/news/was-leukaemie-so-tueckisch-macht_id_260166181.html 3.Bericht vom 17.07.24 aus Schweden zu Fehlschlagen des Bruterfolges bei Hühnern nach Inbetriebnahme von mehreren WKA-Anlagen in etwa 1000 Meter Entfernung. PDF auf Wunsch nachreichbar. Die unter 2. und 3. genannten Berichte haben nicht den Rang einer geprüften Studienlage, es sind aber alarmierende Daten im Zusammenhang mit Windkraftanlagen und gestörten endothelialen Funktionen, die zur Einbeziehung der dortigen Behörden geführt haben. Quellen: 1) Bellut-Staeck UM. (2023) Impairment of the endothelium and disorder of microcirculation in humans and animals exposed to infrasound due to irregular mechano-transduction: Journal of Biosciences and Medicine. 2023; 11(6). DOI: 10.4236/jbm.2023.116003 Link: https://www.scirp.org/journal/paperinformation?paperid=125553 2) Bellut-Staeck UM. (2024) Medical Research and Its Applications Vol. 8, Chap. 5. Chronic Infrasound	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Impact is Suspected of Causing Irregular Information via Endothelial Mechanotransduction and Far-reaching Disturbance of Vascular Regulation in All Organisms. FIRST EDITION 2024 ISBN 978-81-975566-2-3 (Print), ISBN 978-81-975566-5-4 (eBook) DOI: https://doi.org/10.9734/bpi/mria/v8 3) Ebeling M, Mühlichen M. Talb”ack, Rau R, Goedel A, Klüsener S. (2024) Disease incidence and not case fatality drives the rural disadvantage in myocardial-infarction-related mortality in Germany. Preventive Medicine 179 (2024) 107833. 0091-7435/© 2024 The Authors. Published by Elsevier Inc. https://doi.org/10.1016/j.ypmed.2023.107833 An das UBA, sowie all Landesumweltämter, auch an das von SH, wurden Anfang August 24 Dringlichkeitsanträge gestellt, die diesen wissenschaftlichen Stand berücksichtigen sollten. Das bedeutet konkret: Keine neue Genehmigung vor Abklärung dieser in sich stringenten Hypothese hoher Evidenz. Die zunehmende „Verschallung“ der Landschaften und Siedlungsbereiche wird aufgrund der Eigenschaften dieser sehr tiefen Frequenzen alle Einwohner Schleswig-Holsteins betreffen. Hier ist die Dichte am größten. Bitte nehmen Sie dazu Kontakt mit Ihrem Landesumweltamt auf, bzw. Landesumweltamt. Sie stehen zu möglichen Schädigungen der Gesundheit insbesonder sensibler Gruppen wie Kinder. Schwangere, Familien in der Verantwortung! Überadditiv kommen von industriellen Windkraftanlagen toxische und nachweisbar kanzerogene Mikroplastikanteile (pro Anlage etwa 60 Kilogramm/Jahr) auf Böden, Grundwasser und fruchtbare landwirtschaftliche Ackerflächen. Dies ist zusätzlich mit keinem Argument mehr tolerierbar Mit freundlichen Grüßen [redacted] Fachärztin, freie Wissenschaftlerin, Spezialgebiet Mikrozirkulation, kardiovaskuläre Physiologie, vaskuläre Biologie Mitglied in der Deutschen Gesellschaft [redacted] Mitglied im Aktionskreis [redacted], [redacted] Mitglied Naturschutzinitiative, [redacted]. PR3_DIT_007 Eine Überprüfung der Anwendung der Abstandskriterien hatte im vorliegenden Fall ergeben, dass die Bebauung "Pferdekrug" als Außenbereich einzustufen ist. Dies wurde von der Kreisbauaufsicht bestätigt. Demnach war hier ein Abstand von 400 m statt 800 m anzusetzen. Zum vierten Entwurf wurde zudem eine Korrektur des Siedlungsabstands zum Innenbereich der Ortslage Hollingstedt auf	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Grundlage eines externen Hinweises vorgenommen, da die Bebauung Lopshop 17 als letzter Bezugspunkt dient. Dadurch vergrößert sich das Vorranggebiet am nordöstlichen Rand in Richtung Südosten um ca. 50 m. Im Ergebnis bleibt es aber auch jetzt in etwa bei der Flächenausweisung im Umfang des ersten Entwurfes. Es erfolgte im dritten Entwurf eine geringe Erweiterung in Richtung "Pferdekrug", die jedoch aufgrund der vorstehenden Abwägung zur Raumbelastung nach Norden entlang von Feldwegen begrenzt wurde und jetzt bis auf eine redaktionelle Anpassung so beibehalten wird. Weitere vorgebrachte Aspekte des Artenschutzes können auf Ebene der Vorhabengenehmigung vertiefend geprüft werden und stehen der Flächenausweisung nicht pauschal entgegen. Geprüft wurde weiterhin, ob es einen Konflikt mit dem Abbau oberflächennaher Rohstoffe gibt, da der Flächenteil nördlich des Bestandswindparks innerhalb eines Rohstoff-Sicherungsgebietes liegt. Nach Rückkopplung mit dem geologischen Dienst des LLUR konnte geklärt werden, dass gegen die Flächenausweisung in der vorgesehenen Form keine Bedenken bestehen. WKA in Betrieb WKA in Betrieb Vorranggebiet für den Naturschutz, Gebiet mit besonderer Bedeutung für den Grundwasserschutz, Gebiet mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft, Gebiet mit besonderer Bedeutung für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe, Gebiet mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung Gebiet mit besonderer Bedeutung für den Grundwasserschutz, Gebiet mit besonderer Bedeutung für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe, Gebiet mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung Überlagerung mit folgenden Kriterien hoher Priorität (vgl. Ziff. 2.8 Plankonzept): - Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems mit landesweiter Bedeutung - Hauptachsen des überregionalen Vogelflugs (mit hohem Konfliktrisiko) - Potenzielle Beeinträchtigungsbereiche im 750m Radius um Weißstorchhorste/ im 1km Radius um sicher nachgewiesene Standorte von Rotmilanhorsten Potenzialfläche wird vollständig als Vorranggebiet übernommen Potenzialfläche wird teilweise als Vorranggebiet übernommen Potenzialfläche wird nicht als Vorranggebiet übernommen Dithmarschen Dithmarschen Bergewöhrden, Delve, Hennstedt, Hollingstedt, Süderstapel Hennstedt, Hollingstedt 115,1 Die Fläche besteht größtenteils aus Ackerfläche und Grünland. Kleinflächig sind Moorflächen sowie naturnahe Flächen vorhanden. Die Fläche besteht größtenteils aus Ackerfläche und Grünland. Kleinflächig sind Gehölze gegeben. PR3_ PR3_DIT_009 Überlagerung mit folgenden Kriterien hoher Priorität (vgl. Ziff. 2.8 Plankonzept): - Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems mit landesweiter Bedeutung - Hauptachsen des überregionalen Vogelflugs (mit hohem Konfliktrisiko) - Wiesenvogel-Brutgebiete mit hoher Bedeutung Es wurde eine FFH-Verträglichkeitsprüfung für das VSG "Ramsar-Gebiet S-H Wattenmeer und angrenzende	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Küstengebiete" durchgeführt. Erhebliche Beeinträchtigungen sind für Teilflächen (bis 1.000m Entfernung vom Rand des VSG) nicht auszuschließen. Ausschlaggebend dafür sind Rohrdommel, Trauerseeschwalbe, Zwergseeschwalbe, Flussseeschwalbe, Küstenseeschwalbe, Sturmmöwe, Silbermöwe, Heringsmöwe, Mantelmöwe, Lachmöwe, Zwergmöwe, Sumpfohreule, Rohrweihe, Wiesenweihe, Goldregenpfeifer (alle 1.000-m-Prüfradius) und Wachtelkönig, Zwergschwan, Singschwan, Nonnengans, Ringelgans, Großer Brachvogel, Bekassine, Uferschnepfe, Rotschenkel, Kampfläufer (alle 500-m-Prüfradius Umzingelung Zennhusen PR3_DIT_013 Kriterium Konfliktrisiko betroff. Fläche Konfliktrisiko betroff. Fläche 5.1 5 km um bedeutsame Stadtsilhouetten oder Ortsbilder gering 0,0 ha gering 0,0 ha 5.2 Kernbereiche charakteristischer Landschaftsräume gering 0,0 ha gering 0,0 ha in Verbindung mit Naturparken 0,0 ha 0,0 ha 5.3 800 m um (grundsätzlich raumwirksame) gesetzlich geschützte Kulturdenkmale gering 0,0 ha gering 0,0 ha 5.4 2 km um gesetzl. gesch. Kulturdenkmale in Höhenlage oder bedeut. Einzellage mittel 48,0 ha hoch 46,8 ha 5.5 500 m um bedeutsame archäologische Kulturdenkmale gering 0,0 ha gering 0,0 ha 5.6 Sichtkorridore um die archäologische Welterbestätte Danewerk / Haithabu PR3_DIT_015 Überlagerung mit folgenden Kriterien hoher Priorität (vgl. Ziff. 2.8 Plankonzept): - Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems mit landesweiter Bedeutung - Hauptachsen des überregionalen Vogelflugs (mit hohem Konfliktrisiko) - Wiesenvogel-Brutgebiete mit hoher Bedeutung Es wurde eine FFH-Verträglichkeitsprüfung für das VSG "Ramsar-Gebiet S-H Wattenmeer und angrenzende Küstengebiete" durchgeführt. Erhebliche Beeinträchtigungen sind für Teilflächen (bis 1.000m Entfernung vom Rand des VSG) nicht auszuschließen. Betroffen davon ist die gesamte nördliche Teilfläche und kleine Teile der südlichen Teilfläche der Potenzialfläche. Ausschlaggebend dafür sind Rohrdommel, Trauerseeschwalbe, Zwergseeschwalbe, Flussseeschwalbe, Küstenseeschwalbe, Sturmmöwe, Silbermöwe, Heringsmöwe, Mantelmöwe, Lachmöwe, Zwergmöwe, Sumpfohreule, Rohrweihe, Wiesenweihe, Goldregenpfeifer (alle 1.000-m-Prüfradius) und Wachtelkönig, Zwergschwan, Singschwan, Nonnengans, Ringelgans, Großer Brachvogel, Bekassine, Uferschnepfe, Rotschenkel, Kampfläufer (alle 500-m-Prüfradius). Umzingelung Strübbel PR3_DIT_018 Belastungen für Hemme nicht vertretbar! PR3_DIT_020 Kriterium Konfliktrisiko betroff. Fläche Konfliktrisiko betroff. Fläche 1.1 Abstandsbereich 800m bis 1.000m um Siedlungsbereiche mittel 87,4 ha mittel 23,3 ha 1.2 Stadt-, Umlandber. ländl. Räume/ verdicht. Ber. der Ordnungsr. um HH, HL u. KI mittel 110,2 ha gering 0,0 ha 1.3 Abstandsbereich 800m um planverfestigte Siedlungsflächen im Außenbereich gering 0,0 ha gering 0,0 ha 1.4 Umfassung von Siedlungsflächen hoch gering In der dritten Anhörung sind Stellungnahmen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	eingegangen, die sich für die Wiederaufnahme der Flächenteile aus dem zweiten Entwurf aussprechen. Die vorgebrachten Argumente konnten jedoch nicht überzeugen. Ein Hinweis auf andere Behandlung vergleichbarer Fälle kann nicht nachvollzogen werden. Im vorliegenden Fall handelt es sich um eine Planung, die komplett in der Biotopverbundachse liegt. Bei den angeführten Vergleichsflächen liegen jeweils nur Teilbereiche innerhalb der Fläche. In Dithmarschen sind derart große Biotopverbundstrukturen darüber hinaus sehr selten und genießen daher einen umso größeren Schutz. Auch wenn es noch keine konkrete Umsetzungsplanung für Maßnahmen auf der Fläche gibt, fällt die Gesamtabwägung mit den im Landschaftsrahmenplan formulierten Entwicklungszielen zugunsten einer Freihaltung aus. Die mangelnde Bereitschaft der Flächeneigentümer, sich an Naturschutzprogrammen zur Wiedervernässung zu beteiligen ist im Lichte der Aussicht auf die Errichtung von WEA zu sehen. Entfällt diese Möglichkeit, könnte sich diese Ausgangslage anders darstellen. Sie ist insofern nicht ausschlaggebend für die Abwägungsentscheidung. ##PNG-Grafik mit der Darstellung der Potenzialfläche / Vorrangfläche## PR3_ PR3_DIT_023 und PR3_DIT_025 und PR3_DIT_031 Schülp umzingelt Vogelschutzgebiete betroffen Zielbereich Siedlungsstruktur u. -entwicklung sowie Daseinsvorsorge / Schutzgutbereich Mensch u. Gesundheit Nr. Kriterium Konfliktrisiko betroff. Fläche Konfliktrisiko betroff. Fläche 1.1 Abstandsbereich 800m bis 1.000m um Siedlungsbereiche hoch 37,5 ha gering 0,0 ha 1.2 Stadt-, Umlandber. ländl. Räume/ verdicht. Ber. der Ordnungsr. um HH, HL u. KI gering 0,0 ha gering 0,0 ha 1.3 Abstandsbereich 800m um planverfestigte Siedlungsflächen im Außenbereich gering 0,0 ha gering 0,0 ha 1.4 Umfassung von Siedlungsflächen hoch mittel PR3_DIT_039 des überregionalen Vogelzugs hoch 4,4 ha gering 0,0 ha PR3_DIT_043 Umfassung von Siedlungsflächen hoch hoch PR3_DIT_045 Schutzgutbereich Landschaft, Kultur und sonstige Sachgüter Nr. Kriterium Konfliktrisiko betroff. Fläche Konfliktrisiko betroff. Fläche 5.1 5 km um bedeutsame Stadtsilhouetten oder Ortsbilder mittel 107,6 ha mittel 107,6 ha 5.2 Kernbereiche charakteristischer Landschaftsräume gering 0,0 ha gering 0,0 ha in Verbindung mit Naturparken Keine richtige Einschätzung, Nähe zum Deich, Sommerkoog, Gegenüber Wiesenflächen Querungshilfen und damit verbundene Korridore gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.1.2 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundes gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.1.3 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems mittel 20,6 ha mittel 20,6 ha 3.1.4 Räumliche Konzentration von Klein- und Kleinstbiotopen mittel 2,2 ha mittel 2,2 ha 3.2 Vereinbarkeit mit dem europäischen Gebiets- und Artenschutz 3.2.1 Umgebungsbereich von 300 m bis 1.200 m zu Vogelschutzgebieten gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.2.2 Hauptachsen des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	überregionalen Vogelzugs mittel 82,1 ha mittel 82,1 ha 3.2.3 Pot. Beeinträchtigungsber. (3 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.2.4 Pot. Beeinträchtigungsber. (1,5/ 1 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.2.5 Wiesenvogel-Brutgebiete gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.2.6 Nahrungsgebiete für Gänse (ohne Graugänse und Neozoen) und Singschwäne PR3_DIT_046 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems mittel 4,3 ha mittel 4,3 ha PR3_DIT_047 und PR3_DIT_049 Reinsbüttel umzingelt Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems mittel 26,7 ha mittel 26,7 ha PR3_DIT_058 Ort Neuenkrug vollständig umzingelt PR3_DIT_059 Naturschutzgebiet bei Deichhausen in Gefahr Löffler, Säbelschnäbler, Goldregenpfeifer Einflugsschneise Pot. Beeinträchtigungsber. (3 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel hoch 117,0 ha hoch 100,6 ha PR3_DIT_066 Pot. Beeinträchtigungsber. (3 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel hoch 152,0 ha hoch 26,6 PR3_DIT_067 Zielbereich Siedlungsstruktur u. -entwicklung sowie Daseinsvorsorge / Schutzgutbereich Mensch u. Gesundheit Nr. Kriterium Konfliktrisiko betroff. Fläche Konfliktrisiko betroff. Fläche 1.1 Abstandsbereich 800m bis 1.000m um Siedlungsbereiche hoch 17,6 ha gering 0,0 Einflugsschneise Nähe NSG ergibt unterschätzte Beeinträchtigung des Biotopverbundsystems PR3_DIT_068 Abstandsbereich 800m bis 1.000m um Siedlungsbereiche hoch 3,4 ha gering 0,0 ha 1.2 Stadt-, Umlandber. ländl. Räume/ verdicht. Ber. der Ordnungsr. um HH, HL u. KI gering 0,0 ha gering 0,0 ha 1.3 Abstandsbereich 800m um planverfestigte Siedlungsflächen im Außenbereich gering 0,0 ha gering 0,0 ha 1.4 Umfassung von Siedlungsflächen hoch mittel PR3_DIT_069 Nähe NSG mit Einflugschneisen auch für Großvögel Umfassung von Siedlungsflächen mittel Moor nicht beachtet PR3_DIT_071 Abstandsbereich 800m bis 1.000m um Siedlungsbereiche hoch 20,6 ha Nähe NSG 5 km um bedeutsame Stadtsilhouetten oder Ortsbilder hoch 60,5 Meldorfer Dom Falsche Einschätzung Tiere und Pflanzen 3.1.1 Querungshilfen und damit verbundene Korridore gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.1.2 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundes gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.1.3 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems mittel 1,7 ha mittel 1,7 ha 3.1.4 Räumliche Konzentration von Klein- und Kleinstbiotopen gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.2 Vereinbarkeit mit dem europäischen Gebiets- und Artenschutz 3.2.1 Umgebungsbereich von 300 m bis 1.200 m zu Vogelschutzgebieten gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.2.2 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.2.3 Pot. Beeinträchtigungsber. (3 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.2.4 Pot. Beeinträchtigungsber. (1,5/ 1 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.2.5 Wiesenvogel-Brutgebiete	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.2.6 Nahrungsgebiete für Gänse (ohne Graugänse und Neozoen) und Singschwäne gering 0,0 ha gering 0,0 ha Zielbereich Ressourcenschutz, Ressourcenentwicklung / Schutzgutbereich PR3_DIT_081 Vereinbarkeit mit dem europäischen Gebiets- und Artenschutz 3.2.1 Umgebungsbereich von 300 m bis 1.200 m zu Vogelschutzgebieten hoch 29,5 ha - - ha 3.2.2 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs gering 0,0 ha - - ha 3.2.3 Pot. Beeinträchtigungsber. (3 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel hoch 30,1 ha 5 km um bedeutsame Stadtsilhouetten oder Ortsbilder hoch 30,1 ha PR3_DIT_082 Abstandsbereich 800m bis 1.000m um Siedlungsbereiche hoch 8,2 ha 500 m um bedeutsame archäologische Kulturdenkmale hoch 5,8 ha Nein! PR3_DIT_083 PR3_DIT_084 Pot. Beeinträchtigungsber. (3 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel hoch 73,9 PR3_DIT_089 Abstandsbereich 800m bis 1.000m um Siedlungsbereiche hoch 40,2 PR3_DIT_091 Umgebungsbereich von 300 m bis 1.200 m zu Vogelschutzgebieten hoch 7,4 ha hoch 6,8 PR3_DIT_094 Kartenausschnitt Bewertung der Umfassung von Siedlungsflächen mittel hoch PR3_DIT_094 Mittel- und Binnendeiche mittel 36,1 ha PR3_DIT_095 Wald, Seeadlerbereich PR3_DIT_097 und PR3_DIT_099 und PR3_DIT_101 Küstennähe PR3_DIT_100 Marnerdeich Neufelder KOOG Lachseeschwalben Falsche Einschätzung Vereinbarkeit mit dem europäischen Gebiets- und Artenschutz 3.2.1 Umgebungsbereich von 300 m bis 1.200 m zu Vogelschutzgebieten gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.2.2 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.2.3 Pot. Beeinträchtigungsber. (3 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.2.4 Pot. Beeinträchtigungsber. (1,5/ 1 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.2.5 Wiesenvogel-Brutgebiete gering 0,0 ha gering 0,0 ha 3.2.6 Nahrungsgebiete für Gänse (ohne Graugänse und Neozoen) und Singschwäne PR3_DIT_102 und PR3_DIT_104 und PR3_DIT_105 und PR3_DIT_107 Eddelak Korridor Abstandsbereich 800m bis 1.000m um Siedlungsbereiche hoch 8,3 PR3_DIT_109 und PR3_DIT_110 Neufelder Koog Lachseeschwalben! Falscheinschätzung Umgebungsbereich von 300 m bis 1.200 m zu Vogelschutzgebieten hoch 1,2 ha gering 0,0 ha 3.2.2 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mittel 53,1 ha Abstandsbereich 800m um planverfestigte Siedlungsflächen im Außenbereich hoch 51,7 ha hoch 44,2 ha 1.4 Umfassung vonSiedlungsflächen hoch hoch Zielbereich PR3_DIT_112 Viel zu Küstennah Wattenmeer 3.2.1 Umgebungsbereich von 300 m bis 1.200 m zu Vogelschutzgebieten hoch 61,3 ha - - ha 3.2.2 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs hoch 54,0 PR3_DIT_134 Flussläufe Abstandsbereich 800m bis 1.000m um Siedlungsbereiche hoch 61,7 ha - - ha 1.2 Stadt-, Umlandber. ländl. Räume/ verdicht. Ber. der Ordnungsr. um HH, HL u. KI gering 0,0 ha - - ha 1.3	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstandsbereich 800m um planverfestigte Siedlungsflächen im Außenbereich gering 0,0 ha - - ha 1.4 Umfassung von Siedlungsflächen hoch Vereinbarkeit mit dem europäischen Gebiets- und Artenschutz 3.2.1 Umgebungsbereich von 300 m bis 1.200 m zu Vogelschutzgebieten hoch 106,9 ha - - ha 3.2.2 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs hoch 185,8 ha - - ha 3.2.3 Pot. Beeinträchtigungsber. (3 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel gering 0,0 ha - - ha Unvereinbatkeit! 3.2.4 Pot. Beeinträchtigungsber. (1,5/ 1 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel hoch 29,6 ha - - ha 3.2.5 Wiesenvogel-Brutgebiete hoch 58,6 ha - - ha 3.2.6 Nahrungsgebiete für Gänse (ohne Graugänse und Neozoen) und Singschwäne gering 0,0 PR3_DIT_301 Nein Vereinbarkeit mit dem europäischen Gebiets- und Artenschutz 3.2.1 Umgebungsbereich von 300 m bis 1.200 m zu Vogelschutzgebieten hoch 136,8 ha - - ha 3.2.2 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs hoch 139,8 ha - - ha 3.2.3 Pot. Beeinträchtigungsber. (3 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel gering 0,0 ha - - ha 3.2.4 Pot. Beeinträchtigungsber. (1,5/ 1 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel gering 0,0 ha - - ha 3.2.5 Wiesenvogel-Brutgebiete hoch 139,8 ha - - ha 3.2.6 Nahrungsgebiete für Gänse (ohne Graugänse und Neozoen) und Singschwäne mittel 38,7 PR3_DIT_304 Abstandsbereich 800m bis 1.000m um Siedlungsbereiche hoch 84,2 ha - - ha 1.2 Stadt-, Umlandber. ländl. Räume/ verdicht. Ber. der Ordnungsr. um HH, HL u. KI gering 0,0 ha - - ha 1.3 Abstandsbereich 800m um planverfestigte Siedlungsflächen im Außenbereich gering 0,0 ha - - ha 1.4 Umfassung von Siedlungsflächen hoch - Zielbereich Umgebungsbereich von 300 m bis 1.200 m zu Vogelschutzgebieten hoch 144,2 ha - - ha 3.2.2 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs gering 0,0 ha - - ha 3.2.3 Pot. Beeinträchtigungsber. (3 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel gering 0,0 ha - - ha 3.2.4 Pot. Beeinträchtigungsber. (1,5/ 1 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel gering 0,0 ha - - ha 3.2.5 Wiesenvogel-Brutgebiete hoch 252,7 ha PR3_DIT_309 Abstandsbereich 800m bis 1.000m um Siedlungsbereiche hoch 99,1 ha 3.1.2 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundes hoch 62,2 ha 3.2.5 Wiesenvogel-Brutgebiete hoch 973,6 ha!! PR3_DIT_310 Darf zu keinem Zeitpunkt in Erwägung gezogen werden Abstandsbereich 800m bis 1.000m um Siedlungsbereiche hoch 83,7 ha 3.1.2 Schwerpunktbereiche des Biotopverbundes hoch 3,3 ha - - ha 3.1.3 Wichtige Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems mittel 72,0 ha - - ha 3.1.4 Räumliche Konzentration von Klein- und Kleinstbiotopen mittel 59,9 ha - - ha 3.2 Vereinbarkeit mit dem europäischen Gebiets- und Artenschutz 3.2.1 Umgebungsbereich von 300 m bis 1.200 m zu Vogelschutzgebieten gering 0,0 ha - - ha 3.2.2 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs gering 0,0 ha - - ha 3.2.3 Pot. Beeinträchtigungsber. (3 km Radius) mit bes.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bedeutung f. Großvögel hoch 90,8 ha - - ha 3.2.4 Pot. Beeinträchtigungsber. (1,5/ 1 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel mittel 20,5 ha - - ha 3.2.5 Wiesenvogel-Brutgebiete hoch 306,6 ha - - ha 3.2.6 Nahrungsgebiete für Gänse (ohne Graugänse und Neozoen) und Singschwäne gering 0,0 ha PR3_DIT_312 Mitten in einem Vernässungsgebiet! Abstandsbereich 800m bis 1.000m um Siedlungsbereiche hoch 156,5 ha Schwerpunktbereiche des Biotopverbundes hoch 99,7 ha 3.2.5 Wiesenvogel-Brutgebiete hoch 403,1 ha!! PR3_DIT_317 Umgebungsbereich von 300 m bis 1.200 m zu Vogelschutzgebieten hoch 18,0 h PR3_DIT_401 Vereinbarkeit mit dem europäischen Gebiets- und Artenschutz nicht gegeben!! 3.2.1 Umgebungsbereich von 300 m bis 1.200 m zu Vogelschutzgebieten hoch 84,0 ha - - ha 3.2.2 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs hoch 86,4 ha - - ha 3.2.3 Pot. Beeinträchtigungsber. (3 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel gering 0,0 ha - - ha 3.2.4 Pot. Beeinträchtigungsber. (1,5/ 1 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel gering 0,0 ha - - ha 3.2.5 Wiesenvogel-Brutgebiete hoch 86,4 ha - - ha 3.2.6 Nahrungsgebiete für Gänse (ohne Graugänse und Neozoen) und Singschwäne hoch 86,0 ha - - ha Zielbereich Ressourcenschutz, Ressourcenentwicklung / Schutzgutbereich Boden und Wasser Nr. Kriterium Konfliktrisiko betroff. Fläche Konfliktrisiko betroff. Fläche 4.1 Vorranggebiete für den Binnenhochwasserschutz hoch 57,6 ha PR3_DIT_409 Beginnende Zersiedelung bisher intakter Landschaft PR3_DIT_411 Wie 409 und Wasserlauf! PR3_DIT_413 Vereinbarkeit mit dem europäischen Gebiets- und Artenschutz nicht gegeben! 3.2.1 Umgebungsbereich von 300 m bis 1.200 m zu Vogelschutzgebieten hoch 87,9 ha - - ha 3.2.2 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs hoch 185,9 ha - - ha 3.2.3 Pot. Beeinträchtigungsber. (3 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel hoch 132,4 ha - - ha 3.2.4 Pot. Beeinträchtigungsber. (1,5/ 1 km Radius) mit bes. Bedeutung f. Großvögel gering 0,0 ha - - ha 3.2.5 Wiesenvogel-Brutgebiete gering 0,0 ha - - ha 3.2.6 Nahrungsgebiete für Gänse (ohne Graugänse und Neozoen) und Singschwäne hoch 179,9 ha!! PR3_DIT_415 Keine Vereinbarkeit!! Es wurde schon der Einhangsbereich verschlossen zum Flugkorridor Nordsee-Kudener See! PR3_DIT_418 Unnötige Belastung und Zersiedelung!! Flusslauf! PR3_DIT_501 3.2 Vereinbarkeit mit dem europäischen Gebiets- und Artenschutz nicht da! 3.2.1 Umgebungsbereich von 300 m bis 1.200 m zu Vogelschutzgebieten hoch 1,5 ha - - ha 3.2.2 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs hoch 25,0 ha [redacted] Einwand zum Potentialgebiet westlich Bredstedt Aus https://umweltportal.schleswig-	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	holstein.de/kartendienste?lang=de&topic=thallgemein&bgLayer=sgx_geodatenzentrum_de_de_base mapde_web_raster_grau_DE_EPSG_25832_ADV&E=516074.98&N=5974239.16&zoom=5&layers=46 b06e7c77cd8d0aaeb205a75f52c33f Einwand groß gegen eine Potentialfläche westlich Bredstedt Nicht mit europäischem Artenschutz vereinbar. Tangiert Biotopverbundsystem in hohem Maße, unterbricht Küstengebiet zur Rast und Wiesyenbrütergebiete	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1286	Sehr geehrte Damen und Herren, wie bereits seit Ende 2023 bekannt, hat die Landesregierung Schleswig-Holstein die bisherigen Höhenbegrenzungen für den Bau neuer Windkraftanlagen gekippt und Denkmal und Artenschutz geringer gewertet. Diese Vorgehensweise kritisiere ich scharf. Dies sieht auch der Naturschutzreferent der NABU, Thomas Behrendt so und betont "das halten wir für unakzeptabel!" (NDR, "Windkraft in SH - Kabinett beschließt neue Abstandsregeln", 19.12.23). Vor diesem Hintergrund ist der Ausbau von Windenergie um jeden Preis, für mich kein Umweltschutz und keine Wertschätzung von Menschen im Bereich von zukünftig betroffenen Gebieten. Auch dann nicht wenn Umweltminister Tobias Goldschmidt von einem "Windfrieden" spricht und es "...in SH nahezu keine Klagen gegen die Genehmigung von Windkraftanlagen..." gebe. (NDR 2023). Hier zeigt sich, dass unser Umweltminister nur die Oberfläche kennt und den Widerstand gegen Windkraft im Form von Bürgerbegehren anscheinend nicht verstanden hat. Zudem ist nicht jeder Kritiker dieser Regelung ein Windkraftgegner. Aus meiner Sicht ist der Ausbau der Windenergie "onshore" vielerorts am Bürger vorbei. Zum einen zeigt sich die Kommunikation zwischen Politik und Betreiber/Eigentümer gegenüber den Bürgern als intransparent, unehrlich, unlogisch und übergriffig. Ich möchte Ihnen eine Beispiel zum Verständnis schildern. 2015 sind in unserer Gemeinde 3 Windkraftanlagen auf Vorrangflächen auf dem Gebiet des Gut Quarnbeks errichtet worden. Hierfür gab es im Rahmen einer Bauleitplanung in der Ausgleichsflächen benannt und die Pflege und der Nutzen dieser Flächen festgelegt wurde. Nach Prüfung der Ausgleichsflächen 2023 durch einen Gutachter, beauftragt von der ZAQ (Partei in der Gemeinde Quarnbek) wurden die Ausgleichsflächen nicht entsprechend der vertraglichen Vereinbarungen gepflegt und auch nicht dem geplanten	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5, 6.1, 7.1.3, 4.2, 7.2.1, 7.2.15, 7.1.6, 7.2.6, 7.2.2, 7.2.10 und 7.1.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nutzen zugeführt. Die öffentliche Wahrnehmung in der Gemeinde von Denker und Wulf ist schlecht. Zunächst geprägt durch das "stiefmütterliche" Vorgehen durch Denker und Wulf im Umgang mit Ausgleichsflächen. Außerdem gab es von einem der Eigentümer der Windräder (Gut Quarnbek) 2015 die Aussage gegenüber der Gemeinde, dass es bei diesen 3 Rädern bleibe. Das waren die ersten Erfahrungen, die sich im Rahmen der Errichtung der ersten 3 Windräder ergaben. Nun 2024 sind 3 weitere Windräder genehmigt. Der Prozess der Veröffentlichung des Bauvorhabens, der Genehmigungsprozess und das Verhalten von Gemeindevertretern war eine Posse. Der Abschluss endete mit einem sehr knappen Bürgerbegehren, dass nur zugunsten der Befürworter für den Bau der Windräder endete, weil es vielen Menschen egal war und diese nicht am Bürgerbegehren teilnahmen. Die Gegner des Bauvorhabens wurden als Windkraftgegner diffamiert ohne zu verstehen, was der Hintergrund des Widerstands war. Es fehlte an einer solidarischen Beteiligung des Bürgers und an einer vertraglich ausgearbeiteten Bauleitplanung in der Natur- und Umweltschutzaspekte berücksichtigt werden sollten. Es kam anders. Die Möglichkeit einer solidarischen Beteiligung der Bürger blieb aus und Natur- und Denkmalschutz wurde gering geschätzt. Im Genehmigungsverfahren gab es Widerspruchsmöglichkeiten, die genutzt wurden und zu folgendem Ergebnis führten: Aufgrund der Nähe zu unserer Siedlung wurden Abschaltungen vereinbart, die über ein Monitoring geprüft werden und zum Tragen kommen, wenn gesetzlich geregelte Richtlinien nicht eingehalten werden können. (Z.B Schlagschatten und Schallimmisionen). Zudem stehen die Anlagen über Nacht still. Diese Regelung entstand, da die genehmigten Anlagen über nicht ausreichende Daten verfügten. Da fragt man sich als Bürger, weshalb so etwas genehmigt wird? Spricht man mit Mitarbeitern des Guts Quarnbek, sind finanzielle Interesse vorherrschend. Der aktuelle Abstand der genehmigten Anlagen zu unsere Siedlung liegt aktuell im Mittel bei 1000m. Diesen Prozess und die Entscheidung für die geplanten neuen Windräder haben wir akzeptiert auch wenn die 2015 errichteten Anlagen bei uns in der Siedlung bei Süd/West-Wind zu unangenehmen Schlaggeräuschen führen. Dennoch stehen wir positiv gegenüber der Windenergie. Bis jetzt! Nun gibt es aktuell über die Gemeindevertretung die Information, dass weitere Potentialflächen zum Ausbau von Windenergie in jetzt verringerten Abstand zu unserer Siedlung (ca. 400m) ohne Höhenbegrenzung geplant werden sollen. Vor der hier	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	geschilderten Historie ist das ein Schlag ins Gesicht für uns Anwohner und Bürger. Es erscheint uns grenzenlos. Auch hier gibt es aktuell keine Aussicht auf eine solidarische Lösung. Der Bürger wird nicht "mitgenommen" Es wird über unsere Köpfe entschieden. Das schmerzt und macht ärgerlich. die Betreiber bekommen trotzdem ihr Geld - wer zahlt ist dann der Stromkunde. (MDR, Strompreise höher, weil Windräder sich nicht drehen dürfen", 11.07.2024) Da stellt sich doch die Frage, wie sinnvoll ist der Ausbau von Windenergie vor dem Hintergrund, das Natur- Arten und Umweltschutz verringert, die Abstände zum Menschen in ihren Wohnungen und Häuser reduziert werden und damit die Akzeptanz an Windenergie in der Bevölkerung sinkt. Insbesondere in den betroffenen Gemeinden. Zudem wird häufig ersichtlich, dass die errichteten Räder still stehen. Unter Nachhaltigkeit verstehe ich etwas anderes. Zudem lese ich, dass die produzierte Energie aktuell noch gar nicht abgeführt werden kann, was die Abschaltung der Windräder erklärt. Aus meiner Sicht muss daher der Ausbau des Energienetzes deutlich an Tempo gewinnen. Wozu dann aber jetzt der weitere Bau von Windrädern trotz Ableitungsproblemen. Sehr unverständlich! Es erscheint zudem die Akzeptanz von Solarparks in der Nähe von Wohngebieten deutlich höher zu sein. Warum wird dies nicht forciert? Partizipation des Bürgers an Windenergie ist aus meiner Sicht der einzige Weg die Akzeptanz zu erhöhen und Widerstand gegen Klima- und Umweltschutz zu verringern. Da jedoch meist nur kapitalistische Interesse im Vordergrund stehen und der Bürger keine Beteiligung an Gewinnen erhält, steckt der Ausbau der erneuerbaren Energie in einem sozialen Dilemma. Da hilft auch keine "Brechstangen-Politik" und übergriffiges politisches Agieren. Nehmen Sie uns mit, machen Sie Politik für und nicht gegen uns Bürger. Am Ende wird dann die Stimmung der Bürger im Wahllokal mit der Stimme zur Wahl entschieden. In unserer Gemeine in der sehr lange eine Grüne Mehrheit, teilweise die absolute Mehrheit inne hatte und mit der ich lange zufrieden war, hat sich die Mehrheit in der Kommunalwahl deutlich verringert. Warum? Intransparenz, Übergriffigkeit, abgehobenes Verhalten und eine Energiepolitik von den Grünen/CDU an uns Bürgern vorbei.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted] Gemeinde Quarnbek	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2906	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich bin daran interessiert, dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwischen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet wird. Außerdem möchte ich, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.2, 4.5.1 und 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Weiterhin enthält die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 3.18.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Schließlich wird auf die Ziffern 7.2.8, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.4 und 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2707	Stellungnahme zur Teilaufstellung des Regionalplanes für den Planungsraum I Sachthema Windenergie an Land	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hier: Hinweis auf die Gebietserweiterung in Esperstoft Sehr geehrter Herr Stapelfedt, anliegend erhalten Sie einige Informationen zur Flächenfindung im Rahmen des Regionatplan - Teilfortschreibung zu einer Potentialfläche, die als Windeignungsfläche sehr gut geeignet ist. Diese, in der unter Anlage 1 verzeichneten Flächen sind insgesamt ca. 25 ha groß und können von den Landeigentümern weiter entwickelt werden. Diese haben sich alle als mögliche Windkraftbetreiber zusammengeschtossen und Nutzungsverträge unterzeichnet. Diese für die Windkraft zu nutzenden Flächen sind deshalb interessant, da keine naturschutzfachlichen Gesichtspunkte im Wege stehen und auf diesen Ackerflächen eine intensive landwirtschaftliche Nutzung stattfindet. Das dieses Flächenpotential noch erweiterbar ist, zeigt die Anlage 2, wo anliegend noch weitere sehr gut geeignete Windkraftflächen ausgewiesen werden können. Aus den vorgenannten Gründen ist ersichtlich, dass die in den Anlage 1 und 2 aufgeführten Flächen hervorragend geeignet sind, um aus einer Potentialfläche eine Windvorranggebiet zu erstellen. Mit freundlichem Gruß [redacted]	Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2776	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich befürchte eine erhebliche Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Lärmbelästigung, Eiswurf, Infraschall und Blinklichter & Nachts rot Verdunkelung der Fenster nötig, kein schlafen bei geöffnetem Fenster mehr möglich.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.8, 2.1, 5.4, 7.1.1, 2.11, 4.1, 7.2.12, 7.2.5, 4.5, 7.2.9, 4.2, 4.20, 7.2.12, 7.2.1, 3.15 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Ich befürchte körperliche Beschwerden und ich möchte dass eine Abstandsregelung von mind. 5 H zu Wohnbebauung gilt. • Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für Einzelhäuser und Splittersiedlungen gilt (mind. 800m) • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. • Ich bin daran interessiert dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwichen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet ist. • Ich möchte eine Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen (Riegelbildung). • Ich möchte überlebenswichtige Vogelflugkorridore frei gehalten bleiben. • Ich möchte dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. • Da keine Netzstruktur vorhanden entsteht weitere Zerstörung von Natur und somit Lebensraum von Tier u. Mensch • Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. • Kontaminierung durch Abrieb der Rotorenblätter ca. 180kg jährlich, der Acker und Umgebung (PFAS-Ewigkeitschemikalien) zwangsläufig Lebensmittel, Trinkwasserverschmutzung und der Atemluft. • Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergienutzung ausgeschlossen werden. • Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler und Rotmilane der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	umliegenden Horste gefährdet werden. • Der Rückbau einer Windkraftanlage ist nicht gesetzlich geregelt wie kann es sein. Es entsteht ein Entsorgungsproblem, Sondermüll, Recycling viel zu Energieaufwendig und somit teuer, was dann auf den Verbraucher umgelegt wird. Die Investoren nicht mehr Ansprechpartner, verdienen nur daran. • Rohstoffe zum Bau von WKA müssen aus anderen Ländern bezogen werden, es entsteht wieder eine Abhängigkeit. Transport z.B. China, umweltbelastung CO2? • Das Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H.), dies steht im Widerspruch zu den geplanten WKA!!! • Ich habe Angst! um den Wertverlust meiner Immobilie, möchte dass eine Abstandsregelung von mindestens 5 H zur Wohnbebauung gilt. • Es hat den Anschein, dass eine Quote erfüllt werden muss, ohne Rücksicht auf nachhaltige Schädigung von Mensch, Tier und Umwelt • Augenwischerei: Umwelt wird verseucht/Ewigkeitschemikalien Viel Geld auf perfide Weise verdient auf Kosten von Mensch und Ökosystem Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2048	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen:	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.2.9 und 7.2.14 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet außerdem Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 4.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. Ich möchte das die vorhandenen Naturschutzgebiete - Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Ich möchte außerdem gern wissen, wie es mit den Bioprodukten weitergeht durch den Abrieb der Rotorblätter wird es zu unkontrolliertem Mikroplastik kommen, was in unseren Lebensmitteln wieder zu finden ist. Nicht nur für den Menschen schädlich auch die Tierwelt leidet jetzt schon unter dem Einfluss des Mikroplastiks. Ich habe Sorge, dass die Trinkwasserqualität und die Atemluft maßgeblich verschlechtert wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2775	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. 2. Ich lehne das beschleunigte Verfahren zur Raumverträglichkeitsprüfung ab. 3. Ich fordere, das WKA erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann (Vermeidung von Phantomstrom). 4. Ich fordere, dass geschützte Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Uhu, Wespenbussard, Schwäne, hier weiterhin brüten u. leben können. Überlebenswichtige	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5, 7.2.5, 4.20, 7.1.3, 7.2.7 und 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vogelflugkorridore zw. Schlafplätzen und Nahrungsflächen sind freizuhalten! 5. Ich fordere eine Beteiligung der direkten Anwohner im Umkreis von 2500m am Genehmigungsverfahren. 6. Ich fordere, dass ein Havariefall wie (Brand, Rotorbruch ua) durch ausreichende Abstände von mindestens 1500m zu Wohnbebauung eingehalten wird. 7. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1211	**Stellungnahme zum Gebiet Geschendorf / CS 30.80.2024** **Sehr geehrte/r Verfahrensführer /-in,** hiermit möchte ich zum Windeignungsgebiet Geschendorf Stellung nehmen. Insbesondere möchte ich Sie bitten die folgende Potentialflächen zu überprüfen und als Vorrangfläche im kommenden auszuweisen. Dabei handelt sind sich in der Gemarkung Geschendorf um die Flächen: Flur: 01; Flurstücke [redacted] **Wir befürworten die Entwicklung von Windkraft auf unseren Flächen aus unterschiedlichen Gründen:** 1) **Verbesserung der Einkommenslage der Gemeinden:** bisher stark von den landwirtschaftlichen und handwerklichen Unternehmen abhängig ist eine weitere Einkommensquelle durch Windkraft ist von erheblichem Vorteil und vor allem nicht korreliert zu anderen wirtschaftlichen Entwicklungen. Dies bezieht sich nicht nur auf die Gewerbesteuer, sondern natürlich auch auf die Einkommensteuer, die durch beteiligte	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	lokale Bürger am Bürgerwindpark erzielt werden können. 2) **Beitrag zu ökologischen, dezentralen Energiegewinnung und Einschränkung des Klimawandels:** die Gemeinden können einen weiteren wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen, dezentralen Energiegewinnung des Landes beitragen und damit Arbeitskräfte vor Ort in Schleswig-Holstein binden und Mehrwert für das Land schaffen 3) **Möglichkeit der naturnahen naturräumlichen Gestaltung:** durch die Windenergieerzeugung wird es möglich die intensiv genutzte Landschaft (Autobahnbau, Landwirtschaft) durch die entstehenden Ausgleichflächen an den wichtigen Punkten zur Vernetzung von Naturzonen zu unterstützen und eine naturnähre Umgebung zu schaffen. **Argumente für die Entwicklung der Windkraft im Gebiet Geschendorf auf die Sie in Ihren Abwägungsbegründungen Bezug nehmen:** **1. Abstands- und Höhenregelungen** Gemäß verlautbarter Zielsetzung der Landesplanung sollen Windkraftanlagen mindestens die fünffache Gesamthöhe (5H) als Abstand zu Siedlungsbereichen mit Wohn- oder Erholungsfunktion einhalten, die bauplanungsrechtlich nach §§ 30 oder 34 BauGB als Innenbereich einzustufen sind. Für die bereits bestehenden Flächen sollte von den Gemeinden der von der Landesregierung verfolgte Grundsatz verfolgt werden, dass keine Höhenbeschränkungen festgelegt werden. Zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele der Bundesrepublik, insbesondere durch den weiteren Ausbau der Windenergienutzung sowie unter dem Aspekt des Repowering, ist es geboten, auf eine Höhenbegrenzung von Anlagen zur Windenergienutzung in den Regionalplänen grundsätzlich zu verzichten. **2. Umzingelungs- und Riegelwirkung** In vorigen Verfahren wurden Denkmalschutz von Hühnengräbern und die Sichtachse zur Pronsdorfer Kirche in der Abwägung angeführt. Wir gehen davon aus, dass die vorgetragenen Flächen davon nicht betroffen sind oder keinen Einfluss auf die Baudenkmähler haben würden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	3. Großvögel Ein örtlicher Seeadlerhorst in der Nähe im Waldgebiet „Hohen Kahlen“ befindet sich in mehr 2.000 Metern Abstand. Ebenfalls bieten neue, vom LFU zugelassene Detectionssysteme aktive Möglichkeiten zum Abschalten der Windkraftanlagen und zum Seeadlerschutz. Ein Hinderungsgrund ist damit nicht mehr gegeben. **4. Privilegiertes Bauen im Außenbereich** Nach §35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB sollen raumbedeutende Windkraftanlagen im Außenbereich privilegiert errichtet werden können. Sie sind grundsätzlich zulässig wenn ihnen nicht relevante öffentliche Belange entgegenstehen und eine ausreichende Erschließung gesichert ist. Den Planungen der örtlichen Gemeinden sind keine Belange zu entnehmen die gegen eine Entwicklung von Windkraftanlagen vor Ort sprechen. Ebenfalls sind die infrastrukturellen Gegebenheiten vor Ort soweit weiterentwickelt worden, dass noch erhebliche Kapazitätszuwächse genutzt werden können. Wesentlicher Vorteil der Flächen ist außerdem, dass direkt am Flurstück 41 in Geschendorf ein bestehendes Umspannwerk zur 110 KV Netzleitung der SH Netz vorhanden ist. **Darüber hinaus gehende Argumentation für die Erschließung der Potentialflächen im Windeignungsgebiet Geschendorf:** - Es kann ein attraktiver Landes-Binnenstandort genutzt werden, der somit auch zu einer landesweiten Gleichverteilung der Winderträge beiträgt und eine strukturschwache Region stützt. Der Windenergie an Land kommt sowohl unter energie- und klimapolitischen als auch unter wirtschaftlichen und räumlichen Gesichtspunkten eine besondere Bedeutung zu. Das mit der Windenergie verbundene Potenzial soll unter Abwägung mit anderen öffentlichen Belangen auch dazu genutzt werden, das Land technologisch und wirtschaftlich voranzubringen. Dabei sollen die Flächen für diese umweltverträgliche Energiegewinnungsform unter Berücksichtigung der Schutzansprüche der Bevölkerung natur- und landschaftsverträglich in Anspruch genommen werden. - Es kommt nur zur minimalen Bodenversiegelungen aber wesentlichen Chancen durch die begleitenden Ausgleichsmaßnahmen mit positiven Werten für die Natur und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erholungsqualität der Anwohner. - Die infrastrukturellen Nachteile des Landlebens müssen zum Teil durch die Gemeinden selber bewältigt werden können und eine lokale Windenergieerzeugung kann hier wesentliche Unterstützungen bei geringen Einschränkungen des Landschaftsbildes bieten. Ebenfalls können durch die richtige Nutzung von Fläche und Höhe erhebliche Wirkungsgrade erzielt werden, die diese Energieform auch zu Marktpreisen erzeugbar machen und somit zum ökologischen und ökonomischen Wandel des Landes SH beitragen können.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2771	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte körperliche Beschwerden. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Ich bin daran interessiert, dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwichen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet ist.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.12, 7.2.9, 4.2, 4.8, 7.2.11, 4.5 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. Ich habe Angst, dass meine Immobilie an Wert verliert und ich möchte, dass keine Windkraftanlage in der Nähe oder Umfeld erstellt wird. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich möchte daß die Natur und der freie Blick in die Natur erhalten bleiben und nicht durch Windkraftanlagen zerstört wird. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, große Brachvögel, Störche, in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden und Windkraftanlagen in diesen Bereichen gar nicht errichtet werden dürfen. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Gruppe ID: G1209 Anzahl: 2 (IDs: 1209, 1210)	Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis zu 250 m haben einen immensen Einfluss auf das Landschaftsbild. Die Gemeinde Brodersdorf ist, wie das gesamte Amt Probstei, touristisch geprägt. Der Tourismus ist ein sehr bedeutender Wirtschaftsfaktor, das gilt insbesondere für alle Gemeinden, die nördlich der B 502 und damit in unmittelbarer Nähe zur Ostsee liegen. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen in diesem Bereich wird zu einem Zielkonflikt zwischen Tourismus und Windenergie führen. Die Touristen nutzen die vielen Spurplattenwege sowie unbefestigten Wege in der freien	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 1.5, 2.2 bis 2.5, 3.15, 3.17, 4.8, 6.1, 7.2.6, 7.2.11, 7.2.12, 7.2.14, 7.2.15 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaft als Rad- und Wanderwege. Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m bis 250 m haben eine so große Fernwirkung, dass sie noch aus vielen Kilometern um sie herum deutlich erkennbar und damit negativ wahrnehmbar sind. Die freie Landschaft geht bei einem solchen Anblick der Windenergieanlagen völlig unter. Der Landesentwicklungsplan führt selbst aus, dass bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Erfordernisse der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung berücksichtigt werden müssen. Die Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek liegen gemäß dem Landesentwicklungsplan im Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung, es ist auch das landesplanerische Ziel, den Tourismus in diesen Gebieten zu fördern. Der Konflikt zwischen Windenergieanlagen und intensiver touristischer Nutzung kann so nah an der Ostsee nicht gelöst werden. Hier muss der Tourismus die Priorität haben mit der Konsequenz, dass Windenergieanlagen unzulässig sind. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie wird der Abstand von der Windenergieanlage bis zur Siedlungsfläche auf 800 m festgeschrieben, die tatsächliche Höhe der Windenergieanlagen spielt dabei keine Rolle mehr. Die heutigen Windenergieanlagen haben Höhen zwischen 200 m und 250 m, wobei in der Nachbargemeinde Brodersdorf drei Anlagen mit einer Höhe von jeweils 250 m geplant werden. Die Beeinträchtigungen, die von diesen Anlagen ausgehen, betreffen nicht nur die Wohngebäude, dessen Mindestabstand eingehalten wird, sondern auch die Wohngebäude, die in einem Abstand weit über 800 m liegen. Bei den Beeinträchtigungen geht es nicht nur um Lärm, der von den Anlagen ausgeht, sondern auch um Schattenwurf, den die Rotorblätter verursachen und insbesondere auch um das Landschaftsbild in einer sehr attraktiven Naturlandschaft eines Landschaftsschutzgebietes, das auch touristisch sehr stark genutzt wird. Windenergieanlagen in einer Höhe von 250 m führen in diesem Gebiet nicht nur zu den zuvor genannten Beeinträchtigungen, sie werden auch einen ganz erheblichen Wertverlust der Wohnbaugrundstücke nach sich ziehen. Diese Wertverluste treten nicht nur in den Randbereichen der Gemeinde mit den geringsten Abständen zu den Windenergieanlagen ein, sie werden sich über das gesamte Gemeindegebiet erstrecken, weil die Windenergieanlagen mit 250 m Höhe eine sehr große Dominanz haben und somit von jedem Wohnbaugrundstück in Lutterbek erdrückend wahrgenommen werden. Allein aus Gründen der Lärmbelastung sowie der Belastung durch den Schattenwurf sollten Windenergieanlagen grundsätzlich einen Mindestabstand zu Wohnbauflächen von 1.000 m haben. Darüber hinaus sollte der Abstand um weitere 1.000 m erweitert werden, um die Wertverluste der Wohnbaugrundstücke in erträglichen Grenzen zu halten. Weiter soll gemäß der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zum Thema Windenergie an Land der Denkmalschutz bei der Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt werden. In der Gemeinde Laboe befindet sich das Marine-Ehrenmal mit seinem Turm von 72 m Höhe. Das Marine-Ehrenmal ist eine Gedenkstätte für die auf den Meeren gebliebenen Seeleute aller Nationen und ein Mahnmal für eine friedliche Seefahrt auf freien Meeren. Das Marine-Ehrenmal ist weltweit bekannt, es prägt den Ort und die gesamte Umgebung und zieht Touristen aus der ganzen Welt an, es gilt als Wahrzeichen der Kieler Förde und steht unter Denkmalschutz. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen mit 200 m bis 250 m Höhe lässt das Marine-Ehrenmal insbesondere mit Sicht von der B 502 völlig verblassen. Die Windenergieanlagen wären weit mehr als doppelt so hoch wie das Marine-Ehrenmal, es würde nicht mehr wahrgenommen werden. Selbst von der Wasserseite aus würden die Windkraftanlagen gegenüber dem Marine-Ehrenmal dominieren, weil sie mehr als drei Mal so hoch sind, wie das Marine-Ehrenmal. Aus denkmalpflegerischer Sicht sollte das Marine-Ehrenmal einen Umgebungsschutz von mindestens 10 Km haben. Das Gebiet nördlich der B 502 sollte auch aus diesem Grunde frei von Windenergieanlagen bleiben. Nordwestlich der Gemeinde Lutterbek im Bereich der Hagener Au befindet sich ein Seeadlerhorst. In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist hierzu ausgesagt, dass innerhalb der in den Landschaftsrahmenplänen des Landes Schleswig-Holstein dargestellten Dichtezentren für Seeadlervorkommen die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen ausgeschlossen ist. Der Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II weist im nördlichen Gemeindegebiet der Gemeinde Lutterbek ein Seeadlerdichtezentrum aus, der vorhandene Seeadlerhorst befindet sich jedoch im nordöstlichen Bereich der Gemeinde Brodersdorf und damit um ein paar Meter außerhalb des im Landschaftsrahmenplan dargestellten Seeadlerdichtezentrums. Hier sollte der Landschaftsrahmenplan an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst und das Gebiet entsprechend erweitert werden, um den Schutz von Seeadlern auch gewährleisten zu können. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes können dann auch keine Windkraftanlagen in dem Bereich nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek entstehen. In der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist weiterhin aufgeführt, dass um Brutplätze von windkraftsensiblen Großvögeln keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll. Bezogen auf den Seeadler sind hier 2.000 m aufgeführt. In der Abwägung kann jedoch geprüft werden, ob eine Ausweisung von Windenergiegebieten möglich ist, wenn in dem Abstandsradius bereits raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet wurden. In der Gemeinde Laboe stehen zwei Windenergieanlagen mit einer Höhe von unter 100	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	m, eine Anlage hat eine Entfernung von ca. 1 Km zum Adlerhorst, die andere Anlage hat eine Entfernung von 1,5 Km zum Adlerhorst. Nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek wird ein Windpark mit drei Anlagen in einer Höhe von jeweils 250 m geplant. Der Seeadlerhorst befindet sich etwa 800 m von der ersten geplanten Windkraftanlage entfernt. Bei diesen Dimensionen mit drei Windkraftanlagen und einer Höhe von 250 m kann davon ausgegangen werden, dass eine unmittelbare Gefahr für den Seeadler besteht. Zum Schutz der Seeadler sollte der Radius um einen Seeadlerhorst grundsätzlich 2.000 m betragen, eine Prüfung und Abwägung sollte innerhalb dieses Radius nicht möglich sein. Gemäß der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten berücksichtigt werden. Das Landschaftsschutzgebiet „Hagener Au von Probsteierhagen bis zur Einmündung in die Ostsee und Umgebung sowie die Ostseeküste zwischen Laboe und Stein“ verläuft nördlich der B 502 zwischen den Ortslagen Brodersdorf und Lutterbek bis zur Ostsee. Inmitten des Landschaftsschutzgebietes verläuft die Hagener Au mit den sehr schützenswerten Gewässerrandstreifen. Das Gebiet wird von vielen Tier- und besonders auch Vogelarten zur Nahrungssuche wie auch als Rastplatz genutzt. Das gilt im Besonderen während des allgemeinen Vogelzuges. Die Tierwelt würde schon durch den allgemeinen Betrieb der Windenergieanlagen empfindlich gestört, wenn Wartungsarbeiten oder der Austausch von Ersatzteilen erforderlich wird und die Wege wieder mit Schwerlastverkehr befahren werden müssen, ist die Störung für die Tierwelt um ein Vielfaches höher. Es handelt sich in diesem Landschaftsschutzgebiet um einen besonders hochwertigen Naturraum, der besonders geschützt und somit auch von Windenergieanlagen freigehalten werden sollte. Windenergieanlagen müssen zumindest in Schleswig-Holstein immer häufiger abgeschaltet werden, weil der produzierte Strom nicht mehr vom Stromnetz aufgenommen werden kann. Bis Umspannwerke ausgebaut und Leitungen ertüchtigt sind, wird es noch viele Jahre dauern. Windenergieanlagen sollten eigentlich erst dann gebaut werden, wenn es auch möglich ist, den produzierten Strom dauerhaft abzunehmen und weiterzuleiten. Die Politik hat sich in diesem Fall offensichtlich anders entschieden und die Betreiber der Windenergieanlagen bekommen den produzierten Strom bezahlt, auch wenn er gar nicht in das Netz eingespeist werden kann. Das kostet den Stromzahler viele Milliarden Euro. Neue Windenergieanlagen sollten erst wieder zugelassen werden, wenn auch sichergestellt ist, dass der produzierte Strom in das Stromnetz eingeleitet werden kann. Dabei sollten Windenergieanlagen möglichst nahe an Umspannwerke oder bereits ertüchtigte Stromleitungen herangebaut werden. Die Verlegung neuer und zusätzlicher Erdkabel ist	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nicht nur sehr kostenintensiv, sondern auch von den Bodenverhältnissen her naturschutzfachlich äußerst problematisch. Auch aus diesem Grunde sollten nördlich der B 502 keine Windenergieanlagen geplant und gebaut werden. Ein weiteres Problem für Windenergieanlagen nördlich der B 502, nördlich der Gemeinden Brodersdorf und Lutterbek ist die Infrastruktur. Die Spurplattenwege sowie die unbefestigten Wege, die genutzt werden müssen, um Windenergieanlagen überhaupt bauen zu können, sind für den Schwerlastverkehr nicht ausgelegt. Sie müssten also ausgebaut werden, was zu einer weiteren ökologisch nicht gewollten Versiegelung im Außenbereich und hier sogar im Landschaftsschutzgebiet führt. Ein Rückbau dieser Wegeflächen kann erst nach Ablauf der Gesamtlaufzeit der Windenergieanlagen erfolgen, weil aus Wartungsgründen und für den Ersatzteilaustausch immer wieder Schwerlastverkehr auf diesen Wegen erfolgen muss. Auch aus diesem Grunde sollten nördlich der B 502 keine Windenergieanlagen zugelassen werden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2275	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Lärmbelästigung, Eiswurf, Infraschall und Blinklichter (Nachts rot), Verdunkelung der Fenster, kein Schlafen bei geöffnetem Fenster mehr möglich. • Ich befürchte körperliche Beschwerden und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von mind. 5H zu Wohnbebauung gilt • Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für Einzelhäuser und Splittersiedlungen gilt (mind. 800m) • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. • Ich bin daran interressiert, dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwischen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebizholm gewährleistet ist.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.8, 2.1, 5.4, 7.1.1, 2.11, 4.1, 7.2.5, 4.5, 7.2.12, 7.2.9, 4.2, 4.20, 7.2.13, 3.15, 7.2.11 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen(Riegelbildung). • Ich möchte überlebenswichtige Vogelkorridore frei gehalten bleiben. • ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. • Da keine Netzinfrastruktur vorhanden entstet weitere Zerstörung von Natur und somit Lebensraum von Tier und Mensch • Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterhin entwickelt und geschützt werden. • Kontaminierung durch Abrieb der Rotorenblätter ca. 180kg jährlich der Acker und Umgebung (PFAS Ewigkeitschemikalien) zwangsläufig Lebensmittel, Trinkwasserverunreinigung und der Atemluft. • Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. • Ich möchte, dass vorhandene Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen Biotopverbundachsen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergienutzung ausgeschlossen werden. • ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler und Rotmilane der umliegenden Horste gefährdet werden. • Der Rückbau einer Windkraftanlage ist nicht gesetzlich geregelt. wie kann es sein. Es entsteht ein Entsorgungsproblem. Sondermüll, Recycling viel zu Energieaufwendig und somit teuer was dann auf den Verbraucher umgelegt wird. Die Investoren nicht mehr Ansprechpartner verdienen nur daran. • Rohstoffe zum Bau von WKA müssen aus anderen Ländern bezogen werden, es entsteht wieder eine Abhängigkeit. Transport z.B. China, Umweltbelastung CO2? • Das Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H.) dies steht im Widerspruch zu den geplanten	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	WKA!!! • Ich habe Angst! um den Wertverlust meiner Immobilie, möchte dass eine Abstandsregelung von mindestens 5H zur Wohnbebauung gilt. • Es hat den Anschein, dass eine Quote erfüllt werden muss ohne Rücksicht auf nachhaltige Schädigung von Mensch, Tier und Umwelt. • Augenwischerei: Umwelt wird verseucht/Ewigkeitschemikalien Viel Geld auf perfide Weise verdient auf Kosten von Mensch und Ökosystem Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2783	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Eine beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung bzgl. Der geplanten Windanlagen lehne ich aufgrund meines jetzigen Kenntnisstands ab! Windräder, deren Ihrem aufgrund mangelnder Einspeissmöglichkeiten und fehlender Speichermöglichkeiten abgeschaltet in der Landschaft stehen, und mehr als fragwürdig! Eine positive „Ökobilanz“ ist bzgl. Notwendiger Absenkung des Grundwasserspiegels, der Gefahr für Großvogelarten, der Isolierung von Nahrungsflächen bzw Schutzgebieten, der Kontamination der Ländereien durch Flugabrieb an den Rotorblättern und der ökologischen Brisanz im Falle der Havarie einer solchen Anlage ausgeschlossen! In wissenschaftlicher Hinsicht ist bereits genügend erwiesen, was gegen einen Anbau [redacted] zu einem Windpark spricht! Eine soziale Verläßlichkeit ist nicht erkennbar: Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Lichter, Infraschall bringen heute schon Anwohner solcher Anlagen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.8, 7.2.1, 7.2.3, 7.2.5, 5.9, 4.20, 4.1, 7.2.9, 7.3, 7.2.11 und 7.2.15 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	an ihre Grenzen, Immobilienwerte sinken, Abstandsregelungen zu menschlichen Behausungen sollten mindestens 5 Hektar betragen! Die zu erweitenden steigenden Stromkosten durch Ausbau der Windenergie empfinde ich als reinste Willkür und hoffe auf [redacted]verfahren gegen diese in jeder Hinsicht unverträgliche, rücksichtslose Verfahrensweise oder Politik! Ich bin fassungslos… Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2491	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zurTeilfortschreibung„Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Hennstedt, 28.8.2024 Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde Hennstedt, Dithmarschen, und Bewohner der Eiderniederung unterstützen wir ausdrücklich die Entscheidung der Landesbehörde, unserer Region eine zentrale Bedeutung für den internationalen Vogelzug und die Population der Wiesenvögel in Schleswig-Holstein beizumessen und die Eiderniederung deshalb frei von Windkraftanlagen zu halten. Gleichwohl möchten wir den Kriterienkatalog, wie er sich in Ihren Karten präsentiert, in nachstehender Teilregion ergänzen rsp. berichtigen. Das Gebiet, zu dem wir Stellung nehmen möchten, ist die zurzeit ausgewiesene Potentialfläche nördlich des Hennstedter Bürgerwindparks. Eine Ausweitung dieses Windkraftgebiets in die Eiderniederung hinein verbietet sich aus einer ganzen Vielzahl von Gründen. Ganz offensichtlich stützt sich die Ausweisung dieser Potentialfläche auf das Umweltverträglichkeitsgutachten, das die Betreiber der bestehenden Windkraftanlagen im damaligen Genehmigungsverfahren finanziert und eingebracht haben. Dieses Gutachten war erwiesenermaßen interessensgestützt und ist in Teilen unrichtig. Das	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	wurde von den Betreibern der Anlagen 2016 in einem Interview mit der Zeitschrift Cicero später zugegeben. Die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort unterscheiden sich in wesentlichen Punkten von den Beschreibungen des besagten Gutachtens. Zu den wichtigsten Unterschieden gehören die Bedeutung der Flächen für den Vogelzug, ihre Lage inmitten eines potenziellen Biotopen-Verbundsystems und die Bestandsaufnahme geschützter und gefährdeter Arten in den hiesigen Mooren und Feuchtwiesen. • Die Lage: Die neue Potentialfläche liegt am Fuße des Geestrückens zwischen den Gemarkungen Fiennstedt und Hollingstedt und ragt weit in den Moor- und Feuchtwiesengürtel der südlichen Eiderniederung hinein. Der ganze Gürtel ist weitgehend frei von Bebauungen und landschaftsfremder Nutzung. Er beginnt im Osten mit dem Moorgebiet der Alten Sorge Schleife, führt über den Delver Koog zum Hollingstedter Moor, streift dabei das FFH-Gebiet des Fiollingstedter Walds, folgt dann dem Flennstedter Moor, und dem bewaldeten Klever Geestrücken zu den Feuchtwiesen der Broklandsauniederung und mündet im Schlichtinger Moor und in den ausgedehnten Schilfregionen rund um den Mötjensee. In dem ganzen Gebiet wechseln sich Geest-Rand-Moore mit weiträumigen Schilfflächen, extensiv genutzten Streuwiesen und kleinen Waldflächen ab. An vielen Stellen sind noch die Reste von Hochmooren mit ihrer teilweise gefährdeten Pflanzen- und Tierwelt und den Spuren des jahrhundertealten, händischem Torfabbau sichtbar. Eine Zerschneidung dieses Verbundsystems durch den geplanten WEA-Keil bei Hollingstedt würde eine der ganz wenigen Chancen zerstören, ein von der EU gefordertes und gefördertes Biotop-Verbundsystem im Binnenland Schleswig-Holsteins dauerhaft zu etablieren. (Rot: Moor- und Biotop-Verbund. Blau: Geplante Erweiterung der Potentialfläche.) • Der internationale Vogelzug: Das zitierte Gutachten geht davon aus, dass es hier keine nennenswerte Beeinträchtigung des Vogelzugs gibt, weil dieser dem Flusslauf der Eider folgen würde und weit genug entfernt sei von den Windkraftanlagen am Geestrand. Dies ist, was den internationalen Vogelzug betrifft, für den bestehenden Windpark mit Einschränkungen richtig. Eine Ausweitung des Windkraftgebiets nach Norden allerdings würde die Fläche für den internationalen Vogelzug so weit verengen, dass Kollisionen nicht mehr ausgeschlossen sind und die Gefahr eines Implodierens des gesamten Vogelzugs besteht.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Darüber hinaus verkennt das Gutachten, dass hier neben dem internationalen Vogelzug auch ein regionaler Vogelzug existiert. Dabei macht sich eine Vielzahl von Gänsen, Enten und Watvögel morgens auf den Weg von den Schlafplätzen am Mötjensee hin zu den Fressgebieten in den Feuchtwiesen der Eiderniederung. Abends bewegt sich dieser Zug wieder zurück zu den Schlafquartieren. Dieser regionale Vogelzug folgt weniger dem Flusslauf der Eider als vielmehr dem Geestrücken am südlichen Rand der Eiderniederung. Eine Ausweitung der Potentialfläche in Hollingstedt würde den gesamten regionalen Vogelzug hier abriegeln mit katastrophalen Folgen für die gesamte Vogelwelt der Region. Zur Avifauna des Grüngürtels in der südlichen Eiderniederung: Die neue Potentialfläche umfasst Teile des Hollingstedter Moors und grenzt direkt an das Landschaftsschutzgebiet „Hennstedter Moor". Diese Moore mit ihren Feuchtwiesen, Schilfflächen, Wassergräben und Erlen-, Birken und Weidengehölzen beherbergen die Brutplätze einer ganzen Reihe gefährdeter und sehr gefährdeter Vogelarten. Dazu gehören u.a. der Große Brachvogel, die Sumpfohreule, die Bekassine, die Wiesenweihe, die Rohrweihe, der Schwarze Milan, der Kiebitz, der Goldregenpfeifer, die Feldlerche. Sogar der Ruf des Wachtelkönigs wurde hier schon mehrfach gehört, auch wenn eine Sichtung bisher noch nicht verbürgt ist. Seit 2021 ist außerdem eine kleine Population von 3 Kranichen über die Sommermonate im Flennstedter Moor und den vorgelagerten Wiesen zuhause. 2024 wurde auch ein Roter Milan immer wieder über den Feuchtwiesen vor dem Hennstedter Moor gesehen. Auch werden immer wieder Seeadler gesichtet. Hinzu kommen die vielen unterschiedlichen Enten- und Gänsearten und die Watvögel des Mötjensees, die die Feuchtwiesen in der südlichen Eiderniederung täglich als Futterwiesen nutzen. Ganz besonders problematisch wäre vor diesem Hintergrund die geplante WEA westlich von Pferdekrug in unmittelbarer Nähe zum Hennstedter Moor. » Darüber hinaus ist der Biotopenverbund der südlichen Eiderniederung auch für den Rothirsch von zentraler Bedeutung. Immer wieder werden einzelne männliche Exemplare diese Leittierart beobachtet, die von den Moorgebieten der Alten Sorge Schleife durch die Eider schwimmend in die Moore am Geestrücken ziehen und so für die immens wichtige Genauffrischung der Rothirschpopulation sorgen. Auch hier würde eine Industrialisierung des Gebietes durch Windkraftanlagen mit hoher Wahrscheinlichkeit den Genaustausch abriegeln, was nach den Kriterien der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Regionalplanung ausdrücklich ausgeschlossen sein muss. Aus all diesen Gründen wäre eine Ausweitung des Windkraftgebiets Hennstedt/Hollingstedt eine Katastrophe für die Fauna, die so gravierend ist, dass eine gerichtliche Überprüfung angezeigt wäre, sollte sich die Hollingstedter Potentialfläche auch in der nächsten Runde noch in den Regionalplänen wiederfinden. Hinzu kommt, dass Kriterien und Maßstäbe bei der Windkraftplanung immer und überall in gleicherweise angewendet werde müssen, um sie gerichtsfest zu gestalten. Dies ist eine der Konsequenzen aus dem Urteil des Oberlandesgerichts von 2015 in Sachen Windkraftausbau. Eine Ausweisung der Potentialfläche in Hollingstedt würde den gesamten Kriterienkatalog der Regionalplanung in sich inkonsistent und damit angreifbar machen. Wir appellieren deshalb an die Landesplanungsbehörde dieses Gebiet trotz seiner Nähe zu einem bereits bestehenden Windpark dauerhaft von der Liste der Potentialflächen zu streichen. Herzliche Grüße	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2939	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Lärmbelästigung, Eiswurf, Infraschall und Blinklichter, Nachts rot, Verdunklung der Fenster nötig, kein Schlafen bei geöffnetem Fenster mehr möglich. • Ich befürchte körperliche Beschwerden und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von mind. 5 H zu Wohnbebauung gilt. • Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für Einzelhäuser und Splittersiedlungen gilt (mind. 800m)	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.8, 2.1, 5.4, 7.1.1, 2.11, 4.1, 7.2.5, 4.5, 7.2.12, 7.2.9, 4.2, 4.20, 7.2.13, 3.15, 7.2.11 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	• Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. • Ich bin daran interessiert, dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwischen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet ist. • Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen (Riegelbildung). • Ich möchte, überlebenswichtige Vogelflugkorridore frei gehalten bleiben. • Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. • Da keine Netzstruktur vorhanden ist, entsteht weitere Zerstörung von Natur und somit Lebensraum von Tier u. Mensch • Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. • Kontamenierung durch Abrieb der Rotorenblätter ca. 180kg jährlich, der Acker und Umgebung (PFAS-Ewigkeitschemikalien) Zwangläufig Lebensmittel, Trinkwasserverunreinigung und der Atemluft. • Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. • Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler und Rotmilane der umliegenden Horste gefährdet werden. • Der Rückbau einer Windkraftanlage ist nicht gesetzlich geregelt wie kann es sein. Es entseht ein Entsorgungsproblem, Sondermüll, Recycling viel zu Energieaufwendig und somit teuer, was dann auf den Verbraucher umgelegt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wird. Die Investoren nicht mehr Ansprechpartner, verdienen nur daran. • Rohstoffe zum Bau von WKA müssen aus anderen Ländern bezogen werden, es entsteht wieder eine Abhängigkeit. Transport z.B. China, Umweltbelastung CO2? • Das Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H.), dies steht im Widerspruch zu den geplanten WKA!!! • Ich habe Angst! um den Wertverlust meiner Immobilie, möchte dass eine Abstandsregelung von mindestens 5 H zur Wohnbebauung gilt. • Es hat den Anschein, dass eine Quote erfüllt werden muss, ohne Rücksicht auf nachhaltige Schädigung von Mensch, Tier und Umwelt. • Augenwischerei: Umwelt wird verseucht/Ewigkeitschemikalien, Viel Geld auf perfide Weise verdient auf Kosten von Mensch und Ökosystem Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2736	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte körperliche Beschwerden und ich möchte dass eine Abstandsregelung von mind. 5 H zu Wohnbebauung gilt. Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für Einzelhäuser und Splittersiedlungen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.8, 2.1, 4.8, 4.2, 4.20, 5.4 und 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gilt (mind. 800m) Ich befürchte Störung der Flugrouten des Bundesheers und der Luftrettung. Diese Routen sind freizuhalten. Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. Ich möchte dass die vorhandenen Naturschutzebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter. Ich befürchte eine erhebliche Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2565	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung 2021 - Änderung	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde 25719 Busenwurth im Kreis Dithmarschen spreche ich mich gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in unserer Gemeinde sowie im Kreis Dithmarschen aus. Eine Akzeptanz für den weiteren Windkraftausbau gibt es in Dithmarschen nicht. Mit freundlichen Grüßen (Signatur) Moin, anbei noch eine kleine "Spitze" zur Ergänzung der Stellungsnahmen: Da es in unserer Gemeinde Busenwurth bisher keinerlei Informationen, Diskurssionen oder Initiativen hinsichtlich der kommunalen Wärmeplanung gibt und somit völlig unklar ist, ob und ggf. wie ein Ausbau der möglichen Potenziale (Wind, Solar, Biomasse usw.) sinnvoll bzw. möglich ist, kann ich einer Präjudizierung in Form der Ausweisung neuer Wind- oder Solarflächen in unserer Gemeinde nur widersprechen. Gruß (Signatur)	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1208	Sehr geehrte Damen und Herren, mit großer Sorge nehme ich die Pläne zur Kenntnis, in und um Schmedeswurth weitere Windkraftanlagen zu errichten, wie es im neuen Landesentwicklungsplan vorgesehen ist. Ich möchte hiermit meine Ablehnung gegenüber diesen Vorhaben ausdrücken. Die Reduzierung des Mindestabstands auf nur 400 Meter und der Wegfall von Höhenbegrenzungen für Windkraftanlagen sind aus meiner Sicht inakzeptabel. Diese Maßnahmen werden nicht nur die Lebensqualität der Anwohner erheblich beeinträchtigen, sondern auch negative Auswirkungen auf die Umwelt haben. Besonders besorgniserregend ist der Wegfall von Schutzgebieten sowie der Schutzrechte der Zivilbevölkerung, was zu einer deutlichen Verschlechterung der Wohn- und Lebensbedingungen in unserer Region führen wird.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 2.5, 1.5, 7.3, 7.2.1 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die geplanten Erweiterungen in den Bereichen westlich der B5, in Auenbüttel und Vettenbüttel sind von einem Ausmaß, das unsere Landschaft und das Dorfleben massiv verändern wird. Diese Veränderungen werden nicht nur die ästhetische und akustische Belastung erhöhen, sondern auch den natürlichen Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten gefährden. Ich appelliere an Sie, die Sorgen der Bürger ernst zu nehmen und eine verantwortungsbewusste Entscheidung zu treffen, die sowohl den Schutz unserer Umwelt als auch die Lebensqualität der Menschen in Schmedeswurth berücksichtigt. Eine weitere Verdichtung von Windkraftanlagen in unserer Region darf nicht ohne sorgfältige Abwägung der Konsequenzen erfolgen. Ich bitte Sie daher, die Pläne zu überdenken und sich für einen nachhaltigen und ausgewogenen Umgang mit der Windkraftnutzung einzusetzen, der die Interessen der Anwohner und den Schutz unserer Landschaft respektiert.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2562	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde 25719 Busenwurth im Kreis Dithmarschen spreche ich mich gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in unserer Gemeinde sowie im Kreis Dithmarschen aus. Eine Akzeptanz für den weiteren Windkraftausbau gibt es in Dithmarschen nicht. Mit freundlichen Grüßen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1207	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich meine tiefe Besorgnis und Ablehnung gegenüber den geplanten Maßnahmen zur Errichtung zusätzlicher Windkraftanlagen in und um Schmedeswurth äußern, wie sie im neuen Landesentwicklungsplan vorgesehen sind.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 1.5, 2.5, 7.3 und 7.2.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die geplanten Windkraftanlagen, insbesondere die Reduzierung des Mindestabstandes auf nur 400 Meter und der Wegfall von Höhenbegrenzungen, stellen eine erhebliche Beeinträchtigung für die Lebensqualität der Bürger in unserer Gemeinde dar. Darüber hinaus wird der Wegfall von Schutzgebieten und der Schutzrechte der Zivilbevölkerung die Umwelt und die Gesundheit der Anwohner erheblich gefährden. Die massive Erweiterung von Windparks, wie sie in den Bereichen westlich der B5, in Auenbüttel und Vettenbüttel geplant sind, bringt nicht nur optische und akustische Beeinträchtigungen mit sich, sondern führt auch zu einem erheblichen Verlust an Lebensraum für die heimische Tier- und Pflanzenwelt. Ich fordere Sie daher nachdrücklich auf, die Bedenken der Bürger von Schmedeswurth ernst zu nehmen und alternative Lösungen zu finden, die den Schutz der Umwelt und der Lebensqualität der Anwohner in den Vordergrund stellen. Eine weitere Verdichtung der Windkraftanlagen in unserer Region ist nicht akzeptabel. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass der neue Landesentwicklungsplan überdacht wird und dass Dithmarschen von weiteren Belastungen durch Windkraftanlagen verschont bleibt.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2685	Stellungnahme zur Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „ Windenergie an Land „ des Landesentwicklungsplanes Schleswig Holstein- Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte auf diesem Wege meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von WEindkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich fordere, daß die Angabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab Ich fordere, daß Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, daß der Strom auch eingespeist werden kann (Vermeidung von Phantomstrom) Ich möchte, daß die vorhandenen Naturschutzgebiete/Naturflächen nicht zerstört	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5, 7.2.5, 4.2, 3.18, 2.1 und 7.3.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden, damit dieser einzigartige Naherholungsraum erhalten bleibt Ich möchte, daß die gleiche Abstandsregelung für alle Menschen gilt, egal ob Stadt, Dorf, Splittersiedlungen oder Einzelhäuser. (5h zur Wohnbebauung) Ich bitte um schriftliche Bestätigung meiner Stellungnahme mfG	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1976	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich als Gemeindeführer der Gemeinde Blunk, dass ein Havariefall wie z.B. Brandausbreitung, technischer Defekt, durch ausreichende Abstände von mindestens 1500 Metern zu Wohnhäusern abgesichert wird. • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichtern, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschal. • Ich als Gemeindeführer für einen Havariefall Rettungskapazitäten, Ausrüstung, Rettungspläne, Schulungen, Gefährdungsbeurteilungen und Brandschutzkonzepte. • Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für Einzelhäuser und Splittersiedlungen gilt. (mind 800 Meter) Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1 bis 2.5, 7.2.7 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2550	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde Lieth im Kreis Dithmarschen spreche ich mich gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in unserer Gemeinde sowie im Kreis Dithmarschen aus. Eine Akzeptanz für den weiteren Windkraftausbau gibt es in Dithmarschen nicht. Mit freundlichen Grüßen	Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2589	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein -Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich fordere, dass Windkraftanlagen nur genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann. Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für a l l e Menschen gilt, egal, ob Stadt, Dorf, Splittersiedlung oder Einzelhaus - 1500 m. Ich fordere, dass ein Havariefall, z. B. Brand, Rotorbruch etc. durch ausreichende Abstände von mind. 1500 m zu Wohnbebauung abgesichert ist. Mir ist es wichtig, dass der Naturschutz beachtet wird. Naturschutzgebiete sollen erhalten bleiben. Keine Abholzung von Bäumen, für die Errichtung von Windkrafträdern. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.5, 2.1, 7.2.7, 4.2 und 7.2.14 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1206	**<u>Verortung:</u>** **Gemeinde Fehmarn; östlich Blieschendorf, südlich E47, westlich Burg** **Stellungnahme zu den Kriterien:** • **Z25 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung** • **G19 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung** • **G26 Schützenswerte Geotope** Sehr geehrte Damen und Herren, Es ist bekannt, das die Insel Fehmarn das Ziel verfolgt, eine energieautarke Gemeinschaft zu werden, die ihren gesamten Energiebedarf – einschließlich Verkehr und Wärme – aus lokal produzierten erneuerbaren Energien deckt. Das Motto ist: „Der Strom bleibt auf der Insel!“. Ich besitze Flächen, die meiner Meinung nach ideal für das oben genannte Ziel sind (Standort Elektrolyseur; nähe Klärwerk). Daher möchte ich die Möglichkeit hervorheben, auf meinen und den Flächen anderer Eigentümer ein Verbundkraftwerk zu errichten. Die von uns zur Verfügung gestellten Flächen bieten ausreichend Platz für bis zu sechs Windenergieanlagen, Freiflächen-Photovoltaikanlagen sowie die Anlage und Infrastruktur eines Elektrolyseurs. Der erzeugte Strom würde es uns ermöglichen, mehrere Aspekte der Energiewende gleichzeitig anzugehen. Die Eigentümer der benötigten Flächen haben sich mit dem Projektentwickler ENERTRAG zusammengeschlossen und entsprechende Nutzungsverträge unterzeichnet. ENERTRAG hat bereits in der Uckermark ein erfolgreiches Verbundkraftwerk realisiert und ist daher meiner Meinung nach der perfekte Partner für dieses Projekt. Die Gemeinde Fehmarn steht hinter dem Vorhaben. Der von den Wind- und PV-Anlagen produzierte Strom kann durch Umwandlung in Wasserstoff und Wärme auf der Insel verbleiben und so dem überregionalen Güterverkehr, Gemeinden (durch Wasserstofftankstellen), Privathaushalten (durch Einspeisung von 20% Wasserstoff ins Gasnetz) und anderen Einrichtungen wie der FehMare (durch Nahwärme) zugutekommen. Das geplante Kraftwerk würde die	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 4.16, 4.17 und 5.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	überlasteten Netzanschlusspunkte entlasten und eine zusätzliche Verkabelung durch den Sund vermeiden, was die Eingriffe in die Natur reduzieren würde. Städte und Gemeinden sind seit dem 01.01.2024 gesetzlich verpflichtet, bis 2045 eine klimaneutrale Nahwärmeversorgung aufzubauen. Das geplante Kraftwerk würde hier frühzeitig einen wesentlichen Beitrag leisten und das bestehende Inselnetz zukunftsfähig machen. Bedauerlicherweise werden die für das Projekt benötigten Flächen aufgrund des aktuellen Zuschnitts und bestimmter raumordnerischer Kriterien im ersten Entwurf des LEP nicht berücksichtigt. Wir möchten frühzeitig auf das geplante Verbundkraftwerk hinweisen, um bei der zukünftigen regionalplanerischen Abwägung und Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie berücksichtigt zu werden. Der Zuschnitt des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung erscheint mir kritikwürdig. Es scheint, dass lediglich bestehende Windparks (teilweise) und angrenzende Flächen aufgrund einer Vorbelastung von diesem Kriterium ausgeschlossen wurden. Aus fachlicher Sicht ist dies bedenklich, da offenbar keine Daten zum eigentlichen Vogelzug berücksichtigt wurden. Darüber hinaus ist ein ausgedehntes Gebiet im Osten der Insel von Z25 ausgenommen, einschließlich PR3_OHS_001, PR3_OHS_002 und PR3_OHS_095, obwohl hier keinerlei Vorbelastung durch Windkraft besteht und die Fläche zu 90% mit dem Kriterium G26 "Schützenswerte Geotope" überlagert ist. Weiterhin wird der Bestandswindpark in Burgstaaken, sowie Teile anderer Windparks, nicht durch G19 "Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit Bedeutung für Windkraft" freigehalten. Dies wirft die Frage auf, ob die selbst aufgestellte Systematik eingehalten wird. Wie oben dargestellt, ist die bisherige Abwägung nicht konsistent. Daher beantrage ich, das Kriterium Z25 im oben beschriebenen Bereich anzupassen, damit die Flächen für die geplanten WEA und das Verbundkraftwerk auf Ebene der Regionalplanung als Windvorranggebiete ausgewiesen werden können. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1205	Sehr geehrte Damen und Herren, wir wohnen in [redacted], und befürchten das der Lärm, der durch die schon Vorhandenen Windkraftanlagen immens gesteigert wird, da die neuen Windkraftanlagen noch näher an unser geliebtes Dorf heran gebaut werden sollen. Zu dem wird der Schlagschatten sobald dieser auf den Häusern und Gärten fallen wird großen Einfluss auf die Lebensqualität. Außerdem fliegen und leben hier in [redacted] der Rotmilan sowie Turmfalken, sodass deren Lebendsräume immer gefährlicher und somit gefährdeter werden. Durch die Entstehung weiter Windkraftanlagen haben wir Hausbesitzer leider nur Wertverlust der eigenen Immobilie zu befürchten, da niemand freiwillig sich den Geräuschen und Lärm, sowie im Witter der Gefahr von herabfallenden Eiszapfen aussetzten möchte. Vorteile wären zum Beispiel viel Günstigerer Strom etc.. Im Sommer haben wir hier viele Urlauber, die die schöne Natur genießen und hier Durchwandern oder mit dem Fahrrad fahren, um dem stressigen Stadtleben zu entfliehen. Wenn sie dann noch die vielen Windkraftanlagen sehen, bzw. hören müssen, ist es mit der Ruhe und Natur schnell vorbei. Wir haben auch die Befürchtung, dass die Feuerwehr, im Falle eines Brandes nicht nahe genug herabkommt und die Windkraftanlagen nur noch kontrolliert abbrennen lassen kann wie schon 2 Mal in der Probstei geschehen. Wer haftet für brennende Trümmer, die auf ein Haus, Auto, Menschen, die hier leben und wohnen fallen und ein Schaden entsteht? Dazu darf es auf gar keinen Fall kommen. Es gibt sehr viele Sicherheitseinrichtungen bei den Windkraftanlagen, nur gibt es auch hier in der Probstei schon des öfteren Fälle in denen die Sicherheits Einrichtungen nicht genug funktioniert haben. Wir bitten sie diese Punkte zu bedenken und um [redacted] keine weiteren Windkraftanlagen zu genehmigen und zu bauen. Mit freundlichen Grüßen Eine junge besorgte Familie	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 7.3, 4.20, 7.2.11, 7.2.8, 3.15 und 7.2.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1203	1.Zu**r Gemeindeöffnungsklausel** **Eingeführt um die Akzeptanz zu erhöhen, aber: (!!)** **- die Investoren wählen die Flächen aus und treten dann an die Landwirte heran, die sie mit hohen Gewinnen locken.**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.4, 7.2.10, 7.1.3, 7.3, 3.15, 7.2.12, 4.7, 2.5 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- die von den Investoren ausgewählten Flächen überschreiten Gemeindegrenzen, sodass Ortsteile geradezu von WK-Anlagen umzingelt werden. - die Investoren betreiben ihr Geschäft zielstrebig, stellen ihr Projekt einseitig dar und nehmen auf die Belange von Bürgern und Naturschutz keine Rücksicht. - die Besitzer der Flächen sind natürlich für die Umsetzung der WK-Anlagen. - in unseren Gemeinderäten sitzen, wie Ihnen bekannt sein dürfte, meist viele Landwirte; Verbandelungen durch Vermietung und Verpachtung oder gleiche Interessen sind Alltag. - die Gemeindöffnungsklausel trägt zu Frustration gegenüber der Gemeindepolitik und zu Unfrieden innerhalb der dörflichen Bevölkerung bei. 2. Vor diesem Hintergrund- Unsere und die Nachbargemeinden weisen im Flächenvergleich schon jetzt überproportional viele WK-Anlagen aus. Schon jetzt wird unser Lebensraum durch Schallemissionen und Schattenwurf beeinträchtigt.- Unsere Gegend ist "Fahrradland", das heißt, sie dient Naturliebhabern vor Ort und aus den Metropolen zur Erholung und zur Gesunderhaltung. Die Erhaltung des Landschaftsbildes sollte deshalb Ziel der Politik sein!- Die Gemeinde **Feldhorst** besteht aus mehreren Ortsteilen und sog. Splittersiedlungen. Die Abstandsregel von 400m (besonders bei der Höhe der neuen Anlagen) bedeutet für die Bewohner dort, dass die Energiewende auf Kosten weniger vollzogen werden soll. Hier muss die Politik nachbessern!- Kleine Waldstücke sind "Waldinseln" und haben eine hohe ökologische Bedeutung. In **unserer Gegend** jagen z.B. Fledermäuse in ihrem Umfeld. Der Abstandspuffer sollte nicht von 100m auf 30m verringert werden!- Abstände zu Brutplätzen von Großvögeln (bei uns der Rotmilan) müssen verbindlich als "Ziel" und nicht "als Grundsatz" formuliert werden. [redacted], den 29.8.2024	
Gruppe ID: G1202 Anzahl: 2 (IDs: 1202,	**Stellungnahme der Gemeinde Buchhorst zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 7.2.1 und 7.3.5 der allgemeinen Synopse

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
M1356)	Die Gemeinde Buchhorst nimmt die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) SchleswigHolstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024, zur Kenntnis. Die Gemeinde Buchhorst geht davon aus, dass durch die Teilfortschreibung des LEP keine Einschränkungen der ökonomischen und ökologischen Entwicklung sowie der Gesamtentwicklung gegeben ist. Der Wegfall der Möglichkeit, in den gemeindlichen Planungen Höhenbegrenzungen vorzunehmen, stellt einen erheblichen Eingriff in Art. 28 Abs. 2 GG dar. Die bisherigen Feinsteuerungsmöglichkeiten der Gemeinden entfallen vollständig, sodass diese auf die Steuerung der Windkraft in ihrem Gemeindegebiet keinen Einfluss mehr nehmen können. Dies nimmt den Gemeinden die Möglichkeit, ihre Ortschaften vor negativen Einflüssen durch Windparks zu schützen. Die Gemeinde Buchhorst fordert, dass die Belange von Bürgerinnen und Bürger bei den Planungen zur Windenergie ausreichend berücksichtigt werden. Um eine Akzeptanz für den Bau von Windenergieanlagen in der Bevölkerung zu fördern, erwartet die Gemeinde, dass Beeinträchtigungen und Belästigungen durch die Windenergieanlagen von der Bevölkerung abgewandt werden und die bestehende Lebensqualität erhalten bleibt	verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1298	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein — Fortschreibung 2021 — Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, ich nehme Bezug auf die Stellungnahme meiner Frau [redacted] und stimme dieser hiermit zu. Allerdings befürchte ich, dass all die Argumente (Naturschutz / Tierschutz usw.) kein Gehör finden werden. Heutzutage zählt nur....Geld und finanzielle Macht. Deshalb ist meine Hauptsorge, dass hier auf Eiderstedt in Zukunft die Touristen ausbleiben. Und die bringen Geld. Wenn die Phantasie-Windmühlen einiger Grundbesitzer und Konzerne hier erstmal stehen, ist es aber zu spät. Ich war vor 20 Jahren selbst Tourist und wegen der unvergleichlichen und unverbauten Landschaft auf	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1.2, 3.15.1, 3.17.1, 4.16, 4.17, 4.18, 4.19, 7.3.6 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Eiderstedt habe ich meinen Lebensmittelpunkt hierher verlegt, als Arbeitnehmer und Steuerzahler. Ich betreibe eine Ferienwohnung und meine Gäste versichern mit immer wieder, dass sie nicht wiederkommen würden, wenn es hier so viele Windräder gäbe, wie nebenan, in Dithmarschen. Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf des neuen LEP-Wind ım Sinne meiner o.a. Stellungnahme und auch in Bezug auf die Ziele der Raumordnung für die ostatlantische Vogelzugroute und die Wiesenvögel-Brutgebiete (in Text und Karte) keinesfalls zu verändern, Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen und die Notwendigkeit für das Ausmaß von 7,2 % der geplanten Landesfläche für WEA zu überprüfen sowie die Freigabe von Landschaftsschutzgebieten zurückzunehmen. Mit freundlichem Gruß	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1201	**<u>Verortung:</u>** **Gemeinde Fehmarn; östlich Blieschendorf,** **[redacted] (Regionalplan Wind 2020)** **Stellungnahme zum Kriterium:** • **Z25 Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung** Sehr geehrte Damen und Herren, im Kontext der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.16.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2024 möchte ich meine Perspektive zum angeführten Kriterium darlegen. Als überzeugter Befürworter des Klimaschutzes unterstütze ich nachdrücklich den Ausbau erneuerbarer Energien. Eine vorausschauende Regionalplanung, die Flächen für neue Windkraftanlagen bereitstellt, ist hierbei von essenzieller Bedeutung. Mein persönliches Engagement zielt darauf ab, einen Beitrag zu einer resilienten und nachhaltigen Energieversorgung zu leisten. In diesem Zusammenhang verfüge ich über Flächen, die sich aufgrund ihrer spezifischen Eigenschaften ideal für die Realisierung eines Verbundkraftwerks anbieten. In Kooperation mit weiteren Eigentümern streben wir die Errichtung eines solchen Kraftwerks an, das Windräder, Solaranlagen (hier stelle ich einen Großteil der Flächen) und eine Wasserstoffproduktionsanlage umfasst. Dieses integrative Konzept ermöglicht die Adressierung mehrerer zentraler Herausforderungen der Energiewende. Für die Umsetzung dieses ambitionierten Projekts haben wir eine strategische Partnerschaft mit dem erfahrenen Unternehmen [redacted] geschlossen, das bereits eine ausgewiesene Expertise im Bau solcher Kraftwerke vorweisen kann. Darüber hinaus wird unser Vorhaben von der Gemeinde Fehmarn befürwortet. Ein besonderes Merkmal dieses Projekts besteht darin, dass der erzeugte Strom in Wasserstoff und Wärme umgewandelt und lokal auf der Insel genutzt wird. Dies gewährleistet eine direkte Versorgung des Verkehrs, der Haushalte und kommunaler Einrichtungen wie der FehMare. Zudem trägt das Kraftwerk zur Entlastung des Stromnetzes bei und kann den Bau zusätzlicher Kabelverbindungen durch den Sund obsolet machen, was einen positiven ökologischen Effekt mit sich bringt. Angesichts der ab 2024 geltenden Verpflichtung zur Klimaneutralität im Wärmesektor bis 2045 stellt unser Kraftwerk einen signifikanten Schritt in Richtung einer nachhaltigen Energieversorgung dar und leistet einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Inselnetzes. Bedauerlicherweise finden speziell die Flächen für Windkraft im aktuellen Entwurf des Landesentwicklungsplans keine Berücksichtigung. Ich möchte Sie daher höflich bitten, diese Flächen bei der zukünftigen Planung von Windenergie-Vorranggebieten in Betracht zu ziehen. Darüber hinaus möchte ich auf ein Kriterium hinweisen, das aus meiner Sicht einer kritischen Überprüfung bedarf. So scheinen beispielsweise beim Thema Vogelzug keine	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	aktuellen Daten zugrunde gelegt worden zu sein, und Gebiete wurden dadurch pauschal von der Windenergienutzung ausgeschlossen. Auch in Burgstaaken werden bestehende Windparks nicht von den Vogelzug-Regularien ausgenommen, obwohl hier ein Bestandswindpark vorhanden ist. Diese Aspekte erscheinen mir änderungswürdig. Die Abschwächung des Ziel zu einem Grundsatz ist in diesem Bereich erforderlich. Vor diesem Hintergrund beantrage ich eine Anpassung der Regularien für das angesprochene Gebiet, um die Nutzung unserer Flächen für Windenergie und die Realisierung des Verbundkraftwerks zu ermöglichen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted]	
Gruppe ID: G1200 Anzahl: 2 (IDs: 1200, 1204)	**Stellungnahme gegen den Bau von Windrädern in der Gemeinde 24598 Heidmühlen** Sehr geehrte Damen und Herren, mit diesem Schreiben möchte ich meine Bedenken und Einwände gegen den Bau von Windrädern in der Gemeinde 24598 Heidmühlen zum Ausdruck bringen. Der geplante Standort ist aus mehreren Gründen, insbesondere im Hinblick auf den Naturschutz und den Erhalt der lokalen Tierwelt, äußerst bedenklich. **1. Gefährdung von Greifvögeln, Störchen und Kranichen** In der Region Heidmühlen sind mehrere geschützte Vogelarten heimisch, darunter Greifvögel wie der Rotmilan, der Seeadler sowie Weißstörche und Kraniche. Diese Vögel sind stark gefährdet durch die Rotorblätter der Windräder, die oft mit Geschwindigkeiten von bis zu 300 km/h rotieren. Besonders Kraniche und Störche sind aufgrund ihres Flugverhaltens und ihrer Größe anfällig für Kollisionen. Zahlreiche Studien belegen, dass Windkraftanlagen eine signifikante Gefahr für diese Arten darstellen und zu erhöhten Sterblichkeitsraten führen können. **2. Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und der Lebensqualität** Die Gemeinde Heidmühlen zeichnet sich durch eine weitgehend unberührte Natur und eine attraktive Landschaft aus, die sowohl für die Bewohner als auch für Besucher von	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 4.20, 4.1, 7.2.11, 7.3, 7.2.14, 4.2, 7.2.1 und 7.2.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	großem Wert ist. Windkraftanlagen würden dieses Landschaftsbild nachhaltig stören und die Lebensqualität der Einwohner durch Lärm und optische Beeinträchtigungen mindern. Viele Menschen schätzen die Ruhe und die Natur in unserer Gemeinde, und diese Werte sollten nicht leichtfertig geopfert werden. **3. Schutz des Naturraums und der Biodiversität** Das Gebiet um Heidmühlen ist ein wichtiger Lebensraum für viele Arten, darunter auch bedrohte Insekten, Fledermäuse und Pflanzenarten. Der Bau von Windrädern würde nicht nur den Lebensraum dieser Arten zerstören, sondern könnte auch den Boden und das Wasser durch den Bauprozess und die notwendigen infrastrukturellen Veränderungen schädigen. Dies würde die Biodiversität in unserer Region erheblich beeinträchtigen und langfristige Schäden verursachen. **4. Alternativen zur Energiegewinnung** Es ist unbestritten, dass erneuerbare Energien für die Zukunft unerlässlich sind. Allerdings sollten Windkraftanlagen nur an Standorten errichtet werden, die keine erheblichen Umweltauswirkungen haben. In der Region gibt es möglicherweise andere, weniger sensible Gebiete, die für den Bau von Windkraftanlagen besser geeignet sind, oder alternative Formen der Energiegewinnung, wie beispielsweise Photovoltaik, die weniger invasiv sind und das Landschaftsbild schonen. **Fazit** Zusammenfassend bitte ich Sie dringend, den Bau von Windrädern in der Gemeinde 24598 Heidmühlen zu überdenken. Die potenziellen negativen Auswirkungen auf die lokale Tierwelt, das Landschaftsbild und die Biodiversität wiegen schwer und sollten nicht ignoriert werden. Ich appelliere an die verantwortlichen Entscheidungsträger, den Naturschutz und den Erhalt unserer einzigartigen Landschaft in den Vordergrund zu stellen und umweltverträglichere Alternativen zu prüfen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	29.08.2024	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1291	WINDPARKANLAGEN IM GEGENWIND I. Was ist Infraschall, was sind Tieffrequenzen? II. Auswirkungen auf unseren Körper durch täglichen Betrieb III. Auswirkungen auf Umwelt,Boden, Tiefsee, Entsorgung IV. Quellenhinweise V. Fazit I 1. Hörschall 20 - 20.000 Hz, tieffrequent unter 100 Hz, Infraschall unter 20 Hz. Ursache ist der Stromabbruch des auftreffenden Windes. Infraschall nimmt bei Verdoppelung der Entfernung nur um 6 Db ab, d. h. er kann die Erde mehrfach umrunden. 100 Km entfernt von einem Windpark von 60 Turbinen kann problemlos Infraschall gemessen werden. Hohe Frequenzen werden durch Mauern gebrochen, Infraschall nicht einmal durch ein Federkissen. Die Folgen für uns können sein: Atemnot, Depression, Erschöpfung, Herzrythmusstörung, Zelluntergang im Gehirn (Hippocampus) , Augenzittern, Innenohrhörstörungen, Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Schwindel, Tinnitus. Herzmuskelzellen werden nachweislich beschädigt, die elektrische Leitung gestört. Sichtbar im EKG. Prof. Dr. C-F. Vahl, Universität Mainz. Kraftentfaltung des Herzens zudem um 20 % geschwächt. (bisher nur im Laborversuch nachgewiesen). II In unseren Körpern befindet sich ein Gefässnetz von ca 90 000 Kilometern Länge, wenn man alle arteriellen und venösen Gefässe -auch die kleinsten - hintereinanderreiht! Unsere Körper sind ein Wunder der Natur und sind ebenso schützenswert wie die sog. Umwelt. Diese Gefässe sind mit Zellen ausgestattet, dem sog. Endothel. Dort findet der Austausch von O2 und CO2, Säuren, Basen und Zellwasser statt. Dieser Austausch wird Tag und Nacht nachweislich durch die Tiefenvibration so stark gestört, dass Embryos geschädigt werden und Hochdruck, Schlafstörungen u.a. die Folgen sein	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.1.1, 7.2.8, 7.2.9, 7.2.11, 7.2.12, 7.2.13, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	können. Dr. Bellut-Staeck bewies: die ständige Störung des gleichmässigen, rhythmische Blutflusses im Kapillarbett des Endothels führt zu: Störung von Embryos, Zellwachstum, RR-Regulation, Blutgerinnung, Abwehr von Entzündungen, Austausch von O2, CO2, Säuren, Basen, Zellwasser. 2021 Nobelpreis für PIEZO Rezeptoren. Hier liegt keine akustische Schallaufnahme vor wie die UBA offiziell darstellt. (Umweltbundesamt). Das Ohr ist nicht alleinige Aufnahmestelle von Schall: der gesamte Körper ist es. Hier sprechen wir jedoch zusätzlich über mechanische Schädigungen durch Druckwellen die dazu noch vibrieren, oszillieren. III Rotorblätter emittieren Bisphenol A, PFAS, nicht recycelbar, und vor allem im Nanobereich. PFAS finden sich im Urin von Kindern, in Blut, Leber, Nieren. Vibrationen stören zudem vermutlich alle Lebensformen im Boden. Bisher unerforscht. Sehr wahrscheinlich verbleiben damit eingeatmete Faserstäube sehr lange im menschlichen Lungengewebe. In der Tiefsee wird das Navigationssystem der Wale gestört, sie verwenden diese Frequenzen!! Im/unter Wasser setzen sich diese Frequenzen um ein Vierfaches fort als im Medium Luft. (ca 343 m/s Luft, ca 1500 m/sec Wasser) Im Winter droht durch Eisabwurf für die Bevölkerung und umliegende Häuser Gefahr. Der Boden wird ausgetrocknet, für unnennbare Jahre mit Mikroplastik verseucht. Die optische Zerstörung eines der schönsten Landschaften dieses Landes würde bei Bau der Anlage für mindestens 20 Jahre festgeschrieben werden. Für den Betriebszeitraum von ca 20 Jahren rechnet man mit 400 000 Tonnen Plastikabfall durch verbrauchte Rotorblätter. Diese werden zerkleinert einfach in dem Boden vergraben. Die Umweltbelastung ist unbeschreiblich. Bei Windstärke 6 erzeugt 1 Quadratmeter Rotorfläche 600 Watt. Der Wirkgrad tatsächlich verfügbarer Energie beträgt aber nur 0,48, also etwa die Hälfte. Es werden also nur 300 Watt erzeugt, bei Windstärke 3 nur lächerliche 150 Watt!. Bei Windstille gar nichts.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	IV Deutsches Ärzteblatt 2019, Prof. Petrie (Uni Aukland), Prof Salt (Uni Washington), Prof Harrison (Toronto), Prof. Kühn (Uni Hamburg), Prof Vahl (Uni Mainz), Dr. Bellut-Staeck. EIKE (Europäisches Institut für Klima und Energie) V 1. Im Gerichtsurteil vom 9. März 2024 verbot der französische Staatsrat alle Windkraftnlagen - auch rückwirkend!! 2. Die Energiewende hat damit begonnen, all das zu zerstören, was wir vorhatten zu schützen. NICHT die Technik oder die Umwelt ist die Ursache der Verschmutzung sondern es ist unser eigenes Bewusstsein. 3. Leute: denkt neu, anders, selber, naturverbunden, mit mehr Wissen und mehr Mitgefühl! Misstraut den staatlichen Behörden und deren Aussagen. Naturschutz ja, und unsere Körper müssen Teil dieses Schutzes sein. Tatsache ist: Windkraft ist destruktiv in der Herstellung, im Betrieb, in der Tiefe des Bodens und der Meere für alle dortigen Lebensformen, in der Luft, in unseren Körpern und auch in der Umwelt in Bezug auf die völlig ungelöste Entsorgung. All das hier Gesagte kann im Detail vergessen werden. Für eure Entscheidung am 1.9. aber bitte ich euch nur um eines: geht bis auf 10 Meter an ein Windrad heran und schliesst für 10 Minuten die Augen. Dann fühlt in euch hinein und fragt: möchte ich hier wohnen und leben? Das wird eure eigene Antwort dann am 1.9. bestimmen. Eines muss nun klar sein: wer für die Installation dieser monströsen Technik ist, stimmt einer fortgesetzten, mindestens 20 Jahre lang anhaltenden Schädigung all dieser Lebensbereiche und unserer Zellen und der finanziellen Entwertung von Grund und Häusern zu. Ich stimme dem nicht zu. DANKE für eure Aufmerksamkeit.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2671	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.9, 5.4, 7.3, 7.2.8, 4.2, 7.2.7, 7.2.12, 4.20 und 7.1.5 der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zw Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PTAS-Ewigkeitschemikalien). • Des Weiteren sehe ich die Gefahr einer Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. • Ich möchte das die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- u. Niederungsflächen, Biotop Verbund Achsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftnutzung ausgeschlossen werden. • Ein Havariefall wie z.B. Brandausbreitung, technischer Defekt, muss durch ausreichende Abstände zu Wohnhäusern von mindesten 1500m abgesichert sein. • Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft u. Seen) unbeeinträchtigt bleiben. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ausdrücklich ab. • Für die Abgabe der Stellungnahmen beantrage ich hoermit eine Fristverlängerung auf 6 Monate (Urlaubszeit). Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[Unterschrift]	
Institution: Stadt Lauenburg - Amt Lütau, Stadtentwicklungsamt ID: 1199	**<u>Stellungnahme der Gemeinde Schnakenbek zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024</u>** Die Gemeinde Schnakenbek nimmt die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024, zur Kenntnis. Der Entwurf des Landesentwicklungsplanes (LEP-E) verfolgt das nachvollziehbare Ziel, die Vorgaben des Gesetzes zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (WindBG) nicht nur sicher zu erreichen, sondern aus eigener klima- und energiepolitischer Verantwortung überzuerfüllen. Der vorliegende Entwurf will dies allerdings auf Kosten der Gemeinden erreichen, indem er die bauleitplanerische Konkretisierung der übergeordneten Windenergieplanung weitgehend ausschließt. Ein solches Vorgehen ist durch das WindBG nicht vorgegeben. Vielmehr können nach dessen Konzeption selbstverständlich auch Abstände und Höhenbegrenzungen vorgesehen werden; lediglich nicht für diejenigen Gebiete, die zur Erreichung des Mindestziels beitragen sollen. Damit, dass die Landesregierung eine ortsangepasste Windenergieplanung auf der kommunalen Ebene ausschließt, eröffnet sie eine Fehlerhaftigkeit in zwei Richtungen: entweder muss auf die Gebiete, die eine Anpassung benötigen, insgesamt verzichtet werden, sodass auch deren potentieller Beitrag zur Energiewende ausgeschlossen wird, oder – was wohl derzeit beabsichtigt sein dürfte – auch solche Gebiete werden unter den Prämissen des LEP-E in die Regionalplanung übernommen, die sich dann als unverhältnismäßig und willkürlich darstellen wird, was nach entsprechenden gerichtlichen Feststellungen einen weiteren Planungsprozess erfordert und erheblichen Zeitverzug für die Erreichung der Klimaziele bedeutet. **Zum Wegfall der Höhenbegrenzungsmöglichkeit** Der Wegfall der Möglichkeit, in den gemeindlichen Planungen Höhenbegrenzungen vorzunehmen, stellt einen erheblichen Eingriff in Art. 28 Abs. 2 GG dar. Die bisherigen Feinsteuerungsmöglichkeiten der Gemeinden entfallen vollständig, sodass diese auf die Steuerung der Windkraft in ihrem Gemeindegebiet keinen Einfluss mehr nehmen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5.1, 2.2 bis 2.5, 7.1.1, 7.2.12, 7.3.1, 7.3.2, der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	können. Dies nimmt den Gemeinden die Möglichkeit, ihre Ortschaften vor negativen Einflüssen durch Windparks zu schützen. Das Genehmigungsregime nach § 6 BImSchG leistet insoweit nur einen Minimalschutz. Es stellt die Einhaltung des immissionsschutzrechtlichen Schutzgrundsatzes im Hinblick auf das Niveau zulässiger Schallimmissionen und Schattenwürfe sicher und überprüft die Vereinbarkeit mit sonstigen öffentlichen Vorschriften, die Gemeinden durch Ihre Bauleitplanung bislang allerdings gerade selber schaffen konnten. Ein gemeindlicher Schutz des Landschaftsbildes oder besonderer touristischer Funktionen entfällt. Auch insoweit wird der Maßstab – zugunsten der Windenergie – auf strikte rechtliche Grenzen zurückgefahren, wie sie dann nur noch in § 13 Abs. 2 DSchG SH bestehen. **Zu den Abstandsvorgaben**, Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 und Nr. 2 LEP-E Mit den als Zielen der Raumordnung formulierten Abstandsvorgaben von 800 m um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 Z) und 400 m um Einzelhäuser, Splittersiedlungen und Gewerbe (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 2 Z) übernimmt der LEP-E in etwa diejenigen Abstände, die die bisherige Teilfortschreibung als weiche Tabuzonen vorsah und die von der bisherigen Regionalplanung eingehalten wurden, Textteil des Regionalplans für den Planungsraum III in Schleswig-Holstein Kapitel 5.7 (Windenergie an Land) v. 29. Dezember 2020; Begründung zu 5.7.1 (1) bis (3). Mit der Beibehaltung der Mindestabstandswerte bei gleichzeitiger Vergrößerung der Anlagen ist eine erheblich veränderte Belastungslage verbunden. Hierzu äußert sich der LEP-E nicht. Auch zeigt § 249 Abs. 9 BauGB, dass eine Vergrößerung der Abstände auf bis zu 1.000 m bundesrechtlich für angemessen gehalten wird, soweit das Mengenziel weiterhin erfüllt wird. Vor diesem Hintergrund sollte den Gemeinden gestattet werden – soweit nicht schon auf der landes- und regionalplanerischen Ebene größere Abstände vorgesehen werden, aus kommunalen Erwägungen heraus die Gebietsfestlegungen zu modifizieren. Dem siedlungsnahen Freiraumschutz kommt ein erhebliches Gewicht zu, das der LEP-E nicht ausreichend beachtet. Ortsangepasste Modifikationen können zudem nur auf der Ebene der kommunalen Planung geleistet werden. Auf etwaige Siedlungsbesonderheiten einzugehen, entspricht nicht der Ebene der Landes- oder Regionalplanung. Eine Notwendigkeit gemeindlicher Einflussnahme zum Schutz der eigenen Bevölkerung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	besteht erst recht im Falle einer Umfassung des Gemeindegebiets durch Windenergiegebiete. Eine solche „soll“ nach Ziffer 4.5.1.1 Nr. 7 G LEP-E zwar unterbleiben, wird aber landesplanerisch nicht ausgeschlossen und ist für die Gebiete LAU_067 (Vorranggebiet-Basedow/Lütau) und LAU_063 (Potenzialfläche-Wangelau/Witzeeze), für die investorenseitig wohl ein Zusammenlegungswunsch besteht, auch konkret zu befürchten. Die Gemeinde Schnakenbek geht davon aus, dass durch die Teilfortschreibung des LEP keine Einschränkungen der ökonomischen und ökologischen Entwicklung sowie der Gesamtentwicklung der Gemeinde gegeben sind. **Zusammenfassung** Die Vorgaben des LEP für die Regionalplanung schaffen Konflikte, die weder von ihr selbst, noch auf der Ebene der Regionalplanung gelöst werden. Zugleich wird den Gemeinden jegliche eigene Einflussmöglichkeit zum Schutz ihrer Ortschaften genommen. Die Planung ist daher abzulehnen.	
Institution: Stadt Lauenburg - Amt Lütau, Stadtentwicklungsamt ID: 1198	**Stellungnahme der Gemeinde Basedow zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024** Der Entwurf des Landesentwicklungsplanes (LEP-E) verfolgt das nachvollziehbare Ziel, die Vorgaben des Gesetzes zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (WindBG) nicht nur sicher zu erreichen, sondern aus eigener klima- und energiepolitischer Verantwortung überzuerfüllen. Der vorliegende Entwurf will dies allerdings auf Kosten der Gemeinden erreichen, indem er die bauleitplanerische Konkretisierung der übergeordneten Windenergieplanung weitgehend ausschließt. Ein solches Vorgehen ist durch das WindBG nicht vorgegeben. Vielmehr können nach dessen Konzeption selbstverständlich auch Abstände und Höhenbegrenzungen vorgesehen werden; lediglich nicht für diejenigen Gebiete, die zur Erreichung des Mindestziels beitragen sollen. Damit, dass die Landesregierung eine ortsangepasste Windenergieplanung auf der kommunalen Ebene ausschließt, eröffnet sie eine Fehlerhaftigkeit in zwei Richtungen: entweder muss auf die Gebiete, die eine Anpassung benötigen, insgesamt verzichtet werden, sodass auch deren potentieller Beitrag zur Energiewenden ausgeschlossen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel), 4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* und *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 1.2, 1.5, 2.2 bis 2.5, 2.11, 6.1, 7.1.1 sowie 7.1.4 und 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	wird, oder – was wohl derzeit beabsichtigt sein dürfte – auch solche Gebiete werden unter den Prämissen des LEP-E in die Regionalplanung übernommen, die sich dann als unverhältnismäßig und willkürlich darstellen wird, was nach entsprechenden gerichtlichen Feststellungen einen weiteren Planungsprozess erfordert und erheblichen Zeitverzug für die Erreichung der Klimaziele bedeutet. **Priorisierung der bisherigen Vorranggebiete** Der aktuelle LEP-E geht als Grundsatz der Raumordnung davon aus, dass als Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen *„bevorzugt die Vorranggebiete Windenergie und Vorranggebiete Repowering der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land von 2020 [...] übernommen werden“,* Ziffer 4.5.1 Nr. 2 G LEP-E. Eine solche Vorgabe entbindet von einer Abwägung jeder einzelnen Vorranggebietsfestlegung nicht und kann konkrete Ermittlungs- und Prüfungspflichten nicht ersetzen. Insbesondere natur- und artenschutzrelevante tatsächliche Entwicklungen seit dem Abschluss der Planung 2020, aber auch andere raumbedeutsame Entwicklungen, können bei heutiger Bewertung dazu führen, dass ein seinerzeit zur Vorrangnutzung geeignetes Gebiet heute als ganz oder teilweise ungeeignet zu charakterisieren ist. Eine grundsätzliche Neuprüfung ist im Hinblick auf die zu erwartende Höhe der Anlagen erforderlich. Nach Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E ist der Vorranggebietsausweisung als sogenannte Referenzanlage eine solche mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde zu legen. Vor diesem Hintergrund werden auch die potentiellen Auswirkungen des Gebiets bestimmt. Die Referenzanlage der Planung 2020 ist hingegen eine Referenzanlage von 150 Metern Gesamthöhe mit einer Nabenhöhe von 100 Metern, einem Rotordurchmesser von 100 Metern und 3,2 MW Leistung, Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, Eckpunkte der neuen Windenergieplanung, Dezember 2023, S. 5. Die Gebiete sollen also grundsätzlich Anlagen von einer jedenfalls um 25% größeren Höhe und einer etwa 65 % höheren Leistung aufnehmen, wobei auch mit der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Referenzanlage ausdrücklich keine Höhenbegrenzung verbinden sein soll, sodass auch größere Anlagen in den Gebieten grundsätzlich zu verwirklichen sein sollen, Begründung zu Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E. Zu einer Eignung für derartige Anlagen treffen die bisherigen Vorranggebietsfestlegungen keine Aussage. Sie ist im Zuge der Teilfortschreibung der Regionalpläne erstmalig und jeweils im Einzelfall zu prüfen. Auf welcher Grundlage der LEP-E trotzdem davon ausgeht, *„dass WEA mit einem größeren Rotordurchmesser als 150 Metern dennoch entsprechenden Raum auf einem weitüberwiegenden Teil der Vorranggebiete Windenergie finden können“,* Begründung zu Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E, erklärt sich nicht. Ebenso ist nicht erkennbar, was im Zusammenhang hiermit heißen soll, die alten Gebiete seien „bevorzugt“ wieder auszuweisen. Dies kann sich nur auf Fälle beziehen, in denen eine Auswahl zwischen einem bisherigen und einem neuen Gebiet getroffen werden soll. Für sämtliche andere Belange hat der Hinweis – wie dargestellt – keine inhaltliche Aussagekraft. **Zum Wegfall der Höhenbegrenzungsmöglichkeit** Der Wegfall der Möglichkeit, in den gemeindlichen Planungen Höhenbegrenzungen vorzunehmen, stellt einen erheblichen Eingriff in Art. 28 Abs. 2 GG dar. Die bisherigen Feinsteuerungsmöglichkeiten der Gemeinden entfallen vollständig, sodass diese auf die Steuerung der Windkraft in ihrem Gemeindegebiet keinen Einfluss mehr nehmen können. Dies nimmt den Gemeinden die Möglichkeit, ihre Ortschaften vor negativen Einflüssen durch Windparks zu schützen. Das Genehmigungsregime nach § 6 BImSchG leistet insoweit nur einen Minimalschutz. Es stellt die Einhaltung des immissionsschutzrechtlichen Schutzgrundsatzes im Hinblick auf das Niveau zulässiger Schallimmissionen und Schattenwürfe sicher und überprüft die Vereinbarkeit mit sonstigen öffentlichen Vorschriften, die Gemeinden durch Ihre Bauleitplanung bislang allerdings gerade selber schaffen konnten. Ein gemeindlicher Schutz des Landschaftsbildes, besonderer touristischer Funktionen oder historischer Stadtansichten entfällt. Auch insoweit wird der Maßstab – zugunsten der Windenergie – auf strikte rechtliche Grenzen zurückgefahren, wie sie dann nur noch in § 13 Abs. 2 DSchG SH bestehen.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Zwar sollen nach Ziffer 4.5.1.5 G LEP-E bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Belange des Denkmalschutzes berücksichtigt werden. Dies ist aber schon keine Verpflichtung („soll“). Zudem wird eine ebensolche Berücksichtigung der kommunalen Planungsebene untersagt. Mit § 4 Abs. 1 DSchG SH setzt sich der LEP insoweit in unmittelbaren Widerspruch. Dort heißt es ausdrücklich: *„Die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sowie die Anforderungen des europäischen Rechts und der in Deutschland ratifizierten internationalen und europäischen Übereinkommen zum Schutz des materiellen kulturellen Erbes sind in die städtebauliche Entwicklung, Landespflege und Landesplanung einzubeziehen und bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen.“* Die Schaffung eines Ausgleichs zwischen der Windenergienutzung und dem Denkmalschutz – der regelmäßig durch die Vergrößerung von Abständen und durch Höhenbegrenzungen erreicht wird – soll auf der regionalplanerischen Ebene unterbleiben und wird auch den Gemeinden für die bauleitplanerische Ebene untersagt. Die Konfliktverlagerung auf die Genehmigungsebene ist unzulässig und berücksichtigt die Interessen der Gemeinden an dem Schutz ihre eigenen Orts- oder Landschaftsbildes nicht. Auch soweit *„in der späteren notwendigen Einzelfallprüfung von Vorranggebieten Windenergie Landschaftsschutzgebiete, Naturparke und regionale Grünzüge berücksichtigt werden“* sollen, Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, S. 72, wird den Kommunen untersagt, hierfür die nach ihrer eigenen Planungspolitik erforderlichen Festsetzungen zu treffen. Soweit für zahlreiche bisherige Vorranggebiete, u. a. das Gebiet LAU_067 in den Gemeinden Lütau und Basedow, schon jetzt – auf der Basis der „alten“ Referenzanlage – davon ausgegangen wird, dass es aufgrund von Belangen des Denkmalschutzes im Genehmigungsverfahren zu Höhenbeschränkungen kommen kann, vgl. Ziffer 5.7.3 LEP-Teilfortschreibung 2020 für den Planungsraum III, fragt sich zusätzlich, inwieweit die betroffenen Gebiete, wenn dies schon gegenüber der bisherigen weit niedrigeren Referenzhöhe einer Anlage angenommen wurde, überhaupt zur Leistung eines Beitrags im Sinne des WindBG in der Lage sind und/oder aufgrund der Risiken im Genehmigungsverfahren von Investoren nachgefragt werden. Solche Gebiete trotz der erkannten Konflikte zur formalen Erfüllung des Ausweisungsziels mit unbegrenzter Anlagenhöhe auszuweisen wäre nicht zuletzt ein Etikettenschwindel, der das Planungskonzept insgesamt beschädigt und daher unterlassen werden sollte.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ganz konkret verfolgen die Gemeinden Lütau und Basedow aktuell Verfahren zur Aufstellung von Sondergebieten für die Windenergienutzung mit Höhenbeschränkungen der Anlagen auf 150 m (5. Änderung des FNP und Bebauungsplan Nr. 6 der Gemeinde Lütau; 8. Änderung des FNP und Bebauungsplan Nr. 11 der Gemeinde Basedow) und haben hierzu aktuell im März 2022 (Basedow) bzw. im Juni 2023 (Lütau) entsprechende städtebauliche Verträge mit Investoren geschlossen. Jene Planungen können nach dem derzeitigen Entwurf des LEP mit dem Wegfall der Höhenbegrenzung nicht mehr fortgeführt werden. Es wird damit durch die Zielfestlegung eine „*hinreichend konkrete und verfestigte eigene Planung der Gemeinde nachhaltig gestört*“, was einen Eingriff in die Planungshoheit darstellt (vgl. OVG Schleswig, Urteil vom 7. Juni 2023 – 5 KN 35/21 –, Rn. 56, juris m. w. N), der aus den in dieser Stellungnahme genannten Gründen auch unverhältnismäßig ist. Die Vorgaben des Landesentwicklungsplans müssen infolge des grundlegenden Systemwechsels zum Schutz dieser konkreten Planung Stichtage in der Zukunft enthalten, bis zu denen im Verfahren befindliche Planungen jedenfalls im Wege der Zielabweichung zugelassen werden oder Zielabweichungsverfahren für bestehende Bauleitpläne nachträglich durchzuführen sind **Zu den Abstandsvorgaben, Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 und Nr. 2 LEP-E** Mit den als Zielen der Raumordnung formulierten Abstandsvorgaben von 800 m um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 Z) und 400 m um Einzelhäuser, Splittersiedlungen und Gewerbe (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 2 Z) übernimmt der LEP-E in etwa diejenigen Abstände, die die bisherige Teilfortschreibung als weiche Tabuzonen vorsah und die von der bisherigen Regionalplanung eingehalten wurden, Textteil des Regionalplans für den Planungsraum III in Schleswig-Holstein Kapitel 5.7 (Windenergie an Land) v. 29. Dezember 2020; Begründung zu 5.7.1 (1) bis (3). Mit der Beibehaltung der Mindestabstandswerte bei gleichzeitiger Vergrößerung der Anlagen ist eine erheblich veränderte Belastungslage verbunden. Hierzu äußert sich der LEP-E nicht. Auch zeigt § 249 Abs. 9 BauGB, dass eine Vergrößerung der Abstände auf bis zu 1.000 m bundesrechtlich für angemessen gehalten wird, soweit das Mengenziel weiterhin erfüllt wird. Vor diesem Hintergrund sollte den Gemeinden gestattet werden –	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	soweit nicht schon auf der landes- und regionalplanerischen Ebene größere Abstände vorgesehen werden, aus kommunalen Erwägungen heraus die Gebietsfestlegungen zu modifizieren. Dem siedlungsnahen Freiraumschutz kommt ein erhebliches Gewicht zu, das der LEP-E nicht ausreichend beachtet. Ortsangepasste Modifikationen können zudem nur auf der Ebene der kommunalen Planung geleistet werden. Auf etwaige Siedlungsbesonderheiten einzugehen, entspricht nicht der Ebene der Landes- oder Regionalplanung. Eine Notwendigkeit gemeindlicher Einflussnahme zum Schutz der eigenen Bevölkerung besteht erst recht im Falle einer Umfassung des Gemeindegebiets durch Windenergiegebiete. Eine solche „soll“ nach Ziffer 4.5.1.1 Nr. 7 G LEP-E zwar unterbleiben, wird aber landesplanerisch nicht ausgeschlossen und ist für die Gebiete LAU_067 (Vorranggebiet) und LAU_063 (Potenzialfläche), für die investorenseitig wohl ein Zusammenlegungswunsch besteht, auch konkret zu befürchten. **Zusammenfassung** **Die Vorgaben des LEP für die Regionalplanung schaffen Konflikte, die weder von ihr selbst, noch auf der Ebene der Regionalplanung gelöst werden. Zugleich wird den Gemeinden jegliche eigene Einflussmöglichkeit zum Schutz ihrer Ortschaften genommen. Die Planung ist daher abzulehnen.** **Die Ausweisung des Gebietes LAU_067 als Vorranggebiet muss in Anbetracht der Unmöglichkeit einer planerischen Höhenbegrenzung oder der Gebietsbegrenzung auf kommunaler Ebene insgesamt unterbleiben. Gleiches dürfte aus Gründen des Denkmalschutzes und aufgrund anderer schon bisher erkannter Konflikte für weitere bisherige Vorranggebiete gelten.** **Die Landesentwicklungsplanung muss diese Konsequenz, selbst dann, wenn sie nicht als feststehend, sondern nur als ernsthafte in Betracht kommende Möglichkeit aufzufassen sein sollte, in ihre eigenen Vorgaben ebenfalls einbeziehen, was sie bislang nicht tut. Eine abschließende Abwägung des Für und Wider des Wegfalls der Höhenbegrenzung hat daher auch für die Ebene der Landesentwicklungsplanung nicht ausreichend stattgefunden. Ein wirksames Ziel der Raumordnung wird mit dem Wegfall der Höhenfestsetzung insoweit nicht**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	begründet. **Auch vor dem Hintergrund der gegenüber der tatsächlich angestrebten Ausweisung etwa doppelt so hohen Potenzialfläche ist weder akzeptabel noch abwägungsgerecht, die Belange der Gemeinden aus dem Planungsprozess auszunehmen und ihnen jegliche planerischen Spielräume zu nehmen. Eine rechtlich zu ihren Lasten wirkende Situationsgebundenheit der Gemeinden besteht vor diesem Hintergrund und aufgrund der als gleichermaßen gut angenommenen Windhöffigkeit im gesamten Landesgebiet nur eingeschränkt.**	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1285	-------- Weitergeleitete Nachricht -------- **Betreff:** Informationen über Windkraftanlagen **Datum:** [redacted] **Von:** [redacted] **An:** windenergiebeteiligung@im.landsh.de Sehr geehrte Damen und Herren, anbei sende ich Ihnen erforschte Tatsachen die Windkraftanlagen betreffend. Als Mediziner fühle ich mich verpflichtet, Ihnen dies Informationen zukommen zu lassen. Bitte lesen Sie sie mit grösstmöglicher Offenheit.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.9, 7.2.14, 4.1, 7.2.1, 7.2.10, 7.3, 7.2.7 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] Rotorblätter sind aus Carbonfasern gefertigt. Diese sind fast so toxisch wie früher Asbest. Mikroplastik wird durch den Abrieb Tag und Nacht über tausende von Metern in Luft, Boden, Äckern, Früchten, Lungen, Tieren, Kartoffeln, Getreide und Wild und Mensch verteilt. Mikroplastik ist nicht verstoffwechselbar. Der Verzehr von Wildschweinleber ist aus diesem direkten Grund inzwischen gesetzlich verboten. Für den Betriebszeitraum von ca 20 Jahren rechnet man mit 400 000 Tonnen Plastikabfall durch verbrauchte Rotorblätter. Diese werden zerkleinert einfach in dem Boden vergraben. Weltweit errechnet sich ein Abfallgewicht von ca 782.000 Tonnen bis 2044. Die Umweltbelastung ist unbeschreiblich. Ca 1 Hektar Boden wird pro Windrad ausgetrocknet und landwirtschaftlich unbrauchbar gemacht. Die in unserem Fall 125,2 Ha werden ausgetrocknet und mit PFAS für Jahrzehnte verseucht. Es wäre besser hier Bäume anzupflanzen. 96 Vogelarten ziehen durch das angegebene Gebiet in einer Höhe zwischen 50 und 150 Metern. Die Rotorblatthöhe der geplanten Windräder wird vom Hersteller mit Sage und Schreibe 250 Metern angegeben!! Der Turm in Laboe hat eine Höhe von ca 70 Metern. Für eine solche Gewichtslast müssen hunderte von Tonnen an Stahl und Beton tief ins Erdreich versenkt werden um Stabilität zu gewährleisten. Kein Unternehmen würde aus eigener Kraft Windräder bauen. Warum? Weil Windkraft völlig unrentabel ist. Die Baukosten von ca 8-9 Millionen Euro pro Rad wird vor allem durch die Entwendung / Zuwendung unserer Steuern ermöglicht. Dies völlig unwirtschaftliche Konzept wird nur durch „Subventionen“ ermöglicht In den Anlagen wird das Gas Sulfhexafluorid (SF6) verbaut. Dessen pharmakologische Wirkung ist 22 800 mal so toxisch wie eine gleiche Menge von CO2. Die anschliessende Landschaftszerstörung durch die Verlegung von Stromleitungen ist noch gar nicht ausgewiesen und bedacht.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	In unseren Körpern befindet sich ein Gefässnetz von ca 90 000 Kilometern Länge, wenn man alle arteriellen und venösen Gefässe -auch die kleinsten -aneinanderreiht! Unsere Körper sind ein Wunder der Natur und sind ebenso schützenswert wie die sog. Umwelt. Diese Gefässe sind mit Zellen ausgestattet, dem sog. Endothel. Dort findet der Austausch von O2 und CO2, Säuren, Basen und Zellwasser statt. Dieser Austausch wird Tag und Nacht nachweislich durch die Tiefenvibration so stark gestört, dass Embryos geschädigt werden und Hochdruck, Schlafstörungen u.a. die Folgen sein können. Unsere Re-gierung schaltete die Atomanlagen ab. Gleichzeitig finanzieren wir in Tschechien, Finnland und Frankreich Atomanlagen! Wir sehen uns einer reinen Lobby gegenüber für deren Gewinne wir alle zahlen sollen. In Frankreich (ca 80 % des Strombedarfs wird dort aus Atomstrom sichergestellt) wurden alle Genehmigungen - auch rückwirkend - für Windkraftanlagen zurückgezogen. Das windstärkste Land der Welt - Island - hat lediglich 2 Windräder. Warum? Bei Windstärke 6 erzeugt 1 Quadratmeter Rotorfläche 600 Watt. Der Wirkgrad tatsächlich verfügbarer Energie beträgt aber nur 0,48, also etwa die Hälfte. Es werden also nur 300 Watt erzeugt, bei Windstärke 3 nur lächerliche 150 Watt!. Bei Windstille gar nichts. Im Winter droht durch Eisabwurf für die Bevölkerung Verletzungsgefahr. Die optische Zerstörung eines der schönsten Landschaften dieses Landes würde bei Bau der Anlage für mindestens 20 Jahre festgeschrieben werden. -- [redacted] ********** Facharzt für Anästhesie* Maritime Medizin* Klinische Hypnose* [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1449	Sehr geehrte Zuständige, es geht um die geplanten Windparks in und um 24631 LANGWEDEL Wir lehnen die beschleunigte Raumverträglichkeitesprüfung ab und fordern eine	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2, 2.3, 2.5, 4.20, 7.1.3, 7.1.5, 7.1.7, 7.2.5, 7.2.9, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verlängerung der Abgabefrist der Stellungnahmen um mind. 6 Monate. Die direkten Anwohner (2-3 km) also fast die gesamte Gemeinde sollte am Genehmigungsverfahren beteiligt werden. informationen sind sehr dürftig! Grundsätzlich sollten WKA´s erst genehmigt werden dürfen, wenn sich gestellt ist, dass der Strom auch eingespeisst werden kann! Dies sollte für ganz Deutschland gelten! Es kann auch nicht sein, dass Natur zerstört wird im Namen der erneuerbaren Energie ..., dass ist doch ein Widerspruch in sich... Windkraft ist sicher eine gute Alternative zu anderen Stromerzeugern aber bitte mit Abstand und Anstandt Hier kommt der nächste Punkt, die Abstände müssen auf mind. 1000m erweitert werden, auch auf Grund von Havariefällen. Hier ist ja eine Region mit viel Wind. Darüber hat noch niemand gesprochen ... Flora und Fauna sind auch auf einmal nicht mehr Schützenswert. Hier leben Rotmilan, Wespen bussard, Zwergschwan und viele viele mehr Der Gutachter vom Land ist 8-12 Stunden vor Ort und beurteilt danach die Situation. Wir und die Tierwelt leben hier seit Generationen Fällt hierzu etwas auf...??? Was ist mit Schadstoffen beim Aufbau, Betrieb und Entsorgung nach 20 Jahren der WKA´s? PFAS ...? Sicherlich gibt es geeignetere Standorte als direkt an einer Gemeinde. Bokel, Blunk und andere ähnliche Standorte sind ebenfalls ungünstig. Wir hoffen, unsere Bedenken werden erhört und umgesetzt. Freundliche Grüße von der Familie [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2798	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich fordere, dass Windkraftanlagen nur genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann. Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für ALLE Menschen gilt, egal ob Stadt, Dorf, Splittersiedlung oder Einzelhaus - 1500m! Ich fordere, dass ein Havariefall z.B. Brand, Rotorbruch etc. durch ausreichende Abstände von mind. 1500m abgesichert ist. Mir ist es wichtig, dass der Naturschutz beachtet wird. Naturschutzgebiete sollen erhalten bleiben. Keine Abholzung von Bäumen, für die Errichtung von Windkrafträdern. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.5, 2.1, 7.2.7, 4.2 und 7.2.14 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2054	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 4.20, 4.2, 7.2.9, 7.3 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten wie z.b. Rotmilan, Seeadler Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, Hoch- u. Niedermoorflächen, Biotopverbundflächen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergiegewinnung ausgeschlossen werden. • Es bereitet mir Sorgen, dass die landwirtschaftlich genutzten Flächen (Produktion von Lebensmitteln) durch den Mikroplastikabrieb der Rotorblätter kontaminiert werden, ebenso wie das Trinkwasser verunreinigt würde • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität und Gefährdung der Gesundheit durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ausdrücklich ab • Ich beantrage eine Fristverlängerung für die Abgabe der Stellungnahmen auf 6 Monate (Urlaubszeit). Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1197	Betreffend Kapitel 5 Karte 8-11 möchte ich darauf hinweisen, dass das Moor in Floggensee, Gemeinde Neritz sowie der Flusslauf der Norderbeste und des Urstromtals von Floggensee nach Fischbek als wichtiges Biotop (von u.a. Unken und Glühwürmchen) nicht auftaucht. Walschnepfe, Schwarzspecht, Uhu, Waldkauz, Kolkrabe, Milan, Seeadler, Sperber und Rohrweihe sowie Stare und Rauchschwalben brüten bzw. leben hier, in den Wiesen von Neritz bleiben seit einigen Jahren auch Kraniche im Winter. Der Storch scheint in den Karten aufgenommen). Zudem beobachten wir hier seit Jahren das Durchziehen verschiedener Gänsearten und	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kraniche im Frühling und Herbst in Nord-Südrichtung über Floggensee. Aus der Schornsteinverkleidung des Nachbarn haben wir etwa 120 Fledermäuse ausfliegen sehen. Die Landschaft Floggensee nach Sülfeld ist auch durch die Urnengrabhügel (s. auch Museum Bad Oldesloe) als solche zu erhalten. Dieses Gebiet muss unbedingt frei bleiben von weiterer Bedrohung des Kulturlandschaft- und Lebensraumes schützenswerter Fauna durch Windkraftanlagen und dringend in den Karten als schützenswertes Gebiet aufgenommen werden! [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2769	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte Störung der Flugrouten der Luftrettung. Ich bin daran interessiert, dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwichen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet wird. Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. Ich möchte dass die vorhandenen Naturschutzebiete – Naturparkflächen nicht zerstört	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.3, 7.1.1, 4.5, 4.8, 4.2, 4.20, 7.2.9, 7.2.12, 7.1.8 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, der Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). Ich möchte dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich in einer ökopolitisch ausgerichtende Wirtschaft es floriert (Nachhaltigkeit um Sinne der zirkulären Prozesse und des Verzichts) die eben auch einen geringeren Energiebedarf ainschließen größere Chancen für eine Lebenswerte Zukunft. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2768	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Ablehnung zur Ausweisung der Flächen PR3 SEG014, PR3 SEG015, PR SEG020, PR 3 SEG 021	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 7.2.12, 3.15, 4.20, 7.2.9, 7.3, 7.2.8, 7.2.11, 4.5, 5.9, 3.17 und 7.2.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Es ist mir wichtig, die Natur und den Erholungsraum für die einheimische Bevölkerung, deren Kinder und Kindeskinder sowie für den Tourismus intakt zu halten um Abwanderung und somit auch finanzielle Einbußen abzuwenden. 2. Wichtig das geschützte Großvogelarten weiterhin hier ihren Lebensraum und ihre Brutmöglichkeiten haben 3. Ich habe Angst das meine und die Gesundheit der Mitbürger durch Mikroplastikabrieb, Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall dauerhaft beeinträchtigt wird. Eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen ist auch nicht auszuschließen. Weiterhin werden Immobilie, auch die meinige an Wert verlieren die ja als Altersabsicherung gedacht sind. 4. Das Biotopverbundsystem, Moor- und Niederungsflächen, Landschaftsschutzgebiete die sehr wichtig für unser Klima sind müssen erhalten, ausgebaut und geschützt werden. 5. Der Weitblick in unsere Landschaftsräume wie Knicklandschaft und Seen muß erhalten bleiben. 6. Wenn Windkraftanlagen, dann nur punktuell und nicht verstreut in die gesamte Landschaft und im Havariefall, wie z.B. Brandausbreitung in ausreichenden Abständen zu Wohnhäusern mit einem mindest Abstand von 1500 Metern. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2766	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1, 4.8, 4.20, 4.14, 4.15, 7.2.12, 4.5, 7.3, 7.2.8, 7.2.7,

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für Einzelhäuser UND Splittersiedlungen gilt (mind. 800m) • Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, gr. Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Daher will ich dass die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren, wieder eingeführt werden! • Desweiteren möchte ich, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergienutzung ausgeschlossen werden. • Ich möchte, das überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten bleiben. • Und ich möchte dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) von Schleswig-Holstein unbeeinträchtigt bleiben. • Das Biotopverbundsystem, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, sollte weiterentwickelt und geschützt werden. • Ich sehe in der Fortschreibung 2021 der Windenergie an Land eine Beeinträchtigung der Lebensqualität nicht nur durch Schattenwurf, Blinklichter, sondern auch durch Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. • Darüber hinaus halte ich es für wesentlich dass ein möglicher Havariefall (z.B. Brand, technische Defekte etc) durch ausreichende Abstände von mind. 1500m	7.1.5 und 7.1.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zu Wohngebäuden abgesichert wird. • Ich lehne außerdem die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab und fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1196	**Stellungnahme zur Potenzialfläche**[redacted] **Betroffene Gemeinden: Stoltenberg, Fargau-Pratjau, Höhndorf-Gödersdorf** Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2024 möchten wir auf zwei wesentliche Punkte eingehen, die uns als Anwohner und Eigentümer potentieller Windvorrangflächen in den betroffenen Gemeinden besonders wichtig sind: **1. Abstandsregelung für Brutstätten des Rotmilans** **Problemstellung:** Die derzeit in Schleswig-Holstein festgelegte Abstandsregelung von 1500 Metern zwischen Windkraftanlagen und den Brutstätten des Rotmilans übersteigt die bundesweit empfohlene Distanz von 1200 Metern. • **Einschränkung des Flächenpotenzials:** Durch diese strenge Regelung werden die Flächen für den Bau neuer Windkraftanlagen unnötig begrenzt. Dies behindert den dringend notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien und erschwert das Erreichen der Klimaziele. • **Fehlende Notwendigkeit:** Wissenschaftliche Untersuchungen, die dem bundesweiten Mindestabstand von 1200 Metern zugrunde liegen, bieten eine ausgewogene Lösung zwischen Artenschutz und der Notwendigkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien. Die höhere Distanz von 1500 Metern in Schleswig-Holstein steht im Widerspruch zu diesen Erkenntnissen und	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* und *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* sowie auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 4.20, 6.1 und 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erscheint übertrieben. **Forderung:** Wir sprechen uns für eine Anpassung der Abstandsregelung auf 1200 Meter aus, um eine bessere Balance zwischen dem Schutz des Rotmilans und der Förderung der Energiewende zu erreichen. Zudem wird durch zwischenzeitlich verfügbare und erprobte technische Einrichtungen an Windkraftanlagen (AKS) die Gefährdung von Großvögeln soweit reduziert, dass eine Reduzierung des Horstabstandsradius auf 1200 m angemessen und vertretbar ist. **2. Denkmalschutz: Hügelgrab in Stoltenberg (Gemarkung Ottenhof)** **Problemstellung:** Der Schutzradius um das Hügelgrab in der Gemeinde Stoltenberg beträgt derzeit 500 Meter (landesplanerischer Grundsatz), was den Bau von Windkraftanlagen in der Umgebung einschränkt. • **Geringe touristische Relevanz:** Das Hügelgrab in Stoltenberg ist touristisch nicht erschlossen und hat keine einzigartige historisch/archäologische Bedeutung. • **Sichtbeziehungen sind nicht relevant,** da sich das Hügelgrab in einer Bodensenke befindet und keine weite Ausstrahlungskraft entfaltet. • **Unverhältnismäßigkeit im Vergleich zu Siedlungsabständen:** Während für das Hügelgrab ein Schutzradius von 500 Metern gilt, beträgt der Siedlungsabstand im Außenbereich nur 400 Meter. Dies erscheint unverhältnismäßig und sollte überdacht werden. • Schließlich wird auf das Urteil des **OVG Rheinland-Pfalz vom 15.08.2024** verwiesen (Az.: 1 a 10604/23. OVG). In dem Urteil geht es zwar um einen Solarzaun an einem denkmalgeschützten Gebäude. Es wird jedoch eindeutig festgestellt, dass Belange des Denkmalschutzes hinter dem überragenden öffentlichen und sicherheitspolitischen Interesse am Ausbau Erneuerbarer Energien zurückzustehen haben. **Forderung:** Eine pauschale Festlegung von Schutzradien ohne Berücksichtigung z.B. von	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sichtbeziehungen sowie der individuellen Bedeutung und Einzigartigkeit eines Denkmals ist unseres Erachtens nicht sachgerecht. Es wird angeregt, das Kriterium auf Ebene der Landesplanung zu streichen und den Belang des Denkmalschutzes auf die Genehmigungsebene zu verlagern, damit dort eine individuelle Abwägung erfolgen kann. Sofern das Denkmalschutz-Kriterium auf Ebene der Landesplanung grundsätzlich aufrechterhalten werden muss und eine landesweit einheitliche Regelung erforderlich sein sollte, wird eine Reduzierung des Schutzradius auf 250 Meter für angemessen erachtet. Das würde einen tragbaren Kompromiss zwischen Förderung des Ausbaus der Windkraft und der Bewahrung des historischen Erbes darstellen. **Schlussbemerkung:** Wir bitten darum, diese beiden Punkte im weiteren Verlauf der Planungen zu berücksichtigen, um eine ausgewogene und zukunftsorientierte Entwicklung der Windenergie in Schleswig-Holstein zu gewährleisten. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Stadt Flensburg ID: M1382	Karte Potenzialflächen Windenergie SH auf Ihrer Homepage Sehr geehrte Damen und Herren, auf Ihrer Homepage zum Thema Windenergienutzung (Räumliche Steuerung) bilden Sie in ‚einer Karte die Fläche ab, die nach Anwendung der Ausschlusskriterien zur Auswahl und Festlegung von Windenergiegebieten praktisch zur Verfügung steht und stellen die Geodaten zur Herleitung zur Verfügung. Auch wenn diese Informationen nicht Bestandteil der zzt. noch laufenden formalen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Entwurf des neuen LEP Windenergie sind, möchten wir gerne zu der Fläche, die sich an der.östlichen Stadtgrenze auf den Gebieten der Stadt Flensburg sowie der Gemeinde Hürup, OT Maasbüll, befindet, Stellung nehmen. In der als Anlage beigefügten Karte sind die für diese Fläche relevanten Abstandsradien auf "dem Stadtgebiet von 400 m für Wohnbebauung im Außenbereich und 1.000 m zum Stadtgebiet Flensburgs eingezeichnet. Wie man daraus ersehen kann, wird der erforderliche 1.000 m Abstand zum zusammenhängenden Siedlungsgebiet der Stadt (Ortsteil Tarup) bei der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Flächenausweisung nicht eingehalten. Etwa die Hälfte der Fläche auf Stadtgebiet (rd. 20.000 m?, 2 ha) sowie ein geringer Teil auf dem Gemeindegebiet Hürup, OT Maasbüll liegt innerhalb der Schutzabstandsfläche und müsste u.E. entfallen. Auf dem Stadtgebiet verbleibt eine kleine Teilfläche von rd. 20.100 m?, 2 ha, die nicht betroffen wäre. Das begrenzte Stadtgebiet und die Fülle an Anforderungen und Nutzungen, die das wachsende Oberzentrum Flensburg organisieren muss, bedingen eine hohe Flächenkonkurrenz. Bei jeder Neuinanspruchnahme von Fläche muss deshalb eine sorgfältige Prüfung, insbesondere hinsichtlich multifunktionaler Flächennutzungen erfolgen, um auch langfristig die Deckung aktueller Bedarfe und Entwicklungsreserven zu ermöglichen. Diese Besonderheit des Oberzentrums Flensburg sollte bei der Flächenprüfung, ob die verbleibende Flensburger Fläche zur Erfüllung der Ausweisung der erforderlichen 3,0 bis 3,3 % Landesfläche als Vorranggebiet Windenergie erforderlich ist, Berücksichtigung finden. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted] Fachbereichsleitung	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1195	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchten wir wie folgt Stellung beziehen und folgende Eingabe machen: Im aktuellen Entwurf ist als Ziel Nr. 2 ein 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich vorgesehen: "Die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA sind in einem Umgebungsbereich von 400 Metern um Einzelhäuser und Splittersiedlungen sowie innerhalb dieser im Außenbereich ausgeschlossen. Ebenso sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in Gewerbegebieten nach § 8 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) und in einem Umgebungsbereich von 400 Metern um Gewerbegebiete in Bereichen gemäß § 30 und § 34 BauGB, um Sondergebiete mit gewerblicher Nutzung und um planerisch verfestigte Gewerbeflächenausweisungen	Der Anregung wird nicht gefolgt. Die Landesplanung hat mittlerweile ein Verfahren für die Umsetzung von Wohnnutzungsaufgaben entwickelt, welches das Risiko für die Eigentümer der Immobilien minimiert.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausgeschlossen. Ausgenommen sind Industriegebiete nach § 9 BauNVO sowie sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO, in denen die Errichtung raumbedeutsamer WEA zugelassen ist." Aus unserer Sicht wäre es zielführend den Text dahingehend zu ergänzend, dass das Ende der Formulierung des Ziels wie folgt lautet: "Ausgenommen sind auch Umgebungsbereiche von 400 Metern um Einzelhäuser, wenn zum Zeitpunkt der Abwägung durch eine Baulasteintragung die Aufgabe der Wohnnutzung für den Fall der Ausweisung im Regionalplan bereits eingetragen wurde." Damit wäre sichergestellt, dass Wohnhäuser erst dann abgerissen werden, wenn die Ausweisung eines Windvorranggebietes sichergestellt ist. Andernfalls werden sich viele, an einer Wohnrechtsaufgabe Interessierte, gegen eine Wohnnutzungsaufgabe entscheiden, was den Zielen der Landesplanung widersprechen dürfte. Freundliche Grüße, [redacted] **Geschäftsführer** [redacted]	
Institution: Stadt	Stellungnahme der Gemeinde Basedow zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel),*

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Lauenburg - Amt Lütau, Stadtentwicklung und Ordnung Planung und Bauberatung ID: M1364	2021, Erster Entwurf Juni 2024 Der Entwurf des Landesentwicklungsplanes (LEP-E) verfolgt das nachvollziehbare Ziel, die Vorgaben des Gesetzes zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (WindBG) nicht nur sicher zu erreichen, sondern aus eigener klima- und energiepolitischer Verantwortung überzuerfüllen. Der vorliegende Entwurf will dies allerdings auf Kosten der Gemeinden erreichen, indem er die bauleitplanerische Konkretisierung der übergeordneten Windenergieplanung weitgehend ausschließt. Ein solches Vorgehen ist durch das WindBG nicht vorgegeben. Vielmehr können nach dessen Konzeption selbstverständlich auch Abstände und Höhenbegrenzungen vorgesehen werden; lediglich nicht für diejenigen Gebiete, die zur Erreichung des Mindestziels beitragen sollen. Damit, dass die Landesregierung eine ortsangepasste Windenergieplanung auf der kommunalen Ebene ausschließt, eröffnet sie eine Fehlerhaftigkeit in zwei Richtungen: entweder muss auf die Gebiete, die eine Anpassung benötigen, insgesamt verzichtet werden, sodass auch deren potentieller Beitrag zur Energiewenden ausgeschlossen wird, oder – was wohl derzeit beabsichtigt sein dürfte – auch solche Gebiete werden unter den Prämissen des LEP-E in die Regionalplanung übernommen, die sich dann als unverhältnismäßig und willkürlich darstellen wird, was nach entsprechenden gerichtlichen Feststellungen einen weiteren Planungsprozess erfordert und erheblichen Zeitverzug für die Erreichung der Klimaziele bedeutet. Priorisierung der bisherigen Vorranggebiete Der aktuelle LEP-E geht als Grundsatz der Raumordnung davon aus, dass als Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen „bevorzugt die Vorranggebiete Windenergie und Vorranggebiete Repowering der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land von 2020 [...] übernommen werden“, Ziffer 4.5.1 Nr. 2 G LEP-E. Eine solche Vorgabe entbindet von einer Abwägung jeder einzelnen Vorranggebietsfestlegung nicht und kann konkrete Ermittlungs- und Prüfungspflichten nicht ersetzen. Insbesondere natur- und artenschutzrelevante tatsächliche Entwicklungen seit dem Abschluss der Planung 2020, aber auch andere raumbedeutsame Entwicklungen, können bei heutiger Bewertung dazu führen, dass ein seinerzeit zur Vorrangnutzung geeignetes Gebiet heute als ganz oder teilweise ungeeignet zu charakterisieren ist. Eine grundsätzliche Neuprüfung ist im Hinblick auf die zu erwartende Höhe der Anlagen erforderlich. Nach Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E ist der Vorranggebietsausweisung als	*4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* und *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 1.2, 1.5, 2.2 bis 2.5, 2.11, 6.1, 7.1.1 sowie 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sogenannte Referenzanlage eine solche mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde zu legen. Vor diesem Hintergrund werden auch die potentiellen Auswirkungen des Gebiets bestimmt. Die Referenzanlage der Planung 2020 ist hingegen eine Referenzanlage von 150 Metern Gesamthöhe mit einer Nabenhöhe von 100 Metern, einem Rotordurchmesser von 100 Metern und 3,2 MW Leistung, Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, Eckpunkte der neuen Windenergieplanung, Dezember 2023, S. 5. Die Gebiete sollen also grundsätzlich Anlagen von einer jedenfalls um 25% größeren Höhe und einer etwa 65 % höheren Leistung aufnehmen, wobei auch mit der Referenzanlage ausdrücklich keine Höhenbegrenzung verbinden sein soll, sodass auch größere Anlagen in den Gebieten grundsätzlich zu verwirklichen sein sollen, Begründung zu Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E. Zu einer Eignung für derartige Anlagen treffen die bisherigen Vorranggebietsfestlegungen keine Aussage. Sie ist im Zuge der Teilfortschreibung der Regionalpläne erstmalig und jeweils im Einzelfall zu prüfen. Auf welcher Grundlage der LEP-E trotzdem davon ausgeht, „dass WEA mit einem größeren Rotordurchmesser als 150 Metern dennoch entsprechenden Raum auf einem weitüberwiegenden Teil der Vorranggebiete Windenergie finden können“, Begründung zu Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E, erklärt sich nicht. Ebenso ist nicht erkennbar, was im Zusammenhang hiermit heißen soll, die alten Gebiete seien Seite 2 von 4 „bevorzugt“ wieder auszuweisen. Dies kann sich nur auf Fälle beziehen, in denen eine Auswahl zwischen einem bisherigen und einem neuen Gebiet getroffen werden soll. Für sämtliche andere Belange hat der Hinweis – wie dargestellt – keine inhaltliche Aussagekraft. Zum Wegfall der Höhenbegrenzungsmöglichkeit Der Wegfall der Möglichkeit, in den gemeindlichen Planungen Höhenbegrenzungen vorzunehmen, stellt einen erheblichen Eingriff in Art. 28 Abs. 2 GG dar. Die bisherigen Feinsteuerungsmöglichkeiten der Gemeinden entfallen vollständig, sodass diese auf die Steuerung der Windkraft in ihrem Gemeindegebiet keinen Einfluss mehr nehmen können. Dies nimmt den Gemeinden die Möglichkeit, ihre Ortschaften vor negativen Einflüssen durch Windparks zu schützen. Das Genehmigungsregime nach § 6 BImSchG leistet insoweit nur einen Minimalschutz. Es stellt die Einhaltung des immissionsschutzrechtlichen Schutzgrundsatzes im Hinblick auf das Niveau zulässiger Schallimmissionen und Schattenwürfe sicher und überprüft die Vereinbarkeit mit sonstigen öffentlichen Vorschriften, die Gemeinden durch Ihre Bauleitplanung bislang	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	allerdings gerade selber schaffen konnten. Ein gemeindlicher Schutz des Landschaftsbildes, besonderer touristischer Funktionen oder historischer Stadtansichten entfällt. Auch insoweit wird der Maßstab – zugunsten der Windenergie – auf strikte rechtliche Grenzen zurückgefahren, wie sie dann nur noch in § 13 Abs. 2 DSchG SH bestehen. Zwar sollen nach Ziffer 4.5.1.5 G LEP-E bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die Belange des Denkmalschutzes berücksichtigt werden. Dies ist aber schon keine Verpflichtung („soll“). Zudem wird eine ebensolche Berücksichtigung der kommunalen Planungsebene untersagt. Mit § 4 Abs. 1 DSchG SH setzt sich der LEP insoweit in unmittelbaren Widerspruch. Dort heißt es ausdrücklich: „Die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sowie die Anforderungen des europäischen Rechts und der in Deutschland ratifizierten internationalen und europäischen Übereinkommen zum Schutz des materiellen kulturellen Erbes sind in die städtebauliche Entwicklung, Landespflege und Landesplanung einzubeziehen und bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen.“ Die Schaffung eines Ausgleichs zwischen der Windenergienutzung und dem Denkmalschutz – der regelmäßig durch die Vergrößerung von Abständen und durch Höhenbegrenzungen erreicht wird – soll auf der regionalplanerischen Ebene unterbleiben und wird auch den Gemeinden für die bauleitplanerische Ebene untersagt. Die Konfliktverlagerung auf die Genehmigungsebene ist unzulässig und berücksichtigt die Interessen der Gemeinden an dem Schutz ihre eigenen Orts- oder Landschaftsbildes nicht. Auch soweit „in der späteren notwendigen Einzelfallprüfung von Vorranggebieten Windenergie Landschaftsschutzgebiete, Naturparke und regionale Grünzüge berücksichtigt werden“ sollen, Anlage 3 zu § 1 der LEPWindVO: Umweltbericht, S. 72, wird den Kommunen untersagt, hierfür die nach ihrer eigenen Planungspolitik erforderlichen Festsetzungen zu treffen. Soweit für zahlreiche bisherige Vorranggebiete, u. a. das Gebiet LAU_067 in den Gemeinden Lütau und Basedow, schon jetzt – auf der Basis der „alten“ Referenzanlage – davon ausgegangen wird, dass es aufgrund von Belangen des Denkmalschutzes im Genehmigungsverfahren zu Höhenbeschränkungen kommen kann, vgl. Ziffer 5.7.3 LEP-Teilfortschreibung 2020 für den Planungsraum III, fragt sich zusätzlich, inwieweit die betroffenen Gebiete, wenn dies schon gegenüber der bisherigen weit niedrigeren Referenzhöhe einer Anlage angenommen wurde, überhaupt zur Leistung eines Beitrags im Sinne des WindBG in der Lage sind und/oder aufgrund der Risiken im	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Genehmigungsverfahren von Investoren nachgefragt werden. Solche Gebiete trotz der erkannten Konflikte zur formalen Erfüllung des Ausweisungsziels mit unbegrenzter Anlagenhöhe auszuweisen wäre nicht zuletzt ein Etikettenschwindel, der das Planungskonzept insgesamt beschädigt und daher unterlassen werden sollte. Ganz konkret verfolgen die Gemeinden Lütau und Basedow aktuell Verfahren zur Aufstellung von Sondergebieten für die Windenergienutzung mit Höhenbeschränkungen der Anlagen auf 150 m (5. Änderung des FNP und Bebauungsplan Nr. 6 der Gemeinde Lütau; 8. Änderung des FNP und Bebauungsplan Nr. 11 der Gemeinde Basedow) und haben hierzu aktuell im März 2022 (Basedow) bzw. im Juni 2023 (Lütau) entsprechende städtebauliche Verträge mit Investoren geschlossen. Jene Planungen können nach dem derzeitigen Entwurf des LEP mit dem Wegfall der Höhenbegrenzung nicht mehr fortgeführt werden. Es wird damit durch die Zielfestlegung eine „hinreichend konkrete und verfestigte eigene Planung der Gemeinde nachhaltig gestört“, was einen Eingriff in die Planungshoheit darstellt (vgl. OVG Schleswig, Urteil vom 7. Juni 2023 – 5 KN 35/21 –, Rn. 56, juris m. w. N), der aus den in dieser Stellungnahme genannten Gründen auch unverhältnismäßig ist. Die Vorgaben des Landesentwicklungsplans müssen infolge des grundlegenden Systemwechsels zum Schutz dieser konkreten Planung Stichtage in der Zukunft enthalten, bis zu denen im Verfahren befindliche Planungen jedenfalls im Wege der Zielabweichung zugelassen werden oder Zielabweichungsverfahren für bestehende Bauleitpläne nachträglich durchzuführen sind Zu den Abstandsvorgaben, Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 und Nr. 2 LEP-E Mit den als Zielen der Raumordnung formulierten Abstandsvorgaben von 800 m um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 Z) und 400 m um Einzelhäuser, Splittersiedlungen und Gewerbe (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 2 Z) übernimmt der LEP-E in etwa diejenigen Abstände, die die bisherige Teilfortschreibung als weiche Tabuzonen vorsah und die von der bisherigen Regionalplanung eingehalten wurden, Textteil des Regionalplans für den Planungsraum III in Schleswig-Holstein Kapitel 5.7 (Windenergie an Land) v. 29. Dezember 2020; Begründung zu 5.7.1 (1) bis (3). Mit der Beibehaltung der Mindestabstandswerte bei gleichzeitiger Vergrößerung der Anlagen ist eine erheblich veränderte Belastungslage verbunden. Hierzu äußert sich der LEP-E nicht. Auch zeigt § 249 Abs. 9 BauGB, dass eine Vergrößerung der Abstände auf bis zu 1.000 m bundesrechtlich für angemessen gehalten wird, soweit das Mengenziel	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	weiterhin erfüllt wird. Vor diesem Hintergrund sollte den Gemeinden gestattet werden – soweit nicht schon auf der landes- und regionalplanerischen Ebene größere Abstände vorgesehen werden, aus kommunalen Erwägungen heraus die Gebietsfestlegungen zu modifizieren. Dem siedlungsnahen Freiraumschutz kommt ein erhebliches Gewicht zu, das der LEP-E nicht ausreichend beachtet. Ortsangepasste Modifikationen können zudem nur auf der Ebene der kommunalen Planung geleistet werden. Auf etwaige Siedlungsbesonderheiten einzugehen, entspricht nicht der Ebene der Landes- oder Regionalplanung. Eine Notwendigkeit gemeindlicher Einflussnahme zum Schutz der eigenen Bevölkerung besteht erst recht im Falle einer Umfassung des Gemeindegebiets durch Windenergiegebiete. Eine solche „soll“ nach Ziffer 4.5.1.1 Nr. 7 G LEP-E zwar unterbleiben, wird aber landesplanerisch nicht ausgeschlossen und ist für die Gebiete LAU_067 (Vorranggebiet) und LAU_063 (Potenzialfläche), für die investorenseitig wohl ein Zusammenlegungswunsch besteht, auch konkret zu befürchten. Zusammenfassung Die Vorgaben des LEP für die Regionalplanung schaffen Konflikte, die weder von ihr selbst, noch auf der Ebene der Regionalplanung gelöst werden. Zugleich wird den Gemeinden jegliche eigene Einflussmöglichkeit zum Schutz ihrer Ortschaften genommen. Die Planung ist daher abzulehnen. Die Ausweisung des Gebietes LAU_067 als Vorranggebiet muss in Anbetracht der Unmöglichkeit einer planerischen Höhenbegrenzung oder der Gebietsbegrenzung auf kommunaler Ebene insgesamt unterbleiben. Gleiches dürfte aus Gründen des Denkmalschutzes und aufgrund anderer schon bisher erkannter Konflikte für weitere bisherige Vorranggebiete gelten. Die Landesentwicklungsplanung muss diese Konsequenz, selbst dann, wenn sie nicht als feststehend, sondern nur als ernsthafte in Betracht kommende Möglichkeit aufzufassen sein sollte, in ihre eigenen Vorgaben ebenfalls einbeziehen, was sie bislang nicht tut. Eine abschließende Abwägung des Für und Wider des Wegfalls der Höhenbegrenzung hat daher auch für die Ebene der Landesentwicklungsplanung nicht ausreichend stattgefunden. Ein wirksames Ziel der Raumordnung wird mit dem Wegfall der Höhenfestsetzung insoweit nicht begründet. Auch vor dem Hintergrund der gegenüber der tatsächlich angestrebten Ausweisung etwa doppelt so hohen Potenzialfläche ist weder akzeptabel noch abwägungsgerecht, die Belange der Gemeinden aus dem Planungsprozess auszunehmen und ihnen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	jegliche planerischen Spielräume zu nehmen. Eine rechtlich zu ihren Lasten wirkende Situationsgebundenheit der Gemeinden besteht vor diesem Hintergrund und aufgrund der als gleichermaßen gut angenommenen Windhöffigkeit im gesamten Landesgebiet nur eingeschränkt.	
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1194	**Abwägungsbereich für die Potenzialfläche: „Hedwigenkoog“** Wir begrüßen die Aufnahme einer Potentialfläche mit ca. 213 ha Größe für die Windenergienutzung nördlich der Ortschaft Westerdeichstrich und westlich bzw. nordwestlich der Gemeinde Reinsbüttel. Wir befürworten die Aufnahme der Fläche für die Errichtung von Windenergieanlagen ausdrücklich. Es handelt sich bei dieser Fläche um ein derzeit bestehendes Vorranggebiet (PR3_DIT_049) für die Windenergienutzung. Das Vorranggebiet ist bereits mit einer Vielzahl von WEA bebaut. Der Zuschnitt des Potenzialgebietes hat sich im Vergleich zum derzeit ausgewiesenen Vorranggebiet (PR3_DIT_049) verändert. Die Abstände zur umliegenden Wohnbebauung wurde gem. des bestehenden Vorranggebiets übernommen. Jedoch weicht die jetzige Potenzialfläche des Entwurfes (Stand Juni 2024) von dem Vorranggebiet, im südöstlichen Bereich, abweicht. Die Potenzialfläche ist in diesem Bereich deutlich kleiner dargestellt, als im ausgewiesenen Vorranggebiet. Dies liegt insbesondere daran, dass die „Platzrunde“ des Flugplatzes Heide-Büsum (welche südlich bzw. leicht südöstlich der Potenzial- bzw. Vorrangfläche liegt) in einer anderen Form berücksichtigt wurde, als in der ausgewiesenen Vorrangfläche. Diese Veränderung ist insbesondere aus zwei Gründen nicht nachvollziehbar. Es gibt an dieser Stelle erstens einen gültigen Regionalplan, welcher es gestattet in dem Bereich WEA zu errichten. Dieser Teil könnte gem. Potenzialfläche nun nicht mehr für die Errichtung von WEA berücksichtigt werden. Zum anderen gibt es insbesondere in dem jetzt „weggefallenen“ Bereich bereits Bestands-WEA, ebenso wie im Bereich der gesamten Platzrunde. Dies widerspricht dem Zuschnitt der Potenzialfläche an dieser Stelle. Wir bitten darum, die Gebietsausweisung der Potenzialfläche im Bereich der Platzrunde	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Auf Ebene des Landesentwicklungsplanes Sachthema Windenergie werden Windenergiegebiete und raumbedeutsame Windenergieanlagen innerhalb Platzrunden um Flugplätze einschließlich bestimmter Abstandsbereiche ausgeschlossen. Die Festlegung der Platzrunden erfolgt durch die zuständigen Luftfahrtbehörden. Die Ausweisung von Vorranggebieten erfolgt auf Ebene der Regionalplanung. Erst auf dieser Ebene wird dann die Platzrunde einschließlich der erforderlichen Abstandsbereiche bei der Vorranggebietsausweisung berücksichtigt.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des Flugplatzes zu prüfen und anzupassen. Ein Lageplan mit der zu prüfenden Anpassung der Potentialfläche ist dieser Stellungnahme als Anlage beigefügt.	
Institution: Stadt Lauenburg/Elbe - Amt Lütau, Stadtentwicklung und Ordnung Planung und Bauberatung ID: M1355	Stellungnahme der Gemeinde Schnakenbek zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024 Die Gemeinde Schnakenbek nimmt die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024, zur Kenntnis. Der Entwurf des Landesentwicklungsplanes (LEP-E) verfolgt das nachvollziehbare Ziel, die Vorgaben des Gesetzes zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (WindBG) nicht nur sicher zu erreichen, sondern aus eigener klima- und energiepolitischer Verantwortung überzuerfüllen. Der vorliegende Entwurf will dies allerdings auf Kosten der Gemeinden erreichen, indem er die bauleitplanerische Konkretisierung der übergeordneten Windenergieplanung weitgehend ausschließt. Ein solches Vorgehen ist durch das WindBG nicht vorgegeben. Vielmehr können nach dessen Konzeption selbstverständlich auch Abstände und Höhenbegrenzungen vorgesehen werden; lediglich nicht für diejenigen Gebiete, die zur Erreichung des Mindestziels beitragen sollen. Damit, dass die Landesregierung eine ortsangepasste Windenergieplanung auf der kommunalen Ebene ausschließt, eröffnet sie eine Fehlerhaftigkeit in zwei Richtungen: entweder muss auf die Gebiete, die eine Anpassung benötigen, insgesamt verzichtet werden, sodass auch deren potentieller Beitrag zur Energiewende ausgeschlossen wird, oder – was wohl derzeit beabsichtigt sein dürfte – auch solche Gebiete werden unter den Prämissen des LEP-E in die Regionalplanung übernommen, die sich dann als unverhältnismäßig und willkürlich darstellen wird, was nach entsprechenden gerichtlichen Feststellungen einen weiteren Planungsprozess erfordert und erheblichen Zeitverzug für die Erreichung der Klimaziele bedeutet. Zum Wegfall der Höhenbegrenzungsmöglichkeit Der Wegfall der Möglichkeit, in den gemeindlichen Planungen Höhenbegrenzungen vorzunehmen, stellt einen erheblichen Eingriff in Art. 28 Abs. 2 GG dar. Die bisherigen Feinsteuerungsmöglichkeiten der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel)* und *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 1.2, 1.5, 2.2 bis 2.5, 2.11, 7.1.1 sowie 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeinden entfallen vollständig, sodass diese auf die Steuerung der Windkraft in ihrem Gemeindegebiet keinen Einfluss mehr nehmen können. Dies nimmt den Gemeinden die Möglichkeit, ihre Ortschaften vor negativen Einflüssen durch Windparks zu schützen. Das Genehmigungsregime nach § 6 BImSchG leistet insoweit nur einen Minimalschutz. Es stellt die Einhaltung des immissionsschutzrechtlichen Schutzgrundsatzesim Hinblick auf das Niveau zulässiger Schallimmissionen und Schattenwürfe sicher und überprüft die Vereinbarkeit mit sonstigen öffentlichen Vorschriften, die Gemeinden durch Ihre Bauleitplanung bislang allerdings gerade selber schaffen konnten. Ein gemeindlicher Schutz des Landschaftsbildes oder besonderer touristischer Funktionen entfällt. Auch insoweit wird der Maßstab – zugunsten der Windenergie – auf strikte rechtliche Grenzen zurückgefahren, wie sie dann nur noch in § 13 Abs. 2 DSchG SH bestehen. Zu den Abstandsvorgaben, Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 und Nr. 2 LEP-E Mit den als Zielen der Raumordnung formulierten Abstandsvorgaben von 800 m um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 Z) und 400 m um Einzelhäuser, Splittersiedlungen und Gewerbe (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 2 Z) übernimmt der LEP-E in etwa diejenigen Abstände, die die bisherige Teilfortschreibung als weiche Tabuzonen vorsah und die von der bisherigen Regionalplanung eingehalten wurden, Textteil des Regionalplans für den Planungsraum III in Schleswig-Holstein Kapitel 5.7 (Windenergie an Land) v. 29. Dezember 2020; Begründung zu 5.7.1 (1) bis (3). Mit der Beibehaltung der Mindestabstandswerte bei gleichzeitiger Vergrößerung der Anlagen ist eine erheblich veränderte Belastungslage verbunden. Hierzu äußert sich der LEP-E nicht. Auch zeigt § 249 Abs. 9 BauGB, dass eine Vergrößerung der Abstände auf bis zu 1.000 m bundesrechtlich für angemessen gehalten wird, soweit das Mengenziel weiterhin erfüllt wird. Vor diesem Hintergrund sollte den Gemeinden gestattet werden – soweit nicht schon auf der landes- und regionalplanerischen Ebene größere Abstände vorgesehen werden, aus kommunalen Erwägungen heraus die Gebietsfestlegungen zu modifizieren. Dem siedlungsnahen Freiraumschutz kommt ein erhebliches Gewicht zu, das der LEP-E nicht ausreichend beachtet. Ortsangepasste Modifikationen können zudem nur auf der Ebene der kommunalen Planung geleistet werden. Auf etwaige Siedlungsbesonderheiten einzugehen, entspricht nicht der Ebene der Landes- oder Regionalplanung. Eine Notwendigkeit gemeindlicher Einflussnahme zum Schutz der eigenen Bevölkerung besteht erst recht im Falle einer Umfassung des Gemeindegebiets durch Windenergiegebiete. Eine solche „soll“ nach Ziffer 4.5.1.1 Nr. 7 G LEP-E zwar	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	unterbleiben, wird aber landesplanerisch nicht ausgeschlossen und ist für die Gebiete LAU_067 (Vorranggebiet-Basedow/Lütau) und LAU_063 (Potenzialfläche Wangelau/Witzeeze), für die investorenseitig wohl ein Zusammenlegungswunsch besteht, auch konkret zu befürchten. Die Gemeinde Schnakenbek geht davon aus, dass durch die Teilfortschreibung des LEP keine Einschränkungen der ökonomischen und ökologischen Entwicklung sowie der Gesamtentwicklung der Gemeinde gegeben sind. Zusammenfassung Die Vorgaben des LEP für die Regionalplanung schaffen Konflikte, die weder von ihr selbst, noch auf der Ebene der Regionalplanung gelöst werden. Zugleich wird den Gemeinden jegliche eigene Einflussmöglichkeit zum Schutz ihrer Ortschaften genommen. Die Planung ist daher abzulehnen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1353	**Sehr geehrte Damen und Herren,** hiermit beziehen wir uns auf unseren Antrag vom 20.04.2024, Ausweisung von WE-Flächen auf dem Gemeindegebiet der Gemeinde Delve und auf einem Teilgebiet der Gemeinde Hollingstedt, Kreis Dithmarschen mit der Bitte um nochmalige Überprüfung, ob in dem o. a. Bereich WE- Flächen ausgewiesen werden können. **Nochmals unsere Beweggründe für unseren Antrag vom 20.04.2024.** - 100 %-tige Wertschöpfung in der Region - Förderung der Akzeptanz bei den Bürgern und den Gemeinden vor Ort durch • Gründung eines Bürgerwindparks • Einflussnahme auf die Planung • Bürgerbeteiligung • bessere Finanzausstattung der Gemeinden für Investitionen in die Infrastruktur und Weiterentwicklung der Region Wir möchten darauf hinweisen, dass die Gemeinde Delve, in unserer strukturarmen Region bisher nicht an der Energiewende teilgenommen hat. Die Anlagen aus unserem Antrag vom 20.04.2024 habe ich der Stellungnahme	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nochmals beigefügt. **Mit freundlichen Grüßen** [redacted]	
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1191	**Abwägungsbereich für die Potentialfläche: Oldersbek** Wir begrüßen die Aufnahme einer Potenzialfläche südlich von Oldersbek, südöstlich von Rantrum und südwestlich von Winnert für die Windenergienutzung. Der Zuschnitt des Potentialgebietes bedarf keiner weiteren Anpassung. Die Abstände zur umliegenden Wohnbebauung wurden alle korrekt herangezogen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1190	**Abwägungsbereich für die Potentialfläche: Ramstedt - Winnert** Wir begrüßen die Aufnahme einer Potenzialfläche südlich von Winnert und nordöstlich von Ramstedt für die Windenergienutzung. Der Zuschnitt des Potentialgebietes bedarf keiner weiteren Anpassung. Die Abstände zur umliegenden Wohnbebauung wurden alle korrekt herangezogen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1189	**Abwägungsbereich für die Potentialfläche: Südermarsch** Wir begrüßen die Aufnahme einer Potenzialfläche westlich der Ortschaft Rantrum und südlich von Mildstedt für die Windenergienutzung. Der Zuschnitt des Potentialgebietes bedarf keiner weiteren Anpassung. Die Abstände zur umliegenden Wohnbebauung wurden alle korrekt herangezogen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1188	**Abwägungsbereich für die Potentialfläche: „Hedwigenkoog-Wisch“** Wir begrüßen die Aufnahme einer Potentialfläche mit ca. 160 ha Größe für die Windenergienutzung westlich der Ortschaft Hellschen. Wir befürworten die Aufnahme der Fläche für die Errichtung von Windenergieanlagen ausdrücklich. Bei der o. g. Potenzialfläche handelt es sich um eine Fläche, die bereits im derzeit gültigen Regionalplan als Vorranggebiet (PR3_DIT_045) ausgewiesen ist. Im Vorranggebiet befinden sich bereits WEA als Bestandsanlagen. Zudem sind weitere WEA aktuell in Planung. Der Zuschnitt des Potentialgebietes bedarf keiner weiteren Anpassung. Die Abstände zur umliegenden Wohnbebauung wurden alle korrekt herangezogen bzw. wurden gem. der bereits ausgewiesenen Vorrangfläche übernommen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1187	**Abwägungsbereich für die Potentialfläche: „Stelle-Wittenwurth und Weddingstedt“** Wir, die Bürgerwindpark [redacted], begrüßen die Aufnahme einer Potentialfläche mit ca. 79 ha Größe für die Windenergienutzung südwestlich der Ortslage Stelle-Wittenwurth und nordwestlich der Ortslage Weddingstedt. Wir befürworten die Aufnahme der Fläche für die Errichtung von Windenergieanlagen ausdrücklich. Die Fläche dient als südöstlich gelegene Erweiterung der bereits ausgewiesenen Wind-Vorrangfläche PR3_DIT_021. Die hier gegenständliche Fläche war bereits in der vorangegangenen Regionalplanung für die Windenergie als Potenzialfläche für die Windenergienutzung dargestellt. Die Fläche wurde jedoch nicht als Vorrangfläche für die Windenergie übernommen. Begründet wurde dies mit der „dominanten Überprägung“ des Raumes mit WEA. Die Gemeinde Stelle-Wittenwurth plant im Rahmen der Nutzung der Gemeindeöffnungsklausel (§245e Abs. 5 BauGB) die Ausweisung einer Fläche zur	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergienutzung. Durch diese Klausel wird es der Gemeinde ermöglicht, abweichend von der Regionalplanung, Flächen für die Windenergie auszuweisen. Für die Umsetzung des Vorhabens plant die Gemeinde die Änderung des derzeit gültigen Flächennutzungsplans in Verbindung mit einem Zielabweichungsverfahren gem. §13 des Landesplanungsgesetzes Schleswig-Holsteins, da die o.g. Potenzialfläche bisher nicht als Eignungsgebiet für Windenergie in der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans III (2020) dargestellt ist. Planungsträgerin ist hierbei die neu gegründete Bürgerwindpark [redacted] Am geplanten Windpark sind über 100 Bürger beteiligt. Dies zeigt neben dem Zuspruch der Gemeinde(-vertretung) auch die Zustimmung in der breiten Bevölkerung zu einem Windparkvorhaben in oben genanntem Gebiet. Der Zuschnitt des Potentialgebietes ist nach unserer Prüfung grundsätzlich richtig und die anzusetzenden Abstände zur Wohnbebauung wurden überwiegend richtig gewählt. Jedoch ist anzumerken, dass die Bezugspunkte (Wohngebäude) bei einer detaillierten Prüfung der Gebietszuschnittes nicht in jedem Fall korrekt angenommen worden sind. So sind in der Gemeinde Stelle-Wittenwurth die Wohnhäuser „[redacted] *der Gemarkung Wittenwurth) bzw.* [redacted]*, 25795 Stelle-Wittenwurth (*[redacted]*, Gemarkung Wittenwurth)*“ nicht als Bezugspunkte herangezogen worden, sondern davorliegende Punkte in Richtung Potenzialfläche, die keine Wohnbebauung darstellen. Ebenso wurde die Adresse „[redacted]*, 25795 Weddingtedt* [redacted] *der Gemarkung Wittenwurth)*“ in Teilen nicht korrekt als Bezugspunkt herangezogen. Die Potenzialfläche erweitert sich durch diese Anpassungen jeweils leicht in Richtung der Wohnbebauungen. Ein Lageplan mit der zu prüfenden Anpassung der Potentialfläche ist dieser Stellungnahme als Anlage beigefügt.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1186	Ich stimme gegen die Errichtung der Windkraftanlagen. Es steht nicht im Verhältnis 6 riesige Windkraftanlagen rund um unser kleines Dorf Heidmühlen zu errichten. Die Stromerzeugung in Schleswig-Holstein deckt den Bedarf bereits ab und der Bau weiterer	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftanlagen ist zur Zeit nicht erforderlich.	Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1184	Hallo, ich möchte voraussetzen, daß ich keine Windkraft Gegnerin bin. Trotzdem verlange ich 1. daß nur Sf6 freie Schaltanlagen verbaut werden. 2. Daß die Abstände zu Außenliegern vergrößert werden, anstatt verkürzt - oder - die Außenliegern ährlich Extrazuwendungen als Entschädigung erhalten. Mit freundlichen Grüßen Willendorf/Rehhorst	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1.3 und 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1182	**Stellungnahme zu Windkraft in Landschaftsschutzgebieten (LSG): 13 G Landschaftsschutzgebiete Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschafts– schutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden.** Abschied von der Landschaft, Abschied von Natur, Flora und Fauna, Abschied vom Schutzgebiet? Abschied von Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung, Abschied vom Naherholungsraum, Abschied vom letzten Kleinod? B zu 11 In den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung soll gemäß dem in Kapitel 4.7.1 Absatz 3 formulierten Grundsatz dem Tourismus und der Erholung besonderes Gewicht beigemessen werden, welches bei der Abwägung mit anderen	Mit § 26 Abs. 3 BNatSchG hat der Bundes-Gesetzgeber die Möglichkeit eröffnet, in LSG Wind-Vorranggebiete auszuweisen. Es heißt dort: „In einem Landschaftsschutzgebiet sind die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sowie der zugehörigen Nebenanlagen nicht verboten, wenn sich der Standort der Windenergieanlagen in einem Windenergiegebiet nach § 2 Nummer 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1353) befindet. Satz 1 gilt auch, wenn die Erklärung zur Unterschutzstellung nach § 22 Absatz 1 entgegenstehende Bestimmungen enthält.“ Der Bundes-Gesetzgeber hat also angesichts des Flächenbedarfes für den Ausbau der erneuerbaren Energien bundesweit die bisherige

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	raumbedeutsamen Planungen, Maßnahmen und Vorhaben zu berücksichtigen ist. Die Gebiete sind in der Karte des Landesentwicklungsplans dargestellt. Ob und inwieweit im Einzelfall ein Windenergiegebiet mit diesen landesplanerischen Grundsätzen zu vereinbaren ist, soll einzelfallbezogen geprüft werden. Gleiches gilt für die Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung. Der Landesentwicklungsplan erlaubt künftig Windräder in Landschaftsschutzgebieten – das betrifft auch Dithmarschen. Windräder können künftig auch in Landschaftsschutzgebieten errichtet werden. Das sieht der Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans (LEP) der Landesregierung vor. Es geht damit in Dithmarschen auf der Geest eines der letzten von Windkraftanlagen freigehaltenen Gebiete verloren. Seit Februar gilt eine weitere Erleichterung – wiewohl mit Einschränkung: Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen sowie der zugehörigen Nebenanlagen sind in einem Landschaftsschutzgebiet nicht verboten, wenn sich der Standort dafür in einem sogenannten Windenergiegebiet befindet. Also dort, wo es ausgewiesenermaßen windig ist. Zur weiteren Beschleunigung gilt diese Neuerung vorerst auch außerhalb von für die Windenergienutzung ausgewiesenen Gebieten im Landschaftsschutzgebiet. Und zwar solange, bis festgestellt wurde, dass das jeweilige Land den Flächenbeitragswert oder der jeweilige regionale oder kommunale Planungsträger ein daraus abgeleitetes Teilflächenziel erreicht hat. Der neue LEP ist dabei eine Reaktion auf veränderte Bundesgesetze. Das Bundesrecht verlangt künftig von den Ländern, rund drei Prozent der Landesflächen für Windparks auszuweisen. Damit Schleswig-Holstein das erreichen kann, wurden unter anderem die geltenden Kriterien des Landschafts-, Arten- und verändert, sodass rund 7,2 Prozent an „Windpark-Flächen“ als Potentialflächen vorhanden sind. **Hände weg von unseren Landschaftsschutzgebieten, dies ist kein Raum für ideologische Industrialisierung, Sie brauchen 3% und haben 7,2% - Sie sollten/müssen die LSG’s nicht mit Windkraftflächen zerstören!** **Ein Beispiel aus Dithmarschen, die Dithmarscher Schweiz:**	Ausschlusswirkung von Landschaftsschutzgebieten für die Windenergienutzung aufgehoben. Die Landesregierung will von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und hat im Entwurf der Teilfortschreibung des LEP folgenden Grundsatz der Raumordnung formuliert: „Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden.“ In der Begründung zu diesem Grundsatz heißt es: „Für die Ausweisung von Windenergiegebieten soll von der Regelung in § 26 Absatz 3 BNatSchG Gebrauch gemacht werden. LSG sowie in Aufstellung befindliche und einstweilig sichergestellte LSG unterliegen damit einer Abwägung im Einzelfall hinsichtlich der Frage, ob und in welchem Umfang dort Flächen für die Windenergienutzung ausgewiesen werden können. Für die Abwägungsentscheidung soll die Begründung in der Schutzgebietsverordnung herangezogen werden, um Hinweise auf besonders hochwertige oder landschaftlich besonders wertvolle Teilräume zu bekommen. Ergänzend sollen andere Abwägungskriterien des Freiraum- und Landschaftsschutzes herangezogen werden.“ Der Festlegung der Ausschluss- und Abwägungskriterien ist ein langer fachlicher und politischer Abstimmungsprozess zwischen den Ressorts vorangegangen, u.a. unter der Prä-misse aus dem Koalitionsvertrag, die Abstände zur Wohnbebauung nicht zu verringern. Um ausreichend Potenzialfläche für die Auswahl der Vorranggebiete zu bekommen, mussten Kriterien aus verschiedenen Bereichen angepasst werden. Aus dem Bereich des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur wurde der Öffnung der LSG für Wind-Vorranggebiete zugestimmt, um andererseits viele Artenschutzkriterien unverändert lassen zu können. Dies stellt einen Kompromiss dar, der aus Sicht der Landesregierung in der Gewichtung aller Kriterien vertretbar ist. Aus der vorstehend zitierten Begründung aus der Teilfortschreibung des LEP geht hervor, dass die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Abbildung) **Landschaft** - Dithmarscher Schweiz **– Wasserscheide** Das bewaldete Geestgebiet (*Dithmarscher Schweiz*) hat am Rugebarg 72 m ü. NN die höchste Stelle in der Gemeinde. Der bekannte „Heidberg“ ist mit seinen 46 m ü. NN deutlich niedriger, dafür bei den Wanderern als beliebtes Ziel im Kreisforst angesehen. Die Geest um Welmbüttel ist eine Wasserscheide. Im südwestlichen Teil des Kreisforstes entspringt die Tielenau, die über Tellingstedt in die Eider fließt. Das Oberflächenwasser der westlichen Geestseite sammelt sich in kleinen Bächen, bis es in die Miele fließt. Die Broklandsau im Norden hat mehrere Quellen im Ort. Im Kreisforst bei den alten, inzwischen trockengefallenen Teichen entspringt die Osterau, die Wierbek hat mehrere Quellen, eine entspringt am Bahnhofsberg und speist mehrere Teiche so auch an der B 203, bevor sie im Norderwohld weitere Quellbäche in sich vereint. Der auf der Grenze zur Gemeinde Schrum laufende Bach ist bei Neocorus schon um 1600 mit Kellihorn-Scheide-Beek benannt und stellte gleichzeitig zwischen Welmbüttel und Schrum die Grenze der beiden Dithmarschen dar (Neocorus Bd. II Seite 267). Dieser Bach heißt später Schrum-Brooks-Beke und wird weiter südlich zur Westerau und schließlich zur Gieselau, die vor dem Bau des Nord-Ostsee-Kanals in die Eider mündete. Heute entwässert sie über den Gieselau-Kanal in den Nord-Ostsee-Kanal. Auf der Karte des zuständigen Ministeriums sind die blauen Flächen deutlich erkennbar. Dies schadet dem Naturschutz, dem Landschaftsschutz, der Naherholung und dem Tourismus in diesem Gebiet. Es schadet ebenso der möglichen Rückkehr von Menschen aus dem urbanen Raum in den ländlichen Raum. Es schadet auch der Idee, die auch von der Landesregierung unterstützt wird, Wald neu anzusiedeln. Mehr Wald für Dithmarschen, dazu gibt es eine Waldraumsuchkarte, wenn alles mit Windkraft belegt wird, insbesondere die Gebiete, in denen Waldneubildung möglich wäre, dann kann dieses Projekt gegraben werden. Wo gibt es Wald in Dithmarschen? Auf der Geest, exakt dort, wo 2022 die neuen LSG-Verordnungen rechtskräftig wurden. Wo Wald ist, da sind auch Greifvögel wie Rotmilan, Seeadler, Bussard und Falken zuhause. Ohne Ende Fledermäuse, Kauze und Eulen. Auf den umliegenden Wiesen, Feldern und Feuchträumen tummeln sich neben Kiebitzen unter anderem Störche und Reiher - ihre Habitate.	Inanspruchnahme der LSG nur behutsam und nach Abwägung des Einzelfalls erfolgen soll. Dem Anliegen aus der Stellungnahme kann nicht gefolgt werden, weil die Öffnung der LSG ein wichtiger Baustein für die Ausweisung zusätzlicher Wind-Vorranggebiete ist. Eine konfliktärmere Lösung unter Freihaltung der LSG ist in der Gesamtbetrachtung aller Kriterien nicht darstellbar. Die Sorge der Einwenderin, dass LSG in ihrer Funktion großflächig und landesweit beeinträchtigt werden, kann abgemildert werden, da vielfach nur moderat und nach fachlicher Prüfung des Einzelfalls oder an vielen Stellen gar nicht in die LSG eingegriffen werden soll.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Abbildung) Jeder Baum zählt https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/VI/_startseite/Artikel2021/IV/211001_spendenplattform_bewalden.html Dabei betonte die Ministerin den Beitrag der Spendenplattform für den Klimaschutz: "Im Kampf gegen den Klimawandel zählt jeder einzelne Baum. Über die Spendenplattform können sich die Menschen unmittelbar für mehr Wald und damit mehr Klimaschutz in Schleswig-Holstein einbringen. Mit den gespendeten Geldern werden – über den öffentlichen Auftrag hinaus – Bäume gepflanzt. ---------- ---------- Sofern Sie es evtl. nicht wissen, hier einmal die Karte zu den zuletzt sauber, ordentlich und rechtssicher als LSG’s verordneten Gebieten in Dithmarschen. Ein Ausschnitt aus dem Original, des Fachgutachtens des Kreises Dithmarschen. Bearbeitet im Juni 2024 von [redacted] (Abbildung) Die Begehrlichkeiten von Planern, Investoren und Landeignern sind bekannt. Allgemein, insbesondere politisch wird so gesprochen: „Noch hat die Windkraft eine hohe Akzeptanz“. Das wird durch den jetzt drohenden Wildwuchs aufs Spiel gesetzt. Es geht hier um Gebiete, die bereits 2015/2016 auf der Wunschliste von potentiellen Windmüllern standen. Damals waren sie gelb/orange, die Karte wurde Goldkarte genannt, heute sind die Flächen himmelblau. Sie befinden sich größtenteils in vollkommen unbelasteten Gebieten, dort fehlt es an Leitungen, dort fehlt es teilweise an jeglicher Infrastruktur, in der Konsequenz steuert man bewusst quasi automatisch auf den nächsten Netzengpass zu, die Netze sind bereits heute vollkommen überlastet und bei alle dem scheint auch PV-FFA völlig außer Acht gelassen zu werden. Dithmarschen hat eine extreme Vorbelastung an Windeignungsflächen (fast 5%), weil es nie Schutzgebiete gab. Jetzt gibt die LSG’s über der Geest und Landesregierung akzeptiert und respektiert es nicht – die Folge wird 8% oder mehr und ein Sturm gegen den Windkraftausbau sein, auch politisch! (Abbildung)	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Sie sollten keine Windkraftanlagen (WKA) in Landschaftsschutzgebieten (LSG'S) zulassen. Landschaftsschutzgebiete dienen der Erhaltung und Entwicklung oder Wiederherstellung der Natur. Beeinträchtigungen des Naturhaushalts sollen beseitigt und die Leistungs- und Funktionsfähigkeit wiederhergestellt werden. Die Verordnungen untersagen bestimmte Handlungen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere das Landschaftsbild oder den Naturgenuss beeinträchtigen. 200m hohe WKA zerstören das Landschaftsbild so außerordentlich, dass dies kilometerweit sichtbar sind und man nicht mehr von einem Landschaftsbild sprechen kann. Der Charakter eines Gebietes, dass vollkommen unbelastet ist würde durch WKA (mit Zuwegung und Peripherie evtl. auch Umspannwerke) zerstört werden. Einige LSG’s sind schon verkleinert worden, sie sind quasi zurückgewichen, weil sie dem optischen Eindruck von Bestands-WKA nicht standhalten konnten. Durch die Naturraumausstattung, das Landschaftsbild und der kulturhistorischen Bedeutung haben LSG’s insgesamt einen hohen Wert für das Landschaftserleben und die Erholung. Kleinteilige Knicklandschaften, kleine Biotope auf Koppeln und Wiesen, ohne jede Vorbelastung – in solche Regionen gehören keine Windkraftanlagen. Die Erhaltung der Historischen Kulturlandschaften mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern gehört daher gemäß § 1 Absatz 4 Nummer 1 BNatSchG zu den Zielen des Naturschutzes. Ebenso gehört die Erhaltung Historisch gewachsener Kulturlandschaften zu den Grundsätzen der Raumordnung (§ 2 Absatz 2 Nummer 5 ROG). Landschaftsschutzgebiete (LSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen nach § 26 Abs. 1 BNatSchG "ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist. wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung." Die artenschutzrechtlichen Kriterien wurden für die Neufassung des Regionalplan Wind schon erheblich zu Gunsten der Windkraft herunter gebrochen, lassen sie Flora und Fauna wenigstens die LSG’s. Vergessen Sie nicht den **Vogelzug, die Rastgebiete für Zugvögel und Brutgebiete für Wiesenvögel. Es müssen auch Räume der Ruhe und Erholung für Natur, Mensch und Landschaft in Schleswig-Holstein erhalten**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden und frei bleiben von technischen Großinstallationen. **Erhalten Sie einzigartige Kulturlandschaften zum Schutz von Natur, Klima und Biodiversität, lassen Sie den Wäldern ihren Raum.** WKA sollten besser dort gebaut werden, wo es die Netzinfrastruktur be-reits gibt, das fordert sogar die SH Netz AG. Der Landesplanung stehen noch sehr viele Potenzi-alflächen in Schleswig-Holstein zur Verfügung, warum müssen Landschaftsschutzgebiete zerstört und Ihre wichtige Bedeutung in den Wind geschlagen werden? Warum müssen Landschaftsschutzgebiete zerstückelt werden, warum müssen sie durch den Bau von Windkraftanlagen ad absurdum geführt werden? Wenn Sie die LSG’s für Windkraft freigeben, dann haben Sie in Schleswig-Holstein Windwuchs und Mühlenwucher, dann regiert die Goldkarte aus 2015/2016 und die Lobby übernimmt die Planung und Ihren aus der Hand. Neuaufstellung Regionalplan Wind, lassen Sie ab von der Ausweisung von Windenergiegebieten und der Bebauung mit WKA in LSG’s, die rechtskräftig verordnet sind! **Forderung:** Bei der Neuaufstellung Regionalplan Wind, die Landschaftsschutzgebiete wieder als **Tabuflächen** für Windkraft ausweisen! ***Kein Vormarsch ist so schwer wie der Weg zurück zur Vernunft.*** *Berthold Brecht* Wir hatten in Schleswig-Holstein Windfrieden, was nicht mit Akzeptanz zu verwechseln ist. Damit wird nun Schluss sein, die Menschen werden das Heranrücken der WKA und die Bebauung von vollkommen unbelasteten Gebieten, den Landschaftsschutzgebieten mit WKA nicht akzeptieren, die Politik macht hier einen Riesenfehler. Akzeptanz, Ruhe und Frieden sind nicht käuflich! Der Ausbau der Windkraft geht zu Lasten des Artenschutzes und des Landschaftsschutzes. Unbelastete Naturräume, Landschaftsräume, Wälder, Knicklandschaften, Moore sind eigenständiger Klimaschutz, wenn es denn dann darum geht. Warum lässt man ihnen nicht ihren Raum, warum muss alles zerstört werden? Der Kreis Dithmarschen hat eine Vorbelastung von fast 5% der Fläche, genug ist genug, es	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	reicht! Ein Auszug, ländlicher Räume, in Landschaftsschutzgebieten. Diese ländlichen Räume bitten um Ihre Aufmerksamkeit, sie bitten um Ihren Schutz: (Abbildung) **Es geht uns alle an**, ob wir ein Stück **Heimat**, ein Stück Landschaft retten können - stehen wir zusammen und sagen wir der Politik, bis hierhin und nicht weiter, **genug ist genug**. **Die politische Quittung kommt zur nächste Bundestagswahl am 28. September 2025 und zur nächsten Landtagswahl im Frühjahr 2027 in Schleswig-Holstein. Die Menschen gehen nicht mehr mit, keinen Schritt weiter für diese ideologische, alles zerstörende Energiewende, die nun fast alle freien Räume mit technischen Industrieanlagen WKA (oder PV-FFA) bestückt.** **Menschen werden fluchtartig Gegenden verlassen – den ländlichen Raum, es beginnt bereits.** **Sie denken, sehr gut, dann haben wir noch mehr Platz für WKA? - ein politischer Riesenfehler!** **Es geht nicht um irgendeinen Ausblick aus irgendeinem Wohnzimmerfenster, es geht um echte Wertschätzung und Erhalt von Lebensräumen!** **Zu: B zu 13** Mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) wurde dem § 26 ein Absatz 3 angefügt (BGBl. 2022 I S. 1362). Gemäß § 26 Absatz 3 Satz 1 BNatSchG sind in einem LSG die Errichtung und der Betrieb von WEA sowie der zugehörigen Nebenanlagen nicht verboten, wenn sich der Standort der WEA in einem Windenergiegebiet nach § 2 Nummer 1 WindBG befindet. Weiter heißt es, Satz 1 gilt auch, wenn die Erklärung zur Unterschutzstellung nach § 22 Absatz 1 BNatSchG entgegenstehende Bestimmungen enthält. Für die Durchführung eines im Übrigen zulässigen Vorhabens bedarf es insoweit keiner Ausnahme oder Befreiung. Nehmen Sie dies für Gebiete, die bereits im Vorwege fest, sauber, ordentlich und rechtssicher als LSG’s verordnet wurden zurück. Die Errichtung und der Betrieb von WEA sowie der zugehörigen Nebenanlagen in Gebieten der Vorbereitung oder Sicherstellung von LSG’s wäre verständlich.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ein formaler öffentlicher Diskurs über die Klima- und Energiepolitik einerseits sowie den Natur- und Landschaftsschutz andererseits hat nicht stattgefunden. Es wurden einfach die Dinge aus dem WindBG übernommen, man könnte fast meinen es wäre sich damit gar nicht befasst worden. Sicherlich kommt jetzt folgender Satz: WindBG steht über allem und muss auf Weisung, koste es was es wolle, durchgesetzt werden. Schon Anfang 2022 wurde die Windlobby am WindBG beteiligt: [redacted] An das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) Scharnhorststr. 34-37 10115 Berlin Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor / Referentenentwurf vom 04.03.2022 https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Stellungnahmen/Stellungnahmen-referentenentwurf-erneuerbaren-energien-und-weiteren-massnahmen-im-stromsektor/dwag.pdf?__blob=publicationFile&v=4 Das ist natürlich kein demokratisches Verfahren, alles in Allem kein demokratischer Prozess und das wissen Sie ganz genau! Menschen, Bürger mögen doch bitte dazu schweigen, es hinnehmen, sich dem ergeben, weil es doch eine Gemeinschaftsaufgabe sei und über allem steht, mit einer Ideologie ohne Sinn und Verstand diese Welt vor was auch immer zu retten. Es ist eine Aufgabe, ja eine Aufgabe der Lebensräume für Mensch, Natur und Landschaft, für die am Ende auch wer die Verantwortung zu tragen hat. Das Pariser Abkommen wird als Begründung für WindBG und die Planung benannt. Wenn jedoch wichtige nationale Vorschriften und Interessen oder andere Vereinbarungen dagegensprechen, sind Abkommen nicht einzuhalten. Eine transnationale Vereinbarung wäre z.B. die Europäische Landschaftskonvention. Die Nichtunterzeichnung kann kein ausschlaggebender Grund sein, diese Konvention nicht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zu berücksichtigen. Stellungnahme zu Windkraft in Landschaftsschutzgebieten (LSG) 2024 wurde für und durch die Bürgerinitiative BIND-SH erstellt. Erstellt und eingereicht im August 2024 von [redacted] Tel. [redacted] mobil [redacted] E-Mail [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2637	Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Hier: Stellungnahme zur Aufnahme des Potentialgebietes „Ahrensbök/Schwochel, Gemarkung Böbs, Flur [redacted] sowie Gemarkung Schwochel Flur [redacted]“ Sehr geehrte Damen und Herren, wir freuen uns über die Entscheidung des Planungsverbandes, das Potentialgebiet „Ahrensbök/Schwochel Gemarkung Böbs, Flur [redacted] sowie Gemarkung Schwochel Flur [redacted]“ in den Entwurf aufzunehmen. Die [redacted] GmbH plant auf Flurstücken dieses Potentialgebietes die Umsetzung eines Windprojekts. Dafür hat sie mit uns und weiteren Grundstückseigentümerinnen bereits langfristige Nutzungsverträge geschlossen. Wir bedanken uns für die erneute Prüfung durch den Planungsverband und die Aufnahme des Gebietes in den Planungsentwurf. Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2635	Betr. Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des LEP's SH, Fortschreibung 2021. Änderung Kapitel 4.5.1, Entwurf vom Juni 24 Sehr geehrte Damen und Herren,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ich möchte zum o.g. LEP- Entwurf folgende Stellungnahme abgeben: Das Freihalten von Eiderstedt über weitere Windkraftanlagen begrüße ich sehr, denn ich sehe die außerordentliche Lage zum Nationalpark Wattenmeer mit dem Vogelzug und den Rastgebieten als überaus schützenswert. Hinzu kommt die noch relativ intakte Landschaft als Erholungsort für Einheimische und Touristen. Deswegen fordere ich den rechtssicheren Ausschluß von weiteren Windkraftanlagen für Eiderstedt. Ausnahmen würde anregen ich für Kleinwindkraftanlagen zur Erzeugung von Strom für Klärwerkspumpen und Wasserentsalzungsanlagen für Golfplätze, energieverbrauchende Betriebe und Privathaushalten wo immer es räumlich und naturschutzrechtlich passt. ...Aber Kleinwindkraftanlegen spielen bei der LEP vermutlich sowieso keine Rolle. Mit freundlichen Grüßen von [redacted] und Bürgerin aus Tönning.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1181	Über eines sind sich glaub ich Gegner und Befürworter einig: dass es eine dringende Notwendigkeit gibt "grüne" Energie zu produzieren und uns von fossilen Energieträgern zu verabschieden. Die Frage ist, sind Windräder dabei wirklich die 1. Wahl und was bieten sich für Alternativen ? Aus meiner Sicht sind Windräder keinesfalls die 1. Wahl, sie verschandeln optisch die Landschaft, das leise Surren, bei Nässe auch mal lautes Surren und der Schattenschlag wirken sich negativ auf unsere Gesundheit aus, sie machen krank. Unfälle mit herabstürzenden Teilen stärken zudem nicht das Vertrauen in diese Technik. Dinge, die Bürger krank machen, sollten politisch nicht weiter subventioniert oder vorangetrieben werden. Denn es gibt Alternativen. Das Dorf Hürup und mittlerweile angeschlossene Ortschaften zeigen wie es geht. Dort hat man eine nicht gewinnorientierte Genossenschaft gegründet und ein ehemaliges Bundeswehrgelände erworben. Dort erzeugt die Genossenschaft mittlerweile für 100te von Bürgern Nahwärme und künftig auch Strom. Es gibt Konvektorflächen, eine Geothermieanlage und Blockheizkraftwerke, die übergangsweise noch mit Hackschnitzeln betrieben werden. Weiteres ist in Planung	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1, 7.2.2, 7.2.3, 7.2.9, 7.2.10, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.5, 7.3.6 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und Ausbau. Da verschandelt gar nichts die Landschaft und nichts macht krank und die Hütte ist trotzdem warm. Nach dem ersten Winter mit Nahwärme kann ich berichten, dat lüppt. Beruflich denke ich in Life-Cyclen. Bezgl. Windkraft gibt es keinen Life-Cycle. Wenn ein Windrad nach 30 Jahren das Lebensalter erreicht hat, werden sie unsanft zu Fall gebracht und als Sondermüll zwischengelagert. Da es sich bauseitig um Verbundstoffe handelt, ist ein Recyling bis heute nicht erfunden, auch ein Endlager gibt es nicht. Die Mikro Bestandteile beim Umlegen landen in den Kartoffeln, die wir dann verspeisen, also weiter krankmachend. Das alles ist wirtschaftlich und politisch blanker Unsinn und ausnahmslos Ideologie-getrieben. Für die Zukunft sollten die Menschheit sich daran erinnern, dass auch die Erde inwändig mehrere 1000 Grad heiß ist und die Energie für Millarden Menschen für Millionen Jahre reicht. Man müsste nur weiter daran forschen und Konzepte weiter vorantreiben. Ich verstehe, dass Großkonzerne mit den Windrädern Geld verdienen möchten. Dafür werden Mrd. EUR investiert und oft genug staatl. subventioniert. Wir sollten das Geld und unser Know how besser in Alternativen stecken, wäre meine Sicht auf die Dinge. Abschließend möchte ich mich strikt gegen den weiteren Ausbau mit Windkraft in meinem Bundesland S-H aussprechen.	
Institution: Landkreis Cuxhaven, Bereich Bauen, Immissionsschutz & Regionalplanung Fachbereich Bauleitplanung & Regionalplanung ID: M1288	Sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Beteiligung im o. g. Verfahren. Seitens des Landkreises Cuxhaven werden keine Anregungen und/oder Bedenken zum Entwurf der Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) des Landes Schleswig-Holstein vorgebracht. Wir bitte um Beteiligung im weiteren Verfahren. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2714	Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans SH- Änderung Kapitel 4.5.1. Entwurf Juni 2024 Karte der Potentialflächen Widerspruch / Einwendungen Sehr geehrte Damen und Herren Im o.g. Beteiligungsverfahren nehme ich zu drei Potentialflächen in unmittelbarer Entfernung zu meinem Haus Stellung. Vorweg : Ich bin nicht generell gegen Windenergie- nur die Anlagen müssen so platzziert werden, das die Natur wenig Schaden nimmt und große Abstände zu Wohngebieten und auch Einzelhäuser bestehen, Das ist in Angeln mit einer dichten, historisch bedingten Streusiedlung nicht gegeben. Im Beteiligungsverfahren nehme ich Stellung zu drei Windpotenzialflächen : Gemeinde Hürup No.l Gemeinde Großsolt Kollerup No.2 Gemeinde Sörup Gammelby No.B Die Flächen sind in dem anliegenden Auszug (Karte) mit 1, 2, 3 gekennzeichnet. Ausschaltung direkter Demokratie Zum Gebiet Hürup: Bereits 2016 haben sich die Bürgerinnen der Gemeinden Hürup und Ausacker mit dem Bau von WEA an der K 90 auseinandergesetzt und mehrheitlich den Bau abgelehnt. Die Belastung für Mensch, Natur und Tier wäre zu groß gewesen. Sich jetzt darüber hinweg zusetzen , ignoriert diesen Willen und ist gleichsam auch die Ausschaltung der direkten Demokratie und der Möglichkeit der Mitgestaltung der Bürger an Bauvorhaben in ihrer Gemeinde.	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die Ziffern 4.20.1, 7.1.1, 7.1.3, 7.2.5, 7.2.6, 7.2.12, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.5, allgemeinen Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Phantomstrom - Leitungen nicht verlegt Schon jetzt werden in Schleswig Holstein 204 % des Stromes, der dieses Bundesland benötigt, durch Windkraft erzeugt. Der Überschuss soll an andere Bundesländer verkauft werden. Die Leitungen dafür (Südlink) sind bisher nicht von tennent verlegt worden. Dies führt zur Abschaltung von Windrädern - gerade dann wenn viel Wind weht. Den Betreibern bekommen diese Mengen ersetzt (Phantomstrom). Bis zur Fertigstellung der Leitungen und einem gesicherten Abfließen der Strommengen ist der Bau neuer Anlagen ohne Konzept wirr und nur politisch- ideologisch begründbar. Avifauna gefährdet in der Bondenau Niederung Die Flächen 2 und 3 liegen in der Bondenau-Niederung, ein eiszeitlich geprägtes Gebiet, das sich durch offene Flächen von Grünland, Moor und Acker auszeichnet und für Wiesenvögel wegen der freien Sicht ideal ist. Die Bondenau ist ein Quellfluss der Treene .Die Niederung ist ein wertvolles Naturgebiet und grenzt an die Treene-Sorge Niederung mit besonderen Schutzstatus Viele Bodenbrüter leben in diesem Gebiet z.B. Feldlerche, Kiebitz, Rebhuhn und die Nachtigall im Krautsaum zu Knicks. Durch den Schattenwurf der Rotorenflügel im Intervall wird ein Raubvogel vorgetäuscht - der Brutvogel fliegt hoch und das Gelege erkaltet. Kraniche benutzen dieses Gebiet als Rastplatz . Dies wird von Anwohnern bestätigt. Ein avifaunistisches Gutachten ist nur dann sinnvoll, wenn mindestens an fünf Terminen zu jeder Jahreszeit kartiert wird - und nicht im Herbst, wenn alle Zugvögel weg sind. Flugkorridor zwischen den Seen Das Gebiet 3 (Gammelby) liegt im Flugkorridor zwischen dem WinderraterSee und dem Südensee. Viele Vögel benutzen diesen Bereich (Enten, Schwäne usw) Aus diesem Grunde ist schon einmal ein WEA Vorhaben abgelehnt worden. Beständige Windhöffigkeit nicht gegeben Das östliche Hügelland zeichnet sich durch ein vielfältiges Landschaftsrelief von Knicks, Hügeln, kleinen Wäldern und Wohnbesiedlungen aus. Die Höhenunterschiede sind auf kurzer Entfernung teilweise immens. Dadurch kommt es zu Windverwirbelungen, die die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nutzung von Wind erschweren. Ein Grund , warum früher Windmühlen auf den höchsten Punkten gesetzt worden. Diese and unzuverlässige Windhöffigkeit war bisher immer der Grund nicht in dieses Gebiet zu investieren . Ob eine große Nabenhöhe von 200 m dies egalisieren kann und die durchgängig 6 m/sec erreicht werden - dies weiß keiner. Jeder Ölförderer würde erstmal genau durch Messungen erkunden- ob sich die Bohrung rentiert. Bei einer WEA ist alles spekulativ., da Verluste subventioniert und ausgeglichen werden . Teilenteignung Aufgrund der dichten Besiedlung und den geringen Abständen wird das Wohnen stark beeinträchtigt (Lärm, Infraschall, ständige Reize durch flirrende Rotoren). Das schlägt sich in einem Wertverlust der Immobilien von 40% nieder. . Ein Verlust, der nicht nur beim Verkauf anfällt, sondern auch bei der Kreditsicherung z.B. bei einem Neubau. Dadurch wird der Zuzug junger Familien erschwert. Überalterung und Wegzug sind die Folgen. Wer möchte schon neben einer WEA wohnen ?? Anmerkung: Bei einem Flaus an der Schnellstraße oder neben einer Fabrik wird wie selbstverständlich von diesem Verlust ausgegangen und der Verursacher muss haften- bei WEAs wird dies geleugnet. Im Gebiet 1 Flürup ist eine Erweiterung durch neue Baugebiete wegen der geringen Abstände zu den WEA nicht mehr möglich. Bürgerpark ?? Noch ein Wort zum Modell Bürgerwindpark . Damit wird in Gebiet 1 geworben. Dies ist nur ein Alibi, um die Akzeptanz zu erhöhen . Allenfalls 25 % können die örtlichen Anteilzeichner aufbringen - der Rest wird durch Fonds aus London, Dänemark (grüne Anlagen) eingeschossen, die nur am Profit orientiert sind und letztlich die Verlaufsrichtung des neuen Landesentwicklungsplans WIND insgesamt bestimmen. Aus diesen Gründen bitte ich darum , diese Flächen aus dem Plan heraus zunehmen. Gerne bin ich zu einem Gespräch , auch in Kiel, bereit. (Abbildung)	
Öffentlichkeit:	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „ Windenergie an	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: M2904	Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich fordere eine Beteiligung der direkten Anwohner im Umkreis von mindestens 2500 m am Genehmigungsverfahren • eine unzumtbare Umfasssung von Orten möchte ich ausgeschlossen wissen! • Es muss eine ausreichende Abstandsregelung von 5H zur Wohnbebauung gelten, damit körperl. Beschwerden, Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Blinklichter (Befeuerung), Infraschall und optische "Erdrückung" ausgeschlossen wird. • Die Punkte 1,2 und 3 sollen für alle gelten, egal ob Stadt, Dorf, Splittersiedlung oder Einzelhäuser • Wenn schon das landschaftsbild derart negativ beeinträchtigt werden soll, will ich als Bürger von radikal erniedrigten Strompreisen profitieren, das erachte ich als selbstverständlich. Ausgleich! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungsnahme. Mit freundlichen Grüßen	nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.7, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.4, 7.3.6 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet außerdem Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffern 2.1.3, 2.3.1, 2.5.1 und 2.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2506	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein- Fortschreibung 2021-Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde 25779 Schlichting im Kreis Dithmarschen begrüße ich Ihre	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.9.1, 4.2.1, 4.5, 4.16, 4.17, 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Entscheidung, die Hauptachse des europäischen Vogelzuges in der Eider-Sorge-Treene-Niederung von einer Bebauung mit Windkraftanlagen freizuhalten. Das Gemeindegebiet von Schlichting mit den Nachbargemeinden Kleve, Sankt Annen, Lehe, Lunden, Krempel und Fedderingen ist das Brutgebiet vieler artengeschützter Vögel (FFH-Gebiet Lundener Niederung), dieser einmalige Landschaftscharakter in Schleswig-Holstein mit seinem Biotopverbundsystem und der Avifauna gilt es zu erhalten. Diese Gebietskulisse mit schützenswerten Feuchtgebieten, Seeadlerhorste, Wiesenvögelbrutgebieten, brütende Rotmilane, sowie einer überproportional hohen Fledermauspopulation ist aus naturschutzfachlicher Sicht frei zu halten vom Windkraftausbau. Eine Akzeptanz der Bürger für den Windkraftausbau gibt es in Schlichting nicht! Mit freundlichem Gruß	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2750	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Abstandsregelung von mind. 5 Hö zur Wohnbebau.! 2. -“- für Einzelhäuser + Splittersiedl. 800m! 3. Riegelbildung muss ausgeschlossen bleiben.! 4. Die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH Gebiete, Moor- und Niederungsflächen müssen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkrafteneergienutzung ausgeschlossen bleiben.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1 bis 2.5, 2.11, 4.2, 7.2.7, 7.2.9, 7.3, 7.2.8, 7.2.12, 7.1.8 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	5. Im Havariefall muss der Abstand von mind. 1500 Meter zu Wohnhäusern abgesichert sein!! 6. Ist eine Kontamination durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFASEwigkeitschemikalien ausgeschlossen??? 7. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichterm Lärmbelästigung, Eiswurf!!!, Infraschall! 8. Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicks & Seen) unbeeinträchtigt bleiben. 9. Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ab. 10. Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. [redacted] Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2765	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Ich fordere eine Beteiligung der direkten Anwohner im Umkreis von 2500m am Genehmigungsverfahren! 2. Ich bin der Meinung, dass das derzeit gültige Verfahren zu einer Verspargelung der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.7, 7.2.12, 7.2.5, 7.2.9 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaft führt! 3. Ich fordere, das WKA erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann! 4. Ich befürchte eine Kontamination der landw. genutzten Flächen zur Produktion v. Lebensmittel, Trinkwasserverunreinigung/Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter! 5. Ich befürchte Beschwerden u. Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Blinklichter, Infraschall, optische Erdrückung d.h. ich möchte, dass eine Abstandsregelung zur Wohnb. gilt! D.h., dass durch ausreichende Abstände von mind. 1500m zur Wohnbebauung abgesichert wird! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Gruppe ID: GM2598 Anzahl: 35 (IDs: 1023, 1044, 1091, 1092, 1093, 1097, 1105, 1114, 1120, 1226, 1319, M1387, M1392, M1393, M1394, M1408, M1409, M1411, M1412, M1413, M1416, M1417, M1418, M1419, M1420, M1423, M1424,	Sehr geehrte Damen und Herren, Im o.g. Beteiligungsverfahren nehme ich wie folgt Stellung: Bereits 2016 haben sich die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden Hürup und Ausacker mit der Planung für Windenergie auseinandergesetzt. Insbesondere die Fläche östlich von Hürup entlang der K90 stand damals im Fokus. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung beider Gemeinden lehnte 2016 den Bau von Windkraftanlagen auf dieser Fläche ab. Die zu erwartende Beeinträchtigung für Mensch, Tier und Natur wurde als zu groß erkannt. Als problematisch wurde weiter erkannt, dass die allgemeine Bevölkerung von der Stromerzeugung gar nicht unmittelbar profitiert hätte - durch einen günstigen Strompreis zum Beispiel. Im Gegenteil - die Allgemeinheit hätte die Subventionierung der Windenergie finanzieren müssen und wäre gleichzeitig den Nachteilen unausweichlich ausgesetzt worden. Der finanzielle Nutzen wäre fast ausschließlich an wenige Investoren gegangen, auch wenn es sich um das Konstrukt eines sog. Bürgerwindparks gehandelt hätte Die Situation stellt sich heute eher noch verschärft dar, z.B. durch die jetzt vorgeschriebene Größe neuer Windkraftanlagen und	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.20, 7.1.3, 7.1.4, 7.2.5, 7.2.10, 7.2.11, 7.2.15, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
M1427, M1428, M1431, M1432, M1443, M1445, M2598, M2620)	die im Verhältnis zur Größe geringeren vorgeschriebenen Abstände. Ich erkenne in diesen Fakten einen bösen Affront gegen die Bevölkerung, wenn jetzt dieselbe Fläche die 2016 aus dem LEP herausgenommen wurde, wieder in die Planung einbezogen wird. Der demokratische Prozess der damals zu der Entscheidung führte, wird einfach ignoriert. Die Souveränität der Bürgergemeinschaft wird negiert. Für eine demokratisch legitimierte Volksvertretung und ihre ausführenden Behörden muss zwingend der Souverän maßgebend und handlungsleitend sein. So muss auch ein Vertrauensschutz gelten. Ich fordere Sie als Planungsbehörde daher auf, die oben bezeichnete Fläche aus der weiteren Planung erneut Ubr'gen verweise ich auf das seinerzeit im Auftrag des Amtes Hürup erstellte Gutachten zum Standortkonzept Hurup. Die dort behandelten Kriterien haben weiterhin Bestand. Bezüglich des Schutzes besonders bedrohter Arten ist sogar festzustellen, dass Rotmilane unmittelbar in dem fraglichen Gebiet beobachtet worden sind. Bitte gehen Sie diesem Hinweis nach. Als abso|ut erstrangig sehe ich es an, den sozialen Frieden in den Gemeinden zu erhalten. Der soziale Frieden wird tiefgreifend gestört, wenn der Ausbau der Windenergie rücksichtslos gegen die Belange der Lebensqualität und der Gesundheit der Menschen durchgesetzt wird, indem man einigen Wenigen einen Profit auf Kosten der Vielen verspricht. Das ist genauso ungerecht wie die Absicht, mit einer gigantischen Überproduktion von Windstrom in Schleswig-Holstein die anderen Länder zu versorgen, wobei die Schleswig-Holsteiner nicht nur die Nachteile durch tausende von Windkraftanlagen zu ertragen haben, sondern auch noch für die Kosten des Abtransports des überproduzierten Stroms und vielfältige weitere Kosten aufeukommen haben. Gefährdung der Gesundheit, Gefährdung der Lebensqualität, Störung oder Zerstörung der Lebensumwelt durch Industrialisierung, Teilenteignung durch Wertverlust von Immobilien - das und mehr widerspricht grundgesetzlich verbrieften Rechten, denen nicht zuletzt auch Sie als Ausführende dieses Planungsverfahrens verpflichtet sind. Daran möchte ich Sie mit dieser Stellungnahme erinnern. Mit freundlichen Grüßen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2884	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „ Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich fordere, dass Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiet/ Naturflächen nicht zerstört werden, damit dieser einzigartige Naherholungsraum erhalten bleibt. Ich lehne eine ... des Grundwasserspiegels zum Bau von Windkraftanlagen strikt ab, da in der Nähe befindene Grundwasserseen mit der dazugehörigen Flora und Fauna erheblich beeintrachtigt werden. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Uhu, Wespenbussard, Schwäne in meiner Heimat weiter brüten. Überlebenswichtige Flugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen sind freizuhalten. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2.1, 4.20, 5.4.1, 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2882	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „ Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans SchleswigXolstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1) Ich fordere, dass Windkraftanalgen erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch gespeist werden kann (Vermeidung von Phantomstrom)! 2) Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von .. ausgeschlossen wissen-	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.5, 2.11.1, 3.18, 4.2, 4.20, 7.2.9, 7.1.3 und 2.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Riegelbildung. 3) Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete u. Naturflächen nicht gestört werden, damit dieser einzigartige Naherholungsraum erhalten bleibt. 4) Mir ist es wichtig, dass die geschützten Grpßvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Uhu, Wespenbussard, Schwäne weiterhin in meiner Heimat brüten. Überlebenswichtige Flugkorridore zwischen Schlafplätzen u. Nahrungsflächen sind freizuhalten. 5) Ich befürchte eine Kontamination der landwirtchaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS- Ewigketschemnikalen). 6) Ich fordere eine direkte Beteiligung der Anwohner im Umkreis von 2500 m am Genehmigungsverfahren. 7) Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für alle Menschen gilt, egal ob Stadt, Dorf, Splittersiedlungen oder Einzelhäuser (mind. 1500m). Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1179	Es ist für mich als Bürger völlig unverständlich, dass eine bereits geprüfte und abgelehnte Fläche nochmal auf dem Entwicklungsplan erscheinen darf, nachdem bereits ein Nest (Rotmilan) welches der Planung im Wege war, zerstört wurde. Für mich gehören solche Täter ins Gefängnis und nicht nochmal auf einen Landesentwicklungsplan. Das zeigt wieder , dass der Naturschutz weit nach der Industrie kommt. Sehr traurig in Zeiten des Klimawandels. Wir möchten mit der Natur und den Tieren leben. Wir haben alle Nachteile (keine öffentliche Verkehrsmittel) dafür in Kauf genommen. Wir möchten nicht noch zusätzlich belastet werden mit Lärm und Beschattung und toten Tieren im Garten, Abwertung der Immobilienpreise. Wir zahlen schon genug für die Windkraftindustrie. Segeberger Forst. Bald wohl Segeberger Steppe aber ohne dort lebende wilde Tiere. Eekholt bald ein Museum mit ausgestopften Tieren.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.1, 7.3 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2556	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde Elpersbüttel im Kreis Dithmarschen spreche ich mich gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in unserer Gemeinde sowie im Kreis Dithmarschen aus. Eine Akzeptanz für den weiteren Windkraftausbau gibt es in Dithmarschen nicht. Mit freundlichen Grüßen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2925	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1) Ich lehne die Absenkung des Grundwasserspiegels für den Bau von Windkraftanlagen ab, da dies meiner Meinung nach nahegelegene Grundwasserseen samt Flora und Fauna erheblich beeinträchtigen könnte. 2) Mir ist die [redacted] von Brutgebieten geschützter großvogelarten und lebenswichtiger Flugkorridore wichtig 3) Ich bin besorgt über eine mögliche Kontamination landwirtschaftlicher Flächen durch Mikroplastikabrieb von Rotorblättern. 4) Ich lehne die Durchführung einer beschleunigten Raumverträglichkeitsprüfung ab.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 4.20 und 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Institution: Amt Hürup, Bauamt ID: 1178	Ergänzend zu der Stellungnahme der Gemeinde Hürup vom 29.07.2024, eingereicht am 31.07.2024, Vorgangsnummer 1050, wird eine Unterschriftenliste der Bürgerinitiative "Gegenwid Hürup" nachgereicht.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der bloße Gemeindewille i. S. einer einfachen Mehrheitsentscheidung für oder gegen eine Fläche darf nicht das allein maßgebliche Kriterium einer Abwägungsentscheidung über einen Regionalplan sein. Vielmehr hat der Plangeber die für oder gegen eine Windenergienutzung tragenden Belange zu ermitteln, zu gewichten und in die Abwägung einzustellen (Oberverwaltungsgericht Schleswig, Urteile vom 20.01.2015, Az. 1 KN 6/13 u. 1 KN 7/13).
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1177	Sehr geehrte Damen und Herren, Ich spreche mich hiermit gegen die Bebauung von Windenergiekraftanlagen aus. Wir Schleswig-Holsteiner haben keinerlei Nutzen (Kostenvergünstige Energiepreise etc.) davon. Unsere wunderschöne Landschaft,Natur und Tierwelt wird dadurch nachhaltig geschädigt. Außerdem sind die Langzeitschäden für unsere Gesundheit überhaupt nicht erforscht.Ich wohne so ländlich um absolute Ruhe zu haben und mich vom stressigen Alltag in der Natur zu erholen. Deshalb ein klares NEIN zur Windkraft in Heidmühlen! Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.1, 7.2.15 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1176	**vorab per E-Mail an: Bob-SH@LR.LandSH.de** **Bitte an die richtige Stelle weiterleiten!** **Stellungnahme zu** **Teilfortschreibung zum Thema "Windenergie an Land" des Landentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung 2021-Erster Entwurf Juni 2024** Gaushorn, den 26.08.2024 Sehr geehrte Damen und Herren, ich kann einfach ganz und gar nicht begreifen, daß plötzlich WKA bei uns in Schleswig-Holstein über Alles stehen sollen. Als Bürgerin, die mit großer Wahrscheinlichkeit wohl von den Plänen des Herrn Harbeck und auch des Landes Schleswig-Holstein betroffen sein wird, schreibe ich diese Zeilen. Wir wohnen in dem kleinen Dorf [redacted] bei Heide und konnten uns bis vor Kurzem gar nicht vorstellen, daß wir hiervon einmal betroffen und große Nachteile in der Lebensqualität erleiden sollen. Hinzu kommt noch die starke Wertminderung unseres kleinen [redacted]. Früher haben wir uns gefreut, weil er in einem Landschaftsschutzgebiet steht und wir es einfach nicht für denkbar hielten, daß wir die großen Einschnitte und Nachteil irgendwann erleiden sollen. Der Mensch und die Natur können doch nicht einfach vergessen und zurückgesetzt werden, um Klimaneutralität zu erreichen. Ich appelliere deshalb an alle Politiker hierüber noch einmal im Sinne der Bürger nachzudenken und nicht die Klimaneutralität ohne Rücksicht auf Nachteile und Verluste für die in der Nähe wohnenden Menschen und gegen diese durchzusetzen. Stellen Sie sich bitte auch einmal vor, Sie wären selbst und direkt betroffen. [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie die Ziffern 7.3 und 3.17 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2636	Betr.Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 Änderung Kapitel 4.5.1. Entwurf Juni 2024 STELLUNGNAHME Sehr geehrte Damen und Herren, Ihren Entwurf die Halbinsel Eiderstedt weiterhin von WEA freizuhalten begrüße ich sehr. Dieser ist aus Sicht von Umwelt und Naturschutz zwingend ! Die letzten noch nicht zersiedelten, zusammenhängenden Landschaften Schleswig-Holsteins müssen allein aus Gründen des Klima und Artenschutzes erhalten werden. Die Potenzialflächen für Oldenswort sollten unbedingt aus den Planungen genommen werden. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt muß auch unbedingt nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens Bestand behalten. Angesichts der weltweiten Klima und Biodiversitätskrise sollten wir uns des immensen Wertes dieser letzten unverbauten Landstriche bewußt werden. Ich verweise noch einmal auf das UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer, daß durch WEA' s in Eiderstedt schweren Schaden nehmen würde. Es geht hier um eine zukunftsweisende „Weichenstellung“. Ich appelliere an alle am Entscheidungsprozess Beteiligten sich der Tragweite dieser Beschlüsse bewußt zu werden.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2631	Betr. Weiterfuhrung der Biogasanlage und PVA auf Pellworm Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe gehört, die EEG Förderung für die Energieerzeugungsgesellschaft auf Pellworm ausläuft und eine wirtschaftliche weitere Nutzung aufgrund sehr bürokratischer Bestimmungen nicht möglich ist. Noch nicht mal das Verschenken des Stromes an die KITA soll möglich sein, weil die KITA auf einem anderen Flurstück liegt. Ich bitte Sie, eine passable Lösung für die Anteileigner auf Pellworm zu finden und einen wirtschaftlich vertretbaren Rahmen für die Weiterbetreibung zu finden. Vor 20 Jahren	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse und Ziffer 7.1.1 verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	haben wir die pellwormer für Ihren Mut zu dem Investment gefeiert. Jetzt könnte die Anlage fordergeldfrei weiterbetrieben werden, wenn die Betreiber freier in der Gestaltung des Vertriebs wären. Mit freundlichen Grüßen von [redacted]	
Institution: Amt Bordesholm, Bau- und Ordnungsamt ID: 1174	Stellungnahme der Gemeinde Bordesholm siehe Anlage. [eingefügt aus Anhang] Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) Stellungnahme der Gemeinde Bordesholm Die Gemeinde Bordesholm gibt zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) folgende Stellungnahmen ab: Stellungnahme der Gemeinde Bordesholm, lfd. Nr. 1 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 - 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion - G 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen. Zu Punkt Nr. 1: An der Differenzierung der Abstände wird weiterhin festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 2.3.1, wird hingewiesen. Zu Punkt Nr. 2: An der Differenzierung der Abstände wird weiterhin festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 2.5.1, wird hingewiesen. Zu Punkt Nr. 3: Die Siedlungsentwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden werden im Rahmen der Einzelfallabwägung für die Festlegung der Vorranggebiete auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Zu Punkt Nr. 4: Aspekte des Tourismus werden im Rahmen der Einzelfallabwägung für die Festlegung der Vorranggebiete auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Ein Erfordernis, auf Ebene des Landesentwicklungsplanes im Hinblick auf die Aspekte Tourismus und Erholung weitergehende Regelungen zu treffen, wird nicht gesehen. Zu Punkt Nr. 5: An dem im Entwurf des Landesentwicklungsplans genannten Umgebungsbereich zu Naturschutzgebieten wird festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 4.2.1, wird hingewiesen. Zu Punkt Nr. 6: An dem im Entwurf des Landesentwicklungsplans genannten Umgebungsbereich zu FFH-Gebieten wird festgehalten. Auf die allgemeine Synopse,

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erholungsfunktion In Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion sowie in einem Umgebungsbereich von 800 m um diesen Bereich wird die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen. Ein Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern soll gemäß 1 G von Windenergiegebieten freigehalten werden, sofern noch keine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz der Wohnbebauung eingesetzt und die Gewährung des 1.000 m Umgebungsbereiches gefordert sowie diesen auch meist erhalten. Die Gemeinden mit bereits vorhandenen Vorranggebieten sind durch diese stark belastet und tragen bereits maßgeblich dazu bei, die energie- und klimapolitischen Ziele der Landesregierung zu erfüllen. An eine bereits vorhandene Windenergienutzung (Vorbelastung) zu knüpfen, dass die Menschen vor Ort einen geringeren Schutzabstand erdulden könnten bzw. eine Ungleichbehandlung zu ertragen haben, scheint weder ursachengetreu noch inhaltlich nachvollziehbar.	Punkt 4.2.1, wird hingewiesen. Zu Punkt Nr. 7: An der differenzierten Ausgestaltung der Waldabstände wird festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 4.7.1, wird hingewiesen. Zu Punkt Nr. 8: Die Aussagen werden zur Kenntnis genommen. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 4.20.1, wird hingewiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Eine Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so insbesondere in den Bereichen sinken, in denen WEA bereits jetzt installiert worden sind. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein und gefährdet massiv den propagierten Windfrieden im Land. Zunehmend beklagen sich Anlieger/innen auch über starke Geräuschbelästigungen. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Diese Situation wird vor dem Hintergrund der weiteren Verdichtung des WKA-Bestands im ländlichen Raum sowie zu geringer Abstände zur Wohnbebauung einen weiteren Verlust an Akzeptanz sowie einer Zusatzbelastung für die Bevölkerung vor Ort bedeuten. Die Gemeinde fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 1.000 m einzuräumen; unabhängig einer Vorbelastung. Stellungnahme der Gemeinde Bordesholm, lfd. Nr. 2 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1 - 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erholungsfunktion - 2 Z 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe - 3 G Festlegung einer Referenzanlage - 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen - Streichung von 6 Z in Kapitel 3.5.2 (LEP-Wind a.F.) Der Entwurf zur TF-LEP Wind 2024 beinhaltet, dass die bisherige 3H-/5H-Regelung entfällt. Diese sah vor, dass der Abstand von Windrädern zu Häusern im Außenbereich das Dreifache und zu Siedlungen das Fünffache der Anlagenhöhe beträgt. Grund für die Streichung ist, dass Flächen mit Höhenbegrenzungen nicht auf die vom Bund im WindBG vorgegebenen Flächenziele angerechnet werden dürfen. Aus dem gleichen Grunde wurde mit 4 Z ein Verbot jedweder Höhenbeschränkungen verankert. Die Referenzanlage in 3 G wird mit einer Gesamthöhe von 200 m beschrieben. Dass die Landesplanung die Vorgaben aus dem WindBG berücksichtigen muss, ist nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist hingegen, dass bei einer faktischen Freigabe jedweder Höhenbegrenzungen die Abstände zur Wohnbebauung im Vergleich zum bisherigen LEP-Wind nicht entsprechend mit angepasst bzw. vergrößert werden. Insbesondere die Wohnbebauung im baurechtlichen Außenbereich wird nicht (mehr) ausreichend geschützt und die Abstände sogar noch verringert. Hier verliert der Außenbereich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	faktisch den Schutz von 600 m (3h) und erhält nur noch pauschal 400 m. Aber auch die Siedlungsgebiete verlieren an Abstandsfläche, wenn weniger als 1.000 m Abstand gewährt werden. Mit der alten Regelung galten durch „5h“ 1.000 m als gesetzt. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz der Wohnbebauung eingesetzt. Die Abstandsregelungen waren schon damals aus Sicht der Gemeinden nur bedingt akzeptabel. Eine weitere Reduzierung ist nicht hinnehmbar. Es werden zunehmend Klagen von Anlieger/innen über starke Geräuschbelästigungen bekannt. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Dieser Situation wird überhaupt keine Rechnung getragen; vielmehr wird der Abstand sogar noch reduziert. Insbesondere Menschen im Außenbereich empfinden sich hierdurch als Bürger/innen zweiter Klasse. Die Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so weiter massiv sinken und der Windfrieden in Schleswig-Holstein gefährdet. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sein. Die Gemeinde fordert daher, zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen sowie innerhalb dieser im Außenbereich einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 600 m einzuräumen. Die Gemeinde fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 1.000 m einzuräumen. Stellungnahme der Gemeinde Bordesholm, lfd. Nr. 3 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 - 3 Z Gegenseitige Beachtung von Abstandserfordernissen von Siedlungsentwicklungen und Windenergienutzung Dieses Ziel der Raumordnung sagt aus, dass bei der gemeindlichen Siedlungsentwicklung die Abstände zu Windenergiegebieten entsprechend der Schutzwürdigkeit der geplanten Nutzungen einzuhalten sind. Diese entsprechen den Umgebungsbereichen aus den Absätzen 1 Z und 2 Z. Obwohl die Gemeinde, wie oben beschrieben, einen ausreichenden Abstand zur Wohnbebauung als unerlässlich erachtet, wird durch die Abstandsflächen die kommunale	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungshoheit massiv eingeschränkt, indem die Abstandsflächen die Siedlungsentwicklung entsprechend einschränken. Die Planungshoheit der Gemeinden ist ein Kernelement des Bauplanungsrechts und obliegt den Gemeinden (Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG). Es entspricht nicht dieser Vorgabe des Grundgesetzes, dass die Gemeinden bei der Errichtung von Windenergieanlagen keinerlei Mitspracherecht mehr haben sowie zusätzlich in ihren Entwicklungsmöglichkeiten durch die heranrückende Windkraft massiv beschränkt werden. Die Gemeinde fordert daher, durch eine generelle und weiträumige Rücknahme von Potentialflächen im Umgebungsbereich der Gemeinden Freiräume für eine weitere und ausreichende Siedlungsentwicklung zu schaffen. Es kann nicht sein, dass die zukünftigen baulichen Entwicklungsmöglichkeiten durch die Abstandsflächen derart eingeschränkt werden. Stellungnahme der Gemeinde Bordesholm, lfd. Nr. 4 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.2 - 11 G Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung In den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung sowie den Kernbereichen für	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Tourismus und/oder Erholung soll dem Tourismus und der Erholung besonderes Gewicht beigemessen werden. Ob und inwieweit im Einzelfall ein Windenergiegebiet mit diesen landesplanerischen Grundsätzen zu vereinbaren ist, soll gemäß Entwurf der TF-LEP einzelfallbezogen geprüft werden. Als Kernbereich für Erholung gelten insbesondere die Bereiche um den Bordesholmer See und den Einfelder See in den Gemeinden Bordesholm und Mühbrook. Die Bedeutung der beiden Seen mit ihrer natürlichen Umgebung für Tourismus und Naherholung stehen außer Zweifel. Der Bau von Windkraft gilt gemäß §14 BNatSchG als Eingriff in die Landschaft und Natur und ist somit auszugleichen. Die unteren Naturschutzbehörden in Schleswig-Holstein ziehen dafür gemäß Ministeriumserlass den radialen Wirkbereich, berechnet aus der 15-fachen Gesamtanlagenhöhe, heran. Die heutigen Anlagen sind gemäß Referenzanlage 200 m hoch und haben damit einen Wirkbereich von etwa 3.000 m in jede Richtung. In den Kernbereichen für Erholung sollen jedoch gemäß des aktuellen Regionalplanes „Erholungsmöglichkeiten qualitativ verbessert und die Erholungsinfrastruktur unter Berücksichtigung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der ökologischen Tragfähigkeit ausgebaut werden“. Die Ausweisung massiver neuer Potentialflächen für Windenergie läuft aus Sicht der Gemeinde diesem Ansinnen drastisch zuwider. Immissionen sowie auch die weitereichende Sichtbarkeit der Anlagen schädigen das Landschaftsbild sowie den Kernbereich für Erholung nachhaltig und erheblich. Die Gemeinde fordert daher, die Formulierung „besonderes Gewicht“ weitergehend zu verschärfen. Der Schutz von Tourismus und Erholung muss bereits im LEP belastbar verankert und klargestellt werden. Nur so kann bereits vor der Regionalplanung die herausragende Gewichtung deutlich gemacht werden. Stellungnahme der Gemeinde Bordesholm, lfd. Nr. 5 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.3 - 2 Z Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche Um eine Beeinträchtigung eines Naturschutzgebietes von außen zu verhindern, ist die Ausweisung von Windenergiegebieten auch für einen Umgebungsbereich von 100 Metern um dieses herum unzulässig. Im LEP-Wind a.F. betrug der Umgebungsbereich noch 200 m bei Naturschutzgebieten. Naturschutzgebiete sind nach § 23 BNatSchG rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft in ihrer Ganzheit oder in	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einzelnen Teilen erforderlich ist. Sie gehören – neben Nationalparken – zu den sehr streng geschützten Flächen in Deutschland. Die Schutzgebietskategorie gibt es bereits seit 1920. (Quelle: Bundesamt für Naturschutz (BfN), Internetseite). Die Zerstörung oder Veränderung von Naturschutzgebieten ist untersagt, was einen besonderen Schutz von Lebensräumen und den dort wildlebenden Pflanzen- und Tierarten gewährleistet. Die Nutzung von Naturschutzgebieten ist nur dann erlaubt, wenn sie dem Schutzziel nicht entgegensteht. Mit dem Dosenmoor ist im Süden der Gemeinde ein Naturschutzgebiet vorhanden; Fundstelle GVOBl. Schl.-H. 1981 S. 63, Verordnung vom 18.03.1981. Gemäß § 4 Abs. 1 sind alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können, verboten. Die Pläne des Landes zur Reduzierung des Schutzabstandes sind nicht vereinbar mit den Schutzzwecken des Naturschutzgebiets und laufen diesen massiv zuwider; insbesondere das „Dosenmoor“ ist als prägendes Landschaftselement in der Region ganz besonders zu schützen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Gemeinde fordert daher, dass in der Teilfortschreibung zum LEP Wind mindestens der ursprüngliche Schutzstatus für Naturschutzgebiete wiederherzustellen ist. Stellungnahme der Gemeinde Bordesholm, lfd. Nr. 6 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.3 - 3 Z Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche FFH-Gebiete: Der Ausschluss von Windenergienutzungen gilt auch für einen Umgebungsbereich von 100 Metern um ein FFH-Gebiet herum. Ein erweiterter Umgebungsbereich von insgesamt 200 Metern gilt nur spezielle Gebiete, deren Erhaltungsziele den Schutz von Fledermäusen umfassen. Im LEP-Wind a.F. betrug der Umgebungsbereich noch generell 200 m für FFH-Gebiete. In der Teilfortschreibung zum LEP Wind ist mindestens der ursprüngliche Schutzstatus für die o.g. Gebiete wiederherzustellen. Stellungnahme der Gemeinde Bordesholm, lfd. Nr. 7 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.3 - 6 Z Wälder und Umgebungsbereiche Wäldern wurde im bisherigen LEP-Wind ein Abstand bzw. ein Umgebungsbereich von 30 -	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	100 m zugestanden (weiches Tabu). Die Ausweisung von Windenergiegebieten soll nunmehr nur noch in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig sein (ausgenommen Naturwälder). Angesichts der vielfältigen Belastungen durch das Zusammenwirken des Klimawandels und intensiver Bewirtschaftung ist die Einschränkung des Waldschutzes zum Erhalt weiterer Flächen für die Windenergie nicht hinzunehmen. Da Wälder in Schleswig-Holstein selten sind, haben die vorhandenen Waldflächen für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz eine besondere Bedeutung. Die Gemeinde fordert daher, den Schutzabstand von 100 m auf alle Waldarten vorbehaltlos anzuwenden. Stellungnahme der Gemeinde Bordesholm, lfd. Nr. 8 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.3 - 7 Z bis 17 G diverse Punkte zu Natur- und insbesondere Vogelschutz Bezüglich des Natur- und insbesondere des Vogelschutzes schreibt der NABU SH auf seiner Homepage https://schleswig-holstein.nabu.de/politik-und-umwelt/energie/windenergie/ 35068.html (gesichtet am 16.08.2024): „Sehr kritisch sehen wir etwa, dass beispielsweise die Abstände zu Brutplätzen der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	besonders windkraftsensiblen Arten Seeadler und Schwarzstorch von 3.000 m auf 2.000 m abgesenkt werden sollen - entgegen den ausdrücklichen Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaften der Vogelschutzwarten. Und selbst dieser zu geringe Abstand soll kein zwingender Mindeststandard werden, sondern unterlaufen werden können. Für Rotmilan und Weißstorch sind ebenfalls tödliche Abstandsverkürzungen vorgesehen. Auch der Abstand zu Wäldern – mit Ausnahme von Naturwäldern – soll von 100 m auf gerade einmal 30 m verkürzt werden. Folglich droht eine übermäßige Gefährdung verschiedener Fledermausarten. Für diese starken Einschränkungen des Artenschutzes zeichnet jedoch weniger die Landesregierung, sondern vielmehr der Bund mit seinen diesbezüglichen auch für das Land verbindlichen Rechtsvorschriften Verantwortung.“ Diesen Aussagen folgt die Gemeinde inhaltlich voll und ganz und fordert diesbezüglich eine Nachbesserung in der TF-LEP Wind bzw. mindestens die Wiederherstellung der bisherigen Schutzmaßnahmen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2628	Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Hier: Stellungnahme zur Aufnahme des Potentialgebietes „Ahrensbök/Schwochel, Gemarkung Böbs, Flur [redacted] und [redacted] sowie Gemarkung Schwochel Flur [redacted] und [redacted]“ Sehr geehrte Damen und Herren,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wir freuen uns über die Entscheidung des Planungsverbandes, das Potentialgebiet „Ahrensbök/Schwochel Gemarkung Böbs, Flur [redacted] und [redacted] sowie Gemarkung Schwochel Flur [redacted] und [redacted]“ in den Entwurf aufzunehmen. Die [redacted] GmbH plant auf Flurstücken dieses Potentialgebietes die Umsetzung eines Windprojekts. Dafür hat sie mit uns und weiteren Grundstückseigentümerinnen bereits langfristige Nutzungsverträge geschlossen. Wir bedanken uns für die erneute Prüfung durch den Planungsverband und die Aufnahme des Gebietes in den Planungsentwurf. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1175	Als Lokale Tourismusorganisation (LTO) ist die [redacted] (OfS) mit der Förderung des Tourismus in der Region von Schleswig an der Schlei bis zur Ostsee (u.a. Schwansen) betraut. Im Rahmen dieses Auftrages treibt die OfS auch die Planung und Koordinierung von touristischen Infrastrukturmaßnahmen voran. Die OfS-Region ist seit Februar 2018 als erstes Nachhaltiges Reiseziel in Schleswig-Holstein zertifiziert. Bundesweite Anerkennung hat die OfS auch durch das Konzept zur qualitativen Entwicklung und Selbstbeschränkung des regionalen Tourismus in der Region Ostseefjord Schlei (https://www.ostseefjordschlei.de/fileadmin/Mediendatenbank/PDF/allgemeine-informationen/projectm-gutachten-grenzen-des-wachstums-vollversion.pdf) erhalten, welches vom Deutschen Tourismusverband sowie dem Umweltministerium 2023 mit einem Best Practice Preis geehrt wurde. Ein Kernstück dieses Konzeptes ist die bessere Besucherlenkung der zahlreichen Urlaubsgäste, denn in den touristischen Hotspots entlang der Küste gibt es mittlerweile zahlreiche Akzeptanzprobleme für den Tourismus seitens der Einheimischen. Der Tourismus erwirtschaftet regional mit 4,6 Mio. Übernachtungen und 4 Mio. Tagesgästen mittlerweile einen Bruttoumsatz von 432 Mio. € pro Jahr. Die OfS versucht den Tourismusstrom besser zu verteilen durch • die aktive Unterstützung und Förderung des neuen ÖPNV Angebotes SMILE 24,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• den Aufbau einer digitalen Besucherlenkung, • den Aufbau einer ADFC-zertifizierten Radreiseregion und • die Inwertsetzung der „2. Reihe“ (also dem Binnenland), um die Schwerpunkträume für Tourismus zu entlasten. Gerade die Bemühungen zur Radreiseregion und Inwertsetzung der „2. Reihe“ werden durch den massiven Ausbau der Windkraft konterkariert. Im Kapitel *4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz* wird zwar auf die Schwerpunkträume und Kernbereiche für Tourismus und Erholung eingegangen, das greift räumlich aber deutlich zu kurz, weil der Gast mehr Fläche zur Erholung benötigt. Regional lassen sich die Konsequenzen gut an der Situation in Schwansen absehen: Aktuell sind dort bereits 43 Windkraftanlagen geplant (vgl. https://www.shz.de/lokales/schwansen/artikel/ausbau-der-windkraft-in-schwansen-47586094), was bereits einen massiven Ausbau darstellt. Es verbleiben jedoch noch Flächen, auf denen die Naturlandschaft erlebbar ist. Mit der Nutzung weiterer Potentialflächen, wie sie nach dem aktuellen Entwurf der Teilfortschreibung des LEP möglich wären, würde das Binnenland in Schwansen nochmals deutlich an Attraktivtät verlieren und seiner Ausflugsfunktion beraubt werden. Dadurch sinkt natürlich auch die Attraktivität der Tourismusorte in den Schwerpunkträumen und Kernbereichen für Tourismus und Erholung. Für die nachhaltige Tourismusentwicklung der Region ist es daher erforderlich, einen regional abgestimmten und behutsamen Ausbau der Windkraft sicherzustellen, der die Grundlage für einen attraktiven Ausflugsverkehr von den touristischen Hotspots sicherstellt. Es muss sichergestellt werden, dass Teilregionen wie Schwansen zwar ihren Anteil an der Energiewende durch Windkraft leisten (2-3% der Fläche), jedoch nicht auf Kosten des Tourismus überbordend belastet werden und sich ihrer Zukunftschancen berauben. Die Wechselwirkungen von touristischen Schwerpunkträumen mit dem Umland müssen Beachtung finden. [redacted]	
Institution:	Stellungnahme der Gemeinde Wattenbek siehe Anlage.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Amt Bordesholm, Bau- und Ordnungsamt ID: 1173	[eingefügt aus Anhang] Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) Stellungnahme der Gemeinde Wattenbek Die Gemeinde Wattenbek gibt zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) folgende Stellungnahmen ab: Stellungnahme der Gemeinde Wattenbek, lfd. Nr. 1 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 - 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion - G 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion In Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion sowie in einem Umgebungsbereich von 800 m um diesen Bereich wird die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen. Ein Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern soll gemäß 1 G von	nicht zu einer Änderung der Planunterlagen. Zu Punkt Nr. 1: An der Differenzierung der Abstände wird weiterhin festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 2.3.1, wird hingewiesen. Zum Hinweis auf das Bürgerbegehren wird ebenfalls auf die allgemeine Synopse, Punkt 7.1.3, hingewiesen. Zu Punkt Nr. 2: An der Differenzierung der Abstände wird weiterhin festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 2.5.1, wird hingewiesen. Zu Punkt Nr. 3: Die Siedlungsentwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden werden im Rahmen der Einzelfallabwägung für die Festlegung der Vorranggebiete auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Zu Punkt Nr. 4: Zwar besteht für die regionalen Grünzüge ein generelles Freihaltegebot. Privilegierte Vorhaben im Außenbereich gemäß § 35 Absatz 1 BauGB bleiben hiervon unberührt. Um den gesetzlich vorgeschriebenen Flächenbeitragswert gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz zu erreichen, kann kein pauschaler Ausschluss der regionalen Grünzüge erfolgen. An welcher Stelle und in welchem Umfang diese Räume für eine Windenergienutzung in Anspruch genommen werden, ist im Rahmen der Abwägung zu ermitteln. Gleichwohl werden die Zielsetzungen der regionalen Grünzüge dabei berücksichtigt. Zu Punkt Nr. 5: Naturschutzgebiete selbst sind von einer Windenergienutzung ausgeschlossen. Darüber hinaus wird ein zusätzlicher Schutzabstand von 100m ebenfalls pauschal ausgeschlossen. Die Festlegung eines darüber hinausgehenden weiteren Schutzabstandes erfolgt nicht. Zu Punkt Nr. 6: FFH-Gebiete selbst sind von einer Windenergienutzung ausgeschlossen. Darüber hinaus wird ein differenzierter Schutzabstand festgelegt. An der Differenzierung

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergiegebieten freigehalten werden, sofern noch keine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz der Wohnbebauung eingesetzt und die Gewährung des 1.000 m Umgebungsbereiches gefordert sowie diesen auch meist erhalten. Die Gemeinden mit bereits vorhandenen Vorranggebieten sind durch diese stark belastet und tragen bereits maßgeblich dazu bei, die energie- und klimapolitischen Ziele der Landesregierung zu erfüllen. An eine bereits vorhandene Windenergienutzung (Vorbelastung) zu knüpfen, dass die Menschen vor Ort einen geringeren Schutzabstand erdulden könnten bzw. eine Ungleichbehandlung zu ertragen haben, scheint weder ursachengetreu noch inhaltlich nachvollziehbar. Eine Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so insbesondere in den Bereichen sinken, in denen WEA bereits jetzt installiert worden sind. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein und gefährdet massiv den propagierten Windfrieden im Land. Zunehmend beklagen sich Anlieger/innen auch über starke Geräuschbelästigungen.	wird weiterhin festgehalten. Zu Punkt Nr. 7: Wälder mit einem Abstand von 30m werden ebenfalls von einer Windenergienutzung ausgeschlossen, bei Naturwäldern wird der Abstand auf 100m erhöht. Auch hier wird an der differenzierten Vorgehensweise festgehalten. Zu Punkt Nr. 8: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Da bereits auf Bundesebene Klarstellungen hinsichtlich der Umgebungsbereiche zu windkraftsensiblen Großvogelarten erfolgte, sollen diese bei der Vorranggebietsausweisung im Rahmen der Abwägung berücksichtigt werden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Diese Situation wird vor dem Hintergrund der weiteren Verdichtung des WKA-Bestands im ländlichen Raum sowie zu geringer Abstände zur Wohnbebauung einen weiteren Verlust an Akzeptanz sowie einer Zusatzbelastung für die Bevölkerung vor Ort bedeuten. Die Gemeinde fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 1.000 m einzuräumen; unabhängig einer Vorbelastung. In diesem Zusammenhang wird eindringlich darauf hingewiesen, dass bereits ein Bürgerbegehren Anfang der 2010er Jahre eindeutig ergeben hat, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Windenergiegebiet im Süden von Wattenbek ablehnen. Stellungnahme der Gemeinde Wattenbek, lfd. Nr. 2 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1 - 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion - 2 Z 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Außenbereich sowie zu Gewerbe - 3 G Festlegung einer Referenzanlage - 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen - Streichung von 6 Z in Kapitel 3.5.2 (LEP-Wind a.F.) Der Entwurf zur TF-LEP Wind 2024 beinhaltet, dass die bisherige 3H-/5H-Regelung entfällt. Diese sah vor, dass der Abstand von Windrädern zu Häusern im Außenbereich das Dreifache und zu Siedlungen das Fünffache der Anlagenhöhe beträgt. Grund für die Streichung ist, dass Flächen mit Höhenbegrenzungen nicht auf die vom Bund im WindBG vorgegebenen Flächenziele angerechnet werden dürfen. Aus dem gleichen Grunde wurde mit 4 Z ein Verbot jedweder Höhenbeschränkungen verankert. Die Referenzanlage in 3 G wird mit einer Gesamthöhe von 200 m beschrieben. Dass die Landesplanung die Vorgaben aus dem WindBG berücksichtigen muss, ist nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist hingegen, dass bei einer faktischen Freigabe jedweder Höhenbegrenzungen die Abstände zur Wohnbebauung im Vergleich zum bisherigen LEP-Wind nicht entsprechend mit angepasst bzw. vergrößert werden. Insbesondere die Wohnbebauung im baurechtlichen Außenbereich wird nicht (mehr) ausreichend geschützt und die Abstände sogar noch verringert. Hier verliert der Außenbereich faktisch den Schutz von 600 m (3h) und erhält nur noch pauschal 400 m. Aber auch die Siedlungsgebiete verlieren an Abstandsfläche, wenn weniger als 1.000 m	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstand gewährt werden. Mit der alten Regelung galten durch „5h“ 1.000 m als gesetzt. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz der Wohnbebauung eingesetzt. Die Abstandsregelungen waren schon damals aus Sicht der Gemeinden nur bedingt akzeptabel. Eine weitere Reduzierung ist nicht hinnehmbar. Es werden zunehmend Klagen von Anlieger/innen über starke Geräuschbelästigungen bekannt. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Dieser Situation wird überhaupt keine Rechnung getragen; vielmehr wird der Abstand sogar noch reduziert. Insbesondere Menschen im Außenbereich empfinden sich hierdurch als Bürger/innen zweiter Klasse. Die Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so weiter massiv sinken und der Windfrieden in Schleswig-Holstein gefährdet. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein. Die Gemeinde fordert daher, zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen sowie innerhalb	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dieser im Außenbereich einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 600 m einzuräumen. Die Gemeinde fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 1.000 m einzuräumen. In diesem Zusammenhang wird eindringlich darauf hingewiesen, dass bereits ein Bürgerbegehren Anfang der 2010er Jahre eindeutig ergeben hat, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Windenergiegebiet im Süden von Wattenbek ablehnen. Stellungnahme der Gemeinde Wattenbek, lfd. Nr. 3 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 - 3 Z Gegenseitige Beachtung von Abstandserfordernissen von Siedlungsentwicklungen und Windenergienutzung Dieses Ziel der Raumordnung sagt aus, dass bei der gemeindlichen Siedlungsentwicklung die Abstände zu Windenergiegebieten entsprechend der Schutzwürdigkeit der geplanten Nutzungen einzuhalten sind. Diese entsprechen den Umgebungsbereichen aus den Absätzen 1 Z und 2 Z. Obwohl die Gemeinde, wie oben beschrieben, einen ausreichenden Abstand zur Wohnbebauung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	als unerlässlich erachtet, wird durch die Abstandsflächen die kommunale Planungshoheit massiv eingeschränkt, indem die Abstandsflächen die Siedlungsentwicklung entsprechend einschränken. Die Planungshoheit der Gemeinden ist ein Kernelement des Bauplanungsrechts und obliegt den Gemeinden (Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG). Es entspricht nicht dieser Vorgabe des Grundgesetzes, dass die Gemeinden bei der Errichtung von Windenergieanlagen keinerlei Mitspracherecht mehr haben sowie zusätzlich in ihren Entwicklungsmöglichkeiten durch die heranrückende Windkraft massiv beschränkt werden. Die Gemeinde fordert daher, durch eine generelle und weiträumige Rücknahme von Potentialflächen im Umgebungsbereich der Gemeinden Freiräume für eine weitere und ausreichende Siedlungsentwicklung zu schaffen. Es kann nicht sein, dass die zukünftigen baulichen Entwicklungsmöglichkeiten durch die Abstandsflächen derart eingeschränkt werden. Die Gemeinde Wattenbek hat ausschließlich bauliches Entwicklungspotential Richtung Süden, was die Wind-Potentialflächen dort als unzumutbar erscheinen lassen. Stellungnahme der Gemeinde Wattenbek, lfd. Nr. 4 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.2	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- 12 G Regionale Grünzüge Kapitel 6.3.1 des Landesentwicklungsplanes SH regelt die Regionalen Grünzügen. Es wird beschrieben, dass in den Ordnungsräumen dem langfristigen Schutz unbesiedelter Freiräume eine besondere Bedeutung zur Sicherung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Siedlungsansprüchen und ökologischer Qualitätssicherung des Raums zukommt. Die Grünzüge dienen als großräumig zusammenhängende Freiflächen insbesondere dem Schutz der Landschaft vor einer großräumigen Zersiedelung (siehe 1 Z sowie 4 Z). Für die regionalen Grünzüge besteht ein generelles Freihaltegebot. Als verbindliche Ziele der Raumordnung scheint es sehr widersprüchlich, dass der Schutz der Landschaft nun zurückstehen soll, um in dem betroffenen Bereich in massiver Form neue Windenergiegebiete auszuweisen. Auf der Internetseite des Landes sind unter der Rubrik „Windenergienutzung (Räumliche Steuerung)“ diverse erläuternde Hintergrundinformationen online gestellt worden. In dem ebenfalls veröffentlichten Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“ wird dargelegt, dass „Abwägungskriterien wie zum Beispiel (…) regionale Grünzüge (…) zugunsten der Windenergienutzung geringer gewichtet“ werden (Hervorhebung durch Gemeinde). Während festzustellen ist, dass kommunale Anliegen stets durch die Benennung des regionalen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Grünzuges blockiert und ausgebremst werden, scheinen die Landesziele, selbst bei einem so erheblichen Eingriff in Natur und Landschaft, wie die großflächige Ausweisung von Windenergiegebieten, nicht entsprechend negativ behandelt zu werden. Eine noch weitere Reduzierung des Schutzes der regionalen Grünzüge ist aus Sicht der Gemeinde nicht hinnehmbar. Bereits im Landesentwicklungsplan sind daher zielführende und belastbare Maßnahmen zu verankern, die einen wirksamen Schutz bieten. In jedem Falle ist mindestens die ursprüngliche Gewichtung in der Abwägung wiederherzustellen. Stellungnahme der Gemeinde Wattenbek, lfd. Nr. 5 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.3 - 2 Z Naturschutzgebiete und Umgebungsbereiche Um eine Beeinträchtigung eines Naturschutzgebietes von außen zu verhindern, ist die Ausweisung von Windenergiegebieten auch für einen Umgebungsbereich von 100 Metern um dieses herum unzulässig. Im LEP-Wind a.F. betrug der Umgebungsbereich noch 200 m bei Naturschutzgebieten. Naturschutzgebiete sind nach § 23 BNatSchG rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft in ihrer Ganzheit oder in einzelnen Teilen erforderlich ist. Sie gehören – neben Nationalparken – zu den sehr streng	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	geschützten Flächen in Deutschland. Die Schutzgebietskategorie gibt es bereits seit 1920. (Quelle: Bundesamt für Naturschutz (BfN), Internetseite). Die Zerstörung oder Veränderung von Naturschutzgebieten ist untersagt, was einen besonderen Schutz von Lebensräumen und den dort wildlebenden Pflanzen- und Tierarten gewährleistet. Die Nutzung von Naturschutzgebieten ist nur dann erlaubt, wenn sie dem Schutzziel nicht entgegensteht. Mit dem Dosenmoor ist im Süden der Gemeinde ein Naturschutzgebiet vorhanden; Fundstelle GVOBl. Schl.-H. 1981 S. 63, Verordnung vom 18.03.1981. Gemäß § 4 Abs. 1 sind alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können, verboten. Die Pläne des Landes zur Reduzierung des Schutzabstandes sind nicht vereinbar mit den Schutzzwecken des Naturschutzgebiets und laufen diesen massiv zuwider; insbesondere das „Dosenmoor“ ist als prägendes Landschaftselement in der Region ganz besonders zu schützen. Die Gemeinde fordert daher, dass in der Teilfortschreibung zum LEP Wind mindestens	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der ursprüngliche Schutzstatus für die o.g. Gebiete wiederherzustellen ist. Stellungnahme der Gemeinde Wattenbek, lfd. Nr. 6 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.3 - 3 Z Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche FFH-Gebiete: Der Ausschluss von Windenergienutzungen gilt auch für einen Umgebungsbereich von 100 Metern um ein FFH-Gebiet herum. Ein erweiterter Umgebungsbereich von insgesamt 200 Metern gilt nur spezielle Gebiete, deren Erhaltungsziele den Schutz von Fledermäusen umfassen. Im LEP-Wind a.F. betrug der Umgebungsbereich noch generell 200 m für FFH-Gebiete. In der Teilfortschreibung zum LEP Wind ist mindestens der ursprüngliche Schutzstatus für die o.g. Gebiete wiederherzustellen. Stellungnahme der Gemeinde Wattenbek, lfd. Nr. 7 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.3 - 6 Z Wälder und Umgebungsbereiche Wäldern wurde im bisherigen LEP-Wind ein Abstand bzw. ein Umgebungsbereich von 30 - 100 m zugestanden (weiches Tabu).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Ausweisung von Windenergiegebieten soll nunmehr nur noch in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig sein (ausgenommen Naturwälder). Angesichts der vielfältigen Belastungen durch das Zusammenwirken des Klimawandels und intensiver Bewirtschaftung ist die Einschränkung des Waldschutzes zum Erhalt weiterer Flächen für die Windenergie nicht hinzunehmen. Da Wälder in Schleswig-Holstein selten sind, haben die vorhandenen Waldflächen für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz eine besondere Bedeutung. Die Gemeinde fordert daher, den Schutzabstand von 100 m auf alle Waldarten vorbehaltlos anzuwenden. Stellungnahme der Gemeinde Wattenbek, lfd. Nr. 8 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.3 - 7 Z bis 17 G diverse Punkte zu Natur- und insbesondere Vogelschutz Bezüglich des Natur- und insbesondere des Vogelschutzes schreibt der NABU SH auf seiner Homepage https://schleswig-holstein.nabu.de/politik-und-umwelt/energie/windenergie/ 35068.html (gesichtet am 16.08.2024): „Sehr kritisch sehen wir etwa, dass beispielsweise die Abstände zu Brutplätzen der besonders	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	windkraftsensiblen Arten Seeadler und Schwarzstorch von 3.000 m auf 2.000 m abgesenkt werden sollen - entgegen den ausdrücklichen Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaften der Vogelschutzwarten. Und selbst dieser zu geringe Abstand soll kein zwingender Mindeststandard werden, sondern unterlaufen werden können. Für Rotmilan und Weißstorch sind ebenfalls tödliche Abstandsverkürzungen vorgesehen. Auch der Abstand zu Wäldern – mit Ausnahme von Naturwäldern – soll von 100 m auf gerade einmal 30 m verkürzt werden. Folglich droht eine übermäßige Gefährdung verschiedener Fledermausarten. Für diese starken Einschränkungen des Artenschutzes zeichnet jedoch weniger die Landesregierung, sondern vielmehr der Bund mit seinen diesbezüglichen auch für das Land verbindlichen Rechtsvorschriften Verantwortung.“ Diesen Aussagen folgt die Gemeinde inhaltlich voll und ganz und fordert diesbezüglich eine Nachbesserung in der TF-LEP Wind bzw. mindestens die Wiederherstellung der bisherigen Schutzmaßnahmen.	
Institution: Amt Bordesholm, Bau- und Ordnungsamt ID: 1172	Stellungnahme der Gemeinde Schönbek siehe Anlage. [eingefügt aus Anhang] Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) Stellungnahme der Gemeinde Schönbek	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen. Zu Punkt Nr. 1: An der Differenzierung der Abstände wird weiterhin festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 2.3.1, wird hingewiesen. Zum Hinweis auf das Bürgerbegehren wird ebenfalls auf die allgemeine Synopse, Punkt 7.1.3, hingewiesen. Zu Punkt Nr. 2: An der Differenzierung der Abstände wird weiterhin festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 2.5.1,

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Gemeinde Schönbek gibt zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) folgende Stellungnahmen ab: Stellungnahme der Gemeinde Schönbek, lfd. Nr. 1 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 - 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion - G 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion In Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion sowie in einem Umgebungsbereich von 800 m um diesen Bereich wird die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen. Ein Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern soll gemäß 1 G von Windenergiegebieten freigehalten werden, sofern noch keine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren	wird hingewiesen. Zu Punkt Nr. 3: Die Siedlungsentwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden werden im Rahmen der Einzelfallabwägung für die Festlegung der Vorranggebiete auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Zu Punkt Nr. 4: Eine potenzielle Umfassungssituation bedarf stets der Beurteilung des Einzelfalls. Insofern sollen auf Ebene des Landesentwicklungsplanes lediglich die Rahmenbedingen festgelegt werden. Gleichwohl ist zu beachten, dass der gesetzlich vorgeschriebene Flächenbeitragswert gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz erreicht wird. Zu Punkt Nr. 5: Auch hier gilt, dass die Naturparke im Rahmen der Einzelfallabwägung berücksichtigt werden. Ebenso wird eine Inanspruchnahme in dem Maße erforderlich, bis der Flächenbeitragswert in dem festgelegten Umfang erreicht ist. Zu Punkt Nr. 6: Wälder mit einem Abstand von 30m werden von einer Windenergienutzung ausgeschlossen, bei Naturwäldern wird der Abstand auf 100m erhöht. Auch hier wird an der differenzierten Vorgehensweise festgehalten. Zu Punkt Nr. 7: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Da bereits auf Bundesebene Klarstellungen hinsichtlich der Umgebungsbereiche zu windkraftsensiblen Großvogelarten erfolgte, sollen diese bei der Vorranggebietsausweisung im Rahmen der Abwägung berücksichtigt werden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz der Wohnbebauung eingesetzt und die Gewährung des 1.000 m Umgebungsbereiches gefordert sowie diesen auch meist erhalten. Die Gemeinden mit bereits vorhandenen Vorranggebieten sind durch diese stark belastet und tragen bereits maßgeblich dazu bei, die energie- und klimapolitischen Ziele der Landesregierung zu erfüllen. An eine bereits vorhandene Windenergienutzung (Vorbelastung) zu knüpfen, dass die Menschen vor Ort einen geringeren Schutzabstand erdulden könnten bzw. eine Ungleichbehandlung zu ertragen haben, scheint weder ursachengetreu noch inhaltlich nachvollziehbar. Eine Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so insbesondere in den Bereichen sinken, in denen WEA bereits jetzt installiert worden sind. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein und gefährdet massiv den propagierten Windfrieden im Land. Zunehmend beklagen sich Anlieger/innen auch über starke Geräuschbelästigungen. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Diese Situation wird vor dem Hintergrund der weiteren Verdichtung des WKA-Bestands im ländlichen Raum sowie zu geringer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstände zur Wohnbebauung einen weiteren Verlust an Akzeptanz sowie einer Zusatzbelastung für die Bevölkerung vor Ort bedeuten. Die Gemeinde fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 1.000 m einzuräumen; unabhängig einer Vorbelastung. Stellungnahme der Gemeinde Schönbek, lfd. Nr. 2 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1 - 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion - 2 Z 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe - 3 G Festlegung einer Referenzanlage - 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen - Streichung von 6 Z in Kapitel 3.5.2 (LEP-Wind a.F.) Der Entwurf zur TF-LEP Wind 2024 beinhaltet, dass die bisherige 3H-/5H-Regelung entfällt. Diese sah vor, dass der Abstand von Windrädern zu Häusern im Außenbereich das Dreifache und zu Siedlungen das Fünffache der Anlagenhöhe beträgt. Grund für die Streichung ist, dass Flächen mit Höhenbegrenzungen nicht auf die vom	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bund im WindBG vorgegebenen Flächenziele angerechnet werden dürfen. Aus dem gleichen Grunde wurde mit 4 Z ein Verbot jedweder Höhenbeschränkungen verankert. Die Referenzanlage in 3 G wird mit einer Gesamthöhe von 200 m beschrieben. Dass die Landesplanung die Vorgaben aus dem WindBG berücksichtigen muss, ist nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist hingegen, dass bei einer faktischen Freigabe jedweder Höhenbegrenzungen die Abstände zur Wohnbebauung im Vergleich zum bisherigen LEP-Wind nicht entsprechend mit angepasst bzw. vergrößert werden. Insbesondere die Wohnbebauung im baurechtlichen Außenbereich wird nicht (mehr) ausreichend geschützt und die Abstände sogar verringert. Hier verliert der Außenbereich faktisch den Schutz von 600 m (3h) (bezogen auf die Referenzanlage) und erhält nur noch pauschal 400 m. Aber auch die Siedlungsgebiete verlieren an Abstandsfläche, wenn weniger als 1.000 m Abstand gewährt werden. Bezogen auf die Referenzanlage würden nämlich durch „5h“ 1.000 m als gesetzt gelten. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Wohnbebauung eingesetzt. Die Abstandsregelungen waren schon damals aus Sicht der Gemeinden nur bedingt akzeptabel. Eine weitere Reduzierung ist nicht hinnehmbar. Es werden zunehmend Klagen von Anlieger/innen über starke Geräuschbelästigungen bekannt. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Dieser Situation wird überhaupt keine Rechnung getragen; vielmehr wird der Abstand sogar noch reduziert. Insbesondere Menschen im Außenbereich empfinden sich hierdurch als Bürger/innen zweiter Klasse. Die Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so weiter massiv sinken und der Windfrieden in Schleswig-Holstein gefährdet. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein. Die Gemeinde fordert daher, zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen sowie innerhalb dieser im Außenbereich einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 600 m einzuräumen. Die Gemeinde fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 1.000 m einzuräumen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellungnahme der Gemeinde Schönbek, lfd. Nr. 3 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 - 3 Z Gegenseitige Beachtung von Abstandserfordernissen von Siedlungsentwicklungen und Windenergienutzung Dieses Ziel der Raumordnung sagt aus, dass bei der gemeindlichen Siedlungsentwicklung die Abstände zu Windenergiegebieten entsprechend der Schutzwürdigkeit der geplanten Nutzungen einzuhalten sind. Diese entsprechen den Umgebungsbereichen aus den Absätzen 1 Z und 2 Z. Obwohl die Gemeinde, wie oben beschrieben, einen ausreichenden Abstand zur Wohnbebauung als unerlässlich erachtet, wird durch die Abstandsflächen die kommunale Planungshoheit massiv eingeschränkt, indem die Abstandsflächen die Siedlungsentwicklung entsprechend einschränken. Die Planungshoheit der Gemeinden ist ein Kernelement des Bauplanungsrechts und obliegt den Gemeinden (Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG). Es entspricht nicht dieser Vorgabe des Grundgesetzes, dass die Gemeinden bei der Errichtung von Windenergieanlagen keinerlei	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mitspracherecht mehr haben sowie zusätzlich in ihren Entwicklungsmöglichkeiten durch die heranrückende Windkraft massiv beschränkt werden. Die Gemeinde fordert daher, durch eine generelle und weiträumige Rücknahme von Potentialflächen im Umgebungsbereich der Gemeinden Freiräume für eine weitere und ausreichende Siedlungsentwicklung zu schaffen. Es kann nicht sein, dass die zukünftigen baulichen Entwicklungsmöglichkeiten durch die Abstandsflächen derart eingeschränkt werden. Stellungnahme der Gemeinde Schönbek, lfd. Nr. 4 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 - 7 G Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung Gemäß Plantext soll eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WEA vermieden werden. Dafür soll geprüft werden, ob Umfang und Anzahl von Windenergiegebieten in unmittelbarer räumlicher Nähe zu Ortslagen im Einzelfall begrenzt werden müssen. Auf der Internetseite des Landes sind unter der Rubrik „Windenergienutzung (Räumliche Steuerung)“ diverse erläuternde Hintergrundinformationen online gestellt worden. In dem ebenfalls veröffentlichten Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“ wird dargelegt, dass „Abwägungskriterien wie zum Beispiel Umfassung von Ortslagen (…) zugunsten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Windenergienutzung geringer gewichtet“ (Hervorhebung durch Gemeinde) werden. Die Umfassung von Ortslagen schädigt nicht nur das Landschaftsbild eines Gebietes massiv und nachhaltig, sondern belastet auch die Anwohner/innen tagtäglich in einem erheblichen Ausmaß. Die „Umzingelung“ von Gemeinden durch Windenergieanlagen stellt insbesondere im Zusammenhang mit den zu geringen Abständen zu Siedlungsgebieten (gerade bei Vorbelastungen durch WEA) und Außenbereichen einen nicht hinzunehmenden Faktor dar, der eine Akzeptanz dieser Energieform erheblich beeinträchtigen und den Windfrieden im Land insgesamt gefährden würde. Der Begriff der „Zumutbarkeit“ muss daher weit ausgelegt und den Gemeinden ein ausreichendes Landschaftsfenster zugestanden bzw. dieses sichergestellt werden. Entsprechend konkrete und zielführende Aussagen sind bereits im LEP belastbar zu verankern, sodass bereits vor der Regionalplanung die herausragende Gewichtung der Verhinderung einer Umzingelung deutlich wird. Die angekündigte geringere Gewichtung ist hingegen unbedingt zurückzunehmen, um die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu erhalten. Stellungnahme der Gemeinde Schönbek, lfd. Nr. 5	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.2 - 14 G Naturparke Die neue TF-LEP Wind sagt aus, dass „bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden sollen“. Auf der Internetseite des Landes sind unter der Rubrik „Windenergienutzung (Räumliche Steuerung)“ diverse erläuternde Hintergrundinformationen online gestellt worden. In dem ebenfalls veröffentlichten Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“ wird dargelegt, dass „Abwägungskriterien wie zum Beispiel (…) Naturparke (…) zugunsten der Windenergienutzung geringer gewichtet“ werden sollen (Hervorhebung durch Gemeinde). Gemäß § 16 Absatz 1 LNatSchG sind Naturparke in Schleswig-Holstein definiert als großräumige Gebiete, die zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete (NSG), LSG, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Mit den Naturparken soll die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzenund Tierwelt sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft erhalten und gesichert werden. Um diese Ziele auch tatsächlich erfüllen zu können, ist es auch Sicht der Gemeinde	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erforderlich, Windenergiegebiete in diesen Bereichen nicht oder nur mit ganz außerordentlich besonderem Bedacht umzusetzen. Die im Entwurf benannte „Berücksichtigung besonderer Funktionen von Naturparken“ ist aus Sicht der Gemeinde zu kurz gegriffen und so nicht ausreichend; es muss konkret klargestellt werden, welchen hohen Schutzstatus die Naturparke vor Ort innehaben. Entsprechend konkrete und zielführende Aussagen sind bereits im LEP belastbar zu verankern, sodass bereits vor der Regionalplanung die besondere Gewichtung deutlich wird. Die angekündigte geringere Gewichtung ist hingegen unbedingt zurückzunehmen und mindestens wieder der ursprüngliche Schutzstatus für die Naturparke herzustellen. Stellungnahme der Gemeinde Schönbek, lfd. Nr. 6 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.3 - 6 Z Wälder und Umgebungsbereiche Wäldern wurde im bisherigen LEP-Wind ein Abstand bzw. ein Umgebungsbereich von 30 - 100 m zugestanden (weiches Tabu). Die Ausweisung von Windenergiegebieten soll nunmehr nur noch in einem Umgebungsbereich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von 30 Metern unzulässig sein (ausgenommen Naturwälder). Angesichts der vielfältigen Belastungen durch das Zusammenwirken des Klimawandels und intensiver Bewirtschaftung ist die Einschränkung des Waldschutzes zum Erhalt weiterer Flächen für die Windenergie nicht hinzunehmen. Da Wälder in Schleswig-Holstein selten sind, haben die vorhandenen Waldflächen für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz eine besondere Bedeutung. Die Gemeinde fordert daher, den Schutzabstand von 100 m auf alle Waldarten vorbehaltlos anzuwenden. Stellungnahme der Gemeinde Schönbek, lfd. Nr. 7 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.3 - 7 Z bis 17 G diverse Punkte zu Natur- und insbesondere Vogelschutz Bezüglich des Natur- und insbesondere des Vogelschutzes schreibt der NABU SH auf seiner Homepage https://schleswig-holstein.nabu.de/politik-und-umwelt/energie/windenergie/ 35068.html (gesichtet am 16.08.2024): „Sehr kritisch sehen wir etwa, dass beispielsweise die Abstände zu Brutplätzen der besonders windkraft-sensiblen Arten Seeadler und Schwarzstorch von 3.000 m auf 2.000 m abgesenkt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden sollen - entgegen den ausdrücklichen Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaften der Vogelschutzwarten. Und selbst dieser zu geringe Abstand soll kein zwingender Mindeststandard werden, sondern unterlaufen werden können. Für Rotmilan und Weißstorch sind ebenfalls tödliche Abstandsverkürzungen vorgesehen. Auch der Abstand zu Wäldern – mit Ausnahme von Naturwäldern – soll von 100 m auf gerade einmal 30 m verkürzt werden. Folglich droht eine übermäßige Gefährdung verschiedener Fledermausarten. Für diese starken Einschränkungen des Artenschutzes zeichnet jedoch weniger die Landesregierung, sondern vielmehr der Bund mit seinen diesbezüglichen auch für das Land verbindlichen Rechtsvorschriften Verantwortung.“ Diesen Aussagen folgt die Gemeinde inhaltlich voll und ganz und fordert diesbezüglich eine Nachbesserung in der TF-LEP Wind bzw. mindestens die Wiederherstellung der bisherigen Schutzmaßnahmen.	
Institution: Amt Bordesholm, Bau- und Ordnungsamt ID: 1171	Stellungnahme der Gemeinde Negenharrie siehe Anlage. [eingefügt aus Anhang] Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) Stellungnahme der Gemeinde Negenharrie Die Gemeinde Negenharrie gibt zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen. Zu Punkt Nr. 1: An der Differenzierung der Abstände wird weiterhin festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 2.3.1, wird hingewiesen. Zum Hinweis auf das Bürgerbegehren wird ebenfalls auf die allgemeine Synopse, Punkt 7.1.3, hingewiesen. Zu Punkt Nr. 2: An der Differenzierung der Abstände wird weiterhin festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 2.5.1, wird hingewiesen. Zu Punkt Nr. 3: Die Siedlungsentwicklungsmöglichkeiten der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) folgende Stellungnahmen ab: Stellungnahme der Gemeinde Negenharrie, lfd. Nr. 1 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 - 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion - G 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion In Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion sowie in einem Umgebungsbereich von 800 m um diesen Bereich wird die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen. Ein Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern soll gemäß 1 G von Windenergiegebieten freigehalten werden, sofern noch keine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren	Gemeinden werden im Rahmen der Einzelfallabwägung für die Festlegung der Vorranggebiete auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Zu Punkt Nr. 4: Eine potenzielle Umfassungssituation bedarf stets der Beurteilung des Einzelfalls. Insofern sollen auf Ebene des Landesentwicklungsplanes lediglich die Rahmenbedingen festgelegt werden. Gleichwohl ist zu beachten, dass der gesetzlich vorgeschriebene Flächenbeitragswert gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz erreicht wird. Zu Punkt Nr. 5: Zwar besteht für die regionalen Grünzüge ein generelles Freihaltegebot. Privilegierte Vorhaben im Außenbereich gemäß § 35 Absatz 1 BauGB bleiben hiervon unberührt. Um den gesetzlich vorgeschriebenen Flächenbeitragswert gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz zu erreichen, kann kein pauschaler Ausschluss der regionalen Grünzüge erfolgen. An welcher Stelle und in welchem Umfang diese Räume für eine Windenergienutzung in Anspruch genommen werden, ist im Rahmen der Abwägung zu ermitteln. Gleichwohl werden die Zielsetzungen der regionalen Grünzüge dabei berücksichtigt. Zu Punkt Nr. 6: Wälder mit einem Abstand von 30m werden von einer Windenergienutzung ausgeschlossen, bei Naturwäldern wird der Abstand auf 100m erhöht. Auch hier wird an der differenzierten Vorgehensweise festgehalten. Zu Punkt Nr. 7: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Da bereits auf Bundesebene Klarstellungen hinsichtlich der Umgebungsbereiche zu windkraftsensiblen Großvogelarten erfolgte, sollen diese bei der Vorranggebietsausweisung im Rahmen der Abwägung berücksichtigt werden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz der Wohnbebauung eingesetzt und die Gewährung des 1.000 m Umgebungsbereiches gefordert sowie diesen auch meist erhalten. Die Gemeinden mit bereits vorhandenen Vorranggebieten sind durch diese stark belastet und tragen bereits maßgeblich dazu bei, die energie- und klimapolitischen Ziele der Landesregierung zu erfüllen. An eine bereits vorhandene Windenergienutzung (Vorbelastung) zu knüpfen, dass die Menschen vor Ort einen geringeren Schutzabstand erdulden könnten bzw. eine Ungleichbehandlung zu ertragen haben, scheint weder ursachengetreu noch inhaltlich nachvollziehbar. Eine Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so insbesondere in den Bereichen sinken, in denen WEA bereits jetzt installiert worden sind. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein und gefährdet massiv den propagierten Windfrieden im Land. Zunehmend beklagen sich Anlieger/innen auch über starke Geräuschbelästigungen. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Diese Situation wird vor dem Hintergrund der weiteren Verdichtung des WKA-Bestands im ländlichen Raum sowie zu geringer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstände zur Wohnbebauung einen weiteren Verlust an Akzeptanz sowie einer Zusatzbelastung für die Bevölkerung vor Ort bedeuten. Die Gemeinde fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 1.000 m einzuräumen; unabhängig einer Vorbelastung. Ein weiteres Heranrücken des Vorranggebietes PR2_RDE_118 muss bereits auf Ebene des Landesentwicklungsplanes unbedingt verhindert werden. Ebenso ein dichtes Heranrücken eines möglichen neuen WEA-Gebietes im Westen der Kommune. Stellungnahme der Gemeinde Negenharrie, lfd. Nr. 2 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1 - 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion - 2 Z 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe - 3 G Festlegung einer Referenzanlage - 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen - Streichung von 6 Z in Kapitel 3.5.2 (LEP-Wind a.F.) Der Entwurf zur TF-LEP Wind 2024 beinhaltet, dass die bisherige 3H-/5H-Regelung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	entfällt. Diese sah vor, dass der Abstand von Windrädern zu Häusern im Außenbereich das Dreifache und zu Siedlungen das Fünffache der Anlagenhöhe beträgt. Grund für die Streichung ist, dass Flächen mit Höhenbegrenzungen nicht auf die vom Bund im WindBG vorgegebenen Flächenziele angerechnet werden dürfen. Aus dem gleichen Grunde wurde mit 4 Z ein Verbot jedweder Höhenbeschränkungen verankert. Die Referenzanlage in Nr. 3 G wird mit einer Gesamthöhe von 200 m beschrieben. Dass die Landesplanung die Vorgaben aus dem WindBG berücksichtigen muss, ist nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist hingegen, dass bei einer faktischen Freigabe jedweder Höhenbegrenzungen die Abstände zur Wohnbebauung im Vergleich zum bisherigen LEP-Wind nicht entsprechend mit angepasst bzw. vergrößert werden. Insbesondere die Wohnbebauung im baurechtlichen Außenbereich wird nicht (mehr) ausreichend geschützt und die Abstände sogar verringert. Hier verliert der Außenbereich faktisch den Schutz von 600 m (3h) und erhält nur noch pauschal 400 m. Aber auch die Siedlungsgebiete verlieren an Abstandsfläche, wenn weniger als 1.000 m Abstand gewährt werden. Mit der alten Regelung galten durch „5h“ 1.000 m als gesetzt. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren Energien	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz der Wohnbebauung eingesetzt. Die Abstandsregelungen waren schon damals aus Sicht der Gemeinden nur bedingt akzeptabel. Eine weitere Reduzierung ist nicht hinnehmbar. Es werden zunehmend Klagen von Anlieger/innen über starke Geräuschbelästigungen bekannt. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Dieser Situation wird überhaupt keine Rechnung getragen; vielmehr wird der Abstand sogar noch reduziert. Insbesondere Menschen im Außenbereich empfinden sich hierdurch als Bürger/innen zweiter Klasse. Die Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so weiter massiv sinken und der Windfrieden in Schleswig-Holstein gefährdet. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein. Die Gemeinde fordert daher, zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen sowie innerhalb dieser im Außenbereich einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 600 m einzuräumen. Die Gemeinde fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	von mindestens 1.000 m einzuräumen. Stellungnahme der Gemeinde Negenharrie, lfd. Nr. 3 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 - 3 Z Gegenseitige Beachtung von Abstandserfordernissen von Siedlungsentwicklungen und Windenergienutzung Dieses Ziel der Raumordnung sagt aus, dass bei der gemeindlichen Siedlungsentwicklung die Abstände zu Windenergiegebieten entsprechend der Schutzwürdigkeit der geplanten Nutzungen einzuhalten sind. Diese entsprechen den Umgebungsbereichen aus den Absätzen 1 Z und 2 Z. Obwohl die Gemeinde, wie oben beschrieben, einen ausreichenden Abstand zur Wohnbebauung als unerlässlich erachtet, wird durch die Abstandsflächen die kommunale Planungshoheit massiv eingeschränkt, indem die Abstandsflächen die Siedlungsentwicklung entsprechend einschränken. Die Planungshoheit der Gemeinden ist ein Kernelement des Bauplanungsrechts und obliegt den Gemeinden (Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG). Es entspricht nicht dieser Vorgabe des Grundgesetzes, dass die Gemeinden bei der Errichtung von Windenergieanlagen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	keinerlei Mitspracherecht mehr haben sowie zusätzlich in ihren Entwicklungsmöglichkeiten durch die heranrückende Windkraft massiv beschränkt werden. Die Gemeinde fordert daher, durch eine generelle und weiträumige Rücknahme von Potentialflächen im Umgebungsbereich der Gemeinden Freiräume für eine weitere und ausreichende Siedlungsentwicklung zu schaffen. Es kann nicht sein, dass die zukünftigen baulichen Entwicklungsmöglichkeiten durch die Abstandsflächen derart eingeschränkt werden. Stellungnahme der Gemeinde Negenharrie, lfd. Nr. 4 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 - 7 G Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung Gemäß Plantext soll eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WEA vermieden werden. Dafür soll geprüft werden, ob Umfang und Anzahl von Windenergiegebieten in unmittelbarer räumlicher Nähe zu Ortslagen im Einzelfall begrenzt werden müssen. Auf der Internetseite des Landes sind unter der Rubrik „Windenergienutzung (Räumliche Steuerung)“ diverse erläuternde Hintergrundinformationen online gestellt worden. In dem ebenfalls veröffentlichten Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“ wird dargelegt, dass „Abwägungskriterien wie zum Beispiel Umfassung von Ortslagen (…)	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zugunsten der Windenergienutzung geringer gewichtet“ (Hervorhebung durch Gemeinde) werden. Die Umfassung von Ortslagen schädigt nicht nur das Landschaftsbild eines Gebietes massiv und nachhaltig, sondern belastet auch die Anwohner/innen tagtäglich in einem erheblichen Ausmaß. Die „Umzingelung“ von Gemeinden durch Windenergieanlagen stellt insbesondere im Zusammenhang mit den zu geringen Abständen zu Siedlungsgebieten (gerade bei Vorbelastungen durch WEA) und Außenbereichen einen nicht hinzunehmenden Faktor dar, der eine Akzeptanz dieser Energieform erheblich beeinträchtigen und den Windfrieden im Land insgesamt gefährden würde. Der Begriff der „Zumutbarkeit“ muss daher weit ausgelegt und den Gemeinden ein ausreichendes Landschaftsfenster zugestanden bzw. dieses sichergestellt werden. Entsprechend konkrete und zielführende Aussagen sind bereits im LEP belastbar zu verankern, sodass bereits vor der Regionalplanung die herausragende Gewichtung der Verhinderung einer Umzingelung deutlich wird. Die angekündigte geringere Gewichtung ist hingegen unbedingt zurückzunehmen, um die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu erhalten. Die Gemeinde Negenharrie ist durch die Planungen des Landes davon bedroht, dass in jeder Himmelsrichtung Windenergieanlagen installiert	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden könnten. Eine solche Umzingelung würde eine unhaltbare Situation für die Gemeinde darstellen, die es zu verhindern gilt. Stellungnahme der Gemeinde Negenharrie, lfd. Nr. 5 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.2 - 12 G Regionale Grünzüge Kapitel 6.3.1 des Landesentwicklungsplanes SH regelt die Regionalen Grünzügen. Es wird beschrieben, dass in den Ordnungsräumen dem langfristigen Schutz unbesiedelter Freiräume eine besondere Bedeutung zur Sicherung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Siedlungsansprüchen und ökologischer Qualitätssicherung des Raums zukommt. Die Grünzüge dienen als großräumig zusammenhängende Freiflächen insbesondere dem Schutz der Landschaft vor einer großräumigen Zersiedelung (siehe 1 Z sowie 4 Z). Für die regionalen Grünzüge besteht ein generelles Freihaltegebot. Als verbindliche Ziele der Raumordnung scheint es sehr widersprüchlich, dass der Schutz der Landschaft nun zurückstehen soll, um in dem betroffenen Bereich in massiver Form neue Windenergiegebiete auszuweisen. Auf der Internetseite des Landes sind unter der Rubrik „Windenergienutzung (Räumliche Steuerung)“ diverse erläuternde Hintergrundinformationen online gestellt worden. In dem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ebenfalls veröffentlichten Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“ wird dargelegt, dass „Abwägungskriterien wie zum Beispiel (…) regionale Grünzüge (…) zugunsten der Windenergienutzung geringer gewichtet“ werden (Hervorhebung durch Gemeinde). Während festzustellen ist, dass kommunale Anliegen stets durch die Benennung des regionalen Grünzuges blockiert und ausgebremst werden, scheinen die Landesziele, selbst bei einem so erheblichen Eingriff in Natur und Landschaft, wie die großflächige Ausweisung von Windenergiegebieten, nicht entsprechend negativ behandelt zu werden. Eine noch weitere Reduzierung des Schutzes der regionalen Grünzüge ist aus Sicht der Gemeinde nicht hinnehmbar. Bereits im Landesentwicklungsplan sind daher zielführende und belastbare Maßnahmen zu verankern, die einen wirksamen Schutz bieten. In jedem Falle ist mindestens die ursprüngliche Gewichtung in der Abwägung wiederherzustellen. Stellungnahme der Gemeinde Negenharrie, lfd. Nr. 6 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.3 - 6 Z Wälder und Umgebungsbereiche Wäldern wurde im bisherigen LEP-Wind ein Abstand bzw. ein Umgebungsbereich von 30 - 100 m zugestanden (weiches Tabu).	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Ausweisung von Windenergiegebieten soll nunmehr nur noch in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig sein (ausgenommen Naturwälder). Angesichts der vielfältigen Belastungen durch das Zusammenwirken des Klimawandels und intensiver Bewirtschaftung ist die Einschränkung des Waldschutzes zum Erhalt weiterer Flächen für die Windenergie nicht hinzunehmen. Da Wälder in Schleswig-Holstein selten sind, haben die vorhandenen Waldflächen für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz eine besondere Bedeutung. Die Gemeinde fordert daher, den Schutzabstand von 100 m auf alle Waldarten vorbehaltlos anzuwenden. Insbesondere der Schutz des Bondenholzes im Osten der Kommune muss unbedingt gewährleistet werden. Stellungnahme der Gemeinde Negenharrie, lfd. Nr. 7 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.3 - 7 Z bis 17 G diverse Punkte zu Natur- und insbesondere Vogelschutz Bezüglich des Natur- und insbesondere des Vogelschutzes schreibt der NABU SH auf seiner Homepage https://schleswig-holstein.nabu.de/politik-und-umwelt/energie/windenergie/ 35068.html (gesichtet am 16.08.2024): „Sehr kritisch sehen wir etwa, dass beispielsweise die Abstände zu Brutplätzen der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	besonders windkraft-sensiblen Arten Seeadler und Schwarzstorch von 3.000 m auf 2.000 m abgesenkt werden sollen - entgegen den ausdrücklichen Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaften der Vogelschutzwarten. Und selbst dieser zu geringe Abstand soll kein zwingender Mindeststandard werden, sondern unterlaufen werden können. Für Rotmilan und Weißstorch sind ebenfalls tödliche Abstandsverkürzungen vorgesehen. Auch der Abstand zu Wäldern – mit Ausnahme von Naturwäldern – soll von 100 m auf gerade einmal 30 m verkürzt werden. Folglich droht eine übermäßige Gefährdung verschiedener Fledermausarten. Für diese starken Einschränkungen des Artenschutzes zeichnet jedoch weniger die Landesregierung, sondern vielmehr der Bund mit seinen diesbezüglichen auch für das Land verbindlichen Rechtsvorschriften Verantwortung.“ Diesen Aussagen folgt die Gemeinde inhaltlich voll und ganz und fordert diesbezüglich eine Nachbesserung in der TF-LEP Wind bzw. mindestens die Wiederherstellung der bisherigen Schutzmaßnahmen.	
Institution: Amt Bordesholm, Bau- und Ordnungsamt ID: 1170	Stellungnahme der Gemeinde Mühbrook siehe Anlage. [eingefügt aus Anhang] Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen. Zu Punkt 1: An der Differenzierung der Abstände wird weiterhin festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 2.3.1, wird hingewiesen. Zum Hinweis auf das Bürgerbegehren wird ebenfalls auf die allgemeine Synopse, Punkt 7.1.3, hingewiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	– Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) Stellungnahme der Gemeinde Mühbrook Die Gemeinde Mühbrook gibt zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) folgende Stellungnahmen ab: Kapitel 4.5.1.1 - 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion - G 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion In Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion sowie in einem Umgebungsbereich von 800 m um diesen Bereich wird die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen. Ein Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern soll gemäß 1 G von Windenergiegebieten freigehalten werden, sofern noch keine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren	Zu Punkt 2: An der Differenzierung der Abstände wird weiterhin festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 2.5.1, wird hingewiesen. Zu Punkt 3: Die Siedlungsentwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden werden im Rahmen der Einzelfallabwägung für die Festlegung der Vorranggebiete auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Zu Punkt 4: Eine potenzielle Umfassungssituation bedarf stets der Beurteilung des Einzelfalls. Insofern sollen auf Ebene des Landesentwicklungsplanes lediglich die Rahmenbedingen festgelegt werden. Gleichwohl ist zu beachten, dass der gesetzlich vorgeschriebene Flächenbeitragswert gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz erreicht wird. Zu Punkt 5: Belange des Tourismus und Erholung werden nicht nur direkt durch den entsprechenden Grundsatz berücksichtigt, sondern auch indirekt durch die Berücksichtigung bspw. vom Naturparken oder Landschaftsschutzgebieten. Insofern wird diesem Belang hinreichend Rechnung getragen. Darüber hinaus besteht keine grundsätzliche Unvereinbarkeit zwischen Tourismus und Windenergienutzung. Zu Punkt 6: Zwar besteht für die regionalen Grünzüge ein generelles Freihaltegebot. Privilegierte Vorhaben im Außenbereich gemäß § 35 Absatz 1 BauGB bleiben hiervon aber unberührt. Um den gesetzlich vorgeschriebenen Flächenbeitragswert gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz zu erreichen, kann kein pauschaler Ausschluss der regionalen Grünzüge erfolgen. An welcher Stelle und in welchem Umfang diese Räume für eine Windenergienutzung in Anspruch genommen werden, ist im Rahmen der Abwägung zu ermitteln. Gleichwohl werden die Zielsetzungen der regionalen Grünzüge dabei berücksichtigt. Zu Punkt 7: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Da bereits auf Bundesebene Klarstellungen hinsichtlich der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz der Wohnbebauung eingesetzt und die Gewährung des 1.000 m Umgebungsbereiches gefordert sowie diesen auch meist erhalten. Die Gemeinden mit bereits vorhandenen Vorranggebieten sind durch diese stark belastet und tragen bereits maßgeblich dazu bei, die energie- und klimapolitischen Ziele der Landesregierung zu erfüllen. An eine bereits vorhandene Windenergienutzung (Vorbelastung) zu knüpfen, dass die Menschen vor Ort einen geringeren Schutzabstand erdulden könnten bzw. eine Ungleichbehandlung zu ertragen haben, scheint weder ursachengetreu noch inhaltlich nachvollziehbar. Eine Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so insbesondere in den Bereichen sinken, in denen WEA bereits jetzt installiert worden sind. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein und gefährdet massiv den propagierten Windfrieden im Land. Zunehmend beklagen sich Anlieger/innen auch über starke Geräuschbelästigungen. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Diese Situation wird vor dem Hintergrund der weiteren Verdichtung des WKA-Bestands im ländlichen Raum sowie zu geringer	Umgebungsbereiche zu windkraftsensiblen Großvogelarten erfolgte, sollen diese bei der Vorranggebietsausweisung im Rahmen der Abwägung berücksichtigt werden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstände zur Wohnbebauung einen weiteren Verlust an Akzeptanz sowie einer Zusatzbelastung für die Bevölkerung vor Ort bedeuten. Die Gemeinde fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 1.000 m einzuräumen; unabhängig einer Vorbelastung. Kapitel 4.5.1 - 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion - 2 Z 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe - 3 G Festlegung einer Referenzanlage - 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen - Streichung von 6 Z in Kapitel 3.5.2 (LEP-Wind a.F.) Der Entwurf zur TF-LEP Wind 2024 beinhaltet, dass die bisherige 3H-/5H-Regelung entfällt. Diese sah vor, dass der Abstand von Windrädern zu Häusern im Außenbereich das Dreifache und zu Siedlungen das Fünffache der Anlagenhöhe beträgt. Grund für die Streichung ist, dass Flächen mit Höhenbegrenzungen nicht auf die vom Bund im WindBG vorgegebenen Flächenziele angerechnet werden dürfen. Aus dem gleichen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Grunde wurde mit 4 Z ein Verbot jedweder Höhenbeschränkungen verankert. Die Referenzanlage in Nr. 3 G wird mit einer Gesamthöhe von 200 m beschrieben. Dass die Landesplanung die Vorgaben aus dem WindBG berücksichtigen muss, ist nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist hingegen, dass bei einer faktischen Freigabe jedweder Höhenbegrenzungen die Abstände zur Wohnbebauung im Vergleich zum bisherigen LEP-Wind nicht entsprechend mit angepasst bzw. vergrößert werden. Insbesondere die Wohnbebauung im baurechtlichen Außenbereich wird nicht (mehr) ausreichend geschützt und die Abstände sogar verringert. Hier verliert der Außenbereich faktisch den Schutz von 600 m (3h) und erhält nur noch pauschal 400 m. Aber auch die Siedlungsgebiete verlieren an Abstandsfläche, wenn weniger als 1.000 m Abstand gewährt werden. Mit der alten Regelung galten durch „5h“ 1.000 m als gesetzt. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz der Wohnbebauung eingesetzt. Die Abstandsregelungen waren schon damals aus Sicht der Gemeinden nur bedingt akzeptabel. Eine weitere Reduzierung ist nicht hinnehmbar. Es werden zunehmend Klagen von Anlieger/innen über starke Geräuschbelästigungen bekannt. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Dieser Situation wird überhaupt keine Rechnung getragen; vielmehr wird der Abstand sogar noch reduziert. Insbesondere Menschen im Außenbereich empfinden sich hierdurch als Bürger/innen zweiter Klasse. Die Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so weiter massiv sinken und der Windfrieden in Schleswig-Holstein gefährdet. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein. Die Gemeinde fordert daher, zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen sowie innerhalb dieser im Außenbereich einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 600 m einzuräumen. Die Gemeinde fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 1.000 m einzuräumen. Kapitel 4.5.1.1 - 3 Z Gegenseitige Beachtung von Abstandserfordernissen von Siedlungsentwicklungen und Windenergienutzung Dieses Ziel der Raumordnung sagt aus, dass bei der gemeindlichen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsentwicklung die Abstände zu Windenergiegebieten entsprechend der Schutzwürdigkeit der geplanten Nutzungen einzuhalten sind. Diese entsprechen den Umgebungsbereichen aus den Absätzen 1 Z und 2 Z. Obwohl die Gemeinde, wie oben beschrieben, einen ausreichenden Abstand zur Wohnbebauung als unerlässlich erachtet, wird durch die Abstandsflächen die kommunale Planungshoheit massiv eingeschränkt, indem die Abstandsflächen die Siedlungsentwicklung entsprechend einschränken. Des Weiteren ist zu befürchten, dass die von Windkraftanlagen hervorgerufene visuelle und Schall emittierende Dauerbelastung dazu führen wird, dass die Attraktivität der Gemeinde Mühbrook als bevorzugtes Wohngebiet sinkt oder gar verloren geht. Auch diese Entwicklung hat negative Auswirkungen auf die gemeindliche Finanzkraft und wird somit als ernsthafte Behinderung für eine zukunftstragende Gemeindeentwicklung gesehen. Die Planungshoheit der Gemeinden ist ein Kernelement des Bauplanungsrechts und obliegt den Gemeinden (Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG). Es entspricht nicht dieser Vorgabe des Grundgesetzes, dass die Gemeinden bei der Errichtung von Windenergieanlagen keinerlei Mitspracherecht mehr haben sowie zusätzlich in ihren Entwicklungsmöglichkeiten durch	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die heranrückende Windkraft massiv beschränkt werden. Die Gemeinde fordert daher, durch eine generelle und weiträumige Rücknahme von Potentialflächen im Umgebungsbereich der Gemeinden Freiräume für eine weitere und ausreichende Siedlungsentwicklung zu schaffen. Es kann nicht sein, dass die zukünftigen baulichen Entwicklungsmöglichkeiten durch die Abstandsflächen derart eingeschränkt werden. Kapitel 4.5.1.1 - 7 G Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung Gemäß Plantext soll eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WEA vermieden werden. Dafür soll geprüft werden, ob Umfang und Anzahl von Windenergiegebieten in unmittelbarer räumlicher Nähe zu Ortslagen im Einzelfall begrenzt werden müssen. Auf der Internetseite des Landes sind unter der Rubrik „Windenergienutzung (Räumliche Steuerung)“ diverse erläuternde Hintergrundinformationen online gestellt worden. In dem ebenfalls veröffentlichten Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“ wird dargelegt, dass „Abwägungskriterien wie zum Beispiel Umfassung von Ortslagen (…) zugunsten der Windenergienutzung geringer gewichtet“ (Hervorhebung durch Gemeinde) werden. Die Umfassung von Ortslagen schädigt nicht nur das Landschaftsbild eines Gebietes massiv	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und nachhaltig, sondern belastet auch die Anwohner/innen tagtäglich in einem erheblichen Ausmaß. Die „Umzingelung“ von Gemeinden durch Windenergieanlagen stellt insbesondere im Zusammenhang mit den zu geringen Abständen zu Siedlungsgebieten (gerade bei Vorbelastungen durch WEA) und Außenbereichen einen nicht hinzunehmenden Faktor dar, der eine Akzeptanz dieser Energieform erheblich beeinträchtigen und den Windfrieden im Land insgesamt gefährden würde. Der Begriff der „Zumutbarkeit“ muss daher weit ausgelegt und den Gemeinden ein ausreichendes Landschaftsfenster zugestanden bzw. dieses sichergestellt werden. Entsprechend konkrete und zielführende Aussagen sind bereits im LEP belastbar zu verankern, sodass bereits vor der Regionalplanung die herausragende Gewichtung der Verhinderung einer Umzingelung deutlich wird. Die angekündigte geringere Gewichtung ist hingegen unbedingt zurückzunehmen, um die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu erhalten. Kapitel 4.5.1.2 - 11 G Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung In den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung sowie den Kernbereichen für	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Tourismus und/oder Erholung soll dem Tourismus und der Erholung besonderes Gewicht beigemessen werden. Ob und inwieweit im Einzelfall ein Windenergiegebiet mit diesen landesplanerischen Grundsätzen zu vereinbaren ist, soll gemäß Entwurf der TF-LEP einzelfallbezogen geprüft werden. Als Kernbereich für Erholung gelten insbesondere die Bereiche um den Bordesholmer See und den Einfelder See in den Gemeinden Bordesholm und Mühbrook. Die Bedeutung der beiden Seen mit ihrer natürlichen Umgebung für Tourismus und Naherholung stehen außer Zweifel. Die Gemeinde unterstützt die im Ort ansässigen Beherbergungsbetriebe durch die Bereitstellung und Unterhaltung von öffentlichen Parkplätzen, einer Badestelle mit einem in 2020 erneuerten Schwimmfloß, Sandstrand, Liegewiese, Ruhebänken sowie einer Pumptrackbahn zur sportlichen Betätigung. Für regionale touristische Einrichtungen ist die Attraktivität der Umgebung äußerst wichtig, um wirtschaftlich stabil arbeiten zu können. Die Gemeinde geht davon aus, dass bei einer Einrahmung der Ortslage durch Windkraftanlagen potentielle Gäste in unbelastete Regionen ausweichen und sich dadurch für die Beherbergungsbetriebe und das Restaurant wirtschaftliche Einbußen ergeben. Dies	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	führt zu geringeren Gewerbesteuern und schränkt letztendlich den finanziellen Rahmen der Gemeinde in der Erfüllung ihrer kommunalen Aufgaben ein. Der Bau von Windkraft gilt gemäß §14 BNatSchG als Eingriff in die Landschaft und Natur und ist somit auszugleichen. Die unteren Naturschutzbehörden in Schleswig-Holstein ziehen dafür gemäß Ministeriumserlass den radialen Wirkbereich, berechnet aus der 15-fachen Gesamtanlagenhöhe, heran. Die heutigen Anlagen sind gemäß Referenzanlage 200 m hoch und haben damit einen Wirkbereich von etwa 3.000 m in jede Richtung. In den Kernbereichen für Erholung sollen jedoch gemäß des aktuellen Regionalplanes „Erholungsmöglichkeiten qualitativ verbessert und die Erholungsinfrastruktur unter Berücksichtigung der ökologischen Tragfähigkeit ausgebaut werden“. Die Ausweisung massiver neuer Potentialflächen für Windenergie läuft aus Sicht der Gemeinde diesem Ansinnen drastisch zuwider. Immissionen sowie auch die weitereichende Sichtbarkeit der Anlagen schädigen das Landschaftsbild sowie den Kernbereich für Erholung nachhaltig und erheblich. Die Gemeinde fordert daher, die Formulierung „besonderes Gewicht“ weitergehend zu verschärfen. Der Schutz von Tourismus und Erholung muss bereits im LEP belastbar	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	verankert und klargestellt werden. Nur so kann bereits vor der Regionalplanung die herausragende Gewichtung deutlich gemacht werden. Kapitel 4.5.1.2 - 12 G Regionale Grünzüge Kapitel 6.3.1 des Landesentwicklungsplanes SH regelt die Regionalen Grünzügen. Es wird beschrieben, dass in den Ordnungsräumen dem langfristigen Schutz unbesiedelter Freiräume eine besondere Bedeutung zur Sicherung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Siedlungsansprüchen und ökologischer Qualitätssicherung des Raums zukommt. Die Grünzüge dienen als großräumig zusammenhängende Freiflächen insbesondere dem Schutz der Landschaft vor einer großräumigen Zersiedelung (siehe 1 Z sowie 4 Z). Für die regionalen Grünzüge besteht ein generelles Freihaltegebot. Als verbindliche Ziele der Raumordnung scheint es sehr widersprüchlich, dass der Schutz der Landschaft nun zurückstehen soll, um in dem betroffenen Bereich in massiver Form neue Windenergiegebiete auszuweisen. Auf der Internetseite des Landes sind unter der Rubrik „Windenergienutzung (Räumliche Steuerung)“ diverse erläuternde Hintergrundinformationen online gestellt worden. In dem ebenfalls veröffentlichten Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“ wird dargelegt, dass „Abwägungskriterien wie zum Beispiel (…) regionale Grünzüge (…)	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	zugunsten der Windenergienutzung geringer gewichtet“ werden (Hervorhebung durch Gemeinde). Während festzustellen ist, dass kommunale Anliegen stets durch die Benennung des regionalen Grünzuges blockiert und ausgebremst werden, scheinen die Landesziele, selbst bei einem so erheblichen Eingriff in Natur und Landschaft, wie die großflächige Ausweisung von Windenergiegebieten, nicht entsprechend negativ behandelt zu werden. Eine noch weitere Reduzierung des Schutzes der regionalen Grünzüge ist aus Sicht der Gemeinde nicht hinnehmbar. Bereits im Landesentwicklungsplan sind daher zielführende und belastbare Maßnahmen zu verankern, die einen wirksamen Schutz bieten. In jedem Falle ist mindestens die ursprüngliche Gewichtung in der Abwägung wiederherzustellen. Kapitel 4.5.1.3 - 7 Z bis 17 G diverse Punkte zu Natur- und insbesondere Vogelschutz Bezüglich des Natur- und insbesondere des Vogelschutzes schreibt der NABU SH auf seiner Homepage https://schleswig-holstein.nabu.de/politik-und-umwelt/energie/windenergie/ 35068.html (gesichtet am 16.08.2024): „Sehr kritisch sehen wir etwa, dass beispielsweise die Abstände zu Brutplätzen der besonders windkraft-sensiblen Arten Seeadler und Schwarzstorch von 3.000 m auf 2.000 m	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	abgesenkt werden sollen - entgegen den ausdrücklichen Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaften der Vogelschutzwarten. Und selbst dieser zu geringe Abstand soll kein zwingender Mindeststandard werden, sondern unterlaufen werden können. Für Rotmilan und Weißstorch sind ebenfalls tödliche Abstandsverkürzungen vorgesehen. Auch der Abstand zu Wäldern – mit Ausnahme von Naturwäldern – soll von 100 m auf gerade einmal 30 m verkürzt werden. Folglich droht eine übermäßige Gefährdung verschiedener Fledermausarten. Für diese starken Einschränkungen des Artenschutzes zeichnet jedoch weniger die Landesregierung, sondern vielmehr der Bund mit seinen diesbezüglichen auch für das Land verbindlichen Rechtsvorschriften Verantwortung.“ Diesen Aussagen folgt die Gemeinde inhaltlich voll und ganz und fordert diesbezüglich eine Nachbesserung in der TF-LEP Wind bzw. mindestens die Wiederherstellung der bisherigen Schutzmaßnahmen.	
Institution: Amt Bordesholm, Bau- und Ordnungsamt ID: 1169	Stellungnahme der Gemeinde Loop siehe Anlage. [eingefügt aus Anhang] Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) Stellungnahme der Gemeinde Loop Die Gemeinde Loop gibt zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen. Zu Punkt Nr. 1: An der Differenzierung der Abstände wird weiterhin festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 2.3.1, wird hingewiesen. Zum Hinweis auf das Bürgerbegehren wird ebenfalls auf die allgemeine Synopse, Punkt 7.1.3, hingewiesen. Zu Punkt Nr. 2: An der Differenzierung der Abstände wird weiterhin festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 2.5.1,

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) folgende Stellungnahmen ab: Stellungnahme der Gemeinde Loop, lfd. Nr. 1 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 - 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion - G 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion In Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion sowie in einem Umgebungsbereich von 800 m um diesen Bereich wird die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen. Ein Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern soll gemäß 1 G von Windenergiegebieten freigehalten werden, sofern noch keine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren	wird hingewiesen. Zu Punkt Nr. 3: Die Siedlungsentwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden werden im Rahmen der Einzelfallabwägung für die Festlegung der Vorranggebiete auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Zu Punkt Nr. 4: Eine potenzielle Umfassungssituation bedarf stets der Beurteilung des Einzelfalls. Insofern sollen auf Ebene des Landesentwicklungsplanes lediglich die Rahmenbedingen festgelegt werden. Gleichwohl ist zu beachten, dass der gesetzlich vorgeschriebene Flächenbeitragswert gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz erreicht wird. Zu Punkt Nr. 5: Auch hier gilt, dass die Naturparke im Rahmen der Einzelfallabwägung berücksichtigt werden. Ebenso wird eine Inanspruchnahme in dem Maße erforderlich, bis der Flächenbeitragswert in dem festgelegten Umfang erreicht ist. Zu Punkt Nr. 6: Wälder mit einem Abstand von 30m werden ebenfalls von einer Windenergienutzung ausgeschlossen, bei Naturwäldern wird der Abstand auf 100m erhöht. Auch hier wird an der differenzierten Vorgehensweise festgehalten. Zu Punkt 7: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Da bereits auf Bundesebene Klarstellungen hinsichtlich der Umgebungsbereiche zu windkraftsensiblen Großvogelarten erfolgte, sollen diese bei der Vorranggebietsausweisung im Rahmen der Abwägung berücksichtigt werden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz der Wohnbebauung eingesetzt und die Gewährung des 1.000 m Umgebungsbereiches gefordert sowie diesen auch meist erhalten. Die Gemeinden mit bereits vorhandenen Vorranggebieten sind durch diese stark belastet und tragen bereits maßgeblich dazu bei, die energie- und klimapolitischen Ziele der Landesregierung zu erfüllen. An eine bereits vorhandene Windenergienutzung (Vorbelastung) zu knüpfen, dass die Menschen vor Ort einen geringeren Schutzabstand erdulden könnten bzw. eine Ungleichbehandlung zu ertragen haben, scheint weder ursachengetreu noch inhaltlich nachvollziehbar. Eine Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so insbesondere in den Bereichen sinken, in denen WEA bereits jetzt installiert worden sind. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein und gefährdet massiv den propagierten Windfrieden im Land. Zunehmend beklagen sich Anlieger/innen auch über starke Geräuschbelästigungen. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Diese Situation wird vor dem Hintergrund der weiteren Verdichtung des WKA-Bestands im ländlichen Raum sowie zu geringer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstände zur Wohnbebauung einen weiteren Verlust an Akzeptanz sowie einer Zusatzbelastung für die Bevölkerung vor Ort bedeuten. Die Gemeinde fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 1.000 m einzuräumen; unabhängig einer Vorbelastung. Stellungnahme der Gemeinde Loop, lfd. Nr. 2 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1 - 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion - 2 Z 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe - 3 G Festlegung einer Referenzanlage - 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen - Streichung von 6 Z in Kapitel 3.5.2 (LEP-Wind a.F.) Der Entwurf zur TF-LEP Wind 2024 beinhaltet, dass die bisherige 3H-/5H-Regelung entfällt. Diese sah vor, dass der Abstand von Windrädern zu Häusern im Außenbereich das Dreifache und zu Siedlungen das Fünffache der Anlagenhöhe beträgt. Grund für die Streichung ist, dass Flächen mit Höhenbegrenzungen nicht auf die vom	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bund im WindBG vorgegebenen Flächenziele angerechnet werden dürfen. Aus dem gleichen Grunde wurde mit 4 Z ein Verbot jedweder Höhenbeschränkungen verankert. Die Referenzanlage in 3 G wird mit einer Gesamthöhe von 200 m beschrieben. Dass die Landesplanung die Vorgaben aus dem WindBG berücksichtigen muss, ist nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist hingegen, dass bei einer faktischen Freigabe jedweder Höhenbegrenzungen die Abstände zur Wohnbebauung im Vergleich zum bisherigen LEP-Wind nicht entsprechend mit angepasst bzw. vergrößert werden. Insbesondere die Wohnbebauung im baurechtlichen Außenbereich wird nicht (mehr) ausreichend geschützt und die Abstände sogar verringert. Hier verliert der Außenbereich faktisch den Schutz von 600 m (3h) (bezogen auf die Referenzanlage) und erhält nur noch pauschal 400 m. Aber auch die Siedlungsgebiete verlieren an Abstandsfläche, wenn weniger als 1.000 m Abstand gewährt werden. Bezogen auf die Referenzanlage würden nämlich durch „5h“ 1.000 m als gesetzt gelten. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Wohnbebauung eingesetzt. Die Abstandsregelungen waren schon damals aus Sicht der Gemeinden nur bedingt akzeptabel. Eine weitere Reduzierung ist nicht hinnehmbar. Es werden zunehmend Klagen von Anlieger/innen über starke Geräuschbelästigungen bekannt. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Dieser Situation wird überhaupt keine Rechnung getragen; vielmehr wird der Abstand sogar noch reduziert. Insbesondere Menschen im Außenbereich empfinden sich hierdurch als Bürger/innen zweiter Klasse. Die Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so weiter massiv sinken und der Windfrieden in Schleswig-Holstein gefährdet. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein. Die Gemeinde fordert daher, zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen sowie innerhalb dieser im Außenbereich einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 600 m einzuräumen. Die Gemeinde fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 1.000 m einzuräumen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellungnahme der Gemeinde Loop, lfd. Nr. 3 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 - 3 Z Gegenseitige Beachtung von Abstandserfordernissen von Siedlungsentwicklungen und Windenergienutzung Dieses Ziel der Raumordnung sagt aus, dass bei der gemeindlichen Siedlungsentwicklung die Abstände zu Windenergiegebieten entsprechend der Schutzwürdigkeit der geplanten Nutzungen einzuhalten sind. Diese entsprechen den Umgebungsbereichen aus den Absätzen 1 Z und 2 Z. Obwohl die Gemeinde, wie oben beschrieben, einen ausreichenden Abstand zur Wohnbebauung als unerlässlich erachtet, wird durch die Abstandsflächen die kommunale Planungshoheit massiv eingeschränkt, indem die Abstandsflächen die Siedlungsentwicklung entsprechend einschränken. Die Planungshoheit der Gemeinden ist ein Kernelement des Bauplanungsrechts und obliegt den Gemeinden (Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG). Es entspricht nicht dieser Vorgabe des Grundgesetzes, dass die Gemeinden bei der Errichtung von Windenergieanlagen keinerlei	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mitspracherecht mehr haben sowie zusätzlich in ihren Entwicklungsmöglichkeiten durch die heranrückende Windkraft massiv beschränkt werden. Die Gemeinde fordert daher, durch eine generelle und weiträumige Rücknahme von Potentialflächen im Umgebungsbereich der Gemeinden Freiräume für eine weitere und ausreichende Siedlungsentwicklung zu schaffen. Es kann nicht sein, dass die zukünftigen baulichen Entwicklungsmöglichkeiten durch die Abstandsflächen derart eingeschränkt werden. Stellungnahme der Gemeinde Loop, lfd. Nr. 4 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 - 7 G Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung Gemäß Plantext soll eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WEA vermieden werden. Dafür soll geprüft werden, ob Umfang und Anzahl von Windenergiegebieten in unmittelbarer räumlicher Nähe zu Ortslagen im Einzelfall begrenzt werden müssen. Auf der Internetseite des Landes sind unter der Rubrik „Windenergienutzung (Räumliche Steuerung)“ diverse erläuternde Hintergrundinformationen online gestellt worden. In dem ebenfalls veröffentlichten Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“ wird dargelegt, dass „Abwägungskriterien wie zum Beispiel Umfassung von Ortslagen (…) zugunsten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Windenergienutzung geringer gewichtet“ (Hervorhebung durch Gemeinde) werden. Die Umfassung von Ortslagen schädigt nicht nur das Landschaftsbild eines Gebietes massiv und nachhaltig, sondern belastet auch die Anwohner/innen tagtäglich in einem erheblichen Ausmaß. Die „Umzingelung“ von Gemeinden durch Windenergieanlagen stellt insbesondere im Zusammenhang mit den zu geringen Abständen zu Siedlungsgebieten (gerade bei Vorbelastungen durch WEA) und Außenbereichen einen nicht hinzunehmenden Faktor dar, der eine Akzeptanz dieser Energieform erheblich beeinträchtigen und den Windfrieden im Land insgesamt gefährden würde. Der Begriff der „Zumutbarkeit“ muss daher weit ausgelegt und den Gemeinden ein ausreichendes Landschaftsfenster zugestanden bzw. dieses sichergestellt werden. Entsprechend konkrete und zielführende Aussagen sind bereits im LEP belastbar zu verankern, sodass bereits vor der Regionalplanung die herausragende Gewichtung der Verhinderung einer Umzingelung deutlich wird. Die angekündigte geringere Gewichtung ist hingegen unbedingt zurückzunehmen, um die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu erhalten. Stellungnahme der Gemeinde Loop, lfd. Nr. 5	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.2 - 14 G Naturparke Die neue TF-LEP Wind sagt aus, dass „bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden sollen“. Auf der Internetseite des Landes sind unter der Rubrik „Windenergienutzung (Räumliche Steuerung)“ diverse erläuternde Hintergrundinformationen online gestellt worden. In dem ebenfalls veröffentlichten Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“ wird dargelegt, dass „Abwägungskriterien wie zum Beispiel (…) Naturparke (…) zugunsten der Windenergienutzung geringer gewichtet“ werden sollen (Hervorhebung durch Gemeinde). Gemäß § 16 Absatz 1 LNatSchG sind Naturparke in Schleswig-Holstein definiert als großräumige Gebiete, die zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete (NSG), LSG, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Mit den Naturparken soll die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzenund Tierwelt sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft erhalten und gesichert werden. Um diese Ziele auch tatsächlich erfüllen zu können, ist es auch Sicht der Gemeinde	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	erforderlich, Windenergiegebiete in diesen Bereichen nicht oder nur mit ganz außerordentlich besonderem Bedacht umzusetzen. Die im Entwurf benannte „Berücksichtigung besonderer Funktionen von Naturparken“ ist aus Sicht der Gemeinde zu kurz gegriffen und so nicht ausreichend; es muss konkret klargestellt werden, welchen hohen Schutzstatus die Naturparke vor Ort innehaben. Entsprechend konkrete und zielführende Aussagen sind bereits im LEP belastbar zu verankern, sodass bereits vor der Regionalplanung die besondere Gewichtung deutlich wird. Die angekündigte geringere Gewichtung ist hingegen unbedingt zurückzunehmen und mindestens wieder der ursprüngliche Schutzstatus für die Naturparke herzustellen. Stellungnahme der Gemeinde Loop, lfd. Nr. 6 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.3 - 6 Z Wälder und Umgebungsbereiche Wäldern wurde im bisherigen LEP-Wind ein Abstand bzw. ein Umgebungsbereich von 30 - 100 m zugestanden (weiches Tabu). Die Ausweisung von Windenergiegebieten soll nunmehr nur noch in einem Umgebungsbereich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von 30 Metern unzulässig sein (ausgenommen Naturwälder). Angesichts der vielfältigen Belastungen durch das Zusammenwirken des Klimawandels und intensiver Bewirtschaftung ist die Einschränkung des Waldschutzes zum Erhalt weiterer Flächen für die Windenergie nicht hinzunehmen. Da Wälder in Schleswig-Holstein selten sind, haben die vorhandenen Waldflächen für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz eine besondere Bedeutung. Die Gemeinde fordert daher, den Schutzabstand von 100 m auf alle Waldarten vorbehaltlos anzuwenden. Stellungnahme der Gemeinde Loop, lfd. Nr. 7 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.3 - 7 Z bis 17 G diverse Punkte zu Natur- und insbesondere Vogelschutz Bezüglich des Natur- und insbesondere des Vogelschutzes schreibt der NABU SH auf seiner Homepage https://schleswig-holstein.nabu.de/politik-und-umwelt/energie/windenergie/ 35068.html (gesichtet am 16.08.2024): „Sehr kritisch sehen wir etwa, dass beispielsweise die Abstände zu Brutplätzen der besonders windkraft-sensiblen Arten Seeadler und Schwarzstorch von 3.000 m auf 2.000 m abgesenkt	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden sollen - entgegen den ausdrücklichen Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaften der Vogelschutzwarten. Und selbst dieser zu geringe Abstand soll kein zwingender Mindeststandard werden, sondern unterlaufen werden können. Für Rotmilan und Weißstorch sind ebenfalls tödliche Abstandsverkürzungen vorgesehen. Auch der Abstand zu Wäldern – mit Ausnahme von Naturwäldern – soll von 100 m auf gerade einmal 30 m verkürzt werden. Folglich droht eine übermäßige Gefährdung verschiedener Fledermausarten. Für diese starken Einschränkungen des Artenschutzes zeichnet jedoch weniger die Landesregierung, sondern vielmehr der Bund mit seinen diesbezüglichen auch für das Land verbindlichen Rechtsvorschriften Verantwortung.“ Diesen Aussagen folgt die Gemeinde inhaltlich voll und ganz und fordert diesbezüglich eine Nachbesserung in der TF-LEP Wind bzw. mindestens die Wiederherstellung der bisherigen Schutzmaßnahmen.	
Institution: Amt Bordesholm, Bau- und Ordnungsamt ID: 1168	Stellungnahme der Gemeinde Hoffeld siehe Anlage! [eingefügt aus Anhang] Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) Stellungnahme der Gemeinde Hoffeld Die Gemeinde Hoffeld gibt zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen. Zu Punkt Nr. 1: Es gilt, dass die Naturparke im Rahmen der Einzelfallabwägung berücksichtigt werden. Ebenso wird eine Inanspruchnahme in dem Maße erforderlich, bis der Flächenbeitragswert in dem festgelegten Umfang erreicht ist. Zu Punkt Nr. 2: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Da bereits auf Bundesebene Klarstellungen hinsichtlich der Umgebungsbereiche zu windkraftsensiblen Großvogelarten erfolgten, sollen diese bei der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) folgende Stellungnahmen ab: Stellungnahme der Gemeinde Hoffeld, lfd. Nr. 1 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.2 - 14 G Naturparke Die neue TF-LEP Wind sagt aus, dass „bei der Ausweisung von Windenergiegebieten die besonderen Funktionen von Naturparken berücksichtigt werden sollen“. Auf der Internetseite des Landes sind unter der Rubrik „Windenergienutzung (Räumliche Steuerung)“ diverse erläuternde Hintergrundinformationen online gestellt worden. In dem ebenfalls veröffentlichten Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“ wird dargelegt, dass „Abwägungskriterien wie zum Beispiel (…) Naturparke (…) zugunsten der Windenergienutzung geringer gewichtet“ werden sollen (Hervorhebung durch Gemeinde). Gemäß § 16 Absatz 1 LNatSchG sind Naturparke in Schleswig-Holstein definiert als großräumige Gebiete, die zu einem wesentlichen Teil Naturschutzgebiete (NSG), LSG, Natura 2000-Gebiete oder Naturdenkmäler enthalten und sich wegen ihrer landschaftlichen	Vorranggebietsausweisung im Rahmen der Abwägung berücksichtigt werden. Zu Punkt Nr. 3: An der Differenzierung der Abstände wird weiterhin festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 2.5.1, wird hingewiesen. Zu Punkt Nr. 4: Wälder mit einem Abstand von 30m werden ebenfalls von einer Windenergienutzung ausgeschlossen, bei Naturwäldern wird der Abstand auf 100m erhöht. Auch hier wird an der differenzierten Vorgehensweise festgehalten.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen. Mit den Naturparken soll die natürliche Lebensgrundlage für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft erhalten und gesichert werden. Um diese Ziele auch tatsächlich erfüllen zu können, ist es auch Sicht der Gemeinde erforderlich, Windenergiegebiete in diesen Bereichen nicht oder nur mit ganz außerordentlich besonderem Bedacht umzusetzen. Die im Entwurf benannte „Berücksichtigung besonderen Funktionen von Naturparken“ ist aus Sicht der Gemeinde zu kurz gegriffen und so nicht ausreichend; es muss konkret klargestellt werden, welcher hohe Schutzstatus die Naturparke vor Ort haben. Entsprechend konkrete und zielführende Aussagen sind bereits im LEP belastbar zu verankern, sodass bereits vor der Regionalplanung die besondere Gewichtung deutlich wird. Die angekündigte geringere Gewichtung ist hingegen unbedingt zurückzunehmen und mindestens wieder der ursprüngliche Schutzstatus für die Naturparke herzustellen. Stellungnahme der Gemeinde Hoffeld, lfd. Nr. 2 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.3 - 7 Z bis 17 G diverse Punkte zu Natur- und insbesondere Vogelschutz Bezüglich des Natur- und insbesondere des Vogelschutzes schreibt der NABU SH auf	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	seiner Homepage https://schleswig-holstein.nabu.de/politik-und-umwelt/energie/windenergie/ 35068.html (gesichtet am 16.08.2024): „Sehr kritisch sehen wir etwa, dass beispielsweise die Abstände zu Brutplätzen der besonders windkraftsensiblen Arten Seeadler und Schwarzstorch von 3.000 m auf 2.000 m abgesenkt werden sollen - entgegen den ausdrücklichen Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaften der Vogelschutzwarten. Und selbst dieser zu geringe Abstand soll kein zwingender Mindeststandard werden, sondern unterlaufen werden können. Für Rotmilan und Weißstorch sind ebenfalls tödliche Abstandsverkürzungen vorgesehen. Auch der Abstand zu Wäldern – mit Ausnahme von Naturwäldern – soll von 100 m auf gerade einmal 30 m verkürzt werden. Folglich droht eine übermäßige Gefährdung verschiedener Fledermausarten. Für diese starken Einschränkungen des Artenschutzes zeichnet jedoch weniger die Landesregierung, sondern vielmehr der Bund mit seinen diesbezüglichen auch für das Land verbindlichen Rechtsvorschriften Verantwortung.“ Diesen Aussagen folgt die Gemeinde inhaltlich voll und ganz und fordert diesbezüglich eine Nachbesserung in der TF-LEP Wind bzw. mindestens die Wiederherstellung der bisherigen Schutzmaßnahmen. In der Gemeinde Hoffeld ist konkret ein Seeadlerhorst im Jettbrook vorhanden. Zum	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Schutze dieser Tiere bzw. der gesamten Population dieser Art, ist der ursprüngliche Schutzstatus für die windkraftsensiblen Arten unbedingt wiederherzustellen. Stellungnahme der Gemeinde Hoffeld, lfd. Nr. 3 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1 - 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion - 2 Z 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe - 3 G Festlegung einer Referenzanlage - 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen - Streichung von 6 Z in Kapitel 3.5.2 (LEP-Wind a.F.) Der Entwurf zur TF-LEP Wind 2024 beinhaltet, dass die bisherige 3H-/5H-Regelung entfällt. Diese sah vor, dass der Abstand von Windrädern zu Häusern im Außenbereich das Dreifache und zu Siedlungen das Fünffache der Anlagenhöhe beträgt. Grund für die Streichung ist, dass Flächen mit Höhenbegrenzungen nicht auf die vom Bund im WindBG vorgegebenen Flächenziele angerechnet werden dürfen. Aus dem gleichen Grunde wurde mit 4 Z ein Verbot jedweder Höhenbeschränkungen verankert. Die Referenzanlage in 3 G wird mit einer Gesamthöhe von 200 m beschrieben. Dass die Landesplanung die Vorgaben aus dem WindBG berücksichtigen muss, ist	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist hingegen, dass bei einer faktischen Freigabe jedweder Höhenbegrenzungen die Abstände zur Wohnbebauung im Vergleich zum bisherigen LEP-Wind nicht entsprechend mit angepasst bzw. vergrößert werden. Insbesondere die Wohnbebauung im baurechtlichen Außenbereich wird nicht (mehr) ausreichend geschützt und die Abstände sogar verringert. Hier verliert der Außenbereich faktisch den Schutz von 600 m (3h) und erhält nur noch pauschal 400 m. Aber auch die Siedlungsgebiete verlieren an Abstandsfläche, wenn weniger als 1.000 m Abstand gewährt werden. Mit der alten Regelung galten durch „5h“ 1.000 m als gesetzt. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz der Wohnbebauung eingesetzt. Die Abstandsregelungen waren schon damals aus Sicht der Gemeinden nur bedingt akzeptabel. Eine weitere Reduzierung ist nicht hinnehmbar. Es werden zunehmend Klagen von Anlieger/innen über starke Geräuschbelästigungen bekannt. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Dieser Situation wird	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	überhaupt keine Rechnung getragen; vielmehr wird der Abstand sogar noch reduziert. Insbesondere Menschen im Außenbereich empfinden sich hierdurch als Bürger/innen zweiter Klasse. Die Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so weiter massiv sinken und der Windfrieden in Schleswig-Holstein gefährdet. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein. Die Gemeinde fordert daher, zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen sowie innerhalb dieser im Außenbereich einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 600 m einzuräumen. Stellungnahme der Gemeinde Hoffeld, lfd. Nr. 4 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.3 - 6 Z Wälder und Umgebungsbereiche Wäldern wurde im bisherigen LEP-Wind ein Abstand bzw. ein Umgebungsbereich von 30 - 100 m zugestanden (weiches Tabu). Die Ausweisung von Windenergiegebieten soll nunmehr nur noch in einem Umgebungsbereich von 30 Metern unzulässig sein (ausgenommen Naturwälder). Angesichts der vielfältigen Belastungen durch das Zusammenwirken des Klimawandels	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und intensiver Bewirtschaftung ist die Einschränkung des Waldschutzes zum Erhalt weiterer Flächen für die Windenergie nicht hinzunehmen. Da Wälder in Schleswig-Holstein selten sind, haben die vorhandenen Waldflächen für die Erholung der Bevölkerung sowie für den Natur- und Artenschutz eine besondere Bedeutung. Die Gemeinde fordert daher, den Schutzabstand von 100 m auf alle Waldarten vorbehaltlos anzuwenden.	
Institution: Amt Bordesholm, Bau- und Ordnungsamt ID: 1165	Stellungnahme der Gemeinde Groß Buchwald siehe Anlage. [eingefügt aus Anhang] Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) Stellungnahme der Gemeinde Groß Buchwald Die Gemeinde Groß Buchwald gibt zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) folgende Stellungnahmen ab: Stellungnahme der Gemeinde Groß Buchwald, lfd. Nr. 1 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 - 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen. Zu Punkt Nr. 1: An der Differenzierung der Abstände wird weiterhin festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 2.3.1, wird hingewiesen. Zum Hinweis auf das Bürgerbegehren wird ebenfalls auf die allgemeine Synopse, Punkt 7.1.3, hingewiesen. Zu Punkt Nr. 2: An der Differenzierung der Abstände wird weiterhin festgehalten. Auf die allgemeine Synopse, Punkt 2.5.1, wird hingewiesen. Zu Punkt Nr. 3: Eine potenzielle Umfassungssituation bedarf stets der Beurteilung des Einzelfalls. Insofern sollen auf Ebene des Landesentwicklungsplanes lediglich die Rahmenbedingen festgelegt werden. Gleichwohl ist zu beachten, dass der gesetzlich vorgeschriebene Flächenbeitragswert gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz erreicht wird.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erholungsfunktion - G 800 bis 1.000 Meter Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion In Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion sowie in einem Umgebungsbereich von 800 m um diesen Bereich wird die Ausweisung von Windenergiegebieten ausgeschlossen. Ein Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern soll gemäß 1 G von Windenergiegebieten freigehalten werden, sofern noch keine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz der Wohnbebauung eingesetzt und die Gewährung des 1.000 m Umgebungsbereiches gefordert sowie diesen auch meist erhalten. Die Gemeinden mit bereits vorhandenen Vorranggebieten sind durch diese stark belastet und tragen bereits maßgeblich dazu bei, die energie- und klimapolitischen Ziele der Landesregierung zu erfüllen. An eine bereits vorhandene Windenergienutzung (Vorbelastung) zu knüpfen, dass die Menschen vor Ort einen geringeren Schutzabstand erdulden könnten bzw. eine Ungleichbehandlung zu ertragen haben, scheint weder ursachengetreu noch inhaltlich nachvollziehbar. Eine Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so insbesondere in den Bereichen sinken, in denen WEA bereits jetzt installiert worden sind. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein und gefährdet massiv den propagierten Windfrieden im Land. Zunehmend beklagen sich Anlieger/innen auch über starke Geräuschbelästigungen. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Diese Situation wird vor dem Hintergrund der weiteren Verdichtung des WKA-Bestands im ländlichen Raum sowie zu geringer Abstände zur Wohnbebauung einen weiteren Verlust an Akzeptanz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sowie einer Zusatzbelastung für die Bevölkerung vor Ort bedeuten. Die Gemeinde fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 1.000 m einzuräumen; unabhängig einer Vorbelastung. Stellungnahme der Gemeinde Groß Buchwald, lfd. Nr. 2 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1 - 1 Z 800 Meter Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion - 2 Z 400 Meter Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe - 3 G Festlegung einer Referenzanlage - 4 Z Verbot von Höhenbeschränkungen - Streichung von 6 Z in Kapitel 3.5.2 (LEP-Wind a.F.) Der Entwurf zur TF-LEP Wind 2024 beinhaltet, dass die bisherige 3H-/5H-Regelung entfällt. Diese sah vor, dass der Abstand von Windrädern zu Häusern im Außenbereich das Dreifache und zu Siedlungen das Fünffache der Anlagenhöhe beträgt. Grund für die Streichung ist, dass Flächen mit Höhenbegrenzungen nicht auf die vom Bund im WindBG vorgegebenen Flächenziele angerechnet werden dürfen. Aus dem gleichen Grunde wurde mit 4 Z ein Verbot jedweder Höhenbeschränkungen verankert. Die Referenzanlage in 3 G wird mit einer Gesamthöhe von 200 m beschrieben. Dass die Landesplanung die Vorgaben aus dem WindBG berücksichtigen muss, ist	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist hingegen, dass bei einer faktischen Freigabe jedweder Höhenbegrenzungen die Abstände zur Wohnbebauung im Vergleich zum bisherigen LEP-Wind nicht entsprechend mit angepasst bzw. vergrößert werden. Insbesondere die Wohnbebauung im baurechtlichen Außenbereich wird nicht (mehr) ausreichend geschützt und die Abstände sogar noch verringert. Hier verliert der Außenbereich faktisch den Schutz von 600 m (3h) und erhält nur noch pauschal 400 m. Aber auch die Siedlungsgebiete verlieren an Abstandsfläche, wenn weniger als 1.000 m Abstand gewährt werden. Mit der alten Regelung galten durch „5h“ 1.000 m als gesetzt. Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP-Wind bzw. im Rahmen der Aufstellung der entsprechenden Regionalpläne haben die Gemeinden das Ziel der erneuerbaren Energien verstanden und mitgetragen; sich jedoch auch vehement für einen ausreichenden Schutz der Wohnbebauung eingesetzt. Die Abstandsregelungen waren schon damals aus Sicht der Gemeinden nur bedingt akzeptabel. Eine weitere Reduzierung ist nicht hinnehmbar. Es werden zunehmend Klagen von Anlieger/innen über starke Geräuschbelästigungen bekannt. Obwohl das Lärmempfinden von Person zu Person unterschiedlich ist; wird der permanente, eintönige Geräuschrhythmus von vielen Anlieger/innen als hochgradig störend bis hin zu psychisch und körperlich belastend empfunden. Dieser Situation wird überhaupt keine Rechnung getragen; vielmehr wird der Abstand sogar noch reduziert. Insbesondere Menschen im Außenbereich empfinden sich hierdurch als Bürger/innen zweiter Klasse. Die Akzeptanz von Windenergieanlagen wird so weiter massiv sinken und der Windfrieden in Schleswig-Holstein gefährdet. Dies kann nicht im Sinne der Landesregierung sein. Die Gemeinde fordert daher, zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen sowie innerhalb dieser im Außenbereich einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 600 m einzuräumen. Die Gemeinde fordert daher, zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion einen ausnahms- und vorbehaltlosen Abstand bzw. Umgebungsbereich von mindestens 1.000 m einzuräumen. Stellungnahme der Gemeinde Groß Buchwald, lfd. Nr. 3	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.1 - 7 G Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung Gemäß Plantext soll eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WEA vermieden werden. Dafür soll geprüft werden, ob Umfang und Anzahl von Windenergiegebieten in unmittelbarer räumlicher Nähe zu Ortslagen im Einzelfall begrenzt werden müssen. Auf der Internetseite des Landes sind unter der Rubrik „Windenergienutzung (Räumliche Steuerung)“ diverse erläuternde Hintergrundinformationen online gestellt worden. In dem ebenfalls veröffentlichten Dokument „Eckpunkte der neuen Windenergie-Planung“ wird dargelegt, dass „Abwägungskriterien wie zum Beispiel Umfassung von Ortslagen (…) zugunsten der Windenergienutzung geringer gewichtet“ (Hervorhebung durch Gemeinde) werden. Die Umfassung von Ortslagen schädigt nicht nur das Landschaftsbild eines Gebietes massiv und nachhaltig, sondern belastet auch die Anwohner/innen tagtäglich in einem erheblichen Ausmaß. Die „Umzingelung“ von Gemeinden durch Windenergieanlagen stellt insbesondere im Zusammenhang mit den zu geringen Abständen zu Siedlungsgebieten (gerade bei Vorbelastungen durch WEA) und Außenbereichen einen nicht hinzunehmenden Faktor dar, der eine Akzeptanz dieser Energieform erheblich beeinträchtigen und den Windfrieden im Land insgesamt gefährden würde. Der Begriff der „Zumutbarkeit“ muss daher weit ausgelegt und den Gemeinden ein ausreichendes Landschaftsfenster zugestanden bzw. dieses sichergestellt werden. Entsprechend konkrete und zielführende Aussagen sind bereits im LEP belastbar zu verankern, sodass bereits vor der Regionalplanung die herausragende Gewichtung der Verhinderung einer Umzingelung deutlich wird. Die angekündigte geringere Gewichtung ist hingegen unbedingt zurückzunehmen, um die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu erhalten.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1167	Bitte führen sie hier Überlastungsgebiete in der Karte ein. Die Überlastung mit WKA und Solar sind in den Regionen Dithmarschen Süd und Nord extrem. Das Landesamt trägt die gesundheitliche Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger in diesen Überlastungsgebieten. Der Raum Brunsbüttel Marne ist extrem verdichtet. Weiteree Gebiete sollten nicht hinzukommen. Der Windfrieden ist dann vorbei. Ich weiß, es geht	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffer 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ihnen am Arsch vorbei - ich schreibe es aber trotzdem	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1166	Das ist schlimm, was hier mit unserem Land S-H und Kreis Dithmarschen gemacht wird....	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1164	Schlimm was hie mit S-H passiert	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2797	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: - Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. - Ich fordere, das WKA erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann. - Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen. - Ich lehne die Absenkung des Grundwasserspiegels zum Bau von Windkraftanlagen strikt ab, da in der Nähr befindliche Grundwasserseen mit der dazugehörigen Fauna + Flora erheblich beeinträchtigt werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.5, 2.11, 5.4, 3.18, 4.2, 4.20, 7.3 und 2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- Ich möchte dass die vorhandenen Naturschutzebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden - Mir ist es wichtig, dass Großvogelarten weiterhin in meiner Heimat brüten. Flugkorridore sind freizuhalten. - Ich befürchte körperliche Beschwerden und Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Blinklichter, Infraschall - Ich möchte, dass eine Abstandsregelung von mind. 1500 Metern für alle gilt (z.B.Stadt, Dorf, Splittersiedlung, Einzelhäuser) Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Institution: Amt Bordesholm, Bau- und Ordnungsamt ID: 1163	Stellungnahme der Gemeinde Bissee siehe Anlage. [eingefügt aus Anhang] Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) Stellungnahme der Gemeinde Bissee Die Gemeinde Bissee gibt zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) folgende Stellungnahmen ab:	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zu einer Änderung der Planunterlagen. Zu Punkt Nr. 1: Der Bundesgesetzgeber hat die Möglichkeit geschaffen, Landschaftsschutzgebiete für eine Windenergienutzung zu öffnen. Davon soll Gebrauch gemacht werden. Gleichwohl bedarf es immer der Einzelfallbetrachtung ob, an welcher Stellung und in welchem Umfang die Landschaftsschutzgebiete in Anspruch genommen werden können. FFH-Gebiete selbst sind von einer Windenergienutzung ausgeschlossen. Darüber hinaus wird ein differenzierter Schutzabstand festgelegt. An der Differenzierung wird weiterhin festgehalten. Zu Punkt Nr. 2: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Da bereits auf Bundesebene Klarstellungen hinsichtlich der Umgebungsbereiche zu windkraftsensiblen Großvogelarten erfolgten, sollen diese bei der Vorranggebietsausweisung im Rahmen der Abwägung

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellungnahme der Gemeinde Bissee, lfd. Nr. 1 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.2 und 4.5.1.3 - 13 G Landschaftsschutzgebiete - 3 Z Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Umgebungsbereiche Landschaftsschutzgebiete: Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen besonders hochwertige naturräumliche und landschaftlich wertvolle Bereiche innerhalb von Landschaftsschutzgebieten (LSG) berücksichtigt werden. Als weiches Tabukriterium waren LSGs im LEP-Wind a.F. noch weitestgehend gegen eine Nutzung durch Windenergie geschützt. Dieses wird nun erheblich aufgeweicht und der Schutz nur noch gewährt, wenn verschiedene undefinierte Voraussetzungen erfüllt werden. FFH-Gebiete: Der Ausschluss von Windenergienutzungen gilt auch für einen Umgebungsbereich von 100 Metern um ein FFH-Gebiet herum. Ein erweiterter Umgebungsbereich von insgesamt 200 Metern gilt nur spezielle Gebiete, deren Erhaltungsziele den Schutz von Fledermäusen umfassen. Im LEP-Wind a.F. betrug der Umgebungsbereich noch generell 200 m für FFH-Gebiete. **Die Gemeinde fordert, dass in der Teilfortschreibung zum LEP Wind mindestens der ursprüngliche Schutzstatus für die o.g. Gebiete wiederherzustellen ist.** Stellungnahme der Gemeinde Bissee, lfd. Nr. 2 Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des LEP Schleswig-Holstein Kapitel 4.5.1.3	berücksichtigt werden.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- 7 Z bis 17 G diverse Punkte zu Natur- und insbesondere Vogelschutz Bezüglich des Natur- und insbesondere des Vogelschutzes schreibt der NABU SH auf seiner Homepage https://schleswig-holstein.nabu.de/politik-und-umwelt/energie/windenergie/ 35068.html (gesichtet am 16.08.2024): *„Sehr kritisch sehen wir etwa, dass beispielsweise die Abstände zu Brutplätzen der besonders windkraft-sensiblen Arten Seeadler und Schwarzstorch von 3.000 m auf 2.000 m abgesenkt werden sollen - entgegen den ausdrücklichen Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaften der Vogelschutzwarten. Und selbst dieser zu geringe Abstand soll kein zwingender Mindeststandard werden, sondern unterlaufen werden können. Für Rotmilan und Weißstorch sind ebenfalls tödliche Abstandsverkürzungen vorgesehen. Auch der Abstand zu Wäldern – mit Ausnahme von Naturwäldern – soll von 100 m auf gerade einmal 30 m verkürzt werden. Folglich droht eine übermäßige Gefährdung verschiedener Fledermausarten. Für diese starken Einschränkungen des Artenschutzes zeichnet jedoch weniger die Landesregierung, sondern vielmehr der Bund mit seinen diesbezüglichen auch für das Land verbindlichen Rechtsvorschriften Verantwortung.“* **Diesen Aussagen folgt die Gemeinde inhaltlich voll und ganz und fordert diesbezüglich eine Nachbesserung in der TF-LEP Wind bzw. mindestens die Wiederherstellung der bisherigen Schutzmaßnahmen.**	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2847	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „ Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen 1) Ich fordere, dass Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann (Vermeidung von	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.5, 3.18, 4.2, 4.20, 7.3.7, 2.11, 7.2.9 und 7.2.10 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Phantomstrom) 2) Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete) Naturflächen nicht zerstört werden. 3) Mir ist wichtig, dass die geschützten Großvogelarten in meiner Heimat weiterhim brüten. Flugkorridore sind freizuhalten. 4) Ich möchte, dass eine Abstandsregelung von mind. 5H zu Wohnbebauung gilt. 5) Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen (Riegelbildung) 6) Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzen Flächen durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS Ewigkeitschemikalie) 7) Die Rücklagen für den Rückbau der Anlagen müssen der Inflation angepasst werden, keine Zuschüsse von den Steuergeldern. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2499	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung2021 • Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde 25719 Busenwurth im Kreis Dithmarschen spreche ich mich gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen und auch gegen den Ausbau von weiteren Photovoltaikfreiflächenanlagen in unserer Gemeinde sowie im Kreis Dithmarschen aus. Das Gemeindegebiet in Busenwurth grenzt westlich direkt an die Nordsee. Hier rasten viele Zugvögel und eine große Anzahl an geschützten Arten (direkte Nähe zum Schutzgebiet Meldorfer Bucht). Östlich befindet sich das Vogelschutzgebiet in	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 2.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windbergen. Durch den Bau von Windkraftanlagen würde eine Barriere für den Vogelflug entstehen. Im Bereich der Potentialflächen in dieser Gemeinde befindet sich ein Biotop - welches stark von Wildtieren und Wildvögeln frequentiert wird. Sehr bedenklich ist hier auch, dass südlich - bis nach Marne - bereits überdurchschnittlich viele Windkraftanlagen stehen (Einkesselung!). Die Gemeinde Busenwurth hat bereits ihren Beitrag zur Energiewende geleistet, da sich im Gemeindegebiet ein ca. 20 ha. großer Solarpark befindet. Auch eine Windkraftanlage befindet sich auf Gemeindegebiet (diese gehört zum Windpark in der südlichen Nachbargemeinde Barlt). Ein Gebiet in der Potentialfläche ist bereits als Ausgleichsfläche/Rastfläche für Zugvögel in der Gemeindesatzung für den hier bestehenden Solarpark deklariert. Es widerspricht sich, hier nun Windkraftanlagen hinbauen zu wollen. Generell ist zu beobachten, dass die Windkraftanlagen in den Nachbargemeinden (bzw. generell in den Gebieten mit starkem Windkraftausbau) regelmäßig /täglich bewusst abgeriegelt werden (die Mühlen „stehen“!). Es erscheint sinnvoll erst einmal in Stromleitungen und vor allem in Speichermöglichkeiten zu investieren, damit eine Grundlastfähigkeit gegeben ist (dieses ist mit „Flatterstrom“ durch Windkraftanlagen oder Solarfreiflächenantagen nicht möglich!). Eine Akzeptanz für den weiteren Windkraftausbau und auch für den Ausbau von Solarfreiflächen gibt es in Busenwurth nicht.	4.10.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Schließlich wird auf die Ziffern 7.2.3 und 7.2.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2763	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Ich befürchte eine Kontamination v.a. des Grundwassers mit PFAS durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter. Die Wasserwerke warnen vor einer zunehmenden Belastung durch PFAS und können diese Schadstoffe schon heute nicht mehr	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.9, 7.1.5, 7.2.5, 4.2, 4.20, 7.1.3, 7.3, 7.2.7 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausreichend filtern. 2. Ich fordere eine Verlängerung der Abgabefrist für Stellungnahmen auf 6 Monate. 3. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. 4. Ich fordere, das WKA erst genehmigt werden dürfen, wenn die Stromeinspeisung sichergestellt ist, zur Vermeidung von Phantomstrom. 5. Ich möchte, daß vorhandene Naturschutzgebiete nicht zerstört werden, damit dieser einzigartige Naherholungsraum erhalten bleibt. 6. Ich möchte, daß geschützte Großvogelarten (Rotmilan, Uhu, Seeadler, Bussard und Schwäne weiterhin brüten dürfen!! Überlebenswichtige Flugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen sind freizuhalten. 7. Ich fordere eine direkte Beteiligung aller Anwohner im Umkreis von 2500m am Genehmigungsverfahren. 8. Ich befürchte körperliche Beschwerden durch Lärm, Schattenwurf, Infraschall, Blinklichter und optische „Erdrückung“ und verlange eine Abstandsregelung von 5xH zu Wohnbebauung. 9. Ich fordere einen Mindestabstand von 1500m zu Wohnbebauung zur Absicherung von Havariefällen (Brand, techn. Defekt, Rotorbruch usw.) 10. Eine nicht recyclefähige WEA steht im krassen Gegensatz zur Umweltverträglichkeit, wobei die dafür anfallenden Kosten in die Ökonomie der „Energiewende“ einzurechnen sind. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Institution: Gemeinde Hamwarde,	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans S-H — Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.2, 1.3, 1.4.1, 1.5.1, 2.2, 2.3, 2.5, 7.1.3, 7.1.4, 7.3.5 der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Bürgermeister ID: M1388	Gemeindliche Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Hamwarde nimmt die Auslegungsunterlagen zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ — Fortschreibung 2021 (Erster Entwurf Juni 2024) zur Kenntnis und gibt folgende Stellungnahme ab: Priorisierung der bisherigen Vorranggebiete Der aktuelle Entwurf geht als Grundsatz der Raumordnung davon aus, dass als Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen „bevorzugt die Vorranggebiete Windenergie und Vorranggebiete Repowering der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land von 2020 [...] übernommen werden“, Ziffer 4.5.1 Nr. 2 G LEP. Die Gemeinde Hamwarde ist durch das vorhandene Vorranggebiet schon jetzt erheblich den Störwirkungen der Windenergieanlagen ausgesetzt. Die Priorisierung der bisherigen Vorranggebiete lässt zudem befürchten, dass die ohnehin schon stark beeinträchtigten Landschaftsräume noch weiter belastet werden. Dazu gehört auch die tatsächliche natur- und artenschutzrechtliche Entwicklung sowie der Freiraumschutz. Gerade bei den bestehenden Vorranggebieten sollte daher eine erneute fachliche Prüfung aller natur- und artenschutzrechtlichen Aspekte erfolgen und eben keine Windparks geschaffen werden. Keine Begrenzung der Anlagenhöhe Nach Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP soll die Ausweisung der Vorranggebiete Wind in den Regionalplänen eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde gelegt werden. Das ist eine deutliche Erhöhung der Anlage und der Leistung im Vergleich zur letzten Planung. Gerade auch vor diesem Hintergrund müssen daher die Vorranggebiete ganz	allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	neu bewertet werden. Die Emissionen der bestehenden Anlagen sind schon jetzt für die Hamwarder Einwohner sehr belastend, so dass die Gemeinde Hamwarde sich absolut gegen eine Erweiterung der bestehenden Vorrangfläche ausspricht, gerade eben auch im Hinblick der deutlichen Vergrößerung der Anlagen selbst. Abstandsregelungen Mit den Zielen der Raumordnung Abstände von 800 m um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 Z) und 400 m um Einzelhäuser, Splittersiedlungen und Gewerbe (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 2 Z) einzuhalten, bleiben die Abstandsregelungen der bisherigen Regionalplanung zwar weitestgehend erhalten, allerdings wird hierbei nicht berücksichtigt, dass die Windenergieanlagen nun deutlich größer errichtet werden können. Auch hier ist davon auszugehen, dass die Belastung der Einwohner dadurch erheblich zunimmt. Die Gemeinde fordert die Abstände zu den Ortschaften zum Schutz der Einwohner zu vergrößern oder eben die Möglichkeit einer Höhenbegrenzung der Anlagen durch die Gemeinde selbst, auch in den Vorranggebieten. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bürgermeister	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2917	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.12, 4.8, 7.2.7, 7.2.9, 7.3 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich bin daran interessiert, dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwischen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet ist. • Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. • Im Havariefall wie z.B. Brandausbreitung, technischer Defekt muss dieser drch ausreichende Abstände von mindestens 1500m zu Wohnhäusern abgesichert sein. • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zw Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluftverschlechterung durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). • Ich mache mir Sorgen dass die Lebensqualität und Gesundheit gefährdet bzw. beeinträchtigt sein würde durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. • Die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) sollen bitte unbeeinträchtigt bleiben. • Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ausdrücklich ab. • Hinsichtlich der Abgabefrist der Stellungnahmen beantrage ich eine Fristverlängerung auf 6 Monate (Urlaubs-/Ferienzeit). Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson	Betrifft: Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M2493	des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde 25719 Busenwurth im Kreis Dithmarschen spreche ich mich gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen und auch gegen den Ausbau von weiteren Photovoltaikfreiflächenanlagen in unserer Gemeinde sowie im Kreis Dithmarschen aus. Das Gemeindegebiet in Busenwurth grenzt westlich direkt an die Nordsee. Hier rasten viele Zugvögel und eine große Anzahl an geschützten Arten (direkte Nähe zum Schutzgebiet Meldorfer Bucht). Östlich befindet sich das Vogelschutzgebiet in Windbergen. Durch den Bau von Windkraftanlagen würde eine Barriere für den Vogelflug entstehen. Im Bereich der Potentialflächen in dieser Gemeinde befindet sich ein Biotop - welches stark von Wildtieren und Wildvögeln frequentiert wird. Sehr bedenklich ist hier auch, dass südlich - bis nach Marne - bereits überdurchschnittlich viele Windkrattanlagen stehen (Einkesselung!). Die Gemeinde Busenwurth hat bereits ihren Beitrag zur Energiewende geleistet, da sich im Gemeindegebiet ein ca. 20 ha. großer Solarpark befindet. Auch eine Wind Kraftanlage befindet sich auf Gemeindegebiet (diese gehört zum Windpark in der südlichen Nachbargemeinde Barlt). Ein Gebiet in der Potentialfläche ist bereits als Ausgleichsfläche/Rastfläche für Zugvögel in der Gemeindesatzung für den hier bestehenden Solarpark deklariert. Es widerspricht sich, hier nun Windkraftanlagen hinbauen zu wollen. Generell ist zu beobachten, dass die Windkraftanlagen in den Nachbargemeinden (bzw. generell in den Gebieten mit starkem Windkraftausbau) regelmäßig /täglich bewusst abgeriegelt werden (die Mühlen „stehen“!). Es erscheint sinnvoll erst einmal in Stromleitungen und vor allem in Speichermöglichkeiten zu investieren damit eine Grundlastfähigkeit gegeben ist (dieses ist mit „Flatterstrom“ durch Windkraftanlagen oder Solarfreiflächenanlagen nicht möglich!). Eine Akzeptanz für den weiteren Windkraftausbau und auch für den Ausbau von Solarfreiflächen gibt es in Busenwurth nicht.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 4.1, 4.10, 4.5, 7.2.5, 7.2.1 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1162	Hiermit wende ich mich gegen eine Errichtung eines Windparks mit geplanten 6 Windrädern in unmittelbarer Nähe von Heidmühlen. Den ersten Entwurf mit 3 Windrädern hatte ich ebenfalls mit Stellungnahme abgelehnt . Jetzt sind diese Windräder auch noch mit einer größeren Höhe geplant und die Entfernung von bewohnten Gebieten wurde augenscheinlich auch verkürzt. Ich protestiere energisch gegen eine Verschandelung der Natur, ich protestiere energisch gegen eine Gefährdung der Tierwelt, ich protestiere energisch gegen einen Abbau meiner Lebensqualität in einer funktionierenden Natur und Umwelt. Hier werden mit einer Dreistigkeit und Verantwortungslosigkeit Gesetze geändert, damit u.a. Windparks in Wäldern und Natur/Landschaftsschutzgebieten gebaut werden können.Warum wird diese Energiepolitik mit aller Macht uns allen aufgezwungen ? Es gibt sehr viele Experten vom Fach und aus der Wirtschaft die diese Politik als kompletten Irrsinn bewerten. Offiziell gibt es noch keine Konzepte , geschweige denn Firmen , die fachgerecht eine spätere Entsorgung und Reycling der Anlagen und der enthaltenen Giftstoffe ausführen. Gibt es in diesem Habeckschen Ministerium keinen Umweltschutz mehr, den man uns jahrelang um die Ohren gehauen hat ? Es scheint mir, alles wird über den Haufen geworfen, was mal für gut geheißen wurde. Hier wird nur noch in eine Richtung gepeitscht: Wind und Sonne sollen die deutsche Wirtschaft erhalten. Und basta. Alle Sorgen und Ängste werden in die Zukunft verlegt. Und was wurde mit einem Grinsen im Gesicht von Dr.phil.. Habeck geäußert ? Volles Risiko, kann ja klappen.....Nein , ich protestiere ganz energisch gegen solche wahnwitzige Politik. Mit frdl. Gruß [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.13 und 7.4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1161	Es sollte ein Mindestabstand von 1000m zu Gebäuden mit Wohnzwecken eingehalten werden. Auch sollte die max. Höhe einer Windkraftanlage begrenzt werden, z.B. maximale Gondelhöhe von 250m.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2-2.5 und 1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2833	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „ Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig_Hoistein - Fortschreibung 2021	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.9, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3 und 7.4.1 der allgemeinen

Einreichendendaten	**Stellungnahme**	**Begründung**
	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich habe folgende Einwände gegen die Windkraftanlagen in dem Bereich von Langwedel: • Vogel - und Fledermaus sterben durch Rotorblätter. • Lärm - und Schattenwurfbelastung für Anwohner. (hörbarer Schall und Infraschall) • Abriebstaubbelastung • Energiebilanz am Ende negativ Wieviele WKA brauchen wir denn noch? Zumal immer mehr Solaranlagen entstehen. Allein über 400.000 steckerfertige Anlagen sind inzwischen in Deutschland inaktiv. Und es werden garantiert mehr! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	Synopse verwiesen.
Institution: Amt Hohe Elbgeest, Bauamt **ID: M1374**	Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans S.-H. - Fortschreibung 2021 Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Worth nimmt die Beteiligungsunterlagen zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans S.H. zur Kenntnis und hat gegen die Ziele und Grundsätze der Raumordnung keine Bedenken. Die Gemeinde bittet um Kenntnisnahme, dass sie der Potenzialfläche für Windenergiegebiete im Gemeindegebiet Worth und einer späteren Ausweisung eines möglichen Vorranggebietes positiv gestimmt ist. Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird als Zustimmung zum Entwurf zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Institution: Amt Burg-St. Michaelisdonn, Keine Abteilung ID: 1160	Südlich der L139 befindet sich die Kiesgrube der Fa. Lucht schon in einer erheblich größeren Dimension wie in den Karten dargestellt. Für die Rohstoffsicherung hält die Gemeinde Buchholz den südlichen Teil der L139 als vorrangig wichtig. Für eine Nutzung im Moorgebiet werden die technischen und physikalischen Rahmbedingungen nicht gegeben sein. Weiterhin muss die besondere „Kliffkante“ aus dem Landschaftsschutzgebiet berücksichtigt werden, welche als Tabuzone für Windkraft gelten sollte. Der besondere Schutzzweck für die „Zone Kliffkante“ ist der Erhalt und der Schutz des für diesen Naturraum typischen Reliefs im Umgebungsbereich der besonders charakteristischen bereits geschützten Kliffkante. In den Gemeinden Buchholz und Kuden gibt es bereits die Bestrebungen der Ausweisung von Windflächen im nördlichen Teil der L139. Über die Gemeindeöffnungsklausel sollten hier Windkraftanlagen enstehen. Mittlerweile sind die Flächen bereits im Entwurf des LEP mit eingebunden. Eine Ausweisung in diesem Bereich wirkt sich auf die Vorgaben des Bundes positiv aus.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Amt Viöl, Ordnungsamt ID: 1158	Sehr geehrte Damen und Herren, in der Anlage übersende ich Ihnen die Stellungnahme der Gemeinde Ahrenviöl zum Entwurf der Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung! Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Ob und wenn ja in welchem Umfang Vorranggebiete im Gemeindegebiet Ahrenviöl festgelegt werden, ist im Rahmen des laufenden Regionalplanungsprozesses zu ermitteln.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Amt Viöl Westerende 41 25884 Viöl Teilfortschreibung zum Thema "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 201 - Erster Entwurf Juni 2024 hier: Stellungnahme der Gemeinde Ahrenviöl Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nimmt die Gemeinde Ahrenviöl Stellung im Rahmen des Beteiligungs-verfahren zu dem ersten Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zum Thema „Windenergie an Land“. Die Gemeinde Ahrenviöl unterstützt die Energiewende und den Ausbau von erneuerbaren Energie bereits seit vielen Jahren. In der Gemeinde besteht durch die bestehenden Bürgerwindparks ein starker gemeinschaftlicher Zusammenhalt und ein hohes Maß an Akzeptanz gegenüber der Windkraft. Die Gemeinde Ahrenviöl befürwortet daher die im Plantext festgelegten Zielen und Grundsätze für die raumordnerische Steuerung der Windenergienutzung. Die ausgegebene Karte, die die Potenzialflächen für Windenergiegebiete gemäß Entwurf der Teilfortschreibung des LEP Windenergie mit Stand Juni 2024 darstellt, wurde von der Gemeinde Ahrenviöl zur Kenntnis genommen. Die dort dargestellten möglichen Potenzialflächen stehen der Regionalplanung und der gemeindlichen Bauleitplanung zur Auswahl und Festlegung von Windenergie-gebieten zur Verfügung. Die Gemeinde Ahrenviöl bittet darum, die in der Karte im Gemeindegebiet Ahrenviöl dargestellten möglichen Potenzialflächen in den Entwurf des Regionalplans zu übernehmen. Die Gemeindevertretung Ahrenviöl hofft auf eine entsprechende Berücksichtigung der Stellungnahme.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichem Gruß Im Auftrag [redacted] Amtsleitung	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1960	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich möchte, das ein Havariefall wie z.B. Brandausbreitung, technischer Defekt, durch ausreichend Abstände von mindestens 1500m zu Wohnhäusern abgesichert wird. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 2.3, 7.2.7, 7.2.8, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.4, 7.3.5, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1157 (Frühere ID: 1037 aus Teilfortschreibung „Wohnbaulicher Entwicklungsr	Windflächen sind wichtiger als jemals zu vor, denn Strom kommt nicht einfach aus der Steckdose. Leider sind viele Landbesitzer gegen Windparks weil sie keine Ländereien haben in der jeweils ausgewiesen Fläche. Wiederum sind es die selben Leute die ihre Flächen dann mit PV Anlagen zupflastern. Für mich eine Doppelmoral! Windkraft in Deutschland ist wichtiger Motor für die Wirtschaft	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ahmen“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021, Änderung Kapitel 3.6.1 Absatz 3 (Entwurf Mai 2024))		
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1156 (Frühere ID: 1036 aus Teilfortschreibung „Wohnbaulicher Entwicklungsrahmen“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021, Änderung Kapitel 3.6.1 Absatz 3 (Entwurf Mai 2024))	Windflöchen sind wichtiger als jemals zu vor, denn Steom kommt nicht einfacheres der Steckdose. Leider sind viele Landeigner gegen Windparks weil sie keine Ländereien haben is der jeweils ausgewiesen Fläche. Wiederum sind es die selben Leute die ihre Flächen dann mit PV Anlagen zupflastern. Für mich eine Doppelmoral! Windkraft in Deutschland Istrien wichtiger Motor für die Wirtschaft	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1154	4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz Stellungnahme zu 12 G – Regionale Grünzüge Freiräume erhalten Im Koalitionsvertrag von Schleswig-Holstein 2022-2027 heißt es zu dem Thema Ausweisung weiterer Flächen für die Windenergie: „Das alles wollen wir rechtssicher in den Raumordnungsplänen verankern. Dabei behalten wir immer die Akzeptanz der Bevölkerung im Blick.“ Die Akzeptanz der Bevölkerung kann nur erhalten bleiben, wenn Freiräume erhalten werden! Dies lässt sich am Beispiel des Gebietes Wiedingharder- und Gotteskoog belegen, welches jetzt in dem Entwurf des Landesentwicklungsplanes als potentielle Windenergiefläche genannt wird. Dieses Gebiet westlich der nordfriesischen Gemeinden Humptrup, Uphusum und Holm, liegt überwiegend 1,00m bis 1,50 m unterhalb des Meeresspiegels und muss durch Schöpfwerke entwässert werden. Es ist geprägt von Wasserflächen, Natura2.000 Vogelschutzgebieten, Biotope, Biotopverbundachsen und Feuchtwiesen. Ein Seeadlerhorst befindet sich im Bereich des Gotteskoogsees. Bereits 1982 wurde begonnen, die bis dahin durchgeführte übermäßige Trockenlegung weiter Teile des Kooggebietes wieder zu renaturieren. Das erste Projekt war die Renaturierung des Gotteskoogseegebietes. Es folgten die Erweiterung des Speicherbeckens Haasberger See und weitere Vernässungsmaßnahmen z.B. im Gebiet Neukirchen/Schmale und die Anlage einer Wasserfläche an der Süderau/Bremsböl durch den Deich und Hauptsielverband Südwesthörn-Bongsiel. Die Stiftung Naturschutz stützt durch Ankauf landwirtschaftlicher Flächen den gewollten Renaturierungsprozess. Zu erwarten ist, dass im Rahmen der Ziele des Bundesklimaschutzgesetzes sowie des EU-Gesetzes zur Wiederherstellung der Natur – welches von Herrn Minister Tobias Goldschmidt als große Chance gegen den Artenverlust gelobt wird - weitere Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung entnommen werden und durch Wiedervernässung in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden. Aufgrund der moorigen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Ob, und wenn ja, in welchem Umfang Vorranggebiete innerhalb des in der Stellungnahme angesprochenen Bereiches ausgewiesen werden, ist im Rahmen der Regionalplanung unter Beachtung der Ziele der Raumordnung und unter Berücksichtigung der Grundsätze der Raumordnung zu ermitteln. Dabei werden mit den Zielen bereits vorab Bereiche pauschal von einer Windenergienutzung ausgeschlossen, die verbleibenden Potenzialflächen werden im Einzelfall betrachtet. Damit wird sichergestellt, dass einerseits die bundesgesetzlich vorgehebenen Flächenbeitragswerte erreicht werden, andererseits die Windenergienutzung auf die am besten geeigneten Bereiche gelenkt wird.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bodenbeschaffenheit sind weite Teile des Gotteskooggebietes hierfür prädestiniert. Es ist kontraproduktiv, ein Gebiet, dass sich schon heute im Umbruch zu einer Schutzlandschaft für Natur- und Artenschutz mit dünner Besiedelung und extensiver Bewirtschaftung befindet, als Windvorranggebiet auszuweisen. Hier muss der Freiraumschutz greifen. Das Bundesamt für Naturschutz weist das Gebiet Wiedingharder – und Gotteskoog explizit als „Bedeutsame Landschaft“ aus. Das Gebiet ist eines der letzten verbliebenen Freiräume im heute schon überproportional durch Windkraftanlagen und Stromtrassen überprägten Kreis Nordfriesland. Dies ist der Bevölkerung sehr bewusst. Als 2019 die Gefahr bekannt wurde, dass im Gotteskoog eine Höchstspannungsleitung gebaut werden könnte, gründete sich spontan eine Bürgerinitiative mit dem Ziel, dies zu verhindern. Diese Bürgerinitiative konnte auf einen großen Rückhalt aus der Bevölkerung bauen. Neben den Bedenken aus ökologischer Sicht wurde in einer „Petition Noldelandschaft“ deutlich, wie wichtig der Schutz der traditionellen Noldelandschaft gesehen wird. Der Freiraum Gotteskoog mit seinem charakteristischen Erscheinungsbild konnte erhalten bleiben. Die Argumente der Bevölkerung gegen den Bau der Stromtrasse gelten im gleichen Maße gegen die Errichtung von Windkraftanlagen in diesem Gebiet – eine Akzeptanz der Bevölkerung ist hier nicht zu erwarten! **Fazit:** Wir sehen den Freiraumschutz im jetzigen Entwurf des Landesentwicklungsplanes nicht genügend bewertet. Unter Punkt 12G sollte der Text deshalb erweitert werden. Es ist nicht ausreichend, hier nur „Regionale Grünzüge“ zu nennen. Zusätzlich muss der Schutz „Bedeutsamer Landschaften“ mit aufgenommen werden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2627	Teilfortschreibung „Windenergie“ des Landesentwicklungsplanes S-H Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Minister Goldschmidt, sehr geehrte Damen und Herren, mit Verwunderung und Erstaunen habe ich Kenntnis von den Plänen erhalten, wahrscheinlich 6 Windräder in der Gemeinde Hürup, Kreis Schleswig-Flensburg, im Rahmen des Landesentwicklungsplanes aufzustellen. Die entsprechenden Flächen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 7.1.3, 7.3, 7.2.12 und 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	entlang der K 90 sind schon vor einigen Jahren bewertet worden mit dem Ergebnis, diese seien nicht geeignet. In 2016 hat ein Bürgerbegehren dazu geführt, daß diese Flächen aus den Planungen herausgenommen wurden. Alle Bürgerinnen und Bürger der Nachbargemeinde Ausacker wären direkt betroffen von allen damit verbundenen Nachteilen, wie gesundheitliche Schäden durch Feinstaub, ständigen Schattenschlag, ständige Geräuschkulisse. [redacted] Das Wohl meiner Mitbürgerinnen und Mitbürger war mir stets wichtig. Ganz in unserer Nähe gibt es in der Gemeinde Sörup (Ortsteil Barg) einen Bürgerwindpark. Die ersten 5 Windräder sind 2016 ans Netz gegangen und ich habe inzwischen oft die o. g. Merkmale direkt vor Ort wahmehmen können. Inzwischen gibt es dort und in den umliegenden Gemeinden mehr als 20 Windräder, die zum Teil eine Nabenhöhe von über 200 m haben.. Schaut man in Richtung Nordseeküste, sieht man eigentlich nur noch Windräder, soweit das Auge reicht. Daß für die Energiewende einiges getan werden muß, ist, glaube ich, uns allen klar., allerdings gibt es inzwischen so viel Windenergie, die gar nicht gespeichert werden kann, die Kosten, die jedes Rad verursacht, tragen die Bürgerinnen und Bürger. Betrachtet man dann auch noch, was der Bau der Windräder für die Umwelt bedeutet, sehe ich darin eine riesige Belastung für die Natur und uns Menschen. Die vor kurzem gemachte Aussage von Herrn Minister Goldschmidt, „die Energiewende sei wichtiger als ein freier Blick“ war für mich wie ein „Schlag ins Gesicht“ und ich empfinde diese Äußerung als anmaßend, dreist und frech. . So kann man m. E. nicht mit seinen Wählerinnen und Wählern umgehen. Wir haben für unser Eigentum jahrelang arbeiten müssen, um hier dann später in Ruhe leben zu können. Sollten die Flächen in Hürup dennoch mit einbezogen werden, sehe ich ganz klar, daß der Nutzen bei der Gemeinde Hürup liegt und ich als Bürgerin der Gemeinde Ausacker den genannten Belastungen ausgesetzt bin. Der Wind weht meist aus Süd-West und damit genau in Richtung „Westerdorf". Vielleicht könnte ein Ortstermin mit Vertretern Ihres Ministeriums auch anstehende Fragen klären. Abschließend bitte ich hiermit ausdrücklich, auch um den sozialen Frieden innerhalb der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeinden nicht zu gefährden (Nachbar X spricht nicht mehr mit Nachbar Y), sollten die evtl. Pläne realisiert werden, die genannten Flächen entlang der K 90 erneut aus den weiteren Planungen herauszunehmen.. Für Ihr Verständnis bedanke ich mich und verbleibe mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2850	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung,, Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig^Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte körperliche Beschwerden und Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Blinklichter, Infraschall und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von mind. 5 H Wohnbebauung gilt. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2867	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete / Naturflächen nicht zerstört werden. Darüber hinaus ist es mir wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2.1, 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	z.B. Rotmilan, Seeadler, Wespenbussard, Schwäne in meiner Heimat weiterhin brüten. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1287	Sehr geehrte Damen und Herren der Landes- und Regionalplanung, im Plantext zu Kapitel 4.5.1 äußern Sie auf S. 6: *" Darüber hinaus gilt für Nord- und Ostsee gleichermaßen, dass andere, vorrangige Nutzungen (Schifffahrt, militärische Übungsgebiete, Tourismus, Naturschutz) und die Dichte der Nutzungskonkurrenzen für die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie voraussichtlich keinen Raum lassen. Die Landesplanungsbehörde verzichtet daher auf die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie im Küstenmeer."* Diese Aussage möchte ich -insbesondere für das schleswig-holsteinische Küstenmeer der Ostsee- so nicht bestätigen, sondern sogar widersprechen. Denn trotz Nutzungskonkurrenz ergeben sich teilweise große Flächen, die zukünftig zur Energieerzeugung oder speziell zur Erzeugung von Energieträgern wie Wasserstoff, Ammoniak, Ethanol usw. genutzt werden könnten, um den zukünftig wachsenden globalen Importbedarf dieser Energieträger zu reduzieren. Diese Flächen pauschal derart früh im Verfahren auszuschließen und nicht im Detail zu prüfen, stellt potentiell einen Abwägungsfehler dar, auch wenn dieser im Wege von projektbezogenen Zielabweichungsverfahren relativiert werden kann. Nach § 2 EEG 2023 liegen die Errichtung und der Betrieb von Erneuerbare-Energien-Anlagen zudem im **überragenden öffentlichen Interesse,** diese Gewichtung spiegelt sich in der von Ihnen auf S. 6 gewählten Formulierung zumindest für den Bereich des Küstenmeeres nicht wider. Denn zwar sind die militärischen Aspekte auf Augenhöhe gegenüber der Errichtung und dem Betrieb von EE-Anlagen, die Aspekte Schifffahrt, Tourismus und Naturschutz sind aber schwächer zu gewichten und können demgegenüber nicht als "vorrangige Nutzungen" bezeichnet und schon gar nicht demgemäß gewichtet werden. Daher ist der LEP dahingehend zu öffnen, dass Windenergienutzung an geeigneten	Auf Ebene der landesweiten Raumordnungsplan ist als Grundsatz geregelt, dass im Küstenmeer keine Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen werden sollen. An den in der Begründung zu diesem Grundsatz aufgeführten Erwägungen wird festgehalten. Gleichwohl geht ein pauschaler Ausschluss damit nicht einher. Dieses Vorgehen steht nicht im Widerspruch mit der in der Stellungnahme erhobenen Forderung.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stellen des Küstenmeeres zulässig ist. Mit **klimaschutzfreundlichen** Grüßen aus und nach Schleswig-Holstein, dem Land zwischen den menschengemacht steigenden **Meeren** [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2622	Betr. Windenergie an Land des Landesentwicklungsplan Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1. (Entwurf Juni 2024)- Beteiligungsverfahren - geplante Windflächen Ausacker/Hürup/Kollerup/Bistoft Sehr geehrte Damen und Herren, ich lebe seit meiner Kindheit in dem wunderschönen Landstrich Angeln, in Ausacker im Ortsteil Dämmende. Ausacker liegt zwischen zwei Naturschutzgebieten, einer Biotop-Verbundachse zwischen dem Treßsee und dem Winderatter See. Für mich ist es unverständlich warum in diese, zum Glück noch intakte Natur, jetzt 200m Windräder gestellt werden sollen. Es überhaupt in Erwägung gezogen wird. Ausacker wäre sogar umzingelt von Windrädern. Es war bisher so, dass dieses Gebiet aus Naturschutzgründen tabu war - zu Recht. Wenn diese Vorgaben nach Lust und Laune der Regierung angepasst werden ist mein Vertrauen in unsere Regierung schon jetzt sehr angeschlagen. Hier gibt es noch viele seltene Arten wie Seeadler und Rotmilane sowie Wespenbussarde. Ich selber habe in diesem Jahr ein Rotmilan-Jungtier im Wald gefunden und mich darum gekümmert, dass er gesund und flugfähig wieder ausgewildert werden konnte. Rotmilane sind standorttreu und wir können froh sein, dass sie sich hier im Norden ansiedeln. Ich bitte darum, dass Bewusstsein zu schärfen für den echten Naturschutz. Auch wir Menschen gehören zur Natur und müssen, wenn es so weiter geht, vor der Ausbreitung der riesigen Windräder geschützt werden. Noch ist es möglich, diese Flächen für die Natur zu erhalten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.11.1, 4.2.1, 4.5, 4.20, 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bereits in 2016 wurde über eine dieser Flächen diskutiert und diese abgelehnt aufgrund der zu erwartenden Beeinträchtigung von Mensch und Tier. Ich bitte unbedingt um Herausnahme der oben angegeben Flächen aus der Landesplanung. Ich danke Ihnen für bewusstes Überlegen und Handeln. Bei Fragen melden Sie sich gerne bei mir.	
Gruppe ID: GM2621 Anzahl: 7 (IDs: M1252, M1384, M1437, M1438, M2617, M2619, M2621)	hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Itapitei 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung muss auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens Bestand haben. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land", Seite 58, Z 15 und 16, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu § 1) bleibt. Neben den Zielen Z 15 und 16 sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von Windanlagen freizuhalten:	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 3.15, 4.16, 4.18, 6.1 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, sodass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. Durch Abgeschiedenheit und eine gewisse Rückständigkeit haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente in der Landschaft Eiderstedt erhalten. Betrachtet man die Vielzahl der (häufig nicht geschützten) Denkmalschutzbereiche, Grabungsschutzgebiete und Biotope, könnte man Eiderstedt fast komplett als Kulturerbe-Monument bezeichnen. Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootsfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedt und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen in der Region sichert. Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung in Eiderstedt keinesfalls zu verändern. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1153	Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße die Ausweisung der Potenzialfläche für Windenergie in Norderwöhrden Ortsteil Wellinghusen (südlich von Wellinghusen und westlich von der Hauptstraße Richtung Wesselburen [redacted]). Diese Fläche stellt eine vielversprechende Möglichkeit dar, die lokale Energieversorgung nachhaltig zu gestalten. Die Nähe zu energieintensiven Betrieben wie dem Westhof und Northvolt ist besonders vorteilhaft, da diese Unternehmen einen hohen Strombedarf haben und somit eine direkte Abnahme der erzeugten Windenergie ermöglichen könnten. Die Tatsache, dass diese Fläche bereits schon einmal in der Regionalplanung für Windeignungsgebiete berücksichtigt wurde und das sie direkt an neu genehmigten Windkraftanlagen liegt, spricht für ihre Eignung und die bereits vorhandene Akzeptanz in	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der Region. Es wäre sinnvoll, die Vorteile dieser Fläche weiter zu kommunizieren und die potenziellen Synergien zwischen der Windenergieerzeugung und den energieintensiven Betrieben hervorzuheben. Insgesamt bietet die Potenzialfläche in Norderwöhrden eine wertvolle Gelegenheit, die Energiewende voranzutreiben und gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu fördern. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2584	Stellungnahe zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein -Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Mindestabstand zur Wohnbebauung muss so gewählt werden, dass die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe konform mit dem Bundes-Immissionsschutzgesetz erteilt werden kann. Mindestens aber muss der Abstand zwischen Fläche und jeglicher Wohnbebauung 920m getragen (vgl. Veenker Gutachten). 2. Weiterhin muss die Landesplanung darlegen, ob die Mindestabstände zur Wohnbebauung mit dem Bundes-Immissionsschutzgesetz vereinbar sind in Hinblick auf Gefahr von Kontamination durch Carbonfaser-Partikel nach Brandereignis. 3. Eine Klärung der Übernahme der Folgekosten (Sanierung, Rückbau, Investitionen in Feuerwehr, Deponien, Haftung) für die betroffenen Gemeinden. 4. Die Mindestabstände zu EU-Vogelschutzgebieten müssen dem Helgoländer Papier (Wissenschaftliche Grundlage) angepasst werden, gemäß Referenzanlage mindestens 2000m. 5. Sämtliche Mindestabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten müssen als	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2-2.5, 3.17, 4.1, 4.2, 4.3, 4.5, 4.20, 5.9, 7.2.9 und 7.3.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt werden und zumindest den Schutzabständen gemäß Helgoländer Papier (2015) entsprechen. 6. Die Prüfabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten gemäß Helgoländer Papier (2015) sind als Grundsatz der Raumordnung zu übernehmen. Bei der Prüfung von Genehmigungsverfahren sind kumulative Effekte und die tatsächliche Höhe der Windkraftanlagen zu berücksichtigen. 7. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutz Gebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. 8. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlichen Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS - Ewigkeitschemikalien). Ich bitte um schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahmen. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2060	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten wie z.b. Rotmilan, Seeadler Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 4.2, 4.20, 4.5, 7.3, 7.2.9 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, Hoch- u. Niedermoorflächen, Biotopverbundflächen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergiegewinnung ausgeschlossen werden. • Es bereitet mir Sorgen, dass die landwirtschaftlich genutzten Flächen (Produktion von Lebensmitteln) durch den Mikroplastikabrieb der Rotorblätter kontaminiert werden, ebenso wie das Trinkwasser verunreinigt würde • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität und Gefährdung der Gesundheit durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ausdrücklich ab • Ich beantrage eine Fristverlängerung für die Abgabe der Stellungnahmen auf 6 Monate (Urlaubszeit). Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Institution: WES Impuls GmbH **ID: M2607**	Stellungnahme Windpotenzialfläche im Bereich der Gemeinde Busenwurth Darstellung des Planungsvorhabens **Einleitung** Die [redacted] plant in Kooperation mit der [redacted] und den ansässigen Landbesitzern die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb der Gemeindegrenzen der Gemeinde Busenwurth. Das Gebiet wurde von der Landesplanung als Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024) ausgewiesen. Wir sehen die Ausweisung dieser Fläche darüber hinaus als Windvorrangfläche im neuen Regionalplan Wind mit Hinblick auf den Entwurf des neuen LEP, als prädestiniert an. **Begründung** Gemäß der zum 31.12.2020 formal abgeschlossenen Teilfortschreibung der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen, namentlich auf den Wunsch einer konkreten Flächenausweisung. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Regionalplanung des Landes Schleswig-Holstein wurde die Windpotentialfläche PR3_DIT_084 in den ersten drei Entwürfen der Regionalplanung als Windpotentialfläche geführt und abschließend negativ beschieden. Im vierten und letzten Entwurf der Regionalplanung wurde die Potentialfläche nicht mehr berücksichtigt. Die negative Ausweisung als Windvorrangfläche erfolgte, laut Bewertung der Abwägungskriterien im Detail, der Beschreibung der betroffenen raumordnerischen und umweltfachlichen Abwägungsmerkmale und der Abwägungsentscheidung, hauptsächlich aufgrund eines potenziellen Beeinträchtigungsbereich im 3 km Radius um Seeadlerhorste außerhalb des Dichtezentrums und einer potenziellen Riegelbildung zwischen Marsch und Geest. Aufgrund der Teilfortschreibung zum Thema Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024 hat die [redacted] als Fachplaner das Gebiet mit Hilfe der Anlage 1 (Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land) und der Anlage 3 (Umweltbericht) zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) erneut betrachtet und keine Gründe gefunden, die gegen eine Ausweisung als Windvorranggebiet sprechen würden. Die Gründe der vorherigen negativen Ausweisungen werden im Ersten Entwurf des Landesentwicklungsplans so reduziert, dass sie für das Gebiet keine wesentlichen Rollen mehr spielen. Gerade bei einer Teilausweisung, welche nur das südliche Gebiet betreffen würde (vgl. Anhang 2), bestünde kein Konfliktrisiko im 5 Kilometer Bereich um eine bedeutsame Stadtsilhouette oder Ortsbilder (in diesem Falle der Meldorfer Dom, der sich nördlich der Gemeinde Busenwurth befindet). Die Abstände zu den Innenbereichen von Busenwurth und Barlt sollten bei 800m belassen werden, da beide Gemeinden bereits durch Windenergieanlagen vorbelastet sind (vgl. MaStR). **Räumliche Eingrenzung** Die reduzierte Version der Windpotentialfläche PR3_DIT_084 befindet sich östlich der Gemeinde Busenwurth, südlich der Gemeindegrenze Busenwurth-El- persbüttel. In südöstlicher Richtung beträgt die Entfernung zum Geestrücken am Barlter Kleve mehr als 2,5km.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Weiterhin erstreckt sich die restliche Fläche auf der Potentialfläche des Abwägungsbereich für Windenergienutzung PR3_DIT_084. Das heißt, nördlich der „Wolfenbüttler Straße" mit einem Teilgebiet südlich davon und westlich des „Grenzweges" nach Elpersbüttel. Die Fläche wird überwiegend ackerbaulich genutzt, besteht aber auch aus Grünland. Gehölzflächen gibt es keine und Gebäude werden nicht überlagert. Die Fläche ist durch eine 380kV-Hochspannungsleitung vorbelastet und befindet sich in einer ausgesprochen windexponierten Lage der Windklasse 4. **Berücksichtigung der gemeindlichen Belange** Es soll, bei einer Änderung der Potenzialfläche zu einer Vorrangfläche, gemeinsam mit der Gemeinde Busenwurth, der Möhring Energie Gruppe, den Landbesitzern und dem Projektierer ([redacted]) ein Beteiligungs- und Betriebsmodell entwickelt werden, das allen betroffenen Parteien gerecht wird. Die Möglichkeit einer Bürgerbeteiligung ist fester Bestandteil dieses Modells und wird die Belange der Einwohner der Gemeinde Busenwurth berücksichtigen. Es ist beabsichtigt, den zukünftige Betriebssitz in der Gemeinde Busenwurth zu nehmen. **Vorhabenbeschreibung** Innerhalb des Projektes sollen im oben genannten Bereich mehrere Anlagen der Multi-Megawatt Leistungsklasse entstehen. Es sind mindestens 5 Anlagen geplant mit einer Nennleistung von mindestens 30.000 kW. Die geplante Windparkkonfiguration wird pro Jahr 80-100 Millionen kWh Strom produzieren. **Zu betrachtende, projektbeschreibende Themen** **Naturschutz** Die Betrachtung des aktuellen Entwurfes des Landesentwicklungsplans zeigt keine hohen Konflikte mit belangen des Naturschutzes auf. Das Gebiet wurde bereits durch die Fachfirma Bioplan avifaunistisch kartiert. Bei der Kartierung wurden keine Arten, die in Bezug auf den Grundsatz 17 im Kapitel Arten und Gebietsschutz des 1. Entwurfs des LEP SH 2024 relevant sind und eine Ausweisung als Windvorrangfläche negativ gegenüberstehen würden, erfasst.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Netzanschluss Durch das Gebiet verläuft aktuelle eine oberirdische 110 kV Trasse sowie eine 380 kV Trasse. Eine Vorbelastung in diesem Bereich ist bereits gegeben. Die Einbindung der geplanten Windenergieanlagen in das öffentliche Stromnetz bzw. in das Hoch- oder Höchstspannungsnetz erfolgt über eines der örtlich vorhandenen Umspannwerke in den Gemeinden Barlt und St.Michaelisdonn, in der Gemeinde Elpersbüttel oder in der Gemeinde Meldorf und ist damit Kosten- und Ressourceneffizient, da ein Großteil der benötigten Infrastruktur vorhanden ist. **Erschließungsmaßnahmen** Die Erschließung der geplanten Windenergieanlagen wird laut aktueller Vorplanung über die vorhandene Infrastruktur der öffentlichen Bundes-, Landes und Kreisstraßen sowie über einige Gemeindewege erfolgen. Hier sind keine Probleme zu erwarten.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2772	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: - Ich möchte, dass das Helgoländer Papier für den aktuellen Forschungsstand zum Schutz von Vögeln eingehalten wird. Nach jetziger Planung werden die Mindestabstände nicht eingehalten. - Ich fordere, dass Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn der Strom auch eingespeist werden kann - Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab - Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Protorblätter (PFAS) als auch asbestartige Fasern von Glasfaser	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.1, 7.2.5, 7.2.9 und 7.3.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2841	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Rund um unser Dorf stehen bereits zahlreiche Anlagen und ich möchte nicht, dass weitere dazu kommen, weil ich unsere Knicklandschaft mit den dazugehörigen Seen so sehr schätze und diese durch weitere Anlagen so sehr verändert werden. Da wir ein Ferienhof sind befürchte ich außerdem, dass es äußerst negativen Einfluss auf die gesamte Touristische Region geben wird. Mir sind unsere Vögel wie z.B. der Rotmilan äußerst wichtig und ich kann nicht verstehen, warum die auf der einen Seite mit großem Aufwand geschützt werden und auf der anderen Seite mit diesen Anlagen so sehr gefährdet werden. Natürliche habe ich auch Angst, dass unsere Immobilie an Wert verlieren wird, wer will schon mit diesem Lärm, Schattenwurf und Lichtern wie auf einem Flughafen leben?! !! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. !! Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15.1, 4.20, 7.2.11, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.4, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M2888	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • für Siedlungsbereiche und Wohnhäuser im Außenbereich sollten gleiche Abstände gelten mind. jedoch für Wohnhäuser im Außenbereich 800m • eine Umfassung oder Riegelbildung um Ortschaften, auch im Außenbereich, muss ausgeschlossen werden • Die Abstände zu Brutplätzen geschützter Vögel sollen die gleichen wie vor 2018 sein • Vogelschutzsysteme wie Protecbird, identiflight o. glw. sollen Pflicht werden. • Abstände zum Wald müssen wie bisher mind. 100m betragen, 30 m sind viel zu gering. Dann können auch Vogelschutzsysteme nicht richtig funktionieren. Auch aus Brandschutzgründen ist ein größerer Abstand zum Wald erforderlich. • Anl. 1 zu §1 der LEPWInd VO (S.8): u...massive Verlärmung durch die Errichtung und den Betrieb von WEA im Küstenmeer...Das gilt doch wohl auch für Siedlungsbereiche, daher sind Mindestabstände von 800m zur Wohnbebauung unerlässlich. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen,	Ziffern 2.1, 2.5, 2.11, 4.1 und 4.7 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2840	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2, 7.2.12, 7.3, 4.3 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich bin Schleswig-Holsteiner durch und durch. Die Seen und ihre so typische Knicklandschaft macht meine Heimat aus. Durch immer weitere Windkrafträder wird dieses Merkmal nicht nur optisch vollkommen zerstört, es gefährdet außerdem zahlreiche, für unser Ökosystem so wichtige, Tiere. Ich habe Angst vor dem Lärm und den Blinklichtern und dadurch, dass dir Ferienvermietung betreiben, kommt natürlich auch die Angst vor unglaublichen finanziellen Einbußen dazu. FFH Gebiete müssen von der Nutzung ausgeschlossen werden, warum sonst ernennt man sie sonst?! Natürlich habe ich auch Angst, dass meine Immobilie an Wert verliert, denn wer möchte schon umzingelt von diesen Monstern irgendwo leben?! S-H wurde schon genug verschandelt! Geht nach Bayern!! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2762	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Wir haben Bedenken gegen die Errichtung des Windkraftpark. Wir haben hier Störche, Adler, Milan und andere Wildvögel.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.1 und 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Außerdem erfolgt der Abrieb der Rotoren, Alles landet auf dem Acker und Umwelt. Wie erfolgt später die Entsorgung? Was hinterlassen wir unseren Nachkommen? Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2837	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel, Störche in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Ich denke, dass erneuerbare Energien nicht sinnvoll sind, wenn dadurch die Natur unserer Erde zerstört wird. Das ist für mich absolut widersprüchlich. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. In der Region rund um den Wardersee brüten sehr viele Zugvögel. Ich möchte, dass überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen, Kranichen und Störchen freigehalten werden. Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.20, 7.2.1, 4.2, 4.5, 4.14, 4.15, 4.8, 7.1.5 und 7.1.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird und lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Institution: DFS Deutsche Flugsicherung GmbH ID: M1386	Stellungnahme zu Belangen des Anlagenschutzes (§18a LuftVG) hier: Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig- Holstein – Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, durch oben genannte Plangebiete ist der Anlagenschutzbereich gem. §18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG) mehrerer Flugsicherungseinrichtungen betroffen. Für den aktuellen Planungsstand können aufgrund der vorliegenden Detaillierung jedoch keine weitergehenden Aussagen getroffen werden. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang- und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG möglichen Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang- und Eignungsgebieten entgegenstehen. Dennoch könnte sich aufgrund örtlicher Gegebenheiten ein Potential für die Vereinbarkeit des Windenergievorhabens mit den Belangen des Anlagenschutzes ergeben. Um dies zu eruieren, bieten wir Ihnen die Möglichkeit einer unverbindlichen Vorprüfung an. Details können Sie dem Anhang entnehmen. Unabhängig davon weisen wir darauf hin, dass konkrete Windenergievorhaben in Anlagenschutzbereichen bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18a LuftVG einzureichen sind. Bei der Beurteilung des Vorhabens bezüglich der Betroffenheit von Anlagen der DFS wurden die uns zur Verfügung gestellten Unterlagen berücksichtigt. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2024. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Belange der Flugsicherheit werden durch die entsprechenden Ziele und den Grundsatz hinreichend berücksichtigt. Ob und wenn ja in welchem Umfang Vorranggebiete innerhalb von Anlagenschutzbereichen ausgewiesen werden, ist im Rahmen der Einzelfallprüfung auf Ebene der Regionalplanung zu klären.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wir haben das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) über unsere Stellungnahme informiert. Hinweis: Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung stellt unter dem nachfolgenden Link eine interaktive Karte mit den aktuell gültigen Anlagenschutzbereichen verschiedener Flugsicherungsorganisationen gem. §18a LuftVG zur Verfügung. Von dieser Stellungnahme bleiben die Aufgaben der Länder gemäß § 31 LuftVG unberührt. Zusätzliche Hinweise zur Hindernisfreiheit: Aufgrund einer Höhe von mehr als 100,00 m über Grund ist das Einzelvorhaben von § 14 LuftVG betroffen und bedarf stets einer luftrechtlichen Zustimmung. Die konkreten Planungen sind im Rahmen des Genehmigungsverfahrens der zuständigen Landesluftfahrtbehörde vorzulegen. Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens wird gemäß § 31 Abs. 3 LuftVG die DFS durch die Luftfahrtbehörde beteiligt und zur gutachtlichen Stellungnahme aufgefordert. Die DFS prüft die Einhaltung der Hindernisfreiflächen sowie die An- und Abflugverfahren an betroffenen Flugplätzen (Flughäfen, Landeplätze, Segelfluggelände, Hubschraubersonderlandeplätze). Auskünfte zu den Hindernisfreiflächen und zu den Anforderungen an die Hindernisfreiheit erteilt die Landesluftfahrtbehörde als Genehmigungsbehörde für die Flugplätze in ihrem Zuständigkeitsbereich. Folgende Abstandsregelungen sind bei den Planungen bereits im jetzigen Stadium zu berücksichtigen: • Gemeinsame Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb, veröffentlicht als NfL I 92/13, dort: Gefahren für den Flugplatzverkehr in der Platzrunde; • Festlegung von Mindestabständen von Hindernissen zu festgelegten Sichtflugverfahren, veröffentlicht als NfL 1-847-16. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Institution: Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Keine Abteilung ID: 1152	Stellungnahme zum „Entwurf Anlage 2 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“ Mit der Teilfortschreibung sollen die Ziele und Grundsätze der Raumordnung hinsichtlich der raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung an Land neu festgelegt werden. Mit den Zielen werden u.a. Bereiche festgelegt, in denen eine Windenergienutzung an Land ausgeschlossen wird. Außerhalb der Bereiche sollen in den Regionalplänen Vorranggebiete für Windenergie unter Berücksichtigung der im Kapitel 4.5.1 festgelegten Grundsätze ausgewiesen werden. In der Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO werden in einer Karte jene Ziele der Raumordnung dargestellt, deren Gebietskulisse nicht bereits in anderen Planwerken dokumentiert sind. Auf der BOB-SH-Plattform werden entsprechende Geodaten zum Entwurf der Anlage 2: Karte zum Kapitel 4.5.1 veröffentlicht. Hierzu wird die Stellungnahme eingereicht. Die [redacted] ist als Projektierer und Betreiber von Windenergieanlagen tätig. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurden Verträge mit Grundstückseigentümer abgeschlossen, um in der Gemeinde Hohenhorn, Kreis Herzogtum Lauenburg einen Windpark zu projektieren. Nach Auffassung der [redacted] geben die Geodaten südlich dieser Fläche nicht den korrekten Sachverhalt wieder, die Potenzialfläche ist hier zu erweitern (s. beigefügtes Dokument "Stellungnahme Entwurf LEP 2024 - Hohenhorn"). **Die [redacted] bittet mit dieser Stellungnahme um eine entsprechende Korrektur des Entwurfs der Anlage 2 der Teilfortschreibung des**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Potenzialflächenkarte ist nicht Bestandteil der Planunterlagen. Maßgeblich für die Potenzialfläche sind die im Planentwurf enthaltenen Ziele der Raumordnung. Damit legt der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	LEP, Thema Windenergie.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1151	Hallo! Ich bitte folgenden Punkt für den Bereich Kreis Segeberg, Gemeinde Heidmühlen, zu achten. Die Landesplanung lässt in Heidmühlen auch Anlagen zu. In dem dortigen Bereich halten sich schutzbedürftige Greifvögel auf. Eine nähere Erklärung dazu vermeide ich , da es in der Vergangenheit zahlreiche Tötungen von Greifvögel in diesem Zusammenhang gegeben hat. Grüße	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2004	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Wir befürchten gesundheitl. Probleme u. Beschwerden, wir erbitten deutlich größere Abstände zur Wohnbebauung. • Wir befürchten einen Wertverlust unserer Immobilie • Wir sind interessiert an einem störungsfreien Erhalt der Korridore für Pflanzen + Tiere /Boden + Luft/ Tarbeker Moor und Neundorfer Binnendüne und Kibitzholm • Wir befürchten Einschränkungen durch Schattenwurf, Blinklichter und Lärm/ Geräusch d. Technik	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 2.3.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich enthält die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 4.13.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Es wird auf die Ziffern 7.2.11, 7.3.1, 7.3.2 und 7.3.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2735	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. • Ich befürchte ein Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf u. Infraschall. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Ich bin daran interessiert dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen Lebensraumkorridore zwichen Tarbeker Moor u. Hamdorfer Binnendüne u. Kiebitzholm gewährleistet ist. • Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. • Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2, 4.3, 4.5, 3.17, 7.3, 4.20, 7.1.1 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1150	**<u>Stellungnahme</u>** Dokument: Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land Datei: Entwurf Anlage 1 zu § 1 LEPWindVO Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land **<u>Verortung:</u>** **Gemeinden: Stoltenberg, Fargau-Pratjau, Höhndorf** **Stellungnahme zu der Potenzialfläche PR2_PLO_006** Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2024 (Erster Entwurf) legen wir unsere Stellungnahme vor. In dem betreffenden Windeignungsgebiet zeichnen sich ausgezeichnete Potenziale für die Ausweisung als Vorrangfläche für Windenergie ab. Allerdings gibt es zwei wesentliche Planungskriterien, die das derzeitige Gebiet übermäßig beschränken und daher einer fachlichen Überprüfung bedürfen. Diese betreffen zum einen die Abstandsregelungen zu Brutplätzen windkraftsensibler Großvögel und zum anderen die Denkmalschutzbelange im Bereich eines Hügelgrabs. In der nachfolgenden Stellungnahme möchten wir diese Aspekte detailliert erörtern und Vorschläge zur Verbesserung des Planungsrahmens unterbreiten: **1. Grundsatz: 17 G Brutplätze windkraftsensibler Großvögel: Umgebungsbereich des Rotmilans** Die aktuelle Regelung in Schleswig-Holstein, den Abstand zwischen Windkraftanlagen und Brutstätten des Rotmilans auf 1500 Meter festzulegen, anstatt den bundeseinheitlichen Mindestabstand von 1200 Metern zu übernehmen, ist kritisch zu	Die eingereichte Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Auf Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse wird verwiesen. Bezüglich der Hinweise zu den windkraftsensiblen Großvogelarten wird auf Ziffer 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Belange des Denkmalschutzes werden hinsichtlich ihrer Auswirkung auf potenzielle Vorranggebiete erst im Rahmen der Regionalplanung bewertet.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	betrachten. Hier sind die zentralen Argumente, die diese Position untermauern: a) Belastung für die Energiewende Die strengere Abstandsregelung von 1500 Metern in Schleswig-Holstein stellt eine erhebliche Einschränkung für die Planung und den Bau neuer Windkraftanlagen dar. Diese Regelung reduziert die verfügbaren Flächen für die Windenergienutzung, was wiederum den Ausbau erneuerbarer Energien und die Erreichung der Klimaziele erschwert. b) Widersprüchliche Schutzbedürfnisse Der bundesweite Mindestabstand von 1200 Metern basiert auf umfangreichen wissenschaftlichen Untersuchungen und einer Abwägung zwischen Artenschutz und der Notwendigkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien. Die Festlegung eines weitergehenden Abstands von 1500 Metern in Schleswig-Holstein steht im Widerspruch zu diesen Erkenntnissen und suggeriert, dass in Schleswig-Holstein andere Schutzbedürfnisse vorliegen würden als im Rest des Bundesgebiets, was nicht der Fall ist. (Quelle: Anlage 1 zu § 45b Absatz 1 bis 5) c) Tatsächlicher Zuwachs durch Individualprüfung? Einzelfallbezogen kann zwar eine Prüfung der potenziellen Artenschutzkonflikte dazu führen, das der Umgebungsbereich des Rotmilans auf 1000 Metern reduziert werden kann. Jedoch ist es fraglich, wie oft eine derartige Reduzierung in ganz Schleswig-Holstein tatsächlich zum Tragen kommen wird. (Quelle: Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land (bolapla-sh.de), S. 59) Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der in Schleswig-Holstein beibehaltene Abstand von 1500 Metern zwischen Windkraftanlagen und Brutstätten des Rotmilans über das notwendige Maß hinausgeht und sowohl die Energiewende belastet. Eine Reduzierung auf den bundeseinheitlichen Abstand von 1200 Metern wäre angemessener und bietet ein klares Maß für eine bessere Balance zwischen Naturschutz und dem Ausbau erneuerbarer Energien. **2. Grundsatz: 1 G Belange des Denkmalschutzes: Hügelgrab in der Gemeinde Stoltenberg** Der Ausbau der Windenergie in der Umgebung eines Hügelgrabs im Osten der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeinde Stoltenberg wird derzeit durch einen Radius von 500 Metern eingeschränkt. Generell haben Windkraftanlagen keine negativen Auswirkungen auf den Sichtschutz oder die archäologische Bedeutung der Stätte vorzuweisen. Hier sind die wesentlichen Argumente, die diese Position stützen: a) Geringe touristische Nutzung Das Hügelgrab in Stoltenberg hat keine ausgeprägte touristische Nutzung. Es gibt keine regelmäßigen Führungen oder ein hohes Besucheraufkommen, das durch die Sicht auf Windkraftanlagen beeinträchtigt werden könnte. Der primäre Wert des Hügelgrabs liegt in seiner historischen und archäologischen Bedeutung, die durch Windkraftanlagen nicht gemindert wird. b) Siedlungsabstand und Vergleich zum Hügelgrab-Radius Aktuell muss ein Siedlungsabstand im Außenbereich von 400 Metern zu Windkraftanlagen eingehalten werden, während für das Hügelgrab ein Abstand von 500 Metern vorgesehen ist. Eine Reduzierung des Schutzradius auf 300 Meter würde das Schutzbedürfnis der Siedlungen im Außenbereich höher priorisieren, was angesichts der Wohnqualität und Sicherheit der Bewohner gerechtfertigt ist. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Bau von Windkraftanlagen in der Nähe des Hügelgrabs in Stoltenberg keine signifikanten negativen Auswirkungen auf den Sichtschutz oder die archäologische Bedeutung der Stätte hat. Die Anpassung des Schutzradius auf 300 Meter ist vertretbar und unterstützt die wichtige Entwicklung erneuerbarer Energien, ohne die historische Integrität des Hügelgrabs zu gefährden. Abschließend möchten wir betonen, dass die Berücksichtigung von Schutzbelangen im Einklang mit den Zielen des Ausbaus erneuerbarer Energien erfolgen sollte. Die Anpassung der Abstandsregelungen zu Brutplätzen sowie eine Überprüfung der Denkmalschutzvorgaben im Bereich des Hügelgrabs würden es ermöglichen, das Windvorranggebiet effizienter zu nutzen, ohne dabei den Naturschutz oder das kulturelle Erbe zu vernachlässigen. Wir appellieren daher an eine ausgewogene Abwägung dieser Belange, um die Energiewende in Schleswig-Holstein nachhaltig voranzutreiben. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	PE Schleswig-Holstein / Projektentwickler Tel. [redacted]	
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1149	**Abwägungsbereich für die Potentialfläche: „Dellstedt“** Wir begrüßen die Ausweisung einer Potentialfläche für die Windenergienutzung zwischen den Ortschaften Wrohm und Dellstedt. Hierzu möchten wir folgt Stellung beziehen: Wir befürworten ausdrücklich, die Aufnahme der Fläche für die Errichtung von Windenergieanlagen. Bei der Prüfung des Zuschnitts des Potentialgebietes ist aufgefallen, dass sich die Abgrenzung scheinbar nicht an der tatsächlichen baurechtlichen Bewertung der anliegenden Wohnhäuser richtet, sondern hier anscheinend ungenaue Annahmen getroffen wurden. Östlich des [redacted] und des Hofes mit der Hausnummer [redacted], wurde im Zuge der Potentialgebietsabgrenzung ein Abstand von einem Wohngebäude angenommen. Es handelt sich bei dem Standort um ein aufgegebenes Depot-Gelände der Bundeswehr. Ein Wohngebäude existiert hier nicht. Das Gelände ist mittlerweile in Privatbesitz und wird landwirtschaftlich genutzt. Die Potentialfläche verlagert sich an dieser Stelle somit weiter nord-westlich, Richtung Dellstedt. Nach weiterer Prüfung der wohnbaulichen Abstände zur Ortschaft von Wrohm mit 1.000m, verlagert sich die Potentialfläche auch hier weiter nördlich. Die neue ermittelte Potentialfläche beläuft sich nun auf insgesamt 105 ha. Ein Lageplan mit der zu prüfenden Anpassung der Potentialfläche ist dieser Stellungnahme als Anlage beigefügt. Wir möchten bitten, den Zuschnitt des Vorranggebietes zu prüfen und entsprechend anzupassen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1148	Sehr geehrte Damen und Herren, mit großer Verwunderung haben wir den aktuellen Entwurf des Umweltberichtes zur Kenntnis genommen. Vor mehr als vier Jahrzehnten haben sich die EU-Mitgliedstaaten auf die EU-Vogelschutzrichtlinie geeinigt, die besagt, **dass die Bestände wildlebender Vogelarten wiederhergestellt und erhalten werden müssen**. Die EU-Kommission mahnt Deutschland nun wegen Versagen beim Natur- und Vogelschutz ab! Der Entwurf des Umweltberichtes lässt diese Rüge augenscheinlich unbeachtet, denn was einst Tabukriterien waren (Rotmilan, Schlafgewässer Kraniche, Weißstorch, etc.) sind nun nur noch Prüfkriterien, für einen Ausschluss der Windenergienutzung reicht es künftig nicht mehr. Das Land SH entzieht sich hier seiner Verantwortung des internationalen Artenschutzes und verlagert dies auf die Planungsebene. Dies wird dann wieder zu vielen juristischen Auseinandersetzungen führen. **Daher fordern wir als Naturschutzgemeinschaft Blunkerbach e.V. weitere Ausschlusskriterien für die WEA-Nutzung auf der wissenschaftlichen Grundlage des Helgoländer Papiers. Ebenso fordern wir die Wiedereinführung der Prüfbereiche, die analog eines Abwägungskriteriums in der Gewichtung maßgeblich sein sollen.** <u>Auszug aus dem Helgoländer Papier:</u> • Art / Ausschluss WEA / Prüfbereich • Rotmilan / 1500m / 4000m • Weißstorch / 1000m / 2000m • Rohrweihe / 1000m / - • etc. Ebenso sollen Niederungsgebiete von der WEA-Nutzung ausgeschlossen sein, denn diese sind klassische Nahrungsgebiete vieler unterschiedlicher Vogelarten. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.1, 4.14, 4.15, 4.20 sowie 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted].Vorsitzender Naturschutzgemeinschaft Blunkerbach e.V. (Mitgliedsverein des LNV-SH)	
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1146	**Abwägungsbereich für die Potentialfläche: „Tiebensee Süd - Windparkerweiterung“** Wir begrüßen die Aufnahme einer Potentialfläche für die Windenergienutzung als südliche Arrondierung zum bestehenden Windpark (PR3_DIT_028) in der Gemeinde Tiebensee. Bei der Prüfung des Zuschnitts ist aufgefallen, dass die Abgrenzung der Potentialfläche an einer Stelle noch eine Ungenauigkeit aufweist. In westlicher Richtung von der potentiellen Erweiterungsfläche, in der Ortschaftaft Tiebensee, wurde der Abstand mit 800m vom Wohngebäude [redacted] überprüft. Der Flächenzuschnitt der Potentialfläche ändert sich damit geringfügig in Richtung der Wohnbebauung. Ein Lageplan mit der zu prüfenden Anpassung der Potentialfläche ist dieser Stellungnahme als Anlage beigefügt. Wir möchten bitten, den Zuschnitt des Vorranggebietes zu prüfen und entsprechend anzupassen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1147	**Abwägungsbereich für die Potenzialfläche: „Elpersbüttel“ – BWP Elpersbüttel** Wir begrüßen die Aufnahme einer Potenzialfläche für die Windenergienutzung südlich der Gemeinden Elpersbüttel bzw. Elpersbüttelerdonn. Die Fläche war bereits im Jahr 2020 als Potenzialfläche (PR3_DIT_084) im Regionalplan III der Teilfortschreibung Windenergie berücksichtig, jedoch wurde diese mit großer Verwunderung nicht als Vorranggebiet für Windenergie übernommen. Die Gemeinde Elpersbüttel plant im Rahmen der Nutzung der Gemeindeöffnungsklausel (§245e Abs. 5 BauGB) die Ausweisung einer Fläche zur Windenergienutzung. Durch diese Klausel wird es der Gemeinde ermöglicht, abweichend vom derzeitig gültigen Regionalplan, Flächen für die Windenergienutzung auszuweisen. Planungsträgerin ist hierbei die Bürgerwindpark [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]. Am Windpark sind insgesamt über 190 Kommanditistinnen und Kommanditisten beteiligt. Dies zeigt neben dem Zuspruch der Gemeinde(-vertretung) auch die Zustimmung in der breiten Bevölkerung zu diesem Windparkvorhaben. Für die Umsetzung des Vorhabens plant die Gemeinde die Änderung des derzeit gültigen Flächennutzungsplans in Verbindung mit einem Zielabweichungsverfahren gem. §13 des Landesplanungsgesetzes Schleswig-Holsteins, da die o.g. Potenzialfläche in der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans III (2020) nicht als Eignungsgebiet für Windenergie ausgewiesen wurde. Die Planungen im Rahmen des Zielabweichungsverfahrens sind bereits vorangeschritten, die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TöB) soll kurzfristig beginnen. Im Rahmen der Änderung des Flächennutzungsplans, in Verbindung mit dem Zielabweichungsverfahren, werden die Voraussetzungen des LEP-Entwurfs für die Ausweisung von Windenergiegebieten berücksichtigt. Insbesondere das Verbot von Höhenbeschränkungen in der Bauleitplanung, die Rotor-in-Regel bei der Flächenabgrenzung sowie die Mindestgröße von 15 ha werden von der vorliegenden Planung berücksichtigt. Die Windenergienutzung auf der o. g. Potenzialfläche ist somit unter Einhaltung Ziele des LEP-Entwurfes (2024) möglich. Bei der Prüfung des Zuschnitts des Potenzialgebietes ist aufgefallen, dass die Abgrenzung der Potenzialfläche an einer Stelle noch eine Ungenauigkeit bzw. eine Abweichung zu einer bereits durchgeführten Abstimmung mit dem Landkreis Dithmarschen, Fachdienst Bau, Naturschutz und Regionalplanung Sachgebiet Bauleitplanung, aufweist. Gem. Rückmeldung von Herrn [redacted], vom Kreis Dithmarschen (22.02.2024), ist der Bereich Elpersbüttelerdonn als Splittersiedlung im Außenbereich zu beurteilen. Dementsprechend ist hier ein Abstand von 400m zur Wohnbebauung einzuhalten. Der vorgenannte Entwurf berücksichtigt jedoch hingegen einen Abstand von 800 Metern zur Wohnbebauung, ab der Grundstücksgrenze zur Wohnbebauung „[redacted], Gemeinde und Gemarkung Elpersbüttel). Entsprechende der Rückmeldung zur Gebietscharakterisierung von Herrn [redacted] vom	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kreis Dithmarschen sind somit folgende Wohnbebauungen (Hausecken) als Referenzpunkte für die Abstandsberechnung der 400m-Radien zum Außenbereich heranzuziehen: • - [redacted], 25704 Elpersbüttel ([redacted], Gemeinde und Gemarkung Elspersbüttel) • - [redacted], 25704 Elpersbüttel ([redacted], Gemeinde und Gemarkung Elspersbüttel) • - [redacted] ([redacted]), 25704 Elpersbüttel ([redacted], Gemeinde und Gemarkung Elspersbüttel) • - [redacted] ([redacted]), 25704 Elpersbüttel ([redacted], Gemeinde und Gemarkung Elspersbüttel) Durch die mir Herrn [redacted] durchgeführten Abstimmung erweitert sich die Potenzialfläche abweichend vom LEP-Entwurf in Richtung Nordosten (in Richtung der Splittersiedlung Elpersbüttlelerdonnn) entsprechend. Die Potenzialfläche der Gemeinde Elpersbüttel vergrößert sich nach unserer Berechnung nun auf eine Größe von rund 150 ha. Die Abstimmung mit Herrn [redacted] vom Kreis Dithmarschen liegt dieser Stellungnahme bei. Ein Lageplan mit der zu prüfenden Anpassung der Potenzialfläche ist dieser Stellungnahme ebenfalls als Anlage beigefügt. Wir möchten bitten, den Zuschnitt des Vorranggebietes zu prüfen und entsprechend anzupassen.	
Institution: Amt Büsum-Wesselburen ID: M1341	**Stellungnahme zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land** Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land hier: Stellungnahme des Amtes Büsum-Wesselburen	zur Referenzanlage und Mindestflächengröße: Hierzu wird auf die Ziffern 1.4.1 und 1.7.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Windenergie-Regionalplanung ist auf die Ausweisung zukunftsfähiger Standorte für moderne WEA ausgerichtet und bestrebt, Flächen zu identifizieren, auf denen möglichst hohe Energieerträge erzielt werden können. Auf vielen Standorten mit alten WEA ist dies nicht mehr möglich. Zudem

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Im Folgenden werden grundsätzliche Bedenken gegen den vorliegenden Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land vorgetragen: **Festlegung einer Referenzanlage** **Als Grundsatz (G) wird seitens des Landes SH formuliert:** *Der Ausweisung der Vorrangebiete Windenergie in den Regionalplänen soll eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde gelegt werden.* Stellungnahme: Das Amt Büsum-Wesselburen trägt hier Bedenken vor. Zwar dient die Referenzanlage - wie auch im Umweltbericht zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land erläuternd korrekt dargestellt- „in erster Linie der Beurteilung der Ausnutzbarkeit der jeweiligen Gebiete“. Sie wird aber auch ebenso bei der Beurteilung der Festlegung einer Mindestgröße eines Windenergiegebietes herangezogen. Hierbei werden jedoch individuelle Beurteilungskriterien wie beispielsweise Windhöffigkeit und vorhandene Infrastruktur ebenso außer Acht gelassen wie die (nicht messbare) hohe Akzeptanz vorhandener Windparks, die im Einzelfall den aktuell geltenden Landes-Regeln nicht mehr entsprechen und daher keine Berücksichtigung als Windvorranggebiet mehr finden bzw. gefunden haben. Das Amt Büsum-Wesselburen fordert daher -gerade im Hinblick auf die Notwendigkeit zusätzliche Flächen zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaues von Windenergieanlagen an Land rechtlich aufzubereiten- eine Regelung, bestehende Windparks, auch wenn sie den aktuellen Anforderungen an die auf der Grundlage der festgelegten Referenzanlage definierten Mindestgröße von Vorranggebieten nicht entsprechen, im Sinne einer perspektivischen Bestandssicherung und weitergehenden Nutzung vorhandener Infrastrukturen eine rechtliche Unterlagerung zukommen zu lassen. **Mindestgröße von Windenergiegebieten**	führt die Ausweisung sehr kleiner Flächen zu einer stark dezentralen Verteilung der WEA und widerspricht dem Bündelungsgedanken, der der Planung nach wie vor zugrunde liegt. zum Küstenstreifen: hierzu wird auf Ziffer 4.10.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. zu Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung : Aufgrund seiner Lage zwischen Nord- und Ostsee hat Schleswig-Holstein eine internationale Bedeutung für den Vogelzug, sodass in Schleswig-Holstein seit der Mitte des 20. Jahrhunderts der aktive, sichtbare Vogelzug an verschiedenen Orten regelmäßig durch ehrenamtliche Ornithologinnen und Ornithologen erfasst wird (siehe: Ornithologische Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein | Monitoring Vogelzug). Dort sind auch die jährlichen Projektberichte zu Vogelzuguntersuchungen 2005 bis 2023 verlinkt. Die Kenntnisse sind in landesweiten und regionalen Darstellungen des Vogelzuges eingeflossen. Mit dem LEP Wind werden aus naturschutzfachlichen Gründen und im Einklang mit einer gesamträumlichen Steuerung der Windenergie Festlegungen getroffen. Mit der Berücksichtigung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs als Ziel und Grundsatz der Raumordnung wird die Erfüllung der Verpflichtungen zum Schutz und zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit dieser Hauptachsen dauerhaft gewährleistet. Ergänzend wird auf Ziffer 4.16.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. zu Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen SiedIungsdichten: Die Errichtung von Windenergieanlagen wirkt sich durch die Veränderung des Lebensraums, durch den Scheucheffekt und durch ein hohes Kollisionsrisiko negativ auf Wiesenvögel aus. Schleswig-Holstein hat bundesweit eine herausragende

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Als Ziel (Z) wird seitens des Landes SH formuliert: *Die Vorranggebiete Windenergie und Windenergiegebiete außerhalb der Vorranggebiete Windenergie müssen eine Mindestgröße von 15 Hektar aufweisen. Dabei können mehrere räumlich zusammenhängende Flächen, die jeweils mindestens fünf Hektar umfassen und zusammen die Mindestgröße von 15 Hektar erreichen, berücksichtigt werden. Ein räumlicher Zusammenhang ist dann gegeben, wenn die Entfernung der Außengrenzen einzelner Flächen zueinander weniger als 600 Meter beträgt.* Stellungnahme: Das Amt Büsum-Wesselburen fordert auch hier -wie bereits oben ausgeführt- eine Regelung, bestehende Windparks, auch wenn sie den aktuellen Anforderungen an die auf der Grundlage der festgelegten Referenzanlage definierten Mindestgröße von Vorranggebieten nicht entsprechen, im Sinne einer perspektivischen Bestandssicherung und weitergehenden Nutzung vorhandener Infrastrukturen eine rechtliche Unterlagerung zukommen zu lassen. Der Amtsbereich Büsum-Wesselburen ist weiterhin durch drei kartografische Darstellungen des Entwurfs der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land betroffen. [Karte eingefügt] **1. Küstenstreifen als Nahrungs- und Rastgebiet für Vögel** **- Kapitel 4.5.1.3 9Z** Als Ziel wird seitens des Landes SH formuliert: *Entlang von Küstenstreifen an der Nordsee und auf Fehmarn mit herausragender Bedeutung als Nahrungs- und Rastgebiet außerhalb von EU-VSG sowie auf der Insel Helgoland sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen. Der Küstenstreifen ist in der Karte (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) festgelegt.* Stellungnahme:	Bedeutung für Wiesenvögel. Im besonderen Fokus stehen die Wiesenlimikolen Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer. Aufgrund der speziellen Habitatansprüche spielen Flächen mit noch vorhandenen Wiesenvogelvorkommen eine besondere Rolle beim Schutz der Arten. Innerhalb der Flächen, die grundsätzlich für Wiesenvögel geeignet sind, wird die Bedeutung einzelner Gebiete mit der Siedlungsdichte/Anzahl der Brutpaare der oben genannten Arten seit Mitte der 2000er Jahre im Rahmen eines Wiesenvogelmonitorings erfasst. Die Wiesenvogelkulisse wird im regelmäßigen Abstand anhand aktueller Daten überprüft und angepasst. Ergänzend wird auf Ziffer 4.18.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Das Amt Büsum-Wesselburen trägt gegen den kategorischen Ausschluss von WEA innerhalb der im Maßstab 1:250.000 dargestellten Fläche Bedenken vor. Es wird angezweifelt, dass der Abstand von (mindestens) 150 Meter landwärts von der mittleren Hochwasserlinie an der Nordsee kartografisch korrekt in die vorliegende Planung übernommen ist. Die teilweise willkürlich erscheinende Abgrenzung verhindert die Möglichkeit, im Zuge von Detailgutachten Standorte fachlich darstellen zu können. In besonderem Maße ist hiervon die Gemeinde Friedrichsgabekoog betroffen. **2. Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung** **- Kapitel 4.5.1.3 15 Z** Als Ziel wird seitens des Landes SH formuliert: *In den Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung, charakterisiert durch eine sehr hohe Zugintensität, sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen. Die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung sind in der Karte (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) festgelegt.* Stellungnahme: Das Amt Büsum-Wesselburen trägt gegen den kategorischen Ausschluss von WEA innerhalb der im Maßstab 1:250.000 dargestellten Fläche Bedenken vor. Die teilweise willkürlich erscheinende Abgrenzung verhindert die Möglichkeit, im Zuge von Detailgutachten Standorte fachlich darstellen zu können. **3. Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten** **- Kapitel 4.5.1.3 16 Z** Als Ziel wird seitens des Landes SH formuliert: *In Wiesenvogelbrutgebieten mit einer besonders hohen Siedlungsdichte sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen. Die Wiesenvogelbrutgebiete mit einer besonders hohen*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Siedlungsdichte sind in der Karte (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) festgelegt. Stellungnahme: Das Amt Büsum-Wesselburen trägt gegen den kategorischen Ausschluss von WEA innerhalb der im Maßstab 1:250.000 dargestellten Fläche Bedenken vor. Die teilweise willkürlich erscheinende Abgrenzung verhindert die Möglichkeit, im Zuge von Detailgutachten Standorte fachlich darstellen zu können.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1145	Sehr geehrte Damen und Herren, leider ist die Karte unvollständig in Bezug auf "Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit 4.5.1.3 15 Z besonderer Bedeutung". Wie die "besondere Bedeutung" im Land-SH definiert wird bleibt offen, dennoch darf sich auch die Windkraftplanung nicht über EU-Vogelschutzrichtlinien hinwegsetzen. Zum wiederholten Male weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass der internationale Vogelzug-Korridor in OST-WEST Flugrichtung von der Lübecker Bucht zur Elbe/Nordsee erneut NICHT berücksichtigt wurde. In diesem Korridor liegen u.a. der Wardersee der einen EU-Schutzstatus genießt und ein Rastplatz überregionaler Bedeutung ist. Ebenso liegt in diesem Korridor die erst seit wenigen Jahren bekannte aber bedeutsame und bereits sehr gut kartierte Blunkerbach-Niederung. Diese Eingabe haben wir bereits über den LNV und die OAGSH getätigt. Vor mehr als vier Jahrzenten haben sich die EU-Mitgliedstaaten auf die EU-Vogelschutzrichtlinie geeinigt, die besagt, dass die Bestände wildlebender Vogelarten wiederhergestellt und erhalten werden müssen. **Die EU-Kommission mahnt Deutschland 2024 wegen Versagen beim Natur- und Vogelschutz ab.** Meiner Meinung nach ist diese Karte und das Weglassen wissenschaftlich fundierter Fakten anfällig für juristische Klageverfahren, da hier erneut Regularien der EU-Vogelschutzrichtlinie verletzt werden indem das Kollisionsrisiko für ziehende Wildvögel steigt. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	Aufgrund der geografischen Lage von Schleswig-Holstein gibt es im ganzen Land Vogelzug. Vielfach handelt es sich um den sogenannten Breitfrontenzug von Singvögeln, der nachts in großer Höhe stattfindet, sodass er im Rahmen von Windenergieplanungen keine Berücksichtigung findet. Die räumliche Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs geben daher nicht die gesamte biologische Dimension des Vogelzuges wieder, sondern konzentrieren sich auf die nach aktuellem Kenntnisstand potenziell besonders konfliktträchtigen Bereiche. Nicht alle Vogelzugwege sind als Konfliktbereiche im Rahmen der Windkraftplanung anzusehen oder lassen sich im Raum abgrenzen. Andere Bereiche, die durch Breitfrontenzug geprägt sind und/oder in denen Vogelzug auf breiterer Front und vielfach in Höhen stattfindet, die durch die Windenergienutzung nicht betroffen sind, wurden nicht bei dem Vogelzugkriterium berücksichtigt. Ergänzend wird auf die Ziffern 4.16 und 4.17 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Institution: Amt Geltinger Bucht, Bauamt ID: 1143	Anliegend die Stellungnahme der Gemeinde Ahneby zur Kenntnis. [eingefügt aus Anhang] **Gemeinden Ahneby und Sterup** **Prüfung der Potenzialflächenkulisse** **Windenergie** **zur Teilfortschreibung des** **Landesentwicklungsplanes 2021 /** Entwurf Juni 2024 **1 Ausgangslage und Aufgabenstellung** Im Jahr 2020 hat die Landesregierung die Teilfortschreibung des Kapitels Wind im Landesentwicklungsplan (LEP) und darauf aufbauend die Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land für die Planungsräume I bis III beschlossen. Insgesamt rund zwei Prozent der Landesfläche (Rotor-In-Planung) wurden als Vorranggebiete für Windenergie ausgewiesen. Am 1.2.2023 ist die neue „Wind-an-Land-Gesetzgebung“ des Bundes in Kraft getreten. Um die erforderlichen Flächenbeitragswerte? nach WindBG zu erreichen, muss Schleswig-Holstein insgesamt ca. 3 Prozent, also ein Prozent zusätzliche Landesfläche für Windenergie ausweisen. Nach der geltenden Rechtslage sind Windenergieanlagen privilegierte Vorhaben im Außenbereich. Durch eine Konzentrationsflächenplanung kann die Ansiedlung von Windenergieanlagen gesteuert werden. Mit der Erreichung des Flächenziels sind nur noch die Windenergieanlagen privilegiert, die innerhalb der planerisch ausgewiesenen Windenergiegebiete (§ 2 WindBG) liegen. Mit Runderlass vom 19.12.2023 hat die Landesplanungsbehörde über die allgemeinen Planungsabsichten für die Teilfortschreibung des LEP sowie die Teilaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land unterrichtet. Ziel der Teilaufstellung der Regionalpläne ist die Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung für die Planungsräume. Mit der Neuaufstellung der Raumordnungspläne werden folgende Planungsabsichten	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	verfolgt: • Erreichen der Flächenbeitragsziele des WindBG für 2032 bis Ende 2027 • Umstellung auf Positivplanung und Abkehr von der Ausschlussplanung • Beibehaltung der Rotor-In-Planung • Anpassung der Referenzanlage (Gesamthöhe 200 m, Rotordurchmesser 150 m,Nennleistung 5,3 MW) • Verzicht auf die Ausweisung von Vorranggebieten für Repowering • Festlegung von bisherigen und neuen Tabukriterien als Ziele der Raumordnung • Streichung des Zieles der Raumordnung, wonach zu Wohngebäuden im Außenbereichdas dreifache und zu Wohngebäuden im bauplanungsrechtlichen Innenbereichdas fünffache der Anlagengesamthöhe einzuhalten ist (3H/5H-Regelung) • Verbot jeglicher Höhenbegrenzungen als Ziel der Raumordnung • Verzicht auf Ausweisung von Kleinstflächen für Windenergie • Verzicht auf die Ausweisung von Vorranggebieten im Küstenmeer Die Teilfortschreibung des LEP Fortschreibung 2021 Thema „Windenergie an Land“ (Entwurf 06/2023) zeigt die landesweit gültigen Ziele und Grundsätze zur Bestimmung der Windvorranggebiete auf. Unter Berücksichtigung der Ziele der Raumordnung wurden landesweit Potenzialflächen der Windenergie ermittelt. Bei den Potenzialflächen handelt es sich um die nach Anwendung der Ausschlusskriterien (Ziele der Raumordnung) verbleibenden Flächen. Es handelt sich um sogenannte „Rohpotenzialflächen“, die die Grundlage für die Auswahl und Festlegung von Windenergiegebieten bilden. Erst im Rahmen der Aufstellung der Regionalpläne Windenergie werden daraus Vorranggebiete von rund 3 Prozent der Landesfläche ausgewiesen werden. Für den Bereich der Gemeinden Ahneby und Sterup werden nachfolgend abgebildete	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Potenzialflächen dargestellt. [Abb. 1: Auszug Potenzialflächen für Windenergie] Auf der Grundlage der in der Fortschreibung dargelegten Ziele und Grundsätze der Raumordnung werden die Gemeindegebiete genauer betrachtet und unter Berücksichtigung von örtlichen Besonderheiten einer Bewertung unterzogen. Dazu wurden im ersten Schritt die Ziele der Raumordnung (im Sinne von Ausschlusskriterien) nachvollzogen. Im zweiten Schritt wurden die Grundsätze der Raumordnung (im Sinne von Abwägungskriterien) geprüft. Die Darlegung aller Kriterien findet sich in der Tabelle im Anhang. **1.1 Ziele der Raumordnung - Ausschlusskriterien** Im Gebiet der Gemeinden Ahneby und Sterup kommen folgende Ziele der Raumordnung zum Tragen: • 800 m Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und Erholungsfunktion • 400 m Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereichsowie zu Gewerbe • Wälder und Umgebungsbereiche (Waldabstand 30 m) Einen Überblick zu den Zielen der Raumordnung bietet die beiliegende Karte 1. **1.2 Grundsätze der Raumordnung - Abwägungskriterien** Folgende Grundsätze der Raumordnung sind in den Gemeindegebieten zu betrachten: • 800 m bis 1.000 m Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und /oder • Erholungsfunktion	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Weitere militärische Belange • Abstände zu bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Straßenverkehrs • Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes • Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, • Kleinstbiotope • Übrige Gewässer II. Ordnung sowie Seen und Teiche unter 1 ha • Schützenswerte Geotope • Kompensations- und Ökokontoflächen • Belange des Denkmalschutzes Einen Überblick zu den Grundsätzen der Raumordnung bietet die beiliegende Karte 2. **2 Gemeinden Ahneby und Sterup: Betrachtung der Potenzialflächen „Windenergie“** Die anliegende tabellarische Übersicht zeigt die im Gemeindegebiet zu berücksichtigenden Ziele und Grundsätze der Raumordnung auf. Nachfolgend wird aufgezeigt inwiefern die einzelnen im Gemeindegebiet liegenden Potenzialflächen durch die Grundsätze der Raumordnung betroffen sind und eine mögliche Windenergienutzung zu den auf diese Flächen einwirkenden konkurrierenden Nutzungen in Beziehung gesetzt., d.h. auch, die auf den jeweiligen Flächen zu beachtenden abwägungsrelevanten Belange gewichtet. **Potenzialflächen NR. PR1_SLF_060** Diese Fläche weist keine Überlagerung mit anderweitigen Schutzbelangen auf. Die Fläche ist im Vergleich zu anderen Flächen in der Region gut für die Windenergie geeignet. Für die Fläche bestehen auf Gebiet der Gemeinde Rügge bereits Planungen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zur Errichtung von Windenergieanlagen. **Potenzialfläche Nr. PR1_SLF_071** • Siedlungsschwerpunkt der Gemeinde Ahneby ist Ahnebyheck. Der Siedlungsteil istdurch eine Außenbereichssatzung überplant. Da es sich um den Siedlungsschwerpunktder Gemeinde handelt, wird der Umgebungsbereich von 800 m um Siedlungsbereichemit Wohn- und Erholungsfunktion herangezogen. • Durch den nördlichen Teil der Potenzialfläche verläuft eine Hochspannungsleitungund trennt damit einen nicht eigenständig nutzbaren Teilbereich ab, der zudem demerhöhten Schutzabstand von 1.000 m der Ortslage Sterup unterliegt. • Der Bereich der Lippingau gehört zum landesweiten Biotopverbundsystem. Betroffenist der nördliche Teil der Potenzialfläche • Innerhalb der Potenzialfläche liegt ein schützenswertes Geotop (Tunneltal Niesgrau/Lippingau-Sörup-Mohrkirch-TreßRsee-Oversee/Frörup). Das Gelände im nördlichenTeil der Potenzialfläche ist sehr bewegt wie auch der westlich angrenzendeBereich, die sogenannte „Möllmarker Schweiz“. Dagegen ist das Gebiet im Verlaufder Gemeindegrenzen Sterup/Ahneby kaum mehr als Teil des Geotops erlebbar. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die lediglich im nördlichen Teil Überlagerungen mit Schutzbelangen aufweist. Der innerhalb der Gemeinde Ahneby gelegene Teil der Potenzialfläche weist keine Einschränkungen durch anderweitige Nutzungen auf und ist daher vergleichsweise gut für die Windenergienutzung geeignet. **Potenzialfläche Nr. PR1_SLF_082** • In die Potenzialfläche wirken die angrenzenden Waldflächen und der Waldabstandvon 30 m hinein. • Die Waldflächen liegen innerhalb der Biotopverbundachse: Moränengebiet westlichEsgrus und Bachschlucht. • Das Tal mit Lippingau ist schützenswertes Geotop. Der nördliche Teil der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Potenzialflächewird dadurch überlagert. • Südöstlich der Potenzialfläche befinden sich zwei archäologische Denkmäler. Belangedes Denkmalschutzes sind in der Abwägung der Windeignung zu berücksichtigen. Die Potenzialfläche weist in Teilen Überlagerungen mit Schutzbelangen auf, die einer Einzelfallprüfung unterliegen. **3 Anhang** • Tabellarische Übersicht Ziele und Grundsätze der Raumordnung Prüfung Ahneby • Karte 1: Ziele der Raumordnung — Ausschlusskriterien • Karte 2: Grundsätze der Raumordnung — Abwägungskriterien	
Institution: Amt Geltinger Bucht, Bauamt ID: 1144	Anliegend die Stellungnahme der Gemeinde Sterup [eingefügt aus Anhang] Gemeinden Ahneby und Sterup Prüfung der Potenzialflächenkulisse Windenergie zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes 2021 / Entwurf Juni 2024 1 Ausgangslage und Aufgabenstellung Im Jahr 2020 hat die Landesregierung die Teilfortschreibung des Kapitels Wind im Landesentwicklungsplan (LEP) und darauf aufbauend die Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land für die Planungsräume I bis III beschlossen. Insgesamt rund zwei Prozent der Landesfläche (Rotor-In-Planung) wurden als	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorranggebiete für Windenergie ausgewiesen. Am 1.2.2023 ist die neue „Wind-an-Land-Gesetzgebung!“ des Bundes in Kraft getreten. Um die erforderlichen Flächenbeitragswerte nach WindBG zu erreichen, muss Schleswig-Holstein insgesamt ca. 3 Prozent, also ein Prozent zusätzliche Landesfläche für Windenergie ausweisen. Nach der geltenden Rechtslage sind Windenergieanlagen privilegierte Vorhaben im Außenbereich. Durch eine Konzentrationsflächenplanung kann die Ansiedlung von Windenergieanlagen gesteuert werden. Mit der Erreichung des Flächenziels sind nur noch die Windenergieanlagen privilegiert, die innerhalb der planerisch ausgewiesenen Windenergiegebiete (§ 2 WindBG) liegen. Mit Runderlass vom 19.12.2023 hat die Landesplanungsbehörde über die allgemeinen Planungsabsichten für die Teilfortschreibung des LEP sowie die Teilaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land unterrichtet. Ziel der Teilaufstellung der Regionalpläne ist die Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung für die Planungsräume. Mit der Neuaufstellung der Raumordnungspläne werden folgende Planungsabsichten verfolgt: • Erreichen der Flächenbeitragsziele des WindBG für 2032 bis Ende 2027 • Umstellung auf Positivplanung und Abkehr von der Ausschlussplanung • Beibehaltung der Rotor-In-Planung • Anpassung der Referenzanlage (Gesamthöhe 200 m, Rotordurchmesser 150 m, Nennleistung 5,3 MW) • Verzicht auf die Ausweisung von Vorranggebieten für Repowering • Festlegung von bisherigen und neuen Tabukriterien als Ziele der Raumordnung • Streichung des Zieles der Raumordnung, wonach zu Wohngebäuden im Außenbereichdas dreifache und zu Wohngebäuden im bauplanungsrechtlichen Innenbereichdas fünffache der Anlagengesamthöhe einzuhalten ist (3H/5H-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Regelung) • Verbot jeglicher Höhenbegrenzungen als Ziel der Raumordnung • Verzicht auf Ausweisung von Kleinstflächen für Windenergie • Verzicht auf die Ausweisung von Vorranggebieten im Küstenmeer Die Teilfortschreibung des LEP Fortschreibung 2021 Thema „Windenergie an Land“ (Entwurf 06/2023) zeigt die landesweit gültigen Ziele und Grundsätze zur Bestimmung der Windvorranggebiete auf. Unter Berücksichtigung der Ziele der Raumordnung wurden landesweit Potenzialflächen der Windenergie ermittelt. Bei den Potenzialflächen handelt es sich um die nach Anwendung der Ausschlusskriterien (Ziele der Raumordnung) verbleibenden Flächen. Es handelt sich um sogenannte „Rohpotenzialflächen“, die die Grundlage für die Auswahl und Festlegung von Windenergiegebieten bilden. Erst im Rahmen der Aufstellung der Regionalpläne Windenergie werden daraus Vorranggebiete von rund 3 Prozent der Landesfläche ausgewiesen werden. Für den Bereich der Gemeinden Ahneby und Sterup werden nachfolgend abgebildete Potenzialflächen dargestellt. [Abb. 1: Auszug Potenzialflächen für Windenergie] Auf der Grundlage der in der Fortschreibung dargelegten Ziele und Grundsätze der Raumordnung werden die Gemeindegebiete genauer betrachtet und unter Berücksichtigung von örtlichen Besonderheiten einer Bewertung unterzogen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dazu wurden im ersten Schritt die Ziele der Raumordnung (im Sinne von Ausschlusskriterien) nachvollzogen. Im zweiten Schritt wurden die Grundsätze der Raumordnung (im Sinne von Abwägungskriterien) geprüft. Die Darlegung aller Kriterien findet sich in der Tabelle im Anhang. 1.1 Ziele der Raumordnung - Ausschlusskriterien Im Gebiet der Gemeinden Ahneby und Sterup kommen folgende Ziele der Raumordnung zum Tragen: • 800 m Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und Erholungsfunktion • 400 m Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiediungen im Außenbereichsowie zu Gewerbe • Wälder und Umgebungsbereiche (Waldabstand 30 m) Einen Überblick zu den Zielen der Raumordnung bietet die beiliegende Karte 1. 1.2 Grundsätze der Raumordnung - Abwägungskriterien Folgende Grundsätze der Raumordnung sind in den Gemeindegebieten zu betrachten: • 800 m bis 1.000 m Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und /oderErholungsfunktion	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Weitere militärische Belange • Abstände zu bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Straßenverkehrs • Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes • Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, • Kleinstbiotope • Übrige Gewässer II. Ordnung sowie Seen und Teiche unter 1 ha • Schützenswerte Geotope • Kompensations- und Ökokontoflächen • Belange des Denkmalschutzes Einen Überblick zu den Grundsätzen der Raumordnung bietet die beiliegende Karte 2. Gemeinden Ahneby und Sterup: Betrachtung der Potenzialflächen „Windenergie“ Die anliegende tabellarische Übersicht zeigt die im Gemeindegebiet zu berücksichtigenden Ziele und Grundsätze der Raumordnung auf. Nachfolgend wird aufgezeigt inwiefern die einzelnen im Gemeindegebiet liegenden Potenzialflächen durch die Grundsätze der Raumordnung betroffen sind und eine mögliche Windenergienutzung zu den auf diese Flächen einwirkenden konkurrierenden Nutzungen in Beziehung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gesetzt., d.h. auch, die auf den jeweiligen Flächen zu beachtenden abwägungsrelevanten Belange gewichtet. Potenzialflächen NR. PR1_SLF_060 Diese Fläche weist keine Überlagerung mit anderweitigen Schutzbelangen auf. Die Fläche ist im Vergleich zu anderen Flächen in der Region gut für die Windenergie geeignet. Für die Fläche bestehen auf Gebiet der Gemeinde Rügge bereits Planungen zur Errichtung von Windenergieanlagen. Potenzialfläche Nr. PR1_SLF_071 • Siedlungsschwerpunkt der Gemeinde Ahneby ist Ahnebyheck. Der Siedlungsteil istdurch eine Außenbereichssatzung überplant. Da es sich um den Siedlungsschwerpunktder Gemeinde handelt, wird der Umgebungsbereich von 800 m um Siedlungsbereichemit Wohn- und Erholungsfunktion herangezogen. • Durch den nördlichen Teil der Potenzialfläche verläuft eine Hochspannungsleitungund trennt damit einen nicht eigenständig nutzbaren Teilbereich ab, der zudem demerhöhten Schutzabstand von 1.000 m der Ortslage Sterup unterliegt. • Der Bereich der Lippingau gehört zum landesweiten Biotopverbundsystem. Betroffenist der nördliche Teil der Potenzialfläche • Innerhalb der Potenzialfläche liegt ein schützenswertes Geotop (Tunneltal Niesgrau/Lippingau-Sörup-Mohrkirch-Treßsee-Oversee/Frörup). Das Gelände im nördlichenTeil der Potenzialfläche ist sehr bewegt wie auch der westlich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	angrenzendeBereich, die sogenannte „Möllmarker Schweiz“. Dagegen ist das Gebiet im Verlaufder Gemeindegrenzen Sterup/Ahneby kaum mehr als Teil des Geotops erlebbar. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die lediglich im nördlichen Teil Überlagerungen mit Schutzbelangen aufweist. Der innerhalb der Gemeinde Ahneby gelegene Teil der Potenzialfläche weist keine Einschränkungen durch anderweitige Nutzungen auf und ist daher vergleichsweise gut für die Windenergienutzung geeignet. Potenzialfläche Nr. PR1_SLF_082 • In die Potenzialfläche wirken die angrenzenden Waldflächen und der Waldabstandvon 30 m hinein. • Die Waldflächen liegen innerhalb der Biotopverbundachse: Moränengebiet westlichEsgrus und Bachschlucht. • Das Tal mit Lippingau ist schützenswertes Geotop. Der nördliche Teil der Potenzialflächewird dadurch überlagert. • Südöstlich der Potenzialfläche befinden sich zwei archäologische Denkmäler. Belangedes Denkmalschutzes sind in der Abwägung der Windeignung zu berücksichtigen. Die Potenzialfläche weist in Teilen Überlagerungen mit Schutzbelangen auf, die einer Einzelfallprüfung unterliegen. 3 Anhang • Tabellarische Übersicht Ziele und Grundsätze der Raumordnung Prüfung Ahneby • Karte 1: Ziele der Raumordnung — Ausschlusskriterien	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Karte 2: Grundsätze der Raumordnung — Abwägungskriterien	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1142	o**<u>Stellungnahme „Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024“</u>** **Zusammenfassung** Die in dieser Teilfortschreibung geäußerten Vorstellungen widersprechen einer ökonomischen und nachhaltigen Gestaltung eines **grundlasttauglichen** Energiesystems. Die nahezu ungehemmte Ausweisung weiterer Windvorrangflächen und die damit verbundenen Errichtung zusätzlicher Windräder führt zu einem Überangebot an Erzeugungskapazitäten ohne erkennbaren synchronen Ausbau der notwendigen Transportnetze. Daraus resultieren tendenziell höhere Stillstandszeiten, wenn die angebotene Leistung nicht abgenommen werden kann und damit eine zusätzliche Zahlungsverpflichtung für diese Ausfallzeiten entsteht. Eine nachhaltige Kostensenkung des Strompreises ist mit diesen Maßnahmen nicht zu erreichen. Die vorgestellten Flächenausweisungen verletzen die von der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung selbst aufgestellten Grundsätze einer landschaftsverträglichen Entwicklung. Der „echte Norden“ wird mit dieser Ausweitung an Flächen zu einer Industriebrache degradiert. Die dabei von der Landesregierung praktizierte Verharmlosung führt dazu, dass statt angekündigter 7,2 % tatsächlich 82% der Landesfläche (15 x H der Referenzanlage mit 200 m Höhe) raumwirksam in Anspruch genommen und damit geschädigt werden. Die vordergründige Argumentation der Einhaltung immissionsschutzrechtlicher Aspekte wird durch die zu erwartende optische Verspargelung der Landschaftskulisse zunichte gemacht. Mit der völlig überdimensionierten Flächenausweisung und damit verbundenen Kapazitätsausweitung verbindet die Landesregierung Schleswig-Holstein die Hoffnung, Exportland für billigen Windstrom zu werden. Die dafür notwendigen Investitionen in weitverzweigte Netze und Schaltanlagen werden zwar zunächst privat getragen, können aber in den tendenziell steigenden Stillstandszeiten lediglich über Subventionen aus Steuergeldern „wirtschaftlich“ betrieben werden. Gleichwohl wird der überschüssige Strom an der europäischen Strombörse verramscht, wie die Export- und Importsalden	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	jetzt schon darlegen. Es ist perspektivisch nicht mit einer seit Jahrzehnten versprochenen Verbilligung des Strompreises zu rechnen. Dass die EEG-Umlage mittlerweile vom Bund übernommen wurde, ist lediglich der Erkenntnis geschuldet, eine sich nicht den ürsprünglichen Versprechen der Politik entwickelnde Kostenkomponente der Erneuerbaren aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit zu nehmen. Letztendlich wird auch diese EEG-Umlage vom Steuerzahler finanziert. Auch der Bundesrechnungshof weist seit Jahren auf gewaltige Defizite in der Planung und Überwachung des Energiewendeprozesses hin, da wesentliche Ziele wie Umweltauswirkungen und Bezahlbarkeit nicht oder nicht mehr im Fokus stehen. Überdies wird durch schwammige und unspezifizierte Wortwahl und regelmäßige Gestattung von Ausnahmetatbeständen der zunächst hochgepriesene Natur- und Artenschutz systematisch unterwandert. So ist eine spätere Kontrolle der Einhaltung von Schutzanforderungen bereits wegen der unpräzisen Semantik dieser Teilfortschreibung nicht möglich und ganz offenbar auch beabsichtigt. Insgesamt erinnert dieser Entwurf inhaltlich an die vom grünen Wirtschaftsminister des Bundes, Robert Habeck, getätigte Begründung des unsäglichen Gebäude-Energie-Gesetzes (GEG, 2023), man habe „ein wenig die Leidensfähigkeit der Bevölkerung mit den vorgeschlagenen Maßnahmen testen wollen“. Die Quittung erfolgte mit der Europa-Wahl! **Im Einzelnen** **A) Mit Urteil des OVG-Schleswig vom 22.3.2023** wurde der Regionalplan des Planungsraums 1 (PR 1) für ungültig erklärt. Da die Landesregierung auch in der Revision scheiterte, gilt seither der § 35 BauGB, der durch die Privilegierung für Windkraftanlagen eine fast ungehemmte Ausbreitung im Außenbereich zulässt, sofern Eigentümer ihren Boden dafür zur Verfügung stellen. Weitere harte Tabukriterien sind lediglich immissions- oder naturschutzrechtliche Belange. Um dem zu erwartenden Wildwuchs einigermaßen zu begegnen und zu einem angeblich geordneten Verfahren zurück zu kehren, entschloß sich die Landesregierung zu der vorliegenden Teilfortschreibung entlang des Landesentwicklungsplans (LEP). Man werde „vertieft“	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	prüfen, um „Eingriffe in Landschaft und Natur“ zu regulieren, lauten die immer wieder vorgebrachten Begründungen, um den Schein der Besorgtheit aufrecht zu erhalten. Ein ganz offensichtlich weiterer Beweggrund ist die vom grünen Koalitionspartner heftig favorisierte und begrüßte Ausweitung der mit Windkraft bebaubaren Flächen über das seinerzeit in der Poyry-Studie von 2014 errechnete Ziel von 1,65 % der Landesfläche. Es wurde damals als ausreichend für das Erreichen der Energiewende erachtet und auch so der Öffentlichkeit verkauft. Dieses Ziel wurde mit min. 10 GW und max. 15,9 GW erzeugbarer Leistung für 2023 in Schleswig-Holstein prognostiziert, wobei damals mit Anlagenhöhen von etwa 120 m und Anlagenleistungen von 3 MW gerechnet wurde. Die heutige Referenzanlage in der vorgelegten Teilfortschreibung basiert auf 200 m Anlagenhöhe und 5,3 MW Leistung, was mindestens einer Verdopplung, wenn nicht gar einer Verdreifachung der erzeugbaren elektrischen Arbeit pro Anlage entspricht. Die max. Höhe der Anlage wird dabei ausdrücklich nicht begrenzt (s. Entwurf, Seite 14) Im ersten Entwurf der Teilfortschreibung vom Juni 2024 wird nun statt der schon üppig ausgefallenen ursprünglichen 2 % der Landesfläche ein Ziel von „mindestens 3 % bis 2027“ ausgerufen, also eine **Erweiterung um 50 %!!!** Im ersten Entwurf der Teilfortschreibung heißt es weiterhin (Zitat): *Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, perspektivisch 15 Gigawatt installierte Leistung durch Windenergie an Land bis 2030 zu erreichen. Damit soll die Grundlage für eine jährliche Energieerzeugung von 30 bis 35 Terawattstunden pro Jahr bis 2030 sichergestellt werden (vergleiche Koalitionsvertrag für die 20. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages (2022-2027) zwischen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (Landesverband Schleswig-Holstein) und Bündnis 90/Die Grünen (Landesverband Schleswig-Holstein), Seite 155).* Per 27.6.2024 wurden lt. Landesregierung mit 3606 WKA bereits insgesamt 10,9 GW Leistung erreicht. Das entspricht bei jährlichen 2000 h Volllaststunden einer elektrischen Arbeit von 22 TWh. **Allein mit dieser Strommenge wird der Stromverbrauch in Schleswig-Holstein (15,2 TWh) bereits zu 144 % gedeckt.** Rechnet man noch die Anteile aus Photovoltaik, Offshore-Windkraft und Biogas hinzu, so sind bereits 2022 etwa 29,8 TWh aus Erneuerbaren erzeugt worden.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Das entspricht etwa 200 % des Stromverbrauchs in Schleswig-Holstein und entspricht damit dem Minimalziel der Landesregierung für das Jahr 2030. Es besteht daher keinerlei technische Veranlassung, in dieser „Teilfortschreibung“ eine Ausweitung an verfügbaren Flächen für den Ausbau von Windkraft zu fordern, geschweige denn zu planen. Dringend erforderlich wäre ein **erneutes Moratorium**, um den zu erwartenden Wildwuchs zu verhindern und die schon im Koalitionsvertrag 2017 der Vorgängerregierung von CDU, Grünen und FDP versprochene Synchronisation von Erzeugungs- und Transport-kapazitäten endlich umzusetzen! Es entbehrt im Übrigen jedweder Logik, über den gegenwärtigen Bedarf hinaus Erzeugungskapazitäten zu planen und zu installieren bzw. Flächen dafür auszuweisen, wenn einerseits die Netze und Schaltanlagen in absehbarer Zeit nicht zur Verfügung stehen und damit nur zusätzliche EinsMan-Maßnahmen generiert werden. Da diese wiederum zu höheren EEG-Umlagen in Milliardenhöhe führen, die aus Steuergeldern finanziert werden, entfernt sich die Landesregierung immer weiter von bezahlbaren Energiekosten. Der Bundesrechnungshof rügte bereits in seinem Bericht nach § 99 BHO vom 30.3.2021 zur Umsetzung der Energiewende im Hinblick auf die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit der Stromversorgung (Zitat): *Der Ausbau erneuerbarer Energien ist für eine treibhausgasneutrale Energieversorgung von herausragender Bedeutung. Gleichzeitig ist er mit **negativen Umweltwirkungen** verbunden. **Knappe Flächen und Ressourcen werden in Anspruch genommen, die biologische Vielfalt wird beeinträchtigt.*** *Die Bundesregierung kann nicht garantieren, dass die Energiewende die Umwelt so wenig wie möglich belastet. Denn für viele Umweltfolgen der Energiewende liegen keine oder nur unzureichende Daten vor.* *Die Bundesregierung muss die Systemkosten der Energiewende anders als bisher klar benennen. **Außerdem muss sie endlich definieren, was sie unter einer bezahlbaren Stromversorgung versteht.*** ***Den Zeitplan für den Zubau von Backup-Kraftwerken wird das BMWK***	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	voraussichtlich nicht einhalten können. Im Bericht des Bundesrechnungshofs vom 7.3.2024 wird nur 3 Jahre später weiterhin festgestellt (Zitat): *Dieser Bericht zeigt auf, dass die Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Energiewende ungenügend sind und deshalb gravierende Risiken für jedes dieser energiepolitischen Ziele bergen: Verzug beim Ausbau der erneuerbaren Energien, der notwendigen gesicherten, steuerbaren Kraftwerksleistungen sowie der Stromnetze gehören hierzu ebenso wie hohe Strompreise und* ***Wissenslücken hinsichtlich der Umweltwirkungen der Transformation.*** *Zugleich fehlt der Bundesregierung seit dem Aussetzen des Monitoring-Prozesses „Energie der Zukunft“ ein Instrument, um Wechselwirkungen zwischen den energiepolitischen Zielen zu erfassen. Mit ihrem Vorgehen läuft die Bundesregierung Gefahr, dass* ***mögliche Konflikte zwischen den energiepolitischen Zielen ungelöst bleiben und die Energiewende scheitert.*** Beispielhaft ist im obigen Bild die fehlende Synchronisation zwischen Ist- und Planzustand der Übertragungsnetze deutlich ersichtlich. **Diese Feststellungen gelten gleichermaßen auch für das Bundesland Schleswig-Holstein!** **Ein weiteres Beispiel:** lt. EEG 2023 sollen im Bund bis 2040 ca. 400 GW aus PV, 160 GW aus Wind-Onshore und 70 GW aus Wind-Offshore, in Summe: **630 GW volatile Leistung** am Netz sein. Die Spitzenbelastung pro Tag in Deutschland liegt bei ca. 80 – 100 GW. Bei guten Sonnen- und Windverhältnissen müssten also etwa 500 GW – das ist die Leistung von 400 Kernkraftwerken(!) - abgeregelt werden, falls alle Speicher bereits voll sind und europäische Nachbarländer keinen Bedarf haben! Schon heute kann der aus Erneuerbaren erzeugte Strom zu Spitzenzeiten an der Strombörse nur zu Preisen um die Null Cent/kWh und darunter abgesetzt werden. Die Ausgleichszahlungen an die Erzeuger belasten die deutschen Stromverbraucher seit Jahren mit stetig wachsenden Milliardenbeträgen. Diese Art der Energiewende ist nur lebensfähig durch dauernde Subventionierung und bietet keinerlei Aussicht auf bezahlbare Strompreise. Bei einer solchen Faktenlage ist die angebliche Notwendigkeit einer sogenannten „Teilfortschreibung“ und weitere Ausweisung von Flächen zur Windkrafterzeugung eine Verhöhnung der Einwohnerschaft Schleswig-Holsteins und eklatante Mißachtung und finanzielle Schädigung der Mehrheit der Bevölkerung dieses Bundeslandes, um einer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ideologisch geprägten Minderheit zu gefallen! **Ein weiteres Beispiel** ist die Meldung der großen Netzbetreiber Ende Juli 2024, dass die Anzahl der Stunden im gesamten Jahr 2023, bei denen an der Strombörse lediglich negative Preise für das Überangebot an Erneuerbaren Energien gezahlt wurden, bereits zu Mitte des Jahres 2024 erreicht sei. Perspektivisch werde sich die Anzahl der Stunden in 2024, an denen der Strom zu 0 cent/kWh oder sogar darunter mit Zuzahlung (!!!) verramscht werden müsse, innerhalb eines Jahres fast auf 500 Stunden verdoppeln. Diese Fehlbeträge müssen aus dem Bundeshaushalt mit Milliarden (Jahr 2022: 4,2 Milliarden Euro) mit stark wachsender Tendenz subventioniert werden. Gerade bei der gegenwärtigen Suche, im Bundeshaushalt überflüssige Subventionen zu entdecken, um zu einem ausgeglichenen Ergebnis zu gelangen, bieten sich hier milliardenschwere Entlastungen an. Dabei beginnt die Suche zwangsläufig bei der Verursachung, nämlich der Begrenzung der Erzeugungskapazitäten und der dazu notwendigen Flächen! **B) In einem Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein** vom 6.11.2023 wird unter §1.3 ausgeführt (Zitat): ***Der Raum, in dem das Landschaftsbild beeinträchtigt wird, umfasst etwa eine Fläche mit dem Radius des 15-fachen der Anlagengesamthöhe.*** Und weiter wird für die optische Einwirkung einer WKA auf die umliegende Landschaft festgestellt (Zitat): ***<u>Hohe Bedeutung für das Landschaftsbild</u>*** ***Bereiche, die weitgehend der naturraumtypischen Eigenart entsprechen und frei sind von störenden Objekten.*** Wenn schon der Landesregierung auffällt, dass in Regionen ohne „störende Objekte“ das Aufstellen von 200 m hohen Industrieanlagen (WKA) eine Fläche vom 15-fachen dieser 200 m, also im Umkreis von 3000 m, das Landschaftsbild „beeinträchtigt“, sollte	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sie auch der Bevölkerung nicht vorspielen, es seien lediglich 7,2 % der Landesfläche betroffen.**Tatsächlich werden nach dem Erlass 82 % (!!!) der Landesfläche nicht nur beeinträchtigt, sondern in eine Industrielandschaft verschandelt, (s. Abb 2).** Von keinem Punkt der Landschaftskulisse im nördlichen, östlichen, westlichen und südlichen Teil Schleswig-Holsteins wäre noch ein freier Blick möglich, ohne mehrere dieser ins Auge stechenden Spargel mit rotierenden Propellern und nächtlicher Blink-Befeuerung sehen zu müssen. Ein eindrückliches Beispiel einer solchen Lanschaftsverschandelung liefert z.B. bereits das Gebiet um Leipzig entlang der Autobahn A9, wo man sich ein Bild machen kann, wie Schleswig-Holstein nach den Intentionen dieser Landesregierung aussehen wird (s. Abb. 3). Abb. 3 Die an das Gemeindegebiet Brodersby angrenzenden und teilweise auf Gemeindegebiet liegenden Vorrangflächen PR1_SLF_046, PR1_SLF_119, PR1_SLF_045 und PR2_SLF_151 mit insgesamt 238,86 ha in Richtung Kappeln, Weidefeld und Dörphof sind wegen der ebenen Landschaftskulisse weithin einsehbar. Die touristische Nutzung der Gegend durch das nahegelegene Olpenitz an der Schleimündung, Schönhagener Strand und Damp ist unmittelbar betroffen und wird ihren Charakter als industriefreie Zone verlieren. Unmittelbare Folge werden Herabstufungen der touristischen Beliebtheitswerte sein, da gerade in Schönhagen Gästebefragungen die „unverspargelte Landschaft“ als einen der Hauptanziehungspunkte des Feriengebiets hervorheben. **C) Die Landesregierung Schleswig-Holsteins** sollte sich die von der EU im Juli 2024 herausgegebene Studie des European Environmental Bureau (EEB) AISBL noch einmal sorgfältig durchlesen. Dort wird für die Versorgung Deutschlands ein Flächenbedarf von 4,4 % (!) der Landesfläche prognostiziert, was bereits das doppelte (!) des für die restlichen EU-Staaten mit 2,2 % ihres Hoheitsgebiets bedeuten würde. Dies ist der Erfolg einer Politik, vollkommen auf Kernkraft verzichten zu wollen und dafür erhebliche Eingriffe in den Landschafts-, Tier- und Menschenschutz in Kauf zu nehmen. Die dort vorgeschlagenen Maßnahmen einer engeren Kopplung des europäischen Verbundnetzes stellen eine intelligentere und technisch durchdachtere Lösung hinsichtlich Vermeidung teilausgelasteter Investitionen dar. Die gegenwärtige deutsche Variante des Aufbaus eines bis zu 5-fachen Leistungsüberhangs bei der Erzeugungskapazität gegenüber der tatsächlich erforderlichen täglichen Spitzenlast,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zeigt wie wenig technologiegetrieben und von wirtschaftlichem Sachverstand begleitet der Weg zu einer Decarbonisierung von der Landesregierung verfolgt wird. **Fazit und Empfehlung** Der Landesregierung wird stattdessen dringend empfohlen, über eine technologieoffene Revision der Energiewende nachzudenken. Als Bewohner einer einmaligen Erholungsregion lehnen wir großflächige Landschaftszerstörung durch Stromerzeugung mit tausenden grundlast- **un** - tauglicher Anlagen niedriger Effiziens, die in naher Zukunft durch bisher nicht vorhandene und nur mit weiteren Subventionen finanzierbare Gasturbinenkraftwerke unterstützt werden müssen, um überhaupt eine unterbrechungsfreie Versorgung Deutschlands sicher zu stellen, ab (siehe „Strommarktdesign“ des BMWK vom Juli 2024) . Als Steuerzahler lehne ich milliardenschwere Investitionen in zunehmend teilausgelastete Anlagen, deren „wirtschaftlicher“ Betrieb nur durch einen unverhältnismäßigen Anstieg an Subventionen aus Steuern aufrecht erhalten werden kann, ab. Es muss wieder das Prinzip gelten, dass sich die Energiewende technisch und marktwirtschaftlich durchsetzt und nicht durch dauerhafte Subventionen aus Steuergeldern mühsam über die Runden geschleppt wird. Eine Technologie, die auch nach über 30 Jahren massiver Subventionierung nicht wirtschaftlich betrieben werden kann, ist nicht im „Öffentlichen Interesse“ und gefährdet zunehmend den Standort Deutschland, indem sie finanzielle Ressourcen bindet, die für eine zukunftsfähige Entwicklung Deutschlands in anderen Sektoren dringend gebraucht werden. Eine vorhandene CO2-freie Alternative wird aus ideologischen Gründen abgelehnt, gleichwohl werden notwendige Strom-Importe zur Netzstabilisierung aus europäischen Kernkraftwerken akzeptiert. Funktionierende Technik wird abgeschaltet, bevor etwas Neues vollumfänglich seine Tauglichkeit beweist und muss dann mit geächteten Kohlekraftwerken vor dem Black-Out gerettet werden. Ist das vorausschauende und verantwortungvolle Politik? Warum gelingt es der Landesregierung Schleswig-Holsteins seit Jahren nicht, ein in sich konsistentes und die bei der Planung und Einführung eines neuen Energieerzeugungssystems zwingend erforderlichen physikalischen Notwendigkeiten zu berücksichtigen? Ist es Überforderung mit der Komplexität der Aufgabe oder hat diese Regierung schon aufgegeben und überlässt den Interessengruppen, die lediglich ihren	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	eigenen Vorteil maximieren, den Zugriff auf dieses Land? **Die Landesregierung Schleswig-Holstein darf ein von ihr selbst verursachtes juristisches Eigentor nicht durch ein noch größeres Chaos der Öffnung aller Schleusen für eine Scheinlösung bereiten. Beenden Sie diesen Irrweg, bei dem Aufwand und Ertrag auch nach mehrjährigen Feststellungen des Bundesrechnungshofs seit langem aus dem Ruder gelaufen sind!**	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1141	Genug ist Genug Wir hier in [redacted] sind schon fast umzingelt von WKA Nicht nur das unsere schöne Landschaft total verschandelt wird so verdienen ja auch nur wenige daran denen es nicht um die Einhaltung der Klimaschutzziele sondern nur um ihren eigenen Profit geht Noch mehr WKA in unserer Umgebung, zumal diese nur einen Abstand von 400 m haben sollen ,lassen auch den Wert unserer Häuser deutlich sinken.zudem kommt die zusätzliche Belastung durch Schwertransporte die schon Schäden an unseren Immobilien verursacht haben Das Land Schleswig Holstein hat die ausgewiesene Fläche PR3 *DIT_417 bereits als Hochrisikostufe mit hohem Konfliktpotenzial bzgl der Abstände zu Siedlungsbereichen eingestuft Hinzu kommt die hier in Dithmarschen und gerade im Bereich Süderdithnarschen bereits die meisten WKA pro Quadratkilometer in ganz Deutschland aufgestellt sind Damit reicht es doch nun wirklich nur weil wir hier nicht so stark besiedelt sind kann Mann nicht alles mit uns machen Bei un in SH herrscht die größte WKA Dicht Deutschlandweit und wir haben Deutschlandweit die höchsten Strompreise Wie will man denn da der Bevölkerung noch mehr WKA erklären wenn die nicht auch wenigsten davon profitieren würden?* *Mit freundlichen Grüßen und Entscheidung mit Augenmaß* [redacted] [redacted] [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.1.12, 7.2.10 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2679	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H.), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. • Ich möchte dass die vorhandenen Naturschutzebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergienutzung ausgenommen bleiben. • Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. • Ich möchte dass eine Havariefall wie z.B. Brandentwicklung, technischer Defekt durch ausreichende Abstände von mindestens 1500m zu Wohnhäusern abgesichert wird. • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln/Trinkwasserverunreinigung, Verunreinigung der Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15, 4.2, 3.18, 4.3, 3.17, 4.5, 7.2.7, 7.2.9 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Ewigkeitschemikalien). • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ab. • Ich beantrage eine Verlängerung der Abgabefrist auf 6 Monate. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1140	**Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024** Sehr geehrte Damen und Herren, Im o.g. Beteiligungsverfahren nehme ich wie folgt Stellung: Als Einwohner des Ortes Hürup muss ich mit Erschrecken feststellen, dass in Ihrer Planung zur „Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land“ die östlich nahe unserer Gemeinde liegende Fläche, die 2016 mit einer Mehrheit von 79% von der Gemeinde als Standort für Windkraftanlagen abgelehnt wurde, nun wieder als Potentialfläche für den Windkraftausbau geführt wird. Die Windräder sollen noch dazu deutlich höher ausfallen (>= 200 m) als in der früheren Planung. Jede einzelne dieser Windkraftanlagen wird in ganz Angeln sichtbar sein. Generell bin ich ein Befürworter von regenerativen Energien, insbesondere als dezentrale Kleinanlagen in der Fläche. Mega-große Windräder halte ich aber für eine nicht geeignete, veraltete Technologie mit erheblichen Nachteilen für Mensch und Umwelt, die besonders in enger bewohnten Gebieten wie Angeln nichts zu suchen haben. (Leider wird die Verwendung alternativer Windkrafttechnologien mit viel geringeren schädlichen Auswirkungen, bislang gänzlich ignoriert.) Durch die Potenzialfläche für Windenergie im Raum Husby/Hürup/Ausacker bin auch persönlich direkt betroffen und möchte meine Einwände dagegen wie folgt formulieren. Die Errichtung von großen Windrädern erfordert:	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 7.1.3, 7.2.12, 7.2.1, 7.2.9, 7.2.14, 7.2.13, 7.3, 4.1, 4.9, 3.15 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Den massiven Einsatz von hochgradig anthropogenen Kunststoffen (z.B. die gesamten Rotorblätter) deren Lebensdauer begrenzt und die nicht recyclebar sind und nur deponiert werden können, mit unbekannten Langzeitwirkungen. • Riesige Fundamente, die den Boden dauerhaft versiegeln und für immer auch nach Abbau der Windräder dort verbleiben. • Großen Energieeinsatz für die Herstellung der Materialien und hohen CO2 Zoll auch für das Fundament • Erheblichen Flächenverbrauch und Eingriffe in die Natur für die Errichtung und Demontage und den späterem Betrieb Der Betrieb von Windkraftanlagen hat viele hinlänglich bekannte und neu festgestellte negativen Auswirkungen und Risiken auf Mensch und Umwelt, die ich hier nur stichpunktartig anführe: • Permanente Einwirkung von Schall, Infraschall und Schattenschlag auf umliegende Wohngebiete, auch innerhalb der Grenzen vom BImSchG • Nicht zu vermeidender bauartbedingter Vogelschlag und Fledermausschlag, was teilweise z.B. zu regelmäßigen und nächtlichen Abschalten führen kann, was die Energieverfügbarkeit von derartigen Windkraftanlagen nochmals in Frage stellt. • Weitreichende Störung des lieblichen Landschaftscharakters in Angeln, was die Lebensqualität von uns Bürgern verschlechtert und negativ für den Tourismus und Wertigkeit von Grundstücken, Immobilien etc. wirkt. • Umweltschädliche Einflüsse weit über die Vorrangflächen hinaus, wie Veränderungen der Luftströmung und dadurch verstärkte Austrocknung in Windrichtung liegender Gebiete. • Permanente Dissipation von umweltschädlichen anthropogenen Substanzen (darunter Ewigkeitschemikalien), die durch natürlichen Abrieb entstehen und nicht zu vermeiden sind. Diese breiten sich in weitem Umkreis auf der Oberfläche aus und gelangen ungehindert und akkumulierend auf landwirtschaftliche Nutzflächen und in die Nahrungskette. Sie stellen eine	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Gesundheitsgefährdung von Mensch und Tier dar. Jüngst musste der Verzehr von Wildschweinleber untersagt werden, da die Anreicherung von Schadstoffen darin zu groß geworden ist, welche auf Windkraftanlagen zurückzuführen sind. Demgegenüber ist der Beitrag der Windkraftanlagen zur Energiesicherheit und günstigen Energiepreisen in Frage zu stellen, weil • Windkraft generell keine gesicherte Energie darstellt, da diese starken natürlichen Schwankungen unterliegt und nicht selten gegen Null strebt (z.B. bei Flaute). • In Deutschland ist der Anteil durch Windenergie erzeugten Stroms rasant gestiegen. Im Jahr 2023 betrug der Anteil bereits 28 % an der Gesamtstromerzeugung. Dies ist ein sehr hoher Anteil in Bezug auf die Gesamtstromerzeugung. Da sich die Windstromerzeugung ausschließlich nach dem jeweiligen Wind richtet, treten laufend Diskrepanzen zwischen Verbrauch und Erzeugung von Windstrom auf, der durch regelbare Quellen und Verbraucher ausgeglichen werden muss. Dies ist aber nur begrenzt möglich. Dazu kommt, dass Verbrauch und Erzeugung häufig regional auseinanderliegen und die begrenzte Kapazität des Stromnetzes einen Ausgleich nicht zulässt. Daher müssen regelmäßig Anlagen abgeregelt und abgeschaltet werden. • Im Jahr 2022 gingen in Deutschland etwa acht Terawattstunden erzeugter Windstrom durch Abregelung aufgrund von Netzengpässen verloren. Das entspricht rund 30 Prozent mehr als im Vorjahr. Diese Abregelung verursachte Zusatzkosten von 900 Millionen Euro für Verbraucher. • Ein weiteres Risiko betrifft die Netzwerkstabilität, die (auch wenn von der Bundesnetzagentur anders verlautbart) in den vergangenen Jahren durch das vermehrte Einspeisen regenerativer Energien stark abgenommen hat und hochgradig labil ist. Großflächige Blackouts könnten sehr bald drohen wenn nicht gegengesteuert wird. • Jeder weitere Ausbau von Windkraftanlagen verschärft die Situation und führt den geplanten Nutzeffekt ad absurdum. Man sollte im Gegenteil auf eine Begrenzung hinarbeiten.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fazit Risiko und Nutzen des weiteren Windkraftausbaus im allgemeinen wie auch konkret vor Ort, stehen meiner Erkenntnis nach in keinem vertretbaren Verhältnis. Schleswig-Holstein leidet bereits an einem Übermaß an Windkraftanlagen, deren Strom schon jetzt vom Netzt nicht vollständig aufgenommen werden kann. Viele Landstriche insbesondere in Nordfriesland sind bereits Windenergie Industriebrachen. Wie dargelegt haben wir in Angeln und konkret wir Bürger in Hürup durch den Windkraftausbau viel zu verlieren und die Allgemeinheit nur wenig zu gewinnen wenn überhaupt. Daher mein Appell an die Verantwortlichen der Planungsbehörden: Bitte respektieren Sie die angeführten Gründe und die Mehrheitsentscheidung unserer Gemeinde und nehmen Sie die Potenzialfläche für Windenergie im Raum Husby/Hürup/Ausacker aus ihrer Planung heraus. Gleichzeitig unterstütze ich die Herausnahme weiterer Potentialflächen in Angeln auch wenn ich nicht persönlich betroffen bin.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1138	Ich bin gegen den Bau weiterer Windkraftanlagen im Amt Bordesholm! Gerade die Höhe von 200m und 250m sehe ich als kritisch an. Die Anlagen sind somit sehr weit sichtbar und stören unser Landschaftsbild. Ausserdem haben wir hier in genau dem Gebiet Seeadler und auch Rotmilane. Die großen Rotorblätter sind von den Greifvögeln nicht zu sehen wenn sie sich drehen und stellen hier eine große Gefahr dar! Die seeadler brüten seit Jahrzehnten dort! Der Bau diese Mega Anlagen gehört in den Offshorepark, aber nicht ins Landesinnere! Ich möchte von meinem Garten aus nicht aug ein sich ständig drehenden windrad schauen! In meinem Garten möchte ich nicht auch noch Reizen ausgeliefert sein. Genau wie in der Natur. Sie sollte weiterhin als Ort der Erholung dienen(siehe waldgesetz). Das ist dann nicht mehr möglich!	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 7.2.12 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1137	Ich bin gegen die Aufnahme der Flächen in den Gemeinden Hürup und Ausacker in den LEP. Diese Flächen wurden 2016 aufgrund einer großen Mehrheit in der betroffenen Bevölkerung gegen die Windenergie aus dem LEP gestrichen. Größere Anlagen und geringere Abstände sorgen für noch mehr Ablehnung! Bitte respektieren Sie das Bürgervotum gegen die Windkraft vor Ort und lassen die genannten Flächen aus dem LEP! Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1136	Sehr geehrte Damen und Herren, schon vor acht Jahren hat sich eine deutliche Mehrheit gegen die Windenergie auf den Flächen der Gemeinden Hürup und Ausacker entschieden. Es ist zu erwarten, dass sich aufgrund der größeren Anlagen und der noch geringeren Abstände zur Wohnbebauung, eine noch deutlichere Mehrheit der betroffenen Bürger gegen die Windräder vor der eigenen Haustür entscheiden werden! Wir wollen den Erhalt unserer Lebensqualität und unserer Gesundheit! Wir wollen keinen Wertverlust unserer Immobilien! Wir brauchen nicht noch mehr Wegwerfstrom! Die o.g. Flächen gehören nicht in den LEP und daran sollte sich auch nichts ändern! Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 7.1.3, 7.2.11, 7.3 und 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2051	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 4.20, 4.2, 4.5, 7.2.9, 7.3 und 7.1.5 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten wie z.b. Rotmilan, Seeadler Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, Hoch- u. Niedermoorflächen, Biotopverbundflächen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergiegewinnung ausgeschlossen werden. • Es bereitet mir Sorgen, dass die landwirtschaftlich genutzten Flächen (Produktion von Lebensmitteln) durch den Mikroplastikabrieb der Rotorblätter kontaminiert werden, ebenso wie das Trinkwasser verunreinigt würde • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität und Gefährdung der Gesundheit durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ausdrücklich ab • Ich beantrage eine Fristverlängerung für die Abgabe der Stellungnahmen auf 6 Monate (Urlaubszeit). Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2919	Sehr geehrte Zuständige, es geht um die geplanten Windparks in und um 24631 LANGWEDEL. Wir lehnen die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab und fordern eine Verlängerung der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.3, 7.1.3, 7.1.4, 7.1.5, 7.2.3, 7.2.5, 7.2.9, 7.3.9 der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abgabefrist der Stellungnahmen um mind. 6 Monate. Die direkten Anwohner (2-3km) also fast die gesamte Gemeinde sollte am Genehmigungsverfahren beteiligt werden. Informationen sind sehr dürftig! Grundsätzlich sollten WKA's erst genehmigt werden dürfen, wenn sicher gestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann! Dies sollte für ganz Deutschland gelten! Es kann auch nicht sein, dass Natur zerstört wird im Namen der erneuerbaren Energie...., dass ist doch ein Widerspruch in sich... Windkraft ist sicher eine gute Alternative zu anderen Stromerzeugern, aber bitte mit Abstand und Anstandt Hier kommt der nächste Punkt, die Abstände müssen auf mind. 1000m erweitert werden, auch auf Grund von Havariefällen. Hier ist ja eine Region mit viel Wind. Darüber hat noch niemand gesprochen... Flora und Fauna sind auch auf einmal nicht mehr schützenswert. Hier leben Rotmilan, Wespenbussard, Zwergschwan und viele viele mehr. Der Gutachter vom Land ist 8-12 Stunden vor Ort und beurteilt danach die Situation. Wir und die Tierwelt leben hier seit Generationen. Fällt hierzu etwas auf...??? Was ist mit Schadstoffen beim Aufbau, Betrieb und Entsprgung nach 20 Jahren der WKA's? PFAS...? Sicherlich gibt es geeignetere Standorte als direkt an einer Gemeinde. Bokel, Blunk und andere ähnliche Standorte sind ebenfalls ungünstig. Wir hoffen, unsere Bedenken werden erhöht und umgesetzt. Freundliche Grüße von der Familie [redacted]	allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2770	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Bitte Abstand erhöhen zu Wohnhäusern (400m ist zu wenig!) 2. Schutzgrenzen einhalten zu Seeadler-Horsten u. naturgeschützten Vögeln 3. Höhe d. Windräder beachten 4. Bevor neue Windräder gebaut u. gestellt werden: Speicher bauen, Netze installieren, die die vorhandene Windenergie nutzbar machen!! Danke :) Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Außerdem enthält die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 1.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Schließlich wird auf die Ziffern 7.2.4, 7.2.5 und 7.2.6 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2918	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Ich möchte, das die Höhe von Windkraftanlagen auf maximal 200m gedeckelt wird. 2. Ich möchte, das die gleiche Abstandsregelung für alle Menschen gilt, egal ob	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.5, 2.1-2.6, 7.2.9, 2.11, 7.2.11, 7.2.5 und 7.2.13 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Dorf, Stadt, Siedlung - oder Einzelgehöften - oder Einzelhäusern (mind. 1500m) 3. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). 4. Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen (Riegelbildung). 5. Ich habe Angst, dass meine Immobilie an Wert verliert und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von 1500m zur Wohnbebauung gilt. 6. Ich fordere, dass Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, das der Strom auch eingespeist werden kann (Verhinderung von Phantomstrom, Vermeidung von [Wort nicht lesbar] des Stroms) 7. Ich fordere, daß vor Genehmigung einer Anlage sichergestellt sein muß das der Betreiber auf eigene Kosten die Anlage umweltfreundlich entsorgen muss Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1135	Sehr geehrte Damen und Herren, ich wohne in Dithmarschen und liebe meine Heimat. Es tut weh, wie dieses Land mehr und mehr zerstört wird! Jetzt macht die Politik nicht einmal vor Landschaftsschutzgebieten Halt! Wälder und Moore sind wichtige CO-2 Speicher und müssen geschützt werden!!! Dithmarschen und Nordfriesland haben bereits überproportional viele Windkraftanlagen im Kreisgebiet. Überhaupt hat Schleswig-Holstein im Verhältnis Fläche - WKA eine hohe Dichte von WKA; trotzdem die höchsten Netzentgelte. Das Abregeln, weil zuviel Strom produziert wird, kostet uns Steuerzahler jedes Jahr Millionen! Speicherkapazitäten sind nicht genug vorhanden! Was soll dieser Irrsinn???Ich bin eindeutig gegen die neuen Windpläne!!! Repowering würde neue WKA überflüssig machen! Der Tourismus wird auch darunter leiden, dass die schöne Landschaft immer mehr verschandelt wird. Und dass Windstrom "grüner" und sauber Strom ist, stimmt einfach nicht! Das ist "Greenwashing". Über 1000 t Zement und Stahl, Zufahrtsstrassen für jede WKA, schadstoffhaltige Folien für die Rotorblätter	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 3.17, 7.2.12, 7.2.5, 3.15 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Sondermüll) und nicht zuletzt: Verlierer sind die Menschen, die Tiere und die Natur. ES IST GENUG!!! HÖRT auf die Bürger! Mit freundlichem Gruß [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2295	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwändc gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z. B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete - Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ich bin daran interessiert, dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwischen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet ist. Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H), dies steht im Widerspruch zu den geplanten	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.8, 4.2, 4.3, 3.17, 3.18, 4.5, 4.20, 7.1.1, 5.4, 2.1, 7.2.9, 7.2.7, 7.3, 4.1 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. Ich möchte, dass die gleiche Abstandregelung für Einzelhäuser und Splittersiedlungen gilt (mind. 800 Meter) Ich möchte, dass ein Havariefall, wie z. B. Brandausbreitung, technischer Defekt, durch ausreichende Abstände von mind. 1500 Meter zu Wohnhäusern abgesichert wird. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich möchte, dass überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten bleiben. Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. Ich befürchte Störung der Flugrouten des Bundesheers und der Luftrettung. Diese Routen sind freizuhalten. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter. Ich befürchte körperliche Beschwerden und ich möchte, dass eine Abstandregelung von mindestens 3000 m (wie in England) zur Wohnbebauung gilt. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich fordere, sich mit neuen innovativen Energieerzeugungsprojekten auseinanderzusetzen und sich nicht nur um ineffiziente und gesundheitsgefährdende Windanlagen zu kümmern	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2836	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Störche, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Deshalb möchte ich, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFHGebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundsachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden, damit die geschützten Großvogelarten und auch andere Tiere weiterhin ungestört dort leben können. Was nützt es der Erde im Namen des Klimaschutzes an anderer Stelle dafür die Natur zu zerstören? Das ist für mich völlig widersprüchlich. Ich lehne deshalb die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab und fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2.1 und 4.5 der allgemeinen Synopse verwiesen. Weiterhin enthält die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffern 3.17.1 und 3.18.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich werden in der eingereichten Stellungnahme Hinweise / Argumente genannt, die sich auf das Kapitel *4.5.1.4 (Boden und Wasser)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 5.9.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Schließlich wird auf die Ziffern 7.1.5 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2271	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z. B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete - Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ich bin daran interessiert, dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwischen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet ist. Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.8, 4.2, 4.3, 4.5, 4.20, 7.1.1, 3.15, 5.4, 2.1, 7.3, 7.2.7, 4.1, 7.2.9 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. Ich möchte, dass die gleiche Abstandregelung für Einzelhäuser und Splittersiedlungen gilt (mind. 800 Meter) Ich möchte, dass ein Havariefall, wie z. B. Brandausbreitung, technischer Defekt, durch ausreichende Abstände von mind. 1500 Meter zu Wohnhäusern abgesichert wird. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich möchte, dass überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten bleiben. Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. Ich befürchte Störung der Flugrouten des Bundesheers und der Luftrettung. Diese Routen sind freizuhalten. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter. Ich befürchte körperliche Beschwerden und ich möchte, dass eine Abstandregelung von mindestens 3000 m (wie in England) zur Wohnbebauung gilt. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2266	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z. B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete - Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ich bin daran interessiert, dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwischen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet ist. Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.8, 4.2, 4.3, 4.5, 4.20, 7.1.1, 3.15, 5.4, 2.1, 7.3, 7.2.7, 4.1, 7.2.9 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. Ich möchte, dass die gleiche Abstandregelung für Einzelhäuser und Splittersiedlungen gilt (mind. 800 Meter) Ich möchte, dass ein Havariefall, wie z. B. Brandausbreitung, technischer Defekt, durch ausreichende Abstände von mind. 1500 Meter zu Wohnhäusern abgesichert wird. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich möchte, dass überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten bleiben. Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. Ich befürchte Störung der Flugrouten des Bundesheers und der Luftrettung. Diese Routen sind freizuhalten. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter. Ich befürchte körperliche Beschwerden und ich möchte, dass eine Abstandregelung von mindestens 3000 m (wie in England) zur Wohnbebauung gilt. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2261	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwändc gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich habe Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z. B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete - Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ich bin daran interessiert, dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwischen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet ist.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.8, 4.2, 4.3, 4.5, 4.20, 7.1.1, 3.15, 5.4, 2.1, 7.3, 7.2.7, 4.1, 7.2.9 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. Ich möchte, dass die gleiche Abstandregelung für Einzelhäuser und Splittersiedlungen gilt (mind. 800 Meter) Ich möchte, dass ein Havariefall, wie z. B. Brandausbreitung, technischer Defekt, durch ausreichende Abstände von mind. 1500 Meter zu Wohnhäusern abgesichert wird. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. ~ Ich möchte, dass überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten bleiben. Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. Ich befürchte Störung der Flugrouten des Bundesheers und der Luftrettung. Diese Routen sind freizuhalten. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter. Ich befürchte körperliche Beschwerden und ich möchte, dass eine Abstandregelung von mindestens 3000 m (wie in England) zur Wohnbebauung gilt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2253	Widerspruch gegen die Bebauung von 7 Windkraftanlagen Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, mit diesem Schreiben lege ich gegen den Bebauungsplan Einspruch ein. Bereits im Jahr 2017 wurden gegen die Planung von uns zig Einsprüche erhoben. Nun soll wieder dieses Gebiet mit 7 Windrädern zerstört werden. Es hat sich in der schönen Natur bisher nichts verändert und auch die Tierwelt lebt hier noch immer ungestört. Warum soll der schöne Blick von Blunk kommend zum Kagelsberg mit Windrädern verbaut werden? Außerdem führt eine alte Bahnstrecke direkt an dem Gebiet vorbei, die von vielen Spaziergängern und Fahrradfahrern benutzt wird. Dieser Blick und der Lärm der Windräder würden dadurch zerstört werden. Also kann die Urlaubsregion damit keine Werbung mehr machen. Wir haben hier den Seeadler, sogar den Fischadler, Milan, Turmfalken und etliche andere Vögel. Wo bleibt da der Naturschutz? Und wenn nach Jahren die ganze Euphorie (s. Atomkraftwerke) beendet ist, wer soll die 1.500 Kubikmeter Beton pro Fundament wieder aus der Erde holen? In diesem Bereich wird nie ein Baum wachsen und was ist günstiger als ein Baum zurCG2 Bindung? Wie steht es um die Gesundheit der Menschen die durch Lärm- und Infraschallbelastung eine ernste Gefahr bedeutet? In Anbetracht dieser Argumente bitte ich Sie, den Bau der Windkraftanlagen in unserer	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.12, 7.3, 3.15, 4.8 und 7.2.14 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gemeinde zu überdenken und alternative Lösungen zu prüfen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und ich hoffe auf eine angemessene Berücksichtigung meines Widerspruchs. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1134	Hallo, ich möchte erreichen, dass das Umweltministerium ein Monitoring für alle WKA durchsetzt. Ich bin fest der Meinung, dass mehr Vögel getötet werden, als wir ahnen oder wissen. Ich möchte beantragen, dass ich ein Begehungsrecht erhalte, um bei den WKA die mein Dorf bereits umgeben, auf die Felder gehen darf, 3 x am Tag, um dann die toten Vögel zu katalogisieren. Da die WKA auf Privateigentum stehen benötige ich eine offizielle Berechtigung	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1133	Hallo, Zerstören wir unsere Natur? Die Landbesitzer werden mit Geldversprechnungen gelockt. Die Firmen, die in der einzigen vorhandenen Hauptvogelfluglinie WKA bauen wollen locken mit Abschaltvorrichtungen. Diese Abschaltautomatiken sind alle noch in der Entwicklungsphase. Die KI erkennt, wenn überhaupt nur eine oder zwei Vogelarten. Wir dürfen nicht zulassen, dass mit unserer Natur unüberlegt umgegangen wird. Fehler können nur schwer korrigiert werden - wenn die Vögel abwandern, weil sie in ihrem Lebensumfeld gestört / vertrieben wurden ist das ein schwerer Fehler. Wir müssen unsere Natur schützen - für die Vögle, die Fledermäuse und auch für die	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.10, 7.2.6, 4.1, 4.9, 7.3 und 2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Menschen. Durch die vielen WKA Anlagen kommt es zu Dorfumzingelungen und Überschallungen - das macht auch uns Menschen krank.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2249	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich meine Bedenken gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Landesplanung äußern. Während erneuerbare Energien zweifellos eine wichtige Rolle bei der Reduktion von C02-Emissionen spielen, gibt es gegen die Errichtung weiterer Windkraftanlagen ernsthafte Bedenken für Mensch und Umwelt. Durch Erosion breitet sich das Mikroplastik der Rotorblätter in der Landschaft und in der Atemluft aus. Zahlreiche PFAS-Chemikalien werden von der EU bereits verboten. Umso weniger ist es nachvollziehbar, dass dieses Verbot nicht auch für Windkraftanlagen gilt. Im Brandfal! eines Windrades ist die Schadstoffbelastung zudem noch völlig unerforscht. Es wird die erneuerbare Energiegewinnung über die Gesundheit der Menschen gestellt. Zudem werden nicht nur die umliegenden landwirtschaftlichen Flächen, mein Gemüse- und Obstgarten sondern auch mein Trinkwasser kontaminiert. In Schleswig-Holstein gibt es Gemeinden, in denen es nicht möglich ist an eine zentrale Trinkwasserversorgung anzuschließen. Das bedeutet, jeder Bürger muss für sein Eigenheim einen eigenen Brunnen besitzen, einschließlich einer jährlichen Untersuchungspflicht des Trinkwassers. Wenn der Befund biologische oder chemische Schadstoffe enthält, muss ich persönlich Abhilfe schaffen. Dies wäre, wie eine erneute Brunnenbohrung, eine für mich nicht tragbare finanzielle Belastung! Auch das Thema Infraschall und tieffrequentierter Schall beängstigt mich zunehmend, da die gesundheitlichen Folgen nach wie vor nicht erforscht sind und die Anlagengröße ins Unermessliche geht! Deshalb möchte ich einen größeren Abstand der Windkraftanlagen zur Wohnbebauung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.9, 7.2.7, 7.3, 2.1, 4.2, 4.5, 4.16 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mindestens 5 x die Höhe. Und zwar auch zu den Splittersiedlungen. Woher kommt die absurde Annahme, dass die dort lebenden Menschen weniger Schutz vor den Anlagen benötigen als ein Ortskernbewohner? Nach wie vor müssen die Naturschutzgebiete, Biotopverbundsysteme, die kleinteiligen Knickstruktur (hoher ökologischer Wert), die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs einschließlich der Rast- und Nahrungshabitate, der Lebensraum z.T. geschützter Großvögel, wie Seeadler, Rotmilane und Störche geschützt und von Windkraftanlagen freigehalten werden. Sämtliche Mindestabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten müssen als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt werden und zumindest den Schutzabständen gemäß Helgoländer Papier (2015) entsprechen. Ich fordere eine schlüssige Gesamtplanung, die auch Freiflächen PV-Anlagen, Freileitungen (Hoch- und Höchstspannungsleitungen), Umspannwerke, Transformatoren und Speicheranlagen beinhaltet. Die derzeitige Planungslosigkeit ist unhaltbar! Ich bitte um schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1132	Hallo, Wenn wir unsere Natur zerstören, dann zerstören wir unsere Lebensgrundlage. Durch die hohe Anzahl an WHA werden unsere Vögel getötet, sie werden gezwungen ihren Lebensraum zu verlassen, die WKA zu umfliegen. Deshalb ist es wichtig, dass den Vögeln und den Fledermäusen ein Rückzugsgebiet erhalten bleibt. Dafür bietet sich die bereits vorhandene, einzigartige und nur einmal vorkommende: Hautachse des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung an In dieser Hauptachse befinden sich aktuell noch keine WKA - und das muss auch so bleiben.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.16.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2246	Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, mit diesem Schreiben lege ich gegen den Bebauungsplan Einspruch ein. Bereits im Jahr 2017 wurden gegen die Planung von uns zig Einsprüche erhoben. Nun soll wieder dieses Gebiet mit 7 Windrädern zerstört werden. Es hat sich in der schönen Natur bisher nichts verändert und auch die Tierwelt lebt hier noch immer ungestört. Warum soll der schöne Blick von Blunk kommend zum Kagelsberg mit Windrädern verbaut werden? Außerdem führt eine alte Bahnstrecke direkt an dem Gebiet vorbei, die von vielen Spaziergängern und Fahrradfahrern benutzt wird. Dieser Blick und der Lärm der Windräder würden dadurch zerstört werden. Also kann die Urlaubsregion damit keine Werbung mehr machen. Wir haben hier den Seeadler, sogar den Fischadler, Milan, Turmfalken und etliche andere Vögel. Wo bleibt da der Naturschutz? Und wenn nach Jahren die ganze Euphorie (s. Atomkraftwerke) beendet ist, wer soll die 1.500 Kubikmeter Beton pro Fundament wieder aus der Erde holen? In diesem Bereich wird nie ein Baum wachsen und was ist günstiger als ein Baum zur C02 Bindung? Wie steht es um die Gesundheit der Menschen die durch Lärm- und Infraschallbelastung eine ernste Gefahr bedeutet? In Anbetracht dieser Argumente bitte ich Sie, den Bau der Windkraftanlagen in unserer Gemeinde zu überdenken und alternative Lösungen zu prüfen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und ich hoffe auf eine angemessene Berücksichtigung meines Widerspruchs.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie die Ziffern 3.15.1, 3.17.1, 4.20, 7.2.14, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.5, 7.3.6 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2244	Widerspruch gegen Bebauung mit 7 Windkraftanlagen Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, hiermit lege ich gegen den Bau von 7 Windkraftanlagen in meiner Heimat Widerspruch ein. Diese Anlagen zerstören die ganze Natur und Tierwelt. Wo bleibt der Naturschutz? Es leben hier zahlreiche Vögel darunter der seltene Fischadler. Der Tourismus würde unter dem Anblick und die Lärmbelastung stark beeinträchtigt. Es gibt hier zahlreiche Radwanderwege. Allein der alte Bahndamm ist eine beliebte Strecke. Sie würde genau an dieser Anlage vorbeiführen. Außerdem befürchte ich gesundheitlichen Schäden durch Lärm- und Infraschallbelastung. Da die Windenergieanlagen von allen Bürgern überZwangsabgaben im Rahmen der Stromrechnung bezahlt werden, erzielt die Windindustrie ihre Profite auf Kosten der breiten Bevölkerung. Außerdem werden die Zuschüsse für die Windindustrie durch den weiteren Zubau von Anlagen voraussichtlich weiter steigen. Ich befürchte, dass Strom für ärmere Menschen unbezahlbar wird und die Umverteilung von unten nach oben zu sozialen Spannungen führt. Allein aufgrund dieser Dimensionen ist es völlig ausgeschlossen, dass man von deutschem Boden aus einen Einfluss auf das Weltklima entfalten kann. Ich hoffe, dass sie meinem Einspruch Aufmerksamkeit schenken. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15.1, 4.20, 7.1.1, 7.2.10, 7.3.2, 7.3.3, 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit:	1. In der heutigen "Fortschrittlichen Zeit"noch Material wie SF-6 in den	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: 1131	Schaltanlagen zu verbauen,ist für erneuerbare Energie sehr widersprüchlich und sollte und muss verboten werden. 2. Wir als Außenlieger sind am meisten betroffen und ich erwarte -Abstände trotz gesetzlichem minimum vergrößert weden-Aufwandsentschädigung für Lärm ,Sicht ,Infraschall... 3. Verkauf ist keine Option, es geht um Generation die hier gelebt haben.Und des weiteren will die Menschheit erneuerbare Energie aber nicht vor der eigenen Haustür.	nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.9, 2.5, 7.3 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2926	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich möchte nicht, dass die Naturschutzgebiete mit ihrer einzigartigen Natur zerstört werden. Mir ist es auch wichtig, daß geschützte Großvogelarten, wie zum Beispiel der Rotmilan, Seeadler, Uhu, Wespenbussard, Schwäne weiterhin in unserer Heimat brüten. Überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen freigehalten werden. Ich befürchte auch körperliche Beschwerden durch Lärm, Schattenwurf, Blinklichter, Infraschall und ich möchte, daß die Abstandsregelung von 5 H zur Wohnbebauung gilt. Ich lehne die Absenkung des Grundwasserspiegels zum bau von Windkraftanlagen strikt ab, da in der Nähe befindliche Grundwasserseen mit der dazugehörigen Fauna und Flora erheblich beeinträchtigt werden. Ich fordere, daß Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sicher gestellt ist, daß der Strom auch eingespeist werden kann, also die Vermeidung von	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2, 3.18, 4.20, 7.3, 5.4, 7.2.5 sowie 2.1 bis 2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Phantomstrom. Ich fordere, dass ein Havariefall durch ausreichende Abstände von mind. 1500 Meter zu Wohnbebauung abgesichert wird. Ich möchte, daß die gleiche Abstandsregelung für alle Menschen gilt. egal ob Stadt, Dorf, Splittersiedlungen oder Einzelhäuser (min. 1500m). Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1328	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig[1]Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Mit der Festlegung der Ziele 15 Z und 16 Z kann das Bundesland Schleswig-Holstein der EU-Kommission sehr gut entgegen kommen und den Nachweis für Maßnahmen zum Schutz der Vögel belegen. Ferner kann Schleswig-Holstein mit dem Entwurf des LEP „Wind an Land“ das Begehren des Zentrums des UNESCO-Welterbes in Paris vom Juni 2024, eine gute, wohlbegründete Stellungnahme zum Erhalt des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer abzugeben, weitgehend erfüllen. Dieses wurde u.a. mit der Begründung zum Schutz des	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund der geografischen Lage von Schleswig-Holstein gibt es im ganzen Land Vogelzug. Vielfach handelt es sich um den sogenannten Breitfrontenzug von Singvögeln, der nachts in großer Höhe stattfindet, sodass er im Rahmen von Windenergieplanungen keine Berücksichtigung findet. Die räumliche Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs geben daher nicht die gesamte biologische Dimension des Vogelzuges wieder, sondern konzentrieren sich auf die nach aktuellem Kenntnisstand potenziell besonders konfliktträchtigen Bereiche. Nicht alle Vogelzugwege sind als Konfliktbereiche im Rahmen der Windkraftplanung anzusehen oder lassen sich im Raum abgrenzen. Andere Bereiche, die durch Breitfrontenzug geprägt sind und/oder in denen Vogelzug auf breiterer Front und vielfach in Höhen stattfindet, die durch die Windenergienutzung nicht betroffen sind, wurden nicht bei dem Vogelzugkriterium berücksichtigt. Die Errichtung von Windenergieanlagen wirkt sich durch die Veränderung des Lebensraums, durch den Scheucheffekt und durch ein hohes Kollisionsrisiko negativ auf Wiesenvögel aus. Schleswig-Holstein hat bundesweit eine herausragende Bedeutung für Wiesenvögel. Im besonderen Fokus stehen die Wiesenlimikolen Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ostatlantischen Vogelzuges errichtet. Schleswig-Holstein kommt dem Schutz der überregionalen Vogelzugroute sowie der Wiesenvogel-Brutgebiete mit den Zielen 15 Z und 16 Z vorbildlich nach. Wir leben in einer Zeit vieler Krisen. Zwei davon sind die Zwillinge Klimakrise und Krise der Artenvielfalt (Biodiversität). Die Klimakrise bedroht unsere Lebensqualität, die Krise der Artenvielfalt unsere Lebensgrundlagen. Für beide müssen gute Lösungen gefunden werden, für beide braucht es geeignete Räume: Räume für erneuerbare Energien und Räume für den Schutz der Biodiversität, welche hier in Schleswig-Holstein zum Schutz unzähliger Vogelarten des ostatlantischen Vogelzuges und der Wiesenvögel unverzichtbar sind. Nur mit intakten Ökosystemen und Biodiversität lassen sich unsere Lebensgrundlagen langfristig sichern. Deshalb muss der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist darum entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Das muss die Flächen um Oldenswort einschließen. In der „Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“1 sind Flächen in Oldenswort „weiß“ dargestellt. Bedeutet dies, dass sie keinen Schutzraum für den Vogelzug und die Wiesenvogel-Brutgebiete bilden? In der „Negativkarte“ dazu „Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024)“2 sind alte und neue Potenzialflächen in Oldenswort ausgewiesen. Mit den Potenzialflächen nördlich und südlich der Kreisstraße wird ein fachlich unbegründeter Keil in die überregionale Vogelzugroute geschlagen und verengt den ohnehin schmalen Korridor für den Zug von Millionen von Vögeln und verlässt an dieser Stelle den Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete. Für Zug- und Wiesenvögel sind derartige, menschengemachte Grenzen außerdem völlig irrelevant. Dies wird gestützt durch die Karte Nr. 8 im Umweltbericht, S. 39. Außerdem wurde bereits im Datenblatt PR1_NFL_309 zum LEP Wind von 2020 festgelegt: „Die durch die Kreisstraße K20 abgeteilte Fläche im Südwesten liegt in der Hauptachse des überregionalen Vogelzugs. Dieser Teilbereich wird auch aus diesem Grund nicht als	Austernfischer. Aufgrund der speziellen Habitatansprüche spielen Flächen mit noch vorhandenen Wiesenvogelvorkommen eine besondere Rolle beim Schutz der Arten. Innerhalb der Flächen, die grundsätzlich für Wiesenvögel geeignet sind, wird die Bedeutung einzelner Gebiete mit der Siedlungsdichte/Anzahl der Brutpaare der oben genannten Arten seit Mitte der 2000er Jahre im Rahmen eines Wiesenvogelmonitorings erfasst. Die Wiesenvogelkulisse wird im regelmäßigen Abstand anhand aktueller Daten überprüft und angepasst.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorranggebiet übernommen.“ Was hat sich daran bis heute geändert, dass die Ausweisung als Potenzialfläche begründet? Der nördliche Teil wurde seinerzeit ohnehin nur mit dem Hinweis auf die bestehenden WEA als Vorrangfläche ausgewiesen. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von WEA frei zu halten: Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. In der Landschaft Eiderstedt haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente erhalten und sind heute noch „lesbar“. Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege, eine Vielzahl historischer Gebäude wie Haubarge und die 18 Kirchen etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die naturnahe, nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen durch diesen Hauptwirtschaftsfaktor der Region sichert. Auch die Einwohner stehen mehrheitlich hinter den Zielen des LEP-Wind-Entwurfes. In einer von der Gemeindevertretung Tating initiierten Einwohnerbefragung am 9.6.2024 haben 63 % der Einwohner gegen neue WEA und gegen die Sicherung der bestehenden Anlagen in Tating votiert. Dieses Ergebnis kann man nach allen Äußerungen und Verlautbarungen durchaus auf ganz Eiderstedt übertragen. Nach meinem Verständnis kann Klimaschutz nur dann gelingen, wenn er im Einklang mit Natur, Menschen und der Landschaft steht. Deshalb sollte abschließend noch einmal intensiv geprüft werden, ob eine WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein von der Natur, den Landschaften und den Menschen insgesamt getragen und bewältigt wird. Dazu erlaubt der Entwurf des LEP zukünftig auch den Bau von WEA in bisher freigehaltenen Landschaftsschutzgebieten wie z.B. im Landschaftsschutzgebiet Gotteskoog. Landschaftschutzgebiete müssen als Bausteine der Lebensraumerhaltung und des Lebensraumverbundes wieder aus der Kulisse der Windeignungsgebiete	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	genommen werden. Ich weise auf zwei Karten hin3 , aus denen ersichtlich wird, dass sich unser Land in Bezug auf die Umgebungswirkung von Windkraftanlagen zu einem riesigen Windpark entwickelt. Die beiden Karten zeigen je nach Wirkungsgrad der unterschiedlichen Entfernungen die flächendeckenden, räumlichen Auswirkungen von WEA. Dagegen würde Schleswig-Holstein mit der ursprünglich geplanten, bereits riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Hinzu kommen außerdem ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die in der Landschaft oder auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen errichtet werden, anstatt auf bereits versiegelten Flächen (vgl. Gutachten des Fraunhofer Instituts im Auftrage des Landes Schl.-Holst. vom 16.02.2022). Werden die Landschaften Schleswig-Holsteins nunmehr eine einzige große Energie[1]Industrielandschaft? Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf des neuen LEP-Wind im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung für die ostatlantische Vogelzugroute und die Wiesenvögel-Brutgebiete (in Text und Karte) keinesfalls zu verändern, Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen und die Notwendigkeit für das Ausmaß von 7,2 % der geplanten Landesfläche für WEA zu überprüfen sowie die Freigabe von Landschaftsschutzgebieten zurückzunehmen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1954	Widerspruch gegen die Bebauung von 7 Windkraftanlagen Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, hiermit lege ich gegen den Bau von 7 Windkraftanlagen in meiner Heimat Widerspruch ein. Diese Anlagen zerstören die ganze Natur und Tierwelt. Wo bleibt der Naturschutz? Es leben hier zahlreiche Vögel darunter der seltene Fischadler. Der Tourismus würde unter dem Anblick und die Lärmbelastung stark beeinträchtigt. Es gibt hier zahlreiche Radwanderwege. Allein der alte Bahndamm ist eine beliebte Strecke. Sie würde genau an dieser Anlage vorbeiführen. Außerdem befürchte ich gesundheitlichen Schäden durch Lärm- und	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 3.15.1 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Infraschallbelastung. Da die Windenergieanlagen von allen Bürgern über Zwangsabgaben im Rahmen der Stromrechnung bezahlt werden, erzielt die Windindustrie ihre Profite auf Kosten der breiten Bevölkerung. Außerdem werden die Zuschüsse für die Windindustrie durch den weiteren Zubau von Anlagen voraussichtlich weiter steigen. Ich befürchte, dass Strom für ärmere Menschen unbezahlbar wird und die Umverteilung von unten nach oben zu sozialen Spannungen führt. Allein aufgrund dieser Dimensionen ist es völlig ausgeschlossen, dass man von deutschem Boden aus einen Einfluss auf das Weltklima entfalten kann. Ich hoffe, dass sie meinem Einspruch Aufmerksamkeit schenken. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.2.10, 7.3.2 und 7.3.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1130	All die Risiken und Gefährdungen für die Natur, die Tierwelt und den Menschen einzugehen für eine Technik, die nicht ausgereift ist und so viele Fragen aufwerfen, ist nicht hinzunehmen. Die Risiken sind meiner Meinung nach zu groß im Gegensatz zu den Chancen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1129	Sehr geehrte Damen und Herren, Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung abund fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich fordere, dass Windanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom eingespeist werden kann. Demgemäß spreche ich mich gegen die derzeitigen Ziele und Grundsätze der Raumordnung aus. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.5 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1128	**MoinMoin!** **Solange der in SH produzierte Windstrom nicht abtransportiert werden kann und viele Windräder bei Wind!!! stillstehen,** **sollten keine neuen Anlagen gebaut werden!!! Wir Steuerzahler zahlen ja auch für den nicht genutzten Strom und wir** **fühlen uns gegenüber anderen Bundesländern ...Bayern!!! benachteiligt. Bis der Strom tatsächlich genutzt werden kann,** **die Leitungen endlich liegen, sind die Anlagen doch längst nicht mehr auf dem neuesten Stand!!!** **Wir sind für die Windenergie - aber nicht so!!!** [redacted] und Familie	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.5 und 7.2.6 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1127	Sehr geehrte Damen und Herren, den Ausbau von Windenergie in unserem Kreis Herzogtum Lauenburg befürworte ich. Ich habe zu den Zielen der Raumordnung folgende Eingaben: Ziele der Raumordnung, 12.9 regionale Grünzüge. Im Text heißt es, dass bei "der Ausweisung von Windenergiegebieten die Anforderungen an die Funktionen der regionalen Grünzüge berücksichtigt werden" sollen. In unserem Kreis Herzogtum Lauenburg ist es so, dass eine besonders große, nach Ansicht Vieler - willkürliche -, Fläche gesamthaft als regionaler Grünzug deklariert wurde, z.B. auch bis direkt an die Autobahn A24 heran und um diese herum. So ist daher nicht klar, inwiefern auf solch eine große Ausweisung von Grünzügen Rücksicht genommen werden soll. In der Praxis diente der regionale Grünzug in der Vergangenheit im Kreis Herzogtum Lauenburg vor allem dazu, alle möglichen Erneuerbaren-Energien-Projekte wie z.B. PV-Anlagen zu unterbinden. Ich möchte hiermit zum Ausdruck bringen, dass die regionalen Grünzüge bei der Ausweisung von Windpotenzialflächen, anders als bei großflächigen PV-Anlagen, keine besondere Berücksichtigung finden sollten, da Windkraftanlagen relativ wenig Fläche verbrauchen. Der Ausbau von Windenergie sollte eine klare Priorität sein. Des Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass im Kreis Herzogtum Lauenburg - trotz	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Regionale Grünzüge werden im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten im Einzelfall geprüft, ob, an welcher Stelle und in welchem Umfang Vorranggebiete Windenergie festgelegt werden können. Planungsziel ist u. a. die Erreichung der bundesgesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerte. Auf der Grundlage der Ziele und Grundsätze, die landesweit einheitlich zur Anwendung ergeben, wird sich die Vorranggebietskulisse ergeben. Damit einher geht die entsprechende räumliche Verteilung der Vorranggebiete. Die Hinweise bezüglich der möglichen Fehler in der Karte werden geprüft und die Karte wird ggf. angepasst.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	der strategisch wichtigen Lage zwischen der Metropolregion Hamburg, der Hansestadt Lübeck und dem nah liegenden Schwerin bisher nur vergleichsweise wenig Windkraft-Anlagen gebauten wurden. Um einen regionalen Ausgleich in Schleswig-Holstein zu schaffen, direkte Stromabnehmer wie große Firmen in und um Hamburg zu bedienen und dabei in das geplante Umspannwerk in Sahms oder den geplanten Höchstspannungsleitungen von 50 Hertz und Tennet in unserem Kreis einzuspeisen, möchte ich mich für eine weitere Ausweisung von Windkraft bei uns stark machen. Unser Kreis wird zukünftig ein wichtiger Stromverknüpfungs- und knotenpunkt sein. Es wäre bei allen dadurch entstehenden Nachteilen nur konsequent, wenn die Region auch Vorteile wie Gewerbesteuereinnahmen oder die 0,2 Cent/kwh Kommunalabgabe erhält und von der Energiewende durch den Ausbau von Windkraft profitiert. Zusätzlich habe ich Hinweise zu Fehlern in der Karte: 4.5.1.1 Siedlungsstrukturen 1.Z 800m Umgehungsbereich. Mir ist aufgefallen, dass die 800m Umgehung rund um das Dorf Dahmker im Kreis Herzogtum Lauenburg nicht korrekt ist. Das letzte südliche Haus ist bereits landwirtschaftlicher Außenbereich, sodass die 800m weiter im Ortskern anfangen müssten. Ich bitte Sie, dies zu prüfen. 2.Z 400m Umgehungsbereich bei Einzelhäusern. Nördlich angrenzend an das [redacted], Gemarkung Basthorst-Haupthof in der Gemeinde Basthorst (zwischen den Gemeinden Basthorst, Dahmker und Kasseburg) wurde in der Karte ein Radius rund um ein seit Jahrzehnten nicht mehr existierendes Bahnwärterhaus gezogen, sodass Windkraftanlagen hier ausgeschlossen werden. Dies ist falsch. Weder die Bahnstrecke, noch das Bahnwärterhaus existiert noch. Der Bahndamm ist inzwischen sicherlich bereits als Biotop eingetragen. Ich möchte Sie bitten, dies in der Karte zu korrigieren. Vielen Dank.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1126	**Stellungnahme zur Potenzialfläche PR2_PLO_006** **Betroffene Gemeinden: Stoltenberg, Fargau-Pratjau, Höhndorf** Sehr geehrte Damen und Herren, als landwirtschaftliche Betrieb möchten wir unsere Perspektive zur aktuellen Abstandsregelung für Windkraftanlagen im Rahmen der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2024 darlegen. Relevanz der Abstandsregelung für Landwirtschaft und Energie **Wirtschaftliche Bedeutung der Flächennutzung:** Die landwirtschaftliche Nutzung der Flächen in unserer Region ist entscheidend für die wirtschaftliche Stabilität unserer Betriebe. Eine strenge Abstandsregelung, wie die derzeit vorgeschriebenen 1500 Meter zu Brutstätten des Rotmilans, schränkt diese Nutzung erheblich ein und reduziert gleichzeitig das Potenzial für den Ausbau erneuerbarer Energien. **Bedeutung erneuerbarer Energien:** Windkraftanlagen stellen eine wichtige Ergänzung zur landwirtschaftlichen Nutzung dar und tragen zur Diversifizierung und wirtschaftlichen Sicherung unserer Betriebe bei. Der Ausbau dieser Anlagen wird jedoch durch die überzogene Abstandsregelung erheblich erschwert. Widerspruch zur bundesweiten Regelung **Diskrepanz zu bundesweiten Standards:** Die bundesweit empfohlene Abstandsregelung von 1200 Metern basiert auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, die einen ausgewogenen Schutz des Rotmilans gewährleisten, ohne den Ausbau erneuerbarer Energien unnötig zu behindern. Die Abweichung in Schleswig-Holstein erscheint daher unverhältnismäßig und belastet landwirtschaftliche Betriebe unnötig. Unsere Forderung **Anpassung der Abstandsregelung:** Wir sprechen uns für eine Reduzierung des Abstands auf 1200 Meter aus, wie es im bundesweiten Vergleich üblich ist. Dies würde nicht nur die Flächenverfügbarkeit für	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windkraftanlagen erhöhen, sondern auch die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe in unserer Region unterstützen. **Schlussfolgerung:** Die aktuelle Regelung stellt eine unnötige Belastung für landwirtschaftliche Betriebe dar und behindert den Ausbau erneuerbarer Energien. Eine Anpassung der Abstandsregelung auf 1200 Meter würde eine bessere Balance zwischen Naturschutz und wirtschaftlichen Interessen schaffen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1125	Guten Tag, Ich lebe seit fast 30 Jahren im wunderschönen Heidmühlen. Vor ca 8 Jahren haben meine Eltern und ich uns einen Riesen Traum vom eigenen Hof erfüllt. Dieser Traum wird durch den Bau der Windanlagen kaputt gemacht. Es ist für die Pferde ein Riesen Stress Faktor unter den Schattenschlägen und Geräuschen zu leben und arbeiten. Wie kann es zulässig sein, dass zum Ortskern 800 m eingehalten und zu unserem Hof , wo wir leben nur 400 m ? Warum werde da so große Unterschiede gemacht? Auf unserem Waldstück direkt am Hof und neben den neu entstehenden Mühlen lebt ein Milan-Paar , was in diesem Jahr ein kleines bekommen hat. Wie wir alle wissen steht dieser Vogel unter Naturschutz und sollte bewahrt werden. Wir leben in einem so schönen Gebiet , wo andere Urlaub machen und das würde ich mir wünschen erhalten zu dürfen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1124	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich mich an dem Entwurf des Landesentwicklungsplans bezüglich neuer Vorrangsflächen für Windkraftanlagen äußern. Um das Ziel, die erneuerbaren Energien auszubauen zu unterstützen, kann auch die von uns genutzte Fläche: Gemarkung: Bad Bramstedt Flur: ■■ Flurstück: ■■■ mit einbezogen werden. Umliegende Flächen sind ebenfalls interessant. Auch aufgrund der Nähe zum bereits bestehenden Umspannwerk. Ich würde mich über eine Rückmeldung freuen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1123	Sehr geehrte Damen und Herren, ich gebe, bezogen auf die Fläche in der Gemeinde Wattenbek, zur Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplans – Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie) folgende Stellungnahme ab; Ich sehe diese geplante Teilfortschreibung kritisch, da einige Aspekte zu wenig Beachtung finden und kann der geplanten Fläche, die südöstlich von unserem Wohnort ausgerichtet ist, nicht zustimmen. 1. Mit großer Sorge sehe ich eine mögliche Beeinträchtigung durch **Geräuschbelästigung**, da oft eine gegebene Windrichtung aus Westen vorherrscht und die Windmühlen durchaus in Sichtweite in dieser Richtung stehen. Von bereits vorhandenen Standorten anderer Windparks gibt es zunehmend Beschwerden über Geräuschbelästigung, die geben mir große Bedenken. Daher sollte ein Abstand zu Häusern mindestens 1000m betragen. 2. Der **Verlust an Acker- und Grünfläche** in Schleswig-Holstein ist schon täglich mit 3ha durch Bebauung sehr groß. Da ist es wünschenswert, dass nicht noch mehr Fläche verloren geht. Zumal in unmittelbarer Nähe, der Gemeinden Bordesholm und Mühbrook, schon eine große Fläche mit PV belegt wurde. Die Erhaltung von Flächen , durch die die Ernährung von Mensch und Tier	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Außerdem enthält die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 4.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Bezüglich der anderen Hinweise / Argumente, die in der Stellungnahme genannt werden, wird auf die Ziffern 7.2.6, 7.3.2 und 7.4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ermöglicht wird, **MUSS** erhalten bleiben. 3. Das im Süden befindliche **Naturschutzgebiet Dosenmoo**r ist ein erhaltenswertes und schützenswertes Gebiet, das mit seiner Flora und Fauna nicht beeinträchtigt werden darf, ein Abstand von 100m ist daher viel zu gering. Fraglich ist auch , ob die möglichen Standorte von Windmühlen und deren Zuwegung in diesem moorig nassem Boden überhaupt gebaut werden könnten. Direkt betroffen wären auch Wasserabläufe und der Wasserhaushalt um das Moor herum; wie verändert es den Wasserhaushalt für die angrenzenden Wälder? 4. Desweiteren kann ich dieses Plangebiet in diesm Umfang nicht unterstützen, da **mangelnde 100% ige Nutzbarkeit** des bereits aus Wind und Sonne gewonnenen Stroms nicht gegeben ist., da der Netzausbau überhaupt noch nicht ausreichend ist und es immer wieder zu **Abschaltungen** kommt Daher sollte die Planung schwerpunktmässig doch in den **Netzausbau** gelegt werden, bevor noch weitere Flächen ausgewiesen werden. Ich erbitte daher eine Nachbesserung in der TF - LEP bzw. mindestens eine Wiederherstellung der bisherigen Schutzmaßnahmen und gebe zu Bedenken, dass bereits 2010 in einem Bürgerentscheid gegen eine geplante Fläche entschieden wurde. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2893	Ministerium für Inneres, Kommunales Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein - Landesplanungsbehörde, Referat IV 64- Düsternbrooker Weg 92 24105 Kiel Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „ Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.1, 7.2.3 sowie 2.2 bis 2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Der Artenschutz der Vogelwelt gerade im Bereich Langwedel wie z.B. Milan, Schwarzstorch und viele andere, die hier heimisch sind. Dann solte der Abstand zu Wohnhäusern mind. 1000m vetragen, womit immer noch genug Flächen zu Verfügung ständen. Desweiteren ist zu bedenken, das viele Anlagen gar nicht betrieben werden, da der Strom noch nicht weitergeleitet werden kann. Ökostrom aus Norwegen ist wesentlich günstiger. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	
Gruppe ID: GM1351 Anzahl: 4 (IDs: 1090, M1259, M1289, M1351)	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wiefolgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besondererBedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Zieleder Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Darüber hinaus beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird daher insbesondere auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Mit der Festlegung der Ziele 15 Z und 16 Z kann das Bundesland Schleswig-Holstein der EU-Kommission sehr gut entgegen kommen und den Nachweis für Maßnahmen zum Schutz der Vögel belegen. Ferner kann Schleswig-Holstein mit dem Entwurf des LEP „Wind an Land“ das Begehren des Zentrums des UNESCO-Welterbes in Paris vom Juni 2024, eine gute, wohlbegründete Stellungnahme zum Erhalt des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer abzugeben, weitgehend erfüllen. Dieses wurde u.a. mit der Begründung zum Schutz des ostatlantischen Vogelzuges errichtet. Schleswig-Holstein kommt dem Schutz der überregionalen Vogelzugroute sowie der Wiesenvogel-Brutgebiete mit den Zielen 15 Z und 16 Z vorbildlich nach. Wir leben in einer Zeit vieler Krisen. Zwei davon sind die Zwillinge Klimakrise und Krise der Artenvielfalt (Biodiversität). Die Klimakrise bedroht unsere Lebensqualität, die Krise der Artenvielfalt unsere Lebensgrundlagen. Für beide müssen gute Lösungen gefunden werden, für beide braucht es geeignete Räume: Räume für erneuerbare Energien und Räume für den Schutz der Biodiversität, welche hier in Schleswig-Holstein zum Schutz unzähliger Vogelarten des ostatlantischen Vogelzuges und der Wiesenvögel unverzichtbar sind. Nur mit intakten Ökosystemen und Biodiversität lassen sich unsere Lebensgrundlagen langfristig sichern. Deshalb muss der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist darum entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Das muss die Flächen um Oldenswort einschließen. In der „Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“1 sind Flächen in Oldenswort „weiß“ dargestellt. Bedeutet dies, dass sie keinen Schutzraum für den Vogelzug und die Wiesenvogel-Brutgebiete bilden? In der „Negativkarte“ dazu „Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024)“2 sind alte und neue Potenzialflächen in Oldenswort	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausgewiesen. Mit den Potenzialflächen nördlich und südlich der Kreisstraße wird ein fachlich unbegründeter Keil in die überregionale Vogelzugroute geschlagen und verengt den ohnehin schmalen Korridor für den Zug von Millionen von Vögeln und verlässt an dieser Stelle den Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete. Für Zug- und Wiesenvögel sind derartige, menschengemachte Grenzen außerdem völlig irrelevant. Dies wird gestützt durch die Karte Nr. 8 im Umweltbericht, S. 39. Außerdem wurde bereits im Datenblatt PR1_NFL_309 zum LEP Wind von 2020 festgelegt: „Die durch die Kreisstraße K20 abgeteilte Fläche im Südwesten liegt in der Hauptachse des überregionalen Vogelzugs. Dieser Teilbereich wird auch aus diesem Grund nicht als Vorranggebiet übernommen.“ Was hat sich daran bis heute geändert, dass die Ausweisung als Potenzialfläche begründet? Der nördliche Teil wurde seinerzeit ohnehin nur mit dem Hinweis auf die bestehenden WEA als Vorrangfläche ausgewiesen. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von WEA frei zu halten: Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. In der Landschaft Eiderstedt haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente erhalten und sind heute noch „lesbar“. Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege, eine Vielzahl historischer Gebäude wie Haubarge und die 18 Kirchen etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die naturnahe, nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen durch diesen Hauptwirtschaftsfaktor der Region sichert. Auch die Einwohner stehen mehrheitlich hinter den Zielen des LEP-Wind-Entwurfes. In einer von der Gemeindevertretung Tating initiierten Einwohnerbefragung am 9.6.2024 haben 63 % der Einwohner gegen neue WEA und gegen die Sicherung der bestehenden Anlagen in Tating votiert. Dieses Ergebnis kann man nach allen Äußerungen und Verlautbarungen durchaus auf ganz Eiderstedt übertragen. Nach meinem Verständnis kann Klimaschutz nur dann gelingen, wenn er im Einklang mit	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Natur, Menschen und der Landschaft steht. Deshalb sollte abschließend noch einmal intensiv geprüft werden, ob eine WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein von der Natur, den Landschaften und den Menschen insgesamt getragen und bewältigt wird. Dazu erlaubt der Entwurf des LEP zukünftig auch den Bau von WEA in bisher freigehaltenen Landschaftsschutzgebieten wie z.B. im Landschaftsschutzgebiet Gotteskoog. Landschaftsschutzgebiete müssen als Bausteine der Lebensraumerhaltung und des Lebensraumverbundes wieder aus der Kulisse der Windeignungsgebiete genommen werden. Ich weise auf zwei Karten hin3, aus denen ersichtlich wird, dass sich unser Land in Bezug auf die Umgebungswirkung von Windkraftanlagen zu einem riesigen Windpark entwickelt. Die beiden Karten zeigen je nach Wirkungsgrad der unterschiedlichen Entfernungen die flächendeckenden, räumlichen Auswirkungen von WEA. Dagegen würde Schleswig-Holstein mit der ursprünglich geplanten, bereits riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Hinzu kommen außerdem ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die in der Landschaft oder auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen errichtet werden, anstatt auf bereits versiegelten Flächen (vgl. Gutachten des Fraunhofer Institutes m Auftrage des Landes Schl.-Holst. vom 16.02.2022). Werden die Landschaften Schleswig-Holsteins nunmehr eine einzige große Energie-Industrielandschaft? Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf des neuen LEP-Wind im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung für die ostatlan7sche Vogelzugroute und die Wiesenvögel-Brutgebiete (in Text und Karte) keinesfalls zu verändern, Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen und die Notwendigkeit für das Ausmaß von 7,2 % der geplanten Landesfläche für WEA zu überprüfen sowie die Freigabe von Landschaftsschutzgebieten zurückzunehmen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2910	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 5.4, 4.20, 7.1.1, 4.5, 2.1, 4.2, 4.3, 7.2.7 und 7.1.5 der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich möchte eine Abstandsregelung von mind. 5 H zur Wohnbebauung, da ich körperliche Beschwerden befürchte. • Die Trinkwasserqualität u. Verfügbarkeit von Trinkwasser könnten durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet sein. • Geschützte Großvogelarten, wie z.B. Seeadler, Rotmilan, Graureiher, Kraniche sollten in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Daher wünsche ich die Abstandsregelung zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Eine beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ab. • Die Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwischen Tarbeker Moor, Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm sollten gewährleistet bleiben. • Die Lebensqualität sollte durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Infraschall und Eiswurf nicht eingeschränkt werden. • Ich befürchte einen Wertverlust meiner Immobilie und fordere eine Abstandsregelung von mind. 5 H zur Wohnbebauung. • Die Flugrouten des Bundesheers und der Luftrettung können gestört werden. Diese Routen sind freizuhalten. • Die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste sollten nicht gefährdet werden. • Ich wünsche, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft)(d. Seen) unbeeinträchtigt bleiben. • Vorhandene Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, FFH-Gebiete, Biotopverbundachsen, Moor- und Niederungsflächen, sollten als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung	allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ausgeschlossen werden. • In jahrelanger Aufbauarbeit wurde in meiner Heimat ein Biotopverbundsystem geschaffen, dieses muss geschützt und weiterentwickelt werden. • Ich möchte, dass ein Havariefall (Brandausbreitung, technischer Defekt) durch Abstände von mind. 1500m zu Wohnhäusern abgesichert wird. • Die Abgabefrist der Stellungnahme sollte auf 6 Monate verlängert werden. • Um die Tourismusentwicklung zu erhalten, sollten vorhandene Naturschutzgebiete nicht zerstört werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2927	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich fordere, dass sichergestellt ist, dass der Strom eingespeist werden kann, bevor neue Anlagen gebaut werden. Der Abstand zu Wohnhäusern muss deutlich erweitert werden und die Anwohnerschaft innerhalb von 3.000 Metern muss direkt in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Die Abstandsregelung sollte für alle Menschen und Wohnhäuser gelten unabhängig ob Sadt, Dorf oder Splittersiedlungen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.5, 7.1.3, 2.1, 4.1, 7.2.9, 4.2 und 5.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Meine Sorge ist, dass Lebensräume von gefährdeten und geschützten Vogelarten zerstört werden. Durch den radikalen Ausbau von Windkraftanlagen wird das Land optisch und physisch verschandelt. Ich befürchte erhebliche Auswirkungen durch Giftstoffe auf Land, Natur, Tier und Mensch. Naturschutzstandarts und -gesetze dürfen nicht abgesenkt oder abgeschafft werden. Ich lehne due Absenkung des Grundwasserspiegels zum Schaden von Tier- und Pflanzenwelt entschieden ab. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1122	Moin ich bin gegen das Aufstellen Windanlagen im Bereich der Gemeinde Heidmühlen! Begründung der Natur-und Umweltschutz. Bei uns gibt es noch viele Greifvögel. Milan, Adler und Co. Deren Lebensraum erachte ich als absolut schützenswert. Zum Anderen empfinde ich es als bedenklich große Betonfundamente in dem Erdboden einzubringen und diese dort für viele Jahre bzw. für immer zu belassen! Dies verändert den Fluss des Grundwassers. Wir haben in Heidmühlen schützenswerte Flusslandschaft der Klasse I+II. Das möchte ich das das so bleibt! Dann schränkt der Ausblick auf die geplanten WEA‘s meine Lebensqualität derart ein das ich auch daher keine bei uns im Dorf möchte! Schleswig-holsteinisch produziert zzt. ca. 170% seines eigen Strombedarfes aus erneuerbaren Energien. Daher denke ich, auch da sind wir Landesweit eigentlich gut aufgestellt und brauchen keine weiteren WEA‘s in unserem Bundesland.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	**Stellungnahme**	**Begründung**
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1121	Verschiedene Fledermausarten, große Vogelarten wie Weißstorch, Rotmilan, zuletzt sogar ein Schwarzstorch haben keine Möglichkeit ihr Stimme selbst zu erheben. Im Sinne dieser augenfälligen Naturbewohner spreche ich mich eindeutig gegen Windenergieanlagen in der Gemeinde Heidmühlen aus.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1119	Sehr geehrte Damen und Herren, Ich bin mit der Planung von Windkraftanlagen im geplanten Raum 24598 Heidmühlen nicht einverstanden. Unser dörflicher Raum mit Knapp 680 Einwohnern dient zur Erholung für Mensch und Tier. Meine Bedenken sind vor allem der Natur gewidmet. Unmittelbar gegenüber vom Segeberger Forst einen Windpark zu errichten halte ich für schlichtweg falsch. Viele vom Aussterben bedrohte Tierarten sind hier beheimatet unter anderem der Rotmilan und seltene Fledermäuse werden von den Rotoren des Windrades schlichtweg erfasst. Darüber hinaus hat der geplante Bereich eine nasse bzw. moorige Bodensubstanz und bietet somit kein festes Fundament für die gewaltigen Windmühlen. Ich bitte Sie diesen Bereich in Ihrer Planung nicht mehr in Erwägung zu ziehen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1118	Ich bin aus Naturschutz und Tierschutzgründen gegen den Ausbau der Windkraft im Kreis Segeberg, Gemeinde Boostedt Heidmühlen. Darüber hinaus sind die Abstände zu den Gemeinden viel zu gering.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1117	Allgemeine Stellungnahme zum Ausbau der Windkraftanlagen: 1. Es sollten keine neuen Windkraftanlagen errichtet oder genemigt werden solange keine ausreichenden Möglichkeiten der Speicherung oder Weiterleitung des anfallenden Stromes bestehen. Es ist bekannt, dass an vielen Tagen deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Quellen anliegt als benötigt wird, die Anlagen daher abgeregelt werden müssen und die Betreiber Ausgleichszahlungen in Höhe von mehreren hundert Millionen, wenn nicht Milliarden erhalten, die am Ende auf die Strompreise der Kunden umgelegt	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.3, 7.2.5, 7.2.6 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden oder anderweitig vom Steuerzahler finanziert werden. 2. Das führt besonders in Schleswig-Holstein dazu, dass Stomkunden mit die höchsten Strompreise in Deutschland und Europa bezahlen. Die angedachte Reform der regionalen Strompreisgestaltnung muss ebenfalls abgewartet werden bevor neue Anlagen entstehen. 3. Bei der Ausweisung von Windkraft geeigneten Flächen müssen Belange des Naturschutzes wesentlich stärker berücksichtigt werden. In Schleswig-Holstein insbesondere der Schutz seltener Vogelarten wie Rotmilan und Fischadler, der Schutz von Fledermäusen oder der Schutz der die schleswig-holsteinische Landschaft prägenden Knicks. Ebenfalls sollte stärker berücksichtigt werden wie zunehmende Flächenversiegelung und Rodungen - auch durch Baumaßnahmen für Windkraftanlagen - dem Ziel des Hochwasser- und allgemeinen Klimaschutzes entgegenwirken.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1297	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Mit der Festlegung der Ziele 15 Z und 16 Z kann das Bundesland Schleswig-Holstein der EU-Kommission sehr gut entgegen kommen und den Nachweis	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Darüber hinaus beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird daher insbesondere auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	für Maßnahmen zum Schutz der Vögel belegen. Ferner kann Schleswig-Holstein mit dem Entwurf des LEP „Wind an Land“ das Begehren des Zentrums des UNESCO-Welterbes in Paris vom Juni 2024, eine gute, wohlbegründete Stellungnahme zum Erhalt des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer abzugeben, weitgehend erfüllen. Dieses wurde u.a. mit der Begründung zum Schutz des ostatlantischen Vogelzuges errichtet. Schleswig-Holstein kommt dem Schutz der überregionalen Vogelzugroute sowie der Wiesenvogel-Brutgebiete mit den Zielen 15 Z und 16 Z vorbildlich nach. Wir leben in einer Zeit vieler Krisen. Zwei davon sind die Zwillinge Klimakrise und Krise der Artenvielfalt (Biodiversität). Die Klimakrise bedroht unsere Lebensqualität, die Krise der Artenvielfalt unsere Lebensgrundlagen. Für beide müssen gute Lösungen gefunden werden, für beide braucht es geeignete Räume: Räume für erneuerbare Energien und Räume für den Schutz der Biodiversität, welche hier in Schleswig-Holstein zum Schutz unzähliger Vogelarten des ostatlantischen Vogelzuges und der Wiesenvögel unverzichtbar sind. Nur mit intakten Ökosystemen und Biodiversität lassen sich unsere Lebensgrundlagen langfristig sichern. Deshalb muss der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist darum entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Das muss die Flächen um Oldenswort einschließen. In der „Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“1 sind Flächen in Oldenswort „weiß“ dargestellt. Bedeutet dies, dass sie keinen Schutzraum für den Vogelzug und die Wiesenvogel-Brutgebiete bilden? In der „Negativkarte“ dazu „Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024)“2 sind alte und neue Potenzialflächen in Oldenswort ausgewiesen. Mit den Potenzialflächen nördlich und südlich der Kreisstraße wird ein fachlich unbegründeter Keil in die überregionale Vogelzugroute geschlagen und verengt den ohnehin schmalen Korridor für den Zug von Millionen von Vögeln und verlässt an dieser Stelle den Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete. Für Zug- und Wiesenvögel sind derartige, menschengemachte Grenzen außerdem völlig irrelevant. Dies wird gestützt durch die Karte Nr. 8 im Umweltbericht, S. 39. Außerdem wurde bereits im Datenblatt PR1_NFL_309 zum LEP Wind von 2020 festgelegt: „Die durch die Kreisstraße K20 abgeteilte Fläche im Südwesten liegt in der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hauptachse des überregionalen Vogelzugs. Dieser Teilbereich wird auch aus diesem Grund nicht als Vorranggebiet übernommen.“ Was hat sich daran bis heute geändert, dass die Ausweisung als Potenzialfläche begründet? Der nördliche Teil wurde seinerzeit ohnehin nur mit dem Hinweis auf die bestehenden WEA als Vorrangfläche ausgewiesen. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von WEA frei zu halten: Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. In der Landschaft Eiderstedt haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente erhalten und sind heute noch „lesbar“. Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege, eine Vielzahl historischer Gebäude wie Haubarge und die 18 Kirchen etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die naturnahe, nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen durch diesen Hauptwirtschaftsfaktor der Region sichert. Auch die Einwohner stehen mehrheitlich hinter den Zielen des LEP-Wind-Entwurfes. In einer von der Gemeindevertretung Tating initiierten Einwohnerbefragung am 9.6.2024 haben 63 % der Einwohner gegen neue WEA und gegen die Sicherung der bestehenden Anlagen in Tating votiert. Dieses Ergebnis kann man nach allen Äußerungen und Verlautbarungen durchaus auf ganz Eiderstedt übertragen. Nach meinem Verständnis kann Klimaschutz nur dann gelingen, wenn er im Einklang mit Natur, Menschen und der Landschaft steht. Deshalb sollte abschließend noch einmal intensiv geprüft werden, ob eine WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein von der Natur, den Landschaften und den Menschen insgesamt getragen und bewältigt wird. Dazu erlaubt der Entwurf des LEP zukünftig auch den Bau von WEA in bisher freigehaltenen Landschaftsschutzgebieten wie z.B. im Landschaftsschutzgebiet Gotteskoog. Landschaftschutzgebiete müssen als Bausteine der Lebensraumerhaltung und des Lebensraumverbundes wieder aus der Kulisse der Windeignungsgebiete genommen werden. Ich weise auf zwei Karten hin3, aus denen ersichtlich wird, dass sich unser Land in Bezug auf die Umgebungswirkung von Windkraftanlagen zu einem riesigen Windpark entwickelt. Die beiden Karten zeigen je	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nach Wirkungsgrad der unterschiedlichen Entfernungen die flächendeckenden, räumlichen Auswirkungen von WEA. Dagegen würde Schleswig-Holstein mit der ursprünglich geplanten, bereits riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Hinzu kommen außerdem ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die in der Landschaft oder auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen errichtet werden, anstatt auf bereits versiegelten Flächen (vgl. Gutachten des Fraunhofer Instituts im Auftrage des Landes Schl.-Holst. vom 16.02.2022). Werden die Landschaften Schleswig-Holsteins nunmehr eine einzige große Energie- Industrielandschaft? Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf des neuen LEP-Wind im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung für die ostatlantische Vogelzugroute und die Wiesenvögel-Brutgebiete (in Text und Karte) keinesfalls zu verändern, Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen und die Notwendigkeit für das Ausmaß von 7,2 % der geplanten Landesfläche für WEA zu überprüfen sowie die Freigabe von Landschaftsschutzgebieten zurückzunehmen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1116	Sehr geehrte Damen und Herren, uns ist ein Fehler in Ihren öffentlich zur Verfügung gestellten Geodaten im Bereich Hochdonn / Großenrade aufgefallen. Gemäß den anliegend beigefügten Flächennutzungsplänen der Gemeinden Hochdonn und Großenrade, beginnt der baurechtliche Innenbereich in der Gemeinde Hochdonn an der Großenrader Straße (K21) erst ab dem Haus mit der Adresse [redacted], Hochdonn". Demnach wäre für die Abgrenzung der Potentialfläche PR3_DIT_033 der Abstand von 800 m zum Wohnhaus mit der Adresse [redacted], Hochdonn maßgeblich. Bei den westlich gelegenen Gebäuden handelt es sich um unbewohnte Schuppen und Ställe einer ehemaligen Tierpension, ohne Wohnrecht. In der Potentialflächendarstellung wird die Potentialfläche noch falsch von den Schuppen der ehemaligen Tierpension abgegrenzt.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Freundliche Grüße [redacted]	
Institution: Architektur- und Ing.- Büro Kayen Witthohn, Keine Abteilung ID: 1115	Sehr geehrte Damen und Herren, uns ist ein Fehler in Ihren öffentlich zur Verfügung gestellten Geodaten im Bereich Wöhrden OT Ketelsbüttel aufgefallen. Gemäß der anliegend beigefügten Auskunft des Kreises Dithmarschen, beginnt der baurechtliche Innenbereich im Ortsteil Ketelsbüttel erst nördlich der L238. Demnach wäre für die Abgrenzung der Potentialfläche der Abstand von 800 m zum Wohnhaus mit der Adresse [redacted] in Wöhrden OT Ketelsbüttel maßgeblich. Die südlich gelegenen Wohnhäuser mit den Adressen [redacted] befinden sich im baurechtlichen Außenbereich und dürften daher nur mit einem Abstand von 400 m gepuffert werden. Freundliche Grüße [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2755	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Der Mindestabstand der Potentialfläche zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen soll statt 400m mind. 525m betragen. 2. Der Mindestabstand zu Wohn- und Erholungsbereichen soll statt 800m mind. 1000m betragen. 3. Der Mindestabstand zu überplanten Junenbereichen soll statt 1000m mind. 2000m betragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.1, 4.20 sowie 2.2 bis 2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	4. Im LEP sollen die größeren Abstände des „Neuen Helgoländer Papiers“ bzw. die größeren Abstände aus neuesten Erkenntnissen gelten. Z.B. soll für den Rptmilan der vergrößerte Abstand von 1500m gelten. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2754	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlichen Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). • Ich befürchte körperliche Beschwerden und Belästigung durch Lärm, Schattenwurf, Blinklicht (Befeuerung, Infraschall, optische „Erdrückung“ und möchte, dass eine Abstandsregelung von 5 H zu Wohnbebauung gilt. • Ich möchte dass die vorhandenen Naturschutzebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit dieser einzigartige Naherholungsraum erhalten bleibt. • Ich fordere, dass Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann (Vermeidung von Phantasiestrom. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 7.2.9, 7.3, 3.17, 4.2 und 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2747	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, Moor- u. Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergienutzung ausgeschlossen werden. • Es bereitet mir Sorgen, dass die landwirtschaftlich genutzten Flächen (Produktion von Lebensmitteln) durch den Mikroplastikabrieb der Rotorblätter kontaminiert werden, ebenso wie das Trinkwasser verschmutzt würde. • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität und Gefährdung der Gesundheit durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ausdrücklich ab. • Ich beantrage eine Fristverlängerung für die Abgabe der Stellungnahmen auf 6 Monate (Urlaubszeit)	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 4.20, 4.2, 7.2.9, 7.3 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2764	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich lehne die Absenkung des Grundwasserspiegels zum Bau von Windkraftanlagen strikt ab. An anderer Stelle wird über Wiedervernässung der Moore diskutiert. Wie passen diese verschiedenen politischen Haltungen zusammen? • Ich möchte, dass vorhandene Naturschutzgebiete nicht zerstört werden. In der Landwirtschaft gibt es immer mehr Abstandsauflagen. Wieso soll dann Windkraft gebaut werden dürfen? • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen. Im Havariefall werden ganze Futterflächen kontaminiert. Die Folgen für Mensch und Tier sind unklar. Wer trägt die Kosten? Wer trägt die hohen Kosten der Tierarztbehandlung? Wer trägt die Kosten für die Futterbeschaffung? • Viele Gemeinden in SH haben Trinkwasserbrunnen. Wer sorgt im Havariefall für die Trinkwasserversorgung? Wenn das Trinkwasser durch PFAS langfristig kontaminiert ist, wie soll das Problem wieder gelöst werden? Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 4.2, 7.2.7, 7.2.1 und 7.2.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2835	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen. Ich befürchte körperliche Beschwerden und möchte, dass eine Abstandsregelung von mind. 5H zu Wohnbebauung gilt. Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügung durch Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. Ich möchte, dass ein Havariefall wie z.B. Brandausbreitung, technischer Defekt durch ausreichende Abstände von mindestens 1500m zu Wohnhäusern abgesichert wird. Außerdem befürchte ich eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). Ich bin daran interessiert, dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwischen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet ist. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Desweiteren befürchte ich eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 5.4, 7.2.7, 7.2.9, 4.5, 4.3, 4.2 und 3.17 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[Unterschrift]	
Institution: Initiativgruppe Hohenstein-Feldscheide ID: M2916	Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, anliegend erhalten Sie ein Schreiben mit Unterschriftensammlung bezüglich des Landschaftsschutzgebiets Hagener Au. Mit freundlichen Grüßen i.A. [redacted] Die Einwohner und Hausbesitzer der Ortsteile Hohenstein und Feldscheide der Gemeinde 24235 Stein sind gegen die Errichtung eines Windparks im Landschaftsschutzgebiet Hagener Au im Bereich der Gemeinde 24235 Brodersdorf und äußern sich wie folgt: Das Gebiet im NO der Kieler Förde ist sehr dicht besiedelt. Für geplante Windkraftanlagen ist ein Standort im Südwesten und Westen der Steiner Ortsteile Hohenstein und Feldscheide vorgesehen. Von den Stressbelastungen wären in Hohenstein 5 Familien und in Feldscheide 3 Familien betroffen. Da sich in Hohenstein 2 Gewerbegebiete mit Büro und Lager angesiedelt haben, kämen tagsüber noch ca. ein Dutzend weiterer Personen hinzu. "Die Lautstärke jeder der geplanten Windkraftanlage Vestas 170 beträgt lt. Herstellerangaben ca. 107 dB Tag und Nacht. Diese Lautstärke entspricht etwa derjenigen eines Presslufthammers. Der maximale Lärmpegel darf tagsüber 45 dB und nachts 35 dB nicht überschreiten." Dieses Ziel würde bei dem geplanten Standort in Bezug auf Hohenstein und Feldscheide weit verfehlt! Die vorherrschenden Westwinde würden den Rotorenlärm noch verstärken. Hinzu kommt, dass das Gelände zur Hagener Au hin abfällt, die Luftlinie also kürzer ist als der Bodenabstand zwischen Windkraftanlage und Wohnbebauung. Der Schattenwurf der Rotorblätter würde die Lebensqualität der Bewohner ebenfalls deutlich einschränken.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 7.3, 7.2.12, 7.2.5, 4.8 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Windkraftanlagen mit einer Höhe von bis zu 250 Metern würden das Landschaftsbild bestimmen und das deutschlandweit bekannte und viel besuchte Laboer Ehrenmal klein und unbedeutend erscheinen lassen. Es fehlt an Stromleitungen, die den erzeugten Strom abtransportieren könnten. Die bei Laboe bereits vor vielen Jahren errichteten Windkraftanlagen stehen überwiegend still. Mehrere der unter Schutz stehenden Knicks müssten entfernt werden zu Lasten der Natur. Der Seeadler, der sich an der Hagener Au in dem geplanten Bereich niedergelassen hat, gab seinen Horst im Bereich Wisch-Krokau wegen Störungen auf. Neben dem Seeadler sind im Plangebiet der Rotmilan und die Wiesenweihe nachgewiesen. Für diese besteht Gefahr, in Rotorblätter zu geraten, da die Mindestabstände zwischen Windkraftanlagen und Horsten von Großvögeln verringert wurden. Im Bereich Barsbek-Krokau-Prasdorf wurde der Bau von Windkraftanlagen angeblich von den zuständigen Behörden abgelehnt, obwohl dort Abstände von Kilometern zu den Ortschaften gewährleistet wären, dort bereits Stromleitungen vorhanden sind und unseres Wissens Landbesitzer zur Landabgabe bereit wären. [Unterschriften]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1113	Ich bin für die Ansiedlung von mehreren Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Gemeinde Heidmühlen. Die Gemeinde hat bisher keinerlei erneuerbare Energien vorzuweisen und muss ihren Anteil unbedingt tragen! Davon abgesehen bringen diese Anlage der Gemeinde Gewerbesteuereinnahmen, die das Dorf erheblich weiterbringen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2262	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen:	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 3.15, 7.2.12, 4.2, 3.18, 4.20, 4.5, 4.14, 4.15, 7.4.1, 7.2.5, 7.3, 7.2.11 und 7.2.8 der allgemeinen Synopse

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erstmal finde ich es eine Unverschämtheit was die Landesregierung hier mit der Windkraftplanung im Land macht. Jede freie Fläche wird als geeignete Fläche betrachtet. Naturschutz geht komplett unter. Und denn ist es nicht mehr erwünscht seine Meinung für bestimmte Flächen zu äußern. Wir hier in Blunk sind am Rande der Holsteinischen Schweiz. Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. Wir haben hier vor Ort eine seltene Knicklandschaft, die es zu schützen gilt. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete - Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Wir haben Naturschutzgebiete (Blunker Bach Niederung, Tarbeker Moor und das Land plant auch in Zukunft die Flächen an der Brandsau zu vemässen. Wir haben hier eine von dreien Hauptvogelzugrouten in Schleswig-Holstein was auch bekannt ist) Seltene Tiere leben hier. Vom Seeadler, Rotmilan, Störche Uhu usw. Jetzt wurden die Abstände zu den Vogelhorsten runter gesetzt, damit ja noch irgendwo Windkraftanlagen hingesetzt werden können. Das ist eine Bodenlose Frechheit. Das die Vögel in den Rotorblättem hängen bleiben ist nur eine Frage der Zeit. Diese Gebiete rund um mein Wohnort Dreieck Groß Rönnau - Daldorf- Blunk sind bei der letzten Planung abgelehnt worden. Und das aus guten Grund! Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z. B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte das die Abstandsregelungen zu Brutplätzen wieder gelten, wie vor 2018. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden.	verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ich möchte, dass überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten bleiben. Das passiert hier jeden Tag das Großvögel hin und her fliegen!! Man kann doch nicht auf Teufel komm raus diese Natur kaputt machen mit 250 Meter hohen Industrieanlagen. Was für ein Wahnsinn..... Abgelehnte Vorranggebiete müssen weiterhin abgelehnt bleiben!! Bevor man noch weitere Windkraftanlagen an Land hinstellt sollte man die Netze erst mal ausbauen damit auch alle bis jetzt errichteten Anlagen alle bei Wind laufen können und nicht die Hälfte steht weil das Netz überlastet ist. Des weiteren sind die Windkraftanlagen laut. Dadurch befurchte ich körperliche Beschwerden und ich möchte, dass eine Abstandregelung von mindestens 5H zur Wohnbebauung gilt. Ich habe Angst, dass meine Immobilie an Wert verliert und ich möchte, dass eine Abstandregelung von mindestens 5H zur Wohnbebauung gilt. Die Dörfer müssen auch wachsen können. Und das geht nicht mehr wenn mit Gewalt Windparks zwischen den Dörfern gequetscht werden. Ich befurchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Wir haben hier vor Ort schon eine Biogasanlage und wir haben hier großflächigen Kiesabbau. Das ist schon ein gewaltiger Einschnitt. Da brauchen wir hier nicht noch die Windenregie. Wir Bürger wollen auch weiterhin in einen schönen Land leben , wo auch Urlauber gerne hin kommen. Die Urlauber kommen nicht mehr wenn hier nur noch riesengroße Windkraftanlagen im Land stehen. Und wir sind hier in Schleswig-Holstein nicht der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windpark für Deutschland. Irgendwann ist auch mal Schluß..... Das müssen auch die Politiker in Kiel mal begreifen. Und wie viel Natur für eine Windkraftanlage zerstört wird...das ist Wahnsinn!! Aber das spielt ja keine Rolle.... Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2260	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Erstmal finde ich es eine Unverschämtheit was die Landesregierung hier mit der Windkraftplanung im Land macht. Jede freie Fläche wird als geeignete Fläche betrachtet. Naturschutz geht komplett unter. Und denn ist es nicht mehr erwünscht seine Meinung für bestimmte Flächen zu äußern. Wir hier in Blunk sind am Rande der Holsteinischen Schweiz. Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. Wir haben hier vor Ort eine seltene Knicklandschaft, die es zu schützen gilt. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete - Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Wir haben Naturschutzgebiete (Blunker Bach Niederung, Tarbeker Moor und das Land plant auch in Zukunft die Flächen an der Brandsau zu vemässen. Wir haben hier eine	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2, 7.1.1, 3.15, 4.1, 4.20, 4.5, 7.2.5, 7.3, 7.2.11 und 7.2.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von dreien Hauptvogelzugrouten in Schleswig-Holstein was auch bekannt ist) Seltene Tiere leben hier. Vom Seeadler, Rotmilan, Störche Uhu usw. Jetzt wurden die Abstände zu den Vogelhorsten runter gesetzt, damit ja noch irgendwo Windkraftanlagen hingesetzt werden können. Das ist eine Bodenlose Frechheit. Das die Vögel in den Rotorblättem hängen bleiben ist nur eine Frage der Zeit. Diese Gebiete rund um mein Wohnort Dreieck Groß Rönnau - Daldorf- Blunk sind bei der letzten Planung abgelehnt worden. Und das aus guten Grund! Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z. B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte das die Abstandsregelungen zu Brutplätzen wieder gelten, wie vor 2018. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ich möchte, dass überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten bleiben. Das passiert hier jeden Tag das Großvögel hin und her fliegen!! Man kann doch nicht auf Teufel komm raus diese Natur kaputt machen mit 250 Meter hohen Industrieanlagen. Was für ein Wahnsinn..... Abgelehnte Vorranggebiete müssen weiterhin abgelehnt bleiben!! Bevor man noch weitere Windkraftanlagen an Land hinstellt sollte man die Netze erst mal ausbauen damit auch alle bis jetzt errichteten Anlagen alle bei Wind laufen können und nicht die Hälfte steht weil das Netz überlastet ist. Des weiteren sind die Windkraftanlagen laut. Dadurch befürchte ich körperliche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Beschwerden und ich möchte, dass eine Abstandregelung von mindestens 5H zur Wohnbebauung gilt. Ich habe Angst, dass meine Immobilie an Wert verliert und ich möchte, dass eine Abstandregelung von mindestens 5H zur Wohnbebauung gilt. Die Dörfer müssen auch wachsen können. Und das geht nicht mehr wenn mit Gewalt Windparks zwischen den Dörfern gequetscht werden. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Wir haben hier vor Ort schon eine Biogasanlage und wir haben hier großflächigen Kiesabbau. Das ist schon ein gewaltiger Einschnitt. Da brauchen wir hier nicht noch die Windenregie. Wir Bürger wollen auch weiterhin in einen schönen Land leben , wo auch Urlauber gerne hin kommen. Die Urlauber kommen nicht mehr wenn hier nur noch riesengroße Windkraftanlagen im Land stehen. Und wir sind hier in Schleswig-Holstein nicht der Windpark für Deutschland. Irgendwann ist auch mal Schluß..... Das müssen auch die Politiker in Kiel mal begreifen. Und wie viel Natur für eine Windkraftanlage zerstört wird...das ist Wahnsinn!! Aber das spielt ja keine Rolle.... Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2259	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Wie kann es sein, dass das Land weiter in die Windkraftplanung investiert, wenn erst	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.5, 4.2, 7.2.10, 7.1.3, 3.15, 7.2.12, 4.16, 4.20, 4.5, 4.14, 4.15, 7.3, 7.2.11, 7.2.7, 7.2.2 und 7.2.14 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einmal die Stromnetze gebaut werden müssen um den hier produzierten Strom überhaupt weiter leiten zu können. Es sind noch nicht einmal alle Windkrafträder die stehen in Schleswig-Holstein an Stromnetz angeschlossen. Das ist erst der Erste und wichtigste Punkt. Da für normal denkende Menschen auf dem Land gar keinen Sinn ergibt weitere Windkraftanlagen zu bauen, wenn es die Stromtrassen dazu noch nicht vorhanden sind wie es dafür gebraucht wird. Zudem wird jetzt auch noch jede erdenkliche freie Fläche als geeignete betrachtet. Es ist egal ob Wälder gerodet werden oder ins Moorland Windräder aufgestellt werden. Egal ist der Naturschutz, Hauptsache die Räder stehen. Ob sie sich drehen, egal. Es wird hier Geld verdient mit Steuergeldern. Und die Natur und die Bürger werden nicht mehr gefragt. Und das geht mir ein deutlich zu weit, dass es nur noch ums Geld geht und nicht mehr um das Ziel. Wir hier in Blunk sind am Rande der Holsteinischen Schweiz. Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. Wir haben hier vor Ort eine seltene Knicklandschaft, die es zu schützen gilt. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete - Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Wir haben Naturschutzgebiete (Blunker Bach Niederung, Tarbeker Moor und das Land plant auch in Zukunft die Flächen an der Brandsau zu vernässen. Wir haben hier eine von dreien Hauptvogelzugrouten in Schleswig-Holstein was auch bekannt ist) Seltene Tiere leben hier. Vom Seeadler, Rotmilan, Störche, Uhu usw. Jetzt wurden die Abstände zu den Vogelhorsten runter gesetzt, damit ja noch irgendwo Windkraftanlagen hingesetzt werden können. Das die Vögel in den Rotorblättern hängen bleiben ist nur eine Frage der Zeit. Vielleicht erinnert sich von Ihnen der eine oder andere daran, dass der Seeadler hier in unserem Gebiet fast ausgestorben war. Es wurde daran gearbeitet die Zahlen der Seeadler zu erhöhen über viele Jahre hinweg. Und jetzt wollen Sie es wieder zerstören mit Ihren Windkraftanlagen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Diese Gebiete rund um mein Wohnort Dreieck Groß Rönnau - Daldorf- Blunk sind bei der letzten Planung abgelehnt worden. Und das aus gutem Grund! Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z. B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Vor allem da der Rotmilan auch unser Wappentier ist. Ich möchte das die Abstandsregelungen zu Brutplätzen wieder gelten, wie vor 2018. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ich möchte, dass überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten bleiben. Das passiert hier jeden Tag das Großvögel hin und her fliegen!! Man kann doch nicht auf Teufel komm raus diese Natur kaputt machen mit 250 Meter hohen Industrieanlagen. Abgelehnte Vorranggebiete müssen weiterhin abgelehnt bleiben!! Da die Abstände auch zu den Wohngebieten verringert worden sind, befürchte ich körperliche Beschwerden da die Windkraftanlagen sehr laut. Ich möchte das eine Abstandregelung von mindestens 5H zur Wohnbebauung gilt. Außerdem habe ich Angst, dass meine Immobilie an Wert verliert. Deshalb erwarte ich, dass eine Abstandregelung von mindestens 5H zur Wohnbebauung gilt. Die Dörfer müssen auch wachsen können. Und das geht nicht mehr, wenn mit vielen Windparks zwischen den Dörfern gequetscht werden. Und die Solarflächen sind ja auch noch dazwischen. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Wir haben hier vor Ort schon eine Biogasanlage und wir haben hier großflächigen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kiesabbau. Das ist schon ein gewaltiger Einschnitt. Da brauchen wir hier nicht noch die Windenergie. Wir Bürger wollen auch weiterhin in einem schönen Land leben, wo auch Urlauber gerne hinkommen. Die Urlauber kommen nicht mehr zu uns, wenn hier nur noch riesengroße Windkraftanlagen im Land stehen. Und wir sind hier in Schleswig-Holstein nicht der Windpark für Deutschland. Irgendwann reicht es auch mal. Schon schlimm genug wie es in Schleswig-Holstein aussieht. Besonders schlimm ist es an der Nordsee. So soll es bei uns nicht auch noch werden. Das sollten sie als Politiker in Kiel auch mal verstehen. Und wie viel Natur für eine Windkraftanlage zerstört wird, haben Sie das mal gesehen. Wir ja. Das ist schlimm, wirklich schlimm. Aber leider spielt das ja keine Rolle mehr bei Ihnen. Ich bin nicht nur privat dieser Meinung, sondern auch als Ehrenamtliche Bürgermeisterin sehe ich es so. Und damit stehe ich nicht alleine da. Mit freundlichen Grüßen [redacted] PS: Als Bürgermeisterin: Wenn die Gemeinden genauso viel Geld bekommen würden wie die Landbesitzer, wäre es eventuell einfacher für die eine oder andere Gemeinde umzudenken. Jetzt hat der Bund kein Geld mehr, somit das Land auch nicht. Und der Kreis holt sich den Rest von den Kommunen, die sowieso kein Geld haben.	
Institution: Kreis Rendsburg-Eckernförde ID: M1380	Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 Behördenbeteiligung gemäß § 8 Abs. 2 LaPlaG Zur vorliegenden Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans, hier eingegangen am	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zu den Belangen des Denkmalschutzes: Eine pauschale Abstandsbemessung von 800m zu denkmalgeschützten Gütern kann nicht umgesetzt werden. Gleichwohl können touristische Entwicklungsansätze in die Einzelfallbetrachtung auf

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	16.06.2024, nehmen die beteiligten Dienststellen wie folgt Stellung: • Fachdienst Regionalentwicklung und Mobilität (Regionalentwicklung) Die Vorranggebiete Windenergie sollen aus der vorherigen Regionalplanung Windenergie an Land und außerhalb dieser Gebiete stehende raumbedeutsame WEA übernommen werden. Bezüglich der Referenzanlage hatte der Fachdienst Regionalentwicklung bereits zum Drit-ten Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) 2010, Kapitel 3.5.2, sowie zur Teilaufstellung der Regionalpläne der Planungsräume I, II und III in Schleswig-Holstein (Sachthema Windenergie an Land) darauf hingewiesen, dass die im damaligen Planentwurf festgesetzte Gesamthöhe nicht mehr dem Stand der Technik ent-spricht und eine Aktualisierung der Standards vorgenommen werden sollte. Dem wird mit dem Dritten Grundsatz nachgekommen. In dem Entwurf werden das Ziel der Ermöglichung und Förderung der Mehrfachnutzung und Bündelung von Flächen für die Nutzung der Wind- und Sonnenenergie und der dafür notwendigen Infrastruktur verfolgt. Aufgrund der ansteigenden Anfragen nach PVA Vor-haben und der möglichen Flächenkonkurrenz, ist es notwendig festzulegen, wie mit bei-den Nutzungen (Wind- und Sonnenenergie) umgegangen wird. Die Ziele (1,2) und der Grundsatz (1) des Kapitels 4.5.1.1 Siedlungsstruktur wurden haupt-sächlich aus dem Textteil des Regionalplans für den Planungsraum II in Schleswig-Hol-stein Kapitel 5.7 (Windenergie an Land) (29.12.2020) übernommen. Weitere Ziele und Grundsätze wurden benannt, um die Siedlungsstruktur zu wahren. Der Fachdienst Regionalentwicklung kann die Grundsätze und Ziele der Raumordnung der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 nachvollziehen. • Fachdienst Bauaufsicht und Denkmalschutz (untere Denkmalschutzbehörde) In der Teilfortschreibung Wind sind einige Punkte zum Denkmalschutz aufgeführt, die je-doch die denkmalrechtlichen Notwendigkeiten nicht in Gänze abbilden. Somit erfolgt hier eine wichtige Ergänzung: Schleswig-Holstein und insbesondere der Kreis Rendsburg-Eckernförde ist außerhalb der geschlossenen Ortschaften von vielen kleinen Gutsanlagen geprägt, die vielfach unter Denkmalschutz stehen und eine viele Jahrhunderte alte Bausubstanz besitzen. Da	Regionalplanebene einfließen. Dabei gilt aber, dass es sich um hinreichend planverfestigte Vorhaben handeln muss und keine bestehenden Vorranggebiete oder Windparks betroffen sind. Zu Moorböden: Gemäß § 30 Absatz 2 Bundesnaturschutzgesetz sind Moore als gesetzlich geschützte Biotope einer Überplanung durch Windenergiegebiete beziehungsweise der Bebauung durch Windenergieanlagen entzogen, da ansonsten von einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung auszugehen wäre. Der Schutz von Moorböden ist insofern bereits durch gesetzlichen Ausschluss sichergestellt und wird auf Ebene der Raumordnungsplanung nicht weiter konkretisiert

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	viele der Güter bis heute einer landwirtschaftlichen Nutzung unterliegen, wurden sie als Split-tersiedlungen im Außenbereich bzw. als Gewerbe betrachtet, wodurch eine Abstandsflä-che zu Vorranggebieten von 400m notwendig war. Dieser Abstand hat sich in der Praxis mehrfach als zu gering dargestellt, da jegliche Entwicklung der Guter in Richtung Wohnen und Tourismus damit planungsrechtlich ausgeschlossen bzw. enorm erschwert ist. Die untere Denkmalschutzbehörde regt daher an, denkmalgeschützte Gutsanlagen als Siedlungsbereiche mit Wohn- und Erholungsfunktion zu werten, um damit die Umnutzung von ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden zu Wohngebäuden möglich zu ma-chen. Nur so ist es möglich, den ebenfalls im allgemeinen Interesse liegenden Denkmal-schutz umzusetzen, da anderenfalls für viele Gebäude keine sinnvolle Nutzung gefunden werden kann, was unweigerlich zum Verfall von Denkmalsubstanz führen würde. • Fachdienst Umwelt (untere Wasserbehörde) Bei der Bewertung der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter Boden und Wasser wer-den die temporären aber teilweise erheblichen Auswirkungen auf den Grundwasserhaus-halt und die Moorböden durch notwendige umfangreiche Grundwasserabsenkungen im Rahmen der Bauphase nicht berücksichtigt. Es wäre wünschenswert, die Problematik der Errichtung von Windenergieanlagen in Ge-bieten der Moorkulisse und insbesondere auf den Flächen gemäß GAPKondV Glöz 2 (Feuchtgebiete und Moore ab 2 ha) im Entwicklungsplan aufzuführen sowie den Hinweis auf eine Realisierbarkeit der WEA in diesen Gebieten durch Flachgründungen auf Pfahl-bauwerken aufzunehmen. • Fachdienst Umwelt (untere Bodenschutzbehörde) Die untere Bodenschutzbehörde hat keine Bedenken und keine Anmerkungen zu der Pla-nung. Die bodenschutzrechtlichen Aspekte werden im Rahmen der Beteiligung der unteren Bo-denschutzbehörde bei konkreten Planungen berücksichtigt werden. • Fachdienst Verkehr (untere Straßenverkehrsbehörde) Es bestehen seitens der Straßenverkehrsbehörde des Kreises Rendsburg-Eckernförde	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	keine grundsätzlichen Bedenken, da von der bisherigen Planung konkrete straßenverkehrsrechtliche Belange noch nicht berührt werden. Eventuelle straßenverkehrsrechtliche Anordnungen können allenfalls einzelfall- und fallbezogen erfolgen. Weitere Anregungen werden vom Kreis Rendsburg-Eckernförde nicht vorgetragen. Ich bitte um Beteiligung im weiteren Planverfahren. Im Auftrag Opalla	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2576	Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 — Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, in vorbezeichneter Angelegenheit zeigen wir an, dass uns [redacted], mit der Wahrnehmung ihrer rechtlichen Interessen beauftragt haben. Auf uns lautende Vollmacht fügen wir zu Ihrer Kenntnisnahme anliegend bei. Anlage: Vertretungsvollmacht (Original) Weitere Korrespondenz in diesem Zusammenhang bitten wir, über uns zu führen. Namens und in Vollmacht unserer Mandanten geben wir hiermit in dem Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 — Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) folgende Stellungnahme ab. 1. Ausgangssachverhalt Unsere Mandanten sind Eigentümer der Liegenschaft [redacted] je zur ideellen Hälfte. Sie sind - ungeachtet dessen,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Nach Auffassung der Landesplanungsbehörde liegt kein Verstoß gegen das Abwägungsgebot vor. Ein Abwägungsausfall ist nicht zu erkennen. Die in der Stellungnahme zitierte Rechtsprechung bezieht sich auf die Ausschlussplanung der Windpläne 2020. Der jetzige Entwurf des LEP Wind hingegen basiert auf der Positivplanung des Windenergieflächenbedarfsgesetz vom 20.07.2022, welche keine Ausschlusswirkung vorsieht. Die Übernahme bestehender Vorranggebiete ist nicht als Ziel, sondern nur als Grundsatz der Raumordnung vorgesehen. Insoweit wird dies nur als Abwägungskriterium in der planerischen Entscheidung berücksichtigt. Bezüglich der weiteren Punkte aus der Stellungnahme wird im Übrigen auf die allgemeine Synopse und hier insbesondere auf Ziffer 2.3, 2.4, 2.5., 4.2, 4.3, 4.5.1, 7.2.11, 7.3 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dass die veröffentlichte Potentialflächenkarte nicht Bestandteil der Öffentlichkeitsbeteiligung ist - Betroffene einer südwestlich des Ortskems der Gemeinde Rickling belegenen Potentialfläche. Das vorgenannte Grundstück ist mit einem Einfamilienwohnhaus bebaut. Östlich an den Heidweg angrenzend - in östlicher Richtung von dem Grundstück unserer Mandanten aus betrachtet - befindet sich ein Waldstück [redacted]. Dieses ist Lebens- und Brutstätte von Rotmilanen und Bussarden. Nordöstlich des Grundstücks unserer Mandanten befindet sich ein Kleinstbiotop, eine Wasserfläche, umrundet von Wald. Dieses wird ganzjährig von einer Vielzahl von Wasservögeln (Enten, Gänse, Zwergschwäne) bewohnt. In der sumpfigen Umgebung sind regelmäßig Großvögel anzutreffen (Kraniche, Reiher und Störche). [redacted] Hinsichtlich der vorstehend beschriebenen örtlichen Verhältnisse fügen wir einen Lageplan anliegend bei. Anlage: Lageplan 2. Rechtliche Bewertung Die beabsichtigte Teilfortschreibung verstößt gegen das Abwägungsgebot gemäß § 5 Abs. 1 Satz 3 LaplaG i.V.m. § 7 Abs. 2 ROG. Die letztgenannte Vorschrift lautet: ..Bei der Aufstellung der Raumordnungspläne sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 8 sowie die Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren nach § 9 sind in der Abwägung nach Satz 1 zu berücksichtigen. Raumordnungspläne benachbarter Planungsräume sind aufeinander abzustimmen." (Unterstreichung durch den Unterzeichner)	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Das Abwägungsgebot verlangt, dass eine Abwägung überhaupt stattfmdet, dass in die Abwägung an Belangen eingestellt wird, was nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden muss, und dass weder die Bedeutung der betroffenen Belange verkannt noch der Ausgleich zwischen ihnen in einer Weise vorgenommen wird, die zur objektiven Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht (vgl. OVG Schleswig, Urteil vom 07.06.2023 - 5 KN 42/21 -, OVG Koblenz, Urteil vom 02.10.2007 - 8 C 11412/06 VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 19. November 2020 - 5 S 1107/18 -). Vorliegend ist bereits ein Abwägungsausfall zu rügen, wobei gleichzeitig auch das Abwägungsergebnis einem Mangel unterliegt: Das Abwägungsgebot verlangt für die hier betroffene Planung ein schlüssiges gesamträumliches Plankonzept. Das Konzept muss nicht nur Auskunft darüber geben, von welchen Erwägungen die positive Standortzuweisung getragen wird, sondern auch die Gründe für die beabsichtigte Freihaltung des übrigen Planungsraums von Windenergieanlagen aufzeigen (vgl. OVG Schleswig, a.a.O.). Diese Vorgaben werden bereits im Ausgangspunkt verfehlt, da im Kern eine schlichte Übernahme von Vorranggebieten aus anderer Teilaufstellung - und damit aus ganz anderen Verfahren unter anderen Vorzeichen - vorgesehen ist. So lautet es einleitend in Anlage 1 zu § 1 der LEPWindVO unter „Grundsätze und Ziele der Raumordnung" unter Ziffer 2 „Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie für raumbedeutsame Windenergieanlagen an Land" a.E.: „Als Vorranggebiete Windenergie sollen in den Regionalplänen bevorzugt die Vorranggebiete Windenergie und Vorranggebiete Repowering der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land von 2020 und außerhalb dieser Gebiete stehende raumbedeutsame WEA übernommen werden.“ (Unterstreichung durch den Unterzeichner) Es folgen sodann lediglich eine Art von Handreichungen, mit denen die übernommenen Vorrangbiete moduliert werden sollen, wie „Festlegung einer Referenzanlage", „Verbot von Höhenbeschränkungen", „Rotor-innerhalb-Planung”, ..Mindestgröße von Windenergiegebieten” sowie „Solar-Freiflächen'4. Dies ist kein rechtsfehlerfreies Vorgehen zur Planung von Vorranggebieten. Ein schlüssiges gesamträumliches Plankonzept erfordert, die Vorranggebiete von Grund	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	auf, wenn auch unter Berücksichtigung der hier als „Modulation" in Erscheinung tretenden Kriterien, neben den sonstigen umfänglichen Kriterien - wie nur beispielsweise Berücksichtigung der Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG oder von FFH-Gebieten - neu und aktuell zu ermitteln und auszuweisen; es muss nach dem obigen Zitat davon ausgegangen werden, dass sich auch der Umweltbericht als Anlage 3 aus nicht neu und aktuell ermittelten Darstellungen zusammensetzt. Bei der Planung von Vorranggebieten - die der Potentialflächenausweisung vorausgehen, siehe unten - sind die Vorgaben zu berücksichtigen, die etwa das OVG Schleswig a.a.O. wie folgt beschrieben hat: „Der Ausschluss der Anlagen auf Teilen des Plangebiets lässt sich nach der Wertung des Gesetzgebers nur rechtfertigen, wenn der Plan sicherstellt, dass sich die betroffenen Vorhaben an anderer Stelle gegenüber konkurrierenden Nutzungen durchsetzen; die negative und die positive Komponente der festgelegten Konzentrationszonen bedingen einander. Die Ausarbeitung des Plankonzepts vollzieht sich abschnittsweise; In einem ersten Arbeitsschritt sind diejenigen Bereiche als „Tabuzonen" zu ermitteln, die für die Nutzung der Windenergie nicht zur Verfügung stehen. Die Tabuzonen lassen sich in „harte" und „weiche" untergliedern. Der Begriff der harten Tabuzonen dient der Kennzeichnung von Teilen des Planungsraums, die für eine Windenergienutzung aus zwingenden rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht in Betracht kommen. Mit dem Begriff der weichen Tabuzonen werden Bereiche des Planungsraums erfasst, in denen nach dem Willen des Plangebers aus unterschiedlichen Gründen die Errichtung von Windenergieanlagen von vornherein ausgeschlossen werden soll. Der Plan-geber muss seine Entscheidung für weiche Tabuzonen rechtfertigen. Dazu muss er aufzeigen, wie er die eigenen Ausschlussgründe bewertet, d. h. kenntlich machen, dass er - anders als bei harten Tabukriterien - einen Bewertungsspielraum hat, und die Gründe für seine Wertung offenlegen (...)". Die vorstehend wiedergegebenen erforderlichen Arbeitsschritte sind notwendig, um sodann zu Potentialflächen zu gelangen; die Potenzialflächen bleiben nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen übrig. Hierbei geht die Planung indes rechtsfehlerhaft davon aus, dass allein das harte Tabukriterium gemäß Kapitel 4.5.1.1 Absatz 2 Z des LEP Windenergie, wonach die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA in	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einem Umgebungsbereich von 400 Metern um Einzelhäuser und Splittersiedlungen sowie innerhalb dieser im Außenbereich ausgeschlossen sind, anzuwenden ist. Hierbei wird übersehen, dass ein weiteres Tabu zu berücksichtigen ist, selbst wenn man diesen Mindestabstand als Verwirklichung des Vorsorgegrundsatzes nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BImSchG als weiches Tabu einstufen sollte, vgl. BVerwG, Urteil vom 17.12.2002-4 C 15.01 -. Gemäß Kapitel 4.5.1.1 Absatz 1 G des LEP Windenergie gilt folgendes: „Der Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern um überplante Innenbereiche nach § 30 BauGB, nicht überplante Innenbereiche nach § 34 BauGB sowie um planverfestigte Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen, soll von Windenergiegebieten freigehalten werden, sofern noch keine Vorbelastung durch eine Windenergienutzung besteht.“ Dieses Kriterium bricht aus den bauplanungsrechtlichen Kriterien der Abgrenzung des Innenbereichs vom Außenbereich aus, indem des den größeren Mindestabstand eben auch „plan- verfestigte[n] Siedlungsflächenausweisungen, die im Anschluss an Siedlungsbereiche liegen“ zukommen lassen möchte, was im Lichte des Vorsorgegrundsatzes nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BImSchG auch grundsätzlich nachvollziehbar ist, wobei der Wortlaut indes (noch) zu eng gefasst erscheint. Aber auch nach dem noch zu eng gefassten Wortlaut des Tabus lallt das Grundstück unserer Mandanten unter dieses: Das Grundstück gehört noch zum Siedlungsgebiet/ Dorf Schönmoor im Sinne des von dem Tabu vorausgesetzten „Anschlusses“. Dies insinuiert eine weiter gezogene „Zusammengehörigkeit" oder einen weiter gezogenen „Verbund", wenn auch räumlich getrennter Flächen. Das Tabu verwendet ausdrücklich nicht die Formulierung einer „Angrenzung" an ein Siedlungsgebiet, welche bei Vorgabe einer engen räumlichen Anknüpfung Verwendung gefunden hätte. Der hiernach erforderliche, aber auch ausreichende „Anschluss“ des Grundstücks unserer Mandanten an den Siedlungsbereich Dorf Schönmoor ist danach ohne weiteres anzunehmen. Soweit das Tabu dem Wortlaut nach eine „planverfestigte“ Siedlungsflächenausweisung erfordert, bewegt sich die Bebauung (auch) auf dem Grundstück [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] In Bezug auf den letzten Halbsatz des auf der vorgehenden Seite zitierten Tabus ist darauf hinzuweisen, dass der Umgebungsbereich von 800 bis 1.000 Metern um das Grundstück unserer Mandanten nicht durch Windenergienutzung vorbelastet ist. Rechtsfolge ist nach alledem ein geschuldeter Mindestabstand von 800 bis 1.000 Metern, der von der hier ausgewiesenen Potentialfläche nicht eingehalten wird. Die Planung ist daher insoweit - auch mit Auswirkung auf die subjektiven Rechte und privaten Belange unserer Mandanten im Sinne einer Verschonung und jedenfalls einer Abstandhaltung - rechtswidrig. Hilfsweise: Selbst wenn die streitige Potentialfläche übrig bliebe, weil sie - entgegen der hier vertretenen Auffassung - keinem Abzug von harten und weichen Tabuzonen unterläge, würde sie nach weitergehenden Vorgaben des Abwägungsgebotes dennoch keinen Bestand haben. Das Schleswig-Holsteinische Oberverwaltungsgericht hatte bekanntlich a.a.O. insoweit gefordert. „dass in die Abwägung an Belangen eingestellt wird, was nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden muss, und dass weder die Bedeutung der betroffenen Belange verkannt noch der Ausgleich zwischen ihnen in einer Weise vorgenommen wird, die zur objektiven Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht [Nachweise]“. Insoweit sind private Belange unserer Mandanten anzuführen. Als anerkannte private Belange gelten nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung - wie auch im Bebauungsplanverfahren gemäß § 1 Abs. 7 BauGB - „z.B. subjektiv öffentliche Rechte wie das Grundstückseigentum oder Interessen wie das	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Interesse an Sicht- und Lärmschutz“ (BVerwG, Beschluss vom 13.03.2017 - 4 BN 25.16 -). Hier ist zunächst das Grundeigentum unserer Mandanten aus Art. 14 GG mit dem Interesse an der Verschonung vor einem Wertverlust aufgrund lageverschlechtemder Umfeldveränderung anzuführen. Angesichts eines derzeitigen Marktwertes des mit einem Einfamilienhaus bebauten Grundstückes unserer Mandanten nicht unter 600.000 €, würde eine letztlich realisierte Windenergienutzung auf der jetzigen Potentialfläche eine Minderung des Grundstückswertes um mindestens 50% auslösen; bereits die Belastung durch die nahe Potentialfläche würde nach den Gegebenheiten des Grundstücksverkehrs und bewertungsmäßig mit einer Wertverschlechterung um mindestens 40% einhergehen. Beweis: Sachverständigengutachten Die Schätzung bzw. Anknüpfungstatsachen ergeben sich aus diversen Quellen im Internet: z.B. [redacted] [redacted] Artikel anbei, [redacted] Artikel anbei. Wie dort herausgestellt wird, erleiden nicht alle Immobilien den gleichen Wertverlust. Am stärksten betroffen sind - wie in dem hier betroffenen Fall - alte Häuser in ländlicher, ruhiger Lage. Hier kann der Wertverlust ca. 23 Prozent betragen. Dies gilt aber für die gängigen Mindestabstände von 800 bis 1.000 Metern. Bei einer Halbierung des Abstandes zu 400 m würde sich der Wertverlust mehr als verdoppeln. Eine Umfrage der OTTO STÖBEN GmbH hat ergeben, dass lediglich 5,7% ihrer Kunden eine	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergieanlage in weniger als 500 m überhaupt tolerieren würden. Im schlimmsten Fall ist die Immobilie damit de facto unverkäuflich. Weiterhin sind das Ruhebedürfnis/ Lärmschutzinteresse und das Interesse unserer Mandanten, von sonstigen Einwirkungen einer WEA, wie Infraschall, Eisabwurf, Blendung („Disco- Effekt“), verschont zu bleiben, anzuführen. Die Nachteile für unsere Mandanten sind so erheblich, dass sie die öffentlichen Interessen, auch unter Berücksichtigung dessen, dass der Windenergie „in substantieller Weise Raum geschaffen werden muss“ (BVerwG, Beschluss vom 16.12.2019 - 4 BN 30.19), überwiegen und zurückdrängen. Der Windenergie kann ohne weiteres durch räumliche Verschiebung der Potential fläche wenigstens um den Mindestabstand von 800 bis 1.000 Metern in substantieller Weise Raum geschaffen werden. Eine Auseinandersetzung mit den privaten Belangen unserer Mandanten hat bisher nicht stattgefunden; dies ist auf diese Eingabe hin dringend nachzuholen. Wir nehmen in diesem Zusammenhang mit Befremden zur Kenntnis, dass der Umweltbericht das Kapitel 5.1.2 „Menschen und menschliche Gesundheit“ mit nicht einmal drei Seiten abhandelt, so dass diesen Abwägungsfaktoren bereits im Ausgangspunkt eine auch rechtlich zu beanstandende Untergewichtung gleichsam auf die Stirn geschrieben steht. Der Potentialfläche stehen auch die in Ziffer 1 beschriebenen Kleinstbiotope in nördlicher und östlicher Richtung des Grundstücks unserer Mandanten entgegen. Die dortigen Vogelpopulationen hatten wir in Ziffer 1 ebenfalls dargestellt. Hier wird insbesondere auch zumindest eine FFH-Vorprüfung gemäß § 34 BNatSchG - anhand aktuell zu ermittelnden Sachverhaltes - durchzuführen sein. Danach hat die FFH-Vorprüfung bekanntlich die Frage zu beantworten, ob die Durchführung einer FFH-Verträglichkeitsuntersuchung erforderlich ist oder nicht. Demnach unterliegen Projekte innerhalb der Grenzen von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung und EU- Vogelschutzgebiete einer besonderen Verträglichkeitsprüfung, soweit erhebliche Beeinträchtigungen dieser Gebiete nicht offensichtlich ausgeschlossen werden können. In einer Einzelfallbetrachtung ist zu klären, ob ein prüfungsrelevantes Natura 2000-Gebiet im Einwirkungsbereich des Vorhabens vorliegt und ob die Möglichkeit von erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgebietes in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen besteht. Soweit sich bei der Vorprüfung herausstellt, dass erhebliche Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden können, ist eine FFH-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Verträglichkeitsprüfung durchzuführen. Ansonsten gelten die übrigen naturschutzrechtlichen Vorgaben. 3. Fazit Die beabsichtigte Teilfortschreibung verstößt gegen das Abwägungsgebot gemäß § 5 Abs. 1 Satz 3 LaplaG i.V.m. § 7 Abs. 2 ROG, soweit es das Grundstück unserer Mandanten betrifft. Die dem Grundstück unserer Mandanten nahe gelegene Potentialfläche hat nicht lediglich einen Mindestabstand von 400 Metern, sondern von 800 bis 1.000 Metern einzuhalten. Selbst wenn die streitige Potentialfläche übrig bliebe, weil sie - entgegen der hier vertretenen Auffassung - keinem Abzug von harten und weichen Tabuzonen unterläge, würde sie nach weitergehenden Vorgaben des Abwägungsgebotes dennoch keinen Bestand haben, da sich die privaten Belange unserer Mandanten vorliegend mit Auswirkung auch auf das Abwägungsergebnis durchsetzen. Jedenfalls stehen die aufgezeigten naturschutzrechtlichen Vorgaben entgegen. Wir bitten, die Mitteilung über das Abwägungsergebnis unseren Mandanten zu unseren Händen zu übersenden. Mit freundlichen Grüßen (Signatur) Rechtsanwalt Fachanwalt für Verwaltungsrecht [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1112	Guten Tag , ich bin seit meiner Geburt wohnhafter in Heidmühlen. Seit ca 8 Jahren verfolge ich in der [redacted] meinen Traum von einem eigenen Reiterhof mit meiner Familie. Durch die neu geplanten Anlagen wäre unserer Hof eingerahmt von den Mühlen. Der Schattenschlag und Lärm wäre eine arge Belastung für die Arbeit mit den Pferden. Heidmühlen ist ein wunderschöner Ort , in mitten von Wald und grüner Wiesen , lebe ich dort , wo andere Urlaub machen. Ich wünsche mir eine Umplanung der Anlagen , wo auch zu Einzelhäusern ein Abstand von mindesten 800m	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffer 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und nicht nur 400m einzuhalten ist. Warum darf zu einzelnen so dicht gebaut werden ?! Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2913	**Betr. Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Änderung** Sehr geehrte Damen und Herren, im o.g. Beteiligungsverfahren nehme ich wie folgt Stellung: Wir haben die Pflicht, unsere Landschaft, sprich Heimat zu schützen, damit die nächsten Generationen auch die Lebensqualität hat, wie wir sie jetzt haben. Ich möchte nicht, daß die kommenden Generationen sagen werden, warum habt ihr so etwas zugelassen, warum habt ihr euch nicht gewehrt??! Es sollen riesengroße Windräder in unserer Nähe und in direkter Nähe entstehen, es besteht die Gefahr, daß wir als Anwohner durch den entstehenden Infraschall krank werden, der Infraschall hat eine enorme Reichweite, Schlafstörungen und Herz-Kreislauferkrankungen können die Folge sein für die Anwohner insgesamt in unmittelbarer Nähe der Anlagen. Dazu kommt der enorme Abrieb der Anlagen, der den gesamten Boden für eine spätere, eventuelle Weiternutzung unbrauchbar macht. Unsere Heimat wird im Höchstmaß verschandelt! Ebenso würde die Errichtung einer Photovoltaikanlage in unserer Nähe eine weitere Verschandelung sein, sie wird den Boden austrocknen, ein in der Nähe stehender Wald würde langsam sterben. Unsere Lebensqualität wird durch all diese Maßnahmen drastisch heruntergeschraubt. Feriengäste, die jedes Jahr kommen, werden wegbleiben, es entsteht ein enormer, finanzieller Verlust. Grundtücke und Immobilien verlieren ihren jetzigen Wert, warum wird es uns Anwohnern einfach übergestülpt??? Außerdem wird es den jetzigen, bei uns beheimaten, sehr seltenen Greifvögel unmöglich gemacht hier weiter zu leben, wenn die Windräder in unmittelbarer Nähe ihrer Horste entstehen sollten. Es ist ebenfalls eine unglaubliche Willkür, wenn man hört, daß evtl. Firmen od. Betreiber sich an dieser Stelle "freikaufen" können, d.h. man bezahlt ..... die Greifvögel sollen sich dann irgendwo an anderer Stelle ihre Heimat suchen, oder sie bleiben ganz weg. Es ist unvorstellbar, warum gerade hier in unserer Nähe. Dammende-Kollerup-Ausacker-Hürup ein Gebiet zur evtl. Bebauung von Windrädern	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.9, 7.2.12, 3.15, 7.2.11, 4.20, 7.2.10, 4.5, 7.1.1, 7.2.1 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	gestattet wird, da wir genau in dieser Biotopverbundachse leben. Ich schlage vor, die schöne Landschaft Angeln mit seiner ganzen Vielfalt, und Besonderheit, ins Weltkulturerbe mit aufzunehmen. Im Übrigen wäre es noch sehr interessant zu wissen, wer von den Damen und Herren, die in diesem unsäglichen neuen Gesetz zugestimmt haben, ein riesiges Windrad vor ihrer Haustür oder in unmittelbarer Nähe, stehen haben. Es erscheint mir, daß es generell hier in der Hauptsache um Geld geht, nicht nur um Menschen, Natur und Umwelt, denn warum sollen unbedingt noch mehr Windräder erstellt werden, da Schleswig-Holstein ohnehin schon genug Strom erwirtschaftet? Mein Vertrauen in die Politik ist auf dem Tiefpunkt! ich bin traurig und habe Angst, laßt uns etwas ändern, "treten wir auf die Bremse"! Bitte!!! Mit freundlichem Gruß, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1359	Sehr geehrte Damen und Herren der Landes- und Regionalplanung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs werden teilweise sehr ausgeprägt vorgesehen, etwa im kompletten Bereich zwischen Eckernförde, Rendsburg und Schleswig. Eine solche flächendeckende Konzentration, im vorgenannten Bereich exakt abgegenzt durch die BAB7 / E45, entspricht dabei nicht natürlichen Gegegebnheiten. An anderer Stelle sind die Bereiche dann wieder deutlich schmaler, etwa südlich von Heiligenhafen. Würde der dort angewendete Abstand zur Ostsee auch auf Fehmarn angewendet, dann wäre eine zusätzliche WIndpotentialfläche westlich von Burg auf Fehmarn möglich, etwa hier: [Karte in Anhang (Mail)] Die dortige Potentialfläche hätte in etwa diesen Umfang und läge benachbart zum ehemals dort betriebenen Windpark Burgstaaken: [Karte in Anhang (Mail)] Windenergienutzung in diesem und in anderen geeigneten Bereichen könnte zumindest	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.16 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unter der Auflage gestattet werden, dass die dort verwendeten Windenergieanlagen entweder über eine Abschaltvorrichtung bei Vogelzug verfügen oder, dass es sich um Energiedrachen wie die von Skysails, Enerkite uws. handelt, welche bei Vogelzug eingezogen werden können. Ein kompletter Ausschluss der Windenergienutzung in solchen Bereichen ist demgegenüber nicht verhältnismäßig. Zudem könnte eine Anordnung der Standorte der Windenergieanlagen parallel zum Vogelzug vorgegeben werden, auch dies wäre eine Minimierung des Eingriffs in den Vogelzugkorridor: [Karte in Anhang (Mail)] Die Kombination erstens einer vogelzugabhängigen Abschaltvorrichtung mit zweitens einer Anordnung der Windenergieanlagen parallel zum Vogelzug führt zu einer Genehmigungsfähigkeit der Windenergieanlagen in mehr als bisher von der Landesplanungn vorgesehenen Bereichen. Mit klimaschutzfreundlichen Grüßen aus und nach Schleswig-Holstein, dem Land zwischen den menschengemacht steigenden Meeren [redacted] E-Mail: [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1990	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich Arbeite in der nähe von Damsdorf dort sind 5 Windanlagen errichtet worden die meiste Zeit sind die anlagen außer Betrieb haben wir vielleicht schon zu viel Strom den keiner Brauch oder kann der Strom garnicht abgeführt werden Warum immer mehr anlagen u. immer dichter an die Ortschaften? Bauen?	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 7.2.6 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1344	Sehr geehrte Damen und Herren der Landes- und Regionalplanung, problematisch sehe ich den unterschiedlichen Abstand zu den Welterbestätten Haithabu/Danewerk und der Hansestadt Lübeck. Denn basierend auf einem einzelnen Sichtachsenplan im Auftrag der Hansestadt Lübeck aus dem Jahr 2001 werden dort deutlich weit entferntere Bereiche von der Windenergienutzung ausgeschlossen als im Bereich Haithabu/Danewerk. Hier der Größenvergleich, Haithabu/Danewerk in gelb: Außerhalb von Schleswig-Holstein wurde diese Frage auch schon rechtlich geprüft und Oberverwaltungsgerichte kamen zum Schluss, dass die Windenergienutzung im Abstand von ca. 5km vom Weltkulturerbe zulässig ist: https://www.maslaton.de/news/Windenergie--Weltkulturerbe-steht-dem-Schutz-der-Welt-nicht-entgegen--n1009 Dies wird auch damit begründet, dass sich fast niemand ans Ende der Sichtachsen stellen wird, um das Weltkulturerbe zu betrachten. Das ist auch im Lübecker Umland der Fall. Daher beantrage ich, die Sichtachsen rund um das Weltkulturerbe Hansestadt Lübeck ebenfalls auf einen Abstand von 5km zu reduzieren. Mit **klimaschutzfreundlichen** Grüßen aus und nach Schleswig-Holstein, dem Land zwischen den menschengemacht steigenden **Meeren** [redacted] E-Mail: [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Die UNESCO hat die „Hansestadt Lübeck“ aufgrund ihrer außergewöhnlichen universellen Bedeutung 1987 als Welterbe anerkannt. Die Silhouette des UNESCO Welterbes ist wesentlicher Bestandteil des OUV (outstanding universal value), der maßgeblich zur Anerkennung des Welterbestatus geführt hat. Die Sichtachsen („Stadtsilhouette“) stellen ein Hauptattribut des Welterbes dar. Aufgrund der besonderen topographischen Lage auf dem Endmoränenrücken des Lübecker Beckens gehören die Sichtachsen insbesondere aus dem Westen und Südwesten zu den eindrucksvollsten Ansichten auf die Lübecker Altstadt, da alle sieben Türme auf dem Altstadthügel eine ablesbare Silhouette bilden. Die Wahrung der Sichtachsen ist entsprechend von großer Bedeutung. Die Altstadtsilhouette ist über weite Strecken und viele Kilometer uneingeschränkt erkennbar. Diese Sicht auf die Silhouette war bereits zur Zeit der Gründung der Hansestadt Lübeck mit ihrer besonderen Lage genauso wahrnehmbar wie sie es auch heute noch an vielen Stellen ist, somit ist die Sichtachsenstudie mit den untersuchten Punkten eine klare Ergänzung zu den Welterbe- und Pufferzonen im sogenannten wider setting und Teil des Management Plan „Hansestadt Lübeck“. Durch die besondere Lage Lübecks eingebettet in eine Landschaft innerhalb eines Endmoränenrückens und mit der Altstadtinsel auf einem leichten Hügel ist eine besondere topographische Situation gegeben, die

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
		nicht mit anderen Welterbestätten zu vergleichen ist. Vor diesem Hintergrund wird an den in der Anlage 2 (Karte) festgelegten Ausschlussbereichen festgehalten.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1111	Wir wohnen in Radesforde/Heidmühlen und haben große Angst!!! Ca 400 m von unserem Haus könnte ein Windrad entstehe, das ist bedrückend und wir fürchten um Ruhe und Natur für unsere Kinder	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 2.4 und 2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2942	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1.) Ich fordere, dass die Abgabefrist auf 6 Monate verlängert wird. 2.) Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. 3.) Ich fordere, das Windkraftanlagen erst dann genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann. 4.) Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen! 5.) Ich fordere eine Beteiligung der Anwohner im Umkreis von 2,5km am Genehmigungsverfahren! 6.) Ich lehne die Absenkung des Grundwasserspiegels zum Bau von Windkraftanlagen strikt ab, da 1.) in der Nähe befindliche Grundwasserseen mit der dazugehörigen Flora und Fauna erheblich beeinträchtigt werden und ich 2.) eine negative Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung in Langwedel und Umgebung befürchte, da diese	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5, 7.2.5, 2.11, 5.4, 7.2.7, 7.1.3, 4.2, 3.18, 7.2.9, 7.2.11, 2.1 und 7.2.15 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausschließlich über Grundwasser/Brunnen erfolgt. 7.) Ich möchte, dass diese vorhandenen Naturschutzgebiete und Naturflächen nicht zerstört werden, um als Naherholungsraum erhalten bleibt. 8.) Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutztem Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverschmutzung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter. 9.) Ich befürchte körperliche Beschwerden durch Lärm, rotierenden Schattenwurf, Blinklichter (Befeuerung), Infraschall.... optische Erdrückung, und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von mindestens 5 H zur Wohnbebauung gilt. 10.) Ich habe große Sorge, daß meine Immobilie an Wert verliert, und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von mindestens 5 H zur Wohnbebauung gilt. 11.) Ich fordere, daß ein Havariefall (z.B. Brand, techn. Defekt, Rotorbruch etc.) durch ausreichende Abstände - mindestens 1,5km - zur Wohnbebauung abgesichert wird. 12.) Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für alle Menschen gilt (mindestens 1,5km), egal ob Stadt, dorf, Splittersiedlung oder Einzelhäuser. 13.) Wenn denn schon Windkraft unvermeidbar ist, so erwarte ich in der Konsequenz deutlich niedrigere Strompreise als aktuell! Ich bitte freundlich um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Freundliche Grüße [redacted]	
Institution: Stadt Lauenburg - Amt Lütau, Stadtentwicklungsamt ID: 1110	**<u>Stellungnahme der Stadt Lauenburg/Elbe zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024</u>** Die Stadt Lauenburg/Elbe nimmt die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Kapitel *4.5.1. (allgemeines Kapitel), 4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* und *4.5.1.5 (Kultur und sonstige Sachgüter)* des Planentwurfes sowie auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Juni 2024, zur Kenntnis. Der Entwurf des Landesentwicklungsplanes (LEP-E) verfolgt das nachvollziehbare Ziel, die Vorgaben des Gesetzes zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (WindBG) nicht nur sicher zu erreichen, sondern aus eigener klima- und energiepolitischer Verantwortung überzuerfüllen. Der vorliegende Entwurf will dies allerdings auf Kosten der Gemeinden erreichen, indem er die bauleitplanerische Konkretisierung der übergeordneten Windenergieplanung weitgehend ausschließt. Ein solches Vorgehen ist durch das WindBG nicht vorgegeben. Vielmehr können nach dessen Konzeption selbstverständlich auch Abstände und Höhenbegrenzungen vorgesehen werden; lediglich nicht für diejenigen Gebiete, die zur Erreichung des Mindestziels beitragen sollen. Damit, dass die Landesregierung eine ortsangepasste Windenergieplanung auf der kommunalen Ebene ausschließt, eröffnet sie eine Fehlerhaftigkeit in zwei Richtungen: entweder muss auf die Gebiete, die eine Anpassung benötigen, insgesamt verzichtet werden, sodass auch deren potentieller Beitrag zur Energiewenden ausgeschlossen wird, oder – was wohl derzeit beabsichtigt sein dürfte – auch solche Gebiete werden unter den Prämissen des LEP-E in die Regionalplanung übernommen, die sich dann als unverhältnismäßig und willkürlich darstellen wird, was nach entsprechenden gerichtlichen Feststellungen einen weiteren Planungsprozess erfordert und erheblichen Zeitverzug für die Erreichung der Klimaziele bedeutet. **Priorisierung der bisherigen Vorranggebiete** Der aktuelle LEP-E geht als Grundsatz der Raumordnung davon aus, dass als Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen „bevorzugt die Vorranggebiete Windenergie und Vorranggebiete Repowering der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land von 2020 [...] übernommen werden“, Ziffer 4.5.1 Nr. 2 G LEP-E. Eine solche Vorgabe entbindet von einer Abwägung jeder einzelnen Vorranggebietsfestlegung nicht und kann konkrete Ermittlungs- und Prüfungspflichten nicht ersetzen. Insbesondere natur- und artenschutzrelevante tatsächliche Entwicklungen seit dem Abschluss der Planung 2020, aber auch andere raumbedeutsame Entwicklungen, können bei heutiger Bewertung dazu führen, dass ein	nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1, 1.2, 1.5, 2.2 bis 2.5, 2.11, 6.1, 7.1.1 sowie 7.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	seinerzeit zur Vorrangnutzung geeignetes Gebiet heute als ganz oder teilweise ungeeignet zu charakterisieren ist. Eine grundsätzliche Neuprüfung ist im Hinblick auf die zu erwartende Höhe der Anlagen erforderlich. Nach Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E ist der Vorranggebietsausweisung als sogenannte Referenzanlage eine solche mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde zu legen. Vor diesem Hintergrund werden auch die potentiellen Auswirkungen des Gebiets bestimmt. Die Referenzanlage der Planung 2020 ist hingegen eine Referenzanlage von 150 Metern Gesamthöhe mit einer Nabenhöhe von 100 Metern, einem Rotordurchmesser von 100 Metern und 3,2 MW Leistung, Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, Eckpunkte der neuen Windenergieplanung, Dezember 2023, S. 5. Die Gebiete sollen also grundsätzlich Anlagen von einer jedenfalls um 25% größeren Höhe und einer etwa 65 % höheren Leistung aufnehmen, wobei auch mit der Referenzanlage ausdrücklich keine Höhenbegrenzung verbunden sein soll, sodass auch größere Anlagen in den Gebieten grundsätzlich zu verwirklichen sein sollen, Begründung zu Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E. Zu einer Eignung für derartige Anlagen treffen die bisherigen Vorranggebietsfestlegungen keine Aussage. Sie ist im Zuge der Teilfortschreibung der Regionalpläne erstmalig und jeweils im Einzelfall zu prüfen. Auf welcher Grundlage der LEP-E trotzdem davon ausgeht, „dass WEA mit einem größeren Rotordurchmesser als 150 Metern dennoch entsprechenden Raum auf einem weitüberwiegenden Teil der Vorranggebiete Windenergie finden können“, Begründung zu Ziffer 4.5.1 Nr. 3 G LEP-E, erklärt sich nicht. Ebenso ist nicht erkennbar, was im Zusammenhang hiermit heißen soll, die alten Gebiete seien „bevorzugt“ wieder auszuweisen. Dies kann sich nur auf Fälle beziehen, in denen eine Auswahl zwischen einem bisherigen und einem neuen Gebiet getroffen werden soll. Für sämtliche andere Belange hat der Hinweis – wie dargestellt – keine inhaltliche Aussagekraft. **Zum Wegfall der Höhenbegrenzungsmöglichkeit** Der Wegfall der Möglichkeit, in den gemeindlichen Planungen Höhenbegrenzungen vorzunehmen, stellt einen erheblichen Eingriff in Art. 28 Abs. 2 GG dar. Die bisherigen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Feinsteuerungsmöglichkeiten der Gemeinden entfallen vollständig, sodass diese auf die Steuerung der Windkraft in ihrem Gemeindegebiet keinen Einfluss mehr nehmen können. Dies nimmt den Gemeinden die Möglichkeit, ihre Ortschaften vor negativen Einflüssen durch Windparks zu schützen. Das Genehmigungsregime nach § 6 BImSchG leistet insoweit nur einen Minimalschutz. Es stellt die Einhaltung des immissionsschutzrechtlichen Schutzgrundsatzes im Hinblick auf das Niveau zulässiger Schallimmissionen und Schattenwürfe sicher und überprüft die Vereinbarkeit mit sonstigen öffentlichen Vorschriften, die Gemeinden durch Ihre Bauleitplanung bislang allerdings gerade selber schaffen konnten. Ein gemeindlicher Schutz des Landschaftsbildes, besonderer touristischer Funktionen oder historischer Stadtansichten entfällt. Auch insoweit wird der Maßstab – zugunsten der Windenergie – auf strikte rechtliche Grenzen zurückgefahren, wie sie dann nur noch in § 13 Abs. 2 DSchG SH bestehen. Jene Planungen können nach dem derzeitigen Entwurf des LEP mit dem Wegfall der Höhenbegrenzung nicht mehr fortgeführt werden. Es wird damit durch die Zielfestlegung eine „hinreichend konkrete und verfestigte eigene Planung der Gemeinde nachhaltig gestört“, was einen Eingriff in die Planungshoheit darstellt (vgl. OVG Schleswig, Urteil vom 7. Juni 2023 – 5 KN 35/21 –, Rn. 56, juris m. w. N), der aus den in dieser Stellungnahme genannten Gründen auch unverhältnismäßig ist. Die Vorgaben des Landesentwicklungsplans müssen infolge des grundlegenden Systemwechsels zum Schutz dieser konkreten Planung Stichtage in der Zukunft enthalten, bis zu denen im Verfahren befindliche Planungen jedenfalls im Wege der Zielabweichung zugelassen werden oder Zielabweichungsverfahren für bestehende Bauleitpläne nachträglich durchzuführen sind. **Zu den Abstandsvorgaben**, Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 und Nr. 2 LEP-E Mit den als Zielen der Raumordnung formulierten Abstandsvorgaben von 800 m um Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 1 Z) und 400 m um Einzelhäuser, Splittersiedlungen und Gewerbe (Ziffer 4.5.1.1 Nr. 2 Z) übernimmt der LEP-E in etwa diejenigen Abstände, die die bisherige Teilfortschreibung als weiche Tabuzonen vorsah und die von der bisherigen Regionalplanung eingehalten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wurden, Textteil des Regionalplans für den Planungsraum III in Schleswig-Holstein Kapitel 5.7 (Windenergie an Land) v. 29. Dezember 2020; Begründung zu 5.7.1 (1) bis (3). Mit der Beibehaltung der Mindestabstandswerte bei gleichzeitiger Vergrößerung der Anlagen ist eine erheblich veränderte Belastungslage verbunden. Hierzu äußert sich der LEP-E nicht. Auch zeigt § 249 Abs. 9 BauGB, dass eine Vergrößerung der Abstände auf bis zu 1.000 m bundesrechtlich für angemessen gehalten wird, soweit das Mengenziel weiterhin erfüllt wird. Vor diesem Hintergrund sollte den Gemeinden gestattet werden – soweit nicht schon auf der landes- und regionalplanerischen Ebene größere Abstände vorgesehen werden, aus kommunalen Erwägungen heraus die Gebietsfestlegungen zu modifizieren. Dem siedlungsnahen Freiraumschutz kommt ein erhebliches Gewicht zu, das der LEP-E nicht ausreichend beachtet. Ortsangepasste Modifikationen können zudem nur auf der Ebene der kommunalen Planung geleistet werden. Auf etwaige Siedlungsbesonderheiten einzugehen, entspricht nicht der Ebene der Landes- oder Regionalplanung. Eine Notwendigkeit gemeindlicher Einflussnahme zum Schutz der eigenen Bevölkerung besteht erst recht im Falle einer Umfassung des Gemeindegebiets durch Windenergiegebiete. Eine solche „soll“ nach Ziffer 4.5.1.1 Nr. 7 G LEP-E zwar unterbleiben, wird aber landesplanerisch nicht ausgeschlossen und ist für die Gebiete LAU_067 (Vorranggebiet) und LAU_063 (Potenzialfläche), für die investorenseitig wohl ein Zusammenlegungswunsch besteht, auch konkret zu befürchten. **Zusammenfassung** Die Vorgaben des LEP für die Regionalplanung schaffen Konflikte, die weder von ihr selbst, noch auf der Ebene der Regionalplanung gelöst werden. Zugleich wird den Gemeinden jegliche eigene Einflussmöglichkeit zum Schutz ihrer Ortschaften genommen. Die Planung ist daher abzulehnen. Die Ausweisung des Gebietes LAU_067 als Vorranggebiet muss in Anbetracht der Unmöglichkeit einer planerischen Höhenbegrenzung oder der Gebietsbegrenzung auf kommunaler Ebene insgesamt unterbleiben. Gleiches dürfte auch aufgrund anderer schon bisher erkannter Konflikte für weitere bisherige Vorranggebiete gelten.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Die Landesentwicklungsplanung muss diese Konsequenz, selbst dann, wenn sie nicht als feststehend, sondern nur als ernsthafte in Betracht kommende Möglichkeit aufzufassen sein sollte, in ihre eigenen Vorgaben ebenfalls einbeziehen, was sie bislang nicht tut. Eine abschließende Abwägung des Für und Wider des Wegfalls der Höhenbegrenzung hat daher auch für die Ebene der Landesentwicklungsplanung nicht ausreichend stattgefunden. Ein wirksames Ziel der Raumordnung wird mit dem Wegfall der Höhenfestsetzung insoweit nicht begründet. Auch vor dem Hintergrund der gegenüber der tatsächlich angestrebten Ausweisung etwa doppelt so hohen Potenzialfläche, ist weder akzeptabel noch abwägungsgerecht, die Belange der Gemeinden aus dem Planungsprozess auszunehmen und ihnen jegliche planerischen Spielräume zu nehmen. Eine rechtlich zu ihren Lasten wirkende Situationsgebundenheit der Gemeinden besteht vor diesem Hintergrund und aufgrund der als gleichermaßen gut angenommenen Windhöffigkeit im gesamten Landesgebiet nur eingeschränkt. Die Stadt Lauenburg/Elbe fordert, dass die Belange von Bürgerinnen und Bürger bei den Planungen zur Windenergie ausreichend berücksichtigt werden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1109	Überregionale Wanderkorridore für Wildtiere wie z.B. das Rotwild sind unbedingt von Windkraftanlagen freizuhalten. Rotwild reagiert sensibel auf Störungen und ist nachweislich bereits genetisch verarmt. Aus diesem Grund sind die Wanderkorridore von ganz entscheidender Bedeutung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.13.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1108	Stellungnahme zum Landesplanungsgesetz, Fortschreibung des LEP Schl.-Holst. „Windenergie an Land / Planungsraum II“ Laut EEG ist zur Erreichung des Flächenbeitragsziels in S.-H. die Ausweisung von 3,3% der Landesfläche zur Windenergieerzeugung vorgesehen. Dazu hat die Gemeinde Brodersdorf durch Mehrheitsbeschluss des Gemeinderats im April 2024 ein Zielabweichungsverfahren beantragt. Dabei soll die im LEP ausgewiesene Potenzialfläche ausschließlich die Vorstellungen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 4.3, 1.5, 7.2.1 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	des potenziellen Betreibers und Projektierers im Bebauungsplan berücksichtigt werden. Die dazu vorgestellten Zahlen, Daten, Fakten zur Projektrendite sind mindestens als kritikwürdig bis unseriös zu betrachten und verbergen somit ein erhebliches Risiko für die Gemeinde. Die treibhausgasfreie Energieerzeugung sollte sicherlich ein privilegiertes Vorhaben sein, jedoch nicht ohne Berücksichtigung von Abwägungs- und Ausschlusskriterien. Die unmittelbare Nähe zum FFH-Gebiet „Hagener Au“ stellt hier eine unverantwortliche Beanspruchung des Arten- und Naturschutzes dar und kann kein geeigneter Standort für WEA sein. Im Zusammenhang mit dem bestehenden Einflug-Leitsystem für den Flugzeugverkehr am Flughafen Holtenau ist die Freigabe der Höhenbegrenzung für WEA ein nicht zumutbares zusätzliches Sicherheitsrisiko. Es verleitet die Projektgesellschaft zur Steigerung der Anlagen-Effizienz modernste WEA mit einer Gesamthöhe von 250m zu planen. Mit Hinweis auf Klimawandel und zunehmende Extremwetterereignisse stellt dies ein zusätzliches Risiko auch außerhalb der geplanten Mindestabstände dar. Völlig unberücksichtigt blieben bisher die durch Bau aber vor allem Rückbau erforderlichen Eingriffe in die Infrastruktur/Straßenbau, sowie die Anbindung zur Einspeisung in das Stromnetz. Die Verbindung zum erforderlichen 110KV-Netz würde das FFH-Gebiet kreuzen. Bau und Betrieb der WEA werden sich auf den auf der beplanten Fläche befindlichen Rund-Wanderweg, der auf Wunsch der Gemeinde als Naherholungsgebiet genutzt wird, negativ auswirken. Standorte zur alternativen Energiegewinnung sind nur dort sinnvoll, wo sie nicht genau das zerstören, was wir durch sie erhalten wollen: naturnaher Lebensraum für Fauna, Flora und Mensch. Ich halte eine Freigabe der ausgewiesenen Potenzialfläche in Bodersdorf unter den gegebenen Umständen für inakzeptabel und würde mich freuen, wenn meine Stellungnahme bei der verantwortungsvollen finalen Gebietsausweisung Berücksichtigung finden würde.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Bundeswehr, BAIUDBw Abt Infra Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen (IUD) ID: M1299	Sehr geehrte Damen und Herren, mit Bezug 2. wurde Kompenzzentrum Baumanagment Kiel - K 4 - Schutzbereichbehörde die Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021, hier: Erster Entwurf Juni 2024 mit der Bitte um Prüfung und Stellungnahme übersandt. Datengrundlage: Die mit Bezug 2. durch das Land Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellten Shape-Dateien und Unterlagen wurden im Rahmen der Prüfung bewertet. Bewertung: Gemäß den vorliegenden Planungsunterlagen der Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ werden gut 7 % der Landesfläche von Schleswig-Holstein als sogenannte Potenzialflächen für eine Windenergienutzung festgelegt. Obwohl die eigentlichen Vorranggebiete Windenergie in einem gesonderten Verfahren festgelegt werden sind die Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsplanes für das Ergebnis ausschlaggebend. In der zu bewertenden Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplan sind 1224 Potenzialflächen für Windenergie dargestellt. Durch einen Teil dieser Potenzialflächen sind militärische Belange diverser Verteidigungsanlagen massiv betroffen. Unter Punkt 4.5.1.2 Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freizeitschutz sollen gemäß Ziffer 1. Grundsatz „Weitere militärische Belange“ der Verteidigung berücksichtigt werden. Es sind durch die Planung der Potenzialflächen des Landesentwicklungsplanes die Schutzbereich der Verteidigungsanlagen - Sammelstandortschießanlage Olderup - Friedensausbildungsstellung Schwesing - Kropp - Schwedeneck / Stohl - Süsel-Bujendorf - Appen - Arkebek - Standortschießanlage Welmbüttel - Brekendorf - Bramstedtlund betroffen. Des Weiteren wird durch einige Potentialflächen der Trassenverlauf der Fernproduktleitung berührt. Es wird auf die bekannte Abstandsregelung Nabenhöhe + ½ Rotordurchmesser + 5 m	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die vorgetragenen Belange der einzelnen militärischen Anlagen sind bei der konkreten Festlegung von Vorranggebieten auf Ebene der Regionalplanung zu berücksichtigen. Diesbezüglich wird eine enge Abstimmung zwischen der Landesplanungsbehörde und den zuständigen Dienststellen der Bundeswehr erfolgen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	(Schutzstreifen) hingewiesen. In den angeordneten Schutzbereichen wurden abgelehnte Potenzialflächen aus dem Jahr 2019 wieder im Landesentwicklungsplan aufgenommen und durch neue zusätzliche Potenzialflächen ergänzt. Für die Verteidigungsanlage Bramstedtlund ist mit dem Land Schleswig-Holstein eine Vereinbarung über die maximale Anzahl von möglichen Windenergieanlagen getroffen worden. Diese maximale Anzahl von WEA (20) ist erreicht und ein weiterer Zubau von WEA nicht möglich. Zusätzlich ist der Elevationswinkels der Antennenanlage zu berücksichtigen der dazu führt, das es hier zu Höhenbeschränkungen kommt. Das Luftraumüberwachungsradar in Brekendorf hat Auswirkungen auf die Errichtung von Windenergieanlagen, so ist unter anderen die Höhe und Ausrichtung der Windenergieanlage zu berücksichtigen. Bei der Verteidigungsanlage in Appen ist ebenfalls ein Elevationswinkel zu berücksichtigen. Die betrachtete Referenzanlage kann hier erst in einer Entfernung von 8 km um den Antennenmittelpunkt errichtet werden. WEA mit einer Höhe von 180 m ungefähr in der Entfernung von 6,5 km. Aus Sicht KompZ BauMgmt KI - K 4 sind alle Potenzialflächen welche in einen Radius von 6 km um den Antennenmittelpunkt liegen, Flächen die nicht durch WEA genutzt werden können, da es aus Sicht der Windanlagenbetreibern keine wirtschaftlichen WEA mit einer Gesamthöhe von 150 m oder kleiner auf dem Markt gibt. Die Schutzbereiche sind dem Land Schleswig-Holstein bekannt, KompZ BauMgmt KI - K 4 bittet daher um Berücksichtigung dieser Schutzbereiche. Durch die Darstellung im Regionalentwicklungsplan werden Wünsche und Ideen bei Anlagenbetreibern geweckt, welche nicht oder nur teilweise umsetzbar sind ohne das die Funktion der betroffenen Verteidigungsanlagen beeinflusst wird. Auf Wunsch kann gerne ein Datenabgleich durchgeführt werden. Gemäß Ziffer 5. Grundsatz sollen „An- und Abflugbereiche sowie Hindernisbegrenzungsflächen von Flugplätzen“ berücksichtigt werden. Es sind Potenzialflächen welche bereits 2019 durch das Land Schleswig-Holstein abgelehnt wurden und in den Bauschutzbereichen von Flugplätzen lagen, erneut aufgenommen worden. Des Weiteren sind neue zusätzliche Potentialflächen hinzugekommen. Es wird darauf hingewiesen, das es hier zu Höhenbeschränkungen oder Ausschluss von Flächen durch die Luftwaffe kommen kann. Er ist nicht aus den Planungsunterlagen ersichtlich, ob auch An- und Abflugbereiche für Standort- und Truppenübungsplätze oder Absetzzonen berücksichtigt worden sind. Sollten in diesen Bereich Potenzialflächen zu Vorranggebieten werden, kann dieses zu notwendigen Änderungen im Anflug- und Abflugverfahren beziehungsweise zum Ausschluss dieser Flächen führen. Auch wurden weitere Potenzialflächen im Bereich des Flugbeschränkungsgebietes Todendorf / Putlos (ED-R 10-A , ED-R 10-B und ED-R 10-D) festgestellt. Dieses kann zu Störungen im Übungsablauf auf den	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Truppenübungsplätzen führen, da ggf. die Möglichkeiten der Zieldarstellung eingeschränkt werden. Gemäß Ziffer 8. Grundsatz sollen „Korridore von Richtfunkstrecken“ berücksichtigt werden. Für die militärischen Richtfunkstrecken sind Schutzbereiche eingerichtet. Der Trassenschutz mit +/- 100 m beidseitig der Strecke, ist bei der Planung und Errichtung von Windenergieanlagen zu berücksichtigen. Eine Errichtung von WEA im Trassenschutz ist grundsätzlich ausgeschlossen. Nach Sachstand BauMgmt KI - K 4 liegen dem Land Schleswig-Holstein die Daten der Richtfunkstrecken vor. Das Verbot von Höhenbegrenzungen im LEP Windenergie als Ziel der Raumordnung, zwecks Anrechnung auf den zu erreichenden Flächenbeitragswert ist aus Sicht KompZ BauMgmt KI - K 4 fragwürdig. Denn in manchen Schutzbereichen oder Interessengebieten von Verteidigungsanlagen kommt es zu Höhenbegrenzungen, welche offen dargelegt werden sollten. Denn nur dadurch kann es keine Entäuschung bei den möglichen Anlagenbetreibern geben, wenn die Fläche nicht so genutzt werden kann, wie er es sich vorgestellt hat. Auch mögliche, notwendige Umplanungen könnten so vermieden werden. Unter anderen könnte dieses auch zu einer Planung führen wenn eine Potentialfäche die später zu einem Vorranggebiet für Windenergie erklärt wird, ganz oder garnicht genutzt werden kann und sei es nur weil die Industrie keine Windenergieanlagen mit den entsprechenden Abmessungen mehr anbietet, aber Höhenvorgaben berücksichtigt werden müssen. Daher würde KompZ BauMgmt KI - K 4 es begrüßen, wenn bei Ausweisung eines Vorranggebietes für Windenergie im Raumordnungsverfahren, in den Datenblättern ein Feld „Weitere Hinweise / weitere Hinweise für das Genehmigungsverfahren“ mit folgender Textbaustein zu finden wäre: „In Bezug auf militärische Belange kann es ggf. zu Auflagen im Genehmigungsverfahren kommen, jedoch ergeben sich aus den Stellungnahmen keine Hinweise, dass die Errichtung von WEA von vornherein ausgeschlossen ist.“ Denn nur so wäre für jedermann ersichtlich, das es hier zu möglichen Vorgaben oder Einschränkungen bei der Errichtung von WEA kommen könnte. Fazit: Im Rahmen der derzeitigen Situation der Landes- und Bündnisverteiligung sind Verteidigungsanlagen, wie Großradaranlagen und Flugplätze besonders zu betrachten und zu berücksichtigen. Windenergieanlagen können hier zu massiven Störfaktoren für die Funktion der Verteidigungsanlagen werden. Potenzialflächen, welche Schutzbereiche für Verteidigungsanlagen überlagern sind im Rahmen von Einzelfallbetrachtungen mit der Bundeswehr auf ihre Verfügbarkeit als mögliches Windvorranggebiet zu prüfen. Wichtig ist hier eine enge Abstimmung von Potentialflächen und daraus abzuleitende Windvorranggebieten. Ich weise vorsorglich darauf hin, dass es sich nicht um eine abschließende Stellungnahmender Bundeswehr	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	insgesamt handelt. Es wurden z.B. keine keine Informationen bezüglich der Flugsicherheit (Tiefffluggebiete, § 18 a Luftverkehrsgesetz usw.) eingeholt / berücksichtigt. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2618	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehme ich Stellung zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024): In Ihrem Entwurf haben Sie festgelegt, • die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und • die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten. Diese Entscheidung ist wissenschaftlich gut begründet, naturschutzfachlich notwendig sowie für den internationalen Vogelzug und die dramatisch sinkenden Brutbestände äußerst dringend. Ich halte den Entwurf für ausgewogen und gelungen und begrüße ihn sehr. Es ist jetzt entscheidend, dass dieser rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand hat. Deshalb muss es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleiben. Dies gilt aber ausdrücklich auch für die bestehenden WEA-Flächen und Potenzialflächen um Tating! Hier besteht ansonsten die große Gefahr, dass dort neue, zusätzliche	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 4.16, 4.18 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorranggebiete entstehen. Ich beziehe mich mit dieser Stellungnahme auf den Offenen Brief der großen schleswigholsteinischen Naturschutzverbände vom 25.03.20241, den ich vollumfänglich teile. Ergänzend weise ich auf die Resolution der UNESCO Welterbe Kommission hin (25. Juli 2024, Neu Delhi). In Ziff. 12b geht die UNESCO auf Fälle wie den hier vorliegenden ein: 12. Acknowledaes the importance and necessity to accelerate renewable energy production, nevertheless, notes with serious concern the increasing number of onshore and offshore energy facilities (e.g., wind) within the wider setting ofthe property, and reguests moreover the States Parties to: a. [...] b. Ensure that the planning and implementation of onshore energy facilities (e.g., wind) avoid negative impacts on migratory bird pathways and habitats; Dabei ist die Formulierung “notes with serious concern“ in der diplomatischen UNESCO-Sprache eine durchaus deutliche Kritik. Diese klare Aufforderung der UNESCO, negative Auswirkungen auf das Weltnaturerbe Wattenmeer auch im Umfeld an Land auszuschließen, trifft auch auf die Flächen auf Eiderstedt zu. Zur Begründung der Notwendigkeit, ganz Eiderstedt freizuhalten von zusätzlichen WEA verweise ich neben dem bereits erwähnten Schreiben der Naturschutzverbände auch auf die Stellungnahme des Eiderstedter Forums, die ich inhaltlich teile. Insbesondere sollte bei der Entscheidung über die finale Fassung der Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein auch berücksichtigt werden, dass sich eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern - auch aus Eiderstedt - in einer openPetition-Aktion klar gegen weitere WEA in Eiderstedt positioniert hat. Auch hat die einzige bisher durchgeführte Einwohnerbefragung zum Thema in der Gemeinde Tating eine deutliche Ablehnung (63%) der „Sicherung und Ausweitung des bestehenden Windparks“ ergeben. Abschließend bitte ich darum,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• den rechtssicheren Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt und • die Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) beizubehalten, sowie • die Potenzialflächen, um Tating aus dem Entwurf zu streichen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Gruppe ID: G1104 Anzahl: 2 (IDs: 1104, 1107)	Sehr geehrte Damen und Herren, die [redacted], als Tochtergesellschaft der Stadtwerke Lübeck und der Stadtwerke Aachen, betreibt in der Gemeinde Bokel, Kreis Rendsburg-Eckernförde, im Vorranggebiet PR2_RDE_083 einen Windpark. Bereits in vorherigen Stellungnahmen gegenüber der Landesplanung wurde von der Seite der [redacted] auf eine mögliche Anpassung der Gebietskulisse und somit des Vorranggebietes hingewiesen, um den bereits bestehenden Windpark zu arrondieren. Die Gesellschaft für [redacted], Molfsee, wurde mit der Prüfung der Erweiterung des Wind-Vorranggebiets PR2_RDE_083 in den Gemeinden Bokel und Jevenstedt, Kreis Rendsburg-Eckernförde sowie der Erstellung einer Stellungnahme zum RP Wind 2020 und LEP-Entwurf 6/2024 beauftragt. Dieses Fachgutachten liegt dieser Stellungnahme bei. Die [redacted] möchte an dieser Stelle ergänzend folgende Punkte für die Erweiterung des bestehenden Windparks in Bokelfeld ausführen: • Der Bestandswindpark kann durch die Arrondierung des Vorranggebiets um zwei weiteren Windkraftanlagen erweitert werden. • Die bestehende Infrastruktur, insbesondere der Zuwegung und der Kabeltrasse, können für die Erweiterung der Windparks genutzt werden. Es	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Zwergschwan gehört zu den Vogelarten, für die Schleswig-Holstein eine besondere Bedeutung als Rastgebiet hat, da große Populationsanteile im Land rasten. Die nordwesteuropäische Flywaypopulation ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen, sodass dem Schutz der traditionellen Schlafplätze und der umliegenden Nahrungsgebiete eine besondere Bedeutung zukommt. Die in der Einwendung angegebene Fläche wurde in das Zwergschwankriterium aufgenommen, da in den zurückliegenden Jahren regelmäßig Zwergschwantrupps auf der Fläche rasteten. Der Bereich gehört zum Schlafplatz im Wilden Moor. Von dem Schlafplatz werden von den Zwergschwänen fast ausschließlich Flächen aufgesucht, die südlich oder westlich des Moores liegen (wozu auch die beplante Fläche gehört). Angrenzend an die räumliche Abgrenzung zum Z „Zwergschwäne“ wurden in den letzten Jahren mehrere Windparks errichtet bzw. sind in Planung. Damit das Wilde Moor weiterhin als Schlafplatz genutzt werden kann, ist es daher erforderlich, dass die Fläche vom Z „Zwergschwäne“ bezüglich ihrer Funktion als Nahrungsfläche nicht verkleinert wird. Der Rastvogelerfassung im Winter 2023-2024 durch die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	bedarf keines weiteren Ausbaus. • Der Eingriff in den Naturhaushalt beschränkt sich auf die tatsächlichen Stell- und Errichtungsflächen der Windkraftanlagen. • Der Netzanschluss für die Erweiterung ist bereits vorhanden. • Der Bestandswindpark verfügt über eine hohe Akzeptanz in der Gemeinde Bokel. • Nach der Ausweisung als Vorranggebiet kann im Ergebnis eine zügige und zeitnahe Errichtung der Windkraftanlagen im Sinne der Energiewende sichergestellt werden. Die [redacted] bittet, auch im Namen der vertretenen Grundstückseigentümer, mit dieser Stellungnahme um eine entsprechende Korrektur des Entwurfs der Anlage 2 der Teilfortschreibung des LEP, Thema Windenergie und der Anpassung des Vorranggebietes PR3_RDE_083.	Gesellschaft stehen die landesweiten Zwergschwanerfassungen der Ornithologischen Arbeitsgemeinschaft aus mehreren Jahren gegenüber. Daher reichen die einjährigen, stichprobenartigen Erfassungen nicht aus, die Bewertung der Bedeutung des Gebiets für den Zwergschwan zu ändern. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Gruppe ID: G1106 Anzahl: 2 (IDs: 1106, M1377)	**Stellungnahme der Gemeinde Wangelau zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024** Die Gemeinde Wangelau nimmt die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) SchleswigHolstein „Windenergie an Land“ – Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024, zur Kenntnis. Die Gemeinde Wangelau zeigt sich durchaus positiv gegenüber den Planungen zur Windenergie und hat ihren Beitrag zur Energiewende bereits geleistet. Allerdings darf durch die Ausweitung des Windenergieparks keine optisch bedrängende Wirkung erzeugt werden und keine unzumutbaren Beeinträchtigungen durch eine mögliche Umfassungswirkung der Ortschaft bzw. Umzingelung. Die Gemeinde Wangelau fordert einen entsprechenden Freihaltekorridor und somit freien Blick in die Landschaft und spricht sich vehement gegen eine Umzingelung aus. Um eine Akzeptanz für den Bau von Windenergieanlagen in der Bevölkerung zu fördern, erwartet die Gemeinde, dass Beeinträchtigungen und Belästigungen durch die Windenergieanlagen von der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.11.1, 7.3.5, 7.3.6 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Bevölkerung abgewandt werden und die bestehende Lebensqualität erhalten bleibt. Der Wegfall der Möglichkeit, in den gemeindlichen Planungen Höhenbegrenzungen vorzunehmen, stellt einen erheblichen Eingriff in Art. 28 Abs. 2 GG dar. Die bisherigen Feinsteuerungsmöglichkeiten der Gemeinden entfallen vollständig, sodass diese auf die Steuerung der Windkraft in ihrem Gemeindegebiet keinen Einfluss mehr nehmen können. Dies nimmt den Gemeinden die Möglichkeit, ihre Ortschaften vor negativen Einflüssen durch Windparks zu schützen. Die Gemeinde Wangelau geht davon aus, dass durch die Teilfortschreibung des LEP keine Einschränkungen der ökonomischen und ökologischen Entwicklung sowie der Gesamtentwicklung der Gemeinde gegeben ist.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2803	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich fordere einen mindest Abstand von 1500 Metern zur jeglichen Wohnbebauung Ich fordere eine Beteiligung der direkten Anwohner im Umkreis von 2500m am Genehmigungsverfahren Ich möchte dass vorhandene Naturschutzgebiete / Naturflächen nicht zerstört werden, damit dieser einzigartige Naherholungsraum erhalten bleibt. Ich fordere, dass Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingepeist werden kann. Ich bin der Meinung, dass das der zeitige Verfahren zu einer Verspargelung der Landschaft führen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2-2.5, 7.1.3, 4.2, 3.18, 7.2.5 sowie 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2802	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Diese Anlagen verschandeln die Landschaft – indiskutabel für das Ortsbild – inakzeptabel für Landschaftsschutzgebiete! Ich bin also dagegen, diese in besiedelten Gebieten aufzustellen! Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2801	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: - Ich befürchte körperliche Beschwerden und fordere eine Abstandsregelung von	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1.3 und 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zusätzlich enthält die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffern

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mindestens 5 H zur Wohnbebauung - Es muss die gleiche Abstandsregelung für Einzelhäuser im Außenbereich und Siedlungsbereiche gelten. (mindestens 800 Meter) - Vorhandene Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen müssen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. - Die Abstände zu Brutplätzen geschützter Vögel sollen mindestens die gleichen wie vor 2018 sein. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	4.18.1 und 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Schließlich wird auf die Ziffern 7.3 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2800	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Einzelne Landwirte profitieren durch den Windanlagenbau, auf Kosten der Allgemeinheit und der übermäßigen Nutzung von Naturschutzflächen und Naherholungsgebieten. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.2.10 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M2799	**2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete erhaltenbleiben. Mir ist es wichtig, dass geschützte Großvogelarten: Rotmilan, Seeadler, Wespenbussard, Schwäne in meiner Heimat weiterhin brüten können. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Ziffern 4.2 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Amt Viöl, Ordnungsamt ID: 1103	Sehr geehrte Damen und Herren, in der Anlage übersende ich Ihnen die Stellungnahme der Gemeinde Löwenstedt zum Entwurf des Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung! Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] Amt Viöl Westerende 41 25884 Viöl	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Gemeinde Löwenstedt unterstützt die Energiewende und den Ausbau von erneuerbaren Energien seit 2011. Gestartet ist die Gemeinde mit dem Bürgerwindpark Löwenstedt an dem ein Großteil der Anwohner echte Eigentümer in Form von Kommandisten sind. Ende 2015 wurde für eine weitere WEA der Bürgerwindpark Löwenstedt II gegründet. 9 Jahre später konnte diese WEA endlich in Betrieb genommen werden. In der Gemeinde besteht durch diese beiden Bürgerwindparks ein starker gemeinschaftlicher Zusammenhalt. Die Gemeinde Löwenstedt hat den Entwurf zum Landesentwicklungsplan 2024 detailliert betrachtet und möchte sich wie folgt mit einer Stellungnahme äußern: Generell begrüßt die Gemeinde Löwenstedt die erweiterten Potenzialflächen der Gebiete PR1_SLF_040 im östlichen, PR1_NFL-029 im südsüdwestlichen, PRL-NFL-041 im westnordwestlichen Gemeindegebiet. Im Detail nimmt die Gemeinde wie folgt Stellung zu diesen Gebieten. <u>Potenzialflächenerweiterung PR1 S-LF 040 im östlichen Gemeindegebiet:</u> Das 2020 ausgewiesene Windvorranggebiet PR1-NFL-085 wurde durch den Wertgrünland streifen durchbrochen. Schon damals hat sich die Gemeinde dafür ausgesprochen, diese Fläche in südlicher Richtung über die Ostenau hinweg zu erweitern. So könnte Raum für bis zu 4 weitere moderne Windenergieanlagen geschaffen werden, welche sich an den vorhandenen Windpark landschaftlich anschließen würde. Dazu müsste aber in einige Bereichen ein geringerer Abstand als 70 m zur Ostenau geduldet werden, rund 40 m.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Potenzialflächenerweiterung PR1 NFL 029 im südsüdwestlichen Gemeindegebiet: Die Erweiterung über die Ostenau hinweg in Richtung Norden über den Weg Westerfeld hinweg im südlichen Gemeindegebiet der 2020 ausgewiesenen Windvorrangfläche PR1-NFL-096 hat die Gemeinde mit Freude zur Kenntnis genommen Dies würde eine logische Erweiterung des bestehenden Windparks in Richtung Norden bedeuten. Die neue Potenzialfläche bietet so Platz für 2 modeme Windenergieanlagen. Der Abstand zur Ostenau von 70m würde eingehalten werden. Den nördlichen Zuschnitt der neuen Potenzialfläche über die Ostenau hinweg können wir so nicht nachvollziehen. Diese neue Potenzialfläche müsste bis zu einen Abstand von 30 m an den Wald heran geführt werden und sich an das Moorgebiet anschließen. Der Abstand zum FFH Gebiet ist nachvollziehbar. Somit bestünde noch eventuell ein weiteres Potenzial für eine weitere Windenergieanlage durch diese Erweiterung. Daher bitten wir hier den Zuschnitt zu prüfen und zu korrigieren. Potenzialflächenerweiterung PRL NFL 041 im west-nordwestlichen Gemeindegebiet: Die Verlängerung des 2020 ausgewiesenen Windvoranggebietes mit der damaligen Gebietsnummer PR1_NFL_082, nun PR1_NFL_041, hält die Gemeinde Löwenstedt für das beste Potential. Dadurch könnten vier moderne Windenergieanlagen sich an den bestehenden Windpark in Richtung Süden anschließen. Eine WEA würde auf dem Grundsatz Biotopverbundsystem stehen, was aber auch schon bei anderen Windenergieanlagen im Gemeindegebiet gelebte Praxis ist Fläche südwestlich angrenzend an das Munitionsdepot Wir sehen ein weiteres Potenzial, welches durch eine eventuelle Wohnnutzungsaufgabe generiert werden könnte. Hierbei handelt es sich um die Flurstücke südwestlich angrenzend an das ehemalige Munitionsdepot, direkt nordöstlich durch die Straße Norderfeld begrenzt und im Süden angrenzend an den Hof Sophiental, Norderfeld 12a. Östlich wird die Fläche durch einen breiteren Knick begrenzt. Im Nordöstlichen Bereich könnte sich die Fläche auch an die Potenzialfläche PR1-NFL-041 anschließen. Hier würden bis zu drei moderne Windenergieanlagen Plau finden. Grundsätzlich möchte die Gemeinde Löwenstedt die Landesplanung und -Regierung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dazu aufrufen, die Grundsätze der Planung nicht zu Zielen zu machen. Dies würde ein erhebliches Potenzial an neuen Flächen reduzieren und zudem gelebte Abwägungen aus der Vergangenheit untergraben, was bei einem Repowering unnötige Schwierigkeiten mit sich bringen würde. Der Bestandsschutz ist uns in der Aufstellung der Regionalplanung Windenergie sehr wichtig. In unserem Gemeindegebiet beträfe dies Flächen welche durch das Biotopverbundsystem, im Jahr 2020 mit BVS25-188 und BSV25-185 bezeichnet, betreffen. Wir freuen uns unseren gewünschten Flächenbeitrag zum Ausbau der Windenergie in unserer Gemeinde aufzeigen zu können und sind auf Ihre Rückmeldung gespannt. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted] - Bürgermeister Löwenstedt	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2928	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich fordere, daß bei einem Brand, durch ausreichende Abstände von mindestens 1500m zu Wohnbebauung abgesichert wird. (unser Haus befindet sich nur ca 300m entfernt von möglichem Windkraftgelände) Ich bin entsetzt über die tierverachtenden Abstände zu ihren Brutorten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.3.1, 4.20, 5.4.1, 7.2.7, 7.3.7, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich befürchte eine stärkere Absenkung des Grundwassers, sodass mein Brunnenwasser versiegt (Stand 60m Tiefe) ich bin entsetzt über die Art der Behandlung von Anwohnern und Baubesitzer, [redacted] nachbarschaftliche Beziehungen sind entzweit. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1102	Sehr geehrte Damen und Herren, den Ausbau von erneuerbaren Energien finde ich mehr als wichtig! Egal um welchen der Flächen es sich handelt, lassen sie nicht zu, dass die egoistischen Argumente der „Windkraftgegner“ Gehör finden! Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1290	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehme ich Stellung zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024): In Ihrem Entwurf haben Sie festgelegt, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als **Ziele der Raumordnung** von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten. Diese Entscheidung ist wissenschaftlich gut begründet, naturschutzfachlich notwendig sowie für den internationalen Vogelzug und die	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Darüber hinaus beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird daher insbesondere auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dramatisch sinkenden Brutbestände äußerst dringend. Ich halte den Entwurf für ausgewogen und gelungen und begrüße ihn sehr. Es ist jetzt entscheidend, dass dieser rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für **ganz** Eiderstedt auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand hat. Deshalb muss es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleiben. Dies gilt aber ausdrücklich auch für die Potenzialflächen*Acknowledges the importance and necessity to accelerate renewable energy production, nevertheless, notes with serious concern the increasing number of onshore and offshore energy facilities (e.g., wind) within the wider setting of the property, and requests moreover the States Parties to:* 1. *[…]* 2. *Ensure that the planning and implementation of onshore energy facilities (e.g., wind) avoid negative impacts on migratory bird pathways and habitats;* Dabei ist die Formulierung *“notes with serious concern“* in der diplomatischen UNESCO-Sprache eine durchaus deutliche Kritik. Diese klare Aufforderung der UNESCO, negative Auswirkungen auf das Weltnaturerbe Wattenmeer auch im Umfeld an Land auszuschließen, trifft auch auf die Potentialflächen bei Oldenswort zu: Bereits der bestehende Windpark bei Oldenswort gefährdet den Vogelzugweg und die Brutgebiete; er ist im letzten Regionalplan lediglich aus Gründen des Bestandsschutzes akzeptiert worden. Alle umliegenden Potenzialflächen wurden damals - mit noch heute gültigen Argumenten - als Vorranggebiete verworfen. Deshalb wäre eine Erweiterung der bereits bebauten Flächen fatal. Alle bisher vorgetragenen Argumente gelten ja nicht nur diffus für Eiderstedt insgesamt, sondern ganz genauso für diese im jetzigen Entwurf ins Auge gefassten Potenzial- = Erweiterungsflächen. Es sind **keine** fachlichen Argumente erkennbar, warum diese Flächen weniger wertvoll und schützenswerte sind als das „übrige“ Eiderstedt. Deswegen müssen diese Potenzialflächen gestrichen werden. Zur Begründung der Notwendigkeit, ganz Eiderstedt freizuhalten von zusätzlichen WEA verweise ich neben dem bereits erwähnten Schreiben der Naturschutzverbände auch auf die Stellungnahme des Eiderstedter Forums, die ich inhaltlich teile.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Insbesondere sollte bei der Entscheidung über die finale Fassung der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein auch berücksichtigt werden, dass sich eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern – auch aus Eiderstedt – in einer openPetition-Aktion klar gegen weitere WEA in Eiderstedt positioniert hat. Auch hat die einzige bisher durchgeführte Einwohnerbefragung zum Thema in der Gemeinde Tating eine deutliche Ablehnung (63%) der „Sicherung und Ausweitung des bestehenden Windparks“ ergeben. Nach alledem bitte ich darum, • den rechtssicheren Ausschluss von weiteren WEA für **ganz** Eiderstedt und • die **Formulierung** im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) **beizubehalten**, sowie • die Potenzialflächen um Oldenswort aus dem Entwurf **zu streichen**. • Mit freundlichen Grüßen, ohne Unterschrift, da elektronisch übermittelt [redacted] [1] https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/energie/windenergie-raeumliche-steuerung/Downloads/karte_potenzialflaechen?nn=9561f157-9597-43c1-912c-10292bb5f53e [2] https://www.eider-kurier.de/artikel/eiderstedt/windkraft-in-eiderstedt-umweltverbaende-schlagen-alarm-16267.html	
Institution: Erneuerbare Energiewerke SH GmbH &	siehe Anhang Die Potenzialfläche gemäß Anlage 1 kann ausfolgenden Gründen als Vorranggebiet für Windenergieanlagen im Rahmen der neuen Windenergie-Planung ausgewiesen werden:	Mit dem LEP Wind werden aus naturschutzfachlichen Gründen und im Einklang mit einer gesamträumlichen Steuerung der Windenergie Festlegungen getroffen. Die Errichtung von Windenergieanlagen wirkt sich durch die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Co. KG **ID: M1451**	■ Im letzten Regionalplan wurde die Potenzialfläche mit der Flächenbezeichnung PR1_NFL_304 noch als „Wiesenvogel-Brutgebiet mit hoher Bedeutung" ausgewiesen ■ Es gibt 2 Kategorien o Ziel: Wiesevogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten o Grundsatz: Wiesenvogel-Brutgebiete mit hohen Siedlungsdichten ■ Unsere Potenzialfläche liegt in einem Zielgebiet ■ Die Abgrenzungen der 2 Kategorien der Wiesenvogel-Brutgebiete haben sich im laufe der Zeit immer wieder verändert ■ Die Abgrenzung im LEP ist anhand der vorliegenden Unterlagen nicht nachvollziehbar ■ Des Weiteren fällt auf, dass das vorhandene Windeignungsgebiet PR1_NFL_001 (ehemalig PR1_NFL_309) sich im Wiesenvogel-Brutgebiet extrem vergrößert hat und eine Ausweisung möglich ist (siehe Anlage 3) ■ Zusätzlich können Ausgleichsmaßnahmen erschaffen werden ■ Die Potenzialfläche befindet sich in einem Dreieck von bereits ausgewiesenen Potenzialflächen PR1_NFL_008 (ehemalig PR1_NFL_302) mit einer Distanz von ca. 2 Kilometern, PR1_NFL_010 (ehemalig PR1_NFL_303) mit einer Distanz von ca. 1,5 Kilometern und PR1_NFL_004 (ehemalig PR1_NFL_308) mit einer Distanz von ca. 2,5 Kilometern (siehe B GEBIETSBESCHREIBUNG) ■ Auf Grundlage unserer Untersuchung wurde festgestellt, dass es Schwerpunkträume im Obbenskoog gibt, in denen sich mehr Wiesenbrüter (v.a. Kiebitz aufgehalten haben) aufhielten als in anderen Bereichen. Diese Räume lagen allerdings außerhalb unserer Potenzialfläche. Die Potenzialfläche hat nach Erachten des Gutachters als solches auf Grund ihrer Nutzung (überwiegend Acker) wenig Eignung eines dauerhaften gesicherten Wiesenvogel-Brutgebietes (siehe Anlage 2) Die Potenzialfläche ist zusätzlich zu den vorhandenen Windparks und durch die durchlaufende Hochspannungsleitung vorbelastet	Veränderung des Lebensraums, durch den Scheucheffekt und durch ein hohes Kollisionsrisiko negativ auf Wiesenvögel aus. Schleswig-Holstein hat bundesweit eine herausragende Bedeutung für Wiesenvögel. Im besonderen Fokus stehen die Wiesenlimikolen Kiebitz, Uferschnepfe, Großer Brachvogel und Austernfischer. Aufgrund der speziellen Habitatansprüche spielen Flächen mit noch vorhandenen Wiesenvogelvorkommen eine besondere Rolle beim Schutz der Arten. Innerhalb der Flächen, die grundsätzlich für Wiesenvögel geeignet sind, wird die Bedeutung einzelner Gebiete mit der Siedlungsdichte/Anzahl der Brutpaare der oben genannten Arten seit Mitte der 2000er Jahre im Rahmen eines Wiesenvogelmonitorings erfasst. Die Wiesenvogelkulisse wird im regelmäßigen Abstand anhand aktueller Daten überprüft und angepasst. Änderungen der Kulisse der pauschal von einer Windenergienutzung ausgenommenen Wiesenvogelbrutgebiete sind in der Anlage 2 (Karte) dargestellt, Darüber hinaus enthält die Stellungnahme Hinweise, die sich auf die Festlegung von Vorranggebieten beziehen. Auf Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse wird verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	■ Das Kriterium „charakteristischer Landschaftsraum" ist weggefallen ■ Anhand unserer Stellungnahme und dem anhängenden Abwägungskriterien ist ersichtlich, dass alle Punkte für eine Ausweisung dieser Potenzialfläche sprechen	
Gruppe ID: G1101 Anzahl: 16 (IDs: 1021, 1029, 1036, 1101, M1251, M1257, M1263, M1264, M1266, M1268, M1275, M1276, M1429, M1440, M1441, M1444)	[redacted] Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein Landesplanungsbehörde, Referat IV 64 Düsternbrooker Weg 92 **24105 Kiel** Tönning, 21.08.2024 **Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** **hier: Stellungnahme** Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet, aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Mit der Festlegung der Ziele 15 Z und 16 Z kann das Bundesland Schleswig-Holstein der EU-Kommission sehr gut entgegenkommen und den Nachweis für Maßnahmen zum	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Darüber hinaus beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird daher insbesondere auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schutz der Vögel belegen. Ferner kann Schleswig-Holstein mit dem Entwurf des LEP „Wind an Land“ das Begehren des Zentrums des UNESCO-Welterbes in Paris vom Juni 2024, eine gute, wohlbegründete Stellungnahme zum Erhalt des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer abzugeben, weitgehend erfüllen. Dieses wurde u.a. mit der Begründung zum Schutz des ostatlantischen Vogelzuges errichtet. Schleswig-Holstein kommt dem Schutz der überregionalen Vogelzugroute sowie der Wiesenvogel-Brutgebiete mit den Zielen 15 Z und 16 Z nach. Wir leben in einer Zeit vieler Krisen. Zwei davon sind die Zwillinge, die Klimakrise und die Krise der Artenvielfalt (Biodiversität). Die Klimakrise bedroht unsere Lebensqualität, die Krise der Artenvielfalt unsere Lebensgrundlagen. Für beide müssen gute Lösungen gefunden werden, für beide braucht es geeignete Räume: Räume für erneuerbare Energien **und** Räume für den Schutz der Biodiversität, welche hier in Schleswig-Holstein zum Schutz unzähliger Vogelarten des ostatlantischen Vogelzuges und der Wiesenvögel unverzichtbar sind. Nur mit intakten Ökosystemen und Biodiversität lassen sich unsere Lebensgrundlagen langfristig sichern. Deshalb muss der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als **Ziele** der Raumordnung auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist darum entscheidend, dass es bei der **Formulierung** im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) **bleibt**. Das muss die Flächen um Oldenswort einschließen. In der „Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“ sind Flächen in Oldenswort „weiß“ dargestellt. Bedeutet dies, dass sie keinen Schutzraum für den Vogelzug und die Wiesenvogel-Brutgebiete bilden? In der „Negativkarte“ dazu „Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024)“ sind alte und neue Potenzialflächen in Oldenswort ausgewiesen. Mit den Potenzialflächen nördlich und südlich der Kreisstraße wird ein fachlich unbegründeter Keil in die überregionale Vogelzugroute geschlagen und verengt den ohnehin schmalen Korridor für den Zug von Millionen von Vögeln und verlässt an	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dieser Stelle den Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete. Für Zug- und Wiesenvögel sind derartige, menschengemachte Grenzen außerdem völlig irrelevant. Dies wird gestützt durch die Karte Nr. 8 im Umweltbericht, S. 39. Außerdem wurde bereits im Datenblatt PR1_NFL_309 zum LEP Wind von 2020 festgelegt: „Die durch die Kreisstraße K20 abgeteilte Fläche im Südwesten liegt in der Hauptachse des überregionalen Vogelzugs. Dieser Teilbereich wird auch aus diesem Grund nicht als Vorranggebiet übernommen.“ Was hat sich daran bis heute geändert, dass die Ausweisung als Potenzialfläche begründet? Der nördliche Teil wurde seinerzeit ohnehin nur mit dem Hinweis auf die bestehenden WEA als Vorrangfläche ausgewiesen. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von WEA frei zu halten: Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. In der Landschaft Eiderstedt haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente erhalten und sind heute noch „lesbar“. Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege, eine Vielzahl historischer Gebäude wie Haubarge und die 18 Kirchen etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die naturnahe, nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen durch diesen Hauptwirtschaftsfaktor der Region sichert. Auch die Einwohner stehen mehrheitlich hinter den Zielen des LEP-Wind-Entwurfes. In einer von der Gemeindevertretung Tating initiierten Einwohnerbefragung am 9.6.2024 haben 63 % der Einwohner gegen neue WEA und gegen die Sicherung der bestehenden Anlagen in Tating votiert. Dieses Ergebnis kann man nach allen Äußerungen und Verlautbarungen durchaus auf ganz Eiderstedt übertragen. Nach meinem Verständnis kann Klimaschutz nur dann gelingen, wenn er im Einklang mit Natur, Menschen und der Landschaft steht. Deshalb sollte abschließend noch einmal intensiv geprüft werden, ob eine WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	von der Natur, den Landschaften und den Menschen insgesamt getragen und bewältigt wird. Ich weise auf zwei Karten hin, aus denen ersichtlich wird, dass sich unser Land in Bezug auf die Umgebungswirkung von Windkraftanlagen zu einem riesigen Windpark entwickelt. Die beiden Karten zeigen je nach Wirkungsgrad der unterschiedlichen Entfernungen die flächendeckenden, räumlichen Auswirkungen von WEA. Dagegen würde Schleswig-Holstein mit der ursprünglich geplanten, bereits riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Hinzu kommen außerdem ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die in der Landschaft oder auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen errichtet werden, anstatt auf bereits versiegelten Flächen (vgl. Gutachten des Fraunhofer Instituts im Auftrage des Landes Schl.-Holst. vom 16.02.2022). Werden die Landschaften Schleswig-Holsteins nunmehr eine einzige große Energie-Industrielandschaft? **Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf des neuen LEP-Wind im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung für die ostatlantische Vogelzugroute und die Wiesenvögel-Brutgebiete (in Text und Karte) keinesfalls zu verändern, Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen und die Notwendigkeit für das Ausmaß von 7,2 % der geplanten Landesfläche für WEA zu überprüfen.** Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1099	Ein Verbau von ausgewiesenen Wanderkorridor für Wildtiere durch Windräder ist nicht anzustreben. Die negativen Auswirkungen übersteigen den Nutzen für Windräder an diesen Standorten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.13.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2242	Sehr geehrte Damen und Herren. ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 7.2.9, 7.3, 7.2.8, 4.1, 4.2, 7.2.12, 7.1.5 und 4.20 der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der WKA gefährdet wird! • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln , Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall! • Ich möchte, dass überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen, Kranichen und Störchen freigehalten bleiben. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Meer- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen bleiben. • Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft, Seen und Auen) unbeeinträchtigt bleiben. • Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeit ab. • Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten wie zB. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Störche, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin bleiben können und geschützt werden. • Ich mächte, dass due vorhandenen Naturschutzgebiete-Naturparkflächen nicht zerstört werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme	allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Gruppe ID: GM1348 Anzahl: 2 (IDs: M1348, M1358)	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung, Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehme ich Stellung zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024): In Ihrem Entwurf haben Sie festgelegt, • die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und • die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten. Diese Entscheidung ist wissenschaftlich gut begründet, naturschutzfachlich notwendig sowie für den internationalen Vogelzug und die dramatisch sinkenden Brutbestände äußerst dringend. Ich halte den Entwurf für ausgewogen und gelungen und begrüße ihn sehr. Es ist jetzt entscheidend, dass dieser rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand hat. Deshalb muss es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleiben. Dies gilt aber ausdrücklich auch für die bestehenden WEA-Flächen und Potenzialflächen um Tating! Hier besteht ansonsten die große Gefahr, dass dort neue, zusätzliche	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 4.16, 4.18 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorranggebiete entstehen. Ich beziehe mich mit dieser Stellungnahme auf den Offenen Brief der großen schleswigholsteinischen Naturschutzverbände vom 25.03.20241, den ich vollumfänglich teile. Ergänzend weise ich auf die Resolution der UNESCO Welterbe Kommission hin (25. Juli 2024, Neu Delhi). In Ziff. 12b geht die UNESCO auf Fälle wie den hier vorliegenden ein: 12. Acknowledges the importance and necessity to accelerate renewable energy production, nevertheless, notes with serious concern the increasing number of onshore and offshore energy facilities (e.g., wind) within the wider setting of the property, and requests moreover the States Parties to: a. […] b. Ensure that the planning and implementation of onshore energy facilities (e.g., wind) avoid negative impacts on migratory bird pathways and habitats; Dabei ist die Formulierung “notes with serious concern“ in der diplomatischen UNESCOSprache eine durchaus deutliche Kritik. Diese klare Aufforderung der UNESCO, negative Auswirkungen auf das Weltnaturerbe Wattenmeer auch im Umfeld an Land auszuschließen, trifft auch auf die Flächen auf Eiderstedt zu. Zur Begründung der Notwendigkeit, ganz Eiderstedt freizuhalten von zusätzlichen WEA verweise ich neben dem bereits erwähnten Schreiben der Naturschutzverbände auch auf die Stellungnahme des Eiderstedter Forums, die ich inhaltlich teile. Insbesondere sollte bei der Entscheidung über die finale Fassung der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein auch berücksichtigt werden, dass sich eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern – auch aus Eiderstedt – in einer openPetition-Aktion klar gegen weitere WEA in Eiderstedt positioniert hat. Auch hat die einzige bisher durchgeführte Einwohnerbefragung zum Thema in der Gemeinde Tating eine deutliche Ablehnung (63%) der „Sicherung und Ausweitung des bestehenden Windparks“ ergeben. Abschließend bitte ich darum, • den rechtssicheren Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt und • die Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) beizubehalten, sowie • die Potenzialflächen, um Tating aus dem Entwurf zu streichen. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2881	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschrcibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Wir leben und haben unsere ländliche Immobilie im nördlichen Kreis Bad Segeberg/ südl. Kreis Plön in der Holsteinischen Schweiz und in dem touristisch wichtigen Gebiet mitten zwischen den holsteinischen Seen zwischen Nord -und Ostsee, also dort, wo andere Menschen gerne Urlaub machen. Unser Betroffenes Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung im Nahgebiet, siehe Quelle: Landesentwicklungsplan SH! Dies steht absolut im Widerspruch zu den geplanten WKA´s. Ich möchte, dass die Vorhandenen Naturschutzgebiet u. Naturparkflächen nicht zerstört werden, um diese für die geplante Tourismusentwicklung zu erhalten! Mir ist wichtig, dass die geschützten Großvogelarten Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Singscwäne usw. hier aber weiterhin brüten, ziehen können und geschützt werden! Außerdem befürchte ich massive körperliche u. gesundheitliche Schädigungen für mich, meine Familie und den hier lebenden Tieren und erwarte, dass Abstandsregelungen von mind. 10 km zu Wohnbebauungen eingehalten werden, zumal ein Wertverlust unserer Immobilie und Einbüßen mit der Ferienvermietung dann vorprogrammiert sind, wo wir eh schon vom sog. Nord-Süd-Gefälle genug Einbüßen haben. Die Biotope, die hier jahrelang aufgebaut und geschaffen wurden, Naturparke, FFH, Moore - u. Niederungsflächen müssen Kulturlandschaft bleiben und wie in Zeit von den höchst umstrittenen WKA´s als 1. ausgeschlossen werden!	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 3.15, 4.20, 7.3, 7.2.11 und 4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1098	Sehr geehrter Herr Günther, sehr geehrte Damen und Herren der Landesplanung Schleswig Holstein. Mit der neuen Ausschreibung der Potentialflächen für Windkraft-Eignungsflächen zeigt sich erneut eine Eignungsfläche östlich von 24975 Hürup in Angeln. Diese Fläche wurde 2016 erstmalig als Windkraft Eignungsfläche dargestellt und nach Intervention durch die Gemeinde und einem ausführlichen Gutachten und einer Bürgerbefragung von ihnen gestrichen. Die Bürgerbefragung hatte eine Wahlbeteiligung von über 60% und knapp 80 % der Bürger stimmten gegen die Errichtung von Windkraftanlage in Hürup!!! Nach willkürlicher Veränderung des Kriterienkataloges ist diese von uns abgelehnte Fläche erneut in das Visier von Planungsbüros für die Errichtung von Windkraftanlagen geraten. Ein kleiner Teil von Landeigentümern hofft hier auf finanziellen Zugewinn. Schon damals 2016 war der Dorffrieden in nicht unerheblichen Maß gestört. Es kam zu öffentlichen Anfeindungen und langjährige Freundschaften zerbrachen. Für die sonst vorbildliche Dorfgemeinschaft eine Katastrophe und es hat lange gedauert bis der dörfliche Friede wieder hergestellt wurde, zuletzt auch durch das sehr diplomatische und empathische Verhalten des damaligen Bürgermeister. Jetzt nach bekannt werden der Potentialflächen wiederholt sich das Debakel und es kommt wieder zur Lagerbildung im Dorf, Diffamierungen, Anfeindungen, Missgunst und sozialer Unruhe in der Gemeinschaft. Bitte ersparen sie uns diese erneute Zwietracht in unserem Dorf. Die Mehrheit der Dorfbewohner wollen keine Windkraftanlage in unserer unberührten Natur und sie als Landesvater sollten froh darüber sein, wenn in ihrem Land ein harmonischen Miteinander in den Gemeinden und Dörfern stattfindet. Es gibt genug Gemeinden die Windkraftanlagen willkommen heißen. Ich wünsche Ihnen allen ein erfülltes Leben und einen gesunden Menschenverstand.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Liebe Grüße aus [redacted] [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1320	**Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig- Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** **Stellungnahme** Sehr geehrte Damen und Herren, Wir möchten als relative „Neubürger“ der Stadt Tönning (Zuzug [redacted]) im Rahmen des im Betreff genannten Beteiligungsverfahrens gerne wie folgt Stellung nehmen: Zunächst begrüßen und unterstützen wir Ihre sachkundige Entscheidung die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs unter besonderer Berücksichtigung. Der Rast- und Brutgebiete Als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen freizuhalten. Die vorgelegte wissenschaftlich fundierte Begründung ist überzeugend und in ihrer Konsequenz aus unserer Sicht zwingend. Mit Erschrecken haben wir in der jüngeren Vergangenheit Initiativen von Investoren wahrgenommen, auf Eiderstedt ohne Rücksicht auf die Brutflächen und Fluglinien des Vogelzuges Wind -Energie-Anlagen errichten zu wollen. Dem kann nur durch einen rechtssicheren Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt begegnet werden. Aus diesem Grund fordern wir, dass es bei der im Entwurf des Textteils vorgesehenen Formulierung in der Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land, Seite 58, 15 Z und 16 Z inklusive der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu § 1 verbleibt. Wir unterstützen ausdrücklich die dargestellten Ziele für die Freihaltung von Eiderstedt von Windenergieanlagen und möchten unsere persönlichen Eindrücke zusätzlich einbringen. Hierbei möchten wir hervorheben, dass wir weder besondere Naturkundler, noch	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 4.1, 4.8, 4.16 und 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ornithologen sind, sondern schlichte Bürger. Als solche hat uns vielleicht gerade aufgrund des Neuzuzugs, die Besonderheit der Natur auf Eiderstedt besonders beeindruckt. Am Rande von Tönning (Olversum) lebend sehen wir alltäglich und regelmäßig tausende von Zugvögeln, die sozusagen vor unserer Haustür in den dort befindlichen Fennen der Landwirtschaft und an den Rändern der Siele und Bootfahrten Rast suchen. Wir sehen in allen Jahreszeiten riesige Vogelschwärme über uns ziehen und nehmen - auch als Laien -wahr, dass die Vögel Eiderstedt als Einheit mit dem umliegenden Unesco Weltnaturerbe Wattenmeer, Katinger Watt und Eiderufer wahrnehmen. Auch wir Menschen betrachten diese Gegend, umschlossen vom Wattenmeer als Einheit für ein besonderes Naturerleben. Diese Besonderheit auf Eiderstedt, eine Kulturlandschaft, die trotzdem für Natur und Mensch einen besonders lebenswerten Raum bietet, muss nachhaltig geschützt werden. Wir haben hier in Olversum fast über dem Kaffeetisch einen Seeadler kreisen sehen (wir haben ihn als Laien nur erkannt, da wir ihn eimal in Kanada in freier Natur gesehen haben). Dieser Vogel ist zwar herausragend aber nur einer von Millionen von Vögeln, für die Eiderstedt zumindest zeitweilig das Zuhause ist. Uns ist völlig klar, dass Windenergieanlagen auf Eiderstedt verheerende Auswirkungen für die Vogelwelt hätten, die in ihre Wirkung nicht reversibel wären. Wir bitten daher eindringlich, den Entwurf für die Ziele der Raumordnung betreffend Eiderstedt nicht zu verändern. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1096	Ich spreche mich dafür aus, dass östlich von 24975 Hürup ein Bürgerwindpark entstehen soll!	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	**Stellungnahme**	**Begründung**
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1095	Sehr geehrte Damen und Herren, ich als Bürger aus dem Amt Hürup möchte gerne eine Stellungsnahme abgeben, da ich als Einwohner durch die ausgewiesenen Flächen betroffen bin. Die Energiewende muss fahrt aufnehmen, dazu gehört natürlich auch der massive Ausbau von Windenergieanlagen. Ich möchte, dass sich die Gemeinde Hürup an dieser Sache beteiligt in Form eines Bürgerwindparks. Die ausgewiesene Fläche östlich von Hürup entlang der K90 würden sich hier anbieten, hier würden die meisten Windenergieanlagen platziert werden können. Ich erhoffe mir, dass durch den Bürgerwindpark die Gemeinde und Einwohner direkt und indirekt, beispielsweise durch Unterstützung von Projekten, der Jugendarbeit im Amt oder dem Sportverein, profitieren und weiter wachsen kann. Die weiteren ausgewiesenen Flächen im Umkreis von der Gemeinde Hürup sehe als schwierig an, da keinesfalls unser schönes Dorf "umzingelt" werden sollte von Windenergieanlagen. Daher möchte ich mich für diese Gebiete dafür einsetzen, dass diese nicht durch Investoren o.Ä. bebaut werden können. Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Weiterhin beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 2.11.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2616	Betr.: positive Rückmeldung zur WKA-Planung (PR3_D1T_007 u. _134) Bezug: Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021, Erster Entwurf Juni 2024 Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land Sehr geehrte Damen und Herren, da man sich über unerwartetes Lob für geleistete Planungsarbeit freut, möchte ich damit nicht zurückhalten und Ihnen meinen Dank aussprechen. Der o.g. Entwurf zum Kapitel Windenergie an Land berücksichtigt endlich die Notwendigkeit, den Druck der Windkraft-Lobby abzuwägen mit bestehenden Vereinbarungen der Bundesrepublik mit der EU (z.B. Vogelschutzrichtlinie) und den UN (z.B. RAMSAR-Konvention, Biodiversitäts-Konvention), um die Hauptachse des überregionalen Vogelzugs (hier: ETS-Bereich) zu schützen. Die vorliegende Planungskarte beweist, dass eine sinnvolle Lösung möglich	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Innerhalb der Flächen, die grundsätzlich für Wiesenvögel geeignet sind, wird die Bedeutung einzelner Gebiete mit der Siedlungsdichte/Anzahl der Brutpaare der oben genannten Arten seit Mitte der 2000er Jahre im Rahmen eines Wiesenvogelmonitorings erfasst. Die Wiesenvogelkulisse wird im regelmäßigen Abstand anhand aktueller Daten überprüft und angepasst. Bei der Abgrenzung der Wiesenvogelkulisse wurden die Flächen so abgegrenzt, dass ein Sicherheitsabstand berücksichtigt ist. Eine Anpassung der Kulisse erfolgt wie in der Anlage 2 (Karte) dargestellt.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	ist. Ich möchte mir einen Vorschlag zur Aktualisierung dieser Karte erlauben. Diese reserviert zwar in Übereinstimmung mit der Realität einen 2 km breiten Bereich (grün schraffiert) südlich [redacted] Dorfes Bergewöhrden für die Zugvögel, doch die zusätzliche Markierung als Brutgebiet für Wiesenvögel (rot gepunktet) wurde in diesem Areal vergessen. Seit unsere Bauern Vertragsnaturschutzförderung zum Erhalt der Bodenbrüter nutzen, hat hier die Population der Kiebitze (vorher 4, jetzt 25) und der Feldlerchen deutlich zugenommen, was uns alle freut. Vielen Dank! Mit freundlichen Grüßen,	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2941	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich möchte, dass überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten bleiben. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). Ich möchte, dass ein Havariefall wie z.B. Brandausbreitung, technischer Defekt durch ausreichende Abstände von mind. 1500m zu Wohnhäusern abgesichert wird. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen)	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.14, 4.15, 7.3, 7.2.9, 7.2.7, 4.5, 7.2.12, 4.20 und 3.15 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	unbeeinträchtigt bleiben. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H.), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. Ich befürchte körperliche Beschwerden und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von mind. 5 H zu Wohnbebauung gilt. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2501	Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde Kleve, Dithmarschen, und Bewohner der Eiderniederung unterstützen wir ausdrücklich die Entscheidung der Landesbehörde, unserer Region eine zentrale Bedeutung für den internationalen Vogelzugs und die Population der Wiesenvögel beizumessen und die Eiderniederung deshalb frei von Windkraftanlagen zu halten. Gleichwohl möchten wir den Kriterienkatalog, wie er sich in Ihren Karten präsentiert, in zwei Teilregionen ergänzen resp. berichtigen. Das betrifft zum einen den Nordfelder Koog, gelegen zwischen dem Unterlauf der Broklandsau und der Eider. In Ihren Karten messen Sie diesem Gebiet keine herausragende Bedeutung für die Wiesenvögel zu. Nach unseren systematischen Beobachtungen und Zählungen über mehrere Jahre ist das Gegenteil richtig. Und zwar aus mehreren Gründen: Schon immer hatte der Nordfelder Koog eine herausragende Kiebitz-Population. Diese	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise zu den Artvorkommen sind größtenteils bekannt. Ein Großteil des Nordfelder Kooges befindet sich daher auch in einem für die Windenergienutzung ausgeschlossenen Bereich, konkret innerhalb des Ziels EU-Vogelschutzgebiete mit 1000 m Umgebungsbereich. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ist in den letzten Jahrzehnten zwar spürbar rückläufig, beläuft sich hier aber immer noch auf ca. 4-5 Brutpaare pro 10 Hektar. Damit ist der Nordfelder Koog einer der produktivsten Plätze in der Region und immens wichtig für eine Kiebitz-Population. Dasselbe gilt für die Feldlärche, deren Vorkommen allerdings auch hier noch deutlicher zusammengebrochen ist. Der Nordfelder Koog spielt außerdem eine zentrale Rolle als Jagd- und Fressrevier für jene Vögel, die das unmittelbar angrenzende Nordfelder Deichvorland mit seiner ausgedehnten Schilfzone und den trockenfallenden Prielen als Brut- Rast- und Schlafplatz nutzen. Dazu gehören seltenere Gänsearten wir die Kurzschnabelgans oder die Rothalsgans, aber auch der Rotschenkel und die Bassine. Der Ruf des Große Brachvogel ist im Nordfelder Koog ebenfalls immer wieder zu hören. Dazu nutzt die Rohrweihe, die im Nordfelder Deichvorland brütet, den Koog täglich als Jagdrevier. Beim Seeadler verzeichnen wir über einen Beobachtungszeitraum von drei Jahren im Schnitt 14 Überflüge pro Monat. Der Schreiadler, der sein Horst im Lundener Moor hat, lässt sich ca. 5 mal pro Monat sehen. Darüber hinaus gibt es eine stabile Graureiherpopulation von 6 Brutpaaren, 3 Singschwan-Paare, 2 Bussardhorste, diverse Bruthöhlen des Steinkauzes und der Schleiereule. Die Brücken der Brocklandsau, das Schöpfwerk zur Eider und die Schleuse Nordfeld beherbergen eine nennenswerte Fledermauspopulation, zu der auch die Wasserfledermaus und der Kleine Abendsegler gehören. Angesichts dieser Gegebenheiten halten wir es für dringend geboten, die kartographische Zuordnung zu korrigieren und auch den Nordfelder Koog in die Regionen mit einer herausragenden Bedeutung für die Wiesenvogel-Population aufzunehmen und ihn außerdem als Jagdrevier für diverse Großvögel einzuordnen. Dies ist insbesondere deshalb wichtig, weil der Energiehunger Deutschlands in Zukunft mit ziemlicher Sicherheit weitere Runden der Regionalplanung nötig machen wird. Das zweite Gebiet, zu dem wir Stellung nehmen möchten, ist die zurzeit ausgewiesene	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Potentialfläche nördlich des Hennstedter Bürgerwindparks. Eine Ausweitung dieses Windkraftgebietes in die Eiderniederung hinein verbietet sich aus einer ganzen Vielzahl von Gründen. Ganz offensichtlich stützt sich die Ausweisung dieser Potentialfläche dabei auf das Umweltverträglichkeitsgutachten, das die Betreiber der bestehenden Windkraftanlagen im damaligen Genehmigungsverfahren finanziert und eingebracht haben. Dieses Gutachten war erwiesenermaßen interessengestützt und ist in großen Teilen unrichtig. Das wurde von den Betreibern der Anlagen 2016 in einem Interview mit der Zeitschrift Cicero später zugegeben. Die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort unterscheiden sich in wesentlichen Punkten von den Beschreibungen des besagten Gutachtens. Zu den wichtigsten Unterschieden gehören die Bedeutung der Flächen für den Vogelzug, ihre Lage inmitten eines potenziellen Biotopen-Verbundsystems und die Auflistung geschützter und gefährdeter Arten in den hiesigen Mooren und Feuchtwiesen. Die Lage: Die neue Potentialfläche liegt am Fuße des Geestrückens zwischen den Gemarkungen Hennstedt und Hollingstedt und ragt weit in den Moor- und Feuchtwiesengürtel der südlichen Eiderniederung hinein. Der ganze Gürtel ist weitgehend frei von Bebauungen und landschaftsfremder Nutzung. Er beginnt im Osten mit dem Moorgebiet der Alten Sorge Schleife, führt über den Delver Koog zum Hollingstedter Moor, streift dabei das FFH-Gebiet des Hollingstedter Walds, folgt dann dem Hennstedter Moor, und dem bewaldeten Klever Geestrücken zu den Feuchtwiesen der Broklandsauniederung und mündet im Schlichtinger Moor und in den ausgedehnten Schilfregionen rund um den Mötjensee. In dem ganzen Gebiet wechseln sich Geest-Rand-Moore mit weiträumigen Schilfflächen, extensiv genutzter Streuwiesen und kleinen Waldflächen ab. An vielen Stellen sind noch die Resten von Hochmooren mit ihrer teilweise gefährdeten Pflanzen- und Tierwelt und den Spuren des frühen händischem Torfabbau sichtbar. Eine Zerschneidung dieses Verbundsystems durch den geplanten WEA-Keil bei Hollingstedt würde eine der ganz wenigen Chancen zerstören, ein von der EU gefordertes und gefördertes Biotop-Verbundsystem im Binnenland Schleswig-Holsteins dauerhaft zu etablieren. Der internationale Vogelzug: Das zitierte Gutachten geht davon aus, dass es hier keine nennenswerte Beeinträchtigung des Vogelzugs gibt, weil dieser dem Flusslauf der Eider folgt und weit genug entfernt sei von den Windkraftanlagen am Geestrand. Dies ist, was den internationalen Vogelzug betrifft, für den bestehenden Windpark mit	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Einschränkungen richtig. Eine Ausweitung des Windkraftgebiets nach Norden allerdings würde die Fläche für den internationalen Vogelzug so weit verengen, dass Kollisionen nicht mehr ausgeschlossen sind und die Gefahr eines Implodierens des gesamten Vogelzugs besteht. Darüber hinaus verkennt das Gutachten, dass hier neben dem internationalen Vogelzug auch ein regionaler Vogelzug existiert. Dabei macht sich eine Vielzahl von Gänsen, Enten und anderer Watvögel morgens auf den Weg von den Schlafplätzen am Mötjensee hin zu den Fressgebieten in den Feuchtwiesen der Eiderniederung. Abends bewegt sich dieser Zug wieder zurück zu den Schlafquartieren. Dieser regionale Vogelzug folgt weniger dem Flußlauf der Eider als vielmehr dem Geestrücken am südlichen Rand der Eiderniederung. Eine Ausweitung der Potentialfläche in Hollingstedt würde den gesamten regionalen Vogelzug hier abriegeln mit katastrophalen Folgen für die gesamte Vogelwelt. Zur Avifauna des Grüngürtels in der südlichen Eiderniederung: Die neue Potentialfläche umfasst Teile des Hollingstedter Moors und grenzt direkt an das Landschaftsschutzgebiet „Hennstedter Moor". Diese Moore mit ihren Feuchtwiesen, Schilfflächen, Teichen, Wassergräben und Erlen-, Birken und Weidengehölzen beherbergen die Brutsplätze einer ganzen Reihe gefährdeter und sehr gefährderter Vogelarten. Dazu gehören u.a. der Großer Brachvogel, die Sumpfohreule, die Bekassine, die Wiesenweihe, die Rohrweihe, der Schwarze Milan, der Wespenbussard, der Kiebitz, der Goldregenpfeifer, die Feldlärche. Sogar der Ruf des Wachtelkönigs wurde hier schon mehrfach gehört, auch wenn eine Sichtung bisher noch nicht verbürgt ist. Seit 2021 ist außerdem eine kleine Population von 3 Kranichen über die Sommermonate im Hennstedter Moor und den vorgelagerten Wiesen zuhause. Hinzu kommen die vielen unterschiedlichen Enten- und Gänsearten des Mötjensees, die die Feuchtwiesen in der südlichen Eiderniederung täglich als Futterwiesen nutzen. Darüber hinaus ist der Biotopenverbund der südlichen Eiderniederung auch für den Rothirsch von zentraler Bedeutung. Immer wieder werden männliche Exemplare dieser Leittierart beobachtet, die von den Moorgebieten der Alten Sorge Schleife durch die Eider schwimmend in die Moore am Geestrücken ziehen und so für die immens wichtige Genauffrischung der Rothirschpopulation sorgen. Auch hier würde eine Industrialisierung des Gebietes durch Windkraftanlagen mit hoher Wahrscheinlichkeit den Genaustausch abriegeln, was nach den Kriterien der Regionalplanung ausdrücklich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausgeschlossen sein muss. Aus all diesen Gründen wäre eine Ausweitung des Windkraftgebiets Hennstedt/Hollingstedt eine Katastrophe für die Fauna, die so gravierend ist, dass wir eine gerichtliche Überprüfung für angezeigt halten, sollte sich die Hollingstedter Potentialfläche auch in der nächsten Runde noch in den Regionalplänen wiederfinden. Hinzu kommt, dass dadurch der gesamte Kriterienkatalog der Regionalplanung in sich inkonsistent und damit angreifbar wird. Wir appellieren deshalb an die Landesplanungsbehörde dieses Gebiet trotz seiner Nähe zu einem bereits bestehenden Windpark dauerhaft von der Liste der Potentialflächen zu streichen.	
Institution: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Landesverband Schleswig-Holstein e.V. - Kreisgruppe Herzogtum Lauenburg ID: M1396	Sehr geehrte Damen und Herren, Grundsätzliche Position des BUND Kreis Herzogtum Lauenburg: a) Förderung der Natur Förderung von Arten und Wiederherstellung von Lebensräumen gemäß dem Nature Restauration Law der EU setzen nicht zu kleine Lebensräume voraus. Diese gibt es noch im Grenzgebiet zu MV. Gemäß Absatz 1 G (1) sollen bis Ende 2027 mindestens drei Prozent der schleswig-holsteinischen Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen werden, dabei hebt der BUND hervor, dass dieses Ziel nicht von jedem Kreis erreicht werden muss, wenn es in der Regionalplanung andere Prioritäten gibt. Gleichzeitig verfolgt die EU das Ziel, bis 2030 20% der Landesfläche in einen guten ökologischen Zustand zu versetzen. Nach den neuen Vorschriften müssen die Mitgliedstaaten vorausplanen und der Kommission regelmäßig nationale Wiederherstellungspläne vorlegen, aus denen hervorgeht, wie sie die Ziele erreichen werden. Außerdem müssen sie ihre Fortschritte auf der Grundlage EU-weiter Biodiversitätsindikatoren überwachen und darüber Bericht erstatten. Der Naturpark Lauenburgische Seen bietet diese Voraussetzungen und sollte deswegen von WEA freigehalten werden. b) Konzeptionelle Bedenken Der BUND Kreis Herzogtum Lauenburg ist der Meinung, dass zunächst die Hochspannungsleitungen für den Stromtransport in unserem Kreis fertiggestellt werden müssen, bevor weitere Potentialflächen für WEA ausgewiesen und bestückt werden. Es	zur Forderung der Freihaltung des Naturparks Lauenburgishe Seen: Eine pauschale Freihaltung wird nicht als Ziel der Raumordnung vorgegeben. Allerdings überlagern sich an vielen Stellen im Naturpark mehrere Kriterien des Arten und Naturschutzes, so dass eine Freihaltung großer Teile gleichwohl erfolgt. zur Priorität des Netzausbaus vor dem WEA-Ausbau wird auf Ziffer 7.2.5 und 7.2.6 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Befürchtung des steigenden Kollissionsrisikos für Rotmilane und Kraniche: Die EU-Vogelschutzgebiete mit den hohen Kranich-Populationen, auf die in der Stellungnahme hingewiesen wird, sind zusätzlich zum innergebietlichen Tabu mit einem zusätzlichen Freihalteabstand von 1.000 m versehen. Damit ist das Konfliktrisiko weitgehend minimiert. Gleiches gilt für die Schutzabstände zu Rotmilanhorsten, die jetzt an die Anlage 1 zu § 45b BNatSchG angepasst wurden. Ergänzend wird auf Ziffern 4.1.1 und 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zum Wunsch nach Abstimmung der Planungen mit der Hansestadt Hamburg: Dem Wunsch wird Rechnung getragen. Eine formelle gegenseitige Beteiligung erfolgt ohnehin. Allerdings besteht keine Bindung an die jeweiligen Ziele der Raumordnung des

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	fehlt bisher sowohl ein landes- als auch bundesweites Konzept, das Energieerzeugung und Energietransport koordiniert. Es gibt bereits jetzt in SH eher zu viel Stromerzeugung durch Windkraft, da die Räder vergleichsweise häufig abgeschaltet sind, gerade wenn sehr viel Wind weht. Mehr sog. „Geisterstrom“ sollten nicht produziert werden. Erst wenn die Bedarfe geklärt sind und vor allem dort produziert wird, wo der Strom auch gebraucht wird, ist es sinnvoll, auch im Kreis Herzogtum Lauenburg weitere WEA zu bauen. Der BUND befürwortet ganz grundsätzlich den Ausbau regenerativer Energien, doch dieser Ausbau muss mit Augenmaß und artenverträglich gestaltet werden. Als Träger öffentlicher Belange weisen wir darauf hin: Die Menschen vor Ort, die mit den Anlagen leben müssen, sollen auch etwas davon haben. Es kann nicht sein, dass die monetäre Wertschöpfung des hier vorhandenen Windes an der Bevölkerung vorbeigeht und die Kommunen nicht davon profitieren. SH produziert bereits jetzt mehr erneuerbaren Strom, als das Land insgesamt verbraucht. Es produziert und leitet den Strom weiter für die Bundesländer im Süden. Bisher ist die Finanzierung der erneuerbaren Energie höchst ungerecht verteilt auf diejenigen, die diesen Strom produzieren. „Im Vergleich der Bundesländer waren 2023 die Netzentgelte in Schleswig-Holstein am höchsten. Verbraucher*innen mussten durchschnittlich 595 Euro pro Jahr allein für den Netzbetrieb bezahlen. Die Kosten sind deshalb so hoch, weil hier in den vergangenen Jahren der Ausbau von Wind- und Solarkraftanlagen forciert wurde und die Integration in die Netze hohe Kosten verursacht hat, die die Netzbetreiber auf ihre Kund*innen umlegen.“ (zu finden auf folgender Seite) https://www.enbw.com/unternehmen/eco-journal/netzentgelte-fuer-strom.html#netzentgelte-imnorden-tendenziell-weiterhin-hoeher-als-im-sueden Vor allem an der Westküste liegen die großen WEA, für deren Abtransport der Kreis Herzogtum Lauenburg Leitungen und Netzverknüpfungspunkte (NVP) bereitstellen muss. Somit trägt der Kreis konstruktiv zur Energiewende bei. Die Erzeugung von Windstrom sollte vornehmlich an den bereits bestehenden Standorten stattfinden, weil dort auch schon die entsprechenden Netzanbindungen vorhanden sind. Die Schleswig-Holsteiner*innen tragen ihren Teil zur Energiewende bei, jetzt wären vor allem andere Bundesländer in der Pflicht, WEA aufzustellen, denn SH bezahlt für die Bereitstellung von grünem Strom neben den hohen Stromnetzentgeldkosten massiv mit einer Entwertung der eigenen Natur.	Nachbarlandes. Der Hinweis auf die Wiederaufnahme von bereits mit WEA bebauten Vorranggebieten wird zur Kenntnis genommen und wird umgesetzt. Allerdings schließt dies nicht aus, dass noch zusätzliche Flächen in vertretbarem Umfang neu hinzukommen. Zu Kleinstflächen: Dem Grundgedanken einer Mindestflächengröße liegen die selben Überlegungen zugrunde, wie sie in der Stellungnahme aufgeführt werden. Die Landesplanungsbehörde ist jedoch der Auffassung, dass mit den gewählten Größen, die befürchtete "Zersiedelung" durch WEA-Einzelstandorte so weitgehend verhindert werden kann. Zum Thema Siedlungsabstände wird auf Ziffer 2.2.1 und 2.3.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Mit dem Biotopverbundsystem, welches in der Windenergieplanung als Grundsatz Berücksichtigung findet, sind Wanderungskorridore gut erfasst. Eine Vereinbarkeit mit der Windenergienutzung wird in jedem Einzelfall auf Regionalplanebene geprüft. Zu den Waldabständen wird auf Ziffer 4.7.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die Waldvernetzungskarte aus der Stellungnahme kann als Abwägungsmaterial bei der konkreten Flächenausweisung herangezogen werden. Zur Forderung den Bereich östlich des Elbe-Lübeck-Kanals freizuhalten: Hier sind ohnehin viele Grundsätze des Artens- und Naturschutzes sowie der Freiraumstruktur überlagert, so dass hier keine großen Flächenentstehen werden. Darüber hinaus enthält die Stellungnahme zahlreiche Hinweise zu einzelnen Potenzialflächen. Sie können auf Ebene des LEP noch nicht bewertet werden, fließen aber in die Abwägung der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	c) Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein SH hat für den internationalen Vogelzug eine große Bedeutung. 6 Europäische Vogelschutzgebiete (Natura 2000) liegen im Kreis. Vogelschutzgebiete sind großräumige Gebiete, die für den Fortbestand einer artenreichen Vogelwelt eine herausragende Stellung einnehmen. Diese Gebiete sind in Europa durch die Europäische Vogelschutzrichtlinie festgesetzt (SPA). Wichtigstes Ziel des SPA-Monitoring-Berichts ist die Feststellung der Populationsgrößen der für das SPA maßgeblichen Vogelarten und die Bewertung der jeweiligen Erhaltungszustände der Arten im EU-Vogelschutzgebiet. Eine besondere Bedeutung hat der Kreis für die Anhang 1-Arten in Schleswig-Holstein Rotmilan und Kranich. Der Kranich hat hier sein Kerngebiet, über 50% der Population brüten im Kreis RZ. Es ist bekannt, dass der Kranich scheu ist und ungestörte Lebensräume braucht, folglich von WEA vergrämt würde. Folgendes wird zitiert nach: https://oagsh.de/pdf/anhang1/AI_OAGSH_2023_Kranich_Mittelspecht_Rotmilan_Schwarzspecht_Z wergschnaepper.pdf „Gemäß den Standarddatenbögen für die Europäischen Vogelschutzgebiete in Schleswig-Holstein sind ingesamt sieben SPAs „von besonderer Bedeutung“ für den Kranich. Eine herausragende Rolle spielen vor allem die SPAs „Schaalseegebiet“ und „Waldgebiete in Lauenburg“. Diese beiden Schutzgebiete liegen im südöstlichen Schleswig-Holstein und bieten dem Kranich großräumig günstige Lebensraumbedingungen. Hier im Kerngebiet der Verbreitung der Art werden pro Gebiet bis zu 74 Revierpaare erreicht. Die summarische Bestandsgröße beider SPAs erreichte in der vierten Berichtsperiode (2023) 144 Brut- und Revierpaare (Tab.5). Damit entfällt auf diese beiden Gebiete mehr als 50 % des Kranich-Brutbestandes innerhalb schleswig-holsteinischer SPAs.“ Für den Rotmilan gilt Folgendes, ebenfalls zitiert nach oben genanntem Link: „Verantwortlich für die besonders deutliche Bestandszunahme innerhalb von SPAs mit „besonderer Bedeutung“ für den Erhaltungszustand des Rotmilans sind stark angestiegene Bestände in den SPAs „Waldgebiete in Lauenburg“ (2017: 4 Revierpaare; 2023: 10 Revierpaare) und „Schaalsee Gebiet“ (2018: 6 Revierpaare; 2023: 12 Revierpaare). (S.61) Allerdings ist eine genaue Beobachtung der weiteren Bestandsentwicklung vor dem Hintergrund der weltweiten Verantwortung Deutschlands für die Bestandserhaltung des Rotmilans (…) und konkreter Planungen für den weiteren Ausbau von Windenergienutzung unbedingt erforderlich. (S.64) Im Zusammenhang mit dem anstehenden weiteren Ausbau der Windenergienutzung ist zu	Flächenfindung auf Regionalplanebene ein

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	befürchten, dass das Kollisionsrisiko steigt. Der Rotmilan gehört in seiner Eigenschaft als häufig niedrig durch die Landschaft patrouillierender Flugjäger, der auch gerne Aas aufnimmt, zu den häufigsten Anflugopfern von Windenergieanlagen. Weil die Errichtung neuer Windenergieanlagen zukünftig auch vermehrt im Hauptverbreitungsgebiet des Rotmilans erfolgen wird, sind die Auswirkungen dieser Landschaftsveränderungen im Rahmen dieser Bewertung noch nicht abschätzbar. (S. 65)“ Zu bedenken ist daher: LEP S.12: „Die Dimensionen der zukünftigen WEA bilden wesentliche Planungsparameter, da sich daraus sowohl der Flächenbedarf als auch die notwendigen Anforderungen an die Abgrenzungen der Vorranggebiete (unter anderem Mindestbreite) ableiten. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass innerhalb der Vorranggebiete Windenergie nicht ausreichend leistungsfähige WEA realisiert werden könnten. Die Vorranggebiete Windenergie dürfen weder rechtliche noch tatsächliche Gründe aufweisen, die der Windenergienutzung vor Ort entgegengehalten werden könnten. Die Windenergienutzung muss sich auf den Flächen gegenüber anderen Nutzungsarten durchsetzen können.“ Der Kreis Herzogtum Lauenburg hat neben der Erholungsfunktion für die Metropolregion Hamburg vor allem Bedeutung für den Artenschutz. Es wäre wünschenswert, wenn über die Landesgrenzen hinweg Planungen miteinander abgestimmt würden. Hamburg sieht in dem Kreis Herzogtum Lauenburg einen Naherholungsraum für die Großstadtbevölkerung, in dem gigantische Windkraftanlagen als störend empfunden würden. Der BUND hat sich am Planungsprozess (Räumliches Leitbild 2045) beteiligt. Die grundsätzliche Position des BUND entspricht den Grundsätzen des LEPs „Teilfortschreibung Windenergie an Land“, Kapitel 4.5.1, wo es in der Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEPWindVO) heißt: „Als Vorranggebiete Windenergie sollen in den Regionalplänen bevorzugt die Vorranggebiete Windenergie und Vorranggebiete Repowering der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land von 2020 und außerhalb dieser Gebiete stehende raumbedeutsame WEA übernommen werden. (…) Daher sollen insbesondere Gebiete, die bereits über eine Netzanbindung verfügen, vornehmlich wieder als Vorranggebiete Windenergie in den Regionalplänen ausgewiesen werden.“	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es gibt unseres Wissens 11 WEA, die die o.g. Bedingungen für Vorranggebiete erfüllen, da sie bereits installiert sind oder werden und vermutlich weiter ausgebaut werden könnten: - Basedow-Lütau - Bälau-Mannhagen - Bliestorf i.E. 4 - Breitenfelde - Groß Schenkenberg - Grove - Hamwarde - Kastorf - Schiphorst - Wangelau - Woltersdorf Alle oben aufgeführten Standorte (mit 65 Windrädern) liegen in wertvollen Kulturräumen und stellen bereits jetzt einen Kompromiss zwischen Naturschutz und Energiewende dar. Damit hat der Kreis u.E. bereits Flächen für WEA bereitgestellt, die ja weiter ausgebaut werden können, wenn sie den Kriterien des neuen LEP entsprechen. d) Größe der Windenergiegebiete und WEA Der Landesentwicklungsplan in seiner Entwurfsfassung (2024) sieht vor: „Mindestgröße von Windenergiegebieten Die Vorranggebiete Windenergie und Windenergiegebiete außerhalb der Vorranggebiete Windenergie müssen eine Mindestgröße von 15 Hektar aufweisen. Dabei können mehrere räumlich zusammenhängende Flächen, die jeweils mindestens fünf Hektar umfassen und zusammen die Mindestgröße von 15 Hektar erreichen, berücksichtigt werden. Ein räumlicher Zusammenhang ist dann gegeben, wenn die Entfernung der Außengrenzen einzelner Flächen zueinander weniger als 600 Meter beträgt.“ Zusätzlich heißt es: „In den Regionalplänen sind Vorranggebiete Windenergie im Sinne des § 2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a) WindBG für raumbedeutsame WEA an Land festzulegen. In den Vorranggebieten Windenergie hat die Windenergienutzung Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen. Als nicht raumbedeutsam gelten bis zu zwei Kleinanlagen mit einer Gesamthöhe von jeweils bis zu 30 Meter und Nebenanlagen als Einzelanlagen mit einer Gesamthöhe bis zu 70 Meter, wenn letztgenannte überwiegend der Energieversorgung eines anderen im Außenbereich privilegierten Vorhabens nach § 35 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 Baugesetzbuch (BauGB) dienen.“ (S.2) Alle Flächen, die in gestückelter Form 15 ha erreichen, sind für unseren Kreis abzulehnen, da sie kleinteilige Landschaftsräume zerstören und das Landschaftsbild massiv schädigen. Ebenso sind weitere 15 ha große WEA aus raumplanerischen Gründen abzulehnen, wie oben ausgeführt, weil der Kreis als Naherholungsraum für	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hamburg dient. Abschließend möchte der BUND noch einmal darauf hinweisen, dass die noch zu errichtenden WEA von gigantischen Maßen sind (mindestens 200 Meter Höhe, zum Vergleich: der Kölner Domturm keine 160 Meter) und sich nicht in das Landschaftsbild einfügen werden. Von daher ist jeder weitere Zubau von Windenergieanlagen in der unten beschriebenen Größenordnung sorgfältigst abzuwägen. „Festlegung einer Referenzanlage Der Ausweisung der Vorrangebiete Windenergie in den Regionalplänen soll eine Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 200 Metern, einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt zugrunde gelegt werden.“ Zusätzlich gilt: „Verbot von Höhenbeschränkungen In Regional- und Bauleitplänen dürfen keine Bestimmungen zur Höhe von raumbedeutsamen WEA getroffen werden.“ Moderne Rotoren überkreisen bereits jetzt ca. 260 bis 270 m Höhe. Sowie: „Rotor-innerhalb-Planung Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten ist zu bestimmen, dass die Rotorblätter von WEA vollständig innerhalb dieser Windenergiegebiete liegen.“ Die Windenergiegebiete werden so ausgelegt sein, dass sie die Ziele der Energiegewinnung von 15 Gigawattleistung bis 2030 auch erreichen können, es geht also um Windindustriegebiete, die nur 800 1000 Meter (Dörfer/Städte) Abstand halten müssen. Das passt nicht ins Landschaftsbild. e) Offenhalten von Wanderkorridoren östlich des Elbe-Lübeck-Kanals Der Kreis ist nicht nur ein wichtiges Vogelzug- und Fledermausgebiet, sondern auch ein bedeutsamer Wanderkorridor für Säugetiere. Daraus ergeben sich Verpflichtungen. Vor allem wandernde, anspruchsvolle Arten wie der Rothirsch brauchen Korridore, um genetisch nicht zu verarmen. Hierfür tragen das Land SH und der Kreis Herzogtum Lauenburg eine ganz besondere Verantwortung. Die eingetragenen Potentialflächen WEA müssen deswegen unbedingt mit dem Rotwildwegeplan (Dataport) und den Biotopverbundkarten für den Kreis Herzogtum Lauenburg (LRP, Stand 2020) abgeglichen werden und dürfen keinesfalls die wichtigsten Wanderrouten des Rotwildes	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	und anderer wandernder Arten wie der scheuen Wildkatze verstellen. Im Landesentwicklungsplan/Teil D Umweltbericht von 2021 heißt es: Durch neue Bauflächen und Infrastruktureinrichtungen (…) ist die Landschaft Schleswig-Holsteins bereits in hohem Maß zerschnitten und verinselt und damit als Lebensraum für wildlebende Tiere sowie als Erholungsraum für den Menschen beeinträchtigt. Die abnehmende Artenvielfalt und Reduzierung der Populationen zahlreicher Pflanzen- und Tierarten kann insbesondere auch als Folge dieser Zerschneidung und Verinselung von Landschaftsteilen angesehen werden. Demnach ist es umso bedeutender, unzerschnittene Räume zu erhalten. (S.69/70) Der Kreis wird bereits jetzt durch Freileitungsbau (Nordostlink, Vorhaben 51, Elbe-Lübeck-Leitung u.a.) kreuz und quer durch den Kreis belastet, bei Sahms entsteht ein großer Netzverknüpfungspunkt, bei Geesthacht existiert schon lange ein weiterer großer NVP. Zusätzlich entstehen im Kreis ungesteuert große Freiflächen-Photovoltaikanlagen in entlegenen Außenbereichslagen. Der Schutz der verbliebenen Naturräume sollte im Kreis Herzogtum Lauenburg im Sinne des LEP/Teil D (s.o.) beim weiteren Ausbau der Energiewende oberste Priorität haben. In ganz besonderer Weise gilt dies für die Flächen des bereits 60 Jahre alten Naturparks und die des über 30 Jahre alten Zweckverbandes Schaalsee-Landschaften, welcher über die Landesgrenzen hinweg agiert. Der Kreis bemüht sich zudem um die Vernetzung von Wäldern und versucht dem Artenschwund auf diese Weise entgegenzutreten. Windkraftanlagen sind für dieses Ziel kontraproduktiv: Die Abstände mit 30 m zum Wald sind zu wenig und beeinträchtigen den Fledermausschutz, Lärm und Schattenwurf wirken in den Wald hinein. Der Kreis BUND hat eine Potentialkorridorkarte zur Waldvernetzung erstellt, die wir mit dieser Stellungnahme als Anlage mit versenden. f) Grünes Band, Elbe-Lübeck-Kanal mit gesamtem Urstromtal östlich und westlich des Kanals, Naturpark Lauenburgische Seen und Zweckverband Schaalsee Landschaften Für die Potentialflächen für Windenergie östlich des Elbe-Lübeck-Kanals (ELK) gilt Folgendes: 1. Der östlich des ELKs gelegene Kreis Herzogtum Lauenburg ist nicht für WEA geeignet, da sehr wertvolle Kulturlandschaft in großer Fülle vorhanden ist. Dies ist durch	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	die 40jährige Randlage während der DDR-Zeit begründet. Diese historisch bedingte Situation hat einen reichen Naturschatz hinterlassen, den es zu pflegen gilt. Das harmonische Landschaftsbild hat sich inzwischen als ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor für Binnentourismus entwickelt, der mit seiner intakten und reichen Natur wirbt. Dieser Umstand hat auch Eingang in die Regionalplanung des Landes gefunden, so dass die Identifizierung des Raumes Mölln/Ratzeburg als Schwerpunkt für Tourismus ausgewiesen wurde. Folglich wäre es kontraproduktiv, diesen Raum und seine Pufferbereiche durch große WEA zu entwerten. Das Gebiet zwischen Mölln und Gudow ist zudem in der Biodiversitätsstrategie Kurs Natur 2030 als Kernaktionsraum ausgewiesen worden, d.h., dass das Potential dieser Fläche landesweit anerkannt ist. Das Areal jenseits der Landesgrenze in MV ist als Biosphärenreservat ausgewiesen. Gemeinsam stellen diese Flächen somit einen wertvollen, unzerschnittenen Naturraum dar, der nicht verschlechtert werden darf. Auch angesichts der aktuellen EU-Gesetzgebung, dass 20% der Landesflächen als Naturfläche wiederherzustellen sind, sollten die WEA keine derart wertvollen Landschaftsräume entwerten. Der ELK selbst ist eine wichtige Orientierung für Zugvögel. Diese Flächen haben das Potential zur Unterschutzstellung im Sinne des EU Nature Restoration Law und im Sinne des LRPs. 2. Der vergleichsweise artenreiche Lebensraum des gesamten Kreises ist für Flora und Fauna zu erhalten, denn wichtige Wanderkorridore und Biotopverbundachsen verlaufen durch den Kreis Herzogtum Lauenburg und vernetzen MV und SH miteinander. Diese Aufgabe kann kein anderer Kreis in SH übernehmen, weshalb dem Kreis als Wander- und Korridorgebiet für große und kleine Säugetiere eine große Bedeutung zukommt. Scheue Arten werden durch WEA vergrämt, was aus o.g. Gründen verhindert werden muss. Bereits seit über 30 Jahren arbeitet der Zweckverband Schaalsee Landschaften grenzübergreifend und bewahrt die besondere Natur zwischen MV und SH. 3. Zusätzlich verläuft eine Biotopverbundachse entlang des Elbe-Lübeck-Kanals (ELK), die im LRP (2020) von überörtlicher Bedeutung eingetragen ist. Für Großvögel und Gänse dient der ELK als Orientierung und fungiert somit als Vogelzugkorridor. Entlang des ELK dürfen daher keine WEA gebaut werden. Aus oben genannten Gründen entfällt somit ein beträchtlicher Teil des Kreises als Standort für WEA. Wir ergänzen zusätzlich zu den in der Potentialflächenkarte Windenergie eingetragenen Gebieten östlich des ELKs Aspekte, die zu den grundsätzlichen Begründungen (s.o.) noch hinzutreten. Fazit: Ganz grundsätzlich sollten der Naturpark Lauenburgische Seen, das gesamte Grüne Band sowie die gesamten Flächen östlich des ELKs von Lauenburg bis Lübeck	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	noch zusätzlich aus unten näher ausgeführten Gründen von WEA freigehalten werden, denn der gesamte Raum ist für den Biotopverbund von großem, nicht zu unterschätzendem Wert. Alle Potentialflächen müssen u.E. in diesem Raum gestrichen werden. 1. Im Detail ist zu den Potentialflächen östlich des ELKs Folgendes zusätzlich einzuwenden (von Süd nach Nord und West nach Ost): - Bei Lauenburg ist zwischen Buchhorst, Lanze und Basedow eine Retentionsfläche für die Elbe von WEA freizuhalten, um Hochwasser abzufedern, hierzu gibt es Planungen des Bundesamtes für Gewässerkunde (BfG) für einen Polder, außerdem kommt erschwerend die Lage am Grünen Band hinzu, das Nationales Naturmonument (NNM) werden und von der UNESCO als Natur- und Kulturerbe anerkannt werden soll, zusätzlich handelt es sich bei Lanze um einen Naturraum „Urstromsteilhang“, der als NSG geschützt ist - Zwischen Siebeneichen, Groß Pampau, Klein Pampau, südlich von Güster befinden sich Potentialflächen für die Waldvernetzung des Kreises Herzogtum Lauenburg, vom BUND erarbeitet, die wandernden Arten (Hirsch, Wildkatze u.a.) Deckung geben sollen, außerdem wird dort Kies/Ton abgebaut und es werden dort bedeutende erdgeschichtliche Fossilienfunde aus dem Miozän gemacht - Bei Besenthal/Segrahn ist die einzige Grünbrücke über die A20, die definitiv als Wanderroute von Rothirschen genutzt wird, sie darf auf keinen Fall entwertet werden, hier gilt: 2 Z Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten Im Bereich der unmittelbaren Brückenköpfe und prioritären Zuleitungskorridore von Querungshilfen zum Austausch zwischen Populationen wandernder Arten über Bundesautobahnen sind die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung raumbedeutsamer WEA ausgeschlossen. Die unmittelbaren Brückenköpfe und prioritären Zuleitungskorridore sind in der Karte (Anlage 2 zu § 1 der LEPWindVO) festgelegt. - Südöstlich von Segrahn entlang der ehemaligen DDR-Grenze bis Sophienthal verbietet sich allein schon aus historischen Gründen eine WEA, wie im LEP auch formuliert ist: 4.5.1.5 Kultur und sonstige Sachgüter Grundsätze und Ziele der Raumordnung 1 G Belange des Denkmalschutzes Bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sollen die Belange des Denkmalschutzes berücksichtigt werden. Außerdem ist das Biosphärenreservat Schaalsee auf der MV-Seite direkt anliegend, also mindestens 1 km	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstand einzuhalten - Von Sophienthal bis Kehrsen liegen die Flächen im Kernaktionsraum (KAR Mölln/Gudow) der Biodiversitätsstrategie des Landes SH (Kurs Natur 2030) und verbieten sich von selbst, außerdem handelt es sich um ein Moorschutzgebiet - nördlich Grambek und westlich Waldstadt Mölln liegen die Potentialflächen direkt am ELK, der eine Biotopverbundachse überörtlicher Bedeutung darstellt, hier befinden sich auch Potentialflächen der Waldvernetzung - südlich Ratzeburg, Schmilau, nördlich Althorst liegen die Flächen im Waldbereich, es handelt sich um ein Kerngebiet des Tourismus, außerdem ist eine völlig überflüssige Ortsumgehung Ratzeburg im Bereich Schmilau geplant, insgesamt ist auch hier ein bisher unzerschnittener verkehrsarmer Raum (UZVR), der nicht entwertet werden darf - südöstlich Schmilau bis Kogel und von dort westlich Sterley ist eine gewachsene Kulturlandschaft, die zu erhalten ist, außerdem ist der Abstand zu Wäldern einzuhalten, auch hier handelt es sich um einen UZVR, der laut Landschaftsrahmenplan nicht weiter belastet werden soll. 2. Im Detail ist zu den Potentialflächen westlich des ELKs Folgendes einzuwenden (von Süd nach Nord und West nach Ost): - Zwischen Lauenburg und Geesthacht befinden sich wertvolle Wälder, zu denen Abstand gehalten werden muss und in denen Fledermäuse jagen, darüber hinaus befinden sich in Geesthacht bedeutsame Überwinterungsbunker für Fledermäuse, das Biosphärenreservat Mittlere Elbe reicht bis Tesperhude/Grünhof, es handelt sich also um einen hochwertigen Naturraum, der nicht entwertet werden darf - Zwischen Dassendorf, Hohenhorn und Worth liegen potentielle Waldvernetzungskorridore - Zwischen Franzhagen und Witzeeze liegen ebenfalls Waldvernetzungskorridore - Ebenso bei Büchen, Luisenhof und Müssen - Möhnsen ist ein möglicher Ort an der A24 für eine Grünbrücke und grenzt ebenfalls an einen möglichen Waldvernetzungskorridor an - Kasseburg, Basthorst, Dahmker und Kuddewörde liegen im Suchraum für das 50 Hertz-Vorhaben 51, das Gelände ist kartiert worden mit dem Ergebnis, dass dort eine überaus reiche Vogelwelt zu finden ist, z.B. brüten dort Weiß- und Schwarzstorch, (− Schwarzstorch: 2.000 Meter,− Weißstorch: 1.000 Meter − Rotmilan: 1.500 Meter. Abstand zum Horst) Außerdem gehört die ehemalige Eisenbahnstrecke Dahmker, Möhnsen zur Hauptverbindungsachse der Waldvernetzung von Sachsenwald und Hahnheide - Wegen geomorphologischer Besonderheiten durch die Ablagerungen der Gletscher und der Toteissölle aus der Eiszeit sind Anker, Giesensdorf und Behlendorf von WEA freizuhalten - Wegen Waldnähe bei Niendorf und der Göldenitzniederung (Renaturierung der Gödenitz) zwischen Klinkrade und Göldenitz für WEA nicht geeignet	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- Wegen Waldnähe zwischen Steinhorst und Siebenbäumen ungeeignet - Bei Niendorf a.d. Stecknitz würden die Potentialflächen ein Waldgebiet einschnüren - Ebenso in Schiphorst und Siebenbäumen/Steinhorst - Bei Krummesse ist ein Moorgebiet betroffen - Bei Stötebrück ist ein Eignungsgebiet unterhalb eines hohen Urstromtalhanges und im Windschatten des darauf wachsenden Buchenwaldes ausgewiesen; der Standort ist ungeeignet. Der BUND fordert daher für den Kreis Herzogtum Lauenburg: Hohe WEA dürfen keinesfalls die Vogel-, Fledermaus- sowie Wanderrouten für Großsäuger beeinträchtigen. Energiewende und Naturförderung müssen verknüpft werden, Ausgleichs- und Ersatzzahlungen müssen tatsächlich der Natur vor Ort, zum Beispiel in Form von Waldvernetzung, zu Gute kommen. Anhang: Waldvernetzungspotentialkarte (Waldkorridore) des BUND Kreis Herzogtum Lauenburg Der BUND bittet um die Mitteilung der Abwägungsergebnisse. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen [redacted], Mitglied im Vorstand des BUND Kreis Herzogtum Lauenburg	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2838	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen. Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H.), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die Windkraftanlagen gefährdet. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete –	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.18.1, 4.2.1, 7.1.5, 7.2.8, 7.2.9, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.4, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Außerdem befürchte ich eine Kontamination der landwirtschaftlichen Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). Desweiteren befürchte ich eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab und fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2929	Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Gemeinde 25779 Schlichting im Kreis Dithmarschen begrüße ich Ihre Entscheidung, die Hauptachse des europäischen Vogelzuges in der Eider-Sorge-Treene-Niederung von einer Bebauung mit Windkraftanlagen frei zuhalten. Das Gemeindegebiet von Schlichting mit den umliegenden Gemeinden ist als sensibler Naturschutzraum im Eider-Brooklandsau-Mötjenseegebiet mit seiner schützenswerten Avifauna und Wiesenvogelschutzgebieten nicht für den Windkraftausbau geeignet. Die Nähe zum FFH-Gebiet Lundener-Niederung mit der Hauptachse des überregionalen Vogelzuges mit hohen Flugintensitäten in niedrigen Höhen lassen einen Windkraftausbau in dieser einzigartigen Naturlandschaft nicht zu Windkraft und Naturschutz sind nicht zu vereinbaren. Eine Akzeptanz für den Windkraftausbau gibt es in Schlichting mit seinen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2.1, 4.16.1, 4.18.1, 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nachbargemeinden nicht. Mit freundlichen Grüßen, [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2615	Sehr geehrte Damen und Herren, [redacted] haben uns mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt. Eine auf uns lautende Vollmacht sind wir gern bereit, im Anforderungsfall zu übermitteln. Nach jüngsten Veröffentlichungen zur Ausweitung von Potenzialflächen für Windkraftanlagen musste unser Mandant feststellen, dass auch Flächen ausgewiesen werden, die schon in der ersten Planungsphase in Betracht gezogen worden waren. Es handelte sich um eine Fläche der Gemeinde Lindau, Ortsteil Großkönigsförde. Im Zentrum dieser Fläche liegt das Königsförder Moor, im Nordosten wird sie begrenzt durch den Königsförder Wohld. Im sehr sorgfältigen Abwägungsprozess 2020 wurde die seinerzeit ausgewiesene Fläche als ungeeignet verworfen - unter anderem auch, weil das Königsförder Moor Landschaftsschutzgebiet ist und nach § 15a Landesnaturschutzgesetz geschützt ist. [redacted] Möglicherweise sind bei der erneuten Ausweitung dieser Fläche die erheblichen schädlichen Auswirkungen einer Baumaßnahme der geplanten Größenordnung auf den Naturschutz bzw. Naturhaushalt nicht ausreichend bedacht oder gar nicht gesehen worden. Wir erlauben uns, hierauf mit allern Nachdruck aufmerksam zu machen. Wir bitten Sie, von der Ausweisung der vorbezeichneten Fläche als Windenergieeignungsfläche abzusehen. Im Einzelnen: Die jetzt zur Ausweisung anstehende Fläche ist im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens zur Errichtung einer 110-K.V-Freileitung in den neunziger Jahren - der Unterzeichner hat dieses Verfahren auch seinerzeit begleitet - sorgfältig untersucht und bewertet. Ferner hat es auch für das fragliche Gebiet ein umfangreiches avifaunistisches Gutachten aus dem Jahre 1991 gegeben. Das Gutachten liegt uns noch	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	heute vor. Das Raumordnungsverfahren weist das Königsförder Moor als „schützenswerten Landschaftsbestandteil“ aus und legte die geplante Trassenführung ausdrücklich so fest, dass die bedeutende Verbindung zwischen Königsförder Wohld und -Moor nicht zerschnitten wird. Ausdrücklich wurde eine Trassenführung gewählt, die diesen Lebensraum zwischen Wohld und Moor umgehen sollte. Das schon erwähnte Gutachten schreibt dem Moor in unserer stark ausgeräumten Landschaft eine wichtige Rolle als Rückzugs- und Trittsteinbiotop zu. Dieses ist auf S. 8 des Gutachtens ausdrücklich nachzulesen. Damit wird der Zusammenhang und in die große Bedeutung der Vernetzung der Lebensräume „Wald“ und „Moor“ bekräftigt. Die biologische Leistungsfähigkeit der Wälder wird unmittelbar in Beziehung gesetzt zur Vernetzung mit naturnahen Strukturen des Umlandes - hier des Königsforder Moores. In diesem Zusammenhang wird auch der extensiv genutzten Fläche der dem Moor direkt gegenüberliegenden Waldbucht eine wichtige Funktion zum Erhalt der vernetzenden Strukturen zugeschrieben. Das Königsforder Moor wird in dem Fachgutachten als „hochwertiger Vogel-Lebensraum“ (Avifaunistisches Gutachten, F. Eggers, J. Grosser) bezeichnet. Im Raum der jetzt erneut ausgewiesenen Potenzial fläche halten sich regelmäßig Kraniche und Rotmilane auf. In der Balzzeit 3-4 Rotmilane. Kranichbruten und Uhuvorkommen (Wohld) und Milanbruten unterstreichen die Bedeutung dieses Lebensraumes. In der unmittelbaren Nachbarschaft existiert ein erhebliches Fledermausvorkommen. Nach einer neuen Fallstudie (Fachzeitschrift „Nyctalus“) ist im Umfeld der Anlage mit erheblichen Schlagopferzahlen zu rechnen. Zur Zeit ist das Königsförder Moor (8 ha) überwiegend nachhaltig vernäßt, dieser im Kernbereich gute Zustand könnte durch Baumaßnahmen und damit einhergehende Grundwasserabsenkungen in der Substanz geschädigt werden. Im Übrigen handelt es sich um relativ kleinteilige Flächen. Vermutlich ist keine der jetzt erneut ausgewiesenen Flächen zu einem früheren Zeitpunkt so sorgfältig und detailliert unter ökologischen, naturkundlichen und avifaunistischen Gesichtspunkten begutachtet und bewertet worden. Wir bitten dringend, die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Untersuchung in den	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abwägungsprozess einzubeziehen und das Ergebnis des ersten Abwägungsprozesses, diese Flächen als nicht geeignet zu bewerten, erneut zu bestätigen. Die Einrichtung einer Windkraftanlage würde den ökologischen Gesamtzusammenhang unwiederbringlich zerstören, die Vernetzung zwischen Moor und Wald zerschneiden. Und nicht zuletzt die intensiven Bemühungen zum Erhalt des Königsförder Moores ad absurdum führen. Für eine Besprechung stehen wir - unser Mandant und der Unterzeichner - sehr gern zur Verfügung. Gerne hören wir von Ihnen und verbleiben mit freundlichen Grüßen [redacted] Rechtsanwalt	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2749	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. 2. Möchte ich nicht das die vorhandenen Naturschutzebiete – Naturparkflächen zerstört werden 3. Zudem befürchte ich eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durchMikroplastikabrieb der Rotorblätter. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, und Infraschall. 4. Wir haben hier so eine schöne Natur mit vielen verschiedenen Vogelarten, Seen und Knicklandschaften. Diese finde ich werden durch die Bebauung	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 4.2, 7.2.9, 7.3 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zerstört. Ich finde der Naturschutz sollte hier an erster Stelle stehen. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1350	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans SchleswigHolstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Mit der Festlegung der Ziele 15 Z und 16 Z kann das Bundesland Schleswig-Holstein der EU-Kommission sehr gut entgegen kommen und den Nachweis für Maßnahmen zum Schutz der Vögel belegen. Ferner kann Schleswig-Holstein mit dem Entwurf des LEP „Wind an Land“ das Begehren des Zentrums des UNESCO-Welterbes in Paris vom Juni 2024, eine gute, wohlbegründete Stellungnahme zum Erhalt des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer abzugeben, weitgehend erfüllen. Dieses wurde u.a. mit der Begründung zum Schutz des ostatlantischen Vogelzuges errichtet. Schleswig-Holstein kommt dem Schutz der überregionalen Vogelzugroute sowie der Wiesenvogel-Brutgebiete mit den Zielen 15 Z	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 1.1, 3.15, 3.17, 4.16, 4.18, 6.1, 7.1.3, 7.2.1 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	und 16 Z vorbildlich nach. Wir leben in einer Zeit vieler Krisen. Zwei davon sind die Zwillinge Klimakrise und Krise der Artenvielfalt (Biodiversität). Die Klimakrise bedroht unsere Lebensqualität, die Krise der Artenvielfalt unsere Lebensgrundlagen. Für beide müssen gute Lösungen gefunden werden, für beide braucht es geeignete Räume: Räume für erneuerbare Energien und Räume für den Schutz der Biodiversität, welche hier in Schleswig-Holstein zum Schutz unzähliger Vogelarten des ostatlantischen Vogelzuges und der Wiesenvögel unverzichtbar sind. Nur mit intakten Ökosystemen und Biodiversität lassen sich unsere Lebensgrundlagen langfristig sichern. Deshalb muss der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist darum entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Das muss die Flächen um Oldenswort einschließen. In der „Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“1 sind Flächen in Oldenswort „weiß“ dargestellt. Bedeutet dies, dass sie keinen Schutzraum für den Vogelzug und die Wiesenvogel-Brutgebiete bilden? In der „Negativkarte“ dazu „Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024)“2 sind alte und neue Potenzialflächen in Oldenswort ausgewiesen. Mit den Potenzialflächen nördlich und südlich der Kreisstraße wird ein fachlich unbegründeter Keil in die überregionale Vogelzugroute geschlagen und verengt den ohnehin schmalen Korridor für den Zug von Millionen von Vögeln und verlässt an dieser Stelle den Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete. Für Zug- und Wiesenvögel sind derartige, menschengemachte Grenzen außerdem völlig irrelevant. Dies wird gestützt durch die Karte Nr. 8 im Umweltbericht, S. 39. Außerdem wurde bereits im Datenblatt PR1_NFL_309 zum LEP Wind von 2020 festgelegt: „Die durch die Kreisstraße K20 abgeteilte Fläche im Südwesten liegt in der Hauptachse des überregionalen Vogelzugs. Dieser Teilbereich wird auch aus diesem Grund nicht als Vorranggebiet übernommen.“ Was hat sich daran bis heute geändert, dass die Ausweisung als Potenzialfläche begründet? Der nördliche Teil wurde seinerzeit ohnehin	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nur mit dem Hinweis auf die bestehenden WEA als Vorrangfläche ausgewiesen. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von WEA frei zu halten: Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. In der Landschaft Eiderstedt haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente erhalten und sind heute noch „lesbar“. Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege, eine Vielzahl historischer Gebäude wie Haubarge und die 18 Kirchen etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die naturnahe, nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen durch diesen Hauptwirtschaftsfaktor der Region sichert. Auch die Einwohner stehen mehrheitlich hinter den Zielen des LEP-Wind-Entwurfes. In einer von der Gemeindevertretung Tating initiierten Einwohnerbefragung am 9.6.2024 haben 63 % der Einwohner gegen neue WEA und gegen die Sicherung der bestehenden Anlagen in Tating votiert. Dieses Ergebnis kann man nach allen Äußerungen und Verlautbarungen durchaus auf ganz Eiderstedt übertragen. Nach meinem Verständnis kann Klimaschutz nur dann gelingen, wenn er im Einklang mit Natur, Menschen und der Landschaft steht. Deshalb sollte abschließend noch einmal intensiv geprüft werden, ob eine WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein von der Natur, den Landschaften und den Menschen insgesamt getragen und bewältigt wird. Dazu erlaubt der Entwurf des LEP zukünftig auch den Bau von WEA in bisher freigehaltenen Landschaftsschutzgebieten wie z.B. im Landschaftsschutzgebiet Gotteskoog. Landschaftschutzgebiete müssen als Bausteine der Lebensraumerhaltung und des Lebensraumverbundes wieder aus der Kulisse der Windeignungsgebiete genommen werden. Ich weise auf zwei Karten hin3 , aus denen ersichtlich wird, dass sich unser Land in	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Bezug auf die Umgebungswirkung von Windkraftanlagen zu einem riesigen Windpark entwickelt. Die beiden Karten zeigen je nach Wirkungsgrad der unterschiedlichen Entfernungen die flächendeckenden, räumlichen Auswirkungen von WEA. Dagegen würde Schleswig-Holstein mit der ursprünglich geplanten, bereits riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Hinzu kommen außerdem ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die in der Landschaft oder auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen errichtet werden, anstatt auf bereits versiegelten Flächen (vgl. Gutachten des Fraunhofer Instituts im Auftrage des Landes Schl.-Holst. vom 16.02.2022). Werden die Landschaften Schleswig-Holsteins nunmehr eine einzige große EnergieIndustrielandschaft? Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf des neuen LEP-Wind im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung für die ostatlantische Vogelzugroute und die Wiesenvögel-Brutgebiete (in Text und Karte) keinesfalls zu verändern, Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen und die Notwendigkeit für das Ausmaß von 7,2 % der geplanten Landesfläche für WEA zu überprüfen sowie die Freigabe von Landschaftsschutzgebieten zurückzunehmen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Gruppe ID: GM2219 Anzahl: 20 (IDs: M2094, M2219, M2220, M2221, M2222, M2223, M2224, M2225, M2226, M2227, M2228, M2229, M2230, M2231, M2233, M2234, M2235, M2237, M2239, M2240)	**Stellungnahe zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein -Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Mindestabstand zur Wohnbebauung muss so gewählt werden, dass die Genehmigung von Windkraftanlagen unbegrenzter Höhe konform mit dem Bundes-Immissionsschutzgesetz erteilt werden kann. Mindestens aber muss der Abstand zwischen Fläche und jeglicher Wohnbebauung 920m getragen (vgl. Veenker Gutachten). 2. Weiterhin muss die Landesplanung darlegen, ob die Mindestabstände zur	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2 bis 2.5, 7.2.9, 7.2.1, 4.1, 4.20, 4.2, 5.9, 3.17, 4.3 und 4.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wohnbebauung mit dem Bundes-Immissionsschutzgesetz vereinbar sind in Hinblick auf Gefahr von Kontamination durch Carbonfaser-Partikel nach Brandereignis. 3. Eine Klärung der Übernahme der Folgekosten (Sanierung, Rückbau, Investitionen in Feuerwehr, Deponien, Haftung) für die betroffenen Gemeinden. 4. Die Mindestabstände zu EU-Vogelschutzgebieten müssen dem Helgoländer Papier (Wissenschaftliche Grundlage) angepasst werden, gemäß Referenzanlage mindestens 2000m. 5. Sämtliche Mindestabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten müssen als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt werden und zumindest den Schutzabständen gemäß Helgoländer Papier (2015) entsprechen. 6. Die Prüfabstände zu den Horsten von windkraftsensiblen Arten gemäß Helgoländer Papier (2015) sind als Grundsatz der Raumordnung zu übernehmen. Bei der Prüfung von Genehmigungsverfahren sind kumulative Effekte und die tatsächliche Höhe der Windkraftanlagen zu berücksichtigen. 7. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutz Gebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. 8. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlichen Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS - Ewigkeitschemikalien). Ich bitte um schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahmen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson	Bitte KEINE Windkraftanlagen im Naturschutzgebiet Wiedingharde-Gotteskoog!!!!	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es

Einreichenden daten	**Stellungnahme**	**Begründung**
ID: 1089		wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet weiterhin einen Hinweise / ein Argument, das sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes bezieht. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Gruppe ID: G1088 Anzahl: 7 (IDs: 1059, 1087, 1088, 1369, 1372, 1584, 1585)	Sehr geehrte Damen und Herren,ich möchte mich hiermit ausdrücklich gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Raum Husby/Hürup im Kreis Schleswig-Flensburg aussprechen. Begründung: Ziel meines Lebens ist es grundsätzlich, dieses möglichst angenehm und glücklich zu verbringen. Der dafür günstige Rahmen ist neben Partnerschaft und Familie wesentlich bestimmt durch ein natürliches Wohnumfeld, durch gute Intergration in die Nachbarschaft/ Gesellschaft, Gesundheit und eine gewisse finanzielle Sicherheit. Schleswig-Holstein ist noch eines der Bundesländer mit den glücklichsten Bundesbürgern und ich wohne hier gerne. Dafür funktioniert für mich der Zusammenhang, von Seiten der öffentlichen Hand auf Augenhöhe ernst genommen zu werden und gleichzeitig Steuern zu zahlen, die in Folge meines Verdienstes eher überdurchschnittlich sind, wodurch ich die Funktionalität der Gesellschaft und damit der öffentlichen Hand absichere. Der Bau von Windkraftanlagen in direkter Sicht- und Hörweite bedeutet für mich und meine Familie einen direkten negativen Eingriff in die genannten Rahmenbedingungen. Das natürliche Umfeld wird in ein technisiertes und eher industrielles gewandelt. Die Bürger der Gemeinden streiten sich bereits jetzt schon über das genannte Thema, wodurch viele Beziehungen leiden. Der letztendliche Bau würde dies im schlechtesten	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.3, 7.2.10, 7.2.12, 7.3.2, 7.3.5, 7.3.6, 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Fall zu regelrechten Feindschaften weiterentwickeln und den sozialen Frieden ernsthaft beschädigen. Neben den „mechanischen und biologischen“ Einflüssen ist die Einschränkung der Lebensqualität über die anderen genannten Punkte auch eine direkte Einschränkung für ein gesundes Leben. Windkraftanlagen in direkter Nachbarschaft reduzieren den Wert des Hauses deutlich und nachweislich, wodurch meine finanzielle Absicherung auch für die Rente drastisch reduziert wird und die Sorge um die finanzielle Sicherheit steigt. Da es für den hier genannten Bereich bereits 2016 eine Bürgerbefragung gab, die klar hervorbrachte, dass die Windkraftanlagen hier nicht gewünscht sind, wäre die Missachtung dieses Abstimmungungsergebnisses ein klarer Bruch der oben gennanten Augenhöhe und des damit verbundenen „Deals“. Fazit: Der Bau der Windkraftanlagen würde sämtliche meiner Rahmenbedingungen für ein angenehmes und glückliches Leben zunichte machen. Falls es zum Bau der genannten Anlagen kommt, ist es wahrscheinlich, dass ich mit meiner Familie in ein(e) Gemeinde/Bundesland/Staat umziehe in der die genannten Rahmenbedingungen wieder gewährleistet sind. Falls auch andere Leute so denken wie ich, würde der Bau der Anlagen keinen Gewinn für die Gemeinde und die Region bedeuten, sondern Verarmung, da die besser verdienenden Steuerzahler, die es sich leisten können, abwandern. Ich bitte dringlichst um Berücksichtigung und verbleibe mit freundlichen Grüßen	
Gruppe ID: GM1342 Anzahl: 4 (IDs: M1342, M1426, M1430, M1434)	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Darüber hinaus beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird daher insbesondere auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Mit der Festlegung der Ziele 15 Z und 16 Z kann das Bundesland Schleswig-Holstein der EU-Kommission sehr gut entgegen kommen und den Nachweis für Maßnahmen zum Schutz der Vögel belegen. Ferner kann Schleswig-Holstein mit dem Entwurf des LEP „Wind an Land“ das Begehren des Zentrums des UNESCO-Welterbes in Paris vom Juni 2024, eine gute, wohlbegründete Stellungnahme zum Erhalt des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer abzugeben, weitgehend erfüllen. Dieses wurde u.a. mit der Begründung zum Schutz des ostatlantischen Vogelzuges errichtet. Schleswig-Holstein kommt dem Schutz der überregionalen Vogelzugroute sowie der Wiesenvogel-Brutgebiete mit den Zielen 15 Z und 16 Z vorbildlich nach. Wir leben in einer Zeit vieler Krisen. Zwei davon sind die Zwillinge Klimakrise und Krise der Artenvielfalt (Biodiversität). Die Klimakrise bedroht unsere Lebensqualität, die Krise der Artenvielfalt unsere Lebensgrundlagen. Für beide müssen gute Lösungen gefunden werden, für beide braucht es geeignete Räume: Räume für erneuerbare Energien und Räume für den Schutz der Biodiversität, welche hier in Schleswig-Holstein zum Schutz unzähliger Vogelarten des ostatlantischen Vogelzuges und der Wiesenvögel unverzichtbar sind. Nur mit intakten Ökosystemen und Biodiversität lassen sich unsere Lebensgrundlagen langfristig sichern. Deshalb muss der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist darum entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Das muss die Flächen um Oldenswort einschließen. In der „Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“1 sind Flächen in Oldenswort „weiß“ dargestellt. Bedeutet dies, dass sie keinen Schutzraum für	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	den Vogelzug und die Wiesenvogel-Brutgebiete bilden? In der „Negativkarte“ dazu „Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024)“2 sind alte und neue Potenzialflächen in Oldenswort ausgewiesen. Mit den Potenzialflächen nördlich und südlich der Kreisstraße wird ein fachlich unbegründeter Keil in die überregionale Vogelzugroute geschlagen und verengt den ohnehin schmalen Korridor für den Zug von Millionen von Vögeln und verlässt an dieser Stelle den Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete. Für Zug- und Wiesenvögel sind deraregе, menschengemachte Grenzen außerdem völlig irrelevant. Dies wird gestützt durch die Karte Nr. 8 im Umweltbericht, S. 39. Außerdem wurde bereits im Datenblatt PR1_NFL_309 zum LEP Wind von 2020 festgelegt: „Die durch die Kreisstraße K20 abgeteilte Fläche im Südwesten liegt in der Hauptachse des überregionalen Vogelzugs. Dieser Teilbereich wird auch aus diesem Grund nicht als Vorranggebiet übernommen.“ Was hat sich daran bis heute geändert, dass die Ausweisung als Potenzialfläche begründet? Der nördliche Teil wurde seinerzeit ohnehin nur mit dem Hinweis auf die bestehenden WEA als Vorrangfläche ausgewiesen. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von WEA frei zu halten: Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. In der Landschaft Eiderstedt haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente erhalten und sind heute noch „lesbar“. War]en, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege, eine Vielzahl historischer Gebäude wie Haubarge und die 18 Kirchen etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und scharen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die naturnahe, nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen durch diesen Hauptwirtschafsfaktor der Region sichert. Auch die Einwohner stehen mehrheitlich hinter den Zielen des LEP-Wind-Entwurfes. In einer von der Gemeindevertretung Tating initiierten Einwohnerbefragung am 9.6.2024 haben 63 % der Einwohner gegen neue WEA und gegen die Sicherung der bestehenden Anlagen in Tating votiert. Dieses Ergebnis kann man nach allen Äußerungen und Verlautbarungen durchaus auf ganz Eiderstedt übertragen. Nach meinem Verständnis kann Klimaschutz	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nur dann gelingen, wenn er im Einklang mit Natur, Menschen und der Landschaft steht. Deshalb sollte abschließend noch einmal intensiv geprüft werden, ob eine WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein von der Natur, den Landschaften und den Menschen insgesamt getragen und bewältigt wird. Dazu erlaubt der Entwurf des LEP zukünftig auch den Bau von WEA in bisher freigehaltenen Landschafsschutzgebieten wie z.B. im Landschafsschutzgebiet Gotteskoog. Landschaftsschutzgebiete müssen als Bausteine der Lebensraumerhaltung und des Lebensraumverbundes wieder aus der Kulisse der Windeignungsgebiete genommen werden. Ich weise auf zwei Karten hin3, aus denen ersichtlich wird, dass sich unser Land in Bezug auf die Umgebungswirkung von Windkraftanlagen zu einem riesigen Windpark entwickelt. Die beiden Karten zeigen je nach Wirkungsgrad der unterschiedlichen Entfernungen die flächendeckenden, räumlichen Auswirkungen von WEA. Dagegen würde Schleswig-Holstein mit der ursprünglich geplanten, bereits riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Hinzu kommen außerdem ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die in der Landschaft oder auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen errichtet werden, anstatt auf bereits versiegelten Flächen (vgl. Gutachten des Fraunhofer Instituts im Auftrage des Landes Schl.-Holst. vom 16.02.2022). Werden die Landscha]en Schleswig-Holsteins nunmehr eine einzige große Energie- Industrielandscha]? Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf des neuen LEP-Wind im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung für die ostatlantische Vogelzugroute und die Wiesenvögel-Brutgebiete (in Text und Karte) keinesfalls zu verändern, Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen und die Notwendigkeit für das Ausmaß von 7,2 % der geplanten Landesbäche für WEA zu überprüfen sowie die Freigabe von Landschaftsschutzgebieten zurückzunehmen. Mit freundlichen Grüßen (Signatur) Anlage (Karten)	
Gruppe ID: G1086	Mit Unverständnis habe ich die Pläne des Landes, das Gebiet um den Gotteskoogsee	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Anzahl: 2 (IDs: 1085, 1086)	als „Potentialfläche für Windkraftanlagen“ zuzulassen zur Kenntnis genommen. Das komplette Areal zwischen dem Rickelsbüller Koog (Nationalpark Wattenmeer), dem Gotteskoogsee, dem Kahlebüller See und dem Hassberger See ist als eine Einheit in Bezug auf den Vogel- und Naturschutz zu sehen. Der Gotteskoogsee gehört zum Natura 2000 Netz des europäischen Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Gebiete. Es sind Brutgebiete für geschützte Vogelarten und die Stare nutzen im Frühjahr und Herbst als große Vogelschwärme diese Gebiete als Schutz- und Schlafplatz. Ankunft und Abflug der Schwärme wird als „schwarze Sonne“ bezeichnet und ist ein weit bekanntes Ereignis. Vögel dieser Größe sind auch durch moderne Technik mit KI nicht vor den Rotoren geschützt. Stare sammeln sich hier für den Weiterflug in andere Gebiete. Ob die großen Schwärme den Rotoren ausweichen ist fraglich. Der umliegende Mischwald bietet vielen Vogelarten sichere Brutplätze. Der Seeadler brütet hier seit 2004 regelmäßig. Als Anwohnerin zwischen dem Rickelsbüller Koog und den Schutzgebieten, sehe ich täglich verschiedene Vogelarten zwischen diesen wechseln, u.a. auch den Seeadler und verschiedene Wildgänse. Durch die Windräder, werden diverse Vogelfluglinien durchbrochen und gefährden die Tiere. Windräder für den Klimawandel auf Kosten des Naturschutzes und des Vogelschutzes in so einem einzigartigen Gebiet zerstört auf unabsehbare Zeit den Lebensraum für Mensch und Tier. Im Endeffekt handelt es sich um große Industrieanlagen mit ausgedehnten Zubringerstraßen. Solche Anlagen gehören in ein gut geplantes Gesamtkonzept und wir dürfen die Natur diesem „Boom“ nicht opfern, zumal die Anlagen immer größer sein müssen, um die nötige Energie zu liefern, deren Weitertransport zur Zeit nicht einmal gegeben ist.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 4.1, 4.3, 4.20, 4.8 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2873	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3.7, 4.20, 7.3.2 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich möchte eine Abstandsregelung von 5 H, befürchte die Störung der Flugrouten der Luftrettung, vorhandene Großvogelarten bedroht werden, die Lebensqualität durch Lärmbelästigung. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Die Abgabefrist für eine Stellungnahme soll auf 6 Monate verlängert werden. Solange Norwegen z.B. Überkapazitäten für einen negativen Strompreis erhält – was soll der Quatsch hier in S-H? Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Gruß [Unterschrift]	verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2753	- Neue Windkraftanlagen im Landkreis Bad Segeberg - Sehr geehrte Damen und Herren, bezüglich der geplanten Errichtung neuer Windkraftanlagen im Landkreis Bad Segeberg möchten wir hiermit auf folgende Gegenargumente hinweisen: Zerstörung der Natur,weitläufige Streuung von Mikroplastik auf landwirtschaftliche Nutzflächen durch den Materialabrieb, Lebensgefahr für Vögel und Fledermäuse durch die Windradflügel, sowie Gesundheitsgefährdung für Mensch und Tier durch den Infraschall! Wir möchten Sie hiermit bitten Ihren Entschluss noch einmal zu überdenken, denn sind nicht eine unversehrte Gesundheit und eine intakte Natur das Allerwichtigste für uns ALLE? Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.14, 7.2.9, 4.1 sowie 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1084	Stellungsnahme zur Potenzialfläche PR2- PLÖ-006 Betroffene Gemeinden: Stoltenberg, Pratjau-Fargau, Höhndorf Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Teilfortschreibung des Landesentwichlungs SH2024 möchte ich auf die Abstandsregel zu den Brutstätten des Rotmilans eingehen. Die derzeit in Schleswig-Holstein festgelegten Abstandsregelung von 1500 Metern zwischen WKA und Brutstätten des Rotmilans ist strenger als der bundesweit empfohlende von 1200 Meter. Auswirkungen: Einschränkung des Flächenpotenzials: Die strengere Regelung reduziert unnötig die für Windkraftnutzung verfügbaren Flächen und behindert den Ausbau der erneuerbaren Energie. Fehlende Notwendigkeit: Der bundesweite Mindesabstand von 1200 Metern ist wissenschaftlich fundiert und bietet einen ausgewogenen Schutz des Rotmilans, ohneden Ausbau der Windenergie übermäßig einzuschränken. Forderung: Wir plädieren dafür, den Abstand in Schleswig-Holstein auf 1200 Meter zu reduzieren, um eine angemessene Balance zwischen Naturschutz und Ausbau der erneuerbaren Energie zu gewährleisten. Mit freundlichem Gruß [redacted] [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen,
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1094 (Frühere ID:	Siehe hochgeladenes PDF-Dokument. [eingefügt aus Anhang:] **Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 3.15, 4.5, 4.16, 4.18, 6.1 und

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
1013 aus Teilfortschreibung „Wohnbaulicher Entwicklungsrahmen“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021, Änderung Kapitel 3.6.1 Absatz 3 (Entwurf Mai 2024))	**Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)** **hier: Stellungnahme** Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehmen wir wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüßen wir nachdrücklich. Sie ist wissenschaftlich fundiert, sie ist für den Naturschutz notwendig, sie ist angesichts der Wiesenvogelpopulation dringend und sie wird von der Bevölkerung getragen. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung muss auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Darüber hinaus sollte das auch für die Potenzialflächen in Oldenswort gelten, damit tatsächlich in ganz Eiderstedt keine neuen WEA entstehen. Die vorhandenen Windflächen im nordöstlichen Eiderstedt beeinträchtigen bereits Vogelzug und Wiesenbrüter auf dieser, nur 30 km langen und 15 km breiten Halbinsel. Es sind weder naturschutzfachliche, noch andere relevante Argumente erkennbar, warum diese Flächen weniger wertvoll und schützenswert sind als das „übrige“ Eiderstedt. Deswegen müssen diese Potenzialflächen aus dem Entwurf gestrichen werden.	7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von weiteren WEA freizuhalten: 1. Gefährdung des „Outstanding Universal Value“ (OUV) des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer: Der ostatlantische Vogelzugweg ist ein konstituierendes Element des OUV und damit des Weltnaturerbegebietes. Wenn auch noch der letzte offene Zugkorridor über Eiderstedt durch neue WEA versperrt würde, würde dies sowohl den internationalen Vogelzug als auch den Weltnaturerbestatus des Wattenmeeres gefährden. 2. Gefährdung des Entwicklungspotenzials zur touristischen Weiterentwicklung entsprechend Tourismusstrategie S-H 2030. „Grünes Lebensband SH – vom UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer zum UNESCO- Welterbe Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Danewerk“ • Lt. Tourismusstrategie S-H 2030 (Kap. 2.1.1 und Handlungsfeld 4.7) wird die Entwicklung des Binnentourismus mit ihrem großen Entwicklungs- und Wachstumspotenzial angestrebt. • Im Entwurf Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023 ist dieser Raum von SPO bis zur Schlei fast durchgängig als Entwicklungsraum Tourismus dargestellt, in Teilen auch als Schwerpunktraum Tourismus und es wurden (neu!) Kernbereiche Tourismus identifiziert. • Lt. Entwurf LEPWindVO: Plantext Kapitel 4.5.1 (Windenergie an Land 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz) verlaufen hier die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung, die von Windenergie frei bleiben sollen. • Der Biotopverbund in der Teilfortschreibung des LEP 2010 (Teilfortschreibung LEP 2010, Kapitel 3.5.2, Sachthema Windenergie an Land – Umweltbericht) zeigt anschaulich die kostbaren Naturräume, die wie eine Perlenreihe in diesem Band liegen. Auch zahlreiche „Kernaktionsräume“ der Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt (Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt, Schleswig- Holsteinischer Landtag, Drucksache 19/3266, 8.9.2021, S. 39) unterstreichen die Bedeutung eines solchen Lebensbandes zwischen Nord- und Ostsee. Zugleich ist die touristische Bedeutung verschiedener landschaftlich herausragender Teilgebiete auf einem solchem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Lebensband für einen Landschafts-, Natur- und Genusstourismus groß: Eiderstedt, Friedrichstadt, Eider-Treene-Sorgeniederung, Schlei und Eckernförder Bucht. • Neben Naturerlebnissen bietet dieser Raum auch auf der Strecke viele kulturelle Erlebnisse, siehe „Wikinger-Friesenweg“. Dieser Themen- und Radfernweg führt von SPO über 180 km auf den Spuren von Wikingern und Friesen nach Maasholm in Angeln. 3. Naherholungsbereich für NorthvoltNorthvolt kommt – vieles wird sich verändern. Zu 3.000 Werksbeschäftigten im Jahr 2029, könnten laut Cima Studie zusätzlich 8.746 Arbeitsplätze an der Westküste generiert werden. In Ergänzung zu den schwerpunktmäßig industrialisierten Flächen in Dithmarschen kann die Landschaft Eiderstedt Harmonie, Schönheit und, mit seinem weiten Horizont, landschaftsgebundenen Erholungswert bieten. Damit ist Eiderstedt geradezu prädestiniert, als attraktiver Naherholungsbereich für Northvolt zu fungieren. Nicht als eine x-beliebige Gegend in der Nähe von Heide, sondern als einzigartige, weitgehend historische Kulturlandschaft von europäischem Rang – eingebettet ins Weltnaturerbe Wattenmeer. Einen vergleichbar hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum gibt es an der gesamten deutschen Westküste nicht mehr. 4. Akzeptanz in der BevölkerungDas Bekanntwerden von Investorenplänen für neue WEA in Eiderstedt hat auf der Halbinsel vielfältige und deutliche Proteste hervorgerufen, die zu überregionalem Medieninteresse führen. Zahlreiche Kommentare bei openPetition verdeutlichen die Argumente der Teilnehmer (Schutz von Natur- und Kulturlandschaft, Weiterentwicklung des nachhaltigen, naturnahen Tourismus). Die Einwohnerbefragung der Gemeinde Tating am 9. Juni 2024 führte mit 63 % zu einer klaren Ablehnung weiterer WEA sowie auch der Sicherung des bestehenden Windparks. Der LEP-Entwurf wird also von der Bevölkerung begrüßt und unterstützt. Aus den genannten Gründen bitten wir sehr darum, den Entwurf in Bezug auf die Ziele der Raumordnung in Eiderstedt keinesfalls zu verändern sowie die Potenzialflächen um Oldenswort zu streichen. Mit freundlichen Grüßen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] Eiderstedter Forum	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1082	Weitere Windkraftanlagen: Gefährdung meiner Gesundheit!!! Die Auswirkungen (Schall, Geräusch) sind enorm (seit Bestehen der Windkraftanlagenfläche (PR2 RDE039). Die unmittelbare Belastung der Natur (z. B. weniger Fledermäuse) Wertmindung meiner Immobilie Darüberhinaus sind die Betreiber der Windkraftanlagen, zumindest in meiner Gemeinde (Sehestedt) nicht annähernd bereit, Abhilfe zu schaffen (Geräuchemission) oder überhaupt in den Dialog zu treten. Das wird sich auch bei weiteren Windkraftanlagen leider nicht ändern. Werden die bestehenden Anlagen eigentlich während des Betriebes auf die Geräuschemission, z. B. in der Nacht, überprüft?	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1081	Für mich persönlich bedueten weitere Windkraftanlagen in meiner unmittelbaren Nähe weiterhin Schlafstörungen und eine Gefährdung meiner Gesundheit. Die bereits vorhanden Anlagen empfinde ich als sehr belastend (Geräuschpegel, Schall) und als Beeinträchtigung meines körperlichen Wohlbefindens und damit hat es auch Auswirkungen auf meine mentale Gesundheit. Die Gemeinde Sehestedt, in der ich seit 30 Jahren wohne, hat bereits eine Windkraftanlagenfläche (PR2 RDE039) und ist zusätzlich durch den Windpark Osterrade (PR2 RDE046) betroffen. Im näheren Umkreis kommen wir in der Gemeinde Sehestedt damit auf 21 Windkraftanlagen und ziehen wir den Umkreis nur geringfügig größer, kommen weitere Anlagen (Hohenlieth, Hohenholm) dazu. Ich meine, damit ist das Landschaftsbild der Region, die durch den Tourismus einen erheblichen Teil ihrer Wirtschaftskraft erfährt, schon enorm gestört. Die Sichtachsen für die Anwohner sind bereits in mehrere Richtungen belastet. In diesem Ausmaß sind weitere Windkraftanlagen ein eklatanter Eingriff in die Natur, inbesondere für die Vogelwelt und für die, seit Bestehen der Anlagen immer weniger auftretenden, Fledermäuse.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.1.1, 3.15, 7.2.12, 7.2.11 sowie 4.1 und 4.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Eine weitere Sorge bereitet mir der Wert meiner Immobilie, die u. a. auch als meine Altersvorsorge geplant ist. Durch die Geräuschemissionen, Schattenwürfe und das Bild der Windkraftanlagen in einer sonst wunscherschönen Natur, erfährt meine Immobilie eine Wertmindung.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1371	Sehr geehrte Damen und Herren. Zur Teilfortschreibung „ Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig Holstein- Fortschreibung 2021 Änderung Kapitel 4.5.1. (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung. Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel- Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Energieanlagen freizuhalten, begrüsse ich ausdrücklich. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel- Brutgebiete mit besonders hohe Siedlungsdichten als Ziele der der Raumordnung muss auch mach Abschluss desBeteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „ Entwurf Anlage 1 zu §1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1. Windenergie an Land, Seite 58, 15 Z und 16 Z inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu § 1) bleibt. Die Kulturlanschaft Eiderstadt ist ein Weltkulturerbe UNESCO und das Wattenmeer ist von außerordentlicher Bedeutung. Die WKA würden eine erhebliche Störung bedeuten. Tourismus und Einkommen daraus würden stark in Frage gestellt bzw verunmöglicht. Insgesamt ist auch zu sagen das Schleswig Holstein bereits über eine Überproduktion von grünem Strom verfügt, der regelmässig als quasi Abfall entsorgt wird. Ein volkswirtschaftlicher Blödsinn der Geldvernichtung. Mit freundlichen Grüssen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15.1, 4.4, 4.16, 4.17, 4.18, 4.19, 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1080	Bitte keine neuen Windkraftanlagen, wir leiden schon genug unter den Anlagen der Gemeinde Köhn und Stakendorf !	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1079	Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Stellungnahme zum Thema:*Windenergieplanung Schleswig-Holstein LEP-Teilfortschreibung Windenergie für die Potenzialflächen 06-2024“ im Hoheitsgebiet der Gemeinde 24790 Schülldorf.* Bei der Ausweisung der Fläche im vorliegenden Entwurf wurden unseres Erachtens folgende Kriterien nicht beachtet: • Wir haben mehrfach Zwergschwäne auf den Flächen und angrenzenden Flächen beobachtet. • Wir haben mehrfach Kraniche auf den geplanten Vorrangflächen und den angrenzenden Flächen bei der Nahrungssuche beobachtet. Die Schlafgewässer der Kraniche befinden sich im angrenzenden "Wilden Moor" und "Stadtmoor". Der Abstand zu den Schlafgewässern und den Windkraftanlagen ist unseres Erachtens zu gering und eine Störung der Kraniche wird höchstwahrscheinlich die Folge sein. • Auf den Wiesen in diesem Gebiet haben wir im Frühjahr und Sommer regelmäßig Kiebitze bei der Nahrungssuche gesehen. Weiterhin nehmen wir an, dass auch Paare Brutversuche unternommen haben. Die Standorte und Sichtungen sind dem NABU bekannt. • Bei dem Entwurf wurde der Weißstorchhorst im Bereich Buhrhorst und in Schülldorf, OT Ohe nicht berücksichtigt, insbesondere beim Horst in Ohe konnten Bruterfolge nachgewiesen werden. • Auch dem neuen Abwägungskriterium "Belastete Räume" wird nicht Rechnung getragen. Folgenden Belastungen sind wir Schülldorfer Bürger des Ortsteil Ohe bereits ausgesetzt:	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 4.1, 4.18, 4.20, 2.11 und 1.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	○ BAB 7 ○ BAB 210 ○ Bahnlinie Rendsburg - Neumünster ○ Bahnlinie Rendsburg - Kiel ○ 2 x 380 KV-Leitung ○ 2 x Biogasanlagen ○ erhebliche Erweiterung des vorhandenen Umspannwerk ○ die privilegierten Fläche für Photovoltaik-Freiflächenanlagen sowie die bereits erbauten Photovoltaik-Freiflächenanlagen. • Des Weiteren ist eine Umfassungswirkung und Riegelbildung durch die Planung der Flächen für die Windenergieplanung um den Ortsteil Ohe an Hand des zugänglichen Kartenmaterials gegeben und widerspricht den Vorgaben des Landes. • Weiterhin gibt es bereits jetzt erheblichen Belastungen auf Grund des Neubaus der Rader Hochbrücke. • Zur Ausweisung von der Fläche wurde für die Berechnung für die Abstände zur Wohnbebauung eine Referenzanlagen mit einer Höhe von 150 m zu Grunde gelegt. Dies entspricht nicht der Realität, wie Ihnen bekannt sein dürfte, sind bereits für die Fläche PR2_RDE_067 die Errichtung von Windenergieanlagen mit Höhen von 175 m Nabenhöhe beantragt. Bei diesen Höhen werden die angedachten Mindestabstände deutlich unterschritten. Wir erwarten, dass Ausweisungen von Vorrangflächen an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden und für Ohe sozial verträgliche und lebenswürdige Flächenausweisung stattfindet. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Gruppe ID: GM2743 Anzahl: 2 (IDs: M2742, M2743)	Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Mit der Festlegung der Ziele 15 Z und 16 Z kann das Bundesland Schleswig-Holstein der EU-Kommission sehr gut entgegenkommen und den Nachweis für Maßnahmen zum Schutz der Vögel belegen. Ferner kann Schleswig-Holstein mit dem Entwurf des LEP „Wind an Land“ das Begehren des Zentrums des UNESCO-Welterbes in Paris vom Juni 2024, eine gute, wohlbegründete Stellungnahme zum Erhalt des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer abzugeben, weitgehend erfüllen. Dieses wurde u.a. mit der Begründung zum Schutz des ostatlantischen Vogelzuges errichtet. Schleswig-Holstein kommt dem Schutz der überregionalen Vogelzugroute sowie der Wiesenvogel-Brutgebiete mit den Zielen 15 Z und 16 Z vorbildlich nach. Wir leben in einer Zeit vieler Krisen. Zwei davon sind die Zwillinge Klimakrise und Krise der Artenvielfalt (Biodiversität). Die Klimakrise bedroht unsere Lebensqualität, die Krise der Artenvielfalt unsere Lebensgrundlagen. Für beide müssen gute Lösungen gefunden werden, für beide braucht es geeignete Räume: Räume für erneuerbare Energien und	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Darüber hinaus beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird daher insbesondere auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Räume für den Schutz der Biodiversität, welche hier in Schleswig-Holstein zum Schutz unzähliger Vogelarten des ostatlantischen Vogelzuges und der Wiesenvögel unverzichtbar sind. Nur mit intakten Ökosystemen und Biodiversität lassen sich unsere Lebensgrundlagen langfristig sichern. Deshalb muss der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist darum entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu § 1) bleibt. Das muss die Flächen um Oldenswort einschließen. In der „Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“ (https://www.bolapla-sh.de/file/d8974dba790c-4772-acf5-c41efb786e81/d7f29e45-c504-4425-9c7b-3209fdfa11431 sind Flächen in Oldenswort „weiß“ dargestellt. Bedeutet dies, dass sie keinen Schutzraum für den Vogelzug und die Wiesenvogel-Brutgebiete bilden? In der „Negativkarte“ dazu „Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024)“ (https://schleswia-holstein.de/mm/downloads/MILIG/lepWind teilfortschreibunq 2024/Potentialflaechenkarte 20240607.pdf) sind alte und neue Potenzialflächen in Oldenswort ausgewiesen. Mit den Potenzialflächen nördlich und südlich der Kreisstraße wird ein fachlich unbegründeter Keil in die überregionale Vogelzugroute geschlagen und verengt den ohnehin schmalen Korridor für den Zug von Millionen von Vögeln und verlässt an dieser Stelle den Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete. Für Zug- und Wiesenvögel sind derartige, menschengemachte Grenzen außerdem völlig irrelevant. Dies wird gestützt durch die Karte Nr. 8 im Umweltbericht, S. 39. Außerdem wurde bereits im Datenblatt PR1_NFL_309 zum LEP Wind von 2020 festgelegt: „Die durch die Kreisstraße K20 abgeteilte Fläche im Südwesten liegt in der Hauptachse des überregionalen Vogelzugs. Dieser Teilbereich wird auch aus diesem Grund nicht als Vorranggebiet übernommen.“ Was hat sich daran bis heute geändert, dass die Ausweisung als Potenzialfläche begründet? Der nördliche Teil wurde seinerzeit ohnehin	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	nur mit dem Hinweis auf die bestehenden WEA als Vorrangfläche ausgewiesen. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von WEA frei zu halten: Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. In der Landschaft Eiderstedt haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente erhalten und sind heute noch „lesbar“. Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege, eine Vielzahl historischer Gebäude wie Haubarge und die 18 Kirchen etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die naturnahe, nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen durch diesen Hauptwirtschaftsfaktor der Region sichert. Auch die Einwohner stehen mehrheitlich hinter den Zielen des LEP-Wind-Entwurfes. In einer von der Gemeindevertretung Tating initiierten Einwohnerbefragung am 9.6.2024 haben 63 % der Einwohner gegen neue WEA und gegen die Sicherung der bestehenden Anlagen in Tating votiert. Dieses Ergebnis kann man nach allen Äußerungen und Verlautbarungen durchaus auf ganz Eiderstedt übertragen. Nach meinem Verständnis kann Klimaschutz nur dann gelingen, wenn er im Einklang mit Natur, Menschen und der Landschaft steht. Deshalb sollte abschließend noch einmal intensiv geprüft werden, ob eine WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein von der Natur, den Landschaften und den Menschen insgesamt getragen und bewältigt wird. Ich weise auf zwei Karten hin (https://www.vernunftkraft-sh.de/2024/07/03/rechenfehler-oderabsicht/#next), aus denen ersichtlich wird, dass sich unser Land in Bezug auf die Umgebungswirkung von Windkraftanlagen zu einem riesigen Windpark entwickelt. Die beiden Karten zeigen je nach Wirkungsgrad der unterschiedlichen Entfernungen die flächendeckenden, räumlichen Auswirkungen von WEA. Dagegen würde Schleswig-Holstein mit der ursprünglich geplanten, bereits riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes seine energie- und klimapolitischen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Ziele für Windkraft erreichen. Hinzu kommen außerdem ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die in der Landschaft oder auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen errichtet werden, anstatt auf bereits versiegelten Flächen (vgl. Gutachten des Fraunhofer Instituts im Aufträge des Landes Schl.-Holst, vom 16.02.2022). Werden die Landschaften Schleswig-Holsteins nunmehr eine einzige große Energie-Industrielandschaft? Dies ist auch unter Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsgesichtspunkten nicht überzeugend: Die Produktion vieler Windräder verursacht katastrophale Umweltzerstörungen, insbesondere wenn die „seltene Erde“ Neodym für getriebelose Windräder zum Einsatz kommt (https://www.ndr.de/fernsehen/sendunqen/panorama/archiv/2011/Das-schmutziqeGeheimnis-sauberer-Windraeder.windkraft189.html._____ siehe_____ auch https://www.achqut.com/artikel/qreenpeace uebernehmen sie windraeder produzieren a tommuell/). Die Anlagen enthalten Schwefelhexafluorid (SF6), welches von allen bekannten Substanzen die stärkste Treibhauswirkung hat und rund 22.800 Mal so stark ist wie die identische Menge Kohlendioxid (https://www.taqesschau.de/wirtschaft/enerqie/erneuerbare-enerqienwindkraft-treibhausqas-sf6-101 .html). Auch lassen sich Windräder aufgrund des immensen Kostenaufwands kaum recyceln und sie hinterlassen bereits bei ihrer Herstellung einen erheblichen C02-Fussabdruck, zum Beispiel rd. 600 Kilogramm pro Tonne Beton (https://www.qolem.de/news/zukunft-derwindenerqie-wie-lassen-sich-windraeder-recvceln-2405-184530.html). Zur ausreichenden Befestigung und Stabilisierung eines Windrades sind rd 1.600 Tonnen Stahlbeton erforderlich (https://max-boeql.de/news/1600-tonnen-beton-fuer-eine-windenerqieanlaqe). welche nach Stilllegung der Windkraftanlage aus Kostengründen meist einfach in der Erde belassen werden (https://eike-klima-enerqie.eu/2021/08/08/bodenversieqelunq-durchqewaltige-windkraftfundamente/). Die technische Lebensdauer einer Windkraftanlage ist auf 20 Jahre begrenzt, resultierend aus dem gesetzlich festgelegten Förderzeitraum, weshalb im kommenden Jahrzehnt Tausenden von Windkraftanlagen die Stilllegung droht (https://www.faz.net/aktuell/technik-motor/technik/erneuerbare-enerqien-wie lanqe-haelteine-windkraftanlage-16080702.html. vgl. auch https://taz.de/Haltbarkeit-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	vonWindkraftanlaqen/15486175/). Windenergieanlagen erzeugen Infraschal, was zu Gesundheitsrisiken und -schaden führt (https://www.aerzteblatt.de/archiv/205246/Windenerqieanlaqen-und-lnfraschall-Der-Schall-den-man-nicht-hoert). Die Nachteile von Windenergie dürfen bei der anstehenden Entscheidung nicht außer Acht gelassen werden (https://www.strompreisverqleich24.com/erneuerbare-enerqien-nachteile-von-windenerqie/#4-habitatzerstoerunq). namentlich: (1) Wind ist keine Konstante, (2) Windkraftanlagen sind teuer, (3) die Speicherung der Energie ist problematisch - soll mit staatlichen Mittel der Bau von Windkraftanlagen gefördert werden, deren Energiegewinnung weder gespeichert noch andernorts hin transportiert werden kann, da es jedenfalls derzeit an Speicherkapazitäten und Leitungen fehlt, so dass die Energiegewinnung im Nirgendwo verpufft? - (4) Windenergie zerstört Habitate, (5) die Rotoren führen zum Vogelschlag, der Tötung von Vögeln, Fledermäusen etc., (6) Eiswurf der Anlagen bedeutet eine Gefahr für Tiere und Menschen, (7) die Windanlagen zerstören die Ästhetik der Landschaft, folglich auch den Tourismus (vgl. für Frankreich: https://www.achqut.com/artikel/die windkraftindustrie hat es schwer in%20 frankreich-unfertig) und damit die Haupteinnahmequelle auf der Halbinsel Eiderstedt und senken die Immobilienpreise, (8) Schallimmissionen belasten die Gesundheit von Menschen und Tieren, denn Windräder sind nicht lautlos. Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf des neuen LEP-Wind im Sinne meiner Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung für die ostatlantische Vogelzugroute und die Wiesenvögel-Brutgebiete (in Text und Karte) keinesfalls zu verändern, Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen und die Notwendigkeit für das Ausmaß von 7,2 % der geplanten Landesfläche für WEA zu überprüfen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Anlage: (Abbildungen)	
Öffentlichkeit:	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land"	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Privatperson ID: M2042	des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten wie z.b. Rotmilan, Seeadler Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, Hoch- u. Niedermoorflächen, Biotopverbundflächen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergiegewinnung ausgeschlossen werden. • Es bereitet mir Sorgen, dass die landwirtschaftlich genutzten Flächen (Produktion von Lebensmitteln) durch den Mikroplastikabrieb der Rotorblätter kontaminiert werden, ebenso wie das Trinkwasser verunreinigt würde • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität und Gefährdung der Gesundheit durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ausdrücklich ab • Ich beantrage eine Fristverlängerung für die Abgabe der Stellungnahmen auf 6 Monate (Urlaubszeit). Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 4.20, 4.2, 7.2.9, 7.3 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2041	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten großvogelarten wie z.b. Rotmilan, Seeadler Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, Hoch- u. Niedermoorflächen, Biotopverbundflächen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergiegewinnung ausgeschlossen werden. • Es bereitet mir Sorgen, dass die landwirtschaftlich genutzten Flächen (Produktion von Lebensmitteln) durch den Mikroplastikabrieb der Rotorblätter kontaminiert werden, ebenso wie das Trinkwasser verunreinigt würde • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität und gefährdung der Gesundheit durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ausdrücklich ab • Ich beantrage eine Fristverlängerung für die Abgabe der Stellungnahmen auf 6 Monate (Urlaubszeit). Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 4.20, 4.2, 7.2.9, 7.3 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2038	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten großvogelarten wie z.b. Rotmilan, Seeadler Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, Hoch- u. Niedermoorflächen, Biotopverbundflächen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergiegewinnung ausgeschlossen werden. • Es bereitet mir Sorgen, dass die landwirtschaftlich genutzten Flächen (Produktion von Lebensmitteln) durch den Mikroplastikabrieb der Rotorblätter kontaminiert werden, ebenso wie das Trinkwasser verunreinigt würde • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität und gefährdung der Gesundheit durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ausdrücklich ab • Ich beantrage eine Fristverlängerung für die Abgabe der Stellungnahmen auf 6 Monate (Urlaubszeit). Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 4.20, 4.2, 4.5, 7.2.9, 7.3, 7.2.8 sowie 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1078	**<u>Stellungnahme zu den Schutzabständen zur Wohnbebauung und der Errichtung raumbedeutsamer WEA 2024:</u>** Raumbedeutsame WEA sind, als sogenannte Referenzanlagen sind nicht mehr 150 m hoch. Die neuen, herangezogenen Referenzanlagen sind 200 m hoch und haben einen Rotordurchmesser von 150 m, d.h. Rotorlänge = 75m (elektrischen Nennleistung von 5,3 Megawatt). Diese Grundlage dient der Ausweisung der Vorrangebiete Windenergie in den neu zu verfassenden Regionalplänen. Die WEA können in der Tat auch höher sein und der Rotor länger: Ermittlung eines Verteilungsschlüssels für das zwei-Prozent-Flächenziel auf Basis einer Untersuchung der Flächenpotenziale der Bundesländer; erstellt im Auftrag vom: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz; Stand Mai 2022, sind herangezogen. Diese bemisst einen Rotodurchmesser von 165 Meter und je nach Standort eine Gesamthöhe von circa 250 Meter. Die sogenannte 3H/5H-Regelung entfällt (das neue Anlagen nur dann genehmigt werden, wenn sie einen Abstand von ihrer dreifachen Höhe zu alleinstehenden Wohnhäusern (3H) und ihrer fünffachen Höhe zu Wohnsiedlungen (5H) haben). Mit den neuen Eckpunkten zur Windenergieplanung gilt diese Regelung dann nicht mehr. Größere Anlagen dürfen dann in einem Abstand von 400 Metern gebaut werden. Damit rücken die WEA nicht nur optisch näher, sondern sie rücken tatsächlich näher, ausgehend von den neuen Referenzanlagen 200/75, beispielhaft erläutert mit der 3H/5H-Regelung: Zu 1 Z: 200 m x 5 = 1000 m und 250 m x 5 = 1250 m Abstand zur Wohnbebauung - Innenbereich alt nach 5H: 150 m x 5 = 750 m + Rotor = 800 m Referenzanlage 150 m WEA Damit deckten sich der Schutzabstand und der Abstand der Fläche. Zu G: 200 m x 5 = 1000 m und 250 m x 5 = 1250 m Abstand zur Wohnbebauung - Innenbereich alt nach 5H: 150 m x 5 = 750 m + Rotor = 800 m Referenzanlage 150 m WEA	Zu den in der Stellungnahme angesprochenen Themen wird auf die jeweiligen Ziffern der allgemeinen Synopse verwiesen: Abstände zu Wohnbebauung: 2.2.1 und 2.3.1 Schall: 7.3.2 3H/5H-Regelung: 7.3.7

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Damit deckten sich der Schutzabstand und der Abstand der Fläche und ging sogar + 200m Zu 2 Z: 200 m x 3 = 600 m und 250 m x 3 = 750 m Abstand zur Wohnbebauung - Außenbereich alt nach 3H: 150 m x 3 = 450 m - Rotor = 400 m Referenzanlage 150 m WEA **Eine 200m WKA im Außenbereich steht damit ca. 470m vor dem Haus, nach 3H wären es 600m.** Die Referenzanlagen von 150 m waren einmal die Abstandsgeber, das wird nun einfach unterschlagen und Land auf Land ab heißt es, die Abstände wären beibehalten worden, was natürlich nicht stimmt, ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Wir hatten in Schleswig-Holstein Windfrieden, was nicht mit Akzeptanz zu verwechseln ist. Damit wird nun Schluss sein, die Menschen werden das Heranrücken der WEA an die Wohnbebauung nicht akzeptieren, die Politik macht hier einen Riesenfehler. Akzeptanz, Ruhe und Frieden sind nicht käuflich! Das gilt natürlich auch für das Repowern, das heißt für alle bereits vorhanden Windeignungsflächen und auch in der Zukunft für alle neuen Flächen. Der ländliche Raum und der Außenbereich wird damit in der Zukunft unbewohnbar werden und bleiben. Die Politik macht hier ein Riesenfehler. Nehmen Sie den Beschluss zurück und führen Sie mindestens die 3H/5H-Abstandsregel wieder ein.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2582	Betr.: Beteiiigungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Darüber hinaus beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird daher insbesondere auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Mit der Festlegung der Ziele 15 Z und 16 Z kann das Bundesland Schleswig-Holstein der EU- Kommission sehr gut entgegen kommen und den Nachweis für Maßnahmen zum Schutz der Vögel belegen. Ferner kann Schleswig-Holstein mit dem Entwurf des LEP „Wind an Land“ das Begehren des Zentrums des UNESCO-Welterbes in Paris vom Juni 2024, eine gute, wohlbegrundete Stellungnahme zum Erhalt des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer abzugeben, weitgehend erfüllen. Dieses wurde u.a. mit der Begründung zum Schutz des ostatlantischen Vogelzuges errichtet. Schleswig-Holstein kommt dem Schutz der überregionalen Vogelzugroute sowie der Wiesenvogel-Brutgebiete mit den Zielen 15 Z und 16 Z vorbildlich nach. Wir leben in einer Zeit vieler Krisen. Zwei davon sind die Zwillinge Klimakrise und Krise der Artenvielfalt (Biodiversität). Die Klimakrise bedroht unsere Lebensqualität, die Krise der Artenvielfalt unsere Lebensgrundlagen. Für beide müssen gute Losungen gefunden werden, für beide braucht es geeignete Räume: Räume für erneuerbare Energien und Räume für den Schutz der Biodiversität, welche hier in Schleswig-Holstein zum Schutz unzähliger Vogelarten des ostatlantischen Vogelzuges und der Wiesenvögel unverzichtbar sind. Nur mit intakten Ökosystemen und Biodiversität lassen sich unsere Lebensgrundlagen langfristig sichern. Deshalb muss der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist darum entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58,15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Das muss die Flächen um Oldenswort einschließen. In der „Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“1 sind Flächen in Oldenswort „weiß“ dargestellt. Bedeutet dies, dass sie keinen Schutzraum für den Vogelzug und die Wiesenvogel-Brutgebiete bilden? In der „Negativkarte“ dazu „Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024)“2 sind alte und neue Potenzialflächen in Oldenswort ausgewiesen. Mit den Potenzialflächen nördlich und südlich der Kreisstraße wird ein fachlich unbegründeter Keil in die überregionale Vogelzugroute geschlagen und verengt den ohnehin schmalen Korridor für den Zug von Millionen von Vögeln und verlässt an dieser Stelle den Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete. Für Zug- und Wiesenvögel sind derartige, menschengemachte Grenzen außerdem völlig irrelevant. Dies wird gestützt durch die Karte Nr. 8 im Umweltbericht, S. 39. Außerdem wurde bereits im Datenblatt PR1_NFL_309 zum LEP Wind von 2020 festgelegt: „Die durch die Kreisstraße K20 abgeteilte Fläche im Südwesten liegt in der Hauptachse des überregionalen Vogelzugs. Dieser Teilbereich wird auch aus diesem Grund nicht als Vorranggebiet übernommen.“ Was hat sich daran bis heute geändert, dass die Ausweisung als Potenzialfläche begründet? Der nördliche Teil wurde seinerzeit ohnehin nur mit dem Hinweis auf die bestehenden WEA als Vorrangfläche ausgewiesen. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von WEA frei zu halten: Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. In der Landschaft Eiderstedt haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente erhalten und sind heute noch „lesbar“. Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege, eine Vielzahl historischer Gebäude wie Haubarge und die 18 Kirchen etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die naturnahe, nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen durch diesen Hauptwirtschaftsfaktor der Region sichert.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Auch die Einwohner stehen mehrheitlich hinter den Zielen des LEP-Wind-Entwurfes. In einer von der Gemeindevertretung Tating initiierten Einwohnerbefragung am 9.6.2024 haben 63 % der Einwohner gegen neue WEA und gegen die Sicherung der bestehenden Anlagen in Tating votiert. Dieses Ergebnis kann man nach allen Äußerungen und Verlautbarungen durchaus auf ganz Eiderstedt übertragen. Nach meinem Verständnis kann Klimaschutz nur dann gelingen, wenn er im Einklang mit Natur, Menschen und der Landschaft steht. Deshalb sollte abschließend noch einmal intensiv geprüft werden, ob eine WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein von der Natur, den Landschaften und den Menschen insgesamt getragen und bewältigt wird. Ich weise auf zwei Karten hin3, aus denen ersichtlich wird, dass sich unser Land in Bezug auf die Umgebungswirkung von Windkraftanlagen zu einem riesigen Windpark entwickelt. Die beiden Karten zeigen je nach Wirkungsgrad der unterschiedlichen Entfernungen die flächendeckenden, räumlichen Auswirkungen von WEA. Dagegen würde Schleswig-Holstein mit der ursprünglich geplanten, bereits riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Hinzu kommen außerdem ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die in der Landschaft oder auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen errichtet werden, anstatt auf bereits versiegelten Flächen (vgl. Gutachten des Fraunhofer Instituts im Aufträge des Landes Schl.-Holst. vom 16.02.2022). Werden die Landschaften Schleswig-Holsteins nunmehr eine einzige große Energie-Industrielandschaft? Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf des neuen LEP-Wind im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung für die ostatlantische Vogelzugroute und die Wiesenvögel-Brutgebiete (in Text und Karte) keinesfalls zu verändern, Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen und die Notwendigkeit	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2752	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2, 2.3, 3.18.1, 4.2.1, 4.5, 4.20, 7.1.5, 7.2.1, 7.2.6, 7.2.7, 7.2.8, 7.2.9, 7.2.11, 7.2.13, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.4, 7.3.5, 7.3.7, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Eine Abstandsregelung von mindestens 5 H halte ich für unbedingt erforderlich. Ob dieser Abstand allerdings ausreicht, um zukünftig, gesundheitlich Schäden auszuschließen, ist meines Erachtens noch immer nicht ausreichend geklärt und wird meinerseits auf jeden Fall Forderungen nach Schadensersatz nach sich ziehen, sobald entsprechende negative Folgen insbesondere durch Lärmbelästigung, Infraschall, Schlagschatten u.v.a.m. endlich anerkannt werden. Eine in der Öffentlichkeit noch immer weithin unbekannte Gefahr durch Windkraftanlagen besteht bereits im Normalbetrieb, denn durch den starken Abrieb von Mikroplastik (PFASEwikgeitschemikalien) an den Rotorblättern entsteht eine Kontamination auf gleich mehreren Ebenen: In Lebensmitteln, die auf angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen produziert werden, im Trinkwasser und in der Atemluft. Auch hier sind langfristige Schäden der Gesundheit die logische Folge. Eine unterschiedliche Abstandsregelung (mind. 800 Meter) für Einzelhäuser und Splittersiedlungen ist für mich nicht nachvollziehbar. Eine Riegelbildung, Umfassung von Orten, ist vollkommen unzumutbar. Ich befürchte, dass die Fundamente, deren Rückbau nach Ablauf der Lebensdauer einiger WKA nicht geplant ist, eine negative Auswirkung auf die Trinkwasserqualität haben werden. Kann eine Störung der Flugrouten des Bundesheers und der Luftrettung ausgeschlossen werden? Da ich auch die Nordseeküste aus noch weitgehend unverbauten Zeiten kenne, trifft mich deren Verschandelung durch WKA und dem damit verbundenen Schaden für den Naturerlebniswert ganz besonders. Auch der Tourismus nahm und nimmt dadurch großen Schaden. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete und Naturparkflächen unbedingt von weiteren Zerstörungen durch WKA verschont bleiben. Die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, wie sie vor 2018 gültig waren, sollten unbedingt wieder eingeführt werden, damit die geschützten Großvogelarten (Rotmilan, Seeadler,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kranich, Graureiher, Schwäne, großer Brachvogel) in unserer Heimat weiterhin erfolreich brüten können. WKA, die in Vogelflugkorridoren zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen errichtet werden, stellen besonders für Kranich, Schwäne und Gänse eine große Gefahr da und sind dort unbedingt zu vermeiden. Ich erhalte es für erforderlich, dass ALLE Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen mit ihrem Charakter als Kulturlandschaft von der Landschaft-[Scanfehler, unlesbare Zeile]. Es handelt sich hierbei um unbezahlbare Schätze, die Schleswig-Holstein so einzigartig machen. Das Biotopverbundsystem, dessen Aufbau viele Jahre mühevoller Arbeit gekostet hat, sollte weiter ausgebaut und geschützt werden. Es gibt inzwischen zahlreiche Beispiele für Havariefälle an WKA im Internet wie z.B. Brandausbreitung. Ein Mindestabstand von 1500 Metern zu Wohnhäusern könnte zumindest diese Gefahr in seinen Auswirkungen reduzieren. Die Abgabefrist für die Stellungnahme ist auf 6 Monate zu verlängern (Sommerferien). Eiswurf, Blinklichter und die bereits o.e. Gefahrem durch Lärmbelästigung, Infraschall und Schattenwurf, ganz zu schweigen von der Verschandelung der Landschaft werden von der gewohnten Lebensqualität in der Nähe von WKA nicht mehr viel übrig lassen. Was das für den möglichen Wiederverkauf einer Immobilie bedeutet, brauche ich hier nicht weiter auszuführen. Es ist nicht anderes als eine gesetzlich limitierte Enteignung. WKA sind ohne staatliche Subventionen nicht zu betreiben. Inzwischen ist Deutschland Weltmeister bei den Stromkosten und wir haben auch durch WKA ein extrem unstabiles Stromnetz. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Gruppe ID: GM2695	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Anzahl: 2 (IDs: M2693, M2695)	Schleswig-Holstein — Fortschreibung 2021 — Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, Im o.g. Beteiligungsverfahren nehme ich wie folgt Stellung: Bereits 2016 haben sich die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden Hürup und Ausacker mit der Planung für Windenergie auseinandergesetzt. Insbesondere die Fläche östlich von Hürup entlang der K90 stand damals im Fokus. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung beider Gemeinden lehnte 2016 den Bau von Windkraftanlagen auf dieser Fläche ab. Die zu erwartende Beeinträchtigung für Mensch, Tier und Natur wurde als zu groß erkannt Als problematisch wurde weiter erkannt, dass die allgemeine Bevölkerung von der Stromerzeugung gar nicht unmittelbar profitiert hätte - durch einen günstigen Strompreis zum Beispiel. Im Gegenteil - die Allgemeinheit hätte die Subventionierung der Windenergie finanzieren müssen und wäre gleichzeitig den Nachteilen unausweichlich ausgesetzt worden. Der finanzielle Nutzen wäre fast ausschließlich an wenige Investoren gegangen, auch wenn es sich um das Konstrukt eines sog. Bürgerwindparks gehandelt hätte. Die Situation stellt sich heute eher noch verschärft dar, z.B. durch die jetzt vorgeschriebene Größe neuer Windkraftanlagen und die im Verhältnis zur Größe geringeren vorgeschriebenen Abstände. Ich erkenne in diesen Fakten einen bösen Affront gegen die Bevölkerung, wenn jetzt dieselbe Fläche, die 2016 aus dem LEP herausgenommen wurde, wieder in die Planung einbezogen wird. Der demokratische Prozess, der damals zu der Entscheidung führte, wird einfach ignoriert. Die Souveränität der Bürgergemeinschaft wird negiert. Für eine demokratisch legitimierte Volksvertretung und ihre ausführenden Behörden muss zwingend der Souverän maßgebend und handlungsleitend sein. So muss auch ein Vertrauensschutz gelten. Ich fordere Sie als Planungsbehörde daher auf, die oben bezeichnete Fläche aus der weiteren Planung erneut herauszunehmen. Im Übrigen verweise ich auf das seinerzeit im Auftrag des Amtes Hürup erstellte Gutachten zum Standortkonzept Hürup. Die dort behandelten Kriterien haben weiterhin Bestand. Bezüglich des Schutzes besonders bedrohter Arten ist sogar festzustellen, dass Rotmilane unmittelbar in dem fraglichen Gebiet beobachtet worden sind. Bitte gehen Sie diesem Hinweis nach. Als absolut erstrangig sehe ich es an, den sozialen Frieden in den Gemeinden zu	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 4.20, 7.1.3, 7.1.7, 7.2.10, 7.2.11, 7.3 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erhalten. Der soziale Frieden wird tiefgreifend gestört, wenn der Ausbau der Windenergie rücksichtslos gegen die Belange der Lebensqualität und der Gesundheit der Menschen durchgesetzt wird, indem man einigen Wenigen einen Profit auf Kosten der Vielen verspricht. Das ist genauso ungerecht wie die Absicht, mit einer gigantischen Überproduktion von Windstrom in Schleswig-Holstein die anderen Länder zu versorgen, wobei die Schleswig-Holsteiner nicht nur die Nachteile durch tausende von Windkraftanlagen zu ertragen haben, sondern auch noch für die Kosten des Abtransports des überproduzierten Stroms und vielfältige weitere Kosten aufzukommen haben. Gefährdung der Gesundheit, Gefährdung der Lebensqualität, Störung oder Zerstörung der Lebensumwelt durch Industrialisierung, Teilenteignung durch Wertverlust von Immobilien - das und mehr widerspricht grundgesetzlich verbrieften Rechten, denen nicht zuletzt auch Sie als Ausführende dieses Planunqsverfahrens verpflichtet sind. Daran möchte ich Sie mit dieser Stellungnahme erinnern. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Zusatz: Neben der oben genannten Fläche stehen nun auch süd-westlich, nord-westlich und nord-östlich größere und teilweise sehr kleine Flächen zur Bebauung mit Windkraftanlagen zur Diskussion. Damit würden dies sowieso schon betroffenen Orte noch mehr belastet. Die im Falle von Zuschlägen hier dann erfolgende flächendeckende Überziehung des Landes mit Windkraftanlagen mit viel zu geringem Abstand zu WOHN-häusern, würde eine nicht tolerierbare Belastung der Anwohner bedeuten!	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1077	Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten zur Teilfortschreitung des Landesentwicklungsplans Schleswig - Holstein zum Thema Windenergie an Land Stellung nehmen, insbesondere im Hinblick auf die Potenzialfläche in der Gemeinde Oldenswort.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.18.1, 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Es ist erfreulich, dass das Wiesenvogelbrutgebiet zugunsten der Potenzialfläche in Oldenswort angepasst wurde. Die ursprüngliche Ausweisung hatte die gesamte Potenzialfläche betroffen, während nunmehr nur noch der östliche Bereich betroffen ist. Diese Anpassung begrüßen wir ausdrücklich , da sie die Realisierung der Windenergievorhaben in der Region grundsätzlich ermöglicht. Um jedoch die vollständige Nutzung der Potenzialfläche zu gewährleisten, möchten wir anregen, dass das Wiesenvogelbrutgebiet im östlichen Bereich der Potenzialfläche um etwa 250 Meter weiter östlich an die Gemeindegrenze zwischen Oldenswort und Witzwort verschoben wird. Die derzeitige Grenze des Wiesenvogelbrutgebietes verläuft entlang des Gemeindewegs " Norderweg " . Eine Verschiebung dieser Grenze würde es der Gemeinde Oldenswort ermöglichen, die Potenzialfläche vollständig auszuschöpfen, da sie dann bei der geplanten Änderung des gemeindlichen Flächennutzungsplan nicht durch das Wiesenvogelbrutgebiet eingeschränkt wäre. Aus fachlicher Sicht bietet sich diese Verschiebung ebenfalls an, da die betroffenen östlichen Flächen in der Gemeinde Oldenswort vorwiegend Ackerflächen sind. Erst hinter der Gemeindegrenze im Bereich von Witzwort schließen sich großflächige Dauergrünlandflächen an , die für die Wiesenvogelbrut möglicherweise von höherer Bedeutung sind . Die Verschiebung der Abgrenzung um etwa 250 Meter nach Osten würde somit keine wesentliche Beeinträchtigung des Artenschutzes darstellen, während sie gleichzeitig die Nutzung der Potenzialfläche in Oldenswort erheblich verbessern würde. Diese Maßnahme würde einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Energieerzeugung leisten und die Bemühungen der Gemeinde Oldenswort unterstützen, die Potenzialfläche für Windenergie durch die Änderung des Flächennutzungsplans optimal auszuschöpfen. Wir bitten daher um eine erneute Prüfung und Anpassung der Abgrenzung des Wiesenvogelbrutgebietes im östlichen Bereich der Potenzialfläche in Oldenswort. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson	Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fläche zwischen Krumstedt und Frestedt ist zu Recht als Wiesenvogelbrutgebiet	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: 1076	geschützt. Allerdings müsste diese meines Erachtens auf die Fläche zwischen der Gemeinde Süderhaststedt in Richtung Hochdonn rechts der L 327 und angrenzend an die Hochdonner Straße als Wiesenvogelbrutgebiet ausweisen und eine Gesamfläche schützen und bewahren. Begründung: 1) Am Löwenweg in der Gemeinde Großenrade existiert die ehemalige und als Biotop ausgewiesene Kiesgrube, die landwirtschaftlich nicht bewirtschaftet werden kann aufgrund der Nässe. Auch begeh- geschweige denn befahrbar ist diese Fläche weiträumig nicht. Im angrenzenden kleinen Waldstück „a“ haben in diesem Jahr wiederholt Bussarde gebrütet. In den Wiesen um das Biotop herum finden sich Kiebitze, Kraniche, eine beachtliche Menge an Störchen, ein Rotmilan wurde ebenfalls mehrmals gesichtet. Hier sollte unbedingt im Frühjahr zur Brutzeit nach Brut- und Nistplätzen geschaut werden. Es liegt nahe, dass sich dieses Biotop mit den dazwischenliegenden Nassflächen und weiteren zwei Biotopen (am Hüttenteileweg und Niemoorsdamm) ergänzen und so einen idealen Lebensraum für Bussarde, Kiebitze, die Feldlerche usw. bieten. Die Fläche zwischen dem Niemoorsamm und dem Löwenbach bietet ein weiteres Biotop, die gesamte Fläche ist nicht zu bewirtschaften und wird von der Stiftung Naturschutz genutzt; Schafe weiden dort. Die Fläche ist nass, kann nicht gemäht werden und bietet so natürlich ausgiebig Raum für Wiesenvögel, die Sie dort in hoher Population finden. Interessant und sehr erfreulich ist, dass in der Kiesgrube **am Niemoorsdamm** überraschend viele Ufer- und Sandschwalben nisten. Ich könnte Fotos und Karten senden, aberleider funktioniert es auf diesem Weg offenbar nicht. Wie kann ich Ihnen diese zukommen lassen? Soweit ich im Regionalplan erkennen kann, sollen angrenzend an diese Naturflächen, die eine unglaubliche Vielfalt an Wiesenvögeln Brut-, Nistplätze und Lebensraum bieten, Windkraftanlagen errichtet werden. Auch, wenn diese Anlagen in einem gewissen Abstand zu diesem schützenswerten Raum erstellt werden sollen, birgt dieses Vorhaben doch eine große Gefahr, durch Zuwegungen, Fahrzeuge, Bautätigkeiten usw, das Leben dort zu zerstören. Die Zerstörung dieser Brutplätze für Wiesenvögel wäre katastrophal. Auf in der Nähe	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	liegende Flächen können diese Tiere nicht ausweichen, da es keine vergleichbaren gibt. Um die nahegelegene Gemeinde Eggstedt herum stehen bereits etwa 20 Windkraftanlagen. Zwischen der Gemeine Süderhastedt und Hochdonn zur Rechten besteht ein wichtiges Waldgebiet. Es bietet nicht nur der Vogelwelt und den Wildtieren Raum und Schutz, sondern auch den Menschen. Hier suchen viele Anwohner aus den umliegenden Gemeinden Erholung und Ruhe. Im waldarmen Gebiet Mittel- und Süderdithmarschens ist diese Fläche ein nicht zu unterschätzendes Refugium. Deutlich machen das die vielen Radfahrer, Spaziergänger und Jogger, die die auch im Radwegenetz ausgewiesenen Wege gern und ausgiebig nutzen. Und unmittelbar an das Waldgebiet grenzt ein weiteres Feuchtgebiet (ca.200x200 Meter) Alles zusammen ist als eine Gesamtfläche ungemein schützenswert und diese wäre unwiederbringlich zerstört, würde man diese Oase bzw die angrenzenden Flächen mit Windkraftanlagen bebauen. Ich möchte Sie bitten, hier Rücksicht auf die belegbare und wichtige Natur zu nehmen und die Fläche wie beschrieben ebenfalls als Wiesenbrutschutzgebiet zu kennzeichnen, da sich hier nicht nur Wiesenvögel in hoher Siedlungsdichte befinden, sondern wie beschrieben auch Sandschwalben, Störche, Greifvögel, Kraniche u.v.m. Zur Veranschaulichung hatte ich Karten vorbereitet und die angesprochenen Flächen gekennzeichnet, aber ich erkenne leider nicht die Möglichkeit, diese hier anzuhängen. Wenn ich diese nachreichen darf, komme ich dem sehr gern nach. Auf Ihre Nachricht freue ich mich und verbleibe mit Freundlichen Grüßen aus Dithmarschen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson	Der LEP Wind ist aus meiner Sicht sowohl formell als auch materiell fehlerhaft, da die einzelnen Belange/Kriterien im Ergebnis disproportional abgewogen worden sind bzw.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: 1075	einigen Belange nur ein sehr geringes Gewicht eingeräumt worden ist. Im Einzelnen: Es ist nicht nachzuvollziehen, wieso vorrangig auf dem Festland eine Ausweisung der Vorranggebiete erfolgen soll. Begründet wird dies mit Tourismus, Schiffverkehr, Schutzgebieten. Auch im Bereich des Festlands gibt es schutzwürdige Gebiete, so auch um meinen Wohnort - die Gemeinde Walksfelde - mit dem in Richtung Borstorf und Bälau angrenzenden Waldgebiet, das Schutzgebiet für zahlreiche Wildtiere, Kranich- und Rotmilanbrutgebiet ist. Warum sollen diese Individuen weniger Schutz gewährt werden als den auf dem Meer lebenden Tieren? Auch das Gebiet, das in Richtung Bälau erweitert werden soll, ist ein wichtiges Schutzgebiet für Kraniche, die hier ihre Futterplätze haben. Er wird zudem in der Begründung zum LEP angemerkt, dass es bei weiteren Offshore-Anlagen zu einer Riegelbildung käme. Auch eine Erweiterung des Bälauer Windparks führt zu einer Riegelbildung, die für Walksfelde zudem durch den Breitenfelder Windpark und die sich anschließende vorgesehene Potenzialfläche zwischen Walksfelde und Borstorf verstärkt würde; es käme quasi fast zu einer Umzingelung von Walksfelde. 4.5.1 , 7G (S. 7) sagt ausdrücklich, dass eine unzumutbare Umfassung von Ortslagen durch WEA vermieden werden soll. Aber genau das passiert durch die drei Gebiete (Bälau, Breitenfelde, Borstorf) mit Walksfelde. In der Begründung zu 4.5.1, 2G (S. 10) wird angemerkt, dass auch die Vorranggebiete der Regionalpläne 2020 wieder übernommen werden sollen, da diese bereits über eine Netzanbindung verfügen. Dies führt allerdings zwangsläufig dazu, dass die Windkraftanlagen in einem Gebiet konzentriert vorzufinden sind und die Flora und Fauna, aber auch die dort lebenden Menschen über das Maß belastet werden, während andere Flächen, die ggf. Potenzial hätten, aber über keine Stromanbindung verfügen, vernachlässigt werden. Hierbei erfolgt eine nicht in Gänze abgewogene und damit nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung. In 4.5.1, B3 (S.11) wird angemerkt, dass Planungsgrundlage eine Referenz-WEA von 200 Metern Gesamthöhe mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern und 5,3 Megawatt Nennleistung sein soll. Stünden diese Anlagen auf dem Gebiet der vorgesehen Erweiterung des Bälauer Windparks würde ihre Höhe erdrückend für Poggensee und Walksfelde erscheinen, da die Anlagen topografisch auf einer Anhöhe und Poggensee und Walksfelde im Tal liegen würden. Die Anlagen würden also viel größer und erdrückender erscheinen; der Schallfluss von oben nach unten muss zudem	Ziffern 1.1.1, 1.2, 1.4.1, 2.3.1 und 4.7.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	auch ganz besonders berücksichtigt werden. Die vorgesehene Höhe der Referenz WEA steht auch im Widerspruch zur immer weiteren Reduzierung der Abstände zu Siedlungsbereichen. Es können nicht einerseits immer höhere Anlagen errichtet werden, aber andererseits der Abstand zur Wohnbebauung entweder verkleinert oder aber konstant gelassen werden. Die Beeinträchtigung einer so hohen Referenz-WEA – optisch, Schattenwurf, Schall - ist doch ein anderer als der einer bisherigen Referenz WEA. 800m Abstand – wie in 4.5.1.1, 1Z (S. 20) zu Siedlungsgebieten werden daher diesseits als nicht hinreichend angesehen. Der vorgesehene Abstand in 4.5.1.3, 6Z (S. 55) von 30 m zu Wäldern wird diesseits für nicht mit dem Natur- und Artenschutz vereinbar gehalten. Dieser sollte wie bislang bei 100m liegen, um auch die schutzwürdigen Belange von Flora und Fauna zu berücksichtigen. Zudem widerspricht sich der Gesetzgeber, wenn er einerseits in 4.5.1.3, B6 (S. 68) den deutlich geringeren Waldanteil in Schleswig-Holstein und seine aus diesem Grund besondere Schutzbedürftigkeit hervorhebt. Anderseits vergrößert er mit dem verringerten Abstand auf 30 m zu Waldflächen die Beeinträchtigung des ohnehin kleinen Waldanteils und seiner Bewohner.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2088	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die nachfolgenden Punkte bitte ich Sie in der Planung gebührend zu berücksichtigen: 1. Beim Bau einer Windkraftanlage mit einem Abstand von weniger als 5H zu meinem Wohnort fürchte ich konkret eine Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit, die mir grundgesetzlich zugesichert ist. Insbesondere möchte ich diesbezüglich auf die Belastung durch Infraschall und Schlagschatten als auch auf akustische Beeinträchtigung im hörbaren Bereich hinweisen, die gesundheitsgefährdend sind. 2. Eine ledigliche Beeinträchtigung der Lebensqualität im unmittelbaren dörflichem Umfeld durch ständige Blinklichter, Schattenwurf oder Eiswurf sind ebenfalls nicht	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.8, 7.2.14, 7.2.11, 2.11, 3.3, 7.1.1, 4.5, 4.20, 4.9, 4.14, 4.15, 3.15, 4.2, 7.2.9, 7.2.10, 7.2.5, 7.2.1, 7.1.5 und 7.1.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	akzeptabel. 3. Zudem befürchte ich eine indirekte gesundheitliche Beeinträchtigung, aufgrund der Verunreinigung des Grundwassers mit Schadstoffen durch den Fundamentbau der Windkraftanlagen. 4. Als Haus- und Grundstücksbesitzer befürchte ich eine Wertminderung meiner Immobilie beim Bau von Windkraftanlagen in unmittelbarer Ortsnähe. Auch hier fordere ich eine ausreichende Abstandsregelung von mindestens 5H. 5. Ebenfalls möchte ich darauf hinweisen, dass eine Umbauung von Orten (Riegelbildung) durch entsprechende Vorschriften ausgeschlossen wird. 6. Auch muss durch eine weitsichtige Planung sichergestellt werden, dass es zu keiner Beeinträchtigung von Flugrouten der Luftrettung kommt, die insbesondere im ländlichen Raum sehr wichtig sind. Diese Routen sind freizuhalten. 7. Als Jäger und Naturschützer fordere ich auch eine entsprechende Rücksichtnahme bei der Planung von Windkraftanlagen bezüglich der Lebensräume unserer heimischen Fauna und Flora. Insbesondere fordere ich einen störungsfreien Erhalt der Verbundachsen und Lebensraumkorridore zwischen dem Tarbeker Moor und der Hamdorfer Binnendüne und dem Kiebitzholm. Besondere Rücksicht ist auf die vorhandenen Brutgebiete von z. B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel sowie den in meiner Heimat lebenden Fledermausarten zu nehmen. Zudem sind überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freizuhalten. Ich möchte die Wiedereinführung der Abstandsregelungen zu Brutplätzen, wie sie vor dem Jahr 2018 gültig waren. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. 8. Das betroffene Gebiet um meinen Wohnort ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H). Der Bau von Windkraftanlagen steht hier krass im Widerspruch zur geplanten Weiterentwicklung der Region. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete - Naturparkflächen auch deshalb nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Daher möchte ich, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen auch als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	ausgeschlossen werden. 9. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS - Ewigkeitschemikalien). 10. Ich lehne den planlosen Ausbau und die damit verbundene Verstärkung des Aufstellens von Windkraftanlagen, ausschließlich zur Abschöpfung von Fördermitteln ab. Schon jetzt gibt es eine Vielzahl von Windkraftanlagen, die ohne eine Anbindung an das Stromnetz bzw. ausreichende Leitungskapazitäten aufgestellt wurden, ohne (kontinuierlich, wenn möglich) Strom zu produzieren. Vor der Ausweitung des Windkraftanlagenausbaus muss zunächst die Infrastruktur ausreichend ertüchtigt werden. Dies geschieht derzeit nicht bzw. nicht in ausreichendem Maße. 11. Ich fordere eine bundesweit abgestimmte und ausgewogene Energieplanung, bei der alle Bundesländer gleichermaßen in einem Energieerzeugungsmix beteiligt sind und weite Energietransportwege mit hohen Verlusten vermieden werden. Schon heute produziert Schleswig-Holstein mehr Strom aus Windenergie, als der eigene Bedarf erfordert. Ein weiterer Ausbau der Windkraftenergienutzung, um letztlich Bundesländer wie z.B. Bayern mit Strom zu versorgen, das sich bekanntermaßen bisher gegen den Bau von Windkraftanlagen aus ästhetischen Gründen verweigert, lehne ich ausdrücklich ab. Schleswig-Holstein ist nicht der Windpark für den Rest der Bundesrepublik und darf es auch nicht werden. 12. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab und fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichem Gruß [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2087	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.8, 7.2.9, 7.2.14, 7.2.11, 2.11, 4.3, 7.1.1, 4.5, 4.20, 4.9, 3.15, 4.2, 3.18, 3.17, 5.9, 7.2.10, 7.2.1, 7.2.5, 7.4.1, 7.1.7

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landesplanung äußern. Die nachfolgenden Punkte bitte ich Sie in der Planung gebührend zu berücksichtigen: 1. Beim Bau einer Windkraftanlage mit einem Abstand von weniger als 5H zu meinem Wohnort fürchte ich konkret eine Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit, die mir grundgesetzlich zugesichert ist. Insbesondere möchte ich diesbezüglich auf die Belastung durch Infraschall und Schlagschatten als auch auf akustische Beeinträchtigung im hörbaren Bereich hinweisen, die gesundheitsgefährdend sind. 2. Eine lediglich Beeinträchtigung der Lebensqualität im unmittelbaren dörflichem Umfeld durch ständige Blinklichter, Schattenwurf oder Eiswurf sind ebenfalls nicht akzeptabel. 3. Zudem befürchte ich eine indirekte gesundheitliche Beeinträchtigung, aufgrund der Verunreinigung des Grundwassers mit Schadstoffen durch den Fundamentbau der Windkraftanlagen. 4. Als Haus- und Grundstücksbesitzer befürchte ich eine Wertminderung meiner Immobilie beim Bau von Windkraftanlagen in unmittelbarer Ortsnähe. Auch hier fordere ich eine ausreichende Abstandsregelung von mindestens 5H. 5. Ebenfalls möchte ich darauf hinweisen, dass eine Umbauung von Orten (Riegelbildung) durch entsprechende Vorschriften ausgeschlossen wird. 6. Auch muss durch eine weitsichtige Planung sichergestellt werden, dass es zu keiner Beeinträchtigung von Flugrouten der Luftrettung kommt, die insbesondere im ländlichen Raum sehr wichtig sind. Diese Routen sind freizuhalten. 7. Als Jäger und Naturschützer fordere ich auch eine entsprechende Rücksichtnahme bei der Planung von Windkraftanlagen bezüglich der Lebensräume unserer heimischen Fauna und Flora. Insbesondere fordere ich einen störungsfreien Erhalt der Verbundachsen und Lebensraumkorridore zwischen dem Tarbeker Moor und der Hamdorfer Binnendüne und dem Kiebitzholm. Besondere Rücksicht ist auf die vorhandenen Brutgebiete von z. B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel sowie den in meiner Heimat lebenden Fledermausarten zu nehmen. Zudem sind überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freizuhalten. Ich möchte die Wiedereinführung der Abstandsregelungen zu Brutplätzen, wie sie vor dem Jahr 2018	und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	gültig waren. Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. 8. Das betroffene Gebiet um meinen Wohnort ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H). Der Bau von Windkraftanlagen steht hier krass im Widerspruch zur geplanten Weiterentwicklung der Region. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete - Naturparkflächen auch deshalb nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. Daher möchte ich, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen auch als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. 9. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS - Ewigkeitschemikalien). 10. Ich lehne den planlosen Ausbau und die damit verbundene Verstärkung des Aufstellens von Windkraftanlagen, ausschließlich zur Abschöpfung von Fördermitteln ab. Schon jetzt gibt es eine Vielzahl von Windkraftanlagen, die ohne eine Anbindung an das Stromnetz bzw. ausreichende Leitungskapazitäten aufgestellt wurden, ohne (kontinuierlich, wenn möglich) Strom zu produzieren. Vor der Ausweitung des Windkraftanlagenausbaus muss zunächst die Infrastruktur ausreichend ertüchtigt werden. Dies geschieht derzeit nicht bzw. nicht in ausreichendem Maße. 11. Ich fordere eine bundesweit abgestimmte und ausgewogene Energieplanung, bei der alle Bundesländer gleichermaßen in einem Energieerzeugungsmix beteiligt sind und weite Energietransportwege mit hohen Verlusten vermieden werden. Schon heute produziert Schleswig-Holstein mehr Strom aus Windenergie, als der eigene Bedarf erfordert. Ein weiterer Ausbau der Windkraftenergienutzung, um letztlich Bundesländer wie z.B. Bayern mit Strom zu versorgen, das sich bekanntermaßen bisher gegen den Bau von Windkraftanlagen aus ästhetischen Gründen verweigert, lehne ich ausdrücklich ab. Schleswig-Holstein ist nicht der Windpark für den Rest der Bundesrepublik und darf es auch nicht werden. 12. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab und fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichem Gruß [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2937	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte eine erhebliche Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf sowie Infraschall. Außerdem habe ich Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und die dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, nicht zerstört werden. Es ist für mich von Interesse, dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen / Lebensraumkorridore zwischen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne sowie Kiebitzholm gewährleistet ist. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Vogelarten, wie z.B. Seeadler, Rotmilan, Kraniche, oder Graureiher weiterhin in meiner Heimat brüten können und geschützt werden. Ich fordere deshalb die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Außerdem möchte ich, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3.1 bis 7.3.5, 7.2.8, 5.4, 4.2, 4.5, 7.1.1, 4.20 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2936	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: In meiner Region habe ich Bedenken, dass vorhandene Naturschutzgebiete / Naturparkflächen erheblich beeinträchtigt oder zerstört werden. Insbesondere bin ich daran interessiert, dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachse / Lebensraumkorridore zwischen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet wird. Außerdem befürchte ich gesundheitliche und körperliche Beschwerden / Beeinträchtigungen und möchte, dass eine Abstandsregelung von mindestens 5 H zur Wohnbebauung gilt. Und ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten durch Windkraftanlagen ausgeschlossen wissen (Riegelbildung). Weiterhin habe ich Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und die dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. Außerdem erscheint es mir notwendig, dass bei einem Havariefall, wie z.B. technischer Defekt, Brandausbreitung o.Ä. durch ausreichende Abstände von mind. 1500m zu Wohnhäusern abgesichert sind. Des Weiteren befürchte ich eine Einschränkung unserer Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.3.1, 2.11.1, 3.17.1, 3.18.1, 4.2.1, 4.5, 7.2.7, 7.2.14, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.4, 7.3.5, 7.3.7, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift] -[redacted]-	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2614	Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Beteiligungsverfahren /Heidmühlen Sehr geehrte Damen und Herren, die aktuellen Schlagzeilen erschrecken mich und andere Bürger. Courier: 17,7.2024 „Alles muss auf den Prüfstand“, Wo soll die Landesregierung noch sparen? B.Z Berliner Zeitung 10.7.2024: „Die Kosten für die Ökostrom-Förderung in diesem Jahr wird auf rund 19,4 Milliarden Euro hochknallen“ Dr. Olaf Zinke, agrarheute am Donnerstag, 11.07.2024: Mit einer Umlage auf den Strompreis will die Bundesregierung den Ausbau von Gaskraftwerken finanzieren. Das Vorhaben ist Teil des neuen Kraftwerkssicherheitsgesetz. Für den Bau neuer Gaskraftwerke plant die Bundesregierung eine neue Umlage auf den Strompreis. Das verlautete aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Die neuen Anlagen sollen helfen, die Stromversorgung auch mit einem wachsenden Anteil erneuerbarer Energien stabil zu halten. Wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, sollen sie den fehlenden Strom liefern und die Lücke schließen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck betonte, die Finanzierung über eine Umlage sei bei solchen Kapazitäten zur Absicherung der Versorgung in Europa gängige Praxis.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.15, 7.2.5 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Mechanismus werde „kostenbewusst ausgestaltet“, hieß es. Steuern. Abgaben und Umlagen machten laut dem Vergleichsportal Verivox im laufenden Monat derzeit rund 31 Prozent des Strompreises aus. Weitere 30 Prozent entfielen auf Stromnetzgebühren, die übrigen 39 Prozent auf die Strombeschaffung und die Margen. Deutschland verschenkt seinen Strom und je mehr Strom verschenkt wird, umso mehr muss der Steuerzahlerdraufzahlen. Stoppen Sie den Ausbau der Windräder an Land! Wir produzieren bereits jetzt zu viel Geisterstrom, s. Tabelle Seite 2 Bereits im Jahr 2020 forderte ich Sie dazu auf, die Potentialfläche bei Heidmühlen endgültig aus der Planung zu streichen. Jetzt ist das Thema wieder im Ort. Gleichzeitig bat ich darum den Strom in Schleswig-Holstein für die Bürger wieder bezahlbar zu machen. Das gelingt nicht mit überschüssigen Windrädern und zu bezahlendem „Geisterstrom“. Es passiert nicht’s - es wird immer schlimmerl Ackerflächen werden nicht nur für Windräder verbraucht, nein es werden auch Solaranlagen im Außengebiet aufgestellt. Das treibt das Pachtland für noch aktive Landwirte in astronomische, unbezahlbare Höhen. Wollen Sie einen ganzen Berufsstand in Schleswig Holstein ausrotten um sogenannten „grünen Strom" zu erzeugen? Davon ist dann auch mein Betrieb betroffen. Ohne Bauern ist auch der Lohnunternehmer überflüssig. Wo produzieren wir dann unsere Nahrungsmittel? Die beziehen wir klimaschädlich im Ausland und nehmen lange Transportwege in Kauf. Nutzen Sie doch endlich die Dächer der bundes- und/oder landeseigenen Gebäude für Solaranlagen. Das schützt unsere Umwelt - die Flächen sind schon verdichtet. Es schont Flora und Fauna. Mit freundlichen Grüßen	
Institution: Amt	Sehr geehrte Damen und Herren,	Die Stellungnahme wird zur Kennntis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Bornhöved, Beitragserhebung ID: 1074	die Gemeindevertretung der Gemeinde Tensfeld hat in der Sitzung am 30.07.2024 beschlossen, an dem Beteiligungsverfahren der Teilfortschreibung zum Thema "Windenergie an Land" teilzunehmen. Der Beschlussauszug ist als Anlage beigefügt. Mit freundlichem Gruß i.A. [redacted] [redacted] Amt Bornhöved Der Amtsdirektor Am Markt 3 24610 Trappenkamp [eingefügt aus Anhang] BESCHLUSSAUSZUG Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Tensfeld vom 30.07.2024 **zu 8. Teilfortschreibung zum Thema "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 hier: Beratung und Beschlussfassung zur Teilnahme am Beteiligungsverfahren** Frau Dr. [redacted] erläutert den Sachverhalt gemäß der Beschlussvorlage. Herr [redacted] erläutert dies weiter anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird. Unter https://bolapla-sh.de (BOB-SH Bauleitplanung) sind Informationen zu den Plänen und Beteiligungsmöglichkeiten erhältlich. Es wird darüber beraten, ob bzw. wie die Gemeinde an dem Beteiligungsverfahren teilnimmt. Eine Beteiligung ist bis zum 9. September möglich. Es wird ein Meinungsbild eingeholt: Keine Beteiligung: 2 Bevorzugung von Kiesabbau: 5 Sodann wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt. **Beschlussvorschlag**: Die Gemeindevertretung beschließt, an dem Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zum Thema „Windenergie an Land" mit	Ausgeschlossen werden soll eine Windenergienutzung innerhalb von Vorranggebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe. Im Bereich von Vorbehaltsgebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe erfolgt eine Prüfung im Einzelfall, ob dort eine Windenergienutzung möglich sein kann.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dem Ziel teilzunehmen, den Kiesabbau zu fördern und auf Lagerstätten für Sand und Kies kein Vorranggebiet für Windenergie auszuweisen. **Abstimmungsergebnis dafür: 5 dagegen: 1 Stimmenthaltung: 1** Beschlussfähigkeit: Mitgliederzahl (gesetzl.): 9 davon anwesend: 7 Aufgrund des § 22 GO war Gemeindevertreter/in —-——— von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen und hatte den Sitzungsraum verlassen. Die Richtigkeit des Auszuges und der Angaben über die Beschlussfähigkeit und Abstimmung werden beglaubigt. Gleichzeitig wird bescheinigt, dass zur Sitzung unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen worden war. Das Gremium war beschlussfähig. Trappenkamp, den **07.08.2024** AMT BORNHÖVED Der Amtsdirektor Im Auftrage: [redacted]	
Institution: Stadt Bargteheide, Fachbereich Planung Umwelt und Öffentliche Sicherheit ID: 1073	Seitens der Stadt Bargteheide werden keine Bedenken erhoben.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2880	Betreff: Einwände gegen Windkraftanlagen in der derzeitigen Form und Masse Die Gründe für meine Ablehung dieser Art von Energiegewinnung sind sehr viele, wobei zuallererst völlig überteuert, unrentabel, unfallträchtig (Brände, Explosionen, Ackerland vernichtend und durch den Mikroplastik-Abrieb von den Rotorblättern vergiftend für Mensch und Tier). Vögel und Fledermäuse u.a. werden geschreddert. Lärm und magn. Strahlung führen zu Migräne Kopf- und Herzbeschwerden. Störung der Flug- und Rettungsdienste und des Drachensports. Die holsteinische Landschaft soll nicht zum Betonspargelfeld werden, was den Fremdenverkehr minimiert, sowie den Immobilien ihren Wert verlieren. Es gibt längst bessere Lösungen, die preiswerter, schneller und sicherer und auch effizienter erstellt werden können. Nur 20 Jahre werden sie vom Staat gefördert, dann sind sie unrentable und werden gesprengt, was nicht nur dieses Land verschandelt, sondern durch das Mikroplastik, das sich überall verteilt auch nicht mehr gesund bewohnbar ist, SF6 (Schwefelhexafluorid), was für en Treibhauseffekt mehr verantwortlich ist (25184 schädlicher als CO2 ist). SF6 schädigt die Umwelt mehr als unser gesamter Flugverkehr. Es gibt noch unzählige Gründe diese ekelhafte Landschaftsverspargelung abzulehen und wenn Sie wirklich für das Land und seinen Bürger planen, dann geben Sie keine Zustimmung zum weiteren Bau dieser Ungetüme!	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1, 7.2.9, 7.2.7, 4.1, 7.3, 7.2.12 sowie 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2924	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte die Störung der Flugrouten für Rettungshubschrauber und des Bundesheeres. Die Bürger sind entsetzt von den [redacted] der Parteien in der Gemeinde. Nachbarn sind zu Feinden geworden. Abstand zu Häusern mindestens 5h	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.3, 7.1.3 und 2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2911	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich möchte eine Abstandsregelung von mind. 5 H zur Wohnbebauung, da ich körperliche Beschwerden befürchte. • Ich fürchte um einen Wertverlust meiner Immobilie und möchte eine Abstandsregelung von mindestens 5 H zur Wohnbebauung. • Ich möchte eine gleiche Abstandsregelung für Einzelhäuser und Splittersiedlungen (mind. 800 Meter). • Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen (Riegelbildung). • Ich befürchte und die Qualität und Verfügbarkeit von Trinkwasser durch die Fundamente der WKA. • Eine Störung der Flugrouten des Bundesheers und der Luftrettung ist zu befürchten. • Ich wünsche einen störungsfreien Erhalt der Verbundachsen (Lebensraumkorridore) zwischen Tarbeker Moor, Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.11, 2.1, 2.11, 7.2.14, 3.3, 7.1.1, 4.5, 4.8, 3.15, 4.2, 4.20, 7.2.7, 4.14, 4.15, 7.2.12, 7.1.8 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Ich fürchte eine Gefährdung der vorh. Seeadler der umliegenden Horste. • Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Landesentwicklungsplan S.-H.), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung ist gefährdet. • Es sollten vorhandene Naturschutzgebiete nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. • Mir ist es wichtig, dass geschützte Großvogelarten (Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel) in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Es sollten Abstandsregelungen zu Brutplätzen wie vor 2018 gelten. • Ich möchte, dass vorh. Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der WKA-Nutzung ausgeschlossen werden. • Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat wurde in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen. Es muss weiterentwickelt und geschützt werden. • Ich möchte, dass ein Havariefall durch ausreichende Abstände von (mind. 1500m) zu Wohnhäusern abgesichert wird. • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. • Ich möchte, dass überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten werden. • Die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) sollten unbeeinträchtigt bleiben. • Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. • Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1072	sehr geehrte Damen und Herren. Ich bin nicht gegen die Energieerzeugung aus Wind und Sonne. Auch nicht vor Ort, "vor meiner Haustür". Ich bin allerdings der Meinung, dass der Ausbau der Stromnetze in den nächsten Jahren Priorität haben sollte, bevor neue Mühlen aufgestellt werden, die schon jetzt viel zu häufig abgeriegelt werden müssen, weil die Netzkapazität nicht ausreicht. Deshalb, vorerst, **Nein** zu neuen Windkraftanlagen in Angeln und ganz Schleswig Holstein, bis der Netzausbau zu den errichteten Windkraftanlagen und Solarparks passt und auch bis zu den renitenten Bayern führt. Das würde auch zu gerechteren Netzentgelten führen und die Akzeptanz für neue Anlagen erhöhen. Erst dann wäre ich fü einen weiteren bedarfsgrechten Ausbau, mit Bürgerbeteiligung, damit sich nicht nur einige wenige sich die Taschen voll machen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.6 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2748	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Die Abstände zu Wohnbebauung halte ich für deutlich zu niedrig. An die Ergebnisse unabhängiger Studien zu diesem Thema wurde sich bei der Festlegung der Abstände nicht angelehnt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2-2.5, 4.2, 7.2.11, 7.2.9 sowie 7.2.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Der Schutz von Flora und Fauna wird in den Hintergrund gestellt. Es fallen immer wieder Tiere aus der Liste der schützenswerten Arten heraus um mehr Flächen für die Bewirtschaftung mit Windenergie nutzbar zu machen. • Die Grundstücke verlieren erheblich an Wert, bzw. die dort lebenden Menschen + Tiere werden deutlich in ihrer Lebens- und Wohnqualität eingeschränkt. • Die Umweltbelastungen durch die Eingesetzten Kunst- und Verbundstoffe sind enorm durch Abrieb und Verwitterung, aber auch durch mögliche Havarien und fehlende Recycling- und Lagermöglichkeiten • Es gibt sinnvollere Konzepte zur Gewinnung von grünem Strom, die aber nicht berücksichtigt werden, da Schleswig-Holstein die Windenergie für sich als persönlichen Wirtschaftszweig nutzen möchte. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1250	Stellungnahme -Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ Erster Entwurf Juni 2024 Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Neuaufstellung der Regionalpläne und der Ausweisung neuer Flächen für Windkraftnutzung möchten wir die Gelegenheit nutzen, eine Stellungnahme bezüglich der Flächenkulisse (siehe Anlage 3) westlich vom Gut Salzau in der Gemeinde Fargau-Pratjau abzugeben und die Gründe für eine Wiederaufnahme als Vorrangfläche im Teilplan Wind des LEP´s darzulegen. Die Flächenkulisse war im ersten RROP-Verfahren bereits geprüft, ist aufgrund zu geringer Flächengröße dann final zum Erliegen gekommen. Durch die Neuaufstellung des LEP’s wurden neue Kriterien und Restriktionen für die Planung herangezogen. Diese stehen in keiner Konfrontation mit der o.g. Flächenkulisse. Aus diesem Grund fordern wir ein Wiederaufnehmen der Flächenkulisse im neuen Teilplan Wind. Nach den neuesten Erkenntnissen der Artenschutzkartierung können wir bestätigen, dass im Nahbereich dieser Fläche keine artenschutzrelevanten Arten identifiziert wurden. Das vorliegende Gutachten (siehe Anlage 1) Darin wird auch deutlich, dass der im ursprünglichen 3. Entwurf erwähnte Rotmilan-Horst inzwischen weiter entfernt lokalisiert wurde und sich nun nur noch im zentralen Prüfbereich zu verorten ist. Der genaue Standort wird durch	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	den Kurzbericht des Artenschutzgutachtens deutlich. Die Tatsache, dass keine gefährdeten Arten in diesem Gebiet nachgewiesen wurden, stellt eine entscheidende Änderung gegenüber dem vorherigen Stand dar. In dem Anhang 2 werden die damaligen Abwägungen detaillierter Betrachtet und das mögliche Vorhaben näher beschrieben. Des Weiteren könnte durch den Bau von Windkraftanlagen parallel eine erneuerbare Wärmeplanung berücksichtigt werden. Basierend auf den oben genannten Gründen und vor dem Hintergrund, dass die Windkraft als „Überragend öffentliches Interesse“ eingestuft ist und der aktuellen gesetzlichen Bestimmungen, die zusätzliche Flächen für die Windenergiegewinnung in Schleswig-Holstein erfordern, möchten wir Sie eindringlich bitten, die Flächenkulisse westlich vom Gut Salzau in der finalen Planung für den Planungsraum II zu berücksichtigen. Diese Fläche bietet ein erhebliches Potenzial von bis zu 5 modernen Windenergieanlagen. Die Wiederaufnahme dieser Fläche in den Planungsprozess würde somit die nachhaltige Nutzung erneuerbarer Energien in dieser Region fördern. Mit freundlichen Grüßen _____ [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1071	[redacted] Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein Landesplanungsbehörde, Referat IV 64 Düsternbrooker Weg 92 **24105 Kiel** Tönning, 17. Juli 2024 **<u>Betr.:</u> Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung**	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Darüber hinaus beinhaltet die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird daher insbesondere auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) **<u>hier:</u> Stellungnahme** Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: • Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. • Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Mit der Festlegung der Ziele 15 Z und 16 Z kann das Bundesland Schleswig-Holstein der EU-Kommission sehr gut entgegen kommen und den Nachweis für Maßnahmen zum Schutz der Vögel belegen. • Ferner kann Schleswig-Holstein mit dem Entwurf des LEP „Wind an Land“ das Begehren des Zentrums des UNESCO-Welterbes in Paris vom Juni 2024, eine gute, wohlbegründete Stellungnahme zum Erhalt des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer abzugeben, weitgehend erfüllen. Dieses wurde u.a. mit der Begründung zum Schutz des ostatlantischen Vogelzuges errichtet. Schleswig-Holstein kommt dem Schutz der überregionalen Vogelzugroute sowie der Wiesenvogel-Brutgebiete mit den Zielen 15 Z und 16 Z vorbildlich nach. Wir leben in einer Zeit vieler Krisen. Zwei davon sind die Zwillinge Klimakrise und Krise der Artenvielfalt (Biodiversität). Die Klimakrise bedroht unsere Lebensqualität, die Krise der Artenvielfalt unsere Lebensgrundlagen. Für beide müssen gute Lösungen gefunden werden, für beide braucht es geeignete Räume: Räume für erneuerbare Energien **und** Räume für den Schutz der Biodiversität, welche hier in Schleswig-Holstein zum Schutz unzähliger Vogelarten und Individuen des ostatlantischen Vogelzuges und der Wiesenvögel unverzichtbar sind. Nur mit intakten Ökosystemen und Biodiversität lassen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	sich unsere Lebensgrundlagen langfristig sichern. Deshalb muss der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als **Ziele** der Raumordnung auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist darum entscheidend, dass es bei der **Formulierung** im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) **bleibt**. Das muss die Flächen um Oldenswort einschließen. In der „Anlage 2 zu § 1 LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“1 sind Flächen in Oldenswort „weiß“ dargestellt. Bedeutet dies, dass sie keinen Schutzraum für den Vogelzug und die Wiesenvogel-Brutgebiete bilden? In der „Negativkarte“ dazu „Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024) sind alte und neue Potenzialflächen in Oldenswort ausgewiesen. Mit den Potenzialflächen nördlich und südlich der Kreisstraße wird ein fachlich unbegründeter Keil in die überregionale Vogelzugroute geschlagen und verengt den ohnehin schmalen Korridor für den Zug von Millionen von Vögeln und verlässt an dieser Stelle den Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete. Für Zug- und Wiesenvögel sind derartige, menschengemachte Grenzen außerdem völlig irrelevant. Dies wird gestützt durch die Karte Nr. 8 im Umweltbericht, S. 39. Außerdem wurde bereits im Datenblatt PR1_NFL_309 zum LEP Wind von 2020 festgelegt: „Die durch die Kreisstraße K20 abgeteilte Fläche im Südwesten liegt in der Hauptachse des überregionalen Vogelzugs. Dieser Teilbereich wird auch aus diesem Grund nicht als Vorranggebiet übernommen.“ Was hat sich daran bis heute geändert, dass die Ausweisung als Potenzialfläche begründet? Der nördliche Teil wurde seinerzeit ohnehin nur mit dem Hinweis auf die bestehenden WEA als Vorrangfläche ausgewiesen. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von WEA frei zu halten: Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. In der Landschaft Eiderstedt haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente erhalten und sind heute noch „lesbar“. Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance,	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Stockenstiege, eine Vielzahl historischer Gebäude wie Haubarge und die 18 Kirchen etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die naturnahe, nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen durch diesen Hauptwirtschaftsfaktor der Region sichert. Auch die Einwohner stehen mehrheitlich hinter den Zielen des LEP-Wind-Entwurfes. In einer von der Gemeindevertretung Tating initiierten Einwohnerbefragung am 9.6.2024 haben 63 % der Einwohner gegen neue WEA und gegen die Sicherung der bestehenden Anlagen in Tating votiert. Dieses Ergebnis kann man nach allen Äußerungen und Verlautbarungen durchaus auf ganz Eiderstedt übertragen. Nach meinem Verständnis kann Klimaschutz nur dann gelingen, wenn er im Einklang mit Natur, Menschen und der Landschaft steht. Deshalb sollte abschließend noch einmal intensiv geprüft werden, ob eine WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein von der Natur, den Landschaften und den Menschen insgesamt getragen und bewältigt wird und ob sie überhaupt notwendig ist. Ich weise auf zwei Karten hin3, aus denen ersichtlich wird, dass sich unser Land in Bezug auf die Umgebungswirkung von Windkraftanlagen zu einem riesigen Windpark entwickelt. Die beiden Karten zeigen je nach Wirkungsgrad der unterschiedlichen Entfernungen die flächendeckenden, räumlichen Auswirkungen von WEA. Dagegen würde Schleswig-Holstein mit der ursprünglich geplanten, bereits riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Hinzu kommen außerdem ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die in der Landschaft oder auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen errichtet werden, anstatt auf bereits versiegelten Flächen (vgl. Gutachten des Fraunhofer Instituts im Auftrage des Landes Schl.-Holst. vom 16.02.2022). Allgemein ist aus Naturschutzsicht und auch in Bezug auf den Landschaftsschutz, Heimat- und Denkmalschutz sowie auf Tourismus und Erholung zu kritisieren, dass im Entwurf viele Abwägungskriterien entfallen sind und viele weiche Kriterien abgeschwächt wurden. So soll der Abstand zu Naturschutzgebieten nur noch 100 m	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	betragen, nach 200 m im Plan 2020 und 300 m im Plan 2016. 100 m Abstand werden kategorisch abgelehnt, da die Wirkung einer WEA in das Naturschutzgebiet zu groß wird. Auch die Erholungsfunktion wird dann sehr stark beeinträchtigt. Bedrohung des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer: Aus der Vielzahl der naturschutzfachlichen Begründungen, die bei Ihnen bereits vorliegen (vgl. z.B. den Offenen Brief der Naturschutzverbände vom 25.03.2024), greife ich beispielhaft die Gefährdung des „Outstanding Universal Value“ (OUV) des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer heraus. Der ostatlantische Vogelzugweg ist ein konstituierendes Element des OUV und damit des Weltnaturerbegebiets. Wenn auch noch der letzte offene Zugkorridor über Eiderstedt durch neue WEA versperrt würde, würde dies sowohl den internationalen Vogelzug als auch den Weltnaturerbestatus des Wattenmeeres gefährden. Während seiner 46. Sitzung vom 21. bis 31. Juli 2024 in Neu-Delhi verabschiedete das UNESCO-Welterbekomitee einen Bericht und einen Beschluss über das Weltnaturerbe Wattenmeer, der vom Welterbezentrum und der International Union for Conservation of Nature (IUCN) ausgearbeitet wurde. In der Entscheidung WHC/24/46.COM/7B. Add.3, die am 25. Juli 2024 verabschiedet wurde, würdigte das Welterbekomitee die gemeinsame Antwort, die die drei Wattenmeerstaaten im Februar 2024 auf die Ersuchen des Komitees vom letzten Jahr eingereicht hatten (Einzelheiten zu den Ersuchen des letzten Jahres finden Sie unter https://www.waddensea-worldheritage.org/twsc-statement-unesco-state-conservation-wadden-sea-world-heritage-site). Er begrüßte ferner die Fortschritte, die die Staaten bei der gemeinsamen Entwicklung einer Strategischen Umweltprüfung (SUP) zur Bewertung der kumulativen Auswirkungen erzielt haben. Ziel der SUP ist es, die Folgen und kumulativen Auswirkungen künftiger Programme, Pläne und Projekte auf den außergewöhnlichen universellen Wert (OUV) der Welterbestätte zu untersuchen. Der Prozess dieser komplexen Aufgabe ist noch nicht abgeschlossen. Die Ergebnisse sollen als Grundlage für zukünftige Entscheidungen dienen. **Schließlich wiederholte der Ausschuss seine Besorgnis über die Kumulierung von Plänen und Projekten mit potenziellen negativen Auswirkungen innerhalb, in der Nähe oder unter dem Weltnaturerbe Wattenmeer** und forderte die Vertragsstaaten Dänemark, Deutschland und die Niederlande auf, weitere und umfassende Informationen zu spezifischen Fragen bereitzustellen sowie “*Ensure that the planning and implementation of onshore energy*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	facilities (e.g., wind) avoid negative impacts on migratory bird pathways and habitats;” (Draft Decision: 46 COM 7B.51) **Im Ergebnis bitte ich deshalb darum,** • **den Entwurf des neuen LEP-Wind im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung für die ostatlantische Vogelzugroute und die Wiesenvögel-Brutgebiete (in Text und Karte) keinesfalls zu verändern. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziel der Raumordnung muss auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil *"Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“*, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt.** • **Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen.** • **die Notwendigkeit für das Ausmaß von 7,2 % der geplanten Landesfläche für WEA zu überprüfen.** • **Der o.g. aktuellen Besorgnis und Aufforderung des UNESCO-Welterbekomitees Rechnung zu tragen, um eine Rüge oder gar die Aberkennung des Weltnaturerbestatus des Wattenmeeres zu vermeiden.** Beste Grüße [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1069	Hiermit stelle ich mich gegen das aufstellen weiterer Windkraftanlagen. Es schadet der Natur, Mensch und Tier!!!!!!!	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2756	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Persönliche Einwände: Mein Grundstück liegt jetzt mitte im betroffenen Gebiet, der Wertverlust wird beträchtlich sein. Ich habe im Urlaub mal in der Nähe eine WKA übernachten müssen, es war unzumutbar! Der Schattenwurf und die Geräuschentwicklung waren immens, ein dauerhaftes Leben so dicht an WKA kann ich mir nicht vorstellen, ich fordere daher eine Abstandsregelung zu Wohngebieten, insb. Für Einzelhäuser, von mind. 5 H. Die wirtschaftlichen Einbußen für den Tourismus ist werden beträchtlich sein, ich werde jedenfalls nicht mal Urlaub machen, wo WKA in der Nähe sind. Ich verstehe auch nicht, warum Biotope, Naturschutzgebiete und Flächen, in denen geschützte Großvogelarten leben, zerstört werden sollen! Ich fordere daher ein Ausschluß dieser Flächen mit Abstandsregelung zu Brutplätzen wie vor 2018. Mit dem massenhaften Aufstellen immer weiterer und größerer WKA werden Probleme geschaffen, deren Lösung man in die Zukunft verdrängt! Wurde von den AKW’s nicht gelernt?? Wohin mit den alten Rotorblättern? Riesige Flächen werden durch Mikroplastik kontaminiert! Ein „kontrolliertes Abbremsen“ im Havariefall mit der damit verbundenen immensen Gefahrstoffbelastung kann doch nicht ernsthaft die Lösung sein! In dieser Form haben WKA überhaupt nichts mit Umweltschutz und grüner Politik zu tun, im Gegenteil, es werden riesige, ökologisch wertvolle Flächen für sehr lange Zeiträume und mit nicht absehbaren Folgen zerstört und einen Ideologie geopfert, die nur einigen Investoren nützt, die Allgemeinheit aber immer verzweifelter nach Alternativen und Auswegen suchen lässt. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2, 2.3, 2.5, 3.15.1, 4.2.1, 4.20, 7.2.1, 7.2.9, 7.2.11, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.7, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1070 (Frühere ID: 1011 aus Teilfortschreibung „Wohnbaulicher Entwicklungsrahmen“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021, Änderung Kapitel 3.6.1 Absatz 3 (Entwurf Mai 2024))	Hiermit möchte ich mich gegen das aufstellen weiterer Windanlagen anmelden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1068	Abs.: [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, ich unterstütze die Errichtung eines Windparks in Hürup, an der K90, da sich eine Gesellschaft gegründet hat, deren Ziel es ist, einen Bürgerwindpark zu entwickeln.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2751	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: 1. Grundwasser: der Grundwassersee in Langwedelerfeld wird durch die Absenkung des Grundwasserspiegels in der Bauphase beschädigt. 2. Trinkwasser: Verfügbarkeit und Qualität um Trinkwasser werden durch die Fundamente geschädigt. Wir haben hier flache Brunnen 3. Biotop: Der Grundwassersee in Langwedelerfeld ist eine Biotop viele Vögel, Kraniche, Milan, etc halten sich hier auf. Da der See nicht bewirtschaftet wird, haben die Vögel eine Ruhemöglichkeit zwischen Stierensee Pohlsee. Die Windräder sollen nur wenige Meter von dem See aufgestellt werden. 4. Abstand von Wasserfällen: zum Vogelschutz sollte der Abstand zu Wasserflächen 500- 800m betragen. 5. Schallschutz: Ich möchte dass mindestens 800m Abstand zu Einzelhäusern eingehalten werden. 6. Flugrouten des Rettungsdienstes: Häufige Flugroute von Rd nach Bordesholm u. zur Autobahn. 7. Lebensqualität: Die Lebensqualität in unserem Haus wird durch Lärm, Blinklichter, Schattenwurf eingeschränkt. 8. Wert der Immobilie: Mein Haus ist meine Altersvorsorge. Jetzt wird es knapp	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 5.4, 4.5, 4.1, 7.3, 7.2.11, 7.2.1 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	mit dem Geld für das Pflegeheim. 9. Genug Energiegewinnung: Maisfelder überall für 2 große Biogasanlagen, Solarparks und dann noch Windräder – Zerstörung der charakteristischen Lebensräume. Ich möchte dass die Knick- und Seelandschaft erhalten bleibt. 10. Gerechte Verteilung: Ich denke vor einem weiteren Ausbau der Windkraft sollten andere Bundesländer ihre Vorgaben erfüllen. 11. Raumverträglichkeitsprüfung: die beschleunigte lehne ich ab. Es gibt noch mehr. Sie können mich jederzeit anrufen [redacted] Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1067	Sehr geehrte Frau Innenministerin Sütterlin-Waack, sehr geehrter Herr Klima- und Umweltminister Goldschmidt, Ihren Hinweis, dass bundesrechtlich durch das WindBG verpflichtend ist, rund 3 Prozent der Landesfläche als Windeignungsgebiete auszuweisen – etwa 1 Prozent mehr als mit den derzeitigen Plänen der Landesregierung, kann ich aus nachstehenden Gründen nicht nachvollziehen. In Dithmarschen sollen sogar 9,7 Prozent werden. Hinzu kommt, dass sogar Landschaftsschutzgebiete, die mit vielen Steuermitteln geschaffen wurden, nun auch noch davon betroffen sind. Z.B. die Hohe Geest um Immenstedt mit den Gemeinden Bunsoh, Immenstedt, Offenbüttel, Osterrade, Schrum, Süderdorf, Tellingstedt, Wennbüttel, Welmbüttel und Wrohm und einer Größe von 2.363 ha! Dieses Gebiet ist bereits mit mehr als 50 Windkraftanlagen umgeben. Dabei haben nicht nur die Wohngrundstücke hohe Verkehrswerte verloren, sondern in diesem Gebiet befindet sich Gott sei Dank immer noch eine hohe Avifauna. Zwar wurden Seeadler bereits vergiftet und der Verdacht liegt nahe, dass diese Schandtat aufgrund Ihrer Planung erfolgte und somit schon mal ein erstes Hindernis aus dem Weg geräumt wurde. Soll das auch mit den Störchen, Fledermäusen pp geschehen, dann schlage ich vor, dass Sie alle Schutzkriterien aufheben und ihr Kollege und Kinderbuchautor Habeck sein berühmtes	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Kinderbuch „Wo die wildern Kerle wohnen“ mit dem Kapitel Zerstörung von Landschaftsschutz-gebieten erweitert. Ich darf abschließend daran erinnern, womit die „Grünen“ bisher in Wahlkämpfen aufgetreten sind: Landschaftsschutzgebiete sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist. Es sind zudem alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen! Nun ja, das Erschleichen von Wählerstimmen aufgrund von vortäuschen falscher Tatsachen ist ja seit langem bekannt, oder handeln Sie doch wirklich einmal bürgernah und schauen sich das Gebiet Hohe Geest um Immenstedt einmal persönlich an. Ich kann Ihnen auch gerne vorab Fotos davon senden. Mit freundlichen Grüßen [redacted] (ehem. Kommunalpolitiker) [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1066	Ich sehe die Notwendigkeit alternativer Energien und stehe diesen grundlegend positiv gegenüber. Zu bedenken sind allerdings unbedingt die Abstände zu Wohnhäusern und Ortsrandlagen Bebauungen und die Frage warum die Bürger des Landes Schleswig-Holstein den teuersten Strompreis zahlen, wenn doch das Land die meisten Windkraftanlagen stellt? Das lässt die Bürger, die dem gegenüber negativ stehen noch weniger Verständnis aufbringen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2-2.5 sowie 7.2.15 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1065	Hallo, Ich wohne in Probsteierhagen und spreche mich für einen Bau der Windkraftanlagen aus. Windkraft wird m.E dringend benötigt, um den Klimawandel vorzugehen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen.
Institution: Amt Nordsee-	**Stellungnahme der Gemeinde Rantrum zum LEP Wind**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Treene, Bauen und Liegenschaften **ID: M1261**	**Entwurf der Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des LEP - Fortschreibung 2021 (LEP Windenergie)** Sehr geehrte Damen und Herren, nachfolgend übersende ich Ihnen die Stellungnahme der Gemeinde Rantrum zum vorliegenden Entwurf der Teilfortschreibung des Kapitels 4.5.1 Windenergie an Land des Landesentwicklungsplanes des Landes Schleswig-Holstein: Der seit 2002 anerkannte Erholungsort Rantrum mit seinen ca. 2000 Einwohnern hat in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Auszeichnungen auf Landes-und Bundesebene erhalten. Im Jahr 2001 wurde die Gemeinde Rantrum Landessieger im Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden" und errang auf Bundesebene die Silbermedaille. 2015 wurden wir gegen zehn Mitbewerber Sieger des Landeswettbewerbs „Dieses Dorf hat Zukunft". 2020 wurde Rantrum zum wiederholten Male als „Pferdefreundliche Gemeinde" ausgezeichnet. Neben diesen Auszeichnungen hat Rantrum durch seine vielen Freizeit- und Sportstätten einen sehr hohen Freizeit- und Erholungswert und erfreut sich seit vielen Jahrzehnten wachsender Beliebtheit und einem hohen Maß an Lebensqualität. In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch nicht unerwähnt lassen, dass auf dem Gebiet der Gemeinde Rantrum mehrere WKA-Betreiber insgesamt 18 WKA in den letzten Jahren im Norden der Gemeinde errichtet haben. Somit ist die Gemeinde Rantrum grundsätzlich der Windenergie und den erneuerbaren Energien absolut positiv aufgeschlossen. Im Westen und Süden der Gemeinde grenzt direkt die Gemeinde Südermarsch, die über viele schützenswerte Natur- und Marschgebiete verfügt und zudem in der Hauptachse des überregionalen Vogelzuges von Bedeutung liegt. Durch Informationen des Bürgermeisters der Südermarsch haben wir am Fr., 02.08.24 erfahren, dass es bereits konkrete Bestrebungen durch zwei Großinvestoren gibt, in der Südermarsch 12 Windkraftanlagen mit einer Narbenhöhe von ca. 200m zu errichten. Pachtverträge mit den Landeigentümern wurden bereits abgeschlossen. Sollte das bisher als Potenzialfläche ausgewiesene Gebiet der Südermarsch im weiteren Verlauf auch als qualifizierte Windeignungsfläche in Betracht gezogen werden und es zu entsprechenden Bauanträgen kommen, erwarte ich, dass zu jeder dieser WKA ein Mindestabstand von 1000m zum Wohngebiet der Gemeinde Rantrum eingehalten wird,	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 2.3, 7.1.3, 7.2.12 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	um die Windgeräusche und den Schattenwurf im Jahresmittel zumindest zu reduzieren. Da jedoch durch den niedrigen Sonnenstand im Zeitraum Oktober bis April bei der gleichzeitigen enormen Höhe der WKA in Verbindung mit der südlichen/westlichen Aufstellungsachse zu Rantrum der Schattenwurf über mehrere Monate erheblich sein wird, kann es zu nicht unwesentlichen und h. E. vermeidbaren Belastungen für Teile der Rantrumer Bevölkerung kommen. Diese Vorstellung ist für mich als Bürgermeister, der für das Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger verantwortlich ist, nur schwer ertragbar. Ich muss nicht extra betonen, dass es beim Bau von WKA dieser Dimension zu einer massiven Veränderung im Landschaftsbild kommen würde, was nicht nur Einschränkungen im touristischen Bereich der Gemeinde erwarten lässt, sondern auch bei der Bevölkerung den unverbauten und seit Jahrhunderten vertrauten Blick in die Südermarsch zunichte macht. Dieser Umstand ist ebenfalls nicht akzeptabel. Ich gebe zudem zu Bedenken, dass alle Straßen im Gemeindegebiet Richtung Südermarsch aufgrund des weichen Untergrundes (Marsch- und Moorboden) hinsichtlich der Tragfähigkeit nicht für Schwerlasttransporte ausgelegt sind, die für den Transport der zu errichtenden WKA erforderlich sein werden. Durch die im o.a. Entwurf enthaltene Potentialflächenkarte ist aber auch auf dem Gemeindegebiet Rantrum ggf. zukünftig die Errichtung weiterer WKA denkbar. Hier gelten in Teilen ebenfalls die bereits vorgenannten Bedenken. Gleichwohl wollen wir uns aber nicht grundsätzlich weiteren WKA im nördlichen Gemeindegebiet verschließen, da die Belastung für die Menschen in den Wohngebieten durch Schattenwurf hier wesentlich geringer ist und der Geestboden regelmäßig wesentlich höhere Gewichtsklassen im Schwerlastverkehr zu erlauben scheint. Wir werden, wenn mögliche Investoren in Erscheinung treten (was bisher noch nicht der Fall ist), vor allem aus Gründen der gesellschaftlichen Akzeptanz mit Nachdruck eine große Bürgerbeteiligung einfordern und einen städtebaulichen Vertrag schließen, der der Gemeinde bis zu 3% des jährlichen Ertrages der zukünftigen WKA zusichert, um Straßen und Infrastruktur bereitzustellen und zu sichern. Mit der Bitte um Kenntnisnahme und Berücksichtigung. Mit freundlichen Grüßen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1253	Sehr geehrte Damen und Herren, mein Name ist [redacted] Bei uns vor unserem Hauptlebensbereich mit Blick von Wohnbereich ,Küche und Terasse liegt das Windgebiet PR3StE089 mit den Windparks Grevenkop Ost seit 1998 und West seit ca 2017. Im Windpark Ost werden zZ die letzten 4 noch stehenden Windmühlen in einem extra dafür geschaffenen Repoweringgebiet im Westen des Dorfes in Gemeinschaft mit Neuenbrook repowert. Die Fundamentarbeiten füe 2 neue Windmühlen der 4,8 MW Klasse mit einer Höhe von 180 m stehen kurz vor der Vollendung. In diesem Jahr wird damit begonnen, die 4 Altmühlen in unmittelbarer Sichtweite unseres Anwesens abzubauen. Ein Moment, auf den wir uns seit Jahren freuen, da das Landschaftsbild, das sich seit 1998 ja nachhaltig verändert hat, dadurch deutlich ruhiger und aufgeräumter wird. Beim letzten Regionalplan fand diese noch bebaute Fläche aus sehr nachvollziebaren Gründen keine Berücksichtigung mehr.Keine Riegelbildung , zuviel Schall, kein Überragen des Dorfkernes von Neuenbrook , keine Ablenkungseffekte durch die tiefstehende Sonne für den Verkehr aus Richtung Dägeling kommend waren nur einige Argumente. Mit großer Verwunderung und Bestürzung stellten unsere Familie und direkten westlichen Nachbarn fest, dass im am 25 Juni veröffentlichten Windpotentialflächenplan, genau diese Fläche wo jetzt gerade die 4 Altmühlen aus dem Jahre 1998 zeitnah abgebaut werden und wie eingangs erwähnt auch wieder durch 2 neue Windmühlen ersetzt werden, auf einmal wieder im Rahmen der 7% Potentialflächen mit blau eingezeichnet sind, absurder geht es nicht. So darf und kann Politik nicht funktionieren, ansonsten verliert sie vollends Ihre Glaubwürdigkeit. Wir wissen, dass das Land am Ende des Tages 3,3 % der Landesfläche als Vorrangfläche ausweisen möchte. Es macht also nur Sinn Flächen zu erroieren ,die wie das Wort schon sagt wirklich Potential haben. So eine Fläche ist z B auch in Grevenkop	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Süd blau eingezeichnet an der Gemeindegrenze zu Süderau/Süderauerdorf. Dort würde es durchaus Sinn machen, da dort noch keine Bebauung vorhanden ist. Bei uns in 500m und 900 m Entfernung stehen schon Mühlen aus dem Jahre 2015 mit entsprechender Schallbelastung für uns, bei normal starken Winden ist es jetzt schon unmöglich im nach Norden gelegenen Schlafzimmer mit offenem Fenster zu schlafen, das ist für uns auch in Ordnung, mehr aber nicht. Sich jetzt theoretisch zu überlegen, dort wo noch die 4 Altmühlen stehen, jetzt auf einmal ohnehin nur 1 Mühle zu bauen, ist aus den o. g. Gründen nicht darstellbar, sie wäre nebenbei bemerkt aber auch nicht wirtschaftlich, da sie selbst inmitten von 2 Parks stehen würde, selbst von beiden Seiten abgeschattet wird, aber Ihrerseits auch den anderen Parks das sprichwörtliche Wasser abgraben würde. Insofern die klare Forderung an die Landesplanung das beim letzten Regionalplan an der L 119 von Grevenkop nach Neuenbrook rechts gelegene Windgebiet mit den 4 Altwindmühlen aus 1998, welches da schon keine Berücksichtigung mehr gefunden hat, nach wie vor außen vor zu lassen und wirklich nur die Flächen im Land zu berücksichtigen, die ein wirliches Potential aufzeigen. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2887	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte körperliche Beschwerden Ich befürchte eine Einschränkung meiner und anderer Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf und Lärmbelästigung	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.12 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich möchte den Erhalt unserer Landschaftsräume erhalten und unbeeinträchtigt bleiben und ich lehne die beschleunigtige Raumverträglichkeitsprüfung ab und ich fordere daß due Abgabefrist auf 6 Monate verlängert wird. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1064	Stellungnahme und Antrag auf Aufnahme einer Potenzialfläche als Vorranggebiet für die Potenzialfläche PR2_RDE_506 im Kreis Rendsburg, Gemeinde Holzdorf, Rieseby. Durch den Abriss der Gebäude im Ortsteil [redacted] hat sich die mögliche Flächengrösse um mehr als das doppelte vergrössert. Alle Drei Häuser sind abgerissen und die Fläche umgewidmet in Sukzessionsflächen. Der Abriss betrifft die Flurstücke [redacted], Kreis Rendsburg-Eckernförde. Ich bin Eigentümer der meisten Flächen und stelle diesen Antrag auch im Namen des zweiten Eigentümers in der Gemeinde Holzdorf, [redacted]. Ich bitte diese Änderung zu berücksichtigen und dem Antrag statt zu geben Mit freundlichen Grüssen [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1063	**Stellungnahme bzgl. Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein (Entwurf Juni 2024)** Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind der Betreuungsverein Liether Moor e.V. (BVLM) (bv-liether-moor.de) Der BVLM ist vom Land Schleswig-Holstein gem. UmwRG als Naturschutzverein anerkannt.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zu unserer großen Verwunderung mußten wir der Karte zur o.a. Fortschreibung entnehmen, daß unser Kerngebiet (vgl. LSG 07) im Kreis Pinneberg im östlichen Teil der Gemeinde Klein Nordende gelegen, als Vorrangfläche für die Windenergie-Nutzung vorgesehen ist. Da der Blick aus dem fernen Kiel naturgemäß immer etwas unscharf ist, lassen Sie mich kurz voranstellen, welchen Begehrlichkeiten unser ca. 100 ha umfassendes Gebiet bisher ausgesetzt war, bzw. ist. • In den 1980er Jahren Einflugschneise für damals gepl. Flughafen Kaltenkirchen • In den 1990er Jahren sollte eine Variante der Autobahn A20 durch unser Moor Schleswig-Holstein vor dem Verkehrskollaps bewahren. • 2017 erfolgten Begehrlichkeiten von Archäologen im Rahmen einer Wiedervernässung • 2019 Gefahr einer Durchtrennung von möglicher Radschnellweg-Trasse (Casus ist z.Zt. streitig vor dem VG in Schleswig) „natürlich“ zur Klima-Rettung • Auch Interessenten einer PV-Anlage haben sich bereits erkundigt … Nun also die Windenergie zur Befriedigung des Energie-Hungers der ganzen Republik. Hier besteht also ein erheblicher Wettlauf um geeignete Flächen der jeweils sicher gutgemeinten Ziele. Lassen Sie mich Ihnen daher erklären, daß die Flächen im Liether Moor bereits bestens für den Klimaschutz, den Naturschutz, die Artenvielfalt, für Radwanderer, Wanderer, Landwirtschaft, Jägerei sowie Geologen in der Liether Kalkgrube genutzt werden. Vgl. hierzu auch Ziele des Umweltministeriums S.-H.: *„Zugleich wird die Landesregierung verpflichtet, Treibhausgasemissionen in das jährliche Monitoring einzubeziehen, ein Programm für den Schutz der Moore aufzulegen und mindestens einmal je Legislaturperiode über die von ihr umgesetzten und geplanten Maßnahmen zum biologischen Klimaschutz zu berichten. Hintergrund ist die hohe Bedeutung von biologischen Senken wie Mooren und Wäldern.“*	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Als Beleg für den Naturschutz und somit zur Ausweisung von Windenergiegebieten nicht geeignet sind nach Ihrer **Verordnung 4.5.1.3 Gebiets- und Artenschutz 17 G** Brutplätze windkraftsensibler Großvögel. Hiervon finden sich im Liether Moor drei Horste des Weißstorches. Ein Rotmilanhorst darf als höchst wahrscheinlich angenommen werden. Weiterhin brüten auch Kraniche und Reiher in unserem Gebiet. Der Artenschutz wird im Liether Moor auch durch Tätigkeit des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege (DVL) belegt. Desweiteren ist zu **Punkt 4.5.1.1. Siedlungsstruktur B zu 2 Z** zu bemerken, daß es dort einige Wohngebäude im Außenbereich gibt, die in einem Bereich von 400 m keine Windkraft zulassen. Sowie **B zu 1 G existieren diverse Ausgleichsflächen**. Letztlich handelt es sich – wie bereits bemerkt – um ein Landschaftsschutzgebiet (LSG 07 / lt. § 4 (1) Nr. 2 des LSG 07 "Moorige Feuchtgebiete" des Kreises Pinneberg ist die Errichtung von Windenergieanlagen untersagt), das gem. **4.5.1.2 13 G von Windkrafterzeugern freigehalten werden soll**. Dieses Naherholungsgebiet wird gerade im dichtest besiedelten Kreis Pinneberg dringend für die Erholung der Menschen aus sämtlichen umgebenden Orten benötigt. Außerdem vernäßt der BVLM Flächen, um dem CO^2 - Ausstoß Einhalt zu gebieten. Hier ist es insofern gelungen, wieder eine Moorlandschaft zu kreieren mit Schlänken und Inseln. Zu unserer Freude wächst dort bereits wieder das Sphagnum. Dieses sogenannte Moorauge wurde bereits vom NDR verfilmt und als Blaupause für die Entwicklung anderer Moore empfohlen. Als Fazit ist festzustellen, daß die von Ihnen als Windenergienutzungsfläche im Liether Moor gem. Karte identifizierte Fläche – auch gemäß Ihrer eigenen Vorgaben - bei nunmehr erfolgter näherer Betrachtung eben nicht geeignet ist. Sie werden insofern energisch aufgefordert, diese Umstände in Ihren weiteren Bemühungen um Fortschreibung der Verordnung zu berücksichtigen. [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted] [redacted] [redacted] [redacted] [redacted] [redacted] 5. August 202	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2612	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Frau Dr. Sabine Sütterlin-Waack Ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplantenTeilfortschreibung der Landesplanung äussern. Die folgende Situation sollen meine Einwände verdeutlichen: Unser Dorf ist in Aufruhr! Es entstehen schon jetzt Konflikte zwischen dem Grossbauern, der eine sehr gute Verbindung zum Gemeinderat und Bürgermeister pflegt und sich die Windkraftanlagen herbei wünscht, weil er daran ganz prima verdienen kann und denen, deren Lebensgefühl und Wohlbefinden durch die Anlagen stark beeinträchtigt wird. Die müssen dann den zerstörten Horizont, den Schattenwurf, die Geräusche und den Wertverlust ihrer Immobilien aushalten, während es für den Anderen ein riesigen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.2.10 sowie 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Gewinn darstellt. Das sind keine bösen Absichten, vielmehr liegt der Fokus traditionell und systemisch auf kurzfristigen Gewinnflüssen. Der Investor freut sich und lockt mit Geld. Selbst der Gemeinderat hofft auf finanzielle Versprechen. Ich bin mir nicht sicher, ob der Gemeinderat den Versuchungen widerstehen kann und alle Schutzbelange tatsächlich sorgfältig prüft. Ich halte die Öffnungsklausel in diesem Zusammenhang für einen Fehler. Wenn sich diese Ungerechtigkeiten verschärfen - der Eine gewinnt viel und die Anderen verlieren» viel - wird Vertrauen und Wohlbefinden unterminiert und die Spannungen im Dorf nehmen zu. Ich weiss nicht, ob das politisch gewollt ist. Das Umland von Langwedel ist eine besonders schöne Jungmoränenlandschaft mit ihren sauberen Seen und seltenen Vögeln: Rotmilan, Seeadler, Weihe, Wespenbussard, Storch, Kranich Fischreiher..... Die Schönheit und Weite dieser Landschaft ist ein Kapital für alle Anwohner von Langwedel und Umgebung und denen, die sich bei uns erholen wollen. Es wäre sehr schade, wenn diese Landschaft durch kurzfristiges Gewinndenken einzelner zerstört wird. **Bitte unterstützen Sie uns, diese wundervolle Landschaft zu erhalten!** Ich bitte Sie um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2839	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen:	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.11, 7.3, 7.2.1, 4.20, 7.2.14, 7.2.9, 7.2.7 und 7.2.10 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Auf der einen Seiet stehe meine ganz persönlichen Ängste und Sorgen in Bezug auf einen möglichen Wertverlust meines Wohnhauses und dem dazugehörigen Grundstück, Auswirkungen auf die eigene Gesundheit, Geräusch- und Infraschallbelastungen, sowie auch die Beeinträchtigung der eigenen Wohnumgebung durch Schattenwurf etc. Auf der anderen Seite gibt es aber auch noch die ganz allgemeinen Bedenken gegenüber dem Ausbau der Windenergieflächen in Schleswig-Holstein, so wie sie aktuell geplant werden. Die hierfür genutzten Flächen nehmen unter dem Stempel „grüne Energie“ einen beträchtlichen Schaden. Mindestabstände für Großvogelarten und deren Horste werden nicht eingehalten bzw. die empfohlenen Abstände nicht aus unabhängigen Studien übernommen. Ebenso werden Abstände zu Wohnbebauung immer weiter verkleinert, bestehende Fachempfehlungen hierzu nicht berücksichtigt und für Windräder genutzte Flächen vergrößert durch verschiedene Meßgrundlagen (Rotor-In / Rotor-Out). Durch das Einbringen der Fundamente in den Boden sehe ich meine Grundwasser-Versorgung gefährdet, da ich im Außenbereich nur über einen eigenen Trinkwasserbrunnen Wasser beziehen kann. Durch die Nutzung von Carbonfaserstoffen werden große Mengen Sondermüll erzeugt, die keinesfalls umweltfreundliche sind und für die es bis Dato keine Lösung gibt. Im Falle einer Havarie einer Windkraftanlage stellt sich die Frage nach Löschmöglichkeiten in 250m Höhe. Ein „kontrolliertes Abbremsen“ setzt große Mengen giftiger Rauchgase frei, die durch die Höhe der Brandentstehung sehr weit getragen werden. Giftige Carbonfasern beaufschlagen dadurch große Gebiete und verursachen Gesundheits, sowie Umweltschäden. Wie soll im Notfall eine Menschenrettung in 250m Höhe vornehmen? Ich selbst bin Mitglied der örtlichen freiwilligen Feuerwehr und sehe dort unlösbare Herausforderung und unklare Verantwortlichkeiten. Ich persönlich bin im Umweltschutz engagiert, produziere teile meines Strombedarfes selbst über eine PV-Anlage und das Warmwasser über eine Solarthermeanlage. Dezentrale, individuelle Anlagen sind aus meiner Sicht bei weitem sinnvoller als politisch gewollte wirtschaftliche Großprojekte an denen einige Investoren gut verdienen und sich noch den Umweltschutz auf die Fahne schreiben können.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Dies ist meiner Meinung nach kein ökologisch durchdachtes Projekt, sondern ein Versuch, selbstgemachte pseudoökologische Wahlkampfversprechen durchzudrücken, um die eigenen Vorgaben als erfüllt vorzugeben. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2757	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate verlängert wird. Ich befürchte körperliche Beschwerden und möchte, dass eine Abstandsregelung von mind. 5 H zu Wohnbebauung gilt. Ich bin daran interessiert dass ein störungsfreier Erhalt der Verbundachsen - Lebensraumkorridore - zwichen Tarbeker Moor und Hamdorfer Binnendüne und Kiebitzholm gewährleistet ist. Ich möchte eine unzumutbare Umfassung von Orten ausgeschlossen wissen (Riegelbildung). Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5, 7.3, 7.1.1, 2.11 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2912	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, hohe Geräuschemissionen , Infraschall und Eiswurf. Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume -Knicklandschaft und Seen- unbeeinträchtigt bleiben. Ich möchte, dass überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen freigehalten werden. Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln und Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter --PFAS-Ewigkeitschemikalien. Ich wünsche, dass ein Havariefall wie z.B. Brandentwicklung, technischer Defekt durch ausreichende Abstände von mindestens 1500 Meter zu Wohnräume/Wohnhäusern abgesichert wird. Ich befürchte körperliche Beschwerden und ich möchte, dass eine Abstandsregelung von mindestens 5 H zu Wohnbebauung gilt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.3, 7.2.8, 7.2.12, 4.1, 7.2.9, 7.2.7, 7.1.5 und 4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen beeinträchtigt wird. Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Ich fordere, dass die Abgabefrist der Stellungnahme auf 6 Monate verlängert wird. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergieplanung ausgeschlossen werden. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1060	Meine Stellungnahme bezieht sich auf das im LEP ausgewiesene Gebiet südlich der Gemeinde Ostenfeld bei Husum. Ostenfeld ist der höchstgelegene Punkt in dem Landkreis Nordfriesland. Insbesondere in südlicher Richtung fällt die Höhe stark ab, so dass sich ein bislang unverbauter Ausblick über das Treenetal, das Naturschutzgebiet "Wildes Moor" und bis in den Landkreis Schleswig-Flensburg ergibt. Diese Sichtachse prägt die Gemeinde Ostenfeld. Durch die Bebauung mit Windkraftanlagen würde dieser Ausblick deutlich beeinträchtigt und insbesondere durch den deutlichen Höhenunterschied der Gemeinde zu der ausgewiesenen Windparkfläche entstände eine bedrängende Wirkung. Daneben käme es bei Ausweisung dieses Gebietes für die im Süden lebenden Einwohner zu einer Umzingelungslage durch die Windenergieanlagen. Bislang sind in westlicher und südwestlicher Lage Windenergieanlagen. Der Blick Richtung Süden und Osten ist jedoch unverbaut und einmalig. Nach Norden erstreckt sich das Dorf, so dass bei Bebauung der geplanten Fläche mit Windenergieanlagen keine freie Sichtachse in die Natur gegeben wäre und eine umzingelnde Wirkung entstehen würde. Siehe Punkt 7 G des Landesentwicklungsplans. Ich möchte Sie sehr bitten, die Fläche nicht im Regionalplan auszuweisen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 7.2.12 und 2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1058	Sehr geehrte Damen und Herren, In Schleswig – Holstein wird bereits ein Vielfaches des eigenen Strombedarfs mit Windrädern erzeugt - trotzdem will die (Landes-)Regierung viele unberührte Flächen mit weiteren Windkraftanlagen zustellen lassen. Angeln und Schwansen werden dann so aussehen wie Nordfriesland und Dithmarschen heute schon. Die Nordseeküste, wie sie einmal war, gibt es nicht mehr – jetzt ist die Küste ein riesiges Windkraftanlagen-Industriegebiet geworden. Viele Menschen leiden darunter, wer kann zieht weg. Einige Menschen sind z.B. nach Angeln gezogen, nur, um demselben Stress jetzt erneut ausgesetzt zu werden! In Angeln verteilen sich die potentiellen Flächen für den Windkraftausbau über das ganze Land. Die auf der Karte scheinbar geringen Größen der Flächen bedeuten in der dreidimensionalen Realität, dass jedes Windrad mit 200 m Höhe und 150 m Rotorbreite in ganz Angeln zu sehen sein wird, so dass das ganze Land mit Windrädern überzogen sein wird. Der Lebensraum der Menschen wird dann nicht mehr eine Naturlandschaft sein, sondern eine Industriebrache voller Maschinen. Die riesigen Windkraftanlagen werden zum überwältigenden Störfaktor für Mensch und Natur. Alle umliegenden Dörfer werden beeinträchtigt sein. Die Lebensqualität wird massiv herabgesetzt und die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen werden durch permanent wirkende Störfaktoren beschädigt. Ich habe durch eine breite Recherche versucht, auf die folgenden Fragen Antworten zu finden: Werden diese tausende Windkraftanlagen wirklich gebraucht? Ist es überhaupt möglich, den Strombedarf vollständig aus erneuerbarer Energie (im Wesentlichen Wind und Sonne) zu decken? Machen noch mehr Windräder die Stromversorgung sicherer? Können nach den bereits abgeschalteten Kernkraftwerken auch die Kohle- und Gaskraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden? Seit das erste Windrad in SH aufgestellt wurde, wird auch über den Abtransport	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 7.2.1, 7.2.12, 7.3, 7.2.5 und 7.2.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	überschüssigen Stroms, sowie über die notwendige Speicherung geredet. Die Transportwege stehen bis heute nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung. Außerdem bezahlen die Bürger Schleswig-Holsteins, die ohnehin unter den höchsten Stromkosten leiden, auch noch die Transportleitungen. Die notwendigen Speichermöglichkeiten existieren bis heute nicht. Ist zu erwarten, dass eine ausreichende Stromspeicherung umgesetzt werden kann, die auch bei Dunkelflaute die Versorgung sicherstellt? Trotz des Ausbaus der Wind- und Solarenergie in den letzten Jahren gibt es immer wieder Versorgungsengpässe, bei denen Strom aus dem Ausland zugekauft werden muss. Ist zu erwarten, dass Deutschland von den teuren Stromimporten durch mehr Windräder unabhängig werden kann? Ist es ökologisch und ideologisch überhaupt vertretbar, Strom aus Ländern zu importieren, die diesen mit Kernkraftwerken erzeugen? Ist die deutsche sogenannte Energiewende wirtschaftlich vertretbar? Kann durch die inzwischen verabschiedeten gesetzlichen Maßnahmen ein menschlicher Einfluss auf die Wetterverhältnisse dergestalt ausgeübt werden, dass das Wetter den menschlichen Bedürfnissen besser entspricht? Hat diese Wetterbeeinflussung durch den Menschen dann auch einen positiven Einfluss auf die Tier- und Pflanzenwelt und auf die gesamte Natur? Die Antwort auf alle diese Fragen lautet nach meiner Erkenntnis in allen Fällen: **NEIN !** Sie als Planungsbehörde sollten bitte bedenken, dass Nordfriesland und Dithmarschen schon extrem viele Windräder haben. Sollte es nicht auch für die Menschen Rückzugsräume geben, so wie für seltene Tierarten? Die Antwort auf diese Frage sollte nach meinem Dafürhalten JA ! lauten. Bitte denken Sie um und erhalten Sie für die Menschen in Schleswig–Holstein und die Urlaubsgäste, die hierher kommen wollen, den noch verbliebenen Rückzugsraum. Für Angeln und Schwansen muss die geplante Ausweitung der Industrie für Wind- und Solarenergie gestoppt werden. Das ist mein dringender Appell an Sie als	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungsbehörde. MFG [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2791	Stellungnahme Sehr geehrte Damen u. Herren, Hiermit nehme ich Stellung zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein. Festgelegt haben Sie in Ihrem Entwurf * *die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung* * die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hoher Siedlungsdichte als Ziel der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen freizuhalten. Ich bin hier geboren und wohne seit 67 Jahren im Aussenbereich von Eiderstedt und halte die Entscheidung der Regierung für äußerst dringendund begrüße ihn sehr. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1 und 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Gruppe ID: G1057 Anzahl: 2 (IDs: 1056, 1057)	An das Minesterium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein - Landesplanungsbehörde, Referat IV 64 - Düsternbrooker Weg 92 24105 Kiel Datum 04.08.2024 Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land", des Landesentwicklungplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 7.1.3, 4.1, 4.2, 7.2.1, 3.15, 7.2.12, 4.3 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Potenzialflächen für Windenergie im Raum Husby/Hürup/Ausacker Sehr geehrte Damen und Herren, Mein Name ist [redacted], wohnhaft 24975 Ausacker, und ich spreche mich hiermit ausdrücklich gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Raum Husby/Hürup/Ausacker, im Kreis Schleswig-Flensburg aus. Da es für den hier genannten Bereich bereits 2016 eine Bürgerbefragung gab, die klar hervorbrachte, dass die Windkraftanlagen hier nicht gewünscht sind, wäre die Missachtung dieses Abstimmungungsergebnisses ein klarer Bruch des Bürgerbegehrens. Jetzt, wo dieses wieder in den Fokus gesetzt wird kommt es erneut zu erheblicher Beeinträchtigung des sozialen Friedens. Die Stimmung ist aufgeheizt. Wenn es die Windräder geben sollte, werden tiefe Gräben durch Teile der Bevölkerung entstehen. Auch das Ignorieren von Natur- und Vogelschutzrichtlinien ist nicht akzeptabel. Es kann nicht sein, dass ein blindes Vorantreiben des Windkraftausbaus alle anderen Richtlinien aushebelt. Schleswig-Hostein ist (noch) ein beliebtes Urlaubsland, weil die Schönheit der Natur ein besonderes Natur- und Entspannungserlebnis bieten. Besonders die einzigartige, historische und prägende Natur- und Kulturlandschaft, wie in diesem Fall "Angeln". - einmal zerstört, ist diese unwiederbringlich!!! - Nordfriesland mit seinen Windenergie Industrieparks sorgen inzwischen für Entsetzen und sind ein eklantantes Negativbeispiel. Erneuerbare Enerien sind notwendig, dürfen aber nicht durch blinden Aktionismus erhaltenswerte Naturlandschaften und Tierarten gefährden. Ausserdem ist hervorzuheben, dass in unmittelbarer Umgebung, laut EU-Richtlinie streng geschützte Tierarten vorhanden sind. Die erwähnten Potentialflächen liegen zwischen Winderatter See (FFH-Gebiet, Natura 2000) Treßsee und Juhlschauer Düne (Naturschutzprojektes "Obere Treenelandschaft"). Hier leben Vogelarten wie Roter Milan, Seeadler, Weißstorch, Mäusebussard, Kranich, Falke, Sperber, Fledermäuse (bei allen auch als Brutgebiet). Wenn im Brutgeschäft nur einer des Brutpaares dem	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vogelschlag erliegt, bedeutet es einen 100%igen Ausfall. Der Rotmilan gehört wie alle heimischen Greifvögel zu den streng geschützten Vogelarten im Sinne von §7 Abs. 2 Nr. 13-14 BNatSchG und ist darüber hinaus von der VSRL in Anhang I gelistet, womit er gemäß BNatSchG als streng geschützt eingestuft wird. Ich fordere Sie als Planungsbehörde daher auf, die oben bezeichnete Fläche aus der weiteren Planung erneut herauszunehmen. Im Übrigen verweise ich auf das seinerzeit im Auftrag des Amtes Hürup erstellte Gutachten zum Standortkonzept Hürup. Die dort behandelten Kriterien haben weiterhin Bestand. Bezüglich des Schutzes besonders bedrohter Tierarten ist festzustellen, dass Rotmilane unmittelbar in dem fraglichen Gebiet beobachtet worden sind. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] 04.08.2024, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1055	Sehr geehrter Herr Hilker, eine Vielzahl der Sehestedter Bürger ist gegen die Ausweisung der WE Potentialfläche nordöstlich von Sehestedt, südlich der L24, früher bezeichnet als PR2-RDE-404. Wir leiden unter der LÄRMEMISSION der bereits vorhandenen WKAs auf der Fläche PR2-RDE-39. Die Bewohner der nördlichen und östlichen Bebauung von Sehestedt, zu denen wir auch gehören, leiden unter Schlafstörungen, Tinnitus, Kopfschmerzen und anderen Krankheitssymptomen. Wir hatten dies bereits in aller Breite in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten vom 28.11.2018 ausgeführt. Es kommt hinzu, dass wir von WKAs "umzingelt" werden. Wir sind von 21 WKAs (z.B. auch PR2-RDE 046) umgeben. Die bereits stehenden 4 WKAs von Sehestedt sind mit ihrer extremen Höhe noch 20 km weit sichtbar und ragen um ein zwanzigfaches über dem höchsten Punkt in unserer Gemeinde, dem Kirchturm. Auch die Tierwelt, vor allem Singschwäne, Rotmilane und Seeadler, die hier vorkommen, ziehen sich zurück. Die Wasser- und Schifffahrtsbehörde hat damals ebenfalls Bedenken gegen die Potenzialfläche geäußert, wegen des Risikos einer Fehlleitung des Schiffahrtsverkehrs durch die Blinklichter der WKAs. Auch der weiteren Zerstörung unserer einzigartigen Kulturlandschaft wollen wir	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.1, 7.1.3, 7.3, 2.11, 4.1 und 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	entgegentreten. Es gibt geeignetere Flächen, auf denen die Anlagen weniger störend sind. Wir protestieren dagegen das häufige Abschalten der Anlagen mit unserem Strompreis mitfinanzieren zu müssen, weil der Netzausbau nicht voran kommt. Bei dem Überangebot an Windstrom macht die Ausweisung neuer Anlagen noch weniger Sinn. Wir sind im Begriff eine Bürgerinitiative zu gründen als Ausdruck des Protesten gegen die neue Potentialfläche. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	
Gruppe ID: GM1448 Anzahl: 2 (IDs: M1447, M1448)	Sehr geehrte Damen und Herren, den Beschluss der Landesregierung, Eiderstedt auch künftig von WEA freizuhalten, begrüssen wir sehr. 1. Die herausragende Bedeutung Eiderstedts für den Naturschutz (internationaler Vogelzug und Wiesenvogel-Brutgebiete) ist hinreichend belegt und bedarf keiner weiteren Erläuterungen. Ihre Entscheidung zu gunsten der Natur kann Ihnen auch deshalb nicht schwer fallen, weil die notwendige Energiewende dadurch in keiner Weise beeinträchtigt wird. Für den Bau von WEA existieren schliesslich andernorts genügend besser geeignete Flächen, wo es keine oder kaum Konflikte mit anderen Werten oder Interessen gibt. Dass Sie jedoch ein Gebiet in der Nähe von Oldenswort als Potenziaalfläche ausweisen, erscheint uns inkonsequent und nicht nachvollziebar. 2. Mitte des vorigen Jahrhunderts war Eiderstedt eine abgelegene, eher ärmlige Region. In den letzten Jahrzehnten hat die Bevölkerung von der Fokussierung auf den Tourismus in erheblichem Umfang profitiert. Dieser Erfolg, der auf der exponierten Lage der Halbinsel sowie der noch weitgehend intakten Landschaft und Natur beruht, darf nicht durch den Bau von WEA aufs Spiel gesetzt werden. 3. Politik im Hauruckstiel (Z.b. sogenanntes Heizungsgesetz) war noch selten sinnvoll. Wir begrüssen es deshalb, dass Ihnen die Akzeptanz in der Bevölkerung wichtig ist. In Bezug auf Eiderstedt ist Ihnen dies zweifellos gelungen.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 4.16, 4.18, 3.15 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erst kürzlich haben die Einwohner von Tating entgegen dem Beschluss der Gemeindevertretung den Bau weiterer WEA mit deutlicher Mehrheit (fast 2/3 der Stimmen) abgelehnt. Dieses Votum spiegelt in etwa das Meinungsbild auf der ganzen Halbinsel wider. Nachdem in den letzten zwei Jahren Pläne zum Bau zahlreicher WEA für einige Unruhe und teils hitzige Diskussionen in der Bevölkerung sorgten, haben Sie mit ihrer Entscheidung dankenswerterweise einen wichtigen Beitrag zum Erhalt des gesellschaftlichen Friedens auf unserer Halbinsel geleistet. Wir danken Ihnen für ihren wohlbegründeten Beschluss, auf Eiderstedt keine weiteren WEA zuzulassen und erwarten, dass es dabei bleibt. In Bezug auf die Fläche bei Oldenswort bitten wir um eine Überprüfung. Mit freunlichen Grüssen, [redacted] [redacted]	
Gruppe ID: GM1373 Anzahl: 2 (IDs: M1373, M1378)	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 3.15, 4.16, 4.18, 6.1 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als **Ziele** der Raumordnung muss auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren **Bestand haben**. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der **Formulierung** im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) **bleibt**. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von Windanlagen frei zu halten: Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. Durch Abgeschiedenheit und eine gewisse Rückständigkeit haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente, in der Landschaft Eiderstedt erhalten. Betrachtet man die Vielzahl der (häufig nicht geschützten) Denkmalbereiche, Grabungsschutzgebiete und Biotope, könnte man Eiderstedt fast komplett als Kulturdenkmal bezeichnen. Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Nirgendwo gibt es 18 Kirchen in einer Region wie Eiderstedt, man	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	spricht hier von der „Kirchenlandschaft Eiderstedt.“ Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt wertvolles Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraus-setzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die naturnahe, nach-haltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen in der Region sichert. Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf im Sinne meiner o. a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung in Eiderstedt keinesfalls zu verändern. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2842	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Abstandsregelung: Ich weiß nicht wie es heute ist, aber Niedersachsen waren es mal 2km vonOrtschaften – sinnvoll – mehr wäre noch besser! Traurig, dass Windräder nahe Naturschutzgebieten aufgestellt werden, nahe Naturseen – Seeadler, Störche, Gänse – wer fliegt zuerst dagegen – furchtbar! Ich bin gegen Windkraftanlagen, weil sie sowieso nicht laufen, weil nur der Landwirt, auf dessen Grund das Windrad steht, verdient und die Firma, die sie vertreibt – wer eigentlich noch?	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.2-2.5, 4.2, 7.2.10 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ich habe Angst vor körperlichen und psychischen Beschwerden durch Schattenwurf und Blinklichtern. Ich habe vor Allem Angst um unsere Natur: Moor- und Niederungsflächen z.B. Mir gefällt nicht, dass es nur um Habsucht geht und nicht um die Sache selbst. Ich möchte nicht noch mehr Windräder, die sich nicht drehen. Wir haben genug weite Flächen in Schleswig-Holstein, bitte weg von Wohngebieten und Naturflächen Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2257	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Hiermit fordere ich, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf sechs Monate verlängert wird. Zudem lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Darüber hinaus möchte ich eine unzumutbare Umfassung von Orten (Riegelbildung) ausgeschlossen wissen (Riegelbildung). Die Flugrouten des Bundesheers und der Luftrettung könnten gestört werden; diese Routen müssen zum Schutze aller freigehalten werden. Ich habe auch Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. Überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen müssen freigehalten bleiben. Ebenso sollen die charakteristischen Landschaftsräume, wie die Knicklandschaft und Seen, unbeeinträchtigt bleiben. Das betroffene Gebiet ist laut dem Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein ein Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung. Die geplanten Windkraftanlagen stehen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.5, 2.11, 4.20, 7.2.12, 3.15, 4.2, 4.5, 7.2.9 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	im Widerspruch zu dieser Entwicklung und gefährden die Weiterentwicklung der Region. Es ist wichtig, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete und Naturparkflächen nicht zerstört werden, um die geplante Tourismusentwicklung zu ermöglichen. Die geschützten Großvogelarten wie Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher und großer Brachvogel müssen weiterhin in meiner Heimat brüten können und geschützt werden. Daher fordere ich die Wiedereinführung der Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen sowie Biotopverbundachsen müssen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffene Biotopverbundsystem in meiner Heimat muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ich befürchte zudem eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln sowie eine Verunreinigung von Trinkwasser und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS - Ewigkeitschemikalien). Besonders besorgt bin ich über die erhebliche Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2255	Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Hiermit fordere ich, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf sechs Monate verlängert wird. Zudem lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Darüber hinaus möchte ich eine unzumutbare Umfassung von Orten (Riegelbildung) ausgeschlossen wissen (Riegelbildung). Die Flugrouten des Bundesheers und der Luftrettung könnten gestört werden; diese	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.11.1, 3.8.1, 3.17.1, 3.18.1, 4.2.1, 4.5, 4.14, 4.15.1, 4.20, 7.1.5, 7.2.8, 7.2.9, 7.2.12, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Routen müssen zum Schutze aller freigehalten werden. Ich habe auch Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. Überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen müssen freigehalten bleiben. Ebenso sollen die charakteristischen Landschaftsräume, wie die Knicklandschaft und Seen, unbeeinträchtigt bleiben. Das betroffene Gebiet ist laut dem Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein ein Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung. Die geplanten Windkraftanlagen stehen im Widerspruch zu dieser Entwicklung und gefährden die Weiterentwicklung der Region. Es ist wichtig, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete und Naturparkflächen nicht zerstört werden, um die geplante Tourismusentwicklung zu ermöglichen. Die geschützten Großvogelarten wie Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher und großer Brachvogel müssen weiterhin in meiner Heimat brüten können und geschützt werden. Daher fordere ich die Wiedereinführung der Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen sowie Biotopverbundachsen müssen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffene Biotopverbundsystem in meiner Heimat muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ich befürchte zudem eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln sowie eine Verunreinigung von Trinkwasser und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS - Ewigkeitschemikalien). Besonders besorgt bin ich über die erhebliche Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson	Sehr geehrte Damen und Herren,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M2254	ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Hiermit fordere ich, dass die Abgabefrist der Stellungnahmen auf sechs Monate verlängert wird. Zudem lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab. Darüber hinaus möchte ich eine unzumutbare Umfassung von Orten (Riegelbildung) ausgeschlossen wissen (Riegelbildung). Die Flugrouten des Bundesheers und der Luftrettung könnten gestört werden; diese Routen müssen zum Schutze aller freigehalten werden. Ich habe auch Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler der umliegenden Horste gefährdet werden. Überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen müssen freigehalten bleiben. Ebenso sollen die charakteristischen Landschaftsräume, wie die Knicklandschaft und Seen, unbeeinträchtigt bleiben. Das betroffene Gebiet ist laut dem Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein ein Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung. Die geplanten Windkraftanlagen stehen im Widerspruch zu dieser Entwicklung und gefährden die Weiterentwicklung der Region. Es ist wichtig, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete und Naturparkflächen nicht zerstört werden, um die geplante Tourismusentwicklung zu ermöglichen. Die geschützten Großvogelarten wie Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher und großer Brachvogel müssen weiterhin in meiner Heimat brüten können und geschützt werden. Daher fordere ich die Wiedereinführung der Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen sowie Biotopverbundachsen müssen als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffene Biotopverbundsystem in meiner Heimat muss weiterentwickelt und geschützt werden. Ich befürchte zudem eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln sowie eine Verunreinigung von Trinkwasser und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS - Ewigkeitschemikalien).	Ziffern 2.11.1, 3.8.1, 3.17.1, 3.18.1, 4.2.1, 4.5, 4.14, 4.15.1, 4.20, 7.1.5, 7.2.8, 7.2.9, 7.2.12, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Besonders besorgt bin ich über die erhebliche Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2734	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, eine Trinkwasserverunreinigung und Verschlechterung der Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). • Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung und Eiswurf. Des Weiteren sorge ich mich um gesundheitliche Probleme aufgrund von Infraschall. • Ich möchte dass ein Havariefall wie z.B. Brandausbreitung, technischen Defekt, durch ausreichende Abstände von mindestens 1500m zu Wohnhäusern abgesichert wird. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.9, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.2.8, 2.2 bis 2.5, 7.2.7, 3.17, 4.2, 4.3, 4.5, 4.20, 7.2.12 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Seeadler, Kraniche, Schwäne, Reiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Ich möchte dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ausdrücklich ab. • Ich beantrage eine Verlängerung der Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate aufgrund der Ferienzeit. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2677	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Das betroffene Gebiet ist Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (Quelle: Landesentwicklungsplan S.-H.), dies steht im Widerspruch zu den geplanten Windkraftanlagen. Eine Weiterentwicklung der Region sehe ich durch die WKA gefährdet. • Ich möchte dass die vorhandenen Naturschutzebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden, damit diese für die geplante Tourismusentwicklung erhalten bleiben. • Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete,	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15.1, 3.17.1, 4.2.1, 4.5, 7.1.5, 7.2.7, 7.2.9, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.4, 7.3.5, 7.3.9, der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windenergienutzung ausgenommen bleiben. • Das Biotopverbundsystem in meiner Heimat, das in jahrelanger Aufbauarbeit geschaffen wurde, muss weiterentwickelt und geschützt werden. • Ich möchte dass eine Havariefall wie z.B. Brandentwicklung, technischer Defekt durch ausreichende Abstände von mindestens 1500m zu Wohnhäusern abgesichert wird. • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln/Trinkwasserverunreinigung, Verunreinigung der Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). • Ich befürchte eine erhebliche Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung und gesundheitliche Störungen durch Infraschall. • Die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung lehne ich ab. • Ich beantrage eine Verlängerung der Abgabefrist auf 6 Monate. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2863	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.9, 7.3, 4.14, 4.15, 7.2.12, 4.20, 5.4 und 7.1.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich befürchte eine Kontamination der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Verunreinigung der Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien). • Ich befürchte eine erhebliche Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall (siehe hierzu Artikel im Deutschen Ärzteblatt aus 2019 über Infraschall). • Ich möchte, dass Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten bleiben. • Ich möchte, dass die charakteristischen Landschaftsräume (Knicklandschaft und Seen) unbeeinträchtigt bleiben. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. • Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der Windkraftanlagen gefährdet wird. • Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung entschieden ab. • Ich bitte um eine Verlängerung der Abgabefrist der Stellungnahmen auf 6 Monate, auch wegen der momentanen Urlaubszeit. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
ID: M2872	**2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Körperliche Beschwerden, Luftverschmutzung, Häuser (Siedlung, Einzelhäuser an Wert verlieren Unzumutbar für Orte, Landschaften, Flur, Fauna gegenüber den gesamten Vögeln! Tourismus wird eingeschränkt. Brände hat es schon genug gegeben, kommt das Ministerium für die folgenden Kosten für Mensch, Tier, Umwelt auf ??? Und zwar, innerhalb von 2 Monaten!!! Es ist alles unzumutbar!!! Wir haben eine eigene Wasserversorgung, bei Belastung, Verschmutzung zahlt dann das Ministerium sofort ohne Verzögerung??? Naturschutzgebiete, Moore alles wird zerstört Klimawandel auf Kosten des Ministeriums??? Lärm, Blinklicht, Lärmbelästigung für geschützte Tiere, Alles unzumutbar! Überall wird von der NABU Unterstützung gegeben und das Ministerium will es vernichten. Hiermit fordere ich Sie auf mir innerhalb von 3 Monaten eine schriftliche Bestätigung geben. Begründet und nicht! „Hiermit bestätige ich Ihren Eingang.“ Dieser Widerspruch ist für die Zukunft für „alle“ Lebewesen wichtig Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen	Ziffern 7.3, 7.2.7, 7.2.11, 3.15, 5.4 und 4.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1053	Sehr geehrte Damen und Herren, mein Name ist [redacted]. Ich bin [redacted], jetzt [redacted] und wohne in Lutterbek. Ich nehme Stellung zum geplanten Bau eines Windparks durch die Hamburger Bürgerenergie GmbH in Brodersdorf. Grundsätzlich habe ich nichts gegen Windparks an Standorten, die dafür geeignet sind. Doch das Landschaftsschutzgebiet Hagener Au ist dafür nicht geeignet. Deshalb bin ich gegen den Bau eines Windparks in Brodersdorf aus folgenden Gründen: 1. Der geplante Windpark soll in einem Landschaftsschutzgebiet errichtet werden. In solchen Gebieten wurden berechtigte Vorschriften zu Verhaltensweisen der Bürger erlassen, um seltene Tiere und Pflanzen zu schützen. Wer gegen diese Vorschriften verstößt, kann mit einem Ordnungsgeld bestraft werden. Deshalb empfinde ich, einen Windpark in einem Naturschutzgebiet bauen zu wollen als Frechheit. Der geplante Bau dieser Anlage darf nicht erlaubt werden. Denn die Vorschriften und Verhaltensweisen im Gebiet der Hagener Au müssen nicht nur für Bürger verpflichtend sein, sondern auch für Konzerne und andere Betriebe. 2. In Frankreich wurde vor einigen Wochen der Bau und das Betreiben von Windkraftanlagen verboten. Durch ihre Rotorblätter wird in einem Umkreis von 20 km das Gleichgewichtsorgan von Menschen durch dauernde wechselnde Druckverhältnisse, die beim Betreiben einer Windkraftanlage entstehen, langfristig negativ beeinflusst. Das kann sogar Schäden in Zellen des menschlichen Körpers verursachen. Die Forschung hat zwar noch nicht den Zusammenhang von Krebserkrankungen und Windkraftanlagen bewiesen, aber die Vermutung dafür ist naheliegend. Wenn in unserem Nachbarland diese Anlagen aus diesen Gründen verboten wurden, verstehe ich nicht, dass die Behörden in Deutschland weiterhin die Gesundheit der Menschen durch den Bau weiterer Windkraftanlagen und ihren Betrieb gefährden. 3. Es ist für mich nicht akzeptabel, dass ein Naturschutzgebiet zerstört werden soll, weil dort drei riesige Windkraftanlagen gebaut werden sollen. In Deutschland wird durch Solar- und Windparks schon jetzt mehr Strom erzeugt,	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 3.17, 4.2, 7.2.1, 7.2.5, 7.3 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	als transportiert werden kann. In Deutschland müssen mehrere Tausend Kilometer Stromtrassen gebaut werden, um den sogenannten grünen Strom zum Endverbraucher zu bringen. Wenn schon jetzt Unmengen von grünem Strom nicht beim Endverbraucher ankommen, ist es unsinnig, weitere Windkraftanlagen zu bauen, weil deren produzierter Strom wenigstens teilweise nicht verbraucht werden kann. Der Bau von dringend benötigten Stromtrassen ist wichtiger als ein weiterer Windpark, dessen produzierter Strom nicht verwendet werden kann. 4. Im Landschaftsschutzgebiet Hagener Au, leben Seeadler und Rote Milans. Durch die Zerstörung der Hagener Au werden wahrscheinlich auch diese Vögel vernichtet werden. Das muss verhindert werden. Außerdem würde sich der Windpark in der Vogelzugroute befinden. Das bedeutet, dass viele Zugvögel den Rotorblättern der Windkrafträder während ihres Betriebes zum Opfer fallen würden. Auch das ist nicht akzeptabel. 5. Der Monate anhaltende Schwerlastverkehr mit über 1000 Bewegungen wird in unserem Dorf sehr viel Lärm, Staub und Schmutz verursachen. Da in Lutterbek viele alte Menschen leben, deren Gesundheit bereits beeinträchtigt ist, wird durch den zusätzlichen Lärm, Verkehr und Schmutz eine weitere Verschlechterung ihres Zustandes zu erwarten sein. Das kann im Einzelfall vielleicht sogar bis zu ihrem Tod führen. Allein aus diesem Grunde darf der Bau des Windparks mit Anlagen mit einer Höhe von 250 Metern nicht erlaubt werden. Nachdem der Windpark fertiggestellt werden wird, würde der Lärm nicht beseitigt sein, da nun jede Einzelne seiner Anlagen bei ihrem Betreiben einen Schallpegel von etwa 106,9 dB erreicht. Dieser Lärm, der mit dem eines Presslufthammers vergleichbar ist, würde auch die angrenzenden Dörfer erreichen. 6. Obwohl unser Dorf Lutterbek weniger als zwei Kilometer vom geplanten Windpark entfernt ist, sollen wir nicht mit dem von ihm produzierten Strom versorgt werden. Wenn schon ein Windpark mit drei Anlagen gebaut werden soll, sollten auch die angrenzenden Dörfer mit dem von ihm erzeugten Strom versorgt werden. Da das aber nicht geschehen soll, lehne ich den Bau des Windparks auch aus diesem Grund ab. Ich bitte Sie, bei Ihrer Entscheidung über den Bau des geplanten Windparks der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Hamburger Bürgerenergie GmbH meine o. g. Argumente gegen diese geplante Maßnahme zu berücksichtigen. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Institution: Amt Hüttener Berge, Amt Hüttener Berge - FD III Ordnungs- und Bauverwaltung **ID: 1051**	**Sehr geehrte Damen und Herren,** **anliegend erhalten Sie die Stellungnahme der Gemeinde Holtsee.** **[eingefügt aus Anhang]** **Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein — Fortschre1bung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024** **hier: Stellungnahme Gemeinde Holtsee** Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Holtsee nimmt hiermit Stellung zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein — Fortschreibung 2021 (Erster Entwurf Juni 2024). Neben der Veröffentlichung der Beteiligungsunterlagen zur Teilfortschreibung des LEP SH und Festlegung von Eckpunkten für die neue Flächenplanung hat die Landesplanungsbehörde SH am 13.06.2024 zudem eine Potenzialflächenkarte für die Windenergienutzung veröffentlicht. Dabei umfasst die. Potenzialflächenkarte jene Flächen, die nach Anwendung der Ausschlusskriterien zur Auswahl und Festlegung von Windenergiegebieten praktisch zur Verfügung stehen - im Ergebnis stehen 7,2 % der Landesfläche zur Verfügung. Aus den Potenzialflächen wird das Land bis Ende 2024 anhand der Grundsätze der Raumordnung rund 3,0 bis 3,3 Prozent der Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie auswählen. Die Potenzialfläche steht darüber hinaus den Gemeinden zur Festlegung von gemeindlichen Windenergiegebieten zur Verfügung. **Die Gemeinde Holtsee sieht sich nach Prüfung der vorgenannten Planunterlagen**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Potenzialfläche ergibt sich aus der Anwendung der Ziele des Landesentwicklungsplanes Windenergie an Land und trifft keine Festlegungen bezüglich potenzieller Vorranggebiete. Erst im Rahmen der Regionalplanung werden die Vorranggebiete Windenergie festgelegt. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	durch die ausgewiesenen Potenzialflächen Wind insgesamt umzingelt, sodass ihre gemeindlichen Entwicklungsmöglichkeiten und im Kern ihre gemeindliche Planungshoheit durch die zukünftige Windkraftplanung im Gemeindegebiet konterkariert wird (siehe Anlage) und widerspricht dieser ausdrücklich. Es ist festzustellen, dass neben der zusätzlichen Erweiterung der bereits festgelegten Vorranggebiete in den Bereichen Holtsee-Altenhof, Holtsee-Grünhorst (bis Lindau) und Holtsee-Hohenholm zudem weiteren Potenzialflächen in den Bereichen Haby (bis Harzhof) und im Bereich Lagenburg auf dem Gemeindegebiet Holtsee dargestellt worden sind. Die Gemeinde greift hiermit auch nochmal auf ihre Stellungnahme zur vergangenen Aufstellung der Regionalpläne - Sachthema Wind (Jahr 2017) unter Berücksichtigung des auf Amtsebene erstellten informellen Planungskonzeptes zurück. Bereits im damaligen Planaufstellungsverfahren wurde das Vorranggebiet im Bereich Holtsee Grünhorst (bis Lindau) abgelehnt und damit auch eine weitergehend Ausdehnung der Flächen auf Ebene der nun veröffentlichten Potenzialflächenkarte Wind. Die Gemeinde Holtsee hat im nördlichen Teil des Gemeindegebietes zwei vorhandene Windparks innerhalb des Naturparkes ‚Hüttener Berge‘, die auch weiterhin als Vorranggebiete ausgewiesen werden sollen und konnte daher der damaligen Abwägung der Regionalplanung im Grundsatz folgen, dass „*die grundsätzliche Freihaltung von Naturparken differenzierter zu betrachten ist...*“. Es erfolgte daher eine Anpassung der Abgrenzung des **charakteristischen Landschaftsraumes** ‚Hüttener Berge‘ im Nordwesten der Gemeinde durch die Landesplanung. Vor diesem Hintergrund hält die Gemeinde den Landschaftsraum südlich der L 44 für sie als charakteristisch. Der Landschaftsraum zwischen den beiden CL #45 und #54 der Abwägungskriterien ist für die Gemeinde Holtsee aufgrund der offenen, ungegliederten landwirtschaftlichen Nutzflächen um bestehende Güter im Zusammenhang mit großflächigen Wäldern charakteristisch. Während der nordwestliche Teil durch das bewegte Relief der Ausläufer der Habyer Berge kleinkuppiger strukturiert ist, kennzeichnet sich der Landschaftsraum im Süden als ein Teil der sich um wirtschaftende Gutsbetriebe entwickelten schleswig-holsteinischen Kulturlandschaft durch geringe Reliefenergie, kaum gliedernde Knickstrukturen und damit weite Sichtachsen. Er erstreckt sich zwischen den Waldflächen entlang der östlichen Gemeindegrenze und nach Westen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	über die Gemeinden Sehestedt bis nach Bünsdorf. Diese Landschaftsräume bieten durch die Großflächigkeit der Nutzungen weite Blickbeziehungen und Kontemplation, werden jedoch durch die steigenden Nutzungsansprüche an die ländlichen Räume selten bei Abwägungsentscheidungen gewichtet (Naturkapital Deutschland - TEEB DE, 2016: Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen). Vertikale und sich bewegende Strukturen werden hier daher häufig negativ und störend wahrgenommen. Die Gemeinde Holtsee erlebt diese Wirkung durch die bestehenden Windparks an der östlichen Gemeindegrenze sowie die Windparks in der Gemeinde Sehestedt im Westen und in der Gemeinde Bovenau im Süden unmittelbar. Diese Standorte befinden sich alle innerhalb dieses gleichgearteten Landschaftsraum. Die Gemeinde Holtsee hat als Projekt der Aktiv-Region seine Wanderwegsverbindung in Richtung Nord-Ostsee-Kanal verbessert. 2010 wurde in Zusammenarbeit mit der Nachbargemeinde Sehestedt eine Brücke über die Eider errichtet, welche eine direkte Wegeverbindung zum Nord-Ostsee-Kanal ermöglicht und im Zusammenhang mit dem alten Kirchweg zwischen den Gemeinden einen Rundweg anbietet und die touristischen Angebote des Hofcafe’s in Grünhorst Eiderhufe und des Kanaltreffs in Sehestedt verbindet. Da diese Wegeverbindung durch dünn besiedelte Landschaftsräume führt, legt die Gemeinde Wert darauf, dass die Landschaft durch welche er führt, auch einen Erholungswert für den Nutzer hat und die Beeinträchtigungen durch technische Anlagen möglichst klein gehalten werden. Vor dem Hintergrund der Windparks im Norden, Osten und Westen der Gemeinde ist der südliche Gemeindeteil neben dem direkt an die Ortslage grenzenden Holtsee auch Rückzugsraum für die Naherholung der Bürger von Holtsee. Dieser Wert des südlichen Landschaftsraumes für die Erholung, führte Anfang 2007 zu der Aufstellung eines Bebauungsplanes mit der Ausweisung eines Sondergebietes für Gastronomie und Beherbergungsbetrieb. Aufgrund eines fehlenden gastronomischen Angebotes in der Gemeinde mit der Möglichkeit auch kleinere Gruppen aufzunehmen, wurde durch diese Bauleitplanung die Umnutzung einer ehemaligen Hofstelle zu einem Cafe mit Gästezimmern und Ferienhütten für eine naturnahe Erholung im Außenbereich ermöglicht. Da sich dieser Landschaftsraum durch die abgesetzte Lage vom Siedlungskern durch Ruhe und außer der vorhandenen Hochspannungsleitung kaum durch technische Anlagen auszeichnet wird er von Nutzergruppen besucht, die genau diese Eigenschaften schätzen. Verschiedene Erhebungen zu Tourismus und erneuerbare Energien stützen diese Aussage. Dabei werden Windenergieanlagen als am meisten störend in Urlaubsregionen wahrgenommen (FUR Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen e.V., Kiel 2015) und die Landschaft als einer der stärksten Entscheidungsgründe für eine Reise nach	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schleswig-Holstein genannt (NIT Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa GmbH, Kiel 2014). Vor diesem Hintergrund beurteilt die Gemeinde das Umfeld des Sondergebietes als Gebiet mit Bedeutung für die örtliche Naherholung, welches von raumbestimmenden, emittierenden Anlagen freigehalten werden muss. Dieses sieht die Gemeinde auch im Hinblick des vorhandenen archäologischen Denkmals und der Option dieses als Turmhügelburg einmal wiederherzustellen bzw. zu rekonstruieren. Die vorhandenen Windparks in den benachbarten Gemeinden Sehestedt und Bovenau sind im Ortsteil Grünhorst - Eiderhufe deutlich wahrnehmbar. Durch Erweiterung bestehenden Vorranggebiete im Rahmen einer Potenzialfläche sowie durch Ausweisung eines gänzlich neuen Potenzialflächengebietes im bereich Lagenburg / Sehestedter Holz rücken diese Gebiete rd. 825 m an die touristischen Strukturen Eiderhufe heran. Die geplante Potenzialfläche befindet sich zwischen zwei großflächigen Wäldern mit Altholz- und Feuchtwaldbeständen, welche die Gemeindegrenze von Holtsee in diesem Bereich bilden. Die Wälder sind Lebensraum für verschiedene Großvögel, die in den Wäldern rasten oder brüten und die angrenzenden, offenen Ackerflächen zur Jagd nutzen. Auf diese Weise ist im direkten Anschluss an die Hauptachse des überregionalen Vogelfluges entlang des Nord-Ostsee-Kanals ein intensiver Vogelflug zwischen der Deckung bietenden Großwäldern festzustellen. Diese besondere Situation hat nicht nur Gänse, Schwäne und Kraniche angelockt, sondern auch Großvögel wie den Seeadler und den Rotmilan. Letzterer nutzt die Region auch als Brutplatz. Inwieweit die Waldbestände nordwestlich der Siedlungslage Holtsees und um den Harzhof mit der Hauptvogelflugachse zwischen Eckernförder Bucht und Wittensee ebenfalls in diesen Jagdraum einbezogen sind, ist zu prüfen. Die Gemeinde hat sich neben der Windkraft vor einigen Jahren für die Förderung regenerativer Energien aus Biogas entschieden und die Einrichtung einer gewerblichen Anlage an der L 44 unterstütz. Diese speist inzwischen nicht nur elektrische Energie in das übergeordnete Netz, sondern versorgt auch im Zuge eines inzwischen erfolgten Fernwärmenetzausbaus einen Großteil des Ortskerns, der ortsansässigen Gewerbebetriebe und gemeindlichen Einrichtungen mit Wärme, Geplant ist die Ausweitung des Wärmenetzes für den gesamten Ortskern. Neben dieser südlich der Landesstraße in der offenen Landschaft industriell wirkenden Anlage möchte die Gemeinde keine weiteren raumbestimmenden Energieanlagen in diesem Landschaftsraum. Der vorhandenen Biogasanlage soll dagegen Entwicklungsraum zugestanden werden. Die Gemeinde Holtsee hat kürzlich den Einleitungsbeschluss für ein Bauleitverfahren zur Erweiterung der bestehenden Biogasanlage gefasst, um dem Betrieb Entwicklungsmöglichkeiten zu geben auch	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	zukünftig ein wirtschaftliches Wärmeversorgungskonzept in der Gemeinde betreiben zu können. Bereits im damaligen Aufstellungsverfahren zur Teilfortschreibung des Regionalplans – Sachthema Windenergie wurde auf den **südlich der L 44 gelegenen Teilbereich des Vorranggebietes Nr. 34** im Rahmen der landesplanerischen Abwägung seitens der Regionalplanung verzichtet, um eine **übermäßige Raumbelastung** zu vermeiden. [Karte] **Die Gemeinde lehnt die nun wiederum vorgenommene Potenzialflächenerweiterung im Bereich entlang der L 44 strikt ab.** Mit zwei Windparkflächen in ihrem Gemeindegebiet und zwei weiteren in direkt angrenzenden Nachbargemeinden ist die Raumbelastung und auch die bereits bestehenden Beeinträchtigungen für die Bürgerinnen und Bürger längst erreicht. Unter Betrachtung der nun erfolgten Potenzialflächenerweiterung wird deutlich, dass die Ortslage in alle vier Himmelsrichtungen von Windkraftanlagen umgeben ist, die aufgrund der Landschaftsausgestaltung sich alle im Blickfeld der Nutzer und Bewohner befinden (siehe Anlage). Bei dieser Betrachtung spielt für die Gemeinde in erster Linie die Wahrnehmung in der freien Landschaft eine Rolle. Das im Rahmen der damaligen Abwägung seitens der Landesplanung als Abwägungsgrundlage herangezogene Gutachten zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahre 2013 wird abgelehnt, da hier in erster Linie die Bedrängniswirkung für Wohnhäuser in Siedlungslagen untersucht und zur Beurteilung Daten von 2006 bis 2013 herangezogen wurden. In Regionen, die aufgrund ihrer naturräumlichen Ausstattung Erholungsfunktionen übernehmen und in denen sich Nutzer regelmäßig außerhalb der Ortslagen in der freien Landschaft zu Zwecken der Erholung aufhalten, ist auch hier die umzingelnde und bedrängende Wirkung zu untersuchen. Während in bebauten Ortslagen die Wahrnehmung von Windkraftanlagen teilweise durch die vorhandene Bebauung eingeschränkt wird, ist das in offenen Landschaften mit wenigen Strukturelementen nicht gegeben, so dass hier auch an den Rändern des Gesichtsfeldes des Menschen auch ohne Bewegung des Kopfes die Rotorbewegung der Windkraftanlagen je nach Dichte als beeinträchtigend wahrgenommen werden. Da das Gutachten die Auswirkungen auf den Erholungswert und das Empfinden der Ruhe einer Landschaft nicht berücksichtigt.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Aus den dieser Stellungnahme beiliegenden Kartengrundlage wird weiterhin deutlich, dass die gemeindliche Planungshoheit der Gemeinde beschnitten wird. Im Bereich Richtung Harfe plant die Gemeinde ihre kurz- bis mittelfristige wohnbauliche Entwicklung fortzuführen — so befindet sich bereits der B-Plan Nr. 13 in Aufstellung, um in einem Bauabschnitt die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für ein Baugebiet zu schaffen. Hier betragen die Abstände zu: Potenzialflächendarstellungen lediglich rd. 960 m. Es handelt sich hierbei um unvorbelastete Siedlungsbereiche, sodass die LEP SH festgesetzten Mindestabstände von 1.000 m heranzuziehen sind. Weitere Konflikte durch mangelnde Abstandsflächen ergeben sich durch die Potenzialfläche im Bereich Lagenburg zur Ortsrandbebauung an der L44 sowie durch die Potenzialfläche im Bereich Haby (bis Harzhof). Bei letztgenannter betragen die Abstände zur vorhandenen Wohnbebauung Seekaten lediglich 594 m; zum weiteren Ortskern rd. 826 m. Auch hier handelt es sich um unvorbelastete Bereiche. Außerdem beträgt der Abstand zur öffentlichen Badestelle am Holtsee lediglich 830 m, sodass auch hier eine sichtbare Beeinträchtigung dieses Naherholungspunktes zu erwarten ist. [Karte] **Aus den vorgenannten Gründen fordert die Gemeinde die Zurücknahme der vorgenommenen Potenzialflächenerweitung bzw. Flächenneuausweisungen unter Belassung der bisher ausgewiesenen Vorranggebiete auf Regionalplanebene.** **Die Mindestabstandsflächen gemäß Vorgaben des LEP SH sind zu berücksichtigen, um der Gemeinde auch weiterhin im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit (wohnbauliche) Entwicklungsabsichten zu ermöglichen.** Mit freundlichem Gruß [Signatur] [redacted] Bürgermeister **<u>Anlagen:</u>**	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	• Karte Potenzialflächen Wind SH – Gemeinde Holtsee (Darstellung Abstände) • Karte Potenzialflächen Wind SH – Gemeinde Holtsee (Darstellung Umzingelung)	
Institution: Amt Hüttener Berge, Amt Hüttener Berge - FD III Ordnungs- und Bauverwaltung **ID: 1052**	Sehr geehrte Damen und Herren, anliegend erhalten Sie die Stellungnahme der Gemeinde Owschlag. **Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 hier: Stellungnahme Gemeinde Owschlag** Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Owschlag nimmt hiermit Stellung zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 (Erster Entwurf Juni 2024). Neben der Veröffentlichung der Beteiligungsunterlagen zur Teilfortschreibung des LEP SH und Festlegung von Eckpunkten für die neue Flächenplanung hat die Landesplanungsbehörde SH am 13.06.2024 zudem eine Potenzialflächenkarte für die Windenergienutzung veröffentlicht. Dabei umfasst die Potenzialflächenkarte jene Flächen, die nach Anwendung der Ausschlusskriterien zur Auswahl und Festlegung von Windenergiegebieten praktisch zur Verfügung stehen – im Ergebnis stehen 7,2 % der Landesfläche zur Verfügung. Aus den Potenzialflächen wird das Land bis Ende 2024 anhand der Grundsätze der Raumordnung rund 3,0 bis 3,3 Prozent der Landesfläche als Vorranggebiete Windenergie auswählen. Die Potenzialfläche steht darüber hinaus den Gemeinden zur Festlegung von gemeindlichen Windenergiegebieten zur Verfügung. Die Gemeinde Owschlag sieht nach Prüfung der vorgenannten Planunterlagen ihre gemeindlichen Entwicklungsmöglichkeiten und im Kern ihre gemeindliche Planungshoheit durch die zukünftige ausgeweitete Windkraftplanung im Gemeindegebiet konterkariert und widerspricht dieser ausdrücklich. Dabei beruft sich die Gemeinde insbesondere auf das Anfang des Jahres 2024 abgeschlossene Flächenentwicklungskonzept (FEK; siehe Anlage). Dieses wurde u. a. in enger Abstimmung mit der Regional- und Landesplanungsbehörde aufgestellt. Im	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 2.4, 3.15 und 7.1.4 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Rahmen des FEK wurden u. a. die zukünftige Siedlungsentwicklung der Gemeinde Owschlag untersucht. Dabei wurde die strategische Flächenentwicklung für die Zeiträume bis 2036 und bis 2051 abgebildet (siehe Anlage). Dabei befindet sich die begrenzte Ressource Fläche in einer Konkurrenz zwischen den einzelnen Flächennutzungen und in einem engen Korsett, welches durch die übergeordneten rechtlichen Rahmenbedingungen vorgegeben wird. Im Rahmen der Aufstellung des FEK sah sich die Gemeinde daher aus verschiedenen, im Zusammenhang stehenden Gründen veranlasst Potenziale für die wohnbauliche und gewerbliche Entwicklung zu betrachten. Der wichtigste Grund dafür ist die Abwägung der verschiedenen Nutzungsansprüche auf die Ressource Fläche. Die Betrachtung ist die Grundlagenermittlung für zukünftige Planungen der Gemeinde im Hinblick auf die strukturierte und gesteuerte Siedlungsentwicklung unter Berücksichtigung der unterschiedlichen öffentlichen Belange. Weiterhin kann diese Betrachtung als Grundlage für weitere Konzepte und Bauleitpläne dienen. Ein weiteres Ziel ist es, Aussagen dahingehend zu treffen, in welchen Bereichen eine maßvolle und nachhaltige wohnbauliche und gewerbliche städtebauliche Entwicklung stattfinden kann. In dem Zusammenhang wurden die auf Ebene der bislang rechtsgültigen Fassung des Regionalplans – Sachthema Windenergie festgesetzten Vorranggebiete für die Windkraftentwicklung berücksichtigt. Derzeit befinden sich im Gemeindegebiet zwei Vorranggebiete in den Bereichen Owschlag – Norby und Ortsteil Steinsieken. Unter Heranziehung der veröffentlichten Windpotenzialflächenkarte sowie den festgelegten Abstandsflächenkriterien und den vorgenannten Flächenentwicklungsdarstellungen (Zeitraum 1: bis 2036 und Zeitraum 2: bis 2051) zeigen sich erhebliche Konflikte zu den gemeindlichen Entwicklungsabsichten, da die erforderlichen Abstände nicht eingehalten werden. Diese Konflikte sind aus der dieser Stellungnahme beigefügten Kartengrundlage zu entnehmen (siehe Anlage) und bringen die Gemeinde Owschlag zu folgenden Bewertungen: **Potenzialflächendarstellung Owschlag-Norby:** Das bislang auf Ebene der rechtsgültigen Fassung des Regionalplans – Sachthema Windenergie festgesetzte Vorranggebiet wurde im Rahmen der Potenzialflächendarstellung erheblich Richtung Ortskern (Süden) ausgedehnt. Aus der beiliegenden Karte wird deutlich, dass zum Teil lediglich 330 m Abstand zu den Flächenentwicklungsabsichten aus dem FEK der Gemeinde Owschlag vorliegen. Die erforderlichen Abstände zu einer möglichen Windparkerweiterung werden somit nicht eingehalten und würde eine zukünftige, wohnbauliche Entwicklung der Gemeinde in	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	diesen Bereichen verhindern. (Abbildung) Die Potenzialflächenerweiterung ist in diesem Bereich somit zurückzunehmen und auf die bisher vorliegende Vorranggebietsdarstellung zu belassen, um auch zukünftig eine wohnbauliche Entwicklung der Gemeinde in Richtung Norden entlang der Landesstraße 265 zu gewährleisten. **Potenzialflächendarstellung Steinsieken:** Das bislang auf Ebene der rechtsgültigen Fassung des Regionalplans – Sachthema Windenergie festgesetzte Vorranggebiet wurde im Rahmen der Potenzialflächendarstellung erheblich Richtung Ortskern (Westen) ausgedehnt. Aus der beiliegenden Karte wird deutlich, dass zum Teil lediglich 805 m Abstand zu den Flächenentwicklungsabsichten aus dem FEK der Gemeinde Owschlag vorliegen. Es handelt sich hierbei um Siedlungsbereiche die bisher keiner Vorbelastung durch raumbedeutsame Windkraftanlagen unterliegen. Die erforderlichen Abstände zu einer möglichen Windparkentwicklung werden somit nicht eingehalten und würde eine zukünftige, wohnbauliche Entwicklung der Gemeinde in diesen Bereichen verhindern. Hinzu kommen bereits heute vorhandene Strukturen der örtlichen Naherholung am Owschlager See (z. B. Badestelle) und mögliche zukünftige touristische Entwicklungen in diesem Bereich (siehe „T“-Darstellung im FEK südlich Owschlager See). (Abbildung) Die Potenzialflächenerweiterung ist in diesem Bereich zurückzunehmen und auf die bisher vorliegende Vorranggebietsdarstellung zu belassen, um auch zukünftig eine wohnbauliche / touristische Entwicklung der Gemeinde in Richtung Osten rund um den Owschlager See zu gewährleisten. **Potenzialflächendarstellung Feldscheide:** Im Bereich Feldscheide wurde eine gänzlich neue Potenzialflächendarstellung für eine zukünftige Windkraftentwicklung vorgenommen. Aus der beiliegenden Karte wird deutlich, dass zum Teil Überlagerungen zu den Flächenentwicklungsabsichten aus dem FEK der Gemeinde Owschlag vorliegen. Es handelt sich hierbei um Siedlungsbereiche die bisher keiner Vorbelastung durch raumbedeutsame Windkraftanlagen unterliegen. Die erforderlichen Abstände zu einer möglichen Windparkerweiterung werden gänzlich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nicht eingehalten und würde eine zukünftige, wohnbauliche Entwicklung der Gemeinde in diesen Bereichen verhindern. Hinzu kommen bereits heute vorhandene Strukturen der örtlichen Naherholung entlang des Ochsenweges und eine mögliche zukünftige touristische Entwicklung im Bereich der ehemaligen Kiesabbaufläche am Tannengrund / Feldscheide. (Abbildung) Die Potenzialflächendarstellung ist im Bereich Feldscheide zu streichen, um auch zukünftig eine wohnbauliche / touristische Entwicklung der Gemeinde in Richtung Süden / Südwesten zu gewährleisten und die bereits bestehenden touristischen Strukturen rund um den Ochsenweg zu schützen. Aus der Konfliktkarte zum FEK Owschlag (ebenfalls Anlage) wird bereits heute das enge Korsett entlang der bestehenden Siedlungsstrukturen der Gemeinde aufgrund konkurrierender Nutzungsansprüche / Belange deutlich. Dabei grenzen die Abstandsflächen der bislang auf Regionalplanebene festgesetzten Wind-Vorranggebiete eng an die Siedlungsentwicklungsgrenzen des FEK Owschlag. Bei einer geplanten Erweiterung dieser bestehenden Vorranggebietskulissen käme es zu einer deutlichen Einschränkung der gemeindlichen Entwicklungsabsichten und einem Einschnitt in die Planungshoheit der Gemeinde Owschlag. In ihrer im LEP SH festgeschriebenen Funktion als ländlicher Zentralort ist die Gemeinde Owschlag u. a. ein Schwerpunkt für den Wohnungsbau. Die Schwerpunkte haben demnach eine besondere Verantwortung für die Deckung des regionalen Wohnungsbedarfs und haben entsprechend ihrer Funktion ausreichenden Wohnungsbau zu ermöglichen. Dieser wichtigen Aufgabe möchte die Gemeinde Owschlag auch in Zukunft gerecht werden; sieht jedoch aufgrund der vorherigen Ausführungen und getroffenen Potenzialflächendarstellungen eine deutliche Gefahr, dass eine zukünftige Siedlungsentwicklung erheblich eingeschränkt oder gar gänzlich verhindert wird, da sowohl im Norden, Osten und Süden / Südwesten erhebliche Konflikte mit potenziellen Windkraftentwicklungen erkennbar sind. Im Ergebnis hält die Gemeinde Owschlag die bislang im LEP SH getroffenen Abstandsflächenreglungen um Siedlungsbereiche für nicht weitegehend genug und zielführend, um auch zukünftig gemeindlichen Entwicklungsspielraum im Rahmen der kommunalen Planungshoheit zu gewährleisten. Es wird daher gefordert, um die bestehenden Siedlungsgebiete und konkreten Flächenentwicklungsabsichten auf Grundlage formeller Konzepte (hier FEK Owschlag) eine pauschale	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Abstandsflächenregelung von 1.000 m zu treffen unabhängig von einer etwaigen Vorbelastung bereits bestehender Windkraftanlagen. Mit freundlichem Gruß [redacted] Bürgermeister	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2843	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich möchte darauf hinweisen, dass ich grundsätzlich für erneuerbare Energien bin, aber ich habe noch nie verstanden warum Windkraftanlagen nahe Wohngebieten und Nahrungsschutzgebieten aufgestellt werden. In Schleswig-Holstein muss es meiner Meinung nach eine größere Abstandsregelung dafür geben – eine gesetzlich vorgeschriebene! 800m sind lachhaft. Leider geht es beim Bau von Windkraftanlagen ausschließlich um Profit. Ich bin in jedem Fall dagegen! Gastronome fürchten, dass Gäste wegbleiben und ich möchte auch nicht auf der Terrasse einer Lokales mit Blick auf ein Windrad sitzen. Ich möchte nicht verrückt werden vom Schatten der [redacted] Rotoren. Und das Blinken der Lichter trägt auch dazu bei. Ich fürchte, dass die Entsorgung Probleme bereiten wird, ich fürchte mich vor Bränden und anderen Schäden. Ich möchte nicht, dass Profitgeier Windkraftanlagen am Ortschaften stellen, wobei sie nicht einmal die Hälfte der Haushalte mit Strom versorgen können. Ich fordere Sie auf, Windkraft auf vorhandene Windkraftanlagen zu fördern und zu befördern. Viele, viele Windräder stehen still, aber es werden immer neue Anlagen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2, 2.2 bis 2.5, 7.2.10, 3.15, 7.2.12, 7.3, 7.2.5 und 7.2.14 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gebaut. Das ist nicht Zukunftsorientiert, das bringt den Menschen keine Energie, sondern Frust. Wegen der Lieferung von Windrädern müssen Bäume und Pflanzen entfernt werden, wollen Sie wirklich so weitermachen? Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Institution: Gemeinde Viöl ID: M2352	**17. Änderung des Flächennutzungsplans in der Gemeinde Viöl** hier. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4(1) BauGB **-Zugleich als Planungsanzeige sowie als Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024-** Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Viöl hat beschlossen, den Flächennutzungsplan zu ändern (17. Änderung). Nähere Informationen zu den beabsichtigten Planungen entnehmen Sie bitte der Anlage. Als Behörde bzw. sonstiger Träger öffentlicher Belange möchten wir Sie frühzeitig in das Planungsverfahren einbinden. Bitte teilen Sie uns mit, ob ihr Aufgabenbereich durch die Planung berührt wird. Weiterhin bitten wir im Hinblick auf das von der Gemeinde durchzuführende Scoping auch um Äußerung, welchen Umfang und welchen Detaillierungsgrad die Umweltprüfung aus Sicht Ihres fachlichen Zuständigkeitsbereichs aufweisen soll. Wir verweisen an dieser Stelle auch auf die Beratungs- und allgemeine Informationspflicht bezüglich Ihres verfügbaren umweltbezogenen Erkenntnisstandes. Wir erbitten Ihre Stellungnahme innerhalb eines Monats, notieren Sie sich für die Abgabe daher den 02.09.2024.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen Hansjörg Brunk Anlage: Planungsinformation zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans in der Gemeinde Viöl Auszug aus Planungsinformation mit LEP-Bezug **TEIL I STÄDTEBAULICHE BELANGE** **1 Einleitung** Der Gemeinde Viöl sind die Anstrengungen bezüglich der Erreichung der durch die EU, des Bundes und des Landes formulierten Klimaziele sehr bewußt und sie knüpft mit der vorliegenden Planung an ihre Bemühungen der 1. Flächennutzungsplanänderung (F-Planänderung) zum Ausbau der Windenergie an. Sie ist überzeugt, dass sie mit der vorliegenden Planung zur Windenergienutzung einen weiteren Beitrag und Ausgleich für die Kommunen leistet, die auf Grund ihrer Nutzungsstruktur nur einen kleineren Anteil beitragen können. Mit der 17. F-Planänderung möchte die Gemeinde Viöl die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windenergieanlagen auf einem Teilbereich schaffen. Die Gemeinde reagiert hiermit auf veränderte rechtliche, technische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die vorliegende Planungsinformation dient der Einbindung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange in die Planung sowie der Klärung des Untersuchungsumfangs der Umweltprüfung. **2 Beschreibung und Erfordernis der Planung** **2.1 Historie und Bestand** Die Gemeinde unterstützt mit ihrer Windenergieplanung die Anstrengungen bezüglich der Erreichung der durch die EU, des Bundes und des Landes formulierten Klimaziele sehr bewußt und hat daher bereits früh mit der Ausweisung von Windenergieflächen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	begonnen. Der rechtskräftige Flächennutzungsplan Nr. 1 aus dem Jahr 2013 der Gemeinde Viöl weist bereits eine Fläche für die Errichtung von WEA aus. Diese liegt an der westlichen und südwestlichen Gemeindegrenze zur Gemeinde Norstedt und Haselund (siehe Abb.1).Im Geltungsbereich der 1. Flächennutzungsplanänderung befinden sich neun Bestandsanlagen. Im Jahr 2020 wurde die Fläche dann schließlich innerhalb der Teilfortschreibung des Regionalplans (Windenergie an Land) als Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen (Teilflächen von PR1_NFL_096). **2.2 Planung** Die Entwicklung, dass einerseits die Teilaufstellung des Regionalplans Planungsraum I (Windenergie an Land) von 2020 beklagt und im Frühjahr 2023 vom Oberverwaltungsgericht Schleswig für ungültig erklärt wurde, und dass andererseits geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen u.a. durch das Baugesetzbuch (BauGB) und das Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) geschaffen wurden, nahm die Gemeinde Viöl zum Anlass, die vorliegende Planung aufzunehmen. Auch leitete das Land SH eine weitere Fortschreibung der Regionalplanung (Windenergie an Land) ein, um das vom Bund im WindBG für das Land SH genannte Flächenkontingent für die Windenergie, möglichst frühzeitig zu erreichen. Die Gemeinde ihrerseits unterstützt dieses Vorgehen indem sie dem Land mit ihrer Planung dem Land fundierte Hinweise für eine weitere Windfläche in ihrem Gemeindegebiet liefert. Die aktuelle Planung umfasst eine Teilfläche. Bei der Fläche handelt es sich um eine Gemeindegrenzen übergreifende Fläche der Gemeinden Viöl, Sollwitt und Haselund (Teilfläche von PR1_NFL_099 mit ca. 95 ha) und hat eine Größe von ca. 35 ha und liegt nordöstlich von Viöl (siehe Deckblatt). Bereits 2023 wurde ein Fachgutachter beauftragt um die damalige Abwägungsentscheidung im Zuge der Teilaufstellung des Regionalplans -Wind- überprüfen zu lassen (Prüfung der Abwägungsentscheidung PR1_NFL_ 099, Juni 2023, GFN Gesellschaft für Freilandökologie und Naturschutzplanung mbH). Bezüglich der kreuzenden Biotopverbundachse (Kapt. 5.2.2 Regionalplan) wird im Fachgutachten folgendes erläutert: • Die Funktion der Biotopverbundachse entlang der Haselunder Au wird aufgrund von Verrohrungen und der intensiven begleitenden Landwirtschaft als eingeschränkt bewertet. Durch eine angepasste Standortwahl kann der Konflikt mit diesem Kriterium minimiert werden. Eine Windenergienutzung steht der (eingeschränkten) Funktion der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Biotopverbundachse nicht entgegen. Für den Ort Haselund würde sich durch die neue Planung eine sog. Umfassungswirkung ergeben, die mit 140º von 360º oder 38% einer totalen Umfassung als mittel eingestuft wird. Auf Grund der geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen, dass "die Nutzung erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient" ist diese Beeinträchtigung jedoch als hinnehmbar zu bewerten. Bereits 2023 wurden umfangreiche avifaunistische Kartierungen auf der Fläche beauftragt, um vorsorglich auf besondere naturschutzrechtliche Erfordernisse reagieren zu können. Die Kartierungen werden im Frühherbst 2024 abgeschlossen sein. Die Ergebnisse der beiden Kartierungen werden im Zuge des weiteren Verfahrens Eingang in die Planung finden. Erste Zwischenergebnisse zeigen, dass artenschutzrechtliche Bedenken gegen eine Windenergienutzung auf der Fläche nicht entgegenstehen. 5.2.1 Landesentwicklungsplan LEP Fortschreibung 2021 Thema „Windenergie an Land“ im Entwurf Die Planung folgt im Wesentlichen den Ausführungen des Entwurfes vom Juni 2024 des LEPs. Die Fläche ist in einer Informationskarte zur Teilfortschreibung als mögliche Potentialfläche für die Windenergie dargestellt (siehe Anlage Potenzialflächen laut Landesplanung 06.2024)	
Institution: Amt Hürup, Bauamt **ID: 1050**	**Stellungnahme der Gemeinde Hürup zum Entwurf Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land** Sehr geehrte Damen und Herren, unter Hinweis auf die Stellungnahme zum Regionalplan Wind aus dem Jahr 2016 hat die Gemeindevertretung Hürup am 23.07.2024 wiederum beschlossen, auch im Rahmen des Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung des LEP Wind eine Stellungnahme in Form einer gutachterlichen Überprüfung der Flächenkulisse, die auf das Gemeindegebiet wirkt, abzugeben bzw. das damalige Gutachten aufzugreifen und fortzuschreiben. In dem beigefügten Beschluss wird das Land aufgefordert, die in dem Gutachten	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise/ Argumente, die sich auf die Regionalplanebene bezieht. Der Landesentwicklungsplan zum Thema Windenergie an Land legt die Rahmenbedingungen für die später in den Regionalplänen festzulegenden Vorranggebiete Windenergie fest. Daher können Hinweise zu potenziellen Vorranggebieten in diesem Verfahren noch nicht berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, in den folgenden Beteiligungsverfahren zu den Regionalplänen, Thema Windenergie an Land, die Hinweise einzubringen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	behandelten Kriterien entsprechend zu berücksichtigen. Insbesondere sind die Grundlagen zur Ermittlung der Abstände zur Wohnbebauung nochmals zu überprüfen, da hier die tatsächlichen Verhältnisse im südlichen Bereich der Gemeinde deutlich zu den im Entwurf des LEP enthaltenen Grundlagen abweichen. Ergänzend zu den Erläuterungen hinsichtlich Riegelbildung und Umzingelungswirkung, ist auch die Gemeinde der Auffassung, dass diese aus den im Gutachten bezeichneten Gründen komplett vermieden werden sollte. Dies sieht die Gemeinde allerdings nur gewährleistet, wenn eine Berücksichtigung bereits bei der Festlegung der Potentialflächen durch den LEP erfolgt. Die gutachterliche Überprüfung samt Kartenmaterial sowie ein entsprechender Beschluss der Gemeindevertretung sind beigefügt. Mit freundlichen Grüßen [redacted] -Amtsvorsteher- Gemeinde Hürup Prüfung der Potenzialflächenkulisse Windenergie zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes 2021 / Entwurf Juni 2024 1. Ausgangslage und Aufgabenstellung Im Jahr 2020 hat die Landesregierung die Teilfortschreibung des Windkapitels im Landesentwicklungsplan (LEP) und darauf aufbauen die Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land für die Planungsräume I bis III beschlossen. Insgesamt rund zwei Prozent der Landesfläche (Rotor-In-Planung) wurden als Vorranggebiete für Windenergie ausgewiesen. Das Oberverwaltungsgericht Schleswig (OVG) hat die Teilfortschreibung des Regionalplanes für den Planungsraum I von 2020 im März 2023 für unwirksam erklärt. Die Beschwerde vor dem Bundesverwaltungsgericht wurde nicht zugelassen. Am 1.2.2023 ist die neue „Wind-an-Land-Gesetzgebung1 “ des Bundes in Kraft getreten. Um die erforderlichen Flächenbeitragswerte2 nach WindBG zu erreichen, muss Schleswig-Holstein insgesamt ca. drei Prozent der Landesfläche – also zusätzlich ungefähr ein Prozent - an Flächen für Windenergie ausweisen. Nach der geltenden Rechtslage sind Windenergieanlagen privilegierte Vorhaben im Außenbereich. Durch eine Konzentrationsflächenplanung kann die Ansiedlung von Windenergieanlagen gesteuert werden. Mit der Erreichung des Flächenziels sind nur noch die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergieanlagen privilegiert, die innerhalb der planerisch ausgewiesenen Windenergiegebiete (§ 2 WindBG) liegen. Mit Runderlass vom 19.12.20233 hat die Landesplanungsbehörde über die allgemeinen Planungsabsichten für die Teilfortschreibung des LEP sowie die Teilaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie an Land unterrichtet. Ziel der Teilaufstellung der Regionalpläne ist die Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung für die Planungsräume. Mit der Neuaufstellung der Raumordnungspläne werden folgende Planungsabsichten verfolgt: • Erreichen der Flächenbeitragsziele des WindBG für 2032 bis Ende 2027 • Umstellung auf Positivplanung und Abkehr von der Ausschlussplanung • Beibehaltung der Rotor-In-Planung • Anpassung der Referenzanlage (Gesamthöhe 200 m , Rotordurchmesser 150 m, Nennleistung 5,3 MW) • Verzicht auf die Ausweisung von Vorranggebieten für Repowering • Festlegung von bisherigen und neuen Tabukriterien als Ziele der Raumordnung • Streichung des Zieles der Raumordnung, wonach zu Wohngebäuden im Außenbereich das dreifache und zu Wohngebäuden im bauplanungsrechtlichen Innenbereich das fünffache der Anlagengesamthöhe einzuhalten ist (3H/5H-Regelung) • Verbot jeglicher Höhenbegrenzungen als Ziel der Raumordnung • Verzicht auf Ausweisung von Kleinstflächen für Windenergie • Verzicht auf die Ausweisung von Vorranggebieten im Küstenmeer Die von der Landesplanung veröffentlichten Karten der Potenzialflächen weisen einige Flächen innerhalb des Gemeindegebiets von Hürup auf. Für Flächen östlich der Ortslagen Weseby und Hürup projektiert abermals (wie bereits 2015/2016) ein Vorhabenträger einen Windpark. Es hat sich erneut eine Bürgerinitiative Gegenwind-Hürup zusammengeschlossen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2. Aufbau Die Teilfortschreibung des LEP Fortschreibung 2021 Thema „Windenergie an Land“ zeigt die landesweit gültigen Ziele und Grundsätze zur Bestimmung der Windvorranggebiete auf. Unter Berücksichtigung der Ziele der Raumordnung wurden landesweit Potenzialflächen der Windenergie ermittelt. Bei den Potenzialflächen handelt es sich um die nach Anwendung der Ausschlusskriterien (Ziele der Raumordnung) verbleibenden Flächen. Es handelt sich um sogenannte „Rohpotenzialflächen“, die die Grundlage für die Auswahl und Festlegung von Windenergiegebieten bilden. Erst im Rahmen der Aufstellung der Regionalpläne Windenergie werden daraus Vorranggebiete von rund 3 Prozent der Landesfläche ausgewiesen werden. Für den Bereich der Gemeinde Hürup werden nachfolgend abgebildete Potenzialflächen dargestellt. (Abbildung) Auf der Grundlage der in der Fortschreibung dargelegten Ziele und Grundsätze der Raumordnung wird das Gemeindegebiet Hürup genauer betrachtet und unter Berücksichtigung von örtlichen Besonderheiten einer Bewertung unterzogen. Dazu wurden im ersten Schritt die Ziele der Raumordnung (im Sinne von Ausschlusskriterien) nachvollzogen. Im zweiten Schritt wurden die Grundsätze der Raumordnung (im Sinne von Abwägungskriterien) geprüft. Die Darlegung aller Kriterien findet sich in der Tabelle im Anhang. 3. Prüfung der Ausschluss- und Abwägungskriterien Die heranzuziehenden Kriterien ergeben sich aus den in der Teilfortschreibung des LEP 2021 – „Windenergie an Land“ (Entwurf Juni 2024) genannten Zielen und Grundsätzen. 3.1. Ziele der Raumordnung - Ausschlusskriterien Im Gebiet der Gemeinde Hürup kommen folgende Ziele der Raumordnung zum Tragen: • 800 m Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und Erholungsfunktion • 400 m Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Außenbereich sowie zu Gewerbe • Schienenwege und Mindestabstand 100 m • FFH-Gebiete und Schutzabstand 100 m • Gesetzlich geschützte Biotope min. 5 ha (nur innerhalb Wald) • Wälder und Umgebungsbereiche (Waldabstand 30 m) • Gewässer I. und II. Ordnung sowie Seen und Teiche ab 1 ha inklusive Gewässerschutzstreifen Einen Überblick zu den Zielen der Raumordnung bietet die beiliegende Karte 1. 800 m Umgebungsbereich um Siedlungsbereiche mit Wohn- und Erholungsfunktion Aufgenommen sind alle bestehenden Siedlungsflächen, die durch Bebauungsplan ausgewiesen sind oder den im Zusammenhang bebauten Ortseilen zuzurechnen sind. Dabei handelt es sich um Wohngebiete (W, WR, WA), gemischte Bauflächen (Mischgebiet, Dorfgebiet) sowie Gemeinbedarfsflächen. In der Gemeinde Hürup sind dies die Ortsteile Hürup, Weseby, Wesebykjer, Kielsgaard, Herregaardlei, Tastrup, Klein-Tastrup, Maasbüll mit Neukrug und Rüllschau. Zudem wurden die Siedlungsflächen der Nachbargemeinden Freienwill, Ausacker, Husby und der Stadt Flensburg berücksichtigt. In diesen durch schutzbedürftige Nutzungen dominierten Baugebieten selbst ist aus baurechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Änderungen heraus die Errichtung von raumbedeutsamen WEA unmöglich. Mit der Berücksichtigung des Mindestabstands von 800 m werden zu erwartende immissionsschutzrechtliche Anforderungen berücksichtigt und werden Beeinträchtigungen durch die optisch bedrängende Wirkung von WEA minimiert. 400 m Umgebungsbereich um Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich sowie zu Gewerbe Gewerbliche Bauflächen sind am Rande der Ortsteile Hürup und Husby sowie auf der ehemaligen Konversionsfläche der Marinefunkstation vorhanden. Von diesen gewerblichen Baugebieten wird ein 400 m Abstand berücksichtigt. Um die vorhandenen Sondergebiete PVA entlang der Bahnlinie sowie in der Gemeinde Freienwill wird kein Abstandspuffer berücksichtigt. Berücksichtigt sind Gebäude in der Gemeinde Hürup und den Nachbargemeinden samt Abstandspuffer von 400 m. In Teilen liegen die 400 m	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umgebungsbereiche innerhalb der Abstandspuffer der Wohngebiete. Schienenwege und Mindestabstand 100 m In der Gemeinde Hürup verläuft die Bahnlinie Flensburg – Kiel. Es handelt sich um eine Bahnstrecke ohne Bahnstromfernleitungen. Zu Gleisanlagen ist ein Mindestabstand von 100 m einzuhalten. FFH-Gebiete Im südlichen Teil des Gemeindegebiets verläuft die Kielstau, die zum FFH-Gebiet „Treene Winderatter See bis Friedrichstadt und Bollingstedter Au“ (DE 1322-391) gehört. Die Kielstau inklusive Uferbereiche und der zugehörige Schutzbereich von 100 m wurden aufgenommen. Gesetzlich geschützte Biotope min. 5 ha Innerhalb des Gemeindegebiets sind außerhalb der Waldflächen keine Biotope dieser Größenordnung vorhanden. Wälder und Umgebungsbereiche Als Wälder gelten alle Flächen ab einer Größe von 0,2 ha. Gem. § 24 Landeswaldgesetz (LWaldG) ist mit baulichen Anlagen gegenüber Wäldern ein Mindestabstand von 30 m einzuhalten. Aufgenommen sind die in den Geodaten des Landes enthaltenen Waldflächen mit Waldabstand. Als größere zusammenhängende Wälder sind Westerholz, Osterholz, Wolstruper Holz, Kleinholz berücksichtigt. Gewässer I. und II. Ordnung sowie Seen und Teiche ab 1 ha inklusive Gewässerschutzstreifen Aufgenommen ist ein Gewässer in Weseby. 3.2. Grundsätze der Raumordnung - Abwägungskriterien Folgende Grundsätze der Raumordnung sind im Gemeindegebiet Hürup zu betrachten: • 800 m bis 1.000 m Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	/oder Erholungsfunktion • Umgebungsbereiche um geplante Siedlungsentwicklungen • Stadt- und Umlandbereiche • Umfassung von Ortslagen durch die Windenergienutzung • Weitere militärische Belange • Abstände zu bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Straßenverkehrs • Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes • Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope • Übrige Gewässer II. Ordnung sowie Seen und Teiche unter 1 ha • Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe • Schützenswerte Geotope • Kompensations- und Ökokontoflächen • Belange des Denkmalschutzes Einen Überblick zu den Grundsätzen der Raumordnung bieten die beiliegenden Karten 2a und 2b. 800 m bis 1.000 m Umgebungsbereich von Siedlungsbereichen mit Wohn- und /oder Erholungsfunktion Innerhalb des Gemeindegebiets sowie in den direkten Nachbargemeinden von Hürup befinden sich keine raumbedeutsamen Windräder. Es ist somit noch keine Vorbelastung durch Windenergienutzung gegeben. Daher wird um die aufgenommenen Siedlungsbereiche mit Wohn- und/oder Erholungsfunktion der um 200 m erweiterte Umgebungsbereich von 1.000 m aufgenommen.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Umgebungsbereiche um geplante Siedlungsentwicklungen Siedlungsentwicklung Gemeinde Hürup Aufgrund der topographischen Gegebenheiten ist die Siedlungsflächenentwicklung der Ortslage Hürup nur in Richtung Westen möglich. Dies ist entsprechend im Landschaftsplan durch die Darstellung von Potenzialflächen für die Siedlungserweiterung am südöstlichen Ortsrand berücksichtigt. Von der potentiellen Entwicklungsfläche wird ein Umgebungsbereich von 800 m aufgenommen. Die Gemeinde Hürup beabsichtigt am westlichen Ortsrand des Ortsteils Hürup die Siedlungsentwicklung fortzusetzen. Das Verfahren zur Bauleitplanung für den B-Plan Nr. 12/ 6. Änderung FNP „Ballekuhl“ ist bereits aufgenommen. Von der in Planung befindlichen Siedlungsflächenerweiterung „Ballekuhl“ wird ein Umgebungsbereich von 800 m aufgenommen. (Abbildungen) Siedlungsentwicklung der Gemeinde Husby Im Jahr 2014 hat die Gemeinde Husby ihre Ortsentwicklungsplanung „Husby 2020“ fortgeschrieben. Auf der Grundlage wurde in den letzten Jahren die Ortsentwicklung in Richtung Westen vorangebracht. Im nächsten Schritt ist die Aufstellung der 1. Änderung und Erweiterung des B-Planes Nr. 8 vorgesehen. Zu der Flächen wurde ein Abstandspuffer von 800 m angelegt. Zudem sieht die Ortsentwicklungsplanung auch die Erweiterung der gewerblichen Bauflächen im Anschluss an den Nahversorgungsstandort am westlichen Ortseingang vor. Zu dieser Entwicklungsflächen wird ein Abstand von 400 m eingehalten. (Lage der Umgebungsbereiche innerhalb Abstandspuffer vorhandener Baugebiete.) (Abbildung) Stadt- und Umlandbereiche Im Landesentwicklungsplan (LEP 2021) heißt es: „Die Stadt- und Umlandbereiche in ländlichen Räumen sollen als regionale Wirtschafts-, Versorgungs- und Siedlungsschwerpunkte in den ländlichen Räumen gestärkt werden und dadurch Entwicklungsimpulse für den gesamten ländlichen Raum geben.“ In den Regionalplänen sollen die Bereiche weiter konkretisiert werden. Die Regionalpläne werden derzeit überarbeitet. Der Stadt-Umlandbereich Flensburg umfasst neben der Stadt Flensburg die Gemeinden des ersten Siedlungsrings. Dazu zählt auch die Gemeinde Hürup mit allen ihren Ortsteilen. Nach den aktuellen Bevölkerungsprognosen werden die	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Bevölkerungszahlen sowohl im Flensburg als auch im Kreisgebiet weiter ansteigen. Der Wohnraumbedarf ist bereits heute sowohl in der Stadt Flensburg als auch in den Gemeinden des 1. Siedlungsringes hoch. Seit der Fusion am 01.03.2023 gehören zum Gemeindegebiet Hürup neben den Ortsteilen Hürup, Weseby, Kielsgaard, Herregardlei auch die Ortsteile Maasbüll und Rüllschau sowie Tastrup und Kleintastrup. Am 31.12.2023 lebten in der Gemeinde Hürup 2.394 Einwohner und Einwohnerinnen. Die Gemeinde grenzt mit den Ortsteilen Tastrup, Klein-Tastrup sowie Maasbüll nahezu direkt an die Stadtgrenze von Flensburg. Die Verflechtungen im Stadt-Umland-Bereich sind vielfältig und betreffen z.B. die Bereitstellung von Siedlungsflächen für Wohnen und Gewerbe, die Sicherung von Freiräumen für die Naherholung, den Ausbau von Infrastrukturen. Die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergienutzung auf dem Gebiet der Gemeinde Hürup würde zu einer erheblichen Einschränkung der zukünftigen Siedlungsentwicklung im Stadt-Umlandbereich führen. Um dem Grundsatz des LEP 2021 den Stadt-Umlandbereich als regionalen Wirtschaft-, Versorgungs- und Siedlungsschwerpunkt zu entwickeln, gerecht zu werden, sollte die Ausweisung von Vorranggebieten in diesen Bereichen vermieden werden. Umzingelungswirkung, Riegelbildung Im Rahmen des Gutachtens zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“4 wird dem Vorsorgeprinzip zur Sicherung der Lebensqualität des Menschen bei einer Umfassung von Siedlungen durch WEA nachgekommen, indem durch die Definition eines maximal zulässigen Umfassungswinkels maßgebend der freie Blick in die Landschaft zur Verhinderung einer „bedrohlichen und erdrückenden Wirkung“ geschützt werden soll. Definiert wird insbesondere das Gesichtsfeld des Menschen, das dem Bereich des wahrnehmbaren Landschaftserlebens entspricht. Dabei wird eine Beeinträchtigung des Gesichtsfeldes bis zu 2/3 (entspricht 120 Grad) als zumutbar bewertet. Für den Geltungsbereich des maximal zulässigen Umfassungswinkels werden folgende grundlegende Parameter definiert: - WEA-Standorte (auch Berücksichtigung bereits vorhandener WEA-Standorte) - Form des Eignungsgebietes (Eignungsgebiete von Windenergieanlagen, die eine langgestreckte, bänderartige oder ringförmige Flächenform aufweisen, begünstigen eine Umfassungswirkung)	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- Abstand von WEA zu Siedlungsbereichen (in Schleswig-Holstein analog 800 m zu Siedlungsbereiche; 400 m zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen) - Mindestabstand zwischen Eignungsgebieten - Anlagenplatzierung (im Eignungsgebiet wird von einer realisierbaren maximalen Anzahl von WEA ausgegangen) - Größe der Anlagen (grundsätzlich gilt: Je größer die Anlage, desto größer ist die Fernwirkung) Der maximale Umfassungswinkel wird im Ergebnis folgendermaßen definiert: Eignungsgebiete bzw. umfassende Eignungsgebiete für WEA können im 3.500 Meter-Betrachtungsraum eine Siedlung in der Summe in einem Winkel von bis zu 240 Grad (max. 2 x 120 Grad) umschließen. (Abbildung) Bei überschlägiger Betrachtung würde für dies für die Siedlungsbereiche Hürup bedeuten, dass bei der vollumfänglichen Festlegung der Potenzialflächen („Weißflächen“) oder auch nur der beiden Potenzialflächen mit den Nrn. PR1_SLF_085 und PR1_SLF_083 mit einer Riegelbildung zu rechnen ist. Eine Riegelbildung sollte u.a. aufgrund des charakteristischen Landschaftsbildes und der bestehenden Höhenzüge vollständig vermieden werden. Wird nur eine der Potenzialflächen als Vorranggebiet festgelegt wäre dies nicht gegeben. Weitere Militärische Belange Im Gemeindegebiet sind militärische Belange der Flugsicherheit, der Flugsicherung und des Flugbetriebs zu berücksichtigen. Das Gemeindegebiet liegt im Zuständigkeitsbereich des militärischen Flugplatzes Schleswig und einer Luftverteidigungsradaranlage. In ggf. betroffenen MVA-Sektoren besteht eine Bauhöhenbeschränkung von 232 NHN.5 Abstände zu bestehenden und geplanten Infrastrukturen des Straßenverkehrs Entlang von überörtlichen Straßen bestehen Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszonen. Entlang von Landesstraßen gilt ein Anbauverbot von 20 m sowie eine Anbaubeschränkungszone von 40 m. Entlang von Kreisstraße besteht eine	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Anbauverbotszone von 15 m und eine Anbaubeschränkungszone von 30 m. Betroffen sind Potenzialflächen entlang der K 90. Ob die Anbaubeschränkungszone einzuhalten ist, ist im Einzelfall durch das LBV zu prüfen. Bestehende und geplante Infrastrukturen des Hoch- und Höchstspannungsnetzes Nördlich von Weseby führt in West-Ost-Richtung eine Hochspannungsleitung durch das Gemeindegebiet. Es handelt sich um die 110 kV-Leitung Flensburg/Weiche – Kappeln. Die Freileitung durchquert die Potenzialfläche östlich von Tastrup. Die erforderlichen Abstände sind im Einzelfall zu prüfen. Schwerpunktbereiche und Verbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, Kleinstbiotope Innerhalb des Gemeindegebiets verlaufen mehrere Nebenverbundachsen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems. Im südlichen Gemeindegebiet verläuft die Verbundachse „Kielstau“. Im westlichen Gemeindegebiet verbindet die Biotopverbundachse „Endmoränengebiet westlich Hürup“ entlang der Wälder Westerholz, Osterholz, Wolstruper Holz die Schwerpunktbereiche „Staatsforst Weesries und Blixmoor“ mit den „Hornholzer Höhen“. Im Norden verläuft die Verbundachse „Oberlauf der Munkbrarupau“.Innerhalb der Verbundachsen sind zudem etliche Kleinstbiotope zu finden. Brutplätze windkraftsensibler Großvögel Im Zusammenhang mit der Ausweisung von Windeignungsgebieten sind auch tierökologische Belange zu berücksichtigen. Im Erläuterungstext zur“ Fortschreibung LEP Windenergie an Land“ sind Arten windkraftsensiblen Großvögel (Seeadler, Schwarzstorch, Weißstorch, Rotmilan) genannt, um deren Brutplätze in der Regel keine Ausweisung von Windenergiegebieten stattfinden soll. Laut Auskunft des Landesamtes für Umwelt finden sich Brutplätze windkraftsensibler Arten (Weißstorch) in den Nachbargemeinden Husby (Markerup), Ausacker sowie Großsolt (Estrup). Zu den Brutplätzen von Weißstörchen sollen mit raumbedeutsamen WEA Schutzabstände von 1.000 Meter eingehalten werden. Die dargelegten Potenzialflächen für Windenergie im Gemeindegebiet Hürup werden dadurch nicht tangiert. Übrige Gewässer II. Ordnung sowie Seen und Teiche unter 1 ha In die Kartendarstellung sind Kleinstgewässer wie Teiche aufgenommen. Diese liegen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	außerhalb der Potenzialflächen im Gemeindegebiet. Die östlich von Maasbüll gelegene Potenzialfläche PR1_SLF_149 wird vom Polldammer Wasserlauf durchzogen. Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe Östlich der Ortslage Hürup erstreckt sich das Vorbehaltsgebiet „Husby-Ausacker“ für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe. Dabei handelt es sich um tonige Rohstoffe. Das Vorbehaltsgebiet reicht in den östlichen Teil der Potenzialfläche PR1_SLF_083 hinein. Schützenswerte Geotope6 Der Landschaftsraum im Gemeindegebiet ist erkennbar durch die Eiszeit geprägt und ist dem Naturraum Östliches Hügelland, Angeln mit Moränen der Weichsel-Eiszeit zuzuordnen. Der westliche Teil des Gemeindegebiets wird durch eine lang gezogene Moränenkuppe geprägt und weist eine besonders hohe Reliefenergie auf. So steigt das Gelände westlich von Hürup auf bis zu ca. 82 m NHN (innerhalb des Gemeindegebiets auf bis zu 70 m NHN). Dabei handelt es sich um den höchsten Punkt Angelns: den Hökeberg. Der Hökeberg ist Teil des Geotop-Potenzialgebiets „Moräne bei Hürupmühle – Kleinwolstrup“7 . In dem Bereich südlich von Hürupholz kommt es auf kleinster Fläche zu Höhenunterschieden von bis zu 40 m (zwischen Hökeberg und Kielsgaard). Dagegen verläuft im Süden der Gemeinde ein Niederungsraum. Dabei handelt es sich um das „Tunneltal Winderatter See - Ausacker - Treßsee - Oeversee /Frörup“, das das Gemeindegebiet tangiert. Das Tal der Kielstau ist zugleich Teil des FFH-Gebiets „Treene Winderatter See bis Friedrichstadt und Bollingstedter Au“ (DE 1322-391) sowie Hauptverbundachse des landesweiten Biotopverbundsystems. Das östliche Gemeindegebiet wird durch eine weite, flache Ebene gekennzeichnet. (Abbildungen) Kompensations- und Ökokontoflächen Aufgenommen sind die in den Geodaten des Landes enthaltenen Kompensations- und Ökokontoflächen. Diese ragen zum Teil in die aufgezeigten Potenzialflächen hinein. Betroffen sind die Potenzialflächen PR1_SLF-093 und PR1_SLF_083. Belange des Denkmalschutzes Archäologische Denkmäler Im Gebiet der Gemeinde Hürup sind archäologische Denkmäler und Fundstellen sowie archäologische Interessengebiete bekannt. Vier	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	archäologische Denkmäler finden sich östlich der Ortslage Maasbüll, nördlich der L21. Dabei handelt es sich um vor- und frühgeschichtliche Grabhügel, die Höhen von bis zu 8 m bei Durchmessern von bis zu 45 m aufweisen. Nach Denkmalschutzgesetz bedarf die Veränderung der Umgebung eines unbeweglichen Kulturdenkmals der Genehmigung, wenn sie geeignet ist, seinen Eindruck wesentlich zu beeinträchtigen. In dem Bereich östlich Maasbüll sowie östlich der Ortslage Hürup findet sich eine besondere Dichte von Fundstellen (Grabhügel, Megalithgräber). Kulturdenkmäler In der Denkmalliste des Kreises Schleswig-Flensburg (Stand: 01.07.2024) finden sich folgende eigetragenen Denkmäler: OT Hürup - Kirche St. Marien (mit Gründenkmal Kirchhof) - Zweilängenhof, [redacted] OT Maasbüll: - Kirche St. Michaelis (mit Gründenkmal Kirchhof) - Wohnhaus und Stallscheune, [redacted] OT Tastrup - Wohnhaus, [redacted] Die Marienkirche (OT Hürup) liegt am Rande des Moränenhangs. Im Osten schließt der Niederungsbereich mit Hennebach an. Aufgrund der topographischen Besonderheiten ist die Kirche von Osten weithin sichtbar. Da der Kirchturm die übrigen Bauten von Hürup weit überragt ist die Kirche auch für da Ortsbild in Richtung Westen von erheblicher Bedeutung. Die Untere Denkmalschutzbehörde stuft die Marienkirche als Kulturdenkmal mit Umgebungsschutzbereich ein, Der Umgebungsschutzbereich reicht im Osten bis zu K 90 und im Westen ca. 700 m über die Ortsgrenze hinaus. Bei der Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb des Umgebungsschutzbereiches wird mit Beeinträchtigungen des Denkmals gerechnet. Nach Denkmalschutzgesetzt bedarf die Veränderung der Umgebung eines unbeweglichen Kulturdenkmals der Genehmigung, wenn sie geeignet ist, seinen Eindruck wesentlich zu beeinträchtigen.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	4. Betrachtung der Potenzialflächen „Windenergie“ Nach Ermittlung und Bewertung der im Gemeindegebiet Hürup relevanten Abwägungskriterien, wird die vorliegende Potenzialflächenkulisse im Gemeindegebiet eingehend auf diese Kriterien hin überprüft und zu den auf ihnen konkurrierenden Nutzungen in Beziehung gesetzt; d.h. auch, die auf den jeweiligen Flächen zu beachtenden abwägungsrelevanten Belange gewichtet. Im gesamten Gemeindegebiet und hierbei insbesondere für die westlichen Potenzialflächen sollten die Nutzungsansprüche des Stadt-Umlandbereichs ausreichend stark gewichtet werden, um auch in Zukunft den Entwicklungsperspektiven dieses stark verflochtenen Raumes gerecht werden zu können. Die Gemeinde Hürup gehört zum Nahbereich des Oberzentrums, an der Gemeindegrenze im Bereich Peelwatt/Osttangente auf Flensburger Gebiet entsteht bis 2030 ein neues Zentralklinikum. Nach Aussagen der Stadt Flensburg sollen hier auch gesundheitsnahe Dienstleistungen/Gewerbe angesiedelt werden. Die Gewerbeflächen im Stadtgebiet sind erkennbar limitiert. Zugleich verfolgt die Stadt Flensburg derzeit in Ausübung der Oberzentrumsfunktion und der akuten Bedarfssituation die Strategie und Umsetzung des Geschosswohnungsbaues unter Einbindung des sozialen Wohnungsbaues. Die mögliche Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergie sollte sich daher nicht negativ auf mögliche Entwicklungen im interkommunalen gewerblichen Bereich -in Umgebung des Klinikums- auswirken. Das gleiche gilt für mögliche Entwicklungen im Wohnbausektor durch geschaffene Bedürfnisstrukturen -direkte Nachbarschaft des Zentralklinikums- auf gemeindlichem Gebiet. Neben den für die einzelnen Potenzialflächen zu betrachtenden Kriterien ist für die Ortslage Hürup der Aspekt der möglichen Umzingelung zu berücksichtigen. Potenzialfläche Nr.PR1_SLF_083 (Größe 121,77 ha) • Auch für das Dorf Kielsgaard ist der Abstandspuffer für Siedlungsflächen mit Wohnnutzung aufgrund der mittlerweile dominierenden und gefestigten Wohnnutzung zu berücksichtigen; davon ist der südliche Teil der Potenzialfläche betroffen • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden Teile der Potenzialfläche überlagert • Die Fläche wird durch die klassifizierte Straße K 90 durchschnitten. Zusätzlich wirken sich Anbauverbotszone von beidseits 15 m sowie die Anbaubeschränkung auf die Bebaubarkeit aus. • Im südlichen Teil ist die Potenzialfläche durch die Biotopverbundachse „Kielstau“ betroffen. • Es befinden sich kleinteilige gesetzlich geschützte Biotope innerhalb der Potenzialfläche. In diesen Flächen ist die Errichtung von baulichen Anlagen ausgeschlossen. • Die Potenzialfläche ragt in ein Vorbehaltsgebiet der Rohstoffsicherung hinein. Es handelt sich um ein Vorkommen toniger Rohstoffe. • Im Süden reicht das Geotoppotenzialgebiet „Tal Winderatter See-Treßsee-Oeversee/Frörup“ in die Potenzialfläche hinein. Der Bereich rund um die Ortslage Hürup ist durch einen Moränenzug geprägt. Östlich der Ortslage fällt das Gelände stark ab, so dass der östliche Ortsrand eine balkonartige Ausprägung auf einem Niveau von ca. 50 - 55 m NHN aufweist. Das Gelände fällt in Richtung Osten ab und führt in den Niederungsbereich mit einer Höhe von ca. 40 m NHN. Durch den Höhenunterschied würden die Rotorbereiche der WEA (Referenzhöhe 200 m, Rotordurchmesser 150 m) stärker in den Fokus der Betrachter von der Ortslage aus gerückt. • Die gesamte Potenzialfläche findet sich innerhalb eines archäologischen Interessensgebiets, im südlichen Teil sind archäologische Fundstellen bekannt. • Die Fläche liegt vollumfänglich innerhalb des Umgebungsschutzbereichs zum Kulturdenkmal Marienkirche in Hürup. Aus Sicht der unteren Denkmalschutzbehörde (Kreis Schleswig-Flensburg) besteht die Gefahr, dass das Kulturdenkmal durch die Errichtung von Windenergieanlagen in diesem Bereich beeinträchtigt wird. Es besteht denkmalrechtlicher Prüfbedarf. Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die nicht frei von anderweitigen	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Nutzungsansprüchen ist. Potenzialfläche Nr. PR1_SLF_085 (Größe: 62,93 ha) • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden große Teile der Potenzialfläche überlagert • Die Fläche liegt vollständig innerhalb des Geotop-Potenzialgebiets „Moräne bei Hürupmühle – Kleinwolstrup“. Die Potenzialfläche umfasst Höhenlagen zwischen ca. 70 m und 80 m NHN. Bei dem am nördlichen Rand gelegenen Hökeberg (ca. 82 m NHN) handelt es sich um die höchste Erhebung im Naturraum Angeln und damit um eine bedeutende Landmarke der Region. Der Höhenzug prägt das Landschaftsbild der Region erheblich und hat eine besondere Bedeutung für die Erholung.Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die aufgrund der geomorphologischen Besonderheiten sowie der erhöhten Abstandspuffer keine besondere Eignung für Windenergie aufweist. Potenzialfläche Nr. PR1_SLF_093 (Größe: 75,88 ha) • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden große Teile der Potenzialfläche überlagert. • Der südliche Teil der Potenzialfläche wird durch die klassifizierte Straße K 90 durchschnitten. Zusätzlich wirken sich Anbauverbotszone von beidseits 15 m	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sowie die Anbaubeschränkung auf die Bebaubarkeit aus. • Die Potenzialfläche wird von der 110-Kv-Leitung Flensburg/Weiche – Kappeln durchzogen; Abstandserfordernisse wären zu prüfen. • Der nördliche Teil der Potenzialfläche zählt zur Nebenverbundachse „Endmoränengebiet westlich Hürup“. • Innerhalb der Potenzialfläche liegt ein geschütztes Biotop, das von großflächiger Kompensations-/Ökokontofläche umgeben ist. In diesem Bereich ist die Errichtung von baulichen Anlagen ausgeschlossen.Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die nicht frei von anderweitigen Nutzungsansprüchen ist. Die Fläche liegt zentral im Stadt-Umlandbereich, so dass diese Belange besonders stark gewichtet werden sollten. Potenzialfläche Nr. PR1_SLF_102 (Größe: 20,84 ha) • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer werden große Teile der Potenzialfläche überlagert. • Teile der Potenzialfläche zählen zur Nebenverbundachse „Endmoränengebiet westlich Hürup“, welche den direkt nördlich gelegenen Schwerpunktbereich „Staatsforst Weesries und Blixmoor“ mit den „Hornholzer Höhen“ verbindet.Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die nicht frei von anderweitigen Nutzungsansprüchen ist. Die Fläche liegt zentral im Stadt-Umlandbereich, so dass diese Belange besonders stark gewichtet werden sollten. Die Fläche weist keine besondere Eignung für Windenergie auf. Potenzialfläche Nr. PR1_SLF_104 (Größe: 17,47 ha) • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer wird die Potenzialfläche fast vollständig überlagert. • Ein Teil der Potenzialfläche gehört zur Nebenverbundachse „Oberlauf der Munkbrarupau“ und liegt im Niederungsbereich, der direkt an das Geotop „Tal der Munkbrarup bei Munkbrarup“ anschließt.Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die aufgrund der erhöhten Abstandspuffer und der Überlagerung mit der Verbundachse „Oberlauf Munkbrarup Au“ keine besondere Eignung für Windenergie aufweist. Potenzialfläche Nr. PR1_SLF_148 (Größe: 12,83 ha) • Fläche weist nicht die Mindestgröße von 15 ha auf. • Der nördliche Teil der Potenzialfläche wird durch Sondergebiete für PV-Anlagen, die bereits durch B-Plan ausgewiesen sind bzw. für die B-Pläne in Aufstellung sind, überlagert. • Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer wird die Potenzialfläche fast vollständig überlagert • Der südliche Teil der Potenzialfläche ragt in das Vorbehaltsgebiet der Rohstoffsicherung „Hürup-Ausacker“ hinein. Es handelt sich um ein Vorkommen toniger Rohstoffe.Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die nicht frei von anderweitigen Nutzungsansprüchen ist und zudem nicht die Mindestgröße aufweist. Potenzialfläche Nr. PR1_SLF_149 (Größe: 14,29 ha) • Fläche weist nicht die Mindestgröße von 15 ha auf.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Da der Raum bislang nicht durch Windenergieanlagen vorgeprägt ist, sollte dem Freiraumschutz besonderes Gewicht beigemessen werden und von den bestehenden Ortslagen sowie geplanten Siedlungserweiterungsflächen mit Wohn- und Erholungsnutzung nicht nur der 800 m Abstandspuffer, sondern vielmehr der erweiterte 1000 m Abstandspuffer Berücksichtigung finden; durch den erweiterten Abstandspuffer wird die Potenzialfläche fast vollständig überlagert • Ein östliche Teil der Potenzialfläche gehört zur Nebenverbundachse „Oberlauf der Munkbrarupau“Es handelt sich um eine Potenzialfläche, die aufgrund der erhöhten Abstandspuffer und der Überlagerung mit der Verbundachse „Oberlauf Munkbrarup Au“ keine besondere Eignung für Windenergie aufweist. Auch ist die Mindestgröße nicht gegeben. 5. Anhang Tabellarische Übersicht Ziele und Grundsätze der Raumordnung Karte 1: Ziele der Raumordnung – Ausschlusskriterien Karte 2a: Grundsätze der Raumordnung – Abwägungskriterien Karte 2 b: Grundsätze der Raumordnung – Abwägungskriterien	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1049	Das ist das allerletzte. Wir haben mehr als genug Windraeder und Millionaere durch die unnuetze Verschandelung der Landschaft. Da wird bald keiner mehr wohnen wollen und auch nicht koennen, vielen Dank fuer nichts. Bin ich froh wenn die Regierung wechselt…	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2878	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.14, 4.20, 4.2, 4.3, 3.17, 5.9, 4.5, 7.2.7, 7.3, 7.2.7, 7.2.8, 4.14, 4.15 und 7.2.11 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich habe Bedenken, dass die Trinkwasserqualität und die dauerhafte Verfügbarkeit durch die Fundamente der WKA gefährdet wird. Ich befürchte Störung der Flugrouten der Luftrettung. Auf dem Land ist die Erreichbarkeit durch RTW + NRW eh schon schwierig. Diese Routen sind freizuhalten! Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, Silberreiher u.a. in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Ich möchte, dass ein Havariefall wie z.B. Brandentwicklung, technischer Defekt durch ausreichende Abstände von mind. 1500m zu Wohnhäusern abgesichert wird. Außerdem befürchte ich eine Kontamination der landwirtsch. Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastikabrieb der Rotorblätter oder Giftstoffe durch Brand. Ich befürchte eine Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Blinklichter, Lärmbelästigung, Eiswurf und Infraschall. Ich möchte, dass überlebenswichtige Vogelflugkorridore zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen von Gänsen, Schwänen und Kranichen freigehalten werden. Ich erwarte, dass die Planung in diesem Zusammenhang an den tatsächlichen Gegebenheiten der Tiere Orientierung findet und nicht Wunschdenken zu Grunde gelegt wird. Außerdem fürchte ich, dass meine Immobilie an Wert verliert und möchte, dass eine Abstandsregelung von mind. 5H zur Wohnbebauung gilt. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2758	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Wir leben in einer artenreichen Natur. Kraniche, Gänse, Zugvögel aller Art, Greifvögel, der Milan, Seeadler und Fischadler haben immer Nist- und Jagdgebiete hier. Tiere und ihr Lebensraum werden durch den Bau von Windkraftanlagen beeinträchtigt und gefährdet. Zudem ist die stattfindende Bodenverdichtung durch die Basen der Windräder ein werdender weitgreifender Schaden für die Natur und Umwelt. Auch ist die Auswirkung auf die Gesundheit durch das durch Abrieb entstehende Mikroplastik, Schall und und Schattenwurf, als auch hohe Geräuschkulisse eine starke gesundheitliche Belastung, die ich schon einmal an anderer Stelle erleben musste und unter deren Folgen ich heute noch leide. Auch ist der Antrieb durch Dieselmotoren der Rotoren bei zu wenig Wind um die Instandhaltung zwischen alles andere als ökonomisch und umweltfreundlich. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.20, 7.2.14, 7.3, 7.2.9 sowie 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Amt	Stellungnahme der Gemeinde Dänischenhagen laut Beschluss der Gemeindevertretung	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
Dänischenhagen, Bürgerbüro ID: 1048	vom 04.07.2024: Die Gemeinde Dänischenhagen nimmt die Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes (LEP) Schleswig-Holstein zur Kenntnis. Stellungnahme der Gemeinde Noer laut Beschluss der Gemeindevertretung vom 08.07.2024: Die Gemeinde Noer nimmt die Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes (LEP) Schleswig-Holstein zur Kenntnis. Stellungnahme der Gemeinde Strande laut Beschluss der Gemeindevertretung vom 15.07.2024: Die Gemeinde Strande nimmt die Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes (LEP) Schleswig-Holstein zur Kenntnis. Die Gemeinde Schwedeneck hat in der Gemeindevertretung vom 18.07.2024 beschlossen, keine Stellungnahme zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes (LEP) Schleswig-Holstein abzugeben.	nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2886	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Abstandsregel 5h, damit keine körperliche Beschwerden	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.11, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3, 7.3.5, 7.3.7, 7.3.8 und 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet außerdem Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zur Beantwortung der Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Wertverlust unserer Immobilie • Abstandsregel für Einzelhäuser mind. 800m • Störungsfreier Erhalt der Verbundachsen • Bedenken, dass die vorhandenen Seeadler gefährdet werden • Naturschutzgebiete dürfen nicht zerstört werden • Unsere geschützten Großvogelarten sollen in unser Heimat weiterhin brüten können. • Bei einem Havariefall muss ein ausreichender Abstand (1500m) sein • Es ist eine Kontaminierung der landwirtschaftlichen Flächen zu befürchten • Einschränkung der Lebensqualität durch Schattenwurf, Lärm, Infraschall u.a. • Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab • Vogelflugkorridore müssen frei bleiben Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	beziehen, wird auf die Ziffern 4.2.1, 4.5.1, 4.8.1, 4.13.1. und 4.20.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Stadt Kaltenkirchen ID: M1494	Sehr geehrte Damen und Herren, seitens der Stadt Kaltenkirchen werden zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021-- keine Anregungen oder Bedenken geäußert. Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2006	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich befürchte, dass das ganze Land mit WKA bebaut wird, ohne dass jemand vorher darüber nachgedacht hat, wohin der Rotorblattmüll CFK/GFK entsorgt wird. Die Stoffe dürfen nicht deponiert werden, weil die krebserregend sind. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.9 und 7.2.13 der allgemeinen Synopse verwiesen
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2938	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich bin von Beruf Bioland-Gärtnerin! Meine Einwände sind im folgenden: Wie ist mit dem Abrieb von den Rotorblättern Carbon und Mikroplastik auf dem von uns im Freiland angebauten Gemüse? Wie sind die gesundheitlichen Bedenken wissenschaftlich fundiert. Kann ich denn überhaupt noch Bio-zertifiziert anbauen? Was passiert im Falle einer Havarie, Brand oder Abriss von Rotorteilen, wenn unsere	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2.1, 4.5, 4.20, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.13, 7.3.9 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Feuerwehr ein kontrolliertes Abbremsen anfassen muss. Mein Einwand ist weiterhin die Problematik der Entsorgung der Rotorblätter und Anlagen. Wie kann es sein, daß unsere Atomkraftwerke noch nicht abgebaut und gelagert werden. Nun entstehen sog. Erneuerbare Energien, die wieder neue Müll/Entsorgungsproblematik schaffen? Ich befürchte, zusammenfassend, eine Kontamination der landwirtschaftlichen und gärtnerischen genutzten Flächen zur Produktion von Lebensmitteln, Trinkwasserverunreinigung und Atemluft durch Mikroplastik der Rotorblätter (PFAS-Ewigkeitschemikalien) Des Weiteren ist das Tarbeker Moor (FFH-Gebiet), Blunker Bach direkt an Blunk legend. Ich möchte, dass die vorhandenen Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Moor- und Niederungsflächen, Biotopverbundachsen, als Kulturlandschaft erhalten bleiben und von der Windkraftenergienutzung ausgeschlossen werden. Mir ist es wichtig, dass die geschützten Großvogelarten, wie z.B. Rotmilan, Seeadler, Kraniche, Schwäne, Graureiher, großer Brachvogel in meiner Heimat weiterhin brüten können und geschützt werden. Ich möchte die Abstandsregeln zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1047	Es ist zwar richtig, dass wir dafür sorgen müssen, viel mehr Energie zu erzeugen, da wir durch die fortschreitende Digitalisierung, die stark ansteigende Nutzung digitaler Medien und u.a. Nutzung von E-Autos und Wärmepumpen einen enorm ansteigenden Energiebedarf in den kommenden Jahren haben werden, aber man muss unbedingt auch die Nachteile der Windenergie berücksichtigen und sollte diese nicht unterschätzen:	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.3, 7.2.6, 7.2.9, 7.2.13, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.5 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	• Windflauten • viel Wind: überschiessende Stromerzeugung, für die das Netz nicht ausgelegt ist • Mikropartikel-Abrieb der Rotorblätter vergiftet die Umwelt • Vernichtung von Lebewesen durch Rotorblätter • Vernichtung von Lebensqualität und Gefährdung der Gesundheit umliegender Anwohner durch die Geräusche der Rotorblätter und deren Schattenwurf. • erzeugter Strom kann zeitweise gar nicht abgenommen werden, da zu bestimmten Tages- und Nachtzeiten der Bedarf geringer ist. • großflächige Vernichtung von Ackerland, das der Landwirtschaft dann nicht mehr zum Lebensmittelanbau zur Verfügung steht. • Wie und wo werden bei Abbau oder Ersatz von alten Windkrafträdern die darin verbauten Schadstoffe entsorgt?	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1435	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, Im o.g. Beteiligungsverfahren nehme ich wie folgt Stellung: Bereits 2016 haben sich die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden Hürup und Ausacker mit der Planung für Windenergie auseinandergesetzt. Insbesondere die Fläche östlich von Hürup entlang der K90 stand damals im Fokus. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung beider Gemeinden lehnte 2016 den Bau von Windkraftanlagen auf dieser Fläche ab. Die zu erwartende Beeinträchtigung für Mensch, Tier und Natur wurde als zu groß erkannt. Als problematisch wurde weiter erkannt, dass die allgemeine Bevölkerung von der Stromerzeugung gar nicht unmittelbar profitiert hätte - durch einen günstigen Strompreis zum Beispiel. Im Gegenteil - die Allgemeinheit hätte die Subventionierung der Windenergie finanzieren müssen und wäre gleichzeitig	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.3, 7.1.4, 7.2.1, 7.2.5, 7.2.10, 7.2.11, 7.3.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	den Nachteilen unausweichlich ausgesetzt worden. Der finanzielle Nutzen wäre fast ausschließlich an wenige Investoren gegangen, auch wenn es sich um das Konstrukt eines sog. Bürgerwindparks gehandelt hätte. Die Situation stellt sich heute eher noch verschärft dar, z.B. durch die jetzt vorgeschriebene Größe neuer Windkraftanlagen und die im Verhältnis zur Größe geringeren vorgeschriebenen Abstände. Ich erkenne in diesen Fakten einen bösen Affront gegen die Bevölkerung, wenn jetzt dieselbe Fläche, die 2016 aus dem LEP herausgenommen wurde, wieder in die Planung einbezogen wird. Der demokratische Prozess, der damals zu der Entscheidung führte, wird einfach ignoriert. Die Souveränität der Bürgergemeinschaft wird negiert. Für eine demokratisch legitimierte Volksvertretung und ihre ausführenden Behörden muss zwingend der Souverän maßgebend und handlungsleitend sein. So muss auch ein Vertrauensschutz gelten. Ich fordere Sie als Planungsbehörde daher auf, die oben bezeichnete Fläche aus der weiteren Planung erneut herauszunehmen. Im Übrigen verweise ich auf das seinerzeit im Auftrag des Amtes Hürup erstellte Gutachten zum Standortkonzept Hürup. Die dort behandelten Kriterien haben weiterhin Bestand. Bezüglich des Schutzes besonders bedrohter Arten ist sogar festzustellen, dass Rotmilane unmittelbar in dem fraglichen Gebiet beobachtet worden sind. Bitte gehen Sie diesem Hinweis nach. Als absolut erstrangig sehe ich es an, den sozialen Frieden in den Gemeinden zu erhalten. Der soziale Frieden wird tiefgreifend gestört, wenn der Ausbau der Windenergie rücksichtslos gegen die Belange der Lebensqualität und der Gesundheit der Menschen durchgesetzt wird, indem man einigen Wenigen einen Profit auf Kosten der Vielen verspricht. Das ist genauso ungerecht wie die Absicht, mit einer gigantischen Überproduktion von Windstrom in Schleswig-Holstein die anderen Länder zu versorgen, wobei die Schleswig-Holsteiner nicht nur die Nachteile durch tausende von Windkraftanlagen zu ertragen haben, sondern auch noch für die Kosten des Abtransports des überproduzierten Stroms und vielfältige weitere Kosten aufzukommen haben. Gefährdung der Gesundheit, Gefährdung der Lebensqualität, Störung oder Zerstörung der Lebensumwelt durch Industrialisierung, Teilenteignung durch Wertverlust von Immobilien - das und mehr widerspricht grundgesetzlich verbrieften Rechten, denen nicht zuletzt auch Sie als Ausführende dieses Planungsverfahrens verpflichtet sind.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Daran möchte ich Sie mit dieser Stellungnahme erinnern. Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Energie, (Strom, Gas, Öl, Trinkwasser) einschließlich der dazugehörenden Netze in staatliche Hand gehört. Die Versorgung der Bevölkerung darf nicht zum Spielball von Aktionären und der Spekulatenbrut verkommen. Mit freundlichem Gruß (SIgnatur)	
Gruppe ID: GM1422 Anzahl: 5 (IDs: 1308, M1414, M1415, M1422, M1425)	Sehr geehrte Damen und Herren, Im o.g. Beteiligungsverfahren nehme ich wie folgt Stellung: Gedankenanstöße In Schleswig - Holstein wird bereits ein Vielfaches des eigenen Strombedarfs mit Windrädern erzeugt - trotzdem will die (Landes-)Regierung viele unberührte Flächen mit weiteren Windkraftanlagen zustellen lassen. Angeln und Schwansen werden dann so aussehen wie Nordfriesland und Dithmarschen heute schon Die Nordseeküste, wie sie einmal war, gibt es nicht mehr-jetzt ist die Küste ein riesiges Windkraftanlagen-Industriegebiet geworden. Viele Menschen leiden darunter, wer kann zieht weg. Einige Menschen sind z.B. nach Angeln gezogen, nur, um demselben Stress jetzt erneut ausgesetzt zu werden! In Angeln verteilen sich die potentiellen Flächen für den Windkraftausbau über das ganze Land. Die auf der Karte scheinbar geringen Größen der Flächen bedeuten in der dreidimensionalen Realität, dass jedes Windrad mit 200 m Höhe und 150 m Rotorbreite in ganz Angeln zu sehen sein wird, so dass das ganze Land mit Windrädern überzogen sein wird. Der Lebensraum der Menschen wird dann nicht mehr eine Naturlandschaft sein, sondern eine Industriebrache voller Maschinen. Die riesigen Windkraftanlagen werden zum überwältigenden Störfaktor für Mensch und Natur. Alle umliegenden Dörfer werden beeinträchtigt sein. Die Lebensqualität wird massiv herabgesetzt und die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen werden durch permanent wirkende Störfaktoren beschädigt. Ich habe durch eine breite Recherche versucht, auf die folgenden Fragen Antworten zu	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 7.2.1, 7.2.3, 7.2.5, 7.2.7, 7.2.9, 7.2.12, 7.2.13, 7.2.15 und 7.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	finden: Werden diese tausende Windkraftanlagen wirklich gebraucht? Ist es überhaupt möglich, den Strombedarf vollständig aus erneuerbarer Energie (im Wesentlichen Wind und Sonne) zu decken? Machen noch mehr Windräder die Stromversorgung sicherer? Können nach den bereits abgeschalteten Kernkraftwerken auch die Kohle- und Gaskraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden? Seit das erste Windrad in SH aufgestellt wurde, wird auch über den Abtransport überschüssigen Stroms, sowie über die notwendige Speicherung geredet. Die Transportwege stehen bis heute nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung. Außerdem bezahlen die Bürger Schleswig-Holsteins, die ohnehin unter den höchsten Stromkosten leiden, auch noch die Transportleitungen. Die notwendigen Speichermöglichkeiten existieren bis heute nicht. Ist zu erwarten, dass eine ausreichende Stromspeicherung umgesetzt werden kann, die auch bei Dunkelflaute die Versorgung sicherstellt? Wurden bzw. werden die Folge-Gefahren, sowie die Folge-Kosten für Mensch und Umwelt und Natur bei der Planung des Windenergie-Ausbaus berücksichtigt? Folge-Gefahren sind: 1. der Abrieb von den Rotorblättern und infolgedessen die Verseuchung der Böden mit nicht abbaubaren Stoffen 2. das in den Schaltanlagen verwendete Sicherheitsgas, Schwefelhexafluorid. Je mehr Anlagen aufgestellt werden, umso mehr davon gelangt unweigerlich in die Atmosphäre, denn eine absolute Dichtigkeit der Schaltanlagen kann es nicht geben, ganz abgesehen von menschlichen Fehlern und Havarieen. Die Schädlichkeit von Schwefelhexafluorid ist soviel größer als von CO2, dass der Einsparungseffekt der WKA vermutlich schnell aufgehoben sein wird, womit die Lösung eines Problems sich wieder einmal als schlimmer erweisen könnte als das Problem selbst. 3. Wird die Havariegefahr bei WKA berücksichtigt und die Umweltverseuchung durch austretende Stoffe bei einer Havarie? 4. Wird untersucht, welche Auswirkungen es auf die Böden, das Grundwasser usw. hat, Hunderttausende Tonnen Beton in die Böden einzubringen? 5. Wurde eine umweltverträgliche und bezahlbare Entsorgung auch des anfallenden Sondermülls nach Abbau der WKA sichergestellt? Trotz des Ausbaus der Wind- und Solarenergie in den letzten Jahren gibt es immer	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wieder Versorgungsengpässe, bei denen Strom aus dem Ausland zugekauft werden muss. Ist zu erwarten, dass Deutschland von den teuren Stromimporten durch mehr Windräder unabhängig werden kann? Ist es ökologisch und ideologisch überhaupt vertretbar, Strom aus Ländern zu importieren, die diesen mit Kernkraftwerken erzeugen? Ist die deutsche sogenannte Energiewende wirtschaftlich vertretbar? Kann durch die inzwischen verabschiedeten gesetzlichen Maßnahmen ein menschlicher Einfluss auf die Wetterverhältnisse dergestalt ausgeübt werden, dass das Wetter den menschlichen Bedürfnissen besser entspricht? Hat diese Wetterbeeinflussung durch den Menschen dann auch einen positiven Einfluss auf die Tier- und Pflanzenwelt und auf die gesamte Natur? Die Antwort auf alle diese Fragen lautet nach meiner Erkenntnis in allen Fällen: NEIN ! Sie als Planungsbehörde sollten bitte bedenken, dass Nordfriesland und Dithmarschen schon extrem viele Windräder haben. Sollte es nicht auch für die Menschen Rückzugsräume geben, so wie für bedrohte Tierarten? Die Antwort auf diese Frage sollte nach meinem Dafürhalten JA ! lauten. Bitte denken Sie um und erhalten Sie für die Menschen in Schleswig-Holstein und die Urlaubsgäste, die hierher kommen wollen, den noch verbliebenen Rückzugsraum. Für Angeln und Schwansen muss die geplante Ausweitung der Industrie für Wind- und Solarenergie gestoppt werden. Das ist mein dringender Appell an Sie als Planungsbehörde. Unterschrift [redacted]	
Institution: Amt Nordsee-Treene, Bauen und Liegenschafte	**Stellungnahme zum LEP Teilfortschreibung Wind** Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Südermarsch richtet sich entschieden gegen die Auswesiung der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 7.3, 4.16 und 7.1.4 der allgemeinen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
n **ID: M1249**	Potenzialfläche im Osten der Gemeinde als Windeignungsfläche. **Begründung:** 1. Die Wege der ländlichen Gemeinde Südermarsch sind nicht für den Schwerlastverkehr ausgelegt. Sie werden hierfür weder temporär freigegeben noch hergerichtet. Alle Brücken haben lediglich eine Traglast von 12 Tonnen. Die Kreisstraße 55 (Rantrumer Straße) hat lediglich eine Traglast von 6 Tonnen. Eine Zuwegung zu der Potenzialfläche ist ausgeschlossen. 2. Es befinden sich 3 Richtfunkstrecken in der Potenzialfläche. 3. Die Blend- und Schattenwirkung für die Gemeinden Mildstedt und Rantrum wird die Bürgerinnen und Bürger erheblich beeinträchtigen. 4. Der südliche Teil der Potenzialfläche liegt im Gebiet der Hauptachse des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung und sehr hoher Zugintensität. 5. Im Bereich des kleinen Peterskooges wird angestrebt das Windtestfeld der Gemeinde Südermarsch zu erweitern. Dies ist ebenso an der Simonsberger Straße (südlich Vosskuhle) angedacht. Die Gemeinde hat hier bereits Pachtflächen vertraglich gesichert. Diese Flächen wurden der Landesplanung bereits für die Erweiterung des Testfeldes als potenzielle Windeignungsflächen vorgeschlagen. Die Bestrebungen sind dem Lagebericht 2023 der Windtestfeld Nord GmbH zu entnehmen. Der Kreis Nordfriesland ist in diese Bestrebungen ebenfalls, als Teilhaber dieser GmbH, involviert. Aus den vorgenannten Gründen sehen wir eine weitere Zersplitterung der Gemeinde kritisch und lehnen die im Osten befindliche Potenzialfläche ab. Es befinden sich hier viele Ausgleichsflächen und weiterhin natutrschutzrechtlich sensible Gebiete. Diese sollten geschützt bleiben. Weiterhin befinden sich innerhalb der Potenzialfläche Flächen im Eigentum der Gemeinde Südermarsch. Die Gemeinde Südermarsch wird und kann ihre eigenen Flächen für die Errichtung derWindkraftanlagen in diesem sensiblen Gebiet nicht hergeben. Bitte beachten Sie, dass die Firma [redacted] in ihrer Stellungnahme bereits signalisiert hat, dass sich die Gemeinde Südermarsch für die Einrichtung der östlichen Potenzialfläche ausgesprochen hat. Dies ist falsch und entspricht nicht der Wahrheit.	Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die genannte Firma hat dies ohne Zustimmung der Gemeindevertretung behauptet. Die Gemeinde Südermarsch hat mit der Erweiterung des Windtestfeldes eigene Planungen und bittet diesbezüglich um Berücksichtigung. Mit der Erweiterung des Windtestfeldes wird ein großer Beitrag für die Forschung und Entwicklung der Windkraft geleistet. Mit freundlichen Grüßen [redacted] Bürgermeister Gemeinde Südermarsch	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1995	Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: • Ich möchte, dass die gleiche Abstandsregelung für Einzelhäuser und Splittersiedlungen gilt. Und die muss mindestens 1000m betragen, da die Höhe der WKAs ständig zunimmt. • Ich habe Bedenken, dass Seeadler gefährdet werden. • Mir ist es wichtig, dass die geschützten großvogelarten meiner Heimat nicht gefährdet werden. Ich möchte Abstandsregelungen zu Brutplätzen, die vor 2018 gültig waren. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 2.1 bis 2.5, 4.8 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1046	Sehr geehrte Damen und Herren, im Juni 2024 hat die Landesregierung die Landesentwicklungsplanung Schleswig-Holstein zum Thema „Windenergie an Land“ veröffentlicht. Ziel ist es weitere Flächen für die Nutzung von Windenergie zu erhöhen, um die Dekarbonisierung weiter voranzutreiben. Im Zeitraum vom 24.06.2024 – 09.09.2024 sind Bürgerinnen und Bürger aufgerufen Stellungnahmen zur Planung abzugeben. Als Bürger der Gemeinde Gnutz, aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde, möchte ich Ihnen gerne einige Informationen zur Situation vor Ort darlegen. Die Landesentwicklungsplanung weist in der Gemeinde Gnutz eine Vielzahl an möglichen Windeignungsflächen aus. Eine Übernahme der gesamten Flächen in den Regionalplan erscheint als nicht erstrebenswert, da dies eine Umzingelungswirkung erzeugen wird. Hier gilt es eine kluge Auswahl zu treffen. Der bisherige Regionalplan sieht die Eignungsflächen PR2_RDE_126, PR2_RDE_137 und PR2_RDE_132 in der Gemeinde Gnutz vor. Diese befinden sich im Nord-Osten und im Westen der Gemeinde. Im Osten der Gemeinde (zwischen der Fläche PR2_RDE_137 und dem Windeignungsgebiet in der Gemeinde Aukrug) sollten keine weiteren Flächen ausgewiesen werden, da so eine Riegelbildung entsteht. Die bisherige Freifläche zwischen diesen Windeignungsflächen sollte weiterhin, als Sichtfenster erhalten bleiben, um das Sichtfeld aufzulockern. Zusätzlich sollte eine weitere Fläche im Nord-Westen ausgewiesen werden. Durch die Ausweisung dieser Fläche, ergeben sich weitere Sichtfenster in Richtung Heinkenborsten/Oldenhütten, sowie in Richtung Bargstedt und Nortorf. In Richtung Nortorf sollten keine weiteren Flächen ausgewiesen werden, um die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt Nortorf nicht zu limitieren. So wird u.a. ein Gewerbegebiet parallel zur L328 an der L121 gebaut und ein weiteres befindet sich in Planung. Weiterhin benötigt die Stadt weitere Möglichkeiten, um sich wohnwirtschaftlich weiter entwickeln zu können. In der Sitzung des Bauausschusses der Stadt Nortorf am 08.07.2024 wurde dies bereits thematisiert. Weiterhin wird durch den von mir vorgeschlagenen Entwurf eine Riegelbildung und eine Umzingelung der Gemeinde Gnutz vermieden. Im Nordwesten der Gemeinde Gnutz sollte eine neue Windeignungsfläche ausgewiesen werden. Die Landeigentümer planen dort in Eigenregie einen Windpark zu realisieren. Durch diese Maßnahme wird die Akzeptanz vor Ort gesteigert und die Wertschöpfung bleibt vor Ort. Als Vorbild fungiert der Bürgerwindpark Gnutz / Timmaspe in der	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Planungsfläche PR2_RDE_137. Auf diese Weise können die Bürgerinnen und Bürger vor Ort an dem Projekt partizipieren und steigert die Akzeptanz gegenüber der Energiewende. Die vorgeschlagene Eignungsfläche umfasst die Flurstücke [redacted] in der Gemarkung Gnutz (010120) Gemeinde Gnutz. Außerdem ist bei der weiteren Planung auch der technische Fortschritt zu berücksichtigen. Insbesondere im Bereich des Vogelschutzes und Artenschutzes gibt es große Fortschritte. So sind mittlerweile kamerabasierte Antikollisionssysteme (AKS) zum Schutz von Vögeln am Markt verfügbar. Das System IdentiFlight hat bereits eine Zulassung erhalten. Weiterhin wird im Nachbarort, im Windpark Timmaspe, ein weiteres AKS mit dem Namen ProTecBird sehr erfolgreich getestet. Laut dem Hersteller Bio Consult SH steht dieses System kurz vor der Zulassung. Aufgrund der wegweisenden Technik ist damit zu rechnen, dass zukünftig noch weitere Anbieter in den Markt eintreten werden. Somit wird der Tierschutz laufend verbessert und die Energiewende mit dem Artenschutz in Einklang gebracht.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M2796	**Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig_Holstein - Fortschreibung 2021** Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Bedenken und Einwände gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der geplanten Teilfortschreibung der Landesplanung äußern. Die folgenden Punkte sollen meine Einwände verdeutlichen: Ich lehne die beschleunigte Raumverträglichkeitsprüfung ab und fordere, dass Windkraftanlagen erst genehmigt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass der Strom auch eingespeist werden kann. Ich lehne die Absenkung des Grundwasserspiegels zum Bau von Windkraftanlagen strikt ab, da in der Nähe befindliche Grundwasserseen mit der dazugehörigen Fauna und Flora erheblich beeinträchtigt werden. Ich möchte dass die vorhandenen Naturschutzebiete – Naturparkflächen nicht zerstört werden und Großvogelarten weiterhin in meiner Heimat brüten können. Dafür sind	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.3, 5.4.1, 4.2, 3.18 und 4.20 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Flugkorridore zwischen Schlafplatz und Nahrungsflächen freizuhalten. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung des Eingangs meiner Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen [Unterschrift]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1254	Sehr geehrte Damen und Herren, Ihr Entschluss auf Eiderstedt keine zusätzlichen Windräder zu genehmigen, hat bei mir große Erleichterung und Dankbarkeit ausgelöst. Windräder direkt am Unesco Weltnaturerbe Wattenmeer, wären für die dort brütenden Vögel und den ostatlantischen Vogelzug eine Katastrophe. Ihr Entschluss berücksichtigt auch, dass die wunderschöne Natur auf Eiderstedt als wesentliche Attraktion für Feriengäste den hier lebenden Menschen ihr Einkommen sichert. Dies wurde auch durch die Bürgerbefragung in Tating bestätigt, die mit deutlicher Mehrheit gegen zusätzliche Windräder votiert hat. Vielen Dank! Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 4.4, 3.15 und 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1045	Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung, Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, im o.g. Beteiligungsverfahren nehme ich wie folgt Stellung: Wie sie wissen werden, gab es bereits 2016 Planungen zur Errichtung eines Windparks auf einer Fläche östlich der Gemeinde Hürup entlang der K90. Damals fanden in den Gemeinden Hürup und Ausacker Einwohnerversammlungen statt, die hierzu meinungsbildend waren. Es wurde überdies ein Gutachten erstellt, welches in der späteren Bewertung zu sogenannten weichen Ausschlusskriterien führte. Die Einwohner beider Gemeinden lehnten in der Folge derartige Planungen ab. Seitens der zuständigen Behörden wurde die Genehmigung für die geplante Anlage nicht erteilt. Das Gebiet wurde aus den Eignungsflächen genommen. Die damals vorgetragenen Bedenken hinsichtlich Naturschutzes, Gesundheitsschutzes, Denkmalschutzes, aber auch fehlender Infrastruktur bestehen nach wie vor und wurden bisher nicht ausgeräumt. Jetzt taucht die vorher gestrichene Fläche in den neuen ausgewiesenen Potentialflächen wieder auf. Prompt gründete sich ein Verein zur Erstellung eines Windparks entsprechend den Planungen von 2016, jedoch mit wesentlich größeren Windrädern (200m Spitzenhöhe, statt 175m ehemaliger Planung). Die Mitglieder sind großenteils Landbesitzer der ausgewiesenen Potentialflächen. Bei den Einwohnern sowohl des Ortes Hürup als auch denen des Dorfes Ausacker aber auch weiterer Gemeinden wird dies als Angriff auf das friedliche Zusammenleben betrachtet. Den Mitgliedern des planenden Vereins ist die Situation voll bewusst. Sie gehen mit dem Ziel Geld zu verdienen über die Befindlichkeit ihrer Mitbewohner hinweg. Entstanden ist diese Situation aus der Neuschaffung des Planes zu den Potentialflächen. Hier fehlt der ein Vertrauensschutz. Windräder sind keine Touristenattraktionen. Sie stören erheblich im Landschaftsbild und belästigen ebenso erheblich so viele Einwohner und Gäste unseres auch von Tourismus geprägten Landes, dass die jetzige Landesplanung hierzu nicht mehr nachvollzogen werden kann, zumindest unter dem Aspekt, dass die Landesregierung Schaden von der Bevölkerung abwenden soll. Schleswig-Holstein erzeugt ca. 200% des für den Eigenverbrauch erforderlichen Stromes. 300% werden regierungsseitig angestrebt. Eine Begründung wurde seinerzeit damit gegeben, dass durch fossile Kraftwerke und Atomkraftwerke auch 300% Stromerzeugung stattfand. Also eine rein monetäre Betrachtung, keine Bedarfsanalyse.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die hat auch jetzt nicht stattgefunden. Die in die Fläche gehende Beeinträchtigung der Einwohner Schleswig-Holsteins bei dem Ersatz der Kraftwerke durch Windräder wurde nicht nachprüfbar nach wissenschaftlich klaren Vorgaben berücksichtigt. Das kann so nicht genügen, denn die unnötige Belästigung der Bevölkerung lediglich zur Gewinnmaximierung Einzelner – und auch Windparkgemeinschaften können gegenüber der Masse der Bevölkerung als Einzelpersonen betrachtet werden – ist zu unterbinden. So wurden immer wieder Abstriche hinsichtlich der Abstände zu Bebauungen und Zugaben zur Höhe von Windrädern im Sinne der Windkraftbetreiber gemacht. Richtige Werte kennt offensichtlich niemand, sonst wären diese in allen Bundesländern gleich. Durch den weiteren Ausbau von Windparks auf dem Land entstehen zusätzlich zu den zunehmenden Belästigungen der Bevölkerung dieser auch zusätzliche Kosten: Jedes neue Windrad erhält die Stillstandsprämien. Für jedes neue Windrad muss der Netzausbau erweitert werden. Die Kosten hierfür tragen für Schleswig-Holsteinische Netze die Schleswig-Holsteiner, obwohl sie den durch diese Netze geleiteten Strom etwa zur Hälfte gar nicht selbst benötigen. Alle hieraus entstehenden Gebühren sind derartig verschachtelt und teilweise von Drittgrößen abhängig, dass eine korrekte Abrechnung kaum sichergestellt werden kann. Dies ist nichts weiter als eine Subventionierung der Windkraftbetreiber aber auch Netzbetreiber über steuerliche Aspekte und sonstige Förderungen hinaus direkt durch die Verbraucher. Eine Gewinnbeteiligung dafür z. B. in Form von Gebührensenkungen findet nicht statt. Die in Vertretung für die Landesregierung durch zwei Staatssekretäre in der öffentlichen Informationsveranstaltung 2016 in Husum ausgesprochenen Versprechungen zum Tempo des Netzausbaues konnten schon damals und noch bis heute (nach 8 Jahren) nicht eingehalten werden. Hieraus entstand eine Lehre zum Wahrheitsgehalt dieser Zusagen, die wiederum Grundlage privater und geschäftlicher Entscheidungen waren. In der Folge steigen die Stillstandsvergütungen, Förderungen und Netzkosten weiter mit jedem (überflüssigem) Windrad. Für den Wertverlust von Immobilien – hier werden von Fachleuten bis zu 50% für möglich gehalten – ist keinerlei Ausgleich vorgesehen. Die Selbstverständlichkeit, mit der das übergangen wird, ist unfassbar und zieht Vertrauensverlust in die Regierung und Verwaltung nach sich. Zur Versorgung Schleswig-Holsteins mit Strom ist ein weiterer Ausbau von Windkraftanlagen nicht erforderlich. Die Weiterleitung von Strom in andere Bundesländer kann durch Windräder dort vermieden werden. Die aus weiterem Ausbau hier folgenden Belästigungen der Bevölkerung und der Umwelt sind völlig überflüssig.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Die Unterordnung des Naturschutzes unter den Klimaschutz in Verbindung mit Windrädern ist ein schwerer Fehler. Der Wunsch Einzelner nach Gewinn darf nicht über das Allgemeinwohl gestellt werden. Hierdurch wird der soziale Frieden in den betroffenen Gebieten erheblich gestört. Ich denke, dass die Planungsbehörde nicht einzelnen Personen oder Verbänden, sondern der Schleswig-Holsteinischen Allgemeinheit verpflichtet ist. Und die benötigt keinen Strom im geplanten Ausmaß. In diesem Sinne fordere ich sie auf, die zur Rede stehende Fläche wieder aus der Planung herauszunehmen. Zusammenfassend: Bei einer rechnerischen Stromerzeugung durch alternative Energien von momentan ca. 200% ist der Stromverbrauch Schleswig-Holsteins ausreichend gesichert. Aus diesem Aspekt heraus sind weitere Windräder nicht erforderlich. Selbst eine Zunahme von Industrieansiedlungen in der Zukunft wäre bereits jetzt gedeckt**. Ein weiterer Ausbau der Windkraft aus Gründen des Klimaschutzes ist in unserem Bundesland nicht erforderlich und aus Sicht des Umweltschutzes kontraproduktiv.** Weitere Windräder dienten lediglich der Kapitalbildung weniger Investoren zulasten der Bevölkerung, eine Rückvergütung von Gewinnen an die Verbraucher findet nicht statt. Hierfür würden Umweltschutz, Gesundheit, Denkmalschutz hintangestellt werden müssen. Die Erstellung der Windräder würde mit Subventionen und Unterstützungen aus Steuermitteln aller Bürger erfolgen. Diese Gelder wären besser verwendet für z. B. Kitas und Schulen oder auch für Batteriespeicher, um die windbedingte tatsächliche Versorgung von ca. 86% zu verbessern. Die schon jetzt hohen Stillstandsvergütungen, die allen Verbraucher in Rechnung gestellt werden, würden weiter steigen. Ebenso die Netzausbaukosten. Die erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen für den Bau und die Erreichbarkeit der	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windräder sind bei dieser Betrachtung noch nicht berücksichtigt. Der Wertverlust von Immobilien wird in keiner Weise berücksichtigt. Auch das kann als direkte Subventionierung der Windenergie durch die Bevölkerung betrachtet werden. Unser Land wird zu einem unerträglichen Maß zur Industrielandschaft. Der Erholungswert ist schon jetzt häufig infrage gestellt. Alle diese Nachteile werden der Bevölkerung bei weiterem Ausbau der Windkraft zugemutet. Bezogen auf Hürup und Umgebung kann schon jetzt gesagt werden, dass der soziale Frieden durch die Feststellung neuer Potentialflächen in Verbindung mit der kurz darauf gestarteten Planung eines Windparks gegen den 2016 eindeutig festgestellten Willen der Einwohner gestört ist. Ich gehe davon aus, dass dies auch für viele weitere Potentialflächen gilt. **Eine Entscheidung wesentlich für den Gewinn weniger Investoren ist gegenüber den dargestellten Nachteilen für die Allgemeinheit als unverhältnismäßig anzusehen. Im Fall Hürup sollten die 2016 erkannten und nach wie vor bestehenden „weichen Kriterien“ auf jeden Fall schwerer wiegen, als das rein wirtschaftliche Einzelinteresse eines Vereins oder Verbandes mit letztlich gegenüber den betreffenden Einwohnerzahlen wenigen Mitgliedern. Deshalb fordere ich die Herausnahme der Hüruper Potentialfläche aus der Planung.**	
Institution: Amt Bornhöved, Beitragserhebung ID: 1043	Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeindevertretung Tarbek hat am 16.07.2024 beschlossen, dass sie an dem Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (Thema "Windenergie an Land") teilnehmen möchte. Der Beschlussauszug ist als Anlage beigefügt und enthält die Kernaussagen, die der Gemeindevertretung in diesem Verfahren wichtig sind. Mit freundlichem Gruß Im Auftrage [redacted] Amt Bornhöved	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der Amtsdirektor Bauen und Planen Am Markt 3 24610 Trappenkamp [angefügt aus Anhang] BESCHLUSSAUSZUG Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Tarbek vom 16.07.2024 zu 6. Teilfortschreibung zum Thema "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 hier: Beratung und Beschlussfassung zur Teilnahme am Beteiligungsverfahren Der Bürgermeister erläutert die Beschlussvorlage. Die Mitglieder der Gemeindevertretung sind sich darüber einig, dass sie am Beteiligungsverfahren teilnehmen möchte. Die Stellungnahme soll die im Beschlussvorschlag genannten Punkte umfassen. Beschlussvorschlag: Die Gemeindevertretung entscheidet, dass sie an dem Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungspland zum Thema „Windenergie an Land" mit nachfolgendem Inhalt teilnehmen möchte: - Die Gemeinde Tarbek zeigt sich grundsätzlich gesprächsbereit	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	- Die Mindestabstände sind einzuhalten - Ökologische Naturflächen sind einzuhalten (ausgebeutete Kieskuhlen) - Die Gemeinde ist durch den Kiesabbau und der Mülldeponie bereits Emissionen ausgesetzt - Zersiedelung vermeiden Abstimmungsergebnis dafür: 6 dagegen: 0 Stimmenthaltung: 0 Beschlussfähigkeit: Mitgliederzahl (gesetzl.): 7 davon anwesend: 6 Aufgrund des § 22 GO war Gemeindevertreter/in —-———— von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen und hatte den Sitzungsraum verlassen. Die Richtigkeit des Auszuges und der Angaben über die Beschlussfähigkeit und Abstimmung werden beglaubigt. Gleichzeitig wird bescheinigt, dass zur Sitzung unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen worden war. Das Gremium war beschlussfähig. Trappenkamp, den 23.07.2024 AMT BORNHÖVED Der Amtsdirektor Im Auftrage: [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1442	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024)	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 3.15, 4.16, 4.18 und 7.2.12 der

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Die Entscheidung, die Hauptachsen des Nordostatlantischen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, ist die einzig richtige Entscheidung. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet und damit folgerichtig und alternativlos. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt aufgrund der dort bestehenden Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der WiesenvogelBrutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung muss auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land", Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von Windanlagen frei zu halten. Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt. Die Landschaft Eiderstedt ist der einzige Raum in Schleswig-Holstein in dem sich großflächig Kulturlandschaftselemente der letzten 2000 Jahre erhalten haben. Die die Landschaft prägenden 18 Kirchen, die mit erheblichem staatlichem Aufwand aufwendig saniert wurden und werden, würden durch WEA mit einer Höhe von bis zu 240 m komplett entwertet. Da wäre das Geld für die Sanierung anderweitig sicher besser investiert worden. Die Weite der Landschaft und der freie Blick auf den Horizont, den es sonst nur auf der offenen See gibt, darf nicht zerstört werden; denn der Tourismus trägt das Auskommen der Menschen auf Eiderstedt zum überwiegenden Teil. Der vorgelegte Entwurf des Landesentwicklungsplans zur Windenergie muss bezüglich der Raumordnung in Eiderstedt unverändert beschlossen werden. Mit freundlichen Grüßen [redacted] [redacted]	allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1042	Moin , ich bin Bürgerin der Gemeinde Oldenswort und spreche mich hiermit eindeutig gegen Errichtungen von Windkraftanlagen in unserem Gemeindegebiet aus. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1421	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung" Windenergie an Land"des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein -Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein-Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Der Heimatbund Landschaft Eiderstedt (HLE) befürwortet Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziel der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten. Sie ist überzeugend und wissenschaftlich fundiert begründet. Der HLE setzt sich für den Erhalt der Landschaft Eiderstedt ein, daher würden weitere WEA das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen und diese einmalige Kultur- und Naturlandschaft erheblich beschädigen. In der Landschaft Eiderstedt haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente erhalten, diese sind heute noch „lesbar". Die Warften, Deiche und Deichbruchstellen, Flurformen, alten Priele, Bootsfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege, eine Vielzahl historischer Gebäude wie Haubarge und die 18 Kirchen etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 3.15, 4.16, 4.18 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	für die naturnahe, nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen durch diesen Hauptwirtschaftsfaktor der Region sichert. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für die Landschaft Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziel der Raumordnung muss nach Abschluss Bestand haben. Das muss aus unserer Sicht auch die neu hinzugekommenen Flächen um Oldenswort einschließen. In der „Anlage 2 zu $ 1 LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land" sind neue Flächen südwestlich des bestehenden Windparks bei Oldenswort „weiß" dargestellt. Damit sind die ohnehin bestehenden Beeinträchtigungen für den Zug von Millionen von Zugvögeln und für den Schutz der Wiesenvögel-Brutgebiete wieder verschärft. Eine fachliche Begründung für die Herausnahme dieser Flächen aus den Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung und den Wiesenvogel-Brutgebieten mit besonders hohen Siedlungsdichten ist zudem nicht erkennbar. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land", Seite 58,15Z und 16Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt und die o.a. Flächen bei Oldenswort ergänzt werden. Der ostatlantische Vogelzug ist ein konstituierendes Element des „Outstanding Universal Value" und damit des Unesco Weltnaturerbes Wattenmeer. Wenn jetzt auch noch der letzte offene Zugkorridor über die Landschaft Eiderstedt durch neue WEA versperrt würde, gefährdet dies sowohl den internationalen Vogelzug als auch den Weltnaturerbestatus des Wattenmeeres. Im Ergebnis bitten wir deshalb darum, den Entwurf im Sinne unserer o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung in der Landschaft Eiderstedt keinesfalls zu verändern und den neuen Flächen bei Oldenswort den gleichen Schutzstatus zu gewähren. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorsitzender Heimatbund Landschaft Eiderstedt e. V.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1395	Sehr geehrte Damen und Herren, **stoppen Sie den Wahnsinn!** **<u>Alle 6 Stunden verschenkt Deutschland seinen Strom</u>** - Quelle: B Z 10.7.2024 Prof. Manuel Frondel: *“Die Ausbau-Pläne der Regierung für das Jahr 2030 mit einer Verdreifachung der Photovoltaik und einer Verdoppelung der Windkraft an Land sind unbezahlbar und gefährden die Stromversorgungssicherheit“* **<u>Deutsche Windräder werden abgeschaltet: den Preis zahlen die Stromkunden</u>** - Quelle: EFAHRER.com 30.5.2024 Sophia Haberkorn (mdr.de) **Die Kosten für diese Entschädigung beliefen sich im Jahr 2023 auf 3,1 Milliarden Euro. Sie haben sich seit 2017 mehr als verdoppelt.** Bereits Ende Juni hatte die BILD enthüllt, dass die Kosten für die Ökostrom-Förderung in diesem Jahr auf rund 19,4 Milliarden Euro hoch knallen werden. Lt. Jahresrechnung der E.ON betragen die Steuern, Abgaben und Umlagen 25% des Strompreises, die Netzentgelte und Messeinrichtung weitere 35,1%. Es gibt heute schon zu viele Stromsperren, da sich die Bürger die Stromkosten nicht mehr leisten können. **<u>Bodenversiegelung durch gewaltige Windradfundamente</u>** - das sichtbare Windrad ist sozusagen nur die Spitze des Eisberges, da ein derart hohes und dunnGS Gebäude sehr fest und sicher im Boden verankert sein muss. Das Stahlbetonfundament ist sehr breit und Tausende Tonnen schwer. Dazu kommt der Flächenverbrauch durch Zufahrtswege mit 0,3 bis 0,4 ha für den Bau schwerlastgeeigneter Zufahrten. Nach Abriss des Windrades verbleibt das Fundament zuallermeist im Boden, da eine Ausbaggerung derart teuer wäre und der Betreiber heftige Einbußen beim Profit hätte. **<u>Recycling der Rotorblätter</u>** - das Verfahren befindet sich noch im Forschungsstadium. Quelle: www.umweltbundesamt.de In der aktuellen Praxis werden Abfälle glasfaserverstärkter Kunststoffe einer Mitverwertung in Zementwerken oder der Hausmüllverwertung zugeführt. Mit anderen Worten: *„sie werden verbrannt“* **Wann wachen unsere Bundes- und Landespolitiker endlich auf und erkennen die**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1, 7.2.14, 7.2.15, 7.2.13, 7.1.1 und 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Probleme? Bereits im Jahr 2020 forderte ich Sie dazu auf, die Potentialfläche bei Heidmühlen endgültig aus der Planung zu streichen. Gleichzeitig bat ich darum den Strom in Schleswig-Holstein für die Bürger wieder bezahlbar zu machen. Das gelingt nicht mit überschüssigen Windrädern und zu bezahlendem „Geisterstrom“. **Es passierte nicht’s - es wird immer schlimmer!** **Ackerflächen werden nicht nur für Windräder verbraucht, nein es werden auch Solaranlagen im Außengebiet aufgestellt. Das treibt das Pachtland für noch aktive Landwirte in astronomische, unbezahlbare Höhen.** Nutzen Sie doch endlich die Dächer der bundes- und/oder landeseigenen Gebäude für Solaranlagen. Das schützt unsere Umwelt - die Flächen sind schon verdichtet und es schont unsere Vögel. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1246	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung,,Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung ,,Windenergie an Land" des Landesentwicklungsp1ans Schleswig- Holstein - Fortschreibung 2021- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Umfang der Potenzialfläche ergibt sich aus der Anwendung der Ziele. Im Hinblick auf die erforderliche Ausweisung von Vorranggebieten besteht kein Bedarf, die Potenzialfläche weiter einzuschränken.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung muss auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil ,,Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land", Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Das muss die Flächen um Oldenswort einschließen. Mit den Potenzialflächen nördlich und südlich der Kreisstraße wird ein fachlich unbegründeter Keil in die überregionale Vogelzugroute geschlagen und verengt den ohnehin schmalen Korridor für den Zug von Millionen von Vögeln und gibt an dieser Stelle den Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete in	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	unzulässiger Weise auf. Was hat sich gegenüber dem LEP Wind aus 2020 bis heute geändert, dass die Ausweisung als Potenzialfläche begründet? Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von Windanlagen frei zu halten: Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege, historische Gebäude wie Haubarge, die 18 Kirchen und Leuchttürme etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ein ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das das Einkommen der Menschen mit diesem Hauptwirtschaftsfaktor der Region sichert. Es sollte abschließend auch noch einmal intensiv geprüft werden, ob eine WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein von der Natur, den Landschaften und den Menschen insgesamt getragen und bewältigt wird. Schleswig-Holstein würde mit der ursprünglich geplanten, riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes bereits seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Hinzu kommen außerdem ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die in der Landschaft oder auf landwirtschaftlich	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wertvollen Flächen errichtet werden. Werden die Landschaften Schleswig-Holsteins nunmehr eine einzige große Energie-Industrielandschaft? Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung in Eiderstedt keinesfalls zu verändern und Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen und das Ausmaß der geplanten Fläche von 7,2 % zu überprüfen. Mit freundlichen Grüße [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1040	Die recherchierbaren Grundlagen über den Vogelzug in Schleswig-Holstein rechtfertigen die Ausweisung des Vogelzugs als Ausschlusskriterium in keiner Weise. Diese Einschränkung in der Fläche PR2_RDE_072 im Vergleich zur ursprünglichen Potenzialfläche ist weder durch die technische Weiterentwicklung noch als Interessenausgleich gegenüber dem NABU gerechtfertigt und benachteiligt die Grundeigentümer in der Gewinnverteilung in Vorrangflächen. Der Hinweis in NABU-Publikationen, dass nicht kartierte Zugvorkommen auf gelegentliche Erfassungslücken zurückzuführen sind, rechtfertigt ebenfalls nicht die Hochstufung des Vogelzugs als Tabukriterium. Vielmehr sollte dies weiterhin im Rahmen der Abwägung bei den Bauanträgen berücksichtigt werden. Höhenbegrenzte Windenergieanlagen (WEA) könnten den Vogelzug nicht beeinträchtigen, jedoch zur Energiegewinnung für den direkten Verbrauch vor Ort und als Grundlage für Wärmenetze dienen. Daher sollte der Umfang der ursprünglichen Potenzialfläche beibehalten werden. Naturgegebene Umstände sollten j so behandelt werden, dass mögliche Veränderungen kurzfristig in einem Plan berücksichtigt und zu einer Planänderung führen können, ohne dass ein neues, mehrjähriges Planungsszenario	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 4.16, 7.2.10 und 4.8 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	durchlaufen werden muss Da das Hemmnis des Seeadlers für die Fläche PR2_RDE_072 seit mehreren Jahren nicht mehr vorhanden ist bzw. nie vorhanden war und auch der Vogelzug im Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden kann, sollte die ursprünglich ausgewiesene Potenzialfläche nun auch als Vorrangfläche ausgewiesen werden	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1038	**Stellungnahme: Ablehnung weiterer Windkraftanlagen auf der Insel Pellworm** **Sehr geehrte Damen und Herren,** mit großer Sorge habe ich die Pläne zur Errichtung weiterer Windkraftanlagen auf der Insel Pellworm und am Tiefwasseranleger zur Kenntnis genommen. Als Unternehmer auf Pellworm, der sein Geschäft auf den Tourismus gründet, möchte ich mich entschieden gegen dieses Vorhaben aussprechen. **Meine Bedenken gründen auf folgenden Punkten:** **Naturschutz:** • Die Insel Pellworm und das umliegende Wattenmeer sind einzigartige Ökosysteme von herausragender Bedeutung. Der Bau von Windkraftanlagen in dieser sensiblen Umgebung stellt eine erhebliche Gefahr für die hier lebenden Tier- und Pflanzenarten dar. • Besonders besorgniserregend ist die Beeinträchtigung des Vogelzugs. Pellworm liegt auf einer wichtigen Zugroute für zahlreiche Vogelarten, darunter auch der Seeadler, der im Bereich Süderkoog häufig gesichtet wird. Die Rotoren der Windkraftanlagen stellen eine direkte Gefahr für diese Vögel dar. • Darüber hinaus können Lärm und Schattenwurf der Anlagen negative Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt sowie auf die Anwohner haben. **Tourismus:** • Der Tourismus ist der wichtigste Wirtschaftszweig für Pellworm. Die Idylle und die naturnahe Umgebung der Insel sind die Hauptattraktionen für unsere Gäste. Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe zur Küste, zum Ortskern und	Die Stellungnahme enthält Anregungen bzw. Kritikpunkte zu den allgemeinen Auswirkungen der Planung bzw. der Windenergieanlagen auf verschiedene Schutzgüter. Es wird auf die allgemeine Synopse verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zum Leuchtturm (einer beliebten Hochzeitslocation und ein wichtiges Wahrzeichen der Insel) würden das Landschaftsbild massiv beeinträchtigen und abschreckend auf Touristen wirken. • Der Verlust der Ruhe und der naturbelassenen Landschaft würde untrennbar mit einem Rückgang der touristischen Einnahmen verbunden sein. • Der Status als zertifizierter Sternenpark, der auf die geringe Lichtverschmutzung auf der Insel zurückzuführen ist, würde durch die blinkenden Warnleuchten der Windkraftanlagen empfindlich gestört. **Biosphärenreservat:** • Pellworm ist Teil des Biosphärenreservats Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und Halligen. Die Aufnahme in das UNESCO-Programm erfolgte 2023 explizit mit dem Ziel, die einzigartige Naturlandschaft der Region zu schützen. • Der Bau von Windkraftanlagen in dieser sensiblen Umgebung steht im Widerspruch zu den Zielen des Biosphärenreservats und würde dem internationalen Ansehen der Region schaden. **Investorenvorhaben:** • Mir ist bekannt, dass ein Investor den Bau von großen Windmühlen auf Pellworm plant. Ich bin der festen Überzeugung, dass dieses Vorhaben nicht im Einklang mit den oben genannten Interessen des Naturschutzes, des Tourismus und des Biosphärenreservats steht. **Fazit:** Die negativen Auswirkungen auf Natur, Tourismus und das Biosphärenreservat wiegen die potenziellen Vorteile der Windenergie bei weitem auf. Ich fordere Sie daher eindringlich auf, den Bau weiterer Windkraftanlagen auf Pellworm und am Tiefwasseranleger in den Planungen zu untersagen. **Mit freundlichen Grüßen,**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1404	Sehr geehrte Damen und Herren, es kann nicht sein, daß sich der Ausbau der Windkraftanlagen im Wesentlichen auf 2 Kreise (Dithmarschen, Nordfriesland) beschränkt. Selbst im Jahr 2022 wurde direkt vor unseren Häusern eine neue Windkraftanlage auf 450 Metern Entfernung zu unseren Häusern gebaut. Wir Anwohner wurden vor vollendete Tatsachen gesetzt, keiner hat uns vorher dadrüber informiert. Wir haben jetzt zu einer Seite 16 Anlagen in Sichtweite vor unseren Häusern (450-800 Meter Entfernung). In der Planungskarte werden wir komplett von zusätzliche Anlagen umzingelt. Wir sitzen hier in einem Kessel von blinkenden, rotierenden Windrädern (Horrorvorstellung). Verteilen Sie doch bitte die geplanten Anlagen auch auf Kreise, in denen kaum Anlagen stehen, damit alle gut daran haben!! Hochachtungsvoll H. Strug Zusätzlich zu den jetzigen Windkraftanlagen werden bei uns in direkter Nachbarschaft ca 40 ha - 50 ha PV-Freiflächenanlage bebaut.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Gruppe ID: GM1397 Anzahl: 2 (IDs: 1020, M1397)	Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehmen wir wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 1.1.2, 1.8, 3.15.1, 3.17.1, 4.4, 4.16 bis 4.20, 6.1.3, 7.1.1, 7.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüßen wir ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Mit der Festlegung der Ziele 15 Z und 16 Z kann das Bundesland Schleswig-Holstein der EU-Kommission sehr gut entgegen kommen und den Nachweis für Maßnahmen zum Schutz der Vögel belegen. Ferner kann Schleswig-Holstein mit dem Entwurf des LEP „Wind an Land“ das Begehren des Zentrums des UNESCO-Welterbes in Paris vom Juni 2024, eine gute, wohlbegründete Stellungnahme zum Erhalt des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer abzugeben, weitgehend erfüllen. Dieses wurde u.a. mit der Begründung zum Schutz des ostatlantischen Vogelzuges errichtet. Schleswig-Holstein kommt dem Schutz der überregionalen Vogelzugroute sowie der Wiesenvogel-Brutgebiete mit den Zielen 15 Z und 16 Z vorbildlich nach. Wir leben in einer Zeit vieler Krisen. Zwei davon sind die Zwillinge Klimakrise und Krise der Artenvielfalt (Biodiversität). Die Klimakrise bedroht unsere Lebensqualität, die Krise der Artenvielfalt unsere Lebensgrundlagen. Für beide müssen gute Lösungen gefunden werden, für beide braucht es geeignete Räume: Räume für emeuerbare Energien und Räume für den Schutz der Biodiversität, welche hier in Schleswig-Holstein zum Schutz unzähliger Vogelarten des ostatlantischen Vogelzuges und der Wiesenvögel unverzichtbar sind. Nur mit intakten Ökosystemen und Biodiversität lassen sich unsere Lebensgrundlagen langfristig sichern. Deshalb muss der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist darum entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Das muss die Flächen um Oldenswort einschließen. In der „Anlage 2 zu § 1	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	LEPWindVO: Karte zum Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land"' sind Flächen in Oldenswort „weiß“ dargestellt. Bedeutet dies, dass sie keinen Schutzraum für den Vogelzug und die Wiesenvogel-Brutgebiete bilden? In der „Negativkarte“ dazu „Potenzialfläche für Windenergiegebiete gemäß Entwurf Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan Windenergie (Juni 2024)“1 2 sind alte und neue Potenzialflächen in Oldenswort ausgewiesen. Mit den Potenzialflächen nördlich und südlich der Kreisstraße wird ein fachlich unbegründeter Keil in die überregionale Vogelzugroute geschlagen und verengt den ohnehin schmalen Korridor für den Zug von Millionen von Vögeln und verlässt an dieser Stelle den Schutz der Wiesenvogel- Brutgebiete. Für Zug- und Wiesenvögel sind derartige, menschengemachte Grenzen außerdem völlig irrelevant. Dies wird gestützt durch die Karte Nr. 8 im Umweltbericht, S. 39. Außerdem wurde bereits im Datenblatt PR1_NFL_309 zum LEP Wind von 2020 festgelegt: „Die durch die Kreisstraße K20 abgeteilte Fläche im Südwesten liegt in der Hauptachse des überregionalen Vogelzugs. Dieser Teilbereich wird auch aus diesem Grund nicht als Vorranggebiet übernommen.“ Was hat sich daran bis heute geändert, dass die Ausweisung als Potenzialfläche begründet? Der nördliche Teil wurde seinerzeit ohnehin nur mit dem Hinweis auf die bestehenden WEA als Vorrangfläche ausgewiesen. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von WEA frei zu halten: Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. In der Landschaft Eiderstedt haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente erhalten und sind heute noch „lesbar“. Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege, eine Vielzahl historischer Gebäude wie Haubarge und die 18 Kirchen etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die natumahe, nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen durch diesen Hauptwirtschaftsfaktor der Region sichert.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Auch die Einwohner stehen mehrheitlich hinter den Zielen des LEP-Wind-Entwurfes. In einer von der Gemeindevertretung Tating initiierten Einwohnerbefragung am 9.6.2024 haben 63 % der Einwohner gegen neue WEA und gegen die Sicherung der bestehenden Anlagen in Tating votiert. Dieses Ergebnis kann man nach allen Äußerungen und Verlautbarungen durchaus auf ganz Eiderstedt übertragen. Nach unserem Verständnis kann Klimaschutz nur dann gelingen, wenn er im Einklang mit Natur, Menschen und der Landschaft steht. Deshalb sollte abschließend noch einmal intensiv geprüft werden, ob eine WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein von der Natur, den Landschaften und den Menschen insgesamt getragen und bewältigt wird. Ich lege Karten in den Anhang, aus denen ersichtlich wird, das sich unser Land in Bezug auf die UmgebungsWirkung von Windkraftanlagen zu einem riesigen Windpark entwickelt. Die beiden Karten zeigen je nach Wirkungsgrad der unterschiedlichen Entfernungen die flächendeckende Einwirkung von WEA. Dagegen würde Schleswig-Holstein mit der ursprünglich geplanten, riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes bereits seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Hinzu kommen außerdem ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die in der Landschaft oder auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen errichtet werden, anstatt auf bereits versiegelten Flächen (vgl. Gutachten des Fraunhofer Instituts im Aufträge des Landes Schl.-Holst. vom 16.02.2022). Soll Schleswig-Holstein nunmehr eine einzige große Energie-Industrielandschaft Deutschlands werden? Im Ergebnis bitten wir deshalb darum, den Entwurf des neuen LEP-Wind im Sinne unserer o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung für die ostatlantische Vogelzugroute und die Wiesenvögel-Brutgebiete (in Text und Karte) keinesfalls zu verändern, Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen und die Notwendigkeit für das Ausmaß von 7,2 % der geplanten Landesfläche für WEA zu überprüfen. Mit freundlichen Grüßen Für die BI Zukunft-Eiderstedt Anmerkungen: • Ich bitte um Bestätigung des Eingangs dieser Stellungnahme. • Hiermit bestätige ich, dass ich keine anderen Personen namentlich genannt oder	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	beschrieben habe. • Ich möchte informiert werden, wenn die Auswertung der Stellungnahme online verfügbar ist. • Ich möchte namentlich Stellung nehmen	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1034	Moin! Ich möchte mich für einen dauerhaften Erhalt sowie den Ausbau der Windenergie auf Pellworm aussprechen. Auf Pellworm herrschen "offshore"-Bedingungen. Die erzeugte Energie wird in Deutschland dringend benötigt, wir könnten also einen größeren Anteil an der Energiewende Deutschlands tragen. Nach meiner Einschätzung werden Windkraftanlagen keine wesentlichen negativen Effekte auf den Tourismus haben. Auswirkungen auf die Natur sind sicherlich nicht so gravierend als würde man weiterhin auf fossile Energieträger zurückgreifen. Voraussetzung für eine Akzeptanz in der Bevölkerung scheint mir eine angemessene, chancengleiche Beteiligungsmöglichkeit für die Gemeinde Pellworm und für deren BewohnerInnen in Gestalt eines BürgerInnenwindparks zu sein. Dies ist für den Zusammenhalt der Bevölkerung fundamental. Die Beteiligung könnte direkt über den Erwerb von erschwinglichen Anteilen erfolgen. Außerdem wäre die Abgabe von elektrischem Strom zum z.B. halben Marktpreis an die hier wohnenden Menschen denkbar, denn der Energieertrag geht ja weit über den Bedarf der Insel Pellworm hinaus. Dies ist eine gute Möglichkeit NeubürgerInnen für Pellworm zu begeistern und damit profitieren zu lassen. Schöne Grüße von [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.3, 7.1.4, 7.2.5, 7.2.10 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1033	Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung:	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 1.1, 7.2.10, 4.16, 4.18, 6.1, 7.2.12, 4.5 und 3.15 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Die EU-Kommission hatte Anfang des Jahres 2024 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet aus Gründen mangelnden Vogelschutzes. Mit der Festlegung der Ziele 15 Z und 16 Z kann das Bundesland Schleswig-Holstein der EU- Kommission sehr gut entgegen kommen und den Nachweis für Maßnahmen zum Schutz der Vögel belegen. Ferner kann Schleswig-Holstein mit dem Entwurf des LEP „Wind an Land“ das Begehren des Zentrums des UNESCO-Welterbes in Paris vom Juni 2024, eine gute, wohlbegründete Stellungnahme zum Erhalt des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer abzugeben, weitgehend erfüllen. Dieses wurde u.a. mit der Begründung zum Schutz des ostatlantischen Vogelzuges errichtet. Schleswig-Holstein kommt dem Schutz der überregionalen Vogelzugroute sowie der Wiesenvogel-Brutgebiete mit den Zielen 15 Z und 16 Z vorbildlich nach. Wir leben in einer Zeit vieler Krisen. Zwei davon sind die Zwillinge Klimakrise und Krise der Artenvielfalt (Biodiversität). Die Klimakrise bedroht unsere Lebensqualität, die Krise der Artenvielfalt unsere Lebensgrundlagen. Für beide müssen gute Lösungen gefunden werden, für beide braucht es geeignete Räume: Räume für erneuerbare Energien und Räume für den Schutz der Biodiversität, welche hier in Schleswig-Holstein zum Schutz unzähliger Vogelarten des ostatlantischen Vogelzuges und der Wiesenvögel unverzichtbar sind. Nur mit intakten Ökosystemen und Biodiversität lassen sich unsere eigenen Lebensgrundlagen langfristig sichern. Eine Bevorzugung wirtschaftlicher Nutzung durch den Menschen gegenüber den Belangen des Naturschutzes gefährdet in diesem Kontext unsere eigene Zukunft, und weitsichtige Politik täte gut daran, dem Verzicht auf übermäßige Nutzung durch den Menschen als nachhaltige Strategie mehr Platz einzuräumen, wo immer das möglich ist. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung muss auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben.	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Das muss die Flächen um Oldenswort einschließen. Mit den Potenzialflächen nördlich und südlich der Kreisstraße wird ein fachlich unbegründeter Keil in die überregionale Vogelzugroute geschlagen und verengt den ohnehin schmalen Korridor für den Zug von Millionen von Vögeln und gibt an dieser Stelle den Schutz der Wiesenvogel-Brutgebiete in unzulässiger Weise auf. Was hat sich gegenüber dem LEP Wind aus 2020 bis heute geändert, dass die Ausweisung als Potenzialfläche begründet? Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von Windanlagen frei zu halten: Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege, historische Gebäude wie Haubarge, die 18 Kirchen und Leuchttürme etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ein ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das das Einkommen der Menschen mit diesem Hauptwirtschaftsfaktor der Region sichert. Es sollte abschließend auch noch einmal intensiv geprüft werden, ob eine WEA-Fläche von 7,2 % des Landes Schleswig-Holstein von der Natur, den Landschaften und den Menschen insgesamt getragen und bewältigt wird. Schleswig-Holstein würde mit der ursprünglich geplanten, riesigen Fläche von 3,1 % des gesamten Landes bereits seine energie- und klimapolitischen Ziele für Windkraft erreichen. Hinzu kommen außerdem ausgedehnte Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, die in der Landschaft oder auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen errichtet werden. Werden die Landschaften Schleswig-Holsteins nunmehr eine einzige große Energie-Industrielandschaft? Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf des neuen LEP-Wind im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung für die ostatlantische Vogelzugroute und die Wiesenvögel-Brutgebiete (in Text und Karte) keinesfalls zu verändern, Oldenswort in den Schutz von Vogelzug und Wiesenvögel einzubeziehen und die Notwendigkeit für das Ausmaß von 7,2 % der geplanten Landesfläche für WEA	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	zu überprüfen.	
Institution: Gemeinde Langenhorn ID: M2359	21. Änderung des Flächennutzungsplans in der Gemeinde Langenhorn hier. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4(1) BauGB - Zugleich als Planungsanzeige sowie als Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf 2024 - Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Langenhorn hat beschlossen, den Flächennutzungsplan zu ändern (21. Änderung). Nähere Informationen zu den beabsichtigten Planungen entnehmen Sie bitte der Anlage. Als Behörde bzw. sonstiger Träger öffentlicher Belange möchten wir Sie frühzeitig in das Planungsverfahren einbinden. Bitte teilen Sie uns mit, ob ihr Aufgabenbereich durch die Planung berührt wird. Weiterhin bitten wir im Hinblick auf das von der Gemeinde durchzuführende Scoping auch um Äußerung, welchen Umfang und welchen Detaillierungsgrad die Umweltprüfung aus Sicht Ihres fachlichen Zuständigkeitsbereichs aufweisen soll. Wir verweisen an dieser Stelle auch auf die Beratungs- und allgemeine Informationspflicht bezüglich Ihres verfügbaren umweltbezogenen Erkenntnisstandes. Wir erbitten Ihre Stellungnahme innerhalb eines Monats, notieren Sie sich für die Abgabe daher den 16. August 2024. Mit freundlichen Grüßen i.A. [redacted] Anlage:Planungsinformation zur 21. Änderung des Flächennutzungsplan Auszug aus Planungsinformation mit LEP-Bezug	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2.2 Planung Die oben genannte Entwicklung und die geänderten Rahmenbedingungen durch das Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG), worauf hin das Land SH seine Regionalplanung zum Thema Windenergie an Land erneut fortschreibt, nahm die Gemeinde Langenhorn zum Anlass die bereits im Jahr 2015 begonnen Planungen wieder aufzunehmen und die Aufstellung der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes fortzusetzen. Daher hat die Gemeinde im April 2023 zunächst das Planungskonzept von 2016 zur Windenergienutzung aktualisiert und bekräftigt. Im Rahmen der Teilaufstellung der Regionalpläne (Windenergie an Land) ist die Gemeinde mit der Bitte um Berücksichtigung der Fläche „Alter Langenhorner Koog West“ (PWG 2 West I) erneut an die Landesplanung herangetreten. Wesentlicher Inhalt des Planungskonzeptes: • Zur Minimierung der Auswirkungen durch Schallimmissionen und periodischen Schattenwurf ist der Abstand Rotorspitze zur Wohnbebauung für neue Windenergieflächen von 1.000 m zu Siedlungsbereichen einzuhalten. Dieser Abstand begründet sich mit dem Umstand, dass an den Immissionsorten nicht nur wenige, sondern eine Vielzahl von WEA zukünftig relevante Einwirkungen durch Schall hervorrufen werden. Durch die Vergrößerung der Abstände wird der Immissionsbeitrag jeder einzelnen WEA deutlich reduziert. • Auf den Abstand zu Einzelhäusern von 400 m hat die Gemeinde auf Grund von bundesrechtlichen Vorgaben keinen Einfluss. Bei heutigen WEA von 200 m Gesamthöhe und einer Leistung von ca. 5,5 MW ist aus Lärmschutzgründen jedoch ein Abstand von 550 m eher realistisch, so dass umfängliche Einschränkungen des Nachtbetriebes nicht erforderlich werden. • Auf die östliche Ausdehnung über die K38 hinaus verzichte die Gemeinde, da die Einschränkung der Fläche durch die vorhandene nördliche Wohnbebauung nur eine einreihige Bebauung mit WEA zuließe. Grundsätzlich sind kompakte Windvorranggebiete, langgezogenen schmalen auf Grund ihrer geringeren Aussenwirkung vorzuziehen, daher erfolgt eine Konzentration auf die westliche Fläche. • Diese Maßnahme trägt auch dazu bei, den Bereich südwestlich der Ortslage von West-Bargum durch einen größeren Abstand zu puffern. Der erhöhte Schutzanspruch eines vorhandenen, in Hauptwindrichtung gelegenes allgemeinen Wohngebiets könnte hier	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Probleme aufwerfen. • Moderne Windenergieanlagen sind aufgrund des technischen Fortschritts mittlerweile wesentlich höher/größer und leistungsstärker geworden. Die Gesamthöhe der WEA bewegt sich heute bei 200 m und an Binnenlandstandorten weit darüber hinaus. WEA mit niedrigen Gesamthöhen sind heute schon auf dem Markt kaum noch zu erwerben. Derzeit werden im auf Flächen der 13. F-Planänderung vier neue WEA mit einer Höhe von 200 m und einer Leistung von 5,5 MW geplant. Im Zuge der Planungstätigkeit (F-Planänderung und informelles Planungskonzept Wind) wurden bereits in den Jahren 2016 und 2023 umfangreiche avifaunistische Kartierungen auf ca. 700 ha des Alten Langenhorner Kooges durchgeführt, um vorsorglich auf besondere naturschutzrechtliche Erfordernisse reagieren zu können. Die Ergebnisse der beiden Kartierungen zeigen, dass die Fläche insbesondere im westlichen Bereich deutliche Einschränkungen auf Grund hoher Wiesenvogelpopulationen für die Windenergienutzung bedeuten. Da sich die Gemeinde ihrer besonderen Verantwortung gegenüber einer ausgewogenen Abwägung bewusst ist, wurden aktuell große Teile der ursprünglich angedachten Planungsfläche aus der aktuellen 21. F-Planänderung herausgenommen. In Abstimmung mit dem Gutachterbüro bioconsult Husum wurden zwei Teilbereiche identifiziert, die für eine grundsätzliche Nutzung als Windenergiefläche geeignet sind (siehe Anlage „Lageplan“1). Der Zuschnitt der beiden Teilflächen ergeben sich einerseits aus den Ergebnissen der avifaunistischen Kartierungen aus den Jahren 2016 und 2023 bzw. der im Alten Langenhorner Koog angetroffenen hohen Dichte der Wiesenvogelpopulation und andererseits aus den Abstandsempfehlungen des Landes (LEP Entwurf 2024) und der Gemeinde. Als Erweiterungsfläche eines bestehenden Windparks (14. F-Planänderung) wurde für die westliche Teilfläche der gleiche Abstand von 800 m zum Siedlungsbereich gewählt wie bei dem Bestandswindpark und dem Entwurf des LEPs. Für die neue Windenergiefläche der östlich gelegenen Teilfläche wurde ein Abstand von 1.000 m zum Siedlungsbereich entsprechend dem Gemeindekonzept gewählt. 5.2.1 Landesentwicklungsplan LEP Fortschreibung 2021 Thema „Windenergie an Land“ im Entwurf Die Planung folgt im Wesentlichen den Ausführungen des Entwurfes vom Juni 2024 des	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	LEPs. Den Aussagen zum besonderen Wiesenvogelschutz wird jedoch nicht gefolgt. Im Zusammenhang mit den vorangegangen Planungen wurden in den Jahren 2015 und 2023 ornithologische Kartierungen durchgeführt, aus deren Ergebnisse sich eine differenziertere Bewertung in Bezug auf die Wertigkeit ableiten lassen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1022	Sehr geehrte Damen und Herren, ich lebe in der Gemeinde Stubben 23847. Planung zur Erstellung von 250 Meter hohen Windkraftanlagen laufen in der Gemeinde Schiphorst, in Krummbek soll die Fläche Repowert werden, hier liegt bereits eine Genehmigung vor. In Richtung Groß Boden werden weitere Flächen geplant. Man fühlt sich durch die Flächen Krummbek/Barkhorst und Schiphorst/Eichede bereits jetzt UMZINGELT im Ort. Wie soll es werden wenn in Schiphorst noch viel höhere Anlagen installiert werden und Ggf. In Groß Boden auch noch etwas entsteht. Mit freundlichen Grüßen	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Institution: Gemeinde Haselund ID: M2351	10. Änderung des Flächennutzungsplans in der Gemeinde Haselund hier. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4(1) BauGB-Zugleich als Planungsanzeige sowie als Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 Erster Entwurf Juni 2024- Sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeinde Haselund hat beschlossen, den Flächennutzungsplan zu ändern (10. Änderung). Nähere Informationen zu den beabsichtigten Planungen entnehmen Sie bitte der Anlage. Als Behörde bzw. sonstiger Träger öffentlicher Belange möchten wir Sie frühzeitig in das Planungsverfahren einbinden. Bitte teilen Sie uns mit, ob ihr Aufgabenbereich durch die Planung berührt wird. Weiterhin bitten wir im Hinblick auf das von der Gemeinde durchzuführende Scoping auch um Äußerung, welchen Umfang und welchen Detaillierungsgrad die Umweltprüfung aus Sicht Ihres fachlichen Zuständigkeitsbereichs aufweisen soll. Wir verweisen an dieser Stelle auch auf die Beratungs- und allgemeine	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Informationspflicht bezüglich Ihres verfügbaren umweltbezogenen Erkenntnisstandes. Wir erbitten Ihre Stellungnahme innerhalb eines Monats, notieren Sie sich für die Abgabe daher den 16. August 2024. Mit freundlichen Grüßen i.A. [redacted] Anlage: Planungsinformation zur 10. Flächennutzungsplanänderung „Fläche für erneuerbare Energien, hier: Windenergie“ Auszug aus Planungsinformation mit LEP-Bezug 2 Beschreibung und Erfordernis der Planung 2.1 Historie und Bestand Die Gemeinde unterstützt mit ihrer Windenergieplanung die Anstrengungen bezüglich der Erreichungder durch die EU, des Bundes und des Landes formulierten Klimaziele sehr bewußt und hat daher bereits früh mit der Ausweisung von Windenergieflächen begonnen. Die rechtskräftigen Flächennutzungspläne Nr. 4 aus dem Jahr 2013 der Gemeinde Haselund weisen bereits zwei Flächen für die Errichtung von WEA aus. Diese liegen an der westlichen und südwestlichen Gemeindegrenze zur Gemeinde Norstedt und bzw. Viöl (siehe Abb.1). Im Geltungsbereich der 4. Flächennutzungsplanänderung befinden sich drei Bestandsanlagen. Im Jahr 2020 wurden die beiden Flächen dann schließlich innerhalb der Teilfortschreibung des Regionalplans (Windenergie an Land) als Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen (Teilflächen von PR1_NFL_096). Bereits im Jahr 2015 gab es Bestrebungen seitens der Gemeinde zur weiteren Regelung der Windenergieflächen in der Gemeinde, mit der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes nordwestlich von Haselund an der Gemeindegrenze zu Norstedt eine weitere Windenergiefläche auszuweisen (ebenfalls Teilflächen von PR1_NFL_096). Begleitend zu dieser Planung hat die Gemeinde im Juli 2015 ein Planungskonzept zur	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Windenergienutzung (Studie zur Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen...) innerhalb des gesamten Gemeindegebietes aufgestellt. Mit der Aufstellung des Planungskonzeptes für Windenergienutzung wurde angestrebt weitere Flächen zur Windenergienutzung zu identifizieren und die vom Land formulierten Klimaziele zu unterstützen. Die Gemeinde erhoffte sich durch diese Planungen, dass die Fläche als Vorranggebiet Windenergie im Regionalplan festgeschrieben wird. Letztlich scheiterte die endgültige Aufnahme der Fläche an der Abwägungsentscheidung im Zuge der Teilaufstellung des Regionalplans Planungsraum I (Windenergie an Land) von 2020. Die Planung der 6. F-Planänderung wurde darauf hin nicht weiter verfolgt. 2.2 Planung Die Entwicklung, dass die Teilaufstellung des Regionalplans Planungsraum I (Windenergie an Land) von 2020 beklagt und im Frühjahr 2023 vom Oberverwaltungsgericht Schleswig für ungültig erklärt wurde und die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen u.a. durch das Baugesetzbuch (BauGB) und das Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG), nahm die Gemeinde Haselund zum Anlass die bereits im Jahr 2015 begonnen Planungen wieder aufzunehmen. Zudem leitete das Land SH eine weitere Fortschreibung der Regionalplanung (Windenergie an Land) ein, um das vom Bund im WindBG für das Land SH genannte Flächenkontingent für die Windenergie, möglichst frühzeitig zu erreichen. Die aktuelle Planung umfasst nun 2 Teilflächen. Die eine Fläche ist bereits Gegenstand der 6. F-Planänderung gewesen (Teilfläche von PR1_NFL_096), hat eine Größe von ca. 49 ha und liegt nordwestlich von Haselund und schließt an einen großen Bestandswindpark auf den Gemeindeflächen von Norstedt und Viöl an. Bei der zweiten handelt es sich ebenfalls um eine Gemeindegrenzen übergreifende Fläche der Gemeinden Haselund, Sollwitt und Viöl (Teilfläche von PR1_NFL_099), hat eine Größe von ca. 34 ha und liegt südöstlich von Haselund (siehe Deckblatt). Zunächst wurde ein Fachgutachter beauftragt um die damalige Abwägungsentscheidung im Zuge der Teilaufstellung des Regionalplans -Wind- überprüfen zu lassen (Prüfung der Abwägungsentscheidung PR1_NFL_096 und 099, Juni 2023, GFN Gesellschaft für Freilandökologie und Naturschutzplanung mbH). Zudem wurden 2023 umfangreiche avifaunistische Kartierungen auf beiden Flächen beauftragt, um vorsorglich auf besondere naturschutzrechtliche Erfordernisse reagieren zu können. Die Kartierungen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	werden im Frühherbst 2024 abgeschlossen sein. Die Ergebnisse der beiden Kartierungen werden im Zuge des weiteren Verfahrens Eingang in die Planung finden. Erste Zwischenergebnisse zeigen, dass artenschutzrechtliche Bedenken gegen eine Windenergienutzung auf beiden Teilflächen nicht entgegenstehen. 5.2.1 Landesentwicklungsplan LEP Fortschreibung 2021 Thema „Windenergie an Land“ im Entwurf Die Planung folgt im Wesentlichen den Ausführungen des Entwurfes vom Juni 2024 des LEPs. Beide Flächen sind in einer Informationskarte zur Teilfortschreibung als mögliche Potentialflächen für die Windenergie dargestellt (siehe Anlage Potenzialflächen laut Landesplanung 06.2024)	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1398	Teilfortschreibung Windenergie an Land des Landesentwicklungsplanes Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin seit meinem 3 Lebensjahr Gast in Eiderstedt und habe seit über 40 Jahren ein Ferienhaus in [redacted]. Manche Entwicklung habe ich nicht verstanden und bedauere diese auch sehr. Ihre fachliche und überzeugend begründete Entscheidung dem überregionalen Vogelzug besondere Bedeutung bei der Raumordnung beizumessen und Eiderstedt von weiteren Windenergieanlagen freizuhalten, begrüsse ich dagegen außerordentlich. Dieses Ziel der Raumordnung muss auch unbedingt nach Abschluss der Beteiligungsverfahren Bestand haben. Die Landschaft Eiderstedt ist vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben und sollte nach meiner Auffassung allumfassend betrachtet werden. Lassen Sie bitte den Entwurf unverändert. Ich danke Ihnen. Freundliche Grüße	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffern 4.4, 4.16.1, 4.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1019	**Ablehnung weiterer Windkraftanlagen auf der Insel Pellworm** Sehr geehrte Damen und Herren, mit dieser Stellungnahme möchte ich mich entschieden gegen den Bau weiterer Windkraftanlagen auf der Insel Pellworm oder am Tiefwasseranleger aussprechen. Meine Bedenken gründen auf folgenden Punkten: **Naturschutz:** • Die Insel Pellworm und das umliegende Wattenmeer sind sensible Ökosysteme, die durch den Bau von Windkraftanlagen stark beeinträchtigt werden. • Die Anlagen stellen eine Gefahr für Vögel und Fledermäuse dar, die diese Lebensräume durchqueren. Insbesondere die Seeadler werden häufig im Bereich Süderkoog gesichtet. • Der Bau und Betrieb der Anlagen kann zu Lärm- und Schattenwurf führen, die negative Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt und Anwohner haben können. **Tourismus:** • Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftszweig für Pellworm. Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe zur Küste , zum Ortskern und zu unserem Leuchtturm werden das Landschaftsbild negativ beeinträchtigen und abschreckend auf Touristen wirken. • Die ruhige und naturnahe Umgebung, die viele Urlauber schätzen, würde durch den Bau von Windkraftanlagen verloren gehen, der Status "Zertifizierter Sternenpark" würde durch die blinkenden Warnleuchten empfindlich gestört.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 4.5, 4.1, 4.8, 4.9, 7.3, 3.15 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Biosphärenreservat: • Pellworm ist Teil des Biosphärenreservats Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und Halligen. Die Aufnahme in das Reservat erfolgte 2023 unter anderem mit dem Ziel, die einzigartige Naturlandschaft der Region zu schützen. • Der Bau von Windkraftanlagen in dieser sensiblen Umgebung steht im Widerspruch zu den Zielen des Biosphärenreservats. **Investorenvorhaben:** • Mir ist bekannt, dass es einen Investor gibt, der den Bau von großen Windmühlen auf Pellworm plant, dazu gab es eine Bürgerversammlung. • Ich bin der Meinung, dass dieses Vorhaben nicht im Einklang mit den oben genannten Interessen des Naturschutzes, des Tourismus und des Biosphärenreservats steht. **Fazit:** Ich fordere Sie daher auf, den Bau weiterer Windkraftanlagen auf Pellworm und am Tiefwasseranleger in den Planungen zu untersagen. Die negativen Auswirkungen auf Natur, Tourismus und das Biosphärenreservat wiegen die potenziellen Vorteile der Windenergie bei weitem auf.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1018	Sehr geehrte Damen und Herren, meine Familie und ich haben unser Traumhaus vor einem Jahr in der Natur gefunden. Mit viel Glück haben wir den Zuschlag zum Hauskauf erhalten. Nun erfahren wir, dass die schöne Ansicht durch Windkraftanlagen in 800 Meter direkt vorm Haus zerstört wird. Für uns ist es Industrie und hat nichts mit der Natur zu tun. Die Zersiedelung in Schleswig-Holstein ist hoch. Ungestört im Garten liegen und der Natur lauschen wird immer schwieriger und seltener. Wir verstehen die Problematik der Energie. Jedoch gibt es genug andere Flächen in Deutschland, welche genutzt werden können. Schade, dass es sich alles nur ums Geld	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zudem wird auf die Ziffer 2.3 verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	drehen muss. Mit freundlichen Grüßen	
Institution: Stadt Brunsbüttel, FD Planung ID: 1016	Die Stadt Brunsbüttel hat keine Anregungen, Bedenken oder Hinweise zum Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021- Änderung Kapitel 4.5.1 vorzubringen. Obwohl erst zum Verfahren des nachfolgenden Regionalplans gehörend weist die Stadt Brunsbüttel vorsorglich darauf hin, dass die ehemalige Potenzialfläche PR3_DIT_105 aufgrund von zahlreichen Abwägungsgründen nicht als Vorrangfläche ausgewiesen werden sondern als Potenzialfläche verbleiben sollte. Bei den Abwägungsgründen handelt es sich u.a. um die Lage in einem Eignungsraum für Maßnahmen des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems sowie für Ausgleichsmaßnahmen und für den Vertragsnaturschutz gemäß Landschaftsplan der Stadt Brunsbüttel. Dort befinden sich schon Ausgleichsflächen und bereits umgesetzte Ökokontoflächen der Stadt Brunsbüttel. Weitere Aspekte sind die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, die durch Windenergieanlagen in diesem Landschaftsraum sehr erheblich ist, und die Erweiterung der bereits bestehenden Riegelbildung um Brunsbüttel.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Festlegung von Vorranggebieten erfolgt erst im Rahmen der Regionalplanung. Vor diesem Hintergrund sollten Hinweise zu den jeweiligen Flächen im dazugehörigen Verfahren eingebracht werden.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1017	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 4.16, 4.18, 6.1, 7.2.12, 4.5 und 3.15 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als **Ziele** der Raumordnung muss auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der **Formulierung** im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) **bleibt**. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von Windanlagen frei zu halten: Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. Durch Abgeschiedenheit und eine gewisse Rückständigkeit haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente, in der Landschaft Eiderstedt erhalten. Betrachtet man die Vielzahl der (häufig nicht geschützten) Denkmalbereiche, Grabungsschutzgebiete und Biotope, könnte man Eiderstedt fast komplett als Kulturdenkmal bezeichnen. Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die naturnahe, nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen in der Region sichert. In Ergänzung zum nahegelegenen, deutlich industriell geprägten, Kreis Dithmarschen mit der Neuansiedlung von Northvolt, ergibt sich aus Landessicht ein nahezu komplementärer Entwicklungsansatz. Die geringe Akzeptanz von Windkraftanlagen in der Fläche Eiderstedts wurde jüngst durch die Befragung der Einwohner:innen der Gemeinde Tating bestätigt: 63% sprachen sich gegen den Ausbau der Windkraft im Gemeindegebiet aus. Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung in Eiderstedt keinesfalls zu verändern.	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1015	Gerne hätten wir auf Pellworm noch mehr Flächen ausgewiesen, damit wir mehr zum Umweltschutz beitragen können. [redacted] Pellworm	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1014	Guten Tag, obwohl ich direkt betroffen bin und vermutlich ein neuer Windpark in meiner Umgebung entstehen wird unterstütze ich den weiteren Ausbau der Windenergie an Land , vorgestellt in ersten Entwurf von Jun 2024. Viele Grüße [redacted] Husby	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1013	Sehr geehrte Damen und Herren Mir macht dieser Regionalplan Angst! Ich wohne in Krumstedt. Gern fahre ich Rad, es gibt wunderschöne Radwege-allerdings sind diese inzwischen umgeben von Windkraftanlagen..rundherum! Wenn ich gen Eggstedt oder Süderhastedt, Großenrade und auch Hochdonn fahre, mag ich die Radwege kaum noch nutzen. Im Bereich Neuhof, Schafstedt usw - es sind insgesamt um die 60 WKA! Wo sollen denn die Bürger dieses Kreises Dithmarschen noch Erholung finden? Und sollen unsere Radtouristen allen Ernstes hier ihrenUrlaub verbringen? Das Ziel, das sich Schleswig-Holstein gesteckt hat, bis Ende 2030 insgesamt 15 Gigawatt mit Windkraft zu produzieren, kann ja nicht nur auf Dithmarschen und Nordfriesland abgewältzt werden! Dithmarschen macht nur 9% der Landesfläche aus- produziert allerdings bereits heute 15% des Landeszieles 2030!!! Warum um alles in der Welt hören Sie nicht auf, die Menschen in diesem Kreis weiter in Angst zu versetzen? Hier ist das Ziel erreicht! Dithmarschen hat fertig!	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zudem wird auf die Ziffern 3.15 und 7.2.12 verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Nehmen Sie die weiteren Flächen aus der Planung- es reicht! Beste Grüße [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1405	Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land” des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung muss auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung überdas Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig- Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von Windanlagen frei zu halten: Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. Dies macht diese Landschaft so einzigartig. Warften, Deiche, alte Priele, historische Gärten, einzigartige Bauformen (Haubarge), Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung. Dies wissen auch unsere vielen befreundete oder zahlende Gäste besonders zu schätzen, zumal diese Eigenschaften in	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.2.1, 4.4, 4.16 bis 4.20, 6.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	anderen Nordseeküstenregionen schon längst verschwunden sind. Als Vermieter werden wir häufig auf diese Einzigartigkeit angesprochen und stellen fest, wie wertvoll es unsere Gäste finden, dass diese Gegend noch nicht kommerzialisiert und industrialisiert wurde. Also bitte ich darum, im Sinne der o.a. fachlichen Entscheidung an dem Ziel der Raumordnung, Eiderstedt von Windenergieanlagen freizuhalten, auch weiterhin festzuhalten. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1245	[redacted] [redacted] [redacted] [redacted] [redacted] **<u>Diese Mail bitte ich vertraulich zu behandeln und nicht zu veröffentlichen.</u>**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1012	In meiner Stellungnahme geht um die in unserer Region bereits kritisch diskutierte Potenzialfläche im Rüsdorfer Moor bei Heide (PR3_DIT_055). Als gebürtiger Heider ist es mir ein wichtiges Anliegen, Ihnen bereits im Vorfeld zur Veröffentlichung eines ersten Regionalplanentwurf das Stimmungsbild vor Ort und ein paar wichtige Infos zu dem Gebiet zu übermitteln. 1. Moorböden großer Mächtigkeit: Das Gebiet besteht nahezu vollständig aus Moorböden mit den höchsten Mächtigkeiten innerhalb der großen Mieleniederrung. Für den Bau einer Windparks müssten die Torfböden unterhalb der Fundamente, Kranstellflächen und Wege großflächig ausgekoffert und gegen Sand ersetzt werden. Der in dem ausgekofferten Torf gebundene Kohlenstoff wird dann in die Atmosphäre freigesetzt und trägt zur Klimaerwärmung bei. Zudem wird durch die für den Windpark benötigten neuen Wege die natürliche Wasserführung in den Torfböden unterbrochen. Eine zukünftige großflächige Wiedervernässung dieses Moorgebietes würde durch die Parzellierung des Gebietes durch neue Wege und Kranstellflächen zumindest erheblich erschwert. Dem ansonsten löblichen Ansatz mit Windenergieanlagen zum Klimaschutz beizutragen hätte man gerade an diesem Standort einen Bärendienst erwiesen. Neue Windenergiegebiete sollten daheram besten nicht auf Moorböden mit großen Mächtigkeiten ausgewiesen werden. 2. Wiesenvogelbrutgebiet: Das Rüsdorfer Moor gehört naturräumlich zur Mieleniederung. Das Rüsdorfer Moor wird lediglich durch den künstlich angelegten Damm der Autobahn von der restlichen Niederrung abgetrennt. Anders als im restlichen Bereich der Niederung hat man es im Rüsdorfer Moor jedoch versäumt ebenfalls ein Wiesenvogelbrutgebiet auszuweisen, obwohl das Gebiet naturräumlich eindeutig der Mieleniederung zuzuordnen ist. Ebenfalls die landwirtschaftliche und landschaftliche Struktur ist identisch zum restlichen Gebiet der Mieleniederung. Aus diesem Grund ist es auch nicht verwunderlich, dass auch im Rüsdorfer Moor überdurchschnittlich viele Wiesenvögel wie Kiebitze, Austernfischer, Feldlerchen und auch die sehr seltenen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet zudem Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Im Übrigen wird auf die Ziffern 2.4, 5.9, 7.1.3, 7.1.7, 7.2.10, 7.2.12 und 7.2.14 der allgemeinen Synopse verwiesen. Zu Punkt 2. Es liegen keine Daten vor, die eine überdurchschnittliche Bedeutung des Rüsdorfer Moores für Wiesenvögel belegen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Uferschnepfen brüten. Im vergangenen Jahr konnte man in dem Gebiet sogar mehrer Sumpfmooreulen beobachten, die dieses Gebiet ebenfalls als Brutgebiet ausgewählt hatten. Das Rüsdorfer Moor erfüllt daher alle Merkmale eines Wiesenvogelbrutgebietes in denen die Ausweisung von Windenergiegebieten nicht vorgesehen ist. 3. Freiraum und Naherholung: In und um die Stadt Heide ist aufgrund der Ansiedlung von Northvolt derzeit sehr viel los. Im Westen der Stadt befindet sich derzeit bereits die Fabrik im Bau, dahinter befinden sich etliche Windparks nahezu durchgängig von Hemme bis Meldorf. Im Norden und im Osten der Stadt Richtung Wesseln, Weddingstedt, Ostrohe, Süderholm und Nordhastedt werden bereits jetzt sehr große Wohnquartiere, teilweise mit Gewerbeanteilen geplant. Der Südwesten der Stadt Richtung Hemmingstedt ist hauptsächlich neuen Gewerbe- und Industriebauten vorbehalten, dahinter befindet sich die alte Ölraffinerie. Von Heide aus betrachtet, gibt es derzeit nur noch einen Bereich bzw. eine Himmelsrichtung in der ein Freiraum für die Naherhohlung der Einwohner und vor allem auch der Natur gewährleistet ist: das Rüsdorfer Moor im Südosten der Stadt. Im Hinblick auf die enormen Veränderungen in und um Heide, wäre es für die Menschen der Stadt außerordentlich wichtig zumindest dieses derzeit noch landschaftlich freie und unbelastete Gebiet nicht auch noch zu verlieren. Zudem würde ein Windpark in dem Gebiet auch Immissionsschutzgründen auch die weitere wohnräumliche Entwicklung der Stadt und der umliegenden Gemeinden stark einschränken. 4. Den Windfrieden bewahren: Als in unserer Regionalzeitung bekannt wurde, dass in dem Gebiet bereits konkrete Planungen zur Errichtung eines Windparks laufen, gab es bereits eine ungewöhnlich hohe Resonanz darauf. Da in dem ersten Artikel auch Northvolt erwähnt wurde, fühlte sich das Unternehmen sogar dazu gezwungen die Verbindung zu dem Projekt zu dementieren, wahrscheinlich damit die schlechte Stimmung in der Region auf die Planung von Windenergieanlagen in diesem Gebiet sich nicht auf das Unternehmen überträgt. Unweit des Gebietes wurden vor kurzem noch nachweislich vergiftete Seeadler aufgefunden und ein Teil der örtlichen Bevölkerung (vor allem derere, die dem Projekt eh schon kritisch gegenüberstehen) vermutet bereits einen Zusammenhang mit dem geplanten Windpark im Rüsdorfer Moor. Spätestens mit der Ausweisung eines Windenergiegebiet würde diese Vermutung bekräftigt und dann sogar entweder mit Northvolt und oder den Stadtwerken Heide in Verbindung gebracht werden. Die überdurchschnittlich schlechte Stimmung hinsichtlich dieses Gebietes lässt sich auch in der aktuellen Petition von Frau Eike Ziehe "Keine Windkraftanlagen in Landschaftsschutzgebieten in Schleswig-Holstein" ablesen. Von den derzeit 2.350	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mitzeichnern kommen alleine über 230 aus Heide und 100 aus Nordhastedt, siehe https://www.landtag.ltsh.de/petitionen/keine-windkraftanlagen-in-landschaftsschutzgebieten-in-schleswigholstein/#: Das entspricht 14 % aller Mitzeichner dieser Petition, hauptsächlich wegen dieser einen Potenzialfläche. Im Vergleich zu sämtlichen anderen Gemeinden in Dithmarschen ist das mit Abstand die höchste Dichte an Unterzeichnern der Petition und damit ein guter Indikator für die außergewöhnlich schlechte Stimmung gegen die Ausweisung eines Windenergieggegietes im Rüsdorfer Moor. Um den von der Landesregierung richtigerweise angepriesenen "Windfrieden" nicht aufs Spiel zu setzen, sollte daher auf die Ausweisung dieses Gebietes unbedingt verzichtet und im Gegenzug unkritischere Gebiete bevorzugt werden. 5. Akzeptanz durch Teilhabe: Die meisten Menschen an der Westküste Schleswig-Holsteins haben mittlerweile verstanden, dass die Windenergie auch ein riesiger ökonomischer Erfolg für die ganze Region geworden ist. Regionale Planer und Betreiber ermöglichen in der Regel finanzielle und planerische Teilhabe an den Projekten und die Akzeptanz ist in der Regel relativ groß. Die Gewerbesteuereinnahmen der ländlichen Gemeinden mit Windparks in ihren Gemeindegebieten sprudeln und das kommt allen Bürgern zugute. Die Planung im Rüsdorfer Moor wird von einem Investor aus Hamburg finanziert. Vermutlich wird es daher keine Teilhabe der anliegenden Bewohner an dem Projekt geben und durch eine geschickte steuerliche Optimierung wird vermutlich im Vergleich zu den umliegenden Windparks nur wenig oder gar keine Gewerbesteuereinnahme fließen. Dies ist zumindest meine Erfahrung aus anderen Projekten von ähnlichen Namenlosen Investoren aus dem Finanzbereich. Für die Aktzeptanz in der Bevölkerung ist es daher von entscheidender Rolle wer hinter dem Projekt steckt und wie die Reputation in der Region ist. Ich weiß, dass dies kein Kriterium für die Ausweisung neuer Gebiete sein kann, aber vielleicht können Sie diesen Hinweis bei Ihrer Abwägung trotzdem verwerten. Ich hoffe , dass Sie den einen oder anderen Punkt bei Ihrer Abwägung zum ersten Regionalplanentwurf berücksichtigen können.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1399	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 4.16, 4.18, 6.1, 7.2.12, 4.5 und

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung muss auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig- Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von Windanlagen frei zu halten: Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. Durch Abgeschiedenheit und eine gewisse Rückständigkeit haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente, in der Landschaft Eiderstedt erhalten. Betrachtet man die Vielzahl der (häufig nicht geschützten) Denkmalbereiche, Grabungsschutzgebiete und Biotope, könnte man Eiderstedt fast komplett als Kulturdenkmal bezeichnen. Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles	3.15 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Landschaftspotenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die naturnahe, nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das Einkommen der Menschen in der Region sichert. Ich lebe seit fast 25 hier auf Eiderstedt und liebe diese einzigartige Landschaft mit Flora und Fauna sehr. Leider hat sich in dieser Zeit vieles verändert, sowohl durch Natureinwirkungen als auch besonders durch menschliche Einflüsse, was viel Negatives hervorgebracht hat. Bitte sorgen Sie für den Erhalt dieses einzigartigen Lebensraumes! Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung in Eiderstedt keinesfalls zu verändern. Mit freundlichen Grüßen (Signatur)	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1011	Sehr geehrte Damen und Herren, Es ist für mich seit langem unverständlich, dass ständig neue Windkraftanlagen erstellt werden, aber die erforderlichen Netze nicht vorhanden sind, um den erzeugten Strom abzunehmen! Stattdessen werden ständig die Anlagen abgeschaltet. Und das schon seit Jahren. Die einzigen Profiteure dieser Regelung sind die Windmüller und die Landwirte auf dessen Grund die Anlagen stehen. Die Netze sind immer noch nicht ausgebaut und nun sollen noch mehr Windräder erstellt werden. Zusätzlich noch die ganzen Solarparks! Von der optischen Verschandelung der Landschaften mal ganz abgesehen. Hier regiert nur noch die Idiologie! Ein wenig Realismus wäre wünschenswert. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.1, 7.2.6 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1255	**Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15.1, 4.2.1, 4.4, 4.16 bis 4.20, 6.1.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung muss auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Darüber hinaus sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von Windanlagen freizuhalten: Inmitten des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer bietet Eiderstedt eine einzigartige Kulturlandschaft, die in ihrer Gesamtheit geschützt werden muss. Diese entsteht durch das enge Zusammenspiel besonderer baulicher und freiräumlicher Elemente der „Wasserlandschaft Eiderstedt“, die als kulturhistorisches Zeugnis dringend gesichert werden müssen: Die einzigartigen Haubarge und denkmalschützten Kirchen auf erhöhten Warften sind weit sichtbare Merkzeichen innerhalb jahrhundertealter Köge, die geschützt durch Deiche und ein ausgeklügeltes Entwässerungssystem mit Gräben, Sielen und Schleusen bis heute die lokale Identität prägen und die Besonderheit der Kulturlandschaft Eiderstedts ausmachen. Auch als Erholungs- und Freizeitraum hat Eiderstedt eine übergeordnete Bedeutung weit über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus, neben Sankt-Peter-Ording spielen dabei die naturnahen, ruhigen Bereiche Eiderstedts eine zunehmend wichtige Rolle. Dies gilt auch für den Tourismus, der in den letzten Jahren weiter an Bedeutung	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	gewonnen und sich zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor für ganz Eiderstedt entwickelt hat. Die unzerstörte Natur und besondere Kulturlandschaft sowie naturnahe, nachhaltige Freizeitangebote spielen dabei eine zentrale Rolle und sind daher auch unter wirtschaftlichen Aspekten zu erhalten. Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raum-ordnung in Eiderstedt keinesfalls zu verändern. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1240	Sehr geehrte Damen und Herren, es ist davon abzusehen das durch die Landesplanung durch Aufstellung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten die „Natur“ unwiederbringlich zerstört wird. 1.Installierte Fundamente zerstören große Flächen 2. Der Tourismus wird abnehmen 3. Ich denke, dass insbesondere Dithmarschen überproportional belastet wird 4.Eine Ausweisung von Potenzialflächen an der Ostsee kann ich nicht erkennen 5.Eine bessere Verteilung im Land wäre wünschenswert	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.2.14 und 7.4.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 3.15.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen aus Albersdorf [redacted]	
Gruppe ID: G1010 Anzahl: 2 (IDs: 1010, 1037)	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 20221 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) Sehr geehrte Damen und Herren, Im o.g. Beteiligungsverfahren nehme ich wie folgt Stellung: Laut eines RA Gutachtens emittiernen **konventionelle WKA** jährlich bis zu 62 kg Mikroplastik auf einer Fläche von 785.000 m2 oder 7,85 ha im deren Umkreis. **Ich wohne 1,5 km entfernt der östlichsten WKA,** **meine Verpachtete Landwirtschaftliche Fläche 1 km.** [redacted] [redacted] [redacted] Die Rechtlichen Bewertung dazu siehe anschliesend. **Zur Emission und Immission von Mikropartikeln von der Oberfläche von Rotorblättern von Windanlagen im Lichte neuester wissenschaftlicher Untersuchungen (und des BBodSchG) und der dadurch unvermeidlichen signifikanten Kontamination des Standortes einer Windanlage und ihres Umfeldes.** **Gutachterliche Stellungnahme Im Auftrag von Bürgerinitiativen**	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Erstellt durch: RA [redacted] **[redacted] 53639 Königswinter** **den 17.11.21** Zur Emission und Immission von Mikropartikeln von der Oberfläche von Rotorblättern von Windanlagen im Lichte neuester wissenschaftlicher Untersuchungen (und des BBodSchG) und der dadurch unvermeidlichen signifikanten Kontamination des Standortes einer Windanlage und ihres Umfeldes Gutachterliche Stellungnahme Im Auftrag von Bürgerinitiativen Erstellt durch: RA [redacted] 53639 Königswinter den 17.11.21 Literatur/Quellen BT-Drucksache WD 8 – 3000-077/20 (08.12.20) Wissenschaftliche Dienste; Kurzinformation zu einem Einzelaspekt der Erosion von Rotorblättern von Windrädern. https://www.bundestag.de/resource/blob/817020/27cf214cfbeaac330d3b731cbbd86 Neue Energie 9/21 Seite 41 ff. Tröpchenweise Zermürbung Leading Edge erosion and pollution from wind turbine blades 5 th. Edition - 08.07.2021 by Asbjørn Solberg, Bård-Einar Rimereit and Jan Erik Weinbach “THE TURBINE GROUP” JULY 2021 Energies 2021,14,5974 „A Comprehensive Analysis…..“ published 20.09.21 https://www.mdpi.com/1996-1073/14/18/5974 Die Welt, 26.07.21 Wissen, Seite 20 – Wie Mikroplastik das Wachstum gefährlicher Pilze begünstigt „Scientific Reports“	(2021) 11:13214 Microplastics accumulate fungal pathogens in terrestrial ecosystems By Gerasimos Gkoutselis1,5, Stephan Rohrbach2,5, Janno Harjes1 , Martin Obst3 , Andreas Brachmann4 , MarcusA. Horn2* & Gerhard Rambold1* https://www.nature.com/articles/s41598-021-92405-7.pdf Zusammenfassung: Es versteht sich angesichts der gesundheitlichen Gefahren, die generell von Mikropartikeln ausgehen, dass sie auch durch Mikropartikel von Windrotoren ausgehen, dass sowohl Anwohner in Eigentum und Gesundheit betroffen sind, wie auch Gebiete, in denen Nahrungsmittel angebaut werden und über jahrzehntelagen Betrieb eine signifikante kontinuierlich zunehmende Kontamination eintritt. Der Betrieb von Windanlagen aufgrund des natürlichen und unvermeidlichen Abriebs/Erosion von toxischen Mikropartikeln von Rotoroberflächen kann einer Genehmigung entgegen stehen, da die Gefahr von signifikanten Gesundheitsschäden durch solche durchaus toxischen und schädlichen Partikeleinträge unverhältnismäßig	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	und unzumutbar ist, **Art 2, 20 a GG** und einen landwirtschaftlichen Betrieb in seiner Existenz gefährden kann, **Art 14 GG**. Dabei ist angesichts der großen Flächen heutiger Rotoren und eines üblichen durchschnittlichen aber unvermeidlichen Abriebs von Mikropartikeln und der Lebenszeit von Rotoren bereits von einer signifikanten Menge an Mikropartikeln auszugehen, die aufgrund ihrer Winzigkeit auch dann schon in die Hunderttausende wenn nicht Millionen Partikel reichen. Ein vorsorglicher Abstand von Windanlagen zu jedem Wohnhaus von 1000m ist auch und gerade aufgrund der Jahrzehnte unterlassenen Forschung und mithin fehlenden aber nun vorliegenden Forschungsergebnissen zwingend. Mikroplastik durch Windindustrieanlagen, Grundlagen Windanlagen werden nicht nur grösser und höher, sondern ihre Rotoren werden auch länger. Mikroplastik durch Windindustrieanlagen, Grundlagen Windanlagen werden nicht nur größer und höher, sondern ihre Rotoren werden auch länger und haben eine insgesamt exponentiell gewachsene Gesamtoberfläche. Heute üblich gewordene Rotoren mit ca. 80m Länge haben eine Gesamtoberfläche von 250 bis 350qm. Eine Windanlage mit drei solcher Rotoren hat mithin eine Gesamtoberfläche von bis ca. 1000qm. Das ist ein signifikanter Sprung in der Rotorenoberfläche gegenüber früheren Anlagengenerationen. Aufgrund der Umwelteinflüsse wie UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel (insbesondere im Winterhalbjahr), Blitzeinschläge und großflächigen Insektenverklebungen an der Oberfläche im Sommer sind Rotorblätter von Windkraftanlagen anfällig für Erosion. Eine solche Erosion konkretisiert sich durch mehr oder weniger kontinuierliche Abnutzungen und Rissbildungen und ähnliche Verschleißerscheinungen an den Oberflächen. Diese erhöhen sich je höher heute Windanlagen errichtet werden. Denn die in den Höhen sehr viel stärkeren Wind erzeugen nicht nur in der 3. Potenz höhere Stromerträge sondern im entsprechenden Verhältnis auch durch die dort herrschenden aggressiveren Winde (die ja durch die Anlagenhöhe gesucht werden) auch höheren Verschleiß der Oberflächen. Hierdurch verschlechtern sich u.a. die aerodynamischen Eigenschaften der Flügel. Aus diesem Grund müssen die Rotoren regelmäßig gewartet, repariert und ggfls. ausgetauscht werden. Extremwetter und Unfälle Hinzu kommt eine Folge des Klimawandels: Extremwetterlagen werden heftiger. Gleichzeitig werden Windräder immer größer und bieten mehr Angriffsfläche. Wie gut sind sie für Hagel, Sturm und Schneemassen gewappnet? https://www.dw.com/de/halten-windr%C3%A4der-dem-raueren-wetter-stand/a59684025 In Höhe von 150m bis 265m ernten Windkraftanlagen deutlich mehr Windenergie - nicht	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	nur, weil dies ein Vielfaches an Rotorfläche ermöglicht, sondern auch, weil die Winde in diesen Höhen wesentlich konstanter und kräftiger wehen. Das bedeutet aber auch, dass Turbinen und Türme ungleich größeren Kräften ausgesetzt sind, wenn ein Sturm aufzieht. Tatsächlich können Türme und Rotorblätter bei Unwettern bersten. Ende Oktober brachen in Süddeutschland während eines Herbststurms zwei Rotorblätter, eines davon fiel zu Boden. Immerhin gab es in diesem Herbst neben dem eher ungewöhnlichen Anlagenzusammenbruc von Haltern immerhin 5 Rotorunfälle die immer aufgrund des Materials der Rotoren Probleme aufwirft. Bei Sturm schalten sich Windräder automatisch ab und stellen die Rotoren so, dass sie dem Wind möglichst wenig Angriffsfläche bieten. Statistisch gesehen ist die Gefahr eines reinen Sturmschadens also recht klein. Öfter geraten Gondeln durch Blitzschlag in Brand. Eine einheitliche Erfassung solcher Schäden gibt es jedoch bisher nicht bzw gab es, wurde aber vor einigen Jahren auf Betreiben interessierter Dritter von Wikipedia gelöscht! So einfach geht das! Näheres hierzu ist dem Unterzeichner bekannt und kann als finanzinteressengetriebener Lobbyismus bezeichnet werden. Wer wohl hat ein Interesse daran, dass solche Unfalldokumentationen nicht publik werden? Ähnlich trifft das auf das hier zu behandelnde Thema zu. „Der TÜV-Verband, die Dachorganisation der weltweit tätigen Gruppe von Prüf- und Zertifizierungsunternehmen, bemängelt das. Geschäftsführer Joachim Bühler geht von deutlich höheren Schadenzahlen aus: "Wir schätzen, dass deutschlandweit pro Jahr etwa 50 Schäden an Windenergieanlagen auftreten, die ein potenzielles Sicherheitsrisiko für Menschen und Umwelt darstellen. Eine bundeseinheitliche Statistik würde über die Risiken besseren Aufschluss geben." Und jedes Mal stehen die Gefahren des Materials im Mittelpunkt, auch für die Anwohner. Das Beispiel eines solchen Unfalls kann entnommen werden dem Bericht der neuen Westfälischen vom 09.03.18. http://www.nw.de/lokal/kreis_paderborn/borchen/22081172_Ursache-noch-unklar-Fluegel-von-Windrad-umgeknickt.html Dieser Unfall bestätigt und unterstreicht den bisherigen hiesigen Vortrag gleich mehrfach: 1. Die Unfallgefahr solcher Anlagen im Allgemeinen wie im besonderen als solche ist erheblich und für Anwohner im relevanten Umfeld unzumutbar. Wer möchte Jahrzehnte „unter“ einer solchen Anlage leben (müssen) die jederzeit durch einen solchen Unfall das Leben des Anwohners gefährden kann? 2. Neben einem Rotorblattunfall ist ebenfalls ein Ölschaden pp möglich 3. Beide Arten von Schäden können sowohl Anwohner wie auch betroffene Arten wie die Natur sehr nachteilig treffen. Neben der Boden- und Wasserverschmutzung können im	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	aktuellen Unfall kleinste hochtoxische Teile (**Carbon, GFK/CFK-Werkstoffe)** auch von (geschützten) Tieren aufgenommen werden und mindestens zu bleibenden Schäden führen, insoweit die landwirtschaftlichen Flächen nicht mehr nutzbar sind bzw. nicht mehr genutzt werden dürfen Inzwischen liegt ein ergänzender Unfall-Erhebungsbericht in obiger Sache vom 10.03.18 vor. Hiernach sind Trümmerteile in für Menschen gefährlichem Umfang und Zustand sogar über 800m weit entfernt gefunden worden und mithin geflogen. Siehe Link zum Bericht: http://gegenwind-borchen.de/windrad-havarie-neue-200m-windkraftanlage-in-borchen-voellig-zerfetzt Das unterstreicht beeindruckend die hiesigen Ausführungen zur gefährlichen Nähe jedenfalls der nächstliegenden Anlagen zum Wohnhaus der Klägerin, zumal die verunfallte Windanlage eine zur beklagten Anlage(n) bauähnliche Anlage ist. Im vorliegenden Fall kommt die Gefährdung des gesamten landwirtschaftlichen Betriebes der Klägerin in Betracht. Denn der Betrieb mit ca. 30ha Nutzfläche fällt weit überwiegend in den Einzugsbereich zu den Windanlagen. Mithin muss der Kläger im Falle eines solchen naheliegenden Unfalls damit rechnen, dass große Flächen seiner landwirtschaftlichen Nutzflächen betroffen sein würden und nicht mehr genutzt werden könnten und damit seine existentielle Grundlage gefährdet werden würde. Aufgrund des seit 2005 geltenden Verbots, große faserverstärkte Kunststoffbauteile zu deponieren und entsprechend der DeponieVO von 2009 dürfen diese Abfälle auch nicht thermisch verwertet werden. (DepV, § 7 vom 27.04.2009). Mithin ist völlig ungeklärt was mit Rotorblättern nach Ausserbetriebnahme passiert. Man kann sich nur wundern, dass ein derart gefährlicher Werkstoff in diesen Mengen von nun 30.000 Windanlagen und ihren 90.000 Rotorblättern verwendet wird ohne dass Behörden oder Gerichte das Problem zur Kenntnis nehmen. Hier braut sich eine Umweltgefährdung erheblichen Ausmaßes an. Beweis: 1. Ressourceneffizienz von Windenergieanlagen, August 2014, VDI ZRE Publikationen Kurzanlayse 9, 61 Seiten https://www.ressourcedeutschland.de/fileadmin/user_upload/downloads/kurzanalysen/2014-Kurzanalyse-VDI-ZRE-09-Ressourceneffizienz-Windenergieanlagen.pdf 2. Prof. Dr.-Ing Eckhard Weidner, Studie zur Circular Economy im Hinblick auf die chemische Industrie, Fraunhofer Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik Umsicht, Oberhausen, März 2017 insbesondere Seiten 47-72 (Analyse und Einfluss der Circular Economy für Rotorblätter von Windenergieanlagen), https://www.umsicht.fraunhofer.de/content/dam/umsicht/de/dokumente/publikationen/	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	2017/zirkulaere-wirtschaft-fuer-chemische-industrie-kurzfassung.pdf Vor dem Hintergrund dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse kann es keinen Zweifel geben, dass die Anlagen nicht nur wegen ihrer Unfallgefährdung durch konkrete Gefahren für Leib und Leben zahlreicher in der Nähe lebender und arbeitender Menschen vor Ort der erteilten Genehmigung entgegen steht, sondern auch aufgrund der Toxizität der im Rotor verwendeten Materialien und anderweitigen Gefährlichkeit, da das eingesetzte Material nicht einmal auf eine Deponie verbracht werden darf. Im Falle eines Rotorblatt-Unfalls, insbesondere über einem Gebiet einer landwirtschaftlichen Nutzung kann wegen der Folgen eines Rotorblattunfalls durch den massiven Eintrag von Carbon/GFK/CFK-Material für einen solchen Betrieb dessen Existenz gefährden, da eine weitere landwirtschaftliche Nutzung dieser Flächen ausgeschlossen ist. Beispiel: Zu Folgen eines solchen Unfalls für betroffene Landwirte siehe Westfalen-Blatt vom 08.05.18, „Glasfasersplitter sorgen bei Bauern für Ratlosigkeit“, Trümmerflug bis 850m Insoweit der Abstand zu Wohnhäusern und des damit relevant gefährdeten Bereichs weit weniger als 1000m zur nächsten Windanlage beträgt, muss von einer relevanten Gefährdung ausgegangen werden. Wann aber ist eine Gefährdung als Restrisiko im Sinne der Rechtsprechung hinnehmbar und wo beginnt die Grenze bei diesen Riesenanlagen, ab wo liegt kein Restrisiko mehr vor? Die Sicht der Windindustrie und kritische Untersuchungen Die Neue Energie, Mitteilungsblatt des Bundesverband Windenergie beschreibt das Geschehen wie folgt: „An ihren Spitzen erreichen Rotorblätter hohe Geschwindigkeiten von bis zu 300kmh . Staubkörner wie Regentropfen wandeln sich dort zu winzigen Geschossen. Erst zeigen sich an der Oberfläche nur kleine Dellen. Doch nach wenigen Jahren sehen viele Vorderkanten der Rotorblätter wie abgenagt aus. Bleibt eine rechtzeitige Warnung aus, folgen Risse und Löcher, Feuchtigkeit dringt ein und schädigt den inneren Aufbau als Glasfasermaterialien. Selten ist eine solche Erosion der Vorderkanten nicht. Das Problem betrifft nahezu jedes Windrad, früher oder später, je nach Standort; Je staubiger und regenreicher, desto stärker die Verwitterung. Unsere Schätzung ist, dass ab zwei Jahren eine Reparatur bei On- und Offshore-Anlagen erforderlich sein kann, sagt Kulualp Tazefidan, Experte für Faserverbundtechnologie am Fraunhofer-Institut für Windenergiesysteme in Bremerhaven.“ Das Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) entwickelt derzeit ein Testverfahren, mittels dessen die Beständigkeit verschiedener Beschichtungsmethoden evaluiert werden kann. Siehe hierzu: https://www.windbranche.de/news/nachrichten/artikel-25242-fraunhofer-iwes-	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sagt-erosion-vonwindkraftanlagen-den-kampf-an https://www.iwes.fraunhofer.de/de/presse_medien/archiv-2017/regenerosion-an-rotorblaettern-effektiv-vorbeugen.html (Koordinator) Fraunhofer IZFP, FreiLacke, Jadewind, Nordex, Ocean Breeze, Senvion. Doch das ist Forschung und berührt heute in Betrieb befindliche Anlagen nicht. Denn selbst härtere Oberschichtenlacke und sonstige Schutzmechanismen können den Verschleiß nur verzögern oder vermindern, verursachen zudem selbst Mikropartikel. Aufhalten können sie ihn aufgrund der aggressiven Höhenwinde und des dort herrschenden Windes und Wetters nicht, erst recht nicht im Hinblick auf die übliche Lebenszeit der Rotoren von 20 bis 25 Jahren, soweit die Rotoren aufgrund des Verschleiß überhaupt eine solche Lebensspanne erreichen und nicht zwischendurch wegen übermäßigen Verschleiß ausgetauscht werden müssen. Auch betreibt z.B. das Fraunhofer-Institut einen Prüfstand zur Lebensdauerprüfung von Beschichtungssystemen für Rotorblätter. https://www.iwes.fraunhofer.de/de/forschungsprojekte/aktuelle-projekte/beleb.html. Als bislang offene Frage wird definiert, welcher Mechanismus im Detail zur Schädigung und zum Materialabtrag an Rotorblättern führt. Unstreitig ist allerdings die Erosion als solche und die Folgewirkungen der Erosion zum Nachteil der Umwelt Deshalb teilen die Hersteller die Daten nicht mit und gefährden dadurch die Umwelt und Gesundheit der Anwohner. Zugleich zeigen neue Forschungen die ganze Dramatik der Erosionen und Erosionsprozesse. Neue Energie schreibt dazu: „Erst kürzlich veröffentlichten Wissenschaftler der technischen Universität von Dänemark (DTU) eine Studie im Fachblatt „energies“, in der Sie das Erosionsrisiko von 15 Megawatt-Anlagen entlang der deutsch-dänischen Küste auf der Basis detaillierter Wetterdaten abgeschätzt haben. Ihr Ergebnis: Entlang der Nordseeküste halten die Vorderkanten der Rotorblätter etwa anderthalb bis drei Jahre der Belastung durch Regentropfen stand Im Ostseeraum kann sich die Haltbarkeit auf etwa vier Jahre verlängern.“ Die gesamte Studie findet sich: Energies 2021,14,5974 „A Comprehensive Analysis…..“ published 20.09.21 Konkreter wird die norwegische Studie „Leading Edge erosion ans pollution from wind turbine blades, 5.,Auflage 2021, Asbjör Solberg, Bard-Einar Rimnereit und Jan Erik Weinbach, July 2021 Durch eine Abschätzung der erodierten Mengen an Material durch die beschriebenen Effekte Sie kommt bei einer Windanlage mit einem 60m Rotorblatt und verschiedenen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wetterannahmen zu einem Massenverlust von 0,037% bis zu 0,199% pro Monat! In Küstennähe könne sich dieser Wert um bis zu 40% durch den aggressiven Salzgehalt in Luft und Wasser erhöhen. In der Summe und starken Regen vorausgesetzt müsse ein Mikroplastik-Abrieb von bis zu **62kg pro Windanlage pro Jahr** angenommen werden (Seite 3). Die Untersuchung bestätigt einerseits die Mikroplastik-Erosion von Rotoren per se, andererseits die Abhängigkeit der Mikroplastik-Einträge von der Höhe der Anlage, der Länge der Rotoren, des Oberflächenumfangs, den Windgeschwindigkeiten, den (Winter-)Wettersituationen usw. Das kann natürlich jedes Jahr anders ausfallen, ist also so volatil wie der Wind selbst. Doch an der Entstehung und Verteilung des Mikroplastik gibt es keinen Zweifel. Und je länger eine Anlage in Betrieb ist desto mehr reichert sich das Material in der Umgebung an. Dabei sind allerdings die heutigen Höhen der Anlagen mit bis zu 265m und mit nochmals anderen Belastungen durch die stärkeren Windgeschwindigkeiten usw, die auf die Oberflächen treffen nicht gesondert untersucht worden. Das macht umgekehrt deutlich, wie schnell die Rotoren an der Oberfläche durch solche Erosionen und Erosionsprozesse Mikropartikel in erheblichem Umfang verlieren und an die Umgebung abgeben. Die zuvor vorgestellten Untersuchungen haben dazu die Mengen pro Jahr abgeschätzt die von den Oberflächen verloren gehen. Sie erreichen pro Rotorblatt schon nach wenigen Jahren über 100 Kilogramm, was konkret Millionen von Mikropartikel zur Folge haben kann. Bei drei Rotoren erhöhen sich diese Werte dementsprechend und bei mehreren Anlagen nochmals. Diese Mikropartikel werden durch den Wind im Umkreis von bis zu 1000m verteilt, da sie nur bei Wind und seinen Folgen vom Rotor abgelöst werden, und kontaminieren so den Boden kontinuierlich und additiv. Damit sind auch Prognosen über die zu erwartenden Mikropartikelemissionen über die Lebenszeit der Rotoren möglich, da grundsätzlich gut abschätzbarbar. Die Mengen sind beträchtlich wie die Untersuchungen belegen und stellen u.a. das BBodenSchG vor eine Herausforderung. Denn ggfls. müssen nach Jahrzehnten des Betriebs riesige Bodenflächen bei entsprechender Kontamination durch die Emissionen abgetragen werden. Das aber muss von Anfang an bedacht werden. Hinzu kommt die wachsende Sensibilität der Wissenschaft und des Gesetzgebers gegen solche unstreitig nachteiligen Umwelteinflüsse durch kommende Verschärfungen der gesetzlichen Regeln und Grenzwerten.. Besonders heikel dürfte das dort sein, wo die durch Mikropartikel-Eintrag betroffenen Flächen für die Lebensmittelproduktion genutzt werden. Ohne dies frühzeitig in den Verfahren zu untersuchen, abzuschätzen und, soweit überhaupt Genehmigungen erteilt werden können, in den Genehmigungen explizit zu regeln und z.B. Rückstellungen für „worst-case-Szenarien“ zu verpflichten	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	Trotz dieser offensichtlichen wissenschaftlich belegten Fakten weigern sich Behörden Bodenuntersuchungen vorzunehmen oder Auflagen in den Genehmigungen zu definieren. Das ganze Thema wird seit Jahren tabuisiert, als ob es das nicht gäbe. Aber es ist existent und brennt unter den Nägeln, insbesondere angesichts des geplanten bundesweit flächendeckenden Zubaus mit solchen die Umwelt immer stärker belastenden Anlagen. Die UBA-Untersuchung Die Rotorblätter von Windkraftanlagen selbst bestehen aus einem Verbund aus Kunstharzen (Epoxid oder Polyesterharze) und Fasern (Glas- oder Carbonfasern). Diese diversen Materialien (Carbon, Glasfaserverstärkter Kunststoff GFK und Carbonfaserverstärkter Kunststoff CFK) werden in der Regel in einem auch für das UBA in seiner Studie kaum transparent zu machenden Weise in einem MATERIAL-Mix für die Außenhaut von Rotorblättern verwendet. Dabei wird für die heute immer größeren und längeren Rotorblätter aufgrund seiner Eigenschaften immer häufiger das allerdings problematischere eingesetzt. https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/entwicklung-eines-konzepts- Siehe dort insbesondere die Seiten 76-79 und 164, 169f. Diese Fasern können krebsauslösend sein: DAS UBA führt in seiner Studie (2019 aaO, Seite 79) dazu aus: „Energetische Verwertung Die energetische Verwertung von Carbonfasern in Müllverbrennungsanlagen verläuft unvollständig (Pehlken 2015). Bei der Verbrennung von CFK (wie auch GFK) in einer MVA bleiben bis zu 60% des Materials als Asche zurück (Milchert 2017, 41), welche letztlich auf Deponien entsorgt werden müssen. Neben dieser Problematik ist die konventionelle energetische Verwertung von faserverstärktem Kunststoff insbesondere im Hinblick auf CFK mit weiteren Herausforderungen konfrontiert. Zum einen können durch CFK-Fasern technische Defekte an den Anlagen ausgelöst werden, insbesondere sind negative Auswirkungen auf elektrostatische Partikelabscheider durch CFK zu erwarten. Zum anderen wird vermutet, „dass Carbonfasern unter Sauerstoffeinfluss ab einer Temperatur von 650°C lungengängige Teilchen bilden, die nach Einatmung – ähnlich wie bei Asbestfasern – das Lungenkrebsrisiko erhöhen. (Ressource 2016). Festzuhalten ist also, dass die Hausmüllverbrennung für CFK-Abfälle nicht geeignet sind (Bifa 2012).“ Zwischenergebnis: Daraus ergibt sich, dass sich durch Temperaturen von ca 650C lungengängliche Teilchen bilden, die krebsauslösend sein können. Aufgrund des nicht zufälligen Vergleichs mit Asbest dürfte dieses Risiko exponentiell hoch sein. Deshalb ist nach regelmäßig auftretenden Bränden von Windanlagen bzw Rotorblättern extreme Vorsicht im Umfeld geboten und die bekannten	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Die Gefährlichkeit von Mikropartikel im allgemeinen wie besonderen Dies zeigt allerdings nur die Folgen bei und nach einer thermischen Nutzung und sind auf die Mikropartikelemissionen von den Rotoroberflächen nur bedingt übertragbar. Erheblich größere Gefahren gehen deshalb und allerdings von durch natürliche und unvermeidliche Erosion sich ablösenden Mikropartikel aus, die in ähnlicher Weise aufgrund ihrer Winzigkeit lungengänglich sind und konkludent in gleicher Weise krebsauslösend sein können. Die Bedeutung dieser Thematik wird dadurch unterstrichen, dass dieses Mikroplastik sic unabhängig von der Lungengänglichkeit rund um Windanlagen verteilt und sich über die Lebenszeit einer Windanlage im Erdreich anreichert und dort das Grundwasser gefährden kann. Dass Mikropartikel inzwischen zu einem weltweiten Problem geworden sind und überall schon an der Quelle Abhilfe geschaffen werden muss ist erneut berichtet worden in FAZ 14.04.21 „Wie das Plastik um die Welt geht“ mit Verweis auf den neuesten Bericht in der „PNAS“ „Constraining the atmospheric limb of the plastic cycle“ https://www.pnas.org/search/microplastics%20content_type%3Ajournal?facet%5Bpublication-date%5D%5B0%5D=2021 Deshalb sei ein spezifischer Aspekt der Erosion das Freisetzen von Mikroplastik an den Rotorblättern. Laut Auskunft des IWES noch vor zwei Jahren seien bislang kein https://www.ict.fraunhofer.de/content/dam/ict/de/documents/medien/ue/UE_klw_Poster_Recycling_von_Windkraftanlagen.pdf. 5 Siehe hierzu beispielsweise: https://www.hbm.com/de/4802/windenergie-fraunhofer/. Frage bekannt, ob und in welchem Umfang Mikroplastik freigesetzt wird. Dass das Material, welches sich durch Erosion löse, in der Umwelt lande, ließe sich allerdings nicht bestreiten. Das kann man nur als naiv bezeichnen, denn wie das UBA (aaO) ausführt sind die Gefahren des verwendeten Materials von Anfang an durch dessen Verwendung in anderen Industrien bekannt gewesen und die Erosion der Oberflächen wird seit vielen Jahren diskutiert. Das hat sich inzwischen geändert. Insbesondere (bei Offshore-Anlagen) würden die Blätter erst dann getauscht oder repariert, wenn es sich gar nicht mehr vermeiden ließe, d.h. der Erosionsschaden schon erheblich sei. Das offenbart immense Mengen an Mikropartikel die in die Umwelt eindringen und die Menschen gefährden. Zu den genauen Mengen gebe es aber keine systematischen Untersuchungen. Die neue Energie führt dazu aus: „Dazu braucht es nicht einmal größere Staubkörner, die mit Wucht auf die Rotorblätter auftreffen. Und die obere Schicht wird quasi abgefräst. Auch Regentropfen reichen dafür aus. Erst erzeugt der aufprallende Tropfen beim Zerplatzen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	einen kräftigen Druckstoß mit etwa 3600bar. Danach implodiert er und eine Schockwelle breitet sich durch die oberen Schichten des Rotorblatts aus. Diese Druckwellen pflanzen sich fort und schädigen das Material“ Das UBA und weitere Untersuchungen In der Kurzinformation des wiss Dienstes des Bundestags (aaO) wird dazu noch vor zwei Jahren (verharmlosend) wie folgt ausgeführt: „Als grobe Abschätzung geben die Wissenschaftler des IWES zu bedenken, dass ein Erosionsschaden grob vereinfacht den äußeren Teil eines Rotorblattes beträfe. Nehme man weiterhin zur Vereinfachung an, dass das Rotorblatt linear und nicht spitz zulaufe, komme man auf eine maximal betroffene Oberfläche von ca. 10 m2 . Würde man nach vier Jahren die komplette Beschichtung im betroffenen Bereich erodiert vorfinden, ergebe sich ein maximaler Materialabtrag von 1.395 t/a für alle rund 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland. Das sei als sehr grobe obere Abschätzung anzusehen, das heißt durch die vereinfachten Annahmen liegt der tatsächliche Wert mit hoher Wahrscheinlichkeit deutlich darunter. Im Vergleich dazu werden vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) jährliche Abriebwerte von Reifen mit 102.090 t/a und von Schuhsohlen mit 9.047 t/a angegeben.“ Diese Ausführungen haben mit der Realität nichts (mehr) zu tun, stellen eine nicht belastbare Vereinfachung dar und werden sachlich durch oben zitierte Untersuchungen widerlegt bzw eingeordnet. Und natürlich entstehen die Mikropartikel durch den Betrieb der Rotoren nur da wo Windanlagen stehen. Diese Standorte sollen sich aber in den nächsten Jahren verdreifachen, was weniger ambitioniert als beunruhigend ist, angesichts der Probleme mit Mikropartikeln und deren Folgen. So unterschlägt der wiss. Dienst, der sich selbst im Auftrag von MdB versteht und dessen „Wissenschaftlichkeit“ schon häufig angezweifelt wurde, dass der Reifenabrieb in Bodennähe entsteht und deshalb weitgehend auf die Straßen beschränkt bleibt. Bei der Emission von Mikropartikeln in 100m bis 265m Höhe von Windanlagen auf dem Land oder sogar in Schutzgebieten und in der Nähe zu Wohnhäusern und bei entsprechenden Winden über landwirtschaftlich genutzten Flächen entsteht ein ganz anderes großflächigeres und von der Toxizität signifikantere Gefährdung von Menschen und Umwelt Auch Verstärkungen an den Rotorblattvorderkanten helfen nur bedingt und werden von den Herstellern nicht preisgegeben (Neue Energie aaO S. 42) „Das Problem ist heute noch nicht gelöst“…“Es besteht immer noch sehr großer Forschungsbedarf in diesem Bereich“ (Neue Energie aaO). Aber eben nur im Sinne einer Verminderung der Schäden zwecks Verringerung der finanziellen Nachteile. Dass hingegen die Folgen der Erosion und Erosionsprozesse zu Millionen Mikropartikelemissionen führen und die Umwelt in gefährlichem Umfang kontaminieren und die Gesundheit der Anwohner gefährden ist unstreitig, wie die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Untersuchungen und Schlussfolgerungen zeigen. Die „Neue Energie“ kommt zur Schlussfolgerung: „Grundsätzlich ist zwar gut vorstellbar, dass das ideale Material zum Schutz vor Erosion dereinst gefunden wird. Da es um Materialkombinationen geht und die Wirkmechanismen komplex sind, lässt sich dies allerdings nur schwer vorhersagen“…und solange keine neuen Werkstoffe für einen Erosionsschutz über die gesamte Laufzeit einer Windanlage verfügbar sind, bleibt den Anlagenbetreibern nur der Ausweg, den fortschreitenden Abnutzungserscheinungen rechtzeitig durch eine Reparaturentgegen zu wirken, eine Dienstleistung, die mittlerweile zahlreiche Wartungsspezialisten anbieten“ (Neue Energie aaO). Das wiederum lässt ohne jeden Zweifel den Schluss zu, dass der Anteil an Emissionen von Mikropartikel zunehmend wächst und eine signifikante Gefährdung der Umwelt und des Menschen über die gesamte Lebens- und Betriebszeit von Windanlagen durch eine Art Vergiftung darstellt, verstärkt um erhebliche Faktoren, je mehr Windanlagen in der jeweiligen Nähe von Menschen pp betrieben werden. Die Rotorblätter heute üblich gewordener Windindustrieanlagen der Generation 250m+ haben inzwischen Längen von über 100m Länge erreicht. Das sind die Anlagen der Zukunft. Aber auch die Breite heutiger Anlagen erreichen 3- 4 m. Die Rotorblätter laufen zwar in der Spitze spitz zu, aber nur in den letzten Metern sind sie so schmal, dass die Fläche geringer wird. Allerdings sind heutige Rotorblätter aufgrund ihrer Konstruktion mit großem Hohlkörper auf Basis von Balsaholz aus dem Regenwald, überwiegend aus Equador unter zum Teil zweifelhaften Umständen (Economist, 30.01.21 Seite 37ff, „A worrying windfall“), nicht plan sondern eher dreidimensional, also mit drei Seiten, ähnlich einem Flügel eines Flugzeugs mit Ober- und Unterfläche und dem dicken vorderen Wulst, der quasi dritten Seite, der nach hinten spitz zuläuft. Es kann deshalb vereinfacht auf Ober- und Unterfläche abgestellt werden, dass Rotoren mit heute üblicher Länge von 90m etwa 60m x 3m und 30 x 1m Fläche aufweisen. Und das (vereinfacht) jeweils für zwei Seiten. Das sind dann 150m2 x 2 = 300m2. Die tatsächliche Gesamtoberfläche liegt aus obigen Gründen höher. Da eine Windanlage drei Rotoren aufweist betragen die Flächen pro Windanlage bei solche Rotoren also auf Basis obigen Annahmen bei insgesamt etwa 900m2. Da die Oberflächen der Rotoren nicht plan, sondern aus aerodynamischen Gründen geschwungen gestaltet sind dürfte die Gesamtfläche noch höher sein. Dies ist ein Verhältnis von knapp 1:100 höherer Fläche als die 10m2 die vereinfacht vom IWES angenommen werden, und zeigt schon so frappierende Mängel bzw „Vereinfachungen“ der Überlegungen des „wissenschaftlichen Dienstes“ (aaO). Denn nicht nur die	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Vorderkante der Rotoren ist betroffen, sondern – wenn auch in geringerem Umfang, die Rotoroberfläche insgesamt, da die Rotoren in sich gedreht werden um dem Wind optimal ausgesetzt zu werden, wie auch Wind und Wetter nicht immer nur aus einer Richtung kommen, sondern durch vielfältige Verwirbelungen das Rotorblatt als Ganzes betroffen ist Es ist angesichts dieser Diskrepanz sachlich offensichtlich, dass die Verharmlosungen des wissenschaftlichen Dienstes selbst eher einem Lobbyismus im Parlament unter dem Deckmantel eines „wissenschaftlichen Dienstes“ sehr nahe kommt. Denn wenn man die Lebenszeit von 25 Jahren zugrunde legt ergibt sich bei 10.000 großen Anlagen mit je 100m langen Rotoren eine aus den Zahlen des wiss. Dienst abgeleitete Summe von theoretisch 5.000 Tonnen. (10.000 x 4(25) Jahre x 900m2 x 1,4t), natürlich als „worst-case“. Diese Menge wird sich hoffentlich nicht einstellen, weil natürlich nicht die gesamte Oberflächenbeschichtung als Mikropartikel erodiert. Es zeigt aber wie unterschiedlich eine Betroffenheit am Massstab heutiger Windanlagen bzw Rotoren, der Einbezug der gesamten Oberfläche über die Lebenszeit von 25 Jahren aussehen könnte. Aber schon sehr viel weniger Erosion und ggfls. weniger Flächen führen zu erheblichen Mengen von Mikropartikelemission und Kontamination des Bodens rund um Windanlagen. Die Wirbelschleppen hinter den Rotoren tun das ihrige zur Ausbreitung der Mikropartikel über ein Umfeld von mindestens (geschätzt) 1000m rund um Windanlagen. Entscheidend ist nun, dass diese Mikropartikel im Gegensatz zum verwendeten Beispiel des wissenschaftliches Dienstes toxisch und erhebliche Nachteile für den Menschen haben können, das UBA spricht bei lungengänglichen Partikeln durch diese Rotoren von krebserregenden Eigenschaften (aaO) und beklagt die fehlende wissenschaftliche Forschung, weswegen von einer „wort-case-Gefahr“ durch dieses Material ausgegangen werden muss. Durch die Verteilung dieser Mikropartikel rund um eine Windanlage über den Lebenszeitraum von etwa 25 Jahren ergibt sich vor allem dann eine konkludente Gefahr durch die Mikropartikel-Kontamination für die umliegend wohnenden Menschen wie die Natur, wenn insbesondere landwirtschaftliche Betriebe Nahrungsmittel, also Obst oder Gemüse oder Getreide zum menschlichen Verzehr anbauen. Denn diese Mikropartikel sind im Umfeld einer Windanlage weder auffindbar noch wieder zu beseitigen, reichern sich vielmehr von Jahr zu Jahr an und erhöhen so die Gefahr die von ihnen ausgeht kontinuierlich. Sie verbleiben für immer im Boden und damit in unmittelbarer Nähe zu angebauten Lebensmittel, bzw. werde unvermeidlich Teil der Lebensmittel. Dabei dürfte ein Abstand bzw Einflussbereich von etwa 1000m hinlänglich relevant sein, damit durch den Wind der Eintrag solcher Mikropartikel in diesem Umfeld weniger signifikant stattfindet. Doch Wirbelschleppen können diese auch sehr viel weiter	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	tragen, weswegen auch hier Forschungsbedarf existiert. Mikroplastik kann das Wachstum gefährlicher Pilze begünstigen und damit die Gesundheit von Anwohnern Wie eine Studie von der Universität Bayreuth und der Leibnitz Universität Hannover kürzlich in „Scientific Reports“ | (2021) 11:13214 Microplastics accumulate fungal pathogens in terrestrial ecosystems By GerasimosGkoutselis1,5, Stephan Rohrbach2,5, Janno Harjes1 , Martin Obst3 , Andreas Brachmann4 , MarcusA. Horn2* & Gerhard Rambold1* https://www.nature.com/articles/s41598-021-92405-7.pdf zeigte (zusammengefasst z.B. in Die Welt vom 26.07.21, Seite 20, „Wie Mikroplastik das Wachstum gefährlicher Pilze begünstigt“) können sich an winzigen Plastikpartikeln im Boden zahlreiche Pilze anhaften. Mikroplastik müsse als mögliche Quelle von Pilzinfektionen des Menschen in Betracht gezogen werden und seien womöglich bereits am weltweit beobachteten Anstieg von Pilzerkrankungen beteiligt. Auch dieser neue und zusätzliche Aspekt der vielfältigen Nachteile der massenhaften Mikropartikelemissionen durch die Rotorblattoberflächen machen Windanlagen für die Umwelt und die Gesundheit der im Umfeld lebenden Menschen signifikant gefährlich. Das gilt besonders und typischerweise für **Windanlagen in Agrarbereichen auf denen Lebensmittel angebaut werden**, **Insbesondere das Unterlassen von Bodenuntersuchungen, der fehlenden/unterlassenen Prognose hierzu in Genehmigungsverfahren und fehlenden Regelungen in Genehmigungen stehen Genehmigungen von Windanlagen jedenfalls im Umfeld von mindestens 1000m** zu Wohnhäusern und sensiblen Agrarbereichen (aaO) entgegen, da aufgrund der Höhe heutiger Anlagen der Wind wie auch die Bewegung der Rotoren diese Mikropartikel - sowie auch Lärm – in die Umgebung verteilt wird. Die kontinuierliche Anreicherung über die Lebenszeit der Anlage(n) lässt erhebliche Summen Mikropartikel im Näheren, aber letztlich auch weiteren Umfeld kausal und zwangsläufig erwarten. Ob angesichts dieser Erkenntnisse überhaupt noch Windanlagen genehmigungsfähig sind muss hier dahinstehen. Jedenfalls lässt diese Faktenlage befürchten dass Windanlagen durch ihre immer zahlreicheren und größeren Rotoroberflächen über die Betriebszeiten die Umwelt regelrecht mit unzähligen Mikropartikeln vergiften. BBodSchG Es liegt auf der Hand, dass die unweigerlich großen jedenfalls signifikanten Mengen an Mikropartikel nicht nur schädliche Bodenveränderungen hervorrufen, sondern auch Gewässerverunreinigungen, da die Partikel unweigerlich in den Boden	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	dringen und Gewässerschichten erreichen die sie ebenso unvermeidlich verunreinigen, **§ 4 BBodenSchG**. Hiergegen ist Vorsorge durch Abwehr von Anfang an zu treffen, da solche Mikropartikel nicht mehr beseitigt werden können, wenn sie erst einmal in den Boden eingedrungen sind. Solche schädlichen Bodenverunreinigungen sind auch geeignet Gefahren erheblichen Umfangs für die Grundstückseigentümer im Umfeld der Anlagen, aber auch für die Allgemeinheit hervorzurufen, wenn z.B. auf den betroffenen Flächen Lebensmittel angebaut werden. Denn dann kann bei einer kontinuierlichen Anreicherung über Jahrzehnte der Boden relevante Schwellen der Kontamination überschreiten, die einen betroffenen landwirtschaftlichen Betrieb in **Art 14 GG** unmittelbar betreffen, d.h. das Eigentum und die Existenz am eingerichteten und ausgeübten Betrieb. Denn ab einer nicht ausschließbaren Überschreitung von Grenzwerten (die zudem erfahrungsgemäß über die Jahrzehnte verschärft werden können) könnte er gezwungen werden den Betrieb einzustellen oder den Boden auszutauschen usw. das könnte zugleich - je nach Betroffenheit seiner Ackerflächen – das Ende des Betriebs bedeuten. Gerade aufgrund solcher Konsequenzen ist eine Regelung von Anfang an zwingend, **soweit überhaupt eine Genehmigung in Betracht kommt**. Denn mit individuellen Betriebseinschränkungen kann dem wohl nur wenig entgegen getreten werden, immerhin durch Betriebseinschränkung ab einer Windgeschwindigkeit X, weil die Oberflächenerosion der Rotoren umso stärker ist, desto stärker der Wind und andere Wetterphänomene bei höheren Windgeschwindigkeiten auf die Rotoroberflächen einwirken. **Außerdem müsste ein strenges Monitoring der Rotoroberflächen und regelmäßige Bodenuntersuchungen zur Auflage gemacht werden incl. Schadensersatzregeln usw. Mikroplastik ist** im Übrigen ein inzwischen allgemein bekanntes wie beunruhigendes und bekämpftes Phänomen, dass z.B. zwecks Vermeidung bzw Verminderung zum Verbot verschiedener Plastikteile geführt hat (Strohhalme aus Plastik, Plastikgeschirr usw.) und noch führen wird bzw soll. Die EU hat hierbei einen systematischen Kampf gegen Mikroplastik angekündigt. Die Wissenschaft ist sich hierbei wohl einig, dass zwecks dringender Vermeidung der Anreicherung von Mikroplastik in der Umwelt mit seinen vielfältigen nachteiligen Folgen diese an den Quellen bzw. kausalen Ursachen angepackt und vermieden werden muss. **Gemäß § 4 BBodenSchG werden durch den Betrieb der Windanlagen kausal Mikropartikel in die Umgebung der jeweiligen Anlage gestreut und damit schädliche Bodenveränderungen hervorgerufen, die zur Gefahrenabwehr verpflichten und gegen die Grundstückseigentümer folglich gerichtliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen, falls die zuständige Behörde nicht ihren Vorsorgepflichten entspricht, § 7**	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	BBodenSchG. Dies hier umso mehr, da die unmittelbaren Grundstückseigentümer erhebliche Pachten (100.000,--Euro p.a. und mehr je nach Höhe, Leistungsstärke der Anlage und nutzbare Windgeschwindigkeiten vor Ort) für die Nutzung ihrer Grundstücke für die Windanlagen(fundamente) pp. erhalten und folglich gerade kein Interesse haben eine solche Gefahrenabwehr zu realisieren, sie vielmehr bestreiten. **Gerade deshalb hätte hier die Beklagte restriktiv prüfen und Regelungen treffen oder die Anlage ablehnen müssen. Gemäß § 9 BBodenSchG hätte die Beklagte für Vorkehrungen gegen eine Gefährdung durch Mikropartikel der Windanlagen sorgen müssen**, entweder durch umfassendes Monitoring **oder das Versagen der Genehmigung oder ggfls restriktive Betriebsauflagen aaO. Letzteres hätte hier zwingend erfolgen müssen, da rundum erhebliche Agrarflächen für die Produktion von Lebensmitteln betroffen sind und diese von der Klägerin bewirtschaftet werden** Das Material der Rotoren: Carbon /GFK/CFK Die in den Oberflächen heute üblicher Rotorblätter verwendeten Materialien Carbon /GFK/CFK sind synthetisch hergestellte Substanzen, die in der Natur nicht vorkommen. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie gleichzeitig wasserabweisend (hydrophob), fettabweisend (lipophob) und schmutzabweisend wirken. Aufgrund dieser besonderen Eigenschaften werden sie in vielen Industriebereichen eingesetzt. Verwendung finden sie etwa im Flugzeug- oder Pkw-Bereich zwecks Gewichtsreduktion im militärischen Bereich und in der Windindustrie. Aufgrund ihrer hohen Stabilität werden die chemischen Verbindungen von Carbon/GFK/CFK durch die in der Umwelt üblichen Abbauprozesse praktisch nicht zerstört. Dementsprechend lassen sie sich auch dem Abwasser durch die in Kläranlagen gängigen Abbauverfahren, die im Wesentlichen auf dem Einsatz von Mikroorganismen beruhen, nicht entziehen. Mittlerweile sind sie in wachsendem Umfang in der Umwelt nachweisbar. **Carbon/GFK/CFK sind für Menschen und Tiere toxisch und stehen im Verdacht, in hohen Dosen fortpflanzungsgefährdend und krebserregend zu sein** und werden mit Asbest gleich gesetzt.(UBA 2020). Ihre unmittelbare Wirkung im Körper ist noch wenig untersucht. Allerdings ist die Erregung von Krebs wohl unstreitig. Es herrscht natürlich Forschungsbedarf, wie bei allen solchen Stoffen. Allerdings erfolgt insbesondere bei militärischen Unfällen (Absturz von Fluggeräten mit Material-Anteilen von Carbon/GFK/CFK) die Beseitigung der mit Carbon/GFK/CFK belasteten Rückstände mit erheblichem Aufwand und nur unter Verwendung kompletter Ganzkörper-Schutzanzügen (PSA) für das eingesetzte Fachpersonal und durch Beseitigung der Erdoberfläche auf und in der sich Reste des Materials befinden oder befinden könnten) Ebenso reichen die Kenntnisse um gegenüber diesen Stoffen ein Deponieverbot festzulegen (§ 6 DepotG). Die besondere Gefährdung durch die Stoffe und ihre	

Einreichenden daten	Stellungnahme	Begründung
	massenhaften Mikropartikel zeigt die Herstellung und spätere Zerlegung und Entsorgung. In beiden Fällen müssen die Menschen, die mit dem Material in Berührung kommen sich in Schutzanzügen bewegen zwecks notwendiger Vorbeugung vor der gesundheitlichen Gefährlichkeit des Materials. Es ist geradezu absurd, dass hingegen die Menschen in deren Nähe solche Windanlagen errichtet und über Jahrzehnte solchen gefährlichen Emissionen durch solche Partikel in signifikantem umfang ausgesetzt werden dies ungeschützt tun müssen bzw den gefährlichen Folgen dieser Stoffe ungeschützt ausgesetzt, darüber unwissend gehalten werden und die zuständigen Behörden nicht einmal eine Prognose oder Untersuchungen oder Monitoring zum Schutz der Anwohner einfordern, selbst wenn die Anlage nur wenige hundert Meter zu Wohnhäusern errichtet werden soll oder sogar unmittelbar neben Flächen zum Anbau von Lebensmitteln. Konsequenz und Folgen: Zunächst ist es höchst ärgerlich, dass hierzu seit Jahrzehnten fast keine Forschung stattfindet und keine zureichenden finanziellen Mittel für Forschung auf diesem Gebiet zur Verfügung gestellt werden, insbesondere im Hinblick auf die Folgenforschung. für die Gesundheit der Anwohner und Menschen. Da sich nun seit über 30 Jahren inzwischen bei fast 30.000 Anlagen 90.000 Rotoren im zum Teil unmittelbaren Umfeld von Menschen drehen sind weitere Untersuchungen auf das Ausstreuen von erodierenden Mikropartikel von den immer großflächigeren Oberflächen der Rotoren dringendst erforderlich. Denn das Belastungspotenzial erhöht sich täglich je länger die Anlagen laufen und je großflächiger die Rotoren werden und je stärker sie den heftigen Wettereinflüssen in immer größeren Höhen ausgesetzt sind. Aufgrund der inzwischen vorliegenden **konkreten Untersuchungsergebnisse ist das auch kein Diskurs mehr, sondern handfeste gesundheitliche Betroffenheit im Sinne von Art 2 Abs. 2 GG wie auch Art 14 GG.** Und es ist wenig glaubwürdig sich über Mikropartikel am Himalaya, der Arktis und in den Weltmeeren zu beklagen, wo die immer zahlreicheren Off-shore Anlagen ihren Teil zur beunruhigenden Verschmutzung der Meere beitragen, aber an den Quellen nichts zu tun, auch wenn solche Quellen dann eben konsequent untersagt und verboten werden müssen. Insbesondere gibt es keinerlei Bodenuntersuchungen über den Eintrag von Mikropartikeln rund um solche Anlagen. Solange das so ist, ist besondere Vorsicht und ausreichender Abstand nicht nur zu beachten, sondern steht Standorten von Windanlagen näher **als 1000m oder 1500m zur Wohnbebauung** eindeutig entgegen. Das Wissen um diese gesundheitsschädlichen Emissionen ist wie die Nutzung des Materials in der Industrie wie auch seit 30 Jahren in Rotoren von Windanlagen jahrzehntealt und das vorsätzliche Unterlassen der Forschung hierzu und der Mangel an Kenntnissen der unstreitig grundsätzlich gesundheitsschädlichen Kontaminationen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	rechtfertigt erst Recht keine Genehmigung, jedenfalls keine unter Abständen von 1000m. Denn die Höhe der Anlagen und die Leichtigkeit der Mikropartikel lässt die Annahme der Verteilung durch den Wind von etwa 1000m rund um eine Windanlage als belastbare Annahme erscheinen. Insbesondere die neuen vorgelegten Untersuchungen unterstreichen mit ihren belastenden Ergebnissen diese Vorsorgepflichten. Es darf vor allem nach 30 Jahren Windrotoren und ihren tabuisierten externen Folgen keine weiteren Ausflüchte wegen angeblich noch „laufender Diskussionen“ geben, was wiederum Forschung verhindert, wie die Erkenntnis im „Interimsverfahren“ unterstreicht. Und im Gegensatz zur Verwendung des Materials in anderen Produkten ist es bei den Rotoren von Windanlagen die besondere Exposition in der Natur und in der Agrar-Landschaft die eine sonst ausgeschlossene Verteilung der Mikropartikel in die Umgebung und Natur zu deren Nachteil und Schädigung ermöglicht wie sonst nirgends. Aufgrund der inzwischen wissenschaftlich unstreitig erkannten Gefahren (FAZ, PNAS, Scientific Reports aaO) die grundsätzlich von Mikropartikeln ausgehen, ist deshalb der Betrieb solcher Anlagen auch unter diesem Gesichtspunkt im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung und –prognose usw. hinsichtlich aller örtlichen Belange zu untersuchen und steht dem Betrieb einer Windindustrieanlage insbesondere dann entgegen, wenn Anwohner in nur etwa 1000m Nähe wohnen oder auch im weiteren Umfeld etwa Lebensmittel (Gemüse. Obst, Getreide usw) zum menschlichen Verzehr angebaut werden. Schliesslich unterstreichen diese Überlegungen und Ergebnisse die Einhaltung eines pauschalen Mindest-Abstand aus gesundheitlicher Vorsorge von Windindustrieanlagen zu jedweden Anwohnern von 1000m, soweit überhaupt Genehmigungen angesichts der Schwere der gesundheitlichen Gefahren vertretbar sein sollten	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1389	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.18, 4.16, 7.2.12 und 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel- Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung muss auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land", Seite 58,15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von Windanlagen frei zu halten: Eiderstedt ist eine besondere Landschaft, die überwiegend dem Meer abgerungen wurde und auch als „Spatenlandschaft" bezeichnet wird, d.h., Köge, die mit der Hand /Spaten geschaffen wurden. Es ist eine einmalige Landschaft entstanden (Köge, Haubarge, Kirchen, Warften ,usw.) die als „Aufenthaltsraum Erholung" in dieser Form erhalten werden muss. Es dürfen keine landschaftsprägenden Veränderungen vorgenommen werden. Selber betreibe ich in SPD seit 2009 eine Dach-PV Anlage und bin sehr zufrieden. Als Elektroingenieur weiß ich ,dass in Eiderstedt aktuell 13 x mehr Strom aus EE gewonnen, als verbraucht wird. Eiderstedt hat seinen Anteil beigetragen. Jetzt muss Eiderstedt von weiteren WKA freigehalten werden. Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung in Eiderstedt keinesfalls zu verändern. Mit freundlichen Grüßen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	[redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1486	Dear Sir/Madam, As former Chairman of the international Goose Specialist Group of the IUCN-SSC (Species Survival Commission of the International Union for the Conservation of Nature), I would like to comment on the partial update of the Schleswig-Holstein State Development Plan "Onshore Wind Energy" - Update 2021 - Change to Chapter 4.5.1 (draft June 2024). Since 1978 I have been involved in Brent Goose (Ringelgans) research on the German Halligen Langeness and Gröde, and on the Eiderstedt peninsula, and I have been studying these migratory geese ever since from the west coast of France to the northern coasts of Siberia (Taimyr peninsula). For my work I have also been awarded with the Goldene Ringelgansfeder on Hallig Hooge in 2010, which is a very special award for me. Therefore 1. I welcome your decision to keep the main axes of the supra-regional bird migration with particular importance and the meadow bird breeding areas with particularly high Settlement densities free of further wind turbines (WEA) as spatial planning obiectives. 2. The whole of Eiderstedt should remain free from wind turbines. 3. I think it is crucial that the wording in the text section "Draft Annex 1 to Section 1 of the State Ordinance on the subject of onshore wind energy in the Schleswig-Holstein State Development Plan: Plan text Chapter 4.5.1 Onshore wind energy", page 58, 15 Z and 16 Z, including the corresponding map (Annex 2 to Section 1) will remain. From the multitude of nature conservabon justifications that you already have received (see, for example, the open letterfrom the nature Conservation associations dated March 25, 2024), I will take as an example the threat to the "Outstanding Universal Value" (OUV) of the UNESCO Wadden Sea World Heritage Site. The East Atlantic bird migration route is a constitutive element of the OUV and thus of the World Heritage Site. If the last open migration corridor via Eiderstedt were to be blocked by new wind turbines, this would jeopardize both international bird migration and the Wadden Sea's World Heritage Status.	Die Stellungnahme wird als Zustimmung zu der Planung zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	In accordance with my above-mentioned Statement with regard to the objectives of spatial planning in Eiderstedt, I ask that the draft regarding Eiderstedt must not be changed in any way. Yours sincerely, [redacted] [redacted] Sehr geehrte Damen und Herren, als ehemaliger Vorsitzender der international Goose Specialist Group of the IUCN-SSC (Species Survival Commission of the International Union for the Conservation of Nature) würde ich gerne zum Teilupdate des Schleswig-Holsteinischen Entwicklungsplan "Onshore Windenergie" - Update 2021 – Änderung zu Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) kommentieren. Seit 1978 war ich in Ringelgansforschung auf den deutschen Halligen Langeness und Gröde sowie auf der Eiderstedt Halbinsel involviert, und studiere seitdem diese Zugvögel von der Westküste Frankreichs bis zur Nordküste Sibiriens (Taimyr Halbinsel). Für meine Arbeit wurde mir ebenfalls die Goldene Ringelgansfeder in 2010 verliehen, was eine besondere Auszeichnung für mich ist. Somit 1. Begrüße ich ihre Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiere mit besonders hoher Dichte frei von weiteren Windenergieanlagen (WEA) als räumliche Planungsziele zu halten. 2. Gesamt Eiderstedt sollte frei von WEA bleiben. 3. Ich finde es entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Aus der Vielzahl der naturschutzfachlichen Begründungen, die Sie bereits erhalten haben (siehe z.B. den offenen Brief der Naturschutzverbände vom 25.03.2024), möchte ich beispielhaft die Gefährdung des „Outstanding Universal Value“ (OUV) des UNESCO-Weltnaturerbes Wattenmeer anführen. Die ostatlantische Vogelzugroute ist ein konstitutives Element des OUV und damit des Weltnaturerbes. Würde der letzte offene Zugkorridor über Eiderstedt durch neue Windkraftanlagen blockiert, wäre sowohl der internationale Vogelzug als auch der Weltnaturerbe-Status des Wattenmeeres gefährdet. Entsprechend meiner oben genannten Stellungnahme zu den Zielen der Raumordnung auf Eiderstedt fordere ich, dass der Entwurf zu Eiderstedt in keiner Weise verändert werden darf. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1256	Betr.: Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) hier: Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, Persönliches Vor 85 Jahren wurde ich in [redacted] geboren und kenne die Halbinsel Eiderstedt bereits aus meinen frühen Kindheitsjahren. Mein Vater, [redacted], war beruflich als Meeresgeologe eng mit der hiesigen Landschaft verbunden. Er wird sogar mit einer Schrift „Die nacheiszeitliche Entwicklung der schleswig-holsteinischen Westküste“ im neuen Buch „Der Eiderstedter Haubarg“ erwähnt. Studium und Berufstätigkeit führten mich in andere Bundesländer. Unsere Urlaube verbrachten wir regelmäßig in Nordfriesland, ab Anfang der 1970er Jahre in einer eigenen Kate auf Eiderstedt. Vor 37 Jahren erwarben wir einen Haubarg in [redacted], der durch unsachgemäße „Modernisierungen“ und Vernachlässigung eher einer Ruine glich.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 4.16, 4.18, 7.2.12, 6.1, 7.2.14, 3.15 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zunächst führten wir eine umfangreiche Recherche in den Bibliotheken, mit Fotodokumentation von noch existierenden Haubargen und Diskussionen mit Fachleuten durch. Die Umsetzung erforderte einen finanziellen Aufwand von ca. dem Vierfachen des Kaufpreises. Dadurch konnten wir ein wertvolles Baudenkmal erhalten. In den 1990er Jahren erwarben wir zwei Häuser in St.Peter Ording, in denen wir 10 Ferienwohnungen einrichteten, die wir noch heute bewirtschaften. Mein Vater hat übrigens die Entwicklung von SPO dadurch möglich gemacht, dass er das eiszeitliche Wasserreservoir bei Rantrum entdeckte. Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung muss auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. [redacted] Der Haubarg wurde 1987 von uns erworben und in vierjähriger Arbeit mit Tausenden von Arbeitsstunden restauriert. Er ist heute ein eingetragenes Baudenkmal von besonderem Wert. Die Ausblicke vom Haubarg in alle vier Himmelsrichtungen könnten fast genauso vor dreihundert Jahren (Baujahr des Haubargs 1690) bestanden haben. Geldgierige Barbaren möchten diese uralte Kulturlandschaft zerstören Denkmalschutz Eiderstedt ist mit seinen zahllosen Baudenkmälern eine im wahrsten Sinne einmalige Tausende Jahre alte Kulturlandschaft. Von den um 1900 noch vorhandenen ca. 350	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Haubargen sind die meisten durch Feuer, Vernachlässigung oder Abriss verlorengegangen. Die verbliebenen Haubarge geben ein Zeugnis von der einst reichen Landschaft, stellen aber an ihre heutigen Besitzer erhebliche finanzielle Anforderung für deren Erhalt. Die 18 Kirchen, deren Ursprünge häufig 800 Jahre alt sind, sind ein unersetzbares Zeugnis für das historische Leben auf Eiderstedt. Würde dem Willen der Investoren nachgegeben und würden modernste WEA errichtet, so würden diese die vorhandenen Denkmäler (Kirchen und Haubarge) um bis zum Zwanzigfachen in der Höhe überragen, d.h. sie vernichten. Naturschutz Würden auf dem Marschland moderne WEA errichtet, müssten für jede einzelne WEA Tausende Tonnen Beton und Stahl in den weichen Boden als Fundament versenkt werden. Über die Wirkungen auf die Natur ist wenig bekannt. WEA liefern elektrische Energie. Diese Energie wird dem Wind entnommen. Entgegen dem allgemeinen Glauben wird die entnommene Energie nicht erneuert. Photovoltaik entnimmt die von den Solarzellen gelieferte Energie der Sonnenstrahlung, die dann nicht mehr für die Photosynthese zur Verfügung steht. Zusätzlich wird Wärme erzeugt, die an die lokale Umgebung abgegeben wird. Beide Vorgänge (gewandelte Wind- und Sonnenenergie) haben erhebliche negative Auswirkungen auf das regionale Wetter und damit auf die Natur, auch noch in Entfernungen von mehreren zehn Kilometern. Wir erleben Jahr für Jahr im Frühjahr und Herbst, wie Zehntausende von Zugvögeln auf den Fennen rund um unseren Haubarg rasten. Wir hoffen auch, dass sich wieder fast ausgestorbene Wiesenvogelarten hier heimisch fühlen. Ich erinnere noch die Vielfalt aus den 1940er und 1950er Jahren. Einzelne Kiebitze und Austernfischer lassen uns hoffen. Unter keinen Umständen darf die Vogelwelt durch Monsteranlagen gefährdet werden. Touristik Das Bruttosozialprodukt von Eiderstedt wird zu einem kleinen Teil durch die Landwirtschaft und hauptsächlich durch Touristik erarbeitet. Die Touristik lebt von der Landschaft und dem Klima. Zunehmend wird das weitläufige Netz an Wirtschaftswegen von den Kurgästen für ausgiebige Radtouren genutzt. Werden Landschaft und Klima zerstört, gibt es keine Ressourcen mehr, die eine Erhaltung der einmaligen Kulturlandschaft ermöglichen. Klimatechnisch wurde die Touristikinfrastruktur einschließlich zugehörigem Service, Handel und Handwerk mit erheblicher CO2-Emission geschaffen und sie speichert große Mengen an CO2. Eine mögliche	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Zerstörung der Erholungslandschaft durch riesige WEA würde bedeuten, dass sie nicht mehr touristisch genutzt werden könnte und notwendigerweise mit hoher CO2- Emission an anderer Stelle neu errichtet werden müsste. Der Schaden wäre immens. So dürfen wir die Energiewende und den Klimaschutz nicht verstehen. Energiewende Die geplante Energiewende ist eine Utopie, die sich in dieser Form nicht verwirklichen lässt. Wir verfügen nicht annähernd über die erforderlichen Ressourcen (Geld, Energie, Materialien, Fläche). Wir stehen mit der Energiewende noch ganz am Anfang und konzentrieren uns weitgehend nur auf die Energiewandler (WEA, PV). Wir sind mit den anderen unverzichtbaren technischen Einrichtungen wie Elektro- und Gasnetze, Strom- und Wasserstoffspeicher, Umformer, Elektrolyseure, Regler, Ladestationen, Wasserstofftechnik,Gaskraftwerke, CCS, Endgeräte usw. im Rückstand. Ein Energieversorgungssystem auf der Basis der Nutzung von erneuerbaren Energieträgern ist extrem ineffizient. Und wir haben für verschiedene Sektoren noch keine technisch überzeugenden Lösungen, z.B. Gebäudeheizungen, Individualverkehr, Frachtverkehr, Luftverkehr usw. Im Gegenteil sind wir mit unserer konventionellen Infrastruktur in einem erheblichen Rückstand. Empfehlung Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung in Eiderstedt keinesfalls zu verändern. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1009	Sehr geehrte Damen und Herren unserer Landesregierung! Sie planen in unserem Land weitere Windkraftanlagen. Die Bedürfnisse der Menschen werden hier kaum berücksichtigt, die Abstände dieser Industrieanlagen sind inakzeptabel, da aufgrund der immer größeren Anlagen die Belastung der Menschen bei nur 400 Meter Abstand eine Katastrophe darstellen. Die Landschaftsschutzgebiete wollen Sie nicht mehr schützen! Ich frage mich, ob Sie sich der Bedeutung dieses Raumes nicht bewusst sind! Wir haben genügend weitere Flächen, die nutzbar sind- warum in Landschaftsschutzgebieten? Sie nehmen nicht nur der Natur und der Tierwelt	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 7.1.3, 2.5 und 3.17 der allgemeinen Synopse verwiesen

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Schutz, sondern nehmen den Schleswig-Holsteinern klar Erholungsgebiete. Ich wohne in Dithmarschen und bin erschrocken über so viele neue WKA-Planungen . Immer mehr Proteste, Bürgerentscheide usw sollten doch Zeichen genug sein, dass das Maß voll ist. Die Menschen hier haben ein Recht, in Ruhe miteinander zu leben. Ihre Planungen sorgen nicht nur für Unruhe, sondern auch für erhebliche Zweifel in Ihre Politik. Sie verlieren hier den Bezug zu den Menschen, Ihren Wählern! Halten Sie inne und lassen Sie uns zumindest unsere Landschaftsschutzgebiete zum Durchatmen und Ruhe finden. Beste Grüße aus Dithmarschen [redacted] [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1008	Guten Tag! Windkraftanlagen in Landschaftsschutzgebieten geht gar nicht! Das müssen Tabuflächen bleiben zum Schutz von Flora und Fauna und als Erholungsorte für uns Bürger! Der Kreis Dithmarschen ist neben Nordfriesland überproportional belastet. Von z.Zt. 3170 WKA stehen über 800 hier, im Kreis Stormarn 43, Kreis Plön 39 und in Kiel, Flensburg und auf den Inseln (viel Wind!) nicht eine WKA! 0!!! Wohnt da die Prominenz? Wird die Politik erst wach, wenn die Touristen wegbleiben? Höre jetzt schon sehr oft solche Kommentare von Touristen, die diese verschandelte Landschaft schrecklich finden! Die WKA könnten doch an den Autobahnen und in Industriegebieten aufgestellt werden. Wir haben im Vergleich zu anderen Bundesländern (außer Niedersachsen) die höchste Windkraftdichte! ES IST GENUG!!! Mit freundlichem Gruß [redacted] [redacted]	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1, zudem auf die Ziffern 3.15 und 7.2.12 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1007	Sehr geehrte Damen und Herren, Ich heiße [redacted] [redacted] und bin in Angeln aufgewachsen und habe hier zusammen mit meiner Familie, auch mit hohem finanziellen Aufwand, eine Existenz aufgebaut.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf Ziffern 7.2.1, 7.2.12, 7.3, 7.2.3 und 7.2.5 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Wer nimmt sich nun das Recht über unseren Lebensraum zu entscheiden ? In Schleswig – Holstein wird bereits ein Vielfaches des eigenen Strombedarfs mit Windrädern erzeugt - trotzdem will die (Landes-)Regierung viele unberührte Flächen mit weiteren Windkraftanlagen zustellen lassen. Angeln und Schwansen werden dann so aussehen wie Nordfriesland und Dithmarschen heute schon. Die Nordseeküste, wie sie einmal war, gibt es nicht mehr – jetzt ist die Küste ein riesiges Windkraftanlagen-Industriegebiet geworden. Viele Menschen leiden darunter, wer kann zieht weg. Einige Menschen sind z.B. nach Angeln gezogen, nur, um demselben Stress jetzt erneut ausgesetzt zu werden! In Angeln verteilen sich die potentiellen Flächen für den Windkraftausbau über das ganze Land. Die auf der Karte scheinbar geringen Größen der Flächen bedeuten in der dreidimensionalen Realität, dass jedes Windrad mit 200 m Höhe und 150 m Rotorbreite in ganz Angeln zu sehen sein wird, so dass das ganze Land mit Windrädern überzogen sein wird. Der Lebensraum der Menschen wird dann nicht mehr eine Naturlandschaft sein, sondern eine Industriebrache voller Maschinen. Die riesigen Windkraftanlagen werden zum überwältigenden Störfaktor für Mensch und Natur. Alle umliegenden Dörfer werden beeinträchtigt sein. Die Lebensqualität wird massiv herabgesetzt und die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen werden durch permanent wirkende Störfaktoren beschädigt. Ich habe durch eine breite Recherche versucht, auf die folgenden Fragen Antworten zu finden: Werden diese tausende Windkraftanlagen wirklich gebraucht? Ist es überhaupt möglich, den Strombedarf vollständig aus erneuerbarer Energie (im Wesentlichen Wind und Sonne) zu decken? Machen noch mehr Windräder die Stromversorgung sicherer? Können nach den bereits abgeschalteten Kernkraftwerken auch die Kohle- und Gaskraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden? Seit das erste Windrad in SH aufgestellt wurde, wird auch über den Abtransport überschüssigen Stroms, sowie über die notwendige Speicherung geredet. Die Transportwege stehen bis heute nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung. Außerdem bezahlen die Bürger Schleswig-Holsteins, die ohnehin unter den höchsten Stromkosten leiden, auch noch die Transportleitungen. Die notwendigen	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Speichermöglichkeiten existieren bis heute nicht. Ist zu erwarten, dass eine ausreichende Stromspeicherung umgesetzt werden kann, die auch bei Dunkelflaute die Versorgung sicherstellt? Trotz des Ausbaus der Wind- und Solarenergie in den letzten Jahren gibt es immer wieder Versorgungsengpässe, bei denen Strom aus dem Ausland zugekauft werden muss. Ist zu erwarten, dass Deutschland von den teuren Stromimporten durch mehr Windräder unabhängig werden kann? Ist es ökologisch und ideologisch überhaupt vertretbar, Strom aus Ländern zu importieren, die diesen mit Kernkraftwerken erzeugen? Ist die deutsche sogenannte Energiewende wirtschaftlich vertretbar? Kann durch die inzwischen verabschiedeten gesetzlichen Maßnahmen ein menschlicher Einfluss auf die Wetterverhältnisse dergestalt ausgeübt werden, dass das Wetter den menschlichen Bedürfnissen besser entspricht? Hat diese Wetterbeeinflussung durch den Menschen dann auch einen positiven Einfluss auf die Tier- und Pflanzenwelt und auf die gesamte Natur? Die Antwort auf alle diese Fragen lautet nach meiner Erkenntnis in allen Fällen: **NEIN !** Sie als Planungsbehörde sollten bitte bedenken, dass Nordfriesland und Dithmarschen schon extrem viele Windräder haben. Sollte es nicht auch für die Menschen Rückzugsräume geben, so wie für seltene Tierarten? Die Antwort auf diese Frage sollte nach meinem Dafürhalten JA ! lauten. Bitte denken Sie um und erhalten Sie für die Menschen in Schleswig–Holstein und die Urlaubsgäste, die hierher kommen wollen, den noch verbliebenen Rückzugsraum. Für Angeln und Schwansen muss die geplante Ausweitung der Industrie für Wind- und Solarenergie gestoppt werden. Das ist mein dringender Appell an Sie als Planungsbehörde. Danke	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1006	Im Hamburger Abendblatt vom 18.06.2024 las ich einen Artikel über Windräder im Kreis Stormarn. Ich wohne in Barsbüttel, das scheinbar sehr interessiert am Bau von Windrädern ist. Doch gerade über Barsbüttel fliegen jedes Jahr Hunderte von Zugvögel über uns hinweg. Auch sollten wir damit aufhören, ständig neue Flächen zu versiegeln. Stattdessen könnte man sich doch auch mit neuen Alternativen befassen. Eine Möglichkeit wären sogenannte Windkraftturbinen. Sie liefern natürlich nicht so viel Strom wie ein Windrad, sind dafür aber wesentlich günstiger. Man könnte solch ein Projekt nach und nach aufbauen. Sie verursachen keinen Lärm, keinen Stroboeffekt und auch keinen Infraschall. Der wesentliche Vorteil besteht jedoch darin, dass sie auch bei minimaler Luftbewegung einen starken Wind erzeugen können. Dies geschieht durch einen Windfänger, der die Luft in einen Windkanal schleust, wodurch dieser an Fahrt aufnimmt. Dadurch wird kontinuierlich Strom erzeugt, also auch bei Dunkelheit und einem lauen Lüftchen.Dazu ein Link eines älteren Artikels: https://www.stern.de/digital/technik/windkraft-ohne-stroboeffekt-und-groessenwahn----bewegungslose--turbine-kann-haeuser-mit-strom-versorgen-32822248.html Vielleicht gibt es mittlerweile auch neue Erkenntnisse diesbezüglich. Da Barsbüttel über mehrere Industriegebiete verfügt, könnte man auf die Flachdächer der einelnen Hallen solch kleine Windkraftwerke montieren. Somit werden auch keine neuen Flächen benötigt. Einen Versuch wäre es wert. Mit freundlichem Gruß	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 4.16.1, 7.2.2, 7.3.1, 7.3.2, 7.3.3 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Gruppe ID: G1005 Anzahl: 2	Sehr geehrte Damen und Herren, zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 – Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffern 3.15.1, 4.16 bis 4.20, 6.1.3 der allgemeinen Synopse

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
(IDs: 1004, 1005)	wie folgt Stellung: Ihre fachliche Entscheidung, die Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüße ich ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des überregionalen Vogelzuges mit besonderer Bedeutung und der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung muss auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der Formulierung im Textteil „Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) bleibt. Neben den Zielen 15 Z und 16 Z sprechen weitere wichtige Gründe dafür, Eiderstedt von Windanlagen frei zu halten: Die Landschaft Eiderstedt ist von drei Seiten vom UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer umgeben, so dass sich ein zusammenhängender, in sich geschlossener, klar abgegrenzter Raum ergibt, der auch so betrachtet werden sollte. Durch Abgeschiedenheit und eine gewisse Rückständigkeit haben sich bis zu 2000 Jahre alte historische Kulturlandschaftselemente, in der Landschaft Eiderstedt erhalten. Betrachtet man die Vielzahl der (häufig nicht geschützten) Denkmalbereiche, Grabungsschutzgebiete und Biotope, könnte man Eiderstedt fast komplett als Kulturdenkmal bezeichnen. Warften, Deiche, Deichbruchstellen, Flurformen, alte Priele, Bootfahrten aus der Renaissance, Stockenstiege etc. charakterisieren die Kulturlandschaft Eiderstedts und schaffen einen hochwertigen Erlebnis- und Erholungsraum. Wir befinden uns in einer bedeutenden und wertvollen Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung, wie sie in anderen Nordseeküstenregionen längst verschwunden ist. Erholungssuchenden bietet Eiderstedt ausgesprochen wertvolles Landschafts- potenzial, das sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen sowie seiner Infrastruktur für Tourismus und Erholung besonders gut für die naturnahe, nachhaltige, touristische Weiterentwicklung eignet und so das	verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Einkommen der Menschen in der Region sichert. Im Übrigen gibt es einen Beschluss des Gemeinderates St. Peter-Ording, keine Windkraftanlagen auf Gemeindegebiet zuzulassen. Im Ergebnis bitte ich deshalb darum, den Entwurf im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung in Eiderstedt keinesfalls zu verändern. Mit freundlichen Grüßen, [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1262	Sehr geehrte Damen und Herren, Als Herausgeber des Buches zum East Atlantic Flyway of Coastal Birds, ein Gemeinschaftswerk entlang dieser sich von Westafrika bis in die Arktis erstreckenden Zugroute international zusammenarbeitender Vogelforscher, hatte ich mich im vergangenen Jahr in dieser Sache bereits direkt an Ihren Ministerpräsidenten gewandt. Aus unserer internationalen Sicht rechnen wir es daher der Landesregierung hoch an, dass Sie beim Stand Ihrer jetzigen Planung auf die von uns beschriebenen Belange des „East Atlantic Flyway“ der Küstenvögel ausdrücklich eingegangen sind. Zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -- Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) nehme ich daher gerne wie folgt Stellung: 1. Ihre fachliche Entscheidung, die Schleswig-Holstein überquerende Hauptachse des Ostatlantischen Vogelzuges sowie die Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziele der Raumordnung von weiteren Windenergieanlagen (WEA) freizuhalten, begrüßen wir ausdrücklich. Sie ist wissenschaftlich überzeugend begründet, notwendig und dringend. 2. Der rechtssichere Ausschluss von weiteren WEA für ganz Eiderstedt durch Festlegung der Hauptachsen des international hochbedeutenden „East Atlantic Flyways“	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie auf die Ziffern 4.16 und 4.18 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	sowie der Wiesenvogel-Brutgebiete mit besonders hohen Siedlungsdichten als Ziel der Raumordnung muss auch nach Abschluss des Beteiligungsverfahren Bestand haben. 3. Es ist deshalb entscheidend, dass es bei der **Formulierung** im Textteil *"Entwurf Anlage 1 zu § 1 der Landesverordnung über das Thema Windenergie an Land im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Plantext Kapitel 4.5.1 Windenergie an Land“*, Seite 58, 15 Z und 16 Z, inkl. der entsprechenden Karte (Anlage 2 zu §1) **bleibt**. Aus der Vielzahl der naturschutzfachlichen Begründungen, die bei Ihnen bereits vorliegen (vgl. z.B. den Offenen Brief der Naturschutzverbände vom 25.03.2024), greifen wir beispielhaft die Gefährdung des „Outstanding Universal Value“ (OUV) des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer heraus. Der ostatlantische Vogelzugweg ist ein konstituierendes Element des OUV und damit des Weltnaturerbegebiets. Wenn auch noch der letzte offene Zugkorridor über Eiderstedt durch neue WEA versperrt würde, würde dies sowohl den internationalen Vogelzug als auch den Weltnaturerbestatus des Wattenmeeres gefährden. Im Ergebnis bitte ich, stellvertretend für meine Kollegen, deshalb darum, den Entwurf im Sinne meiner o.a. Stellungnahme in Bezug auf die Ziele der Raumordnung in Eiderstedt keinesfalls zu verändern. Mit freundlichen Grüßen, [redacted] Honorary President [redacted], 4816 Kolbjørnsvik, Norway [redacted]	

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	Skype: [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1003	Landschaftsschutzgebiete sind wichtige Rückzugsorte für unsere heimische Natur&Artenvielfalt, die nicht umsonst Schutzgebiete genannt werden. Wir können nicht noch mehr Land der Natur wegnehmen und Flächen versiegeln. Dort können keine Windkraftanlagen platziert werden! Wir sollten auch unsere Landschaftsbilder in Schleswig-Holstein schützen, so viele Landstriche wie nirgendwo anders in unserem Land sind bereits voll mit Windkraftanlagen und wir als Bundesland produzieren viel mehr Strom, als wir selbst verbrauchen können. Zusätzlich wird durch unsere Landschaften auch noch Stromtrassen in andere Bundesländer gebaut. Dennoch zahlen wir als Bürger einen höheren Strompreis, als Bundesländer die kaum Erneuerbaren Energieanlagen haben, dies ist rational nicht zu verstehen und unfair. Strom muss lokal und günstig da erzeugt werden, wo er auch genutzt wird.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.2 (Militärische Belange, Infrastruktur, Tourismus, Erholung und Freiraumschutz)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 3.17.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Es wird weiterhin auf die Ziffern 7.2.12 und 7.2.16 der allgemeinen Synopse verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1002	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit lege ich als unmittelbare Anwohnerin zum geplanten Landesentwicklungsplan, Planungsgebiet III in [redacted] massiven Widerspruch ein. Wie der Planaufstellung des LEP entnommen werden kann, befinden sich in Ost/ West & nördlicher Ausrichtung im Umkreis von 400 m Windenergie Potenzial Flächen, die als erhebliche Beeinträchtigung & Gefährdung des Lebensraumes von Mensch und Tier darstellen. Im Einzelnen werden folgende Punkte genannt: Turbulenzen (Standsicherheit), Schattenwurf, Tonhaltigkeiten (Überschreitungen der max. zul. dB gem. - 4. BImSchV) sowie Eiswurf, Brand. Des Weiteren ist bei westlichem Wind von einer Übertragung der Tonhaltigkeit sowie des Schattenwurfes der geplanten WEA auszugehen Zu dem wurde unmittelbar anliegend an dem oben genannten Grundstück durch den Kreis Dithmarschen im April 2020 ein 3 ha großer Mischwald mit 13.000 Bäumen inkl.	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.1 (Siedlungsstruktur)* des Planentwurfes beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, führt aber nicht zu einer Änderung des Planentwurfes. Es wird auf die Ziffer 2.5.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Außerdem enthält die eingereichte Stellungnahme Hinweise / Argumente, die sich auf das Kapitel *4.5.1.3 (Gebiets- und Artenschutz)* des Planentwurfes beziehen. Es wird auf die Ziffer 4.7.1 der allgemeinen Synopse verwiesen. Schließlich wird auf die Ziffer 7.2.7, 7.2.8, 7.3.1 und 7.3.2 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	innenliegendem Biotop im Sinne des Natur- & Artenschutzes angepflanzt. Dieser ist auf Basis des neuangesiedelten Tierwelt ein streng geschützter Lebensraum. Und verweise somit auf geschützte Tierarten (Uhu, **Mäusebussard, Falken. Fledermäuse)** sowie auf die UVP. [redacted]	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1000	Hallo, ich wohne im Bereich 23758 Wangels Ortsteil Karlshof. Nachdem die Potentialflächen veröffentlicht wurden, habe ich mit erstaunen festgestellt, dass es ein Gebiet gibt, welches sich südöstlich von der Siedlung Karlshof befindet, in dem jetzt ein Windkraftausbau möglich wäre. Breite: 54°13'44.47"N Länge: 10°47'14.31"E Nicht weit davon entfernt befindet sich ein Waldstück, welches nicht mal betreten werden darf, weil es dort ein Seeadler Brutgebiet gibt. Breite: 54°12'29.42"N Länge: 10°48'9.37"E Zusätzlich dazu stelle ich regelmäßig fest, dass in der direkten Umgebung zu der Potentialfläche diese Seeadler fliegen. Auch Rotmillan, Mäusebussard und Rohrweihe jagen und Brüten in dieser Gegend. Im allgemeinen ist dieser großräumige Bereich eine sehr außergewöhnliche Natur mit Hügellandschaften und kaum bewohnten Flächen. Gerade deshalb kann die Natur hier so ausergewöhnlich gedeihen. Touristen aus ganz Deutschland machen hier ihre Fahrradtouren, um dieses außergewöhnliche Biotop zu erleben. Am Horrizont kann ich aus Karlshof knapp die Windräder aus Knipphagen erkennen, welche im Bereich Vogelsang stehen. In dem Bereich wurde, soweit mit bekannt, letztes Jahr ein Seeadler von einem Windrad erschlagen. Diese Windräder sind genauso weit entfernt von dem gesperrten Wald, wie die oben	Die eingereichte Stellungnahme beinhaltet Hinweise / Argumente, die sich auf die Regionalplanebene beziehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ziffer 7.1.1 sowie Ziffern 4.7, 4.8, 4.20, 3.15 und 7.2.1 der allgemeinen Synopse verwiesen.

Einreichendendaten	Stellungnahme	Begründung
	erwähnte neue Potentialfläche. Sicherlich muss an irgendeinem Punkt eine Zahl gesetzt werden, um den Bau von Windkraftanlagen zu ermöglichen. Auch hier muss ich persönlich schon Einschränkungen hinnehmen, wenn diese Fläche zukünftig bebaut werden sollte. Die möglichen Räder mit einer Höhe von bis zu 200 m würden in direkter Ausrichtung zwischen meinem Haus und dem täglichen Sonnenverlauf stehen. Bei diesen Höhen befürchte ich, dass die Windräer den kompletten Tag still stehen müssten, da dieses ansonsten ständige Lichtirritation bedeuten würde. Nichts deto trotz finde ich es befremdlich, dass solche Flächen freigegeben werden, in dem Bewusstsein, dass es in diesem Gebiet eine außerordentliche Fauna und Flora gibt, obwohl genügend andere Flächen vorhanden sind in denen es keine Wälder oder dergleichen gibt, welche vorrangig bebaut werden sollten. Von anderen Bundesländern mal abgesehen, bauen wir unser schönes Land immer mehr zu mit diesen Anlagen. Aus meiner Sicht ist das ein Extrem, welches wie das Pendel in der Politik gerade in die extrem falsche Richtung ausschlägt und es nicht mit Augenmaß behandelt wird. Ich lade Sie gerne ein mich zu besuchen. Dann kann ich Ihnen dieses Gebiet einmal persönlich bei einer Wanderung zeigen und Sie können sich einen Eindruck verschaffen, was diese Windräder für dieses Gebiet bedeuten würden. Es ist nicht immer alles vom Schreibtisch zu bewerten und manchmal hilft der persönliche Eindruck sehr. Mir ist klar, dass das Konfliktfeld Umweltschutz und Energieversorgung nicht so einfach aufzulösen ist, dennoch hoffe ich, dass auch Sie Verständnis für meine Position haben. Mit freundlichen Grüßen [redacted]	